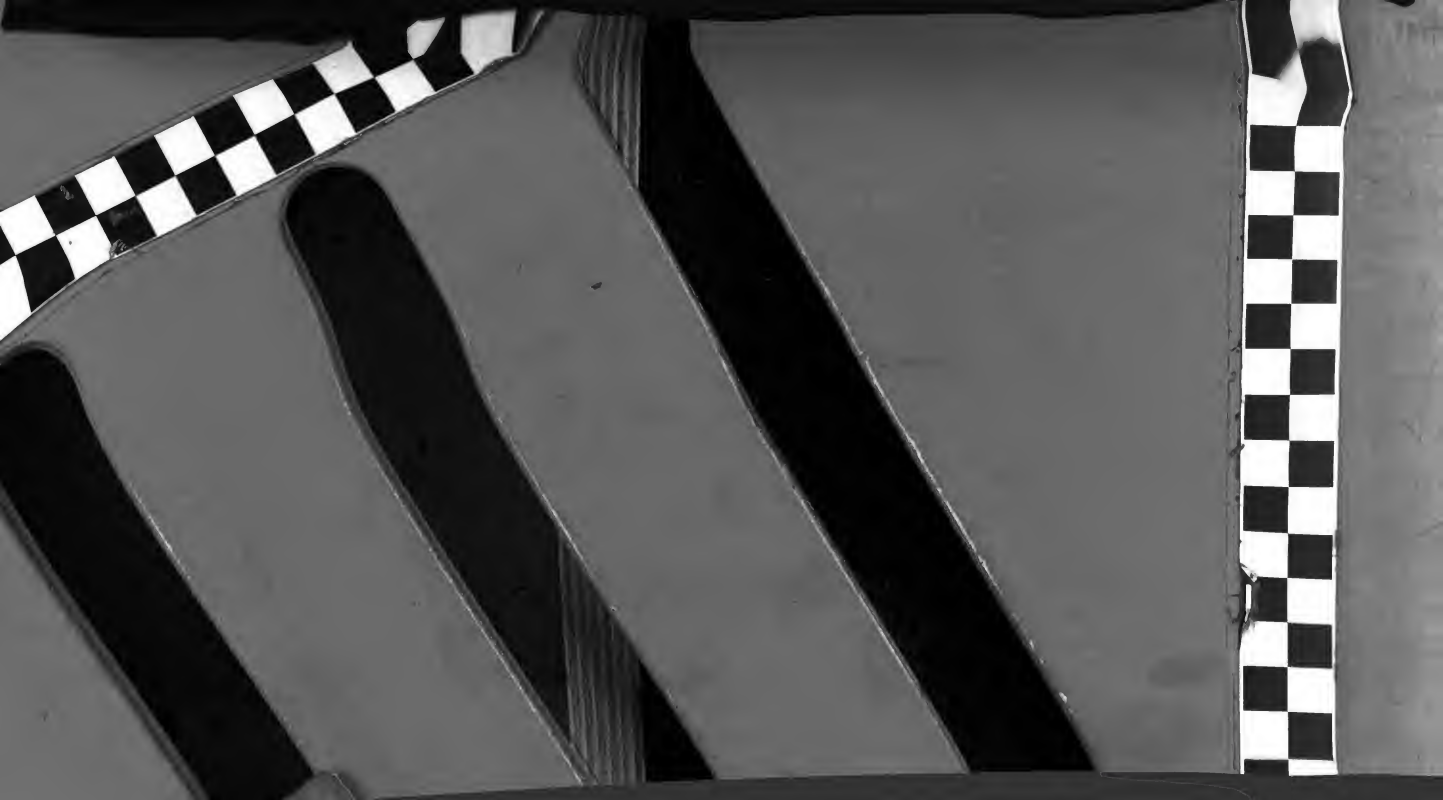


4° Epr. pol. 21 h
(1852, 10-12

<36634194800019

<36634194800019

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

4° Epr. pol. 21 fr
(1852, 10-12

<36634194800019

<36634194800019

Bayer. Staatsbibliothek

№ 235. — Freitag — den 1. October — 1852.

Der Pränumerationspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksbereich von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsgebiets 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in dem k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M., oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. H. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Hôtel Notre-Dame de Nazareth No. 33, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Linien) pro Gitterfeld oder deren Raum 6 kr.

Bayerische Staatsbibliothek München

Frankfurter Postzeitung

Deutschland.

* **Wien**, 26. Sept. Die hiesige „kith. Corresp." meldet: Es verlautete kürzlich, daß das Vereinsgesetz demnächst erscheinen werde. Wie man nun vernimmt, wird das Vereinswesen von Seiten des Bundestags geregelt werden. Es sind darüber folgende Vorschläge vorgelegt worden: Verschiedene politische Vereine dürfen sich nicht in Verbindung mit einander setzen unter Strafe der Auflösung. Jede einzelne Regierung soll verpflichtet sein, Vereine, welche die Sicherheit des eigenen oder eines andern Bundeslandes gefährden oder gegen die Bundeszwecke gerichtet sind, aufzulösen. Diese Auflösung kann aber auch von der Bundesversammlung decretirt werden. Volksversammlungen dürfen im Bundesgebiet nur in geschlossenen Räumen stattfinden. Auch kann der Bundestag ein gänzliches Verbot aller politischen Vereine erlassen. Wie das „C.-V." in Uebereinstimmung mit der obigen Nachricht vernimmt, stehen seitens des Bundestags bei seiner Wiedereröffnung eine Beschäftigung mit dem Vereinswesen und Feststellungen zur Ordnung desselben bevor. Es sollen namentlich mehrere ältere Bundesanordnungen wieder aufgefrischt werden. Bei den intendirten Feststellungen hat man besonders auch Frankfurt und die andern freien Städte im Auge.

* **Berlin**, 26. Sept. Unser vorstehendem Datum schreibt die „Allg. Ztg.": Der Punkt, welcher nach den neuesten Münchener Beschlüssen für die Stellung des Darmstädter Vereins zu Preußen und seinen Verbündeten zum entscheidenden wird, ist die bestimmte Ablehnung der zwölfjährigen Abschlußzeit für den neuen Zollverein, welche Dauer sowohl nach den Verträgen des gekündigten Zollvereins, als auch nach dem Septembervertrag festgesetzt ist, und von Hannover ebenso wie von Preußen festgehalten wird. Als nebensächlich erscheinen dagegen die Wendungen, welche z. B. in der Frage über die Zeit des Abschlusses mit Oesterreich eingetreten sind. Wenn man von der auf eine ausdrückliche Anfrage der Coalition erfolgten Erklärung Preußens über die allgemeinen Gesichtspunkte des Handelsvertrags mit Oesterreich in München wirklich schon als von einer Eröffnung der Verhandlungen mit dem Kaiserstaat hat gesprochen, und habe angedeutet hat, daß man den Zeitpunkt des Schlusses dieser Verhandlungen vor der Hand absichtlich außerhalb der Erörterung lasse, so kann man hierin beliebig ein Ausweichen oder auch ein Entgegenkommen auf die von Preußen sehr direct gestellte Frage erkennen; ja man könnte sogar weiter gehen — man könnte auf eine Rückkehr zu dem Standpunkte schließen, welchen mehrere Regierungen, die jetzt dem Darmstädter Verein angehören, auf der Wiesbadener Generalconferenz vor zwei Jahren eingenommen haben, indem sie den Handelsvertrag mit Oesterreich mit noch größerer Vorsicht und Vorsorge und noch langsamer vorbereitet zu sehen wünschten, als dies preußischerseits der Fall war. Dergleichen Gedanken und Urtheile werden in Berlin wirklich laut, nachdem von den Münchener Beschlüssen dies und das an das Licht durchgedrungen ist. Der Glaube an die Nichtunterbrechung des bisherigen Zollvereins ist übrigens nur selten noch anzutreffen, wohl aber der an die Wiederherstellung desselben nach einiger Unterbrechung. Wer den größten Schaden von letzterer erleiden wird, das hält man hier nicht für zweifelhaft, da nun einmal die Annahme: Preußen habe wegen der auf Süddeutschland genommenen Rücksichten nicht die verhältnißmäßigen materiellen Vortheile aus dem Zollverein gehabt, eine hier sehr verbreitete ist. Vor einem Chaos in Norddeutschland nach Auflösung des bisherigen Zollvereins fürchtet sich niemand. Preußens Zoll- und Handelsverhältnisse waren vor Gründung des Zollvereins sehr wohl geregelt und seine Finanzen standen sich dabei nicht schlecht. Selbst wenn man zu einem Rückzug auf sich selbst genöthigt wäre, würden die der Industrie hin und wieder geriſſenen Wunden grade in Preußen am ersten geheilt werden können, weil hier, bei der Verschiedenheit der Interessen in den verschiedenen Provinzen, der Staat in seiner Gesammtheit eine Art Compensationsproceß durchmachen wird. Die Stellung Preußens ist aber eine ganz andere. Die sogenannte Isolirung dieses Staats in handelspolitischer Beziehung ist — so erscheint es uns wenigstens — nicht viel mehr als eine Phrase, eben so wie das auf der Oberfläche der Tagespresse sich breit machende Raisonnement, daß die Bildung eines norddeutschen Zoll- und Handelsgebiets lediglich von der Haltung Hannovers oder von dem Septembervertrag abhänge. Sie hängt vielmehr von der Tarifreform ab, welche Preußen (mit den thüringischen Staaten ein Zollkörper von fast 18 Millionen) eintreten läßt, wenn es nach Süden seine Zollinie errichtet. Es kann sehr fraglich werden, ob der auf Grund des Septembervertrags mit Hannover und Oldenburg aufzurichtende Zollverband Preußen nicht mehr Opfer auferlegt, als eine ziemlich vollständige Annäherung seines Tarifs an den des Steuervereins. Wenn aber solche Erwägungen in Preußen wie in Hannover genacht worden sind, und sicherlich noch gemacht werden, so wird man zugeben, daß das in Zweifel gezogene Verhalten Hannovers zum Septembervertrag, es falle aus wie es wolle, Preußen ernstlich nicht lähmen kann. Einer sehr starken Fraction im Lande, welche räumlich etwa durch die Provinzen Preußen, Pommern, Posen, Westfalen und die Mark (außer Berlin) dargestellt wird, erscheint der Septembervertrag mit seinem Präcipuum nur als das gute, nicht als das beste, und diese Fraction wird, wenn einmal die Trennung von Süddeutschland ausgesprochen ist, bald vollständig die Oberhand gewinnen. Dies ist — unbefangen und ohne nach irgend einer Seite hin verletzen zu wollen — der hiesige Standpunkt. Möge man auswärts dann ermessen, wie weit Preußen gehen wird und kann.

P **Berlin**, 28. Sept. Unser Provinziallandtag, welcher die letzten Tage hintereinander mehrere Plenarsitzungen gehalten hat, ist mit der Berathung der Gemeindeordnung, sowie der Kreisordnung zum Ende gelangt. Weniger bei jener als bei dieser hat sich indessen keineswegs die Einstimmigkeit der verschiedenen Stände gezeigt, welche im vorigen Jahr herrschte. Namentlich ist der Antheil der Vertretung, welcher den Städten und Landgemeinden auf den Kreistagen zugestanden werden soll, Zwiespalt hervorgebracht und die betreffenden Beschlüsse sind zwar mit überwiegender Majorität, aber meist unter Widerspruch der städtischen und ländlichen Abgeordneten gefaßt. Wenngleich nun auch das Gutachten über die Provinzialordnung erstattet ist, so steht doch noch immer dahin, ob es gelingen wird, innerhalb der festgesetzten Frist von drei Wochen mit allen Berathungsgegenständen fertig zu werden. Auch das Gutachten über den Entwurf der Provinzialordnung geht von der Grundansicht aus, daß für die Provinz Brandenburg und für die Markgrafschaft Niederlausitz eine besondere Provinzialständeordnung zu erlassen sei. Rücksichtlich der Vertretung ist eine Gleichberechtigung der Stände insofern vom Ausschuß als Bedürfniß anerkannt, als die zweite und dritte Curie der Abgeordneten der Städte und Landgemeinden eine gleiche Anzahl von Mitgliedern haben sollen, als die Curie der Ritterschaft gewählte Mitglieder zählt. Hierdurch wird die Zahl der Landtagsmitglieder, wenn die Vorschläge durchgehen sollten, fast um ein Drittel verwehrt. Es kann dies nicht zweckmäßig erscheinen, indem mit der Größe der Versammlung die Schwerfälligkeit so wie die Ungründlichkeit der Berathungen zunimmt. Indessen blieb kein anderer Weg übrig, da die Rittergutsbesitzer erklärten, in eine Verminderung ihrer Zahl nicht willigen zu können, um alten Rechten nichts zu vergeben. Bezüglich der sehr erweiterten Befugnisse der Steuerbewilligung hat man sich mit großer Einstimmigkeit gegen das Recht erklärt. Summen zur Abhilfe eines Nothstandes in der Provinz zu bewilligen. Ein besonderer Vorbehalt ist in Betreff der Communallandtage gemacht,

deren Fortbestand man in keiner Weise durch die neue Provinzialständeordnung berührt wissen will.

* **Oldenburg**, 27. Sept. In der heutigen ersten öffentlichen Sitzung des Landtags zur vorläufigen Berichtigung der Legitimationen hatten sich bereits 42 Abgeordnete eingefunden. Die Berichterstattung über die Prüfung der Wahlacten wird schon morgen vorkommen. Man glaubt sie rasch beendigen zu können, so daß der Eröffnung des Landtags am nächsten Mittwoch nichts im Wege stehen würde. Ueber die Zuziehung von Stenographen war heute noch nicht die Rede.

Aroltsen, 22. Sept. Gemäß der Verfassung soll der Landtag sechs Wochen nach erfolgtem Regierungswechsel zc. zusammentreten. Die Regierung hält diesen Zeitpunkt fest, indem sie einen außerordentlichen Landtag auf den 27. d. M. nach Arolsen beruft. (Pyrm. W.-Bl.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 29. Sept. Die Königin Marie Amalia, Wittwe König Ludwig Philipps, wird den 2. October durch Basel reisen, um sich zu ihrer erlauchten Schwiegertochter, der Herzogin von Orleans, nach Lausanne zu begeben. — Der durch seine vortreffliche Pharmacopoea Helvetica bekannte Apotheker Karl Fueter von Bern ist im Bade zu Evian gestorben. — Die Unterhandlungen zwischen dem Nationalrath Bischoff und der Regierung von Luzern, wegen der Eisenbahnconcession, sind zum Abschluß gediehen, die Bahn soll jedoch nicht über Wolhusen, sondern über Sursee gebaut werden. — Am 22. und 23. d. M. ist in Schinznach ein eingenenes landwirthschaftliches Fest gehalten worden, wobei für Gründung einer landwirthschaftlichen Wehrli-Schule für Aargau eine Subscription mit Erfolg eröffnet wurde.

Italien.

Rom, 28. Sept. Die Reise des Generals Goneau nach Paris ist natürlich hier ein Gegenstand vieler Aufmerksamkeit und ich kann nicht umhin, Ihnen ein Gerücht mitzutheilen, welches, ohne verbürgt zu sein, doch ziemlich glaubwürdig erscheint. Es heißt nämlich, der General werde aus dem französischen Kriegsdienste ausscheiden und als Oberbefehlshaber in die päpstliche Armee treten. Was der Sache Wahrscheinlichkeit verleiht, ist einerseits die oft bewährte Anhänglichkeit desselben an den Papst, welcher letztere bekanntlich wiederum ihn in der Person seiner Kinder mit Wohlthaten überhäuft hat, anderseits aber sein vorgerücktes Alter. Generale, die kein höheres Commando als das einer Division geführt haben, müssen, ihre ich nicht, mit dem 64. Jahr in Ruhestand treten, und zwar mit einer keineswegs bedeutenden Pension. Da nun der noch rüstige Mann kein eigenes Vermögen besitzt, so möchte ihm ein solcher Ruhestand eben nicht behagen. Der päpstlichen Regierung wäre seine Erwerbung gewiß zu wünschen; nur zweifelt man, ob Oesterreich derselben schweigend zusehen werde. Wenigstens soll dasselbe Protest eingelegt haben, als man einmal den General Vaillant, der freilich von dem französischen Dienst verlassen zu haben die päpstlichen Truppen beseligte, das Kriegsministerium übergeben wollte. (K. Z.)

Rußland.

St. Petersburg, 18. Sept. Die jüngsten Nachrichten vom Kaukasus behaupten, der Winterfeldzug der Russen hätte Schamyls Einfluß in der großen Tschetschna geschwächt und ihn veranlaßt, im Dorfe Gurdali am Fuße des Kaitschkalikkovsligebirges und in den argunsischen Auls diejenigen seiner Anhänger zu postiren, welche die erbittertsten Feinde der Russen sind und deren Gebiet durch unaufhörliche Ueberfälle beunruhigen. Die fortwährenden Neckereien brachten endlich den Generallieutenant Fürst Bariatynsky zu dem Entschluß, einen auf verschiedenen Punkten gleichmäßig ausgeführten Zug gegen die große Tschetschna zu unternehmen, welcher Plan auch am 23. August ausgeführt wurde. Die Kosaken unter Oberst Suchodolski umzingelten den Aul Gurdali, während der Flügeladjutant Baron Nikolai in denselben eindrang. Nach einem hitzigen Kampfe erlagen den russischen Bayonnetten sämmtliche Tschetschenzen, die tapfern Widerstand leisteten, mit Ausnahme von 52 Mann, welche die Waffen streckten. Das Vieh aus dem Aul wurde weggeführt und derselbe den Flammen übergeben. Am 24. August ging Fürst Bariatynski weiter an den Fuß der schwarzen Berge vor, kehrte aber schon am folgenden Tage nach Grosna zurück. Nach den russischen Berichten sollen die Tschetschessen bedeutende Verluste an Getreide und Heu erlitten haben; nicht minder empfindlich soll auch der Verlust an Mannschaft gewesen sein. Denselben Berichten zufolge hätten die Russen 195 Tschetschenzen zu Gefangenen gemacht, und viele Ueberläufer stellten sich später noch ein. Die Verluste der Russen während des dreitägigen hartnäckigen Kampfes sind von ihnen selbst, wie folgt, angegeben: 2 Offiziere und 45 Gemeine an Todten; 1 Stabsoffizier, 10 Oberoffiziere und 254 Gemeine an Verwundeten. Behufs weiterer Verfolgung des Feindes rückte Fürst Woronzoff nach dem Argunsthale mit 9 Compagnien Fußvolk, 3 Sotnien Kosaken und 4 Geschützen, überfiel in der Nacht vom 26. auf den 27. drei Aule und legte sie in Asche. Bei dieser Gelegenheit soll der Feind einen Verlust von 32 Todten und vielen Verwundeten gehabt haben. Auf russischer Seite gab es an Todten 1 Offizier und 7 Gemeine und an Verwundeten 6 Offiziere und 51 Gemeine. (D. R.)

Türkei.

Pera, 16. Sept. Die letzte Nummer der türkischen Staatszeitung enthält die Statuten für den unter dem Namen Medschidie gestifteten, schon an letzten Bairam ausgetheilten Orden. — Zwei Pascha, Ergouverneur von Tripolis, ist hier angelangt. Erlauben Sie mir, auf die ihn betreffende Angelegenheit, die durch französische Briefe sehr entstellt, auch in deutsche Blätter übergegangen ist, zurückzukommen. Die Feindschaft zwischen Hrn. Peliffier, französischem Generalconsul, und dem Pascha war schon älteren Datums und dadurch entstanden, daß zwei italienische Emigranten den Kanzler des Hrn. Peliffier beleidigten, deren sofortige Auswiesung aus Tripolis von Letzterem verlangt worden war. Die in Folge dessen veranstaltete Untersuchung ergab, daß hierzu keine Veranlassung vorhanden war, und die beiden Italiener blieben. Später trafen nun die beiden französischen Deserteure in Tripolis ein, und verlangten zum Islam überzutreten. Der Pascha, wie es in solchen Fällen immer Gebrauch ist, ließ die Sache dem französischen Generalconsul melden, welcher erklärte, die beiden Deserteure gingen ihn nichts an. Hierauf traten dieselben freiwillig zum Islam über und wurden der Artillerie zugetheilt. Als sie in dem bald darauf folgenden Ramasan die vorgeschriebenen Fasten nicht halten wollten, sondern betrunken in den Straßen herumkämen, wurden sie zuerst von einer Patrouille verwarnt und später verhaftet, wobei einer ins französische Generalconsulat entsprang. Jetzt machte Herr Peliffier die Sache der beiden Deserteure, die er früher besavouirt hatte, zu der seinigen, zu der Sache Frankreichs, welches letztere ebenfalls zeitgelegenheit ergreift, um für die unbestreitigende Lösung der Heiligengrabfrage sich an der altersschwachen Türkei zu rächen. Der weitere Verlauf der Sache und wie ein französisches Geschwader, ohne irgend eine Antwort von hier abzuwarten, eine offene und völlig wehrlose Provinzialstadt wie Tripolis mit einem Bombardement bedrohte, ist bekannt. — Von einem neuen Ministerwechsel verlautet nichts. Der Sultan beabsichtigt, Reschid Pascha sein am Bosporus neu erbautes prachtvolles Palais abzukaufen. Dasselbe soll die Residenz der Fatma Sultana, ältesten Tochter St. Majestät, werden, welche im nächsten Jahr Ghalib, den Sohn Reschids, heirathen wird. Die Braut ist 11, der Bräutigam 15 Jahre alt. Letzterer hat es schon bis zum Muschir (Feldmarschall) und Mitglied des Staatsraths gebracht. So geschwind macht man in der Türkei Carriere. — Gestern Abend brannten die Hofküchen und Cunuchenwohnungen bei der kaiserlichen Sommerresidenz in Beyler Bey ab. Das Palais selbst, wo der Sultan gegenwärtig residirt, konnte nur durch die äußerste Anstrengung gerettet werden. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 1. October. Mit dem heutigen Tage tritt der Staatstelegraph von hier nach Mannheim in Betrieb und können auf dem hiesigen Main-Neckar-Staats-Telegraphenbureau jedergezeit Privatdepeschen zur Beförderung aufgegeben werden. Unsere Stadt tritt dadurch mit Paris und London in unmittelbare telegraphische Verbindung.

* **Wien**, 28. Sept. Die heutige „Wiener Zeitung" enthält eine „Kundmachung des Finanzministeriums", welche den Gesammtbetrag der Einzeichnungen auf das letzte Anlehen auf 116,062,000 fl. angibt. Die Reduction findet unter näher festgesetzten Modalitäten in dem abgerundeten Verhältniß von 100 auf 70 fl. statt.

* **Wien**, 28. Sept. Die Reduction der den Betrag des letzten Staatsanlehens übersteigenden Zeichnungen wird in folgender Weise stattfinden. Wenn bei der Reduction eine durch 100 nicht theilbare Zahl resultirt, so sind die Endbeträge unter 50 fl. nicht zu berücksichtigen, von und über 50 zu 100 fl. zu ergänzen. Die 1pCt. Provision wird, jedoch nur für den bemessenen Betrag, auch dann aufrecht erhalten, wenn diese unter die Ziffer von 500,000 fl. herabsinkt. Alle Subscriptionen, welche unter 1000 fl. sinken würden, werden nicht reducirt; ebensowenig diejenigen, bei welchen sogleich die volle Einzahlung geleistet wurde oder bei denen ein Provisionsbezug weder unmittelbar noch mittelbar stattfindet.

* **Berlin**, 29. Sept. In der Zollvereinsangelegenheit sind nunmehr, wie wir mittheilen können, von Seite Preußens solche Beschlüsse gefaßt, welche geeignet sind, die Stellung Preußens in dieser bedeutungsvollen Frage zu einer klaren zu machen. Den betreffenden Regierungen wird eine Eröffnung über die Stellung,

welche Preußen den Besetzungen Oesterreichs und der Staaten der Darmstädter Uebereinkunft gegenüber einnehmen wird, in den ersten Tagen zugestellt werden. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß die nöthigen Vorbereitungen, welche eine Aenderung der Aufgabe des Zollvereins erheischt, auf das eifrigste von Seite unserer Regierung betrieben werden.

O* **Hannover**, 29. Sept. Für die hiesige Regierung ist ein sehr wichtiger Moment gekommen. Sie wird einen Entschluß fassen müssen, und Hannover befindet sich offenbar in der schwierigsten Lage. Es gibt hoffentlich eine entschiedene Erklärung an Preußen für den Fall, daß dieses sollte abbrechen wollen, während es auf die Münchener Rückäußerung eingehen kann, und nachdem es von Anfang beim Septembervertrage auf das bestimmteste hierher erklärt hat, daß es zu einer tiefgreifenden Spaltung, an deren Bevorstehen man in Berlin nicht glaube, es nicht werde kommen lassen. Gestern traf Graf Alvensleben zu vertraulichen Besprechungen von Berlin kommend hier ein. Graf Alvensleben pflegt in kritischen Momenten verwendet zu werden.

— **Kiel**, 27. Sept. Der, wie es scheint, mit völliger Bestimmtheit, daß die Angelegenheit wegen der Abfindung des Herzogs von Augustenburg in der letzten Zeit abermals gänzlich ins Stocken gerathen und keineswegs noch definitiv erledigt ist. Die Zögerung soll gegenwärtig von der dänischen Regierung ausgehen. Kundige wollen diese mit dem demnächstigen Zusammentreten der schleswigschen Ständeversammlung, welcher der Herzog kraft der ihm durch das Gesetz ertheilten, durch die Proclamation vom 28. Januar dieses Jahrs entzogenen erblichen Thronstimme angehört, in Verbindung bringen.

†† **Kassel**, 29. Sept. Gestern wurden die diesjährigen Herbstmanöver des kurhessischen Armeecorps geschlossen, und heute Morgen sind bereits die in und um unsere Residenz versammelt gewesenen Truppen wieder in ihre Cantonnements und Garnisonen abgerückt. Zu allerletzt wurden heute Morgen noch ein Artilleriemanöver mit Schießen nach der Scheibe, welchem Se. königl. Hoh. der Kurfürst beiwohnte. Letzterer hatte dieser Tage einen Unfall, indem in der Gegend von Niederzwehren das Pferd des Kurfürsten beim Abfeuern einer Zwölfpfündnerkanone erschreckt, zurücksprang und seinen hohen Reiter aus dem Sattel warf. Der Unfall hatte jedoch glücklicherweise keinerlei Verletzung zur Folge, und Tags darauf nahm Se. königl. Hoheit wie gewöhnlich wieder zu Pferd an den Herbstübungen der Truppen Theil. Die nun beendigten Herbstmanöver haben wiederholt den erfreulichen Beweis geliefert, daß unser kurhessisches Armeecorps in allen seinen Waffengattungen, was die Leichtigkeit, Gewandtheit, Raschheit, Geschicklichkeit, Präzision und Manövrirfähigkeit betrifft, auf einem Stand punkte der Ausbildung sich befindet, daß es den besten Truppen des deutschen Bundes würdig zur Seite gestellt werden kann. Am letzten Sonnabend fand zu Wilhelmshöhe, zur Geburtstagsfeier Ihrer Erlaucht der Frau Gräfin Marie Auguste Gertrude von Isenburg Wächtersbach, ein glänzender Hofball statt, welchem ein ausgewähltes Offizierkorps und ein auserlesener Hofstaat beiwohnte. Das Gestirn des Abends bildete Ihre Durchlaucht die Fürstin Felix von Hohenlohe-Oehringen, welche durch einen prachtvollen Anzug, den ihr der Kurfürst kürzlich von Paris mitgebracht hatte, Aller Augen auf sich zog. — Gestern Nachmittag wurde von Sr. königl. Hoheit dem Kurfürsten auf der Wilhelmshöhe der königl. niederländische Gesandte, Herr v. Scherff, welcher seit einigen Tagen hier weilt, empfangen, und später zur großen Tafel, wo das Gesammtministerium, die Generalität und die höheren Stabsoffiziere beiwohnten, hinzugezogen.

h **Sondershausen**, 27. Sept. Vorgestern Abend gegen acht Uhr kehrte Se. Durchl. der regierende Fürst in Begleitung des Prinzen Günther Leopold von der Reise zurück, welche er vor längerer Zeit nach dem südlichen Deutschland, der Schweiz und dem südlichen Frankreich angetreten hatte. Sofort nach der Ankunft des Fürsten bewegte sich ein langer Fackelzug der festlich geschmückten Bürger und Beamten, mit den städtischen Behörden, der Liedertafel und dem städtischen Musikcorps an der Spitze, nach dem fürstlichen Schloß, um den Wiedereingekommenen zu begrüßen. Das Willkommen der Stadt wurde demselben durch die beiden Bürgermeister und eine Deputation des Gemeinderaths ausgesprochen.

† **Turin**, 25. Sept. Nachrichten aus Frankreich zufolge hat der Präsident den zu seiner Begrüßung von hier entsendeten Ministerminister Lamarmora mit Auszeichnung empfangen; dieser wird den Prinz-Präsidenten bis Toulon begleiten. General Dabormida erhielt das Commandeurkreuz, Major Petiti das Ritterkreuz der Ehrenlegion.

* **Paris**, 29. Sept. Die telegraphischen Berichte, welche der Regierung über den Aufenthalt des Prinz-Präsidenten in Marseille zugegangen sind, theilen auch die Antwort Ludwig Napoleons auf die Ansprache des Bischofs von Marseille mit. Sie lautet:

Monseigneur! Ich bin tief gerührt von dem Dank, welchen Sie mir im Namen der Kirche und der Geistlichkeit aussprechen, die in schweren Zeiten zu schützen ich im Stande gewesen bin. Religion ist, wie Sie sehr richtig bemerkt haben, die Grundlage jeder Gesellschaft und jeder Regierung, die sich ihrer Bestimmung bewußt ist; und Sie ist es, die meine Stärke bildet und mir selbst auf dem Weg, den ich eingeschlagen habe. Ich hoffe, daß Ihre Gebete die Segnungen des Himmels herabrufen werden auf vollständige Ausführung der Mission, die mir vom Vertrauen des französischen Volkes geworden ist.

Eine Reihe von telegraphischen Depeschen berichtet über den außerordentlich glänzenden und enthusiastischen Empfang in Toulon. Die Stadt wimmelt von Fremden und macht ihrer Begeisterung in Kaiserovats Lust. Gestern früh hat der Prinz-Präsident das Arsenal, den Hafen, die Schiffswerften, die Forts ꝛc. in Augenschein genommen. Namentlich bot die Rhede mit der Menge der beflaggten Schiffe und dem ganzen in Schlachtlinie aufgefahrenen Evolutionsgeschwader einen reizenden Anblick. Heute früh 9 Uhr gedachte der Prinz nach Aix weiter zu reisen. Er hat vorgestern Nacht dem Ball beigewohnt, den die Stadt Toulon ihm zu Ehren veranstaltet hatte.

Bezüglich des in Marseille entdeckten Complotts enthält die „Patrie“ folgende Notiz: Man hat sich überzeugt, daß die Höllenmaschine mit großer Geschicklichkeit construirt war. Die Artillerieoffiziere, die man aufforderte, sie zu prüfen, haben erklärt, sie sei so ausgeführt, daß sie das fürchterlichste Unheil angerichtet haben würde, wäre nicht die Personen, welche die Maschine entdeckten, außer aller Gefahr gewesen wären. — Der Gerichtshof in Aix ist mit der Untersuchung des Marseiller Complotts beauftragt worden. Die Nachforschungen werden mit dem größten Eifer betrieben.

** **Madrid**, 24. Sept. Die Glocken aller Kirchen und Kanonenschiffe haben das Hinscheiden des Herzogs von Bayern verkündigt. Eine Ehrenwache der Hellebardiere umgibt die Leiche, die auf Staatskosten mit großem Gepränge bestattet werden wird. Alle Minister haben sich in dem Hotel des Herzogs eingeschrieben und der Hof legt für drei Tage Trauer an. Der Abstand, die wahrscheinlich in der Atchaffrage erfolgt, will die Königin beiwohnen. Auch zu Ehren des verstorbenen Herzogs von Wellington sind alle Festlichkeiten von Ihrer Majestät angeordnet, die einem spanischen Marschall gebühren mit Ausnahme der Crequien, weil Wellington Protestant war.

Börsenberichte.

†† **Frankfurt**, 30 Sept. Am heutigen Abrechnungstage für Monat September zeigte sich im Allgemeinen eine viel günstigere Stimmung; durchgehends waren fast sämmtliche Fondsgattungen bedeutend und schließen zuletzt sehr fest. Von sämmtlichen Papieren waren Spfl. Metall. 51⅛ pCt. G.; 4½pCt. Metall. 73 pCt. G.; Spfl. Bons 5pCt. 88¼, ¾ pCt.; Wiener Bankoten 1394 fl. G.; 250 fl. Loose 119½ pCt. G. In spanischen Fonds war der Umsatz in 1pCt. überaus belebt, viele darin gemachten compt. Umsätze haben den Cours derselben auf 23½ pCt. G. 3pCt. Inländische ohne viel Geschäft 46½ pCt. Von Eisenbahnactien war Fr.-W.-Nordbahn 45 pCt., Berbach 95½ pCt., Köln-Minden 141 pCt., Taunus 298 fl. Im Uebrigen lieferte der Markt nichts Erlangthäres ab. — Wegen des Ausbleibens sämmtlicher telegraphischen Coursnotirungen war Abends in der Effectenbörse kein Geschäft. 1pCt Spanische warn 23¼pCt G. Madrid, 24. Sept. Staatsch. 95½ Brl., 95 G. — Köln-Minden 112 ⅛ 112½ bez. — Fr.-W.-Nordb. 42½, 41½ G. ½, ⅛, ½ bez. Madrid, 24. Sept. 3pCt. 47¼, n. d. Börse 47⅛. — 1pCt. Neue 24⅛, n. d. Börse 24⅛ G. — Neue 3pCt. —

Amsterdam, 29. Sept. 4 Ndr. 2½pCt. Integr. 64. — 3pCt Schuld 76⅞. 4pCt. do. 96½, ½, ⅛. — 3½pCt. do. — 1pCt. neue Spanische 23½, ⅛, ¼. — 3pCt. 50½. — do. inländische à 6000 fl. 46. — 5pCt. Portug 42⅛. — 4pCt. 39½, ⅛, ¼. — 4pCt. Russ. bei Pope 91½. — do. bei Stieglitz 90½. — 5pCt. Metall. 78½. — 2½pCt. do. 41.

Bei geringem Geschäft waren heute holländische Fonds etwas fester; in spanischen sind besonders in 1pCt. ansehnliche Partien zu verschiedenen Preisen umgesetzt worden; inländische 3pCt. waren ebenfalls bei wenig Handel etwas angenehmer; in russischen, österreichischen und nordamerikanischen war nur wenig Variation; portugiesische mehr angeboten; von südamerikanischen waren ausgestellte Grenadas auf's neue mehr gesucht.

Verantw. Redaktion: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Auffchrift

[1185]

Bekanntmachung.

In Folge des mit dem 1. October l. J. auf der Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn eintretenden Winter-Fahrteuplans wird von diesem Tage an

1) die Hanau-Fulda-Eisenacher Personenpost um 9 Uhr 50 Minuten Morgens,
2) die Hanau-Fuldaer Personenpost um 7 Uhr 35 Min. Abends aus Hanau und
3) die Post von Windecken nach Hanau um 7 Uhr Morgens

abgefertigt.

Frankfurt a. M., den 30. September 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[1156]

Höchstlich

Löwenstein-Wertheim-Rosenberg'sches Anlehen

von fl. 800,000 zu 3½ % vom 15. December 1833.

In der heute vor Notar und Zeugen stattgehabten Verlosung sind nachverzeichnete Partialobligationen des rubricirten Anlehens, nämlich:

Lit. A. Nr. 153. 210	. . . .	à fl.	1000
Lit. B. Nr. 153. 179. 429. 498	. . . .	à fl.	500
Lit. C. Nr. 94. 99. 283. 312. 400	. . . .	à fl.	100
per 15. December 1852.			
Lit. A. Nr. 95. 327	. . . .	à fl.	1000
Lit. B. Nr. 120. 226. 335. 430	. . . .	à fl.	500
Lit. C. Nr. 34. 229. 356. 453. 459	. . . .	à fl.	100
per 15. Juni 1853			

zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden und werden demnach die Zinsen nur bis zu den resp. Ablage-Terminen vergütet.

Frankfurt a. M., den 17. September 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2176]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6½ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6¾ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**
☞ **Schnellfahrt.** Umsteigbar nach Ankunft des 9 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7½ Uhr bis Düsseldorf, Elberfeld.
Von **Mainz-Castel** Mittags 12 Uhr, von **Biebrich** Mittags 12½ Uhr nach **Köln, Arnheim.**
☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Nachtzüge nach Paris-London, sowie nach Berlin-Hamburg.

☞ **Rundreise.**

Von **Mainz-Castel** über **Köln, Brüssel** nach **Paris** und von **Paris** über **Strasburg** zurück nach **Mainz-Castel.**

Grosse Preisermässigung.

I. Platz Francs **108. II. Platz** Francs **75.** hin und zurück.

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** sowie **Rundreise-Billete, gültig während eines Monats,** nach **Paris** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm,** Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli,** Zeil Nr. 67.

[2067]

122. Frankfurter Stadt-Lotterie.

Die Hauptziehung beginnt den 2. October. — Gewinne: fl. 200,000, 2 à 100,000, 40,000 20,000 ꝛc. Ganze Loose à fl. 90, ½ à fl. 45, ¼ à fl. 22. 30 kr., ⅛ à fl. 11. 15 kr. empfiehlt

Jacob Doctor, Hauptkollekteur in Frankfurt a. M.

Die Hauptziehung sechster Klasse der großen Frankfurter Stadt-Lotterie findet vom 2. bis zum 22. October d. J. Statt. Gewinne: fl. 200,000, fl. 100,000, fl. 40,000, fl. 20,000, fl. 15,000 ꝛc. ꝛc. Wir empfehlen hierzu ganze Loose à fl. 90, halbe Loose à fl. 45, viertel Loose à fl. 22. 30 kr., achtel à fl. 11. 15 kr., unter Zusicherung prompter und verschwiegener Bedienung.

[2047]

Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

Pate Pectorale

Am Apotheker **George** in Genf.

Goldene Medaille 1845 — Goldene Medaille 1848

Schachtel 36 Sous. — Schachtel 1 Fr. 80 Cent. — Schachtel 3 Fr. 60 Cent.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Krankheiten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **George,** Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Pastillen sind von Aerzten und Chemikern approbirt. Sie kosten 36 Cent., die ganze à 36 kr. oder 1 Fr. oder 18 Sgr.

Ablagen werden verlangt in Augsburg bei den Herren Redlinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Welker, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. G. von Oven,** Bleydenstraße Nr. 33. [1656]

Düsseldorfer Dampfschifffahrt.

Es werden **Gesellschafts-Personal-Karten** für den zweiten Platz ausgegeben, wobei 3 Personen für **2**; 4 oder 5 für **3**; 6 oder 7 für **4**; 8 oder 9 für **5**; 10 oder 11 für **6**; 12 oder 13 für **7**; 14 oder 15 für **8**; 16 oder 17 für **9**; 18, 19 oder 20 für **10** und über 20 für **2 für eine Person zahlen.**

Diese Karten sind für die Dauer von 12 Monaten zur Hin- und Rückreise gültig. [2213]

Der Agent: **Georg Krebs,** Zeil der Post gegenüber.

Versteigerungs-Anzeige.

Mittwoch den 6. October 1852, Vormittags 11 Uhr, wird zu Kalbach, Herz. Nass. Amts Höchst, die daselbst befindliche Schlänsenmühle mit dazu gehörigem Garten und Feld öffentlich versteigert, was den Kaufsliebhabern hierdurch zur Kenntniß gebracht wird.

[2237]

[1690]

An- und Verkauf

von Büchern bei H. Bechhold, Zeil Nr. 5 neu.

Hôtel garni,

27, rue Montha-bor a Paris.

in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2173]

Druck von August Osterrieth.

[2224] Gläubiger-Aufforderung.

Forderungen und sonstige Rechtsansprüche an Samuel Straus von Rüdesheim, welcher nach Frankfurt a. M. auswandern will, sind so gewiß bei Gr. Landgericht dahier

binnen vier Wochen

anzuzeigen und zu begründen, als sonst die Entlassungsurkunde ertheilt werden wird.

Großgerau, am 20. September 1852.

Großh. Hess. Kreisamt des Kreises Großgerau.
Dr. Werle.

[2209]

Gutsverpachtung.

Das zum Staatsvermögen gehörige Domainengut zu Schwarzensteil, welches aus

1½	Morgen	35	Ruthen Hofraithe,
389½	"	4	Aeckern des Landes,
159½	"	19	" Wiesen,
9½	"	33½	" Garten,
½	"	14	" Teiche, und
2½	"	34½	" Haide

besteht und mit den erforderlichen Wohn- und Oekonomie-Gebäuden versehen ist, soll mit der hergebrachten Schäferei-Hude und Triftberechtigung für 300 Stück Schafe von Petrilag 1853 an, auf 9 oder 12 Jahre anderweit verpachtet und zu dem Ende öffentlich ausgeboten werden

Erster Steigerungstermin hierzu ist auf

Montag den 15. October d. J.,

Morgens 10 Uhr,

in das Sechstelslocal der Rentei Schwarzenfels anberaumt worden, was hiemit Pachtliebhabern unter dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß die Qualification zur Uebernahme dieser Gutspacht durch glaubhafte Zeugnisse über Vermögen und landwirthschaftliche Kenntniß, oder welche Zeugnisse Niemand zum Mitbieten zugelassen werden, in jenem Termine nachgewiesen werden muß.

Die Pachtbedingungen können schon jetzt in dem Büreau der unterzeichneten Finanz-Ministerial Abtheilung sowohl, als auch bei der genannten Rentei, eingesehen werden.

Cassel, am 24. September 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium,
Abtheilung für die Domänen.
Wiederhold, f. B.
vdt. Schuchardt.

[1672]

Edictalladung.

Johann Thomas Reiser von hier, geboren am 24. November 1771, Sohn des verstorbenen Johann Conrad Reiser und dessen verstorbenen Ehefrau Anna Christine geborenen Blum dahier, hat sich in seiner Jugend in die Fremde begeben und sind seitdem über Aufenthaltsort, Leben oder Tod desselben keine Nachrichten eingegangen. Auf den Antrag des Johann Heinrich Reiser dahier, eines Bruders des gesuchten Johann Thomas Reiser, ergeht daher hiermit an den letzteren und an dessen etwaige Erben die Aufforderung,

bis zum 12. November d. J.

so gewiß bei dem unterzeichneten Gerichte sich zu melden, beziehungsweise ihre Erbansprüche geltend zu machen und zu begründen, als widrigenfalls Johann Thomas Reiser für todt erklärt und dessen zurückgelassenes Vermögen seinem genannten Bruder als nächsten Intestaterben ohne Caution überlassen werden wird.

Raubeim, am 12. August 1852.

Kurfürstliches Justizamt.
Kröber.
vdt. Schlarbaum.

(Nebst Beilage und Kouversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nro. 235.) 1. October 1852.

Deutschland.

= **Frankfurt**, 1. Oct. Die vom Senate dem gesetzgebenden Körper mitgetheilten Actenstücke über die Verfassungsfrage bestehen in den gedruckten Protocollen der Bundesexcommission über die Verfassungsänderungen in Frankfurt und Bremen, sowie dem im Monat August gefaßten Beschluß der Bundesversammlung wegen Frankfurt, der bekanntlich den Senat auffordert, die Gesetze vom October 1848 und Februar 1849 (Begründung einer neuen Verfassung durch eine constituirende Versammlung und Gleichheit der Juden, Beisassen und Landbewohner) für ungiltig zu erklären und die Constitutionsergänzungsacte von 1816 wieder in volle Wirksamkeit zu setzen. Das die Frankfurter Verfassungsfrage betreffende Ausschußzutachten füllt 32 Folioseiten und enthält eine Wiederlegung der von dem Frankfurter Senat aufgestellten Behauptung, daß keine Veranlassung für den Bund vorliege, auf Grund des Art. 46 der Wiener Congreßacte in dieser Angelegenheit einzuschreiten. Der Ausschuß, dessen Ansicht sich die Bundesversammlung angezeigt hat, findet aber eine solche Veranlassung in dem Einsprechen des 51r College, und in Eingaben von etwa 400 Bürgern und mehreren Gewerben, nach welchen allerdings Streitigkeiten über die Erhaltung der Verfassung vorlägen. (Les discussions, qui pourront s'élever soit sur l'établissement de la constitution soit sur son maintien, seront du ressort de la diète germanique et ne pourront être décidées que par elle.) Hierauf und auf die weitere Bestimmung: Les institutions (de la ville libre de Francfort) seront basées sur le principe d'une parfaite égalité des droits entre les différens cultes de la religion chrétienne — sowie auf die Unzulässigkeit der durch jene Gesetze von 1848 und 1849 vorgenommenen Veränderung in der Bürgerschaft als Trägerin der Souveränetät — ist der zum Beschluß erhobene Ausschußantrag begründet. Die gesetzgebende Versammlung hat nicht, wie hiesige Localblätter behaupten, bereits eine Verwahrung ausgesprochen, sondern lediglich den Senat um Mittheilung der vollständigen Acten ersucht und eine Commission mit der Begutachtung des Vorgelegten beauftragt, welche zugleich darüber zu berichten hat, ob die Verhandlungen in öffentlicher oder geheimer Sitzung stattzufinden haben.

w **Frankfurt**, 1. Oct. Der königl. preußische General v. Herwarth ist auf die Dauer von 8 Tagen verreist. Für diese Zeit führt der königl. preußische Oberst v. Kessel das Commando der hiesigen Bundestruppen. — Wie man hört, wird in nächster Zeit kein weiteres gemeinschaftliches Manöver der hiesigen Garnison stattfinden. — In letzter Sitzung der gesetzgebenden Versammlung wurden die Anträge des Herrn Dr. Jucho, den Senat um Ergänzung der nicht vollständig vorgelegten Verhandlungen mit der Bundesversammlung zu ersuchen, sowie die Oeffentlichkeit für die Sitzungen der zur Begutachtung ernannten Commission zuzulassen, zum Beschlusse erhoben.

± **Berlin**, 29. Sept. In einzelnen hiesigen höheren Kreisen wird es noch in Zweifel gezogen, ob Herr v. Radowitz mit dem kommenden Monat sein neues Amt als Generalinspector des Erziehungs- und Bildungswesens des Heeres antreten werde. Mit welchen Gründen man auch diese Angabe unterstützen mag, so glauben wir doch folgende Mittheilung als eine begründetere hinstellen zu können, nämlich: daß General v. Radowitz am 5. October von Erfurt hier wieder eintreffen und seine neue Wirksamkeit beginnen wird. Die Familie des Generals bleibt einstweilen noch in Erfurt, und dürfte erst im März des kommenden Jahres auch hierher nach Berlin übersiedeln. Adjutant des Generals in seiner neuen Stellung ist und bleibt Major v. Holleben, welcher mit Herrn v. Radowitz bereits die nöthigen Berathungen gepflogen hat. Es ist nie die Rede davon gewesen, daß in dieser Beziehung eine Aenderung vorgenommen werden solle. — Als künftiger Gesandter Preußens am französischen Hofe wird Graf Bernstorff bezeichnet. Indessen soll es noch nicht gewiß sein, ob derselbe diese Stelle übernehmen wird. Daß Graf Bernstorff bereits hierher berufen ist, um sich darüber auszusprechen, ob er sofort einen Gesandtschaftsposten zu übernehmen bereit sei, haben die Blätter schon angedeutet. — Die Staatsministerialcommission für Revision der Verfassung tritt in diesen ersten Tagen bereits zusammen. Der Hauptpunkt, worauf hingewirkt werden dürfte, ist, außer der definitiven Bildung der ersten Kammer nach ständischer Gliederung, in Bezug auf die zweite Kammer eine solche Abänderung zu erzielen, daß die künftigen Wahlen zu dieser Kammer in den Städten durch die Gemeindebehörden, und auf den platten Lande durch die betreffenden ständischen Corporationen geschehen. Parallel mit diesen Bestrebungen zur Umgestaltung unserer Verfassung in eine ständische Interessenvertretung laufen die bekannten Anträge mehrerer Provinziallandtage, welche schon dadurch, daß sie gleichlautend sind, auf eine Gemeinsamkeit hindeuten. Die bevorstehenden Volkswahlen zu der nächsten zweiten Kammer dürften einstweilen wohl als die letzten in Preußen bezeichnet werden können. — Der hiesige bayerische Gesandte, Herr v. Malzen, hatte gestern zu Ehren des hier anwesenden Ministerialraths v. Hermann ein Mittagsmahl veranstaltet, zu welchem auch Künstler geladen worden waren. — In Bezug auf die in Münster stattgehabte Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands lauten alle hier eingehenden Berichte über diese Versammlung darin überein, daß sich bei allen Mitgliedern der Versammlung vom Beginn der Sitzungen bis zum Schluß eine tiefgefühlte und innigwarme Verehrung für die Person unseres Königs kundgegeben habe. Zur Würdigung der Versammlung wird dies in den Berichten besonders hervorgehoben. — An den Umstand, daß in dem thüringischen Bergland von Seite preußischer Offiziere des Generalstabs trigonometrische Vermessungen vorgenommen worden sind, hat man allerlei Vermuthungen geknüpft. Die Sache kann indessen gegenwärtig keine weitere Bedeutung beanspruchen, als daß für mögliche Fälle man mit lobenswerther Vorsicht das gethan hat, dessen Unterlassung oft mit schwerem Verlust verknüpft sein kann. Natürlich sind diese Vermessungen unter Zustimmung der thüringischen Regierungen geschehen. Es hat hier außerordentlich befremdet, daß von Seite Dänemarks, während ein allerhöchstes Patent in Betreff der Vornahme neuer Wahlen für die schleswigsche Provinzialständeversammlung bereits erschienen ist, an eine Einberufung der holsteinschen Provinzialständeversammlung noch in keiner Weise gedacht wird. Mit vollem Nachdruck wird hier darauf hingewiesen, daß die Wiederherstellung der Provinzialstände, namentlich jener des deutschen Bundeslandes Holstein, als wesentliche Bedingung für die Räumung des Herzogthums von deutschen Bundestruppen erklärt ward und in dem königl. dänischen Patente vom 28. Januar auch verheißen worden ist. Es wird nämlich sache des deutschen Bundes sein, die Erfüllung dieser Bedingung mit Entschiedenheit in kürzester Frist zu verlangen, da es fast den Anschein haben möchte, als ob in dem Aufschub der Erfüllung der in Rede stehenden Bedingung eine Absichtlichkeit von Seite Dänemarks liege. — Durch die Wirksamkeit des hiesigen Centralvereins für die deutsche Auswanderungs- und Colonisationsangelegenheit ist bereits das Erfreuliche erzielt worden, daß die Auswanderung, welche in andern deutschen Ländern noch in erhöhtem Maße fortdauert, in dem preußischen Staat bedeutend abgenommen hat. Ueber manche Einrichtungen in Hamburg in Betreff der Auswanderer wird von dem Centralverein noch immerfort Klage geführt.

Münster, 27. Sept. Die anfänglich auf drei Wochen festgesetzte Dauer der provinzialständischen Versammlung von Westfalen ist mit Rücksicht auf die zur Berathung vorliegenden höchst wichtigen Gegenstände von dem Herrn Minister des Innern in Folge allerhöchster Ermächtigung um eine Woche verlängert worden. (W. M.)

Aus der Provinz Schlesien, 25. Sept. In dem Dorf O. bei St. sendet ein Protestant, der in gemischter Ehe lebt, seine Kinder in die katholische Schule. Damit unzufrieden, hat nun der dasige „Gemeindekirchenrath" einen ersten Grad der Excommunication gegen den betreffenden Vater in folgender Weise ausgesprochen: „Nachdem der Freistellbestimmung C. K. zu O. durch Uebergabe seines Kindes an die hiesige katholische Schule eine thatsächliche Verachtung seiner, der evangelischen, Kirche bekundet hat, so wird demselben hierdurch eröffnet, daß ihm deßhalb nach § 5 des Localstatuts das Stimmrecht entzogen werden muß, und daß sol-

ches der Gemeinde bekannt gemacht werden wird. Die hieraus sich ergebenden und andere möglichen Folgen hat sich der K. selbst zuzuschreiben. O., den 23. Juli 1852. Der Gemeindekirchenrath." (Schles. Kirchenbl.)

München, 28. Sept. Gestern Morgen haben bei mehreren hiesigen jüdischen und christlichen Einwohnern, welche in Verdacht gefallen, Wuchergeschäfte und Wuchergeschäfte zu betreiben, polizeiliche Haussuchungen stattgefunden. Wie wir vernehmen, sind leider die Resultate dieser Haussuchungen so ausgefallen, daß sie den Verdacht vollkommen rechtfertigen und Zeugniß von den von diesen Individuen betriebenen Wuchergeschäften in kaum glaubhaftem Maßstab geben. Diese Haussuchungen werden nicht mit Unrecht als die Folge einer von Seite des Ministeriums des Innern an alle Kreisregierungen ergangenen Weisung angesehen, welche, Anlaß nehmend von den großen Wucherprozessen in der Pfalz, nicht allein die Ueberwachung von derlei Geschäftsleuten, sondern auch die Herbeischaffung von Beweismitteln zur Einleitung von Untersuchungen bezweckt. Auch am Landgericht Rothenberg ist gegen zwei reiche jüdische Geschäftsleute eine Untersuchung wegen Wuchers eingeleitet. Leider ist es nach bayerischem Strafrecht in den mindesten Fällen möglich, wegen Wuchers einzuschreiten, und selbst die Polizei hat nur wenig gesetzliche Anhaltepunkte hierzu. (Bayr. Bl.)

†† **Kassel**, 29. Sept. Nachgerade tritt nach den glänzenden und geräuschvollen Herbstmanövern, welche uns eine Menge der schönsten militärischen Schauspiele in der reichsten Abwechselung darboten, wieder die gewohnte Ruhe und Stille ein. Außerdem, daß die Truppen bereits wieder in ihre Garnisonen abgezogen sind, werden noch viele Mannschaften morgen auf Urlaub in ihre Heimat ziehen. Auch verließ uns bereits heute Ihre Exlaucht die Frau Gräfin von Isenburg-Büchersburg, welche heute Morgen nach Frankfurt reiste, nachdem ihr Gemahl schon einige Tage vorher abgereist war. Nur Se. Durchlaucht der Prinz von Hohenlohe-Oehringen nebst Gemahlin werden noch längere Zeit bei uns verweilen. Dieselben werden den hiesigen s. g. Fürstenbau, dem kurfürstlichen Residenzpalais gegenüber, bereits nächsten Freitag den 1. October beziehen, an welchem Tage auch das Hoflager von Wilhelmshöhe wieder in die hiesige Residenzstadt zurückverlegt werden wird, als wozu bereits die nöthigen Vorkehrungen getroffen werden.

+ **Darmstadt**, 30. Sept. Heute hielt die zweite Kammer, nach der Vertagung der Ständeversammlung am 1. Juli, wieder ihre erste Sitzung. Zuerst nahm der Präsident das Wort, um auf seine Ehre zu versichern, daß ihm erst am Abend des 30. Juni der Wille der Staatsregierung, die Ständeversammlung zu vertagen, bekannt geworden sei, nicht schon damals, als er die Berathung der Civilliste vor der Berathung der Zollfrage auf die Tagesordnung gesetzt habe. Der Präsident des Finanzministeriums, Freiherr v. Schenck, legte einen Gesetzentwurf wegen Ausdehnung des Finanzgesetzes auf das letzte Viertel des Jahres vor, und motivirte ihn dadurch, daß das neue Budget noch nicht zum Abschlusse gekommen sei. Der Präsident schlug wegen der drängenden Zeit vor, die Vorlage als dringlich sofort in Erledigung zu bringen, während im Gegentheil der Abg. Reh den Antrag machte, sie an den Finanzausschuß zur Berichterstattung zu verweisen. Zur Begründung dieses Antrags hob er hervor, nicht die Ständeversammlung, sondern die Staatsregierung trage die Schuld der Verzögerung der Erledigung des Budgets durch die Vertagung, wozu sie keinen sich rechtfertigenden Grund gehabt habe; wichtige Angelegenheiten seien noch zu berathen gewesen, besonders der Antrag des Abg. Müller-Melchiors wegen Erneuerung des deutschen Zollvereins mit den vielen dahin gerichteten Petitionen, der Entwurf des Preßgesetzes, gegenüber den Zuständen der Presse u.s.w. Der Antragsteller warnte die Kammer vor einem Beschlusse, der sie alsbaldiger Wiedervertagung aussetze, und ihr wieder den Mund schließe. Der Abg. Müller-Melchiors unterstützte den Reh'schen Antrag und schlug vor, schon morgen zur Berathung der Zollfrage zu schreiten. Mehrere Mitglieder der rechten Seite, die Abgg. Frank, Breidenbach ꝛc. bestritten dagegen den Antrag, welchen noch mehrere Mitglieder der Linken, die Abgg. Metz, Wittmann, Mohr ꝛc. unterstützen. Hr. v. Schenck nahm mehrmals das Wort, um die Vertagung der Ständeversammlung zu rechtfertigen, namentlich durch die Nothwendigkeit, dem Finanzausschuß der ersten Kammer Muße zu seinen Arbeiten zu gestatten. Außerdem gab er zu bedenken, daß es mißlich sei, über Fragen zu berathen und zu beschließen, welche den Gegenstand diplomatischer Verhandlungen bildeten, da dadurch deren Gedeihen gefährdet werde, und stellte es der Kammer anheim, ob sie es geeigneter finde, die Zollfrage zu behandeln; die Staatsregierung sei nicht geneigt, zur Abscheidung dieser Berathung eine Wiedervertagung eintreten zu lassen, zumal da der jetzige Stand dieser Frage die Berathung als minder bedenklich und schädlich erscheinen lasse. Nach einer zweistündigen Discussion erklärte die Kammer mit 22 Stimmen gegen 16 die Behandlung des Gesetzentwurfs als dringlich und ertheilte ihm dann mit 26 Stimmen gegen 12 ihre Zustimmung. Diesem Beschluß trat sofort die erste Kammer, die größtentheils in ihrer Lage den Verhandlungen der zweiten Kammer gefolgt war, bei. Den nächsten Montag, den 4. f. M., soll die Zollfrage zur Berathung kommen.

* **Darmstadt**, 30. Sept. Se. kaiserl. Hoh. der Großfürst-Thronfolger von Rußland und Se. königl. Hoh. der Kronprinz von Württemberg sind heute früh um halb 7 Uhr mit einem Extrazuge der Eisenbahn von der Reise zu den großen Manövern in Ungarn wieder in hiesiger Residenz eingetroffen.

Frankreich.

❋ **Paris**, 28. Sept. Ueber das in Marseille entdeckte Complott hört man wenig Neues; vielleicht gewähren noch folgende Notizen einiges Interesse. Seit einiger Zeit war der Präfect der Rhonemündungen in Kenntniß gesetzt worden, daß im Bardepartement eine furchtbare Verschwörung angezettelt sei, welche die Ermordung des Prinz-Präsidenten bezwecke; die Verschworenen seien hauptsächlich französische und piemontesische Emigrirten. Sofort begann die Polizei mit ebenso großer Vorsicht wie Energie ihre Thätigkeit, und dem großen Schaffin eines von Paris hingeschickten Agenten gelang es, von einem piemontesischen Republikaner, einem der Verschworenen, ein vollständiges Bekenntniß zu erlangen. In der Nacht vom 23. zum 24. wurde ein von einem Druckereigehilfen Namens Gaillard bewohntes armseliges Haus cernirt und man fand in demselben die Höllenmaschine. Gaillard gelang es, zu entkommen; sein Mitschuldiger, ein Deutscher Namens Becker, wurde verhaftet. Im Lauf des heutigen Tages hat man die Verhaftung von über hundert Personen bewerkstelligt, lauter exaltirte und den untersten Schichten angehörende Individuen, und darunter Unverbesserliche, die nach ihren Jacquerien von vorigen Dezember verurtheilt und dann begnadigt worden waren. Die Höllenmaschine ist fast nach demselben System construirt wie die von Fieschi, nur daß die Zahl der Kanonenläufe größer ist und demnach auch die Verheerungen furchtbarer gewesen sein würden. Fieschi's Maschine bestand nur aus einer einzigen Reihe von Läufen, während diese neueste ein Parallelogramm bildet mit 26 Läufen in der obersten Lage. Darunter und auf jeder Seite befinden sich zwei Abtheilungen, in welcher vier Reihen von je zwölf Kanonen anzebracht sind; in der Mitte zwei Donnerbüchsen. Alle Läufe sind 30 bis 35 Centimeter lang. Mit einem einzigen Zündhölzchen kann die ganze Maschine entladen und losgebrannt werden.

h **Paris**, 29. Sept. Paris ist in diesem Augenblick von Fremden so überfüllt, wie im Mai dieses Jahrs, als die Aller vertheilt wurden, und an dem Napoleonstag im vorigen Monat. In den Hotels, den Restaurationen, den Schauspielhäusern drängen sie sich, und in der großen Oper werden mit „Robert der Teufel", „Favorite" und andern alten Neuigkeiten Einnahmen von 8 bis 9000 Fr. gemacht. Ueber die Boulevards und die Quais rasseln unaufhörlich in Kaleschen und Landauern englische Gäste, welche die Denkmale, Bauten und andere Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt im Augenschein nehmen. Man hat diese einträgliche Frequenz in den letzten fünf Jahren in solchem Grade wachsen erlebt; es mag dies zum Theil für die Consolidirung der Regierungsgewalt und für die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Die Polizei in Paris ist seit einigen Monaten ganz trefflich organisirt; besonders gilt dies von dem Wachtdienst der nächtlichen Runden, denn nie war die Hauptstadt auch während der Nachtzeit so sicher wie jetzt. Bewaffnete Raub- und Mordanfälle waren niemals so selten. Cayenne hat den Strolchen einen argen Schrecken in die Glieder gesagt und das Wesentlichste zur Säuberung der Straßen beigetragen. In der Nacht vom vorigen Samstag zum Sonntag sind in Bourges an einigen Orten beleidigende Plakate gegen den Prinz-Präsidenten angeschlagen, von der Polizei aber sofort wieder abgerissen worden. Der Urheber derselben, ein armer Teufel, ist festgenommen, und man vermuthet fast, daß Obdach- und Nahrungsbedürfniß an dem Vergehen größeren Antheil als politische Meinung haben. — Im Süden, in einigen Gegenden der Loire und in der Champagne, hat die Weinlese ihren Anfang genommen. Das Erzeugniß in Languedoc ist so schlechter Art, daß nach altem Wein dringende Nachfrage entstanden und dieser bedeutend gesteigert ist; inuerhalb eines Monats um nicht weniger als 50 pCt.

△* **Vom französischen Jura**, 28. Sept. Der tapfere Capitän Mesmer von Besançon, der vor einigen Monaten im Kampfe gegen die Araber fiel, und von dem auch in der „Postzeitung" die Rede war, hinterließ seine junge Wittwe in Zustand der Schwangerschaft. In einem eigenen Schreiben bot sich Ludwig Napoleon zum Gevatter an, und bestimmte zum voraus seinen künftigen Pathen eine jährliche Pension von 1200 Fr. Das vor drei Tagen geborene Mädchen wurde vorgestern vom Cardinal-Erzbischof in der Faveriuskirche getauft. Den Prinz-Präsidenten vertrat der Präfect des Seinedepartements, Graf Lapeyrouse. —

Die mehrfachen Beziehungen, in welchen unsere jurassische Geistlichkeit zu dem Kanton Freiburg steht, machen, daß man sich auch in weltlichen Kreisen für die gegenseitigen Angelegenheiten interessirt. Die Niederlage der ultramontanen Partei in den Gemeindewahlen ist durch außerordentliche Gelegenheit hierher berichtet worden. Mehr als über den Umschlag in der Hauptstadt Freiburg, wo die Regierung begreiflich viel Einfluß hat, ist man über den des Bezirks Posieux erstaunt. Es scheint, daß die radicale Partei dem sie am meisten bedrohenden Punkt in der Schweiz auch die meiste Sorgfalt zugewendet hat. — Das Eisenbahnwesen der Westschweiz steht sich von Frankreich aus bedroht. Der Generalrath des Juradepartements hat die Regierung in Paris darauf aufmerksam gemacht, daß der Schweiz ein bedeutender Transit entzogen und für Frankreich gewonnen werden könne, wenn man an innern Abhang des Gebirgs eine Eisenbahn baue, welche Lyon und Mülhausen über Salins, Besançon, Pontarlier, Neuchâtel, mithin Rhone und Rhein verbinde. Nach Genf und Neuenburg (Verrières) würden alsdann Zweigbahnen hergestellt werden. Man ist begierig, wie der Vorschlag im Elsass aufgenommen werden wird.

Belgien.

Brüssel, 28. Sept. Die heutige Sitzung der Kammer ist ungemein stürmisch gewesen, und die Wahl des Präsidenten, die übrigens noch nicht geschehen, hat zu manchen Zwischenfällen Veranlassung gegeben. Beim ersten Votum waren 103 Mitglieder gegenwärtig; Hr. Delehaye, welcher von den Katholiken und von jener Kategorie in der Kammer, die stets hin und her schwankt, als Gegencandidat aufgestellt war, erhielt 54 Stimmen und Hr. Verhaegen 46 Stimmen; dabei waren drei weiße Zettel in der Urne. Hr. Delehaye, welcher sich bei dieser Gelegenheit zum Meister in der Rechten der Kammer hingegeben hatte, schien erst jetzt zu fühlen, daß man ihn als Waffe gebrauche, um seine eigne Partei tödlich zu verletzen, und lehnte unmittelbar die Ehre ab, den Präsidentenstuhl zu besteigen. Darauf Ungewißheit der Kammer, welche nicht wußte, ob sie die Wahl des Präsidenten auf morgen verschieben, oder ob sie fortfahren solle; endlich, nach mancher Discussion, entschied man sich, noch heute zur Abstimmung zu schreiten. Hatte die Kammer die dahin ernstlich votirt, so schien sie sich jetzt in einem wahren Kinderspiel zu gefallen; berufen, sich von neuem auszusprechen, ernannte sie Hrn. Verhaegen mit 50 Stimmen und Hr. Delehaye erhielt 48 Stimmen. Hr. Verhaegen, welcher seit fünf Jahren mit der wahren Geschicklichkeit und seltenen Unparteilichkeit der Kammer präsidirt hatte, dankte darauf in einer Anrede voller Würde seinen politischen Freunden für die ihm gegebenen Stimmen und erklärte alsdann, daß die ihm vom Ministerium gemachte Stellung eben nicht nach seinem Geschmack gewesen wäre. „Hier aber", fuhr er fort, „handelt es sich nicht mehr um Verhaegen, man hat das liberale Princip verletzt; man kann dies durch kein darauf folgendes Votum wieder herstellen; ich nehme daher die Präsidentur nicht an." Diesen Worten folgte ein donnernder, gar nicht enden wollender Beifall von der Linken der Kammer und von den Tribünen, die alle von der Elite der Hauptstadt angefüllt waren. In Gegenwart dieser Weigerung beschließt die Kammer auf den Vorschlag des Herrn Devaux, die Ernennung des Präsidenten und der Bureaux auf morgen anzuberaumen. Da das Ministerium auf eine ihm zu Anfang der Sitzung gemachte Interpellation nochmals erklärt hatte, daß es aus der Wiedererwählung des Herrn Verhaegen eine Cabinetsfrage mache, so zieht es sich zurück. So sind wir wieder von neuem in einer ministeriellen Krisis. Der Rapport, betreffend die Unterhandlungen zwischen Belgien und Frankreich, welchen man heute erwartete, ist nicht mitgetheilt worden, und es ist wahrscheinlich, daß alles, was diese Negociation betrifft, auf einige Zeit in den Hintergrund treten wird, bis der König ein neues Cabinet gebildet. (K. Z.)

Die „Indépendance belge" meldet in einer Nachschrift, daß der Minister des Innern, nachdem er die Sitzung verlassen, ein Entlassungsgesuch an den König gerichtet habe. — Im Senate legte heute der Minister des Auswärtigen den Bericht über die commerciellen Unterhandlungen mit Frankreich auf das Bureau nieder; der Druck desselben wurde angeordnet und der Senat vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

Der König und seine Söhne begrüßten heute zu Termonde die mit einem Extrazug von Ostende, wo sie gestern aus England angelangt war, dort eingetroffene Wittwe Ludwig Philipps, welche sich mit den Prinzen von Joinville zum Herzogin von Orleans nach Lausanne begibt, und gaben ihr bis Aus das Geleite, von wo sie mit einem Extrazug die Reise nach Aachen fortsetzte. — Dr. Liebig wird hier erwartet.

Niederlande.

Haag, 28. Sept. Die Commission der zweiten Kammer hat derselben heute ihren Entwurf einer Antwortsadresse auf die Thronrede vorgelegt. Derselbe ist fast nur eine Umschreibung der königlichen Rede. Die Berathung sollte unverzüglich beginnen.

Großbritannien.

◊ **London**, 28. Sept. Die Leiche des Herzogs von Wellington wird jetzt als Nationaleigenthum angesehen. Die Familie mischt sich in keine Anordnung mehr. Capitän Walls, der die Ehrenwache in Walmer Castle commandirt, besucht jeden Morgen und Abend den Saal, wo die Leiche ruht; außerdem betritt Niemand denselben Fuß. Kendal, der Kammerdiener des verstorbenen Herzogs, kann sich der Anfragen und Wünsche um Gegenstände des Andenkens an den verstorbenen Herzog kaum erwehren. Für das Feldbett desselben hat ein Gentleman 100 Guineen geboten; den Sessel, in welchem Wellington sein Leben ausgehaucht hat, wollte ein anderer mit Gold auswiegen. Auch der Haarkäusler in Deal, welcher dem Herzog die Haare schnitt, wird von einer Menge von Leuten angegangen. Wellingtons Papiere sind in bester Ordnung, und behufs ihrer sofortigen Veröffentlichung Lord Mahon, dem literarischen Testamentsvollstrecker des Sir Robert Peel übermittelt worden. Lord Brougham traurige Pflicht wird es wahrscheinlich werden, dem Herzog im Hause der Lords die Leichrede zu halten. Der gegenwärtige Herzog v. Wellington soll erklärt haben, er werde diesen Titel erst nach der Bestattung seines Vaters führen. — Der neue Oberbefehlshaber der Truppen, Lord Hardinge, hat sich gestern zur Königin nach Balmoral begeben.

Mehrere Wochenblätter legen es der Regierung sehr zur Last, daß sie Belgien einen Theil ihrer moralischen Unterstützung entzogen habe. Nachdem das kleine Land, sagen sie, in der Nachdruckfrage Concessionen gemacht oder doch zugesagt habe, beginne Frankreich den von Cassagnac angedrohten Tarifkrieg durch Erhöhung der Einfuhrzölle auf belgische Artikel. Wenn König Leopold seit die Abschaffung des Nachdrucks ratificiren? Wenn ihn England nicht im Stich ließe, würde er sich wohl hüten. Aber der Prinz-Präsident wisse nur zu gut, daß der junge Staat — trotz des Besuchs, mit dem ihn Königin Victoria diesen Sommer beehrt hat — an Lord Derby und Lord Malmesbury weder muthige noch aufrichtige Bundesgenossen habe.

Rußland und Polen.

Petersburg, 17. Sept. Gleichwie die übrigen christlichen Kirchen, so läßt auch die griechisch-russisch orthodoxe Kirche es sich angelegen sein, das Christenthum nach allen Richtungen hin, in den Ostseeprovinzen, in Polen, im Kaukasus, in Süd- und Centralasien und in Sibirien zu verbreiten, um die Völker, welche Rußland beherrscht und noch zu beherrschen sich für berufen hält, dem einheitlichen Regime der im Staatsoberhaupt vereinigten weltlichen und geistlichen Macht unterzuordnen. In der jüngsten Zeit hat sie sich dabei die Vereinigten Staaten zum Muster genommen. In der Provinz Jakutsk in Sibirien, deren Umfang einem Drittheile von ganz Europa gleichkommt, haben die griechisch-russischen Missionäre eine tragbare Kirche gebaut, deren einzelne Theile auf Wagen geladen und transportirt werden. Mit derselben haben sie innerhalb acht Monaten den größten Theil der Provinz Jakutsk durchzogen (7200 Werst ungefähr) und etwa 1500 Gögendiener bekehrt und getauft. Auch eine Eroberung, denn ein Abfall von der Kirche wird wie ein Capitalverbrechen bestraft, und geschieht das in europäischen Russland, so wird der Uebelthäter nach Sibirien verbannt, wo ihm dann allerdings seine andere Wahl übrig bleibt, als entweder wieder rechtgläubig und Colonist zu werden oder abtrünnig und Sträfling zu bleiben. (H. N.)

Börsenberichte.

Telegraphische Coursberichte des Syndicats der Frankfurter Wechselstube.

Wien, 30. Sept. 5pCt. Metall. 95¼. — 5pCt. do B 103⅛. — 4½pCt. do. 85. — Bankactien 1354. — 250 fl. Loose 139. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102. — London 11 fl. 30 kr.

Karlsruhe, 30. Sept. Bei der heute hier stattgehabten 27. Ziehung der großherzogl. badischen 35 fl. Serienlooze haben nachstehende Nummern die dabei bemerkten Hauptpreise gewonnen: Nr. 328839 50,000 fl., Nr. 229479 15,000 fl., Nr. 292889 5000 fl., Nr. 131303, 325655, 157764 und 140699 je 2000 fl., Nr. 63869, 99450, 294510, 186060, 309030, 143079, 92246, 143972, 63891, 80961, 42063, 127027, 92250 jede 1000 fl.

Frankfurt, 1. Oct. Gestern ist hier angekommen: Se. Durchl. der Prinz v. Wittgenstein, aus Petersburg, im römischen Kaiser.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

** **Bonn**, 29. Sept. Heute trafen von Claremont hier ein und nahmen ihr Absteigequartier im „Gasthof zum goldenen Stern" Ihre Majestät die Königin Marie Amalie, Wittwe des Königs Louis Philipp, und Gefolge, ferner Se. königl. Hoh. der Prinz von Joinville und Gefolge. Höchstdieselben begeben sich von hier nach Lausanne zu Ihrer königl. Hoh. der Frau Herzogin von Orleans

Einladung zur geneigten Betheiligung für den Bau eines Luftschiffes.

Die freundliche Beurtheilung, welche die Ausstellung des Modells eines lenkbaren Luftfahrzeuges hier gefunden hat, ermuthigt mich, jetzt schon zur praktischen Ausführung desselben zu schreiten, und in Anwendung der Gesetze und Regeln, nach welchen das Modell construirt ist, ein Luftschiff zu 60 Fuß Länge und 20 Fuß Höhe zu bauen, mit einer Tragkraft für 6 Personen.

Der genaue Kostenüberschlag erfordert fl. 6000, welche durch 600 Actien à fl. 10 aufgenommen werden sollen. Der Bau des Schiffes wird innerhalb 4 bis 5 Wochen vollendet sein und alsdann hier am Platze die erste Auffahrt stattfinden. Durch den bei weiteren Fahrten eintretenden Erfolg werden die Actien voraussichtlich schon binnen 3 Monaten (und zwar zu fl. 12 die Actie) einzelnd werden können, wodurch alsdann das Fahrzeug selbst in das Eigenthum des Erfinders übergeht. Die Einzahlung zur Betheiligung bei den Actien geschieht auf dem gewöhnlichen Wege, indem ein Theil bei den getheilten Herrschaften wird herumgeladen werden, während zugleich ein anderes im Ausstellen, sowie zu gleichem Zwecke offen liegt.

Die spätere Einzahlung geschieht bei einem hiesigen Geschäftshause, dessen Firma eine weitere Garantie der Solidität des Unternehmens darbietet. Diese Firma wird alsbald nach geschlossener Actien-Einzeichnung namhaft gemacht werden.

Es gereicht mir zur hohen Ehre, gerade hier diejenige Ermuthigung zu finden, ohne welche das Zustandekommen eines neuen großartigen Unternehmens nicht möglich wird, und es fühlt sich der Erfinder für das ihn bedrohende Zutrauen zu lautem Ausspruche des Dankes gegen die Stadt Frankfurt verpflichtet.

Frankfurt, den 1. October 1852.

H. von Freudenberg.

Heil-Anstalt für Sprachleidende und Schiefende.

Am 1. November l. J. beginnt der 1. Winterkursus.

In dieser Anstalt werden alle fehlerhaften Sprachangewöhnungen: das Stottern, Lallen, Näseln, Lispeln, Zischeln, Schnarren &c. und die fehlerhafte Angewöhnung des Schielens durch die von mir erfundene Sprech-, Hör- und Sehgymnastik, bei Lallenden, Näselnden und Schnarrenden mit Hülfe des von mir erfundenen Zungenhebers, und bei Schielenden mittelst der von mir erfundenen Sehscheibe gründlich gehellt ohne Anwendung medicinischer oder chirurgischer Mittel.

Die Anmeldungen zur Aufnahme in die Anstalt ganz ins Haus mit Kost an meinem Familientische und Wohnung werden spätestens 2 Tage, und diejenigen, welche nur den Kurunterricht verlangen, spätestens 1 Tag vor Eröffnung des Kursus angenommen.

Es werden jährlich 4 Kursus eröffnet, 2 für den Winter: im November und im Februar, und 2 für den Sommer: im Mai und im August. Kinder unter 14 Jahren werden jährlich nur 2 Mal aufgenommen: im November und im Mai.

Das Nähere erfährt man auf Verlangen durch den Prospectus

Frankfurt a. M., den 29. September 1852.

Director **Hellermann,**

[2234] Grünestraße (vor dem Allerheiligenthor), Gew. 3. Nr 5 B.

Königl. Bayer. Donau-Dampfschiffahrt

[2242]

zwischen

Donauwörth und Linz

im Anschlusse an die Eisenbahn in Donauwörth und an die österreichischen Dampfboote nach Wien.

Fahrordnung im Monat October 1852.

Vom 1. bis 15. October 1852:

Von Donauwörth nach Regensburg täglich Abfahrt Vormittags 10 Uhr.
„ Regensburg „ Linz „ „ früh 5 Uhr.

Vom 16. October an:

Von Donauwörth nach Regensburg jeden Tag ungeraden Datums Abfahrt Vormittags 10 Uhr.
„ Regensburg „ Passau „ „ geraden „ „ früh 8 Uhr.
„ Passau „ Linz „ „ ungeraden „ „ 7 Uhr.

[2276] Ein solider Mann im besten Lebensalter, der während 16 Jahren in einem angesehenen französischen Handlungshause continuirlich, wünscht baldigst eine Anstellung zu erhalten, vorzugsweise für die deutsche und französische Correspondenz. Seine Ansprüche sind bescheiden. Die Expedition dieses Blattes ertheilt Auskunft.

[2243] **Edictalladung.**

Nachdem über das Vermögen der Wittwe des J. Depdriver sopher der Gemeinschaft rechtskräftig erkannt worden ist, so wird zur Anmeldung dinglicher, sowie persönlicher Ansprüche gegen dieselbe Termin auf

Donnerstag den 21. October l. J., Morgens 8 Uhr,

anberaumt, bei Vermeidung des Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der Masse.

Wiesbaden, den 20. September 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.

Eiffelt.

[2244] **Edictalladung.**

Nachdem über das Vermögen des unbekannt wo? abwesenden Schneidermeisters Carl Grüter von hier der Gemeinschaftsconcurs rechtskräftig erkannt worden ist, so wird zur Anmeldung dinglicher und persönlicher Ansprüche gegen denselben Termin auf

Dienstag den 19. October l. J., Morgens 8 Uhr,

anberaumt, bei Vermeidung des Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der Masse.

Wiesbaden, den 20. September 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.

Eiffelt.

Cours der Staats-Papiere.

1. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.S. Rothsch.	94½	P.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B	94½	P.
»	5% L. V. (C. b. Roths)	88¾	P. 88 G.
»	5% do. Monte C. 18. I. M	84⅝	P. 84 bez. u. G.
»	Bank-Actien . . .	1393	P. 88 bez. u. G.
»	5% Metalliq. Oblig.	82	P. 81¾ Gebrüder
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	82⅛	P.
»	4½% ditto	72⅜	bez. u. G.
»	4% ditto	65⅛	P. 64¾ G.
»	3% ditto	48¾	P.
»	2½% ditto	41½	G.
»	1% ditto	16⅞	P.
Preussen .	4, 250 Loose b. Roths.	118½	P.
»	4, 200 ditto	101	P.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	81¼	P.
»	4% ditto	71¼	P.
»	3½% Staatsschuld.	95⅛	P.
»	4½% Oblig. b. Roths.	103⅛	P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112½	P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅛	P.
»	4½% ditto	100⅜	P. ½ G.
»	4% ditto	97⅛	G.
»	4% Abfds.-Renie .	97⅛	P.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93¼	P.
»	Ludwigsb.-Bexbach.	95⅜	P. ⅓ G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103⅜	P.
Baden . .	5% Oblig. b. Rothsch.	102⅛	P.
»	4½% Obligationen	103	G.
»	3½% v. 1842 . . .	89⅝	P.
»	2, 50 Loose v. 1840	65¾	G.
»	2, 35 Loose v. 1845	38	P. 37⅝ bez.
Nassau . .	5% Oblig. b. Rothsch.	103½	P.
»	3½% ditto	92	P.
»	2, 25 Loose . . .	38⅛	P.

		Per comptant.	
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅝	P.
»	3½% ditto	90¼	P.
Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34⅜	G.
»	Frdr.-Wilhs-Nordb.	45½	P.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	101¼	G.
»	4% ditto b. Rothsch.	98¼	P.
»	3½% ditto b. Rothsch.	92½	P.
Frankfurt	4, 50 Loose . . .	90⅛	P. ½ G.
»	4, 25 Loose . . .	31⅜	G.
»	3½% Oblig. v. 1839	96½	P. 1/4 G.
»	3½% » v. 1846	85⅜	P.
»	3% » . . .	86	P.
»	Taunusbahnen .	300	P.
Russland	4½% Int. b. Baring	103⅛	G.
»	4% Obl. b. Hope & 2.	92½	P.
»	4% » b. Stieglitz »	92	P.
Polen . .	4% Oblig. de 5.000	91¼	P. 91 G.
Spanien .	3% Inl. Sch. P. fl. 3.80	46	P.
»	1% Neue » »	23⅜	bez. u. G.
Holland. .	4% Certificate . .	96⅛	G.
»	3½% Syndicats .	84½	G.
»	2½% Integrale .	61¾	G.
Belgien .	5% Obl. int. A. fl. 120. R.	106¼	P.
»	4½% Obl. int. A. 28 R.	97⅜	P. 1/2 G.
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	90¾	G.
»	3½% Obl. b. Rothsch.	56	bez. 55½ G.
Sardinien	60% Obl. b. Rothsch.	97⅜	P.
»	5% Obl. b. Hambro	94¼	P. 1/2 G.
»	Sardinische Loose .	41	P. 40½ G.
Toscana	5% Obl. 1850 (ch. Golds.)	100⅞	P.
»	5% 1851 b. Bastogi (ch.)	97½	P.
Nämerika	6% Stocks Dollt. 2.30.	116½	P. 1/4 bez. u. G.

Vereins fl. 10 Loose . . . 37⅛ P. 2/4 G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 1. October	Per comptant.	
Amsterdam . . . K.S.	103	B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.) 2M.	—	—
Augsburg . . . K.S.	120⅜	B. 119⅝ G.
(100 fl. Crt.) 2M.	—	—
Berlin . . . . K.S.	104	B ⅛ G.
(60 Thlr.) 8M.	—	—
Bremen (50 K.S.	97½	B. ⅛ G.
Rthlr. l. Ldor. 8M.	—	—
Hamburg . . . K.S.	99	B.
(100 M. B.) 2M.	—	—
Leipzig . . . K.S.	105	B.
London . . . . K.S.	119⅛	B. ⅛ G.
(10 Liv. St.) 3M.	—	—
Lyon . . . . K.S.	94½	B.
(300 Fr.) 2M.	—	—
Mailand (250 K.S.	101	B. 100½ G.
Lir. Austr.) 2M.	—	—
Paris . . . . K.S.	94½	B. ⅛ G.
(300 Fr.) 2M.	—	—
Wien (100fl.) K.S.	103	B. 102½ G.
im 5. 20 F.)	—	—
Disconto . . .	2¾	G.

Gold und Silber.

Pistolen	9	45½ – 46⅛
Pr. Friedrichsd'or	9	56–57
Holl. 10fl. Stücke	9	9 54–55
Rand-Ducaten . .	5	38–39
20 Francsstücke	9	31–32
Engl. Sovereigns	11	57
Gold al Marco	9	383½ – 384½
5 Frankenthaler	9	2 21⅞ – 22⅛
Preuss. Thaler .	9	1 45¼ – ⅜
Preuss. Cassa-Sch.	9	1 45⅛ – ⅜

Druck von August Osterrieth.

№ 236. — Samstag — den 2. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) im Gebiet des Vereins der Deutsch-Oesterreichischen Postverwaltungsbezirk 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 16 Sgr. 2) in allen übrigen deutschen Staaten 2 fl. 30 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr. 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 1/2-Fuß, oder 4 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 23 Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. B. Alexander in Straßburg, Brandgasse № 20, und in Paris das Notre-Dame de Nazareth № 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/3 Breite) von Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

☞ Bestellungen auf das mit dem 1. October begonnene vierte Quartal der „Frankfurter Postzeitung" werden fortwährend bei der Expedition dahier und bei den auswärtigen Postämtern angenommen.

Rückblick auf den Monat September.

Deutschland. Leider ist auch im vergangenen Monat die handelspolitische Frage in ihrer Entwickelung nicht vorgerückt. Die allseitig gewünschte Einigung ist nicht eingetreten: im Gegentheil, die gegenseitige Spannung hat eine solche Höhe erreicht, daß man kaum noch auf eine glückliche Lösung hofft. Das Nichteintreffen der am 15. September erwarteten Rückäußerung der in Darmstadt verbündeten Regierungen veranlaßte Preußen am 17. zur Abhaltung einer Conferenz ohne Zuziehung der Bevollmächtigten dieser Regierungen, worin man vielfach ein gänzliches Brechen mit denselben hat erblicken wollen. Dem ist indeß in officiöser Weise widersprochen worden und steht nun, sobald die in München vereinbarte Antwort der Darmstädter Verbündeten überreicht sein wird, die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Aussicht. Wann und in welcher Weise die Uebergabe der noch nicht allseitig ratificirten Antwort stattfinden wird, steht noch nicht fest. Von der Vermittelung Hannovers wird Alles erwartet. — Dem handelspolitisch en Zwiespalte geht, traurig genug, der kirchliche zur Seite. Auf dem evangelischen Kirchentage in Bremen sind Stimmen laut geworden, die von einem tiefen Hasse gegen Rom und die Jesuiten Zeugniß geben; die katholische Versammlung in Münster hat sich von ähnlichen Regungen gegen Andersgläubige frei gehalten. Letztere brachte eine Zuschrift an sämmtliche Regierungen und den Bundestag über die Stellung der katholischen Kirche zum Staate zu richten.

Aus den Einzelstaaten ist wenig zu berichten. In Oesterreich wurde ein neues Anlehen aufgelegt, dessen unerwartet günstiger Erfolg für das wieder erwachte Vertrauen zu den Finanzkräften des Kaiserstaats spricht. — In Preußen traten die Provinziallandtage zusammen und wurde ein provisorisches Gesetz über Bildung der ersten Kammer erlassen. Auch eine Commission für etwa nöthige Aenderungen der Verfassung wurde ernannt, und zur Herstellung der im Ministerium nöthigen Einheit erschien eine Cabinetsordre, die das Verhältniß des Ministerpräsidenten zu den übrigen Ministern regelt. Die Bewegung der Katholiken gegen die bekannten Ministerialerlasse dauert fort. — In Würtemberg wurden die Stände vertagt und die bisherigen Vorstände der Ministerialdepartements zu Ministern ernannt. — In Hannover wurden mehrere der neuen Organisationsgesetze publicirt. — Für Baden war der verflossene Monat als der erste ohne Belagerungszustand von ganz besonderer Wichtigkeit. — In Oldenburg nahmen die Wahlen eine für die Revision der Verfassung günstige Richtung und wurde der Revisionslandtag eröffnet. — In Kurhessen wurden auch die Mitglieder der ersten Kammer beurlaubt und versprach das aufgelegte Anlehen einen günstigen Erfolg. — Im Großherzogthum Hessen sind die vertagten Kammern so eben wieder zusammengetreten. — Auch für Waldeck wurde, nachdem der Fürst die Regierung angetreten, der Landtag einberufen. — In den freien Städten wurde die Verfassungsfrage noch nicht gelöst.

In der Schweiz hat außer der großen Ueberschwemmung in der letzten Hälfte des Monats und dem beklagenswerthen Unfall, welcher der Frau Herzogin von Orleans zugestoßen ist, nichts von allgemeiner Bedeutung sich zugetragen. Im Kanton Bern bereitet man sich vor, das fünfhundertjährige Jubiläum des Eintritts dieses Standes in die Eidgenossenschaft, am 6. März 1853 in würdiger Weise zu begehen. In Zürich, Basel, Bern, Neuenburg, Waadt und Genf, wie in den östlichen Kantonen, beschäftigt die Eisenbahnfrage die Gemüther auf das lebhafteste. Nicht minder ist dies der Fall bezüglich auf die bevorstehenden Wahlen eines Verfassungsraths und großen Raths in Wallis, der Gemeindewahlen in Freiburg und verschiedener Ergänzungswahlen in andern Kantonen. Die den Geschwornengerichten anfänglich nicht besonders günstige öffentliche Meinung scheint die bedingte Zweckmäßigkeit derselben mehr und mehr anzuerkennen. In Freiburg erkennt man eine gegenseitige Annäherung der Parteien, während in Genf eine immer größere Spaltung zwischen denselben bemerkbar wird.

In Italien wuchs der Einfluß Oesterreichs auch äußerlich; eine Zolleinigung mit Parma und Modena wurde abgeschlossen, und dadurch Sardinien noch mehr, wie bisher schon, isolirt. Des letztern Verhältnisse zur römischen Curie haben sich nicht freundlicher gestaltet: dagegen steht eine Annäherung der Curie an den Hof von St. James zu erwarten, wenn nämlich die Mission des britischen Gesandten in Florenz an den päpstlichen Hof, der man den Abschluß eines Concordats unterlegt, von Erfolg gekrönt sein sollte.

In Frankreich hat sich nun auch die letzte Bedingung erfüllt, an welche Ludwig Napoleon noch vor wenigen Monaten die Umwandelung der Wahlrepublik in ein erbliches Kaiserreich knüpfte: die unverbesserlichste und auch, weil sie vor keinem Mittel zu ihrem Zwecke zurückbebt, die gefährlichste aller Parteien, die socialistische, ruht nicht: sie hat das Haupt des Staates bedroht, und dem am 2. December überwundenen Ungethüm des Jahres 1852 würden, wenn der Streich gelungen wäre, rasch die Köpfe wieder gewachsen sein zum allgemeinen Verderben. — Jetzt Behufs, dem Haupt seine Krone zu sichern, ist von dem verbrecherischen Attentat, sollte es abermals versucht werden, nicht würde erreicht werden können. Zwischen dem mißglückten Mordanschlag gegen den ersten Consul in der Straße St. Nicaise im Jahre 1800 und der ersten Kaiserkrönung lagen noch vier Jahre; vielleicht daß zwischen dem neuesten Attentat und der Salbung des Neffen nicht einmal vier Wochen liegen werden, denn nachdem die Provinzen so laut gesprochen, gedenkt die Hauptstadt Ludwig Napoleon, dessen Reise zu einem Triumphzug geworden ist, bei seiner Heimkehr als Imperator zu empfangen. Ob des Volkes Stimme, wie sie sich in den letzten Wochen hat vernehmen lassen, als Gottes Stimme betrachtet werden wird; oder ob das neue Reich auf dem Saale des Senats hervorgehen und noch durch ein formelles Plebiscitum sanctionirt werden soll; ob die neue Dynastie sich in einen „zweiten" oder „dritten" Napoleon fortsetzen wird, ist der Haupt- und Thatsache gegenüber gleichgültig, und diese Thatsache ist eine zweite Kaiserkrönung siebenmal sieben Jahre nach der ersten. Was weiter? Wer vermag dies zu sagen. Der „Moniteur" und in seinem Gefolge die gesammte halboffizielle Presse proclamiren ein Reich der Ruhe, der Ordnung, des Friedens. Aber die Macht der Verhältnisse ist oft größer als die Macht des Willens. Die zu Anfang des vorigen Monats als vollkommen wiederhergestellten freundlichen Beziehungen zu Belgien haben abermals eine Störung erfahren, deren Ausgang diesmal bedenklicher werden könnte. Die Erhöhung des Finanzzolls auf belgische Kohlen und Eisen haben böses Blut gemacht und seitens der Kammern in Brüssel stand zunächst als Manifestation und Repressalie gegen Frankreich die Verwerfung des im August abgeschlossenen Nachdruckvertrags zu befürchten, wären sie nicht schon bei der Präsidentenwahl, aus welcher die Minister eine Cabinetsfrage gemacht hatten, bis zum 26. October vertagt worden. Der eben erst zur Zufriedenheit des Königs wie der öffentlichen Meinung in Belgien überwundenen mehrmonatlichen Ministerkrisis ist rasch eine neue gefolgt. Ihrer Lösung sind wir nun gewärtig; dieselbe wird auch auf die Natur der Beziehungen zu Frankreich von wesentlichem Einfluß sein.

In den Niederlanden haben vor wenigen Tagen die Generalstaaten ihre Thätigkeit wieder neu begonnen.

In **England** betrauern Hof und Nation den Tod ihres größten Kriegshelden, des Herzogs v. Wellington, und erwarten den Zusammentritt des Parlaments, um die sterblichen Reste desselben neben denen Nelsons in der St. Paulskirche feierlich beizusetzen. Die Königin verweilt noch in Schottland und die politischen Ferien gehen erst in den nächsten Wochen zu Ende.

Auch in **Spanien** hat der September das Hinscheiden eines hervorragenden Mannes einzuzeichnen, des Generals Castanos, Herzogs von Bayten. Der Hof wird in diesen Tagen nach der Hauptstadt zurückkehren und die Cortes sind ihrer Einberufung gewärtig.

Aus **Portugal** weiß der verzangene Monat an kein Ereignis von politischer Tragweite zu erinnern.

Skandinavien und **Rußland** bieten dem Rückblicke sehr wenig. Der König von Schweden und Norwegen kehrte in sein Reich zurück, hatte aber bald darauf den Tod des Erbprinzen zu beklagen. — In Dänemark wurde die Ständeversammlung für das Herzogthum Schleswig ausgeschrieben.

Die Verhältnisse der **Türkei** gestalten sich immer düsterer. Der Ministerwechsel hat die den östlichen Mächten erwünschten Resultate nicht geliefert, die Rückkehr Omer Pascha's nach Bosnien ist nicht geeignet, sie zu versöhnen, und England allein wird nicht im Stande sein, die östlichen Mächte, denen sich auch Frankreich angeschlossen, im Schach zu halten.

In den **Vereinigten Staaten** hat der Congreß seine Session geschlossen. Die aus der Fischereifrage entstandene Differenz ist noch nicht geschlichtet; aber daß sie den Frieden nicht gefährden werde, steht nun außer Zweifel, wie rigoros auch die englischen Kreuzerschiffe fortwährend gegen die amerikanischen Fischerboote zu Werke gehen. In der Union dauert die Wahlagitation für die Präsidentschaft, in Mexiko die alte Verwirrung und Verlegenheit fort, und Peru steht auf der Hochwacht, um sich sein Recht auf die Lobosinseln von den Nordamerikanern nicht gefährden zu lassen.

Im **Reich der Mitte** gewinnt nach den letzten Nachrichten die aufständische Bewegung immer größere Ausdehnung.

Deutschland.

* **Wien**, 28. Sept. Der Kaiser wird dem Vernehmen nach morgen die Reise nach Croatien, Slavonien ꝛc. antreten. Die Ankunft des Feldmarschalls Radetzky in Triest steht damit in Verbindung, indem der greise Kriegsheld Sr. Majestät in der Mitte jener treuen Nationaltruppen das Geleite geben will, die auch bei seiner Armee im Jahr 1848 einen entscheidenden Anschlag gegeben. Der Monarch wird erst in der ersten Hälfte des Novembers wieder hier eintreffen. — Es taucht wieder das Gerücht auf, Radetzky beabsichtige sein Entlassungsgesuch zu erneuern, um den Abend seines Lebens auf der Villa bei Laibach zu genießen. — In Krakau kam der erste Cholerafall am 19. vor und sind seitdem 14 Personen erkrankt, 4 gestorben und 5 genesen.

* **Berlin**, 29. Sept. Vorgestern soll von den Regierungen Nassaus, Kurhessens und Hessen-Darmstadts die Ratification der Münchener Beschlüsse hier eingegangen sein. Es fehlt demnach nur noch deren förmliche Vollziehung durch die Cabinete von Stuttgart und Karlsruhe. — Außer dem Provinziallandtag für die Provinz Sachsen hat sich der der Provinz Pommern in einer Petition an die Regierung sehr günstig über die Schritte derselben vom 17. September ausgesprochen, und sie zum entschiedenen Festhalten an dem von ihr eingenommenen Standpunkt ersucht. Aehnliche Petitionen stehen noch durch die übrigen Landtage in Aussicht. Die Kreuzzeitung beruft sich auf diese Stimmen, die das Land am besten vertreten, und fordert auch ihrerseits ein Festhalten daran, um nicht ferner auf Unterhandlungen mit der Coalition einzugehen.

München, 28. Sept. In dem Befinden des Hrn. Ministerpräsidenten ist eine bemerkliche Besserung eingetreten, so daß seiner Genesung bald entgegengesehen werden darf. Die Theilnahme unter allen Klassen der hiesigen Bevölkerung für den hochgeachteten Staatsmann hat sich allgemein kund gegeben. — An die in sehr vielen Blättern verbreiteten Ausstreuungen, daß es im höheren Staatsdienste bedeutende Veränderungen geben werde, ist vor der Hand noch nicht zu denken; es kann werden, aber für jetzt gehört Alles noch ins Reich der Vermuthungen. — Seit Hr. Präsident Graf Reigersberg die Zügel der Regierung von Oberbayern in die Hand genommen, werden mit Consequenz eine Menge eingeeatterter Uebelstände abgestellt; es hat sehr noth gethan, daß mit Strenge dem Vollzuge der Gesetze und der Verordnungen unter die Arme gegriffen wird. (A. Abz.)

* **Stuttgart**, 30. Sept. Zur Wiederherstellung des Ulmer Münsters hat der König 2000 fl. geschenkt. Das Volksfest in Cannstatt, vom schönsten Wetter begünstigt, wurde von einer großen Anzahl Menschen besucht. Die Eisenbahn beförderte allein von hier 15,000 Personen dahin.

Heidelberg, 29. Sept. Heute wurde von dem hiesigen großen Ausschusse mit bedeutender Stimmenmehrheit beschlossen, die 20,000 fl. auf die Stadtkasse zu übernehmen, welche die hiesigen Bürger Altbürgermeister Th. Gützenberger, Bäckermeister Berthold und Apotheker Ottinger während der Revolution im Auftrage des damaligen Gemeinderaths bei Bürgerpräsident Brentano in Karlsruhe für die hiesige Stadt in Empfang nahmen, und die die Empfänger nach hofgerichtlichem Urtheil an die großherzogliche Generalstaatskasse zu zahlen schuldig gewesen wären. Der Beschluß des großen Ausschusses wird fast allgemein gebilligt. (B. L. Z.)

* **Darmstadt**, 1. Oct. In der gestrigen ersten Sitzung der ersten Kammer nach der Vertagung der Stände erstattete der Finanzausschuß derselben mehrere Berichte, auch den Bericht über die Vorlage des Finanzministeriums hinsichtlich der Civilliste des Großherzogs. Dieser Bericht ist bereits heute im Druck erschienen. Er wirft eingangs einen Blick auf das Institut der Civilliste in Frankreich und England, im Gegensatz zu denselben in Deutschland, hebt hervor, daß nach der hessischen Verfassungsurkunde die Domänen das Familieneigenthum des fürstlichen Hauses seien, deren Ertrag so in die Staatskasse fließe, daß daraus vorzugsweise die Civilliste und die sonstigen Bedürfnisse des großherzoglichen Hauses zu bestreiten seien, zeigt nach, daß diese Ausgaben den Ertrag der Domänen nicht erschöpfen, und wendet sich dann zu der Betrachtung der einzelnen Beschlüsse der zweiten Kammer. Diese hatte beschlossen, die bisherige Civilliste mit 576,000 und eine weitere Provisionalsummen von 5000 Gulden zur Unterhaltung an Hofgebäuden zu bewilligen. Der Finanzausschuß der ersten Kammer beantragt Annahme dieses Beschlusses, dagegen den Nichtbeitritt zu andern Beschlüssen von geringerer Bedeutung. Auch der gestern erstattete Bericht des Finanzausschusses der ersten Kammer über den Voranschlag der Staatseinnahmen für die Finanzperiode von 1851/53 ist bereits gedruckt. Der Ausschuß schlägt im Wesentlichen den Beitritt zu den Beschlüssen der zweiten Kammer vor.

* **Darmstadt**, 1. Oct. Ein Gesetz, die Prorogation des Finanzgesetzes für das vierte Quartal b. J. betr., ist heute erschienen.

* **Oldenburg**, 28. Sept. Nachdem keine Wahl beanstandet worden, ist die Eröffnung des Landtags zu heute Mittag 12 Uhr angesetzt.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 30. Sept. Die Angabe, daß ein Nachdruck der Schmähschrift Victor Hugo's, betitelt: „Napoléon le Petit" in Genf confiscirt worden sei, wird von dem dortigen Regierungsorgan „Revue de Genève" in folgender Weise berichtigt: „Man hat die bekanntesten Buchdrucker berufen und an ihren Patriotismus appellirt, daß in Genf kein Abdruck dieser Schrift gemacht werden möchte. Man hat sie bei diesem Anlasse an die Gesetzbestimmungen über Druckschriften, welche gegen auswärtige Regierungen Beleidigungen enthalten, erinnert, nach denen diese Regierungen eine Verfolgung von Amtswegen verlangen können. Man hat ihnen vorgestellt, wie unangenehm es für Genf sein müßte, seine Staatsbehörde einem solchen Proceß anheben zu sehen, dessen Ausgang, sei er freisprechend oder verurtheilend, dem Kanton nur Nachtheil bringen könnte. Diese Ansprache war nicht vergeblich, die Drucker haben ihr entsprochen. Einer, der den Druck bereits begonnen hatte, willigte sogar ein, seine Unternehmung fallen zu lassen." — Das Dorf Tour-de-Trême zwischen Gruyeres und Bulle, im Kanton Freiburg, ist am 27. d. M. Morgens zum großen Theil ein Raub der Flammen geworden. Etwa 50 Häuser sollen in Asche liegen. — Die „Schweyzer Zeitung" bemerkt: Nach und eben zugehenden directen Berichten muß es in Freiburg bei den Wahlen sehr unfair hergegangen sein. — Radicale Blätter klagen über eine in Umlauf gesetzte Petition um Abschaffung des Verfassungseides der Beamten.

Niederlande.

= **Haag**, 29. Sept. Die zweite Kammer der Generalstaaten hat heute die Antwortsadresse auf die Thronrede unverändert mit 50 gegen 4 Stimmen angenommen.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 29. Sept. Der k. k. Gesandte am Berliner Hofe, Herr Professch v. Osten, ist hier angekommen.

* **Berlin**, 28. Sept. Unter vorstehendem Datum meldet das amtliche „Dresdner Journal": Wie ich vernehme haben die Bevollmächtigten von Bayern, Sachsen, Württemberg, beiden Hessen und Nassau heute dem Vorsitzenden der Conferenz, Hrn. v. Pommer-Esche, angezeigt, daß sie zu Abgabe einer Collectiverklärung in Erwiderung der preußischen Erklärung vom 30. August ermächtigt seien und demgemäß um Anberaumung einer Conferenzsitzung gebeten. Es wird jedoch behauptet, die königlich preußische Re-

gierung wolle die Anberaumung einer solchen Sitzung ablehnen und zwar unter Bezugnahme auf eine gleichartig erfolgte Ablehnung derartiger Ansuchen, welche die verschiedenen Regierungen bevollmächtigten soll, daß Preußen die Verhandlungen mit der Gesammtheit nicht wieder aufnehmen könne, sondern dieselben nur mit den Regierungen wieder aufgenommen habe und wieder aufnehmen werde, welche sich dem preußischen Programme vom 30. August, wonach die Verhandlungen über den Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich erst nach Erneuerung des Zollvereins, mithin ohne alle Sicherheit des Erfolges, stattzufinden haben, anschließen, sonach den Forderungen Preußens sich unbedingt fügen. Würde dieser Weg wirklich eingeschlagen, so wäre damit freilich der Bruch und zwar von Preußen, ausgesprochen, zugleich aber dessen bewerkstelligte Erklärung geliefert, da bei solchen Maximen eine Verhandlung für jede ihrer Aufgabe und Stellung einigermaßen bewußte Regierung überhaupt zur Unmöglichkeit werden würde.

P **Berlin**, 30. Sept. In einer Mittheilung aus München bringt die „Vossische Zeitung" heute den Wortlaut der Vereinbarung, welche dort unter den Staaten der Coalition getroffen ist. Da derselbe officiell hier nicht übergeben ist, so kommt er nur sofern in Betracht, als aus ihm unzweideutig die unveränderte Auffassung der süddeutschen Staaten von der Sachlage hervorgeht, und dadurch im vollen Umfange der Schritt gerechtfertigt wird, welchen die preuß. Regierung nach Wien und Rom hin zur Beseitigung der Praetiusverwirrung gethan hat. Denn indem die Staaten der Coalition bei denselben Forderungen beharren, welche Preußen deßhalb abweisen zu müssen glaubte, um den Abschluß über Erneuerung und Erweiterung der Zollvereinsverträge zu Stande zu bringen und eine nach allen Seiten hin nachtheilig wirkende Ungewißheit zu enden, liegt es auf der Hand, daß längere gemeinsame Unterhandlungen zu keinem befriedigenden Resultat geführt haben würden.

* **Berlin**, 30. Sept. Der „Voss. Zeit." wird aus Wien geschrieben: „Man will hier wissen, Hannover habe schon am 17. gegen jeden voreiligen Schritt von Coalition protestirt und Rom rauh angefragt, wenn Erzogen der Coalitionserklärung keine Schritte zu thun und auch keine Sitzungen zu halten. Darüber ist man hier im Reinen, daß Hannover nach einem Zerfall des Zollvereins unter keiner Bedingung in einen norddeutschen Separatverein mit Preußen willigen werde. Es liegen darüber auf diplomatischem Wege die bestimmtesten Erklärungen vor, Erklarungen, die durch den bayerischen Gesandten in Hannover, Grafen Montgelas, eben erst in München die sicherste Bestätigung erhalten haben."

n **Hanau**, 1. Oct. Im städtischen Etat pro 1852 ist der Gehalt des hiesigen Oberbürgermeisters auf 10 0 Thlr. bestimmt. Noch der am 27. d. M. stattgehabten Wahl des Staatsprocuratorats Schüler zu Kassel hatte der hiesige Gemeindeausschuß beschlossen, den Stadtrath zu ersuchen, für jenen die höchste Gehaltsklasse von 1200 Thlrn. preuß. Cour. zu verwilligen, wahrscheinlich um ihn zu bestimmen, die Wahl anzunehmen. Als Staatsprocurator bezieht er nur 1000 Rthlr. preuß. Cour. Der Stadtrath hat diesem Ersuchen pro majora stattgegeben.

† **Paris**, 30. Sept. Der Prinz-Präsident hat est die Hälfte seiner Reise zurückgelegt; noch vierzehn Tage werden verfließen, bevor er in Paris wieder einziehen wird. Aber schon beschäftigt man sich angelegentlich mit dem festlichen Empfang, der ihm bei seiner Rückkehr in die Hauptstadt bereitet werden soll. Ein kaiserlicher Einzug wird es werden: man spricht von der Einberufung aller großen Staatskörperschaften, die Gesetzlichkeit und den Magistrat an der Spitze, welche in großem Kostüm unter Kanonendonner und den Glockengeläute von allen Pfarrkirchen Ludwig Napoleon am Bahnhof feierlich einholen werden. Früher waren so großartige Ovationen nur den Eroberern vorbehalten und dem siegergekrönten Staatsoberhaupt. Das heutige Gesellschaft aber will einem Friedensfürsten solche Ehren bereiten, weil Krieg und Eroberungen dem Geschmack des Zeitalters weniger zusagen. Die Einberufung des Senats soll für den October in sicherer Aussicht stehen; nur ist man über den Tag noch nicht einig; viele wollen als solchen den 14. bezeichnen; vielleicht aber haben die letzten Octobertage die größte Wahrscheinlichkeit. Das schon in mancherlei Variationen verbreitet gewesene Gerücht, eine Deputation des Senates werde den Prinz-Präsidenten bis Tours entgegengehen, um ihm das Senatseonsult des Kaisererichs anzubieten, lautet neuerdings dahin, die Senatoren, welche solches für passend fänden, würden sich persönlich nach obengenannter Stadt begeben, um Ludwig Napoleon ihre Huldigungen darzubringen, bevor die übrigen constituirten Körperschaften, am Bahnhof zu Paris versammelt, ein Gleiches thun. Immer mehr Verbreitung gewinnt übrigens auch das an sich doch so unwahrscheinliche Gerücht, die Herstellung des Kaiserreichs werde das Signal zur Unterdrückung aller Journale bis auf drei sein, welche von der Regierung abhängen. So weit wenigstens ist nicht einmal das erste Kaiserreich gegangen, und deßhalb auch wird man's abwarten müssen.

* **Paris**, 30. Sept. Die letzten telegraphischen Depeschen, welche der Regierung aus London zugegangen sind, schildern die Festlichkeiten als überaus glänzend und den Enthusiasmus, der sich in Vive l'Empereur! und Vive le Sauveur de la France! Luft gemacht, als grenzenlos und ans „Delirium" streifend. Von dem vorgestern Abend von der Stadt veranstalteten Ballfest soll Ludwig Napoleon überaus befriedigt gewesen sein. Gestern früh um 7 Uhr hat sich der Prinz-Präsident auf dem „Napoleon" wieder nach Marseille eingeschifft, um von da nach Aix weiter zu reisen. Der ursprüngliche Plan hat in sofern eine Modification erfahren, als dem Landweg über Gemenos, den Pont de l'Etoile und die große Straße nach Italien der Seeweg vorgezogen worden ist. Von Marseille geht die Fahrt ohne Verzug nach Roquae und dort wird dann die Eisenbahn nach Aix benutzt. Neuere Berichte über diesen Fortgang der Reise liegen noch nicht vor.

Der „Moniteur" füllt heute seine Spalten mit einer Menge von Adressen an den Prinz-Präsidenten um Herstellung des Kaiserreichs.

Gaillard, einer der Hauptverschworenen von Marseille, der entkommen war, ist in St. Etienne verhaftet worden. Dank seinem umfassenden Gedächtniß besinnen sich nunmehr alle compromittirten Individuen in den Händen der Gerechtigkeit.

Heute wurde im Stadthause die amtliche Zählung der Wahlzettel der 3. und 4. Pariser Wahlbezirk vorgenommen. Die Ergebnisse sind folgende: Im 3. Bezirk sind Wähler eingeschrieben 40,182; gestimmt haben 18,420; gültige Wahlzettel 17,629; Stimmen zählten Germain Thibaut 10,107; Michelet 6594; Bertrand 520; verschiedene Namen 408. Im 4. Bezirk eingeschriebene Wähler 42,465; votirt haben 22,755; gültige Stimmzettel 21,999; Moninfray 11,378; Goudchaux 10,504; andere Namen 117. Demnach sind in beiden Bezirken die Regierungscandidaten als Deputirte proclamirt worden. Es hatte sich zu diesem Act nur eine sehr kleine Anzahl Neugieriger eingefunden.

* **Madrid**, 25. Sept. Die Königin wird schon heute hier eintreffen; schon sind die Kanonen aufgeführt, mit denen Salven sie begrüßt werden soll. Sie hat La Granja heute früh verlassen und ist zwischen 4 und 5 Uhr hier erwartet.

Christiania, 24. Sept. (Ueber Kopenhagen.) „Christianiaposten" bringt in einem Extrablatt vom heutigen Datum die Nachricht, daß der zweitälteste Sohn des Königs, Prinz Franz Gustav Oscar, Herzog von Upland, geboren am 18. Juni 1827, heute Vormittag 11 Uhr nach einer zehntägigen Krankheit gestorben ist.

Börsenberichte.

Frankfurt, 1 Oct. Bei trägem Geschäft war heute die Haltung der meisten Fonds, ebenso wie an den auswärtigen Börsenplätzen, im Allgemeinen etwas weniger fest. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 81¼ pCt.; 4½pCt. Metall 72⅛ pCt. G.; 5pCt. Lomb.-Venez. 88 pCt. G.; Wiener Bankactien 1388 fl. G.; 250 fl. Loose 118⅛ pCt. G. Von fremden Papieren, worin das Geschäft gleichfalls nur wenig belebt war, blieben 1pCt. Neue 23½ pCt. G.; 2½Ct. Italiänische sind ohne allen Umsatz 46½ pCt G. Von Eisenbahnactien war Fr.-W.-Nordbahn 44¼ pCt. G.; Berbach 95½ pCt. G.; Köln-Minden 111⅛ pCt G.; Taunus 298 fl. Ebenso waren alle übrigen gangbaren Papiere mehr angeboten. Ausweislge telegraphische Courenotirungen waren zur Börsenzeit nicht bekannt geworden. — Abends in der Effectensocietät fand kein Umsatz statt.

Berlin, 30. Sept. Geld. Staatsscheine 95½ Br., 95 G. — Köln-Minden 112 à 111⅛ bez. — Fr.-W.-Nordb. 41½ Br., 40½ G., 41½ à 40½ bez.

Paris, 30. Sept. 4½pCt. Rente 104, 20. — 3pCt. 78, 15. — **Neapol.** 104, 30. — Neue 5pCt. Oesterr. 94¼. — **Spanische** neue Diff. 23½. — Neue 3pCt. —. — Innere Gloub 45⅞. — Bankactien 2837, 50. — Piemont 5pCt. 97, 90. — Römischen Anleihen Zuni 1850 98⅝. — Dto. de. 1850 —. — St. Germain-Eisenbahn 1132, 50. — Versailles, linkes Ufer 325. — Straßburg-Basel 328, 75. — **Nordbahn** 722. 50. — Paris-Straßburg 760.

Madrid, 25. Sept. 3pCt. 47¼. — 5pCt. Neue 24⅞. n. d. Börse 24⅞. Pr.

London, 29. Sept. 3pCt. Stocks 100⅞. — Spanische 3pCt. 50⅛. — 1pCt. 23⅛. — 2½ pCt. Holl. 61⅞. — 5pCt. neue Oesterr. 94⅞.

Amsterdam, 29 Sept. 4 Ptr. 2½pCt. Integr. 64½, 64. 3pCt. Stocks —. — 1pCt. do. 96⅛. — 3½pCt. 98⅜. — 1pCt. neue Spanische 23½. — 2½pCt. —. — 3pCt. —. — do. inländische à 6000 fl. — 5pCt. Portug. 42½. — 4pCt. 39½. — 4pCt. Rass. bei Hope 91¼. — do. bei Stieglitz 91. — 5pCt Metall. 78½. — 2½pCt. do. 41. — Neue 5pCt. Silber Metall 90¾.

Unser Fondsmarkt eröffnete heute nichts Belangreiches ab. Weder in inländischen noch ausländischen Effecten zeigte der Handel eine besondere Lebhaftigkeit. Von Letztgenannten waren russische und französische ein wenig angenehmer.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit

Belletristischer Journalzirkel
[2221] bei
Gustav Oehler.

Gutzkow's Unterhaltungen am häuslichen Heerd. Fliegende Blätter. Dorfbarbier. Erheiterungen. Europa. Hauschronik. Jahreszeiten. Illustrirtes Familienbuch. Illustrirte Zeitung. Leseftüchte. Modezeitung. Morgenblatt. Novellenzeitung.

Die Zeitschriften werden 2 Mal in der Woche in die Wohnung des Abonnenten gebracht und von dort abgeholt. Der halbjährliche Preis ist 5 fl. 24 kr.

Niederländische Dampfschiffe.

(Dienst vom 2. October.) [2218]

Täglich nach Ankunft des 8 Uhr Zugs von Frankfurt.

Von Mainz-Castel, Morgens 9 Uhr, mit Uebernachtung in Cöln z. bis Rotterdam.

(Montag, Donnerstag u. Samstag über Arnheim und 4mal über Nymwegen).

Jeden Donnerstag und Samstag bis London.

Täglich von Mainz nach Mannheim und jede Woche noch extra Güterboote.

Näheres auf den Haupt-Agenturen von **C. Louis Veyschlag** in **Frankfurt a. M.** (Kornmarkt), in **Castel** und in **Mainz**

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 24. September 1852 an fahren die Boote täglich [2247]

Von Mainz-Castel Morgens 7½ Uhr (Schnellfahrt) . . . . . bis Cöln-Deutz.
☞ Umnittelbar nach Ankunft des 6½ Uhr Zuges von Frankfurt.

Von Mainz-Castel Morgens 9 Uhr . . . . . bis Cöln-Deutz und Düsseldorf.
☞ Umnittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Zuges von Frankfurt.

Jeden Mont., Mittw., Donnerst. u. Samst. direct bis Arnheim(Amsterdam) u. Rotterdam-London.

Von Mainz-Castel Mittags 12 Uhr (Schnellfahrt) . . . . . bis Cöln-Deutz.
☞ Umnittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Zuges von Frankfurt.

Von Biebrich jedesmal eine Viertelstunde später als von Castel.

Von Mainz Nachmittags 1 Uhr und Nachmittags 5 Uhr nach Worms und Mannheim.

Billete für die Dampfschiffe nach allen Stationen und nähere Auskunft in Frankfurt a. M. bei dem Agenten Herrn Georg Krebs, Zeil, der Post gegenüber,

Hrn. Th. Fletcher bei Herren Gogel, Koch & Comp., Hrn. Aug. Schöaling auf dem Rossmarkt.

☞ Da die Düsseldorfer Boote bei Ankunft der Eisenbahnzuge von Frankfurt schon zur Abfahrt bereit liegen, so wird gebeten, um jede Verzogerung zu vermeiden, sich bereits in Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten zu versehen.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein sicherer Verlegenheit, Zu haben im Philippe's Depotgeschäft, rue St. Martin 225 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Serobelein auf der Zeil. [2196]

[1681] Von hohem Senate concessionirte
Privat-Entbindungs-Anstalt
in Frankfurt a. M.
Hebammen-Examen täglich gegen vorherige Einladungen
Dr. Roderich daselbst, Zeil 19.

[1669] A vendre une jolie maison de campagne avec un superbe jardin, près de deux portes d'une residence, que offre toutes les convenances d'une vie agréable. On invite pour des plus larges informations au dépôt de musique, maison Mozart.

[2064]
2 à fl. 100 000, 40 000, 20 000, 15 000, 2mal 10 000 u. s. w., im Ganzen 5611 Gewinne unter 17100 Loosen, bietet die am 2. October d. J. beginnende Schlussziehung der Frankfurter Lotterie dar. — Ganze Loose zu fl. 90, halbe zu fl. 45, viertel zu fl. 22. 30 kr., achtel zu fl. 11. 45 kr sind noch zu haben bei

Moritz Sonneberg, Hauptcollecteur,
Döngesgasse Nr. 20 in Frankfurt a. M.

Institut philologique de Nancy
rue des Ponts, 74.

Special-Bildungs-Anstalt für deutsche Jünglinge, welche Französisch und Englisch gründlich practisch zu erlernen wünschen.

Der Preis der Pension beträgt jährlich 400 Scribus und wird in vierteljährigen Zahlungen voraus entrichtet

Schüler können zu jeder Epoche des Jahres eintreten; allein am besten den 15. October und gegen Ostern. Näheres bei der Expedition dieses Blattes. [2192]

Mühle- und Feldgut-Versteigerung.

Die zur Concursmasse des verstorbenen Müllermeisters Johannes Zey in der Pforzheimer Niederramstadt gehörige Mühle nebst den in Niederramstadter Gemarkung gelegenen Feldgütern werden Montag den 18. October d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
nochmals auf dem Gemeindehause zu Niederramstadt versteigert und Kaufliebhaber hierzu mit dem Anfügen eingeladen, daß, falls die Taxation erreicht wird, der unbedingte Zuschlag ertheilt werden wird.
Am nämlichen Tage, um Nachmittag 3 Uhr, findet die Versteigerung des zur Masse gehörigen in Frankenhäuser Gemarkung gelegenen Baldes bei Großherzogl. Bau-germeisterei zu Obermodau statt.
Reinheim, den 27. September 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht.
[2241] Kirschbuhl. Reuling.

[2021] Oeffentliche Aufforderung.
Carl Meier von Zielsenbach hat sich vor mehreren Monaten heimlich von Haus entfernt und ist bis jetzt trotz vielfacher Aufforderung, weshalb ein Vermögen seines Vermögens bestellt und daselbe inventarisirt worden ist.
Derselbe wird nunmehr aufgefordert, im Termin
Dienstag den 7. December d. J.,
Vormittags 10 Uhr
dahier zu erscheinen und der Abgabe des Inventars beizuwohnen, als sonst unterstellt werden würde, er habe dasselbe für richtig anerkannt.
Zugleich werden Diejenigen, welche Forderungen an Carl Meier zu haben vermeinen, eingeladen, solche im obgedachten Termine anzumelden und Vergleichsvorschläge zur Abwendung des förmlichen Concursprocesses, da einer Vermögens-Uebergabung vorzulegen sei ist, anzuhören, als sonstdann Jedermann in den Beschlüssen der Mehrheit der erschienenen Gläubiger angenommen werden würde.
Altenschlirf, den 1. August 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Waldig. Pilger.

[2128] Oeffentliche Aufforderung.
Von Großh. Hofgerichte zu Gießen ist unterm 3. d. M. über das mit 2924 fl. 11½ kr. überschuldete Vermögen des Michel Domm zu Bingenrod der Gemeine Concursprocess erkannt worden und werden daher alle diejenigen, welche Forderungen an ihn zu machen haben, aufgefordert, im Termin
Montag den 15. November,
Vormittags 9 Uhr,
dahier im Gerichtslocal zu erscheinen, um ihre Forderungen anzugeben und sich des Verlaufs der Güte zu gewärtigen, als sonst die Nichterscheinenden ohne weiter zu erlassenden Präclusivverord von der Masse werden ausgeschlossen werden.
Schotten, den 11. September 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Winheim.

[2240] Aufforderung.
Michael Wetzel, Sohn des verstorbenen Rufinus Alexander Wetzel zu Dornassenheim und dessen verstorbenen Ehefrau Christine Friederike Corinne geb. Bohnin, geb. am 17. Februar 1831, in Schotbach, Königlich Württembergischen Oberamts Künzelsau, bei Gelegenheit der Durchreise seiner Eltern daselbst, wird hiermit öffentlich aufgefordert, da sein vormaliger Aufenthaltsort dahier nicht bekannt ist, sich zum Behufe der Militärconscription
innerhalb vier Wochen
bei dem unterzeichneten Kreisamt zu stellen, ansonst er in Gemäßheit des Art. 23 des Conscriptionsgesetzes vom 7. September 1847 als ungehorsamer Conscribirter betrachtet werden würde.
Reichelsheim, den 28. September 1852.
Herzoglich Nassauisches Kreisamt.
v. Preuschen.

[2239] Decret.
Das Schuldenwesen des Georg Weber von Weiperfelden betreffend.
Ueber das Vermögen des Georg Weber von Weiperfelden ist rechtskräftig der Concurs erkannt worden.
Persönliche oder dingliche Ansprüche an die Masse müssen
den 30. October d. J., Morgens 8 Uhr,
dahier angezeigt und begründet werden bei Vermeidung, des ohne weitere Decretur eintretenden Ausschlusses von der Masse.
Usingen, den 20. September 1852.
Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Müller.

[2236] Oeffentliche Ladung.
Alle, welche an den Nachlaß der dahier am 3. Juni 1852 ohne Hinterlassung bekannter Verwandten gestorbenen Wittwe des gewesenen Kanzlei-Assistenten Martin Meyer zu Breslau, Wilhelmine Meyer, geb. Meyer, Erb- oder sonstige Ansprüche zu machen haben, werden hiermit aufgefordert, solche
binnen zwei Monaten
bei dem unterfertigten Gerichte geltend zu machen, indem nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist der freiwillige Nachlaß als erblos dem hiesigen Fiscus überwiesen werden wird.
Frankfurt a. M., den 27. September 1852.
Stadtgericht II.
Schoff Dr. Mensi.
Dr. Lepsius, Secr. Bir.

[2063] Oeffentliche Ladung.
Das mit Lit. M. bezeichnete Achtel des in der vierten Klasse der 122. hiesigen Lotterie mit einem Gewinne von fl. 4000 herausgekommenen Loose Nr. 7836 ist angeblich in Verlust gerathen.
Dasselbe ist dechteinhaberinnen von der hiesigen Stadtlotterie-Direction den Gebrüdern Doctor, von diesen dem Hauptcollecteur Jacob Doctor und von diesem der Frau Karoline Soldan, geb. Eismann, verkauft worden.
Auf den Antrag der letztgenannten Käuferin, werden desshalb Alle, welchen Ansprüche an das bezeichnete Achtelloos zustehen, hiemit aufgefordert, solche
binnen 3 Monaten
bei unterfertigtem Gerichte geltend zu machen, indem dasselbe nach fruchtlosem Ablaufe dieser Frist für erloschen und kraftlos erklärt werden soll.
Frankfurt a. M., den 6. September 1852.
Stadtgericht II.
Schoff Dr. Mensi.
Dr. Lepsius, Secr. Bir.

Druck von August Osterrieth.

(Hiebei Beilage und Konversations-Blatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Samstag (Beilage zu Nr. 236.) 2. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 1. Oct. Die „Vossische Zeitung" bringt Folgendes als den angeblichen Wortlaut der in München beschlossenen Rückantwort der in Darmstadt verbündeten Regierungen:

„Indem die königl. preußische Regierung in der Sitzung vom 30. August 1852 unter Zustimmung der Regierungen von Hannover, der thüringischen Staaten, Braunschweig und Oldenburg die von den Unterzeichneten im Auftrage ihrer Regierungen bezüglich der handelspolitischen Verhältnisse zu Oesterreich gestellte Frage durch sofortiges Eingehen auf den materiellen Inhalt des vorgelegten Entwurfs eines Handels- und Zollvertrages erwiedert und den von ihr nicht beanstandeten Theil desselben in Form und Inhalt der Verhandlung zum Grunde legen zu wollen erklärt hat, ist, wie die von den Unterzeichneten vertretenen Regierungen mit Befriedigung anerkennen, ein fördersamer Schritt auf demjenigen Weg der gegenseitigen Annäherung geschehen, welchen die genannten Regierungen durch ihre bisherigen Erklärungen zu betreten bestissen waren, und dessen weitere Verfolgung Gegenstand ihrer aufrichtigen Wünsche und Bestrebungen ist. Je mehr dieselben indeß hierin den Absichten der königl. preußischen Regierung zu begegnen glauben, um so weniger dürfen sie mit Stillschweigen übergehen, daß die von der königl. preußischen Regierung gewonnene Auffassung der diesseitigen Erklärung mit deren Inhalt nicht ganz übereinstimmt. In dieser Beziehung erlauben sich die Unterzeichneten an den Inhalt ihrer unter dem 21. vorigen Monats abgegebenen Erklärung zu erinnern, welcher dahin lautete, daß ihre Regierungen den Septembervertrag unter denjenigen Modificationen, welche sich in der bisherigen Verhandlung ergeben haben, und zu deren schließlicher Redaction sofort geschritten werden könne, anzunehmen und demselben in die neuen Zollvereinsverträge auf deren noch näher zu bestimmende Dauer aufzunehmen bereit seien, sofern über die übrigen noch unerledigten Punkte und insbesondere über die commerciellen Verhältnisse zu Oesterreich das nöthige Einverständniß erzielt werde. Damit aber dieses Einverständniß, welches die gedachten Regierungen als eben jene Bereitwilligkeit sonach betrachteten, baldigst erzielt und ihnen dadurch die Möglichkeit geboten werde, die Annahme des Septembervertrags und den Abschluß der neuen Zollverträge definitiv auszusprechen, richteten sie an die königlich preußische Regierung die Frage, in wie weit sie die mit der Collectiverklärung vom 25. Mai d. J. vorgelegten Entwürfe und insbesondere den Entwurf eines Zoll- und Handelsvertrages als Grundlagen der Verhandlungen mit der k. k. österreichischen Regierung anzuerkennen und in welcher Fassung sie den erwähnten Zoll- und Handelsvertrag demnächst anzunehmen bereit sei. Wenn nun die königlich preußische Regierung bei der Beantwortung dieser Frage von einer Erwähnung des vorgelegten Entwurfs eines Zollein[illegible]gungsvertrags Umgang genommen hat, so glauben die von den Unterzeichneten vertretenen Regierungen bei diesem Stillschweigen, wenn es gleich einen erheblichen Theil ihrer Wünsche unbefriedigt läßt, sich doch beruhigen zu können, und zwar theils in Betracht der gleichzeitig erfolgten Erklärung, daß die königl. preuß. Regierung die künftige Herbeiführung einer allgemeinen Zolleinigung als leitenden Gesichtspunkt für den abzuschließenden Zoll- und Handelsvertrag anerkennt, theils in der hierauf gestützten Hoffnung, daß die königl. preußische Regierung seinen Anstand nehmen werde, einen nicht allzufernen Termin für den Beginn von Verhandlungen über eine allgemeine Zolleinigung zu bezeichnen. Sind aber die genannten Regierungen hiernach bereit, sich der königl. preußischen Ansicht in so weit anzuschließen, daß zu dem Zwecke der Herbeiführung einer spätern allgemeinen Zolleinigung für jetzt nur ein Zoll- und Handelsvertrag abgeschlossen werde, so wird die königl. preußische Regierung billig genug sein, zu erwägen, daß jenes Einverständniß, welches als die Annahme des Septembervertrages und den Abschluß der neuen Zollverträge bedingend bezeichnet worden ist, erst dann als erreicht betrachtet werden kann, wenn das Zustandekommen des Zoll- und Handelsvertrags seiner Ungewißheit mehr unterliegt. Nun hat aber die königl. preußische Regierung nicht die Annahme des unterm 25. Mai d. J. vorgelegten Vertragsentwurfs in Aussicht gestellt, sondern nur zugestimmt, daß derselbe den Verhandlungen mit der kaiserlich österreichischen Regierung zum Grunde gelegt werde, und sie hat dabei schon im voraus neben dem Abschlusse der auf den Zolleinigungsvertrag bezüglichen Bestimmungen wesentliche Sätze des Entwurfs des Zoll- und Handels-Vertrages beanstandet und insbesondere die so wichtige Beilage I. im Ganzen spätterer Entschließung vorbehalten. Das Zustandekommen des Vertrags erscheint daher um so weniger gesichert, als, wie die königl. preußische Regierung nicht verkennen wird, Niemand es in seiner Hand hat, allen den Wechselfällen vorzubeugen, welche zwischen dem Beginne von Verhandlungen und deren Abschluß eintreten können. Die königl. preußische Regierung hat beim Beginn der gegenwärtigen Verhandlung die Frage der Annahme des Septembervertrags vorangestellt. Diese Frage ist unter der Bedingung eines Einverständnisses in Bezug auf die handelspolitischen Verhältnisse zu Oesterreich besaht worden. Zur Erledigung dieser letzteren Frage ist nunmehr von der königl. preuß. Regierung der erste Schritt geschehen, und wenn die königl. Regierungen von Preußen und Hannover sich zugleich für die Nothwendigkeit einer baldigen definitiven Entscheidung über Annahme und Ausführung des September-Vertrages aussprechen, so dürfen die Regierungen der Unterzeichneten sich um so mehr zu der Erwartung berechtigt halten, daß die königlich preußische Regierung seinen Anstand nehmen werde, den in ihrer neuesten Erklärung bereits thatsächlich begonnenen Verhandlungen über den Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich diejenigen weiteren Folgen zu geben, welche nothwendig sind, um den Abschluß dieses Vertrags sicher zu stellen und damit die genannten Regierungen in den Stand zu setzen, zu dem Abschluß der Verträge über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zu schreiten. Die zu diesem Zwecke erforderlichen Verhandlungen werden bei ernstem Angriff in kurzer Zeit zu Ende gebracht werden können und eine Verzögerung des Abschlusses der Zollvereinsverträge um so weniger zur Folge haben, als diesem ohnehin noch die Erledigung einiger wichtigen bei der Conferenz angebrachten Anträge voraufzugehen hat. Mit der Regulirung der commerciellen Verhältnisse zu Oesterreich steht die in der Erklärung der königlich preußischen und königlich hannoverschen Regierung vom 30. vorigen Monats berührte Frage der Dauer der neuen Zollvereinsverträge in engem Zusammenhange. Wenn die Unterzeichneten, nach deren Vorlagen vom 25. Mai d. J. die Dauer des jetzt zu schließenden Zollvereins auf eine weit kürzere Frist als 12 Jahre beschränkt sein sollte, auf dem damaligen Antrage der Verabredung einer im Jahr 1859 beginnenden Zolleinigung mit Oesterreich in ihrer Erklärung vom 21. v. M. nicht mehr beharren, so waren sie gerade deßhalb in der Lage, in eben dieser Erklärung die Nothwendigkeit einer noch zu treffenden Bestimmung über diesen Punkt hervorzuheben. Die Conferenz wird sich daher auch mit dieser Frage allerdings noch zu beschäftigen haben und die von den Unterzeichneten vertretenen Regierungen sind der festen Zuversicht, daß zur Förderung der großen nationalen Aufgabe, um deren Lösung es sich handelt, auch die königlich hannoversche Regierung in dieser Beziehung ein Zugeständniß nicht wird verweigern wollen. Jedenfalls könnten sie es mit ihrer Ueberzeugung nicht vereinigen, daß auf 12 Jahre hinaus die Möglichkeit abgeschnitten werde, über die allgemeine Zolleinigung mit vollger Freiheit des Entschlusses zu verhandeln."

a **Frankfurt**, 1. Oct. Zur Ergänzung der in diesem Blatt gestern gemachten Mittheilung sei bemerkt, daß die Errichtung einer fünften Volksschule hier längst in der gemischten Schul- und Kirchencommission gepflogen und von der höchsten Staatsbehörde eventuell beschlossen wurde. Einzelheiten wurden aber Ausschlußklassen im Schönborner Hof angewiesen.

Eröffnung des Staats-Telegraphen zwischen Main und Neckar.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der längs der Main-Neckar-Eisenbahn von **Frankfurt** nach **Mannheim** errichtete Staatstelegraph **vom 1. October d. J. an** in Betrieb gesetzt wird, und daß von diesem Zeitpunkte an auf den Main-Neckar-Staatstelegraphen-Bureaus zu **Frankfurt**, **Darmstadt** und **Mannheim** unter den im Reglement festgesetzten Bedingungen auch jederzeit Privatdepeschen zur Beförderung mittelst des Staatstelegraphen aufgegeben werden können.

Das Reglement über die Benutzung des Main-Neckar-Staatstelegraphen nebst den Gebühren-Tarifen kann bei den oben genannten Telegraphenbureaus gegen Entrichtung der Druckkosten von 3 kr. per Stück in Empfang genommen werden.

Darmstadt, im September 1852.

[2230] **Die Direction der Main-Neckar-Eisenbahn.**

Wir erlauben uns hiermit die ergebene Anzeige zu machen, daß das bisher von uns geleitete **Güter-Transport-Geschäft** von und nach der **Eisenbahn** uns auch vom 1. October a. c. ab, Seitens der Königl. Direction der Niederschlesisch-Märkischen Staatseisenbahn wieder contractlich übertragen worden ist und wir mit Ausnahme derjenigen Sendungen, welche von den betreffenden Eignern selbst gerollt werden, nach wie vor die An- und Abfuhr der per Bahn ankommenden und abgehenden Güter besorgen.

Zugleich erneuern wir die höfliche Bitte, unserer auch ferner bei **Speditionen** gütigst eingedenk und versichert zu sein, daß die uns zu Theil werdenden Zuweisungen stets die aufmerksamste und exacteste Behandlung genießen.

Frankfurt a. d. O., im September 1852.

[2212] **HERRMANN & Comp.**

In England patentisirt.

Herr **George** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentisirten Erfindung, durch welche die Kunst der Zahnärzte gänzlich umgewandelt wird. Es handelt sich darum, die Platten statt aus Gold oder Horn vom Nielpferde (Hyppopotam), aus Schildplatte zu verfertigen, die viel weicher, angenehmer und leichter im Munde lieget als Hyppopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr **George** hat eine Dampfmaschine bauen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Bestellungen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienstags und Freitags von 1 bis 3 Uhr wird Herr **George** (rue Rivoli 36 à Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

NB. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentisirten Vorrichtung zum Modelliren des Mundes bedarf Herr **George** nur zweier Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

[2196] **SIROP**

D'ECORCES D'ORANGES AMERES.

Specialité renomée de Laroze à Paris pour prévenire les vapeures et faire une bonne digestion se vend chez **H. G. v. Oven**, Bleidenstrasse 33. — Prix fl. 1. 30 kr. le flacon.

RICHELIEU-POMADE.

[2199] (Patent.)

Bekanntlich erreichte der Herzog von **Richelieu** eine sehr hohes Alter, und behielt bis auf den letzten seiner Tage ein frisches blühendes Gesicht ohne Runzeln oder sonstige Veränderungen, welche das Alter mit sich bringt. Dieses frische Aussehen verdankte er einer von **Ninon de Lenclos** erfundenen Pomade, deren Geheimniß Mad. Delaunay anvertraut wurde. Die Pomade erhält auch die Schönheit der Haare und verhindert, daß sie ausfallen. Die Töpfe kosten 5 Francs und 3 Francs, rue Notre-Dame-des-Victoires No. 44 (franco). **Um jede Fälschung zu vermeiden, ist jeder Topf mit der Unterschrift von Mad. Delaunay versehen.**

Hôtel garni, *27, rue Monthabor à* **Paris**. in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2173]

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen ꝛc. [2172]

[2092] Edictalladung.

Am 5. August dieses Jahres starb dahier der Kurhessische Major a. D., Carl **Sheldon**, mit Zurücklassung eines am 23. October 1837 gerichtlich deponirten Testamentes, welches bei dem Mangel eines sichtbaren Fehlers unter Beobachtung der gesetzlichen Formalitäten und nach Bestellung eines Official-Anwaltes für die abwesenden Verwandten, am 11. August d. J. eröffnet und publicirt worden ist. In diesem Testamente ist als Universal-Erbin eingesetzt: Auguste Henriette Caroline Raunfels, jetzt Ehegattin des K. K. Rittmeisters a. D., Baron Carl von Titzenhofer dahier.

Da nun die nächsten Verwandten des verstorbenen Majors Carl Sheldon, welcher am 24. Juli 1773 zu Wynchester in England geboren war, hierorts nicht alle bekannt sind, so werden diese Verwandten, wenn sie nähere Auskunft über das Testament haben oder etwa dasselbe anfechten wollen, hiermit öffentlich vorgeladen,

binnen drei Monaten a dato

bei dem unterzeichneten Gerichte so gewisser persönlich oder durch legale Anwaltschaft zu melden und zu legitimiren, als ansonst die genannte Universal-Erbin als solche anerkannt und in den Nachlaß des verstorbenen Majors Carl **Sheldon** gerichtlich eingewiesen werden wird.

Im Falle solche Anmeldungen nicht erfolgen, werden weitere gerichtliche Verfügungen nur auf der Amtsstube publicirt werden.

Homburg v. d. H., den 1. September 1852.

Landgräflich Hessisches Justiz-Amt.
Dr. v. Haupt.

[2214] Aufforderung.

Der Hüttenbesitzer **Kilian** von der Kilianshütte hat die in der Gemarkung Weidenhausen gelegene s. g. Justushütte mit verschiedenen Grundstücken, welche im Grundbuche folgendermaßen bezeichnet sind:

Flur	III.	III.	III.	III.	III.	III.	III.	III.	III
Nr.	239.	158.	290.	294.	295.	314.	261.	311,5	296,1
Flur	III.	IV.	IV.	IV.	IV.	IV.	VI.	XVI.	
Nr.	296,5	28.	29.	251.	253.	265.	379.	251.	
Flur	VII.	VII.							
Nr.	215.	224.							

an C. **Schulz** und J. **Wehrenbold** von Lünen verkauft, kann aber sein Eigenthum nicht vollständig durch gerichtliche Urkunden nachweisen. Auf Antrag der Contrahenten werden deßhalb alle Diejenigen, welche Eigenthumsansprüche an jene Immobilien bilden, aufgefordert, dieselben

binnen 6 Wochen

dahier, bei Meidung des Verlustes, geltend zu machen.

Gladenbach, am 20. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Frühling. C. Eckstein.

[2086] Oeffentliche Aufforderung.

Der Wagnermeister Conrad **Engel** von Offenbach hat sich heimlich von hier entfernt. Es werden deßhalb sämmtliche Gläubiger desselben auf

Mittwoch den 27. October d. J.,
Vormittags 8 Uhr,

zur Anmeldung ihrer Forderungen und Versuche eines Arrangements unter dem Rechtsnachtheile vorgeladen, daß ohne Rücksicht auf die Ausbleibenden die Beschlüsse der Mehrzahl der Erschienenen vollstreckt werden würden.

Konrad Engel wird aufgefordert, in diesem Termine zu erscheinen und etwaige Mittel zur Abwendung des Concurses anzugeben, indem sonst lediglich nach den Anträgen der Gläubiger und des für ihn bestellten Curators Georg Preffel dahier verfügt wird.

Gleichzeitig wird den Schuldnern des Conrad Engel aufgegeben,

binnen vier Wochen

so gewiß Zahlung an den vorerwähnten Curator zu leisten, als sonst sie sich gerichtlicher Klage zu gewärtigen haben.

Offenbach, den 8. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Stricker. Dr. Stockhausen.

[2189] Edictalladung.

Alle, welche aus irgend einem Grunde Ansprüche an den Johann Balthaser **Arras** zu Erbach, dessen Vermögen überschuldet erscheint, bilden wollen, werden hiermit aufgefordert, solche im Termin

Freitag den 22. October 1852,
Vormittags 9 Uhr,

anzumelden und den zugleich beabsichtigten Vergleichsverhandlungen beizuwohnen, bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung der Ausbleibenden im Falle des Zustandekommens eines Arrangements.

Michelstadt, den 9. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
In Erledigung der Landrichterstelle:
Doerr. Dr. Müller.

[2152] Edictalladung.

Das Vermögen der abwesenden Georg **Glock** und Heinrich **Glock** von Erfelden, welches sich auf circa 91 fl. 27 kr. berechnet, wurde bereits im Jahr 1838 den gesetzlichen Erben derselben gegen Caution zur Nutznießung überlassen und ist nunmehr mit Rücksicht darauf, daß beide Abwesende das 90ste Lebensjahr überschritten haben, um Ausließerung dieser Caution gebeten worden. Es werden deßhalb die abwesenden Georg und Heinrich Glock oder deren etwaige Leibeserben, aufgefordert,

binnen zwei Monaten

von heute an ihre Ansprüche an dieses Vermögen dahier geltend zu machen, als sonst den gesetzlichen Erben die von ihnen gestellte Caution überliefert werden wird.

Großgerau, am 15. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Becker. Kleinschmidt.

[1907] Edictalladung.

Großherzogliches Hofgericht der Provinz Oberhessen hat über das Vermögen des heimlich nach Amerika entwichenen Metzgers Ludwig **Richberg** von Romrod den förmlichen Concursproceß erkannt und unterzeichnetes Gericht mit der Leitung desselben beauftragt. Demgemäß werden alle Diejenigen, welche an das gedachte Vermögen Ansprüche oder Forderungen zu bilden vermeinen, aufgefordert, diese im Termin

Donnerstag den 28. October 1852,
Morgens 10 Uhr,

dahier so gewiß anzumelden, zu begründen und gleichzeitig ihre etwaigen Vorzugsrechte geltend zu machen, als sie sonst hiermit ausgeschlossen werden und aus der Concursmasse ihre Befriedigung nicht zu erwarten haben.

In dem Termin soll zunächst die Güte versucht, im Falle des Mißlingens aber ein Gläubigerausschuß und Curator ernannt werden. Die nicht persönlich erscheinenden Gläubiger oder deren nicht gehörig legitimirten Bevollmächtigte werden hierbei als den Beschlüssen der Mehrheit der erschienenen Gläubiger beigetreten betrachtet.

Alsfeld den 18. August 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Ellenberger. v. Rotsmann.

[2226] Edictalladung.

Ueber das Vermögen des Johannes **Sänger** von Angersbach ist Concurs erkannt. Wer Ansprüche an dasselbe zu haben glaubt, muß solche im Liquidationstermine

Donnerstag den 4. November l. J.,
Morgens 9 Uhr,

bei Meidung stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse geltend machen.

Lauterbach, den 10. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Mylius. Ebel.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Samstag (Zweite Beilage zu Nr. 236.) 2. October 1852.

Deutschland.

|* **Frankfurt**, 2. Oct. Heute Morgen ist der Director der Bundeskanzlei, der k. k. österreichische Legationsrath Freiherr von Brenner-Felsach, nach Wien gereist. — Der kaiserl. russische Gesandte beim Bundestag, Fürst Gortschakoff, hat sich nach Stuttgart begeben, wohin auch vor einigen Tagen der königl. württembergische Gesandte am Bundestag, Herr v. Reinhart, abgereist ist.

ψ **Frankfurt**, 2. Oct. Wie man erfährt, hielt die von der gesetzgebenden Versammlung zur Begutachtung der vom Senat vorgelegten Verhandlungen mit den Bundesbehörden niedergesetzte Commission am 30. September ihre erste Sitzung. Da die Neuwahl der gesetzgebenden Versammlung, welche nach Vorschrift der Verfassung am ersten Montag des Monats November zusammentreten muß, gegen Mitte des gegenwärtigen Monats stattfinden wird, so erwartet man, und zwar diesmal mit einiger Spannung, in wenigen Tagen von Seiten des Senats die Bestimmungen über die vorzunehmenden Wahlen. Während, wie allgemein verlautet, sich der demokratisch gesinnte Theil der Bürgerschaft an diesen Wahlen nicht betheiligen wird, werden der Reformverein und die hier zahlreich vertretene sogenannte Gothaer Partei alle Kräfte aufbieten, um sich die Majorität zu sichern. Die diesjährige Zusammensetzung der gesetzgebenden Versammlung ist aus dem Grunde von besonderer Wichtigkeit, weil dieselbe bei der demnächstigen Wiederbesetzung von zehn vacanten Rathsstellen verfassungsmäßig mitzuwirken hat. Die gesetzgebende Versammlung ist zusammengesetzt aus 46 von der Bürgerschaft zu wählenden Mitgliedern, 20 Rathsgliedern und 20 Mitgliedern des ständigen Bürgerausschusses (51er). — Dem Vernehmen nach wurde vom Polizeiamt beim Senat der Antrag auf die Verlegung des Obstmarktes auf den hierzu geeigneten Domplatz gestellt. — Prinz Lucian Bonaparte, Fürst v. Canino, welchen mehrere Blätter in Folge einer Aufforderung der Regierung bereits nach Paris reisen ließen, hält sich noch immer in Homburg auf, wo er am 30. September wiederholt die Bank mit mehreren 100,000 fl. sprengte, jedoch am folgenden Tag bei fortgesetztem Spiel bedeutende Summen verlor.

ξ **Frankfurt**, 2. Oct. Prinz Lucian Bonaparte, der Fürst v. Canino, hat auch vorgestern und gestern wieder mit abwechselndem Glücke in Homburg gespielt. Nachdem er abermals eine ansehnliche Summe gewonnen hatte, man spricht von 140,000 Franken, mußte die Bank das Spiel für kurze Zeit schließen. Sie soll sich auf telegraphischem Weg neue Geldmittel aus Paris verschrieben haben.

n **Frankfurt**, 2. Oct. Der Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar ist gestern Abend hier eingetroffen und im englischen Hof abgestiegen. Daselbst wird heute Abend Prinz Lucian Bonaparte von Homburg erwartet.

* **Wien**, 29. Sept. Die Verhandlungen wegen Abschlusses eines Concordates mit dem römischen Stuhle wird, wie man der „Schlesischen Zeitung" schreibt, der Fürstbischof von Seckau, eines der hervorragendsten Mitglieder des österreichischen Klerus, mit einem päpstlichen Bevollmächtigten führen. Eine Commission unter dem Vorsitz des Reichsrathspräsidenten Freiherrn v. Kübeck, zu welcher u. A. der Cultusminister Graf Thun, der Reichsrath Sabioti u. gehören, steht ihm zur Seite und wird gewissermaßen eine Zuflucht bei allen etwa entstehenden und sich ergebenden Divergenzen und Zwistigkeiten bilden. Das entworfene Schreiben hat zugleich die kaiserliche, der Natur der Sache nach provisorische Genehmigung erhalten.

Von der Adria, Ende September. Es ist Hoffnung vorhanden, daß Se. k. k. Majestät die für den nächsten Monat angeordnete Reise nach Croatien auch bis Dalmatien ausdehnen wird, und man spricht bereits von einer Deputation, welche sich nach Agram begeben und die unterthänigste Bitte persönlich vortragen wolle. Dalmatien bliebe das einzige Kronland, welches der Kaiser nicht besucht hätte, und verdient diese Auszeichnung nicht minder, als die übrigen. Auch hier schlummert noch eine Menge ungeweckter außerordentlicher Kräfte, und ihre Belebung wird zumal bei maritimen Interessen der Monarchie sehr zum Nutzen gereichen. Sollte es zu dem Besuch kommen, so ist dabei zugleich ein großes nautisches Manöver der bis dahin in der Bucht von Cattaro vereinigten österreichischen Flotte zu erwarten. In dieser Beziehung wird die Bitte der Dalmatiner noch durch den allgemeinen Wunsch der Kriegsmarine und insbesondere Sr. kaiserl. Hoh. des Erzherzogs Ferdinand Max selbst unterstützt, welche längst die Gelegenheit suchen, die Seemacht gleich der Landmacht vor ihrem ritterlichen Monarchen in ganzer Stärke vereinigt zu zeigen und ihre Tüchtigkeit zu erproben. Die Amerikaner, welche uns neuerdings häufig besuchen und vor kurzem wieder eine Dampffregatte auf der Rhede vor Triest vor Anker gehen ließen, haben sich mit einstimmiger Anerkennung über die zweckmäßige Organisation unseres Seewesens ausgesprochen und die Bauart der neuesten Kriegsfahrzeuge als eine ganz vorzügliche erklärt. Solche Autoritäten können wohl zur Genüge für die gehässigen Angriffe entschädigen, worin die preußischen und einzelne englische Blätter fortzufahren belieben. Anderseits wäre zu wünschen, daß auch dieselben die Anfreigungen unterließen, und wie wir hören, haben die unziemlichen Ausfälle, welche sich neuerdings die in Triest erscheinende deutsche Zeitung gegen die militärische Ehre Preußens erlaubte, in Wien sehr mißfallen und im „Lloyd" eine verdiente Zurechtweisung gefunden. Eine loyale Presse muß die Gegenstände und Conflicte, welche in der Natur der Verhältnisse liegen, eher zu erleichtern, als zu erschweren suchen. (L. Z.)

Berlin, 28. Sept. Unter vorstehendem Datum wird der „A. Z." gemeldet: Der Ausgang bei der gestrigen Ministerberathung ist, wie ich sicher vernehme, der Art gewesen, daß die Rückerklärung der Coalition im Plenum der Zollvereinsconferenz nicht mehr angenommen werden soll, die nunmehrige Verhandlung soll von Regierung zu Regierung gehen, und damit ist wohl gesagt, daß die Conferenzen vorerst abgebrochen sind. Es ist freilich noch nicht aller Tage Abend. Die badische Regierung hat übrigens, wie zuverlässig verlautet, schon in München die gemeinsame Unterschrift der Erklärung verfügt, und die Haltung des badischen Bevollmächtigten ist eine ganz unsichere. Wie ich höre, erwartet derselbe seine Instruction von Wien, wo Frhr. v. Meysenbug den Prinz-Regenten zu treffen gehabt hat. Für den Augenblick stehen die Sachen ziemlich trostlos.

Berlin, 29. Sept. Eine gesteigerte Aufmerksamkeit erregen hier neuerdings die in Frankreich sich häufenden Kundgebungen hinsichtlich der bald bevorstehenden Wiederherrichtung des Kaiserthums. Man ist in hiesigen nicht unwichtigen politischen Kreisen der Ansicht, daß der Präsident der Republik noch vor Ablauf des Monats October den Kaisertron aufrichten werde. — Die in mehreren Blättern ausgesprengte Nachricht: Preußen habe mit Oldenburg wegen Erwerbung des Marinehafens von Brake in Verbindung, die jüngste Reise Sr. Maj. des Königs nach Rastede sei der Förderung dieses Planes nicht fremd gewesen, entbehrt jeder Begründung. — Hier in Berlin halten augenblicklich mehrere Häupter der Gothaer Partei eine Zusammenkunft. Dieselbe bezweckt, wie verlautet wird, die Bildung eines Centralorgans zur Einwirkung auf die bevorstehenden Wahlen. Außer Herrn Simson und dem Grafen Schwerin ist auch der Landschaftsdirector von Auerswald in der Hauptstadt anwesend. Die gleichzeitige Ankunft des Grafen York, sowie dessen lebhafter Verkehr mit den genannten Führern der altliberalen Fraction wird als ein bedeutsames Zeichen angesehen, daß man Versuche mache, eine engere Verbindung zwischen den Männern des preußischen Wochenblattes und der constitutionellen Opposition herzustellen. Der Graf gilt seinen politischen Anschauungen nach für einen Mittelsmann zwischen beiden Richtungen. Auch die Begründung des neuen „Constitutionellen Wochenblatts" steht mit der Anwesenheit der genannten Parteihäupter in Verbindung. Die Altliberalen empfinden seit dem Eingehen der „Constitutionellen Zeitung" das drückendste den Mangel jedes Organs in der Hauptstadt sehr schwer, und es liegt ihnen wesentlich daran, für die nächste Zukunft hierin ein Blatt zu besitzen, in welchem sie selbst und für die Sinnesgenossen im Lande die Parole ausgeben und die

Gang der parlamentarischen Verhandlungen mit der ihrem Standpunkt entsprechenden Kritik begleiten können. Es sind bereits alle Vorbereitungen getroffen, um das Wochenblatt vom 1. October ab erscheinen zu lassen. (Lpz. Z.)

P **Berlin**, 30. Sept. Ihre Majestäten der König und die Königin sind heute Abend aus Schloß Muskau wieder hier eingetroffen. In Betreff der bevorstehenden Wahlen sind ostensible Schritte hier noch nicht geschehen, doch treffen die verschiedenen Parteien Einleitungen und Vorbereitungen. Es hängt damit das Erscheinen eines constitutionellen Wochenblattes zusammen. Auch die gouvernementale Partei dürfte mit einem Programme hervortreten, von dem wir nur wünschen wollen, daß es geeignet sei, die Majorität der conservativen Partei für sich zu gewinnen, weil sonst eine Zersplitterung in Aussicht steht, welche für das Resultat der Wahlen gegenüber den Agitationen der Demokratie Besorgnisse erwecken muß. Sehr befremdend wäre es, wenn, wie hier behauptet wird, gerade von der Partei der äußersten Rechten Schritte geschehen wären, um die Demokratie zu einer lebhaften Betheiligung bei der Wahl zu veranlassen. Für jetzt mögen wir an das unnatürliche Bündniß nicht glauben, obwohl manche Vorgänge der neuesten Zeit es nicht als durchaus unwahrscheinlich darstellen.

Düsseldorf, 29. Sept. In der gestrigen vierten Sitzung des rheinischen Provinziallandtags kam der von den Abgeordneten Graf v. Hoensbroech rc. eingebrachte Antrag (auf Erlaß einer Adresse an Se. Majestät, um Zurücknahme der bekannten Ministerialverordnung gegen die Jesuiten) zur Berathung. In der zur Vorberathung des Antrags eingesetzten Commission hatte die Majorität, bestehend aus dem Vorsitzenden, Grafen v. Stolberg, dem Frhrn. v. Bianco, dem Abg. Haan (Koblenz), dem Frhrn. v. Leykam, dem Abg. Jungbluth, dem Frhrn. v. Loë, dem Grafen v. Hoensbroech und dem Abg. Schumacher, sich nicht allein für die Competenz des Landtags erklärt, sondern auch dafür gestimmt, die Annahme des Antrags zu empfehlen. Die Minorität der Commission, bestehend aus dem Frhrn. v. Plettenberg, dem Abg. v. Eynern und dem Abg. v. Haeften, hatte dagegen sowohl die Competenz des Landtags als den Inhalt des Antrags selbst bestritten und demgemäß sich für Zurückweisung des letztern ausgesprochen. In der gestrigen Plenarsitzung nun wurde abermals nicht allein der Competenzeinwand erhoben, sondern auch die Zulässigkeit des fraglichen Antrags aus seinem Inhalte angefochten. Beide Bedenken wurden jedoch seitens der Majorität durch Abstimmung beseitigt und hierauf der Antrag auf Erlaß einer Adresse an Se. Majestät den König gegen eine Minorität von 18 Stimmen angenommen. Unmittelbar nach diesem Beschlusse wurde ein Entwurf der Adresse vorgelegt und sofort ohne erhebliche Aenderungen genehmigt. Die Minorität der Versammlung gab hierauf ein Separatvotum zu Protocoll, in welchem sie ihre, sowohl die Incompetenz als die Sache selbst betreffenden, Gegenansichten motivirte und die Absicht aussprach, in einer Separatadresse dieselben zur Kenntniß Sr. Majestät bringen zu wollen, um sich gegen jeden Schein eines Einverständnisses mit diesem Schritt oder einer Betheiligung an der namens des ganzen Landtags erlassenen Adresse zu verwahren. (Düsseld. Z.)

a* **München**, 29. Sept. Die Frau Großherzogin von Hessen, die seit einigen Wochen bei den königlichen Eltern hier verweilte, wird uns nächsten Freitag wieder verlassen und nach Darmstadt zurückkehren; auch die Frau Herzogin von Modena wird die Rückreise nach Italien am Samstag antreten. Nachdem die militärischen Gäste uns verlassen haben, sind andere, deren Beruf ein nicht minder wichtiger ist, als jener des Militärs, hier eingetroffen, und an die Stelle des geräuschvollen Waffenspiels der letzten Tage treten friedliche Berathungen über landwirthschaftliche Interessen. Gestern hat nämlich die alljährliche Generalversammlung des landwirthschaftlichen Vereins in Bayern am Sitze des Generalcomite's hier begonnen, und wird dieselbe drei Tage dauern. Abgeordnete des Kreiscomite's und andere achtbare Landwirthe haben sich zu den betreffenden Sitzungen, die öffentlich sind, eingefunden, und es haben bereits längere Besprechungen über wichtige Gegenstände stattgefunden. Das Centrallandwirthschaftsfest wird am kommenden Sonntag seinen Anfang nehmen und hierbei die Preise an die Landwirthe von Sr. Maj. dem König persönlich vertheilt werden. — In einem am Schlusse der Lagerübungen von dem Commandanten des ersten Armeecorps, Herrn General Fürsten Taxis, erlassenen Tagsbefehl wird der gesammten Mannschaft die vollste Anerkennung des Herrn Commandirenden ausgedrückt. Sämmtliche Herren Generale, Stabs- und Oberoffiziere haben durch eine ernste Auffassung, heißt es in dem Tagsbefehl, den heurigen Waffenübungen ein großes Interesse verliehen. Die Unteroffiziere und Soldaten haben durch eine musterhafte Disciplin, durch gute Haltung, Ausdauer und Ruhe unter den Waffen das Vertrauen gerechtfertigt, welches beim Beginn der Waffenübungen der commandirende General unumwunden ausgesprochen hat.

& **Dresden**, 29. Sept. Es haben sich in den letzten Tagen hier Gerüchte von einer Ministerkrisis vernehmen lassen; allerdings mögen Meinungsverschiedenheiten bestehen, ich kann Ihnen aber aus guter Quelle versichern, daß die sächsische Regierung ihre in der Zollfrage eingenommene Haltung nicht geändert hat und nicht ändern wird. Es ist die Haltung der Mäßigung und diese hat sie namentlich auch auf der Münchener Conferenz bewährt, während allerdings die Cabinete von Wien und München dem Vernehmen nach zu entschiedenerem Auftreten Preußen gegenüber sich hingeneigt haben. Man kann diese Verschiedenheit der Auffassung schon aus der Haltung der officiellen und halbofficiellen Presse entnehmen, wenn man das „Dresdener Journal“ mit der „Oesterreichischen Correspondenz“ und der „Neuen Münch. Zeitung“ vergleicht. Aber auch diese Verschiedenheit ist gewichen, man hat, wie ich höre, in der zu München vereinbarten und jetzt von allen betheiligten Regierungen ratificirten Rückäußerung auf die letzte preußische Erklärung seitens der Coalition zwar das Princip der letztern vollkommen aufrecht erhalten, aber dabei sich in einer solchen conciliaten Weise ausgesprochen, daß die Anknüpfungspunkte für Preußen vollständig geboten sind. Es wird nun darauf ankommen, welchen Weg das preußische Cabinet einschlagen werde, um sich aus den Schwierigkeiten, die ihm seine Erklärung vom 17. d. M. bereitet, herauszufinden. Verfehlte, wie verlautet, diese Erklärung ihre Wirkung alsbald dadurch, daß die Bevollmächtigten der übrigen in Berlin außer den Coalitionsstaaten vertretenen Regierungen Bedenken trugen, mit Preußen allein ihre Verhandlungen fortzusetzen, so scheint es jetzt allerdings als das Angemessenste, wenn dieselbe auch preußischerseits als nicht gegeben angesehen wird. Die neuesten Nachrichten aus Berlin würden freilich, wenn sie sich bestätigten, wieder einen sehr extremen Schritt Preußens bekunden, der um so auffallender wäre, als man preußischerseits seit der Sitzung vom 17. nicht weniger als elf Tage hat vergehen lassen, ohne in den Zollverhandlungen irgend vorwärts zu gehen, und nun gleichwohl am 28. d. M. eine so grelle Erwiderung auf den Antrag der Coalitionsbevollmächtigten abgibt, wie seit gestern verlautet. Man kann sich billig nur über ein solches Verfahren wundern, da Preußen damit das ganze Leidige des Abbruchs der Verhandlungen, wenn es definitiv zu einem solchen kommen sollte, auf sich ladet.

* **Hannover**, 30. Sept. Der Vertreter unseres Königreichs beim Bundestag, Herr Staatsrath v. **Bothmer**, ist zum Präsidenten des Obergerichts in Celle ernannt worden.

\+ **Darmstadt**, 1. Oct. Das neueste Regierungsblatt verkündet ein Urtheil, demzufolge wegen Herausgabe und Verbreitung des Volkskalenders für 1851 und Verletzung der Art. 2 und 6 der Preßverordnung resp. des Art. 74 des Strafgesetzbuchs der pensionirte Physikatsarzt Dr. Bock in Gießen in eine auf der Festung zu verbüßende Correctionshausstrafe von vier Monaten, und Buchdrucker Schild daselbst in eine Gefängnißstrafe von 2½ Monaten verurtheilt wurde; zugleich ist Vernichtung der Schrift, soweit die Exemplare nicht im Privatbesitze Dritter sind, ausgesprochen. — In der Sitzung der ersten Kammer wurde der Bericht des Finanzausschusses über einen Abschnitt des Hauptvoranschlags der Staatsausgaben (Hauptabtheilung IX. B in Geschäftszweigen des Ministeriums des Innern) berathen. Meist wurden die Anträge des Ausschusses ohne Discussion angenommen, ebenso auch der Beschluß der zweiten Kammer auf Vermehrung der Mittel zu Zwecken der höheren Gewerbschule, auf Untersuchung der Zustände der Landesirrenanstalt Hofheim u. s. w. Prälat Dr. Zimmermann drückte den Wunsch aus, daß, nach dem Beispiele in benachbarten Staaten, für diese Anstalt ein besonderer Seelsorger bestellt werde. Die Rubrik „Landesuniversität“ nährte vorzugsweise die Discussion, besonders in Bezug auf den durch Trockenlegung der katholisch-theologischen Facultät hervorgerufenen Beschluß der zweiten Kammer, „die Staatsregierung zu ersuchen, ohne allen Verzug zu verordnen, daß die Verleihung eines katholischen Pfarramts künftig nur zu Gunsten der Theologen stattfinde, welche eine deutsche Universität besucht und auf Grund akademischer Abzugszeugnisse durch eine Prüfung vor der katholisch-theologischen Facultät zu Gießen ihre genügende Befähigung beurkundet haben.“ Der Finanzausschuß der ersten Kammer hatte, davon ausgehend, es sei unnöthig, die Staatsregierung um das zu ersuchen, was sich von selbst verstehe, gerathen, den zwischen den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz obschwebenden Verhandlungen nicht vorzugreifen, und beantragt, dem Beschlusse der zweiten Kammer nicht beizutreten. Bei Eröffnung der Berathung nahm Prälat Dr. Zimmermann das Wort, um jene Maßregel des Landesbischofs, dessen Abwesenheit er bedauere, zu kritisiren. Darauf hindeutend, daß vor der Hand der Statusquo hätte hergestellt werden müssen, worauf Unterhandlungen mit der Staatsregierung hätten folgen können, bezog sich der Redner auf die Verhandlungen der zweiten Kammer, welche dargelegt hatten, daß sich der Bischof

nicht im Recht stünde, und erklärte es für eine Pflicht der Staatsregierung, ihre Würde und Autorität durch Herstellung des gestörten Zustandes zu wahren, auch nicht zu gestatten, daß der Mann, welchen sie wegen seiner Intelleranz von seinem akademischen Lehramt entfernt habe, nun in Mainz lehre. Es sprachen noch der Abgeordnete Hunmann aus Mainz und Abgeordneter Engelbach, der sich dem Antrage des Ausschusses zur Seite stellte, weil die Staatsregierung sich mit den übrigen Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz berathen und diese Benehmungen erst ihre Früchte zu bringen hätten, auch der Beschluß der zweiten Kammer nur die Aussührung dessen verlange, was das Gesetz wolle. Hierauf erhob sich der Regierungscommissär, Ministerialrath v. Rieffel. Die Staatsregierung verhandele eben mit den übrigen Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz hinsichtlich der Stellung der katholischen Kirche zum Staat überhaupt, nicht bloß über die berührte Angelegenheit; man könne sich versichert halten, daß auch diese ihr ein nahes Anliegen sei, daß sie daran denke, die Würde des Staats aufrecht zu halten und dessen Rechte zu wahren; es handele sich von der Lösung der hochwichtigen Aufgabe, den confessionellen Frieden aufrecht zu erhalten; die Staatsregierung kenne ihre Pflicht und werde sie erfüllen in ruhiger Erwägung. Mit Ausnahme des Prälaten Zimmermann nahmen alle Mitglieder der Kammer den Antrag des Ausschusses an.

* **Gießen**, 29. Sept. Seiten wird wohl eine Schrift erscheinen, welche mit Recht das öffentliche Interesse so in Anspruch nahme, als die jüngst in Gießen erschienene Schrift: „Das Jahr 1848. Zur Verfassung von Freiheit und Autorität. Von Ed. Köllner, Dr. der Philosophie und Theologie, ordentlicher Professor der Theologie an der Universität Gießen." Die Schrift, welche „den Fürsten und Ständekammern Deutschlands" gewidmet ist, beurtheilt die ganze Zeitbewegung unter den Gesichtspunkten der Freiheit, der Einheit Deutschlands und der sozialen Frage, auf dem Grund der religiös-sittlichen Ideen, der allein festen Grundlage alles Staatslebens". Mit Darlegung der wahren Freiheit und Zurückweisung der falschen Wörter, wie sie z. B. beispricht der Verfasser die Bedeutung des historischen Rechts, das Wesen der Revolution, der Republik und Monarchie, namentlich der sogenannten constitutionellen, und hier wieder mit tief eingehender Würdigung aller Verhältnisse das allein richtige Prinzip der Volksvertretung. Mit Nachweisung der Mißverständnisse und Verirrungen, aus denen die Zustände des Jahrs 1848 entstanden sind, werden dann sowohl die allgemeinen Forderungen der Bewegung, als die sogenannten Reformen auf den engern Gebieten des Staats und der Kirche, namentlich das eigentliche Wesen der Demokratie geprüft und für den Unbefangenen wohl der Beweis geführt, daß nicht einmal eine Republik mit der sogenannten Demokratie bestehen könne. Für die „Einheit Deutschlands" werden nur die Interessen und Hindernisse dargelegt, dagegen für die soziale Frage, mit Kritik der bisherigen Systeme zur Lösung, eine solche versucht, die wohl von Seiten der Staatsmänner Beachtung verdient. Die angehängten „Folgerungen für Preußens Verfassungs- und Regierungsform" geben der Schrift bei den jetzt in Preußen bevorstehenden Verfassungsänderungen, ein besonderes Interesse. Wir wünschen im Interessen der hochwichtigen Frage, daß die Schrift nicht nur wirklich von den Staatsmännern, sondern namentlich auch von den Demokraten und sogenannten Liberalen die verdiente Beachtung finden möge.

> **Mainz**, 1. Oct. Die hier garnisonirenden königl. preußischen Regimenter haben heute ihre Kriegsreserve nach den Heimaten entlassen; die meisten derselben sind mit den in der Frühe abgegangenen Dampfbooten rheinabwärts, während am Ufer die verschiedenen Regimentsmusiken das deutsche Vaterlandslied von Arndt spielten. Eine weitere österreichische Festungs-Artillerie-Compagnie ist heute mit dem ersten Zug der Taunuseisenbahn nach Frankfurt und von da vermittelst der Main-Neckarbahn nach Ulm, ihrem nunmehrigen Garnisonsorte, abgegangen, während eine Compagnie den 4. d. M. von dort hierherkommt.

Schweiz.

≡ **Aus der Schweiz**, 30. Sept. In dem schauerlichen Felsenpaß der Biamala, in Graubünden, ist es in den letzten Tagen zu einer blutigen Reibung zwischen Tirolern und Bündnern gekommen. Einige der letztern, von Sils im Engadin, am Abend nach diesem bedauerlichen Auftritt nach Thusis zurückkehrend, vermißten einen der Ihrigen. Erst am 27. Morgens wurde seine Leiche ganz zerschlagen am Rhein gefunden. Der unglückliche scheint vom Wege in den Abgrund gestürzt worden zu sein. — Gestern hat die Thätigkeit des Telegraphen zwischen St. Gallen und Chur begonnen. — Der letzte Sturm auf dem Bodensee hat an diesem südwestlichen Ufer nicht unerheblichen Schaden angerichtet. Die 11 sehr guten Dampfschiffe des Bodensees setzten indessen ihre regelmäßigen Fahrten ohne Unterbrechung fort, und außer unzugänglichen Seekrankheitsfällen, ist kein Unfall bekannt geworden. — Das Bundesblatt veröffentlicht den zwischen dem schweizerischen Postdepartement und der königlich württembergischen Postverwaltung unterm 18. d. M. abgeschlossenen und vom Bundesrath genehmigten neuen Dampfschiffahrtsvertrag. Nach demselben sind die täglich dreimaligen Seepostfahrten zwischen Friedrichshafen und Rorschach, und die täglich zweimaligen Seepostfahrten zwischen Friedrichshafen und Romanshorn, vom 1. October 1852 an, nach dem beiderseitig festgesetzten Kursplane auszuführen.

Frankreich.

† **Paris**, 30. Sept. Für die Erhaltung des Lebens des Prinz-Präsidenten wurde am Sonntag in Saint-Cloud ein feierlicher Gottesdienst mit Tedeum veranstaltet, welchem Prinz Hieronymus, Generale und hohe Staatsbeamte, die Localbehörden und Personen von Auszeichnung beiwohnten. Auch in vielen Städten der Departemente, wo das Marseiller Complott überall die tiefste Entrüstung hervorgerufen hat, wurde ein Tedeum gesungen, und als in Toulouse der Präfect nach dem Dankgottesdienst aus der Kathedrale schritt, stimmte die Bevölkerung ein begeistertes Vive l'Empereur! an.

Auch der „Steele" brautwarkt die Menchelmordattentate. Von den Pariser Blättern ist also nur noch das „Univers" mit dem förmlichen Anerkauf einer Gräuel im Rückstand. Dr. Veron macht dem Polizeiministerium über die gluckliche Entdeckung des Complotts ein Compliment, indem er dessen einst bestrittene Nothwendigkeit daraus zu beweisen sucht. Was den Complottproceß angeht, so hat bekanntlich der Procurator des Appellhofes zu Air die ersten Schritte gethan. Die „Patrie" behauptet nun, daß dieser Appellhof die ganze Sache führen werde. Wenn dies geschähe, so wäre es aber keineswegs, wie man irrthümlich behauptet, weil der Staatsgerichtshof nicht organisirt ist. Derselbe besteht vielmehr seit beinahe drei Monaten durch ein vom Präsidenten der Republik unterzeichnetes Senatusconsultum und sein Personal ist schon bezahlt. Es steht aber ganz beim Staatsoberhaupt, ob er für den besonderen Fall Unbestrafen werden soll oder nicht. In letzterem Fall ist es der betreffende Appellhof, der übrigens die Untersuchung ohne Unterbrechung fortzusetzen und nur den Justizminister von der Ersteren eines staatsgefährlichen Complotts zu benachrichtigen hat, der den Proceß führt. Die Marseiller „Gazette du Midi" beschreibt die Höllenmaschine als aus zwei über einander gelegten Reihen von Cartouchen wie die der Feuerwerker bestehend, die zur Vermeidung von störenden Bewegungen beim Absenern fest zwischen zwei Brettern eingezwängt waren. Andere Berichte sagen hinzu, daß die Zündlöcher nach unten gekehrt waren und in eine kupferne Rinne einmündeten, von der das Zündpulver aufgenommen wurde. Diese Rinne war so gebogen, daß das Zündpulver nicht eher eine Art fortlaufenden Zündfaden bilden sollte, um die große Gleichmäßigkeit im Explodiren der verschiedenen Mordlänte zu sichern. Man behauptet, daß die ganze Maschine im Arsenal von Toulon fabricirt worden sei. Von dort soll sie stückweise nach Marseille gebracht worden sein. Das Haus in der großen Aussprache, wo sie gefunden wurde, war übrigens nicht dasjenige, wo sie aufgestellt und abgefeuert werden sollte. Der „Gazette du Midi" zufolge hat man vielmehr in einem Getreidespeicher in der Vorstadt Saint Lazare, gegenüber der Kapelle des ehemaligen Hospitiums, das schon aufgestellte Gestell entdeckt, welches das Mordinstrument von einem Fenster festhalten sollte. Ueber das Personal des Complotts verlautet noch immer nichts Gewisses. Ein Blatt von Toulon erzählt als Gerücht, daß die Verschworenen der „Gesellschaft der Rächer" angehören, spricht dabei aber die merkwürdige Ueberzeugung aus, daß es keine Franzosen seien. Einem Brief aus Marseille zufolge würde die Zahl der Verhafteten etwa 50 betragen.

Spanien

ch **Madrid**, 25. Sept. Die Trauer um das Hinscheiden des Herzogs von Baylen hat die Königin bestimmt, ihre Rückkehr nach der Hauptstadt zu beschleunigen. Einem Decret in der heutigen Nummer der amtlichen Zeitung zufolge will die Königin dem Leichenbegängniß des Granden von Spanien und Generalcapitäns der Armee, Herzogs von Baylen, beiwohnen. Sie wird sich durch die Person des Königs bei dem Trauerzug repräsentiren lassen, der von der Kirche San Isidoro del Real, wo die Leiche niedergelegt worden ist, seinen Weg nach der Atochakirche nimmt. Der Staat trägt die Kosten der Bestattung; ein Monument wird aus der königlichen Privatkasse errichtet. Der Degen des Herzogs wird als ein Denkzeichen spanischen Nationalruhms im Museum des königlichen Artilleriecorps aufbewahrt werden. Die amtliche Zeitung, welche diese Anordnungen bekannt macht, ist mit einem Trauerrand erschienen. Die sterblichen Reste des Herzogs werden in der Atochakirche beigesetzt, weil sich dort auch die spanischen Fahnen und Siegstrophaen befinden. Wahrscheinlich überwogen wird die Begräbnißfeierlichkeit vor sich gehen. Der Titel des „Herzogs v. Baylen" geht auf einen Neffen des Verstorbenen über, auf

den Baron v. Carondella, der seinen Titel seinem Sohn, dem Marquis v. Portugalette, cedirt hat.

Großbritannien.

|| **London,** 20. Sept. Alle Anordnungen bezüglich der Deputation, welche sich von England nach Florenz begeben will, um die Gnade des Großherzogs von Toscana für die verurtheilten Madini's anzurufen, sind nun getroffen. Uebrigens muß eine frühere Mittheilung dahin berichtigt werden, daß nicht fünfzig, sondern nur vier Jahre Gefängniß- und Galeerenstrafe gegen die Unglücklichen erkannt sind. Unter den Engländern von Auszeichnung, welche an der Deputation Theil nehmen, befinden sich die Grafen v. Roden und v. Cavan und der ehrenwerthe Arthur Kinaird, Mitglied des Unterhauses für Perth. Die Deputation wird in etwa 14 Tagen die Reise nach Italien antreten. — Alle englischen Blätter, darunter auch „Morning Advertiser", eines der radicalsten, sprechen über das Marseiller Attentat ihre ernste Mißbilligung aus.

Für den 9. November ist ein großes Freihändlerbankett in Manchester angesagt, bei dem alle Parteihäupter erscheinen werden, um Beschlüsse über die weitere Durchführung der Freihandelsprincipien zu fassen. — In Liverpool erwartet man heute den neuen amerikanischen Gesandten beim Cabinete von St. James, den ehrenwerthen Joseph R. Ingersoll aus Philadelphia, der an Bord des „Arctic" ankommen soll. — Die irische Auswanderung scheint wieder einen neuen Aufschwung zu nehmen; die Bevölkerung, sagt das „Clare Journal", flieht in Massen, und wenn kein unvorhergesehenes Hinderniß dazwischen kommt, wird die nächste Volkszählung noch überraschendere Ergebnisse liefern, als der Census von 1851.

Nachschrift.

Kirchenstaat. Die amtliche Zeitung von Savoyen bringt die merkwürdige und (wenn wahr) äußerst wichtige Nachricht von einem Fluchtversuch, den der Papst von Castel Gandolfo aus habe machen wollen. Der ehemalige Minister des Aeußern, Turgot, der französische Gesandte in Rom, v. Rayneval, und der General v. Cotte (den man bekanntlich mit einer Sendung in Rom beauftragt hat) sollen den Papst in Castel Gandolfo besucht haben, um ihn zu bewegen, zur Krönung Ludwig Napoleons nach Paris zu kommen. Die Rathgeber des Papstes riethen sofort zur Flucht. Bologna war nicht gut zu Land zu erreichen, man wählte deßhalb den Seeweg, um Neapel zu erreichen. Der vorsichtige v. Rayneval hatte jedoch einem französischen Dampfschiff den Befehl gegeben, an der Küste zu kreuzen. Der Papst und sein Gefolge bestiegen das für sie bereitete Dampfschiff unter dem Vorwand, eine Seefahrt zu machen, das französische Dampfschiff aber folgte dem des Papstes als Ehrenwache, und man war nach einem vergeblichen Versuche, der Ehrenwache durch schnelleres Fahren zu entgehen, genöthigt, nach Castel Gandolfo zurückzukehren.

Handel und Industrie.

Mainz, 1. Oct. Im Laufe der Woche waren die Umsätze in Getreide von wenig Belang, und auch am heutigen Markte war das Engrosgeschäft von keiner Bedeutung; die Stimmung ist ruhiger, ohne deßhalb minder günstig geworden zu sein, und in dem Werthe der verschiedenen Getreidegattungen ist keine wesentliche Veränderung. Unsere heutigen Notirungen sind: Waizen effectiv 10 1/2 bis 11 fl., gut lieferbarer per October 10 1/4 fl., per März 10 5/6 bis 11 fl.; Roggen effectiv alter 9 1/4 à 1/2 fl., neuer 9 1/4 à 5/6 fl., gut lieferbarer per October 9 à 9 1/2 fl., per März 9 3/4 fl.; Gerste pfälzische 7 3/4 fl., fränkische 8 à 8 1/4 fl., per netto 100 Kilogr.; Hafer 3 3/4 à 4 fl. per Malter; Erbsen 9 1/2 à 11 fl.; Bohnen 11 1/2 à 13 fl.; Linsen 11 à 17 fl; Kohlsamen 12 1/2 à 13 fl., Mohnsamen 15 1/2 fl. per Malter. Für Rüböl blieb die Stimmung matt. Fast alles, was für den Octobertermin zu liefern ist, wurde heute schon gekündigt; indessen entschließen sich nur Wenige bei dem heutigen sehr gedrückten Preise zum Verkauf, der größere Theil empfängt oder prolongirt das gekündigte Oel auf spätere Monate, denn wer heute verkaufen mußte, konnte nicht über 32 Thlr. erzielen; die heutigen Notirungen sind: effectiv 32 à 32 1/2 Thlr. per 200 Pfund l. G. mit Faß, per October 32 Thlr., per Mai 35 Thlr.; Mohnöl 26 à 26 1/2 fl. per 50 Kilogr. ohne Faß. Roher Talg 22 1/2 fl. Branntwein neuer, in 8 à 10 Tagen lieferbar, 29 fl., alter 50pCt. Tralles 34 1/2 fl. per Ohm excl. Octroi. Spiritus roher 76 fl., fein gereinigter 80 fl. per Ohm in der Stadt. In der Fruchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 655 Säcke Waizen à 10 fl. 36 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 140 Säcke Korn à 8 fl. 49 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 57 Säcke Gerste à 5 fl. 52 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 156 Säcke Hafer à 3 fl. 44 kr. pr. Sack von netto 120 Pfund; vorher außerhalb derselben: 410 Säcke Waizen à 10 fl. 38 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 70 Säcke Korn à 8 fl. 45 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 60 Säcke Gerste à 6 fl. 25 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 10 fl. 37 kr., Korn 8 fl. 47 kr., Gerste 6 fl. 9 kr. Die Mehlpreise und Brodtaxe blieben unverändert. Hirse war, bei größerer Anfuhr, heute etwas billiger und à 12 bis 12 1/2 fl. nach Qualität zu kaufen. (Rh. H. 3.)

Börsenberichte.

Wien, 1. Oct. 5pCt. Metall. 95 1/4, 95 7/8. — 5pCt. do B. 109 1/2. 4 1/2pCt. do. 85 1/4. — Bankactien 1352. — 250 fl. Loose 139. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102 3/4. — London 11 fl. 34 kr.

Frankfurt, 2. Oct. Bei der heute stattgehabten 1. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 11800, 12617, 7636 und 19420 jede 1000 fl., Nr. 19213, 5395, 7173, 1197, 19470 und 6359 jede 300 fl.

Frankfurt, 2. Oct. Gestern sind hier angekommen: Herr Fürst Paskewitsch, aus Rußland, im russischen Hof; Herr Graf v. Bothmer, aus München, im Brüsseler Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. N. Kutschelt

Cours der Staats-Papiere. 2. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.i.S.b.Roths)	94 1/4	P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	94 1/4	P.
»	5% L. V. (C.b Roths)	88 1/4 P. 88	G.
»	5% do.Monte C.i.S.i.M	84 3/8	P.
»	Bank-Actien . . .	1392	P.
»	5% Metalliq. Oblig.	81 7/8 P. 5/8	G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	82	P.
»	4 1/2% ditto	72 3/4	P.
»	4% ditto	65	P.
»	3% ditto	45 3/4	P.
»	2 1/2% ditto	41 1/2	G.
»	1% ditto	16 7/16	P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	119 1/2	P.
»	fl. 500 » ditto	194	P.
»	4 1/2% Oblig. b. Bethm.	81 1/4	P.
»	4% ditto	71 1/4	P.
Preussen .	3 1/2% Staatsschulds.	95 3/4	P.
»	4 1/2% Oblig. b. Roths	104 1/2	P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112	P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 1/2	P.
»	4 1/2% ditto	100 3/4 P. 1/2	G.
»	4% ditto	97 1/8	G.
»	4% Ablos.-Rente .	97 1/4	P.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	93 3/4	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95 3/4	P.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103 5/8	P.
Baden . .	5% Obligationen . .	102 3/8	P.
»	4 1/2% Obligationen	103	G.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	90 1/4	P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/2 P. 1/4	G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 P. 37 3/4	G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/2	P.
»	4% ditto	99 3/4	P.
»	3 1/2% ditto	91 3/4	P.
Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28 1/4	P.
Württemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 5/8	P.
»	3 1/2% ditto	90 3/4	P.
Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34 1/4 P. 34	G.
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	45	P.
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	101 3/8	P.
»	4% ditto b. Rothsch.	98 1/8	P.
»	3 1/2% ditto b Rothsch.	92 1/2	P.
»	fl. 50 Loose . . .	90 1/2 P. 1/4	G.
»	fl. 25 Loose . . .	31 3/8	P.
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	96 1/2 P. 1/4	G.
»	3 1/2% » v. 1846	95 5/8	P.
»	3% » . . .	86	P.
»	Taunusbahnact. .	298	P.
Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	103 5/8	G.
»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	92 1/2	P.
»	4% » b. Stieglitz »	92	P.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91 1/4	P.
Spanien	3% Inl. Sch. P. fl. 2.30	46 1/4 P. 1/8	G.
»	1% Neue » »	23 7/8 bez. 13/16	G.
Holland .	4% Certificate . .	96 1/4	G.
»	3 1/2% Syndicats .	94 1/2	G.
»	2 1/2% Integrale .	63 3/4	G.
Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 12 b. R.	100 1/2	P.
»	4 1/2% Obl. in F. à 28 kr.	97 1/4	G.
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	90 3/4	G.
»	2 1/2% Obl. b. Rothsch.	56 1/4	P.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97 3/4	P.
»	5% Obl. b. Hambro	94 3/4	P.
»	Sardinische Loose .	41 P. 40 1/2	G.
Toscana	5% Obl. 1850 (C.b Golds.)	100 1/8	P.
»	5% » 1851. b. Bastogi (do.)	97 1/2	P.
N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	116 1/2 P. 1/4	G.
Vereins fl. 10 Loose . .		8 7/8 P. 3/4	G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 2. October		Per comptant
Amsterdam . (100 fl. Crt.)	k.S.	100 5/8 B. 3/8 G.
	3M.	— —
Augsburg . . (100 fl. Crt.)	k.S.	120 1/8 B. 119 7/8 G.
	3M.	— —
Berlin . . . . (60 Thlr.) .	k.S.	105 1/4 B 1/8 G.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. i. Ldor.)	k.S.	97 3/4 B. 1/2 G.
	3M.	— —
Hamburg . . (100 Mk. Bc.)	k.S.	89 B.
	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 1/4 B.
London . . . (10 Livr. St.)	k.S.	119 3/8 B.
	3M.	— —
Lyon . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94 3/8 B.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	101 B 100 3/4 G.
	3M.	— —
Paris . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94 3/8 B. 1/4 G.
	3M.	— —
Wien (100 fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	102 3/4 B. 1/2 bez. — —
Disconto		2 3/4 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 45 1/2–46 1/2
Pr. Friedrichsd'or	»	9 56-57
Holl. 10 fl. Stücke	»	9 54-55
Rand-Ducaten .	»	5 38-39
20 Frankenstücke	»	9 31-32
Engl. Sovereigns	»	11 57
Gold al Marco	»	383 1/2–84 1/2
5 Frankenthaler	»	2 21 7/8–22 1/8
Preuss. Thaler	»	1 45 1/4–1/2
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 45 [illegible] 3/8

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nro 236.) 3. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 2. Oct. Nach der „Preußischen (Adler-) Zeitung" geben wir nachstehend die Depesche, welche unter dem 27. v. M. in der Zollvereinsangelegenheit von dem preußischen Ministerpräsidenten an die königl. preußischen Gesandtschaften bei den betreffenden Zollvereinsregierungen erlassen ist:

In der Erklärung, welche preußischerseits in der Sitzung der hiesigen Zollconferenz vom 30 August v. J. abgegeben worden, ist die Nothwendigkeit dargethan, die Frage über den Umfang des künftigen Vereins rechtzeitig bindend festzustellen, und es ist in Verbindung hiermit die Hoffnung ausgesprochen, daß in einer in der ersten Hälfte des Monats September anzuberaumenden Sitzung die wegen einer gemeinschaftlichen Grundlage der Verhandlungen gewünschte Rückäußerung erfolgen werde, ohne welche man diesseits in weitere Verhandlungen mit der Gesammtheit der Zollvereinbündeten nicht würde eintreten können.

Indem wir jene Hoffnung aussprachen, glaubten wir uns des allseitigen Einverständnisses damit um so mehr versichert halten zu dürfen, als wir übergzugt waren, man werde von allen Seiten erkennen, daß es durch die ganze Lage der Sache und durch Gründe der innern Nothwendigkeit geboten sei, einer Ungewißheit ein Ziel zu setzen, welche unleugbar nachtheilig auf alle Verhältnisse einwirken und deren dortige Beseitigung im gemeinsamen Interesse liegen muß; wir besinden uns indeß, zu unserem aufrichtigen Bedauern, auch bis heute noch seitens der dortigen Regierung ohne eine zustimmende Erklärung dazu, daß die Verhandlungen mit Oesterreich über einen Zoll- und Handelsvertrag erst nach Abschluß des Vertrags über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zu eröffnen seien.

Wir sind somit in der Unmöglichkeit, die Verhandlungen der Zollconferenz mit der Gesammtheit fortzusetzen, und haben deßhalb diese Verhandlungen nur mit denjenigen Staaten wieder aufgenommen, welche sich bereits der vorstehenden Erklärung vom 30. August v. J. angeschlossen haben.

Von den Wünschen geleitet, wie bisher, so auch ferner Alles zu thun, was zur Förderung und Erreichung des Zieles, der Erneuerung des Zollvereins unter Hinzutritt des Steuervereins, möglich und mit dem allseitigen, wie mit dem Interesse des eigenen Landes vereinbar ist, werden wir indessen, so lange es der Zeit nach überhaupt zulässig erscheint, nicht Anstand nehmen, auch mit der dortigen Regierung wieder in Verhandlung zu treten, sofern dieselbe uns dazu durch eine zustimmende Erklärung über die oben erwähnte Frage in den Stand gesetzt haben wird. Ich werde gern bereit sein, eine solche Erklärung entgegen zu nehmen, und ersuche Sie, sich hiernach gegen die dortige Regierung zu äußern, auch, wenn es gewünscht wird, Abschrift gegenwärtiger Depesche mitzutheilen.

Dieser Depesche fügen wir noch einer Mittheilung im amtlichen „Dresdener Journale" die Nachricht hinzu, daß in Berlin den Bevollmächtigten der Coalitionsregierungen die Anberaumung einer Conferenzsitzung behufs Uebergabe ihrer Gegenerklärung verweigert worden.

* **Wien**, 29. Sept. Die von Seite Oesterreichs und der Schweiz in Thätigkeit gesetzte Grenzberichtigungscommission wird ihre Arbeiten noch vor Winters Anfang beendigt haben. Es ist, wie der „Lloyd" schreibt, außer Zweifel, daß die Ansprüche Oesterreichs zur Geltung kommen, wodurch Oesterreich einem unabsehbaren Zuwachs an Gebiet bekäme, welches besonders durch Holzreichthum schätzenswerth wird. Die Commission befindet sich derzeit auf dem schweizerischen sein sollenden Gebiet in Val di Lei. — Gestern Morgen wurden von den Basteien, wo dies noch nicht geschehen war, mit Ausnahme jener dem äußeren Burgthore zunächst gelegenen, die Geschütze (Mörser, Haubitzen und Kanonen) weggeführt und in den Blockhäusern untergebracht, wo sich auch die Bedienungsmannschaft befinden wird. Die Aeußerlichkeit des Belagerungszustandes verschwindet immer mehr, und in gleichem Grade auch die justizielle und politzeiliche Wirksamkeitsphäre des Militärgouvernements, sodaß es nöthig, die Aufhebung des Belagerungszustandes zu berichten.

△ **Berlin**, 30. Sept. Die Ministerialcommission für die Revision der Verfassung wird heute Abend die zweite Sitzung halten. In der vorgestrigen ersten Sitzung wurde nur darüber berathen, in welcher Weise die der Commission zugetheilten Arbeiten zu behandeln sein würden. Von Seite des Ministeriums des Innern ist die möglichste Beschleunigung der Arbeiten der Commission dringend anempfohlen worden, da die Ergebnisse der Berathungen derselben, bevor sie an die Kammern gelangen, noch von dem Staatsministerium in Erwägung gezogen werden müssen. Die Kammern dürften erst in der zweiten Hälfte des Monats November zusammentreten. Wir haben in unserm gestrigen Schreiben darauf hingedeutet, daß die künftigen Wahlen für die zweite Kammer theils durch die Gemeindebehörden, theils durch die ständischen Corporationen geschehen dürften. In Bezug auf die passive Wahlbarkeit möchte es aber dabei sein Bewenden behalten, daß die Gemeindebehörden und die ständischen Corporationen nicht verpflichtet sind, aus ihrer eigenen Mitte zu wählen, sondern es ihnen gestattet ist, aus dem gesammten Gebiet des Staats einen Staatsbürger mit ihrem Mandat betrauen zu können. Mit einem Wort, der Charakter der Landesvertretung dürfte bei den künftigen Kammern wohl festgehalten werden, was indessen nicht der Fall sein würde, wenn die passive Wahlbarkeit auf die betreffenden Gemeindebehörden und Corporationen beschränkt wäre. Die Gewählten wären in dem letzten Fall keine Vertreter des Landes, sondern Vertreter der oder jener Corporation. Der beizubehaltende Charakter einer Landesvertretung würde eine Illo in partes oder eine Abstimmung nach Curien von selbst ausschließen. — Das Austreten der Provinziallandtage in diesem Jahr, die durch ihre Anträge in Betreff der allgemeinen Landesverfassung offenbar über ihre Zuständigkeit hinausschreiten, scheint hier vielfach befremdet zu haben. Den Provinziallandtagen steht das Petitionsrecht in Bezug auf Angelegenheiten der betreffenden Provinz zu, aber nicht bezüglich allgemeiner Staatsangelegenheiten. In letzterer Beziehung können Petitionen von einzelnen Staatsbürgern ausgehen, aber nicht von Corporationen. Es dürfte wohl zu erwarten sein, daß die Provinziallandtage, denen trotz ihrer sehr zweifelhaften Staatsgrundgesetzlichen Berechtigung bereits der Raum in hohem Grade geschmollen zu sein scheint, in die ihnen zugewiesenen Schranken werden zurückgewiesen werden. Würde man denselben jetzt eine Einmischung in die Angelegenheiten in Betreff der allgemeinen Landesverfassung einräumen, so würden daraus namentlich von der sich ohnedem so überhebenden Ritterschaft die bedenklichsten Schlußfolgerungen gezogen werden können. — Der geheime Obersinanzrath v. Viebahn ist von seiner amtlichen Reise nach den hohenzollernschen Landen hierher zurückgekehrt. Die industriellen Verhältnisse sind, wie man hört, im allgemeinen von demselben als befriedigend befunden worden. Zur Förderung derselben dürfte von Seiten der preußischen Regierung alles nur immer Mögliche geschehen. Die Eröffnung des Donauthales ist bei dieser Gelegenheit wieder zur Sprache gekommen, da man die Wichtigkeit anerkennt, welche die Eröffnung dieses unwegsamen Thales für den Verkehr und für den Handel haben würde. Ob dieses Werk indessen bei den bedeutenden Kosten, welche die Ausführung erfordern würde, schon in den ersten Jahren in Angriff genommen werden dürfte, lassen wir dahingestellt. Bekanntlich hatte der frühere Landesfürst bereits beträchtliche Vorarbeiten machen lassen. Herr geh. Rath v. Viebahn hat das in Rede stehende Donauthal mit andern preußischen Beamten in genaue Besichtigung genommen. — Die Hoffnungen wegen Erhaltung des Zollvereins sind, wenn nicht während der 15 Monate, in welchen die alten Zollvereinsverträge noch Giltigkeit haben, eine Wendung der Dinge auf irgend eine Weise eintritt, gänzlich entlei. Wie wir hören, hat sich Preußen mit den thüringischen Staaten bereits vollständig geeinigt, mit den übrigen bisher enger Verbündeten dauern die Unterhandlungen fort. In Bezug auf Hannover ist die Zuversicht tief gesunken. Möge nun aber auch die Sache eine noch so traurige Wendung nehmen, dem gesammten preußischen Volke stehen Preußens Ehre und Selbstständigkeit höher als die Erhaltung des Zollvereins. Ein Zurückziehen Preußens auf sich selbst und auf einige treu zu ihm haltende Staaten ist übrigens nur scheinbar, denn ein Staat wie Preußen mit seinen 16 Millionen Einwohnern kann nicht isolirt werden. — Der Director einer Abtheilung im Kriegsministerium, Major v. Schütz, ist von seiner Erholungsreise wieder hierher zurückgekehrt, wie überhaupt die meisten auf Urlaub sich befindenden Beamten der verschiedenen Ministerien nun nach und nach hier wieder

eintreffen. Unser berühmter Geograph, Professor Karl Ritter, welcher in Paris einige Zeit verweilte, ist auch vor mehreren Tagen hierher zurückgekehrt. Professor Johannes Müller, der Anatom, wird indessen erst gegen Mitte Octobers aus Triest hier zurückerwartet. — Der Director der Münchener Kunstakademie, Wilhelm v. Kaulbach, begibt sich am nächsten Montag, 4. Oct., von hier nach München zurück. — Die „N. Pr. Ztg." erklärt in ihrem heutigen Leitartikel, daß mit den Politikern des „Preuß. Wochenblatts" erst dann eine Verständigung möglich sein würde, wenn dieselben vorher ein pater peccavi sprechen würden. Da nun aber diese Männer gerade ein pater peccavi von der Kreuzzeitungspartei verlangen, so wird es wohl beim Alten sein Bewenden finden.

Kl* **Aus der Pfalz**, 1. Oct. Vor kurzem hatte sich das Gerücht verbreitet, Herr Regierungspräsident v. Hohe werde seiner gegenwärtige amtliche Stellung mit einer andern im fernsitigen Bayern vertauschen. Mag sich eine Vermuthung dieser Art an seine Bakereise und seinen kurzen Aufenthalt in der Hauptstadt geknüpft haben, oder mag das Gerücht von einer Partei im Kreise selbst erfunden und verbreitet worden sein, aus sicherer Quelle weiß ich, daß es aller und jeder Begründung entbehrt. Daß Herr v. Hohe das vollste Vertrauen Sr. Maj. des Königs, und gerade auf seinem jetzigen Posten, besitzt, steht außer Frage. Ebenso darf man mit Zuversicht erwarten, daß allerhöchsten Orts ein häufiger Wechsel der Präsidenten der Pfalz nicht mehr beliebt werde, um so weniger kann, wenn man den rechten Mann an der Stelle weiß. Wir Herr v. Hohe selbst über seinen Aufenthalt in unserm Kreise denkt, weiß ich freilich nicht, doch glaube ich mit ziemlicher Sicherheit behaupten zu dürfen, daß auch er den Wunsch, seine amtliche Stellung zu ändern, nicht ausgesprochen hat, sondern dieselbe seine Mission mit Ernst und Liebe zu Ende zu führen gedenkt. — Der Landrath wird am 11. d. M. in Speyer zusammentreten. — Die Schwurgerichtssession für das vierte Quartal wird am 15 November unter dem Vorsitze des königlichen Appellationsgerichtsraths Serini eröffnet werden.

Aus Mainz, 2. Oct. Gestern Abend hat langten die Militärpflichtigen aus den neuen preußischen Besitzthümern, den hohenzollernschen Landen, hier an und wurden bei den Bürgern einquartiert; dieselben sind heute Morgen wieder abmarschirt, um bei den betreffenden resp. Waffengattungen untergebracht zu werden; es sind meistens frische, kräftige Burschde und wie man sagt, größtentheils zur Garde nach Berlin und zur Artillerie nach Breslau bestimmt. — Die Spätjahrs-Auswanderung ist dis jetzt noch nicht so stark wie in frühren Jahren; für die zweite Hälfte dieses Monats sind jedoch große Züge Auswanderer aus Altbayern und Würtemberg angekündigt.

Aus Bayern, 29. Sept. Die heutige Nummer des hiesigen Regierungsblattes bringt eine Bekanntmachung der Landesregierung, in welcher mit Bezugnahme darauf, daß in neuester Zeit vielfache Betrügereien an deutschen Auswanderern verübt worden seien, alle Auswanderungslustige gewarnt werden, ihre Ueberfahrt nach Amerika über europäische Zwischenhäfen, insbesondere über Liverpool und andere englische Häfen, zu bewirken. Ebenso warnt jene Bekanntmachung vor der Abschließung von Contracten über Weiterbeförderung von den amerikanischen Küstenstädten in das Innere des Landes mit unbekannten oder nicht vollkommen sicheren Menschen und rathet an, den Weg von Bremen und Hamburg direct nach einer amerikanischen Hafenstadt zu wählen und wegen Weiterbeförderung in das Innere des Landes nur mit den in den amerikanischen Seeplätzen befindlichen deutschen Gesellschaften zu contrahiren. Endlich wird die Nachricht als unbegründet bezeichnet, daß auf Kosten Englands deutsche Auswanderer unentgeltlich von Liverpool nach Amerika befördert würden.

Oldenburg, 29. Sept. Heute ward der sechste allgemeine Landtag des Großherzogthums vom Ministerpräsidenten Staatsrath v. Rössing in Gegenwart der übrigen Mitglieder des Ministeriums eröffnet.

Belgien.

Brüssel, 30. Sept. Wir erhalten eben einige Notizen über den ersten Theil des Berichts in Betreff der Unterhandlungen mit Frankreich, welcher gestern vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten auf den Bureaux der beiden Kammern niedergelegt worden ist. Die erste Eröffnung der Unterhandlungen geschah durch Belgien am 16. November 1848; sie führten zu keinem Ergebniß. Am 12. Mai 1851 ergriff die belgische Regierung die Initiative abermals. Am 9. Juli, als unser Ministerium seine Demission gegeben hatte, war der Stand der Verhandlungen: Concessionen Belgiens: die ältern Concessionen aufrecht erhalten; die Accise auf Wein zu debattiren, ebenso die Salafrage; gleichförmiger Tarif für die Kohlen; die dem Zollverein bewilligte Begünstigung des Transits soll auch für Frankreich gelten; der Eingangszoll von 4 Fr. auf Schiefern; Abschaffung des Nachdrucks bis zur Ordnung einiger Punkte. Concessionen Frankreichs: frühere Concessionen aufrecht erhalten; günstigere Bedingungen für die Einführung der Leinwand; Vermehrung des Zolls auf Vieh von Luxemburg; 40 Fr. anstatt 72 Fr. Eingangszoll auf 100 Kilo Hopfen; 2 pCt. vom Werthe anstatt des Verbotes für belgische Catonette und Hosenstoffe; Rückkehr zum Tarif von 1848 für die Spiegel; 40 Fr. anstatt 81 Fr. 20 Cent. für Sohlleder und noch einige andere Concessionen. Was die Dauer der Uebereinkunft anbetrifft, so war darüber noch nichts beschlossen worden. So blieb die Frage bei Gelegenheit der Demission des Cabinets im vergangenen Juli. Morgen gedenke ich Ihnen die Fortsetzung mittheilen zu konnen. (K. Z.)

Frankreich.

+ **Paris**, 30. Sept. Der Marineminister Ducos, der gestern Toulon verlassen sollte, um hierher zurückzukehren, wird für den Rest der Reise in der Begleitung des Prinz-Präsidenten verbleiben. — Gestern hat der Erzbischof von Paris mit Herrn Romieu, dem Director des Departements der schönen Künste, das Pantheon besucht und die Pläne, nach welchen das Gebäude für den öffentlichen Gottesdienst wieder eingerichtet wird, einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Ebenso hat der Erzbischof im Louvre die von Chenavart für das Pantheon ausgeführten Cartons in Augenschein genommen und die Modificationen angeordnet, die er wünschte, um die Bilder in die neue Kirche aufzunehmen. — Damit Algerien in dem Ausdruck seiner Gesinnungen für den Prinz-Präsidenten nicht zurückbleibe, hat der Generalgouverneur eine Deputation nach Marseille abgeordnet, die dort im Namen der Colonie Ludwig Napoleon begrüßwünschen soll. Die Deputation besteht aus dem General Pelissier, Commandanten der Provinz Oran; Laroubbe, Generalsecretär der Regierung; Cachene, Maire von Algier; Canton, Präsident der Handelskammer, und einigen andern Notabilitäten. Capitän Appert, einer der Adjutanten des Generalgouverneurs, hat die Deputation begleitet. — Der Graf v. Caravalho ist mit einer geheimen Mission der Regierung von Brasilien hier angekommen. Diese Mission soll die Angelegenheiten vom Laplata betreffen.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 2. Oct. Die heute Abend eingetroffenen Blätter bestätigen die betrübende Nachricht, daß die Verhandlungen zwischen Preußen und den Darmstädter Verbündeten, insofern sie auf den Berliner Conferenzen fortzuführen waren, abgebrochen sind. „Die Sprengung des Zollvereins, schreibt man der „Hamburger Börsenhalle" aus Berlin, ist in diesem Augenblick so gut wie geschehen. Die Verhandlungen zwischen Berlin und Hannover über die zunächst zu ergreifenden Maßnahmen sind im Gange, die Entscheidung über die Zukunft des Septembervertrags steht nahe bevor." Graf v. Alvensleben ist nach Hannover gereist, in außerordentlicher Mission, wie die „N. Pr. Ztg." sagt. Ob die Bevollmächtigten der Regierungen des Darmstädter Bündnisses Berlin bereits verlassen haben, darüber herrschen die widersprechendsten Blätter noch nicht. Nach der „Börsenhalle" wollte Herr v. Hermann bereits am 30. v. M. abreisen. — Ein Extrablatt des „Staatsanzeigers für Würtemberg" vom 1. October theilt aus Berlin mit, daß die Abreise der Bevollmächtigten von Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, der beiden Hessen und Nassaus wohl schon erfolgt sei, indem Preußen sich am 29. September ausdrücklich geweigert habe, dem Wunsche der Bevollmächtigten gemäß eine weitere Sitzung der Zollconferenz anzuberaumen, in welcher letztere die in München vereinbarte gemeinsame Erwiderung auf die preußische Erklärung vom 30. August abgeben wollten.

* **Frankfurt**, 2. Oct. Die Abwesenheit des Directors der Bundeskanzlei, des k. k. österreichischen Legationsraths Freiherrn v. Brenner-Felsach, wird bis zum Wiederbeginn der Sitzungen der Bundesversammlung andauern und der k. k. österreichische Hof- und Ministerialrath Frhr. Nell v. Nellenburg bei seiner Stellung in der Abtheilung für das Bundes-Kassen- und Finanzwesen die Direction der Bundeskanzlei einstweilen mit übernehmen. — Der Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar ist heute Nachmittag zunächst von hier nach Stuttgart gereist. — Prinz Lucian Bonaparte, dessen Spiel auch heute noch ein glückliches war, ist noch nicht von Homburg zurückgekehrt. Es sind indessen heute bedeutende Baarsummen für die Bankkretion in Homburg von hier abgegangen.

* **Wien**, 30. Sept. Nach der „Triester Zeitung" würde sich der Kaiser von Agram nach Fiume und von dort nach einem Lager in Italien begeben. Die Rückkehr des Kaisers würde am 21. October erfolgen. — Die plötzliche Ankunft des Freiherrn Prokesch v. Osten soll nicht ohne Zusammenhang mit der handelspolitischen Frage sein; seine Hereise ist zu Folge officieller Mittheilung geschehen

und hatte er bereits gestern Mittag eine Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser, der auch der Minister des Auswärtigen, Graf Rayol, beiwohnte. Auch der k. k. Gesandte am Dresdener Hofe, Graf Kuefstein, ist hier eingetroffen. — Die angekündigte Vertilgung von 2 Millionen Gulden in Reichsschatzscheinen und ½ Million in Anweisungen auf die ungarischen Landeskassen hat gestern am Glacis in üblicher Weise stattgefunden.

* **Berlin**, 1. Oct. Die erste Vorberathung von Verfassungsänderungen im Ministerium des Innern niedergesetzte Commission hat jetzt den Geheimerath Brüggemann zu ihrem Vorsitzenden erwählt. Der zur Theilnahme an den Berathungen dieser Commission aus Coblenz hierher berufene Regierungsrath v. Kröcher wird dem Vernehmen nach im Ministerium des Innern verbleiben. Ueber seinen Nachfolger als Oberpräsidialrath in Coblenz verlautet noch nichts. Ferner gewinnt es den Anschein, als werde auch der Regierungsrath von Klützow vorläufig noch auf seinem Posten im Ministerium verbleiben, und für jetzt nicht als Oberregierungsrath nach Potsdam gehen. — Der Provinzialstandtag der Provinz Sachsen ist am 25. vorigen Monats geschlossen worden.

— **Kassel**, 1. Oct. Das hiesige neue 4½pCt. Anlehen ist, wie man heute sagt, vollständig gezeichnet und ist der größte Theil desselben, circa 1 Million Thaler, von Hiesigen übernommen; das Bankierhaus Kahlo zeichnete allein circa 200,000 Thlr., außerdem betheiligten sich noch viele Privatpersonen mit namhaften Summen.

* **Paris**, 1. Oct. Der Prinz-Präsident ist vorgestern Nachmittag von Toulon in Marseille angekommen. In dem Hafen la Joliette stieg er unter den Acclamationen einer großen Menschenmenge ans Land und fuhr sogleich nach Aix weiter, wo er mit großem Enthusiasmus empfangen wurde und einen ihm zu Ehren von der Stadt veranstalteten Ball besuchte. Auch Aix hat es nirgends an Kaiservivats fehlen lassen. Gestern Nachmittag ist Ludwig Napoleon in Nimes eingetroffen. Die Einwohnerschaft und die von allen Seiten herzugeströmten Bevölkerungen des Gardedepartements empfingen ihn mit begeistertem Vive l'Empereur! und Vive Napoléon III.! Am Eingang der Stadt begrüßten ihn die Behörden. In der Arena war eine glänzende Vorstellung veranstaltet, die der Prinz besuchte. Ein tausendstimmiges Vive l'Empereur! begrüßte sein Erscheinen. Um 5 Uhr Empfang der Behörden im Präfecturgebäude, um 7 Uhr Diner, nachher Ball, und als er sich von demselben wieder zurückzog, ward begeistertes Vive l'Empereur! der Ballgäste. Auch den Grundstein zu einer Kirche hat Ludwig Napoleon in Nimes gelegt. Heute früh ist er von dort abgereist, und, nachdem ihm in Lunel und von allen Landgemeinden an seinem Wege mannigfache Ovationen bereitet waren, diesen Mittag gegen 1 Uhr in Montpellier angekommen.

Der „Moniteur" veröffentlicht heute früh den officiellen Wortlaut der vom Prinz-Präsidenten bei der Grundsteinlegung der Kathedrale in Marseille gehaltenen Rede. Sie ist darum nicht ohne Bedeutung, weil sie die Frömmigkeit Ludwig Napoleons bekundet, der einen besondern Nachdruck darauf legt: mit Stolz könne er sagen, daß seine Regierung die einzige sei, welche die Religion um ihrer selbst willen stütze und fördere; sie stütze dieselbe nicht als ein politisches Werkzeug, nicht um einer Partei zu gefallen, sondern allein aus Ueberzeugung und aus Liebe zum Guten, welches die Religion eingebe, und zu den Wahrheiten, die sie lehre.

Aus dem Marnedepartement haben bis heute 300 Gemeinden Petitionen um Herstellung des Kaiserreichs eingeschickt, Reims nicht mitgezählt, welches seine Gesuche eben erst zur Unterzeichnung in Umlauf setzt. Auch in dem Ober-Saonedepartement petitioniren eine Menge von Gemeinden um das Kaiserreich; 80 Gesuche sind bereits bei der Präfectur eingegangen.

Viele Städte des Landes, darunter Toulon, Toulouse, Marseille, Limoges, Grasse und andere haben anläßlich der Entdeckung des Complotts in Marseille Beglückwünschungsadressen an den Prinz-Präsidenten votirt.

Der Polizeiminister hat einer Anzahl von Individuen verschiedener Kategorien für kürzere oder längere Zeit verboten, in dem Seinedepartement zu wohnen, und zwar kraft des Gesetzes vom 3. Juli d. J.

Die heute fällige Madrider Post vom 26. Sept. ist ausgeblieben.

* **Brüssel**, 1. Oct. Die „Indépendance" meldet, nach dem Bericht der Minister des Innern, der auswärtigen Angelegenheiten und der öffentlichen Bauten habe nun auch der Kriegsminister den König um seine Entlassung gebeten. Ein Gleiches wird auch der provisorische Finanzminister Liedts thun. Uebrigens soll Delehaye in Folge dringenden Zuredens nicht abgeneigt sein, von seiner in der Kammer am Dienstag gegebenen Erklärung abzugehen und das Präsidium nun doch zu übernehmen.

* **London**, 30. Sept. Gestern früh haben sich die Mitglieder verschiedenen Corporationen in Guildhall versammelt, um den Lordmayor der City von London für nächstes Jahr zu wählen. Gottesdienst und Predigt ging voraus. Der Alderman Challis, welcher Finsbury im Unterhause repräsentirte, und Alderman Sydney wurden dem Lordmayor und Hof der Aldermen als Candidaten vorgeschlagen. Ihre Wahl entschied sich für den Erstgenannten und Alderman Challis wurde von der Versammlung mit Acclamation begrüßt. Der neue Lordmayor dankte, worauf man wieder auseinanderging. — Dem „Morning Advertiser" zufolge würde die Session des Parlaments am 23., nach andern Angaben schon am 21. October ihren Anfang nehmen.

* **Kopenhagen**, 25. Sept. „Dagbladet" enthält Folgendes: Eine königliche Resolution hat das kriegsgerichtliche Urtheil über den Obersten Schütz und den Major Wasmer, das auf Todesstrafe lautete, bei Schütz in lebenslängliche Zuchthausarbeiten und bei Wasmer, der 1848 nicht mehr im activen Dienste stand, in lebenslängliches Staatsgefängniß zur Christianeö umgewandelt.

Börsenberichte.

Frankfurt, 2 Oct. Die Börse war heute wieder geschäftslos; der Umsatz beschränkte sich fast einzig und allein auf 1pCt. Spanische; nachdem eine ziemliche Anzahl Stücke zu 23⅞ verhandelt wurde, blieben dieselben zuletzt pr. Cassa zu 23⅞ zu haben und zu diesem Cours auf Lieferung pr. Ultimo dieses Monats willig anzubringen. Von österreichischen Fonds waren 4½pCt. Met 72⅛ pCt. pr. Cassa G., 5pCt. Lomb.-Venet. 88 pCt. G.; der Umsatz darin, so wie in allen übrigen Papieren, war fast durchaus null.

Berlin, 1. Oct. Staatsschl. 95½ Brf., 95 G. — Köln-Minden 111 à 111⅓ bez. — Fr.-Wl.-Nordb. 40 à 41 bez.

Paris, 1. Oct. 4½ pCt. Rente 103, 50. — 3pCt. 77, 80. — Neapol. 104, 30. — Neue 5pCt. Oesterr. 94⅛. — Spanische neue Diff. 23⅞. — Neue 3pCt. 50⅛. — Innere Schuld 45⅛. — Bankactien 2840. — Piemont 5pCt. 97, 90. — Römisches Anleihen Juni 1850. —. — do. 1850 98⅞. — St. Germain-Eisenbahn 1470. — Versailles, linkes Ufer 323, 75. — Straßburg-Basel 326, 25. — Nordbahn 727, 50. — Paris-Strasburg 760.

Die heutige Abrechnung ging sehr mühsam von statten und war für die Hauffespeculanten mit großen Opfern verbunden. Auf den Actienmarkt übte die Bewegung der Rente keinen Einfluß; die meisten Linien behaupteten sich fest und gingen höher als gestern.

Amsterdam, 30 Sept. 4 Uhr 2½pCt. Integr. 63⅛/₁₆. 12/13. — 3pCt. Stuld 76⅛/₁₆. — 5pCt. do. 96⅜. ⅛/₁₆. — 3½pCt. do. —. — 1pCt. neue Spanische 23⅞. — 3pCt. —. — do. inländische à 6000 fl. 45⅞. — 5pCt. Portug. —. — 4pCt. 39⅞. 39. — 4pCt. Russ. bei Hope —. — od. bei Stieglitz 91⅛. — 5pCt. Metall. 78⅜. ⅛/₁₆. — 2½pCt. do. 40⅛/₁₆. — Neue 5pCt. Stieglitz Metall. —.

In Folge einiger gemachten Verkäufe in Integralen stellten sich diese wie alle übrigen holländischen Effecten etwas niedriger im Cours als gestern. In fremden Fonds war wenig Variation und die Haltung derselben im Allgemeinen etwas weniger fest.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Wallau. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Knipschild.

[2257]

Taunus-Eisenbahn.

Im Monat **September** l. J. wurden auf der Taunus-Eisenbahn ausschließlich der Militärtransporte, 90,431 Personen befördert.

Die Einnahmen betrugen während dieser Zeit:

a)	für Personentransport und Gepäck . .	53,305 fl.	7 kr.
b)	für Transport v. 41,271⅔/₁₀ Ctr. Fracht.	6,287 „	11 „
c)	„ „ „ 37 Reisewagen. .	257 „	— „
d)	„ „ „ 509 St. Schlachtvieh, 12 Pferden, 396 Hunden u. 3447 Traglast.	584 „	58 „
	Total der Einnahmen	60,464 fl.	14 kr.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

In Auftrag des Verwaltungsrathes
der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft.
Für den Director:
Wernher.

[2256]

Frankfurt-Hanauer Eisenbahn.

Im Monat **September** l. J. wurden befördert:
41,605 Personen, 3103 Ctr. und 8 Wagenladungen Güter, 288 Ctr. 58 Pfd. Gepäckfracht, 139 Stück und 3 Wagenladungen Schlachtvieh, 158 Hunde und 1750 Traglasten.
Die Einnahme betrug einschließlich der Postsendungen
12,919 fl. 44 kr.
Frankfurt a. M., den 2. October 1852.

In Auftrag des Verwaltungsrathes,
der Director: **Jobel.**

[2230] Ein anständiges Mädchen von gesetzten Jahren sucht eine Stelle als Haushälterin; dieselbe sieht mehr auf gute Behandlung als auf hohen Gehalt. Näheres zu erfragen bei der Expedition d. Blattes.

9000 Gewinne unter 20,000 Loosen
bietet die **Braunschweiger Lotterie**, deren Hauptziehung vom 20. October bis 6 November stattfindet. Haupttreffer: fl. **87500, 52500, 35000, 17500, 8800** ꝛc. Wir empfehlen 1/1 Loose à fl. 56, 1/2 à fl. 28, 1/4 à fl 14, 1/8 à fl. 7, so wie mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100: 1/1 Loose à fl. 32, 1/2 à fl. 16, 1/4 à fl. 8, 1/8 à fl. 4.

***Julius Stiebel* jun. & Co.,**
[2252] Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

[2245] Subhastations-Patent und Edictalladung.

In Sachen des Philipp Nikolaus Schmidt und Consf. gegen Julius von Stachelhausen auf Traidendorf, Rohrbach und Lauf, wegen Forderung, werden auf Antrag der gerichtsbekannten Gläubiger und gemäß Gerichtsbeschlusses vom 2. April l. J. die sämmtlichen Besitzungen des Herrn Schuldners zu Traidendorf, Rohrbach und Lauf hiermit dem offentlichen Verkaufe unterstellt, wozu das diesseitige Gericht bezüglich der im Bezirke des k. Landgerichts Parsberg gelegenen Realitäten vom k. Appellationsgerichte der Oberpfalz und von Regensburg durch hohe Entschließung vom 10. v. M. auf Grund der G.-O. Cap. 1. §. 18. Nr. 3. und §. 35. des organischen Edicts vom 24. Juli 1808 ausdrücklich delegirt worden ist.

Die zu verkaufenden Realitäten sind folgende:

1) das Schloßgebäude zu Traidendorf mit zwei Anbauen, Getreidstadel, Pferd- und Rindviehstallung mit Schaaf und Schweinställen, dann Halmboden und Werkschupfe, Backofen und Hofraum;
2) die Kirche zu Traidendorf nebst Keller;
3) das Hammerwerkgebäude zu Traidendorf, die Hammerschmiedwohnung, gegenwärtig von dem Oekonomiepächter bewohnt, und der Kohlenstadel;
4) das Wohnhaus auf der Kolonie Schreiberthal;
5) das Hochofengebäude zu Rohrbach mit daran gebauter Gießerei und Gebläshaus, drei Kohlenstädel, das Wachthäuschen; ferner das Wohnhaus, worin sich auch die Schreinerei befindet mit Stall und Keller, dann das Magazin;
6) das Schloß zu Lauf, Haus Nr. 2, in der Steuergemeinde Marktstetten, k. Landgerichts Parsberg, mit verfallenem Nebengebäude, Backofenhälfte und Hofraum;
7) die Kirche zu Lauf, Haus Nr. 1, jedoch mit Ausnahme des Altars und sonstiger Venerabilien;
8) das eingefallene alte Schloß zu Lauf mit einem zur Wohnung eingerichteten Nebenbau, unter dem sich drei Keller befinden; der unter der südöstlichen Giebelseite befindliche Keller wird jedoch von dem früheren Parzellenkäufer Franz Baumer zu Lauf angesprochen;
9) das Wohnhaus Nr. 3 zu Lauf mit Mahlrecht und angebautem Hammergebäude mit Zain- und Streckhammer nebst Einrichtung, dann Kohlhütte;
10) das Wohnhaus Nr. 6 zu Lauf, das Hammer- oder Hirthaus;
(Die im Bezirk des k. Landgerichts Parsberg gelegenen Gebäude wurden unterm 4. Juni 1850 auf . . . . 3,770 fl.
und die im diesseitigen Gerichtsbezirk gelegenen sub Nr. 1 bis 5 obenerwähnten Gebäude auf . . . . 9,700 fl.
am 4. Mai l. J. gerichtlich geschätzt)
11) der im besten Betrieb stehende Hochofen zu Rohrbach, gegenwärtig für Rechnung der Masse verpachtet, mit einer sehr vortheilhaften Wasserleitung, einem doppelten Cylindergebläs mit warmem Wind, einem Kuppelofen im besten Zustande und einem bedeutenden Vorrathe von Modellen theils von Holz, theils von Messing, Eisenblech und Gußeisen; mit Ausschluß der sub Nr. 5 erwähnten Gebäude unterm 23. Juli l. J. gerichtlich geschätzt auf . . . 24,500 fl;
12) das gegenwärtig außer Betrieb gesetzte Hammerwerk in Traidendorf sammt dem noch vorhandenen Eisenwerk; der Wasserbau ist mit der unten erwähnten Spiegelschleife zu Traidendorf gemeinschaftlich; mit Ausschluß der sub Nr. 3 erwähnten Gebäude unterm 23. Juli l. J. gerichtlich geschätzt auf . . . . . . 4,725 fl;
13) das in vollem Betriebe stehende Polierwerk mit Glasschleife zu Traidendorf, nebst Stallung und Sandschupfe, dann 6 Wohnungen für die Arbeiter; das Polierwerk enthält 4 Poliertische zu je 18 Blöcken, die Schleife 12 Schleifstände, der Wasserbau ist mit dem Hammerwerk gemeinschaftlich; geschätzt mit Einschluß der Gebäude unterm 4. und 6. Mai 1852 auf 5,950 fl.;
14) das Polierwerk und die Glasschleife zu Rohrbach nebst Backofen und Sandschupfe; das Polierwerk enthält zwei Wohnungen für die Arbeiter, dann zwei Poliertische zu je 18 Blöcken, die Glasschleife 3 Schleifstände; geschätzt mit Einschluß der Gebäude unterm 4. und 6. Mai 1852 auf . . . . 3,715 fl.,
(Die Polierwerke und Glasschleifen sind gegenwärtig für Rechnung der Masse verpachtet und ihre Ertragsfähigkeit ist im Kapitalsanschlage taxirt auf . . . . . 24,300 fl.)
15) Gärten zu 4 Tagw. 55 Dez., Aecker zu 197 Tagw. 57 Dez., Wiesen zu 66 Tagw. 94 Dez. und Oedungen mit dem Weiderechte bei den Schloßgebäuden in Lauf, und dem Fischwasserrechte, wie es in den Steuerkataster-Auszügen näher beschrieben ist, geschätzt unterm 4. Juni 1850 u. 5. Mai 1852 auf 15,028 fl. 40 kr.,
16) Waldungen zu 1312 Tagw. 52 Dez., geschätzt im Monat Juni l. J. auf 63,000 fl 29 kr. 2 hl.;
17) Dominikalrenten an Küchendiensten und Grundzinsen, welche nach Abzug einer jährlichen Gegenreichniß von 2 fl. 48 kr. nach dem vierprocentigen Kapitalsanschlage einen Werth haben von . . . . 1799 fl. 19 kr. 3 hl.;

Gesammtwerth . . . . 132,188 fl. 28 kr. 5 hl.

Versteigerungstermin wird auf

Dienstag den 30. November 1852,
Vormittags von 10—12 Uhr,

in dem hiesigen Gerichtslocale anberaumt, wozu Steigerungslustige, welche sich über hinreichendes Vermögen legal auszuweisen vermögen, mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Hinschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes und § 98 u. f. des Gesetzes vom 17. November 1837 erfolgt, und daß die sub Nr. 13 und 14 erwähnten Realitäten besonders zum Ausrufe kommen.

Die Realitäten können täglich an Ort und Stelle besichtigt und die Schätzungsprotocolle und Steuerkataster-Auszüge dahier eingesehen werden. Auch wird der k. Advokat Andrée dahier als Massecurator auf Verlangen weitere Aufschlüsse ertheilen. Die näheren Kaufsbedingungen werden vor dem Beginn der Versteigerung mit Zuziehung der Gläubiger, resp. des Gläubigerausschusses entworfen und den Kaufsliebhabern bekannt gemacht werden.

Zugleich werden sämmtliche gerichtsbekannte und die unbekannten Gläubiger des Herrn Julius von Stachelhausen nicht blos zu dem obigen Versteigerungstermine Behufs der Entwerfung der Versteigerungs-Bedingungen, sondern auch zu dem Zweck

Mittwoch den 1. December 1852,
Vormittags 9 Uhr,

hiermit vorgeladen,

1) um eine genaue Liquidation der sämmtlichen Forderungen unter Vorlage der Partial-Obligationen zu pflegen,

2) um ihnen die in dieser Sache bisher gepflogenen Verhandlungen, so wie das Resultat der Versteigerung vorzulegen,

3) um den vom Gerichte im Interesse der Masse gemäß Gerichtsbeschluß vom 2. April l. J. provisorisch ernannten Gläubiger- und Masseverwaltungsausschuß dem Massecurator zu bestätigen oder eine Neuwahl vorzunehmen,

4) um nicht blos über die von dem Gläubiger- und Masseverwaltungsausschusse, dann Massecurator vorbehaltlich der Genehmigung der Gläubiger gepflogenen Verhandlungen und abgeschlossenen Verträge, Vergleiche ꝛc, sondern auch über das in dieser Sache weiter einzuhaltende Verfahren Beschluß zu fassen, und

5) um über den Antrag des Herrn Schuldners, gegen vollständige Abtretung der Güter Traidendorf, Rohrbach und Lauf an die Gläubiger und gegen Leistung des Manifestationseides von jeder weiteren persönlichen Haftung entbunden zu werden, sich zu erklären und Beschluß zu fassen.

Hierbei haben nun die sämmtlichen Gläubiger in Person oder durch legal Bevollmächtigte um so gewisser zu erscheinen, als von den Ausbleibenden angenommen würde, daß sie den am 30. November und 1. December l. J. zu fassenden Beschlüssen der Mehrheit der erschienenen Gläubiger beistimmen und als ferner für die unbekannten Gläubiger ein Curator und Anwalt in der Person des k. Advocaten Andrée zu Burglengenfeld ex officio aufgestellt würde, welchem alle weiteren gerichtlichen Verfügungen Namens der unbekannten Gläubiger insinuirt und dem überlassen würde, Namens der unbekannten Gläubiger und zur Wahrung ihrer Rechte die weiteren Anträge zu stellen.

Schließlich werden sämmtliche Gläubiger beauftragt, so weit es noch nicht geschehen ist, Insinuationsmandatare am Gerichtssitz aufzustellen.

Burglengenfeld, am 16. September 1852.
Königlich bayerisches Landgericht Burglengenfeld.
Stier, Landrichter.

[2227] Erbvorladung.

Die dahier ledig verstorbene Barbara Schweickert hat laut ihrem öffentlichen letzten Willen vom 16. Juli 1845 die Kinder ihrer Mutter Schwester Margaretha geb. Renius, verehelicht gewesene Wolf im Königreich Ungarn, als Erben, zu einem Theil ihrer Verlassenschaft, in 4578 fl. 22 kr. bestehend, berufen. Diese Testamentserben, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, werden andurch mit Frist von

drei Monaten

zur Vertheilung genannter Erbschaft mit dem Bedeuten öffentlich vorgeladen, daß im Nichterscheinungsfalle solche lediglich denjenigen werde zugetheilt werden, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Bruchsal, den 21. September 1852.
Großherzoglich Badisches Amts-Revisorat.
Janch.
Steinle, Notar.

[2225] Decret.

In Sachen
der Gemeinde Espa, Klägerin,
gegen
Ernst Zimmer 2ter von da, Beklagten,
wegen Forderung.

Nachdem die von Herzoglichem Kreisamte Idstein unter dem 24. Juli v J. erkannte Pfändung am 16. October v. J. an den in anliegendem Extract verzeichneten zu 94 fl. taxirten Güterstücken vollzogen worden ist, so wird zur Befriedigung der klagenden Gemeinde mit 77 fl 4½ kr. die Versteigerung erkannt und der Herzogliche Bürgermeister zu Espa damit beauftragt.

Dem Beklagten und seiner Ehefrau wird dieses in öffentlichen Blättern bekannt gemacht und ihnen zugleich eröffnet, daß Decreturen, die künftighin erlassen werden, durch Anheften an der dahier offen stehenden Gerichtstafel ihnen zur Insinuation gebracht werden sollen.

Usingen den 25. September 1852.
Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Müller.

[2160] Oeffentliche Bekanntmachung.

Die Grundrenten-Pflichtigen der Gemarkung Holzmühl wollen die den Freiherrn Riedesel zu Eisenbach zustehenden Grundrenten im Gesammtbetrage von 160 fl. 37 kr. ablösen. Deshalb fordert das unterzeichnete Gericht alle bei dieser Ablösung Betheiligten auf, ihre etwaigen Rechtsansprüche

binnen zwei Monaten

vom Tage des Erscheinens in öffentlichen Blättern an gerechnet, anher geltend zu machen, als sonst die Auszahlung des Ablösungs-Kapitals im Betrage von 2891 fl. 6 kr. an die genannten Freiherrn gestattet werden würde.

Altenschlirf, am 13. September 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Weidig. Pilger.

[1917] Edictalladung.

Ueber den Nachlaß des gewesenen hiesigen Bürgers und Weißbindermeisters Jacob Carl Scheinpflug und dessen gleichfalls verstorbener Ehefrau Johannette Catharina, geb. Eiffert, hat das unterzeichnete Gericht heute Concurs erkannt.

Demnach werden Alle, welche an diese Nachlässe aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der

auf Montag den 25. October l. J.,
Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Tagfahrt vor der angeordneten Gerichtscommission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch hinsichtlich eines etwaigen Vorzugsrechtes zum Protocolle zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Acten gekommen ist, der Ausschluß der nicht aufgetretenen Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 20. August 1852.
Stadt-Gericht I.
Schöff und Senator Dr. v. Schweitzer,
Vice-Director.
Dr. Dietze, Secretär.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Handelspolitischer Beilage.)

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nro. 236.

Sonntag | Nro. 10. | 3. October 1852.

„Unsere Frage reift anderen Geschicken entgegen.“

Sollte es wirklich wahr sein, daß Preußen definitiv den Zollverein gebrochen hat? Soll man sich wirklich mit dem Unglücke vertraut machen müssen, daß das letzte Gemeinsame, das wir noch besaßen, definitiv zerstört sei, daß wir nahe an den Tagen sind, wo die alten Schlagbäume wieder errichtet, wo feindselig die Staaten abgesperrt und die letzten Reste alles Vertrauens aus den Gemüthern gedrängt werden? Unendliche Capitalien wurden in Treue und Glauben auf unsere Zustände in Unternehmungen gesteckt, und mit der Stunde des Abschlusses sind die größten Vermögen zerstört, reiche und wohlhabende Männer durch Einen Schlag um ihr Vermögen und Tausende von Arbeitern um ihren sauer erworbenen Verdienst gebracht! Was bei Einzelnen geschieht, wird bei ganzen Provinzen nicht ausbleiben und gerade bei solchen Provinzen, deren ungeschwächtes Vertrauen wegen anderen Beziehungen für den Staat so unbedingt nothwendig ist. Fragen wir, warum denn der Zollverein zerstört werden soll, so werden dafür aus dem Zollverein, seiner Einrichtung, seinem Wesen und seiner Bestimmung gar keine Gründe, sondern nur solche Rücksichten beigebracht, welche mit dem Zollverein, dessen Wohlfahrt von allen Seiten anerkannt ist, in keiner Beziehung stehen. Ist das kein Krankheitsstoff? Der eine Bundesgenosse will den Zollverein, dessen Segen auch er anerkennt, bloß deßhalb nicht mehr, weil die anderen Genossen den Zollverein nach Osten ebenso ausgedehnt wissen wollen, wie er selbst denselben Verein nach Norden bereits ausgedehnt hat. Und jene östliche Ausdehnung wird grundsätzlich gleichfalls anerkannt, politisch aber gelegnet, weil die beiden Großstaaten derselben politischen Bundes in demselben Zollverbande nicht sein könnten! Ist das kein Krankheitsstoff? Während so die Regierungen von sich sagen, daß sie nimmer miteinander gehen könnten, dringen gleichzeitig die Staatsangehörigen aus Religionsgründen auf Spaltung und Riß, und nähren den Unfrieden, der bereits nicht nur ganzer Länder, sondern der einzelnen Städte und Dörfer, ja ganzer Familien sich bemeistert hat! Ist das kein Krankheitsstoff? Ueber nationale Richtung wird wie über ein verkommenes Ding gespottet, der Bruch des Bruchs wegen begehrt, und der Anschluß Oesterreichs im Namen der Religion, der Civilisation und des Fortschritts verlangt! Dies thun wir mitten in einer Zeit, wo der europäische Friede über Nacht gestört werden kann, und wo wir einzeln zu Grunde gehen, wenn wir nicht Alle zusammenhalten! Das ist mehr als Krankheitsstoff, das ist der politische Unverstand in seiner höchsten Potenz. Im Kriege müssen wir den haben, dem wir im Frieden einen Fußtritt geben wollen, und halten Beides in voller Gemüthsruhe und Naivetät für eine zweckmäßige Maßregel. Wir wollen von Croaten, Slavoniern und Grenzländern nichts wissen, während ein Römer stolz darauf war, das barbarische Germanien erobert zu haben und es zu besitzen. Freilich, das wissen die Kinder im Ausland, sind wir keine Römer.

Während wir so verschlossenen Blickes der offenen Gefahr entgegentreten, soll der endliche Bruch des Zollvereins, welches der Bruch des Vaterlandes ist, gar noch wegen Nichtinnehaltung von Fristen erfolgen, weil die Erklärung zur gehörigen Zeit nicht eingereicht wurde. Wir können nicht glauben, daß man die Lehre von den Fristen und Terminen auf die Staatsverhandlungen der deutschen Regierungen ausdehnt, und daß die deutschen Fürsten sich wechselseitig als Proceßführende behandeln. Wenn dies wahr wäre, so würde dies nur beweisen, daß der alte Proceß ein Ende hat und ein anderer beginnt — unsere Lage reift anderen Geschicken entgegen!

Wem verdankt der Zollverein seine Entstehung?

Jetzt, wo die Tage des Zollvereins gezählt sind, ist es nicht ohne Interesse zu fragen, wer denn zuerst auf die Idee der Gründung dieses Vereins kam. Mehrere Staaten wie Einzelne streiten sich um die Ehre, und wirklich war der deutsche Zollverein eine so herrliche Schöpfung, daß die Namen seiner ersten Gründer gerade jetzt den Dank des Vaterlandes verdienen, wo man damit umgeht, ihr schönes Werk dem Erdboden gleich zu machen. Der erste Gedanke der Gründung einer Zolleinigung stammt aus dem Wiener Congresse, wo unter den Idealen, die verwirklicht werden müßten, auch das aufgenommen wurde, daß Handel und Verkehr unter den Bundesmitgliedern gemeinsam sein sollten. Wie bei so vielem Andern, blieb es auch hier bei dem ersten Wunsche, zu dessen Verwirklichung durch den Bund später nichts geschehen ist. Allein der Gegensatz, daß kaum erst die Söhne aller deutschen Stämme zur Erkämpfung des gemeinsamen Vaterlandes bluteten, während die Schlagbäume des einen Stamms feindlich dem andern Stamm fortwährend gegenüberstanden, war zu stark, als daß nicht bald Klagen laut werden mußten. Diese Klagen traten zuerst im Frühjahr des Jahrs 1819 hervor, und zwar ist der erste Klagenführer Lift, welcher namens des gleichzeitig in Frankfurt gestifteten Handelsvereins unterm 14. April 1819 an den Bundestag eine ausführliche Bittschrift einreichte, worin das Gesuch gestellt ist

daß die Zölle und Mauthen im Innern Deutschlands aufgehoben würden.

Vierzehn Tage später kam dieselbe Sache durch den Abgeordneten v. Lotzbeck in der badischen Kammer zur Sprache und v. Liebenstein begründete in einer Rede, welche die Runde durch ganz Deutschland machte, einen Antrag, welcher von der List'schen Bittschrift dadurch wesentlich sich unterschied, daß für den Fall, daß der Bundestag sich dieser Sache nicht annehme, die einzelnen Regierungen die Freiheit des Verkehrs im Innern von Deutschland herstellen möchten. Der merkwürdige Antrag lautete folgendermaßen:

Se. k. Hoheit den Großherzog zu bitten, beim Bundestage zu Frankfurt oder, wenn dieser Weg nicht zu dem erwünschten Ergebnisse führen sollte, bei einzelnen deutschen Regierungen Schritte thun zu lassen, um die Freiheit des Verkehrs im Innern von Deutschland herzustellen.

So stand die Angelegenheit als zu gleicher Zeit Pozenius die Sache in Angriff nahm und in einer allen Regierungen Deutschlands zugestellten Denkschrift zuerst wissenschaftlich die Möglichkeit, Nothwendigkeit, insbesondere aber die Durchführbarkeit meisterhaft darthat, und, ins Einzelne der Frage eingehend, gleich die Grundzüge des Zollbundes in einer Weise aufstellte, daß die später bei Gründung des Zollvereins angenommenen Bestimmungen; z. B. jene über die Uebergangssteuern, lebhaft an die Darstellung von Nebenius erinnern. Durch die Anregung von Nebenius nahm die Sache nun schnell eine andere Wendung, indem gleich darauf die Regierungen von Bayern, Württenberg, Baden, den beiden Hessen, Nassau und den fürstlich preußischen Ländern zur Gründung

eines Vereins in Darmstadt zusammentraten und Verhandlungen pflegen ließen. Als diese Verhandlungen, zu deren Zustandekommen der jetzige König von Württemberg besonders thätig beitrug, zu dem erwünschten Ergebnisse nicht führten, drang derselbe Fürst auf neue Unterhandlungen zu Stuttgart (im Jahr 1825) und als auch diese scheiterten, verband sich endlich Württemberg und Bayern mit Preußen, aus welchem Verbande schließlich der jetzige Zollverein hervorging, nachdem durch das Bündniß der beiden Hessen mit Preußen schon etwas früher der Grund dazu gelegt war. Hieraus ergibt sich, daß List, Lotzbeck und Liebenstein die Idee in Anregung brachten, daß Nebenins mit staatsmännischer Auffassung und wissenschaftlicher Gründlichkeit die Sache ausführte, und daß der jetzige König von Württemberg, der die Ausführung des großen Vorsatzes der Umsicht und dem Scharfblick des Hrn. von Cotta übertrug, nicht eher ruhte, bis das Werk vollendet dastand, welchem aber erst Preußen durch seinen Beitritt die Krone aufsetzte. Tantae molis erat Germaniae condere pactum.

So fest aber haben auch diese Männer ihren Bau errichtet, daß die stärksten Kräfte in Bewegung gesetzt werden müssen, die durch den Lebensblitt verbundenen Theile wieder zu sprengen.

Württemberg'sche Handelsgesellschaft.

Wir haben kürzlich berichtet, daß die Wiener Handelskammer mit der Frage des deutschen Ausfuhrhandels sich beschäftigte, und jetzt sehen wir, wie derselbe Gegenstand auch in Württemberg in Angriff genommen ist. Dieses neu erwachte Leben in der deutschen Industrie und dem deutschen Handel zeugt mehr als alles Andere davon, daß wir uns allmälig fühlen und den Muth haben, den Kampf mit dem Ausland im Ausland selbst aufzunehmen. Die Londoner Anstellung hat dargethan, daß wir in vielen Theilen uns würdig an Englands und Frankreichs Seite stellen können. Und wirklich war auch Württemberg auf der Weltausstellung würdig nicht nur an Erzeugnissen württemberg'schen Gewerbsteißes vertreten, sondern die Regierung und insbesondere der König sorgte auch persönlich, daß die dahin gesendeten Bevollmächtigten alles nur Mögliche thaten, um die Aufmerksamkeit des Auslandes auf diese Industrie zu lenken, genaue Vergleichung mit der anwärtigen Industrie anzustellen, die Concurrenzfähigkeit zu prüfen, für Hebung der erkannten Mängel zu sorgen und auf diese Weise mit sicher gewonnener Grundlage einem Ausfuhrgeschäfte vorzuarbeiten. Einen thätigeren, rührigeren Vertreter und unermüdlicheren Sachwalter der heimischen Industrie als Dr. v. Steinbeis schickte kein Staat, und oft genug haben wir dies Urtheil aus Freund und Feindes Mund in jenem ewig einzigen Glaspalast der Weltstadt vernommen. Eben diesen Herrn Dr. v. Steinbeis wählte die Handelsgesellschaft zu ihrem Vorsteher und wenn immer möglich liegt in dieser Wahl die Bürgschaft des Gelingens des schönen- und muthigen Unternehmens. Der Schwabe hat eine seltene Zähpeit und Ausdauer, und er wird nebst dem stammes-verwandten badischen Schwarzwälder zu den Deutschen gehören, die am weitesten und öftersten im Ausland getroffen werden. Und nebst dem Wandergeist, der dem Schwaben eigen ist, hat er noch eine für das Gelingen dieser Gesellschaft noch bessere Naturgabe — das ist sein Spürsinn, und selten trifft man Deutsche im Ausland an, die besser ihr Unterkommen dort fanden, als der Württemberger. Durch zwei Eigenschaften macht der Schwabe dem Auslande die Mitbewerbung schwer — durch unermüdetes Arbeiten und durch Sparsamkeit.

Was bis jetzt die Gesellschaft im Bunde der vorzüglich besetzten Centralstelle that, zeugt von Umsicht und klarer Auffassung des Gegenstandes. An der Spitze der Unternehmung stehen Namen des besten Klangs: Chevalier, Jobst. Märklin, v. Kausa, Reiniger Reihlen und Söhne, Dörtenbach von Calw, Goppelt aus Heilbronn und Springer. Zum guten Anfange ein freudiges Gelingen! Glück auf in fremden Landen!

Das neue Patentgesetz für Oesterreich.

Für den Kaiserstaat ist ein neues Patentgesetz erschienen, welches bei der Regsamkeit in der Industrie und dem gesammten Gebiete der Gewerblichkeit überhaupt gerade in gegenwärtigem Augenblick von besonderer Wichtigkeit ist. Wir begrüßen die Erschrinung des Gesetzes mit Freuden, denn das Werk ist zeitgemäß, seine Fassung klar und bündig, sein Inhalt vollständig ohne Weitläufigkeit, seine Sprache deutsch. Man muß letztere Eigenschaft besonders hervorheben, denn seit einiger Zeit werden die Gesetze in deutschen Landen wieder in einer Weise verfaßt, daß auf drei deutsche Worte ein lateinisches, der barbarischsten Art, oder ein französischen, und jetzt auch ein englisches — des Fortschritts wegen — zu folgen pflegt. Nur wenige Worte wie Nullität, Certificat, competent würden wir durch bessere deutsche ersetzt haben. Gegen einen Staat, in dem das nach Inhalt und Fassung beste bürgerliche Gesetzbuch der Welt besteht, sind wir bei neuen Gesetzen strenge, und werden dieses Richteramt in diesem Sinne ausüben.

So freudig wir aber das Gesetz begrüßen, so schmerzlich ist der Eindruck, den der jetzige Zustand dieses Theils der Gesetzgebung in Deutschland auf jeden Freund der Industrie machen muß. Jetzt, wo seit der Londoner Ausstellung der größte Eifer für Verbesserung und Erfindung überall sich kund gibt, ist man in Deutschland nicht im Stande eines Schutzes seiner Erfindung sich erfreuen zu können, da man 38 verschiedene Patente nachsuchen und dabei gewiß sein müßte, daß der Bewerber in dem einen oder anderen Staate mit seinem Gesuche durchfiele und damit all des Vortheils verlustig ging, den ihm die theuer erworbenen Patente verschaffen könnten. Soll es denn wirklich unmöglich sein, daß der Bund jene Gesetze verfaßt, die gemeinsam erlassen werden müssen, wenn sie überhaupt eine Bedeutung haben sollen? Wir haben in allerjüngster Zeit 14 Anfragen zur Auskunftsertheilung über die Frage erhalten, was denn zur Erlangung eines für ganz Deutschland giltigen Patents zu geschehen habe, und wir mußten den Bescheid ertheilen, daß solche Patente gar nicht beständen, und die Bundesgesetzgebung auf diesen Theil des Nöthigsten sich nicht erstrecke.

Auf eine Vergleichung der Patentgesetzgebung Europas und Amerikas kommen wir ein andermal zurück, und heben für jetzt in Beziehung auf obiges Gesetz nur soviel des Wichtigsten hervor, daß ein „anschließendes" (ist nicht jedes Privileg ein anschließendes?) Privileg auf jede neue Entdeckung, Erfindung oder Verbesserung ertheilt wird, welche ein neues Erzeugniß der Industrie oder ein neues Erzeugungsmittel, oder eine neue Erzeugungsmethode zum Gegenstand hat. Das Privileg kann auf nicht weniger als fünf und auf nicht mehr als fünfzehn Jahre ertheilt und von Ausländern so gut als von Inländern nachgesucht werden. Die Taxe beträgt für die ersten fünf Jahre 100 fl., für die nächstfolgenden fünf Jahre 200 fl. und für die letzten fünf Jahre 400. Merkwürdig ist, daß irgend eine Untersuchung über die Neuheit oder die Nützlichkeit der angegebenen Entdeckung, Erfindung oder Verbesserung vor Ertheilung des Privilegs in keinem Falle stattfindet, wogegen aber auch eine Haftung dafür von Seite des Staats durchaus nicht eintritt, sondern das Privileg in dieser Beziehung lediglich auf Gefahr, Schaden und Kosten des Privilegirten ertheilt wird. Entsteht Streit über die Neuheit einer privilegirten Entdeckung, Erfindung oder Verbesserung; so entscheidet hierüber, sowie über die Streitigkeiten zwischen zwei Privilegirten über die Frage hinsichtlich der vollständigen oder theilweisen Identität der Privilegien, das Ministerium des Handels.

Ein erlangtes Privilegium ist giltig und erstreckt sich auf das gesammte österreichische Reichsgebiet.

Die königliche Preisvertheilung in Württemberg.

Der König von Württemberg, der älteste Schützer und Begründer einer vaterländischen Industrie, hat schon vor Jahren die schöne Einrichtung gestiftet, daß er alljährlich Preise zur Belebung

der vaterländischen Landwirthschaft und Gewerbeindustrie aus seiner Oberhofstasse aussegen läßt. Diese Aufmunterung, die unmittelbar vom Staatsoberhaupte ausgeht, muß schon deßhalb eine besondere Wirkung äußern, weil sie dafür bürgt, daß Landwirthschaft und Industrie in der Person des Königs den Schützer und Beförderer erblickt. Die Preise selbst haben nicht nur eine lohnende, sondern auch eine anspichnende Seite, indem dieselben sowohl in Gold als auch in Medaillen vertheilt werden. Ihrem Umfange nach erstrecken sie sich auf das gesammte Gebiet gewerblicher und landwirthschaftlicher Industrie und verdienen nicht nur öffentlich in den weitesten Kreisen bekannt zu werden, sondern die königliche Einrichtung selbst sollte als Muster und Vorbild auch in anderen Bundesstaaten Nachahmung finden. Um für möglichst gerechte Vertheilung die nöthige Bürgschaft zu haben, ist die sehr zweckmäßige Einrichtung getroffen, daß die Preisbewerbungen, nachdem sie vorerst öffentlich ausgeschrieben sind, von der Centralstelle für die Landwirthschaft, eine mit den anerkanntesten Namen besetzte Staats-Stelle, geprüft und zur Entscheidung dem Könige selbst vorgelegt werden. Für dieses Jahr nun wurden Preise gegeben und vertheilt:

1) Der mechanische*) Preis von 30 Ducaten nebst silberner Medaille, um welchen 15 Bewerbungen eingekommen sind, wurde dem Kaufmann Magirus in Ulm wegen wesentlicher Verbesserung der Feuerlöschgeräthe, und dem Vorsteher der Eisenbahnreparaturwerkstätte Wagner zu Heilbronn für die Darstellung einer neuen, den bisherigen vorzuziehenden Hobelmaschine ein Theilpreis von 10 Ducaten zuerkannt.
2) Der chemische Preis von 30 Ducaten, nebst silberner Medaille, um den 6 Bewerbungen vorlagen, wurde dem Fabrikanten Siegle in Stuttgart für Bereitung von Karmin und Karminlack zuerkannt, und überdies erhielten die Brüder Dittmar zu Heilbronn für die Fabrikation künstlicher Abziehsteine und die ihnen eigenthümliche Fabrikation künstlichen Hirschhorns eine öffentliche Belobung.
3) Der landwirthschaftliche Preis wurde für Wässerungsanstalten, Kulturanlagen, Obstpflanzungen und andere wichtige Bemühungen vertheilt, und nicht nur die einzelnen Personen belohnt, sondern auch Gemeinden für ihre in diesen Grundlagen unseres Wohlstandes bewiesenen Thätigkeiten öffentlich belobt.

*) Die Ausdrucksweise „mechanischer Preis“ ist zwar sprachlich sehr kühn, allein da Zeitersparung ein volkswirthschaftliches Gesetz ist, so wären wir genetzt, die Centralstelle gegen die Sprachrichter in Schutz zu nehmen.

Sprachentstellung.

Es ist unverantwortlich, wenn in Anweisungen, die für den Landmann bestimmt sind, und in Anordnungen, die dem Volke zur Befolgung gegeben werden, eine Sprache geführt wird, die mit fremden Ausdrücken der schlechtesten Art angefüllt ist. So macht man gegenwärtig und zwar mit vollem Recht auf die vorzugsweise in England eingeführte Entwässerung oder Austrocknung der Wiesen aufmerksam, und gibt Belehrungen darüber unseren Landleuten. Allein wenn diese Kulturart Drainage genannt und den Bauern als Drainage vorgehalten wird, so ist dies ein baarer Unsinn, der nur in dem weitern eine Erklärung findet, daß das englische Wort französisch ausgesprochen wird, der Landmann aber weder etwas von dem englischen noch von dem französischen drainage das mindeste versteht, während er mit seiner Entwässerung oder Austrocknung gleich zum Verständniß geführt wäre.

Aehnlich treiben wir den Unfug in der Rechtssprache, und der verblüffte Bauer glaubt oft eher die Schöpfungsgeschichte der Welt anzuhören, als darin ein Urtheil zu sehen, das in seiner höchst eigenen Angelegenheit gefällt wurde. Vor kurzer decreta, und conclusa de presentato, Intimationen und Publicationen muß es dem Bürger toll und wüst im Kopfe werden! Vor einiger Zeit lasen wir ein Urtheil, in welchem eine Gemeinde eine Abhäsinn genannt wurde, und als wir erst die „rationes decidendi“ lasen, so mußten wir aufs ärgste gefaßt sein! Kürzlich las man in einem als Proclam überschriebenen Aufruf, daß ein Concurs durch eine Generalspecification begonnen habe, und so wurde denn gerichtlich ausgefprochen, daß es gar ein Wesen „genus-species“ gebe. Das neueste Gesetzblatt eines deutschen Staates hat in einer Handelsangelegenheit folgenden Artikel:

Fallit ist derjenige Actionär zu achten, über dessen Vermögen der Concurs eröffnet (ist!), oder dem Curatoren bestellt sind, oder gegen den Wechsel Execution vollstreckt ist, oder der auf ein Moratorium provozirt hat.

Gleich darauf gehts weiter mit Prolongation, Societät, General, Special, Minorenn, Majorenn, Creditor, Debitor, sentirt,*) Officiaut, Session, Aucionnetät, Maximum, Remuneration, Insolvenz, Decharge, Risico, Forum, Domicil, Folium. So schreibt man deutsch für Deutsche in Deutschland!

*) Die Stelle, worin dieses unrichtige Wort vorkommt, lautet also: „wenn die Mehrheit der Stimmen senkt.“ Man kann regelmäßig die Erfahrung machen, daß die Leute weniger die deutsche Sprache entstellen, wenn dies ist ja keine Schande, als daß sie zugleich das Zeugniß ablegen, daß sie die fremde Sprache nicht verstehen, sonst könnten sie die Worte nicht in einem Sinne anwenden, wie dieselben in der fremden Sprache nicht vorkommen können. Man denke hier nur an die Wörtchen por, pro, ad und de, in deren Anwendung regelmäßig ein Fehler nicht gegen den deutschen Styl, den man nicht kennt, sondern gegen die lateinische Sprache ist, deren Unkenntniß man zur Schau trägt!

Französische Regie-Cigarren.

Vom Rhein. — In einer berühmten deutschen Stadt hängt ein großer Anschlagzettel vor einer Bude, besagend, daß französische Regiecigarren darin zu haben seien! Bei dem Manne müßte darnach gefragt worden sein, und er jedenfalls wissen, daß seine Kundschaft solche Waare wünsche. Es ist nun zwar dieses Zeug in Masse niederträchtig schlecht und die bessere Waare unnatürlich theuer, allein es gewährt den unendlichen Vortheil, daß man dem Naserümpfenden sagen kann, „kommt unmittelbar aus französischer Regie!“ Bei uns ist die österreichische Tabaksregie als ein Agitationsmittel gegen die Zolleinigung ausgebeutet worden, weil eine Tabaksregie unerträglich, und nun geht eine Sorte deutscher Gimpel hin und hilft in deutschen Landen der französischen Regie auf die Beine, um — im Rauchen ein Pariser sein zu können. —

Absatz der deutschen und belgischen Tuche nach Nordamerika.

Das eben erschienene preußische Handelsarchiv enthält folgenden Bericht aus New-York vom 30. Juni d. J.:

Die englischen und amerikanischen Tuche haben dem deutschen und belgischen Fabrikate fast gänzlich das Feld räumen müssen.

Die Amerikaner machten 1840 und 1841, als die Wolle billig und der Tarif hoch war, recht hübsche Fortschritte in der Tuchfabrikation und ist's auffallend, daß sie solche bei einem Tarif von 30 pCt. Schutzzoll, verbunden mit den Vortheilen, die sie hier fast allenthalben durch Wasserkraft haben, nicht verfolgen konnten.

In geringen Qualitäten von 1$^{1}/_{2}$ bis 2$^{1}/_{2}$ Dollard die Yard leistete man hier damals ziemlich viel und es hatte einmal selbst den Anschein, als wenn die Europäer nach und nach ganz aus dem hiesigen Markt verdrängt werden würden, namentlich auch in Cassimiren und Doeskins und andern Hosenstoffen. Doch bei mehr Erfahrung fand man aus, daß weder Farben noch Elasticität dem deutschen, belgischen und französischen Fabrikat gleich kamen und die dadurch den Vorzug erhielten. Versuche, hier letztgenannte Tuche in Anfmachung und andern Eigenthümlichkeiten nachzuahmen, blieben ebenfalls ohne Erfolg und ist diese Branche gegenwärtig mehr auf Anfertigung von Sattinets (Halbwollenstoff) beschränkt, als vor 3 bis 4 Jahren, bis ein höherer Schutzzoll, oder billigere Wollpreise die hiesigen Fabrikanten wieder vortheilhaft stellen. Englische Tuche, welche vor 12 bis 15 Jahren fast gänzlich den amerikanischen Markt monopolisirten, sind hier ebenfalls von Jahr zu Jahr mehr verdrängt und kommen jetzt weniger vor. Die Gründe liegen ebenfalls:

1) in den Farben, welche bei belgischen, deutschen und französischen Fabrikaten nicht nur viel dauerhafter, sondern auch entschieden brillanter sind. Namentlich auch in Schwarz (hier am gangbarsten), das eine Tiefe, eine Fülle hat, wie es die Engländer selten hervorbringen;
2) haben deutsche und belgische Tuche mehr Kern und im Verhältniß zur Dicke mehr Griff, tragen sich daher besser, als die englischen, welche zwar — wenn neu — durch gute Appretur Griff und Ansehen bekommen, aber selten von Dauer sind.

Doch gehen in letzterem Punkt einige deutschen Fabrikanten zu weit, da sie oft zu schwer arbeiten lassen, also mehr Wolle consumiren und dadurch außer Stand sind, die Waare so ansehnlich für denselben Preis herzustellen, als ihre belgischen und französischen Concurrenten, worauf es aber sehr ankommt, da der Amerikaner bei möglichst billigen Preisen ein hübsches Aeußeres verlangt.

Außer den Belgiern, Franzosen, und den vorzüglichsten Fabriken Rheinpreußens haben einige sächsische und schlesische Fabrikanten die schwierige Aufgabe — welches mit die wichtigste Bedingung für unsern Markt ist — gelöst. Letztere haben in der Tuchfabrikation seit einigen Jahren rühmliche Fortschritte gemacht, die in früheren Jahren wohl auch dem Grunde zurückgeblieben, theils, weil es an nöthigen Mitteln für Maschinen, theils wohl, weil es an Unternehmungsgeist fehlte, um solche Verbesserungen in den Fabriken vornehmen zu lassen, die nöthig waren, um mit ihren westlichen Concurrenten gleichen Schritt zu halten. So haben Bischofswerda, Görlitz und Sommerfeld große Fortschritte gemacht, wodurch ihre Waare nicht nur Aufnahme gefunden, sondern oft den Vorzug erhalten, gerade, weil sie sehr ansehnlich für's Geld sind. Indessen muß für hier die Waare ein gewisses compactes Anfühlen behalten. Eine leichte, halbtuchartige Waare verkauft sich schwer.

Die Schur darf nicht zu lang, aber das Tuch nicht faderhaltig sein. Auch ist für eine hübsche Aufmachung, und ganz besonders dafür zu sorgen, daß das Tuch nicht unter 56 englische Zoll (ohne Leiste) breit und, wenn's sein kann, 1 Zoll breiter ist. Unter 56 engl. Zoll breite Tuche sind schwer anzubringen.

Ein Umstand, welcher bei belgischen und deutschen Tuchen oft vorkommt, ist Klage über Untermaß und dies oft bei Häusern, deren Ruf und ehrenhafter Charakter weit darüber erhaben ist, um sie absichtlicher Verkürzungen beschuldigen zu können. Der Grund ist wohl darin zu finden, daß das richtige Verhältniß nicht bekannt ist; aber am wahrscheinlichsten liegt es in der Art des Messens, welches in Deutschland und Belgien mit dem Yard-Stock, aber in England und Amerika vermittelst eines auf einem Tische angebrachten Yard-Maßes gemessen wird. Es ist nun leicht einzusehen, daß durch die erst genannte Meßart das Tuch mehr gezogen wird, folglich beim Nachmessen hier ein Untermaß geben muß. Aus mehreren Gründen sollte dieses vermieden werden, da, wenn einmal für Untermaß reclamirt wird, man oft nicht verhüten kann, daß mehr vergütet wird, als streng genommen beanspruch werden kann; denn unmöglich kann der Agent jedes Stück wieder nachmessen, welches überhaupt nicht selten vom Reclamanten übel genommen wird. Aber besonders in moralischer Rücksicht macht solches einen üblen Effect, und sollte jeder Fabrikant, der sich unsern Markt für die Dauer sichern will, strenge Reellität in jeder Beziehung beobachten.

Nachrichten über Handel und Gewerbe.

—: Ueber die **Baumwoll-Spinnereien Oberösterreichs** liegen folgende Ausweise vom Jahre 1851 vor. Man zählte dort neun Spinnereien. Die Anzahl der Feinspindeln belief sich auf 75,294. Beschäftigt waren dabei 612 Männer, 707 Weiber und 261 Kinder; zusammen also 1580 Personen. Das volle Gewicht der im Laufe dieses Jahres verarbeiteten Baumwolle betrug 2,223,376, und jenes der erzeugten Garne 1,901,664 Wiener Pfund. Der Absatz der Garne ist vorzüglich nach Böhmen, dann nach Währen, Wien, Salzburg und im Kronlande selbst, zumal in Linz, in dessen Umgebung die meisten Spinnereien sich befinden. — Nach den Mittheilungen der Direction der administrativen Statistik befanden sich in Oberösterreich im Jahre 1850 11 Baumwoll-Spinnereien mit 723 Feinspinnmaschinen und 65,691 Spindeln. Aus dem Vergleiche der Zahl der Spindeln von 1850 mit jener von 1851 ergibt sich für letzteres Jahr eine Vermehrung von 9603 Spindeln, obwohl nur 9 Spinnereien, also um 2 weniger als 1850, bestanden.

—: **Absatz deutscher Waaren nach Sardinien und Sicilien.** Das „Bremer Handelsblatt" schreibt aus Livorno: In Nr. 49 des „Bremer Handelsblattes" vom 11. d. M. befindet sich eine Notiz über die Verkehrsverhältnisse der Insel Sardinien, worin es heißt, daß Deutschland dabei gar nicht betheiligt sei. Was den directen Schifffahrtsverkehr aus deutschen Häfen nach denjenigen Sardiniens anbelangt, so mag obige Notiz nur gar zu wahr sein, dagegen bin ich im Stande, über directe Handelsverbindungen nach jener Insel auch mehrjährigen Erfahrungen anders zu berichten.

In Cagliari und Sassari auf Sardinien gibt es mehrere Handlungshäuser, welche ihre Beziehungen von hier, von Solingen und Elberfeld ohne fremde Vermittelung machen. An hiesigem Platze sind über ein halbes Dutzend Häuser, welche jährlich Sendungen von kurzen Waaren nach Sardinien machen. Dieselben gehen gewöhnlich zu Lande nach Genua over über Amsterdam zu Wasser ebendahin und kommen selten von da mit gemischten Fahrzeugen in Cagliari und Sassari an. Dabei wird denn in der Regel wenig Rücksicht auf den Ursprung der Waare genommen, und daher mag es auch wohl kommen, daß unter den Einfuhrartikeln deutsche Waaren unbenannt bleiben.

Ich selbst habe früher in Genua mit Kaufleuten aus Cagliari und Sassari Geschäfte vermittelt und dabei nur zu sicher erfahren, daß es mir an Concurrenten aus hiesiger Gegend nicht fehlte. Seit August vorigen Jahres fahren Dampfboote zwischen Genua und der Insel, was selbst auf die Verhältnisse im Bezirke Cagliari ausgedehnt hat, indem nämlich die Agenten und Reisenden hiesiger Häuser die Hafenstädte Sardiniens besuchen. Erst kürzlich ist ein Theilnehmer eines hiesigen Hauses von einer solchen Reise zurückgekehrt.

Viel bedeutender als mit Sardinien sind von hier die Beziehungen mit der Insel Sicilien; indessen auch dort werden die wenigsten deutschen Waaren als solche angesehen. Nach Palermo und Messina verladen wir von hier aus niemals über deutsche Häfen, sondern stets über Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen. Da außerdem, Gott sei's geklagt! die hiesigen Waaren gewöhnlich mit englischen oder französischen Etiquetten versehen werden, so kann es nicht fehlen, daß dieselben auf ausländischen Zollämtern häufig als aus England oder Frankreich kommend angesehen und eingeschrieben werden.

—: **Fortschritte der Spinn- und Webeindustrie in England.** Nach Angabe der Fabrikinspectors für den Distrikt von Manchester sind während des vergangenen Jahres in demselben nicht weniger als 81 neue Fabriken gebaut und in Thätigkeit gesetzt worden, zusammen eine Maschinenkraft von 2240 Pferdekraft anwendend, während in den ältern Werkstätten der Zuwachs arbeitender Maschinenkraft sich auf 1477 Pferdekraft belauft. Damit ist zusammen für einen Zuwachs von 14,000 Arbeitern Beschäftigung erwachsen. Der Bericht umfaßt nur den Zeitraum bis zum 31. October; seitdem aber, und noch mehr im gegenwärtigen Jahre, hat eine noch viel größere Regsamkeit in Ausdehnung der Fabrikthätigkeit Platz gefunden, zu welcher, neben dem Gewinn der Fabrikation, auf den es hindeutet, wohl vorzugsweise das Ueberfließen des Capitalmarkts den Anstoß gegeben. Nachrichten über große Fabriken, die im Bau begriffen sind, lauten aus allen Städten des Nordens ein, unter denen Spinnereien, Doubletmühlen und Webereien bei weitem die größte Rolle spielen. Die neuen Etablissements sind durchschnittlich auf weit größeren Fuß als die älteren. Eine Apparatspinnerei in der Nähe von Bradford, Hrn. Titus Salt gehörig, wird mit ihren Baulichkeiten volle sechs Acker bedecken. Ein einziger Saal in dem feinerem Baumwollgebäude wird 540 Fuß lang. Die für das Spiel der ungeheuren Maschinerie nöthige Dampfkraft beläuft sich auf 1200 Pferdekraft. Die Einrichtung der Gasbeleuchtung kostet 4000 Doll. 5000 Flammen werden täglich mit 100,000 Cubikfuß Gas gespeist. Zugleich baut Herr Salt 700 Häuschen für die in der Fabrik zu beschäftigenden Arbeiter. Den Hauptzugang zu dieser Fabrik wird eine elegante Tubularbrücke über den Fluß Aire bilden. Die Kosten des Ganzen werden auf eine halbe Million Pfund berechnet. Ein noch großartigerer Plan ist für eine Baumwollenmühle bei Bolton entworfen. Die Errichtung von Fabriken schreitet aber nicht blos im Norden von England vorwärts. Auch im Westen, in Somersetshire, in Nordirland, in Belfast, wo ebenfalls eine Baumwollenspinnerei von ungewöhnlicher Größe emporsteigt, findet eine bisher nicht dagewesene Ausdehnung der Industrie statt. Der Fortschritt eines naturwüchsigen Industriezweiges an der einen Stelle befördert, nach den Gesetzen freien Austausches, den Fortschritt aller Industriezweige in der Welt, die an ihrer Stelle naturwüchsig sind; wo aber das Capital und die Arbeit auf künstliche Weise in Kanäle gelenkt worden, denen sie sonst nicht gefolgt wären, wo der Austausch abgehalten wird, um das selber zu Stande und in die Höhe zu bringen, wobei man sich doch besser auf den Austausch verläßt, da hat man allerdings den naturwüchsigen Fortschritt im fremden Lande mit scheelen Augen anzusehen, und kann sich nicht einmal darüber freuen, wenn die Kleidung für die Nackten und die Nahrung für die Hungrigen in der Welt irgenwo durch menschlichen Fleiß eine Vermehrung erfahren. (Wes.-Ztg.)

№ 237. — Montag — den 4. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bereinsländern von Frankfurt fl. 2. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstl. Thurn und Taxis'schen Postvereinsgebiets 2 Thlr. 20 Sgr. 1 Thlr. 16⅔ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß. oder

2 fl. 30 kr. C. M., oder 1 Rthlr. 23⅓ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und Irländische Länder nimmt Herr G. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 20, und in Paris Hrn. Bastenhaus de Rousseuil No. 22, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Seite) nur 6 Sgr. Gutschrift oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 30. Sept. An den Schluß der großen und glänzenden Feldmanöver bei Pest knüpft die „D. C." folgende Betrachtungen: Zahlreiche, den souveränen Familien Europas angehörende Häupter hatten sich bei diesen Manövern vereinigt; diese sowohl dem Monarchen als der Armee Oesterreichs erwiesene Aufmerksamkeit bildet eine erfreuliche Bürgschaft für die Fortdauer der freundlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und den betreffenden Staaten. Fremde, aus weiter Ferne herbeigekommene Offiziere werden Anlaß gefunden haben, sich von der Gewandtheit unserer Armee und von dem herrlichen Geiste, welcher sie beseelt, aus eigener Anschauung zu überzeugen. Es ist dasselbe Geschick, derselbe Geist, welcher in den verhängnißvollen Jahren 1848 und 1849 die ausgezeichnetsten Proben des Heldenmuths, der Aufopferung für Thron und Vaterland, der unbeugsamsten Energie bewirkten. Diesen Geist unablässig rege und in seiner ursprünglichen Reinheit zu bewahren, ist eine der großen Aufgaben, welche die Vorsehung unserm Herrscher gestellt hat und der er sich mit Eifer und Ausdauer unterzieht. Die ernsten und erhabenen Interessen, welche sich an die Erhaltung des Kaiserstaats in seiner Integrität, Würde, Macht und seinem weltgeschichtlichen Ansehen knüpfen, mögen darin die Gewähr finden, daß sie jetzt auf eine ungerstörbare, vor allen drohenden Eventualitäten gesicherte Grundlage gestellt sind. In dem Maße, als den unversöhnlichen Feinden Oesterreichs der Muth entfällt, wächst und befestigt sich das Vertrauen und die Hingebung seiner Freunde. Klarer und schöner tritt der Weltberuf Oesterreichs zu Tage, einen festen Anker zu bilden in allen Stürmen und Wirrnissen der Zeit, eine uneinnehmbare Burg, worin das Palladium der erhaltenden Grundsätze treu bewahrt wird und von ritterlichen Kämpfern bis zum Tode vertheidigt werden würde. Unter den wesentlichen Bedingungen für die Aufrechthaltung der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung auf dem europäischen Continente nimmt der Bestand, die Macht Oesterreichs die erste Stelle ein.

Freiherr v. Meyendorff soll am 14. October Wien verlassen und nach Petersburg abreisen. — Die Angaben, welche die Reise des Erzbischofs von Paris mit dem bekannten Heirathsprojecte des Prinz-Präsidenten in Verbindung gebracht haben, sind ebenso unrichtig wie jene, welche den Grund derselben in der Rückforderung der Asche des Herzogs v. Reichstadt suchen wollten. Es dürfte in dem gegenwärtigen Augenblicke, in dem das Andenken an diesen liebenswürdigen Prinzen neuerdings wieder auflebt, nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß sich in dem Besitze des allerhöchsten Hofes mehrere Gegenstände befinden, welche einst das Eigenthum dieses Prinzen gewesen sind und nun einen historischen Werth haben. Darunter ist vor allem Andern die kostbare Wiege zu nennen, in welcher dem Herzog als König von Rom gehuldigt wurde. Dieselbe ist ganz von Silber und vergoldet und ruht auf einem etwa einen Fuß hohen Postamente. Der kaiserliche Adler so wie die Krone sind überall angebracht, und das Ganze ist mehr prächtig als geschmackvoll. Ebenso ist der Krönungsschmuck zu erwähnen, welchen der Kaiser Napoleon als König von Italien getragen hatte und der später in den Besitz des Herzogs v. Reichstadt überging, und in einer Krone, dem kostbaren mit Hermelin gefütterten Krönungsmantel, dem Scepter und einem silbernen Stab besteht, an dessen oberem Ende eine aus Elfenbein meisterhaft geschnitzte Hand angebracht ist. Endlich ist noch der kleine ganz vergoldete Wagen vorhanden, in dem der Prinz in St. Cloud und Versailles spazieren fuhr.

* **Berlin**, 1. Oct. Der Reichsgraf v. Maltzahn ist am 29. September in dem vor einiger Zeit verhandelten und damals vertagten Proceß vom hiesigen Criminalgericht wegen Meineids zu 18 Monaten Strafarbeit, Verlust des Adels und der Nationalcocarde verurtheilt worden. — Nach amtlichen Nachrichten tritt die Cholera in Berlin fortgesetzt überaus gelinde auf und hat mehr den Charakter einer leicht heilbaren Brechruhr, als einer gefahrvollen Epidemie. Dagegen ist es eigenthümlich, daß die Krankheit in ihrer prononcirten Gestalt sich diesmal hauptsächlich größere öffentliche Anstalten ausersehen zu wollen scheint. So kam zuerst im katholischen Krankenhause zum Ausbruch, wohin sie durch eine Frau aus Posen verschleppt sein soll, ist jedoch nach einigen rasch tödtlichen Fällen von dort wieder gewichen und nunmehr nach dem Arbeitshause übergetreten, woselbst sie ebenfalls, wie man vernimmt, nach kurzen Erkrankungen bereits einige Opfer gefordert hat.

* **Karlsruhe**, 2. Oct. Gestern Nacht um 11½ ist Se. königl. Hoh. der Regent von Wien hierher zurückgekehrt. — Die militärischen Uebungen unserer Truppen nehmen in der nächsten Woche, Montag, ihren Anfang, nachdem heute noch die dazu bestimmten Abtheilungen aus Mannheim und Bruchsal hier eingetroffen sind.

!*! **Aus dem Herzogthum Meiningen**, 30. Sept. Gestern Vormittag versammelten sich gegen 70 Geistliche des Herzogthums in Meiningen zu einer Generalconferenz. Fast alle Diöcesen des Landes waren vertreten. Ein Hauptgegenstand der Verhandlungen war die Kirchenverfassungsfrage und es wurde beschlossen, einen Antrag an das hohe Ministerium zu stellen, und das dringende Bedürfniß einer neuen Verfassung, auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens, namentlich in den Städten, darzulegen. — Auf dem Papier ist unsere Werraeisenbahn nun fast fertig. Der Vertrag zwischen den betreffenden Regierungen ist in diesen Tagen in Koburg ratificirt, die Urkunden darüber sind ausgewechselt worden, und es fehlt nun nichts mehr als das Uebereinkommen mit der thüringischen Eisenbahngesellschaft und das Geld. Der letzte Punkt scheint der wichtigste. Das „wie viel" ist bereits ermittelt. Der Kostenanschlag soll sich auf 7,230,000 Thlr. und 500,000 Thlr. für eine Zweigbahn von Koburg nach Sonneberg belaufen, aber das „Wie zu beschaffen?" das ist noch die Frage, die nur unsere Geldmänner genügend beantworten können. — Gestern Abend hatten wir in unserem Werrathal ein ziemlich starkes Gewitter. In Wernshausen, einem durch seinen Flohsdorf bekannten Orte, schlug der Blitz in die alte Schule und zündete. Da rasch Hilfe kam, so wurde das Feuer zum Glück bald gelöscht. — In Saalfeld fiel vor einigen Tagen ein Arbeiter bei einer Farbenfabrik in einen Kessel mit siedender Farbe. Die ganze Haut schälte sich ab; nur die Augen blieben unversehrt. Man zweifelt an seinem Aufkommen.

Nachschrift vom 1. Oct. Soeben geht mir die Nachricht zu, daß gestern in Gräfenthal, einer Amtsstadt am Fuße des Thüringerwaldes, eine heftige Feuersbrunst ausgebrochen sei, die bereits viele Häuser in Asche gelegt habe und den ganzen Ort zu vernichten drohe.

Italien.

Aus Oberitalien, 23. Sept. schreibt man der „Leipz. Ztg.": Die Uebertreibungen und Unwahrheiten der Gladstone'schen Briefe über die Zustände in Neapel sind zur Genüge widerlegt worden und der Verfasser selbst hat mehr oder minder Widerruf geleistet. Alle Reisenden, die aus jenem Lande kommen und nicht gerade Anhänger Mazzini's sind, gestehen einstimmig, nirgends größere Ruhe, Ordnung und Zufriedenheit gefunden zu haben. Abgerechnet von einer unverbesserlichen Partei ist der König durch alle Klassen und Stände des Volkes gleich beliebt und man erkennt dankbar seine Fürsorge für die materiellen Interessen und Bedürfnisse des Staates an, welche in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht haben. In Sicilien herrscht allerdings noch der Belagerungszustand, aber er wird unter dem Commando des ebenso humanen als klugen und gerechten General Filangieri, eines Sohnes des berühmten Rechtsgelehrten, in keiner Weise gemißbraucht. In

die ordentlichen Gerichte wiederhergestellt. Von einer Reaction, wie sie im Kirchenstaat fortdauert, ist keine Rede; im Gegentheil macht der Monarch von seinem Begnadigungsrecht den umfassendsten Gebrauch, und erst vor kurzem sind 432 politische Verurtheilte in Freiheit gesetzt worden. Allerdings wird dabei mit Unterscheidung vorgegangen und nach der Billigkeit entschieden, wobhalb auch eine allgemeine Amnestie nicht zu erwarten steht. Den Begnadigten werden übrigens ihre Güter zurückgegeben und ihnen auch sonst keinerlei Hinderniße zu ihrer bürgerlichen und socialen Wiederherstellung in den Weg gelegt. Diese weise Versöhnungspolitik gewinnt der Regierung mit jedem Tag mehr Anhänger, ohne darum ihre Sicherheit zu gefährden. Das Militär ist zuverlässiger als je, und in der Hauptstadt selbst bilden für den Nothfall die Lazaroni die kräftigste Stütze. Daß aber für ein ebenso leidenschaftliches als unwissendes Volk, wie das neapolitanische, eine constitutionelle Verfassung die gefährlichste Versuchung zu fortdauernden Revolutionen ist, darüber sind wohl so gut wie alle Zweifel geschwunden. Mehr oder minder gilt dies auch von den übrigen Ländern Italiens, Piemont nicht ausgenommen. Wie hören aus guter Quelle, daß die Reise des Grafen Cavour nach Paris in dieser Hinsicht nicht ohne Folgen bleiben werde. Der Prinz-Präsident habe sich sehr unumwunden gegen die Fortführung des zeitherigen Regierungssystems erklärt und jede Hoffnung eines Beistandes von Frankreich auf dieser Basis von vornherein abgeschnitten. „Was die Revolution in Italien betrifft, so gehe er" — habe er geäußert — „darin Hand in Hand mit Oesterreich." — Da in neuester Zeit der Schmuggel mit englischen Waaren auf den Inseln Corsica und Sardinien, sowie längs der Seeküste zwischen Nizza und Genua ausehnlich zugenommen hat und die Bevölkerung auf das äußerste demoralisirt, so sind die französische und piemontesische Regierung übereingekommen, eine Anzahl Kriegsschiffe an den besonders bedrohten Orten zu stationiren und kreuzen zu lassen. Nachdem bereits Toscana seine diplomatische Vertretung bei allen Höfen, wo es nicht eigene Repräsentanten unterhält, an Oesterreich überlassen hat, ist auch Neapel nachgefolgt, indem es den Capitänen seiner Schiffe die Weisung gegeben, sich im Fall, daß sie in fremden Häfen eines Schutzes bedürfen sollten, an die k. k. Consuln und Consularagenten zu wenden.

Frankreich.

† **Paris**, 1. Oct. Die in Marseille erscheinende „Gazette de Midi" enthält neue Mittheilungen über das entdeckte Complott. Die Verschworenen, erzählt sie, hätten den Fruchtsaal in der Vorstadt St. Lazare gemiethet und bereits die Gitelle zur Höllenmaschine in einem Freudenzimmer sowie die Vorrichtungen zur festen Lage derselben angebracht. Das von hier weit entfernte Local, wo man die Maschine selbst aufzusuchen, habe nur zur Bergung derselben gedient. Wahrscheinlich habe man die einzelnen Theile in Kisten und Koffern unter dem Schein eines Wohnungswechsels nach jenem Fruchtsaal bringen wollen, denn derselbe sei mit dem Vorgeben gemiethet worden, daß man eines Locals zur Aufbewahrung von Mobilien bedürfe. Ferner erzählt das genannte Blatt, nicht aus gewöhnlichen Läufen habe der schon vollständig hergerichtete und geladene Theil der Maschine bestanden, sondern aus dicken Cartouchen, die zu diesem Behuf eigens angefertigt und leichter zu haben waren, als eiserne Läufe. Die „Patrie" erzählt: „Als der Polizei sich vor dem Hause einfand, wo die Höllenmaschine untergebracht war, waren der Uhrmacher Gaillard und der Schmied Baecker dort beisammen. Als Gaillard an die Straßenthür klopfen hörte, löschte er zuerst aus Vorsicht die Kerze aus, die auf einem kleinen Tische nahe bei der Maschine stand. Er erschien sodann am Fenster des ersten Stockes und fragte: Wer ist da? Hier erblickte er die Agenten. Sofort eilig ist die Treppe hinablaufend, welche in einen kleinen Hof hinter dem Hause führte, und nicht wissend, wie er entweichen sollte, stürzte er sich mit Todesgefahr in einen Brunnen, der mit einem Nachbarhause in Verbindung stand; indem er von dort auf das Dach eines andern Hauses erreichte, gelang es ihm, sich den Nachsuchungen der Polizei zu entziehen. Baecker, weniger rührig und weniger kühn als Gaillard, stürzte beim Suchen nach einer Hinterthür und konnte von den Agenten ergriffen werden. Der Appellhof zu Aix hat die Sache vor sein Gericht gezogen und die Untersuchung begonnen. Es wird somit der Assisenhof, und nicht der hohe Gerichtshof, dazu berufen werden, die Urheber des Complotts zu richten. Die Höllenmaschine wurde am 26. September aus der Präfectur in einen Saal des Gerichtsgebäudes gebracht. Anderweitige Berichte geben die Zahl der zu Marseille Verhafteten, die sie als Socialisten und Leute der untersten Volksklasse bezeichnen, auf 60 bis 100 an; der oben erwähnte Backer soll ein Deutscher sein. Unter den Verhafteten sind angeblich auch mehrere Italiener. Ein Piemontese in Paris soll den Complottplan verrathen haben.

Zwei Spitze des levantegewaders sind nach Tunis beordert worden, wo der Bey noch immer bedenklich krank darniederliegt, obgleich sich in Folge veränderter ärztlicher Behandlung sein Zustand etwas gebessert hatte.

Aus Roanne, derselben Stadt, wo Ludwig Napoleon vor wenigen Tagen mit so großem Enthusiasmus empfangen worden und wo ein Triumphbogen mit der Inschrift: „Roanne se donne à L. Napoléon!" errichtet war, ist heute eine auffallende Nachricht eingegangen. Es haben dort die Gemeinderathswahlen stattgefunden und die ganze Liste der Opposition hat dabei die Majorität erhalten; ja, unter den Erwählten ist ein Individuum, welches nach den Decemberereignissen zur Internirung verurtheilt worden war. Dieses Resultat, dem enthusiastischen Empfang gegenübergestellt, ist um so unerklärlicher, als durch den Einfluß des Herrn v. Persigny, dessen Heimat Roanne ist, bestimmt war, daß diese Stadt an der Stelle von Montbrisson zum Hauptort des Departements und Sitz des Präfecten gemacht werde.

Großbritannien.

London, 30. Sept. Nach dem „Edinburgh Advertiser" ist die Abreise des Hofs von Balmoral auf Montag den 11. October festgesetzt. Da die Königin auf der Rückreise Edinburg auf einen Tag besuchen wird, beginnt man im Holyrood-Palast Anstalten zu ihrem Empfang zu treffen.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 3. Oct. Auch die „Kasseler Zeitung" bestätigt den Abbruch der Verhandlungen in Berlin und fügt hinzu, daß die Abreise der betreffenden Bevollmächtigten von dort bereits erfolgt sein dürfte. Die „Hannoversche Zeitung" begleitet die Nachricht von dem Abbruch mit folgenden Sätzen: „Die Blätter bringen noch keine Erklärung dieses auffallenden Verfahrens, des plötzlichen Abbrechens der Verhandlungen mit den Coalitirten vor der Abgabe ihrer Rückäußerung; aus den Aeußerungen über die Rückäußerung selbst, welche der preußischen Regierung schon seit einigen Tagen bekannt war, könnte man schließen, daß Preußen derselben keine günstige Auslegung hätte abgewinnen können und weitere Verhandlungen auf Grundlage derselben für fruchtlos hielte. Jedenfalls müssen gewichtige Gründe in Berlin vorgelegen haben, da Preußen nach dem Septembervertrage verpflichtet ist, die Verhandlungen mit den Zollvereinsregierungen, wenn auch außerhalb der Conferenz, fortzusetzen, um ihre Zustimmung zum Septembervertrag zu erwirken, was nach diesem Vorgang doch äußerst schwierig zu sein scheint, und das Hannover gewiß mit allen Kräften benützt gewesen sein würde, einen Schritt, wie den nun doch geschehenen, zu verhüten. (Man vergleiche den Art. Hannover 1. Oct.)

Die neueste Nummer der ministeriellen „Preußischen Zeitung" enthält einen zur Rechtfertigung Preußens geschriebenen Leitartikel, der seinen Zweck auf dem Wege geschichtlicher Darstellung zu erreichen sucht. Der Artikel bringt nur bereits bekannte Thatsachen und bestätigt, daß Preußen die Verhandlungen mit den Darmstädter Verbündeten abgebrochen hat, daß es aber den Willen hat, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß die betreffenden Regierungen die Absicht zu erkennen geben, sich der preußischen Erklärung vom 30. August anzuschließen. Das „preußische Wochenblatt" vermuthet, daß Oesterreich neue Zollconferenzen in Wien eröffnen wolle, zu denen auch Hannover eingeladen werden würde. Oesterreich gedächte auf diesen Conferenzen auch den Plan der Vereinigung der zu gründenden österreichisch-deutschen Zolleinigung mit einem neuen großen italienischen Handelsbund ins Leben zu rufen.

* **Wien**, 30. Sept. Die von dem Reichsrathe berathenen Grundzüge der politischen und Justizorganisationen haben die Sanction Sr. Maj. des Kaisers erhalten, zugleich ist durch einen allerhöchsten Erlaß angeordnet worden, daß in jedem Kronlande eine gemischte Commission aus politischen, Justiz- und Finanzbeamten zusammengesetzt werde, um über die Dislocirung der Stellen und über den Status der Beamten zu berathen und die geeigneten Vorschläge zu erstatten. — Die Verantgabung der Silberminzen nach der neuen Legirung mit 10 pCt. Kupfer hat bei Zahlungen, die in Silber geleistet werden müssen, an den Kassen des k. k. Hauptmünzamtes bereits begonnen.

* **Berlin**, 2. Oct. Die „Hamb. Börsenhalle" erzählt: Am 28. September richtete der hiesige bayerische Bevollmächtigte bei der Zollconferenz ein Schreiben an den Vorsitzenden derselben, ihn im Namen der übrigen Deputirten der Coalition, mit Ausnahme von Baden, welches noch keine Instruction hatte, um Anberaumung einer Zollconferenzsitzung ersuchend, um die Antwort der Coalition auf die preußische Erklärung vom 30. August überreichen zu können. Hr. v. Pommer-Esche erwiderte darauf, daß dies zu seinem Bedauern nicht mehr geschehen könne, indem er sich auf eine Depesche der preußischen Regierung bezog, welche unter dem 27. d. M. an

die verschiedenen preußischen Gesandtschaften über den Abbruch der Verhandlungen mit den Coalitionsstaaten erlassen worden ist. Die Deputirten der Coalition sollen ihr Bedauern über die jetzige Wendung der Dinge noch in einem Collectivschreiben an den Herrn v. Pommer-Esche zu erkennen gegeben haben, in welchem sie sich zugleich von ihm verabschieden. — Die meisten derselben sind, wie die „Nationalzeitung“ erzählt, bereits abgereist; nur Herr Meitner, als Mitglied des Centralvereinsbureaus, bleibt hier. — Die Abreise des Herrn Prokesch wird nicht allein mit der handelspolitischen, sondern auch mit der orientalischen Frage in Verbindung gesetzt.

♀ **Berlin**, 2. Oct. Mit großer Genugthuung ist hier allerseits das Vorgehen unserer Regierung in der handelspolitischen Angelegenheit begrüßt worden, da man sich allgemein der Hoffnung hingibt, daß der nun betretene Weg der Entschlossenheit auch fürderhin thatkräftig werde verfolgt werden. Mit großem Nachdruck gibt sich der laute Wunsch kund, daß Preußen eine Ansprache an die gesammte deutsche Nation erlasse, worin es offen und unumwunden die ganze Lage der Dinge und den Gang der Verhandlungen darstelle, damit die Nation in den Stand gesetzt werde, ein richtiges Urtheil in dieser so bedeutungsvollen Angelegenheit sich zu bilden. — Wir haben bereits in unserm letzten Schreiben angedeutet, daß die Handelsverträge Preußens mit den thüringischen Staaten schon abgeschlossen und encouvert sind. Für eine Einigung mit Braunschweig und Oldenburg (?) sind auch die besten Aussichten vorhanden. Welchen Erfolg die fortdauernden Unterhandlungen mit Hannover haben werden, möchte noch schwer vorauszusagen sein. Uebrigens muß darauf hingewiesen werden, daß der Septembervertrag nach seinen deutlichen Worten auch für die jetzt eingetretene Eventualität geschlossen ist.

* **Berlin**, 2. Oct. Nach der „Neuen Preuß. Zeitung“ ist die „Erklärung“ der Darmstädter Verbündeten vom Zollrath Meixner nachträglich in Abschrift überreicht worden. Nach demselben Blatte hat Baden sich weder bei der Erklärung noch bei der Ueberreichung betheiligt. Der Bevollmächtigte von Nassau hat Berlin bereits verlassen; der Bevollmächtigte Würtembergs hat gestern seine Abschiedsbesuche gemacht. Man versichert ferner, daß die preußische Regierung mit den thüringischen Staaten schon neue Zollvereträge abgeschlossen habe, und daß Braunschweig auf dem Punkte stehe, dasselbe zu thun.

„* **München**, 1. Oct. Der Herr Regierungspräsident von Oberbayern, Graf Reigersberg, hat, wie man vernimmt, heute seine Ernennung zum Staatsrath erhalten, und dürfte jene zum Minister des Innern wohl unverzüglich erfolgen. Herr Ministerialrath Dr. Herman ist von seiner Sendung nach Berlin bereits hieher zurückgekehrt.

Dresden, 1. Oct. Am 3. d. M. wird Oberhofprediger Dr. Harleß seine Abschiedspredigt in der evangelischen Hofkirche halten. Wer sein Nachfolger sein wird, ist noch nicht bekannt geworden; man hört vielmehr, daß zur Zeit von Wiederbesetzung abgesehen werden solle.

⊙* **Hannover**, 1. Oct. Eine Abschrift der preußischen Circulardepesche vom 27. v. M. an die Bevollmächtigten bei den Höfen der Coalition ist hierher am 28. gelangt, an welchem Tage auch Graf Alvensleben es post intimationem schrift, welchen Preußen gethan, ist entgegen den angekündigten Beschränkungen, bei den irgendsten Rathschlägen und dem Vorwissen Hannovers erfolgt. Herr Klenze soll heute den Befehl zur Abreise erhalten. Er ist lediglich zu Conferenzen abgeordnet und beauftragt, welche jetzt aufgehört haben. Manche glaubten und glauben, habe Preußen erst einmal abgebrochen, so stelle sich die ganze Lage klarer heraus, jeder Theil erhalte Zeit, sich zu besinnen, die Wucht der materiellen Interessen werde sich geltend machen, und es sei mit einem Worte eine Einigung um so mehr zu hoffen. Dies dürfte aber doch sehr zweifelhaft und dagegen anzunehmen sein, daß nur etwa heftige Stöße oder Risen wieder zusammenstürzen werden, was so ausbrinander gegangen. Die preußischen Blätter verdrehen triumphiren, aber der hinkende Bote wird nicht ausbleiben. Die Zeit ist wohl nahe, wo alle Welt vergebens nach dem status quo ante seufzt. Möge nur fern bleiben, daß diese innere Wirren zur Einmischung des Auslandes gedeihen, wozu es sich nahe genug anläßt.

** **Mainz**, 3. Oct. Se. Maj. der König von Hannover ist heute Abend nach 6 Uhr in dem benachbarten Castel eingetroffen und hat sein Absteigequartier im Hotel Barth genommen. Se. Majestät wurde von dem Herrn Vicegouverneur der Bundesfestung Mainz, dem großherzoglich hessischen Territorialcommissär, Herrn geheimen Regierungsrath Schmitt, dem k. k. österreichischen F.-M.-L. Herrn v. Paumgarten und andern hochgestellten Personen feierlich begrüßt. Als Ehrenwache war eine Compagnie k. k. österreichischer und eine solche königl. preußischer Infanterie mit Fahnen und Musik aufgestellt, welche später von Sr. Majestät entlassen wurden. Der König wird morgen früh die Reise auf der Taunus-Eisenbahn mit einem Extrazuge fortsetzen. Se. Majestät ist auf einem besondern Dampfschiff, dem „Joseph Miller“, von Köln in Castel angelangt.

‡ **Paris**, 2. Oct. Eine telegraphische Depesche aus Nimes von gestern früh meldet den begeisterten Empfang des Prinz-Präsidenten in dieser Stadt, den Besuch des Steinbruches in der Arena, die Vorstellung der Behörden in der Präfectur, die Anwesenheit des Prinzen auf dem von der Mairie veranstalteten Balle ꝛc. Auf der Fahrt nach Montpellier ließen überall die Bevölkerungen den Kaiser und Napoleon III. leben. In Montpellier selbst, wo der Prinz gestern Mittag um halb 1 Uhr eintraf, hatten sich alle Departementals- und Municipalbehörden auf dem geschmückten Bahnhof versammelt und Ludwig Napoleons Ankunft wurde mit stürmischen Kaiserrufen begrüßt. Der Prinz stieg zu Pferd und ritt über den Boulevard und durch die Straßen der Stadt nach dem Präfecturgebäude; auf dem ganzen Wege war er enthusiastischen jubelnde Menschenmenge; die Truppen bildeten Hecke. Um 2 Uhr große Musterung der Garnison auf der Esplanade; dann das Schaufpiel einer Scheinbelagerung und hierauf großes Volksfest auf dem Peyron, dem Ludwig Napoleon auf einer eigens für ihn errichteten Tribüne beiwohnte. Großer Zug der Deputationen der Landgemeinden mit fliegenden Fahnen und unter nicht enden wollendem Vive l'Empereur! Um 6 Uhr empfing der Prinz die Civil- und Militärbehörden; um 7 Uhr Diner. Später besuchte Ludwig Napoleon den von der Stadt im Theaterfaal veranstalteten Ball, wo er mit begeisterten Acclamationen empfangen wurde. Die Stadt war glänzend erleuchtet und die ganze Nacht jubilirte das Volk. Heute früh ist der Prinz nach Narbonne weiter gereist.

Gestern Abend war die Ruhe de Sèze in der Nähe der Magdalenenkirche der Schauplatz einer schauderhaften Unthat. Herr Mortan, der ständige Correspondent der „Daily News“, ist um halb 12 Uhr in dem Hause eines andern englischen Correspondenten, dessen Namen man noch nicht nennen will, ermordet worden; er erhielt einen Dolchstoß in den Rücken. Die Behörde hat eine Untersuchung über diesen geheimnißvollen Fall bereits angeordnet.

** **Madrid**, 26. Sept. Die Königin Mercedes ist gestern von La Granja hierher zurückgekehrt. Nachdem die Königin in der Atochakirche ihr Gebet verrichtet, begab sie sich nach der San Isidorokirche, die dort auf dem Paradebett liegende Leiche des Herzogs von Baylen zu sehen. Das Gotteshaus war den ganzen Tag von Neugierigen und Andächtigen besucht. Morgen oder übermorgen erfolgt die feierliche Beisattung der Leiche.

‖ **London**, 1. Oct. Auf dem obern Theil des Kanals hat ein so furchtbarer Sturm gewüthet, daß sie die heute fällig gewesene Post von Frankreich und Calais ernstliche Besorgnisse entstanden. Beide haben sich nach Ramsgate gestüchtet.

Börsenberichte.

ɪɪ **Frankfurt**, 3 Oct. Auch in der heutigen Effectensocietät war das Geschäft von keiner Bedeutung. Für österreichische Fonds zeigte sich auf günstigere Valutanotirung von der gestrigen Wiener Börse etwas mehr Begehr; 5pCt. Metall. waren 81¼ pCt. G.; 4½pCt. Metall 72½ pCt. G.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88½ pCt. G.; Wiener Bankactien 1393 fl. G.; 250 fl. Loose 120 pCt. G. Spanische waren ganz wie gestern, 1pCt. Neue 23⅞ pCt. pr. compt. zu haben und auf Lieferung pr. Ultimo hiess Monats täglich zu machen; 3pCt. Inländische 46⅛ pCt. G.; Fr.-W.-Nordbahn 44 pCt. G. In allem Uebrigen war kein Handel.

Berlin, 2. Oct. Staatsich. 94½ Brf., 94¼ G. — **Köln-Minden** 119½ G. — Fr.-W.-Nordb. 41¼, 40⅝, à 41 bez.

Paris, 2. Oct. 4½pCt. Rente 105. — 3pCt. 79, 10. — Neapol. 104, 30. — Neue 5pCt. Oesterr. 94½. — Spanische neue Diff. 23⅞. ⅛. — Neue 3pCt. —. — Innere Schuld 45¼. ⅞. — Bankactien 2840. — Piemont 5pCt. 98. — Römisches Anlehen Zuni 1850. 98⅛. — do. 1850 98⅞. — St. Germain-Eisenbahn 1132, 50. — Versailles, linkes Ufer 323, 75. — Straßburg-Basel 326, 25. — Nordbahn 732, 50. — Paris-Straßburg 775.

Die Rente ist heute sehr merklich gesunken. Auf dem Actienmarkt hat die Abrechnung einige Linien gelrirt, während dagegen andere anzogen.

London, 1. Oct. 3pCt. Stocks 100. — Spanische 3pCt. —. — 1pCt. 23¾. — 2½ pCt. Holl. 64⅞. — 5pCt. neue Oesterr. 94¼.

Madrid, 27. Sept. 3pCt. 47½, a b. Börse 47½, à ⅜/16 G. — 1pCt. Neue 25, a. d. Börse 24¹¹/16 G., 25 P.

Telegraphische Coursberichte des Syndicats der Frankfurter Wechselsensale.

Wien, 2. Oct. 5pCt. Metall. 85⅞. 96. — 5pCt. do B. —. — 4½pCt. do. 85¼. — Bankactien 1534. — 250 fl. Loose 139. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102½. — London 11 fl. 30 kr.

Frankfurt, 3. Oct. Gestern sind hier angekommen: Se. Durchlaucht der Erbprinz v. Bentheim-Steinfurt, im englischen Hof; Se. Präsident Bolthrach, aus Wiesbaden, im Russischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. L. Walleu. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kurfürst.

Goldene Medaille 1845 — **Pâte Pectorale** — Silberne Medaille 1845
George Epinal

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **George**, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln, die halbe à 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Redlinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. G. von Oven**, Steyhenstraße Nr. 33. [1686]

[2268] **Frische Turbott, Sols, Cabliau** bei ***Georg Schepeler.***

Rheinischer Antiquarius.

I. Abtheilung, 2r Band, 2te Lieferung und II. Abtheilung, 3r Band, 2te Lieferung, 2 fl. 24 kr. sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Hauptinhalt der 2ten Lief. des 2ten Bandes der I. Abtheilung: Fortsetzung der Wanderungen durch die Straßen von Coblenz. Das Haus worin die Gräfin Rossi das Licht der Welt erblickte. Die alte Post: Pfänderspiele, der wachthabende Türke. Das Richraidsche Haus: die von Blodh, die französischen Generale Sarrazin und Championnet. Das Sehmersche Haus: Kurfürst Emmerich Joseph von Mainz, der Präsident der Centralverwaltung, das Bildchen, zweier Spanier kläglicher Tod, der Kanzler von Gohlern. Der wilde Mann: Marschall Mortier, Kanzler Wimpfeling. Das Schrautische Haus: die von Heddesdorff. Der Elßer-Hof: das Geschlecht von Eltz, die aus diesem Geschlechte hervorgegangenen zwei Kurfürsten, der Heermeister von Liefland, der Ordensmarschall in Preussen.

Hauptinhalt der 2. Lief. des 3. Bandes der II. Abtheilung: Des Prinzen Wilhelm von Oranien Lebensgeschichte, Beschluß. Der Statthalter Requesens. Schlacht auf der Mooker Heide. Graf Ludwig von Nassau. Die Belagerung von Leyden. Der Spanier Nachtmarsch durch das Meer. Der allgemeine Aufruhr. Die spanische Furie in Antwerpen. Ewiges Edict Erzherzogs Matthias. Der Herzog von Alençon. Espinay de Saint-Luc. Französische Furie. Philipp von Egmond und sein Urtheil um des Vaters, um Lamorals von Egmond Treiben Salcedos angebliche Verschwörung. Les petits advertissements. Die französische Liga. Langenau. Das davon benannte Rittergeschlecht. Der verlorne Junker. Arnstein. Die Grafen und die Abtei Laurenburg. Holzappel. Peter Melander. Das fürstliche Haus Anhalt-Schaumburg. Zavras und Frau.

Von denen uns ganz kürzlich angemeldeten verehrlichen Subscribenten nennen wir unter andern: Se. Maj. den König von Hannover. S. k. Hoh. den Großherzog von Hessen, S. k. Hoh. den Großherzog von Oldenburg, S. großh. H. den Prinzen Carl von Hessen, J. k. H. Frau Prinzessin Friedrich der Niederlande, S. Durchl. den Fürsten von der Leyen. Bibliothek des k. Preuß. 2. Infanterie-(Königs-)Regiments. Bibliothek des k. Preuß. 39. Infanterie-Regiments. Fürstl. v. Flessische Majoratsbibliothek zu Fürstenstein. Hochgräfl Giech'sche Bibliothek zu Thurnau. Herzogl. Bibliothek zu Coburg. Hrn. Baron von Biel jun. in Zierow. Hrn. Ober-Kammerherrn Freiherrn von Bock-Hermsdorff in Wiesbaden. Hrn. Abbe Bockenmayer in Straßburg Madame des Bordes in Frankfurt. Hrn. Burckhard-Gemuseus in Basel. Hrn C. H. Burnitz in Frankfurt. Commerz-Bibliothek in Hamburg. Hrn. Hofrath Ritter von Drärier in Wien. Hrn. Grafen Einsiedel, Cabinetsminister auf Mückenberg. Hrn. Grafen Ferdinand von Galen, k. Preuß. Gesandter am k. Sächs. Hofe. Hrn. Baron von Gudenau in Wien. Gymnasialbibliotheken in Boppard, Hadamar und Mainz. Hrn. Hagen, Hofapotheker in Braunfels. Hrn. Helmentag, Hypothekenbewahrer in Coblenz. Hrn. Dr. Hausner, Kreisphysikus in Boppard. Großherzogl. Hofbibliotheken in Darmstadt u. Gotha. Hrn. v. Kapra, Gutsbesitzer in Ungarn. Hrn Kestner, Kammerrath in Hannover. Königl. allgem. Kriegsschule in Berlin. Königl. Landesbibliothek in Düsseldorf. Lehrer-Verein in Hannover. Lese-Verein in Elberfeld und in Landshut. Frau Baronin v. Lilien in Carlsruhe. Hrn. Maisch, Domherr in Tirnau Hrn. Merck in Hamburg. Hrn. Freiherrn von Nauendorff, Hauptmann und Flügeladjutant in Wiesbaden. Hrn. Graf Franz Carl zu Ortenburg in Tambach. Hrn. Peschel, Advocat in Dresden. Redaction der fliegenden Blätter in München. Hrn. Dr. Riederer, Rector in Freysing. Geheimes Staats-Archiv in München. Königl. Staats-Archiv in Berlin. Hrn. P. Augustin Steininger, Abt des Stifts Zwittel. Hrn. Taciana, Bezirksrichter in Zütphen. Hrn. E. Eduard Vehse in Dresden.

Coblenz, den 16. September 1852.

[2229] **R. F. Hergt.**

[2255] Nachdem der Hofgärtner Johann Heinrich Klein dahier gesetzlich nachgewiesen hat, daß die Actien der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn Nr. 56,703, 56,704, 56,705, 56,706, 56,711, jede über 100 Rthl. mit den dazu gehörigen Dividenden seit August 1849 in seinem Besitz gewesen, später aber, wie er im Monat Juni d. J. entdeckt habe, wider seinen Willen ihm abhanden gekommen seien, so werden nunmehr nach Maßgabe des §. 29 des Statuts der Gesellschaft der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn und nach Analogie des §. 6 der Verordnung vom 18. December 1823 die jetzigen Inhaber dieser Actien öffentlich aufgefordert, sich unter deren Vorlegung vor dem Ablauf von

drei Monaten

vom Tage der zweiten Einrückung dieser Bekanntmachung, bei der Direction der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn dahier zu melden, widrigenfalls Duplicatscheine ertheilt und an deren Besitzer die Zahlung der Dividenden stets zwei Jahre nach eingetretener Fälligkeit wird geleistet werden, sofern nicht inzwischen die Original-Actien zur Vorlage kommen.

Cassel, den 25. September 1852.

Kurfürstliches Stadtgericht.

Kraushaar. vdt. Mollier.

[2260] Oeffentliche Ladung.

Von dem Erlöse für die zur Deckung des Recesses des verlebten Kirchenrechners Christoph Pauli zu Heldenbergen, veräußerten Güterstücke, sind nach Tilgung des Recesses noch etwa Zweihundert Gulden übrig geblieben. Da man nicht weiß, ob und wer etwa an diesen Ueberschuß rechtliche Ansprüche machen kann, so fordert man Alle, welche hierauf Ansprüche irgend einer Art erheben wollen, auf, solche so gewiß in zerstörlicher Frist von

sechs Wochen

dahier anzuzeigen und zu begründen, als sonst derselbe dem Gr. Fiskus wird überwiesen werden.

Großkarben, am 22. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Jager. Schmidt.

[2180] Oeffentliche Ladung

des Georg Ludwig Knis*), sowie seiner Schwester Johanna Elisabetha verehelichte Beck und beiden Brüder Johann Kaspar und Karl August Knis*) von Büdingen.

Georg Ludwig Kniß, Sohn des verstorbenen Bürgers und Bäckers Johann Wilhelm Kniß von Büdingen, geboren den 27. Mai 1782, ist im Jahr 1803 nach Amerika ausgewandert und seit jener Zeit verschollen, da man bis jetzt über seinen Aufenthalt, Leben oder Tod keine Nachricht erhalten hat. Sein bisher curatorisch verwaltetes Vermögen besteht nach der abgehörten Rechnung von 1851 in 1862 fl. 24 kr. und da er am 27. Mai 1852 sein 70stes Lebensjahr erreicht hat und nach gemeinen Rechten für todt erachtet werden kann, so sind zu seiner Verlassenschaft folgende nächste Verwandte als gesetzliche Erben berufen:

1) seine Schwester Johanna Elisabetha, geboren den 8. Januar 1770, welche in erster Ehe mit Johann Georg Haas und in zweiter Ehe mit Gottfried Beck zu Baltimore im Staate Mariland in Nordamerika gestanden, von der aber ebenfalls seit 1836 alle Nachrichten fehlen, ob sie noch lebt oder gestorben und Kinder hinterlassen hat;

2) seine beiden Brüder Johann Kaspar, geboren den 10. Februar 1772, und Karl August, geboren den 23. Mai 1774, welche beide nach der Eltern Tod ledig und ohne Leibeserben gestorben sein sollen;

3) seine Schwester Wilhelmine Elisabetha, geboren den 24. Mai 1776, verehelicht an Schreiner Rudloff zu Offenbach, die ebenfalls gestorben sein, jedoch eine einzige Tochter, die Ehefrau des Schriftgießers Anton Rau zu Offenbach, hinterlassen haben soll;

4) seine Schwester Marie Louise, geboren den 15. März 1779 und gestorben am 2. Februar 1825 und aus der Ehe mit Michael Joseph Gramlich zu Frankfurt folgende Kinder hinterlassen hat:

a) Anton Gramlich,
b) Maria Gramlich,
c) Susanna Gramlich.

Auf Antrag der unter Nr. 4 bemeldeten Erben werden nun obige Verschollenen und zwar

1) Georg Ludwig Kniß oder dessen etwaige eheliche Leibeserben oder sonstige Rechtsnachfolger, zur Empfangnahme seines Vermögens,

2) dessen Schwester, die Wittwe Johanna Elisabetha Beck, sowie deren beide Brüder Johann Kaspar und Karl August Kniß oder deren etwaige eheliche Leibeserben und Rechtsnachfolger zur Anmeldung und Geltendmachung ihrer Erbansprüche an das Vermögen des verschollenen Georg Ludwig Kniß,

hierdurch vorgeladen,

binnen drei Monaten

vom Tage des ersten Einrückens dieser Ladung in den öffentlichen Blättern an gerechnet, sich dahier zu legitimiren und ihre Ansprüche an die bemeldete Verlassenschaft anzuzeigen, als sie sonst nach Ablauf dieser Frist für todt und ohne Leibeserben gestorben erklärt und jener Nachlaß den sich darum bereits beworbenen oder sich noch weiter anmeldenden und demnächst berechtigt erscheinenden nächsten gesetzlichen Erben zuerkannt werden soll.

Büdingen, den 10. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.

Wegelin.

*) Nicht Kluß, wie bei der Einrückung in der Beilage Nr. 229 irrthümlich stand.

[1817] Oeffentliche Aufforderung.

Philipp Dörnfeld von Beerfelden, geboren den 30. April 1782, hat sich schon vor 1802 von hier wegbegeben und ist dessen Aufenthaltsort unbekannt. Da nun die hiesigen nächsten Verwandten um Auslieferung des seither curatorisch verwalteten Vermögens gebeten haben, so wird Philipp Dörnfeld oder dessen etwaige Leibes-, Testaments- oder Vertragserben aufgefordert, ihre Ansprüche an das Vermögen

binnen drei Monaten

dahier geltend zu machen, widrigenfalls dasselbe den bis jetzt aufgetretenen Erben gegen Caution werde ausgeliefert werden.

Beerfelden, den 5. August 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daselbst.

Stein.

[1964] Oeffentliche Aufforderung.

Betreffend den Concurs über das Vermögen des Fabrikanten B. Meerholz zu Offenbach.

Nachdem Großh. Hess. Hofgericht über das Vermögen des Fabrikanten B. Meerholz von Offenbach den förmlichen Concurs erkannt hat, werden dessen sämmtliche Gläubiger zur Anmeldung und Begründung ihrer Forderungen, sowie zur Geltendmachung etwaiger Vorzugsrechte auf

Mittwoch den 27. October d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheil des stillschweigend eintretenden Ausschlusses von der Concursmasse geladen.

In der erwähnten Tagfahrt soll sodann über Masseverwaltung, Bestellung eines Güterpflegers, sowie über die Wahl eines Gläubigerausschusses verhandelt werden, was unter dem Anfügen bekannt gemacht wird, daß in Ansehung der, weder in Selbstperson erscheinenden noch durch gehörig bevollmächtigte Mandatarien vertretenen Gläubiger, der stillschweigende Beitritt zu den von der Mehrheit der Erschienenen, auch bezüglich eines etwa zu Stande kommenden Arrangements gefaßt werdenden Beschlüssen unterstellt werden wird.

Offenbach, am 23. August 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.

Strecker. Bötticher.

[2087] Edictalladung.

Großherzoglich Hessisches Hofgericht der Provinz Starkenburg hat über das Vermögen des flüchtigen Adam Löffler, Bierbrauer von Beerfelden, den formellen Concurs unter der Voraussetzung erkannt, daß derselbe keine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger beischaffen kann. Es sind deßhalb Forderungen und Ansprüche jeder Art an das Vermögen des Löffler

Donnerstag den 28 October 1852,
Vormittags 10 Uhr,

dahier anzuzeigen und zu begründen, bei Meidung des stillschweigend eintretenden Ausschlusses.

Zugleich wird Adam Löffler zu diesem Termin geladen, um seine Rechtszuständigkeiten zu wahren, namentlich etwaige Mittel zur Befriedigung der Gläubiger anzugeben, widrigenfalls einzig nach Antrag der Gläubiger werde verfahren werden.

Beerfelden, den 4. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.

Stein. Dr. Meisel.

Druck von August Osterrieth

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 237.) 4. October 1852.

Deutschland.

* **Berlin**, 2. Oct. Der in außerordentlicher Mission nach Hannover entsandte Graf v. Alvensleben hatte als Commissarius des hiesigen Dresdener Conferenzen Antheil an den Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover, welche die Veranlassung zum Abschluß des Septembervertrags wurden. Der Bevollmächtigte ist also mit der vorliegenden Zollfrage völlig vertraut. Es ist bereits darauf hingewiesen, bemerkt die „Kölnische Zeitung", daß der Septembervertrag mehrere Aenderungen erleiden wird, wenn er allein auf Preußen, Braunschweig, den thüringischen Verein und den Steuerverein beschränkt bleiben sollte, und Verhandlungen über diese Aenderungen werden ohne Zweifel der Zweck der erwähnten Mission sein. Als 1843 zwischen Preußen und Hannover der Anschluß des Steuervereins an den Zollverein zur Sprache kam, wurde die Forderung eines Präcipuums für die verhältnißmäßig größere Consumtion in Hannover und einer Garantie der bisherigen Durchgangsabgaben erhoben und es ist nicht anzunehmen, daß Hannover unter den jetzigen Verhältnissen auf den ersten Punkt zu verzichten geneigt sei, während der zweite Punkt vielleicht weniger entschieden festgehalten wird, da Preußen nach der Auflösung des Zollvereins gleichfalls das ihm wegen der Durchgangsabgaben vorbehaltene Präcipuum von 300,000 Thlrn. verliert. Sollte Hannover, was wir indessen nicht annehmen, entschlossen sein, sich wieder auf seinen Steuerverein zurückzuziehen, so würde eine Reduction der preußischen Zölle schon zur Verminderung des Schleichhandels nöthig erscheinen, welcher noch immer einen namhaften Gewinn abwirft, und zwar bei seidenen Waaren 97½ Thlr., bei baumwollenen Waaren 37½ Thlr., bei wollenen Waaren 17½ Thlr., bei Gewürzen 3 Thlr. 9 Sgr., bei Zucker 6 Thlr. 21 Sgr., bei Kaffee 3 Thlr. 9 Sgr., bei Tabaksfabrikaten 4 Thlr. 13 Sgr., resp. 8 Thlr. 18 Sgr., und bei Wein 4 Thlr. 21 Sgr. vom Centner beträgt. — Man versichert, daß die Kammern zum 28. November einberufen werden sollen.

Wittenberg, 29. Sept. Die Deputirten der ständischen Gemeinden sämmtlicher Provinzen sind jetzt hier versammelt. An der Tagesordnung war gestern zuerst die Differenz der Generalversammlung mit der Majorität der schlesischen Provinzialversammlung, wegen Annahme oder Verwerfung der neuen Gemeindeordnung, die aber durch dieselbige Nachgiebigkeit ausgeglichen wurde.

ƒ **Düsseldorf**, 1. Oct. Die Provinzialgewerbeausstellung für Rheinland und Westfalen ist heute Vormittag unter besonderen Feierlichkeiten und nach Proclamirung der durch die Preisrichter prämiirten Aussteller durch den Herrn Präsidenten v. Massenbach geschlossen worden. Während ihrer Dauer von 2½ Monat ist die Ausstellung von 60,000 Menschen besucht worden. In den letzten Tagen wurden noch die Schulen, die Arbeiter verschiedener hiesigen Fabriken und die Truppen der Garnison unentgeltlich zum Besuche derselben zugelassen. Die Einnahme ist eine sehr ergiebige gewesen, da nach Abzug der sehr bedeutenden Kosten noch 5000 Rthlr. Ueberschuß verblieben sind. Diese Summe ist rentbar angelegt und soll als Grundcapital dienen, um im Laufe der nächsten zehn Jahre eine zweite Ausstellung hier ins Leben zu rufen. Die Zinsen sollen von dem Gemeinderath der Stadt zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden. Am Mittag vereinigten sich die Aussteller und eine Menge hiesiger Bürger zu einem Gastmahl, bei welchem dem Herrn Regierungsrath Dr. v. Wilmsen, Präsidenten des Ausstellungscomités, von der Bürgerschaft ein silberner Pokal als Anerkennung für seine vielfachen Verdienste um das Unternehmen überreicht wurde. Gleiche Anerkennung gebührt dem Möbelfabrikanten Hrn. Karl Hilgers, der mit Sinn und Geschmack das äußerst zweckmäßige Arrangement der ganzen Ausstellung geleitet hat.

Von der preußisch-polnischen Grenze, 26. Sept. Zu den Neuerungen des Grenzverkehrs, welche seit dem Wechsel der Grenzbeamten eingeführt sind, gehört, daß jeder Reisende bei seinem Eintritt in Polen seine ganze Baarschaft vorzeigen und die Zwecke angeben muß, für die er sie zu verwenden gedenkt; ebenso muß bei der Rückreise angegeben werden, wie viel man in Polen verausgabt und zu welchem Zwecke. Findet sich bei etwa vorkommenden Visitationen eine Unrichtigkeit in der Angabe des vorhandenen Geldbestandes vor, so setzt man sich der Confiscation des Mehrbetrags aus. (K. H. Z.)

München, 1. Oct. Wie ich vernehme, hat der hiesige preußische Gesandte Frhr. v. Bockelberg eine Note wegen Fortführung der Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins übergeben, und danach erhellt, daß der Zollcongreß in Berlin als von Seite Preußens aufgelöst angesehen werden muß, und daß an dessen Stelle der diplomatische Verkehr mit den einzelnen Regierungen, welche zur Darmstädter Gruppe zählen, treten solle. Nach sicherer Erkundigung wird jedoch die hochwichtige Frage von der hiesigen Regierung in unausgesetzter Berathung erhalten werden, und hoffentlich wird eben der Bruch, der, wie sich jetzt deutlich zeigt, nicht abzuwenden war, heilsam sein. Leider ist Ministerpräsident v. d. Pfordten so krank, daß Personen und Geschäfte nach ärztlicher Vorschrift durchaus von ihm fern gehalten werden müssen. Die Krankheit hat sich auf den Unterleib geworfen. Indessen erwartet man für morgen als an einem der kritischen Tage ihres Verlaufs eine Wendung zum Bessern. (A. Z.)

// **München**, 1. Oct. Die Frau Großherzogin Mathilde von Hessen hat diesen Mittag die Rückreise nach Darmstadt angetreten und zwar bis Augsburg in Begleitung unserer königlichen Majestäten, des Königs von Griechenland und der Frau Prinzessin Luitpold. König Otto wird erst diesen Abend hierher zurückkehren, die übrigen hohen Herrschaften haben aber im Bahnhof zu Augsburg nur eine Viertelstunde verweilt und sind schon diesen Nachmittag wieder hier eingetroffen. — Vier Compagnien vom ersten Artillerieregiment hatten daher haben diesen Morgen den Marsch nach den neuen Garnisonen in Germersheim und Landau angetreten. — Auch heute wurde wieder, wie so häufig in neuester Zeit, eine Nummer des „Volksboten" confiscirt. Dieselbe enthielt einen Artikel über die Versammlung des Gustav-Adolph-Vereins in Wiesbaden und über den Kirchentag in Bremen, der allem Anschein nach die Confiscation zur Folge hatte. — Zur Preisbewerbung beim Octoberfest sind bereits heute sehr viele Pferde, Ochsen ꝛc. hierher gebracht worden, so daß das Preisgericht schon diesen Morgen seine Thätigkeit beginnen konnte.

)(**Bingen**, 3. Oct. Vor drei Tagen starb in Welgesheim bei Genfingen der seit einem Jahr pensionirte Lehrer Nohm, welcher beinahe vierundfünfzig Jahre als Lehrer und fast beständig in jener Gemeinde gewirkt hatte. Leider hatte indessen der Verstorbene in seiner Gemeinde so wenig Anerkennung gefunden, daß bei seinem im Jahr 1847 auf Anregung des damaligen Kreisraths, Dr. Camesasca, veranstalteten fünfzigjährigen Dienstjubiläum sich außer dem Pfarrer auch kein Einziger aus Welgesheim betheiligte.

⊙ **Aus dem Herzogthum Holstein**, 30. Sept. Die Ratificationsverhältnisse der Herzogthümer nehmen neuerdings, auf Grundlage der in dem landesherrlichen Manifest vom 28. Juni d. J. ausgesprochenen Verheißungen, einen ernsten und nachhaltigen Fortgang. Die Verordnung über die Einberufung der schleswigschen Stände hat im Lande einen guten Eindruck und die Hoffnung rege gemacht, daß in Bezug auf Holstein eine ähnliche Maßregel in nicht ferner Zeit beliebt werden dürfte. Inzwischen wird der organische Ausbau des Gesammtstaats sehr eifrig gefördert. Zunächst ist es das Herzogthum Schleswig, wo die organisatorische Thätigkeit des Grafen Karl Moltke sich in energischer und kräftiger Weise in der Regelung und Feststellung der verschiedensten Zweige des öffentlichen Dienstes kund gibt. Die Frage der Vertretung Schleswigs ist zwar in so weit durch den Begriff einer gewissen provinziellen Selbstständigkeit dieses Herzogthums erledigt, indeß werden in Hinsicht des Wahlmodus noch nähere Bestimmungen abzuwarten sein, um so mehr, als das alte Wahlgesetz der Provinzialstände den dermaligen Verhältnissen nicht zu entsprechen scheint, und das im Königreich geltende auf Schleswig nicht anwendbar ist. Was die kirchliche Vertretung betrifft, so wird Dänemark nicht nöthig haben, irgendwelche Aenderungen zu treffen etwa auch Schleswig in Stifte oder Bisthümer einzutheilen, die dänische Agende, den dänischen Landesfatechismus einzuführen u. s. w., da die Unterschiede des schleswig-holsteinischen Kirchenwesens von des dänischen kaum keine wesentliche, die Staatseinheit alter-

rende sind. Der Eröffnung des auf den 4. l. M. zusammentretenden Reichstags in Kopenhagen sieht man hier mit Spannung entgegen. Die Verfassungsfrage, des Gesammtstaats wird, allen begründeten Vermuthungen nach, auf denselben zur Erledigung kommen. Die Verstärkung der Garnison in Altona hat keinen andern Zweck, als die Ueberwachung des südlichen Grenzverkehrs.

[*] **Meiningen**, 2. Oct. Die Nachricht, die ich Ihnen gestern in einer Nachschrift über einen in Gräfenthal, einer durch ihren Bergbau auf Dach- und Tafelschiefer weithin bekannten Stadt des Thüringerwaldes, mittheilte, hat sich in furchtbarster Weise bestätigt. In dem Hause des Gerbers Leiß kam vorgestern den 30. September früh gegen 4 Uhr Feuer aus. Ein starker Sturmwind sachte dasselbe bald so heftig an, daß, ungeachtet der durch die Stadt fließende Bach Wasser in Fülle bot und von allen Seiten her schnelle Hilfe kam, binnen 24 Stunden 252 Haupt- und Nebengebäude und fast ebensoviel reich gefüllte Scheunen ein Raub der Flammen waren. Nur etwa 20 Häuser, die Kirche, die Schule, die Wohnung der Geistlichen, die Amtsrennemerei und das auf einem Hügel liegende Schloß sind stehen geblieben. Das Unglück ist, da weit über 1000 Menschen obdachlos sind, die meisten nichts als das nackte Leben retteten und nur ein Theil der abgebrannten Häuser versichert ist, furchtbar, noch furchtbarer aber ist die ziemlich offen vorliegende Veranlassung. Der eben genannte Gerber Leiß war in Folge nachlässigen Betriebs seines Geschäfts heruntergekommen und sein Besitzthum sollte in diesen Tagen gerichtlich verkauft werden. Da verschwand er plötzlich, und erst nach dem Brand fand man seine Scheune unter den Trümmern seines Hauses. Höchstwahrscheinlich hat er die Scheune angezündet und sich dann erhängt. So eben fährt der Departementschef des Innern, Staatsrath Dr. Oberländer, nach dem Brandort ab.

[*] **Gotha**, 2. Oct. Die „Gothaische Zeitung" läßt sich über das bereits in mehreren öffentlichen Blättern angedeutete Project unseres Herzogs, in Gotha Gasbeleuchtung einzuführen, in ihrer neuesten Nummer aus. Der Aufwand für dieselbe wird nach dem von einem Berliner Ingenieur aufgestellten Kostenanschlag über 100,000 Thlr. betragen, eingerechnet die Errichtung der nöthigen Gebäude, und zur Deckung der jährlichen Ausgaben werden 1800 Privatgasflammen erforderlich sein. Nicht ohne Einfluß auf die Kostenberechnung würde die vollständige Durchführung der Eisenbahn durch das Ruhr- und Wupperthal bleiben, da durch dieselbe der directe und deßhalb billigere Bezug von Steinkohlen ermöglicht würde. Die Voranschläge und Risse liegen bereits dem Staatsministerium zur Entscheidung vor, auch sind die Nivellementsarbeiten schon gefertigt. — Mit dem 30. September hat die seit einigen Quartalen in Weimar herausgegebene „Thüringische allgemeine Zeitung" zu erscheinen aufgehört.

Schweiz. In der Zeit, wo das Staatsgrundgesetz vom 10. October 1849 noch in anerkannter Wirksamkeit war, heirathete ein jüdischer Kaufmann in Holstein sich eine Christin. Vor einigen Wochen leitete nun die Polizeibehörde auf Verfügung des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten eine Untersuchung wegen wilder Ehe gegen die gedachten Personen ein. Im Staatsgrundgesetz § 28 heißt es: „die Religionsverschiedenheit ist kein Ehehinderniß"; in Art. 2 des Einführungsgesetzes heißt es dagegen: „diese Bestimmung tritt erst in Wirksamkeit, sobald die durch sie gebotenen Abänderungen und Ergänzungen der bisherigen Gesetzgebung auf verfassungsmäßigem Wege getroffen sind." Die Einen fassen dies so auf, daß § 23 nunmehr gar keine Wirksamkeit hat, Andere meinen dagegen, das frühere Verbot der Ehe zwischen Christen und Juden sei dadurch aufgehoben, und wenn auch die Eingehung solcher Ehe in Mecklenburg unmöglich gewesen sei, weil es an dem Einführungsgesetz gefehlt, so sehe doch einer anderswo geschlossenen Ehe kein Verbot entgegen. Man ist auf das Erkenntniß um so mehr gespannt, als jüdische Eheleute, von denen der eine Ehegatte zum Christenthum übergetreten ist, hier ungestört in der Ehe leben.

[*] **Frankfurt**, 4. Oct. Gestern Nachmittag um 4 Uhr langte der königl. bayerische Generallieutenant Freiherr v. Gumppenberg hier an, um das zur hiesigen Garnison gehörende 1. königl. bayerische Jägerbataillon zu inspiciren. Nachdem heute die Kasernen-inspection stattgefunden hat, wird morgen das Bataillon zur Inspection in der Nähe von Griesheim ausrücken. Wie man hört, soll das Bataillon gegen das neue Jahr hin durch ein anderes bayerisches Bataillon abgelöst werden. — Für die königl. preußische Bundestagsgesandtschaft wurde das auf der großen Gallengasse gelegene Stufferthelsche Haus in Miethe genommen, da der königl. Gesandte, Geh. Legationsrath v. Bismark-Schönhausen, die von ihm bisher bewohnte Villa bei Bockenheim wegen Verkaufs derselben verläßt. — In Bezug auf eine in diesen Blättern enthaltene Berichtigung wird bemerkt, daß der frühere Beschluß zur Errichtung einer fünften Schule für die protestantische Jugend die nothwendige Zustimmung des ständigen Bürgerausschusses nicht erhalten hatte und zwar aus dem Grunde, weil der geforderte Ankaufspreis für die damals vorgeschlagenen Räumlichkeiten so bedeutend war, daß die Kosten eines daselbst zu errichtenden Schulhauses zu hoch gekommen wären. Auch wurde von mehreren Seiten die Localität als ungeeignet gefunden. Die Anschaffungen im Schönhormer Hof, welche bereits vor dem erwähnten Beschlusse errichtet waren, sind ebenfalls überfüllt, und können die Nothwendigkeit der Errichtung einer neuen Volksschule nicht vermindern. — Bei der demnächst wieder zu eröffnenden Paulskirche wird seinem Wunsche gemäß nicht mehr Herr Pfarrer Steig, welcher an der Nicolaikirche verbleibt, als Prediger fungiren. An seine Stelle tritt Herr Pfarrer Wehner.

n **Frankfurt**, 4. Oct. Da gestern Vormittag die Spielbank zu Homburg geschlossen blieb, verließ Prinz Lucian Bonaparte diese Stadt, wohnte hier dem Diner bei dem königl. preußischen Consul, Herrn Moritz v. Bethmann, bei und reiste Nachmittags nach **Paris**.

Schweiz.

X* **Von der Aar**, 3. Oct. Heute gichehen im Kanton Wallis die Großrathswahlen. Der „Courrier du Valais" redet der Mäßigung von beiden Seiten das Wort; die Zeit politischer Verfolgungen solle nicht wiederkehren. Diejenigen, welche an ein zweites Posieux dächten, sollten bedenken, welche Lection das erste Posieux von den eidgenössischen Räthen erhalten habe. — Die wallisische, die waadtländische und die sardinische Regierung stehen im lebhaften Verkehr wegen der über den großen Bernhard zu erbauenden Straße. — Morgen werden mehrere Glieder des Hauses Orleans in Lausanne eintreffen, namentlich auch der Prinz von Joinville, auf dessen äußere Erscheinung die Neugierde gespannt ist.

Aus der Schweiz, 2. Oct. Der Brand in La Tour de Treme, im Kanton Freiburg, verzehrte 43 Wohnhäuser und eine Anzahl Scheunen mit dem Ernteertrag; 50 Familien sind obdachlos. — Nicht nur in Freiburg, sondern auch in Stäfis und Romont haben die Radicalen bei den Gemeindewahlen gesiegt. In Romont hatte der conservative Führer Avvocat Wuilleret nur 100 Stimmen, während deren 179 auf seinen radicalen Gegner fielen. — Der große Rath von Zürich hat das Gesetz über Einführung der Schwurgerichte in zweiter Berathung angenommen. Das Gesetz tritt mit Neujahr in Kraft. Auch das Brandassecuranzgesetz wurde in zweiter Berathung genehmigt. — Die schweizerische Studentenverbindung hat ihr fünftes Jahresfest in Langenthal begangen.

Frankreich.

, **Paris**, 30. Sept. Das Revolutionscomite in London hat ein zweites Bülletin verfaßt, worin die französische Nation gemahnt wird, sich nicht durch die Kaiserdemonstration des Südens täuschen zu lassen; die Sache sei eben so „gemacht" als das Plebiscit im December, eine Schaar officieller Theilnehmer, und dann die theilnahmlose oder neugierige Masse mitzegählt u. s. w. Die Polizei hat bereits mehrere Exemplare aufgegriffen. Die Gewißheit, daß kein europäisches Fürstenhaus von älterem Datum sich zu Vermählungsprojecten herbeilassen werde, hat die rein bonapartistische Fraction des Elisee wieder zu einigem Einfluß gebracht. Der Sohn Canino's, den man die einstweilige Rolle eines Thronfolgers spielen lassen will, wenn auch das Kaiserreich nicht förmlich proclamirt würde, ist ein Doppel-Napoleonide, indem seine Mutter eine Tochter des vormaligen Königs Joseph ist. Auch entspricht er als ein Abkömmling des unter Protest übergangenen kaiserlichen Bruders Lucian, wie schon in früherer Correspondenz angedeutet worden, den bonapartistischen Legitimitätsbegriffen.

Paris, 1. Oct. Man unterhält sich hier viel von einem Manifest der französischen Regierung, welches vor der Kaiserfahrt an die Großmächte gerichtet werden sein soll. In demselben wurde das Kaiserreich weitläufig beprochen, dessen Proclamation als von Frankreich gewünscht dargestellt, aber auch zugleich gesagt, daß man nur den dringenden Vorstellungen der Nation nachgeben, sich aber sonst mit den Präsidententitel begnügen würde. Friedliche Gesinnungen gegen das übrige Europa wurden darin natürlich auch zur Schau getragen. Fünf Gesandtschaftsattaché's gingen mit diesen Documenten an die Höfe ab. Bis jetzt soll außer England noch keine Macht eine Antwort ertheilt haben. Was die der englischen Regierung anbelangt, so ist sie sehr zurückhaltend und spricht die Befürchtung aus: wenn Ludwig Napoleon sich zur Annahme des Kaisertitels zwingen lasse, so werde er später wahrscheinlich auch den ungestümen Forderungen seiner kaiserlichen Ahnen nicht widerstehen können. Englands Antwort hat viel böses Blut erregt. Rußland soll dagegen einer Proclamation des Kaiserreichs nicht feindlich gesinnt sein, aber schon früher durch Herrn v. Kisseleff haben erklären lassen, daß es die Consequenzen desselben nie billigen würde.

Zwei literarische Werke sind es, auf die ich die Leserwelt aufmerksam machen will. Die beiden Schriften liefern uns ein getreues Abbild von dem, was in der politischen Sphäre Frankreichs vor

sich geht. Das eine Werk, unter dem Titel „La Rétablissement de l'Empire", das Ludwig Napoleon zum Verfasser haben soll, stellt auf wenig Seiten mit ausserstdlicher Klarheit Frankreichs nächste Geschicke aus, und das andere will sich in einer nicht enden wollenden Revue unter dem Titel „La France historique mit dem wissenschaftlichen Beweise beschäftigen, daß in Frankreich nur die Monarchie mit den Bourbonen möglich sei. Das Kaiserreich und der Legitimismus, das sind noch die zwei Fragen, die Frankreich in Athem erhalten; denn Republikanismus und Orleanismus werden als politisch nicht mehr existirend betrachtet. Die „France historique" will das alte, durch die Revolution so sehr erschütterte Staatsgebäude wieder aufbauen helfen, und der Verfasser des „Rétablissement de l'Empire" will die Errungenschaften der Revolution, das ist die Volkssouveränetät, nach innen, und wo möglich auch nach außen befestigen. Der Verfasser des „Rétablissement de l'Empire" macht die Bemerkung, „daß die Pyrenäen, die Alpen und der Rhein als Frankreichs eigentliche Grenzen wünschenswerth wären", daß dies jedoch nicht etwa mit der Gewalt der Waffen geschehen solle, sondern, „daß es wohl der Fall sein könnte, daß die fremden Könige sich von selbst verbollassen würden, jene Grenzen wieder herzustellen". Wie, wenn die fremden Mächte in diese Herstellung doch nicht willigen sollten? (K. Z.)

Paris, 2. Oct. Aus sehr sicherer und glaubwürdiger Quelle kann mitgetheilt werden, daß der Gesandten Frankreichs an den auswärtigen Höfen Instructionen erhalten haben, die demnächstige Einberufung des Senats für die Herstellung des Kaiserreichs anzuzeigen, zugleich aber im Namen Ludwig Napoleons die friedlichsten Versicherungen hinzuzufügen. Dem Gesandten in Brüssel ist insbesondere der Auftrag geworden, daß jedes Ministerium, mit welchem sich der König Leopold umgeben werde, auf Frankreichs Loyalität zählen dürfe. — Die Aergte in den hiesigen Hospitälern sind aufgefordert worden, die geeigneten Vorkehrungen gegen die Cholera zu treffen.

† **Paris**, 2. Oct. Das Buchwollgeschäft des Seinedepartements hat den Gerantzen und einen der Redacteure des „Siecle" zehn zu einjähriger Gefängniß- und 1000 Fr. Geldstrafe verurtheilt, weil sie durch Verbreitung einer falschen Nachricht zum Haß und zur Verachtung gegen die Regierung aufgereizt hätten. Daß die Betroffenen eine böse Absicht entschieden in Abrede stellten und bona fide gehandelt zu haben behaupteten, half ihnen nichts. Die Strenge des Urtheils hatte eine peinliche Sensation hervorgerufen.— Für den Vollzug des im Januar d. J. erlassenen Decrets für Wiederherstellung und Umbau des Schlosses von Fadern zu einem Asyl für die Wittwen von im wirklichen Dienst stehenden hohen Civil- und Militärbeamten hat der Prinz-Präsident von Grenoble aus ein Decret erlassen, welches dem Staatsminister für Rechnung des Jahres 1852 einen außerordentlichen Credit von 500,000 Fr. eröffnet. Der in diesem Jahr nicht zur Verwendung kommende Theil des Credits wird auf das Budget des nächsten Jahres übertragen.

** **Paris**, 2. Oct. Man will wissen, daß die Trennung im katholischen Klerus, welche früher in diesen Blatt ausführlich besprochen wurde, sich fortwährend bis in die niedre Umgebung des Papstes und bezüglich der Kaisersalbung zwei entgegengesetzte Meinungen ausprage. Man vernimmt hierüber Folgendes: Ludwig Napoleon habe sein an die römische Curie gestelltes Petitum mit den vielen und großen Diensten motivirt, die er der katholischen Religion und Geistlichkeit erwiesen habe und noch fortwährend erweise. Das Schreiben lasse merken, daß man bei einer solchen Berechtigung auf Dankbarkeit eine abschlägige Antwort als schweren Undank betrachten müsse, et ingratis servire nefas (die Hand, die gegeben, kann auch nehmen), setzen mündlich die hiesigen Erdmungsbefürworten hinzu. Während nun der Jesuitenorden und der ihm befreundete Theil der Kardinäle die priuzliche Forderung lebhaft unterstütze, deute eine andere Partei auf eine dadurch zu befürchtende Entfremdung von der Politik der conservativen Großmächte und vom Legitimitätsprincip, welches nur in der Nachkommenschaft des h. Ludwig die rechtmäßigen Herrscher Frankreichs erkennen könne. Der heilige Vater habe sich noch nicht definitiv ausgesprochen, werde aber täglich mehr gedrängt u. s. w.

⏣ **Strasburg**, 30. Sept. Vorgestern um 8 Uhr ist ein polnischer Flüchtling, Namens Ladislaus v. Markowski, 30 Jahre alt, Angestellter an der Paris-Strasburger Linie, unweit der Station Saarburg durch den aus Strasburg kommenden Zug überfahren worden und auf der Stelle todt geblieben. Man vermuthet, daß der Unglückliche sich freiwillig auf die Schienen gestürzt habe.

Amerika.

+* **Neuyork**, 14. Sept. Das Budget der Union für 1852/53 beträgt 47 Mill. Dollars. Der Anfang für die Armee ist nicht ganz 9, der für die Flotte nicht ganz 8 Millionen. Für die Posten sind 7½, für die Schadloshaltung der Land abtretenden Indianer 2 Mill. angesetzt. Sonst nichts Neueres aus der höhern Politik, als daß während der Reise Websters der Kriegssecretär Conrad das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten führt. Stadtgespräch ist nach der Sängerin Lind-Goldschmidt die Entdeckung einer großartigen Fälschungswerkstätte nicht bloß in Papier, sondern auch in Münze. Schon seit einigen Wochen circulirte eine Menge falscher Banknoten von 5 Dollare (Bank North America — Rhode Island) und nachgemachter Louisd'ors. Nach Verhaftnahme einzelner Absetzer führte die Spur auf die hiesigen Spezereihändler Rowick und Ahrens, welche mit einer guten Zahl Adepten verhaftet wurden. Man erwartet bedeutende Nachrichten von den Einwanderern im Westen; denn solche Leute sind vorzüglich von den Falschmünzern bedient worden.

Asien.

Bombay, 1. Sept. Am 6. August ist der Generalgouverneur nach Calcutta zurückgekehrt. Commodore Lambert ist in Begleitung des Geniecapitäns Rundell an Bord des Dampfers „Phlegeton" nach Prome gefahren, um eine Recognoscirung vorzunehmen, und wie man hört, werden andere Kriegsschiffe bald nachfolgen; zwei Regimenter werden Prome besetzen, und sobald vier oder fünf frische Regimenter Rangun erreicht haben, soll ein allgemeines Vorrücken gegen Ava beginnen.

Landwirthschaftliches.

‖* **Aus der Pfalz**, 1. Oct. Gegenwärtig sind die Landleute in mehreren Distrikten des ebenen Landes namentlich mit der Zuckerrübenernte beschäftigt. Dieselbe ist in jedem Grade günstig ausgefallen und die bedeutenden Fabriken Friedensau bei Mutterstadt, die dieselbige Filialanstalt von Waghäusel in Baden, sowie die Frankenthaler Rübenzuckerfabrik erhalten ihren Bedarf vollauf, und die Producenten stehen sich bei dem quantitativ bedeutenden Ertrage ganz gut. — Die Kartoffeln werden in 1 fl. 12 kr. per Centner verkauft und ausgeführt. In dem gebirgigen Theile des Landes, besonders im Südwesten, ist die Ernte dieser Frucht sehr mittelmäßig, um nicht zu sagen gering ausgefallen und die Fäule nicht unbedeutend. Den Trauben haben die letzten sonnigen Tage weiteilchen Vorschub geleistet.

)(**Bingen**, 3. Oct. Während die Trauben in der hiesigen Gemarkung wenigstens vorläufig noch nicht bedeutend von der Rebfäulnißt ergriffen sind, steht es in den Weinbergen der Gemeinde Büdesheim sehr traurig aus. In den tiefern Lagen des Rochusbergs sind die weißen Trauben von Kleisfäulniß getroffen und in der Niederung leiden fast sämmtliche Rotlandweinberge an einer eigenthümlichen Krankheit, Laubrauigkeit genannt. An einem von dieser Krankheit befallenen Weinstock werden sämmtliche Blätter schwarz und fallen ab, so daß man ganze Weinberge kahl wie im Winter dastehen sieht. Die Trauben, ihrer Ernährer beraubt, hängen nadürlich weit an den Stöcken und schmecken den faulen Aepfeln ähnlich. Erfahrene Winzer wollen diese Krankheit schon häufig in nassen Jahren, namentlich an den eine sehr trockene Witterung liebenden Rotlandweinstöcken (die anfänglich eine graue, im Alter eine ins Schwarze übergehende Traubenfarbe tragen) bemerkt haben. Nach sollen die Rotlandweinstöcke in den ersten Jahren dieser Krankheit ausgesetzt sein, wenn sie in einen Boden verpflanzt werden, auf dem sie zuvor Weinstöcke standen. In einem solchen Grad soll diese Krankheit indessen noch nie in der Büdesheimer Gemarkung aufgetreten sein, wie in diesem Jahr.

Das Ergebniß der Weinlese im Kanton Wallis täuscht alle Erwartung. Man zählte bestehden auf eine Halbernte und findet jetzt nur den vierten Theil des gewöhnlichen Ertrage.

Börsenberichte.

Amsterdam, 1 Oct. 4 Uhr. 2½ pCt. Integr. 63³⁷/₃₈. ³/₄. ¹/₂. — 3pCt. Schuld 76¹/₂. — 4pCt. do. 96²/₄. ¹/₂. — 3½ pCt. do. 95¹/₄. — 1pCt. neue Spanische 23¹⁵/₁₆. ³/₄. — 3pCt. —. — do. inländische à 6000 fl. 45⁵/₈. ¹⁰/₁₆. — 3pCt. Portug. — 4pCt. 39. 38¹/₂. — 4pCt. Rss. bei Pope 91¹/₄. — do. bei Stieglitz 91¹/₄. — 5pCt. Metall. 78⁵/₈. ³/₄. — 2½ pCt. do. 40¹¹/₁₆. ¹²/₁₆. — Neue 5pCt. Silber Metall. 80¹/₂. ⁵/₈.

Bei animirtem Umsatz in Integralen war heute die Stimmung in allen inländischen Fonds wieder flauer. Von fremden Effecten waren spanische, portugiesische und österreichische mehr angeboten; nach russischen war etwas mehr Frage; mexikanische waren auf unglänstigere Londoner Notirung derselben zu niedrigern Preisen zu erhalten.

Frankfurt, 4. Oct. Bei der heute stattgehabten 2. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadttheater gewinnen Nr. 18078. 11147 und 21689 jede 1000 fl., Nr. 14939, 10576, 9678, 2586 und 22683 jede 300 fl.

Frankfurt, 4. Oct. Gestern sind hier angekommen: Frau Gräfin von Neuilly (Ihre Majestät Maria Amalia, Witwe König Ludwig Philipps) und Prinz von Joinville, königl. Hoheit, aus England, im russischen Hof.

Berichtigung.

In dem unter den neuesten Nachrichten des heutigen Hauptblatts enthaltenen Schreiben ⏣ Hannover, 1. Oct., ist in der sechsten Zeile zu lesen: ohne Vermissen Hannovers.

Verantw. Redacteur: Dr. L. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuscheit.

[2266]

Bekanntmachung.

Die Taxirung der Correspondenz nach und aus dem Kirchenstaate bei der Beförderung durch Oesterreich betreffend.

Vom 1. October d. J. an kommen rücksichtlich der Correspondenz nach und aus dem Kirchenstaate bei der Beförderung durch Oesterreich die folgenden Bestimmungen zur Anwendung:

1) Die Taxe für einen einfachen Brief beträgt:
   a) 3 Sgr. resp. 9 Kreuzer an Vereinsporto,
   b) 6 Kreuzer Conv.-Münze (2 Sgr. resp. 7 Kreuzer rhein.) an Römischem Porto.

2) Die Progression ist der im Postvereinsgebiete bestehenden gleich.

3) Gewöhnliche Briefe können unfrankirt oder ganz frankirt abgesendet werden. Recommandirte Briefe sind bei der Aufgabe mit dem gewöhnlichen Briefporto und der Recommandationsgebühr (2 Sgr. resp. 6 Krzr.) zu frankiren. Denselben können Retour-Recepisse gegen Entrichtung einer weiteren Gebühr von 2 Sgr. resp. 6 Kreuzer beigegeben werden.

4) Für Kreuzbandsendungen, welche den im Postvereinsgebiete bestehenden Bedingungen der Portoermäßigung entsprechen, sind 4 Spf. (⅓ Sgr.) resp. 1 Kreuzer rhein. an Vereins- und 1 Kreuzer Conv.-Münze (⅓ Sgr. = 1 Kreuzer rhein.) an Römischem Porto im einfachen Satze zu erheben. Bei schwereren Kreuzbandsendungen kommt die Progression des Postvereins in Anwendung.

5) Bei Waarenproben und Musterssendungen ist an Vereins- und Römischem Porto der einfache Briefportobetrag für je das doppelte Gewicht eines einfachen Briefes zu erheben.

6) Für die Zurückbeförderung von unanbringlichen Correspondenzen wird kein Porto in Ansatz gebracht.

7) Die Entrichtung des Portos kann im Kirchenstaate mittelst Marken stattfinden. Für die mit nicht zureichenden Marken versehenen Correspondenzen ist das volle Porto vom Adressaten zu zahlen.

8) Zeitungen können nur unter Kreuzband (nicht im Abonnement) bezogen werden.

9) Die Correspondenz wird bis auf Weiteres nicht durch die Schweiz geleitet.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[2267]

Hülferuf!

Von einem schweren Brandunglück ist die ohnehin schon bedrängte Stadt Duderstadt auf dem hannöverschen Eichsfelde heimgesucht worden. 108 Wohnhäuser nebst 162 Nebengebäuden und Scheunen sind durch eine am Abende des 19. d. M. ausgebrochene Feuersbrunst binnen wenigen Stunden ein Raub der Flammen geworden, die St. Cyriaci-Kirche ist ein schaurieger Trümmerhaufen, 140 Familien sind obdachlos, ihre Vorräthe, welche sie für den Winter eingernetet hatten, liegen in Schutt begraben! — Dadurch ist die ärmste Gegend im Königreich Hannover und hat das Brandunglück meistens arme und unbemittelte Bewohner betroffen und nur mit Hülfe von Außen kann dem unermeßlichen Elende wirksam begegnet werden.

Der Magistrat und das Hülfscomité richtet deshalb an alle Menschenfreunde hob und fern die oben so vertrauensvolle als inständige Bitte, die Noth der unglücklichen Abgebrannten lindern zu wollen.

Duderstadt, den 23. September 1852.

Die Unterzeichneten sind gern bereit, für die unglücklichen Einwohner Duderstadts von wohlthätigen Menschenfreunden milde Gaben in Empfang zu nehmen und an die Betreffenden abzuliefern.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

C. F. E. L. von Bothmer, Königl. Hannoverscher Staatsrath und Bundestags-Gesandter, Mainzer Landstraße 34.
Beda Weber, Geistlicher Rath und Stadtpfarrer.
Schwaber, Consistorialrath und Pfarrer, Kirchgasse Nr. 1.
Raabiner Leopold Stein, Schäfergasse Nr. 10.
F. John, Untermainquai 7.
J. J. Reuß-Brentano, große Sandgasse Nr. 12.
Ferdinand Heuer, an der Hauptwache.
Die Redaction der Frankfurter Postzeitung.
Die Redaction des Frankfurter Journals.
Die Redaction des Frankfurter Intelligenzblattes.

Die Hannoveraner, welche hier in Frankfurt wohnen, werden ganz besonders gebeten zu helfen, da die Wohlthätigkeit der hiesigen Bürger nur zu oft in Anspruch genommen wird.

Cours der Staats-Papiere. 4. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per compt.				Per compt.
Oesterreich	5% M. (C.I.S.b.Rothe)	93½	P.	Nassau	fl. 25 Loose . . .	28½	P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	93½	P.	Württemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101¼	P.
»	5% L.V. (C.b.Rothe)	88¼ bez. u. G.		»	5% ditto	93½	P.
»	5% d. Monte C.18.I.M	84⅛	P.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34½	P.
»	Bank-Actien . . .	1395 P. 93	G.	»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	45 P. 44½	G.
»	5% Metallig. Oblig.	82 P. 81¾	G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	101	P.
»	5% M.v.1.1854 Ser.A.	82	P.	»	5% ditto b.Rothsch.	98	P.
»	4½% ditto	72⅝ bez. ¾	G.	»	3½% ditto b.Rothsch.	92¼	P.
»	4% ditto	65	P.	»	fl. 50 Loose . . .	90½ P. 5/8	G.
»	3% ditto	48¼	P.	»	fl. 35 Loose . . .	31⅜	P.
»	2½% ditto	41¼	G.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	96½	P.
»	1% ditto	16⅞	G.	»	3½% » v. 1846	96	P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	120	G	»	3% » »	85¼	P.
»	fl. 500 » ditto	194	G.	»	Taunusbahnact. .	298 P. 296	G.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	81½	P.	Russland	4½% Obl. b. Baring	103⅜	G.
»	4% ditto	71¼	P.	»	4% Obl. b. Hope & S.	91¼	G.
Preussen.	3½% Staatsschuld.	95	P.	»	4% » b. Stieglitz »	91⅜	P.
»	4½% Oblig. b. Roths.	104	P.	Polen. .	4% Oblig. de fl. 500	91¼	G.
»	Coln-Mind. K.-Actien	112	P.	Spanien	3% Inl. Sch. P. £ 3.80	36½	bez. u. G.
Bayern. .	5% Oblig. b. Rothsch.	101½	P.	»	3% Neue . . .	23⅝ 23/16 bez. 7/8	G.
»	4½% ditto	100⅜ P. 1/2	G.	Holland. .	4% Certificate . .	96½	G.
»	4% ditto	97⅞	G.	»	3½% Syndicats . .	94½	G.
»	4% Ablös.-Rente .	97⅛	P.	»	2½% Integrale . .	63¼	G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93⅜ P. 1/2	G.	Belgien .	5% Obl. inL. Act. 18b. R.	100½ P. 1/4	bez.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95¾	P.	»	4½% Obl. inF. ASBkr.	97⅞ P. 5/8	G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103⅜	P.	»	4% Obl. in Fr. à 25 Kr.	90⅜	G.
Baden . .	5% Obligationen . .	102½	P.	»	2½% Obl. b. Rothsch.	56⅛	P.
»	4½% Obligationen	103	P.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97¾ P. 1/2	G.
»	3½% v. 1842 . . .	90½	P.	»	3% Obl. b. Hambro	64½ P. 94	bez.
»	fl. 50 Loose v. 1840	56	P.	»	Sardinische Loose .	41 P. 40½	G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	37½ P. 3/5	G.	Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Golds.)	100⅜	P.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch	103½	P.	»	5% a 1851 b. Bastogi (dc.)	97½	P.
»	4% ditto	99¾	P.	Mexiko	6% Stocks Dell. à 20.	11⅝ P. 1/2	G.
»	3½% ditto	91⅜	P.	Vereins fl. 10 Loose		87½ P. 3/4	G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 4. October	Per compt.
Amsterdam . .	k.S. 100⅛ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	dM. —
Augsburg . .	k.S. 120⅛ B. 119⅞ G.
(100 fl. Crt.)	dM. —
Berlin	k.S. 105½ B
(60 Thlr.) .	dM. —
Bremen . . .	150 k.S. 97½ B. ⅛ G.
Bthlr. i. Ldor.	dM. —
Hamburg . . .	k.S. 89 B.
(100 Mk. Bc.)	dM. —
Leipzig . . .	k.S. 98½ B.
London . . .	k.S. 119½ B.
(1 ℔ Livr. St.)	dM. —
Lyon	k.S. 94½ B.
(300 Fr.) .	dM. —
Mailand . . .	150 k.S. 101⅛ B. 100⅝ G.
Lir. Austr.)	dM. —
Paris	k.S. 94½ B. ⅛ G.
(300 Fr.) .	dM. —
Wien (100 fl.)	k.S. 102⅛ B. 2 bez.
im 24 Fl.)	dM. 1 G.
Disconto . . .	3 G.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	9 45⅛–46⅛
Pr. Friedrichsd'or	9 55½–56½
Holl. 10 fl. Stücke	9 53½–54½
Rand-Ducaten .	5 38–39
20 Francsstücke	9 31-32
Engl. Sovereigns	11 57
Gold al Marco	13831/2–84½
5 Frankenthaler	2 21⅞–22½
Preuss. Thaler	1 45⅛–⅜
Preuss. Cassa-Sch.	1 45⅛–⅜

Druck von August Osterrieth.

№ 238. — Dienstag — den 5. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich 1) in den Gebieten von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des östreichischen Münz- und Postvereins 2 fl. 42 kr. rhein. = 1 Thlr. 15 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den L. L. Österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß. oder 2 Thlr. 20 Sgr.

Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und Christiania-Norwegen nimmt Herr G. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 30, und in Paris Rue Neuve-Vivienne du Sentier Nr. 20, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) oder deren Raum 3 Kr.

Frankfurter Postzeitung.

☞ Bestellungen auf das mit dem 1. October begonnene vierte Quartal der „Frankfurter Postzeitung" werden fortwährend bei der Expedition dahier und bei den auswärtigen Postämtern angenommen.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 4. Oct. Wir haben bereits in Nr. 221 dieser Zeitung einen auf die französische Kaiserfrage sich beziehenden offiziösen Artikel der „Wiener Zeitung" mitgetheilt, der der Vermuthung Raum gab, daß von Seiten Oesterreichs keine Schwierigkeiten erhoben werden würden, wenn die Ruhe Frankreichs und der Frieden Europa's die Wiedererrichtung des Napoleonischen Kaiserthums in Frankreich nothwendig machen werde. Diese Vermuthung gewinnt an Stärke durch eine vor wenig Tagen im „Journal de Francfort" enthaltene Originalcorrespondenz aus Wien, welche die Bedeutung der Wiener Verträge in Betreff der Wiederherstellung des erblichen Kaiserthums in Frankreich in der Familie Bonaparte behandelt und dabei zu dem Schluß kommt, daß diese Verträge nur noch auf die Territorialverhältnisse sich beziehen könnten, ganz und gar aber ohne Bedeutung wären in Bezug auf die Frage, ob diese oder jene Familie in Frankreich regiere. Man führe keine Kriege mehr wegen des Legitimitätsprincips, wie die Anerkennung Ludwig Philipps, der Republik, Ludwig Napoleons als Präsidenten für 4 und für 10 Jahre dargethan habe. Das Haupinteresse sei, die Revolution in Frankreich zu schließen und dadurch die Ruhe Deutschlands und Europa's zu sichern. Ludwig Napoleon sei der Mann dazu, die Revolution zu bändigen; er habe es bewiesen, und könne es den übrigen Monarchen Europa's nur erwünscht sein, daß er Frankreich in die Reihe der monarchischen Staaten zurückführe, gleichviel, ob das durch eine Dynastie Bonaparte oder irgend eine andere geschehe. Es sei nur von ihm zu verlangen, daß er die Verträge von 1815 anerkenne, so weit sie den Territorialbesitz in Europa zum Gegenstand haben. In jeder andern Beziehung finde Art. 2 des Alliangtractats vom 20. November 1815 keine Anwendung mehr auf die Familie Bonaparte. So zwei gewichtige Stimmen über die Anschauung dieser Frage in Wien. — In Berlin scheint man andrer Ansicht zu sein. Wenigstens offiziöse Kundgebungen wie in Wien liegen allerdings noch nicht vor; die „Preußische Zeitung", das ausgesprochene Organ des Ministeriums, hat bisher geschwiegen; auch die „Zeit" hat wenig über die Frage verlauten lassen, doch ist sie überhaupt schon nicht gut auf den französischen Präsidenten zu sprechen, es läßt sich also annehmen, daß ihr der Kaiser noch weniger genehm sein wird. Am entschiedensten haben sich bis jetzt das „Preußische Wochenblatt" und die Kreuzzeitung ausgesprochen, und zwar gegen die Restauration des Kaiserthums, ersteres mehr unter Bezugnahme auf die Verträge von 1815, letztere aus Gründen des Legitimitätsprincips. Nicht allein in ihren Pariser Correspondenzen, die größtentheils von eifrigen Legitimisten herrühren, auch in ihren Leitartikeln spricht sich die Kreuzzeitung gegen den Napoleoniden in einer Weise aus, die sehr lebendig an die ersten Jahre dieses Jahrhunderts erinnert. Waterloo und die Rache für Waterloo erscheint ihr als das einzige Erbtheil das der Neffe von seinem Onkel erhalten habe, „und Preußen würde seine eigene Geschichte schnöden, wenn es sich weigerte, den Haß mit seinem Siegsgefährten (England) brüderlich zu theilen. Darum, wenn Louis Bonaparte sein Haupt in kurzem mit der Kaiserkrone schmückt, zwar nicht muthwillig reizen, doch niemals anerkennen, nicht weiter gehen, als daß man die Thatsache der Gewalt nicht leugnet: ein falscher Schritt hat ein Gefolge von Schuld und Fehlern, das zu bewältigen schon einmal fast zu schwer geworden."

* **Berlin**, 2. Oct. Die Ministerialcommission zur Erörterung von Verfassungsfragen hält fast täglich Sitzungen. Die Commission wird die Gesetzvorlagen in Betreff der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung in nochmalige sorgfältige Erwägung nehmen und dabei den Berathungen der Provinzialstände die gebührende Rücksicht schenken. Diese Erörterung soll, wie man versichert, vornehmlich den Zweck haben, allmälig zu positiven Feststellungen über eine mehr organische und corporative Grundlage der Wahlen zur zweiten Kammer zu gelangen. — Es heißt mit Bestimmtheit, daß die Wahlen zu beiden Kammern in kurzem Zwischenraum noch vor dem Schlusse des Monats October vollzogen werden sollen. Vom Ministerium war ursprünglich wegen der nothwendigen Vorarbeiten ein späterer Termin beabsichtigt worden. Diese Arbeiten sollen aber nunmehr nach Möglichkeit beschleunigt werden, und man ist im Ministerium des Innern sehr eifrig mit deren Erledigung beschäftigt. Die Ausschreibung zu den Wahlen der Wahlmänner erfolgt schon in einigen Tagen. Die Kammern selbst dürften am 28. Nov. zusammentreten. — Das „Westfälische Kirchenblatt" erzählt von einem neuen Falle, in welchem die Regierung zu Minden unterm 11. Sept. einem Theologen einen Paß nach Rom verweigerte, nachdem dieser erklärt hatte, dort das Collegium germanicum besuchen zu wollen.

Der aus dem vorjährigen Kirchentage hervorgegangene „Protestantische Bund" hat in einer neben der Hauptversammlung des Kirchentags zu Bremen gehaltenen Specialconferenz unter dem Vorsitz des Pastor Sander aus Elberfeld den nachstehenden Beschluß gefaßt:

„Die Versammlung, eingedenk der Verpflichtung aller evangelischen Christen, ihren Ursprung nicht zu vergessen, demgemäß den Gegensatz zu verkündigen gegen den in der römischen Kirche vollbrachten Abfall von dem apostolischen Christenthum, sowie des Aecordirens mit derselben sich zu enthalten, — im Hinblick auf das Vordringen des Romanismus und seine in Wort und That immer kühner werdenden Uebergriffe (wovon die Missionen der Jesuiten in protestantische Bevölkerungen hinein eine Probe sind), beschließt eine Aufforderung an alle Glaubensgenossen, von den Au- und Uebergriffen des römischen Wesens, in welcher Verbindung sie auch auftreten, von denen sie Zeugen sind, dem Vorstand des protestantischen Bundes zum Zweck weiterer Veröffentlichung und evangelischer Belehrung Kunde zu geben, damit durch die Macht des öffentlichen Gewissens und das Zeugniß des evangelischen Glaubens dergleichen zurückgedrängt werde, und ersucht den Vorstand, mit dieser Aufforderung sofort ein kräftiges evangelisches Zeugniß gegen den Romanismus zu verbinden.

Am 23. September fand in Breslau der alle vier Jahre wiederkehrende Zusammentritt der „Generalsynode der kirchlich constituirten preußischen Lutheraner" statt. Die Vertreter der lutherischen Gemeinden von Nassau und Baden hatten sich als Mitglieder angeschlossen. Auch wurde bei der Synode die Aufnahme einer unlängst entstandenen freien lutherischen Gemeinde Hamburgs nachgesucht. Die Beschickung der Synode durch mehrere Mitglieder lutherischer Synoden in Amerika war beabsichtigt worden, doch wegen einer Irrung in der Zeit der Eröffnung unterblieben. Die Eröffnung selbst fand auf feierliche Weise durch einen Gottesdienst statt. Im Ganzen hatten sich 45 Geistliche und fast eine gleiche Zahl von Laienbevollmächtigten aus allen Provinzen von Preußen als Mitglieder der Synode eingefunden.

* **Münster**, 1. Oct. Auch auf dem hiesigen Provinziallandtage wurden die bekannten Ministerialerlasse vom 16. Juli d. J. gegen Jesuiten und Jesuitenschulen mit 52 gegen 22 Stimmen zur Discussion gebracht, und sind die nöthigen Schritte zur Bewahrung der Freiheit der katholischen Kirche geschehen. — Die Antworten auf die zahlreichen Petitionen in dieser Angelegenheit sind, so weit sie bis jetzt bekannt geworden, sämmtlich gleichlautend.

** **München**, 2. Oct. Schon längere Zeit ist, wie Sie wissen, das Gerücht verbreitet, daß der königl. sächsische Oberhofprediger Dr. Harleß die Stelle eines Präsidenten des protestantischen Ober-

consistoriums erhalten solle; trotz mancher Anzeichen, die für das Begründetsein dieses Gerüchtes sprachen, wollte man demselben dennoch im Publikum und namentlich im protestantischen Theile desselben, seinen rechten Glauben schenken. Die Erneunung ist nun aber in der That erfolgt und hat Herr Harless bereits heute sein neues Amt angetreten. Der bisherige Präsident des Oberconsistoriums, Herr Reiche, und Staatsrath v. Arnold, ein allgemein hochgeachteter Beamter, tritt in den zeitlichen Ruhestand und mit ihm gleichzeitig auch der zweite geistliche Rath Dr. Kapp, an dessen Stelle der dritte Rath, Dr. v. Bösch, kommt, während der bisherige ordentliche Professor der Theologie an der Universität Erlangen, Dr. Höfling, zum dritten geistlichen Rath am Oberconsistorium ernannt ist. Die Ernennung Harless' zu der obersten Stelle am protestantischen Oberconsistorium wird sowohl von der katholischen als protestantischen Bevölkerung des Landes nicht nur mit getheiltem Beifall aufgenommen, sondern von sehr Vielen geradezu mit Besorgniß betrachtet, und es dürfte derselbe mindestens eine sehr schwierige Stellung hier haben. Als Präsident des Oberconsistoriums ist Herr Harless zugleich Mitglied unserer ersten Kammer. Diesen Morgen hat die Frau Erbherzogin Hildegard von Oesterreich, die seit einigen Wochen bei den königlichen Eltern hier verweilt, die Rückreise nach Pest zu ihrem Gemahl, dem Erzherzog Albrecht, angetreten.

München, 2. Oct. Gestern hat wieder eine Hausuchung in Sachen der großen Wucherunterſuchung stattgefunden, und zwar diesmal bei einer christlichen, dem hohern Adel und der Münchener Börse angehörenden Persönlichkeit. (N. K.)

* **Hannover**, 2. Oct. Gestern sind in ganzem Umfange des Königreichs die neuernannten Justizbeamten in ihre Stellen eingesetzt worden. Beim hiesigen Obergericht geschah es in öffentlicher Sitzung durch den Justizminister Windthorst selbst.

* **Heidelberg**, 2. Oct. Hr. Professor Bruhns aus Breslau befindet sich mit zwei Assistenten bereits hier. An ihm erhält Hr. Geh. Rath Gmelin, der wegen vorgerückten Alters und körperlicher Leiden sich schon einige Zeit hatte zurückziehen müssen, den würdigsten Nachfolger.

* **Kassel**, 3. Oct. Der diesseitige Bevollmächtigte bei den Berliner Conferenzen, Geh. Legationsrath v. Meyer, ist gestern Abend hierher zurückgekehrt. Der zum bevollmächtigten Minister und außerordentlichen Gesandten beförderte bisherige Ministerresident v. Schenck begibt sich demnächst auf seinen Posten nach Wien. Se. Königl. Hoheit der Kurfürst hat im Laufe des heutigen Tags die schon länger beabsichtigte Reise nach München angetreten.

* **Darmstadt**, 3. Oct. Ihre königl. Hoh. die Großherzogin ist gestern Abend aus München in erwünschtem Wohlsein wieder in hiesiger Residenz eingetroffen.

Die hiesige officielle Zeitung gibt die Richtigkeit des von der „Voss. Ztg." zuerst mitgetheilten Münchener Actenstücks zu; nur einmal sei statt „Abschluß" — „Ausschluß" zu lesen. (Diese Stelle findet sich in der „Postzeitung" Beilage zu Nr. 236, zweite Spalte in der fünften Zeile von oben. Die Red.)

* **Weimar**, 4. Oct. Se. Maj. der König von Hannover ist mit einem Extrazug der Taunuseisenbahn heute Morgen nach Frankfurt a. M. gereist. Auf ihrer Reise nach Lausanne zum Besuch Ihrer Königl. Hoheit der Frau Herzogin v. Orleans sind auf dem königlichen Dampfboot „Ariadne" gestern Abend die Königin Maria Amalia, Wittwe Ludwig Philipps, und der Prinz Joinville hier eingetroffen. Der Fremdenverkehr auf dem Rheine ist überhaupt noch recht lebhaft im Gange und dürfte bei der nun beginnenden Traubenkur längere Zeit anhalten.

* **Wiesbaden**, 4. Oct. Der Bevollmächtigte Nassaus zur Berliner Zollconferenz, Präsident Vollpracht, ist gestern wieder hier eingetroffen.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 3. Oct. Die in vielen Blättern erwähnte Räubergeschichte, in welcher eine junge Prinzessin Colonna durch einen Herrn Brun von Bois aus Räuberhänden errettet wird, stellt sich laut Bericht des schweizerischen Consuls in Rom als ein Duff dar. — Bei Thurstuden, im Kanton St. Gallen, hat sich die Erde in einer Breite von 78 und in einer Länge von 72 Fuß von einander gespalten. — Die gemeinnützige Gesellschaft in Lausanne hat sich schon seit einiger Zeit mit dem Project beschäftigt, in der Stadt eine öffentliche Badeanstalt zu errichten, welche vorzugsweise den ärmern Klassen zu gute kommen sollte. Durch die philanthropische Betheiligung des bekannten Herrn Haldimann scheint nun das Project der Ausführung nahe.

Italien.

Turin, 27. Sept. Ein abermaliger, und zwar der dritte Conflict mit der römischen Curie droht auszubrechen oder ist bereits ausgebrochen. Diesmal wird Se. Majestät selbst inbroect davon berührt. Die römische Curie hat nämlich gegen den Bischof von Savona, Monf. Riccardi, seine Disciplinaruntersuchung eingeleitet, weil er vergangenes Jahr bei dem Besuche des Königs in Genua die Fahnen der dortigen Bürgergarde gesegnet habe. Diese Angelegenheit soll zu einem bittern Notenwechsel zwischen Hrn. Sambuy und Cardinal Antonelli geführt haben. Auf das stürmische Verlangen um Aufklärung antwortete Se. Eminenz kalt und trocken, daß die Curie keine Erklärungen schuldig sei, sondern auf dem üblichen Weg und unter Beobachtung aller Formen den Monf. Riccardi aus seiner Diöcese entfernen werde. Der Betroffene hat sonderbarerweise sich nicht geweigert, der Verwahrung seiner Collegen gegen das berüchtigte Ehegesetz beizutreten. Er hat im Gegentheil die Agitation gegen dieses Gesetz in Genua befördert und in Gestalt eines Geldbusses in der Lieberquinctische sie einzuleiten gewußt. (A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 2. Oct. Wenn der „Moniteur" schon vor einiger Zeit gemeldet hat, daß alle Differenzpunkte zwischen Frankreich und der Pforte ihre befriedigende Erledigung gefunden, so galt dies doch nicht von der Frage bezüglich der heiligen Orte. Diese Angelegenheit wartet noch ihrer Ausgleichung und Graf Bacciochi ist deßhalb, angeblich mit neuen Instructionen versehen, nach Konstantinopel abgegangen, da die französische Regierung eine rasche und definitive Lösung auch dieser Frage dringend wünscht. Graf Bacciochi soll zu dem Verlangen ermächtigt sein, daß auf die eigentliche und wahre Grundlage der Sache, auf den strikten Vollzug der Verträge von 1840 zurückgegangen werde. Mittlerweile sollen die unserm Gesandten in Konstantinopel, Hrn. v. Lavalette, schon gemachten Zugeständnisse rasch zum Vollzug kommen und der Hattischerif der Griechen wird in Jerusalem nicht prominlgirt werden. Die Frage bezüglich des Wiederaufbaus der großen Kuppel über dem heiligen Grab wird ebenfalls in kürzester Zeit ihre Erledigung finden. Diese Kuppel befindet sich in einem sehr baufälligen Zustand. Nun hat sich der Pascha schon einigemal erboten, auf seinem Boden die Kuppel wiederherstellen zu lassen, um ein solches Anerbieten scheint eben wieder erneuert worden zu sein. Aber Frankreich hat solches entschieden abgelehnt und zwar, weil nach den Anschauungen im Orient aus Reparaturen ein Eigenthumsrecht auf restaurirte Oertlichkeiten hergeleitet wird. Ließe man demnach die Pforte die Restaurationen an den heiligen Orten vornehmen, so würde dies faft einer Vernichtung der uns verkürzten Rechte gleichkommen. Im Jahr 1740 hatten die Lateiner den ausschließlichen Besitz der großen und kleinen Kuppel der Kirche über dem Grabe des Erlösers. Nach der Feuersbrunst von 1808, welche die erste dieser Kuppeln zerstörte, wurde sie von den Griechen wieder aufgebaut und sie leiteten daraus ihr Recht des Besitzes her. General Baraguay d'Hilliers vertheidigte, als er Gesandter in Konstantinopel war, und erwirkte von der Pforte eine Erklärung dahin, daß der Wiederaufbau durch die Griechen dem Besitzrecht der Franken keineswegs präjudiciren könne. Und eben dasselbe Recht soll nun auch jetzt gegen jede Verletzung geschützt werden.

△ **Straßburg**, 2. Oct. Bei einem heute früh um 5 Uhr in der Steinstraße ausgebrochenen Brande, der mit großer Gewalt um sich griff, wurde gleich anfänglich die hölzerne Treppe des Hauses von den Flammen ergriffen. Eine in einer Dachkammer wohnende Frau, die sich vom Feuertode bedroht sah, warf zuerst ihr 14 Tage altes Kind hinunter, welches von einer Lodern Frau in der Schürze aufgefangen wurde, ohne Schaden zu leiden, worauf Erstere nachsprang. Mit Ausnahme einiger Verletzungen an einem Arm und einem Bein erlitt sie ebenfalls keinen erheblichen körperlichen Schaden.

△ **Straßburg**, 4. Oct. Seit Anfang dieses Monats nimmt die Post zwischen Paris und Wien wieder ihren Weg über Straßburg, Frankfurt a. M., Leipzig und Prag. Von Frankfurt kann man jetzt über Straßburg in 21 Zeitstunden nach Paris gelangen. Eine wesentliche Postbeschleunigung wird auch zwischen Straßburg und Süddeutschland im Allgemeinen ins Leben treten.

Türkei.

Die Nachrichten aus **Konstantinopel** bis zum 18. September sind, bis auf einen gefährlichen Brand, welcher den Sommerpalast des Sultans in Beglebeg bedrohte, ohne alles Interesse. Die Eisenbahnfrage, welche man der Lösung bereits nahe glaubte, hat unerwartete Schwierigkeiten gefunden. Worin sie bestehen, weiß man noch nicht recht, doch scheinen Rußland und Oesterreich in gemeinschaftlichem Interesse dabei betheiligt zu sein. Seit der Abreise Stratfort Canningo vermißt England gar sehr seine ehemals intelligente als energische Vertretung. Sehr bedenklich sieht es in den Provinzen aus und in den asiatischen beinahe noch mehr als in den europäischen; namentlich gewinnt der Aufstand der Druſen in Syrien immer mehr an Umfang und Bedeutung. Die Pforte ist noch nicht stark genug, um die Offensive zu ergreifen, was sie nicht eher thun kann, als bis sie durch absolutes Uebergewicht des Sieges gewiß sein darf. Eine einzige

Niederlage würde ganz Syrien und Palästina in Empörung setzen. Es heißt, daß Omer Pascha, als der zur Zeit fähigste General, den Befehl erhalten solle, mit 25,000 Mann Kerntruppen nach Damaskus aufzubrechen, und man erwartet, daß die dermalen in Smyrna stationirte türkische Flotte nach Salonich gehen werde, um die Ueberschiffung vorzunehmen. Auch im Paschalik Bagdad herrscht völlige Anarchie. Zahlreiche Beduinenhorden streifen an der Linie des Tigris und Euphrat bis unter die Mauern der Stadt, und die Regierungstruppen werden, wo sie sich entgegenzustellen wagen, durchgehends geschlagen.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 4. Oct. Der in Hannover erscheinende „Neue Volksfreund" bestätigt die von unserm O*-Correspondenten aus Hannover gemachte Nachricht von der Abberufung des Herrn Klüber aus Berlin, und die „Damen-Ztg." macht die betreffende Mittheilung des „N. Pr." ohne weitere Bemerkung zu der übrigen.

** **Wien**, 2. Oct. Se. Maj. der Kaiser ist gestern Nachmittag 6 Uhr von hier nach Agram abgereist, nachdem Vormittags mehrere Audienzen ertheilt wurden und ein Ministerrath abgehalten worden war, dem auch der hier anwesende, am preußischen Hof beglaubigte Gesandte Freiherr v. Prokesch beiwohnte. Gegenstand der Berathung war die äußere Politik, wobei jedoch die französisch-englischen Zeitungsartikel nicht erwähnt worden ist.

* **Berlin**, 3. Oct. Mit Ausnahme des bei der Generalverwaltung des Zollvereins hier fungirenden königl. bayerischen Oberzollrathes, Herrn Meixner, haben sämmtliche Bevollmächtigte der in Darmstadt verbundenen Regierungen Berlin verlassen.

* **Köln**, 3. Oct. Der Communist Marschner soll die ihm von unserer Stadt angebotene Stelle eines städtischen Kanzellisten angenommen haben. — Die Liste der morgen im Communistenprocesse erscheinenden Angeklagten ist folgende: P. G. Roeser, 37 Jahre alt, Cigarrenmacher in Köln; Vertheidiger Schneider II. J. H. G. Bürgers, 32 Jahre alt, ohne Gewerbe in Köln; Vertheidiger Schneider II. P. Nothjung, 29 Jahre alt, Schneidergesell in Mühlheim; Vertheidiger Schürmann. W. J. Reiff, 30 Jahre alt, ohne Gewerbe in Köln; Vertheidiger Thesmar. H. H. Becker, 32 Jahre alt, Dr. jur. in Köln; Vertheidiger Schneider II. R. Daniels, 32 Jahre alt, Dr. med. in Köln; Vertheidiger Esser I. C. W. Otto, 42 Jahre alt, Schmiker in Köln; Vertheidiger Nacken. A. Jacobi, 22 Jahre alt, Dr. med. von Berlin; Vertheidiger Schneider II. J. J. Klein, 34 Jahre alt, Dr. med. in Köln; Vertheidiger Nacken. J. L. A. Erhard, 29 Jahre alt, Handelscommis in Köln; Vertheidiger Esser I. Fr. Lessner, 27 Jahre alt, Schneidergeselle von Mainz; Vertheidiger v. Hontheim. Lessner lebte in jüngster Zeit unter dem falschen Namen Karstner hier und in Mainz, weil er unter seinem wirklichen Namen bereits früher verfolgt worden sein soll. Die Liste führt dann noch an: C. D'Ester, 40 Jahre alt, Dr. med. in Köln (flüchtig), wegen Hochverraths.

* **Posen**, 3. Oct. In seiner heutigen Nummer bringt das hiesige amtliche Journal einen längern Artikel aus Berlin über das jüngste Verfahren Preußens in der Zollangelegenheit, worin dies eine „unmotivirte Rücksichtslosigkeit" genannt wird, das durch den gleichzeitigen Erlaß der Circularverfehle vom 27. v. M. nicht gemildert werde. „Zog es die preußische Regierung vor, sagt das Journal, den diplomatischen Weg anstatt der Conferenzberathung zu betreten, so geboten es die einfachsten Regeln der Schicklichkeit, die Conferenz zuvor zu schließen, anstatt die Bevollmächtigten in ihrer Stellung zu belassen und ihnen bei der ersten Gelegenheit die Thüre zum Conferenzsaale zu verschließen. Selbst mit dem Inhalt jener Circularverfehle kann das eingeschlagene Verfahren im Widerspruch, da man vor Entgegennahme der Erklärung deren Inhalt zu kennen wenigstens nicht eingestehen und daher, selbst auf Grund der Circularverfehle, die Entgegennahme an und für sich gar nicht verweigern konnte."

* **Hannover**, 3. Oct. Der „Neue Volksfreund" berichtet, daß von unserer Regierung diplomatische Verhandlungen mit der dänischen angeknüpft seien, wegen der „Uebergriffe", welche sich die Dänen auf der Elbe erlauben. — Der Minister v. Reiche hat sich zum Besuch seiner Tochter nach Schlesien begeben.

** **Paris**, 3. Oct. Nach festlichem Empfang und jubelnder Begrüßung auf allen Stationen zwischen Montpellier und Narbonne ist der Prinz-Präsident gestern Nachmittag gegen 4 Uhr in letztgenannter Stadt angekommen. Auch hier eine unübersehbare Menschenmenge, stürmischer Enthusiasmus, Kaiserrufe, Triumphbogen, huldigende Behörden ꝛc. ꝛc. Im alten erzbischöflichen Palast empfing der Prinz die Civil- und Militärautoritäten des Departements und der Stadt. Nach dem Diner besuchte Ludwig Napoleon den von der Stadt in den glänzenden Sälen des Museums veranstalteten Ball und wurde bei seinem Kommen und Gehen mit begeistertem Vive Napoléon und Vive l'Empereur! empfangen. Die ganze Nacht hindurch dauerten an verschiedenen Orten die Volksbelustigungen, welche von der Municipalität veranstaltet waren. Heute früh hörte der Prinz in der Kathedrale eine stille Messe; am Eingang der Kirche wurde er vom Erzbischof und dessen Clerisei feierlich empfangen. Um 10 Uhr wurde dann unter neuen Ovationen die Reise nach Toulouse fortgesetzt.

Von den 588 Gemeinden des Maasdepartements haben bereits 550 ihre Petitionen um das Kaiserreich eingeschickt. Sie zählen zusammen über 50,000 Unterschriften.

Der Minister des Innern, Herr v. Persigny, hat die Präfecten des Departements, durch welche die Reise des Prinz-Präsidenten geht, durch Rundschreiben aufgefordert, ihnen über alles, was an dem Orte ihrer Amtsthätigkeit irgendwie mit dieser Reise in Bezug steht, namentlich über alle, auch die kleinsten Vorfallenheiten und alle, auch die unbedeutendsten Persönlichkeiten, die mit dem Prinzen in Berührung kamen, die Amtsstandschriften und genauesten Mittheilungen zu machen; es scheint ein besonders ausführlicher Bericht über den Verlauf dieser Reise officiell vorbereitet zu werden.

ch **Madrid**, 28. Sept. Erst übermorgen wird die Asche des Herzogs von Bayern feierlich zur Gruft gebracht werden. Heute und morgen begeht der Hof in stiller Trauer die Jahrestage der Besitzung König Ferdinands VII. Fortwährend strömt die Menge nach der San Jldefonskirche, den Herzog von Bayern noch einmal auf dem Paradebett zu sehen. Als Nachfolger des Verstorbenen im Commando der Hellebardiere bezeichnet man den Generallieutenant Baron Louis de Carondelet. — Gestern waren Gerüchte von Modificationen im Ministerium im Umlauf. Es hieß, die Portefeuille habe die baldige Einberufung der Cortes beschlossen, und es sei deßhalb eine Verstärkung des Cabinets um einige parlamentarische Redner Behufs. Als Ministercandidaten wurden Donoso Cortes, Conga Argueles, Alejandro Llorente, Olivan und Rivera bezeichnet. — Da einige Geschworene abgelehnt haben, so hat die Jury, welche den Pressproceß des „Heraldo" und der mitschuldigen Blätter führen soll, noch nicht zusammengesetzt werden können.

*. **Lissabon**, 22. Sept. Das „Diario do Governo" widerlegt heute ganz officiell und in bestimmtester Weise das Gerücht, als beabsichtige die Regierung, die Güter der geistlichen und religiösen Corporationen sich anzueignen, nun für das Geld Eisenbahnen zu bauen oder andere Unternehmungen zu bestreiten.

Börsenberichte.

Frankfurt, 4. Oct. In österreichischen Fonds zeigte sich bei stillem Handel keine wesentliche Coursveränderung. 5pCt. Metall. waren 84½ pCt. G.; 4½pCt. Metall 73⅛ pCt., zuletzt 73⅛ pCt. pr. Cassa; 5pCt. Lomb.-Venet. 88½ pCt.; Wiener Bankactien 1393 fl. G.; 500 fl. Loose 193 pCt.; 250 fl. Loose 120 pCt. G. Für spanische Effecten war die Stimmung bei animirtem Umsatz wieder günstig, und beide Hauptsorten stellen sich etwas höher, 1pCt. Rente 23⅞ à ¼, 2½pCt. pr. Cassa, per Ultimo lebhaft, hierher 23¾ à ⅝ G., 3pCt. Zinsbriefe waren 46½ à ¾, 5pCt. Von Einfuhrpatenten war Fr.-W.-Nordbahn merklich höher 44⅞ pCt. G.; Verbach 95½ pCt. G.; Köln-Minden 111 pCt. G.; Taunus 296 fl. Von andern Papieren waren süddeutsche Obligationen und grösstentheils alle süddeutschen Anlehnsloose angeboten und zu niedrigern Preisen zu erhalten. — In andern war in der Effectenbörse kein Geschäft. In 1pCt. Span. wurden einige Stücke zu 23¹⁵/₁₆ pCt. umgesetzt.

Amsterdam, 2. Oct. 4 Uhr. 2½pCt. Integralen 63½; 6%. — 3pCt. Schuld 76⅝ ⅛/₁₆. — 4pCt. 86¹/₁₆ ⅜/₁₆. — 1pCt. Spanische 23¹⁵/₁₆. — 2pCt. —. — do. Inländ. à 6000 fl. 45⅛. — 5pCt. Port. 42¹/₁₆. — 4pCt. do. 38¹⁵/₁₆. — 4pCt. Russ. bei Hope —. — do. bei Stieglitz 91¼. — 5pCt. Metall. 78⅞. — 2½pCt. do. 40¹/₁₆. — Span. Silber-Metall. 90½.

In Integralen sind heute mehrfache Einkaufscommissionen ausgeführt worden, in diesen Folge sich die Preise derselben etwa um ½ pCt. besserten; auch 3pCt. haben sich im Cours gehoben; für 4pCt. waren Verkäufer am Markt, wodurch dieselben wieder willig blieben. Spanische und Oesterreichische waren etwas fester; Russische 4pCt. unverändert; Mexikanische ein wenig angenehmer.

Madrid, 28. Sept. 3pCt. 47¹/₁₆ a. b. Börse 47¹/₁₆. — 1pCt. Rente 24¹⁵/₁₆ a. d. Börse 24¹⁵/₁₆ à 25 ⅜.

London, 2. Oct. 3pCt. Stocks 100. — Spanische 3pCt. 50⅛. — 1pCt. 23¹/₁₆. — 2½ pCt. Holl. 64⅞. — 5pCt. neue Oesterr. 95¼.

Telegraphische Coursberichte des Syndicats der Frankfurter Wechselsensale.

Wien, 4. Oct. 5pCt. Metall. 95¼. — 5pCt. do. k. —. — 4½pCt. do. 85¼. — Bankactien 1352. — 250 fl. Loose 139. — 3pCt. Lomb.-Venet. 102¼. — London 11 fl. 31 kr. — Siena-Empoli 69.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kaltschmidt

[2259]

Kundmachung.

Vom k. k. Lemberger Landrechte werden über Ansuchen der Direction der galizischen ständischen Credit-Anstalt die Inhaber der in Verlust geratheten zwei Coupons, nämlich des ersten Coupons von dem Pfandbriefe der galizischen Credits-Anstalt Serie II., Zahl 261, im Nominalwerthe von 100 fl. C.-M., welcher Coupon bereits mit 31. December 1849 fällig und zahlbar war, dann des 14. Coupons des Pfandbriefes Serie V. Zahl 683 im Nominalwerthe von 2 fl. C.-M. der am 31. December 1850 fällig und zahlbar war, aufgefordert, die obberufenen zwei Coupons innerhalb einer Frist von einem Jahre 6 Wochen und 3 Tagen um so gewisser vorzuweisen oder ihre allenfallsigen Rechte darzuthun, widrigenfalls dieselben für amortisirt erklärt werden würden.

Sonntag, m. p.

Aus dem Rathe des k. k. Landrechts Lemberg,
den 31. August 1852.
Schnicker.

[2245]

Eisenguß-Lieferung.

Die Lieferung von Eisenguß für die hiesige Militärverwaltung, veranschlagt zu 958 fl., soll Dienstag den 12. d. M., Vormittags um 10 Uhr, durch Sommission vergeben werden. Voranschläge, Bedingungen ꝛc. liegen auf dem Kriegsrechnungsbureau zur Einsicht offen. Die Soumissionen müssen vor Ablauf obiger Termine in das auf dem unteren Gang des Kriegsministerialgebäudes befindliche Käthchen, mit der Aufschrift „Eisenguß-Lieferung," eingelegt werden.

Darmstadt, den 2. October 1852.

J. A.: **Lauckhard.**

[2216]

Wein-Versteigerung.

Samstag den 9. October, Nachmittags 3 Uhr, läßt Herr Senfal Diel van Dees in Auftrag nachverzeichnete, bestens gehaltene

34 Stück Weine mit Faß,

als: 1 Stück 1842r Erbacher, 2 Stück 1846r Liebfrauenmilch,
1 „ „ Herrheimer, ½ „ „ dto. Auslese,
2 „ „ Dürkheimer, 2 „ „ 1848r Wachenheim. Thau.
1 „ „ Kaltelocher, ½ „ „ Kalteloher,
2½ „ „ Liebfrauenmilch, 1 „ „ Liebfrauenmilch,
2 „ 1846r Dürkheimer, 4 „ 1834r Deidesheimer,
2 „ „ Wachenheimer, 1 „ „ dto. Traminer,
2 „ „ Ungsheimer, 1 „ „ Forster,
1 „ „ Deidesheimer, 2½ „ „ Hochheimer,
1½ „ „ dto. Traminer, ½ „ „ Liebfrauenmilch,
1½ „ „ Forster Riesling, ½ „ „ dto. Auslese,
½ „ „ Kalteloher,

im Junghof, im Keller rechts, unter dem Magazin der Herren J. L. Brauer & Sohn, öffentlich an den Meistbietenden versteigern.

Die Proben werden

Dienstag den 5., Mittwoch den 6. und Donnerstag den 7. October, Vormittags von 10—12 und Nachmittags von 3—6 Uhr, an den Fässern verabreicht.

C. Belschner, Auctionator.

Photographie auf Glas.

Feinstes **Jod-Collodium,** ein auf eigene Erfahrung gegründetes Präparat, von hiesigen Photographen als vorzüglich anerkannt, so wie die dazu nothwendige Pyrogallussäure sind stets zu haben in der **Hirschapotheke zu Frankfurt a. M.** [2211]

Institut philologique de Nancy

rue des Ponts, 14.

Special-Bildungs-Anstalt für deutsche Jünglinge, welche Französisch und Englisch gründlich practisch zu erlernen wünschen.

Der Preis der Pension beträgt jährlich 460 florins und wird in vierteljährigen Zahlungen voraus entrichtet.

Schüler können zu jeder Epoche des Jahres eintreten; allein zu beginn des *15. October* und *gegen Ostern.* Näheres bei der Expedition dieses Blattes. [2192]

Grand Hôtel Louvois

in **Paris,** Platz Louvois, Straße Richelieu, gehalten von **T. Lachanal.**

Dieses geräumige und frei gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den alten Platz der Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuilerien. [2197]

[2276] Ein gebildeter unverheiratheter Mann in gesetztem Alter, welcher mehr als zwanzig Jahre einem nicht unbedeutenden Geschäfte als Geschäftsführer vorstand, wünscht Verhältnisse halber eine ähnliche oder unterweise Stelle und kann in 2 bis 3 Monaten eintreten. Bescheidene Ansprüche, verbunden mit Kenntniß der Buchführung und der französischen Sprache nicht unfundig, unter Beibringung der schmeichelhaftesten Zeugnisse und Versicherungen auf sehr gnadiges Familien, verlangt gefl. anständige Behandlung.

Näheres bei Herrn C. P. Schäffenheim auf dem Markt in Frankfurt a. M.

[2153] **Edictalaufforderung.**

Im Concurse des Anton Berg zu Fürth wurde Namens der Brüder Feist Joseph zu Reichelsheim und resp. deren Erben eine Forderung von 6767 fl. 50 kr. aus Liehhänseln, Darlehen und Zinsen zum Theil schon aus den Jahren 1835 bis 1846 und 1847 herrührend, liquidirt und es ist diese Forderung auch als liquid nachgegeben worden. Nach einer unter dem 13. Juni 1851 stattgehabten Vereinbarung haben die übrigen gesammthaft schon betheiligten Concursgläubiger den Rest der Masse an die Bevollmächtigten der Brüder Feist Joseph und deren Erben, nämlich Joseph Meier Joseph und Joseph Salomon Joseph zu Reichelsheim und an den Gr. Bürgermeister Johannes Keil als Bevollmächtigten des Adam Lorenz zu Fürth abgetreten. Da hievon nicht bekannt ist, ob die nachbenannten Brüder, resp. deren Erben, nämlich:

1) der Meier Feist Joseph zu Reichelsheim,
2) der Isaak Feist Joseph daselbst,
3) als Erben des verlebten Löser Feist Joseph zu Reichelsheim:
   a) die Babette Joseph als einzige Tochter und Erbin ihres verlebten Vaters Joseph Löser Joseph und dessen Wittwe zu Hemsbach und bevormunden von dem Moses Feidel Joseph zu Reichelsheim,
   b) der Moses Feidel Joseph in Reichelsheim,
   c) die Caroline Joseph, verehelicht an den Joseph Meier Joseph daselbst,
   d) die Hannchen Joseph, verehelicht an Heium Sternheimer zu Bierstein,
   e) der Moses Abraham Joseph, ledig, in Reichelsheim,
   f) der Meier Löser Joseph, vermaien zu Darmstadt, nach minderjährig und unter Curatel des Joseph Salomon Joseph in Reichelsheim,
   g) der Aron Löb Joseph, noch minderjährig und unter Curatel des Moses Feidel Joseph zu Reichelsheim,
4) als Erben des verlebten Eli Feist Joseph, nämlich:
   a) der Meier Feist Joseph zu Reichelsheim,
   b) die sub a—g aufgeführten Kinder und Erben des sub 3 genannten Bruders,
   c) der Isaak Feist Joseph zu Reichelsheim,
   d) der Joseph Joseph in Auerbach,
   e) die Sara Joseph, verehelicht an den Joseph Salomon Joseph zu Reichelsheim,
   f) die Caroline Joseph, verehelichte Ehefrau des Isaak Zacharias zu Neubach und für solche deren einzigen minderjährigen Kind,

welche als die einzigen Berechtigten und Erben zu der obigen Forderung der Gebrüder Feist Joseph aufgetreten sind, auch die wirklichen und alleinigen Berechtigten und Erben seyen, so ergeht hiermit an alle diejenigen Personen, welche entweder gleiche oder eine bessere Berechtigung darthun könnten, die Aufforderung, solche

binnen drei Monaten

so gewiß dahier zu bewerkstelligen, gegenfalls nach Ablauf der bestimmten Frist die vorgenannten Personen als die wirklichen und einzigen Forderungsberechtigten angesehen werden und ihnen, so wie dem Adam Kraffel der noch jetzt vorhandene Massereß zur eigenen Disposition überlassen wird.

Fürth, den 13. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Walther. Dr. Mueller.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

September.	Barometer bei 0° R.			Thermometer R.			Thermo-graph.		Wolkenzug und Meteore.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	Rh. F.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
19.	338‴2	339‴3	339‴1	+ 15°0	+ 18°1	+ 11°7	+11°6	+17°1	1′ 0″	SW.	SW.	SW.	t.	w.	t.
20.	331‴4	331‴7	331‴9	+ 12°0	+ 15°0	+ 10°4	+11°5	+16°0	1′ 2″	SW.	—	—	w.	t.	bt. ht.
21.	331‴6	332‴3	334‴3	+ 12,1	+ 13°7	+ 9°0	+ 8°5	+15°2	1′ 4″	S.	SW.	—	w.	t.	bt. ht.
22.	337‴3	337‴7	338‴8	+ 12°0	+ 12°0	+ 9°2	+ 8°5	+13°6	1′ 5″	NW.	NW.	—	w.	w.	t.
23.	339‴6	339‴3	339‴6	+ 6°8	+ 12°0	+ 7°1	+ 3°6	+12°3	1′ 4″	N.	N.	—	bt. ht.	w.	ht.
24.	339‴7	338‴6	338‴4	+ 8°6	+ 12°6	+ 8°0	+ 4°4	+14°0	1′ 2″	O.	NO.	—	bt. ht.	w.	ht.
25.	336‴9	335‴7	335‴2	+ 11°7	+ 15°0	+ 8°0	+ 7°0	+15°0	1′ 4″	NO.	O.	—	w.	w.	bt. ht.
	335‴0	334‴7	335‴3	+ 11°3	+ 13,8	+ 8°9	+ 7°9	+14°7	1′ 3″						

Am 19. in der Frühe und Abends fast ken, Nachmittags schwachen Regen; am 20. nach Mitternacht, am 21. nach Mitternacht und am Mittag Regen; am 23. in der Frühe Nebel.

Druck von August Osterrieth (Nebst Beilage und Konversations-blatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag (Erste Beilage zu Nr. 238.) 5. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 4. Oct. Eine außerordentliche Beilage zur amtlichen „Neuen Münchn. Ztg." enthält den folgenden Artikel: Schluß der Berliner Conferenzen. Die Conferenzen zu Berlin sind abgebrochen. Sie sind von Preußen abgebrochen worden, ehe die Bevollmächtigten der Regierungen der Darmstädter Uebereinkunft die zu München verabredete Erklärung überreicht hatten. Wir theilen vorerst einfach den Verlauf der Sache und die darauf bezüglichen Actenstücke mit und behalten uns vor, weitere Betrachtungen an einen Vorgang zu knüpfen, der völlig unerwartet gekommen ist und dessen materielle Bedeutung für den Augenblick kaum noch vollständig überblickt werden kann.

Nachdem die Bevollmächtigten bezüglich der Uebergabe der Münchener Erklärung Instructionen empfangen hatten (mit Ausnahme des großherzogl. badischen, dem sie damals noch nicht zugegangen war), richteten sie folgendes Schreiben an den Vorsitzenden der Conferenz, den königl. preußischen Generaldirector der Steuern, Herrn v. Pommer-Esche:

„Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß ich und die Conferenzbevollmächtigten von Sachsen, Württemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau nunmehr mit Instruction versehen sind, auf die in der Conferenzsitzung vom 30. August erfolgte Erklärung der königl. preuß. Regierung eine Erwiderung abzugeben. Euer Hochwohlgeboren ersuche ich daher ergebenst — zugleich im Auftrage der vorgedachten Herren Collegen — zur Abgabe unserer Erklärung eine Conferenzsitzung veranlassen zu wollen. Hochachtungsvollst und ganz ergebenst (gez.) Meixner. Berlin, am 28. September 1852."

Herr von Pommer-Esche erwiderte ihnen indeß an demselben Tage wie folgt:

„Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf die gefällige Zuschrift vom heutigen Tage ganz ergebenst zu erwiedern, daß ich mit Rücksicht auf den Inhalt der in Abschrift anliegenden, am gestrigen Tage an die königl. preußischen Gesandten in München, Dresden, Kassel, Darmstadt und Wiesbaden erlassenen und den hier akkreditirten Vertretern der Zollvereinsstaaten kommunizirten Depesche, in Uebereinstimmung mit welcher auch eine Mittheilung an die königl. württembergische Regierung erfolgt ist, mich außer Stande sehe, die gewünschte Conferenzsitzung zu veranlassen. Indem ich ganz ergebenst anheimstelle, hiervon die in dem geehrten Schreiben genannten Herren Bevollmächtigten von Sachsen, Württemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau gütigst zu benachrichtigen, benutze ich mit Vergnügen diese Gelegenheit zur erneuerten Versicherung meiner ausgezeichneten Hochschätzung. Berlin, den 28. September 1852. v. Pommer-Esche. An den königl. bayerischen Ministerialrath Ritter ꝛc. Herrn Meixner, Hochwohlgeboren."

Folgt als Anlage die preußische Note vom 27. September.

Damit waren sonach die Conferenzen geschlossen und die Bevollmächtigten verhindert, die Münchener Erklärung förmlich in einer Conferenzsitzung zu übergeben. Sie glaubten dieselbe indeß noch wenigstens zur Kenntnißnahme der königlich preußischen Regierung bringen zu sollen und theilten sie daher mit dem nachstehenden Schreiben vom 29. September dem Herrn von Pommer-Esche mit:

„Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau haben durch den königlich bayerischen Bevollmächtigten den königlich preußischen Generaldirector der Steuern, Herrn v. Pommer-Esche, als Vorsitzenden der Conferenz gestern um gefällige Veranlassung einer Conferenzsitzung zur Abgabe der Erwiederung auf die Erklärung der königlich preußischen Regierung vom 30. v. M. ersucht. Durch das heute Morgen dem königlich bayerischen Bevollmächtigten zugekommene geehrte Schreiben vom 28. d. M. ist ihnen hierauf von dem genannten Herrn Vorsitzenden die Eröffnung gemacht worden, daß er sich mit Rücksicht auf den Inhalt der abschriftlich mitgetheilten Depesche vom 27. d. M. außer Stande sehe, die gewünschte Conferenzsitzung zu veranlassen. Aus dem Inhalte der erwähnten Depesche haben die Unterzeichneten entnommen, daß die königlich preußische Regierung, nachdem bis zum 15. des l. M. die in der Erklärung vom 30. v. M. angesonnen zustimmende Rückäußerung noch nicht erfolgt war, sich bewogen gefunden hat, die Verhandlungen mit der Gesammtheit der Zollvereinsregierungen nicht fortzusetzen und die den Unterzeichneten gemachte Eröffnung läßt keinen Zweifel darüber, daß hiernach die seitherigen Conferenzverhandlungen von der königlich preußischen Regierung abgebrochen sind, und daß daher die Unterzeichneten ihre Sendung als beendigt betrachten müssen. Indem dieselben es tief bedauern, daß auf solche Weise die Conferenz abgebrochen ist, bevor noch den Weg der Verständigung verfolgende Erwiederung ihrer Regierungen auf die Erklärung vom 30. v. M. in derselben abgegeben werden konnte, vermögen sie zugleich die Bemerkung nicht zu unterdrücken, daß ihre Regierungen in der Fassung jener Erklärung die Absicht, an das Ausbleiben der Erwiederung über den gewünschten Zeitpunkt hinaus den sofortigen Abbruch der Conferenzen zu knüpfen, nicht erkennen konnten, noch solche im Hinblick auf die gegenseitige Stellung der Regierungen im Zollverein voraussehen durften. — Da es übrigens für die königl. preußische Regierung von Interesse sein könnte, von den Intentionen, welche die Regierungen der Unterzeichneten gehabt haben, Kenntniß zu erhalten, so beehren sich dieselben, die Erklärung, zu deren Abgabe in der Conferenzsitzung sie beauftragt waren, dem königl. preußischen Herrn Bevollmächtigten anliegend zur Notiz ergebenst mitzutheilen und verbinden hiermit die erneute Versicherung ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung. Berlin, den 29. September 1852. Unterzeichnet von: Meixner. v. Schimpff. Siegel. v. Mayer. v. Biegeleben. Vollpracht. An den königl. preußischen Generaldirector der Steuern, Ritter ꝛc. Herrn v. Pommer-Esche, Hochwohlgeboren."

Folgt die bereits in Nr. 236 der ersten Beilage der „P. Z." mitgetheilte Erklärung.

* **Wien**, 1. Oct. Die Grundzüge für die künftige Organisation der politischen und Justizbehörden haben die allerhöchste Sanction erhalten, und es sind bereits an die Statthaltereien von Böhmen, Mähren, Galizien, Steiermark und Croatien die diesfälligen Weisungen erfolgt. In den Hauptstädten der Provinzen wird nämlich eine Commission zusammengesetzt werden, wozu Mitglieder der Landesbehörden aller Verwaltungszweige beigezogen werden, um die weitere Ausarbeitung und Durchführung der Eingangs erwähnten Grundzüge vorzunehmen, und die diesfälligen Anträge sobald wie möglich zu erstatten. Daß bei diesen Arbeiten als Grundprincip der Maßstab der Regierung: „die Einheit der Monarchie" zu gelten habe, versteht sie wohl von selbst, sowie es anderseits der Wunsch des Monarchen ist, den Eigenthümlichkeiten der Kronländer die größtmöglichste Berücksichtigung angedeihen zu lassen. Die politische Verwaltung wird sich nach Statthaltereien, Kreisbehörden und Bezirksämtern abstufen, von welchen die Letzteren zur Vereinfachung des Geschäftsganges auch judicielle Geschäfte zu besorgen haben werden. Mit Rücksicht auf die Organisation der Justizbehörden wird die Eintheilung derselben in Oberlandesgerichte, Landesgerichte und Kreisgerichte beibehalten. — Unser Gesandte in Berlin, Frhrn. v. Prokesch-Osten, wurde vorgestern von Sr. Maj. dem Kaiser in einer besonderen Audienz empfangen. Mittags speiste derselbe an der kaiserlichen Tafel. Daß die Reise des Herrn Baron mit der Handelsfrage in Verbindung steht, ist gewiß, sowie man sich denn auch erzählt, daß die Berichte des Herrn Gesandten die Hoffnung auf eine endliche vollständige Verständigung neu erwachen ließen. Mit der Art und Weise, wie Herr von Prokesch seine Regierung in Berlin vertritt, ist man in Wien vollkommen zufrieden, und ich theile Ihnen zur Bestätigung dieser Behauptung noch mit, daß Seine Majestät der Kaiser sich hierüber in den wohlwollendsten Ausdrücken geäußert hat. — Der k. k. österreichische Gesandte am Hofe von Dresden, Graf Kinsky, hatte vorgestern eine längere Conferenz mit dem Herrn Minister des Aeußern. — Vergangenen Montag wurde in Linz die in Folge allerhöchster Entschließung Sr. kaiserl. apostolischen Majestät vom 14. April d. J. bewilligte

Landes-Filial-Escompt-Anstalt eröffnet. Dieselbe bildet unter der Ueberwachung der Finanzverwaltung eine integrirende Abtheilung der Nationalbank, welche sohin auch die Geldoperationen für dieselbe zu verfügen und zu übersenden hat; der Fond für diese Anstalt ist von der Bankdirection mit Zustimmung des Finanzministeriums auf die Gesammtsumme von 500,000 fl. festgesetzt worden. Der Zinsfuß ist dermal mit 4 Procent per Anno bemessen. Das Personale besteht aus 5 Directoren und 8 Censoren. Oberfinanzrath Frenner ist zum landesfürstlichen Commissär ernannt worden.

Türkei.

Die neuesten Nachrichten aus **Syrien** melden, daß die Drusen des Horan feste Stellungen eingenommen und sich mit Kriegsmunition und Proviant reichlich versehen haben. Die syrische Armee, deren Hauptquartier Damaskus bildet, ist nicht mehr als 30,000 Mann stark und daher schwerlich im Stande, die Hauptplätze Palästina's und Syriens mit hinreichenden Garnisonen zu versehen und gleichzeitig den Drusen Widerstand zu bieten. In den genannten Provinzen herrscht starke Gährung, und im Falle die Drusen Vortheile erringen sollten, schreit ein Aufstand derselben zu befürchten.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Die bis jetzt fertig gewordenen Telegraphenlinien in der Schweiz vertheilen sich wie folgt: Genf-Bern 32 Stunden, Bern-Zürich 24 St., Zürich-Rorschach 19 St., Rorschach-Chur 20 St., Basel-Zofingen 10 St. Im Ganzen 105 Stunden.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Knüschelt

[2266]

Bekanntmachung.

Die Taxirung der Correspondenz nach und aus dem Kirchenstaate bei der Beförderung durch Oesterreich betreffend.

Vom 1. October d. J. an kommen rücksichtlich der Correspondenz nach und aus dem Kirchenstaate bei der Beförderung durch Oesterreich die folgenden Bestimmungen zur Anwendung:

1) Die Taxe für einen einfachen Brief beträgt:
   a) 3 Sgr. resp. 9 Kreuzer an Vereinsporto,
   b) 6 Kreuzer Conv.-Münze (2 Sgr. resp. 7 Kreuzer rhein.) an Römischem Porto.
2) Die Progression ist der im Postvereinsgebiete bestehenden gleich.
3) Gewöhnliche Briefe können unfrankirt oder ganz frankirt abgesendet werden. Recommandirte Briefe sind bei der Aufgabe mit dem gewöhnlichen Briefporto und der Recommandationsgebühr (2 Sgr. resp. 6 Krzr.) zu frankiren. Denselben können Retour-Recepisse gegen Entrichtung einer weiteren Gebühr von 2 Sgr. resp. 6 Kreuzer beigegeben werden.
4) Für Kreuzbandsendungen, welche den im Postvereinsgebiete bestehenden Bedingungen der Portoermäßigung entsprechen, sind 4 Spf. (⅓ Sgr.) resp. 1 Kreuzer rhein. an Vereins- und 1 Kreuzer Conv.-Münze (⅓ Sgr. = 1 Kreuzer rhein.) an Römischem Porto im einfachen Satze zu erheben. Bei schwereren Kreuzbandsendungen kommt die Progression des Postvereins in Anwendung.
5) Bei Waarenproben und Musterendungen ist an Vereins- und Römischem Porto der einfache Briefportobetrag für je das doppelte Gewicht eines einfachen Briefes zu erheben.
6) Für die Zurückbeförderung von unanbringlichen Correspondenzen wird kein Porto in Ansatz gebracht.
7) Die Entrichtung des Portos kann im Kirchenstaate mittels Marken stattfinden. Für die mit nicht zureichenden Marken versehenen Correspondenzen ist das volle Porto vom Adressaten zu zahlen.
8) Zeitungen können nur unter Kreuzband (nicht im Abonnement) bezogen werden.
9) Die Correspondenz wird bis auf Weiteres nicht durch die Schweiz geleitet.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

Düsseldorf-Elberfelder Eisenbahn.

Bei der am 15. dieses Monats statutgemäß erfolgten Auslooſung der in diesem Jahre zur Amortisation gelangenden 100 Stück vierprocentigen Prioritätsactien à 100 Thlr. unserer Gesellschaft sind folgende Nummern gezogen worden:

47	1012	1581	3162	4064	4815	5610	6595	7568	8162
161	1078	1783	3231	4102	4935	5611	6596	7655	8312
163	1093	1860	3305	4156	4936	5675	6614	7659	8699
198	1116	2010	3410	4235	5178	5871	6662	7719	8882
330	1210	2024	3458	4256	5203	6134	6755	7729	8966
410	1291	2096	3480	4302	5346	6187	6762	7764	9179
441	1293	2584	3587	4309	5352	6369	6965	7795	9575
451	1345	2976	3857	4383	5392	6423	7071	7897	9809
455	1358	2993	3924	4397	5504	6476	7160	8077	9848
604	1512	3103	3982	4444	5525	6500	7436	8132	9898

= 100 Stück.

Wir bringen dieses mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Auszahlung dieser Actien zum Nominalwerthe gegen Ablieferung derselben nebst den Zinscoupons der Jahre 1853 und 1854 Serie III. Zinscoupon Nr. VI., VII. und VIII. von 2. Januar 1853 ab, entweder bei der

Herrn **Mendelssohn & Comp.** in Berlin oder bei unserer hiesigen Hauptkasse

erfolgt. [2256]

Der Betrag der nicht eingelieferten, vorstehend bemerkten Zinscoupons wird von Capitalwerth der Actie in Abzug gebracht.

Die Verzinsung der ausgelooſten Actien hört demnach mit Ende dieses Jahres auf.

Düsseldorf, den 27. September 1852. **Die Direction.**

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2176]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6¼ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6½ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**
☞ **Schnellfahrt.** Unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.: in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7¼ Uhr bis Düsseldorf, Elberfeld.
Von **Mainz-Castel** Mittags 12 Uhr, von **Biebrich** Mittags 12½ Uhr nach **Köln, Arnheim.**
☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.: in Köln im Anschluss an die Nachtzüge nach Paris-London, sowie nach Berlin-Hamburg.

☞ **Rundreise.** ☜

Von **Mainz-Castel** über **Köln, Brüssel** nach **Paris** und von **Paris** über **Strasburg** zurück nach **Mainz-Castel.**

Grosse Preisermässigung.

I. Platz Francs **168. II. Platz** Francs **75.** hin und zurück.

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschaftsbillete** sowie **Rundreise-Billete, gültig während eines Monats,** nach **Paris** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm,** Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli,** Zeil Nr. 67.

[2146] **Edictalladung.**

Nachdem Dr. Hofgericht der Provinz Oberhessen über das Vermögen des verstorbenen Heil von Oberhausen den förmlichen Concursproceß erkannt und das unterzeichnete Gericht mit dessen Leitung beauftragt hat, so wird nunmehr Termin auf

Montag den 22. November an. cur.

Vormittags 10 Uhr,

anberaumt, in welchem alle diejenigen, welche Ansprüche an das gedachte Vermögen bilden zu können vermeinen, dieſe sogewiß anzumelden, zu begründen und etwaige Vorzugsrechte geltend zu machen haben, als sie sonst Ausschlusses, ohne ein besonderes, erlassendes Präclusivbescheid, ausgeschlossen werden und von der Masse keine Befriedigung zu erwarten haben.

In dem erwähnten Termin soll zugleich angemessenheit die Güter verkauft, beim Feilschlagen als ein Gläubigerausschuß und Massecurator ernannt, die nicht persönlich erschienenen Gläubiger oder deren nicht gehörig legitimirten Vertreter hierbei als bei Beschlüsse der Mehrzahl der Erschienenen beigetreten angesehen werden.

Alsfeld, den 2. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das. Ellenberger.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag (Zweite Beilage zu Nr. 238.) 5. October 1852.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 5. Oct. Gestern kam Se. Majestät der König von Hannover mit einem Extrazug der Taunus-Eisenbahn von Castel hier an und setzte nach mehrstündigem Aufenthalte seine Reise nach Stuttgart fort. — Die Königin Marie Amalia, Wittwe des Königs Ludwig Philipp, und ihr Sohn, der Prinz von Joinville, wird dem Vernehmen nach noch einige Tage hier verweilen. — Der königl. preußische Generallieutenant v. Schack ist gestern von Köln kommend hier durchgereist. — Wie man hört, dürften die Abstimmungen für die Wähler der nächsten gesetzgebenden Versammlung bereits zu Anfang nächster Woche geschehen. — Der Senat hat zufolge Beschlusses vom 21. September den hiesigen Gerichtsbehörden und der Standesbuchführung mitgetheilt, daß in allen die hiesige Besatzung, mit Ausnahme des Frankfurter Bataillons, betreffenden Fällen das Prineip der Exterritorialität bis auf weiteres anzunehmen sei. — Prinz Lucian Bonaparte hat Homburg mit einer an der Spielbank gewonnenen Summe von 250,000 fl. verlassen.

Frankfurt, 5. Oct. Ihre Hoheiten der Herzog und die Herzogin von Nassau sind gestern hier eingetroffen und haben ihr Absteigequartier im Hotel zum russischen Hof genommen. Se. Durchlaucht der Fürst Felix zu Hohenlohe-Oehringen, von Kassel kommend, ist in demselben Hotel abgestiegen.

μ* **Wien**, 1. Oct. Die Verrechnung der Bank für den Monat September weist einen Silbervorrath von 43,622,508 fl. aus. Die Summe der escomptirten Effecten, verfallen zwischen 5 und 92 Tagen, erhebt sich auf 24,843,578 fl., jene des Wiener Aushilfscomite auf 3,848,416 fl., zusammen 28,692,294 fl. Von Seite der Bankfilialen wurden in Prag 1,655,031 fl., in Brünn 1,035,000 fl. und in Pest 1,967,945 fl. zu diesem Geschäft verwendet. An Vorschüssen gegen statutenmäßig deponirte inländische Staatspapiere, rückzahlbar in längstens 90 Tagen, verwendete die Bank 14,420,300 fl. und an einige Stadtgemeinden 760,000 fl., zusammen 15,180,300 fl. Die Forderungen der Nationalbank an den Staat bestehen in der fundirten Schuld zur Einlösung des W.W.-Papiergelds in der Summe von 70,369,316 fl. und in der sogenannten zusammengezogenen auf die Aerarialsalinen hypothecirten Schuld (wovon 3,000,000 fl. getilgt worden) von 68,500,000 fl., zusammen in 138,869,316 fl. Das vom Staat garantirte Darlehen an Ungarn beläuft sich noch auf 543,349 fl. und jenes zur Unterstützung mittelloser Gewerbsleute auf 795,000 fl. Der Bestand des Reservefonds in Staatspapieren ist 9,456,666 fl., jener des Pensionsfonds theils in Staatspapieren, theils in Bankactien 909,972 fl. und der Werth der Bankgebäude und anderer Activa 1,832,164 fl. Der Banknotenumlauf beträgt 200,347,053 fl., der Reservefond 9,459,845 fl., der Pensionsfond 906,535 fl., die noch unbehobenen Dividenden und Saldi laufender Rechnungen 3,474,515 fl., und der Bankfond aus den ursprünglichen Actieneinlagen 30,372,600 fl. Vergleicht man diese Resultate mit jenen des vorangegangenen Monats August, so zeigt sich einerseits eine Vermehrung des Banknotenumlaufs um 938,636 fl. und gleichzeitig eine Verminderung des Silberschatzes um 44,849 fl.; wenn nun dies an sich keine vortheilhafte Erscheinung ist, so hat sich doch die Lage der Bank in Folge anderweitiger Verhältnisse um ein Bedeutendes gebessert. Darunter gehört vor allem die vom Staate geleistete Rückzahlung an dieselbe in der großen Summe von 1,736,354 fl. Die Bank hat diese Vermehrung ihrer Fonds auch zum allgemeinen Besten benutzt, und allen ihren Geschäften eine größere Ausdehnung gegeben. So finden wir das Escomptegeschäft im abgelaufenen Monat im Wechselportefeuille zu Wien um 1,372,164 fl., bei dem Wiener Aushilfscomite um 398,110 fl. und bei den Filialen in Prag, Brünn und Pest um 211,022 fl., zusammen also um 1,981,297 fl. vermehrt. Ebenso sind die Vorschüsse auf Staatspapiere um den Betrag von 1,040,300 fl. gestiegen. Alles dies ist geeignet, dem Handel und der Industrie wesentlich unter die Arme zu greifen, und die Bankdirection hat damit bewiesen, daß sie auf ihre Bedürfnisse nach der jetzigen Lage alle nur thunliche Rücksicht nimmt.

* **Stuttgart**, 4. Oct. Finanzdirector Sigel ist schon am 1. d. M. von Berlin wieder hier eingetroffen. — Gestern ist ein gräßlicher Raubmord an dem pensionirten Major v. Glaser in seiner Wohnung verübt worden. Der wahrscheinliche Thäter, ein ehemaliger Bedienter des Majors, ist in Haft genommen.

Karlsruhe, 4. Oct. Die gestrige Nummer der „Badischen Landeszeitung" wurde von dem hiesigen großherzogl. Polizeiamt auf Grund eines Mannheimer Correspondenzartikels mit Beschlag belegt.

δ **Rastatt**, 4. Oct. Heute Morgen fand in der hiesigen katholischen Stadtkirche feierlicher Gottesdienst zu Ehren des hohen Namensfestes Sr. kaiserl. Maj. des Kaisers von Oesterreich statt. Der Gouverneur, der Commandant, sämmtliche österreichische und badische Stabsoffiziere, sowie ein hier anwesender preußischer und kurhessischer Stabsoffizier, die österreichischen und badischen Offiziercorps, die Kriegsbeamten und Civilbehörden, sowie Deputationen des österreichischen und badischen Contingents wohnten demselben bei. Nach Beendigung des Gottesdienstes fand der Vorbeimarsch der sämmtlichen österreichischen Truppen vor dem Gouverneur statt. — Gestern Abend traf die Bundesinspection von Frankfurt hier ein, bestehend aus dem preußischen Obersten Grafen v. Waldersee, dem kurhessischen Major v. Ende, und dem als früheren provisorischen Baudirector während des Jahres 1849 auf 1850 hier bekannten preußischen Hauptmann v. Ernst. Diese Commission wird den Zustand der Festungswerke, und insbesondere den Fortgang des diesjährigen Arbeitsbetriebes an denselben inspiciren. Es verlautet, daß bei dieser Gelegenheit mit der hiesigen Stauschleuse ein Versuch gemacht und alle zur Bewässerung bestimmten Festungsgräben unter Wasser gesetzt werden sollen. Nach so manchem natürlichen, unvorhergesehenen Murghochwasser werden wir also nun einmal ein künstliches, vorhergesehenes haben, welches ohne nachtheilige Folgen zweifelsohne ein interessantes Schauspiel gewähren wird.

+ **Darmstadt**, 4. Oct. Auf der heutigen Tagesordnung der zweiten Kammer stand die „Berathung über den Antrag des Abg. Müller-Melchiors wegen der Neugestaltung des deutschen Zollvereins und verschiedene Petitionen aus den drei Provinzen des Großherzogthums, das Verbleiben bei dem preußischen Zollverein betreffend". Auf der Gakerie hatte sich ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden. Auch die Loge der ersten Kammer war von Mitgliedern derselben und einigen angesehenen Fremden gefüllt. Die Kammer war fast vollzählig; dagegen war der Ministertisch unbesetzt; es hatte sich, wie zu erwarten war, kein Regierungscommissär eingefunden. Der Abg. v. Rabenau stellte den Antrag, die gedachte Motion mit jenen Petitionen auf sich beruhen zu lassen, in der Erwartung, daß es der Staatsregierung gelingen werde, die Erneuerung des Zollvereins herbeizuführen. Die Angelegenheit sei noch schwebend, und die Kammer nicht im Besitz des zur Beurtheilung erforderlichen Materials; freilich befinde sich die so hochwichtige Angelegenheit in einer mißlichen Lage; aber dennoch sei zu hoffen, daß die Erneuerung des Zollvereins herbeigeführt werde. Eben sei der König von Hannover hier durchgereist, um das Werk der Vermittelung zu unternehmen, das hoffentlich zum Ziele führen werde; so sei erst der rechte Zeitpunkt abzuwarten, der Augenblick, wo die Staatsregierung den Ständen Vorlage machen werde. Der Abg. Reh erklärte sich gegen diesen motivirten Antrag auf Tagesordnung und für den Antrag des Abg. Müller-Melchiors, der bekanntlich im Wesentlichen dahin geht, die Staatsregierung möge mit aller Kraft auf die Neugestaltung des Zollvereins hinwirken, worauf mit Oesterreich wegen eines Handels- und Zollvereins unterhandelt werden könne, indem andere Tendenzen von der Kammer nicht genehmigt würden. Abg. Reh bedauerte, daß die Staatsregierung sich zu keiner Erklärung herbeigelassen und auch jetzt keinen Regierungscommissär gesendet habe; er suchte das Benehmen der preußischen Regierung zu rechtfertigen, und deutete auf die sehr traurigen Folgen der Auflösung des Zollvereins hin; er fand endlich die Haltung der Minister in der Bevorzugung politisch-religiöser Gründe, denen die national ökonomischen Interessen auf-

geopfert würden, und beantragte, die Stände möchten sich für den entsprechenden Fall zuerst ihre Beschlußnahme wegen der Verantwortlichkeit der Minister vorbehalten. Nun hielt der Abg. Müller-Melchiers eine ausführliche Rede zu Gunsten seines Antrags und bes damit nahe verwandten Vorschlags der Mehrheit des Ausschusses, welche alle Beziehungen der großen Angelegenheit aufzufassen bemüht war. Er kritisirte die Politik der Minister, welche sich immer auf ihre Pflicht, die materiellen Interessen des Volks zu fördern, bezogen hätten, hier aber diese Interessen dynastischen Tendenzen opfern möchten, für welche sie in Oesterreich eine Assecuranz zinden wollten, und sucht zu beweisen, man habe voraussehen können, daß Preußen sich das nicht gefallen lassen werde, was man ihm geboten habe. Redner erklärt sich gegen den Radowitzschen Antrag, und fand in einigen Ausweg in einer Erklärung der Stände, welche die Staatsregierung benutzen müsse, um von den Aprilverträgen abzugehen; Pflicht der Stände sei es darum, sich klar und entschieden auszusprechen. Abg. Frank entgegnete dem Vorredner in einer gleich ausführlichen, die Haltung der Staatsregierung in Schutz nehmenden Rede. Er bedauerte, daß die allerdings hochwichtige Angelegenheit von der linken Seite des Hauses zu einer Parteisache gemacht worden sei und gemacht werde, hob hervor, die Auflösung des Zollvereins würde allerdings eine Calamität sein, obwohl (Redner ging in das Einzelne ein) keine so bedeutende als behauptet werde, gab zu bedenken, daß niemand die Auflösung wolle, am wenigsten die Regierungen, daß blinde Genehmigung des von Preußen Ausgegangenen auch bestig würde getadelt worden sein, und suchte darzuthun, daß die Lage der Staaten der Coalition ihnen das Betreten des wirklich eingeschlagenen Wegs dictirt habe. Für den schlimmsten Fall habe die Auflösung des Zollvereins auch ihre Lichtseiten. Noch nahm eine Reihe von Abgeordneten das Wort, die Abgeordneten Hofmann, Paulsackel, Krup, Breidenbach u. s. w. Es kam zu vielen Abstimmungen. Mit 26 gegen 22 Stimmen wurde das ermäßigende Amendement des Abgeordneten Hofmann angenommen: Die Kammer möge erklären, daß sie durch die Ausführung der Verträge vom 6. April 1841 das wahre Wohl des Landes gefährdet und die Existenz des Zollvereins bedroht erachte. Weiter beschloß die Kammer mit 25 gegen 23 Stimmen, die Staatsregierung zu ersuchen, auf baldige Neugestaltung des Zollvereins mit Preußen und den übrigen Staaten von Norddeutschland hinzuwirken, sich für Aufsedung der Ausgleichungsabgaben und sonstigen Nachtheile der Zollvereinsverfassung nach Kräften zu bemühen und erst, nachdem die Neubildung des Zollvereins eingetreten, mit Oesterreich einen Handels- und Zollvertrag abzuschließen, und auf Grund der Erfahrung eine auf gesunden national-ökonomischen Grundsätzen beruhende Zoll- und Handelseinigung anzubahnen. Erst in einigen Tagen wird die Kammer wieder eine Sitzung halten.

⚒ **Weimar**, 3. Oct. Heute Mittag ist der Prinz von Preußen wieder abgereist und wird sich nach Berlin begeben. Gestern wohnte derselbe nebst seiner Gemahlin der Aufführung der Wagner'schen Oper „Lohengrin" bei, welche unter Liszts Direction stattfand. Es heißt, daß die Frau Kronprinzessin von Preußen sich für dieses großartige Musikwerk besonders interessire und für die Aufführung desselben in Berlin wirke.

Z **Hamburg**, 2. Oct. Sie hatten mir, daß sich zu der letztjährigen Abrechnung unserer Staatshaushalts, von der Sie nach hiesigen Blättern die Hauptmomente mitgetheilt haben, einige Bemerkungen von allgemeinem Interesse, namentlich in Beziehung auf unser Staatsschuldenwesen, hinzufüge. Dieser Zweig unserer Verwaltung war bisher in einem bespiellos zerrütteten Zustand. So hat es dahin kommen müssen, daß in Folge der von v. Lengerke verübten Unterschlagungen, worüber jetzt der officielle Nachweis gegeben ist, die Staatsschuld um eirea 99,000 Mark Banco vergrößert worden im Verhältniß zu den frühern Etats; denn während er auf der einen Seite in den 37 Jahren seiner Amtsführung die Ausstellung eines großen Betrags an Documenten auf fälschliche Angaben zu erschleichen wußte, so hatte er auf der andern Seite den Capitalbetrag der Staatsschuld und namentlich denjenigen der Kammerbriefe viel zu hoch angegeben, daß dadurch das Capital gegen die frühern Etats wieder geringer wird. Ausserdem hat er aber auch die Zinsen, und zwar wiederum bei den Kammerbriefen, in den Etats um jährlich 7149 Mark 4 Schill. zu hoch angegeben. Die hierdurch nothwendig gewordenen Abhilfen im Finanzdepartement sind bereits verfügt. Es sind Einrichtungen zur schärfern Controlirung und sofortigen Vernichtung der Coupons und Quittungen, sowie der angekauften Capitaldocumente getroffen worden. Ebenso ist die Umschreibung der Staatsschuldbocumente von Namen auf Inhaber, und umgekehrt, im wesentlichen abgestellt, indem der Betrag unserer Staatsschuldbocumente auf Namen nahe an 18 Millionen beträgt, derjenige auf Inhaber lautend aber mit Einschluß der Feuerkassenstaatsanleihe noch viel größer ist, so daß kein Mangel an hamburgischen Staatspapieren bei einen oder andern Art zu besorgen ist. Miewohl nun die Ausführung solcher Controlemaßregeln in einem kleinen Staate, der dazu kein zahlreiches Beamtenpersonal anstellen kann, immer schwieriger ist, als in einem größeren, so darf doch erwartet werden, daß diese Einrichtungen völlig genügen werden, ähnlichen Unterschlagungen für die Zukunft vorzubeugen. — Gegen die sogenannten Altlutheraner, welche in einer Scheune vor dem Berliner Thore ihre Zusammenkünfte halten, ist eine Untersuchung eingeleitet, und ist ihrem Prediger, dem Schuhmachermeister Huschmann, das Predigen von Polizeiwegen verboten worden. Diese Secte der Altlutheraner war bereits im Vorwärz vielfachen Dorcutationen ausgesetzt. Daß hier neuerdings Sendlinge der Mormonensecte, welche sich ungeführt in den nordischen Herzogthümern ausbreitet, polizeilich ausgewiesen wurden, dürfte Ihnen vielleicht schon bekannt sein.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 3. Oct. Se. königl. Hoheit der Prinz Alexander von Preußen, der gegenwärtig in Paris wohnt, hat der Frau Herzogin von Orleans in Lausanne einen Beileidsbesuch abgestattet. — Die Ausschiffung der durch den Sturm am 30. v. M. auf dem Neuenburger See in große Gefahr gebrachten Passagiere und der Mannschaft des Dampfbootes „Schwan" dauerte von 9½ Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags. Die von Herrn Bourgeois in Corcelettes zu Hilfe geschickte und von sechs Händen geführte Fischerbarke machte den Weg achtmal hin und her, bis der letzte Passagier ans Land gebracht war. Ein junger Engländer hatte sich schwimmend gerettet und die Rettung seiner Reisegefährten veranlaßt. — Durch die Correction des Laufes der Juragewässer in den Kantonen Solothurn und Bern können nun der genauen Vermessung des Engelmoos Buchwalder, 63,215 Jucharten (Morgen) Landes erworben werden. Davon würden durch Tieferlegung der drei Seen (des Neuenburger, Bieler und Murtener) 5766 Jucharten Ufersand gewonnen, 47,450 Jucharten Moorland entsumpft und 7009 Jucharten bebauts Land vor periodischen Ueberschwemmungen geschützt. Den Gelwerth dieser so der Landwirthschaft geschenkten 63,215 Jucharten schlägt die „Berner Zeitung" auf 11,065,900 Fr. an. — Auf Befehl des Präfecten des Jurabepartements ist der Oberingenieur der Bahn Dole-Salins autorisirt worden, alle nöthigen Studien über eine Verlängerung dieser Bahn nach Verrieres vorzunehmen. — Die Angabe, daß bei der Schlägerei zwischen Graubündnern und Tirolern, in der Bivanala, einer der ersteren das Leben verloren, wird officiell als ungegründet bezeichnet. — Die Gesammtheit der Gemeindewahlen von Freiburg ergibt, daß in allen Städten des Kantons die Radicalen gesiegt haben. Die Mehrzahl der Landgemeinden dagegen hat conservativ gewählt. Der „Confederé" zählt 35 Gemeinden auf, welche liberal wählten.

Italien.

* Die neuesten Berichte aus **Turin** melden, daß die sardinische Regierung mit dem Plane umgehe, sämmtliches Kirchengut zu confisciren und die Bisthöfe künftig „aus der Staatskasse" zu bezahlen. Rom habe darauf mit der Excommunication gedroht. Frankreich sucht zu vermitteln.

In der Sitzung des Florentiner Gerichtshofes vom 24. Sept. gab Guerazzi in einer länger als fünf Stunden dauernden Rede eine Skizze seines Lebens und politischen Auftretens bis zum Jahr 1848, wo welcher Zeit Montanelli zum Gouverneur von Livorno ernannt wurde. Auf die Frage des Präsidenten des Gerichtshofs, welche öffentliche Aemter er bekleidet habe, antwortete er, daß er Deputirter, ein vom Großherzog vor dessen Abreise ernannter constitutioneller Minister, Mitglied der provisorischen Regierung in Folge eines Votums der Kammern und Chef der Executivgewalt durch ein Decret der constituirenden Versammlung gewesen sei. Hierauf sprach er von Montanelli, den er dem Großherzog als sehr ergeben schilderte; sein Republikanismus datire sich erst von dem Augenblick an, wo der Großherzog seine Staaten verlassen habe. Er habe jedoch vorher viele Anhänglichkeit für den Fürsten gehabt, dem er sogar die Krone Italiens habe verschaffen wollen. Von Mazzini und dessen politischen Meinungen redete er ebenfalls. Er erklärte, derselbe sei ein Phantast und seine Meinungen auf keiner vernünftigen Kenntniß der Menschen und Dinge gegründet.

Nach einem Brief aus Bologna im „Corriere Mercantile" haben zu Lugo im Kirchenstaat am 17. September zwei Mordanfälle stattgefunden, die man politischen Beweggründen zuschreibt. Es wurde an jenem Tag ein Jahrmarkt abgehalten und die Straßen waren daher ungewöhnlich mit Menschen gefüllt. Ein Notar, Namens Zaccarj, Gonfaloniere der Stadt und wegen seines Eifers für die Sache des Papstes bekannt, ward, als er nach Hause zurückkehrte, auf der Schwelle seiner Wohnung erdolcht. Auf den Procurator Montanari ward gleichfalls ein mörderischer Angriff

gemacht und zwar mit in auf dem Marktplatz, jedoch ohne tödtlichen Erfolg.

Der Proceß vom 15. Mai 1848 wird jetzt in Neapel verhandelt. Der öffentliche Ankläger hat auf 8 Todesstrafen und eine Masse Verurtheilungen zu den Galeeren angetragen. Die Zahl der angeklagten Personen übersteigt 60.

Florenz, 27. Sept. Der kaiserl. russische Reichskanzler Graf Nesselrode ist aus Neapel, der französische Ereminister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr v. Turgot, aus Rom hier eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 3. Oct. Aus Toulon berichtet man, daß der Prinz am 28. v. M. Morgens einen langen Ritt unternahm, um die Festungswerke zu besichtigen und an Ort und Stelle die schwierige Frage von der Erweiterung der Stadt zu untersuchen. Denn die dortige Bevölkerung, auf 70,000 Seelen angewachsen, lebt innerhalb der Fortifications äußerst gedrängt (1400 Einwohner auf einer Hectare, während in Paris selbst nur 350 auf denselben Raum kommen); die Miethe und in Folge davon auch alle anderen Bedürfnisse, werden dadurch sehr vertheuert und die Arbeiter sind genöthigt, weit von den Hafen entfernte Wohnungen zu suchen. Durch das nachstehende Decret (gegengezeichnet vom Kriegsminister) sind nun die Schwierigkeiten, welche wegzuräumen die frühern Regierungen Anstand nahmen, bei Seite geschoben:

Ludwig Napoleon, Präsident der französischen Republik, in der Absicht, der Stadt Toulon die Wohlthaten zu geben, die schon lange ihre Bevölkerungszahl und der Rang dieser großen Kriegshäfens unter unseren Nationalschriftgiebern und Reichthümern fordern, decretirt: Art. 1. Der Festungsring der Stadt Toulon wird sofort erweitert, und zwar auf den im Gegenstimmt vom 17. Mai enthaltenen Grundlagen. Art. 2. Der Minister-Staatssecretär des Kriegs ist mit der Vollstreckung gegenwärtigen Decrets beauftragt.

Als des Abends im Gratistheaterhaus das Gerücht von der für die Stadt sehr erfreulichen Verfügung zu circuliren anfing, entstand eine solche Aufregung, daß das Stück unterbrochen werden mußte. Einer der Zuschauer, der ein gedrucktes Exemplar der Proclamation in der Hand hielt, mußte es auf Verlangen vorlesen, worauf ein confuser Jubel, aus dem sich der gewohnte Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ entwickelte, zwanzig Minuten lang die Schauspieler nicht zu Worte kommen ließ. — Durch das Marseiller Complott, das hier und da schon als ein Argument gegen die Milde ausgebeutet wurde, ließ Ludwig Napoleon sich nicht abhalten, 153 Verbannten und Internirten das Vaterpartement Gnade zu gewähren.

Belgien.

Brüssel, 30. Sept. Was den weitern Inhalt des Berichtes über unsere Unterhandlungen mit Frankreich betrifft, welcher morgen bestimmt veröffentlicht werden wird, so können wir natürlich nur trachten, Ihnen die hervorstechendsten Facten mitzutheilen. In diese Kategorie gehört der Umstand, daß das belgische Cabinet, als es schon seine Entlassung eingereicht hatte, um Frankreich jeden Vorwand zum Bruche zu nehmen, vom König damit ausdrücklich beauftragt wurde, die Unterhandlungen fortzusetzen und selbst im Falle der Nothwendigkeit eine definitive Lösung abzuschließen. Der Bericht enthält ein Schreiben des Königs an Herrn Ch. Rogier, worin er diesem Minister zu besagtem Zwecke eine ausgedehnte Vollmacht ertheilt; es ist in den wohlwollendsten Ausdrücken abgefaßt und ein neuer schlagender Beweis von dem Zutrauen, welches der König in seinen Staatsmann setzt. In dem Berichte unseres Cabinets in oft die Rede von der commerciellen Lage Belgiens dem Zollvereine gegenüber; man sieht leicht, daß die belgische Regierung sich stets ernstlich damit beschäftigte. Wir lesen u. A. wortlich was folgt: „Wir haben heute ernste Gründe, zu glauben, daß vom 1. Januar 1854 an der Tarif des Eisenzolles und des Eisens in Preußen für alle Einfuhren (die von Belgien eingeschlossen) gleichförmig sein wird.“ Der Bericht der belgischen Regierung scheint fast zu beweisen, daß es von Seiten des Pariser Cabinets vorgefaßter Plan war, eine freundschaftliche Lösung unmöglich zu machen. Die Ministerkrisis wird einen großen Einfluß auf den Gang unserer künftigen Unterhandlungen mit Frankreich ausüben; man hat es die Regierung des Prinz-Präsidenten als feindselig gegen das liberale belgische Ministerium gesinnt dargestellt; jetzt werden andere Leute am Ruder kommen: wird dies das Mittel sein, um eine neue Discussion der Interessen mit Frankreich ehrenvoll zu beendigen? Zeigt man sich wirklich mit dem Ministerium, welches in Entstehen ist, in Paris weniger unnachgiebig, so können große Schwierigkeiten gehoben werden; allgemein wünscht man es, aber man hofft es kaum. (K. Z.)

Brüssel, 3. Oct. Die Krisis, in welche uns das Votum der Kammer zurückgeworfen, ist eine sehr ernste. Die Sieger vom Dienstag verstehen wohl die Lage, welche sie sich geschaffen. Herr Delehaye weicht zurück, und wenn ihn Se. Majestät mit der Bildung eines Cabinets beauftragen wollte, so würde er diese Mission ablehnen, da sein Betragen in Gent laut und allgemein mißbilligt wird; würde er sie annehmen und wäre er später genöthigt, die Stimmen seiner Wähler abermals zu reclamiren, so ist es wahrscheinlich, daß es ihm mißlingen würde, von neuem gewählt zu werden. Herr Rothomb, die Personification des Systems mixte, ist zum König berufen, um über die Lage gehört zu werden. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 2. October. Lord John Russell, der ungeachtet der kleinen Zerwürfnisse im Innern der Partei das Haupt der Liberalen bei allen bedeutenden Anlässen ist und bleibt, hat vor einigen Tagen mit der ihm eigenen Mäßigkeit eine in Schottland ihm zu Ehren veranstaltete Demonstration als willkommene Gelegenheit benutzt, seinen Namen neue Volksthümlichkeit zu geben und dem gegenwärtigen Cabinet eins zu versetzen. Es ist hier zu Lande Brauch, daß die großen und bedeutenden Städte einem Manne, der ein hohes Staatsamt mit Auszeichnung bekleidet hat, das Ehrenbürgerrecht verleihen. Es ist das Größte und Beste, was die Municipalitäten zu vergeben haben. Zuweilen läßt eine solche Auszeichnung lange auf sich warten, weniger aber deßhalb, weil etwa eine Persönlichkeit noch nicht würdig genug sei, als vielmehr weil man abwarten will, ob der Mann, dem man die Ehre zugedacht, nicht einmal selbst kommen werde. In der Regel wird der gefällige Aufenthalt des Auszuzeichnenden bei Freunden oder Bekannten in der Nähe einer Stadt benutzt, den designirten Ehrenbürger zu einem Bankett einzuladen. Auf solche Weise hat Perth in Schottland vor einigen Tagen auch den Expremier Lord John ausgezeichnet, und dieser hielt bei dem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett zunächst der Partei eine Lobrede, auf deren Unterstützung er bei dem bevorstehenden Feldzug zählt. Zum ersteumal bediente sich Se. Herrlichkeit bei diesem Anlaß des Wortes Demokraten, welches freilich diesseits des Kanals eine ganz andere und viel ältere Bedeutung hat als auf dem Continent. Bevor nämlich Lord Derby an die Gewalt kam, sprach er sich öfter über gewisse Bestrebungen aus, die er als „demokratisch“ bezeichnete und denen ein Ziel gesteckt werden müßte. Diese Bemerkung richtete sich vornehmlich gegen die letzte, von Lord John Russell vorgelegte Reformbill, welche das Parlament nicht discutirt hat, die aber, wäre sie angenommen worden, den Volksklassen neue Freiheiten geschenkt haben würde. Bei dem Bankett in Perth verschwisterte sich Russells Name mit den Entwürfen der bürgerlichen und Religionsfreiheit und Lord John zog einen Vergleich zwischen den in England bestehenden Volksprivilegien, und dem, was davon in den meisten Staaten des Continents noch übrig geblieben ist, und legte einen besonders schroffen Gegensatz darauf, daß im Jahr 1848 auch in England Erschütterungen unausbleiblich gewesen sein würden, hätte man damals nicht die Reformbill gehabt. Aus den Vortheilen, die das Land bisher aus seinen Freiheiten gewonnen habe, zog er dann den Schluß, daß man letzteren eine immer größere Entfaltung geben müsse, und daß die Einsicht des Landes, das heißt, die aus seiner jeweiligen Lage gewonnene Erfahrung eine ausgedehntere Controle über die Staatsangelegenheiten ausuüben habe. Diese Erklärung wurde natürlich mit großem Beifall aufgenommen, und wird nun dazu dienen, Lord John Russells Stellung in seiner Partei zu befestigen. Der übrige Theil der Staatsrede war eine besonders Satire gegen die bisherige Regierung. — Das Leichenbegängniß des Herzogs v. Wellington erst nach dem Zusammentritt des Parlaments stattfindet, so ist auch das Interesse, welches die öffentliche Meinung an dieser Angelegenheit nimmt, bis dahin vertagt. Politiker wie J. Hume behaupten, die Regierung habe diese Sache der Entscheidung beider Häuser anheimgegeben, um dem Lande die Kosten für die Trauerfeierlichkeit aufzubürden. Möglich; aber warum soll denn das Land die Begräbnißkosten für einen Mann nicht tragen, in welchem ihm ein Retter geworden ist?

Auf der britischen Armeeliste stehen jetzt nur noch drei Feldmarschälle: Prinz Albert, der König von Belgien und der Marquis von Anglesey. Sechs Feldmarschälle starben in den letzten drei Jahren: der Herzog von Wellington, Sir George Nugent, Feldmarschall Grosvenor, der Herzog von Cambridge, der König von Hannover und der König der Niederlande.

Der Generallieutenant Lord Fitzroy Somerset ist zum Feldzeugmeister ernannt worden.

Spanien.

Madrid, 28. Sept. Der verstorbene General Castanos nimmt alle Gemüther für sich in Anspruch. Heute Nachmittag fand die feierliche Beerdigung desselben statt. Es war ein prachtvoller Zug. Der König folgte zu Fuß, umgeben von allen Großwürdenträgern des Reichs. Der Leichenwagen ward von acht Marstallspferden gezogen und hielten das Leichentuch zwei Marschälle, der älteste

Grunde, ein Ritter des goldenen Vließes, der Präsident des Senats und der Deputirten. 260 arme Kinder, denen der Verstorbene in seinem Leben viel Gutes gethan, eröffneten den Zug, dann kamen 280 arme alte Männer. Alle trugen brennende Fackeln. Es ist dies das erste Mal, daß in Madrid einem Unterthan eine solche Ehre widerfuhr. Die spanische Etiquette läßt dies an einem Orte, wo der Monarch sich aufhält, nicht zu. Die Königin aber hat diese Feierlichkeit eigens befohlen, und werden die Kosten aus Staatsmitteln bestritten. Die Königin Isabelle war selbst in der Attochakirche, wo der General verläufig beigesetzt ist, gegenwärtig und wird auch morgen das feierliche Seelenamt dort anhören. Auf dem Rückwege nach dem Schlosse wurde die Königin mit stürmischem Beifall von den versammelten Massen empfangen. Das Volk weiß ihr Dank für die Ehre, die sie dem Lieblinge der ganzen Nation erzeigt hat. (K. Z.)

Jonische Inseln.

Die gesetzgebende Versammlung der jonischen Inseln ist am 15. September dis zum 1. März 1854, wo sie nach der Verfassung wieder zusammenzutreten hat, verabschiedet worden und zwar, weil ihre Sitzung die verfassungsmäßige Dauer von 3 Monaten bereits mehrere Wochen überschritten hatte. Dies der formelle Grund oder vielmehr die Rechtfertigung der Verabschiedung; der eigentliche Grund dürfte aber in dem Widerstand zu suchen sein, welchen die Mehrheit der Versammlung den vom Lordobercommissär ihr vorgeschlagenen politischen Maßregeln entgegensetzte. In seiner Schlußrede äußerte sich derselbe hierüber folgendermaßen:

Ich weiß, daß das Mißtrauen meines Verfuchs zur Besserung Eurer Institutionen dem Zusammenwirken zweier Parteien zuzuschreiben ist, welche in keinem andern Punkt übereinstimmen, indem die eine glaubt, daß das jonische Volk eines größern Maßes von Freiheit, als ihm durch die Charte von 1817 verliehen worden, unfähig ist, während die andere mit Unruhe die Aufsehung der noch in der reformirten Verfassung bestehenden Anomalien sieht, welche dazu gedient haben, ihr eine zeitweilige Macht zu geben. Von der ersten dieser beiden Parteien will ich mit Achtung sprechen. Sie kennt ihre Mitbürger vielleicht besser als ich. Der zweiten sage ich bloß: wenn der Vertreter der Königin von England auf diesen Inseln die Befugnisse der hohen Polizei beibehält, so sind Ihr dafür verantwortlich, da Ihr Euch weigertet, ihm jene gesetzlichen gesetzlichen Befugnisse zu verleihen, deren Nothwendigkeit keiner von Euch in Euern neuerlichen Conferenzen mit mir zu bestreiten vermochte. Wenn das Land 18 Monate lang schmachtet, ohne daß eine Volksvertretung an den öffentlichen Angelegenheiten Theil nimmt, so seid Ihr dafür verantwortlich, weil Ihr die jährliche Session zurückweiset. Wenn der Lord-Obercommissär und der Präsident des Senats fortfahren werden, einen Theil des obersten Rathes zu bilden, so seid Ihr dafür verantwortlich, weil Ihr eine Aenderung, welche die erlauchte Protectorin, Euern vereinigten Wünschen willfahrend, zu gewähren bereit war, verwarfet. Kurz, Ihr habt eine große Gelegenheit gehabt und verfäumt; und welches auch die Politik sei, die Ihre Majestät fortan zu befolgen für geeignet erachten, welches auch der Gebrauch sei, den ich als Vertreter Ihrer Majestät von den Befugnissen zu machen gezwungen sein möge, welche die gegenwärtige Verfassung mir gibt und die ich ohne Furcht nun Bedenken anwenden werde, wenn es zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe nöthig sein sollte, so habt Ihr darüber niemanden Vorwürfe zu machen, als Euch selbst, weil Ihr mit einer Stimmenmehrheit eine Bestimmung verwaeft, welche die Rechte aller constitutionellen Gewalten aubegrenzt und statt des Willens des Individuums die feierliche Autorität des Gesetzes an dessen Stelle gesetzt haben würde. Nicht verhehlen kann ich Euch, daß Ihr nach meinem Dafürhalten einen großen Fehler begangen habt, welchen Ihr aller Wahrscheinlichkeit zufolge reiche Buße haben werdet, zu bereuen. Was die Presse betrifft, so habt Ihr eine normale Freiheit behalten, über welche ich eine thätsächend wirksame Controle habe. Was den Senat betrifft, so habt Ihr einen moralischen Einfluß von der Hand gewiesen, welchen eine jährliche Zusammenkunft des Parlaments und ein freierer Verkehr zwischen dem Senate und der Versammlung nicht verfehlt haben würde hervorzubringen. Denjenigen, welche mit mir zusammenwirken in loyaler Unterstützung eines Planes, der, wie ich aufrichtig glaube, dem jonischen Volke in jeglicher Beziehung nutzbringend geworden sein würde, entbiete ich meinen herzlichen Dank; diejenigen, die ihn — gleichviel aus welchen Beweggründen — verteilten, überlasse ich dem Urtheile ihrer Mitbürger und der Zeit.

Afrika.

* **Tunis**, 15. Sept. Vorgestern 2 Uhr nach Mitternacht sprang der zwischen Tunis und dem Schlosse des Bey gelegene Pulverthurm in die Luft. Das Fort ist gänzlich zerstört; einige Kanonen desselben wurden in einer Entfernung von 2000 Schritten aufgefunden. Die Zahl der Opfer ist noch nicht ermittelt. Ueber die Ursache der Explosion laufen verschiedenartige Versionen um.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Kempten, 1. Oct. Die Hoffnung, die Eisenbahnfrecke von hier nach Immenstadt noch in diesem Jahr vollendet und befahren zu sehen, ist durch einen bedeutenden Unfall auf dieser Bahnstrecke in ziemlich weite Ferne gerückt. Letzte Woche senkte sich nämlich eine Ueberbrückung bei dem sogenannten Heuberge, deren Grund aus schlechtem sumpfigem Terrain besteht, und zwar, wie wir hören, um sechs Fuß. Der Wiederaufbau wird viel Zeit und Mühe in Anspruch nehmen, so daß man sogar Zweifel hört, ob die Strecke im nächsten Jahr befahren werden könne. (Kemptner Zeitung)

Frankfurt, 5. Oct. Bei der heute stattgehabten 3. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 10385 5000 fl., Nr. 14325 und 5528 jede 1000 fl., Nr. 3968 und 13042 jede 300 fl.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matteu. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuschert.

Cours der Staats-Papiere. 5. October 1852. (Schluss der Börse.)

	Per compant.		Per compant.
Oesterreich	5% M. (C.B.b.Rothz.)	93¼ P. ⅛ G.	Nassau . fl. 25 Loose . . .	28½ P.
»	5% M.v. J.1851 Ser.B.	93⅜ P. ⅛ G.	Würtemb. 4½% Oblig.b.Rothz.	101½ P.
»	5% fl. V. (C.b.Rothz)	88 bez. u. G.	» 3½% ditto	90 P.
»	5% do.Monte C.18.I.M	84½ P.	Kurhessen 40Thlr. L. b. Rothsch.	34 P.
»	Bank-Actien . . .	1385 P.	» Pr.-Wilhe-Nordb.	46 bez. 45⅞ G.
»	5% Metallic. Oblig.	82 P.	Gr. Hessen 4½% Obligationen	101 P.
»	5% v. J.1851 Ser.A.	82 P.	» 4% ditto b.Rothsch.	97½ P.
»	4½% ditto	72⅝ P. ⅝ G.	» 3½% ditto b Rothsch.	92¼ P.
»	4% ditto	65 P.	» fl. 50 Loose . . .	90 P.
»	3% ditto	48⅜ P.	» fl. 25 Loose . . .	31½ P.
»	2½% ditto	41½ G.	Frankfurt 3½% Oblig. v. 1839	96½ P.
»	1% ditto	16⅝ P.	» 3½% » v. 1846	95 P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	119½ G	» 3% » . . .	85⅜ P.
»	fl. 500 ditto	191 G.	» Taunusbahnact.	298 P.
»	4½% Oblig.b.Bethm.	81½ P.	Russland 4½% Obl. b. Baring	103⅜ G.
»	4% ditto	71½ P.	» 4% Obl. b. Hope fl.	91½ G.
Preussen .	3½% St.-Anl. conv.	93 P. 94⅜ G.	» 4% » v. Stieglitz »	91½ P.
»	4½% Oblig. b. Roths	104 P.	Polen . 4% Oblig. do fl. 500	91½ P. 91 G.
»	Cois.-Mind. E.-Actien	112 P.	Spanien 3% Inl. Sch. P. £ 3.30	46½ P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅜ P.	» 3% Neue » »	23⅛ bez. u. G.
»	4½% ditto	100⅜ P.	Holland . 4% Certificate . .	96¼ G.
»	4% ditto	97 G.	» 3½% Syndicat . .	90¼ G.
»	4% Ablös.-Rente .	97¼ P.	» 3½% Integralo .	83⅜ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93⅜ P.	Belgien . 5% Obl.in L. à 20 Fr.	100½ P.
»	Ludwigsh.-Berbach.	95½ P.	» 4½% Obl. inF. à 25Fr.	97⅞ P. ⅛ G
»	5% Priorit.-Oblig. .	103½ P.	» 4% Obl. in F. à 10 Fr.	91 G.
Baden . .	5% Obligationen .	102 P.	» 3½% Obl. b. Rothsch.	56 P. 55¾ bez.
»	4½% Obligationen	103 P.	Sardinien 5% Obl. b. Rothsch.	97⅜ P. ⅛ G.
»	3½% v. 1849 . . .	90 P.	5% Obl. b. Hambro	94¼ P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 P.	» Sardinische Loose .	41 P. 40½ G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	37½ P. ⅛ G.	Toscana 5% Obl. 1850(C.b. Golds.)	100½ P.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103½ P.	» 5% 1851 b. Bartolg(do.)	97¼ P.
»	4% ditto	99¾ P.	Modena 6% Stocks Dolt. 2.30.	116½ P. ⅛ G.
»	3½% ditto	91⅜ P.	Venedig fl. 10 Loose . .	18⅜ P. ⅛ G

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 5. October	Per compant
Amsterdam . k.S.	103¼ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.) 2M.	— —
Augsburg . k.S.	120⅛ B. 119⅞ G.
(100 fl. Crt.) 2M.	— —
Berlin . . . k.S.	104⅛ B. 103⅝ G.
(100 Thlr.) 2M.	— —
Bremen (50) k.S.	97½ B. ⅛ G.
Rthlr. l. Ldor. 2M.	— —
Hamburg . . k.S.	88⅜ B. ⅛ G.
(100Mk. Bc.) 2M.	— —
Leipzig . . . k.S.	104¼ B. 103⅝ G.
London . . . k.S.	119⅜ B. ⅛ G.
(10 Livr. St.) 2M.	— —
Lyon . . . . k.S.	94⅞ B. —
(300 Fr.) . 2M.	— —
Mailand (250) k.S.	101⅛ B. 100⅞ G.
Lir. Austr.) 2M.	— —
Paris . . . . k.S.	94⅛ B. ⅛ G.
(300 Fr.) . 2M.	— —
Wien (100fl.) k.S.	102½ bez. u. P. ⅛ G.
im fl. 20 V.)	
Disconto . . .	3 G.

Gold und Silber.

Pistolen . . . fl. 9	45⅛ — 46⅛
Pr. Friedrichsd'or	9 56 — 57
Holl. 10fl. Stücke	9 53½ — 54½
Rand-Ducaten .	5 38 — 39
20 Francsstücke	9 31 — 32
Engl. Sovereigns	11 57
Gold al Marco	383½ — 384½
5 Frankenthaler	2 21⅞ — 22½
Preuss. Thaler	1 45⅞ — ⅓
Preuss. Cass.-Sch.	1 45⅞ — ⅓

Druck von August Osterrieth.

№ 289. Mittwoch den 6. October 1858.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich 2 fl. in den Bestimmungen von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; in den Staaten des preußisch-Thurn und Taxischen Postvereins-Gebietes 2 fl. 48 kr. = 2 Mgr. 15 Sgr. 6 Pf.; in allen übrigen deutschen Staaten 3 fl. = 1 Thlr. und in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. 36 kr. = 2 Thlr. 6 Sgr. 8 Pf.

Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und allereuropäischen Länder nimmt Herr G. A. Kasemann in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris die Rue-Neuve-des-Petits-Champs Nr. 26 Bestellungen an.

Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile 3 Kreuzer oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 5. Oct. Es wird unsern Lesern nicht unwillkommen sein, die verschiedenen Stimmen der öffentlichen Meinung über die jüngste traurige Wendung der handelspolitischen Frage, wie sie in den Zeitungen laut werden, kennen zu lernen. Wir beginnen mit der „Spenerschen Zeitung“, als dem unabhängigen Organ Preußens, das den Darmstädter Verbündeten gegenüber bisher der meisten Billigkeit sich befliffen hat. Ein Leitartikel in der neuesten Nummer dieses Blattes scheint mit dem Verfahren der preußischen Regierung nicht einverstanden zu sein, wenn er es auch nicht direct auszusprechen wagt; er verzichtet auf eine Apologie der Geschehenen, deren es nicht bedürfe, wenn es richtig und wohlbegründet sei, auch habe die Regierung selbst Erläuterungen darüber gegeben; Apologien mögen andere Blätter schreiben, doch dabei sich des Jubels enthalten, der die süddeutschen Brüder immer weiter entfernden müsse. Der Artikel will dann zeigen, in wie weit die Darmstädter Verbündeten Preußen entgegengekommen seien, und demnach noch immer Aussicht auf Verständigung bestehe. Zunächst wird sodann die milde Form der jüngsten Erklärung hervorgehoben, aus deren Ton und Haltung hervorgehe, daß sie noch nicht das Ultimatum sei. Die Zollerhöhung mit Oesterreich sei nicht mehr apodiktisch gefordert, die Rückäußerung habe es vielmehr ausdrücklich hervor, daß man auf dem Antrag der Verabredung einer im Jahr 1859 beginnenden Zollerhöhung mit Oesterreich nicht mehr beharre. Das sei doch anzuschlagen, denn von diesem Punkt sei alles Andere abhängig. Auch die Gleichzeitigkeit des Vertrags mit Oesterreich und des Zollvereinsabschlusses trete nicht als Ultimatum aus der Rückäußerung hervor, es sei nur von dem nöthigen Einverständniß über die commerciellen Verhältnisse zu Oesterreich die Rede; von der Nothwendigkeit, einen österreichischen Bevollmächtigten zu den Berathungen zuziehen, verlaute nicht ein Wort; man habe von Preußen nur Sicherstellung des Vertragsabschlusses mit Oesterreich verlangt, namentlich habe man auch gewünscht, daß Preußen sich über den in Wien verabredeten Differential-Zolltarif äußere. „Was hat in diesem Tarif“ wird dann gefragt, und geantwortet: „Der Zollverein soll gegen das übrige Ausland mehrere Positionen erhöhen, und zwar nur einige von denen, die Preußen, und alle andern Zollvereinsregierungen, auf der Kasseler und Wiesbadener Conferenz gegen die einzige abweichende Stimme Braunschweigs erhöht wissen wollten: Oesterreich soll mehrere hohe Zölle seines neuen Tarifs erniedrigen, und zwischen den beiden Gebieten soll für die wichtigsten Producte entweder ganz freier Austausch, oder eine außerordentlich große Ermäßigung der Zölle stattfinden. Dem Tarif liegt die Voraussetzung zu Grunde, daß sich zuletzt der Zollverein und Oesterreich im Verkehr einander näher stehen, als jedes andere Handelsgebiet. Und diese Thatsache wird niemand verneinen.“ Der Austausch beider Gebiete sei schon jetzt ein sehr bedeutender. Die Coalition hat nicht verlangt, und konnte nicht verlangen, daß sich Preußen für jede Petition jenes Tarifs erkläre; denn sie weiß aus Erfahrung, daß man sich um eine einzige Tarifpositionen Jahrzehnte lang im Zollverein gestritten hat; in Wien selbst blieb die definitive Feststellung des Tarifs noch vorbehalten; die Coalition hat demnach wohl nichts Anderes erwartet, als daß die Grundsätze als gesund anerkannt würden.“ Also auch hier sei kein Ultimatum gestellt worden, eben so wenig über die Dauer des zu erneuernden Zollvereins gegen seinen Wiederabschluß auf 12 Jahre; die Conferenz habe sich mit dieser Frage noch beschäftigen sollen. — Die Verbündeten haben sich also nicht unnachgiebig erwiesen, ihre Rückäußerung sehe nicht so aus, als wäre sie das letzte Wort gewesen. „Ist man einander, heißt es am Schlusse, so nahe gekommen, als es in der Münchener Erklärung geschehen ist, so wird es Wege geben, um den Frieden völlig herzustellen, und wenn die Zollconferenz nicht mehr dieser Weg sein kann, so werden sich versöhnliche Bemühungen andere Wege nicht abgeschnitten sein.“

* **Frankfurt**, 5. Oct. Ein längerer Artikel der neuesten Nummer des „Staatsanzeigers für Württemberg“ verbreitet sich über die gegenwärtige Lage der Zollvereinsangelegenheit und gibt an seinem Schlusse einige Andeutungen darüber, wie sich die Verhältnisse der coalirten Staaten und namentlich Württembergs wohl gestalten dürften, wenn der bisherige Zollverein mit dem 1. Januar 1854 wirklich aufhören sollte. Die Andeutungen sind zu wichtig, als daß wir sie unsern Lesern vorenthalten könnten. Der „Staatsanzeiger“ schreibt:

Zunächst ist in diesen Falle durch die Darmstädter Verträge die Sicherheit gegeben, daß, wenn auch Preußen aus dem Zollverein ausscheidet, doch Bayern, beide Hessen, Nassau und Sachsen den Zollverein mit Würtemberg fortsetzen. Von Baden ist, nach den Aeußerungen dortiger Staatsmänner und nach seiner ganzen geographischen Lage, daßelbe mit vieler Sicherheit zu erwarten. Wenn also auch dem Verkehr gegen die preußische Grenze hin lästige Fesseln angelegt würden; so werden doch nicht limitirten von Süddeutschland hemmende Zollschranken errichtet werden. Preußen wird alsdann vielleicht die Durchfuhr durch seine Staaten erschweren wollen. Aber abgesehen davon, daß vertragsmäßige Bestimmungen über die Freiheit der Rheinschiffahrt vorliegen, so bieten auch die Concurrenz der Eisenbahnen anderer Länder ebenso wie die Möglichkeit von Repressalien eine bewährte gegen allzudrückende Erschwerungen der Durchfuhr durch Preußen. Lad geht man über zu der wichtigsten Frage: Wie wird unsere Industrie sich verhalten, wenn ihre Provinz in Preußen selbst keinen Absatz mehr finden? so liegt gerade hier am wenigsten Ursache zu irgend welchen Besorgnissen vor. Denn der Handel von Würtemberg, Baden, Bayern, beiden Hessen rc. mit Preußen war bisher kein activer, sondern ein passiver. Wie das Courververhältniß beider Ländergruppen, wie die Zahl der bedeutenden Handelsreisenden, wie endlich die nähere Betrachtung der einzelnen Fabrikationszweige klar darthut, so hat die preußische Industrie bis zum heutigen Tag ganz unverhältnißmäßig mehr von ihren Erzeugnissen in Süddeutschland abgesetzt, als die süddeutsche Industrie in Preußen. Dies gilt fast für alle Rubriken des Waarenverzeichnisses, besonders aber für die Rubriken Eisen, Messing, Zinn, Walle, Baumwolle, Rhabarber rc. Selbst der Umstand, daß Sachsen den südeutschen Verein zuerst, würde das Verhältniß hierin nicht ändern. Wird also dem Eingang preußischer Industrieerzeugnisse künftig durch Schutzzölle vorgebeugt, so werden unsere Industriellen daraus überwiegenden Vortheil ziehen; volkswirthschaftlich wird die Sprengung des Zollvereins mit Preußen uns nicht und um so weniger benachtheiligen, je minder in diesem Fall die Einfuhr der nordeutschen Staaten uns in der längst gewünschten Durchführung eines angemessenen Schutzzollsystems mehr behinderte. Auch finanziell würde eine Sprengung uns keinen Nachtheil bringen. Zwar würden die verhältnißmäßig größern Grenzbewachungskosten wohl eine größere Quote der Zollein nahmen in Anspruch nehmen als bisher; auch wird — obwohl ohne genügenden Beweis — behauptet, daß die Consumtion von Colonialwaaren in Preußen sich bei geringer herabsetzen würde, als diejenige im Norden von Deutschland; aber schon die Eingangszölle auf preußische Fabrikate würden unseren Staatskassen einigen Ersatz gewähren, und dann gäbe die Trennung von Preußen und Hannover auch die Möglichkeit, eine ordentliche Besteuerung des Tabaks eintreten zu lassen, und diese Lurusfrucht würde nicht nur jeden etwaigen Ausfall vollends decken, sondern selbst andere, lästigere Steuern bald entbehrlich machen. Wir sind übrigens in dem so eben Gesagten nur von der Unterstellung ausgegangen, daß Würtemberg, Bayern, Sachsen, Baden, beide Hessen und Nassau unter sich allein den Zollverein fortsetzen. Wenn aber der Zollverein mit Preußen nicht wieder erneuert wird, so ist es auch leicht möglich, daß alsdann jene Staaten in eine Zollstellung mit Oesterreich treten. Für diesen Fall sind nicht nur von Seiten der kaiserlichen Regierung Vorschläge gemacht, welche die Trennung von Preußen finanziell noch unbedenklicher machen würden, sondern es springt auch in die Augen, daß, sobald einmal die mit jedem Ueber-

gangsstadium unvermeidlich verbundenen Nachtheile und Unannehmlichkeiten überwunden sein werden, die commercielle Verbindung mit einem Reiche, das im Verhältniß zu seinen ausgedehnten Länderstrecken wenig bevölkert und in welchem ebendeßhalb die Industrie noch nicht auf das Höchste gesteigert ist, unserem fleißigen und nach Arbeit suchenden Volke größeren Vortheil verheißt, als die seitherige Verbindung mit dem industriell uns überlegenen Preußen. Wir könnten daher finanziell und volkswirthschaftlich der Lösung des bisherigen Bandes mit Preußen ruhig entgegensehen; aber als Deutsche würden wir aus politischen Gründen es nichtsdestoweniger aufrichtig bedauern, wenn die neuesten Entschließungen der preußischen Regierung statt der commerciellen Einigung oder wenigstens der commerciellen Annäherung zwischen ganz Deutschland, mit Ausnahme einiger kleineren Staaten im Norden desselben, die commercielle Trennung zwischen Nord- und Süddeutschland zu Tage förderten.

Ψ **Frankfurt**, 5. Oct. Der nächstbevorstehende 18. October ist der 36. Jahrestag der Beschwörung der noch bestehenden hiesigen Verfassung durch die Bürgerschaft. Wie man vielfach vernimmt, wird dieser für Frankfurt denkwürdige Tag in zahlreichen Privatkreisen festlich begangen werden. Die Wiedereinführung der öffentlichen Feier dieses Tages würde gewiß vom größten Theil der hiesigen Bevölkerung mit Freude begrüßt werden. Auch im Jahr 1816 konnte das Verfassungswerk nur nach vielfachen Kämpfen und unter Protesten einzelner Bürger und bürgerlichen Behörden vollendet werden. Die Abstimmung der Bürgerschaft und die Annahme war am 17. und 18. Juli, die öffentliche Bekanntmachung der Constitutionsergänzungsacte als Verfassungsgesetz durch den Senat am 19. Juli und die Eidesleistung der neuen Verfassung am 18. October 1816 erfolgt.

⚹ **Wien**, 2. Oct. Unter den fremden Gästen, welche den Monarchen in Agram erwarten werden, befindet sich auch der Fürst von Montenegro, Daniel Petrowich, welcher diese Gelegenheit benutzen wird, um Se. Majestät zu ersuchen, der Unabhängigkeitserklärung Montenegro's seitens der kaiserl. russischen Regierung beizutreten. Man zweifelt hier nicht, daß Se. Majestät diesem Ansuchen willfahren werde, da es bekannt ist, daß diese Frage bereits seit längerer Zeit in dem Ministerrath erörtert wurde, daher auch in dieser Beziehung schon ein definitiver Entschluß gefaßt worden sein dürfte. Daß die hohe Pforte durch ihren Botschafter unsere Regierung habe einladen lassen, die Unabhängigkeit Montenegro's nicht anzuerkennen, bestätigt sich nicht, indem der Divan unsere Regierung nur von dem seinerseits gefaßten Entschlusse, gegen die Unabhängigkeitserklärung zu protestiren, verständigen ließ. Daß unser Cabinet hierin nicht dem von der Türkei gegebenen Beispiele folgen wird, dürfte bereits feststehen. — Bekanntlich ist die römische Staatsconsulta auf den 20. October einberufen, um die für den Augenblick wichtigsten Gegenstände in Erledigung zu bringen. Man glaubt nun in Wien, derselben eine um so höhere Wichtigkeit beilegen zu müssen, als bei dieser Gelegenheit neue Vorschläge, welche sich auf die Ausgleichung der Differenzen mit Turin beziehen, besprochen werden sollen. Dieselben sind von dem sardinischen Cabinete gemacht worden, und sollen versöhnlicher Natur sein, was man hier hauptsächlich dem vermittelnden Einflusse des Prinz-Präsidenten zuschreibt, welcher den vor kurzem in Paris anwesenden sardinischen Ministern in dieser Beziehung einige Winke gegeben haben soll, die keinen Zweifel mehr darüber aufkommen lassen, daß die französische Regierung die Ausgleichung der erwähnten obschwebenden Differenzen angelegentlichst wünscht, und die römische Regierung in ihren Forderungen zu unterstützen geneigt ist.

Von der Donau, Ende September, schreibt die „D. A. Ztg.“: Während Fürst Metternich, dessen Rückkehr nach Oesterreich, als sie bevorstand, für verhängnißvoll wichtig gehalten wurde, nun, da er unter uns lebt, völlig ignorirt wird, tauchen in fremden, besonders in englischen und französischen Blättern, von Zeit zu Zeit Mittheilungen auf, die dem Fürsten einen vorherrschenden Einfluß auf unsere Angelegenheiten zuschreiben, die behaupten, daß namentlich die Tendenz und Haltung Oesterreichs in der deutschen Zollfrage von dem ehemaligen Staatskanzler vorgezeichnet sei. Obwohl es nun thatsächlich völlig gleichgültig ist, wer unserer Politik den leitenden Gedanken gibt, so muß man doch schon der historischen Treue wegen und weil die Welt sich um so lieber mit Personen beschäftigt, je mehr die Sachen ihrem Urtheile entzogen sind, obiger Behauptung widersprechen und zwar aus persönlichen und sachlichen Gründen. Der siegenden Reaction lag es nahe, bis zur Reactivirung Metternichs zurückzuschreiten, weil ja der Sturz desselben das erste Verlangen der Revolution gewesen. Allein Metternich wurde nicht reactivirt. Man besiegte die Revolution in jeder Beziehung, nur nicht insofern sie das System Metternichs besiegt hatte; denn die Ueberzeugung stand in den höchsten Kreisen fest, daß man die zaghaft passive, Oesterreichs innere und äußere Machtentwickelung lähmende und hemmende Politik Metternichs negiren wolle: weil diese eben in jener Politik wie ihre erste Veranlassung, so ihre reichlichste Nahrung gefunden. Deßhalb wurde weder Metternich noch sein System restaurirt. Der erste und letzte Grundsatz des ehemaligen Staatskanzlers war: Erhaltung des Bestehenden. Diesen verderblichen Grundsatz hat Oesterreich aufgegeben, es hat in seinem gesammten Staatsleben gründliche und wahrhaft radicale Neuerungen durchgeführt, Neuerungen, deren Erwähnung unter Metternich ein Verbrechen war. Deßhalb stehen auch in allen Zweigen der Gesetzgebung und Verwaltung Männer an der Spitze, welche entschiedene Gegner Metternichs waren und sind. Diese Thatsachen lassen einen maßgebenden Einfluß des Fürsten als unmöglich erkennen. Was nun noch speciell den deutschen Zolleinigungsplan betrifft, so ist es eine bekannte Thatsache, daß Metternich stets der entschiedenste Gegner desselben war. Der Gedanke der Zolleinigung Oesterreichs mit Deutschland ist nämlich durchaus kein neuer Gedanke. Die deutsche liberale Partei in Oesterreich hat ihn schon vor Jahren ausgesprochen und für seine Realisirung agitirt. Sie that es weniger aus mercantilen als aus politischen Gründen und eben deßwegen war Metternich dagegen. Er hielt fest an der Ueberzeugung, daß Oesterreich für sich allein bestehen müsse, und daß zur Erhaltung dieser selbstständigen Existenz die möglichste Abschließung gegen das geistig aufregende Deutschland nöthig sei. Deßhalb war er außer der diplomatisch-polizeilichen und militärischen ein Gegner jeder andern Einigung mit Deutschland. Setzte doch Kübeck selbst die Eisenbahnen nur mit Mühe durch. Da sich aber die Wirkung derselben auf das geistige und politische Leben der Oesterreicher im Jahr 1848 deutlich geoffenbart, so ist nicht anzunehmen, daß Metternich jetzt sogar der Aufhebung der Zollschranken gegen Deutschland das Wort reden sollte. Abgesehen von dem allen aber, ist es verletzend für die Oesterreicher, wenn behauptet wird, der unstreitig große und wichtige Gedanke der Zolleinigung könne von niemand als von Metternich gedacht sein. Es ist, wie gesagt, ein alter Gedanke, der in vielen Broschüren der vormärzlichen Opposition zu lesen ist. In das Programm der Regierung aber hat ihn kein Anderer aufgenommen als Stadion, der ebenfalls ein entschiedener Gegner Metternichs war. Er schwärmte für den Josephinischen Plan, Oesterreich zu centralisiren, zu germanisiren und an die Spitze Deutschlands zu stellen. Bruck stellte sich für die mercantilischen Combinationen mit genialem Wagniß an die Spitze, und es lag ganz im Naturell Schwarzenbergs, sich des kühnen Plans zu bemeistern. Der Abgang Stadions war ein Unglück für diese wie für andere Projecte. Stadion hätte es verstanden, den Plan Oesterreichs milder zu formuliren und liberaler in Vollzug zu setzen.

Klagenfurt, 27. Sept. Radetzky weilte fast zwei Tage unter uns. Im überfüllten Theater, das Frauenhände mit Guirlanden festlich geschmückt hatten, in den neuen Parkanlagen, die er mit seinem Besuch beehrte, empfingen und geleiteten ihn die Jubelrufe der Menge und überall offenbarte sich in seinem Benehmen die anspruchslose Milde und Humanität dieses seltenen Charakters. Als die Offiziere der hiesigen Garnison ihm einen Fackelzug brachten, kam er zu ihnen herab und dankte ihnen mit herzlichem Händedruck, aber auch den Bürgern widerfuhr solche Ehre, als sie am folgenden Abend den Fackelzug wiederholten. Heute Morgen reiste er wieder über Oberkärnthen nach Italien und will heute noch in Malborghet die neuen Festungsbauten besichtigen, die an der Stelle des Blockhauses gebaut wurden, das im Jahr 1809 Hauptmann Hermann mit einer kleinen Schaar seiner Getreuen so heldenmüthig vertheidigte, wo er mit ihnen allen den Heldentod starb. (Triest. Z.)

Triest. Der Lloyd hat seinen großartigen Arsenalbau in der Bucht von Muggia begonnen. Außer der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse wird die Anlage eines Trockendocks der Schifffahrt im allgemeinen zum Nutzen gereichen; bis jetzt waren die Vorrichtungen zur Reparatur zeitraubend und mangelhaft. Für die Kriegsmarine wird ein ähnlicher Trockendock in Pola hergestellt, wo gleichfalls die Arbeiten in vollem Gange sind; eine Beendigung derselben innerhalb 3 Jahren ist jedoch kaum möglich. (Oesterr. C.)

Dänemark.

Kopenhagen, 28. Sept. Während hier über das Verhältniß zwischen den in Schleswig und Holstein liegenden Truppen und der dortigen Bevölkerung im Allgemeinen günstige Berichte einlaufen und dort auch bisher kein Soldatenexceß von Bedeutung vorgekommen zu sein scheint, herrscht zwischen den aus den Herzogthümern hierher verlegten Soldaten einerseits und den untern Schichten der hiesigen Bevölkerung anderseits noch immer eine unerfreuliche Spannung. Ohne die holsteinischen Soldaten von aller Schuld an den gegen den Schluß der vorigen und im Anfang dieser Woche hier vorgefallenen Schlägereien freisprechen zu wollen, dürfen wir doch auch nicht verschweigen, daß hier, wie in allen großen Städten, der Pöbel außerordentlich händelsüchtig und zügellos ist. Trauriger gestaltet sich die Sache, wenn Soldaten von einer und derselben Armee der Disciplin so wenig eingedenk sind, daß sie sich auf offener Straße

Digitized by Google

miteinander herumprügeln. Indessen war es nicht schwer, vorauszusehen, daß dänische und deutsche Soldaten, die drei Jahre lang feindlich im Feld sich gegenüber gestanden haben, nicht so schnell, wie Diplomaten, einander wieder die Hände zur Versöhnung reichen würden. Es wäre darum ohne Zweifel besser gewesen, die dänisch redenden Soldaten im Königreich und die deutsch redenden in den Herzogthümern zu lassen. (Wes.-Z.)

Kopenhagen, 29. Sept. In Folge der Militärrevue ist, wie die „Berl. Ztg." berichtet, ein Kriegsverhör niedergesetzt. Die Untercorporale und Gemeinen vom 16. und 17. Linieninfanteriebataillon, sowie von 5. Jägercorps sind in ihre Kasernen consignirt; niemand von ihnen darf von 6 Uhr bis zur Reveille ausgehen. Auch ist es ihnen untersagt, außer dem Dienst Seitengewehre zu tragen. In der Kaserne in der Sölygade ist eine permanente Offizierswache und in den übrigen Kasernen sind Inspectionswachen eingerichtet.

Neueste Nachrichten.

Wien, 3. Oct. Se. Maj. der Kaiser ist in Agram angekommen. Der großh. hessische Bundestagsgesandte, Herr von Münch-Bellinghausen, ist hier eingetroffen.

P **Berlin**, 1. Oct. Außer den Bevollmächtigten der Coalitionsregierungen wird auch der Staatsminister Klenze Berlin verlassen. Doch hängt die Abreise dieses Letzteren nicht mit irgend einer Veränderung des Verhältnisses mit Hannover zusammen, sondern beruht lediglich in dem leidenden Zustande desselben, welcher eine kurze Erholung dringend wünschenswerth erscheinen läßt, und wozu die zur Zeit stattfindenden Verhandlungen zwischen Preußen und dem thüringischen Verein hinlängliche Gelegenheit gewähren. Wir glauben mit allem Grunde für den Augenblick noch allen denjenigen Befürchtungen entgegentreten zu können, welche einen Abfall Hannovers als wahrscheinlich darstellen. Allerdings hat es dort nicht an Agitationen gefehlt und fehlt es auch noch nicht, welche den Septembervertrag als schädlich für das Gebiet des Steuervereins darstellen. Aber dieselben vermögen nicht die Ueberzeugungen in den Kreisen der Einsichtigeren zu erschüttern. Es kann immerhin zugegeben werden, daß die Stimmung im allgemeinen in Hannover gegen den Septembervertrag ist. Aber diese hat ihre Nahrung nur aus Vorurtheilen, welche sich vor dem Anschluß an den Zollverein fast in allen deutschen Ländern gezeigt, und die sich durch spätere Erfahrungen als völlig unbegründet erwiesen haben. In Süddeutschland wird schwerlich jemand noch laugnen, daß Preußen durch den Zollverein den Wohlstand der Länder aufsauge, da die mit jedem Jahr gesteigerte Production einen schlagenden Gegenbeweis liefert. Aber selbst, wenn diese Agitationen im Munde mit andern aus politischen Gründen mehr Einfluß gewännen, so sie zur Zeit haben, fehlt es uns an jeder Berechtigung, einen so schweren Vorwurf gegen das hannoversche Ministerium auszusprechen, als der Voraussetzung liegen würde, daß dieses darauf sinne, sich den klaren und unzweifelhaften Verpflichtungen des Vertrags vom 7. September entziehen zu wollen. Außer einigen Artikeln ungelassen Ueberhrungen in der „Hannoverschen Zeitung" liegt nichts öffentliches vor. Auch selbst wenn man zugibt, daß Hannover ein Bruch im Zollverein — der jetzt noch als zweifelhaft erscheint, nicht angenehm ist, ist kein Grund vorhanden, der Loyalität Hanovers zu mißtrauen, zumal da Preußen während der ganzen Zeit des Bestehens des Zollvereins nirgends und zu keiner Zeit der Voraussetzung Anlaß gegeben hat, daß es diesen Zollbund andern Zwecken, als der Beförderung und Wahrung der materiellen Interessen Aller benutzt hat. Wie wir übrigens erfahren, wird die preußische Regierung noch eine besondere Denkschrift über die gegenwärtige Sachlage und ihre neuesten Schritte den verschiedenen Regierungen des Zollvereins zugehen lassen. Auch wird der in den nächsten Tagen eine Sammlung aller den Septembervertrag und die Zollvereinsconferenz betreffenden Actenstücke erscheinen. Es wird dadurch die öffentliche Meinung in den Stand gesetzt werden, sich selbst ein Urtheil zu bilden, auf welcher Seite das Unrecht liegt, und wer den größern Theil der traurigen Schuld trägt, ein Ereigniß verschuldet zu haben, das Deutschlands Interessen nach Außen schwächen, das Vertrauen im Innern erschüttern muß und für unheilvolle Krisen einen fruchtbaren Boden bereitet. — Die Mittheilung der „Neuen Preuß. Zeitung", daß Graf Alvensleben in besonderer Mission nach Hannover gereist sei und dort längere Zeit verweilen werde, ist erfindlich ein Irrthum, da Graf Alvensleben heute wieder hier eingetroffen ist, um dem Schluß des märkischen Provinziallandtags beizuwohnen. — Von dem Durchbruch der preußischen Gerichtsverfassung ist heute der zweite Abdruck erschienen. Nach demselben hat sich namentlich durch Verbindung der Gerichtsorganisation in den hohenzollernschen Ländern das etatsmäßige Richterpersonal von 2880 auf 2891, und die Zahl der Staatsanwälte von 207 auf 223 Beamte vermehrt. Sonst finden sich erhebliche Veränderungen und Erweiterungen in dem neuen Jahrgang nicht."

Dresden, 3. Oct. Das officielle „Dresdener Journal" gesteht zu, daß der Bürgermeister Koch am 15. v. M. mit dem Finanzminister und am 16. mit dem Minister des Innern „Unterredungen" gehabt hat. Beide Minister haben sich ihm gegenüber, wie jetzt vieles officielle Blatt hört, so ausgesprochen, „wie es der persönlichen Ueberzeugung derselben und der damaligen Lage der Verhandlungen entsprach. Am 15. und 16. v. M konnte nämlich in Dresden noch nichts von dem Schritte geahnet werden, welchen bat. Es sei daher eine Auffassung der preußischen Erklärung vom 30. August in einem versöhnlichen und einer endlichen Vereinigung günstigen Sinne zu jener Zeit, wo eben in München berathen wurde, noch vollkommen gerechtfertigt gewesen." — Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Staatsregierung, eine Centralbehörde für Post- und Eisenbahnwesen nach dem Vorgang anderer Staaten zu errichten. — In Wolfenstein ist der Turnverein aufgelöst worden.

Nach der „Grünlithgen Sachsenzeitung" ist Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig als Interimistischer Redacteur der Blätter für literarische Unterhaltung wegen eines von ihm aufgenommenen kritischen Aufsatzes über Feuerbachs Religionsphilosophie vom hiesigen Appellationsgericht zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Arolsen, 28. Sept. Unsere Landstände sind heute wieder entlassen, nachdem dieselben den Act der Huldigung vollzogen und der Staatsregierung eine sechsmonatliche Frist zu Bearbeitung neuer Gesetzesvorlagen verwilligt haben. Wie man hört, hat der First das gegenwärtige Ministerium bestätigt, auch den unter dem vorigen Regiment ausgetretenen Finanzminister Severin reactivirt. (W. Z.)

Frankfurt, 5. October, Nachts 11 Uhr.

Die heute fällige Pariser Post ist zur gewöhnlichen Stunde ausgeblieben und auch mit dem letzten Zug der Main-Neckar-Bahn noch nicht angekommen.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Innsbruck, 25. Sept. Die Vorarbeiten zur Innsbruck-Kufsteiner Bahn, welche man längere Zeit hindurch für gänzlich unterbrochen hielt, schreiten rüstig vorwärts. Die Ingenieure, deren Aufgabe nunmehr die Ausarbeitung von Detailplänen für die eisenwegen schon bestimmte Linie ist, sind eben im Begriff, ihr Standquartier von Brixlegg nach Kufstein zu verlegen, um dort späterhin zum Behuf einverständlichen Wirkens mit königlich bayerischen Ingenieuren in Verbindung zu treten und auf solche Weise die Lösung ihrer Aufgabe zu beschleunigen.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 5. Oct. Zur österreichische Fonds zeigte sich heute eine flauere Stimmung, namentlich wurden 4½ pCt. Metall bei lebhaftem Umsatz zu merklich niedrigern Preisen verhandelt und blieben zuletzt 72½ pCt. pr. Casse; alle übrigen Gattungen österreichischer Papiere waren ebenfalls mehr angeboten. In spanischen Fonds war das Geschäft heute minder belebt, 1pCt. Neue wurden zu 23¼ pCt. umgesetzt und schließen zuletzt zu diesem Cours in Geld, 3pCt. Inländische ohne Handel 46½ pCt. G. In Eisenbahnactien war keine Bewegung. Süddeutsche Obligationen und Anlehenslose bleiben fortwährend offerirt.

Die am 1. October zu Wien gezogene Serie 78 enthält 5pCt. Staat-Banco-Obligationen Nr. 70814 bis 71205.

Berlin, 4. Oct. Staatsch. 94⅔ Brl., 94½ G. — Köln-Minden 111⅔, à ¾ bez. — Fr.-W.-Nordb. 43 G., 42 à ⅓ à ⅔ bez.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit

Eröffnung des Staats-Telegraphen zwischen Main und Neckar.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der längs der Main-Neckar-Eisenbahn von Frankfurt nach Mannheim errichtete Staatstelegraph vom 1. October d. J. an in Betrieb gesetzt wird, und daß von diesem Zeitpunkte an auf den Main-Neckar-Staatstelegraphen-Bureaux in Frankfurt, Darmstadt und Mannheim unter den im Reglement festgesetzten Bedingungen auch jedermann Privatdepeschen zur Beförderung mittelst des Staatstelegraphen aufgegeben werden können.

Das Reglement über die Benutzung des Main-Neckar-Staatstelegraphen, nebst den Gebühren-Tarifen kann bei den oben genannten Telegraphenbureaux gegen Entrichtung der Druckkosten von 3 kr. per Stück in Empfang genommen werden.

Darmstadt, im September 1852.

[2230] Die Direction der Main-Neckar-Eisenbahn.

[2269]

Anlehen

Sr. Königl. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs von Lucca von fl. 1,050,000 im 24 fl. Fuß, d. d. Wien, 4. October 1836.

In der heute vorgenommenen notariellen Verlosung des vorstehenden Anlehens sind die nachstehenden Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 gezogen worden, nämlich:

Litr. A. Nr. 132 311 702 . . . . à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 241 297 375 497 . . à fl. 500 jede,

deren Verzinsung vom obigen Tage an aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2270]

Anlehen

Sr. Königl. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs von Lucca von fl. 1,120,000 C.-M. à 4 pCt. d. d. Wien, 20. Decbr. 1833.

In der heute vor Notar und Zeugen obligationsmäßig vorgenommenen 18ten Verlosung des vorstehenden Anlehens sind die nachbenannten Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 gezogen worden, nämlich:

Litr. A. Nr. 88 230 278 335 422 441 447 613
629 633 670 711 752 757 780 . . à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 55 322 334 349 373 408 415 448
610 611 . . . . . à fl. 500 jede,

und hört demnach deren Verzinsung von obigem Termine an auf.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2272] Hochfürstlich

Hohenzollern-Hechingen'sches Anlehen

von fl. 260,000 à 4 pCt., d. d. Hechingen, den 2. November 1829.

In der heute obligationsmäßig vor Notar und Zeugen vorgenommenen Verlosung genannten Anlehens sind nachstehende Partial-Obligationen auf 3 nacheinander folgende Jahre zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden, nämlich:

2 Stück Litr. A. Nr. 54 168 à fl. 1000 } pr. 1. Januar 1853.
1 „ „ B. „ 47 „ à fl. 500 }
2 „ „ A. „ 75 134 à fl. 1000 } pr. 1. Januar 1854.
1 „ „ B. „ 115 „ à fl. 500 }
2 „ „ A. „ 38 139 à fl. 1000 } pr. 1. Januar 1855.
1 „ „ B. „ 30 „ à fl. 500 }

deren Verzinsung von den resp. Verfalltermінen an aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2273]

Anlehen

Sr. Durchl. des Herrn Fürsten Paul Esterhazy von Galantha von fl. 2,400,000 fl. C.-M. à 4 pCt., d. d. Wien, 11. Januar 1844.

In der obligationsmäßig vor Notar und Zeugen heute stattgehabten 9ten Verlosung des genannten Anlehens sind die nachstehenden Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf ultimo December 1852 bestimmt worden, nämlich:

Litr. A. Nr. 624 700 829 2067 2303 2535 à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 138 1509 2667 2720 2933 3895
3901 4792 . . . . . à fl. 500 jede,

von welchem Termine an deren Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

Großes Vocal- und Instrumental-Concert,

gegeben von

ANNA BOCHKOLTZ-FALCONI und GEORG STIGELLI,

(von der K. ital. Oper zu Convent-Garden in London),

Donnerstag den 7. October 1852, im Saale zum Weidenbusch.

Billete für gesperrte Sitze à 2 fl. und für gewöhnliche Plätze à 1 fl. 30 kr., sind zu haben in der Musikalien-Handlung des Herrn **C. A. André** (Zeil).

Abends an der Kasse gesperrte Sitze 2 fl. 20 kr., gewöhnliche Plätze 1 fl. 45 kr.

Anfang 7 Uhr. [2277]

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 24. September 1852 an fahren die Boote täglich [2247]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 7½ Uhr (*Schnellfahrt*) . . . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Umnittelbar* nach Ankunft des 6½ Uhr Zuges von *Frankfurt*.
Von *Mainz*-**Castel** Morgens 9 Uhr . . . . . bis **Cöln-Deutz** und **Düsseldorf.**
☞ *Umnittelbar* nach Ankunft des 8 Uhr Zuges von *Frankfurt*.
Jeden *Mont., Mittw., Donnerst. u. Samst.* direct bis **Arnheim** (*Amsterdam*) u. **Rotterdam-London.**
Von *Mainz*-**Castel** Mittags 12 Uhr (*Schnellfahrt*) . . . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Umnittelbar* nach Ankunft des 11 Uhr Zuges von *Frankfurt*.
Von **Biebrich** jedesmal eine Viertelstunde später als von **Castel.**
Von **Mainz** Nachmittags 1 Uhr und Nachmittags 5 Uhr nach **Worms** und **Mannheim.**

Billete für die Dampfschiffe nach allen Stationen und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil*, der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren *Gogel, Koch & Comp.*, Hrn. **Aug. Schönling** auf dem Rossmarkt.

☞ **Da die Düsseldorfer Boote** bei Ankunft der Eisenbahnzüge von Frankfurt schon zur Abfahrt bereit liegen, so wird gebeten, um jede Verzögerung zu vermeiden, sich bereits in **Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten** zu versehen.

Niederländische Dampfschiffe.

(Dienst vom 2. October.) [2216]

Täglich nach Ankunft des 8 Uhr Zuge von Frankfurt.

Von Mainz-**Castel,** Morgens 9 Uhr, mit Uebernachtung in **Cöln** bis **Rotterdam.**
(Montag, Donnerstag u. Samstag über **Arnheim** und 4mal über Nymwegen.)

Jeden Donnerstag und Samstag bis **London.**

Täglich von **Mainz** nach **Mannheim** und jede Woche noch extra Güterboote.

Näheres auf den Haupt-Agenturen von **C. Louis Beyschlag**
in **Frankfurt a. M.** (Kornmarkt), in **Castel** und in **Mainz**

Druck von August Osterrieth

---

33. Braunschweiger Lotterie.

Hauptziehung sechster Classe am 20. October.
Gewinne: fl. **87500, 52500, 35000** ꝛc. ꝛc.
½ Loose fl. 56, ¼ fl. 28, ⅛ fl. 14, ¹⁄₁₆ fl. 7, und mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100: ½ Loose fl. 32, ¼ fl. 16, ⅛ fl. 8, ¹⁄₁₆ fl. 4, bei

Jacob Braunschweig,
Fahrgasse H. 44 in Frankfurt a. M. [2284]

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Mundgenuß. Zu haben in Philippe's Apotheke, zur St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags, und bei Lenoyt in Frankfurt bei F. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

Gutsverpachtung.

[2209]

Das zum Staatsvermögen gehörige Domainengut zu Schwarzenfels, welches aus

1½	Morgen	35 Ruthen	Hofraithe,
358½	„	4 „	Heilbaren Landes,
150½	„	„	Wiesen,
9½	„	33½ „	Garten,
¼	„	15 „	Teiche, und
24½	„	„	Hute

besteht und mit den erforderlichen Wohn- und Oekonomie-Gebäuden versehen ist, soll mit der hergebrachten Schäferei-Hute und Triftberechtigung für 300 Stück Schafe, von Petritag 1853 an, auf 9 oder 12 Jahre anderweit verpachtet und zu dem Ende öffentlich aufgeboten werden.

Erster Steigerungstermin hierzu ist auf Montag den 18. October d. J., Morgens 10 Uhr,

in das Geschäftslocal der Rentherei Schwarzenfels anberaumt worden, was hiermit Pachtliebhabern unter dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß die Qualification zur Uebernahme dieser Gutspacht durch glaubhafte Zeugnisse über Vermögen und Landwirthschaftliche Kenntnisse, oder welche Zeugnisse Niemand zum Mitbieten zugelassen wird, in jenem Termine nachgewiesen werden muß.

Die Pachtbedingungen können schon jetzt in den Pachtsecretariaten der unterzeichneten Finanz-Ministerial-Abtheilung sowohl, als auch bei der genannten Rentherei, eingesehen werden.

Cassel, am 24. September 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium,
Abtheilung für die Domänen.
Wiederhold, I. A.
vdt. Schuchardt.

(Nebst Beilage und Kour ersatsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nr. 239.) 6. October 1852.

Deutschland.

= **Frankfurt**, 6. Oct. Der Vorstand der israelitischen Gemeinde hat am 2. October eine Eingabe in Betreff der bürgerlichen Gleichstellung der Juden an den Senat gerichtet und für den Fall der Wiederaufhebung derselben Verwahrung eingelegt. Mit dieser Eingabe hat er ein „Rechtsgutachten über die fortdauernde Giltigkeit der in der freien Stadt Frankfurt den Israeliten, Landeswohnern und Beisassen gesetzlich verliehenen Gleichstellung mit den christlichen Stadtbürgern von Dr. Heinrich Zöpfl, großherzogl. bad. Hofrath, öffentl. ordentl. Professor des Staatsrechts an der Universität Heidelberg" dem Senat übergeben, welches gestern, als Manuscript gedruckt, auch an die Mitglieder der gesetzgebender Versammlung vertheilt worden ist. Hr. Professor Zöpfl spricht sich in seinem Gutachten dahin aus, daß zwar das Gesetz vom 19. October 1848 über die Aufhebung des Art. 50 a der Constitutionsergänzungsacte, die Bildung einer constituirenden Versammlung und die Nichtergänzung des Senats bis zur Erledigung der Verfassungsfrage) außer Wirksamkeit zu setzen sei, daß jedoch das Gesetz vom 20. Febr. 1849 (Gleichstellung der Juden, Beisaffen und Landeswohner) verfassungsmäßig entstanden sei, und daß die Bundesversammlung weder nach einem bestimmten Bundesgesetze, noch nach den ausgesprochenen Bundeszwecken, noch nach der Wiener Congreßacte Art. 46 für rechtlich befugt erachtet werden könne, dasselbe für ungiltig und die dadurch veranlaßten Veränderungen für nicht legal herbeigeführt zu erklären. Es könne dem Senat nicht zugemuthet werden, feinerseits die Ungiltigkeit dieses Gesetzes auszusprechen, sondern höchstens, wie es seiner Zeit die badische Regierung hinsichtlich des Preßgesetzes nach Maßgabe des Bundesbeschlusses vom 5. Juli 1832 gethan, auf Grund der Weisung der Bundesversammlung, ohne von seiner ausgesprochenen Ansicht abzugehen, für unwirksam zu erklären, und zwar nur unter Zustimmung der gesetzgebenden Versammlung; zugleich müsse aber der Senat entschieden die Hoheits- und Verwaltungsrechte der freien Stadt Frankfurt für künftige veränderte Zeitumstände wahren. Die Commission der gesetzgebenden Versammlung hat ihren Bericht bereits erstattet, und wird derselbe nächsten Freitag in der Versammlung zur Vorlage kommen.

Die feierliche Wiedereröffnung der Paulskirche (nicht Wiedereinweihung) wird am 24. d. M. in der Weise stattfinden, daß Hr. Consistorialrath Friedrich das Eröffnungsgebet, einer der an der Kirche angestellten Geistlichen die Predigt, der andere das Schlußgebet vor dem Altar halten, ein Gesangverein, wahrscheinlich der Cäcilienverein, einen Choral vortragen und der Kirchenvorstand in corpore beiwohnen wird.

Frankfurt, 5. Oct. Ihre Maj. die Königin Maria Amalia und Se. königl. Hoh. der Prinz v. Joinville haben gestern Nachmittag, nachdem sie verschiedene Sehenswürdigkeiten unserer Stadt in Augenschein genommen, dieselbe verlassen und die Reise nach der Schweiz fortgesetzt. — Se. Maj. der König von Hannover verweilte gestern Morgen nicht mehrere Stunden hier, sondern setzte sogleich die Reise auf der Main-Neckar-Eisenbahn bis Darmstadt und von da zu Wagen weiter fort. — Der diesseitige Bevollmächtigte bei dem Zollvereinscongreß in Berlin, Herr Schoff Cöster, war bis jetzt durch Unwohlsein verhindert, von dort die Rückreise hierher anzutreten. — Das Gutachten des Rechneiamts hat sich beim Senat für die Garantie der Hälfte der Zinsen des Anlagecapitals für die Fruchthalle ausgesprochen. — Der gestrige Sturm hat nicht allein in unserer Umgegend wieder viele Bäume entwurzelt und geknickt, sondern soll auch, nach den heute Morgen hier eingetroffenen mündlichen Mittheilungen, auf dem Rhein so gewüthet haben, daß viele Schiffe nicht allein stark beschädigt worden, sondern auch 10 gesunken seien. Hoffen wir, daß diese Hiobsnachrichten übertrieben sind!

* **Berlin**, 4. Oct. Die heutige Nummer der Kreuzzeitung ist polizeilich mit Beschlag belegt worden. — In Breslau, sagt die „Nationalzeitung", soll heute eine Zusammenkunft schlesischer Industriellen stattfinden, um in einer Petition an das königl. Ministerium die Zolleinigung mit Oesterreich anzuvermehren.

Breslau, 2. Oct. Gestern Morgen hat Appellationsgerichtsdirector Temme mit seiner Familie unsere Stadt, in der er sich 1½ Jahr aufgehalten, verlassen und seine Reise nach Zürich angetreten, wohin er als Professor einen Ruf erhalten hat. Er beabsichtigt dort zunächst über gemeines deutsches Strafrecht, über das Strafrechtsverfahren und über den Civilproceß Vorlesungen zu halten. (Bresl. Z.)

* **Köln**, 4. Oct. Während die Menge heute Morgen den Assisensaal füllte, fand daneben in dem Appellsaale der feierliche Act der Eröffnung des neuen Gerichtsjahres statt, wobei sich die nicht anderweitig in Anspruch genommenen Richter in ihren purpurnen Galatalaren eingefunden hatten. Der Generalprocurator Nicolovius verlas einen Nekrolog des verstorbenen ersten Präsidenten Schwarz. Theils als eine Folge der von dem Verstorbenen eingeführten Disciplin lobte er das gute Verhalten der Gerichtspersonen im Allgemeinen, namentlich in den jüngsten Revolutionsjahren, beklagte dagegen die vielen Urtheile, welche gegen Gerichtsvollzieher und Notare hätten erlassen werden müssen. Der Sturz mehrerer Notare sei namentlich durch zu großen Aufwand und Speculationen veranlaßt worden, wesbalb er die Mitglieder dieses Standes dagegen verwarne. Der Bericht über die gerichtliche Thätigkeit war sehr günstig, da sich die schwebend gebliebenen Civilproceße danach auf 389 vermindert haben. Nach einer üblichen kurzen Ermahnungsrede des Präsidenten an den Advokatenstand, der im Grunde eine Lobrede war, erklärte derselbe das Gerichtsjahr für eröffnet und dann die Sitzung für geschlossen.

** **München**, 3. Oct. Der heutige Haupttag unserer diesmaligen Octoberfeste war vom schönsten Wetter begünstigt und durch keinerlei Unfall getrübt. Die Menschenmasse, welche demselben beiwohnte, war größer als je in den Vorjahren, eine natürliche Folge der erleichterten Verkehrsmittel und namentlich der Eisenbahnen, die uns gestern und heute in fast endlosen Zügen viele Tausende aus allen Gegenden Bayerns brachten. Es werden mindestens 70 bis 80,000 Menschen dem heutigen Fest beigewohnt haben, bei welchem die Bieyschau und Vertheilung von Preisen an die Oekonomen, dann ein Pferderennen, die Hauptbestandtheile bildeten. Unsere königlichen Majestäten nebst dem König von Griechenland, der Frau Herzogin von Modena und unsern höchsten Herrschaften beehrten das Fest mit ihrer Gegenwart und wurden die königlichen Majestäten, die unter dem Donner der Landwehrgeschütze und begleitet von der Landwehrcavallerie anfuhren, vom Volk mit Zurufen herzlichst begrüßt. Im Königszelte, in welchem die allerhöchsten und höchsten Herrschaften Platz nahmen, waren die Herren vom diplomatischen Corps mit ihren Damen, die höchsten Staatsbeamten, das Generalcomite des landwirthschaftlichen Vereins und der Magistrat versammelt. Die königlichen Majestäten verweilten bis nach dem Pferderennen und wurden beim Scheiden abermals mit Zurufen vom Volk begrüßt. Morgen beginnt nun auf der Festwiese das Schießen nach Scheiben, Hirsch und Vogel, das die ganze Woche dauert, am Dienstag werden olympische Spiele, am Donnerstag ein Trabrennen und nächsten Sonntag zum Schluß noch ein Pferderennen stattfinden. — Heute Morgen nach 2 Uhr wurden wir durch Feuerlärm geweckt; es brannte im Gasbereitungsgebäude des hiesigen Eisenbahnhofs und wurde das betreffende Gebäude ganz zerstört, dem Weitergreifen des Feuers aber Einhalt gethan. Wäre nicht Windstille gewesen, so hätte der Brand sehr gefährlich werden können.

** **Dresden**, 3. Oct. Es hat denn doch eine Aenderung in der Zusammensetzung unseres Ministeriums sich nothwendig gemacht. Noch ist der nähere Zusammenhang nicht bekannt, aus welchem Grunde der bisherige Minister des Innern, Freiherr von Friesen, seine Demission eingereicht und dieselbe auch unverzüglich erhalten hat. Sein Nachfolger ist noch nicht bekannt. Der Minister des Auswärtigen, Freiherr von Beust, ist provisorisch mit der Unterzeichnung beauftragt worden. An Sicherheit wird darauch unser Gouvernement jedenfalls gewonnen haben.

Mainz, 5. Oct. Heute Vormittag verschied plötzlich vom Schlage gerührt einer unserer geachtetsten Mitbürger, Herr Dr. med. Franz Ritzberger sen. (M. J.)

*) **Gotha**, 4. Oct. In der heutigen Nummer der „Gothaischen Zeitung“ findet sich folgende Bekanntmachung der Secretarie des hiesigen Justizcollegiums: Der Literat Friedrich Meyer hier war in der Untersuchungshaft wegen öffentlicher Beleidigung des Königs von Preußen, der königlich preußischen Regierung und der königlich preußischen Armee vom herzoglichen Justizcollegium hier mittelst Reskripts vom 29. April d. J. zu einer dreimonatlichen Gefängnißstrafe und zur Bezahlung seines Theils Kosten verurtheilt worden. Er legte gegen dieses Erkenntniß Defension ein, unterzog aber zugleich dasselbe einer öffentlichen Kritik (also im hiesigen Tagblatte). Von jener Erwägung hieraus mußte im Interesse der Vertheidigung selbst abgestanden werden, nachdem aber auf die Defension ein bestätigendes Erkenntniß der Juristenfacultät zu Leipzig eingesandt und dem „Meyer eröffnet worden ist, so hat das herzogliche Justizcollegium für erforderlich gehalten, solches ebenfalls zur Kenntniß des Publikums bringen zu lassen.“ Die erwähnte Beleidigung des Königs von Preußen ꝛc. hatte Meyer sich dadurch zu Schulden gebracht, daß er in dem von ihm verfaßten politischen Theile des hier erscheinenden „Reichskalenders“ sich sehr bitter über die preußischen Maßnahmen in Hessen und Schleswig ausgesprochen hatte.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 4. Oct. Gegen die Gemeindewahlen in der Stadt Freiburg ist Klage beim Bundesrath eingegeben und Cassation oder wenigstens genaue Untersuchung verlangt worden. — Bei den Wahlen der eidgenössischen und kantonalen Gesschwornen im Kanton Bern ist nur wenig Parteigetriebe wahrgenommen worden. In der Hauptstadt ist die Liste der Conservativen mit einer Mehrheit von zwei Drittel durchgegangen. — Nach den in der „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlichten statistischen Daten hat gegenwärtig die Stadt Zürich, als politische Gemeinde für sich allein, eine Bevölkerung von 17,040 Individuen, wovon 1600 Katholiken. Rechnet man dazu noch die Einwohnerzahl von Neumünster mit 7075 Seelen, wovon 412 Katholiken, so erhebt sich die Bevölkerung auf 24,115 Seelen und mit der übrigen Umgebung auf 33,591 Einwohner, wovon 2500 Katholiken. Genf hat 31,238 Einwohner, wovon 9000 Katholiken, Bern 27,558 Seelen, wovon 1500 Katholiken, Basel 27,313 Individuen, wovon 5000 Katholiken und Lausanne 17,108 Einwohner, wovon 1000 Katholiken.

Frankreich.

Paris, 28. Sept. Am Vorabend der Abreise Ludwig Napoleons wurde ein einflußreicher Publicist und Director eines der verbreitetsten Pariser Tagblätter in St. Cloud empfangen, wo der Prinz-Präsident eine lange Unterredung mit ihm hatte. Sicherm Vernehmen nach, hatte der Publicist gewünscht, von Ludwig Napoleon selbst das Losungswort zu erhalten, in wiefern ersterer während der Reise des Prinz-Präsidenten die Kaiserfrage in seinem Journal zu berühren hätte. Ludwig Napoleon soll darüber beiläufig in folgenden Ausdrücken seine Antwort eingekleidet haben: „Meine Gegner sind unablässig bemüht, im Ausland den Glauben zu verbreiten, daß ich es bin, welcher die Sympathien zu Gunsten des Kaiserreichs durch künstliche Mittel zu erregen suche. Um diese Beschuldigung von mir zu wälzen, habe ich beschlossen eine Rundreise gerade durch jene Provinzen zu unternehmen, welche durch die Revolution vom Jahr 1848 am meisten erschüttert wurden. Der Empfang, welcher mir dort zu Theil werden wird, soll zwischen mir und meinen Feinden entscheiden, und den übrigen Europa die Wahrheit zeigen. Da jedoch andere Regierungen vor mir in ihren Erwartungen und Hoffnungen sich täuschen konnten, will ich nur das glauben, was ich mit eigenen Augen während meiner Reise gesehen und mit meinen Ohren gehört haben werde. Ich wünsche daher, daß die mir ergebene Presse die Kaiserfrage nicht früher berühre, bis ich durch den Minister des Innern (Hrn. v. Persigny) ihr wissen lassen werde, daß sie auf diesem Terrain als der echte Ausdruck der öffentlichen Meinung zu gelten hoffen darf.“ — Wirklich haben der „Constitutionnel“ und „Le Pays“, die zwei vorzüglichsten Organe des Elysée national, die Kaiserliche Fahne erst dann förmlich aufgepflanzt, als Hr. v. Persigny von Lyon, wohin er den Prinz-Präsidenten begleitet hatte, nach Paris wieder zurückgekehrt war. Der Empfang, welchen Ludwig Napoleon in Lyon, der zweiten Hauptstadt des Landes und dem beständigen Herd der Revolution, jetzt erfuhr, galt in den Augen des Prinz-Präsidenten als die Feuerprobe, welche die Sympathien zu Gunsten des Kaiserreichs stegreich bestanden hatten. Seit der erwähnten Rückkehr des Hrn. v. Persigny werden ohne Verheimlichung in allen Ministerien die Vorkehrungen getroffen, um die verschiedenen Organe der Centralverwaltung dem bevorstehenden Kaiserreich vollends anzupassen. Im Kriegsministerium namentlich werden schon die Cadres der künftigen kaiserlichen Garde bereitet. (El.)

† **Paris**, 3. Oct. Einige auswärtige Blätter haben die Entdeckung des Höllenmaschinencomplotts als einen Kunstraub der Bonapartisten darstellen wollen, den man angewendet, um den Sympathien für den Prinz-Präsidenten einen noch größern Nachdruck zu vermitteln und einen Adressensturm im Lande zu provociren. Beglückwünschungsschreiben laufen denn auch schon von allen Seiten ein. Um aber nach dem ausdrücklichen Wissen des Prinz-Präsidenten die öffentliche Meinung, statt sie zu kraltiren, vielmehr zu beruhigen, dem Adressensturm Einhalt zu thun und dadurch jeden Vorwand zu beseitigen, als sei der dem Prinz Präsidenten überall entgegenzurauschende Enthusiasmus künstlich hervorgerufen, ist heute im „Moniteur“ folgende officielle Notiz erschienen:

„Der Prinz-Präsident ist von den jahrelangen Zeichen der Sympathie tief gerührt, die er in Folge der Entdeckung des Marseiller Complotts erhält. Man darf jedoch die Gefahr nicht übertreiben, der der Prinz ausgesetzt war. Die Vorsehung wachte über ihn und hat es gewollt, daß diese abscheuliche Maschine vor der Ankunft des Präsidenten in Marseille entdeckt wurde. Frankreich möge mit seiner Beachtung die nächstwerdenden Projecte einiger Elenden bedecken. Uebrigens gebühren sie jetzt der Justiz.“

Nachrichten aus Lyon geben einige Einzelnheiten über die Verhaftung Caillards in St. Etienne. Dieser Individuum gibt sich für einen Soldarbeiter aus und ist 35 Jahre alt; er befand sich in Gesellschaft eines politischen Verurtheilten, der seinen Bann gebrochen hatte. Letzterer nennt sich Loriot, ist Kupferdrucker und aus Tours gebürtig. Das von Marseille ausgegangene Signalement ließ Gaillard erkennen, der seine Theilnahme an der Verfertigung der Höllenmaschine auch bald eingestand; Loriot leistete dagegen nicht nur den mit seiner Verhaftung beauftragten Agenten einen sehr heftigen Widerstand, sondern leugnete auch seine Theilnahme an dem Marseiller Complott. Diese beiden Individuen werden nunmehr kurzem nach Marseille gebracht werden.

Aus Lille schreibt man, daß wegen eines möglichen Einfalls der belgischen Steinkohlenarbeiter in Frankreich nicht nur dort, sondern auch zu Douai, Cambrai, Valenciennes, Maubeuge ꝛc. Vorsichtsmaßregeln ergriffen worden sind. Die Truppen haben Munition und Lebensmittel auf einen mehrtägigen Marsch erhalten, und die Gendarmerie gilt eine scharfe Aufsicht an der Grenze aus. Ein belgisches Blatt der Gegend erklärt hingegen alle Besorgnisse, die diesen Maßregeln als Anlaß dienen, für nichtig. — Nach Berichten von der belgischen Grenze hat man in den letzten Tagen eine ungeheure Masse Eisen und Kohlen nach Frankreich eingeführt. Die Sambre, Maas und Nieder waren mit Schiffen bedeckt und Waarenzüge kamen Tag und Nacht in Valenciennes an. Man hat berechnet, daß von Charleroi auf der Sambre und der Eisenbahn in vier Tagen allein zwölf Millionen Pfund Roheisen nach Frankreich eingeführt worden sind.

Auf Guadeloupe hat der Gouverneur bekannt gemacht, daß, kraft Entscheidung Ludwig Napoleons, der Appellationsrath Dain seine Stelle behalten werde, indem derselbe jetzt Anhänger der Regierung sei. Trotzdem dauert unter die Aufregung gegen den Generalmontagnard fort; sämmtliche Advocaten beharren dabei, nicht vor dem Appellhof plaidiren zu wollen, so lange Dain Mitglied desselben ist.

Paris, 4. Oct., 7 Uhr Abends. Der Prinz-Präsident ist gestern in Carcassonne angekommen. (T. D. d. K. Z.)

Belgien.

Brüssel, 4. Oct. Noch immer keine bestimmte Nachricht über den Ausgang der ministeriellen Krisis. Se. Maj. der König, welcher, wie von gut unterrichteten Personen versichert wird, sehr verstimmt über die gegenwärtigen Verwickelungen ist, hat bis jetzt noch keinen Staatsmann zu sich berufen. Es faßt die Ansicht Platz, man würde einen politischen Mann von gemäßigter liberaler Nuance berufen und denselben zum Chef des Cabinets erheben; dieser würde sich alsdann fünf fähige Staatsbeamte aus den verschiedenen öffentlichen Administrationen zugesellen, die den Kämpfen der Parteien, welche seit einiger Zeit Belgien zertheilen, völlig fremd geblieben wären. Ein so zusammengesetztes Ministerium träte alsdann mit dem sehr bestimmten Entschlusse die Verwaltung an, keine Parteipolitik zu machen, und ausschließlich sich zu beschäftigen, den Titel eines Geschäftsministeriums zu verdienen. Die Aufregung der Parteien, hofft man, gewinne so Zeit, sich zu beruhigen. Dieses Ministerium würde übrigens durchaus keinen provisorischen Charakter haben; keine Angelegenheit, von dem commerciellen Zwiste zwischen Belgien und Frankreich bis zum geringsten Acte der Administration, würde außer seinem Bereiche bleiben; bei jeder Frage würde es der Kammer eine Lösung oder ein Factum vorlegen und nie Theil an einer aufregenden Discussion nehmen, welche sich gelegenheitlich zwischen den zwei Parteien erheben konnte. Unsere größten Diplomaten betrachten eine solche Lösung als die einzige wahrscheinliche und als die einzige fruchtbare in diesem Augenblicke.

Nachschrift. Herr Rothomb wird nicht, wenigstens nicht direct, nach Brüssel kommen, da er sich nach Paris begibt, um seine zwei Töchter in ein Pensionat zu bringen. (K. Z.)

Brüssel, 4. Oct. Einem Gerüchte zufolge würden die Herren de Brouckere, Lietis und Leclerc Mitglieder des neuen Cabinets werden. (K. Z.)

Großbritannien.

O **London**, 2. Oct. Schon früher einmal war von den Vorlehrungen die Rede, welche Sir James Graham getroffen hat, um Premierminister zu werden, falls das gegenwärtige Cabinet nach seinem Zusammentritt des Parlamentes eine Niederlage erleiden sollte. Seltsam ist, daß Lord Derby und der sehr ehrenwerthe Baronnet Graham, nachdem sie früher einander sehr nahe gestanden und sich zu denselben politischen Grundsätzen bekannten, heute in letzterer Beziehung diametral einander gegenüber stehen. Sir James Grahams Plan ist, dem „Morning Advertiser" zufolge, sich beim Zusammentritt des Parlaments im Unterhaus an Lord John Russells Seite zum Führer der liberalen Partei wählen zu lassen, weil er wohl weiß, daß wenn unter seiner Führung ein glücklicher Angriff das Cabinet Derby stürzt, letzterer seine Entlassung geben, und er, Graham, zu der Königin beschieden werden wird, um mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt zu werden. Uebrigens glaubt man, der Baronnet von Netherby rechne nicht mehr so sehr auf den Erfolg seiner Entwürfe, wie er noch vor einigen Wochen gethan. — Ein aus dem Bureau des Generalstabs erlassener Tagesbefehl spricht dem Generallieutenant Bicomte Hardinge anläßlich seiner Niederlegung der Functionen als Feldzeugmeister, und den Offizieren dieses Departements die Zufriedenheit und den Dank der Regierung für den Eifer aus, mit welchem sie ihren Pflichten nachgekommen sind. Der neue Oberbefehlshaber der Landarmee hat zu seinen Adjutanten ernannt den Obersten Lord Charles Wellesley, den Oberstlieutenant Robert Bruce Wood, den Hauptmann Grafen v. Warch und den Hauptmann Hentzi von Woverton. — Die Friedensgesellschaft hat an einigen Orten die freiwillige Einzeichnung der Militzen zu hintertreiben versucht; in Poole versuchte der Secretär des genannten Vereins durch aufregende Plakate das neue Landwehrinstitut in Mißcredit zu bringen. Der Mayor aber ließ die Maueranschläge abreißen und den Colporteur derselben von seinem Amt suspendiren. — Lord Howden, der britische Gesandte in Madrid, ist in Urlaub hier angekommen.

„Times" und „Globe" widmen der ihrer Ansicht nach stark gefährdeten Stellung Belgiens einige Betrachtungen. „Times" nimmt sich nicht mehr die Mühe, zu beweisen, daß wirklich Gefahr vorhanden. Dies ist in ihren Augen eine ausgemachte Sache. Sie ist in ihrem Raisonnement bereits viel weiter geeilt und erörtert schon die strategischen Mittel, durch welche der eventuelle Angriff des französischen Adlers bei dessen ersten Anlauf wirksam zurückzuweisen sei. Sie befürwortet heute zu diesem Zweck die projectirte Befestigung Antwerpens. Der „Globe" ist seiner Sache noch nicht so gewiß; er fragt, „ob die europäische Schlacht wieder auf flamischen Boden geschlagen werden müsse", und antwortet darauf: Allem Anschein nach ja.

„Jewish Chronicle" versichert, es sei die Absicht des Barons Lionel Rothschild, bei Eröffnung des Parlaments noch einmal als Vertreter der City auf seinem Platz zu erscheinen. Er wird bei Gelegenheit der Sprecherwahl von seinem Rechte, zu sprechen und zu stimmen, und mit den andern Citymitgliedern von dem alten Cityprivilegium Gebrauch machen, seinen Platz zunächst am Stuhl des Sprechers zu nehmen.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in Köln.

I.

Y **Köln**, 4. Oct. Um 9 Uhr wurden Dr. Becker und Genossen, unter Bedeckung von 12 Kürassieren, in einem Omnibus an den Assisensaal gebracht. Als erster Präsident leitet Appellationsrath Göbel die Verhandlungen. Er hat als Suppleant den Präsidenten Oekeloven und der Oberprocurator v. Sedendorf den Procurator Sandt zur Seite. Nach einigen Vorfragen wurde das Geschworenengericht aus 12 Personen mit 2 Supplenten gebildet und begann die Verlesung der Anklageacte. Dieselbe begann mit der Geschichte der deutschen Verschwörungen in Paris 1831. Aus derselben, die anfänglich nur Preß- und Flüchtlingsunterstützungen zum Zweck hatten, bildeten sich am Ende mehr politische, welche den Sturz der deutschen Fürsten und eine ungetheilte demokratische Republik als Ziel aufstellten, und mit der Zeit auch sozialistische und hätte sogar communistische Grundsätze annahmen. Sie wechselten oft den Namen und ihre Eintheilungen, trennten sich nach Zwistigkeiten und bildeten sich wieder neu. Im Jahr 1840, wo bereits Marx und Consorten dem Bunde angehörten, nahm derselbe eine etwas kriegerische Eintheilung an, und bestand von nun an ununterbrochen fort. Erst im August 1849 wurde in Hamburg, wo Weitling an der Spitze stand, die Verbindung entdeckt, und in Leipzig wurde im Juni 1850 vom Kaufmann Peltzer eine an ihn eingeschlagene, für einen Schneider Marx bestimmte Ansprache der Polizei eingeliefert. Es erfolgte dann die Verhaftung Nothjungs am 10. Mai v. J., bei dem man die Statuten des communistischen Bundes entdeckte. Die Klageschrift bringt nun die seither durch die Zeitungen gemachten Enthüllungen, erwähnt des Zwiespalts in London, der nach ihrer Ansicht keineswegs aus abweichenden Principien, sondern aus persönlicher Rebenbuhlerei von Marx entstanden sei, in Folge dessen er und seine Anhänger die Centralbehörde nach Köln verlegten, um in den Kölnern Communisten eine bessere Stütze in seiner Stellung als Haupt der Verschwörung und dereinstigen Revolution zu erhalten, als ihm in London verblieben war. Diese Rebenbuhlerschaften führten dann zu den verschiedenen Reisen von Emissären, von denen Nothjung einer der Marx'schen Partei war. Die Anklage geht nun zu den Beweisen gegen die Einzelnen über, und wird die Anklage gegen Röser theilweise noch verlesen, auf deren Mittheilung wir jedoch für heute verzichten müssen. Bei der Ankunft und Zurückfahrt der Angeklagten fanden einige Demonstrationen statt, die Verhaftungen nach sich zogen.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Der Verwaltungsrath der schweizerischen Centraleisenbahn in Basel hat den Bau folgender Linien beschlossen: 1) Von Olten bis Herzogenbuchsee. 2) Von da eine Linie durch den Kanton Bern bei Kirchberg und Schönbühl vorbei nach Bern. Eine zweite Linie von Herzogenbuchsee nach Solothurn, und, falls die Correction der Aar einer zwei Jahren nicht zu Stande kommt, nach der Wahl Solothurns von da bis Biel. 3) Verpflichtet sich die Gesellschaft von Biel aus Solothurn mit einer West-Ost-Eisenbahn in Verbindung zu setzen, insofern die Verbindung nicht mehr als vier Stunden beträgt; dagegen muß Solothurn auf alle Concurrenzlinien auf 30 Jahre verzichten. — Das Tagblatt von St. Gallen berichtet aus dem Rheinthal: Auf den Wunsch des St. Galler bündnerischen Eisenbahncomite's, daß die Bahn von Chur bis Rorschach noch in diesem Herbst ausgebeckt werde und in Folge des dafür bewilligten Credits werden diese Ausdeckungsarbeiten noch im Laufe dieser Woche vom St. Gallischen Bahnbureau aus, zwischen Rorschach und Hirschensprung, und bündnerseits zwischen Dieschensprung und Sevelen, in Angriff genommen werden. Die ganze Bahn von Rorschach bis Chur nebst Zweiglinie von Sargans nach Wallenstadt soll auf kaum 12 Millionen französische Franken zu stehen kommen. Man erwartet, daß sich Bayern und Würtemberg mit der Hälfte betheiligen werden.

Ludwigshafen, 4. Oct. Im verflossenen Monat Septemb. r betrug die Summe der Betriebseinnahmen unserer pfälzischen Ludwigsbahn 73,883 fl. 29 kr., und zwar für die Beförderung von 39,047 Personen 24,410 fl. 9 kr., für den Transport von 112,•25 Centner Güter 16,793 fl. 2 kr. und für den von 230,320 Centner Kohlen 32,680 fl. 18 kr. Die Gesammteinnahme im Monat September 1851 betrug nur 63,973 fl. 45 kr., so daß dagegen im verflossenen Monat sich eine Mehreinnahme von 9909 fl. 44 kr. herausstellt. In gleichem Monat 1850 belief sich die Gesammteinnahme der Bahn nur auf 43,243 fl. 9 kr., wobei 14,502 fl. 45 kr. als Einnahme für den Transport von 117,360 Centner Kohlen figurirten, also die Hälfte weniger als im verflossenen Monat.

Börsenberichte.

Wien, 5. Oct. 5pCt. Metall. 95½. — Neue Anlehe 94⅞. — 4½pCt. do. 85. — Bankactien 1350. — 250 fl. Loose 138⅛. — 5pCt. Lomb.-Venet. —. — London 11 fl. 34 kr.

Amsterdam, 3. Oct. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 64⅛. — 64. — 3pCt. Schuld —. — 4pCt. 96⅞. — 1pCt. Spanische 23¼. — 3pCt. —. — In. inländ. à 6000 fl. 45⅞. — 5pCt. Metall. 78⅛. 78⅛.

Zu den notirten Coursen war der Handel sehr belebt.

Paris, 4. Oct. 4½pCt. Rente 105. — 3pCt. do. 78, 75. (K. Z.)

Frankfurt, 6. Oct. Bei der heute stattgehabten 4. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 1855, 11966, 11832, 12294 und 4236 jede 1000 fl., Nr. 13614, 5101, 8038 und 12398 jede 300 fl.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt

[2288]

Benachrichtigung
für das correspondirende Publikum.

Laut telegraphischer Depesche aus Halle vom 6. l. M., 9 Uhr 1 Min. Vormittags, hat der gestern Abend um 10 Uhr aus Berlin abgegangene Eisenbahnzug den Anschluß an den ersten Zug von Halle nach Eisenach in Halle nicht erreicht.

Frankfurt a. M., den 6. October 1852.

Ober-Post-Amt.

[2271]

Anlehen

Fr. Königl. Hoh. des Großherzogs Ludwig II. von Hessen

von fl. 700,000 im fl. 24 Fuß à 4 pCt., d. d. Darmstadt, 1. Jan. 1840.

In der heute vor Notar und Zeugen stattgehabten dritten Verloosung des genannten Anlehens sind nachverzeichnete Partial-Obligationen, nämlich:

Litr. A. Nr. 50 55 81 103 104 107 126 132 133 142 151 249 258 262 271 à fl. 1000.
„ B. „ 1 11 17 46 49 90 109 137 146 172 191 206 292 309 317 321 344 366 368 395 à fl. 500.
„ C. „ 16 37 39 105 106 110 114 121 160 168 186 216 242 262 287 à fl. 300.
„ D. „ 3 14 35 47 53 79 92 106 124 170 174 214 224 281 285 à fl. 200.
„ E. „ 13 22 43 58 69 71 73 77 93 118 145 152 275 298 303 358 375 380 382 389 395 445 455 496 497 à fl. 100.

zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 gezogen worden, von welchem Tage an deren Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild und Söhne.

[2275]

Anlehen

Seiner Durchlaucht des Herrn Herzogs

Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha

von fl. 1,000,000 C.-M. à 4 pCt., d. d. Wien, den 1. Juli 1837.

Laut Inhalt der Haupt-Obligation fand heute vor Notar und Zeugen die sechste Verloosung des rubricirten Anlehens statt und wurden in derselben folgende Partial-Obligationen gezogen:

Litr. A. Nr. 10 80 213 243 302 491 505 519 520 600 614 . . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 12 47 72 127 148 186 416 497 à fl. 500.
„ C. „ 49 164 240 357. . . . . à fl. 250.

per 1. Januar 1853.

„ A. „ 87 132 135 197 313 324 378 392 407 608 627 . . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 10 85 108 163 235 291 462 485 à fl. 500.
„ C. „ 99 134 203 274. . . . . à fl. 250.

per 1. Juli 1853.

„ A. „ 56 69 102 189 250 268 336 356 383 399 473 544. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 33 135 183 228 231 310 328 469 à fl. 500.
„ C. „ 150 185 246 283. . . . . à fl. 250.

per 1. Januar 1854.

Litr. A. Nr. 70 106 277 320 349 360 375 464 521 530 569 587. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 6 11 60 73 116 246 313 452 à fl. 500.
„ C. „ 189 220 309 316. . . . . à fl. 250.

per 1. Juli 1854.

„ A. „ 8 28 212 217 329 366 402 433 512 573 585 629. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 21 96 336 378 386 388 402 435 à fl. 500.
„ C. „ 54 219 265 324. . . . . à fl. 250.

per 1. Januar 1855.

„ A. „ 111 140 170 183 203 242 257 288 289 419 498 553. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 14 15 64 75 92 296 426 500 à fl. 500.
„ C. „ 151 243 299 305. . . . . à fl. 250.

per 1. Juli 1855.

deren Rückzahlung — nach Eingang — an den resp. beigesetzten Verfallterminen bestimmt worden ist.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2274]

Anlehen

des Hochgeb. Herrn Hugo Grafen Henkel von Donnersmark

von 1,125 000 fl. C.-M. à 4 pCt., d. d. Wien, 28. Mai 1846.

In der heute vor Notar und Zeugen vorgenommenen Verloosung des vorstehenden Anlehens sind folgende Partial-Obligationen, nämlich:

Litr. A. Nr. 199 604 722 730 . à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 53 170 480 505 . à fl. 500 jede,

zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 bestimmt worden, von welchem Tage an deren Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2278]

Hochgräflich Erbach-Schönberg'sches 4pCt. Anlehen

von 200,000 fl., d. d. 1. November 1839.

Von obigem Anlehen wurden in der heute stattgehabten dritten obligationsmäßigen Verloosung die nachstehenden Nummern:

Litt. A. Nr. 102. 131. . 2 Stück } zusammen fl. 3000.
Litt. B. Nr. 42. 56. . 2 Stück }

zur Rückzahlung per 1. Januar 1853 bestimmt, wovon die Besitzer mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt werden, daß von diesem Tage an jede weitere Verzinsung auf diese Obligationen aufhört.

Frankfurt a. M., den 2. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.

Cours der Staats-Papiere.

6. October 1852. (Schluss der Börse.)

	Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.b.Rothe)	93½ P.
„	5% M.V.J.1854 Ser.B.	93½ P.
„	5% L. V. (C.b Rothe)	88, ½ ber. 88 G.
„	5% do.Monte C.18.I.M	84½ P.
„	Bank-Actien . . .	1373 P. 68 G.
„	5% Metalliq. Oblig.	81½ P. ½ ber.
„	5% V.J.1851 Ser.A.	81¾ P.
„	4½% ditto	72⅝ ber. u. P.
„	4% ditto	65 P.
„	3% ditto	48½ P.
„	2½% ditto	42 P.
„	1% ditto	16⅜ P.
„	fl. 250 Loose b. Roths.	119½ P.
„	fl. 500 „ ditto	194½ P.
„	4½% Oblig. b. Bethm.	81 P.
„	ditto	71 P.
Preussen .	3½% Staatsschulds.	93 P. 94⅛ G.
„	4½% Oblig. b. Rothe	104 P.
„	Com.-Mind.-K.-Actien	112 P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅜ P.
„	4½% ditto	100¾ P.
„	4% ditto	97 G.
„	4% Anlch.-Rente .	97⅛ P.
„	3½% Oblig. b. Roths.	93⅜ P.
„	Ludwigsh.-Bexbach.	99¾ P.
„	5% Priorit.-Oblig.	103¼ P.
Baden . .	5% Obligationen .	102 P.
„	4½% Obligationen	103 P.
„	3½% v. 1849 . .	90¼ P. 90 ber. u. G.
„	5% fl. 50 Loose v. 1840	66 P.
„	fl. 35 Loose v. 1845	37⅜ P. 1/3 G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103⅜ P.
„	4% ditto	97 P.
„	3½% ditto	91¼ P.

	Per comptant.	
Nassau .	fl. 25 Loose . .	28¼ P.
Wurtemb.	4½% Oblig. b. Rothe.	101⅜ P.
„	3½% ditto	90 P.
Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34 P.
„	Präs.-Wilhs.-Nordb.	45¼ etw. 45½, 45 ber.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	101 P.
„	4% ditto b.Rothsch.	97¾ P.
„	3½% ditto b.Rothsch.	92½ P.
„	fl. 50 Loose . . .	90½ P.
„	fl. 25 Loose . . .	31½ P.
Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	96 P.
„	3½% „ v. 1846	94½ P.
„	3½% „ „	85½ P.
„	Taunusbahnact. .	298 P.
Russland	4½% Obl. b. Baring	103⅝ G.
„	4½% Obl. b. Hope fl. 3.	91¼ G.
„	4½% „ b. Stieglitz „	91¾ P.
Polen. .	4% Oblig. fl. 500	91¾ P. 91 G.
Spanien	3% Inl. Sch. P. fl. 2.30	46¼ P. 1/3 G.
„	1% Neue „ „	23½ P. 1/3 G.
Holland.	2½% Certificate .	96⅛ G.
„	3½% Syndicate .	91¼ G.
„	2½% Integrale .	63¾ G.
Belgien .	5% Obl. in Lst. à 10 fr.	100½ P.
„	4½% Obl. in F. à 25 fr.	97⅜ P. ⅛ G.
„	4% Obl. in Fr. à 25 fr.	91 G.
„	2½% Obl. b. Rothsch.	55⅜ ber.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97⅜ P.
„	5% Obl. b. Hambro	91½ P.
„	Sardinische Loose .	41 P.
Toscana	5% Obl. 1850 (C.b.Golds.)	100½ P.
„	5% v. 1851 b. Bastogi (do.)	97¼ P.
Hamburg	6% Stocks Doll. p. St.	116½ P. ⅛ G.
Venedig	fl. 10 Loose . . .	8⅛ P. ⅛ G.

Wechsel-Cours.

Den 6. October	Per compt.	
Amsterdam . . kk. S.	100 B.	⅛ G.
(100 fl. Crt.)	2M.	
Augsburg . . kk. S.	120 B.	119¾ G.
(100 fl. Crt.)	2M.	
Berlin . . . . kk. S.	105 B.	—
(60 Thlr.)	8M.	
Bremen (80 kk. S.	97 B.	⅛ G.
Rthlr. l. Lder.	2M.	
Hamburg . . kk. S.	88 B.	—
(100Mk. Bc.)	2M.	
Leipzig . . . kk. S.	105 B.	—
London . . . kk. S.	119 B.	⅛ G.
(10 Livr. St.)	3M.	
Lyon . . . . kk. S.	94 B.	—
(300 Fr.)	2M.	
Mailand (250 kk. S.	101 B.	100 G.
Lir. Austr.)	2M.	
Paris . . . . kk. S.	94 B.	⅛ G.
(300 Fr.)	2M.	
Wien (100fl.)	2M.	102 B. ½ ber.
	kk. S.	in fl. 20 F.)
Disconto		3 G.

Gold und Silber.

Pistolen . . . . fl.	9 45⅛/16
Pr. Friedrichsd'or	9 56–57
Holl. 10fl. Stücke	9 53⅛/16–54⅛/16
Rand-Ducaten .	5 38–39
20 Francsstücke	9 31–32
Engl. Souvereins	11 57
Gold al Marco	383⅛/16–384⅛/16
5 Frankenthaler	2 21⅞/16–22⅛/16
Preuss. Thaler	1 45⅛/16–⅜/16
Preuss. Cassa-Sch.	1 45⅛/16–⅜/16

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 240. — Donnerstag — den 7. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: fl. in dem Bezirksbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr., in den übrigen des Königreichs Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsgebiets 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 16 Sgr. 8 pf., in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder

2 fl. 30 kr. = 1 Rthlr. 21 1/2 Sgr., für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überhaupt Länder nördlich der 50. Breitegrade in Europa, Königreiche der 3. und in Lyon die Notre-Dame de Nazareth No. 23 Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (3/4 Breite) aus Deutschland oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 6. Oct. Wir haben bereits einer Darlegung erwähnt, welche die ministerielle „Preußische Zeitung" vor einigen Tagen über den Verlauf und den Abbruch der Berliner Conferenzen enthielt. Wir kommen heute darauf zurück. In dem Rückblick auf den Verlauf der Verhandlungen heißt es darin: „Die Schlußrede des kaiserlichen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten deutet in ziemlich bestimmten Umrissen die Aufgaben an, deren Lösung die dem Schlußprotocoll beigetretenen Regierungen demnächst auf der Berliner Zollconferenz sich zu widmen haben würden. Diese Regierungen übernahmen, Oesterreich gegenüber, bindende Verpflichtungen, während letztere Macht die bindende Kraft ihrer eigenen Erklärung auf eine von ihr vorgeschriebene peremtorische Frist beschränkte. Die kaiserliche Regierung betrachtete sich nämlich nur so lange gebunden, als nicht die Verträge über die Erneuerung und Neugestaltung des Zollvereins abgeschlossen wären." Sodann wird gesagt, daß die Darmstädter Verbündeten dem offenen Entgegenkommen Preußens nicht entsprochen hätten. „Gleich beim Beginn der Sitzungen, sagt das ministerielle Blatt, ergab sich, daß nicht sämmtliche Commissarien die Grundlage betraten, auf welcher allein zur Erreichung des vorgesteckten Zieles zu gelangen war. Ein Theil der Bevollmächtigten war beauftragt, von allem die Verpflichtungen zu vertreten, welche ihre Regierungen ohne die Betheiligung Preußens und der übrigen Staaten zu Wien gegen Oesterreich eingegangen waren. Die dort vereinbarten Entwürfe, welche einen Zoll- und Handelsvertrag und einen Zollanschlussvertrag betreffen, wurden der preußischen Regierung mitgetheilt. Die damit verbundenen Tarifentwürfe mußten als durchaus problematisch erscheinen, da die definitive Feststellung der Tarife in dem Wiener Schlußprotocoll ausdrücklich vorbehalten worden war. Andere Wiener Vertragsentwürfe, auf welche die Darmstädter Vereinbarungen Bezug nehmen, blieben der Kenntniß der preuß. Regierung entzogen." (Hier wird mit voller Bestimmtheit auf schon mehrfach in der Presse erwähnte geheime Verträge zwischen Oesterreich und den Darmstädter Verbündeten hingedeutet, in Betreff deren es im Interesse der Oeffentlichkeit wohl zu wünschen wäre, daß auch die amtlichen Organe der Gegenseite sich darüber klar vernehmen ließen.) Die Darlegung fährt dann fort, daß Preußen auf derartige Verhandlungen nicht habe eingehen können, ohne sich in unabsehbare Verwickelungen zu stürzen und das Recht freier Selbstbestimmung zu gefährden. Preußen habe nun unter bündigen Versicherungen in Bezug auf einen spätern Abschluß mit Oesterreich die Verbündeten auf den eigentlichen Zweck der Conferenzen, die Wiedererneuerung des Zollvereins unter Aufnahme des Steuervereins, zurückzuführen gesucht, jedoch vergeblich, die zum 15. Sept. von ihm erbetene Erklärung über die gemeinsame Grundlage der Verhandlungen sei nicht abgegeben worden. „Eine weitere Verhandlung, so schließt die Darlegung, mit der Gesammtheit in der bisherigen Weise würde unverkennbar zu dem gewünschten Ergebniß nicht geführt haben, und die inzwischen zur Publicität gelangte, in München verabredete Erklärung gibt zur vollen Genüge den Beweis, daß man damit dem Ziel auch nicht um einen Schritt näher getreten wäre. Um aber jeder irrigen Deutung ihres Verfahrens vorzubeugen und sämmtlichen Zollvereinsgenossen die Bahn der gemeinschaftlichen Verständigung offen zu halten, hat die preußische Regierung, nachdem sie noch bis zum 27. Sept. gewartet, an diesem Tag die in der mitgetheilten Depesche enthaltene Erklärung an diejenigen Cabinete gerichtet, deren Rückäußerungen sie bis dahin vergeblich entgegengesehen. Sie hat darin die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, auch nach dem Aufboren der bisherigen Conferenzen mit ihnen wieder in Verhandlung zu treten, sofern sie dazu durch eine zustimmende Erklärung über den Punkt, daß die Verhandlungen mit Oesterreich über einen Zoll- und Handelsvertrag erst nach Abschluß des Vertrags über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zu eröffnen seien, in den Stand gesetzt sein werde."

* **Frankfurt**, 6. Oct. Wie die „Karlsruher Zeitung", bekanntlich Regierungsorgan, meldet, hat auch der badische Bevollmächtigte zur Zolleonferenz, Ministerialrath Hach, die preußische Hauptstadt verlassen, ungeachtet Baden nicht zu den Unterzeichnern der neuesten Münchener Erklärung gehört. Ebenso der Bevollmächtigte Frankfurts, das niemals zu den Darmstädter Bündnisse zählte. Bis zum 3. d. M., berichtet dasselbe Blatt, schien noch nichts in Berlin geschehen zu sein, was auf eine Anknüpfung diplomatischer Verhandlungen zwischen Preußen und den aus der Conferenz ausgeschiedenen Staaten, sei es von der einen oder der andern Seite aus, deute. Es gewann vielmehr den Anschein, als würden vor einer weitern Erörterung der Sache mit Preußen zwischen den Darmstädter Verbündeten nochmalige Besprechungen wegen Herbeiführung eines Einverständnisses für die unter den obwaltenden Umständen zunächst zu thuenden Schritte stattfinden. — Daß man im Süden noch nicht alle Hoffnung auf die Wiedervereinigung und den Weiterbau der großen Nationalangelegenheit aufgegeben hat, beweist uns heute ein im „Staatsanzeiger für Württemberg" enthaltenes Berliner Schreiben. Dieses Schreiben datirt vom 30. v. M. und besagt, daß bis zu diesem Tag von preußischen Cabinet noch keine definitiven Beschlüsse gefaßt waren, daß vielmehr mit Bestimmtheit anzunehmen war, die Zollvereinsfrage werde, soweit es von den entscheidenden Personen abhänge, nicht in dem Stadium der Verschublichkeit heraustreten. Nur ein völlige Cabinetsmodification könne hierin eine Aenderung hervorbringen. Man trage sich allerdings mit dem Gedanken, Hr. v. Radowitz werde wieder ein Portefeuille erlangen, das wären aber nur Vermuthungen ohne alle reale Grundlage. Es sei allerdings in den Hauptsachen von Seite Preußens noch keinerlei Nachgiebigkeit zu erwarten, aber eben so wenig, daß das Ministerium dem Drängen der beiden einflußreichsten Parteien (der Kreuzzeitung und des Preußischen Wochenblattes) nachgeben und mit Oesterreich und der Coalition brechen werde. Das Ministerium sei stark und geschlossen genug, um widerstehen zu können, und durch den erhöhten Einfluß des Ministerpräsidenten in größerer Einigkeit als bisher. Selbst bei einem Cabinet aus der neupreußischen Partei werde es nicht zu einem Bruch mit Oesterreich, nicht einmal der Freihandel werde aufs Tapet kommen. „Weit gefährlicher, so schließt das interessante Schreiben, würden die Dinge sich gestalten, wenn Herr von Radowitz als eine Speculation der combinirten Parteien in Folge eines höchstbestimmenden Willens aufs neue, wenn auch nur auf kurze Zeit, ans Ruder gelangen sollte. Es ist unwahrscheinlich, aber möglich ist seit Jahren Alles, und zwar stets wie die Erfahrung gelehrt, gerade das Unwahrscheinlichste. Der Muth, dem Eigensinn und den Intrigen der „Neupreußischen" gegen Herrn v. Manteuffel ist Alles zuzutrauen; denn sie wissen, daß dieser klare parteilose Landsmann ihnen einen derben Stoß, der noch lange nachbluten wird, versetzt hat, und seine fabelhafte Ruhe sie stets in Schach halten wird."

* **Wien**, 3. Oct. Die von verschiedenen Blättern mitgetheilte Nachricht, daß der Graf Adam Potozki bereits in Freiheit gesetzt sei, ist nach der „Allgemeinen Zeitung" dahin zu berichtigen, daß die Regierung ihm aus Gesundheitsrücksichten eine Reise nach Triest gestattete, um dort die Seebäder zu gebrauchen; doch ist die Untersuchung gegen ihn noch nicht ganz zu Ende geführt.

Das Justizministerium hat angeordnet, daß die Anmeldungen der Ansprüche auf das confiscirte Vermögen wegen Hochverrathes kriegsrechtlich verurtheilter Personen in denjenigen Fällen, in welk-

chen die kriegsgerichtlichen Urtheile bei Ablauf der Frist von sechs Monaten nach dem Tage der diesfälligen kaiserlichen Verordnung vom 20. März 1851 noch nicht ergangen waren, bis 25. März 1853, in deutschen Fällen also, in welchen die Urtheile erst nach dem 25. September d. J. geschöpft wurden, binnen sechs Monaten vom Tag der Bekanntmachung jedes Urtheils zu geschehen haben.

Zwischen Oesterreich, Sachsen und Bayern ist ein Uebereinkommen zum gegenseitigen consularischen Schutz der Staatsangehörigen im Ausland getroffen worden. Nach den Vertragsbestimmungen wird in Ermangelung eines österreichischen Consuls der sächsische oder bayerische Consul dem österreichischen Unterthan und so umgekehrt der österreichische Consul dem bayerischen und sächsischen Unterthan Schutz gewähren.

* **Berlin**, 4. Oct. Der Landtag der Provinz Posen ist gestern eröffnet worden. — Gleich dem sächsischen sind nun auch die Provinziallandtage von Pommern und Preußen geschlossen, der letztere mit einer Rede des Oberpräsidenten, aus welcher wir hervorheben, daß die Provinzialordnung „aus Rücksicht auf die bestehende Verfassung" die Billigung nicht erhalten hat. Auch der pommersche Landtag konnte die nothwendige Zweidrittelmajorität für die Provinzialordnung nicht erzielen. Die „Norddeutsche Zeitung" wirft einen Blick auf die Verhandlungen des pommerschen Landtags und gewahrt vor allen Dingen: „daß die alte Einmüthigkeit von ihm gewichen sei, und daß die Ritterschaft von der einen, Städte und Landgemeinden von der andern Seite sich schroff gegenüber ständen. Bei Berathung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung habe die Ritterschaft mit Beharrlichkeit am Alten festgehalten, oft sogar eine Neigung gezeigt, darüber hinausgehen zu wollen: es sei daher leicht erklärlich, daß Städte und Landgemeinden bald zu der Ueberzeugung gelangten, eine gemeinsame feste Stellung einnehmen zu müssen, wozu ihnen die Regierungsvorlagen die sicherste Basis gaben. So sei es denn gekommen, daß die Ritterschaft die Opposition gegen die ministeriellen Gesetzentwürfe bildete, während die beiden anderen Stände Schritt für Schritt das Terrain vertheidigten, welches jene Entwürfe ihnen angewiesen hatten." — Der schlesische Provinziallandtag ist bis 6. October verlängert. Die Provinzialordnung wurde auch von diesem abgelehnt.

Am 1. d. M. wurde in Droysig das daselbst vom Fürsten Schönburg gestiftete Seminar zur Ausbildung von Lehrerinnen feierlich eröffnet. Als Regierungscommissär war dabei der Geheimerath Stiehl anwesend. Die Anstalt ressortirt nicht von der Provinzialregierung, sondern direct vom Unterrichtsministerium und zwar aus dem Grunde, weil dieselbe als erstes Institut dieser Art für die ganze Monarchie dastehe. Der General v. Radowitz hat bereits bei seiner jüngsten Anwesenheit in Berlin seine Zunction als Chef des Militärbildungswesens übernommen. Die Vorstellung der dabei fungirenden Offiziere und Lehrer wird erst in einigen Tagen nach Rückkehr des Generals aus Erfurt erfolgen. Die gestrige Sitzung des Staatsministeriums war ausschließlich der Erledigung laufender Verwaltungsgeschäfte gewidmet.

* **München**, 5. Oct. Der „Volksbote" schreibt: Das Schleimfieber, an dem Herr Minister v. d. Pfordten daniederliegt, hat eine nervöse Wendung genommen, doch steht zu hoffen, daß der Verlauf der Krankheit günstig sein werde. Nach der „N. Münch. Ztg." ist volle Hoffnung der Genesung vorhanden. — Der Kurfürst von Hessen und der Herzog von Koburg sind hier eingetroffen.

* **Hannover**, 3. Oct. Ein letzter Brief, worin sich Ihnen die Ankunft des Grafen Alvensleben von Berlin meldete, war geschrieben, bevor der Graf eine Conferenz mit Herrn v. Schele gehabt und sich seines Auftrags entledigt hatte. Seines Auftrags? Man weiß im Grunde bis heute noch nicht, worin derselbe bestanden haben mag, bis heute, wo der Graf wieder abreisen wird, oder sich doch zur Abreise vorbereitet. Zur nachträglichen Anzeige des Schrittes, den Preußen gegen die dringendsten Vorstellungen Hannovers und ohne dessen durch den Sptembervertrag erforderten Mitrath, ja ohne dessen Zuziehung gethan, genügte die schriftliche Anzeige und die abschriftliche Mittheilung der Circulardepesche vom 27. v. M. Verhandlungen über den nun etwa zu errichtenden norddeutschen Sonderbund, gegen welchen Hannover mit Hand und Fuß sich wehren würde, sind keine gepflogen, das können Sie als positiv annehmen. Daß hannoverscherseits seine neue etwa abermals zu mißdeutende Erklärung gegeben, keine nachträgliche Zustimmung zum Unerwünschten und Verletzenden ertheilt worden, ist eben so gewiß. Herr Klenze ist abberufen und seine Abberufung schon am 29., dem Tag nach der Ankunft des Grafen Alvensleben, beschlossen. Das war der erste Theil der Erklärung, welche Graf Alvensleben erhielt. Man beklagt es hier sehr, daß Preußen eine solche Disharmonie in das Verhältniß zu Hannover gebracht hat, ein Verhältniß, das man dringend so freundschaftlich und bundesgenossenschaftlich als möglich wünscht, d. h. so weit es nicht die politische Unabhängigkeit gefährdet, oder als es nicht etwa unmöglich wird durch weitaussehende und gefährliche Verwickelungen, welche Preußen durch Mißgriffe herbeiführt, vor welchen man es treulich gewarnt hat. Hannover wird stets bereit sein, seine vertragsmäßigen Pflichten zu erfüllen, allein es kann nicht, wenn Preußen die Zollvereinsstaaten entfremdet, die es für die Einigung mit sich und Hannover auf der Grundlage des Septembervertrags zu gewinnen durch letzteren sich verpflichtet hat.*)

* **Hannover**, 3. Oct. Unter diesem Datum meldet die „Kass. Zeitung": Was die sogenannte deutsche Flotte, oder richtiger gesagt, die deutsche Nordseeflotille, betrifft, die noch nicht verkauft ist, so höre ich, daß wieder Hoffnung zu deren Erhaltung vorhanden ist. Wenigstens sind von den Coalitionsstaaten für den Fall, daß Hannover sich mit denselben in der Zollsache in geeigneter Weise einige, bedeutegende Zusagen gemacht worden. (?)

* **Von der preußisch-hannoverschen Grenze**, 3. Oct., glaubt die „Weser-Zeitung" aus ganz zuverlässiger Quelle melden zu können, daß die hannoversche Regierung beabsichtige, mit dem 1. März k. J. die erhöhte Steuer für das Königreich ins Leben treten zu lassen, und bereits die zu erforderlichen Einleitungen zu einer schärfern Besetzung der in Frage kommenden Grenzen treffe.

* **Stuttgart**, 5. Oct. Der König und die Königin von Hannover sind diesen Vormittag mit der Eisenbahn hier angekommen und wurden am Bahnhof von dem Königl. und der Königl. Familie empfangen, während Ihre Maj. die Königin und die Prinzessin Friedrich ihren hohen Gästen bis Heilbronn entgegengefahren waren. Die fremden Herrschaften sind im königlichen Schlosse abgestiegen, und werden sich heute Nachmittag nach Kirchheim zu der Frau Herzogin Henriette von Württemberg, Großmutter der Königin von Hannover, begeben.

△ **Hanau**, 6. Oct. Die Angabe, daß der dem Prinzen von Hohenlohe von dem Verein zum Schutz der vaterländischen Arbeit dedicirte Becher nach einer Zeichnung des Grafen v. Reichenbach angefertigt worden sei, bedarf, wie ich erst jetzt erfahren, insofern einer Berichtigung, als die Skizze dazu von dem Bildhauer Leuchtweiß dahier entworfen und der Becher danach mit einer nur geringen Abänderung des Grafen Reichenbach als Mitglied des betreffenden Comités veranlaßten Abänderung gearbeitet worden ist. Leuchtweiß hat auch neben v. Launiz einen Theil der Figuren zu dem aus der Weißhaupt'schen Fabrik hervorgegangenen Stachbrett, welches auf der Londoner Industrieausstellung einen Preis erhielt, modellirt.

Altona, 3. Oct. Zur Feier des Geburtstags des Königs am 6. d. M. ist hier eine allgemeine Illumination anbefohlen worden.

Gotha, 4. Oct. Die Wahlen zu unserm neuen Landtag scheinen in conservativem Sinne ausfallen zu wollen, indem die bis jetzt gewählten Abgeordneten dieser Seite angehören, überhaupt auch die conservative Partei etwas mehr Regsamkeit zeigt, als sonst. Nicht zu verkennen ist übrigens, daß bei den Wahlen der Wahlmänner unser neues Staatsgrundgesetz schreibt den indirecten Wahlmodus vor) eine nur geringe Theilnahme unter der Masse der Bevölkerung sich zeigt. Namentlich tritt dies in hiesiger Stadt grell hervor, wo z. B. bei der Wahlmännerwahl im ersten Bezirk von 456 Wählern nur 46 sich bei dem Wahlacte betheiligten; von diesen 46 gehörten nur 5 dem Gewerbestand, alle übrigen dem Kaufmanns- und Beamtenstande an. (Exp. Z.)

Hamburg, 3. Oct. Gestern Nachmittag und noch zu Anfang des Abends tobte hier ein orkanähnlicher Sturm aus Süd-Süd-Ost, der zu Land und zu Wasser viel Unheil angerichtet, leider auch Menschenleben gekostet hat. Beim Johannis-Bollwerk am Hafen stürzte eine Mauer ein und erschlug ein elfjähriges Mädchen und verletzte ein anderes so erheblich am Kopfe, daß auch am Aufkommen dieses Kindes gezweifelt wurde. Eine Schute mit Steinkohlen und eine andere mit Häringen sanken auf der Elbe; die Leute hatten kaum noch Zeit, sich aus den beiden Fahrzeugen zu retten. Ein bei dem Neubau unserer St. Nicolaikirche aufgerichteter hoher Gerüst wurde vom Orkan umgeworfen, wobei die dichten Balken gleich Schwefelhölzern zerbrachen. Zum Glück waren die sonst auf jenem Gerüst in Menge beschäftigten Arbeiter sämmtlich abwesend, um ihr Vesperbrod zu verzehren, man hätte sonst Schreckliches zu beklagen. Im Altonaer Hafen soll eine Brigg einen Ewer in den Grund gesegelt haben; es lassen sich übrigens die Details über das vielfache gestrige Unglück noch nicht mit Zuverlässigkeit angeben. Gingen doch selbst die sonst so friedlichen Wellen der Außenalster fast haushoch; und der sie peitschende Sturm riß bei der sogenannten „schönen Aussicht" die circa 22 Fuß breite Veranda eines Hauses mit unwiderstehlicher Gewalt fort. Kleinere Unfälle gab es unzählige. (Wes.-Ztg.)

---

*) Ob die Auffassung des Verfassers bloß eine subjective ist, wird die Zeit lehren. Aber auch unter dieser Voraussetzung möchten wir dieselbe unserm Lesern nicht vorenthalten. Die Red.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 7. Oct. Der Bevollmächtigte hiesiger freien Stadt zu den Berliner Zollconferenzen, Herr Schöff Cöster, wird heute Abend von Berlin wieder hier eintreffen. — Ihre Erlaucht die Frau Gräfin v. Schaumburg ist aus Kassel hier angekommen.

* **Berlin**, 5. Oct. Der Graf v. Alvensleben ist von seiner Sendung nach Hannover bereits wieder hier eingetroffen und der hannoversche Bevollmächtigte zu den Conferenzen, General-Feuerdirector Klenze, ist nach Hannover zurückgekehrt. — Gestern ist der brandenburgische Provinziallandtag geschlossen worden. Der Sitzung wohnte auch der Ministerpräsident als Abgeordneter bei.

* **Königreich Sachsen.** Wie die „D. Allg. Ztg." anmimmt, hängt der Rücktritt des Ministers v. Friesen mit der Zollvereinsfrage zusammen und liefert den Beweis, daß die königl. sächsische Regierung fest entschlossen ist, mit ihren bisherigen Verbündeten entschieden weiter zu gehen. Gleichzeitig soll der Minister Behr sein Entlassung gegeben haben; doch ist darüber noch nichts Näheres entschieden worden.

Mannheim, 6. Oct. Gestern Abend kam der Prinz und die Prinzessin Murat (Sohn des ehemaligen Königs von Neapel), von Köln kommend, hier ein; sie besichtigten heute Schloß und Kirche und reisten sodann nach Kehl und Straßburg weiter.

* **Rom**, 27. Sept. In dem heute nach der Rückkehr des Papstes aus Castelgandolfo im Vatican abgehaltenen geheimen Consistorium wurden 28 Promotionen geistlicher Würdenträger vorgenommen, darunter die des Dr. Thiel. und Probstes in Frauenberg in Preußen, A. Frenzel, zum Bischof von Acropolis i. p. und zum Coadjutor des Bischofs von Ermeland. Zum Vicekanzler der katholischen Kirche wurde der Cardinal L. Amat ernannt.

⁂ **Paris**, 4. Oct. Der Prinz-Präsident ist gestern früh von Narbonne abgereist und gegen 3½ Uhr Nachmittags in Carcassonne angekommen. Auf allen Zwischenstationen brachte ihm die Bevölkerung des Aude-departements den lebhaftesten Empfang dar. Unter Kanonendonner und Glockengeläute zog der Prinz in Carcassonne ein, am Eingang der Stadt von den Autoritäten empfangen und von der zusammengedrängten Menschenmenge durch alle Straßen bis zur Präfectur mit Kaiserrufen und Vive Napoléon III. stürmisch begrüßt. Nach kurzer Ruhe stieg Ludwig Napoleon zu Pferd und nahm den Truppen der Garnison die Revue ab; Soldaten und Volk stimmten dabei ihr Vive l'Empereur! an. Später Empfang der Behörden in der Präfectur, Diner, öffentliche Spiele und Volksbelustigungen. Gegen 9 Uhr begab sich der Prinz auf den Ball im Stadthause; auch hier enthusiastische Huldigungen, dann Feuerwerk ꝛc. Heute früh um 8 Uhr ist Ludwig Napoleon direct nach Toulouse weiter gereist, wo er diesen Nachmittag um 4 Uhr erwartet war.

Den Gesandten von Rom und Neapel, Monsignore de San Marzano und General Roberti, hat der Prinz-Präsident das Commandeurkreuz der Ehrenlegion verliehen; ebenso das Officierkreuz dem spanischen Adjutanten, der ihn in Marseille zu bewomplimentiren beauftragt war.

Gerüchte, als sei in den letzten Tagen die öffentliche Ruhe in Nantes gefährdet gewesen und habe man deßhalb militärische Vorkehrungen treffen müssen, werden von wohlunterrichteter Seite als unwahr bezeichnet.

In Grenoble hat der Prinz-Präsident neun politische Verurtheilte vollständig begnadigt.

Der „Moniteur" veröffentlicht heute wieder eine Reihe von Kaiseradressen; auch die Notarienkammer von Bourgoing im Iserédepartement hat eine solche votirt.

Einige Departemente haben Deputationen ernannt, welche den Prinz-Präsidenten bei seinem Wiedereintritt in Paris begrüßen sollen.

Ein neuer Zwischenfall scheint die Differenzen zwischen Belgien und Frankreich noch mehr verwickeln zu sollen. Ein Lehrer, der vor einiger Zeit seinen Schülern Auszüge aus Victor Hugo's „Napoléon le petit" vorlas, mußte auf Beschwerde und Anbringen einiger Väter jener Schüler von seinem Amt suspendirt werden. Vor seinem Rücktritt hat aber das Cabinet Rogier seinen Bewunderer Victor Hugo's in Amt und Würde wieder eingesetzt.

In Cayenne soll ein Bischofssitz errichtet werden, und zwar soll dieser Plan gleich nach der Rückkehr Ludwig Napoleons in die Hauptstadt zur Ausführung kommen.

⁂ **Paris**, 5. Oct. Der Prinz-Präsident ist gestern Nachmittag gegen 4 Uhr in Toulouse angekommen. Dort war schon seit drei bis vier Tagen eine ungeheure Menschenmenge aus der Nähe und Ferne zusammengeströmt; sie füllte gestern alle Straßen und Plätze, durch welche sich der Reisezug bewegte, und machte ihrem Jubel in unaufhörlichen Kaiserrufen Luft. Am Eingang der Stadt wurde der Prinz-Präsident unter einem Triumphbogen vom Präfecten der Obergaronne, Herrn v. Chapuis-Montlaville, und allen Departemental- und Municipalbehörden empfangen. Dann stieg er zu Pferd und ritt in großem Cortege geraden Wegs nach der Kathedrale, an deren Pforte ihn der Erzbischof an der Spitze seiner Geistlichkeit empfing, um ihn mit großem Gepränge nach dem Chor zu geleiten. Hier hörte der Prinz ein Tedeum und das „Domine, salvum fac Ludovicum Napoleonem", und kehrte dann unter dem Vive Napoléon III. der Menge nach der Präfectur zurück. Um 5 Uhr Empfang der Behörden und der constituirten Körperschaften. Heute früh um 8 Uhr auf dem alten Schlachtfeld von Toulouse großes Manöver der Truppen, dem der Prinz, von einem glänzenden Generalstab umgeben, beiwohnte. Nach dem Manöver Defile vor Ludwig Napoleon unter dem enthusiastischen Ruf der Soldaten: Vive l'Empereur! Die ganze Stadt prangt in Festschmuck und Nachts in herrlicher Illumination. An Volksbelustigungen, Jubel, Kaiserrufen ꝛc. fehlt es nirgends.

Heute wurde in der Pfarrkirche zu Auteil, den Jahrestag des Hinscheidens der Königin Hortense, der Mutter des Prinz-Präsidenten, würdig zu begehen, ein Trauergottesdienst gefeiert. Der Staatsminister, die Minister des Innern und der Finanzen, der Vicepräsident Baroche, viele Staatsräthe, Generale und Officiere der Armee und der Nationalgarde und eine Menge anderer Notabilitäten wohnten der Feier bei. Die Kirche war schwarz verhängt und mit kaiserlichen Adlern und Emblemen ausgeschmückt.

Der Prinz Präsident wird nicht vor dem 17. October (einem Sonntag) hierher zurückkehren; er hat zugesagt, die Nacht vom 16. auf den 17. in Blois zubringen zu wollen.

‖ **London**, 4. Oct. Dem „Observer" zufolge werden die Minister am 14. d. M. in London zusammenkommen, um sich über den Tag der Eröffnung des Parlaments zu einigen. Die Königin wird eine Geheimerathssitzung halten und dann das Parlament einberufen werden.

× **Brüssel**, 5. Oct. Herr v. Brouckere wurde gestern nach dem Palast beschieden und um 2 Uhr vom König empfangen. Es heißt, nach einer sehr langen Conferenz habe v. Brouckere, die Schwierigkeiten der Situation keineswegs verkennend, dennoch eingewilligt, die Bildung eines Cabinets zu versuchen.

Börsenberichte.

⁂ **Frankfurt**, 6 Oct. Oesterreichische Fonds waren auch heute auf die gestrige Wiener Valutanotirung wieder zu etwas niedrigeren Preisen zu erhalten, das Geschäft darin war aber nur von wenigem Belang; 5pCt. Metall. 81½, ⅜ pCt. G.; 4½ pCt. Metall. 72⅞, ⅛ pCt. G.; 5pCt. Lombardisch-Venetianische 88 ¼ pCt.; Wiener Bankactien zu 1370 fl. gemacht; 500 fl. Loose 193½, pCt.; 250 fl. Loose 119⅛ pCt. Wegen gänzlichen Ausbleibens der französischen Course von der vorgestrigen Pariser Börse war in Spanischen fast gar kein Umsatz, 1pCt. Neue waren 23⅞ pCt G. Von Eisenbahnactien wurde F.-W.-Nordbahn anfangs zu 46⅛, 46, 45½ verhandelt und blieb zuletzt auf Verkauf in Folge eingetroffener niedrigerer Berliner Notirung derselben 45 pCt., Verbach 95 pCt. G., Köln-Minden 111½ G., Taunus 296 fl. Für südwestliche Anlehenslose und Obligationen fand fortwährend Verkäufer zu niedrigern Preisen am Markt vorhanden.

Paris, 5. Oct. Stand der Rente: 4½pCt. 105, 40. — 3pCt. 78, 70. — Neapol. 104, 30. — Oesterr. 5pCt. 94½. — Span. neue Diff. 23½. — Neue 3pCt. 30½. — Junere Schuld 46, 45½. — Bankactien 2835. — Piemont 5pCt. 97, 70. — Römisches Anlehen Juni 1850 98½. — do. 1850 99. — St. Germain-Eisenbahn 1140. — Versailles, linkes Ufer 322, 50. — Straßburg-Basel 330. — Nordbahn 740. — Paris-Orleans 768, 75.

Die hundertprocentige Rente ist heute, nachdem sie etwas angezogen hatte, wieder gewichen, dagegen hat sich die fünfprocentige gebessert. Der Actienmarkt ist in bester Stimmung.

Madrid, 29. Sept. 3pCt. 47½, n. d. Börse 47 G. — 1pCt. Neue 24½, n. d. Börse 24½.

Madrid, 30. Sept. 3pCt. 47, n. d. Börse 47 G. — 1pCt. Neue 25, n. d. Börse 24½, G.

London, 4 Oct. 3pCt. Stock 99⅞ à 100. — Mexican. 24½ à ¾.

Amsterdam, 4 Oct. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 64⅛. 64. — 3pCt. Schuld 76⅛. — 4pCt. do. 96⅛. — 5pCt. do. —. — 1pCt. neue Spanische 23½. — 3pCt. 50. — do. inländische à 6000 fl. 45½. — 5pCt. Portug. 42½. — 4pCt. 33⅜. — 2½pCt. Russ. bei Hope 91½. — do. bei Stieglitz 91. — 5pCt. Metall. 78⅞. — 2½pCt. do. 40½. 41. — Neue 5pCt. Silber-Metall. 91½.

Bei sehr lebendigem Geschäft waren heute holländische Fonds preishaltend. Von fremden Effecten waren allein Oesterreichische wie französische begehrter; alle übrigen Sorten behaupteten ihren gestrigen Cours.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. D. Kutscheit.

[2052]

Oeffentlicher Dank!

Lange Jahre wurde ich von den schrecklichsten Magenleiden heimgesucht. Sich nach Heftigkeit und Häufigkeit stets steigernde, mit dem plagendsten Aufstoßen verbundene Schmerzen, die durch den Genuß auch der unbedeutendsten Menge und der unschuldigsten Speise erregt und vermehrt wurden, verdammten mich zum Hungerleiden im eigentlichen Sinne des Worts, untergruben aber auch zusehends meine Kräfte und drohten mich in Bälde gänzlich aufzureiben. Die erprobtesten Mittel und Methoden wandte ich ohne Erfolg an; eine Unzahl von Aerzten, worunter gelegentlich Namen Ruf, bestieh ich; mein Uebel schien in erschreckender Weise vorwärts. Aufmerksam gemacht auf die Curmethode des Herrn Dr. med. Dorcks zu Bornhorst im Königreich Hannover, wandte ich mich an denselben. Schon nach wenigen Wochen fühlte ich Erleichterung, und jetzt nach Verlauf von einem halben Jahr sehe ich mich von meinen Plagen befreit und dem Leben wie meiner Familie wiedergegeben. Dem Herrn Dr. med. Dorcks sei mit seltener Anerkennbarkeit und öffentlicher Oeffnung gegen Standesgenossen auch mit Pflicht brachte, meinen tiefgefühlten Dank öffentlich auszusprechen, halte ich so sehr für Pflicht, wie an öffentlichem Uebel Leidende auf solcher wunderbare Wirkung dieser Curmethode aufmerksam zu machen.

Rickarbtshofheim bei Heidelberg, 12. August 1852.

Lotter, Amtsdiener.

[1673] Auf dem Wechselbüreau des Unterzeichneten werden alle Gattungen Staatspapiere und Anlehens-Loose umgesetzt und deren verfallene Zinsabschnitte und Gewinnste zu den Tagescourse eingelöst.

L. A. Hahn, Zeil Nr. 35.

[2216]

Wein-Versteigerung.

Samstag den 9. October, Nachmittags 3 Uhr, läßt Herr Senkal Diel van Hees in Auftrag nachverzeichnete, theils geblatene

34 Stück Weine mit Faß,

als: 1 Stück 1842er Erbacher, 2 Stück 1846er Liebfrauenmilch,
1 „ „ Herrnheimer, ½ „ „ dto. Auslese,
2 „ „ Dürkheimer, 2 „ „ 1848er Wachenheim. Trom.
1 „ „ Kattelocher, ½ „ „ Kattelocher,
2½ „ „ Liebfrauenmilch, 1 „ „ Liebfrauenmilch,
2 „ „ 1846er Dürkheimer, 4 „ „ 1834er Deidesheimer,
2 „ „ Wachenheimer, ½ „ „ dto. Traminer,
2 „ „ Ungsterer, 1 „ „ Forster,
1 „ „ Deidesheimer, 2½ „ „ Hochheimer,
1½ „ „ dto. Traminer, ½ „ „ Liebfrauenmilch,
1½ „ „ Forster Riesling, ½ „ „ dto. Auslese,
½ „ „ Kattelocher,

im Zunghof, im Keller rechts, unter dem Magazine der Herren J. L. Grauhner & Sohn, öffentlich an den Meistbietenden versteigern.

Die Proben werden

Dienstag den 5., Mittwoch den 6. und Donnerstag den 7. October, Vormittags von 10—12 und Nachmittags von 3—6 Uhr, an den Fässern verabreicht.

C. Belschner, Auktionator.

[2140]

Weinversteigerung.

Montag den 11. October, Vormittags 10 Uhr, lassen die Erben des dahier verstorbenen Fräulein Marg. Helmes adhäsionshalber nachverzeichnete in ihrem Hause gezogene Weine öffentlich versteigern, als

4 Stück und ½ Stück 1841er,
2 „ „ 1 „ „ 1846er,
6 „ „ ½ „ „ 1847er,
3 „ „ ½ „ „ 1851er,
½ „ „ 1821er.

Die Proben werden am 27. September und 4. October an den Fässern, am Versteigerungstage nur im Versteigerungslokale verabreicht.

Mittelsheim im Rheingau, den 13. September 1852.

Der Bürgermeister **Crotz.**

[2283]

Neuntausend Gewinne

bietet die am 20. October beginnende Hauptziehung 6ter Klasse Braunschweiger Lotterie, die nur aus 20,000 Loosen besteht. Haupt-Gewinne: fl. 87,500, fl. 52,500, fl. 35,000, fl. 17,500 ꝛc. Zu dieser sehr zu empfehlenden Lotterie sind Loose à fl. 56, halbe à fl. 28, viertel à fl. 14, achtel à fl. 7, und mit Verzicht auf die Gewinne unter fl. 100 ganze Loose à fl. 32, halbe à fl. 16, viertel à fl. 8, achtel à fl. 4, direct zu beziehen bei den Hauptcollecteurs

Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2286] 33ste Braunschweiger Lotterie. Hauptziehung vom 20. October bis 6. November. Gewinne: fl. 87,500. 52,500, 35,000, 17,500, 8750, 7000, 5250 ꝛc. Ganze Loose à fl. 56, ½ à fl. 28, ¼ à fl. 14, ⅛ à fl. 7, so wie mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100 das ganze Loos à fl. 32, ½ à fl. 16, ¼ à fl. 8 empfiehlt

Jacob Doctor, Hauptkollekteur in Frankfurt a. M.

Danksagung an Sr. Kaiserliche Hoheit den Erzherzog Johann von Oestreich.

Der Unterzeichnete fühlt sich verpflichtet, hiermit öffentlich seinen Dank und Verehrung auszudrücken für die ihm wegen seiner belletristischen Werke von Seiten Sr. Kaiserlichen Hoheit zu Theil gewordene Anerkennung und Belohnung, welche ihm unverhofft am 5. October zugekommen ist. [2289]

Frankfurt a. M., 6. Oct. 1852. Dr. C. A. Wild.

Versteigerung von Oelgemälden u. Glasmalerei.

Freitag den 15. October, Vormittags 10 Uhr, werden in Gemäßheit Stadtgerichts-Decrets vom 16. Juni c. nachverzeichnete Oelgemälde, als: 1) Cardinal Mazarin von van Dyck, 2) Venus, Neptun und Umgebung von Rubens, 3) Diana und Endymion von Titian, 4) Charles II. mit seinem Freunde Hamilton von der Jagd ausruhend von Netscher, 5) ein Sultan von Rembrandt, 6) Landschaft mit Ruine und antikem Tempel von Baccio Bandinelli, 7) Herzogin von Cleveland von Peter Lely; sodann:

[2290]

10 große Fenster mit Glasmalerei aus dem 17. und 18. Jahrhundert,

in der Behausung des Herrn Dr. Kolloss, große Gallengasse, gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Bis zum Versteigerungstermine können oben genannte Gegenstände täglich angesehen werden. **C. Belschner,** Auktionator.

[2265]

Eisenguß-Lieferung.

Die Lieferung von Eisenguß für die hiesige Militärverwaltung, veranschlagt zu 958 fl., soll Dienstag den 12. d. M., Vormittags um 10 Uhr, durch Submission vergeben werden. Voranschläge, Bedingungen ꝛc. liegen auf dem Kriegsrechnungsbureau zur Einsicht offen. Die Submissionen müssen vor Ablauf obigen Termins in das auf dem unteren Gang des Kriegsministerialgebäudes befindliche Kästchen, mit der Aufschrift „Eisenguß-Lieferung," eingelegt werden.

Darmstadt, den 2. October 1852.

J. A.: **Lauckhard.**

[2143] Durch alle hiesigen und auswärtigen Buchhandlungen ist zu bezi.hen:

Vaterländische Geschichte

von den

ältesten Zeiten bis zur Gegenwart,

von

Dr. Eduard Duller.

Zweiter Abdruck.

I. Band. 1. Heft gr. 8° geh. 96 Seiten.

Preis 30 kr. oder 9 Sgr.

Frankfurt a. M. Verlag von **Meidinger Sohn & Cie.**

Das Werk erscheint in Zeiträumen von 4 bis 6 Wochen in 20 bis 25 Lieferungen gleichen Umfangs und Preises. Jedem ersten unter Verbindlichkeit der Zurücknahme die feste Einhaltung dieses Umfangs zu.

Wir bieten hiermit dem deutschen Volke in schöner, des Gegenstandes würdiger Ausstattung den Beginn eines Duller'schen Werkes, welches es sich zur Aufgabe macht, das ganze reiche Leben unseres deutschen Volkes und seinen hohen Beruf in Klarheit und Wärme zur Anschauung zu bringen. Duller's hingebende Liebe für's Volk, der sittliche Ernst welcher ihn belebt, seine Gabe, die Thatsachen der Geschichte im Lichte der Idee darzustellen und seine Kraft, die Gemüther für die Wahrheit zu begeistern, — diese Eigenschaften, welche ein wahrhaft volksthümlicher Geschichtsschreiber besitzen muß, sind bereits aus Duller's früherer gediegenen Geschichte des deutschen Volkes allbekannt. In ausgezeichneter Darstellung tritt uns dieses neue vaterländische Geschichtswerk, die Frucht jahrelangen Forscherfleißes und gereifter Erfahrung vor's Volk, und wir glauben, daß es ein ächtes Mannerwerk, mit sittlicher Kraft und fester Zuversicht das Volk erfüllend und erhebend, nationale Bedeutung und den Werth einer sittlichen That hat. Alle denen das Vaterland theuer und die Pflege der Nationalgeschichte heilige Pflicht ist, verweisen wir auf das Werk selbst und auf den demselben vorgedruckten Plan.

[2291]

9000 Gewinne unter 20,000 Loosen

bietet die Braunschweiger Lotterie, deren Hauptziehung vom 20. October bis 6. November stattfindet. Haupttreffer: fl. **87500, 52500, 35000, 17500, 8800** ꝛc. Mit empfehlen ½ Loose à fl. 56, ¼ à fl. 28, ⅛ à fl. 14, 1/16 à fl. 7, so wie mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100: ½ Loos à fl. 32, ¼ à fl. 16, ⅛ à fl. 8, 1/16 à fl. 4.

Julius Stiebel jun. **& Co.,**

[2292] Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth

Hauptziehung 6ter Classe

33ster Braunschweiger Lotterie.

Ziehung vom 20. October bis 6. November.

Hauptpreise: fl. **87500, 52500, 35000, 17500** ꝛc. ꝛc. f., zusammen **9000 Gewinne!** Ganze Loose à fl. 56, ½ à fl. 28, ¼ à fl. 14, 1/16 à fl. 7, sowie mit Verzichtleistung auf die Gewinne unter 100 Thaler, Loose zu fl. 32, ½ zu fl. 16, ¼ zu fl. 8, 1/16 zu fl. 4, empfiehlt

Carl Höchberg,

[2251] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nro. 240.) 7. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 6. Oct. „Hätte Preußen auf die Rückäußerung der Coalition eingehen können?“ Diese Frage wird in der „Allgem. Zeitung“ von Frankfurt aus mit Ja beantwortet und das Ja also begründet: „Die erheblichste Schwierigkeit, welche durch die Coalition gemacht wurde, lag in der Forderung, den Tarif des Wiener Entwurfs (Beilage I) anzunehmen. Das kann Norddeutschland nicht wegen mehrerer Sätze befehlen. Aber er enthält auch viel Gutes und Annehmbares. Man konnte darüber sprechen. Dadurch wäre nichts präjudicirt, es wäre dadurch erreicht, daß sich die Unmöglichkeit der Tarifannahme auch den Coalirten herausgestellt hätte. Zugleich wäre man über die zweite (oder der Reihe nach die erste) Schwierigkeit hinausgekommen, über die Frage wegen des gleichzeitigen Abschlusses. Die dritte Schwierigkeit lag in der Frage wegen der Zeitdauer des abzuschließenden Vertrags. Auch darüber ließ sich reden. Es wäre ein leidlicher Vergleich dahin möglich gewesen, daß der Vertrag auf zwölf Jahre geschlossen und auf sechs Jahre eine Kündigungsfrist festgesetzt wurde.“ Für diese Ansichtspunkte Preußen zu gewinnen, setzt der Correspondent hinzu, sei Hannovers angelegentlichstes Bestreben gewesen. Es sei darüber verhandelt und bei Hannover dadurch die Hoffnung auf das Eingehen in seine, des Verbündeten Rathschläge genährt worden. Was man? fragt sodann der Briefschreiber, und antwortet: „Vom Septembervertrag braucht bis März k. J., wo eine Tarifverhöhung eintreten soll, nicht die Rede zu sein, und Hannover dürfte sich nicht ohne Noth einlassen, davon zu reden. Zum „Sonderbund“ wird es keinen Finger bieten. Welchen Schaden mittlerweile die Sachen nehmen, das hat nicht Hannover zu verantworten. Was inzwischen geschieht, bem kann und muß es eben zusehen.“

* **Frankfurt**, 7. Oct. Wie uns von verläßlicher Seite mitgetheilt wird, entbehrt die Nachricht von dem gegen Ende dieses Jahres bevorstehenden Abmarsche des königl. bayerischen Jägerbataillons und seiner Ersetzung durch andere königl. bayerische Truppen jeder Begründung.

w **Frankfurt**, 7. Oct. In der Senatssitzung am 5. d. M. wurde der 18. und 19. October zur Vornahme der Urwahlen des neuen gesetzgebenden Körpers bestimmt. Da die Wirksamkeit der gesetzgebenden Versammlung mit dem 14. v. M. endet, so arbeitet die zur Begutachtung der Senatsvorlagen niedergesetzte Commission, deren Vorsitzender Herr Dr. Jucho ist, mit großer Thätigkeit, um ihren Bericht noch rechtzeitig zur Beschlußnahme der Versammlung vorlegen zu können. Dem Vernehmen nach soll sich die Commission zu dem Antrage geeinigt haben, daß der Senat durch die gesetzgebende Versammlung ersucht werden solle, den bekannten Bundesbeschluß noch nicht zur Ausführung zu bringen, sondern vorerst noch einen Schritt bei der Bundesbehörde zur Zurücknahme dieses Beschlusses zu thun. Das Commissionsmitglied Herr Dr. med. Mappes ist durch Krankheit verhindert, den Sitzungen beizuwohnen. Wie man erfährt, beabsichtigt man nunmehr zur Errichtung eines Schulhauses eine sehr geeignete Localität hinter dem Theater zu acquiriren. — Heute Vormittag war das Leichenbegängniß eines hochgeachteten Mitbürgers, des Rentiers und königlich dänischen Generalconsuls, Herrn G. Rumm v. Scheibler, begleitet von zahlreichen Freunden und Mitbürgern, wobei 50 Equipagen folgten. — Die angeordnete Inspection des königl. bayerischen 1. Jägerbataillons mußte bei der ungünstigen Witterung unterbleiben. Frhr. v. Gumppenberg ist bereits zur Inspection der in der Rheinpfalz stehenden bayerischen Truppentheile abgereist. — Heute wurden dem ständigen Bürgerausschuß vom Senat die Verhandlungen mit den Bundesbehörden in Druck übergeben, zugleich die Mittheilung des in Betreff der nächstigen Wahlen der gesetzgebenden Versammlung ergangenen Senatsbeschlusses gemacht, wonach die israelitische Bürgerschaft bei den Wahlen keine Betheiligung hat.

n. **Frankfurt**, 7. Oct. Die Wiedereinführung der Feier des 3. Octobers, als Frankfurter Verfassungsfest, liegt, was bestimmt sicherer werden kann, vorerst nicht in der Absicht unserer obersten Staatsbehörden. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß der Glanzpunkt dieses Verfassungsfestes der Aufzug der gesammten Stadtwehr war. Letztere ist aber seit dem unseligen 18. September 1848 so gut wie aufgelöst, das Löschbataillon für den Feuerdienst ausgenommen, und die bekanntlich bei der gesetzgebenden Versammlung bereits zur Verhandlung gekommene Reorganisation der Stadtwehr wird unter den obwaltenden Umständen in der Ausführung nicht bald werden.

* **Münster**, 3. Oct. Der westfälische Landtag zog am 27. v. M. die Landgemeindeordnung nach den Grundsätzen der Landgemeindeordnung vom 31. October 1841 zur Berathung. Vor Beginn der Discussion gab ein Abgeordneter der Landgemeinden folgende Erklärung zu Protocoll:

Auf die vor Berathung der Städteordnung abgegebene Erklärung, daß alle Beschlüsse über die vorliegenden Propositionen in Betreff der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen nur als eventuelle anerkannt werden können, wird hierdurch ausdrücklich Bezug genommen, und solche auf die gegenwärtige Berathung dahin wiederholt, daß an der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 festgehalten wird.

Dieser Erklärung traten die sämmtlichen Abgeordneten der Landgemeinden (20) und 9 Abgeordnete der Städte bei. — Am 28. v. M. wurden die Debatten fortgesetzt und am Schlusse folgende Abstimmung beantragt:

Wo die Gemeindeordnung vom 11. März 1850 in Stelle der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 31. October 1841 eingeführt ist, bleibt ersterer in Kraft und tritt letztere nur da wieder in Wirksamkeit mit denjenigen Ergänzungen, Abänderungen und näheren Bestimmungen, welche durch das heute erlassene besondere Gesetz getroffen sind, wo die Gemeindeordnung vom 11. März 1850 hieher noch nicht eingeführt ist, und die Gemeinden solches ausdrücklich beschließen.

Eine namentliche Abstimmung ergab das Resultat von 30 gegen das Amendement und 39 dafür, darunter sämmtliche Abgeordnete der Landgemeinden, wie auch der Städte und einer aus der Ritterschaft, mit Ausnahme eines Abgeordneten der Grafschaft Mark, welcher freilich 17 Städte vertritt. Am 30. v. M. kamen die Propositionen einer Kreisordnung zur Berathung. Vor Beginn der Discussion wurde die Erklärung auf Beibehaltung der Kreisordnung vom 11. März 1850 und daß die Berathung nur als eine eventuelle angenommen werden könnte, wiederholt, welcher Erklärung 11 Abgeordnete der Städte und sämmtliche Abgeordnete der Landgemeinden beitraten. Im Laufe der Debatten wurde auch darüber eine Abstimmung hervorgerufen, ob die Kreis- und Provinzialvertretung durch den Beschluß einer Curie den der übrigen verwerfen könne. Dafür stimmten 30, darunter das obige Mitglied, dagegen 39, also mit Ausnahme des einen Mitgliedes der 17 Städte sämmtliche Abgeordnete der Städte und Landgemeinden.

„ **München**, 5. Oct. Der gestern Abend hier eingetroffene Kurfürst von Hessen machte diesen Vormittag unsern königlichen Majestäten einen Besuch und empfing dann deren Gegenbesuch; diesen Nachmittag ist dem hohen Gaste zu Ehren große Tafel bei Sr. Maj. dem König. Der Kurfürst beabsichtigt drei Tage hier zu verweilen. — Ein überaus zahlreiches Publikum hatte sich diesen Nachmittag auf der Octoberfestwiese eingefunden, woselbst ein griechischer Wettrennkampf zu Pferd stattfand, der so, wie er ausgeführt wurde, das Publikum keineswegs sehr zu unterhalten schien. — Die bayerischen Offiziere, welche ins kaiserliche Lager nach Pest beordert waren, werden dieser Tage hierher zurückkehren. Dieselben hatten allenthalben im Kaiserstaat und namentlich auch von Seite des Kaisers eine sehr freundliche und glänzende Aufnahme erfahren.

^ **Ludwigshafen**, 6. Oct. Endlich haben die Vermessungen für die neu zu erbauende Eisenbahnstrecke bis zur rheinhessischen Grenze begonnen. Zwar liegt der vor Jahren im Auftrage der nunmehr eingegangenen Frankenthaler Actiengesellschaft angefertigte Plan vor und wird im Allgemeinen höchstens verbessert werden, denn die gegenwärtigen Absteckungen auf eine möglichst theilweise Aenderung hin. Die ursprüngliche Linie zieht an der Westseite des Städtchens Oggersheim auf dem hohen Felde hin, jetzt aber wird auf der Ostseite vermessen und abgesteckt, wohl um eine Abkürzung der Strecke zu gewinnen und die besseren, darum theueren

Felder zu vermeiden. Welche Richtung die vortheilhaftere werden wird, das muß die Berechnung erst ergeben. Die Hauptsache bleibt, daß der Umfang einmal gemacht ist. — Der gestrige Sturm, der sich des Nachmittags orkanartig gesteigert, hat auf weite Strecken beträchtlichen Schaden an Gebäuden, Weinbergen, Obst- und Waldbäumen angerichtet. Aus dem Neustädter Bahnhof hat der Telegraph gemeldet, daß er das Dach des Locomotivgebäudes abgedeckt, aus dem Reichswalde bei Kaiserslautern treffen Nachrichten über große Zerstörungen ein, auf dem ebenen Lande sind viele Bäume entwurzelt, zerrissen oder mitten im Stamm abgebrochen, und die Rebstöcke, an denen ohnehin kein Ueberfluß ging, sind bedeutend geschüttelt und unterert worden. Heute beginnt am mittleren und unteren Haardtgebirge die Weinlese. Die Rebleute rechnen auf ein Product, das in Qualität zwischen dem von 1848 und 1849 die Mitte halten dürfte.

Karlsruhe, 6. Oct. Ein orkanähnlicher Sturm durchbrauste heute unsere Stadt, riß Bäume und Zäune um und fegte Ziegel von den Dächern, so daß das Gehen in den Straßen mit Gefahr verbunden war. In der Nähe des Marktplatzes traf einer dieser Ziegel ein Mädchen derart auf den Kopf, daß die Hirnschale ganz zerschmettert wurde und wenig Hoffnung auf Rettung vorhanden ist. (P. Z. Z.)

†† **Kassel**, 5. Oct. Gestern ist der diesseitige Gesandte am k. k. österreichischen Hofe, Hr. v. Schachten, von hier auf seinen Posten nach Wien zurückgereist. — Heute Morgen verließ uns mit großem Gefolge von 28 Personen Ihre Erlaucht die Frau Gräfin von Schaumburg, um Sr. königlichen Hoheit dem Kurfürsten auf seiner Rückreise von München bis Frankfurt entgegenzureisen. — Der zur Ordnung beziehungsweise Aufhebung der Condominatsverhältnisse im Sinngrunde bestellte diesseitige Commissär, Regierungsrath Wagener, weilt nun ebenfalls wieder hier, um auch den königlich bayerische Commissär, Ministerialrath Weber, ist nach München wieder zurückgekehrt. Ueber die stattgehabten gegenseitigen Verhandlungen erfährt man, daß einstweilen die Grundzüge zu einer Vereinbarung verabredet worden seien.

* **Kassel**, 6. Oct. Wie der „Hannoverschen Zeitung“ mitgetheilt wird, betrifft die Reise Sr. königl. Hoh. des Kurfürsten nach München die fernere Entwickelung der handelspolitischen Frage.

Oldenburg, 4. Oct. Nach der hiesigen Zeitung hat sich der betreffende Ausschuß für die Revision der Verfassung ausgesprochen.

Z **Hamburg**, 4. Oct. In der am 7. d. M. stattfindenden Bürgerschaftsversammlung wird nun die Angelegenheit der Pensionirung des zeitigen Oberstes unserer Garnison zur definitiven Entscheidung gelangen. Nirgends sind die Militärverhältnisse mit einer größern Nachlässigkeit, um nicht zu sagen Unkenntniß geführt worden, als dies hier seit einer langen Reihe von Jahren der Fall gewesen. Schon die Organisation unsers Militärdepartements ist charakteristisch genug, um die Art der bisherigen Leitung dieses nicht unwichtigen Zweigs des öffentlichen Dienstes ins rechte Licht zu stellen. Kaufleute, welche im besten Fall nur eine flüchtige Kenntniß der militärischen Verhältnisse sich eigen zu machen vermögen, da ihnen freilich die Kenntniß der Fluctuationen des Handelsverkehrs wichtiger erscheinen muß, waren die Vorführer im Militärdepartement; die Garnisonsangelegenheiten wurden ihrer Einsicht unterbreitet und durch sie erledigt, so daß die Stimme der erfahrenen und praktischen Militärs gewöhnlich unbeachtet blieb. Der Oberst Schobl hatte mit dieser Behörde vielfach Kämpfe zu bestehen. Nun die fortschreitenden Verhältnisse eine festgegliederte Aenderung des Militärwesens immer dringlicher erheischen, werden natürlich alle Mißgriffe und Uebelstände, welche sich im Laufe der Zeit in diesem Verwaltungszweig eingeschlichen, diesem wackern, um Hamburgs Wohlfahrt verdienten Militär in die Schuhe geschoben. Der Antrag des Senats auf Pensionirung des Herrn Schobl ist bekanntlich in der Bürgerschaft einigemal durchgefallen. Jetzt wird der Antrag in geänderter Form vor die Bürgerschaft gebracht. Der Senat verlangt nämlich einen Commandanten und, wie er sich in der Motivirung ausdrückt, einen umsichtigen und befähigten Repräsentanten unsers Militärwesens. Die Wahl eines solchen hat sich der Senat vorbehalten. Dem zu erwählenden Officiere soll, ohne Rücksicht auf seinen frühern niederen oder höheren Grad, officiell sein höherer Rang als der eines Oberstlieutenants ertheilt werden. Auch in unserm Bürgermilitär dürften demnächst durchgreifende Aenderungen als Folge der in Aussicht gestellten zweckentsprechenden Umbildung unserer Contingentsverhältnisse stattfinden. Was die Verfassungsfrage betrifft, so vernimmt man, daß schon in der am 7. d. M. stattfindenden Bürgerschaft der präsidirende Bürgermeister über den Verlauf der Verfassungsrevisionsarbeiten Mittheilungen machen werde.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 5. Oct. Der frühere Hausarzt Ludwig Philippe's, Dr. Chomel, ist vorgestern von Paris in Lausanne eingetroffen und von der Frau Herzogin von Orleans sehr freundlich, jedoch mit dem Bemerken empfangen worden, daß sie mit ihren Lausanner Aerzte, Dr. Pellis, vollkommen zufrieden sei. Das Befinden des letztern wurde auch von Hrn. Chomel in allen Theilen gebilligt. Die Königin Amalia und der Prinz von Joinville sind ebenfalls in Lausanne angelangt. Der älteste Sohn der Herzogin, der Graf von Paris, gegenwärtig 14 Jahr alt, hängt mit Innigkeit an seiner Mutter und flößt durch seinen melancholischen Ernst große Theilnahme ein. Seine Studien machen sich sehr regelmäßig. Der kleinere genießt seiner harmlosen Jugend und zeigt vielen Muthwillen. — Aehnliche schweflige Ausdünstungen wie bei den starken Pulvergüssen am 17. und 18. v. M. in der nördlichen und östlichen Schweiz, hat ein waadtländischer Chemiker auch in dem auf der Straße von Genf nach Lyon, im Rinderpavement gelegenen Fort de l'Ecluse bemerkt. Die dem Boden entströmende Hitze war bei dieser Ausdünstung so groß, daß die Besatzung das Fort verlassen mußte. Man erklärte sich die Sache bis dahin einfach durch die Verbindung, in welche die Regenmassen mit Schwefelgrund zu stehen kommen. — In der vorgestrigen Nacht bedeckten sich die Berge im Kanton Freiburg mit Schnee; gestern waren auch die Juragipfel mit einem Schneemantel umhüllt. Der große Rath von Waisthat hat, in Abänderung des § 51 des correctionellen Gesetzes, beschlossen, daß die Regierung von sich aus den Beleidiger fremder, eidgenössischer und ausländischer Behörden dem Gerichte überweisen könne.

☽ **Neuenburg**, 4. Oct. Nachdem am letzten Markttag unser See bei hellem Sonnenschein so starke Wellen warf, daß viele Verkäufer ihren Platz am Ufer verlassen mußten, ging vorgestern Mittag das gute Wetter plötzlich in Regen und Sturm über. Die Ihrer vor Anker liegenden Barken gingen unter, eine solche, mitten in See von Vater und Sohn gelenkt, wurde im eigentlichen Sinn vom Wasser verschlungen. Spaziergänger sahen von fern dieses schreckliche Schauspiel, leider ohne helfen zu können, denn die Katastrophe währte nur wenige Minuten. Der Dampfschifffahrtsdirection soll von der Regierung befohlen worden sein, einen Nothnachen an ihr Dampfboot „Schwan“ anzuhängen, was bisher oft versäumt worden war. Man bringt die ebengedachte Wildheit des Sees mit vulkanischen Erscheinungen in Beziehung.

* **Von der Mar**, 5. Oct. Auf den Sturm der Weltschweiz wüthet gegenwärtig der Sturm oder Orkan, eine für diese Jahreszeit ungewöhnliche Erscheinung. — Die Geschworenenwahlen im Kanton Bern scheinen ein radicales Mehr zu haben, was jedoch ohne besondern Einfluß auf die höhere Politik ist. — Das zuerst von deutschen Blättern gebrachte Gedicht „Hahn und Adler“ soll nicht Beranger, sondern Etienne Arago verfaßt haben. — Aus Paris vernimmt man den Grund der plötzlichen Entlassung des Polizeicommissärs Richebourg. Derselbe hat nämlich eine Petition unterzeichnet, worin statt des Kaiserthums lebenslängliche Präsidentschaft gewünscht wird. Der Gedanke soll auch in der Börsenwelt Anklang finden. Jedenfalls scheint die Krönung noch etwas ferner zu stehen, als die elysseischen Blätter verkündigen. Der Staatsstreich werde so lange vorausgesagt, bis man ihn nicht mehr für möglich hielt; ebenso dürfte auch das Kaiserthum nur in einem überraschenden Augenblick hervortreten. Die britische Anschauungsweise über diesen Punkt ist gewiß die richtige.

Frankreich.

* **Paris**, 4. Oct. In der politischen Welt wenig Neues. Ueber die Feierlichkeiten, mit welchen der Prinz-Präsident bei seinem Wiedereintzug zu Paris empfangen werden soll, liegen feste Bestimmungen noch nicht vor. Einige Senatoren sprechen wollen Sr. Kaiserlichen Hoheit bis Blois entgegengehen und dieselbe in die Hauptstadt geleiten, dazu aber bedarf es der Genehmigung Ludwig Napoleons, und diese ist bis jetzt noch nicht eingegangen. Sie steht morgen oder übermorgen zu erwarten. Die Furcht, welche aus dem Gedanken des Kaiserreichs entstand, daß nämlich letzteres zum Krieg führen müsse, nimmt allmälig ab. Unsere großen Capitalisten leben der Ueberzeugung, der Kaiser werde die bestehenden Verträge respectiren und forsfahren, die großen Unternehmungen, deren Erfolg vom Frieden abhängt, zu fördern. Facitisch ist uns besonders Erwähnung verdient, daß diejenigen Imperialisten im Elysee, welche sich gewöhnt haben, bei der Wiederherstellung des Kaiserreichs zugleich auch an die Einverleibung von Belgien und die Eroberung des linken Rheinufers zu denken, die Wesung erhalten haben, sich in ihren Aeußerungen zu mäßigen; während auf der andern Seite Foulds Freunde mit der größten Zuversichtlichkeit an der Börse behaupten, daß das Kaiserreich eher eine Bürgschaft als eine Gefahr für den Frieden Europa's sein werde. Eine andere, hier zu erinnernde Thatsache ist, daß die Vorarbeiten behufs einer Verminderung der Armee in den Bureaux fleißig fortgesetzt werden. — In einem Brüsseler Blatt wurde erzählt, dem Hauptredacteur des „Siecle“ sei bedeutet worden, sein Journal solle fuspendirt werden, wenn er nicht zwei seiner Hauptmit-

arbeiter entlasse und nicht selber zu schreiben anfange. Was hiran Wahres ist, weiß ich nicht; indessen habe ich Grund zu glauben, daß in der Politik dieses Blattes eine Aenderung eintreten und die Regierung nicht nöthig haben wird, Zwangsmittel zu gebrauchen. Der Hauptactionär des „Siecle“ ist zur Regierung übergegangen und wird bei der nächsten Generalversammlung seine Schritte danach thun. Was die „Presse“ anlangt, so wartet auch E. v. Girardin nur auf gute Gelegenheit, eine Schwenkung zu machen. Haben wir einmal das Kaiserreich, dann wird man dem „Siecle“ und der „Presse“ auch nicht einen Tag gestatten, republikanisch zu bleiben. Die Organe der Legitimisten und der Orleanisten mag man noch eine Weile dulden; aber die 40ste Stunde des Kaiserreichs ist auch gewiß die letzte des Republikanismus.

† **Paris**, 5. Oct. Briefliche Nachrichten aus Nimes melden, die dem Prinz-Präsidenten dort gewordene Aufnahme habe durch ihre Kälte stark contrastirt mit dem begeisterten Empfang, den alle übrigen Städte fast einwüthig dem Staatsoberhaupt bereitet haben. Man soll dies einigermaßen vorausgesehen haben, denn Nimes ist die Stadt der extremen Parteien: Rothe und Weiße machen seine Bevölkerung aus, und diese sind allerdings nicht das für imperialistische Demonstrationen geeignete Element. Neue Complottgerüchte laufen um. Wenigstens sind in Bordeaux wegen geheimer Aufreizung von Pulver- und Waffenhandlungen verworfen, eine Partie sachen inbegriffen, welcher man nach den Blättern der genannten Stadt keine zu große Bedeutung beilegen darf. Ernster ist der Selbstmord eines Apothekerlehrlings in Moulins, der, wie es heißt, den Prinz-Präsidenten bei seiner Durchreise durch die genannte Stadt ermorden sollte, und sich nun vergiftet hätte, weil ihm in dem entscheidenden Augenblick, als er dem Prinz-Präsidenten eine Bittschrift überreicht, der traurige Muth ausgegangen sei, den Mordanschlag zu vollführen. — Die Municipalcommission von Paris soll für die bei der Rückkehr Ludwig Napoleons zu veranstaltenden Festlichkeiten nicht weniger als 400,000 Fr. votirt haben.

† **Paris**, 4. Oct. Daß der Professor Noveni am königlichen Athenäum zu Gent, der auf Beschwerde des französischen Gesandten im August d. J. von der belgischen Regierung suspendirt wurde, weil er seinen Zöglingen zum Zeitvertreib Stellen aus Victor Hugo's Schmähschrift auf den Prinz-Präsidenten vorgelesen, von dem eben abgetretenen Brüsseler Cabinet in sein Amt wieder eingesetzt worden ist, hat hier (einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ zufolge) sehr böses Blut gemacht, da man hierin eine Verhöhnung Ludwig Napoleons und eine Rache jenes Cabinets erblicken will. Bei der Ankunft dieser Nachricht hat der Gesandte sie sofort durch den Telegraphen an das Hoflager des Prinz-Präsidenten abgesandt. In dem Ministerrath kam sie ebenfalls zur Sprache. „Patrie“ und „Pays“ beflagen sich aufs heftigste über die unter den obwaltenden Umständen vielleicht unklug Handlungsweise des Brüsseler Cabinets und suchen dieselbe als absichtliche Beleidigung der Regierung Ludwig Napoleons, sowie der ganzen französischen Nation darzustellen. „Wir haben nicht die Gewohnheit, Nationalempfindlichkeiten anzuschüren“ — sagt das „Pays“ — „wir wünschen eifrig, daß kein Zwiespalt sich zwischen Frankreich und seinen Nachbarn erhebe; wir lieben den Frieden und werden aus allen Kräften an seiner Befestigung arbeiten. Aber dieser Vorgang ist wahrlich zu stark, und wir können nicht umhin, in dem Verfahren des Ministeriums, das sich zurückzuziehen hat, ein Vergessen aller Schicklichkeitsregeln, welche die Würde der Staatsmänner und die Klugheit der Regierungen auszeichnen, zu erblicken.“

Der neue Gemeinderath von Montreal ist durch Decret des Tarnpräfecten aufgelöst und durch eine Gemeinderecommission ersetzt worden. Der Präfect sagt in seinem Erlasse:

Wenn der Regel nach die Verwaltung zur Würdigung des Geistes eines Gemeinderaths erst dessen Einsetzung und Handlungsweise abwarten muß, so gibt es doch Ausnahmen, welche sofort zwischen der obern Verwaltung und dem gewählten Rathe, zwischen denen, die den Eid leisten sollen, und der mit seinem Empfange beauftragten Behörde, jeden Verkehr unmöglich machen. Es ist alsdann eine Pflicht für die Verwaltung, die Initiative zu ergreifen, um die Ehre des allgemeinen Stimmrechts und die Beleidigung zu rächen, die eine Gemeinde gegen sich selbst begangen hat.

Aus den Departements Rhone, Saone et Loire, Ardeche und Ain meldet man einige Oppositionssiege bei den Gemeindewahlen. — Ein gewisser Prosper, gewesener Centralcommissar der provisorischen Regierung, ist gestern in Rouen verhaftet und nach Bicetre gebracht worden.

Die heute hier angelangte „Times“ bespricht schon die Möglichkeit eines Einfalles in Belgien, so wie den schon im voraus befestigten strategischen Widerstandsplan, der darin bestehen soll, daß die belgische Regierung aus dem offenen Brüssel sich in das festigste Antwerpen flüchtet und das ganze Land bis an die Maaslinie freizieht, welche letztere die Invasion dann so lange aufhalten werde, bis die Continentalarmeen zur Hilfe herbeigeeilt seien. Nur wei unserer Journale nehmen von dieser Anregung eines eben so interessanten als ernsten Gegenstandes Notiz: die „Assemblée Nationale“, welche die „Times“ trotzen abdruckt, und die „Presse“, welche die Unterstellungen der „Times“ für abgeschmackt hält, da ja die Regierung feierlich erklärt habe, daß sie die ihr zugeschriebenen Pläne nicht hege.

Belgien.

Lüttich, 5. Oct. Der Bericht der großen Militärcommission über die Reorganisation der belgischen Armee ist — in der Form eines dicken Foliobandes — gedruckt worden und wird nur sehr kärglich an ganz intime Freunde ausgetheilt. Er bestätigt vollkommen meine früheren Mittheilungen über die erzielten Resultate. Wenn die Kammern den Beschlüssen der Commission gesetzliche Kraft verleihen, so erhält Belgien nach dem Grundsatz: daß die Neutralität eines Landes nur dann geachtet bleibe, wenn es im Stande sei, Achtung zu gebieten, eine Armee von 100,000 Mann auf dem Kriegsfuß (60,000 Mann im Felde, 40,000 Mann als Reserve und zur Garnisonirung der Festungen); die kleinen befestigten Plätze Bouillon, Marienburg, Philippeville, Ypern und Menin werden geschleift, die übrigen Plätze beibehalten. Die aufgegebenen Festungen bilden mit Mons diejenigen, deren Schleifung die Londoner Conferenz stipulirt hatte. Das Infanteriebataillon wird im Krieg auf 840 bis 1000 Mann gebracht, die Schwadron auf beiläufig 200 Streitende, Officiere und Mannschaft. Alle befehdenden militairischen Anstalten, mit Ausnahme der Ecole d'enfants de troupe, werden beibehalten und erweitert. — Die belgische Regierung hat in der Person des Herrn Drouet, Secretär bei der belgischen Gesandtschaft in London, einen besondern Bevollmächtigten nach Luxemburg gesendet, um mit den niederländischen und preußischen Behörden über die Verbindung der belgischen und deutschen Eisenbahnen zu unterhandeln. Herr Drouet traf in Luxemburg mit Herrn W. Maznay, Präsidenten der Great-Luxemburg-Company, zusammen und beiden wurde am 2. October ein großes Gastmahl gegeben, bei welcher Gelegenheit letzterer versicherte, die luxemburger Eisenbahn könne von jetzt an als eine Thatsache betrachtet werden. Beide stießen sich dem Prinzen Heinrich der Niederlande im Walzerlaufe vorstellen.

Großbritannien.

|| **London**, 4. Oct. Eine Deputation des österreichischen Infanterieregiments, dessen Chef der Herzog von Wellington war und welches seinen Namen führte, wird in London dem Leichengängniß des Helden von Waterloo beiwohnen.

Nachschrift.

* **Frankfurt**, 7. Oct. Gestern Abend ist Se. kaiserl. Hoh. der Großfürst-Thronfolger von Rußland hier eingetroffen und hat sich heute Morgen nach Wiesbaden zum Besuch am herzoglich nassauischen Hofe begeben. Heute Abend wird derselbe nach Darmstadt zurückkehren.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker** und Genossen in Köln.

II.

Y **Köln**, 5. Oct. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob schon jetzt der Angeklagte verösfentlicht werden dürfe; wir halten diese zwar für unbegründet, dagegen erklarnien wir die Unmöglichkeit, denselben einigermaßen vollständig wiedergeben zu können, wurden doch heute 9 Druckbogen Quartformat vertesen. Ein Auszug würde aber ein sehr unvollkommenes Bild geben. Auch wird, da der Inhalt der Hauptanklage bereits bekannt ist, aus der Verhandlung gegen die Einzelnen, der wir täglich folgen können, der Inhalt bald klar werden. Morgen wird die Vertesung noch eine volle Stunde in Anspruch nehmen. Es finden heute wieder einige Verhaftungen von Personen, die auffallend grüßten, statt; im Uebrigen benahm man sich bei der An- und Abfahrt der Gefangenen ruhiger.

Börsenberichte.

Telegraphische Coursberichte des Syndicats der Frankfurter Wechselmäkler.

Wien, 6. Oct. 5pCt. Metall. 95¼. 85. — 5pCt. do. B. 109½. 4½pCt. do. 84⅞. — Bankactien —. — 250 fl. Loose 138. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102⅞. — London 11 fl. 33 kr.

Frankfurt, 7. Oct. Bei der heute stattgehabten 5. Ziehung 6. Klasse der 122. ziehgen Staatslotterie gewannen Nr. 22515, 15703, 2451, 2361 und 23788 jede 1000 fl., Nr. 11296, 18394 und 4378 jede 300 fl.

Frankfurt, 7. Oct. Gestern sind hier angekommen: Herr Fürst von Labanoff, Herr General v. Lyboff und Herr Oberst Graf v. Stackelberg, aus Petersburg, im russischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Wallen. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kaiserlei.

** **Bonn**, 5. Oct. Se. königl. Hoh. der Herzog Maximilian von Bayern traf heute von Brüssel auf der Rückreise nach München mit Gefolge hier ein und nahm höchstsein Absteigequartier im Hotel zum goldnen Stern.

[2292]

Bücher-Zirkel.

Mit dem 20. October wird mein **Bücher-Zirkel** für die Winter-Monate wieder beginnen. Er umfaßt die Novitäten der höheren Belletristik und die wissenschaftlichen Werke von allgemeinem Interesse; ältere Werke sind ausgeschlossen. Alle 14 Tage findet die Umwechslung statt und der Abonnent erhält jedesmal zwei vollständige Werke.

Ich lade zur gefälligen Theilnahme, insbesondere meine älteren Kunden zur Erneuerung ihres Abonnements hiermit ergebenst ein.

GUSTAV OEHLER.

Schweizerische Nordbahn-Gesellschaft.

Die Direction und der Ausschuß der schweizerischen Nordbahn-Gesellschaft haben beschlossen, denjenigen Actionären, welche die vier statutengemäß ausgeschriebenen Einzahlungen im Gesammtbetrag von fünf Mal 175 de France geleistet haben, auf Rechnung des bis 30. Juni d. J. erhaltenen reinen Betriebsbetgebnisses eine Dividende von zwei Procent oder Fr. 3, 50 neue Schweizerwährung per Actie auszubezahlen.

Diese Dividende wird vom 25. bis 27. October ausschließlich in Zürich bei der Casse der Gesellschaft im Bahnhof von 9 bis 11 und von 2 bis 4 Uhr ausbezahlt.

Die zum Behufe des Bezuges derselben erforderlichen Scheine können vom 18. October an entweder im Bahnhofe in Zürich oder bei nachfolgenden Bankiers bezogen werden: in Wien bei Herren **von Wertheimstein sel. Söhne**; in Leipzig bei Herren **C. Heine & Comp.**; in Frankfurt a. M. bei Herren **B. Metzler sel. Sohn & Comp.**; in Augsburg bei Herren **Erzberger & Söhne**; in Mannheim bei Herren **W. H. Ladenburg & Söhne**; in Genf bei Herren **P. F. Bonna & Comp.**; in Mailand bei Herren **A. Reymond & Comp.**

Auf jedem Schein ist durch die Inhaber der Interimsactien deren Anzahl, Nummern und der Gesammtbetrag der Dividende in Francs de France auszusetzen und dessen Empfang durch die Unterschrift zu bestätigen. Die bei den auswärtigen Herren Bankiers bezogenen Scheine müssen unter Vorweisung der bezüglichen Interimsactien denselben übergeben und durch sie der Direction eingesandt werden, welche dagegen die betreffenden Beträge hier zu ihrer Verfügung halten wird.

Diejenigen Inhaber, welche die Dividende im Bahnhofe in Zürich beziehen wollen, müssen daselbst ihre Interimsacten zur Vergleichung mit den Scheinen vorweisen.

Zürich, 24. September 1852.

Die Direction der schweizer. Nordbahn-Gesellschaft.

[2291] C. Ott. Imhof. R. Vögeli. Wiser.

[2263] Von dem in unserem Verlage erscheinenden

König Ludwigs Album

sind bereits die 5te und die Lieferung ausgegeben und ist somit der I. Jahrgang eines Werkes vollendet, welches in der Kunstwelt mit unbestreitbem Beifall aufgenommen worden ist; wir scheinen daher zur Herausgabe des II. Jahrganges, welcher wegen dem größeren Zeitaufwande für die bereits enthaltenen Stahl- und Kupferstiche nur in 4 Lieferungen mit 25 Blättern einschließlich des Gratisbeiblattes bestehen und wovon alle 3 Monate eine Lieferung von 6 Blättern erscheinen wird.

Preis wie früher per Lief. fl. 3. 30 kr. oder Thlr. 2. Pr Crt.

Indem wir daher zur geneigten Subscription auf diese Fortsetzung hiermit einladen, bemerken wir zugleich, daß jetzt auch dem I. Albums-Jahrgange auch einzelne Blätter und Lieferungen zu den dafür bestimmten Preisen abgegeben werden, worüber der Katalog in jeder Buch- und Kunsthandlung zur Einsicht bereit liegt.

München, im September 1852.

K. B. priv. Kunstanstalt von Piloty & Loehle,
Herausgeber der K. Galerien.

[2295] Bei Ferd. Bosselli, Buchhändler, große Eschenheimer Straße, vorräthig:

Gothaischer genealog. Hofkalender. 1853. deutsch u. franz. fl. 2. 6 kr.
Taschenbuch der gräfl. Häuser, 1853. fl. 2. 42 kr.
— **der freiherrl. Häuser,** fl. 2. 42 kr.

[2233] **Pour des parents.**

Mr. Weber-Bousquet, Médecin Dentiste de S. M. feu le Roi Louis Philipp, désire former un élève pendant 4 à 5 ans, moyennant d'honoraires convenable. S'addresser 48, rue Richelieu, Paris. (Affranchis)

[2250] Ein anständiges Mädchen von gesetzten Jahren sucht eine Stelle als Haushälterin; dieselbe steht mehr auf gute Behandlung als auf hohen Gehalt. Näheres zu erfragen bei der Expedition d. Blattes.

[2282] **Ank und Verkauf**
von Obligationen, Loosen rc. bei
Moritz Diebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2196]

SIROP

D'ECORCES D'ORANGES AMERES.

Specialité renomée de Laroze à Paris aid an den bestellten Massepfleger Herrn Dr. jur. pour prévenire les vapeures et faire une bonne Besz zu entrichten. Frankfurt a. M., 1. Oct. 1852.
digestion se vend chez **H. C. v. Oven**, Blei- Stadt-Gericht 1.
denstrasse 33. — Prix fl. 1. 30 kr. le flacon. Dr. Wolff.

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 29 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl geschickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militairs, als geschickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreeanzüge. [2172]

[2280] **Bekanntmachung.**

Die Schuldner des insolventen hiesigen Bürgers und Handelsmanns P. Böhringer um werden hiermit aufgefordert, die Schuld-Summen bis zur Bermeidung nochmaliger Zahlung an Niemanden

---

Cours der Staats-Papiere. 7. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.L.S.b. Rothe)	92 1/2 G.	Nassau.	fl. 25 Loose . . .	28 1/2 G.
»	5% M. W.J. 1854 ser. B.	92 G.	Würtemb.	4 1/2% Oblig. b. Rothe.	101 1/2 P. 1/4 bez.
»	5% L. V. (C. b. Rothe)	87 1/2 P. 3/4, 5/8, 1/2 bez.	»	3 1/2% ditto	90 P.
»	5% do. Monie C.I.S.L.M	84 P.	Nurhessen	40 Thlr. l. b. Rothsch.	53 1/2 P.
»	Bank-Actien . . .	1376, 78, 75 bez. 74 G.	»	Pr. Crt.-Wilh.-Nordb.	45 1/4 P.
»	5% Metalliq. Oblig.	81 bez.	Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	100 1/2 P.
»	5% M. v. J. 1854 Ser. A.	81 1/4 G.	»	4% ditto b. Rothsch.	97 1/2 P.
»	4 1/2% ditto	74 1/2, 3/4, 1/2 bez.	»	3 1/2% ditto b. Rothsch.	92 1/4 P.
»	4% ditto	64 1/2 G.	»	fl. 50 Loose . . .	90 P.
»	3% ditto	48 1/4 P.	»	fl. 25 Loose . . .	31 1/4 P.
»	2 1/2% ditto	35 1/2 P.	Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	95 P.
»	1% ditto	16 1/4 P.	»	3 1/2% » v. 1846	94 P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	118 1/2 P.	»	3% »	85 P.
»	fl. 500 » ditto	193 1/2 P.	»	3% Stammsch. act.	298 P.
»	4 1/2% Oblig. b. Rothsch.	81 P.	Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	103 3/4 P.
»	4% ditto	71 P.	»	4% Obl. b. Hope & 3.	91 G.
Preussen.	3 1/2% Staatsschulds.	95 P.	»	4% » b. Stieglitz.	91 1/2 G.
»	4 1/2% Oblig. b. Roths.	104 P.	Polen.	4% Oblig. de fl. 500	91 1/4 P. 91 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	113 P.	Spanien	3% inl. Sch. P. fl. 3. 80	45 1/2 P. 3/4 G.
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	101 1/2 P.	»	1% Neue » »	23 1/4, 1/2, 3/4 bez. 11/16 G.
»	4 1/2% ditto	100 3/4 P.	Holland.	4% Certificate . .	96 G.
»	4% ditto	97 G.	»	3 1/2% Syndicate . .	94 1/2 G.
»	4% Anlös.-Rente .	96 1/4 P.	»	2 1/2% Integrale . .	63 1/2 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	93 3/4 P. 1/2 G.	Belgien.	5% Obl. in Lst. à 25 P.	100 1/2 P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95 1/4 bez. 95 G.	»	4 1/2% Obl. in P. à 25 Fr.	97 1/4 G.
»	5% Priorit.-Oblig.	103 1/2 P.	»	4% Obl. in Fr. à 25 Fr.	90 1/2 G.
Baden . .	5% Obligationen .	102 P.	»	3 1/2% Obl. b. Rothsch.	85 3/4 P.
»	4 1/2% Obligationen	103 P.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97 P.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	68 P.	»	5% Obl. b. Hambro	94 P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	37 3/4 P. 1/4 bez.	»	Sardinische Loose .	102 1/4 P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	37 3/4 P. 1/4 bez.	Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Golds.)	100 1/4 P.
Nassau.	5% Oblig. b. Rothsch.	103 3/4 P.	»	5% b. 1855 b. Bastog (do.)	97 1/4 P.
»	4% ditto	99 1/4 P.	Mansvika	6% Stocks Doll. à 39.	116 1/4 P.
»	3 1/2% ditto	91 P.	»	Vereins fl. 10 Loose .	83 P. 3/4 G.

Wechsel-Cours.

Den 7. October	Per comptant.
Amsterdam . kk. S.	100 1/2 B. 1 G.
(100 fl. Crt.)	3 M.
Augsburg . . kk. S.	120 B. 120 G.
(100 fl. Crt.)	2 M.
Berlin . . . kk. S.	105 1/4 B.
(60 Thlr.)	8 M.
Bremen (50	kk. S. 97 3/4 B. 1/2 G.
Rthlr. i. L. dor.	2 M.
Hamburg . . kk. S.	88 1/2 B.
(100 Mk. Bco.)	2 M.
Leipzig . . . kk. S.	105 B.
London . . . kk. S.	119 1/2 B.
(10 Ltr. St.)	3 M.
Lyon . . . kk. S.	94 1/2 B.
(300 Fr.)	2 M.
Mailand (250	kk. S. 101 B. 100 1/2 G.
Lir. Austr.)	2 M.
Paris . . . kk. S.	94 1/2 B.
(300 Fr.)	2 M.
Wien (100 fl.)	kk. S. 102 B. 101 bez.
im 24 fl. F.)	2 M.
Disconto . . .	3 B. 3 1/2 G.

Gold und Silber.

Pistolen . . . fl. 9	45–46
Pr. Friedrichsd'or »	9 55 1/2 – 56 1/2
Holl. 10 fl. Stücke »	9 53 1/2 – 54 1/2
Rand-Ducaten . »	5 37–38
20 Francsstücke »	9 31–32
Engl. Sovereigns »	11 56
Gold al Marco »	383–84
5 Frankenthaler »	2 21 1/2 – 22 1/2
Preuss. Thaler »	1 45 1/2 – 1/2
Preuss. Cassen-Schn.	1 45–1/4

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 241. Freitag — den 8. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksgebiet von Frankfurt fl. 2. 30 kr. 2) in den Staaten des Deutschen Handels- und Zoll-Vereins Postvereinsgebiets fl. 2. 40 kr. — 1 Rthlr. 15 Sgr. 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Erbländern fl. 3. 6. im 24 F.-Fuß, oder

fl. 2. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 20 Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übereseeische Länder nimmt Herr G. A. Klettenberg in Straßburg, Steinhagen Nr. 29, und in Paris Herr Desterlamm de Bassarah No. 19, Entgegnahme an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (Raum 4 Petitschrift) oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Ein Warnungsruf.

) Von der Donau, 4. Oct.

Es ist eine betrübende Erscheinung, wenn Fragen, die nur durch Erfahrung und Wissenschaft zu entscheiden sind, von den Parteien abgehandelt werden. Statt Wissenschaft urtheilt die vom Parteigesichtspunkt befangene Leidenschaftlichkeit ohne Wissen, statt Erfahrung kecks Behaupten ohne vernünftigen Grund. Wo die Leidenschaften walten ist der Blick getrübt und herrscht ein blindes Losstürmen auf ein falsches Ziel. So ergeht es der handelspolitischen Frage im Zollverein und in Deutschland.

Man spricht von Hegemonie bei einer Einrichtung, in der Reuß-Greiz auf gleicher Stufe in Entscheidung von Principienfragen steht, als Preußen. Von einer Hegemonie im Zollverein zu sprechen ist ohne Sinn. Braunschweig und jeder noch kleinere Staat als Mitglied kann sein Veto dem gesammten Vereine gegenüber geltend machen, wie wir es schon erlebt haben. Die Machtstellung Preußens ruht auf seiner guten innern Organisation, der Zollverein macht es weder stärker noch schwächer. Soll, was nicht zu bezweifeln ist, wenn die Leidenschaften sich abgekühlt haben, Oesterreich in eine Zolleinigung mit den Staaten des Zollvereins treten, so wird dieses seine Macht gewiß eben so wenig vergrößern, als Preußens Macht vom Zollverein vergrößert wird.

Die einzige aber dann unerschütterliche Macht Preußens und Oesterreichs ruht in ihrer Einigung unter einander und mit den übrigen deutschen Staaten, auf Grundlage eines die Rechte der Nation und der Dynastien nicht verletzenden, im Einklang mit den Bedürfnissen und Forderungen der Zeit stehenden Staatsvertrags.

Statt auf dieses Ziel loszugehen, sehen wir in den einfachsten, nächstenliegenden Dingen von beiden Seiten die Zwietracht schärfen und dadurch die gegenseitige Kraft zerstören.

Als der große Befreiungskampf gekämpft wurde, wie ganz anders lagen da die Sachen. Doch die Zeit dieser furchtbaren Anstrengungen gegen den gemeinsamen Feind ist uns ferner gerückt, und die schwer geprüften Fürsten Franz II. und Friedrich Wilhelm III., welche ebenfalls auch erst durch Unglück geläutert den engen Bund zu gemeinsamem Handeln schlossen, sind dem besiegten Feinde ins Grab gefolgt. Mit ihnen, so scheint es, auch die so herrlich erprobte Einigung. Ach, möchten doch die Schicksale dieser beiden Fürsten, die während ihrer Uneinigkeit den bittern Kelch der Demüthigung und des Unglücks bis auf die Neige leeren mußten, für die Eintracht, für gemeinsames Handeln der zwei mächtigsten deutschen Monarchien sprechen!

Würde die Zeit der bittern Erfahrungen uns noch näher stehen, das Bild so kläglicher Uneinigkeit, das Hängen an dem Kleinlichsten bei der Vorlage so großer Entwürfe, wie es und die Gegenwart so widerwärtig zeigt, wäre nicht möglich. Die Parteien, die Zwietracht schüren und Haß säen, fanden kein Publikum, sondern gemeinsam gegenseitig opferbereit würde der Weg der Eintracht, des Einverständnisses, der Verbindung betreten.

Sollen wirklich alle mit so theuern Opfern erkauften Erfahrungen der noch so nahen Vergangenheit vergeblich gemacht sein! Soll der schreckliche Weg der Uneinigkeit mit einfältigem Hochmuth und blinder Selbstsucht, der dem Verderben langsam aber sicher zuführt, wirklich wieder betreten werden!

Bei der Erinnerung an Friedrich Wilhelm III. und Franz II., an Auerstädt und Jena! ich kann es nicht glauben, sondern hoffe, unsern Feinden zum Trotz, auf die Einigung Preußens und Oesterreichs in Förderung aller großen nationalen Angelegenheiten.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 7. Oct. Die verschiedenseitigen officiösen Darlegungen über den Verlauf und den Abbruch der Berliner Conferenzverhandlungen folgen sich rasch. Heute liegen uns zwei neue vor, im „Dresdener Journal“ und in der „Neuen Münchener Zeitung“. Wir wählen zunächst die letztere, um sie unsern Lesern der Hauptsache nach vorzuführen. Gleich zu Anfang heißt es darin: „Als die Conferenz in Berlin eröffnet wurde, war die Neubegründung des Zollvereins ein allen Betheiligten gleich wichtiges Ziel. Er sollte nicht bloß erneuert, er sollte erweitert werden, auch darin stimmten Alle überein. Obwohl bei dem Mangel an Zollschutz im Steuerverein die Zollvereinsindustrie schon jetzt den hannoverschen Markt beschickt, so versprach ihr doch die sortihin dort eintretende Beschränkung der englischen Concurrenz einige Erweiterung des Absatzes, und die Abrundung des Zollgebietes bis an die See war von Werth. Daß Hannover ein Präsipuum erlangte, erschien billig. Die Höfe aber, in welchen es der Septembervertrag zugestellt, und seine Ausdehnung auf Ausgangs- und Durchgangszölle konnte nicht begründet werden. ... Zugleich war bei Schließung des Septembervertrags die vertragsmäßige Theilnahme der übrigen Zollvereinsgenossen ignorirt und derselbe nicht als eine Proposition für den neuen Zollvereinsvertrag, sondern als ein fertiger Theil desselben angekündigt, dessen Ablehnung mit dem Austritt aus dem Zollvereine gleichbedeutend sei. Jene großen materiellen Opfer und das Verwinden des rücksichtslosen formellen Verfahrens bei Schließung des Vertrags waren durch den Beitritt Hannovers zum Vereine nicht compensirt. Die übrigen Staaten des Zollvereins waren berechtigt, anderweitig Aequivalente zu verlangen.“ Die Verbündeten haben aber nichts für sich verlangt, sie haben vielmehr ein Angebot gemacht, das England und Frankreich nicht verschmäht haben würden und das zu verlangen man im vorigen Jahrhundert noch Kriege geführt haben würde: sie haben zu dem Markte von 2 Millionen im Norden einen neuen von 37 Millionen im Süden geboten; sie haben hierüber aber nicht abgeschlossene Verträge, sondern nur Entwürfe von Verträgen vorgelegt, zu deren Abschluß sie bereit gewesen, sobald Preußen zustimmt hätte, und die im Fall der Nichtzustimmung gleich dem Septembervertrag als Grundlage der Verhandlungen hätten dienen sollen, wobei dann natürlich ein österreichischer Commissarius nicht zurückzuweisen gewesen wäre; daß die Verträge über Erneuerung des Zollvereins nicht vor den Verhandlungen mit Oesterreich abgeschlossen würden, sei formell in der Gleichberechtigung der Paciscenten, materiell darin begründet gewesen, daß der die Zolleinigung vorbereitende Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich, wenn er anders hätte Werth haben sollen, der gegenseitigen Zollermäßigung wegen, wesentliche Aenderungen in dem Zollvereinstarif selbst vorausgesetzt habe. Darüber habe unter sieben Staaten, die zwei Drittel des Zollvereins ausmachen, die Darmstädter Verabredung bestanden.

So viel über den principiellen Standpunkt, mit dem die Verbündeten in die Berliner Conferenzverhandlungen eintraten. Es ist bekannt, daß Preußen im Verlauf der Verhandlungen die Besprechung der Zolleinigung für jetzt entschieden ablehnte, auf die Besprechung des Handelsvertrags mit Oesterreich erst nach Abschluß der Zollvereinsverträge eingehen zu können erklärte und endlich den Darmstädter Verbündeten die Präclusivfrist vom 16. September zur Abgabe ihrer Beitrittserklärung zu den preußischen Propositionen stellte. Hierüber sagt die Münchener Darlegung: „Präclusivtermine sind in friedlichen diplomatischen Verhandlungen nicht gebräuchlich, bei der Stellung der Zollvereinsstaaten untereinander nicht wohl statthaft und in dem vorliegenden Falle war die Frist von 14 Tagen, selbst wenn nach so langsamem Gang der Berliner Conferenz Beschleunigung noth that, jedenfalls zu kurz.“ Dennoch habe Preußen die Coalitionsstaaten mit dem Vollzug der Präclusivfrist überrascht, als sie eben im Begriff gewesen, die in München verabredete Erklärung auf die preußische Rückäußerung von 30. August abzugeben. Preußen also habe die Conferenzen abgebrochen,

ohne das letzte Wort der Darmstädter Verbündeten gehört zu haben, und dies sei der Art, daß es gerade über den Hauptpunkt der Differenz, die österreichische Frage, den Weg der Verständigung deutlich offen gelassen habe. Mit der preußischen Circulardepesche vom 27. September sei aber nicht bloß die Verständigung über die letzten Streitpunkte auf dem Wege gemeinsamer Berathung abgeschnitten, sondern auch jede Frucht der Berliner Conferenzen selbst vernichtet. Die ganze Angelegenheit trete damit auf den Stand zurück, auf dem sie bei Eröffnung der Conferenzen sich befunden habe. Man hätte zwar den einzelnen Staaten der Darmstädter Uebereinkunft die Zustimmung zu Verhandlungen auf, wenn diese aber nicht durch diese Uebereinkunft gebunden wären, so sei doch schwer zu begreifen, worüber denn verhandelt werden solle, wenn die Verhandlung ein Zugeständniß eben desjen voraussetze, worüber man bisher verhandelt habe. — Die Darlegung schließt also: „Es ist auf Seite der Staaten der Darmstädter Vereinbarung bisher noch nie die Scheidung des Zollvereins in zwei Gruppen auch nur als möglich zugegeben worden. Sie wollten ausrichtig dessen Fortbestand und Erweiterung; aber nicht bloß nach einer Seite hin und um eine kleine Einwohnerzahl, sondern zugleich nach Süden und Osten durch Zuwachs eines großen Reiches. Sie wollen wenigstens die Sicherung einer Handels- und Zollvertrags mit Oesterreich, wie in seinen Wirkungen zur Zollvereinigung führt. Hierin verlangen sie nichts, was nicht der ganzen norddeutschen Industrie gleich vortheilhaft wäre, und dem Zollverein im Ganzen zur Befestigung dienen könnte. Sie wollen daher die Trennung des Zollvereins keineswegs, und was sie begehren, kann kein Anlaß sein, daß er von anderer Seite zerrissen wird."

* **Frankfurt**, 7. Oct. Eine Zeitungspolemik zwischen zwei hiesigen Mitgliedern der beiden christlichen Confessionen in Betreff des exterritorialen Standes der fremden Militärpersonen in geistlichen Sachen wird heute durch den Standesbuchführer Dr. Kirchner im „Fransf. Journ." in ruhiger und sehr verständiger Weise geschlichtet, wobei Herr Dr. Kirchner erklärt, daß die Standesbuchführung um so dankbarer für die Anordnungen der preußischen Militärbehörden sein müsse, als sie die zu dem stattgehabten Conflict Veranlassung gebenden preußischen Militärs für den „leidenden" nicht aber für den „schuldigen" Theil halte. — Auf einen vorgekommenen Irrthum des Herrn Dr. Kirchner müssen wir aber aufmerksam machen. Das von demselben angegebene Civilstandsgesetz für die preußischen Rheinprovinzen ist (wie das französische Gesetz überhaupt) nur auf dem linken Rheinufer giltig; auf dem rechten Rheinufer in den preußischen Staaten gilt überall die preußische Gesetzgebung und unterrichtete Militärpersonen haben die Versicherung gegeben, daß das Problem genau nach dem französischen Gesetz verfahren werde, daß aber in dem gegenüberliegenden Ehrenbreitstein das preußische Gesetz vollkommen zur Anwendung komme und der Civilact von niemand gefordert werde.

** **Wien**, 4. Oct. Das Namensfest Sr. Maj. des Kaisers ist heute in der üblichen Weise begangen worden. Das diplomatische Corps speiste bei dem Herrn Minister des Aeußern.

Aus Venedig vom 29. v. M. wird gemeldet: Es erschienen abermals zwei Kundmachungen der kriegsrechtlichen Commission zu Este, denen zufolge 23 Individuen mit Pulver und Blei hingerichtet, und viele anderer, theils zur lebenslänglichen, theils zur mehrjährigen Kerkerstrafe in schweren Eisen verurtheilt wurden. Diese schrecklichen, oft wiederholten Beispiele fruchteten: die Straßen in der Provinz Rovigno können jetzt fast überall gefahrlos bereist werden.

* **Berlin**, 5. Oct. Der diesjährigen Kammersession, deren Beginn Ende November bevorsteht, wird keine lange Dauer prophezeit. Dem Vernehmen nach sollen die Kammern nur mit Gesetzentwürfen über ihre eigene Umbildung auf ständischer Grundlage sich zu beschäftigen haben. — Die Reise des Grafen v. Alvensleben nach Hannover soll auf den besondern Wunsch des Königs erfolgt sein. — Die auf den 1. September d. J. bestimmt gewesene deutsch-österreichische Telegraphenconferenz sollte nach dem Antrag der königlich preußischen Regierung erst am 1. November d. J. in Berlin abgehalten werden. Neuerdings ist aber von Seiten der k. k. österreichischen Regierung eine weitere Vertagung dieser Conferenz, und zwar aus dem Grunde in Vorschlag gebracht, weil der Zeitraum seit der Inslebentretung der letzten Wiener Conferenzbeschlüsse ein zu kurzer ist, um jetzt schon auf den Grund gemachter Erfahrungen neue erhebliche Verabredungen treffen zu können. Demnach dürfte der Zusammentritt der nächsten Telegraphenconferenz erst im kommenden Frühjahr stattfinden. — Die Cholera macht noch immer nur geringe Fortschritte; vom 3. auf den 4. October wurden nur 8 Erkrankungen angemeldet.

* **Stuttgart**, 7. Oct. Gestern wüthete ein furchtbarer Orkan von Mittags 11½ Uhr bis Abends 5 Uhr in unserer Stadt, bis sich um diese Zeit ein Regen einstellte. Der Sturm entwurzelte viele Bäume, riß zahllose Aeste herab, zertrümmerte Schornsteine, Läden und Fenster. Den größten Schaden hat derselbe wohl an dem Blechdach des königl. Hoftheaters angerichtet, indem dasselbe größtentheils losgerissen und unter furchtbarem Geräusch von dem Sturm wie eine Windfahne hin und hergetrieben wurde. Auch wurden mehrere Personen beschädigt. Nicht minder stark hat der Sturm auch in der Nachbarschaft, z. B. in Eßlingen und anderwärts gewüthet. — Die Bestrebungen der hiesigen neuen Handelsgesellschaft haben auch in Rottweil Anklang gefunden.

* **Darmstadt**, 7. Oct. Gleich nach dem Schlusse der Session des Schwurgerichts in der vorigen Woche eröffnete der Provinzialgerichtshof seine Sitzungen, die morgen zu Ende gehen. Von den von dem obgenannten Strafsenate gefällten die gestern Sonnabend zu Abend verhandelte Anklage das meiste Interesse. Auf der Bank der Angeklagten saß der hiesige Buchhändler v. Auw, beschuldigt, durch Verbreitung des (ganz kleinen) Schriftchens: „Des alten Schäfers Thomas seine dritte Prophezeiung", zur Beleidigung des Oberhaupts eines fremden Staats, des Prinz-Präsidenten Ludwig Napoleon, mitgewirkt, sich der Beihilfe zu diesem Vergehen schuldig gemacht zu haben. Denn auf der ersten Seite des Schriftchens wurde dieser Mann geschmäht; es werde von ihm gesagt, er werde „zum Gelächter der Franzosen" von seiner Höhe herabsteigen, er werde beschuldigt, er wolle sich durch „Escamotage bei den Abstimmungen" zum Dictator machen, also wurde Vorlesung; dabei sei bewiesen, daß der Angeklagte vor der Verbreitung der Exemplare (dies gab derselbe zu) diese beleidigende Stelle gelesen gehabt habe, was namentlich aus seiner Anzeige des Schriftchens im hiesigen Wochenblatt hervorgehe. Zwischen dem Staatsanwalt und dem Vertheidiger wurden eine Reihe von Fragen verhandelt: ob der Präsident einer Republik das „Oberhaupt" des Staats, oder nur der erste Beamte desselben sei, ob Louis Napoleon das legitime, nicht bloß das factische Oberhaupt Frankreichs sei u. s. w. Der Staatsanwalt bezog sich darauf, daß die europäischen Regierungen den Prinzen anerkannt hätten, daß ein Gesandter desselben erst dieser Tage seine Creditive hier übergeben habe. Nach der Verhandlung zog sich der Gerichtshof zurück, um das Urtheil zu berathen. Die Berathung dauerte ziemlich lange, was darauf hindeutete, daß die Mitglieder des Gerichtshofs nicht gleicher Ansicht waren. Das verkündigte Urtheil condemnirte unter Berücksichtigung von Milderungsgründen den Angeklagten in eine Gefängnißstrafe von sechs Tagen, und stützte sich darauf, daß nach den Umständen anzunehmen sei, der Angeklagte habe vor der Verbreitung der Exemplare jene verletzende Stelle des Schriftchens gelesen.

Türkei.

Man schreibt aus **Sarajevo** vom 16. Sept.: Der neue Generalgouverneur von Bosnien, Durschid-Pascha, kam am 11. l. M. von Belgrad über Zvornik, Tusla und Kladain hierorts an. Am 13. reiste sein Vorläufer, Beliedsin Pascha, auf dem Landweg nach Konstantinopel ab. Es wird abermals stark gesprochen, daß der Vezier Ismael Pascha von Monastir hierher bestimmt ist, um das Commando des hiesigen Truppencorps zu übernehmen.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 4. Oct. Der russische Staatskanzler Graf Nesselrode ist aus Italien hier eingetroffen und im russischen Gesandtschaftshotel abgestiegen. Dem Vernehmen nach wird Sr. Excellenz nur wenige Tage hier verweilen und sodann seine Reise nach Petersburg fortsetzen. — Herr v. Bourguignon, der österreichische Commissär bei der Auctionscommission der deutschen Flotte, ist über Wien nach Venedig abgegangen. Dem Vernehmen nach wird derselbe dem Verwaltungsrath der k. k. österreichischen Marine eingereiht werden.

* **Berlin**, 5. Oct. Gestern wurde der brandenburgische Provinziallandtag geschlossen. Die von mehreren Provinziallandtagen an den König beschlossene Bitte, die Kammer nur alle zwei Jahre ordentlich zusammentreten zu lassen und die dreijährigen in sechsjährige Legislaturperioden zu verwandeln, kommt schon anderweitig zur Erwägung der Regierung, indem der vom Minister des Innern niedergelegten Verfassungsabänderungscommission auch hierauf bezügliche Vorlagen gemacht sind. In Uebereinstimmung mit dieser Abänderung würde dann auch die Umwandlung der einjährigen Etatsperioden in zweijährige in Betracht kommen. — Dem Vernehmen nach wird Graf Rostiz nicht mehr auf seinen bisherigen Posten in Hannover zurückkehren, vielmehr wegen seines vorgerückten Alters aus seiner diplomatischen Stellung ganz ausscheiden.

* **Berlin**, 6. Oct. Der gestern wieder hier eingetroffene Graf v. Alvensleben hatte noch gestern Abend eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten. — Nachrichten über im Augenblick schwebende Verhandlungen mit Oesterreich in der handelspolitischen Frage werden von der Kreuzzeitung als aus der Luft gegriffen be-

Digitized by Google

zeichnet. — Am letzten Sonntag hatte der Ministerpräsident v. Manteuffel eine längere Besprechung mit dem Grafen Hatzfeld, diesseitigem Gesandten bei der französischen Republik. Der Graf fühlt sich seit seiner Reise nach Deutschland wieder mehr gekräftigt, und es gewinnt an Wahrscheinlichkeit, daß derselbe gar nicht ausscheiden, sondern demnächst auf seinen Posten nach Paris zurückkehren werde.

* **Dresden**, 5. Oct. Die Ministerkrisis, von der ich Ihnen neulich als einem Gerüchte schrieb, ist theilweise doch in Erfüllung gegangen; der Minister des Innern, Frhr. v. Friesen, hat seine Entlassung eingezeben und erhalten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Austritt mit der Zollfrage zusammenhängt; anderseits ist freilich der eigentliche Grund desselben grade jetzt nicht recht abzusehen, da die Politik der sächsischen Regierung in dieser Frage bekanntlich schon lange klar vorgezeichnet und ihr ferneres Vorschreiten durch das frühere vollständig motivirt war. Jedenfalls hat das Land diesen Austritt insofern zu bedauern, als Frhr. v. Friesen ein sehr tüchtiger Departementschef war und auch sein Verhalten im Jahr 1850 die größte Anerkennung verdiente und fand. Interimsweise ist das Ministerium des Innern von Hrn. Minister v. Beust übernommen; es liegt hierin der deutliche Beweis der Festigkeit der sächsischen Regierung in ihrer Haltung betreffs der Zollfrage, die mit der Persönlichkeit des Letztgenannten so eng verknüpft ist. Gegenüber den Schritten der preußischen Regierung findet diese auch die allgemeinste Billigung, und es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß unsere Regierung, auf die Eventualitäten des neu eingetretenen Bruchs längst vorbereitet, alles dahin Abzielende sorgfältig vorgesehen und deßhalb keine Ursache hat, vor den praktischen Consequenzen zurückzuschenen. Der Austritt des Frhrn. v. Friesen hat daher nach dieser Seite keine Störung irgend welcher Art zur Folge. Das Gerücht beschäftigt sich begreiflich schon mit der Frage eines definitiven Nachfolgers; indeß glaube ich, Ihnen aus guter Quelle versichern zu können, daß an einen solchen in unsern Reihen Zeit noch nicht zu denken ist, und wenn insbesondere auch der Name des sächsischen Bundesgesandten, Hrn. v. Nostitz, in diesem Zusammenhange genannt wurde, so ist dies jedenfalls eine sehr irrige Vermuthung, da die Wichtigkeit des Genannten auf seinem jetzigen Posten hier vollkommen gewürdigt wird. Auch das Gerücht, der Finanzminister Hr. Behr habe gleichzeitig seine Entlassung gegeben, kann ich Ihnen als unbegründet bezeichnen.

* **Paris**, 6. Oct. Gestern Vormittag hat der Prinz-Präsident in Toulouse, wie schon erwähnt wurde, den Truppen die Revue abgenommen. Gegen halb zwei Uhr zogen auf der großen Esplanade des Polygons die Deputationen der Kantone und der Landgemeinden den Ehrengarnisonregimentern an ihm vorüber. Während dieses langen Festzuges, an welchem nahezu 70,000 Menschen aller Klassen und Berufsarten Theil nahmen, waren die Rufe Vive l'Empereur! und Vive Napoleon III.! keinen Augenblick unterbrochen. Tausende von Fahnen und Bannern in den Farben des Prinzen wogten in dem Wind, an der Spitze jeder Deputation eine, und neigten sich vor dem Prinzen; alle Theilnehmer des Zuges, Männer und Frauen, waren im Nationalkostüm. Als Ludwig Napoleon das Polygon erreichte, begrüßten ihn die Hunderttausende mit Acclamationen. Abends war Festvorstellung im Theater; zuvbeinder Empfang des Prinzen im Saale und stürmische Kaiserivats. Abends Illumination der Stadt, Feuerwerk, Tanz und andere Volksbelustigungen. Heute früh ist Ludwig Napoleon nach Agen weiter gereist. Unterwegs berührte er St. Jory und Grisolles und hielt sich eine Stunde in Montauban auf, die Behörden der Stadt und Deputationen der umliegenden Gemeinden zu empfangen. Um 5 Uhr wird der Cortege in Agen eingetroffen sein.

Cardinal Donnet, der Erzbischof von Bordeaux, hat die Geistlichen seiner Diöcese durch Rundschreiben aufgefordert, dem Prinz-Präsidenten einen recht herzlichen und festlichen Empfang zu bereiten. In diesem Schreiben wird mitgetheilt, daß Ludwig Napoleon der Primatskirche in Bordeaux zwölf kostbare Seidel aus der Fabrik von Beauvais und 30,000 Fr. an Werth geschenkt, ferner der St. Andreaskirche in Bordeaux und der St. Grerronskirche in Bourg zwei werthvolle Gewälde, und einer andern Kirche 5000 Fr. geschickt habe.

Magne, der Minister der öffentlichen Bauten, ist gestern von Perigueux nach Angoulème gereist. Dort wird er die Eisenbahn nach Bordeaux besahren und auf diese Weise eine erste Inspection dieser Linie vornehmen. In Bordeaux trifft der Minister mit dem Prinz-Präsidenten zusammen und schließt sich von da dem Reisezug desselben an bis Angouleme, um über Perigueux einen Tag früher als Ludwig Napoleon wieder in der Hauptstadt zurück zu sein.

Im Departement der Oberloire sind mehrere politische Verhaftungen vorgenommen worden; auch den vormaligen Redacteur des „Volksfreundes" in Puy, eines sozialistischen Blattes, hat man in seiner Wohnung ergriffen und in sichere Haft gebracht.

Durch Decret des Prinz-Präsidenten ist Beelard zum französischen Generalconsul und Geschäftsträger in Turin ernannt worden; in gleicher Eigenschaft ist Leon Roche für Neapel ernannt.

Die „Revue britannique" will wissen, die französische Regierung habe sich an das britische Cabinet gewandt, um die Herausgabe des bisher in England aufbewahrten Testaments Napoleons zu erwirken.

Der „Moniteur" meldet heute 61 Ernennungen und Beförderungen in der Ehrenlegion und die Verliehungen von 114 Militärmedaillen. Die meisten dieser Auszeichnungen sind Seeleuten geworden, welche der bei der Anwesenheit des Prinz-Präsidenten in Toulon zusammengezogenen Flotille angehören.

ch **Madrid**, 1. Oct. Die Königin Marie Christine hat ihre Reise nach Valencia für jetzt aufgeschoben; sie ist morgen zum Geburtsfest des Königs Franz von Assis hier erwartet.

*, **Lissabon**, 29. Sept. Eine aus 32 Mitgliedern bestehende Deputation der ersten Bankierd der Hauptstadt hat sich zur Königin verfügt, dieselbe um Zurücknahme des Decrets zu ersuchen, welches die Amortisirungsmaßregeln der Eisenbahnen für Eisenbahnbauten anweist. Die Königin soll die Deputation sehr huldreich empfangen, aber in sehr strengem Ton es abgelehnt haben, ihrem Gesuch zu willfahren. Die Bankdirectoren drohten zuerst, das Etablissement zu schließen, wollen sich aber nun darauf beschränken, ihre Demission zu geben. Das Volk freut sich, daß die Regierung die Eisenbahnbauten in Angriff nimmt, weil es zu den Versprechungen englischer Unternehmer kein Vertrauen hegt, und dringt nun, weil Spanien die Anlage einer Verbindungsbahn an die Grenze abgelehnt hat, auf den Bau einer Eisenbahn von Lissabon nach Oporto.

†† **Neuyork**, 22. Sept. General Scott, der Präsidentschaftscandidat, hat eine Rundreise durch die Staaten des Westens angetreten. Die Gouverneurwahlen fallen fast überall zu Gunsten der Demokraten aus. Auf Havana ist es erfährt man, ein Kriegsgericht habe die in dem bekannten Proceß gegen die „Volksstimme" compromittirte Personen zum Tode verurtheilt.

Börsenberichte.

½ **Frankfurt**, 7. Oct. Die Börse verkehrte in einer sehr flauen Stimmung. Die seit einiger Zeit sich ungünstiger gestaltenden Geldverhältnisse geben Veranlassung zu mehrfachen compliciten Verkäufen der meisten gangbaren Papiere, wodurch auch heute viele Course wieder gedrückt wurden; besonders übten viele solcher Verkäufe in österreichischen Fonds einen sehr ungünstigen Einfluß auf viele Effecten aus; 5pCt. Met. waren 80⅞ pCt. G.; 4½pCt. Met. 71½, pCt. G.; 5pCt. Lomb. Anlehen 87½ pCt. G.; 1854 Wiener Bankactien waren auffallend schwach gehandelt 1376, 74 fl. bez., zuletzt 1370 fl. G.; 250 fl. Loose 118 pCt. Auch spanische Fonds waren durch darin gestiegene Verkäufe minder willig; 1pCt. Rente, zu 23⅞, ⅛, ¼, ⅛ verhandelt, schlossen zuletzt wieder etwas fester, 23⅛ pCt. G.; 3pCt. Inländische ohne Geschäft 45½ pCt. G. Von Eisenbahnen waren Köln-Mindener 111½ pCt. G., Berlin-Hamburger 94¼ Brief, 93½ G., Köln-Minden 111½ pCt. G., Taunus 297 fl. Alle übrigen Papiere waren ebenfalls offeritter und zu niedrigern Preisen zu erhalten. — Abends war in der Effectenspeculation kein Geschäft.

Berlin, 6. Oct. Staatsfds. 94¼ Brf., 94½ G. — Köln-Minden 112½ Brf., 111½ G. — Fr.-Wilh.-Nordb. 42½ Brf., 41½ G. 41⅞ à ½ bez. **Amsterdam**, 5. Oct. 4 Mtr. 2½pCt. Integr. 63½ bez. — 3pCt. Schuld 76½. — 4pCt. do. 96½, ⅞. — 3½pCt. do. do. — 1pCt. neue Spanische 23¼. — 3pCt. —. — do. inländische à 6000 fl. 45½, ⅝. — 5pCt. Portug. —. — 4pCt. —. — 4pCt. Ruff bei Hope —. — do. bei Stieglitz —. — 5pCt. Metall. 78½. — 2½pCt. do. 40⅞. — Neue 5pCt. Silber Metall.

Berlin, 6. Oct. Inländischen Fonds war heute wenig Handel und Variation. Von fremden Effecten waren spanische bei sehr lebendigem Geschäft ein wenig angenommen; mexikanische angeboten. Uebrigens war der Umsatz unbedeutend.

Paris, 6. Oct. 4½pCt. Rente 105, 35. — 3pCt. 78, 55. — Neapol. —. — 5pCt. Oesterr. 94½. — Spanische neue Diff. 23¾, ⅞. — Neue 3pCt. 50½, ⅛. — Innere Schuld 45⅞, 46, 45⅜. — Bankactien 2830. — Piemont 5pCt. 97, 70. — Römisches Anleben Juni 1850 98⅛. — do. 1850 99. — St. Germain-Eisenbahn 1120. — Versailles, linkes Ufer 322, 50. — Strasburg-Basel 328, 75. — Nordbahn 737, 50. — Paris-Strasburg 767, 50.

Wie gestern und vorgestern so war auch heute die Zprocentige bei Eröffnung der Börse fest und wurde später durch Verkäufe wieder gedrückt. Der Activmarkt war minder fest und die meisten Linien sind unter den gestrigen Cours gewichen.

London, 5. Oct. 3pCt. Stocks 99⅞ à 100. — Spanische 3pCt. 50⅞. — 1pCt. 23⅞ à ¾.

Madrid, 1. Oct. 3pCt. 47 B., u. d. Börse 47 B. — 1pCt. Neue 24¹¹/₁₆ u. d. Börse 24⅞. G.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuttcheit

[2300]

Thuringia.

Eisenbahn- und Allgemeine Rück-Versicherungs-Bank.

Die Zeichnung der Actien ist mit dem **15. October** c. geschlossen. Unter Bezugnahme auf unsere frühere Bekanntmachung bringen wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Erfurt, am 8. October 1852. **Der Bank-Vorstand.**

[2301]

Kundmachung.

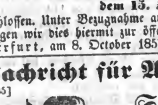
Von Seiten des kaiserl. königl. österreichischen 1. Feldjäger-Bataillons wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß am 18. October l. J., Vormittags 10 Uhr, in der ehemaligen Drechsler-Anstalt, Allgasse Nr. 31, nach anbesohlener Auflösung der Bataillons-Bespannung, 22 Stück gesunde, kriegsdiensttaugliche Pferde an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung veräußert werden.

Frankfurt a. M., den 8. October 1852.

Schulz, m. p., Major, Bataillons-Commandeur.

[2185]

Nachricht für Auswanderer nach Amerika.



Special-Agentur

der 16 regelmäßigen Postschiffe zwischen

Havre & New-York.

Die Abfahrten dieser regelmäßigen Postschiffe finden das ganze Jahr hindurch am 4., 11., 19. und 27. eines jeden Monats statt.

Es gehen ab:

am 11. October:	Postschiff Sam. M. For.	Capt. Ainsworth	von 1500 Tonnen.	
„ 19.	„ „	St. Denis . .	Follansbee . „ 1000	„
„ 27.	„ „	Splendid . .	Higgins. . „ 800	„
„ 4. November:	„ „	New-York . .	Thomson . „ 1000	„

Unsere Auswanderer werden durch zuverlässige Conducteure bis Havre begleitet.

Special-Agentur der 16 regelmäßigen Postschiffe zwischen Havre & New-York.

Chrystie, Heinrich & Comp. in Mainz und Havre.

Nähere Auskunft ertheilt unser Agent

Herr **J. G. Söhnlein** in Frankfurt a. M.

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2248]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6½ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6½ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**
☞ **Schnellfahrt.** Unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Züge 2½ Uhr nach Aachen und 7½ Uhr bis Düsseldorf, Elberfeld.
Von **Mainz-Castel** Mittags 12 Uhr, von **Biebrich** Mittags 12½ Uhr nach **Köln, Arnheim.**
☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Nachtzüge nach Paris-London, sowie nach Berlin-Hamburg.

Rundreise.

Von **Mainz-Castel** über **Köln, Brüssel** nach **Paris** und von **Paris** über **Strasburg** zurück nach **Mainz-Castel.**

Grosse Preisermässigung.

I. Platz Francs **108. II. Platz** Francs **75.** hin und zurück.

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** sowie **Rundreise-Billete, gültig während eines Monats,** nach **Paris** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm**, Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli**, Zeil Nr. 67.

Düsseldorfer Dampfschifffahrt.

Es werden **Gesellschafts-Personal-Karten** für den zweiten Platz ausgegeben, wobei **3** Personen für **2**; **4** oder **5** für **3**; **6** oder **7** für **4**; **8** oder **9** für **5**; **10** oder **11** für **6**; **12** oder **13** für **7**; **14** oder **15** für **8**; **16** oder **17** für **9**; **18, 19** oder **20** für **10** und über **20** je **2** für eine **Person zahlen.**

Diese Karten sind für die Dauer von 12 Monaten zur Hin- und Rückreise gültig. [2213]

Der Agent: **Georg Krebs**, Zeil der Post gegenüber.

RICHELIEU-POMADE.

[2199] (Patent.)

Bekanntlich erreichte der Herzog von Richelieu eine sehr hohes Alter, und behielt bis auf den letzten seiner Tage ein frisches blühendes Gesicht ohne Runzeln oder sonstige Veränderungen, welche das Alter mit sich bringt. Dieses frische Aussehen verdankte er einer von **Rinon de Lenclos** erfundenen Pomade, deren Geheimniß Mad. Delaunay anvertraut wurde. Die Pomade erhält auch die Schönheit der Haare und verhindert, daß sie ausfallen. Die Töpfe kosten 5 Franes und 3 Francs, rue Notre-Dame-des-Victoires No. 44 (franco). Um jede Fälschung zu vermeiden, ist jeder Topf mit der Unterschrift von Mad. Delaunay versehen.

Hôtel garni, 27, rue Montabor à Paris,

in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuillerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Gaterien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2173]

[2184] **Ein Kohlen- und Alaun-Bergwerk** in der Nähe von Cassel, an der Leipziger Straße gelegen, welches die reichhaltigsten Alaunerze liefert und die beste Gelegenheit zu noch anderen Fabrikanlagen darbietet, soll besonderer Verhältnisse wegen verkauft werden. Hierauf Reflectirende werden gebeten, sich in frankirten Briefen an die Redaction der Kasseler Zeitung unter der Adresse *S. C.* zu wenden.

Wissenschaftlicher Journalzirkel

bei

[2222]

Gustav Oehler.

Deutsches Museum, von **Prutz.** Germania, von **Arndt.** Natur, von **Rossmäßler.** Gegenwart, encyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte. Grenzboten. Magazin der Literatur des Auslandes. Ausland. Literarisches Centralblatt. Hamburger Blätter. Blätter der Gegenwart. Beilage zur allgemeinen Zeitung.

Die Zeitschriften werden 2 Mal in der Woche in die Wohnung des Abonnenten gebracht und von dort abgeholt. Der halbjährliche Preis ist 5 fl. 24 kr.

[2281] **Physikalischer Verein.**

Anordnung der Vorlesungen für das kommende Winterhalbjahr.

Montag und Dienstag, Abends von 7—8 Uhr: Unorganische Chemie.

Mittwoch, Nachmittags von 4—5½ Uhr: Anfangsgründe der Physik.

Donnerstag, Abends von 7—8 Uhr: Die Lehre von der Electricität, dem Galvanismus, Magnetismus, Electromagnetismus.

Samstag, Abends von 7—8 Uhr: Vorträge und Besprechungen über neue Entdeckungen im Gebiete der Physik und Chemie.

Den Mitgliedern des Vereins steht gegen einen jährlichen Beitrag von fl. 10 das Recht zu, sämmtlichen Vorlesungen und den sämmtlich gute Zusammenstellungen beigewohnen, so wie Bücher aus der Senkenbergischen medicinisch-naturwissenschaftlichen Bibliothek, die täglich von 11—12 Uhr geöffnet ist, zu entleihen.

Nichtmitglieder des Vereins haben für den Besuch der Vorlesungen über „Experimental-Chemie" 5 fl., für den der Vorlesungen über „Anfangsgründe der Physik" 3 fl., und für den der Vorlesungen über „Electricität ꝛc." zu welcher auch Damen Zutritt haben, 4 fl. zu entrichten. Die deßfallsigen Anfragen und Anmeldungen nimmt der Docent des Vereins, Herr Prof. Dr. Boettger, in seiner Wohnung, Bleichstraße 18, Morgens von 8—10 Uhr entgegen.

Beginn der Vorlesungen: 18. October.

Der Vorstand.

Preismedaille bei der Londoner Ausstellung.

Reinigung der Kleiderstoffe par la Benzine-Collas

[1910] 8, rue Dauphine à Paris.

Preis: Franc 1. 25 Centimes per Flacon.

Diese Flüssigkeit ist anwendbar um Fett-, Talg-, Thran-, Wachs-, Oelfarbenflecken und den Schmutz, der sich an Kleidern und auf Möbeln bildet, zu entfernen, ohne daß Spuren zurückbleiben oder daß die Stoffe an Färbung oder Glanz verlieren, indem selbst die zartesten Farben nicht dabei leiden.

Man kann damit feinere Hausschuhe reinigen, ohne daß es ihrer Farbe schadet.

Die Niederlage befindet sich bei Herrn **C. W. Frischen**, Materialist in **Frankfurt a. M.**, und bei Herrn **Franz Goblenzer**, Materialist in Cöln.

Fabrik-Verkauf.

[2183] In einem bedeutenden zwischen **Mainz** und **Frankfurt** gelegenen und mit beiden Städten durch die Wasserstraße und die Taunus-Eisenbahn verbundenen Marktflecken ist ein ausgedehntes Fabrikgeschäft unter sehr vortheilhaften Bedingungen käuflich abzulassen. Namentlich kann der größte Theil des Kaufschillings auf dem Geschäft stehen bleiben.

Auskunft ertheilt die Expedition.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nr. 241.) 8. October 1852.

Deutschland.

P **Berlin**, 5. Oct. Mit dem herannahenden Termin für die Einberufung der Kammern, welche, wie ich früher mitgetheilt habe, zur Zeit auf den 28. November festgesetzt ist, mehren und verlängern sich die Sitzungen des Staatsministeriums, um die wichtigen Vorlagen zu berathen, deren Erledigung in nächster Session wünschenswerth erscheint. In Betreff der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung sowie der definitiven Bildung der ersten Kammer und eines beabsichtigten neuen Wahlgesetzes für die zweite Kammer haben noch keine Berathungen stattgefunden, indem von dem Herrn Minister des Innern betreffende Vorlagen noch nicht gemacht sind. Bekanntlich hat dieser wegen des Umfangs der Arbeiten diesmal den gewöhnlichen Gang derselben verlassen und die Bearbeitung nicht den Räthen seines Ressorts allein übertragen, sondern eine Commission ihm dazu geeignet scheinender Beamten berufen. Die Wichtigkeit dieser Commission wird in hiesigen Zeitungen, wie in Correspondenzen von hier sehr überschätzt. Dieselbe ist weder eine Staatsministerialcommission, noch trägt sie überhaupt einen amtlichen Charakter. Ihre Arbeiten können auch nur in so weit in Betracht kommen, als der Herr Minister des Innern dieselben adoptirt und zur Vorlagen im Staatsministerium benutzt. Für jetzt erscheint es sehr fraglich, ob er dies im Stande sein wird mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit. Von den durch ihn der Commission überwiesenen, oben erwähnten Arbeiten hat die Commission, wie wir aus guter Quelle hören, noch nicht einmal ihre Revisionsarbeit in Betreff der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 beendet, welche, wie bekannt, keineswegs aufgehoben, sondern nach der Ansicht des Herrn Ministers des Innern, freilich unter erheblichen Modificationen, als Stadteordnung benutzt werden soll. Nach diesem Maßstab darf angenommen werden, daß sie eine noch viel beträchtlichere Zeit dazu brauchen wird, die Landgemeindeordnung und die Entwürfe der Kreis- und Provinzialordnung zu bearbeiten, bei welchen sie das umfangreiche Material, welches die Gutachten der Provinziallandtage geliefert haben, zu berücksichtigen haben wird.

⚓ **Berlin**, 5. Oct. In Bezug auf das diesjährige Verhalten mehrerer preußischen Provinziallandtage, in welchem ein Ueberschreiten der Befugnisse der Provinziallandtage nicht verkannt werden kann, ist auf das Gesetz vom 5. Juni 1823 hinzuweisen, nach dessen Bestimmungen den Provinziallandtagen zur Berathung vorgelegt werden sollen: 1) die Gesetzentwürfe, welche allein die Provinz angehen; 2) so lange keine allgemeinen ständischen Versammlungen stattfinden, die Entwürfe solcher allgemeinen Gesetze, welche Veränderungen in Personal- und Eigenthumsrechten und in den Steuern zum Gegenstande haben, soweit sie die Provinz betreffen. Sodann sollen von den Provinziallanden angenommen werden: 3) Bitten und Beschwerden, welche auf das specielle Wohl und Interesse der ganzen Provinz oder eines Theils derselben Beziehungen haben. Aus diesen Bestimmungen wird sofort zu ersehen sein, daß mehrere Anträge und Adressen, welche von einzelnen Provinziallandtagen in diesem Jahr ausgegangen sind, eine offenbare Verletzung des Gesetzes vom 5. Juni 1823 sind.

* **Berlin**, 6. Oct. Nach einer gestern hier eingegangenen telegraphischen Depesche hat der Eisenbahnzug von Halle-Leipzig, der Nachmittags eintreffen sollte, bei Roßlau Unglück gehabt, indem Maschine und Tender aus den Schienen gekommen und mit sieben Wagen zertrümmert sind. Die Passagiere sind mit einigen Contusionen davon gekommen. Nur ein Soldat ist erheblich verletzt.

⚓ **Aus Posen**, 4. October, wird uns gemeldet: Nachdem unser Oberpräsident, Herr von Putkammer, Tags zuvor von Berlin hierher zurückgekehrt war, ist gestern von demselben der diesige, der Cholera wegen zweimal prorogirte Provinziallandtag unter den üblichen Feierlichkeiten eröffnet worden. Derselbe wird wahrscheinlich nur kurze Zeit tagen und die Vorlagen ohne lange Debatte annehmen. Heute ist die erste Plenarsitzung; von bedeutenden Adressen und Petitionen verlautet bis jetzt nichts. Selbst die jetzt wieder erwachten confessionellen Reibungen dürften bei uns außergewöhnliche Maßnahmen nicht zur Folge haben, indem unsere evangelische Geistlichkeit still ihren Pflichten obliegt und sich um die angeblichen propagandistischen Strebungen des katholischen Klerus wenig kümmert. Diese Ruhe ist wohl vorzugsweise auf Rechnung unsers evangelischen Bischofs zu setzen, eines siebenzigjährigen Greises, von dem ein energisches Auftreten nach irgend einer Seite hin schwerlich zu erwarten ist. Daß ferner die Polen, wie auf dem vorigen Landtag, abermals mit nationalen Ansprüchen hervortreten sollten, ist schwerlich zu besorgen, da sie sonst leicht das Schicksal ihrer Landsleute zu Galizien theilen und zum offiziellen Deutschsprechen gezwungen werden dürften; die dermalige politische Zeitströmung ist den Polen wenig günstig und muß sie zum Schweigen und Zuwarten nöthigen. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt man hier die Verfassungsangelegenheiten in Frankfurt am Main, weil unsere zehntausend Juden auch hier Beschränkungen besorgen, namentlich ein Verdrängen aus Magistrat und Gemeinderath. — Die asiatische Cholera, die uns seit dem 20. Juli heimgesucht, ist ziemlich erloschen, indem täglich nur noch drei oder vier Todesfälle sporadisch vorkommen. Sie hat hier aber auch in unglaublicher Weise gebaust, und allen ärztlichen und diätetischen Theorien Hohn gesprochen. Nach offiziellen Mittheilungen beträgt die Zahl der Choleraleichen hier diesmal 1600 bis 1700, indessen ist diese Zahl viel zu niedrig gegriffen, da die Polen und Juden bekanntlich höchstens die Hälfte ihrer Sterbefälle der Polizei angezeigt haben. Allein die evangelische Hauptgemeinde, bohstens 10,000 Seelen umfassend, und zwar die wohlhabendere Klasse, zählt 650 Choleraleichen, so daß die Gesammtzahl der Gestorbenen — bei einer Bevölkerung von 42,000 Seelen — auf mindestens 2800 anzunehmen ist. Die Noth in Beziehung auf die zahlreichen Wittwen und Waisen ist außerordentlich, doch eben so groß auch Privatwohlthätigkeit von allen Seiten her. In den kleinen Städten und auf dem Platlande hat die Cholera diesmal den siebenten Theil der Einwohner weggerafft.

* **München**, 6. Oct. Wie die „Augsb. Abendzeitung“ meldet, wird Se. königl. Hoheit der Kurfürst von Hessen übermorgen sich nach Wien begeben. — Gestern wurde Victor Hugo's „Napoléon le petit“ in den hiesigen Buchhandlungen polizeilich mit Beschlag belegt.

Lauterecken in der Pfalz, 3. Oct. Heute hielt Herr Pfarrer Prehn von Hadersleben (nun der fünfte protestantische Geistliche aus Schleswig-Holstein in der Pfalz), der, wie noch so viele (60 an der Zahl), seit zwei Jahren dem Beruf, dem er so ergeben, entzogen war, seine erste Predigt in hiesiger Kirche. Es gereicht unserer königl. Regierung zur großen Ehre, solche tüchtige ehrenwerthe Männer uns zuzuschicken und denselben eine neue Heimat und einen neuen, leider so lang entbehrten Wirkungskreis zu öffnen. Mögen doch alle Regierungen dem so löblichen Beispiel unserer Regierung folgen, damit auch bald die noch umherirrenden protestantischen Geistlichen Schleswig-Holsteins ihrem Beruf nicht mehr länger entzogen bleiben. (Schw. M.)

⚓ **Aus Kurhessen**, 6 Oct. Die Umbildung unserer kirchlichen Verfassung ist bei uns nach einer eigenthümlichen Richtung erfolgt. Man war nämlich, um nicht der Worte verfangen, der sie angeregt, zu bedienen, darauf bedacht, „die Kirche in der neuen Organisation so zu stellen, daß sie, frei von dem Einfluß fremder, namentlich den Gebiete der Staatsverwaltung entlehnter Principien, diejenigen Organe gewinne, deren sie bedürfe, um die ihr von ihrem Stifter gegebenen Kräfte auszubilden“. Als solche Organe hat man die Superintendenten betrachten zu können geglaubt, und daher denselben die meisten Befugnisse übertragen, welche bisher den gemischten kirchlichen Behörden, den Consistorien, zustanden; es sind dieses nach dem betreffenden Ministerialbeschlusse insbesondere: die Aufsicht auf den Gottesdienst in dogmatischer und liturgischer Beziehung und auf den ganzen Religionsunterricht, auch die besonderen Verausfallungen bei außerordentlichen kirchlichen Feierlichkeiten; die Aufrechthaltung der Kirchenzucht, sowie die Aufsicht über die Amtsführung und den Lebenswandel der Geistlichen und anderer zum Kirchendienst gehöriger Personen; die Besitzungen der Kirchen und der Schulen auf dem Lande mit Rücksicht auf Religion; die Ordination und Einführung der Prediger; die Trauung derer, die

sich nach ihrem Abgang von der Universität zum Eintritt in den Candidatenstand melden; und die Anstellung der untern Kirchtiener, soweit sie nicht den Gemeinden, Kirchenpatronen u. s. w. zustehr. Die Abhaltung der Dioͤcesansynoden ist den Superintendenten übertragen und angeordnet, daß dieselben laͤngstens alle drei Jahre stattfinden sollen. Die Superintendenten sollen jährlich in Basel zusammenkommen, um über die Führung ihres Amtes sich zu verstaͤndigen und diejenigen Angelegenheiten, welche die verschiedenen Dioͤcesen gleichmäßig angehen, zu erledigen. Die Competenz der Consistorien beschränkt sich hiernach vorzugsweise auf die Erhaltung und Verwendung der Kirchengüter und auf die nach eingeholter gutachtlicher Aeußerung der Superintendenten von ihnen an das Ministerium zu bringenden Vorschläge zur Wiederbesetzung erledigter Stellen. Zur Prüfung der Bewerber um geistliche Aemter ist für jeden Consistorialbezirk eine geistliche Prüfungscommission bestellt, bestehend aus je einem Superintendenten, und den geistlichen Mitgliedern je eines Consistoriums.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 6. Oct. Die Verfassungswahlen in Unterwallis sind größtentheils radical ausgefallen. — Nach einer Angabe im „Alpenboten“ würde die Aufhebung der Klöster in Zug 2 bünden in nicht zu ferner Aussicht stehen. — Auch Ihre kaiserl. Hoh. die Großfürstin Konstantin, der Herzog v. Broglie und Herr v. Boismilon, Lehrer des verstorbenen Herzogs von Orleans, haben dessen erlauchte Wittwe in Lausanne besucht. — Zu Genf ist der Sohn des Fürsten Paskewitsch angelangt.

Neuenburg, 5. Oct. Der große Rath unseres Kantons ist auf übermorgen zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Es handelt sich um die Ratification des Vertrags, welchen die Eisenbahndelegirten Lambelet und Leuba in Zürich abgeschlossen haben. Auch die Zürcherische Legislative ist eben versammelt. — Für den sofortigen Angriff der Verrieresbahn herrscht trotz der bedeutenden Terrainhindernisse großer Eifer, jedoch erheben sich zahlreiche Stimmen gegen die staatliche Garantie von vier vom Hundert; man wünscht einen ermäßigtern Zinsfuß. — Die verloren geglaubten Schiffer sollen sich ans waadtländische Ufer gerettet haben; Wegen fortwährender Stürme ist die Schifffahrt einstweilen eingestellt.

Frankreich.

† **Paris**, 6. Oct. In die nachgerade etwas unerquicklich werdende Monotonie der halb und ganz offiziellen Berichte über die Rundreise des Prinz-Präsidenten bringen mancherlei anekdotisch erzählte Zwischenfälle etwas Abwechslung. Mögen darum einige derselben hier Raum finden. So erfuhr man aus Toulon, daß Ludwig Napoleon ein ganz trefflicher Ruderer ist. Er hatte dort das Fort „Napoleon“ besucht und sich später nach dem Dorfe Sanye begeben, um von da in einem kleinen Boot nach Toulon zurückzukehren. Die Sonne war schon untergegangen, der Abend kühl; die Umgebung des Prinzen traf Vorkehrungen, ihn gegen eine Verkältung zu schützen. Er aber machte die Sache kürzer, ließ sich von einem der Schiffer dessen Mantel umhängen, ergriff ein Ruder und half mit kundiger Hand das Boot nach seinem Ziele führen. In dem Dorfe Celose, an der Straße von Bourgoin nach Grenoble, überreichte ein fünfjähriges Mädchen dem Prinz-Präsidenten eine Blumenkrone mit den Worten: „Nehmen Sie, gnädiger Herr, diesen Kranz an; er ist ohne Dornen.“ Ludwig Napoleon, halb im Ernst halb scherzend, hob das Kind zu sich in den Wagen, nahm es auf den Schooß und fragte: „Glaubst du wirklich, mein Kind, daß deine Krone ohne Dornen ist?“ — „Ja, Prinz,“ erwiderte das Mädchen; „nicht ein einziger Dorn ist an derselben.“ — „Armes Geschöpf,“ sprach Ludwig Napoleon, „du wirst noch eines Tages erfahren, daß jede Krone ihre Dornen hat, sogar die von Rosen.“ Er küßte dann das Kind und beschenkte es mit einer goldnen Rädel und einem Armband. In Montpellier wurde Ludwig Napoleon auf einem Volksballe mit dem Rufe „Vive l'amnistie!“ empfangen. Bekanntlich war das Herauitdepartement einer der Hauptschauplätze der ausführerischen Bewegungen im Dezember 1851; in Beziers, Bedarieux und an andern Orten wurden die schwersten Verbrechen verübt, mußten die härtesten kriegsgerichtlichen Urtheile gefällt werden und eine Menge Angehörige dieses Departements sind nach den Strafling-kolonien deportirt worden. Hierin finden die Rufe „Vive l'amnistie“ ihre Erklärung; sie waren der Ausdruck jeden, was viele Familien des Herauldepartements von Herzen wünschen müssen. Mit fester und ruhiger Stimme antwortete der Prinz: „Ich höre die Rufe „Vivo l'amnistie!“ Ich trage die Amnestie mehr in meinem Herzen, als ihr in euerm Mund. Wünscht ihr sie, so macht euch derselben würdig durch eure Bravheit und Vaterlandsliebe.“ Mit einem stürmischen „Vive l'Empereur!“ wurden diese Worte aufgenommen und unter einem wahren Blumenregen stieg Ludwig Napoleon wieder in seinen Wagen. In Montpellier ließ Ludwig Napoleon 3000 Fr. für die alten Soldaten und 1000 Fr. für wohlthätige Anstalten zurück. Als er diese Stadt verließ, prallte ein Rad seines Wagens an einen Abweisstein und der hintere Theil des Fuhrwerks kam dadurch zu Schaden. Während des kurzen hierbei entstandenen Aufenthalts trat der Maire an den Wagen und Ludwig Napoleon sprach scherzend: „Thut nichts, Herr Maire; 's ist eben eine Straße, die erneuert werden muß.“

Paris, 6. Oct. Es ist das Gerücht von Errichtung neuer Bisthümer, so wie von Gehaltserhöhungen für die bestehenden verbreitet (K. Z.)

Belgien.

Brüssel, 5. Oct. Die ministerielle Krisis ist ihrem Ende nahe, und dürfte die Zusammensetzung des Cabinets alle diejenigen befriedigen, welche kürzlich mit der Rechten gemeinschaftliche Sache gemacht hatten. Herr Firmin Rogier, unser Gesandter in Paris, Bruder des Herrn Ch. Rogier, frühern Ministers des Innern, ist hier angekommen, und hat dem König die Bitte überschickt, seiner Mission in Paris überhoben zu werden. Die Schwierigkeit jener Stellung ist uns vorauszusetzen, daß dieses Blatt, welche täglich als eine Demission betrachtet werden kann, von St. Majestät entsprochen werden wird. Mehrere Candidaten bewerben sich schon um diesen Posten, unter Andern der Graf Lehon, frühere Gesandter bei Ludwig Philipp, dann der Prinz v. Chimay, früher Gesandter in Rom.

Die „Indépendance Belge“ meldet: „Eine Uebereinkunft für den internationalen Dienst der Telegraphen zwischen Frankreich, Belgien und Preußen ist gestern zu Paris unterzeichnet worden.“

Großbritannien.

‖ **London**, 5. Oct. Die Königin wird mit dem Hof am 11. d. Mts. Balmoral in Schottland verlassen, um die Rückreise hierher anzutreten. In Edinburg wird sie sich einen Tag aufhalten; in Birmingham werden glänzende Empfangsfeierlichkeiten vorbereitet. Dem Vernehmen nach ist der 13. November für die Besatzung des Herzogs von Wellington anberaumt. Das Parlament wird in der dritten Octoberwoche eröffnet werden. Einstweilen schätzt der „Morning Advertiser“ die stärkste Majorität der Liberalen gegen den Lord Derby auf höchstens 25 bis 30 Stimmen. Reiche auch diese schwache Mehrheit hin, das Cabinet zu stürzen, so genügt sie doch nicht, um die Liberalen an das Staatsruder zu bringen.

„Times“ begrüßt die bevorstehende Auflösung des Zollvereins in seiner bisherigen Gestalt als ein Ereigniß, welches sie längst mit Befriedigung vorher gesehen habe. Es sei besser, daß der gegenwärtige Zollverein aufhöre, als daß er unter Bedingungen fortdauere, die sich Preußen von den kleineren Staaten vorschreiben lassen müsse. Preußen habe in dem Wahne, seinen politischen Einfluß über den Süden auszudehnen, bereits mehr Opfer gebracht, als die Vortheile der Verbindung mit Süddeutschland werth gewesen. Der Zollverein habe es zwanzig Jahre lang von ihrem Verkehr mit dem Norden, Hannover, Oldenburg, Hamburg, Bremen und Mecklenburg, zurück und im Freihandelsfortschritt aufgehalten. Da die südlichen Kleinstaaten auszuscheiden drohen, so lasse man sie doch das Experiment machen. Die Regierungen werden bald finden, daß die Kosten der Zollerhebung sich mehren und die Zolleinkünfte sich mindern werden. Das Volk im Süden, wie sehr es auch jetzt nach hohen Tarifen schreit, wird finden, daß seine Märkte sich verengen und seine Consumtionsartikel im Preise steigen. Wenn inzwischen preußische Staatsmänner den Muth haben würden, mehr an Preußen und weniger an Deutschland zu denken, den unbewaffneten Handel und die Entwickelung der Schifffahrt zu begünstigen, so sei nicht zu bezweifeln, daß durch den Sporn, den dies der Industrie und der natürlichen Productionskraft des Landes gebe, Preußens Stellung in Deutschland und der Welt sich rasch heben würde. Durch den Eifer, mit dem das Cabinet von Berlin für den Zollverein arbeitete, seien die Kleinstaaten auf die falsche Idee gekommen, daß sie durch ihren Beitritt dem preußischen Staate ein ungeheures Zugeständniß machten und durch ihren Austritt ihn auf das empfindlichste verletzten. Das sollte ganz anders sein; denn der Hauptvortheil sei immer auf Seiten der kleinen Regierungen gewesen. Wenn Preußen diesmal Bankrott leide, schließt „Times“, würden die Coalitionsmitglieder am Ende gezwungen sein, seine Politik nachzuahmen oder um Aufnahme in den inzwischen freihändlerischer gewordenen preußisch-norddeutschen Verein ergebenst anzuklopfen.

Dänemark.

Der „Magdeburger Zeitung“ wird als „von bewährten Männern“ kommend aus Hamburg vom 3. Oct. mitgetheilt: Der morgen zu eröffnende dänische Reichstag wird nur von sehr kurzer Dauer sein, da er baldigst aufgelöst werden soll. Friedrich VII. wird dann abdanken, eine provisorische Regierung wird eingesetzt werden, um reine Bahn zu machen, d. h. die alte absolutistische Regierungsform

wieder einzuführen, und nachdem dies geschehen, wird Prinz Christian von Glücksburg als Christian IX. den dänischen Thron besteigen. (?)

Asien.

Bombay, 1. Sept. Die „Bombay Times" bestätigt die bereits gemeldete Nachricht von der am 9. Juli ohne sonderlichen Widerstand von Seiten der Eingebornen erfolgten Einnahme von Prome, bei welcher Gelegenheit 22 Kanonen, mitunter von schwerem Kaliber, in die Hände der unter Hauptmann Tarlton agirenden Truppen fielen. Die Irawaddi-Flottille griff den Feind am 7. Juli bei Konongee mit aller Macht an. Schon nach einer Stunde waren die feindlichen Geschütze zum Schweigen gebracht, so daß die Dampfer ungehindert vorwärts gehen konnten. Am 10. kam es zu einem heftigen Gefecht mit den Truppen des Generals Bandola, und kaum waren einige Schüsse gewechselt, als der Feind in der größten Verwirrung die Flucht ergriff. Die Fahne, zwei goldene Schirme, eine große Anzahl Geschütz, mehrere Kanonenboote und 20 Gefangene waren die Beute des Tages. Pegu und Prome sind also, ohne daß eine außerordentliche Macht entwickelt zu werden brauchte, in britischem Besitz, und Viele wollen behaupten, daß Hauptmann Tarlton in diesem Augenblicke schon vor den Thoren Ava's stehe, um dem Hofe zu zeigen, daß seine Widerstandsversuche vergeblich sein werden, nachdem Rangun und Prome sich in den Händen der Sieger befinden. Prome mußte jedoch einstweilen von den nicht hinreichend zahlreichen englischen Truppen wieder verlassen werden. Man erwartet Verstärkungen, von denen es garnisonirt werden soll. Auch die 12,000 Mann Verstärkungen, die General Godwin begehrt hat, sind bewilligt worden. Vor deren Eintreffen dürfte vielleicht die Besetzung Prome's unterbleiben, das theilweise vom Feind zerstört wurde, der sich auf die Höhen, welche die Stadt beherrschen, jedoch dem Vernehmen nach nur mit zwei Kanonen, zurückgezogen haben soll. Der Generalgouverneur hat vor seinem Abgang von Rangun die Truppen in einem Tagsbefehl ihrer Tapferkeit und Mannszucht halber belobt. Die Stimmung der Birmanen wird als günstig für die Engländer geschildert. Das Auswanderungsfieber fängt auch an in Ostindien zu grassiren und bereits schicken sich viele Familien, darunter auch anglo-indianische an, nach Australien zu gehen, um ihren Golddurst zu löschen. Ein Schiff ging am 25. August mit vielen Abenteurern dahin ab. Sir Colin Campbell hat Pischauer verlassen, wo die Sterblichkeit unter den Europäern ungemein groß war, und täglich viele Soldaten hingerafft wurden. Im Lande herrscht Ruhe, doch machten einige Grenzvölker hin und wieder viel zu schaffen. In der „heiligen" Stadt Benares war am 2. August eine Emeute. Die oberste Magistratsperson, Hr. Gubbins, der sich persönlich auf den Marktplatz begab, wurde von den bewaffneten Ruhestörern mit Kiesel- und Ziegelsteinen empfangen. Einige Compagnien des 33. Infanterieregiments und eine Schwadron Cavallerie wurden an die Brücke entsendet, deren Uebergang einigen Offizieren und andern Europäern von den Unruhstiftern gewehrt worden war, und es gelang bald, die letzteren, von denen 240 verhaftet wurden, zu Paaren zu treiben und die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Da die Aufständischen keine Waffen hatten, so brauchten die Reiter sich nur in Galopp zu setzen, um ihnen ohne den geringsten Schwertstreich panischen Schrecken einzujagen. Am folgenden Tage blieben die Kaufläden jedoch geschlossen und eine dumpfe Stille herrschte vor. Die Behörden ergriffen Maßregeln für den Fall einer Erneuerung der Meuterei; dieselben waren indeß unnöthig, denn die Ruhe blieb völlig ungestört. Auch in den nordwestlichen Provinzen wurde eine Verschwörung entdeckt, die mit jener in Patna im Jahr 1845 große Aehnlichkeit haben soll. Der Haupträdelsführer war eine der vornehmsten Personen in Meerut, durch deren mittlerweile erfolgten Tod man dem ganzen Plane auf die Spur kam, der auf nichts Geringeres hinzielte, als die Bergbewohner zu einem Religionskriege gegen die Engländer aufzurufen. Bedeutende Massen Waffen waren in verschiedenen Orten aufgehäuft. Das Hauptdepot war in Meerut und fiel den Behörden in die Hände. In Malabar hatten sich, wie das „Madras Athenäum" berichtet, ebenfalls Unordnungen gezeigt, die von vier fanatischen Moplahs hervorgerufen worden waren; die Ordnung wurde jedoch bald wieder hergestellt; die Rädelsführer ergriffen die Flucht. Die Swatees und Affreedees an der nordwestlichen Grenze haben ihre Raubzüge wieder begonnen. Die Arbeiten an den Eisenbahnen werden mit großer Thätigkeit fortgesetzt.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
III.

Köln, 6. Oct. Heute haben vor dem Assisengebäude wieder einige Verhaftungen bei Ankunft und Abfahrt der Angeklagten wegen Demonstrationen (Hutabnehmen) stattgefunden. Die Verlesung des Anklageacts wurde beendet. Der Präsident bemerkt den Angeklagten, daß sie die Klage vernommen hätten: in den Jahren 1850 und 51 zu Köln in Verbindung mit andern Personen ein Complott gestiftet zu haben, dessen Zweck gewesen, die Staatsverfassung umzustürzen und die Einwohner gegen die königliche Gewalt und gegen einander zu bewaffnen. Darauf wandte sich Procurator Sandt an die Geschwornen zur Begründung der Anklage. Im Eingang bemerkt er, man habe auszustreuen sich bemüht, die Regierung habe die Untersuchung nur eingeleitet, um die Angeklagten durch Verhaft für die Vergangenheit zu strafen, die Untersuchung werde ergeben, wie sehr man zu derselben genöthigt gewesen sei. Die Behörden hätten sie mit der größten Thätigkeit betrieben. Er schildert die verschiedenen Verzögerungen als unvermeidlich und durch die Verhältnisse geboten. Der Procurator läßt dann eine historische Abhandlung über die Entwickelung des Communismus der Gegenwart folgen. Die sociale Frage sei zwar wissenschaftlich von Staats- und Nichtstaatsmännern abgehandelt und verschieden aufgefaßt worden, doch sei das Ziel dasselbe gewesen, nämlich die Lage der geringeren Klassen zu verbessern. Anders habe sie die Umsturzpartei behandelt. Socialisten und Communisten innerhalb derselben hätten sich das Ziel gesteckt, die ganze bestehende Gesellschaft aufzuheben, Familienbande, göttliche und weltliche Autorität zu lösen. So abnorm und widersinnig dieses auch sei, so habe man doch viele Theilnahme gefunden, und seien diese Lehren seit 20 bis 30 Jahren namentlich verführerische Lockungen für Arbeiter gewesen. Er kommt auf Babeuf und St. Simon u. s. w. Schon 1834 habe in Paris eine geheime Gesellschaft société de famille des quatre saisons bestanden; der Aufstand von 1839, der Mordversuch auf Ludwig Philipp im Jahr 1840 und das Attentat auf den Herzog von Nemours 1841 seien von ihr hervorgerufen worden. In der Revolution vom Februar 1848 sah diese Partei nur eine politische, die ihr nicht genügte; es folgte daraufhin der Aufstand im Juni desselben Jahres und jener Louis Blanc's im Mai 1849. Diese socialistischen Versuche seien nicht ohne Einwirkung auf Deutschland geblieben. Es entstand 1834 eine socialistische Verbindung, deren Haupt Weitling gewesen. Sie zählte im Jahr 1841 schon 200 Mitglieder; die im Jahr 1845 stattgefundene Untersuchung ergab jedoch keine weitere Verbreitung. Im Jahr 1845 bis 1846 bestanden ähnliche Verbindungen in Berlin, über die jedoch nichts Näheres zu ermitteln gelang. 1848 bildete sich in Köln eine neue Verbindung, worüber die Anzeigen sich häuften. Der Arbeiterverein Gottschalks, öffentlich und versteckt verbreitete Aufrufe, Volksversammlungen, Sicherheitsausschuß, und zuletzt Barrikaden in Köln geben davon Kunde. Allen diesen Bewegungen ging die socialistische oder communistische Presse zur Seite und in Allem bestand Einheit, sowohl in den Ereignissen als unter den Personen, so daß eine geheime Gesellschaft vorhanden sein mußte. Alle Nachforschungen waren lange vergeblich und erst die gegenwärtige Untersuchung, zufällig veranlaßt, verbreitete Licht darüber. Die Verhaftung Nothjungs fand statt und wurden bei ihm Urkunden gefunden, welche direct auf Köln hinwiesen. Haussuchungen hatten neue Resultate zur Folge. In Dresden und Leipzig fanden gleichzeitig Untersuchungen statt. Zehn Tage nach Nothjung erfolgte die Verhaftung Bürgers. Man fand bei ihm Schriften und neue Aufschlüsse; diese wiesen auf Hamburg hin. Hier sagte ein Zeuge, Haupt, gegen Dr. Daniels in Köln aus. Man fand ferner einen Brief von Dr. Jacobi in Berlin, Ansprachen geschrieben von Daniels, Otto, Reiff und Klein. Im October 1851 kam die Angelegenheit vor die Rathskammer, diese fand zwar die Anklage nicht hinlänglich begründet, aber im November verordnete der Anklagesenat wegen weiterer Aufschlüsse eine neue Untersuchung. In Paris wurde ein Zweigverein entdeckt, der mit London und Köln in Verbindung stand. Im Juli erlitt der Proceß durch die Erkrankung des jetzt verstorbenen Polizeiinspectors Schulz, der die Untersuchungen geleitet hatte, leider eine neue Verzögerung. Unterdessen ward noch eine Entdeckung gemacht. Man hatte bei Nothjung zwei Briefe gefunden, deren Inhalt zwar unerheblich schien, die aber dennoch zu Aufklärungen führen sollten. Der Verfasser war unbekannt geblieben. Man bemerkte nachträglich aber, daß eine gleichfalls bei N. gefundene Adreßkarte von dem Angeklagten Erhard hinten Schrift enthielt, die von derselben Hand geschrieben war, wie jene Briefe, was seine Verhaftung nach sich zog.

Der Procurator geht hierauf auf Erklärung der betreffenden Gesetzartikel über, welche bei dem Verbrechen Geltung hätten, wobei sowohl das ältere als neuere Gesetz in Anwendung komme. Das neuere Gesetz weiche jedoch in den Strafbestimmungen ab, es entscheide in dieser Beziehung zwischen hochverrätherischem Attentat, worauf der Tod, und Complott, worauf nur fünfjährige bis lebenslängliche Zuchthausstrafe stehe. Uebrigens werde nach beiden Gesetzen das Complott als solches auch dann bestraft, wenn es noch nicht zu Attentaten geführt habe. In der Untersuchung, fährt der Procurator fort, figuriren mehrere Personen, die nicht auf der Anklagebank sitzen, als Marx, Schapper, Moll u. A. Schapper mußte schon vor langen Jahren Deutschland verlassen. Er bildete in London den Arbeiterverein; dieser sei die Hauptpflanzschule der communistischen Ideen gewesen. Von dort, vom 17. December 1847, datiren die Statuten des Bundes der Communisten, unterzeichnet Schapper und Engels. Sie bilden die Grundlage des gegenwärtigen Complotts, und tragen das Motto: Proletarier aller Länder, vereinigt euch. Zweck des Bundes ist nach ihnen: Sturz der Bourgeoisie und Herrschaft des Proletariats. Gründung einer Gesellschaft ohne Klassen. Der Bund ist eingetheilt in Gemeinden, Kreise, leitende Kreise, und hat an der Spitze eine Centralbehörde, über ihr steht

der Congreß. Die Aufgabe des Vereins dehnen sie über alle deutschen Staaten aus. — Dann folgte das bekannte Manifest der Communistenpartei von Marx verfaßt. Am Schlusse drückt es die Aufforderung aus, jede revolutionäre Bewegung zu unterstützen, um später selbst das Gesetz in die Hand zu nehmen, und schließt: „Proletarier, ihr habt nichts zu verlieren als Ketten, und Alles zu gewinnen. Proletarier, vereinigt euch!“ Am 11. Februar 1848 fand das Stiftungsfest des Bundes in London statt, bei dem Engels, Moll und Schapper reden, und letzterer die Worte spricht: „Keine friedliche Lösung, nur das Schwert regiere. Revolution, und immer Revolution!“ Im März 1848 kommt Marx mit Andern nach Brüssel. Als Ersterer dort ausgewiesen ist, geht er nach Paris, wohin man die Centralbehörde verlegt, und Marx mit discretionärer Gewalt bekleidet. Das betreffende Protocoll ist von Engels und Marx unterschrieben. In Paris fand man aber, wie es scheint, keinen günstigen Boden. Da erscheint die preußische Amnestie, und ein Häuflein der Verschwornen kommt nach Köln. Hier bildet sich bald eine engere Vereinigung. Der Arbeiterverein entsteht, nacheinander mit Gottschalk, Moll, Marx, Röser an der Spitze. Die „Rheinische“ und die „Arbeiterzeitung“ erscheinen. Die Folgen treten immer näher ans Licht, Unruhen auf Unruhen; am 19. Sept. bildet sich ein Sicherheitsausschuß mit Becker und Moll voran. Letzterer hat sogar die Kühnheit, seine Constituirung dem Regierungspräsidenten zu insinuiren und demselben zu erklären, daß man so lange als möglich mit der Regierung gehen wolle. Am 25. Sept. findet auf dem Markte eine Volksversammlung statt, auf der der Polizeicommissär v. Grävenitz mißhandelt wird. Als man sie auseinandertreiben will, bildet man Barrikaden. Ende 1848 aber ist Alles zersprengt. Moll geht nach London, kehrt aber bald als Emissär zurück und eilt nach Berlin, um neue Gemeinden zu bilden. Es gelingt ihm, 10 Gemeinden à 10 Personen zusammen zu bringen. Während des Belagerungszustandes bereitet man sich dort auf einen neuen Kampf vor. Es finden die Maiaufstände in Iserlohn, Elberfeld und Düsseldorf statt. Nothjung, Engels und Moll haben überall die Hand im Spiel. Moll geht endlich nach Baden, wo er im Juni gefallen ist. Marx geht im Juli 1849 im Auftrag der pfälzer Demokraten nach Paris und von dort nach London. In Köln bleibt ein Kreis bestehen unter Becker, der ein neues Häuflein sammelt. Man versucht in Köln und London die Reorganisation des Bundes. Es bildet sich in London eine neue Centralbehörde mit Marx, Schramm und Schapper an der Spitze. Der Emissär Bauer bringt eine Ansprache nach Köln, die Aufschluß über die Vergangenheit gibt, und den Communismus wieder einschärft. Er tritt mit Röser, Reiff, Klein, Freiligrath, Otto, Daniels in Verbindung, welche Abschriften der Ansprache in sechs verschiedenen Theilen anfertigen. Die Ansprache, die seiner Zeit veröffentlicht wurde, will Progressivsteuer, Confiscationen, Abschaffung des Erbrechts und der Familien. Regeres Leben tritt ein, öftere Versammlungen bei Röser, Simon, Freiligrath finden statt, wo Otto, Daniels, Röser, Bürgers immer thätig sind. Im Juni kommt eine zweite Ansprache von London, verfaßt von Oswald Diez, an einen Kaufmann in Leipzig an, der sie der Polizei überliefert. Diese wird aber von den Angeklagten nicht anerkannt. Der Zwiespalt in London ist unterdessen ausgebrochen, die Majorität des Centralorgans verlegt dieses nach Köln. Der Emissär Haupt kommt dahin, tritt mit Daniels in Verbindung und geht von dort nach Hamburg. Der Beschluß der Majorität wird in Köln genehmigt. Bürgers, Röser und ein Unbekannter bilden die neue Centralbehörde. Rege Thätigkeit; vier Emissäre werden entsandt, Becker Rheinprovinz bis Frankfurt, Leßner nach Nürnberg, Otto nach Sachsen, Nothjung nach Nord- und Nordost-Deutschland. Letzterer hat Vollmacht von Becker und Adressen von Erhard. Vierzehn Thaler Reisegeld, angeblich aus der Flüchtlingskasse, aber ohne Zweifel aus der Bundeskasse. Bei Mobilmachung der Landwehr im November 1850 findet man Plakate und Zettel in Berlin und Köln, welche die Truppen zum Treubruch bewegen sollen. 600 Exemplare werden in Rudolstadt aufgefunden, mit einem Begleitschreiben fälschlich von Berlin datirt, in dem man die Handschrift Otto's entdeckt. Bei Nothjung fand man neue Statuten und eine Ansprache von Bürgers, am 1. December 1850 entworfen, von Otto abgeschrieben. Sie enthält neue Aufnahmebedingungen: Freiheit von aller Religion, praktische Lossagung von allem kirchlichen Verbande und allen Ceremonien, so weit es positive Gesetze gestatten. Erhard spedirt einen Koffer von Nothjung nach Berlin, er enthält Begleitschreiben theils von Bürgers, theils von Röser. Becker sucht in Paderborn den Lieutenant Hentze zu gewinnen und zum Treubruch zu verleiten. Die Minorität in London schickt durch Haupt einen Protest. Dieser fährt in Köln schnöde ab. Becker verbreitet noch zwei Tage vor seiner Verhaftung Trinksprüche von Blanqui. Bürgers, auf einer Inspectionsreise durch Deutschland, trifft in Hannover mit Becker zusammen, und wird darauf in Dresden verhaftet. Vor seiner Reise wurde noch eine Ansprache an Offiziere unter Couvert den verschiedenen Offizieren zugesandt, sie ging von Schimmelpfenning aus. Dieses die Grundzüge der Anklage. Jacobi hänge nicht unmittelbar damit zusammen, dürfte aber auch nach seinen und seiner Freundinnen Briefen dem Bunde angehört haben. Statt des verstorbenen Directors Schulze werde der Polizeiinspector Stieber zeugen. Der Zeuge Haupt sei auch geladen, aber wahrscheinlich vor den Drohungen der Partei spurlos verschwunden.

Börsenberichte.

Wien, 7. Oct. 5pCt. Metall. 95 1/2. — 5pCt. do B. —. — 4 1/2pCt. do. —. — Bankactien 1336. — 250 fl. Loose 138. — 5pCt. Lomb.-Venet. —. — London 11 fl. 33 kr.

Frankfurt, 8. Oct. Gestern sind hier angekommen: Herr Graf v. Banz (Herzog Maximilian in Bayern), Ihre Durchl. die Fürstin von Reuß-Köstritz, aus Leipzig und Se. Durchl. Oberst Prinz **Emil** von **Wittgenstein**, aus Petersburg, im englischen Hof.

Frankfurt, 8. Oct. Bei der heute stattgehabten 6. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 21966 4000 fl., Nr. 13431, 7634, 7626 und 9533 jede 1000 fl., Nr. 6957, 23274, 5050, 17539, 18179, 16799 und 12473 jede 300 fl.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten, Dr. E. Sattler, Dr. J. B. Kutschell.

Cours der Staats-Papiere. 8. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.l.S.b.Roths)	92 1/8	P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	92 1/8	P.
»	5% L. V. (C.b Roths)	87 3/8, 1/4	bez.
»	5% do.Monte C.18.1.M	83 3/4	P.
»	Bank-Actien . . .	1373 P. 68	G.
»	5% Metalliq. Oblig.	80 1/2, 1/4	bez.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	80 3/8	P.
»	4 1/2% ditto	71 3/8 P. 1/8	G.
»	4% ditto	64 1/4	P.
»	3% ditto	48	P.
»	2 1/2% ditto	41 1/2 P 41	G.
»	1% ditto	16 1/2	P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	118 1/2	P.
»	fl. 500 » ditto	193 1/2	P.
»	4 1/2% Oblig. b. Bethm.	81	P.
»	4% ditto	71	P.
Preussen .	3 1/2% Staatsschulds.	95	P.
»	4 1/2% Oblig. b. Roths	104	P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112	P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101	P.
»	4 1/2% ditto	100 5/8	P.
»	4% ditto	—	
»	4% Ablös.-Rente .	98 3/4	P.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	93 5/8	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95 1/8 bez. 95	G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103	P.
Baden . .	5% Obligationen . .	101 1/4	P.
»	4 1/2% Obligationen	102 1/2	P.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	90	P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66	P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	37 5/8 P. 3/8	G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	—	
»	4% ditto	—	
»	3 1/2% ditto	90 3/4	P.
Nassau .	fl. 25 Loose . . .	25 3/4	P.
Wurtemb.	4 1/2% Oblig. b Roths.	101 3/8 P. 1/4	bez. u. G.
»	3 1/2% ditto	89 3/4	P.
Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	33 3/4	P.
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	45	P.
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	100 3/4	P.
»	4% ditto b. Rothsch.	97 1/2	P.
»	3 1/2% ditto b Rothsch.	91 1/2	P.
»	fl. 50 Loose . . .	90 1/4	P.
»	fl. 25 Loose . . .	31 1/4	P.
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	94 1/2	P.
»	3 1/2% » v. 1846	93 3/4	P.
»	3% » . . .	85	P.
»	Taunusbahnact. .	298	P.
Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	103 5/8	P.
»	4% Obl. b. Hope fl 2.	91	G.
»	4% » b. Stieglitz »	91 1/4	P.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91 1/4	P.
Spanien	3% Int. Sch. P. fl.2.30	46	P.
»	1% Neue » »	23 11/16, 5/8, 11/16, 3/4	bez.
Holland .	4% Certificate . .	95 3/4	P.
»	3 1/2% Syndicats .	94 1/2	G.
»	2 1/2% Integrale .	63 1/2	P.
Belgien .	5% Obl. in L. àfl 12b.R.	100 1/4	P.
»	4 1/2% Obl. in F. à28kr	97 1/8	P.
»	4% Obl in Fr. à 28 kr.	90 5/8	G.
»	2 1/2% Obl. b. Rothsch	55 3/4	P.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	86 3/4	P.
»	5% Obl. b. Hambro	93 3/4	P.
»	Sardinische Loose .	40 3/4	P.
Toscana	5% Obl. 1850 (C.b.Golds.)	100	P.
»	5% » 1851. b. Bastogi (do.)	97 1/4	P.
N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	116 1/2	P.
Vereins fl. 10 Loose		8 7/8	P.

Das Syndicat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 8 October		Per comptant.
Amsterdam .	k.S.	100 1/4 B.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg . .	k.S.	120 1/4 B. 119 3/4 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin	k.S.	105 1/4 B.
(60 Thlr.) .	3M.	— —
Bremen (50	k.S.	97 3/8 B. 1/8 G
Rthlr. i. Ldor.	3M.	— —
Hamburg . .	k.S.	88 3/8 B.
(100 Mk. Bc.)	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B.
London . . .	k.S.	119 3/8 B.
(10 Livr. St.)	3M.	— —
Lyon	k.S.	94 1/4 B.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Mailand (250	k.S.	101 B
Lir. Austr.)	3M.	— —
Paris	k.S.	94 1/4 B.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Wien (100 fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	101 1/4, 1/4 bez. — —
Disconto		3 1/2 B. 4 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 44 1/2-45 1/2
Pr. Friedrichsd'or	»	9 55-56
Holl. 10 fl. Stucke	»	9 53-54
Rand-Ducaten .	»	5 37-38
20 Francsstucke	»	9 30-31
Engl. Sovereigns	»	11 55
Gold al Marco	»	383-84
5 Frankenthaler	»	2 21 1/2-22 1/4
Preuss. Thaler	»	1 45 1/4-3/8
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 45-1/4

Druck von August Osterrieth.

№ 242. — Samstag — den 9. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Geschäftsort von Frankfurt 1 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Erbländern 3 fl. 30 kr. = 2 Rthlr. oder 5 fl. 24 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Klumpp in Straßburg die Bestellungen für 36 Francs in Taxis'sche Noten-Francs de Navarre No. 18. Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4/4 Breite) aus Petitschrift oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

☞ Bestellungen auf das mit dem 1. October begonnene vierte Quartal der „Frankfurter Postzeitung" werden fortwährend bei der Expedition dahier und bei den auswärtigen Postämtern angenommen.

Die alte Verfassung und der 18. October.

⚓ **Frankfurt**, 8. Oct.

Bis zum Jahr 1847 wurde in Frankfurt am 18. October ein wahres Bürgerfest begangen, die Feier unserer Verfassung. Wenn auch in Paris und anderwärts großartigere Feierlichkeiten mit Aufbietung unermeßlicher Geldmittel veranstaltet werden, so dürfte doch schwerlich bei diesen theatralischen Vorstellungen die Gemüthlichkeit und Fröhlichkeit zu finden sein, wie man sie bei der Feier des 18. Octobers auf den Geschäftern unzähliger, die Straßen auf- und abwandelnder Menschen sehen konnte. Ja, der 18. October war für unsere Stadt ein lieber Tag! Das Jahr 1848 hat diese Feier zu Grabe getragen! Auf die Frage warum? kann keine Antwort gegeben werden, es müßte denn der Wahrheit die Ehre zugestanden und ganz ehrlich gesagt werden: Es war eben damals zur Mode geworden, einen Weltbürgerton anzuschlagen und die Angelegenheiten der Vaterstadt mit vornehmer Geringschätzung zu übersehen. Der alte reichsstädtische Geist, über dessen Verfall die nicht geringe Anzahl der die Vaterstadt mit ganzer Seele liebenden Bürger tief trauerte, ist gegenwärtig in das Herz des größten Theils der Bewohner Frankfurts zurückgekehrt und manche, was man in Uebereilung als veraltet ohne Schmerz wegwarf, holt man jetzt mit Freuden zurück, weil man zur Einsicht gelangt ist, daß es denn doch nicht so leicht ist, etwas Zweckmäßigeres an dessen Stelle zu setzen. So ist es mit unserer alten noch in Kraft stehenden Verfassung. Sie ist ein solides und bewährtes Haus, in welchem unsere keineswegs philiströsen Eltern mit Zufriedenheit wohnten und dessen Mauern auch uns in manchen Stürmen gar traulich umgaben. Laßt nur jetzt noch, wie früher, den alten kräftigen Bürgergeist die Räume dieses Hauses durchringen und jeder Frankfurter wird sich glücklich in diesen Räumen finden. Sollte auch hier und da ein Balken durch die Länge der Zeit etwas mürbe oder unhaltlich geworden sein, nun so zieht man einen neuen an dessen Stelle ein, aber unvernünftig würde es sein, das ganze noch feste Haus niederzureißen. Nein, die Frankfurter wollen ihre bisherige Verfassung, versteht sich mit den nothwendigen Reformen, behalten. Und weil dieselbe wieder in den Herzen der Bürger zu Ehren gekommen ist, so wollen sie auch wieder den Ehrentag derselben feiern, mit neuer Liebe feiern, und allgemeine Freude würde die Wiederherstellung einer öffentlichen Feier des 18. Octobers, dieses schönen und gemüthlichen Bürgerfestes, erregen.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 8. Oct. In der wehrerwähnten preußischen Circulardepesche vom 27. v. M. ist ausgesprochen, daß die preußische Regierung nicht Anstand nehmen werde, mit den einzelnen Regierungen des Darmstädter Bündnisses wieder in Verhandlungen zu treten, so lange es der Zeit nach überhaupt zulässig erscheine. Ein Berliner Correspondent der „Hamburger Börsenhalle" glaubt nicht zu irren, wenn er diesen Zeitpunkt auf den 1. Januar 1853 ansetzt. Derselbe Berichterstatter will wissen, daß Preußen mit den thüringischen Regierungen die betreffenden neuen Verträge bereits definitiv abgeschlossen habe und Braunschweigs so sicher sei, daß für die neue Gestaltung des Zollvereins eine gewisse Basis schon vorhanden wäre. Ein anderer Berichterstatter der „Börsenhalle" hört sagen, daß Graf Alvensleben den definitiven Rücktritt Hannovers in Berlin bereits angezeigt habe. Ein solches Hörensagen scheint uns aber etwas voreilig.

⁂ **Wien**, 4. Oct. Die Frage wegen Abschluß des Concordats mit Rom bildet in Folge ihrer Wichtigkeit das Tagesgespräch, und es circuliren bereits vielfache Versionen über dasselbe, die aber lediglich den Charakter von Gerüchten an sich tragen. Es ist begreiflich, daß sich hierüber noch nichts Definitives mittheilen läßt, da erst vor kurzem von Seite des k. k. Cultusministeriums und des obersten Consistoriums ein eigener Comité gebildet wurde, das die betreffenden Anträge zu stellen und mit der römischen Regierung direct zu correspondiren hat. Man zweifelt nicht im geringsten, daß dieser wichtige Gegenstand bald zu Ende geführt und eine Vereinbarung mit Rom zu Stande kommen wird, da man über die Grundzüge schon vor längerer Zeit einig war, und sich daher in dieser Beziehung keinerlei Differenzen ergeben dürften. — Der Verkehr der Donaudampfschiffe wird bald einige wesentlich erleichternde Reformen erfahren, die durch ein demnächst zu erscheinendes Gesetz Giltigkeit erlangen werden. So ist das Contumazverfahren wesentlich vereinfacht und mit der Pasrevision in Verbindung gebracht worden. Bestättigungen seitens der Consularbehörden gelangen in nicht pestverdächtigen Zeiten vollkommen, um von der Contumazrevision frei zu bleiben, und es kann das türkische Grenzverfahren unter amtlicher Begleitung der Schiffe auch in Wien oder Pest bei der Ausschiffung veranlaßt werden. Die hiesige Donauschiffahrtsgesellschaft läßt gegenwärtig in Linz mehrere eiserne Schiffe bauen, wobei auch englisches Eisenblech verwendet wird. Fünf von diesen Schiffen, zum Waarentransport bestimmt, sind bereits vollkommen fertig, und zeichnen sich durch ihre solide Bauart sehr vortheilhaft aus. Für das k. k. Marinewesen werden ebenfalls gegenwärtig eiserne Pontons erbaut, und es sollen dieselben, wenn sie den Erwartungen entsprechen, allgemein eingeführt werden.

⁂ **Berlin**, 6. Oct. Die hier noch zurückgebliebenen preußischen Seeradetten sind heute nach Wlissingen von hier abgereist, da denselben die Weisung zugegangen ist, daß die Kriegsfregatte „Gefion" binnen kurzem mit den andern preußischen Seeschiffen die große Uebungsreise antreten werde. Die Reise ist auf die Dauer von zwei Jahren anberaumt, da die Schiffe bekanntlich in allen größeren Häfen die preußische Flagge zeigen sollen. — General v. Radowitz hat mit dem gestrigen Tage seine Wirksamkeit als Leiter des Militärerziehungswesens angetreten. Der General wird sich in dieser seiner Stellung vom Gebiete der Politik möglichst fern halten, wohhalb er auch keine politischen Kreise um sich versammeln wird. — Wie man hört, dürfte Herr v. Sydow, welcher sich noch immer hier befindet, seinen Gesandtschaftsposten bei der schweizerischen Eidgenossenschaft beibehalten und seine diplomatische Wirksamkeit auch auf die Beziehungen Sardiniens zu Preußen ausgedehnt werden.

Aus Westfalen, 5. Oct. Sicheren Vernehmen nach ist der königl. Provinzialsteuerdirector von Westfalen hierher Ordre beauftragt, sofort Einleitung zu treffen, um mit dem 1. Januar 1854 die Grenzen gegen die beiden Hessen und Nassau besetzen zu können, und hat er bereits die zu diesem Ende erforderliche Bereisung der betreffenden Bezirke angetreten. (?) Die für Zollämter u. s. w. nöthigen Gebäulichkeiten stehen, wie wir hören, überall noch zur Disposition, so daß die Aufwendung irgend welcher Kosten von Erheblichkeit nicht zu besorgen steht. (Köln. Z.)

⁂ **Aus Posen**, 5. Oct., wird uns gemeldet: Vorgestern sind plötzlich und ganz unvermuthet die Jesuiten hier eingetroffen und haben auch sofort ihre Wirksamkeit begonnen. Nachdem schnell eine feierliche Procession veranstaltet war, die sich rings um die Dominikanerkirche herum und dann durch mehrere Straßen der Stadt unter gewaltigem Zulauf des Volkes bewegte, betraten die Patres Antoniewicz und Baczynski nach einander die Kanzel der genannten Kirche und hielten vor einer überaus zahlreichen Versammlung, die jedoch ausschließlich der geringern Volksklasse angehörte, ihre moralischen Vorlesungen, denen sofort die Beichte folgte. Die bei-

den Herren werden hier täglich zweimal predigen, und, wie vorauszusehen ist, mit großem Erfolg, indem die polnische Bevölkerung für ihre Thätigkeit zum voraus eingenommen ist. Da ihr Auftreten genau mit der Eröffnung des hiesigen Landtags zusammentrifft, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß es in der Absicht liegt, auch von hier aus eine speerisch katholische Petition, gleichwie in Westfalen, an den Thron gelangen zu lassen. Eine derartige Motion würde vielleicht beim Landtage Erfolg haben, weil die Mehrzahl der hiesigen Deputirten der katholischen Confession angehört. — Ueber den vormaligen Stand der Zollvereinsangelegenheiten sind die Einsassen unserer Provinz meistens hoch erfreut; denn da es hier keine Industrie gibt und alles vom Ackerbau lebt, so hofft man, daß die Sprengung des Zollvereins und direct zum Freihandel führen werde, der für unsere Provinz gleichwie für Pommern und Preußen allerdings große Vortheile bringen müßte. Indessen dürfte die Rechnung doch ohne den Wirth gemacht sein, da die Centralregierung auch das Wohl der übrigen Provinzen zu berücksichtigen hat.

* **Hannover**, 5. Oct. Von hier schreibt die „Leipz. Zeitung“: Es scheint, daß die Verbreitung grundloser Gerüchte in der von Preußen zu einer so unrichtigen Ansicht gebrachten Zollvereinsangelegenheit noch wie vor von den betreffenden Fehern betrieben wird. So hieß man in der „Weser-Zeitung“, angeblich aus zuverlässiger Quelle, daß die hiesige Regierung mit dem 1. März k. J. die erhöhten Steuern und Leben treten lassen wolle. Einstweilen sind aber bis 1. Juli 1853 bereits die bisherigen Steuern, Ein- und Durchgangsabgaben, im Gesetzblatt ausgeschrieben, und wenn man hier von so wohlüberlegt und ohne Uebereilung in der Septembervertragsangelegenheit handelte, so haben die letzten Tage den Beweis geliefert, daß man sich bei vermaliger Lage der Sache noch weit weniger hinreißen läßt, als seither. Hannover ist zu billigen Opfern für gemeinsame deutsche Interessen bereit, niemals aber für Sonderzwecke.

* **Hannover**, 5. Oct. Frühere Mittheilungen der „Frankfurter Postzeitung“ bestätigend, meldet die „Neue Preuß. Zeitung“ unter vorstehendem Datum: „Die neuesten Schritte des Berliner Cabinets in der Zollvereinsfrage haben hier die Mißstimmung vermehrt und gar keine Billigung gefunden; denn man will nun einmal nicht ohne die übrigen Staaten mit Preußen allein sein. Die hiesige Regierung ist sehr verletzt darüber, daß Preußen ohne weitere Rücksprache mit seinem Alliirten Hannover die Zollvereinsverhandlungen eigenmächtig abbrach, während doch das gegenwärtige Ministerium es an Rücksicht und Loyalität hier Preußen nicht hat fehlen lassen. Wäre das dieselbige Gouvernement mit dem Gang der Dinge in Berlin einverstanden, so würde der Bevollmächtigte bei den dortigen Zollconferenzen, Generalsteuerdirector Klenze, schwerlich abberufen sein. Denn seine, wenn auch angegriffene Gesundheit ist keineswegs so „leidend“, wie die inspirirten Blätter von dort versichern, als daß er nicht wenigstens abwartend in Berlin hätte bleiben können — wenn man dieselbst überhaupt mit Preußen warten wollte. Allein die dortigen diplomatischen Versehen kommen hier gelegen und bleiben sicherlich nicht unbenutzt.“ — Graf Hohenthal, königl. sächsischer Gesandter am preußischen Hofe, ist auch am hiesigen königlichen Hofe beglaubigt worden und hat Sr. Majestät bereits die Creditive zu überreichen die Ehre gehabt.

C* **Hannover**, 6. Oct. Wie man vernimmt, ist dem Obersteuercollegium ein Ministerialreskript zugegangen, worin gesagt wird, daß Herr Klenze, da dessen Mission beendet sei, fortan in seinen Dienstkreis wieder zurückkrete. Der „Neue Volksfreund“ meldet heute, Herr Klenze sei am vorigen Sonntag von Berlin hier wieder eingetroffen, was auch ganz richtig ist. Auf einer thatsächlichen Grundlage beruht es nicht, wenn Hamburger Blätter wissen wollten, daß nun Herr Albrecht oder Herr Witte nach Berlin gesendet werden würden. Zu einer solchen Mission fehlt es zur Zeit an jedem Anlaß. Der Finanzrath Witte ist mit dem 1. October aus dem Finanzministerium als Rath in das hiesige Obergericht versetzt.

h **Gotha**, 6. Oct. Der durch den „Nürnberger Correspondenten“ in den meisten größeren Zeitungen wiedergegebenen Nachricht von dem Abschlusse eines Staatsvertrags zwischen den betreffenden sächsischen Herzogthümern und der bayerischen Staatsregierung bezüglich des Baues einer Eisenbahn von Lichtenfels bis Koburg ist anzufügen, daß zwar Bayern sich zum Baue dieses Schienenweges verpflichtet hat, jedoch nur für den Fall, daß die ganze Main-Werrabahn zu Stande komme. Ebenso ist zwar stipulirt, daß für die letztere die Richtung von Koburg über Eisfeld nach Hildburghausen und Meiningen eingeschlagen werden und die Bahn bei Eisenach in die thüringische auömünden soll, jedoch dabei vorausgesetzt, daß die thüringische Eisenbahngesellschaft den Bau der Werrabahn übernehme. Es kommt demnach lediglich auf das Resultat der hierüber bis jetzt noch nicht einmal mit der Direction der thüringischen Eisenbahn eingeleiteten Verhandlungen an, ob die Eisenbahnhoffnungen für jene Gegend sich realisiren werden.—Die neueste Nummer des hiesigen Regierungsblatts veröffentlicht eine Ministerialbekanntmachung, den Bundesbeschluß wegen des militärischen Gerichtsstandes in Strafsachen bei in Friedenszeiten zu Bundeszwecken zusammengezogenen Bundestruppen betreffend.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 7. Oct. In dem Steuereonflict zwischen Kloster und Bezirk Einsiedeln hat die Regierung von Schwyz die Frage wegen Besteuerung des auswärtigen Vermögens an den Kantonsrath gewiesen, die mit seinen Verfügungen im Widerspruch stehenden Maßregeln des Bezirksrathes Einsiedeln als unzulässig erklärt und aufgehoben, und den Bezirksammann und die Mitglieder des Bezirksraths wegen pflichtwidrigen Benehmens dem Strafrichter überwiesen. — Wenn in Unterwallis die Wahlen zum Verfassungs- und großen Rath in überwiegender Zahl radikal ausfielen, so sind die von Oberwallis dagegen größtentheils conservativ. — Bei dem am 4. d. M. mit großer Heftigkeit wehenden Südwind (Föhn) zeigte das Thermometer von Reaumur 19 Grad Wärme; heute Morgen stand es auf 4 Grad. — Für den Luganosee soll ein neues Dampfschiff erbaut werden. — Nicht allein die Conservativen, sondern auch die Radicalen im Kanton Freiburg protestiren gegen die neuesten Gemeindewahlen. — Die Angabe der Zeitung „Lloyd“, daß die Grenzberichtigung zwischen Oesterreich und Graubünden zu Gunsten des erstern ausfalle, wird von dem bahnbrechenden „Bund“ in folgender Weise berichtigt: Für dieses Jahr handelte es sich sowohl österreichischer- als schweizerischerseits einfach um Beschichtigung der tragischen Localitäten und um Kenntnißnahme des Standes der gegenseitigen Ansprüche, sowie der für dieselben geltend zu machenden Titel und Gründe. Die beiderseitigen Commissäre sind zu gemeinsamer Behandlung der verschiedenen Fragen noch nicht zusammengetreten, sondern es soll dies erst im nächsten Sommer geschehen, nachdem man sich nun in den Besitz der nöthigen Materialien zu einer endlichen und so wünschenswerthen Erledigung gesetzt hat.

Dänemark.

Kopenhagen, 4. Oct. Gestern Abend ist folgendes amtliche Bulletin über das Befinden des Königs erschienen: „Eine heftige Erkältung hat Se. Majestät gezwungen, während acht Tagen das Bett zu hüten, und wird ferner erheischen, daß allerhöchstderselbe bis auf weiteres in demselben verbleibe. Schloß Christiansborg, den 3. October 1852. Auf allerhöchsten Befehl. J. Lund.“

Neueste Nachrichten.

= **Frankfurt**, 8. Oct. Die heutige Sitzung der gestern gehaltenen Versammlung war als eine geheime angesagt worden. Nach längerer Discussion wurde die Verhandlung in öffentlicher Sitzung beschlossen, worauf einige Senatsmittglieder den Saal verließen und ein nicht sehr zahlreiches Publikum in den Zuhörerraum eintrat. Nachdem Herr Dr. Jucho den Commissionsbericht verlesen, und Herr Dr. Goldschmidt denselben in einer ausführlichen, mit Beifall aufgenommenen Rede, über welche wir noch berichten werden, weiter begründet hatte, wurden folgende Anträge zum Beschluß erhoben:

Die Versammlung spricht sich gegen den Senat dahin aus:

1) daß sie das Gesetz vom 19. October 1848, in so weit es nicht nach den in der Kundmachung des Senats vom 31. Decemb. 1849 ausgesprochenen Ansichten erloschen ist, sowie das Gesetz vom 20. Februar 1849 fortwährend für giltig und die dadurch herbeigeführten Veränderungen der Verfassung für legal herbeigeführt anerkenne (mit 56 gegen 6 verneinenden und 6 suspendirte Stimmen);
2) daß sie, wenn der Senat seinen angekündigten Entschluß, dem Beschluß der Bundesversammlung vom 12. August Folge zu leisten, und demgemäß die Wahlen nach der Constitutions-Ergänzungsacte und dem Gesetz vom Jahr 1828 (über die Zuziehung der Landbevölker lediglich bei Angelegenheiten der Ortschaften) anzuordnen, wirklich zur Ausführung bringen sollte, alle Verantwortlichkeit von sich ab- und dem Senat zuweise, mit 51 gegen 7 verneinende und 10 suspendirte Stimmen;
3) daß sie demnach alle Rechte der hiesigen freien Stadt im Allgemeinen und der Betheiligten insbesondere gegen jede Beeinträchtigung nachdrücklich und auf das Gemessenste gewahrt wissen wolle, mit 60 gegen 2 verneinende und 6 suspendirte Stimmen.

Endlich wurde dieselbe Verwahrung hinsichtlich der Abstimmung des Frankfurter Bundestagsgesandten bei Gelegenheit des Bundesbeschlusses vom 12. August d. J. mit 48 gegen 9 verneinende und 11 suspendirte Stimmen ausgesprochen, und nach Verlesung des Protocolls die Sitzung nach 7 Uhr geschlossen.

* **Frankfurt**, 8. Oct. Ein Berliner Correspondent der „Börsenhalle" will Einsicht in das Rescript erhalten haben, das Herrn Klenze aus Berlin nach Hannover berief. In demselben soll auf die Gefahr hingewiesen sein, welche aus Frankreich drohe und die Verständigung der deutschen Regierungen auch in der Zollfrage erheische; seine Anwesenheit sei in Berlin zur Zeit nicht mehr nöthig, dagegen sei sie in seinem Vaterland bei den bevorstehenden Aenderungen in der Zollvereinigung nothwendig. Derselbe Berichterstatter will von neuen Vermittelungen Sachsens durch den Grafen Hohenthal wissen, und gibt dabei die Versicherung, daß Preußen entschlossen sei, auch wenn Hannover zurücktrete, Oesterreich und den Darmstädter Verbündeten keinerlei Concessionen zu machen. Auch spricht er von einem Fürstencongreß in München, und bringt damit die Reise des Königs von Hannover nach Südeutschland in Verbindung. — Die „Spen. Ztg." meint: „Die hohenzollernschen Fürstenhäuser werden sich, bei Auflösung des Zollvereins, wahrscheinlich einer gänzlichen Zollfreiheit zu erfreuen haben, da sich dieselben, wegen ihrer geringen Ausdehnung, zu einem besondern Zollsystem nicht eignen, und namentlich ihre Grenzbewachung einen verhältnißmäßig viel zu bedeutenden Kostenaufwand verursachen würde."

* **Berlin**, 7. Oct. Der „Staatsanzeiger" meldet die Ernennung des geheimen Oberfinanzraths Freiherrn Senfft v. Pilsach zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern. — Der hannoversche Ministerpräsident, Herr v. Schele, hat den rothen Adlerorden erster Klasse verliehen erhalten. — Graf Alvensleben hat auf seiner Rückreise von Hannover hierher auch dem Herzog von Braunschweig in Blankenburg einen Besuch abgestattet.

‡ **Paris**, 7. Oct. In Agen, wo der Prinz-Präsident gestern Abend um 5 Uhr angekommen ist, dieselben Festlichkeiten, dieselben Ceremonien, derselbe Enthusiasmus, die nämlichen Huldigungen, dieselben Kaiservivats wie bisher überall; Empfang der Behörden, Zug der Deputation der Landgemeinden des Lot-Garonne-Departements, Illumination der Stadt, Kunstfeuerwerk, Volksbelustigungen. In jeder Stadt wiederholt sich mit geringen Modifikationen dasselbe Programm. Auf einem prachtvoll geflaggten Dampfboot hat sich heute früh Ludwig Napoleon eingeschifft, um die Reise nach Bordeaux fortzusetzen. Von beiden Ufern der Garonne herüber brachten auf der ganzen Strecke die Bevölkerungen ihre Acclamationen und Huldigungen dar; durch das herrliche und fruchtbare Stromthal flog das Boot nachmittags an Port-Sainte-Marie, Aiguillon, Tonneins, Marmande, La Réole und Langon vorüber. Nach 4 Uhr hatte Madame Mathilde kam daselbe mit dem Cortege in Bordeaux an, von der unübersehbaren Menschenmenge an den Ufern und auf der prachtvollen Brücke mit Hurrahs, Kaiservivats und andern begeisterten Acclamationen stürmisch empfangen und begrüßt.

Nachträglich erfährt man, daß es in Toulouse einige Böswillige versucht hatten, das Publikum über die Stunde der Ankunft des Prinz-Präsidenten, obgleich sie auf dem Programm bestimmt angegeben war, geflissentlich zu täuschen. Der Präfect der Obergaronne, Chapuis-Montlaville, vereitelte diese Tactik, deren Absicht er erkannte, durch Anschlagen einer warn gschriebenen Proclamation an alle Straßenecken der Stadt. Zu den Huldigungsacten, die dem Prinz-Präsidenten in Toulouse dargebracht wurden, gehört auch der, daß die bisher den Namen Lafayette führende Straße, Platz und die Brücke durch Beschluß des Municipalraths von Toulouse auf den Namen Ludwig Napoleons umgetauft wurden. Die Mitglieder des Generalraths des Ariegedepartements fanden sich, den Senator Marquis de Portes an der Spitze, in corpore in Toulouse ein, dem Prinzen zu huldigen und ihn im Namen der von ihnen vertretenen Bevölkerung als Kaiser zu begrüßen. Aehnliches haben auch andere Corporationen gethan oder werden es in Bordeaux noch thun.

Es ist noch keineswegs definitiv entschieden, daß Ludwig Napoleon erst am 17. October zu Paris wieder eintreffen wird. Uebrigens sind die Arbeiten zum festlichen Empfang bereits in Angriff genommen. Nach des Architekten Visconti Entwurf wird am Eingang der Brücke von Austerlitz ein prachtvoller Triumphbogen aufgebaut; Zimmerleute, Decorateure und Maler sind schon in Thätigkeit. Der Prinz, heißt es, werde sein Einzug zu Pferd halten an der Spitze von 52 Schwadronen Cavallerie der ersten Militärdivision. Die ganze Infanterie der Pariser Armee wird Hecke bilden.

Gaillard und Loriot, die beiden Complottverschwornen, sind aus dem Gefängniß von Saint-Etienne in einer Diligence und von einer Gendarmerieabtheilung escortirt über Valence nach Marseille dirigirt worden. Gegen etwaige Zusammenrottungen waren Vorkehrungen getroffen. Die im Departement der Oberloire vorgenommenen Verhaftungen sollen ebenfalls mit dem Marseiller Complott zusammenhängen.

‡ **Madrid**, 2. Oct. In schwarzer Sammtrobe, das Haupt von einem reichen Brillantendiadem umflochten, hat die Königin in tiefer Trauer den Exequien des Herzogs v. Bayern in der Atochakirche beigewohnt. — General Aupick, der französische Gesandte, hat sich nach Bordeaux begeben, um dort dem Prinz-Präsidenten seine Aufwartung zu machen. — Durch königliches Decret ist eine von dem Staatsschatz mangelhafte Depositenkasse gegründet, in welcher Cautionen, Bürgschafts- und streitige Gelder u. niedergelegt und je nach ihrer Natur mit drei oder fünf vom Hundert verzinst werden. Der Madrider Handelsstand soll mit dieser Maßnahme, welche als der Todesstoß der St. Ferdinandsbank angesehen wird, sehr zufrieden sein.

‖ **London**, 6. Oct. „Daily News" meldet, Caussidiere, der vormalige Polizeipräfect von Paris, habe jetzt seine Wohnung auf der Insel Jersey aufgeschlagen. Ohne einen von den französischen Autoritäten auf den Kanalinseln gezeichneten Paß wird von der Insel Jersey in Frankreich niemand mehr zugelassen.

≈ **Brüssel**, 7. Oct. Die „Emancipation" hat gestern eine aus zumeist unbekannten Namen bestehende Ministerliste als wahrscheinlich bekannt gegeben. Hiergegen erklärt heute die „Independance belge", sie glaube zu wissen, daß Herr v. Brouckere mit großem Eifer beschäftigt sei, die Bildung eines Cabinets zu Stande zu bringen; bis jetzt sei jedoch noch nichts definitiv beschlossen und jener deßhalb auch noch nicht im Stande gewesen, der Sanction des Königs etwas zu unterbreiten. Es sei deßhalb an die angeblichen Ministerlisten gewisser Blätter nicht zu glauben.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Der Gemeinderath der Stadt St. Gallen hat sich mit zwei Millionen Franken bei dem Eisenbahnunternehmen von Lodenize bis zur Thurgauer Grenze betheiligt, so daß nun fünf Millionen gezeichnet sind. Da diese Summe jedoch für die projectirte Rorschach Wyler Linie noch nicht zur Hälfte hinreicht, so wird im „St. Galler Tagblatt" zu neuer Betheiligung aufgefordert.

Börsenberichte.

½ **Frankfurt**, 8. Oct. Die Börse eröffnete wieder in flauer Stimmung; durch fortgesetzte comptante Verkäufe waren die Course aufs neue gedrückt; gegen Schluß der Börse zeigten sich jedoch zu den niedrigern Preisen mehrfache Käufer, wodurch die Course sich im Allgemeinen befestigten und zuletzt fest schlossen. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Met. 80½ pCt. G.; 4½pCt. Metall. zu 71½, ⅜ pCt. G. verhandelt, schlossen zuletzt 71½ pCt. per Cassa Geld; 5pCt. Lombardisch-Venetianische 87½ pCt. G.; Wiener Bankactien 1368 fl. G.; 250 fl. Loose 118 pCt. G. In spanischen Effecten war das Geschäft in Folge Mangel sehr aufgeregt, aufangs zu 3pCt. ½, ¼ umgesetzt, boten sich dieselben nach und nach mehrfach bessernde Anlässe auf 23½ pCt. und schlossen zuletzt 23½ à ¼ pCt. pr. Cassa; in 3pCt. Inländischen wurde nichts gethan. Von Eisenbahnen war B.-W.-Nordbahn 44 pCt. G., Verbach 95 pCt., Köln-Minden 111½, pCt., Taunus 297 fl. Die meisten süddeutschen Papiere waren wieder stark angeboten. — Abents in der Effectenfocietät waren 1 pCt. neue Span. bethebet; zu 23½ pCt. verhandelt, schlossen dieselben 23½ pCt. bez.

Paris, 7. Oct. 4½pCt. Rente 105, 30. — 3pCt. 78, 75. — Neapol. —. — Rente 5pCt. Oesterr. 94½. — Spanische neue Diff. 23½. — Neue 3pCt. 50¾. — Innere Schuld 45¾. — Bankactien 2820. — Piemont 5pCt. 98. — Römisches Anlehen Juni 1850 98½. — do. 1850 99. — St. Germain-Eisenbahn 1125. — Versailles, linkes Ufer 325. — Strasburg-Basel 326, 25. — Nordbahn 737,50. — Paris-Strasburg 766, 25.

Nachdem die dreiprocentige Rente heute bei Eröffnung der Börse wieder eine rückgängige Tendenz gezeigt hatte, zog sie später an, stieg und blieb 20 Cent. höher als gestern. Die 4½pCt. war weniger gesucht. Der Actienmarkt hält sich fortwährend gut; in den Preisen wenig Veränderung.

Madrid, 2. Oct. 3pCt. 47 p., n. d. Börse 47 p. — 1pCt. Neue 24½, n. d. Börse 24⅞. G.

London, 6. Oct. 3pCt. Stocks 100½ à ¼. — 4½pCt. Russ. 104½ à 105. — Mex. 24½. — Spanische 1pCt. 23½ à ⅜. —

Amsterdam, 6 Oct. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 63¹¹/₁₆ ⅜. — 3pCt. Schuld 76½, ⅜. — 4pCt. do. 96⅛ à ¼. — 3½pCt. do. — 1pCt. neue Spanische 23¹³/₁₆ ¹⁵/₁₆. — 3pCt. —. — do. inländische à 6000 fl. 43¾. — 5pCt. Portug. —. — 4pCt. 38¹¹/₁₆ ¾. — 4pCt. Ruff bei Pops 91¼. — do. do. bei Stieglitz 90¾. — 5pCt. Metall. 78⅞ ⅜. — 2½pCt. do. —. — Neue 5pCt. Silber Metall. 90¾.

Unser Fondsmarkt war heute im Allgemeinen ungünstig gestimmt; der Umsatz sowohl in- als ausländischer Effecten war ohne besondern Belang.

Telegraphische Coursberichte des Syndicats der Frankfurter Wechselsensale.

Wien, 8. Oct. 5pCt. Met. 95¼. — L. A. 95¾. — L. B. 109¼. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94⅛. — 4½pCt. Metall. 84⅜. — Bankactien 1338. — 250 fl. Loose 128. — London 11 fl. 33 kr. — Paris 137. — Tricst 11 fl. 32 kr. — 5pCt. Lombard.-Venetia. ische 102½. — K.-F.-Nordbahn 222½.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler, Dr. J. B. Kriscleit.

[2303]

50,000 Thaler,

30,000, 20,000, 10,000, 5000, 4000, 3000 ꝛc. ꝛc. zusammen 9000 Gewinne unter nur 20,000 Loosen sind vom 20. October bis 6. November d. J.

bei der Schlußziehung der **Braunschweiger** Lotterie zu erlangen. Ganze Loose zu fl. 56, 1/1 zu fl. 28, 1/2 zu fl. 14, und mit Verzichtung auf Gewinne unter Thlr. 100 zu fl. 32, 1/1 zu fl. 16, 1/2 zu fl. 8 empfiehlt

Moritz Sonneberg, Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2242]

Königl. Bayer. Donau-Dampfschiffahrt

zwischen

Donauwörth und Linz

im Anschlusse an die Eisenbahn in Donauwörth und an die österreichischen Dampfboote nach Wien.

Fahrordnung im Monat October 1852.

Vom 1. bis 15. October 1852:

Von Donauwörth nach Regensburg täglich Abfahrt Vormittags 10 Uhr.
„ Regensburg „ Linz „ „ früh 5 Uhr.

Vom 16. October an:

Von Donauwörth nach Regensburg jeden Tag ungeraden Datums Abfahrt Vormittags 10 Uhr
„ Regensburg „ Passau „ geraden „ „ früh 8 Uhr
„ Passau „ Linz „ „ ungeraden „ „ früh 7 Uhr.

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 24. September 1852 an fahren die Boote täglich [2247]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 7½ Uhr (***Schnellfahrt***) . . . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 6½ Uhr Zuges von *Frankfurt.*

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 9 Uhr . . . . . bis **Cöln-Deutz** und **Düsseldorf.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 8 Uhr Zuges von *Frankfurt.*

Jeden *Mont., Mitw., Donnerst.* u. *Samst.* direct bis **Arnheim**(*Amsterdam*)u.**Rotterdam-London.**

Von *Mainz*-**Castel** Mittags 12 Uhr (***Schnellfahrt***) . . . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 11 Uhr Zuges von *Frankfurt.*

☞ Von **Biebrich** jedesmal eine Viertelstunde später als von **Castel.**

Von **Mainz** Nachmittags 1 Uhr und Nachmittags 5 Uhr nach **Worms** und **Mannheim.**

Billete für die Dampfschiffe nach allen Stationen und näherer Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil,* der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren **Gogel, Koch & Comp.,** Hrn. **Aug. Schönling** auf dem Rossmarkt.

☞ Da die **Düsseldorfer Boote** bei Ankunft der Eisenbahnzüge von *Frankfurt* schon zur Abfahrt bereit liegen, so wird gebeten, um jede Verzögerung zu vermeiden, sich bereits in **Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten** zu versehen.

Niederländische Dampfschiffe.

(Dienst vom 2. October.) [2218]

Täglich nach Ankunft des 8 Uhr Zugs von Frankfurt.

Von Mainz-Castel, Morgens 9 Uhr, mit Uebernachtung in Cöln ꝛc. bis **Rotterdam.**
(Montag, Donnerstag u. Samstag über Arnheim und 4mal über Rymwegen).

Jeden Donnerstag und Samstag bis **London.**

Täglich von Mainz nach Mannheim und jede Woche noch extra Güterboote.

Näheres auf den Haupt-Agenturen von **C. Louis Beyschlag**
in **Frankfurt a. M.** (Kernmarkt), in **Castel** und in **Mainz**

Aechten werden versandt in Schachteln, die ganze à 28 fr. oder 8 Sgr., die halbe à 56 fr. oder 16 Sgr. in **Augsburg** bei den Herren **Riedlinger & Comp.,** in **Karlsruhe** bei **J. Beiers,** Kunsthändler, in **Frankfurt a. M. NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. C. von Oven,** Bleichstraße Nr. 33. [1686]

[2307] In einer Wollengarn- und Wollenwaarenfabrik des Niederrheins wird ein routinirter Reisender, welcher schon in dieser Branche gearbeitet und gereiset hat, gesucht. Reflectanten, die genügende Zeugnisse ihrer Leistungen beizubringen vermögen, belieben ihre Franko-Offerten unter Lit. R. S. Nr. 12 an die Expedition dieses Blattes gelangen zu lassen.

In demselben Hause findet ein mit den nöthigen Vorkenntnissen versehener junger Mann Stelle als Lehrling. Reflectanten belieben sich unter obiger Lit. zu melden.

CONSERVATEUR DENTAIRE

EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

[2308] Ein mit der doppelten Buchhaltung und dem Staatspapierfache vollkommen vertrauter Commis kann gegen gutes Salair sogleich eintreten. Franko-Anfragen unter Nr. 2308 befördert die Expedition.

[1681] Von hohem Senate concessionirte
Privat-Entbindungs-Anstalt
zu Frankfurt a. M.
Nähere Auskunft ertheilt gegen portofreie Einsendungen
Dr. Roberth daselbst, Zeil 19.

[1674] Staats- und Standesherrliche Obligationen Staats-Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons, werden ge- und verkauft bei
J. H. Trier & Sie., Zeil, im Türkenschuß.

[1690] **An- und Verkauf**
von Büchern bei **H. Bechhold,** Zeil Nr. 5 neu.

In England patentirt.

Herr ***George*** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentirten Erfindung, durch welche die Kunst der Zahnersetze gänzlich umgewandelt wird. Er hat durch sie darum, für Platina statt des Gold oder Horn vom Nießferde (Hyppopotam), aus Schildpatte zu verfertigen, die viel weicher, angenehmer und leichter im Munde liegen als Hyppopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr **George** hat eine Dampfmaschine bauen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Bestellungen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienstags und Freitags von 1 bis 4 Uhr wird Herr **George** (rue Rivoli 36 à Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

NB. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentirten Vorrichtung zum Modelliren des Mundes bedarf Herr **George** nur zweier Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

Institut philologique de Nancy
rue des Ponts, 74.

Special-Bildungs-Anstalt für deutsche Jünglinge, welche Französisch und Englisch gründlich practisch zu erlernen wünschen.

Der Preis der Pension beträgt jährlich 1400 florins und wird in vierteljährigen Zahlungen voraus entrichtet.

Solcher können zu jeder Epoche des Jahres eintreten; allein am besten *den 15. October und gegen Ostern.* Näheres bei der Expedition dieses Blattes. [2192]

[2225] D e c r e t.

In Sachen
der Gemeinde Espa, Klägerin,
gegen
Ernst Zimmer Aier von da, Beklagten,
wegen Forderung

Nachdem die von Herzoglichem Kreisamte Idstein unter dem 24. Juli d. J. erlannte Pfändung am 16. October d. J. an den in anliegendem Extract verzeichneten zu 84 fl. taxirten Güterstücken vollzogen worden ist, so wird zur Befriedigung der klagenden Gemeinde mit 77 fl 4½ kr. die Versteigerung ertannt und der herzogliche Bürgermeister zu Espa damit beauftragt.

Dem Beklagten und seiner Ehefrau wird dieses in öffentlichen Blättern bekannt gemacht und ihnen zugleich eröffnet, daß Derselbe, die künftighin ergehenden Verfügungen durch Anheften und der dasige offen stehenden Gerichtstafel ihnen zur Insinuation gerade recht werden sollen.

Usingen den 6. September 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Müller.

[2244] E d i c t a l l a d u n g.

Nachdem über das Vermögen des unbekannt wo abwesenden Schneidermeisters Carl Grüter von hier der Gemeinschuldzeit rechtskräftig erkannt worden ist, so wird zur Anmeldung klingischer und verdächtiger Ansprüche gegen denselben Termin auf

Dienstag den 19. October l. J.,
Morgens 8 Uhr,

anberaumt, bei Vermeidung des **Rechtsnachtheils** des Ausschlusses von der Masse.

Wiesbaden, den 20. September 1852.

Herzoglich Nassauisches **Justizamt.**
Eiselt.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth

Frankfurter Postzeitung.

Samstag (Beilage zu Nr. 242.) 9. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 9. Oct. Die jüngste Nummer der officiösen „Oesterreichischen Correspondenz" meldet den Abbruch der Zollconferenzen in Berlin mit folgendem, die bevorstehende Thätigkeit Oesterreichs in dieser Frage ankündigenden Zusatze:

„Für Oesterreich erwächst aus der gegenwärtigen bedrohlichen Lage, in welche die commerciellen Verhältnisse der deutschen Bundesstaaten gerathen sind, die gebieterische Pflicht, die jetzt nöthig gewordenen Schritte mit allem Ernst ins Auge zu fassen und mit allem Nachdruck ins Werk zu setzen. Oesterreich kann nicht zugeben, daß die Zersplitterung Deutschlands auf dem handelspolitischen Gebiete überhand nehme. Es hat keine Anstrengung gescheut, um den Zollverein in seiner bisherigen Ausdehnung auf einer allseitig befriedigenden Grundlage und mit Festhaltung der Tendenz einer allgemeinen deutschen Zolleinigung zu erhalten — es ist jetzt nach erfahrener Zurückweisung aller dahin zielenden Vorschläge seine Aufgabe, dafür thätig zu sein, daß selbst bei dem Ausscheiden Preußens, wenn es wirklich dazu kommen sollte, ein organischer Verband zwischen den übrigen zollvereinbündeten Staaten unter Feststellung obiger Grundlagen gewahrt werde."

= **Frankfurt**, 8. Oct. Da die Aufforderung des Senats an die christliche Bürgerschaft zur Bildung des Wahlcollegs in den nächsten Tagen erwartet wird, so sind die zwei sich gegenüberstehenden Parteien bereits in Thätigkeit getreten, um Wahlzettel zu entwerfen. Die Demokratie, welche nicht die mindeste Aussicht hätte, ihre eigenen Candidaten durchzusetzen, durch die ihr verfügbaren Stimmen aber keiner der andern Parteien einen Zuwachs angedeihen lassen will, wird sich, wie ihr Organ, das „Volksblatt für Rhein und Main" ausgesprochen hat, wiederum der Wahl enthalten. So wie einestheils voraussichtlich in der dritten Abtheilung die vom Handwerker- und Gewerbeausschuß selbstständig aufzustellende Wahlliste durchdringen wird, so wird anderntheils wahrscheinlich in der Abtheilung der Kaufleute die s. g. Gothaer Partei siegen, und es wird demgemäß die erste Abtheilung der Gelehrten, Beamten ꝛc. den Ausschlag geben. Wohin sich hier der Sieg wenden wird, ist sehr zweifelhaft, da in dieser Abtheilung die Chancen ziemlich gleich stehen. Wenige Stimmen werden sonach entscheiden, ob die Majorität des Wahlcollegs und somit der gesammte gesetzgebende Körper der s. g. Reform- oder der Gothaer Partei angehören wird, was auf die demnächst erfolgende Wiederbesetzung der zehn erledigten Rathsstellen von entscheidendem Einfluß sein muß.

* **Frankfurt**, 9. Oct. Se. königl. Hoheit der Kurfürst von Hessen ist heute Vormittag, von München kommend, hier eingetroffen und in seiner Villa am Main abgestiegen. Demnach war die Angabe der „Augsb. Abendztg.", Se. königl. Hoheit werde sich von München nach Wien begeben, irrig.

P **Berlin**, 7. Oct. Wie es zu vermuthen stand, ist der Abreise des Steuerdirectors Klenze in einzelnen Organen der Presse sofort eine Deutung gegeben, welche ihren Wünschen entspricht. Man hat dieselbe als eine Bestätigung des schon lange ersehnten Abfalls Hannovers proclamirt und daraus seine Folgerungen gezogen. Wir sind auch diesmal im Stande, alle diese Annahmen als unbegründet zu bezeichnen. Allerdings dürfte Herr Steuerdirector Klenze in der nächsten Zeit nicht nach Berlin zurückkehren, da sein körperlicher Zustand eine längere Erholung nothwendig macht, aber statt seiner tritt schon in diesen Tagen der geheime Ministerialrath Albrecht ein, um das Interesse Hannovers bei der diesjgen Zollconferenz wahrzunehmen. Uebrigens keurtheilen diejenigen die Wirksamkeit und Tragweite ihrer Deductionen unrichtig, welche in der Voraussetzung, daß Hannover auf eigenem Interesse und aus Furcht vor Preußens Präponderanz die Erhaltung und Reconstituirung des Zollvereins wünsche, ihm zu beweisen suchen, daß jetzt, wo keine Aussicht vorhanden, den Zollverein zu retabliren, es berechtigt sei, vom Septembervertrag zurückzutreten. Abgesehen von dem Wortlaut des Vertrags, der solcher Beweisführung geradezu widerspricht, dürfte, ebenso gut wie andere, Hannover einsehen, daß die einzige Möglichkeit für die Erhaltung des Zollvereins noch darin liegt, wenn es treu zu Preußen und an dem Septembervertrag hält. Nicht allein, daß auf diese Weise das Fortbestehen eines geschlossenen und abgerundeten Zollsystems gesichert wird, an welchem sich die einzelnen widerstrebenden Glieder später noch anschließen können, so wird dadurch auch die Nothwendigkeit des künftigen Anschlusses zwingender. Dazu kommt, daß Hannover durch einen Abfall vom Septembervertrag sich selbst nicht geringere Verlegenheiten bereiten würde, als Preußen, da die Deckung der Mehrkosten der neuen Organisationen im Innern durch eine Erhöhung der Zolleinnahmen in bestimmte Aussicht genommen ist. Es sprechen also bei Hannover ebensowohl politische wie materielle Gründe gegen einen Schritt, der außerdem wenig Ehre machen würde. Bei der Selbstständigkeit und Festigkeit des Königs, sowie der Ehrenhaftigkeit seines Premiers, ist demnach nicht zu fürchten, daß gegentheilige Insinuationen, welche allerdings nicht gespart sind, einen Eindruck machen werden. Sind wir recht unterrichtet, so sollen auch die Mittheilungen des Grafen Alvensleben dahin deuten, daß nach den, bei seiner jüngsten Reise gewonnenen Anschauungen, in den bestimmenden Kreisen von Hannover in keiner Weise eine Preußen nachtheilige Auffassung des Septembervertrags sich bemerkbar macht, sondern daß man vielmehr den übernommenen Verpflichtungen nicht nur treu nachzukommen gedenke, sondern auch bereit sei Einleitungen dazu getroffen habe. Ebenso aus der Luft gegriffen, wie die Nachrichten von dem bevorstehenden Abfall Hannovers, sind die mehr oder minder in Gift und Galle getränkten Mittheilungen der „N. Pr. Ztg." von eingeleiteten Unterhandlungen mit Oesterreich, sowie die Hypothesen der „Sven. Ztg." von Einwirkung des Baron v. Meyendorff und Grafen Nesselrode ꝛc. gelegentlich ihrer hier zu erwartenden Anwesenheit. Die Combinationen, welche sich an den diesjgen Aufenthalt der letztgenannten Staatsmänner knüpfen, erscheinen schon deßhalb als vollkommen in der Luft stehend, weil weder der eine, noch der andere Berlin bei seiner Reise nach Petersburg berührt, sondern diese ihren Weg über Warschau nehmen. — Der türkische Gesandte Saradja hat seine Abberufungsschreiben erhalten und wird diesen morgen Sr. Maj. dem König in Privataudienz überreichen. — Der heute Vormittag von Köln hier ankommende Zug brachte in Folge eines bei Nowawes erlittenen Unfalls eine Anzahl Verwundeter mit. Der binterste Waggon des Zugs war nämlich durch die Maschine, welche man dazu gebraucht hatte, jenen von dem Bahnhof zu Potsdam zu schieben, zertrümmert, und dadurch den meisten der darin befindlichen Passagieren eine nicht unerhebliche Verletzung zugefügt worden.

** **München**, 7. Oct. Während es bisher hieß, Se. Maj. der König werde sich diese Tage zur Jagd ins Gebirg begeben, erfährt man diesen Abend, daß Se. Maj. sich heute eine Reise nach der Pfalz beschlossen habe, und dieselbe bereits morgen antreten wird. Der König wird das erste Nachtlager in Würzburg nehmen. Die königlichen Flügeladjutanten Generalmajor v. Laroche und Oberst v. d. Tann begleiten den König. Da es nicht unwahrscheinlich ist, daß der Monarch auf dieser Reise mit einigen Regenten süddeutscher Staaten zusammentrifft, so glaubt man, daß derselben auch politische Zwecke zu Grunde liegen. Der Kurfürst von Hessen wird unsere Stadt wahrscheinlich morgen Mittag verlassen; heute speist Se. königl. Hoheit abermals an der königlichen Tafel. — Der nicht ganz günstigen Witterung ungeachtet hat sich auch heute wieder ein sehr zahlreiches Publikum auf der Octoberfestwiese eingefunden, um einem Trabrennen beizuwohnen.

*** **Gotha**, 7. Oct. Mit dem 1. Januar künftigen Jahres wird in der bisjgen renommirten Verlagsbuchhandlung von Justus Pertes eine kirchliche Monatschrift unter dem Titel: „Protestantische Monatsblätter" in Lieferungen von 4 bis 5 Bogen erscheinen. Der Dr. Gelzer in Berlin redigirt dieselbe, und es erklärt derselbe in dem darauf bezüglichen, durch die „Gothaische Zeitung" veröffentlichten Programme, daß diese Monatsschrift sowohl gegen den Unglauben im Schooße der protestantischen Kirche, als gegen den in Deutschland immer mehr vorherrschenden Romanismus gerichtet sein solle.

Hamburg, 4. Oct. Die Frau des in Wien gefangen sitzenden hiesigen Bürgers Ruschal, von dessen Verhaftung in Rendsburg, Abführung nach Wien und Verurtheilung daselbst in öffentlichen Blättern oft die Rede war, ist vorgestern aus dem österreichischen Kaiserstaat wieder hierher zurückgekehrt. Sie hatte vor etwa sechs Wochen die Reise dahin unternommen, um die Begnadigung ihres Mannes durch einen Fußfall vor dem Kaiser zu erflehen. Wenn auch das letzte Ziel ihrer Anstrengung augenblicklich noch nicht erreicht worden, so hat sie doch aus der ungemein rücksichtsvollen und humanen Behandlung, die ihr in Wien zu Theil geworden ist, die Hoffnung geschöpft, das traurige Schicksal ihres unglücklichen Mannes bald eine Wendung zum Bessern nehmen werde. Obwohl sie nämlich in Wien ganz unbekannt und fremd war, erwiesen ihr doch alle Personen, mit denen die Verfolgung ihres Zwecks sie in Berührung brachte, eine seltene Theilnahme. Insbesondere waren es der Oberstpolizeimeister und Kämmerer des Kaisers, Karl Fürst zu Liechtenstein, der Militär- und Civilgouverneur von Wien, F.M.L. Frhr. v. Kempen, und der Ministerialrath v. Weiß / Polizeidirector der Hauptstadt), die nicht blos ihrem heißen Wunsche, dem Kaiser ihr Gnadengesuch überreichen zu dürfen, ein geneigtes Ohr liehen, sondern denselben auch, wie aus dem Erfolge zu schließen, selbst befürworteten. Es ward ihr nämlich gegen alle Erwartung die Gnade zu Theil, am 6. v. M. in einer öffentlichen Audienz dem Kaiser ihr Gesuch schriftlich überreichen und mündlich auseinandersetzen zu dürfen. Der Kaiser entließ sie mit den Worten: „Ich werde sehen, was ich thun kann." Dieses kaiserliche Versprechen sowie andere charakteristische Züge des hochherzigen Fürsten erschienen ihr als ein Unterpfand der baldigen Befreiung ihres Mannes. Im Uebrigen waren auch alle übrigen fraglichen Beamten befliissen, ihr eine tiefe Theilnahme an ihrem harten Loose zu erweisen, und sie gestatteten ihr zu ihrer eigenen Ueberraschung den Zutritt zu ihrem zwar körperlich leidenden und gebeugten, aber von der Hoffnung einer baldigen Rückkehr zu Frau und Kindern aufrechterhaltenen Manne. Die Frau liegt jetzt hier wieder der Pflege ihres Geschäfts ob, Gott und dem Kaiser getrost die fernere glückliche Entscheidung über ihres Mannes Schicksal anheimgebend. (K. v. u. f. D.)

Schweiz.

≡ **Aus der Schweiz**, 7. Oct. Das Ergebniß der Wahlen zum Verfassungsrath und großen Rath im Kanton Wallis bietet nach den Parteien 44 der gegenwärtigen Regierung dieses Landes ergebene und 41 unabhängige conservative Mitglieder. — Das Murtenermoos, eine große sumpfige Fläche zwischen den Murten- und Neuenburgersee einerseits und den Höhen von Jns und Gampelen auf der andern Seite, war früher eine schöne fruchtbare Gegend, die in ihrer ganzen Ausdehnung, jetzt und vorher, Zuß unter dem Wasserspiegel gelegenen Rönnerstraße durchschnitten wurde. Durch die Entwässerung dieser Ebene werden nicht weniger als 50,000 Morgen fruchtbaren Landes für den Ackerbau gewonnen werden.

Frankreich.

† **Paris**, 7. Oct. Die Agitation für Wiederherstellung des Kaiserreichs nimmt in der Provinz mit jedem Tage zu. Im Departement Pas de Calais sind dem Präfecten 521 Petitionen zugeschickt worden; in Nordfrankreich haben bereits 2500 Gemeinden petitionirt und werden noch an 330 Gesuche bestimmt erwartet. Die Bezirksräthe von Grasse, Villefranche, Roanne, Moulins, Gannat, Quimper, Morlaix, Quimperlé und Brioude haben ebenfalls den Wunsch, das Kaiserreich kommen zu sehen, ausgesprochen. Als vor einigen Tagen der Präfect des Jonnedepartements, Graf v. Ornano, die Sitzung des Municipalrathes des Hauptortes mit einer Rede eröffnet, schloß er mit den Worten: „Sie werden mit mir den patriotischen Zuruf wiederholen, der gegenwärtig durch ganz Frankreich geht: es lebe Ludwig Napoleon! es lebe der Erbe des Kaisers! es lebe Frankreichs Retter!" Dies erweiterte der Präfecturrath Bert mit dem Ausrufe: „es lebe der Kaiser!" und der ganze Municipalrath stimmte ein. Der Gemeinderath von Montrouge hat anläßlich des entdeckten Complotts eine Glückwunschadresse an den Prinz-Präsidenten votirt und in derselben die Bitte ausgesprochen, „Ludwig Napoleon solle sich die Kaiserkrone aufsetzen, um die verbrecherischen Hoffnungen der Unruhestifter zu vernichten und Frankreichs Wohlfahrt zu befördern." Der von Montrouge ist der erste Municipalrath im Seinedepartement, welcher einen solchen Wunsch in einer Adresse ausspricht. — Es heißt, der Prinz-Präsident werde bei seinem Einzug in Paris, bevor er über die Boulevards reite, in der Notredamekirche einem feierlichen Te-Deum beiwohnen. Auch hat er an den Minister v. Persigny geschrieben, daß er, falls man Vorbereitungen für seine Rückkehr treffe, den Wunsch hege, die Nationalgarde gemeinsam mit den Truppen Spalier bilden zu sehen. Nicht 400,000, sondern 40,000 Fr. hat der Gemeinderath von Paris für Empfangsfeierlichkeiten bereits bewilligt; denn wahrscheinlich reicht diese Summe nicht aus. Zu Montaubän, der nächsten Station auf der Präsidentenreise nach Toulouse, sind eine Anzahl Leute, meistens aus freigelassenen politischen Verurtheilten bestehend, so wie vier bekannte Ultrademokraten festgenommen worden. In Nimes wurde ein Mann verhaftet, bei dem man eine Masse Jagdpulver und Werkzeuge zur Pulverbereitung entdeckte. Zu Rouen hat man zwei Individuen, eines derselben im Augenblicke, wo es im Hafen aufrührerische Reden führte, wegen geheimer Propaganda unter den Arbeitern verhaftet. Die gegen sie vorhörten Zeugen sollen höchst wichtige Aussagen gemacht haben. Zu Clermont sind zwei Individuen verhaftet worden, weil sie Schildwachen beschimpft und sogar thätlich angegriffen hatten.

Belgien.

Brüssel, 7. Oct. In Bezug auf die Bildung des neuen Cabinets kann ich Ihnen folgende genaue Mittheilungen machen. Hr. Pierrot, Bürgermeister von Lüttich, hat das Portefeuille des Innern definitiv angenommen; seine Wahl ist eine sehr glückliche. Hr. Pierrot, ausgezeichneter als Schriftsteller und als politische Persönlichkeit, hat sich stets als seiner Partei ungemein zugethan bekundet. Hr. Taiber, zweiter Generaladvocat am Cassationshofe, wird das Portefeuille der Justiz übernehmen, das Hr. Orts, Mitglied der Repräsentantenkammer, abgelehnt haben soll; Hr. General Anoul würde das Departement des Kriegs behalten; Hr. Liedts, Gouverneur von Brabant, würde noch ferner interimistisch die Finanzen bewahren. Hr. van Hoorebeke, unter Rogier Minister der öffentlichen Arbeiten, hat neuerdings die Stelle angenommen. Das neue Ministerium, das dem Cabinet Rogier zu folgen berufen ist, enthält einige hervorragende Mitglieder, die ihren Grundsätzen stets treu geblieben sind, und wird in der politischen wie in der journalistischen Welt mit dem Namen „gemäßigt-liberales Ministerium" bezeichnet. (K. Z.)

Großbritannien.

0 **London**, 6. Oct. Die englischen Wochenblätter und Journale können sich der Furcht vor einer französischen Invasion nicht erwehren. So macht jetzt ein Liverpooler Blatt und nach ihm das „Morning Chronicle" darauf aufmerksam, daß der Hafen von Liverpool durchaus schutz- und wehrlos sei. „Das eben vom Stapel gelaufene französische Dampfboot „Napoleon" kann in den Mersey einlaufen, Jäger von Vincennes in Neu-Brighton ans Land setzen, sich des Forts bemächtigen und dem Hafen den größten Schaden zufügen. Die Verbrennung der in Liverpool aufgespeicherten Baumwolle würde auf Jahre hinaus den Handel von Lancashire vernichten. Gegenüber einer schweigsamen, geheimnißvollen und geschickten Rüstung kann man Besorgnisse hegen. Ludwig Napoleon, der mehrere Jahre unfern von Liverpool in dieser Grafschaft wohnte, liebt die militärischen Ueberraschungen, und kennt ohne Zweifel alle verwundbaren Stellen des Platzes. Man sollte ein britisches Kriegsfahrzeug im Mersey stationiren."

Dänemark.

NP **Kopenhagen**, 4. Oct. Der Reichstag (die in einer Kammer versammelten Thinge) ist heute Mittag um 12 Uhr wegen Unwohlseins Sr. Maj. des Königs, durch den Ministerpräsidenten mit der königlichen Botschaft eröffnet worden. Die noch gestern schwebende Frage betreffs der Thätigkeit des Reichstags ist gelöst; die Botschaft verkündet, daß der Diät ein Vorschlag wegen der Ordnung gewisser Verhältnisse der Monarchie, in Uebereinstimmung mit der Proclamation vom 28. Januar l. J., ferner ein Vorschlag wegen beabsichtigter Veränderung des Erbfolgegesetzes vorgelegt werden soll. Zugleich ward von Seite des Gouvernements die Erklärung abgegeben, es würden vor Erledigung dieser beiden Hauptangelegenheiten regierungsseitig keine andern Vorlagen eingebracht werden.

Türkei.

† **Konstantinopel**, 20. Sept. Die Gerüchte über fortdauernde Krankheit des Sultans werden widerlegt. Der türkische Gesandtschaftsposten zu Wien ist dem ehemaligen Marineminister Suleiman Pascha verliehen worden. Die Grenzangelegenheiten mit Persien sind berichtigt. Der Sultan hat den Palast Reschid Pascha's um 14 Millionen Piaster angekauft. Der armenische Patriarch ist auf Befehl des Divans von seinem Posten enthoben worden. Die britische Flotte liegt noch immer in Burla vor Anker.

* **Smyrna**, 27. Sept. Eine furchtbare Feuersbrunst hat hier gewüthet und 400 Magazine in Asche gelegt. Der Schaden beträgt beiläufig 68 Millionen Piaster. Die britische Dampffregatte Firebrand ist im hiesigen Hafen eingelaufen.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
IV.

Köln, 7. Oct. Beim Beginn der heutigen Assisenprocedur werden die Zeugen aufgerufen; viele derselben sind nicht erschienen, weil sie entweder in ihren Staaten nicht dazu genöthigt, oder nicht aufgefunden werden konnten. Der Präsident hielt den Zeugen die Wichtigkeit des Eides vor und forderte sie auf, den Saal zu verlassen, bis sie gerufen würden. Hierauf beginnt derselbe die Vernehmung des Angeklagten P. G. Röser, Cigarrenmacher in Köln. Röser gesteht ein, Mitglied eines communistischen Bundes zu sein. Auf die Frage, wann, wo und durch wen er aufgenommen worden, beginnt er zu erzählen: Im Jahr 1849 habe ihm Schapper mitgetheilt, daß ein Bund bestanden habe, der sich aber aufgelöst, weil bei Freiheit der Presse und der Rede solche geheime Verbindungen zweckwidrig seien; indessen dürften Ereignisse eintreten, welche dessen Wiedererrichtung wünschenswerth machten. Ob er dazu die Hand bieten wolle? Er, Röser, habe aber erst die Statuten zur Einsicht verlangt. Man verschrieb sie von London, sie genügten jedoch Röser nicht. Marx war aus den von Schapper angeführten Gründen derzeit noch gegen Wiederaufnahme eines Geheimbundes. Im Jahr 1850 ward am Freitag nach Fastnacht Schapper seiner Haft in Nassau entlassen, er traf am Sonntag in Köln ein; die Sache ward aufs neue besprochen Schapper wurde am andern Tage ausgewiesen. Unterdessen bereiste Moll von London aus als Emissär Deutschland ohne Erfolg. Röser wird indessen aufgefordert, eine Gemeinde zu bilden. Er geht darauf ein und findet den Arbeiterbildungsverein gleichfalls willig zur Verbindung, doch verlangt man neue Statuten. Im März 1850 erhielt er von London, vermittelst des Emissärs Bauer, eine Ansprache nebst neuen Statuten, die als provisorische einstweilen betrachtet wurden, und nach Reorganisation des Bundes hier und in London vollständig erneuert werden sollten. Der Präsident fragt, welches das letzte Statut gewesen sei. Dasjenige von 1849 erklärt Röser verworfen zu haben, weil es nur die demokratische Republik anerkenne, nicht aber den Communismus. Es werden ihm verschiedene Statuten vorgelegt; bei Nachfragen nach Handschriften erkennt er seine häufig an, aber nie andere. Die Ansprache, welche ihm zusagte, ließ er in Abtheilungen von Reiff, Klein, Daniels, Freiligrath und Otto abschreiben, weil Bauer schnell weiter reisen sollte. Er kannte benannte Personen, und durfte ihnen trauen. Mitglieder des Bundes waren sie aber nicht; dieser habe zudem damals noch gar nicht bestanden, sondern sollte erst gebildet werden. Bürgers fand er bei dessen Rückkehr von einer Reise zum Eintritt in den Bund bereit. Die am 1. December 1850 von Bürgers entworfenen Statuten erklärte er als die Statuten des Vereins; es sind jene, die neben dem Communismus Lossagung von der Religion verlangen. Nachdem die Centralbehörde nach Köln verlegt wurde, bildete er, Bürgers und eine dritte Person, die er nicht nennen will, die Mitglieder derselben. Auf Befragen des Präsidenten erklärt er, daß er von allen früheren Verbindungen in Paris nichts wisse, ebensowenig frühere deutsche kenne. Weitling habe er nie gesehen. — Fr. Sagte Ihnen Schapper nichts von früheren Verbindungen? — Antw. Er erzählte, daß er selbst erst 1847 aufgenommen worden sei. — Fr. Bestand nicht schon 1848 der Bund in Köln? — Antw. Nur in sofern, als sich die Centralbehörde des früheren dahin übersiedelte. Davon, daß Marx in Paris die discretionäre Gewalt übertragen worden sei, will er nichts wissen. — Fr. Von wem ist die Ansprache im März 1850 ausgegangen? — Antw. Von der Centralbehörde. 6 Exemplare befanden sich in Händen des Haupt. — Fr. Wie viele wurden ausgefertigt, und wohin wurden sie gesandt? — Antw. Ich kann es nicht sagen, Bürgers besorgte dieses. — Fr. Hat nicht im Monat Juni 1850 ein Emissär Klein Ansprachen von London gebracht? — Antw. Nein. — Fr. Es erscheint das um so wahrscheinlicher, als ja vierteljährlich Mittheilungen gemacht werden sollten. — Antw. Es war bestimmt, wurde aber nicht pünktlich beobachtet. — Fr. Ueberbrachte Ihnen Klein nicht einen Brief? — Antw. Ja, von Meyer, ich kannte Klein längere Zeit und er logirte bei mir. — Von Ansprachen von Dew. Dieß mit Aufschriften von Willich will Angeklagter die Handschriften nicht erkennen. Die Ansprachen der Centralbehörde habe er an Bürgers versandt und zwar in dem Koffer, der an Nothjung gegangen sei. — Fr. Wer besorgte die Versendung des Koffers? — Antw. Ich selbst, Erhard hat davon nichts erfahren. — Fr. Aber Erhard versandte doch einen Koffer an Nothjung und dieser besaß nur einen? — Antw. Das weiß ich nicht; den besagten Koffer versandte ich. — Fr. Durch welche Gelegenheit? — Antw. Durch die Eisenbahn. — Oberprocurator v. Seckendorf: Wer brachte den Koffer auf die Eisenbahn? — Antw. Ich erinnere mich nicht — Präsident: Wo stand in Köln der Koffer? — Antw. Bei Schreiner Hansen. — Fr. War es vielleicht durch die Ehefrau Hansen? — Antw. Nein. Auf neues Befragen wegen dieses Punktes erklärt der Angeklagte, daß durch die lange Haft und durch schmerzhafte Krankheit, bei der man ihn nicht ins Spital habe bringen wollen, sein Gedächtniß sehr gelitten habe. Auf Befragen nach einem Manifest erklärt er, daß dasselbe von Marx entworfen sei und ihre Parteiansicht enthalte; er verlangt dessen Verlesung. Als diese bereits begonnen, weist der Oberprocurator v. Seckendorf auf den Umfang des Manifests hin und meint, man solle es lieber den Geschwornen später mit in die Berathungskammer geben. Die Advocatanwälte Schneider II. und Schürmann, letzterer namentlich, bestehen auf Verlesung; nachdem darüber noch einige Debatten mit Procurator Saedt und dem Präsidenten stattgefunden hatten, ward die Verlesung fortgesetzt. Es war eine lange und langweilige Abhandlung über das Proletariat, beginnend mit der Entdeckung Amerika's, welche bewies, daß nicht bloß die Constitutionellen Doctrinaire haben, welche die Welt durch die Brille eines falschen, zur fixen Idee gewordenen Princips betrachten und so eine Welt schauen, die nirgends besteht, als eben in ihrer Einbildung. Durch ein national-ökonomisches Rechenexempel, das wohl nicht ohne Lücke sein dürfte, wurde dargethan, daß die Bourgeoisie durch sich selbst untergehen müsse, weil sie durch stete Vermehrung des Proletariats, dieses selbst, ihre Grundlage, ohne die sie nicht bestehen könne, zuletzt nicht mehr zu ernähren vermöge. Es schloß mit den Grundsätzen der Communisten. Nach Verlesung erklärte Röser, daß dieses auch seine Grundsätze seien. Auf die Frage, welche Bewandniß es mit der Versendung des Trinkspruches von Blanqui habe, erklärte er, davon nichts zu wissen. Die Verhandlung ward geschlossen; geht es so fort, so wird der Proceß die doppelte Zeit erfordern, die dafür ausgeworfen ist. Während der Verhandlung ward Lasalle ohne besondere Veranlassung aus dem vordern Zuhörerraum ausgewiesen. Die Angeklagten waren in einen Omnibus mit verhängten Fenstern gebracht worden, welche Fensterblendung jedoch bei der Fahrt ins Gefängniß fortgenommen wurde.

Landwirthschaftliches.

Im Kanton Waadt soll diese Woche an den meisten Orten die Weinlese vor sich gehen. La Côte hofft annähernd einen 49er Wein, jedenfalls aber keinen schlimmern als den 1850er zu erhalten.

Handel und Industrie.

Mainz, 8. Oct. Bei im Ganzen wenig belangreichen Umsätzen während dieser Woche haben die Getreidepreise im Großhandel am heutigen Markte keine Aenderung erfahren und die Meinung für Getreide bleibt günstig. Ungeachtet der bedeutenden Zufuhren von Roggen, welche noch vor Schluß der freien Einfuhr aus Holland hier eintrafen, und von welchem manches für den gegenwärtigen Octobertermin zur Ablieferung gebracht wurde, erhält sich das Vertrauen zu diesem Artikel und die Festigkeit im Großhandel um so mehr, als nicht mehr so billig bezogen werden kann, wie die Preise dermalen hier stehen. Von den angekommenen Ladungen wird der größte Theil auf Speicher gebracht und ein lebhafter Begehr im kommenden Frühjahr erwartet, für welchen Termin auch wesentlich höhere Preise bestehen, als für effective Waare. Unsere heutigen Notirungen sind: Waizen effectiv $10\frac{1}{2}$ à 11 fl., gut lieferbarer per October $10\frac{1}{4}$ à $\frac{1}{2}$ fl., per März $10\frac{3}{4}$ à 11 fl.; Roggen effectiv $9\frac{1}{4}$ à $9\frac{1}{2}$ fl. nach Qualität, gut lieferbarer per October 9 à $9\frac{1}{4}$ fl., per März $9\frac{3}{4}$ bis 10 fl.; Gerste effectiv pfälzische $7\frac{1}{2}$ à $\frac{3}{4}$ fl., fränkische 8 fl., alles per netto 100 Kilogr.; Hafer 4 fl. per Malter; Erbsen 10 à $11\frac{1}{2}$ fl.; Bohnen 13 à $13\frac{1}{2}$ fl.; Linsen 11 à $13\frac{1}{2}$ fl; Kohlsamen $12\frac{3}{4}$ à 13 fl., Mohnsamen $15\frac{1}{2}$ fl. per Malter. Rüböl hat sich zwar, in Folge des Einkellerns ansehnlicher für den Octobertermin gekündigten Posten, eine Kleinigkeit gebessert, doch fehlt dem Artikel noch immer der zu einer namhaften Besserung nöthige Impuls, und wer verkaufen muß, kann für Octoberöl kaum über 32 Thlr. erzielen; die Notirungen sind: effectiv $32\frac{1}{2}$ Thlr. per 280 Pfund l. G. mit Faß, per October 32 à $32\frac{1}{2}$ Thlr., per Mai 35 à $35\frac{1}{2}$ Thlr.; Mohnöl 26 à $26\frac{1}{2}$ fl. per 50 Kilogr. ohne Faß. Roher Talg $22\frac{1}{2}$ fl. Branntwein und Spiritus unverändert. In der Fruchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 661 Säcke Waizen à 10 fl. 29 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 129 Säcke Korn à 8 fl. 23 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 90 Säcke Gerste à 5 fl. 29 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 333 Säcke Hafer à 3 fl. 21 kr. pr. Sack von netto 120 Pfund; vorher außerhalb derselben: 257 Säcke Waizen à 10 fl. 43 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 54 Säcke Korn à 8 fl. 46 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 76 Säcke Gerste à 6 fl. 51 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 10 fl. 35 kr., Korn 8 fl. 30 kr., Gerste 5 fl. 39 kr. Die Mehlpreise und Brodtaxe blieben ohne Aenderung. Hirse bedang wie jüngst 12 à $12\frac{1}{2}$ fl. per Malter. Die Anbietungen von neuem rothem Kleesamen werden jetzt zahlreicher, aber zu Preisen, welche man hier nicht anlegen kann; über 22 à 24 fl. per 50 Kilogr. ist für schönen unberegneten Samen nicht zu bedingen. (Rh. H. Z.)

Börsenberichte.

Berlin, 7. Oct. Staatsch. $94\frac{1}{4}$ Brf. — Köln-Minden $112\frac{1}{8}$ Brf., $111\frac{7}{8}$ G. — Fr.-W.-Nordb. $41\frac{1}{8}$ Brf., $40\frac{7}{8}$ G., $41\frac{1}{4}$ à 40 bez.

Frankfurt, 9. Oct. Bei der heute stattgehabten 7. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 2778 20,000 fl., Nr. 5541 6000 fl., Nr. 1040 und 11639 jede 1000 fl., Nr. 11516, 5826, 4794, 22976 und 18387 jede 300 fl.

Frankfurt, 9. Oct. Gestern ist hier angekommen: der großherzogl. badische Justizminister Herr Baron v. Rüdt, im russischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Aufruf zur Mildthätigkeit!

Im festen Vertrauen auf den Sinn für Wohlthätigkeit, welcher von jeher unter den Einwohnern hiesiger Stadt herrschte, erlauben sich die Frauen, welche seit einer langen Reihe von Jahren

eine Lotterie milder Gaben zum Besten hiesiger Armen, um solche im Winter mit Brennholz zu unterstützen,

veranstalteten, eine solche Lotterie auch in diesem Jahre einzurichten, und richten deßhalb an sämmtliche Bewohner hiesiger Stadt die angelegentlichste Bitte, zur Erreichung dieses wohlthätigen Zweckes freiwillige Gaben zu schenken und zum Verkauf der Loose mitzuwirken.

Geschenke werden dankbar angenommen und Loose verkauft:
große Eschenheimer Gasse Nr. 39 neu, im ersten Stock,
Bleichstraße Nr. 62 neu, zu ebener Erde.

Ueber Zeit und Ort der Geschenke-Ausstellung und der Verloosung wird in diesen Blättern das Nähere bekannt gemacht, auch über das Ergebniß der Verloosung und der Verwendung der eingegangenen Gaben öffentlich Rechenschaft abgelegt werden. [23 1]

Für Kunstfreunde.

Eine Sammlung vorzüglicher Originalien, Handzeichnungen der Rheingegenden eines berühmten Künstlers, von zwei Kunstakademien als Meisterwerke anerkannt, sind zu verkaufen durch die Buchhandlung von **C. W. Lizius** in **Frankfurt a. M.**, woselbst einige Proben zur Ansicht vorhanden. [2312]

[2285] **Bekanntmachung.**

Die zur Concursmasse des Kaufmanns J. C. Seipp von hier gehörige Hofraithe in hiesiger Stadt: 89/186 I./887, 97 □Klftr. Hofraithe in der Wallthorstraße, gibt 4½ kr. Tilgungsrente, soll, da bei der vorigen Versteigerung derselben ein Versehen untergelaufen ist,

Montag den 18 October d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

auf Gr Bürgermeisterei dahier nochmals und zwar zum Letztenmal unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen, öffentlich versteigert werden

Gießen, den 28 September 1852.

Großherzoglich Hessisches Stadtgericht.
Mahl. Dr. v. Kruz.

[2254] **Edictalladung.**

Die Erben des schon längere Zeit abwesenden Johann Eifert von Rudingshain, haben dahier den Antrag gestellt, gegen Caution ihnen das etwa 160 fl. betragende, seither curatorisch verwaltete Vermögen zu überlassen; es werden daher Johann Eifert von Rudingshain, resp. dessen leibliche Descendenten aufgefordert,

binnen drei Monaten

dieses Vermögen dahier in Empfang zu nehmen, gegenfalls dem Antrage der im hiesigen Gerichtsbezirke anwesenden nächsten gesetzlichen Erben stattgegeben und ihnen gegen Caution das Vermögen überwiesen wird.

Schotten, den 28. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
In Beurlaubung Gr. Landrichters:
Hill. Ceßner.

[2303] **Oeffentliche Aufforderung.**

Dem Kaufmann Louis Hofmann, früher zu Bonn, dessen dermaliger Aufenthaltsort dem Gerichte unbekannt ist, wird hiermit zur Erklärung darüber, ob er den überschuldeten Nachlaß seines am 10. Juli 1819 dahier verstorbenen Bruders, des Salzinspectors Friedrich Hofmann, zu welchem er, da solcher von den Miterben ausgeschlagen worden ist, allein erbberechtigt erscheint, annehmen wolle, eine Frist von

sechs Wochen

unter dem Rechtsnachtheile anberaumt, daß nach Ablauf derselben er gleichfalls als auf die Erbschaft verzichtend angesehen werden soll.

Nidda, den 1. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Katteeln. v. Lepel.

[2293] **Oeffentliche Aufforderung.**

Betreffend den Concurs über das Vermögen des K. A. Henwerth von Offenbach.

Nachdem Großh. Hess. Hofgericht über das Vermögen des Rubricaten den förmlichen Concurs erkannt hat, werden dessen sämmtliche Gläubiger zur Anmeldung und Begründung ihrer Forderungen, sowie zur Geltendmachung etwaiger Vorzugsrechte auf

Mittwoch den 1. December d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheil des stillschweigend eintretenden Ausschlusses von der Concursmasse geladen

In der erwähnten Tagfahrt soll sodann über Masseverwaltung, Bestellung eines Güterpflegers, sowie über die Wahl eines Gläubigerausschusses verhandelt werden, was unter dem Anfügen bekannt gemacht wird, daß in Ansehung der, weder in Selbstperson erscheinenden, noch durch gehörig bevollmächtigte Mandatarien vertretenen Gläubiger, der stillschweigende Beitritt zu den von der Mehrheit der Erschienenen, auch bezüglich eines etwa zu Stande kommenden Arrangements gefaßt werdenden Beschlüssen unterstellt werden wird.

Offenbach, am 2. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Strecker. Böttcher.

[2264] **Edictalladung.**

Die Grundrentepflichtigen der Gemeinde Bernsfeld und für dieselben deren gesetzlicher Vertreter, der Ortsvorstand daselbst, beabsichtigen die der Gesammtfamilie der Freiherren von Schenk zu Schweinsberg in der Gemarkung Bernsfeld zustehenden Grundrenten, als:

a)	Geldgrundrente	2 fl. 7¼ kr.
b)	Grundpacht, 2 Malter 3 Simmern und 2 Maas Korn, veranschlagt zu	15 fl. 37¾ kr.
c)	Grundpacht, 1 Malter 2 Simmern 3 Kumpf und 2 Mons Hafer, veranschlagt zu . . .	4 fl. 48¼ kr.
		22 fl. 33¼ kr.

mit deren Uebereinstimmung nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. Juni 1836, die Ablösung der Grundrenten betreffend, im Gesammtbetrage von 405 fl. 58½ kr. abzulösen und werden daher alle bei dieser Grundrentenablösung sowohl bekannten als auch unbekannten Betheiligten, mit Ausnahme des Gr. Lehnhofs zu Darmstadt, hiermit öffentlich aufgefordert, ihre etwaigen Rechtsansprüche an die vorhin aufgeführten Grundrenten so gewiß

binnen zwei Monaten

dahier anzuzeigen, als widrigenfalls die Auszahlung des Ablösungscapitals an die in dieser Bekanntmachung benannten Berechtigten gestellt werden wird.

Grünberg, den 27. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Welcker. Dr. Ortwein.

[2296] **Bekanntmachung.**

Die in der öffentlichen Ladung vom 28. Juni l. J. näher bezeichnete glaubhafte Ausfertigung des von den Schlossermeister Johann Andreas Kümmelschen Ehegatten am 1. August 1827 für fl. 8000 gerichtlich bestellten Insatzes ist durch heutigen Gerichtsbeschluß für amortisirt erklärt worden.

Frankfurt a. M., den 4. October 1852.

Stadtgericht II.
Dr. Eysen, 1r Secr.

Cours der Staats-Papiere. 9. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.b.Roths)	92½	P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	92½	P.
»	5% L. V. (C.b Roths)	87⅜, ½	bez. u. G.
»	5% do.Monte C.M.L.M	84	P.
»	Bank-Actien . . .	1372 P. 67	G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81⅛ P. 80⅞	G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	81	G.
»	4½% ditto	71½ P. ¼	G.
»	4% ditto	64	P.
»	3% ditto	48	P.
»	2½% ditto	41½ P. 41	G.
»	1% ditto	16⅛	P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	118	P.
»	fl. 500 » ditto	193½	P.
»	4½% Oblig.b.Bethm.	81	P.
»	4% ditto	71	P.
Preussen .	3½% Staatsschulds.	95	P.
»	4½% Oblig. b. Roths	104	P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112	P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101	P.
»	4½% ditto	100⅝	P.
»	4% ditto	—	
»	4% Ablös.-Rente .	96¾	P.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93⅜	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95¼ P. 95	G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103	P.
Baden . .	5% Obligationen . .	101¼	P.
»	4½% Obligationen	102½	P.
»	3½% v. 1842 . . .	90	G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66	P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	37⅝ P. ⅜	G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch	—	
»	4% ditto	99¼	P.
»	3½% ditto	90¾	P.

		Per comptant.	
Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28⅜	P.
Württemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅜ P. ⅛	G.
»	3½% ditto	89¾	P.
Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	33⅝	P.
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	44¾	P.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	100¼	P.
»	4% ditto b.Rothsch.	97½	P.
»	3½% ditto b Rothsch.	91½	P.
»	fl. 50 Loose . . .	90½	P.
»	fl. 25 Loose . . .	31¼	P.
Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	94½	P.
»	3½% » v. 1846	93¾	G.
»	3% » . . .	85	P.
»	Taunusbahnact. .	298	P.
Russland	4½% Obl. b. Baring	103½	P.
»	4% Obl. b. Hope S.2.	91	G.
»	4% » b.Stieglitz »	91½	G.
Polen . .	4% Oblig. do fl. 500	91¼	P.
Spanien	3% Inl. Sch. P. f.2.30	45¾	bez.
»	1% Neue » »	24 3/16, 7/16,	½ bez.
Holland .	4% Certificate . .	95⅝	P.
»	3½% Syndicats .	94½	G.
»	2½% integrale .	63½	P.
Belgien .	5% Obl.in L.à fl 12b.R.	100¼	P.
»	4½% Obl. in F. à 28kr.	97⅛	P.
»	4% Obl in Fr. à 28 kr.	90⅜	G.
»	2½% Obl. b.Rothsch.	55¾	P.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	86¾	P.
»	5% Obl. b. Hambro	94	P.
»	Sardinische Loose .	40¾	P.
Toscana	5% Obl.1850(C.b Golds.)	100	P.
»	5% »1851.b.Bastogi(do.)	97¼	P.
N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	116½	P.
Vereins fl. 10 Loose . .		8⅞	P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 9. October		Per comptant.
Amsterdam . (100 fl. Crt.)	k.S.	100 B. 99¾ G.
	3M.	— —
Augsburg . . (100 fl. Crt.)	k.S.	120¼ B.
	3M.	— —
Berlin . . . . (60 Thlr.) .	k.S.	105¼ B.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. i. Ldor.	k.S.	97¼ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Hamburg . . (100Mk.Bc.)	k.S.	88¼ B.
	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B.
London . . . (10 Livr. St.)	k.S.	119¼ B. 119⅛.
	3M.	— —
Lyon . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94¼ B.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	100¼ B
	3M.	— —
Paris . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94⅛ B. 93⅞ G.
	3M.	— —
Wien (100fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	101⅛ B. ⅞ G.
		— —
Disconto		3¾ B.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 44½–45½
Pr.Friedrichsd'or	»	9 55-56
Holl.10fl.Stücke	»	9 53-54
Rand-Ducaten .	»	5 37-38
20 Francsstücke	»	9 30-31
Engl. Sovereigns	»	11 55
Gold al Marco	»	383-84
5 Frankenthaler	»	2 21⅞–22⅛
Preuss. Thaler	»	1 45⅛–⅜
Preuss.Cassa-Sch.	»	1 45 ¼

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Samstag (Zweite Beilage zu Nr. 242.) 9. October 1852.

Deutschland.

= **Frankfurt**, 9. Oct. Ueber die von Herrn Dr. Goldschmidt in der gestrigen Sitzung der hiesigen gesetzgebenden Versammlung gehaltene Rede wird uns folgende Mittheilung. Der Redner bezeichnete seinen Vortrag als Abschiedsworte, die er im Bewußtsein, während der vergangenen vier Jahre seine Pflichten als Vertreter der Bürgerschaft erfüllt zu haben, an die Versammlung richte. Er berührte seine Stellung in der Minorität der überwiegend demokratischen constituirenden Versammlung, deren Ende im December 1849 er als durch eine rettende That des Senats herbeigeführt ansehen habe und noch ansehe. In der gesetzgebenden Versammlung des Jahres 1850 habe er zwar in Beziehung auf die hiesigen Verhältnisse zur Majorität gehört, deren Ansicht in Betreff der auswärtigen Verhältnisse, nämlich des Anschlusses an die damals projectirte Union, aber nicht getheilt. Bis zum September 1850 habe es geschienen, als ob der Senat zu einer totalen Verfassungsänderung geneigt sei, von diesem Zeitpunkt aber, wo die Bundesversammlung wieder zusammengetreten, habe sich eine geringere Geneigtheit des Senats gezeigt. Die Verhandlungen über den damaligen Verfassungsentwurf hätten sich durch die Meinungsverschiedenheit des Senats über die Uebergangsbestimmungen in Betreff der Ehrenrechte seiner damaligen Mitglieder zerschlagen. Die deßfalls geführte Rechtsverletzung sei, wenn man die damaligen mit den jetzigen Verhältnissen vergleiche, eine sehr unbedeutende gewesen gegen die jetzt vorliegende, die 10,000 Einwohnern Frankfurts und seines Gebiets ihre wohlerworbenen Rechte wieder entziehe. — In der im November 1850 zusammengetretenen gesetzgebenden Versammlung sei die retrograte, eigentlich contrerevolutionäre Partei in der Majorität gewesen, daher sei auch der Verfassungsentwurf der Commission, in welcher Herr Souvaig und er das liberale Princip vertreten hatten, verworfen worden. Es habe sich nun gezeigt, daß es dem Senat noch immer mit der Gleichstellung Ernst gewesen, nicht so mit der Trennung der Justiz von der Administration. Die jetzige Versammlung, welche den Bundesausschuß als extremer Richtung huldigend bezeichne, die aber eine der zahmsten sei, welche es je gegeben, sei in Betreff der Rechte der Bürgerschaft sogar noch hinter die Const.-Erg.-Acte zurückgegangen, nur daran habe sie festgehalten, daß die Wahl der Richter nicht lediglich in die Hände des Senats gelegt sei, und zwar im Interesse des Senats, um denselben davor zu wahren, nicht selbst über die Fähigkeit der Söhne und Neffen seiner Mitglieder zu Richterstellen urtheilen zu müssen. Das sei der einzige eigentliche Differenzpunkt gewesen; eine Rückäußerung sei aber nicht erfolgt. Auf die erste Einschreibung des Bundesausschusses habe der Frankfurter Gesandte durch eine zurückweisende Note geantwortet, worin die hiesigen Zustände als verfassungsgemäß bezeichnet worden seien. Der Ausschuß ließ die Sache liegen, wie es heißt, in der Erwartung, daß eine Einigung zwischen Senat und Bürgerschaft erfolgen werde. Im Juli wird die Sache wieder vorgenommen; es heißt, die Parteien hätten endlich lernen sollen von ihren extremen Bestrebungen abzugehen. Allein es wäre ja vom Senat gar kein Versuch zur Ausgleichung gemacht worden. Nun erfolgt der Ausschußbericht und der Bundesbeschluß. In dem ersteren liegt weit mehr Gewicht auf den Lokalverhältnissen, als auf den Rechtsgründen. Woher komme die Lokalkenntniß des Ausschusses der Bundesversammlung? Haben dessen einzelne Mitglieder sie gesammelt, oder sind sie ihm beigebracht worden. Officiel sei dem Ausschuß mitgetheilt worden: eine Verwahrung des katholischen Gemeindevorstandes, die durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in dem letzten Verfassungsentwurf ihren Gegenstand verloren habe; eine Verwahrung der Geschworenen von 13 Handwerken, die theils ebenfalls berücksichtigt worden, theils Dinge betreffe, die der Bundesausschuß gar nicht berühre; dann eine Eingabe von 400 Individuen. Die letztere hätte der Senat nicht an den Bundesausschuß, sondern an die Criminalbehörde abgeben sollen, weil sie eine gesetzlich bestehende Staatsbehörde als eine Partei bezeichne. Es könne nur auf einem Versehen beruhen, daß die Eingabe der 400 an den Bundesausschuß gelangt sei. Der Bundesausschuß aber finde in der Meinungsverschiedenheit von 400 Individuen mit legalen Behörden „discussions“ und stelle die Eingabe der ersteren dem Beschlusse der letzteren gegenüber. Der Redner begleitete sich sodann hinsichtlich des Rechtspunktes auf das Gutachten des Prof. Zöpfl und den Commissionsbericht. Wenn der von der Bundesversammlung angenommene Begriff von „discussions“ der richtige sei, so könne in Frankfurt Nichts geändert werden, da sich stets dissentirende Individuen finden würden, ja die Theorie des Ausschußberichts über die freien Städte, wie sie noch schärfer in der Note des Bürgermeisters Smidt von Bremen entwickelt sei, könne die Bundesversammlung veranlassen, die Const.-Ergänzungsacte selbst zu beanstanden.

Der Spruch liege nun einmal vor. Die Lage unserer Regierung sei allerdings eine schwierige, allein sie habe schon in anderen schwierigen Lagen ihre Selbstständigkeit zu wahren gewußt, z. B. in den 30er Jahren, wo sie es auf die Execution habe ankommen lassen. Er glaube, der Senat würde sich nicht gefügt haben, wären die Wahlen nicht vor der Thüre. Es sei so billig in dieser Sache verfahren worden, die Bundesversammlung habe deßwegen sogar ihre Ferien hinausgeschoben und in der letzten Woche ihren Beschluß gefaßt, obwohl hier nicht die mindeste Aufregung, keine Barrikaden, aber viele Soldaten zu sehen seien. Die Localkenntniß der Gesandten sei eine eigenthümliche. Einer habe die Zahl der Juden auf 10,000 angeschlagen, während es nur 3500 seien; eine sehr hochstehende Person habe geäußert, alle Juden seien Demokraten, während die Demokratie die Mehrzahl derselben als Aristokraten verdamme. Ein ihm befreundeter Demokrat habe ihm zwar schon in diesem Frühjahr vorausgesagt, wie die Sache kommen werde. Der Senat werde einen Bundesbeschluß, wie der jetzt vorliegende, veranlassen, und derselbe dadurch mit großem Bedauern verfunden. Das glaube er nicht; was Einzelne etwa gethan hätten, träfe den Senat nicht als Corpus. Darum habe er auch die Oeffentlichkeit dieser Verhandlung gewünscht, damit einer solchen Ansicht in der Bürgerschaft nicht Raum gegeben werde, damit die Betheiligten sich dagegen aussprechen könnten. Wie dem auch sei, die Verantwortlichkeit der Urheber sei groß. Wenn sich auch in vier Jahren noch nicht alle alten Abneigungen ausgeglichen hätten, so wäre doch schon Manches in einander verwachsen, dessen Herausreißen nach Innen und Außen eiternde Wunden herbeiführe. Von der ständigen Bürgerrepräsentation, die neun wohlbestellte gute Rechner habe, sei es auffallend, daß sie durch das Hinzureten der Juden das Domanialvermögen beeinträchtigt hielten. Der Passivstand Frankfurts im Betrag von 16 Millionen sei bekannt, nicht weniger der Activstand, und es sei sehr zweifelhaft, ob die Juden durch die Mitübernahme der Activen und Passiven der Stadt ein gutes Geschäft machten.

Der Redner besprich hierauf die in der Bundesversammlung stattgefundene Abstimmung. Da es sich hier um jura singulorum handle, sei Einstimmigkeit erforderlich. Ob dieselbe stattgefunden, sei aus den Akten nicht ersichtlich. Die Zeitungen hätten erwähnt, daß Hannover und Oldenburg nicht mitgestimmt hätten. Schon durch den Widerspruch der Curiatstimme der vier freien Städte, die der Senat wohl hätte herbeiführen können, wäre die Einstimmigkeit gehindert worden. Die Erklärung hinsichtlich Frankfurts sei weder gehauen noch gestochen, da sie fast nur eine Entschuldigung des Senats enthalte. Sei, wie es scheine, von dem Frankfurter Gesandten die Competenz der Bundesversammlung in dieser Sache anerkannt worden, so müsse er, als Frankfurter Bürger, sich gegen dieselbe aussprechen.

Wenn die contrerevolutionäre Partei sich in dem süßen Traume wiege, daß jetzt das Eldorado zurückkehre, in dem sie vermeintlich seit dreißig Jahren gelebt habe, so werde sie nnangenehm aufgeweckt werden. Die nächste Zukunft sei sehr trübe; die Sprengung des Zollvereins sprenge de facto den deutschen Bund, der Ausbruch eines Krieges sei wahrscheinlich; und bei solchen Aussichten für unsere Vaterstadt auch noch Spaltung und Vermehrung der Mißvergnügten! Wo sei denn der Nachtheil gewesen, daß er und zwei andre Juden hier gesessen? Habe nicht der Senat bei

Besetzung der Aemter, die Bürgerschaft bei der Wahl ihrer Vertreter die volle Freiheit, ob sie Juden wählen wollen oder nicht? Aber es gäbe Leute, die fortwährend Streit suchten und immer Frankfurt c. Frankfurt haben wollten. Sodann weist der Redner darauf hin, daß der Bundesbeschluß nur die politischen Rechte der Juden rc. im Auge gehabt habe, daß aber mit dem Wegfallen des Gesetzes vom 20. Februar 1849 auch die privatrechtlichen Beschränkungen, z. B. in Betreff des Erwerbs von Grundeigenthum, wieder hervorgesucht werden würden. Seit dem Jahr 1849 seien viele Juden in das hiesige Bürgerrecht aufgenommen worden und hätten bedeutende Anzugsgelder bezahlt, gewiß nicht, um in das alte Schutz- und Schmutzverhältniß zu kommen. Welche Schwierigkeiten, welche Händel aller Art würden aus diesen Verhältnissen entstehen.

Schließlich bat der Redner um Entschuldigung für seine lange unvorbereitete Rede, und versicherte, er habe, so oft er hier gesprochen, stets das Interesse der Bürgerschaft im Auge gehabt, und habe mit Wissen und Willen Niemanden persönlich kränken wollen.

⁂ **Wien**, 6. Oct. Die neuesten aus Bosnien einlangenden Nachrichten wollen sich noch immer nicht tröstlicher gestalten, die dortigen Zustände haben sich noch nicht gebessert, wie denn auch die für die Abgebrannten von Serajevo aus Oesterreich eingelaufenen Geldunterstützungen noch immer nicht vertheilt worden sind, trotzdem dies schon vor zwei Monaten versprochen wurde. Aus Konstantinopel ist die erwartete Unterstützung ebenfalls noch nicht in Serajevo eingetroffen, was hier als ein Beweis angesehen wird, daß der Großherr noch immer nicht über die fraglichen Zustände unterrichtet ist. Die Zahl der aus Bosnien einwandernden Flüchtlinge hat sich zwar in letzterer Zeit bedeutend vermindert, was seinen Grund darin hat, daß die Grenzen auf das schärfste von den türkischen Soldaten bewacht werden, wodurch das Ueberschreiten derselben beinahe unmöglich gemacht wird. Man setzt jetzt seine Hoffnung auf den neuernannten General-Gouverneur für Bosnien, Hurschid Pascha, welcher bereits in Serajevo angekommen ist, und allgemein als ein gemäßigter Mann geschildert wird. Besser Unterrichtete wollen dagegen behaupten, daß sich durch diese Veränderung in der Besetzung des obersten Postens die Zustände in Bosnien nicht befriedigender gestalten werden, so lange Tyzet Pascha, welcher zur altürkischen Partei gehört, an der Seite des Gouverneurs verweilt, der zwar gemäßigt aber dagegen von seiner besonderen Willensstärke sein soll, da er schon sehr hoch in Jahren steht. Unsere Regierung verhält sich gegenwärtig passiv, sie hat in dieser Angelegenheit alles versucht, was sie thun konnte; daß bis jetzt leider kein befriedigender Erfolg erzielt wurde, ist nicht ihre Schuld. Der türkische Minister des Aeußeren, Ali Pascha hatte vor etwa einem Monate dem Herrn v. Kletzl mittheilen lassen, daß die geeigneten Maßregeln in kürzester Zeit ergriffen werden sollen, um in Bosnien wieder einen geschierten Rechtszustand herzustellen, man wird nun, ehe man sich neuerdings an die Pforte wendet, in Wien den Erfolg abwarten, welcher die Ernennung Hurschid Paschas zum Generalgouverneur haben wird, um darnach die weitern Schritte einzurichten.

* **Münster**, 5. Oct. Der westphälische Provinziallandtag wurde vorgestern geschlossen. Die katholischen Mitglieder haben noch eine Petition wegen Sicherstellung der Dotationen der Bisthümer und Kapitel berathen. Gegen diese und die Petition in der Jesuitenangelegenheit wurde von den 23 evangelischen Mitgliedern ein Separatvotum abgegeben. Ferner wurde noch von den Vertretern der Landgemeinden ein Separatvotum gegen die Aufhebung der Landgemeindeordnung von 1850 eingelegt.

* **Darmstadt**, 9. Oct. Die „Kreuzzeitung" hat die Nachricht von dem Tadelsvotum, das unsere zweite Kammer in ihrer Sitzung vom 4. d. über die von der Regierung in der Zollfrage befolgte Politik abgegeben, mit Fettschrift gedruckt ihren Lesern dargeboten. Unsere officielle Zeitung nun macht heute der „anti-deutschen" Kreuzzeitung bemerklich, daß die 25 tadelnden Stimmen den benannten Zeitung doch sonst nicht genehmen vereinigten Demokraten und Gothaern angehörten und daß außerdem noch die mit den wahren Interessen des Landes wohlvertraute erste Kammer in dieser Frage sich auszusprechen habe, deren Aeußerung man abwarten möge, bevor man von der Stimme des Landes spreche.

§ **Aus dem Herzogthum Coburg-Gotha**, 8. Oct. Die Reformen, welche in den letzten Jahren anderwärts auf verschiedenen Gebieten des Staatslebens vorgenommen wurden, mußten bei uns so lange unterbleiben, als nicht beide Herzogthümer zu einem Ganzen in Gesetzgebung und Verwaltung verbunden waren. Um so mehr ist unsere Regierung bereit, nachdem jene Vereinigung zu Stande gekommen, die Reformen ihrem Lande zu Theil werden zu lassen. Die Vorlagen, welche sie demnächst an die nächste Ständeversammlung bringen wird, umfassen daher: das Steuerwesen, die Gemeindeverfassung, das Gerichtswesen und die Volksschule. Das Steuerwesen wird nach den Vorlagen der Regierung so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört. Die Rechtspflege wird von der Verwaltung getrennt, in Untersuchungssachen das Institut der Staatsanwaltschaft mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen eingeführt, und schwerere Strafsachen, sowie politische Vergehen von Geschworenen abgeurtheilt werden. Den Gemeinden wird die Wahl ihrer Vertreter und die selbstständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei überlassen und bei ihren Verhandlungen die Oeffentlichkeit eingeführt werden, und endlich werden auch für die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule Vorstände aus der Mitte der Gemeinden selbst errichtet werden. Unsere Regierung hat nun aber bei allen diesen Organisationen das voraus, daß sie die Erfahrungen, welche seither andere Staaten über die eine oder andere Theorie gemacht, bei ihren Propositionen benutzen kann.

Schweiz.

≡ **Aus der Schweiz**, 8. Oct. Der Bundesrath hat die Vertheilung des Reinertrags des Postregals an die Kantone festgesetzt; demnach erhalten Zürich 232,138 Fr. 46 C., Bern 249,252 Fr. 48 C., Luzern 57,958 Fr. 16 C., Uri 29,578 Fr. 34 C., Schwyz 2857 Fr. 14 C., Obwalden 342 Fr. 86 C., Nidwalden 228 Fr. 57 C., Glarus 10,329 Fr. 83 C., Zug 3285 Fr. 71 C., Freiburg 20,320 Fr. 52 C., Solothurn 10,490 Fr. 93 C., Basel-Stadt 127,485 Fr. 06 C., Basel-Landschaft 8338 Fr. 80 C., Schaffhausen 3181 Fr. 82 C., Appenzell A. Rh. 14,285 Fr. 71 C., Appenzell J. Rh. 342 Fr. 86 C., St. Gallen 89,084 C. 76 C., Graubünden 32,993 Fr. 64 C., Aargau 146,694 Fr. 43 C., Thurgau 25,454 Fr. 55 C., Tessin 14,968 Fr. 96 C., Waadt 20,812 Fr. 91 C., Wallis 26,488 Fr. 07 C., Neuenburg 70,092 Fr. 49 C., Genf 97,281 Fr. 71 C. Im Ganzen 1,481,128 Fr. 77 C. — Zuerst St. Gallen, dann Basel, haben es abgelehnt, im nächsten Jahre das eidgenössische Musikfest bei sich begehen zu lassen. — Der Regierungsrath von Bern hat vom Bundesrath den Ersatz des durch das Artilleriemanöver des letzten Thuner Uebungslagers verursachten sehr erheblichen Schadens verlangt. Landleute haben gedroht, im Wiederholungsfalle sich selbst Recht zu verschaffen.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. L. Sattler. Dr. J. D. Kutschelt.

Benachrichtigungen.

[1741] **Zu Karl Jügel's Verlag in Frankfurt a. M. ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:**

Neueste Eisenbahn-Karte

von

Central-Europa,

mit genauer Angabe aller Stationen und den inländischen

Post-Verbindungen.

Von

U. Hendschel,

Fürstlich Thurn und Taxis'scher Ober-Postamts-Secretär.

36" breit, 30" hoch, eine Fläche von 7½ □Schuh enthaltend.

Nebst einer Uebersicht

der frequentesten Eisenbahn-Routen zwischen den Hauptplätzen Central-Europa's, mit Angabe der wichtigsten Stationen, der Fahrten-Zeit und der Preise für die 2 und 3. Wagenklasse, einem Tarif der Gepäck- und Ueberfrachts-Taxen und einer Münz-Reductionstabelle.

Preis auf Leinwand gezogen in elegantem und portativem Futteral fl. 2. 42 kr. oder Rthlr. 1. 15 Sgr.

Preis unaufgezogen in Futteral fl. 1. 48 kr. oder Rthlr. 1.

Diese schöne, korrekte und äußerst billige Karte ist als ein unentbehrlicher Führer aller Reisenden zu empfehlen, die sich auf den Eisenbahnfahrten zu orientiren und sich über die wichtigsten oben bezeichneten Nachweisungen näher zu unterrichten wünschen.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu № 242.) 10. October 1852.

Deutschland.

* **Wien**, 5. Oct. Vor längerer Zeit hat bereits das Ministerium des Aeußern, in Verbindung mit dem Ministerium des Handels, ein Circular an sämmtliche Consuln und Consularagenten erlassen, worin denselben ihr Wirkungskreis genau bestimmt wird, und es wurde hierbei als Grundsatz angenommen, daß es den Consuln als Organen der Regierung nur obliegen könne, für Aufrechthaltung der Verträge überhaupt und in einzelnen Fällen, wo Willkür oder listige Deutung ihnen zum Schaden des Ganzen oder des Einzelnen Abbruch zu verursachen sucht, zu sorgen, und zugleich als Vermittler zu Anknüpfung von Handelsverhältnissen zu erscheinen. In neuester Zeit wurde von verschiedenen einflußreichen Seiten das Ansuchen gestellt, den Consuln oder Consularagenten zu gestatten, auch Privatagenturen übernehmen zu dürfen, worauf aber die Ministerien einzugehen nicht für gut gefunden haben, indem sie unter Hinweisung auf den obenerwähnten Grundsatz erklärten, daß die Uebernahme von Privatagenturen unverträglich mit den officiellen Obliegenheiten der Consuln sei. Zugleich wurde zur weiteren Begründung dieser Erklärung der schon 1842 von dem niederösterreichischen Gewerbeverein aufgestellte Grundsatz hervorgehoben, daß eine nähere Verbindung der im Innern der Monarchie zur Förderung unserer industriellen und commerciellen Interessen bestehenden Organe mit den k. k. Consulaten nur unter der Bedingung hergestellt werden könne, daß die Consuln einzig und allein als Vermittler zur Anknüpfung von Handelsverhältnissen erschienen.

Die Verhandlungen über die Vorlagen des neuen Ehegesetzes an den päpstlichen Stuhl sind beendet und wird der Bischof v. Seckau demnächst die Residenz wieder verlassen. — In Ungarn zeigt sich eine sehr lebhafte Theilnahme für die neuen Eisenbahnunternehmungen. Land und Spannthiere werden unentgeltlich dazu angeboten. — In der Nähe von Agram wird ein Institut für verwaiste Offizierstöchter errichtet. Die dazu aufgebrachte Summe beträgt bereits über 80,000 fl. C.-M.

5500 bosnische Flüchtlinge haben durch die Gastfreundschaft und Humanität der österreichischen Regierung ein Unterkommen, theils in Syrmien, theils in der Bacska gefunden, nachdem ihnen die nach Maßgabe der Verhältnisse gewiß nicht zu karg zugemessene Unterstützung von 6 kr. per Kopf und Tag — 3 kr. für jedes Kind — gewährt worden ist. Als sie die österreichische Grenze überschritten, harrten die Bewohner ihrer mit Wagenladungen von Brod, bereit, ihnen Unterkunft zu geben, so wenig einladend die größtentheils von Ungeziefer bedeckten Auswanderer erschienen, bereit, nach Kräften zu ihrer Versorgung mit Arbeit und Erwerb beizutragen. Nunmehr sind die Uebersiedlungsgeschäfte die Flüchtlinge dauernd beschäftigen, und ihnen außer einem guten Tagelohn die zur Arbeit erforderlichen Werkzeuge und Unterkunft liefern. Es ist daher alle Aussicht vorhanden, ihr Schicksal in Oesterreich zu einem dauernd befriedigenden gestalten zu können.

± **Berlin**, 7. Oct. Was die diesjährige Wirksamkeit der Provinziallandtage anbetrifft, so scheint sich dieselbe in den leitenden Kreisen nicht des Beifalls und der Zustimmung, wie im vorigen Jahre, zu erfreuen zu haben. Mehrere Provinziallandtage werden sogar als unerquicklich bezeichnet. Allerdings muß es einen eigenthümlichen Eindruck hervorrufen, wenn diejenigen Körperschaften, die sich als die vorzugsweise gesetzgebenden stets selbst dargestellt haben, das Gesetz vom 5. Juni 1823, welches eine genaue Feststellung der Befugnisse der Provinziallandtage enthält, zum Theil in solcher Weise verletzen, wie es in diesem Jahre geschehen ist. Nun muß noch hervorgehoben werden, daß in dem Auftreten dieser Körperschaften Methode ist, und daß eine Vereinbarung unter sich demselben zum Grunde liegt. Wir können daher den Unmuth wohl begreifen, der zu dem Ausspruch sich veranlaßt sieht: daß Preußen am allerwenigsten acht gesetzgebende Körperschaften vertragen könne. — Der hiesige französische Gesandte, Hr. v. Barennes, gab vorgestern wieder ein diplomatisches Diner. Es hat fast den Anschein, als ob die französischen Gesandten im Auslande angewiesen seien, in ihrer gesellschaftlichen Stellung mehr Glanz zu entfalten, als dies sonst der Fall war. Was den französischen Gesandten im Ausland die größte Sorge zu machen scheint, das ist die Presse. Die Unfriedenheit der französischen Regierung möchte sich auch wohl noch kein französischer Gesandter in dieser Beziehung erworben haben, da von denselben eine Verbannung der das gegenwärtige Regiment in Frankreich angreifenden Artikel verlangt zu werden scheint. Es ist notorisch, daß der frühere hiesige französische Gesandte, Hr. Lefebvre, lediglich aus dem Grund abberufen worden ist, weil er den Angriffen auf den Präsidenten Ludwig Napoleon von Seite der hiesigen Blätter keinen Einhalt zu thun vermocht hat. Herr v. Barennes hat sich indessen, wie namentlich der jüngste Artikel der „Neuen Preußischen Zeitung" deutlich gezeigt hat, auch noch keines besseren Erfolges in dieser Beziehung zu rühmen, und möchten auch alle Anstrengungen einen solchen Erfolg hier in Berlin schwerlich je erreichen. — Der Vierpfennig der Regierung der Provinz Brandenburg, Herr v. Metternich, ist von Münster, wo er den Sitzungen des westfälischen Provinziallandtags als Mitglied beigewohnt hat, gestern hier eingetroffen, um sich nach Potsdam zurückzugehen. — Bekanntlich ist der Redaction der „Neuen Preußischen Zeitung" vor einigen Tagen das Manuscript eines Aufsatzes, weßhalb eine Beschlagnahme der Zeitung erfolgt ist, von Polizei wegen abverlangt worden. Die Redaction hat die Aushändigung des Manuscripts verweigert. Die Befugniß der Polizei, ein solches Manuscript zu fordern, dürfte in Abrede gestellt werden können. Liegt etwas Strafbares vor, so ist es die Veröffentlichung des Inhalts des Manuscripts, nicht aber das Manuscript selbst. Da die Redaction für den Verfasser einstehen muß, so kann kein rechtlicher Grund für die Abforderung des Manuscripts aufgestellt werden. — Von den Männern des „Preußischen Wochenblattes" befinden sich augenblicklich nur sehr wenige hier, da auch der Geheimerath Mathis auf einer kleinen Reise begriffen ist.

± **Berlin**, 7. Oct. Die gestrige Sitzung des Ministerraths war, dem Vernehmen der „Leipz. Zeitung" nach, der Erörterung tüchtiger Angelegenheiten gewidmet. Es handelte sich um Fragen auf dem Gebiete sowohl der evangelischen als der katholischen Kirche. Namentlich kam die Streitfrage wegen der Forderung vorgängiger Etatsaufstellungen für die aus Staatsmitteln der katholischen Kirche zufließenden Fonds zur Berathung. Die Bischöfe beharren bei ihrer Verweigerung solcher Nachweise. Es scheint, daß die Regierung von ihrer Forderung nicht abstehen werde. Die andere katholische Streitfrage wegen der Niederlassung ausländischer Jesuiten, sowie wegen des Studirens in Rom, wird hier nach dem Erlaß der jüngsten Ministerialrescripte als erledigt angesehen und es scheint, daß dieselben auch neue Anregung zu Aenderung des Verfahrens hervorbringen. — Bis vorgestern belief sich die Zahl der amtlich angemeldeten Cholerarerkrankungen auf 114, worunter etwa die Hälfte einen tödtlichen Ausgang genommen.

München, 7. Oct. Die Strafanstalten sind seit neuerer Zeit so bevölkert, daß die Regierung genöthigt ist, behufs der Unterbringung neu zugehender Sträflinge zum Theil Zwangsarbeitshäuser zu benützen. So ist, wie schon früher Kaisheim, neulich auch die Zwangsarbeitsanstalt auf der Plassenburg bei Culmbach in eine Strafanstalt umgewandelt worden. — Dem Fabrikanten Goldberger ist der im Jahr 1850 noch auf die Dauer von zwei Jahren bewilligte Verkauf seiner Rheumatismusketten nicht weiter gestattet worden. (S. M.)

00 **Dresden**, 6. Oct. Am vergangenen Sonntag hielt der nach München als Präsident des evangelischen Oberconsistoriums berufene Oberhofprediger Dr. Harleß in der hiesigen Sophienkirche seine Abschiedspredigt. Ueber die Beweggründe zu seinem Weggang läßt sich zur Zeit nicht mehr als dies sagen: es haben ihn ähnliche, wenn auch nicht gleiche Dinge, wie einst den frommen Spener, aus der Residenz Sachsens zu gehen veranlaßt. Ueber seinen Nachfolger verlautet noch nichts Gewisses. Dr. Kliefoth in Schwerin, auf den man reflectirt zu haben scheint, soll, da er als strenger Administrator im Kirchenregiment Gehorsam zu finden gewohnt ist, nicht Lust bezeigen, nach Sachsen überzusiedeln. — Die östlich an der sächsisch-lausitzer Grenze, im böhmischen Pfarr-

dorf Wiesa, thätig gewesene Feuerlöschmittel aus dem Feuerlöschlager Eggenburg bei Wien, hat viele Neugierige aus der Umgegend, aus Zittau, sogar auch aus Berlin herbeigezogen.

*** **Karlsruhe**, 8. Oct. Die hiesigen Manöver und militärischen Uebungen, welche mit dem Beginne dieser Woche ihren Anfang genommen haben, erreichen morgen ihr Ende; am Sonntag ist die Fahnenweihe und Montag begehen sich die Truppen in ihre Garnisonen zurück oder beziehen resp. (wie das 2. Infanteriebataillon und die Schützenabtheilung) ihre neuen Standquartiere. Das Wetter war leider während der ganzen Zeit sehr ungünstig, so regnet es heute, trotz des gestern am Tage des Corpsmanövers, zu welchem die einzelnen Abtheilungen schon vor 7 Uhr ausmarschirt sind, unaufhörlich. Diese Unguust der Witterung hat übrigens auf den Gang der Uebungen keinen Einfluß. Se. königl. Hoheit der Regent, der erlauchte Kriegsherr und Oberbefehlshaber seines Armeecorps, wohnt allen Exercitien bei, und wie günstig seine Anwesenheit auf den Eifer der Truppen, auf den militärischen Geist überhaupt einwirkt, läßt sich leicht ermessen. Darum haben aber auch die Uebungen ein so erfreuliches Resultat herausgestellt; was kriegische Ausbildung und militärische Haltung anbetrifft, dürfte unser Armeecorps nicht viel zu wünschen übrig lassen, ein natürliche Folge des Bestrebens, welches vom hohen Officier bis zum Soldaten jeder theilt, des Bestrebens, sich der Anerkennung des ritterlichen Höchstcommandirenden würdig zu machen. Den fremden Officieren, welche den Manövern beizuwohnen hierher gekommen sind — wir bemerken unter ihnen einen russischen Oberst und Flügeladjutanten, einen württembergischen Oberstlieutenant und mehrere österreichische Officiere — wird diese Wahrnehmung gewiß nicht entgangen sein. Im Verlauf der Woche war mehrermal große Tafel bei Hof. Mittwoch waren die Officiere der Cavallerie und Artillerie, gestern die der Infanterie Gäste Sr. königl. Hoheit des Regenten. Gestern waren auch die Mitglieder der Bundesmilitärcommission, Oberst Graf Waldersee und Major v. Ende, welche gegenwärtig in Rastatt zur Inspection verweilen, so wie sämmtliche hier befindliche Officiere zur Tafel gezogen. Größere Festlichkeiten konnten, da unser Hof sich noch bis zum 9. d. M. in der Trauer befindet, natürlich nicht stattfinden.

Koburg, 6. Oct. Der Sturmwind hat gestern Nachmittag zwischen 1 und 2 Uhr von der im vorigen Jahr neu erbauten Kirche auf hiesiger Feste die Thurmspitze nebst einem Theil der Giebelfront herabgestürzt. (N. K.)

Hamburg, 3. Oct. Unser Senat hat sich an den Bundestag gewendet und darauf angetragen, daß das von den Dänen bei Altona in die Elbe gelegte Wachtschiff „Elbe" von da entfernt werde. Dieses mit Kanonen bewaffnete und mit Seesoldaten besetzte Schiff, welches alle Augenblicke Anlaß zu Streitigkeiten gibt, ist wider Recht und Gesetz dahin gelegt, denn bei Altona ist kein Zoll zu erheben, wie z. B. oberhalb Hannovers bei Stade. Hamburg hätte sich bei seinem Antrage auf ein früheres Vorkommniß, wo Oldenburg vor die Weser ein Kriegsschiff legte, welches ebenfalls auf von Bremen erhobene Reclamation beim Bundestag entfernt werden mußte. (D. Allg. Ztg.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 7. Oct. Zwischen dem „Cercle démocratique" (radical) und dem „Cercle national" (liberal-conservativ) in Genf ist eine definitive Allianz geschlossen worden. Letzterer ist dem Programm des ersteren, das nächstens veröffentlicht werden soll, beigetreten. Auf die Listen will der „démocratique" die Stadt, der „national" das Land bearbeiten. Der erstere Verein ist bekanntlich unter Leitung früherer Collegen Fazy's (Bordier u. a.), der letztere besteht hauptsächlich aus früheren Liberalen, die durch ihre Opposition gegen eine gemäßigte und gerechte Regierung wesentlich zum Sturze derselben und zum Sieg des jetzigen Systems beigetragen haben. James Fazy geräth jetzt in eine bedenkliche Stellung, indem er durch die vorgebachte Verbindung sich allein auf die Unterstützung seiner persönlichen Anhänger, deren Zahl nicht groß ist, und der absolut bischöflich gesinnten Partei beschränkt sieht. Der eben erschienene Aufruf der genferischen Demokraten an die europäische Demokratie, in Betreff der Unterdrückung des Pamphlets „Napoleon le Petit", und der „geheimen Reise des Hrn. Fazy nach Lyon", erregt nicht geringes Aufsehen. In den heftigsten Ausdrücken wird dem Genfer Dictator seine Verbindung mit den Ultramontanen, seine Begünstigung der unwissenden Brüder, die Unreinenützigkeit, mit der er sich ein Geschenk im Werthe von 200,000 bis 300,000 Franken aus Staatsgut machen ließ, die Verfolgung „der Verbannter", eines Struve, Heinzen, Quadrio vorgeworfen. „Und du, herrlicher Maggini, heißt es weiterhin, hast du seine hartnäckigen, aber glücklicherweise ohnmächtigen Verfolgungen vergessen?" (Maggini war also trotz alles off ein'en Leugnens doch in Genf?)

Italien.

General Gemeau ist am 27. September nach **Rom** zurückgekehrt. — In der Sitzung des florentiner Gerichtshofes vom 29. September suchte Quintajl sein Verbrechen des Republikanismus von sich abzuwälzen und stellte sich als warmen Anhänger der constitutionellen Monarchie hin. Die Thatsachen, welche gegen diese Auffassung zu sprechen scheinen, bemühte er sich, als auf der zwingenden Gewalt von Verhältnissen, über die ihm keine Macht zugestanden, hervorgegangen darzustellen.

Großbritannien.

0 **London**, 6. Oct. Dem ministeriellen „Morning Herald" zufolge ist die Angabe einiger Blätter, als sei Graf Derby dem zu Warden in der fünf Häfen ernannt worden, grundlos. Im Gegentheil sei anzunehmen, daß der Premier für diesen Posten Ihrer Majestät den gegenwärtig in Ostindien weilenden Lord Dalhousie vorgeschlagen habe. Durch dessen Abwesenheit könne sich die definitive Ernennung noch verzögern und werde deßhalb mittlerweile Lord Derby die betreffenden Functionen übernehmen. — Während Tausende von Irländern auswandern, um ihr Glück in Amerika oder Australien zu versuchen, nehmen schottische und englische Bauern die von jenen verlassenen Ländereien ein. So werden die meisten der neuerlich entvölkerten Districte von Limerik, Tipperary, Clare, Roscommon, Mayo und Galway gegenwärtig unter der Leitung schottischer und englischer Landwirthe sorgfältig angebaut. Fast überall hat die Bevölkerung die neuen Ankömmlinge freundlich aufgenommen.

Türkei und Aegypten.

Auf der Insel **Samos**, schreibt die „Triester Zeitung", zeigt sich neuerdings Gährung und Unzufriedenheit, welche wohl leicht nach Beendigung der Rosinenernte zum Ausbruch kommen könnte. In den Tractaten wird der Insel das Recht eingeräumt, durch einen von Seiten der Pforte ernannten Fürsten, dem sie einen bestimmten Tribut zu entrichten hat, regiert zu werden. Nach der Absetzung des Fürsten Vogorides wurde Fürst Kallimachi, gegenwärtig türkischer Gesandter in Paris, zum Fürsten von Samos ernannt. Fürst Kallimachi zog jedoch den Gesandtschaftsposten in Paris vor, und so wurde der Phanariot Conemenos als Vertreter des Fürsten dorthin gesandt. Ihm lag es ob, die Mittelsperson zwischen der Insel und dem türkischen Gouvernement zu spielen. Kürzlich von seinen Feinden angeklagt, die Insel hellenisiren zu wollen, wurde Conemenos nach Konstantinopel berufen, um sich zu rechtfertigen, wußte aber seine Feinde so zu widerlegen, daß er in wenigen Tagen, durch kaiserlichen Firman zum Gouverneur von Samos ernannt, dorthin zurückkehren wird. Hierdurch tritt die Insel in ein ganz neues Verhältniß zur Pforte, denn während ihm Interessen früher bei derselben vertreten wurden, läßt ihr die Pforte nunmehr durch ihren Gouverneur Befehle zugehen und verlangt blinden Gehorsam.

Die „Debats" enthalten Nachrichten aus **Alexandrien bis** zum 23. September über Ereignisse, die den dortigen Handelsstand in große Aufregung versetzt haben. Der Vicekönig hat nämlich durch seinen Minister des Auswärtigen ein Rundschreiben an alle europäischen Generalconsuln gerichtet, welches eine Art Verbot auf die Getreideausfuhr legt. Er befiehlt darin, daß alle Getreideschiffe, die aus Oberägypten kommen, in Boulag angehalten und ausgeladen werden müssen. Das Getreide selbst, einerlei, ob Aus- oder Inländern angehörig, muß dort für den inländischen Gebrauch verkauft werden. Der Vicekönig ist zu dieser Maßregel bestimmt worden, weil das Getreide viel wohlfeiler in Alexandrien als in Kairo ist. In dem Schreiben wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Consuln diese Maßregel billigen werden. Die Consuln haben dies jedoch keineswegs gethan, sondern energisch gegen eine Maßregel protestirt, die den Handelsstand von Alexandrien zu Grunde richten muß. Sie haben sich um so weniger mit dieser Maßregel zufrieden geben können, als die Aussicht einer nicht guten Ernte in Europa zum Abschluß von großen Geschäften in Alexandrien Veranlassung gegeben hat und die eigene Lage Aegyptens die Verfügung des Vicekönigs gar nicht rechtfertigt. Man hofft übrigens, daß es den Consuln gelingen wird, den Vicekönig von seinem Unrecht zu überzeugen. — Das Dampfboot „Alexander" wird zwei prächtige Stuten, arabischer Race, nach Europa mitnehmen. Sie sind ein Geschenk des Vicekönigs für den Präsidenten der französischen Republik. Rubar-Bey, erster Secretär Abbas Pascha's, wird sie Ludwig Napoleon überbringen.

Neueste Nachrichten.

* **Berlin**, 8. Oct. Der Kriegsminister v. Bonin ist seit einigen Tagen erkrankt. — Wie man hört, ist der Congreß der Elbuferstaaten für die nächste Woche nach Prag berufen. — Ueber den Gesundheitszustand des Cardinal-Fürstbischofs von Breslau, Freiherrn v. Diepenbrock, sind wieder beruhigende Nachrichten eingegangen.

München, 8. Oct., früh 9 Uhr. Die Abreise Sr. Maj. des Königs nach der Pfalz ist verschoben worden. — Hiesige Blätter sprechen von einer baldigen Ankunft des Königs von Hannover in unserer Residenz.

* **Dresden**, 7. Oct. Es bestätigt sich, was ich Ihnen das letzte Mal als nahe voraussichtlich schrieb: weder der Austritt des Ministers von Friesen, noch überhaupt der Bruch in der Zollfrage erregen viel Aufsehen. Man hält letzern nicht anders als für einen vorübergehenden und eine Ausgleichung auf alle Fälle zu erwarten; von irgend welchen Demonstrationen u. dgl. verlautet weder hier noch in Leipzig etwas. Daß die sächsische Regierung eine feste Haltung beobachten wird, dürfte nicht im mindesten zu bezweifeln sein. Als wahrscheinliche nächste Folge des Bruchs läßt sich wohl die Wiederaufnahme der Wiener Conferenzen annehmen. Eine directe Verhandlung zwischen dem Berliner und dem Wiener Cabinet ist dadurch natürlich ausgeschlossen, es ist jedenfalls schwierig, wenn sich Stimmen in der Presse dahin vernehmen lassen, daß eine solche den Interessen der sogenannten Coalitionsstaaten entgegen sei. Diese Interessen reduciren sich nach allem auf die zwei Punkte der Annahme des Septembervertrags unter den in Berlin besprochenen Modificationen und des vermächtigen Eingehens auf die aus den Berathungen der Wiener Conferenzen hervorgegangenen Vorlagen. Zu ersterem haben sich die Coalitionsstaaten bekanntlich schon bereit erklärt und wenn letzteres durch Verhandlungen mit dem Berliner Cabinet erzielt wird, so ist dies eben jenen Interessen ganz entsprechend. Die Haltung der hannoverschen Regierung läßt vollkommen darauf schließen, daß dieselbe nicht geneigt ist, in einen nordteutschen Sonderverein einzutreten, und selbst der veränderte Ton der Berliner Presse, der sich in der „Neuen Preußischen Zeitung" sogar zu förmlichen Dictaten von Vorschriften für die Regierung im Sinne eines minder schroffen Verhaltens steigert, gibt deutliche Winke für die nächste Zukunft zu erkennen.

* **Dresden**, 8. Oct. Soviel bis jetzt über die Wiederbesetzung der durch den Rücktritt des Herrn v. Friesen erledigten Ministerstelle hier verlautet, soll hiezu der Zoll- und Steuerdirector v. Schimpff, Bevollmächtigter Sachsens bei den Zollvereinsconferenzen, ersehen sein. — So die „Deutsche Allgemeine Zeitung". Nach der „Nationalzeitung" würde Herr v. Nostitz-Jänkendorf der Nachfolger des Herrn v. Friesen werden.

Hamburg, 7. Oct. Die heutige Versammlung der erbgesessenen Bürgerschaft ist gegen 3 Uhr Nachmittags zu Ende gewesen. Wie wir hören, sind die Senatsanträge sämmtlich angenommen worden. Herr Oberst Schöpff hat 4500 Mark (früher war von einer Pension von 5400 Mark die Rede gewesen) pensionirt und ein Oberst (nicht, wie der Senat beantragt, ein Oberstlieutenant), und zwar mit einem Jahrgehalt von 9000 Mark an seine Stelle treten.

* **Paris**, 8. Oct. Der Empfang und Einzug des Prinz-Präsidenten in Bordeaux hat nach den hier eingegangenen telegraphischen und andern Berichten alle bisherigen Reiseerlebnisse, Festlichkeiten und Huldigungen weit hinter sich zurücklassen. Von der Brücke, dem Ausgangspunkte des Cortege, an, der im Laubschmucke, Blumenflor und Flattern der Wimpeln an langen Masttangen prangte und wo Ludwig Napoleon zu Pferde hielt, knüpfte sich unter dem tausendstimmigen Jubelruf und den Kaiservivats der Bevölkerung eine Ueberschauung an die andere. Alle auf der Rhede liegenden Fahrzeuge hatten festlich geflaggt. An dem Landungsplatz wurde Ludwig Napoleon von dem Maire von Bordeaux und den Ministern Drouin de Lhuys und Magne im Geleite aller Stadtautoritäten empfangen. Die ganze Strecke entlang, welche der Prinz durchritt, waren die Truppen aller Waffengattungen in Schlachtlinie aufgestellt, dazwischen die Bürgermeister der Landgemeinden an der Spitze ihrer Deputationen und die alten Soldaten des Kaiserreichs, die Ludwig Napoleon mit unaufhörlichen Vive l'Empereur! enthusiastisch begrüßten. Dann Revue und großes Defile, worauf sich der Prinz nach der Kathedrale begab, an deren Eingang ihn der Cardinal-Erzbischof mit seiner Geistlichkeit empfing. In der Kirche ein feierliches Tedeum und das Domine salvum fac Napoleonem. Der Prinz begab sich sodann nach der Mairie, wo ihm seine Wohnung bereitet war und die Behörden, Notabilitäten ꝛc. empfangen wurden. Nach der Tafel großes Concert im Park des Palastes und Abends Illumination der Stadt. Heute früh hat Ludwig Napoleon den „Napoleon" auf der Garonne sofern vom Stapel laufen sehen; später große Truppenrevue. Der Andrang der Menge in allen Straßen war so ungeheuer, daß der Cortege vom Mairiepalast nur auf Umwegen nach dem Platz gelangen konnte, wo die Truppen aufgestellt waren.

Im Marnedepartement belaufen sich die Unterschriften auf den Petitionen von 594 Gemeinden ums Kaiserreich bis heute bereits auf 56,290.

Ein aus Carcassonne datirtes Decret des Prinz-Präsidenten eröffnet dem Minister der öffentlichen Bauten einen außerordentlichen Credit von 500,000 Fr. für die durch die Ueberschwemmung des Rheins angerichteten Beschädigungen.

Der „Moniteur" zählt eine kaum übersehbare Anzahl von Adressen verschiedener Corporationen an den Prinz-Präsidenten auf, die alle mehr oder minder direct auf das Kaiserreich losstleuern.

Dem „Courrier de Lyon" ist von Rhonepräfecten wegen falscher, dazu die Ehre der französischen Regierung compromittirender Nachrichten eine ernste Verwarnung geworden.

** **Madrid**, 3. Oct. Die Königin Marie Christine wird morgen Abend in der Hauptstadt wieder eintreffen, um dem Geburtsfest des Königs beizuwohnen.

Eisenbahnen und Telegraphenwesen.

Der von dem Bahnconmite bestellte Ingenieurbericht über das Tracé einer Eisenbahn von Verviers nach Neuenburg erklärt sich nicht nur für die vollkommene Möglichkeit der Ausführung, sondern stellt auch die Kosten geringer, als das Comite selbst angenommen hatte.

Börsenberichte.

Frankfurt, 9. Oct. Der Hauptumsatz an heutiger Börse fand in spanischen Fonds statt, besonders war der Handel in 1pCt. sehr bedeutend; merklich höhere Notirungen derselben von der gestrigen Pariser Börse (24⅛, sowie günstige Finanzberichte über die spanische Schuld weckten die Kauflust und veranlaßten starke Käufe, wodurch der Cours der 1pCt. um ⅜, pCt., von 23⅛ auf 24⅛ pCt. seit der gestrigen Börse stieg, und zuletzt 24⅜ pCt. blieb. 5pCt. Inländische waren nur wenig fester, 45¹⁵/₁₆ pCt. In österreichischen Effecten war das Geschäft beschränkt, und die Course derselben im Allgemeinen nur wenig verändert. Ebenso läßt sich vom Gange des übrigen Geschäfts nur wenig Erhebliches mittheilen.

Berlin, 8. Oct. Staatsschd. 94½ Brf., 94⅓ G. — Köln-Minden 112 Brf., 111 G. — Fr.-Wilh.-Nordb. 41¼ Brt., 40 ⅞ à ¼ bez.

Amsterdam, 7. Oct. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 63⁹/₁₆. ⅜. — 3pCt. Schuld 76⅛. — 4pCt. do. 95¹¹/₁₆. ⅜. — 3½pCt. do. —. — 1pCt. neue Spanische 23⅞. 24. 23⅞. — 8pCt. 50⅛. ⅜. — do. inländische à 6000 fl. 45⁹/₁₆. ⅜. — 5pCt. Portug. 42. — 4pCt. 38⅞. — 4pCt. Russ. bei Pope —. — do. bei Stieglitz —. — 5pCt. Metall. 78. 77⅛. — 2½pCt. do. 40⅛. ⅛. — Neue 5pCt. Silber-Metall. 90⅛. ⅛.

Einige Verkaufsordres, welche heute in unsern inländischen Fonds ausgeführt wurden, wirkten wieder ungünstig auf den Stand dieser Effecten. In Integralen und 4pCt. war der Umsatz sehr unbedeutend. Von fremden Effecten haben sich spanische bei einigem Geschäft in 1pCt. gut gehalten; russische wie österreichische mehr angeboten; portugiesische und mexicanische wenig verändert.

Paris, 8. Oct. 4½pCt. Rente 105, 40. — 3pCt. 78, 90. — Neapol. —. — Neue 5pCt. Oesterr. 94½. ⅜. — Spanische neue Diff. 24¹/₁₆. 1. ⅜. — Neue 3pCt. 50⅛. — Innere Schuld 45⅞. 46. — Passive 6. — Bankactien 2820. — Piemont 5pCt. 98, 40. — Römische Anlehen Juni 1850 98⅛. — do. 1850 99. ⅛. — St. Germain-Eisenbahn 112⅝. — Verfaillies, linkes Ufer 322, 50. — Straßburg-Basel 326, 25. — Nordbahn 743, 75. — Paris-Straßburg 770.

Der Markt hatte heute eine gute Tendenz und die Rente hat sich gebessert. Auch die meisten Bahnactien sind gestiegen.

London, 7. Oct. 3pCt. Stocks 100⅛ à ¼. — Spanische neue 1pCt. 23⅛.

Madrid, 3. Oct. Heute als am Sonntag keine Börse.

Telegraphischer Coursbericht des Syndicats der Frankfurter Wechselsensale.

Wien, 9. Oct. 5pCt. Metall. 95. — L. A. 95¹/₁₆. — L. B. 109¹/₂. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94¹/₂. — 4½pCt. Metall. 84¼. — Bankactien 1336. — 250 fl. Loose 137½. — London 11 fl. 34 kr. — Paris 137. — London in Triest 11 fl. 31 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 102¹/₂. — L.-E.-Nordbahn 219.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. Kutschelt.

Taunus-Eisenbahn.

Vom 15. October l. J. an findet der bisher Abends 8 Uhr 20 Min. von **Frankfurt** nach **Castel**, **Biebrich** und **Wiesbaden** und um 8 Uhr von **Wiesbaden** und **Biebrich** nach **Castel** und **Frankfurt** als Extrazug beförderte Personenzug nicht mehr statt.

Frankfurt a. M., den 8. October 1852.

Im Auftrag
des Verwaltungsrathes der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft:
für den Director:
Wernher.

[2314]

Für die armen Abgebrannten in Duderstadt

ist eingegangen: von Hrn. A. Bellino fl. 5.— S. B. fl. 1.— D. fl. 2.— Mad. Eckardt fl. 2. 42 kr. — W. 12 kr. — Frau Obrist von Bergedheim fl. 7. — v. Ghs. fl. 4.— S—E. fl. 4. — E...r fl. 5. — P. A. Leben 2 Preuß. Friedrichsd'or. — Herrn Consistorialrath Pfarrer Schrader fl. 3.— N. R. fl. 1. — Frau C. von Bennigsen fl. 10.— Frau Hörle fl. 2. 42 kr.— Ungenannter fl. 1. 30 kr. — Herrn Rndr. fl. 6. — F. E. fl. 1. — G. B fl. 17. 30 kr. — A. Schary fl. 2. — J. 3 fl. 25. — G. Löser fl. 2. — H. P. fl. 10. — von einem sehr wohlthätigen Ungenannten fl. 10. 48 kr. — Wittwe Sauer fl. 1., zusammen fl. 144. 24 kr.

Allen Gebern Dank sagend, sind gern bereit, fernere Beiträge für die armen Duderstädter in Empfang zu nehmen.

C. F. E. A. von Bothmer, Königl. Hannoverscher Staatsrath und Bundestags-Gesandter, Mainzer Landstraße 34.
Beda Weber, Geistlicher Rath und Stadtpfarrer.
Schrader, Consistorialrath und Pfarrer, Kirchgasse Nr. 1.
Rabbiner Leopold Stein, Schützenstraße Nr. 10.
F. John, Untermainquai 7.
A. J. Reuß-Brentano, große Sandgasse Nr. 12. [2316/
Ferdinand Heuer, an der Zeilbrücke.
Die Redaction der Frankfurter Postzeitung.
Die Redaction des Frankfurter Journals.
Die Redaction des Frankfurter Intelligenzblattes.

[2298]

Bekanntmachung.

Bei der heute stattgefundenen 27sten Verloosung der Herzoglich Sachsen-Meiningen'schen 3½ pCt. Staatsschuldbriefe sind nachverzeichnete der bequemeren Uebersicht halber in die Zahlenfolge geordnete Nummern gezogen worden:

Litr. F. à 500 fl. Nr. 153 190 263 456 465 483 541 596 826 867 973 1065 1099 1105 1222 1225 1316 1524 1532 1588 1696.

Litr. G. à 500 fl. Nr. 33 54 377 470 543 600 608 722 811 820 902 952 962 1127 1300 1313 1407 1441 1466 1515 1537 1602 1662 1719 1838 2237 2393 2395 2446 2506 2550 2742 2795 2799 2854 2881 3104 3166 3179 3193 3228 3276.

Litr. H. à 200 fl. Nr. 161 182 287 296 302 347 474 510 599 608 657 805 871 879 1091 1422 1463 1500 1509 1570 1573 1624 1654 1833 1855 1887 2144 2393 2404 2535 2646 2708 3016 3062 3120 3204 3364 3376 3454 3513 3536 3694 3732 3745 3791.

Litr. I. à 100 fl. Nr. 4 7 69 112 136 210 215 291. 446 634 736 811 841 894 903 983 995 1080 1135 1153 1236 1277 1294 1435 1442 1500 1510 1532 1558 1607 1643 1708 1762 1765 1780 1857 1934 1987 2009 2021 2022 2026 2070 2133 2144 2147 2180 2182 2203 2216 2228 2229 2294 2352 2356 2413 2448 2482 2485 2487 2508 2533 2553 2557 2579 2643 2647 2661 2693 2819 2820 2824 2857 2873.

Litr. K. à 50 fl. Nr. 99 129 192 205 248 272 273 323 330 313 346 398 460 524 673 701 782 809 897 1044 1067 1077 1084 1120 1124 1130 1132 1155 1213 1250 1289 1307 1394 1427 1452 1477 1507 1531 1596 1641 1666 1675 1686 1731 1743 1817 1902 1916 1989.

Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntniß mit dem Bemerken, daß

1) die gezogenen Nummern der Staatsschuldbriefe vom 1. April 1853 an, auf Präsentation, wenn sie auf den Inhaber ausgestellt oder wo sie auf den Namen eines besonderen Staatsgläubigers inscribirt worden sind, gegen Quittung desselben auf dem Staatsschuldbriefe, bei der hiesigen Staatsschuldentilgungskasse ausbezahlt werden;
2) daß zugleich mit dem Staatsschuldbriefe die sämmtlichen noch nicht fälligen Zinsabschnitte und die Zinsleiste abgegeben werden müssen, widrigenfalls deren Betrag zurückbehalten wird, und
3) daß die ausgelooften Staatsschuldbriefe mit dem 1. April 1861 — einundsein achtundvierzig und sechzig — verjähren und der Eigenthümer, rücksichtlich Inhaber derselben, nach dem 1. April 1861 keine Ansprüche mehr an die Staatskasse darauf begründen kann.

Zugleich fordern wir die Inhaber der nachstehenden, schon früher ausgelooften hiesigen Staatsschuldbriefe hiermit auf, die Beträge derselben zu erheben, da der Zinsenlauf davon 6 Monate nach den angegebenen Verloosungsterminen aufgehört hat, und die verjährungsmäßige achtjährige Verjährungsfrist vom Verfalltage an läuft.

Litr. K. Nr. 1192. Ausgelooft am 1. October 1847, zahlbar am 1. April 1848, verjährt am 1. April 1856.

Litr. H. Nr. 3517. Ausgelooft am 1. April 1849, zahlbar am 1. Oct. 1849, verjährt am 1. Oct. 1857.

Litr. H. Nr. 2402. Ausgelooft am 1. Oct. 1849, zahlbar am 1. April 1850, verjährt am 1. April 1858.

Litr. F. Nr. 792 und 1367 . . .
„ G. „ 541 1124 u. 3365 .
„ H. „ 2703 .
„ I. „ 861 1662 1751 2112 2208 u. 2722 . . .
„ K. „ 195 957 1268. . .

} ausgelooft am 1. Oct. 1849, zahlbar am 1. April 1850, verjährt am 1. April 1858

Litr. F. Nr. 461 . . .
„ G. „ 943 1433 u. 3443. .
„ H. „ 15 317 2301 u. 2641

} ausgelooft am 1. April 1850, zahlbar am 1. Oct. 1850, verjährt am 1. Oct. 1858

Litr. F. Nr. 1540 . . .
„ H. „ 263 869 1026 1973 2557 und 3305 . .
„ I. „ 41 141 443 673 722 794 921 978 1270 1890 1985 1988 2190 u. 2583
„ K. „ 1205 1349 1506 1524 und 1580 . . . .

} ausgelooft am 1. Oct. 1850, zahlbar am 1. April 1851, verjährt am 1. April 1859

Meiningen, den 1. October 1852.

Herzogl. Staatsschuldentilgungs-Commission.
Blomeyer. B. Trincks. v. Butler.

[2283]

Neuntausend Gewinne

bietet die am 20. October beginnende Hauptziehung 6ter Klasse Braunschweiger Lotterie, die nur aus 20,000 Loosen besteht. Haupt-Gewinne: fl. 87,500, fl. 52,500, fl. 35,000, fl. 17,500 ꝛc. Zu dieser sehr zu empfehlenden Lotterie sind Loose à fl. 56, halbe à fl. 28, viertel à fl. 14, achtel à fl. 7, und mit Verzicht auf die Gewinne unter fl. 100 gauze Loose à fl. 32, halbe à fl. 16, viertel à fl. 8, achtel à fl. 4, direct zu beziehen bei den Haupt-collecteurs

Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2286] **33ste Braunschweiger Lotterie.** Hauptziehung vom 20. October bis 6. November. **Gewinne: fl. 87,500, 52,500, 35,000, 17,500, 8750, 7000, 6250** ꝛc. Ganze Loose à fl. 56, ½ à fl. 28, ¼ à fl. 14, ⅛ à fl. 7, so wie mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100 das ganze Loos à fl. 32, ½ à fl. 16, ¼ à fl. 8 empfiehlt

Jacob Doctor, Hauptkollekteur in Frankfurt a. M.

9000 Gewinne unter **20,000 Loosen** bietet die Braunschweiger Lotterie, deren Hauptziehung vom 20. October bis 6 November stattfindet. Hauptlose: fl. **87,500, 52,500, 35,000, 17,500, 8800,** ꝛc. Wir empfehlen ½ Loose à fl. 56, ¼ à fl. 28, ⅛ à fl. 14, ¹/₁₆ à fl. 7, so wie mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100 ½ Loose à fl. 32, ¼ à fl. 16, ⅛ à fl. 8, ¹/₁₆ à fl. 4.

Julius Stiebel jun. **& Co.**,
[2252] Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

33. Braunschweiger Lotterie.

Hauptziehung sechster Classe am 20. October.

Gewinne: fl. 87,500, 52,500, 35,000 ꝛc. ꝛc. ¼ Loose fl. 56, ½ fl. 28, ¼ fl. 14, ⅛ fl. 7, und mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100: ½ Loose fl. 32, ½ fl. 16, ¼ fl. 8, ⅛ fl. 4, bei

Jacob Braunschweig,
[2294] Jabegasse H. 44 in Frankfurt a. M.

[2279] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des hiesigen Bürgers und Handelsmanns H. Schöringer ist heute das unterzeichnete Gericht sein Concurs erkannt.

Demnach werden Alle, welche an diesen Gemeinschuldner aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der auf

Montag den 6. December 1852, Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Tagfahrt vor der ausgeordneten Gerichts-Commission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu liquidiren, auch hinsichtlich eines etwaigen Vorzugsrechts zu Protokoll zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Akten gekommen ist, der Ausspruch der nicht angemeldeten Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

Stadt Gericht I.
Schöff und Senator Dr. Gwinner, Director.
Dr. Bo

Druck von August Osterrieth.

№ 243. — Montag — den 11. October — 1852.

Der Pränumerationspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksorte von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des östlichen Thurn und Taxischen Postvereinsfrankirungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 26, und in Kassel Herr Notar-Jonas de Nauroi No. 28, Bestellungen an. Die Inseratengebühren betragen für die Zeile (4½ Druckzeile) mit Berücksichtigung der beim Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

☞ **Wien**, 7. Oct. In einem meiner letzten Briefe habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich geneigt sei, die Rolle eines Vermittlers zwischen Rom und Turin zu übernehmen. Heute findet sich diese Angabe bereits in den Pariser Correspondenzen, die gestern Abend anlangten, vollkommen bestätigt. Frankreich wünscht eine beide Theile befriedigende Verständigung zwischen den beiden italienischen Mächten herzustellen, und man versichert, daß die Mission des Herrn v. Rayneval, sowie die Reise des ehemaligen Ministers Turgot nach Rom in Beziehung zu dieser Frage stehe. Was die Angabe betrifft, daß der heil. Vater entschlossen sein soll, Sardinien in den Bann zu thun, so dürfte sich diese Besorgniß kaum rechtfertigen, da ich guten Grund habe, zu glauben, daß bereits von mehreren einflußreichen Seiten von einem solchen Schritt abgerathen worden ist, welcher nur dazu dienen würde, die obnehin aufgeregten Gemüther noch mehr zu erhitzen und eine Versöhnung, welche gegenwärtig noch immer nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt, in der That unmöglich zu machen. So viel ist gewiß, daß, wäre es wirklich die Absicht des heil. Vaters, über Sardinien den Bannstrahl zu schleudern, dies schon damals geschehen wäre, als seitens der königlichen Regierung der Marquis Spinola von Rom abberufen wurde, weil er sich geneigt gezeigt, in eine Modification der Siccardischen Gesetze zu willigen, zu welchem Schritte er aber von Turin aus nicht autorisirt war. Damals soll man in Rom wirklich willens gewesen sein, Sardinien mit dem Banne zu belegen; daß es nicht geschehen ist, verdankt man einzig und allein Oesterreich, dessen Vorstellungen von dem heiligen Vater nicht unberücksichtigt blieben. Erwähnen muß ich hier noch, daß man in Rom bereits sich geneigt gezeigt hatte, in die von Turin aus gestellten Forderungen einzugehen, als durch die Abberufung des Marquis Spinola und des Chevaliers de Sambuy die eingeleiteten Verhandlungen plötzlich abgebrochen wurden, wodurch Se. Heiligkeit um so mehr beleidigt sein mußte, als die von Rom aus verlangte Modification der Siccardischen Gesetzgebung in Turin leicht hätte vorgenommen werden können, und anderseits die hierauf bezüglichen Actenstücke in den höflichsten Ausdrücken abgefaßt waren, daher kein Grund vorhanden war, seitens der sardinischen Regierung in so unhöflicher Weise die Verhandlungen abzubrechen. Man gibt hier übrigens die Hoffnung nicht auf, daß es dem französischen Einfluß gelingen werde, die sardinische Regierung zu bewegen, von ihrem Entschluß, die Kirchengüter einzuziehen, abzustehen, damit sodann die Verhandlungen mit Rom wieder aufgenommen und zu einem erwünschten Ende geführt werden könnten.

Mainz, 8. Oct. Eine neue Wahl der Mitglieder unseres Gemeinderaths wird ehestens stattfinden. Heute wurde die Liste der Stimmberechtigten offen gelegt. Ihre Zahl beträgt 4111, wovon 3251 mit einer monatlichen Steuer bis zu 2 fl. 44 kr. der dritten Abtheilung der Wähler; 621 mit einer Monatsteuer von 2 fl. 44½ kr. bis zu 6 fl. 44 kr. der zweiten Abtheilung, und 239 mit einer monatlichen Steuerquote von wenigstens 6 fl. 45 kr. der ersten Abtheilung angehören. (M. Z.)

Schweiz.

X **Von der Aar**, 8. Oct. Der Neuenburger große Rath ist für zwei Wochen vertagt worden; es scheint, daß man den Mitgliedern Zeit geben will, die wichtige Eisenbahnfrage gründlich zu studiren. An Geldmitteln fehlt es nicht.

Aus der Schweiz, 9. Oct. Die königl. preußische Gesandtschaft bei der Eidgenossenschaft fordert mit Erlaß vom gestrigen Tage alle preußischen Handwerksgesellen in der Schweiz auf, binnen vier Wochen in die preußischen Staaten zurück zu kehren und zu diesem Zwecke ihre Pässe auf ihrer Kanzlei in Bern visiren zu lassen. Als Grund des Befehls werden die „verderblichen Bestrebungen gewisser Arbeiterverbindungen in der Schweiz" angegeben.— In Lausanne denkt man alles Ernstes daran, die Yverdon-Eisenbahnlinie mit dem St. Bernhard in Verbindung zu bringen. Die Conferenzen mit dem Wallis haben den 5. d. M. begonnen. Lausanne betrachtet die Errichtung eines Bahnhofs als eine Lebensfrage. — Der Aufenthalt der Königin Amalie und des Prinzen Joinville bei der Herzogin von Orleans in Lausanne soll acht Tage dauern. — Die Weinlese im Kanton Waadt hat vorgestern begonnen.

Frankreich.

† **Paris**, 8. Oct. Der festliche Einzug Ludwig Napoleons in Paris und was dabei geschehen wird, das ist es, was die Gemüther in diesem Augenblick viel mehr beschäftigt, als die Reise selber. Das Gerücht, der Senat werde dem Prinz-Präsidenten eine Deputation bis Tours entgegensenden, hat eine neue Umwandelung erfahren: nicht nur eine Abordnung des Senats, sondern Deputationen von allen großen Staatskörperschaften sollen dem Prinzen entgegengehen. Der Senat wird zum 25. Oct. oder 1. Nov. einberufen werden. Das Senatsconsultum, welches das Kaiserreich proclamiren wird, soll dem neuen Kaiser das Recht zuerkennen, seinen Nachfolger zu bestimmen; ferner soll für die Wahl des Souveräns das allgemeine Stimmrecht nicht ausgeübt werden; endlich soll auch bereits entschieden sein, daß der neue Kaiser sich Napoleon III. nennen wird. Ob der Papst nach Paris kommen werde, um die Salbung vorzunehmen, darüber sind die widersprechendsten Gerüchte verbreitet. General de Cotte's Mission nach Rom steht ohne Zweifel mit dieser Frage in Verbindung. Die Verhaftungen und Complotte der Fama in den Departementen haben nicht viel auf sich; sogar die in Bordeaux entdeckte geheime Pulverfabrik hatte, wie die ministeriellen Blätter selbst berichten, mit Politik und Complott nicht das Mindeste zu thun, sondern war eine Privatspeculation. Aber nicht nur die Fama, auch der Amtseifer übertreibt zuweilen: so hat, um nur eines Beispiels zu gedenken, der Präfect des Departements Cote d'Or den Gemeinderath in Is-sur-Tille aufgelöst, weil er es abgelehnt hat, eine Adresse an den Prinz-Präsidenten zu votiren.

Der „Constitutionnel" widmet Belgien wieder einen langen Artikel. Er scheint eine Belegung der Streitigkeiten zu wünschen, da er Belgiens Anschluß an Deutschland fürchtet. Er besteht jedoch auf der Aufrechterhaltung der neuen Zölle auf Eisen und Steinkohlen, da dadurch Belgien gezwungen werde, endlich eine Wahl zu treffen, und sich entweder für Deutschland oder Frankreich auszusprechen. Belgien müsse sich entscheiden, meint er, ob es sich definitiv zu Deutschland oder Frankreich kehren, seine traditionellen Beziehungen mit Frankreich brechen oder befestigen wolle. Die „Gazette de France" sagt offen, daß die Krisis in Belgien im Grunde nur auf die Frage hinauslaufe: wer soll die Oberhand haben, die Partei, die den Anschluß an Frankreich wünscht, oder die Partei des gefallenen Ministeriums, die nationale?

Zwischen Preußen, Belgien, Frankreich, Sachsen, den Niederlanden und Oesterreich ist eine Telegraphenübereinkunft abgeschlossen worden, um die Verbindung zwischen den Regierungen der genannten Staaten und ihren respectiven Gesandten zu regeln. Jede Regierung wird ihre geheime Ziffersprache haben, die nur sie und ihr Gesandter kennen wird. Die Kosten der diplomatischen Couriere sollen damit erspart werden. — Auf dem Kriegsministerium arbeitet man schon jetzt am Budget der Armee für 1854. Man ist sehr gespannt, ob darin Reductionen eingeleitet sein werden. — Der bisherige belgische Gesandte dahier, Fr. Rogier, der bekanntlich seine Entlassung begehrt hat, ist bereits nach Brüssel abgereist.

Belgien.

Brüssel, 7. Oct. Wie heute glaubwürdig versichert wird, wäre das neue Ministerium Willems, gleich nach seiner Installation Hrn.

Rothomb, früheren Minister und gegenwärtigen Gesandten am preußischen Hofe, nach Paris in derselben Eigenschaft zu versetzen, dagegen Hrn. Firmin Rogier für Berlin zu ernennen. Unter den gegenwärtigen Umständen und in Gegenwart der wieder neu zu beginnenden commerciellen Negociationen mit Frankreich wird diese Wahl von der besten Wirkung sein; Hr. Rothomb wird vor allem suchen, die Uneinigkeit zu schlichten, ohne dabeyzugeben die Interessen aus dem Auge zu verlieren, zu deren Vertheidigung er berufen ist. (K. Z.)

Spanien

Madrid, 3. Oct. Aus ganz sicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß der nordamerikanische Gesandte am hiesigen Hof bei der Regierung wieder darum angehalten hat, die Insel Cuba für die früher schon gebotene Summe von 180 Millionen Dollars an die Vereinigten Staaten zu überlassen, und daß ihm nach vorheriger Ministerberathung der definitive Bescheid geworden, Spanien denke jetzt nicht mehr daran, die Krone seiner überseeischen Besitzungen zu veräußern. Es würde vielmehr seine ganze Macht aufbieten, diese Insel dem Mutterland zu erhalten. Unternehmungen der Abenteurer, worauf der Gesandte in seinem Antrage anspielte, fürchte es nicht mehr; sollten dergleichen sich wiederholen, so würde ihnen schon mit Nachdruck entgegengetreten werden. Spanien halte fest ein kräftiges, geschultes, mit treu ergebenes Heer; auch seien die Civilbeamten dort so zuverlässig, daß die Königin dreist darauf rechnen könne, der Geringste unter ihnen würde Blut und Leben opfern, um die Ehre Spaniens zu verfechten. Der Schluß der Antwort lautet: der Gesandte möge doch forthin die Regierung der Königin mit dergleichen Anträgen verschonen. Zu Beziehung auf diesen Antrag glaubt man hier allgemein, daß die nordamerikanische Regierung die Invasionsgerüchte selbst verbreite, um damit ihren Zweck zu erreichen, und freut sich der bündigen Antwort der Regierung. — Die Hoffnungen der Königin-Mutter, ein von ihr erwähntes Heirathsproject verwirklicht zu sehen, sind für vereitelt. Die dieserhalb mit dem Prinz-Präsidenten der französischen Republik versuchten Unterhandlungen wurden gleich von vorn herein von ihm abgelehnt. Der Prinz soll dem Bevollmächtigten der Königin Christine, der öfter, und zuletzt noch in Lyon, hierauf anspielte, nie ein Wort erwidert haben. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 7. Oct. Es finden jetzt häufige Ministerialberathungen statt, welche, da denselben der österreichische Gesandte in Berlin, Baron Prokesch, regelmäßig beiwohnt, wie man vermuthet, die Zollfrage betreffen. In Handelskreisen neigt man sich, wie der „C. Z. f. S." geschrieben wird, sehr der Ansicht zu, daß ungeachtet der erbitterten Fehde der Zeitungen, die Diplomaten der beiden größten deutschen Staaten Alles zum Besten der beiderseitigen Zollen Nachbarschaft ohne viel Lärmen und Geschrei durchführen und pflichtlich mit dem fertigen Resultate hervortreten werden. — Dem Vernehmen nach hat die österreichische Regierung die Punktationen wegen Abschließung des Postvertrags von Seite Frankreichs mit dem österreichisch-deutschen Postvereine, worüber jetzt in Paris verhandelt wird, definitiv angenommen und genehmigt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ratification auch von den übrigen Vereinsregierungen erfolgt, so daß der neue Vertrag mit dem 1. Januar 1853 in Wirksamkeit treten dürfte. — Die neue Organisirung der Polizeibehörden für das Lombardisch-Venetianische ist bereits erschienen. Einer Direction werden die sämmtlichen Provinzialkommissariate, die bisher ausschließlich von den Delegationen abhingen, untergeordnet werden. An die Stelle der Assisten und Secretäre werden fünf Polizeiräthe bestimmt. — Die Ernennung der Präsidenten für sämmtliche 11 siebenbürgische Landesgerichte ist erfolgt, und man glaubt, daß die Wirksamkeit der neuen Gerichtsbehörden Mitte October oder spätestens Anfangs November beginnen werde. — Heute früh passirte der Kaiser auf seiner Reise nach Pordenone die Höhe von Opcina nächst Triest. Seine Rückkehr nach Wien wird am 4. Nov. erwartet. — Der Bauplan der Eisenbahn von Treviso bis zum Tagliamento hat die Zustimmung des Handelsministeriums erhalten. Die Ausführung des Baues wurde in zwei Sectionen getheilt. Die Arbeiten müssen in 20 Monaten vollendet sein, wonach also die Eröffnung dieser Bahn im Laufe des Jahres 1854 zu gewärtigen ist.

* **Berlin**, 9. Oct. Der zwischen Oesterreich und Bayern abgeschlossene Donauschifffahrtsvertrag vom 22. Juni 1852, sowie namentlich der zwischen Oesterreich, Bayern und Sachsen abgeschlossene Vertrag wegen gemeinsamer Ausstellung solcher Consuln, welche die Unterthanen der drei genannten Staaten in den betreffenden Handelsplätzen des Auslandes vertreten sollen — diese Verträge möchten mehr als alles Andere geeignet sein, denjenigen, welche sich noch immer mit der trügerischen Hoffnung schmeicheln, daß Bayern und Sachsen sich Preußen wieder annähern würden, die Schuppen von den Augen fallen zu lassen. Bayern und Sachsen sind auf letztern Vertrag mit Oesterreich eingegangen, während sie noch Mitglieder des Zollvereins sind! Das spricht zu laut und deutlich, als daß man sich noch länger über die eigentlichen Bestrebungen dieser beiden Staaten einer Täuschung überlassen konnte.

* Die Darstellung hiesiger Blätter, wonach in den Symphonievertrag die gegenwärtig eingetretene Eventualität mit deutlichen Worten berücksichtigt sei, wird nunmehr auch von andern norddeutschen Zeitungen bestätigt, was hier einen erfreulichen Eindruck gemacht hat. Von Hannover möchte daher auch nicht vorausgesetzt werden können, daß es den mit Preußen abgeschlossenen Vertrag geradezu brechen werde.

*h **Gotha**, 10. Oct. Die letzte Nummer der „Gothaischen Zeitung" enthält folgende Nachricht. „Wie wir vernehmen, findet in diesen Tagen eine Conferenz der Regierungsbevollmächtigten des Großherzogthums Weimar und der schwarzburgischen Fürstenthümer behufs der Regelung der Competenz der Schwurgerichte resp. der Beschränkung dieser Competenz auf wichtigere Straffälle in Weimar statt. Weimar ist durch den Ministerialvorstand des Justizdepartements, sowie durch den Appellationsgerichtsrath Rebling aus Eisenach, Rudolstadt durch den Geheimenrath Bertrab, Sondershausen durch den Regierungsrath Bley vertreten. Auch Altenburg und Meiningen haben Deputirte zu dieser Conferenz gesendet; von Gotha ist der Regierungs- und Justizrath Kopp in Weimar anwesend. — Nach dem neuesten Rechnungsnachweis der hiesigen Lebensversicherungsbank betrug am 1. d. M. die Zahl der Versicherten 17,880, die Versicherungssumme 27,842,900 Thlr., von ersteren waren seit dem 1. Januar d. J. 1100 mit einer Versicherungssumme von 1,514,500 Thlr. zugegangen, die Einnahme von Prämien und Zinsen betrug seit dem 1. Januar d. J. 860,000 Thlr., die Ausgabe für 244 Sterbefälle 394,100 Thlr., die verzinslichen Ausleihungen belaufen sich auf 6,550,000 Thlr., der Bankfonds beträgt 6,800,000 Thlr.

* **Paris**, 9. Oct. Gestern Nachmittag hat der Prinz-Präsident in Bordeaux die verschiedenen städtischen Anstalten in Augenschein genommen und dann in der Mairie die Autoritäten zum Diner um sich versammelt. Abends war Festball im großen Theater: die Außenseite des Gebäudes prachtvoll illuminirt und mit Fahnen geschmückt; der Saal selbst, einer der schönsten der Welt, mit Lichtern, Blumen und anderm Schmuck verschwenderisch ausgestattet. Die Toilette der Damen in reichlich Goldstoff empfingen den Prinzen mit wehenden Tüchern und die Musik hatten wieder von dem enthusiastischen Vive l'Empereur! und Vive Napoléon III.! der Ballsäle, das sich eben so stürmisch beim Weggehen Ludwig Napoleons wiederholte.

Heute heißt es in Paris, es werde das schon vor Beginn der Reise in Paris festgestellte Programm pünktlich befolgt werden; der Prinz-Präsident lehne demzufolge die von einigen Städten an ihn ergangenen Einladungen ab und werde schon am 15. und nicht, wie es hieße Tage hieß, früher seinen Einzug in Paris halten. Ueber die Einberufung des Senats verlautet noch nichts Bestimmtes.

Auch über das Marseiller Complott verlautet noch nichts Näheres; daß die im Pyrde-Dôme bewerkstelligten Verhaftungen mit demselben zusammenhängen sollen, ist schon berichtet. In Lyon sind ebenfalls Arrestationen vorgenommen worden, aber schon während der Anwesenheit des Prinz-Präsidenten daselbst, also vor Entdeckung jenes Complotts, mit dem sie deßhalb wohl nichts zu thun haben werden. Ueberdies sind viele der in Lyon Verhafteten bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Prinz Hieronymus Bonaparte, der Präsident des Senats, ist ebenfalls vorgestern von Paris in Bordeaux angekommen; ebenso der Minister v. Persigny.

General Lawoestine hat durch Tagesbefehl den Nationalgarden des Seinedepartements die Anzeige gemacht, daß sie zum Empfang des Prinz-Präsidenten bei dessen Rückkehr nach Paris aufgerufen werden würden.

Die Glückwunsch- und Kaiseradressen der Municipalräthe und anderer Corporationen, sowie der Landgemeinden in den verschiedenen Departementen sind noch fortwährend im Zunehmen begriffen.

ch **Madrid**, 4. Oct. Heute ist der Geburtstag des Königs Franz und aus diesem Anlaß feierlicher Handkuß im Palast. — Der Marquis Riario Sforza, Gesandter Neapels an den Höfen von Spanien und Portugal, ist von Lissabon, wo er seine Creditive überreicht hat, hierher zurückgekehrt. — Der „Heraldo" und die vier mitangeschuldigten Blätter „Diario", „Esperanza", „Epoca" und „Constitutionnel" sind heute von der Jury von der vom Staatsanwalt gegen sie erhobenen Anklage freigesprochen worden; der Proceß wurde bei verschlossenen Thüren geführt. Nicht unwahrscheinlich, daß nun die Regierung diese Blätter suspendiren wird.

†† **Neuyork**, 25. Sept. Der Präsident Fillmore hat den neuen Gesandten von Peru officiell empfangen und seine Rede verbürgt,

daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Republiken keine Unterbrechung erleiden werden. Der Präsident hat ebenso den neuen Gesandten von Brasilien empfangen. — In Boston hat man dem Herrn Thomas Baring zu Ehren ein Bankett gegeben und dieser hierbei Anlaß zu der Erklärung genommen, daß sein Besuch mit den politischen Angelegenheiten der Union gar nichts zu thun habe. Auch die Kaufleute in Newyork wollen dem berühmten Finanzmann ein Festmahl geben. — Billy Bowlegs, das erbliche Haupt des Stammes der Seminole-Indianer, ist mit einigen andern Häuptlingen und einem Dollmetscher hier eingetroffen. — Die Legislatur von **Canada** hat eine Adresse an die Königin votirt, ihr zu danken für den Schutz, welchen sie gemäß den Bestimmungen des Vertrags von 1818 den Fischereien der Colonie hat angedeihen lassen.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

V.

Köln, 8. Oct. Heute wurde vor dem Geschwornengericht die Vernehmung des Angeklagten Röser fortgesetzt. Auf die Frage, ob die Spaltung in Köln eine rein persönliche oder principielle gewesen sei, erklärt der Angeklagte, eine Spaltung aus Meinungsverschiedenheit; Schapper und Willich hätten losschlagen, Marx nur das Princip des Communismus zur Geltung bringen wollen. Der Präsident bemerkt, dieser angeblichen friedlichen Propaganda, die man vorschützen wolle, widersprächen mehrere Urkunden. Das Statut der Kölner Centralbehörde vom 1. December 1850 erklärte als Zweck des Bundes: alle Mittel der Propaganda und des politischen Kampfes bis zur Zertrümmerung der jetzigen Gesellschaft. Angeklagter: Die communistische Revolution wird von selbst eintreten, die Proletarier sollten nur für die eintretenden Zustände befähigt werden. Gewalt lag außer dem Zweck. — Procurator: Es scheint vielmehr, daß die Propaganda nur Mittel zum Zweck, der Zweck selbst die Zertrümmerung der Gesellschaft gewesen ist; die Ansprache vom März 1850, deren Manuscript Sie selbst an Nothjung geschickt, sagt im Eingang: 1848 und 49 bewährte sich der Bund in den Bewegungen, auf den Barrikaden, auf den Schlachtfeldern. Dann heißt es ferner: Es versteht sich von selbst, daß bei allen blutigen Conflicten die Proletarier, wie früher, mit den republikanischen Bourgeois gehen, um nachher des Sieges sich zu versichern. Man müsse vor und nach dem Kampfe der Abwiegelung entgegenwirken. Weit entfernt, die Rache an Personen und Häusern zu hindern, müsse man vielmehr solche Exempel selbst in die Hand nehmen. Um den Kleinbürgern entgegenzutreten, müsse das Proletariat mit Büchsen und Flinten bewaffnet sein. Ist das auch friedliche Propaganda? — Antw. Es gelte nur in eintretenden Fällen der Bürgerwehr eine wahre Volkswehr entgegen zu stellen. Uebrigens wäre es ja klar ausgedrückt, daß man noch 30 bis 40 Jahre Propaganda machen müsse, bevor man an Einführung des Communismus denken könne.

Präsident. Im Statut vom Juni 1850 heißt es, man dürfe sich nicht mit der Lauheit im Volke entschuldigen, die Revolution müsse wieder heraufgerufen werden. Statt den beifallklatschenden Chor der Bourgeois zu machen, müßte das Proletariat eine selbstständige Macht bilden. Es mußte jedoch den Kampf mit den Bourgeois machen, um sich selbst eine Position zu verschaffen. — Röser. Die Statuten galten nur provisorisch zur Erhaltung der äußeren Form des Bundes, den der Congreß definitiv entwerfen sollte. — Präsident. Dieses scheint auch nicht wahr. Erst am 15. December wurden die Statuten aufgehoben und die Centralbehörde mit Anfertigung neuer beauftragt, sie mußten also bis dahin gegolten haben. Uebrigens scheint der Bund auch früher bestanden zu haben. — Röser. Er war aufgelöst. Moll's Bemühungen hatten kein Resultat, nur traten Mitglieder der alten Centralbehörde zugleich in die neue. — Präsident. Auch Sie scheinen Mitglied der alten gewesen zu sein, wie kam es sonst, daß Sie, ein einfacher Arbeiter, 1848 gleich an die Spitze verschiedener Vereine gewählt wurden; dazu bedurfte es doch besonderer Unterstützungen. — Röser. Erst später geschah dieses in Folge meiner Thätigkeit.

Der Präsident hebt noch mehrere Stellen hervor, welche auf gewaltthätiges Eingreifen hindeuten, — der Angeklagte gibt diesen theils eine andere Deutung, theils behauptet er, daß nur von der Zeit nach der Revolution der Bourgeois-Republikaner die Rede sei. Auch sei ja nicht gesagt, daß die Proletarier, die den Kampf schlagen sollten, nothwendig Mitglieder des Bundes sein müßten. — Präsident. Freilich mögen viele im Bunde sein, die lieber andere in den Kampf schicken, als selbst vorgehen. Im Februar 1851 wurde in London das Jahresfest der französischen Revolution gefeiert, bei welchem Blanqui einen Toast sprach. Der Präsident läßt denselben verlesen. Blanqui warnt darin vor den verkappten Bourgeois Louis Blanc, Ledru Rollin, und Lamartine. Er schlägt darin allgemeine Entwaffnung der Bourgeois und Bewaffnung des Proletariats vor. Dann heißt es u. a.: „Eisen gibt Brod" u. s. w. Der Präsident bemerkt, daß derselbe als Unterscheidungszeichen der Marx'schen Partei abgedruckt und versandt worden sei. Der Abdruck, der vorliegt, hat eine Einleitung gegen die Schapper-Willich'sche Partei, die von Becker sein soll. Im Juni 1850 erließ die Schapper-Willich'sche Partei eine Ansprache, welche die Absicht gehabt zu haben scheint, jenen Toast an Entschiedenheit noch zu übertreffen; er wird verlesen und enthält Verhaltungsregeln vor, während und nach der Revolution; jene ist von Oswald Dietz verfaßt und trägt die Ueberschrift: Der Congreß an den Bund. Sie wird verlesen. Es wird darin vorgeschlagen: Statistische Mittheilungen über Vorräthe, Waffenniederlagen und Kassen, Bestrafung der Verräther, Proscriptionslisten, Revolutionstribunal, Volksheere mit Offizieren aus dem vierten Stand, Erziehung der Kinder durch den Staat, Einziehung der Fabriken, Organisation der Arbeit, bewaffnete und militärisch organisirte Staatsarbeiter, Zwangsanleihen von jedem Vermögen über 5000 Thaler, neues Papiergeld, Vernichtung aller alten Staatsschuldscheine, Einziehung der Communicationsmittel durch den Staat. Der Angeklagte erklärt, diese Urkunde nicht zu kennen, und bittet um deren Abschrift. Er leugnet jede Verbindung zum Zweck der Bewegung in außerdeutschen Staaten. Der Präsident läßt einen Bericht verlesen aus der Zeit vor der Spaltung in London, worin berichtet wird über den Stand der Angelegenheiten in Belgien, in Paris, über die Anknüpfungen mit schleswig-holsteinischen Offizieren. Der Angeklagte erklärt, diese Urkunde nicht zu kennen und hält sie für gefälscht; im andern Fall wäre es eine leere Renommage der Mitglieder der Minorität in der frühern Centralbehörde in London. Von Briefen aus der Schweiz, welche die Vereinigung wieder herstellen sollte, sowie von einem Verein in Berlin will er nichts wissen. Es wird ein Schreiben eines Vereins in Berlin an die Centralbehörde aus der Zeit des Belagerungszustands verlesen, worin man ersucht, von der Einsendung der halben Beiträge entbunden zu werden, da man noch sehr viel Geld für Waffen und Munition bedürfe. Nach Angabe von Röser war die Aufgabe der Emissäre, mit bestehenden Kreisen und Gemeinden die Verbindung wieder anzuknüpfen; neue zu bilden erforderte für sie zu viel Zeit und Geld.

Der Präsident verliest die Vollmacht für Nothjung, von Bürgers und Röser unterzeichnet; er wird darin für befugt erklärt, alle ihm gutscheinende Anordnungen zu treffen. Nach Röser beziehe sich das nur auf Gliederung des Bundes, Angabe von Adressen u. s. w. Nothjung habe Ansprachen mit nach Leipzig genommen, Otto nur Adressen. Die Emissäre will er sonst nicht nennen. — Fr. Ist Bürgers im Auftrage des Bundes gereist? — Antw. Nein. — Fr. Auch Becker nicht? — Antw. Noch weniger, er war nicht Mitglied. Im Arbeiterverein will er 1848 keine Propaganda für Communismus gemacht haben, da ihm dieser damals selbst noch nicht klar gewesen sei. Der Arbeiterbildungsverein soll sich nur mit wissenschaftlichen Vorträgen befaßt haben. In dem Cigarrenarbeitercongreß will er nur in Hamburg einmal als Stellvertreter präsidirt haben, sonst stehe er in keiner Beziehung zu ihm. Der Verein befasse sich nur mit Unterstützungen bei Krankheits-, Sterbe- und andern Vorfällen. Einen Brief von ihm an Lasalle, worin er sagt, daß er im Auftrage der Cigarrenarbeiter eine Reise den Rhein hinauf machen müsse, will er nur als Vorwand geschrieben haben, um eine Einladung des Lasalle abzulehnen. Der Präsident hält ihm vor, daß man die Arbeiter sogar laut dem Statut der Religion entfremden wollte. Röser sucht sich durch den Kosmos von A. v. Humboldt zu rechtfertigen. Von Plakaten, an Offiziere und Soldaten versandt, wisse er nichts. Er selbst habe aus der Bundeskasse keine Gelder gezogen, trotzdem, daß er durch Krankheit in große Noth gerathen sei.

Börsenberichte.

Frankfurt, 10 Oct. Das Hauptaugenmerk der Speculation bleibt fortwährend auf 1pCt. spanische Fonds gerichtet; ebenso wie an der gestrigen Pariser Börse ($25\frac{3}{4}$) nahmen dieselben heute auch hier bei überaus belebtem Geschäft einen bedeutenden Aufschwung; der Cours eröffnete zu 25 pCt., stieg rasch auf $25\frac{1}{2}$ pCt., ging zurück auf $25\frac{7}{16}$, $\frac{3}{8}$ pCt. und schloß zuletzt wieder sehr fest $25\frac{5}{8}$ pCt. G. 3pCt Inländische dagegen scheinen vorerst ganz vergessen, dieselben blieben wie gestern $45\frac{3}{4}$ à $\frac{7}{8}$ pCt. ohne vielen Handel. Auch österreichische Fonds waren mehr beliebt, 5pCt. Metall. $80\frac{3}{4}$ pCt, $4\frac{1}{2}$pCt. $71\frac{5}{8}$ pCt. per Cassa, auf Lieferung per Ultimo dieses Monats $71\frac{7}{8}$ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. $87\frac{3}{8}$ à $\frac{1}{2}$ pCt.; Wiener Bankactien 1367 fl. In sämmtlichen übrigen gangbaren Papieren war wenig Handel und Variation.

Berlin, 9. Oct. Staatsch. $93\frac{3}{4}$ Brf., $93\frac{1}{4}$ G. — Köln-Minden $111\frac{1}{2}$ Brf., $110\frac{1}{2}$ G. — Fr.-W.-Nordb. $40\frac{1}{2}$ à 40 bez.

Paris, 9. Oct. $4\frac{1}{2}$pCt. Rente 105, 70. — 3pCt. 79. 25. — Neapol. —. — Neue 5pCt. Oesterr. 94, $\frac{1}{4}$. — Spanische neue Diff. $25\frac{7}{8}$, 26. — Neue 3pCt. $50\frac{1}{8}$, 50. — Innere Schuld 46, $45\frac{7}{8}$. — Passive —. — Bankactien 2820. — Piemont 5pCt. 98. — Römisches Anlehen Juni 1850 $98\frac{1}{2}$. — do. 1850 $99\frac{1}{4}$. — St. Germain-Eisenbahn 1132, 50. — Versailles, linkes Ufer 322, 50. — Straßburg-Basel 330. — Nordbahn 757, 50. — Paris-Straßburg 778, 75.

An der heutigen Börse hat die steigende Tendenz der Rente merkliche Fortschritte gemacht; auch die meisten übrigen Werthpapiere haben sich in Folge dessen gebessert.

London, 8. Oct. 3pCt. Stocks $100\frac{1}{4}$. — Spanische neue 1pCt. $23\frac{7}{8}$ à $24\frac{1}{4}$.

Madrid, 4. Oct. 3pCt. $47\frac{1}{8}$, n. d. Börse $47\frac{1}{8}$ G., $47\frac{1}{4}$ P. — 1pCt. Neue $25\frac{3}{8}$, n. d. Börse $25\frac{15}{16}$.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschbeit.

[2303] **Kundmachung.**

Von Seiten des kaiserl. königl. österreichischen 1. Feldjäger-Bataillons wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß am 18. October l. J., Vormittags 10 Uhr, in der ehemaligen Droschken-Anstalt, Altgasse Nr. 31, nach anbefohlener Auflösung der Bataillons-Bespannung, 22 Stück gesunde, kriegsdiensttaugliche Pferde an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung veräußert werden.

Frankfurt a. M., den 8. October 1852.

Schulz, m. p., Major,
Bataillons-Commandeur.

Obligationen, Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons werden ge- und verkauft bei

Moritz Budge,

[1670] **Schäfergasse Nr. 1, neben dem Römischen Kaiser.**

[2262] Bei Adolph Krabbe in Stuttgart ist soeben erschienen und zu haben in der *Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkarten-Handlung* in *Frankfurt a. M.*:

Bilder und Geschichten aus dem schwäbischen Leben.

Von

Ottilie Wildermuth.

8. 26 Bogen. Eleg. geb. fl. 2. 30 kr. Rh.

Diese Bilder sind nichts weniger als Dorfgeschichten. Eine geistreiche Frau hat hier eine ganz eigenthümliche Weise gefunden, um das Leben des schwäbischen Volksstammes eben so wahr als munter zu zeichnen. Diese Geschichten, oft bis auf die einzelnsten drolligsten Züge unmittelbar aus dem Leben gegriffen, erscheinen in einer Form, in der Kraft und Tüchtigkeit des Ausdrucks sich aufs glücklichste verbinden, und die heiterste Laune spielt über großer Tiefe des sittlichen und religiösen Gefühls. Die schöne Verknüpfung von Spaß und Ernst, von ächtem Humor und wahrer Empfindung machen diese Bilder zu einer wirklich originellen Erscheinung, in der von den auf die Literatur abfärbenden Schwächen und üblen Launen der Zeit merkwürdig wenig zu spüren ist. Sie werden daher gewiß in den weitesten Kreisen den verdienten Beifall finden.

Anzeige der Vereinsbuchhandlung in Berlin.

In allen Buchhandlungen, in *Frankfurt a. M.* in der *Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkarten-handlung*, ist für 45 kr. zu haben:

Gubitz'

„Volks-Kalender für 1853."

Wer ihn mit sinniger Aufmerksamkeit prüft, wird im Wissenschaftlichen, kernhaft Gemüthlichen und Heiteren, so wie am Reichthum des Bilderschmucks (120 der mannigfachsten Darstellungen nach Zeichnungen von Kaulbach, Schrödter, Herm Weiß, Holbein, Bartsch 2c.), von der Vorzüglichkeit dieses Volks-Kalenders sich abermals überzeugen. [2304]

[2313] In allen Buchhandlungen sind zu haben:

Adelheid von Stolterfoth,

Rheinische Lieder und Sagen. Dritte vermehrte Auflage. Gebunden m. Goldschnitt.
Rthlr. 1. 15 Sgr. od. fl. 2. 36 kr.
Geheftet Rthlr. 1. od. fl. 1. 45 kr.

Alfred. Romantisch-episches Gedicht. Zweite Aufl.
Rthlr. 1. od. fl. 1. 48 kr.

Burg Stolzenfels. Romantische Dichtung.
15 Sgr. od. 54 kr.

[2308] Ein mit der doppelten Buchhaltung und dem Staatspapierfache vollkommen vertrauter Commis kann gegen gutes Salair sogleich eintreten. Franko-Anfragen unter Nr. 2308 befördert die Expedition.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in **Philipp's** Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

Hôtel garni, *27, rue Monthabor à* **Paris.**
in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch [2173]

RICHELIEU-POMADE.

[2199] (Patent.)

Bekanntlich erreichte der Herzog von Richelieu eine sehr hohes Alter, und behielt bis auf den letzten seiner Tage ein frisches blühendes Gesicht ohne Runzeln oder sonstige Veränderungen, welche das Alter mit sich bringt. Dieses frische Aussehen verdankte er einer von Ninon de Lenclos erfundenen Pomade, deren Geheimniß Mad. Delaunay anvertraut wurde. Die Pomade erhält auch die Schönheit der Haare und verhindert, daß sie ausfallen. Die Töpfe kosten 5 Francs und 3 Francs, rue Notre-Dame-des-Victoires No. 44 (franco). **Um jede Fälschung zu vermeiden, ist jeder Topf mit der Unterschrift von Mad. Delaunay versehen.**

[2196] **SIROP**

D'ECORCES D'ORANGES AMERES.

Specialité renomée de Laroze à Paris pour prévenire les vapeures et faire une bonne digestion se vend chez **H. G. v. Oven**, Bleidenstrasse 33. — Prix fl. 1. 30 kr. le flacon.

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen 2c. [2172]

Coupons und Staatspapiere,

An- und Verkauf bei

[1679] **Michael Oppenheimer,** Zeil 47.

[2255] Nachdem der Hofgärtner Johann Heinrich Klein dahier gesetzlich nachgewiesen hat, daß die Actien der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn Nr. 56,703, 56,704, 56,705, 56,706, 56,711, jede über 100 Rthl. mit den dazu gehörigen Dividenden seit August 1849 in seinem Besitz gewesen, später aber, wie er im Monat Juni d. J. entdeckt habe, wider seinen Willen ihm abhanden gekommen seien, so werden nunmehr nach Maßgabe des § 29 des Statuts der Gesellschaft der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn und nach Analogie des § 6 der Verordnung vom 18. December 1823 die jetzigen Inhaber dieser Actien öffentlich aufgefordert, sich unter deren Vorlegung vor dem Ablauf von

drei Monaten

vom Tage der zweiten Einrückung dieser Bekanntmachung, bei der Direction der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn dahier zu melden, widrigenfalls Duplicatscheine ertheilt und an deren Besitzer die Zahlung der Dividenden stets zwei Jahre nach eingetretener Fälligkeit wird geleistet werden, sofern nicht inzwischen die Original-Actien zur Vorlage kommen.

Cassel, den 28. September 1852.

Kurfürstliches Stadtgericht.
Kraushaar. vdt. Mollier.

[2193] **Decret**

in Sachen

der Herzogl. Brandversicherungskasse vertreten durch die Herzogl. Receptur zu Eltville, Impetrantin,

gegen

Johann Schlosser von Kiedrich, Impetraten, wegen Arrestes.

Dem unbekannt wo abwesenden Johann Schlosser von Kiedrich, welchem die Einsicht der seitherigen Verhandlungen in der Amtsregistratur gestattet ist, wird eröffnet, daß auf Antrag der Impetrantin wegen ihrer behaupteten und hinlänglich bescheinigten Forderung von 669 fl. 50 kr. seine in der Kiedricher Gemarkung gelegenen Grundstücke durch Verfügung vom 24. Mai l. J. mit Arrest belegt worden sind und ihm jede Veräußerung dieser Grundstücke untersagt worden ist.

Zur Rechtfertigung des Arrestes und Verhandlung darüber wird für beide Theile Termin auf

Samstag den 6. November l. J.,
Morgens 8 Uhr,

anberaumt, unter der Ankündigung der Rechtsnachtheile der Aufhebung desselben für die Impetrantin und die Bestätigung der Arrestanlage für den Impetraten. Alle ferneren Decreturen sollen nur durch Anschlagen an das Gerichtsbrett insinuirt werden.

Eltville, den 23. September 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Westerburg.

Mühle- und Feldguts-Versteigerung.

Die zur Concursmasse des verstorbenen Müllermeisters Johannes Zeh in der Mordach bei Niederramstadt gehörige Mühle nebst den in Niederramstädter Gemarkung gelegenen Feldgütern werden

Montag den 18 October l. J.,
Vormittags 10 Uhr,

nochmals auf dem Gemeindehaus zu Niederramstadt versteigert und Kaufliebhaber hierzu mit dem Anfügen eingeladen, daß, falls die Taxation erreicht wird, der unbedingte Zuschlag ertheilt werden wird.

Am nämlichen Tage, des Nachmittags 3 Uhr, findet die Versteigerung des zur Masse gehörigen, in Frankenhäuser Gemarkung gelegenen Waldes bei Großherzogl. Bürgermeisterei zu Obermodau statt.

Reinheim, den 27. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
[2241] Kleinschmidt. Neuling.

[2243] **Edictalladung.**

Nachdem über das Vermögen der Wittwe des J. Dotzheimer dahier der Concursproceß rechtskräftig erkannt worden ist, so wird zur Anmeldung dinglicher, sowie persönlicher Ansprüche gegen dieselbe Termin auf

Donnerstag den 21. October l. J.,
Morgens 8 Uhr,

anberaumt, bei Vermeidung des Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der Masse.

Wiesbaden, den 20. September 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Eiffert.

[2144] **Ladung.**

In Klagsachen des hiesigen Handelsmannes und Gastwirths Johann Georg Schülein, gegen den hiesigen Bürgerssohn Johann Lorenz Weydt, Forderung von fl. 439. 35 kr. nebst Zinsen und Kosten betreffend, wird der Beklagte, dessen gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt ist, hiermit aufgefordert, sich

binnen sechs Wochen

auf die erhobene Klage zu erklären, bei Vermeidung, daß er als des Inhaltes der Klage geständig erachtet, mit etwaigen Einreden ausgeschlossen und der Klagbitte gemäß verurtheilt, auch die weiter ergehenden Verfügungen anstatt der Mittheilung an ihn lediglich an der Gerichtstafel angeheftet werden sollen.

Frankfurt a. M., den 15. September 1852.

Stadt-Gericht I.
Schöff u. Senator Dr. Gwinner, Director.
Dr. Dietze, Secr.

[2194] **Oeffentliche Ladung.**

Alle, welchen Erb- und sonstige Ansprüche an den Nachlaß des am 22. December 1851 zu Bendorf verstorbenen hiesigen Bürgerssohnes Johann Jacob August Krug zustehen, haben solche

binnen zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte ordnungsmäßig anzumelden oder gewärtig zu sein, daß dieser Nachlaß an die ausgetretenen zum Theile auswärts wohnenden Intestat-Erben ohne Sicherheitsleistung verabfolgt werde.

Frankfurt a. M., den 22. Sept. 1852.

Stadtgericht II.
Schöff Dr. Diehl.
Dr. Eyssen, 1r Secr.

[2280] **Bekanntmachung.**

Die Schuldner des insolventen hiesigen Bürgers und Handelsmanns H. Böhringer jun. werden hiermit aufgefordert, die schuldigen Beträge bei Vermeidung nochmaliger Zahlung an Niemanden als an den bestellten Massepfleger Herrn Dr. jur. Belz zu entrichten. Frankfurt a. M., 1. Oct. 1852.

Stadt-Gericht I.
Dr. Wolff.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 243.) 11. October 1852.

Deutschland.

=* **Frankfurt**, 10. Oct. Zur bevorstehenden Verhandlung in Paris mit der französischen Postverwaltung über den Postvertrag Frankreichs mit dem deutsch-österreichischen Postverein, sind die Bevollmächtigten der Vereinsstaaten hier eingetroffen und werden sich in einigen Tagen nach der französischen Hauptstadt begeben. Von österreichischer Seite ist der Sectionsrath Löwenthal, von Preußen der Geh. Postrath Meßner, von Bayern der Generaldirector der Verkehrsanstalten Baron Brück, von Baden der Director der Posten und Eisenbahnen Freiherr v. Reizenstein unter den Angekommenen. Die fürstlich Thurn und Taxische Postverwaltung wird in Paris durch den Generalpostdirectionsrath Müller vertreten werden.

* **Frankfurt**, 11. Oct. Mit großer Spannung sieht man dem Anfang der in wenigen Tagen stattfindenden Wahlen für die gesetzgebende Versammlung entgegen, wohl wissend, daß die diesjährige Zusammensetzung dieses Körpers aus mehrfachen, sehr nahe liegenden Gründen, für die Verhältnisse unserer Vaterstadt von der größten Wichtigkeit sein wird. Nachdem die von der Gothaer Partei versuchte Zusammenwirkung mit der Demokratie vermittelst einer von beiden Parteien gemeinsam aufzustellenden Wahlliste nicht zu Stande gekommen ist, indem die Demokratie sich jeder Betheiligung bei den Wahlen enthalten wird, dürften die Gothaer, welche durch den Ausschluß der Juden einen großen Theil der ihnen zur Verfügung stehenden Stimmen verlieren, wenig Aussicht zu einigem Erfolg haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der sehr thätige Reformverein (die streng-conservative Partei) die Majorität der nächsten gesetzgebenden Versammlung bilden. — Morgen Nachmittag wird eine öffentliche Sitzung der gesetzgebenden Versammlung stattfinden. — In der gebeimen Sitzung am v. d. M. sollen die Herren Schoffen Harnier und Müller kräftige Verwahrung gegen den von Herrn Dr. Jucho eingebrachten Antrag auf Oeffentlichkeit der Verhandlung eingelegt haben.— Wie man vernimmt, hat sich der Senat für die Erwerbung des großen Bleichgartens hinter dem Theater zur Errichtung eines neuen Schulhauses entschieden. Der Kaufpreis des Platzes beträgt 9,000 fl. Man glaubt, daß der Bürgerausschuß diesem Beschluß beitreten werde.

Der k. k. österreichische General v. Schmerling und der königl. preußische General v. Herwarth sind wieder hier angelangt und haben ihre Commandos wieder übernommen. — Der Bevollmächtigte hiesiger freien Stadt bei den Zollvereinsverhandlungen in Berlin, Herr Schöff Cöster, befindet sich wieder hier.

* **Frankfurt**, 11. Oct. Die „Neue Münchener Zeitung" vom d. M. enthält das Verzeichniß derjenigen Landwirthe des Königreichs Bayern, welche bei der Feier des Centrallandwirthschaftsfestes im Jahr 1852 mit Preisen bedacht worden sind. In demselben befindet sich auch der Name des Freiherrn Karl v. Bethmann, welcher als Gutsbesitzer zu Fechenbach mit der großen silbernen Preismedaille nebst Ehrendiplom ausgezeichnet worden ist.

Aus Westfalen, 9. October. In den zu der Grafschaft Rietberg gehörigen Dorfe Rödinghausen, dessen Gemeinde meistbin auch ihre streng kirchliche Richtung bekannt ist, hat sich vor kurzem eine sogenannte altlutherische Gemeinde gebildet, die aus unter 20 bis 25 Familien bestehen mag. Der Pastor Wermelskirchen in Erfurt, dessen Sprengel diese unmittelbar an der hannoverschen Grenze belegene Gemeinde durch das Kirchenvollegium zu Lübbecke zugetheilt wurde, hat dieselbe in die altlutherische Kirche Preußens aufgenommen und die ersten gottesdienstlichen Einrichtungen bei ihr getroffen. Anfänglich war der gedachte Prediger zur Einrichtung eines Taufaets herüber gekommen, konnte denselben aber nicht vollziehen, weil vor diesem Beginne ein Gensdarm kommen und dem Pastor erklärte, daß er den Befehl habe, ihm die Amtshandlung zu untersagen; wolle derselbe sich aber nicht fügen, so sein Befehl weiter dahin, die Taufe freilich nicht zu stören, die Beendigung ihrer jedoch den Prediger zu verhaften und zu Amtmann in Bünde zu transportiren. (W. Z.)

* **Münster**, 6. Oct. Nachstehendes ist der Wortlaut der vom hiesigen Provinziallandtage in der Jesuitenangelegenheit an Se. Maj. den König gerichteten Adresse:

Allerdurchlauchtigste rc. rc. Der Ministerialerlaß vom 16 Juli d. J. unterjagt das Studium der Theologie im Collegium germanicum und in der Propaganda zu Rom, sowie auch auf Anstalten der Jesuiten ohne vorherige Erlaubniß; — desgleichen wird in demselben Erlaß ausländischen Geistlichen und Jesuiten, welche auf von Jesuiten geleiteten Anstalten gebildet sind, die Niederlassung in Preußen verboten. — Es ist dies geschehen, nachdem bereits durch einen Erlaß vom 25. Februar 1851 Mißtrauen gegen die katholischen Missionäre kundgegeben und eine Beaufsichtigung ihrer Predigten, sowie ein Einschreiten gegen dieselben angeordnet worden, für den Fall, daß sie die öffentliche Ruhe gefährden sollten. Die katholischen Missionäre, welche durchaus unter Aufsicht der Bischöfe stehen, und diesen zu gehorsamen verpflichtet sind, — sind meistens Jesuiten. Der gegen sie ausgesprochene Argwohn hat sich in keiner Weise bestätigt. Sowohl den katholischen als auch den evangelischen Mitgliedern unserer Versammlung ist nicht das Geringste bekannt geworden, wodurch ein solches Mißtrauen gerechtfertigt werden könnte. Es lehren die Missionäre die reine, unverfälschte Lehre der katholischen Kirche, durch sie dringt das Wort Gottes in die Herzen. Unrecht wurde gethan, Entwendetes wurde zurückgegeben und der Eidorfam gegen die von Gott gesetzte Obrigkeit wurde als ein unerläßliches Gebot Gottes eindringlich den Herzen eingeprägt. Bei solchen Thatsachen ist es wirklich ganz unerklärlich, wie eine weitere Verordnung vom 22. Mai d. J. eine segensreiche Wirksamkeit der Missionäre in jenen katholischen Gemeinden unterjagen kann, welche sich zerstreut zwischen evangelischen Confessionsverwandten vorfinden. Durch solche Erlasse wird ein Mißbehagen und eine Unzufriedenheit unter der katholischen Bevölkerung der Provinz hervorgerufen, welche eben so begründet, als beklagenswerth sind, daher nothwendig der Amtmannshause Ew. königl. Majestät nicht vorenthalten werden dürfen. Sowohl der westfälische Friede, welcher nach 30jährigen religiösen und politischen Wirren ihre im Staate geschlossen wurde, in welchem Ew. königl. Majestät Provinzialstände sagen, als auch die deutsche Bundesacte und die neueste von Ew. königl. Majestät sanctionirte Verfassungen kanten in Preußen sichern der katholischen Kirche ihre Rechte und Freiheiten, sowie auch den Schutz Ew. königl. Majestät. Die allerunterthänigst unterzeichneten Provinziallstände von Westfalen bitten in treuliger Erinnerung an Ew. königl. Majestät glorreichen Vorfahr König Friedrich den Großen, welcher ebenfalls die Jesuiten gegen die damaligen Verfolgungen in Schutz nahm: Ew. königl. Majestät wollen allergnädigst der katholischen Kirche in ihren Rechten und in ihrer fernern Entwickelung Schutz und Asylum gewähren, und die gegenwärtigen Erlasse, sowie die etwa vorhandenen ähnlichen Verordnungen, worauf sich jene stützen wollen, und welche mit den vorbenannten organischen Gesetzen in Widerspruch stehen, fernerhin für ungiltig erklären. — Zwei Separatvota mehrerer Mitglieder erlauben wir Ew. königl. Majestät beizufügen. Münster, den 30. Sept. 1852. Mit ersterben rc. rc.

‡ **Aus Posen**, 7. October, wird uns mitgetheilt: Als gestern Nachmittag die aus dem Oesterreichischen zu uns gekommenen Jesuiten, Antoniewicz und Baczynski, im Begriff waren, den Gottesdienst vor einer zahlreich versammelten Zuhörerschaft in der hiesigen Dominikanerkirche abzuhalten, wurde ihnen plötzlich die Verrichtung von Amtshandlungen durch ein Oberpräsidialverbot untagt, und die versammelten Andächtigen mußten sich mit dem gewöhnlichen Gottesdienst begnügen. Daß dies Ereigniß außerordentliches Aufsehen, besonders unter den Katholiken macht, begreift sich, zumal unser Erzbischof der Jesuitenprocession in Person geleitet hat.

△ **Hanau**, 10. Oct. Staatsprocurator Schüler in Kassel, auf den die letzte Oberbürgermeisterwahl gefallen ist, hat in einem Schreiben an den Vorsteher des Bürgerausschusses abgelehnt. Danach muß zu einer weitern Wahl, — der vierten seit Erledigung der Stelle, geschritten werden. Auch das Oberbürgermeisteramt in Marburg ist seit längerer Zeit unbesetzt, da die bis jetzt vorgenommenen Wahlen von der Regierung nicht bestätigt worden sind.

Rostock, 5. Oct. Wie der „Norddeutsche Correspondent" meldet, hat der Großherzog die gegen den vormaligen Postrevisor Wohler bei dem Criminalcollegium in Büzow anhangige Untersuchung niedergeschlagen. Der Untersuchung bezog sich bekanntlich auf Woh-

lers Theilnahme an der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt und am Stuttgarter Rumpfparlament.

Schweiz.

△ **Lausanne**, 9 Oct. Die Anhänger des Herrn James Fazy verzweifeln noch nicht an einem nochmaligen Siege des Mannes, der seit 6 Jahren die jetzt ultrademokratische Republik Genf fast unbeschränkt regiert. Diese Thatsache setzt eigenthümliche Talente und schlaue Gewandtheit voraus. Auch scheint die Coalition zwischen Liberal-Conservativen und Demokraten wegen der Verschiedenheit des Princips keine dauerhafte werden zu wollen. Endlich sind die drei Hauptführer der Opposition, Borbier, Pons und Röfinger wenig homogene Kräfte. Die beiden ersten waren früher Fazy's Freunde, lassen daher im Gedanken an manchen liegende persönliche Vorfälle Raum, der dritte aber, ein geborener Neuenburger, 1831 in seiner Heimat zum Tode verurtheilt und in den Festungen Ehrenbreitstein und Wesel gesessen, hat seine Eigenschaft als Nicht-Genfer und seine politische Ueberspannung gegen sich. — Aus unserer französischen Nachbarschaft vernehmen wir mit heutiger Post einige Verstimmung des Elysee über einen mysteriösen Toast, den Hr. Dupin bei einem Bankett im Nievredepartement ausbrachte, und die Ausweisung des Ermontagnards Lagrange aus Belgien, der die famosen Artikel der „Nation" geschrieben haben soll.

Aus der Schweiz, 9. Oct. Der Voranschlag der schweizerischen Bundesbehörden über Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1853, wie er aus dem Beschlusse der beiden gesetzgebenden Räthe im August d. J. hervorgegangen, ist nun im Druck erschienen. Die Bilanz stellt die muthmaßlichen Einnahmen auf 12,450,000 Fr., die muthmaßlichen Ausgaben auf 11,850,855 Fr., Vorschlag des Verwaltungsbudgets pro 1853 599,145 Fr. Der muthmaßliche Vermögensbestand auf 3. Dec. 1853 stellt sich bei 10,099,368 Fr. 13 C. Activa, und 2,917,200 Fr. 65 C. Passiva auf 7,182,167 Fr. 48 C. — Der Sturm am 7. d. M. hat in der Stadt Freiburg nicht weniger als ein Dutzend Schornsteine von den Dächern gerissen. — Die „Liberté democrat." in Genf hat durch ihren Präsidenten Borbier einen Aufruf erlassen, in welchem zum Beitritt zu ihrem Programm eingeladen und zur Bildung von Wahlcomitès und Wahlvorschlägen aufgefordert wird. — Am Mittwoch brotte die Arve zum drittenmal in diesem Jahre über ihre Ufer zu treten. — Für den Bau einer Eisenbahn zwischen den Genfer und Neuenburger Seen (Morges-Yverdon) sind acht Millionen Franken gezeichnet. Es steht somit der Ausführung dieses Unternehmens kein materielles Hinderniß mehr entgegen.

Frankreich.

✱ **Paris**, 8. Oct. Nicht erst Sonntag den 17., sondern wahrscheinlich schon heute oder doch morgen über acht Tage wird Ludwig Napoleon in seine „gute Stadt Paris" wieder einziehen und sein Empfang wird an Pracht und Herrlichkeit Alles überbieten, was man seit den ersten Tagen des Kaiserreichs hier gesehen hat. Kehrte der Prinz von einem Siege von Marengo oder Austerlitz heim, oder mit den Schlüsseln und Spolien eines eroberten Reiches, so könnte die militärische Glanzentfaltung kaum imposanter ausfallen. Ob Ludwig Napoleon als wirklicher Kaiser einzieht, oder ob man die Krone nur in der Perspective sehen will, ist mir sich gleichgiltig, denn das Kaiserreich kommt so gewiß bald, als der „Moniteur der Armee" dieser Tage in einer Extrabeilage das Programm der Krönungsfeierlichkeiten Napoleons und der Kaiserin Josephine in extenso wieder abgedruckt hat, wie es damals, 1804, vom Grafen v. Segur, dem Oberceremonienmeister, aufgestellt wurde. Am Eingang der Brücke von Austerlitz wird für vom Gemeinderath der Hauptstadt ostrirte 40,000 Fr. zum Empfang Ludwig Napoleons eine Triumphpforte erbaut, unweit des Platzes, wo einst die Zwingburg der Bastille die ruhestörische Vorstadt St. Antoin im Schach hielt und wo sich noch eine Säule über dem Boden erhebt, unter welchem die Gebeine der fast vergessenen Julikämpfer modern. Und seltsam genug, manche von denen, welche Karls X. legitimen Thron umstürzen halfen und dann auch wieder den seines Nachfolgers, werden bei dem Einzug des neuen Reichs und seines Trägers, obgleich beide absoluter sind, als jene waren, ihr Heil! rufen. Eine Armee von mindestens 60,000 Mann wird in den Straßen von Paris aufgestellt sein und die 52 Schwadronen, welche die Escorte des Prinzen bilden werden, sind die schönsten der französischen Cavallerie. Der Zug geht über die Boulevards und die elysäischen Felder, von der Bastille an bis zum Bogen der Sternbarriere. Einen Augenblick war von einem andern Weg die Rede am andern Ufer der Seine: über die Quais St. Bernard und Orsey nach dem Invalidendom und dem Märzfeld; dieser Gedanke scheint aber wieder aufgegeben zu sein. — Heute hat Baroche, der Vicepräsident des Staatsraths, die Hauptstadt verlassen, um sich in Angouleme dem Reisezug des Prinz-Präsidenten anzuschließen.

Belgien.

Lüttich, 8. Oct. Ich meldete neulich die Sendung des Herrn Drouet nach Luxemburg, mit dem Auftrage, die durch den Bundesfestungsgouverneur General v. Wedell in Brüssel und dem Haag eingeleiteten Unterhandlungen über den Anschluß der deutschen und belgischen Eisenbahnen bei Saarbrücken durch das Großherzogthum am Orte selbst fortzuführen und zu Ende zu bringen. Ich erfahre, daß die Sendung des Herrn Drouet den erwünschten Erfolg gehabt. Eine Uebereinkunft ist am 5. d. M. in Luxemburg abgeschlossen worden, durch welche beide Regierungen sich gegenseitig verpflichten, die Eisenbahn von Arlon zur preußischen Grenze in dem näher zu bestimmenden Termin, jede für die Strecke auf ihrem eigenen Gebiete zu vollenden. Da jedoch General v. Wedell der nöthigen Verhaltungsbefehle ermangelte, so begnügte er sich, die Präliminarien mit der bestehenden Hoffnung auf Beitritt zu verabreden. Der Termin für die Vollendung der Bahn und die Garantie selbst sind dem Baue der preußischen Strecke untergeordnet. Durch diese Bahn, welche die Conessionisten sich verbinden, für 1854 zu vollenden, erhält Belgien eine zweite und wichtige Communication, und erwächst für die Rheinische Eisenbahn ein zu beachtender Conecurrent. (K. Z.)

Niederlande.

Amsterdam, 8. Oct. Dem „Handelsblatt" berichtet man aus dem Haag, daß der Minister Thorbecke interimistisch auch das Portefeuille des Auswärtigen übernehmen soll.

Großbritannien.

‖ **London**, 8. Oct. Horace Walpole, der Minister des Innern, hat dem Lordmayor der City von London und dem Gemeinderath briefich den Wunsch Ihrer Majestät zu erkennen gegeben, die Asche des Herzogs von Wellington mit nationaler Feierlichkeit in der St. Pauls-Kirche beigesetzt zu sehen. Der Gemeinderath hat hierauf beschlossen, in corpore an dem Leichenbegängniß Theil zu nehmen, auch den verstorbenen Herzog im Guildhall (dem Rathhause) ein Denkmal zu stiften. Auch die Corporation von Liverpool hat in ihrer Monatssitzung beschlossen, dem Herzog v. Wellington zu Ehren die Bevölkerung ihrer Stadt durch den Mayor und eine Deputation des Gemeinderaths bei dem Leichenbegängniß vertreten zu lassen. Andere Städte werden ein Gleiches thun. — Für heute über acht Tage ist im auswärtigen Amt ein Cabinetsrath angesagt. — Die „Times" hat gestern den herannahenden Kaiserthum in Frankreich einen Artikel gewidmet, den sie mit dem „aufrichtigen Wunsch für das Glück Frankreichs und des Menschengeschlechts schließt, das zweite französische Kaiserreich möge ebenso friedsam und gedeihlich sein, wie das erste kriegerisch und unheilvoll war. Aber das Mindeste, was man von ihm erwarten dürfe, das Wenigste, was man von ihm verlangen könne, sei eine möglichst klare, vollständige und befriedigende Versicherung seiner Absichten. Die Würde, die Sicherheit Europa's verlangen also, daß die großen Mächte, bevor sie sich mit einem andern französischen Kaiserreich auf den Fuß des Vertrauens und der Freundschaft setzen, von dieser Regierung eine klare und bestimmte Anerkennung aller Verpflichtungen erhalten, welche das europäische Völkerrecht ausmachen und die niemand ungestraft zurückweisen kann." Geschehe nur dies, d. h. würden der Krieg und die Territorialfragen in ihrem siebenundvierzigjährigen Bestand nicht gestört, meint „Times", dann könne es England, so Europa gleichgiltig sein, ob ein Glied der Familie Bonaparte oder ein anderes die oberste Gewalt in Frankreich ausübe.

Neuere Nachrichten vom Cap sind ohne Interesse. In den verschiedenen Städten der Colonie hat man Subscriptionen eröffnet, um die Kriegskosten zu decken.

Türkei.

* In der Person des frühern Marineministers, **Suleiman Pascha** ist ein außerordentlicher Gesandter für Wien ernannt worden. Er soll zugleich Ueberbringer sehr unerfreulicher Geschenke an Se. Majestät den Kaiser sein. Ob indeß damit die Mission Begehnisse immer schwieriger gewordenen Differenzen mit Frankreich auszugleichen sind, steht sehr dahin. Das Wiener Cabinet, wie ein Correspondent der „Leipziger Zeitung" glaubt, dürfte zu vorläufigere Garantien und entschiedenere Beweise an den Orten, worauf es ankommt, verlangen. Gewiß ist, daß in den letzten Tagen eine österreichische Note an die Pforte gelangt ist, welche sowohl in der bosnischen Frage, als auch wegen der Grenzstreitigkeit bei Cattaro eine kategorische Sprache führt und nicht wie seither ausweichend zu beantworten sein wird. Auch werden die vielfachen Schädenansprüche, welche österreichische Unterthanen mit dem vollsten Rechte gegen erlittene Gewaltthätigkeiten und Beraubungen erheben, zur Sprache gebracht und wird auf ihrer vollständigen Befriedigung bestanden. Omer Pascha sit freilich genelgt, es auf das Aeußerste ankommen zu lassen, aber der Divan wird wohl einer bessern Einsicht folgen und nachgeben, so lange es noch Zeit

ist. Reschid Pascha ist nach Bagdad abgereist, um dort die schwer bedrohte Ordnung herzustellen.

Asien.

Ueber Konstantinopel erfährt man aus **Persien**, daß die Kurden und andere Gebirgsstämme in Folge der Gerüchte von einer angeblichen Ermordung des Schach in offenem Aufstande begriffen seien. Der Schach jedoch, wird hinzugefügt, befinde sich auf dem Wege der Besserung und wolle sich sobald als möglich der Bevölkerung von Teheran zeigen.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
VI.

Γ **Köln**, 9. Oct. Der Präsident fragt Röser, ob er noch etwas zu bemerken habe. Röser verneint. Vertheidiger Thesmar: Er bitte, den Angeklagten Röser zu fragen, ob sein Client Reiff nicht schon früher aus dem Bund ausgeschieden sei, ehe und bevor irgend ein Statut angenommen gewesen, und ob derselbe nicht erklärt habe, er wolle von nun an keiner politischen Verbindung mehr angehören. — Präsident: Röser habe dieses allerdings in der Voruntersuchung ausgesagt, es habe ihm aber unerheblich geschienen, dieses vorzutragen, da es augenscheinlich sei, daß Röser seine Mitschuldigen in jeder Weise zu entlasten suche, und unter andern auch das dritte Mitglied der Centralbehörde nicht nennen wolle, die Frage scheine ihm deßhalb ohne Bedeutung. — Vernehmung des Angeklagten Bürgers, Literat. Derselbe erklärt, er sei früher Redacteur an der „Neuen Rheinischen" und später Mitarbeiter an der „Westdeutschen Zeitung" gewesen. Erstere habe er mit ins Leben gerufen. Dem Arbeiterverein gehörte er nicht an, vielmehr war er, wie die andern Redacteure der „Rheinischen Zeitung", Mitglied des demokratischen Vereins. Dagegen aber habe er dem Arbeiterbildungsverein angehört, und in demselben preußisches Staatsrecht vorgetragen, nach dem Handbuch von Osterwald. Der Volksversammlung auf dem Frankenplatz habe er beigewohnt, und dort auf Verlangen präsidirt, ohne zu wissen, was man beabsichtigte. Auf die Frage, ob er dort nicht mit zum Sicherheitsausschuß gewählt worden sei, und in dieser Eigenschaft sich mit an dem Schreiben an den Regierungspräsidenten betheiligt habe, erwidert er, da er damals in Düsseldorf wohnte, so habe er abgelehnt. Vor 1848 habe er 4 Monate in Paris und etwa 6 Monate in Brüssel zugebracht, habe auch in Paris Everweg kennen gelernt; daß derselbe aber Vorstand einer Verbindung gewesen sei, habe er nicht gewußt. Auch sei er dort mit Marx, Herwegh u. A. zusammengekommen. Erstern kannte er von Köln aus, da er in Bonn 1841 studirte und später ein fleißiger Mitarbeiter an der „Rhein. Zeitung" war. Er gesteht, daß er in Paris häufig mit Handwerkern zusammengekommen sei, denn er sei selbst eines Handwerkers Sohn. Beck habe er nicht gekannt; möglich, daß dieser ihm einmal geschrieben habe, er entsinne sich dessen aber nicht. Er sei 1850 in die Gemeinde in Köln eingetreten, als der Emissär Bauer von London angelangt sei. Das Statut von 1849 erklärt er in ähnlicher Weise wie Röser, für provisorisch. Bei dem Zwiespalt in London sei dort kein Congreß zusammenberufen und kein neues Statut entworfen worden. Die Gemeinde Köln war aufgefordert, sich selbst ihr Princip festzustellen. Haupt erschien in Köln, als der Zwiespalt zum vollständigen Bruche geführt hatte; der Zwiespalt selbst aber sei alt, und grade durch den Mangel eines Statuts, welches das Princip feststellte, entstanden. Es hätten frühe schon die Männer, welche eine active Revolution gewollt, jenen gegenübergestanden, welche ein passives Verhalten während der Revolution und eine Propaganda des Princips gewollt hätten. Zur näheren Erläuterung bringt er eine kurze Geschichte der englischen und französischen Verbindungen. Dort habe man politisch einwirken können, die deutschen Verbindungen dagegen hätten sich ihrer Stellung nach schon mit der Verbreitung der Idee begnügen müssen. Er weist in dieser Beziehung auf die deutsche Presse vor 1848, auf Bruno Bauer, Feuerbach u. A. hin. Marx habe früher schon erkannt, daß die Gesellschaft nicht restaurirt werden könne, sondern gänzlich erneuert werden müsse. Das vermöge die Menge nicht gleich zu erfassen, aber sie müsse vorbereitet und der Drang in ihr erweckt werden. Von diesen Grundsätzen ausgehend, bildeten Marx und Engels 1847 in London eine Vereinigung mit Arbeitern. Wenn Röser sage, die Centralbehörde habe 1848 nach Köln übersiedelt, so drücke er sich ungenau aus; nicht die Centralbehörde, sondern nur die Personen, woraus sie bestanden hatte, siedelten sich nach Köln über. Dort, dem Grundsatz des langsamen Vorbereiten getreu, vermieden es 1848 die Redacteure der „Neuen Rheinischen Zeitung" und darunter auch er, den Communismus zu vertheidigen, und wurden auch nur Mitglieder des demokratischen, nicht des Arbeitervereins. Marx habe nur auf besondere Aufforderung auf kurze Zeit das Präsidium des letztern übernommen. Wenn die Anklage sage, es sei Einheit in den Ereignissen und unter den Personen gewesen, was auf eine geheime Verbindung hindeute, so müsse er daran erinnern, daß schon vor der „Neuen Rheinischen Zeitung" das Blatt von Dr. Gottschalk erschienen sei, mit dem sie keineswegs übereinstimmten. Der Londoner Verein habe beide Stiftungen umfaßt, sowohl die Männer der That, als der geistigen Entwickelung. Diese zwei Richtungen waren es, denen man beiden genügen wollte, wenn es in der Ansprache hieß: der Bund habe sich bewährt, sowohl in jeder Bewegung, als auf Barrikaden und Schlachtfeldern. Als Männer wie Willich in den Bund traten, die von keinen langen mühseligen Vorbereitungen wissen wollten, wurde diese Spaltung immer größer. Man ereiferte sich in Vertheidigung seiner Ansicht, wurde immer heftiger, bis die Leidenschaft allmälig zu persönlicher Feindschaft und Streitigkeiten, und so zum gänzlichen Bruch führte. So sei der Principienkampf der persönlichen Feindschaft vorhergegangen, nicht aber umgekehrt. Die Partei Marx, zu der die Kölnische Gemeinde und später die Kölnische Centralbehörde gehörte, sei eben jene, welcher von der Gegenpartei, die ihr Ziel unmittelbar erkämpfen wolle, der Vorwurf gemacht worden sei: „ihr schriftstellert nur!" Die hiesige Gemeinde, die nie aus mehr als 10 bis 12 Personen bestanden, habe das Thörichte einer unmittelbaren Revolution eingesehen. Sie habe aber dieses Princips wegen an Marx gehangen. Die Ansprache vom 15. December 1850 gehe direct gegen die That. Auch habe er die Statuten in diesem Geist entworfen. Man deute jedenfalls die Worte Revolution, Zertrümmerung der Gesellschaft, in weit schlimmerem Sinne, als sie gehabt hätten; die Revolution, die Zertrümmerung solle ja nach dem Marxschen Manifest eben durch die Zersetzung der materiellen Verhältnisse herbeigeführt werden. Er beruft sich auf einige scharf klingende Sätze, deren man sich bei Bildung der Anti corn law league in England bediente, gegen die man auch wirklich von der Regierung Maßregeln forderte, und doch habe es sich ergeben, daß diese League ihr Ziel auf friedlichem Wege verfolgte. Die Menge glaube, wenn von einer bessern Gestaltung der Zustände die Rede sei, diese müßten auch sogleich ins Leben treten; diese falsche Illusion habe in Paris das Volk in den Junikampf geführt, in dem es zusammenkartätscht wurde; ähnlichen falschen Illusionen wollte der Bund in Deutschland entgegenwirken, indem die Mitglieder das Proletariat für den Communismus erst heranziehen sollten, beoor sie denselben predigten. Deßhalb hatte der Bund geheim sein müssen, und deßhalb habe auch er, Bürgers, nie vom Communismus außerhalb desselben gesprochen. Im Jahr 1850—51 habe man allgemein für das Jahr 1852 eine Revolution in Frankreich erwartet. Er verliest eine Stelle der „Kölnischen Zeitung", worin diese erklärt, nur durch ein Wunder könne man derselben entgehen. Er erklärt dann noch, daß er die Statuten und die Ansprache vom 15. December verfaßt, indem er das Manifest dabei zu Grunde legte. Nachdem er sich wie Röser über das Statut von 1849 ausgesprochen hat, wird er über die Ansprache vom Juni 1850 befragt, die unter Couvert von Köln an den Kaufmann Helser in Leipzig anlangte, und von diesem sofort der Polizei überliefert wurde. Es ist diejenige, welche von Verbindungen im Auslande, Anknüpfungen mit dem schleswig-holsteinschen Militär und ungarischen Offizieren handelt. Der Angeklagte erklärt, dieselbe zuerst in der „Oesterr. Ztg." gelesen zu haben, sonst kenne er sie nicht; sie sei ihnen unterschoben. Als Haupt, von der Schapper-Willichschen Partei gesandt, nach Köln gekommen sei, war unter andern Vorwürfen, die er Marx machte, auch der, daß er jene Adresse entworfen haben solle. Angeklagter habe dieses aber in Abrede stellen müssen. — Präsident. Davon haben Sie ja früher nie etwas gesagt. — Antw. Es hat sich kein Anlaß gefunden; auch habe ich mir den wahrscheinlichen Zusammenhang erst später klar zu machen gesucht. — Fr. Wer gehörte zu den Mitgliedern der Majorität der Centralbehörde (der Marxschen Partei), doch auch Schramm? — Antw. Allerdings. — Fr. Von diesem Schramm soll aber eben jene Ansprache geschrieben sein! — Antw. In keinem Fall ist sie von der Kölner Centralbehörde ausgegangen, da die Londoner Gemeinde die Correspondenz mit dem Auslande behielt. (Er verliest zum Beweis eine Stelle in einer Ansprache, worin es heißt: Die Londoner Gemeinde besorgt die Correspondenz mit dem Auslande. Der Präsident sieht den gedruckten Anklageact nach.) Fr. Es heißt nicht „mit dem Auslande", sondern „mit dem Kreise"? — Antw. Das ist ein Druckfehler. (Das Originalactenstück wird nachgesehen, die betreffende Stelle ist so abgegriffen, daß man den Ausdruck nicht mehr deutlich erkennen kann.) Eine Ansprache, welche Klein aus London gebracht habe, will der Angeklagte nicht kennen. Haupt brachte eine von der Schapper'schen Partei über den Zwiespalt, wovon er jedoch keine Abschrift nahm. Wer den Koffer nach Berlin an Rothjung geschickt, weiß er nicht. Die Ansprache von 1851 erklärte er gleichfalls nicht zu kennen, eben so wenig wie ihren Abschreiber. Den Trinkspruch Blanqui's hat er in der „Independance Belge", in der „Kölnischen" und „Düsseldorfer Zeitung" gelesen, aus ersterer habe er sich denselben abgeschrieben. — Auf einen neuen Zweifel des Präsidenten, daß der Bund nur eine friedliche Propaganda habe machen wollen, wiederholte der Angeklagte in langer Rede bereits Gesagtes.

Börsenberichte.

Amsterdam, 9. Oct. Abends 6 Uhr. $2^{1}/_{2}$ Integr. $63^{9}/_{16}$. — 4pCt. Cert. $95^{3}/_{4}$. — $3^{1}/_{2}$ pCt Synd. $95^{1}/_{4}$. — 3pCt. inländische Spanische $46^{3}/_{8}$. — 1pCt. Neue $25^{15}/_{16}$. — 5pCt. Silber-Metall. $90^{1}/_{8}$. — 5pCt. Metall. 78. — $2^{1}/_{2}$ pCt. Metall. $40^{5}/_{8}$.

Amsterdam, 10. Oct. (Sonntag.) 3pCt. Spanische $45^{7}/_{8}$. — 1pCt. Neue $26^{3}/_{16}$. — 5pCt Metall. 78.

Frankfurt, 11. Oct. Bei der heute stattgehabten 8. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 13375 6000 fl., Nr. 10521, 17970, 13589, 17788, 16687, 7164, 1589, 5155 und 10499 jede 1000 fl., Nr. 10650 und 7873 jede 300 fl.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten, Dr. E. Sattler, Dr. J. B. Kutscheit.

Danksagung.

Empfehlung für Brustkranke.

Seit Jahren litt ich an einer bösen Krankheit, an einem Brustübel. Alle ärztlichen Mittel vermochten es nicht zu lindern, täglich wurde es schlimmer und ich hatte keine Hoffnung jemals wieder gesund zu werden.

Da empfahl mir mit eines Tages das berühmte Mittel gegen Brustkrankheit, Schwind- und Lungensucht, welches beim Commissionair Herrn Friedrich Winther, Schulterblatt Nr 15, vor Hamburg, die Flasche nebst Anweisung für 1 Ducaten und 8 gBr. per Emballage zu haben sei. Sogleich ließ ich eine Flasche davon holen. Regelmäßig befolgte ich die Vorschrift, und ans der die Flasche leer war, war meine Brust bedeutend besser. Ich setzte dieses Mittel fort, und war nach Gebrauch mehrerer Flaschen zu meiner großen Freude ganz wieder hergestellt.

Sehr undankbar würde ich sein, wenn ich dieses probate Mittel nicht öffentlichte; ich mache daher alle an dieser Krankheit Leidende auf dieses Heilmittel aufmerksam.

Fr. Mahnecke, Tischlergeselle,
beim Tischlermstr. Wiese, Caffamacherreihe Nr. 15, in Hamburg.

Empfehlung für Brustkranke.

Schon seit längerer Zeit kämpfte ich mit einem Brustübel, welches von Tag zu Tag schlimmer wurde, so daß ich schon alle Hoffnung verloren, je wieder meine Gesundheit zu erlangen, da sich viele ärztliche Mittel dagegen angewendet ohne den geringsten Erfolg bewährten. Durch einen Freund, der diese rühmte curative Mittel gegen die Brustkrankheit, Schwind- und Lungensucht zu gebrauchen, welches bei dem Commissionair Herrn Friedrich Winther, Schulterblatt Nr. 15, vor Hamburg, die Flasche nebst Gebrauchsgetzel für einen Holländischen Ducaten und 8 Schillinge Courant für Emballage, zu bekommen sei. Sogleich ließ ich mir eine Flasche davon holen und gebrauchte es vorschriftsmäßig; bemerkte nach Ausbrauch derselben bedeutende Linderung meines Uebels, worauf ich den Gebrauch noch einige Zeit fortsetzte und nun zu meiner großen Freude versichern kann, daß ich durch dieses herrliche Mittel Trank meine Gesundheit wieder erlangt habe. — Dies zur Nachricht für alle Brustkranke. Schulterblatt Nr. 6, der Altona, den 23. Februar 1849.

Peter Eckhof, Gastwirth.

Herrn Fr. Winther in Hamburg,
Schulterblatt Nr 15

Ew. Wohlgeboren sage ich Hiermit meinen schönsten und innigsten Dank für Ihr curatives Mittel gegen die Brustkrankheit, Schwind- und Lungensucht. Meine Tochter ist jetzt so gesund wieder, daß ich freylich mich freue, wenn ich sie ansehe. Ich wußte doch sonst gar keinen Rath mehr für sie, bis ich von Ihrem Mittel in den Anzeigen las und es mir gleich darauf verschaffte. Dies nehmen sie als Zeugniß von Ihrem

Casten Suhr, Höfner in Morsum, Amt Westen.

Morsum, den 25. Juni 1850.

Allen Brustkranken empfehle ich das lange als heilsam bekannte Winther'sche Mittel. Schon im Jahre 1834 hat der verstorbene Dr. Schmeisser dasselbe chemisch untersucht und empfohlen. Da so viele Leute von der außerordentlichen Wirksamkeit dieses Brustmittels vorliegen, so bin ich gern bereit, demselben das Wort zu reden; um so mehr verdient dasselbe eine allgemeine Beachtung, weil es dem Leidenden in kurzer Zeit die Gesundheit wieder verschafft.

Hamburg, den 9. August 1849. **Joh. Carl Schuch,**
Med. et Chir. Dr. und Geburtshelfer.

Aufruf für Preisschriften für das Volk.

Der Unterzeichnete ist durch die Unterstützung christlicher Freunde in den Stand gesetzt, fünf Preise, jeden zu zwanzig Ducaten in Gold, für das beste Manuscript über folgende Gegenstände auszusetzen:

1. **Ein Handbüchlein für Auswanderer.**
2. **Ein Handbüchlein für Handwerksburschen.**
3. **Eine Anleitung zum Hausgottesdienst.**
4. **Eine Biographie für das Volk.**
5. **Eine wahre christliche Erzählung für das Volk.**

Die Manuscripte müssen in einem entschieden positiv biblischen Sinne geschrieben werden, volksthümlich, erweckend und erbaulich sein. Wenn sie Erzählungen enthalten, so wird an dieselben die Forderung strenger Wahrheit gestellt. Jedes muß von dem Standpunkte ausgehen, daß der Mensch von Natur ganz verdorben, nur in Christo Jesu, dem ewigen Sohne Gottes, durch den Glauben an ihn das ewige Leben erhalten kann. Kein Manuscript darf über drei gedruckte Bogen stark sein, wo möglich nicht über zwei.

Die Manuscripte müssen in einer leserlichen Handschrift eingereicht werden.

Nummer 3, 4, 5 müssen spätestens bis zum Ende März, und Nummer 1 und 2 bis zum Ende Mai 1853 eingeschickt werden an

Seminar-Director Dr. Stern . . . Karlsruhe,
Apotheker Scholl . . . . . Stuttgart,
Professor Dr. Ebrard . . . . Erlangen,
Pastor Berg. . . . . Barmen,
Pastor Müller. . . . . Bremen,
Dr. Craig . . . . . Hamburg.

Die Schriftrichter werden aus den Mitgliedern der verschiedenen Gesellschaften zur Verbreitung christlicher Schriften gewählt, und die gekrönten Schriften werden Eigenthum der verbündeten Vereine zur Verbreitung christlicher Schriften.

Jedes Manuscript muß mit einem Motto versehen und mit einem versiegelten Briefe, welcher den Namen des Verfassers und das Motto enthält, begleitet werden.

Die ungekrönten Manuscripte und auch solche gekrönte, welche nach einem Jahre aus irgend einem Grunde nicht gedruckt worden sind, werden den Verfassern zurückgegeben. Der Verfasser jeder gekrönten Schrift erhält außer dem Preis einhundert Exemplare seines Werkes.

Zu weiterer Auskunft erbietet sich

Dr. **Marriot.**
Basel, im September 1852. [2310]

[2318] **Benachrichtigung.**

Gegen die von uns bis zum 12. Juli 1852 abgestempelten Talons zu K. K. Oesterr. Metalliques-Obligationen können die betreffenden neuen Zins-Couponsbogen täglich in den Vormittagsstunden bei uns in Empfang genommen werden.

Frankfurt a. M., den 9. October 1852.

Gebrüder Bethmann.

Cours der Staats-Papiere. 11. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.	
Oesterreich	5% (C.L.S.b.Roths)	92½ B.	G.	Nassau .	L. 25 Loose . . .	28⅜ B.	P.
»	5% N.v.J.1851 Ser.B.	92⅛ B.	G.	Warschau.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅞ B.	P.
»	5% L.V. (C.b. Roths)	87½ P. ⅜ bez. u. G.		»	5% ditto	89 bez. u. G.	
»	5% do. Monte C.18.1.M	84 B.	P.	Kurhessen	40Thlr. l. b. Rothsch.	33⅛ P. ⅛ G.	
»	Bank-Actien . . .	1381 P. 77 G.		»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	43¼ B.	P.
»	5% Metalliq. Oblig.	81½ P. ⅛ G.		Gr. Hessen	4% Obligationen	100⅝ G.	
»	5% N.v. J.1854 Ser. A.	81⅝ P. ⅛ G.		»	4% ditto Rothsch.	97½ P.	
»	4½% ditto	72 P. 71¼ G.		»	3½% ditto b. Rothsch.	91½ B.	
»	4% ditto	64½ P.		»	L. 50 Loose . . .	90 P.	
»	3% ditto	48¼ B.		»	L. 35 Loose . . .	31¼ B.	
»	2½% ditto	41⅛ P. 41 G.		Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	94½ G.	
»	1% ditto	16⅛ B.		»	3½% v. 1846	94 G.	
»	L. 250 Loose b. Roths.	118 P.		»	3% » . . .	85 P.	
»	L. 500 » ditto	192½ P.	bez	»	Taunusbahnact. .	296 bez.	
»	4½% Oblig. b. Rothsch.	91 P.		Russland	5% Oblig. v. 1839	103½ P.	
»	4% ditto	71 P.		»	4% Obl. b. Hope & 3.	90½ G.	
Preussen.	5% Staatsschuldsch.	94½ P.		»	4% » b. Stieglitz »	91½ G.	
»	4½% Oblig. b. Roths	104 P.		Polen. .	4% Oblig. de L. 500	91⅛ P.	
»	Cöln-Mind. E.-Actien	111¾ P.		Spanien	5% Inl. Sch. P. L. 200	45⅛ P.	bez.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 P.		»	3% Neue	25⅜ P.	
»	4½% ditto	100⅝ P.		Holland.	4% Certificate . .	95⅛ P.	
»	4% ditto	—		»	2½% Syndicate .	94½ G.	
»	4% Anlehn.-Rente .	99⅝ P.		»	2½% Integrale .	63½ P.	
»	3½% Oblig. b. Roths.	93½ P.		Belgien.	5% Obl. L. 40 i. 20 R.	100¼ P.	
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95 bez.		»	4½% Obl. in P. à 25 kr.	96⅝ P. ⅜ G.	
»	5% Priorit.-Oblig. .	102⅜ P. ⅜ bez.		»	4% Obl. in Fr. à 25 kr.	90⅜ G.	
Baden . .	5% Obligationen . .	101½ P.		»	3½% Obl. b. Rothsch.	85⅝ P.	
»	4½% Obligationen	102½ P.		Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	87⅛ P.	
»	3½% v. 1843 . . .	90 G.		»	5% Obl. b. Hambro	92⅛ P.	
»	L. 50 Loose v. 1840	66 P.		»	Sardinische Loose .	40¾ P.	
»	L. 35 Loose v. 1845	37⅛ P. ⅜ G.		Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Golds.)	100½ P.	bez. u. P.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	—		»	5% 1851 l. b. Bartolg. (do.)	97½ P.	
»	4% ditto	99⅜ P.		Nämersche	4% Stücke Doll. 2.30.	116½ P. ⅛ G.	
»	3½% ditto	90¾ P.		»	Vereins fl. 10 Loose .	18⅛ P. ⅜ G.	

Das syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 11. October	Per comptant.
Amsterdam . . . k.S.	100 B. 99⅞ G.
(100 L. Cr.) . . .	2M.
Augsburg . . . k.S.	120 B. 119⅞ G.
(100 L. Cr.) . . .	2M.
Berlin . . . . k.S.	105 B. —
(60 Thl.) . . .	8M.
Bremen (60) k.S.	97⅛ B. ⅛ G.
Rthlr. l. Lduc.	2M. —
Hamburg . . k.S.	88⅛ B. ⅛ G.
(100Mk.Bc.)	2M. —
Leipzig . . . k.S.	105 B. —
London . . . k.S.	119⅜ B. 119⅛ G.
(10 Liv. St.)	8M. —
Lyon . . . . k.S.	94⅛ B. —
(300 Fr.) . .	2M. —
Mailand (150	k.S. 100⅜ B. —
Ltr. Austr.)	2M. —
Paris . . . . k.S.	94 B. 93⅞ G.
(300 Fr.) . .	2M. —
Wien (1000 fl.	100¼ B. ¼ bez.
im fl. 20 F.)	k.S. u. G.
Disconto . . .	4½ B. 5 G.

Gold und Silber.

Pistolen . . . . fl.	9 43-44
Dr. Friedrichsd'or >	9 54-55
Holl. 10fl. Stücke >	9 52-53
Rand-Ducaten . >	5 36-37
20 Francsstücke >	9 23-29
Engl. Sovereigns >	11 54
Gold al Marco >	383-81
5 Frankenthaler >	2 21½-22
Preuss. Thaler >	1 45-1/4
Preuss. Cassa-Sch. >	1 44¾-45

Druck von August Oberrieth

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nro 243.

Montag | Nro 11. | 11. October 1852.

Was ist zu thun?

Bei der Frage, was jetzt zu thun sei, muß der Staatsmann von dem Schmerze absehen, der jeden Patrioten über das Unglück erfüllen muß, welches das Vaterland traf, und er muß ferner von der Demüthigung absehen, die ihm als Vertreter seiner Regierung begegnete. Zwei Dinge sind's, die ihn allein leiten dürfen: er muß die Auflösung des Zollvereins als Thatsache hinnehmen, und in seinen neuen Maßregeln sich nicht von Mißstimmung, sondern allein vom Wohle des Gesammtvaterlandes bestimmen lassen. Jene Auflösung ist als Thatsache hinzunehmen, weil jeder Versuch der Wiederanknahme der bisherigen Verhandlung zu einer im voraus verfehlten Stellung führen müßte. Man muß was Neues suchen, weil das Alte zu seinem ihm eigenen traurigen Ergebnisse führte. Die Zollconferenz ist fertig, sie hat sich selbst fertig gemacht! Die Conferenzen waren gleich anfangs fehl gegriffen; sie hatten keinen rechtlichen Boden; die Mitglieder unter sich und gegen sich in falscher und unheimlicher Stellung; die Gegenstände der Berathung weder bestimmt, noch eine anerkannte, noch eine wahre Tagesordnung aufgestellt. Aus einem solchen Dinge konnte nichts werden, noch konnten die Verhandlungen für die Verbündeten ein ehrendes, noch für die Sache ein anderes Ende nehmen. Dieses Ende, das nun als Thatsache vorliegt und als Thatsache festzuhalten ist, besteht einfach darin, daß Preußen aus dem Zollverein zurück tritt. Konnte die Kündigung diesen Rücktritt noch zweifelhaft machen, und konnte es also gerechtfertigt erscheinen, trotz Kündigung fort wieder, wenn auch seltsam genug, zur Wiedererneuerung zu schreiten, so wäre doch ein zweiter gleicher Versuch ohne Grundsatz, ohne Plan, ohne jene Klugheit, die jetzt ihr Recht verlangt. Die Staaten, welche nicht kündigten und nicht zurücktraten, haben nun zu bestimmen, was sie bei der veränderten Lage der Dinge zu thun Willens sind, und für sie kann wohl die Antwort nur dahin gehen, daß sie jetzt den Zollverein unter sich fortsetzen und denselben weiter innerlich und äußerlich auszubilden bemüht sein müssen. Das Erstere, die Erhaltung und Fortsetzung des Zollvereins, haben sie, in sicherer Voraussicht des jetzt wirklich Geschehenen, bereits festgesetzt *), das Letztere, die Erweiterung, muß sofort Gegenstand fernerer Verhandlungen sein. Bei diesen neuen Verhandlungen, von denen das Glück oder das Wehe des Vaterlandes abhängt, sollte man von folgenden Grundsätzen ausgehen:

Die Verhandlungen finden zu Frankfurt a. M. statt. Zweck und Gegenstand der Verhandlung ist die Neubildung des Zollvereins. Zu den Verhandlungen sind sämmtliche deutsche Staaten ohne alle Ausnahme einzuladen.

Nach Frankfurt sollte man die Einladung ergehen lassen, weil man jetzt mit den Orten genug gewechselt hat. Laßt auch einmal einen bestimmten Ort ständig als Wohnsitz für die Zoll- und Handelsangelegenheiten gelten. Ist es denn recht, daß diese Angelegenheiten keine Vertretung haben, daß gar keine ständige Behörde besteht, welche der dringenden Entwicklung des Handels, dem gewerblichen Fortschritte aller Art, der innern und äußern Statistik ihre unausgesetzte Aufmerksamkeit zuzuwenden verpflichtet ist, eine Behörde, an welche die Anliegen und Vorschläge der Einzelnen und der Handelskörperschaften gerichtet werden könnten? Sollen wir allein von allen großen Nationen keine gemeinsame Behörde haben, welche ihre Hand an den Pulsschlägen des Weltverkehrs hält? Soll der neue Zollverein seinen Erwartungen entsprechen, so muß er auf Grundlagen errichtet werden, welche im voraus die Bürgschaft des öffentlichen Vertrauens in sich tragen. Hier ist dazu ein Beitrag.

Alle Staaten, so sagten wir, sind einzuladen und namentlich auch Preußen. Es soll nicht Gleiches mit Gleichem vergolten werden und über den Vaterlande sollen endlich alle anderen Rücksichten schweigen. Hannover wird nicht fehlen, denn Hannover erstrebt ehrlich und offen ein gemeinsames Verständniß. Nur um den Preis eines gemeinsamen oder eines größern Verständnisses wird es seine jetzige Stellung aufgeben, nicht aber von Sonderbund zu Sonderbund übergehen. Nähert sich aber Hannover, so wird der Bund sich auch Hannover nähern. Wir können uns verständigen, wenn wir uns verständigen wollen, denn nicht in den Sachen, sondern in den Personen liegt das Nichtverständniß.

Mit solchen Planen schreite man zur Gründung des neuen Zollbundes. Man mache was wirklich Gutes und überlasse dem Guten seine Anziehungskraft, denn die Verneinung hält sich nie lange. Preußen wird und kann sich von Deutschland nicht trennen, aber Deutschland erleichtere auch Preußen seinen Beitritt. Preußen ist dem Süden nöthig, aber der Süden ist Preußen noch nöthiger*). Sollte aber das Geschick wollen, daß Preußen sich wirklich lossagte, so ist dieses Unglück des Vaterlandes für die deutsche Industrie ein Glück, denn sie wird von ihrem überlegenen und übermächtigen Mitbewerber befreit. Der neue Markt ist ohne Preußen beinahe so groß als mit Preußen der Zollverein bei seinem ersten Entstehen war. Eine Verbindung mit Oesterreich wird diesseits und jenseits der Thätigkeit neue und große Märkte eröffnen.

*) Geschehen Darmstadt 6. April 1852. „Nachdem die königl. preußische Regierung den Zollverein gekündigt und dadurch vom 1. Januar 1854 an die Fortdauer der Zollvereinsverträge in Frage gestellt hat, so haben die Unterzeichneten sich zu nachstehender Uebereinkunft geeinigt: § 1. Die Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, der beiden Hessen und Nassau erklären die Zollvereinsverträge auch fernerhin unter sich als fortbestehend und verpflichtend an, und werden den bestehenden Zollverein zum Vollzug bringen, sofern nicht vor Ablauf des Jahrs 1853 eine Zolleinigung zu Stande gebracht sein wird."

Der belgisch-französische Handelsvertrag.

Man muß in Deutschland mit besonderer Aufmerksamkeit den zwischen Frankreich und Belgien bestehenden Verhandlungen rücksichtlich des Abschlusses eines Handelsvertrages aus dem Grunde folgen, weil, wie wir schon einmal angaben, ein solcher Vertragsabschluß oder Nichtabschluß auf den bald wieder abzuschließenden oder nicht abzuschließenden Handelsvertrag zwischen dem Zollverein (der aller Rede ungeachtet, doch wieder zu Stande kommt,) und Belgien von ganz besonderer Wirkung sein wird und sein muß. Gegenwärtig sind die Verhandlungen zwischen Frankreich und Belgien thatsächlich abgebrochen; allein die Interessen beider Staaten drängen, alsbald wieder die abgebrochenen Fragen aufs neue aufzunehmen. Inzwischen erließ die französische Regierung die Verfügung vom 21. September d. J., welche mitten in die Vertragsverhandlungen hineingeworfen, den gereizten Zustand gegen Belgien darthut. Durch diese Verfügung werden bekanntermaßen die Eingangszölle auf belgisches Gußeisen und belgische Steinkohlen erhöht, obwohl Frankreich für seine Industrie belgischer

*) Siehe den Aufsatz „der deutsche Weltverkehr" auf Seite 42 der heutigen Nummer.

Steinkohlen dringend bewürfnig ist. Während so die Regierungen gegenseitig im gespanntesten Verhältnisse sind, erschienen von Seite der französischen Industriellen aus den nördlichen Departementen dringende Gesuche gegen Handelsverträge mit Belgien und protestiren jetzt schon gegen die belgischen Einfuhren und Herabsetzung der Eingangszölle. Die Verfügung vom 21. September scheint übrigens, wenn sie nicht politischer Natur sein sollte, in dem Sinne und der Absicht erlassen worden zu sein, um Belgien zum Nachgeben zu zwingen; denn wie sehr die französische Industrie selbst durch diese Maßregel getroffen wird, geht aus nachstehender Tabelle hervor, welche die „Austria" den statistischen Nachweisen entlehnte, welche die französische Regierung kürzlich veröffentlicht hat.

	Ctr.		Ctr.		Ctr.
1835	25,064,166	1839	29,918,613	1843	36,925,396
1836	28,419,466	1840	30,033,820	1844	37,827,395
1837	29,807,351	1841	34,101,996	1845	42,020,919
1838	31,132,525	1842	35,920,843	1846	44,693,420

Es wurden ferner eingeführt:

	aus England Ctr.	aus Belgien Ctr.
1837	2,808,681	11,824,649
1838	4,964,619	11,920,871
1839	4,089,142	11,682,872
1840	4,873,469	11,215,937
1841	5,557,367	14,690,624
1842	6,369,490	14,379,272
1843	5,832,532	14,153,815
1844	5,466,636	15,504,259
1845	7,434,780	19,869,535
1846	7,906,609	18,450,542

Dies ergibt für England eine mittlere Einfuhr von 5,530,338 Ctr., während in der vorhergehenden Periode von 1829 bis 1836 bei erhöhten Zöllen nur 832,166 Ctr. die mittlere Durchschnittssumme der Einfuhr war. Für Belgien beträgt die durchschnittliche Einfuhr in der bezeichneten Periode jährlich 14,347,177 Ctr., während in der früheren nur 8,659,610 Ctr. durchschnittlich jährlich eingeführt wurden. Es deutet diese ungemeine Vermehrung auf eine gesteigerte Consumtion, die begreiflich ist, wenn man an die mit jedem Jahre zunehmende Zahl der Eisenbahnen, Fabrikanlagen ꝛc. denkt. Je nothwendiger aber aus diesen Gründen die Steinkohle dem Lande ist, um so mehr scheint jenes Decret das Interesse der eigenen Staatsangehörigen zu verletzen.

Der deutsche Meßverkehr im Jahr 1850.

Da in der vorletzten Nummer S. 36 ein Druckversehen in der Darstellung des deutschen Meßverkehrs vom Jahr 1850 sich einschlich, so geben wir hier die Tabelle aus Hübner's Jahrbuch vollständig, und dies in dem jetzigen Augenblick um so mehr, als in dieser Zusammenstellung wieder ein Beleg dafür liegt, wie arg wir uns versündigen und welche schwere Opfer der Norden dadurch sich auflegt, wenn Preußen mit dem Zollverein definitiv brechen wollte. Durch den Meßverkehr bestätigt sich gleichfalls eine Thatsache, die wir unausgesetzt vorhielten, daß es nämlich der Norden ist, welcher vorzugsweise der verlierende Theil im Fall eines Bruches ist. Damit sind wir weit entfernt zu sagen, daß der Süden nichts oder nicht sehr viel verliert, sondern es soll nur behauptet werden, daß der Norden derjenige Theil ist, der weitaus am meisten verliert. Diese Thatsache geht, abgesehen vom Meßverkehr, in welchem die südlichen Staaten am meisten betheiligt sind, auch aus der Erscheinung hervor, daß gute preußische Wechsel beinahe wie baare Münze überall Auf- und Annahme finden, welches in gleichem Verhältnisse von unseren Wechseln nicht gilt, und es geht diese Behauptung aus dem ferneren Umstande hervor, daß preußisches Papiergeld sogar mit Aufgeld gezahlt werden muß, während das südliche im Norden selbst am seinen Nennwerth schwer anzubringen ist; und es geht diese Thatsache, übereinstimmend mit dem Ergebnisse des Meßverkehrs, aus dem endlichen Umstande hervor, daß die Zahl der Abreisenden aus Preußen ganz unverhältnißmäßig stärker als jene aus dem Süden ist. Die Frage der Auflösung ist eine ganz andere als jene der Eingehung des Zollvereins, und konnten über diese die Stimmen verschieden sein, so sollte über die furchtbaren Folgen jener niemand eine andere Ansicht haben. Wir werden, kommt es erst zum Ernste, Enthüllungen aus der Wirklichkeit bringen. Für jetzt noch eine Darstellung aus dem Bestande des Zollvereins:

Herkunft der Waaren	Frankfurt a. O., burg Ctr.	Naumburg Ctr.	Leipzig Ctr.	Braunschweig Ctr.	Frankfurt a. M. Ctr.	Junge-Sammt Ctr.	Betheiligung jedes Staates pCt.
aus Preußen	174,625	2,779	143,715	25,354	35,184	381,657	56
„ Luxemburg	—	—	180	232	1,925	2,337	0
„ Bayern	3,813	106	14,392	563	9,195	28,069	4
„ Sachsen	43,231	1,667	108,582	11,242	10,117	174,839	25
„ Württemb.	134	4	1,753	—	3,132	5,023	0
„ Baden	—	—	321	93	5,266	5,680	0
„ beiden Hessen	72	220	828	1,211	16,257	18,588	2
„ Thüringen	410	553	35,243	1,849	9,009	47,124	7
„ Braunschw.	870	—	1,377	1,755	833	4,835	0
„ Nassau und Frankf. a. M.	76	—	5,133	787	3,432	9,428	1
Summe	223,231	5,329	311,524	43,086	94,210	677,380	100
Antheil jedes Meßplatzes in Procenten	33	08	46	6	13	100	

Die Baumwollenernte Amerika's.

Die diesjährige Baumwollernte Nordamerika's ist die größte, die noch jemals dagewesen ist, und beträgt nicht weniger als 3,015,029 Ballen. Nicht weniger merkwürdig als dieser außerordentliche Vorrath des Rohstoffes für eine der wichtigsten Industrien der Welt, ist der fernere Umstand, daß dennoch die Vorräthe geringer und die Preise höher als voriges Jahr sind. Es liegt in dieser doppeltwichtigen Thatsache der Beweis, daß das Bedürfniß nach Baumwollenwaaren noch fortwährend in einem solchen Steigen sich befindet, daß selbst die größte aller Ernten zur Befriedigung des Bedürfnisses kaum hinreichend ist. Die Ursache der stets steigenden Nachfrage nach Baumwollstoffen scheint einzig in ihrer Wohlfeilheit zu liegen, da die mitwerbenden Stoffe der Seide, der Wolle und der Leinen als ein stärkeres, reinlicheres und gesünderes Erzeugniß zu betrachten sind. Diese Vorzüge scheinen auch allgemein in dem Groß- und Kleinmarkte anerkannt zu sein, und der Käufer sucht diese bessern Stoffe ihrer selbst willen auf, will sie in ihrer Reinheit haben, und sieht ungern, daß die Baumwolle eine so betrügerische Eigenschaft besitzt, wonach sie in alle jene edleren Stoffe unkenndar und ununterscheidbar sich einzudrängen weiß. Es ist also vorzugsweise die Wohlfeilheit, welche diesem Stoffe seine ungeheuere Verbreitung verschafft, und die Baumwolleninduſtrie, obwohl eine der jüngsten in Europa, in kurzer Zeit zu einer der allgemeinsten, bedeutendsten und größten der Welt gemacht hat.

Wir sagten, daß trotz des noch nie dagewesenen Umfangs der Ernte die Vorräthe abgenommen haben und der „Economist" thut dar, daß zu Liverpool am 24. September die Vorräthe nur 560,900 Ballen betrugen, während sie am nämlichen Tage des Jahres zuvor etwas mehr, nämlich 576,700 Ballen ausmachten, obwohl die Einfuhr in den dortigen Hafen allein seit dem 1. Januar dieses Jahres 1,736,431 gegen nur 1,456,964 Ballen des letzten Jahres betrug. Und während so die Einfuhr im größten Maßstabe zunahm, fiel der Preis um einen Pfennig das Pfund, was 20 pCt. ausmacht.

Welchen ungeheuern Antheil England an dieser Weltindustrie nimmt, mag wohl am schlagendsten aus der einen Thatsache hervorgehen, daß für das englische Bedürfniß wöchentlich 40,000 Ballen erforderlich sind, was jährlich in runder Summe wenigstens 2,000,000 Ballen ausmacht, während das Gesammterzeugniß der diesjährigen höchsten Ernte nur 3,000,000 Ballen überhaupt beträgt.

Wie sich die Baumwollenerzeugung insbesondere gestaltet, ergibt sich aus folgender Darstellung, welche der New York Shipping and commercial List entnommen wurde:

	1852	1851
1) Neuorleans, Ballen	1,373,464.	933,369.
2) Alabama . . „	549,449.	451,748.
3) Texas . . . „	64,052.	45,820.
4) Florida . . „	188,199.	181,204.
5) Georgia . . „	325,714.	322,376.
6) Südcarolina „	476,614.	387,075.
7) Nordcarolina „	16,242.	12,928.
8) Virginia . . „	20,995.	20,737.
Insgesammt	3,015,029.	2,355,257.

Noch in den zwanziger Jahren bewegte sich die Gesammtsumme nur zwischen 509,158 und 976,845 Ballen, erreichte dann in den dreißiger Jahren eine Million, in den vierziger Jahren zwei Millionen, bis der Ertrag in jetzigem Jahre zu der Höhe von drei Millionen Ballen stieg.

Ein besonderes Interesse bietet auch die Darstellung dar, aus welchen Punkten Amerikas und in welche Häfen Europas die Versendung der Baumwolle geschieht, und es gibt in dieser Beziehung folgende Tabelle die nöthige Auskunft:

Ausfuhr nach Amerika vom 1. September 1851 bis zum 1. September 1852.

Von	Nach England.	Nach Frankreich.	Nach dem Norden.	Andern Häfen.	Insgesammt.
Neu-Orleans Ball.	772,242	196,254	75,950	134,657	1,179,103
Mobile	306,002	97,753	8,826	18,265	430,846
Texas	1,338	3,202	2,695	—	7,235
Florida	48,638	1,560	9,840	4,454	64,492
Georgia	109,378	12,593	2,483	—	124,454
Süd-Carolina	207,220	43,950	16,240	22,025	289,435
Nord-Carolina	419	—	5	—	424
Virginia	—	35	—	—	35
Baltimore	71	—	100	—	171
Philadelphia	4,619	55	—	422	5,096
Neuyork	218,772	65,973	50,536	4,491	339,772
Boston	50	—	2,200	333	2,583
Zusammen	1,668,749	421,375	168,875	184,647	2,443,646

Aus dieser Uebersicht ergibt sich, daß der Hauptmarkt in einem ganz ungewöhnlichen Verhältnisse England ist, und nach England die Reihe an Frankreich kommt. Daß Deutschland bei diesem unmittelbaren Verkehre mit Amerika gar nicht besonders aufgeführt ist, sondern unbenannt unter dem Norden erscheint, kommt davon her, daß wir es bisher zu einem Baumwollenmarkte im Großen noch nicht gebracht haben, sondern unsere Einkäufe in England zu machen pflegen. Hoffentlich wird es Bremen sein, welches uns einen solchen Markt verschaffen wird.

Schwindel-Unternehmen.

Vom Oberrhein. Es sind mir dieser Tage drei Aufforderungen zu solchen schwindelhaften Actienunternehmungen zu Gesicht gekommen, daß es im Interesse der Allgemeinheit nothwendig wird, auf solche gefährliche Schwindeleien aufmerksam zu machen. Alle diese Aufforderungen betreffen Eisenindustrie-Geschäfte, die als Unternehmungen solcher glänzenden Art und Sicherheit dargestellt werden, daß der Mann, der einige freie Gulden zur Verfügung hat, nichts besseres thun könnte, als in aller Eile sein Geld in solche Geschäfte zu stecken! Bei dem ersten Geschäft wird bei einem Actiencapital von 900,000 Thaler zur Gründung von Coakshochöfen der jährliche Ertrag mit solcher mathematischen Genauigkeit und Sicherheit dargethan, daß die Jahresrente rein auf 393,750 Thlr. berechnet wird, was einen jährlichen Zins von 43¾ pCt. ausmacht. Bei dem zweiten Geschäft wird bei einem Capital von 513,000 Thlr. zu einer Maschinenfabrik mit Holzöfen der Ertrag mit gleicher Gewissenhaftigkeit auf jährlich 103,950 Thlr. oder 20 pCt., und bei dem dritten Unternehmen endlich bei einem Capitale von einer Million Thaler zu verschiedenen metallurgischen Anlagen der Ertrag auf 377,542 Thlr. oder auf die Jahresrente von 37½ pCt. ausgerechnet.

So lange bei solchen Darstellungen, die mit der Miene der Sachkenntniß gemacht und in der Form der Untrüglichkeit vor das Publikum geführt werden, blos der Einzelne in sicheren Schaden hineinrennt, hat die Sache nichts weiteres auf sich, als daß eben der leicht Gebäuchte sich die Folgen seiner eigenen Schuld selbst zuzuschreiben hat. Allein die Sache hat noch eine andere Seite, die wichtig genug ist, öffentlich hervorgehoben zu werden, und die darin besteht, daß solide Geschäfte in gleichen Industriezweigen gefährdet und die gesetzgebenden Behörden wegen des Zollsystems irre geführt werden. Jene solide Geschäfte werden gefährdet, weil ihr Credit darunter leiden muß, wenn solche für so unfehlbar und so sicher ausgerufene Geschäfte gleicher oder ähnlicher Art als unhaltbar sich in kurzer Zeit erweisen und ihrem Verfalle entgegengehen. Und der Stand der Zollgesetzgebung wird gefährdet, weil, wenn Industrielle selbst von ihren Unternehmungen in der Eisenindustrie sich 20, 37 und 43 pCt. jährlichen Ertrages herausrechnen, wahrlich kein Grund mehr vorhanden ist, die inländische Eisenindustrie gegen das Ausland noch durch einen Zollschutz sicher zu stellen. Und doch wie nothwendig ist dieser Zollschutz, ohne welchen kein Industriegeschäft sich halten könnte, wie die jetzige Lage der meisten dieser Geschäfte, seien sie in Händen des Staates oder der Privaten, am schlagendsten darthut. Bei einer solchen Lage der Industrie aber durch sogenannte Prospecte beweisen wollen, daß Eisenindustrie-Geschäfte bis zu 43 pCt. abwerfen, oder daß man im Stande sei 1000 Pfund Coaks Roheisen zu 8 Thlr. zu erzeugen, während andere Werke erster Ordnung dies Eisen nur zu 11 und 12 Thlr. und das Holzkohlenroheisen blos zu 14 und 15 Thlr. herzustellen vermögend sind, ist ebenso unverantwortlich als daß dadurch bestehende Werke solidester Art in ihren Ansehen und Credite gefährdet werden. Deßhalb sollten die Regierungen bei Gesuchen um Genehmigung solcher Unternehmungen entweder die Gesuche sofort zurückweisen, um keine moralische Verantwortlichkeit solcher unverantwortlichen Uebertreibungen mit zu übernehmen, oder wenigstens solche maßlose Schätzungen vor ihrer Genehmigung auf das Maß ihrer Wahrheit zurückführen lassen.

Zeitschrift des Vereins zur Ausbildung der Gewerbe in München.

I.

Obige Zeitschrift hat bisher noch nicht die allgemeine Anerkennung gefunden und noch nicht die allgemeine Verbreitung erlangt, welche sie in so reichlichem Maße zu verdienen würdig ist.

Wenn man unseren Gewerbestand, wie er gegenwärtig besteht, näher ins Auge faßt, so kann Niemanden entgehen, daß ihm eine Hauptaufgabe zu erfüllen bisher nicht gelungen ist — es ist dies der Geschmack und die Schönheit in seinen Leistungen. Die neuere Zeit hat viel, sehr viel dafür gethan, daß die Kenntniß des Nöthigsten in besonderen Unterrichtsanstalten dem Gewerbestande vorgetragen werden, aber für die Schönheit der Form ist sehr wenig geschehen. Jenes müßte freilich vorausgehen, letzteres aber hätte nicht vernachlässigt werden sollen, und auch in jenen Lehranstalten wäre es sehr an der Stelle, den Schönheitssinn zu pflegen. Sind erst die Naturgesetze gegeben, auf denen das Gewerbewesen im allgemeinen beruht, so ist es auch die Idee des Schönen durch Lehre zu pflegen und durch Muster zur Anschauung zu bringen. Beides gehört zum Berufe, namentlich der höheren Gewerbeschulen und der sogenannten polytechnischen *) Anstalten. Unsere Gebilde haben nicht nur etwas Plumpes und Schwerfälliges, sondern nicht selten etwas Unwahres. Beide Eigenschaften, das Schwerfällige wie das Unwahre, sind nicht schön. Das Schwerfällige trifft besonders unser Hausgeräthe, das Unwahre unsere Gebilde der

*) Ist es nicht wieder ein derber Mißgriff, die Bildungsanstalt des nicht gelehrten Standes, die Hochschule der Bürger mit dem barbarischen Namen Polytechnik zu bezeichnen? Es ist unseren Staatsdienern, die sich bezeichnend genug Bureaukraten nennen, die Gabe der Sprachfortbildung und die Schaffung neuer Worte ganz und gar abhanden, gekommen und beinahe Alles, was sie ernichten, benennen sie mit fremden Namen, durch welche Stamm, Armuth und Unrichtigkeit auf gleiche Weise zugedeckt werden.

Kleidungsstoffe, der Teppiche, Vorhänge, Tapeten u. s. w. Unwahr sind diese Gebilde, weil sie regelmäßig auf keiner Natur beruhen, sondern die Erzeugnisse wilder Einbildung sind. Man sehe so viele Modestoffe, und schaue in ihre Formenbildung hinein, und man wird sich überzeugen, daß sie nicht natürlich, nicht wahr, nicht schön sind. Man sage nicht, daß der Käufer und die Käuferin es so haben will, sondern das Leben greift nach demjenigen, was in schönster Form das materiell Beste ist. Man versuche es einmal, diese Gebilde auf Formen der Schönheit zurückzuführen und gebe dieses Schöne auf guter Grundlage, und man darf sicher sein, daß man Markt und Kundschaft beherrscht. Es gibt zwar Gegenden, in denen das Grelle und es gibt Länder, in denen das Düstere beliebt ist, und es ist ebenso wahr, daß der Erzeuger in erster Ordnung dafür sorgt, daß seine Waare an den Mann kommt. Allein neben diesen Grundtönen bleibt noch die ganze Art und Weise der Behandlung im Einzelnen in den Händen des Stofferzeugers. So beruht das Grelle nicht selten auf einer heiteren und poetischen Volksanlage und das Düstere nicht selten auf einer mißverstandenen Religionsanschauung, die man erst dem Volke angelehrt und angeprediget hat, allein welches weite Feld und namentlich bei einem fröhlichen Volksstamme ist dem Erzeuger geöffnet!

Was von diesen Stoffen gilt, gilt in gleicher Bedeutung von dem eigentlichen Hausgeräthe. Je mehr Wohlstand und Wohlleben, Handel und Verkehr, Reisen und Wandern zunimmt, je mehr wird auf die Anschaffung der Hausgeräthe verwendet, desto umfangreicher werden die vielen Industriezweige, die sich mit diesen Gegenständen unseres inneren Familienlebens befassen, desto wichtiger aber auch wird die Aufgabe, diesen großen Markt für uns zu erobern und mit guter und schöner Arbeit die herrschende Mitbewerbung des Auslandes erst zu schwächen und dann zu besiegen. Woher die Herrschaft des Auslandes kam, und wie dieser Herrschaft am sichersten entgegenzuarbeiten, wollen wir das nächstemal sehen.

Nachrichten über Handel und Gewerbe.

—: Im vorigen Winter hielt der ausgezeichnete Statistiker Dr. Freiherr von Reden in den wöchentlichen Versammlungen des geographischen Vereins in Frankfurt eine Reihe von interessanten Vorträgen über das **Stromgebiet des la Plata**, deren Veröffentlichung vielfach gewünscht wurde. Unter dem Titel: „Die Staaten im Stromgebiet des la Plata in ihrer Bedeutung für Europa von Dr. Freiherr v. Reden“ ist jetzt bei Gustav Jonghaus in Darmstadt ein Schriftchen erschienen, welches, wie auf dem Titel angegeben ist, die Grundlage zu den Vorträgen im geographischen Verein enthält. Aber nicht allein den Mitgliedern dieses Vereins dürfte es eine angenehme Gabe sein, sondern es kann jedem Freunde der Erdkunde als eine gerlegene und zeitgemäße Arbeit empfohlen werden. Die Schilderung des ganzen Beckens des la Plata Stromes, seiner Producte, seiner Bevölkerung und deren Industrie, ferner die Geschichte der einzelnen Staaten, ihre Verfassung und finanzielle Lage, endlich die Verkehrsverhältnisse mit Europa bilden den Inhalt des Werkchens, das Niemand unbefriedigt aus der Hand legen wird. Es dürfte um so mehr die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, als eine ruhige Epoche für die Laplastaaten eingetreten zu sein scheint, wodurch der während des Krieges so sehr gesunkene Handel neuen Aufschwung erhalten wird und die europäische Auswanderung nach einem von der Natur vielfach begünstigten Lande ein ergiebiges Feld findet.

—: In der Handelskammer zu Reichenberg (Oesterreich) wurde unter Andern folgender Gegenstand verhandelt: Mehrere **Sammt- und Manchesterfabrikanten** von Georgenthal und Grund bei Rumburg haben das Gesuch an die Kammer gerichtet, dieselbe möge eine Erhöhung des Schutzzolles auf Baumwollsammt bei dem hohen Ministerium beworworten. Die Petenten führen unter Andern an, daß dieser Industriezweig, der in Georgenthal, Grund, Lichtenberg, Schönborn und Teichstadt sehr viel Hände beschäftigt, schon seit langen Jahren einen harten Kampf zu bestehen hatte mit den Erzeugnissen Englands in diesem Artikel, indem diese theils durch Schmuggel, theils durch die sogenannten Kammerpässe ins Land gebracht wurden, während die inländische Manufaktur noch Vieles zu wünschen übrig ließ. Bei dem gegenwärtigen Zolle drohe diesem Manufakturzweige ernste Gefahr, obwohl er eine hohe Stufe der Ausbildung erreicht habe, weil die Anwendung der Kraftstühle vorzugsweise dem Engländer gestattet, billiger zu arbeiten. Sammt und Manchester sind Artikel, welche in so geringer Quantität verwendet werden, daß die inländische Manufaktur den Bedarf decken kann; bei dem gegenwärtigen Zollsatze aber werden die Marktpläße mit dieser Waare wahrhaft überschwemmt, und die Preise sowohl inländischer als ausländischer Waare sind außerordentlich gedrückt. Im Interesse der zahlreichen Arbeiter dieses Zweiges wünschen daher die Petenten eine Erhöhung des Zolles, den sie mit mit 75 fl. pr. Zollcentner für unverkäuflich erklärn. Herr Eduard Leitenberger bemerkt hierüber: Die Klagen über die schwere Concurrenz unserer Sammtfabrikanten mit den englischen Producten sind gegründet, und in Folge des neuen Zolltarifs hat sich die Production dieser Artikel bei uns bereitend gemindert. Der Herr Präsident erklärt: Die Sammtmanufaktur von Manchester hat außerordentliche Vortheile gegen unsere Fabrikanten voraus, vorzugsweise durch ungemein glücklich angewandte Theilung der Arbeit, durch die Massenproduction, durch Anwendung der power looms und überdieß durch das billige Capital. Der Herr Vicepräsident findet in der Petition einen Mangel der Zahlenangaben, welche doch die wichtigsten Anhaltspunkte bieten, er beantragt daher, das Bureau solle vorerst das Verhältniß des Gewichtszolles zum Werthzoll dieser Waare erheben und die Kammer sich die Entscheidung für eine der nächsten Sitzungen vorbehalten. Die Versammlung tritt diesem Antrage nach längerer Discussion einstimmig bei.

—: Der **holländische Handel** umfaßte im Jahr 1851 nach der Mittheilung des Finanzministers einen Gesammtverth an Ein- und Ausfuhr von etwa 546 Mill. fl., das ist 32 Mill. mehr als 1850, und 52 Mill. mehr als die mittlere Zahl der fünf letzten Jahre. Die allgemeine Einfuhr überstieg jene von 1850 um 19½ Mill., die allgemeine Ausfuhr um 12½ Mill., die Einfuhr für Consumtion um 12 Mill., die Ausfuhr aus dem freien Verkehr um 7 Mill., die Durchfuhr um 6 Mill. Bis jetzt läßt sich erwarten, daß die Resultate im Jahre 1852 nicht weniger günstig sein werden; bereits sind in den ersten acht Monaten dieses Jahres für 104 neue niederländische Schiffe von 21,632 Tonnen Seebriefe verliehen. Der Ertrag der Ein- und Ausfuhrzölle, welcher bereits im Jahre 1851 sehr befriedigend war, ist in diesem Jahre in Folge der Herabsetzung der Tarifsätze bedeutend gestiegen. Die Schiffahrtsgesetze von 1850 haben also keineswegs die schädliche Wirkung gehabt, welche die Gegner derselben prophezeiten, vielmehr ist der günstige Einfluß derselben nicht zu verkennen.

—: Die erste Erwähnung von **Steinkohlen in England als Heizmaterial** datirt aus dem Jahre 1281, wo König Heinrich III. der Stadt Newcastle Gerechtigkeiten zur Anlegung von Kohlenminen verlieh. Mit dem Anfang des 14. Jahrhunderts kamen die ersten Steinkohlen nach London und wurden von einigen Brauern und Schmieden verwendet. Die ganze Stadt aber erhob sich wie ein Mann gegen das neue Brennmaterial, und eine Petition des Parlaments stellte 1316 dem König all' die traurigen Folgen vor, welche für Reinlichkeit und Gesundheit aus dem Steinkohlengebrauch sicherlich entstehen würden. Hierauf wurde deren Einfuhr und Anwendung verboten, und als oft wiederkehrende Fälle bewiesen, daß das Gesetz umgangen wurde, so setzte man hohe Strafen darauf und riß die Kamine und Essen der Uebertreter nieder. Ungeachtet aller Hindernisse wuchs aber der Verbrauch von Jahr zu Jahr im Lande, und als sich die Verwendung der Steinkohlen nicht mehr verbieten ließ, suchte man sie wenigstens zu erschweren, indem man hohe Taxen auf deren Einfuhr in die Städte legte.

—: Bei Gelegenheit einer vor kurzem erhobenen Beschwerde über die Benachtheiligung, welche jemandem durch die widerrechtliche Nachahmung einer ihm patentirten Erfindung zugefügt worden, ist der für die richterliche Entscheidung wichtige Umstand zur Sprache gekommen, daß es in Preußen an jeder Gelegenheit fehlt, den Inhalt der von der Regierung ertheilten Erfindungspatente und damit das Wesentliche einer Erfindung kennen zu lernen. Nur dadurch kann die unbefugte Nachahmung einer patentirten Erfindung unterbleiben, oder, wenn sie stattfindet, strafbar werden; denn aus den amtlich publicirten Titeln der Erfindungspatente ist keineriei Verpflichtung für das Publikum, die Nachahmung der Erfindung zu unterlassen, herzuleiten, weil es bekanntlich auf diesem Gebiet verschiedenartige Wege zu einem und demselben Zwecke gibt. In England und Frankreich bestehen amtliche Organe, in welchen die Beschreibungen der patentirten Erfindungen veröffentlicht werden; in England kann man auf dem Patent office jederzeit diese Declarationen einsehen, und dieselben müssen in so genauer Form abgefaßt sein, daß das Publikum auf Grund derselben nach dem Erlöschen des Patentrechts, nach 14 Jahren, im Stande ist, die Erfindung nachzuahmen. Sie wird nach diesem Zeitraum Eigenthum der Nation.

Druck von August Osterrieth.

№ 244. — Dienstag — den 12. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereinsgebiet von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Thurn- und Taxis'schen Postverwaltungsgebiets 2 fl. 42 kr. = 1 Thlr. 15 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Erbländern 3 fl. 24 kr. Rhein.

2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Thlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Lothringen, Elsaß, England und Belgien nimmt Herr C. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 20, und in Paris Herr Bureaubureau de Journaux, Nr. 33, Beschleunigen. Die Insertionsgebühren betragen für die 3-fache (1½ Spalte) oder Petitzeile oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung

Deutschland.

* **Frankfurt**, 11. Oct. Nach einer officiösen Mittheilung der „Allg. Zeitung" aus Wien wäre eine neue Conferenz in Zollvereinssachen in Wien bereits beschlossen und stände deren Eröffnung in der Mitte dieses Monats bever. Es wäre vorerst, heißt es in der betreffenden Mittheilung, schon jetzt über die aus derselben hervorgehende Erklärung dieser Angelegenheit Vermuthungen aufstellen zu wollen; allein wenn die königl. preußische Staatsschrift (Circulardepesche für den Abbruch der Verhandlungen) unter anderm bemerkt, es hätten die königl. bayerische, sächsische, württembergische rc. Regierung in dem Schlußprotocoll der ersten Wiener Conferenzen dejuniore, die kaiserlich österreichische Regierung aber nur eine eventuell: Verbindlichkeit eingegangen, so darf zuvörderst behauptet, aus allgemeiner Kenntniß der Handlungsweise der Wiener Regierung mit Zuverlässigkeit geschlossen werden, daß Oesterreich den Staaten, welche die Verwirklichung der durch die Bundesacte gegebenen Zusicherung, eine allgemeine deutsche Zolleinigung, erstreben, die somit den Kaiserstaat nicht ausschließen lassen wollen, sicherlich nicht weniger gewähren wird, als es früher schon der Gesammtheit geboten. Wohl aber werden voraussichtlich diese hohen Regierungen, in Verbindung mit der k. k. österreichischen, auch jetzt und in Zukunft, des letztlich Vorgefallenen uneingedenk, dabei besorgt sein, daß Preußen jederzeit den hohen und bedeutungsvollen Platz auch im deutschen Zollverein wieder einnehmen könne, den es jetzt so unbegreiflicherweise von sich weist.

* **Frankfurt**, 11. Oct. In einem Artikel der „Deutschen Volkshalle" hatte Herr v. Florencourt die Zolleinigung mit Oesterreich der Freihandel zwischen Deutschland und Oesterreich genannt, und einen Widerspruch darin gefunden, wenn Preußen seine Neigung zum Freihandel verschere und zugleich die Zolleinigung mit Oesterreich ablehne. Die „Hannoversche Zeitung" findet diese Behauptung gewagt, ja fast parador. Sie sagt: „Daß die Zolleinigung mit Oesterreich nach den Interessen von ganz Norddeutschland für den Augenblick unmöglich, ist allgemein und von Oesterreich selbst zugestanden. Letzteres hat aber doch die Sache übereilt, worin, wie uns däucht, sein Fehlgehen dabei besteht. Es hat freilich zunächst nur einen Handelsvertrag gesordert, allein dieser Handelsvertrag schloß bereits die völlige Zolleinigung in sich, die ganz von selbst im Jahr 1858 eintreten sollte, d. h. sie schloß die Festsetzung derselben für einen Zeitpunkt in sich, und wollte dadurch die Frage vorab entschieden wissen, die erst beim Eintreten desselben entschieden werden sollte, die Frage, ob man sich einander schon nahe genug gekommen, und ob die „bestehenden geschichtlichen Verhältnisse" mit den „neuen Thatsachen so weit in Einklang sich gesetzt", um zu solcher „Umbildung" vorschreiten zu können. Hiernach ließe sich etwa sagen: Hätte man sich dort mehr beschränkt, so dürfte man hier nachgiebiger gewesen sein. Man mag es billigen oder nicht, oder sich dagegen sträuben wie man will: die Sache hat eine politische Seite, welche dabei obenein nach ihrem dermaligen Stande die entschiedene ist. Es gilt politischen Verhältnissen und „Machtstellungen", es gilt der Frage, wie weit der Großstaaten Einfluß in Deutschland reichen, wie es hier und dort gefaßt wird, ob Preußen eine Hegemonie auf soliderer materieller Grundlage durch Hinzutritt der Nordseestaaten errichten und Oesterreich ausschließen, ob dieses auch auf einem Gebiete, wo Preußen bislang allein waltete, mit demselben theilen und es ganz herunterdrücken, und wie das Verhalten, die Stellung der kleineren Staaten dabei sein soll und kann. Darin mischen sich und verwickeln das Ganze zu einem unlösbaren Knäuel die Fragen wegen der materiellen Interessen, und es wird laute Klage geführt, dieselben würden politischen und dynastischen geopfert. Zuletzt sind einmal beide da, beide berechtigt, und so wie hinter der Zoll- und Handelsfrage die politische steht, so steht auch hinter jenen Klagen, die so viel Schein haben, die verhehlte Absicht, unter der Decke des Strebens und Eifers für die materielle Volkswohlfahrt politische Parteizwecke zu erreichen, vereitelte politische Pläne wieder aufzunehmen, politische und dynastische Interessen zu kränken, deren Opfer zu fordern gerade so unbillig und verkehrt ist als das Verlangen, daß den letztern die materiellen unbedingt weichen sollen.

* **Wien**, 8. Oct. Graf v. Nesselrode wird sich morgen nach St. Petersburg zurückbegeben. Man spricht von der bevorstehenden Errichtung von Strafkolonien in Oesterreich; der betreffende Gesetzentwurf soll bereits in der Ausarbeitung begriffen sein. — Die „Wiener Zeitung" zeigt an, daß 2,574,000 fl. in Anweisungen auf die Landeseinkünfte Ungarns und 23,325,000 fl. in theils verzinslichen, theils unverzinslichen Reichsschatzscheinen, zusammen 26,199,000 fl., welche bei der Centralkasse eingegangen sind, und zu Zahlungen des Staats nicht mehr ausgegeben werden dürfen, am 9. October in dem Verbrennhause am Glacis öffentlich vertilgt werden sollen. Gestern Abend ist Se. Maj. der Kaiser in den Lager von Pordenone eingetroffen.

* **Wien**, 8. Oct. Die „Allg. Ztg." erfährt in officiöser Weise, daß vor kurzem ein englisches Haus der österreichischen Finanzverwaltung ein Anlehen von 10 Mill. Pf. St. zu 5 Pct. und für den Staat sehr vortheilhaften Bedingungen angeboten hat, daß die kaiserl. Regierung aber nicht in dem Fall war, es anzunehmen.

Berlin, 7. Oct. Die schon länger vorliegende Frage von der Militärkirchenordnung ist ihrer Lösung bis jetzt nur wenig näher gerückt. Der Grund davon liegt zum großen Theil in einer verschiedenen Auffassung der Sache von Seiten der beiden dabei betheiligten Ministerien, des Cultus und des Kriegs. Namentlich herrschen entgegengesetzte Ansichten über die Ausdehnung der betreffenden Competenz. Das Cultusministerium will die Militärgeistlichen wie die Pfarrgeistlichen angesehen wissen und ein unbeschränktes Ernennungs- und Aufsichtsrecht über dieselben ausüben. Vom Kriegsministerium wird die Meinung geltend gemacht, die Militärgeistlichen seien als Institutsgeistliche zu betrachten und die Einsetzung derselben bedinge insofern auch eine Mitwirkung des Kriegsministeriums, daß dieselbe mit den Dislocationen der Truppen in engem Zusammenhange stehe. Eine schließliche Entscheidung über die Streitfrage ist noch nicht erfolgt. — Die Ministerialcommission zur Erörterung von Verfassungsangelegenheiten ist jetzt mit der Frage wegen Neubildung der zweiten Kammer beschäftigt. Es treten hier um so größere Schwierigkeiten hervor, je verschiedenartiger und verwickelter die in Erwägung kommenden Vertretungssysteme sich praktisch gestalten. So viel scheint indessen festzustehen, daß die Commission dem jetzt geltenden Kopfzahlwesen nicht das Wort redet. In welcher Weise aber eine mehr ständische oder corporative Vertretung eingerichtet werden solle, darüber ist noch keine Einigung erzielt worden. Das Princip der Urwahl hat dabei auf Unterstützung zu rechnen. (Lpz. Z.)

* **Berlin**, 9. Oct. Die „Neue Preuß. Zeitung" hat von einem verehrten Freunde, wie sie sagt, einen Wink bekommen und will nun, wenn man ihrem heutigen Leitartikel glauben darf, von den Personen absehen und sich nur an die Sache halten. „Die Situation, sagt sie, ist in der That zu ernst, um der Regierung ohne Noth oder lediglich um deswillen, weil uns diese oder jene Person nicht gefällt, Verlegenheiten zu bereiten: Gefahr von außen, Unzufriedheit, Verstimmung und Entzweiung im Innern und über das Alles in wenigen Wochen die allgemeinen Wahlen und die Bildung der Körperschaften, die, wie sie auch auffallen mögen, unzweifelhaft ein höchst bedeutsames Moment in der innern Geschichte und Entwickelung Preußens bilden werden. Hier Hand anzulegen, erscheint uns verhehlt als die erste und nächste Pflicht, und unbereitet werden wir dabei nicht fragen, lieb zu diesen oder haßt zu den, sondern nur, lieb zu dem Vaterland Preußen und will's du es als europäische Großmacht erhalten und vertheidigen, und haßt

du den Geist und die Geschente, die uns von Westen entgegengebracht werden, sie mögen Namen und Kleid tragen, welche sie wollen: alles übrige, was wir wünschen, wird sich alsdann ungesucht finden." — Von den Oberpräsidenten sind die Wählerlisten für die erste Kammer bereits nach Maßgabe der in den Ausführungsreglements des Staatsministeriums vom 30. August für alle Provinzen aufgestellten Anordnungen entworfen. Da unter den gleich hoch Besteuerten nach dem provisorischen Wahlgesetze derjenige den Vorzug hat, welcher an Grundsteuer den höhern Betrag zahlt, so bestehen die Wählerlisten zum größten Theil aus Grundbesitzern. In den drei Wahlbezirken des Regierungsbezirks Marienwerder z. B. sind auf den zusammen 90 Wähler umfassenden Listen nur zwei Personen verzeichnet, die nicht wegen ihres Grundbesitzes, sondern wegen der überwiegen höhern Gewerbesteuer auf die Liste gekommen sind. Alle übrigen verdanken ihr Wahlrecht theils der hohen Grundsteuer, theils dem ansehnlichen Betrage, den sie an klassifizirter Einkommensteuer zahlen. Die letztere beträgt z. B. bei dem General der Cavallerie Grafen v. Groeben, der als Besitzer der Neudorfschen Güter im Kreise Marienwerder sein Wahlrecht ausübt, 216 Thlr., seine Grundsteuer beläuft sich auf 424 Thlr. Zu den Wählern des in Rede stehenden Bezirks gehört u. A. auch der vormalige Minister des Innern, Herr v. Auerswald-Plauthen, er zahlt 96 Thlr. klassificirte Einkommensteuer und 215 Thlr. Grundsteuer. Die Steuerbeträge variiren übrigens sehr bedeutend; während z. B. im zehnten preußischen Wahlbezirk ein jährliches Einkommen von 131 Thlr. Wahlberechtigung gewährt, zahlt im achten der Höchstbesteuerte, Graf Sierakowski, über 900 Thlr. und der am niedrigsten Besteuerte 292 Thlr., im nennten der Höchstbesteuerte gar 1154 Thlr. In den uns noch nicht bekannt gewordenen Wählerlisten der westlichen Provinzen sollen sich diese Verhältnisse weniger auffällig herausstellen. — Generallieutenant v. Prittwitz, der commandirende General des Gardecorps, wird demnächst sein Commando niederlegen. Mehrfache Differenzen mit dem commandirenden General in den Marken werden als die Veranlassung seines Entschlusses genannt. Sein Nachfolger im Commando des Gardecorps ist Generallieutenant von Lüderitz, zur Zeit commandirender General des vierten Armeecorps (Schlesien), und dieser dürfte wieder durch den General v. Werder ersetzt werden.

‡ **Aus Posen**, 8. Oct. Heute erfahre ich den Grund, weßhalb den Jesuiten vorgestern das Predigen untersagt worden ist. Die frommen Väter hatten nämlich die gesetzliche Förmlichkeit, wonach fremde Geistliche nur mit Erlaubniß der weltlichen Autorität Amtshandlungen verrichten dürfen, nicht beobachtet, was allerdings um so mehr auffallen mußte, als den Jesuiten bei ihrem Eintreffen in der hiesigen Provinz diese gesetzliche Bestimmung ausdrücklich eingeschärft worden und auch der erzbischöflichen Behörde in Erinnerung gebracht sein soll. Die hiesige Zeitung sagt dahier gradezu, daß die unterlassene Meldung den Schein der Absichtlichkeit an sich trage. Die Jesuiten haben sich, wie ich vernehme, damit entschuldigt, daß die Festlichkeit in unserer Dominikanerkirche keine eigentliche Mission sei, sondern nur zur Verherrlichung des Festes der Rosenkranzbrüderschaft stattfabe; sie aber hätten geglaubt, daß die Einholung der Zustimmung der amtlichen Behörde und die Beschränkung der Feierlichkeit auf das Innere der Kirchen sich nur auf die Missionen beziehe. Diese Erläuterung ist von dem Oberpräsidenten als genügend anerkannt worden und es ist die Fortsetzung der Jesuitenpredigten ausnahmsweise bis zum Sonntag den 10. d. M. gestattet worden, mit welchem Tage das Fest der Rosenkranzbrüderschaft sein Ende nimmt. Am Montag wird sich daran nur noch ein Trauergottesdienst für die Verstorbenen schließen.

* **Hannover.** Ueber die Abberufung des Hrn. Klenze aus Berlin meldet man der „Allg. Ztg.": Alle anders lautenden Nachrichten sind dahin zu berichtigen, daß der diesseitige Zollcommissär nicht in Folge einer förmlichen Abberufung seiner Regierung Berlin verlassen hat. Hr. Klenze ist nur von Berlin hierher zurückberufen worden, weil sich dort, wie allgemein bekannt, dermalen kein geeignetes Feld der Thätigkeit für einen hannoverschen Bevollmächtigten mehr vorfindet. Die Form, unter welcher der hannoversche Bevollmächtigte die preußische Hauptstadt verlassen hat, ist mithin nicht unwesentlich von der unterschieden, die von Seite der sogenannten Coalitionsregierungen rücksichtlich ihrer Vertreter befolgt worden ist und befolgt worden mußte. Die Thatsache dürfte jedoch weniger abweichend sein, namentlich da, wie hier als ziemlich feststehend angenommen wird, Hr. Klenze in den handelspolitischen Fragen schwerlich wieder mit einem Commissorium von der hannoverschen Regierung betraut werden wird.

Von der hannoverisch-preußischen Grenze, 6. Oct., schreibt die „Allg. Ztg.": Es ist, dünkt mich, bisher nicht allgemein bekannt geworden, daß im Lauf der Zollverhandlungen zu Berlin von Seite Hannovers an die übrigen Zollvereinsstaaten die Concession gemacht war, daß der Separatartikel 11 des Septembervertrags („Hannover verpflichtet sich spätestens bis zum 1. März 1853 die Eingangsabgaben für die in der Anlage benannten Gegenstände bis auf die dabei bemerkten Sätze zu erhöhen") eben abgeändert sei, daß die betreffende Erhöhung der Steuervereinssätze schon am 1. Jan. 1853 eingetreten habe. Sichern Vernehmen zufolge ist diese Concession jetzt von der hannoverschen Regierung aus der richtigen Rücksicht wieder zurückgenommen worden, weil diejenigen Staaten, denen zu Gefallen dies Zugeständniß gemacht, dermalen nicht mehr an den Septembervertrage theilnehmen. Hiernach dürften die entgegenlautenden Nachrichten verschiedener norddeutscher Blätter, namentlich der „Weser-Zeitung", zu berichtigen sein.

Freiburg, 7. Oct. Vorgestern hat sich die Frau Großherzogin Stephanie von Umkirch nach Baden begeben. Sie wird sich sodann noch einige Tage in Mannheim aufhalten, den Winter aber bei ihrer Tochter, der Fürstin v. Sigmaringen, in Düsseldorf zubringen. Dieser Tage erhielt die hohe Dame die Nachricht, daß ihr Schwiegersohn, der Marquis Douglas, die Erbschaft seines verstorbenen Vaters, des Herzogs v. Hamilton, angetreten habe. Dieselbe wirft ihrem Besitzer eine jährliche Rente von 90,000 Pf. St. ab, wovon er jährlich 12,000 Pf. St. seiner Mutter abzutreten die Verpflichtung hat. Dem nunmehrigen Herzog v. Hamilton haben seine Pächter ein höchst prachtvolles Service, im Betrag von 24,000 Pf. St., zum Geschenk gemacht. — Der neue Stadtdirektor, Herr Burger, hat seine Verwaltung bereits angetreten. Man freut sich hier allgemein, daß die Regierung diese wichtige Stelle mit einem eben so ruhigen und leidenschaftslosen, als gerechten und billigen Mann besetzt hat. (Schw. M.)

* **Darmstadt**, 11. Oct. Auf der morgenden Tagesordnung der ersten Kammer steht auch die „Wahl eines besondern Ausschusses, zur Begutachtung der Mittheilung der zweiten Kammer, bezüglich des Antrags des Abg. Müller-Melchiors wegen der Neugestaltung des Zollvereins, sowie der zwölf Petitionen in gleichem Betreff."

⊙ **Aus dem Herzogthum Holstein**, 7. Oct. Während die gesetzgeberische Thätigkeit des am 4. d. M. eröffneten dänischen Reichsrats, insoweit die Ordnung der gesammtstaatlichen Verhältnisse in den Kreis seiner Mitentscheidung fällt, die Aufmerksamkeit der hierseitigen Bevölkerung in Spannung erhält, nimmt inzwischen die administrativ-politische und materielle Umbildung der öffentlichen Angelegenheiten in den Herzogthümern einen der allgemeinen Wohlfahrt entsprechenden nachhaltigen Fortgang. Die politische Seite der in Regelung begriffenen Landesverhältnisse ist bereits so vielfach und nach so vielen Seiten hin verändert worden, daß es kaum noch der Mühe werth erscheint, sich weitläufiger über diesen Punkt zu ergehen; Fragen von bes. eingreifender Bedeutung, als die materielle Lage und die Art, wie die produktiven Kräfte zur Entwickelung gebracht werden, beschäftigen die Gemüther lebhafter und ernster. Zunächst ist es die Angelegenheit der projectirten Eisenbahnen im Herzogthum Schleswig, die, im Anschluß an die holsteinischen Linien, der Verkehrs- und Handelsthätigkeit auf der cimbrischen Halbinsel einen frischen Aufschwung verheißen. Zur Orientirung über diesen wichtigen, von der Presse bisher leider zu wenig gewürdigten Gegenstand dürften einige Bemerkungen genügen. Bereits vor sechzehn Jahren ist die Idee einer Verbindung der Ostsee mit der Nordsee zwischen Flensburg, Husum und Tönning mittelst eines Schienenweges in Anregung gekommen. Dieselbe wurde indeß damals von den Betheiligten mit großer Lauheit und Gleichgültigkeit behandelt, um so mehr, als man zu jener Zeit bestrebt war, die Capitalkraft in den holsteinischen Eisenbahnen zu concentriren. Mit dem Umschlag, der in den Verhältnissen eintrat, ist auch in dieser Beziehung Wandel geschehen. Den projectirten Eisenbahnen ist eine solche Richtung gegeben, daß sie von allen Theilen des Landes nur einen Anziehungspunkt für den Großhandel an der Nordsee erhalten. Die Erbauung der vom Gouvernement genehmigten Flensburg-Husum-Tönning-Rendsburger Eisenbahnlinie wird bereits im nächsten Frühjahr in Angriff genommen. Ueber die künftige Fortführung der Bahn nach dem Norden der Halbinsel ist noch nichts entschieden. Was die Concession betrifft, welche einer englischen Gesellschaft zur Erbauung der beregten Linie bewilligt ist, so ist die dabei gestellte Bedingung nicht zu übersehen, daß die Zweigbahn von Tönning nach Rendsburg zum Anschluß an die holsteinischen Eisenbahnen erst nach Vollendung der Hauptbahn, welche von Flensburg über Husum nach Tönning angelegt werden würde, in Bau kommen darf. Ist erst der Husumer Hafen, als der eigentliche Brennpunkt des schleswigschen Communicationssystems, den dermaligen Anforderungen entsprechend hergestellt, der Handel und Verkehr in dieser Richtung festbegründet und erstarkt, so wird wohl die Anlegung einer Zweigbahn von der Stadt Schleswig nach Hollingstedt, oder nach demjenigen Punkt, wo die Bahn von Husum nach Rendsburg

den Treuenfluß durchschneidet wird, erfolgen. Die Verwandlung Rendsburgs aus einer Festung in eine offene Stadt wird, wie man allgemein erwartet, nicht ohne Einfluß auf eine allmälige Erweiterung und Vergrößerung derselben bleiben. Rendsburg dürfte sich dann in Rücksicht seiner Lage an der Eider und im Mittelpunkte des die Herzogthümer bald durchziehenden Eisenbahnnetzes in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu einer Handelsstadt von nicht geringer Bedeutung emporheben, ein Umstand, der in Ansehung der Wendung, welche die Dinge genommen, gewissermaßen tröstlich und beruhigend erscheint.

Hamburg, 7. Oct. Die heutigen „Hamburger Nachrichten" schreiben: Vor längerer Zeit haben wir die Vorstellungen mitgetheilt, die von Seiten der invaliden schleswig-holsteinischen Offiziere beim Bundestage und bei den sämmtlichen Regierungen der deutschen Einzelstaaten, in Anlaß der von Seiten Dänemarks vertragswidrig ihnen vorenthaltenen „Unterstützungen" eingegeben worden sind. Die hannoversche und die braunschweigische Regierung haben dieser Tage auf die bei ihnen eingegangenen Vorstellungen die nachfolgenden erfreulichen Erwiderungen ertheilt:

I. Das unterzeichnete Ministerium gibt Ihnen auf die an des Königs Majestät wegen Ihrer Ansprüche auf Invalidenpension unter dem 10. d. M. gerichtete Vorstellung hierdurch zu erkennen, daß die diesseitige Bundestagsgesandtschaft angewiesen ist, für eine Berücksichtigung der von Ihnen bei der deutschen Bundesversammlung eingereichten Anträge bei vorkommender Gelegenheit in geeigneter Weise zu wirken. Das unterzeichnete Ministerium hält es inzwischen für seine Pflicht, zugleich darauf hinzuweisen, daß zur Zeit eben so wenig über das Ergebniß der diesseitigen Bemühungen ein bestimmtes Urtheil gefällt, als eine Aussicht auf Erfolg eröffnet werden kann. Hannover, 16. September 1852. Königliches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. (gez.) Schele. An den Herrn Major a. D. Lengau zu Hamburg.

II. Wir benachrichtigen den Herrn Major a. D. Lettgau und Genossen auf das an Seine Hoheit den Herzog, Unseren gnädigsten Herrn, gerichtete Gesuch vom 10. d. M., um Unterstützung einer der deutschen Bundesversammlung übergebenen Vorstellung wegen Ihrer Pensionsansprüche an das königlich dänische Gouvernement, daß die Regierung Seiner Hoheit diese Ansprüche kräftigst befürworten und unterstützen wird. Braunschweig, 21 September 1852. Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches Staatsministerium. (Sig.) v. Geyso. An den Herrn Major a. D. Lettgau und Genossen zu Hamburg.

Zugleich vernehmen die „Hamb. Nachrichten", daß in Altona abseiten des Ministeriums der Herzogthümer Holstein und Lauenburg dieser Tage ein Schreiben eingetroffen, worin für das dritte Quartal die den invaliden Unteroffizieren und Gemeinen, sowie den Wittwen der Gefallenen zuerkannte Unterstützung zur Zahlung wirklich angewiesen ist.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 10. Oct. Der Bundesrath hat mehrere französische Flüchtlinge, die sich in Genf aufhielten, interwirt. — Von dem k. k. österreichischen Zugenieur Negrelli ist die officielle Anzeige eingegangen, er sei von der österreichischen Regierung beauftragt, hinsichtlich der verschiedenen, von den bündnerischen Abgeordneten Sprecher und Planta bei dem Feldmarschall Grafen Radetzky angeregten Verkehrsangelegenheiten (Zoll- und Straßenwesen) mit der bündnerischen Regierung direkt in Unterhandlungen zu treten, und gleichzeitiger Mittheilung, daß Oesterreich auf seinem Gebiet die Straßenstrecken von Chiavenna gegen Castasgna, von Tirano gegen Poschiavo und von Finstermünz bis Martinsbruck herstellen werde, sobald die entsprechenden Straßenbauten auf Bündner Gebiet gesichert seien. Hinsichtlich des Eisenbahnwesens will Oesterreich mit dem Bundesrath verhandeln. — Der aus 150 Individuen bestehende tessinische Arbeitervereln hat ein radikal-socialistisches Programm aufgestellt, in welchem er Progressivsteuern, allgemeines Stimmrecht, Geschworne als Richter, Beförderung materieller Interessen, Beschränkung der geistlichen Competenz ꝛc. ꝛc. verlangt. — Nach einer Correspondenz in der „Neuen Züricher Zeitung" ist in dem kalterischen Gesicht der Königin Amalia, Wittwe Ludwig Philipps, eben so viel Herzlichkeit als Gram ausdrückt; doch scheint sie für ihre 70 Jahre noch sehr rüstig. Der Prinz v. Joinville ist ein schöner Mann von mittlerer Größe, hat aber wenig Aehnlichkeit mit seinem Vater.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 9. Oct. Die heutige „Presse" sagt: „Die umfassenden Vorlagen, welche in der handelspolitischen Frage am Bundestage von hier aus vorgebracht werden dürften, sollen bereits ausgearbeitet sein. Das System der Gesammtzolleinigung mit Deutschland ist vollständig neu ungearbeitet und es werden diese Vorlagen auch von den Mittheilungen über die Zoll- und Handelsverträge, welche mit Toscana, Parma und Modena bereits abgeschlossen sind, begleitet sein."

Triest, 6. Oct. Unsere Kriegsmarine hat wieder einen Verlust zu beklagen. Der Schraubendampfer „Stromboli", Capitän Blasich, ist, wie man heute erfährt, auf der Fahrt zwischen Pola und Fiume vermuthlich und soll rettungslos verloren sein. Die ganze Mannschaft aber, wird beigefügt, habe sich gerettet. Der „Volta", sowie ein Dampfer des Lloyd, sind heute wegen dieses Unfalls nach Pola abgegangen. (A. Z.)

* **Berlin**, 10. Oct. Gestern Abend waren der Ministerpräsident, der Handelsminister und der Finanzminister in einer der Zollangelegenheit betreffenden Conferenz beisammen.

München, 9. Oct. Hr. v. d. Pfordten nimmt bereits an Kräften etwas zu. Bleibt der Gang der Genesung derselbe wie bisher, so wird Hr. v. d. Pfordten in nächster Woche Besuche annehmen dürfen, was die ordinirenden Aerzte bisher nicht gestattet haben. (K. Abs.)

* **Rom**, 3. Oct. Der englische Consularagent Freeborne ist hier eingetroffen. Die Consulta ist für die Dauer des Monats November beständigt worden; man nennt den Cardinal Brignoli als Vorsitzenden derselben.

† **Turin**, 4. Oct. Graf Cavour ist aus Paris, der General und Kriegsminister Lamarmora aus Toulon zurückgekehrt. Neue Ministerwechselgerüchte circuliren. Monsignore Charvaz wird das Erzbisthum von Genua schwerlich annehmen.

* **Paris**, 10. Oct. Der dritte der dem Prinz-Präsidenten in Verdeaux bereiteten Festtage war von Wetter weniger begünstigt, als die vorhergehenden. Aber der Enthusiasmus der Bevölkerung hat darum nicht nachgelassen. Gestern Abend gab die Handelskammer dem Prinzen ein Bankett im Börsengebäude; die Bevölkerung war die ganze Nacht auf den Beinen und guter Dinge. Heute gegen Mittag, nach Anhörung einer stillen Messe in der Kathedrale, gedachte Ludwig Napoleon die Reise nach Angouleme fortzusetzen.

Es ist nun definitiv und officiell, daß der Prinz-Präsident nach der ursprünglichen Bestimmung des Reiseprogramms nicht erst am 17., sondern schon am 16. nach Paris zurückkehren wird. Die Einladung der Stadt Blois, dort eine Nacht zuzubringen, ist abgelehnt worden.

Im Nordsoldepartement sind sieben Individuen wegen heimlicher Pulverfabrikation verhaftet worden. Die gegen sie eingeleitete Untersuchung soll zu wichtigen Enthüllungen geführt haben.

** **Madrid**, 5. Oct. Einem Gerücht im „Clamor publico" zufolge sollen die Cortes zum 19. November einberufen werden. Das betreffende Decret, heißt es, würde am 10. October, dem Geburtstage der Königin Isabella II., in der amtlichen Zeitung erscheinen. Diese Nachrichten bedürfen indeß noch der Bestätigung.

Landwirthschaftliches.

n* **Aus der Pfalz**, 10. Oct. Den ersten Anfängen des Mostverkaufs nach zu urtheilen, wird die diesjährige Ernte̊ng über Erwarten hoffnungsvoll werden. Es war vorauszusehen, daß bei einiger Güte des Mostes die Preise sich nicht allzutief stellen würden, doch hätte man kaum gedacht, daß bei Reustadt, Haardt und Gimmeldingen der Most von weißen Trauben um 120 bis 130 fl. der von Traminern um 200 fl. und der rothe Gimmeldinger gar um 380 bis 400 fl per 1000 Liter verkauft werden würde, ehe er noch unter die Kelterbäck gekommen ist.

Börsenberichte.

Frankfurt, 11 Oct. Die Stimmung an der heutigen Börse war im Allgemeinen günstiger. Der Hauptumsatz geschieht fortwährend in 1pCt. spanischen Zonds; auch heute war der Handel darin wieder sehr bedeutend; nach mehreren flattgehabten Zirkulationen schlossen dieselben zuletzt abermals höher, 25$^{13}/_{16}$ pCt. G.; 3pCt. Inländische, auch heute nicht animirt, standen zuletzt 45$^{1}/_{4}$ pCt. Für österreichische Effekten bemühigte man auch heuer Preise, 5pCt. Metall waren 81$^{1}/_{4}$ pCt. G.; 4$^{1}/_{2}$pCt. Metall. zu 71$^{1}/_{2}$pCt. zuletzt 71$^{1}/_{4}$ pCt. G.; 5pCt. Lombardisch-Venetianische 87$^{1}/_{2}$ pCt.; Wiener Bankaktien 1377 fl. G.; 500 fl. Loose 192 pCt. G.; 250 fl. Loose 117$^{1}/_{2}$ pCt. G Von Eisenbahnaktien war F.-W.-Nordbahn 43$^{1}/_{4}$ pCt. G.; Bredach 94$^{3}/_{4}$ pCt.; Köln-Minden 111$^{1}/_{4}$ pCt. G.; Taunus 296 fl. Süddeutsche Papiere und Anlehenslose sind noch unhaltend offerirt. — Abends in der Effektensozietät waren 1pCt spanische Zonds 25$^{1}/_{4}$ pCt. G.

Madrid, 5. Oct. 3pCt. 47$^{1}/_{8}$, n. d. Börse 47$^{1}/_{8}$ G., 47$^{1}/_{4}$ P. — 1pCt. Neue 25$^{11}/_{16}$ n. d. Börse 25$^{13}/_{16}$ à $^{7}/_{8}$ G.

Telegraphischer Coursbericht des Syndicats der Frankfurter Wechselfensale.

Wien, 11. Oct. 5pCt. Metall. 94$^{1}/_{4}$. — L. A. 91$^{1}/_{4}$. — L. B. 109$^{1}/_{4}$. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94$^{1}/_{4}$. — 4$^{1}/_{2}$pCt. Metall. 84$^{3}/_{4}$. — Bankaktien 1336. — 250 fl. Loo'e 116$^{1}/_{4}$. — London 11 fl. 35 kr. — Paris 137$^{1}/_{4}$. — London in Triest 11 fl. 32 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 102$^{1}/_{4}$. — K.-F.-Nordbahn 217.

Verantw. Redaktion: Dr. H. Walten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuhstein.

Taunus-Eisenbahn.

Vom 15. October l. J. an findet der bisher Abends 8 Uhr 30 Min. von **Frankfurt** nach **Castel**, **Biebrich** und **Wiesbaden** und um 8 Uhr von **Wiesbaden** und **Biebrich** nach **Castel** und **Frankfurt** als Extrazug beförderte Personenzug nicht mehr statt.

Frankfurt a. M., den 8. October 1852.

Im Auftrag
des Verwaltungsrathes der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft:
Für den Director:
Wernher.

[2314]

Donnerstag den 14. October 1852, Morgens 10 Uhr, findet auf dem Gelben Hause bei Nierstein eine Versteigerung von 60—70 Stück 1846r, 48r, 50r und 51r Oppenheimer, Dienheimer und Niersteiner Weine statt. [2320]

Versteigerung von **Oelgemälden** u. **Glasmalerei.**

Freitag den 15. October, Vormittags 10 Uhr, werden in Gemäßheit Stadtgerichts-Decrets vom 16. Juni c. nachverzeichnete Oelgemälde, als: 1) Cardinal Mazarin von van Dyck, 2) Venus, Neptun und Umgebung von Rubens, 3) Diana und Endymion von Titian, 4) Charles II. mit seinem Freunde Hamilton von der Jagd ausruhend von Netscher, 5) ein Sultan von Rembrandt, 6) Landschaft mit Ruine und antikem Tempel von Baccio Bandinelli, 7) Herzogin von Cleveland von Peter Lely; sodann:

[2290]

10 große Fenster mit Glasmalerei aus dem 17. und 18. Jahrhundert,

in der Behausung des Herrn Otto Kolligs, große Gallengasse, gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Bis zum Versteigerungstermine können oben genannte Gegenstände täglich angesehen werden.

C. Belschner, Auktuar.

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2218]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6¼ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6½ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**
☞ **Schnellfahrt.** Unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7¼ Uhr bis Düsseldorf, Elberfeld.

Von **Mainz-Castel** Mittags 12 Uhr, von **Biebrich** Mittags 12¼ Uhr nach **Köln, Arnheim.**
☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Nachtzüge nach **Paris**-London, sowie nach Berlin-Hamburg.

☞ **Rundreise.** ☜

Von **Mainz-Castel** über **Köln**, **Brüssel** nach **Paris** und von **Paris** über **Strasburg** zurück nach **Mainz-Castel.**

Grosse Preisermässigung.

I. Platz Francs **138. II. Platz** Francs **75.** hin und zurück.

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** sowie **Rundreise-Billete, gültig während eines Monats,** nach **Paris** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm**, Göthepatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **C. B. Pelli**, Zeil Nr. 67.

Goldene Medaille 1845 — **Pate Pectorale** von Apotheker **George** in Epinal. Schacht 16 Sgr. oder 1 fl. 8 kr. — Silberne Medaille 1844 — Schachtel 8 Sgr. oder 28 kr.

Kadletten werden verlaubt in Epinal, desgleichen à 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren **Reslinger & Comp.**, in Karlsruhe bei **J. Velten**, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. G. von Oven**, Hofpharmazeut Nr. 33. [1686]

um die Brustkrampfanfälle, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres u. bessere als die Pate pectorale von **George**, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Pastillen sind in Epinal, Frankreich, zu haben. Der Name George mit Epinal ist auf jeder Schachtel. Man hüte sich vor Nachahmungen.

[2315]

Bücher-Anzeige.

Die A. Goldstein'sche Buch- und Antiquariatshandlung in Frankfurt a. M. (Kleiner Kornmarkt) offerirt in mehrfacher Anzahl zu den beigesetzten billigen Preisen:

Die in ( ) stehenden Zahlen bedeuten die Ladenpreise.

Becker's Weltgeschichte, neueste Ausgabe, eleg. gbdn. fl. 13. 30 fr **Wieland's** sämmtliche Werke, neueste Ausgabe, hübsch gebdn. 36 Bde. fl. 16. **Göthe's** sämmtl. Werke, 40 Bde., eleg. gbdn. fl. 25. **Schiller's** Werke, 12 Bde., eleg. gbdn. fl. 9. 30 kr. **Napoleon Marmrat's** Werke, 105 Bde. (fl. 32.) für fl. 11. 30. Dasselbe eleg. gbdn. fl. 14. **Bulwer's** Werke eleg. gbdn. fl. 7 **Blumenhagen's** sämmtliche Schriften, 16 Bde. mit 16 Stahlstichen (fl. 19) für fl. 6. Der Bildungen Welt von Pfizer, illustrirte Prach-Ausgabe, gbdn. (fl. 8.) für fl. 5. **Berge**, Naturgeschichte der Schmetterlinge mit 1100 fein colorirten Abbildungen eleg. gebdn. (fl. 10. 48.) für fl. 6. **Jung-Stilling's** sämmtliche Werke, 12 Bde. (fl. 16) für fl. 6. **Christoph Schmid's** sämmtliche Jugendschriften, 18 Bde. mit 18 Stahlstichen (fl. 12.) für fl. 8. Dasselbe eleg. gbdn. in 18 Bdn. fl. 10. 48, in 9 Bdn fl. 9. 24. **Sporschil, Geschichte der österreichischen Monarchie**, Leipz. 1847. 8 Bde. (fl. 21.) fl. 5 **Lord Byron** Works, 5 Bde., eleg. geb. fl. 4. 30. **Bogarth** Works, 3 Bde. (fl. 24.) fl. 6. 24. **Cooper's** Admiral, 3 Bd. kr. **Cooper**, Spy. 35 kr. **Boz**, Pickwick, 2 Bde. fl. 1. 18. **Bulwer**, Clifford, 30 kr. Pilgrims, 30 kr. Disowned 30 kr. **Shakspeare** Works, 8 Bde. schön gbdn. fl. 3. 24. **Cornelie** oeuvres, 5 Bde. eleg. gbdn. fl. 1. 48. **Rousseau**, Emile, 4 Bde. eleg. gbdn. fl. 1. 18. **Gil Blas**, fl. 1. 24. Napoleon und Marie Louise, geschichtliche Erinnerungen, 3 Bde. (fl. 7.) fl. 1. 24. Menschen und Stände, Original-Roman von Louis Bourdin, Leipz. 1848, 3 Bde. (fl. 7.) fl. 1. 24. Romuald oder der Beruf, von Marquis von Eustine, Leipz. 1848, 3 Bde. (fl. 7.) fl. 1. 24. Cornelia. Taschenbuch, Jahrgang 1842 u. 43, eleg. mit Goldschnitt und in Etui (fl. 9.) fl. 1. 12. Museus, Volksmährchen, illustrirte Prachtausgabe (fl. 12.) fl. 5. **Wagner**, Dr., Poetische Geschichte der Deutschen mit 10 biblischen Darstellungen, 1841, eleg. geb. (fl. 3.) fl. 1. 30.

Besonders empfehle ich noch mein Lager von Kinder- und Jugendschriften, Wörterbüchern in allen Sprachen zu sehr billigen Preisen; auch kaufe ich stets ganze Bibliotheken, so wie einzelne gute Werke.

Grand Hôtel Louvois

in Paris, Platz Louvois, Straße Richelieu,
gehalten von T. Lachanal.

Dieses geräumige und frei gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den alten Platz der Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuilerien. [2197]

[2307] In einer Wollengarn- und Wollenwaarenfabrik des Niederrheins wird ein routinirter Reisender, welcher schon in dieser Branche gearbeitet und gereist hat, gesucht. Reflektanten, die gemeldeten Zeugnisse über Leistungen beibringen vermögen, belieben ihre Franko-Offerten unter Lit. R. S. Nr. 12 an die Expedition dieses Blattes gelangen zu lassen.

In demselben Hause findet ein mit den nöthigen Fortkenntnissen versehener junger Mann Stelle als Lehrling. Reflektanten belieben sich unter obiger Lit. zu melden.

[1656]

An- und Verkauf

von allen Staatspapieren, Staats-Lotterie-Anlehens-Loosen, so wie von standesherrlichen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit bei **Raphael Erlanger**, bedeutender Senat in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof.

Hauptziehung Der Classe

33ster Braunschweiger Lotterie.

Anfang den 20. October.

Hauptpreise: fl. **87500, 25000, 35000, 17500** u. s. f., zusammen **90000** Gewinne!

Ganze Loose zu fl. 56, ½ zu fl. 28, ¼ zu fl. 14, ⅛ zu fl. 7, sowie mit Betheiligung auf die Gewinne unter 100 Thaler, Loose zu fl. 32, ½ zu fl. 16, ¼ zu fl. 8, ⅛ zu fl. 4, empfiehlt

Cesar Häerberg,
Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2251]

In England patentirt.

Herr **George** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentirten Erfindung, durch welche die Kunst der Zahnärzte gänzlich ungewandelt wird. Es handelt sich darum, die Zähne mit Gold oder Horn vom Nilpferde (Hyppopotam), aus Schildplatte zu befestigen, die viel weicher, angenehmer und leichter im Munde liegt als Hyppopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr George hat eine Dampfmaschine bauen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Bestellungen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienstags und Freitags von 1 bis 3 Uhr wird Herr George (rue Rivoli 36 à Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

NB. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentirten Vorrichtung zum Mordiren des Mundes braucht Herr George nur zwei Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

Institut philologique de Nancy

rue des Ponts, 74.

Special-Bildungs-Anstalt für deutsche Jünglinge, welche Französisch und Englisch gründlich practisch zu erlernen wünschen.

Der Preis der Pension beträgt Jährlich 460 Gulden und wird in vierteljährigen Zahlungen voraus entrichtet.

Schuler können zu jeder Epoche des Jahres eintreten, müssen aber bis **spätestens den 15. October und gegen Ostern.** Näheres bei der Expedition dieses Blattes. [2192]

[2244] **Edictalladung.**

Nachdem über das Vermögen des unbekannt wo abwesenden Schneidermeisters Carl Grüter von hier der Concursprocess rechtskräftig erkannt worden ist, so wird zur Anmeldung dinglicher und persönlicher Ansprüche gegen denselben Termin auf

Dienstag den 19. October l. J.,

Morgens 8 Uhr,

anberaumt, bei Vermeidung des Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der Masse.

Wiesbaden, den 20. September 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Eiffell.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag (Beilage zu Nr. 241.) 12. October 1852.

Deutschland.

=* **Frankfurt**, 12. Oct. Die in unserm gestrigen Blatte erwähnte Postconferenz ist heute geschlossen worden und reisen die Bevollmächtigten morgen nach Paris ab.

* **Frankfurt**, 12. Oct. Dem Vernehmen nach wurde das vom Senat erlassene Ausschreiben für die demnächstigen Wahlen der gesetzgebenden Versammlung zur Vornahme einer kleinen Veränderung des Wortlauts zurückgenommen. — Wenn man aus den Mittheilungen hiesiger und auswärtiger Blätter vernimmt, daß unsere Stadt eine Schuldenlast von 16,750,000 fl. hat, so möchte man glauben, daß Frankfurt an Rande des Verderbens angelangt ist. Allein es ist nicht so schlimm, wenn man weiß, daß beinahe die Hälfte dieser Summe, nämlich 8,000,000 fl., den Betrag der Eisenbahnanlehen bildet, welche durch die erbauten Eisenbahnen und deren Einkommen gedeckt sind, und daß 2,000,000 fl. dieser Anlehen noch gar nicht ausgegeben sind, sondern noch im Portefeuille liegen. — Um dem Ueberhandnehmen des Gesindels in der Umgegend, und der hierdurch steigenden Unsicherheit zu steuern, lassen die Militär- und Civilbehörden öfters durch gemeinschaftliche, aus Soldaten und Gendarmen bestehende, Patrouillen die naheliegenden Ortschaften durchsuchen, bei welchen Gelegenheiten meistentheils eine große Anzahl von herumstreichenden Gaunern und liederlichen Weibspersonen eingebracht wird. Es ist jedoch zu bedauern, daß diese dankenswerthen Maßregeln für die Dauer ohne besonderen Erfolg sind, da es die geographische Lage unserer Stadt, deren kleines Gebiet von drei Staaten umgeben wird, dem ausgewiesenen Gesindel möglich macht, in kurzer Zeit, ja oft noch an demselben Tage zurückzukehren. Unsere Polizei hat eine bedenkliche Aufgabe, deren Lösung zuweilen, auch bei den größten Anstrengungen, bei der weitesten Umsicht, auf große Schwierigkeit stößt. — Die Rekruten pro hier garnisonirenden königl. preußischen 29. Infanterieregiments, 600 Mann, werden erst im Laufe des nächsten Monats April hier eintreffen.

x **Wien**, 9. Oct. Dem Organisationsentwurfe für die politischen und Justizbehörden, welcher bereits den meisten Statthalterein zur weitern Danachachtung mitgetheilt worden ist, wird nun demnächst der Entwurf der neuen Gemeindeordnung folgen, da dieser bereits von Sr. Maj. dem Kaiser am 12. September sanctionirt worden sein soll. Ueber die Bestimmungen derselben vernimmt man, daß sowie bei dem Entwurf für die Organisation der politischen und Justizbehörden hier der Grundsatz aufgestellt worden ist, den Eigenthümlichkeiten der einzelnen Kronländer die größtmögliche Berücksichtigung angedeihen zu lassen, so weit dies mit dem obersten Staatsgrundsatz, der „Einheit der Monarchie", in Vereinbarung zu bringen ist. Es wird demnach in genauer Berücksichtigung des von Sr. Majestät aufgestellten Grundsatzes für jedes Kronland eine besondere Gemeindeordnung publicirt werden, und es ist hierbei der Unterschied zwischen Orts-, Markt- und Stadtgemeinden aufgestellt worden, so zwar, daß die früheren landesfürstlichen und königlichen Städte wieder ihren frühern Rang unter den Ortsgemeinden zurück erhalten werden. Der Titel „Bürgermeister" wird mit Ausnahme der Dorfgemeinden weggefallen und die Vorsteher derselben werden wieder wie früher „Ortsrichter" heißen. In den Hauptstädten bleibt der Titel „Bürgermeister". Die Gemeindevorsteher werden von den Haus- und Grundbesitzern und den Gewerbsleuten gewählt und zwar nach Maßstab der entrichteten Steuern, die Wahl hängt aber von der Bestätigung der Regierung ab, welche durch die zu diesem Behuf einzusetzenden Organe auch die Controle über die Gebahrung der Gemeinde führt. Die eigentlichen Gemeindeangelegenheiten bilden den Wirkungskreis der Gemeinden und es werden auch hier die Beschlüsse von der Bestätigung der diesfälligen Behörden abhängen.

Der königlich württembergische Gesandte, Freiherr v. Hügel, hatte gestern die erste officielle Correspondenz mit dem Herrn Minister des Aeußern, und theilte demselben mehrere aus Stuttgart eingelaufene Actenstücke mit, denen man in Beziehung zur Handelsfrage eine sehr besondere Wichtigkeit beilegt, so wie es denn auch heißt, daß zuletzt doch noch eine Verständigung durch Württemberg und Hannover vereinbart werden dürfte. Einstweilen arbeitet man im hiesigen Handelsministerium mit großem Eifer an den umfassenden Vorlagen, welche in der handelspolitischen Frage am Bundestage seitens Oesterreichs vorgebracht werden sollen, und es besteht die zu diesem Ende niedergesetzte Commission aus dem Sectionsrathe Dr. Karl v. Hock, einer in der industriellen Welt rühmlichst bekannten Persönlichkeit des Reichsrathes, und zwei Beamten des Ministeriums des Aeußern.

Freiherr Prokesch v. Osten, welcher gestern von dem kaiserl. russischen Staatskanzler Grafen v. Nesselrode mit einem längeren Besuche beehrt wurde, reist morgen nach Berlin, und es sind alle Gerüchte, welche über eine anderweitige Verwendung des Freiherrn ausgesprengt waren, rein aus der Luft gegriffen. Baron Prokesch ist ein zu hochbegabter Staatsmann, und zu innig mit den betreffenden Verhältnissen vertraut, als daß sein Verbleiben auf dem für diesen Augenblick wichtigsten und schwierigsten Posten nicht im wohlverstandenen Interesse unserer Regierung liegen sollte. Uebrigens nimmt der Herr Gesandte keinerlei Instructionen mit, welche von denjenigen verschieden wären, die ihm bereits im Anfange der die Zollfrage betreffenden Verhandlungen mitgetheilt worden sind, so wie denn auch die von der Kreuzzeitung gebrachten Angaben, als wären von hier aus in neuester Zeit Eröffnungen nach Berlin gemacht worden, um neue Verhandlungen in der Zollfrage anzuknüpfen, ganz unbegründet sind. Oesterreich hat in dieser Angelegenheit nichts mehr mit Preußen zu verhandeln.

Magdeburg, 9. Oct. Die gestrige Sitzung unsers Schwurgerichts war eine der interessantesten, die bisher hier stattfanden. Vor den Schranken standen nämlich der Redacteur des vom hiesigen „Verein zur Wahrung der Volksrechte" herausgegebenen Volksblattes, Herr Costenoble, und der Predtger der hiesigen freien Gemeinde, Herr Sachse, letzterer angeklagt, in einem „der Plan" überschriebenen, in Nr. 11 des „Volksblattes" vom Jahr 1851 veröffentlichten Artikel, die Ehrfurcht vor Sr. Maj. dem König verletzt, ersterer aber, den erwähnten Artikel in das von ihm redigirte Volksblatt aufgenommen zu haben. In warmer Rede verbreitete sich Sachse über die ganze seit 1813 verfolgte Politik Preußens, bewies, daß ein etwaiger Tadel in dem inerminirten Artikel nur auf die Staatsregierung, niemals aber auf das Staatsoberhaupt bezogen werden könne, und schloß damit, daß er behauptete, nicht wegen Mangel an Patriotismus, wie seine Widersacher glauben machen wollten, sondern gerade, weil er allzu viel und allzu glühenden Patriotismus besitze, stände er vor den Schranken des Gerichts. Nach zweistündiger Berathung der Geschworenen erfolgte das Verdict Nichtschuldig. Ein großer Theil unserer juristischen Notabilitäten, unter ihnen der Präsident des Appellationsgerichts, Herr v. Gerlach, wohnten den Debatten mit größter Aufmerksamkeit bei. (Köln. Z.)

* **Bayern**. Nach der „Pfälzer Zeitung" wird König Max im letzten Drittel dieses Monats die Pfalz besuchen.

München, 9. Oct. Die Frau Herzogin von Koburg ist gestern Abend hier angelangt und heute Morgen zu dem auf seinem Schloß und der Gemsenjagd im Gebirge weilenden Herzog weiter gereist. Durch ein allerhöchstes Rescript vom Gestrigen sind mehrfache Veränderungen, Beförderungen u. s. w. in der Cavallerie erfolgt. — Se. Maj. König Otto von Griechenland hat sich durch eine Erkältung bei der gegenwärtig so schlechten Witterung ein leichtes Fieber zugezogen, und ist seit heute Nachmittag deßhalb verhindert, das Zimmer zu verlassen. (A. Z.)

München, 9. Oct. Nachdem der griechische Senator Hr. Privilegios kürzlich die Ehre hatte, zur Tafel bei Sr. Maj. dem König Max eingeladen zu werden, wurde derselbe gestern im Palais Wittelsbach zur königlichen Tafel gezogen. Wie ich ganz bestimmt vernehme, wurde Hr. Privilegios aus Griechenland in besonderer Mission an Se. Maj. den König Otto gesendet. (A. Abz.)

* **Hannover**. Nach der „Zeitung für Norddeutschland" wäre der Inhalt des mehrerwähnten geheimen Artikels zum Septembervertrage der folgende: „Wenn von dem jetzigen Zollgebiete ein Gebiet von mehr als 4,000,000 Seelen Bevölkerung sich abtrennt, so erhält Hannover das im Artikel 11 des Vertrags stipulirte Prä-

cipuum nur für die nächsten sechs Jahre, für die folgenden sechs Jahre aber ein auf andere Weise zu ermittelndes."

* **Karlsruhe**, 11. Oct. Se. Excell. der Minister des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr v. Rüdt, ist vorgestern von seiner Reise nach Wien und Venedig wieder hierher zurück gekehrt.

♂ **Rastatt**, 10. Oct. Gestern reiste die aus dem preußischen Obersten Grafen v. Waldersee, dem kurhessischen Major v. Ende und dem preußischen Hauptmann v. Ernst bestehende Bundescommission, welche im Laufe der vergangenen Woche die hiesigen Festungswerke inspicirte, in der hier bisher allsährlich der Fall war, von hier ab. — **Die beabsichtigt gewesene Stauung der Murg**, welche zum Zweck hatte, die Festungsgräben mit Wasser zu füllen, fand wirklich statt. Die Manipulation ging rasch von statten, und der größere Theil der Graben, besonders in der Niederung gegen den Rhein, füllte sich ungemein schnell. Es bedurfte dazu kaum des ganzen Zeitraums von Morgen bis Abend. Da jedoch in Folge der vielen Regengüsse sich plötzlich ein Hochwasser der Murg einstellte, so mußte, um Unglück zu verhüten, die Stauung unterbrochen werden. Man kann dabei nicht genug die Umsicht, Ausdauer und Unermüdlichkeit der hiesigen k. k. österreichischen Genietruppen rühmen, welche unter großer Anstrengung und bei immer heftigerem Andrang der Wassermenge die Stauungsvorrichtungen wieder entfernten. — Nachdem das großherzogl. bad. Contingent im Laufe der letzten Woche mehrmals zu den Uebungen zwischen hier und Karlsruhe marschirt, und jedesmal Abends wieder hierher zurückgekehrt war, empfing dasselbe gestern die neuen Fahnen in Karlsruhe, und traf mit einem Extrazug Mittags 2 Uhr hier ein. Der Commandeur des hiesigen österreichischen Regiments brachte freundlicherweise seine Regimentsmusik an den Bahnhof zum Empfang der badischen Bataillone. Unter Absingung dieser Musik zogen dieselben in die mit badischen Fahnen reich verzierte Stadt ein. — Die Officiere des Gouvernements, der Genie- und Artilleriebtreet'on, sowie die österreichischen Stabsofficiere waren gestern nach Karlsruhe zum Diner bei Hof eingeladen. — Heute passirt die badische Schützenabtheilung am hiesigen Bahnhof vorüber, nun ihre Garnison Freiburg zu beziehen, und zugleich wird eine Schwadron Cavallerie, welche bisher bei den Manövern von hier abwesend war, als zur hiesigen Besatzung gehörig, erwartet.

> **Mainz**, 11. Oct. Heute Morgen sind 700 Mann des hier garnisonirenden 1. k. österreichischen Infanterieregiments „Erzherzog Rainer" nach Raudnitz in Böhmen, dem Werbebezirk des Regiments, abmarschirt, um dort in ihre respective Heimaten entlassen zu werden. Binnen 4 Wochen wird die Ersatzabtheilung dafür hier eintreffen, 900 Mann stark, da diesmal auch die Grenadiercompagnie des Regiments, welche bisher im Inland stand, mit hierher in Garnison kommt.

Kiel, 8. Oct. Von glaubwürdiger Seite wird uns mitgetheilt, daß für den frühern Kanzleidirektirten, spätern Regierungsrath A. v. Warnstedt (eine der bedeutendsten Capacitäten der Herzogthümer, einen Mann, der durch sein Werk „Rendsburg, eine holsteinische Stadt und Festung", und durch die umfassenden Forschungen, die er über den nämlichen Gegenstand zum Zweck der Unterstützung der zur Feststellung der holsteinischen Grenzen von Oesterreich und Preußen ernannten Commissäre anstellte, auch in weitern Kreisen bekannt geworden ist), sich die Aussicht auf Verwendung im preußischen Staatsdienst eröffnet hat. Herr v. Warnstedt wird vorläufig ohne Gehaltsbezug an den Arbeiten der königl. Regierung in Merseburg theilnehmen. Nicht minder steht die Verwendung des ausgezeichneten Oberquartiermeisters der frühern schleswig-holsteinischen Armee, Goetz, im preußischen Dienst zu gewärtigen. (H. C.)

⁂ **Jena**, 10. Oct. Der erledigte Lehrstuhl für deutsche Philologie auf unserer Universität ist jetzt durch den frühern Kieler Professor Dr. v. Liliencron wieder besetzt worden. Derselbe hatte Aussichten auch auf anderen Universitäten eine Stelle zu erhalten, er hat aber Jena den Vorzug gegeben und wird seine Vorlesungen schon mit Anfang des Wintersemesters beginnen. Von Liliencron gilt für einen vorzüglichen Kenner nicht nur der deutschen, sondern auch der nordischen Literatur und hat sich durch mehrfache literarische Arbeiten bekannt gemacht, unter welchen sich besonders ein Werk über die Runen auszeichnet. Er gehört der schleswig-holsteinischen Ritterschaft an und ist eine neue erfreuliche Acquisition für unsere Hochschule.

** **Gotha**, 10. Oct. Die herzogliche Landesregierung in Koburg hat im dortigen Regierungsblatt zur Bildung eines landwirthschaftlichen Vereins aufgefordert, welcher vorzüglich den Bauernstand unterstützen soll. Auf den 21. d. M. ist von der gedachten Behörde der Termin zur Berathung über diese Bildung angesetzt worden. — Zu meinem gestrigen Berichte über die Conferenz thüringischer Juristen in Weimar, zu welcher auch die ansbaltischen Länder eine Einladung erhalten haben, beeile ich mich noch hinzuzufügen, daß die Berathungen der Conferenz sich ebenfalls auf die Gestaltung eines gemeinschaftlichen Appellationsgerichtes für die gesammten thüringischen Länder (das Großherzogthum Weimar und die Fürstenthümer Sondershausen und Rudolstadt sind bereits zu einem solchen Appellationsgerichte vereinigt) sowie auf die Revision des thüringischen Strafgesetzbuches und der (bei uns noch nicht publicirten) Strafprocessordnung ausdehnen werden.

Frankreich.

† **Paris**, 10. Oct. Man hat sich gefragt, wenn die Deputirten aller großen Staatskörperschaften dem Prinz-Präsidenten bis Tours entgegengehen, wer denselben dann im Bahnhof zu Paris empfangen solle? Dieser Anstand scheint auch in officieller Region zur Sprache gekommen zu sein; wenigstens hieß es gestern, es werde sich gar keine Deputation nach Tours begeben, vielmehr die Empfangsfeierlichkeit sich auf Paris beschränken. Ein Gerücht läßt auch den Prinz-Präsidenten unmittelbar nach seinem Einzug seine Residenz definitiv in den Tuilerien aufschlagen. Wahrscheinlicher aber ist, daß Ludwig Napoleon vorläufig noch das Elysee bewohnen und die Tuilerien erst als Kaiser beziehen wird. Ueber die Fragen der Heirath, der Thronfolge, der Presse sind die mannigfachen Angaben verbreitet; thatsächlich ist nichts bekannt. Die „Independance Belge" ist gestern mit Bestimmtheit dafür, wahrscheinlich weil sie über den gegenwärtigen Stand des Vermählungsprocesses berichtet. Manche besürchten unter der neuen Regierung eine vollständige Unterdrückung der Presse gegen Geldentschädigung. Aber es steht zu zweifeln, daß man so weit gehen werde. Von anderer Seite hört man: man werde von jedem Journal eine bestimmte und ausdrückliche Erklärung für das erbliche Kaiserreich, und zwar an die Spitze des Blattes abzudrucken, verlangen und nur diejenigen Zeitungen unterdrücken, welche eine solche Adhäsion verweigern sollten.

Nachträglich noch Einiges über frühere Reiseorgänge: Die zu Toulouse abgehaltene Militär- und Civilrevue war sehr großartig; 200,000 Menschen waren dort beisammen und unaufhörlich erschollen aus ihrer Mitte die Kaiserrufe. Besondere Aufmerksamkeit erregten die Deputationen der Bergbewohner der Ariege, die auf einem ungeheuern mit sechs Ochsen bespannten und mit einem Monstreadler nebst Trieoloren geschmückten Wagen einherzogen. Außer einer Deputation des Generalrathes besanden sich auch Bäuerinnen darauf, in ihre schmucke Landestracht gekleidet und heimatliche Volkslieder singend. Hinterher kamen Reiter aus den Hochpyrenäen in ihrer Bergbewohnertracht. Zuerst kam die Musterung der Truppen und Vorbeimarsch statt, worauf sie die Straßen bis zur Präfectur besetzten. Sodannritt der Prinz an den um ihre Banner geschaarten Landbevölkerungen hinunter, da ein ganzer Tag nicht hingereicht hätte, um sie in Ordnung vorübermarschiren zu lassen. Nach der Revue, wo Truppen und Menge in Kaiserrufen und Begeisterung wetteiferten, genoß der Prinz einige Stunden Ruhe. Nachmittags fuhr er in offenem Wagen nach der alten römischen Basilica Saint Saturnin. Der Pfarrer, der ihn unter dem Portieus erwartete, hielt eine Anrede, worin er ihn um Erlaubniß bat, das prächtige Mausoleum, worin die Reliquien von Aposteln, Päpsten und Martyrern ruhen und wo die Namen erlauchter Prinzen, wie des Großen, Ludwigs des Gutmüthigen, Franz I. und Ludwigs XIV. eingeschrieben stehen, auch seinen Namen setzen zu dürfen. Der Prinz antwortete: er wolle sich des ihm gespendeten Lobes würdig machen, und nicht auf dem Marmor, sondern im Herzen derer, die ihn so gut empfangen, wünsche er, daß sein Name eingeschrieben bleibe. Abends begab er sich aufs Stadthaus, wo unter einem Thronhimmel zwei Lehnssessel für ihn aufgestellt waren, die der Kaiser Napoleon und die Kaiserin bei ihrer letzten Anwesenheit zu Toulouse eingenommen hatten. Aber der Prinz ließ sich nicht darauf nieder, durchwanderte bloß die prachtvoll ausgeschmückten Säle und verfügte sich bald ins Schauspielhaus, wo fast lauter Damen die Plätze inne hatten und während der ganzen Aufführung die Rufe: Es lebe Napoleon III.! Es lebe der Kaiser! und ein wahrer Blumenregen auf seine Loge nicht aufhörten. Die Cantate Bellmontets, und besonders ein Vers, wo es heißt; L'empire est fait! brachte nach dem „Moniteur" eine unermeßliche Wirkung hervor, und dieser Vers wurde mehrmals durch Beifallsausbrüche unterbrochen. Der Senator Segur d'Aguesseau hielt bei Vorstellung des Generalraths eine lange Rede, die theilweise aus den eigenen früheren Aeußerungen des Prinzen bestand. Er erinnerte u. A. daran, daß Ludwig Napoleon im Jahr 1838 an einen seiner ergebensten Freunde schrieb:

Man wird Sie fragen: Wo ist die napoleonische Partei? Antworten Sie: Die Partei ist nirgends, die Sache allenthalben. Die Partei ist nirgends, weil unsere Freunde nicht einregimentirt sind; aber die Sache hat überall Anhänger: von der Werkstätte des Arbeiters bis in die Räthe des Königs, von der Kaserne des Soldaten bis in den Palast des Marschalls. Republikaner, Juste milieu, Legitimisten, alle diejenigen, die eine starke Regierung, eine wirkliche Freiheit, eine imposante Regierungshaltung wollen, alle

Digitized by Google

pire napoleonisch, mögen sie sich darüber klar sein oder nicht; denn das kaiserliche System ist nicht die zweiterhalte Nachahmung der englischen oder amerikanischen Verfassung, sondern der gouvernementale Ausdruck der Prinzipien der Revolution: Hierarchie in der Demokratie, Gleichheit im Gesetze, Belohnung fürs Verdienst, kurz, ein pyramidenförmiger Koloß mit breiter Basis und hohem Haupte.

Am Eingang der Kathedrale von Bordeaux erwiderte der Prinz-Präsident auf die Ansprache des ihn empfangenden Cardinal-Erzbischofs Folgendes:

Ich empfange in der That während meiner Reise die Gegenstrophe der Kirche und die Acclamationen des Volks. Ich rühme mich dessen nicht. Ich erkenne darin die sichtbaren Wirkungen der wahrenden Vorsehung. Und ich fühle mich dadurch nur angeregt, mich zu befestigen in meiner Unabhängigkeit an die Religion, in der Liebe zu meinem Vaterland und in meiner grenzenlosen Hingebung an seine wahren Interessen.

In der Porcellanfabrik zu Sevres wird für Ludwig Napoleon ein vollständiges Tafelservice mit dem kaiserlichen Wappen angefertigt. — Der eben erschienene „Almanach der Präsidentschaft" für 1853 zeigt an, daß er für 1854 als „Almanach des französischen Kaiserreichs" erscheinen werde.

Paris, 10. Oct., Abends. Nach telegraphischer Mittheilung aus **Bordeaux** vom heutigen Tage hat der Prinz-Präsident bei dem Frühstück eine Rede gehalten, die Epoche machen wird, indem er darin die ausdrückliche Politik Frankreichs auseinandersetzte. Der Prinz-Präsident ist bereits in Angoulême eingetroffen.

Nach Berichten aus **Madrid** vom 3. October ermächtigt ein königlicher Decret die Regierung zur Umwandelung der einprocentigen in dreiprocentige Renten. (L. D. d. k. Z.)

Belgien.

Brüssel, 9. Oct. Die „Indépendance belge" sagt: Obgleich Alles die Angaben bestätigt, welche wir über die wahrscheinliche Zusammensetzung des neuen Cabinets veröffentlicht haben, so scheint es doch nicht, daß vor morgen oder übermorgen irgend etwas definitiv festgestellt werden dürfte.

Großbritannien.

London, 10. Oct. Das Staatseinkommen des letzten Vierteljahrs ist befriedigend. Die Verminderung dieses Jahrs gegen 1851 betrug nur 437,339 Pfund; unter Berücksichtigung der außerhalb fallenden Fenstersteuer betrug die Zunahme 28,952 Pfund. Die Königin wird im Donnerstag in Windsor erwartet; am Freitag findet Cabinetsrath statt, in welchem der Tag der Eröffnung des Parlaments festgesetzt wird. (L. D. d. k. Z.)

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Aus Aegypten melden englische Blätter: Die Eisenbahnarbeiten werden mit großem Eifer fortgesetzt, und die Feststraße bei den schwierigen Bauten Länge des Sees Mareotis fassen nichts zu wünschen übrig. Auf einem Flächenraum von nur wenigen englischen Meilen arbeiten gegen 8000 Menschen, und der Pascha hat den gemessenen Befehl ertheilt, daß diese Partie vor der Anschwellung des Sees, die gewöhnlich im November eintritt, fertig sein muß. Herr Borthwick, der als Oberingenieur den Bau leitet, findet die Dauten fester, als er bei dem lockeren Terrain auf diesen Punkten anfangs erwartet hatte. Die Schienen sollen schon im nächsten April von Kairo bis nach Benuah — eine Strecke von 27 englischen Meilen — gelegt werden, wo dann sofort von der andern Seite bis zur Stelle, wo die Bahn den Nil kreuzen soll, die Arbeit in Angriff genommen werden wird.

Eine neue Concurrenz für die Berrieres-Neuenburger Bahn taucht in Baadt auf. Eine Deputation, an deren Spitze Oberst Bontemps stand, hat dem Staatsrath dieses Kantons die Stizze überreicht, sein Augenmerk auf eine Verbindung der französischen Bahn nach Salins mit derjenigen von Morges-Yverdon über Lausanne und Orbe zu richten. Der Uebergang über den Jura ist hier weniger schwierig und wohlfeiler, und die Verbindung Frankreichs mit Oberitalien rascher, als über Berrieres. Für die Bahn von Villeneuve bis Martigny (Genfersee und großer Bernhard) ist ein Concessionsgesuch vorgelegt worden.

Landwirthschaftliches.

> **Mainz**, 11. Oct. Bei der eben fortdauernden günstigen Witterung wird die Weinlese unserer Provinz erst zu Ende dieses Monats beginnen, mit den Nachtfrösten ist man bei der trockenen mit Sonnenschein begleiteten Witterung sehr zufrieden, da solche sowohl die Trauben weich und süß als auch das Holz des Stocks reif machen.

Ueber die Weinlese im Veltlin sagt der „Alpenbote": In Weinbergen, wo man gewöhnlich 100 bis 120 Saum Wein gewann, sind sämmtliche Trauben in einem einzigen Korb weggetragen worden; Besitzer, die 600 bis 800 Saum Wein erhielten, haben kaum 30 Saum zusammengebracht, andere und zwar die meisten gar nichts. Die Qualität selbst ist gering, weil die feinen Trauben gedörrt und abgefaulen sind.

Börsenberichte.

Berlin, 11. Oct. Z.-B.-Nordbahn 40¹/₄ — Köln-Minden 111¹/₄.
Paris, 11. Oct. 1pCt. Span. 26¹/₄, — 3pCt. 46¹/₂. — Rente 1pCt. höher.
London, 11. Oct. 3pCt. Span. 50³/₄. — 1pCt. do. 25¹/₄.
Amsterdam, 11. Oct. 4 Uhr. 2¹/₂pCt. Integr. 63¹/₄. — 3pCt. Schuld 95⁷/₁₆. — 4pCt. do. 95¹/₂. — 3¹/₂pCt. do. —. — 1pCt. neue Spanische 26¹/₂. — 3pCt. —. — do. ialändische à 6000 fl. 46¹/₂. — 5pCt. Portug. —. — 4pCt. —. — 4pCt. Ruff bei Pope 90⁷/₈. — do. bei Gitzglij 90⁷/₈. — 5pCt. Metall. 78. — 2¹/₂pCt. do. 40¹/₂. — Neue 5pCt. Silber Metall. 90¹/₄.

Frankfurt, 12. Oct. Bei der heute stattgehabten 9. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 19102, 5109, 1405 und 23806 jede 1000 fl. Nr. 12951, 3054, 22732, 13753, 23425 und 2504 jede 300 fl.

Frankfurt, 12. Oct. Gestern ist hier angekommen; Se. Erlaucht der Graf zu Stolberg, im Weidenbusch.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschell.

Cours der Staats-Papiere. 12. October 1852. (Schluss der Börse.)

		For compiant.				For compiant.			
Oesterreich	5% M. (C.L.S.6. Roths)	92⅛	G.	Nassau	fl. 25 Loose . . .	24⅜	P.	Amsterdam	k.S. 99⅛ B. 1 G.
"	5% M.-v. 1851 Ser. B.	92⅜	G.	Russland.	4% Obligat. 6. Roths.	101	P.	(100 fl. Crt.)	SM.
"	5% L. v. (C. 6. Roths)	87½	bez.	"	3½% ditto	89¼	P.	Augsburg . . .	k.S. 120 B. 119⅞ G.
"	5% do. Monte C.I.S.L.M.	84	P.	Hurbessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	33½ P. ⅛ G.		(100 fl. Crt.)	SM. — B —
"	Bank-Actien . . .	1376 P. 72 G.		Gr. Hessen	Frdr.-Wilhs-Nordb.	44½ P. 44 G.		Berlin . . .	k.S. 105 B. —
"	5% Metallig. Oblig.	81	P.	"	4½% Obligationen	100¼	G.	(66 Thlr.)	SM.
"	5% M.-v. J. 1851 Ser. A.	81¼	P.	"	4% ditto b. Rothsch.	97½	P.	Bremen (50	k.S. 97⅛ B. ⅛ G.
"	4½% ditto	72 P. 71⅞	G.	"	3½% ditto b. Rothsch.	91½	P.	Rthlr. L. Ldor.	SM. —
"	4% ditto	64½	P.	"	fl. 50 Loose . . .	90	P.	Hamburg . . .	k.S. 88⅛ B. ⅛ G.
"	3½% ditto	48¼	P.	"	fl. 25 Loose . . .	31½	P.	(100 Mk. L.)	SM.
"	3½% ditto	41½ P. 41	G.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	94¾	G.	Leipzig . . .	k.S. 105 B.
"	1% ditto	16¼	P.	"	3½% " v. 1846	94⅜	G.	London . . .	k.S. 119 B. 118⅞ G.
"	fl. 250 Loose b. Roths.	117	P.	"	3% "	65¼ P. ⅛ G.		(10 Livr. St.)	SM.
"	fl. 500 " ditto	192½	P.	"	Taunusbahnact. .	297	P.	Lyon . . .	94 B. —
Russland	4½% Obl. b. Rothsch.	81	P.	Russland	4½% Obl. b. Baring	103½	P.	(300 Fr.)	SM.
"	4% ditto	71	P.	"	4% Obl. b. Hope fl. 2.	90	G.	Mailand (250	k.S. 100 B
Preussen.	3½% Staatsschulds.	94½	P.	"	4% " b. Stieglitz "	92	G.	Lir. Austr.)	SM.
"	4½% Oblig. b. Roths	104	P.	Polen.	4% Oblig. à fl. 500	91¼	G.	Paris . . .	k.S. 94 B. 93⅞ G.
"	Cöln-Mind. B.-Actien	111¾	P.	Spanien	3% Ind. Sch. P. 5. 3. 80	46⅜ ⅞ in bez. ⅜ G.		(300 Fr.)	SM.
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	101			1% Neue "	26, 25⅛, 25⅛, 23⅛, 23⅛, 23⅛, 23⅛, 1⅛		Wien (1006.)	102, ⅛ bez.
"	4½% ditto	100⅝	P.	Holland.	4% Certificate . .	95¾	P. bez. u G.	im fl. 20 F.)	k.S. 102 G.
"	4% ditto	—		"	3½% Syndicats .	94	G.		
"	4% Ablös.-Rente .	95⅜	P.	"	2½% fl. Integrale	63½	P.	Disconto . . .	4½ a. 5 G.
"	3½% Oblig. b. Roths.	93¼	P.	Belgien.	5% Obl. in L. à fl. 120 B.	100¾	P.	Gold und Silber.	
"	Ludwigsh.-Bexbach.	95	P.	"	4½% Obl. in F. à 208 kr.	97	P.		
5%	Priorit.-Oblig.	102⅜	P.	"	4% Obl. in Fr. à 208 kr.	90¾ P. ⅛ G.		Pistolen . . .	fl. 9 43–44
"	5% Obligationen .	101¼	P.	"	3½% Obl. b. Rothsch.	85½	P.	Fr. Friedrichsd'or	9 54–55
Baden	4½% Obligationen	102½	P.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97⅛	P.	Holl. 10 Stücke	9 52½–53½
"	3½% v. 1842 . .	66	G.	"	5% Obl. b. Hambro	93	bez. u. G.	Band-Ducaten .	5 36–37
"	fl. 50 Loose v. 1840	66	G.	"	Sardinische Loose .	40¾	P.	20 Francsstücke	9 29–30
"	fl. 35 Loose v. 1845	37b⅛ P. ⅜ G.		Toscana	5% Obl. 1850 (v. Goldk.)	100¼	P.	Engl. Sovereigns	11 54
Nassau	5% Oblig. b. Rothsch.	—		"	5% à 1851 b. Bastogi (dto.)	97	G.	Gold al Marco	383–84
"	4% ditto	99¼	P.	Neapel	Römische 6% Stocks Doll. 2.30.	116½ P. ⅛ G.		5 Frankenthaler	2 21½–22
"	3½% ditto	91 P. 90½	G.	Venedig	Verein. fl. 10 Loose .	37⅝ P. ⅜ G.		Preuss. Thaler	1 43½–45
								Preuss. Cassen-Sch.	1 44½–45

[2323]

Bekanntmachung.

In Folge des mit dem 15. d. M. auf der Sächsisch-Bayerischen Eisenbahn ins Leben tretenden Winterfahrplans wird von genanntem Tage an

A. die Personenpost zwischen Greiz und Reichenbach

aus Greiz	aus Reichenbach
um 6 Uhr früh,	um 9 Uhr Vormittags,
um 2½ „ Nachmittags,	um 8 „ Abends,

B. die zweite Personenpost von Gera nach Altenburg um 8 Uhr früh und die dritte um 1¼ Uhr Nachmittags aus Gera abgefertigt werden.

Frankfurt a. M., 11. October 1852.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[2321]

Weinversteigerung in Nierstein.

17 Stück 1850er und
13 Stück 1851er Weine

aus dem in der Gemarkung Nierstein gelegenen Weingute des verlebten Herrn Oberfinanzrath Wilhelm Schulz von Darmstadt ergiebt, werden

Donnerstag den 14. October 1852,

des Vormittags 10 Uhr, in dem Saale des Gasthauses zum Gelben Hause öffentlich versteigert. Die Weine lagern in den eigenthümlichen Kellern der Familie Schulz zu Nierstein. Die Proben gibt Küfer Schuch von da am 11. und 12. October an den Fässern, außerdem werden sie bei der Versteigerung selbst vorgestellt.

Oppenheim, den 29. September 1852.

Aus Auftrag: **Schneyder**, Notar.

[2322] Und unmittelbar nach dieser Versteigerung läßt Herr Moritz Wolfskehl von Darmstadt die nachbezeichneten in Oppenheim in den Kellern seines Bruders Herrn Aron Wolfskehl lagernden Weine versteigern, nämlich:

3	Stück	1846er Oppenheimer und Dienheimer,
25	„	1848er Oppenheimer, Dienheimer und Niersteiner,
1	„	1849er Dienheimer,
9	„	1850er Oppenheimer, Dienheimer und Niersteiner,
6	„	1851er Oppenheimer, Dienheimer und Niersteiner.

Die Proben können täglich an den Fässern durch Vermittlung des Küfers Herrn Louis Waldt in Oppenheim genommen werden.

Aus Auftrag: **Schneyder**, Notar.

[2296]

Bekanntmachung.

Bei der heute stattgefundenen 27sten Verloosung der Herzoglich Sachsen-Meiningen'schen 3½pCt. Staatsschuldbriefe sind nachverzeichnete der bequemeren Uebersicht halber in die Zahlenfolge gebrachten Nummern gezogen worden:

Litr. F. à 1000 fl. Nr. 153 190 263 456 465 483 541 596 826 867 973 1065 1099 1105 1222 1225 1316 1524 1532 1588 1696.

Litr. G. à 500 fl. Nr. 33 54 377 470 543 600 608 722 811 820 902 952 962 1127 1300 1313 1407 1441 1466 1515 1537 1602 1662 1719 1838 2237 2393 2395 2446 2506 2550 2742 2795 2799 2854 2881 3104 3106 3179 3193 3228 3276.

Litr. H. à 200 fl. Nr. 161 182 287 296 302 347 474 510 598 668 687 805 871 879 1091 1422 1463 1500 1509 1570 1573 1624 1654 1833 1855 1887 2144 2393 2404 2535 2646 2708 3016 3062 3120 3204 3364 3376 3454 3513 3536 3694 3732 3745 3791.

Litr. I. à 100 fl. Nr. 4 7 69 112 136 210 215 291 446 684 736 811 841 894 903 983 995 1080 1135 1153 1236 1277 1294 1435 1442 1500 1510 1532 1558 1607 1643 1709 1762 1765 1780 1857 1934 1987 2009 2021 2022 2026 2070 2133 2144 2147 2180 2182 2203 2216 2228 2229 2294 2352 2356 2413 2448 2482 2485 2487 2508 2533 2553 2557 2579 2643 2647 2661 2693 2819 2820 2824 2857 2873.

Litr. K. à 50 fl. Nr. 99 129 192 205 248 272 273 323 330 343 346 398 460 524 673 701 782 809 897 1044 1067 1077 1084 1120 1124 1130 1132 1155 1213 1250 1289 1307 1394 1427 1452 1477 1507 1531 1596 1641 1666 1675 1686 1731 1743 1817 1902 1916 1989.

Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntniß mit dem Bemerken, daß

1) die gezogenen Nummern der Staatsschuldbriefe vom 1. April 1853 an, auf Präsentation, wenn sie auf den Inhaber ausgestellt oder wo sie auf den Namen eines besonderen Staatsgläubigers inscribirt worden sind, gegen Quittung desselben auf dem Staatsschuldbriefe, bei der hiesigen Staatsschuldentilgungskasse ausbezahlt werden;
2) daß zugleich mit dem Staatsschuldbriefe die sämmtlichen noch nicht fälligen Zinsabschnitte und die Zinsleiste abgegeben werden müssen, widrigenfalls deren Betrag zurückbehalten wird, und
3) daß die ausgelooften Staatsschuldbriefe mit dem 1. April 1861 — einundzwanzig achthundert ein und sechzig — verjähren und der Eigenthümer, rücksichtlich Inhaber derselben, nach dem 1. April 1861 keine Ansprüche mehr an die Staatskasse darauf begründen kann.

Zugleich fordern wir die Inhaber der nachstehenden, schon früher ausgelooften hiesigen Staatsschuldbriefe hiermit auf, die Beträge derselben zu erheben, da der Zinsenlauf davon 6 Monate nach den angegebenen Verloosungsterminen aufgehört hat, und die verjährungsmäßige achtjährige Verjährungsfrist vom Verfalltage an läuft.

Litr. K. Nr. 1192. Ausgelooft am 1. October 1847, zahlbar am 1. April 1848, verjährt am 1. April 1856.

Litr. H. Nr. 3517. Ausgelooft am 1. April 1849, zahlbar am 1. Oct. 1849, verjährt am 1. Oct. 1857.

Litr. H. Nr. 2402. Ausgelooft am 1. Oct. 1849, zahlbar am 1. April 1850, verjährt am 1. April 1858.

Litr. F. Nr.	792 und 1367	ausgelooft am 1. Oct. 1850, zahlbar am 1. April 1851, verjährt am 1. April 1859.
„ G. „	541 1124 u. 3365	
„ H. „	2703	
„ I. „	861 1662 1751 2112 2208 u. 2722	
„ K. „	195 957 1268	
Litr. F. Nr.	461	ausgelooft am 1. April 1851, zahlbar am 1. Oct. 1851, verjährt am 1. Oct. 1859.
„ G. „	943 1433 u. 3443	
„ H. „	15 317 2301 u. 2641	
Litr. F. Nr.	1540	ausgelooft am 1. Oct. 1851, zahlbar am 1. April 1852, verjährt am 1. April 1860.
„ H. „	263 869 1026 1973 2557 und 3305	
„ I. „	41 141 443 673 722 794 921 978 1270 1890 1985 1968 2190 u. 2583	
„ K. „	1205 1349 1506 1524 und 1580	

Meiningen, den 1. October 1852.

Herzogl. Staatsschuldentilgungs-Commission.

Bloemeyer. B. Trinckß. v. Butler.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

Sept. u. Oct.	Barometer bei 0°R.			Thermometer R.			Thermograph.		Wasserhöhe des Main.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	Rh. F.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
26	333"8	333"3	333"7	+ 8'5	+ 14'0	+ 8'3	+ 6'6	+ 14'0	1' 3"	SO.	S.	—	t.	ht.	ht.
27	334"0	333"0	332"2	+ 7'5	+ 15'1	+ 8'5	+ 5'5	+ 15'2	1' 2"	SSW.	SO.	—	t.	w.	ht.
28	329"0	328"8	329"3	+ 10'2	+ 13'0	+ 9'2	+ 6'9	+ 15'0	1' 1"	O.	SO.	—	w.	t.	ht.
29	329"7	328"6	329"5	+ 11'8	+ 11'9	+ 8'8	+ 7'3	+ 13'4	1' 1"	SSW.	SW.	SW.	w.	t.	ht.
30	330"7	331"0	333"1	+ 10'6	+ 10'9	+ 7'2	+ 8'5	+ 10'9	1' 0"	SW.	SW.	—	w.	t.	ht.
1	331"9	331"0	330"5	+ 10'0	+ 13'5	+ 10'4	+ 6'7	+ 13'5	1' 0"	S.	SSW.	—	t.	w.	t.
2	328"6	329"3	330"9	+ 11'6	+ 10'7	+ 9'0	+ 9'1	+ 13'9	1' 0"	SW.	SW.	SW.	R.	t.	ht.
M.	331"2	330"8	331"3	+ 10'0	+ 13,0	+ 8'8	+ 7'2	+ 13'6	1' 1"	Regenhöhe im September = 22.20'''					

Am 26. und 27. in der Frühe Nebel; am 28. Nachmittags, am 30. Vormittags schwacher Regen; am 30. Nachmittags stürmisch, am 1. desgleichen den ganzen Tag über; am 2. Nachmittags Sturm.

Druck von August Osterrieth.

№ 245. Mittwoch den 13. October 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr. in den Ländern, die durch die Königl. Bayerische Postverwaltung gegen 9 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 1000 Sgr. 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. österreichischen Erbländern 3 fl. im 20 fl.-Fuß, oder 1 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 38, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Druck) von Privatschrift oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

☞ Bestellungen auf das mit dem 1. October begonnene vierte Quartal der „Frankfurter Postzeitung" werden fortwährend bei der Expedition dahier und bei den auswärtigen Postämtern angenommen.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 12. Oct. Den letzten Nachrichten zufolge scheinen in der handelspolitischen Frage an zwei Orten Verhandlungen bevorzustehen, in Wien und in Frankfurt, dort auf einer neuen Conferenz, hier beim Bundestage. Oesterreich wird noch einmal sämmtliche Regierungen einladen, Bevollmächtigte in dieser wichtigsten Frage Deutschlands nach Wien zu senden, und zugleich dem Bundestage neue Vorlagen und Anträge zugehen lassen. Daß Oesterreich, wenn es Schritte zur Ausführung des Art. 19 der Bundesacte anbahnt, auf die Unterstützung der Darmstädter Verbündeten rechnen darf, glauben wir nicht bezweifeln zu können. Noch neulich sagte das „Dresdener Journal" in seiner offiziösen Darlegung des Abbruchs der Berliner Conferenzen, daß in den Anträgen der Coalirten einzig und allein die Möglichkeit gelegen habe, dem leider sehr locker und unfreundlich gewordenen Bundesverhältnisse eine lebens- und thatkräftige Grundlage zu verschaffen. Wie die Lage der Dinge in Wien angesehen wird, ist neuerdings ersichtlich aus einem Leitartikel der „Presse", dessen wesentlicher Inhalt also lautet:

Es liegt in den Traditionen der österreichischen Politik gegenüber Deutschland, daß dieselbe stets die Einheit und Größe des alten „Reiches" gegen Zerfall und Schmälerung zu bewahren suchte. Mehr als eine Restaurationsperiode läßt sich aufweisen, in welchen die deutschen Kaiser aus dem erlauchten Hause der Habsburger die tief zerrütteten Verhältnisse Deutschlands ordneten, und auf längere Zeit hinaus wieder lebensfähig machten, was schon völligem Verfall anheimgegeben schien. Ist auch der Name des „Reiches" verschwunden, so hält man doch in Wien noch an den Geschicken Deutschlands nicht allein darum fest, weil Verträge Oesterreich ein Recht geben, bei Fortbildung der deutschen Verhältnisse ein entscheidendes Wort mitzusprechen, sondern weil auch ein ungeschmälertes Interesse an dem großen Volksstamme, mit dessen Erlebnissen Oesterreichs eigenes Dasein so innig verwebt war und ist, an der Donau nie erlöschen wird. In diesem Augenblick erfordern die Zustände Deutschlands mehr als je die Aufmerksamkeit aller Staatsmänner, welchen die Blüthe desselben am Herzen liegt. Preußen hat die Zollconferenz in Berlin abgebrochen; noch benützt sich Hannover, eine Vermittelung herbeizuführen, aber — bleiben die Verhältnisse sich selbst, ihrer bisherigen Neigung zur Zersplitterheit überlassen, so ist ein den Interessen Deutschlands wahrhaft entsprechender Ausgang der gegenwärtigen handelspolitischen Krisis keineswegs als gesichert zu betrachten. Wir wollen nicht über den künftigen Gang der Dinge Betrachtungen anstellen. Aber Eines steht nach unserer Ueberzeugung sicher und muß zur Stunde schon mit aller Bestimmtheit hervorgehoben werden: Oesterreich muß stets als seine erste und wichtigste Aufgabe ansehen, seine handelspolitische Zersplitterung in Deutschland für jene Gebiete eintreten zu lassen, in welchen man die Fortdauer des Einigung wünscht und ihrer Vortheile nur durch fernde Schuld beraubt werden würde. Deutschland darf nicht von neuem zerrissen werden. Oesterreich ist gewiß bereit, dafür einzutreten, daß den deutschen Staaten alle Möglichkeit offen bleibe, das stets drängender hervortretende Bedürfniß nach handelspolitischer Einigung auch jetzt noch in umfassender Weise zu befriedigen.

* **Berlin**, 10. Oct. Die „Vossische Zeitung" sagt: Bekanntlich lautete die vierte Proposition, welche Preußen behufs weiterer Berathung in der Berliner Zollconferenz gemacht hatte, dahin, daß es angemessen erschiene, Zollvereinsconsuln zu ernennen; es wurden aber bei den vorläufigen Verhandlungen über diesen Punkt so bedeutende Ausstellungen dagegen gemacht, besonders in Hinsicht auf die Möglichkeit der Bestellung solcher Consuln durch einen Zollverein, der von keiner auswärtigen Macht anerkannt sei, daß es den Anschein gewann, Preußen würde genöthigt sein, der bei der definitiven Beschlußnahme über diesen Punkt seine vierte Proposition fallen zu lassen. Jetzt hat, wie die Zeitungen schon gemeldet, Oesterreich mit Sachsen und Bayern einen derartigen Vertrag wegen gemeinsamer Anstellung solcher Consuln abgeschlossen, welche verpflichtet und berechtigt sein sollen, die Unterthanen der drei genannten Staaten in ihren Handelsbeziehungen auf auswärtigen Plätzen zu vertreten. Wie wir früher auf den zwischen Oesterreich und Bayern abgeschlossenen Donauschifffahrtsvertrag vom 22. Juni 1852 hingewiesen haben, so dürfen wir auch nicht unterlassen, dem obigen neuen Vertrag, welchen Oesterreich mit zwei Staaten geschlossen, welche gegenwärtig noch Mitglieder des Zollvereins sind, besonders ins Auge zu fassen, um durch derartige Thatsachen auf den consequenten Gang der österreichischen Politik in den deutschen Handelsangelegenheiten hinzuweisen und dadurch darzuthun, daß an eine Rückkehr der oben genannten beiden Staaten zum preußischen Zollverein so bald wohl nicht zu denken ist, wofür außerdem die jetzige Ministerialveränderung in Dresden, die einen der Hauptbeförderer des Zollvereins, den Herrn v. Friesen, aus dem Amte entfernt, hinlänglich sprechen möchte.

Zu Bezug auf die Stellung Hannovers werden dem „Staatsanzeiger für Württemberg" von hier folgende Mittheilungen gemacht: Die Verschiedenheit, die von Hannover in der Zollfrage hierher gemacht worden, müssen als streng legal aufgefaßt werden. Es übernimmt die Vermittlerrolle und will nicht die Scheidung von Süd und Nord, also darf es auch nicht, ohne Alles gepreßt und in der Vermittelung versucht zu haben, dem Einen oder Andern der föderirten Staatengruppen sich vorwegt zuneigen. Am 7. d. M. war v. Alvensleben zur königl. Tafel gezogen. Man vermuthet, daß in Folge der Verhandlungen des genannten Staatsmannes in Hannover, woselbst man über den so schnellen Abbruch der Conferenzen ebenso erstaunt als verletzt sich zeigte, der König von Hannover selber sich entschlossen hat, das Aeußerste daran zu setzen, um den Zerfall des Zollvereins zu verhüten, um seinen Verpflichtungen für Preußen nachkommen zu können. Insoweit, aber auch nur insoweit, wie die Mission des Herrn v. Alvensleben ebenso rechtzeitig als gelungen zu betrachten.

Nach der „Allg. Zeitung" hat der großherzogl. badische Bevollmächtigte Berlin verlassen mit einer an die Regierung gerichteten Erklärung, welche beweist, daß die Harmonie zwischen Baden und den übrigen Coalitionsstaaten größer ist als man gemeinhin annimmt. Nach demselben Blatt würde Freiherr Profesch v. Osten nun hierher zurückkehren, um Abschied zu nehmen. (?)

Für die Provinz Schlesien sind die Wahlbezirke für die erste Kammer bereits abgegrenzt. Die Zahl der Bezirke beläuft sich im Ganzen auf 12, von diesen wählte nur der 10. Wahlbezirk der 8 oberschlesische Kreise umfaßt, 3 Abgeordnete, jeder der übrigen nur 1. Schlesien sendet mithin, einschließlich der von den Städten Breslau und Görlitz zu wählenden 3 Abgeordneten, 17 Mitglieder in die erste Kammer. — Brandenburg, für welches das gestern erschienene „Amtsblatt" der Regierung zu Potsdam die Wahlbezirke vorschreibt, mit Einschluß der von Berlin, Potsdam, Frankfurt und Brandenburg zu wählenden 6 Abgeordneten, deren 6. Für die hohenzollernschen Lande ist die Anordnung ergangen, daß sie mit dem Regierungsbezirk Koblenz einen Wahlbezirk bilden, aus welchem 2 Abgeordnete zur ersten Kammer entsendet werden; die Stadt Koblenz wählt außerdem 1 Abgeordneten.

Die einzelnen Ministerien haben bereits die Generaletats aufgestellt und dürften dieselben in kurzem der Gegenstand ziemlich

umfassender Berathungen des Staatsministeriums sein. — Von Seiten des Finanzministeriums wird demnächst dem Staatsministerium eine Specification der in dem laufenden Jahre gegen die Vorvoranschlagungen erzielten Mehreinnahmen zugehen.

Von der Saale, 8. Oct. Große Aufmerksamkeit und Theilnahme hat die Nachricht gefunden, daß in einigen Städten, wie zu Naumburg und Merseburg, die von den Stadtverordneten volle zogene Wahl einzelner besoldeter Stadträthe seitens der Regierung zu Merseburg die erforderliche Bestätigung nicht erhalten hat. Ueber die Ursachen lauten die Gerüchte verschieden. — Die Städte Halle, Merseburg, Naumburg, Weißenfels und Zeitz beabsichtigen, auf Anregung des Magistrates zu Merseburg, eine Verbindung zur Errichtung einer gemeinschaftlichen Wittwen- und Waisenkasse für die städtischen Beamten abzuschließen. So viel bis jetzt bekannt, sind die Erklärungen der verschiedenen Gemeindevertretungen zusagend und zustimmend ausgefallen.

* **Düsseldorf**, 10. Oct. Der Rheinische Provinziallandtag beschäftigte sich am 7. und 8. d. mit den Entwürfen der Regierung zu einer Kreisordnung und zu einer Provinzialordnung, und wurden dieselben im Wesentlichen angenommen. Diejenigen Punkte jedoch, bei welchen sich die erhebliche Meinungsdifferenz herausstellte, hatten nicht die erforderliche Majorität von $^2/_3$ der anwesenden Stimmen für sich, sondern nur eine einfache sehr geringe Majorität. Das in der Sitzung am 28. September von der Minorität zu Protocoll gegebene Separatvotum gegen den Beschluß, den König in einer Adresse um Aufhebung der bekannten Ministerialerlasse vom 22. Mai und 16. Juli d. J. (gegen die Jesuiten) zu ersuchen, hat 17 Unterschriften. Zu seinem ersten Theil führt es sechs Gründe gegen die Competenz der Versammlung, in seinem zweiten Theil vier Gründe gegen die Sache selbst an und schließt mit folgender Erklärung: „Aus diesen Gründen können die Unterzeichneten weder die Competenz der interimistischen Provinzialvertretung zur Erlassung der fraglichen Adresse anerkennen, noch dem Inhalte derselben beipflichten, und sehen sich genöthigt, ihre abweichende Ansicht des Königs Majestät in einer besondern Adresse allerunterthänigst vorzutragen." — In der gestrigen Sitzung machte der Landtagsmarschall die Eröffnung, daß der Landtag bis zum 12. d. M. prorogirt sei.

* **Münster**, 9. Oct. Die Sitzungen des westfälischen Landtags sind beendet. In Bezug auf die Landgemeindeordnung von 1841 wurde mit 39 gegen 30 Stimmen beschlossen, sie könne nur da eingeführt werden, wo erstens die neue Gemeindeordnung noch nicht eingeführt sei, und wo zweitens die Gemeinde die alte Landgemeindeordnung ausdrücklich haben wolle. Eine noch überwiegendere Stimmenmehrheit ergab sich dafür, daß ein Gut nur dann aus dem Gemeindeverbande ausscheiden könne, wenn sowohl die Gemeinde als der Besitzer damit einverstanden seien, und daß Amtmänner und Gemeindevorsteher frei gewählt werden sollen. Auch wurde in einer Petition darauf angetragen, daß den Kreisständen das Präsentationsrecht zu den Landrathsstellen zurückgegeben werde. Außer der bereits mitgetheilten Petition in der Jesuitenfrage wurde für die Akademien zu Münster, aus welcher nach Vieler Wünschen noch die katholische Universität aufblühen soll, ein Zuschuß beantragt. Auch in Betreff der Dotation der katholischen Bisthümer Paderborn und Münster ist eine Petition beschlossen. Ein guter Vorschlag ist der, den Haustrunk aus Braumalz steuerfrei zu lassen; das würde den Knechten und Taglöhnern auf den Gütern und Bauerhöfen zu Gute kommen. Auch ein anderes Gesetz, mit welchem der Landtag sich beschäftigt hat, scheint uns an der Zeit zu sein, nämlich dasjenige, welches auf Zusammenhaltung der Bauernhöfe in der Familie ihres Besitzers gerichtet ist.

Stuttgart, 10. Oct. Man erinnert sich in vielen Jahren nicht, daß in so rascher Aufeinanderfolge so viele fürstliche Personen theils zum Besuch der königlichen Familie hier eingetroffen, theils ihre durchpassirt sind. Nachdem vor wenigen Tagen Se. Maj. der König von Hannover auf der Durchreise nach Kirchheim seinen hohen Verwandten hier einen Besuch abgestattet hatte, verweilte in der Nacht vom 8. auf den 9. d. M. Se. königl. Hoh. der Kurfürst von Hessen, von München kommend, hier. Derselbe reiste jedoch in strengsten Incognito und stieg im „Hotel Marquardt" ab, dessen Eigenthümer wenige Stunden vor der Ankunft des Fürsten telegraphisch davon benachrichtigt worden war. Gestern traf Se. Kaiserl. Hoh. der Großfürst-Thronfolger nebst hoher Gemahlin zu einem mehrtägigen Besuche hier ein und wird dessen Anwesenheit zu verschiedenen Festlichkeiten Veranlassung werden. Ob eine militärische Festlichkeit stattfinden wird, weiß man noch nicht. (K. Z.)

Stuttgart, 10. Oct. Zum k. württembergischen Geschäftsträger in Karlsruhe ist nun definitiv der k. Kammerherr Frhr. v. Thumb-Neuburg unter Beförderung desselben zum geheimen Legationsrath ernannt worden.

Mainz, 10. Oct. Gestern wurden die Herren Dr. Lambinet als großherzogl. Friedensrichter für den ersten Bezirk von Mainz, Dr. Hesbeld als solcher für den zweiten Bezirk unserer Stadt und Dr. Clement als großherzogl. Friedensrichter für Bingen beeidigt.

* **Oldenburg**, 9. Oct. Der heutige Landtag hat vorgestern die Specialdebatte über die Verfassungsrevision begonnen, nachdem die zur Prüfung des Regierungsantrags niedergesetzte Commission ihren bezüglichen Bericht beendet hat. Jener Antrag geht bekanntlich dahin, daß zur Gewinnung einer verfassungsmäßigen Grundlage für die Vornahme der Revision der jetzige Landtag den Beschluß des vorigen wiederholen möge, so daß dem Staatsgrundgesetz der transitorische Zusatz gegeben werde: „Gegenwärtiges Staatsgrundgesetz soll auf dem im Jahr 1852 einzuberufenden allgemeinen Landtage im einfachen Wege der Gesetzgebung einer Revision unterzogen werden; jedoch nur in soweit als der fünfte Landtag es zu den einzelnen Artikeln mit absoluter Stimmenmehrheit speciell beschlossen hat."

Aus dem Fürstenthum Waldeck, 8. Oct. Unser jugendlicher Fürst hat am 27. Sept. die feierliche Huldigung der Stände empfangen; diese haben der Regierung, um neue Gesetzentwürfe auszuarbeiten, die geforderte Frist von 6 Monaten gewährt, und sind dann heimgekehrt. Geheimerath Beyer aus Potsdam bleibt nun einstweilen noch hier. Die neuen Vorlagen werden ohne Zweifel Gesetze enthalten, welche in unser Verfassungs- wie sonstiges öffentliches leben tief eingreifen; auch die Frage wegen Vergrößerung der fürstlichen Civilliste werden sie wieder auf die Tagesordnung bringen. Wie sich dem gegenüber die neugewählten Stände verhalten werden, kann man schon jetzt ziemlich vorherwissen. Die frühere Opposition ist nicht wiedergewählt. Das neue Wahlgesetz, welches indirecte und öffentliche Wahlen vorschrieb, hat mit den gegenwärtigen Zeitläuften zusammengewirkt, um demokratische Wahlcandidaten auffallen zu lassen. Der Führer der früheren Opposition, Wirths, ist nun völlig mundtodt gemacht. Das von ihm redigirte Blatt: „Die Volksstimme", hat zu erscheinen aufgehört, weil die Hofbuchdruckerei ihm den fernern Verlag versagte. Eine andere Druckerei, die es fortsetzen könnte, ist nicht da, und so entbehrt unser Ländchen jeder eigenen Zeitschrift. Unsere localzustände in einem andern größern Blatt zu besprechen, dazu haben sie außerhalb des Fürstenthums zu wenig Interesse. Der sogenannte „Waldeckische Anzeiger" wird, als ein bloßer Adlatsch des zu Brilon erscheinenden „Sauerländischen Anzeigers", die Localpresse für unser Ländchen nicht ersetzen können, ganz abgesehen von dem dürftigen Inhalt jenes Blatts. (R. Z.)

Hamburg, 8. Oct. In der gestrigen Bersammlung erbgesessener Bürgerschaft sind sämmtliche Anträge des Senats angenommen und damit ist nun auch die Pensionirungsangelegenheit des Obersten Schobl, sowie die Wahl eines Commandanten, erledigt. Die Bürgerschaft war nur schwach besucht. Ueber die Besetzung der Commandantenstelle verlautet Verschiedenes. Es soll sich hier ein preußischer Offizier schon mit Familie befinden, dem es nicht an hoher Gönnerschaft mangelte. Auf der anderen Seite wird der hiesige Major und Bataillonscommandeur Beß, aus kurhessischen Diensten vor einigen Jahren hierhergekommen, als Aspirant genannt, und fehlt es ihm in hiesigen höheren Kreisen nicht an Protection. Die Commandantenstelle war seit 1843 vacant; die Austellung steht dem Militärdepartement zu, gebildet durch den ältesten Bürgermeister, die drei ältesten Rathsherren, zwei Oberalte, zwei Kämmereibürger und vier Militärcommissarien. (Köln. Z.)

Neueste Nachrichten.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin, den 12. Oct., 6 Uhr 41 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, 12. „ 6 „ 45 „ „

Wien, 12. Oct. 9000 Mann englischer Truppen sind im persischen Meerbusen gelandet und nach Herat marschirt, wahrscheinlich um die Selbstständigkeit Herats zu wahren.

—* **Frankfurt**, 12. Oct. Nach dem „Norddeutschen Portfolio" dürfte demnächst ein Zollvereinsvertrag zwischen Oesterreich und den Darmstädter Verbündeten, der mit dem 1. Januar 1854 ins Leben zu treten hätte, definitiv abgeschlossen werden. — Die Einladung Oesterreichs an die verschiedenen deutschen Regierungen zur Absendung von Bevollmächtigten behufs einer neuen Zollconferenz in Wien soll bereits ergangen sein. — Der Bundespräsidialgesandte, Graf Thun, wird innerhalb der nächsten 8 Tage nach Frankfurt zurückkehren. — Heute waren hier eine große Anzahl Mitglieder des Vereins zum Schutz vaterländischer Arbeit zu einer Besprechung versammelt.

* **Wien**, 10. Oct. Was den eigentlichen Zweck der Reise des Freiherrn v. Prokesch nach Wien betrifft, so hat sich dieser allerdings auch zum Theil auf die Handelsfrage bezogen, jedoch nicht

in dem Sinne, welchen wir in der preußischen Presse angedeutet finden. Die von mehreren preußischen Zeitungen in dieser Hinsicht gebrachten Angaben reduciren sich nämlich darauf, daß Freiherr v. Prokesch den Verhandlungen beiwohnte, welche die Berathung der in der handelspolitischen Frage an den Bundestag zu machenden umfassenden Vorlagen zum Gegenstand gehabt und im Ministerium des Aeußern stattgefunden haben. Das bezügliche Elaborat, das sich durch eine seltene Klarheit in der Darstellung der fraglichen Verhältnisse auszeichnen soll, ist in den diesfalls competenten Kreisen mit Befriedigung aufgenommen worden und hat nur wenige Modificationen erhalten. (Lpz. Z.)

* **Aus dem Königreich Sachsen**, 12. Oct. Das „Dresdener Journal" bemerkt in Bezug auf die in verschiedenen Blättern mitgetheilten Gerüchte wegen Ernennung eines Nachfolgers des abgetretenen Ministers des Innern, daß darüber zur Zeit noch keinerlei Entschließung überhaupt in Aussicht stehe, weßhalb auch alle darüber geäußerten Muthmaßungen unbegründet seien.

Hannover, 9. Oct. Der zum Präsidenten des Obergerichts in Celle ernannte seitherige Bundestagsgesandte Staatsrath v. Bothmer, wird dieses Amt bereits in der nächsten Zeit antreten, und in Frankfurt a. M. durch den vorigen Ministerpräsidenten v. Münchhausen ersetzt werden. (N. Pr. Z.)

† **Turin**, 7. Oct. Der Erzbischof Charvaz ist durch ein Schreiben des Cardinals Antonelli nach Rom berufen worden. Die „Gazzetta del Popolo" veröffentlicht eine abenteuerliche Petition, welche dem nächsten Parlament vorgelegt werden soll; dieselbe betrifft die Einziehung der Kirchengüter, die Beschränkung der Zahl und der Einkünfte der Bisthümer, und die Aufhebung der Klöster. Die Municipalität von Alessandria hat erst vor kurzem eine Petition um Einziehung der Kirchengüter durch den Staat einzureichen beschlossen.

‡ **Paris**, 11. Oct. Ganz Paris spricht heute von der Rede, mit welcher Ludwig Napoleon bei dem ihm von der Handelskammer in Bordeaux gegebenen Bankett den ihm von Herrn Dufour-Dubergier, dem Präsidenten jener Corporation, dargebrachten Trinkspruch beantwortet hat. Der Toast feierte den Prinzen als Retter, Beruhiger und Ordner Frankreichs, lobte seine Fürsorge für lang vernachlässigte Interessen, als da sind Kanäle, Eisenbahnen, neue Handelswege; „aber diese Wohlthaten werden alle ihre Früchte erst tragen, wenn die Zukunft solid gesichert sein wird; denn der Handel lebt nur von der Zukunft. Ich bin darum nur sein treuer Dolmetscher, wenn ich Sie bitte, gnädiger Herr, unsere Institutionen in Harmonie zu bringen mit unsern Sitten und Bedürfnissen, welche sich an eine ungewisse und lebenslängliche Gewalt nicht anlehnen können. Sie werden den durch die einmüthigen Acclamationen des Landes offenbarten Volkswünschen entsprechen, indem Sie die Wiederherstellung des Kaiserreichs proclamiren. Es lebe Ludwig Napoleon!"

Der Prinz erwiderte: „Der Zweck meiner Reise war, wie Sie wissen, selbst unsere schönen Provinzen des Südens kennen zu lernen, einzudringen in ihre Bedürfnisse. Sie hat jedoch einem viel wichtigeren Resultat Raum gegeben. Fürwahr, ich sage es mit einer Offenheit, die der Ueberhebung eben so fern ist wie falscher Bescheidenheit: niemals hat ein Volk in geradester, freiwilliger, einstimmigster Weise den Wunsch bezeugt, sich von Besorgnissen der Zukunft befreit zu wissen, indem es eine Gewalt in die nämliche Hand legt, welcher seine Sympathie gehört. (Lauter Beifall.) Es erkennt eben in dieser Stunde die trügerischen Hoffnungen, in welchen man es wiegte, und die Gefahr, von der es bedroht war. Es weiß, daß im Jahr 1852 die Gesellschaft ihrem Verderben entgegenging, weil jede Partei sich beim allgemeinen Schiffbruch im voraus mit der Hoffnung tröstete, auf den etwa obenschwimmenden Trümmern ihre Fahne aufzupflanzen. (Sensation. „Es lebe der Kaiser!") Ueber die ungereimten Theorien enttäuscht, hat das Volk die Ueberzeugung gewonnen, daß seine vorgeblichen Reformatoren nichts waren als Träumer, denn immer Mißverhältniß und Inconsequenz zwischen ihren Mitteln und dem versprochenen Ergebniß. (Lebhafter Beifall. „Das ist wahr! das ist wahr!) Heute umgibt mich die Nation mit ihren Sympathien, weil ich nicht zur Familie der Ideologen zähle.

„Um das Wohl des Landes zu schaffen, ist es nicht nöthig, nach neuen Systemen zu greifen, sondern vor allen Dingen Vertrauen in die Gegenwart, Sicherheit für die Zukunft zu geben. Das ist es, warum Frankreich zum Kaiserreich zurückkehren zu wollen scheint. („Ja, Ja!" Anhaltendes Bravo. „Es lebe der Kaiser!") Nichtsdestoweniger gibt es eine Besorgniß, auf welche ich antworten muß. Aus dem Geiste des Mißtrauens sagen gewisse Personen (certaines personnes): das Kaiserreich ist der Krieg. Ich, ich sage: das Kaiserreich, das ist der Frieden (l'Empire c'est la paix). (Sensation). Es ist der Frieden, denn Frankreich wünscht denselben, und wenn Frankreich befriedigt ist, dann ist die Welt ruhig. (Diese Worte, mit fester und scharf accentuirter Stimme gesprochen, brachten eine magische Wirkung hervor. Enthusiastische Bravos auf allen Seiten.) Der Ruhm kann wohl als ein Erbtheil übergehen, aber nicht der Krieg. Haben die Fürsten, welche stolz darauf waren, Enkel des vierzehnten Ludwig zu sein, seine Kämpfe neu begonnen? Der Krieg entsteht nicht aus dem Vergnügen, er entsteht aus der Nothwendigkeit, und in diesen Uebergangszeiten, wo überall neben den Elementen der Wohlfahrt so viel Ursachen des Todes keimen, kann man mit Wahrheit sagen: Wehe dem, der zuerst Europa das Signal zu einer Coalition gäbe, deren Folgen unberechenbar sein würden. (Lange und tiefe Sensation.) Ich gebe indessen doch zu, ich habe, wie der Kaiser, viele Eroberungen zu machen. Ich habe, wie er, der Versöhnung die zerrissenen Parteien wieder zu gewinnen, und in das Bett der großen Volksströmung die feindseligen Abflüsse zurückzuführen, die sich ohne Gewinn für irgendwen verlaufen. (Beifall.) Ich will der Religion, der Sittlichkeit, dem Wohlergehen jenen noch so zahlreichen Theil der Bevölkerung wieder gewinnen, der mitten in einem Lande der Treue und des Glaubens kaum die Vorschriften Christi kennt, der im Schooß des fruchtbarsten Bodens der Welt sich kaum der ersten und nothwendigsten Lebensbedürfnisse erfreuen kann. (Sensation.)

„Wir haben unermeßliche unbebaute Strecken urbar zu machen, Wege zu öffnen, Häfen anzulegen, Flüsse schiffbar zu machen, Kanäle zu vollenden, unser Eisenbahnnetz zu vervollständigen. Wir haben Marseille gegenüber ein ausgedehntes Königreich Frankreich zu assimiliren; wir haben alle unsere großen Häfen im Westen dem amerikanischen Festland näher zu rücken durch die Raschheit ihrer Communicationsmittel, die uns noch fehlen; wir haben endlich überall aus den Ruinen wieder aufzubauen, falsche Götter niederzuwerfen, Wahrheiten zum Siege zu führen. (Andauernder Beifall.)

„So würde ich das Kaiserreich auffassen, wenn das Kaiserreich wieder hergestellt werden soll. (Sensation. „Es lebe der Kaiser!") Solches sind die Eroberungen, auf die ich sinne, und Sie alle, die Sie mich umgeben, die Sie, wie ich, das Wohl unsers Vaterlandes wollen, Sie sind meine Soldaten!" („Ja! ja!" Anhaltender Beifall.)

Man kann sich denken, welchen ungeheueren Eindruck diese klaren und schlichten Worte auch hier in der Hauptstadt haben machen müssen. Sind doch sofort die Fonds und alle Industriepapiere an der Börse ansehnlich gestiegen.

Auch Angouleme hat den Prinzen mit großen Feierlichkeiten und noch größerem Enthusiasmus empfangen. Unter anhaltenden Kaiservivats hat sich dort dasselbe Programm abgewickelt, wie in den bisher besuchten Städten. Gestern Abend hat der Prinz einem Festball beigewohnt und heute früh ist er unter dem tausendstimmigen Vive l'Empereur! und Vive Napoléon III.! nach Rochefort weiter gereist.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Die königl. neapolitanische Regierung hat beschlossen, eine Eisenbahn zwischen Neapel und Manfredonia zu erbauen. Dadurch würde das mittelländische mit dem adriatischen Meere in unmittelbare Verbindung gesetzt.

Börsenberichte.

⁑ **Frankfurt**, 12. Oct. Oesterreichische Fonds waren heute bei stillem Handel fest im Cours; 5pCt. Met. 80 7/8 pCt.; 4 1/2 pCt. Met. 71 7/8 pCt.; 5pCt. Lombardisch-Venetianische 87 3/4 à 1/8 pCt.; Wiener Bankactien 1372 fl.; in österreichischen 500 fl. und 250 fl. Loosen war kein Geschäft. Spanische Fonds setzten wie an allen auswärtigen Börsenplätzen heute auch an hiesiger Börse ihre steigende Bewegung fort; 1pCt. Neue schlossen 26 1/16 pCt.; 3pCt. Inländische, heute ebenfalls beliebt, 46 3/8 pCt. G. In Eisenbahnactien zeigte sich weder Leben noch Coursveränderung, ebenso verhielt es sich mit den meisten übrigen Fondsgattungen. — Abends in der Effectensocietät wurden 1 pCt. Span. zu 26 1/8 pCt. umgesetzt, und schlossen zuletzt wie an der Börse 26 1/16 pCt.

Berlin, 11. Oct. Staatssch. 93 3/4 Brf., 92 3/4 G. — Köln-Minden 110 1/2 G. — Fr.-W.-Nordb. 40 7/8 Brf., 39 7/8 G, 40 1/4, 1/8 à 1/2 bez.

Paris, 11. Oct. 4 1/2 pCt. Rente 106, 50. — 3pCt. 80. 40. — Neapol. —. — Neue 5pCt. Oesterr. 95 1/4, 3/8, 1/2. — Spanische neue Diff. 26 1/2, 1/4, 1/2. — Neue 3pCt. 50, 1/4, 51, 1/4. — Innere Schuld 46, 1/4. — Passive 6 7/8. — Bankactien 2830. — Piemont 5pCt. 98, 50. — Römisches Anlehen Juni 1850 98 1/2. — do. 1850 99 1/4. — St. Germain-Eisenbahn 1150. — Versailles, linkes Ufer 325. — Straßburg-Basel 332, 50. — Nordbahn 790. — Paris-Straßburg 790.

Die letzten aus Bordeaux eingelaufenen telegraphischen Depeschen haben einen wesentlichen Einfluß auf die heutige Börse ausgeübt und alle Werthpapiere sind merklich gestiegen.

Madrid, 6. Oct. 3pCt. 47 1/2, n. d. Börse 47 1/2. — 1pCt. Neue 26 1/2, n. d. Börse 26 1/2.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

Taunus-Eisenbahn.

Vom 15. October l. J. an findet der bisher Abends 8 Uhr 30 Min. von **Frankfurt** nach **Cassel**, **Biebrich** und **Wiesbaden** und um 8 Uhr von **Wiesbaden** und **Biebrich** nach **Cassel** und **Frankfurt** als Extrazug beförderte Personenzug nicht mehr statt.

Frankfurt a. M., den 8. October 1852.

In Auftrag
des Verwaltungsrathes der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft:
Für den Director:
Wernher.

[2314]

[2318] **Benachrichtigung.**

Gegen die von uns bis zum 12. Juli 1852 abgestempelten Talons zu K. K. Oesterr. Metallique-Obligationen können die betreffenden neuen Zins-Couponsbogen täglich in den Vormittagsstunden bei uns in Empfang genommen werden.

Frankfurt a. M., den 9. October 1852.

Gebrüder Bethmann.

[2321] **Weinversteigerung in Nierstein.**

17 Stück 1850er und
13 Stück 1851er Weine

aus dem in der Gemarkung von Nierstein gelegenen Weingute des verstorbenen Herrn Oberfinanzrath **Wilhelm Schulz** von Darmstadt erzielt, werden

Donnerstag den 14. October 1852,

des Vormittags 10 Uhr, in dem Saale des Gasthauses zum Gelben Hause öffentlich versteigert. Die Weine lagern in den eigenthümlichen Kellern der Familie Schulz zu Nierstein. Die Proben gibt Küfer **Schad** von da am 11. und 12. October an den Fässern, außerdem werden sie bei der Versteigerung selbst vorgestellt.

Oppenheim, den 29. September 1852.

Aus Auftrag: **Schneyder**, Notar.

[2322] Und unmittelbar nach dieser Versteigerung läßt Herr Moritz Wolfskehl von Darmstadt die nachverzeichneten zu Oppenheim in den Kellern seines Bruders Herrn Aron Wolfskehl lagernden Weine versteigern, nämlich:

3 Stück 1846er Oppenheimer und Dienheimer,
25 „ 1848er Oppenheimer, Dienheimer und Niersteiner,
1 „ 1849er Dienheimer,
9 „ 1850er Oppenheimer, Dienheimer und Niersteiner,
6 „ 1851er Oppenheimer, Dienheimer und Niersteiner.

Die Proben können täglich an den Fässern durch Vermittlung des Küfers Herrn Louis Waldt in Oppenheim genommen werden.

Aus Auftrag: **Schneyder**, Notar.

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 24. September 1852 an fahren die Boote täglich [2247]

Von **Mainz-Castel** Morgens 7½ Uhr (*Schnellfahrt*) . . . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 6½ Uhr Zuges von *Frankfurt.*

Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr . . . . . bis **Cöln-Deutz** und **Düsseldorf.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 8 Uhr Zuges von *Frankfurt.*

Jeden *Mont., Mittw., Donnerst.* u. *Samst.* direct bis **Arnheim** (*Amsterdam*) u. **Rotterdam-London.**

Von **Mainz-Castel** Mittags 12 Uhr (*Schnellfahrt*) . . . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 11 Uhr Zuges von *Frankfurt.*
☞ Von **Biebrich** jedesmal eine Viertelstunde später als von **Castel.**

Von **Mainz** Nachmittags 1 Uhr und Nachmittags 5 Uhr nach **Worms** und **Mannheim.**

Billete für die Dampfschiffe nach allen Stationen und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil,* der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren Gogel, Koch & Comp., Hrn. **Aug. Schönling** auf dem Roßmarkt.

☞ Da die **Düsseldorfer Boote** bei Ankunft der Eisenbahnzüge von Frankfurt schon zur Abfahrt bereit liegen, so wird gebeten, um jede Verzögerung zu vermeiden, sich bereits in **Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten** zu versehen.

Niederländische Dampfschiffe.

(Dienst vom 2. October.) [2218]

Täglich nach Ankunft des 8 Uhr Zugs von Frankfurt.
Von **Mainz-Castel,** Morgens 9 Uhr, mit Uebernachtung in **Cöln** rc. bis **Rotterdam.**
(Montag, Donnerstag u. Samstag über Arnheim und 4mal über Nymwegen).
Jeden Donnerstag und Samstag bis **London.**

Täglich von Mainz nach **Mannheim** und jede Woche noch extra Güterboote.

Näheres auf den Haupt-Agenturen von **C. Louis Beyschlag**
in **Frankfurt a. M.** (Kornmarkt), in Castel und in Mainz

[2283]

Neuntausend Gewinne

bietet die am 20. October beginnende Hauptziehung 6ter Klasse Braunschweiger Lotterie, die nur aus 20,000 Loosen besteht. Haupt-Gewinne: fl. 87,500, fl. 52,500, fl. 35,000, fl. 17,500 rc. Zu diesen sehr zu empfehlenden Lotterie sind Loose à fl. 56, halbe à fl. 28, viertel à fl. 14, achtel à fl. 7, und mit Vorzicht auf die Gewinne unter fl. 100 ganze Loose à fl. 32, halbe à fl. 16, viertel à fl. 8, achtel à fl. 4, direct zu beziehen bei den Hauptcollecteurs

Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2276] Ein gebildeter unverheiratheter Mann in gesetztem Alter, welcher mehr als zwanzig Jahre einem nicht unbedeutenden Geschäfte als Geschäftsführer vorstand, wünscht Verhältnisse halber eine ähnliche anderweite Stellung und kann in 2 bis 3 Monaten eintreten. Derselbe ist der französischen Sprache nicht unkundig, unter Beibringung der schmeichelhaftesten Zeugnisse und Referenzen auf sehr geachtete Familien, verlangt er anständige Behandlung.

Näheres bei Herrn **C. P. Schüttenheim** auf dem Markt in Frankfurt a. M.

Stettin, ich bin zurück und bitte um Nachricht. [2327]

[2326] In der **Jäger**'schen Buch-, Papier- und Landkarten-Handlung in Frankfurt a. M. und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Der 90ste Jahrgang des
Gothaischen genealogischen
Hofkalenders auf 1853.
Mit 6 Bildnissen. Preis fl. 2. 6 kr.

Ferner der 26ste Jahrgang des
Genealogischen Taschenbuchs der gräflichen Häuser
auf das Jahr 1853, Preis fl. 2. 42 kr.,
und der 3te Jahrgang des
Genealogischen Taschenbuchs der freiherrlichen Häuser
auf das Jahr 1853. Preis fl. 2. 42 kr.

[2281] **Physikalischer Verein.**

Anordnung der Vorlesungen für das kommende Wintersemester.

Montag und Dienstag, Abends von 7—8 Uhr: Unorganische Chemie.

Mittwoch, Nachmittags von 4—5½ Uhr: Anfangsgründe der Physik.

Donnerstag, Abends von 7—8 Uhr: Die Lehre von der Electricität, dem Galvanismus, Magnetismus, Electromagnetismus.

Samstag, Abends von 7—8 Uhr: Vorträge und Besprechungen über neue Entdeckungen im Gebiete der Physik und der Chemie.

Den Mitgliedern des Vereins steht gegen einen jährlichen Beitrag von fl. 10 das Recht zu, sämmtlichen Vorlesungen und den sämmtlichen Zusammenkünften beizuwohnen, so wie Bücher aus der Senckenbergischen medicinisch-naturwissenschaftlichen Bibliothek, die täglich von 11—12 Uhr geöffnet ist, zu entleihen.

Nichtmitglieder des Vereins haben für den Besuch der Vorlesungen über „Experimental-Chemie" 5 fl., für den der Vorlesungen über „Anfangsgründe der Physik" 3 fl., und für den der Vorlesungen über „Electricität rc." zu welcher auch Damen Zutritt haben, 4 fl. zu entrichten. Die bezüglichen Anfragen und Anmeldungen nimmt der Docent des Vereins, Herr Prof. Dr. Boettger, in seiner Wohnung, Bleichstraße 18, Morgens von 8—10 Uhr entgegen.

Beginn der Vorlesungen: 18. October.

Der Vorstand.

[2260] **Oeffentliche Ladung.**

Von dem Erlöse für die zur Deckung des Nexfes des verstorbenen Kirchenrechners Christoph Pauli zu Heidenbergen, verabfolgten Grundstücke, sind nach Tilgung des Nexfes noch etwa 2ueihundert Gulden übrig geblieben. Da man nicht weiß, ob und wer etwa an diesen Ueberschuß rechtliche Ansprüche machen kann, so fordert man Alle, welche hieraus Anspruche ableiten können, hier erheben wollen, auf, solche so gewiß in peremptorischer Frist von

sechs Wochen

dahier anzuzeigen und zu begründen, als sonst derselbe dem Hr. Fiskus wird überwiesen werden.

Großtarben, am 22. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Jäger. Schmidt.

[2306] Es wird der in der Ladung vom 10. Juni 1852 gedachte, von der diesigen Landung E. Stepermann unter dem 16. Februar 1852, drei Monate dato zahlbar, an die Ordre von ihr selbst auf M. Goldstein dahier gezogene und von letzterem angenommene, verlorne Primawechsel über fl. 151. 45 kr. seinem ganzen Inhalte und seiner Wirkung nach für erloschen erklärt.

Frankfurt a. M., den 7. October 1852.

Stadt-Amt I.
Dr. Pfarr
Dr. Anton, Actuar.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nr. 245.) 13. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 13. Oct. In der „Kasseler Zeitung" wird der bevorstehende Abschluß des Zolleinigungsvertrags zwischen Oesterreich und den Darmstädter Verbündeten bestätigt und zugleich mitgetheilt, daß behufs dieses Abschlusses eine Schlußconferenz in Wien für den 20. d. M. anberaumt sei und Oesterreich den sieben Staaten ihre bisherigen Zollrevenuen garantiren werde.

= **Frankfurt**, 13. Oct. Gestern fand noch eine Sitzung der gesetzgebenden Versammlung zur Erledigung mehrerer Gegenstände statt, über welche die betreffenden Commissionen ihre Berichte seit der letzten Sitzung eingereicht hatten. Ein zwischen dem Großherzogthum Hessen und der freien Stadt Frankfurt abgeschlossener Staatsvertrag wegen Verhütung und Bestrafung von Forst-, Jagd- und sonstigen Freveln, welche von Angehörigen des einen dieser Staaten auf dem Gebiete des andern begangen werden, wurde an eine Commission verwiesen, obwohl dieselbe nicht mehr in den Fall kommen wird zu berichten, da der Senat die Versammlung nicht mehr zusammenberufen wird. Sodann trug Herr Ellissen den Bericht über die Verwendung der Ueberschüsse der Staatseinnahmen vor, nachdem er in wenigen einleitenden Worten sich über die auch ihn betreffende Entziehung der politischen Rechte, und seine, sowie der „ganzen Bürgerschaft" (!) Gefühle bei dieser Rechtsverletzung ausgesprochen. Der Antrag, daß die Ueberschüsse zur theilweise zur Tilgung der schwebenden Schuld, zum größten Theil aber zur Abtragung von Obligationen der verschiedenen Anlehen, zu verwenden seien, wurde angenommen. Die Beibehaltung der Gebühren des Appellationsgerichtssecretärs bei Actenversendungen, worüber Dr. Jucho mündlich berichtete, wurde gegen den Antrag der Commission abgelehnt. Sodann wurde der weitläufige Bericht über Abänderungen des Strafgesetzes unter immer wachsender Unruhe der ermüdeten Versammlung vorgetragen. Der Stempel auf Versicherungspolicen wurde abgelehnt, im Uebrigen durchgängig eine Erhöhung der Stempel genehmigt. Schließlich wurde das Vergehniß der nicht erledigten Gegenstände verlesen, darunter Gesetz über Mißbrauch der Presse, Wiedereinführung des Zeitungsstempels, Einführung des öffentlichen Strafverfahrens mit Schwurgerichten, Wiedereinführung des besondern militärischen Gerichtsstandes, Staatsvertrag über die Verhältnisse der oberrheinischen Kirchenprovinz; nach Verlesung des Protocolls wurde die Sitzung um 7½ Uhr geschlossen.

Die Bekanntmachung wegen der Wahlen zur nächsten gesetzgebenden Versammlung wird morgen erscheinen. Die Urwahlen sollen am 18. und 19. October stattfinden. — Die Herbstlage fiel auf den 21., 22. und 23. October verlegt.

* **Frankfurt**, 12. Oct. Mit den Proclamationen der gothaischen Partei und unserer jüdischen Mitbürger gegen die Umgestaltung resp. Zurückführung unserer Verfassungszustände auf die vormärzlichen wird es nun ein Ende haben oder vielmehr haben müssen. Die Proclamationen des Senats sind bereits gedruckt und werden übermorgen veröffentlicht, resp. der löblichen Bürgerschaft nach guter alter Frankfurter Sitte durch die Quartierschützen ins Haus gebracht werden. In der Hauptsache beruft sich der Senat einfach auf den bekannten Bundesbeschluß und spricht ausdrücklich die Rechtsungiltigkeit der Verfassungsrevisionsgesetze von 1848 und (des Gleichstellungsgesetzes) von 1849 aus. Damit ist die jetzige gesetzgebende Versammlung aufgelöst und hat somit am heutigen Nachmittag ihre letzte Sitzung gehalten. Die Urwahlen für die mit dem ersten Montag des Monats November in Wirksamkeit tretende neue gesetzgebende Versammlung werden zu gleicher Zeit angeordnet.

ψ **Frankfurt**, 13. Oct. Von Seiten der königlich preußischen Besatzung wird der Geburtstag Sr. Maj. des Königs von Preußen den 15. October festlich begangen werden. Am Vorabend finden großer Zapfenstreich und Gebetversammlung der Truppen auf dem Roßmarkt statt. Das Fest selbst wird durch Aveille der Musikcorps sämmtlicher Besatzungscontingente, Hochamt im Dome, protestantischen Gottesdienst in der deutsch-reformirten Kirche, Festmahl des Offizierscorps im großen Saale des Hofes von Holland und Decorirung der preußischen Kasernen gefeiert werden. Eine Parade wird nicht stattfinden.

n **Frankfurt**, 13. Oct. Heute Morgen vor 4 Uhr flog plötzlich die, auf dem oberen Theile der Insel am Untermainthor von Hrn. Gerlach neu erbaute, und stark mit bereits fertigen Feuerwerk und Pulver angefüllt gewesene Holzhütte mit einem so furchtbaren Knall in die Luft, daß die Bewohner der Nachbarschaft plötzlich aus dem Morgenschlaf aufgeweckt wurden.

Wien, 10. Oct. Gestern früh 9 Uhr wurden im Verbrennhause am Glacis 26,199,000 fl. C.M. in Anweisungen auf die Landeseinkünfte Ungarns und Reichsschatzscheinen öffentlich verbrannt. Die Operation nahm beinahe den ganzen Vormittag in Anspruch. (Pr.)

Triest, 7. Oct. Mit Vergnügen berichtige ich die Mittheilung von der Strandung des Kriegsschraubendampfers „Sermöve". Das Factum ist wahr, allein die Yacht wurde von dem kaiserlichen Dampfer „Taurus" wieder flott gemacht und nach Pola geführt, von wo sie mit dem ersten günstigen Wind hier erwartet wird. Seit vier Tagen ist dieser allerdings sehr ungünstig, und fast ununterbrochen strömt der Regen in starken Güssen herab.

* **Berlin**, 11. Oct. Das Schreiben, worin der großh. badische Bevollmächtigte zur Zollconferenz der hiesigen Regierung seine Adresse angezeigt, lautet nach dem „Mainzer Journal", wie folgt:

„Wegen längerer Abwesenheit Sr. königl. Hoh. des Regenten von Karlsruhe, konnte der Unterzeichnete in der jüngst vergangenen Zeit nicht mit Instruction zu Abgabe der Erklärung versehen werden, welche die großh. Regierung, **durchdrungen von der Nothwendigkeit des Abschlusses eines umfassenden Zoll- und Handelsvertrags mit Oesterreich**, wie solcher in dem am 25. Mai d. J. der Conferenz übergebenen Entwurfe vorgeschlagen worden ist, auf die Erwiderung der königl. preußischen Regierung in der Conferenz vom 30. August d. J. für angemessen gefunden haben dürfte.

Inzwischen ist zur Kenntniß gekommen, daß in Folge der königl. preußischen Note vom 27. d. M., nach welcher die königl. Regierung sehr vorläufige Verhandlung mit Oesterreich ablehnt, bevor der Vertrag über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins abgeschlossen sei, ein Abbrechen der Conferenzverhandlungen nicht zu vermeiden gewesen sei.

Der Unterzeichnete darf nicht zweifeln, daß dieser Schritt von der großherzoglichen Regierung um so lebhafter bedauert werde, als dieselbe nach der entgegenkommenden Erklärung der königlich preußischen Regierung vom 30. August d. J. der Erwartung sich hingeben durfte, daß eine Verständigung über den erwähnten Vertragsentwurf zu erreichen sei und durch weitere Berathungen, zunächst unter den Conferenzbevollmächtigten, die Gewißheit hierüber festgestellt werden könne.

Es ist dem Unterzeichneten bei der Sachlage die Weisung zugegangen, sich nach Karlsruhe zu begeben. Indem derselbe die Ehre hat, die königlich preußische Regierung hiervon in Kenntniß zu setzen, glaubt er übrigens noch beifügen zu müssen, daß die Ueberzeugung nicht erst zu begründen sein werde, daß die großherzogliche Regierung auch bei ihren weitern Entschließungen stets nur von dem Streben werde geleitet werden, zu **allseitiger Verständigung** aufrichtig mitzuwirken. Berlin, den 3. Oct. 1852. Hach."

Breslau, 7. Oct. Eben sind so beunruhigende Nachrichten über das Befinden des Cardinal-Fürstbischofs von Breslau eingegangen, daß das erzbischöfliche Vicariatamt sich veranlaßt gesehen hat, in allen Kirchen der Stadt öffentliche Gebete für seine Herstellung anzuordnen. Der Tod des festen und doch milden Kirchenfürsten in dieser Zeit des confessionellen Kampfes wäre ein öffentliches Unglück. (A. Z.)

* **Hannover**, 11. Oct. Die hiesige halbamtliche Zeitung erklärt an der Spitze ihrer heutigen Nummer die Nachricht, daß der Generaldirector Albrecht an Stelle des Herrn Klenze nach Berlin gesandt sei, für **thatsächlich unwahr**. Die „Kasseler Zeitung" meldet von hier: Es ist bisher nicht allgemein bekannt geworden, daß im Laufe der Zollverhandlungen zu Berlin von Seite Hannovers an die übrigen Zollvereinsstaaten die Concession gemacht

war, daß der Separatartikel 11 des Septembervertrags, wonach Hannover spätestens bis zum 1. März 1853 verschiedene Eingangsabgaben zu erhöhen sich verpflichtet, dahin abzuändern sei, daß die betreffende Erhöhung der Steuerverreinsfätze schon am 1. Januar 1853 eingetreten habe. Diese Concession ist jetzt von der hannoverschen Regierung wieder zurückgenommen worden.

△ **Hanau**, 12. Oct. Sr. königl. Hoh. der Kurfürst war heute Vormittag nebst Gemahlin und Familie in Schloß Philippsruhe, wo sich ihm die Vorstände der Behörden und die Stabsoffiziere der hiesigen Garnison vorstellten, und später in Wilhelmsbad, von wo er um 2 Uhr nach Frankfurt zurückkehrte. — Man ist seit kurzem mit der Weiterführung des Telegraphen von hier nach Frankfurt beschäftigt. Ueber die Richtung der Eisenbahnlinie von hier bis zur bayerischen Grenze, insbesondere in der Stadtgemarkung, ist noch nicht definitiv entschieden. Es liegen drei Projekte vor, in Beziehung auf welche die Nivellirung noch nicht ganz beendigt ist.

+ **Darmstadt**, 12. Oct. Heute Nachmittag brach in der Pancratiusvorstadt ein Brand aus, welcher eine gefüllte Scheune und das daranstoßende Wohngebäude zerstörte. Die Eigenthümer, ein junges Ehepaar, befanden sich auf dem Felde, als der Brand ausbrach.

Schweiz

Aus der Schweiz, 11. Oct. Im Freiburger Staatsrath sind die gegen die letzten Wahlen in der Hauptstadt eingegebenen Beschwerden verhandelt worden. Der Gemeinderath soll sich vollständig gerechtfertigt haben und gegen die Reclamanten (Wuillret, von der Weid und Engler) soll umgehehrt eine Verleumdungsklage wegen lügenhafter Angaben erhoben werden. — In Bern hat der neugewählte Regierungsrath Parrat bei der Regierung einen Plan für Reorganisation der höhern Unterrichtsanstalten des Cantons eingegeben, welcher von dieser Behörde dem Erziehungsdirector zugewiesen wurde. Der Kirchenvorstand der Münstergemeinde in Bern petitionirt gegen das Sonntagstheater. — In Solothurn will man in der Nacht vom 5. zum 6. d. M. ein Erdbeben verspürt haben.

Frankreich.

❖ **Paris**, 11. Oct. Der „Univers", das Organ der ultramontanen Partei, bekundet einen großen Enthusiasmus für Staatsstreiche, daß es sogar von einem solchen Ereignis zu Gunsten der amerikanischen Republik träumt und diese Hoffnung durch die Hand eines andern Bonaparte sich noch erfüllen zu sehen meint. Dieser Schöpfer eines amerikanischen 18. Brumaire wäre ein Enkel des Prinzen Hieronymus. Im Jahr 1803 nämlich heirathete Letzterer in den Vereinigten Staaten ein Fräulein Elisabeth Patterson, und diese Ehe entstammt ein Sohn, der lebt, ein reicher Bürger in Baltimore und mehre Töchter Slaven im Süden, was sich in Amerika mit der republikanischen Anschauung ganz gut verträgt. Napoleon konnte bekanntlich seinem Bruder diese Heirath nicht verzeihen, und zwang ihn 1805 zur Ehescheidung; um ihn mit einer Prinzessin von Württemberg vermählt zu sehen, welche 1836 hingeschieden ist. Aber die erste Gemahlin des Prinzen Hieronymus lebt noch, ist gegenwärtig 67 Jahre alt und hat sich nicht wieder verheirathet. Der nun zwanzigjährige Enkel dieser Dame ist es, auf welchen „Univers" seine Hoffnungen baut; er ist vor kurzem aus der Militärschule zu West-Point entlassen worden, und möchte gern, wie man aus dem „Univers" erfährt, ein Reise nach Europa machen. Aber Jerome Bonaparte's Sohn scheint ein guter Republikaner zu sein, denn er will die Reise nicht zugeben. weil sie, wie er meint, den politischen Anschauungen seines Sohnes nicht gut bekommen möchte. — In Sevres hat der Bürgermeister durch einen Maueranschlag „die Wiederherstellung des Kaiserreichs auf dem Haupte Ludwig Napoleons, des Gesandten Gottes" proclamirt. Man lacht hier viel über den Herrn Bürgermeister, der die schwere Arbeit unbedenklicher und schneller zu Stande gebracht hat als der Prinz-Präsident. In Rennes hat der Maire im Municipalrath eine Glückwunschadresse an Ludwig Napoleon beantragt; von 20 anwesenden Mitgliedern hat sich einer enthalten, 10 haben für die Adresse gestimmt, 9 ein ablehnendes Votum gegeben. — Es ist davon die Rede, daß Baron v. Heeckeren, der Vater des französischen Senators, er selbst aber ein Holländer, die Niederlande an hiesigen Hof vertreten soll.

† **Paris**, 11. Oct. Die Reise des Prinz-Präsidenten naht ihrem Ende, nachdem sie eben in Bordeaux den für die nächste Zukunft Frankreichs und des Auslandes wahrscheinlich bedeutsamsten Moment erreicht hat. Ludwig Napoleon reist heute von Angoulême nach Rochefort, morgen nach La Rochelle, am 13. nach Niort, am 14. nach Poitiers, am 15. nach Tours und zieht endlich am 16. wieder in Paris ein. Die in Bordeaux beim Bankett der Handelskammer und vor der Elite der dortigen Gesellschaft vom Prinzen gehaltene Rede, ist gewissermaßen das erste Manifest des Kaisers und wird wahrscheinlich hier in der Hauptstadt wie in den Provinzen öffentlich angeschlagen werden. Dessen bedurfte es kaum noch, denn man kennt schon allgemein ihren Wortlaut und weiß ihre Tragweite wohl zu würdigen. Die Börse, die Geschäftswelt sind der beste Gradmesser für die öffentliche Meinung, und beide waren seit Jahren nicht so freudig und hoffnungsvoll bewegt wie heute. Kein Wunder darum, wenn man sich um die einzelnen Posten der Südreise nicht mehr viel kümmert, nachdem nun in Bordeaux schon das Facit derselben gezogen ist.

Der Minister des Innern, v. Persigny, hat Paris nicht verlassen, der Minister der Finanzen ist nach La Rochelle gereist, dort mit dem Prinz-Präsidenten zusammenzutreffen, und der Minister des Unterrichts ist von Bordeaux hier angekommen, bis wohin er Ludwig Napoleon begleitet hat. — Laut Angabe der „Presse" wird Herr Thiers England besuchen.

Es sind sehr auf, daß mehrere legitimistische Provinzjournale, die gewöhnlich der Leitung hochstehender Männer der Partei folgen, seit einigen Tagen um die Wette erklären, daß das Kaiserreich der Wille Frankreichs ist, daß sie sich deßhalb ihm unterwerfen, ohne ihre Ueberzeugung aufzugeben, daß die an der Anarchie begangene Usurpation (Worte Ludwig Napoleons zu Lyon) jedenfalls besser als eine andere sei, und daß Ludwig Napoleon wegen seiner unbestreitbaren Verdienste um die gesellschaftliche Ordnung noch den meisten Anspruch auf ihre Ergebenheit habe.

Spanien

Madrid, 6. Oct. General Narvaez, der, wie Sie wissen, die Scebäder gebrauchte und beabsichtigte, den Winter in Aranjuez zuzubringen, hat den Befehl erhalten, sich wieder nach Loja zu verfügen und diesen Ort ohne Erlaubniß der Regierung nicht zu verlassen. Es ist dies eine kleine Rache, die Bravo Murillo gegen den Heraldo genommen hat; sämmtliche Parteien sind über diese Gewaltmaßregel des Ministers sehr entrüstet. — Ueber die verantwortlichen Herausgeber der fünf beschuldigten Blätter haben die Geschwornen das Nichtschuldig ausgesprochen. Die Gefangenen sitzen aber immer noch im Saladero, und hat die Regierung jetzliche Caution, welche die Betroffenen angeboten haben, ausgeschlagen. Heute Abend soll nun der Königin-Mutter eine von den fünf Verhafteten unterzeichnete Bittschrift überreicht werden, um deren Freilassung bei ihrer Tochter zu erwirken. Da Christine die Annahme der Bittschrift nicht verweigert hat, so erwartet man auch die baldige Freilassung der Betreffenden. Inzwischen ist jetzt von der Regierung die Anordnung getroffen, daß, wenn ein Blatt einen Artikel enthält, den der brausstragte Censor für nicht passend erachtet, sämmtlichen Zeitungen der Hauptstadt dies gleich mitgetheilt werden soll, damit sie sich vor dem Nachdruck hüten. — Die englische Dampffregatte „Antelope" hat einen spanischen Guarda Costa (ein kleines Kriegsschiff gegen Schmuggler), der bei der Verfolgung einer Schmugglerbarke sich zu weit in die Gewässer von Gibraltar gewagt hatte, gefangen genommen. (K. Z.)

Die amtliche Zeitung enthält ein königliches Decret, kraft dessen die einprocentige differirte Schuld, inländische sowohl wie auslandische, in dreiprocentige umgewandelt wird. Die Maßnahme ist der „Espanna" zufolge sehr günstig aufgenommen worden.

Dänemark.

Die Reichstagsverhandlungen über das neue Erbfolgegesetz dürften in wenigen Tagen beendigt sein; zur Entgegennahme desselben waren die beiden Thinge am 7. d. M. in einer Kammer versammelt, die nächste Zusammenkunft des Folkethings jedoch, wegen Berathung des Finanzgesetzes, schon für den 9. anberaumt.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in Köln.

VII.

Y **Köln**, 11. Oct. (Fortsetzung der Vernehmung des Angeklagten Bürgers.) Präsident: Also Ihrer Auffassung nach beabsichtigte der Bund nur eine friedliche Propaganda; nur Umfang der bestehenden Klassen, nicht der Regierungen, und stellte eingreifende Thätigkeit nur in ferne Aussicht? — Bürgers: Es ist dieses nicht genau meine Angabe. Ich habe in Uebereinstimmung mit der Ansprache vom März 1850 geantwortet, daß gegen die Regierung von Seiten des Bundes keine Unternehmung beschlossen sei. Wenn dagegen die Revolution zu Stand gekommen sei, wollte man als politische Partei eingreifen. Der Bund sollte dann das Proletariat vereinigen zur Geltendmachung seiner Rechte, bei Wahlen, bei Versammlungen; er sollte gegen einen Census und auf allgemeines Stimmrecht hinwirken u. s. w. Der Kölner Centralbehörde wollte für die gegenwärtigen Verhältnisse Passivität, während laut der Ansprache das Spätere discutirt werden sollte. — Präsident: Ich will die Ansprachen und Statuten, die Sie nicht anerkennen, auch vorerst nicht hervorheben. In der Ansprache vom März 1850 heißt es: „Ein Emissär sei abgegangen, weil die Revolution bevorstehe," ferner, „das Proletariat geht mit den Kleinbürgern in Allem zusammen," „die Kleinbürger werden die Revolution rasch beenden wollen, wir müssen sie für permanent erklären," „um mit Entschiedenheit eingreifen zu können,

müsse das Proletariat bewaffnet sein, weßhalb sofort zur Bewaffnung zu schreiten sei." Ferner ist die Rede von Sturz der neuen Regierung, der bestehenden Regierung. Also der bestehenden Regierung, nicht der Klassen. Die Kleinbürger, heißt es, wollten decentralisiren, dann müßten die Proletarier auf einer untheilbaren deutschen Republik, auf vollständiger Centralisation bestehen. Eine Stelle lautet: „Die Bewegung, die wir mit der kleinbürgerlichen Demokratie durchführen müssen, um eine Position zu erlangen", eine andere besagt, vom Auslande sei kein Bericht eingegangen, weßhalb kein Congreß statt finden könne. Aus allem dem geht hervor, daß nicht bloß von der Zukunft und nicht bloß von Deutschland die Rede gewesen sei. — Bürgers: Soll ich nochmals darauf eingehen? — Präsident: Nicht in eine lange Vertheidigungsrede. — Bürgers: Ich habe mich bereits zweimal darüber erklärt. Sie resumiren meine Auslegung, die Sie irrig auffassen, und unterstellen mir Sätze, gegen die ich mich verwahren muß. Wenn Sie daran nicht festhalten, dann verzichte ich darauf, sie nochmals zu widerlegen. — Präsident: Es bleibt Ihnen vorbehalten, in der Vertheidigung darauf zurückzukommen, meine Pflicht ist es, Sie auf das aufmerksam zu machen, was in der Klage gegen Sie vorliegt. — Bürgers: Ich erlaube mir nur eine Bemerkung noch zu machen. Wie bereits gesagt, stand London, nicht wir, in Correspondenz mit dem Auslande. Es heißt deßhalb, ein Congreß könne darum nicht stattfinden, „weil von London, dessen Meinung über das Ausland entscheidend ist, noch keine Nachricht angelangt ist"; daraus geht ja grade hervor, daß **wir** mit dem Auslande in keiner Verbindung standen.— Es werden dem Angeklagten Schriftstücke vorgehalten, welche bei seiner Verhaftung in Dresden in seiner Mappe vorgefunden wurden. Der Angeklagte erkennt dieselben als von seiner Hand geschriebene Concepte an, die aber rein persönliche und keine Bundespapiere seien. Er bemerkt nebenbei, daß dieselben trotz seiner wiederholten Aufforderung nie zu den Acten paraphirt worden seien. Nur über Einzelnes habe man ihn befragt. Nie habe man ihm eine allgemeine Einsicht gestattet. An einem Blatte sei ein Stück abgerissen, welches vielleicht zum richtigen Verständniß nöthig sei. Er bittet sich Einsicht sämmtlicher Papiere seiner Mappe aus. — Präsident: Die soll Ihnen gestattet werden, ich habe sie zu Hause (gibt einem Gerichtsdiener Ordre). — Bürgers: Wenn man einzelne Stellen der vorgelegten Manuscripte zur Anklage benutzen wolle, so müsse er auf Verlesung des Ganzen im Zusammenhang bitten. — Oberprocurator v. Seckendorf: Allerdings muß ich auf Verlesung einzelner Stellen dringen, kann es deßhalb dem Angeklagten nicht verwehren, daß das Uebrige mitverlesen werde. — Procurator v. Sandt: Ich muß bemerken, daß die erste Schrift fast nur aus Stichworten besteht. — Bürgers: Es sind Notizen zu einer näher auszuführenden Arbeit. — Oberprocurator v. Seckendorf: Ich lege darauf keinen Werth. — Die Verlesung derselben unterbleibt. Der Angeklagte erbietet sich die übrigen Schriftstücke selbst vorzulesen, der Präsident verweist sie aber an den Gerichtsschreiber. Unglücklicherweise ist die erste ziemlich ausgedehnte Arbeit dermaßen mit Fremdwörtern durchspickt, daß regelmäßig das dritte, vierte Wort ein solches ist. In Fremdwörtern ist aber der fungirende Gerichtsschreiber nicht sehr bewandert, bei jedem einzelnen macht er eine Pause, um leise zu buchstabiren; dann liest er es falsch, oder doch falsch betont, vor. (Heiterkeit.) Am Schlusse hat niemand auch nur eine dunkle Ahnung vom Inhalt. Die zweite Schrift wird deutlicher vom Hilfsgerichtsschreiber verlesen. Es ist eine Geschichte und kritische Beleuchtung der Bewegungen der letzten Jahre und ihrer Dämpfung, vom communistischen Standpunkt aus. Es heißt darin: die Empörung sei bestehend, so lange kein allgemeines Stimmrecht gelte; Geschwornengerichte seien ein „beschränkter Absolutismus der absoluten Gewalt" u. s. w. Das Ganze hat in der That das Ansehen eines Conceptes zu einer Druckschrift. Wir müssen es der Anklagebehörde überlassen, die gravirenden Stellen herauszuheben, was uns bei einmaligem Anhören nicht gelang. Der Angeklagte erklärte das erste Schriftchen für ein Aperçu über einen Proudhon'schen Satz. Es sei kein Entwurf zu einer Ansprache, wie das auch schon aus dem Inhalte hervorgehe, der einer früheren Zeit angehöre, indem man die Revolution noch für nahe bevorstehend hielt. — Oberprocurator v. Seckendorf: Es läßt sich der unterlegte Sinn sehr bezweifeln, was sich später bei deutlicher Verlesung einzelner Stellen ergeben wird. Das letztere Actenstück deutet den Zweck des Bundes an. — Der Präsident befragt den Angeklagten über den Artikel des Statuts, welcher die Lossagung von der Religion fordere. — Angeklagter: Ich bitte mir zu sagen, in welcher Beziehung dieses mit dem schwebenden Processe steht. — Präsident: In der genauesten, weil der Artikel die Mittel bezeichnet, deren Sie sich zum Zwecke bedienten. Sie wollten dem Staate den sittlichen Halt entziehen, indem Sie der Moral das Fundament der Religion zu nehmen suchten. — Antwort: In einer Zeit, wo die Päpste Fürsten entsetzten wegen ihren ketzerischen Ansichten, und die Unterthanen des Eides entbanden, auch später vielleicht noch, als der Staat sich an ein gewisses Bekenntniß band, dürfte diese Frage an der Stelle gewesen sein. Die Verfassung garantirt uns aber jetzt Gewissensfreiheit, und so protestire ich im Namen grade der Verfassung, gegen die ich gefehlt haben soll, daß man mich wegen meines Glaubensbekenntnisses inquirire. Der Satz, die Religion sei das Fundament der Moral, ist ein wissenschaftlicher Satz, den ich nicht anerkenne; will sich die Anklage auf diese Frage einlassen, so will ich darauf eingehen. Aber dann ist bei der noch schwebenden Frage der anspruchsvolle Ton nicht an der Stelle, und wir machen die Gerichtshalle zu einer Aula. — Präsident: Ich prüfe Ihre Handlung, nicht Ihre Religion. Meine Pflicht ist, den Herren Geschwornen die Sache klar darzustellen. Sie haben kein Recht zu fragen, ob ich zu einer Frage berechtigt bin, sondern einfach zu erklären, ob Sie diesen Artikel als Ihr Werk anerkennen. — Bürgers: Dazu bedurfte es keiner Frage. Ich habe das ganze Statut anerkannt, verwahre mich aber gegen willkürliche Consequenzen. — Präsident: Es bleibt den Herren Geschwornen überlassen, die Consequenz zu prüfen. — Auf verschiedene Fragen erklärt der Angeklagte: Die Versammlungen waren nicht regelmäßig, sondern nur wenn sie angesagt waren. Den Stoff boten eine Zeitlang die verschiedenen Conflicte. Bei Simon fand keine statt. Die Emissäre hatten die Existenz von Gemeinden zu erforschen und die Verbindungen wieder anzuknüpfen. Es war nur **ein** eigentlicher Emissär. Andere nahmen bei zufälligen Reisen Aufträge mit. Er und Becker seien nicht für den Bund gereist, sondern wegen einer neuen Zeitschrift über Naturwissenschaft und Nationalökonomie, um Actionäre und Mitarbeiter aufzusuchen ꝛc. In Hannover seien sie mit politischen Männern, u. A. Dr. Gehring zusammengekommen, und hätten sich disputirt. Dieser habe nur Freihandel und keinen Communismus gewollt. Einen Paß ins Ausland habe er genommen, weil er nach London wollte, um über die Ausstellung zu schreiben. Auch habe er keine Paßkarte ins Inland bekommen können, und ein vollständiger Paß ins Inland würde ihn von vornherein als verdächtig bezeichnet haben. Die Polizei selbst werde ihm bezeugen, daß er im Arbeiterbildungsverein nicht von Communismus gesprochen habe. Wenn auch Mitglieder hingegangen seien, so wäre dieses doch gegen den Plan des Bundes gewesen. — Der Präsident macht ihn darauf aufmerksam, daß er, laut Protocoll des Polizeidirectors Schultz, in Sachsen aufgenommen, gestanden habe, daß der Communismus in Deutschland am verbreitetsten sei. — Der Angeklagte will nur gesagt haben, am Rhein würde der Communismus den besten Boden finden, weil dort die industriellen Verhältnisse denen in Frankreich und England am ähnlichsten seien. Das Protocoll des Polizeidirectors Schultz erklärt er als erpreßt. Angeblich bloß gesandt, um freie Auslieferung von Sachsen zu ermitteln, habe er ihn mit einer kurzen Unterbrechung von Morgens 6 bis Abends 8 Uhr drei Tage lang inquirirt; seine Rückbringung an den Rhein an Geständnisse, namentlich des dritten Mitgliedes der Centralbehörde geknüpft. So habe er die Rückführung zwei Monate verzögert und die Untersuchung mehrmals erneuert, mit dem Bemerken, daß die Notizen keinen Stoff der Untersuchung bilden sollten. Erst nachdem er bei der sächsischen Regierung den bestimmten Antrag gestellt habe, entweder dort vor Gericht gestellt oder ausgeliefert zu werden, habe man Anstalten zur Zurückbringung getroffen; vorher ihn aber noch aufs Stadtgericht geführt, wo er das Protocoll unterzeichnen mußte, um endlich fortzukommen. — Oberprocurator v. Seckendorf: Von hier aus blieb kein Schritt ungeschehen, die Auslieferung zu beschleunigen. — Bürgers: Wohl möglich. Aber was von hier aus geschah, ging nach Berlin und nicht nach Sachsen. Sächsische Beamten versicherten, daß ich nur auf Aufforderung Preußens in Sachsen asservirt werde. Aehnlich spricht sich das officielle sächsische Blatt aus. — Procurator Sandt verliest eine Abänderung im Protocoll, die man auf sein Verlangen vorgenommen habe. — Der Präsident bemerkt, Bürgers habe sich in Sachsen vergangen, und sei darauf verhaftet worden, das habe die Auslieferung erschwert. — Angeklagter: Dem sei nicht so, er sei verhaftet worden auf eine Mittheilung der „Kölnischen Zeitung", daß man ihn in Köln festnehmen wollte, aber nicht fand. Man habe gleich durch den Telegraphen nach Preußen um Verhaltungsmaßregeln berichtet, und hätte somit der sofortigen Auslieferung schwerlich etwas entgegengestanden. — Auf das Bemerken des Präsidenten, daß es ein gewöhnliches Vertheidigungsmittel sei, einen verstorbenen Beamten zu verdächtigen, bemerkt er, daß ihm Polizeidirector Schultz nicht mehr gegenüber gestellt werden könne.

Börsenberichte.

Wien, 12. Oct. 5pCt. Metall. 94 1/4. — 5pCt. do. B. —. — 4 1/2pCt. do. 84 3/8. — Bankactien 1336. — 250 fl. Loose 136 1/4. — 5pCt. Lomb. Venet. —. — London 11 fl. 36 kr.

Telegraphischer Coursbericht des Syndicats der Frankfurter Wechselsensale.

Paris, 12. Oct. 4 1/2pCt. Rente 107, 10. — 3pCt. 81, 10. — Piemont 98, 25. — 3pCt. Span. 46 1/2. — 1pCt. do. 26.

London, 12. Oct. 3pCt. Span. 50 3/8. — 1pCt. do. 25 7/8.

Madrid, 7. Oct. 3pCt. 47 1/2. — 1pCt. Neue 26 1/2.

Frankfurt, 13. Oct. Bei der heute stattgehabten 10. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 8278 und 329 jede 2000 fl., Nr. 8626, 19670, 19660, 6357, 19324, 18807 und 1729 jede 1000 fl., Nr. 8411, 21160, 15400, 19711, 9742, 13126, 7834 und 16564 jede 300 fl.

Berichtigung.

Im heutigen Hauptblatt ist in der Rede des Prinz-Präsidenten von Frankreich Zeile 18 im ersten Absatz zwischen „denn immer" und „Mißverständniß ꝛc." das Wort „herrschten" zu ergänzen; ferner ist im zweiten Absatz zu lesen: „Wehe dem, der zuerst Europa das Zeichen zu einer **Collision** gäbe." Die Eile, mit welcher Uebertragung, Satz, Correctur und Druck bewerkstelligt werden mußten, möge diese Fehler entschuldigen.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

Berichtigungen.

Bei der heute stattgehabten Verloosung des planmäßig für das Jahr 1853 festgesetzten Tilgungsfonds, der unter Vermittelung des Bankhauses der Herren M. A. von Rothschild & Söhne zu Frankfurt a. M. negocirten 3½ pCt. Domanialcasse-Anlehens, d. d. 21. Juli 1837, sind nachbemerkte Partial-Obligationen zur Ablage bestimmt worden:

a) rückzahlbar am 1. Februar 1853:

Lit. A. Nr. 13 26 145 227 378 417 498 562 721 797 841 857 929 1093 1200 1291 1383 1494 1561 1765 1786 1899 1902 2061 2157.
Lit. B. Nr. 20 31 69 360 440 454 480 723 824 827 913.
Lit. C. Nr. 109 184 243 293 528 541 755 785 945 965.
Lit. D. Nr. 33 96 239 312 463 533 692 734 920 930.
Lit. E. Nr. 101 140 232 509 542 671 815 959 1148 1187 1515 1575 1881 1981 2079 2295.
Lit. F. Nr. 357 659 1061 1204 1443 1569 1605 1706 1919 2182.

b) rückzahlbar am 1. August 1853:

Lit. A. Nr. 169 186 191 269 278 383 401 406 591 606 663 720 911 912 998 1073 1235 1474 1475 1604 1883 2001 2172.
Lit. B. Nr. 19 193 201 282 444 569 742 782 922 946.
Lit. C. Nr. 125 151 236 376 487 502 700 738 893 979.
Lit. D. Nr. 91 230 432 763 803.
Lit. E. Nr. 148 217 495 601 820 1001 1355 1452 1574 1875 1921 2015 2274.
Lit. F. Nr. 64 397 469 624 894 1210 1262 1337 1379 1684 1717 2132 2185.

Die Inhaber der bezeichneten Partial-Obligationen werden benachrichtiget, daß sie die Capitalbeträge in den Verfallterminen sowohl bei dem obengedachten Bankhause, als auch bei der herzoglichen Staatscassen-Direction dahier oder bei den Herzoglichen Recepturen gegen Abgabe der Obligationen und der dazu gehörenden nicht verfallenen Zins-Coupons erheben können, wobei zugleich bemerkt wird, daß der Zinsenlauf von den bezeichneten Terminen an aufhört.

Aus früheren Verloosungen stehen noch folgende Obligationen zurück:

Lit. A. Nr. 1478 und 1678, rückzahlbar am 1. August 1850.
Lit. A. Nr. 1450, Lit. C. Nr. 340 und 390 } rückzahlbar am 1. August 1851,
Lit. A. Nr. 3 201 1012 und 1744 }
Lit. B. Nr. 39 208 und 410. . . } rückzahlbar am 1 Febr.
Lit. D. Nr. 516 . . . . . } 1852.
Lit. E. Nr. 371 und 1271 . . .

Die Inhaber dieser Obligationen werden zur Erhebung der Capitalbeträge wiederholt aufgefordert.

Wiesbaden, den 9. October 1852.

Herzoglich Nassauisches Staatsministerium,
Abtheilung der Finanzen. [2328]

[2299] **Edictalladung.**

Johannes Alt's Wittwe, Katharina Elisabetha geborne Remky, dahier (geboren am 22. December 1781 zu Hopfmannsfeld), ist ohne Leibeserben und ohne über ihren Nachlaß rechtsbeständig disponirt zu haben, verstorben und ihre gesetzlichen Erben, so weit diese bis jetzt ermittelt werden konnten, sind unbekannt wo, von hier abwesend; auch hat das gerichtlich aufgenommene Inventar die jetzt nicht abgeschlossen werden können, weil etwaige Schulden nicht bekannt sind. Alle und jede Ansprüche an den Nachlaß derselben sind daher zu gewiß

binnen drei Monaten

von heute an, dahier anzumelden, als sie sonst bei weiterer Verfügung über die Erbmasse nicht berücksichtigt werden.

Lauterbach, den 4. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Myrius. Bindewald.

[2305] **Edictalladung.**

Großherzogl. Hofgericht der Provinz Starkenburg hat über das bedeutend überschuldete Vermögen des Peter Rebell zu Oberramstadt den Concurs gerichtlich erkannt und das unterzeichnete Gericht mit dessen Leitung beauftragt.

Demgemäß werden Alle, welche irgend Ansprüche an das gedachte Vermögen bilden zu können glauben, hiermit aufgefordert, dieselben im Termine

Montag den 22. November d. J., Vormittags 9 Uhr,

bei Vermeidung des stillschweigend eintretenden Ausschlusses dahier anzugeben und zu begründen.

Zugleich soll in diesem Termine die Güte versucht, in deren Entstehung aber zur Wahl eines Gläubigerausschusses und Massecurators geschritten werden, wobei die nicht persönlich erscheinenden Gläubiger oder deren nicht gehörig bevollmächtigten Stellvertreter, so wie die nur schriftlich liquidirenden Creditoren als den Beschlüssen der Mehrheit der Erschienenen beigetreten angesehen werden.

Langen, den 7. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Schulz. Clefform.

[2226] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des Johannes Sänger von Angersbach ist Concurs erkannt. Wer Ansprüche an dasselbe zu haben glaubt, muß solche im Liquidationstermin

Donnerstag den 4. November l. J., Morgens 9 Uhr,

bei Meidung stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse geltend machen.

Lauterbach, den 10. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Myrius. Ebel.

Course der Staats-Papiere. 13. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.I.8.d. Roths)	92⅛	G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	93⅛	G.
»	5% L.V. (C. d. Roths)	87⅜, ½	ber.
»	5% do. Monte C.18.I.M	84	G.
»	Bank-Actien . . .	1380 P.	77 G.
»	5% Metallig. Oblig.	80⅝	G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	81	P.
»	4½% do.	73½ P.	71⅞ G.
»	4% do.	64½ P.	64 G.
»	3% do.	48⅜ P.	3/8 G.
»	2½% do.	41½ P.	41 G.
»	1% do.	18⅜	G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	117⅝	P.
»	fl. 500 » Bthm.	192½	P.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	81	P.
»	4% do.	71	P.
Preussen	3½% Staatsschuld.	94½	P.
»	4½% Oblig. b. Roths.	104	P.
»	Cöln-Mind. R.-Actien	111½	P.
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅝	P.
»	4½% do.	100½	P.
»	4% do.	—	
»	4% Ablös.-Rente .	93⅛	P.
»	3½% Oblig. b. Roths.	83¾	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95	P.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102⅜	P.
Baden . .	5% Obligationen . .	101⅛	P.
»	4½% Obligationen	102½	P.
»	3½% v. 1849 . . .	90⅜	G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66	P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	37½	P. 3/8 G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	102⅛	G.
»	4% do.	99½	P.
»	3½% do.	91	G.
Nassau.	fl. 25 Loose . . .	25⅜	P.
Wurtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101½	P. ½ G.
»	3½% do.	90½	P. 89½ G.
Hessen	107 thlr. L. b. Roths.	33½	P. ⅜ ber. ⅜ G.
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	45 ber.	44⅜ G.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	100¾	G.
»	4% ditto b. Rothsch.	97½	P.
»	3½% ditto b. Roths.	91½	P.
»	fl. 50 Loose . . .	90	P.
»	fl. 25 Loose . . .	31½	P.
Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95	G.
»	3½% v. 1846	94½	G.
»	3% »	85¼	P. ½ G.
»	Taunusbahnact. .	298 P.	96 ber. u. G.
Russland	4½% Obl. b. Baring	103½	P.
»	4% Obl. b. Hope & S.	90	G.
»	4% » b. Stieglitz »	92	G.
Polen. .	4% Oblig. de fl. 500	91⅝	P.
Spanien	3% inl. Sch. P. £ 3 36	46⅛, 3/16, 1/4 ber. u. G.	
»	3% Neue » »	23¼, 1/2, 3/8, 11/16, 3/8, 11/16	
Holland.	4% Certificate .	95	G. ber. u. G.
»	3½% Syndicats	94	G.
»	2½% Integrale	63½	P. 63 G.
Belgien .	5% Obl. in L. à 25 b. R.	100½	P.
»	4½% Obl. inL.à 28 b. R.	97	P. 96¾ G.
»	4% Obl. in Fr. à 28 b. r.	90¾	P. ½ G.
»	2½% Obl. b. Rothsch.	55½	P.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97½	P.
»	3% Obl. in Hamburg	94½	P. 94 G.
»	Sardinische Loose .	40⅜	P.
Toscana	5% Obl. 1850 C.b. Goldm.)	100¼	P.
»	5% fl. 1855 b. Bastogi (Am.)	97½	G.
Römerike	6% Stocks Obl. S. 30.	116½	P. ½ G.
»	Vercins fl. 10 Loose .	37½	P. ½ G.

Cours der Wechsel-Course.

Den 13 October	Per comptant
Amsterdam . .	k.S. 99⅛ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	2M. — —
Augsburg . .	k.S. 120 B. 119⅝ G.
(100 fl. Crt.)	2M. — —
Berlin	k.S. 105 B. 104⅝ G.
(60 Thlr.) .	8M. — —
Bremen (60	k.S. 97⅛ B. ⅛ G.
Rthlr. l. Ldor.	8M. — —
Hamburg . .	k.S. 88½ B. ⅛ G.
(100 Mk. Bco.)	2M. — —
Leipzig . . .	k.S. 105 B. —
London . . .	k.S. 119 B. 118⅝ G.
(1 £ Livr. St.)	3M. — —
Lyon	k.S. 94½ B. —
(300 Fr.) .	2M. — —
Mailand (150	k.S. 100½ B. —
Lit. Austr.)	2M. — —
Paris	k.S. 94½ B. 93⅝ G.
(300 Fr.) .	8M. — —
Wien (100 fl.)	k.S. 102, ½ ber.
in fl. 20 Fuss)	102 G.
Disconto . . .	4 B. 4½ G.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	à. 9	44–45
Pr. Friedrichsd'or	» 9	54–55
Holl. 10fl. Stucke	» 9	53–54
Rand-Ducaten .	» 5	26–27
20 Francsstücke	» 9	23–29
Engl. Sovereigns	» 11	54
Gold al Marco	»	383–84
5 Frankenthaler	» 2	21½–22
Preuss. Thaler	» 1	45–⅓
Preuss. Cassa-Sch	» 1	44⅞–45

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Oberrieth.

№ 246. Donnerstag den 14. October 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Gebiethe von Frankfurt 2 fl. 30 kr., in den Bädern des fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 45 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.; 2) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Erbländern 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. 35. oder 1 Rthlr. 17½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. L. Kirchner in Straßburg, Brandgasse Nr. 20, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 19, Bestellungen an. Der Insertionspreis betragen für die Zeile (1½ Breite) mit Beischrift eines kleinen Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Frankfurt, 14. October.

Die heute ausgegebene Nummer des „Amtsblattes der freien Stadt Frankfurt" enthält folgende amtliche Bekanntmachung:

„Wir Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt fügen hiermit zu wissen:

Hohe deutsche Bundesversammlung hat unter dem 23. August 1851 nachfolgenden Beschluß gefaßt:

„Durch Art. II der Bundesacte und Art. I der Wiener Schlußacte, welche als Zweck des Bundes die äußere und innere Sicherheit des Bundes voranstellen, und in Erwägung, daß die Sicherheit des ganzen Bundes nothwendig von der Ruhe und Ordnung in den einzelnen Bundesstaaten bedingt ist, hält sich die Bundesversammlung, gestützt auf die Bestimmungen der Bundesgrundgesetze, für berechtigt und für verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß in keinem Staate Institutionen und Zustände bestehen, welche für die innere Ruhe und Ordnung derselben und dadurch für die allgemeine Sicherheit des Bundes bedrohlich sind. Die Bundesversammlung fordert daher die hohen Bundesregierungen auf, die in den einzelnen Bundesstaaten, namentlich seit dem Jahr 1848 getroffenen staatlichen Einrichtungen und erlassenen gesetzlichen Bestimmungen einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen und dann, wenn sie mit den Grundgesetzen des Bundes nicht im Einklang stehen, diese nothwendige Uebereinstimmung ohne Verzug wieder zu bewirken.

Wenn die Bundesversammlung nun auch die zuversichtliche Erwartung hegt, daß alle hohen Bundesregierungen diese unerläßliche Uebereinstimmung durch alle gesetzliche Mittel herzustellen bemüht seyn, und durch ihr eigenes Verhalten in Fragen der öffentlichen Ordnung den Grundgesetzen des Bundes volle Genüge leisten werden, so muß sie sich ihre verfassungsmäßige Einwirkung doch für die Fälle vorbehalten, wenn solche als nothwendig erkannte Abänderungen auf Hindernisse stoßen sollten, um sie wird hierbei in Erwägung ziehen, welche innerhalb ihrer Competenz liegenden Mittel und Wege, namentlich ob die Absendung von besonders zu instruirenden Commissionen zur Erreichung des oben ausgesprochenen Zwecks in Anwendung zu bringen sind.

Sie beschließt, einen eigenen Ausschuß aus ihrer Mitte zu bestellen, welcher über die zu einer solchen Einwirkung sich eignenden Fälle ohne Verzug Bericht zu erstatten und dabei jedesmal über die Art und Weise derselben sein Gutachten abzugeben haben wird."

Sodann ist von hoher deutscher Bundesversammlung, nachdem der nach Maßgabe des vorstehenden Beschlusses niedergesetzte Ausschuß über die hiesige Verfassungsangelegenheit Vortrag erstattet hat, unter dem 12. August 1852 nachfolgender Beschluß gefaßt worden:

„Die deutsche Bundesversammlung hat beschlossen:

1) die beiden Gesetze vom 19. Octbr. 1848 und 20. Febr. 1849 nicht für giltig und die dadurch herbeigeführten Veränderungen hiesiger freien Stadt, wie sie durch die Constitutionsergänzungs-Acte vom Jahr 1816 festgestellt worden, nicht für legal herbeigeführt anzuerkennen, und daher
2) den Senat der freien Stadt Frankfurt zu ersuchen, seinerseits die Ungiltigkeit dieser beiden Gesetze ausdrücklich zu verkünden, dabei auch
3) die Erwartung auszusprechen, daß die etwa für nöthig oder wünschenswerth erachteten Veränderungen der hiesigen Verfassung nur auf dem durch die Constitutionsergänzungsacte vom Jahr 1816 vorgezeichneten Weg forthin verhandelt und eingeführt werden würden; hierbei auch
4) zu erklären, daß die Bundesversammlung sich hinsichtlich solcher Verfassungsabänderungen ihre auf den Art 61 der Wiener Schlußacte und Art. 46 der Wiener Congreßacte gegründeten competenzmäßigen Rechte vorbehalte."

Indem Wir vorstehende Bundesbeschlüsse hiermit verkünden, erklären Wir, in Gemäßheit derselben, das Gesetz vom 19. October 1848 (Gesetz- und Statutensammlung Band 8, Seite 269—275), insoweit dasselbe nach Inhalt Unserer Kundmachung vom 31. December 1849 nicht schon erloschen ist, und die durch das angeführte Gesetz vom 20. Februar 1849 (Gesetz- und Statutensammlung Band 10, Seite 214 und 215) verfügte staatsbürgerliche Gleichstellung der Staatsangehörigen für außer Wirksamkeit gesetzt. Zugleich erklären Wir, daß die als wünschenswerth oder nöthig zu erachtenden Abänderungen der hiesigen Verfassung, wie sie durch die Constitutionsergänzungsacte vom Jahr 1816 festgestellt worden, forthin auf dem durch die Constitutionsergänzungsacte vorgezeichneten Wege zu verhandeln und einzuführen sind.

Beschlossen in Unserer Großen Rathsversammlung, den 5. October 1852."

Dieser Bekanntmachung ist in der vor dem Jahr 1848 üblichen Fassung unter gleichem Datum das Ausschreiben von Bürgermeister und Rath angefügt, durch welches die hiesigen christlichen Bürger in Gemäßheit Art. 11 der Constitutionsergänzungsacte zur Bildung des Wahlcollegiums der 75 Bürger eingeladen werden, welche die zur nächsten gesetzgebenden Versammlung bestimmten 45 Glieder aus löblicher Bürgerschaft zu wählen haben. Die hierzu bestimmten Tage sind der 18. und 19. October.

Einigkeit thut noth.

// Frankfurt, den 13. October.

Seit Jahrhunderten wurde Frankfurt von vielfachen und schweren Bedrängnissen heimgesucht; manche arge Stürme haben um die Thürme der alten Kaiserstadt der Carolinger gebraust, und manches Unwetter hat die weltrauschenden Schwingen des Staatsadlers auf kurze Zeit gelähmt. Denke man nur — und diese Angenzeugen sind ja noch am Leben — an die langjährige Sturm- und Drangperiode während der französischen Revolutionskriege, und an die traurige Zeit des Großherzogthums Frankfurt. Hatte sich der Sturm gelegt, so fuhr das zwar kleine, aber gut gezimmerte Schiffchen mit Zuversicht auf den geglätteten Wogen, während die von den Wellen umhergetriebenen Trümmer den Schiffbruch mächtiger Fahrzeuge bekundeten. Was war aber die Ursache jener bewunderungswürdigen Festigkeit? Es war außer der soliden Bauart des Schiffes und der Geschicklichkeit seiner Steuerleute die Tüchtigkeit und Einigkeit seines Schiffsvolks. Ja, die Einigkeit der Frankfurter Bürgerschaft war es, die unsere Stadt stets verjüngt aus den Stürmen treten ließ, die Einigkeit der Bürger war es, die unser Gemeinwesen kräftigte und geachtet machte in allen Gegenden des deutschen Vaterlandes. Der Bürger ehrte die aus seiner Mitte hervorgegangene Obrigkeit und im festen Vertrauen zu ihr unterstützte er ihr Thun mit allen Kräften. Der Rath konnte auf seine Bürger in jeder Lage sicher rechnen; er durfte fest überzeugt sein, daß jeder Frankfurter mit den Handlungen der regierenden Mitbürger einverstanden war, und konnte daher mit Entschiedenheit die Rechte der Stadt wahren, sogar einem Napoleon gegenüber mit Würde auftreten. Parteien gab es nicht; das einzige Streben der Bürger war das Gemeinwohl und das Betreiben des Geschäfts. Weiteres kümmerte den Frankfurter nicht, und am wenigsten dachte er an neue Verfassungen (die sich auf dem Papier recht gut ausnehmen mögen), da er mit der bestehenden Verfassung vollkommen zufrieden war und wohl bedenken mochte, daß jede Verfassung gut ist, wenn sie nur redlich gehandhabt wird. Kurz, der Frankfurter fühlte sich in

seiner Vaterstadt glücklich und hatte Ursache dazu; die Bürgerschaft war einig und lebte wie eine große Familie. Dabei wurde man jedoch sehr irren, wenn man annehmen wollte, der Frankfurter habe sich, echt kleinstädtisch, um das Wohl Deutschlands nicht bekümmert. Freilich um die Politik des Reiches hatte er sich nicht Sorge gemacht, sondern das schwierige Feld denjenigen zum bebauen überlassen, die im Besitz der Mittel zu diesem Bau sind. Aber wo es im Umfang des Reichs zu helfen gab — und das war gar häufig der Fall — da stand Frankfurts Name nicht als der letzte auf der Liste der Helfer.

Dieser glückliche Zustand hatte bis zum Jahr 1830 gedauert, wo der Sturm der Julirevolution manchen Anfechtungsstoff zu uns wehte und aus manchem gemüthlichen Frankfurter einen eifrigen Politiker machte. Damals begann die Bürgerschaft sich in verschiedene politische Richtungen zu sondern, fremde Elemente fanden sich in Masse in Frankfurt ein, reizten die bisher so einigen Bürger gegen einander auf und bald hatten sich Parteien gebildet. Die bisherige Eintracht war vernichtet und die Zwietracht trat an ihre Stelle. Im Jahr 1848 loderte die Flamme dieser Zwietracht gewaltig auf; die Parteien standen sich schroff gegenüber, langjährige Freunde wurden unversöhnliche Feinde und manches Haus dahin und getrübte Familienglück wurde für immer zerstört. Und was war die Ursache dieses unglücklichen Treibens? Da eben die ganze Welt Politik machte, so glaubte man, sie auch in Frankfurt machen zu müssen, und vergaß, daß ein kleiner Staat, wie der unsrige, nicht in der Lage ist, in der Politik mitzureden; man war — was an und für sich nur zu billigen ist — deutsch geworden, hatte sich aber nicht die Zeit genommen, die Zustände der Vaterstadt ruhig zu prüfen, sondern es besser gefunden, ohne weiteres Nachrichten und Sichten alles Bestehende über den Haufen zu werfen. Eine Zeit lang schien sogar die Absicht hervorzutreten, aus Frankfurt einen Musterstaat zu machen.

Bei der bestehenden Uneinigkeit konnte keiner der seit vier Jahren von den drei Parteien zu verschiedenen Zeiten zur Verhandlung gebrachten Verfassungsentwürfe zur Abstimmung der Bürgerschaft gelangen. Die Parteien traten sich immer feindlicher gegenüber, die Zwietracht wuchs, und endlich geschah, was man hätte vermeiden sollen und können: der Bundestag intervenirte. So weit sind wir nun gekommen, weil wir unsere häuslichen Angelegenheiten nicht selbst ordneten. Jetzt dürfte es die höchste Zeit sein, zur Einigkeit zurückzukehren, die inneren Angelegenheiten in Eintracht rasch und gründlich zu ordnen, von allen Verfassungsexperimenten abzustehen, und vor Allem zu bedenken, daß man nicht gegen den Strom schwimmen soll. Vielen sind bereits die Augen geöffnet; sie sehen ein, daß das Fortschreiten auf dem bisherigen Wege die Größen Nachtheile für unsere Stadt herbeiführen könnte. Möchten doch alle Bürger Frankfurts zu dieser Erkenntniß gelangen, es würden sich bald die Parteien, die ja doch alle von dem gemeinsamen Wunsche für das Wohl der Vaterstadt beseelt sind, nähern, der Bürger würde dem lange verkannten Mitbürger die Hand zur Versöhnung reichen, die alte Einigkeit würde wieder bei uns einkehren, und Frankfurts innerer Bau, der bei seiner bewährten Tüchtigkeit nur weniger Reparaturen bedarf, würde in kurzem für eine lange Reihe von Jahren befestigt sein. Vergessen wir den Groll der letzten Jahre und seine Veranlassung, gestehen wir, daß wir Alle mehr oder weniger gefehlt und geirrt haben, und seien wir vor allem was wir früher waren, einig.

Deutschland.

[:] **Wien**, 10. Oct. Mit größerer Spannung sieht man der Gestaltung des großen Ereignisses entgegen, welches sich demnächst in der Hauptstadt Frankreichs vorbereitet, und dessen Tendenz in dem östlichen Deutschland, insbesondere aber zu Wien, die lebhaftesten, täglich vernehmbaren Sympathien erweckt. Man zweifelt keineswegs an der zunehmenden Harmonie zwischen den Großmächten Mitteleuropa's, und sucht den Verlauf gewisser diplomatischen Negotiationen als Vorboten des Systems zu interpretiren, welches der große Minister Kaunitz als für die spätere Zukunft Oesterreichs apodiktisch nothwendig bezeichnete, und welches jener freundschaftlichen Stellung, welche die hiesigen Grundsätze mit den traditionellen Principien anderer Großmächte auf das Innigste verknüpft.

* **Berlin**, 11. Oct. Es ist neulich von einer hier abgehaltenen Zusammenkunft der Häupter der altliberalen Oppositionspartei berichtet worden. Die „Leipziger Zeitung" erfährt über das Ergebniß der Besprechungen Folgendes: Zunächst ist das Kapitel der Wahlenthaltung erörtert worden. Nach den schlimmen Erfahrungen, welche die Demokratie in dieser Beziehung gemacht, ist man allseitig zu der Ueberzeugung gelangt, in diesem Sinne nicht auf die Wahlkreise einzuwirken. Dagegen hat man es für zweckmäßig erkannt, daß die laueren Candidaten der constitutionellen Fractionen dort nicht unterstützt werden, wo ein Candidat der entschiedeneren Linken mit Aussichten auf Erfolg bei der Wahlbewerbung auftritt. Für Berlin soll sogar der Plan gefaßt sein, die Wahl des Geheimerathes Waldeck auf jede Weise zu fördern. Von conservativer Seite treten noch immer keine besonderen Vorbereitungen zur Leitung der Wahlen zu Tage. Allerdings bestehen hier noch alle Elemente einer durchgreifenden Organisation, aber dieselben sind bis jetzt noch gar nicht in Bewegung gesetzt. — Die Verhandlungen wegen der Weiterführung der Ostbahn von Waldenberg bis Küstrin werden gegenwärtig mit größter Lebhaftigkeit zwischen dem Handelsministerium soll neuerdings dem Plan nicht ganz abgeneigt sein, von Küstrin eine Verbindungsbahn nach Frankfurt a. O. zu bauen und dort einen großen gemeinschaftlichen Bahnhof der niederschlesischen und der Ostbahn anzulegen. Das Interesse der Mark weist aber mehr auf eine directe Schienenverbindung zwischen Küstrin und Berlin hin, und diese directe Linie wurde bekanntlich schon auf dem vereinigten Landtag für den Bau der Ostbahn in Aussicht genommen. — Der Hausminister und Oberkammerherr, Graf zu Stolberg, wird am 13. d. M. von seiner nach dem Rhein unternommenen Urlaubsreise zurückkehren und die Verwaltung seines Departements wieder übernehmen. — Der frühere Major und Oberquartiermeister der aufgelösten schleswig-holsteinischen Armee, F. Geerz, ist mittelst allerhöchster Cabinetsordre vom 27. September c. zum Hauptmann von der Armee ernannt und dem großen Generalstabe attachirt worden.

Stuttgart, 13. Oct. Sicherm Vernehmen nach hat der Mörder des Major v. Glaser, der in den letzten Tagen mehr und mehr innere Reue und Zerknirschung statt des anfänglichen Trotzes gezeigt hat, ein umfassendes Geständniß über seine ruchlose That abgelegt, die, soviel wir hören, schon bei der ersten Session der Geschworenen zur Verhandlung und Aburtheilung kommen wird.

Karlsruhe, 11. Oct. Die „Karlsr. Ztg." ist in den Stand gesetzt, den Wortlaut der Ansprache mitzutheilen, welche Se. königl. Hoh. der Regent gestern bei der Feier der Fahnenverleihung gehalten hat. Dieselbe lautet wie folgt:

Soldaten! Mit haben nach würdiger Vorbereitung unser heimathliges Gebet zu dem Allmächtigen gerichtet und den begläckenden, tröstenden Segen der Kirche empfangen. Ich will nun noch einige Worte über die ernste Bedeutung der heutigen Feier an Euch richten. Ernst ist diese Feier in jeder Beziehung. Zunächst gelobt Ihr in diesen Fahnen die heiligen Vermächtniß meines vielgeliebten Vaters, der nun in Gott ruhenden Großherzogs Leopold. Er wollte Euch diese Fahnen selbst übergeben und dadurch wiederholt bethätigen, daß er den Treubruch, den Verrath und den schnöden Undank, welche ihm am Abend seines Lebens so schwer betroffen, vergeben, ja vergessen habe. Dieser Versöhnungszeichen Euch zu übertheilen, das Gottes unerforschlicher Rathschluß mir zugedacht. Ich verleihe Euch die nun geweihten Fahnen mit dem festen Vertrauen, daß Ihr stets trachten werdet, unter allen Verhältnissen, insbesondere aber unter den schwierigsten, diese Fahnen heilig zu achten, wie den mit gelobtesten Schwur der Treue, der sie an dieselben knüpft. Diese Fahnen zu vertheidigen, und, wo es Eurem Eid, unter ihnen ehrenvoll zu kämpfen oder zu sterben, sei Eure heiligster Beruf. Mann auch immer die Stunde der Prüfung Euch treffen sollte, seid stets eingedenk Eures Eides beim Anblick dieser Fahnen, und wenn Ihr Euch um dieselben schaaret, so leite Euch der Gedanke: Alle für Einen, Einer für Alle!

Aus Thüringen, 8. Oct. Die weimarische Regierung hat sich jetzt in Folge der Klagen über schlechte Handhabung der Polizei seitens mancher Gemeindevorstände veranlaßt gesehen, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß nur die Ausübung der Ortspolizei den Gemeindevorständen zukomme, daß hingegen die Handhabung der Landespolizei den betreffenden Staatsbehörden verbleibe. — In Gotha hat die Abtretung des Jagdrechts an die Stadt eine solche totale Verheerung des Wildes zur Folge gehabt, daß die liberale Localpresse sich selbst zu dem Vorschlag veranlaßt sieht, man möge wenigstens ein Jahr die „Bürgerjagd" ganz ruhen lassen. — Die Vorlagen, welche die koburg-gothaische Regierung an den nächsten Landtag bringen wird, betreffen meistens die in Folge der neuen Verfassung nöthig werdenden Organisationsgesetze rücksichtlich des Steuer-, Gerichts-, Gemeinde- und Schulwesens. Hinsichtlich des ersteren geht die Regierungsvorlage von dem Grundsatze aus, daß alle bisherigen Bevorzugungen der Stände und Güter aufhören müssen. In der Strafrechtspflege soll der Anklageproeß mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit und dem Institut der Geschwornen eingeführt werden. Den Gemeinden will man eine größere Selbstständigkeit in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten einräumen, und endlich für alle äußeren Angelegenheiten Vorstände aus der Mitte der Gemeinde bestellen. Es wird jedoch die koburg-gothaische Regierung bei allen diesen Reformen das weise Maß einhalten, zu welchem sie schon die in den Nachbarstaaten gemachten Erfahrungen nöthigen. (Fr. J.)

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 11. Oct. Das Uebungslager in Pordenone ist aufgehoben und der Kaiser nach Croatien zurückgekehrt. — Seit einigen Tagen halten sich hier mehrere hervorragende Persönlichkeiten auf, die der französischen Legitimistenpartei angehören; dieselben kommen mit dem in der Residenz anwesenden Adel in häufige Berührung.

Berlin, 11. Oct. Der Ministerpräsident v. Manteuffel hat sichern Vernehmen nach gestern an die Vertreter Preußens bei den Höfen der Darmstädter Verbündeten eine neue Circulardepesche in der Zollvereinsfrage gerichtet. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Braunschweig wegen Erneuerung des Zollvertrags, welche von einigen Blättern bereits als beendet angegeben wurden, befinden sich noch in der Schwebe. Der Grund der Verzögerung liegt in den eigenthümlichen Grenzverhältnissen, welche theilweise auch schon in dem zeitherigen Zollvertrage ihre Berücksichtigung fanden. (Lpz. Z.)

* **Berlin**, 12. Oct. Der königl. württembergische Staatsrath, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen königl. Hofe, Kammerherr v. Linden, ist aus Wien hier angekommen.

München, 11. Oct. Leider muß ich Ihnen berichten, daß die Krankheit des Herrn Ministerpräsidenten v. d. Pfordten noch immer einen sehr ernsten Charakter hat und keineswegs schon alle Gefahr beseitigt ist. Wendet sich dieselbe aber, was Gott gebe, bald zum Bessern, so wird doch, nach dem Ausspruch der behandelnden Aerzte, die Genesung nur allmälig fortschreiten, so daß von einer Audienzertheilung noch lange keine Rede sein kann. (A. Abdz.)

Hannover, 11. Oct. Wie die „H. P." hört, flößt die Durchführung der Organisationen auf einen neuen Widerstand, indem sich gewisse Patrimonialgerichtsherren weigern, die ihnen bis zum 1. October zuständig gewesene Patrimonialgerichtsbarkeit abzutreten.

* **Paris**, 12. Oct. Auf der Fahrt Ludwig Napoleons von Angouleme nach Rochefort haben ihm die Bevölkerungen von Jarnac, Cognac und Saint-Jean entgegengejubelt. Der Prinz Rochefort ist gestern Abend gegen halb sechs Uhr angekommen. Unter Kanonendonner, Glockengeläute und Kaiservivats hielt er seinen Einzug. An Begrüßerung, Huldigungen und Festlichkeiten hat es nicht gefehlt. Gestern Abend hat der Prinz den Festball im Präfecturgebäude besucht; heute wurde die Reise nach La Rochelle fortgesetzt.

An allen Straßenecken der Hauptstadt wurde diesen Morgen in der Frühe die vom Prinzen in Bordeaux gehaltene Rede angeschlagen und war überall von lesenden Gruppen umstanden. Ihr Eindruck auf die Geschäftswelt hat sich auch heute noch in einem abermaligen Aufschwung der Course zu erkennen gegeben. Die 4½ pCt. Rente schloß über 107, die 3pCt. über 81. Zahlen, die man einmal mit denen im vorigen Jahr vergleiche.

Alles bereitet sich jetzt zum festlichen Empfang des Prinzen in der Hauptstadt vor. Der „Moniteur" zeigt heute an, daß Ludwig Napoleon nächsten Samstag um 3 Uhr seinen Einzug in Paris halten wird. Am Bahnhof der Orleans-Eisenbahn wird er empfangen vom Erzbischof von Paris und seiner Geistlichkeit, von den Staatsministern, dem Präsidenten des Senats und den Senatoren, vom Präsidenten des gesetzgebenden Körpers und den zu Paris anwesenden Deputirten, von den Staatsräthen, dem Großkanzler der Ehrenlegion, dem commandirenden General der Pariser Armee, dem Oberbefehlshaber der Nationalgarden des Seinedepartements, den Oberoffizieren der Armee und der Flotte, den mit Collationirung der Cassationshofs- und des Rechnungshofes, den Deputationen der verschiedenen Tribunale und von den ersten Staatsbeamten. Am Bastilleplatz empfangen den Prinzen der Seinepräfect und die Municipalitäten von Paris und der Banmeile. Der Cortege bewegt sich sodann über die Boulevards, durch die Rue royale, über den Eintrachtsplatz, durch den Hauptteingang des Gartens der Tuilerien, wo Se. kaiserl. Hoheit von den Mitgliedern seiner Familie empfangen wird. — General Magnan, der Oberbefehlshaber der Pariser Armee, hat einen Tagesbefehl erlassen, in welchem die von der Armee und der Nationalgarde bei dem feierlichen Anlaß zu beobachtenden Bestimmungen enthalten sind. Am Bastilleplatz bildet sich der Cortege wie folgt: 1) eine Schwadron Nationalgarde zu Pferd, 2) der Generalstab der Nationalgarde, 3) fünf Schwadronen Nationalgarde, 4) zwei Schwadronen Guiden, 5) der Oberbefehlshaber der Pariser Armee, mit dem Generalstab, dessen Chef an der Spitze, 6) der General der ersten Militärdivision mit seinem Stab, 7) der commandirende General der Garnison mit dem Garnisonsstab, 8) General Graf Partouneaux mit acht Schwadronen Ulanen und vier Schwadronen Dragoner, 9) die Adjutanten und der militärische Hofstaat des Prinzen, — vor diesem selbst; hinter ihm 10) die Generale, 11) General Korte mit den 16 Schwadronen seiner Division. Von der Brücke von Austerlitz an bilden Infanterie und Nationalgarde Linie, jene rechts, diese links. Zwei Bataillone mobiler Gendarmerie und 10 Compagnien vom Geniecorps werden im Hof der Tuilerien und die Artillerie auf dem Carrousselplatze aufgestellt. Vom Mondpoint der Thronbarriere werden 101 Kanonenschüsse abgefeuert bei der Ankunft des Prinzen; andere 101 Kanonenschüsse um 4 Uhr vom Invalidenhotel. Den Dienst an der Bahnstation versieht die republikanische Garde zu Fuß und zu Pferd. — Im Bahnhof begrüßt ein aus 300 Musikern bestehendes Orchester mit gezogenen Stücken die Ankunft Ludwig Napoleons. An der Brücke von Austerlitz erhebt sich ein großer prachtvoller Triumphbogen auf Kosten der Municipalität; den Raum zwischen dem Bahnhof und der Brücke schmücken die Register der zwölf Arrondissements auf ihre Kosten. Ein zweiter Triumphbogen an den Nationalfarben und sehr geräumige Stände für 2000 Zuschauer. Zwei Mädchen, den Ruhm darstellend, schweben an diesem Bogen mit Kränzen von Eichen- und Oelblätter nieder und vierzig andere Mädchen, weiß gekleidet, streuen dem Prinzen Blumen. Auf der Höhe des Boulevard Beaumarchais ein dritter Triumphbogen, von den Arbeitern der Vorstadt St. Anton errichtet; ein vierter am neuen Circus bei der Straße der Calvarienschwestern; außerdem noch vierzehn andere an verschiedenen Punkten der Boulevards; auch ein besonders schöner auf dem Eintrachtsplatz. Ebenso werden an verschiedenen Punkten Gerüste für Tausende von Zuschauern aufgebaut. An diesem Schmuck der Stadt haben sich besonders auch die Arbeiterklassen mit ansehnlichen Beiträgen betheiligt und die Angehörigen verschiedener Gewerbe werden mit Bannern und Fahnen aufziehen. Eine große Anzahl aller Soldaten und Deputationen benachbarter Stadt- und Landgemeinden, wohlthätiger Anstalten ꝛc. werden sich an den Aufzügen betheiligen. Viele Privathäuser wollen Schmuck anlegen. Alle Vorkehrungen sind schon ziemlich weit gediehen. Uebrigens beabsichtigt der Prinz nicht, die Metropolitankirche zu besuchen, um dem Tedeum beizuwohnen.

* **London**, 11. Oct. Die Regierung hat angezeigt lassen, daß sie gegen Alle, welche Placate gegen den Mitgliedsausschlagen, aufs strengste einschreiten werde. — Der erste Lordschatzmeister dieser Division ist auf nächsten Freitag anberaumt. Alle Minister sind zu demselben in London erwartet.

** **Madrid**, 7. Oct. Die Cortes sollen einem Gerücht zufolge zum 19. November einberufen werden.

Einem Schreiben aus **Lissabon** zufolge wird das neue Wahlgesetz dem portugiesischen Ministerium große Verlegenheiten bereiten, da es ebenso den Interessen der Exaltados wie der Chartisten dienen wird.

Börsenberichte.

Frankfurt, 13. Oct. Das Geschäft zeigte heute ziemliches Leben. Die Geldverhältnisse gestalteten sich heute besser, und sandten namentlich viele Sendungen in pCt. spanischen Fonds statt; österreichische Effecten waren fest und theilweise höher, namentlich waren 4½ pCt. Metall. zuletzt bestellet, 72 pCt. G. Die per Telegraph eingetroffenen etwas niedrigern spanischen Coursenotirungen von der gestrigen Pariser Börse, sowie Verkäufe von starken Gewinnrealisationen, welche in 1pCt. Spanischen heute geschahen, brachten einen Rückgang derselben zuwege; bis zu 25½ pCt. verhandelt, schlossen sie zuletzt durch gemachte Ankäufe wieder fester, 25½ pCt. G. Auch 3pCt. Inländische waren niedriger, 46½ pCt. G. Von Eisenbahnactien waren F.-M.-Nordbahn 44½ pCt. G.; Berbach 94½ pCt. G.; Köln-Minden 111½ pCt. G.; Tonnen 296 G. Vom Gang des übrigen Geschäfts läßt sich auch heute nichts Erwähnenswerthes mittheilen. — Abends war in der Effectenbörse ein Geschäft in 1pCt. Spanische waren 25¾ pCt.

Berlin, 12. Oct. Staatsich. 92¾ Brf., 92½ G. — Köln-Minden 111½, à ¼ bez. — Fr.-W.-Nordb. 40⅝, 41¼ à 41 bez.

Paris, 12. Oct. 4½ pCt. Rente 107, 10. — 3pCt. 81, 10. — Neapol. —. — Neue 5pCt. Oesterr. 94½. — Spanische neue Diff. 26½. 26. — Neue 3pCt. —. — Innere Spuln 46¾. ⅛. — Passive —. — Bankactien 2830. — Piemont 5pCt. 99. — Römisches Anleihen Juni 1850 98½. — do. 1850 —. — St. Germain-Eisenbahn 1160. — Versailles, linkes Ufer 325. — Straßburg-Basel 332, 50. — Nordbahn 790. — Paris-Straßburg 780.

Die steigende Bewegung hat an der heutigen Börse fortgedauert; alle Werthpapiere haben sich gebessert; auch die Bahnactien.

London, 11. Oct. 3pCt. Stocke 100¾. — Spanische neue 1pCt. 25½. — 2½ pCt. Holl. 64⅞.

Madrid, 7. Oct. 3pCt. 47¼, a. d. Börse 47½ G. — 1pCt. Neue 26⅛, a. d. Börse 26¼.

Amsterdam, 12 Oct. 4 Mar. 2½ pCt. Integr. 63¹¹/₁₆. — 3pCt. Schuld 95½. — 4pCt. do. 96¾. — 3½ pCt. do. —. — 1pCt. neue Spanische 26¾. — 3pCt. —. — do. inländische à 6000 fl. 46⅞. — 5pCt Metall. 78⅜. — 2½ pCt. do. 40¹¹/₁₆. — Neue 5pCt. Silber-Metall. 90⅞.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Marbach. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kurschel.

Vereinigte Staaten und Canada.

Die **Union-Bank** in **London** zeigt, als Agentin des Bankierhauses *Duncan, Sherman & Comp.* in Neu-York, hiermit an, dass sie bereit ist, für Rechnung obigen Hauses Gelder in Empfang zu nehmen, und dafür ohne alle Kostenberechnung **Creditbriefe** und **Circularnoten** von £ 10 an und höher, wie sie auf dem europäischen Continent und anderwärts in ausgedehntem Gebrauch sind, zu ertheilen. Honorirt werden diese Briefe und Noten an folgenden Plätzen der **Vereinigten Staaten** und **Canada's** zu dem Tage der Zahlung stehenden Wechsel-Cours von Neu-York auf London.

Stadte:	*Staaten:*	*Correspondenten:*
Albany	Neu York	Albany City Bank.
Augusta	Georgia	The Bank of Augusta.
Boston	Massachusetts	J. E. Thayer and Bro.
Buffalo	Neu York	Oliver, Lee and Co's Bank.
Baltimore	Maryland	Union Bank, Maryland.
Baytown	Canada	Branch Bank of Montreal.
Brockville	Ditto	Ditto.
Ditto	Ditto	Commercial Bank Mid. District.
Belleville	Ditto	Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank Mid. District.
Cleveland	Ohio	Commercial Bank.
Chicago	Illinois	George Smith and Co.
Ditto	Ditto	J. H. Burch and Co.
Cincinnati	Ohio	Ellis and Morton.
Charleston	South Carolina	Bank of Charleston.
Cobnrg	Canada	Branch Bank of Montreal.
Detroit	Michigan	Michigan Ins. Co. Bank.
Galena	Illinois	Jas. Carter and Co.
Kingston	Canada	Commerc. Bank of Midl. Dist.
Kingston	Canada	Bank of Montreal.
Hamilton	Canada	Branch Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commerc. Bank of Midl. Dist.
Havana	Cuba	Drake and Co.
Ditto	Ditto	Zaugroni, Freres, and Co.
Lima		Alsop and Co.
Louisville	Kentucky	A. D. Hunt and Co.
London	Canada	Branch Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank Mid. Dist.
Mayaguez	Porto Rico	Latimer, Fernandez, and Co.
Milwaukie	Wisconsin	Wiscons. Mar. and Fire Ins. Co.
Mobile	Alabama	St. John, Powers, and Co.
Montreal	Canada	Bank of Montreal.
New Orleans	Louisiana	J. Corning and Co.
Newhaven	Connecticut	Newhaven Bank.
Oswego	New York	Luther, Wright, and Co.
Philadelphia	Pennsylvania	Philadelphia Bank.
Providence	Rhode Island	Exchange Bank.
Pittsburgh	Pennsylvania	N. Holmes and Son.
Portsmouth	New Hampshire	Piatagua Exchange Bank.
Port Hope	Canada	Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank of Mid. Dist.
Picton	Ditto	Branch Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank of Mid. Dist.
Quebec	Canada	Branch Bank of Montreal.
Rochester	New York	Rochester City Bank.
Spr ngfield	Massachusetts	Chickopie Bank.
St. Catherine's	Canada	Branch Bank of Montreal.
St. Louis	Ditto	L. A. Benoist and E. W. Clarke, Brothers, and Co.
Ditto	Ditto	Commercial Bank of Mid. Dist.
Sackett's Harbor	New York	Sackett's Harbor Bank.
San Francisco	California	Burgoyne and Co.
San Francisco		Alsop and Co.
Saratoga Springs	New York	Bank of Saratoga Springs.
Savannah	Georgia	Charles A. Lamar.
St. John's	Porto Rico	Latimer and Fernandez.
Toledo	Ohio	Commercial Bank of the State of Ohio.
Toronto	Canada	Branch Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank of Mid. Dist.
Utica	New York	Bank of Utica.
Valparaiso		Alsop and Comp.
Washington	Dist. of Columbia	Corcoran and Riggs.

Vorstehendes Verzeichniss von Städten wird noch anschnlich erweitert werden.

Das Bankierhaus *Duncan, Sherman & Comp.* kauft und verkauft amerikanische Staatspapiere, Eisenbahn- und Canalactien etc. etc. in den Vereinigten Staaten und Canada und nimmt, mit gerichtlich beglaubigten Vollmachten hierzu versehen, die Dividenden von denselben in Empfang, deren Betrag an die Inhaber bei der **Union-Bank** in **London**, – 2, Princes Street, Bank – ausbezahlt werden wird. [2106]

[2263] Von dem in unserem Verlage erscheinenden

König Ludwigs Album

sind bereits die 3te und 4te Lieferung ausgegeben und ist somit der I. Jahrgang eines Werkes vollendet, welches in der Kunstwelt mit ungetheiltem Beifall aufgenommen worden ist; wir schreiten daher zur Herausgabe des II. Jahrganges, welcher wohl dem grösseren Zeitaufwande für die darin enthaltenen Stahl- und Kupferstiche nur in 4 Lieferungen mit 25 Blättern einschliesslich des Graiisbeiblattes bestehen und wovon alle 3 Monate eine Lieferung von 6 Blättern erscheinen wird.

Preis wie früher per Lief. fl. 8. 30 kr. oder Thlr. 3. 8r. Crt.

Indem wir daher zur geneigten Subscription auf diese Fortsetzung hiermit einladen, bemerken wir zugleich, dass jetzt auch dem I. Albums-Jahrgange auch einzelne Blätter und Lieferungen zu den dafür bestimmten Preisen abgegeben werden, worüber der Katalog in jeder Buch- und Kunsthandlung zur Einsicht vorliegt. München, im September 1852.

K. B. priv. Kunstanstalt von Piloty & Loehle,
Herausgeber der K. Gallerien.

[2303]

50,000 Thaler,

30,000, 20,000, 10,000, 5000, 4000, 3000 ꝛc. ꝛc. zusammen 9000 Gewinne unter nur 2½,000 Loosen sind vom 20. October bis 6. November d. J. bei der Schlussziehung der **Braunschweiger** Lotterie zu erlangen. Ganze Loose zu fl. 56, ½ zu fl. 28, ¼ zu fl. 14, und mit Verzichtung auf Gewinne unter fl. 100 das ganze Loos zu fl. 32, ½ zu fl. 16, ¼ zu fl. 8 empfiehlt

Moritz Sonneberg, Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2286] 33te Braunschweiger Lotterie. Hauptziehung vom 20. October bis 6. November. Gewinne: fl. 87,500. 52,500. 35,000. 17,500. 8750. 7000. 5250 ꝛc. Ganze Loose à fl. 56, ½ à fl. 28, ¼ à fl. 14, ⅛ à fl. 7, so wie mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100 das ganze Loos à fl. 32, ½ à fl. 16, ¼ à fl. 8 empfiehlt

Jacob Doctor, Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

Illustrirter Journalzirkel

[2223] bei

Gustav Oehler.

Kladderadatsch. Düsseldorfer Monatshefte. Fliegende Blätter. Illustrirte Zeitung. Illustrirte Zeitschrift. Leuchtugeln. Meyer's Universum. Modenzeitung. Musterzeitung. Pfennig-Magazin. Payne's Universum. Pariser Charivari. Illustration. Journal pour rire. London Illustrated News. Punch.

Die Zeitschriften werden 2 Mal in der Woche in die Wohnung des Abonnenten gebracht und von dort abgeholt. Der halbjährliche Preis ist 5 fl. 24 kr.

[2282] **An- und Verkauf**
von Obligationen, Loosen ꝛc. bei
Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

9000 Gewinne unter **20,000 Loosen** bietet die **Braunschweiger Lotterie**, deren Hauptziehung vom 20. October bis 6. November stattfindet. Haupttreffer: fl. 87500, 52500, 35000, 17500, 8800 ꝛc. Wir empfehlen ½ Loose à fl. 56, ¼ à fl. 28, ⅛ à fl. 14, ¹⁄₁₆ à fl. 7, so wie mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100: ½ Loose à fl. 32, ¼ à fl. 16, ⅛ à fl. 8, ¹⁄₁₆ à fl. 4.

[2252] Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.
Julius Stiebel jun. & Co.

Druck von August Osterrieth.

Anzeige.

Bei der Redaction des Frankfurter „Handels-correspondent", Jahrgasse Nr. 108, ist zu haben:

Das Serien-Buch der k. k. Oesterr. älteren Staatsschuld,

Die Serien-Bücher sämmtlicher Staats-Lotterie-Anlehens-Loose, ohne oder mit eingetragen der bereits gezogenen Serien.

Die Ziehungslisten und Plane aller Staats-Lotterie-Anlehen. [2333]

[2335] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Frankfurt a. M. durch Gebhardt & Körber, Buchgasse Nr. 6, zu beziehen:

Oberdieck, J. G. C., Anleitung zur Kenntniß und Pflanzung des besten Obstes für das nördliche Deutschland. Nebst Beiträgen zur Pomologie überhaupt. gr. 8. 3 fl. od. 1 Thlr. 20 gr.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhärtet Zähne, macht Perlweiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Mundgenuß. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 123 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Ströhlein auf der Zeil. [2196]

Ein noch wenig gebrauchter, eleganter und moderner ovpe-Wagen, aus einer der vorzüglichsten Fabriken, mit Gala-Bockdecke, steht billig zu verkaufen bei **J. W. Voltz**, Sattler, [2337] Schäfergasse.

33. Braunschweiger Lotterie.

Hauptziehung sechster Classe am 20. October. Gewinne: fl. 87500, 52500, 35000 ꝛc. ꝛc. ½ Loose fl. 56, ¼ fl. 28, ⅛ fl. 14, ¹⁄₁₆ fl. 7, und mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100: ½ Loose fl. 32, ¼ fl. 16, ⅛ fl. 8, ¹⁄₁₆ fl. 4, bei

Jacob Braunschweig,
[2284] Jahrgasse II. 44 in Frankfurt a. M.

[2330] **Physikalischer Verein.**
General-Versammlung, Freitag den 15. October, Abends 7 Uhr, im Börsaale des Vereins.
Der Vorstand.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nr. 246.) 14. October 1852.

Deutschland.

n **Frankfurt**, 13. Oct. Nachdem Herr Schoff Cöster vor einigen Tagen aus Berlin zurückgekehrt, wurde vom Senat eventuell die nunmehrige Stellung Frankfurts in der Zollvereinsfrage besprochen. Die Vertretung Frankfurts bei der in Aussicht stehenden Conferenz Oesterreichs mit der Coalition ist außer Zweifel. Bis zu diesem Augenblick fehlt aber der Behauptung, die Coalitionsregierungen seien bereits zur Conferenz nach Wien eingeladen, die Bestätigung. — Heute Morgen haben der Kurfürst von Hessen, der Prinz von Hohenlohe-Oehringen und der Graf von Isenburg-Wächtersbach mit Ihren Gemahlinnen die kurfürstl. Villa am Main und unsere Stadt verlassen. — Der Besitzer des heute in der Frühe auf der Insel am Untermainthor aufgeflogenen Feuerwerks und der Pulverhütte hatte sofort sein polizeiliches Verhör zu bestehen, wobei er seinerseits keinen Grund für die Entstehung der Entzündung anzugeben wußte, wohl aber unterstellt haben soll, daß die Hütte von fremder Hand boshafter Weise angezündet worden sein müßte. Die Explosion war so gewaltig, daß Bretstücke auf das linke Mainufer geschleudert wurden.

Wien, 11. Oct. Rücksichtlich des Verhaltens des großherzoglich badischen Bevollmächtigten in München ist eine Erklärung hier eingelaufen, welcher der großherzoglich badische Minister Freiherr Rüdt von Kallenberg noch vor seiner Abreise den Herrn Minister des Aeußern übergeben hat. Aus derselben ist ersichtlich, daß die Nichtunterzeichnung der Münchener Erklärung durchaus nicht in dem Sinne gedeutet werden dürfe, als liege es in der Absicht der großherzoglichen Regierung, ihre Verbindung mit der Darmstädter Coalition, deren Grundzüge sie auch fürderhin festzuhalten entschlossen sei, in irgend welcher Art zu trennen. Außerdem kann versichert werden, daß man in Karlsruhe einer Lösung der Handelsfrage und ihrer Verwirklichungen durch den Bundestag vollkommen geneigt ist, welche Ansicht sich übrigens auch seitens der königl. hannoverschen Regierung einer warmen Unterstützung zu erfreuen haben dürfte; es spricht hiersür mehr als ein Anzeichen.

P. **Berlin**, 12. Oct. Das soeben mir zu Händen kommende Octoberheft der „volkswirthschaftlichen Monatschrift für den deutschen Zollverein", herausgegeben von Dr. Tögel, bringt nachstehende Actenstücke, welche mehr als alle andere ein Stande sind, ein klares Licht auf die Sachlage zu werfen. Dieselben lauten:

Stuttgarter Conferenzen.

Die verbündeten Regierungen haben beschlossen, ihren Bevollmächtigten bei der Berliner Zollconferenz gemeinsame Instructionen zu ertheilen und ertheilen solche in Nachstehendem:

Folgende Punkte sind diejenigen, welche, insofern Preußen sich zu einer Verständigung herbeilassen will, festzuhalten werden:

I. Die verbündeten Regierungen machen folgende Zugeständnisse:
1) Sie nehmen den Septembervertrag in der erklärten Weise an.
2) Sie willigen ein, daß die Zolleinigung mit Oesterreich nicht schon jetzt berathen und verabredet wird.

II. Dagegen beharren sie auf folgenden Anforderungen:
1) Daß der Zoll- und Handelsvertrag (A) mit den nothwendigen Modificationen zur Berhandlung und zum sofortigen Abschlusse komme,
2) daß der Zollverein nur auf sechs, höchstens acht Jahre erneuert werde und Preußen sich verpflichte, wenigstens ein Jahr vor dem Ablaufe dieses Termins die Berathungen mit Oesterreich über die Zolleinigung zu beginnen.

So lange diese Gegenzugeständnisse nicht erreicht sind, werden die verbündeten Regierungen den Zollverein nicht erneuern.

Die Bevollmächtigten haben sich die vorstehenden Principien zur ausschließlichen Richtschnur aller ihrer Aeußerungen, sowohl in den Conferenz-Sitzungen, als außerhalb derselben zu nehmen. Sie haben sich daher auch jeder Interpretation der ihnen aufgetragenen Erklärungen und aller Vermittelungsvorschläge zu enthalten, zu welchen sie nicht speciell angewiesen sind. Aber auch wenn von einer andern Seite vertrauliche Vermittelungsvorschläge gemacht werden sollten, haben sie dieselben lediglich ad referendum zu nehmen und jede Aeußerung darüber zu unterlassen.

Endlich haben sie in ihrer ganzen Haltung auszuprägen, daß ihre Regierungen zwar aufrichtig die Erhaltung und Erweiterung des Zollvereins wünschen, aber eben so fest entschlossen sind, nicht ausschließlich den jenseitigen Anforderungen nachzugeben, ohne daß man ihnen entsprechende Zugeständnisse macht. Die Bevollmächtigten haben daher vor allen sich zu vergegenwärtigen und daran festzuhalten, daß nachdem die von ihnen vertretenen Regierungen ihrerseits wiederholt und namentlich durch die so eben abgegebene Erklärung (vom August) den Wünschen der königl. preußischen Regierung in der ausgedehntesten Weise nachgegeben, und dadurch ihr Bestreben für eine Verständigung auf die unzweideutigste Weise bethätigt haben, dieselben die weiteren Schritte zur Erreichung dieser Verständigung nunmehr der königl. preußischen Regierung überlassen und so lange von Seiten der letztern kein Entgegenkommen gezeigt wird, sich jeden weitern Schrittes der Annäherung enthalten werden, unbeschadet des Fortganges der Verhandlungen über die noch nicht zur Berathung gelangten Propositionen; daher werden auch die Bevollmächtigten jede Aeußerung, welche eine entgegengesetzte Meinung von den Absichten ihrer Regierung hervorrufen könnte, sorgfältig zu vermeiden haben.

Protokoll D. Geheimes Einvernehmen über verschiedene Eventualitäten, welche in der nächsten Zeit in Betreff der Berliner Verhandlungen eintreten könnten.

Indem die Vertreter der hier versammelten Regierungen sich über Eventualitäten berathen haben, zu welchen die bevorstehende Wiedereröffnung der Berliner Zoll-Conferenzen den Anlaß darbieten könnte, sind dieselben über die Beschlußfassung der nachstehenden Punkte übereingekommen, und haben dieselben mittelst des gegenwärtigen Protocolls genehmigt und unterzeichnet:

1) Die Bevollmächtigten zur Berliner Zoll-Conferenz haben Berlin zu verlassen auf den Fall, daß die preuß. Regierung erklären wird, daß nun, da die verbündeten Regierungen sich nicht mit beiden Präjudizialpunkten einverstanden erklärt hätten, keine weitere Verhandlung stattfinden könnte.
2) Sollte die preußische Regierung die Wiener Vertrags-Entwürfe ablehnen, und namentlich die österreichische Vorlage ihrem wesentlichen Inhalte nach nicht annehmen zu können erklären, so haben die Bevollmächtigten auszusprechen, daß ihre resp. Regierungen unter diesen Umständen die zweite Präjudizialfrage nur verneinend beantworten und sich nunmehr auch an die erste Präjudizialfrage nicht gebunden erachten könnten.
3) Es soll zwar von jetzt nur von der Bestimmung des Zeitpunkts Umgang genommen werden, in welchem die Zolleinigung mit Oesterreich Platz greifen wird. Dagegen aber verpflichten sich die hier versammelten Regierungen hierdurch ausdrücklich, an dem Principe, daß eine solche Zolleinigung stattzufinden habe, unverbrüchlich festzuhalten und Preußen zur Annahme dieses Princips durch alle zu Gebote stehenden Mittel nöthigen zu wollen.
4) Es sollen unter den oben bezeichneten Eventualitäten, sowie zur Beseitigung der Vereinbarung der auf dieser Conferenz repräsentirten Regierungen Bevollmächtigte nach Wien zur Berathung des Vertrages C abgeschickt werden und die Berathungen dort am 1. October d. J. beginnen. Diese Absendung soll auch eintreten, wenn es aus irgend einem Grund zum Abbruche der Verhandlungen in Berlin kommen sollte.

Telegraphischer Coursbericht des Syndicats der Frankfurter Wechselfensale.

Wien, 13. Oct. 5pCt. Metall. 95. — L. A. 95½. — L. B. 109¼. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94½. — 4½pCt. Metall. 84½. — Bankactien 1344. — 250 fl. Loose 137½. — London 11 fl. 33 kr. — Paris 137½. — London in Triest 11 fl. 32 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 102¼. — K.-K.-Nordbahn 220½.

[2323]

Bekanntmachung.

In Folge des mit dem 15. d. M. auf der Sächsisch-Bayerischen Eisenbahn ins Leben tretenden Winterfahrplans wird von genanntem Tage an

A. die Personenpost zwischen Greiz und Reichenbach

aus Greiz	aus Reichenbach
um 6 Uhr früh,	um 9 Uhr Vormittags,
um 2½ „ Nachmittags,	um 8 „ Abends,

B. die zweite Personenpost von Gera nach Altenburg um 8 Uhr früh und die dritte um 1½ Uhr Nachmittags aus Gera abgefertigt werden.

Frankfurt a. M., 11. October 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

Fürstlich Isenburg-Büdingensches Anleben

von fl. 100,000, d. d. Büdingen, 16. Februar 1847.

Bei der heute vor Zeugen stattgehabten dritten Verloosung obigen Anlehens, sowie einer weiteren außerordentlichen Verloosung von 7000 fl., sind nachstehende Nummern zur Rückzahlung per 31. December l. J. bestimmt worden und können deren Beträge seiner Zeit bei den Unterzeichneten in Empfang genommen werden.

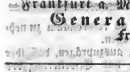
Lit. A. Nr. 4. 5. 7. 20. 22. 28. à fl. 1000 = fl. 6000.

Lit. B. Nr. 7. 8. 11. 12. 19. 32. 33. 40. 43. 56. 64. 80. à fl. 500 = fl. 6000.

fl. 12000.

Büdingen, den 18. September 1852.

Heinemann Lismann in Büdingen.
[2162] **Simon Lindheimer** in Friedberg.



ROTTERDAM & LONDON.

Dampfschiffahrts-Dienst.

Die Räder-Dampfschiffe mit Maschinen von niederm Druck der General Steam Navigation Company,

mit der Ueberbringung der Briefpost belaget, folglich unter besonderer Aufsicht der Regierung stehend,

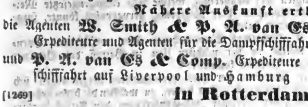
fahren jeden Mittwoch und Samstag von beiden Häfen ab, mit Passagieren und Gütern; und außerdem wöchentlich noch zwei Extradampfschiffe für Güter und Vieh.

Diese Dienste empfehlen sich so durch Promptitude und Sicherheit, wie billigste Frachtsätze und Bedingungen.

Nähere Auskunft ertheilen:

die Agenten **W. Smith & P. A. van Es**, sowie **Smith & Comp.** Expediteure und Agenten für die Dampfschiffahrt auf Havre und Bordeaux und **P. A. van Es & Comp.** Expediteure und Agenten, für die Dampfschiffahrt auf Liverpool und Hamburg

[1269] **in Rotterdam.**



Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **Georgé**, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Pasten-Tabletten werden verkauft in Schachteln, wie vorher 25 Sgr., die ganze à 56 Fr. oder 16 Sgr. in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei den HH. **H. C. von Oven**, Stephanstraße Nr. 33. [1686] Aufbewahrung bei den Herren Noellinger & Comp. in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler

Allgemeine Renten-Anstalt zu Darmstadt.

Die unterzeichnete Direction bringt hierdurch zur Kenntniß der Betheiligten, daß die Auszahlung der Jahresrenten für 1852 in den letzten drei Monaten d. J. erfolgt und die fälligen Beträge entweder dahier bei dem Hauptbureau der Anstalt oder auswärts bei den Herren Bevollmächtigten derselben *) erhoben werden können.

Von einer vollen Einlage à 100 fl. beträgt die Jahresrente:

in der Jahresgesellschaft	in der Altersklasse I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.	IX	X.	XI.
	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
1844	3 50	3 50	3 50	3 50	3 50	3 50	3 50	3 52	4 —	4 12	4 17
1845	3 48	3 45	3 48	3 45	3 48	3 48	3 48	3 50	3 51	4 2	4 2
1846	3 45	3 45	3 45	3 45	3 45	3 45	3 45	3 45	4 1	4 1	1
1847	3 38	3 38	3 38	3 38	3 38	3 38	3 38	3 38	3 38	3 38	—
1850	3 36	3 36	3 36	3 36	3 36	3 36	—	—	—	—	—

Wir verbinden hiermit zugleich die Einladung zum Beitritt zu der 6. Jahresgesellschaft, welche mit dem 31. December d. J. geschlossen werden wird.

Darmstadt, den 6. September 1852.

Die Direction der allgemeinen Renten-Anstalt.

*) In Frankfurt a. M. bei Herrn G. A. Zipf; in Dillenburg bei Herrn F. J. Jäger; in Fulda bei Herrn M. Kircher jun.; in Hanau bei Herrn Ferdinand Weiß; in Heidelberg bei Herrn C. E. Otto; in Herborn bei Herrn Hermann Döring; in Hildburghausen bei Herrn Steuerassessor Kieselstein; in Homburg v. d. H. bei Herrn Carl Müller; in Kassel bei Herrn Adolph Manshaus; in Kreuznach bei Herrn Jacob Hessel; in Marburg bei Herrn H. W. Kempfer; in Schweinfurt bei Herrn Andreas Trillhaas; in Stuttgart bei Herrn Herrisch; in Wiesbaden bei Herrn J. B. Kelleter. [2117]

[2233] ***Pour des parents.***

Mr. **Weber-Bousquet**, Médecin Dentiste de S. M. feu le Roi Louis Philipp, désire former un élève pendant 4 à 5 ans, moyennant d'honoraires convenables. S'adresser 48, rue Richelieu, Paris. (Affranchis.)

[2307] In einer Wollengarn- und Wollenwarnfabrik des Niederrheins wird ein routinirter Reisender, welcher schon in dieser Branche gearbeitet und gereist hat, gesucht. Reflectanten, die genügende Zeugnisse über Leistungen beizubringen vermögen, belieben ihre Franko-Offerten unter lit. R. S. Nr. 12 an die Expedition dieses Blattes gelangen zu lassen.

In demselben Hause findet ein mit den nöthigen Vorkenntnissen versehener junger Mann Stelle als Lehrling. Reflectanten belieben sich unter obiger lit. zu melden.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[2309] **Edictalladung.**

Großherzogl. Hofgericht der Provinz Starkenburg zu Darmstadt hat über das Vermögen des von Hassenhausen Peter Göbel von Dieburg, für den Fall, daß derselbe im Liquidationstermine keine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger nachweisen kann, Vermögens-Curs erkannt. Es werden daraum Alle, welche Forderungen an denselben zu machen rechtliche Ansprüche an das Vermögen des Peter Göbel bilden, aufgefordert, solche

Dienstag den 23 November l. J.

Vormittags 9 Uhr

bei hiesigem Gerichte, unterm Rechtsnachtheil des stillschweigend einzutretenden Ausschlusses zur Anzeige zu bringen.

Peter Göbel aber wird aufgefordert, in den vorbemerkten Termine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger nachzuweisen, sonst ein Concursverfahren über sein Vermögen verfügt werden soll.

Zwingenberg, den 23. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Brenner. Königer.

[2280] **Bekanntmachung.**

Die Schuldner des insolventen hiesigen Bürgers und Handelsmanns H. Böhringer jun. werden hiermit aufgefordert, die schuldigen Beträge bei Vermeidung nochmaliger Zahlung an Niemanden als an den bestellten Massepfleger Herrn Dr. jur. Belz zu entrichten.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

Stadt-Gericht I.
Dr. Wolff.

[2062] **Oeffentliche Ladung.**

Alle, welchen Erb- oder sonstige Ansprüche an den Nachlaß des am 24. August 1852 verstorbenen Freiherrn Carl Ludwig Joseph von Brinks zu Trenenfeld, Fürstlich Thurn und Taxis'schen Geheimenraths und quiescirten Ober-General-Post-Directors, zustehen, haben solche

binnen zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte ordnungsmäßig anzumelden oder gewärtig zu sein, daß dieser Nachlaß an die aufgetretenen zum Theil unbekannt wohnenden Intestat-Erben ohne Sicherheitsleistung verabfolgt werde.

Frankfurt a. M., den 6. September 1852.

Fürstlich Thurn und Taxis'sches
Schöff. Ger. Amt.
Dr. Lyckum, Secr. Ble.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Zweite Beilage zu Nr. 246.) 17. October 1852.

Deutschland.

= **Frankfurt**, 14. Oct. Das Gutachten des Herrn Professors Stahl in unserer Verfassungsangelegenheit scheint nicht ohne Einfluß auf die Beschlußnahme des Senats vom 5. Oct. geblieben zu sein, denn er hat in ähnlicher Weise, wie die badische Regierung im Jahr 1832 in Bezug auf das Strafgesetz, die betreffenden Gesetze nicht für ungültig erklärt, sondern nur in Gemäßheit des Bundesbeschlusses vom 12. August außer Wirksamkeit gesetzt, und zwar bezüglich des Gesetzes vom 10. Februar 1849 nur die darin verfügte staatsbürgerliche Gleichstellung der Staatsangehörigen. Die durch dieses Gesetz begründete privatrechtliche Gleichstellung, z. B. hinsichtlich des Erwerbes von Grundeigenthum, bleibt somit in Kraft.

n **Frankfurt**, 14. Oct. Die gestern Abend abgehaltene Generalversammlung des Pestalozzivereins begann um 6 Uhr; es hatten sich einige und dreißig Personen eingefunden. Der von dem Vorsitzenden erstattete Bericht (auf den wir zurückkommen werden) über die Thätigkeit der wohlthätigen Anstalt im verflossenen Jahr bot sehr günstige Mittheilungen in Betreff der Pfleglinge, deren Zahl nicht weniger als 56 beträgt, dar. Dagegen lautete der Bericht des Kassierers des Vereins nicht günstig, da er ein Deficit von 157 fl. 55½ kr. leider nachwies. Es ist dies kein günstiges Zeugniß für die Humanität nach dieser Seite, denn der so überaus wohlthätig wirkende Verein verdiente gewiß eine kräftigere Theilnahme unserer Mitbürger, und namentlich der wohlhabenden, damit seine Mittel nicht auszureichen und unsicher bleiben und die Anstalt ihr segensreiches Wirken auf fester, sich immer mehr erweiternder Grundlage Hoffnungsvoll fortsetzen könne. Noch ist zu bemerken, daß in der gestrigen Generalversammlung des Vereins drei neue Vorstandsmitglieder und zwei Rechnungsrevisoren gewählt wurden. — Der frühere königlich sächsische Minister des Innern, Herr v. Friesen, ist hier angekommen und soll die Absicht hegen, einen längeren Aufenthalt in unserer Stadt zu nehmen.

w **Frankfurt**, 14. Oct. In Betreff der morgenden Feier des Geburtstags Sr. Maj. des Königs von Preußen ist noch mitzutheilen, daß früh um 6½ Uhr durch 101 Schüsse der an dem Mainufer aufgestellten preußischen Geschütze das Fest verkündigt wird. Nachmittags 4½ Uhr werden 21 Schüsse abgefeuert. Nach dem Gottesdienste folgt große Wachtparade, dann Bewirthung der Mannschaften in den Kasernen, in deren festlich geschmückten Räumen Abends getanzt werden wird. — Bei dem gestrigen Aufsteigen der mit Feuerwerk gefüllten Pulverhütte auf der Insel am Untermainthore wurde die heftige Erschütterung in den nächstgelegenen Häusern bis zur neuen Mainzerstraße verspürt. Es besteht der Verdacht, daß diese Explosion durch Bosheit verursacht worden, wenigstens bemerkte man, daß sich unmittelbar nach dem Aufsteigen der Pulverhütte einige Personen rasch von der Insel entfernten. — Am Abend des 18. Octobers werden Festmahle zahlreiche Kreise patriotischer Bürger in mehreren Gasthäusern vereinigen.

* **Wien**, 10. Oct. Wie die „Presse“ erfährt, werden den ehemaligen Herrschaftsbesitzern durch die neue Gemeindeordnung wesentliche Begünstigungen zugestanden. Der Grundbesitz wird von dem Gemeindebezirke ausgeschieden und der Besitzer bleibt entweder selbstständig mit directer Unterordnung unter die k. k. Landesbehörden erster Instanz, oder er kann sich mit mehreren Herrschaftsbesitzern vereinigen, um einen besonderen Gemeindevorsteher zu wählen. Die Benennung Dominicalgut wird zur Unterscheidung von den Bauerngütern beibehalten. Der Besitzer eines Dominicalgutes erlangt in der Hauptsache beiläufig jene Rechte wie der Vorstand einer Gemeinde, und wird bei Kreisbereathungen ꝛc. beigezogen wie dieser. Er ist berechtigt, sich einen eigenen Beamten zu halten, der ihn im Vollmachtsnamen in allen Angelegenheiten vertritt. Gehört er zum Adel, so genießt er auch noch die besondern Vorrechte, welche durch ein gleichfalls im Entwurfe vollendetes Reglement diesem eingeräumt werden.

P **Berlin**, 12. Oct. Bereits in einem früheren Schreiben habe ich von einer weiteren Depesche gemeldet, welche an die königlichen Missionen bei den Coalitionsregierungen abgesendet werden sollte. Wie ich vernehme, ist dieselbe jetzt an die resp. Gesandtschaften abgegangen und eine ausführlichere Beantwortung der, von den Coalitionsstaaten nach Abgang der diesseitigen Depesche vom 27. Sept. hier übergebenen Erklärung. Obwohl dieselbe schon als eine Antwort darauf hätte angesehen werden können, so scheint die preußische Regierung bei der Wichtigkeit der Sache noch eine eingehendere Betrachtung für zweckmäßig sprechend gehalten zu haben. Der eingenommene Standpunkt wird festgehalten und unter Hinweisung auf den bisherigen Gang der Verhandlungen angezigt, daß ein Abbruch der Conferenzen nothwendig, weil erschöpft war, daß auf denselben es zu einem Resultate nicht kommen konnte. Es schließe dies aber nicht einen Abbruch der Verhandlungen in sich. Preußen werde dazu ferner bereit sein und hoffe sogar, daß auf diesem Wege eine Verständigung und die Erhaltung der Zollvereinsvertrage ermöglicht werde. Nur sei es nothwendig, daß von der Forderung abgegangen werde, daß erst nach dem Abschluß der Verhandlungen mit Oesterreich über einen Zoll- und Handelsvertrag eine Erneuerung der Zollvereinsverträge und Annahme des Septembervertrages stattfinde. Denn dies mache die Erneuerung der Zollvereinsverträge von dem Abschluß von Verhandlungen mit einer dritten außerhalb des Zollvereins stehenden Macht und deren Concessionen abhängig und beeinträchtige die Unabhängigkeit der Verhandlungen. Preußen habe seinen Standpunkt weder aus Eigensinn noch aus eigensüchtigen Motiven festgehalten, sondern aus der durch die Verhandlungen und die Sachlage sich immer mehr festigenden Ueberzeugung, daß nur auf dem von ihm angegebenen Wege ein befriedigendes Resultat zu erzielen sei. Es habe diese seine Ansicht gleich im Anfange der betreffenden Verhandlungen unter Darlegung seiner Gründe den Zollvereinsregierungen bekannt gemacht. Man habe dieselbe aber so wenig berücksichtigt, daß man sich vielmehr verbunden und unterreinander verpflichtet, dieser Ansicht nicht nachzugeben. Unter diesen Umständen könne ihm die Schuld an dem Bruch im Zollverein nicht aufgebürdet werden, welchen es indessen immer noch hoffe, vermieden zu sehen, da die Würdigung der bedrohten Interessen bei den Coalitions-Regierungen doch schließlich noch einer ruhigeren und unbefangeneren Auffassung Raum eröffnen werde. — Möchten sich diese Hoffnungen und Wünsche erfüllen. Inzwischen nehmen die Verhandlungen mit Braunschweig und den thüringischen Staaten ihre ihren Fortgang und die Conferenz, welche am Sonnabend im auswärtigen Ministerium unter Theilnahme der betreffenden Herren Minister und der diesseitigen Zollvereins-Commissarien stattfand, beschäftigte sich mit diesen Angelegenheiten.

X **Düsseldorf**, 12. Oct. Nachdem der rheinische Provinziallandtag noch nicht ganz vier volle Wochen hier versammelt gewesen, wurde derselbe heute Nachmittag in feierlicher Sitzung durch den königl. Landtagscommissär, Hrn. Oberpräsidenten v. Kleist Rezow, im Namen Sr. Majestät des Königs geschlossen. Zu dem gestern Nachmittag von den Abgeordneten dem Hrn. Landtagscommissarius im Gasthof zum Prinzen von Preußen gegebenen Festmahl waren auch die Spitzen der Militär- und Civilbehörden, sowie der katholische Dechant Hr. Jostes und der evangelische Consistorialrath Hr. Budde geladen.

u* **München**, 12. Oct. Das hohe Namensfest Sr. Maj. des Königs wurde heute in unserer Stadt durch feierlichen Gottesdienst in allen Hauptkirchen und in der Synagoge, sowie durch große Kirchenparade der Linie und der Landwehr in der St. Michaeliskirche gefeiert. Dem Gottesdienst in letzter Kirche hatten die königlichen Prinzen und die gesammte Generalität beigewohnt. Im königlichen Hof ist zur Feier des Tags Familientafel, und zwar in den vom König von Griechenland bewohnten Appartements der königlichen Residenz, da Se. Majestät wegen eines nicht bedeutenden Unwohlseins die Zimmer nicht verlassen darf. Abends ist im königlichen Hoftheater Vorstellung, bei festlich beleuchtetem Hause, und auch unsere beiden Vorstadttheater geben Festvorstellungen. Se. Maj. der König hat den sonstigen preußischen Oberbaurath Stüler in Berlin das Comthurkreuz des königlichen Verdienstordens vom heiligen Michael, und dem Baurath Zwirner zu Köln

das Ritterkreuz des königlichen Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen: beide haben sich, wie bekannt, große Verdienste um den Kölner Dombau erworben.

Wiesbaden, 13. Oct. Die „Mittelrheinische Zeitung" ist diesen Mittag, wie sie selbst mittheilt, durch ministerielles Rescript wegen ihrer Haltung in der Zollvereinsfrage, welche Unzufriedenheit und Aufregung im Lande verbreite, verwarnt und auf die ernstlichen Folgen aufmerksam gemacht worden, welche daraus entstehen würden. Die Verwarnung wurde mündlich mitgetheilt.

Lübeck, 8. Oct. Seit nunmehr acht Tagen ist unsere Handelswelt in fortwährender Aufregung, denn früher als sonst und mit ungewöhnlicher Heftigkeit stellen sich in diesem Jahre die gefährlichen Herbststürme ein. Fast ununterbrochen stürmt es nun schon seit dem 2. October aus Südwest und West, und zweimal bereits, an jenem Tage Abends und in der Nacht vom 5. zum 6. October, hat der Sturm eine beinahe orkanartige Höhe erreicht. Die nächsten Umgebungen der Stadt, der Wall und die Alleen, tragen zahlreiche Spuren wilder Verwüstung; in der Stadt selbst ist es glücklicherweise bei einigen beschädigten Dächern und zerstörten Fensterrahmen geblieben. Viel trauriger aber lauten die Nachrichten von der See; von Stunde zu Stunde treffen immer neue Hiobsposten ein. Bei Wismar ist ein finnisches Schiff, das eben mit voller Ladung unsern Hafen verlassen hatte, auf den Strand gejagt, wobei sich mit genauer Noth die Mannschaft gerettet; von Kronstadt, Reval, Helsingborg werden zahlreiche, von letzterem Orte allein bis jetzt 13 Schiffbrüche gemeldet. Das Petersburger Dampfschiff „Naslednik" langte statt am 3. October Morgens erst am 5. October Abends in Travemünde an, nachdem es unterwegs einen Mann über Bord verloren, das Steuer zerbrochen, in dieser Lage 10 Stunden lang den Sturm mühselig ausgehalten und endlich unter Bornholm eine Zeit lang Schutz gefunden hatte. Das Stockholmer Dampfschiff „Svithiod", welches ebenfalls am 3. October Morgens eintreffen sollte, ist noch bis zur Stunde nicht da; Passagiere von Kopenhagen haben indeß das beruhigende Gerücht mitgebracht, daß es in Kalmarsfund geborgen liege. An der Küste von Schonen sind allein einige dreißig Schifferfahrzeuge mit gegen hundert Menschen verunglückt. Capitän Geslieu von dem eben aus Riga eingetroffenen Dampfschiffe hat, wie gesagt wird, allein bei Bornholm 17 größere Schiffe auf dem Strande gesehen! Nach alle dem läßt sich leicht der Schrecken unserer Börse ermessen, welche sowohl bei der Rhederei als bei den Assecuranzen vieler jener Schiffe nicht wenig betheiligt ist. (D. A. Z.)

Z **Hamburg**, 11. Oct. Der kaiserl. österreichische Gesandte und bevollmächtigte Minister bei den freien Hansestädten und den mecklenburgischen Höfen, Graf Franz v. Lützow, ist gestern nach langer Abwesenheit wieder hier eingetroffen. Wie man vernimmt, wird diese gesandtschaftliche Vertretung einstweilen fortbestehen, um so mehr, als das österreichische Generalconsulat augenblicklich nur provisorisch besetzt ist. Angesichts der obwaltenden Zollverhältnisse dürfte eine diplomatische Vertretung seitens Oesterreichs auch nicht so überflüssig sein, als man hier und dort annehmen zu müssen glaubt. Das Directorium des Freihandelsvereins entfaltet eine außerordentliche Thätigkeit. Die „Segnungen des Zollvereins", eine bei Brockhaus in Leipzig erschienene, auf Anregung des Freihandelsvereins verfaßte Broschüre, kann als die jüngste Schöpfung der freihändlerischen Agitationsbestrebungen gelten. Die Stellung Hannovers zur Zollkrisis wird jetzt dazu benutzt, um die Situation mehr noch zu verwirren, als sie es bereits ist.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. Oct. In der gestern abgehaltenen Sitzung des vereinigten Reichstags theilte der Premierminister folgende königliche Botschaft an den Reichstag mit:

Wir Friedrich der Siebente, von Gottes Gnaden König von Dänemark u. s. w. entbieten dem Reichstag unsern königlichen Gruß. Nachdem es mit des Allmächtigen Beistand unseren landesväterlichen Bestrebungen gelungen ist, durch ein mit dem Haupte der ältesten Linie des holstein-gottorpschen Hauses, Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland, unterm 24. Mai (5. Juni) 1851 in Warschau unterschriebenes Protocoll, sowie mit Zustimmung nebst Entsagungs- und Cessionsacten vom 18. Juli 1851 von Seiten der unserm Throne nächststehenden Verwandten und endlich durch Anerkennung in einem zwischen uns und Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn und Böhmen, dem Prinz-Präsidenten der französischen Republik, Ihrer Maj. der Königin der vereinigten Königreiche Großbritannien und Irland, Sr. Maj. dem König von Preußen, Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland und Sr. Maj. dem Könige von Schweden und Norwegen in London unterm 8. Mai d. J. abgeschlossenen und später ratificirten Tractat, Sicherheit dafür zu erlangen, daß die dänische Monarchie in ihrem ganzen gegenwärtigen Umfange unter einem Scepter vereinigt bleiben wird, wenn auch das von dem höchstseligen König Friedrich dem Dritten, gepriesenen Andenkens, zur Schwertseite abstammende männliche Geschlecht, welches ein Erbrecht an den Thron hat, aussterben sollte, so ist es unsere königliche Absicht, in Uebereinstimmung mit den angeführten Verhandlungen und Actenstücken eine solche Ordnung der Thronfolge für die sämmtlichen unserm Scepter untergebenen Lande ins Werk zu setzen, daß, falls die vom König Friedrich dem Dritten zur Schwertseite abstammenden männlichen Nachkommen, welche dem von demselben Könige unterm 14. November 1665 gegebenen Königsgesetze zufolge auf den dänischen Thron Erbrecht haben, aussterben sollten, das ganze Erbrecht nach den Artikeln 27 bis 40 dieses Königsgesetzes dann aufhören und die Thronfolge für sämmtliche unter unserem Scepter vereinigten Lande an unseren höchstgeliebten theuern Verwandten, Se. Hoh. Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und dessen männliche Nachkommenschaft von seiner Gemahlin, unserer höchstgeliebten Cousine, Ihrer Hoh. Prinzessin Louise Wilhelmine Friederike Caroline Auguste Julie von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, gebornen Prinzessin von Hessen, übergehen soll, so daß bei dieser Nachkommenschaft Mann nach Mann und Mann vom Mann, erzeugt in rechtmäßiger Ehe, die Krone nach dem Erstgeburtsrecht und der agnatischen Linealfolge erbt. Wir wollen daher, in Rücksicht auf das Grundgesetz vom 5. Juni 1849 § 4, in Bezug auf das Königreich hiermit allergnädigst den nunmehr versammelten vereinigten dänischen Reichstag aufgefordert haben, seine Zustimmung zu dieser Ordnung der Thronfolge zu geben, welche dann von uns durch einen die ganze dänische Monarchie umfassenden Act gültig gemacht werden soll. Wir haben unsern Minister des Auswärtigen beauftragt, dem Reichstage die zur Erläuterung des Inhalts dieser Botschaft nöthigen Actenstücke mitzutheilen. Wir bleiben dem Reichstage in königl. Huld und Gnade gewogen. Gott befohlen! Gegeben auf unserm Schlosse Christiansborg, den 4. October 1852. Von unserer königl. Hand und Siegel. Frederek R. C. A. Bluhme.

Darauf gab der Premierminister eine Uebersicht der theils gedruckten, theils ungedruckten Actenstücke, welche letzteren er dem Vorsitzenden einhändigte, um sie zur Kenntniß der Versammlung zu bringen, wogegen die ersteren sofort an die Mitglieder der Versammlung vertheilt wurden. Der Vorsitzende bemerkte, daß erst näher bestimmt würde, unter welcher Form die königliche Botschaft behandelt werden solle. Bei der Wahl von fünf Mitgliedern zu einem Ausschusse, welcher einen Vorschlag zu einer Geschäftsordnung für den vereinigten Reichstag machen soll, wurden im Ganzen 133 Stimmen abgegeben und Tscherning (mit 121), Bruun (mit 92), J. E. Larsen (mit 89), Madvig (mit 83) und Blechingberg (mit 87 Stimmen) zu Mitgliedern des gedachten Ausschusses erwählt. Vorausgesetzt, daß das Gutachten des Ausschusses im Laufe des Sonntags Vormittags vertheilt werden kann, wird am Montag die erste Behandlung des Vorschlags zu einer Geschäftsordnung für den vereinigten Reichstag stattfinden. Nach „Kjøbenhavnsposten" besteht ein Theil der oben gedachten Actenstücke aus Schreiben, Consensen und Renunciationsacten von Seiten des Landgrafen Wilhelm und seiner Gemahlin, des Prinzen Friedrich von Hessen, des Prinzen Christian von Glücksburg nebst Gemahlin, des Prinzen Friedrich von Anhalt-Dessau nebst Gemahlin, sowie des Herzogs und der Herzogin von Nassau.

Ein königliches Rescript vom 28. Juni 1841 hinsichtlich des Gebrauchs der deutschen Sprache bei der Ausfertigung von Contracten u. s. w. im Herzogthum Schleswig, ist durch allerhöchste Entschließung vom 29. September l. J. aufgehoben worden.

Belgien.

× **Brüssel**, 12. Oct. Hinsichtlich des neuen Cabinets ist immer noch keine definitive Entscheidung getroffen und die „Indépendance belge" bezeichnet deßhalb die Angabe eines andern hiesigen Blattes, der „Emancipation", als sei das Ministerium bereits constituirt, als eine irrige. Indessen steht nach dem erstgenannten Journal eine nahe und günstige Lösung um so eher zu erwarten, als von Seiten der Freunde desselben die Männer, welche sich geneigt zeigen, Ministerportefeuilles zu übernehmen, der bereitwilligsten und ergebensten Unterstützung versichert worden seien.

Frankreich.

✲ **Paris**, 12. Oct. Im „Moniteur" können Sie heute das vollständige Programm für den feierlichen Einzug des Prinz-Präsidenten in Paris lesen. Der 16. October wird vollständig als ein großer Festtag begangen; die Verwaltungsämter, die Tribunale, die Börse haben Befehl erhalten, an diesem Tag zu schließen, von der Post werden Briefe und Depeschen am Nachmittag nicht mehr angenommen. Diejenigen jungen Mädchen der Halle, welche weiß gekleidet an der Deputation theilnehmen wollen, die dem Prinz-Präsidenten entgegengehen wird, sind aufgefordert, sich einschreiben zu lassen. Das Tedeum in der Notredamekirche ist aufgegeben. Je mehr sich Ludwig Napoleon der Hauptstadt nähert, desto klarer spricht er den Gedanken der Wiederherstellung des Kaiserreichs aus. Billault, der Präsident des gesetzgebenden Körpers, und der Marquis v. Larochejaquelein, Vorsitzender des Generalraths des Departements Deux-Sèvres, befinden sich hier in der Hauptstadt. In der Bannmeile bedecken sich in diesem Augenblick zahlreich in Umlauf gesetzte Petitionen um das Kaiserreich mit Unterschriften; einzelne Gemeinden haben bis auf den letzten Mann unterzeichnet.

Der gute Doctor Veron dringt heute im „Constitutionnel" auf sofortige Proclamation des neuen Reichs. — Von dem Grafen Montalembert wird noch Ende dieser Woche ein neues Buch erscheinen, welches die Interessen des Katholicismus in Europa behandelt und die Politik des „Univers" bekämpft.

Die beiden in St. Etienne verhafteten Complottschuldigen sind in dem Gefängniß in Marseille angekommen.

Spanien.

ch **Madrid**, 7. Oct. Obgleich das hier residirende auswärtige diplomatische Corps noch nicht versammelt war, um dasjenige seiner Mitglieder zu designiren, von welchem es bei der bevorstehenden Entbindung der Infantin Herzogin von Montpensier sich will repräsentiren lassen, so glaubt man doch allgemein, daß der Gesandte Neapels, der Marquis de Riario Sforza hierzu ausersehen wird, und zwar im Hinblick auf die Familienbande der Höfe von Spanien und Neapel. — Die Garnison von Madrid erweist heute dem Generalcapitän der spanischen Armee, Lord Arthur Wellesley, Herzog von Wellington und Ciudad Rodrigo, die Ehre einer Todesfeier. Artilleriesalven haben heute früh den Bewohnern der Hauptstadt den Beginn der Trauerceremonien verkündigt. Um 12 Uhr stellte sich die ganze Garnison um ein zu diesem Zweck eigens errichtetes Mausoleum auf und erwies dem Andenken des Verstorbenen alle militärischen Ehren des Generalcapitäns; dann defilirten die Truppen. Exequien wurden nicht gefeiert, weil der Herzog Protestant war.

Portugal.

*⁎ Das „Diario de Governo" veröffentlicht das neue Wahlgesetz für Portugal. Nach demselben sind Wähler alle großjährigen Portugiesen, welche ein jährliches Einkommen von 100,000 Reis, sowie diejenigen, welche im Jahr zuvor 1000 Reis an directen Steuern bezahlt haben. Wählbar sind alle Wähler ohne Unterschied des Domicils, welche eine flüssige Rente von 400,000 Reis jährlich oder ein Amt haben, das ihnen diese Summe einträgt. Die Listen der Wahlberechtigten und Wählbaren werden von aus den Höchstbesteuerten jeder Stadt gebildeten Commissionen geführt. Die Wahlcollegien belaufen sich auf dem Gebiet der Halbinsel auf 37, auf den naheliegenden Inseln auf 4, und in den überseeischen Provinzen auf 7; sie haben zu ernennen 151 Deputirte für die Halbinsel, 11 für die naheliegenden Inseln und 14 für die Colonien: im Ganzen also 48 Wahlcollegien und 176 Deputirte.

Amerika.

⁑ Den neuesten Nachrichten aus **Newyork** vom 28. September zufolge sollte die Expedition nach Japan am 10. November unter Segel gehen; sie besteht aus den Schiffen „Mississippi", „Princeton" und „Alleghany". — Thomas Baring hatte am 27. September eine Conferenz mit dem Präsidenten Fillmore. — San Jago de Cuba ist am 28. August abermals von einem Erdbeben heimgesucht worden. — Correspondenzen aus **Tampico** melden, daß der Generalcongreß die Wahl des Generals Cardenas für null und nichtig erklärt hat.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
VIII.

℣ **Köln**, 12. Oct. (Fortsetzung der Sitzung am 11. October.) Nach einer Pause wird die Vernehmung Bürgers fortgesetzt. Er sagt aus: Das Statut des Londoner und Kölner Arbeitervereins sei ihm unbekannt; auch von der Assoriation der Cigarrenmacher wisse er nur, was ihm Röser darüber gesagt habe. Auch habe er keine Kenntniß von den Aufrufen und Schriften, welche man versandt habe. Nothjung habe aus der Bundeskasse 14 Thaler erhalten; Otto, der kein eigentlicher Emissär gewesen, nichts. Die Correspondenzkosten wurden aus der Bundeskasse bezahlt. Einen Brief von Jacobi mit Anfrage über einen Congreß habe er empfangen, es sei aber von keinem Bundes-, sondern von einem Demokratencongreß darin die Rede; derselbe sollte Ende Juli stattfinden, woraus jedoch nichts wurde. Einen Brief, den er an Lasalle schrieb, erkennt er an. Bürgers bedauert, darin einer Einladung nicht folgen zu können, er werde aber doch recht herzlich auf die Rothen trinken.

Vernehmung des Angeklagten Nothjung, Schneider. Derselbe sagt aus: Dem Arbeiterbildungsverein habe er in der letzten Zeit angehört. Ueber den Bund habe er sich im October 1850 mit mehreren Mitgliedern desselben unterhalten, und glaube er, daß man ihn als Mitglied eingetragen habe, obgleich keine förmliche Aufnahme stattgefunden. Seine Reise nach Berlin habe er nicht in Bundeszwecken gemacht, sonst würde er sich schwerlich mit 14 Thalern begnügt haben; den größten Theil der Kosten habe er aus seinen Ersparnissen bestritten. Seine Absicht sei es gewesen, aus Deutschland zu gehen, doch habe er keinen Paß dazu erlangen können. Von Becker nahm er Adressen mit, um sich bekannt zu machen, die beregte Vollmacht stellte ihm Bürgers und Röser aus. Ersterer gab ihm auch Adressen, um Erkundigungen einzuziehen über die communistischen Gesinnungen der betreffenden Personen. Er ging nach Bielefeld, Hanover, Hamburg, Altona, Kiel und von dort nach Berlin, wo er Arbeit fand. Dorthin ließ er sich alsdann seinen Koffer nachschicken, welcher Effecten, Ansprachen und 10 Thaler enthielt. In Berlin lernte er den Lieutenant Hentze kennen. Eine Gemeinde habe er dort nicht gegründet. Schimmelpfenning suchte ihn dort auf und gab ihm drei bis vier Aufrufe zur Vertheilung an Offiziere, die er jedoch nicht vertheilt, sondern vernichtet habe. Zum Vergnügen reiste er nach Leipzig, nahm aber den Koffer mit den Ansprachen mit, weil er ihm in Berlin, wo er mit mehreren zusammenwohnte, nicht sicher genug stand. — Es wird hierauf ein Brief von Schimmelpfenning an Nothjung verlesen, worin ihm jener für seine Mühe wegen der Aufrufe dankt, welche ihren Erfolg nicht verfehlt hätten. Befragt über den Widerspruch in diesem Brief und seiner Aussage, weiß er keine genügende Auskunft zu geben. Ueber Adressen von Schimmelpfenning befragt, die aber nur mit Zahlen und einzelnen Buchstaben bezeichnet waren, erklärt er eine derselben für jene Schimmelpfennings selbst; eine andere, die nach Ansicht des Präsidenten mit He, nach seiner und des Vertheidigers Behauptung mit Hz bezeichnet ist, erklärt er für jene des Lieutenant Hentze. Die Schrift wird von den Geschwornen sorgfältig besichtigt und dann die Sitzung geschlossen.

Sitzung am 12. Oct. Ein Schreiben des zweiten Geschwornen, nebst ärztlichem Attest wird verlesen. Der Geschwoene ist erkrankt; der erste Suppleantgeschworne rückt nach. Der Vertheidiger Schneider II. bemerkt: Die Anklage habe einen Belastungszeugen, Dr. Mensching aus Hannover, entlassen. Das könne nur mit Bewilligung der Gegenpartei geschehen. Er erkläre sich dagegen. Der Oberprocurator sagt, er habe denselben entlassen, weil die Thatsache, die er bezeugen sollte, von dem Angeklagten anerkannt sei. Er habe sich im Interesse der Oekonomie dazu berufen gefühlt, weil der Zeuge nur gegen eine Entschädigung von täglich 6 Thaler zum Erscheinen zu bestimmen gewesen sei. Wollten die Angeklagten, daß er bleibe, so möchten sie auch die Kosten tragen. — Vertheidiger Schneider II. Wer die Kosten zu tragen hätte, ergäbe der Proceß. Er bittet den Hof um Entscheidung und protestirt nochmals gegen die Entlassung. — Oberprocurator v. Seckendorf: Es stände der Vertheidigung frei, ihn als Schutzzeugen laden zu lassen, als Belastungszeuge sei er überflüssig geworden. Der Hof tritt ab, kehrt nach kurzer Pause zurück und erklärt sich gegen die Entlassung.

Fortsetzung der Vernehmung Nothjungs. Es wird einer der Aufrufe an die Offiziere, die Nothjung in Convert ausgegeben hat, verlesen; er ist von Willig und Schimmelpfenning unterzeichnet und spricht von einem Gaukelspiel, das man mit Deutschland und dem Heer getrieben habe. Nachdem das Heer seine starke Hand geliehen, um die deutschen Freiheiten zu unterdrücken, habe man es in Schleswig Holstein verrathen und auf die Schlachtbank, und darauf in Hessen zur Schande geführt. Ob sie dem Meineid den Eid halten und ihn dem Volke brechen wollten u. s. w. — Der Angeklagte bemerkt, daß er nicht gewußt habe, daß solch ein Aufruf im Briefe lag, als er denselben beförderte. — Präsident: Weßhalb haben Sie denn die andern verbrannt? — Angeklagter: Ich vermuthete damals, daß Schimmelpfenning meine Gefälligkeit mißbraucht hätte. — Präsident: Der Brief hatte eine dreifache Adresse, was vermuthen läßt, daß er circuliren sollte. Der Angeklagte hätte früher geleugnet, daß er den Brief befördert habe. Nothjung: Das that ich aus Trotz wegen des Verfahrens, welches die sächsische Untersuchungsbehörde gegen mich in Anwendung brachte. Sie entzog mir, weil ich nicht nach ihrem Wunsche aussagen wollte, die Nahrung, und legte mich in Ketten. — Procurator: Er habe sich in Sachsen vergangen, und sei nach sächsischen Gesetzen behandelt worden. — Angeklagter: Dem sei nicht so, er sei auf eine Aussage des Lieutenants Hentze verhaftet worden. Es wird dem Angeklagten ein Brief von Dr. Becker vorgelesen, worin dieser ihm wegen seiner Vertheidigungsrede und Mazzinischen Broschüren schreibt. Von Kinkels Reden seien auch noch Ballen vorhanden. Es folgten mehrere Adressen. Der Buchhändler Busch habe die meiste Courage. Er möge vorsichtig sein, und nur durch Vermittelung dritter Personen handeln. Man müsse sich der Partei erhalten u. s. w. — Befragt über mehrere dunkle Stellen im Brief, will er deren Bedeutung nicht kennen. Einzelne Bücher, die man bei ihm fand, habe er für seinen eigenen Gebrauch bei sich gehabt. — Der Präsident bemerkt, wenn es sich nicht von der Verbreitung verbotener Bücher gehandelt habe, so brauchten die Buchhändler keine Courage und er keine Vermittler. — Angeklagter: Die Broschüre von Mazzini und die Rede von Becker seien nicht verboten gewesen. Unter der Partei, wofür er sich erhalten sollte, will er im Allgemeinen nur die demokratische Partei verstanden haben. — Fr. Wußte Becker, daß Sie im Bunde waren? — Antw. Nein. — Wann wurden Sie in den Bund aufgenommen? — Antwort: Ich weiß es nicht mehr, in der langen Haft hat mein Gedächtniß sehr gelitten; er sei dem Bunde zugeführt, aber nicht aufgenommen worden. Auch er stellt, wie die andern Angeklagten, die Statuten und den Bund als etwas provisorisches dar, was noch in der Bildung gewesen sei. Er will überhaupt wenig oder nichts wissen, was in den Statuten und Ansprachen stand und was man beabsichtigt habe, doch gesteht er, daß er Mitglied des Becker'schen Preßvereins gewesen sei; dieser habe die Aufgabe gehabt, die Presse bei den schweren Cautionen zu unterstützen, welche Richtung der Presse, wisse er aber nicht. Ueber ein Loos befragt, äußert er, es sei aus einer Lotterie zu Gunsten der Flüchtlinge, er habe es von einem Unbekannten gekauft und

hörer an Mohr wieder abgegeben. Bei Bierwirth Simon hätten keine Versammlungen des Bundes stattgefunden. Er will weder die „preußische Brüder und Unterthanen", noch Blanquis Toast verbreitet haben. Letztern habe er besessen, erinnere sich aber nicht mehr, wie er dazu gekommen sei. Auch will er Blanqui's Toast nicht vorgelesen haben. (Fortsetzung folgt im nächsten Hauptblatt.)

Börsenberichte.

Telegraphischer Coursbericht des Syndicats der Frankfurter Wechselfensale.

Paris, 13. Oct. 3½ pCt. Rente 107, 60. — 3pCt. 81, 80. — Piemont 98, 30. — 3pCt. Span. 46½. — 1pCt. do. 26.

London, 13. Oct. 3pCt. Stocks 100⅛. — 3pCt. Span. 50⅛. — 1pCt. do. 25⅛.

Madrid, 8. Oct. 3pCt. 47⅜. — 1pCt. Neue 26⅛.

Frankfurt, 14. Oct. Bei der heute stattgehabten 11. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 175, 12830, 11745 und 22370 jede 1000 fl., Nr. 18425, 19838, 23656, 17223 und 10953 jede 300 fl.

Frankfurt, 14. Oct. Gestern ist hier angekommen: Herr Professor Dr. v. Liebig, aus München, im Brüsseler Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten, Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

[2339]

Bekanntmachung.

Vom 15. d. M. an findet die Abfertigung der Localpostfahrten zwischen **Frankfurt** und **Homburg** v. d. H. in folgender Weise statt:

Aus **Frankfurt**:	Aus **Homburg**:
9 Uhr Morgens.	9 Uhr Morgens.
11 „ Vormittags.	11 „ Vormittags.
1 „ Nachmittags.	1 „ Nachmittags.
5 „ „	3½ „ „
7 „ Abends.	7 „ Abends.

Frankfurt a. M., 13. October 1852.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[2338]

Bekanntmachung.

Vom 15. d. Mts. an findet die Abfertigung der zwischen Wiesbaden und Rüdesheim correspondirenden Eilwagen wie folgt statt:

Abgang aus **Wiesbaden**:	aus **Biebrich**:	durch **Eltville**:	Ankunft in **Rüdesheim**:
Eilwagen I. 7¾ Uhr Morgens.	8¼ Uhr Morgens, im Anschluß an den aus Frankfurt um 6½ Uhr Morgens abgehenden Eisenbahnzug.	9½ Uhr Vormittags.	11¼ Uhr Vormittags.
Eilwagen II. 3½ Uhr Nachmittags.	4 Uhr Nachmittags im Anschluß an den aus Frankfurt um 2½ Uhr Nachmittags abgehenden Bahnzug.	5¼ Uhr Nachmittags.	7 Uhr Abends.

Abgang aus **Rüdesheim**:	durch **Eltville**:	in **Biebrich**:	Ankunft in **Wiesbaden**:
Eilwagen I. 7 Uhr Morgens.	8¼ Uhr Morgens.	10 Uhr Vormittags zum Anschluß an den um 10 Uhr 25 Min. nach Frankfurt abgehenden Eisenbahnzug.	10½ Uhr Vormittags.
Eilwagen II. 2 Uhr Nachmittags.	3⅜ Uhr Nachmittags.	5 Uhr Nachmittags zum Anschluß an den um 5 Uhr 35 Min. nach Frankfurt abgehenden Bahnzug.	5½ Uhr Nachmittags.

Frankfurt a. M., den 12. October 1852.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

Cours der Staats-Papiere. 14. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5%M. (C.A.B.Roths)	93¼	G.
»	5%M.v.J.1851 Ser. B.	93¾	G.
»	5%L. V. (C. B. Roths)	88, 1/8	bez. u. G.
»	5%do.Monte C.85.I.M	84⅛ F. 83½	G.
»	Bank-Actien	1386	G.
»	5% Metallig. Oblig.	81¼	G.
»	5%M.v.J.1851 Ser.A.	81⅜	G.
»	4½% ditto	73 F. 72⅞	bez. ¾ G.
»	4% ditto	65	G.
»	3% ditto	48½	G.
»	2½% ditto	41½ F. 41	G.
»	1% ditto	16¼	P.
»	4,250 Loose b. Roths.	118½ P. 118	F.
»	fl. 500 » ditto	192½	G.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	81½	P.
»	4% ditto	71¼	P.
Preussen .	3½% Staatsschuld.	94½	F.
»	4½% Oblig. b. Roths.	104	P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	111¼	F.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101	G.
»	4½% ditto	100½	bez. ¾ G.
»	4% ditto		
»	4% Anlös.-Rente .	96⅜ F.	½ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93	P.
»	Landwirsch.-Bernbach.	95¼ F.	95 G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102¾	F.
Baden . .	5% Obligationen . .		—
»	4½% Obligationen .	102¾	F.
»	4½% v. 1849 . . .	100¼	G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66	G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	37¾ F.	½ bez. u. G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103	G.
»	4% ditto	99¾ F.	P.
»	3½% ditto	91½	G.

		Per comptant.	
Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28¾ F.	⅛ G.
Warzburg.	4½% Oblig. b. Roths.	102 F.	101¾ G.
»	3½% ditto	91 F.	90¾ G.
Kurhessen	40Thlr. l.- u. Rothsch.	83½	G.
»	Frkf.-Wilhs.-Nordb.	44½	G.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	101	G.
»	4% ditto b. Rothsch.	97⅜	G.
»	3½% ditto b. Rothsch.	91¾ F.	⅛ G.
»	fl. 50 Loose . . .	50½ F.	P.
»	fl. 25 Loose . . .	31¼	F.
Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95⅜	G.
»	3½% » v. 1846	95	G.
»	3% » » . . .	85½ F.	⅛ G.
»	Taunusbahnact. .	298 F. 97	bez. 96 G.
Russland	4½% Obl. b. Baring	103½	P.
»	4% Obl. b. Hope & 2.	90	G.
»	4% » b. Stieglitz »	92	G.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91¾ F.	91 G.
Spanien	3% Inl. Sch. P. fl. 3.36	46⅛ F.	46 G.
»	1% Neue » »	23½ F.	7/16 bez. u. G.
Holland .	4% Certificate . .	99¼	G.
»	2½% Syndicate .	94½	G.
»	2½% Integrale .	63½ F.	63 G.
Belgien .	5% Obl. in L. à 25 b. R.	99⅝	bez.
»	4½% Obl. in F. à 25 kr.	97⅜ F.	⅛ G.
»	4% Obl. in F. à 28 kr.	90¼	G.
»	3½% Obl. b. Rothsch.	85½	F.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97⅜	bez. u. G.
»	5% Obl. b. Hambro	94½	G.
»	Sardinische Loose .	40½ F.	⅛ G.
Toscana	5%Obl.1850(C.b.Golds.)	100	P.
»	5%1851 b. Bastig(do.)	97⅛	P.
Nämerika	6% Stocke Doll. 2.36.	116½ F.	⅛ G.
Venetien	fl. 10 Loose . . .	19⅞ F.	⅛ G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 14 October	Per comptant	
Amsterdam . .	k.S.	100 B. 99⅝ G.
(100 fl. Crt.)	2M.	— —
Augsburg . . .	k.S.	120 B. 119⅝ G.
(100 fl. Crt.)	2M.	— —
Berlin	k.S.	104⅛ B. 104 G.
(60 Thlr.) .	2M.	— —
Bremen (50	k.S.	97⅛ B. ⅛ G.
Rthlr. l. Ldor.	2M.	— —
Hamburg . . .	k.S.	86⅞ B. ⅛ G.
(100Mk.Bc.)	2M.	— —
Leipzig . . .	k.S.	105 B.
London . . .	k.S.	119⅝ B. ⅛ G.
(10Livr. St.)	2M.	— —
Lyon	k.S.	94⅛ G.
(300 Fr.) .	2M.	— —
Mailand (250	k.S.	100⅞ B. ⅛ G.
Lir. Austr.)	2M.	— —
Paris	k.S.	94⅛ B. ⅛ G.
(300 Fr.) .	2M.	— —
Wien (100fl.)	k.S.	102⅞ 103 bez.
im fl. 20 F.)	2M.	102⅞ G.
Disconto . . .		3½ B. 4 G.

Gold und Silber.

Pistolen	à 9	41-45
Pr. Friedrichsd'or	à 9	54-55
Holl. 10fl. Stücke	à 9	53-54
Rand-Ducaten .	à 5	36-37
20 Francsstücke	à 9	28-29
Engl. Sovereigns	à 11	54
Gold al Marco	à 383	-384
5 Frankenthaler	à 2	21½-22
Preuss. Thaler	à 1	45-½
Preuss. Cassa-Sch.	à 1	44⅞-45½

№ 277. — Freitag — den 15. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bundesländern des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins 1 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Deutschen Handels- und Zollvereins 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder à fl. 10 kr. G. K. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. Alle Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris bei Rue Notre-Dame de Nazareth No. 13, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (½ Zeilen) aus Petitschrift oder deren Raum 5 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Frankfurt und die französischen Occupationen.

Frankfurt, den 14. October.

Seit einer Reihe von Jahren kann man die Bemerkung machen, daß Viele den Blick sehnsüchtig nach Westen wenden, und vergnügt fühlend an den deutschen Zuständen, alles Heil von Frankreich erwarten. Von ältern Leuten, welche die Drangsale der französischen Revolutionskriege erlebt und empfunden haben, hört man diese Aeußerungen seltener; wohl aber von einem Theil der jüngern Generation, die, unbekannt mit den Franzosengräueln in Deutschland, den gallischen Heiland mit Sehnsucht entgegensieht. Eine kleine Aufstellung der Bedrängnisse, welche unsere Vaterstadt nur allein während der letzten französischen Kriege von Seite der Franzosen zu erdulden hatte, dürfte geeignet sein, diesen Leuten einigen Stoff zum Nachdenken zu geben. Nachdem am 14. Juli 1792 der letzte deutsche Kaiser Franz II. gekrönt worden war, besetzten die vordringenden Franzosen ein Vierteljahr später, am 22. October, die Stadt. Als die vom Oberzarenal Custine geforderte Contribution von 2 Millionen Franken nicht rechtzeitig erlegt wurde, hob derselbe des Nachts acht der vornehmsten Bürger als Geißeln auf und schickte sie nach Frankreich. Die Contribution mußte bezahlt werden. Am 2. December 1792 wurde die Stadt durch die Preußen und Hessen unter Anführung des Königs von Preußen erstürmt und die französische Besatzung theils vernichtet, theils gefangen. In Folge eines Bombardements der Franzosen unter General Kleber, am 12. und 13. Juli 1796, brannten 140 Häuser nieder und die Stadt wurde von dem österreichischen Commandanten, General v. Wartensleben, übergeben. Kaum waren die Franzosen in die Stadt gerückt, so wurde derselben eine in 24 Tagen zu zahlende Contribution von 8 Millionen Franken auferlegt, wovon 6 Millionen in Baar und 2 Millionen in Lieferungen an Tuch, Leinwand u. s. w. abgetragen werden sollten, wogegen Sicherheit des Eigenthums, freier Handel und mäßige Einquartierung versprochen wurde. Im Februar 1806 forderte Marschall Augereau im Namen seines Kaisers eine Contribution von 4 Millionen Franken und drohte, wenn diese Summe nicht in 8 Tagen bezahlt wäre, mit außerordentlicher Einquartierung und Verlegung der Feldspitäler hierher. Bereits am 6. Sept. desselben Jahrs wurde die Stadt, welche erst im Jahr 1803 durch Vertrag von Napoleon als freier, selbstständiger und in allen Kriegen neutraler Staat anerkannt worden war, durch den französischen Generalcommissär Lambert dem Frhrn. Karl v. Dalberg, Fürst-Primas des Rheinbundes, als Eigenthum übergeben. Im Oct. 1810 wurden in Auftrag des Kaisers durch französische Soldaten und Zöllner die Waarengewölbe der hiesigen Kaufleute versiegelt, und eine Menge von Privathäusern nach englischen Waaren durchsucht. Die vorgefundenen englischen Fabrikate wurden weggenommen und öffentlich verbrannt. Man schätzte den Verlust auf 1,250,000 Franken. Noch am 31. October 1813, als Napoleon mit seiner geschlagenen Armee gegen Frankfurt kam, war unserer Stadt die Plünderung zugedacht, die nur auf die dringendsten Vorstellungen und Bitten des Herrn Simon Moritz v. Bethmann unterblieb. Nimmt man zu diesem allen noch die beständigen Chicanen der übermüthigen Eroberer, die unerträglichen Lasten der fürstlichen Regierung, die ungeheure Ausdehnung des Conscriptionssystems, das unsere Jugend massenweise zur Schlachtbank führte, so wird man den Gedanken aufgeben, von unsern westlichen Nachbarn etwas anders, als Drangsale zu erwarten.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 14. Oct. Die amtliche Bekanntmachung von Seite des Senats, wonach die beiden Gesetze vom 19. October 1848 und 20. Februar 1849, in Folge des Bundesbeschlusses vom 12. August 1852 außer Wirksamkeit gesetzt werden, ist von der hiesigen Einwohnerschaft mit Ruhe aufgenommen worden. Von einer „Mißstimmung" der Bürgerschaft über diese Maßregeln, deren Vorhandensein in der letzten Sitzung der gesetzgebenden Versammlung behauptet wurde, ist keine Spur. Vielmehr ist man erfreut, daß die mehrjährigen leidigen Verfassungswirren beendigt und unsere Zustände wieder zu dem Punkte zurückgekehrt sind, von dem man sich nie hätte entfernen sollen.

* **Berlin**, 12. Oct. Die Kreuzzeitung hat am Sonnabend ihr Blatt mit einem Pater peccavi begonnen. Alle Welt hat natürlich gestaunt über eine solche Sinnesänderung, und man glaubte in dem betreffenden Artikel nur einen Hohn zu erblicken. Jedoch ist es kein Spott, wie man der „Leipziger Zeitung" mittheilt, es ist ein abgedrungenes Geständniß, das allerdings mit der nöthigen Portion Ingrimm gegeben sein mag. Die Schamlosigkeit, mit der die Kreuzzeitung nicht nur die Sachen, sondern auch die Personen angriff, war so groß, daß es im Interesse der Sittlichkeit und der Staatswohlfahrt lag, ihr zu steuern. Es soll, wie dem Correspondenten der „Leipz. Zeitung" für gewiß versichert wird, der Redaction gedroht sein, daß man das Forterscheinen der Kreuzzeitung verhindern werde, wenn sie ferner in der bisherigen Weise auftrete. — Einschließlich der vom 10. bis 11. vorgekommenen vier Cholerafälle sind hier 146 Erkrankungen angemeldet worden. Gestorben sind 29, genesen sind 91 und 26 Personen in Behandlung geblieben.

* **Dresden**, 12. Oct. Herr v. Friesen, wie der „Hamburger Correspondent" erfährt, ist nicht blos aus dem Ministerium getreten, sondern überhaupt aus dem sächsischen Staatsdienste geschieden.

Kiel, 10. Oct. Man will hier mit Bestimmtheit wissen, daß die Verhandlungen, welche über das von dem dänischen Wachtschiffe auf der Elbe gegen vorbeifahrende hannoversche Soldaten eingehaltene Verfahren gepflogen worden sind, zu keinem befriedigenden Resultat geführt haben. Es soll vielmehr von der hannoverschen Regierung zwar kein Verbot gegen das Singen politischer Lieder, und namentlich des mißliebigen „Schleswig-Holstein" für die unter hannoverscher Flagge fahrenden Dampfschiffe, wenn selbige bei dem Wachtschiffe vorbeigehen, erlassen, aber doch durch die betreffenden Behörden eine Warnung dahin ergangen sein, daß man sich am Bord jener Schiffe in der Nähe des Wachtschiffes des Singens von „Schleswig-Holstein" enthalten möge, weil die hannoversche Regierung sich nicht im Stand sehe, gegen Maßregeln, die der Commandeur des Wachtschiffes zu treffen für gut erachten möge, Schutz zu verleihen. Der „H. C." versucht diese Mittheilung „einer so guten Quelle", daß er kein Bedenken trägt, sie für verbürgt zu erklären.

[x] **Meiningen**, 12. Oct. Vorigen Dienstag hat unsere herzogliche Familie die Sommerresidenz Altenstein verlassen und ist zum bleibenden Winteraufenthalt hier eingetroffen. Heute ist der Herzog zu einem Besuch unseres Oberlandes, namentlich nach der durch den furchtbaren Brand fast vernichteten Stadt Gräfenthal abgereist. Seit mehreren Tagen weilen die Töchter des Herzogs Bernhard von Sachsen-Weimar, die Prinzessinnen Anna und Amalie, an unserm Hofe zum Besuch. — Die verwittwete Landgräfin von Hessen-Philippsthal, die seit einigen Wochen in Philippsthal bei ihrem Sohne, dem Landgrafen Karl, zum Besuch war, wird in diesen Tagen hier, wo sie ein freundliches Palais besitzt und den Winter regelmäßig zuzubringen pflegt, erwartet. In Philippsthal weilten seit einigen Wochen auch die Schwiegereltern des Landgrafen Karl, der Herzog Eugen (russischer General der Infanterie) und die Herzogin Helene zum Besuch. Auch sie werden Philippsthal demnächst verlassen und nach ihrer Residenz Karlsruhe (in Schlesien) zurückkehren.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 12. Oct. Die Anwesenheit der Herzogin von Orleans in Lausanne soll von zahlreichen Schenkungen von

ländischer Werber verhaftet worden.

Türkei.

Einem Schreiben des „Constitutionnel“ aus **Konstantinopel** vom 25. September entnehmen wir Folgendes: „Die Anwesenheit einer englischen Flotte (sie besteht aus 5 Linienschiffen, 5 Dampffregatten und 3 leichten Fahrzeugen) vor Smyrna, welche, wie man sagt, die Absicht hat, auf der Rhede von Beshika zwischen dem Cap Baba und den Dardanellen binnen kurzem vor Anker zu gehen, hat die ganze türkische Bevölkerung in Aufregung versetzt und bei der Pforte selbst große Unruhe verursacht. Niemand kennt den wahren Zweck der Ankunft dieser Flotte und die von einem der Minister des Sultans zur Rede gestellte englische Gesandtschaft ertheilte nur eine ausweichende Antwort. — Man versichert, daß die Frage des Baues der Eisenbahn von Konstantinopel nach Belgrad definitiv gelöst sei und die Bauten nächstes Frühjahr beginnen werden.

Schweden.

Stockholm, 5. Oct. Selten ist wohl ein Prinz so innig und so allgemein betrauert worden, als Prinz Gustav. — In diesen Tagen haben die Freunde der Religionsfreiheit eine öffentliche Zusammenkunft gehalten, und sich dabei unter Anderm darüber besprochen, ob sich in Schweden Religionsfreiheit finde, und ob das schwedische Volk auf einer niedrigeren Bildungsstufe stände, als das norwegische vor sieben Jahren, wo es von dem Kinig beider Reiche von allem Religionszwang befreit wurde. Die erste Frage wurde insofern bejaht, daß sich Religionsfreiheit hier de jure, aber nicht de facto fände. Die zweite wurde gänzlich verneint. Uebrigens zeigte sich bei den meisten Rednern eine äußerst feindselige Stimmung gegen die Staatskirche und ihre Vertreter, der man nicht allein das Epithet einer christlichen absprach, sondern eines der drgsten heilegte. — „Folkets Röst“ ist abermals von einem Israeliten angeklagt worden. In Folge dessen wurde der verantwortliche Herausgeber dieser berüchtigten Zeitung verurtheilt, seine Ehre zu verlieren, 24 Tage bei Wasser und Brod zu sitzen, und öffentliche Abbitte zu thun. Die inerimistische Zeitungsnummer soll von Scharfrichter öffentlich verbrannt werden. Leider ist der Verurtheilte, der sich zum Sündenbock hingegeben hat, ein armer bedauernswerther Wicht. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

n **Frankfurt**, 14. Oct. Die Geburtstagsfeier Sr. Maj. des Königs von Preußen ist heute Abend mit einem glänzenden musikalischen Fackelzug, den natürlich eine große Menschenmenge begleitete, eingeleitet worden. Die morgen stattfindenden Festlichkeiten, namentlich militärischer Natur, sind bereits in d. B. bezeichnet worden. Die Abfeuerung der Kanonen mit der üblichen Zahl von Schüssen findet morgen früh auf dem Gallusfelde, nahe der Eisenbahnhöfe statt, und es sind die Bewohner der benachbarten Gartenhäuser polizeilich darauf aufmerksam gemacht worden, ihre Fenster dabei nicht geschlossen zu halten.

P **Berlin**, 13. Oct. In den letzten Sitzungen des Staatsministeriums ist, wie wir hören, unter anderm auch die Bundesverfassungsgesetzgebung Gegenstand der Erwägungen gewesen, welche jedoch in der gegenwärtigen Auffassung dieser Angelegenheit in keiner Weise eine Aenderung erzeugt haben möchten. Wir glauben mit Bestimmtheit wenigstens versichern zu können, daß Preußen in dieser Angelegenheit die Rechtsverbindlichkeit keines Beschlusses anerkennen wird, welcher nicht mit vollkommener Einstimmigkeit gefaßt worden ist. — In diesen Tagen treten hier Commissarien Preußens, Braunschweigs und Hannovers zusammen, um über Aenderungen des Fahrplanes auf der Köln-Mindener und den damit in Verbindung stehenden Eisenbahnen Verabredungen zu treffen.

* **Berlin**, 13. Oct. In den nächsten Tagen, sagt die „Voss. Zeitung“, erscheint dem Vernehmen nach im Verlage der Deckerschen geheimen Oberhofbuchdruckerei eine Sammlung sämmtlicher Actenstücke der Erklärungen und Depeschen, welche in den Zollvereinsangelegenheiten zwischen Preußen und den Darmstädter Verbündeten seit dem Abschluß des Septembervertrags gewechselt worden sind. Diese Sammlung ist von einem Vorwort begleitet, welches einen Ueberblick der Verhandlungen gibt und zur Erläuterung der Actenstücke dient. — Der k. k. österreichische Gesandte Baron Prokesch v. Osten ist vorgestern Abend hier wieder eingetroffen. Er war von Wien am 10. d. M. Abends abgereist. Gestern im Laufe des Vormittags begab sich derselbe zu dem Ministerpräsidenten, mit dem er eine lange Conferenz hatte. Zu vorstehender Mittheilung bemerkt die „Spenersche Zeitung“: Nach den Einrichtungen, welche hier von der Familie des österreichischen Gesandten, Herrn Prokesch v. Osten, getroffen werden, scheint derselbe Berlin bald gänzlich verlassen zu wollen. Man begegnet diesen Diplomaten jetzt mehr als je zum Vertreter Oesterreichs bei der Pforte.

* **Dresden**, 12. Oct. Es ist begreiflich, wenn der neueste Ministerwechsel, so eindrucklos er im Uebrigen vorübergegangen ist, noch immer zu Conjecturen weiterer Personalveränderungen Veranlassung gibt. Ich glaube Ihnen indeß mit Verlässigkeit versichern zu können, daß in der nächsten Zukunft eine definitive Besetzung des Ministeriums des Innern so wenig stattfinden wird, als ein Uebergehen des Portefeuille des Cultusministeriums in andere Hände. Das letztere ist am allerwenigsten jetzt zu erwarten, wo das höchst geistliche Amt des Landes durch Harleß Abgang unbesetzt ist; auch darf man wohl annehmen, daß der Minister v. Beust die beabsichtigte Neuorganisation der Kirchenverfassung noch selbst wird ins Leben führen wollen. — In der Zollfrage hört man neuerdings von einer Vorstellung, welche das Leipziger Stadtverordnetencollegium an die Regierung zu richten mit schwacher Majorität beschlossen haben soll. Voraussichtlich wird dieselbe auf die Haltung der Regierung ohne Einfluß sein. Die letztere wird sicherlich im Einklange mit den übrigen Coalitionsregierungen handeln. Zu der neuen Wiener Conferenzen ist dem Vernehmen nach wiederum der jetzige Oberzolldirector v. Schimpff als dieselbige Abgeordneter ausersehen. — Wenn Ihnen unlängst (Nr. 242 Beil.) von hier geschrieben worden, man habe auf Dr. Kliefoth von Schwerin als Nachfolger von Harleß reflectirt, es solle derselbe aber wenig Lust dazu zeigen, da er als strenger Confessionalist im Kirchenregiment Gehorsam zu finden gewohnt sei, so bin ich in der Lage, Ihnen aus guter Quelle versichern zu können, daß dem Dr. Kliefoth keinerlei deffallsige Anerbietungen gemacht worden sind, daher es auch gleichgiltig sein kann, welche Ansichten derselbe über den Gehorsam hat, den das sächsische Kirchenregiment zu finden gewohnt ist. Soviel glaube ich aber behaupten zu dürfen, daß man hiesigen Orts sicherlich zwar auf einen Mann von strengalaubiger Richtung, gewiß aber nicht auf einen Eiferer Bedacht nehmen und dem klerikalen Princip nicht den Spielraum einräumen wird, welchen manche Persönlichkeiten beanspruchen. Auch geht Dr. Harleß nicht, wie es in derselben Correspondenz heißt, mit der Fromme Syener von hier, sondern weil er aus Rücksicht auf die bayerische Kirche dem Rufe dahin folgen zu müssen glaubte, wie dies aus seiner eigenen, in der „Sachsenzeitung“ seiner Zeit erschienenen Erklärung ergibt.

†† **Kassel**, 13. Oct. Nach der Zurückkunft des Kurfürsten, welcher heute erwartet wird, sieht man mehreren Veränderungen in der Verwaltung und Justiz entgegen. Namentlich dürfte nun bald die Reconstituirung des früher hier bestandenen Handels- und Gewerbvereins, welche bereits im Organisationsgesetz vorbehalten worden und wovon sich das Bedürfniß täglich fühlbarer macht, stattfinden. — Nach Verbüßung seiner 11monatlichen Gefängnißstrafe auf der Bergfeste Spangenberg ist der Bürgermeister Henkel wieder hierher zurückgekehrt. — Einer namhaften Zahl hiesiger Wirthe und Zapfer, welche in der Agitation der Revolutionsperiode eine hervorragende Rolle gespielt, sind dieser Tage die Wirthschaftsconcessionen entzogen worden.

Frankfurt, 14. October, Abends.

Die heute fällige Pariser Post ist ausgeblieben. Die „Independance belge“ meldet, Ludwig Napoleon werde wahrscheinlich den Titel „Napoleon II., Kaiser der Franzosen und König von Algerien“ annehmen. Zu dieser Meinung berechtigt auch ein Passus in der zu Bordeaux gehaltenen Rede des Prinz-Präsidenten. Ueber die Mission des Generals de Cotte in Rom wird in der französischen Hauptstadt fortwährend viel gesprochen, ohne daß man etwas Bestimmtes darüber wüßte. Als designirten Vicekönig von Algerien bezeichnet man den Prinzen Napoleon, Sohn des Marschalls Hieronymus.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

* **Berlin**, 12. Oct. Am 18. October wird die Eröffnung der Ostbahnstrecke zwischen Marienburg und Braunsberg stattfinden. Der Feierlichkeit werden der Ministerpräsident und der Minister der öffentlichen Bauten, Hr. v. d. Heydt, beiwohnen. Die neu zu eröffnende Strecke steht noch nicht in unmittelbarer Verbindung mit der bis jetzt dem Verkehre übergebenen Eisenbahn. Es besindet sich zwischen Dirschau, dem Endpunkt dieser, und Marienburg, dem Anfangspunkt der neuen Strecke, ein Weg von ungefähr 2 bis 3 Meilen, welcher noch nicht hat fahrbar gemacht werden können, weil die grosartigen Brückenbauten an der Weichsel und Nogat erst später zu beendigen sind. Im nächsten Jahr, glaubt man aber, daß nicht nur die Strecke zwischen Dirschau und Marienburg, sondern auch die zwischen Braunsberg und Königsberg fertig werden wird. Alsdann wird ganz Preußen durch einen Schienenweg von Westen nach Osten durchschnit-

ten sein. Man spricht in unterrichteten Kreisen davon, daß die Eisenbahn von Königsberg nach Memel fortgeführt werden dürfte, da man russischerseits eine Eisenbahnverbindung zwischen Petersburg und Deutschland über Riga und Memel beabsichtige. Eine Aenderung in dem Fahrplan der Ostbahn wird durch die Eröffnung der neuen Strecke nicht eintreten.

Rom, 5. Oct. Nachdem die Verhandlungen mit Privatgesellschaften wegen Erbauung der Rom-Bologneser Eisenbahn erfolglos blieben, läßt die Regierung diese Linie jetzt auf ihre Kosten untersuchen.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
VIII.

γ **Köln,** 12. October. (Sitzung vom 12. October. Fortsetzung.) Vernehmung des Angeklagten Reiff. Derselbe gesteht, Mitglied und Secretär des Arbeitervereins und des Arbeiterbildungsvereins gewesen zu sein, und eine Zeitlang mit drei Andern die Zeitung des Arbeitervereins redigirt zu haben, wobei er jedoch allein als verantwortlicher Redacteur fungirte. Zwei Briefe aus Besançon vom Jahr 1848, die darin veröffentlicht wurden, erkennt er an; der eine ist von Jansen aus Köln, der in Baden später standrechtlich erschossen wurde, der andere von Willich. Um die Thätigkeit des Arbeitervereins zu charakterisiren, läßt der Präsident dieselben verlesen. Im ersten wird von reifer Saat gesprochen, die eine kühne Hand mähen müßte, welche zugleich das Unkraut der Despotie mit Stumpf und Stiel ausrotte. Es wird dann namentlich das Vertrauen in den Arbeiterverein ausgesprochen, daß er zur Hand sein würde, wenn es gelte, die Freiheit und den Wohlstand mit dem Herzblut zu erkämpfen. Der andere von Willich vergleicht den Communismus mit dem Christenthum, wonach alle Menschen Brüder sein sollten, und das deßhalb nicht wollte, daß sich der Mensch dem Bruder für ein Stück Brod verkaufe. Es schließt: unserer sind nur wenige Hunderte, aber wir sind reines Herzens. — Der Angeklagte erklärt, daß diese Briefe in seiner Abwesenheit von Anneke aufgenommen worden seien, ehe sie begutachtet worden wären. Der Vertheidiger Thesmar: Diese Drucksachen seien 1848 erschienen, und hätten keine Verfolgung hervorgerufen. — Auf die Frage, ob er Mitglied des Bundes gewesen, erklärte Reiff, daß man ihm mitheilte, man beabsichtige einen Bund zu stiften, der sich die Bildung der Arbeiter zum Ziele setze; er habe sich darauf bereit erklärt, demselben beizutreten. Während man aber sich mit der ersten Organisation beschäftigte, habe der Arbeiterbildungsverein seine ganze Thätigkeit in Anspruch genommen, der ihm praktischer eingreifend erschienen sei. Der Bund habe damals noch gar keine feste Gestalt gehabt. An wen der Emissär Bauer adressirt gewesen, wisse er nicht; er traf ihn bei Röser, als man gerade mit Vorlesen der Londoner Ansprache beschäftigt war. Wer sonst noch bei Röser anwesend war, erinnere er sich nicht genau. Er habe früher in der Untersuchung Daniels und Otto genannt, weil diese mit abgeschrieben hätten, und er deßhalb vermuthete, daß sie auch dem Bunde angehörten. — Präsident: Diese Vermuthung lag freilich auch sehr nahe. — Reiff fügt hinzu, er habe diese auch oft dort bei andern Gelegenheiten, bei Comitesitzungen gefunden, was zur Verwechselung geführt habe, indem ihn sein Gedächtniß täuschte. — Präsident: Wenn Sie Ihre frühere Aussagen widerrufen wollen, so sagen Sie dieses doch lieber ohne weitere Umschweife. — Reiff meint, daß die Art und Weise, wie er zum Irrthum gekommen, mit zur Sache gehöre. Dann bemerkt er ferner, daß zu seiner Zeit noch keine Zusammenkünfte stattgefunden hätten, die bestimmte Maßregeln vorschrieben. Er will überhaupt nur fünf oder sechs Versammlungen beigewohnt haben. — Präsident: Das widerspricht aber doch Ihrer frühern Aussage. Sie sagten, die Versammlungen wären nicht fleißig besucht worden, von Freiligrath sehr selten, von Daniels nur etwa dreimal, von Otto und Rothjung aber regelmäßig. Das scheint denn doch mehr als fünf oder sechs Versammlungen vorauszusetzen? — Frage: Wie viel Abschriften haben Sie von der Ansprache ausgefertigt? — Antwort: Sechs. — Frage: Wo sind diese geblieben? — Antwort: Ich gab sie an Röser, der sie voraussichtlich in Köln circuliren ließ. — Frage: Wo blieb das Original? — Antwort: Ich glaube, Bauer erhielt es zurück. — Präsident: Die Abschriften scheinen doch nicht in Köln geblieben zu sein. Ein Exemplar fand man bei Haupt? — Antwort: Davon weiß ich nichts. Die Ansprache war damals noch nicht discutirt, als ich austrat, was später geschah, weiß ich nicht. — Frage: Sie hatten sie doch ganz gelesen? — Antwort: Ja, aber noch nicht acceptirt. — Frage: Sie sagten früher, daß die Abschrift eilte, weil Bauer die Ansprache mitnehmen sollte, das scheint denn doch dafür zu sprechen, daß sie zur Basis des Bundes diente? — Antwort: Keineswegs. — Präsident: Die Gesetze erkennen schon darin ein Verbrechen, wenn man von einer Verschwörung weiß und sie nicht anzeigt? — Antw. Ich kannte dieses Gesetz nicht. — Präsident: Die Gesetze lassen eine solche Ausrede nicht zu, der Bürger soll die Gesetze kennen. Damit könnte sich jeder Dieb entschuldigen. — Reiff: Um zu wissen, daß Diebstahl ein Verbrechen ist, braucht man kein Gesetz zu kennen, das wird uns von frühester Jugend an gelehrt. Uebrigens erkannte ich auch nichts in der Ansprache, was von der Aufgabe desselben, die Bildung des Arbeiters, abweiche. Der Angeklagte erkennt ein Exemplar der Ansprache als dasjenige an, welches er ganz abschrieb; es ist bei Dr. Becker gefunden worden. Ebenso erkennt er ein anderes an, von dem er $\frac{1}{4}$ schrieb; man fand es bei Haupt in Hamburg — Präsident: Die Ansprache scheint also doch nicht bloß in Köln geblieben zu sein. — Fr. Bestand eine Bundeskasse? — Antw. Nein. — Fr. Andere sagen anders? — Antw. Ja, aber nicht zu meiner Zeit. — Fr. Es ist ein Notizbuch bei Ihnen gefunden worden, von Ihrer Hand geschrieben, worin sich folgende Notizen befinden, als: „Hamburg, Koblenz, Leipzig um Geld geschrieben"; was bedeutet das? — Antw. Röser hatte Bücher dahin gesandt, wofür Forderungen einzutreiben waren. — Fr. Es ist doch wohl nicht denkbar, daß der Cigarrenmacher Röser Bücher nach Hamburg, Koblenz, Leipzig versendet? — Antw. Weßhalb nicht. — Fr. Es steht dann ferner im Notizbuch: „Kl. von London zurück Ansprache", wie verhält es sich damit? — Antw. Ein Arbeiter sagte mir, ein sicherer Klein sei von London mit einer Ansprache zurückgekehrt, es schien mir jedoch unwahrscheinlich. — Fr. Sie notirten sich also Unwahrscheinlichkeiten? — Antw. Ja, um mich deßhalb zu erkundigen. — Fr. Kannten Sie den Scheerenschleifer Klein nicht, der in der Elberfelder Untersuchung verwickelt war. — Antw. Nein. — Fr. Aber er war doch Mitglied des Arbeitervereins. Kennen Sie die von ihm überbrachte Ansprache? — Angeklagter: Nein, ich habe mich damals nicht mehr um den Bund bekümmert und bin gleich darauf ausgeschieden. — Fr. Dann hatte die Sache aber auch kein Interesse für Sie, weßhalb dann die Notiz? — Antw. Sollte das kein Interesse haben, ein Verfolgter aus Köln in Köln. — Fr. Gerade um jene Zeit, den 10. Juni 1850, ging eine Ansprache von Köln an den Kaufmann Helfer in Leipzig? — Angeklagter: Darüber kann ich keine Auskunft geben. — Präsident: Ferner heißt es: „Doctor Schlegel in Koblenz, Verzeichniß von Bücher"? — Angeklagter: Ja, es war ein Verzeichniß von Röser. — Präsident: So, also der Doctor Schlegel läßt sich von dem Cigarrenmacher Röser Bücher verzeichnen? Ferner: „Karstner und Schapper aus Wiesbaden ausgewiesen". — Angeklagter: Ich kannte beide Personen. — Präsident: Dann: „19. Juli. Am 18. dem Karstner nach Mainz geschrieben." (Zu den Geschwornen.) Wir werden später vernehmen, daß Karstner oder wie er eigentlich heißt, Lassner, der anwesende Angeklagte, und Schapper damals nach Köln kamen, und was es für eine Bewandtniß damit hatte. — Angeklagter Reiff: Aber nicht auf meine Einladung. Schapper kehrte natürlich zu seiner Familie zurück, die er lange nicht gesehen. — Präsident: Es heißt dann ferner: „Bericht von Daniels"? — Angeklagter: Ich machte damals Commissionsgeschäfte, und hatte deßhalb manche Notiz zu machen. Es heißt übrigens nicht Daniels, sondern Daniel, und ist bloß ein Vorname. — Präsident: Es ist doch eben kein Brauch bei Commissionsgeschäften, Vornamen zu notiren? Uebrigens findet sich in dem Notizbuch nichts von Commissionsgeschäften vor? — Vertheidiger Thesmar: Ich muß bemerken, daß das Notizbuch neben diesem auch sonst viel Unbedeutendes enthält, was überschlagen wird, und ein irriges Bild gibt. — Präsident: Ich habe allerdings nichts verlesen, was mir von keiner besondern Bedeutung schien. Soll ich etwa noch den Theil lesen, welcher die Ueberschrift trägt: „Propaganda, Reise ins Siegthal?" — Vertheidiger Thesmar: Im Jahre 1848 sind viele derartigen Ueberschriften geschrieben worden. Das Verhör Reiffs ist beendet. Eine Pause tritt ein, nach welcher die Verhandlung Beckers beginnen wird. (Fortsetzung folgt.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 14 Oct. Das Geschäft war heute sehr belebt; die Stimmung für österreichische Fonds war besonders günstig, wodurch die Course derselben sich durchgehends wesentlich höher stellten; 5pCt. Met waren $81\frac{1}{4}$ pCt. G.; $4\frac{1}{2}$pCt. Met. $72\frac{3}{4}$ pCt. G; 5pCt. Lombardisch-Venetianische 88 à $\frac{1}{4}$ pCt.; Wiener Bankactien 1386 fl.; 500 fl. Loose $192\frac{1}{2}$ pCt. G.; 250 fl. Loose 118 pCt. G. Spanische Effecten blieben auch heute durch Verkäufe von Gewinnstrealisationen im Cours gedrückt; 1pCt. Neue, von $25\frac{3}{4}$ bis zu $25\frac{7}{16}$ verhandelt, schlossen zuletzt $25\frac{7}{16}$ à $\frac{1}{2}$, 3pCt. Inländische 46 pCt., ohne Handel. Eisenbahnactien ohne viele Bewegung. Sämmtliche übrigen gangbaren Papiere verkehrten ebenfalls in einer willigeren Stimmung. — Abends in der Effectensocietät waren 1pCt. Spanische etwas beliebter $25\frac{1}{2}$ pCt. G.

Berlin, 13. Oct. Staatssch. $93\frac{1}{4}$ Brf., $92\frac{3}{4}$ G. — Köln-Minden $112\frac{1}{2}$ Brf., $111\frac{1}{2}$ G. — Fr.-W.-Nordb. $41\frac{3}{4}$ Brf., $40\frac{3}{4}$ G., $41\frac{3}{8}$ à 41 bez.

Telegraphischer Coursbericht des Syndicats der Frankfurter Wechselsensale.

Amsterdam, 13. Oct. $2\frac{1}{2}$pCt. Integr. $63\frac{3}{4}$. — 4pCt. Certificat. $95\frac{7}{8}$ — $3\frac{1}{2}$pCt. Syndicat 95. — 4pCt. Ruff. b Hope $91\frac{1}{4}$ — 4pCt. do. b. Stieglitz $90\frac{7}{8}$. — 3pCt. Spanische inländische $46\frac{5}{16}$. — 1pCt. do. neue $25\frac{3}{4}$. — 5pCt. Metall. in Silber $90\frac{1}{4}$. 5pCt. Metall. $78\frac{3}{16}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. $40\frac{5}{8}$. — Wiener Actien 1395.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

Bekanntmachung.

Bei der heute stattgefundenen 27sten Verloosung der Herzoglich Sachsen-Meiningen'schen 3½ pCt. Staatsschuldbriefe sind nachverzeichnete der bequemeren Uebersicht halber in die Zahlenfolge gebrachten Nummern gezogen worden:

Litr. F. à 1000 fl. Nr. 153 190 263 456 465 483 541 596 826 867 973 1065 1099 1105 1222 1225 1316 1524 1532 1588 1696.

Litr. G. à 500 fl. Nr. 33 54 377 470 543 600 608 722 811 820 902 952 962 1127 1300 1313 1407 1441 1466 1515 1537 1602 1662 1719 1838 2237 2393 2395 2446 2506 2550 2742 2795 2799 2854 2881 3104 3106 3179 3193 3228 3276.

Litr. H. à 200 fl. Nr. 161 162 287 296 302 347 474 510 593 668 687 805 871 879 1091 1422 1463 1500 1509 1570 1573 1624 1654 1833 1855 1887 2144 2393 2404 2535 2646 2708 3016 3062 3120 3204 3364 3376 3454 3513 3536 3694 3732 3745 3791.

Litr. I. à 100 fl. Nr. 4 7 69 112 136 210 215 291 446 684 736 811 841 894 903 985 1080 1138 1153 1236 1277 1294 1435 1442 1500 1510 1532 1558 1607 1643 1706 1762 1765 1780 1857 1934 1987 2009 2021 2022 2026 2070 2133 2141 2147 2180 2182 2203 2216 2228 2229 2291 2352 2356 2413 2485 2482 2485 2487 2508 2533 2553 2557 2579 2643 2647 2661 2693 2819 2820 2824 2857 2873.

Litr. K. à 50 fl. Nr. 99 129 192 205 248 272 273 323 330 343 346 398 460 524 673 701 782 809 897 1044 1067 1077 1084 1120 1124 1130 1132 1155 1213 1250 1289 1307 1394 1427 1452 1477 1507 1531 1596 1641 1666 1675 1686 1731 1743 1817 1902 1916 1989.

Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntniß mit dem Bemerken, daß

1) die gezogenen Nummern der Staatsschuldbriefe vom 1. April 1853 an, auf Präsentation, wenn sie auf den Inhaber ausgefertigt oder wo sie auf den Namen eines besonderen Staatsgläubigers inscribirt worden sind, gegen Quittung deſſelben auf dem Staatsschuldbriefe, bei der hiesigen Staatsschuldentilgungskasse ausbezahlt werden;
2) daß zugleich mit dem Staatsschuldbriefe die sämmtlichen noch nicht fälligen Zinsabschnitte und die Zinsleiste abgegeben werden müssen, widrigenfalls deren Betrag zurückbehalten wird, und
3) daß die ausgelooſten Staatsschuldbriefe mit dem 1. April 1861 — einstanſend achthundert ein und sechzig — verfahren und der Eigenthümer rücksichtlich Inhaber derſelben, nach dem 1. April 1861 keine Ansprüche mehr an die Staatskasse darauf begründen kann.

Zugleich fordern wir die Inhaber der nachstehenden, schon früher ausgelooſten hiesigen Staatsschuldbriefe hiermit auf, die Beträge derſelben zu erheben, da der Zinsenlauf davon 6 Monate nach den angegebenen Verloosungsterminen aufgehört hat, und die vertragsmäßige achtjährige Verjährungsfrist vom Verfalltage an läuft.

Litr. K. Nr. 1192. Ausgelooſt am 1. October 1847, zahlbar am 1. April 1848, verjährt am 1. April 1856.

Litr. H. Nr. 3517. Ausgelooſt am 1. April 1849, zahlbar am 1. Oct. 1849, verjährt am 1. Oct. 1857.

Litr. H. Nr. 2402. Ausgelooſt am 1. Oct. 1849, zahlbar am 1. April 1850, verjährt am 1. April 1858.

Litr. F. Nr. 792 und 1367 . . } ausgelooſt am 1. Oct. 1850, zahlbar am 1. April 1851, verjährt am 1. April 1859.
„ G. „ 541 1124 u. 3365 .
„ H. „ 2703 . . . .
„ I. „ 861 1662 1751 2112 2208 u. 2722 . . .
„ K. „ 195 957 1268. . .

Litr. F. Nr. 461 . . . . } ausgelooſt am 1. April 1851, zahlbar am 1. Oct. 1851, verjährt am 1. Oct. 1859.
„ G. „ 943 1433 u. 3143 .
„ H. „ 15 317 2301 u. 2641

Litr. F. Nr. 1540 . . . . } ausgelooſt am 1. Oct. 1851, zahlbar am 1. April 1852, verjährt am 1. April 1860.
„ H. „ 263 869 1026 1973 2557 und 3305 . .
„ I. „ 41 141 443 673 722 794 921 978 1270 1990 2085 1988 2190 u. 2583
„ K. „ 1205 1349 1506 1524 und 1580 . . . .

Meiningen, den 1. October 1852.

Herzogl. Staatsschuldentilgungs-Commission.
Bloemeyer. B. Trincks. v. Butler.

Schweizerische Nordbahn-Gesellschaft.

Die Direction und der Ausschuß der schweizerischen Nordbahn-Gesellschaft haben beschlossen, denjenigen Actionären, welche die vier statutengemäß ausgeschriebenen Einzahlungen im Gesammtbetrag von Fs. 175 de France geleistet haben, auf Rechnung des bis 30. Juni d. J. erhaltenen reinen Betriebsergebnisses eine Dividende von zwei Procent oder Fs. 3, 50 neue Schweizerwährung per Actie auszubezahlen.

Diese Dividende wird vom 25. bis 27. October ausschließlich in Zürich bei der Casse der Gesellschaft im Bahnhof von 9 bis 11 und von 2 bis 4 Uhr ausbezahlt.

Die zum Behufe des Bezuges derſelben erforderlichen Scheine können vom 18. October an entweder im Bahnhofe in Zürich oder bei nachstehenden Bankiers bezogen werden: in Wien bei Herrn **von Wertheimstein sel. Söhn**; in Leipzig bei Herren **C. Hirzel & Comp.**; in Frankfurt a. M. bei Herren **B. Metzler sel. Sohn & Comp.**; in Augsburg bei Herren **Erzberger & Söhne**; in Mannheim bei Herren **W. H. Ladenburg & Söhne**; in Genf bei Herren **P. F. Bonna & Comp.**; in Mailand bei Herren **A. Raymond & Comp.**

Auf jedem Schein ist durch die Inhaber der Interimsactien deren Anzahl, Nummern und der Gesammtbetrag der Dividende in Francs de France auszusetzen und deſſen Empfang durch die Unterschrift zu bestätigen. Die bei den auswärtigen Herren Bankiers bezogenen Scheine müssen unter Vorweisung der bezüglichen Interimsactien denselben übergeben und durch sie der Direction eingesandt werden, welche dagegen die betreffenden Beträge hier zu ihrer Verfügung halten wird.

Diejenigen Inhaber, welche die Dividende im Bahnhofe in Zürich beziehen wollen, müssen daselbst ihre Interimsactien zur Vergleichung mit den Scheinen vorweisen.

Zürich, 24. September 1852.

Die Direction der schweizer. Nordbahn-Gesellschaft.
[2291] C. Ott. Imhof. R. Bögeli. Wiser.

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2336]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6½ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6½ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**

☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.: in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7½ Uhr bis Düsseldorf, Elberfeld.

Von **Mainz-Castel** Mittags 12 Uhr, von **Biebrich** Mittags 12½ Uhr nach **Köln, Arnheim.**

☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Nachtzüge nach Paris-London, sowie nach Berlin-Hamburg.

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschaftsbillete** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm,** Gotheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Peill,** Zeil Nr. 67.

[2283]

Neuntausend Gewinne

bietet die am 20. October beginnende Hauptziehung 6ter Klasse Braunschweiger Lotterie, die nur aus 20,000 Loosen besteht. Haupt-Gewinne: fl. 87,500, fl. 52,500, fl. 35,000, fl. 17,500 zc. Zu dieser sehr zu empfehlenden Lotterie sind Loose à fl. 56, halbe à fl. 28, viertel à fl. 14, achtel à fl. 7, und mit Vorzicht auf die Gewinne unter fl. 100 ganze Loose à fl. 32, halbe à fl. 16, viertel à fl. 8, achtel à fl. 4, direct zu beziehen bei den Hauptcollecteurs

Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

Druck von August Osterrieth.

Hauptziehung 6ter Classe
33ster Braunschweiger Lotterie,
Anfang den 20. October.

Hauptpreise: fl. **87500, 52500, 35000, 17500** u. s. f., zusammen **20000** Gewinne!
Ganze Loose zu fl. 56, ½ zu fl. 28, ¼ zu fl. 14, ⅛ zu fl. 7, sowie mit Vorzichtleistung auf die Gewinne unter 100 Thaler, Loose zu fl. 32, ½ zu fl. 16, ¼ zu fl. 8, ⅛ zu fl. 4, empfiehlt

Carl Höchberg,
[2251] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[1690] **An- und Verkauf**
von Büchern bei H. Bechhold, Zeil Nr. 5 neu.

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris,** sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militairs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen zc. [2172]

[2196] **SIROP**

D'ECORCES D'ORANGES AMERES.

Specialité renomée de Larose à Paris
pour prévenire les vapeures et faire une bonne digestion se vend chez **H. C. v. Oven**, Bleidenstrasse 38. — Prix fl. 1. 30 kr. le flacon.

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nro 247.) 15. October 1852.

Deutschland.

×* **Frankfurt**, 15. Oct. (Eingesandt.) In der zweiten Beilage zu Nr. 246 der „Frankfurter Postzeitung“ äußert der hiesige =Correspondent die Vermuthung: das Gutachten des Hrn. Professor Zöpfl in unserer Verfassungsangelegenheit scheine nicht ohne Einfluß auf die Beschlußnahme des Senats vom 5. October geblieben zu sein, denn er habe die betreffenden Gesetze (vom 19. Oct. 1848 und 20. Febr. 1849) nicht für ungiltig erklärt, sondern nur in Gemäßheit des Bundesbeschlusses vom 12. August außer Wirksamkeit gesetzt. Es kommt indessen bei dieser Verfassungsangelegenheit nicht auf das Gutachten des Hrn. Professors Zöpfl, sondern auf den klaren und unzweideutigen Bundesbeschluß an, und die erwähnten beiden Gesetze sind und bleiben außer Wirksamkeit ganz einfach darum, weil die deutsche Bundesversammlung in ihrem Beschluß vom 12. August 1852 dieselben für ungiltig erklärt hat.

P **Berlin**, 13. Oct. Obwohl der Termin zu den Wahlen bereits ziemlich nahe ist und die Behörden in voller Thätigkeit sind, die Vorbereitungen zu denselben zu treffen, so zeigt sich unter den Wählern selbst nur eine sehr geringe Theilnahme. Rührig ist nur die Partei der „Neuen Preuß. Zeitung“ und die der Demokraten. Die Uebrigen scheinen in Apathie und Gleichgiltigkeit versunken oder sich auf die Regierung verlassen zu wollen. Es bedarf seiner besondern Ueberlegung, um die nachtheiligen Folgen dieses Verhaltens zu erkennen. Denn kommt in die Kammer nicht eine starke Partei, welche die Regierung stützt, sowohl in dem von ihr eingeschlagenen Wege der Consolidation unserer innern Verhältnisse, als in der Sicherung unserer äußern, so wird die Regierung entweder gezwungen, den Weg zu gehen, auf welchen die äußerste ständische Partei dringt, oder abermals durch Octroyirungen das gefährdete Staatswohl zu sichern. Wie wenig wünschenswerth das Eine wie das Andere ist, wird jeder Wohlgesinnte sich sagen können. Wenn man als Verhaltungsmaßregel empfehlen kann, das nicht zu thun, was der Feind räth, so können diejenigen, welche eine stete Entwickelung unserer Verfassung im Einverständniß mit der Regierung wollen, von den Demokraten lernen, was sie zu lassen haben. Offenbar wirken diese entweder darauf hin, daß die Betheiligung an der Wahl eine möglichst geringe wird, oder daß sie stark genug werden, mit Aussicht auf Erfolg an derselben theilzunehmen. Auch dem oberflächlichen Beobachter wird klar, daß sie hier in diesem Augenblick eine außerordentliche Rührigkeit entwickeln. Ohne Zweifel bereiten sie einen entscheidenden Schlag vor. In jedem Falle aber, sei es, daß das Manöver ihnen gelänge, die Apathie gegen die Wahlen zu verstärken, sei es, daß sie Kraft genug gewönnen, um an der Wahl theilzunehmen, würden es die Conservativen zu bereuen haben, wenn sie sich hätten davon abziehen lassen, ihre Kraft zu sammeln und in solcher Art den Wettkampf zu führen. Die Erfahrungen, welche einzelne Bezirke bis jetzt gemacht haben, sind wenig erfreulicher Art. Ebenso scheint das Hülfswahlcomité höchst unfähig, irgendwie eine kräftige Einwirkung auf das Resultat der Wahlen zu üben. Denn nicht allein, daß dasselbe die früher bestehenden Verbindungen hat zum größtentheil völlig einschlafen lassen, so ist es in sich selbst mehrfach gespalten. Es kommt daher weder zu einheitlichen Beschlüssen, noch kräftigen Maßnahmen. Die constitutionelle Partei scheint in so fern die Bestrebungen der Demokratie zu unterstützen, als in der neulichen Versammlung ihrer Häupter beschlossen ist, weder bei der Wahl sich zu betheiligen, noch ein Mandat anzunehmen. — Wie man hier erfährt, ist Baron Meyendorff, der russische Gesandte in Wien, nicht mit dem Reichskanzler Grafen Nesselrode zugleich nach Petersburg abgegangen. Er wird erst am 26. mit seiner Familie dahin abreisen. Dieselbe ist in jüngster Zeit tief betroffen worden durch die gefährliche Verwundung des zweiten Sohnes, welcher in der Kaukasusarmee dient und einen Schuß in die Seite erhalten hat. Es ist nicht gelungen, die Kugel herauszuziehen; indessen soll der Zustand nicht mehr bedenklich sein, und man hofft, daß derselbe im Stande sein werde, seine Eltern während ihrer Anwesenheit in Petersburg zu sehen. — Graf Hatzfeld, der diesseitige Gesandte in Paris, ist von seinen körperlichen Leiden völlig hergestellt, so daß derselbe demnach in kurzer Zeit auf seinen Posten zurückkehren wird. — Eine schmerzliche Sensation macht hier die Tödtung des bekannten Bildhauers Afinger, welcher zur gegenwärtigen Kunstausstellung eine schöne Marmorstatue der Rachel und ein treffliches Medaillon Rauchs geliefert hat. Bei einem Geburtstagsschmause in seiner Familie wurde er vorgestern durch seinen herausfordernden Schwager mit einem Häringsspieß so gefährlich verwundet, daß er eine Stunde darauf starb.

r* **München**, 13. Oct. Sämmtliche Glieder der königlichen Familie waren diesen Nachmittag bei der für den höchstseligen König Max Joseph in der Hofkirche zu St. Cajetan stattgehabten Vigilie anwesend und werden ebenso morgen dem Traueramt beiwohnen. Deputationen der königlichen Stellen und Behörden, sowie ein zahlreiches Publikum hatten sich zu dieser kirchlichen Feier für den unvergeßlichen Monarchen, den edlen Geber unserer Verfassung, eingefunden. Am Vormittag war heute das alljährliche Traueramt für die verstorbenen Militär-Max-Joseph-Ritter, zu welchem die gesammte Garnison ausgerückt war, und dem auch die königlichen Prinzen mit der Generalität beiwohnten. Die Zahl der verliehen Mitglieder dieses hohen Ordens hat sich auch durch das Ableben des Herzogs von Wellington vermehrt, dem das Großkreuz verliehen war, und zwar unmittelbar nach der Schlacht bei Waterloo. — Einige fränkische Handelskammern sollen, wie es heißt, in Betreff der Zollvereinsfrage neuerdings Adressen an die königliche Staatsregierung berathen haben, über deren Inhalt inzessen nichts Näheres verlautet. Bemerkenswerth erscheint, daß unsere hervorragenden Industriellen zur Zeit noch keinerlei Befürchtungen bezüglich einer Sprengung des Zollvereins hegen, vielmehr, wie sich Ihr Berichterstatter persönlich überzeugte, neuerdings Hoffnungen auf dessen Reconstituirung schöpfen, und diese Hoffnungen trotz dem Gange und dem Stande der Verhandlungen nie aufgaben.

München, 12. Oct. Se. Maj. der König Otto von Griechenland wird Samstag den 16. d. M. von hier abreisen, da dessen Leibarzt, Dr. Wouros, den Aufenthalt in hiesiger Stadt nicht länger für nützlich hält. Ihre königl. Hoheit die Herzogin von Modena wird die Reise bis Triest mit ihrem königl. Bruder machen.

Jena, 13. Oct. In unserer Nähe, in dem Orte Wildorf, ist jetzt die erste Zusammenlegung der Grundstücke der Ortsflur ausgeführt worden. Sie ist die erste Separation im Lande, und ist durch das einträchtige Zusammenwirken der Grundstücksbesitzer schnell und kostenersparend ausgeführt worden. Die Flur wird durch die einschstsvolle und unbehinderte Thätigkeit ihrer Grundstücksbesitzer in einigen Jahren ein erfreulicheres Ansehen gewinnen und einen weit höhern Ertrag geben, da die Dreifelderwirthschaft aufgehoben ist und jeder seinen Grund völlig frei benutzen kann. Man wird dort bald einen dem Gartenbau ähnlichen Ackerbau erblicken und die Wildsorfer Flur wird als Muster für andere Grundstücksseparationen in der Umgegend dienen. (D. A. Z.)

Bremerhafen, 12. Oct. Heute Nachmittag 2½ Uhr lichtete die Fregatte „Deutschland“, früher zur deutschen Nordseeflotte gehörig und neuerdings von einem Bremer Handlungshause käuflich erstanden, unter bremischer Flagge auf der hiesigen Rhede die Anker, um ihre Reise nach Hong-Kong anzutreten. Als die Fregatte, welche mit 10 Stück 12pfündigen Karonaden armirt worden ist, die zur Zeit auf der Rhede noch vor Anker liegende Dampffregatte „Hansa“ passirte, ließ ihr Capitän, früher Lieutenant-Commandeur in der deutschen Marine, Eugen Laun, am Vortop die deutsche Flagge aufhissen und einen Salut von 21 Schüssen feuern. Vom Bord der Fregatte „Hansa“ wurde dieser Abschiedsgruß mit 9 Schüssen erwidert. Ein wehmüthiges Gefühl mußte unter der am Land zahlreich herbeigeströmten Menge jeden ergreifen, der einigen Antheil an dem Schicksal der deutschen Flotte nimmt, als die Fregatte „Deutschland“ den Blicken entschwand. Möge ihre Reise eine glückliche sein! (Wes.-Ztg.)

Schweiz.

≡ **Aus der Schweiz**, 13. Oct. Die bisher allgemein waltende irrthümliche Voraussetzung, daß der Holzertrag im Kanton Bern den Verbrauch in demselben jahraus jahrein weit über-

wird durch die genaue Berechnung des Oberförsters Marchand auf einmal beseitigt. Es ergibt sich daraus, daß die 291,742 Juchsarten Waldboden dieses Kantons jährlich nur 170,638 Klafter Holz liefern, was, auf die 87,219 Haushaltungen desselben vertheilt, für jede nur 1.„ Klafter Holz gibt. — In Thurgau ist der Eifer für die Errichtung der Eisenbahn, welche diesen Kanton durchschneiden soll, so groß, daß in der Gemeinde Bürglen drei Grundeigenthümer die ganze erforderliche Strecke Landes unentgeltlich zur Verfügung gestellt und die Einwohner die Erdarbeiten übernommen haben. — Die Königin Amalia, Wittwe Ludwig Philipps, hat in Lausanne ihr Absteigequartier bei Herrn v. Labarpe genommen. — In Bern ist am Dienstag Abend, von Lausanne kommend, der Herzog v. Broglie eingetroffen. Er setzte des folgenden Morgens seine Reise über Basel nach Paris fort, um dem wichtigen Ereigniß, welches Sonntag daselbst erwartet wird, beiwohnen zu können. — Tessiner Blätter veröffentlichen die Ernennungen von 32 Professoren für die dortigen Lyceen und Gymnasien. — Die Großrathswahlen von Genf sollen auf den 15. November anberaumt sein.

Basel, 13. Oct. Die „Basler Zeitung" enthält folgende Mittheilung: Die vorgestrigen Verhandlungen der Delegirten der Regierung von Bern mit denen der Centralbahn haben schneller zum Ziele geführt als die Luzernischen. Die Concession für den Kanton Bern ist bereits unterzeichnet hier eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 12. Oct. Gestern Abend hat bei dem Minister einer nördlichen Macht zweiten Ranges ein Diner stattgefunden, dem beinahe sämmtliche hier augenblicklich anwesende Diplomaten beiwohnten. Der Hauptgegenstand der Unterhaltung war, wie sich von selbst versteht, die officielle Aeußerung Ludwig Napoleons, und über das im Allgemeinen dort gefällte Urtheil wurde mir heute Einiges von befreundeter Seite mitgetheilt. Man hat mit Vergnügen und Genugthuung aus der Rede Ludwig Napoleons aufs neue vernommen, daß er principiell für den Frieden sei, daß er den Krieg nur als eine Nothwendigkeit betrachte, meint aber im merhin die Phrase: „La guerre ne se fait pas par plaisir: elle se fait par nécessité", als eine Hintenthüre ansehen zu müssen, die sich der zukünftige Kaiser für alle Fälle offen halte. Als besonders wichtig wird aber betrachtet, daß überhaupt Ludwig Napoleon es für nöthig erachtet habe, diese friedlichen Versicherungen zu ertheilen, die offenbar darauf berechnet sind, die auswärtigen Mächte über seine Absichten zu beruhigen. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, 8. Oct. Unter vorstehendem Datum schreibt man der „Kölnischen Zeitung" über die neueste spanische Finanzmaßregel: Mit der Erhöhung der Procentigen Staatsanleihe zu 3 Procent streut die Regierung der Börsenwelt nur Sand in die Augen. In den Händen der Königin-Mutter, die in Gemeinschaft mit dem Finanzminister speculirt, befindet sich für eine Million Piaster von diesen Papieren, die sie seiner Zeit à 30 Procent angekauft hat. Seit der Erhöhung des Procentsatzes sind diese Papiere schon zu 50 bis 84 gestiegen und werden bei anhaltender Nachfrage noch mehr steigen. Auch der Staat, der bedeutenden Vorrath davon hatte, hat in den letzten Tagen bedeutend verkauft. Das Meiste ist von englischen und französischen Häusern angekauft, und diese werden sie wahrscheinlich nach allen Weltgegenden hin zu verbreiten suchen. Die Capitalisten mögen sich aber gewarnt sein lassen und wohl bedenken, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Dies ist vorzüglich in Spanien der Fall, wo bei jedem Ministerwechsel alles auf dem Spiel steht und bisher noch keiner die Maßregeln des Vorgängers gutgeheißen hat. Das jetzige Ministerium gewinnt Geld bei der Sache und kann augenblicklich viele Leder damit zuklopfen. Es befand sich in großer Noth wegen der laut des Concordates dem Klerus zu überweisenden Fonds, die mit Ende dieses Jahres auszuzahlen sind. Aus der Noth ist es jetzt heraus und braucht erst binnen Jahresfrist für den erhöhten Procentsatz zu sorgen. Was es dann für Kunststücke machen wird, wenn es so lange am Leben bleibt, das wissen die Götter. So viel steht jedoch fest, daß die erste Operation eines neuen Finanzministers keine andere sein wird noch sein kann, als die ungeheure Last, die ihm sein Vorgänger aufgebürdet hat, von sich zu wälzen und die 3procentige wieder auf 1 Procent herabzusetzen. Die Fonds würden dann wieder bedeutend fallen, und diejenigen, die sich solche jetzt zueignen, bedeutende Verluste erleiden. Die deutschen Capitalisten mögen sich dies wohl zu Herzen nehmen. — Ein königliches Decret, wodurch die Kinder des Herzogs v. Montpensier zu Infanten von Spanien erhoben worden, macht bei allen Parteien böses Blut. Dadurch ist den Orleanisten die Thronfolge in Spanien quasi gesichert, im Falle die jetzige Erbin der Krone vorher mit Tod abginge, und die Königin, die schon zweimal einen Unfall erlitten hat, nicht mehr Kinder gebären würde, wie die Aerzte dies jetzt schon behaupten. Der Herzog von Montpensier ist zwar persönlich überall im ganzen Lande beliebt und ebenso die Infantin Fernanda, seine Gemahlin. Man haßt aber die Familie wegen der von Louis Philipp in Beziehung auf Spanien ausgeübten Politik und kann es noch immer nicht vergessen, daß er allein Schuld daran war, daß die dynastischen Parteien sich nicht die Bruderhand gereicht und Spanien durch eine Heirath der Königin mit dem Grafen von Montemolin einen dauernden und festen Frieden erhalten habe. So ist das Land immer ein Vulkan, der, ohne daß man es sich versieht, ausbrechen kann. — Dem Marschall Espartero, der sich noch immer zu Logrono aufhält, ist von der Regierung die Erlaubniß, nach Madrid überzusiedeln, abgeschlagen worden.

Großbritannien.

London, 11. Oct. Der Finanzausweis des letzten Verwaltungsjahres und des letzten Quartals insbesondere ist heute veröffentlicht. In Beziehung auf das letztere ergeben sich folgende Resultate. Die Zolleinnahme weist einen Ausfall von 298,264 L. nach. Die Accise ein Mehr von 163,901 L.; das Stempelamt eine Mehreinnahme von 96,857 L.; das Einregistrirungshausteuer eine Mehreinnahme von 45,554 L.; die Post einen Ausfall von 45,000 L. Die Hauptrubriken zusammengenommen stellt sich ein Ausfall von 53,524 L. heraus, wenn man das Register mit dem des letzten Quartals vergleicht; mit demselben Quartal des Jahrs 1851 verglichen ergibt sich trotz der ungeheuren Reductionen der Zölle auf Bauholz, Zucker u. s. w. und trotz der in den letzten 14 Tagen durch widrige Winde ganz ungemein beeinträchtigten oder, besser gesagt, verzögerten Zolleinnahme ein Mehrertrag von 28,929 L. Vergleicht man das nun geschlossene Verwaltungsjahr mit dem von 1851, so findet man im Departement der Zölle einen Ausfall von 84,752 L., eine Summe, die so stehe ist, wie man sie nach dem letzten Zollermäßigungen unmöglich kleiner hätte erwarten können. In der Accise zeigt sich ein Mehrertrag von 114,185 L.; in der Stempeltaxe von 133,932 L. Die Abschaffung der Fenstersteuer gibt nach Einrechnung des Ertrags der an die Stelle derselben eingeführten Hausteuer das veranschlagte Deficit von 1,157,200 L. Dagegen hat sich wieder die Einnahme durch die Eigenthumssteuer um 53,638 L., durch die Post, die Kronbesitzungen und diverse Einkommenszweige um 26,000 L., 50,000 L. und 130,000 L. gehoben. Bei der Bilanz ergibt sich im Ganzen ein Deficit von 753,941 L.; das ist gerade die Hälfte des Deficits, das man nach der Abschaffung der Fenstersteuer und der verschiedenen Zollreductionen erwartet hatte. Bringt man überdies einige außergewöhnliche Einnahmequellen in Anschlag, so reducirt sich das Gesammtdeficit auf 437,397 L. Es gibt keine ehrliche Partei im Lande und kein Organ in der Presse, das nicht mit diesem Resultat vollkommen zufrieden wäre. „Times" dreht, offenbar mit einem Seitenblick auf die protectionistischen Blätter, denen dieser freihändlerische Segen ungelegen ist, die Hoffnung aus, daß man nicht aus dem Deficit allein Schlüsse ziehen und die Reductionen außer Acht lassen wird. „Times" hätte sich hiesmal ihre ängstlichen Bemerkungen ersparen können, da selbst „Morning Herald" — zum erstenmal seit 1846 — eingesteht, daß die Resultate des verflossenen Finanzjahrs als überaus befriedigend angesehen werden können. — Nach dem „Observer" wird die Königin einen Tag länger, als sie ursprünglich beabsichtigte, in Balmoral bleiben, um die Vollendung der Röhreneisenbahnbrücke bei Bangor abzuwarten, welche sie besichtigen wird. Donnerstag Abends dürfte der Hof in Windsor eintreffen. Dasselbe Blatt stellt die vor wenigen Tagen im ministeriellen „Herald" mitgetheilte Nachricht, daß das Parlament eine oder zwei Wochen früher, als anfänglich bestimmt war — wahrscheinlich am 11. Nov. — zusammenberufen werden soll, in Abrede. Erst am 15. d. M., wo der erste Cabinetsrath stattfinde, werde die Frage zur Erörterung kommen.

In den Clubs erzählt man sich, die Opposition rechne mit Bestimmtheit darauf, vor Weihnachten einen triumphirenden Einzug in Downing-Street zu halten. Der greise Marquis von Lansdowne, heißt es, werde nominel an die Spitze des neuen Cabinets treten; Lord John Russell als Secretär des Auswärtigen und Sir J. Graham als Schatzkanzler würden dem Premier den größten Theil seiner Amtsbürde abnehmen. Daß Lord J. Russell und Sir J. Graham mit vereinten Kräften auf dieses Ziel hinarbeiten, sei gewiß. Als Zeichen des engen Freundschaftsbundes, den diese beiden Staatsmänner geschlossen haben, werde man sie vom ersten Parlamentsabend an immer auf derselben Bank neben einander sitzen sehen.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
VIII.

Köln, 13. Oct. (Fortsetzung der Sitzung am 12. October. Vernehmung des Angeklagten Dr. Hermann Becker.) Präsident: Sie waren Mitglied des demokratischen Vereins? — Antw. Ja. — Fr. Wohnten Sie der Versammlung auf dem Frankenplatz bei? — Antw. Erlauben Sie, daß ich Ihnen über mein öffentliches Wirken einen kurzen Bericht erstatte. Becker sagt nun Folgendes aus: Im Frühjahr 1848 kam er von der Universität Bonn, wo er Jura studirt hatte, nach Köln. Die politischen Ereignisse überraschten ihn. Mehr als er gehofft hatte, war erreicht und die Errungenschaften schienen ihm durch das Vorparlament gesichert. Unter diesen Umständen fand er keinen Trieb, sich in die politischen Bestrebungen einzulassen. Da aber fesselten die Verhältnisse von Schleswig-Holstein sein Interesse und er bildete ein Comite zur Beförderung von Freischaaren. Selbst bei den vorkommenden Wahlen in Köln betheiligte er sich nicht. Die politischen Persönlichkeiten Kölns waren ihm fast ganz fremd; Gottschalk hatte er einigemal gesehen, aber er stimmte nicht mit ihm überein. Erst als die indirecten Wahlen ausgesprochen waren, betheiligte er sich und trat zur demokratischen Gesellschaft, um mit dahin zu wirken, den Wünschen der Urwähler bei den Wählern Geltung zu verschaffen. Ein dritter Verein, dem er beitrat, war jener der Arbeiter und Arbeitgeber, welcher sich die Aufgabe stellte, die Interessen beider in Harmonie zu bringen. Einer Verschmelzung der drei Gesellschaften, der demokratischen Gesellschaft, des Vereins der Arbeiter und Arbeitgeber und des Arbeitervereins trat er entgegen. Kurz darauf wurde Gottschalk verhaftet, der Arbeiterverein sah sich fast gänzlich der Leiter beraubt, dieses veranlaßte im Ausschuß der demokratischen Gesellschaft den Beschluß, die Leitung theilweise zu übernehmen. Weitling kam nach Köln, ihm trat Marx entgegen. Schapper veröffentlichte damals eine Liste von Sätzen, die aus jener Zeit als Manifest der communistischen Partei bei den Acten liegen. Becker trat denselben entschieden entgegen. Einmal entbehrten sie der Consequenzen, und dann fürchtete er, daß wenn diese socialen Fragen ins Volk geschleudert würden, sie die Arbeiter von der augenblicklich wichtigern politischen, der Erhaltung der Volkssouveränetät, ablenken würden. Marx gestand ihm, daß die Veröffentlichung jener Sätze nichts Anderes bezweckt hätte, als den hohlen Phrasen in Weitlings Manifest der communistischen Partei etwas Substantielleres entgegen zu stellen. Aber auch Marx Manifest: „das heutige Deutschland", ging nach seiner Meinung von einer ganz falschen Voraussetzung aus, welche die industriellen Verhältnisse Englands mit denen Deutschlands verwechselte, dessen Industrie eine ganz andere Geschichte durchgemacht habe, namentlich unter Wilhelm von Oranien. Er entfremdete sich dadurch von Marx und Schapper immer mehr. Damals beschäftigte ihn die Bürgerwehr sehr, da er in ihr die beste Sicherheit der freien Zustände fand; freilich aber in keiner Bürgerwehr, wie die Kölner. Er bemühte sich, namentlich auch in seiner Compagnie, der vierten, deren Hauptmann er geworden, eine kräftigere Gestaltung zu erzielen, aber ohne Erfolg. Die drohende Aufhebung der Nationalversammlung im September näherte die verschiedenen Fractionen wieder, und Becker war um so geneigter einem Sicherheitsausschusse beizutreten, als ihm die Bürgerwehr gar keine Gewähr für Erhaltung der Freiheit bot. Er ward auf dem Frankenplatz gewählt; aber die Lage der Sache änderte sich plötzlich in Köln. Der Chef der Bürgerwehr, v. Wittgenstein, war in einer neuen Wahl durchgefallen; auch hatte das 27. Regiment, das damals einen großen Haß auf sich geladen hatte, zur großen Befriedigung die Stadt verlassen müssen. Dadurch war dem Sicherheitsausschuß vollständig der Boden unter den Füßen fortgenommen worden, und man machte in der Sitzung sogar den Vorschlag, sich mit einem Witze zurückzuziehen; jedoch ging man auf seinen Antrag davon ab, und vegetirte noch eine Weile fort. Es fand einige Zeit nachher die Versammlung auf der Fülingerhaide statt. Er hielt hier eine Rede, worin er allerdings die Ansicht aussprach, daß, wenn sich Preußen Deutschland widersetze, das deutsche Volk mit Deutschland sich Preußen widersetzen müsse. Was er in Betreff der socialistischen Fragen vorausgesehen, traf ein, der Arbeiterverein erklärte sich im December offen dahin, daß er mit politischen Fragen gar nichts mehr zu thun haben wollte. Becker hielt im demokratischen Verein Vorlesungen über Staatsrecht. Die „Rheinische Zeitung" ging ein; er ließ, nachdem er vergeblich eine Actiengesellschaft zur Bildung einer neuen Zeitung zu gründen versuchte, unterstützt von einigen Freunden, die „Westdeutsche" auf seine Faust erscheinen. Dieses zog ihm eine fulminante Erklärung der Redacteure der „Rhein. Zeitung" zu, deren man sich noch aus den Zeitungen erinnern wird. Es treten nun die Ereignisse in Baden ein. Nach denselben war die Noth groß; in Straßburg lagen allein 20 verwundete Kölner, die sich allmälig in die Schweiz zogen. Becker erließ eine Aufforderung, in Folge deren 800 Thaler eingingen, die an den Staatssecretär Fuchs in Zürich und den alten Professor Vogt in Bern gesandt wurden, die unter den Augen der Schweizerbehörden Flüchtlingscomite's gebildet hatten. Bald erfolgte auch von London aus ein Nothruf, wo sich unter Bauer und Schramm ein Comite gebildet hatte. Eine abermalige Aufforderung fand für dasselbe statt, die aber nur circa 41 Thlr. aufbrachte. Da wandte sich ein zweites Londoner Flüchtlingscomite an ihn, dessen Vorstände sonderbarer Weise die Namen Schramm (aus Striegau) und Bauer führten, die aber, wie eine nähere Untersuchung ergab, trotz der Namensverwandtschaft andere Personen waren. Dieses Comite klagte darüber, daß das erste Comite die Gelder ausschließlich an Communisten vertheile. Von nun an beschloß er, sich ganz von dieser Sammlung zurückzuziehen, und erließ, da der Streit ohnehin schon in die Blätter gedrungen war, deßhalb eine einfache Anzeige, worin er zugleich diejenigen, die noch Beiträge geben wollten, an den Kaufmann Braubach verwies. Die Schweizer Flüchtlingskasse dagegen hat noch einige Zeit fortbestanden. Er selbst habe, um boshaften Verdächtigungen auszuweichen, über die Kasse nie Buch und Schlüssel geführt, sondern dieses seinem Geranten überlassen. Wenn man ihn nun beschuldigen wollte, daß er diese Gelder zu andern Zwecken entfremdet habe, so möchte das Entehrende einer solchen That auf jene zurückfallen, die ihn ohne Beweis derselben bezichtigten. Daß es eine geheime Gesellschaft war, ahnten längst Viele, und er mußte es eher bemerken, als Andere. Die Redaction eines demokratischen Blattes wird betrachtet, wie ein Adreßcomptoir; derselben strömen die Emissäre zuerst zu, um die Stimmung zu erforschen, Adressen und Wohnungen zu erfragen, und so sei denn auch sein Redactionsbureau wahrhaft belagert worden von Leuten, die bald das Recept zum allgemeinen Heil der Menschheit in der Tasche trugen, bald mit einer faustgroßen Höllenmaschine ganze Regimenter in die Luft sprengen wollten, und von ähnlichen Projecten mancherlei, die ihn genugsam gelangweilt hätten. Unter denen, die ihn in dieser Weise aufgesucht hätten, sei einer der Verständigen Schurz gewesen; aber wie alle Flüchtlinge sich über die Lage im Lande falsche Vorstellungen machten, und sich süßen Täuschungen hingaben, so auch er. Um ihm darüber die Augen zu öffnen, habe er ihn zu einem Demokratencongreß geladen, der am 15. Juni 1850 in Braunschwig stattfand. Schurz sei darauf nach der Schweiz zurückgereist, um die angegebene Zeit wieder nach Köln gekommen und mit ihm nach Braunschwig auf den Congreß gegangen, wo ihm die Sachlage klar geworden sei. Er für seine Person habe sich stets gegen geheime Verbindungen erklärt, sie wirkten nur intensiv, nie extensiv. Dieses habe sich sowohl in Italien als auch in Deutschland mit den früheren Demagogenverbindungen ergeben, welche letztere 1848 noch auf dem Standpunkte von 1818 gestanden, und so unwillkürlich die Reihen der Reaction vermehren mußten. Zudem aber könne ein Zeitungsredacteur seiner Stellung nach in keine geheime Verbindung treten, da er damit alle Selbstständigkeit opfern müsse und zu einem bloßen Secretär der Verbindung herabsänke. Er aber dürfe sich rühmen, stets auf eigenen Beinen gestanden zu haben. In den ersten Tagen des November 1850 empfing er von Willich ein Glückwunschschreiben wegen seiner Freisprechung. Als er darauf antwortete, empfing er einen zweiten Brief von demselben, der ihn in nicht geringen Schrecken versetzte. Es war ein vollständiger Schlachtplan, in Deutschland einzurücken, ein Paar Festungen zu nehmen und die Reaction aus Europa hinauszutreiben. So toll der Plan auch gewesen sei, so habe er (Becker) doch aus der beigefügten Bemerkung, er (Willich) werde in einigen Tagen in Köln sein, befürchtet, man beabsichtige in Köln einen Putsch, und den zu hintertreiben, habe er Nachforschungen angestellt, die in Köln ohne Erfolg blieben. Er schrieb nun deßhalb an Marx. Dieser antwortete, schrieb über die Spaltungen, die stattgefunden hatten, und erbat sich Willichs Brief, als Waffe gegen denselben. Er (Becker) kam dem aber nicht nach. Kurz darauf kam Schimmelpfenning im Auftrag Willichs zu ihm, dem er erklärte, daß er nichts mit Willich zu thun haben wollte. Schimmelpfenning erzählte ihm, daß Willich jetzt selbst nicht mehr an den abenteuerlichen Zug denke, überhaupt nicht mehr vereinzelt handle. Schimmelpfenning unterrichtete ihn von der Sache überhaupt und von der neuen Centralbehörde, für die er in Norddeutschland Verbindungen anknüpfen wolle. Er (Becker) wünschte ihm Glück dazu, und Schimmelpfenning reiste ab. Nicht ohne Entrüstung erfuhr Becker am 23. März, daß Schimmelpfenning bei seinen Bestrebungen seinen Namen mißbrauchte. Er war nämlich bei Dr. Lucius in Braunschweig gewesen, und hatte demselben die Sache so dargestellt, als ginge sie von Becker aus. Lucius aber traute ihm nicht, und kam besonders zu dem Zweck nach Köln, um sich bei Becker zu erkundigen. In ähnlicher Weise habe Schimmelpfenning in Köln den Namen Raveaux's und im Norden jenen Waldecks mißbraucht. Lucius war noch bei Becker, als Schimmelpfenning zurückkehrte, und es kam zu Erklärungen. Becker reiste bei der Kammereröffnung in Hannover auf Einladung des Dr. Gehring dorthin, weil man einen allgemeinen Demokratencongreß berathen wollte, und kam hier mit Dr. Mensching zusammen. Die Verhaftung des Nothjung fand statt, und in Folge davon auch bei ihm Haussuchung und Verhaftung. Von wem er die Ansprache, die er zur Einsicht erhielt, empfing, will er nicht sagen, da er doch wieder jemand nennen müsse, der außer dem Bereiche der preußischen Gensdarmerie wäre. Die Sitzung wird geschlossen.

Börsenberichte.

Wien, 14. Oct. 5pCt. Met. $95\frac{1}{4}$. — 5pCt. do. B. $109\frac{1}{4}$. — $4\frac{1}{2}$pCt. do. $84\frac{4}{8}$. — Bankactien 1343. — 250 fl. Loose $137\frac{3}{4}$. — 5pCt. Lomb.-Venet. $102\frac{3}{4}$. — Neues Anlehen $94\frac{3}{4}$. — London 11 fl. 31 kr.

Frankfurt, 15. Oct. Bei der heute stattgehabten 12. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 22640 2000 fl., Nr 18104, 4576 und 15676 jede 1000 fl., Nr. 3347, 2825, 9145, 147 und 10039 jede 300 fl.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Düsseldorfer Dampfschifffahrt.

Es werden **Gesellschafts-Personal-Karten** für den zweiten Platz ausgegeben, wobei 3 Personen für **2**; 4 oder 5 für **3**; 6 oder 7 für **4**; 8 oder 9 für **5**; 10 oder 11 für **6**; 12 oder 13 für **7**; 14 oder 15 für **8**; 16 oder 17 für **9**; 18, 19 oder 20 für **10** und über 20 **je 2 für eine Person zahlen.**

Diese Karten sind für die Dauer von 12 Monaten zur Hin- und Rückreise gültig. [2213]

Der Agent: **Georg Krebs**, Zeil der Post gegenüber.

Hôtel garni, *27, rue Montkabor a* ***Paris,*** in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch [2173]

RICHELIEU-POMADE.

[2199] (Patent.)

Bekanntlich erreichte der Herzog von Richelieu eine sehr hohes Alter, und behielt bis auf den letzten seiner Tage ein frisches blühendes Gesicht ohne Runzeln oder sonstige Veränderungen, welche das Alter mit sich bringt. Dieses frische Aussehen verdankte er einer von Ninon de Lenclos erfundenen Pomade, deren Geheimniß Mad. Delaunay anvertraut wurde. Die Pomade erhält auch die Schönheit der Haare und verhindert, daß sie ausfallen. Die Töpfe kosten 5 Francs und 3 Francs, rue Notre-Dame-des-Victoires No. 41 (franco). **Um jede Fälschung zu vermeiden, ist jeder Topf mit der Unterschrift von Mad. Delaunay versehen.**

[2324] **Edictalladung.**

Den Nachlaß der Bernhard Funk's Eheleute in Gedern betreffend.

Nach dem Hypothekenbuche der Gemeinde Gedern entliehen Valentin Funk's Eheleute von da unterm 18. Juni 1789 von dem Postboten Johannes Dondorf jun. ebendaher ein Capital von einhundert fünfzig Gulden unter Verpfändung von Immobilien. Da dieses Capital abgetragen, die Hypothek aber verloren worden sein soll, so werden alle, welche Ansprüche aus solcher machen zu können glauben, aufgefordert, sie so gewiß

binnen drei Monaten

dahier geltend zu machen, widrigenfalls die Obligationen für erloschen angenommen und der Eintrag im Hypothekenbuche gelöscht werden wird.

Ortenberg, den 7 October 1852

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Thaler. Schäfer.

[2294] **Oeffentliche Aufforderung.**

Das Schuldenwesen des Bierbrauers Lorenz Dörrer von Offenbach betr.

Nachdem die Ehefrau des abwesenden Lorenz Dörrer dahier einen Antrag auf Sicherstellung ihres Vermögens gestellt und die demzufolge von uns eingeleitete Vermögensuntersuchung eine Ueberschuldung ergeben hat, werden die sämmtlichen Gläubiger des Letzteren zur Anmeldung ihrer Forderungen auf

Mittwoch den 24. November l. J., Vormittags 10 Uhr,

mit dem Anfügen vor unterzeichnetes Gericht geladen, daß die ausbleibenden Gläubiger bei Feststellung der Passiven nicht berücksichtigt werden würden, beziehungsweise, daß in Ansehung ihrer der stillschweigende Beitritt zu den von der Mehrheit der Erschienenen, bezüglich der weiteren Behandlung dieses Schuldenwesens und eines etwa zu Stande kommenden Arrangements, gefaßt werden, den Beschlüssen unterstellt werden würde.

Zugleich wird der erwähnte Bierbrauer Lorenz Dörrer hiermit aufgefordert, um so gewisser

binnen drei Monaten

von dem Tage des ersten Erscheinens gegenwärtiger Verfügung in öffentlichen Blättern an gerechnet, entweder in Selbstperson oder durch einen gehörig bevollmächtigten Vertreter seine Erklärung über Abwendung des Concurses sowie seine etwaigen Einwendungen vorzubringen, als sonst auf Antrag seiner Gläubiger die Acten zur Erkennung des förmlichen Concurses an Großh. Hofgericht eingesendet werden würden.

Den Schuldnern des ꝛc. Lorenz Dörrer wird hiermit bei Meidung doppelter Zahlung aufgegeben, ihre Zahlungen an Niemanden als den interimistisch bestellten Masseecurator, Handelsmann Karl Kugler, dahier zu leisten.

Offenbach, am 4. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Strecker. Boetticher.

[2331] **Vorladung.**

Nachdem sich eine Ueberschuldung des Nachlasses des Metzgermeisters Johann Friedrich Ludwig Daubert dahier ergeben hat, wird für die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Forderungen, zum Versuche einer gütlichen Vereinigung, so wie zur Wahl eines Curators der Masse Termin auf

den 8. November d. J., Vormittags 10 Uhr,

vor das unterzeichnete Gericht bestimmt. Diejenigen Gläubiger, welche in jenem Termine nicht erscheinen, werden als dem Beschlusse der anwesenden beitretend betrachtet werden. Hanau, am 5. October 1852.

Kurfürstliches Justizamt I.

Giller.

vdt. Liederknecht.

[2261] **Decret.**

Die Eröffnung und Publication des Testaments des Anton Freudenberg dahier betreffend.

Nachdem der hiesige Bürger Anton Freudenberg mit Hinterlassung eines dahier deponirten Testaments verstorben ist, so wird zu dessen Eröffnung und Publication Termin auf

Samstag den 6. November d. J., Morgens 8 Uhr,

unter dem Bemerken anberaumt, daß wenn alsdann die hiermit vorgeladenen, theilweise unbekannt wo abwesenden Intestaterben des Verstorbenen nicht erscheinen, das Testament dennoch eröffnet, und wenn solches an einem äußeren Mangel nicht leidet, nach seinem Inhalte verfahren werden soll

Weilburg, den 11. September 1852.

Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt.

v. Reichenau.

[2340] Es ist Jean Marie Guilleaume Gorre, aus Paris gebürtig und daselbst wohnhaft, 64 Jahre alt, dahier gestorben, und hat er dahier nur einen unbedeutenden, dem Anscheine nach überschuldeten Nachlaß zurückgelassen.

Da nun seine erbberechtigten Verwandten hierorts nicht genügend bekannt und nicht legitimirt sind, so werden hiermit alle diejenigen, welche an den dahier befindlichen Nachlaß des verstorbenen Jean Marie Guilleaume Gorre aus Paris Erbansprüche machen wollen, öffentlich aufgefordert, sich so gewisser

binnen drei Monaten a dato

bei unterzeichneter Gerichtsstelle zu melden und zu legitimiren, als hinsichtlich aller derjenigen etwaigen Erbberechtigten, welche sich im Laufe dieser Frist nicht melden, angenommen werden wird, daß sie auf Erbansprüche Verzicht leisten.

Homburg, den 5. October 1852.

Landgräflich Hessisches Justiz-Amt.

Dr. v Haupt.

Cours der Staats-Papiere. 15. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.i.S.b.Roths)	93 1/4 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	93 1/4 G.
»	5% L. V. (C.b Roths)	88 1/4, 3/8, 1/2 bez. 3/8 G.
»	5% de Monte C.18.I.M	84 1/2 P. 1/4 G.
»	Bank-Actien	1389 P. 85 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81 1/4 P. 81 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	81 1/4 P. 81 G.
»	4 1/2% ditto	73 1/8 bez.
»	4% ditto	65 P.
»	3% ditto	48 1/2 G.
»	2 1/2% ditto	41 1/2 P. 41 G.
»	1% ditto	16 1/4 P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	118 bez.
»	fl. 500 » ditto	195 P.
»	4 1/2% Oblig. b. Bethm.	81 1/2 P.
»	4% ditto	71 1/4 P.
Preussen	3 1/2% Staatsschulds.	94 1/4 P.
»	4 1/2% Oblig. b. Roths.	104 P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	111 1/2 G.
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	101 1/4 G.
»	4 1/2% ditto	100 3/4 bez. u. G.
»	4% ditto	—
»	4% Ablös.-Rente	96 5/8 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	93 P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95 1/2 P. 95 G.
»	5% Priorit.-Oblig.	102 1/4 G.
Baden	5% Obligationen	—
»	4 1/2% Obligationen	102 3/4 P.
»	3 1/2% v. 1842	90 1/2 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	65 3/4 P. 1/4 G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	37 1/8 P. 1/2 G.
Nassau	5% Oblig. b. Rothsch.	103 G.
»	4% ditto	99 3/4 P.
»	3 1/2% ditto	91 1/2 G.

		Per comptant.
Nassau	fl. 25 Loose	28 3/8 P. 1/8 G.
Würtemb.	4 1/2% Oblig. b Roths.	101 3/4 P. 1/2 G.
»	3 1/2% ditto	90 7/8 P. 5/8 G.
Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34 1/4 P. 34 G.
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	44 1/4 G.
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	102 1/4 G.
»	4% ditto b. Rothsch.	98 1/8 G.
»	3 1/2% ditto b Rothsch.	91 3/8 G.
»	fl. 50 Loose	90 1/2 P.
»	fl. 25 Loose	31 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	96 bez.
»	3 1/2% » v. 1846	95 1/8 G.
»	3% »	85 3/4 P. 3/8 G.
»	Taunusbahnact.	300 P. 297 bez. u. G.
Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	103 1/2 P.
»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	90 1/2 G.
»	4% » b. Stieglitz »	— G.
Polen	4% Oblig. de fl. 500	91 3/8 P.
Spanien	3% Inl. Sch. P. fl. 2. 30	46 1/2, 1/4, 3/8 bez.
»	1% Neue » »	25 7/16, 3/8, 5/16, 3/8, 7/16 bez. u. G.
Holland	4% Certificate	95 1/2 G.
»	3 1/2% Syndicats	94 1/2 G.
»	2 1/2% Integrale	63 1/4 G.
Belgien	5% Obl. in L. à fl. 12 b. R.	99 1/4 G.
»	4 1/2% Obl. in F. à 28 kr.	97 3/8 P. 1/8 G
»	4% Obl in Fr. à 28 kr.	91 P. 90 3/4 G.
»	2 1/2% Obl. b. Rothsch.	55 1/4 G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98 bez. u. G.
»	5% Obl. b. Hambro	95 P. 94 3/4 bez. u. G.
»	Sardinische Loose	40 3/4 P. 1/4 G.
Toscana	5% Obl. 1850 (C. b. Golds.)	100 P.
»	5% » 1851 b. Bastogi (do.)	97 1/4 P.
N. Amerika	6% Stocks Doll. 2. 30.	116 1/2 P. 1/4 G.
Vereins fl. 10 Loose		8 3/8 P. 3/4 G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 15 October		Per comptant
Amsterdam (100 fl. Crt.)	k.S.	100[illegible] B. 99[illegible] G.
	3M.	— —
Augsburg (100 fl. Crt.)	k.S.	120[illegible] B. 119[illegible] G.
	3M.	— —
Berlin (60 Thlr.)	k.S.	105[illegible] B. 104[illegible] G.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. i. Ldor.)	k.S.	97[illegible] B. [illegible] G.
	3M.	— —
Hamburg (100 Mk. Bc.)	k.S.	89 B. 88[illegible] G.
	3M.	—
Leipzig	k.S.	105 B.
London (10 Livr. St.)	k.S.	119[illegible] B. [illegible] G.
	3M.	— —
Lyon (200 Fr.)	k.S.	94[illegible] B. [illegible] G.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	100[illegible] B [illegible] G.
	3M.	— —
Paris (200 Fr.)	k.S.	94[illegible] B. [illegible] G.
	3M.	— —
Wien (100 fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	103 B. 102[illegible] G.
		— —
Disconto		3 1/2 B. 4 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 44 1/2-45 1/2
Pr. Friedrichsd'or	»	9 54 1/2-55 1/2
Holl. 10 fl. Stücke	»	9 53 1/2-54 1/2
Rand-Ducaten	»	5 37-38
20 Francsstücke	»	9 23 1/2-24 1/2
Engl. Sovereigns	»	11 54
Gold al Marco	»	383-84
5 Frankenthaler	»	2 21 1/2-22 1/2
Preuss. Thaler	»	1 45-1/4
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 45-1/4

Druck von August Osterrieth.

Digitized by Google

№ 278. Samstag — den 16. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: fl. in dem Postbezirke von Frankfurt 2 fl. 30 kr., in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxischen Postvereins (Baiern, Hannover 2c.) 2 fl. 42 kr. = 2 Thlr. 6 Sgr., in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Erbländern 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Thlr. 20 Sgr. Preußisch Courant. Bestellungen werden angenommen in Frankfurt, Expedition der Frankfurter Postzeitung, Hinterpfarr Nr. 28, und in Paris bei Herrn C. H. Alexandre in Straßburg, Buchhandlung Nr. 28, und in Paris bei Herrn Jules Renouard, Buchhandlung der Rue de Tournon Nr. 6. Einrückungsgebühren betragen für die Zeile (½ Zeile) mit 3 kr. = 1 Sgr. Preußisch.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 15. Oct. Die „Allgemeine Zeitung" bringt folgende telegraphische Berichte aus Wien vom 13. October. Der Kaiser ist in Fiume eingetroffen, wo der Orkan vorgestern große Verheerungen angerichtet hatte. Die Veröffentlichung des Statuts über politisch-administrative Organisation des Kaiserreichs steht nahe bevor. Man betrachtet es als nicht unwahrscheinlich, daß die handelspolitische Frage vor den Bundestag gebracht werde. Die britische Mittelmeerflotte ist an der griechischen Küste eingetroffen. Die griechische Successionsfrage hängt mit dieser Flottenbewegung zusammen.

Die genannte Zeitung macht dazu folgende Bemerkungen:

Durch die letzten Zeilen gewinnen einige Thatsachen, die auf den ersten Anblick vereinzelt und von secundärer Wichtigkeit zu sein scheinen, Bedeutung und vielleicht Zusammenhang. Daß die Engländer, wie eine telegraphische Depesche gemeldet hat, 9000 Mann an persischen Golf — wohl bei Buschir — ausschiffen, um Herat „selbstständig zu erhalten", d. h. diesen Knotenpunkt englisch-russischer Strebungen zu occupiren, und von ihm aus auf Persien, das Herat in Anspruch nimmt, zurückzuwirken, erschien schon folgenschwer genug. Dazu gesellt sich der Streitpunkt über Tunis, in welchem die englisch-französischen Interessen sich kreuzen, während die Pforte dort dieselbe Rolle spielt, wie in Herat Persien. Noch wichtiger ist der schwankende Gesundheitszustand des Sultans, über den in der letzten Zeit die seltsamsten Gerüchte gingen, als sei er vergiftet worden 2c., während zu gleicher Zeit selbst die vorsichtigsten Quellen — die österreichischen — von weitverzweigten Verschwörungen sprachen, von den weitgreifenden Planen der alttürkischen Partei. Weiterhin ist bekannt, daß der alte Oekonomos, der russische Schüpling, der in Athen für den Mittelpunkt der jüngsten griechischen „Klosterverschwörung" galt, sich in der letzten Zeit nach Konstantinopel einschiffte, auf deutschen Dampfer, der einen griechischen Staatsprocurator an Bord hatte, welcher in der türkischen Hauptstadt die Fäden jener Verschwörung weiter verfolgen sollte. Dieselben rivalisirenden Einflüsse, die über das arme Hellas vorjüngst die britische Blockade gebracht hatten, welcher Dom Pacifico zum Vorwand dienen mußte, begegnen sich heute, wo der Erbfolgestreit die Nebelkappe für die sich bekämpfenden Absichten der Schutzmächte bildet. Wo man hinsieht — nach Aegypten, den heiligen Städten, den Kurdenländern, nach Bulgarien, Bosnien, Serbien, Montenegro — allwärts seit vielen Jahrzehnten eine reiche Saat von Ereignissen gesäet, die an Tragweite die europäischen schon deßwegen weit überragen, weil sie nicht entschieden werden können, ohne über drei Welttheile zumal ihre Wellenringe auszudehnen. Daß Oesterreich diesen im Dunkel und meist fast tauflos für Europa sich entwickelnden Dingen nicht theilnahmlos, die Hände im Schooß, zusieht, zeigt das Erstreinen des jugendlichen Herrschers in allen Ländern seines Reiches, welche die Türkei und ihre Anhängsel umsäumen — in Ungarn, der Wojwodina, Galizien, Croatien, österreichisch Bosnien, den adriatischen Küstengebieten und überall begrüßen ihn kampflustige Heeresmassen unter kriegsgeübten Führern. Zu gleicher Zeit belehrt das Wiener Handelsministerium alle Theile der Monarchie über die Wichtigkeit des orientalischen Handels und dehnt die Kette seiner Consulate bis nach Kartum aus.

* **Frankfurt**, 13. Oct.*) Heute fand im Local der Katharinenschule die jährliche Generalversammlung des hiesigen Pestalozzivereins statt, an der sich eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Mitgliedern betheiligt hatte. Der Vorsitzende, Oberlehrer Jekel, erstattete einen detaillirten Bericht über die Leistungen des Vereins und über die einzelnen Pfleglinge, deren im beendigten Verwaltungsjahr nicht weniger als sechzig zu versorgen gewesen waren und von denen gegenwärtig, nach dem Abgang einiger, noch 28 in hiesigen und auswärtigen Familien, 18 in Rettungshäusern (12 in Weinheim, 3 in Sannerz, 1 in Korntbal, 1 in Kaiserswerth, 1 in Hänlein) und 11 als Lehrlinge bei Handwerkern untergebracht sind. Der Vortrag bot den Anwesenden Gelegenheit, einen Blick in die Tiefe des menschlichen Elends zu thun, das in der Form verwollderter Armuth und scheußlicher Entsittlichung leider auch unserer sonst so reich gesegneten Stadt nicht ganz fremd geblieben ist. Die Zahl der Vereinsmitglieder betrug im verflossenen Jahr 261, hat sich jedoch in allerjüngster Zeit bis auf 299 vermehrt. Die Gesammteinnahme belief sich auf 5109 fl. 48 kr., die Gesammtausgabe auf 5267 fl. 43½ kr.; es verbleibt mithin — zum erstenmal seit dem sechsjährigen Bestehen des Vereins — ein Deficit von 157 fl. 55½ kr. Da sich die regelmäßigen Jahresbeiträge der Mitglieder nur auf 892 fl. 24 kr. beliefen, so würden die bedeutenden Ausgaben für 60 Pfleglinge gar nicht zu bestreiten gewesen sein, ohne die freiwilligen Spenden edler Menschenfreunde, welche in größerem oder geringerem Belang in beträchtlicher Zahl dargebracht wurden. Es befanden sich darunter 300 fl. von Herrn Emil Bernus, 100 fl. von Herrn August v. Bibl, 500 fl. von den Kindern der Frau Bertha Reiß, geb. Halle, aus dem Nachlaß der letztern, und zwei Posten von 200 fl. und 500 fl. von zwei ungenannten Wohlthätern.

P **Berlin**, 13. Oct. Der Abbruch der Verhandlungen zwischen Belgien und Frankreich hat hier die volle Aufmerksamkeit gefunden, welche dies Ereigniß in Betreff der eigenen Beziehungen zu Belgien haben kann. Zumal wenn der Zollverein in seinem ganzen Umfange nicht wieder erneuert werden und die Trennung in ein Nord- und Süddeutschland, in einen nord- und süddeutschen Handelsbund factisch eintreten sollte, gewinnt für ersteren Belgien an Wichtigkeit, und die Idee, mit diesem wie mit Holland den Versuch einer Zolleinigung zu machen, welche bereits hier in Anregung gekommen, dürfte dann wohl einer nähern Erwägung unterzogen werden. Gewiß ist, daß auf Seiten Preußens und Norddeutschlands wichtige ökonomische Gründe vorliegen, die eine ausgedehnte Handelsverbindung mit den beiden westlichen Nachbarn empfehlen. Obwohl der Handelsvertrag vom vorigen Jahre den beiderseitigen Beschwerden der diesseitigen Producenten und Kaufleute abgeholfen hat, so entspricht derselbe doch noch keineswegs dem Gesammtinteresse. Denn während Nordwestdeutschland und das Rheingebiet die größten Consumenten der holländischen Colonialien sind, ist dem deutschen Export durch die Zoll- und Handelsverfassung der asiatischen Colonien Hollands doch fast der Eingang versperrt und derselbe sehr unerheblich. Dazu kommt die maritime Bedeutung, welche eine nähere Verbindung mit Holland, Norddeutschland und Preußen geben würde. Jenes birgt die nothwendigen Elemente zur Entwickelung einer großen Handelsmacht, wobei eben Norddeutschland ihm Stütze und Hülfe sein könnte. Hierauf bezügliche Andeutungen hat auch schon der treffliche Commissionsbericht Patows über den zwischen dem Zollverein und den Niederlanden am Ende des vorigen Jahres abgeschlossenen Handelsvertrag gegeben. Aehnliche Gründe liegen bei Belgien vor, während anderseits dieses selbst bei dem Wegfall der Begünstigungen seiner Leinen- und Eisenindustrie mehr als früher auf Deutschland angewiesen ist. Selbst für eine gleichmäßige Vertheilung der Zollrevenuen sind die Umstände in einem Handelsbunde Norddeutschlands mit Belgien und Holland nicht ungünstig. In Belgien bedingt sich das eigentliche Zolleinkommen auf durchschnittlich 2½ Fr. per Kopf, in Holland stieg dasselbe mit Ausnahme der Aeraise auf 1½ Gulden. Bei Gleichstellung der Tarife auf die Hauptverbrauchsartikel dürften die Differenzen in der zollpflichtigen Consumtion größtentheils verschwinden, würden sich aber anderntheils auch durch ein ähnliches Präcipuum, wie das an Hannover, ausgleichen lassen.

*) Wir können es uns nicht versagen, zu dem kürzeren in der 2. Beilage zu Nr. 246 befindlichen Berichte aus dieser ausführlicheren Mittheilung noch einen Platz zu gönnen. D. Red.

* **Berlin**, 13. Oct. Die „Neue Preußische Zeitung" prophezeit dem möglichen Bundesvereinsgesetze dasselbe Schicksal wie dem Bundespreßgesetze; sie sagt, es werde hier nur angenommen werden, wenn es nicht gegen die Bestimmungen des preußischen Vereinsgesetzes verstoße, aber abgeändert, wenn es gegen das letztere verstoße. Es ist wahrlich gut, daß jetzt alle Welt weiß, daß die „Neue preußische Zeitung" zu den maßgebenden Kreisen in keiner Beziehung steht, denn solche specifische Aeußerungen sind eben nicht geeignet, im übrigen Deutschland neue Sympathien zu erwecken oder die verlorenen wieder zu erobern. — Wie sehr die jetzt schwebende Zollfrage auch in solchen Kreisen, die mit ihr ganz außer Verbindung stehen, sich in ihrer politischen Auffassungsweise geltend macht, hiervon liefert auch die erst vor kurzem zu Göttingen abgehaltene Philologenversammlung ein Beispiel. Prof. Curtius aus Prag und verschiedene andere Gelehrte aus den Coalitionsstaaten beantragten nämlich, für das nächste Jahr Wien als Versammlungsort zu bestimmen. Dem widersetzten sich aber die preußischen Mitglieder und namentlich Professor Böckh von hier und Professor Rost aus Halle. Außer dem Präsidenten Hermann aus Göttingen erklärten sich auch noch Einige für Wien, der Sieg blieb indessen nach zweitägiger Discussion der preußischen Partei, welche die Verlegung der Versammlung nach Wien als eine politische und kirchliche Demonstration schilderte und an dieser Ansicht energisch festhielt. Schließlich ist Altenburg als nächster Versammlungsort festgesetzt worden.

Pfaffendorf, bei Koblenz, 13. Oct. Gestern hat unsere Traubenlese begonnen. Was an Quantität abgeht, ersetzt die Qualität, denn die Trauben übertreffen an Güte alle gehegten Erwartungen.

Bamberg, 12. Oct. Der in vielen Blättern enthaltenen Nachricht, daß auf den 24. d. M. hier Jesuitenmissionen beginnen sollen, kann ich auf das bestimmteste widersprechen. Der Abhaltung solcher Missionen stehen insbesondere von Seite der höheren kirchlichen Behörden Hindernisse entgegen, da man sich an erwähnter Stelle nicht von der absoluten Nothwendigkeit von Missionen in dem hiesigen Sprengel überzeugen kann. — Die Bahnstrecke von Hassfurt bis Schweinfurt, welche bereits vollendet ist, wird am 1. November zum erstenmal befahren werden. (N. Z.)

†† **Kassel**, 13. Oct. Die Nr. IX des diesjährigen Gesetzblattes enthält ein Anschreiben des Gesammtstaatsministeriums vom 2. October, die Veröffentlichung früherer Gesetze und Beschlüsse des deutschen Bundes betreffend, wonach, um den aus der Betroffenheit des § 71 der Verfassungsurkunde, worin es heißt: „die Gesetze und Beschlüsse des deutschen Bundes werden durch ihre Publication Bestandtheile des kurhessischen Rechts", entstehenden Zweifeln gegen die bestehende Giltigkeit der gesammten Bundesgesetzgebung im Kurstaate zuvorzukommen, mehrere Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse zur allgemeinen Kenntnißnahme veröffentlicht und publicirt werden. Es hatten sich nämlich darüber Zweifel erhoben, ob die Bundesgesetze z. schon durch ihre Publication durch die Bundesbehörde in den einzelnen Bundesstaaten gesetzliche Kraft erlangen, oder ob dazu noch eine besondere Publication in dem Einzelstaate durch das Gesetzblatt nöthig sei. Die durch das genannte Staatsministerialausschreiben zur Publication gebrachten Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse sind folgende: 1) die deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815, 2) die Schlußacte vom 8. Juni 1820, 3) die Bundesexecutionsordnung vom 3. August 1820, 4) der Bundesbeschluß vom 3. August 1820 wegen Errichtung der Vorschriften der Congreßacte über die Freiheit der Flußschiffahrt, 5) die Kriegsverfassung des deutschen Bundes vom 9. April 1821, 12. April 1821 und 11. Juli 1822, 6) der Bundesbeschluß vom 27. October 1831 wegen Unstatthaftigkeit von gemeinschaftlichen Adressen an die Bundesversammlung, 7) die authentische Interpretation der §§ 31 und 33 der Bundeskriegsverfassung vom 13. September 1832, 8) der Bundesbeschluß vom 21. Juni 1838, die Aufnahme von Zeitungsartikeln über Bundesverhandlungen betreffend, 9) der Bundesbeschluß vom 22. April 1841, den Schutz musikalischer und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung betreffend, 10) der Bundesbeschluß vom 19. Juni 1845 in Betreff des Schutzes von Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung, und endlich 11) der Bundesbeschluß vom 19. Juni 1845, die Unterdrückung des Sklavenhandels betreffend.

Frankreich.

* **Paris**, 13. Oct. Ludwig Napoleon hat in Bordeaux ausgesprochen, er wolle die Abflüsse des großen Volksstroms wieder in ihr ursprüngliches Bett zurückführen, und meinte damit, er wolle alle Parteien wieder zu einer in sich einigen Nation verjohnen. Als einen ersten Versuch dieser Art muß man es wohl annehmen, wenn wahr ist, daß bald nach der Rückkehr Ludwig Napoleons eine neue Reihe von Senatoren, und zwar vorzugsweise aus den Mitgliedern der alten legitimistischen Partei ernannt werden soll. Ueberraschen darf dies nicht, denn viele der Führer dieser Partei sehen ein, daß ein längerer Widerstand gegen die neue Ordnung der Dinge zwecklos und erfolglos sein würde, und sind deßhalb nicht abgeneigt, Ehren und Aemter im Kaiserreich anzunehmen. Aus der besten Quelle kann ich Sie versichern, daß die Angabe, der Papst habe es abgelehnt nach Paris zu kommen und den neuen Kaiser zu salben, unwahr ist. Se. Heiligkeit drückte sich etwa folgendermaßen aus: „Sagen Sie dem Prinzen, daß ich ganz zu seinem Dienste bin; ich kann niemals genug anerkennen, was er für mich, für die Religion, für die Gesellschaft gethan hat. Ich möchte jedoch bemerken, daß ich einen Theil des heiligen Collegiums mit mir nehmen müßte, und einige meiner Cardinäle sind alte und schwache Männer, denen eine lange Reise im Winter Unannehmlichkeiten und Beschwerden bereiten würde. Ich hoffe deßhalb, daß meine Gegenwart nicht vor dem Frühling gewünscht werden wird." So die Antwort des Papstes, weder ein ganzes Ja, noch ein ganzes Nein, vielmehr eine Art Rückhalt, vielleicht weil Pio Nono erst abwarten will, wie das Kaiserreich von den europäischen Mächten aufgenommen werden wird. In Frankreich selbst gewinnt dasselbe immer mehr Boden; in den Vorstädten von Paris votiren alle Municipalräthe ihre Kaiseradressen fast einstimmig und der „Moniteur" enthält täglich lange Reihen solcher Documente aus allen Departementen.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 15. Oct. Aus Paris meldet die „Hamburger Börsenhalle": Wie es heißt, hätte die bayerische Regierung den drei Schutzmächten Griechenlands (Frankreich, England und Rußland) in einer Note den Entschluß des Prinzen Adalbert mitgetheilt, zur griechisch-katholischen Confession überzutreten, und sich dadurch in den Stand zu setzen, als griechischer Thronfolger an die Stelle des auf seine Rechte verzichtenden Prinzen Luitpold zu treten.

Berlin, 14. Oct. Nach der „Spen. Zeitung" ist die Hauptschwierigkeit der Verhandlung mit den thüringischen Staaten in der Grenzbewachung zu suchen, da diese Staaten nicht geeignete Persönlichkeiten genug besitzen und diese demnach fast sämmtlich von Preußen gestellt werden müssen.

† **Turin**, 10. Oct. Hiesigen Blättern zufolge hätte sich Frankreich erboten, eine Vermittelung zwischen Piemont und der päpstlichen Curie herbeizuführen; es habe jedoch die Bedingung gestellt, daß die Angriffe gegen Rom in der Journalistik aufhören.

* **Paris**, 13. Oct. Die ganze Bevölkerung des Unterchorente-Departements hat die Anwesenheit des Prinz-Präsidenten in Rochefort mit Enthusiasmus gefeiert. Gestern in der Frühe des Tages schon stellten sich die Deputirten der Umgegenden, die während der Nacht auf den freien Plätzen und in den Vorstädten biwouakirt hatten, mit ihren Fahnen auf. Um 9 Uhr zogen sie, nach der Revue über die Garnison, mit enthusiastischem „Vive l'Empereur!" und „Vive Napoléon III.!" vor dem Prinzen vorüber. Nachdem Ludwig Napoleon das Arsenal, den Hafen ꝛc. in Augenschein genommen hatte, wurde die Reise nach La Rochelle fortgesetzt, wo die Aufnahme eine nicht weniger begeisterte war.

Das gestern im „Moniteur" erschienene Programm für den Einzug des Prinz-Präsidenten hat die allgemeine Spannung und Neugierde noch bedeutend vermehrt. Ueberdies werden noch viele besondere Demonstrationen für diesen Tag vorbereitet; denn auch die Theaterverwaltungen, die Arbeitercorporationen und die Damen der Halle wollen ihr Theil zur Erhöhung des Festes beitragen. Der Seinepräfect bietet alles auf, um die Vorbereitungen wenigstens am Morgen des 16. vollendet zu sehen. General v. Lawoestine hat ebenfalls geeignete Befehle für die Nationalgarde der Hauptstadt und der Banmeile bereits erlassen. Nicht geringere Thätigkeit entfaltet der Polizeipräfect. Die Deputirten des gesetzgebenden Körpers sind von den Umständen benachrichtigt worden, daß ihnen Plätze im Bahnhof der Orleans-Bahn reservirt sind. Auch der Pariser Appellhof wird sich dort vertreten lassen. Alle in Paris ausmündenden Bahnen veranstalten für nächsten Samstag trains de plaisir, um die Schau- und Festlustigen der Provinz der Hauptstadt zuzuführen.

Die Pariser Blätter haben sich bis heute jeden Commentars zu der in Bordeaux gehaltenen Rede Ludwig Napoleons enthalten, mit alleiniger Ausnahme des „Constitutionnel" und des „Moniteur".

Heute hieß es, der Senat sei von seinem Präsidenten, dem Marschall Prinz Hieronymus, auf den 18. d. M. zu einer außerordentlichen Session einberufen.

Ueber das Marseiller Complott hat sich bis heute noch kein neues Licht verbreitet.

* **Paris**, 14. Oct. Der Prinz-Präsident ist vorgestern Nachmittag unter Glockengeläute und Kaiserrufen in die alte ehrwürdige Stadt La Rochelle eingezogen. Alle Huldigungen, Feierund Festlichkeiten wie bisher; am Abend Illumination der Stadt

mittag gegen 6 Uhr festlicher Einzug in **Niort**, wo der Prinz in der Kathedrale vom Bischof von Poitiers und 300 Geistlichen empfangen wurde. Seit der Rede von Bordeaux ist die große Reise zu Ende, d. h. es kümmert sich in der Hauptstadt kein Mensch mehr darum. Paris hat das Fieber; es schwärmt dem großen Einzug Ludwig Napoleons entgegen, baut Triumphbogen, decorirt seine Straßen und Häuser ꝛc. Der Seinepräfect hat dem Municipalrath der Hauptstadt den Entwurf einer Adresse unterbreitet, die dem Prinzen bei seinem Einzug überreicht werden soll; derselbe stammt aus der gewandten Feder Merruau's, des Oberredacteurs des „Constitutionnel" und Generalsecretärs der Präfectur, und ist vom Gemeinderath angenommen worden.

Auf Gesuch des Cardinals Donnet hat der Prinz-Präsident für die würdige Herstellung der Fronte und des Haupteinganzs der Kathedrale von Bordeaux die hierzu erforderlichen 500,000 Fr. zu bewilligen versprochen.

Laut Angabe der „Patrie" hat die Regierung aus allen Departementen Berichte über den trefflichen Eindruck erhalten, den die Rede von Bordeaux überall, besonders aber bei der Landbevölkerung gemacht habe. In Geschäften aller Art bekunde sich schon der wohlthätige Einfluß.

Wie ein Lyoner Blatt meldet, hat einer der in St. Etienne verhafteten Complottschuldigeu nunmehr in Marseille bekannt, er heiße nicht Gaillard, sondern Guichard, nnd habe jenen Namen nur angenommen, um dem wahren Gaillard die Flucht zu erleichtern.

Der bekannte frühere Montagnard Schölcher hat in England ein Buch gegen Ludwig Napoleon geschrieben, welches das Pamphlet Victor Hugo's noch weit überbietet.

✕ **Brüssel**, 14. Oct. Noch nichts Definitives über das Zustandekommen eines neuen Cabinets. — Die Regierung hat verfügt, daß die durch ihre Feindseligkeit und Angriffe gegen Ludwig Napoleon sich auszeichnende „Nation" auf den belgischen Staatseisenbahnen nicht mehr befördert werden darf.

** **Madrid**, 9. Oct. Der gestern Abend versammelt gewesene Ministerrath soll die Einberufung der Cortes zum 19. November beschlossen haben. Das Decret, heißt es, werde morgen, am Geburtstag der Königin, in der amtlichen Zeitung erscheinen. Abermals sind Gerüchte von Cabinetsmodificationen im Umlauf.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
IX.

✓ **Köln**, 13. Oct. (Sitzung am 13. Fortsetzung der Vernehmung des Dr. Becker.) Der Angeklagte erklärt auf Befragen, keiner Centralbehörde in Köln, oder auch nur einem Bunde angehört zu haben, wohl aber, wie bereits bemerkt, dem Sicherheitsausschuffe. Der Präsident fragt, ob er nicht im Interesse des Bundes eine Reise gemacht habe. Der Angeklagte sagt, daß er im November nach Frankfurt am Main gereist sei. Hätte er damals die frühere Ansprache mitnehmen sollen, so hätte dieselbe doch wahrlich gar zu lange in Köln liegen müssen. Seine Reise sei zum Zwecke von Incassos für die „Westdeutsche Zeitung" gemacht worden. Er gibt seine Route ganz genau an; wie und wo er seine Zeit in den betreffenden Orten zubrachte, mit wem er Geschäfte machte. Er wäre am 4. Nov. abgereist und am 10. Nov. zurückgekehrt, habe in dieser Zeit, im Winter, 60 Meilen zurückgelegt und seine Geschäfte besorgt. Grade die Polizei würde ihm die Daten bezeugen können, denn man habe befürchtet, daß er in Koblenz die Redaction des momentan verwaisten Tagblattes für einige Zeit übernehmen werde, deßhalb hier angefragt, ob er sich längere Zeit aufgehalten habe, und hier (in Köln) habe sich die Polizei gewundert, ihn sobald wieder zu sehen. Es gehe übrigens auch aus den Acten hervor, daß früher ein Emissär gereist sei, dessen Reise besser mit dem Datum der Ansprache übereinstimme. — Präsident: Es könne die Ansprache vom December 1850 gewesen sein. Uebrigens heiße es in einer Aussage, daß die Aeußerung gefallen sei, das dritte Mitglied der Centralbehörde sei eine Person, so bekannt, wie keine andere am Rhein; das scheine doch fast auf ihn zu deuten. Uebrigens wäre ihm doch jedenfalls die Existenz des Bundes bekannt gewesen. — Angeklagter: Die Existenz wohl, aber nicht die essentielle Stiftung, die nicht aus der Ansprache hervorging. — Der Präsident ist anderer Meinung. Becker habe ja selbst gesagt, daß ihm die Ansprache zur Prüfung gegeben worden sei. Deßhalb müsse er doch eingeweiht gewesen sein. — Angeklagter: Ohne Zusammenhang mit dem Manifest und den Statuten sei aus der Ansprache nichts zu erkennen gewesen. Die Existenz des Geheimbundes sei nebenbei so wenig ein Geheimniß gewesen, daß schon damals davon in dem Zuschauer der „Neuen Preußischen Zeitung" zu lesen gewesen wäre. — Präsident: Ihm sei doch als Jurist das Gesetz bekannt, daß man von einem Complott Anzeige machen müsse. — Angeklagter: Allerdings, aber der objective und subjective Thatbestand müsse erst klar vorliegen. Das Gesetz aber verlange nicht von ihm, daß er dabei weiter gehen und den Spion machen müsse. — Der Präsident bemerkt, daß Stillschweigen im Statut des Bundes gestanden; gewesen sei? — Angekl.: Demungeachtet plaudert Lause aus Holstein aus; andere, Struve, Siegel, Philipp Becker, geben sich für Mitglieder des Bundes aus, ohne es zu sein, wozu eine genaue Bekanntschaft mit seinen Einrichtungen nöthig war, und der vom öffentlichen Ministerium geladene Zeuge Hentze kannte den Bund von seinem Entstehen an. Wenn Hentze, warum nicht er? Man muß z. B. jemand vom Bunde unterrichten, wenn man ihn aufzunehmen gedenkt, da doch kein vernünftiger Mann sich so blindlings in einen Bund aufnehmen lassen wird. — Der Präsident: Nach Aussage des Zeugen Hentze ist demselben zwar nicht direct gesagt worden, daß Sie Mitglied des Bundes seien, jedoch herrsche bei ihm darüber gar kein Zweifel. — Becker: Ich habe Hentze früher nicht gekannt. Bei dem Criminalproceß von Hamm sah ich ihn zuerst. Der Angeklagte Wilbach wünschte mich als Jurist zu consultiren und war mir dort die Erlaubniß geworden, mit ihm zu speisen. Hentze war auch an der Tafel. In der Unterhaltung warf er plötzlich die Frage auf: Was machen denn die Herren der „Rheinischen Zeitung"? Ich erzählte ihm von dem Streit in London, den damals bereits die Zeitungen verbreiteten; daß Willich, verstärkt durch das aus der Schweiz ausgewiesene Militär, einen närrischen Putsch vorgehabt habe. — Fr. Haben Sie Nothjung eine Adresse an Hentze mitgegeben? — Antw. Ich habe früher die Möglichkeit zugegeben, mich aber später aus den Daten überzeugt, daß dieses nicht der Fall gewesen. — Fr. Aber Nothjung hat sich doch mit einer Empfehlung von Ihnen an Dr. Mensching bei diesem eingeführt? — Antw. Das bestätigt meine Behauptung; wozu das, wenn er eine directe Vorweisung von mir an denselben hatte? Der Angeklagte behauptet, daß Nothjung, mit dem er früher keineswegs in einem besondern freundlichen Verhältniß stand, ihm erst im Arresthause näher getreten sei. Da er Köln verlassen wollte und dort auch stets im Verkehr mit gebildeten Personen gestanden sei, habe er ihn, um dieses auch draußen fortsetzen zu können, um Adressen und Empfehlungen ersucht. Die Empfehlung an Dr. Mensching habe dieser weiter adressirt an Olshausen und andere Personen, die alle dem Communismus sehr ferne standen, so daß man diesen Adressen unmöglich einen communistischen Bundeszweck unterschieben könne. Wegen Schimmelpfenning befragt, kommt Becker nochmals auf den Mißbrauch seines Namens zurück, gesteht aber gewußt zu haben, daß Schimmelpfenning maskirt reise, nämlich als Student hier ankam und als Kriegsreservist weiter reiste. (Fortsetzung folgt.)

Börsenberichte.

⚖ **Frankfurt**, 15 Oct. Ebenso wie gestern war auch heute die Stimmung der Börse günstig, wozu namentlich die sich besser gestaltenden Geldverhältnisse das Meiste beigetragen; besonders begehrt waren heute österreichische Fonds; 5pCt. Metall. waren 81 pCt. G.; $4^{1}/_{2}$pCt. Metall. $73^{1}/_{2}$ pCt.; 5pCt. Lombardisch-Venetianische $88^{3}/_{8}$ pCt. G; Wiener Bankactien 1385 fl.; 500 fl. Loose 194 pCt.; 250 fl. Loose $118^{1}/_{2}$ pCt. bez. Spanische 1pCt., die anfangs auf abermalige niedrigere Notirung derselben von der gestrigen Pariser Börse zu niedrigeren Coursen verhandelt wurden, stellten sich zuletzt wieder fester und schlossen beinahe ganz wie gestern, $25^{7}/_{16}$ à $^{1}/_{2}$ pCt.; 3pCt. Inländische waren beliebter, $46^{1}/_{4}$, $^{3}/_{8}$ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn $44^{1}/_{4}$ pCt. G.; Bexbach 95 pCt. G.; Köln-Minden $111^{1}/_{2}$ pCt. G.; Taunus 297 fl. G. Auch in süddeutschen Papieren und Anlehensloosen zeigte sich Begehr zu verbesserten Preisen. — Abends war in der Effectensocietät kein Geschäft.

Berlin, 14. Oct Staatssch. $93^{1}/_{4}$ Bef., $92^{3}/_{4}$ G. — Köln-Minden $112^{3}/_{4}$ Bef., $111^{3}/_{4}$ G. — Fr.-W.-Nordb. $42^{1}/_{4}$ Brf., $41^{1}/_{4}$ G.

Amsterdam, 14. Oct. 4 Uhr. $2^{1}/_{2}$pCt. Integr. $64^{1}/_{16}$. — 3pCt. Schuld —. — 4pCt. $96^{1}/_{16}$. — 1pCt. Spanische $25^{1}/_{8}$. — 3pCt. —. — do. inländ. à 6000 fl. $46^{1}/_{2}$. — 4pCt. Ruff. bei Hope $91^{1}/_{2}$. — do. bei Stieglitz $91^{3}/_{16}$. — — 5pCt. Metall. $78^{1}/_{4}$. — $2^{1}/_{2}$pCt. do. $40^{3}/_{4}$. — 5pCt Silber-Metall. $90^{3}/_{4}$.

Paris, 14. Oct. $4^{1}/_{2}$pCt. Rente 106, 45. — 3pCt. 81, 80. — Neapol. —. — Neue 5pCt. Oesterr. $94^{3}/_{4}$. — Spanische neue Diff. $25^{3}/_{4}$, $^{1}/_{8}$. — Neue 3pCt. $51^{1}/_{4}$. — Innere Schuld $46^{1}/_{4}$. — Passive —. — Bankactien 2847. 50. — Piemont 5pCt. 98, 50. — Römisches Anlehen Juni 1850 $98^{5}/_{8}$. — do. 1850 $99^{1}/_{4}$. — St. Germain-Eisenbahn 1165. — Versailles, linkes Ufer —. — Straßburg-Basel 327, 50. — Nordbahn 760. — Paris-Straßburg 772, 50.

Das gestrige Steigen der öffentlichen Fonds hat heute zu Anfang der Börse einige Fortschritte gemacht; indessen die nahe bevorstehende Abrechnung auf dem Eisenbahnactienmarkt hat alle Papiere später wieder gedrückt.

London, 13. Oct. 3pCt. Stocks $100^{1}/_{2}$ à $^{5}/_{8}$. — Spanische neue 1pCt. $25^{1}/_{2}$. — 3pCt. do. $50^{3}/_{4}$ à $^{7}/_{8}$. — 5pCt. Port. $38^{1}/_{2}$.

Madrid, 9. Oct. 3pCt. $47^{5}/_{8}$, n. d. Börse $47^{1}/_{2}$ G. — 1pCt. Neue $26^{1}/_{2}$, n. d. Börse $26^{7}/_{16}$ P.

Frankfurt, 15. Oct. Gestern sind hier angekommen: Ihre Durchl. der Fürst und die Fürstin von Wittgenstein, im englischen Hof; der Prinz Alexander und die Prinzessin Natalia Schakowsky, aus Warschau, im weißen Schwan; Herr General v. Lamoricière, aus Belgien, im russischen Hof; Herr Graf v. Westphalen, aus Preußen, im Pariser Hof.

Verantw. Redaction: Dr. . Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschett.

[2352]

Bekanntmachung.

Den Briefpostverkehr mit der Schweiz betr.

Vom 15. October 1852 an treten hinsichtlich des Briefpostverkehrs mit der Schweiz nachstehende Bestimmungen bis auf Weiteres in Wirksamkeit:

1) Das Briefporto beträgt im einfachen Satze je nach der bei der Erhebung zur Anwendung kommenden Münzwährung,

A. an deutschem Porto 9 Kreuzer oder 3 Sgr.,

B. an Schweizerischem Porto

a) für die im ersten Tax-Rayon gelegenen Schweizerischen Postorte, welche bei den betreffenden diesseitigen Postämtern in Erfahrung zu bringen sind, 3 Kreuzer oder 1 Sgr.,

b) für alle übrigen Schweizerischen Postorte 6 Kreuzer oder 2 Sgr.

2) Hinsichtlich der Taxprogression finden die für den Postvereinsverkehr geltenden Bestimmungen Anwendung. Die Briefe u. s. w. können ganz frankirt oder unfrankirt abgesendet werden.

3) Für Waarenproben und Muster, welche den im Postvereinsverkehr geltenden Bestimmungen entsprechen, wird für je 2 Loth das einfache Briefporto erhoben.

4) Für Kreuzbandsendungen, welche den Bestimmungen des revidirten Postvereinsvertrags entsprechen, beträgt, wenn dieselben bei der Aufgabe vollständig frankirt werden,

a. das deutsche Porto den nach dem Postvereinstarif sich ergebenden Satz,

b. das Schweizerische Porto 4 Schweizerische Rappen (centimes) pro Loth. Bei der Erhebung des Schweizerischen Portos im diesseitigen Postgebiete werden für je 4 Rappen je ein Kreuzer resp.

für	4 Rappen	$\frac{1}{3}$	Sgr.
„	8 „	$\frac{2}{3}$	„
„	12 „	1	„
„	16 „	$1\frac{1}{3}$	„
„	20 „	$1\frac{2}{3}$	„
„	24 „	2	„

erhoben.

5) Hinsichtlich der recommandirten Briefe, der Recommandationsgebühr, der Retourrecepisse, der nachgesendeten und unbestellbaren Briefe gelten die für den Postvereinsverkehr festgesetzten Bestimmungen.

6) Im Verkehr mit der Schweiz sind Postvorschüsse bis zum Betrage von 15 fl. resp. 10 Rthlr. zulässig.

Die Procuragebühr, neben welcher das gewöhnliche Porto zu erheben ist, wird für die nach der Schweiz gehenden Vorschußbriefe nach den beim Postvereinsverkehr geltenden Bestimmungen erhoben.

Frankfurt a. M., den 14. October 1852.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[2301]

Kundmachung.

Von Seiten des kaiserl. königl. österreichischen 1. Feldjäger-Bataillons wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß am 18. October l. J., Vormittags 10 Uhr, in der ehemaligen Droschken-Anstalt, Allgasse Nr. 31, nach anbefohlener Auflösung der Bataillons-Bespannung, 22 Stück gesunde, kriegsdiensttaugliche Pferde an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung veräußert werden.

Frankfurt a. M., den 8. October 1852.

Schulz, m. p., Major, Bataillons-Commandeur.

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 24. September 1852 an fahren die Boote täglich [2247]

Von **Mainz-Castel** Morgens 1½ Uhr (**Schnellfahrt**) . . . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des **6½** Uhr Zuges von *Frankfurt.*

Von **Mainz-Castel** Morgens **9** Uhr . . . . . bis **Cöln-Deutz** und **Düsseldorf.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des **8** Uhr Zuges von *Frankfurt.*
Jeden *Mont., Mitw., Donnerst.* u. *Samst.* direct bis **Arnheim**(*Amsterdam*) u. **Rotterdam-London.**

Von **Mainz-Castel** mittags **12** Uhr (**Schnellfahrt**) . . . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des **11** Uhr Zuges von *Frankfurt.*

☞ Von **Biebrich** jedesmal eine Viertelstunde später als von **Castel.**

Von **Mainz** Nachmittags **1** Uhr und Nachmittags **4** Uhr nach **Worms** und **Mannheim.**

Billete für die Dampfschiffe nach allen Stationen und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil,* der Post gegenüber,
Brn. **Th. Fletcher** bei Herren Gogel, Korb & Comp., Brn. **Aug. Schönling** auf dem Rossmarkt.

☞ Da die **Düsseldorfer Boote** bei Ankunft der Eisenbahnzüge von Frankfurt schon zur Abfahrt bereit liegen, so wird gebeten, um jede Verzögerung zu vermeiden, sich bereits in **Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten** zu versehen.

Niederländische Dampfschiffe.

(Dienst vom 2. October.) [2218]

Täglich nach Ankunft des 8 Uhr Zugs von Frankfurt.

Von **Mainz-Castel,** Morgens 9 Uhr, mit Uebernachtung in **Cöln** u. bis **Rotterdam.**
(Montag, Donnerstag u. Samstag über Arnheim und 4mal über Nymwegen).
Jeden Donnerstag und Samstag bis **London.**

Täglich von **Mainz** nach **Mannheim** und jede Woche noch extra Güterboote.

Näheres auf den Haupt-Agenturen von **C. Louis Beyschlag**
in **Frankfurt a. M.** (Kornmarkt), in **Castel** und in **Mainz**

In England patentirt.

Herr **George** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentirten Erfindung, durch welche die Kunst der Zahnärzte gänzlich umgewandelt wird. Es handelt sich darum, die Platten statt aus Gold oder Horn von Nilpferde (Hyppopotam), aus Schildplatte zu verfertigen, die viel weicher, angenehmer und leichter im Munde liegt als Hyppopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr George hat eine Dampfmaschine bauen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Bestellungen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienstags und Freitags von 1 bis 3 Uhr wird Herr George (rue Rivoli 36 a Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

NB. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentirten Vorrichtung zum Modelliren des Mundes bedarf Herr George nur zweier Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

Druck von August Osterrieth.

Hôtel garni u. Restauration.

Ich beehre mich hiermit, einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich mein Haus am Leonhardsthor Nr. 28 neu mit der Ausschrift auf den Namen zum Hôtel garni eingerichtet habe, worin die geehrten Reisenden unter billigen Preisen und prompter Bedienung monatlich, wöchentlich und täglich logiren können. [1672]

Frankfurt a. M. **Hessen-Winkler.**

[1681] Von hohem Senate concessionirte

Privat-Entbindungs-Anstalt

zu Frankfurt a. M.

Nähere Auskunft ertheilt gegen portofreie Einsendungen Dr. Roberty daselbst, Zeil 19.

Institut philologique de Nancy

rue des Ponts, 24.

Special-Bildungs-Anstalt für deutsche Jünglinge, welche Französisch und Englisch gründlich practisch zu erlernen wünschen.

Der Preis der Pension beträgt jährlich 400 Gulden und wird in vierteljährigen Zahlungen voraus entrichtet.

Schuler können zu jeder Zeit des Jahres eintreten; allein am besten *den 15. October* und *gegen Ostern.* Naheres bei der Expedition dieses Blattes. [2192]

[2243] Edictalladung.

Nachdem über das Vermögen der Wittwe des J. Oppenheimer dahier der Concursproceß rechtskräftig erkannt worden ist, so wird zur Anmeldung billigster, sowie persönlicher Ansprüche gegen dieselbe Termin auf

Donnerstag den 21. October l. J.,

Morgens 8 Uhr,

anberaumt, bei Vermeidung des Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der Masse.

Wiesbaden, den 20. September 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.

Eiffell.

(Nebst Beilage und Couvertationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung

Samstag (Beilage zu Nr. 248.) 16. October 1852.

Deutschland.

Berlin, 13. Oct. Um die königl. Gesandtschaften von dem Verlauf der Zollvereinsangelegenheiten in Kenntniß zu setzen, ist in diesen Tagen ein Circular ergangen, welches, indem es den bisherigen Gang der hiesigen Conferenzen recapitulirt, von allgemeinerem Interesse sein dürfte.

Die „Preuß. Ztg." ist in den Stand gesetzt, das Circular wie folgt mitzutheilen:

Nachdem meine Depesche vom 27. v. M. in der Zollangelegenheit zum Abgang befördert worden, machte der königl. bayerische Bevollmächtigte bei der hiesigen Zollconferenz, zugleich im Namen der Bevollmächtigten von Sachsen, Württemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau, dem Vorsitzenden die Anzeige, daß sie anamehr mit Instruction versehen seien, um auf die in der Conferenzsitzung vom 30. August d. J. erfolgte Erklärung der preußischen Regierung eine Erwiederung abzugeben. Zugleich wurde das Ersuchen gestellt, zur Abgabe der Erklärung eine Conferenzsitzung zu veranlassen. Der Vorsitzende erwiederte darauf, daß er mit Rücksicht auf den Inhalt der inzwischen ergangenen, oben erwähnten Depesche — welche dabei mitgetheilt wurde — sich außer Stande sähe, die gewünschte Conferenzsitzung zu veranlassen. Die gedachten Bevollmächtigten gaben in einem fernerweiten an den Vorsitzenden gerichteten Schreiben ihr Bedauern hierüber zu erkennen, und theilten zugleich unter dem Bemerken, daß es für die königl. preußische Regierung von Interesse sein könnte, von den Intentionen ihrer Regierungen Kenntniß zu erhalten, die abschriftlich anliegende Erklärung, zu deren Abgabe sie beauftragt waren, zur Notiz mit.

Hiernächst haben die gedachten Bevollmächtigten Berlin verlassen. Dieser Verlauf hat uns nicht überraschen können. Alle unsere Voraussetzungen über die in München beschlossene Erklärung haben sich durch die zuletzt von den hiesigen Bevollmächtigten gemachte Mittheilung vollständig bestätigt.

Abgesehen von der Frage über die Annahme des mit Hannover am 7. September v. J. abgeschlossenen Vertrages und über die Dauer des neu zu constituirenden Zollvereins, war in den diesseitigen Auslassungen als leitender Grundsatz aufgestellt:

daß der Abschluß der Verträge über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins, der Verhandlung mit Oesterreich über den mit dieser Macht abzuschließenden Handels- und Zollvertrag vorhergehen müsse.

Indem wir diesen, uns durch die klare Sachlage gebotenen Grundsatz festhielten, hatten wir in der Sitzung vom 30. August die von uns gewünschte Auskunft über den Inhalt des nach Abschluß der Verträge mit unseren Zollverbündeten, mit Oesterreich zu unterhandelnden Handels- und Zollvertrages ertheilt.

Allein das Verlangen der in München vertreten gewesenen Regierungen geht weiter. Noch in der uns jetzt vorliegenden Erklärung heißt es wörtlich:

Nun hat aber die königlich preußische Regierung nicht die Annahme des unterm 25. Mai c. vorgelegten Vertragsentwurfs in Aussicht gestellt, sondern nur zugestimmt, daß derselbe den Verhandlungen mit der kaiserlich österreichischen Regierung zum Grunde gelegt werde, und sie hat dabei schon im voraus neben dem Ausschlusse der auf den Zollvereinigungsvertrag bezüglichen Bestimmungen, wesentliche Sätze des Entwurfs des Zoll- und Handelsvertrages beanstandet und insbesondere die so wichtige Beilage I. im Ganzen späterer Entschließung vorbehalten. Das Zustandekommen des Vertrages erscheint daher um so weniger gesichert, als, wie die königlich preußische Regierung nicht verkennen wird, Niemand es in seiner Hand hat, allen den Wechselfällen vorzubeugen, welche zwischen dem Beginne von Verhandlungen und deren Abschluß eintreten können.

Hiernach soll also Preußen, damit seine bisherigen Zollverbündeten die Zollvereinsverträge erneuern, nicht nur angeben, zu welchen Bedingungen es mit Oesterreich verhandeln will, sondern sich auch von vornherein den Bedingungen unterwerfen, welche Oesterreich selbst an den Abschluß des Vertrages knüpfen wird. Somit wird also die Erneuerung des Zollvereins nicht nur von der freiwilligen Zustimmung der Paciscenten, sondern auch von der Einwilligung einer dritten, dem Zollverein nicht angehörigen Macht, abhängig gemacht.

Diese Betrachtung allein reicht hin, um das Festhalten des diesseitigen Grundsatzes zu rechtfertigen.

Allein Preußen verzichtet auch noch jetzt nicht auf die Hoffnung, den Zollverein erhalten zu sehen. Freilich hat es bei der bisherigen Haltung der zuerst in Darmstadt, zuletzt in München conferirenden Regierungen die Aussicht aufgeben müssen, auf dem Wege der hier eröffneten Verhandlungen zum Ziele zu gelangen. Allein, indem es dieser Ansicht entsagte, hat es sogleich seinen jetzigen Zollverbündeten seine Bereitwilligkeit erklärt, die Verhandlungen fortzusetzen, sobald ihm von einer oder der anderen Regierung die Entschließung zu erkennen gegeben wird, den von ihm selbst als unabweisbar erkannten Grundsatz der Unabhängigkeit der Verhandlungen von dem Einverständniß einer dabei nicht betheiligten Macht, gelten zu lassen. Somit kann von einem Abbrechen der Verhandlung seitens Preußen in keiner Weise die Rede sein, sowie dasselbe denn überhaupt von Anfang an seinen ernsten Willen bethätigt hat, die für die Gesammtheit aller Zollvereinsstaaten segensreiche Verbindung in jeder Beziehung und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten und neu zu beleben.

Ein Rückblick auf den bisherigen Gang der Sache wird diesen Satz auf das Bündigste belegen.

Nachdem der Vertrag vom 7. September 1851 zum Abschluß gediehen, machte sich das allgemeine Anerkenntniß Bahn, daß damit ein Ziel erreicht worden, dessen Verwirklichung seitens aller zum Zollverein verbundenen Regierungen oftmals verheißungswünschet war. Nicht minder geltend machte sich die Ueberzeugung, daß zur Erreichung des Zieles ein anderer Weg schwerlich geführt haben würde. Preußen vertraute auf unbesangene Erwägung der schwierigen Umstände und schritt demnächst zu der formellen Kündigung der Zollvereinsverträge, nicht, um lang bestandene Verhältnisse zu lösen, sondern einzig und allein, um, unter Beseitigung derselben, die Bahn zu öffnen für die Verhandlungen, welche nothwendig waren, sowohl um des Septembervertrages willen, als auch um andere bei dem Uebergang in eine neue Vereinsperiode der Verständigung bedürftenden Punkte zu regulären. Preußen erfüllte mit diesem Schritt eine Pflicht, es nahm solche auf sich zugleich in der Voraussetzung, daß sonst doch von der einen oder der anderen Seite eine Kündigung eingetreten wäre. Gern hätte Preußen damals sofort die Verhandlungen angeknüpft, allein es konnte diesen unleugbar günstigeren Weg nicht betreten, weil annoch die Zustimmungen der Landesvertretungen zum Septembervertrage in Preußen wie in Hannover und der Anschluß Oldenburgs zu bewirken war. Sobald indeß auch diese Anstände gehoben waren, erfolgte die Einladung zu den Conferenzen. Inzwischen war die kaiserlich-österreichische Regierung mit der Emanation eines neuen Tarifs vorgegangen und hatte den Zeitpunkt zwischen der erfolgten formellen Kündigung der Zollvereinsverträge und dem Beginn der Berliner Conferenzen gewählt, um zu handelspolitischen Berathungen nach Wien einzuladen. Preußen, welches wiederholt nicht nur die Zweckmäßigkeit, sondern auch das Bedürfniß einer befriedigenden, den Verhältnissen entsprechenden commerziellen Verständigung mit Oesterreich aufrichtig anerkannt hatte, konnte sich jedoch aus den damals dargelegten Gründen nicht dazu verstehen, an den Wiener Berathungen Theil zu nehmen. Ehe diese Berathungen zu Ende gingen, trafen sieben der Zollvereins-Regierungen zu Darmstadt die bekannten Verabredungen vom 6. April d. J. und übernahmen demgemäß in Wien, nach Inhalt des Schlußprotocolls vom 20. April d. J. die Verpflichtung, für den Abschluß eines Handels- und Zoll-Vertrages und Zolleinigungs-Vertrages bei den übrigen Zollvereins-Regierungen sich zu verwenden, im Falle aber die unveränderte Annahme der Wiener Entwürfe von Seiten der letzteren nicht erfolgen sollte, dahin zu wirken, daß, unter Zugrundelegung dieser Entwürfe über einen Zoll- und Handelsvertrag und ein Zolleinigungs-Vertrag verhandelt werde und daß diese Ver-

gleichzeitig mit denjenigen über die Erneuerung oder Neugestaltung des Zollvereins zu Stande kommen.

Die Berliner Conferenzen wurden am 19. April 1852 eröffnet. In der ersten Sitzung vom 26. April begannen die zu dem Dormstädter Bündniß gehörenden Regierungen mit der Erklärung, daß in Verbindung mit den Verhandlungen wegen Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zugleich auch eine Verhandlung mit Oesterreich, unter Zugrundelegung der Wiener Vertrags-Entwürfe, deren Vorlage an die Conferenz demnächst erfolgen solle, für nothwendig gehalten werde. Preußen vermochte diese Nothwendigkeit nicht anzuerkennen und begründete in der Sitzung vom 1. Mai, in Uebereinstimmung mit seinen bereits wiederholt gemachten Mittheilungen, die Ansicht, daß zunächst die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins unter Hinzuziehung des Steuervereins zu sichern und erst alsdann zu Verhandlungen mit Oesterreich über einen Handelsvertrag zu schreiten sein werde. Die erwähnten Vereins-Regierungen, welche inzwischen wiederum zusammengetreten waren, stellten hierauf in der Collectiv-Erklärung vom 25. Mai, unter Vorlage der bei den Berathungen in Wien entworfenen Verträge, den Antrag: daß während der Verhandlungen über die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins auch die Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten der sämmtlichen bei der hiesigen Conferenz vertretenen Regierungen über die übergebenen beiden Vertrags-Entwürfe, unter Beiziehung auch Theilnahme von Bevollmächtigten der kaiserlich österreichischen Regierung, eröffnet würden. Preußen antwortete am 7. Juni, legte ausführlich die dem Abschlusse eines Zolleinigungs-Vertrages mit dem Kaiserstaat zur Zeit entgegenstehenden entscheidenden Hindernisse dar, und sprach aufs Neue die wohlbegründete Ueberzeugung aus, daß das Interesse des gesammten Zollvereins, sowie aller einzelnen demselben angehörigen Staaten es erheische, Unterhandlungen mit Oesterreich über einen Zoll- und Handelsvertrag erst dann zu beginnen, wenn die Fortdauer des Zollvereins unter Hinzutritt der Steuervereins gesichert sei. Preußen mußte, da bis zum 20. Juli keine Antwort erfolgt war, auf dem Gegenstand zurückkommen und das dringende Bedürfniß der Herbeiführung einer baldigen Verständigung darüber gelten machen, daß die Verhandlungen mit Oesterreich erst zu eröffnen seien, wenn die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins als gesichert anzusehen, also der Vertrag hierüber zum Abschlusse gebracht worden sei. Hierauf erfolgte in der Sitzung vom 20. Juli eine Rückäußerung von den zu Darmstadt verbündeten Regierungen, mit Ausnahme von Württemberg und Baden, worin eine Erklärung darüber beantragt wurde, wann nach Ansicht der preußischen Regierung die Sicherung der Fortdauer des Zollvereins unter Hinzutritt des Steuervereins als gegeben anzunehmen sein werde, also über eine Frage, welche durch die preußische Erklärung vom 1. Juli bereits ihre Beantwortung gefunden hatte. — Inzwischen war das für die hiesigen Verhandlungen vorhandene Material für den Augenblick erschöpft. Unter diesen Umständen wurde preußischer Seits ebenfalls in der Sitzung vom 29. Juli erklärt, daß eine zeitweise Unterbrechung der Verhandlungen unvermeidlich und für den ferneren Gang der Verhandlungen selbst förderlich sein werde, um, unter dem Rückblick auf die bis Gesammtheit der gewonnenen Resultate, die Aufstellung darüber herbeizuführen, ob eine gemeinschaftliche Grundlage für der Verhandlungen und damit die Möglichkeit einer Verständigung vorhanden sei; zugleich wurde zur Wiederaufnahme der Verhandlungen am 16. August unter dem Bemerken eingeladen, daß man preußischer Seits auch zu einem früheren Termine, sofern solcher gewünscht werden sollte, bereit sei. In der Sitzung vom 21. August, mit welcher die Zollconferenz wieder begann, gaben die in Darmstadt verbündeten Regierungen wiederum sämmtlich eine Collectiverklärung ab; worin — an Stelle einer Antwort auf beide von Preußen aufgestellte Fragen — eine Zwischenfrage aufgeworfen wurde, nämlich darüber: in wieweit Preußen die Wiener Entwürfe und insbesondere den Entwurf eines Zoll- und Handelsvertrages als Grundlagen der Verhandlungen mit der kaiserlich österreichischen Regierung anzuerkennen und in welcher Fassung es den erwähnten Zoll- und Handelsvertrag demnächst anzunehmen bereit sei. Von Seiten des königlich hannoverschen Bevollmächtigten wurde aus dieser Erklärung sofort constatirt, daß der Septembervertrag nicht ferner als Hinderniß einer Reconsolidirung des Zollvereins betrachtet werden könne. Preußen erklärte in der Sitzung vom 30. August, daß es den Punkt wegen Annahme des Septembervertrages als erledigt betrachten dürfe, zugleich nahm es seinen Anstand, die erwähnte Zwischenfrage vollständig zu beantworten, in der Hoffnung, nach einer sofortigen Rückäußerung zu einer Fortsetzung der Unterhandlungen schreiten zu können, und mit dem Bemerken, daß, bei dem Drängen der Umstände und dem Vorrücken der Zeit, bald möglichst und jedenfalls noch in der ersten Hälfte des September eine bestimmte Beantwortung der Frage, ob eine gemeinschaftliche Grundlage der Verhandlungen vorhanden sei, werde erfolgen müssen, indem man sonst in weitere Verhandlungen mit der Gesammtheit der Zollverbündeten nicht würde eintreten können. Die Bevollmächtigten der bei der Collectiv-Erklärung vom 21. August betheiligten Regierungen erklärten sich indeß außer Stande, die gewünschte Rückäußerung sofort zu ertheilen; auch in der auf den 15. Sept. anberaumten Sitzung erklärten diese Commissarien, sich noch ohne Instruction zu befinden. Preußen konnte hierauf zunächst nur mit den andern Regierungen die Verhandlung wieder aufnehmen, es wartete auf die gewünschte Rückäußerung der bei der Collectiv-Erklärung vom 21. August betheiligten Regierungen noch bis zum 27. September; an diesem Tage endlich vermochte es keinen anderen Weg zu betreten, als denjenigen, welcher durch die Depesche vom 27. September eröffnet ist. Eine weitere Verhandlung im Schooße der hiesigen Conferenzen konnte, wenn es nach mehrmonatlichen Verhandlungen noch nicht gelungen war, sich über eine gemeinschaftliche Grundlage zu vereinigen, zu einem Erfolg nicht führen, und wie wenig die in München vereinbarte Erklärung nach unserer Auffassung geeignet gewesen wäre, eine Verständigung zu erzielen, ist bereits oben näher dargethan.

Daß wir nunmehr noch übrige Weg zu einer günstigeren Entgebnisse führen möge, als der bisher verfolgte, ist das Ziel unserer aufrichtigsten Wünsche. Wie aber auch die endliche Entscheidung dieser für die Zukunft Deutschlands folgenschweren Angelegenheit ausfallen möge, so können wir auf das Anerkenntniß zählen, daß wir während des ganzen bisherigen Verlaufes derselben, in gleicher Weise wie bei allen unsern Bemühungen um Bildung, Erhaltung und Erweiterung des Zollvereins, neben dem Interesse des eigenen Landes, stets das Interesse der Gesammtheit im Auge gehabt haben. Wir dürfen uns mit Zuversicht auf die Geschichte des Zollvereins berufen, um den Beweis zu führen, daß uns nicht die Achtung vor den Ueberzeugungen unserer gleichberechtigten Vereinsgenossen, noch der praktische Blick gemals gefehlt hat, diesen Ueberzeugungen soweit es das Interesse des eigenen Landes irgend gestattete, entgegenzukommen. Wir dürfen deßhalb auch auf das Vertrauen Anspruch machen, daß nicht der Mangel an Achtung vor fremder Ueberzeugung, nicht die Scheu vor dem Aufgeben einer einmal ausgesprochenen Ansicht und von dem Verlassen der bis jetzt von uns innegehaltenen Gesichtspunkte zurückgehalten haben, sondern die tief begründete und im Verlaufe der Unterhandlungen nicht erschütterte, sondern nur befestigte Ueberzeugung, daß ein Abweichen von dem bisher befolgten Wege weder dem allgemeinen Zweck fördern, noch mit den wichtigsten Interessen des eigenen Landes vereinbar sein würde.

Wir überlassen uns daher gern der Hoffnung, daß auch auf Seiten der andern betheiligten Regierungen eine anderweite Erwägung dahinführen möge, eine Meinungsverschiedenheit zu beseitigen, bei deren Fortdauer die Wohlfahrt deutscher Staaten erschüttert und untergraben wird. Den Weg haben wir offen und unzweideutig in der Depesche vom 27. September bezeichnet und ich wiederhole gern das darin Gesagte, daß wir nicht Anstand nehmen werden, auch mit der dortigen Regierung wieder in Unterhandlung zu treten, sofern dieselbe uns dazu durch eine zustimmende Erklärung über den Punkt, daß die Verhandlungen mit Oesterreich über einen Zoll- und Handelsvertrag erst nach Abschluß des Vertrages über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zu eröffnen seien, in den Stand gesetzt haben wird.

Ew. ꝛc. wollen sich nach Inhalt gegenwärtiger Depesche dort gefälligst äußern und, wenn es gewünscht wird, Abschrift davon mittheilen.

Berlin, den 8. October 1852. (gez.) Manteuffel.

Verantw. Redaction: Dr. H. Mallen. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Rutschelt.

Aufruf zur Mildthätigkeit!

Im festen Vertrauen auf den Sinn für Wohlthätigkeit, welcher von jeher unter den Einwohnern hiesiger Stadt sich bethätigte, erlauben sich die Frauen, welche seit einer langen Reihe von Jahren

eine Lotterie milder Gaben zum Besten hiesiger Armen, um solche im Winter mit Brennholz zu unterstützen,

veranstaltet haben, eine solche Lotterie auch in diesem Jahre einzurichten, und bitten deßhalb alle stimmliche Bewohner hiesiger Stadt die angelegentlichste Bitte, zur Erreichung dieses wohlthätigen Zweckes freiwillige Gaben zu schenken und zum Verkauf der Loose mitzuwirken.

Geschenke werden dankbar angenommen und **Loose** verkauft:

große Eschenheimer Gasse Nr. 39 neu, im ersten Stock,
Bleichstraße Nr. 62 neu, zu ebener Erde.

Ueber Zeit und Ort der Geschenke-Ausstellung, und der Verlosung wird in diesen Blättern das Nähere bekannt gemacht. auch über das Ergebniß der Verlosung und der Verwendung der eingegangenen Gelder öffentliche Rechenschaft abgelegt werden. [231]

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Samstag **(Zweite Beilage zu Nr. 248.)** 16. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 16. Oct. Das „Norddeutsche Portfolio" kann neuerdings aus bewährter Quelle mit Zuverlässigkeit versichern, Oesterreich habe seine Bereitheit erklärt, im Fall Preußen an seinem Standpunkt festhält, den Darmstädter Coalirten am 1. Januar 1854 seine Grenzen zu eröffnen und ihnen ihre bisherigen Zollrevenuen bis zu einer gewissen fest bestimmten Höhe zu garantiren. Höchst wahrscheinlich werden, wie dasselbe Blatt sagt, binnen nicht langer Zeit die Bevollmächtigten der betreffenden Regierungen mit jenen Oesterreichs zusammentreffen und den definitiven Zolleinigungsvertrag unter Zugrundlegung der Zollvereinsverträge und Annahme der Einrichtungen des Zollvereins abschließen, wenn nämlich Preußen bei seinem Entschluß beharren sollte.

w **Frankfurt**, 16. Oct. Gestern Abend wogte vor den hell erleuchteten und geschmackvoll decorirten preußischen Kasernen eine dichtgedrängte Menschenmenge auf und ab, während in den geschmückten Sälen die größte Heiterkeit herrschte. Im lustigsten Tanze vergnügten sich Soldaten aller Truppencontingente. Der heitere Ball wurde besucht durch den königlich preußischen Bundestagsgesandten, Herrn geheimen Legationsrath von Bismark-Schönhausen, in Landwehrhulanenoffiziersuniform, Herrn General v. Herwarth, den großh. hess. General Herrn Grafen von Isenburg, den Stadtcommandanten Herrn Major Dietz und vielen höhern Offizieren der hiesigen Besatzung. — Auf der gestrigen Wachtparade erregte die hier selbst Erscheinung eines kaiserlich russischen Offiziers in Uniform einiges Aufsehen.

* **Berlin**, 14. Oct. Dem Vernehmen der Kreuzzeitung nach hat sich die Staatsministerialcommission für etwaige Verfassungsabänderungen insbesondere zu beschäftigen mit dem Art. 12 der Verfassungsurkunde. (Der Artikel lautet: „Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, die Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.") Wie dasselbe Blatt hört, hat die Staatsministerialcommission für etwaige Verfassungsabänderungen sich in Bezug auf ein definitives Wahlgesetz bis jetzt noch nicht zu einigen vermocht. Die Schwierigkeiten, welche sich gegenwärtig nach einem solchen Gesetze entgegenstellen, dürften sich möglicherweise als so unübersteiglich erweisen, daß die Commission leicht Abstand nehmen dürfte, ein das gegenwärtige Wahlgesetz radical abänderndes der Regierung vorzulegen. Die Commission dürfte sich in dieser Beziehung begnügen, nur Aufhebung resp. Abänderung der Inconvenienzen, welche das bisherige Wahlgesetz enthält, vorzuschlagen.

y **Köln**, 14. Oct. Gestern, am letzten Kirmeßtage, beherbergte der Gasthof zum „Prinz Karl" in Deutz einen seltenen Gast und zwar unter Polizeiwache. Es war der wegen betrügerischen Bankerotts und Brückbruch entflohene Bankier Levy. In Paris wurde er durch einen Polizeicommissär erkannt, verhaftet und ausgeliefert. Heute Morgen wurde er weiter befördert. — Die Affenverhandlungen werden von mehreren demokratisch gesinnten Damen sehr regelmäßig besucht, worunter einige mit den Angeklagten in nahen Verwandtschaftsgraden stehen. Die Polizei verhütet jedoch sorgfältig jede Annäherung an die Beschuldigten. In den letzten Tagen bemerkt man unter diesen Damen auch die Wittwe Raveaux.

z* **München**, 14. Oct. Wie ich höre, wird sich Herr Ministerialrath Dr. Hermann zwischen heute und morgen als Bevollmächtigter Bayerns zu den erneuten Zollconferenzen nach Wien begeben. Sobin dürften denn auch diese Conferenzen im Laufe der kommenden Woche eröffnet werden. Ob auch noch andere als die Coalitionsstaaten, ob namentlich, wie man glaubt, auch Hannover diese Conferenzen beschicken wird, konnte ich heute noch nicht erfahren. In Wien dürfte es sich zunächst um die Berathung und Feststellung eines Zoll- und Handelsvertrags handeln, zu welchem allen deutschen Staaten der Beitritt offen bliebe. — Heute Morgen besuchte Se. Maj. der König die Eisenglehrerei, in welcher seit gestern das großartige Biergespann aufgestellt ist, das für unser prachtvolles Siegesthor bestimmt ist, und mit dessen Aufstellung morgen begonnen wird. Der König drückte wiederholt seine Zufriedenheit mit dem herrlichen Gebilde aus, das eine neue Zierde unserer Stadt bilden wird und das wir, wie das schöne Siegesthor überhaupt, der Munificenz des kunstsinnigen Königs Ludwig zu verdanken haben. Zur Feier des morgenden allerhöchsten Geburtsfestes Ihrer Maj. der Königin werden diesen Abend sämmtliche Musikcorps der hiesigen Garnison auf dem Platze vor der Hauptwache spielen und morgen alle Abtheilungen der Linie und Landwehr zur feierlichen Kirchenparade ausrücken. — In der jüngsten Zeit haben hier höhern Orts in Betreff der griechischen Erbfolge zahlreiche Berathungen stattgefunden, denen sowohl Se. Maj. der König von Griechenland, als auch höchstdessen Bruder Prinz Adalbert, der präsumtive Thronfolger Griechenlands, beiwohnten.

Bamberg, 12. Oct. Seit dem 1. dieses Monats erschienen hier in der Humannschen Druckerei zwei neue Blätter: ein humoristisches Wigblatt, „Dimonade" betitelt, von dem bekannten Freiherrn Groß v. Trockau, und ein, wie die Ankündigung besagt, christlich-conservatives Volksblatt, von dem hiesigen Stadtcaplan Herrn Mayr herausgegeben. — Die vom hiesigen Stadtgerichte auf Antrag des Oberstaatsanwalts an Appellationsgerichte von Oberfranken gegen den königlichen Advocaten Prell eingeleitete Untersuchung wegen Besitzes, worüber Herr Prell sich in einem gedruckten Rundschreiben aussprach, das in verschiedenen Blättern erwähnt wurde, ist nunmehr beendigt und hat ein Resultat gegen Herrn Prell nicht ergeben; doch wurde die Sache auf den Disciplinarweg verwiesen. (N. K.)

l* **Aus der Pfalz**, 15. Oct. Zu den an Geburts- und Namensfesten Ihrer Majestäten üblichen kirchlichen und militärischen Feierlichkeiten sind am 12. d. M., als dem Maximiliantage, in unserm Kreise noch zwei besondere Festlichkeiten gekommen. Auf dem Friedhofe zu Landau fand nämlich, unter entsprechender Theilnahme der Besatzung, die feierliche Enthüllung des Grabmals für den verstorbenen Festungscommandanten General v. Pfummern statt. Das Lob, das von dem in Mannheim wohnenden pfälzischen Bildhauer Hornberger ausgeführte Denkmal in einer liegenden ikonischen Statue aus carrarischem Marmor besteht, ist aus Mittheilungen des „Conversationsblattes" bekannt. Die andere Festlichkeit fand in Zweibrücken statt, und war nichts anderes als das Kreislandwirthschaftsfest, mit einer solennen Preisvertheilung. Das herrliche Wetter begünstigte das Fest sehr, und nicht nur die Bewohner Zweibrückens, sondern auch viele Fremde, selbst aus den nahen französischen, preußischen und oldenburgischen Gebieten, vor allem aber die Landleute der Bliesgegend und der Sickinger Höhe betheiligten sich sehr zahlreich an demselben. Treffliche Pferde Zweibrücker Race, herrliches Zuchtvieh und eine wohl arrangirte Ausstellung von Obst, sonstigen Herbstfrüchten und namentlich Handelsgewächsen verliehen dem Feste großes Interesse. Daß die bessere Bevölkerung dabei nicht vergessen wurde, versteht sich in der Pfalz, wie anderwärts, von selbst. Schade, daß Se. Maj. der König abgehalten worden, den projectirten Aufzug in die Pfalz gerade auf diese Zeit zu machen. Wie freudig würde ihn die diesere Bevölkerung des Westrichs willkommen geheißen haben. Allgemein erwartet man bei uns, daß diese Reise Sr. Majestät nur verschoben aber nicht aufgegeben sei.

> **Mainz**, 15. Oct. Der Geburtstag Sr. Maj. des Königs von Preußen wurde heute von den Militärbehörden unserer Stadt in üblicher Weise gefeiert.

Weimar, 13. Oct. Das Großherzogthum hat den Austritt eines ausgezeichneten Staats- und Kirchendieners, des geistlichen Raths Diezing, aus seinem Dienst zu beklagen. Derselbe war lange Jahre Warrer der katholischen Kirche hier und in Jena und zugleich Mitglied der Immediatcommission für das katholische Kirchen- und Schulwesen, in welcher er in der neuesten Zeit den Vorsitz führte. An seine Stelle tritt der katholische Pfarrer Hofmann zu Eisenach, der in seiner bisherigen Stellung ebenfalls günstig ge-

wirkt hat und zu der Hoffnung berechtigt, daß er im Sinne seines Vorgängers sein Amt hier verwalten werde.

"h" **Gotha**, 14. Oct. Großes Aufsehen macht hier eine von hiesigen Rechtsanwalt und Stadtsecretär Bretschneider verfaßte und vor einigen Tagen im Drucke erschienene Broschüre über die Statthaftigkeit der bei der Bundesversammlung im April d. J. gegen mehrere aus den Jahren 1848 und 49 stammenden Erlasse und Gesetze (auch gegen das Staatsgrundgesetz vom 25. März 1849) eingereichten Beschwerde der Mitglieder der Grafenurie, wie der Ritterschaft der Landschaft des Herzogthums Gotha. Die Beschwerde beleuchtet die gerade, wie Dr. jur. Laureng Hannibal Fischer als Mandatar mitunterschriebene Beschwerdeschrift vom formellen und materiellen Gesichtspunkt aus, und weist von jenen die Unstatthaftigkeit derselben mit großer Schärfe nach. Sie tadelt die Gerichtheit, mit welcher vornehmlich die Person des Herzogs in jener Beschwerdeschrift angegriffen sei, und erinnert die Reklamanten daran, daß gerade in der Zeit, von welcher sie behaupten, daß der gothaischen Staatsregierung während derselben gesetzliche Mittel geseblt hätten, um den gewaltthätigen Schritten einer Umsturzpartei Widerstand zu leisten, die Stadt Gotha von einem Corps königl. sächsischer Truppen zu Fußvolk, Reiterei und Geschütz unter dem Commando des Generals v. Holtzendorf besetzt gewesen sei.

Z **Hamburg**, 13. Oct. Die in den letzten Jahren durch den Tod einiger Rathsmitglieder eingetretenen, bis jetzt offen gebliebenen Vacanzen im Rathscollegium sind in Folge des gestern erfolgten Hinscheidens des in weitern Kreisen geschätzten Senators Wilhelm Ehde nun eine neue vermehrt worden. So gern auch der Senat die fühlbaren Lücken in den Verwaltungsdepartementen in verfassungsmäßiger Weise durch geeignete geschäftskundige Personlichkeiten ausfüllen möchte, so sucht er doch zu Rücksicht der obschwebenden Verfassungsverhältnisse jeden Anlaß zu vermeiden, welcher als ein Vorgreifen der in Aussicht gestellten Verfassungsänderungen gedeutet werden könnte. Wir leben hier in einer Art Uebergangsphase, und die Ungewißheit über die künftige verfassungsmäßige Gestaltung unseres Gemeinwesens übt einen sehr nachtheiligen Einfluß auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten. Die von der Neuerercommission vorgenommene Revision will keinen rechten Fortgang nehmen, um so mehr, als der principielle Widerstreit zwischen Senat und Commission die Sachlage nachgerade noch mehr zu verwirren und eine endliche Regelung aufzuhalten scheint. Bei gänzlich analogen Verhältnissen mit Frankfurt ist denn auch die Frage über die Staatsbürgerlichen Verhältnisse der Israeliten als einer der vornehmsten Punkte zu betrachten, mit dessen befriedigender und unsern eigenthümlichen Localumständen entsprechender Lösung der Rath sehr eifrig beschäftigt ist.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 14. Oct. Die halbofficielle Zeitung „Bund" enthält heute folgende Mittheilung: „Wenn auch mit Rücksicht auf die gegenwärtige Zollfrisis in Deutschland eine neue definitive Regulirung der Verkehrsverhältnisse zwischen der Schweiz und den süddeutschen Nachbarstaaten erst nach dem Entscheid dieser Krisis möglich sein wird, so sind doch, wie wir hören, bei Anlaß der letzten Mission des Herrn Dr. Kern in Deutschland bereits vorläufige Verabredungen getroffen worden, daß unmittelbar nach dem Abschluß der Union, sei es nun, daß die preußische Union erneuert wird, oder aber eine neue süddeutsche Union zu Stande kommt, in einer besondern Conferenz die näheren Unterhandlungen zwischen der Schweiz und den betreffenden deutschen Staaten stattfinden können. Es darf mit Zuversicht erwartet werden, daß die süddeutschen Staaten auch beim Abschluß einer neuen Zollunion sich vorbehalten werden, die Verkehrsverhältnisse mit der Schweiz durch eine besondere Uebereinkunft auf eine den gegenseitigen Interessen entsprechende Weise zu regulieren."

Frankreich.

† **Paris**, 14. Oct. Das Gerücht gewinnt wieder Boden, Fould werde aus dem Staatsministerium scheiden, um das Portefeuille der Finanzen zu übernehmen, und Bineau, der gegenwärtige Finanzminister, zum Senator ernannt werden. Nach der Ansicht Mancher würde dann Casablanca wieder Staatsminister werden, was aber deßhalb nicht wahrscheinlich ist, weil Ludwig Napoleon mit seiner Führung dieses Departements nicht zufrieden gewesen sein soll.

Die Vorbereitungen, welche zu dem Triumphzug des „Kaisers" durch die Straßen von Paris getroffen werden, sind wahrhaft großartig und versprechen etwas nie Gesehenes. In den so zahlreichen Städten und Dörfern, die vor den Thoren der Hauptstadt liegen, haben Versammlungen der Bewohner auf dem Gemeindeplatz stattgefunden, um durch Reclamation die Vorschläge der Maires zu genehmigen, die dahin gehen, daß die ganze Bevölkerung am Sonnabend nach Paris aufbreche, um den „Erwählten Gottes" zu begrüßen. Die Polizei trifft übrigens mit anzuerkennender Vorsicht umfassende Maßregeln, um alle störenden Zwischenfälle unmöglich zu machen. Heute Morgen ist den Hausbesitzern und Miethsleuten der Häuser, die an den Straßen liegen, welche der kaiserliche Zug passirt, von der Polizei angekündigt worden, daß sie nur Personen, die sie genau kennen, einlaufen sollten, sich an ihre Fenster zu postiren, da sie für Alles, was in ihren Häusern geschehe, für ungefetzliche Rufe u. s. w. verantwortlich gemacht würden. Die Triumphbogen erheben sich schon an vielen Punkten, und auf dem Bahnhof der Orleans-Eisenbahn, auf dem Bastilleplatz, auf dem Boulevard du Temple und dem Concordienplatz werden Estraden gebaut, auf denen Musikbanden placirt werden sollen.

Der „Moniteur" zählt zahllose imperialistische Adressen auf, theilt aber nur wenige derselben wörtlich mit. Alle Petitionen für Herstellung des Kaiserreichs müssen bis zum 14. oder 15. hierher eingesichickt werden: bloß im Pas-de-Calais haben schon 802 vom 900 Gemeinden derselben dem Präfecten ihre Petitionen zugeschickt; ähnliche Ergebnisse liefern die meisten übrigen Departemente. Durch zwei Decrete werden für den Neubau der Kathedrale zu Marseille 2½ und für Erweiterung der Kathedrale zu Moulins 1½ Mill. Fr. bewilligt. Für die Kathedrale zu Bordeaux hat der Prinz 500,000 Fr. zugeschert. — Zu Bordeaux waren die dem Prinzen bestimmten Gemächer im Stadthause ganz nach dem Muster derer des Elysee tapezirt und dekorirt worden: dieselben Möbel, dieselben Bücher, dieselben Draperieen, dieselben Zierathen. Die Dienerschaft trug die Livree des Prinzen, so daß dieser glauben konnte, zu Hause zu sein. Dem spanischen General Nogaredo, der ihn im Namen Isabella's zu Bordeaux begrüßte, überreichte der Prinz den Großcordon der Ehrenlegion.

Großbritannien.

§ **London**, 13. Oct. Auch die hiesigen Blätter sprechen ihre Ansichten über die Rede Ludwig Napoleons an die Handelskammer von Bordeaux aus. Alle erkennen die tiefe politische Bedeutung derselben an und glauben auch an des Prinz-Präsidenten durchaus friedliche Gesinnungen und Plane; was sie aber nicht zu völliger Beruhigung kommen läßt und ihre Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens erschüttert, ist der Umstand, daß Ludwig Napoleon Frankreichs Gewandt so umfassenden Verfügt. Die Pariser Correspondent des „Globe" verbreitet sich erst heute wieder mit großer Ausführlichkeit über diesen Punkt und fürchtet ein Hindrängen zum Krieg durch die Orleanisten und Legitimisten, die darauf auf den Sturz des Kaiserreichs hoffen, damit dann ihr Reich kommen könne. — Die Königin und der Hof haben Balmoral in Schottland verlassen, um die Rückreise hierher anzutreten, und sind gestern Nachmittag unter den Acclamationen des Volks in Edinburg angekommen. — Graf Derby ist, wie zu erwarten stand, zum Kanzler der Universität Oxford ernannt worden.

Türkei.

Nach einem der „Allg. Zeitung" aus **Smyrna** zugegangenen Bericht gälte die Bewegung der englischen Flotte, die bisher mit der türkischen Flotte bei Burka lag, dem Bey von Tunis, der seit vier Jahren einen Tribut bezahle hat sich als unabhängiger Fürst geberdet und den die Pforte, Frankreichs Einreden fürchtend, wie überhaupt sich zu schwach fühlend, mit Englands Hilfe züchtigen wolle. — Der Sultan Abdul-Medschid zeigt seit einiger Zeit Symptome beherrlichter Leiden. Allzu viel Haremsleben und übermäßiger Genuß geistiger Getränke sollen ihn körperlich und geistig sehr angegriffen haben. Diese Gesundheitsumstände des Sultans, die kein Geheimniß mehr sind, erklären das Benehmen des Bruders Abdul-Medschids, die Hoffnungen der Janitscharenfreunde und den Fall Reschid Pascha's, dessen Nachfolger so wenig in der Gewalt befestigt sind, daß man alsbald wieder von ihrem Sturz sprach.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in **Köln**.

IX.

Y **Köln**, 13. Oct. (Sitzung vom 13. Fortsetzung der Vernehmung des Dr. Becker.) Der Präsident hält dem Angeklagten vor, daß er die Nachricht von Hentze, in Berlin hätten die Maschinenbauer die meiste Energie und Bildung, dem Bürgers gleich nach seiner Heimkehr berichtet habe, so daß sie sich in Mitheilungen des letztern wiersinnd. Der Angeklagte bestreitet, es gesprächsweise in einer Schenke erzählt zu haben. — Präsident. Der Zeuge Haupt sagte gleichfalls in der Voruntersuchung gegen Sie aus, daß er von Bürgers oder Notzjung vernommen habe, daß Sie seit in der Bunde seien? — Angekl. Es sei auffallend, daß er über die Person in Zweifel sein konnte, da Bürgers kurz vorher mit ihm zusammen war, Notzjung aber seit lange nicht, beide mißtrauten ihm nebenbei. Dazu komme dann aber, daß Haupt schon länger im Bunde war und er die Entdeckungen erst jetzt machte. War ich im Bund, so konnte dieses doch keinem Mitglied selbst in London, unbekannt bleiben. Aber selbst noch bei den Untersuchungs-

in Hamburg wird mein Name nicht genannt, trotzdem, daß Haupt sich sonst der kleinsten Details erinnert. Wie kann man mir überhaupt einen solchen Zeugen entgegenstellen, der wegen Vergehen, auf denen sonst der Tod steht, zu einigen Wochen Haft verurtheilt wurde. — Man schreitet zur Verlesung eines Briefes von Willich an Schimmelpfennig. Ersterer warnt letztern vor Bürgers und Becker, indem er sie Lügner nennt. Ihre Partei in London hätte ihnen wieder einen Schurkenstreich gespielt, indem sie seine Partei den Engländern denuncirten, als ginge sie damit um, eine Revolution in England zu machen. Es folgen dann Ausdrücke wie Lumpen, Bestialität. Die Kerle wären die verkörperte Negation. Es folgen längere Briefe von Marx an Becker, in denen die Streitigkeiten entwickelt werden, und die ohne Rückhalt geschrieben zu sein scheinen. Einen derselben, in ziemlich dunkeln Ausdrücken, erklärt Becker für einen reinen Geschäftsbrief. Die Buchstaben f. d. B., welche bei einer Bücherbestellung vorkommen, und worin die Anklage die Worte für den Bund vermuthet, erklärt Becker für den Bildungsverein. Der Präsident überläßt es den Geschwornen, was sie davon zu glauben für gut finden. Es entspinnt sich eine Debatte über die Beschränkung der Vertheidigungsmittel, wobei Becker den Behörden vorwirft, er habe sich vergebens Zeitungen erbeten, die er zur Aufklärung früherer Vorfälle bedurfte. — Präsident: Sie hätten von mir fordern sollen, was Sie bedurften, es würde Ihnen nicht verweigert worden sein. — Becker: Schimolet gab einmal etwas zu, aber die Arresthausverwaltung erklärte, daß sie auch von der Regierung Ordre annehme. Meinen Vertheidiger Schneider II. wies man anfangs trotz seiner Vollmacht zurück. Schimolet, der als Belastungszeuge im Processe auftrete, sei ihnen zugleich als Controleur gesetzt, der die Unterredungen mit ihren Vertheidigern überwache. Als der Proceß der letzten Assisen ausgesetzt wurde, habe man sie wieder in die Untersuchungshaft zurück versetzt. — Präsident behauptet, das sei in der Ordnung. Die Vertheidiger erklären sich dagegen. — Vertheidiger Esser I. beschwert sich, auch er sei mit der Vollmacht in der Tasche anfangs zurückgewiesen worden, und habe es unter seiner Würde gehalten, den Angeklagten am Gitter zu sprechen. — Vertheidiger Schneider II: Ich habe mich leider dazu genöthigt gesehen eines Civilprocesses wegen, der keine Zögerung gestattete. — Oberprocurator v. Seckendorf: Die Zurückweisung war ein Versehen, das zurückgenommen wurde. Wenn die Angeklagten nur unter Bewachung mit andern Personen, und folglich auch mit ihren Vertheidigern reden dürften, so wären sie daran selbst schuld, indem sie Verbindungen nach Außen anzuknüpfen gesucht hätten. Ein Brief der Lena Bürgers zeuge davon, die einen Aufseher bestochen habe, der in Folge davon seiner Stelle entsetzt sei. Man müsse Fluchtversuche verhindern. Becker erklärt, es sei eine Verleumdung, daß man ihnen Fluchtversuche unterschiebe. Er wird deßhalb auf Antrag des Oberprocurators vom Präsidenten zur Ordnung verwiesen. — Vertheidiger Schneider II.: Wenn die Vertheidiger die Angeklagten nicht besuchen dürften, weil Fluchtversuche befürchtet würden, so unterstelle man, daß diese dieselben fördern würden. Dies sei eine Beleidigung der Vertheidiger. — Präsident und Oberprocurator: Das sei damit nicht behauptet worden. — Es wurde ein folgender Brief von Marx an Becker verlesen. Derselbe macht sich lustig über die Gegenpartei, die mit Louis Blanc und Ledru Rollin an der Spitze das Februarevolutionsfest feierte. Kinkel muß auch sehr herhalten. Am Anfang und Ende wird Becker darauf aufmerksam gemacht, wie nöthig es sei, daß er ihnen den Schlachtplanbrief Willichs einsende. — Auf Befragen des Präsidenten bemerkt Becker, der Brief enthalte nichts Communistisches, im Gegentheil beweise er seine Unabhängigkeit vom Bunde, die Absicht des Briefes sei klar, den Brief Willichs als Waffe gegen denselben zu erlangen. Wäre er Bundesglied gewesen, so würde man ihn bei der Bundespflicht dazu aufgefordert, und nöthigenfalls durch den Bund dazu gezwungen haben; in dem Brief sei man deßhalb kitzlig zu Werke gegangen. — Präsident: Es scheinen grade diese Briefe den Anlaß gegeben zu haben, daß der Toast Blanqui's als Gegenwehr durch ganz Deutschland verbreitet wurde. Auch setzt dieses Alles jedenfalls voraus, daß Sie genau eingeweiht waren. — Becker: Und mit Recht. Schimmelpfenning war ja damals schon bei mir gewesen. — Ein Brief von Thiele aus Westfalen wird verlesen. Derselbe klagt, daß sie, seit Temme nicht mehr unter ihnen sei, aller Stütze entbehrten. Er wünscht eine Versammlung aus allen Provinzen nicht etwa an der Eisenbahn, sondern in einem entlegenen Gasthofe. Er spricht von Organisation, Vorbereitungen, Centralisation, und hofft bald die Tricolore wieder flattern zu sehen. — Becker bemerkt, darin sei nichts Communistisches. Unter Temme gab es keine Communisten. Der Schreiber will die Tricolore flattern sehen, während seine angeklagten Freunde die rothe Fahne zu ihrem Symbol wählen. Uebrigens stände es freilich für ihn schlimm, wenn man ihn verantwortlich machen wollte für Alles, was ihm geschrieben worden sei. Welchen Werth er dem Schreiben beilegte, gehe am besten daraus hervor, daß er es wie einen Wisch in den Schlafrock steckte, wo man es fand. — Der bereits erwähnte Brief Beckers an Nothjung wird verlesen. Die Warnung, die er Nothjung gibt, beziehe sich bloß darauf, daß Nothjung es liebte, in Demokratengesellschaften das große Wort zu führen, was für ihn gefährlich werden konnte. Unter der Partei, der er sich erhalten solle, sei die demokratische gemeint. Ueber den Brief, den er nach der Verhaftung Nothjungs an Bürgers geschrieben, sagt er, Bürgers habe ihn um Geld und die Adresse Nothjungs gebeten. — Präsident: Wie konnten Sie die Nachricht so schnell haben? — Antw. Mein Brief war vom 16., Nothjung wurde am 16. verhaftet. Er erfuhr es von Röser. In Betreff des Becker'schen Preßvereins bemerkte er, daß dieser sich in dem allgemeinen deutschen Preßverein aufgelöst habe. Bürgers habe jedoch die 20 Thaler nicht aus der Bundeskasse, sondern aus den Zeitungsgeldern empfangen. Als die Zeitung hier nicht zu Stand kam, druckte er eben die mehr erwähnten Schriften für das noch vorhandene aus Pränumerationen herrührende Geld.

Handel und Industrie.

Mainz, 15. Oct. Auch in dieser Woche blieb es sehr fest mit Getreide, da die gute Meinung, welche hier dafür besteht, durch die immer besser kommenden auswärtigen Berichte noch mehr unterstützt wird; besonders ist dieses mit Roggen der Fall, wovon selbst bei den jetzigen höheren Preisen Beziehungen von keiner Seite her Rechnung bringen, während sich vermehrte Frage dafür zeigt. Auch in Waizen beginnt nunmehr der Großhandel und zwar in Partien zu kaufen; mehrere Partien wurden davon für den Oberrhein genommen. Uebrigens würden die Umsätze in Roggen und Waizen, namentlich auch per Frühjahr, noch ungleich bedeutender sein, wenn die Verkäufer nicht so sehr zurückhielten. Unsere heutigen Notirungen sind: Waizen effectiv $10^1/_2$ bis $11^1/_2$ fl. nach Qualität, gut lieferbarer per October $10^1/_2$ fl., per März 11 fl.; Roggen effectiv $9^1/_2$ à $9^3/_4$ fl., per October $9^1/_4$ à $9^1/_2$ fl., gut lieferbarer per März 10 fl., ungedörrter per März $10^1/_4$ à $10^1/_2$ fl.; Gerste effectiv $7^3/_4$ à 8 fl., alles per netto 100 Kilog.; Hafer 4 fl. per Malter; Erbsen 10 à 12 fl.; Bohnen $12^1/_2$ à $13^1/_2$ fl.; Linsen 11 à 18 fl. nach Qualität; Kohlsamen $12^3/_4$ à $13^1/_2$ fl., Mohnsamen 15 fl. per Malter. Mit Rüböl hat es sich in den letzten Tagen endlich gebessert, und auch am heutigen Markte blieben die Preise höher; effectiv 33 Thlr. per 280 Pfund k. G. mit Faß, per October 33 Thlr., per Mai $35^1/_2$ à 36 Thlr.; Mohnöl $26^1/_2$ fl. per 50 Kilogr. ohne Faß. Rober Talg $22^1/_4$ fl Branntwein $33^1/_2$ à 34 fl. per Ohm excl. Oetroi; Spiritus unverändert. In der Fruchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 483 Säcke Waizen à 10 fl. 51 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 46 Säcke Korn à 8 fl. 48 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 39 Säcke Gerste à 5 fl. 36 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 78 Säcke Hafer à 3 fl. 53 kr. pr. Sack von netto 120 Pfund; vorher außerhalb derselben: 255 Säcke Waizen à 10 fl. 32 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 67 Säcke Korn à 8 fl. 30 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 19 Säcke Gerste à 5 fl. 57 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 10 fl. 44 kr., Korn 8 fl. 37 kr., Gerste 5 fl. 43 kr. Die Preise von Weißmehl wurden auf 10 fl., von Roggenmehl auf 9 fl. per Malter von 140 Pfund (70 Kilog.) netto erhöht; die Brodtaxe blieb unverändert. Hirse 12 à $12^1/_2$ fl. per Malter nach Qualität. (Rh. H. 3.)

Börsenberichte.

Telegraphischer Coursbericht des Syndicats der Frankfurter Wechselsensale.

Wien, 15. Oct. 5pCt. Metall. $95^1/_8$. — L. A. $95^1/_4$. — L. B. —. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 $94^3/_4$. — $4^1/_2$pC. Metall. $84^3/_4$. — Bankactien 1352. — 250 fl. Loose $138^1/_4$. — 5pCt. Lombard.-Venet. $102^1/_4$. — London 11 fl. 31 kr. — Paris 137. — London in Triest 11 fl. 33 kr. — K.-F.-Nordb. $223^1/_4$. — Liv.-Flor. $99^1/_2$. — Siena-Empoli 68.

Paris, 15. Oct. $4^1/_2$pCt. Rente 106, 90. — 3pCt. 80, 95. — Piemont 98, 50. — 3pCt. Span. $46^1/_4$. — 1pCt. do. $25^1/_4$.

London, 15. Oct. 3pCt. Stocks $100^1/_4$. — 3pCt. Span. $50^1/_8$. — 1pCt. do. $25^3/_8$.

Antwerpen, 15. Oct. 5pCt. Belg. 101. — $2^1/_2$pCt. do. $55^1/_2$. — 3pCt. Span. $46^1/_{16}$. — 1pCt do. 25.

Frankfurt, 16. Oct. Bei der heute stattgehabten 13. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 12384 2000 fl., Nr 19914 1000 fl, Nr. 2453, 16971, 4177, 4141, 17541 und 14807 jede 300 fl.

Frankfurt, 16. Oct. Gestern sind hier angekommen: Ihre Durchlauchten der Prinz Karl zu Wied und der Prinz Alexander zu Solms-Braunfels, Ihre Erlauchten die Grafen Georg und Rudolph zu Solms-Laubach und der königl. preußische Geschäftsträger zu Darmstadt, Hr. Baron v. Rosenberg, im englischen Hof; Hr. Fürst Dolgorucki, aus Rußland, im römischen Kaiser, und der königl. preußische Staatsrath, Hr. v. Neurath, aus Berlin, im weißen Schwan.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten, Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2367]

Benachrichtigung
für das correspondirende Publikum.

Laut telegraphischer Depesche aus Eisenach vom 16. l. M., 12 Uhr 27 Min. Nachmittags, hat der gestern Abend um $7\frac{1}{4}$ Uhr von hier abgegangene Zug der Main-Weser-Eisenbahn in Guntershausen den Anschluß an den ersten Bahnzug von Kassel nach Eisenach heute nicht erreicht.

Frankfurt a. M., den 16. October 1852.

Ober = Post = Amt.

Der Ärzte seit 17 Jahren im In- und Auslande rühmlichst bekannte von höchsten Medizinalstellen approbierte

Mailändische Haarbalsam

und Wiedererzeugung der Haupthaare sowohl als zur Verpurrung kräftiger Schnurr- und Backenbärte in schöner Fülle. Preis 54 fr. das große und 30 fr. das kleine Glas sammt Bericht mit vielen ärztlichen, amtlichen und Privatzeugnissen. Nicht weniger Vortheilhaftes verdienen:

Eeau d'Adrona

Sommersprossen, Hühnlitterchen, Mitesser, Finnen u. dgl. zur Erhaltung und Herstellung einer schönen, reinen weißen Haut. Das große Glas wird zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr. nebst Gebrauchsanweisung mit Zeugnissen renommirter Aerzte und Chemiker abgegeben.

Eau de Mille fleurs

Tropfen ertheilen den lieblichsten und dauerndsten Wohlgeruch.

Duft-Essig,

ein köstliches Räuchermerk und Entreinigungsmittel, dessen höchst angenehmer, erquickender und bei dender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergötzt. Preis 16 kr. das Glas.

Anadoll

oder orientalische Zahnreinigungsmasse. Preis des großen Glases, welches für eine Person auf ein volles Jahr ausreicht 1 fl 12 kr., des kleineren 36 kr., nebst Gebrauchsanweisung. Die ausgezeichnetsten Aerzte und Chemiker haben es bezeugt, daß das Anadoll das beste, geeignetste Mittel ist, das Zahnfleisch und die Zähne gesund zu erhalten, sie von der zahllosen Menge mikroskopischer Schmarotzerthiere und Pflanzen, damit auch von dem Zahnweichsein für immer zu befreien, die Zähne auf die schmerzloseste und unschädlichste Weise blendend weiß wie Elfenbein zu machen, die Gluine zu kouserviren und jeden üblen Geruch aus dem Munde zu entfernen, was daß jetzt noch von keinem andern Zahnreinigungsmittel gewährt zu werden vermochte.

Die Kosten für Packung und Postlichen sind bei 1 oder 2 Gläsern 6 kr. Briefe und Gelder franco, auch können letztere nachgenommen werden. [1587]

Mein alleiniges Depot für Frankfurt a. M befindet sich bei Hrn **G. H. v. Oven** Bleidenstraße 33. **Karl Keller,** Chemiker in Nürnberg.

Unser Comptoir befindet sich von nun an Zeil Nr. 41, der Post gegenüber.
[2365] **J. J. Weiller** Söhne.

[2105] Edictalladung.

Nachdem über das Vermögen des Peinrich Bocherl, zu Hanerbach der Concurs erkannt worden ist, so werden hiermit dessen bekannte und unbekannte Gläubiger aufgefordert, ihre Forderungen und sonstige Rechtsansprüche in dem auf

Dienstag den 9. November l. J.,

Vormittags 9 Uhr,

anberaumten Termin, unter dem Rechtsnachtheil der sonst stillschweigen erfolgenden Ausschlusses von der Masse dahier anzumelden und geltend zu machen.

Im Falle eines zu Stande kommenden Arrangements werden die persönlich nicht erscheinenden oder durch Specialvollmächtigte nicht vertretenen Gläubiger als den Beschlüssen der Mehrheit beigetreten angesehen.

Rinda, den 1. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht. Kallstein.

[2214] Aufforderung.

Der Hüttenbesitzer Kilian von der Killanshütte hat die in der Gemarkung Weidenhausen gelegenen l. g. Jusstandshütte mit verschiedenen Grundstücken, welche im Grundbuche folgendermaßen bezeichnet sind:

Flur III. III. III. III. III. III. III. III.

Nr. 239. 158. 290. 294. 295. 314. 261. 311., 295.,
Flur III. IV. IV. IV. IV. IV. IV. XVI.
Nr. 295., 28. 29. 251. 253. 265. 579. 251.

Flur VII. VII.
Nr. 215. 224.

an E. Schulz und J. Wybrenbold von Dietenborn verkauft, kann aber der Eigenthum nicht vollständig durch gerichtliche Urkunden nachweisen. Auf Antrag der Contrahenten werden demnach alle Diejenigen welche Eigenthumsansprüche an jene Immobilien haben, aufgefordert, dieselben

binnen 6 Wochen

dahier, bei Meidung des Verlustes, geltend zu machen Gladenbach, am 20. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daf. Fröhling. C. Cästein.

[2210] Edictalladung.

Die von sämmtlichen Riedesel, Freiherrn zu Eisenbach bezogen werdenden Grundgefälle, als:

1) die durch Abdification der, den Erben des Papiersabrikanten Doermann in Lauterbach zuständenden Erbtheilmühle constituirte Grundrente im jährlichen Gesammtbetrag von 8 fl.;
2) die durch Verwandlung der Weißkämmel-Abgabe in der Gemarkung Landenhausen constituirte Grundrente im jährlichen Gesammtbetrag von 70 fl.;
3) die Grundrenten in der Gemarkung Hopfmannsfeld im jährlichen Gesammtbetrage von 382 fl. 38½ kr. und
4) die Grundrenten in der Gemarkung Angersbach im jährlichen Gesammtbetrag von 146 fl. 40 kr.,

wollen die Pflichtigen mit dem achtzehnfachen Betrag von ad 1. 4374 fl. 36 kr., ad 2. 1260 fl., und 3. 6887 fl. 37½ kr. und ad 4. 2640 fl. ablösen. Es werden demnach in Gemäßheit des Gesetzes vom 27. Juni 1836 alle bei dieser Ablösung Betheiligten hiedurch aufgefordert, ihre etwaigen Ansprüche so gewiß binnen zwei Monaten bei dem unterzeichneten Gericht geltend zu machen, gestalts auf sie bei der Verfügung über die Ablösung des Ablösungskapitals keine Rücksicht genommen werden wird.

Lauterbach, den 16. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daf. Myliu s. Eber.

[1970] Edictalladung.

Den Nachlaß des am 25. Januar 1829 zu Ruckfere in Ungarn verstorbenen Conrad Grill von Kronberg, Herz. Nassauischen Amts Hochheim, betreffend.

Nachdem ermittelt worden, daß Conrad Grill von Kronberg, geboren am 14. April 1788, zu Ruckfere in Ungarn am 25. Januar 1829 mit Tod abgegangen, werden alle diejenigen, welche Erbansprüche an dessen Nachlaß zu haben glauben, hiermit aufgefordert, sich binnen 90 Tagen, vom ersten Erscheinen dieses in öffentlichen Blättern an gerechnet, bei unterzeichnetem Gerichte geltend zu machen, als das Vermögen sonst an die sich darum bereits gemeldet habenden Söhne des Verlebten, Wilhelm Grill und Michael Grill in Pest, verabfolgt und die bis dahin über dem Betrag desselben Curatel aufgehoben werden soll.

Königstein, den 14. August 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt, Emminghaus.

Cours der Staats-Papiere. 16. October 1852. (Schluss der Börse.)

	Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.L.B. Roths.)	93½	G.	Nassau. 5. 25 Loose . . .	28¾ P. ½ G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B.	84½	G.	Würtemb. 4½% Oblig. b. Roths.	101¾ P. ½ G.
»	5% L. V. (C. b. Roths.)	88¾	bez. u. G.	» 3½% ditto	90¾ P. ⅝ G.
»	5% do. Monte C. St. L. M.	84¼ P. ⅛ G.		Kurhessen 40 Thlr. l. b. Rothsch.	34¾ P. ⅛ G.
»	Bank-Actien . . .	1391	G.	» Fünf-Thlr.-Loose-Nordh.	44⅝ P.
»	5% Metallin. Oblig.	81⅜ P. ½ G.		Gr. Hessen 4½% Obligationen	102¼ P.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	81⅜ P. ½ G.		» 4% ditto b. Rothsch.	98¼ G.
»	4½% ditto	73¼ bez. 73 G.		» 3½% ditto b. Rothsch.	91⅜ G.
»	4% ditto	65	P.	» 5. 50 Loose . . .	50½ P.
»	3% ditto	49	G.	» 5. 25 Loose . . .	31¾ P.
»	2½% ditto	41⅝ P. ⅛ G.		Frankfurt 3½% Oblig. v. 1839	95¾ G.
»	2% ditto	16¼	P.	» 3½% » v. 1846	95¼ G.
»	5. 250 Loose b. Roths.	118¼	G.	» 2½% » . . .	85¾ P. ⅜ G.
»	5. 500 ditto	118¾	G.	» Taunusbahnact.	900 P. 297 G.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	81¼	P.	Russland 4½% Obl. b. Baring	103 P.
»	4% ditto	71¼	P.	» 4% Obl. b. Hope & 3.	80½ G.
Preussen.	3½% p. Staatsschuld.	94¼	P.	» 4% p. b. Stieglitz »	—
»	4½% Oblig. b. Roths.	104	P.	Polen. . . 4% Obl. de 5. 500	91 P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	111¼	G.	Spanien 30% ins. Sch. p. 5. 3 30	46, ⅛ bez. ½ G.
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	101¼	G.	» 10% Neue » »	25½, ⅛ bez. u. G.
»	4½% ditto	100⅝	G.	Holland. 4% Certificate . .	95¾ G.
»	4% ditto	—		» 3½% Syndicate . .	84½ G.
»	4% Anlhs.-Rente .	96⅝	G.	» 3½% Integrale . .	63¾ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93	P.	Belgien . 5% Oblig. in Anl. 18. fl.	99¾ P. ⅛ G.
»	Ludwigsh.-Berbach.	95¾ P. ⅜ G.		» 4½% Obl. in F. 25 Fr.	97⅛ G.
»	5% Priorit.-Oblig.	102¾ G.		» 4% Obl. in Fr. à 25 Fr.	91 P. 90¾ G.
Baden . .	5% Obligationen . .	—		» 3½% Obl. b. Rothsch.	85¼ G.
»	4½% Obligationen	102¾	G.	Sardinien 5% Obl. b. Rothsch.	97⅛ G.
»	3½% v. 1843 . . .	90½	G.	» 5% Obl. b. Hamb. Bremen	95 P. 91⅝ G.
»	5. 50 Loose v. 1840	65½ P. ⅜ G.		» Sardinische Loose .	40¾ P. ⅛ G.
»	5. 35 Loose v. 1845	38 P. 37½ G.		Toscana 5% Obl. 1850 (Cts. Gold.)	100 P.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103	G.	» 5% 1851 b. Bastogi (do.)	97⅛ P.
»	4% ditto	99¼	P.	Nämersks 6% Stocks Doll. 2. 3/4	116½ P. ⅛ G.
»	3½% ditto	91½	G.	Vereins 5. 10 Loose . .	87⅝ P. ⅜ G.

Wechsel-Cours.

Den 16 October	Per comptant
Amsterdam . kk. S.	100⅜ P. 100 G.
(100 Cr.) Cr.	139¾ —
Augsburg . . kk. S.	120⅛ P. 119⅝ G.
(100 fl. Cr.) 3M.	—
Berlin . . . . kk. S.	105⅛ P. 104⅝ G.
(100 Thlr.) 3M.	—
Bremen (50 kk. S.	97¼ P. ⅛ G.
Thlr. l. Lor. 3M.	—
Hamburg . . . kk. S.	89 P. 88¾ G.
(100 M. Bc.) 10M.	—
Leipzig . . . kk. S.	105 P.
London . . . . kk. S.	119⅝ P. ½ G.
(10 Liv. St.) 3M.	—
Lyon . . . . kk. S.	94¾ G.
(300 Fr.) 2M.	—
Mailand (250 kk. S.	100⅜ P. ½ G.
Lir. Austr.) 3M.	—
Paris . . . . kk. S.	94⅜ P. ⅛ G.
(300 Fr.) 2M.	—
Wien (100fl.) kk. S.	102½ bez.
in 2. 20 F.)	—
Disconto	3½ P. 4 G.

Gold und Silber.

Pistolen . . . . à 9	9 43½-45⅝
Fr. Friedrichsd'or à 5	5 54½-55⅝
Holl. 10 fl. Stücke » 9	9 53½-54⅝
Rand-Ducaten » 5	5 37-38
20 Francsstücke » 9	9 29½-29⅞
Engl. Souvereign »	11 54
Gold al Marco »	383-384
5 Frankenthaler »	2 21½-22⅛
Preuss. Thaler »	1 45-1⅛
Preuss. Casse-Sch.	1 45-1⅛

Das Syndikat der Wechsel-Agenten.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nro 248.) 17. October 1852.

Ein Ausweg.

* **Frankfurt**, 15. Oct.

Wie nicht anders zu erwarten — die jüngste Wendung der Verfassungsangelegenheit unserer freien Stadt hat die Einen befriedigt, die Andern gekränkt, die Meisten vielleicht theilnahmslos gelassen.

Die Theilnahmslosen haben keinen Anspruch auf eine Ansprache von uns, die Befriedigten bedürften einer solchen nicht, den Gekränkten aber dürfen wir unsern Rath nicht vorenthalten.

Dieser besteht kurz in Folgendem:

Der hohe Senat hat in seine Erlassungen des Bundestags, die beiden Gesetze vom 19. October 1848 und 20. Februar 1849 für „nicht giltig" zu erklären, diese beiden Gesetze „für ausser Wirksamkeit" stehend erklärt.

Man merke sehr wohl auf die verschiedenen Ausdrucksweisen: „Nicht giltig" und „ausser Wirksamkeit".

Der Bundestag hat so gehandelt, wie er gehandelt, weil Art. 46 der Wiener Congreßacte festsetzt, daß etwaige Verfassungsstreitigkeiten in Frankfurt allein durch die Bundesversammlung entschieden werden sollen, was durch Art. 61 der Wiener Schlußacte bestätigt wurde. Nachdem die Bundesversammlung ihren Beschluß mitgetheilt hatte, konnte der Senat seinerseits nicht anders handeln, wie er gehandelt.

Und doch hätte er es können; es stand ihm frei, des vom Bundestag gewählten Ausdrucks sich zu bedienen und die betreffenden Gesetze für „nicht giltig" zu erklären. Er hat es nicht gethan, er hat die mildere Form gewählt und die Gesetze nur für „ausser Wirksamkeit" stehend erklärt.

Daraus schienen uns wichtige Folgerungen sich zu ergeben. Der Senat hat noch nicht vollständig acceptirt, er sucht vielmehr einen Ausweg, und dieser wird und muß auch den Betheiligten willkommen sein.

Uns scheint der Ausweg nahe, sehr nahe zu liegen. Man nehme das Geschehene als eine vollendete Thatsache, suche aber, sei es nun ohne, sei es unter Mitwirkung des hohen Senats vom Bundestage das gesetzlich Erworbene, nun aber thatsächlich Verlorene wieder zu erlangen. Die Wege dazu sind gegebene.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 16. Oct. Obwohl der neue gesetzgebende Körper, dessen Urwahlen am 18. und 19. d. M. stattfinden, ohne Zweifel eine unendlich höher Wichtigkeit, als alle seine Vorgänger vom Jahr 1816 hat, indem er die hohe Aufgabe übernimmt, Ruhe und Ordnung in unser seit vier Jahren mannigfach zerrütteten Gemeindewesen zurückzubringen, und den Weg der Versöhnung der sich noch schroff gegenüberstehenden Parteien anzubahnen, scheint doch die Betheiligung an den Wahlen eine geringe werden zu wollen. Wie überall, ist auch hier auf mehrjährige fieberhafte Aufregung bedauerliche Erschlaffung gefolgt. Es ist traurig, daß unter diesen Umständen um die Besetzung der gesetzgebenden Versammlung lediglich zwei Parteien, der sogenannte Reformverein und die Gothaer, kämpfen, ohne daß die Bürgerschaft im Allgemeinen von ihrem wichtigsten Recht Gebrauch macht. Welche dieser Parteien auch siegte, so ist doch soviel gewiß, daß keine derselben als Mehrheitsorgan der hiesigen Einwohnerschaft anzusehen ist.

* **Frankfurt**, 16. Oct. Herr Baron Karl v. Bethmann, dessen Auszeichnung gelegentlich des Centralackerbaufestes wir neulich erwähnt haben, hat nicht, wie dabei bemerkt wurde, die silberne, sondern die goldene Ehrenmedaille erhalten.

⚓ **Berlin**, 14. Oct. Von allgemeinem Interesse dürfte folgender Auszug eines Schreibens eines der bedeutendsten Industriellen Bayerns sein. Es heißt in diesem Schreiben: „Die Bestrebungen, die die Stellung, welche Preußen, den übrigen größeren Zollvereinsstaaten gegenüber, einnimmt, einem Bruch des Zollvereins herbeiführen würde, sind leider zur Gewißheit geworden; denn wenn Preußen nicht einmal die Erklärungen von Bayern und den andern Staaten abwarten und die Zollverhandlungen auf den diplomatischen Weg schieben will, so halte ich eine Verständigung für mehr als unwahrscheinlich. Ich bellage es auf das Innigste, wenn die Trennung wirklich eintreten sollte, denn Bayern erleidet hierdurch großen Nachtheil, welchem eine Verbindung mit Oesterreich keinen Ersatz bieten wird. Kann ich mich auch mit der allzu schroffen Haltung Preußens nicht einverstanden erklären, so bin ich eben so wenig damit einverstanden, wie unser Premierminister, Herr von der Pfordten, Bayern in dieser hochwichtigen Angelegenheit auftreten läßt. Ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn Herr von der Pfordten, Preußen gegenüber, eine andere Sprache geführt und den unheilvollen Vertrag in Bregenz nicht abgeschlossen hätte, die Angelegenheit nicht auf die Spitze gestellt sein würde." Für die Rechtheit dieses Schreibens können wir die volle Bürgschaft übernehmen. — Mit vieler Bestimmtheit wird in hiesigen Kreisen darauf hingewiesen, daß der russische Reichskanzler Graf Nesselrode sich in der That gegen die Bildung einer dritten Zollgruppe in Deutschland ausgesprochen habe, und derselbe für eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen sehr eifrig bemüht sei. Es gewinnt den Anschein, daß Bayern in Bezug auf seine Großmachtsbestrebungen sich in der Zollvereinsangelegenheit eben so sehr verrechnet hat, wie dies bei andern Anlässen der Fall gewesen ist. An das Zustandekommen einer dritten Zollgruppe glaubt man hier nach der neuesten Wendung der Dinge nicht. Mit Hannover gestalten sich die Verhältnisse günstiger für Preußen, als man in der letzten Zeit angenommen hatte. — Einen sehr erfreulichen Eindruck hat es hier gemacht, daß mehrere der namhaftesten und angesehensten Fabrikherren der Rheinprovinz sich mit dem jüngsten Schritte Preußens in der Zollvereinsangelegenheit, obgleich dieselben bei einer wirklich erfolgenden Trennung Süddeutschlands von Norddeutschland erhebliche Verluste erleiden werden, vollkommen einverstanden und denselben für einen nach Lage der Dinge nothwendigen erklärt haben. In den betreffenden Schreiben wird hervorgehoben, daß in den Industriedistrikten im Allgemeinen eine Einstimmigkeit der Meinung in diesen Sachen herrsche, die dem Patriotismus der Rheinländer allerdings sehr große Ehre macht. Ingleich wird in den Schreiben der Wunsch ausgesprochen, daß Preußen bei dieser festen und entschiedenen Politik verharren möge. — Es ist hier nunmehr der erste Band des sehr umfangreichen Werkes: „Amtlicher Bericht über die Industrieausstellung aller Völker zu London im Jahr 1851, von der Berichterstattungscommission der deutschen Zollvereinsregierungen", im Verlage der Deckerschen geheimen Oberhofbuchdruckerei erschienen. Die beiden übrigen Bände sind auch bereits in der Zusammenstellung so weit gediehen, daß deren Erscheinen in den ersten drei Monaten erwartet werden kann. Die einzelnen Berichte in diesem für den Handelsstand überaus schätzbaren Werke sind von den Mitgliedern der Commission ausgearbeitet, welche die Zollvereinsregierungen dazu nach London entsendet hatten. Für das Werk war hier in Berlin eine Redactionscommission unter der Leitung des geheimen Oberfinanzraths Dr. v. Viebahn niedergesetzt worden, welche die Arbeiten, die der außerordentlich reiche Stoff bot, nunmehr fast bewältigt hat. Dem ersten Bande ist ein Vorwort des Hrn. v. Viebahn vorangeschickt, worin ganz besonders auf den bisher verbreiteten Segen der großen Institution des Zollvereins hingewiesen wird. Das Werk ist in ebenfalls einer der bedeutsamsten in Deutschland auf dem handelspolitischen Gebiete, zumal dabei aus den unmittelbarsten Quellen geschöpft worden ist. — Die Mittheilung der „Neuen Preuß. Zeitung", wonach künftig Alles, was die Provinzen betrifft, nur den Provinziallandtagen zur Berathung vorgelegt werden soll, und nicht der allgemeinen Landesvertretung, ist von mehreren Blättern in Zweifel gezogen worden. Die Angabe der „Neuen Preuß. Zeitung" möchte indessen im Allgemeinen keineswegs der Begründung entbehren, wenn dieselbe auch nur als ein pium desiderium derselben erscheinen dürfte. In Bezug auf diesen Gegenstand kann wohl nicht verkannt werden, daß eine genaue und bestimmte Begrenzung alles dessen, was bloß principiell ist und was das ganze Land betrifft, eine Nothwendigkeit wird, wenn nicht fortwährende Conflicte zwischen der Bundesvertretung und den Provinziallandtagen eintreten sollen. — Die hier eingetroffene Nachricht, daß sich der Gesundheitszustand des Cardinalfürstbischofs

v. Diepenbrock sehr verschlimmert habe, hat hier allenthalben, namentlich aber in den höchsten Kreisen, einen sehr schmerzlichen Eindruck gemacht. Der Leibarzt Sr. Maj. des Königs, Professor Schönlein, dürfte wohl wieder zu dem leidenden Prälaten entsendet werden, dem hier von Protestanten wie von Katholiken die aufrichtigste Theilnahme geschenkt wird.

Y **Köln**, 15. Oct. Meine Mittheilung über die Verbaftung Heine's beruht auf einem Irrthum; es war der Hüttenwerkbirector Heine, nicht Sprottau, den man hier durchkreuzte.

München, 14. Oct. Der Krankheitszustand des Hrn. Ministers v. d. Pfordten läßt dermalen zwar einen Rückschritt nicht mehr befürchten, der schwache Zustand des Patienten macht indessen wochenlange ungestörte Erholung nöthig, um das Verlassen des Krankenbettes zu ermöglichen. (Darmst. Z.)

Wiesbaden, 16. Oct. Dem Vernehmen nach ist Herr Obersteuerrath Scholz zum diesseitigen Bevollmächtigten bei den demnächst in Wien zu eröffnenden Zollconferenzen ernannt und wird nächstens dahin abgehen. (N. A. Z.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 17. Oct. „Nouvelliste" berichtet über eine etwas geheimnißvolle politische Versammlung zu Moutreux im Kanton Waadt. Es sollen etwa 20 Personen sich zusammengethan haben, Conservative und Ultramontane aus mehreren Kantonen, waadtländische Conservative und Repräsentanten des Cercle national von Lausanne. Ueber die Verhandlungen dieser Männer verlautet noch nichts Näheres. — Die Anwesenheit der Herzogin von Orleans in Lausanne zieht fortwährend viele hohe Gäste an, so neuerdings die Infantin Louisa Theresa, den Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg ꝛc. Die Bevölkerung der Stadt bezeugt der durch das Schicksal oft und hart betroffenen Familie Orleans vielen Respect.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 16. Oct. Oesterreich und die in Darmstadt verbündeten Regierungen scheinen jetzt nach dem Abbruch der Verhandlungen in Berlin mit der Verwirklichung ihrer Pläne in der handelspolitischen Frage rasch und entschieden vorgehen zu wollen. Daß von Seiten des österreichischen Cabinets die Einladung zu neuen Conferenzen in Wien ergangen ist, und daß diese Conferenzen in nächster Zeit werden abgehalten werden, kann keinem Zweifel mehr unterliegen, nachdem wir von drei Regierungen schon die Abordnung der betreffenden Bevollmächtigten nach Wien melden konnten, nämlich von Sachsen die Abordnung des Oberfeuerdirectors v. Schimpff, von Bayern des Ministerialraths Dr. v. Hermann, von Nassau des Oberfeuerraths Scholz. Die Einladung ist, wie mehrseitig berichtet wird, mittelst Circulardepesche an alle Regierungen erfolgt. Nach Berlin soll sie der k. k. Gesandte am dortigen Hof, Frhr. Prokesch v. Osten, abbracht haben. Diesen Staatsmann soll, wie die „Bohemia" mittheilt, in Wien ganz besonders auch ein rasches und energisches Vorgehen im gegenwärtigen kritischen Augenblick gedrungen haben. Zugleich, sagt die „Bohemia", habe sie Ursache zu glauben, daß seine Anschauung mit den Intentionen des Wiener Cabinets und der wohldurchdachten Politik des Grafen Buol-Schauenstein genau zusammentreffe. — Ueber die gegenwärtige Stellung Hannovers geht uns ebenfalls einige Aufklärung zu. Im Eingang eines Artikels des gut bedienten hannoverschen „Neuen Volksfreundes" wird gesagt: „Den Septembervertrag so zur Ausführung zu bringen, wie man es sich beim Abschluß und bei der ständischen Genehmigung desselben dachte, hat sich als unmöglich gezeigt. Man kann den Zollverein mit dem Hinzutritt Hannovers und den Ausschluß Oesterreichs nicht haben. Mit andern Worten: will man eine allgemeine Zoll- und Handelseinigung, so muß man auch die mit Oesterreich sich gefallen lassen. Damit ist zwar nicht gesagt, daß dieselbe sogleich eintrete oder daß schon jetzt ein bestimmter Zeitpunkt ihres Eintritts festgestellt werden müßte. Wohl aber würde schon jetzt ein Vertrag zu errichten sein, welcher ihr herbeiführte. Es wäre nun denkbar, daß der erfolgte Bruch wieder geheilt würde, daß Preußen den Hinzutritt Oesterreichs genehmigte, daß also die allgemeinere Zolleinigung zu Stande käme. Es kann indeß unerörtert bleiben, ob dies wahrscheinlich und ob es für Hannover wünschenswerth oder nicht. Kommt die österreichische Einigung mit Preußen zu Stande, so kann sich Hannover nicht entziehen, ohne Preußen kann es in sie nicht eingehen. Die Erfolge seiner bis zum Abbruch der Berliner Conferenzen fortgesetzten Vermittlungsversuche laden nicht ein, dieselben zu erneuern, sie weisen vielmehr auf die Zweckmäßigkeit eines passiven Verhaltens hin." Die amtliche „Hannoversche Zeitung" nennt diese Ansichten ganz verständige. — An den Bundestag scheint die Zollfrage nicht direct gebracht werden zu sollen. So meint wenigstens die „Kasseler Zeitung". In seiner neuesten Nummer sagt dies Blatt, es werde von Oesterreich in Gemeinschaft mit denjenigen Staaten, die mit ihm in eine handelspolitische Verbindung getreten, darauf gedrungen werden, daß gewisse, auf den Verkehr bezügliche Verhältnisse, namentlich die freie Schifffahrt, nach Anleitung von Artikel XIX der Bundesacte und der auf dem Wiener Congresse angenommenen Grundsätze zu bundesmäßiger Vollziehung kommen. Dies werde dann Gegenstand geben, die ganze Angelegenheit einmal vom Standpunkte des Bundes zu prüfen und damit eine Wiederannäherung der jetzt entzweiten Staaten zu ermöglichen. — Beklagen wollen wir hier noch einer Berichtigung erwähnen, welche die „Karlsruher Zeitung" einem unserer Wiener Berichterstatter ertheilen zu müssen glaubt und die dahin geht, daß der großherzogl. badische Minister, Freiherr Rüdt v. Collenberg, keine schriftliche Erklärung über die Stellung seiner Regierung in Wien übergeben habe.

n **Frankfurt**, 16. Oct. Heute ist ein von 33 der geachtetsten unserer israelitischen Mitbürger unterzeichneter Protest gegen den der israelitischen Bürgerschaft ihre staatsbürgerliche Gleichstellung entziehenden Senatsbeschluß erschienen. Kein rechtlich gesinnter christlicher Bürger wird der Lage, in welche die israelitischen Mitbürger nun wieder zurückgebracht sind, seine aufrichtige Theilnahme versagen. Nur tritt dies Actenstück vielleicht dem Senat insofern zu nahe, als derselbe in seiner schwierigen Lage nicht anders handeln konnte. Wer näher von den Verhandlungen im Schooße des Senates unterrichtet ist, weiß, daß der betreffende Beschluß nicht leichten Herzens gefaßt wurde.

* **Wien**, 14. Oct. Im Monat September 1852 war der Betrag des im Umlauf befindlichen Staatspapiergeldes 162,197,305 fl., im Monat August 1852 164,931,755 fl. Es ergibt sich daher eine Abnahme von 2,734,450 fl. — An lombardisch-venetianischen Schatzscheinen waren Ende September 1852 noch im Umlauf 1,611,555 Lire.

* **Berlin**, 15. Oct. Die Feier des königlichen Geburtstages begann heute früh mit dem Schlagen der Reveille, welche durch ein starkes Tambourcorps unter Begleitung der Pfeifen ausgeführt wurde. In den Vormittagsstunden fanden die gewöhnlichen militärischen Festlichkeiten statt. Sämmtliche Schulen, Stiftungen, Waisenhäuser und andere Anstalten aller Confessionen vereinigten sich zu Feierlichkeiten, bei denen Vorträge gehalten und Gesänge ausgeführt wurden. — Der König wollte die Gratulation in Potsdam entgegennehmen, wohin sich die Staatsminister und andere hohe Beamte begaben.

8* **Kassel**, 15. Oct. Der geheime Legationsrath v. Mayer wird noch heute Abend nach Wien abreisen, um als diesseitiger Bevollmächtigter an den dortigen Schlußconferenzen Theil zu nehmen. In der Wahl dieses Mannes, welcher sowohl bei den frühern Wiener als bei den spätern Berliner Conferenzen thätig gewesen, dürfte ein sicheres Zeichen zu erkennen sein, daß die kurfürstliche Regierung den einmal eingeschlagenen Weg beharrlich fortzusetzen gesonnen.

Z **Paris**, 15. Oct. Der Regierung sind telegraphische Depeschen über den festlichen Empfang zugegangen, welchen der Prinz-Präsident vorgestern in Niort und gestern Nachmittag in Poitiers gefunden hat. Ueberall Enthusiasmus und Kaiserrufe.

Der Triumphbogen an der Brücke von Austerlitz war schon heute früh nahezu fertig: er stellt einen dreifachen Portieus vor, von einer Arcade überragt, und trägt in großen goldenen Buchstaben die Inschrift: la ville de Paris à Louis Napoléon Empereur. Ueber der Arcade prangen auf sechzehn Schilden Namen und Wappenbilder der sechzehn Hauptstädte, welche der Prinz-Präsident eben besucht hat: Bourges, Nevers, Moulins, Roanne, Lyon, Grenoble, Toulouse, Montpellier, Nimes, Narbonne, Bordeaux, Angouleme, Rochefort, Niort, Poitiers, Tours. Diesem ersten ziemlich nahe erhebt sich mitten auf dem Boulevard Bourdon ein zweiter Triumphbogen, und schon fünfzig Schritte weiter, vor dem Bastilleplatz, ein dritter. Der vierte auf der gegenüberliegenden Seite am Eingang des Boulevard Beaumarchais, ein fünfter am Boulevard der Calvarienschwestern mit der Aufschrift à Napoléon III. Einen sechsten haben auf dem Boulevard du Temple die vielen dort befindlichen Theater errichtet. Etwas weiter erhebt sich vor dem Nationaltheater (dem alten Circus) ein siebenter. Vor dem Theater der Porte St. Martin der achte zc. Von der Porte St. Denis stellten dreifarbige Wimpel. Von der Straße Rougemont an bis zu der Poissonniere hat das 7. Bataillon der Nationalgarde Faseces mit Schilden errichtet, auf welchen Vive l'Empereur Napoléon III. zu lesen ist. Der Director der großen Oper läßt vor der Straße Lepelletier einen neunten Triumphbogen erbauen. Mitten auf dem Boulevard vor der Rue de la Paix vier Masse mit Wimpeln. Der zehnte und letzte Triumphbogen erhebt sich auf dem Eintrachtsplatz vor dem Gitter des Tuilerienparkes.

Digitized by Google

Im Vorstehenden haben Sie eine Schilderung der ganzen Strecke, welche der Cortege des Prinz-Präsidenten durchziehen wird. Laut Angabe der „Patrie“ haben in allen Theilen der Hauptstadt viele Arbeiter bei den Behörden um Erlaubniß nachgesucht, den einziehenden Prinzen mit Deputationen zu beschicken. Allein in der Vorstadt St. Marceau haben sich zu diesem Zwecke 8000 Arbeiter gemeldet. Von der Terrasse der Tuilerien werden den Prinzen die Orpheonisten und die enfans de Paris mit einer eigens hierzu componirten Festcantate begrüßen.

Dem „Constitutionnel“ zufolge wird die Deputation des gesetzgebenden Körpers, welche den Prinzen am Bahnhof empfängt, aus 50 durch das Loos gezogenen Deputirten bestehen; es konnten nicht mehr Plätze für diese Deputation reservirt werden.

|| **London**, 14. Oct. Das Parlament wird sich, wie der „Herald“ vermuthet, schon am 5. oder 6. Nov. versammeln, die Thronrede aber erst am 11. gehalten werden; morgen werden die Minister darüber beschließen. — Mazzini hat in den englischen Blättern ein Manifest erlassen, das demagogische Anlehen zu empfehlen und den Triumph der Revolution zu prophezeihen!

Frankfurt, 16. Oct., Abends.

Unsere gewöhnliche Pariser und Madrider Correspondenz ist heute ausgeblieben.

Telegraphische Depesche.

Paris, 16. Oct. Der Einzug des Prinz-Präsidenten war von außerordentlichem Enthusiasmus begleitet. Ueberall Kaiservivats. Die öffentliche Ordnung wurde in keiner Weise gestört.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in Köln.

IX.

✓ **Köln**, 14. Oct. Becker fragt den Präsidenten nach einem Zeugen und fügt hinzu, ob derselbe gegen ihn geladen sei. — Präsident: Er soll die Verbindung mit der Schweiz bekunden.

Vernehmung des Angeklagten Dr. med. Daniels. Derselbe sagt aus: Im Jahr 1818 studirte er in Paris, wo er sich 9 bis 10 Monate aufhielt; in Belgien war er nicht. Den Dr. Everweg lernte er in ersterem kennen, aber nicht in Beziehung auf einen Bund. Es könne um diese Zeit nur vom Bunde der Gerechten die Rede sein; von diesem habe er niemals vernommen, daß er die communistischen Principien aufgenommen habe. Den Schneider Beck kenne er gar nicht. Wenn man bei demselben seine Adresse gefunden habe, so sei es möglich, daß ihm diese Everweg für eine Reise nach Deutschland gegeben habe. (Der Angeklagte spricht so leise, daß man bei der schlechten Akustik im Saale Manches aus dem Zusammenhang errathen muß.) — Präsident: Ein Artikel in der „Kölnischen Zeitung“ von 1848 lasse vermuthen, daß Daniels mit Everweg in einer nähern politischen Verbindung gestanden habe. — Daniels bemerkt, Everweg habe, wie es oft von Zeitungsschreibern geschehe, mit ihm renommirt. — Präsident: Das scheine ihm oft zu widerfahren. Es wird ein Artikel aus dem „Hochwächter“ verlesen, in welchem nach einem Lobe Daniels von ihm gesagt wird, er stelle seine Kenntnisse der Revolution zur Verfügung und schreibe zugleich ein interessantes Werk über Psychologie. Präsident bemerkt, bei der Untersuchung gegen einen gewissen Dieterich in Paris habe man bei demselben Adressen von Bürgers, Haupt und Daniels, ebenso bei dem Schneider Beck die Adresse Daniels gefunden. Letzterer gibt an, wie er mit mehreren der Angeklagten bekannt geworden sei. Röser ließ sich von ihm ärztlich behandeln. Mit Marx sei er schon lange bekannt. Den Emissär Bauer kenne er nicht. — Präsident: Reiff habe früher gesagt, daß er Daniels mit Bauer und andern bei dem Verlesen der Ansprache bei Röser angetroffen habe. Daniels erwiderte, Reiff habe dieses bereits als einen Irrthum zurückgenommen, übrigens habe er auch damals sich schon unbestimmt ausgedrückt; im Protocolle heiße es: „und, wie ich glaube, auch Daniels.“ Es sei dies nebenbei eine sehr unbestimmte Frage, ob Reiff ihn dort gesehen; die Frage hätte lauten müssen: ob er ihn dort in der Eigenschaft eines Bundesmitglieds gesehen habe. — Präsident: So fragt man, aber so protocollirt man nicht. — Daniels: Karstner oder Lessner habe er 1848 kennen gelernt, aber nicht näher. Dem Bunde gehöre er nicht an, doch habe er im Allgemeinen davon gewußt, ohne seine Tendenzen näher zu kennen. — Präsident: Diese mußten Ihnen doch aus der abgeschriebenen Ansprache klar werden. Uebrigens müssen Sie auch schon 1848 von dem Bunde gewußt haben. — Daniels: Marx habe ihm von dem damals aufgelösten Bunde erzählt. Die Ansprache aber gebe keine bestimmte Aufklärung ohne die Kenntniß des Manifestes und der Statuten. Die Bemerkung, „daß sich der Bund bewährt habe“, hätte ihm als leere Renommage ein Lächeln abgelockt. — Präsident: Es scheine das doch keine bloße Renommage gewesen zu sein. Die Mitglieder des Bundes hätten allerdings eine ungewohnte Thätigkeit entwickelt, selbst auf Barrikaden und Schlachtfeldern. Moll sei an der Murg gefallen, Jansen standrechtlich erschossen, Marx und Schapper verfolgt und ausgewiesen worden; überall traten ihre Namen in den Vordergrund. Wie er zu der Abschrift der Ansprache gekommen sei, da der Bund doch Stillschweigen auferlegt habe? — Daniels: Es liegt auf der Hand, daß man mir als einem alten Bekannten von Marx Vertrauen schenkte. — Präsident: Keineswegs, im Gegentheil hatte man dabei gerade zu befürchten, sich Marx gegenüber wegen des Bruchs des Stillschweigens zu compromittiren. Sie lernten Röser als Ihren Patienten kennen; ist es denn Brauch bei den Aerzten, sich zum Copisten eines Patienten zu machen? — Antw. Röser durfte seine Augen nicht gebrauchen. — Präsident: Das macht die Sache nicht viel wahrscheinlicher. Sie haben nur das eine Bruchstück abgeschrieben. Haben Sie sich denn nicht bei Röser nach den andern Bruchstücken erkundigt? — Daniels: So viel ich mich erinnere, nicht. — Präsident: So unbedeutend war die Sache denn doch nicht, da Sie in den von Ihnen abgeschriebenen Bruchstücken ersahen, daß es sich um einen neuen Bund handelte, der sich in den Bewegungen von 1848 bewährt. — Antw.: Ich wollte kein größeres Interesse daran bekunden, um keine Ansprüche an mich hervorzurufen. — Präsident: Durch die Abschrift sah Röser schon, daß er sich nicht in Ihnen geirrt habe. Wo blieben die Abschriften? — Antw. Ich gab sie an Röser. — Präsident: Was geschah damit? — Antw.: Ich glaube, sie circulirten in Köln. — Präsident: Kennen sie die Ansprache vom Monat Juni? — Antw. Nein. — Präsident: Keiner will sie kennen, trotzdem daß sie von Köln an Martius gingen, und Rothjung an denselben adressirt wurde. — Präsident: Im Juni 1849 hielten Sie einen Bericht laut einer Notiz von Reiff. Wie verhält es sich damit? — Antw. Reiff hat Ihnen bereits gesagt, daß sie mich nicht berühre. Ich mache Sie übrigens darauf aufmerksam, daß Reiff in seinem Notizbuch bei allen andern Doctoren den Doctortitel immer anführt. Auch müßte es auffallen, daß Reiff gerade meinen Namen, Daniel statt Daniels, falsch schrieb, während er denselben als mein Patient fast täglich richtig auf meiner Thüre las. — Präsident: Haupt hat gegen Sie ausgesagt, er hege keinen Zweifel, daß Sie das dritte Mitglied der Centralbehörde wären? — Antw. Haupt hat aber auch selbst gesagt, daß ich ihm nicht getraut habe, wie konnte ich ihm dieses dann mittheilen. — Präsident: Im Wesentlichen muß man doch die Wahrheit der Hauptschen Aussagen anerkennen, weßhalb sollten sie denn in den Nebensachen unrichtig sein? Weßhalb wurde Haupt gerade an Sie, und nicht an Bürgers und Röser adressirt? — Antw. Auf seinen persönlichen Wunsch. — Präsident: Weßhalb trat er mit Bürgers und Röser erst durch Ihre Vermittelung in Verbindung; weßhalb verwies ihn Marx nicht direct an diese? — Antw. Weil ihm ihre nähern Adressen nicht bekannt waren; sie konnten verzogen sein, ich hatte eine feste Wohnung. — Präsident: Haupt spricht sich in Ihrer Gegenwart gegen die andern aus. Er muß Sie demnach für ein Mitglied der Centralbehörde gehalten haben, und so mindestens im guten Glauben gegen Sie ausgesagt haben? — Antw. Damals gab es noch keine Centralbehörde. — Präsident: Sie geben selbst zu, mit Marx in Briefwechsel gestanden zu haben, wovon handelten die Briefe? — Antw. Von meiner Schrift über Psychologie und von persönlichen Verhältnissen. Von der Verfassung der Aufrufe an die Offiziere und der Plakate und Flugblätter betitelt: „Preußische Brüder und Unterthanen“ erklärt er, nichts zu wissen. Eine Ansprache wird ihm gezeigt, wovon er das den Eingang bildende Bruchstück als von seiner Hand geschrieben anerkennt.

Börsenberichte.

⊓⊔ **Frankfurt**, 16. Oct. Das Geschäft war minder belebt. Für österreichische Fonds war die Stimmung auch heute günstig; 5pCt. Metall. waren 81 1/8 pCt. G.; 4 1/2 pCt. Metall. 73 pCt. G.; 5pCt. Lombardisch-Venetianische besonders begehrt 88 3/4 pCt. G.; Wiener Bankactien 1391 fl.; 500 fl. Loose 194 pCt.; 250 fl. Loose 118 1/2 pCt. G. Spanische auch heute, sowie an allen auswärtigen Börsen, wieder etwas niedriger; zuletzt war jedoch die Stimmung auch für diese Effecten günstiger und die Course im Allgemeinen fester; 1pCt., anfangs zu 25 3/16, 1/8 pCt. verhandelt, schlossen 25 5/16 à 3/8 pCt.; 3pCt. Inländische 46 1/8 pCt. G. In Eisenbahnactien wie in sämmtlichen übrigen Papieren wurde nur sehr wenig gethan.

Berlin, 15. Oct. Staatssch. 93 5/8 Brf., 93 1/8 G. — Köln-Minden 112 1/2 à 1/4 bez. — Fr.-W.-Nordb. 41 3/4 à 3/8 bez.

Paris, 15. Oct. 4 1/2 pCt. Rente 106, 90. — 3pCt. 81, 95. — Neapol. —. — Neue 5pCt. Oesterr. 94 1/4, 3/4, 1/2. — Spanische neue Diff. — Neue 3pCt. 51. — Innere Schuld 46 1/4. — Passive —. — Bankactien 2855. — Piemont 5pCt. 98, 50. — Römisches Anlehen Juni 1850 —. — do. 1850 99 1/4. — St. Germain-Eisenbahn 1155. — Versailles, linkes Ufer 325. — Straßburg-Basel 327, 50. — Nordbahn 770. — Paris-Straßburg 772, 50.

Telegraphischer Coursbericht des Syndicats der Frankfurter Wechselsensale.

Wien, 16. Oct. 5pCt. Met. 95. — A 95 3/4. — 5pCt. do. B. 109 3/4. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94 5/8. — 4 1/2 pCt. do. 84 3/4. — Bankactien 1352. — 250 fl. Loose 138. — London 11 fl. 30 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102 3/4. — K.-F.-Nordbahn 222 3/4. — Liv.-Florenz 100. — Siena-Empoli 70. — Paris 136 3/4. — London 11 fl. 33 kr.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation.

Die jährliche ordentliche General-Versammlung der stimmberechtigten Obligationen- und Actien-Inhaber findet in unserem Geschäfts-Locale zu Carlsruhe

am 12. November 1852, um 10 Uhr früh, statt.

Carlsruhe, den 12. October 1852.

[2343] **Die Direction.**

[2334] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Frankfurt a. M. durch Gebhardt & Körber, Buchgasse Nr. 6, zu beziehen:

Beleuchtung

der Denkschrift des Evangelischen Oberkirchenrathes, betreffend die Vermehrung der Dotation der Evangelischen Kirche in Preußen vom Standpunkte des Rechtes und der Parität

von

C. G. N. Rintel.

Mit statistischen Nachweisungen. gr. 8. geh. 48 kr. od. 15 sgr.

[2253] Im Verlage von *A. D. Geisler* in Bremen ist so eben erschienen und bei Gebhard & Körber, Buchgasse Nr. 6 in Frankfurt a. M., vorräthig:

Noack, Dr. Ludw. (Professor in Gießen). Der Genius des Christenthums oder Christus in der Weltgeschichte. Der Geist des Christenthums in seinen weltgeschichtlichen Hauptformen und seinen hervorragenden schöpferischen Persönlichkeiten für gebildete Laien dargestellt. 3 Bde. 8. geh. 3 Thlr. od. fl. 5. 24.

Dieses Werk des durch eine Reihe von religionsphilosophischen und theologischen Schriften rühmlichst bekannten Verfassers schließt sich an dessen frühere Arbeiten in der Weise an, daß es als die jüngste und reifste Frucht seines Geistes gewissermaßen alle früheren zum Abschluß bringt. Der Verf. hat sich zur Aufgabe gesetzt, die Geschichte des Christenthums, zwar vom Standpunkt moderner Wissenschaft, doch so objectiv wie möglich, von den ersten Anfängen im Urchristenthum durch das Mittelalter und die Reformation hindurch bis auf die neuesten Phasen des christlichen, beziehungsweise unchristlichen oder widerchristlichen Geistes in unseren Tagen, dem Leser vor die Seele zu führen.

Wer das Bedürfniß fühlt, das Denken und die humanistischen Bestrebungen unserer Zeit irgendwie in Beziehung zu setzen zur Religion, wer nicht das Christenthum geradezu ausschließen will von Beiden, der wird diese Schrift mit reger Theilnahme und wahrer Befriedigung lesen, er wird, dem historischen Faden der Entwickelungsgeschichte der christlichen Idee, wie sie in diesem Buche gegeben ist, aufmerksam folgend, ohne Zweifel zu dem Ergebnisse gelangen — mag auch dies Endergebniß von dem Verfasser nicht deutlich ausgesprochen sein —, daß das Christenthum als Religion nicht bestimmt sein kann, in dem Humanismus völlig unterzugehen, sondern aus dem kritischen Zersetzungsproceß der letzten Jahrzehnte mit verjüngter Kraft in neuer Gestalt siegreich hervorgehen wird.

[2325] **Danksagung.**

Seit meiner frühesten Jugend hatte ich 21 Jahre lang an einem bis dahin für unheilbar gehaltenen Flechten-Ausschlag am ganzen Körper unaussprechlich viel gelitten. Umsonst unterwarf ich mich einer Menge der kostspieligsten und anstrengendsten Kuren, unter andern auch in dem clinischen Institute zu Halle, woselbst es den angestrengten und höchst anerkennenswerthen Bemühungen sehr kenntnißreicher Aerzte, namentlich des Herrn Geheimen Medicinalraths Dr. Krukenberg und des Herrn Professor Dr. Blasius, nicht gelingen wollte, mich von meinen Leiden zu befreien, so daß ich mit bangem Herzen einer traurigen Zukunft entgegen sah. Da machte mich ein Freund auf das berühmte **Kummerfeld'sche heilende Waschwasser** aufmerksam, welches schon so vielen Leidenden geholfen hatte; ich ließ mir davon kommen (— es war bei dem Buchhändler Dr. F. Jansen in Weimar, die Flasche zu 2⅙ Pr. Thlr. zu haben —), — und Gott sei gepriesen! auch mir wurde in unbegreiflich kurzer Zeit geholfen, und ich befinde mich nun schon seit drei Jahren so wohl, wie vorher nicht drei Tage meines Lebens, und ich kann wohl sagen, daß ich diesem wundervollen Wasser außerordentlich viel zu verdanken habe. — Ich hoffe, daß dieses segensvolle Waschwasser seine Wunderkräfte noch an recht vielen leidenden Mitbrüdern erproben möge. Halle, den 21. December 1849.

Louis Schmidt, Handelsmann, Nr. 2092.

[2286] **33ste Braunschweiger Lotterie.** Hauptziehung vom 20. October bis 6. November. Gewinne: fl. **87,500, 52,500, 35,000, 17,500, 8750, 7000, 5250** ꝛc. Ganze Loose à fl. 56, ½ à fl. 28, ¼ à fl. 14, ⅛ à fl. 7, so wie mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100 das ganze Loos à fl. 32, ½ à fl. 16, ¼ à fl. 8 empfiehlt

Jacob Doctor, Hauptkollekteur in Frankfurt a. M.

9000 Gewinne unter 20,000 Loosen

bietet die Braunschweiger Lotterie, deren Hauptziehung vom 20. October bis 6 November stattfindet. Haupttreffer: fl. **87500, 52500, 35000, 17500, 8800** ꝛc. Wir empfehlen ⅟₁ Loose à fl. 56, ½ à fl. 28, ¼ à fl. 14, ⅛ à fl. 7, so wie mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100: ⅟₁ Loose à fl. 32, ½ à fl. 16, ¼ à fl. 8, ⅛ à fl. 4.

***Julius Stiebel* jun. & Co.,**

[2252] Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

Hauptziehung 6ter Classe

33ster Braunschweiger Lotterie.

Anfang den 20. October.

Hauptpreise: fl. **87500, 52500, 35000, 17500** u. s. f., zusammen **9000** Gewinne! Ganze Loose zu fl. 56, ½ zu fl. 28, ¼ zu fl. 14, ⅛ zu fl. 7, sowie mit Verzichtleistung auf die Gewinne unter 100 Thaler, Loose zu fl. 32, ½ zu fl. 16, ¼ zu fl. 8, ⅛ zu fl. 4, empfiehlt

***Carl Höchberg*,**

[2251] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2348] **Aufforderung.**

Die israelitische Gemeinde dahier will nachstehendes anderweit verkauftes Grundstück in Rödelheimer Gemarkung:

Pag. 387 Nr. 58, 59, 60 des Flurbuchs, Flur II. Nr. 475 des Grundbuchs 141 Klftr. Acker auf der Speck, neben Wilhelm Fischer III. und Graf von Solms-Rödelheim

im Jahre 1841 von dem als Eigenthümer legitimirten Hauptmann Friedrich erkauft haben, kann jedoch keinen Kaufbrief über das Stück vorzeigen.

Da der dermalige Aufenthalt des angeblichen Verkäufers unbekannt ist, so wird Hauptmann Friedrich oder wer sonst Ansprüche an das fragliche Grundstück glaubt bilden zu können, andurch aufgefordert, solche

binnen 60 Tagen

vom Tage der ersten Bekanntmachung an, dahier geltend zu machen, widrigenfalls der von der israelitischen Gemeinde abgeschlossene anderweite Kaufvertrag über das Stück gerichtlich bestätigt werden soll.

Rödelheim, den 7. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Dr. Gilmer.

[2341] **Edictalladung.**

Gegen Michael Scheuer's Eheleute zu Heldenbergen ist der förmliche Concurs erkannt worden und es sind Forderungen und sonstige Ansprüche an dieselben in dem auf

Mittwoch den 15. December d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Liquidationstermine bei Vermeidung Ausschlusses geltend zu machen.

Großkarben, am 9. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht
Jäger.

[2332] **Edictalladung.**

Nachdem Gr. Hofgericht zu Gießen über das Vermögen des Paulus Gerhardt zu Kirschgarten den förmlichen Concursproceß erkannt hat, so werden alle diejenigen, welche aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche an dasselbe bilden zu können glauben sollten, hiermit öffentlich aufgefordert, solche so gewiß in dem auf

Donnerstag den 2. December d. J.,
Morgens 8 Uhr,

anberaumt werdenden Liquidationstermine dahier anzuzeigen und zu begründen, als sie ansonst ohne ein weiter zu erlassendes Präclusivdecret von der Concursmasse des Paulus Gerhardt werden ausgeschlossen werden.

Grünberg, den 7. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Welcker. Dr. Ortwein.

[2349] **Edictalladung.**

Die von sämmtlichen Riedesel, Freiherrn zu Eisenbach in der Gemarkung Frischborn bezogen werdenden Grundrenten wollen die Pflichtigen mit der Summe von 24,900 fl. 22½ kr. ablösen. Deßhalb werden in Gemäßheit des Gesetzes vom 27. Juni 1836 alle bei dieser Ablösung Betheiligten hierdurch aufgefordert, ihre etwaigen Ansprüche

binnen zwei Monaten

nach dem ersten Erscheinen dieser Bekanntmachung in der Zeitung, bei dem unterzeichneten Gerichte geltend zu machen, gegenfalls auf sie bei der Verfügung über die Auszahlung des Abkaufscapitals keine Rücksicht genommen werden wird.

Lauterbach den 9. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Mylius. Edel.

[2351] **Edictalladung.**

Der Weinhändler Johann Heinrich Hupfeld zu Weidenhausen hat gegen den Kaufmann und Gastwirth Wilhelm Rabe zu Liebenau bei unterzeichnetem Justizamt eine Klage erhoben auf 83 Thlr. 18 Sgr. 6 Hll. als Rest einer durch specielle Rechnung belegten ursprünglichen Waarenforderung von 257 Thlr. 6 Sgr. 6 Hll.

Nachdem nun besagter Rabe laut beigebrachter Bescheinigung sich von Liebenau entfernt hat, ohne daß man seinen dermaligen Aufenthalt kennt, so wird derselbe dem Antrage des Klägers gemäß hiermit öffentlich geladen, sich im Termine den

17. December d. J., Morgens 10—11 Uhr,

auf die Klage so gewiß zu erklären, als dieselbe widrigenfalls für eingestanden gilt, auch angefügt, daß die weiteren in der Sache ergehenden Verfügungen nur an hiesigem Gerichtsbrette werden angeheftet werden.

Hofgeismar, den 8. October 1852.

Kurfürstliches Justizamt.
Planlus.
vdt. Berner.

[2319] **Ehegerichtliche Vorladung**

an

den Kaufmann August Fischer von Stuttgart

Nachdem bei dem ehegerichtlichen Senate des K. Württembergischen Obertribunals die Ehefrau des Bürgers und Kaufmanns August Fischer von Stuttgart um Erkennung des Ehescheidungs-Processes gegen gedacht ihren — der böslichen Verlassung beschuldigten — Ehemann, dessen Aufenthalt unbekannt ist, gebeten hat, und diesem Gesuche entsprochen, auch zur Verhandlung dieser Ehescheidungsklage

Donnerstag der 13. Januar 1853,
Vormittags 10 Uhr,

bestimmt worden ist, so wird hiermit nicht nur der genannte August Fischer, sondern es werden auch seine Verwandten und Freunde, welche ihn etwa im Rechte zu vertreten gesonnen sein sollten, peremtorisch vorgeladen, an dem gedachten Tage, wobei ihnen 30 Tage für den ersten, 30 Tage für den zweiten und 30 Tage für den dritten Termin anberaumt werden, vor dem ehegerichtlichen Senate des K. Obertribunals in Stuttgart zu erscheinen, die Klage der Ehefrau anzuhören, darauf die Einwendungen in rechtlicher Ordnung vorzutragen und sich des ehegerichtlichen Erkenntnisses zu gewärtigen, indem, der Beklagte erscheine oder nicht, in dieser Sache ergehen wird, was Rechtens ist.

Stuttgart, den 1. October 1852.

Baur.

Bolley.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nr. 248.

Sonntag Nr. 12. 17. October 1852.

Ganz Oesterreich oder Deutsch-Oesterreich?

Unter allen Gründen, welche gegen die deutsch-österreichische Zolleinigung vorgebracht werden, ist wohl der eine der allerauffallendste, welcher, öffentlichen Blättern zufolge, von einem der ersten Redner der Darmstädtischen Kammer kürzlich geltend gemacht worden sei, und jetzt von mehreren Blättern als besonderer schlagend hervorgehoben wird.

„Darnach sei jetzt die Zolleinigung mit Oesterreich etwas Anderes als dies früher der Fall sein sollte. Nach Art. 19 der Bundesacte sei von einer Zolleinigung mit den deutschen Bundestheilen Oesterreichs die Rede, während man jetzt den ungetheilten Kaiserstaat, also außer etwa 7½ Millionen deutscher Landstenie mehr als 30 Millionen nichtdeutscher Einwohner mit uns verbinden wolle. Dies sei ein schwerer Vorwurf gegen die österreichischen Pläne."

Nach den Vordersätzen glaubten wir, daß der Redner unmittelbar zu dem völlig entgegengesetzten Ergebnisse, nämlich zu der Behauptung kommen müßte, daß Deutschland wohl gegen eine Zolleinigung mit Deutsch-Oesterreich, aber nimmermehr gegen eine Zolleinigung mit dem Gesammt-Oesterreich sein müßte. Das Deutsch-Oesterreich nämlich ist der Sitz einer blühenden Industrie, die mit uns in Mitbewerbung treten wird, gegen welche daher deutsche Industrielle schon so oft Bedenken und Besürchtungen ausgesprochen haben. Allein dieser Grund fällt ganz und gar bei einer Zolleinigung mit dem Gesammt-Oesterreich hinweg, denn die 30 Millionen (so viel beträgt nach dem Redner die nichtdeutsche Bevölkerung!), welche Oesterreich noch zu uns mitbringt, machen nicht nur die Vereinigung mit den 7½ Millionen Deutschen (so viel beträgt nach dem Redner die deutsche Bevölkerung!) unschädlich, sondern verschaffen uns eine große Menge Käufer für unsere Industrien, für welche doch zu sorgen die Ständekammer sich bemühte! Wo es sich aber einmal um die Interessen des Handels und der Gewerbe fragt, da sollte man doch billig glauben, daß sich der deutsche Verkäufer wenig darum kümmern würde, ob der Käufer deutscher oder slavischer Abkunft sei. Ja, der nach unsern Begriffen verkehrte Engländer hat sogar für die barbarischen Völker als Käufer englischer Waaren eine ganz besondere Liebhaberei, sucht sie in allen Enden der Welt auf, während wir nach deutscher Gründlichkeit es für eine Schmach halten, etwas an Slaven und Croaten zu — verkaufen!

Man wird gestehen müssen, daß vom Standpunkte der Industrie und der Wohlfahrt aus eine Einsprache gegen die Zolleinigung mit dem Gesammtösterreich eine reine Unbegreiflichkeit und eine Ansicht ist, welche jede Besprechung aus Gründen rein unmöglich macht. Deßhalb haben auch alle Jene, welche in die Verhältnisse des Verkehrs und des Handels einen Blick warfen, diesen Standpunkt längst schon als unhaltbar aufgegeben und sich in ein Lager zurückgezogen, in welches nur Jene noch folgen können, die gleicher Farbe sind — ins Feld der Politik. Hier ist's, wo endlich alle Handels-Interessen schweigen, und wir wagen deßhalb auch gegen alle Jene, welche von der Zolleinigung deßhalb nichts wissen wollen, weil diese nichts Anderes als der Gesammteintritt Oesterreichs in den deutschen Bund sei, nur einige Zweifel darüber zu äußern, ob denn überhaupt noch etwas Anderes als dieser Gesammteintritt logischer Weise geschehen könne?

Die mögliche Bedeutung nämlich dieses so gefürchteten Gesammteintritts kann sich beziehen:

1. auf die Zolleinigung,
2. auf das Verhältniß zum deutschen Bunde,
3. auf den Fall eines Krieges.

Ueber den ersten Punkt braucht man nicht mehr zu sprechen, da selbst die Gegner das materiell Wohlthätige nicht in Abrede zu stellen im Stande sind, und was das Verhältniß des deutschen Bundes betrifft, so hat Oesterreich bereits in dem Bunde, was es verlangen kann — den Vorsitz. Hier also sind keine Eroberungen mehr zu machen, und so wirft sich denn die ganze Bedeutung auf den Fall eines Krieges, dessen mögliche Nähe und gewisse Unabsehbarkeit wir ebenso sehr fürchten, als die Mehrheit allmälig ihn als das noch einzige Mittel wünscht, aus unsern epidemischen Zuständen herauszukommen. Gerade im Falle eines Krieges aber wird die Unterscheidung zwischen Deutsch-Oesterreich und Gesammt-Oesterreich zu einer wahren Carricatur. Ist der Feind am Rhein, dann sollen uns die Ungarn nicht helfen dürfen, denn dies wäre — gegen den Gesammteintritt. Und ist Kleindeutschland den Großmächten Europas nicht gewachsen, darm wollen wir eher zu Grunde gehen, als daß ein Croate es wagen dürfte, seinen Säbel zu unserem Schutze zu ziehen! — Der Slave soll bei uns nicht kaufen, der Grenzer und nicht helfen dürfen, — und alles dieses nicht nach der Lehre deutscher Wissenschaft!

Zeitschrift des Vereins zur Ausbildung der Gewerbe in München.

II.

Die Kunstgebilde in der Industrie.

Es ist eine Thatsache, daß es gegenwärtig Frankreich ist, welches in allen Geschmackssachen den Ton angibt, und daß es vorzugsweise Paris ist, nach welchem wir uns in Deutschland in Modesachen richten und seine Formen und Gebilde in dem großen Gebiete der Hausgeräthe als Muster und Vorschrift befolgen. Es trat diese Thatsache in der Londoner Ausstellung namentlich Deutschland gegenüber recht sichtbar hervor, und wir hatten Gelegenheit, da wir dieser Erscheinung besondere Aufmerksamkeit schenkten, mehrere sehr gegründete Klagen in den täglich wichtiger werdenden Bronze- und anderen Arbeiten von Seite französischer Fabrikanten zu vernehmen. In sehr vielen Ziergegenständen, bei denen die Form das Entscheidende ist, führte mich die Vergleichung nach Paris, d. h. es zeigte sich, daß die erste Form, die Erfindung, von Paris ausging und dann in Deutschland nachgebildet wurde. Man beschwerte sich bitter über diese neue Art des Nachdrucks, und während der erste Gedanke und die erste Darstellung mit theurem Gelde in Paris geschaffen werden müßte, wäre es Deutschland, welches sich wohlfeilen Kaufs dieser Erfindung bemächtige und sie ausbeute. Dieser Eindruck wirkte auf mich um so unangenehmer, als ich fühlte, daß wir hier auf einer ganz falschen Fährte uns befänden. — Wir stehen hier, dies mußte auf den ersten Anblick klar werden, auf dem Gebiete der eigentlichen Kunst, und es handelt sich darum, die Scheidewand niederzureißen, welche unsere Künstler von den Gewerben scheidet und sie ganz verschiedene Wege gehen läßt. Es scheint mir, daß derselbe Uebelstand, der im Gebiete der Wissenschaft oft zu so unseligen Erfolgen führt, indem wir eine Summe von Lehrbegriffen ohne Lebenskenntniß schaffen, auf ähnliche Weise in der Kunst bestünde, und daß es daher die Aufgabe sein müßte, die Gebilde unserer Gewerbe zu Gebilden der Kunst zu erheben. Unsere Gewerbe kümmerten sich bisher nicht um unsere

Kunst, und unsere Künstler waren ohne alle Verbindung mit den Gewerben. Gelänge es, eine solche Verbindung herzustellen und unsere Gewerbe künstlicher und unsere Künstler gewerblicher zu machen, so würden wir dem Aufschwunge unserer Industrie einen Dienst erweisen, dessen Wichtigkeit und Bedeutung wir jetzt kaum zu überschauen im Stande sind. Man nehme einmal alle die Folgen und Beziehungen, die in dem Einen Satze liegen, daß Paris unsere Moden und unseren Geschmack beherrscht! Spricht etwas dafür, daß Paris die Hochschule des Geschmacks sein müsse, liegt für das Vorrecht, das wir stillschweigend der stolzen Seinestadt anstellten, eine innere Berechtigung vor, und welches sind die Früchte, die wir bisher aus diesem Unterthänigkeits-Verhältnisse einzogen? Daß es ehemals nicht so war, ist bekannt, und forschen wir dem Zeitpunkte nach, wann es anders wurde, so finden wir die bezeichnende Erscheinung, daß in demselben Verhältnisse, als unsere staatliche Selbstständigkeit schwand, wir in Geschmacksabhängigkeit von Frankreich übergingen. Als wir aufhörten, etwas Eigenes zu sein, wurden wir mehr und mehr etwas Fremdes, und diese Selbstauflösung hörte nicht eher auf, bis wir unser vaterländisches Recht gegen die Schmach des corpus juris vertauschten, unser Sprache schändeten oder sie aufgaben, unsere Sitten gegen fremde umsetzten, unsere Dichtkunst preisgaben und unsere Leiber nur noch zeigten, wenn sie von Kopf bis zu Fuß mit Pariser Mode bekleidet waren. Die Folge war unausbleiblich, wir hatten längst kein Vaterland mehr, ehe wir schändlich dem fremden Herrscher uns willenlos unterwarfen! Ja, und wenn wir nur etwas Erfreuliches dafür eingetauscht hätten; allein gibt es in aller Welt etwas Unsichtbareres als Männerhüte, etwas Geschmackloseres als der Frack, etwas Unmalerisches als ein Frauenkleid? Aber wir sind in Modesachen so dem Geschmacklosen zergefallen, daß wir gar nicht sehen, daß es geschmacklos ist, weil es fremd ist!

Wir sind an einem wunden Flecke deutschen Lebens angekommen, aber auch an einem Zeitpunkt, wo wir der Heilung sicher sein können, wenn wir anders uns heilen wollen. Derselben Herrschaft, der wir jetzt noch in der Mode und in der Industrie unterliegen, waren wir in Kunst und Wissenschaft noch auf weit demüthigentere Weise unterworfen. In dem Gebiete des Geistes brachten wir es bis zu dem Grade herunter, daß wir nichts mehr für schön hielten, wenn es nicht französisch war. Selbst die Besseren trauten sich nicht mehr, bis endlich der herrliche Lessing das stolze Wort sprach: „Ich wage es hier, eine Aeußerung zu thun, mag man sie doch nehmen, wofür man will: man nenne mir das Stück des großen Corneille, welches ich nicht besser machen wollte." Bald folgte Schiller mit seinem Wahlspruche: „Hier wird nicht fremden Götzen mehr gedient!" Mit solchen Männern war der fremde Götzendienst bald zu Ende. Sie gaben etwas Besseres und das Volk nahm das Bessere an. Im Gebiete der Industrie und der Gewerbe muß es auf gleiche Weise ergehen, wenn nur erst die Sache auf rechte Weise in Angriff genommen wird. Geschmacksachen haben ohnehin das Eigene, daß man alle Jene, die nicht grundsätzlich darin feststehen, in ihrem Urtheile nur wankend zu machen braucht, auf daß sie selbst augenblicklich nicht mehr daran glauben, wie man tagtäglich bei Genäthen sehen kann. Also die Hand an's Werk, das „Wie" wollen wir das nächstemal sehen!

Mein Herr!

Sie übersenden mir das Schriftchen

der Schutzzoll und der Ackerbau von Fischer in Westphalen

um Ihnen meine Ansicht darüber mitzutheilen und zu veröffentlichen, weil das Schriftchen in Westphalen nicht ganz ohne Wirkung blieb. Mit Vergnügen entspreche ich Ihrem Wunsche, da der Gegenstand, welchen die Abhandlung bespricht, nicht nur an sich zu den wichtigsten unseres Faches gehört, sondern weil darin einem feindlichen Gegensatze zwischen Industrie und Landwirthschaft das Wort geredet wird, welches gerade in Rheinland-Westphalen nicht Platz greifen sollte. Das Schriftchen stellt zuerst allgemeine Sätze auf, und geht zu einzelnen besondern Gegenständen über. Lassen Sie mich denselben Weg gehen, und also zuerst über das Allgemeine einige Worte mit dem Herrn Verfasser wechseln. Die Absicht des Verfassers ist eine wohlmeinende, und er bezweckt den Beweis zu liefern, daß es unrecht sei, die Industrie auf Kosten der Landwirthschaft zu schützen und zu bevorzugen, und indem er von der Voraussetzung ausgeht, daß dies nach der jetzigen Gesetzgebung mit Unrecht der Fall sei, stellt er einige allgemeine Sätze auf, die in ihrer Allgemeinheit ebenso unrichtig sind, als ihre Anwendung auf unsere gegebene Lage verfehlt erscheint. Lassen Sie uns in beiderlei Beziehung, da dies den Inhalt der ganzen Schrift ausmacht, etwas verweilen.

In der Liebe zur Landwirthschaft, die gewiß Jeder mit dem Herrn Verfasser theilt, und in dem guten Glauben, die Gesetzgebung trete der Landwirthschaft zu nahe, ergeht der Verfasser sich zu solchen Sätzen, deren Unrichtigkeit ohne jede weitere Bemerkung von selbst in die Augen fällt. So beginnt er gleich anfangs zu behaupten: „Nationalwohlstand, Kunst und Wissenschaft, Handel und die gesammte Industrie eines Volkes hängt von der Blüthe seines Ackerbaues ab" (S. 4), während alles dieses auch ohne die Blüthe des Ackerbaues bestehen kann, und überdies Kunst und Wissenschaft völlig abgesonderte Gebiete sind, auch von der Industrie mit gleichem und größerem Rechte ganz dasselbe als hier vom Ackerbau behauptet werden könnte. Kaum hat der Herr Verfasser diesen Satz beendigt, so hebt er schon wieder mit einem zweiten an, daß

> „zur Zeit des höchsten Glanzes der römischen Weltherrschaft die größten Feldherrn und Staatsmänner auch die tüchtigsten Landwirthe gewesen seien"

ein Satz, von dem buchstäblich jedes Wort geschichtlich unwahr ist. Was Wahres an der Sache ist, hat bei den Griechen ebenso wie bei den Römern, und bei diesen nicht mehr als bei den Engländern oder bei uns bestanden. Was der Cincinnatus den Römern war, sind die Lords den Engländern, und wie man damals Jemanden vom Pfluge weg in die Staatsverwaltung zog, so zieht man jetzt die Fabrik- und Handelsherren in die Ministerien. Doch der Verfasser gefällt sich in solchen Allgemeinheiten so sehr, daß er in einem Athemzuge die Römer als Lehrer des deutschen Ackerbaues aufstellte und die Deutschen „beinahe Jahrtausende" als Beförderer dieser Lehre hinstellte. Mit mehr Recht konnte kürzlich ein großer Kenner der classischen Literatur sagen, daß die deutsche Eigenthümlichkeit der Feldwirthschaft, wie sie von den Römern geschildert wurde, in ihren Grundzügen noch jetzt geradeso in Deutschland wie damals besteht. Doch lassen wir diese Allgemeinheiten und gehen wir zu einigen besonderen Behauptungen über, welche unserm Gegenstande etwas näher liegen.

Der Herr Verfasser sagt, die Schutzzöllner behaupteten, daß die Industrie dem Ackerbau stets voran zu schreiten hätte, während er, Verfasser, dies von der Landwirthschaft behauptet, und diese über die Industrie zu stellen sich eifrigst bemüht. Die Wahrheit besteht aber darin, daß weder die Landwirthschaft über der Industrie, noch die Industrie über der Landwirthschaft steht, und daß die feindselige Stellung, die der Herr Verfasser zwischen beiden hervorhebt, gar nicht vorhanden ist. In einer Schrift, welche diese Frage auf Grundsätze zurückzuführen bemüht war, steht nachfolgende Stelle, die wir wiedergeben, weil sie dem Herrn Verfasser entgangen zu sein scheint:

„So hängen denn die beiden Bestandtheile des Staats, Landwirthschaft und Industrie, auf das Innigste zusammen, und nach einem noch andern Gesichtspunkte lösen sie sich eigentlich in eine und dieselbe Thätigkeit auf, indem beide eben nur die Bewältigung der Naturkräfte zum Vortheile der menschlichen Gesellschaft sind. In der Wirklichkeit ist auch die feindselige Stellung beider zu einander eine erdichtete, und die literarische Ausbildung dieser Feindseligkeit gehört zu den seltsamsten Erscheinungen und zu den wahren Unbegreiflichkeiten der Gegenwart. Man spricht soviel von Künstlichkeit und redet so sehr, und zwar mit vollem Rechte, der

Natürlichkeit das Wort, allein hier kann es nur das Werk der Kunst sein, wenn man von wirklich sich feindseligen Interessen der Landwirthschaft und der Industrie redet. Beide Zweige ergänzen sich wechselseitig, verschlingen und bedingen sich: die Landwirthschaft liefert die Stoffe, welche die Industrie verarbeitet, und was sie von diesen nicht verarbeitet, verzehrt und verbraucht sie als Lebensmittel. Die Industrie ruht auf dem Landbau und der Landbau blüht durch die Industrie. Landbau und Industrie sind sich wechselseitig Arbeitsgeber und Arbeitsnehmer, sind sich gegenseitig ihre besten Kunden, und man spricht von entgegengesetzten Interessen!"

In meinem nächsten Briefe werde ich weiter darzuthun bemüht sein, wie sehr sich der Herr Verfasser von der Wahrheit entfernt, indem er von diesem angeblichen Gegensatze zwischen Landwirthschaft und Industrie sich leiten läßt.

Preußische Stimmen.

Aus einem Briefe aus Schlesien. — Ich frage nicht, wer den Zollverein zuerst kündigte und zuerst brach, sondern ich muß mich jetzt mit den Folgen vertraut machen, welche der Bruch für mich und alle Jene haben wird, die mit mir in gleicher Lage sich befinden, und in dieser Beziehung komme ich zu dem furchtbaren Bekenntnisse, daß unsere Werke dem sicheren Untergang entgegen gehen. Wir können jetzt schon nur mit äußerster Noth unsere Werke gegen das Ausland halten und wenn vollends die Eisenzölle vermindert oder gar aufgehoben werden, so gibt es für uns keine Rettung mehr. Aehnliche Klagen treten in allen Industriebezirken der Monarchie hervor, und wenn dieselben weniger oder gar nicht zur öffentlichen Kunde kommen, so liegt der Grund wo ganz anders als in der verzweifelsten Lage, in die uns der unselige Gang der Verhandlungen so tief hineingezogen hat. Mehr oder weniger sind alle neue Provinzen der Monarchie von diesem Schlage betroffen, und darin liegt vielleicht gerade die bedenkliche Seite des ganzen unglückseligen Verhältnisses. Von vielen Seiten wurden dem Ministerium die zerstörenden Folgen offen dargelegt, von den meisten aber keine Schritte gethan, weil man ihre Erfolglosigkeit in einer Angelegenheit vorher sehen mußte, welche gleich Anfangs nicht aus wirthschaftlichen, sondern allein aus politischen Rücksichten behandelt wurde und sorthwährend immer mehr behandelt wird. Alle unsere Parteien haben sich völlig festgerannt, daher auch eine Aenderung der Lage nicht abzusehen ist. Ich kann Ihnen mit Bestimmtheit voraus sagen, daß die Ständekammern die Schritte der Regierung billigen werden, und selbst wenn der König anders wollte, so fände er, wie die Sachen jetzt liegen, kein Ministerium, welches ein milderes System durchführen wollte, oder durchführen könnte. Nie hätte ich gedacht, daß die Macht der Phrase bei einem so nüchternen, poesielosen, nordischen Volke zu einer solchen wirklichen Gewalt sich erheben könnte. Allein Sie können mir auf meine Versicherung glauben, es ist diese Gewalt eine bittere Wahrheit. Es ist, als wenn alle Höllengeister die Phantasie gegen das Gespenst der Zolleinigung aufgestachelt hätten und doch, dies ist eben der Fluch unserer Lage, ist es nur eine Verbindung mit Oesterreich, die, fragen Sie darüber alle Urtheilsfähigen der ganzen Provinz, uns zu retten allein noch im Stande ist.

Aus der Pfalz.

Unsere Tabaksernte ist im Ganzen vorzüglich ausgefallen und nicht nur der Menge nach können wir zufrieden sein, sondern auch die Preise stehen für den Landmann gut. Wir haben vorzugsweise drei Sorten von Tabak und zwar:

1) erste und beste Art, s. g. Duttentabak, welcher zu 24 bis 27 Gulden steht;
2) zweite Qualität, s. g. Vereinstabak, der zu 20 bis 22 Gulden verkauft wird. Der Name kommt daher, daß der Saame von dem landwirthschaftlichen Vereine angeschafft wurde;
3) die dritte Qualität ist der Amersforder (Stadt in Holland), der im Werthe von 15 bis 16 Gulden angeboten wird.

Unrecht ist es, daß auf die Preise dadurch zu drücken versucht wird, daß man den Bauern wegen der österreichischen Zolleinigung und Regie bange macht. Daß die Frage der Zolleinigung mit Oesterreich auf die hiesigen Preise nunmöglich einzuwirken vermöge, liegt eben so am Tage, als daß dies selbst für die nächsten Jahre nicht der Fall sein kann. Allein dennoch wirken solche Dinge und mehr will man ja nicht. — Kommen wir auch bald mit Oesterreich in ein engeres Verhältniß, so kann dies auf unsern Tabaksbau doch keinen Einfluß üben, weil Niemand und am wenigsten Oesterreich verlangt, daß die österreichische Tabaksregie bei uns eingeführt werden soll, und ohnehin ein Einschluß an Oesterreich möglich ist, ohne daß wir sein Tabakssystem annehmen. Wir haben trotz Zollverein mitten darin Staatsmonopole und mit Hannover kam ein Zollvereinsvertrag zu Stande, obwohl Preußen ein Salzmonopol hat, und Hannover ein solches nicht besitzt. Was aber bald mit dem Tabak bei uns geschehen muß, muß geschehen, gleichviel ob es zu einer Zolleinigung mit Oesterreich kommt oder nicht kommt. Der Tabak ist einer der nahe liegendsten Besteuerungs-Gegenstände, und während die Rübe der Steuer unterworfen ist, kann der Tabak nicht lange mehr frei ausgehen.

Schwindel-Unternehmungen noch einmal.

Vom Oberrhein. Meine Vorhersagung in der vorigen Nummer dieses Blattes hat sich schnell erfüllt, und schon haben vielgelesene Blätter von der pomphaften Ankündigung, daß neue Werke 1000 Pfund Roheisen um 8 Thlr. herzustellen vermöchten, Kunde genommen und mit vollem Rechte die Folgerung daraus hergeleitet, daß jetzt überall kein Grund mehr vorliege, irgend einen Schutzzoll auf Roheisen legen zu dürfen, da Deutschland ebenso wohlfeil und selbst wohlfeiler als das Ausland dieses Erzeugniß zu liefern im Stande sei. „Selbst bei den niedrigsten bekannten Preisen in Glasgow", heißt es in dem Actien-Aufruf, „läßt sich bei dem jetzigen Zollsatze kein Roheisen unter 12 Thlr. für 1000 Pfund nach Köln beziehen, und sollte jetzt der Zoll ganz aufgehoben werden, nicht unter 9 Thlr. von 1000 Pfund, während die Friedrich-Wilhelms-Hütte im Stande ist, das mit Coals erblasene Roheisen zu ungefähr 8 Thlrn. herzustellen."

Wir bleiben dabei, trotz dieser kühnen Sprache, daß solches Roheisen nur um 11 und 12 Thlr. bei den solidesten Werken herzustellen ist, und die Unterzeichner auf solche Unternehmungen hin werden schon in allernächster Zeit belehrt sein, welcher Unterschied zwischen einer Ankündigung und zwischen einer Leistung besteht. Wenn wirklich die Ankündiger ihrer Sache, welche sie mit so vieler Sachkenntniß darstellen, so sicher sind, so bleibt uns unerklärlich, warum sie denn ein solches herrliches Geschäft überhaupt aus der Hand geben! Haben sie nicht selbst Geld genug bei Händen, so können sie das Mangelnde bei jedem Wechsler um 20 Procent Zins entlehnen und dadurch 20 Procent weitere Zinse gewinnen, deren sich sonst kein Eisenwerk gleicher Art am Rhein zu rühmen vermag. Wir sind weit davon entfernt, schadenfroh zu sein, und würden vielmehr, wenn es nur möglich wäre, den gläubigen Unterzeichnern Bergmanns Heil und Glück von Herzen wünschen, allein die Gewißheit unserer aus der Erfahrung geschöpften Behauptung zwingt uns, die Sache nicht aus dem Auge zu verlieren und den Unternehmern nach kurzer Zeit ihres Betriebes die rauhe Wirklichkeit unserer Vorhersagung vorzuhalten.

Nachrichten über Handel und Gewerbe.

—: Nach den offiziellen statistischen Tabellen über den **Handel und die Schifffahrt der Niederlande** ergibt sich:

Es sind im Jahre 1850 von dem deutschen Zollvereine, Hannover, Belgien, Frankreich und der Schweiz längs den Flüssen nach den Niederlanden gekommen:

	von einer Ladungsfähigkeit von zusammen
16,062 Fahrzeuge beladen, . . .	1,020,980 Tonnen,
2,577 „ in Ballast, . . .	111,621 „
Total 18,639 Fahrzeuge,	1,132,601 Tonnen.

Außerdem 90 Holzflöße von zusammen 20,418 Tonnen Inhalt.

Die Tonne ist zu einem Kubikmeter gerechnet, dem bei Flußschiffen hier üblichen Maßstabe.

Von den so eben bezeichneten Schiffen kamen aus den Zollvereinshäfen:

Fahrzeuge 4087 beladene von . . 520,291 Tonnen
„ 415 in Ballast von . 35,488 „

Zusammen Fahrzeuge 4502 von . . . . . 555,779 Tonnen
und außerdem 89 Holzflöße von 20,283 Tonnen.

Danach betrug der gesammte Tonnengehalt der aus den Zollvereinshäfen gekommenen Fahrzeuge fast genau die Hälfte des gesammten Tonnengehaltes sämmtlicher eingelaufenen Flußschiffe und die Holzflöße kamen alle, mit Ausnahme eines einzigen, aus dem Zollvereine.

Die aus den Zollvereinshäfen gekommenen beladenen Fahrzeuge hatten zusammen nahe an 20,000 Tonnen, oder 4%, mehr Ladungsfähigkeit, als die Gesammtzahl der aus allen anderen Häfen gekommenen Fahrzeuge.

Es war also rücksichtlich der angekommenen Flußfahrzeuge und ihrer Ladungen der Verkehr der Niederlande mit den Zollvereinshäfen in allen angedeuteten Beziehungen wichtiger als mit sämmtlichen übrigen Häfen zusammengenommen.

Die aus den Zollvereinshäfen gekommenen Fahrzeuge waren der Flagge nach:

Preußische:	. beladen	1557	Fahrzeuge von Tonnen		223,574	
	in Ballast	224	„ „ „		24,719	
	Zusammen	1781	„ „ „			248,293
Niederländische:	beladen	2228	„ „ „		218,556	
	in Ballast	70	„ „ „		3,743	
	Zusammen	2298	„ „ „			222,279
Frankfurter:	. beladen	79	„ „ „		29,542	
	in Ballast	30	„ „ „		1,303	
	Zusammen	109	„ „ „			30,845
Hessische:	. beladen	91	„ „ „		22,985	
	in Ballast	30	„ „ „		2,037	
	Zusammen	121	„ „ „			25,022
Badische:	. beladen	48	„ „ „		10,645	
	in Ballast	34	„ „ „		1,674	
	Zusammen	82	„ „ „			12,319
Bayerische:	. beladen	50	„ „ „		8,588	
	in Ballast	26	„ „ „		1,972	
	Zusammen	76	„ „ „			10,560
Nassauer:	. beladen	34	„ „ „			6,276
Englische:	in Ballast	1	„ „ „			89

Es war also bei den ausgehenden Fahrzeugen die Zahl und die gesammte Ladungsfähigkeit der in Ballast gehenden Fahrzeuge, im Verhältnisse zu den beladen gehenden Fahrzeugen, viel größer als bei den ankommenden Fahrzeugen; während die Gesammttonnenzahl der in Ballast ankommender Fahrzeuge kaum 10% der Gesammttonnenzahl sämmtlicher ankommender Fahrzeuge betrug, belief sich die Gesammttonnenzahl der in Ballast ausgehenden Fahrzeuge auf 47¼% der Gesammttonnenzahl sämmtlicher ausgehenden Fahrzeuge. Diese Erscheinung findet darin ihre Erklärung, daß verschiedene Güter, zum Theil von geringem Werthe, in großer Menge auf den Flüssen nach den Niederlanden kommen und in gewöhnlichen Jahren kein Gut flußwärts ausgeht, welches der Menge nach einigen jener eingehenden Güter gleich käme. Es gingen namentlich im Jahre 1850 vom Zollvereine her an derartigen Gütern ein:

Kartoffeln	268,000	Hectolitres,
Getreide	1,165,000	„
Steinkohlen	161,300,000	Kilogrammes,
Braunstein	20,163,000	„
Alaunerde	19,887,000	„

Ferner von Belgien her:

Steinkohlen	204,300,000	„

Dagegen waren die Güter, von denen die beträchtlichsten Mengen von den Niederlanden nach dem Zollvereine und Belgien ausgeführt wurden:

1) nach dem Zollverein:

Zucker	18,500,000	Kilogrammes,
Kaffee	19,300,000	„

2) nach Belgien:

Getreide	731,000	Hectolitres,
Kartoffeln	202,000	„

Von den ausgehenden Fahrzeugen gingen nach Zollvereinshäfen:

2005 Fahrzeuge beladen von 288,414 Tonnen
1860 „ in Ballast „ 214,938 „

Zusammen 3865 Fahrzeuge von 503,352 Tonnen.

Es gingen also, dem Tonnengehalte nach berechnet, 42½% sämmtlicher nach den Zollvereinshäfen bestimmter Fahrzeuge, in Ballast aus, eine sehr bedeutende Zahl, obgleich nach der Tonnenzahl berechnet, danach verhältnißmäßig weniger Schiffe in Ballast nach den Zollvereinshäfen gingen als nach allen übrigen Häfen zusammen genommen. Es hatten nämlich die nach letzteren Häfen gehenden Fahrzeuge eine Gesammtladungsfähigkeit von 589,893 Tonnen und davon gingen Fahrzeuge mit einer Ladungsfähigkeit von 304,555 Tonnen oder 51% der Ladungsfähigkeit sämmtlicher Schiffe in Ballast.

Außer dem Flußverkehr mit dem deutschen Zollvereine ist für die Niederlande noch der Flußverkehr mit Belgien von Bedeutung.

Die Gesammtzahl der im Jahre 1850 auf den Flüssen von Belgien nach den Niederlanden gekommenen Fahrzeuge betrug:

11,636 Fahrzeuge beladen von 496,671 Tonnen,
1,919 „ in Ballast „ 63,704 „

Zusammen 13,555 „ 560,375 Tonnen.

Es war also die Gesammtladungsfähigkeit der aus Belgien gekommenen Fahrzeuge um 4,596 Tonnen größer, als die Gesammtladungsfähigkeit der aus dem Zollvereine gekommenen Fahrzeuge, aber die Gesammtladungsfähigkeit der betrachtet aus Belgien gekommenen Fahrzeuge war um 23,620 Tonnen kleiner, als die Gesammtladungsfähigkeit der betrachtet aus dem Zollvereine gekommenen Fahrzeuge, und die von Belgien kommenden Fahrzeuge hatten durchschnittlich jedes nur eine Ladungsfähigkeit von 41½ Tonnen, während die durchschnittliche Ladungsfähigkeit der aus dem Zollvereine gekommenen Fahrzeuge 123½ Tonnen für jedes betrug. Außerdem hatten die aus Belgien auf den Flüssen nach den Niederlanden gehenden Güter nicht die Hälfte des Werths der von dem Zollvereine auf den Flüssen nach den Niederlanden geführten Güter, wenn man den Werth des eingeführten Geldes nicht berechnet.

Es betrug die Zahl der in Ballast nach Belgien ausgegangenen Fahrzeuge, der Tragfähigkeit nach berechnet, 52½% der Gesammtzahl der nach Belgien ausgegangenen Fahrzeuge, oder beinahe 10% mehr als die Zahl der in Ballast nach dem Zollvereine ausgegangenen Fahrzeuge im Verhältnisse zu der Gesammtzahl der dorthin ausgegangenen Fahrzeuge. Dies für den belgischen Verkehr so ungünstige Verhältniß hat vorzüglich seinen Grund darin, daß die vielen von Belgien längs der Maas eingehenden belgischen Kohlenfahrzeuge unbefrachtet nach Belgien zurückkehren. Die Zahl der in Ballast ausgegangenen belgischen Fahrzeuge war daher auch verhältnißmäßig viel größer, als die Zahl der in Ballast ausgegangenen niederländischen Fahrzeuge; die Zahl der ersteren betrug 60¼% von der Gesammtzahl der ausgegangenen belgischen Fahrzeuge.

— Die amerikanische Wandubrenfabrikation ist ein so bedeutender Erwerbs- und Handelszweig geworden, daß es wohl der Mühe werth ist, die öffentliche Aufmerksamkeit einmal darauf hinzuweisen. Es läßt sich eine klare Vorstellung von dem Umfang machen, in welchem die Uhrmacherei oder lieber die Besterfügung von Wanduhren in dem Staat Connecticut, nach einer Notiz im „Litchfield Republican“, einer Connecticuter Zeitung, betrieben wird, wenn man veranimmt, daß allein in der Stadt Bristol (in Connecticut) ein Capital von 300,000 Dollars in der Wanduhrenfabrikation angelegt ist. Die Zahl der hier alljährlich fertig gemachten Uhren beläuft sich auf 150,000. Außerdem werden noch jedes Jahr 100,000 Musterstücke innerer Werke geliefert und zur Vollendung nach anderen Factoreien geschickt, das heißt um mit Gehäusen und anderen äußeren Verschönerungen versehen zu werden. Zwischen 400 und 500 Hände sind in den verschiedenen Etablissements zu Bristol beschäftigt, außer einer großen Menge Frauenzimmer, die den zur Verzierung des Werks gehörigen Theil besorgen, als Malen u. s. w. Es finden sich noch andere blühende Factoreien in verschiedenen Theilen des Staats, die eben so sehr der Erwähnung werth sind, besonders zu Terrysville (welche Stadt von Mr. Terry, der vor 30 Jahren die Fabrikation von kleinen hölzernen Wanduhren in Plymouth in Connecticut begonnen haben soll, ihren Namen hat), Plymouth und Litchfield.

Sprachweise einer deutschen theologischen Facultät.

Frankfurt. Ich weiß nicht, ob ich recht komme, Ihnen ein Actenstück einer theologischen Facultät mitzutheilen, da die Theologie mit den irdischen Gütern nichts gemein zu haben vorgibt. Wenn übrigens eine hoch gelahrte Facultät die deutsche Sprache als ein ganz eigenthümliches Gewerbe betreibt, so stände die Sache den Zwecken dieser Wochenschrift doch sehr nahe, und so möchte ich wünschen, daß unter diesem Gesichtspunkte das nachstehende Actenstück, das vor kurzer Zeit in den öffentlichen Blättern stand, hier deshalb eine Aufnahme fände, um den Schriftstücken der vorigen Nummer auf würdigste Weise an die Seite gestellt zu werden. Von einer berühmten Facultät nämlich, die nahe an der Grenze liegt, durch welche nächstens der deutsche Norden von dem deutschen Süden getrennt werden soll, werde folgendes berichtet:

> Die theologische Facultät hat bereits Protest gegen in dem Rescript d. d. 10. Mai 1852 aufgestellten Principien eingelegt. In fine des Protestes wird petitionirt: man bitte um eine authentische Declaration der Cabinetsordre, wodurch „der auf dem Consensus der evangelischen Confessionen stehenden Union dieselbe Protection im Kirchenregimente erhalte, dessen sich jetzt die den Consensus „betonenden“ confessionellen Typen erfreuen.“

Es ist Schade, daß diesem Documento nicht distincte refutirte, zu welchen speciellen Typen dieser den Consensus betonenden Professorenprotest reforir-

№ 249. — Montag — den 18. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15⅔ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21⅓ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an.

Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (⅓ Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin, den 17. Oct, 8 Uhr 30 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 17. „ 8 „ 38 „ „

Paris, 16. Oct., 3½ Uhr Nachmittags. Der Prinz-Präsident hat seinen Einzug in Paris und die Tuilerien gehalten. Der Empfang war prachtvoll, der Jubel allgemein; kein Unglücksfall hat die Feier gestört.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 17. Oct Zu den Staaten, welche Bevollmächtigte zu den neuen Conferenzen in Wien abgeordnet haben, sind noch die beiden Hessen hinzugekommen. Ueber Baden und Würtemberg fehlt es uns bis zum Augenblick noch an näheren Nachrichten. Doch ist an einer Beschickung des Congresses durch diese beiden Staaten nicht zu zweifeln. Inwiefern auch die übrigen deutschen Regierungen sich betheiligen werden, steht noch dahin. Noch einmal müssen wir auf die Stellung Hannovers zurückkommen. Die „Hannoversche Zeitung" sagt in ihrer letzten Nummer: „Die Conferenzen sind abgebrochen, aber Verhandlungen auf dem diplomatischen Wege nicht ausgeschlossen. Mit welchem Rechte nimmt man an und thut als verstände es sich von selbst, daß es sich bereits um die Begründung des norddeutschen Handelsbundes handle? So viel bekannt, ist davon zur Zeit noch gar nicht die Rede. Wer die hannoverschen Erklärungen bis zum Abbruch nur irgend zu würdigen weiß, wird nicht den leisesten Zweifel hegen können, daß die „Männer von Ehre" — und von Verstande — die in Hannover regieren, die Bedeutung der guten Nachbarschaft Preußens gewiß zu würdigen wissen und auch den klaren Wortlaut des Septembervertrags nie verkennen werden. Man wird doch aber auch in Berlin den klaren Wortlaut des 13. Separatartikels nicht verkennen, sondern zu würdigen wissen." Dieser 13. Separatartikel sichert Hannover die Theilnahme an den Verhandlungen zur Erneuerung des Zollvereins mit gleichem Stimmrechte wie Preußen. — „Wie geht es doch zu, fährt die „Hannoversche Zeitung" fort, daß immer und immer eben nur Hannover an seine Vertragspflichten erinnert wird? Es scheint wenigstens zum großen Theil daher zu rühren, daß die hannoverschen Federn die minder geschäftigen sind, wie man denn auch nur in Hannover bis zur Parteinahme für den andern Part billig ist. Gar nicht am Platze, und verletzend ohne im mindesten fruchtbar zu sein, ist die Insinuation, daß die Männer von Ehre, welche in Hannover regieren, doch ja nicht im Unmuth über „kleine Unbilden und Geschäftsfehler" handeln möchten. Wenn ich nicht ganz irre, so ist es gerade ihr Bemühen im August und September gewesen, dahin zu wirken, daß man in Berlin in den großen Staatssachen die Empfindung nicht über die Reflexionen gewinnen lasse. Aehnliches würde gegen die weitere Insinuation zu bemerken sein, daß man in Hannover die Zollfrage nach „niedern dynastischen Interessen" behandeln dürfte und doch ja nicht behandeln möge.

⇗ **Wien**, 14. Oct. In meinem letzten Brief habe ich Ihnen bereits gemeldet, daß die für den Bundestag bestimmten handelspolitischen Vorlagen im Handelsministerium ausgearbeitet worden sind; heute bin ich in der Lage, Ihnen berichten zu können, daß man sich im Ministerium des Aeußern für die Annahme derselben in ihrem ganzen Umfang ausgesprochen hat, und sie keinerlei Modificationen erhalten werden. Seitens der Coalitionsstaaten sind bereits die einzelnen Erklärungen eingelaufen, wonach sie sich mit der Intention Oesterreichs, die Handelsfrage durch den Bundestag behandeln zu lassen, vollkommen einverstanden erklären. Außerdem versichert man, daß auch Hannover diesem Ausweg seinen Beifall geschenkt habe. Was die Eröffnung der Wiener Zollconferenzen betrifft, so dürfen Sie sich überzeugt halten, daß hierüber bis heute noch kein definitiver Entschluß gefaßt worden ist *), was auch die übrigen Blätter darüber sagen mögen, und obwohl an eine Wiedereröffnung derselben nicht im geringsten zu zweifeln ist. Ebenso unrichtig sind die Angaben, welche ein Wiener Correspondent der „Vossischen Zeitung" über die Handelsfrage macht, und nach denen es durchaus nicht in dem Plane der kaiserlichen Regierung liegen soll, in einen Handelsbund der Coalitionsstaaten unter sich ohne Preußen zu willigen; dagegen wird von Oesterreich der Antrag gestellt werden, daß die Coalitionsstaaten in eine Zolleinigung mit Oesterreich treten sollen, deren Anfang vom 1. Januar 1854 zu datiren wäre. Preußen, Braunschweig und den thüringischen Staaten bleibt vorbehalten, dem Zollbunde nachträglich beizutreten. — Aus Turin ist eine telegraphische Depesche, vom 10. October datirt, eingetroffen, nach welcher Frankreich sich erboten hat, die Vermittelung zwischen Piemont und dem päpstlichen Stuhl zu übernehmen.

Berlin, 14. Oct. In ähnlicher Weise, wie die lutherischen Provinzialvereine von Pommern und Sachsen, hat sich auch die schlesische monatliche Pastoralconferenz, welche der altlutherischen Richtung angehört und bisher als Minorität des schlesischen lutherischen Vereins bezeichnet wurde, mit einer Immediateingabe an Se. Maj. den König gewandt, um ihren Dank für Erlaß der bekannten Verordnung vom 6. März d. J. zu bezeigen. Zugleich wird darin die Bitte ausgesprochen, „die gegebene königliche Gnade in gesegnete Ausführung zu bringen und weiter zu bestimmen", daß 1) die Mitglieder des Kirchenregiments auf die Bekenntnißschriften ihrer Kirche förmlich verpflichtet werden; 2) die dann nicht mehr scheinbare, sondern wirklich confessionelle Vertretung der beiden Kirchen in zwei Senaten unter einem Schutzherrn und Oberhaupt, als dem einen unirten Regiment der evangelischen Landeskirche, förmlich zu organisiren und 3) „die einzelnen Confessionen durch ihren weitern Ausbau nach Lehre, Cultus und Ordnung sich zu wirklichen Kirchen entwickeln zu lassen, und daher diesen auch die bezeichneten Namen der lutherischen und reformirten Kirche huldreichst zu gewähren, auch nicht gestatten zu wollen, daß — falls sich noch die dritte, bis jetzt aber noch durch kein bestimmtes Bekenntniß legitimirte „Unionsfraction" zu einer wirklichen Unionskirche gestalten sollte — durch diese die Segnungen der Confessionskirchen, aus welchen allein man auch jetzt in unsern Tagen wieder die wahre Liebe zum theuern preußischen Vaterlande erwachsen sehe, abgeschwächt werden."

Die von dem Oberkirchenrathe in confessioneller Beziehung innerhalb der unirten Landeskirche gemachten Concessionen haben noch weiter gehende Anträge hervorgerufen, auf welche indeß, dem Vernehmen nach, nicht überall eingegangen werden dürfte. So hat das Presbyterium einer evangelischen Gemeinde in der Grafschaft Ravensberg, nachdem auf ihren Wunsch die Verpflichtung ihres Pfarrers auf die lutherischen Symbole geschehen ist, jetzt den Antrag gemacht, für den Gottesdienst den Gebrauch der Formulare, Gebete, Collecten 2c. der braunschweig-lüneburger Agende zu gestatten, weil diese vor Alters im Ravensbergischen im Gebrauch gewesen ist.

* **Berlin**, 15. Oct. Zur Vervollständigung der Actenstücke über die schwebende Tagesfrage theilt das „Mainzer Journal" das Schreiben des königlich hannoverschen Ministeriums an das königlich preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Betreff der Abberufung des königlich hannoverschen Zollconferenzbevollmächtigten mit. Es lautet wie folgt:

„Das unterzeichnete Ministerium beehrt sich das königlich preußische hochlöbliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten davon ergebenst in Kenntniß zu setzen, daß, nachdem zum lebhaften Bedauern der diesseitigen Regierung die Ver-

---

*) Nach andern Nachrichten ist die Eröffnung der Conferenzen auf den 20. d. M. festgesetzt. Die Red.

handlungen der Zollconferenzen allhort abgebrochen sind, der zur Theilnahme an diesen Conferenzen von hier aus entsendete Generalstaatsdirector Klenze nach Berndigung des ihm auftragtragenen Geschäfte hierher zurückzukehren veranlaßt und bereits allhier eingetroffen ist.

Das unterzeichnete Ministerium benutzt diesen Anlaß mit Vergnügen zu der erneuerten Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Hannover, 7. October 1852.

Königl. hannoversches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Gezeichnet: v. Schele.

Breslau, 13. Oct. Der „Deutschen Volkshalle" geht die erfreuliche Nachricht zu, daß das Befinden des Cardinals v. Diepenbrock in den letzten Tagen etwas besser gewesen ist.

* **Hannover**, 15. Oct. Die Ernennung des Freiherrn v. Münchhausen zum Bundestagsgesandten an Stelle des Herrn v. Bothmer wird vom „Neuen Volksfreunde" als eine Unwahrheit bezeichnet.

Darmstadt, 15. Oct. Die Zollconferenzen in Wien werden den 20. d. M. beginnen und unsere Regierung dabei wieder durch Ministerialrath v. Biegeleben vertreten sein. Herr v. Biegeleben tritt den 17. seine Reise nach Wien an. (M. Z.)

Oldenburg, 13. Oct. Wir vernehmen, daß der schon früher von einer holländischen Compagnie (Gebrüder Baltena) projectirte Bau einer Eisenbahn von Neuschanz nach Leer und von da weiter über Oldenburg und Bremen in gerader Richtung nach Hamburg, jetzt von neuem in Anregung gebracht ist. Ein Agent jener Compagnie war gestern hier anwesend. Die Regierung soll der Förderung des Plans sich geneigt erklärt haben. Auch heißt es, daß die holländische Regierung einen hohen Werth auf das Zustandekommen jener Bahnlinie lege und der hannoverschen Regierung gegenüber den Anschluß der holländischen Bahn an die hannoversche Westbahn bei Lingen von der Gestattung einer Eisenbahnverbindung zwischen Neuschanz und Leer und weiter ins Oldenburgische abhängig machen wolle. (Wes. Z.)

* **Frankfurt**, 19. Oct. Der in unserer gestrigen n.-Correspondenz erwähnte Protest von 33 angesehenen hiesigen israelitischen Bürgern lautet wörtlich wie folgt:

Mitbürger! Das auf verfassungsmäßige Weise erlassene Gesetz vom 20. Februar 1849, welches alle Unterschiede rücksichtlich der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unter den Angehörigen unseres Freistaates aufgehoben hat, ist durch das so eben ergangene Ausschreiben des Senats zu den Wahlen für eine gesetzgebende Versammlung thatsächlich außer Kraft gesetzt worden. Die letzte gesetzgebende Versammlung hat in ihrer Sitzung vom 8. October gegen dieses Verfahren protestirt, wir halten es aber auch für unsere Pflicht, persönlich gegen die uns zugefügte Rechtskränkung unsere Stimme zu erheben, um unsern Mitbürgern gegenüber nicht so zu erscheinen, als ob wir gegen die Entziehung unserer theuersten Rechte gleichgiltig wären.

Wenn es wahr ist, daß der Rechtszustand den Volksanschauungen entsprechen muß, so ist die Gleichstellung aller Staatsangehörigen ohne Unterschied des Glaubens seit lange schon ein Gebot der Zeit geworden. Durch die vielfährigen Kammerverhandlungen über diese Frage in fast sämmtlichen deutschen Staaten war die öffentliche Meinung in allen Klassen der Bevölkerung für die Beseitigung der einer fremden Vorzeit entstammenden Beschränkungen vorbereitet, und als das deutsche Volk im Stande war, seine Wünsche und Hoffnungen auszusprechen, da war allerwärts und besonders in Frankfurt der Ruf nach Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen laut und allgemein.

Wenn deßwungenerthat die Gleichstellung aller Bürger von Stadt und Land unseres Freistaats erst im Februar 1849 gesetzlich verkündet wurde, so geschah dies nicht etwa deßhalb, weil man seitens der hiesigen Behörden dieser überall im deutschen Vaterland bereits durchgeführten Veränderung abhold war, sondern weil die hiesige Gesetzgebung formelle Schwierigkeiten darbot, und weil man auf legalem Weg verfahren wollte und mußte.

Wir freuten uns der Einhaltung des gesetzlichen Weges und führen dies als einen Beweis an, daß man sich gerade bei dieser Frage nicht überstürzte, sondern mit voller Besonnenheit und mit allem Ernst, den die Gesetzgebung erheischt, zu Werke ging. Hätte doch jetzt, wo es sich um die Aufhebung des Gesetzes vom 20. Februar 1849 handelt, dieselbe Gerechtigkeit, dieselbe strenge Beobachtung der Formen obgewaltet, wie damals bei der Einführung: der gesunde Sinn der Bürgerschaft würde dann schon dasjenige gefunden haben, was recht und ihr heilsam ist.

Doch das geschah nicht; das verfassungsmäßig entstandene Gesetz vom 20. Februar 1849 ist durch einen Machtspruch außer Wirksamkeit gesetzt worden, ein Gesetz, das vier Jahre in unerkannter Wirksamkeit war, ohne irgend eine Beeinträchtigung oder Gefährdung des hiesigen Gemeinwesens.

Der Senat hat bei allen Wendepunkten der Verfassungsangelegenheit mit Entschiedenheit die Rechte der Israeliten und Landbewohner anerkannt. Noch zuletzt vor wenigen Monaten, am 2. März dieses Jahrs, als das Gesetz vom 20. Februar 1849 bereits von einer gewissen Seite der angefochten worden war, hat er verkündet:

Welchen Erfolg übrigens die hiermit begonnene Verhandlung haben mag, die verfassungsmäßig bewirkte und bestehende staatsbürgerliche Gleichheit der Landbewohner, der frühern Beisassen und israelitischen Bürger in ihren politischen Rechten mit den christlichen Bürgern bleibt dadurch völlig unberührt.

Und jetzt finden wir uns durch die Bekanntmachung des Senats vom 14. October an der Ausübung unserer verfassungsmäßigen Rechte factisch gehindert!

Nichts kann ein solches Verfahren rechtfertigen. Verlangt es etwa das Wohl des Staats, daß eine Anzahl Bürger ihres Religionsbekenntnisses wegen der politischen Rechte für unfähig oder unwürdig erklärt werde? Ist es im Geist wahrer Religion, daß man ihr Bekenntniß als ein Mittel benutze, die Brüder einer Glaubensgemeinde feindselig zu trennen? Ist es auch nur rathsam in unsern Tagen, — wo jeder, gleichviel auf welcher Seite er stehen mag, die Spaltungen im deutschen Vaterland betrauert, — in unser familienartiges Gemeinwesen diese Brandfackel der Zwietracht zu werfen?

Mitbürger! Richtet bei Euern Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung Euer Auge nur auf Männer, welche verfassungsmäßig wohlerworbene Rechte achten und den gebrochenen Rechtsspruch wieder herzustellen entschlossen sind! Bedenkt, daß Gerechtigkeit die alleinige Grundlage jedes Staats ist!

Sollte jedoch unser gutes Recht keine Anerkennung finden, so müssen wir für uns, unsere Angehörigen und unsere Nachkommen gegen jede Verhinderung bei der sactischen Ausübung unserer Gerechtsame feierlich protestiren. Wir sind überzeugt, daß eine Zeit kommen wird, wo der gesunde Rechtssinn der Bürgerschaft das wider ihren Willen begangene Unrecht erkennen und das gebeugte Recht aufrichten wird. Wir unserseits werden nicht unterlassen, mit allen gesetzlichen Mitteln auf die Herstellung des Rechtszustandes hinzuarbeiten. Frankfurt a. M., den 15. October 1852. Folgen die Unterschriften.

Frankreich.

** **Paris**, 17. Oct. Das Londoner Revolutionscomite hat unterm 10. October ein drittes Bulletin erlassen, welches jedoch mehr ein Lächeln als Furcht erwecken kann. Nachdem es nämlich den Socialisten gedankt, daß sie sich bei der Wahl am 26. Sept. enthalten, und damit 61,000 erklärte Feinde der jetzigen Regierung constatirt hätten, fordert es die Pariser auf, Ludwig Napoleon bei seiner Rückkehr eben so zu empfangen, wie ihre Väter den König Ludwig XVI. nach der Flucht nach Varennes. Das ist nun freilich leichter in London oder Jersey zu sitiren, als in Paris zu executiren, und der gute Rath würde um noch Vieles lächerlicher erscheinen, wenn ihm nicht die Phrase veranstige, „s'il échappe aux hasards de ce voyage", was im Hinblick auf die Höllenmaschine zu weitern Vermuthungen führen kann. Wiederholt spricht man von einem schon früher erwähnten Vermählungsprojecte des Prinz-Präsidenten mit der Fürstin Czartorysky, und leitet die Gründe dafür aus einer Unterredung, die Ludwig Napoleon zu Moulins, in dessen Nähe der Vater der Fürstin ein Landgut bewohnt, mit demselben gepflogen hat, und wobei einige unübersetzte Wohldiener neben dem „Vive l'Empereur!" ein „Vive le roi de Pologne" gerufen haben sollen. Das Drängen gewisser Personen auf Proclamirung des Kaiserreichs, weil ein früher dafür signalisirter Grund, nämlich ein Attentat auf das Leben des Präsidenten der Republik, nun wirklich eingetreten sei, soll auf die Antwort gestoßen sein: „Wird dieser Name die Kugeln in Bonbons verwandeln?" — Aus Belgien meldet man, daß Antwerpen in aller Stille in besten Vertheidigungszustand gesetzt, und ein bonapartistisches Complott sorgsam überwacht werde. Der französische Marinecssizier, der den Papst auf seiner Spazierfahrt ins Meer hartnäckig begleitete, heißt Olivier; den Namen seines Dämpfers habe ich noch nicht erfahren können. Unter den Cardinälen, schreibt man, herrsche darum eine Antipathie gegen das Kaiserreich, weil sie im Fall der Geburt eines Thronerben die Erneuerung des Titels „König von Rom" fürchteten.

Neueste Nachrichten.

Telegraphische Depesche.

Abgangen in Berlin, den 17. Oct., 12 Uhr 26 Minuten Nachm.
Angekommen in Frankfurt, 17. „ 12 „ 30

Berlin, 17. Oct. Heute überreichte Freiherr von Linden im hiesigen königl. Schlosse seine Beglaubigungsschreiben als königl. württembergischer außerordentlicher Gesandter.

: Paris, 16. October.

Ludwig Napoleons Einzug in die Hauptstadt.

Schon in der ersten Frühe des heutigen Tages gerieth ganz Paris in freudige und festliche Bewegung. Bereits in den letzten Tagen und noch vergangene Nacht strömten aus der nahen und fernern Umgebung Tausende und aber Tausende von Landleuten und Fremden hierher, um Zeugen des heutigen Tages zu sein, und schon in den Morgenstunden wogte und drängte es sich durch die

Straßen und auf den Plätzen, die der Cortege des Prinzen durchziehen mußte, und alles suchte, des entbehrten Schlafes und der Ermüdung vergessend, gute Plätze zu gewinnen. Gegen 10 Uhr schlugen die Trommler der Nationalgarde Appell und um halb 1 Uhr standen die Bataillone der letztern und die Linien in Hecke aufgestellt. Auf nahezu eine Million schätzt man die Neugierigen, die um diese Zeit schon die Trottoirs, alle erhöhten Punkte, alle Fenster und die Dächer der Häuser besetzt hielten, und noch immer strömten neue Schaaren zu. Um elf Uhr bildeten sich die Deputationen der Arbeiter, jeder eine Medaille mit dem Bildniß des Prinzen im Knopfloch tragend, und zogen lustig durch die Straßen, hier und da mit den Zügen der Zöglinge der geistlichen und Communalschule sich kreuzend, deren jeder ein dreifarbiges Fähnchen mit der Namenschiffre Ludwig Napoleons trug. Deputationen weißgekleideter Mädchen stellten sich auf, mit Veilchensträußen in den Händen, um sie dem Prinzen auf den Weg zu streuen. Um halb zwei Uhr war alles zum feierlichen Empfang bereit; die Stadt prangte in dem bereits beschriebenen Schmuck, die Bevölkerung und die Gäste der Hauptstadt waren des festlichsten Augenblicks gewärtig. Die Aus- und Inschriften Vive Napoléon III.! und Vive l'Empereur! waren das Auge überall entgegen, sollten der Ausdruck von Frankreichs sehnlichsten Wunsche sein.

Punkt 2 Uhr erdröhnte ferner Kanonendonner, die Glocken aller Kirchen in Paris begannen ihr Geläute: der Prinz war wenige Minuten zuvor im Bahnhof eingefahren. Dort war das Gedränge und Gewoge seit dem Morgen nicht minder groß: besonders die Bevölkerung des 11. und 12. Bezirks hatte sich dort eingefunden und Posto gefaßt. Der feierliche Empfang erfolgte an dem ersten, größten und schönsten und bekanntlich von der Pariser Municipalität errichteten Triumphbogen in der vor einigen Tagen schon im Programm mitgetheilten Weise und durch die dort genannten Autoritätsfiguren und Corporationen. Auch die Trümmer der alten Kaiserarmeen und Arbeitercorporationen hatten sich am Bahnhof und an diesem Triumphbogen durch Deputationen vertreten lassen. Alle Generale und Generalstabsoffiziere waren in großer Uniform, weiße Lederhosen und Reitstiefeln, und der militärische Zug bildete sich allmälig in der im Programm angegebenen Ordnung. Eine Salve von 101 Kanonenschüssen bezeichnete den Augenblick des festlichen Empfangs durch die Geistlichkeit, die Minister ꝛc. Nachdem dann der Prinz die Adresse der Municipalität und einige Ansprachen entgegengenommen hatte, stieg er zu Pferd und der große Cortege mit seiner imposanten Escorte setzte sich in Bewegung. Das Wetter war herrlich, der Enthusiasmus der Truppen und der Massen grenzenlos, kein Unfall trübte das Fest. Der Zug bewegte sich über den Valhubertplatz und die Brücke von Austerlitz auf das rechte Ufer der Seine. Neue Kanonensalven und vieltausendstimmige Kaiserrufe mischten sich in das Geläute der Glocken auf dem ganzen Wege des Cortege über das Boulevard Bourdon, den Bastilleplatz, wo sich die Bevölkerung der Vorstadt St. Anton aufgestellt hatte, die Boulevards der Calvarienschwestern und du Temple, wo die Deputationen der Landgemeinden der Departements Seine und Seine-Oise mit ihren Fahnen standen, denen sich dann die Handwerksgilden der Hauptstadt anschlossen. Auf die unaufhörlichen, fast betäubenden Hurrahs und Kaiserrufe aus grüßte der Prinz bald links, bald rechts. Die Damen an den Fenstern schwenkten ihre Tücher, die Männer ihre Hüte und Blumen regneten auf den Weg Ludwig Napoleons nieder. Der Enthusiasmus konnte sich kaum mehr Genüge thun. Bis der Zug über die Boulevards St. Martin, St. Denis und Bonne Nouvelle gekommen war, wo überall maßloser Jubel herrschte, war über eine Stunde vergangen. Ebenso auf den Boulevards Poissonniere, Montmartre und des Italiens, wo alle Häuser mit Fahnen und Teppichen mit Adlern und Bienen geschmückt waren. Dann bewegte sich der Zug durch den Triumphbogen der großen und der komischen Oper, die von heute an die Namen Académie impériale de musique und théâtre lyrique impérial angenommen haben. Würdig schlossen sich die Rue royale und der Eintrachtsplatz an das unvergleichlich schöne Schauspiel der Boulevards an.

Die nach dem Eintrachtsplatz liegenden Terrassen der Tuilerien waren ebenso wie die Balkone des Marineministeriums und des Gardemeuble mit Personen besetzt. An dem über den Platz nach den Tuilerien errichteten Triumphbogen führenden Weg hatten sich zahlreiche Deputationen von Neuilly, Saint-Cloud, Sevres und andern Nachbarstädten von Paris aufgestellt, jede von weiß gekleideten Mädchen mit Blumenkränzen und bunten Schärpen umgeben. Hier war der Jubel grenzenlos und unbeschreiblich, als der Prinz durch den Triumphbogen in den Tuileriengarten einritt. Dies geschah wenige Minuten vor halb 4 Uhr. Der Prinz sah etwas erschöpft aus, befindet sich aber wohl und schien tief ergriffen von dem ihm gewordenen großartigen Empfang.

Die Börse war heute ganz und die Post wurde früher geschlossen.

* **Berlin**, 16. Oct. Zu den Abänderungen, welche die Verfassungsurkunde in der nächsten Session erfahren wird, dürften, wie die „N. Preuß. Ztg." glaubt, die Bestimmungen über das Budget gehören. Man hält, wie dies Blatt sagt, von vielen Seiten für zweckentsprechender, das Budget als ein immerwährendes hinzustellen und den Berathungen der Kammer nur die Abänderungen vorzulegen, welche das Budget für je die nächste Finanzperiode etwa erfahren soll. — Zwischen der Fraction des „Preußischen Wochenblatts" und einzelnen Führern der altliberalen Partei sind neuerdings in Bezug auf die bevorstehenden Wahlen wieder Berständigungsversuche gemacht worden.

** **Kassel**, 16. Oct. Ihr geschätztes Blatt hat in seiner Beilage zu Nr. 246 aus der von Dr. Tögel herausgegebenen „Volkswirthschaftlichen Monatschrift für den deutschen Zollverein" zwei Protocolle der Stuttgarter Conferenzen gewiß nur unter der Voraussetzung ihrer Aechtheit abgedruckt. Auf Grund authentischer Ermittelung und ohne mich der Gefahr eines Dementi aussetzen zu müssen, befinde ich mich jedoch im Stande, eins derselben, das zweite, Form und Inhalt nach für verfälscht zu erklären. Der Passus unter Position 3: „Es soll zwar von jetzt nur von der Bestimmung des Zeitpunktes Umgang genommen werden, in welchem der Zollvereinigung mit Oesterreich Platz greifen wird. Dagegen aber verpflichten sich die hier versammelten Regierungen hierdurch ausdrücklich, an dem Principe, daß eine solche Zollvereinigung stattzufinden habe, unverbrüchlich festzuhalten und Preußen für Annahme dieses Princips durch alle zu Gebote stehenden Mittel nöthigen zu wollen," findet sich in dem Originaldocumente auch nicht einmal dem Sinne nach; er ist von Anfang bis zu Ende — erfunden!! Was mit einer solchen Erfindung beabsichtigt gewesen, ist nicht schwer zu erkennen; wir verzichten jedoch für den Augenblick, wo es im Interesse Aller liegt, eine jede Erörterung zu vermeiden, auf eine nähere Erörterung dieses Manövers, indem die einfache Aufdeckung hinreichen wird, die ihm gebührende Würdigung herbeizuführen.

(Das „Dresdener Journal" behauptet ebenfalls, daß die betreffenden Actenstücke gefälscht sind und bringt zu diesem Zweck den Wortlaut derselben. Die Redaction.)

Eisenbahnen und Telegraphenwesen.

h **Gotha**, 12. Oct. Die bisher vorenthaltene Erlaubniß der königlich preußischen Regierung, zur Vornahme der Nivellirarbeit und der Kostenvoranschlagung eines Bahnprojects von Göttingen aus über das Eichsfeld, zum Anschluß an die thüringische Linie Gotha bis Gotha, ist in diesen Tagen ertheilt und dem Vorstande der Gesellschaft, welche sich zur Förderung dieses Projects gebildet hat, eröffnet worden. Jedoch hat die preußische Regierung dabei die Einschränkung über die wirkliche Ausführung des Unternehmens in der den allseitigen Interessen am besten entsprechenden Richtung sich vorerst noch vorbehalten. Der Gesellschaftsvorstand wird nunmehr ohne Verzug Hand an Werk legen und die Vorarbeiten unter Leitung eines geschickten Ober-Ingenieurs beginnen lassen. Die diesfallsigen Kosten werden aus dem schon vor längerer Zeit durch Aufzeichnung gebildeten Vermögen der Gesellschaft bestritten

Börsenberichte.

Frankfurt, 17. Oct. Das Geschäft an heutiger Effectensocietät war zwar nicht besonders belebt, die Stimmung jedoch im Allgemeinen günstig und die Fonds fest. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. $81^{11}/_{16}$ pCt. G.; $4^{1}/_{2}$pCt. Metall. $73^{1}/_{4}$ pCt. 5pCt. Lombardisch-Venetianische $88^{3}/_{4}$ pCt. G.; Wiener Bankactien 1392 fl.; von Spanischen wurden 1pCt. Rente zu $25^{7}/_{16}$ à $^{1}/_{2}$ pCt. umgesetzt und schlossen $25^{7}/_{16}$ pCt. G., 3pCt. Inländische $46^{1}/_{4}$, à $^{1}/_{2}$ pCt. In allem Uebrigen war nur wenig Handel und keine Bewegung.

Berlin, 16. Oct Staatsch. $93^{3}/_{4}$ Bef., $93^{1}/_{2}$ G. — Köln-Minden $122^{1}/_{4}$ Brf., $111^{1}/_{2}$ G. — Fr.-Wilh.-Nordd. $41^{3}/_{4}$ Brf., $40^{1}/_{4}$ G.

Wien, 11. Oct. 5pCt. $47^{1}/_{16}$ a. d. Börse $47^{1}/_{16}$ G. — 1pCt. Neue $26^{3}/_{16}$ a. d. Börse $26^{1}/_{16}$ G.

Berlin, 15. Oct. Bei der heute stattgehabten 20. Verloosung der preußischen Seehandlungs-Prämienscheine vom Jahr 1832 sind folgende 108 Serien gezogen worden: 21 38 39 55 112 130 147 191 205 213 279 294 312 318 323 335 336 371 438 458 479 518 519 525 527 531 533 539 543 544 549 552 596 629 713 718 749 758 792 797 824 826 842 911 924 928 930 966 989 991 1034 1076 1079 1138 1149 1208 1240 1244 1254 1259 1263 1318 1369 1454 1520 1525 1542 1586 1594 1585 1607 1622 1636 1696 1725 1746 1750 1785 1788 1797 1868 1887 1902 1911 1915 1919 1981 2016 2039 2016 2054 2105 2172 2235 2263 2264 2313 2335 2343 2353 2371 2377 2400 2411 2433 2460 2466 2474.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matern. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2352]

Bekanntmachung.

Den Briefpostverkehr mit der Schweiz betr.

Vom 15. October 1852 an treten hinsichtlich des Briefpostverkehrs mit der Schweiz nachstehende Bestimmungen bis auf Weiteres in Wirksamkeit:

1) Das Briefporto beträgt im einfachen Satze je nach der bei der Erhebung zur Anwendung kommenden Münzwährung,

A. an deutschem Porto 9 Kreuzer oder 3 Sgr.,

B. an Schweizerischem Porto

a) für die im ersten Tax-Rayon gelegenen Schweizerischen Postorte, welche bei den betreffenden diesseitigen Poststellen in Erfahrung zu bringen sind, 3 Kreuzer oder 1 Sgr.,

b) für alle übrigen Schweizerischen Postorte 6 Kreuzer oder 2 Sgr.

2) Hinsichtlich der Taxprogression finden die für den Postvereinsverkehr geltenden Bestimmungen Anwendung. Die Briefe u. s. w. können ganz frankirt oder unfrankirt abgesendet werden.

3) Für Waarenproben und Muster, welche den im Postvereinsverkehr geltenden Bestimmungen entsprechen, wird für je 2 Loth das einfache Briefporto erhoben.

4) Für Kreuzbandsendungen, welche den Bestimmungen des revidirten Postvereinsvertrags entsprechen, beträgt, wenn dieselben bei der Aufgabe vollständig frankirt werden,

a. das deutsche Porto den nach dem Postvereinstarif sich ergebenden Satz,

b. das Schweizerische Porto 4 Schweizerische Rappen (centimes) pro Loth. Bei der Erhebung des Schweizerischen Portos im diesseitigen Postgebiete werden für je 4 Rappen je ein Kreuzer resp.

für	4 Rappen	$\frac{1}{4}$	Sgr.
„	8 „	$\frac{3}{4}$	„
„	12 „	1	„
„	16 „	$1\frac{1}{4}$	„
„	20 „	$1\frac{3}{4}$	„
„	24 „	2	„

erhoben.

5) Hinsichtlich der recommandirten Briefe, der Recommandationsgebühr, der Retourrecepisse, der nachgesendeten und unbestellbaren Briefe gelten die für den Postvereinsverkehr festgesetzten Bestimmungen.

6) Im Verkehr mit der Schweiz sind Postvorschüsse bis zum Betrage von 15 fl. resp. 10 Rthlr. zulässig.

Die Procuragebühr, neben welcher das gewöhnliche Porto zu erheben ist, wird für die nach der Schweiz gehenden Vorschußbriefe nach den beim Postvereinsverkehr geltenden Bestimmungen erhoben.

Frankfurt a. M., den 14. October 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Bönderg.

vdt. Kölle.

[2317]

Bekanntmachung.

Bei der Commission zur Behandlung unbestellbarer Fahrpostsache dahier liegen nachverzeichnete als unbestellbar an den Aufgeber zurückgekommene Sendungen und Werthbriefe vor:

Nr.	Aufgabeort.	Gattung der Sendung	Adresse.	Bestimmungsort.
1	Frankfurt	Packet.	Dr. Scherer.	Euter bei Leipzig.
2	ditto	Brief u. Pck.	Henriette Amburger.	Ostende.
3	ditto	Brief.	W. Stelan.	Oberingelheim.
4	ditto	Packet.	Dr. Haas	Dillenburg.
5	ditto	Packet	Phil. Schaaf, Metzger.	Cassel.
6	ditto	Packet	Graf Theod. v. Seckendorf.	Soren.
7	ditto	Brief	Susanne Freund Wd.	Schlichtern.
8	ditto	Brief	Posthalter.	Dillingen.
9	ditto	Packet	Gebr. Rosenstein.	Cassel.
10	ditto	Packet	Dr. Schrang.	Nieder-Wallus.
11	Wiesbaden	Packet	Dr. Carl Gail.	Marienberg.
12	Schwalbach	Schachtel	Frl. Thekla Döring.	Neuwied.
13	Frankfurt	Packet	Carl Busch.	Eibersfeld.

Außerdem befinden sich bei gedachter Commission verschiedene von Reisenden theils in den Postlokalen, theils in den Postwagen des Herzogthums Nassau, der Landdrosteichaft Hessen-Homburg und der freien Stadt Frankfurt zurückgelassene Effecten. Die Eigenthümer dieser Effecten sowohl, als auch der vorgenannten Sendungen werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb sechs Monaten von heute an zur Empfangnahme gegen gehörige Legitimation, Zahlung des betreffenden Portos und Rückgabe des Postscheines anzumelden, widrigenfalls darüber anderweit verfügt werden wird.

Frankfurt, den 8. October 1852.

Ober-Post-Amt.

[2283]

Neuntausend Gewinne

bietet die am 20. October beginnende Hauptziehung 6ter Klasse Braunschweiger Lotterie, die nur aus 20.000 Loosen besteht. Haupt-Gewinne: fl. 87,500, fl. 52,500, fl. 35,000, fl. 17,500 ꝛc. Zu dieser sehr zu empfehlenden Lotterie sind Loose à fl. 56, halbe à fl. 28, viertel à fl. 14, achtel à fl. 7, und mit Verzicht auf die Gewinne unter fl. 100 ganze Loose à fl. 32, halbe à fl. 16, viertel à fl. 8, achtel à fl. 4, direct zu beziehen bei den Hauptcollecteurs

Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2196]

SIROP

D'ECORCES D'ORANGES AMERES.

Specialité renomée de Laroze à Paris pour prévenire les vapeures et faire une bonne digestion se vend chez **H. C. v. Oven**, Bleidenstrasse 33. — Prix fl. 1, 30 kr. le flacon.

Unser Comptoir befindet sich von nun an Zeil Nr. 41, der Post gegenüber.

[2365] **J. J. Weiller** Söhne.

Hauptziehung 6ter Classe
33ster Braunschweiger Lotterie.

Anfang den 20. October.

Hauptpreise: fl. **87500, 52500, 35000,**
17500 u. s. f., zusammen **90000 Gewinne.**
Ganze Loose zu fl. 56, ½ zu fl. 28, ¼ zu fl. 14, ⅛ zu fl. 7, sowie mit Verzichtleistung auf die Gewinne unter 100 Thaler, Loose zu fl. 32, ½ zu fl. 16, ¼ zu fl. 8, ⅛ zu fl. 4, empfiehlt

Carl Höhnberg,

[2251] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

Druck von August Osterrieth.

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militairs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreeanz. [2172]

---

33. Braunschweiger Lotterie.

Hauptziehung sechster Classe am 20. October.
Gewinne: fl. **87500, 52500, 35000** ꝛc. ꝛc.
½ Loose fl. 56, ¼ fl. 28, ⅛ fl. 14, 1/16 fl. 7, und mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100: ½ Loose fl. 32, ¼ fl. 16, ⅛ fl. 8, 1/16 fl. 4, bei

Jacob Braunschweig,
Fahrgasse II. 44 in Frankfurt a. M.

[2284]

[2350] Auf den Antrag der Erben der verwittweten Posthalterin Gottschling von hier soll das zu deren Nachlaß gehörige, in hiesiger Stadt sehr vortheilhaft gelegene, in der Anlage näher beschriebene brauberechtigte Wohnhaus, das sich durch seine vorzügliche bauliche Beschaffenheit und elegante Einrichtung zur Wohnung für vornehme Familien besonders empfiehlt,

am 13. November 1852,

Vormittags 11 Uhr, an hiesiger Stadtgerichtsstelle unter den belannt zu machenden Bedingungen öffentlich versteigert werden.

Kaufliebhaber werden aufgefordert, in dem Versteigerungstermine zur gedachten Zeit sich einzufinden.

Das zu versteigernde Wohnhaus kann vorher in Augenschein genommen werden.

Gotha, am 6. October 1852.

Herzoglich Sächsisches Stadtgericht.
C. S. W. Groß.
Beschreibung des Schlingschen Wohnhauses.

Es enthält diese Besitzung in dem zweistöckigen massiven Hauptgebäude sieben heizbare Stuben mit Porzellanöfen, einen Vorsaal, einen Salon, drei Kammern, zwei Garderoben, zwei Küchen, eine Speisekammer und zwei geräumige Keller.

Zwei dreistöckige Seitengebäude mit drei Stuben, vier Kammern, einer Küche, einem Pferdestall und andern Wirthschaftsbequemlichkeiten.

Einen geräumigen Hof mit einem daran stoßenden Garten, in welchem ein zweistöckiges massives Gartenhaus mit einem Balconzimmer, zwei Stuben, zwei Kammern, einem Keller, einer Küche und andern Räumlichkeiten befindlich ist.

Die gerachte Grundbesitzung lehnt dem Herzogl. Rentamte mit 21 gr. 5 pf. jährlichem Erbzins, jährlich terminlich 1 Rthlr. 6 gge. Steuer, 4 Rthlr. 20 sgr. Geschoß, jährlich 29 sgr. 1 pf. Almosen, 1 Rthlr. 15 sgr. 5 pf. Quartiergeld und ist auf 11240 Rthlr. taxirt.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Montag (Beilage zu Nr. 249.) 18. October 1852.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin, den 18. Oct., 12 Uhr 36 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, 18. „ 12 „ 47 „

Wien, 18. Oct. Se. den erfolgten Tod des Großvezirs Ali Pascha und die Erhebung des bisherigen Marineministers Mehemed Ali Pascha zur Stelle des ersten Würdenträgers der hohen Pforte.

Deutschland.

P **Berlin**, 16. Oct. Gestern ist hier die Schrift ausgegeben, deren Erscheinen ich schon früher ankündigen im Stande war. Unter dem Titel: „Beiträge zur Beurtheilung der Zollvereinsfrage", ist eine Sammlung aller derjenigen Depeschen, Noten, Erklärungen und Denkschriften gegeben, welche seit dem Abschluß des Septembervertrags unter den Mitgliedern des Zollvereins und mit Oesterreich gewechselt worden sind. Zur Einleitung dient ein Vorwort, welches den historischen Zusammenhang der Ereignisse darstellt und in kurzen ein Bild der Verhandlungen entrollt, über deren Ausgang schließlich folgendes Urtheil gefällt wird: „Die Verhandlungen sind ohne den gewünschten Abschluß, aber doch nicht ohne Resultat zu Ende gegangen. Sie haben ins Klare gestellt, daß der Septembervertrag kein Hinderniß für die Fortdauer des Zollvereins bilden würde, sie haben zu dem Anerkenntniß geführt, daß auf einen Zolleinigungsvertrag zwischen dem Zollverein und Oesterreich zur Zeit nicht einzugehen sei, sie haben die volle Gewißheit Preußens zu einem umfassenden Handelsvertrage mit Oesterreich außer Zweifel gesetzt. Sie sind an einer Formfrage gescheitert, welche niemals eine entscheidende Bedeutung hätte erlangen können, wenn sich nicht ein Theil der Vereinsregierungen, lange nachdem Preußen seine Ansicht über dieselbe amtlich und offen ausgesprochen hatte, unter einander und gegen eine dritte Macht verpflichtet hätten, die der preußischen entgegengesetzte Ansicht festzuhalten." — Heute Morgen sind die Herren Minister des Handels und der Finanzen zur Einweihung der Strecke der Ostbahn von Marienburg bis Braunsberg abgereist. Der Herr Ministerpräsident hat wegen überhäufter Geschäfte die Einladung dazu ablehnen müssen. — Die Festlichkeiten des gestrigen Tages, deren ausführlichere Beschreibung Sie in den Zeitungen finden werden, beschloß am Abend eine glänzende Illumination, welche bei dem gelinden Wetter eine große Menschenmenge angelockt hatte. Mehrere Stunden lang wogte ein breiter Menschenstrom die Linden, die Friedrichsstraße, die Breitestraße, die Leipzigerstraße und Wilhelmsstraße hinab, wo einzelne Hotels der Gesandten, der Gasthofsbesitzer, die Ministerialgebäude, sowie einzelne große Etablissements durch ihre glänzende Decoration im Besondern die Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Der Umstand, daß in dem Victoriahotel eine Gardine in Brand gerieth und die Feuerwehr alarmirt wurde, trug dazu bei, in die Menge noch eine größere und besondere Lebhaftigkeit zu bringen. — Wie man wissen will, soll der diesseitige Gesandte am sächsischen Hofe, Herr v. Galen, zum Nachfolger des Grafen Raczynski in Madrid und Graf Bernstorff zum Gesandten in Neapel bestimmt sein.

München, 15. Oct. Herr v. d. Pfordten befindet sich nunmehr außer Gefahr, doch erfordert seine Wiederherstellung die größte Schonung, weßhalb von den Aerzten noch mehrwöchentliches Verbleiben im Bett und dem Krankenzimmer empfohlen wurde. (A. Bdtg.)

△ **Hanau**, 15. Oct. In der ersten Beilage zu Nr. 244 des „Frankfurter Journals" vom 12. d. M. findet sich unter dem Datum: Heidelberg, 7. October ein „Eingesandt", worin es heißt: „künstlerische Selbstüberhebung" liegen in dem Frankfurter Blättern einen Zank darüber begonnen, wem die Zeichnung bei dem Fürsten von Hohenlohe überreichten Becherz zuzuschreiben sei, — die Idee sei von den Uebererreichern dem Fabrikanten angegeben und damit der Grund zu der wohlgelungenen Zeichnung gelegt worden, welche „nach einigen unbrauchbaren Versuchen" als Resultat künstlerischen Ringens entstanden. Es würde gewiß im allgemeinen Interesse und insbesondere in Rücksicht auf den Gefeierten erwünschter sein, schweigen zu dürfen. Allein die ganze Art und Weise des Artikels veranlaßt zum Reden. Wer, außer dem Einsender desselben, hat einen „Zank" in den Blättern wahrgenommen? Und wer wird darin eine „künstlerische Selbstüberhebung" finden, daß der nach seinem Plan ausführende Schöpfer des Modells eines Werks, welchen eine darüber berichtende Correspondenz nicht genannt hatte, von einem andern Correspondenten — keineswegs von dem Künstler selbst — bezeichnet wurde? In beiden Fällen gewiß niemand. Zur Sache selbst brachte das mit der Ausführung des Bechers beauftragte Haus Weißhaupt Söhne von hier zuerst eine Skizze, die auf den Vorschlag der Besteller gemacht war. Sie gefiel nicht, und darauf retourirte sich die „unbrauchbaren Versuche" des Artikels. Es wurde darauf eine andere Zeichnung selbstständig componirt und vorgelegt, welche bis auf einige geringe Abänderungen Beifall fand und so ausgeführt wurde. Daß auch bei dieser zweiten Skizze von vornherein diese und jene Andrutungen und Wünsche seitens der Besteller geäußert worden sein mögen, dürfte in der Natur der Sache liegen. Niemand aber wird dem Bildhauer, welcher dieselbe aus sich heraus entworfen hat, die künstlerische Ehre in der Conception und Ausführung streitig machen wollen. Am Gegenfall würde man sogar so weit gehen können, den Künstler rücksichtlich der Idee als solcher und in der besonderen Bedeutung des Worts mit demjenigen contreriren zu lassen, welcher zuerst den allgemeinen Gedanken brachte, einen Becher zu verehren.

Z **Hamburg**, 15. Oct. Die auf den 19. d. M. angesetzte Wahl eines kaufmännischen Senators, an die Stelle des verstorbenen Rathsmitgliedes Wilhelm Eybe, veranlaßt mich, wiederholt auf die vielbesprochene Verfassungsangelegenheit zurückzukommen. Nach dem in Kraft befindlichen Grundgesetz von 1712 erscheint diese Wahl allerdings begründet, jedoch glaubte man im Hinblick auf die vorschwebenden Verfassungsreformen, welche eine Verminderung der herkömmlichen Zahl der Rathsmitglieder in Aussicht stellen, erwarten zu müssen, daß man, wie bisher, jeder der definitiven Regulirung unserer Verfassungsverhältnisse vorgreifenden Aenderung sich enthalten und die Ausfüllung der in den Verwaltungsdepartementen vorhandenen Lücken hinausschieben werde. Daß dies nicht geschieht, daß man im Regierungscollegium das Bedürfniß ausreichender Arbeitskräfte, um den Geschäftsgang in Fluß zu erhalten, nicht durch zeitweilige, sondern durch definitive Besetzung der Vacanzen zu entsprechen sucht, wird allgemein als ein ungünstiges Zeichen für die künftige zufriedenstellende Entwickelung der Verfassungsfrage betrachtet. Man will zwar wissen, daß die revidirte Neuerverfassung nach Maßgabe der von der Bundesversammlung für wünschenswerth erachteten Aenderungen schon der nächsten in kürzester Zeit stattfindenden Bürgerschaftsversammlung zur Mitgenehmigung werde unterbreitet werden; aber was über die im Schooße des Senats obwaltenden Meinungsverschiedenheiten, namentlich rücksichtlich des Verhältnisses zwischen Rath und bürgerlichen Collegien, transpirirt, ist in keiner Weise geeignet, beruhigend auf den öffentlichen Geist zu wirken. Die sichtlichen und confessionellen Bestimmungen der Verfassung, die Begrenzung der Befugnisse der Verwaltungs- und anderer Behörden und die schon seit lange verheißene Trennung der Administration von der Rechtspflege bilden den Mittelpunkt der zwischen Senat, Neuercommission und bürgerlichen Collegien im Gang befindlichen Conferenzen. — Zur Kunde der deutschen Colonisation in der südbrasilianischen Provinz St. Catarina hat das Secretariat des im Jahr 1849 hier begründeten Colonisationsvereins eine Serie von Mittheilungen eröffnet, die in monatlichen Zwischenräumen erscheinen und den nachtheiligen Gerüchten, welche neuerdings über die brasilianisch-deutschen Colonisationsbestrebungen verbreitet wurden, mit, wie gesagt wird, ungeschminkten Thatsachen entgegentreten sollen. Nach dem erschienenen Fragment zu urtheilen, dürften die beregten Mittheilungen als ein schätzenswerther Beitrag zu der immer mehr anschwellenden Colonisationsliteratur zu begrüßen sein. — Die Chaussirung des zwischen hier und Harburg hergestellten Verbindungsweges ist so weit vollendet, daß er bereits in den nächsten Wochen dem öffentlichen Verkehr wird übergeben werden können.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 16. Oct. Der Regierungsrath von Zürich hat den Gedanken der Errichtung eines Zwangsarbeitshauses verworfen. Die Einführung einer Erbschaftssteuer soll im Zusammenhang mit der Revision der Steuergesetze berathen werden. — Der Gemeinde Aarau ist durch den Uebertritt der Aar ein Schaden von mehr als 60,000 Fr. erwachsen. — Die Auswanderung aus dem Kanton Glarus nach Amerika ist immer noch im Steigen. In der vorigen Woche sind allein aus dem Freien Mollis 40 Personen aufgebrochen, um das Staate Wisconsin, wo die Glarner zwei Colonien (Neu-Glarus und Neu-Elm) gegründet haben, sich niederzulassen. Auch sie haben im Sinn, ihre Ersparnisse durch Landwirthschaft zu gründen, wozu ihnen das Heimatland keine Gelegenheit bietet. Einem geschickten Gärtner bot eine Familie 1000 fl., wenn er sich ihr anschlösse, was er auch gethan hat. — Der Kanton Thurgau hat bei 88,908 Einwohnern nicht weniger als 87 Taubstumme und 79 Blinde. — Die Reclamationen gegen die letzten Wahlen in Wallis mehren sich.

Italien.

Turin, 6. Oct. Da am 19. November die Kammern wieder eröffnet werden sollen, so kann es nicht fehlen, daß schon jetzt das Budget für 1853, welches sogleich verhandelt werden wird, alle Aufmerksamkeit auf sich zieht. Der Abgeordnete Pietro Bianchi veröffentlichte so eben eine Uebersicht über die piemontesischen Finanzen, welche wenig Erfreuliches bietet. Er beklagt den Schleier, der über die Finanzzustände Piemonts seit 1849 ausgebreitet worden, wo der Rechenschaftsbericht — es war der letzte — ein Deficit von 93,200,000 Fr. nachwies. Cavour versprach Aufklärung in einer nicht fernen Zeit. Jetzt verlangt Bianchi vom derzeitigen Finanzminister die Vorlegung dreier Tabellen: 1) das Resultat der Anleihen, welche die Regierung im Inlande oder im Auslande bis zum Belauf von 500 Mill. abschloß; 2) Aufklärung über die 35 Mill. der Schatzbons, welche die Regierung nach den Gesetzen vom Jahre 1850 und 1852 (31. Januar) in Circulation setzte; 3) die Bilanz des Reservefonds. — Ein großer Theil des Klerus der Insel Sardinien richtete eine Petition an den Senat, die Civilehe betreffend. Einige radicale Blätter fassen abermals in die Posaune und verkünden die baldige Sequestrirung aller geistlichen Güter, weil nun doch einmal der Papst nicht nachgeben wolle und die Geduld gegen Rom ihr Ende erreicht habe. Es soll mich gar nicht wundern, wenn gewisse Journale und Journalisten diesen Humbug weiter verbreiten. Uebrigens hat die definitive Erwählung des Monsignore Charvaz zum Bischof von Genua viel böses Blut gemacht: Charvaz verfolgte vor dem Jahr 1847 die friedlichen protestantischen Waldenser auf eine sehr harte Weise. — Aus Nizza meldet man, daß der General Lamarmora von den dortigen „Donne del mercato“ (Fischerweibern) bei seiner Rückkehr aus Frankreich — gleich Ludwig Napoleon — einen großen Blumenbouquet begrüßt worden sei. — An die Stelle des Cassationsgerichtsrathes Grafen Costa della Torre, wurde Graf Felix Riccioli ernannt. — Bei Avigliano und in der Umgegend von Susa will man am 1. October eine leichte Erderschütterung gespürt haben. — Am gestrigen Tage wurden auf dem Karlsplatze durch den Stadtsyndikus Bellono mehrere Medaillen an Bü ger und Nationalgardisten ausgetheilt, welche sich bei der Pulverexplosion in Borgo Dora ausgezeichnet hatten. (Leipz. Z.)

Turin, 8. Oct. Seit einigen Wochen treibt sich hier, wie das „Risorgimento“ meldet, ein Individuum herum, das sich für ein Mitglied der ältern Linie des Hauses Bourbon ausgibt, Rechte auf den französischen Thron beanspruche, im Jahr 1793 während der Schreckenszeit aus Frankreich entflohen sein und in Asien ein Asyl gefunden haben will, und nun die Wohlthätigkeit vornehmer Turiner, namentlich der Damen, in so zudringlicher Weise um Unterstützung angeht, daß er dem Polizeiministerium nach schon eine polizeiliche Warnung erhalten hat.

In der Sitzung des Florentiner Gerichtshofs am 6. October wurde Guerazzi's Verhör beendet. Er gab Aufschlüsse über die Ereignisse vom 11. und 12. April 1849, an welchen Tagen die Contrerevolution ausbrach und die höchste Gewalt einem Regierungscomite übergeben wurde. Guerazzi erzählte den blutigen Zusammenstoß, der am 11. zwischen den Florentinern und den Freiwilligen von Livorno stattfand. Er sagte, er habe sich ohne Waffen zwischen beide Parteien geworfen, um das Bluvergießen zu hindern, und sei so glücklich gewesen, die Freiwilligen aus der Stadt zu entfernen. Den folgenden Tag habe man ihn nach dem Fort von Belvedere geführt, um ihn vor der Wuth des Volkes zu schützen, das „nieder mit Guerazzi!“ gerufen habe. Die Regierung aber habe ihn dort bis zum 24. Mai festgehalten und dann den G.-richten übergeben. Er schloß, indem er das Regierungscomite eines hinterlistigen Auftretens ihm gegenüber anklagte. Hierauf begann die Vertheidigung, die betreffenden Documente vorzulesen und sollte am folgenden Tag damit fortfahren.

Frankreich.

‡ **Paris**, 16. Oct. Der Bericht über den festlichen Einzug des Prinz-Präsidenten hat dem über den letzten Tag der Revue vorgegriffen; möge dieser daher jetzt folgen. Vorgestern Abend wohnte Ludwig Napoleon in Poitiers dem ihm zu Ehren von der Stadt veranstalteten Ball bei und wurde dort mit den enthusiastischen Kaiserrufen von allen Seiten begrüßt. Als eine aus jungen Mädchen bestehende Deputation von dem Balle der Arbeiter erschien, um dem Prinzen eine Krone zu überreichen, tanzte er mit einem der Mädchen, was wiederum den stürmischen Ruf Vive Napoléon III. veranlaßte. Gestern früh wurden auf der schönen Promenade Blossac die Truppen und die Deputationen der Landgemeinden gemustert und dann die Reise nach Tours fortgesetzt. Unterwegs kurzer Aufenthalt in Chatellerault, wo sich die gesammte Bevölkerung zur Huldigung aufgestellt hatte. Die Ankunft in Tours erfolgte gestern Nachmittag gegen halb 4 Uhr. Auch hier war der Enthusiasmus unbeschreiblich. Der Prinz begab sich sogleich nach der Kathedrale, wo er von dem Erzbischof und der Geistlichkeit empfangen wurde, ließ dann die Truppen Revue passiren und die Deputationen der Landgemeinden defiliren. Abends fuhr er im offenen Wagen und ohne Escorte durch ein ungeheueres Menschengedränge zum Ball im Rathhause. Die Straßen waren illuminirt und überall ließ sich das Vive l'Empereur! stürmisch vernehmen. Im Ballsaal wurde der Prinz mit dem größten Enthusiasmus empfangen. So weit die der Regierung zugegangenen Depeschen. — Hunderttausend Wähler im Departement Pas-de-Calais haben eine Petition um Herstellung des Kaiserreichs unterzeichnet, von 903 Gemeinden haben 893 ihre mit legalisirten Unterschriften bedeckten und den Maireisiegeln versehenen Petitionen der Präfectur zugeschickt, um durch diese dem Senat übermittelt zu werden. Aehnliches wird aus dem Obersaone- und andern Departementen berichtet. Das Journal „le Maine“ hat vom Präfecten des Sarthedepartements die erste Verwarnung erhalten. — Nach dem Monatsbericht der Bank hat sich ihr Metallvorrath (gegenwärtig 586 Mill.) um 23½, und die laufende Rechnung des Staats um 17½ Mill. vermindert, während der der Discounts um 25½, und der Notenumlauf (jetzt 635½ Mill.) um 19½ Mill. zugenommen hat.

† **Paris**, 16. Oct. Vor einigen Tagen hat man im Fort St. Nicolas zu Marseille mit der in dieser Stadt entdeckten Höllenmaschine in Anwesenheit des Commandanten des Forts, des Präfecturaths der Republik und einiger Offiziere Schießversuche angestellt, um sich von der verderblichen Wirkung derselben zu überzeugen. Ueberhaupt gewinnt die Complottgeschichte nun doch ein ernsteres Ansehen. Die Polizei hat sehr wichtige Papiere aufgefunden, welche auf das demagogische Comite in London hinweisen sollen. Neue Verhaftungen sind erfolgt; man gibt die Zahl der Festgenommenen auf sechzehn bis achtzehn an. Unter denselben befindet sich ein vormaliger Volksvertreter, dem man niemals erhitzte ein geheimnißvolles Düster über der ganzen Voruntersuchung, und factisch ist nur das Eine, daß der in St. Etienne verhaftete angeklagte Gaillard der rechte wirklich nicht ist, sondern die Polizeiagenten getäuscht hat.

Belgien.

Brüssel, 15. Oct. Die ministerielle Krisis, welche man endlich beendigt glaubte, dauert noch immer fort. Hr. de Brouckere hat mit dem König eine lange Conferenz gehabt, worin er denselben das Resultat seiner Bemühungen und zugleich die Besürchtung mittgetheilt haben soll, mit dem von ihm gebildeten Cabinet nicht durchdringen zu können, da er im Auge gehabt hätte. Wie es scheint, hat indessen Herr de Brouckere noch nicht definitiv die Mission niedergelegt, womit man ihn beehrt hatte; er hält sich noch ferner zur Disposition des Königs. — Die Ernennung des Präsidenten der Repräsentantenkammer scheint noch immer eine große Schwierigkeit. Die liberalen wollen durchaus Hrn. Delfosse vorschlagen; die Katholiken sind entschlossen, ihre Stimmen dem Prinzen von Chimay zu geben; dagegen hätte das von Hrn. de Brouckere gebildete Cabinet, welches vielleicht mit etwas mehr Mäßigung die Politik der abtretenden Verwaltung fortzusetzen wünschte, die Ernennung des letzteren Candidaten nicht angenommen. Alles hängt daher von der Frage ab, welchen Mitglieder einschlagen werden; bis jetzt konnte man ihrerseits noch keine Garantie erlangen. (K. Z.)

Niederlande.

Amsterdam, 15. Oct. Dem „Handelsblad“ schreibt man aus dem Haag, daß die Ernennung des Barons von Zuylen van Nyevelt zum Minister des Auswärtigen heute Morgen durch den König unterzeichnet wurde.

Großbritannien.

‡ **London,** 15. Oct. Ihre Maj. die Königin und der Prinz-Gemahl sind gestern, von Bangor kommend, kurz vor 7 Uhr Abends in Windsor angekommen. In Conway, Shrewsbury, Wolverhampton und Banbury sind der Königin Adressen überreicht worden. Auf morgen Samstag ist Geheimerathssitzung im Windsorschloß angesagt.

Am Montag reiste die mehrerwähnte Deputation an den Großherzog von Toscana, zur Verwendung für das Ehepaar Madiai, nach Marseille ab. Sie besteht aus dem Earl v. Roden (der leider ein Orangist und selber kein Muster von Toleranz ist), dem Earl v. Cavan und Capitän Trotter. In Marseille hofft die Deputation mit dem Baron v. Holbeck aus Preußen, Herrn de Souterande aus Holland, Oberst Tronchin aus Genf, dem Herrn Pistoriete aus Stuttgart, dem Grafen St. George und anderen Herren aus Frankreich und Deutschland zusammenzutreffen, um am 26. Oct. in Florenz zu sein.

Dänemark.

Kopenhagen, 12. Oct. In der gestrigen Sitzung des Volksthings theilte der Präsident mit, er sei von den Staatsrevisoren benachrichtigt worden, daß sie die Staatsabrechnung für 1851—52 erhalten und Bjerring zu ihrem Vorsitzenden gewählt hätten. Vom Minister des Auswärtigen habe er ferner 115 Exemplare eines als Manuscript für den Reichstag gedruckten Heftes erhalten, welches die Unterhandlungen enthalte, die über das Aufhören der Bundesintervention in den Herzogthümern zwischen Dänemark einer- und Oesterreich und Preußen anderseits geführt worden seien. Bei der Uebersendung habe der Minister des Auswärtigen den Wunsch ausgesprochen, daß in Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit der Verhältnisse, über welche hier Aufschlüsse gegeben würden, in Betreff der Benutzung der Actenstücke alle mögliche Discretion beobachtet werden möge. Zugleich sei ihm ein Document im Original zugestellt, welches als Eigenthum des deutschen Bundes bezeichnet war und von den Mitgliedern des Things nur dann benutzt werden könne, wenn sie sich deßhalb an den Vorsitzenden wendeten. (Anderen Berichten zufolge erklärte der Präsident, daß er das letztgedachte Document nach dem Schlusse der öffentlichen in geheimer Sitzung vorlesen werde.) Schließlich legten noch die Minister der Justiz, des Innern und der Finanzen verschiedene Gesetzentwürfe vor; so der Finanzminister einen Gesetzentwurf über die Ausgleichung des Zollunterschieds zwischen Dänemark, Schleswig und Holstein, welcher schon durch das vorläufige Gesetz vom 25. August 1850 vorbereitet und in dem königlichen Manifeste vom 28. Januar d. J. versprochen worden sei. Er hob die finanziellen Vortheile hervor, da die Zollreduction ohne Verlust werde geschehen können. (Aus einem anderen Berichte geht hervor, daß in diesem Gesetzentwurfe über die Zeit, wann die Verlegung der Zolllinie an die Elbe stattfinden solle, noch keine Bestimmung enthalten ist, die Zeitbestimmung dafür vielmehr dem Könige überlassen werden soll.) (B.-H.)

Spanien.

‡ **Madrid,** 11. Oct. Anläßlich des Geburtsfestes der Königin sind gestern die im Saladero gefangen gehaltenen vier Zeitungsredacteure in Freiheit gesetzt worden.

Portugal.

‡ Das „Diario do Goberno" vom 4. October veröffentlicht das Decret, durch welches die Cortes auf den 2. Januar k. J. einberufen werden. Die Wahlen sollen am 12. December vorgenommen werden.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
X.

✓ **Köln,** 15. Oct. Sitzung vom 14. Vernehmung des Angeklagten Otto, Chemiker in der hiesigen Mineralwasseranstalt. Auch er spricht anfangs sehr leise, gesteht, den demokratischen Verein besucht und Mitglied des Arbeitervereins gewesen zu sein. — Präsident: Das Organ des letztern Vereins rühmt Ihre Thätigkeit. Der Präsident verliest einige Artikel, worin von Otto's Erwählung zum Vorstandsmitglied, zum Bibliothekar, von einem Vortrag ꝛc. berichtet wird. — Frage: Worüber hielten Sie den Vortrag? — Antw. Ueber die Anfangsgründe der Chemie. — Frage: Waren Sie Mitglied des Bundes? — Antw. Nein. Er widerlegt die Behauptung Reiffs, wegen seiner Anwesenheit bei Röser, während der Verlesung der Ansprache in ähnlicher Weise, wie Daniels. — Präsident: Hatten Sie Kenntniß vom Bunde? — Antw. Ja. — Frage: Durch wen? — Antw. Durch Schapper. Hierauf erzählt Otto, wie er mit Schapper aus Sorge für seine Familie vertraut geworden sei. Der Bund sei aber erloschen und sei Schapper der Meinung gewesen, man müsse ihn wieder ins Leben rufen. Mehr habe er nicht davon erfahren. Jedoch gibt Otto zu, die Ansprache vom März 1850 einmal und das Statut vom gleichen Datum zweimal abgeschrieben zu haben. Als Emissär will er nicht gereist sein. Er habe eine Geschäftsreise für die Wasseranstalt gemacht und dabei seine Verwandte in Schneeberg besucht; Röser, dem er davon gesagt, sei am Abend vor seiner Abreise zu ihm gekommen und habe ihm aufgetragen, sich nach den communistischen Gesinnungen mehrerer Personen zu erkundigen und ihm davon Mittheilung zu machen. — Präsident: Sie behaupten in dem Glauben gewesen zu sein, daß Röser diese Mittheilungen nur im Interesse des Arbeiterbildungsvereins wünschte, und erkundigten sich doch nach politischen Verbindungen? — Antw. Ja, aber ohne dabei eine besondere politische oder national-ökonomische Richtung ins Auge zu fassen. — Präsident: Sie wollen keine andere Recommandation gehabt haben, als eine Karte des Arbeiterbildungsvereins; es ergibt sich aber aus einer Aussage Gangloffs, daß es eine Empfehlung war, die in ähnlicher Weise wie die Vollmacht Nothjungs mit Unterschriften versehen war? — Der Angeklagte sucht eine Auslegung zu seinen Gunsten zu geben, und beruft sich auf Gangloff selbst. — Präsident: Das können Sie wohl. Gangloff, der Verleger des „Prometheus" in Leipzig, ist eines ähnlichen Verbrechens wegen verurtheilt. Er hat nur ausgesagt, was ihm durch Ueberführung abgepreßt wurde. Die Herren Geschwornen werden Gelegenheit finden zu bemerken, daß er Alles zu leugnen und zu Gunsten der Angeklagten zu wenden sich bemüht. Dennoch sagte er von der Empfehlung mit zwei Unterschriften aus. — Es wird ein Brief Gangloffs an einen gewissen Kothbeck dem Angeklagten vorgezeigt. Dieser erklärt, den Genannten nicht zu kennen. Der Brief wird verlesen; es heißt darin: „Ein gewisser Otto von Köln war bei Ihnen, Sie haben demselben nicht getraut, er war aber gut accreditirt. Es treibt sich noch ein anderer Kölner herum, dieser ist ein Spion, seine Papiere sind falsch; er steht mit dem Criminalrichter in Verkehr. Besorgen Sie die Verbreitung der Blätter. Ich brauche Ihnen wohl nicht erst zu rathen, zu vernichten, was auf den Ursprung hinweist. — Präsident: Die verbreiteten Blätter waren die Flugblätter und Plakate „Preußische Brüder und preußische Unterthanen", die wir näher werden kennen lernen. Sie haben aufgegeben, Mittheilungen an Röser unter doppelten Converts zu machen, und zwar unter der äußern Adresse „Koch, Thieboldsgasse Nr. 15". Wozu diese Vorsicht, wenn es sich nur um den Arbeiterbildungsverein handelte? — Antw. Ich kannte seine Wohnung nicht. — Präsident: Und waren doch in seiner Wohnung. — Antw.: Die er schon geändert haben konnte. — Präsident: Daß er nicht in der Thieboldsgasse wohnte, wußten Sie jedenfalls. — Otto erkennt an, daß er auch die Ansprache vom December 1850 einmal und die Statuten von diesem Datum zweimal abgeschrieben habe. In einem Rundschreiben, das er gleichfalls abschrieb, ist von einem Emissär Otto von Köln die Rede. Der Angeklagte erklärt, daß er sich in diesem Otto nicht wieder erkannt habe. Hätte er vermuthet, daß ihm dieses 15 Monate Gefängniß zuziehen könnte, so würde er vorsichtiger gewesen sei. Diese Bemerkung erregt einige Heiterkeit. — Der Präsident deutet an, daß man die 600 Exemplare Flugblätter und Plakate: „Preußische Brüder und preußische Unterthanen" in Rudolstadt entdeckte, nebst einem Begleitschreiben von unbekannter Hand von Berlin datirt. Die Briefe von Gangloff wiesen darauf hin, daß das Paket durch dessen Vermittelung versandt war; dieses verwies auf Herzog, Herzog aber leugnete zu wissen, durch wen es ihm zugekommen. Es geschahen nun auf allen Postämtern Recherchen, und man entdeckte endlich, daß es von Magdeburg nach Leipzig gegangen war. Dies machte die Sache noch nicht klarer; endlich aber ergab eine Vergleichung, daß das Schreiben von der Hand des Angeklagten Otto sei. Dies Schreiben empfiehlt gute Verbreitung in den Nachbarorten, und ist gezeichnet: „Die Freunde." Otto erklärt, er habe diesen Brief nur copirt, und nicht gewußt, was damit versandt wurde; als er später die Flugblätter gelesen, sei er selbst über deren Inhalt erschrocken. Der Präsident hebt die Unwahrscheinlichkeit hervor, daß er sich zu verschiedenenmalen ganz zur Maschine habe gebrauchen lassen. Die Flugblätter werden verlesen; sie beziehen sich auf die Aushebungen der Landwehr ersten und zweiten Aufgebots. Des Volkes Leben und Blut, heißt es darin, würde leichtsinnig auf eine eitle Komödie gesetzt. Preußen und Oesterreich wären einig und beugten sich in Warschau vor Rußland. Aber man bedürfe einer Kriegskomödie, um den Localpatriotismus zu erwecken, damit man durch dieses Mittel dem Volke den letzten Pfennig abpresse, um die Finanzen wieder zu heben. Es sei gleich, ob man am Ende nutzlos auf dem Schlachtfeld oder auf dem Schaffot geschlachtet werde. Das Flugblatt endet mit dem Ruf: Heil der Republik. Die Vernehmung Otto's ist zu Ende.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Die Arbeiten der Eisenbahn von Metz haben auf dem Banne der Gemeinden Maizieres und Hagondange bereits begonnen und sollen binnen kurzem auf der ganzen Linie in Angriff genommen werden, da die Gesellschaft die Bahn bis zum 1. October 1853 zu eröffnen gedenkt.

Frankfurt, 18. Oct. Bei der heute stattgehabten 14. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 4137, 8871, 14879, 65, 17348, 5323 und 12003 jede 1000 fl., Nr. 16457 und 13444 jede 300 fl.

Frankfurt, 18. Oct. Gestern sind hier angekommen: Ihre Durchlauchten der Fürst von Hohenlohe-Langenburg, aus Hohenlohe und die Prinzessin zu Wittgenstein, aus Wittgenstein, im englischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[2107] **Edictalladung.**

Die Curatel über den unbekannt wo abwesenden Johann Peter Heep von Niederzeugheim betreffend.

Dem seit 54 Jahren unbekannt wo abwesenden am 9. März 1761 geborenen Johann Peter Heep von Niederzeugheim oder dessen Leibes- oder Testamentserben wird, nachdem das unterzeichnete Justizamt von dem Civilsenate des Herzogl. Hof- und Appellationsgerichts zu Dillenburg zur Einleitung des Abwesenheitsverfahrens ermächtigt worden ist, zur Empfangnahme des bis hierher curatorisch verwalteten Vermögens, welches nach der letzten Rechnung 345 fl. beträgt, eine Frist von

drei Monaten

bestimmt, unter der Ankündigung, daß er nach Ablauf dieser Frist für todt erklärt und dieses Vermögen nach Vorschrift des Edicts vom 21. Mai 1781 seinen darum nachsuchenden nächsten Erben ab intestato werde ausgeliefert werden und wenn sich Niemand meldet, mit dem curatorisch verwalteten Vermögen wie mit einer herrenlosen Sache werde verfahren werden.

Hadamar, den 2. September 1852.

Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt.
Ebhardt.

[1992] **Oeffentliche Aufforderung.**

Katharina Schmidt, Tochter des verstorbenen Daniel Schmidt von Geinsheim, welche sich im Jahr 1810 oder 1811 zum letztenmal in Geinsheim gezeigt hat und über deren Leben und Aufenthalt seitdem nichts weiter bekannt geworden ist, als daß sie an einen östreichischen Militär Namens Güth aus Geinsheim, nach dessen Tod an einen östreichischen Militär Namens Wegerle aus Würtemberg, verheirathet gewesen sein und sich mit diesen in verschiedenen östreichischen Garnisonen aufgehalten haben soll, wird hiermit, und im Falle sie nicht mehr am Leben, etwa vorhandene directe Leibeserben derselben aufgefordert, sich

innerhalb drei Monaten

vom ersten Erscheinen dieser Aufforderung in öffentlichen Blättern über die Antretung oder Ausschlagung der ihr durch den Tod ihres Bruders Johannes Schmidt I. zu Geinsheim angefallenen Erbschaft um so gewisser bei unterzeichnetem Gerichte zu erklären, als sie sonst bei Vertheilung der Erbmasse nicht berücksichtigt werden wird.

Großgerau, am 19. August 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Becker.

[2182] Die Frau des Johann Heinrich Roth in dem hiesigen Bezirksorte Villingen, Katharina geb. Mattern, hat auf Ehescheidung geklagt, weil ihr Mann, nachdem er schon vorher sich pflichtwidrig gegen sie benommen, vor etwa zwei Monaten sich heimlich von Haus entfernt und durch Uebezug nach Amerika sich der böslichen Verlassung gegen sie schuldig gemacht.

Johann Heinrich Roth wird daher aufgefordert, sogewiß

binnen drei Monaten

in seine Heimath zurückzukehren und das eheliche Verhältniß fortzusetzen, als sonsten die angeführten Thatsachen und Verhältnisse als eingeräumt und zugestanden angenommen werden sollen, er, der Beklagte, für den schuldigen Theil erachtet und demzufolge was Rechtens erkannt werden wird.

Hungen, den 17. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Hofmann.

[2026] **Edictalladung.**

Gr. Hofgericht zu Gießen hat über das Vermögen des Philipp Deichert zu Waikartshain den Concurs erkannt. Es werden deßhalb alle Diejenigen, welche Ansprüche irgend einer Art an die Concursmasse bilden wollen, hierdurch aufgefordert, solche in dem auf

Montag den 8. November l. J., Vormittags 9 Uhr,

festgesetzten Liquidationstermine dahier anzuzeigen, widrigenfalls Ausschluß von der Masse stillschweigend eintritt. Wer nicht in Selbstperson erscheint, hat seinen Vertreter zugleich auch zu Eingehung etwaigen Vergleiches zu bevollmächtigen oder zu erwarten, daß er als den Beschlüssen der Mehrzahl der Liquidanten beitretend erachtet werden wird.

Grünberg, den 2. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Weicker.

[2170] **Edictalladung.**

Jacob Pink von Waschenbach hat sich mit seiner Frau, Margaretha geb. Wembacher, am 19. Juni l. J. heimlich, angeblich nach Amerika, entfernt und die kaum erst erkaufte Mühle und Liegenschaften, nach Veräußerung alles Beweglichen, unbeaufsichtigt zurückgelassen. Auf Antrag der Interessenten werden Jacob Pink's Eheleute aufgefordert, in dem Termin

Dienstag den 2[illegible]. December 1852, Vormittags 10 Uhr,

etwaige Mittel zur Abwendung einer Vermögens-Veräußerung oder des Concursverfahrens um so gewisser dahier anzuzeigen, als sonst der einstweilen provisorisch bestellte Curator Adam Pink von da, lediglich über die weitere Behandlung dieser Debitsache gehört und weiter, nach Lage der Sache, soweit als zur Befriedigung der Gläubiger nöthig, verfahren, nöthigenfalls auch Concurserkenntniß erwirkt werden soll.

Zugleich werden alle Gläubiger derselben aufgefordert, in diesem Termine ihre Forderungen speciell zu liquidiren und etwaige Vorzugsrechte zu begründen, mit dem Bemerken, daß die etwa Bekannten Nichterscheinenden als den Anträgen der Erscheinenden beitretend erachtet, alle anderen aber unbeachtet gelassen werden sollen.

Reinheim, am 17. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Kleinschmidt.

[2260] **Oeffentliche Ladung.**

Von dem Erlöse für die zur Deckung des Recesses des verlebten Kirchenrechners Christoph Pauli zu Heldenbergen, veräußerten Grundstücke, sind nach Tilgung des Recesses noch etwa Zweihundert Gulden übrig geblieben. Da man nicht weiß, ob und wer etwa an diesen Ueberschuß rechtliche Ansprüche machen kann, so fordert man Alle, welche hierauf Ansprüche irgend einer Art erheben wollen, auf, solche so gewiß in zerstörlicher Frist von

sechs Wochen

dahier anzuzeigen und zu begründen, als sonst derselbe dem Gr. Fiskus wird überwiesen werden.

Großkarben, am 22. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Jäger. Schmidt.

[2317] **Oeffentliche Ladung.**

Die dem Herrn Fürsten Ernst Casimir zu Isenburg und Büdingen in der Gemarkung Wolf zustehende, durch Allodification der Erbleihmühle des Konrad Wacker daselbst entstandene Grundrente von jährlich 188 fl. 30¾ kr., soll mit einem Ablanscapital von 3393 fl 13½ kr. nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. Juni 1836 unter Mitwirkung Gr. Hess. Staatsschuldentilgungskasse abgelöst werden.

Es ergeht daher an alle bei dieser Ablösung sowohl bekannten als unbekannten Betheiligten, besonders diejenigen, welche aus einem Pfandrechte oder Lehns- oder Fideicommißverbande hieran Ansprüche zu machen haben, die Aufforderung, ihre etwaigen Ansprüche

binnen zwei Monaten

so gewiß dahier anzuzeigen, als sonst die Auszahlung des Ablösungscapitals an den bemeldeten Herrn Berechtigten gestattet werden wird.

Büdingen, den 8. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Wegelin.

Cours der Staats-Papiere. 18. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.L.S.b.Roths)	93¾ G.	Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28½ P. ¼ G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B.	94¼ G.	Württemb.	4½% Oblig. b Roths.	101½ bez
»	5% L. V. (C. b Roths)	89⅛ P. 88⅞ G.	»	3½% ditto	90⅞ P. ⅝ G.
»	5% do. Monte C.iS.i.M	84½ P. ¼ G.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34½ P. ¼ G.
»	Bank-Actien . . .	1395 bez. u. G.	»	Fedr.-Wilhs-Nordb.	44¼ bez. u. G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81½ P. ¼ G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	102⅛ P.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	81⅝ P. ⅜ G.	»	4% ditto b. Rothsch.	98⅛ P.
»	4½% ditto	73⅜ P. ¼ bez. ⅛ G.	»	3½% ditto b Rothsch.	92⅜ bez.
»	4% ditto	65 P.	»	fl. 50 Loose . . .	90¼ P. 89¾ G.
»	3% ditto	49 G.	»	fl. 25 Loose . . .	31½ P.
»	2½% ditto	42½ P. ⅛ G.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95¾ G.
»	1% ditto	16⅔ P.	»	3½% » v. 1846	95¼ G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	120¾ P. ¼ G.	»	3% » . . .	85¾ P. ½ G.
»	fl. 500 » ditto	194½ G.	»	Taunusbahnact. .	301 P. 299 G.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	81¼ P.	Russland	4½% Obl. b. Baring	103 P.
»	4% ditto	71¼ P.	»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	90¼ G.
Preussen .	3½% Staatsschulds.	94¼ P.	»	4% » b. Stieglitz »	90¾ G.
»	4½% Oblig. b. Roths.	104 P.	Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91 P. 90¾ G.
»	Coln-Mind. E.-Actien	112½ bez. ¼ G.	Spanien	3% Int. Sch. P. fl. 2.30	46⅝ P. ½ bez. ⅜ G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅜ G.	»	1% Neue » »	25 11/16, ¾, 13/16 bez. ¾ G.
»	4½% ditto	100⅞ P. ⅝ G.	Holland .	4% Certificale . .	95¾ G.
»	4% ditto	—	»	3½% Syndicate .	94½ G.
»	4% Ablös.-Rente .	96¾ P.	»	2½% Integrale .	63¼ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93 P.	Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 12b. R.	99¼ P. ¼ G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95⅛ P. ½ bez.	»	4½% Obl. in F. à 28 kr.	97¼ P. ⅜ G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102¾ G.	»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	90¾ G.
Baden . .	5% Obligationen . .	101¼ G.	»	2½% Obl. b. Rothsch.	55⅝ bez. ½ G.
»	4½% Obligationen	102¾ G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98 G.
»	3½% v. 1842 . . .	90¾ P. ½ G.	»	5% Obl. b. Hambro	95 P. 94¾ G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66¼ P. 65¾ G.	»	Sardinische Loose .	40¾ P. ¼ G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	37⅞ G.	Toscana	5% Obl. 1850 (C. b. Golds.)	99¾ G.
Nassau . .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 G.	»	5% » 1851. b. Bastogi (do.)	97¼ G.
»	4% ditto	99¾ P.	N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	116⅜ P.
»	3½% ditto	91½ G.	Vereins fl. 10 Loose	. .	8⅞ P. ¾ G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 18. October		Per comptant.
Amsterdam . (100 fl. Crt.)	k.S.	100¼ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Augsburg . . (100 fl. Crt.)	k.S.	120⅜ B. 119⅞ G.
	3M.	— —
Berlin . . . . (60 Thlr.) .	k.S.	105¼ B. 105 G.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. i. Ldor.)	k.S.	97⅜ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Hamburg . . (100 Mk. Bc.)	k.S.	89⅛ B. 88⅞ G.
	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105¼ B. 104⅞ G.
London . . . (10 Livr. St.)	k.S.	119⅜ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Lyon . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94⅜ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	100⅜ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Paris . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94¾ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Wien (100 fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	102⅞, 103 bez. u. G.
Disconto		3 B. 3½ G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 45-46
Pr. Friedrichsd'or	»	9 55-56
Holl. 10 fl. Stücke	»	9 54-55
Rand-Ducaten .	»	5 37½-38½
20 Francsstücke	»	9 29-30
Engl. Sovereigns	»	11 54
Gold al Marco	»	383-84
5 Frankenthaler	»	2 21½-22½
Preuss. Thaler	»	1 45-¼
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 45-¾

Druck von August Osterrieth.

№ 250. — Dienstag — den 19. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Postbezirke von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Bereinen des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins vierteljährlich 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Besitzungen 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 20 Sgr. — für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr C. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 20, und in Basel Herr Peter-Imhof & Sarasin No. 17, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4/5 Petit) wird Verlangt, oder deren Raum 2 Sgr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 18. Oct. Wir haben bereits erwähnt, daß das „Dresdner Journal“ eines der beiden von uns nach der „Volkswirthschaftlichen Monatsschrift“ von Dr. Toegel mitgetheilten Actenstücke der Stuttgarter Conferenz für gefälscht erklärt hat. Das genannte Blatt sagt in dieser Beziehung: „Es wurden bei der Stuttgarter Conferenz vier Actenstücke festgestellt: 1) die bekannte Erklärung, die am 21. August in Berlin abgegeben wurde; 2) eine Zusammenstellung der zu erschiegenden Modificationsanträge zum Septembervertrag; 3) eine Instruction an die Bevollmächtigten, welche in der gedachten Monatsschrift richtig abgedruckt ist; endlich 4) eine weitere Instruction, welche den Bevollmächtigten ebenfalls zur Danachachtung mitgetheilt wurde.“ Der wortgetreue Inhalt des letzten Actenstücks wird dann wie folgt angegeben:

„In Bezug auf die nach Abgabe der Erklärung eingenommene Haltung wird den Bevollmächtigten nachstehende Anweisung ertheilt.“

„Wenn die preußische Regierung etwa erklärt, daß nun, nachdem die verbündeten Regierungen sich nicht mit beiden Präjudicialpunkten einverstanden erklärt hätten, keine weitern Verhandlungen stattfinden könnten, so haben die Bevollmächtigten Berlin zu verlassen.“

„Sollte die preußische Regierung erklären, daß sie auf die über den zweiten Präjudicialpunkt gestellte Frage nur auf ihre früheren Erklärungen verweisen könne, und daher nun einen bestimmten Ausspruch über den zweiten Präjudicialpunkt erwarte, so haben die Bevollmächtigten ohne Einholung weiterer Instruction zu erklären, daß sie lediglich auf ihre letzte Erklärung verweisen und wiederholt die Beantwortung der gestellten Frage beantragen müssen.“

„Sollte die preußische Regierung jede Berücksichtigung der Wiener Vertragsentwürfe ablehnen, so haben die Bevollmächtigten auszusprechen, daß ihre Regierungen unter diesen Umständen die zweite Präjudicialfrage nur verneinend beantworten, und sich nunmehr auch an die erfolgte eventuelle Besahung der ersten Präjudicialfrage nicht mehr gebunden erachten können.“

„Sollte endlich die preußische Regierung zunächst keine Antwort auf die Frage der verbündeten Regierungen ertheilen, sondern die Verhandlungen über die andern noch unerledigten Propositionen fortsetzen wollen, so haben die Bevollmächtigten hierauf einzugehen und weitere Instructionen zu erwarten.“

„Für diesen Fall verabreden die Regierungen unter sich, zwar einige Zeit zuzuwarten, jedoch dann Bevollmächtigte nach Wien zur Berathung des Vertrages C. abzusenden und zwar so zeitig, daß diese Berathungen jedenfalls am 1. October beginnen können.“

„Diese Absendung soll auch eintreten, wenn es auch irgend einem Grunde zum Abbrechen der Verhandlungen in Berlin kommen sollte.“

Das „Dresdner Journal“ fügt hinzu, daß es in der Lage sei, noch besonders versichern zu können, daß nicht etwa, wie nach dem neulichen Versehen bayerischer Blätter bei Abdruck der Münchener Erklärung vermuthet werden könnte, eine dem Toegelschen Abdruck entsprechende Fassung ursprünglich entworfen gewesen sei; vielmehr wisse es mit Bestimmtheit, daß die von ihm mitgetheilte Instruction keinerlei Abänderungen erfahren habe, daher die Toegelsche Version lediglich ein Werk der Erfindung sei. Es ergebe sich inzwischen aus dieser Zusammenstellung nicht allein, daß die vom Dr. Toegel — und wie das „Dresdner Journal“ so eben wahrnehme — selbst von der „Preußischen Zeitung“ gelieferte Mittheilung den Context des fraglichen Actenstücks durchgehends entstelle und verändere, sondern auch einen ganzen Satz einschiebe, von dem nicht einmal etwas Aehnliches sich in der Originalurkunde vorgefunden; dieser Satz sei aber um so wichtiger, als es der einzige sei, welcher für die preußische Regierung bei einem Bekanntwerden verletzend erscheinen und aus diesem Grunde hätte ausgebeutet werden können.

Auch die „Neue Münch. Zeitung“ erklärt sich für ermächtigt, das von Dr. Toegel mitgetheilte Actenstück als gefälscht zu bezeichnen.

in **Frankfurt**, 18. Oct. Herr Richard Edwardes, Legationssecretär bei der hiesigen königl. großbritannischen Gesandtschaft, ist gestern nach London gereist und wird einige Zeit daselbst verweilen.

Wien, 15. Oct. Se. Maj. der Kaiser ist heute Morgen auf der Südbahn angekommen und im Schlosse zu Schönbrunn abgestiegen.

* **Wien**, 15. Oct. Die „Oesterreichische Correspondenz“ bringt Näheres über die Einrichtung der Gerichtsbehörden. Es sollen nachfolgende 14 Oberlandesgerichte bestehen, zu Wien, Prag, Brünn, Graz, Innsbruck, Triest, Lemberg, Krakau, Agram, Temesvar, Hermannstadt, Mailand, Venedig und Zara. Die Bestimmungen über die Gerichtseintheilung des Königreichs Ungarn stehen noch zu erwarten. Die Oberlandesgerichte werden besetzt mit einem Präsidenten und nach Erfordernis auch mit einem Vicepräsidenten, dann mit der dem Bedürfnisse angemessenen Zahl von Oberlandesgerichtsräthen, denen Rathssecretäre und Secretärabjuncten zur Führung der Rathsprotocolle und zur Ausfertigung der Rathsbeschlüsse beigegeben werden. Die Kanzlei, d. i. Einreichungsprotocoll, Expedition und Registratur, wird, in soweit die Vereinigung ihrer Leitung ausführbar ist, unter einen Vorsteher mit der Benennung „Director der Hilfsämter“ gestellt. Den einzelnen Abtheilungen werden Adjuncte vorstehen. Denselben werden Officiale und Accessisten als Kanzleibeamte beigegeben. Die Dienerschaft besteht aus Rathsdienern, Kanzlei- und Amtsdienern.

Das Marinecommandocommando hat den Beschluß gefaßt, eine Marinestiftung zu gründen, welche sich an die fünf Armeestiftungen als sechste unter der Bezeichnung „Marinestiftung“ anreihen soll und zur Unterstützung von Marineindividuen jeder Kategorie bestimmt ist, welche im Krieg vor dem Feind, oder im Frieden durch ein größeres Seeunglück, oder sonst im und durch den Dienst an ihrer Habe zu Schaden kommen können. Um diese Marinestiftung so zu vermehren, daß der angesprochene Zweck gründlicher erreicht werde, ist von dem k. k. Marinecommando ein Aufruf zu freiwilligen Beiträgen für diese Stiftung ergangen.

Aus Trafoi am Wormserjoch wird der „Allg. Ztg.“ die Wiederherstellung der im Jahr 1848 von den italienischen Insurgenten zerstörten Straße über das Wormserjoch gemeldet.

△ **Berlin**, 16. Oct. In Bezug auf die bevorstehenden Kammerwahlen ist nunmehr eine größere Regsamkeit und Thätigkeit hier eingetreten. Der Vorstand des hiesigen allgemeinen conservative-constitutionellen Wahl- und Hilfsvereins ist durch den Vorsitzenden, Herrn Justizrath Geppert (den Vicepräsidenten der frühern zweiten Kammer), zu einer Sitzung auf heute Abend zusammenberufen worden, da dieser Verein die Leitung der Wahlen hier in der Hauptstadt, angeachtet der in ihn vertretenen verschiedenen Richtungen, in die Hand nehmen will. Der Erfolg dürfte indessen nicht voraus zu bestimmen sein, da die Programme der einzelnen conservativen Parteien gar so verschieden lauten. Da jene der ministeriellen und der Kreuzzeitungspartei schon mehr bekannt sind, so wollen wir hier auf jenes der Partei des „Preußischen Wochenblattes“ hindeuten. Nach demselben ist die beschworene Verfassung aufrecht zu erhalten und eine Verbesserung derselben nur auf verfassungsmäßigem Wege und wo ein wirkliches Bedürfniß dazu vorhanden ist, anzustreben. Der Ausbau der Verfassung soll auf gesunden, festen Grundlagen, und nicht auf morschen Pfeilern einer abgestorbenen Vergangenheit geschehen. Das starke Königthum, dessen Preußen bedarf, ist durch gleichzeitige Sicherung der Freiheit und der Autorität, durch Hebung und Belebung des preußischen Nationalgefühls, nach unten und nach außen zu stärken. Die Ehre und die Selbstständigkeit Preußens, so wie die Macht der Hohenzollern sollen höher erachtet werden als d-

Interessen einzelner Stände, als die Gunst fremder Mächte, welche sich für Preußens Alliirte ausgeben. Ferner: Die Verfassung, Gesetzgebung und Entwicklung Preußens und der ihm treu gebliebenen Verbündeten sollen nicht abhängig sein von den Beschlüssen eines Bundestags, in welchem Oesterreichs Stimme entscheidend ist. Preußen muß die Möglichkeit geschert werden, seinen Beruf für sich und für Deutschland dereinst zu erfüllen. Preußen muß als europäische Großmacht erhalten werden, um seinem deutschen Beruf dadurch die Weihe und Kraft zu verleihen. Das sind die Grundzüge des Programms der Bethmann-Hollweg'schen Partei. — Graf v. Raczynski ist von Sr. Maj. dem König zum wirklichen geheimen Legationsrath mit dem Titel „Excellenz" ernannt worden. Derselbe steht bekanntlich nicht auf seinem früheren Gesandtschaftsposten am Vierwälder See zurück. Von Posen ist der Graf hier wieder eingetroffen, nachdem derselbe mehreren Sitzungen des dortigen Provinziallandtags beigewohnt hat. Von der Königin von Spanien ist dem Grafen der Auftrag zu Theil geworden, Modelle von den Kunstwerken des gefeierten deutschen Bildhauers Professor Rauch nach Madrid zu senden.

Mehring a. d. Mosel, 14. Oct. Das ganze Neckmethring, eine Colonie, die im Jahr 1840 angelegt wurde, sich aber nicht des gewünschten Gedeihens erfreute, tritt heute seine Wanderung nach Amerika an. Unser Ort sieht es, der einer großen Last dadurch entledigt wird und außer den Ueberfahrtskosten jeder Familie 300 Thlr. bewilligt hat, die in der neuen Heimat ausgezahlt werden. (Kobl. Z.)

Darmstadt, 18. Oct. Ihre kaiserlichen Hoheiten der Großfürst und die Großfürstin Thronfolger von Rußland sind gestern Abend von ihrem Besuche am Hofe zu Stuttgart wieder in hiesiger Residenz eingetroffen.

Kiel, 14. Oct. Dem Vernehmen nach ist Herr Rathgen — vor dem März 1848 Deputirter in der schleswig-holstein-lauenburgischen Kanzlei in Kopenhagen, unter der Statthalterschaft Justizminister für Schleswig-Holstein, später Landrosd von Pinneberg, und beim Wiedereintritt der Regierung des Königs seines Amts enthoben — von Sr. Maj. dem König von Preußen zum Mitglied des Kammergerichts in Berlin ernannt. (B.-H.)

* **Wiesbaden**, 18. Oct. Gestern wurden die Spielsäle im Kurhause geschlossen; unsere Kur wäre demnach zu Ende. Die Zahl der während der Saison eingetroffenen Fremden beträgt nach der letzten Kurliste weit über 22,000.

Bremerhafen, 15. Oct. Der Bundescommissär Fischer hat 27 zur weiland deutschen Flotte gehörige Kanonenboote mit vollständiger Luggertaklage somit an das Ufer Pboka im Hafen von Wegesack auf den 28. October zur öffentlichen Auction gestellt.

Asien.

Hong-Kong, 24. Aug. Die Nachrichten vom Anfang des Monats über den Fortgang der Rebellion lauten günstig für den Erfolg der kaiserlichen Waffen. Sie hat den Insurgenten eine Niederlage beigebracht. Es heißt sogar, das Haupt der Aufständischen, Tien-Teh, sei gefangen und enthauptet worden. — In der Nachbarschaft von Macao haben unlängst die Seeräuber ihr Unwesen getrieben. Ein portugiesischer Marinelieutenant ward bei Gelegenheit der Wegnahme eines Piratenbootes getödtet. Seitdem ist eine Abtheilung Piraten entdeckt und ihr Häuptling erschossen worden.

Bombay, 14. Sept. Die englischen Truppen im Birmanenreiche werden bedeutend verstärkt. Mit Einschluß der neu abzusendenden Mannschaften wird sich das Landheer auf ungefähr 16,000, die Flottenmannschaft auf 3000 belaufen. — Auf der Nordwestgrenze von British-Indien sieht es wieder unruhig aus. Am 18. August rückte eine Truppenabtheilung auf Pitschauer aus, kehrte jedoch schon nach einigen Tagen wieder zurück, ohne auf den Feind gestoßen zu sein.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 18. Oct. General-Lamoriciere hat heute Morgen nach etwa achtägigem Aufenthalte unserer Stadt verlassen. Das Schlachtfeld von Hanau hat den berühmten Strategen während seines Hierseins am meisten interessirt. — Heute, als am ersten Wahltage, gaben von der ersten Abtheilung 360, von der zweiten 379 und von der dritten 356 hiesige Bürger ihre Stimmzettel ab.

P **Berlin**, 17. Oct. Heute Vormittag wurde Baron v. Linden auf dem königl. Schlosse von dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel, dem König in Privataudienz vorgestellt. Es sind damit die diplomatischen Verbindungen wieder eröffnet, welche zwischen Preußen und Württemberg seit dem Jahr 1850 unterbrochen waren. Merkwürdig genug fällt dies Ereigniß in eine Zeit, wo die Spannung zwischen Württemberg und Preußen in einer andern Angelegenheit den höchsten Grad erreicht zu haben und von neuem mit einem Bruch der bisher bestandenen freundlichen Beziehungen zu drohen schrint.

* **Berlin**, 17. Oct. Gestern ist von dem Criminalsenat des Kammergerichts in der Anklage gegen den frühern Minister Friedberrn v. Arnim, der bekanntlich wegen Verleumdung des Ministeriums in den nicht gehaltenen aber gedruckten Kammerreden des ersten Instanz verurtheilt worden war, auf die Appellation des Angeklagten sowohl wie des Staatsanwalts verhandelt worden. Ueber das Urtheil ist, da die Verhandlung bei geschlossenen Thüren stattfand, für jetzt nichts Bestimmtes zu melden, doch sagt man, daß das Urtheil erster Instanz lediglich bestätigt sei. — Der bisherige königliche Gesandte am Dresdner Hofe Graf v. Galen ist von dort hier eingetroffen, und wird demnächst in gleicher Eigenschaft nach Madrid sich begeben. — Die neulich Nachricht der „Spenerschen Zeitung", die Familie des Freiherrn Wolfschy v. Stein werde demnächst Anstalten zur Abreise nach Konstantinopel dürfte eine sehr voreilige sein. — Die durch die Verfassung vorgeschriebene Verschmelzung der beiden obersten Gerichtshöfe, der gemeinen Oberribunals und des rheinischen Revisions- und Cassationshofes soll demnächst ausgeführt werden. — Die neuesten Nachrichten aus Breslau über das Befinden des Cardinals v. Diepenbrock lauten günstiger.

* **Dresden**, 17. Oct. Das „Dresdener Journal" bestätigt heute die früher schon von der „Frankfurter Postzeitung" gebrachte Mittheilung, daß der Zoll- und Steuerdirector, Herr v. Schimpf, nach Wien sich begeben werde, um als Bevollmächtigter Sachsens an den in den nächsten Tagen beginnenden Zollconferenzen Theil zu nehmen. — Gestern hat der bisherige Oberhofprediger Dr. Harleß Dresden verlassen, um sich nach München zu begeben.

Altona, 15. Oct. Der Oberfeuerwerker Clermont, der sich an dem denkwürdigen Tag von Eckernförde, den 5. April 1849, durch sein tapferes Benehmen rühmlichst ausgezeichnete und von dem damaligen Commandeur der schleswig-holsteinischen Armee zum Offizier ernannt wurde, welches Avancement derselbe aber nicht annahm, hat vor kurzem von dem Obercommando der königlich preußischen Marine das sehr ehrenvolle Anerbieten erhalten, als Officier erster Klasse auf der Fregatte „Gefion" angestellt zu werden. (H. N.)

* **Neapel**, 10. Oct. Die Untersuchung gegen die Theilnehmer an den Bewegungen des 15. Mai ist nunmehr definitiv geschlossen, die bezüglichen Urtheile sind bereits veröffentlicht. Sieben sind zum Tode verurtheilt, zweien ist die Todesstrafe in 25jährigen Kerker gemildert worden; fast bei allen übrigen haben bedeutende Strafnachlässe stattgefunden. — Der König, von dem Erbprinzen begleitet, ist nach Calabrien abgegangen, um die dortigen Truppenmanöver zu commandiren. Der französische Gesandte, Herr Brenier Baron, ist nach Paris verreist. Der Schweizer Pecherea ist gestorben; der Ministerpräsident Troya hat sein Portefeuille zeitweilig übernommen.

* **Paris**, 17. Oct. Auch heute hat Paris noch Feiertag; die Stadt prangt in dem ganzen gestrigen Schmuck und auf den Straßen und den Boulevards, die der Cortege durchzogen hat, drängt und wogt es heute wieder von Spaziergängern. Fremde und Pariser, Soldaten, Landleute, alles bunt durcheinander. Ebenso sind der Garten der Tuillerien und die elysäischen Felder von Besuchern überfüllt, und überall herrscht fröhliches Leben, nirgends eine Spur von Unordnung. Im Augenblick, wo wir dies schreiben, ziehen die hier noch anwesenden Corporationen der Departemente en masse durch die Straßen, um einem ihnen zu Ehren veranstalteten napoleonischen Fest beizuwohnen, bei welchem unter großer Orchesterbegleitung die Cantate von Granyer und Dufrene, mit welcher gestern der Prinz auf dem Bahnhof begrüßt wurde, wiederholt gesungen werden soll.

Noch einiges nachträglich zum gestrigen Einzug. Bei seiner Ankunft im Bahnhof bewillkommte der Prinz seinen Oheim, den Marschall Hieronymus, mit einem Kuß und drückte den übrigen ihn Empfangenden die Hand. Die Mitglieder der Familie Bonaparte hatten sich in den Tuillerien in einem nach dem Garten gehenden Pavillon versammelt. Die Prinzessin Camerata-Baciocchi und die Prinzessin Mathilde Demidoff, der Prinz Napoleon Bonaparte und der Prinz Camerata gingen Ludwig Napoleon entgegen. Ludwig Napoleon küßte sie nach der Reihe und unterhielt sich einen Augenblick mit ihnen. — Die Geistlichkeit der Magdalenenkirche hatte sich in Procession auf dem Magdalenenplatz aufgestellt. Auch diese Aufmerksamkeit wurde von Ludwig Napoleon gewürdigt. An dem Triumphbogen auf dem Eintrachtsplatz stieß sich eine Krone auf das Haupt des Prinzen nieder und die vorn aufgestellten weißgekleideten Mädchen stimmten dabei ihr Vive Napoléon III.! und Vive l'Empereur! an, an welchem sich die Menge kräftig betheiligte.

In der vom Municipalrath von Paris dem Prinzen überreichten Begrüßungsadresse heißt es: „Prinz! Frankreich übertrug Ihnen vor einigen Monaten das höchste Recht, ihm Gesetze zu geben. Heute verlangt die Stimme des Volks, nachdem sie den 2. Decem-

der bestätigt hat, daß die Ihnen anvertraute Gewalt sich befestige, und daß ihre Stabilität die Bürgschaft der Zukunft werde. Die Stadt Paris ist glücklich, diesem Wunsche sich anzuschließen; nicht in Ihrem Interesse, Prinz, und um Ihren Ruhm zu mehren — es gibt nichts Größeres, als sein Vaterland gerettet zu haben, — sondern im Interesse Aller und damit in Zukunft die Wandelbarkeit der Institutionen dem Geist der Unordnung weder Hoffnung noch Vorwand übrig lasse. Sie sind Frankreich zuvorgekommen, als es sich darum handelte, es aus der Gefahr zu reißen; nun es, angeleitet von seinen Erinnerungen, begeistert von seiner Liebe, Ihnen einen neuen Weg öffnet, folgen Sie demselben.

Sobald gestern Abend gegen 6 Uhr die Nacht angebrochen war, wurden die verschiedenen Ministerien, die Nationalpaläste, das Stadthaus, die Post, die Bank, die Börse und alle öffentliche Gebäude glänzend illuminirt; auch die Boulevards strahlten in herrlichem Lichtglanz. Alle Theater, Cercles, Kaffeehäuser, Restaurationen waren mit dreifarbigen Fahnen und Laternen geschmückt. Am Eingang der Straßen Lepelletier und Grange-Bateliere hatte die große Oper Kandelaber aufrichten lassen, die in Lichtflammen den Namenszug des Prinz-Präsidenten und die Kaiserkrone darüber zeigten. Aehnliche Kandelaber und Illuminationen hatten die komische Oper und die übrigen Theater hergerichtet. Auch viele Privathäuser waren mit großem Aufwand prachtvoll erleuchtet. Bis um 1 Uhr nach Mitternacht waren die Straßen von Neugierigen belebt.

Der Prinz-Präsident blieb gestern nur kurze Zeit in den Tuilerien. Nach dem Empfang, der eine Stunde dauerte, fuhr er, ohne Escorte und nur vom General Roguet begleitet, nach dem Elysee zum Diner. Heute früh hat er sich nach Saint-Cloud begeben.

Der Petitionensturm um das Kaiserreich greift in den Departementen immer weiter um sich; keine Gemeinde will zurückbleiben.

In Lyon hat die Polizei eine geheime Pulverfabrik entdeckt und den Inhaber derselben verhaftet.

|| **London**, 16. Oct. (über Paris). Der „Morning Herald" kündigt definitiv den 4. Nov. als den Tag an, an welchem das Parlament zusammentreten werde.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

X.

Köln, 15. Oct. (Fortsetzung der Sitzung vom 14. Oct.) Vernehmung des Angeklagten **Jacobi**, Dr. med. aus Berlin. Derselbe sagt aus: Er studirte bis zum Frühjahr 1851 in Bonn und war dort Mitglied eines Turnvereins, dessen Statuten von der Regierung genehmigt waren. Nebenzwecke habe der Verein nicht gehabt, doch habe man sich auch über Politik unterhalten. Er leugnet nicht, Communist zu sein. Es wird ein Brief des Studenten Hartmann verlesen, worin derselbe einem Freunde über den Turnverein schreibt: Es wird dort über Politik geschwatzt und viel Bier vertilgt. Ein fernerer Brief von Hartmann, datirt vom April 1851, wird verlesen; darin heißt es, unter dem unschuldigen Titel „Turnverein" hätten sich 30 bis 40 Personen zusammen gefunden, es seien Vorlesungen gehalten worden, zu denen man auch Arbeiter zugelassen habe. Sie seien aber immer schwächer besucht worden und eingeschlafen. Man debattirte darüber, ob Socialismus oder Communismus zu befördern seien, und wäre es ein erfreuliches Zeichen, zu sehen, wie die Leute sich auch hier rasch der mehr entschiedeneren Richtung zuwendeten. Trotz Kinkel hielten die meisten mit Marx. In Euskirchen sei ein wohlbewaffneter Turnverein. Der Brief hebt die strategische Wichtigkeit der Eifel hervor, welche die Verbindung mit Trier offen halte. Auch in Andernach sei ein bewaffneter Turnverein. Die in Westfalen seien nicht viel werth. Am Schluß macht er sich über die Predigten der Jesuiten in Bonn lustig. Es werden dem Angeklagten mehrere Briefe gezeigt, die er als die seinigen anerkennt; dann wird ein Brief von ihm an die Schwestern Sophia und Fanny Mayer in Minden verlesen. Derselbe spricht sich in communistischer Weise über die Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie aus. Friede zwischen ihnen sei unmöglich, denn um das Proletariat zufriedenzustellen, müßte die Bourgeoisie sich selbst vernichten. Es ist darin auch die Rede von Loosen. Ein zweiter seiner Briefe an dieselben Personen berichtet von einer Reise nach Düsseldorf. Auf dieser Reise lernte er in Köln Becker, Bürgers, Bermbach und Daniels kennen. Er besuchte diese auch auf der Rückreise. Diese Bekanntschaft sei für ihn sehr fruchtbar gewesen. Er habe sich in Gegenwart jener über dasjenige ausdrücken können, was ihm auf dem Herzen gelegen und wozu er in Bonn selten Gelegenheit finde; man könne von ihnen etwas lernen. In ihrer Gesellschaft fand er flüchtige Franzosen, die sich auf der Reise aus der Schweiz nach London befanden. Ein dritter seiner **Briefe**, wegen dessen noch die Klage auf Majestätsbeleidigung gegen ihn schwebt, sagt in angestrichenen Stellen, die daraus verlesen werden, „der Glaube an Gott sei der Tod der Vernunft. Die Schändung Deutschlands komme nicht von unten, sondern von oben." Excesse des Volks wolle er nicht billigen. Aber die Soldaten bedauere er. Die Ehrlichkeit, welche glaube, einem solchen Schurken Treue halten zu müssen, sei ihm verächtlich. — Der Angeklagte erklärt, die Loose, von denen die Rede sei, wären Loose aus einer Flüchtlingslotterie gewesen; Geld und übriggebliebene Loose habe er nach Genf gesandt. Nothjung kenne er nicht. Er habe ihn zwar in Berlin aufgesucht, aber er sei erst am 11. Mai dorthin gekommen, als Nothjung schon in Leipzig verhaftet war. Er sei nur seines Staatsexamens wegen nach Berlin gereist, das habe ihn aber freilich nicht abgehalten, da ihm Zeit genug verblieben, auch anderweitig seinem innern Antriebe zu folgen. Es wird dann ein schwärmerischer Brief von Fanny Mayer an ihn verlesen, worin die Befürchtung ausgesprochen ist, sie möchte ihn nicht wiedersehen. Sein Herz fürs Volk werde ihn in Paris auf die Barrikade und in den Tod führen. Sie fürchte den Tod zwar nicht, so wenig für sich, als für ihn, aber die Trennung schmerze. Sie habe sich nach seiner Abreise noch gesagt: armes Weib, du hast nichts als Thränen; aber sie fühle es, daß eine Zeit kommen werde, wo auch sie Thaten verrichten werde. Das Schreiben schließt: „Pulver ist schwarz, Blut ist roth, roth ist die Liebe, roth ist das Glück. Hurrah Barrikaden und Republik! Die Menschen werden glücklich, wir beide aber todt sein." — Präsident: Zu welchem Zweck wollten Sie nach Paris reisen? — Antw.: Zur Vollendung meiner Studien. — Präsident: Es scheint, nach diesem Briefe noch ein anderer Zweck damit verknüpft gewesen zu sein. — Antw.: Alle Welt glaubte damals an eine französische Revolution im Jahre 1852. Kein Wunder, daß Fräulein Mayer befürchtete, auch ich würde mich, bei meiner ihr bekannten Gesinnung, davon hinreißen lassen. — Es folgt dann die Verlesung eines Briefes von Jacobi an Bürgers, datirt Berlin, 11. Mai. Der Wortlaut ist ungefähr folgender: Inliegend 7 Thlr. für Becker als Abtragung meiner Schuld. N. habe ich aufgesucht, aber nicht gefunden, er ist spurlos verschwunden. Briefe an mich bitte ich unter doppeltem Convert an (folgt eine Adresse) zu senden; über C. im J. erwarte ich Bericht. Ich wohne bis zum 1. Juni in der (folgt Straße und Nummer.) Aufgefordert, die dunklen Stellen zu erklären, sagt der Angeklagte: die sieben Thaler schulde er Becker für den Druck der Dissertation. N. bedeute Nothjung, an den er empfohlen gewesen sei. „Ueber C. im J. erwarte ich Bericht", heiße: über den Congreß im Juli erwarte ich Bericht. — Präsident: Weßhalb empfahlen Sie doppelte Couverts, da Sie doch Briefe einfach an Ihre Wohnung adressiren lassen konnten? — Angeklagter: Wie in dem Briefe gesagt, war meine Wohnung nur bis zum 1. Juni gemiethet; es konnten Briefe später geschrieben werden. — Fr. Weßhalb unterschrieben Sie den Brief nicht? — Angeklagter: Er ist allerdings mit einem J. unterschrieben. Ueberhaupt ist der Brief sehr flüchtig geschrieben, das beweisen neben den vielen Abkürzungen und der flüchtigen Schrift zugleich drei ausgelassene Kommata. — Fr. Was ist das für ein Congreß, von dem die Rede ist? — Angeklagter: Ein Demokratencongreß, der stattfinden sollte, aber unterblieb. — Fr. Aus den Acten geht hervor, daß ein Communistencongreß stattfinden sollte, und es ist bei Ihrer anerkannten communistischen Gesinnung weit eher zu glauben, daß Sie diesen, als einen Demokratencongreß besuchen wollten? — Angeklagter: Der angebliche Communistencongreß ist aber kein Communistencongreß. Er sollte in Blankenese stattfinden, und mehrere von Beckers norddeutschen Freunden wollten theilnehmen, die nichts weniger als Communisten sind. — Es soll noch ein Brief der Sophia Mayer verlesen werden, derselbe ist aber im Augenblick nicht zu finden. Die Sitzung wird geschlossen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 18 Oct. Der Hauptumsatz fand heute wieder in 1pCt. spanischen Fonds statt; starke Ankäufe, die von mehreren Seiten (auf bessere Coursberichte der spanischen Effecten von der gestrigen Pariser Sonntagsbörse) darin hier zur Ausführung am Markt waren, hoben den Cours derselben auf $25^{13}/_{16}$ pCt.; auch 3pCt. Inländische waren gefragter, $46^{3}/_{4}$ pCt. G. In österreichischen Fonds dagegen war nur wenig Leben und Bewegung und die Course der meisten Gattungen derselben waren stationär. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn $44^{3}/_{4}$ pCt.; Berbach $95^{1}/_{4}$ pCt. G.; Köln-Minden $112^{1}/_{4}$ pCt.; Taunus 299 fl. In sämmtlichen übrigen gangbaren Papieren zeigte sich keine wesentliche Coursveränderung. — Abends in der Effectensocietät waren 1 pCt. Span. etwas beliebter, $25^{13}/_{16}$ à $^{7}/_{8}$ pCt.

Amsterdam, 16. Oct. 4 Uhr. $2^{1}/_{2}$pCt. Integr. $63^{15}/_{16}$, $^{7}/_{8}$. — 3pCt. Schuld 77. — 4pCt. $95^{7}/_{8}$. — 1pCt. Spanische $25^{3}/_{8}$, $^{9}/_{16}$. — 3pCt. —. — do. inländ. à 6000 fl. $46^{1}/_{8}$, $^{3}/_{8}$. — 4pCt. Portug. $98^{3}/_{4}$. — 4pCt. Russ. bei Hope —. — do. bei Stieglitz $91^{1}/_{16}$. — 5pCt. Metall. $78^{1}/_{4}$, $^{3}/_{16}$. — $2^{1}/_{2}$pCt. do. $40^{1}/_{8}$. — 5pCt Silber-Metall. $90^{3}/_{4}$.

Bei geringem Geschäft waren heute holländische Fonds beinahe unverändert. Von fremden Effecten zeigte nur in spanischen 1pCt. zu verbesserten Preisen der Handel einige Lebhaftigkeit. Uebrigens war der Umsatz von keinem Belang.

Madrid, 12. Oct. 3pCt. $47^{1}/_{2}$, n. d. Börse $47^{1}/_{2}$. — 1pCt. Neue $26^{3}/_{8}$, n. d. Börse $26^{5}/_{16}$.

Telegraphischer Coursbericht des Syndicats der Frankfurter Wechselsensale.

Wien, 18. Oct. 5pCt. Metall. $94^{7}/_{8}$. — L. A. $95^{7}/_{8}$. — L. B. $109^{1}/_{4}$. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 $94^{3}/_{8}$. — $4^{1}/_{2}$pC. Metall. $84^{7}/_{8}$. — Bankactien 1349. — 250 fl. Loose $137^{1}/_{2}$. — London 11 fl. 30 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. $102^{1}/_{2}$. — K.-F.-Nordb. $220^{1}/_{2}$. — Liv.-Flor. $100^{1}/_{2}$. — Siena-Empoli $70^{1}/_{2}$. — Paris $136^{3}/_{4}$. — London in Triest 11 fl. 29 kr.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Verloosung von Großherzoglich Hessischen Staatsrenten-Obligationen auf Inhaber betr.

Bei der zum Behufe der Ausmittelung, welche von den ausgegebenen **Staatsrenten-Obligationen** auf Inhaber zur Rückzahlung berufen seien, heute weiter Statt gehabten Capitalverloosung traf das Loos die Obligationen:

Litr. A. Nr. 4. 61. d. d. 1. October 1824 . . . jede à 1000 fl.
Litr. A. Nr. 487. 498. 531. 533. d. d. 1. Januar 1852 . . . . . jede à 1000 fl.
Litr. B. Nr. 34. 45. d. d. 1. October 1824 . jede à 500 fl.
Litr. B. Nr. 113. 121. 126. 155. d. d. 1. Januar 1824 . . . . . jede à 500 fl.
Litr. C. Nr. 25. d. d. 1. October 1824 . . . à 100 fl.
Litr. C. Nr. 136. d. d. 1. Januar 1825 . . . à 100 fl.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit dem Anfügen in Kenntniß, daß gegen Rückgabe derselben und der zu diesen gehörigen, noch nicht verfallenen Zinscoupons die Capitalsbeträge zwischen dem 25. und 30. December l. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, dahier in der Staatsschulden-Tilgungskasse oder bei dem Banquierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. in Empfang genommen werden können, und daß, gleichviel, ob die Erhebung zur bestimmten Zeit erfolgt oder nicht, vom **1. Januar 1853** an keine weitere Zinsen von denselben bezahlt werden.

Zugleich werden die Besitzer der am **30. December 1849** rückzahlbar gewesenen Obligation Litr. A. Nr. 640 à 1000 fl., so wie der am **30. December 1851** rückzahlbar gewesenen Obligationen Litr. B. Nr. 2 à 500 fl. und Litr. C. Nr. 6 und 142 à 100 fl. hierdurch nochmals aufgefordert, ihre Kapitalbeträge um so mehr unverzüglich in Empfang zu nehmen, als die erstere Obligation bereits seit dem **1. Januar 1850**, die 3 letzteren seit dem **1. Januar 1852** nicht mehr verzinset werden.

Darmstadt, am 7. October 1852.

Die Direction
der Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Eckhardt. v. Rabenau.
Basser.

[2369]

Serienverloosung von Großherzoglich Hessischen 3½pCt. Obligationen auf Inhaber betr.

Durch die heute Statt gehabte Verloosung wegen Rückzahlung weiterer 100,000 fl. von den in Folge des Gesetzes vom 29. März 1836 durch die unterzeichnete Behörde über die Capitalsumme von 1,500,000 fl. unterm 1. April 1836 ausgefertigten, zu 3½ pCt. verzinslichen Obligationen auf Inhaber wurde die 15te Serie, enthaltend die Obligationen:

Nr. 935 bis 1000 incl. jede à 1000 fl.
„ 1747 bis 1800 incl. jede à 500 fl.
„ 2035 bis 2050 incl. jede à 200 fl.
„ 2513 bis 2550 incl. jede à 100 fl.

rückzahlbar.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung in Kenntniß, deren Beträge zwischen dem 25. und 30. December l. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen nicht mehr zahlbaren Zinscoupons bei der Staatsschulden-Tilgungskasse dahier oder bei dem Banquierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. um so gewisser zu erheben, als solche in Gemäßheit des Art. 3 des Gesetzes vom 16. Juli 1833, wegen Tilgung der Staatsschuld, vom **1. Januar 1853** an nicht mehr und der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Darmstadt, am 7. October 1852.

Die Direction
der Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Eckhardt. v. Rabenau.
Basser.

[2368]

Photographie auf Glas.

Feinstes **Jod-Collodium**, ein auf eigene Erfahrung gegründetes Präparat, von hiesigen Photographen als vorzüglich anerkannt, so wie die dazu nothwendige Pyrogallussäure sind stets zu haben in der **Hirschapotheke zu Frankfurt a. M.** [2211]

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2336]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6½ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6¾ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**
☞ ***Schnellfahrt*** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7½ Uhr die Düsseldorf, Elberfeld.

Von **Mainz-Castel** Mittags 12½ Uhr, von **Biebrich** Mittags 12¾ Uhr nach **Köln, Arnheim**
☞ ***Schnellfahrt*** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Nachtzüge nach Paris-London, sowie nach Berlin-Hamburg.

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** werden in **Frankfurt** ertheilt:
Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm**, Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli**, Zeil Nr. 67.

[2308]

50,000 Thaler,

30,000, 20,000, 10,000, 5000, 4000, 3000 ꝛc. ꝛc. zusammen **9000** Gewinne unter nur 20,000 Loosen sind
vom 20. October bis 6. November d. J.
bei der Schlußziehung der **Braunschweiger** Lotterie zu erlangen. Ganze Loose zu fl. 56, ½ zu fl. 28, ¼ zu fl. 14, und mit Verzichtung auf Gewinne unter fl. 100 zu fl. 32, ½ zu fl. 16, ¼ zu fl. 8 empfiehlt

Moritz Sonneberg, Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2296] **33ste Braunschweiger Lotterie. Hauptziehung vom 20. October bis 6. November. Gewinne: fl. 87,500. 52,500. 35,000. 17,500. 8750. 7000. 5250** ꝛc. Ganze Loose à fl. 56, ½ à fl. 28, ¼ à fl. 14, ⅛ à fl. 7, so wie mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100 das ganze Loos à fl. 32, ½ à fl. 16, ¼ à fl. 8 empfiehlt

Jacob Doctor, Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2341] Vorräthig bei **H. Bechhold** in Frankfurt a. M., Zeil Nr. 5 neu.

Classiker des In- u. Auslandes

zu ausserordentlich billigen Preisen. Jeder Band von 16 Bogen 8°. in eleg. Umschlag geh., auf Velin-Druckpapier **nur 18 kr.** Berlin, Verlag von *A. Hofmann & Co.*

Soeben erhielt ich davon:
Don Quixote. Aus dem Spanischen von **L. Tieck.** Complett in 5 Bdn. à Bd. **18 kr.**
Reineke Fuchs. Von **D. W. Soltau.** Complett. 1 Band von 16 Bogen **18 kr.**
Der Cid. Aus dem Spanischen von **Prof. Duttenhofer.** Complett. 1 Band von 16 Bogen **18 kr.**

Diese wahrhaft gediegenen empfehlungswerthen Werke werden hier zum erstenmale dem Judikum zu Preisen geboten, wie sie bei der deutsche Buchhandel bis jetzt noch nicht kannte.

[2353] In der Verlags-Buch- und Kunsthandlung von **Franz Karl Essen** in Köln ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen, in *Frankfurt a. M.* in der **Jäger'schen** *Buch-, Papier- und Landkartenhandlung*, zu haben:

Dr. Franz Liszt, Richard Wagners Lohengrin und Tannhäuser. (Aus dem Französischen.) Mit Musik-Beilagen. gr. 8. geh. Preis: fl. 2. 24 kr.

Dr. Franz Liszt gibt uns in diesem Werke eine, was Auffassung sowohl als Ausführung angeht, eben so alle Ansätze zweier musikalischer Meisterwerke eines deutschen Tondichters, um dieselben allgemeiner in ihrem hohen Schönheiten bekannt zu machen. Dieser Zweck veranlaßte auch die Uebersetzung, in welcher versucht wurde, den Charakter des französischen Originals beizubehalten und so treu als möglich wiederzugeben, um den genialen Virtuosen auch als Kritiker und Schriftsteller in Deutschland einzuführen.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Mundgenuß. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei E. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

Ein noch wenig gebrauchter, eleganter und moderner Coupe-Wagen, aus einer der vorzüglichsten Fabriken, **mit Gala-Bockdecke, steht billig zu verkaufen bei J. W. Volz**, Sattler, Schäfergasse. [2337]

Unser Comptoir befindet sich von nun an Zeil Nr. 41, der Post gegenüber.
[2365] **J. J. Weiller** Söhne.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag (Beilage zu Nr. 250.) 19. October 1852.

Deutschland.

ν **Frankfurt**, 19. Oct. Seit einigen Tagen befehden sich die hiesigen politischen Parteien im erbittertsten Kampfe in den kleineren hiesigen Localblättern, namentlich in dem Intelligenzblatt, bei welchem Kampfe denn auch manchmal von Waffen Gebrauch gemacht wird, wie sie bei ehrlichen Fehden nicht üblich sind. Jede der beiden streitenden Parteien ruft ihre Anhänger zu den Fahnen und wiegt sich in der Hoffnung des Sieges, der aller Wahrscheinlichkeit nach dem Reactionerein zu Theil wird. Denn die Anstrengungen dieser Partei, die Zahl ihrer Glieder zu vermehren, sind mit Erfolg belohnt worden. Die demokratische Partei sieht diesen Kämpfen ihrer Gegner mit ruhiger Haltung zu. Ob diese Ruhe eine wirkliche oder nur eine scheinbare ist, dürfte noch die Frage sein, und möchte vielleicht bei Durchlesung des demokratischen in Darmstadt gedruckten Aufrufs d. d. Frankfurt a. M., den 14. Oct. 1852 eine nur „angebliche" Ruhe anzunehmen sein. Wenn die Sprache dieses Documents eine leidenschaftliche ist und an manche bedauerlichen Vorgänge des Jahres 1848 erinnert, so ist dagegen die Haltung eines von 33 Israeliten unterzeichneten Protestes eine in hohem Grade würdige. Begreiflich ist es, daß die Juden über den Verlust politischer Rechte trauern, aber Unrecht thun sie, wenn sie den Senat wegen der letzten Maßregel verantwortlich machen wollen. Der Senat hat seit 3 Jahren bewiesen, wie ernst es ihm war, die politische Gleichstellung der Juden zu erhalten. Was den Senat veranlaßte, nach langem Bedenken die beiden Gesetze außer Wirksamkeit zu setzen, ist so bekannt, daß man sich billig darüber verwundern muß, wenn man sich mit seinen Beschwerden immer an den Senat wendet, während doch die Entscheidung von ganz anderer Seite fiel. Gestern, als am ersten Tage der Urwahlen zur gesetzgebenden Versammlung, wurden 1068 Stimmzettel abgegeben. In der ersten Abtheilung stimmten 359, in der zweiten 379, und in der dritten 360 Bürger. So viel man bis jetzt zu beurtheilen vermag, scheint die Gothaer Partei am gestrigen Tage eine kleine Majorität gehabt zu haben.

Nächsten Sonntag wird in den evangelischen Gottesdienst zurückgegangen und Predigt wieder stattfinden.

Die Frankfurter Bevölkerung (nach dem Gebiet) beträgt 57,550 Individuen. Davon sind 43,213 Lutheraner, 2100 Reformirte, 7000 Katholiken, 500 Deutschkatholiken und 4737 Juden (3237 hiesige und 1500 Permissionisten). Die Bevölkerung der Dorfschaften besteht aus 9800 Seelen, wovon 9219 Lutheraner.

ϰ **Wien**, 16. Oct. Die in Folge der fortwährenden Regengüsse eingetretene Unterbrechung der Communicationen in Untersteiermark, Krain und Croatien hat die Rückreise des Kaisers nach Wien beschleunigt. Gleich nach erfolgter Ankunft St. Majestät wurden zwei Flügeladjutanten nach Laibach und Agram beordert, um dem Kaiser einen ausführlichen Bericht über den Umfang der Verheerungen erstatten zu können, worauf sodann die thunlichsten Maßregeln zur Milderung des Schadens schleunigst ergriffen werden sollen. — In Mailand wird in kurzem unter der Benennung „österr. parmaestensische internationale Zollcommission" eine oberste Centralbehörde aufgestellt, welche aus Beamten von Oesterreich, Parma, Piacenza und Modena zusammengesetzt werden wird. Der k. k. österreichische Statthalter der Lombardei hat den Vorsitz zu führen, zum Vicepräsidenten ist der erste Rath der k. k. Finanzpräfectur bestimmt worden. Wegen Uebertretungen wird eine zweite Instanz bei dem k. k. Appellationstribunal eröffnet. Dem Herzogthum Modena hat Oesterreich 1,500,000 und dem Herzogthum Parma und Piacenza 1,300,000 Lire zugesichert. Die wirkliche Zolleinnahme wird aber diese beiden Summen bedeutend überschreiten. — Herr v. Mayendorff wird unsere Stadt am 26. October verlassen, da ihn durch den königl. russischen Gardekürassierflügeladjutanten v. Korff der Befehl zugekommen ist, Ende des gegenwärtigen Monats in Petersburg einzutreffen. Der kaiserl. russische Botschaftsrath, Herr v. Fonton, wird während der Abwesenheit des Hrn. Gesandten die Geschäfte führen. Anfangs künftigen Jahres dürfte Baron Mayendorff wieder in Wien eintreffen. Seine Gemahlin wird ihn nicht nach Petersburg begleiten. — Heute Nachmittag 2 Uhr versammeln sich die Herren Minister zu einer Conferenz in der k. k. Hofburg; wie es heißt, soll eine aus Berlin eingetroffene Depesche der Gegenstand der Verhandlungen sein.

P **Berlin**, 17. Oct. Unsere Presse beginnt jetzt sich etwas ernster der bevorstehenden Wahlen anzunehmen. Dagegen ist unter den Wählern selbst noch keine Thätigkeit irgend einer Art bemerkbar. Es mag dies daran liegen, daß die Bekanntmachung der Eintheilung der Wahlbezirke und die Festsetzung der Wahlerlisten noch nicht erfolgt war. Dies ist nunmehr geschehen und so darf denn gehofft werden, daß wenigstens von jetzt an eine größere Rührigkeit auf conservativer Seite sich zeigen wird. Die Gerüchte, welche in diesen Tagen von einer Verbindung der Geppertschen Partei mit der des „Preußischen Wochenblattes" und den Constitutionellen verbreitet waren, und wobei mit großer Bestimmtheit Namen und Zusammenkünfte angegeben werden, können wir aus guter Quelle als erfunden bezeichnen. Man hat eine Bestätigung dieser Gerüchte in dem Umstande finden wollen, daß die Vertheidigung des Dr. Jasmund von Geppert geführt worden. Indessen ist dies nur in rein formeller Beziehung geschehen und Geppert hat sich ausdrücklich verwahrt, damit eine Billigung der politischen Haltung des „Preußischen Wochenblatts" zu constatiren. Auch dürfte der Umstand, daß das conservative Hilfswahlcomite eben zu seiner eingreifenden Thätigkeit gelangen kann, weil die in demselben befindlichen Personen in ihren politischen Auffassungen von einander abweichen, ein hinlänglicher Beweis sein, daß es mit der Verschmelzung der politischen Fractionen nichts auf sich hat. Die auf gestern anberaumte Sitzung des Staatsministeriums hat wegen Abwesenheit der Herren Minister des Handels und der Finanzen nicht stattgefunden, sondern ist auf den Mittwoch anberaumt.

* **Breslau**, 13. Oct. Wie in Schlesien die strengkatholische Partei sich im Jahr 1848 am ersten entschieden der damaligen anarchischen „Demokratie" entgegengestellt hat, so hat sie auch jetzt wieder mit aller Besonnenheit eine würdige und mächtige Stellung zu den bevorstehenden Wahlen genommen. In einem von den Herren Rintel und Dr. Wiel unterzeichneten Wahlaufruf hat sie allerdings die „Religionsfreiheit" und „Parität" an die Spitze ihres Programms gestellt; aber zugleich entschieden abgewiesen, daß diese Sache zur einseitig confessionellen Parteisache gemacht werde, und vielmehr ausdrücklich aufgefordert, nur für Wahlmänner zu stimmen, „welche die Aufrechthaltung der Artikel 12—18 und 70 der Verfassung und der Parität denen als Wahlbedingung vorzulegen sich verpflichten, welche um ihre Wahlstimme zur Berufung in die zweite Kammer ansuchen", unter dieser Bedingung aber für den Nichtkatholiken so gut wie für den Katholiken zu stimmen.

γ **Köln**, 17. Oct. Heute fand hier die Verhaftung des hiesigen Kaufmann Kothes und eines Fremden statt. Letzterer besuchte den Ersteren, wie es heißt mit einer Empfehlung von Marx. Der Fremde wurde beim Herausstreten aus der Wohnung gleich verhaftet, bei K. darauf von 11 bis 3 Uhr Haussuchung gehalten. Zwei Schriftstücke, ein älterer Brief aus der Schweiz von Wolff, ehemals Redacteur der „Rheinischen Zeitung", worin dieser um Geld schreibt, so wie eine Druckschrift aus dem Jahre 1848 wurden cassirt, und K. darauf gleichfalls verhaftet.

Aus der **Provinz Preußen**, 12. Oct., schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung": Die Ostbahn wird in wenig Tagen bis auf eine geringe Entfernung von Königsberg und mit Ausschluß des Weichsel- und Nogatüberganges vollendet sein. Die Eröffnungsfeier der Bahnstrecke zwischen Marienburg und Braunsberg wird bestimmt am 18. October stattfinden und es wird an derselben auch der Handelsminister v. d. Heydt theilnehmen. Wie glauben uns keiner Uebertreibung schuldig zu machen, wenn wir behaupten, daß noch niemals in Preußen ein öffentliches Unternehmen mit solcher Energie angegriffen worden ist als die Vollendung der Ostbahn und daß noch dazu in einer Provinz, die vor wenig Jahren kaum wußte, was eine Chaussee ist, und deren ausgedehntester Bezirk selbst jetzt noch der Kunststraßen entbehren. Die rastlose Eile, mit welcher der Bau der Ostbahn betrieben wird, erklärt sich mindestens eben so sehr aus der militärisch-politischen Wichtigkeit dieser Bahn

als auf dem Strehen, einer commercell gesunkenen Provinz aufzuhelfen. Jene Wichtigkeit fällt ins Auge, wenn man bedenkt, daß die Ostbahn alle Waffenbevots und Sammelplätze des ersten Armeecorps berührt, und daß eine russische Armee in wenigen Tagen bis in das Herz Deutschlands und an die französische Grenze versetzt werden kann, wozu früher oben so viele Monate gehörten.

München, 16. Oct. Künftigen Montag, den 18. d. M., wird dem Vernehmen nach Se. Maj. König Otto von Griechenland die Rückreise von hier nach Athen antreten.

München, 16. Oct. Der preußische Gesandte am hiesigen Hof, Hr. v. Bockelberg, wird zwischen heute und morgen sich auf einige Tage nach Berlin begeben. (Augsb. Abdz.)

Altona, 13. Oct. Aus Sonderburg theilt der „Alt. Merk." nach dem „D. Sl." mit, daß die lange nachgesuchte Erlaubniß, bei Sonderburg eine stehende Brücke über den Sund zu bauen, durch das Ministerium für Schleswig jetzt ertheilt worden, und daß der Magistrat autorisirt worden ist, eine Anleihe von 40,000 Rthlr. zur Ausführung dieses Baues zu contrahiren.

Wiesbaden, 18. Oct. Der „Mittelrheinischen Zeitung" wurde heute, wie sie selbst mittheilt, durch ministerielles Reskript eine neue Verwarnung mit dem Zusatz zu Theil, daß sich dieselbe nicht bloß auf die Haltung der Zeitung in der Zollvereinsfrage beziehe, sondern auch auf die Haltung derselben in der religiösen Frage, besonders gegen die katholische Kirche.

Aus Lippe-Detmold, 15. Oct. Es ist die Einberufung der Landstände auf den 20. d. M. erfolgt und sollen denselben die Vorlagen eines neuen Wahlgesetzes gemacht werd n.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 17. Oct. Das Regiment des Genferischen Dictators J. Fazy schwankt sehr stark; bei den bevorstehenden Großrathswahlen kann es im glücklichsten Falle auf eine Mehrheit von nur einigen Stimmen zählen. Und selbst dieses für den dortigen Radicalismus ungünstige Resultat kann nur durch unerhörten Beamtenterrorismus und durch Verbindung mit den Ultramontanismus erreicht werden. Da die Gemeinde Petit-Saconnex ein großes Gewicht auf die Entscheidung der Wahlen ausübt, so hat der Staatsrath dieselbe dem rechten Steufer einverleibt. Diese auffallende Verordnung erregt in Genf großes Aufsehen; man bestreitet dem Staatsrath das Recht zu dieser Verfügung und nennt sie verfassungswidrig.

Aus der Schweiz, 16. Oct. Seit etwa drei Monaten hat sich eine außerordentliche Regsamkeit der Bevölkerung unseres Landes bemächtigt. Vorzugsweise diese Regsamkeit allen Beförderungsmitteln materieller Gedeihlichkeit zu, namentlich der Errichtung eines Telegraphennetzes, das seiner Vollendung rasch entgegenschreitet, und dem Bau der Eisenbahnen, welcher leider nur zu lange bei uns vernachlässigt worden ist. Dazu gesellt sich jetzt noch ein großartiges Vorhaben, die Correction des Laufes der Juragewässer in den Kantonen Solothurn und Bern, verbunden mit der gleichzeitigen Tieferlegung der Seen von Neuenburg, Murten und Biel. Die Linthcorrection war ein Werk von 850,0.0 Fr.; die Juragewässercorrection ist ein solches von 6 Millionen; jene legte 2000 Jucharten Land trocken, diese wird es für 60,000 Jucharten thun; an jener waren 116,000 Anwohner betheiligt, bei dieser sind es 100,000. Warum sollte man also der Juragewässercorrection nicht die gleiche Aufmerksamkeit schenken, wie seiner Zeit der Linthunternehmung? — Anderseits ist die Eisenbahnconcession zwischen dem Regierungsrath des Kantons Luzern und dem Abgeordneten des provisorischen Verwaltungsraths der Centralbahn abgeschlossen und mit Vorbehalt der Genehmigung des großen Raths unterzeichnet worden. — In Graubünden und im Berner Oberland kehren die Heerden aus den Alpen zurück, weil man einen raschen Eintritt des Winters erwartet.

Italien.

Wie das „Echo du Montblanc" meldet, hat St. Heiligkeit der Papst vor kurzem ein eigenhändiges Schreiben an L. Napoleon gerichtet, in welchem die von ihm der Religion geleisteten Dienste in sehr anerkennender Weise erwähnt und Wünsche für das Glück und die Eintracht Frankreichs ausgesprochen worden. — Der neapolitanische Generaldirector der Polizei, Percheneda, ist am 2. Oct. gestorben.

Frankreich.

† **Paris**, 17. Oct. Man macht sich keinen Begriff von der Menschenmenge, die das großartige Schauspiel des Einzugs Ludwig Napoleons in die Hauptstadt zusammengedrängt hat. Ein einziger Zug der Lyoner Eisenbahn soll 2000 Bauern ausgeladen haben. Vor und bei dem Einzug des Prinzen wurden nur drei Ansprachen an denselben gerichtet: von Berger, dem Seinepräfecten, von Delangle im Namen des Municipalraths von Paris, und von dem Erzbischof Sibour. Einen sehr wohlgefälligen Eindruck machte es, daß der Prinz-Präsident während des ganzen Zuges immer, allein, den ihm folgenden Generalen um mehrere Schritte vorantritt. Die dichteste Menge, erzählt die „Patrie", stand auf dem Boulevard du Temple, namentlich in dem Raum zwischen den beiden Triumphbogen. Als der Prinz erschien, empfing ihn der allgemeine Ruf: „Es lebe der Kaiser!" Die lebhafteste Begeisterung las man auf allen Gesichtern. Alle Arbeiter der Werkstätte hatten ihre Werkstätten verlassen, um den Prinzen zu begrüßen. Ein Individuum, welches „Es lebe die Republik!" zu rufen versuchte, ward sofort von Arbeitern umringt, die ihm nachdrücklichst Schweigen auferlegten. Die Arbeitercorporationen, die gegenseitigen Hilfsgesellschaften, die Arbeiter und Beamten der Eisenbahnen — man bemerkte Deputationen der Bahnen von St. Etienne und Roanne — nahmen, ihre Banner voran, am Feste Theil. Eine Deputation, aus alten Kaiserreichssoldaten in Uniform gebildet, die ein prächtiges grün und goldenes Banner vor sich her trug, erregte große Begeisterung. Ueberall, wo sie sich zeigte, erschollen donnernde Kaiserrufe. Die Damen der Halle, von ihrer Patronin und dem Polizeicommissär des Viertels geführt, waren dem Prinzen entgegengegangen, dem sie Blumensträuße überreichten, worauf ein zehnjähriges Mädchen ein Festgedicht hersagte und unter dem Ruf: „Es lebe der Kaiser!" das Manuscript dem Prinzen darbot.

Der „Moniteur" enthält eine lange Liste von Bordeaux aus datirter Ordens- und Denkmünzenverleihungen an Militärs aller Grade und Waffen; auch erklärt er die Nachricht der „Breslauer Zeitung" vom Ankauf von 5000 russischen Pferden für die französische Cavallerie für gänzlich erdichtet, da die inländische Pferdezucht für den Bedarf vollkommen ausreiche.

Spanien.

ch **Madrid**, 12. Oct. Gestern hieß es, die Regierung habe den Beschluß gefaßt, die Cortes zum 25. Nov. einzuberufen; es soll schreiben gewiß, daß der Zusammentritt derselben vor dem 30. nächsten Monats erfolgen wird. — Die Herausgeber des „Heraldo", des „Constitucional", der „Esperanza", der „Epoca" und des „Diario espanol" sind zwar auf freien Fuß gesetzt, können aber ihre Journale erst wieder zeichnen, wenn der vom Schatzdirector gegen sie eingeleitete Verleumdungsproeß entschieden sein wird; bis dahin bleiben jene Zeitungen rein belletristische. Vor seiner Freigebung hat der verantwortliche Redacteur des „Heraldo" noch eine besondere Caution von 6000 Realen erlegen müssen. — Der österreichische Gesandte am hiesigen Hof, Graf Esterhazy, ist seit einigen Tagen aus seinem Urlaub wieder hierher zurückgekehrt.

Der Generalcapitän von Cuba ist am 14. Sept. hierher berichtet, daß auf der Insel vortrefflichen Ruhe herrsche. Ununterbrochene Regengüsse haben wieder häufiger Cholerafälle veranlaßt. An der Nordküste der Havanna ist der Dampfer „Pharro" auf der Verfolgung eines verdächtigen Fahrzeugs zu Grunde gegangen.

Großbritannien.

London, 16. Oct. In dem gestern Nachmittag stattgefundenen Ministerrath wurde die Einberufung des Parlaments definitiv auf den 4. November festgesetzt. Die Sitzung dauerte zwei und eine halbe Stunde. Lord Derby, Lord Malmesbury und Herr Walpole waren Donnerstag Abend per Extrazug nach London geeilt, um der Berathung beizuwohnen. Nach dem Conseil hatte der russische Gesandte eine längere amtliche Besprechung mit dem Secretär des Auswärtigen. Wir können bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß man von einem Notenwechsel mit Rußland wegen der Verwickelungen in Herat spricht. — Nach den letzten Berichten aus Lissabon wird sich die portugiesische Regierung bei dem Leichenbegängniß des Herzogs von Wellington durch den Feldmarschall Herzog von Terceira und einen zahlreichen Stab vertreten lassen.

Dänemark.

* **Kopenhagen**, 14. Oct. In dem Budget für das Finanzjahr vom 1. April 1853 bis zum 31. März 1854 werden die Einnahmen und die Ausgaben folgendermaßen veranschlagt: Einnahmen: Domainen (nach Abzug der im voraus bestrittenen Ausgaben) 368,483 Rthlr. 41 Sch.; directe Steuern 3,827,558 Rthlr.; indirecte Steuern 5,122,533 Rthlr.; Klassenlotterie für das Königreich 30,000 Rthlr.; Postintraden (nach Abzug der Ausgaben) 22,896 Rthlr. 7 Sch.; Sund- und Strompfall 2,981,000 Rthlr.; dänisch-westindische Inseln 576,000 Rthlr.; Zinsen vom den Staatsgarten und Abtrag auf dieselben 732,917 Rthlr. 3 schwebende Staatsschuld 780,000 Rthlr. Zusammen 13,821,736 Rthlr. 54 Sch. — Die Ausgaben sind folgendermaßen vertheilt: Civilliste 480,000 Rthlr.; Appanagen 193,409 Rthlr. 10 Sch.; geh. Staatsrath 37,140 Rthlr.; Reichstag 60,000 Rthlr.; Ministerium des Aeußern 143,700 Rthlr.; Ministerium des Innern (mit Ausnahme dessen, was von besondern Einnahmen bestritten wird) 1,0.0,111 Rthlr. 19 Sch.; Justizministerium 494,54 Rthlr. 38 Sch.; Cultus- und Unterrichtsministerium 215,77 Rthlr. 16 Sch.; Kriegsministerium 2,680,213 Rthlr. 21 Sch. 3

für die Sclavenbesitzer 21,800 Rbthlr.; Marineministerium (nach Abzug der bestrittenen besonderen Einnahmen) 1,038,770 Rbthlr. 38 Sch.; Finanzministerium, nach Abzug von respective 883,633 Rbthlr. und 662,555 Rbthlr. 20 Sch., welche im voraus von besonderen Einnahmen bestritten werden, 994,324 Rbthlr. 15 Sch.; Pensionswesen 984,380 Rbthlr.; Verzinsung und Abzahlung der Staatsschuld 4,294,700 Rbthlr.; außerordentliche Staatsausgaben 247,905 Rbthlr. 34 Sch. Zusammen 12,960,400 Rbthlr. 16 Sch. Also ein Ueberschuß von 861,366 Rbthlr. 38 Sch. So weit die obenstehenden Ausgaben für die ganze Monarchie gemeinschaftlich sind, sind sie nur mit dem Theil aufgeführt, der aufs Königreich fällt, also mit 60 pCt. von ihrem wirklichen Belaufe.

Rußland.

Petersburg, 5. Oct. Während der Kaiser die großen Heeresinspectionen im südlichen Rußland hält, fragt man sich hier, wie den „Hamb. Nachrichten" geschrieben wird, ob dem tiefer gehende Absichten zu Grund liegen? Die am allgemeinsten verbreitete und wohl auch richtigste Annahme bleibt aber immer die, daß der Monarch, welcher von jeher in der vollendetsten Ausbildung einer militärischen Verfassung seines Reichs die sicherste Garantie der Monarchie und des Staatswohls suchte, durch die Ereignisse der letzten Zeit noch mehr in dieser Ueberzeugung bestärkt worden ist. Er geht als Vertreter dieser Ansicht den übrigen Continentalmächten voran. Frankreich, Oesterreich und die Türkei befolgen schon jetzt auf allen Gebieten, nach jeder Richtung hin und mit unermüdlichem Eifer das System der Centralisation, und allmälig wird die von Rußland angeregte drßfallsige Propaganda sich über ganz Europa erstrecken. Was diese drei Länder, zunächst Frankreich und Oesterreich, betrifft, so hört man, daß die scheinbar freundlichen Beziehungen Oesterreichs zu Frankreich eine Folge gewisser Empfehlungen und Eingebungen seitens der russischen Politik sein sollen, die sich hier hinsichtlich Frankreichs in ein unverbrüchliches Schweigen hüllt. Aeußerst interessant ist die Kürze der Notizen über Frankreich in den russischen Zeitungen, bei denen jedoch die Demonstrationen zu Gunsten des Kaiserthums gewissenhaft registrirt werden. Preußen wird nur sehr wenig gedacht, dagegen erfreut sich Oesterreich einer sehr weitläufigen Besprechung. Mit Bezug auf dieses letztere wird vorzugsweise der Centralisation des Heerwesens gedacht. Was aber die Türkei anlangt, so gibt es hier gutunterrichtete Personen, die behaupten, daß die dermaligen Zustände jenes Landes die Aufmerksamkeit des hiesigen und des Wiener Cabinets mehr als jemals auf sich ziehen; daß man den Ausbruch innerer Unruhen besorgt und deßhalb auf alle Fälle gerüstet sein will. Der Sultan, welcher von ganzem Herzen der Reformpartei zugethan und auf immer mehr Hindernisse in der altgläubigen Oppositionspartei stößt, soll in steter Unruhe leben; in den Zeughäusern und Waffenplätzen von Stambul werden die umfassendsten Vorbereitungen getroffen. An die bevorstehende Reise des Bladika von Montenegro nach Wien und die im Mittelmeer kreuzende englische Flotte knüpft man allerlei Vermuthungen. Man glaubt, diese habe Instructionen, ein wachsames Auge auf die Türkei zu richten. Um die deutsche Zollhandelsfrage bekümmert man sich hier fast gar nicht.

Nachschrift.

*** Frankfurt,** 19. Oct.

Der so eben eingetroffene „Schwäbische Merkur" enthält folgende telegraphische Mittheilung:

Paris, 18. Oct. Der Präsident hat auf seiner Durchreise durch Amboise (Schloß und Stadt bei Tours, wo Abdelkader gefangen sitzt) Abdelkader seine Freilassung bewilligt. Der einstige Emir wird nach Brussa*) gebracht werden, sobald Vorkehrungen für seine Unterbringung daselbst getroffen sind. Er hat auf den Koran seine Unterwerfung ohne irgend welchen Hinterhalt geschworen und sich dabei selbst auf eine Stelle des Koran berufen, welche einem Ueberwundenen ausdrücklich verbietet, das beschworene Wort zu verletzen, selbst wenn es den Ungläubigen gegeben ist. — Der Präsident bewohnt St. Cloud.

Stuttgart, 18. Oct. Wie wir vernehmen, werden Se. Maj. der König von Bayern morgen und Se. Maj. der König von Hannover (aus Kirchheim) am Mittwoch hier erwartet. (S. M.)

Assisenverhandlungen gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

XI.

Köln, 16. Oct. Fortsetzung der Vernehmung Jacobi's. Es werden Stellen aus zwei von der Sophie Mayer an Jacobi gerichteten Briefen verlesen. Darin heißt es: „Bürgers ist in Dresden mit seinen Effecten verhaftet worden. Er wird hoffentlich so klug gewesen sein, Alles zu verbrennen, sonst müßte noch manches Herz brechen . . . Ich denke immer an Bürgers und fürchte auch für dich. Hüte dich vor ähnlichen Auftritten. Der R. B. ist hier gewesen und hat dich wie eine Stecknadel gesucht . . . . Der Becker und Röser sind wegen Hochverraths ins Kühle gebracht worden." — Präsident: Wer ist unter der Bezeichnung R. B. verstanden? — Antw. Der rothe Becker, unter welchem Namen er allgemein bekannt ist. — Präsident. Die Stelle: „Ich muß immer an Bürgers denken und fürchte auch für dich!" läßt doch den Schluß fassen, daß Sie Mitglied des Bundes gewesen, weshalb sonst diese Furcht? — Antw. Der Schluß dürfte doch irrig sein, was der Nachsatz zu erkennen gibt: „Hüte dich vor ähnlichen Ereignissen." Fräulein Mayer wollte mich warnen, keinen geheimen Verbindungen beizutreten. Hätte die Befürchtung für mich so nahe gelegen, so würde sie, bei dem Verhältniß, in dem wir zu einander stehen, schwerlich gesagt haben: „Ich muß immer an Bürgers denken," vielmehr würde die Besorgniß um mich ihre ganze Seele eingenommen haben. — Präsident: Bei Ihnen ist nun auch der mehererwähnte Brief gefunden worden, womit Becker dem Bürgers 20 Thaler überschickte und ihm die Verhaftung Nothjungs anzeigte. Wie kommt derselbe in Ihre Hand? — Antw. Ich schrieb um Nachricht wegen Nothjung, den ich vergeblich gesucht hatte, an Bürgers und er schickte mir Beckers Brief als Antwort. — Pr. Welches Interesse konnten Sie als Arzt haben, einen schlichten Handwerker wie Nothjung zu finden? — Antw. Ich sagte schon, ich kannte sonst niemand in Berlin. — Präsident: Es geht aber aus den Acten hervor, daß Sie dort gleich mit mehreren Personen in Umgang kamen. Der Präsident verliest ein Schreiben des Angeklagten vom 11. Mai; es kommen darin folgende Worte vor: „Ich schreibe Ihnen, weil ich nicht weiß, was aus Ihnen geworden ist. Kommen Sie bald zu mir, daß wir uns wegen unserer Geschichte besprechen können. Morgen und übermorgen werde ich zu Hause sein, wenn Sie mich besuchen wollen." — Jacobi behauptet, daß er den Adressaten erst in Berlin als Demokraten habe kennen lernen; er habe versprochen, ihm einige Journale und Bücher zu besorgen; die Tage zum Besuche habe er ihm bezeichnet, weil jener weit von ihm entfernt wohnte. — Präsident: Es ist noch ein Brief bei Ihnen gefunden worden. Dieser wird dem Angeklagten vorgezeigt, von ihm anerkannt und verlesen. Es ist darin mitgetheilt, daß Becker und Röser verhaftet seien; bei ihnen wie bei Bürgers sei Haussuchung vorgenommen worden, und gegen letztern ein Steckbrief erlassen. Die Briefe würden streng überwacht, indessen könne er unter einer gegebenen Adresse stets sicher an ihn schreiben. Dieser Brief ist vom 21. Mai und unterzeichnet B. Woher der Brief gekommen, und wer ihn gebracht, will der Angeklagte nicht wissen. Er habe ihn auf seiner Stube gefunden, sagt er. — Der Präsident bemerkt: Der Schreiber, welcher bloß B. unterzeichne, scheine darauf gerechnet zu haben, daß er aus der Handschrift erkannt werde, so daß er ein guter Bekannter Jacobi's sein müsse. Ferner macht der Präsident darauf aufmerksam, daß auf der Adresse nur stehe: Herrn Dr. med. Jacobi, ohne Wohnungsbezeichnung, das lasse auf ein Doppelcouvert schließen. Der Angeklagte bemerkt, der Brief sei so wenig geheimen Inhalts, daß man ihn auch auf der Kehrseite lesen könne. Präsident behauptet das Gegentheil und läßt den Brief den Geschwornen vorlegen. Er macht darauf aufmerksam, daß die Sache sehr verdächtig bliebe. Der Notariatscandidat Bermbach in Köln sei dieses Briefes wegen zur Untersuchung gezogen worden, doch habe es nicht genügend geschienen, gegen ihn eine fernere Verfolgung einzuleiten. Jacobi habe in Berlin aber auch verkehrt mit Baude, Herzberg und Franz (?). Der Angeklagte erwidert, Herzberg sei damals gar nicht in Berlin gewesen, sondern habe in Paderborn eine Zeitung redigirt. — Oberprocurator von Seckendorff macht darauf aufmerksam, daß man bei dem Angeklagten auch das Manifest von 1817, so wie den rothen Katechismus gefunden habe. Da aus letzterem einzelne Stellen verlesen werden sollen, erklärt sich der Angeklagte gegen dieses Verfahren. Der rothe Katechismus wird hierauf ganz verlesen, und nimmt viel Zeit in Anspruch.

Vernehmung des Dr. med. Klein, welcher erklärt, dem demokratischen und Arbeiterverein angehört, Vorträge aber weder in dem einen noch in dem andern gehalten zu haben. Röser und Nothjung habe er in der Jugendzeit in Mülheim schon gekannt, auch Bürgers und Daniels kenne er seit längerer Zeit; Marx habe er durch die „Rheinische Zeitung", deren Actionär er gewesen, erst kennen gelernt. Otto sah er nur in der Wasserheilanstalt, Jacobi nur einmal; Schapper kenne er nur dem Namen nach.

*) Brussa oder Bursa, Stadt mit 50,000 Einwohnern in der türkischen Provinz Anatoli in Kleinasien, südlich vom Marmorameer, Sitz eines armenischen und griechischen Erzbischofs, lebhafte Handelsstadt.

Börsenberichte.

Telegraphischer Coursbericht des Syndicats der Frankfurter Wechselsensale.

Paris, 18. Oct. 3pCt. Rente 82, 40. — 1pCt. Span. 25¼.

Antwerpen, 18. Oct. 4½pCt. Belg. 97½. — 2½pCt. do. 55⅝. — 3pCt. Span. 46⅞. — 1pCt. do. 25⅞.

Amsterdam, 18. Oct. 2½pCt. Integr. 63⅞. — 3pCt. Spanische 46⅞. — 1pCt. do. 25$^{11}/_{16}$. — 5pCt. Met. 78⅝. — 2½pCt. do. 40$^{11}/_{16}$.

Frankfurt, 19. Oct. Bei der heute stattgehabten 15. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 17846 15,000 fl., Nr. 3168 5000 fl., Nr. 13347 2000 fl., Nr. 4575, 10329, 18897, 13210, 16203, 11613 und 3229 jede 1000 fl., Nr. 17945, 10617, 10663, 8724 und 14323 jede 300 fl.

Verantw. Redaction: Dr. H. Melten, D. E. Sattler, Dr. J. V. Kritschek

Im Namen Seiner Hoheit des Herzogs
Ernst,
Herzogs zu Sachsen-Coburg und Gotha ꝛc. ꝛc.

Bei der am 5. dieses Monats stattgehabten vierzehnten Auslosung von Schuldbriefen aus der geschlossenen Anleihe der vormaligen Herzoglichen Kammer allhier sind in Gemäßheit der landesherrlichen Verordnung vom 11. August 1837 (Nr. 170 der Gesetzsammlung für das Herzogthum Gotha) nachstehende Obligationen:

Serie A.
Nr. 17 205 und 237.

Serie B.
Nr. 211 223 282 und 368.

Serie C.
Nr. 73 101 213 223 438 495 505 506 507 530 675 679 681 698 701 758 und 793.

Serie D.
Nr. 9 46 100 232 291 292 341 377 427 434 447 462 497 526 528 566 576 589 593 619 636 643 708 738 750 761 774 811 833 1019 1045 1068 1181 und 1199.

Serie E.
Nr. 40 74 77 86 117 136 155 194 221 257 259 302 344 375 und 490

gezogen und zur Auszahlung für den 1. April 1853 bestimmt worden.

Die Inhaber dieser Schuldbriefe werden daher aufgefordert, dieselben vom 1. April 1853 an nebst den dazu gehörigen Zinsleisten und Zinsabschnitten bei der Herzogl. Staatskasse-Verwaltung allhier zur Abzahlung der betreffenden Capitalbeträge einzureichen, wobei noch besonders bemerkt wird, daß die Verzinsung der obgenannten Schuldbriefe mit dem 1. April 1853 jedenfalls aufhört.

Zugleich werden nachstehende bis jetzt bei der Staatskasse-Verwaltung allhier zur Zahlung nicht präsentirte Zinsabschnitte, am 1. October 1850 beiagt und am 1. October 1852 verfallen,

aus Serie C. Nr. 198,
und Serie D. Nr. 282,

in Gemäßheit des Art. 11 des allgirten Gesetzes für erloschen erklärt und die Inhaber der im October 1850 und resp. 1851 ausgelosten Kammer-Obligationen:

Serie C. Nr. 398
Serie D. Nr. 26 und 406
Serie E. Nr. 141 253 und 296

zur Einreichung derselben bei der genannten Kasseverwaltung, mit Hinweisung auf das deßhalb gesetzlich bestehende Präjudiz aufgefordert.

Endlich wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in Befolgung des Art. 7 des mehrerwähnten Gesetzes die im October 1848 ausgelosten und realisirten Kammerschuldbriefe nebst den dazu gehörigen Zinsleisten und Coupons:

Serie A.
Nr. 162 252 und 256
Serie B.
Nr. 67 121 213 und 362
Serie C.
Nr. 97 190 280 311 321 338 351 422 448 459 546 563 u. 600
Serie D.
Nr. 27 87 103 140 169 235 237 305 328 329 333 364 368 369 401 470 591 596 635 704 790 969 1029 1051 1066 1101 1134 1156 und 1165
Serie E.
Nr. 105 138 182 192 206 209 281 321 und 326

am 5. dieses Monats vorschriftsmäßig vernichtet worden sind.

Gotha, den 12. October 1852.

Herzoglich Sächs. Landes-Regierung, Finanzabtheilung.
[2371] Heß.

[2278] **Herzoglich**
Erbach-Schönberg'sches 4pCt. Anlehen
von 200,000 fl., d. d. 1. November 1839.

Von obigem Anlehen wurden in der heute stattgehabten dritten obligationsmäßigen Verlosung die nachstehenden Nummern:

Lit. A. Nr. 102. 131. . 2 Stück } zusammen fl. 3000.
Lit. B. Nr. 42. 56. . 2 Stück }

zur Rückzahlung per 1. Januar 1853 bestimmt, wovon die Besitzer mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt werden, daß von diesem Tage an jede weitere Verzinsung auf diese Obligationen aufhört.

Frankfurt a. M., den 2. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.

[2378] **Obstbäume- und Ziergehölz- ꝛc. Verkauf.**

Aus der bereitschaftlichen Baumschule auf dem Rheinfelderhofe bei Wallstadten können von jetzt an bis zum nächsten Frühjahr verschiedene Sorten der schönsten veredelten Obstbäume, als: Aepfel- und Birnbäume in 18 fr. per Stück, Nuß-, Aprikosen-, Pfirsich-, Pflaumen-, Kirschen-, Mirabellen-, Reineclauden-, edelaare und italienische Zwetschenbäume, Weinreben und vorzüglichen Preisvorzeichnissen; etwa 4000 Stück Weidworn-Pflanzen, viele italienische Pappeln, 100 Stück Traueresche, auch viele andere Arten Bäume und Ziersträuche, als Ahorn, Schneeballen, Spyräen, Syringen, Kastanien, Fenerdorn ꝛc. zu äußerst billigen Preisen abgegeben werden.

Deßfallige Bestellungen können in frankirten Briefen oder mündlich an den Kassirer, Ortseinnehmer Hinterthür, und Obergärtner Petermann zu Wallerstädten abgegeben werden. Großgerau, den 18. October 1852.

Der Gr. Hess. Rentamtsvicar des Rentamts Großgerau.
J. v. B.
Grünewald, D.J & t.B.Sec.-Accessit.

Cours der Staats-Papiere. 19. October 1852. (Schluss der Börse.)

		For comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.b. Rothsch)	93¼	G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B.	94¼	G.
»	5% L. V. (C. b. Rothsch)	89 P. 88¾	G.
»	5% do. Monate C. 18. I. M.	84⅜ P. ⅛ bez. u. G.	
»	Bank-Actien . . .	1392	G.
»	5% Metallig. Oblig.	81¼	G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	81¾ P. ⅛ G.	
»	4% ditto	73¼ P. 73 G.	
»	4% ditto	65	P.
»	3% ditto	49¼	P.
»	2½% ditto	42	G.
»	1% ditto	16⅜	P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	119¼	P.
»	fl. 500 » Rothsch	194⅛	P.
Preussen	4½% Oblig. b. Berlin.	104	P.
»	4% Oblig. b. Roths.	99¼	P.
»	3½% Staatsschuldsch.	94⅛	P.
»	4½% Oblig. b. Roths.	104	P.
»	Cöln-Mind. R.-Actien	112¼	G.
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	101½ P. ¼ G.	
»	4½% ditto	100⅝ P. ⅝ G.	
»	4% ditto		
»	4% Ablös.-Rente .	96¼ P. ⅛ C.	
»	3½% Oblig. b. Roths.	93 P. 92¾ G.	
»	Ludwigsb.-Bahnb.	95⅜ P. ⅜ G.	
»	5% Priorit.-Oblig. .	102⅜	G.
Baden . .	5% Obligationen .	101¾	G.
»	4½% Obligationen	102¼	C.
»	3½% v. 1845 . . .	90⅝ P. ⅜ G.	
»	fl. 50 Loose v. 1840	68⅛ P. 65¾ C.	
»	fl. 35 Loose v. 1845	38	bez. u. G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103	C.
»	4% ditto	99⅛	P.
»	3½% ditto	91⅝ P. ⅛ G.	

		For comptant.	
Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28½ P. ⅛ G.	
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅜ P. ⅜ G.	
»	3½% ditto	90⅝ P. ⅜ G.	
Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34½ P. ⅜ bez. ¼ G.	
»	Prdz.-Wilhs.-Nordb.	45½ P. 44½ G.	
Gr. Hessen	4½% Obligationen	101⅝	P.
»	4% ditto b. Rothsch.	97⅞	G.
»	3½% ditto b. Rothsch.	92½ P. ¼ G.	
»	fl. 50 Loose . . .	90¼ P. 89¾ G.	
»	fl. 35 Loose . . .	31½	P.
Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95⅞ P. ⅛ G.	
»	3½% v. 1846	95⅛	P.
»	3½%	85½ P. ½ G.	
»	Commissionsact.	302 P. 300 G.	
Russland	4½% Obl. b. Baring	103	P.
»	4½% Obl. b. Hope & S.	91	G.
»	4½% b. Stieglitz &	90¾	G.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91	bez. u. G.
Spanien	5% Int. Sch. P. £ 3.30	46⅛ P. ⅝ bez. ¼ G.	
»	1% Neue » »	25½ ⅛ bez. ⅜ G.	
Holland	4% Certificate . .	95⅜	G.
»	3½% Syndicate .	84½	G.
»	3½% Integrale . .	63⅜	G.
Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 19. R.	99¾ P. ⅜ G.	
»	4½% Obl. in F. à 28 kr.	97⅞ P. ⅝ G.	
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	90⅛	G.
»	3½% Obl. b. Rothsch.	85⅜	G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98½	G.
»	5% Obl. b. Hambro	91⅞ P. ⅜ G.	
»	Sardinische Loose .	40½	G.
Toscana	5% Obl. 1850 (Ch. Goldsch.)	100⅞ P. ⅛ G.	
»	5% 1851. b. Bartolf (ds.)	97⅞	G.
Römerstadt	6% Stocks Doll. b. 90.	116¾	P.
Vereins fl. 10 Loose . .		37⅝ P. ⅜ G.	

Wechsel-Cours.

Den 19 October		For comptant.
Amsterdam	k.S.	100⅛ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	2M.	
Augsburg . . .	k.S.	150⅛ B. 149½ G.
(100 fl. Crt.)	2M.	
Berlin	k.S.	105⅛ B. 104⅝ G.
(100 Thlr.)	2M.	
Bremen (50 Rthlr.)	k.S.	97⅛ B. ⅛ G.
Rthlr.-l. Ldor.	2M.	
Hamburg . . .	k.S.	89⅛ B. 89 G.
(100 Mk. Bco.)	2M.	
Leipzig	k.S.	105⅛ B. 104⅞ G.
London	k.S.	119⅛ B. ⅛ G.
(10 Livr. St.)	2M.	
Lyon	k.S.	94½ B. ⅛ G.
(300 Fr.)	2M.	
Mailand (150 fl.)	k.S.	101⅛ B. 100½ G.
Lir. Austr.)	2M.	
Paris	k.S.	94⅛ B. ⅛ G.
(300 Fr.)	2M.	
Wien (100fl.)	k.S.	103⅛ B. 103 G.
im fl. 20 F.)	2M.	3 B. ⅛ G.
Disconto		3 B. 3½ G.

Gold und Silber

Pistolen	9	45-46
Pr. Friedrichsd'or	9	55 56
Holl. 10fl. Stücke	9	54-55
Rand-Ducaten . .	5	37½-38
20 Francsstücke	9	29 30
Engl. Souverains	11	54
Gold al Marco . .	388-84	
5 Frankenthaler	2	24⅞-25
Preuss. Thaler	1	45-½
Preuss. Cassa-Sch.	1	45-½

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 251. — Mittwoch — den 20. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereinsgebiet von Frankfurt 1 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des östlichen Theils und Zweigs-Postvereins (Postvereinsgebiets) 2 fl. 40 kreuzer oder 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in dem k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. im M. C.-Fuß, oder

1 fl. 50 kr. C. M., oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und Übersee die Länder nimmt Herr G. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 26, und in Paris Herr Administrateur de Nouvelles, Rue Richelieu, an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile 1½ Sgr. oder 5 kr. Beilagen werden mit 1 Rthlr. 15 Sgr. oder 2 fl. 30 kr. berechnet. Einzelne Nummern 1 Sgr. oder 3 kr. Bestellungen und Einsendungen werden franco erbeten.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 16. Oct. Die vielbesprochene Rede des französischen Prinz-Präsidenten zu Bordeaux will der „Presse" nicht sonderlich gefallen. Sie gibt zu, daß sie ein der Situation angepaßtes oratorisches Meisterstück sei, aber nicht so beruhigend klinge, wie man diesseits und jenseits des Rheine glauben machen wolle. Die „Presse" sagt: „Der Kaiserkandidat spricht wohl von seinen friedlichen Entwürfen, die er einmal auf den Throne fitzend aussühren gedenkt, in der eindringlichsten Weise; allein man darf diesen Expectorationen keine größere Tragweite zuschreiben, als sie wirklich verdienen, zumal man mit vieler Wahrscheinlichkeit annehmen dürfte, daß er in diesem wichtigen Augenblick gegenüber den auswärtigen Mächten nur mit dem Oelzweig in der Hand sich zeigen werde. Ueberdies konnte er nicht vergessen, daß seinem aus den reichsten Kaufherren der Gironde bestehenden Auditorium die Erhaltung der Ruhe in Europa als ihre erste Lebensbedingung erscheine, denn die Handelsklammernitzlicher der ganzen Welt sind ihrem innersten Naturell nach ohne Zweifel begeisterte und aufrichtigere Friedensapostel als Elihu Burritt und Richard Cobden mit ihrem gesammten Gefolge von Quäkern. Alle diese Umstände genau erwogen, verlieren die Friedensversicherungen der Festrede bedeutend an Gewicht. Wir finden unserseits einen bedenklichen Accent auf die Stelle gelegt, wo es heißt: „Wehe dem, der in Europa zuerst das Zeichen zu einem Zusammenstoß gäbe, dessen Folgen unberechenbar wären." Diese Worte erinnern zu sehr an den energischen Ausruf seines Oheims, wie er sich die eiserne Krone auf sein Haupt drückte: „Gnai a chi la tocca", als daß man sie so ticht hinnehmen sollte."

Die „Oesterr. Corresp." setzt die begonnene Veröffentlichung der neuen Justizorganisationen fort. Unter der Leitung der Oberlandesgerichte, sagt sie, werden die Bezirksgerichte und die Gerichtshöfe erster Instanz (Tribunali di prima istanza) stehen, welche letztere entweder Landesgerichte oder Kreisgerichte sein werden. Die Feststellung der Gerichtssprengel, sowie der zum Grund liegenden Gebietseintheilung für die politische Verwaltung bildet einen Gegenstand der Berathung der in den einzelnen Kronländern niedergesetzten Organisirungscommissionen. Die Kronländer werden in der Regel in Kreise und diese wieder in Bezirke getheilt. Nur die Kronländer Kärnthen, Krain, Ober- und Niederschlesien, Salzburg und die Bukowina erhalten keine Kreiseintheilung, sondern werden bloß in Bezirke, die direct unter der Landesbehörde stehen, eingetheilt. Die Gerichtssprengel haben in Absicht auf ihre Abgrenzung stets mit der Bezirkseintheilung zusammenzufallen, was aber nicht schließen läßt, daß ein Landes- oder Kreisgerichtssprengel mehrere ganze Kreise, oder ein Kreis mehrere Landes- oder Kreisgerichtssprengel umfassen kann. Als Grundsatz hat aber bei Bestellung der Gerichtshöfe zu gelten, daß in der Regel in jedem politischen Kreise ein Gerichtshof aufgestellt werde. Ausnahmen von diesem Grundsatz werden nur insoweit eintreten, als nach Verhältniß des Areals und der Bevölkerung entweder in einem größern Kreise zwei solche Gerichte aufzustellen, oder einen Gerichtshof seine Wirksamkeit über zwei oder mehrere Kreise ausdehnen zu lassen für thunlich oder erforderlich erachtet werden sollte. Diese Gerichtshöfe werden in den Hauptstädten der Kronländer, oder wo die Geschäfte in einem sehr bedeutenden Umfang und von besonderer Wichtigkeit bestehen, die Benennung k. k. Landesgerichte, sonst aber k. k. Kreisgerichte führen und mit einem Präsidenten oder Präses, Räthen und dem nothwendigen Hilfsperfonal im Concept- und Kanzleifache, dann dem angemessenen Dienerstand besetzt werden.

* **Wien**, 16. Oct. Die Concession zum Baue einer Eisenbahn von Zittau nach Reichenberg ist hohen Orts einer sächsischen Gesellschaft ertheilt werden, jedoch unter der Bedingung, daß die Bahn in längstens drei Jahren vollendet sei. Im nächsten Frühjahre soll bereits mit den Erdarbeiten begonnen werden. — Graf Moriz Dietrichstein, der frühere Leiter der kaiserlichen Hoftheater, ist am Typhus gestorben. Derselbe war in dem Jahr 1848 Oberhofmeister-Stellvertreter bei Sr. Maj. dem Kaiser Ferdinand, und wurde am 26. Mai 1848 als Geißel auf der Universität in Verwahrung genommen, und erst nach einigen Tagen durch den Sicherheitsausschuß in Freiheit gesetzt. Sein treuer Diener seines Monarchen hatte er sich der allgemeinen Achtung zu erfreuen.

* **Berlin**, 17. Oct. Bis jetzt läßt sich noch nicht entscheiden, ob die Demokratie an den bevorstehenden Wahlen sich betheiligen werde oder nicht, da ihre Organe in der Presse sich hierüber noch nicht ausgesprochen haben. Dagegen meint die „Neue Preuß. Zeitung": Mannigfache Anzeichen deuten darauf hin, daß alle oppositionellen Fractionen gemeinsame Sache machen und in geschlossener Reihe auf dem Wahlplatz erscheinen werden.

‖ Aus **Schlesien**, 16. Oct. Die Begründung eines großen politisch-katholischen Tagblattes ist durch Actenzeichnung von circa 30,000 Thlr. die jetzt gesichert; man ist bemüht, das Capital auf 50,000 Thlr. zu bringen. An der Spitze der Gesellschaft steht der Fürstbischof selbst, während Dr. H. Förster für die innere Leitung der Redaction des politischen und Dr. Brühl für die des Literatur- und Konversationsblattes, welches damit verbunden ist, genannt werden.

‖ **Vom Rhein**, 19. Oct. Die Redaction der „Deutschen Volkshalle" wird für die Folge von dem ehemaligen Tagsatzungspräsidenten Siegwart-Müller, wenn auch nicht nominell, besorgt werden. Der bisherige Redacteur Professor Dr. Müller hat seine Beziehungen zu diesem Blatte bekanntlich aufgegeben, und wird demnächst nach Wien gehen, um daselbst ein neues Tagblatt zu begründen, welches kirchlich-politische Tendenz und halboffenen Charakter haben wird. Es erscheint mit dem 1. Januar folgenden Jahrs.

/* **München**, 17. Oct. Die Reise Sr. Maj. des Königs nach der Pfalz wird nicht, wie zuerst bestimmt war, durch Franken, sondern über Ulm und Stuttgart stattfinden. Der König wird morgen in Ulm übernachten und übermorgen vor der Weiterreise die Festungsbauten in Augenschein nehmen. Da bis übermorgen wahrscheinlich auch der König von Hannover von Kirchheim aus in Stuttgart eingetroffen sein wird, so liegt die Vermuthung nahe, daß deßhalb die Reise unsres Königs über Stuttgart genommen, und dortselbst eine Zusammenkunft der Könige von Bayern, Hannover und Württemberg stattfinden wird. — In unserer Vorstadt Haidhausen (dieser zahlreich bevölkerte Ort wird als Vorstadt Münchens betrachtet) ist heute Vormittag durch den Herrn Erzbischof von München unter großer Feierlichkeit der Grundstein zu einer neuen Kirche gelegt, die in deutsche mStyzbogenstyle nach dem Plane des Architekten M. Berger erbaut wird, und eine der schönsten Kirchen der Neuzeit zu werden verspricht. — Diesen Nachmittag erstaige von hier aus die 245. Luftfahrt des Grn. Green, in dessen Begleitung sich ein Engländer und der Redacteur des „Münch. Herold", Hr. Haller, in die höhern Regionen begaben. Die Auffahrt, in Gegenwart einer sehr großen Menschenmenge, ging sehr gut von statten; der schöne Ballon nahm bei einer bedeutenden Höhe die Richtung gegen Augsburg.

* Aus **Dresden**, 16. Oct., schreibt man dem „Hamburger Correspondenten": „Wie hier in gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist die jetzt in den Blättern zu lesende Nachricht, daß sich Oesterreich bereit erklärt habe, den Coalitionsstaaten schon vom 1. Januar 1854 an seine Grenzen zu öffnen, und die Zolleinigung unter Garantirung der diesen Staaten bisher erflossenen Zollvortheile mit ihnen definitiv abzuschließen sein Lufgabilte, sondern wird den von Oesterreich gemachten Anträgen so ziemlich nahe kommen. Hiernach muß in der ganz Deutschland bewegenden Zollfrage der eigentliche entscheidende Wendepunkt schon in den nächsten

Tagen eintreten. Daß die Coalitionsregierungen den von Preußen in der Circulardepesche vom 27. September bezeichneten Weg nicht betreten werden, ist nach allen vorliegenden Anzeichen als sicher anzunehmen. Hält also Preußen an seinem Programm vom 30. August unabänderlich fest, will es sich selbst zu entgegenkommenden Schritten gegen die sich tief verletzt fühlenden Coalirten nicht mehr entschließen, so ist bei der nunmehrigen Lage der Sache leider der Bruch zwischen Nord- und Süddeutschland kaum zu verneiden. Zwar wird es hier nicht für unwahrscheinlich gehalten, daß Oesterreich bezüglich der neuen in Wien beabsichtigten Verhandlungen in Berlin es nicht an den nöthigen Schritten werde fehlen lassen, um Preußen zur Theilnahme an den Conferenzen zu bewegen, und wird namentlich hierbei auf die erfolgte Rückkehr des Herrn von Prokesch nach Berlin besonderes Gewicht gelegt; allein die Hoffnung hat das fernere Bestehen des jetzigen Zollvereins mit Preußen ohne Oesterreich wird täglich schwächer."

Aus **Hannover.** Durch Ministerialausschreiben vom 4. Oct. ist die „erforderliche Zahl der Volksmenge und Wohnhäuser im Königreich Hannover" angeordnet und der Zeitpunkt derselben auf den 3. Dec. festgesetzt worden. Die „Zeitung für Norddeutschland" und die „Preußische Zeitung" wollen darin eine Vorbereitungsmaßregel zur Ausführung des Septembervertrags erblicken; der „Neue Volksfreund" aber und die „Hannoversche Zeitung" meinen, es sei nur die alle drei Jahre stattfindende Volkszählung, die im vorigen Jahr allerdings aus Rücksicht auf den Septembervertrag unterblieben, nun aber nachträglich ohne Rücksicht auf den Vertrag ausgeführt werde.

Vom Main, 16. Oct., meldet der „Nürnb. Corresp.": Das von der preußischen Regierung erlassene Verbot des Wanderns von Handwerksgesellen nach der Schweiz steht nicht vereinzelt. Die Regierungen noch mehrerer deutscher Staaten haben in gleicher Weise die Localbehörden und ihre Gesandtschaften angewiesen, bis auf weitere Verfügungen keine Visas zum Wandern nach der Schweiz zu ertheilen. Es ist deßhalb anzunehmen, daß die gegenwärtig in der Schweiz befindlichen Handwerksgesellen auch dieser Staaten (man nennt Oesterreich, Bayern, Württemberg, Baden, die beiden Hessen, Sachsen, Hannover) ebenso, wie die preußischen, aus der Schweiz werden zurückgerufen werden. Als Motiv für diese Beschlüsse werden die in der Schweiz fortdauernden, zunächst auf die Gewinnung der Arbeiter gerichteten socialistischen Umtriebe angeführt, und, wie verlautet, ist das gleiche Verbot in kurzem auch von Seiten der übrigen deutschen Bundesstaaten zu erwarten.

Italien.

† **Turin,** 13. Oct. Die „Gazzetta piemontese" widerspricht einer Mittheilung der „Armonia", daß eine hochgestellte Person abgereist sei, um ein neues Anlehen zu unterhandeln.

* **Rom,** 11. Oct. Der Herzog von Modena ist aus Sicilien, wo er den Ausbruch des Aetna benützte, hier eingetroffen. Monsignore Charvaz, neuernannter Erzbischof v. Genua, ist ebenfalls hier angekommen, um sich Verhaltungsbefehle vor der Uebernahme seines Postens zu erbitten. Ein theilweiser Wechsel der Delegaten hat stattgefunden.

Amerika.

+* **Neuyork,** 28. Sept. Zum erstenmal seit dem Bestehen der Union bemerkt man ein Aufsuchen des religiösen Elements bei der Präsidentenwahl. Der demokratische Candidat Pierce gilt für einen eifrigen Protestanten; ihm wird die Aufrechthaltung des Protagraphen der Neuhampshirer Constitution, welcher die Katholiken von den obern Staatsämtern ausschließt, vorzugsweise zugeschrieben. Deßhalb arbeitet, wie man sagt, ein Theil des Klerus für den Whigcandidaten Scott; denn daß am Ende nur diese zwei Candidaturen übrig bleiben, habe ich schon früher dargethan. Ein Freund Pierce's, Mr. Semmes, wandte sich nun an den hiesigen Erzbischof mit der Bitte, unter seinen Glaubensgenossen die Meinung, Pierce sei ein Katholikenfeind, zu widerlegen. Herr Hughes antwortete in fein ablehnender Weise und man glaubt daher, daß der kirchlich disciplinirte Theil der Katholiken, namentlich die Irländer, maſſenhaft für Scott auftreten würden, falls nicht ein anderer Zwischenfall die demokratische Waagschale wieder etwas hebt. Auch der nahe Zerfall des merikanischen Staates und die voraussichtliche Betheiligung der Union an dortigen Ereignissen steigert den Einfluß des frühern Besiegers dieser Republik.

Neueste Nachrichten.

= **Frankfurt,** 19. Oct. Heute um 6 Uhr wurde die Abstimmung zur Bildung des Wahlcolleges für den nächsten gesetzgebenden Körper geschlossen. Die Betheiligung dabei war ungewöhnlich stark. In der ersten Abtheilung stimmten 568 Bürger, in der zweiten 849 und in der dritten 954, also zusammen etwa die Hälfte der Wahlberechtigten. Das Resultat wird erst morgen bekannt werden, doch glaubt man, daß die Gothaer Partei in der ersten und zweiten Abtheilung, und die streng conservative Partei nur in der dritten Abtheilung gesiegt haben wird.

Von der Saale, 17. Oct. Vorgestern Abend ist Friedrich Ludwig Jahn zu Freiburg an der Unstrut gestorben. Jahn, der Sohn eines Predigers, war am 11. August 1778 zu Lanz in der Prignitz geboren, und erreichte somit ein Alter von 74 Jahren. (D. A. Z.)

* Aus **Kurhessen** erfährt das „Mainzer Journal", daß an dem Gymnasium in Hersfeld ein Convict errichtet werden soll für solche junge Leute, die nach Ablauf der Gymnasialjahre sich dem Studium der protestantischen Theologie widmen wollen.

Mainz, 19. Oct. Sonntag, sagt das „Mainzer Journal", von München die erfreuliche Nachricht zu, daß Se. Maj. der König von Bayern den Staatsvertrag, unsere Eisenbahn betreffend, am 15. d. M. ratificirt hat. Da die Ratification von Seite Sr. königl. Hoheit unsers Großherzogs schon vor einiger Zeit erfolgt ist, so ist jetzt diese für unser Unternehmen so hochwichtige Angelegenheit als völlig geordnet zu betrachten.

‡ **Paris,** 18. Oct. Der „Moniteur" enthält heute keinen amtlichen Theil; dafür eröffnet er seinen nichtamtlichen mit folgender Schilderung: „Der Prinz hat das Ende seiner Reise durch einen großen Act der Gerechtigkeit und Großmuth bezeichnet: er hat dem Gr-Emir Abdel-Kader die Freiheit wieder geschenkt. Seit langer Zeit war dieser Act in seinem Sinn beschlossen: er wollte ihn ausführen, sobald die Umstände ihm gestatten würden, ohne irgend welche Gefahr des Landes den Einzelnbungen seines Herzens zu folgen. Heute hat Frankreich auf seine Kraft und seine Rechte ein allzu berechtigtes Vertrauen, um sich nicht groß zu zeigen gegen einen überwundenen Feind. Auf der Heimkehr von seiner Reise verweilte der Prinz im Schlosse von Amboise. Er ließ sich dort Abdel-Kader vorstellen und theilte ihm in folgenden Worten das Ende seiner Gefangenschaft mit:

„Abdel-Kader, ich komme, Euch Eure Freilassung anzuzeigen. Ihr werdet nach Brussa in den Staaten des Sultans gebracht werden, sobald die erforderlichen Vorkehrungen getroffen sind, und werdet dort von der französischen Regierung eine Eures frühern Ranges würdige Behandlung erfahren. Seit langer Zeit, Ihr wißt es, machte mir Eure Gefangenschaft einen wahrhaften Kummer, denn sie erinnerte mich unaufhörlich daran, daß die mir vorausgegangene Regierung die gegen einen unglücklichen Feind übernommenen Verpflichtungen nicht gehalten habe, und in meinen Augen gibt es nichts Erniedrigenderes für die Regierung einer großen Nation, als ihre Kraft bis zu dem Grad zu verkennen, daß sie ihres gegebenen Wortes fehlt. Der Obelisk ist immer der beste Rathgeber, und ich bin überzeugt, daß Euer Aufenthalt in der Türkei unsern Besitzungen in Afrika nicht schaden wird. Eure Religion wie die unsrige lehrt, daß man sich den Fügungen der Vorsehung unterwerfe. Wenn nun Frankreich Gebieterin von Algerien ist, so geschieht dies, weil Gott es gewollt hat, und die Nation wird niemals auf diese Eroberung verzichten. — Ihr seid der Feind Frankreichs gewesen, aber nichts desto weniger lasse ich Eurem Muth, Eurem Charakter, Eurer Resignation im Unglück Gerechtigkeit widerfahren; deßhalb halte ich es für Ehrensache, Eure Gefangenschaft aufhören zu lassen, weil ich in Eure Worte vollkommenes Vertrauen setze."

Diese edlen Worte, erzählt der „Moniteur" weiter, haben den Gr-Emir lebhaft gerührt. Nachdem er Sr. Hoheit seine ehrerbietige und ewige Dankbarkeit ausgesprochen, schwur er auf die heiligen Bücher des Koran, daß er niemals unsere Herrschaft in Afrika zu beunruhigen versuchen werde und sich ohne einen Hintergedanken dem Willen Frankreichs unterwerfe. Abdel Kader fügte hinzu, es hieße den Geist wie den Buchstaben des Gesetzes des Propheten schlecht verstehen, denke man, daß es die gegen Christen eingegangenen Verpflichtungen zu verletzen erlaube, und zeigte dem Prinzen einen Vers des Koran, der ausdrücklich ohne Ausnahme und ohne Rücksicht jeden verdammt, welcher das, auch den Ungläubigen einmal gegebene Wort verletzt. In den Augen aller verständigen Araber ist die Eroberung von Algerien heute eine vollendete Thatsache; sie erblicken in der beständigen Ueberlegenheit unserer Waffen die eclatante Offenbarung des göttlichen Willens. Die loyale und edelsinnige Politik ist die einzige, welche einer großen Nation geziemt: Frankreich wird es dem Prinzen Dank wissen, daß er sie befolgt hat. — Abdel Kader wird im Schlosse zu Amboise bleiben, bis alle Vorkehrungen getroffen sind, seine Verbringung und seinen Aufenthalt in Brussa sicher zu stellen."

Der Prinz-Präsident hat gestern Mittag seine Residenz aus dem Elysée nach Saint-Cloud verlegt. In Boulogne wurde er vom Maire und dem Gemeinderath empfangen und von der Bevölkerung mit Acclamationen begrüßt. Alle Häuser waren mit Fahnen und Devisen geschmückt und überall ließ sich das Vive l'Empereur! und Vive Napoléon III.! vernehmen. Aehnliche Ovationen wurden dem Prinzen in Saint-Cloud bereitet; dort war eine mit Blumen und Fahnen decorirte Ehrenpforte errichtet, der Maire richtete namens der Einwohner eine Ansprache an Ludwig Napoleon, die Bevölkerung selbst aber war in hellem Jubel und machte ihm in Kaiservivats Luft. Sie begleitete den Prinzen bis in den Schloßhof. Abends war Saint-Cloud und Boulogne glänzend illuminirt.

⁑ **London**, 17. Oct. Vom Vorgebirg der guten Hoffnung sind neuere Nachrichten bis zum 6. September eingelaufen. General Cathcart ist mit seinen Expeditionstruppen aus dem Kei zurückgekehrt. Das Lager des Kaffernhäuptlings Krelli wurde verbrannt; man hat ihm 10,000 Stück Schlachtvieh, Pferde rc. weggenommen. Der Gouverneur hat den Truppen und den Colonisten seinen Dank ausgesprochen und ihnen gesagt, daß sein Zweck vollständig erreicht sei. Das Waterkloof wird fortwährend von rebellischen Hottentottenbanden heimgesucht. Ihr Häuptling Withaldes und der berüchtigte Macomo sollen am Krieg verzweifeln und Friedenseröffnungen gemacht haben.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
XI.

Γ **Köln**, 17. Oct. (Fortsetzung der Sitzung am 16. October.) Angeklagter Handlungscommis Erhardt. Er gab zu, Mitglied des demokratischen Vereins und des hiesigen Turnvereins gewesen zu sein. Das Parteimanifest vom Jahr 1848, welches bei ihm gefunden worden, habe er von einem fliegenden Buchhändler gekauft. Im Arbeiterbildungsverein ist er ganz unbekannt. Unter den Papieren, welche der Schneidergesell Nothjung bei sich führte, als er zu Leipzig verhaftet wurde, befanden sich auch zwei Briefe, welche offenbar von derselben Hand herrührten, und von denen der eine ohne Unterschrift und der andere anscheinend mit den Buchstaben A. E. unterzeichnet war. Der Angeklagte räumte die Autorschaft dieser Briefe ein, ebenso auch, den bewußten Koffer an Nothjung expedirt zu haben, bestritt aber seine von der Anklage behauptete nähere Bekanntschaft mit Nothjung. Er bestritt ferner, Mitglied des Bundes gewesen zu sein, oder überhaupt die Statuten desselben, sowie die verschiedenen von dem Bunde ausgegangenen Ansprachen zu kennen.

Vernehmung des Angeklagten Lassner, genannt Karstner, Schreinergesell. Auf Befragen des Präsidenten erklärt derselbe, daß er aus Weimar sei. Die zweite Frage, ob er sich dort der Dienstpflicht entzogen habe, beantwortet er bejahend und zwar im Jahr 1846. In Hamburg habe er einen gewissen Karstner willig gefunden, ihm sein Wanderbuch zu überlassen, worauf er im selben Jahr nach London gereist sei, und von nun an den Namen Karstner geführt habe. Im Jahr 1848 kam er nach Köln und blieb hier bis 1850. Er erzählt ein Langes und Breites von seinem Verhältniß zu der Familie Schapper; wie er mit Freiligrath für dessen erste Frau in ihrer Krankheit, und nach ihrem Tod für Schappers Kinder gesorgt habe. Als Schapper zurückkehrte und seine Kinder wieder zu sich nahm, habe er (Lassner) ihm seine Geliebte zur Haushälterin überlassen, der undankbare Schapper aber habe sie zur Untreue verleitet. Nachträglich habe ihn Schapper noch bei seinen Freunden verleumdet, und dieses sei die Ursache gewesen, weßhalb er 1851 eine Reise nach Köln gemacht habe, um diese Verleumdungen zu widerlegen. Der Präsident unterbricht ihn mit dem Bemerken, daß er nicht auf diesen Galimathias eingehen könne. Auf sein Befragen sagt Lassner, neben bereits Bemerktem, noch aus: In Hamburg habe er dem Arbeiterverein angehört. Er leugnet, Karstner das Wanderbuch entwendet zu haben, wenn dieser es aussage, so geschehe es nur, um selbst einer Strafe deßhalb zu entgehen. In London sei er Mitglied des deutschen Arbeitervereins gewesen; 1848 wäre er nach Köln gekommen. — Präsident: Hier trieben sie sich einige Jahre herum? — Antw. (mit einiger Entrüstung): Herumgetrieben habe ich mich nicht, sondern fortwährend bei verschiedenen Meistern gearbeitet. Er ging dann nach Wiesbaden, wo er dem Arbeiterverein angehörte, aber bald ausgewiesen wurde und zwar, wie der Präsident darthut, wegen aufrührerischen Reden. Er leugnet, im Juli 1850 auf eine Einladung Reiffs nach Köln gekommen zu sein, sondern nur um die Verleumdungen Schappers zu widerlegen. Es wird hierauf ein Schreiben von ihm vom 19. Juli an Boltz in Mainz verlesen; er sagt darin ungefähr Folgendes: Ich komme bald zurück. Brauche aber noch Geld. Wenn ich wieder komme gibt es aber auch Geld. Ich habe hier viel zu thun, um bei allen herumzukommen. Wer zuletzt lacht, lacht am Besten. Schapper hat sich hier gründlich blamirt. Wenn ich zurückkomme, werde ich etwas Entscheidendes mitbringen. Du wirst viel Neues von mir hören von unsern Nürnberger Freunden. Die Polizei hat mich hier noch in Ruhe gelassen, obgleich sie mich mit schwarz-weißen Augen anglotzt. — Der Präsident hält ihm vor, wie die dunkeln Stellen seines Briefes alle hell würden, wenn man annehme, daß er Mitglied des Bundes gewesen sei. Er verneint dieses aber. Der Präsident befragt ihn dann um seine Reise nach Nürnberg. Er behauptet, er habe die Absicht gehabt, aus Deutschland zu gehen, vorher aber habe er noch Nürnberg und München sehen wollen; nach Nürnberg sei er gegangen, um Arbeit zu suchen, die er aber nicht gefunden habe, weßhalb er zurückgekehrt sei. Er verließ Mainz am 11. und kehrte am 17. dorthin zurück. — Der Präsident hält ihm hierauf entgegen, er habe in Mainz seine Effecten zurückgelassen und sich von seinem Meister nur einen kurzen Urlaub erbeten, um zu einem Consilium der Arbeiter nach Frankfurt zu gehen. Die Reise falle in die Zeit, als der Emissär nach Nürnberg gegangen sei, den Bürgers einen Frankfurter Handwerker nennt. — Frage: Stand Mainz mit hier in Verbindung? — Antw.: Nein. — Frage: Waren die Vorsteher des Mainzer Arbeitervereins Mitglieder des Bundes? — Antw.: Nein. Er will Schapper hier nur einmal in einem Wirthshause von dem Bund haben reden hören, den man wieder ins Leben rufen müsse; sonst wisse er nichts vom Bunde. Befragt, ob eine Bibliothek, die nach seinem eigenen Verzeichniß aus 121 Bänden besteht, die Bundesbibliothek wäre, behauptet er, sie gehöre ihm eigen an, er sei ein großer Freund der Lectüre und habe der Bücher sogar noch mehrere. Es befindet sich darunter das Londoner Manifest von 1848; er will dasselbe gekauft haben. — Frage: Haben Sie in London die Statuten von 1847 mit discutirt? — Antw.: Nein, im Verein ist davon nichts vorgekommen. — Er gibt verschiedene Art und Weise an, wie er in den Besitz einer französischen Rede an die Demokraten aller Länder, des Trinkspruchs Blanqui's, des rothen Katechismus, das Flugblatt: Preußische Brüder und preußische Unterthanen, gekommen sei. Hätte er sie mit Unrecht erlangt, so würde er sie nicht im Katalog verzeichnet haben. Er beklagt sich über die schlimme Behandlung, die er in Mainz im Gefängniß erduldet habe. Die Leichenrede auf Dr. Gottschalk gesteht er hier gehalten zu haben, nur wisse er nicht, ob sie richtig aufgezeichnet worden sei. Auf die Aufforderung seines Vertheidigers, v. Hontheim, werden zwei Actenstücke verlesen. Das eine ist ein Polizeibericht von Berlin vom 31. December, unterzeichnet Brüggemann, worin die Darmstädter Polizei aufgefordert wird, den Lassner wegen politischer Umtriebe in London u. s. w. gefangen zu nehmen, aber sonst nichts Entscheidendes gegen ihn vorzunehmen, bis der Polizeidirector Schulz nähere Mittheilungen über ihn gemacht habe. — Das zweite Actenstück ist ein Urtheil des Mainzer Kreisgerichts, laut welchem Lassner und Boltz von der Klage auf Hochverrath und Verbreitung verbotener Schriften entbunden werden, ersterer dagegen wegen Führung eines falschen Namens in eine Strafe verurtheilt wird.

Börsenberichte.

⁑ **Frankfurt**, 19. Oct. (Börsenbericht.) Die Stimmung war heute nicht so günstig als an gestriger Börse; die meisten Fondsgattungen zeigten jedoch nur wenig Coursveränderung. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall 81 1/2 pCt., 4 1/2pCt. Metall. 73 pCt. G.; 5pCt. Lombardisch-Venetianische 88 3/4 pCt. G.; Wiener Bankactien 1392 fl. G.; 500 fl. Loose 193 pCt. G.; 250 fl. Loose 119 pCt. G. Spanische Fonds waren etwas minder begehrt, 1pCt. Neue 25 3/4 pCt., 3pCt. Inländische 46 1/4 pCt. G. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn 44 7/8 pCt., Berbach 95 3/8 pCt. G., Köln-Minden 112 1/4 pCt. G., Taunus 300 fl. Livorno-Florentiner und Siena-Empoli wurden abermals zu höheren Preisen umgesetzt. Von süddeutschen Loosen waren kurhessische und badische 35 fl. Loose mehr gefragt. — Abends in der Effectensocietät war das Geschäft in 1pCt. Spanischen belebt und schlossen solche 25 13/16 pCt. G.

Berlin, 18. Oct. Staatssch. 94 Brf., 93 1/2 G. — Köln-Minden 112 3/4 Brf., 111 3/4 G. — Fr.-W.-Nordbahn 42 3/8 Brf., 41 3/8 G., 42 à 41 1/4 bez.

Paris, 18. Oct. 4 1/2pCt. Rente 106, 90. — 3pCt. 82, 35. — Neapol. 105. — Neue 5pCt. Oesterr. 95. — Spanische neue Diff. 25 3/4. — Neue 3pCt. 51 1/4. — Innere Schuld 46 1/4. — Passive —. — Bankactien 2867, 50. — Piemont 5pCt. 98, 40. — Römisches Anlehen Juni 1850 98. — do. 1850 99 1/4. — St. Germain-Eisenbahn 1170. — Versailles, linkes Ufer —. — Straßburg-Basel 330. — Nordbahn 795. — Paris-Straßburg 780.

Obgleich die Rente heute mit steigender Bewegung eröffnete, so drückten doch bald wieder Ausgebote, wahrscheinlich zum Behuf von Gewinnstrealisation, den Markt. Später veranlaßten Nachfragen abermals eine bessere Tendenz der Papiere. Die heutige Abrechnung in Bahnactien ging gut von statten, und alle blieben höher im Preis als am Freitag.

Madrid, 14. Oct. 3pCt. 47 3/8, n. d. Börse 47 3/8. — 1pCt. Neue 26 1/4, n. d. Börse 26 5/16.

Telegraphischer Coursbericht des Syndicats der Frankfurter Wechselsensale.

Wien, 19. Oct. 5pCt. Metall. 95. — L. A. —. — L. B. 109 1/4. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94 3/4. — 4 1/2pC. Metall. 84 3/4. — Bankactien 1342. — 250 fl. Loose 137 1/4. — London 11 fl. 31 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 102 1/4. — K.-F.-Nordbahn 218 1/2. — Liv.-Florenz —. — Siena-Empoli 71 1/2. — Paris 137. — London in Triest 11 fl. 30 kr.

Antwerpen, 18. Oct. 4 1/2pCt. Belg. 97 1/2. — 2 1/2pCt. do. 55 5/8. — 3pCt. Span. 46 1/2. — 1pCt do. 25 1/2.

Amsterdam, 18. Oct. 2 1/2pCt. Integr. 63 7/8. — 3pCt. Spanische 46 1/4. — 1pCt. do. 25 11/16. — 5pCt. Met. 78 3/4. 2 1/2 pCt. do. 40 11/16.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kiefsel.

[2379]

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung Sr. Excellenz des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten wird die electromagnetische Telegraphenlinie von Deutz nach Coblenz mit der neuerrichteten Station Coblenz (Ehrenbreitstein) vom 20. October c. ab, unter den in dem Reglement für den telegraphischen Verkehr in den Preußischen Staaten vom 17. Februar c. festgestellten Bedingungen, zur Benutzung des Publikums behufs Beförderung telegraphischer Depeschen eröffnet werden.

Berlin, den 16. October 1852.

Königliche Telegraphen-Direction.

Nottebohm.

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation.

Die jährliche ordentliche General-Versammlung der stimmberechtigten Obligationen- und Actien-Inhaber findet in unserem Geschäfts-Locale zu Carlsruhe

am 12. November 1852, um 10 Uhr früh, statt.

Carlsruhe, den 12. October 1852.

[2343] **Die Direction.**

[2370]

Bekanntmachung.

Nach den Bestimmungen der Schuld- und Pfand-Urkunde vom 21. September 1847 für das fürstlich fürstenbergische 4½ pCt. Anlehen von einer Million Gulden wird zur Kenntniß gebracht, daß im Einklange mit dem Tilgungsplane pro termino 1. Januar 1853 nachstehende Partial-Obligationen zum Betrage von 5600 fl. außer Cours gesetzt und verrufen worden seien:

zu Lit. A. à 1000 fl.,	1 Stück: Nr. 108.	1000 fl.
„ Lit. B. à 500 fl.,	7 Stück: Nr. 188 189 190 191 192 193 194.	3500 fl.
„ Lit. C. à 100 fl.,	11 Stück: Nr. 472 473 474 475 476 477 478 1005 1006 1007 1008.	1100 fl.
		5600 fl.

Donaueschingen, den 11. October 1852.

Fürstlich fürstenbergische Domainen-Kanzlei.

J. E. v. D.

Sulger.

[2370] vdt. Durley.

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 24. September 1852 an fahren die Boote täglich [2247]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 7½ Uhr (***Schnellfahrt***) . . . . bis **Cöln-Deutz**.
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 6½ Uhr Zuges von *Frankfurt*.

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 9 Uhr . . . . . bis **Cöln-Deutz** und **Düsseldorf**.
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 8 Uhr Zuges von *Frankfurt*.

Jeden *Mont., Mitte., Donnerst. u. Samst.* direct bis **Arnheim** (*Amsterdam*) u. **Rotterdam-London**.

Von *Mainz*-**Castel** Mittags 12 Uhr (***Schnellfahrt***) . . . . . bis **Cöln-Deutz**.
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 11 Uhr Zuges von *Frankfurt*.

Von **Biebrich** jedesmal eine Viertelstunde später als von **Castel**.

Von **Mainz** Nachmittags 1 Uhr und Nachmittags 4 Uhr nach **Worms** und **Mannheim**.

Billete für die Dampfschiffe nach allen Stationen und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil*, der Post gegenüber, Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren *Vogel, Koch & Comp.*, Hrn. **Aug. Schönling** auf dem Rossmarkt.

☞ Da die **Düsseldorfer Boote** bei Ankunft der Eisenbahnzuge von Frankfurt schon zur Abfahrt bereit liegen, so wird gebeten, um jede Verzögerung zu vermeiden, sich bereits in **Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten** zu versehen.

Niederländische Dampfschiffe.

(Dienst vom 2. October.) [2216]

Täglich nach Ankunft des 8 Uhr Zugs von Frankfurt.

Von Mainz-**Castel**, Morgens 9 Uhr, mit Uebernachtung in **Cöln** u. bis **Rotterdam**.

(Montag, Donnerstag u. Samstag über Arnheim und 4mal über Nymwegen).

Jeden Donnerstag und Samstag bis **London**.

Täglich von **Mainz** nach **Mannheim** und jede Woche noch extra Güterboote.

Näheres auf den Haupt-Agenturen von **C. Louis Beyschlag** in **Frankfurt a. M.** (Kornmarkt), in **Castel** und in **Mainz**.

Silberne Medaille 1846 — **Pate Pectorale** von Apotheker **George** in Epinal — Silberne Medaille 1846

Um die Brustkrankheiten, als Schwulen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Krachhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts mitsmmeres und besseres als die Pâte pectorale von **George**, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Pasten-Tabletten in roten Pertuull in Schachteln, die voller a 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren **Nebl inger & Comp.**, in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NE ALLEN** bei Hrn. **H. C. von Oven**, Bleydenstraße Nr. 38. [1666]

[2383] Wegen Abreise einer englischen Familie ist ein Wiener Flügel (Stretcher), gut gehalten, billig zu verkaufen. Joseph Bingo,

Zeil, Conditorwache Nr. 1.

Institut philologique de Nancy

rue des Ponts. 74.

Special-Bildungs-Anstalt für deutsche Jünglinge, welche Französisch und Englisch gründlich practisch zu erlernen wünschen.

Der Preis der Pension beträgt jährlich 400 Gulden und wird in vierteljährigen Zahlungen voraus entrichtet.

Schuler können zu jeder Epoche des Jahres eintreten: allein am besten *den 15. October und gegen Ostern.* Näheres bei der Expedition dieses Blatten. [2192]

Grand Hotel Louvois

in **Paris**, Platz Louvois, Straße Richelieu, gehalten von **T. Lachanal**.

Dieses geräumige und frei gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den alten Platz der Oper mit seinem schönen Bronnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuilerien. [2197]

Hôtel garni,

27, rue Montbazon, hôtel de Paris, in Mitte des eleganten Stadttheiles, nahe den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortreffliches Frühstück und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2173]

In England patentirt.

Herr **George** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentirten Erfindung, durch welche die Kunst der Zahnärzte gänzlich umgewandelt wird. Es handelt sich darum, die Platten statt aus Gold oder Horn vom Nilpferde (Hyppopotam), aus Schildplatte zu verfertigen, die viel weicher, angenehmer und leichter im Munde liegen als Hyppopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr **George** hat eine Dampfmaschine in Bewegung setzen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Bestellungen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienstag und Freitags von 1 bis 3 Uhr wird Herr **George** (rue Rivoli 36 à Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

NB. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentirten Vorrichtung zum Modelliren des Mundes bedarf Herr **George** nur zweier Stunden um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

RICHELIEU-POMADE.

[2199] (Patent.)

Bekanntlich erreichte der Herzog von Richelieu eine sehr hohe Aller, und behielt bis auf den letzten seiner Tage ein frisches blühendes Gesicht ohne Runzeln oder sonstige Veränderungen, welche das Alter mit sich bringt. Dieses frische Aussehen verdankte er einer von Rigon & Cerati erfundenen Pomade, deren Geheimniß Mad. Delauny anvertraut wurde. Die Pomade erhält und die Schönheit der Haare und verhindert, daß sie ausfallen. Die Töpfe kosten 9 Francs und 3 Francs, rue Notre-Dame-des-Victoires No. 44 (franco). Um jede Fälschung zu vermeiden, ist jeder Topf mit der Unterschrift von Mad. Delaunay versehen.

[2380] In einer der bezeichnetsten Gegenden des bayerischen Hochlandes ist ein Heilbad mit vorzüglichen Quellen und ganz neu erbauten Kurgebäuden unter sehr annehmbaren Bedingungen zu verkaufen. Nähreres auf frankirte Briefe unter **C. H.**, Dultplatz Nr. 24, in München. Auch ertheilt Auskunft Hch. Victor Neherfeld, Stellerstraße Nr. 35 in Frankfurt a. M.

[2346] **Edictalladung.**

Nachdem Gr. Hofgericht der Provinz Starkenburg über das Vermögen des Schlossmüllers Heinrich Mathes von Oberramstadt den formellen Concurs erkannt hat, so werden alle diejenigen und unbekannten Gläubiger desselben zur Liquidation ihrer Forderungen, zur Beschlußfassung über Verfilderung der Masse und über andere die Behandlung dieser Sache betreffende Maßnahmen unter dem Rechtsnachtheile auf

Freitag den 5. November l. J.,

Vormittags 9 Uhr,

hierher vorgeladen, daß ausbleibende unbekannte Gläubiger von der Masse ausgeschlossen, ausbleibende, oder nur schriftlich sich äußernde oder durch nicht gehörig legitimirte Bevollmächtigte vertretene bekannte Gläubiger aber als den Beschlüssen der Erschienen beitretend angesehen werden sollen.

Reinheim, den 9. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht. Kleinschmidt.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nro. 251.) 20. October 1852.

Telegraphische Depeschen.

Abgegangen in Berlin, den 20. Oct., 9 Uhr 2 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 20. „ 9 „ 11 „ „

Paris, 19. Oct. Der Senat ist auf den 4. November einberufen, um die Wiederherstellung des Kaiserreichs in Berathung zu nehmen. Erfolgt ein Senatusconsultum zu Gunsten dieser Wiederherstellung, so wird dasselbe dem Volke zur Abstimmung vorgelegt. Der gesetzgebende Körper hat die Regelmäßigkeit der Operationen zu überwachen.

4½pCt. Rente 106. 90; 3pCt. 82. 20; Span. innere Sch. 46½; Diff. 25½.

Brüssel, 19. Oct. Heute hat Herr de Brouckere den übernommenen Auftrag, ein Cabinet zu bilden, definitiv in die Hände des Königs wieder zurückgelegt.

Deutschland.

= **Frankfurt**, 20. Oct. Das Ergebniß der vorgestern und gestern stattgefundenen Urwahlen für das aus 75 Bürgern hiesiger freien Stadt zu bildende Wahlcollegium bietet sich in nachstehender Uebersicht:

Erste Abtheilung: J. F. Battenberg, Lehrer, 517 Stimmen; Dr. jur. v. Oven, Landammann, 296; Dr. jur. Scharff I., 291; Pfarrer Kalb, 287; Dr. med. de Bary, 286; Dr. med. Heinr. Hoffmann 286; Dr. jur. Renner 286; J. C. Schalberer, Lehrer, 286; Dr. jur. Jeanrenaud 284; Dr. jur. v. Bolzog, Rathsschreiber, 283; J. G. Kayser, Architekt, 282; S. L. Scholl, Professor, 282; Professor Hessemer, 281; Dr. jur. Fetzer, Notar, 279; Oberlehrer Finger, 279; Dr. Giar, Notar, 279; Dr. med. Mappes, 279, Dr. jur. Schlemmer, 279; Dr. jur. Schmidt-Holtzmann 279; Dr. jur. Haag 277; Pfarrer Vogel 277; Dr. Kloß sen., Medicinalrath, 277; Dr. Herzog, Archivar, 276; Dr. Burkard, Fiscal, 275; Dr. jur. Euler, Notar, 275 Stimmen.

Zweite Abtheilung: G. Mettler 564 Stimmen; P. Donner 557; Andreae-Goll 552; H. Meßle 550; Pfeffel, jun. 547; C. Passavant 547; G. A. Jörg 545; W. J. Gilles 545; A. Mayer 545; R. Rasor 544; C. F. Becker 542; Georg Reubl 541; Louis Mettenheimer 539; H. R. Sauerländer 539; J. G. Hayn 538; F. Duilling 536; Phil. J. de Bary 532; Lindheimer-Schwendler 532; F. Emil Suchsland 531; Phil. Enders 526; Chr. Phil. Heldt 526; F. C. Parrot 524; Jacques Isaac Reiß 524; v. Myers 523; Forsboom-Bolongaro 521 Stimmen.

Dritte Abtheilung. Conrad Ranke, Schlossermeister, 551 Stimmen; F. J. Brofft, Maurer, 542; Major Gruber, Metzgermeister, 538; L. Weil, Schneider, 535; H. L. Jung, Bierbrauer, 531; G. J. Koch, Steinmetz, 531; J. L. Schwarz, Schuhmacher, 530; G. Rothhan, Schreinermeister, 529; J. A. Keller, Bäcker, 528; Major Ulrici, Schreinermeister, 525; Schürmann, Goldarbeiter, 528; J. D. Lepper, Conditor, 526; C. C. Hensel, Gärtner, 526; Stephanus, Buchbinder, 525; W. Sauer sen., Tapezierer, 524; Daniel Leonhard, Fischer, 523; Kaspar Lauer, Küfer, 521; J. H. Strauß, Hutmacher, 520; Chr. F. Müller jun., Weißbindermeister, 519; G. C. Köschhorn, Spengler, 518; J. C. Schmidt, Lackirer, 217; W. Maurer, Dreher, 514; J. Mor. Hartmann sen., Metzger, 512; J. P. Schneider jun., Bergolder, 512; F. Jos. Ring, Kunstgärtner, 508 Stimmen.

Die Mittheilung des Resultats der ersten Abtheilung in einem hiesigen Blatt war eine Indiscretion, da das Scrutinium gestern Abend noch gar nicht geschlossen und noch nicht einmal den regierenden Herren Bürgermeistern mitgetheilt war.

w **Frankfurt**, 20. Oct. Seit vielen Jahren wurde bei den Urwahlen zur gesetzgebenden Versammlung keine so große Anzahl von Stimmzetteln eingereicht, als bei der nun vollendeten diesjährigen Abstimmung. Es stimmten überhaupt 3466 Bürger (927 in der ersten, 1225 in der zweiten und 1314 in der dritten Abtheilung). In der ersten Abtheilung, deren Resultat bereits bekannt ist, hat die Gothaer Partei gesiegt; jedoch ist es dem Reformvereine gelungen, einen Theil seiner Candidaten in das Wahlcolleg zu bringen. Die hiesigen öffentlichen Schulen werden von circa 4500 Kindern besucht, wovon ungefähr 1700 Schulkinder von den Armenanstalten unterhalten werden. In sämmtlichen Privaterziehungsanstalten befinden sich noch ungefähr 1100 Schüler. Auf den Ortschaften besuchen circa 1500 Kinder die Schule. An den öffentlichen Schulen sind 80 festangestellte Lehrer, 24 Lehrerinnen und 15 Privatlehrer.

Außer einer Gesangsproduction des Cäcilienvereins findet bei der Wiedereröffnung der Paulskirche keine weitere Feierlichkeit statt. Herr Pfarrer Meisinger eröffnet den Gottesdienst mit einem Weihgebet; Herr Pfarrer Wehner hält die Predigt.

‡ **Frankfurt**, 20. Oct. Ritter Appert, der so eben in Wien ein aus mehreren Bänden bestehendes, dem Kaiser von Oesterreich und den Königen von Preußen, Bayern, Sachsen und Belgien gewidmetes Werk, über die Staatsgefängnisse und Hospitäler, herausgegeben hat, befindet sich gegenwärtig hier, um unsere Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten in Augenschein zu nehmen. Auf seiner Hierherreise hat er auch in Erfurt, Kassel und Marburg Lage und Behandlung der Gefangenen und kranken Armen kennen gelernt und soll im Allgemeinen befriedigt von beiden gewesen sein. Die Behörden kamen ihm überall aufs bereitwilligste entgegen. Hier in unserer Stadt wird Herr Appert wahrscheinlich eine oder zwei Vorlesungen über die Geheimnisse des Lebens der Verbrecher und die wirksamsten Mittel ihrer Verminderung und Besserung halten. Mit Genehmigung der Behörden hat er gestern mit dem Besuch der hiesigen Gefängnisse den Anfang gemacht.

x **Wien**, 17. Oct. Die aus Agram und Unterkärnthen eingelangten Nachrichten sind noch immer sehr trauriger Natur. Der Regen hatte bis zum 13. Abends noch nicht nachgelassen und die Save breitete sich immer weiter aus. Bis zur Trattina steht Alles unter Wasser. In Karlstadt sind alle Vorstädte überschwemmt und der Verlust vieler Menschenleben wird beklagt. In der Posavina beläuft sich der Schaden auf eine ungeheure Summe, ebenso in der Umgebung von Fiume, wo durch die aus ihren Ufern getretene Fiumara Alles überschwemmt wurde, da das Wasser mehr als vier Klafter hoch stieg. Nicht minder betrübend lauten die Berichte aus Untersteiermark und Oberkärnthen. In Klagenfurt steht das Wasser in den Straßen so hoch, daß die Passage nur mittelst höherer Tragbrücken möglich ist. Aus Ferrara meldet eine gestern hier eingetroffene telegraphische Depesche, daß der Po stark angeschwollen und bereits an mehreren Stellen ausgetreten ist. — Aus Konstantinopel ist der amerikanische Gesandte, Herr Marsh, hier angekommen, und aus Berlin der königl. schwedische Gesandtschaftsattache Baron C. v. Hochschild. — Graf Karolyi, derzeit k. k. Gesandter in Athen, welcher sich gegenwärtig auf Urlaub in Ungarn befindet, begibt sich Ende November wieder auf seinen Posten, um welche Zeit auch Se. Maj. der König Otto wieder die Rückreise in seine Staaten antreten dürfte, nachdem er noch für etwa 14 Tage seinen Aufenthalt in Wien genommen haben wird. — Der gestrige Ministerrath dauerte von 2 bis 5 Uhr. — Morgen früh begibt sich Se. Maj. der Kaiser nach dem Lustschlosse Laxenburg, um einer Jagd beizuwohnen.

* **Wien**, 17. Oct. Die gestern vorgekommene Nachricht vom Tode des Herrn Grafen Moriz von Dietrichstein, ehemaligen Leiters der k. k. Hoftheater, berichtigt der „Lloyd" dahin, daß nicht er, sondern sein Sohn gleichen Vornamens, ehemals k. k. Botschafter am Londoner Hofe, als Mensch wie als Staatsmann gleich ausgezeichnet, einem Anfalle des Typhus erlegen ist.

⊃ **Mainz**, 19. Oct. Die gestern hier begonnenen Assisenverhandlungen der Provinz Rheinhessen für das vierte Quartal 1852 bringen 3 Diebstähle, 3 Brandstiftung, 1 Betrug, 1 Straßenraub und 1 Todtschlag zur Verhandlung; dieselben währen bis zum 1. November und schließen sich denselben noch drei Contumacialfälle an.

§ **Aus Thüringen**, 19. Oct. Am gestrigen Abend, als dem Feste aller Deutschen, brannten auf den Spitzen unserer Berge überall Freudenfeuer, und insbesondere leuchtete das auf dem Tafelsberg, der größten Anhöhe des Thüringerwaldes, weit in das Land hinein. — Unsere Regierungen haben bereits ein-

neue Volkszählung angeordnet, da, wie es in der betreffenden Bekanntmachung heißt, diese in den nächstfolgenden drei Jahren bei der Berechnung der diesseitigen Antheile an den gemeinsamen Zollerträgen zur Grundlage zu dienen habe. — Das weimarische Ministerium hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher es sämmtliche Gemeindevorstände des Landes auffordert, für die abgebrannte meiningensche Gebirgsstadt Gräfenthal Unterstützungen zu sammeln. In der That ist das dortige Brandunglück auch von der Art, daß ohne Beihilfe des Auslandes die abgebrannten Familien verkommen müßten, da mehr als 250 obdachlos geworden. — Die durch die großartigste Förderung aller höhern künstlichen Bestrebungen ausgezeichnete Großherzogin von Weimar hat nicht nur die Zueignung des jetzt gedruckten Oratoriums des berühmten Componisten Kühmstedt in Eisenach huldvoll angenommen, sondern demselben noch außerdem ihre Anerkennung seiner Production durch ein wahrhaft fürstliches Geschenk bewiesen.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 17. Oct. Der Stein, welchen der Bundesrath als Beitrag zu dem in der Bundesstadt Washington dem Oberfeldherrn Washington zu errichtenden Denkmal liefert, ist nun fertig und wird in den nächsten Tagen an den Ort seiner Bestimmung versandt. Abgesehen von seinem geschichtlichen Zwecke hat der Stein auch eine naturgeschichtliche Wichtigkeit, da er einer der schönsten Granitfündlinge des Oberlands ist, der mit unsäglicher Mühe eine dem Marmor ähnliche Glätte erhalten hat, was bei diesem harten Urgestein äußerst schwierig ist. Die mit hervorstehenden galvanisch bronzirten Messingbuchstaben in die Steinplatte eingefügte englische Inschrift lautet in deutscher Uebertragung: „Dem Andenken Washingtons die freie schweizerische Eidgenossenschaft." — Die Oberleitung der Pestalozzistiftung für die deutsche Schweiz, welche 43 Kinder zählt, hat dem Hrn. Domkapitular und Chorherrn Siegrist die Stelle eines Directors der Anstalt übertragen. — Oberst Tronchin, welcher zu Gunsten des Ehepaars Madiai nach Toscana abgeordnet ist, soll bei dieser Mission nicht allein die romanische Schweiz repräsentiren, sondern unter 28 Mandaten auch solche aus den Kantonen Baselstadt und Land, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Graubünden, Zürich und Bern erhalten haben.

⊙ **Bern**, 18. Oct. Gestern ist der neue sardinische Gesandte, Graf Lonet, von Madrid kommend, hier eingetroffen. Der bisherige Geschäftsträger, Herr v. Barral, ist nach Paris abgegangen. — Aus Neapel ist eine Nachricht nach Chur gelangt, die bis jetzt weder deutsche noch italienische Zeitungen gebracht haben. Vor kurzem wurde in Neapel ein gewisser Hoffmann aus Deutschland, der seit mehreren Jahren in einem Schweizerregiment gedient, als Mörder eines wachehabenden Soldaten zum Tode verurtheilt und durch Pulver und Blei hingerichtet. Dieser Soldat Hoffmann hat vor seinem Todesgang einem Schweizeroffizier das Geständniß abgelegt, daß er der Mörder Lichnowsky's *) sei und nach der bei Frankfurt vollbrachten That sich in neapolitanische Kriegsdienste habe anwerben lassen. — Ein Zögling des Solothurner Waisenhauses sollte wegen eines Vergehens Hausarrest haben und legte aus Rache Feuer in die Scheune. Das ganze Waisenhaus ist abgebrannt und der junge Verbrecher entflohen. — Der hiesige Regierungsrath hat in Verbindung mit dem Gemeinderath ein Comite niedergesetzt, welches die einleitenden Schritte zu einer angemessenen Feier des 500jährigen Eintritts Berns in den Schweizerbund thun soll.

Italien.

Englischen Blättern zufolge soll sich der preußische Gesandte in Florenz, Hr. Reumont, im Namen seines Königs sehr warm für das bekanntlich wegen protestantischer Proselytenmacherei zur Galeerenstrafe verurtheilte Ehepaar Madiai verwendet haben. Der König von Preußen, heißt es, habe in dieser Angelegenheit ein eigenhändiges Schreiben an den Großherzog gerichtet; dieser aber jede fremde Einmischung abgelehnt.

Frankreich.

✣ **Paris**, 18. Oct. Gestern und heute hat das „Pays", dem die Umtaufe in ein „Journal de l'Empire" nahe bevorstehen soll, aus dem Einzug des Prinz-Präsidenten in Paris und den damit verbundenen Feierlichkeiten und Manifestationen Veranlassung genommen, sich in langen Artikeln für die Wiederherstellung des Kaiserreichs auszusprechen. Es ist indessen ein eigenthümliches Zusammentreffen: am Samstag, wo Ludwig Napoleon so festlich einzog, waren die Legitimisten in einigen Kirchen versammelt, um mit stillem Gebet den 59. Jahrestag der Hinrichtung Marie Antoinette's, der unglücklichen Gemahlin des sechzehnten Ludwigs, zu begehen. Welcher Contrast in beiden Feierlichkeiten des nämlichen Tages und welcher Widerstreit der Gefühle! Der „Constitutionnel" macht heute in einem Leitartikel auf dieses Zusammentreffen aufmerksam, um nachzuweisen, wie es doch heute um öffentliche Meinung und Gesinnung viel besser bestellt sei als 1793.

† **Paris**, 18. Oct. Berichte aus Algerien melden, daß am 28. September eine starke Truppenabtheilung gegen den Stamm der Ouled Mahboub, 12 Meilen südlich von Constantina, aufgebrochen war. Dieser Stamm hatte durch Revolten und Steuerverweigerung den Franzosen häufigen Anlaß zu Beschwerden gegeben. Er wurde vollständig eingeschlossen, leistete Widerstand, wurde aber in einem Kampf, in welchem er 50 Todte und Verwundete hatte, gänzlich geschlagen und einige tausend Ochsen, Schafe und Kameele wurden ihm weggenommen. Der Verlust der Franzosen betrug 2 Todte und 4 Verwundete. — Noch einige Pinselstriche zur Vollendung des Gemäldes vom Einzug in Paris. Was die Decorationen betrifft, so herrschte überall das alte Weiß, Blau und Roth vor; nur selten traf das Auge andere Farben und namentlich das Napoleonische Familien-Grün-und-Gelb, in das, einem Gerüchte zufolge, sich alle Arbeiterfahnen kleiden sollten. Dagegen waren alle Inschriften dynastisch-kaiserlich: „Dem Kaiser Napoleon III! Es lebe Louis Napoleon III.! Es lebe der Kaiser der Franzosen, Napoleon III.!" u. s. w., mit alleiniger Ausnahme der Worte: „A Louis Napoléon!", die im Namen des Handelsgerichts und der Handelskammer nicht weit von der Börse auf grüner Draperie mit goldenen Buchstaben zu lesen waren. Zwei charakteristische Züge dieser geschriebenen Kundgebungen waren ferner die vielen Anspielungen auf Ludwig Napoleons Verdienste um die arbeitenden Klassen, auf seine freundschaftlichen Gesinnungen gegen sie, sowie die auffallend einmüthigen Friedenswünsche und Erinnerungen an das Schlagwort der Rede von Bordeaux: „L'Empire c'est la paix!" Die lustigste aller Ovationen war wohl die, welche sich Ludwig Napoleons Blicken darbot, als er über die Austerlitzbrücke ritt. In diesem Augenblick ließ nämlich der Director des Kunstreitertheaters einen Luftballon aufsteigen, der einen großen vergoldeten Adler mit ausgebreiteten Flügeln und eine Krone in den Klauen haltend, trug. Bemerkenswerthe Momente des Einzugs selbst sind noch folgende: Sogleich beim Aussteigen aus dem Eisenbahnwagen fand der Prinz seinen Oheim Jerome, die Minister, den Erzbischof, General Magnan und andere hohe Würdenträger, die ihm, gefolgt von den Adjutanten und Hausbeamten, entgegengegangen waren. Seinen Oheim umarmte Ludwig Napoleon, den andern Mitgliedern der Deputation drückte er die Hand. Im prächtig ausgeschmückten Saale des Bahnhofs erwarteten ihn stehend die Senatoren, Deputirten, Staatsräthe ꝛc. Als er eintrat, wurde er mit Vive l'Empereur! begrüßt. Den ihm errichteten Thronsessel von rothem Sammet, mit goldenen Bienen übersäet, von einem goldenen Adler überschattet, zu besteigen, lehnte er mit einer bescheidenen Bewegung ab und ging dann an den verschiedenen Körperschaften hinunter, hier und da einige Worte wechselnd. Als er zu Hrn. v. Morny kam, ging er auf ihn zu und umarmte ihn sehr innig. Die Beglückwünschungen des Erzbischofs erwiederte er durch eine längere freundliche Unterhaltung. Beim Verlassen des Saales erscholl ebenfalls das Vive l'Empereur! das von den im Bahnhof aufgestellten Linientruppen wiederholt wurde. Hier bestieg der Prinz den schönen kleinen Rappen, ein Geschenk des Sultans, den er schon beim Adlerfest ritt, und der auch jetzt wieder seinen ganzen orientalischen Schmuck, u. a. die massiv goldene Schabrake, trug. Auf dem Valhubertplatze begrüßte ihn der Seinepräfect Berger an der Spitze des Gemeindeausschusses mit einer Anrede, deren erste Worte waren: „Monseigneur! Paris, Ihre treue Hauptstadt, ist glücklich, Sie heute in seine Mauern zurückkehren zu sehen…" und die, wie zu erwarten, mit einem offenen Kaiserthumswunsche schloß. Hr. Delangle, Präsident des Gemeindeausschusses, überreichte gleichzeitig die von letzterem votirte Adresse, die ebenfalls nur die Bitte enthielt, Frankreichs Wünschen zu folgen und den Kaiserthron zu besteigen. Der „Moniteur" erzählt, daß der Prinz dem Seinepräfecten antwortete:

Ich bin um so glücklicher über die Wünsche, die Sie mir im Namen der Stadt Paris ausdrücken, als die Acclamationen, die auch hier mich empfangen, die Fortsetzung derjenigen sind, deren Gegenstand ich auf meiner Reise gewesen bin. Wenn Frankreich das Kaiserthum will, so ist es, weil es denkt, daß diese Regierungsform besser seine Größe und Zukunft gewährleistet. Was mich betrifft, unter welchem Titel es mir gegeben sei, ihm zu dienen, so werde ich ihm alles, was ich an Kraft, an Hingebung besitze, weihen.

Ludwig Napoleon hat die Strafen von 30 Decemberinsurgenten des Departements Vaucluse gemildert. — Der Erzbischof von Tours soll zum Cardinal erhoben werden, sobald der Papst die Ernennung eines sechsten französischen Cardinals genehmigt. Diese Frage liegt demselben gegenwärtig vor. — Das 13. reitende Jägerregiment und ein Husarenregiment sollen in Guidenregimenter umgewandelt werden. — Zu Marseille hat man vier neue Verhaftungen vor-

*) Die „St. Galler Zeitung" glaubt der Angabe nicht, da Lichnowsky nicht, wie Hoffmann angebe, von Messerstichen durchbohrt, sondern erschossen worden sei. Hoffmann soll übrigens auf einer Barrikade am 18. September 1849 in Frankfurt a. M. durch die Hand verwundet worden sein und sich bei der Ermordung des Fürsten Lichnowsky nicht auf der Bornheimer Haide befunden haben.

genommen, die mit dem Complotte in Verbindung stehen. Man spricht von wichtigen mit Beschlag belegten Papieren. Es ist jetzt gewiß, daß das in St. Etienne verhaftete Individuum keineswegs der Gaillard der Höllenmaschine ist.

Spanien.

** **Madrid**, 11. Oct. Die Regierung beabsichtigt, alle Eisenbahnconcessionen zu suspendiren; nur die Linien von Madrid nach Almansa und von Alar nach Santander sollen von dieser Maßregel ausgenommen sein. Das Motiv für den Aufschub der Anlage anderer Eisenstraßen wird in der Besorgniß der Regierung gesucht, die garantirten Zinsen nicht bezahlen zu können, wenn mehrere Linien zu gleicher Zeit gebaut würden.

** **Madrid**, 13. Oct. Der „Constitucional" zeigt an, daß er aufhören werde zu erscheinen. — Die Königin hat an ihrem ehevorgestrigen Geburtstag unter die Armen der Madrider Provinz 20,000 Realen vertheilen lassen. — Der durch den Tod des Herzogs von Baylen erledigte Posten eines Commandeurs der Hellebardierer ist noch nicht wieder besetzt.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
XII.

Köln, 18. Oct. Die auf heute beschiedenen Geschwornen, die in der schwebenden Procedur nicht activ sind, werden auf nächsten Montag bestellt, um alsdann zu erfahren, wann sie wieder in Function treten müssen. Die Zeugen werden aufs neu aufgerufen; es fehlen über 20 derselben. Unterdessen ist der Angeklagte Otto unwohl geworden. Es wird zum Kreisphysikus geschickt, der aber augenblicklich nicht aufzufinden ist. Die Angeklagten Otto und Dr. Daniels werden abgeführt. Erst nach 11 Uhr hat sich Otto so weit wieder erholt, daß die Verhandlung fortgesetzt werden kann. Erster Zeuge, der Polizeirath Stieber, wird vereidigt, wobei er die Worte: „nichts als reine Wahrheit" scharf betont. Derselbe erklärt, daß er Chef der executiven Criminalpolizei in Berlin sei. Die directe Untersuchung gegen die Angeklagten habe der verstorbene Polizeidirector Schultz geführt, während er zuvor als Agent reiste, um den Verzweigungen in England, Frankreich und der Schweiz auf die Spur zu kommen. Vor der Eröffnung der Industrieausstellung in London seien, auf Veranlassung der englischen Behörden selbst, hannoversche und preußische Polizeibeamten nach England gegangen, an deren Spitze er sich befunden habe. Diese Sendung habe vorerst keinen politischen Zweck gehabt; erst als Nothjung verhaftet worden sei... — Der Präsident macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß das Proceßverfahren nicht gestatte, ein Zeugniß vom Papier abzulesen. Der Zeuge bemerkt, daß er zur Anknüpfung einige Notizen nachsehen müsse. Der Präsident erwidert, er möge nur aus dem Gedächtniß sagen, was er wisse. — Der Zeuge fährt darauf fort: Nothjung habe einzelne Geständnisse abgelegt, worauf ihm der Auftrag geworden, nähere Recherchen in London anzustellen. Nach mannigfachen Schritten erfuhr er, daß der Londoner Arbeiterverein in Verbindung mit jenen Norddeutschlands stand. Ein großes Aufsehen habe es aber gemacht, als man in Folge seiner Bemühungen entdeckte, daß sich in London eine vollständige Registratur des ganzen communistischen Bundes befinde. Ein Agent erbot sich, ihm dieselbe zu verschaffen. Als er nach Berlin zurückgekehrt gewesen, sei ihm ein Packet von Aachen aus zugegangen, worin ihm eine Menge Belege, als Briefe, Adressen, Ansprachen u. s. w. übersandt wurden. Er wisse wohl, wie vorsichtig man solchen Agenten gegenüber sein müsse und habe deßhalb das Packet sorgfältig geprüft, woraus er bald die Ueberzeugung schöpfte, daß eine Verbindung, die in Berlin unter dem Schuhmacher Hätzel bestand, von der man wohl einige Kenntniß hatte, aber nicht ahnte, daß sie nur ein Zweig der Londoner Verbindung sei. Er zählt 18 bis 20 der ihm übersandten Belege auf, von denen er bemerkt, daß ein Theil bereits bei den Acten liege. Er erwähnt zuletzt zweier Briefe, woraus hervorgehe, daß der Bund bedeutende Verbindungen in Nordamerika habe. Der Zeuge sucht dabei stets in seinen Acten. — Vertheidiger Schneider II. (zum Präsidenten gewandt): Ich muß wiederholen, wie es bereits der Herr Präsident bemerkt hat, daß Nachlesen und Durchsuchen der Acten bei einem Zeugniß nicht gestattet ist. — Der Zeuge wendet sich mit einiger Lebhaftigkeit gegen den Vertheidiger, dieser weist ihn mit den Worten ab: Ich wende mich nur an den Präsidenten. — Der Vertheidiger Esser I. spricht sich auch, lediglich der gesetzlichen Form wegen, gegen das Verlesen aus. — Vertheidiger Esser I.: Ich begreife überhaupt nicht, wie man nach einer Untersuchung von 17 Monaten noch nachträglich mit Acten hervorrücken kann, die man uns bis dahin vorenthielt und von denen uns keine Einsicht gestattet war? — Procurator Sandt bemerkt, es seien keine alten, sondern erst kürzlich entdeckte Actenstücke. — Abermaliges Protestiren von Seiten des Vertheidigers Esser I. gegen das Verlesen. — Oberprocurator v. Seckendorff: Der Zeuge habe kein Zeugniß, sondern nur Actenstücke verlesen. Zeuge spricht dazwischen. Auch der Vertheidiger Schürmann protestirt. — Präsident: Ich nehme die Acten zu mir, und paraphire sie (gegen die Vertheidiger gewandt); damit werden Sie einverstanden sein? — Dieselben bejahen. — Der Zeuge will wieder verlesen; Esser II. protestirt: „Nur aus dem Gedächtniß darf Zeuge seine Wissenschaft mittheilen." — Der Zeuge bemerkt, das ginge nicht, der Actenstoß sei so hoch. Er zeigt dabei ungefähr 7 Fuß hoch. — Präsident und Oberprocurator bedeuten ihm, er möge die Notizen übergeben, das Einsehen und Verlesen würde sonst eine Nullität veranlassen. Zeuge gibt verschiedene Acten ab. — Fr. Also die Verbindung bestand nicht bloß im Inlande, sondern im Auslande? — Antw. Ja, in London, Paris, Valenciennes, Marseille, Lyon, Basel, Chaux-de-Fonds. — Der Zeuge eilt bei diesen Worten auf den Präsidententisch zu, und will aufs neue die Acten nachsehen, was ihm jedoch verweigert wird. — Allgemeine Heiterkeit; der Zeuge lächelt mit. — Zeuge: (wieder auf seinem Platze) Locle, Genf, Dijon; in Deutschland: Köln, Berlin, Braunschweig, Stuttgart, Göttingen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Mainz, Breslau. — Frage: Nicht auch Hanau? — Antw.: Hanau, erst später. Der Zeuge setzt dann auseinander, daß Alles auf ein längeres Bestehen des Bundes hingedeutet habe, so die Ansprache vom 15. Febr. 1847, die auf frühere Verbindungen zurückwies, welche alle das Motto gehabt: Proletarier aller Länder vereinigt Euch. 1848 seien die Communisten aller Orte in den Vordergrund getreten. Später habe sich der Bund in London wieder neu constituirt; London sandte Meyer als Emissär nach Frankreich, Haude nach Deutschland. In Paris bestand der Communistenbund von 1830 bis 1840; in diesem Jahre wurde er zerstreut. Die Handwerker übertrugen ihn nach Deutschland. Es bildete sich der Bund der Gerechten. Die Verbindung in Deutschland, mit Weitling an der Spitze, ergab sich als eine Fortsetzung des Bundes der Gerechten. Schapper habe eine Hauptrolle gespielt im deutschen Bund und im Bunde der Gerechten. Die Statuten von 1847 seien von demselben. Die Polizei wußte, daß er überall Propaganda machte. Auf Befragen erklärt Zeuge, daß er von der Ausweisung Schappers und Dow. Dietz's aus Wiesbaden die genaueren Umstände nicht kenne. Es sei überall Brauch bei den Communisten gewesen, demokratische Congresse ins Leben zu rufen, wobei jedoch immer Communisten als Abgeordnete erschienen. So der erste Demokratencongreß in Frankfurt a. M. am 20. Juni, bei dem von Köln aus Freiligrath, Bürgers, Wieß, Schapper u. A. erschienen seien. Zeuge vertieft die dort gefaßten Beschlüsse, und weist auf die Organisation hin, die dort ins Leben gerufen wurde. Dann kommt er auf den zweiten Demokratencongreß in Berlin zu sprechen, wo ein Zwiespalt entstand, indem die Einen fürs erste nur die Republik wollten, die ihnen eine Stellung sichern würde, während die Andern gleich nicht nur die Republik, sondern auch die Aufhebung jeder Regierung wollten, an deren Stelle die Gesellschaft treten sollte, ohne Geld, ohne Staatspapiere u. s. w. Es hätten darauf eine Menge Congresse stattgefunden, in London, Brüssel und andern Orten. Von einem Communistencongreß, der im Mai 1850 in Hannover stattgefunden haben sollte, ebenso von einem Communistencongreß in Braunschweig erklärt er nichts zu wissen. Er erzählt dann, wie die Spaltung in London den 15. Sept. 1849 die Absendung von Emissären von beiden Seiten veranlaßt habe. So sandte die Partei Schapper und Willich Adolph Meyer nach Paris, um dort, wo der Bund am stärksten vertreten gewesen sei, die Angehörigen für Schapper gegen Marx zu gewinnen. Von Chaux-de-Fonds aus suchte man in einem Schreiben nach Köln die Streitigkeiten zu schlichten, indem man einen Congreß in London beantragte. Haude reiste als Emissär der Minorität nach Köln. (Fortsetzung folgt.)

Landwirthschaftliches.

Zürich, 14. Oct. Wenn wir auch nicht einen geistreichen, so dürfen wir doch einen gesunden, haltbaren Mittelwein erwarten, besser als der vorjährige, und mit Bezug auf Menge, namentlich im Flaachthal, noch einmal so viel als letztes Jahr.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

* **Aus Schleswig**, 16. Oct. Nachdem bereits vor einigen Wochen die Traeirung der schleswigschen Eisenbahn festgestellt schien, werden seit einigen Tagen neuerdings Conferenzen über die einzuschlagende Richtung in Flensburg gepflogen und dürfte man sich auf eine östlichere Leitung der Bahn, auf Treya, entscheiden.

Δ **Straßburg**, 17. Oct. Die Crampton'schen Maschinen für die Paris-Straßburger Eisenbahn sind vollendet und schon in unserer Stadt angekommen. Jedoch werden sie keinen Einfluß haben auf die Beschleunigung des Dienstes, bis der zweite Schienenweg auf der ganzen Linie vollendet ist.

Frankfurt, 20. Oct. Gestern sind hier angekommen: Ihre Durchlauchten der Prinz und die Prinzessin Ferdinand zu Solms-Hohensolms-Lich, im englischen Hof; Ihre Erlaucht die Frau Gräfin von Ysenburg, aus Büdingen und Herr Baron v. Klindworth, aus Petersburg, im weißen Schwan.

Frankfurt, 20. Oct. Bei der heute stattgehabten 16. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 20047 100,000 fl., Nr. 14058 10,000 fl., Nr. 21270 4000 fl., Nr. 16518 2000 fl.; Nr. 16915, 23298, 16201, 5286, 16334, 2916 und 16189 jede 1000 fl., Nr. 11341, 18512 und 6210 jede 300 fl.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten, Dr. E. Sattler, Dr. J. B. Kutschell

Digitized by Google

Wichtige naturwissenschaftliche Schrift!

In der Verlags-Buch- und Kunsthandlung von FRANZ CARL EISEN in Cöln ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, *in Frankfurt a. M. in der* ***Jäger****'schen Buch-, Papier- und Landkarten-Handlung:*

Foucault's Versuch, als directer Beweis der Achsendrehung der Erde, angestellt im Dome zu Köln, und erläutert durch zwei vorbereitende Vorlesungen, nebst Zusammenstellung einiger diesen Gegenstand betreffenden Apparate; Mittheilung wissenschaftlicher Versuchsreihen, und Beschreibung eines neuen Apparats, genannt Geostrophometer, mit welchem, ohne Pendel, die Achsendrehung der Erde erkannt werden kann. Von Dr. C. Garthe, erstem Oberlehrer an der höheren Bürgerschule zu Köln, Mitglied mehrerer gelehrten Gesellschaften. Mit 13 Tafeln in Steindruck. gr. 8. geh. Preis fl. 1. 48 kr

In einer ausführlichen Besprechung dieser ausgezeichneten Schrift in Nr. 216 der Kölner Zeitung vom 29 August 1852 sagt Herr Director Dr. Schellen u. A. Folgendes: »War bisher das Pendel ein Regulator der Uhren, bestimmte man durch seine Schwingungen die verhältnissmässige Grösse der Schwerkraft an verschiedenen Punkten der Erde, ja, sogar die Dichtigkeit unseres Erdkörpers, so wurde dasselbe in der Hand Foucault's ein Instrument, durch welches die tägliche Umdrehung der Erde um ihre Achse direct nachgewiesen werden kann. Diese neu entdeckte Eigenschaft der Pendel-Schwingungen ist von so bedeutendem Interesse, das Foucault'sche Experiment selbst von so bewältigendem Eindrucke, dass nicht leicht Jemand der Ausführung desselben beiwohnen wird, ohne von der Grösse und Erhabenheit der Weltenbewegung ergriffen zu werden. Hr. D. Garthe hat diese Versuche, nach vorgängiger Erklärung derselben in zwei vorbereitenden Vorlesungen, vor einem zahlreichen Publikum im hohen Domchore zu Köln, mit einem 145 rheinische Fuss langen Pendel, zum Besten des Dombaues, angestellt und sowohl seine einleitenden Vorträge über die älteren und neueren Ansichten von der Bewegung der Erde, über die Beweise für die Achsendrehung derselben, über Trägheit und Beharrungsvermögen der Materien, über Pendel-Schwingungen u. s. w., als auch die Foucault'sche Entdeckung selbst, nebst den darauf bezüglichen, von anderen Physikern angegebenen Apparaten, so wie insbesondere die von ihm selbst angefertigten, zur Erläuterung und Anstellung des Versuches sehr zweckmässig construirten Hülfsmittel in einer so eben erschienenen Schrift: »Foucault's Versuch, als directer Beweis der Achsendrehung der Erde u. a. w. Köln 1852. Verlag von F. C. Eisen,« in klarer, gemeinfasslicher und anziehender Darstellungsweise beschrieben und durch viele, auf zwölf Tafeln enthaltene, vortrefflich ausgeführte Steinzeichnungen erläutert. [2354]

[2376] **Ein direct aus Smyrna erhaltener Teppich**, welcher im Maße verfehlt, 8 3/4 Brab. Ellen lang, 7 1/2 Brab. Ellen breit, beste Qualität, ist unter dem kostenden Preis zu verkaufen. Zu erfragen: **Fr. Müller**, Eck der Meisengasse Nr. 1.

[2375] Eine vollständige Ladeneinrichtung nebst Utensilien für ein Material- und Farbwaarengeschäft siebel mit und ohne Waarenvorräthe zu verkaufen. Frankirte Anfragen besorgt die Exped. d. Blattes.

[1812] Oeffentliche Ladung.

Die am 15. April 1749 getaufte hiesige Bürgerstochter Anna Maria Pfeil, über deren Ableben ein glaubhafter Nachweis nicht erbracht werden kann, oder deren etwaige Leibeserben — ferner die etwaigen nach dem Jahre 1725 gebornen Kinder des am 27. April 1686 getauften, noch nicht als verstorben in die Todtenbücher eingetragenen hiesigen Bürgers und Weinschröders Johann Carl Friedrich Pfeil, oder deren Leibeserben werden hiermit aufgefordert, sich bei unterfertigtem Gerichte

binnen sechs Monaten

zu melden, beziehungsweise zu legitimiren, indem sonst nach fruchtlosem Ablaufe dieser Frist die Anna Maria Pfeil für todt und ohne Leibeserben verstorben erklärt und angenommen werden soll, der genannte hiesige Bürger und Weinschröder Johann Carl Friedrich Pfeil sei ohne Hinterlassung von weiteren als den in den hiesigen Geburtsregistern eingetragenen Leibeserben verstorben.

Frankfurt a. M., den 16. August 1852.

Stadtgericht II.
Schöff Dr. Reuß.
Dr. Leykauf, Secr. Vic.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

October.	Barometer bei 0°R.			Thermometer R.			Thermograph.		Wasserhöhe des Mains.		Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	Rh.	F.	9 Uhr.	3 Uhr	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
3	332‴6	332‴7	333‴6	+ 9·4	+ 12·0	+ 7·2	+ 8·3	+ 12·0	1′	1″	SW.	SW.	SW.	w.	w.	ht. ht.
4	333‴9	332‴8	330‴0	+ 8·1	+ 12·0	+ 10·5	+ 5·3	+ 12·1	1′	2″	SW.	S.	—	t.	t.	t.
5	325‴6	325‴5	327‴9	+ 13,0	+ 11·2	+ 9·6	+ 8·5	+ 14·6	1′	1″	SW.	SW.	SW.	t.	R.	t.
6	330‴5	330‴1	329‴8	+ 10·0	+ 11·8	+ 7·6	+ 7·6	+ 12·1	1′	4″	SW.	SW.	SW.	w.	t.	R.
7	331‴0	330‴8	332‴2	+ 8·0	+ 5·4	+ 3·8	+ 6·0	+ 9·0	1′	8″	SW.	SW.	SW.	t.	t.	ht. ht.
8	332‴6	331‴8	331‴7	+ 5·6	+ 7·0	+ 4·8	+ 2·2	+ 7·2	2′	1″	SW.	SW	SW.	w.	w.	w.
9	332‴4	332‴6	333‴3	+ 5·6	+ 6·9	+ 3·0	+ 2·2	+ 9·9	1′	11″	SW.	NW.	—	w.	R	ht. ht.
M.	331‴2	330‴9	331‴2	+ 8·5	+ 9,5	+ 6·6	+ 5·7	+ 11·0	1′	6″						

Am 5. Nachmitternachts starker Regen, Vormittags heftiger Sturm, Nachmittags Sturm mit Regen (niederster Barometerstand um 12 Uhr Mittags = 325 2‴). Am 7. Nachmittags 2 Uhr 5 Min. plötzliches Gewitter mit starkem Regen und einem dröhnenden Donnerschlag.

Cours der Staats-Papiere. 20. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.LS.b.Roths)	93 1/8 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B	94 1/4 G.
»	5% L. V. (C.b Roths)	88 3/4 bez. 5/8 G.
»	5% do Monte C.iS.i.M	84 1/2 P.
»	Bank-Actien . . .	1398 P. 93 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	82 P. 81 7/8 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	82 P. 81 3/4 G.
»	4 1/2% ditto	73 P. 72 3/4, 7/8 bez.
»	4% ditto	65 P.
»	3% ditto	49 1/4 P.
»	2 1/2% ditto	42 G.
»	1% ditto	16 3/8 P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	119 1/2 P. 119 G.
»	fl. 500 » ditto	194 1/2 P.
»	4 1/2% Oblig. b. Bethm.	81 1/4 P.
»	4% ditto	71 1/4 P.
Preussen .	3 1/2% Staatsschulds.	94 1/4 P.
»	4 1/2% Oblig. b. Roths	104 P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112 1/4 G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 1/2 P. 1/4 G.
»	4 1/2% ditto	100 7/8 P. 3/8 G.
»	4% ditto	—
»	4% Ablös.-Rente .	96 3/4 P. 1/2 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	93 P. 92 5/8 G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95 3/8 P. 1/8 G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102 3/8 G.
Baden . .	5% Obligationen . .	101 3/4 G.
»	4 1/2% Obligationen	102 3/4 G.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	90 3/8 P. 3/4 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/4 P. 65 3/4 G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 1/8 bez. u. G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 G.
»	4% ditto	99 3/4 P.
»	3 1/2% ditto	91 3/4 P. 1/4 G.

		Per comptant.
Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28 1/2 P. 1/4 G.
Württemb	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 7/8 P. 5/8 bez u. G.
»	3 1/2% ditto	90 5/8 P. 3/8 G.
Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34 5/8 P. 3/8 bez u. G.
»	Fidr.-Wilhs-Nordb.	45 1/2 P. 1/4 G.
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	102 1/8 G.
»	4% ditto b. Rothsch.	97 7/8 G.
»	3 1/2% ditto b Rothsch.	92 1/2 P. 1/4 G.
»	fl. 50 Loose . . .	90 1/2 P. 90 G.
»	fl. 25 Loose . . .	31 1/2 P. 1/8 G.
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	95 7/8 P. 1/2 G.
»	3 1/2% » v. 1846	95 1/8 P.
»	3% » . . .	85 3/4 P.
»	Taunusbahnact. .	304 P. 302 G.
Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	103 P.
»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	91 G.
»	4% » b. Stieglitz »	90 7/8 G.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91, 1/8 bez. u. G.
Spanien	3% Inl. Sch. P. fl. 2. 30	46 3/8 bez. 5/16 G.
»	1% Neue » »	25 13/16 bez. a. G.
Holland .	4% Certificate . .	95 5/8 G.
»	3 1/2% Syndicate .	94 1/2 G.
»	2 1/2% Integrale .	63 3/8 G.
Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 12b. R.	99 1/2 G.
»	4 1/2% Obl. in F. à 28kr.	98 1/4 P. 97 7/8 G
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	91 G.
»	2 1/2% Obl. b. Rothsch.	56 P. 55 3/4 G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98 1/2 G.
»	5% Obl. b. Hambro	91 7/8 bez. 3/4 G.
»	Sardinische Loose .	40 3/8 G.
Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Golds.)	100 1/2 G.
»	5% » 1851. b. Bastogi (do.)	97 1/2 G.
NAmerika	6% Stocks Doll. 2. 30.	116 3/8 P. 116 G.
Vereins	fl. 10 Loose . .	9 P. 8 7/8 G.

Wechsel-Cours.

Den 20. October		Per comptant
Amsterdam .	k.S.	100 1/2 B. 1/4 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg . .	k.S.	120 1/4 B. 119 3/4 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin	k.S.	105 1/4 B. 1/4 5G.
(60 Thlr.) .	3M.	— —
Bremen (50	k.S.	97 5/8 B. 1/8 G.
Rthlr. i. Ldor.	3M.	— —
Hamburg . .	k.S.	89 1/4 B. 89 G.
(100Mk.Bc.)	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 1/4 B. 104 3/4 G.
London . . .	k.S.	119 1/2 B. 1/8 G.
(10 Livr. St.)	3M.	— —
Lyon	k.S.	94 3/4 B. 1/4 G.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Mailand (250	k.S.	101 1/4 B 100 3/4 G.
Lir. Austr.)	3M.	— —
Paris	k.S.	94 1/2 B. 1/4 G.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Wien (100fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	102 3/4 bez. 1/2 G.
Disconto		3 B. 3 1/2 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 45-46
Pr. Friedrichsd'or	»	9 55 56
Holl. 10fl. Stücke	»	9 54-55
Rand-Ducaten .	»	5 37 1/2-38 1/2
20 Francsstücke	»	9 29 30
Engl. Sovereigns	»	11 54
Gold al Marco	»	383-84
5 Frankenthaler	»	2 21 7/8-22 1/4
Preuss. Thaler	»	1 45-1/4
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 45-1/4

№ 252. — Donnerstag — den 21. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bereinsländern 2 Fl. rheinisch = 1 Rthlr. 6 Sgr. 8 Pf.; 2) in den Ländern des östreichischen Münz- und Zollsystems 1 Fl. 45 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Gesammtländen 2 Fl. 30 kr. = 1 Rthlr. 22½ Sgr. Für Frankreich, Belgien, England, Holland, Italien, die Schweiz, Skandinavien, Spanien, Portugal, Griechenland, Nordamerika, Aegypten, Algier, Brasilien, Ostindien, China, Australien, Neuseeland, Westindien, Mexico etc. etc. Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Petitschrift oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Berlin**, 18. Oct. Die Uebernahme des diesseitigen Gesandtschaftspostens in Neapel durch den Grafen Bernstorff steht zum Theil, wie die „Leipziger Zeitung" meldet, mit den Verwicklungen der deutschen Frage in Verbindung. Der Graf soll Bedenken getragen haben, nach den von ihm in Wien gemachten Erfahrungen für jetzt sich wieder an den noch immer ungelösten Streitfragen zu betheiligen. Dr8halb hat derselbe auch keinen Gesandtschaftsposten an einem deutschen Hofe gewünscht. Uebrigens bleibt der Graf, welcher seine Kräfte nicht länger dem Staatsdienst entziehen wollte, nur so lange in Neapel, bis ihm ein ausgedehnterer diplomatischer Wirkungskreis zugewiesen werden kann. — Der Graf Billers, welcher bisher die Organisation der Verwaltung in den hohenzollernschen Landen leitete, ist jetzt von seinem dortigen Posten abberufen worden.

* **Breslau**, 14. Oct. Der Aufruhrproceß gegen Dr. Engelmann ꝛc. soll, der „N. D. Z." zufolge, am 1. Nov. zur Verhandlung kommen. Sämmtliche Angeklagte befinden sich indeß außer Bereich des Gerichts: Dr. Engelmann practicirt in Brüssel, Kaufmann Unger weilt in St. Louis, Lieutenant Schlinke hält sich in der Schweiz auf, Bepse soll im südlichen Frankreich und Kaufmann Held in London seinen Wohnsitz aufgeschlagen haben. — Von dem Drei-Richter-Collegium ist der Maler Karl Wieland wegen „Ehrverletzung" in contumaciam mit 14 Tagen Gefängniß bestraft worden. Nach der Anklageschrift hatte er das wegen Unanständigkeit zurückgesandte Bildniß einer hiesigen Dame mit der Unterschrift: „Wegen Nichtbezahlung ausgestellt", längere Zeit in seinem Schaufenster befestigt.

Münster, 16. Oct. Der Bischof hat ein Rundschreiben erlassen, in welchem er zu eifriger Theilnahme an den Wahlen auffordert.

Hannover, 16. Oct. Wie wir vernehmen, fand gestern Abend ein großes Ministerconseil statt und dauerte beinahe bis Mitternacht. Man glaubt, daß den Gegenstand dieser langen Berathung die Zollvereinsangelegenheit gebildet habe. Ueber den Wiederzusammentritt der Stände hört man hier in diesem Augenblick gar nichts. Es ist kaum möglich, daß diese noch im laufenden Jahr sich versammeln werden, da eine große Menge Neuwahlen in Folge der vielen Beförderungen im Staatsdienst nothwendig geworden ist. In Folge derselben sind aus erster Kammer 23, aus zweiter 26 Vertreter geschieden. — Die hiesige Adelspartei geht mit dem Plan um, mit dem 1. Januar 1853 wiederum ein politisches Organ zur Conservirung und Vertheidigung ihrer Rechte herauszugeben, die durch die neue Organisation theilweise schon bedroht sind, welche dem Adel bekanntlich die Patrimonialgerichtsbarkeit entzogen hat, da im ganzen Lande nach dem betreffenden Organisationsgesetz jede Jurisdiction königlich sein soll. Ein Hauptthema des Blatts wird aber die provinziallandschaftliche Frage bilden, da das Gesetz wegen Reorganisation der Provinziallandschaften sofort nach Wiederzusammentritt der Kammern zur ständischen Verhandlung gelangen soll und jene Frage auch schon einen integrirenden Theil der noch unerledigten Revision unserer Verfassung bildet. Wie es heißt, soll, wie früher bei der „Niedersächsischen Zeitung" (bekanntlich 1850 und 1851 das Organ der Ritterschaft) durch Actiengesellschaft wenigstens die vorläufige Subsistenz des Blattes gedeckt werden. Dasselbe wird in Großfolioformat täglich erscheinen. Ueber die Redaction verlautet noch nichts Bestimmtes. (N. Pr. Z.)

* **Stuttgart**, 18. Oct. Der „Staatsanzeiger" bringt heute in seinem nichtamtlichen Theil einen Artikel, der gegen die letzte Circulardepesche des preußischen Ministeriums insoweit gerichtet ist, als darin behauptet werden will, der Abbruch der Verhandlungen in Berlin sei von den Coalitionsstaaten provocirt worden, oder durch das Verhalten derselben gerechtfertigt gewesen. Auch soll die Behauptung widerlegt werden, als habe man seitens der Coalition Preußen zumuthen wollen, sich beim Eingehen eines Handelsvertrags mit Oesterreich zum voraus Bedingungen zu unterwerfen, welche Oesterreich selbst an den Abschluß des Vertrags knüpfen werde.

Kiel, 16. Oct. Der hiesige Professor der Staatswissenschaften, L. Stein, der bekanntlich zu den von der dänischen Regierung abgesetzten Lehrern unserer Universität gehört, hat dem Vernehmen nach einen Ruf nach Würzburg erhalten. Pastor Valentiner von Thyestrup, früher in Rinkenis, geht ebenfalls nach Bernburg ab, um das Directorat des dortigen Schullehrerseminars zu übernehmen. (H. N.)

Schwerin, 16. Oct. Der Großherzog hat beschlossen, den diesjährigen in der Stadt Malchin abzuhaltenden allgemeinen Landtag am 18. November eröffnen zu lassen, und hat zu dem Zweck die Landtagsausschreiben allen Behörden und einzelnen Gutsbesitzern, welche auf dem Landtage zu erscheinen berechtigt sind, zugehen lassen. Die Propositionen sind folgende: 1) die ordnäre Landescontribution; 2) die Bedürfnisse der allgemeinen Landesreceptur-kasse; 3) die Revision des außerordentlichen Contributionsedicts; 4) die erbvergleichsmäßige Prinzessinsteuer für die Prinzessin Luise Marie Helene von Mecklenburg-Schwerin, vermählte Fürstin Windisch-Grätz; 5) die Verhältnisse der Elde-Actien-Societät.

Gotha, 15. Oct. Die unter dem 29. April d. J. bei dem Bundestage gegen unsere Verfassung eingereichte Beschwerdeschrift der Fürsten von Hohenlohe-Kirchberg und Hohenlohe-Langenburg, als Grafen v. Gleichen, und des Oberstallmeisters Tilo v. Seebach, des Oberforstmeisters Friedrich August v. Hopfgarten, des Präsidenten Adolph v. Wangenheim und des Klosterkammerdirectors Hermann v. Wangenheim hat Veranlassung zu einer Gegenschrift gegeben, als deren Verfasser sich ein hiesiger Rechtsanwalt nennt. Derselbe bezeichnet jene Beschwerdeschrift in formeller Beziehung als unstatthaft, da sie als gemeinschaftliche Beschwerde von Unterthanen eines deutschen Bundesstaats nach Bundesbeschluß vom 27. October 1831 zurückgewiesen werden müsse, dann aber auch die in ihr enthaltenen Hauptantröge bei der gothischen Staatsregierung noch gar nicht gestellt gewesen seien. In materieller Beziehung faßt der Verfasser darauf, daß der Herzog in seiner Eigenschaft als souveräner Fürst die Berechtigung gehabt habe, im März 1848 eine Verfassungsveränderung zuzulassen, und daß später in der auch von den Grafen und Rittern beschickten constituirenden Versammlung von ihnen ein Widerspruch gegen die für den Zusammentritt eines neuen Landtags aufgestellte Wahlordnung nicht erhoben worden sei. Zugleich bestreitet der Verfasser der Gegenschrift, daß die in den Art. 26, 27 und 28 der Wiener Schlußacte aufgeführten Voraussetzungen zu dem Einschreiten des Bundestags in der gothischen Verfassungsfrage Platz griffen, und will nunmehr die Bestimmung des Art. 54 der Wiener Schlußacte zur Anwendung gebracht wissen, wonach die Bundesversammlung nicht berechtigt sei, in landständischen Angelegenheiten oder Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen einzuwirken, wenn sie nicht die Garantie dieser Verfassung übernommen habe. Schließlich führt die Gegenschrift aus, daß es den Beschwerdeführern, weil sie nicht für die früheren Feudalstände auftreten, sondern ausdrücklich pro persona Schutz sogenannter Individualrechte beanspruchen, an jeder Legitimation zum Processe fehle. (Hzg. Ztg.)

* **Detmold**, 16. Oct. Der auf den 20. d. M. einberufene Landtag wird, wie man aus zuverlässiger Quelle vernimmt, die Abschaffung der jetzigen und Herstellung der Verfassung von 1836 zu genehmigen haben, nach welcher die 28 Rittergutsbesitzer des Landes mit 7 Abgeordneten die eine, und die Städte nebst dem platten Lande mit 14 Abgeordneten die andere Kammer bildeten. Man ist sehr gespannt darauf, wie der Landtag diese Proposition aufnehmen wird. Manche erwarten Auflösung, Octroyirung und Aufregung im Lande.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 19. Oct. In Romanshorn, im Kanton Thurgau, hat am 15. d. M. der württembergische Finanzminister v. Knapp nebst zwei andern höhern württembergischen Beamten den Hafen am Bodensee und die denselben umgebenden Bauten in Augenschein genommen. — Die Regierung von Zug hat in Folge des Kriegskostenmachlasses beschlossen, den Gemeinden die 95,959 Fr., welche sie 1848 an die Kriegsschuld zu leisten hatten, wieder zurückzuerstatten.

Frankreich.

Paris, 17. Oct. Der „Moniteur" und die halboffiziellen Journale bringen weitläufige Berichte über den gestrigen Tag; wir haben also Gelegenheit, diese Berichte zu controliren und zugleich einen Maßstab anzulegen, in wie weit danach den offiziellen Berichten über die jetzt beendigte Reise zu trauen war. Ich bin wahrlich weit als geneigt, da Enthusiasmus zu sehen, wo es nur sehr möglich ist, bin aber als unparteiischer Berichterstatter gezwungen, die Darstellung der officiellen Blätter in diesem Falle für durchaus übertrieben zu erklären. Niemand wird leugnen können, daß die Anordnungen grosartig waren, daß überhaupt die ganze „Mise en scène" Alles übertraf, was man bisher gesehen hat; niemand wird auch bestreiten, daß Ludwig Napoleon überall mit Respect und an vielen Stellen mit Begeisterung begrüßt wurde; es ist aber auch nicht minder wahr, daß der Empfang weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, daß von „unbeschreiblichem Enthusiasmus", von „Trunkenheit" u. s. w. gar nicht die Rede sein kann, und daß das vorherrschende Gefühl der ungeheuren Menschenmasse das der Neugierde war. Die hiesigen maßhaltenden Journale würden sicher, wenn es ihnen gestattet wäre, ein gleiches Urtheil fällen; dieselben müssen sich jetzt mit nichtssagenden Phrasen behelfen, jedoch ist es leicht, bei den Beschreibungen der „Presse, des „Steele" u. s. w. die Wahrheit zwischen den Zeilen hindurch zu lesen. Wohlbemerkt behaupte ich durchaus nicht, daß der Empfang, den die Volksmasse dem „neuen Kaiser" bereitet, ein feindlicher war, im Gegentheil glaube ich, daß Ludwig Napoleon damit durchaus zufrieden sein kann; allein es scheint mir nothwendig, sich gegen die Uebertreibungen der officiellen Blätter zu verwahren, die übrigens damit der Regierung am meisten schaden. Der Eindruck, den die Person des Triumphators gestern machte, war niemals günstiger. Wie Sie wissen, ist Ludwig Napoleon ein sehr geübter Reiter. Er hatte zu diesem Triumphzuge sein Lieblingspferd, einen herrlichen Araber, gewählt, den der Prinz mit einer Eleganz und Sicherheit lenkte, die allgemeine Bewunderung hervorrief. Das edle Thier schien gleichsam zu fühlen, daß auch für es ein Ehrentag sei, und jeden Gruß, den Ludwig Napoleon rechts und links der jubelnden Menge spendete, begleitete es mit einer graciösen Kopfbewegung. Sehr ist es aufgefallen, daß der Jockeyclub, an der Ecke des Boulevard Montmartre gelegen, sich dadurch auszeichnete, daß sein Balkon heute nicht bevölkert war, auch Abends in tiefste Dunkelheit blieb. Die großen Restaurants „Cafe de Paris", „Café Bichet" und „Maison dorée" hatten sich ebenfalls aller Ausschmückung enthalten. Der erste Steck der „Maison dorée" dagegen, den der Herzog Karl von Braunschweig inne hat, war prachtvoll geschmückt, und die zahlreiche Dienerschaft des Herzogs warf ganze Körbe der schönsten Blumen hinab, als Ludwig Napoleon passirte. Wie ich eben erfahre, findet morgen um 1 Uhr in den Tuilerien ein Ministerrath statt, in welchem die Kaiserfrage, d. h. die Art und Weise, wie die Umgestaltung vor sich gehen soll, definitiv entschieden werden wird. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 20. Oct. Das „Dresdener Journal" kommt wiederholt auf das von Dr. Tögel mitgetheilte angebliche Stuttgarter Actenstück zurück und behauptet aufs neu mit größter Bestimmtheit, daß ein solches überhaupt gar nicht, auch nicht im Entwurf existire, daß also auch die Voraussetzung, auf Grund desselben seien Instructionen ergangen, gar nicht Platz greifen könne. Dagegen hat Dr. Tögel eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er mit Rücksicht auf die Quelle der Schrift seiner Ueberzeugung bezeugt, und ein Berliner Correspondent in der „Hamb. Börsenhalle" macht sogar die Auffellung, die angebliche Dementirung durch das „Dresdener Journal" sei nur die Folge einer ernsten Requisition von Seiten der preußischen Regierung, die sich durch die in dem Stuttgarter Document gebrauchten Ausdrücke aufs tiefste verletzt gefühlt habe. (?!) — Die Einladungen zur Wiener Zollconferenz sind dem Vernehmen nach von einer Denkschrift begleitet gewesen, in welcher, wie man der „W. Z." aus Wien schreibt, der Beruf Oesterreichs, die Zersplitterung Deutschlands in einzelne Handelsgruppen zu verhindern, auseinandergesetzt und den großen Gefahren von Westen gegenüber zur Einigkeit der deutschen Cabinete gemahnt wird. Die Verständigung mit den dissentirenden Regierungen, vor allem mit Preußen, wird vorbehalten, der Termin der Gesammtzolleinigung hinausgerückt und einstweilen der Abschluß eines Handels- und Zollvertrags beantragt, wozu der eben berufene Congreß die Basis werden soll. Die in Wien mit der Coalition abgeschlossenen Verträge sollen neben der neu umgearbeiteten Vorlage vom 1. l. Bundespräsidialgesandten Mitte l. M. dem Bundestage unterbreitet werden. — Dem Vernehmen der „Nat.-Zeitung" nach hat Hannover in Rücksicht auf die handelspolitischen Conferenzen, welche am 20. d. M. in Wien wieder eröffnet werden sollen, den Antrag einer Frist gestellt, binnen welcher ein weiteres Verhandeln mit Preußen über den Septembervertrag ruhen soll, bis die Resultate jener Conferenz in Betracht gezogen werden können.

n **Frankfurt**, 20. Oct. Das Ergebniß der Urwahlen für die neue gesetzgebende Versammlung hat nach den nun vorliegenden Listen 42 Gothaer und 33 Mitglieder des Reformvereins in das Wahlcollegium gebracht; die Majorität der Constitution ist mithin keine große. Der Reformverein will noch, nachdem er bei den bei den Bevollmächtigten des Senats bei dem Wahlgeschäft ohne Erfolg opponirt hat, morgen beim Senat Beschwerde darüber einlegen, daß die Menge der Buchdrucker gehilfen unter der Rubrik Künstler in der ersten Abtheilung abgestimmt habe. — Es bestätigt sich allerdings, daß die bayerische Telegraphenlinie von Hanau längs der Chaussee fortgeführt wird und die Stangen von Hanau bis zur Mainkur bereits gesetzt sind, von der Mainkur aber die Linie nicht über Frankfurt, sondern über Fechenheim, Offenbach nach Darmstadt geleitet wird.

* **Aus Wien** wird der „Independance belge" geschrieben, daß sich Kerr Ward, der Staatsminister von Parma und Gesandte am Wiener Hof, auf Befehl seines Souverän nach Madrid begeben werde, um dort Verhandlungen anzuknüpfen, insolge deren der Herzog von Parma, Schwager des Grafen v. Chambord, die Königin Isabella II. und die gegenwärtige Regierung Spaniens anerkennen werde. Die Gründe hierzu seien ganz eigener Natur. Man versichere auch als ganz gewiß, daß der Herzog von Parma während seines Aufenthalts in Wien nicht nach Froschdorf gegangen sei, als dort das St. Heinrichsfest begangen wurde.

* **Berlin**, 19. Oct. Der österreichische Gesandte, Frhr. v. Prokesch-Osten, sist, wie die „N. Pr. Ztg." versichert, definitiv von hier abberufen und zum Gesandten bei der Pforte ernannt. Derselbe wird jedoch noch bis zum Dezember hier verweilen. Als den künftigen österreichischen Gesandten am hiesigen Hof bezeichnet man vorläufig den General Martini. — Die diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und Württemberg sind bekanntlich jetzt wiederhergestellt, und es ist, wie die amtlichen Nachrichten aussagen, der württembergische Gesandte am hiesigen Hofe, Frhr. v. Linden, bereits von Sr. Maj. dem König empfangen worden. Zum diesseitigen Gesandten in Stuttgart ist der bisherige Gesandte in Brüssel, Kammerherr und Legationsrath Graf Theodor v. Seckendorf, und zum Gesandten in Brüssel der bisherige Gesandte in Neapel, Kammerherr Frhr. v. Brockhausen, ernannt worden.

* **Köln**, 19. Oct. Gestern Abend wurde der Notariatscandidat Bernhach verhaftet. Bei ihm unterliegt es kaum einem Zweifel, daß seine Verhaftung mit dem schwebenden Communistenprozeß zusammenhängt, da der Präsident bereits erwähnte, daß eine Klage ihm gedroht hatte, man aber keine hinlängliche Begründung derselben finden konnte. Auch kommt in der Proedur ein Brief von ihm an Jacobi vor, in welchem er diesem die stattgefundenen Verhaftungen von Becker und Röser anzeigt und warnt.

* **Düsseldorf**, 18. Oct. Heute Mittag ist Se. Maj. der König aber Stuttgart nach der Pfalz abgereist. Auch König Otto von Griechenland hat unsere Stadt verlassen und die Rückreise nach Athen angetreten.

‖ **London**, 18. Oct. Laut Angabe der „Times" hat die Königin nach dem am vorigen Freitag in Windsor abgehaltenen Cabinetsrath, in welchem die Einberufung des Parlaments zum 4. November definitiv beschlossen wurde, die Minister eingeladen, sich nicht mehr aus der Hauptstadt zu entfernen, bevor das Parlament ein Votum über den Fortbestand der gegenwärtigen Regierung abgegeben habe. Erst nach erfolgter Versicherung der Vollmachten wird Ihre Majestät das Parlament mit einer Thronrede feierlich eröffnen, und da das Prüfungsgeschäft etwa acht Tage in Anspruch nimmt, so bezeichnet man den 11. November als den Tag jener Staatsceremonie. Die Wahl des Sprechers wird der erste Act des Hauses der Gemeinen sein.

†† **Neuyork**, 17. Oct. Nachrichten aus Cuba zufolge ist Facciola, der Drucker der „Boz del Pueblo" in Havanna zum Tode verurtheilt und garrottirt (erdrosselt) worden. Nicht nur sind dort alle amerikanischen Zeitungen verboten worden; auch alle Privatbriefe und Handelscorrespondenzen, die aus den Vereinigten Staaten kommen, werden ohne Unterschied wegenommen. Dem nordamerikanischen Dampfboot „Crepont City" ist von den

spanischen Behörden bedeutet worden, daß ihm bis auf Weiteres die Rhede von Havanna verboten sei. Aus Californien nichts Neues. — Die Republik Nicaragua hat die Exploitirung von Costa Rica betreffenden Eröffnungen Englands und der Union zurückgewiesen.

Frankfurt, 20. October, Abends.

Die heute fällige Pariser Post von 19. ist ausgeblieben. — Auch der „Independance belge" ist auf telegraphischem Weg gemeldet worden, daß ein Decret im gestrigen „Moniteur" den Senat auf den 4. November einberuft, um sich mit der Frage von der Wiederherstellung des Kaiserreichs zu beschäftigen. Der betreffende Beschluß ist am Montag in dem zu St. Cloud unter dem Vorsitz des Prinz-Präsidenten abgehaltenen Ministerrath gefaßt worden, und soll nach den in Paris umlaufenden Gerüchten in diesem Conseil Ludwig Napoleon sich viel weniger ungeduldig gezeigt haben, die kaiserliche Krone auf sein Haupt zu setzen, als seine Rathgeber. Das amtliche Blatt motivirt das Einberufungsdecret des Senats mit der Bemerkung: Die in den letzten Wochen erfolgten eclatanten Kundgebungen für Wiederherstellung des Kaiserreichs hätten dem Prinzen die Pflicht auferlegt, den Senat zu versammeln. Dieser wird sich voraussichtlich für die laut begehrte Umwandelung der Regierungsform entschließen und dem neuen Kaiser dabei zugleich das Recht einräumen, sich selbst seinen Nachfolger zu ernennen. Dieses Senatusconsultum wird dann der Abstimmung der ganzen Nation unterbreitet; jedoch soll das Volk diesmal nicht, wie früher, nach Wahlkreisen, sondern nach Gemeinden abstimmen. Ist auch dies geschehen, so erfolgt dann die Einberufung des gesetzgebenden Körpers, um die Ordnungsmäßigkeit der allgemeinen Abstimmung zu constatiren und Prüfung und Zählung der Vota vorzunehmen. Alles dies kann noch im Laufe des Monat November geschehen, da dem in den letzten Jahren schon zweimal denkwürdig gewordenen Monat December auch dieses neue große Ereigniß vorbehalten zu sein scheint.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

XII.

Köln, 18. Oct. (Verhehmung des Zeugen Stieber. Fortsetzung.) Der Präsident fragt, ob Streitigkeiten durch Verschiedenheit in den Grundsätzen veranlaßt worden? — Zeuge erklärt, daß er sich vergebens bemüht habe, solche Verschiedenheit zu entdecken. Er habe mehrfach mit Willich Aeußerungen gethan; der Streit schine ein rein persönlicher gewesen zu sein. Es habe sich darum gehandelt, ob nach der Revolution Schapper und Willich, oder Marx und Engels regieren sollten. In London leben viele Flüchtlinge von der Revolution, aus Unterstützungen von Außen und von Beiträgen der Handwerker. Willich und Schapper hätten das meiste Geld an sich gebracht. Sie seien ein Paar „rüde Gesellen". Es habe einen höchst unangenehmen Eindruck gemacht, einer Versammlung beizuwohnen, in der man darüber berathen, ob man die Fürsten blos todschlagen oder kreuzigen solle. Zeuge spricht dann über die bekannten Streitigkeiten in den Versammlungen. Auf Befragen über Frankreich, sagt er aus: Die Anzeichen von Communistenverbindungen seien dort immer bedenklicher geworden, und man habe namentlich die Deutschen bedauert. Kurz vor dem Staatsstreich seien 47 Verhaftungen vorgenommen worden. Aus der Untersuchung ergab sich die Verbindung mit Deutschland; sie zeigte auf Vereine unter unschuldigen Namen, wie Gesang-, Arbeiter- und Turnvereine hin, so daß dadurch der ganze Schwindel klar geworden sei. Der Polizeipräfrent in Paris gab dem Zeugen in Verbindung mit französischen Polizeibeamten den Auftrag, einen gewissen Gerval zu verhaften, der die Seele der deutschen Verbindungen war. Als man bei ihm einkral, suchte er ein Papier zu verschlingen, welches man ihm jedoch aus dem Munde nahm. Es war ein Bericht von einem Emissär Kipperling, der nach Straßburg gereist war, um das Elsaß die Straßburg zu bearbeiten. Die Verhaftungen veranlaßten eine große Aufregung, weßhalb man sich zu energischen Maßregeln veranlaßt sah. Die Verhafteten wurden zum Theil in Frankreich bis zu sechs Jahren Zuchthaus verurtheilt, ein anderer Theil an Deutschland ausgeliefert. Der Zeuge suchte Gerval im Gefängniß zum Geständniß zu bringen, indem er ihm das Anfinnige des Communismus auseinandersetzte, worauf letzterer endlich sagte: „Was glauben Sie? Wir wollen die Revolution; das Andere findet sich." Er gab dann ein vollständiges Geständniß, daß er seit 1848 mit Marx die Verbindung in Paris gestiftet habe, welche mit Deutschland und London in naher Beziehung stand. Man habe von Paris aus einen Emissär nach Straßburg, einen nach Mainz, einen nach Berlin, einen nach Hamburg, einen nach Braunschweig gesandt. Der Emissär Kipperling wurde in Straßburg verhaftet. Zeuge erklärt, über die Papiere, die man bei demselben entdeckte, erschrocken zu sein, indem darin Meuchelmord ꝛc. vorgeschlagen war. In einem Brief von Gerval hieß es: „Du schreibst mir, wo zu morden wäre; ich bin damit einverstanden. Ich möchte 60 bis 70 dieser Schufte hängen lassen, um zu sehen, was sie dabei für Gesichter schnitten." Der Zeuge reiste sodann nach Deutschland zurück und bewerkstelligte die Verhaftung mehrerer Emissäre. Er nannte deren acht, von denen wir folgende Namen verstanden zu haben glauben: Laude oder Laube in Berlin, Hack in Braunschweig, Dietz (wohl nicht Oswald Dietz) in Hamburg, Schallburg und Buschmann in Braunschweig, von denen die meisten verurtheilt wurden, während Dietz, an Preußen ausgeliefert, in Westfalen seinem Urtheil entgegensieht. Das Hauptaugenmerk bleibt auf London gerichtet, wo der Communismus von neuem organisirt. Vergebens hatte man sich bis dahin bemüht, über die Person Gervals etwas Näheres zu erfahren, da äußerte sich Marx einst lachend, wie dumm die preußische Polizei sei, daß sie die Person Gervals nicht wieder erkenne, der ein aus Draht entsprungener Fälscher sei. Nähere Nachforschungen ergaben nun, daß Gerval eigentlich Cremer heiße und der Adoptivsohn eines Düsseldorfer Beamten sei, der wegen Fälschung verurtheilt war, und die Pariser Verbindung, als eine Zweigverbindung von Köln, neu gegründet habe. Von Hannover aus habe Stechan mit Röser in Beziehung gestanden und versucht, beide Parteien wieder zu versöhnen. — Zeuge theilt dann mit, daß Weitling Verbindungen in der Schweiz unterhalten habe, was von dem Bundesrath constatirt worden sei. Ebenso hat man Verbindungen in Belgien entdeckt, in Verviers und Lüttich. In Belgien wurde Giot verhaftet und befindet sich in Untersuchung. — Der Präsident erkundigt sich über Verbindungen zwischen Chaux-de-Fonds und Köln, worauf Zeuge bemerkt, daß ihm außer der Correspondenz, die zur Versöhnung mahne, darüber nichts bekannt sei. — Der Präsident fragt, in wiefern die Arbeitervereine mit dem Bunde in naher Beziehung gestanden. Der Zeuge unterscheidet die Führer, welche fast überall dem Bunde angehörten, von den Mitgliedern, die nicht wußten, was sein im Schilde führten. Die ersteren hätten sich alle Mühe gegeben, das Geheimniß zu bewahren; sie hatten ihre eigene Bundespolizei, die zu Maßregeln schreiten konnte. Sie hätten den Zeugen Daupt, der verschwunden sei, mit dem Tode bedroht. Ferner hatten sie eine Geheimschrift und erkannten sich an den Worten: „Bruderzug und Handschlag". Es bestanden aber tausend Verbindungen in Europa, bevor die Polizei irgend eine Ahnung davon hatte. Alles war unter parmlosen Namen verborgen. Zwei Hauptverzweigungen, die norddeutsche mit 9400 Mitgliedern, deren Haupt Stechan in Hannover gewesen, ohne daß sie jedoch als Vorstand figurirte, und die süd- und mitteldeutsche, welche einen Arbeitercongreß im Juni 1849 hielt, der von 100 Verbindungen beschickt wurde. Der Zeuge erwähnt hierbei des Verurtheilten Gangstoff, der als Zeuge im Proceß erschienen wird. Bei Pastor Dulon in Bremen fand man Briefe aus Brüssel von Giot, Steinmetz und dem früher erwähnten Buschmann. In London habe man die dort landenden deutschen Arbeiter in die unschuldigen Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine abzufangen gesucht, um sie dann von Gesängen zu Aufforderungen von Mord und Todtschlag zu führen. Zeuge führt besonders ein Schreiben an, das man den Arbeitern gegeben. Nach einigen Jahren Aufenthalt in London seien letztere dann mit den eingegebenen Ideen nach Deutschland zurückgekehrt. Bezeugt über den Aufruf an preußische Officiere im Jahr 1850, erklärt der Zeuge, daß er davon nichts wisse, als daß er den Aufruf unter den Papieren Schimmelpfennings auf der Präfectur in Paris gesehen habe. Sonst habe Director Schütze mit die Untersuchung geleitet.

Börsenberichte.

Frankfurt, 20. Oct. Im Allgemeinen zeigte sich an der heutigen Börse in den meisten Fondsgattungen keine wesentliche Coursveränderung. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. beliebter, 81⅞, pCt., während alle übrigen Gattungen derselben beinahe wie gestern schlossen. Von Spanischen waren Neue 25½ pCt. G., 3pCt. Inländische 46½ à ⅔ pCt. Von Eisenbahnactien war Fr.-W.-Nordbahn 45½ pCt. G., Berbach 95½ pCt. G., Cöln-Minden 112½ pCt. G., Taunus 303 pCt. Siena-Leopoldau-Eisenbahnactien waren mehr angeboten. Uebrigens lieferte der Markt durchaus nichts Belangreiches ab. — Abends in der Effectensocietät wurden 1pCt. Spanische anfangs zu 25⅓ verhandelt, und blieben zuletzt durch darin gemachte Verkäufe etwas flauer 25½ pCt. G.

Berlin, 19. Oct. Staatsch. 94 Brf., 93¼ G. — Köln-Minden 112½ à ½ bez. — Fr.-W.-Nordbahn 42⅔ Brf., 41⅔ G.,42 à ½ à ⅓ bez.

London, 18. Oct. 3pCt. Stocks 100⅛. — 3pCt. Span. 51. — 1pCt. do. 25½.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 20. Oct. 5pCt. Metall. 94⅛. — L. A. —. — L. B. 109¼. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94¼. — 4½ pCt. Metall. 84¼. — Bankactien 1340. — 250 fl. Loose 137. — London 11 fl. 34 kr. — 5pCt. lombard.-Venet. 102½. — K.-k.-Nordbahn 217½. — Liv.-Florenz 100½. — Siena-Empoli 71½. — Paris 137. — London in Triest 11 fl. 30 kr. (Courrob. d. Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Rauschert.

[3284]

Bekanntmachung

über die per **Bremen** zur Beförderung kommende überseeische Correspondenz.

A. Die Versendung mittels der eine wöchentlich einmalige Beförderungsgelegenheit bietenden directen Dampfschifffahrten und geschlossenen Brief-Felleisen betreffend.

1) Außer dem Porto bis Bremen kommt an See- beziehungsweise Amerikanischem Porto zur Erhebung:

a) für einfache Briefe nach resp. von

1. den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Oregon und Californien (San Diego, Santa Barbara, Monterey, San Francisko, Astoria) . . . 9 Sgr. od. 32 kr.
2. Barbados, Berbice, Curiacou, Demerara, Esequibo, Grenada, Montserrat, Nevis, St. Kitts, St. Vincent, Tortola, Trinidad, Panama, Chagres 18 Sgr. od 63 kr.
3. Britisch Westindien, Bahama-Inseln, Antigua, Honduras, Jamaika, Cuba (Havanna) . 14 Sgr. od. 49 kr.
4. den Westindischen Inseln, Portorico, St. Thomas, Mexiko, Häfen und Plätze im Golf von Mexiko 25 Sgr. od. 88 kr.
5. den Plätzen an der Atlantischen Küste von Südamerika, welche nicht im Britischen Besitz sind 30 Sgr. od. 105 kr.
6. der Südwestküste von Südamerika, Peru, Chili, Lima, Bolivia, Valparaiso . . . 32 Sgr. od. 112 kr.

b) für Zeitungen und gedruckte Sachen unter Kreuzband, welche bei der Aufgabe frankirt werden müssen, pr. Bogen:

1. nach Nordamerika, Oregon und Californien . 1 Sgr.
2. nach Havanna und Chagres . . . . . 2 Sgr.
3. nach Panama . . . . . 3 Sgr.

Die für Zeitungen sich ergebenden Silbergroschen-Beträge sind Setzen der in der Währung des 24½ fl.-Fußes rechnenden Postorten auf Kreuzer zu reduciren, wobei Brüche auf die zunächst höheren Ganze abzurunden sind.

Derartige Kreuzbandsendungen nach anderen, und a genannten Ländern und Plätzen sind bis Bremen zu frankiren.

2) Waarenproben und Muster genießen in Ansehung des fremden Portos keine Ermäßigung, sondern unterliegen demselben Porto wie gewöhnliche Briefe.

3) Die Recommandation der Correspondenzen ist nicht zulässig.

4) Nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Californien und Oregon können die Briefe unfrankirt, bis Bremen frankirt oder ganz frankirt aufgegeben werden; nach den übrigen Ländern und Plätzen müssen dieselben bei der Aufgabe frankirt werden. Bei den bis Bremen frankirten Briefen (conf. a Nr. 1) ist die Bezeichnung frei bis Bremen oder franco Bremen von den Absendern eigenhändig auf den Adressen zu bewirken.

B. Die Versendung mittels Kauffahrteischiffen betr.

1. Correspondenzen nach Nordamerika, Texas ꝛc. sind bis Bremen zu frankiren; Ganzfrankatur findet nicht statt.
2. Die Recommandation der Correspondenzen ist nicht zulässig.
3. Wenn die Beförderung durch Kauffahrteischiffe erfolgen soll, so ist dies von den Aufgebern auf den Adressen zu bemerken.

Frankfurt a. M., im October 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[3352]

Bekanntmachung.

Den Briefpostverkehr mit der Schweiz betr.

Vom 15. October 1852 an treten hinsichtlich des Briefpostverkehrs mit der Schweiz nachstehende Bestimmungen bis auf Weiteres in Wirksamkeit:

1) Das Briefporto beträgt im einfachen Satze je nach der bei der Erhebung zur Anwendung kommenden Münzwährung,

A. an deutschem Porto 9 Kreuzer oder 3 Sgr.,

B. an Schweizerischem Porto

a) für die im ersten Tax-Rayon gelegenen Schweizerischen Postorte, welche bei den betreffenden diesseitigen Postämtern in Erfahrung zu bringen sind, 3 Kreuzer oder 1 Sgr.,

b) für alle übrigen Schweizerischen Postorte 6 Kreuzer oder 2 Sgr.

2) Hinsichtlich der Taxprogression finden die für den Postvereinsverkehr geltenden Bestimmungen Anwendung. Die Briefe u. s. w. können ganz frankirt oder unfrankirt abgesendet werden.

3) Für Waarenproben und Muster, welche den im Postvereinsverkehr geltenden Bestimmungen entsprechen, wird für je 2 Loth das einfache Briefporto erhoben.

4) Für Kreuzbandsendungen, welche den Bestimmungen des revidirten Postvereinsvertrags entsprechen, beträgt, wenn dieselben bei der Aufgabe vollständig frankirt werden,

a. das deutsche Porto den nach dem Postvereinstarif sich ergebenden Satz,

b. das Schweizerische Porto 4 Schweizerische Rappen (centimes) pro Loth. Bei der Erhebung des Schweizerischen Portos im diesseitigen Postgebiete werden für je 4 Rappen je ein Kreuzer resp.

für	4	Rappen	½ Sgr.
„	8	„	1 „
„	12	„	1½ „
„	16	„	2 „
„	20	„	2½ „
„	24	„	3 „

erhoben.

5) Hinsichtlich der recommandirten Briefe, der Recommandationsgebühr, der Retourrecepisse, der nachgesendeten und unbestellbaren Briefe gelten die für den Postvereinsverkehr festgesetzten Bestimmungen.

6) Im Verkehr mit der Schweiz sind Postvorschüsse bis zum Betrage von 15 fl. resp. 10 Rthlr. zulässig.

Die Procuragebühr, neben welcher das gewöhnliche Porto zu erheben ist, wird für die nach der Schweiz gehenden Vorschußbriefe nach den beim Postvereinsverkehr geltenden Bestimmungen erhoben.

Frankfurt a. M., den 14. October 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[2390]

Physikalischer Verein.

Wegen der bevorstehenden Weinlese findet Donnerstag den 21. weder eine Vorlesung, noch Samstag den 23. eine Versammlung der Mitglieder statt.

Der Vorstand.

[2393] **Steckbrief.**

Alle Zivil- und Polizeibehörden werden hiermit ersucht, auf den unten signalisirten, eines Raubmords dringend verdächtigen Johannes Schmidt aus Unterambach im Großherzogthum Hessen zu fahnden, denselben im Betretungsfalle zu verhaften und uns davon in benachrichtigen.

Frankfurt a. M., den 20. October 1852.

Peinlich Verhör-Amt.

Signalement.

Alter: 31 Jahre.
Größe: 5' 10" Frankf. M.
Haare: schwarz.
Augen: braun.
Augenbraunen: schwarz.
Nase: lang.
Mund: mittel.
Stirne: niedrig.
Kinn: rund.
Statur: untersetzt.

Kleidung.

Wahrscheinlich brauner Tuchrock, hellfarbige Sommerhose, hellgestreifte Weste, Kappe mit Schild und rundem Boden von Wachstuch, mit Tuch besetzt.

Getragene Gegenstände: ein Goldstück à fl. 20 und circa 8½ fl. in Einguldenstücken und halben Gulden.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung

Donnerstag (Beilage zu Nr. 252.) 21. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 21. Oct. Dem Vernehmen nach haben die verbürgerten Gehilfen einer hiesigen großen Buchdruckerei in der ersten Abtheilung gestimmt, von welcher angeblichen Unregelmäßigkeit der ältere Herr Bürgermeister bereits in Kenntniß gesetzt wurde. Mit großer Spannung sieht man dem Erfolge eines dem Senat von Seiten des Reformvereins dieser Tage zu übergebenden Protestes entgegen, und befürchtet, daß dieser Vorfall geeignet sein dürfte, die bestehenden Antipathien noch zu vergrößern. Bei dem am 25. October zusammentretenden Wahlcolleg der 75er sind die Katholiken nur durch drei Mitglieder vertreten. Wenn die Gothaer auch bei den Urwahlen eine nicht große Majorität erhielten (42 gegen 33), so ist dieses doch vollkommen hinreichend, sämmtlichen Vorgeschlagenen dieser Partei zur gesetzgebenden Versammlung die verfassungsgemäße absolute Stimmenmehrheit zu sichern.

* **Wien**, 16. Oct. Se. Maj. der Kaiser dürfte etwa vierzehn Tage in Schönbrunn verbleiben. Bereits sind die Armeeobercommando-Kanzleien und das Telegraphenbureau dort eingerichtet worden.

Fürst Demidoff hat in Karlsbad in diesem Jahr eine Kur gebraucht; er fand das Ankern an den Ufersteinen von Peter dem Großen, welcher 1711 und 1712 ebenfalls dort die Kur brauchte, beinahe verwischt, hat daher von Dresden aus am 7. d. M. der Stadt eine Stiftungsurkunde zugefertigt, wonach er für Peter den Großen ein Denkmal von Bronze und russischem Granit arbeiten und auf seine Kosten aufrichten lassen wird. Außer diesem Denkmal hat er ein Bett für fremde Kranke, ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens, in dem dortigen Armenhause gestiftet.

In **Pest** sind abermals drei kriegsgerichtliche Urtheile gegen drei Lieutenants, wegen ihrer Theilnahme an dem ungarischen Krieg, publicirt worden; in allen drei Fällen ist die Entsetzung von der Officierscharge und außerdem in dem einen zehn, in einem andern Fall sechs Jahre Festungsstrafe ausgesprochen.

P **Berlin**, 18. Oct. Man will aus dem Umstand, daß fast zu gleicher Zeit der diesseitige Gesandte in Paris, Graf Hatzfeld, sowie der russische, Herr v. Kisseleff, von Paris abwesend sind, manche Folgerungen ziehen. Man bringt die Anwesenheit des Ersteren hier und die des Letztern in Petersburg theilé mit Eröffnungen zusammen, welche ihnen von Seiten der französischen Regierung gemacht wären, theils damit, daß sie für gewisse Eventualitäten sich nähere Instructionen hätten einholen wollen. Wir glauben indessen versichern zu können, daß weder das eine noch das andere der Fall ist. Es gehörte nicht eine besondere Voraussicht dazu, um den Gang der Ereignisse zutreffend beurtheilen und deren Consequenzen mit einiger Sicherheit ziehen zu können. So viel wir wissen, hat seitdem, daß der jetzige Gewaltaber in Frankreich selbstständig die Zügel der Regierung ergriffen, eine im Ganzen und Wesentlichen gleichstimmende Ansicht der Sachlage bei den Regierungen der drei östlichen Mächte stattgefunden. Es hat daher seinerseits, wo gewisse Eventualitäten in Frankreich besprochen worden, eine abweichende Ansicht in der dann zu beobachtenden Haltung sich bemerkbar gemacht. Daher ist es nicht glaublich, daß es den betreffenden Gesandten an Instructionen für diese Fälle fehlt und sie nöthig gehabt haben sollten, deßhalb eine persönliche und directe Besprechung zu suchen. Die gleichzeitige Abwesenheit des russischen und preußischen Gesandten ist demnach ohne Zweifel wohl nur eine zufällige. — Se. k. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm, welcher heute, wie bekannt, seinen Geburtstag feiert, empfing zahlreiche Gratulationen, sowohl von den Mitgliedern des königl. Hauses, als von den höchsten und hohen Staatsbeamten. Der Prinz selbst hatte zur Feier desselben ein Diner arrangiren lassen, zu welchem er die Officiere, Unterofficiere und Mannschaften seiner Compagnie, der ersten des ersten Garderegiments zu Fuß, dessen Hauptmann er ist, eingeladen hatte. Auch Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen bedrte das Diner mit seiner Gegenwart. — „Kladderadatsch" und „Zuschauer" scheinen in Fehde gerathen zu wollen, weil ersterer in seiner letzten Nummer die jüngste Phase der Kreuzzeitung in seiner gewohnten Weise besungen hat. Der „Zuschauer", der sonst zu den lebhaftesten Bewunderern der Witze des „Kladderadatsch" gehörte, scheint diesmal, da er zum Schaden den Spott hat, nicht besonders erbaut zu sein. Er verspricht, „was die Zukunft auch bringen mag, dem kleinen bald orientalischen Ratzenkönig, der sich Kladderadatsch nennt, seine Tracht nicht zu beschneiden." Wenn der „Zuschauer" noch bessere Witze macht als der „Kladderadatsch", so wird sich das Publikum darüber nicht ärgern.

Speyer, 19. Oct. Ueberwarteten Nachmittag um halb 3 Uhr wird Se. Maj. König Max, welcher heute in Stuttgart und morgen in Heilbronn übernachtet, in Ludwigshafen einreffen, daselbst ein Mittagsmahl einnehmen und dann nach Zweibrücken weiter reisen. Am Samstag werden sich sodann Se. Majestät über Pirmasens und Landau nach Edenkoben begeben und insofern inzwischen nicht anders bestimmt wird, am Sonntag über Ludwigshafen und Darmstadt die Rückreise antreten. (Pf. Z.)

* **Hannover**, 19. Oct. Nach dem „Neuen Volksfreunde" dürfte Herr v. Lenthe an v. Bothmers Stelle zum Bundestagsgesandten ernannt werden.

Aus dem Odenwäldchen. Dem Vernehmen nach sollen die Ingenieure, welche von der hannoverschen Regierung zum genauen Nivelliren und Abschätzen des östlichen Armes der Weißbahn beauftragt waren, von dieser Bahnlinie abberufen sein. Sollte sich diese Angabe bestätigen, so würde sie von dem mißlichen Stande der Zollverhandlungen zeugen, da der zwischen Hannover und Preußen am 27. d. J. abgeschlossene Eisenbahnvertrag von dem Septembervertrag abhängig ist. (Z. f. Nordd.)

Karlsruhe, 19. Oct. Großherzogliches Stadtamt hat die Vernichtung aller im inländischen Buchhandel sich vorfindenden Exemplare der Druckschrift: „Anarchie oder Autorität?" von Wilhelm Marr, Hamburg, Hoffmann und Comp. 1852, verfügt. (B. Leop.)

Von der Niederelbe, 18. Oct. Wie wir aus der neuesten Nummer des „Fadrelands" ersehen, ist in dem offiziellen „Gesetz- und Ministerialblatt für das Herzogthum Holstein" ein königliches Patent enthalten, welches auch zur holsteinschen Provinzialständeversammlung Neuwahlen anordnet.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 19. Oct. Die Königin Amalie und der Prinz von Joinville haben Lausanne wieder verlassen. Die Herzogin von Orleans scheint so weit wieder hergestellt, daß sie selbst die Rückreise nach England oder Deutschland bald wird antreten können. — Der 15. October, welcher in Neuenburg noch im vorigen Jahr mit royalistischen Kundgebungen gefeiert wurde, ist diesmal dort ohne Festlichkeit vorübergegangen. — Wie zerrüttet die Zustände im Kanton Bern noch immer sind, beweist das heutige Amtsblatt, welches nicht weniger als 225 Zwangsversteigerungen in einer Woche veröffentlicht. — Der zwölfjährige Knabe, welcher das Waisenhaus in Solothurn an zwei Orten in Brand gesteckt hat, ist eingefangen worden. Ohne Reue, ohne eine Thräne zu vergießen, gestand er die That ein, und erzählte unumwindlich, wie er sich dabei benommen. Dem Gerichtspräsidenten, der ihn am Verhör auf der Brandstätte vielleicht erschrecken wollte, indem er zu ihm sprach: „Solche Bursche muß man aufhängen," erwiderte der junge Böswicht ganz gelassen: „Je nun, da bin ich; hängt mich nur auf!"

Frankreich.

‡ **Paris**, 19. Oct. Der „Moniteur" veröffentlicht heute folgendes Einberufungsdecret des Senats:

Die eclatante Manifestation, welche sich so eben in ganz Frankreich zu Gunsten der Wiederherstellung des Kaiserreichs ausgesprochen hat, legt dem Prinz-Präsidenten der Republik die Pflicht auf, den Senat einzuberufen. — Der Senat wird sich am nächsten 4. Nov. versammeln. Ergibt sich aus seinen Berathungen eine Veränderung in der Form der Regierung, so wird das Senatusconsultum, welches er angenommen haben wird, der Ratification des französischen Volks unterbreitet werden. Um diesem großen Act die ganze Autorität zu geben, die er haben muß, wird der gesetzgebende Körper einberufen werden, um die Ausgabung vorzunehmen und das Ergebniß derselben bekannt zu machen. — Ludwig Napoleon, Präsident der französischen Republik, nach Anschl der Art. 21 und 31 der Verfassung, verordnet: Art. 1. Der Senat ist zum 4. November ein-

berufen. — Art. 2. Das Staatsministerium ist mit Vollzug dieses Decrets beauftragt. Geschehen im Palast zu St. Cloud, den 19. October 1852. Ludwig Napoleon, Prinz-Präsident. — Achill Fould, Staatsminister.

Dieses Decret ist in der Hauptstadt mit allgemeiner Freude aufgenommen worden. An dem raschen und definitiven Beschluß des Senats wagen selbst die Gegner des Kaiserreichs nicht zu zweifeln. Die öffentliche Meinung datirt den Beginn des letzteren vom nächsten December an. Die an das neue Reich geknüpften Besorgnisse französischer und auswärtiger Blätter, als sei die ohnehin schon so beschränkte und precäre Existenz der Presse von einem neuen schweren Schlag bedroht, sind wenigstens sehr voreilig; beschlossen ist darüber noch gar nichts. Die Regierung ist so gerüstet, daß es sich schwer begreifen ließe, welches Interesse dieselbe haben sollte, noch rigorosere Maßregeln zu treffen.

⁂ **Paris**, 19. Oct. Aus bester Quelle glaube ich Ihnen mittheilen zu können, daß die Behauptung, die österreichische Regierung habe den Papst veranlassen wollen, dem Prinzen Ludwig Napoleon die Salbung zu verweigern, ganz ungegründet ist. Vielmehr hat sich die genannte Regierung bis jetzt jeder Einmischung in diese Angelegenheit enthalten. Was ich Ihnen neulich über die Antwort des Papstes mittheilte, kann ich heute noch mit dem Zusatz bekräftigen, daß der Prinz ein eigenhändiges Schreiben Sr. Heiligkeit in jenem Sinn empfangen hat. Wenn es bisher gerüchtweise hieß, das Vermählungsproject mit der Prinzessin Wasa sei aufgegeben, so glaube ich Ihnen heute aus dem Munde eines Mannes, den ich für wohl unterrichtet halten darf, mittheilen zu können, daß diese Heirath eine abgemachte Sache ist und daß die Vermählung noch vor der Kaiserkrönung gefeiert werden wird. Der Maler Guerard ist in diesem Augenblick beschäftigt, den Prinzen Ludwig Napoleon und seine hohe Braut auf einer Leinwand zu porträtiren. — Der Vertrag für Anlage des unterseeischen Telegraphen von Frankreich nach Corsica, Sardinien und Algerien ist gestern unterzeichnet worden.

Straßburg, 18. Oct. Eine telegraphische Botschaft hat den General Waldner von Freundstein, Befehlshaber der 6. Militärdivision, beauftragt, Se. Maj. den König von Bayern auf seiner Reise in der Pfalz im Namen des Präsidenten zu becomplimentiren. Der General ist in Begleitung zweier Adjutanten nach Speyer abgereist. (S. M.)

Belgien.

Brüssel, 17. Oct. Man gibt verschiedene Gründe über den Nichterfolg der Combination an, womit Herr de Brouckere beauftragt war; der wichtigste Grund ist eine Meinungsverschiedenheit über den einzuschlagenden Weg in der Angelegenheit des öffentlichen Unterrichts, und besonders über die Zulassung des Klerus zu den Institutionen des Staats. Herr Piercot, der für das Ministerium des Innern bezeichnet war, legte in dieser Beziehung dieselben Ideen, wie Herr Frere-Orban, an den Tag, und verweigerte den Reclamationen der katholischen Partei auch die geringste Concession, während die andern ministeriellen Candidaten mehr vermittelnde und nachgiebigere Gesinnungen hegten. Eine andere Unannehmlichkeit hatte sich bei Gelegenheit der Frage gezeigt, ob den Kammern ein Preßgesetz vorgelegt werden solle, wo man eben so wenig übereinstimmte, wie über die Ausdrücke, worin das Programm des neuen Cabinets abgefaßt werden sollte, da Hr. Piercot ausdrücklich constatiren wollte, daß ein liberales Ministerium die Verwaltung übernommen hätte. Man begreift, daß in Gegenwart aller dieser Meinungsverschiedenheiten Herr de Brouckere sich entschlossen hat, den König zu bitten, ihn seiner Mission zu entheben. Nach einem allgemein verbreiteten Gerüchte wäre nun gestern Herr Delehaye zum König berufen worden. Sie werden sich erinnern, daß seine Ernennung zur Präsidentur der Kammer, in Opposition gegen Herrn Verhaegen, der Anlaß war, welcher die gegenwärtige Krisis herbeigeführt hat; in dem Fall, daß Herr Delehaye die Direction des Ministeriums übernähme, würde dies als Minister des Innern geschehen, und will man ferner wissen, daß er zur Justiz Herrn Lelievre, für die auswärtigen Angelegenheiten Herrn Lehon oder den Prinzen von Chimay, für die Finanzen den Senator Spitaels, für die öffentlichen Arbeiten den Generalinspector der Brücken und Chausseen, Herrn Noel, berufen würde, während General Anoul das Portefeuille des Kriegs behielte. (K. Z.)

Niederlande.

Haag, 16. Oct. Heute hat der neu ernannte Minister des Auswärtigen, Baron van Zuylen van Nyevelt, den Eid in die Hände des Königs abgelegt und der Justizminister Strens die Leitung des Cultusdepartements statt des abgetretenen Ministers van Sonsbeeck übernommen.

Haag, 17. Oct. Eine königliche Verordnung vom gestrigen Tage befiehlt bei der ganzen Armee eine dreitägige Trauer wegen des Ablebens des Herzogs von Wellington, welcher auch in unserer Armee den Rang eines Feldmarschalls hatte. Die Trauer wird am Tage des feierlichen Leichenbegängnisses angelegt werden. (K. Z.)

Spanien.

Die „Madrider Zeitung" vom 3. Oct. bringt Nachstehendes: Die heutige amtliche Zeitung enthält folgende wichtige Verordnung über die Umschreibung der differirten Schuld:

In Erwägung der Mir von dem Finanzminister dargelegten Gründe und auf den Antrag Meines Ministerraths verordne Ich hierdurch was folgt: Art. 1. Den Inhabern der neuen differirten Schuld wird auf Verlangen die Befugniß zum Umschreiben ihrer Papiere, nach den von der Regierung festgesetzten Bestimmungen, in die entsprechende Summe anderer Papiere der 3pCt. consolidirten Schuld eingeräumt. Art. 2. Alle sechs Monate wird der Ministerrath den Preis angeben, für welchen innerhalb dieser Zeit die Umschreibung, deßgleichen die Summe, bis zu welcher dies vorgenommen werden kann, sich daher auch das Recht vorbehalten, die Umschreibung in geeigneter Weise, nach Maßgabe der zu der festgesetzten Taxe gemachten Anträge, auszudehnen. Art. 3. Allmonatlich werden zu der, von der Staatsschuldenjunta vorher angezeigten Frist, dieser Behörde die von den Inhabern gemachten Anträge überwiesen. Die Junta wird dann die Anträge für zuläßig erklären, welche, zur festgesetzten Taxe, die meisten Vortheile gewähren und die von der Regierung festgesetzte Summe überschreiten. Wenn diese letztere von der der Anträge überboten sein sollte, so wird die Junta die weiteren deßfallsigen Beschlüsse der Regierung einholen. Art. 4. Alle die, welche in einer und derselben Monatsfrist für zuläßig erklärte Anträge einreichen, erlangen, wenngleich sie die Umschreibung zu verschiedenen Preisen angetragen haben, nach dem höchst beantragten Preise die Umschreibung. Art. 5. Sobald die Anträge einmal für zuläßig erklärt sind, schreiten die zuständigen Behörden unverzüglich zur Liquidation der früheren Werthe und Ausfertigung der neuen 3pCt. consolidirten Schuldpapiere. Art. 6. Alle eingereichten Differes und die dagegen umgetauschten consolidirten Stücke müssen den Coupon des laufenden Halbjahrs haben. Art. 7. Die innere Schuld kann in auswärtige consolidirte nicht umgeschrieben werden; die Inhaber der differirten auswärtigen Schuld können dagegen nach Belieben innere oder äußere consolidirte Schuldpapiere erhalten. Art. 8. In dem Auslande werden die Anträge versiegelt den spanischen Finanzcommissionen in London und Paris, oder dem spanischen Viceconsul in Amsterdam zur Weiterbeförderung nach Madrid übergeben, wo sie in der allmonatlich stattfindenden öffentlichen Sitzung entsiegelt werden. Art. 9. Das Vorzeigen der Obligationen der ausländischen Schuld und die Bewerkstelligung der Liquidation, Conversion und Versendung der neuen Obligationen werden in möglichst kurzer Frist und den bei gleichen Fällen veranstalteten Formalitäten durch die Commissionen der Finanzen im Auslande und den bestellten Viceconsuln vollzogen. Art. 10. Die Junta der Schuld wird unmittelbar die klaren und pünktlichen Anordnungen, nach welchen die Vollziehung dieser Conversion geschehen soll, Meiner Regierung zur Genehmigung vorlegen. Art. 11. Mein Finanzminister wird den Cortes wegen dieses Decrets Rechenschaft geben. Gegeben im Palast, den 1. October 1852. Gezeichnet durch die Königin. Gegengezeichnet der Finanzminister: Juan Bravo Murillo.

ch **Madrid**, 13. Oct. Auf Verfügen der Regierung ist in ganz Spanien das Lesen der Romane von Eugen Sue verboten worden; ferner des „Consuelo" von George Sand, der „Memoiren des Teufels" von Lianne, der „Generalbeichte" von Soulié, des „Piquillo Allago" von Eugen Scribe und endlich der neuern Romane von Alexander Dumas.

Vorstehendem fügt eine Correspondenz der „Köln. Ztg." bei, daß die in den Buchhandlungen vorräthigen Exemplare zu einer und derselben Stunde in ganz Spanien confiscirt, und die Buchhändler gleichzeitig angewiesen worden sind, eine Liste der Käufer besagter Werke anzufertigen. Private, die solche besitzen, erhalten das bezahlte Geld zurück, wenn sie unaufgefordert binnen drei Wochen der Polizei die Bücher überliefern. Wer nach Verlauf dieser Zeit die dem Feuertode geweihten Bücher nicht abgeliefert hat, verfällt in eine nach Willkür der Polizei bestimmte Strafe.

Herr Thiers ist gestern hier angekommen; er erhielt kurz nachher vom französischen Gesandten einen Besuch, und speiste dann später mit ihm zu Mittag. Hieraus läßt sich schließen, daß Herr Thiers mit der gegenwärtigen französischen Regierung einigermaßen ausgesöhnt sein muß; sonst würde der Gesandte eine so große Zuvorkommenheit schwerlich an den Tag gelegt haben. Bei der Königin steht Thiers gut angeschrieben. Es ist dies auch nicht mehr wie billig, denn seiner Politik verdankt Isabella ihre Krone. — Das Civilgericht von Barcelona, das sich erdreistet hatte, den dortigen Bischof vorzuladen, hat vom Justizminister einen derben Verweis erhalten, weil es seine Befugnisse überschritten hatte; laut des Concordats kann die Geistlichkeit nur vor die Sagra Rota zu Madrid citirt werden. Der Grund, warum der Bischof vorgeladen wurde, ist eine Injurienklage, die der Redacteur des Blattes „La Actualidad" gegen ihn erhoben hat. Der Bischof weist nämlich in einem Hirtenbrief die Angriffe zurück, die besagtes Blatt sich gegen die Jesuiten erlaubt hatte, und spricht dabei von einer schmutzigen und gottlosen Presse. (K. Z.)

Amerika.

Buenos-Ayres, 1. Sept. In den letzten zwei Monaten hat das provisorische Directorium mehr organische Reformmaßregeln getroffen, als die frühere Dictatur binnen zehn Jahren, und die meisten derselben sind geeignet, im In- und Auslande den besten Eindruck zu machen. Vorgestern erschien ein Decret, welches die Pensionsliste, namentlich im Militärdepartement, bedeutend zusetzt und in der Civilverwaltung eine angemessene Oekonomie einführt. Die Zahl der Beamten wird verringert, der Sold dagegen erhöht. In einem Lande, wo nur zu Viele sich gewöhnt haben, auf Staatskosten zu leben, wird diese Politik anfangs unbeliebt sein, aber alle Denkenden und Patrioten billigen sie. Zugleich erhalten wir die halboffizielle Versicherung, daß, wenigstens während der Dauer des provisorischen Directoriums, kein neues Papiergeld mehr ausgegeben werden soll. In Folge davon konnte man gestern Dublonen für 261 statt 295 kaufen. Am wichtigsten aber ist das gestern erschienene Decret, wodurch General Urquiza die Schifffahrt auf den Strömen Plata, Parana und Uruguay vom 1. October an allen fremden Flaggen, gegen sehr mäßige Zölle, öffnet. Dadurch, so wie durch Anerkennung der Unabhängigkeit von Paraguay, ist General Urquiza den Wünschen der englisch-französischen Mission zuvorgekommen. Der Nationalcongreß, der noch diesen Monat zusammentritt und ohne Zweifel vom General in der Feststellung einer freisinnigen Constitution unterstützt werden wird, dürfte den Regierungsstrumpf Urquiza's vollenden. Das Decret vom 16. März, welches die angedrohten Güter des Generals Rosas mit Beschlag belegte, ist zurückgenommen worden. Ein weiteres Decret hebt die Staatslotterie, als eine Quelle der Entsittlichung, auf; endlich hebt ein Decret die Todesstrafe für politische Verbrechen auf, die nicht mit bewaffneter Hand begangen werden.

Asien.

Jerusalem, 21. Sept. Wir sehen hier nun einer wichtigen Conferenz entgegen, die leicht einen neuen Kreuzzug veranlassen könnte. Sie kennen genugsam den uralten, frisch aufgewärmten Streit zwischen Lateinern und Griechen wegen der Kirche des heiligen Grabes. Der lateinische Patriarch und Herr Botta, der französische Consul, scheinen die Sache in Paris und Rom tüchtig angetrieben zu haben. Rußland tritt natürlich für die griechische Kirche ins Feld; die Pforte aber, welche die volle Tragweite solcher anscheinend unbedeutenden und kleinlichen Reibereien einzusehen scheint, hat nun die Rolle des Vermittlers übernommen, und einen ihrer Kapudschiler, d. h. Pfortenbeamten oder Kammerherrn, hierher geschickt, um mit den Herren hier und andern, die französischerseits und russischerseits noch erwartet werden, zum Frieden der Kirche zu verhandeln. Es ist sogar die Rede davon, daß der Sultan auf eigene Kosten die Kuppel der Grabeskirche, welche die streitenden Parteien ihrem Verfall entgegengehen ließen, weil keine von beiden die andere bauen lassen wollte, herstellen wolle, um einen Beweis der Achtung für das Christenthum zu geben. (A. Z.)

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in Köln.

XII.

Köln, 19. Oct. (Schluß der Sitzung am 18. October.) Von dem an die Landwehr gerichteten Aufruf: „Preußische Brüder und preußische Unterthanen", weiß Zenge nichts, doch glaube er, das derselbe vom Bunde ausgehe, da dieser überall zur Hand gewesen sei, wo es gegolten habe, Aufgeregtheit zu säen. — Präsident: Hat die Anwendung von Gewalt in der Tendenz gelegen? — Antw. Gewiß, von Kreuzigen und Todtschlagen sei alle Augenblicke die Rede gewesen. — Auf den Antrag des Oberprocurators v. Sedlmayr wird ein Zeitschrift verlesen, den Schapper auf dem Stiftungsfeste des Arbeiterbildungsvereins am 17. Februar 1848 in London hielt, und den man in Abdruck bei der jetzigen Gelegenheit Lassaren fand. Es heißt darin, der Arbeiterbildungsverein sei eine Schule, in welcher der Arbeiter zum selbstbewußt kämpfenden Revolutionär heranzubilden werden solle. Es ist dann wieder von Aufstehung des Beomögens und der Stände die Rede. Den Bourgeois solle man bestehen im Kampfe, so lange dieser gegen Fürsten und Pfaffen gerichtet sei, aber ihnen offen gestehen, daß man ihn eigenen, nicht in ihrem Interesse sechten werde. Die Bourgeois würden aber nicht ohne gewaltsamen Kampf endlich dem Proletariat weichen, man müsse sie auf den Kopf schlagen: Republik Revolution und immer Revolution, Mord. Zu der bewaffneten Gewalt würden ihre eigenen Zeughäuser die Waffen liefern. Nach dieser Verlesung wird die Sitzung geschlossen.

XIII.

Sitzung am 19. Oct. Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Stieber. Zeuge gibt Auskunft über Acten, von denen mehrere neu von ihm eingebracht sind. Ein Schreiben, welches man bei der Verhaftung Laube's bei diesem fand, d. d. Paris, 10. Februar 1851, rührt meist über Thätigkeit als Emissär gibt ihm Aufträge für Deutschland und bringt günstige Berichte über den Bund. Es heißt in dem Brief u. a.: „Nach Frankfurt ist geschrieben. Sage dem J—— , daß Alles so schnell als möglich angeordnet werde. Die Zeit naht heran." Das Schreiben ist unterzeichnet: Reinach, Scherzer und Kühner. Die letztern Namen waren uns nur halb verständlich, doch bemerken wir, daß der Zeuge kurz nachher Auskunft über eine Person gibt, die bei dem Attentat gegen den Fürsten Lichnowsky betheiligt gewesen sei. — Vertheidiger Schärmann läßt fragen, wie lange Laube in Berlin gewesen. — Antw. Vier bis sechs Wochen. — Ein zweites communistischer Katechismus liegt vor. Einige Angeklagten erklären sich dagegen, das Stellen, und dem Zusammenhang genommen, verlesen werden. Die Verlesung unterbleibt einstweilen. Es werden aufgefundene Gedichte verlesen, darunter eines von Schulze, die deutsche Marseillaise von Freiligrath ꝛc. Der Präsident befragt den Zeugen neuerdings um die politische Tendenz der Congresse in Braunschweig und Hannover. Er erklärt, sie sei ihm unbekannt, da er in Deutschland keine politische Polizei ausübte, sondern erst in London den Auftrag dazu erhielt. Ebenbowenig weiß er etwas vom Cigarrenarbeitercongreß. Anderseit gibt er Auskunft über Aeußerungen, die sich bei Nobiling vorgefunden. Es wird ein Schreiben von Gerbal (Cremer) d. d. Paris, 30 September 1851, an Kipperling in Valenciennes verlesen, welches Anleitungen enthält, wie die Valenciennes mit materiellen Interessen zu ködern wären. In Paris ständen sie mit bedeutenden Personen in Verbindung. Ein zweiter Brief, unterzeichnet Franz und Gerbal, bespricht die künftige Organisation der Republik. Ein dritter von Franz verweist auf den Mai 1852 und wiederräth die dahin jeden Putsch. Ein vierter, unterzeichnet Julius Gerbal, d. d. Paris, 20. Juni 1851, an Kipperling in Valenciennes, widerräth demselben nach Köln zu gehen: er müsse als Emissär nach Straßburg, von dort soll er in der Nacht in einem Kahn nach B. übersetzen. Der Sch. eber schwärmt am Schlusse über den Sieg der Revolution, die, von Italien aufgehend, ihr Banner auf den Thürmen Moskaus aufpflanzen soll. Ein fünftes Schreiben von der Gemeinde in Paris an jene in Valenciennes, d. d. 14. Juli 1851, spricht von der Sendung eines Emissärs nach London zum Congreß. — Der Referendar Robert Schmidt er wird als Dolmetscher beeidigt, und übersetzt mehrere Briefe und Verhörprotocolle aus dem französischen ins Deutsche, bleibt aber unvereidigt. — Der Zeuge Stieber, befragt, ob er noch etwas mitzutheilen habe, erklärt, daß der Buchhalter B. in den Communistenconferenzen vor einem Namen „Bruder" — also so viel als Mitglied des Bundes, allein stehend aber überall Bund betreute. Nach der Geschäftsordnung wäre auf den Bundescongressen stets als Rednerfolge der Verhandlung beobachtet worden: 1) Besprechung der Statuten; 2) Kassenverhandlungen; 3) Anfprachen; 4) wäre eine wissenschaftliche Aufgabe den Gemeinden ertheilt worden. So käme es, daß überall gleichzeitig, wie Zeuge in Frankreich mindestens sich überzeugt habe, fast in allen Gemeinden das Verhalten vor, während und nach der Revolution bearbeitet worden sei. Später sei die Quintessenz aus allen Abhandlungen in jene der Anspräche übergegangen. Auf manches Andere behält sich der Zeuge vor, während der Verhandlung zurückkommen zu dürfen.

Börsenberichte.

Paris, 19. Oct. 4½ Rente. Neute 106, 90. — 3pCt. 82, 20. — Neapol. 105. — Neue 5pCt. Oesterr. 95, 94½. — Spanische neue Anl. 25¾, 26, 25½. — Neue 3pCt. —. — 5pCt. Innere Schuld 46½. — Passive 6¾. — Bankactien 2875. — Piemont 5pCt. 98, 75. — Römisches Anlehen Juni 1850 98½. — do. 1850 99½. — St. Germain-Eisenbahn 1260. — Versailles, linkes Ufer 325. — Straßburg-Basel 335. — Nordbahn 805. — Paris-Strasburg 805.

Das heute im „Moniteur" erschienene Einberufungsdecret des Senats hat sehr lebhafte Nachfrage nach Rente und Eisenbahnactien an der Börse veranlaßt und alle Werthpapiere gingen deßhalb merklich höher, die erst dadurch wiedergedrückt wurden, daß ansehnliche Verkäufe bewerkstelligt wurden.

Madrid, 14. Oct. 3pCt. 47¾. — 4pCt. Integr. 63¼. — 5pCt. Schuld 95½. — 4pCt. 95. — 1pCt. Spanische 25¾. — 3pCt. —. — do. inländ. à 6000 fl. 46¾. — 3pCt. Portug. —. — 4pCt. Aust. bei Hope —. — do. bei Stieglitz 91. — 5pCt. Metall. 78. — 2½pCt. do. —. — 5pCt Silber-Metall. 90. — (Spnd.)

London, 20. Oct. 3pCt. Stocks 100. — 3pCt. Span. 51. — 1pCt. do. 25. — (Spnd.)

Paris, 20. Oct. 4½pCt. Rente 106, 35. — 3pCt. do. 81, 60. — Piemont 98, 50. — 3pCt. Span. 46. — 1pCt. do. 25. — (Spnd.)

Madrid, 15. Oct. 3pCt. 47. — 1pCt. Neue 26. — (Spnd.)

Antwerpen, 20. Oct. 5pCt. Belg. 101. — 2½pCt. do. 55. — 3pCt. Span. 46. — 1pCt. do. 25. — (Spnd.)

Frankfurt, 21. Oct. Bei der heute stattgehabten 17. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 5657 10,000 fl. nebst 100,000 fl. Prämie, Nr. 23859 40,000 fl., Nr. 12517, 3709, 3799, 20804 und 13940 jede 1000 fl., Nr. 9035, 18479, 21060, 11385, 2337 und 22401 jede 300 fl.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kuhse

Gerichtliche Auction in Halle a. S.

Erbtheilungshalber sollen Montag den 1. November c., Vormittags 10 Uhr, in dem Hause hier am Paradeplatze Nr. 1052a aus dem Nachlasse des verstorbenen Kaufmanns Fritsch, Firma: C. G. Fritsch & Comp. hier

1) eine Hochdruck-Dampfmaschine von circa 20 Pferdekraft mit Expansion, Dampfkessel und sämmtlichem Zubehör,

2) eine Dampfölmühle mit 3 Paar hydraulischen Pressen, 6 Mühlsteinen, 4 Saamenwalzen, Saamenwärmer, 2 eisernen Oelbassins und sonstigem Zubehör,

3) eine Oelraffinerie mit Dampfkessel, 6 eisernen und 3 hölzernen Bassinkasten, Filtrirtrichtern, diversen Oelfässern u. s. w.,

4) eine Schlemmkreidemaschine mit vollständigem Zubehör,

5) verschiedene andere Fabrikutensilien und Werkzeuge, Winden und Ketten, 1 Bohrmaschine, 1 Schraubstock mit Feilbank, 2 Fußwinden, circa 60 Centner altes Eisen und andere Utensilien gerichtlich verauctionirt werden.

Sämmtliche Gegenstände, in gutem brauchbarem Zustande, stehen täglich zur Besichtigung bereit. Die Dampfmaschine und Zubehör, sowie die Gesammtstücke von Nr. 2, 3 und 4, werden zunächst jedes als ein zusammenhängendes Ganze verauctionirt, und nur für den Fall, daß die Gebote dafür den Materialwerth nicht erreichen sollten, in ihren einzelnen Theilen verauctionirt werden. Der Zuschlag geschieht im Termine gegen sofortige Baarzahlung, außer bei Beträgen über 200 Rthlr. für die größeren Stücke, worauf nur 25 Procent des Kaufpreises sogleich zu erlegen sind und die übrigen 75 Procent 4 Wochen gestundet werden können, während die Uebergabe bis zur vollständigen Zahlung ausgesetzt bleibt.

Die zu diesem Nachlasse gehörigen Moritzburg-Grundstücke nebst Wohnungs- und Comptoirgebäude kommen kurz vorher am 30. October c. zum gerichtlichen Verkauf. [1902]

Graewen, gerichtl. Auct.-Commissar.

[2294] Oeffentliche Aufforderung.

Das Schuldenwesen des Bierbrauers Lorenz Dörrer von Offenbach betr.

Nachdem die Ehefrau des abwesenden Lorenz Dörrer dahier einen Antrag auf Sicherstellung ihres Vermögens gestellt und die demzufolge von uns eingeleitete Vermögensuntersuchung eine Ueberschuldung ergeben hat, werden die sämmtlichen Gläubiger des Letzteren zur Anmeldung ihrer Forderungen auf

Mittwoch den 24. November l. J.,
Vormittags 10 Uhr,

mit dem Anfügen vor unterzeichnetes Gericht geladen, daß die ausbleibenden Gläubiger bei Feststellung der Passiven nicht berücksichtigt werden würden, beziehungsweise, daß in Ansehung ihrer der stillschweigende Beitritt zu den von der Mehrheit der Erschienenen, bezüglich der weiteren Behandlung dieses Schuldenwesens und eines etwa zu Stande kommenden Arrangements, gefaßt werden, den Beschlüssen unterstellt werden würde.

Zugleich wird der erwähnte Bierbrauer Lorenz Dörrer hiermit aufgefordert, um so gewisser

binnen drei Monaten

von dem Tage des ersten Erscheinens gegenwärtiger Verfügung in öffentlichen Blättern an gerechnet, entweder in Selbstperson oder durch einen gehörig bevollmächtigten Vertreter seine Erklärung über Abwendung des Concurses sowie seine etwaigen Einwendungen vorzubringen, als sonst auf Antrag seiner Gläubiger die Acten zur Erkennung des förmlichen Concurses an Großh. Hofgericht eingesendet werden würden.

Den Schuldnern des zc. Lorenz Dörrer wird hiermit bei Meidung doppelter Zahlung aufgegeben, ihre Zahlungen an Niemanden als den interimistisch bestellten Massecurator, Handelsmann Karl Kugler, dahier zu leisten.

Offenbach, am 4. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Stricker. Boetticher.

[2264] Edictalladung.

Die Grundrentepflichtigen der Gemeinde Bernsfeld und für dieselben deren gesetzlicher Vertreter, der Ortsvorstand daselbst, beabsichtigen die der Gesammtfamilie der Freiherren von Schenk zu Schweinsberg in der Gemarkung Bernsfeld zustehenden Grundrenten, als:

a) Geldgrundrente	2 fl.	7¼ kr.
b) Grundpacht, 2 Malter 3 Simmern und 2 Maas Korn, veranschlagt zu	15 fl.	37¾ kr.
c) Grundpacht, 1 Malter 2 Simmern 3 Kumpf und 2 Maas Hafer, veranschlagt zu	4 fl.	48¼ kr.
	22 fl.	33¼ kr.

mit deren Uebereinstimmung nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. Juni 1836, die Ablösung der Grundrenten betreffend, im Gesammtbetrage von 405 fl. 58½ kr. abzulösen und werden daher alle bei dieser Grundrentenablösung sowohl bekannten als auch unbekannten Betheiligten, mit Ausnahme des Gr. Lehnhofs zu Darmstadt, hiermit öffentlich aufgefordert, ihre etwaigen Rechtsansprüche an die vorhin aufgeführten Grundrenten so gewiß

binnen zwei Monaten

dahier anzuzeigen, als widrigenfalls die Auszahlung des Ablösungscapitals an die in dieser Bekanntmachung benannten Berechtigten gestellt werden wird.

Grünberg, den 27. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Welcker. Dr. Ortwein.

[2279] Edictalladung.

Ueber das Vermögen des hiesigen Bürgers und Handelsmanns H. Böhringer jun. hat das unterzeichnete Gericht heute Concurs erkannt.

Demnach werden Alle, welche an diesen Gemeinschuldner aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der auf

Montag den 6. December 1852,
Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Tagfahrt vor der angeordneten Gerichts-Commission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch hinsichtlich eines etwaigen Vorzugsrechtes zum Protocolle zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Acten gekommen ist, der Ausschluß der nicht aufgetretenen Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

Stadt-Gericht I.
Schöff und Senator Dr. Gwinner, Director.
Dr. Wolff.

[2238] Oeffentliche Ladung.

Alle, welche an den Nachlaß der dahier am 8. Juni 1852 ohne Hinterlassung bekannter Verwandten gestorbenen Wittwe des gewesenen Kanzlei-Assistenten Martin Meyer zu Breslau, Wilhelmine Meyer, geb. Meyer, Erb- oder sonstige Ansprüche zu machen haben, werden hiermit aufgefordert, solche

binnen zwei Monaten

bei dem unterfertigten Gerichte geltend zu machen, indem nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist der fragliche Nachlaß als erblos dem hiesigen Fiscus überwiesen werden wird.

Frankfurt a. M., den 27. September 1852.

Stadtgericht II.
Schöff Dr. Diehl.
Dr. Epsen, 1r Secr.

Cours der Staats-Papiere. 21. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.L.S.b.Roths)	94¼ etw. bez. u. P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	94⅜ G.
»	5% L. V.(C.b Roths)	88¾ bez. ⅝ G.
»	5% do.Monte C.B.l.M	84½ P.
»	Bank-Actien . . .	1394 P. 90 bez.
»	5% Metalliq. Oblig.	81⅞ P. ⅝ G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	81⅞ P. ⅝ G.
»	4½% ditto	72⅜ bez.
»	4% ditto	65 P.
»	3% ditto	49¼ P.
»	2½% ditto	42¼ G.
»	1% ditto	16⅜ P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	119⅛ P.
»	fl. 500 » ditto	191 P.
»	4½% Oblig.b.Bethm.	81¼ P.
»	4% ditto	71 G.
Preussen .	3½% Staatsschulds.	94¼ P.
»	4½% Oblig. b. Roths.	104 P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112¼ G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101½ P. ¼ G.
»	4½% ditto	100⅞ P. ⅝ G.
»	4% ditto	96¾ G.
»	4% Ablös.-Rente .	96⅝ P. ⅜ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93 P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95⅜ P. ¼ G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102⅜ G.
Baden . .	5% Obligationen . .	101¾ G.
»	4½% Obligationen	102¾ G.
»	3½% v. 1842 . . .	90⅝ P. ½ G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66⅜ P. 65⅞ G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38⅛ P. ⅛ G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 G.
»	4% ditto	99¼ P.
»	3½% ditto	91¾ P. ⅛ G.
Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28½ P. ¼ G.
Württemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅞ P. ⅝ G.
»	3½% ditto	90⅝ P. ¼ G.
Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34¾ P. ⅛ G.
»	Frdr.-Wilhs-Nordb.	45 P.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	102⅛ G.
»	4% ditto b.Rothsch.	98⅛ bez. 97⅞ G.
»	3½% ditto b Rothsch.	92½ P. ¼ G.
»	fl. 50 Loose . . .	90¾ P. ¼ G.
»	fl. 25 Loose . . .	31½ P. ⅛ G.
Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95⅞ P. ⅛ G.
»	3½% » v. 1846	95 P.
»	3% » . . .	85¾ P.
»	Taunusbahnact. .	304 P. 302 G.
Russland	4½% Obl. b. Baring	108 P.
»	4% Obl. b. Hope fl.2.	91 G.
»	4% » b.Stieglitz »	90⅞ G.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91⅝ P. ¼ etw. ⅜ bez. u. G.
Spanien	3% Inl. Sch. P. fl.2.30	46 3/16 P. 46 G.
»	1% Neue » »	25 11/16 G.
Holland .	4% Certificate . .	95½ G.
»	3½% Syndicate .	94½ G.
»	2½% Integrale .	63½ G.
Belgien .	5% Obl.in L.à fl. 12b.R.	100⅛ P. 99⅞ G.
»	4½% Obl. in F.à 28kr.	98⅜ P. 98 G.
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	91 G.
»	2½% Obl. b.Rothsch.	55⅞ G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97⅞ P. ½ G.
»	5% Obl. b. Hambro	95 P. 94¾ G.
»	Sardinische Loose .	40½ G.
Toscana	5% Obl.1850(C.b.Golds.)	100½ G.
»	5% » 1851.b.Bastogi(do.)	97½ G.
N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	116⅜ P. 116 G.
	Vereins fl. 10 Loose . .	9 P. 8⅞ G.

Wechsel-Cours.

Den 21. October		Per comptant.
Amsterdam . (100 fl. Crt.)	k.S.	100¼ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Augsburg . . (100 fl. Crt.)	k.S.	120⅛ B. 119⅞ G.
	3M.	— —
Berlin . . . . (60 Thlr.) .	k.S.	105¼ B. 105 G.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. i. Ldor.	k.S.	97⅛ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Hamburg . . (100Mk.Bc.)	k.S.	89¼ B. 89 G.
	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105⅛ B. 104⅞ G.
London . . . (10 Livr. St.)	k.S.	119⅞ B. ⅝ G.
	3M.	— —
Lyon . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94¼ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	101⅛ B 100⅞ G.
	3M.	— —
Paris . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94⅞ B. ⅝ G.
	3M.	— —
Wien (100fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	102⅞ bez. u.G. 103 P.
Disconto		3 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9	45-46
Pr.Friedrichsd'or	»	9	55-56
Holl.10fl.Stücke	»	9	54-55
Rand-Ducaten .	»	5	37½-38½
20 Francstücke	»	9	29 30
Engl. Sovereigns	»	11	54
Gold al Marco	»	383-84	
5 Frankenthaler	»	2	21⅞-22⅛
Preuss. Thaler	»	1	45-¼
Preuss.Cassa-Sch	»	1	45-¼

Das Syndikat der Wechsel-Sensale

№ 253. — Freitag — den 22. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bereinbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 30 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Erbländern 3 fl. 30 kr. = 2 Rthlr. 10 Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und sämmtliche Länder nimmt Herr C. L. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Herr Bureau-Vorsteher Bossange fils, Buchhändlergasse Nr. 60, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/3 Spalte) mit Petitschrift oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 18. Oct. Auch die „Times" hat in jüngster Zeit in den Chorus der übrigen englischen Blätter eingestimmt und der österreichischen Regierung Vorwürfe über die mehrfach vorgekommenen Chikanen gegen englische Reisende in Oesterreich gemacht. Die „Triester Zeitung" sieht sich dadurch zu folgender Entgegnung veranlaßt: „Der „Times" ist es nicht unbekannt, daß, wir wollen nicht sagen unter dem Schutz, aber unter den Augen des Ministeriums Derby, in England noch immer Vereine bestehen, welche die revolutionäre Aufwühlung Italiens sich zum offen ausgesprochenen Zweck machen und mit den flüchtigen Führern des besiegten Aufstandes im innigsten Einverständnisse handeln. Es ist ihr nicht unbekannt, daß zu dem gedachten Zweck in England Gelder gesammelt und Maßregeln berathen und eingeleitet werden, welche — wie in jüngster Zeit vorgekommene Fälle beweisen — in Italien selbst noch immer versteckte oder verblendete Helfersbelfer finden. Freilich wird die „Times" entschuldigend bemerken, daß die englischen Gesetze kein Mittel darbieten, um solchem Unfug zu steuern, und auf das Hausrecht hinweisen, welches die Briten im eigenen Lande zu üben und nicht beschränken zu lassen gewohnt seien; da jedoch, was für den Einen recht, auch für den Andern billig, so darf sie es kaum übel nehmen, wenn Oesterreich nach demselben Grundsatz verfährt und sein Hausrecht in jenem Umfange durchführt, der ihm zur Sicherung seines Hausfriedens nöthig scheint. Freunde werden in der Noth erprobt; von England aber scheint noch heute zu gelten, was Prinz Eugen von Savoyen einst in Bezug auf die englische Allianz an Zinzendorf schrieb: „Von seinen Freunden ist England gewohnt, die strengste Erfüllung aller Verbindlichkeiten zu verlangen, und es glaubt ein Vorrecht zu haben, mit den seinen willkürlich zu handeln. Mit Kaufleuten muß man wenig und kurz sprechen, weil wir ihnen sonst neben der Waare auch noch die Worte bezahlen müssen.""

Die Reformen, welche in den ungarischen Gefängnissen vorgenommen werden sollen, kommen nächstens zur Entscheidung. Der Bau mehrerer Strafhäuser nach den diesfalls in den übrigen Kronländern bestehenden Bestimmungen, ist vor kurzem angeordnet worden. — Die Advocaten in Ungarn sind unter Festsetzung eines Termins aufgefordert worden, sich zu melden, falls sie zur Ausübung der Advocatur nach der neuen Advocatenordnung zugelassen werden wollen. Wie man erfährt, sind von den jüngeren Advocaten mit nur sehr wenigen Ausnahmen die diesfälligen Gesuche bereits eingegangen.

Das k. k. Militär- und Civilgouvernement in Siebenbürgen hat unterm 8. October bekannt gemacht, daß die Wirksamkeit der neuen provisorischen Gerichte in diesem Kronlande am 1. November dieses Jahres beginnen wird. An der Rechtsakademie zu Hermannstadt werden im Laufe des gegenwärtigen Wintersemesters außerordentliche Vorträge über die Civilproceßordnung für das Großfürstenthum Siebenbürgen, deren Einführung bevorsteht, gehalten werden.

Hannover, 17. Oct. Die „Hannoversche Zeitung" bringt eine Berichtigung in Betreff der Verhandlungen, welche über das von dem dänischen Wachtschiffe auf der Elbe gegen vorbeifahrende hannoversche Soldaten eingehaltene Verfahren gepflogen worden. Sie gibt die Sachlage folgendermaßen an: „Aus den Berichten der betreffenden Behörden hat sich ergeben, daß Handlungen in holsteinischer Hoheit vorgekommen, die sich als ungerechtfertigt herausgestellt, und daß auf Grund jener Berichte seitens des Ministeriums den Landdrosteien in Lüneburg und Stade der Auftrag ertheilt worden ist, die innerhalb ihres Verwaltungsbezirks wohnenden, die Elbe befahrenden Schiffer von Contraventionen innerhalb des holsteinischen Flußgebiets mit dem Bemerken abzumahnen, daß die königliche Regierung nicht im Stande sei, die Folgen von solchen Contraventionen zu vertreten."

Stuttgart, 20. Oct. Se. Maj. König Max von Bayern ist mit Gefolge, darunter Se. Excellenz Generallieutenant v. Laroche und Oberst von der Tann, gestern um 2 Uhr Nachmittags hier angekommen.

Karlsruhe, 20. Oct. Vorgestern starb hier der Staatsrath Dr. Jolly, vormals durch eine lange Reihe von Jahren Präsident des großherzoglichen Justizministeriums, aus welcher Stelle er im Jahr 1847 geschieden war.

+ **Darmstadt**, 21. Oct. Die zweite Kammer hat seit der Sitzung, in welcher sie den Antrag des Abgeordneten Müller-Melchiors wegen der Zollvereinsfrage berieth, keine weitere Sitzung gehalten; dazu wird es erst den 25. d. M. kommen. Dagegen hat die erste Kammer seitdem eine Reihe von Sitzungen gehalten, in denen sie hauptsächlich Finanzangelegenheiten, besonders das Budget re. berieth. Dem Beschlusse der zweiten Kammer, welche die Civilliste des verstorbenen Regenten mit 575,000 fl. auch dem jetzigen Großherzog bewilligte, trat die erste Kammer auf den Vorschlag des Präsidiums ohne Discussion durch Acclamation bei. Wegen wechselseitiger Statthaftigkeit des universellen Gerichtsstandes in Concursſachen zwischen dem Großherzogthum und der freien Stadt Frankfurt wurde im Jahr 1817 ein Staatsvertrag abgeschlossen. Von letzterer Seite wurden wesentliche Beschränkungen und Vorbehalte beigefügt, indem von der Zuständigkeit des hessischen Concursgerichts die Fälle ausgenommen bleiben sollen, wenn ein Frankfurter Gläubiger aus den ihm gegebenen Faustpfändern seine Befriedigung außerhalb des Concurses erwirken will, wenn Vorschüsse auf Waaren oder Güter, die ein Frankfurter als Commissionär oder Depositar in Verwahrung hat, von ihm geleistet worden, welche ungeachtet der Verungsbeschlagnahme des Schuldners aus dem Werthe jener Gegenstände unmittelbar ersetzt werden müssen, und wenn es sich von Vindications- und Separationsansprüchen auf in Frankfurt befindliche Sachen handelt. Nun ist verfügt worden, daß nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit die gleichen Ausnahmen auch von den diesseitigen Gerichten in Anwendung zu bringen seien, wenn im Uebrigen das Frankfurter Gericht als Concursgericht zuständig sei.

Braunschweig, 18. Oct. Der amtliche Theil der heutigen Anzeigen bringt Nachstehendes: V. G. G. Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg re. re. Nach vorgängiger Verständigung mit dem Ausschusse der Landesversammlung wollen wir die gegenwärtige Vertagung, vorbehaltlich einer früheren Zusammenberufung des Landtags, falls die Umstände solche erheischen sollten, hiermit bis zum 1. März k. J. verlängern re.

[181] **Meiningen**, 18. Oct. Vorigen Sonnabend ist Se. Hoheit der Herzog von einer mehrtägigen Reise durch einen Theil des Herzogthums, namentlich durch unser sogenanntes Oberland (Thüringerwald), zurückgekehrt. Sein Nachtlager hat er in Zimenau, Saalfeld, Sonneberg und Hildburghausen genommen. Mehrere Stunden verweilte höchstderselbe auch in dem unglücklichen Gräfenthal, wo man dem herannahenden Winter mit dangster Besorgniß entgegensieht. — Die verwittwete Frau Landgräfin Caroline zu Hessen-Philippsthal ist vorige Woche wieder bei uns eingetroffen, und wird den Winter hier in ihrem Palais zubringen. Seit dem 10. d. M. ist durch die dankenswerthe Bemühung von Seite des Vorstandes des hiesigen höchst segensreich wirkenden Handwerkervereins eine Gewerbeausstellung in den Räumen des herzoglichen Theatergebäudes eröffnet. Ausstellungsgegenstände aus den verschiedensten Zweigen gewerblicher Thätigkeit gaben den Beweis für die Tüchtigkeit unseres Handwerkerstandes. Zahlreiche Besuche zollten den Leistungen die verdiente Anerkennung. Vor allem ermunternd aber war es, daß der Herzog gestern vor acht Tagen die Ausstellung besuchte und seine Zufriedenheit durch beifällige

Aeußerungen und bedeutende Einkäufe zu erkennen gab. Auf unsern Bergen brennen heute Abend wieder zu Ehren des Tags weithin leuchtende Freudenfeuer. — So eben, Abends 11 Uhr, geht mir die Nachricht zu, daß mitten unter den Freudenfeuern ein höchst unerfreuliches auflodert. Die Hand der Bosheit hat die Gelegenheit des heutigen Tags benutzt, um ein Gartenhaus in der Nähe der Stadt anzuzünden. Für die Stadt ist zum Glück keine Gefahr zu befürchten.

Ellenburg, 17. Oct. Von Hummelshain, dem herzoglichen Jagdschlosse bei Kahla, vernehmen wir, daß unser Erbprinz Ernst in den letzten Tagen zu Dessau persönlich um die Hand der Prinzessin Agnes, ältesten Tochter des regierenden Herzogs, geworben und eine freundliche Aufnahme gefunden hat. Die förmliche Anwerbung wird wohl bald nachfolgen. Der Erbprinz, bisher in preußischen Kriegsdiensten, wird diese vermuthlich bald verlassen; er ist ein durchaus wohlgesinnter, liebenswürdiger Prinz. (D. A. Z.)

n **Frankfurt**, 21. Oct. Die Vorarbeiten des Baues der Fortsetzung der Frankfurt-Hanau-Aschaffenburger Eisenbahn werden in der Projectirung, den Plänen rc. nächstens beendigt sein und den beiden betreffenden Regierungen vorgelegt werden. Die Erdarbeiten können aber erst beginnen, wenn die Pläne ausgearbeitet sind und das Grundeigenthum erworben ist, was letzteres wahrscheinlich noch im Laufe dieses Jahres geschehen wird. — Heute Vormittag trafen von Hanau auf fünf Wagen die den Ortsgemeinden abgenommenen Waffen der 1848 gebildeten und später aufgelösten Bürgerwehren der Provinz Hanau unter Begleitung kurhessischer Gendarmen hier ein, um auf der Main-Weser-Eisenbahn nach Kassel gebracht zu werden. Außer Gewehren, Lanzen, Schwertern wurden auch Trommeln, Fahnen u. s. w. mit weggeführt. — Die Angabe eines hiesigen Localblattes, die Familie des Herzogs von Augustenburg verweile bereits hier und der Herzog selbst werde dieser Tage von Homburg hier eintreffen, um für diesen Winter hier zu residiren, ist voreilig.

Frankreich.

† **Bordeaux**, 16. Oct. (Aus einem Privatschreiben.) Als Nachtrag zu der denkwürdigen Reise des Prinz-Präsidenten Ludwig Napoleon müssen wir ein Paar Worte über eine Episode dieser Reise hier anfügen, die um so mehr in deutschen Blättern besprochen zu werden verdient, da sie ein deutsches Handlungshaus berührt, zugleich aber den Beweis liefert, wie sehr es dem Prinz-Präsidenten mit dem Frieden und der Förderung der Industrie und des Handels Ernst ist. Nachdem nämlich der Prinz bei seiner Anwesenheit in unserer Stadt mehrere hiesige Porzellan- und Zuckerfabriken mit seinem Besuche beehrt, begab er sich in die großartigen Weinkeller des hamburgischen Consuls Herrn Cruse, Chef eines unserer bedeutendsten Handlungshäuser (Cruse und Hirschfeld). Der Prinz durchwanderte alle Keller dieses großen Hauses und war sehr überrascht, als er erfuhr, dieselben enthielten nicht weniger als 400,000 Bouteillen von Weinen des ersten Gewächses, der vorzüglichsten Jahrgänge und der höchsten Preise, und daß Herr Cruse jetzt über 15,000 Fässer in seinen verschiedenen Kellern habe. Nachdem der Besuch der Keller vorüber war, ruhte der Prinz ein wenig unter einem eleganten Zelte aus, das mit Schenktischen, Lüstres und Candelabern verziert und mitten in einer der großen Böttcherwerkstätten aufgeschlagen war, und versuchte dort die besten Weine aus den Riesenkellern des Herrn Cruse, nämlich den Chateau-Margaux 1831, den Chateau-Lafitte 1841 und 1844, den Latour, den Pichon-Longueville, den Cos-d'Estourell, den Brannes-Mouton, den Leonville, Iquem und alle jene hohen Weine, die den Stolz und den Reichthum unserer Gronde ausmachen. Hierauf unterhielt sich der Prinz längere Zeit über den Weinhandel mit dem Auslande mit Herrn Cruse und schied unter einem lauten Vive l'Empereur! der Arbeiter des Herrn Cruse aus den Gewölben. Wir sehen auch in diesen Besuche, wie sehr sich der Prinz für alles Industrielle und Merkantilische interessirt und erblicken in dieser Neigung zum Frieden eine Garantie für die friedliche Zukunft unseres schönen Frankreichs.

Rußland und Polen.

Warschau, 13. Oct. Eine Zusammenstellung der Choleralisten aus dem ganzen Königreich und zwar vom 24. Mai, an welchem Tage sich die Epidemie zum erstenmal im Sieradzer Kreise gezeigt, bis zum 21. August, ergibt folgendes Resultat: erkrankt sind im Ganzen 26,665 Personen, von welchen 11,468 gestorben und 10,798 genesen sind, 4398 befanden sich am 21. August noch in ärztlicher Behandlung. (Schles. Z.)

Türkei.

† **Konstantinopel**, 4. Oct. Der bisherige Großvezier Ali Pascha ist gestürzt und Mehemed Ali Pascha, bisheriger Kapudan Pascha, an seine Stelle gesetzt worden; Mahmud Pascha, Ercommandant der kaiserlichen Garde, hat den Posten des Marineministers erhalten. Ueber die Motive dieses übrigens nicht gerade unerwarteten Wechsels verlautet vor der Hand nichts Näheres.

Briefe aus Albanien melden, daß dort wegen des Tansimats und der Rekrutirung Unruhen ausgebrochen waren. Der Gouverneur Ismail Pascha stand auf dem Punkt, Monastir an der Spitze seiner Truppen zu verlassen und gegen die Insurgenten zu Feld zu ziehen.

Nachrichten aus Teheran zufolge war der Schach von seiner Wunde bereits hergestellt.

Das „Journal de Constantinople" meldet gerüchtweise, es sei an der persisch-türkischen Grenze die Pest aufgetaucht, will jedoch vorerst die Bestätigung des beunruhigenden Gerüchtes abgewartet wissen und verweist unter Andern auf die jetzt befriedigend geordneten Sanitätsanstalten der Türkei.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 21. Oct. Wir vernehmen zu unserer Freude, daß Ritter Appert, nachdem er die hiesigen Gefängnisse und vornehmsten Hospitäler in Augenschein genommen, sich über die Verwaltung derselben gegen die Directoren mit der größten Anerkennung ausgesprochen hat und zwar für einige Anstalten mit dem Hinzusügen, daß dieselben Muster zu sein verdienten. Herr Appert hat mit dem lebhaftesten Interesse mit allen Gefangenen gesprochen, und diese haben ihm mit Vertrauen und Ehrerbietung erwidert. Nur eins hat er bedauert: nämlich unter den Gefangenen das weibliches Individuum *) zu finden, welches seit 1848 des richterlichen Spruches gewärtig ist.

n **Frankfurt**, 21. Oct. Der Reformverein hatte heute dem Senat noch keine Beschwerdeschrift, bezüglich des vermeintlichen Abtheilungsübergriffes der Buchdruckereigehilfen überreicht, da er erst Nachmittags nochmals diesen Schritt in Berathung ziehen wollte.

* **Wien**, 19. Oct. Der Bundespräsidialgesandte Graf von Thun begibt sich nächster Tage nach Frankfurt. — Was die Mission des großh. badischen Staatsministers v. Rüdt anbelangt, so hat derselbe in Wien zwar keine schriftliche Erklärung übergeben, da er mit dem Herrn Grafen v. Buol nur mündlich conferirte, die von ihm bei dieser Gelegenheit gegebenen Versicherungen waren aber der Art, daß sie unser Cabinet nur befriedigen konnten. Der Charakter, welchen Herr v. Rüdt bekleidet, machte übrigens eine schriftliche Erklärung überflüssig. — Der kurhessische geheime Legationsrath Freiherr v. Mayer ist ebenvorgestern in Wien eingetroffen.

* **Berlin**, 20. Oct. Wie wir hören, wird der frühere diesseitige Gesandte am Stuttgarter Hofe, Hr. v. Sydow, sich nach Stuttgarten begeben, da derselbe mit der Leitung der Regierung in den hohenzollernschen Landen betraut worden ist. Die Vertretung Preußens bei der schweizerischen Eidgenossenschaft wird Hrn. v. Sydow auch in dieser neuen Stellung behalten, da derselbe mit den Beziehungen Preußens zu der Schweiz durch vieljährige Behandlung dieser Angelegenheiten innigst vertraut ist.

* **Berlin**, 20. Oct. Die Abreise Sr. königl. Hoh. des Prinzen von Preußen ist vorläufig auf den 26. d. M. festgesetzt. Der Prinz würde in Köln sich einen Tag aufhalten, um die dortigen Truppen zu inspiciren. Demnach dürften der Prinz und die Prinzessin von Preußen erst Ende dieses Monats zusammen in Koblenz eintreffen. — Der königliche außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königlich bayerischen Hofe, Kammerherr v. Bockelberg, ist aus München hier eingetroffen.

München, 19. Oct. Die Genesung des Herrn Ministerpräsidenten von der Pferden schreitet nun ohne Unterbrechung vorwärts. (N. M. Z.)

* **Rom**, 14. Oct. Se. kais. Hoh. der Herzog von Modena ist heute von Sr. Heil. dem Papst empfangen worden.

* **Athen**, 12. Oct. Die Deputirtenkammer hat den Gesetzvorschlag in Betreff der Beförderungen von Marineoffizieren angenommen.

Frankfurt, 21. October, Abends.

Die heute fällige Pariser Post vom 20. d. M. ist ausgeblieben. Auch die „Indépendance belge" ist der Meinung, daß das Kaiserreich von dem Monat December zu erwarten sei. Dann aber entstehen wichtige Fragen, die heute noch nicht brauchbar reif werden können, weil sie das Einberufungsdecret im „Moniteur" mit Stillschweigen übergangen hat und übergehen mußte. Zunächst die Verfassungsrevisionsfrage, ohne Zweifel die wichtigste von allen: wird man sich darauf beschränken, das gegenwärtige Staatsgrundgesetz zu modificiren, um eb dem neuen Regiment an-

*) Wahrscheinlich die Jobd.]

zupassen, oder wird man vielmehr Frankreich eine ganz neue Verfassung geben? Und wer wird sie im letztern Fall machen? Wird das das Kaiserreich proclamirende Senatusconsultum dem neuen Souverän constituirende Gewalt verleihen, oder wird die neue Verfassung, gleich der vom 15. Januar, das ausschließliche Werk Ludwig Napoleons sein? In letzterem Fall würde der Senat dem Prinzen abermals dictatorische Gewalt übertragen. Die Frage bezüglich des Titels des neuen Kaisers kann fast für entschieden gelten; man wird dem „Napoleon III." den Vorzug geben. Die Frage von der Erblichkeit und der Thronfolge hängt zunächst von der Vermählungsfrage ab. Ob endlich das allgemeine Stimmrecht für die Wahlen zum gesetzgebenden Körper und für die Departemental- und Municipalcorporationen beibehalten werden wird, steht sehr zu bezweifeln. Wahrscheinlich wird die Sanction des Kaiserreichs die letzte That desselben sein. Alle diese Fragen, auch die über die Zukunft der politischen Presse, geben den Blättern einstweilen Stoff zum Hin- und Herreden. Man glaubt in Paris allgemein, daß sich bei der eventuellen Abstimmung über das Kaiserreich Republikaner und Legitimisten ihres Votums enthalten werden. Vor einiger Zeit schon ging das Gerücht, gleichzeitig mit der Proclamation des Kaiserreichs in Paris werde von Froschdorf ein fusionistisches Manifest ausgehen. Indessen gibt es Leute, welche dies noch bezweifeln. Andere Gerüchte lassen noch vor dem 4. November den „Moniteur" die Zurückberufung der nach dem 2. December exilirten Generale, die positive Verminderung der Armee, die Bildung einer kaiserlichen Garde rc. anzeigen. Ueber dem Marseiller Complott liegt noch das alte Dunkel gebreitet.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

XIII.

γ **Köln,** 20. Oct. (Fortsetzung der Zeugenvernehmung.) Als zweiter Zeuge wird (auf seinen Wunsch außer der Reihe) der Obergerichtsrath Meißner, aus Hannover, vernommen. Derselbe hat in seiner früheren Stellung als Stadtrichter am 18. Juni 1851 in der Klage gegen Stechan in Hannover den verschwundenen Zeugen Haupt vernommen, der zu diesem Ende von der Hamburger Behörde nach Hannover geschickt worden war. Um dessen Aussage befragt, verweist Zeuge auf das Protocoll, indem er sich nicht mehr gut erinnere, sagt jedoch, zu mündlicher Mittheilung aufgefordert, aus: Laut der Aussage des Haupt sei dieser zu Ende des August oder September 1850 von Marx in den Bund aufgenommen worden. Dann habe man ihn als Emissär nach Deutschland geschickt. Er habe einen Auftrag von Ecarius an Daniels gehabt. Unter den Personen, mit denen er in Köln verhandelt habe, nannte Haupt, wie sich der Zeuge mit Bestimmtheit zu entsinnen glaubt, die Namen Bürgers und Daniels. — Fr. Nicht auch Röser? — Antw. Ja, auch Röser. — Trotz einer Einsprache des Vertheidigers Esser I., der nichts gegen das Verlesen preußischer, wohl aber hannoverscher Protocolle hat, wird zum Verlesen des Protocolls geschritten. Dasselbe erwähnt neben dem vom Zeugen Ausgesagten, auch des Auftrags von Ecarius an Daniels, bezeichnet aber als Personen, die Haupt angetroffen habe, nur Bürgers und Röser. Von Letzterem empfing er eine Empfehlung an Stechan in Hannover, bei dem er sich nach Dr. Mensching erkundigen sollte, ob dieser auch dem Bunde angehöre. In Hannover habe ihm Stechan gesagt, er habe Mensching nicht aufgenommen. Bürgers habe er in Hamburg als Emissär von Köln gefunden. Letzterer brachte die Statuten mit. Haupt beklagte sich über das Mißtrauen, mit dem man ihn (namentlich auch von Seite Bürgers) betrachtet habe. Nach dieser Verlesung nimmt Zeuge seine Aussage, daß Haupt in Köln auch mit Daniels verkehrt haben wolle, zurück, da nichts davon im Protocoll stehe, dagegen bestätigt er, daß Haupt einen Auftrag von E. an D. gehabt haben wolle, wie überhaupt das Protocoll genau sei. Ueber die kölnischen Verhältnisse habe er nicht streng inquirirt, sondern nur in so fern, als die Aussagen im Proceß Stechan von Wichtigkeit gewesen seien. Die Aussage des Haupt habe aufrichtig geschienen. — Auf die von dem Angeklagten Becker beantragten Fragen: Ob Zeuge glaube, daß Dr. Mensching im Bunde gewesen sei? Ob dessen Blatt eine communistische Tendenz gehabt habe? Ob er Dr. Gehring für einen Communisten halte? lehnt Zeuge die Antwort ab, da er nur Thatsachen zu bezeugen, nicht aber individuelle Urtheile über Personen auszusprechen habe. Nur so viel könne er sagen, daß Dr. Mensching in lebhaftem Verkehr mit Stechan gestanden, und daß Dr. Gehring wegen Majestätsbeleidigung sich vor Gericht befunden habe, aber freigesprochen worden sei. Der Zeuge wird auf seinen Wunsch entlassen.

Dritter Zeuge. Karl Joseph August Hessel, Schuhmachergesell aus Breslau. Aus seiner Aussage erhellt Folgendes: Der Zeuge wurde 1848 in Berlin durch Moll in den Bund aufgenommen; er gehörte demselben an bis zum März 1849, wo er verhaftet wurde. Wegen dieser Angelegenheit später vor Gericht gestellt, wurde er freigesprochen. Er war zugleich Mitglied des Handwerkervereins. Moll lernte ihn durch den Menzelischen Proceß kennen, in den Zeuge gleichfalls verwickelt war. Die Aufnahme in den Bund sei mit keiner besondern Förmlichkeit verbunden gewesen, er habe nur vermittelst Handschlag gelobt, das laut Statut geforderte Stillschweigen nicht zu brechen. Von welchem Datum das fragliche Statut gewesen, weiß er nicht, doch erkennt er ein vorgelegtes als dasselbe an. — Der Präsident bemerkt, daß dieses Statut im ersten Artikel „die eine, untheilbare Republik" verlange; er verliest die verschiedenen Artikel. Bei dem, wonach jedes Mitglied einen Bundesnamen führen solle, fragt er den Zeugen um den seinigen. Dieser weigert sich, ihn zu nennen, da er selbst Angeklagter gewesen sei. Der Procurator sucht ihn zu beruhigen; da ihm der Freispruch sichere, könne er ohne Scheu alles sagen. Den Bundesnamen Weitlings will er indeß gleichfalls nicht nennen. Auf spätere Fragen des Oberprocurators v. Seckendorff gibt Zeuge im Allgemeinen an, daß Namen wie Hecker, Blum und ähnliche im Bunde vorgekommen seien. Berlin habe zwar einen Kreis, aber noch keinen leitenden Kreis gehabt, welcher letztere mehrere Kreise umfasse. Der Berliner Kreis hatte 10 Gemeinden und im Ganzen 100 Mitglieder. In den Versammlungen und Vorstandssitzungen habe man sich mit Nationalökonomie befaßt. Ueberhaupt sei der Zweck des Bundes gewesen, die Intelligenz der Arbeiter zu fördern, damit der Arbeiter in einer Revolution, die man nahe bevorstehend glaubte, seine Rechte zu wahren verstände. Auf die Frage, was Zeuge unter diesen Rechten der Arbeiter verstehe, erklärt er: Aufhebung der Zünfte. — Der Präsident verliest des Zeugen Bericht, der an die Adresse von Bauer in London gehen sollte. Es ist der bereits erwähnte, in welchem man wünscht, die sämmtlichen Beiträge in Berlin empfangen zu dürfen, da man noch viel Geld für Waffen und Munition brauche. — Fr. Was wollte man mit den Waffen; gehörten diese auch mit zu den Mitteln, die Arbeiter aufzuklären? — Antw. Das läßt sich leicht begreifen; im Jahr 1848 hatte man sich mit Pflastersteinen behelfen müssen. Zeuge gesteht, auch eine Kiste mit Handgranaten zugeschickt erhalten zu haben; von wem, weiß er nicht. Eine frühere Vermuthung habe sich später als falsch herausgestellt. Mit Paris habe man in keiner Verbindung gestanden. Von frühern Statuten habe Zeuge erzählen hören, kenne sie aber nicht. Er äußert, nach seiner Freilassung, gedrückt von Noth, sich nach London an Marx und Schapper um Unterstützung gewandt und von denselben 13 Thaler empfangen zu haben. Bundesmitglied sei er aber nicht mehr gewesen. Becker kenne er nur aus seiner Rede, Freiligrath aus seinen Gedichten, Bürgers gar nicht. Die Namen früherer Bündnisse habe er nennen hören, kenne sie jedoch nicht in ihrer Reihefolge. — Vertheidiger Schneider II. läßt den Zeugen fragen, ob er von einer Kölner Centralbehörde gehört? — Hessel erwiedert, Moll habe ihm von einer solchen gesagt, doch seien drei Personen in London geblieben, an welche man die Berichte zu senden habe. Diese Centralbehörde zu Köln habe sich nach Molls Flucht aufgelöst. — Der Präsident äußert Zweifel wegen der Zeit, der Procurator Sandt bemerkt jedoch, es stimme überein, der Moll sei nach dem Barrikadenbau in Köln im September 1848 geflüchtet. — Der Angeklagte Bürgers läßt den Zeugen fragen, ob Moll das Statut von der alten oder neuen Centralbehörde überbracht habe? — Zeuge erklärt, er wisse nur, daß es von London gekommen sei, nicht aber von wem. (Die Sitzung wird geschlossen.)

Börsenberichte.

rz **Frankfurt,** 21 Oct. Die Stimmung war auch heute nicht besonders günstig, namentlich stellten sich österreichische und spanische Fonds etwas niedriger; 5pCt. Metall. waren 81 5/8 pCt. G., 4 1/2 pCt. Metall. 72 5/8 à 3/4, 5pCt. Lomb.-Venet. 88 1/8 pCt. G., Wiener Bankactien 1389 fl. G., 500 fl. Loose 192 pCt. G., 250 fl. Loose 119 Br. Von spanischen Papieren schlossen 1pCt. 25 11/16 pCt. G.; 3pCt. Inländische 46 pCt. G. Von Eisenbahnactien war Fr.-W.-Nordbahn 44 5/8 pCt. G., Berbach 95 1/8 pCt. G., Cöln-Minden 112 1/4 pCt. G., Taunus 302 fl. Süddeutsche Anlehensloose fester; Hessische 40 Thlr. Loose und 500 fl. polnische Loose besonders gesucht. Von fremden Obligationen waren 5pCt. sardinische zu niedrigern Preisen zu erhalten. — Abends in der Effectensocietät wurden 1pCt. Spanische zu 25 5/8 à 11/16 pCt. verhandelt.

Berlin, 20. Oct. Staatssch. 94 1/4 Brf., 93 3/4 G. — **Köln-Minden** 111 1/2 G. — Fr.-W.-Nordbahn 41 3/4 à 5/8 bez.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 21. Oct. 5pCt. Metall. 94 3/8. — L. B. 109 1/4. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94 1/16. — 4 1/2 pC Metall. 84 3/8. — Bankactien 1345. — 250 fl. Loose 136 1/2. — London 11 fl. 31 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 102 3/4. — K.-F.-Nordbahn 215. — Liv.-Florenz 100 1/4. — Siena-Empoli 71 1/2. — Paris 137. — London in Triest —. (Synd.)

Paris, 20. Oct. 4 1/2 pCt. Rente 106, 35. — 3pCt. do. 81, 60. — Piemont 98, 50. — 3pCt. Span. 46 3/8. — 1pCt. do. 25 3/4. (Synd)

Madrid, 15. Oct. 3pCt. 47 3/4. — 1pCt. Neue 26 11/16. (Synd)

Antwerpen, 20. Oct. 5pCt. Belg. 101. — 2 1/2 pCt. do. 55 1/2. — 3pCt. Span. 46 9/16. — 1pCt do. 25 7/16. (Synd.)

London, 20. Oct. 3pCt. Stocks 100 1/2. — 3pCt. Span. 51 1/8. — 1pCt. do. 25 3/4. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. V. Kr[illegible]delt.

[2325] Bei **C. F. Winter**, akademische Verlagshandlung in Heidelberg, ist im Laufe dieses Jahres erschienen, zu beziehen und vorräthig in der **Johann Christ. Herrmann'schen** Buchhandlung in Frankfurt a. M., Zeil 15 neu, dem römischen Kaiser gegenüber:

Annalen der Chemie und Pharmacie. Herausgegeben von Friedrich Wöhler, Justus Liebig u. Hermann Kopp. Neue Folge. Band V—VIII. Jahrgang 1852. 12 Hefte gr. 8. Thlr. 7. oder fl. 12. 36 kr.

Archiv der politischen Oekonomie und Polizeiwissenschaft, herausgegeben von Dr. K. H. Rau, Geh. Rath und Professor in Heidelberg, und Dr. G. Hanssen, Professor in Göttingen. Neue Folge. Zehnter Band. 3 Hefte. gr. 8. geh. Thlr. 2. 15 Sgr. od. fl. 4. 30 kr.

Dittenberger, Dr. Th. W., **Abschiedspredigt,** gehalten am achten Sonntage nach Trinitatis, den 1. August 1852, in der Kirche zum heil. Geist in Heidelberg. 8. 3 Sgr. od. 5 kr.

Erp, Dr. F., Schilderungen aus Holländisch-Ostindien. gr. 8. geh. Thlr. 2. 24 Sgr. oder fl. 4. 48 kr.

Illenau, der Großherzoglich Badische Heil- und Pflegeanstalt. Statut, Hausordnung, Krankenwärterdienst, Bemerkungen und Nachrichten als Auskunft für Behörden und Angehörige der Kranken. Mit einem Situationsplan. Zweite mit einem Anhange versehene Ausgabe. 8. geh. 22 Sgr. od. fl. 1. 12 kr.

Rau, Dr. K. H., Geh. Rath und Professor in Heidelberg, **über die Krisis des Zollvereins** im Sommer 1852. gr. 8. geh. 10 Sgr. od. 30 kr.

Stolz, Carl, Lehrer der Mathematik zu Baden, **Elemente der Geometrie in Lehrsätzen und Aufgaben** zum Gebrauche an Gewerbschulen, sowie zur Selbstbelehrung für Gewerbetreibende. Erster Theil. Die ebene Geometrie enthaltend. Mit 147 in den Text gedruckten Holzschnitten. gr. 8. geh. 12 Sgr. oder 42 kr.

Zeitschrift für rationelle Medicin. Herausgegeben von Dr. J. Henle, Professor in Göttingen, und Dr. C. Pfeufer, Obermedicinalrath und Professor in München. Neue Folge. III. Band. 3 Hefte. Mit Tafeln. 8. geh. Thlr. 2. 15 Sgr. oder fl. 4. 30 kr.

Anfangs November d. J. erscheint in derselben Verlagshandlung:

Ludwig, C., Professor in Zürich, ***Lehrbuch der Physiologie.*** (2 Bände mit zahlreichen Abbildungen.)

[2355] In allen Buchhandlungen ist zu haben, in **Frankfurt a. M.** in der **Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung:**

Homöop. Studien und Erfahrungen
im Bereiche der Pferdekunde.

Eine Sammlung von **Beobachtungen** über das **Wesen** des **Pferdes,** die günstigen und ungünstigen **Resultate** der **Züchtung, Erziehung, Pflege, Training und Rennen,** so wie auch über das Wesen der **Erbsehler,** die **Mechanik** des **Ganges** und

Belehrung über Geburtshülfe und Jugendkrankheiten, wie überhaupt über die Krankheiten des Pferdes

und deren homöopathische Behandlung ꝛc.

Von **Th. Trager,**
Oberrossarzt am Königl. Preuß. Landgestüt Trakehnen.
gr. 8. geh. 1851. — Preis fl. 1. 12 kr.

Die Central-Zeitung für die ges. Veterinär-Medicin von Krueger, 1852, Nr. 8, sagt über vorstehendes Buch u. A. Folgendes:

Treger zieht sich auf hier als ein Freund, Verehrer und Ausüber der Homöopathie, wendet die homöopathische Heilmethode in einem preußischen Hauptgestüt an Pferden und Füllen von sehr hohem Werthe mit solchem Erfolge an, daß seine Vorgesetzten zufrieden sind. Denn — wo es sich um Geld und Pferde handelt, da gestattet man nicht vertrauensvoll die Annennung der Homöopathie, wenn sie sich als nachtheilig gestaltet, wenn sie größere Verluste herbeigeführt hätte. — Solchen Thatsachen gegenüber verstummt die Kritik; wer sie nicht begreifen, sucht erklären können, der kann sie doch wahrlich nicht wegleugnen, — er muß sie glauben: denn Unglaube solchen Thatsachen gegenüber kann nur der Ausfluß von Verblendung oder Eigensinn sein. —

Zum Schlusse wird noch gesagt:

Hiermit hat der Verfasser die zum Schlusse seiner Arbeit begleitet und muß gestehen, daß ihn die frische, lebendige, originelle und überzeugungstreue Darstellung sehr angezogen hat, und daß er demnach diese Schrift Aerzten, Thierärzten und allen Pferdebesitzern wirklich als eine jedenfalls interessante empfehlen kann.

Verlag von **F. A. Eupel** in Soodershausen.

Schweizerische Nordbahn-Gesellschaft.

Die Herren Actionäre der schweizerischen Nordbahn-Gesellschaft werden hiermit eingeladen, sich

Donnerstag den 25. November d. J.

zu einer ordentlichen Generalversammlung in Zürich einzufinden und die in §. 29 a. b. und c. der Statuten festgesetzten Geschäfte vorzunehmen. Die Verhandlungen beginnen Morgens um 10 Uhr **im alten Schützenhause.** Jeder Actionär, der daran Theil zu nehmen wünscht, muß sich an einem der vorhergehenden 3 Tage (22., 23. und 24. November) auf dem Bureau der Direction in die hierfür bereit liegenden Listen einschreiben lassen und zwar unter Vorweisung der **Interimsactien,** die ihm angehören, sowie derjenigen, die er zugleich zu vertreten beauftragt wäre. Statt der letztern kann auch ein von einem der Herren Bankiers der Gesellschaft ausgefertigtes Anseh eingereicht werden, durch welches die Besitzer der nach Nummern zu bezeichnenden Interimsactien, sowie die Namen der stellvertretenden Actionäre angegeben werden.

Zürich, 22. September 1852.

Für die Direction der schweizer. Nordbahngesellschaft:
M. Escher-Heß, Präsident;
R. Bögeli
Wiser } Mitglieder der Direction. [2382]

Hochgräflich Karl zu Eltz'sche Anleihe
von fl. 270,000 im fl. 24 Fuße, d. d. Erkville, 28. Septbr. 1844, betreffend.

Vermöge der uns zugegang. ren Weisung werden die am 7. August 1850 verlosten durch uns negocirten Gräflich Karl zu Eltz'schen Partial-Obligationen

Litr. A. Nr. 204 zu fl. 1000.
Litr. B. „ 255 zu fl. 500.
pro 1. November 1853 rückzahlbar,

in Folge des obligationsmäßigen früheren Heimzahlungsrechtes auf den 1. Januar 1853 zur Rückzahlung hiermit gekündigt, von welchem Termine an eine weitere Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.
Feist Emden & Sohn.
[2385]

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2336]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6¼ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6¾ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**

☞ **Schnellschiff** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M., in Köln im Anschluß an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7½ Uhr die Düsseldorf, Elberfeld.

Von **Mainz-Castel** Mittags 12 Uhr, von **Biebrich** Mittags 12½ Uhr nach **Köln, Arnheim.**

☞ **Schnellschiff** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M., in Köln im Anschluß an die Nachtzüge nach **Paris-London,** sowie nach **Berlin-Hamburg.**

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm,** Gütheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli,** Zeil Nr. 67

Hôtel garni, 27, *rue Montbar à Paris,* in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch zu einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Gitterien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2173]

Das Neueste in Kleidern
liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris,** sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickten Gilets, Amazonen, Reberröcke Damen, und Livreen ꝛc. [2172]

Druck von August Osterrieth.

[2391] **Aechte**
Harlemer Blumenzwiebeln.

Das Lager ächter Haarlemer Blumenzwiebeln von **E. H. Krelage & Sohn,** Blumisten aus Haarlem, im steinernen Hause auf dem Markte Nr. 44 neu im zweiten Stock in Frankfurt a. M., ist noch bestens versehen in allen Sorten zu den billigsten Preisen. Preis-Verzeichnisse gratis

[2282] **An- und Verkauf**
von Obligationen, Loosen ꝛc. bei
Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[1690] **An- und Verkauf**
von Wechseln bei **H. Wechhold,** Zeil Nr. 5 neu.

Unser Comptoir befindet sich von nun an Zeil Nr. 41, der Post gegenüber.
J. J. Weller Söhne.
[2365]

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung

Freitag **(Beilage zu Nr. 253.)** 22. October 1852.

Deutschland.

—* **Frankfurt**, 22. Oct. Die durch verschiedene Blätter gegangene Nachricht, die österreichische Regierung habe einige Schiffe der deutschen Nordseeflottille angekauft, entbehrt, wenigstens bis jetzt, der Begründung. Ebenso ist es unrichtig, wenn von einer in den letzten Tagen abgehaltenen Sitzung der Bundesversammlung gesprochen wird; es hat lediglich eine vertrauliche Besprechung der hier anwesenden Bundestagsgesandten stattgefunden, wobei bekanntlich kein Protocoll aufgenommen wird. — Der Director der Bundeskanzlei Freiherr v. Brenner-Felsach ist von seiner Reise nach Wien zurückgekehrt. Auch der k. k. Legationssecretär Ritter v. Reyer ist wieder hier eingetroffen, doch nur um nach kurzem Aufenthalte zur Legation nach Kopenhagen abzugehen. Der Rückkehr des Bundespräsidialgesandten, Grafen v. Thun-Hohenstein, wird erst gegen Ende künftiger Woche entgegengesehen.

»* **Wien**, 19. Oct. Der bisher an unserm Hofe beglaubigte Gesandte der vereinigten Staaten von Nordamerika, Herr Mac Curdy, wird demnächst von hier abreisen und durch den Dr. Foot ersetzt werden. — Der Ortsbehörde von Pordenone ist auf ihr Ansuchen die Municipalwürde verliehen worden. Der Gemeinderath dieser Stadt benutzte nämlich die Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers, um allerhöchstdenselben persönlich das diesfällige Gesuch vorzutragen, worauf Se. Majestät zu erwiedern: „Ich habe das betreffende Decret bereits unterzeichnet.“ — Aus Agram und Oberkärnthen lauten die neuesten Nachrichten zwar etwas befriedigender, da nach denselben der Regen nachgelassen hat und das Wasser im Sinken begriffen ist, dessenungeachtet ist man aber noch nicht von aller Besorgniß befreit. Ueber das angerichtete Unglück lauten höchst betrübende Berichte ein und man bedürchtet in vielen Gegenden Croatiens eine Hungersnoth, indem der Kukuruz, das einzige Nahrungsmittel des Landvolkes, noch größtentheils auf dem Felde und höchst wahrscheinlich derelts verdorben ist.

△ **Berlin**, 20. Oct. Die bevorstehenden Wahlen bilten gegenwärtig in denjenigen hiesigen Kreisen, in welchen noch ein reges Interesse für die öffentlichen Angelegenheiten obwaltet, den Hauptgegenstand der Besprechung. Von dem Vorstand des conservativconstitutionellen Wahl- und Hilfsvereins für Berlin ist nun heute eine Ansprache an die sämmtlichen Mitglieder des hiesigen Centralvereins in den verschiedenen Bezirken der Hauptstadt ergangen, worin hervorgehoben wird, „daß die nahe bevorstehenden Wahlen zur zweiten Kammer ein festes Zusammenhalten der conservativen Partei in allen ihren Richtungen jetzt nicht minder nöthig machen, als es bei den frühern Wahlen gleicher Art der Fall gewesen ist.“ Auf heute Abend ist außerdem eine Generalversammlung der Mitglieder des Centralvereins aus sämmtlichen Stadtbezirken zusammenberufen, auf deren Ergebniß man um so mehr gespannt ist, als dieselben Meinungsverschiedenheiten, welche sich in dem Vorstande bereits kundgegeben haben, auch in den einzelnen Wahlbezirken der Hauptstadt vorhanden sind, so daß der Vorstand als ein getreues Spiegelbild jener Wahlbezirke betrachtet werden kann. Das Hauptlosungswort bei den diesmaligen Wahlen wird auf der einen Seite sein: Aufrechthaltung der beschworenen Verfassung und volle Selbstständigkeit Preußens nach Außen. Wir müssen indessen bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Bestrebungen, welche auf eine sofortige Beseitigung der Verfassung hinzielen, nicht mit den conservativen Richtungen und Parteien in Verbindung gebracht werden dürfen, da diese Bestrebungen meist von sehr untergeordneten Gestern ausgehen, welche in der Meinung sind, sich bei dem einen oder andern Staatslenker dadurch lieb Kind machen zu können. In wiefern die Meinung dieser Leute entschieden eine Täuschung genannt werden muß, können wir natürlich nicht mit Bestimmtheit angeben, indem die volle Aufklärung darüber Sache der ministeriellen Blätter ist. Was das Auftreten des hiesigen Wahl- und Hilfsvereins anbelangt, so ist jedenfalls nicht in Abrede zu stellen, daß dasselbe wenigstens Leben und Rührigkeit in den Stadtbezirken hervorgerufen hat, welche sich bisher um die Wahlen gar nicht zu bekümmern schienen.

Stuttgart, 20. Oct. Nachdem gestern der König von Bayern hier angelangt war, kam heute auch der König und die Königin von Hannover aus Kirchheim hier an. Man vermuthet hier, die Zusammenkunft der drei Könige werde den Zollvereinsangelegenheiten nicht fremd sein. Der König von Bayern wird wenigen die Reise in die Pfalz über Darmstadt fortsetzen, der König und die Königin von Hannover aber noch einmal nach Kirchheim zurückkehren und erst übermorgen die Rückreise nach Hannover antreten.

Freiburg, 19. Oct. Der an die Stelle Feuerbachs nun berufene Prof. Bergk aus Marburg ist vor einigen Tagen hier eingetroffen. Was die vielbesprochene Berufung des Prof. Strohmeier in Kiel anbelangt, so wäre derselbe zwar geneigt, unter gewissen Bedingungen an die hiesige Universität zu kommen. Da aber die Facultät keine Schritte gethan, und die Regierung, wenn sie dem berührten Ehrutzen je ein Anerbieten gemacht haben sollte, sich mit demselben in Bezug auf Besoldungszulage schwerlich wird verständigen können, so wird die Berufung unterbleiben.

△ **Hanau**, 21. Oct. Die heute vorgenommene Wahl des hiesigen Oberbürgermeisters fiel mit einer Majorität von 34 Stimmen auf den Obergerichtsrath Hänersdorf, welcher, nachdem er in Folge der Ereignisse des Jahres 1850 seinen Abschied genommen, jetzt in Marburg lebt. Auf Obergerichtsanwalt Kuhl fielen 8, auf Amtsassessor Reul 4 und auf Obergerichtsrath Schneider 3 Stimmen. — Die Spielpacht von Wilhelmsbad, welche mit diesem Monat abläuft, ist von dem bisherigen Pächter auf andere, die auch Franzosen sind, übergegangen, nachdem sich die ersteren lange Zeit Hoffnung auf die Fortpfegung des Verhältnisses gemacht hatten. — In dem nahen Dorf Dörnigheim ist unter dem Rindvieh die Lungenseuche ausgebrochen. Das Landrathsamt dahier hat bereits die deßhalb nöthigen Anordnungen gegen die Weiterverbreitung getroffen.

§ Aus **Thüringen**, 21. Oct. Der bekannte Pädagog Middendorf, welcher nach Fröbels Tode die Bildungsanstalt in Marienthal bei Liebenstein leitete, geht in diesen Tagen nach Keilhau (im Rudolstädtischen) zurück, um die Leitung an der dortigen gleichen Bildungsanstalt zu übernehmen. Inzwischen ist sowohl jetzt in Meiningen, als in der gothaischen Stadt Waltershausen ein neuer Kindergarten errichtet worden, und zwar an letzterm Orte von der Gattin des Dichters Storch in Gotha, welche längere Zeit und bis zu dem preußischen Verbote der Kindergärten einer solchen Anstalt in Nordhausen vorgestanden. — General Lamoriere ist dieser Tage unsere Eisenbahn passirt. Dem Vernehmen nach will derselbe einige Zeit in der preußischen Hauptstadt zubringen.

»* **Gotha**, 18. Oct. Der so eben hier bei Justus Perthes erschienene neunzigste Jahrgang des „Gothaischen genealogischen Hofkalenders nebst diplomatisch-statistischem Jahrbuche auf das Jahr 1853.“ steht in jeder Beziehung den frühern Veröffentlichungen dieses dem Staatsmann und Diplomaten, wie dem Gelehrten, dem Schriftsteller, Geschäftsmann und Zeitungsleser gleich unentbehrlich gewordenen Nachweisungs- und Hilfsbuches gleich. Der in seinem innern Gehalte ganz besonders reich ausgestattete Jahrgang 1853 ist geschmückt mit den sehr ähnlichen, trefflich in Stahl ausgeführten Bildnissen Nicolaus I., Kaisers von Rußland, des Königs Georg und der Königin Maria von Hannover, des Herzogs Georg und der Herzogin Maria von Sachsen-Altenburg, wie des Erzherzogs Albrecht von Oesterreich. Die beigegebene Chronik erstreckt sich vom Juli 1851 bis zum Juni 1852 einschließlich. — In nicht minderem Grade empfehlungswerth ist auch der von demselben Buchhändler veröffentlichte 26. Jahrgang des „Genealogischen Taschenbuchs der gräflichen Häuser“, und der dritte Jahrgang des „Genealogischen Taschenbuchs der freiherrlichen Häuser“, beide auf das Jahr 1853, beide durch wesentliche Ergänzungen und Hinzufügungen sehr vervollständigt. Ersteres zeigt das schöngestochene, sprechendähnliche Bildniß des Grafen Franz von Wimpffen, letzteres das des Freiherrn Joseph Jellachich de Buzim.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 20. Oct. Der Regierungsrath von Bern hat Verfügungen erlassen, um den häufig vorkommenden Schrift-

ven künftigen Unterhandlungsplätzen ein den wirklichen oft vielfach übersteigender Werth beigelegt wird. — Staatsrath Fazy aus Genf und die Nationalräthe Barman und v. Matt-alten aus Wallis sind in Eisenbahnangelegenheiten nach Bern gekommen. — Zur Leitung der Anordnungen für die Repräsentanten der Bundesstadt im künftigen März haben Regierungsrath und Stadtrath von Bern eine gemeinschaftliche Commission, bestehend aus den Regierungsräthen Blösch und Stoeß, dem Gemeindepräsidenten v. Erlinger, Alt-Staatsschreiber Hünerwadel, v. Tavel und Dr. Stantz bestellt. — In Freiburg ist der Polizei eine gefundene Briefstasche zugestellt worden, aus deren Inhalt hervorging, daß die Eigenthümerin, eine Tessinerin, sich erlaubte, für fremde Kriegsdienste zu werben. — Oberbaurath v. Gaab in Stuttgart hat die Einladung erhalten und angenommen, an den Berathungen für die Eisenbahn im Kanton Thurgau Theil zu nehmen.

Bern, 29. Oct. Die Königin Amalia ist heute mit dem Prinzen von Joinville in Bern angekommen, wird morgen Vormittag dem katholischen Gottesdienst beiwohnen und Nachmittags ihre Rückreise nach England fortsetzen.

Frankreich.

Paris, 20. Oct. Die durch den „Moniteur" bekannt gewordene Freigebung Abdel-Kader's hat jedermann um so mehr überrascht, als noch kurz zuvor in unterrichteten Kreisen behauptet worden war, Ludwig Napoleon habe sich durch Gründe der Staatsraison bestimmen lassen, die Gefangenschaft des Ex-Emirs noch fortdauern zu lassen. Die öffentliche Meinung scheint indessen derartige Gründe nicht zu kennen, denn sie hat den Act des Prinz-Präsidenten entschieden günstig aufgenommen und ist namentlich des Lobes voll über die Art und Weise, wie Ludwig Napoleon zu Werke ging. Sein Besuch bei Abdel-Kader hat überrascht durch das Geheimniß, welches der Prinz bis zum letzten Augenblick über demselben walten ließ, und über die an den Gefangenen gerichtete Ansprache herrscht nur eine Stimme der Anerkennung. Sogar Ludwig Napoleons bittere Gegner gestehen, daß ein solcher Act nicht edelsinniger hätte vollzogen werden können. Es kann nunmehr kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß die Reise des Großceremonienmeisters Grafen Bacciochi nach der Türkei mit einer Uebereinkunft mit dem Sultan hinsichtlich Abdel-Kaders nichts zu thun hat; denn diese Angelegenheit mußte wohl schon vorher erledigt sein. — In Marseille hat der Prinz-Präsident ein Decret unterzeichnet, welches den Octroi auf Speck und gepreßtes Schweinefleisch in Paris um die Hälfte herabsetzt. Dieses Decret, am Morgen des Samstags, an welchem der Prinz in die Hauptstadt wieder einzog, in Paris öffentlich angeschlagen, that seine Wirkung bei den arbeitenden Klassen, denn beträgt auch die Ersparniß auf das Pfund nur einen Sou, so ist das für die Unbemittelten immer etwas. Wichtiger aber ist, daß man diese Maßregel für die Beschützerin einer allgemeinen Herabsetzung, wenn nicht vollständiger Aufhebung der Octrois hält. Ludwig Napoleons Ansichten in diesem Punkt sind bekannt; auch hier werden ihn die Gründe der Staatsraison nicht auf die Dauer bestimmen können, denn hebt das Kaiserreich das allgemeine Stimmrecht wieder auf, so ist nichts geeigneter, den Betroffenen einen Ersatz zu bieten und den Prinzen die bisherige Volksthümlichkeit zu sichern, als die Abschaffung der Octrois.

Belgien.

Brüssel, 19. Oct. Gestern Nachmittag hatte Herr de Brouckere abermals eine lange Conferenz mit seinen Collegen, welche er sich zur Bildung eines Cabinets zugestellt hatte, und nach reiflicher Ueberlegung stimmten alle mit der Ansicht überein, daß Herr de Brouckere Se. Majestät zu bitten habe, das ihm übertragene Mandat wieder zurück zu nehmen. In einer Conferenz, welche dieser Staatsmann darauf mit dem König hatte, enthob ihn Se. Majestät des Auftrags, ein Ministerium zu bilden (wird von der „Indep. belge" bestätigt). Der 26. October, welcher zur Vereinigung der Kammern bestimmt ist, rückt heran, und noch ist nichts geschehen. Wie von einer gewöhnlich gut unterrichteten Person versichert wird, so wäre Herr de Theux schon in den Palast berufen, oder wenigstens auf dem Punkte, es zu werden. Es unterliegt übrigens keinem Zweifel, daß Herr de Theux diese Aufgabe nicht anders übernimmt, als mit der Ermächtigung zur Auflösung der Kammern, und wie man behauptet, wäre Se. Majestät geneigt, ihm dieselbe zu bewilligen. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 19. Oct. Das Leichenbegängniß des Herzogs von Wellington wird Dienstag den 16. November stattfinden. In Whitehall wird der Verstorbene auf dem Paradebett ausgestellt; beide Häuser des Parlaments lassen sich bei der Trauerceremonie weise militärische sein, jedoch soll die Zahl der den Zug bildenden Truppen 1000 Mann nicht übersteigen. Der Cortege bewegt sich von Apsley-House aus über Piccadilly die Straße St. James hinab nach Whitehall. Vertreter aller im Inland und den Colonien stehenden Regimenter sollen der Feierlichkeit beiwohnen und dem zahlreichen Generalstab werden die erwarteten Repräsentanten ausländischer Armeen aus Oesterreich, Preußen, Rußland, Spanien und Portugal doppelten Glanz verleihen. Kein Wagen außer dem der Königin wird in der Procession zu sehen sein. — Am Samstag hat der neue Lord Raglan als Mitglied des Conseils seinen Eid in die Hände der Königin geleistet und der neue amerikanische Gesandte, Herr Ingersoll, seine Creditive überreicht. — Den durch den Tod des Herzogs v. Wellington erledigten Hosenbandorden hat Ihre Majestät dem Marquis v. Londonderry verliehen. — Der britische Gesandte am französischen Hof, Lord Howden, ist gestern über Paris nach Madrid wieder abgereist.

Aegypten.

Aus Alexandrien vom 7. Oct. berichtet das „Journal des Debats": „Am 29. v. M. war dort Graf Bacciochi, Oberceremonienmeister des Präsidenten der französischen Republik, mit einer außerordentlichen Sendung beim Vicekönig von Aegypten beauftragt, angekommen. Er begab sich sofort nach Kairo, wo er am 30. ankam. Am 3. October hatte er eine erste Audienz beim Vicekönig. Der Graf Bacciochi richtete in dieser Audienz ungefähr folgende Worte an den Vicekönig: „Se. kaiserl. Hoh. der Prinz-Präsident der Republik hat erfahren, daß Ew. Hoheit ihm Pferde schicken wollen, und sofort Befehl gegeben, Ew. Hoheit Gegenstände darzubieten, die keinen andern Werth haben, als Producte der französischen Industrie zu sein. Se. Hoh. der Prinz-Präsident wird seinen Freunden, sowie auch seinen Feinden immer entgegengehen. Frankreich hat nie aufgehört, Aegyptens Freund zu sein, und der Prinz-Präsident wünscht, daß diese guten Beziehungen fortdauern. Ich bin glücklich, daß er mich gewählt hat, um Ew. Hoheit ein Pfand seiner Gefühle zu überbringen." Den folgenden Tag hatte Bacciochi eine Privataudienz bei Abbas Pascha. Was darin vorgegangen ist, wird geheim gehalten; zum wenigsten hatte man in Alexandrien nichts darüber erfahren. Am 6. kam Bacciochi, der einen Ausflug nach den Pyramiden von Gizeh gemacht hatte, nach Alexandrien zurück und ging am 7. an Bord des „Magellan" nach Athen und Konstantinopel ab. Das Erscheinen eines außerordentlichen Abgesandten Frankreichs in Aegypten und die von ihm überbrachten Worte hatten dort große Sensation und eine gute Wirkung hervorgebracht."

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in Köln.

XIV.

Köln, 21. Oct. (Sitzung am 20. Oct.) Vernehmung des vierten Zeugen, Ph. Al. C. Bever, Maler aus Bertia. Derselbe wurde mit dem Schuhmachergesellen Hesner (ohne Hähzel) im März 1849 verhaftet, nachdem er 3 bis 4 Wochen früher von Bm in den Bund aufgenommen worden war. Er suchte sich in ähnlicher Weise, wie dieser, über die Tendenz des Bundes aus, war aber nur Mitglied einer Gemeinde, nicht des Kreises, und will außer der Gemeinde niemand kennen, noch wissen, was vorgefallen sei. Selbst den Versammlungen der Gemeinde habe er fast nie beigewohnt, da er zu sehr beschäftigt gewesen. Die Statuten hat er selbst lithographirt. Von dem Briefwechsel des Hähzel kenne er nichts, sagt er, obgleich er bei demselben gewohnt, da er immer außerhalb beschäftigt und überhaupt nicht neugierig sei. Von der Bewaffnung und der Kiste mit Handgranaten weiß er etwas. Er selbst war von Jugend an stets mit Waffen versehen. — Auf die Frage, was man mit den Waffen gewollt, erklärt er, die Erfahrung habe gelehrt, daß man bei einer Revolution oft zur eigenen Sicherheit Waffen nöthig habe. — Oberprocurator v. Steinbrecher. Sie behaupten, daß der Bund erst nach einer begonnenen Revolution die Rechte der Arbeiter vertreten wollte; beabsichtigte man denn, diese mit den Waffen in der Hand zu verfechten? — Anw. Unter Umständen, ja; nöthigenfalls gegen die Revolutionäre selbst. — Beteagt, was man für die Arbeiter wolle, erklärt der Zeuge: das Recht der Association und freie Zünfte, die man damals schon ins Leben rufen wollte.

Es sollte hierauf Joh. Friedr. Martens, Holzhändler in Hamburg, als Zeuge vernommen werden, derselbe ist aber nicht erschienen, und konnte auch wie mehrere andere Auswärtige, nicht dazu genöthigt werden, zu erscheinen. Gegen Verlesung der seine Aussagen enthaltenden Protocolle, die zum Theil im Gefängniß zu Hamburg abgefaßt wurden, erklärt sich der Vertheidiger Schneider II., da ausländische Protocolle nicht in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form aufgenommen würden. Er bringt aber nicht durch und die

Verlesung erfolgt. Martens sagt darin aus: Röser kam von Köln, um Mittheilung zu machen, daß die Centralbehörde nach dieser Stadt verlegt sei. Ob er Bundespapiere mitgebracht habe, wisse er nicht. Nothjung erschien eines Tages mit Haupt, und gerieth mit ihm (Martens) und seinen Freunden in Wortstreit, da sie gegen die communistische Richtung des Bundes opponirten. Nothjung forderte den Zeugen auf, auszutreten. Dieser gab ihm Geld, um ihn los zu werden. Mit Haupt habe man sich um so weniger eingelassen, da man ihn in Hamburg seiner Anmaßung wegen nicht leiden konnte. Für Dr. Becker verkaufte der Zeuge Druckschriften, die nicht verboten waren. Nie hat er gehört, daß Becker Bundesmitglied sei. Er erhielt von demselben einen Brief mit der Aufforderung, Bürgers, wenn er nach Hamburg komme, zu warnen, nicht nach Berlin zu gehen. Ein Vierteljahr vor jener Vernehmung, im August 1851, sei Bürgers dagewesen. Zeuge sah ihn auf kurze Zeit dann noch einmal im Biereonvent. Er hatte Manifeste und Ansprachen bei sich, die der Zeuge zu lesen weder Zeit noch Lust hatte. In einer spätern Vernehmung, die auf Anlaß des Instructionsrichters in Köln am 25. August 1852 mit Martens vorgenommen wurde, erklärte er, weder Lassner noch Erhard zu kennen.

Der vorgeladene Kaufmann Karl Heinr. Helfer in Leipzig ist unter ähnlichen Verhältnissen ebenfalls nicht erschienen. Laut verlesenem Protocoll übergab er ein an ihn convertirtes Briefpacket, dessen innere Adresse an Martius in Leipzig lautete, der dortigen Polizei. Dies Packet enthielt die mehrerwähnte Ansprache vom Juni 1850. Deponent erklärt, mit Ausnahme von zwei Buchhändlern niemand in Köln zu kennen.

Fünfter Zeuge, Jos. Mathieux, Friedensrichter in Solingen. Derselbe erhielt 1850 den Auftrag, bei dem in seinem Bezirke wohnenden Scheerenschleifer Klein Haussuchung zu halten. Klein, der wegen der Elberfelder Unruhen geflüchtet war, durfte später zurückkehren. Er stand im Verdacht, die Ansprache vom Juni 1850 aus London überbracht zu haben. Die Haussuchung hatte kein Resultat; jedoch gab Klein zu Protocoll, daß er Röser eine Mittheilung von London überbracht habe. Zeuge, näher befragt, fügt hinzu, es sei nach dessen Aussage kein Packet, sondern ein Brief, Familienangelegenheiten betreffend, gewesen. Klein verschwand nach dieser Vernehmung und soll jetzt in Amerika sich befinden.

Sechster Zeuge, Karl Ludw. Th. Wermuth, Polizeidirector in Hannover, wurde zu Ende 1849 auf die Nachrichten von Hamburg über Weitlings Umtriebe mit der politischen Untersuchung beauftragt, und wirkte gemeinschaftlich mit Stieber und Schultze. Er gibt Aufschlüsse über verschiedene Personen, unter Andern über Bruhn aus Holstein, der im Mai 1849 in Hannover, nebst dem Kaufmann Konrad Schramm aus Crefeld, verhaftet wurde. Bei Ersterm fand man eine Empfehlung von Marx. Er war schon vor den Ereignissen des Jahrs 1848 in contumaciam zum Tode verurtheilt, wirkte und reiste gemeinschaftlich mit Schramm. Beide waren überall in politische Umtriebe verwickelt. Der Zeuge gibt auch Auskunft über Personen, von denen man bei Nothjung Adressen fand. Von Dr. Mensching glaubt er, daß derselbe dem Communismus sehr nahe gestanden habe; über Andere spricht er sich wie Polizeirath Stieber aus, noch Andere kennt er nicht. Bei Dr. Mensching habe man ein Exemplar der Ansprache gefunden, welches dieser von Dr. Becker erhalten haben wollte. Bei Stechan fand man schon in früheren Untersuchungen Adressen von Oswald Dietz und Röser; Letzterer hatte zwei Adressen aufgegeben, an welche man Briefe couvertiren solle. Die Verhaftungen in Paris gaben der Untersuchung nähern Halt. — Polizeirath Stieber, aufgefordert, tritt vor und gibt folgende näher Aufschlüsse: Stechan entfloh, als man ihm seine eigenen Briefe vorhielt, die er an Oswald Dietz in London geschrieben hatte. Als er nach London kam, drückte er Dietz darüber seine Verwunderung aus. Dieser wollte es nicht glauben, sah nach, und vermißte erst jetzt jene Briefe. Er behauptete, sie seien ihm gestohlen worden; das sei aber nicht wahr. Ein Communist bot sie dem Agenten Stieber zum Kauf an. Von einem Communisten kann man Alles für Geld erhalten. In diesen Briefen hieß es, daß der Courier Geld und Briefe überbringen solle. — Polizeidirector Wermuth: Ich wußte anfangs nicht, was es mit diesem Courier zu bedeuten habe, und glaubte, es sei der Name eines Schiffes, bis ich endlich entdeckte, daß Stechan durch den königlichen Courier Feige mit Osw. Dietz in Correspondenz stand, und daß der Bote der hannoverschen Gesandtschaft, Köhler, die Briefe in London bestellte. Feige wurde bei seiner Rückkehr in Köln verhaftet. Man fand jedoch außer einer Quittung von Osw. Dietz über Flüchtlingsgelder keine Papiere, da man schon durch die Verhaftung Stechans vorsichtig geworden war. Es werden solche Quittungen und Briefe von Stechan verlesen. In einem der letztern vertheidigt er sich gegen den ihm von Köln aus wegen Nichtverbreitung des rothen Katechismus gemachten Vorwurf: mit Schimpfen werde nichts genützt. In einem Briefe an Dietz heißt es, Marx und Engels organisirten aufs neue in Deutschland und schienen in Köln namentlich bei Bürgers Fuß zu fassen. Der Zeuge Wermuth fährt fort: Ein Polizeibeamter, den er nach London gesandt, ermittelte dort, daß ein ungarischer Schneider, Ziali, mit Papieren nach Hamburg gesandt werde. Er habe jedoch Auftrag, aus Vorsicht das wichtigste Papier nicht selbst mit ans Land zu nehmen, sondern dem Heizer des Schiffes zu übergeben, bei dem es der Adressat Hanies im Paradieshofe, in Hamburg, selbst in Empfang nehmen könne. Dieses Papier wurde dann auch in Folge einer telegraphischen Depesche von Seite der hannoverschen Regierung von der Hamburger Behörde aufgefangen; es sei insofern wichtig, als es beweise, daß dem Communistenbund alle Mittel zum Zweck recht seien, selbst der Mord. So habe sich auch Willich gegen einen Agenten geäußert, er begreife nicht, daß man Haupt nicht bei Seite geschafft habe. — Zeuge Stieber, vorgerufen, erklärt: Ueber letzteres Actenstück könne er keine Auskunft geben; es sei von der hannoverschen Polizei besorgt worden, jedoch wisse er von seinem Agenten, den beide Parteien gewinnen wollten, daß diese beide auf den Proceß damals sehr aufmerksam gewesen seien. Die Wuth gegen Haupt war sehr groß, so daß man ihn aus der Welt schaffen wollte. Als Haupt verschwand, und der Zeuge Stieber wegen einer Falschmünzerbande Nachforschungen anstellte, empfing er zugleich Auftrag, über dieses Verschwinden Auskunft zu suchen. Er vernahm von einem Vertrauten, daß Haupt nach Brasilien gereist sei, weil er sich in Europa nicht mehr sicher erachtete. Es wird nun das fragliche Schreiben verlesen; es ist aus London vom September 1851. Darin heißt es, unter einem gewissen Lahard oder Lachard sei eine Bundespolizei errichtet. Auf der schwarzen Liste stehe u. A. auch Haupt. „Bluten müssen diese Hunde unter unsern Dolchen. Das Abmurksen muß auch in Deutschland eingeführt werden; man hat nur zu lange damit gewartet.“ Das Schreiben ist unterzeichnet mit dem Bundesnamen Geyer. In einem andern Schreiben desselben Verfassers vom 21. Sept 1851 heißt es: „Görgey-Haupt wird auf Schritt und Tritt von der Bundespolizei verfolgt. Der kleine Mann mit schwarzem Barte, der Dir eine Karte bringt, welche auf einer Seite meinen Bundes-, auf der andern meinen wirklichen Namen trägt, hat mein Vertrauen.“ — Der Zeuge läßt sich über die Verbindungen in Paris und über die in Brüssel aus. Laut Berichten aus letzterer Stadt sind sie dort nicht bedeutend. Den Brüsseler Communisten ist nebenbei der Kassirer, Maler Steinel aus Mülheim am Rhein, mit der Kasse durchgegangen. Bei Pastor Dulon in Bremen fand man Briefe aus Brüssel, gemeinschaftlich unterzeichnet von Giot, Lehmann und Buschmann. — Der Gerichtschreiber verliest das Protocoll der Brüsseler Centralbehörde, wonach dieselbe aufgehoben und Marx zur Bildung einer neuen in Paris discretionäre Gewalt ertheilt wird. — Ueber die Arbeitercongresse sagt der Zeuge: jener im Juni 1848 in Berlin habe keine bestimmte Tendenz gehabt, dagegen habe der am 3. September 1848 eine allgemeine Arbeiterversammlung zwischen den nord- und süddeutschen Arbeitervereinen beschlossen. Das Hineinziehen des Cigarrenarbeitervereins sei jedoch nicht gelungen. Die Vorsteher der verschiedenen Vereine seien bekannte Communisten gewesen, so Hack, Stechan, Vogt von Bremen, Bremer von Breslau, Meyer aus Mecklenburg-Schwerin, Gangloff u. A., alle flüchtig oder in Untersuchung. Zum Beweis der Gefährlichkeit des Communistenbundes führt Zeuge an: Die Stadt Hannover hatte bei 40,000 Seelen zwar nur eine Communistengemeinde, folglich etwa nur 10 Communisten; diese aber leiteten den Arbeiterverein von 370 Personen, und dem folgten als Schweif 6500 fremde Taglöhner und Gesellen. Befragt über die Verbindung der dortigen Communisten mit Köln, erwähnt Zeuge nochmals des Manifests, welches Mensching von Becker erhalten habe. Dann habe Dr. Mensching die Vereinsversammlung im August 1851 mit den Worten beruhigt, Dr. Becker sei zwar verhaftet, er werde sich aber eher auf die Folter legen lassen, als etwas aussagen. (Schluß der Sitzung.)

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

⊙ **Bern**, 20. Oct. Die Abgeordneten der schweizerischen Centralbahn haben mit den Delegirten Berns einen Concessionsvertrag abgeschlossen, der nur noch der Genehmigung der beiden Räthe und der Bundesbehörden bedarf. Die Arbeiten sollen binnen 12 Monaten nach der allseitig erfolgten Ratification beginnen und in 4 Jahren beendet sein. Als Minimum sind zweimalige tägliche Fahrten zwischen Basel und Bern angenommen. Die Strecke soll in $4\frac{1}{2}$ Stunden zurückgelegt werden.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 21. Oct. $4\frac{1}{2}$pCt. Rente 106, 65. — 3pCt. do. 81, 40. — Piemont 98, 60. — 3pCt. Span. $46\frac{1}{4}$. — 1pCt. do. $25\frac{1}{4}$. (Synd.)

Madrid, 16. Oct. 3pCt. $47\frac{7}{8}$. — 1pCt. Neue $26\frac{11}{16}$. (Synd.)

Antwerpen, 21. Oct. 5pCt. Belg. 101. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $55\frac{1}{2}$. — 3pCt. Span. $46\frac{9}{16}$. — 1pCt. do. $25\frac{3}{16}$. (Synd.)

London, 21. Oct. 3pCt. Stocks $100\frac{3}{8}$. — 3pCt. Span. $51\frac{1}{4}$. — 1pCt. do. $25\frac{3}{4}$. (Synd.)

Amsterdam, 21. Oct. 4 Uhr. $2\frac{1}{2}$pCt. Integr. $63\frac{1}{2}$. — 3pCt. Schuld —. — 4pCt. $95\frac{1}{8}$. — 1pCt. Spanische $25\frac{3}{8}$. — 3pCt. —. — do. inländ. à 6000 fl. $46\frac{1}{4}$. — 4pCt. Portug. —. — 4pCt. Russ. bei Hope $91\frac{1}{4}$. — do. bei Stieglitz $91\frac{1}{16}$. — 5pCt. Metall. $77\frac{5}{8}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $40\frac{7}{16}$. — 5pCt Silber-Metall. $90\frac{1}{2}$. (Synd.)

Frankfurt, 22. Oct. Bei der heute stattgehabten 18. Ziehung 6. Klasse der 122. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 21368 1000 fl., Nr. 5332 100 fl. nebst 3000 fl. Prämie, Nr. 6629 (Niete) 2000 fl. Prämie, Nr. 11217 100 fl. nebst 1000 fl. Prämie, Nr. 3881 (Niete) 500 fl. Prämie, Nr. 10235 (Niete) 300 fl. Prämie.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. V. Kutscheit.

[2381] **Benachrichtigung.**

Nachstehende 493 Certificate der 5pCt. Russischen Obligationen der 3ten Serie bei **Hope & Co.**, à 500 Silber-Rubel jede, sind am 13. October 1852 gezogen worden und per 1/13. December 1852 in St. Petersburg rückzahlbar, als:

43	1725	3120	5457	7823	9601	11597	13445	15207
183	1740	3136	5607	7824	9635	11602	13473	15235
185	1744	3172	5655	7860	9645	11632	13532	15266
280	1793	3177	5784	7912	9657	11782	13536	15274
342	1803	3292	5840	7931	9658	11784	13586	15285
409	1806	3487	5907	7937	9732	11891	13630	15293
422	1813	3554	5930	7940	9757	11939	13826	15313
451	1874	3565	5968	8048	9792	11940	13870	15345
496	1898	3598	6015	8089	9795	11987	13886	15353
500	1987	3734	6023	8252	9808	12025	13904	15513
527	2009	3801	6053	8417	9820	12052	13986	15540
539	2031	3837	6061	8432	9895	12102	14054	15558
567	2078	3900	6136	8444	10016	12144	14076	15564
620	2127	3925	6146	8460	10110	12155	14114	15590
675	2140	3926	6277	8529	10174	12218	14135	15629
752	2141	3942	6278	8612	10211	12229	14166	15663
754	2204	4016	6339	8615	10213	12259	14202	15670
793	2241	4022	6363	8681	10286	12336	14260	15705
835	2261	4298	6402	8704	10322	12337	14267	15777
869	2302	4532	6460	8700	10362	12358	14294	15797
907	2306	4669	6487	8710	10385	12377	14310	15814
938	2393	4720	6560	8748	10403	12385	14334	15836
943	2422	4828	6575	8759	10422	12428	14366	15991
958	2451	4842	6612	8825	10436	12505	14402	15994
1025	2452	4861	6615	8856	10547	12522	14516	16047
1033	2569	5080	6630	8956	10575	12551	14578	16081
1098	2589	5139	6696	8977	10583	12560	14637	16267
1140	2655	5186	6753	8999	10871	12675	14646	16310
1182	2704	5247	6761	9041	10936	12683	14650	16339
1202	2720	5260	6930	9104	10973	12687	14702	16438
1236	2731	5266	7117	9109	11074	12971	14719	16469
1349	2757	5273	7230	9149	11084	12985	14720	16508
1384	2769	5296	7277	9164	11116	13043	14771	16546
1391	2825	5316	7326	9182	11287	13133	14886	16552
1433	2851	5362	7372	9227	11415	13134	14971	16574
1497	2852	5372	7474	9239	11435	13176	15018	16578
1528	2865	5382	7523	9295	11441	13201	15075	16604
1581	2906	5398	7538	9318	11443	13277	15086	16635
1597	2926	5404	7579	9463	11458	13352	15113	16669
1614	2990	5413	7691	9483	11585	13388	15142	16753
1630	3028	5425	7707	9568	11593	13422	15176	16896

16902	17795	18735	19621	20242	21165	21649	22570
16908	17796	18787	19626	20254	21205	21809	22572
16954	17930	18821	19642	20432	21247	21926	22587
16965	17965	18871	19645	20457	21302	21971	22591
16986	18129	18906	19670	20539	21305	22015	22635
17066	18174	18993	19754	20569	21333	22135	22675
17077	18230	19117	19775	20579	21334	22146	22722
17085	18235	19169	19776	20583	21336	22178	22724
17180	18312	19266	19792	20608	21411	22190	22763
17221	18344	19286	19820	20633	21421	22218	22938
17238	18384	19360	19823	20649	21520	22239	22988
17454	18443	19410	19855	20761	21553	22271	23051
17455	18469	19414	19875	21088	21566	22373	
17473	18516	19510	19878	21103	21578	22428	
17650	18542	19534	19927	21124	21582	22478	
17685	18680	19549	20171	21149	21633	22556	

Die Zahlung erfolgt seiner Zeit unter denselben Verhältnissen, wie bei den früheren Verloosungen, und werden die Inhaber dieser verloosten Certificate aufgefordert, dieselben mit allen noch nicht verfallenen Zinscoupons (ausgenommen desjenigen pr. 1/13. December d. J., welcher auf die gewöhnliche Weise bezahlt werden wird), so wie mit dem Beweise zur Erhebung neuer Coupons versehen, bis spätestens den 30. November, bei dem obengedachten Administrationsbureau in Amsterdam, oder falls die Zahlung hier in Frankfurt verlangt wird, bis spätestens den 25. November d. J. bei den Unterzeichneten einzureichen.

Diejenigen Inhaber ausgeloosten Certificate, welche die zeitige Einlieferung derselben in Amsterdam oder hier versäumen sollten, werden es sich selbst zuzuschreiben haben, daß ihnen das Capital erst bei der zunächst folgenden sechsmonatlichen Zinsenzahlung wird ausbezahlt werden können, und zwar mit Verlust des Zinsengenusses, der mit dem bevorstehenden 1/13. December d. J. auf die gezogenen Nummern gänzlich aufhört.

Es bleibt übrigens jedem Inhaber von verloosten Certificaten vorbehalten, von den im Art. 10 des Berichts über die Errichtung der Administration enthaltenen Bestimmungen Gebrauch zu machen.

Frankfurt a. M., den 18. October 1852.

Grunelius & Co.

Anzeige.

Die von den Unterzeichneten gestempelten Coupons à R° 30. — B. A. per 1./13. Juli 1852 von Hope'schen Certificaten über 6% Russ. Inscriptionen werden à fl. 16. 7 kr. im fl. 24 Fuß per Stück bei denselben eingelöst.

Frankfurt a. M., den 21. October 1852.

[2395] **Grunelius & Comp.**

Cours der Staats-Papiere. 22 October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.i.S.b.Roths)	94¼ P.	Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28½ P. ¼ G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	94⅜ G.	Württemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅞ P. ⅝ G.
»	5% L. V. (C.b.Roths)	88⅝, ½ bez. u. G.	»	3½% ditto	90½ P.
»	5% do.Monte C.iS.i.M	84⅜ P.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34¾ P. ⅓ G.
»	Bank-Actien . . .	1387 P. 83 G.	»	Frdr.-Wilhs-Nordb.	45 P. 44¾ bez. u. G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81⅜ P. ⅛ G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	101⅞ P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	81⅜ P.	»	4% ditto b.Rothsch.	97¾ bez.
»	4½% ditto	72¾ P. ⅝ bez. u. G.	»	3½% ditto b Rothsch.	92½ P.
»	4% ditto	65 P.	»	fl. 50 Loose . . .	90½ P. 90 G.
»	3% ditto	48⅓ bez.	»	fl. 25 Loose . . .	31⅓ P. ⅛ G.
»	2½% ditto	41¾ G.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95⅞ P. ⅓ G.
»	1% ditto	16⅜ P.	»	3½% » v. 1846	95 P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	119 P.	»	3% » . . .	85¼ P.
»	fl. 500 » ditto	194 P.	»	Taunusbahnact. .	304 P. 302 G.
»	4½% Oblig. b.Bethm.	81¼ P.	Russland	4½% Obl. b. Baring	103 P.
»	4% ditto	71 G.	»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	91 G.
Preussen .	3½% Staatsschulds.	94½ P.	»	4% » b.Stieglitz »	90⅞ G.
»	4½% Oblig. b. Roths.	104 P.	Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91⅝ P. ¼ G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	113 P. 112¾ G.	Spanien	3% Inl. Sch. P fl. 2.30	46¼ bez. 3/16 G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101½ P. ¼ G.	»	1% Neue » »	25⅝, 9/16, ½, 9/16 bez.
»	4½% ditto	100¾ P. ½ bez.	Holland .	4% Certificate . .	95 G.
»	4% ditto	96¾ G.	»	3½% Syndicats .	94⅓ G.
»	4% Ablös.-Rente .	96⅝ P. ⅜ G.	»	2½% Integrale .	63¼ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93 P.	Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 12 b. R.	100 P. 99⅞ G.
»	Ludwigsb.-Bexbach.	95¼ P. 95 G.	»	4½% Obl. in F. à 28 kr.	98⅛ P. 98 G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102⅝ G.	»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	91 G.
Baden . .	5% Obligationen . .	101¾ G.	»	2½% Obl. b. Rothsch.	55⅞ G.
»	4½% Obligationen	102¾ G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97½ P. ¼ bez. u. G.
»	3½% v. 1842 . . .	90⅝ P. ⅜ G.	»	5% Obl. b. Hambro	95⅛ P. 94¾, ⅞ bez u. G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66⅜ P. 65⅞ G.	»	Sardinische Loose .	40½ G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38⅛ P. ⅛ G.	Toscana	5% Obl. 1850 (C.b.Golds.)	100½ G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 G.	»	5% » 1851. b. Bastogi (do.)	97⅜ G.
»	4% ditto	99⅞ P.	N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	116⅛ P. 116 G.
»	3½% ditto	91¼ P.		Vereins fl. 10 Loose . .	9 P. 8⅞ G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 22. October		Per comptant.
Amsterdam . (100 fl. Crt.)	k.S.	100⅛ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Augsburg . . (100 fl. Crt.)	k.S.	120⅛ B. 119⅞ G.
	3M.	— —
Berlin . . . . (60 Thlr.) .	k.S.	105⅛ B. 105 G.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. i. Ldor.	k.S.	97⅞ B. ⅝ G.
	3M.	— —
Hamburg . . (100 Mk. Bc.)	k.S.	89⅛ B. 89 G.
	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105⅛ B. 104⅞ G.
London . . . (10 Livr. St.)	k.S.	119⅜ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Lyon . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94⅜ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	101⅛ B. 100⅞ G.
	3M.	— —
Paris . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94⅜ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Wien (100 fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	103 B. 102⅞ bez. u. G.
Disconto		3 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9	45½-46½
Pr. Friedrichsd'or	»	9	55-56
Holl. 10 fl. Stücke	»	9	54½-55½
Rand-Ducaten .	»	5	37½-38½
20 Francsstücke	»	9	29-30
Engl. Sovereigns	»	11	54
Gold al Marco	»		383-84
5 Frankenthaler	»	2	21⅞-22⅞
Preuss. Thaler	»	1	45-¼
Preuss. Cassa-Sch.	»	1	45-¼

Druck von August Osterrieth.

№ 254. Samstag den 23. October 1852.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 19. Oct. Wie verlautet, wird gemäß einer Vorlage des Finanzministeriums durch die Reorganisirung der Justiz- und politischen Länderbehörden eine Ersparniß von circa sieben Millionen Gulden jährlich im Staatshaushalte bewerkstelligt werden. — Das Finanzministerium hat so eben eine nicht unwichtige Entscheidung in der Verfügung getroffen, daß die Staatseisenbahnen der Gewerb- und Einkommensteuer nicht unterliegen; ihre Beamten sind jedoch der Einkommensteuer unterworfen.

Die „Triester Zeitung" enthält einen interessanten Bericht über den Besuch, den Se. Maj. der Kaiser trotz Sturm und Regengüssen am 13. October seiner Flotte auf der Rhede von Fiume abstattete. Dieselbe, bestehend aus einer Fregatte, 3 Corvetten, 2 Briggs, 2 Schoonern, 4 Dampfschiffen, worunter eine Dampffregatte, lag in zwei Linien auf der Rhede vor Anker. Nachdem Se. Majestät sich in einem Boote an Bord der Fregatte Novara begeben, ließ er daselbst die verschiedenartigsten Manöver vornehmen, nach deren Beendung er sich an Bord jedes der übrigen Schiffe verfügte, um es zu besichtigen. Nachmittags begab sich Se. Majestät, obwohl der wehende Nordoststurm bedeutend zugenommen hatte, auf der Dampffregatte St. Lucian nach den Hafenmündungen von Buccari und Portore, um beide Punkte in Augenschein zu nehmen. Auf der Rhede zurückgekehrt, verließ Se. Majestät das Schiff erst, nachdem noch Manöver mit demselben vorgenommen worden waren.

Wir theilten bereits mit, daß die Concession zur Erbauung der Zittau-Reichenberger Eisenbahn einer sächsischen Gesellschaft ertheilt worden sei. Die österreichische Regierung garantirt der Gesellschaft einen 3pCt.-Ertrag für die böhmische Route und begibt sich zugleich des Rechts, irgend ein dieser Bahn durch allzunahe Concurrenz gefährliches Eisenbahnstraat zwischen Böhmen und dem benachbarten Sachsen oder Preußen zu concessioniren oder zu bauen. Dagegen hat die Gesellschaft den Güterstransport von Görlitz nach Böhmen unter für den inländischen Verkehr günstigeren Transportverhältnissen, als bisher der Fall war, zu übernehmen. Nach 50 Jahren soll die Bahn unentgeltlich dem österreichischen Staat anheimfallen, doch behält sich derselbe auch das Ablösungsrecht gegen Kündigung während dieser Zeit vor. Auch soll in der Concessionsurkunde eine Fortsetzung dieser Bahn gegen Süden zu in Aussicht gestellt sein.

P **Berlin**, 19. Oct. Die wahrscheinlichen Folgen, welche ein Bruch im Zollverein in Betreff des Verkehrs und Handels herbeiführen muß, hat auch die Besorgnisse der Zuckerfabrikanten erregt, zumal die Bedingungen des Septembervertrags und die in Aussicht genommene Erhöhung der Rübenzuckersteuer auf 6 Sgr. pro Centner Rüben diese Industrie bedrohen. Zu ihrer Beruhigung ist daher in diesen Tagen eine kleine Schrift erschienen, welche den Titel führt: „Die Rübenzuckerfabrikation, ihr volkswirthschaftlicher Nutzen und ihre Besteuerung." Sie tritt hauptsächlich gegen die plötzliche Erhöhung der Steuer von dem jetzigen Zollsatz auf den von 6 Sgr. pro Centner auf und sucht zu beweisen, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine solche Maßregel der Industrie leicht den Todesstoß bringen könnte. Denn da die handelspolitischen Verhandlungen einen solchen Gang genommen hätten, daß der Zerfall Deutschlands in einen nord- und süddeutschen Handelsbund unvermeidlich scheine, so würden dadurch auch die alten Absatzwege und Verbindungen abgebrochen werden, und neue aufzufinden und anzuknüpfen Zeit und Opfer fordern, welche die Industrie zu beschaffen nicht im Stande sein möchte, wenn man sie einer rücksichtslosen, finanziellen Behandlung unterwerfe. Und in der That möchte zu erwägen sein, daß eine Zehntstrafe, die man unter vielen Opfern großgezogen, so ungerechtfertigt diese auch immer sein mögen, im volkswirthschaftlichen Interesse nicht Maßregeln unterworfen sein darf, welche deren Lebens- und Entwickelungsfähigkeit beeinträchtigen. Ein Ruin der Rübenzuckerfabrikation würde nicht nur unmittelbar große Capitalien vernichten, sondern auch einen sehr merkbaren Stillstand in allen mit ihr in Verbindung stehenden Gewerben hervorbringen. Wie fühlbar dies sein würde, wird leicht ersichtlich werden, wenn man bedenkt, daß jetzt im Zollverein circa 18,000,000 Ctr. Rüben durch 190 Fabriken verarbeitet werden, daß dabei 80,000 bis 85,000 Männer, Frauen und Kinder im Frühling und Sommer, 90,000 bis 120,000 Männer, Frauen und Halberwachsene im Herbst und Winter Beschäftigung finden, umgerechnet alle diejenigen, welche bei der Gewinnung von Brennmaterial, dem Transport der Rüben und Kohlen betheiligt sind. An reinen Arbeitslöhnen für Gewinnung der Rüben wird wohl für 1,150,000 Thlr., für die Verarbeitung 2,700,000 Thlr. ausgegeben. Endlich beträgt die jährliche Verwendung für Bauten, Reparaturen und Fabrikutensilien mindestens auch 2 Mill. Thaler. Unter solchen Umständen kann nur gewünscht werden, daß den Gründen, welche in der genannten Schrift vorgebracht sind, eine nach allen Seiten hin sorgsame Erwägung zu Theil werde. Denn auch für den Fall, daß der Zollverein erhalten wird, haben die Rübenzuckerfabrikanten in Baden, Württemberg, Braunschweig und Anhalt denselben Rücksichtag zu beharren, welcher den preußischen bevorsteht, wenn eine unmotivirte Steuererhöhung dieser Industrie die Kräfte raubt, Verheerungen im Betrieb einzurichten und dadurch die Concurrenz mit dem indischen Zucker zu bestehen. — Wie die „Voss. Zeitung" heute meldet, beabsichtigt man in Königsberg Immanuel Kant ein Denkmal zu setzen. Die Statue soll ihren Standpunkt auf dem „Philosophendomm" erhalten, wo jetzt die großartigen Bauanlagen für die Ostbahn erstehen. Es wird demnach dieser Platz die Denksteine zweier Monumente der neuern Geschichte enthalten, welche mehr als alles Andere eine Revolution in dem geistigen und materiellen Leben der Völker bewirkt haben.

* **Berlin**, 20. Oct. Auch der posensche Provinziallandtag ist vor einigen Tagen geschlossen worden. Denselben lag unter andern auch eine Petition eines Abgeordneten eines Landkreises und einer kleinen Stadt vor, welche auf Abschaffung der Kammern und Aufhebung unserer Verfassung gerichtet war. Die Versammlung hat dieses Promemoria dem Landtagsmarschall zur beliebigen Weiterbeförderung überlassen und dieser es dem Landtagscommissarius, Oberpräsidenten v. Puttkammer, übergeben. Die Schlußfeierlichkeiten dieses Landtags haben, wie die „Pos. Ztg." klagt, „zu einer Demonstration seitens des Erzbischofs gedient, indem derselbe dem Oberpräsidenten die Ehre seines Erscheinens versagt, und es auch nicht nöthig gefunden hat, Letzteren zu der von ihm veranstalteten Festlichkeit einzuladen, obwohl mehrere hohe Civil- und Militärbeamte zugegen waren." Wie man sich erzählt, ist der Grund dieser absichtlichen Verfahrene eine alte Differenz, die seit einiger Zeit zwischen dem Oberpräsidenten und dem Erzbischof schwebt.

Mit Bezug auf wiederholte Anträge mehrerer Provinziallandtage haben in jüngster Zeit im Ministerium Berathungen über die Restitution einer ständischen Mitwirkung bei Einsetzung der Landräthe stattgefunden. Noch ist es nicht ausgemacht, ob die Kreisstände ihr früheres Wahl- und Präsentationsrecht wieder erhalten werden. Die vom westfälischen und vom rheinischen Landtage beschlossenen Eingaben um Beseitigung der Jesuitenfrage betreffenden Ministerialerlasse scheinen in den Entschließungen der Regierung keinerlei Aenderung hervorzurufen. Uebrigens stehen die Landtagsabschiede schwerlich noch für das laufende Jahr zu erwarten.

Die hier erschienene Schrift von B. A. Huber: „Bruch mit der Revolution und Ritterschaft", macht Aufsehen, weil der Verfasser, bisher ein Anhänger der Partei unserer äußersten Rechten, sich offen von ihr losjagt und ihr nachweist, daß ihr Bemühen auf eine Schwächung der königlichen Autorität durch die Versuche zur

Herstellung einer ständischen Monarchie gerichtet ist. Der Verfasser ist ein entschiedener Gegner der parlamentarischen Regierungsform in Preußen, und entwickelt in seinen Ansichten über den Beruf der „socialen Ritterschaft“, worunter er alles das begreift, was in irgend einem Sinne zur Aristokratie der Geburt, des Besitzes, des Amtes oder des Geistes gehört, Vorschläge für die Lösung der socialen Frage, welche die sorgsamste Beachtung verdienen.

* **Stuttgart**, 21. Oct. JJ. MM. der König von Bayern, der König und die Königin von Hannover haben unsere Stadt wieder verlassen, gestern Abend der König und die Königin von Hannover, welche wieder nach Kirchheim abreisten, heute der König von Bayern.

* **Darmstadt**, 22. Oct. Der Präsident der zweiten Kammer hat über den Mißbrauch derselben mitgetheilt, die Arbeiten der ersten Kammer in Beziehung auf den Hauptvoranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben und das Finanzgesetz für die Jahre 1851 bis 1853 seien nunmehr so weit vorgerückt, daß die zweite Kammer in der nächsten Woche dasjenige wohl erledigen könne, was erforderlich sei, um die erste Kammer zur Fassung ihrer endlichen Entschließungen über den Hauptvoranschlag und das Finanzgesetz in den Stand zu setzen. Zugleich ersucht er die Abgeordneten, sich bis zum 27. d. M. zur Sitzung einzufinden. Tagesordnung ist, Berathung über den Entwurf des Finanzgesetzes für 1851 bis 1853. Auf nächsten Montag, den 25., ist der Finanzausschuß zur Berathung zusammengerufen. Im Publikum wünscht man lebhaft ein baldiges Abkommen zwischen den beiden Kammern in Bezug auf das Budget, da davon der Schluß des „langen Parlaments“ abhängt.

Kiel, 18. Oct. Dem Vernehmen nach hat nunmehr endlich die dänische Regierung sich doch entschlossen, die Auszahlung derjenigen „Unterstützungen“ durch das Finanzministerium anweisen zu lassen, welche seiner Zeit auf Antrag der obersten Civilbehörde des Herzogthums Holstein durch Vereinbarung zwischen dem landesherrlichen und den Commissären Oesterreichs und Preußens den entlassenen schleswig-holsteinischen Offizieren zugetheilt, und deren Auszahlung an dieselben aus einem eigens zu solchem Behufe aus den Mitteln des Herzogthums Holstein zu errichtenden Landesfonds von dem Könige von Dänemark, Herzog von Schleswig und Holstein ausdrücklich genehmigt worden. Die invaliden Offiziere haben sich bekanntlich in dieser Angelegenheit mit einer Beschwerde an den Bund so wie an die einzelnen deutschen Regierungen gewandt, von welchen letzteren bereits mehrfach die nachdrücklichste Unterstützung der Sache zugesagt worden ist. Bestätigt sich das oben mitgetheilte Gerücht, so würde dadurch in der erwünschtesten Weise diese Beschwerde hinfällig. Es heißt, Graf Reventlow-Criminil, der jetzige Minister für Holstein und Lauenburg und s. Z. landesherrlicher Commissär für Holstein, habe den König, indem er auf die königliche Unterzeichnung des betreffenden Actenstücks hingewiesen, zu dem bestimmten Befehl an das Finanzministerium veranlaßt, die gedachten „Unterstützungen“ endlich anweisen und auszahlen zu lassen. (H. N.)

w **Frankfurt**, 22. Oct. Noch wurde von der Reformpartei kein Beschluß über einen dem Senat zu überreichenden Protest in Betreff der bei den Wahlen vorgefallenen Unregelmäßigkeiten gefaßt. Da es sich herausgestellt hat, daß nur ein Buchdruckergehilfen in der ersten Abtheilung als Künstler stimmten, dürfte wohl bei der Geringfügigkeit des Gegenstandes von einem Protest Umgang genommen werden. — Es ist aufgefallen, daß sich gegen die mehrfach ausgesprochene Weisung ihrer Führer ein großer Theil der Demokratie auf Seite der Gothaer bei der Abstimmung betheiligte. Wie kommt das?

Wie sehr die Armuth in unserer Stadt seit 60 Jahren zugenommen hat, dürfte sich aus der Thatsache ergeben, daß im Jahr 1792 nur 753 Arme, in den letzten Jahren aber beinahe 7000 Arme durch die öffentlichen Armenanstalten unterstützt wurden. Während die Unterstützung im Jahr 1792 die Summe von 20,795 fl. und 24,533 Laib Brod in 3 Theilungen betrug, reicht gegenwärtig die Unterstützungssumme von circa 400,000 fl. und circa 120,000 Laib Brod nicht aus, und ist für die Wohlthätigkeit der vielen Privatstiftungen und einzelnen Privatleute noch ein großer Wirkungskreis gelassen. Wohl schwerlich dürfte eine andere Stadt in Deutschland mit so vielen mit reichen Mitteln begabten Wohlthätigkeitsanstalten ausgestattet sein, als Frankfurt. Das Vermögen der acht Almosenkasten beträgt circa 1,900,000 fl. mit einer jährlichen Einnahme von circa 104,000 fl. Die acht Hospitäler besitzen gegen 2,000,000 fl. mit circa 148,000 fl. Jahreseinnahme. Das Vermögen der vier Waisenanstalten ist circa 690,000 fl. mit circa 33,000 fl. Jahreseinnahme. Die sieben Versorgungsanstalten haben ein Vermögen von circa 1,610,000 fl. mit circa 76,000 fl. Jahreseinnahme. Das Gesammtvermögen der hiesigen öffentlichen Unterstützungsanstalten beträgt mithin circa 6,190,000 fl. mit einer jährlichen Einnahme von 361,000 fl. Aus der Staatskasse werden jährlich circa 50,000 fl. gezahlt.

Vorgestern gegen 12 Uhr Mittags lockte der Hausknecht eines hiesigen Gasthauses einen Bekannten in ein Hinterzimmer und beraubte denselben unter schrecklichen Mißhandlungen seiner Baarschaft (28 fl. 30 kr.). Nach geschehener That ergriff der Mörder, welcher die Thüre von innen verriegelt hatte, mittelst eines Sprunges aus dem Fenster auf einen Dunghaufen die Flucht. Der Verwundete dürfte schwerlich den Leben erhalten werden. Der Flüchtlich verfolgte Thäter, Namens Schmidt, ist noch nicht aufgefunden worden.

Italien.

Das „Univers“ hat Nachrichten aus **Rom** vom 10. October, denen zufolge Sir Henry Litton Bulwer, englischer Gesandter in Toscana, sich zwar immer noch in Rom befindet, was seine Sendung betrifft aber gar keinen Erfolg gehabt hat. Bekanntlich hatte derselbe den Auftrag, in der Angelegenheit des Engländers Murray zu interveniren und der römischen Regierung die Ersetzung des englischen Consuls Freeborn in Rom durch einen bevollmächtigten Minister vorzuschlagen.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 20. Oct. Der königl. hannoversche Gesandte, Herr v. Stockhausen, hat vorgestern sein Beglaubigungsschreiben überreicht. — Herr v. Hermann aus München ist hier eingetroffen.

* **Berlin**, 21. Oct. Die Staatsministerialcommission zur Revision der Verfassung wird zur Erledigung der ihr noch nachträglich zugetheilten Arbeiten noch zwei Sitzungen in Anspruch nehmen. Da es in dieser Commission in mancher Beziehung nicht zu einer Uebereinstimmung der Meinung gekommen ist, so wird das Staatsministerium über die Anwendbarkeit des von dieser Commission gelieferten Stoffes näher zu entscheiden haben. — Der Beginn der Conferenzen in Wien von Seiten Oesterreichs und der Coalitionsstaaten soll, wie man hier hört, nicht auf den 20. d. M., sondern auf den 25. anberaumt sein (?). Zugleich wird hier hervorgehoben, daß der Zweck dieser Conferenzen keineswegs der sei, die Kluft zwischen Preußen einerseits, und Oesterreich und den Coalitionsstaaten andererseits noch zu vergrößern, sondern vielmehr Alles aufgeboten werden solle, zu verhüten, daß Deutschland nicht in zwei entschieden von einander getrennte Theile zerfalle.

* **Berlin**, 21. Oct. Der wirkl. Geheimerath und Schloßhauptmann Graf v. Armin (Blumberg) ist, wie die „N. Pr. Z.“ sagt, von Sr. Maj. dem König wegen der Mainzischen Angelegenheit mit einer außerordentlichen Mission in Florenz betraut worden.

— An gut unterrichteter Stelle wird der „N. Z.“ versichert, daß die Verlobung der Prinzessin Anna mit dem Prinzen Friedrich von Hessen-Kassel, noch in dieser Woche stattfindet.

München, 20. Oct. Nach eingetroffener telegraphischer Nachricht hat heute der erste Zusammentritt der Bevollmächtigten der Coalitionsstaaten in Wien stattgefunden. (A. Abdz.)

h **Gotha**, 21. Oct. Die „Gothaische Zeitung“ läßt sich über die Frage, ob die thüringischen Staaten nach Auflösung des großen Zollvereins bei Preußen in einer Zollverbindung verharren würden, in ihrer gestern erschienenen Nummer folgendermaßen vernehmen: „Das Verbleiben der thüringischen Länder bei Preußen im Falle der Auflösung des Zollvereins resp. der Abschluß eines neuen Vertrags mit Preußen wird in neuester Zeit von einigen öffentlichen Blättern in Zweifel gezogen. Wie wir indeß aus gut unterrichteter Quelle versichern können, ist dieses Verbleiben der thüringischen Zollgruppe außer allem Zweifel und nur hinsichtlich der Modalitäten sind noch die Verhandlungen im Gange. Von den thüringischen Staaten ist nämlich bemerklich gemacht worden, daß die Ausübung des Grenzschutzes, besonders in den waldigen Länderstrecken, für sie wohl einen zu großen Aufwand (für Beamte, Gebäude rc.) erfordern dürfe, und es hat deßhalb der Vertreter des thüringischen Zollvereins den Antrag auf eine Mithilfe Preußens oder auf die Ausübung dieses Grenzschutzes durch Preußen selbst gestellt.“

* **Paris**, 20. Oct. Gestern Nachmittag zwischen zwei und drei Uhr kam der Prinz-Präsident von St. Cloud nach Paris, stieg in den Tuilerien ab, begab sich Arm in Arm mit dem Staatsminister Fould nach dem Louvre und nahm dort die im Gang befindlichen Arbeiten in Augenschein. Als der Prinz in die Tuilerien einirat, wurde er von der Menge erkannt und mit einem lauten Vive l'Empereur! begrüßt.

General Lawoestine hat folgenden Tagsbefehl erlassen: „Paris, 19. Oct. Der Oberbefehlshaber bereit sich, den Nationalgarden des Seinedepartements bekannt zu machen, daß Se. kaiserl. Hoh. Prinz Ludwig Napoleon von ihrem glühenden Eifer, ihrem vortrefflichen Geist und ihrem schönen Aussehen bei der Feierlichkeit am 16. befriedigt gewesen ist. Trotz der in später Zeit vorgenom-

menen Modificationen des Generalbefehls und der entfernten Lage mancher Bataillone und Schwadronen, sind sie doch alle mit der größten Pünktlichkeit am Platz gewesen. Dieses Ergebniß beweist, daß die Officiere an das Commando und die Nationalgarden an den Gehorsam schon gewöhnt sind. Der General beglückwünscht sie deßhalb, und besonders die Bataillone und Schwadronen extra muros, welche die größten Schwierigkeiten zu überwinden hatten. Die nie Ueberlegung der Befehle beauftragten Generalstabsofficiere erfüllten ihre Pflichten mit Eifer und Einsicht."

Ein aus St. Cloud vom 18. October datirtes Decret des Prinz-Präsidenten verordnet, daß vom Minister des Innern, Ackerbaus und Handels Regierungsinspectoren sollen ernannt werden, um die Thätigkeit der Bodencreditbanken zu überwachen, ihre Rechnungen zu prüfen und dem Minister wenigstens alle drei Monate darüber zu berichten. Weiter verfügt das Decret, daß aus vier vom Minister des Innern und vier vom Minister der Finanzen zu ernennenden Mitgliedern eine Commission gebildet werden soll, um über alle ihnen etwa vorgelegten Fragen bezüglich des Bestandes und der Thätigkeit der Bodencreditgesellschaften ein Gutachten abzugeben, die Berichte der Regierungsinspectoren zu prüfen, und alljährlich einen detaillirten Bericht über die Lage einer jeden Gesellschaft auszufertigen. Endlich erklärt das Decret, daß, wenn eine Bodencreditgesellschaft ihre Statuten und Reglements verletzen oder einen Mißbrauch begehen sollte, ihr Privilegium eingezogen wird; ebenso, daß jede Gesellschaft alle sechs Monate über ihre Operationen Rechenschaft ablegen muß.

Für Verbesserung der Schiffahrt bei der Insel du Nord im Grondebepartement ist dem Minister der öffentlichen Bauten ein außerordentlicher Credit von 140,000 Fr. bewilligt worden.

Bechard und Leon Roche, die für Tunis und Tripolis neu ernannten Generalconsuln und Geschäftsträger, haben Befehl erhalten, sich unverweilt auf ihre Posten zu begeben.

Fürst Joseph Poniatowski, der bevollmächtigte Minister Toscana's an den Höfen von Paris, London und Brüssel, ist hier angekommen.

Dem „Indicateur du Nord" ist vom Präfecten des Norddepartements eine erste Verwarnung zugegangen.

† **Paris**, 20. Oct. Wenn es bisher hieß, mit dem Kaiserreich würden auch alle vormaligen Reichswürden wieder hergestellt werden, so behauptet man jetzt, der Prinz-Präsident verzichte auf die Creirung der kostspieligen Kronämter; das neue Reich werde keinen Erzkanzler, keinen Erzschatzmeister, zu vielleicht nicht einmal Kammerherren haben. Ob dem wirklich so, kann wird sich das neue Reich darum nicht über besinden. Verstimmt mögen über einen solchen Beschluß besonders die Erbtruchsessen und die Erbjägermeister sein. — Das Gerücht, daß die nach dem 2. December verbannten Generale zurückgerufen werden sollen, gewinnt an Consistenz; man will sogar wissen, der Geburtstag des Kaiserreichs werde mit einer sehr ausgedehnten, wenn nicht allgemeinen Amnestie begangen werden. Als Termin der Abstimmung des Volks über das Senatusconsultum bezüglich des Kaiserreichs bezeichnet man den 21. November, als Tag der Einberufung des gesetzgebenden Körpers, um die Prüfung und Auszählung der Stimmen vorzunehmen, den 28. desselben Monats. In diesem Fall könnte allerdings das neue Reich am 2. December zur Proclamation reif sein. Dies sind indessen nur Gerüchte und Vermuthungen. Daß der Pascl nach Paris kommen werde, um den Kaiser zu salben, bezweifeln heute nur noch die Wenigsten; aber diese Feierlichkeit bleibt, wie schon früher angedeutet wurde, bis zum Lenz, wahrscheinlich bis zum Mai nächsten Jahres ausgesetzt. Die Stadt Nantes hat, um ihren Schwesterstädten ein gutes Beispiel zu geben, eine Initiative ergriffen, die von Erfolg sein wird. Man hat nämlich dort eine Adresse an Pio Nono in Umlauf gesetzt, um ihn zu bitten, daß er kommen und den Erwählten des Volkes salben möge. Wie sich nach den an den Prinzen auf seiner Reise gerichteten Ansprachen der Prälaten und aus den Reden der Bischöfe und Erzbischöfe, welche mit Ludwig Napoleon in Berührung kamen, entnehmen läßt, so werden auch sie solche Adressen unterzeichnen und unter ihre Obhut nehmen; kommt dann der Papst nach Frankreich, so gibt er nur dem Wunsche der dortigen Geistlichkeit und der Gläubigen nach.

† **Paris**, 21. Oct. So wie in den letzten Wochen täglich, so hat auch heute wieder der „Moniteur" einige Spalten mit Adressen an den Prinz-Präsidenten, welche für seine bisher dem Lande geleisteten Dienste danken und die Wiederherstellung des Kaiserthrons wünschen.

Heute Nachmittag wurden beim herrlichsten Wetter im Hippodrom auf dem Marzfeld die Pferderennen gehalten. Der ungeheure Raum war von Wagen, Reitern, Spaziergängern und Neugierigen sonntäglich belebt. Nach drei Uhr kam der Prinz-Präsident in Begleitung von zwei Ordonnanzofficieren in Civilkleidern geritten, und wohnte von seiner Tribune aus dem Rennen bei. Um viet Uhr ritt er wieder weg. Bei seinem Kommen und Gehen wurde er enthusiastisch begrüßt.

Sonst nichts Neues von Belang.

** **Madrid**, 16. Oct. Der Ministerrath hat gestern die Aufhebung des Tabaks- und Salzmonopols in Berathung genommen, kam aber noch zu keinem Entschluß.

Briefe aus Lissabon stellen eine Modification des Cabinets Saldanha noch vor der Zusammentritt der Cortes am 2. Januar nächsten Jahrs in wahrscheinliche Aussicht.

† **Turin**, 18. Oct. Nach Angabe des „Risorgimento" wäre die Regierung Willens, ein Rundschreiben des Inhalts, daß sie nicht gesonnen sei, zur Einziehung der geistlichen Güter die Hand zu bieten, zu erlassen. Das „Risorgimento" meint, solche politische Demonstrationen müsse man jetzig und mit voller Energie unterdrücken; zögere oder zeige man Zweifel, so könne nur die Gunst des Glücks das Staatsschiff vor dem Untergang bewahren. Cavour ist gestern aus England und Frankreich zurückgekehrt.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Aus **Brüssel** wird berichtet: Es wird von Interesse sein, zu erfahren, daß Brüssel und Berlin durch den elektrischen Telegraphen bald nur einige Minuten von einander entfernt sein werden. Bereits sind die ausgedehnten Vorbereitungen von der preußischen Telegraphenverwaltung getroffen, Apparate zwischen Brüssel und Berlin aufzustellen, die mit Umgehung aller Zwischenstationen direct von Brüssel nach Berlin arbeiten, und ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Apparate bereits am 1. November in Function treten werden. Auch die Reparatur der jetzt zwischen Brüssel und Berlin bestehenden Telegraphenlinie wird eifrig betrieben, und es bestand sich augenblicklich von Seiten der preußischen Verwaltung ein Beamter auf der Strecke zwischen Aachen und Verviers, wo in den letzten Tagen in den verschiedenen Tunnels mehrere Störungen der telegraphischen Leitungen vorgekommen sind, durch welche sich die Expedition der Depeschen Tage lang verzögerte. Es dürfte wohl Grund einer ernsten Erwägung sein, ob es unter den vorwaltenden politischen Constellationen nicht auch gerathen wäre, die Anlage einer gleichfalls directen telegraphischen Communication zwischen Antwerpen und Berlin herzustellen.

München, 19. Oct. Die Eröffnung der Eisenbahnstrecke von Hofsurt bis Schweinfurt wurde auf den 1. k. M. festgesetzt. Den Sect. Oberst. erneut der Eisenbahnbausection ist nach Hofsurt abgereist, um zur Eröffnungsfahrt die nöthigen Vorkehrungen zu treffen. (A. Abdz.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 22. Oct. Die Stimmung für österreichische und spanische Fonds war heute wieder flau, und wurden beide Sorten zu niedrigeren Preisen verhandelt; von österreichischen waren 5pCt. Metall. 81¼, pCt. G., 4½pCt. Met. 72½, pCt. G.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88½ pCt. G., Wiener Bankactien 1383 fl. G., 500 fl. Loose 192 pCt., 250 fl. Loose 118 pCt; von spanischen 1pCt. Rente zuletzt pr. Cassa 25⅛, pCt. Inländische etwas fester 46⅞ pCt. Von Eisenbahnactien waren Fr.-W.-Nordb. 44½ pCt. G., Berbach 95 pCt. G., Cöln-Minden 112⅛, pCt. G., Taunus 302 fl. G. Im Uebrigen lieferte der Markt wieder nichts Belangreiches ab. — Abends in der Effectenfocietät waren 1pCt. Span. 25¼ pCt.

Berlin, 21. Oct **Staatsfd.** 94½, Brf., 93¾ G. — **Köln-Minden** 112½, Brf., 111⅞ G. — Fr.-W.-Nordbahn 41¼, à ⅛ bez.

Paris, 21. Oct. 4½pCt. Rente 106, 65. — 3pCt. 81. 40. — Neapol. 105. — Neue 5pCt. Oesterr. 94½. — Spanische neue Diff. 25⅛, ⅛; ¼. — Neue 3pCt. 51¼. — Innere Schuld 46¾, ½, ¼. — Passive 2. — Bankactien 2905. — Piemont 5pCt. 88, 75. — **Römischen Anleihen Juni 1850** —, do. 1850 99½. — St. Germain-Eisenbahn 1390. — Versailles, linkes Ufer 336, 25. — Straßburg-Basel 335. — Nordbahn 782. 50. — Paris-Straßburg 782, 50.

Die 3pCt. Rente hat heute dieselbe Bewegung verfolgt, wie gestern und vorgestern, anfangs steigend, dann wieder weichend.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 22. Oct. 5pCt. Metall. 94¼, — **L. B.** 109½, — 5pCt. Anleihe v. 3. 1852 94. — 4½ pCt. Metall. 84½, — Bankactien 1339. — 250 fl. Loose 136½, — London 11 fl. 30 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 102½. — K.-K.-Nordbahn 212½, — Liv.-Florenz 100½, — Siena-Empoli 71½, — Paris 137. — London in Trieft —. Fonds fester, Valuta matter. (Spnd.)

Madrid, 16. Oct. 3pCt. 47⅞. — 1pCt. Neue 26¹¹/₁₆. (Spnd.)

Antwerpen, 21. Oct. 5pCt. Belg. 101. — 2½pCt. do. 55⅛. — 3pCt. Span. 46⁹/₁₆. — 1pCt do. 25¹¹/₁₆. (Spnd.)

London, 21. Oct. 3pCt. Stocks 100⅞. — 3pCt. Span. 51¼. — 1pCt. do. 25¼. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kurfheit.

Für die armen Abgebrannten in Duderstadt

ist ferner eingegangen: von C. L. fl. 2. — J. G. fl. 2. — H. fl. 2. — H. fl. 2. — H. fl. 2. 12 kr. — Unbekannter 24 kr. — M. Simon fl. 2. — M. fl. 3. 30 kr. — H. fl. 1. — N. N. fl. 1. — K. N. fl. 1. — Gb. v. W. fl. 2. — H. fl. 3. 30 kr. — L. J. fl. 5. 30 kr. — St. G. fl. 10. — H. u. E. B. fl. 25. — Aus Mainz fl. 1. 18 kr. — J. P. Stöhr fl. 10. — H. Pfeil fl. 1. — Etwa von S. 1 Preußischen Friedrichsd'or. — J. G. Ubrekeil fl. 5. 24 kr. — N. N. 1 20Francs-Stück. — C. L. fl. 6. — J. M. fl. 3. — C. Sp 1 holl. 10Gulden-Stück. — G. M. 1 Fr'dr'. — M. J. fl. 3. 30 kr. — Fidelitati fideles in Aschaffenburg fl. 10. — N. E. A. C. fl. 3. — Mit dem früheren also zusammen fl. 378. 32

Im Namen der armen Duderstädter Abgebrannten sagen wir allen Gebern Dank. Obige fl. 283. 37 kr. sind bereits zum Vertheilen eingesendet und sind gern bereit, fernere milde Gaben in Empfang zu nehmen:

C. F. E. A. von Bothmer, Königl. Hannoverscher Staatsrath und Bundestags-Gesandter, Mainzer Landstraße 34.
Beda Weber, geistlicher Rath und Stadtpfarrer.
Schrader, Consistorialrath und Pfarrer, Kirchgasse Nr. 1.
Raßdiner Leopold Stein, Schützenstraße Nr. 10.
F. John, Unternehmgnat 7.
J. Renk-Beerdigung, große Sandgasse Nr. 12. [2394,
Ferdinand Heuer, an der Hauptwache.
Die Redaction der Frankfurter Postzeitung.
Die Redaction des Frankfurter Journals.
Die Redaction des Frankfurter Intelligenz-Blattes.

[2402]

Bekanntmachung.

In Nassau a. d. Lahn stehen zwei fünfjährige, sehr brauchbare schwarze Chaisen-Pferde sofort zu verkaufen. Näheres bei der gräflich von Giech'schen Gutsverwaltung daselbst.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in Wolfipp's Apotheke, rue St. Martin 11 in Paris; gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

RICHELIEU-POMADE.

[2199] (Patent.)

Bekanntlich erreichte der Herzog von Richelieu eine sehr hohe Alter, was bei diesem bis auf den letzten Tage ein frisches blühendes Gesicht ohne Runzeln oder sonstige Veränderungen, welche das Alter mit sich bringt. Dieses frische Aussehen verdankte er einer von Alison de Lenclos erfundenen Pomade, deren Geheimniß Mad. Delaunay anvertraut wurde. Die Pomade erhält auch die Schönheit der Haare und verhindert, daß sie ausfallen. Die Töpfe kosten 5 Francs und 3 Francs, rue Notre-Dame-des-Victoires No. 44 (franco). Um jeder Fälschung zu vermeiden, ist jeder Topf mit der Unterschrift von Mad. Delaunay versehen.

In England patentirt.

Herr **George** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentirten Erfindung, durch welche die Kunst der Zahnärzte gänzlich umgewandelt wird. Es handelt sich darum, die Platten statt aus Gold oder Horn vom Reispferde (Hyppopotam), aus Schildpatte zu verfertigen, die viel weicher, angenehmer und leichter im Munde liegen als Hyppopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr George hat eine Dampfmaschine davon laufen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Bestellungen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienstags und Freitags von 1 bis 3 Uhr wird Herr George (rue Rivoli 36 à Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

NB. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentirten Vorrichtung zum Modelliren des Mundes bedarf Herr George nur zweier Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

[2196]

SIROP
DECORCES D'ORANGES AMERES.

Specialité renomée de Laroze à Paris

pour prevenire les vapeures et faire une bonne digestion se vend chez **H. C. v. Oven**, Bleichenstrasse 33. — Prix fl. 1. 30 kr. le flacon.

[1681] Von hohem Senate concessionirte
Privat-Entbindungs-Anstalt
zu Frankfurt a. M.
Nähere Auskunft ertheilt gegen portofreie Einsendungen
Dr. Roberth daselbst, Zeil 19.

Preismedaille bei der Londoner Ausstellung.

Reinigung der Kleiderstoffe
par la Benzine-Tollas

[1910] 8, rue Dauphine à Paris.

Preis: Franco 1. 25 Centimes per Flacon.

Diese flüssigkeit ist anwendbar um Fett-, Talg-, Thee-, Wachs-, Oelfarbenflecken und den Schmutz, der sich an Kleidern und auf Möbeln bildet, zu entfernen, ohne daß Spuren zurückbleiben oder daß die Stoffe an Farbe oder Glanz verlieren, indem selbst die zartesten Farben nicht dabei leiden.

Man kann damit leberne Handschuhe reinigen, ohne daß es ihrer Farbe schadet.

Die Niederlage befindet sich bei Herrn **C. W. Frischen, Materialist in Frankfurt a. M.**, und bei Herrn **Franz Coblenzer, Materialist in Cöln.**

Fabrik-Verkauf.

[2183] In einem bedeutenden zwischen Mainz und Frankfurt gelegenen und mit beiden Städten durch die Wasserstraße und die Taunus-Eisenbahn verbundenen Marktflecken ist ein ausgedehntes Fabrikgeschäft unter sehr vortheilhaften Bedingungen käuflich abzutreten. Namentlich kann der große Theil des Kaufschillings auf dem Geschäft stehen bleiben.

Auskunft ertheilt die Expedition.

[1674] Staats- und standesherrliche Obligationen Staats-Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons, werden ge- und verkauft bei
H. M. Trier & Sie., Zeil, im Türkenschuß.

[2261]

Decret.

Die Eröffnung und Publication des Testaments des Anton Freudenberg dahier betreffend.

Nachdem der hiesige Bürger Anton Freudenberg mit Hinterlassung eines dahier deponirten Testaments verstorben ist, so wird zu dessen Eröffnung und Publication Termin auf

Samstag den 6. November d. J.,
Morgens 8 Uhr,

unter dem Bemerken anberaumt, daß wenn alsdann die hiermit vorgeladenen theilweise unbekannt wo abwesenden Intestaterben des Verstorbenen nicht erscheinen, das Testament dennoch eröffnet, und wenn solches an einem äußeren Mangel nicht leidet, nach seinem Inhalte verfahren werden soll.

Weilburg, den 11. September 1852.
Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt.
v. Reichenau.

[2171]

Decret.

In Sachen
des Herrnkleidermachers G. Küssner zu Frankfurt a. M., Klägers,
gegen
den Wirth Schneider, früher im Pariser Hof dahier, dermalen unbekannt wo abwesend,
wegen Forderung,

Dem unbekannt wo? abwesenden Beklagten wird aufgegeben, sich auf die wegen einer Forderung von 283 fl. 52 kr. für gefertigte Schneiderarbeiten gegen ihn erhobene Klage, deren Einsicht ihm in der hiesigen Amtsregistratur gestattet ist,

binnen 90 Tagen

zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und Verlustes der Einreden.

Alle ferneren Decreturen in dieser Sache werden nur durch Anschlag an das Gerichtsbrett zugestellt werden.

Wiesbaden, den 10. September 1852.
Herzoglich Nassauisches Amt.
Winter.

[2193]

Decret
in Sachen
der Herzogl. Brandversicherungskasse, vertreten durch die Herzogl. Receptur zu Eltville, Impetrantin,
gegen
Johann Schlosser von Kiedrich, Impetraten,
wegen Arrestes.

Dem unbekannt wo abwesenden Johann Schlosser von Kiedrich, welchem die Einsicht der seitherigen Verhandlungen in der Amtsregistratur gestattet ist, wird eröffnet, daß auf Antrag der Impetrantin wegen ihrer behaupteten und hinlänglich bescheinigten Forderung von 669 fl. 50 kr. seine in der Ruthe'scher Gemarkung gelegenen Grundstücke durch Beschlagung vom 24. Mai l. J. mit Arrest belegt worden sind und ihm jede Veräußerung dieser Grundstücke untersagt worden ist.

Zur Rechtfertigung des Arrestes und Verhandlung darüber wird für diese Theile Termin auf

Samstag den 6. November l. J.,
Morgens 8 Uhr,

anberaumt, unter der Anständigung der Rechtsnachtheile der Aufhebung desselben für die Impetrantin und die Bestätigung der Arrestanlage für den Impetraten. Alle ferneren Decreturen sollen nur durch Anschlagen an das Gerichtsbrett insinuirt werden.

Eltville, den 23. September 1852.
Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Westerburg.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Samstag (Beilage zu Nr. 254.) 23. October 1852.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 23. Oct. Die heute ausgegebene Nr. 128 des „Amtsblatts der freien Stadt Frankfurt" enthält die folgende amtliche Bekanntmachung:

Wir Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt verordnen hiermit, auf verfassungsmäßigen Beschluß der gesetzgebenden Versammlung vom 12. October 1852, wie folgt: Die in dem Gesetze vom 30. Juli 1839 § 5 unter 1 (Gesetz- und Statutensammlung Bd. 7 S. 159) dem Secretär des Appellationsgerichts bestimmten Taxen und Gebühren sind vom 1. Januar 1853 an aufgehoben. Beschlossen in Unserer Großen Rathsversammlung, den 19 October 1852.

n **Frankfurt**, 23. Oct. Dem älteren regierenden Bürgermeister wurde gestern Abend eine von den größten Theil der Wahlmänner der dritten Abtheilung des Wahlcollegs unterzeichnete Protestation gegen die bei der Wahl der ersten Abtheilung vorgekommenen Unrichtigkeiten übergeben. Nach genauer Prüfung soll sich nämlich ergeben haben, daß etwa 70 Bürger unberechtigterweise in der ersten Abtheilung abgestimmt haben.

** **Frankfurt**, 23. Oct. Auf seinem Landsitze zu Hornau starb gestern an Altersschwäche Freiherr Hans Christoph Ernst v. Gagern. Sein Leben und sein Wirken als Staatsmann und als Schriftsteller sind im deutschen Vaterlande und über dessen Grenzen hinaus gewürdigt. Geboren in Klein-Niedesheim in der Pfalz, den 23. Januar 1766, erreichte er das hohe Alter von 87 Jahren. Ein Kreis von Kindern und Enkeln umsteht trauend sein Grab.

Wien, 19. Oct. Der kaiserl. brasilianische Gesandte, Marquis P. de Marcel, welcher ehevorgestern aus Paris hier angekommen ist, wurde heute von Sr. Majestät dem Kaiser in einer besondern Audienz empfangen und war zu Mittag bei Sr. Excellenz dem Grafen v. Buol-Schauenstein geladen. — Der Kaiser wohnte gestern einer Conferenz in der Hofburg bei, zu welcher die Minister und seitens des Reichsraths der Baron v. Kübeck erschienen waren, wie es denn überhaupt sehr selten vorzukommen pflegt, daß sämmtliche Reichsräthe den Conferenzen beiwohnen, was nur auf allerhöchste Anordnung geschieht. In der Regel wohnt seitens des Reichraths der Freiherr v. Kübeck den Conferenzen bei, sowie andererseits die einzelnen Vorträge nicht von sämmtlichen Minister erstattet werden, in dessen Ressort sie gehören, sondern entweder von dem Reichsrathspräsidenten oder dem Minister des Aeußern. (Leipz. Ztg.)

Köln, 21. Oct. Gestern wurde der Buchbinder Hartmann hier verhaftet. Er soll mit Dr. Becker früher in Verbindung gestanden haben. Als Grund der Verhaftung des Kaufmanns Kothes und des Notariatscandidaten Bernbach wird angegeben, Letzterer solle zu Ersterm die Papiere der Communistenverbindung geflüchtet haben.

Köln, 21. Oct. Die am 18. und resp. 19. d. M. verhafteten Kaufmann D. Kothes und Notariatscandidat A. M. Bernbach, sind, nachdem sie vom Untersuchungsrichter vernommen, heute beide wieder in Freiheit gesetzt worden. (Köln. Z.)

* **Mannheim**, 22. Oct. Vor den hiesigen Assisen ist in den letzten Tagen ein Criminalfall behandelt worden, der an die Processe Lafarge und Bocarmé lebhaft erinnert und einen traurigen Blick in die Verwilderung des Menschenherzens gestattet. Der Hauptangeklagte ist ein geborener Bayer, Johann Stadelmann von Wöhrd bei Nürnberg, früher Pächter mehrerer Wirthschaften in Karlsruhe, Bruchsal u. s. f., welcher in seinem Vaterlande zur Haft gebracht wurde. Seine Frau, eine Pfarrerstochter aus ansehnlicher Familie, war vor etwa zwei Jahren zu Rohrbach am Gießhübel bei einem Friseur und Barbier, Namens Heinrich, aus Karlsruhe, bei welchem sie einen Tag vor ihrem Tode in Pflege gebracht wurde, gestorben. Nach fast drei Vierteljahren zeigte ihre vormalige Aufwärterin an, daß dieser Chirurg mit dem Manne der Verstorbenen und ihrem Schwager, August Stadelmann, einem Kellner auf einem niederländischen Dampfboote, der Unglücklichen mit Zwang Gift beigebracht hätten. Die Leiche wurde ausgegraben und wies in den Eingeweiden ein [illegible] Dieses war nach den Gutachten des Chemikers Professors Delfs in Heidelberg und der medicinischen Facultät zu Erlangen der Verstorbenen in so lebensgefährdendem Maße beigebracht worden, daß die Blutmasse vergiftet und der Tod herbeigeführt wurde. Die Verstorbene hatte nämlich an der Lustseuche gelitten. Dies der Thatbestand, auf welchem die Anklage der Betheiligung im Complott gegen die drei Angeklagten begründet wurde. Die Zeugenaussagen stellten die Anklage bald außer Zweifel und die anfängliche Sicherheit der Angeklagten machte einer Verwirrung Platz, die sich bei dem Hauptangeklagten einmal fast bis zum Wahnsinn steigerte. In vergangener Nacht endeten die Verhandlungen durch das „Schuldig" der Geschworenen und die Verurtheilung Stadelmanns und Heinrichs zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Die Todesstrafe konnte nicht ausgesprochen werden, weil dieselbe zur Zeit der Verübung des Verbrechens aufgehoben war.

Frankreich.

† **Paris**, 21. Oct. Der Hauptredacteur und die Seele des imperialistischen „Pays", de la Guerronniere, hat den Vicomtetitel erhalten. — Graf Pes de Villamarina, der neue sardinische Gesandte am französischen, und der Marquis d'Azeglio, der Repräsentant Sardiniens am großbritannischen Hof sind, der Letztere auf der Rückreise nach London, hier angekommen. Graf Villamarina soll dem Prinz-Präsidenten ein eigenhändiges, sehr verbindliches Schreiben seines Königs überbracht haben. — „Siecle" gibt folgende Notiz über die Debatten der Legislativen in Betreff der Freilassung Abdel-Kaders und die damalige Dazwischenkunft der Regierung: 2½ Jahre lang saß der Emir gefangen, als am 2. Juli 1850 der General Fabvier den Antrag deponirte, ihn nach Alexandrien oder St. Jean d'Acre zu bringen. Der Antrag wurde am 25. November 1850 discutirt und von General Tartas bekämpft, der erklärte, daß die Annahme desselben Afrika von einem Ende zum anderen in Brand stecken würde. Der Kriegsminister bat die Versammlung im Namen der Regierung, den Antrag nicht in Erwägung zu nehmen. „Ich begreife", sagte er, „das Interesse und die großmüthige Theilnahme, die großes Mißgefallen einflößt, aber ich kann mich den der vorigen Regierung gemachten Vorwurf, einer rein militärischen Convention ihre Bestätigung nicht ertheilt zu haben, nicht beigesellen... Der Ihnen gestellte Antrag würde Alles wieder in Frage stellen; vielleicht würden wir in kurzer Zeit genöthigt sein, von Neuem große Opfer zu bringen." Dem entsprechend kommission sprechend, verwarf die Versammlung den Antrag Fabviers. — Ein Provinzblatt meldet, daß auf Schloß Amboise nach der Zusammenkunft des Präsidenten mit Abdel-Kader lauter Jubel herrschte und alle Araber, der Emir an der Spitze, die Nationaltänze aufführten, die Männer auf der einen, die Frauen auf der andern Seite, wie es ihre Landessitte erheischt. — Nach einem englischen Blatt sind 14 französische Deportirte aus Cayenne entwichen; sie mußten jedoch wegen widrigen Windes auf der Küste von Surinam landen, wo der holländische Gouverneur sie einkerkern ließ.

Belgien.

⨯ **Brüssel**, 21. Oct. Die „Independance belge" widerspricht der Angabe deutscher Blätter, als habe die belgische Regierung über ihre Handelsdifferenzen mit Frankreich den auswärtigen Mächten eine Note zugehen lassen. Sie habe vielmehr nur das in solchen Fällen Uebliche gethan, was die französische Regierung im vorliegenden Fall wahrscheinlich auch gethan habe, nämlich an ihre Repräsentanten bei den auswärtigen Höfen Darlegungen über das, was vorgegangen, geschickt, um sie dadurch in den Stand zu setzen, in ihren politischen Conversationen das von ihrer Regierung eingehaltene Verfahren in Schutz zu nehmen. Dieses Rundschreiben sei den verschiedenen belgischen Legationen vor der amtlichen Publication, deren Analyse es sei, zugegangen.

Niederlande.

Vlissingen, 18. Oct. Heute Nachmittag traf die preußische Kriegscorvette „Amazone", welche 100 Mann und 12 Kanonen führt, hier ein, um später gemeinschaftlich mit der ebenfalls hier

befindlichen preußischen Fregatte „Gefion", welche gestern von unserm Marineminister besucht wurde, eine große Seereise anzutreten.

Großbritannien.

‖ **London**, 19. Oct. „Morning Herald" berichtigt heute seine gestrigen Mittheilungen über das Leichenbegängniß des Herzogs v. Wellington und gibt gleichzeitig und übereinstimmend mit der „Times" folgendes Programm: Die sterbliche Hülle des Herzogs verbleibt in Walmercastle bis vier Tage vor der Leichenfeierlichkeit, die zwischen den 17. und 19. Nov. fallen wird. Dann wird die Leiche in das Chelsea College gebracht, wo sie drei Tage lang auf dem Paradebett ausgestellt bleibt; am Tage vor der Bestattung wird sie in das Audienzzimmer der Horse Guards übergetragen, von wo aus am folgenden Morgen der Leichenzug ausgeht, um sich über Charing-croß, Strand, Fleetstreet und Ludgate-hill nach der St. Paulskirche zu bewegen. Den Zug bilden: 6 Regimenter Infanterie, 8 Schwadronen Cavallerie und 17 Kanonen; ein Marinecorps, 83 Veteranen des Chelsea-Hospitals voran, die an den Feldzügen des verstorbenen Herzogs theilgenommen haben und in ihrer Zahl das Alter desselben repräsentiren. Den Feldmarschallsstab Wellingtons wird wahrscheinlich sein Waffengefährte, der Marquis v. Anglesey, tragen; dann folgen die Repräsentanten der Armeen von Oesterreich, Preußen, Rußland, Spanien und Portugal, jeder den Marschallsstab des Verstorbenen tragend. Abtheilungen aller englischen Truppen, alle Oberoffiziere ꝛc. nehmen ebenfalls am Zuge Theil; alles bewegt sich zu Fuß; nur die Königin läßt einen Wagen folgen. Die Truppen werden auf den Straßen nicht Hecke bilden; die Behörde verläßt sich vielmehr auf den guten Sinn des Volkes, daß es sich bei dieser nationalen Trauerceremonie ruhig und ehrerbietig benehme. Auch ein preußischer Prinz ist zu der Leichenfeier erwartet. — Dem „Morning Advertiser" zufolge behaupten die Freunde des Ministeriums, der Schatzkanzler Disraeli beabsichtige eine Reform des Finanzsystems, die ihn populär machen werde. Aus der Eigenthumssteuer sollen gewisse Unebenheiten entfernt und gleichzeitig mit dieser verbesserten Taxe ein das Wahlrecht ausdehnender Gesetzentwurf vorgelegt werden. — Alsbald nach dem Zusammentritt des neuen Parlaments wird sich die Königin mit dem Hof nach Osborne auf der Insel Wight begeben und dort bis zum Weihnachtsfest verweilen. — Der Herzog von Terceira ist in besonderer Mission der Königin von Portugal hier erwartet; mit ihm kommen die Stabsoffiziere, welche bei dem Leichenbegängniß des Herzogs von Wellington die portugiesische Armee vertreten werden. — Der „Morning Herald" stellt die Angabe der „Times" in Abrede, Lord Derby beabsichtige, der Königin anzurathen, die Convocation (Versammlung von Geistlichen und Theologen) einzuberufen, um dieselbe unabhängig vom Parlament über die kirchlichen Angelegenheiten berathen und beschließen zu lassen.

Die endliche Entlassung Abdel Kaders aus französischer Haft hat den Prinz-Präsidenten in den Augen der englischen Presse merklich gehoben. Die entschiedensten Gegner des werdenden Kaisers lassen dieser Handlung, und besonders der guten Manier, mit welcher sie vollzogen wurde, volle Gerechtigkeit widerfahren, und bemerken bloß, daß Ludwig Napoleon in seiner Rede an den Emir die Anspielung auf Ludwig Philipps Wortbruch vielleicht besser vermieden hätte Auch „Times" hat ihrem Feinde gestern geziemendes Glück gewünscht; heute jedoch besinnt sie sich und entdeckt, daß der gepriesene Gnadenact seine bedenklichen Seiten hat. Ludwig Napoleon, argwöhnt sie, sucht, indem er die Türkei zum Kerkermeister des arabischen Häuptlings macht, sich einen Vorwand zu künftigen Handeln im Orient, zu einer strengen Polizei über das Mittelmeer und zu neuen Ansprüchen auf eine ausgedehntere Herrschaft in Nordafrika zu sichern. Ja, er glaube im Herzen nicht daran, daß Abdel Kader den auf den Koran abgelegten Eid halten werde, und hoffe, daß der Sultan durch die Schwierigkeiten der zu übernehmenden Verantwortlichkeit mannigfache Gelegenheit zu französischen Noten und vielleicht Expeditionen geben werde u. s. w.

Rußland und Polen.

Kalisch, 14. Oct. Für den Reichskanzler, Grafen v. Nesselrode, ist in Warschau das Brühlsche Palais eingerichtet worden, doch hat derselbe nach sehr kurzem Aufenthalt in Warschau seine Reise nach Petersburg fortgesetzt. Der Reichskanzler hatte eine Unterredung mit dem fast zu gleicher Zeit von den Manövern aus Rußland zurückgekehrten Fürsten-Statthalter, Grafen Paskiewitsch-Erivanski. Auch der Director der diplomatischen Kanzlei des Fürsten von Warschau ist aus dem Ausland wieder zurückgekehrt. — Das Cavalleriemanöver bei Tschugajew, zwischen Charkow und Poltawa, hat mehrere Tage gedauert. Es sind dort 16 Cavallerieregimenter, größtentheils Reserven, zum Theil aus weiter Ferne zusammengezogen worden und diese Truppen sind von Sr. Maj. dem Kaiser im ausgezeichnetsten Zustand befunden worden. Nach den letzten [illegible] hatte der Kaiser von Poltawa aus in südlicher Richtung in Begleitung der beiden Großfürsten Nicolaus und Michael die Reise nach Wosnesensk fortgesetzt. (Ll.)

Von der polnischen Grenze, 18. Oct. Nach einem kürzlich erschienenen Befehl des Cultusministers zu Warschau sollen in den Städten des Königreichs die Schülerinnen der Privatanstalten ebenfalls vom 1. Januar ab gleichförmige Kleidung nach Schnitt und Farbe haben, und zwar soll die eine der drei Anstalten zu Kalisch die blaue, die andere die grüne, und die dritte die graue als die ihnen zugewiesenen Farben tragen. Die Schüler der Realschulen und Gymnasien tragen schon seit längerer Zeit Uniform, und müssen jeden Offizier durch Kopfentblößen grüßen. Zufällige oder gar absichtliche Unterlassung dieser Honneurs wird streng, und im Wiederholungsfall sogar hart bestraft. (Pos. Ztg.)

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

XV.

Γ **Köln**, 22. Oct. (Sitzung am 21. Oct.) Siebenter Zeuge, Wilhelm Düssel, Sattler, wohnt bei dem Bruder des Angeklagten Röser. Er hat weder Briefe für Röser erhalten, noch weiß er, daß zu diesem Zweck seine Adresse benuzt werden sollte.

Achter Zeuge, Paul Hönig, Bäcker in Köln. Er empfing unter Couvert zwei Briefe für Röser. Woher sie gekommen, weiß er nicht mehr, ebensowenig auch, ob eine Ansprache darin gewesen. Er übergab sie an Rösers Frau, welche bei ihm wohnte.

Neunter Zeuge, Hermann Swibert Steinel, Anstreicher in Krefeld, derselbe, welcher mit der Communistenkasse von Brüssel durchgegangen sein soll. Er will von einer Communistenverbindung nichts wissen, sondern nur von einem Arbeiterverein in Brüssel. Vernommen will er haben, daß die Arbeitervereine ein Centralcomite in London gehabt, welches nach Paris verlegt werden sollte. Von einer Versammlung, in der die Verlegung einer Centralbehörde nach Paris beschlossen worden, weiß er nichts. Der Präsident läßt ihm ein Actenstück vorlegen, auf dem sich seine Unterschrift befindet. Er erklärt, die Unterschrift sei zwar der seinigen ähnlich, aber er erkenne sie nicht an. Er gibt dann zu, daß das Centralcomite der Arbeitervereine nach Paris verlegt werden sollte. Der Arbeiterverein bestand in Brüssel bis 1850, wo er wegen Sammlungen für Schleswig-Holstein aufgelöst wurde. So lange Zeuge in Brüssel gewesen, sei der Verein nicht wieder zusammengetreten. Die Mitunterschrift eines Briefes an Pastor Duton bestritt er. Eine Geldsammlung von 120 Fr., um einen gewissen Rödel aus dem Gefängniß zu befreien, habe man nach seiner Abreise vorgenommen. Vom Mitnehmen einer Kasse weiß er nichts. Es wird ein Brief verlesen, den man bei einer Haussuchung bei dem Zeugen fand. Er ist unterzeichnet Löhn, d. d. Brüssel, 29 April 1851; darin heißt es: Petersen wolle den Bd. wieder errichten. Auch sei die Kassenangelegenheit wieder zur Sprache gekommen. Schreiber habe ihn (den Zeugen) so gut es ging vertheidigt; er möge das Geld aber schicken, um den Leuten den Mund zu stopfen. Zeuge behauptet, die ihm gemachte Beschuldigung wegen der Kasse beruhe auf einem Irrthum — Der Präsident läßt ihm die Bleistiftcopie eines Schreibens von ihm an Löhn vorlegen, die er nach einigem Widerstreben anerkennt. Darin sagt er, die Kasse betrachte er als Darlehen; es sei ihm bis jetzt unmöglich gewesen, das Geld zurück zu senden. Ferner berichtet er über eine Zusammenkunft des wissenschaftlichen Vereins in Krefeld; dort sei ein Kölner aufgetreten, der bemerkt habe, in Köln sei man viel weiter, da glaube man längst an keinen Gott mehr. Der Name dieses Redners sei ihm schon lange bekannt gewesen. Von ihm erfuhr er, daß sich in Köln wieder Etwas mache, der Adressat Löhn möge deßhalb zögern, sich Petersen anzuschließen, bis er nähere Nachricht aus Köln erhalte. — Der Präsident hält dem Zeugen vor, daß andere Briefe vorliegen, worin er die Entwendung der Kasse mit einer angeblichen Reise nach Amerika entschuldige, und fragt ihn, ob in dem Briefe Löhns die Buchstaben Bd. nicht Bund bedeuten. Zeuge will dieses weder zugeben, noch sich der Bedeutung der Buchstaben erinnern. Auch die Stelle in seinem Briefe: „in Köln mache sich etwas, man möge mit dem Anschluß an Petersen zögern, bis man von Köln Nachricht erhalte," weiß er nicht mehr zu deuten. Obgleich der Präsident ihn an seinen Eid verweist, entsinnt er sich auch des Namens des Kölners nicht mehr, der in Krefeld auftrat, und erkennt ihn auch unter den Angeklagten nicht. Andere Fragen des Präsidenten und des Oberprocurators beantwortet er theils ausweichend, theils verneinend.

Zehnter Zeuge, David Lehmann, Lehrer in Bonn, wohnte früher nahe bei Krefeld, und leitete oft die Versammlungen im wissenschaftlichen Verein. Als der Kölner den Atheismus predigen wollte, nahm er ihm das Wort; auch fand der vorige Zeuge keine Gelegenheit, seine Rednergabe zu dessen Gunsten leuchten zu lassen. Der Kölner habe am Eingange seiner Rede aufgefordert, sich zur Aufklärung Bücher vom Kölner Arbeiterverein kommen zu lassen. Befragt, ob er den Kölner Redner nicht unter den Angeklagten erkenne, bemerkt Zeuge, man habe ihm früher mehrere derselben vorgeführt, darunter habe Röser die meiste Aehnlichkeit mit dem Redner, doch könne er ihn nicht bestimmt dafür erklären. Der Redner, den er nur das eine Mal bei Lampenlicht gesehen, habe ihm blühend geschienen, während Röser leidend aussähe. — Oberprocurator v. Seckendorff: Sagte der Redner nicht, daß er

Digitized by Google

Bibliothekar des Vereins sei? Antw. Ja! — Oberprocurator v. Seckendorff: Angeklagter Reiff, stehen Sie auf! Ist es dieser? Der Zeuge zuckt die Achseln: Ich kann es nicht mit Bestimmtheit behaupten.

Eilfter Zeuge, Theodor Roselt, Bürgermeister in Longerich bei Köln, nahm bei den Eisenbahnarbeitern Groh und Kranrad in Nippes Hausuntersuchung nach verbotenen Schriften vor. Beide gehörten der äußersten Partei an. Bei Ersterem, der in Nippes einen Verein zu bilden suchte, fand er mehrere verbotene Schriften, die derselbe, wie er behauptete, theils direct, theils durch Röser bei Eisen gekauft, theils von einem Dr. Möller oder Müller, der mit der Eisenbahn anlangte, geschenkt erhalten habe. Andere gehörten dem Arbeiterbildungsverein an, und trugen dessen Stempel. Auch fand er bei Groh Kugeln und Zündhütchen. Bei Kranrad fand der Zeuge ebenfalls einige Schriften. Er paraphirte dieselben nicht einzeln, sondern schloß sie in die vor ihm stehende Kiste ein und sandte sie so dem Instructionsrichter.

Zwölfter Zeuge, Heinrich Groh, erklärt, daß er nur ein einziges Buch durch Röser bei Eisen habe kaufen lassen. Die Munition habe er sich angeschafft, weil sie in Nippes von der Regierung die Erlaubniß erlangt hatten, einen Scheibenstand zu errichten.

Dreizehnter Zeuge, Johann Peter Kranrad, Taglöhner, ist harthörig und gibt oft verkehrte Antworten. Die Bücher will er von verschiedenen Personen einzeln erhalten haben, so auch von Groh. Woher das Manifest von 1848 (ein Flugblatt) rühre, weiß er nicht mehr.

Vierzehnter Zeuge, Rudolf Mann, Buchhändler (Firma Eisen): Röser kaufte mehrere Bücher bei ihm, doch seien sie nicht alle communistischen Inhalts gewesen. Er nennt die Ruinen von Volney, Vogts Geschichte der Schöpfung, Steinmanns badische Revolution, den wirklichen Tod Jesu u. a. — Oberprocurator v. Seckendorff: Sandten Sie durch Buchhändler Thomas in London Bücher an Marx? — Antw. Nein. — Angeklagter Becker: Ich bemerke, daß Thomas als Agent von Eisen direct dort die Geschäfte besorgt; auch ist aus dem Geschäft, von dem Marx in seinem Brief spricht, später nichts geworden. Ich bitte den Zeugen zu fragen, ob ich Bücher für den Arbeiterverein oder Arbeiterbildungsverein kaufte? — Zeuge: Nein. Becker genoß 15 pCt., Röser für den Verein 10 pCt. Rabatt.

Fünfzehnter Zeuge, Karl Fromm, Polizeicommissär in Köln, nahm bei dem Schreiner Hagen in Mülheim am Rhein eine eingebundene Sammlung von demagogischen Schriften aus den Jahren 1848 und 1849 in Beschlag.

Sechzehnter Zeuge, Peter Josef Hagen, Schreiner in Mülheim. Er und seine Kinder hätten die Schriften einzeln gesammelt; er kann keine weitere Auskunft darüber ertheilen.

Siebzehnter Zeuge, Ed. Biedebahn, Polizeicommissär in Köln, wohnte der Versammlung zur Errichtung des Beckerschen Preßvereins bei; derselbe kam nicht zu Stande, weil sich nur 40 Personen einfanden. Becker erklärte, für bereits erhaltene Zahlung Broschüren drucken zu wollen. Die Versammlungen des Arbeiterbildungsvereins wären im Locale der „Westdeutschen Zeitung“ gehalten worden und hätte Becker darin Unterricht in der französischen Sprache ertheilt. — Angeklagter Becker. Ich überließ nur auf kurze Zeit dem Arbeiterbildungsverein das betreffende Local, da dieser besorgte, wegen der Miethe die Concession zu verlieren und er augenblicklich kein anderes Local finden konnte. Ich selbst war nicht Mitglied und stellte auch einen Vortrag über Philosophie ab, weil ich jede Collision mit den Behörden vermeiden wollte.

Achtzehnter Zeuge, Josef Simon, Wirth in Köln. Im Jahr 1849 kamen zu verschiedenen Malen mehrere Herren zu mir und ließen sich, da ihnen die Wirthsstube zu besetzt schien, ein besonderes Zimmer geben. Als sie es einst spät am Abend verlangten, weigerte sich Zeuge dessen. Ob grade an jenem Abend, wo dies geschah, Röser, Reiff und Schapper dabei gewesen seien, erinnert er sich nicht mehr. — Der Angeklagte Röser bemerkt, Schapper sei damals gar nicht in Köln gewesen.

Neunzehnter Zeuge, Dochhorn, Polizeicommissär in Köln, wohnte den Verhandlungen des Arbeiterbildungsvereins bei. Röser und Bürgers waren sehr thätig, Reiff Schriftführer, Otto Bibliothekar. Neben geschichtlichen Vorträgen wurde auch eine politische Rundschau und ein Vortrag über den wahren Tod Jesu gehalten. Die Versammlungen wurden im „Kranz“ in der Mühlengasse, einige Zeit bei Becker und zuletzt auf dem Eigelstein gehalten. Bürgers sprach auch über Politik, namentlich einmal über seinen Bruder, der auf den Barrikaden in Dresden gefallen sei. Zeuge habe den Befehl zur Auflösung erhalten, ohne daß dabei Gründe angeführt gewesen seien. Auf Befragen des Vertheidigers Thesmar erklärt er, daß er Reiff, so lange der Verein in seinem Bezirk zusammenkam, nicht gesehen; Röser habe erklärt, daß er ausgeschieden sei. Es scheine eine Spannung zwischen ihnen bestanden zu haben. — Angeklagter Bürgers: Ich habe nur einmal, durch Worte eines Fremden aufgeregt, des Todes meines Bruders erwähnt und sonst nur Vorträge über preußisches Staatsrecht gehalten. Er will über das Verfahren gegen den Verein länger sprechen, der Präsident unterbricht ihn aber, und verweist ihn damit auf die Vertheidigung.

Landwirthschaftliches.

> **Mainz**, 22. Oct. Künftige Woche beginnt in den meisten Gemeinden unserer Provinz die Weinlese. — Der heutige Wochenmarkt war so überfüllt mit Kartoffeln wie noch nie, doch wollten die Landleute mit dem Preise nicht heruntergehen, indem sie sich auf das Faulen der Kartoffeln stützten, was aber lange nicht so arg ist, als die Presse und die Landleute es machen; gerade dadurch ist ein Billigerwerden der Kartoffeln in sicherer Aussicht, da der Bürger seinen gewöhnlichen Wintervorrath aus Angst des Faulens der Kartoffeln nicht einlegt und dieselben im Kleinen einkauft, wodurch bei der diesjährigen Masse der Kartoffeln die Landleute später sich genöthigt sehen werden, im Preise bedeutend herunter zu gehen. Bei einem mittelmäßig strengen Winter läßt sich beinahe mit Gewißheit annehmen, daß das Malter Kartoffeln höchstens 1 fl. 45 kr. (jetzt 2 fl. 30 kr.) kosten kann.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Aus der Schweiz, 20. Oct. Der große Rath von Wallis ist auf morgen zum Entscheid über die Bahn Villeneuve-Martinach-Sitten einberufen. Es wird dabei vorgeschlagen, daß der Staat sich zu verpflichten habe, von Martinach bis zum Tunnel von Menonve eine fahrbare Straße anzulegen. Die Verzweigung nach Bouveret am Genfersee soll einerseits die Walliser Schifffahrt begünstigen, anderseits eine spätere Fortsetzung nach Genf längs des linken Seeufers ermöglichen. — Die Gesellschaft, welche in Frankreich die Concession zu einer Eisenbahn durch das Aindepartement nachsucht, um über St. Rambert einerseits Lyon, anderseits Bourg und Macon zu erreichen, hat beim Staatsrath von Genf ein Concessionsgesuch für die auf Genfer Gebiet gelegene Strecke nachgesucht. Dieselbe beträgt 15 Kilometer oder $2\frac{7}{8}$ Wegstunden, betritt bei der sogenannten Plaine den Kanton, folgt dem rechten Ufer der Rhone über Peney und Vernier und mündet in der Servette aus. Die Gesellschaft verlangt vom Kanton eine Subvention von 2 Millionen, vermittelst welcher sie einen großen Bahnhof herstellen will, welcher für alle weitern in Genf ausmündenden Bahnen dienlich wäre. Die eine Million könnte durch die Stadt auf dem Wege freiwilliger Zeichnungen geliefert werden, die andere durch den Staat, vermittelst eines Anleihens, welches die Gesellschaft aufzunehmen übernimmt. Der Staatsrath zeigt sich bereit, dem Gesuche zu entsprechen.

Handel und Industrie.

Mainz, 22. Oct. Was von den auswärtigen Roggenanfuhren nicht schon früher auf Speicher gebracht wurde, ging diese Woche größtentheils an die Militärmagazine ab, und von Waizen scheinen die Versendungen rheinaufwärts auch ferner anhalten zu wollen. Am heutigen Markte waren die Zufuhren vom Lande ungleich ansehnlicher, als man erwartete; die Preise erfuhren dadurch einen Rückgang, der auch im Großhandel eine mattere Stimmung zu verursachen schien. Unsere heutigen Notirungen sind: Waizen effectiv $10\,/_4$ bis $11\frac{1}{4}$ fl. nach Qualität, gut lieferbarer per November $10\frac{1}{2}$ à $\frac{2}{3}$ fl., per März 11 fl.; Roggen effectiv $9\frac{1}{3}$ à $9\frac{2}{3}$ fl. nach Qualität, gut lieferbarer per März $9\frac{3}{4}$ à $9\frac{5}{6}$ fl.; Gerste effectiv $7\frac{1}{2}$ bis $8\frac{1}{4}$ fl. nach Qualität, alles per netto 100 Kilog.; Hafer $3\frac{3}{4}$ à 4 fl. per Malter; Bohnen, Erbsen und Linsen unverändert. Mohnsamen 15 fl., Kohlsamen $12\frac{1}{2}$ à $13\frac{1}{4}$ fl. per Malter. Rüböl träge und ohne wesentliche Aenderung in den Preisen; effectiv $32\frac{1}{2}$ à 33 Thlr. per 280 Pfund l. G. mit Faß, per October $32\frac{1}{2}$ à 33 Thlr., per Mai $35\frac{1}{2}$ Thlr.; Mohnöl 27 fl. per 50 Kilogr. ohne Faß. Roher Talg $22\frac{3}{4}$ fl. Branntwein und Spiritus unverändert. In der Fruchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 980 Säcke Waizen à 10 fl. 8 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 104 Säcke Korn à 8 fl. 20 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 78 Säcke Gerste à 5 fl. 21 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 196 Säcke Hafer à 3 fl. 37 kr. pr. Sack von netto 120 Pfund; vorher außerhalb derselben: 344 Säcke Waizen à 10 fl. 47 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 10 Säcke Korn à 8 fl. 26 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 52 Säcke Gerste à 6 fl. 12 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 10 fl. 14 kr., Korn 8 fl. 21 kr., Gerste 5 fl. 39 kr. Die Mehlpreise und Brodtaxe blieben unverändert. Hirse ging heute $\frac{1}{2}$ à $\frac{1}{4}$ fl. im Preise zurück und ist durchschnittlich 12 fl. per Malter zu notiren. (Rh. H. Z.)

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 22. Oct. $4\frac{1}{2}$pCt. Rente 107, 10. — 3pCt. do. 82. — Piemont 98, 70. — 3pCt. Span. $46\frac{1}{4}$. — 1pCt. do. $25\frac{1}{4}$. (Synd).

Madrid, 17. Oct. Sonntag.

Antwerpen, 22. Oct. 5pCt. Belg. 101. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $55\frac{9}{16}$. — 3pCt. Span. $46\frac{7}{16}$. — 1pCt. do. $25\frac{3}{16}$. (Synd.)

Amsterdam, 22. Oct. 4 Uhr. $2\frac{1}{2}$pCt. Integr. $63\frac{1}{8}$. — 3pCt. Schuld —. — 4pCt. $94\frac{7}{8}$. — 1pCt. Spanische $25\frac{3}{8}$. — 3pCt. —. — do. inländ. à 6000 fl. $46\frac{3}{16}$. — 4pCt. Portug. —. — 4pCt. Russ. bei Hope 91. — do. bei Stieglitz $90\frac{3}{4}$. — 5pCt. Metall. $77\frac{1}{8}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $40\frac{1}{4}$. — 5pCt Silber-Metall. $90\frac{5}{8}$. (Synd.)

London, 23. Oct. 3pCt. Stocks $100\frac{5}{8}$. — 3pCt. Span. $51\frac{1}{8}$. — 1pCt. do. $25\frac{3}{8}$. (Synd.)

Frankfurt, 23. Oct. Gestern sind hier angekommen: Herr Graf v. Nemerow (Erbgroßherzog Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Strelitz, königliche Hoheit), aus Mecklenburg, im russischen Hof; Se. Durchlaucht der Fürst von Hohenlohe-Kupferzell, im römischen Kaiser; Herr Baron Lionel von Rothschild, aus London und Herr Staatsrath v. Linde, aus Hannover, im englischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. V. Kutschelt.

Niederländische Handels-Gesellschaft.

Die Direction macht hiermit bekannt, daß sie Donnerstag den 18. November 1852 in Amsterdam verfügen läßt:

6061 Kranj. u. Kanaff. Java-Zucker in Amsterdam liegend.
1073 " " " " " Schiedam liegend.
200 " " " " " Dordrecht liegend.

Unter Vorbehalt, diese Partien durch zeitige Anfuhr von noch ungefähr 3000 Kranjangs zu vermehren.

Die Programme nebst Verfügungsbedingungen werden binnen kurzem ausgegeben werden.

Amsterdam, 16. October 1852.

de Monchy, Präsident.
de Clercq, Secretär.

[2418]

Württembergische Gesellschaft für Zucker-Fabrikation.

General-Versammlung.

Die statutengemäße General-Versammlung der Württembergischen Gesellschaft für Zuckerfabrikation wird dieses Jahr im Saale des obern Museums am

Montag den 22. November 1852, Vormittags 9 Uhr,

stattfinden.

Die Gläubiger, zu welchen jedoch nur die Besitzer von Schuldbriefen Litr. A. und B., nicht aber die Besitzer von Actien zu zählen sind, haben sich bei der Verhandlung durch Vorzeigung ihrer Schuldbriefe zu legitimiren; doch ist denselben in Folge früheren Beschlusses gestattet, durch Beibringung einer von der competenten öffentlichen Person oder von einem Mitgliede des Verwaltungs-Ausschusses ausgestellten, nicht über 14 Tage alten Urkunde über das erfolgte Vorweisen der genau bezeichneten Schuldbriefe den Besitz der letzteren darzuthun.

Stuttgart, den 22. October 1852. [2406]

Verwaltungs-Ausschuß der Württembergischen Zuckerfabriken.

Dank.

Da nun fast ein Jahr verflossen ist, daß mein Sohn Ludwig von der schrecklichen Epilepsie durch den practischen Arzt Herrn Dr. med. Bernhard in Berlin (Spandauer Straße Nr. 63) vollständig befreit ist, so führe ich mich getrungen, neben dem innigsten Danke gegen den allgütigen Gott auch zugleich meine lebhafte und herzliche Erkenntlichkeit gegen den Herrn Dr. Bernhard in Berlin hiermit nochmals öffentlich auszusprechen und weise freudig alle an Epilepsie und Krämpfen Leidende zur Abhilfe ihrer Noth an diesen ausgezeichneten Arzt, der bereits so viele Unglückliche von diesen schweren Uebeln geheilt hat.

Probstheida, Ende September 1852.

Diöges Jenaiß beglaubigt:

[2392] Herzogl. S. Hofamt dof. (L. S.) Ed. Freund.

[2399] **Wichtige militärische Neuigkeit.**

In der Arnold'schen Buchhandlung (Verlags-Conto in Dresden sind soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten, in Frankfurt a. M. bei C. Jügel:

H. Aster,
Königlich Sächsischer Oberst a. D.

Die Gefechte und Schlachten bei Leipzig im October 1813.

Großentheils nach neuen, bisher unbenutzten archivarischen Quellen dargestellt.

Erster Theil.
Mit 6 Plänen.

gr. 8. broch. Ladenpreis: Gewöhnliche Ausgabe fl. 10. 48 kr. Velinausgabe fl. 13. 12 kr.

Der zweite (letzte) Theil mit 2 Plänen befindet sich bereits unter der Presse und wird noch im Laufe dieses Jahres erschienen.

[2356] In allen Buchhandlungen ist zu haben, in Frankfurt a. M. in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung:

Der homöopathische Hausfreund.

Ein Hülfsbuch für alle Hausväter, welche die am häufigsten vorkommenden menschlichen Krankheiten in Abwesenheit oder Ermangelung des Arztes schnell, sicher und wohlfeil selbst heilen wollen,

nach den besten Quellen und Hilfsmitteln und vielfältigen eigenen Erfahrungen bearbeitet

von Dr. Friedrich August Günther.

Vierte sehr verm. und verb. Aufl. Zwei Bände. gr. 8 geh. 1850.
Preis fl. 4 48 kr.

Erster Theil, auch unter dem besondern Titel: die Krankheiten der Erwachsenen und ihre homöop. Heilung. Preis fl. 2 24 kr.

Zweiter Theil, auch unter dem besondern Titel: die Kinderkrankheiten und ihre homöopathische Heilung mit einer ausführlichen Abhandlung über die physische Erziehung des Kindes. — Preis fl. 2. 24 kr.

Als dritter Theil erschien im Januar 1853:

Die Frauenkrankheiten und ihre homöopathische Heilung. Von Dr. F. A. Günther. gr. 8. geh. 1852. Preis fl. 2. 24 kr.

Verlag von F. A. Enxel in Sondershausen.

Anzeige.

Die von den Unterzeichneten gestempelten Coupons à Rº 30.— B. A. per 1/13. Juli 1852 von Hope'schen Certificaten über 6% Rufs. Inscriptionen werden à fl. 16. 7 kr. im fl. 24 Fuß per Stück bei denselben eingelöst.

Frankfurt a. M., den 21. October 1852.

[2395] **Grunelius & Comp.**

Cours der Staats-Papiere. 23. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.a.Rothe)	94 1/4	P.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B.	94 3/8	G.
»	5% L. V. (C. à Rothe)	88 3/8	G.
»	5% de. Monte C. 16. I. M	84 5/8	P.
»	Bank-Actien . . .	1390 P. 86	G.
»	5% Metallig. Oblig.	81 3/8 P. 1/4	G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	81 3/8	P.
»	4 1/2% ditto	72 3/4 P. 5/8	ben. u. G.
»	4% ditto	65	P.
»	3% ditto	49	P.
»	2 1/2% ditto	41 3/4	P.
»	1% ditto	16 3/4	P.
»	fl. 250 Loose v. Roths.	119	P.
»	fl. 500 » ditto	191	P.
»	4 1/2% Oblig. b. Bethm.	81 1/4	P.
»	4% ditto	71	G.
Preussen .	3 1/2% Staatsschuld.	94 1/2 P. 94	G.
»	4 1/2% Oblig. b. Roths.	104	P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	113 P. 112 1/2	G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 1/4 P. 3/8	G.
»	4 1/2% ditto	100 5/8 P. 1/2	her.
»	4% ditto	96 3/4	G.
»	4% Anlehens-Rente .	96 3/4 - 1/4	bez.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	92 P. 92 1/4	G.
»	Ludwigsch.-Berbach.	95 5/8 P. 3/4	G.
»	5% Priorit.-Oblig.	102 3/4	G.
Baden . .	5% Obligationen .	101 1/4	G.
»	4 1/2% Obligationen.	102 1/4	G.
»	3 1/2% v. 1849 . .	80 1/2	G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 3/4 P. 66	G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 1/8 P. 1/8	G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103	G.
»	4% ditto	99 1/4	P.
»	3 1/2% ditto	91 1/4	P.

		Per comptant.	
Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28 1/2 P. 1/4	G.
Wurtemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 1/2	bez.
»	3 1/2% ditto	90 1/4	P.
Kurhessen	40 Thlr. L.-b. Rothsch.	35 1/4 P. 3 1/8	G.
»	Prior.-Wilhe.-Nordh.	44 1/4 P. 3/8	G.
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	102	P.
»	4% ditto b. Rothsch.	98	P.
»	3 1/2% ditto b. Rothsch.	92	P.
»	fl. 50 Loose . . .	90 1/4 P. 90	G.
»	fl. 25 Loose . . .	31 1/2 P. 1/4	G.
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	95 3/8 P. 1/2	G.
»	3 1/2% » v. 1846	95	P.
»	3% »	85 1/4	P.
»	Taunusbahnact. .	304 P. 302	G.
Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	103	P.
»	4% Obl. b. Hope & 2.	91	G.
»	4% » b. Stieglitz &	90 1/4	G.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91 1/2 P. 1/4	G.
Spanien	3% Inl. Sch. P. 2. 3 30	46 1/4 P. 1/2	G.
»	1% Neue » »	25 1/2 ben. 1/4	G.
Holland .	4% Certificate . .	94 1/2	G.
»	3 1/2% Syndicate .	94 1/2	G.
»	2 1/2% Integrale .	63	G.
Belgien .	5% Obl. in L. à 20 fr.	100 P. 99 7/8	G.
»	4 1/2% Obl. in Fr. à 25 kr.	99 P. 98	G.
»	4% Obl. in Fr. à 20 kr.	91	G.
»	2 1/2% Obl. in Fr.	56	G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97 1/2	G.
»	5% Obl. b. Humbro	94 1/2	her.
»	Sardinische Loose .	40 1/2	G.
Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Golds.)	101 P. 100 1/2	G.
»	5% 1851 b. Bastogi (dto.)	97 1/2	G.
Kamerika	6% Stocks Dell. 2.30.	116 1/2 P. 116	G.
»	Vereins fl. 10 Loose .	9 P. 8 3/4	G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 23 October	Per comptant.	
Amsterdam .	k.S.	100 B. 1/8 G.
(100 fl. Crt.)	2M.	
Augsburg . .	k.S.	120 B. 119 1/4 G.
(100 fl. Crt.)	2M.	
Berlin	k.S.	105 B. 1/4 G.
(60 Thlr.)	2M.	—
Bremen (80	k.S.	97 B. 1/4 G.
Rthr. l. Ldor.	2M.	—
Hamburg. . .	k.S.	89 B. 89 G.
(100 M. Bc.)	2M.	
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104 1/2 G.
London . . .	k.S.	119 B. 1/4 G.
(10 Liv. St.)	2M.	
Lyon	k.S.	94 B. 1/4 G.
(300 Fr.) .	2M.	
Mailand (250	k.S.	101 B. 100 1/2 G.
Lir. Austr.)	2M.	
Paris	k.S.	94 B. 1/4 G.
(300 Fr.) .	2M.	
Wien (100 fl.)		102 1/2 ben. u G.
im fl. 20 F.)	k.S.	
Disconto . . .		3 G.

Gold und Silber.

Pistolen	à. 9	45 1/4 - 46
Pr. Friedrichsd'or	» 9	55 - 56
Holl. 10 fl. Stücke	» 9	54 1/2 - 55 1/2
Rand-Ducaten	» 5	37 1/2 - 38 1/2
20 Francsstücke	» 9	29 30
Engl. Sovereigns	»	11 54
Gold al Marco	»	383 - 384
5 Frankenthaler	» 2	21 1/2 - 22 1/2
Preuss. Thaler	» 1	44 1/2
Preuss. Cassa-Schn	» 1	45 1/2

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nr. 254.) 24. October 1852.

Deutschland.

w **Frankfurt**, 23. Oct. Gestern Abend sieben Uhr wurde ein von den Wahlmännern der dritten Abtheilung unterzeichneter Protest wegen der bei den Wahlen der ersten Abtheilung angeblich vorgefallenen Unregelmäßigkeiten dem ältern Herrn Bürgermeister übergeben. Es wird beantragt, eine Untersuchung einzuleiten, von deren Resultat den Antragstellern Kenntniß zu geben und vor Beendigung dieser Untersuchung das Wahlcollegium nicht zusammenzurufen, widrigenfalls sie sich weder bei den Wahlen der gesetzgebenden Versammlung betheiligen, noch zugeben könnten, daß ihre Suppleanten eintreten würden.

* **Wien**, 20. Oct. Der Beschluß des Frankfurter Senats, wegen Aufhebung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden, hat unter ihren Glaubensgenossen hier einen um so tiefern Eindruck gemacht, als auch bei den hierortigen Ministerien ähnliche Verhandlungen theils beendigt, theils im Gange sind, und die sogenannte Emancipation der Juden durch die Aufhebung der Grundrechte der frühern Märzconstitution im Principe obnehin beseitigt erscheint. Als richterliche und politische Beamte ist ihnen die Anstellungsfähigkeit speciell wieder genommen worden, und auch rücksichtlich der technischen oder Kassenbedienstungen dürfte, wie wir vernehmen, die Entscheidung nicht zu ihren Gunsten ausfallen. Den Erwerb liegender Güter gestattet man ihnen indessen in der Praxis nach wie zuvor. — Die österreichische Regierung ist, gleich mehreren deutschen Staaten, den Niederlanden und Belgien, von Frankreich eingeladen worden, unter Zugrundelegung des Decrets des Präsidenten Ludwig Napoleon vom 28. Mai d. J., einen Staatsvertrag zum Schutze des schriftstellerischen und artistischen Eigenthums abzuschließen. Der wesentliche Inhalt dieses Decrets ist bekanntlich das unbedingte Verbot des Nachdrucks ausländischer Werke, Musikalien ꝛc. in Frankreich. Dem Vernehmen nach, ist die k. k. Regierung einem solchen Vertrage nicht abgeneigt und sind die Vorarbeiten bereits im Zuge. — Beim Ministerium ist, hiesigen Blättern zufolge, eine Circularnote vom belgischen Ministerium eingetroffen, in welcher dasselbe die jüngsten Verwicklungen mit Frankreich auseinandersetzt und die Befürchtung ausspricht, daß die Feindseligkeiten Frankreichs, welche bis jetzt auf dem Felde der Handelsinteressen an den Tag getreten seien, sich wohl auch auf andere Verhältnisse ausdehnen dürften.

** Aus Mailand, 19. Oct., wird uns geschrieben: Von einem herrlichen Wetter begünstigt fand heute zu Ehren des Herzogs v. Wellington eine große Trauerparade statt. Die in zwei Linien aufgestellte Infanterie, bestehend aus den Regimentern Erzherzog Karl, Albert Gyulay, Prohaska, Fürstenwärther und Mazuchelly, jedes zu drei Bataillone stark, dann die Batterien Artillerie, sowie 8 Schwadronen Reuß-Husaren, gewährte einen herrlichen Anblick, besonders aber zeichnete sich das steiermarkische Regiment Prohaska durch Haltung und Schick der Leute aus, wie man sie noch nie in der Armee gesehen hatte.

* **Berlin**, 21. Oct. Wie wir hören, haben der Reise des hiesigen belgischen Gesandten, Herrn Nothomb, nach Paris, keine politischen Zwecke zum Grunde gelegen. Derselbe hat eine seiner Töchter in eine dortige Pension gebracht. Damit fallen alle Betrachtungen, welche in einzelnen Blättern an diese Reise geknüpft worden sind. Auch haben keine politischen Zwecke Herrn Nothomb nach Belgien geführt. Die Anstellungen, welchen Herrn Nothomb in öffentlichen Blättern deßhalb ausgesetzt ist, haben mithin keinen Boden. Dieser Staatsmann hat es hier in Berlin vielfach offen ausgesprochen, daß es ihn nach einem Ministerportefeuille durchaus nicht mehr verlange. Wenn derselbe seinen hiesigen Gesandtschaftsposten später aufgeben sollte, so dürfte er sich in Preußen naturalisiren lassen und sich auf sein in Schlesien gekauftes Landgut mit seiner Familie zurückziehen. Bekanntlich beschäftigt sich Herr Nothomb mit vielem Eifer und Ernste mit geschichtlichen Studien. — Durch die kurze Thätigkeit des hiesigen allgemeinen Wahlvereins ist nun bereits binnen wenigen Tagen bewirkt worden, daß in sämmtlichen Bezirken der Hauptstadt Versammlungen der Urwähler veranstaltet worden sind. In den hiesigen Kreisen wird davon gesprochen, daß von Seite des Ministeriums des Innern eine Verfügung an die sämmtlichen Landräthe der Monarchie mit Bezugnahme auf die bevorstehenden Wahlen erlassen worden sei, über deren Inhalt man indessen nichts Näheres erfährt, da sonderbarerweise darüber das tiefste Schweigen beobachtet wird. In Betreff des Ergebnisses der Wahlen ist auch jetzt, nachdem die Vorversammlungen begonnen haben, noch nichts mit einiger Bestimmtheit anzugeben. Außer der demokratischen Partei, wenn dieselbe in ihren einzelnen Mitgliedern mitwählen sollte, worüber Zuverlässiges noch nicht bekannt ist, treten in Berlin bei den Wahlen fünf verschiedene conservative Richtungen auf, die wir hier näher bezeichnen wollen: 1) die liberal-constitutionelle; 2) die altpreußische (Bethmann-Hollwegsche); 3) die Gerpertsche (in der Mitte stehend zwischen der Bethmann-Hollwegschen und der ministeriellen); 4) die ministerielle und 5) die Kreuzzeitungspartei, welche letztere eigentlich auch noch in zwei Bruchtheile zerfällt, deren einer die unbedingten Anhänger der Kreuzzeitung umfaßt, die gleichsam durch Dick und Dünn mit diesem Organ gehen. Wenn Sie in dieser oder jener Zeitung lesen, daß diese oder jene Partei die meisten ihrer Candidaten durchsetzen werde, so glauben Sie mir, daß diese Angaben nur auf der bloßen Hoffnung begründet sind und bis jetzt eines jeden thatsächlichen Anhalts entbehren. Wie häufig die Frage in Betreff des Ergebnisses der Wahlen gegenwärtig von Hoch und Niedrig gestellt wird, so weiß sie in Wirklichkeit niemand in ganz Berlin auch nur annähernd zu beantworten.

München, 20. Oct. Der in unserer Hauptstadt schwebende Wucherprocess kann eine ungeheure Ausdehnung erlangen. Jede neue Vernehmung bringt neue Complicen, die entweder als Vermittelungspersonen oder als solche erscheinen, die mit den Mitteln Anderer Wucher getrieben, oft auch nur gegen elenden Gewinn sich als Strohmänner vorschieben ließen. Natürlich werden so lange, als immer neue Mitschuldige bekannt werden, immer wieder neue Haussuchungen gepflogen, weßhalb auch gestern wieder zwei solche stattgefunden haben. Der Actenstoß in dieser Sache soll jetzt schon eine ansehnliche Höhe erreicht haben. Im Publikum herrscht über das Verfahren der einschlägigen königl. Behörden nur eine Stimme der Billigung. (A. Abdz.)

* **München**, 21. Oct. Der halboffizielle Correspondent der „Neuesten Nachrichten" schreibt über die Wiener Conferenzen: „Unter Rücksichtnahme auf die Lage Preußens hofft man zu einer friedlichen Lösung der ziemlich verwirrten Frage auf dem Wege der Vermittelung zu gelangen. Wir geben zwar keine bündige Versicherung eines glücklichen Erfolges der nun wieder beginnenden Wiener Conferenzen, denn das wäre voreilig, aber so viel glauben wir annehmen zu dürfen, daß Preußen selbst nicht in einer Sonderstellung Deutschland gegenüber wird beharren wollen, nachdem von einem so bedeutenden Theile deutscher Staaten neuerdings versucht werden wird, auf dem Wege der möglichsten Billigkeit und Entgegenkommens das Ausscheiden Preußens aus dem Zollverein zu verhindern. Wenn wir die politischen Zustände Europa's erwägen, so muß es jeder Regierung daran liegen, Zerwürfnisse unter sich ferne zu halten, so wie auch jede berechtigt ist, ihre Selbstständigkeit aufrecht zu erhalten. Wir glauben keine vorlaute Aeußerung zu thun, wenn wir von Preußen erwarten, daß es auch dem Gebote der Jetztzeit ein kleines Opfer zur allseitigen Versöhnung bringen werde."

△ **Ludwigshafen**, 21. Oct. Unsere Stadt war heute festlich bewegt und reich geziert, da wir die Ankunft Sr. Maj. des Königs Max erwarteten. Der königl. Regierungspräsident Herr v. Hohe und Herr General v. Kratzeisen waren von Speyer angekommen, um Se. Majestät beim Uebergang über den Rhein zu bewillkommnen. Auch die Geistlichkeit fehlte nicht, als es galt, dem Landesherrn zum erstenmale auf pfälzischem Boden ihre Huldigung darzubringen. Der Herr Bischof von Speyer mit einigen geistlichen Räthen hatte sich zu dem Ende eingefunden und die evangelische Geistlichkeit war in ziemlicher Anzahl vertreten, ebenso die Bürgermeister der Umgegend und selbst die des fernern Kantons Grünstadt. Die Ankunft Sr. Majestät sollte um 3 Uhr erfolgen, und siehe da, es

reits eine halbe Stunde früher fuhr der Wagen über die Brücke und durch die erste Ehrenpforte. Niemand hatte das geahnt und jedermann war überrascht. Erst als die zum Empfang verfammelten Beamten hervortraten und die Menge den König erkannt hatte, erhob sich der begrüßende Jubelruf. Im Hause des Bürgermeisters Lechenberger fand sodann die Vorstellung der Beamten und Deputationen statt, worauf der König zur Tafel ging, zu der mehrere der Anwesenden gezogen wurden. Nachträglich bemerke ich, daß auch der königlich bayerische Bundestagsgesandte Freiherr v. Schrenk von Frankfurt gekommen war, seinen Monarchen auf preußischem Boden zu begrüßen. Leider dämmerte bereits der Abend, als der festliche Eisenbahnzug dem Gebirge zufloß. Se. Majestät wollten noch nach Zweibrücken, um dort zu übernachten. Die Tunnel der Eisenbahn waren glänzend erleuchtet. Von Bewohnern der Kreishauptstadt Speyer hören wir, daß dort besonders festliche Anstalten zum Empfang Sr. Majestät getroffen, sofern die kurze Reise auch nach Speyer gehen wird, was heute noch nicht fest bestimmt zu sein schien.

* **Dresden**, 21. Oct. In einem Artikel des „Dresdener Journals“, von der sächsisch-böhmischen Grenze vom 18. Oct., welcher den österreichischen Verhältnissen, sei es in Gesetzgebung oder in Verwaltung, großes Lob ertheilt und in welchem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß es bald zu einer Einigung zwischen Oesterreich, Preußen und den Darmstädter Verbündeten kommen werde, heißt es schließlich: „Sollten wir uns aber täuschen, sollten sich unsere Vermuthungen als falsch erweisen, sollte das bereits gelockerte Band, statt sich zu erweitern, wirklich zerreißen, sollte man in der That darauf bestehen, das Ganze dem Einzelnen zu opfern, dann gebietet es nicht nur die Klugheit, sondern dann wird es ein Act der Nothwendigkeit, sich zu bemühen und nach irgend einer andern Seite sich hinzuwenden, um hier neue Verbindungen anzuknüpfen. Und welche Seite könnte dies für die sogenannten Coalitionsstaaten anders sein als Oesterreich? — und hat man sich nicht bereits, wenigstens in der Hauptsache, über die Modalitäten des Anschlusses geeinigt? Darf es daher überraschen, wenn Oesterreich sich bereit erklärt hat, mit den letztern Staaten einen Zollvertrag abzuschließen und seine Grenzen schon mit dem 1. Januar 1854 zu öffnen? Gewiß nicht. So sehr wir die Auflösung des jetzigen Zollvereins beklagen würden, so schmerzlich es uns sein würde, statt neu und, dem unaufhaltsamen Drange der Zeit folgend, vergrößert aufgebaut, niedergerissen zu sehen; so fühlbar eine Trennung des Südens vom Norden durch eine Zolllinie für viele Zweige der Industrie sein und diese schwer treffen würde: so würde doch die Oeffnung der Grenzen Oesterreichs für die Coalitionsstaaten ein Mittel sein, geeignet, die durch unabweisbare Verhältnisse erfolgte Auflösung der seither in dieser Beziehung bestandenen Verbindung vergessen zu lassen.“

* **Hanau**, 23. Oct. Das Geständniß des neapolitanischen Schweizersoldaten Hofmann, der Mörder Lichnowsky's zu sein, welches Ihr C-Correspondent aus Bern berichtet hat, beruht auf einer Unwahrheit, von der vermuthlich der zum Tod verurtheilte Soldat irgend einen für sein Schicksal günstigen Erfolg voraussetzte. In dem im Jahr 1850 hier verhandelten Assisenproceß Lichnowsky-Auerswald wurde der Schneidergesell Ludwig von Bockenheim als derjenige verurtheilt, welcher den tödlichen Schuß auf Lichnowsky abgefeuert hat. Der Name Hofmann ist unter den weiter Betheiligten gar nicht genannt worden. (Man vergl. die Note zu dem betreffenden Artikel in Nr. 251, Beilage. Die Red.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 21. Oct. Der organische große Rath, der gegenwärtig aus 163 Mitgliedern besteht, umfaßt 12 Fürsprecher (Advocaten), 7 Aerzte, 20 Tavernenwirthe, 68 Gemeinderäthe und 15 Gemeindeschreiber, somit beinahe $^2/_3$ Gemeindebeamtete. Dieses Resultat ist die Folge des Beamtenausschlusses. Die Staatsbeamten stehen nun unter der Regierung der Gemeindebeamten. — Auf der österreichischen Seite ist letzte Woche der Bau der Apricastraße um 700,000 Lire veraccordirt worden. Der Apricapaß liegt auf der geradesten (jedoch bei den mehrfachen Bergübergängen doch nicht kürzesten) Linie von Chur über den Bernina nach Bormio und Venedig hin. Im Ganzen sollen 2 Mill. Lire für Straßen- und Wasserbauten in der Provinz Sondrio bewilligt worden sein. Der „Alpenbote“ hofft, daß nicht nur der Adbakanal, sondern auch der von Cleven-Castasegna sofort in Angriff genommen werden. Auch auf dem Spügen soll man neue Bauten vorhaben. — Den 1. d. M. wurde die neue deutsche Kirche in Chaur-de-Fonds unter Dach gebracht. — Die Herzogin von Orleans hat Lausanne Mittwoch den 20. d. M. verlassen. Dr. Pellis, mit dessen Behandlung sie sehr zufrieden scheint, begleitet die hohe Frau bis Basel. Vor ihrer Abreise hat dieselbe noch dem Friedensrichter Duxion-Vellon 200 Franken zur Unterstützung Hilfsbedürftiger verabreicht.

Rußland und Polen.

Kalisch, 16. Oct. Die gegenwärtige Inspectionsreise des Kaisers von Rußland und die großen Manöver im südlichen Rußland haben verschiedene Zeitungen mit den Vorgängen und bevorstehenden Eventualitäten in Frankreich in Verbindung gebracht, was indeß keineswegs der Fall ist. Die gegenwärtigen Manöver in Rußland sind nur eine Folge des im russischen Heere seit lange üblichen Gebrauches, nach welchem alljährlich zu einigen Lagern bedeutende Streitkräfte zusammengezogen und größtentheils vom Kaiser genusiert werden. Seit dem Jahre 1845 sind diese Uebungslager von größern Streitkräften bezogen worden, weil sich die active Armee, mit Ausnahme des 5. Infanteriecorps, seit jener Zeit auf dem Kriegsfuße befindet und auch die Reservecavalleriecorps fortwährend mobil sind. Von jeher hatte die russische Armee in Polen ihre bekannten Lagerstätten bei Kalisch (1835—1849), Lowitsch, Suwalki u. s. w., wie in Rußland bei Luck, Homel, Tschugujew, Woznesensk rc. Seit dem ungarischen Feldzuge bezogen allein in Polen und Litauen im Jahre 1850 fast 180,000 Mann drei verschiedene Lager und manövrirten vor dem Kaiser. Im Mai 1851 lagerten 60,000 Mann bei Lowitsch, im September desselben Jahres eben so viel Truppen mit 112 Kanonen bei Moskau und fast gerade in der letzigen Zeit des vorigen Jahres musterte der Kaiser die Reservecavallerie in Tschugujew und bei Elisabethgrad, und das große Lager des 4. Infanteriecorps bei Luck. Es geht nun aus dem hier Angeführten hervor, daß die gegenwärtige Inspectionsreise des Kaisers keine Folge der Kaiserfrage in Frankreich, sondern nur eine jährliche Musterung der zu einem allerdings durch die politische Lage Europa's gebotenen mobilen Zustande befindlichen Truppen ist, welche seit längerer Zeit sich in einem allerdings durch die politische Lage Europa's gebotenen mobilen Zustande befinden. Daß in Rußland bis jetzt noch keine Kriegsbefürchtungen mit Hinsicht auf Frankreich vorhanden sind, geht aus dem Umstande deutlich hervor, daß die Besatzung des Königreichs Polen, welche seit zwei Jahren bedeutend vermindert worden ist, in neuester Zeit keine Vermehrung erfahren hat. Und doch ist Polen mit seinen bedeutenden Festungen, Kasernen und Arsenalen das eigentliche Kriegslager und die Rüstkammer des russischen Heeres, sowie denn auch weder in St. Petersburg, noch in Moskau, sondern in Warschau der Sitz des Generalfeldmarschalls und des Generalstabschefs der activen Armee sich befindet. — Auch die Nachricht, daß die russischen Blätter bezüglich des Präsidenten von Frankreich Schwierigen beobachten, ist unwahr; denn die Warschauer, russischen und polnischen Blätter sprechen unverholen von der Kaiserkrönung am 2. Dec. und von Napoleon III. (Lloyd.)

Schweden.

Stockholm, 15. Oct. Gestern kam die Leiche des Prinzen Gustav auf der norwegischen Dampfcorvette „Nidaros“ hier an und wurde nach ihrer letzten Ruhestätte, der Ritterholmskirche, geführt. — Morgen wird der König nebst der Königin, den Prinzen Oskar und August und der Prinzessin Eugenie erwartet. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 23. Oct. Heute sind Ihre Majestät die verwittwete Königin Marie Amalie, der Prinz von Joinville und die Erbgroßherzogin Auguste von Mecklenburg, Mutter der Herzogin von Orleans, auf der Rückreise aus der Schweiz hier eingetroffen.

* **Wien**, 20. Oct. Zu den hier stattfindenden Zollconferenzen ist bereits von Seite Bayerns der Herr Ministerialrath Dr. v. Hermann, von Sachsen Herr Zolldirector v. Schimpff, von Kurhessen der geh. Legationsrath v. Meyer, von Darmstadt der Ministerialrath v. Biegeleben und von Nassau der Oberfeuerrath Scholz hier eingetroffen. Die Sitzungen beginnen am 25. d. M. und werden, wie im vorigen Jahr, in dem großen Saal des ständischen Gebäudes gehalten werden. Hannover hat sich, wie wir vernehmen, dahin ausgesprochen, daß es bis zur Beendigung der Wiener Zollconferenzen die Verhandlungen über den Septembervertrag aussetzen werde.

* **Wien**, 20. Oct. Die „Presse“ meldet: Zur Ministerium des Aeußern soll man sich mit den im Handelsministerium abgefaßten handelspolitischen Vorlagen vollkommen einverstanden erklärt haben. Das System der Zolleinigung, wie es in den Denkschriften von den Jahren 1849 bis 50 enthalten ist, soll dahin modificirt sein, daß man bereit ist, schon vom 1. Januar 1854 an in Zolleinigung mit allen deutschen Staaten zu treten, die darauf eingehen.

* **Berlin**, 22. Oct. Der bisherige Gesandte in Turin, Kammerherr Graf v. Redern, wird zum Gesandten in Dresden ernannt werden. Wer ihn in Turin ersetzen wird, ist noch nicht festgestellt. Wie die „Neue Preußische Zeitung“ hört, beabsichtigt die sardinische Regierung jetzt wieder, einen Gesandten nach Berlin

zu schicken, und in diesem Falle dürfte auch diesseits nicht ein Geschäftsträger, sondern ein Gesandter nach Turin geschickt werden.

‡ **Paris**, 22. Oct. Große Anschlagzettel an den Straßenecken von Paris verkündigen, daß der Prinz-Präsident heute im Theatre français einer außergewöhnlichen Vorstellung beiwohnen wird. Man gibt „Cinna oder des Augustus Milde" und bringt mit dieser Extravorstellung Amnestiegerüchte in Verbindung. Im Theatersaal selbst sind die geeigneten Vorkehrungen für diesen Abend getroffen; vom Orchester an bis zu den Logen des Paradieses sind alle Plätze genommen. Die für den Prinz-Präsidenten auserselene Loge hat der Director Arsene Houssaye reich ausschmücken lassen; sie trägt von einem goldenen Adler überragt die Namenschiffre Ludwig Napoleons. Die Minister, die Staatswürdenträger, die meisten Generale und Stabsoffiziere der Pariser Armee und eine Menge Personen von Auszeichnung werden ebenfalls diese Vorstellung besuchen, die in den höheren und höchsten politischen Kreisen wie in denen der Kunst Epoche machen zu sollen scheint. Die Rachel, welche in dem „Cinna" auftritt, wird die Vorstellung mit einem von dem Director Arsene verfaßten Prolog: „l'Empire c'est la paix!" eröffnen.

Seit vier Tagen hat der Staatsrath seine Arbeiten wieder aufgenommen. Alle Ausschüsse sind wieder in Thätigkeit, doch werden die öffentlichen Sitzungen der Commission über streitige Angelegenheiten erst zu Anfang des Monats November wieder aufgenommen werden.

Die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers sind vom Präsidenten Billault benachrichtigt worden, daß Se. kaiserl. Hoheit sie nächsten Samstag Abends 8 Uhr im Palast zu St. Cloud in Civilkleid empfangen werde.

Die Ministerialberathungen, welche täglich Mittags 12 Uhr stattfanden, werden jetzt um 10 Uhr Morgens in St. Cloud gehalten.

Seit einigen Tagen bemerkt man in der Nationalbibliothek, daß von vielen Personen die von der Salbung und Krönung der Könige von Frankreich handelnden Bücher sehr fleißig studirt werden; besonders auch die über die Krönungsfeierlichkeiten im Jahr 1804. Man scheint sich auf die Ereignisse der nächsten Zukunft in geeigneter Weise vorbereiten zu wollen.

Einem in Valenciennes verbreiteten Gerücht zufolge beabsichtigt Ludwig Napoleon nach der Berathung des Senats über die Kaiserfrage eine Rundreise durch die Departemente des Nordens und würde bei dieser Gelegenheit Amiens, Arras, Douai, Lille, Valenciennes, Cambrai und St. Quentin besuchen. Auch ein Blatt des Pas du Calais erwähnt dieses Gerüchts und will sogar wissen, daß man in Amiens schon Vorbereitungen zum festlichen Empfang treffe.

Der „Union" zufolge sucht die Polizei eifrig nach Exemplaren eines von dem bekannten Montagnard Schölcher gegen den Prinz-Präsidenten geschriebenen Werks.

✕ **Brüssel**, 22. Oct. Die „Emancipation belge" will wissen, de Theux sei nicht zum König beschieden worden, um ein neues Cabinet zu bilden, der Graf sei nicht einmal in Betreff der eingetretenen Krisis consultirt worden.

‖ **London**, 21. Oct. Heute hat sich der Lordkanzler von Großbritannien nach dem Oberhaus begeben, um mit den üblichen Förmlichkeiten das Parlament zum 4. November einzuberufen.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

XV.

Köln, 22. Oct. (Fortsetzung der Sitzung am 21. October.) Da der vorgeladene Zeuge Haupt nicht erschienen ist, so soll ein Protocoll verlesen werden, auf welches jener jedoch nicht vereidigt worden ist. — Vertheidiger Schneider II. stützt sich auf einen Artikel des neuen Gesetzes, wonach unvereidigte Aussagen nur mit Bewilligung beider Parteien verlesen werden dürfen. Dieses directe Verbot beschränke selbst die discretionäre Gewalt des Präsidenten. Er protestirt gegen die Verlesung; die andern Vertheidiger treten ihm bei. — Der Präsident bestreitet, daß jenes Gesetz seine discretionäre Gewalt beschränke; als giltige Zeugenaussage dürfe und wolle er das Protocoll nicht anführen, wohl aber als Notiz für die Geschwornen. — Vertheidiger Schneider II. trägt darauf an, daß sein Protest und die Weigerung des Präsidenten zu Protocoll genommen werde. Abermals Zustimmung der andern Vertheidiger. Der Vorfall wird protocollirt. Verlesung eines Protocolls vom 4., 5. und 6. Februar 1852, aufgenommen vor dem Instructionsrichter in Köln. Herm. Wilh. Haupt, Handelscommis aus Hamburg, kam im März 1850 als politischer Flüchtling aus der Schweiz nach England. In der Schweiz empfing er Unterstützung vom Flüchtlingscomite, welches Flüchtlinge ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung unterstützte. Anders fand er es in London. An demselben Abend, als Marx von der Versammlung der deutschen Arbeiter ausschied, theilte er ihm die Existenz des communistischen Bundes mit, nahm ihn darin auf und sandte ihn 10 Tage später als seinen Emissär nach Köln und Hamburg. Er wurde jedoch nicht in alle Geheimnisse eingeweiht, sondern erfuhr nur, daß der Bund über ganz Deutschland verbreitet sei, und erst nach ausgebrochener Revolution in Wirksamkeit treten sollte. Ob die Arbeiterbildungsvereine ursprünglich eine communistische Tendenz gehabt hätten, bezweifelt er. Rothjung hätte ihm später angerathen, darin einzutreten, um Propaganda für den Communismus zu machen. Er empfing in London ein Schreiben von Ecarius an Daniels. Direct habe man ihm nicht gesagt, daß dieser Bundesmitglied sei. Marx pflegte sich nur unbestimmt „die Kölner" auszudrücken. Man sagte ihm, er solle sich in Köln als Bundesglied präsentiren. Den Inhalt des Schreibens kannte Zeuge nicht. In Köln unterhielt er sich mit Daniels über den Bund und zweifelte er nicht, daß dieser Mitglied desselben und auch für die neue Centralbehörde bestimmt gewesen sei. Dann traf Haupt in Begleitung desselben mit Bürgers und Röser in des Letztern Wohnung zusammen, wo in Gegenwart einer Frau, wahrscheinlich Frau Röser, der Gegenstand aufs neu besprochen wurde. Es sei ihm (dem Zeugen) über die Kölner Gemeinde fast nichts anvertraut worden und wisse er nicht, ob Dr. Becker Bundesmitglied gewesen sei. Röser sprach von Martens in Hamburg und gab ihm einen Brief an Stechan in Hannover mit. In letzterer Stadt besuchte ihn Stechan im „Victoriahotel", bei welcher Zusammenkunft dieser äußerte, den Dr. Mensching habe er nicht in den Bund aufgenommen. An Daniels in Köln schrieb er von Hamburg aus, weil er ihn für das Haupt des Bundes in Köln hielt; dagegen empfing er eine Antwort von Bürgers, worin dieser sich Briefe unter Couvert des Dr. Klein erbat. Rothjung kam nach Hamburg und ging mit ihm zu Martens, wo sie schlecht empfangen wurden; dann reiste Rothjung weiter nach Kiel. Später schrieb ihm Rothjung von Berlin, daß er sich freue, dort eine Gemeinde ins Leben gerufen zu haben. Bürgers kam nach Hamburg und brachte Ansprachen mit. Deponent erfuhr aber nichts Bestimmtes über Daniels, da Bürgers noch mißtrauischer als Rothjung gewesen sei; doch will er von einem von beiden gehört haben, Dr. Becker gehöre ihnen an. Bürgers sagte ihm von einem Congreß, der auf den Juni anberaumt sei. Haupt wurde in Hamburg zu 13wöchentlichem Arrest verurtheilt, für welchen man ihm jedoch seinen 13wöchentlichen Vorarrest angerechnet, so daß er gleich nach dem Urtheilsspruch entlassen wurde.

Zwanzigster Zeuge, Stephan Anton Nauth, Kaufmann, früher Geschäftsführer der „Neuen Rheinischen Zeitung". Als Marx Köln verließ, bevollmächtigte er den Zeugen mit Regulirung seiner Angelegenheiten. Dieser empfing einst ein Schreiben Haupts von Hamburg, wodurch er sich in seine Geschäftsangelegenheit zwischen Marx und der Schubertschen Buchhandlung in Hamburg einmischen wollte. Da Haupt dem Zeugen gänzlich unbekannt war, so wurde ihm keine Antwort ertheilt. Dr. Becker sei weder Redacteur, noch Mitarbeiter an der „N.Rh.Z." gewesen, und habe nie ein Honorar empfangen. Als Dr. Becker für die „Westdeutsche Zeitung" die Abonnenten und Correspondenten der „N. Rh. Z." zu gewinnen suchte, habe Zeuge die eingehenden Correspondenzen laut Auftrag von Marx ihm vorenthalten. Auch beweise die von Marx und Genossen gegen Dr. Becker gerichtete Anzeige, daß diese nicht im freundschaftlichsten Verhältnisse zu einander standen.

Verlesung einer Aussage von Petersen in Hamburg. Er ist durch Haupt in den Bund aufgenommen worden. Von Köln weiß er nichts. Bürgers und Rothjung sah er in Hamburg, ohne zu wissen, was sie wollten. Laßner und Erhard erklärt er nicht zu kennen. (Die Sitzung wird geschlossen.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 23 Oct. Bei unbedeutendem Handel zeigte sich heute in den meisten Fondsgattungen durchaus keine wesentliche Coursveränderung. Oesterreichische und spanische Effecten waren beinahe ganz wie gestern zu lassen. Von Eisenbahnactien war Fr.-W.-Nordb. 44 3/8 pCt. G., Berbach 95 3/4 pCt. G., Köln-Minden 112 3/4 pCt. G., Taunus 302 fl. G. Von Anlehensloosen waren kurhessische 40 Thlr. Loose mehr gesucht, 34 7/8 pCt. G. In allem Uebrigen keine Bewegung und wenig Geschäft.

Berlin, 22. Oct. Staatssch. 91 1/8 Brf., 93 5/8 G. — Köln-Minden 112 Brf. — Fr.-W.-Nordbahn 41 3/8 Brf., 40 3/8 G., 41 à 40 3/4 bez.

Paris, 22. Oct. 4 1/2 pCt. Rente 107. 10. — 3pCt. 82. — Neapol. 105. — Neue 5pCt. Oesterr. 94 3/4, 7/8. — Spanische neue Diff. 25 3/4, 1/4. — Neue 3pCt. —. — Innere Schuld 46 3/8, 1/2, 1/4. — Passive —. — Bankactien 2950. — Piemont 5pCt. 98, 70. — Römisches Anlehen Juni 1850 98 1/2. — do. 1850 —. — St. Germain-Eisenbahn 1475. — Versailles, linkes Ufer 335. — Straßburg-Basel 375. — Nordbahn 795. — Paris-Straßburg 795.

Die öffentlichen Fonds nahmen heute einen Aufschwung und behaupteten sich während der ganzen Börsenzeit mit großer Festigkeit, Speculationsversuche à la baisse blieben ohne Erfolg, und noch in der letzten Viertelstunde war die Rente sehr gesucht.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 23. Oct. 5pCt. Metall. 94 1/2. — L. B. 109 1/2. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94. — 4 1/2 pCt Metall. 84 3/8. — Bankactien 1342. — 250 fl. Loose 137. — London 11 fl. 31 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 102 3/4. — K.-F.-Nordbahn 216. — Liv.-Florenz 101. — Siena-Empoli 71 1/2. — Paris 137. — London in Triest 11 fl. 30 kr. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Melten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

Agenturen und Commissionen

aller Art werden von einem cautionsfähigen mit den besten Referenzen versehenen jungen Geschäftsmanne in einer ansehnlichen Mittelstadt des Königreichs Sachsen, in deren Umgebung Fabriken und Landwirthschaft blühen, zu übernehmen gesucht. Näheres durch Herrn **Ludw. Fort** in Leipzig. [2403]

[2414] **Lotterie-Anzeige.**

In der beendigten Ziehung 6ter Klasse 122ster hiesiger Stadt-Lotterie haben nachstehende Nummern die beigesetzten Hauptpreise und Prämien gewonnen, nämlich:

Nr. 5637: fl. 10,000, Prämie fl. 100,000, zus. fl. 110,000.

Nr. 20047	fl. 100,000.	Nr. 13375	fl. 6000.
„ 23859	„ 40,000.	„ 3468	„ 5000.
„ 2778	„ 20,000.	„ 10385	„ 5000.
„ 17846	„ 15,000.	„ 21270	„ 4000.
„ 14058	„ 10,000.	„ 21966	„ 4000.
„ 5541	„ 6,000.		

6 Preise à fl. 2000:

Nr. 329, Nr. 8278, Nr. 12384, Nr. 13347, Nr. 16518, Nr. 22640.

80 Preise à fl. 1000:

Nr. 65	Nr. 5109	Nr. 10521	Nr. 13940	Nr. 18807
„ 175	„ 5155	„ 11147	„ 14325	„ 18897
„ 1040	„ 5286	„ 11613	„ 14879	„ 19102
„ 1405	„ 5323	„ 11639	„ 15676	„ 19324
„ 1589	„ 5528	„ 11745	„ 15703	„ 19420
„ 1729	„ 5700	„ 11800	„ 16189	„ 19660
„ 1855	„ 6357	„ 11832	„ 16201	„ 19670
„ 2361	„ 7164	„ 11966	„ 16203	„ 19914
„ 2451	„ 7626	„ 12003	„ 16334	„ 20804
„ 2916	„ 7634	„ 12294	„ 16687	„ 21368
„ 3229	„ 7636	„ 12517	„ 16915	„ 21689
„ 3979	„ 8626	„ 12617	„ 17348	„ 22370
„ 4137	„ 8871	„ 12830	„ 17788	„ 22515
„ 4236	„ 9533	„ 13210	„ 17970	„ 23298
„ 4575	„ 10329	„ 13431	„ 18078	„ 23788
„ 4576	„ 10499	„ 13589	„ 18104	„ 23806

eine Prämie für das 3letzte Loos Nr. 11217: fl. 1000, Gewinn fl. 100; eine Prämie für das 2letzte Loos Nr. 6629: fl. 2000; eine Prämie für das letzte Loos Nr. 5332: fl. 3000, Gewinn fl. 100.

Frankfurt a. M., den 23. October 1852.

Stadt-Lotterie-Direction.

[2383] Wegen Abreise einer englischen Familie ist ein Wiener Flügel (Streicher), gut gehalten, billig zu verkaufen. **Joseph Bingo,**
Zeil, Constablerwache Nr. 1.

P. Kaiser's Möbel-Lager,

Brönnerstraße 9 neu.

Dasselbe ist jetzt von den einfachsten Nußbaum- bis zu den reichsten Luxus-Möbeln so reichhaltig assortirt, daß man gewiß hoffen darf, allen Anforderungen entsprechen zu können. [2407]

[2404] Gute Färber werden unter angenehmen Bedingungen in einer bedeutenden Buntpapier-Fabrik gesucht. Bewerber wollen sich in frankirten Briefen unter Nr. 2404 an die Expedition d. Bl. wenden.

[1926] Ladung.

In Sachen der Ehefrau des Wilhelm Adolph von Großgerau, Klägerin, gegen ihren Ehemann, Beklagten, Ehescheidung betreffend, hat die Klägerin vor unterzeichnetem Gerichte folgende Klage erhoben:

Abschrift.

Erscheint Erstere und klagt:

Der Beklagte, welcher sich gleich mir zur protestantischen Confession bekennt, und mit welchem ich seit Ende December 1850 verheirathet bin, hat sich seit etwa zwei Monaten heimlich von mir entfernt und, allem Vermuthen nach, nach Amerika begeben. Durch diese bösliche Verlassung fühle ich mich in meinen Rechten gekränkt und bitte:

„den Beklagten zur sofortigen Rückkehr zu mir anzuhalten, und falls er dieser Auflage nicht Folge leisten sollte, die Scheidung der zwischen uns bestehenden Ehe vom Bande auszusprechen, jedenfalls aber den Beklagten in alle Proceßkosten zu verurtheilen."

Vorgelesen, genehmigt.

Zur Beglaubigung:
Knorr.

pro copia: Hammel, act. jur.

Der Beklagte, dessen Aufenthaltsort nicht bekannt ist, wird aufgefordert, sich längstens

binnen 3 Monaten

vom Tage des ersten Erscheinens dieser Ladung in den öffentlichen Blättern an, auf die Klage zu erklären, widrigenfalls er des Klaggrundes für geständig erachtet und mit Einreden ausgeschlossen werde. Zugleich wird demselben eröffnet, daß alle weiteren Verfügungen in dieser Sache lediglich durch Anschlagen an die Gerichtsthüre bekannt gemacht werden.

Großgerau, am 20. August 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Becker.

[2341] Edictalladung.

Gegen Michael Scheuer's Eheleute zu Heldenbergen ist der förmliche Concurs erkannt worden und es sind Forderungen und sonstige Ansprüche an dieselben in dem auf

Mittwoch den 15. December d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Liquidationstermine bei Vermeidung Ausschlusses geltend zu machen.

Großkarben, am 9. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Jäger.

[2309] Edictalladung.

Großherzogl. Hofgericht der Provinz Starkenburg zu Darmstadt hat über das Vermögen des von Haus entwichenen Peter Göbel von Bickenbach, für den Fall, daß derselbe im Liquidationstermine keine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger nachweisen kann, förmlichen Concurs erkannt. Es werden darum Alle, welche Forderungen oder sonstige rechtliche Ansprüche an das Vermögen des Peter Göbel bilden, aufgefordert, solche

Dienstag den 23 November l. J,
Vormittags 9 Uhr,

bei hiesigem Gerichte unterm Rechtsnachtheil des stillschweigend eintretenden Ausschlusses zur Anzeige zu bringen.

Peter Göbel aber wird aufgefordert, in dem oben bemerkten Termine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger nachzuweisen, sonst ein Concursverfahren über sein Vermögen verfügt werden soll.

Zwingenberg, den 29. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Brenner. Königer.

[2017] Oeffentliche Bekanntmachung.

Die Ehefrau des Müllers Christian Illig von Münster hat gegen ihren Ehemann auf den Grund böslicher Verlassung und Ehebruch, von Seiten des letzteren, eine Klage auf Trennung der Ehe vom Bande unterm 8. Juli d. J bei unterzeichnetem Gerichte erhoben.

Da der dermalige Aufenthaltsort des ꝛc. Christian Illig unbekannt ist, so wird derselbe hierdurch aufgefordert, um so gewisser sich

binnen 3 Monaten,

von dem Tage des ersten Erscheinens dieser Verfügung in öffentlichen Blättern an gerechnet, auf die Klage zu erklären, als er sonst mit Einreden ausgeschlossen und nach vorheriger Sachuntersuchung nach Maßgabe der Klagbitte erkannt werden würde. Demselben wird dabei noch eröffnet, daß weitere Verfügungen lediglich durch Anschlag an die Gerichtsthüre zu seiner Kenntniß gebracht werden würden.

Offenbach, den 2. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Strecker. Boetticher.

[2161] Edictalladung.

Im Grundbuche der Gemarkung Biblis sind die beiden Grundstücke Flur XI. 195. 38 Acker, 48 Wiesen, die Aepfelbaumhöhe und Flur XIII. Nr. 122, Klafter 201, die lange Jacobsgewann, dem Valtin Burk aus Biblis zugeschrieben, welcher am 22. August 1765 geboren und schon länger als 40 Jahre abwesend ist. Jene beiden Grundstücke befinden sich seit längeren Jahren im Besitze der Enkel des Heinrich Burk, eines verstorbenen Bruders des Valtin Burk und zwar das erstere im Besitze der Katharina Burk, Heinrichs Tochter, und das letztere im Besitz der Geschwister Heinrich, Katharina und Anna Maria Burk, Kinder des verstorbenen Peter Burk. Es wird nun Valtin Burk, nebst seinen etwaigen Leibes- oder sonstigen Erben, welche bessere Ansprüche als die dermaligen Besitzer begründen wollen, aufgefordert, ihre Ansprüche um so gewisser

binnen drei Monaten

vom ersten Erscheinen dieser Aufforderung in öffentlichen Blättern an gerechnet, dahier anzuzeigen und zu begründen, als jene Grundstücke sonst den gegenwärtigen Besitzern als den alleinigen nächsten Erben im Grundbuche zugeschrieben werden sollen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche etwaige dingliche Rechte an jene Grundstücke, über welche keine Eigenthumsurkunden vorliegen, geltend machen wollen, aufgefordert, solches binnen derselben Frist dahier zu thun, widrigenfalls solche nicht weiter berücksichtigt und die Eigenthumsurkunden für die Besitzer ausgefertigt werden sollen. Endlich werden alle, welche etwa an diejenigen Grundstücke, welche der im Jahre 1843 verstorbenen Peter Burk's Wittwe zu Biblis im Grundbuche daselbst zugeschrieben und nun verkauft sind, Eigenthums- oder sonstige Ansprüche machen können oder wollen, aufgefordert, solche

binnen sechs Wochen

bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung dahier zu begründen. Ein vollständiger Grundbuchsauszug über diese Immobilien liegt hier zur Einsicht bereit.

Gernsheim, den 9. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Dr. Buff. Dr. Kleinschmidt.

[2293] Oeffentliche Aufforderung.

Betreffend den Concurs über das Vermögen des K. A. Henwerth von Offenbach.

Nachdem Großh. Hess. Hofgericht über das Vermögen des Rubricaten den förmlichen Concurs erkannt hat, werden dessen sämmtliche Gläubiger zur Anmeldung und Begründung ihrer Forderungen, sowie zur Geltendmachung etwaiger Vorzugsrechte auf

Mittwoch den 1. December d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheil des stillschweigend eintretenden Ausschlusses von der Concursmasse geladen.

In der erwähnten Tagfahrt soll sodann über Masseverwaltung, Bestellung eines Güterpflegers, sowie über die Wahl eines Gläubigerausschusses verhandelt werden, was unter dem Anfügen bekannt gemacht wird, daß in Ansehung der, weder in Selbstperson erscheinenden, noch durch gehörig bevollmächtigte Mandatarien vertretenen Gläubiger, der stillschweigende Beitritt zu den von der Mehrheit der Erschienenen, auch bezüglich eines etwa zu Stande kommenden Arrangements gefaßt werdenden Beschlüssen unterstellt werden wird.

Offenbach, am 2. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Strecker. Bötticher.

[2332] Edictalladung.

Nachdem Gr. Hofgericht zu Gießen über das Vermögen des Paulus Gerhardt zu Kirschgarten den förmlichen Concursproceß erkannt hat, so werden alle diejenigen, welche aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche an dasselbe bilden zu können glauben sollen, hiermit öffentlich aufgefordert, solche so gewiß in dem auf

Donnerstag den 2. December d. J.,
Morgens 8 Uhr,

anberaumt werdenden Liquidationstermine dahier anzuzeigen und zu begründen, als sie ansonst ohne ein weiter zu erlassendes Präclusivdecret von der Concursmasse des Paulus Gerhardt werden ausgeschlossen werden.

Grünberg, den 7. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Welcker. Dr. Ortwein.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Handelspolitischer Beilage.)

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nr. 254.

Sonntag Nr. 13. 21. October 1852.

1. „Wir haben die Verhandlungen nicht abgebrochen."

Ist es nicht eine merkwürdige Thatsache, daß wir seit sieben Monaten darüber streiten, wer denn den Zollverein gebrochen, und wer ihn nicht gebrochen habe? Ist es nicht noch merkwürdiger, daß wir es nicht einmal mehr zur Feststellung einer Thatsache bringen! Noch ist der alte Streit nicht fertig; und schon begann die Tagespresse einen neuen, wer denn die Berliner Conferenzen abgebrochen habe? Anfangs schienen sich alle Theile zu freuen, daß endlich eine Sache zum Schlusse gebracht sei, die den Keim des Todes mit auf die Welt brachte, allein jetzt ist es nur noch der Norden, der sich der That des endlichen Bruches rühmt, während der Süden noch immer in der Frage sich ergeht, wer denn eigentlich und wer uneigentlich gebrochen habe! Sonst sollte man denken, daß man brechen nur könne, was ganz war, aber diese Conferenz war ja schon vor dem Bruche gebrochen. — Jetzt haben sich der Frage auch die Regierungen selbst bemächtigt und es ist gewiß nicht ohne Interesse, über dieselbe einfache Sache zwei entgegenstehende amtliche Aeußerungen zu sehen. Die preußische Regierung sagt in ihrem Rundschreiben vom 8. October:

„Von einem Abbrechen der Verhandlungen durch Preußen kann in keiner Weise die Rede sein."

Hannover spricht über dieselbe Frage Folgendes aus:

„Zum lebhaften Bedauern der diesseitigen Regierung sind in Preußen die Verhandlungen der Zollconferenz abgebrochen worden."

Die Erbauer des babylonischen Thurms verstanden sich nicht, weil sie keine gemeinsame Sprache hatten, wir Deutsche aber, obwohl wir alle — zur Zeit noch — deutsch reden, verstehen uns nicht mehr, weil uns jedes Verständniß des Vaterlandes abhanden gekommen ist.

2. „Eine dritte Macht! dies allein reicht hin."

„Die Erneurung des Zollvereins wurde nicht nur von der freiwilligen Zustimmung der Vertragsschließenden, sondern auch von der Einwilligung einer dritten dem Zollverein nicht angehörigen Macht abhängig gemacht. Diese Betrachtung allein reicht hin, an diesseitigem Grundsatze (— erst später mit Oesterreich —) festzuhalten."

Nun sehe man, zum Verständniß dieser Auffassung in der preußischen Erklärung vom 8. October, wie wunderbar die Thatsachen liegen, auf welche hin dieses Urtheil erfolgte:

Der Septembervertrag wird von Preußen mit einer dritten „dem Zollverein nicht angehörigen" Macht abgeschlossen und vertheidigt, und der gleiche Abschluß der Vereinsregierungen gleichfalls mit einer dritten Macht, von Preußen getadelt;

die „freiwillige Zustimmung" zu dem hannoverschen Vertrag wird den Vereinsregierungen als eine nothwendige auferlegt, hier aber die freiwillige Zustimmung rühmend hervorgehoben;

die Einwilligung der neuen dritten Macht (Hannover) wird als Bedingung festgehalten, die Einwilligung der anderen dritten Macht (Oesterreich) zurückgewiesen;

die gleichzeitige Verhandlung des hannoverschen Vertrags wird als unabänderlich hingestellt, die gleichzeitige Verhandlung des Wiener Vertrags unabänderlich abgelehnt. — Wir schweigen.

3. „Denn alle Schuld rächt sich auf Erden."

Wir wären um Zeitverlust und Erfolglosigkeit der Verhandlung gekommen, wenn gleich anfangs daßjenige festgehalten worden wäre, dessen Unterlassung sich später rächte. Die Zollberathungen konnten nur die doppelte Eigenschaft haben, entweder Zollvereins-Conferenzen oder aber freie Berathungen zu sein. In jenem Falle waren es die Zollvereinsregierungen, die allein Antheil zu nehmen berechtigt und verpflichtet waren. Die Mitglieder saßen darin kraft eigenen Rechts, und kein Mitglied konnte dem anderen weder eine Frist setzen, noch die Tagesordnung allein machen, noch von der Berathung — ausschließen. Waren die Berathungen freie Conferenzen, so forderte die allgemeine Gleichheit, daß entweder kein Theilnehmer oder aber alle Theilnehmer das Recht hätten, eine andere befreundete Regierung mit zu den Berathungen zu ziehen. Wäre diese Gleichheit nicht zugestanden worden, so war die Theilnahme gleich anfangs nicht möglich.

Sind Verhältnisse einmal gespannt, dann wird die Vorsicht und das Recht zur Nothwendigkeit. Wir haben im Interesse des Verständnisses und der Klarheit zeitig auf Beides aufmerksam gemacht und deunoch lehpaft die Form bedauert, wie die Verhandlungen abgebrochen wurden. Wir haben unseren Schmerz darüber ausgesprochen und als Anwort erhalten, diese Demüthigung sei eine verdiente —.

Zeitschrift des Vereins zur Ausbildung der Gewerbe in München.

III.

Die Kunstgebilde in der Industrie.

Paris, so glaubten wir, könne die Hochschule für deutschen Geschmack nicht sein, denn hier wenigstens sind wir auf einem Punkte, wo Deutschland unabhängiger dasteht, als irgend eine Nation der Welt. Untersucht man nämlich, worauf in letzter Ordnung die Schaffung schöner Gebilde beruht, so muß geantwortet werden: auf der Natur. Der Natur aber wird Derjenige am nächsten stehen, welcher selbst natürlich ist, und dies sind wieder Jene, welche durch Sitte und Anschauung von der Natur sich noch nicht zu sehr entfernt haben. Wir aber, so tief wir auch als Nation stehen, sind doch als Einzelne (vielleicht eben deßhalb!) wahrer und natürlicher als die Franzosen. Drängte auch unsere idealistische Philosophie von der Natur zurück, so ist doch merkwürdig, daß der Riesenkampf, den Hegel gegen die Natur führte, ihn selbst stets wieder auf die Natur zurückwarf, und daß wir als Gegenzug in Goethe die wahrste und für uns maßgebendste Persönlichkeit der ganzen neuern Zeit haben. Selbst aber unsere Philosophie hatte wieder für uns vor fremden Nationen den Vorzug, daß die Gesetze des Schönen in Deutschland genauer untersucht und aufgestellt wurden, als dies irgend wo anders geschah oder möglich war. So wirkt also deutsches Wesen und deutsche Wissenschaft gemeinsam zusammen, und gab uns die Mittel an die Hand, in der Schaffung schöner Gebilde eine völlig unabhängige und das Ausland überragende Stellung einnehmen zu können. Was uns aber fehlt besteht darin, daß die hier sich ergänzenden Kräfte in völlig verschiedenen Lagern sich befinden, und daß das Streben vereinigt werden muß, um gemeinsam zu thun, was vereinzelt nicht glücken konnte. Die Künste, so schien es uns, müssen gewerblicher und die Gewerbe künstlicher werden. Um das „wie"

darzuthun, wollen wir zwei der größten Kreise gewerblicher Thätigkeit hervorheben: die Gebilde und Muster der Kleidungs- und verwandter Stoffe einerseits, und die Ziergegenstände und das Hausgeräthe anderseits.

Ueberblicken wir die Gebilde erstlerer Art, so muß für sie, wenn sie schön sein sollen, das Urmuster die Pflanzenwelt sein. Die Pflanzenwelt bietet einen unerschöpflichen Reichthum von Formen, von Farben, von Linien dar, und auf diese Dreiheit wird sich die Summe der Gebilde zurückführen lassen, die wir den Stoffen geben müssen, wenn sie schön sein sollen. Um die Natur aber als Quelle für unsere Stoffgebilde zu benützen, muß man die Natur verstehen, und um sie zu verstehen, muß unser Auge und unser Verständniß nach ihr sich bilden, und um dieses zu thun, mit der Schönheit in der Natur sich beschäftigen und vertraut machen. Zu diesem Zwecke sollten unsere großen Fabrik-Unternehmungen junge Leute, die Sinn dafür verrathen, heranbilden, sie im Zeichnen unterrichten, sie mit der Pflanzenwelt vertraut machen, sie im Auffassen und Anschauen der Natur üben, in der Bereitung der Farben und besonders in dem Gefühte ihrer Auswahl ihr Auge schärfen, und wenn dies alles geschehen, sie dann reisen, große Städte und fremde Unternehmungen sehen, und so den jungen Mann an Welt und Geschmack gewöhnen zu lassen. Solche auf diese Art herangebildete Männer müßten zu dem wichtigen Amte der Zeichner und Bildner genommen werden, und dann werden wir im Stande sein, für unsere Fabrikstoffe Muster zu schaffen, die völlig geeignet wären, schnell die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, uns von der Herrschaft des Auslandes unabhängig zu machen, und selbst in kurzer Zeit Markt und Kundschaft zu beherrschen.

Die Lösung der zweiten Frage, die Darstellung schöner Ziergegenstände und schönen Hausgeräthes sollte uns noch eher glücken, weil den Fabrik-Unternehmungen hier die Beihilfe der Künstler viel näher liegt, als in den Stoff-Gebilden. Die deutsche Kunst besitzt schon einen außerordentlichen Vorrath des Schönen, welcher durch Guß, Galvanoplastik u. s. w. nur in verkleinertem Maßstabe zu übertragen ist, um die herrlichsten Ziergegenstände daraus herzustellen, und für die übrige Ausstattung unserer Wohnungen an Stühlen, Tischen, Oefen, Lampen, Gestellen, Uhren, Geschmeide, wäre es wieder die Künstlerwelt, welche die schöneren Formen zu finden, und es wären dann unsere Gewerben, welche diese Formen zu verwirklichen hätten. Es mangelt uns nicht an Kräften, aber am Ineinandergreifen, nicht an Kunst, nicht an Geschick, aber an praktischer Gewandtheit, und an dem großen Grundsatze der Theilung der Arbeit fehlt uns die Verbindung. Und wie unsere Hochschulen dem Leben zu ferne stehen, so ist es hier auch mit der Kunst und den Gewerben. Man denke, welche Wichtigkeit sich an diese Ideen knüpft: Absatz unserer Stoffe, Nachfrage nach deutschen Mustern, Blüthe unseres Handels, Sieg unserer Sache. „Denn dies, so sagten wir an einem anderen Orte *), sind die Bedingungen, unter denen es gelingen muß, Muster und Stoffe zu liefern, welche sich Bahn brechen werden. Es geht mit den Industrie-Mustern, wie es mit dem Schönen überhaupt geht, und Derjenige beherrscht den Markt, welcher das Schönste zu liefern im Stande ist. Dies wird aber nur demjenigen glücken, welcher Natur und Welt beobachtet, und seine Formen aus jener entnimmt, um diese zu befriedigen."

„Man nehme ein Gemälde, man gebe ein Theaterstück, man führe Musik auf, und man wird als allgemeine Regel finden, daß das wahrhaft Schöne den Sieg davon trägt, und es gefällt eben, weil es schön ist, und es ergreift die Menschen, ohne daß diese wissen, wie ihnen geschieht."

„So muß es gerade auch mit den Gebilden und Formen unserer gesammten Industrie geschehen, und unsere Erzeugnisse in Kleidungsstoffen, in Modesachen und unseren Zimmergeräthen müssen vom Sinne für's Schöne geschaffen sein, wenn sie gefallen sollen."

*) Siehe über Schutzzölle S. 45.

Haben wir den Münchener Verein recht begriffen, so ist die Verwirklichung obiger Ideen zugleich sein schöner Beruf, den er sich vorsetzte, dies die Aufgabe, die er zu lösen sich vornehmen sollte, und nach den Leistungen in seiner Zeitschrift verdient dieser Verein der Führer eines besseren Geschmackes zu sein.

Schutzzoll und Ackerbau.

II.

Also, mein Herr, der Standpunkt, den der Verfasser in seinem Schriftchen festhält — den Gegensatz zwischen Industrie und Ackerbau — war im Voraus unhaltbar und ein Werk, das dieser Aufgabe dienen soll, im Voraus verfehlt. Die Landwirthschaft ist Industrie, und die erstere, welche der zweiten die Stoffe zur Verarbeitung liefert, kann die Feindin der letzteren nicht sein, welche die Preise dieser Stoffe steigert. Zum Staate und dem staatlichen Schutze stehen Landwirthschaft wie Industrie in ganz gleichem Verhältnisse, und einen Grundsatz, daß die Erzeugnisse der Industrie geschützt und jene der Landwirthschaft ohne Schutz sein sollen, gibt es nicht. Der Schutz ist nicht Selbstzweck, d. h. der Schutz ist nicht des Schutzes wegen, sondern eines Gegenstandes wegen da, welcher des Schutzes bedürftig ist. Ist dieser Schutz für die Sache nicht nöthig, so fällt er ebensowohl für die Industrie als für die Landwirthschaft hinweg, und wenn er blos nöthig ist für die Industrie und nicht für die Landwirthschaft, so gilt er eben nur dort und nicht hier, sowie er umgekehrt nur für die Landwirthschaft bestehen soll, wenn er blos für sie und nicht für die Industrie ein Bedürfniß ist.

Die Frage, wann und wo der Schutz einzutreten hat, ist keine Frage des Grundsatzes, sondern der Thatsache, und ändert sich die Thatsache, so ändert sich der Schutz. England hat lange Zeit ebensowohl seine Landwirthschaft wie seine Industrie geschützt, wie Frankreich jetzt noch für beide den Schutz festhält, und als England die Stunde für gekommen glaubte, wo man den Schutz für die Landwirthschaft mehr, für die Industrie weniger ohne Gefahr für England aufheben konnte, that es beides genau in demselben Verhältnisse, als ihm die Thatsachen zu liegen schienen. Wir in Deutschland schützen Industrie und Landwirthschaft, glauben aber, daß nach den gegebenen Verhältnissen die Landwirthschaft und die Viehzucht weniger des Schutzes bedürftig sei, als die Industrie. Die Gründe zu dieser Auffassung der Gesetzgebung liegen in unserer geschichtlichen Entwicklung, wonach wir lange Zeit ein vorherrschend Landwirthschaft und Viehzucht treibendes Volk waren, bis erst die neuere Zeit uns überzeugte, daß die Macht und der Reichthum der ersten Völker Europa's mehr durch die Industrie und den Handel, als durch die Landwirthschaft bedingt wurde.

Sind wir, folgend dem Vorbilde Englands, einmal so weit, daß wir von dem Industrieschutze etwas oder alles nachlassen können, so werden wir etwas oder alles nachlassen, wie es dann eben der Stand der Sache erfordert. Die Frage ist also blos diese, ob der jetzige Stand der deutschen Industrie ein solcher sei, daß er den Wettkampf auf dem Weltmarkte anzunehmen im Stande sei, und diese Frage wird von Jedem verneint werden, welcher unser Capital und die Ausbildung unserer Kräfte mit den gleichen Bedingungen von England vergleicht, und die schwächeren Anfänge unserer mit der ersten Anlage noch ringenden Werkstätten mit den riesenhaften Unternehmungen des ersten Handels- und Industrievolks der Weltgeschichte zusammenhält.

Ist aber zur Zeit der Industrieschutz noch eine Nothwendigkeit, so fragt es sich nicht um seine Aufhebung, sondern einzig um seine Folge, und namentlich ob er die Waaren vertheuert, und welchen Einfluß der Industrieschutz auf die übrigen nicht geschützten Werthe ausübt. — Daß der Schutzzoll die Waaren vertheure, kann im allgemeinen weder behauptet noch geläugnet werden, indem dies von einer Reihe bedingender Thatsachen abhängt. Aus dem Begriffe des Schutzes folgt keine Vertheurung, sondern blos der Ausschluß gleicher Mitbewerbung des Auslandes. Dieser Aus-

schluß kann aber ebensowohl deßhalb geschehen, weil der Ausländer wohlfeilere Waare zu liefern vermag, als deßhalb, weil er bereits im Besitze der Kundschaft ist, und jüngere Mitbewerbungen erdrücken kann, wie dies im Inlande bei gleichen Verhältnissen tagtäglich geschieht. Würde schon der Schutzzoll als solcher eine Verheurung bewirken, so müßte der oft behauptete Satz zugegeben werden, daß die Waare des Inlandes um den Betrag des Eingangszolles im Preise gesteigert würde. Allein diese Ansicht folgt nicht nur nicht aus dem Wesen des Schutzes, sondern ist auch durch die Erfahrung vollständig widerlegt, wie man aus folgenden Belegen entnehmen kann.

1) In der Wollfabrikation stehen die Streichgarngewebe, und namentlich die Tuche und Buckskins, sowie der größte Theil der Kammgarngewebe, insbesondere jene aus wirklichem deutschen Kammgarn, mit den Waaren des Auslandes im Preise gleich, und nicht, wie es nach obiger Behauptung sein müßte, um den Zollbetrag von 30 und 50 Thaler vom Centner höher. In Oesterreich sind die Gegenstände des Hauptbedarfs so billig als in Deutschland und England, und doch bestehen dort Verbote.

2) Im Fache der Baumwollenwaaren übt der Zollsatz von 50 Thalern vom Centner bei den sächsischen Strumpfwaaren gar keine Wirkung auf den Preis mehr aus, und bei den meisten Baumwollenwaaren des gewöhnlichen Bedarfs findet höchstens noch eine Preissteigerung gegen die englischen Preise bis zu $^1/_6$ des Zollsatzes statt. In Frankreich sind die Waaren, namentlich die bedruckten, buntgewebten und klaren Stoffe nur um den Betrag des Zolls auf rohe Baumwolle theurer, als in England, obwohl in Frankreich Verbotzölle bestehen.

3) Die Papierpreise von Belgien, Deutschland und Frankreich sind im Ganzen gleich, obwohl im ersten Lande der Zoll 15, im zweiten 30, im dritten gar 120 Procent des Werthes beträgt. Und wenn der Fabrikant den Zoll auf die Waare schlagen könnte, wie wäre es ferner möglich, daß in England das Papier 50 Procent theurer ist als in Frankreich, wiewohl dort nach Abrechnung der Accise der Zoll nur 9 Thlr. 12 Sgr., hier aber 21 Thlr. 10 Sgr. vom Centner, also mehr als das Doppelte ausmacht? Unter denselben Zöllen bestand aber noch vor 15 Jahren ein ganz anderes Preisverhältniß, da damals das französische und belgische Papier wohlfeiler als das deutsche waren. — Schon aus diesem einen Beispiel ergibt sich unwiderleglich, daß ganz andere Gesetze den Preis bestimmen, als die Zölle.

4) Das belgische Glas gehört auf dem gesammten Glasmarkte zum wohlfeilsten, obwohl seine Zölle höher sind, als die deutschen, das deutsche Glas aber theurer als das belgische ist.

5) Die belgischen Roheisenzölle sind $2^1/_2$, beziehungsweise fünfmal höher als die unsrigen, die Preise des belgischen Roheisens dagegen 15 bis 25 Procent niedriger als die unsrigen. Die französischen Zölle auf Roheisen sind ebenfalls mehr als $2^1/_2$mal höher als die unsrigen, während die Preise sich gleich sind. Die Einfuhr des Rohstahls war in Oesterreich verboten, bei uns aber nur mit $1^1/_2$ Thaler besteuert, während er dort 10 Procent wohlfeiler als bei uns ist. Im Zollverein und Frankreich stehen die Preise dieses Stahls ganz gleich, obgleich die Zölle dort $9^1/_2$, bei uns nur $1^1/_2$ Thlr. vom Zoll-Centner betragen.

6) Wenn die Preise um den Betrag der Zollsätze steigen, wie kommt es, daß wir so viele Waaren aus Ländern beziehen, in denen die höchsten Zollsätze bestehen, und wie soll die Preissteigerung dort berechnet werden, wo Eingangsverbote bestehen?

Das Gewerbe und der Handel.

In einem Rundschreiben der württembergischen Handelsgesellschaft, über deren Gründung wir Nr. 10. S. 38 berichteten, kommen folgende interessante Stellen vor:

„Nur wenn dem Fabrikanten oder Arbeitsmeister die Gelegenheit gegeben ist, ohne großen Aufwand von Zeit und Mühe sich persönlich und durch Augenschein darüber zu unterrichten, wie seine Arbeit gefertigt, bezeichnet, verpackt u. sein muß, nur gute Rechnung zu machen, und wenn er der Mühe und Sorge des Versandts enthoben und in die Lage versetzt wird, gegen Abgabe seiner Waare alsbald sein Geld dafür erheben zu können, kann die Darstellung ausfuhrfähiger Waaren einen gedeihlichen und raschen Aufschwung nehmen. Und wiederum können die Großhandlungen an den Stapelplätzen des Welthandels nur dann aus einem fernen Lande beziehen, wenn ihnen in demselben eine Gelegenheit geboten ist, in jener großen Menge und in jener Mannigfaltigkeit ihre Bedürfe zu machen, die der Welthandel gebietet. Es ist selbstverständlich, daß Häuser, welche gewohnt sind, ihre Waaren in großen Mengen zu beziehen, sich nie dazu verstehen werden, solche in kleinen Partien und mit allen Mängeln des getheilten Bezugs aus den einzelnen Werkstätten einzukaufen. Ueberhaupt aber muß nach dem großen Markte hin die eine Waare die andere verkaufen helfen."

„... Es ist eine Thatsache, die wir weder bekämpfen noch vertheidigen wollen, vor der wir aber jedenfalls die Augen nicht verschließen dürfen, daß in unserem Lande der Gewerbestand dem Handelsstande nicht eben aufs Günstigste zugethan ist. Mit mißliebigen Blicken betrachten viele der Gewerbetreibenden das Handelsrecht der Kunstelle und sehen in ihnen nur diejenigen, welche durch Herbeischaffung fremder Waaren ihnen Concurrenz machen. Hier nun ist Gelegenheit für den Handelsstand gegeben, weitere Beweise zu liefern, daß er auch bereit ist, seine Kräfte dem Gewerbe zu widmen, um dessen Erzeugnisse auf fernen Märkten zu verwerthen. Das Gewerbe soll erzeugen, der Handel soll verwerthen, das ist der richtige Grundsatz, den der rationelle Kaufmann dem verirrten Gewerbsmanne zuruft, der sein Heil anstatt an seiner Werkbank oder seinem Webestuhl im Bettelröckeln seiner Arbeiten auf dem Wege des Hausirens oder der Jahrmärkte sucht. Wohlan denn! thun wir einmal einen großen Schritt vorwärts, um dem Gewerbsmanne zu ermöglichen, an seiner Bank, auf seinem Stuhle fortzuarbeiten, und dabei sich eines, wenn auch mäßigen, doch regelmäßigen Lohnes zu erfreuen! Weiß't doch unser eigenes kaufmännisches Interesse uns so eindringlich darauf hin! Denn wenn auch ein gesteigerter Absatz vaterländischer Gewerbserzeugnisse zunächst den Gewerbsmann ernähren und vorabringen wird, so wird er doch ebenso dem mit jedem Tage mehr übersesten, mit jedem Tage mehr in seinem Erwerbe geschmälerten Handelsstande neue Erwerbsquellen eröffnen, und manche unserer Handelstreibenden werden, anstehnend an das Comptoir der Handelsgesellschaft oder nach durchgemachter Schule, am Ende auch ohne dasselbe, directe Geschäfte nach Außen machend, den Tag segnen, wo sie diese höhere Aufgabe ihres Berufs erkannt und ergriffen, und dadurch ihren Nachkommen Brod und Erwerb geschert haben."

Eisenschutzzoll.

Der Leitartikel in Nr. 257 der „Kölnischen Zeitung", die „Eisenzölle des Zollvereins" betreffend, bedarf der Berichtigung und Widerlegung.

Abgesehen von den Uebertreibungen in den Angaben des Eisenconsums verschiedener Länder (der Zollverein soll z. B. im Eisenverbrauch gegen den Steuerverein fast 50 Procent zurückstehen, während die Differenz in Wirklichkeit keine 20 Procent beträgt), so fragen wir, was denn eigentlich solchen Consumtions-Vergleichungen in Bezug auf die handelspolitischen Systeme für Beweiskraft beizulegen sei. Ist etwa der Verzehr unabhängig von den Mitteln des Verzehrenden? Hat die Ausgabe nichts nach der Einnahme zu fragen? Und ist das Bedürfniß nach bestimmten Verbrauchs-Gegenständen, die Neigung, sich ihrer statt anderer zu bedienen, überall gleich groß? Die „Kölnische Zeitung" wird diese

Fragen im Ernste wohl nicht beijahen wollen. Thut sie es aber, nun, so haben wir eben so viele Gegenbeweise zur Hand, daß das Schutzsystem den Verbrauch nicht beeinträchtige. Die Schweiz und Mecklenburg, wo Eisenzölle niemals existirten, verbrauchen gegen 20 Procent weniger Eisen, als der Zollverein; Frankreich mit seinen Prohibitivzöllen, Belgien mit seinen hohen Schutzzöllen verbrauchen weit mehr, als der Zollverein und alle übrigen Staaten des Continents; ja, die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit ihren Schutzzöllen von 30 Procent des Werthes auf rohes und fabricirtes Eisen consumirten selbst mehr Eisen per Kopf, als England. Wo bleibt da die Beweiskraft der in der „Kölnischen Zeitung" enthaltenen Angaben?

Eine Vergleichung des Reichthums der verschiedenen Länder, wo consequent das eine oder das andere handelspolitische System geherrscht hat, kann eher als ein Beweis für oder gegen das andere angezogen werden. Und diesen Hinweis acceptirt die Schutzpartei ohne Weiteres. Der Reichthum Englands, der Vereinigten Staaten, Frankreichs u. s. w., die unter dem Schutzsystem groß wurden, kann schon den Vergleich aushalten. Daß Englands Reichthum erst von der Abschaffung der Zölle für verschiedene Industriezweige, die vor sechs Jahren durch R. Peel vorgenommen ward (Huskisson's Reformen 1825 beseitigen blos das Prohibitiv-, keineswegs das Schutzsystem), bahren soll, ist zwar eine neue freisinnige Entdeckung, die aber in sehr mit den Begriffe der Absurdität zusammenfällt, mit der Widerlegung zu behelfen.

Fast noch nichtssagender als jene Consumtions-Vergleichungen erscheint der zweite Theil des Leitartikels in Nr. 257, der, gestützt auf die Productions-Berechnungen des Robejens in einer Einladung zu Actien-Zeichnungen auf Eisenwerke in Mühlheim a. d. Ruhr, die Entbehrlichkeit des Eisenschutzzolles darthun will. Der Verfasser macht vorerst die total falsche Mittheilung, daß die in jenem Schriftchen gemachte Berechnung, man könne das Robeisen zu 8 Thlrn. per 1000 Pfund produciren, sich auf vier Werke in ganz verschiedenen Lagen der Rheinprovinz (Kattingen, Berg.-Gladbach, Neuwied und das Siegerland) beziehe, während darin nur die Rede von der Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mühlheim a. d. Ruhr und der Peter-Paul-Hütte in Dürkheim ist, und der gelehrte Verfasser „Eisensteingruben" mit „Eisenwerken" verwechselt hat! Demnächst aber macht er sich der kaum begreiflichen Oberflächlichkeit schuldig, auf Angaben über die zukünftigen Productionskosten eines in der hierfür günstigsten Gegend Deutschlands gelegenen Werkes allgemeine handelspolitische Maßregeln für Tausende von bestehenden Werken, deren Berechnungen weit höherer Productionskosten doch wohl gleichen Glauben verdienen, angeordnet wissen zu wollen.

Einzelne Werke im Ruhr-Revier möchten schon jetzt eine kleine Zollermäßigung ertragen können, die übergroße Mehrzahl aber kann dies noch nicht. Daß aber unter dem Schutzzoll nur solche Eisenwerke entstehen, welche billiger als die älteren produciren und die künftige Concurrenz-Fähigkeit vor Allem im Auge halten, davon gibt es keine schlagendere Widerlegung gegen die freihändlerische, auch in jenem Leitartikel wiederholte Behauptung, die hohen Zölle brächten nur Treibhauspflanzen, theuer producirende Fabriken, hervor!

Sächsischer Bergbau.

Die Eisenhüttenfrage wird nicht nur für Sachsen überhaupt, sondern für unser Erzgebirge ganz besonders mit jedem Tage wichtiger und ernster. Sobald Schlesien und Westphalen, diese beiden von der Natur am meisten begünstigten Eisenerzeugungsländer Deutschlands, sich alle die Vortheile der Fabrikation aneignen, durch welche England und Belgien auf diesem Gebiete so Großes leisten, so können die obererzgebirgischen Eisenhüttenwerke, die zur Zeit vorzugsweise noch auf Holzfohlen und überhaupt auf theueres Brennmaterial verwiesen sind, schlechterdings keine Concurrenz mehr aushalten. Das Fabrikwesen Sachsens und sein Bergbau bedürfen 600,000 Centner Robeisen. Davon erzeugt aber Sachsen selbst nur etwa ½; der übrige Bedarf muß mit schweren Geldsummen von dem Auslande bezogen werden. In einem ähnlichen Falle befindet sich Württemberg: von den 450,000 Centnern, deren es bedarf, fabricirt es beiläufig 150,000 Centner. Um diesen Ausfall durch eigene Fabrikation zu decken, macht der Bergrath Schübler in seiner trefflichen Schrift „der Kampf der Eisenhüttenwerke mit Holzkohlenbetrieb gegen die Hüttenwerke mit Steinkohlenbetrieb" (Stuttgart 1852) den Vorschlag, Steinkohlen entweder von Saarbrück oder von Zwickau durch Eisenbahn zu beziehen, unter der Voraussetzung, daß auf den Centner von Meile nur 1½ Pf. Transportkosten gerechnet werden dürfen. Die 50 deutsche Meilen von Zwickau entfernten württembergischen Eisenhüttenwerke glauben durch Benutzung sächsischer Steinkohlen mit Vortheil arbeiten zu können, während wir bei einer Entfernung von beiläufig nur 4 Meilen dies nicht vermögen? Ganz natürlich: mit haben zu unseren Eisenhüttenwerken keine Eisenbahn und deßhalb einen Transportaufwand, der uns unsere eigenen Goldlager — denn das sind die Steinkohlenlager für Sachsens Industrie — nicht hinlänglich benutzen läßt. Darum sagt die Bergwerkszeitung in ihrer neuesten Nummer mit Recht: Man muß das Aeußerste aufbieten, um den Centralpunkten der Industrie die Kohlen auf die billigste Weise zuzuführen, indem hierdurch allein eine solide Basis für die Gewerbsthätigkeit geschaffen werden kann, und dies um so mehr, je zuversichtlicher die Rentabilität dahin zielender Unternehmungen einem Jeden erscheinen muß, der mit den maßgebenden Localverhältnissen nur einigermaßen vertraut ist. (L. Z.)

Nachrichten über Handel und Gewerbe.

—: **Geldwesen.** Ueber den täglich mehr fühlbar werdenden Mangel an Silbermünze auf dem englischen Geldmarkte äußert sich der „Economist" in folgender Weise: Als Grund dafür werde von Vielen angegeben, das Silber an und für sich ein seltenes Metall sei, und daß frin allmäliges Verschwinden nur die Folge seines im Vergleich mit Gold steigenden Werthes sei. Bei einigermaßen genauer Beurtheilung jedoch muß es sich herausstellen, daß diese Gründe nicht stichhaltig sind. Wollte man die Ausweise der Bank als Maßstab annehmen, dann freilich müßte man zugeben, daß das Silber in England weniger geworden ist. Die Bank besaß nämlich

		Gold.	Silber.
am 4. Sept.	1847	7,373,815 Pfd. St.	1,023,030 Pfd. St.
„ 2. „	1848	12,177,567 „ „	705,938 „ „
„ 8. „	1849	13,641,173 „ „	277,077 „ „
„ 7. „	1850	15,883,857 „ „	219,958 „ „
„ 5. „	1851	13,674,190 „ „	33,375 „ „
„ 4. „	1852	21,334,921 „ „	19,154 „ „

Die Differenzen sind allerdings sehr mächtig. Der Goldvorrath stieg von 7,373,815 Pfd. St. auf 21,334,921 Pfd. St., während der Silbervorrath in derselben Epoche von 1,023,030 Pfd. St. auf 19,154 Pfd. St. zusammenschmolz, wobei nur zu bemerken wäre, daß der letztgenannten Summe die Bank eine (nicht angegebene) Quantität Silber zur Realisirung ihres Bankgeschäfts besitzt. Aber so auffallend obige Tabelle sein mag, so hat sie doch nichts mit der relativen Werthveränderung von Gold und Silber zu thun. Im Ausgabedepartement sollte die Bank von England eigentlich gar kein Silber haben. Denn Gold allein ist (mit Ausnahme von Summen bis zu 40 s.) die legale Landeswährung, und die Bank kann somit ihre Noten nur mit Gold einlösen. Silber im Ausgabedepartement figurirt blos als ein Theil der hinterlegten Sicherheit für die hinausgegebenen Noten, liegt dort als Waare, die steigen und fallen kann. Bei der Krisis im Jahr 1847 zeigte es sich deutlich, was es mit dem Silbervorrath von 1,023,030 Pfd. St. für Bewandtniß hatte. Man war gezwungen, mit großem Verluste Gold dafür einzutauschen, und seitdem haben die Bankdirectoren es vermieden, im Ausgabedepartement einen großen Silbervorrath zu bewahren. Der gegenwärtige Mangel an Silber in der Bank rührt daher weder von der primitiven Quantität besselben, noch von dessen relativ gesteigertem Werthe her. Beweis dafür ist die letzte Behauptung ib. daß der Marktpreis des Silbers noch immer niedriger als dessen Preis in der Münze ist. Solange die Regierung Silber zu 5 s. 9/11 d. die Unze kaufen und ausgeprägt zu 5 s. 2 d. verkaufen kann, läßt sich die Seltenheit des Silbers nicht gut obigen Gründen beimessen. Der wahre Grund liegt in der gesteigerten Nachfrage zu Hause und in den Colonien. Die Ernteshöne steigern um diese Jahreszeit regelmäßig den Silberbegehr; dazu kommen die gesteigerten Löhne in den Fabrikorten, der Zuwachs an Arbeit und vor Allem die Verkehrsbedürfnisse in Australien, die mit der Quantität des baselbst gefundenen Goldes nichts weiter zu thun haben, als daß durch die Goldentdeckungen eben nur der Verkehr und die Bevölkerung von Australien rasch gesteigert ist. Dem Uebel könnte aber, nach der Ansicht des „Economist", dadurch begegnet werden, daß das Gesetz, wonach Silber nur bis zu einer Summe von 40 s. als legale Währung gelten soll, in den Colonien ebenso strenge wie im Mutterlande eingehalten würde. In diesem Falle und bei einer gesteigerten Thätigkeit der Münze sei das Uebel nur vorübergehend, wie es in den Jahren 1835 und 1836 ebenfalls um diese Jahreszeit gewesen war. Die Nachfrage nach Silber aus den Colonien werde allerdings wahrscheinlich noch lange fortdauern, aber sie könne ohne Anstand befriedigt werden, so lange die Münze die Unze Silber zu 5 s. 9/11 d. kaufen und mit 5 s. 2 d., also mit Profit, ausprägen könne.

Druck von August Osterrieth.

№ 255. Montag den 25. October 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereichstarif von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Vereins deutscher Postverwaltungsgebiete 2 Thlr. 15 Sgr. 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in dem k. k. österreichischen Steuerinlandsatz 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übereeische Länder nimmt Herr H. L. Alexander in Straßburg Abonnements Fr. an, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23. Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen die Zeile (4½ Sgr. Tinte) mit Postschrift oder deren Raum 5 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

= **Frankfurt**, 24. Oct. Die Wiedereröffnung der Paulskirche hat heute in erhebendster Weise stattgefunden. Die Kirche war in allen Räumen stark besetzt, der Altar mit dem Crucifix, den Abendmahlsgefäßen und der Bibel geschmückt. Die Bürgermeister und das gesammte Consistorium, sowie der ganze Kirchenvorstand waren anwesend. Das einleitende Gebet wurde durch Herrn Pfarrer Meisinger gesprochen. Der dann eintretende Chor des Cäcilienvereins unter Direction Messers war von wundervoller Wirkung, ebenso das meisterhafte Orgelspiel des Herrn Organisten Petsche; dann folgte Wechselgesang des Chors und der Gemeinde. Die Predigt hielt Herr Pfarrer Wehner über den Text: „Himmel und Erde werden vergehen, aber meine Worte werden nicht vergehen" mit hinreißender Beredtsamkeit; er mahnte, den Sinn von dem Irdischen ab- und auf die unvergänglichen Güter hinzulenken. Den Schluß machte der Choral: „Nun danket alle Gott" mit voller Kraft der Orgel.

* **Wien**, 21. Oct. Aus einem Handbillet Sr. Maj. des Kaisers an den Marineobercommandanten Grafen Wimpffen ersieht man, daß das deutsche Commando auf der österreichischen Flotte bereits durchgeführt ist. — Der päpstliche Nuntius Mons. Viale Prela soll von hier abberufen sein. — Die Publication des Bürgerwehrgesetzes, welche man täglich erwartete, scheint der „Schles. Zeitung" zufolge verschoben zu sein. — Die Eisenbahnbauten über den Semmering gehen so rasch von statten, daß die Eröffnung dieser Strecke für den Frachtverkehr noch im Laufe dieses Winters möglich sein wird. Die Personenfahrten werden im Frühjahr beginnen. — Hinsichtlich der Bruck-Salzburger Bahn werden die Vorarbeiten fleißig gepflogen, man ist aber damit zu einem Abschluß noch nicht gelangt. Das Trace ist mit mannigfachen Veränderungen projectirt und das Elaborat wird erst dem Handels- und Finanzministerium zur Schlußfassung vorgelegt werden.

* **Berlin**, 22. Oct. Diplomatische Verhandlungen mit Wien in der Zollfrage sind von dieselbst noch nicht angeknüpft, aus dem einfachen Grunde, sagt der „Nürnb. Corresp.", weil man ein Entgegenkommen Oesterreichs wohl voraussetzen darf. Alles, was bisher geschehen, besteht darin, daß Herr v. Prokesch-Osten am 14. d. M. nach Wien über den Geist der Unterredung, welche er am 12. d. M. mit dem Herrn Ministerpräsidenten hatte, berichtet hat. In jener Unterredung nämlich ist das preußische Verhalten nicht nur genau erörtert, sondern auch der nunmehr fest einzuhaltende Weg und die Grenzen bezeichnet worden, innerhalb welcher etwa noch Verhandlungen mit Oesterreich wünschenswerth erscheinen könnten. Wahrscheinlich hat nun Herr v. Prokesch-Osten um die nöthigen Instructionen nachgesucht, da er sich bis dahin ohne solche für anzuknüpfende Verhandlungen befunden. — Die Nachricht der „N. Pr. Z." über die Abberufung des Herrn v. Prokesch ist unbegründet; derselbe bleibt auf seinem Posten.

* **München**, 21. Oct. Im Laufe der nächsten Woche werden der Herzog und die Frau Herzogin von Coburg auf der Rückreise aus dem Gebirge wieder hier eintreffen und mehrere Tage in unserer Stadt verweilen. — Herr Reichsrath v. Niethammer wurde, weil er sich als Geschworner vor dem Schluß der letzten Quartalsitzung von hier entfernte, vom Gerichtshof in eine Strafe von 100 fl. verurtheilt. Derselbe hatte wegen Familienangelegenheiten einen Urlaub nachgesucht, der ihm aber, obgleich der Staatsanwalt das Gesuch befürwortete, vom Gerichtshof nicht ertheilt worden war. — Während unsere Verfassung seit ihrem Bestehen, namentlich aber in den letzten vier Jahren, vielfache Abänderungen und Ergänzungen erfahren hat, fehlte bis jetzt doch eine Gesammtausgabe der noch geltenden Verfassungsgesetze und Verfassungsbestimmungen; eine solche Ausgabe hat nun Hr. Prof. Dr. Pözl veranstaltet und dieselbe mit den nöthigen Erläuterungen und einer Einleitung, die von der Entstehung der Verfassungsurkunde und ihrer Entwicklung bis auf die Gegenwart handelt, versehen. Die desfallige Schrift, „Sammlung der bayerischen Verfassungsgesetze ꝛc.", ist dieser Tage in der Palmschen Buchhandlung hier erschienen und ist durch dieselbe einem in der That sehr dringenden Bedürfniß abgeholfen worden. — Die Schrift, wegen welcher kürzlich Buchhändler Göbel in Stuttgart verhaftet wurde, „Deutschland und die abendländische Civilisation", ist gestern in den hiesigen Buchhandlungen confiscirt worden.

Nürnberg, 22. Oct. Die gestrige Nummer 295 des „Nürnberger Kuriers" wurde unter Allegirung des Art. 26 des Preßgesetzes mit polizeilichem Beschlag belegt. Veranlassung dazu gab ein Artikel über die handelspolitische Frage im Zollverein.

* **Speyer**, 22. Oct. Der französische General Waldner von Freundheim ist aus Straßburg hier eingetroffen und nach Zweibrücken weiter gereist, um dort Sr. Majestät den König Max im Namen Ludwig Napoleons zu begrüßen. In seiner Begleitung befinden sich, wie man sagt, die beiden Präfecten von Straßburg und Metz.

Hannover, 20. Oct. Unsere Regierung hat zwar eine Einladung zur Theilnahme an der Wiener Zollconferenz erhalten und es haben in den letzten Tagen Berathungen im Ministerium stattgefunden, ob jene Conferenz durch einen diesseitigen Bevollmächtigten beschickt werden solle, wir hören jedoch, daß man davon Abstand genommen. Die Stellung des Ministeriums ist nun die, daß es zunächst abwarten will, welches Resultat die Conferenzen in Wien liefern und ob dieselben für positive Ergebnisse fruchtbarer als die in Berlin sein werden. Hiernach wird dann seine Stellung einnehmen und danach seine Handlungen formuliren. (D. A. Z.)

Stuttgart, 21. Oct. Hr. v. Sigel wird als württembergischer Bevollmächtigter zu den in Wien stattfindenden Conferenzen abgehen.

** **Karlsruhe**, 23. Oct. Heute Mittag trifft das 6. Infanteriebataillon hier ein, um die durch den Abgang des 2. Bataillons nach Mannheim in der hiesigen Garnison entstandene Lücke auszufüllen. Wir haben alsdann 3 Bataillone (1., 5. und 6.) hier in Besatzung. — Am nächsten Montag wird der neue Hoftheaterdirector, Herr Eduard Devrient, durch den seitherigen provisorischen Intendanten der Hofbühne, den großherzoglichen Hofmusikintendanten, Freiherrn v. Kettner, in sein Amt eingeführt werden.

△ **Hanau**, 23. Oct. Meine neuliche Correspondenz über den Wechsel in dem Spielpachtverhältniß von Wilhelmsbad muß ich dahin modificiren, daß einem neuen Pächter allerdings, wie bestimmt versichert wird, auf das Gebot von 14,000 Thlr. Pachtgeld Zusicherungen gemacht, diese aber höhern Orts noch nicht ratificirt worden sind. Allgemein ist der Wunsch, daß die seitherige Administration, die so bedeutende Kosten, insbesondere für die Errichtung des Theaters, worin die französische Schauspielergesellschaft ihre Vorstellungen gab, aufgewendet hat, auch fernerhin den Platz behaupten möge. Das Spiel wird noch bis Ende dieses Monats.

* **Wiesbaden**, 23. Oct. Wie das „Mainz. Journ." aus guter Quelle vernimmt, hat unsere Regierung gestern an eine englisch-belgische Gesellschaft, an deren Spitze ein belgischer General steht, die Concession zum Bau einer Eisenbahn von Wiesbaden über den Westerwald nach Deutz ertheilt, und soll der erwähnte General, welcher dieselbe hier in Empfang genommen, gleich darauf nach Berlin gereist sein, um auch dort die bereits in Aussicht gestellte Concession zu erwirken. In der ertheilten Concession soll, wie uns versichert wird, bedungen sein, daß der Bau der ganzen Bahnstrecke in drei Jahren vollendet sein müsse. Als Garantie müssen binnen 25 Tagen 10,000 Pfund und binnen weiteren 25 Tagen weitere 10,000 Pf. St. in die herzogliche Staatskasse deponirt und das ganze erforderliche Baucapital binnen drei Monaten nachgewiesen werden. Der Bahnhof soll neben den der Taunus-Eisenbahn zu

Schweiz.

≡ **Aus der Schweiz**, 23. Oct. Der Bundesrath Franscini ist auf der Rundreise durch seinen Heimatskanton Tessin überall ein Gegenstand ungemeffener Huldigungen. An Banketten, die ihm in jedem Orte geboten werden, genügt es nicht mehr, Am 19. d. M. wurde er auf einer Fahrt nach Ospermone mit Glockengeläute, Ehrensalven, Liedern, Abordnungen von Gemeinden und Schulkindern begrüßt. Zwischen Loco und Mosogno wartete seiner ein Triumphbogen; er erhielt sogar militärisches Geleit mit Trommeln und Fahnen. In Bellinzona hat er in Verein mit den Herren Jauch und Dr. Gubcetti eine Gesellschaft für vaterländische Geschichte und Alterthumskunde gestiftet. — In Basel wird heute die Herzogin von Orleans nebst ihren beiden Söhnen eintreffen. In Gefolge der Königin Maria Amalia und des Prinzen von Joinville befand sich auch der ehemalige erste Adjutant König Ludwig Philipps, General Athalin. — Am 20. ernannte der Regierungsrath von Bern eine Eisenbahncommission, welche sich Dienstag d. 26. d. M. unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Blösch versammeln soll; dieselbe besteht aus 28 Mitgliedern, meist Großräthen. — Gegen den Entwurf des neuen luzerner Zehntgesetzes macht die dortige Geistlichkeit Einwendungen. Alle geistlichen Kapitel haben Conferenzen gehalten und sich gegen die aus dem Gesetz entstehende Schmälerung ihrer Einkünfte ausgesprochen. Anderseits geht dasselbe den Zehntpflichtigen nicht weit genug. — Am 19. d. ist der bekannte Dr. Gobat angekommen. Er war früher Missionär in Abyssinien und ist gegenwärtig protestantischer Bischof in Jerusalem. — In Zürich ist der langjährige Redacteur der „Freitagszeitung", Herr Wilhelm Birkli, gestorben.

Frankreich.

† **Paris**, 22. Oct. Man hat viel von Verhaftungen gesprochen, die am Tage des Einzugs des Prinz-Präsidenten in der Hauptstadt vorgenommen worden seien; aber die hierüber verbreiteten Angaben sind sehr übertrieben. Einmal ist es nicht wahr, daß den Leuten im Café de Paris von der Polizei befohlen worden ist, vor dem Prinz-Präsidenten ihren Hut abzunehmen. Sodann beschränken sich die Verhaftungen am vorigen Sonntag auf nur drei: ein vormaliger Richter des Appellhofes, de Belles, und ein Gutsbesitzer aus Versailles, v. Caqueray, sind, weil sie das Volk haranguirten, festgenommen, nach einem kurzen Verhör aber wieder freigegeben worden; der dritte Verhaftete, ein Weißbinder, Namens Fontaine, der im Passage l'Opera laut den Wunsch geäußert, der Triumphbogen möge über dem Prinzen zusammenstürzen, sitzt noch. Wenn es hieß, das 43. Linieninfanterieregiment sei aus politischen Ursachen aus Paris entfernt worden, so beruht dies auf einem Irrthum; sein Abzug erfolgte nur, weil die Kaserne auf dem Arsenalquai, in welcher es lag, niedergerissen wird, und wahr ist nur, daß fünf bis sechs Soldaten des Regiments in Arrest genommen worden, weil sie in einem öffentlichen Hause in Vincennes einigen Uebelgesinnten den Brief des Obersten Charras vorgelesen hatten.

* **Paris**, 22. Oct. In den diplomatischen Kreisen erzählt man sich, die Gesandten von Oesterreich und Preußen hätten Instructionen erhalten, dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten die hohe Befriedigung ihrer Souveräne über die in Bordeaux gehaltene Rede des Prinz-Präsidenten auszudrücken. Den Gesandten von Hannover und den Repräsentanten anderer freundbarer Staaten seien ähnliche Weisungen zugegangen. Herr Fowler hat sich nicht ausgesprochen; indessen kennt man hier im Ministerium des Auswärtigen die Gesinnungen des englischen Cabinets bezüglich des Kaiserreichs ziemlich genau und sie sind dem letztern durchaus günstig. Vor einigen Tagen hatte der belgische Gesandte eine lange Conferenz mit Herrn Drouin de Lhuys; dieser drückte sich in freundlichster Weise aus und versicherte, daß niemand sehnlicher wünsche, die Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien auf dem besten Fuß hergestellt zu sehen, als der Prinz Ludwig Napoleon. — Mehr als je ist von der Umwandelung Algeriens in ein Vicekönigreich die Rede und soll der Beschluß des Prinz-Präsidenten in dieser Beziehung unerschütterlich sein. Prinz Lucian Murat wird als zukünftiger Vicekönig bezeichnet. Ferner soll Ludwig Napoleon im Interesse der Colonie mit dem Plan umgehen, für Algerien eine der britisch-ostindischen Compagnie ähnliche Gesellschaft zu organisiren.

Belgien.

Brüssel, 22. Oct., Abends. Das Gerücht, Herr de Theur sei wegen Bildung eines Cabinets zum König berufen, erweist sich als ungegründet. In Betreff der Bildung eines Ministeriums sind übrigens die verschiedenartigsten Gerüchte im Umlauf. (K. Z.)

Nach Briefen aus **Lissabon** ist die Tabaksfabrik gezwungen worden, dem Staatsschatz die Summe zu bezahlen, welche die Bank sich geweigert hat, vorzustrecken. — Die Gerüchte über ein Bündniß zwischen dem Ministerium und den Septembristen waren immer noch verbreitet, obgleich das Organ der letztern sich gegen ein solches Bündniß ausgesprochen hat.

Türkei.

Nach dem türkischen „Moniteur" hat der Sultan, der bis jetzt „Se. Hoheit der Sultan" titulirt wurde, zum erstenmal den Titel: „Se. Majestät der Kaiser der Türken" angenommen.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 24. Oct. Heute Nachmittag ist Ihre königliche Hoheit die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen, dem Grafen von Paris und dem Herzog von Chartres, hier eingetroffen. Dieselbe wird bis übermorgen hier verweilen, während die verwittwete Königin von Frankreich schon morgen unsere Stadt verläßt. — Heute Vormittag, wie man sich erzählt, wurde im hiesigen israelitischen Tempel durch den Oberrabiner Stein eine Katholikin aus Mannheim in das Judenthum eingeführt, und unmittelbar darauf einem reichen Israeliten von hier, mit dem sie schon seit mehr als 10 Jahren in Verbindung gestanden haben soll, angetraut.

ψ **Frankfurt**, 24. Oct. Das Wahlcolleg der gesetzgebenden Versammlung ist noch nicht zur Vornahme der Wahlen einberufen worden, obschon diese Versammlung nach Vorschrift der Constitutionsergänzungsacte bereits am ersten Montag des Monats November, also für diesmal am 1. November, zusammentreten muß, auch die Wahlen in acht Tagen beendigt sein sollen. Eine wiederholte Wahl der ersten Abtheilung dürfte nicht unmöglich sein. Jedenfalls kann man diese neuen Wirren nicht genug bedauern; sie werden für unsere Stadt nachtheilige Folgen bringen. — Dem Vernehmen nach wird einer der reichsten israelitischen Bankiers in kurzem die hiesige Stadt verlassen, um seinen bleibenden Aufenthalt in Italien zu nehmen. — Dieser Tage wurde das renommirte Gasthaus des Herrn Winter, „der Landsberg", an den Oberkellner dieses Hotels, mit sämmtlichem Inventar und Weinvorräthen um die Summe von 190,000 fl. verkauft.

n **Frankfurt**, 24. Oct. Das königl. bayerische Telegraphenamtbureau wird trotz der Fortführung der Telegraphenlinie über Offenbach nach Darmstadt vorerst noch in Hanau, und daselbst auch ein Nebenbureau verbleiben, welches das Hauptbureau nach Offenbach verlegt werden wird. Erwächst durch die Meinung des bayerischen Telegraphenbureaus Frankfurt eine Annehmlichkeit, so wird anderseits die nach Bayern und Wien von da abgehende Linie eine größere Thätigkeit in Offenbach zu entwickeln haben.

Wien, 22. Oct. Der zwischen Oesterreich, Modena und Parma abgeschlossene Zolleinigungsvertrag ist gestern bekannt gemacht worden.

* **Berlin**, 23. Oct. Die „N. Pr. Z." meldet: Aus Wien wird uns von sonst gut unterrichteter Seite berichtet, daß ziemlich unzweifelhaft der bisherige Bundestagsgesandte Graf Thun von Hohenstein zum Gesandten am preußischen Hofe ernannt werden dürfte. (?) — Heute Mittag trat das Staatsministerium in einer Sitzung zusammen. Aus dem Umstand, daß unmittelbar vorher die bei der Handelspolitik betheiligten drei Minister mit ihren betreffenden Räthen und den Bevollmächtigten bei der Zollconferenz eine Conferenz gehalten, dürfte geschlossen werden können, daß die Handelspolitik ein besonderer Gegenstand der Berathungen gewesen sei.

München, 22. Oct. Wie heute von verlässiger Seite mitgetheilt wird, sollen neuerdings an Preußen Vermittelungsvorschläge in Betreff der Zollangelegenheiten gemacht werden. Zugleich wird bezeichnet, daß dieselben in Wien festgesetzt werden sollen. (A. Ztg.)

* **Dresden**, 23. Oct. Durch Generalverordnung des Ministeriums des Innern ist die vom Dr. Tögel in Berlin herausgegebene „volkswirthschaftliche Monatsschrift für den deutschen Zollverein" wegen Veröffentlichung der gefälschten Stuttgarter Actenstücke für den Bereich des Königreichs Sachsen verboten worden.

Stuttgart, 23. Oct. Director Sigel ist heute nach Wien zu den Zollconferenzen abgereist.

† **Turin**, 19. Oct. Ministerwechselgerüchte erneuern sich lebhafter als jemals. Man vermuthet ein Cabinet D'Azeglio-Revel.

* **Paris**, 23. Oct. Der „Moniteur" und die ministeriellen Blätter berichten heute mit großer Ausführlichkeit über die gestrige Festvorstellung im Théâtre français. Die Direction des letztern wollte dem Staatsoberhaupt einen würdigen Empfang bereiten und deßhalb mußte sie auch auf zahlreichen Besuch rechnen. Schon lange vor Eröffnung des Hauses waren alle Zugänge desselben von einer

ungeheuern Menschenmenge belagert und alle Fenster der benachbarten Häuser waren mit Neugierigen besetzt, welche dem Prinzen ihre Huldigungen darzubringen gedachten. Die Außenseite des Theaters war glänzend illuminirt und mit Adlern, der Chiffre unter Kaiserkronen und einer dreifachen Gasreihe geschmückt. Das Innere war verschwenderisch mit Trophäen, Adlern, Fahnen und Blumen ausgestattet, so der Foyer wie der Saal; in einer Drappirung von dreifarbigen Fahnen war Ludwig Napoleons Büste aufgestellt. Ein stürmisches Vive l'Empereur! vor dem Hause kündigte die Ankunft des Prinz-Präsidenten an. Arsene Houssaye, der Director des Théâtre français, empfing Se. kaiserliche Hoheit. Unter den begeistertsten Acclamationen der Elite der Gesellschaft, welche sich im Theater eingefunden hatte, trat der Prinz durch die Gemächer des Palais-royal in seine Loge ein. Die Frauen hatten die glänzendste Toilette angelegt und trugen sämmtlich Veilchensträuße. Von allen Anspielungen ließ sich das gewählte Publikum während der Vorstellung des „Cinna“ hinreißen und überschüttete sie mit stürmischer Beifallsäußerung. Der Tragödie selbst folgte ein Epilog, von Arsene Houssaye verfaßt, „l'Empire c'est la paix!“, welchen die Rachel, von allen Darstellern des Théâtre français umgeben, sprach und der die beifälligste Aufnahme fand. Kurz vor dem Schluß der Vorstellung verließ der Prinz das Theater und fuhr unter denselben Acclamationen, welche sein Kommen begrüßt hatten, nach St. Cloud zurück. Er trug im Theater das Civilkleid und den Großcordon der Ehrenlegion. In seiner Begleitung befanden sich der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Drouin de Lhuys, der Kriegsminister General v. St. Arnaud und die Generale Roguet und v. Lourmel. Der Vortrag des Epilogs wurde von den Zuhörern einigemal mit Vive l'Empereur! unterbrochen. Auch die Prinzessin Mathilde und Prinz Marschall Hieronymus haben an der Seite Ludwig Napoleons der Vorstellung beigewohnt. Ferner waren im Theater außer den obengenannten alle übrigen Minister; dann Billault, der Präsident der Legislative; Baroche, der Vicepräsident des Staatsraths, General Magnan, Graf v. Morny, Baron v. Rothschild, der Marquis v. Lawoestine, Director Romieu *c. Eine Abtheilung der republikanischen Garde zu Pferde escortirte den Wagen des Prinzen nach und aus dem Theater. — Nächsten Montag wird Ludwig Napoleon eine ähnliche Festvorstellung in der großen Oper besuchen, wo „Moses“ gegeben werden soll. Man trifft bereits die großartigsten Anstalten zum Empfang des Prinzen.

Ein Decret des Prinz-Präsidenten eröffnet dem Minister des Innern einen außerordentlichen Credit von 200,000 Fr. für Bestreitung der aus der Wiederherrichtung der Genovevakirche zu gottesdienstlichem Gebrauch erwachsenen Kosten. Ein anderes Decret genehmigt die Statuten der Gesellschaft zur Erbauung des Industriepalastes in den elysäischen Feldern. Ferner veröffentlicht der „Moniteur“ den im August abgeschlossenen und nunmehr ratificirten Vertrag zwischen Frankreich und dem Herzogthum Braunschweig zum gegenseitigen Schutz des literarischen und künstlerischen Eigenthums.

Der „Nouvelliste“ von Marseille meldet, daß am 20. d. M. und die vorhergehenden Tage der Centralpolizeicommissär Durand mit einer Abtheilung Agenten die Verhaftung von 25 Arbeitern, als Mitglieder einer geheimen Gesellschaft, bewerkstelligen lassen. In einem abgelegenen Wirthshaus hatten sich die Schuldigen versammelt und mit anarchischem Geschrei die Luft erfüllt, die sociale Republik, die Guilloline leben lassen, „Nieder mit den Reichen, ins Feuer mit den Pfaffen!“ gerufen, die Carmagnole und ähnliche Lieder gesungen und dabei noch mancherlei Excesse begangen, die Gärten geplündert, Bäume verstümmelt *c.

Es heißt, der neue Kaiser werde auch den Titel protecteur des lieux-saints annehmen, ein Motiv mehr für den Papst, zur Salbung nach Paris zu kommen. Die Civilliste wird wahrscheinlich verdoppelt und auf 25 Millionen gebracht werden, die Dotationen der Mitglieder der kaiserlichen Familie mit einbegriffen.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

XVI.

Köln, 23. Oct. (Sitzung am 22. October.) Zeuge Alexander Beck, Schneider aus Magdeburg, war bis 1845 in Paris, will aber keinem Bund dort angehört haben. Er lernte Daniels und Bürgers dort kennen, leugnet erst und gesteht dann ein, sich bei Daniels in Köln einige Tage aufgehalten zu haben.

Zweiundzwanzigster Zeuge, Ad. C. Streckfuß, Tabakshändler in Berlin. In Mitte des Mai 1851 kam Bürgers zu ihm. Sie unterhielten sich über Politik, wobei u. A. von einer Wiederorganisirung der demokratischen Partei die Rede war. Bürgers reiste nach Leipzig und Dresden zu seinem Vergnügen. Nothjung sei auch zu ihm gekommen mit einer Empfehlung von Dr. Rötscher. Er habe denselben aber für einen Spion gehalten und sich nicht mit ihm eingelassen, da dessen communistische Richtung und Ignoranz seine Abneigung noch vermehrten.

Dreiundzwanzigster Zeuge, F. Th. Aug. Goldstein, Polizeilieutnant in Berlin, erhielt Befehl nach Leipzig zu reisen, um die bei Nothjung gefundenen Papiere sich übergeben zu lassen, empfing jedoch nur Abschriften. Er hielt dann Nachsuchung in Nothjungs Wohnung in Berlin, wo nichts Wesentliches gefunden wurde. Dagegen fand er dessen Koffer bei dem Barbier Kühne, worin Drucksachen von 1848 und 1849 waren. Man fand unter Nothjungs Papieren eine Adresse der Gräfin Hatzfeld in Düsseldorf, weßhalb auch bei dieser Haussuchung gehalten wurde. Da die Gräfin eine gemeinschaftliche Wohnung mit Lassalle hatte, so wurde auch bei diesem mituntersucht, und mehrere Briefe entdeckt. Während der Untersuchung ging ein Brief an Lassalle ein, den dieser zu zeigen sich weigerte. Man mußte ihn gewaltsam nehmen. Er war von Lena Bürgers, Schwester des Angeklagten dieses Namens. Der Brief wird verlesen. Lena meldet darin, es sei gelungen, einen Aufseher zu gewinnen. Röser habe an seinen Bruder in der Diepholzgemeinde geschrieben, er solle alle Vereine auffordern, ihm keine Briefe mehr zu senden, damit die Klage nicht noch mehr Anhalt fände. Nach den Orten in der Umgegend werde Rösers Bruder selbst sich begeben *c. Zeuge sagt ferner: Nothjung habe in Berlin bei dem verheiratheten Schneidergesellen Schmidt in Aftermiethe gewohnt. — Der Präsident hält Erhard vor, daß seine Aussage, man habe den Koffer an Schmidt gesandt, weil Nothjung draußen arbeite, keinen Stand hatte, da Schmidt als Geselle gleichfalls bei fremden Meistern beschäftigt sei. Es ergibt aber eine nähere Frage, daß Schmidt in der Regel zu Hause sei und überhaupt wenig arbeite.

Vierundzwanzigster Zeuge, Wilh. Kühne, Barbier, unbedeutende Aussage.

Fünfundzwanzigster Zeuge, Franz Mohr, Schneidergeselle in Berlin, trug, aufgefordert von einem Reisenden, der von Leipzig kam, den Koffer Nothjungs zu Kühne. Der Reisende sei ein hagerer Mann mit blondem Bart gewesen. Sonst sei noch eine Wolltasche von Nothjung bei Schmidt gewesen, welche die Polizei in Beschlag nahm. Er empfing von Ersterem, dem er etwas Geld vorgestreckt hatte, ein Loos der demokratischen Lotterie.

Sechsundzwanzigster Zeuge, Margarethe Andres, Ehefrau des Schreiners Jansen in Köln. Der Koffer Nothjungs blieb nach dessen Abreise in ihrem Hause stehen. Wann und wie er weggekommen, wisse sie nicht. Ihr Mann, der nach Amerika auswanderte, weil er keine Arbeit fand, habe ihr nie etwas Näheres darüber gesagt. Sie wisse nicht, ob Röser ihn abholte. Den Angeklagten Erhard kennt sie gar nicht.

Siebenundzwanzigster, achtundzwanzigster, neunundzwanzigster und dreißigster Zeuge, Engelhard, Barges, Hausich, Thalmann, Schneidergesellen bei Steinbach in Berlin, bekunden, daß Nothjung zwei- oder dreimal in ihre Werkstätte kam, um Engelhard zu besuchen, wobei er sich zugleich nach Arbeit erkundigte.

Einunddreißigster Zeuge, Dr. med. Schlaegel in Koblenz, wird über die Reise des Dr. Becker im November 1850 befragt. Er traf Dr. Becker in der Verlagshandlung des „Tagblatts“, wo er Geschäfte hatte. Zeuge weiß nichts Wesentliches. (Schluß folgt.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 24 Oct. In heutiger Effektensocietät waren österreichische Fonds bei stillem Handel fast ganz wie gestern im Cours geblieben; 5pCt. Metall. 81 pCt.; $4^1/_2$ pCt. do. $72^1/_2$, $^9/_{16}$ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. $88^1/_8$ pCt; Wiener Bankactien 1382 fl. Spanische waren aufs neue heute mehr angeboten. 1pCt. Neue schlossen $25^1/_4$ pCt. G.; 3pCt. Inländische $45^7/_8$ pCt. G.; Fr.-W.-Nordb. $44^1/_8$ pCt., Kurhessische 40 Thr. Loose waren offerirter $34^1/_2$ à $^1/_4$ pCt. In allem Uebrigen war fast kein Handel.

Berlin, 23. Oct. Staatssch. $91^1/_4$ Brf., $93^3/_4$ G. — Köln-Minden $111^1/_2$ à $^3/_4$ bez. — Fr.-W.-Nordbahn 41 à $40^1/_8$ bez.

Paris, 23. Oct. $4^1/_2$pCt. Rente 107, 15. — 3pCt. 81, 80. — Neapol. —. 5pCt. Neue Oesterr. 95, $94^7/_8$. — Spanische neue Diff. $25^1/_4$. — Neue 3pCt. —. — Innere Schuld $46^1/_2$. — Passive —. — Bankactien 2960. — Piemont 5pCt. 99. — Römisches Anlehen Juni 1850 $98^1/_2$. — do. 1850 $99^1/_4$. — St. Germain-Eisenbahn 1485. — Versailles, linkes Ufer 335. — Straßburg-Basel 360. — Nordbahn 800. Paris-Straßburg 795.

Obgleich das Geschäft an der heutigen Börse nicht sehr belebt war, erfuhr die Rente doch ziemlich starke Schwankungen und die 3pCt. schloß zuletzt viel niedriger als gestern. Bahnactien dagegen steigen fortwährend.

Madrid, 18. Oct. 3pCt. $47^1/_4$, n. d. Börse $47^3/_4$ P. — 1pCt. Neue $26^3/_8$, n. d. Börse $26^5/_{16}$ P.

London, 22. Oct. 3pCt. Stocks $100^1/_4$ à $^3/_8$. — Mexican. $24^1/_4$. — 1pCt. Span. $25^1/_2$ à $^1/_4$.

Telegraphische Coursberichte.

Amsterdam, 23. Oct. $2^1/_2$pCt. Integr. $63^9/_{16}$. — 4pCt. Certific. 95. — $3^1/_2$pCt. Synd. 95. — 4pCt. Ruff. bei Stieglitz $90^1/_2$. — 3pCt. Spanische int. $46^3/_{16}$. — 1pCt. do. Neue $25^3/_4$. — 5pCt. Silb.-Metall. $90^1/_4$. — 5pCt. Met. $77^1/_4$. — $2^1/_2$pCt. do. $40^1/_4$. (Synd)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten, Dr. E. Sauter. Dr. J. B. Kurschell.

Fr. Königl. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs von Lucca von fl. 1,050,000 im 24 fl. Fuß à 1 pCt., d. d. Wien, 4. October 1836.

In der heute vorgenommenen notariellen Verlosung des vorstehenden Anlehens sind die nachstehenden Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 gezogen worden, nämlich:

Litr. A. Nr. 132 311 702 . . . à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 241 297 375 497 . . . à fl. 500 jede,

deren Verzinsung vom obigen Tage an aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2270]

Anlehen

Fr. Königl. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs von Lucca von fl. 1,120,000 C.-M. à 4 pCt. d. d. Wien, 20. Decbr. 1843.

In der heute vor Notar und Zeugen obligationsmäßig vorgenommenen 18ten Verlosung des vorstehenden Anlehens sind die nachbenannten Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 gezogen worden, nämlich:

Litr. A. Nr. 88 230 278 335 422 441 447 613
629 633 670 711 752 757 780 . . . à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 55 322 334 349 373 408 415 448
610 611 . . . . . à fl. 500 jede,

und hört demnach deren Verzinsung von obigem Termine an auf.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2271]

Anlehen

Fr. Königl. Hoh. des Großherzogs Ludwig II. von Hessen von fl. 700,000 im fl. 24 Fuß à 4 pCt., d. d. Darmstadt, 1. Jan. 1840.

In der heute vor Notar und Zeugen stattgehabten dritten Verlosung des genannten Anlehens sind nachverzeichnete Partial-Obligationen, nämlich:

Litr. A. Nr. 50 55 81 103 104 107 126 132 133 142 151 249
258 262 271 à fl. 1000,
„ B. „ 1 11 17 46 49 90 109 137 146 172 191 206 292
309 317 321 344 366 368 395 à fl. 500.
„ C. „ 16 37 39 105 106 110 114 121 160 168 186 216
242 262 287 à fl. 300.
„ D. „ 3 14 35 47 53 79 92 106 124 170 174 214 224
281 285 à fl. 200.
„ E. „ 13 22 43 58 69 71 73 77 93 118 145 152 275
298 303 358 375 380 382 389 395 445 455 496
497 à fl. 100.

zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 gezogen worden, von welchem Tage an deren Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild und Söhne.

[2272]

Hochfürstlich Hohenzollern-Hechingen'sches Anlehen

von fl. 260,000 à 4 pCt., d. d. Hechingen, den 2. November 1829.

In der heute obligationsmäßig vor Notar und Zeugen vorgenommenen Verlosung genannten Anlehens sind nachstehende Partial-Obligationen auf 3 nacheinander folgende Jahre zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden, nämlich:

2 Stück Litr. A. Nr. 54 168 à fl. 1000 } pr. 1. Januar 1853.
1 „ „ B. „ 47 à fl. 500 }
2 „ „ A. „ 75 134 à fl. 1000 } pr. 1. Januar 1854.
1 „ „ B. „ 115 à fl. 500 }
2 „ „ A. „ 38 139 à fl. 1000 } pr. 1. Januar 1855.
1 „ „ B. „ 30 à fl. 500 }

deren Verzinsung von den resp. Verfallterminen an aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

Fr. Durchl. des Herrn Fürsten Paul Esterhazy von Galantha von 6,400,000 fl. C.-M. à 4 pCt., d. d. Wien, 11. Januar 1844.

In der obligationsmäßig vor Notar und Zeugen heute stattgehabten 9ten Verlosung des genannten Anlehens sind die nachstehenden Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf ultimo December 1852 bestimmt worden, nämlich:

Litr. A. Nr. 624 700 829 2067 2303 2535 à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 138 1509 2667 2720 2933 3895
3901 4792 . . . . . à fl. 500 jede,

von welchem Termine an deren Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2274]

Anlehen

des Hochgeb. Herrn Hugo Grafen Henkel von Donnersmark von 1,125,000 fl. C. M. à 4 pCt., d. d. Wien, 28. Mai 1846.

In der heute vor Notar und Zeugen vorgenommenen Verlosung des vorstehenden Anlehens sind folgende Partial-Obligationen, nämlich:

Litr. A. Nr. 199 604 722 730 . à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 53 170 480 505 . à fl. 500 jede,

zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 bestimmt worden, von welchem Tage an deren Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2275]

Anlehen

Seiner Durchlaucht des Herrn Herzogs

Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha

von fl. 1,000,000 C.-M. à 4 pCt., d. d. Wien, den 1. Juli 1837.

Laut Inhalt der Haupt-Obligation fand heute vor Notar und Zeugen die sechste Verlosung des rubricirten Anlehens statt und wurden in derselben folgende Partial-Obligationen gezogen:

Litr. A. Nr. 10 80 213 243 302 491 505 519
520 600 614 . . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 12 47 72 127 148 186 416 497 à fl. 500.
„ C. „ 49 164 240 357. . . . . à fl. 250.

per 1. Januar 1853.

„ A. „ 87 132 135 197 313 324 378 392
407 608 627 . . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 10 85 108 163 235 291 462 485 à fl. 500.
„ C. „ 99 134 203 274. . . . . à fl. 250.

per 1. Juli 1853.

Litr. A. Nr. 56 69 102 189 250 268 336 356
388 399 473 544. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 33 135 183 228 231 310 328 469 à fl. 500.
„ C. „ 150 185 246 283. . . . . à fl. 250.

per 1. Januar 1854.

Litr. A. Nr. 70 106 277 320 349 360 375 464
527 530 569 587. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 6 11 60 73 116 246 313 452 à fl. 500.
„ C. „ 189 220 309 316. . . . . à fl. 250.

per 1. Juli 1854.

„ A. „ 8 28 212 217 329 366 402 433
512 573 585 623. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 21 96 336 378 386 388 402 435 à fl. 500.
„ C. „ 54 219 263 354. . . . . à fl. 250.

per 1. Januar 1855.

„ A. „ 111 140 170 183 203 242 257 288
289 419 498 553. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 14 15 64 75 92 296 426 500 à fl. 500.
„ C. „ 151 243 299 305. . . . . à fl. 250.

per 1. Juli 1855,

deren Rückzahlung — nach Eingang — an den resp. beigesetzten Verfallterminen bestimmt worden ist.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2216]

Niederländische Dampfschiffe.

(Dienst vom 2. October.)

Täglich nach Ankunft des 8 Uhr Zugs von Frankfurt.

Von Mainz-**Castel**, Morgens 9 Uhr, mit Uebernachtung in **Cöln** ꝛc. bis **Rotterdam**.

(Montag, Donnerstag u. Samstag über Arnheim und Amal über Nymwegen).

Jeden Donnerstag und Samstag bis **London**.

Täglich von **Mainz** nach **Mannheim** und jede Woche noch extra Güterboote.

Näheres auf den Haupt-Agenturen von **C. Louis Beyschlag**

in **Frankfurt a. M.** (Kornmarkt), in **Castel** und in **Mainz**

[2405] Einige gute Ledermarmor- und Türkischmarmor-Arbeiter finden in einer bedeutenden Buntpapier-Fabrik unter guten Bedingungen dauernde Beschäftigung. Reflektirende wollen sich in frankirten Briefen unter No. 2405 an die Expedition dieses Blattes wenden.

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Glieder, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen ꝛc. [2172]

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Montag (Beilage zu Nr. 255.) 25. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 24. Oct. Die Aussichten für den Verkauf deutscher Flottenschiffe sind bisher nicht sehr günstig gewesen, weil die noch vorhandenen Schiffe wegen ihrer Größe und ihrer sonstigen Eigenschaften von Privaten als Handelsschiffe kaum erworben werden möchten. Ueber die Angebote der kaiserl. brasilianischen Regierung, welche erst Ende des Monats eingehen werden, ist noch nichts bekannt geworden, und so muß es als ein erfreuliches Ereigniß betrachtet werden, daß die kaiserl. österreichische Regierung für die beiden Kriegsdampfcorvetten, der „König Ernst August" und „Großherzog von Oldenburg", zusammen 514,000 fl. rhein. geboten hat. Daß auf dieses Angebot eingegangen werden wird, ist zu vermuthen, da dasselbe um 59,000 fl. höher ist, als der Bundescommissär die beiden Schiffe taxirt hat.

* **Berlin**, 23. Oct. Der Geh. Regierungsrath Scherer ist erheblich erkrankt. Das von demselben im Ministerium des Innern geführte Decernat ist dem Regierungsrath v. Krocher übertragen worden. — Unsere Regierung ist mit der Direction der Anhaltschen Eisenbahn in Unterhandlung getreten wegen Ueberlassung einer Baustelle zur Errichtung eines Zollhauses an der sächsischen Grenze auf der Strecke nach Roderau. — Die „Neue Preußische Zeitung" zeigt an, daß sie übermorgen, als am Wahltage, wegen der Theilnahme des gesammten Personals an den Wahlen, wahrscheinlich nicht erscheinen werde.

Bacharach, 21. Oct. Heute war der Herr Provinzialsteuerdirector aus Köln hier anwesend, um mit den hierher beorderten Oberzollinspectoren aus Kreuznach und Saarbrücken eine Conferenz hinsichtlich der in Aussicht stehenden Wiederbesetzung der Grenze gegen die Coalitionsstaaten abzuhalten. Es steht sich hierbei heraus, daß sämmtliche ehemalige Zollamtsgebäude jetzt noch im Besitze der Steuerverwaltung sind, und das an der Bingerbrücke befindliche Postgebäude der Steuerverwaltung behufs Etablirung eines Zollamts abgetreten werden muß. (Köln. Z.)

** **München**, 23. Oct. Vor dem hiesigen Schwurgerichtshof wurde heute eine Anklage wegen Preßvergehen verhandelt. Dieselbe war gegen den vorigen Redacteur der „Weser-Zeitung", Hrn. Gildemeister, gerichtet und veranlaßt durch den A.-Artikel aus München, 5. April d. J., in Nr. 2595 genannter Zeitung, in welchem nach der Anklage eine Verhöhnung rc. des baierischen Polizeidirectors von München enthalten sei, da von demselben u. A. behauptet wurde, daß er allen Gesetzen Hohn spreche und daß er die brutalste Polizeigewalt einführe, mithin Verletzung des Art. 33 des Preßgesetzes vom 17. März 1850, nach welchem im vorliegenden Falle auf Gefängniß von 8 Tagen bis 3 Monaten und 10 bis 100 fl. Geldstrafe erkannt werden kann. Da der Angeklagte nicht gegenwärtig war, so wurde das Contumacialverfahren eingeleitet und mithin auch ohne Beiziehung der Geschwornen erkannt. Die Staatsbehörde stellte nach umfassender Begründung der Anklage den Antrag auf 2 Monat Gefängniß, 50 fl. Geldstrafe, Tragung der Kosten, Unterdrückung der betreffenden Nummer, in so weit sie nicht in Privatbesitz übergegangen, und, auf Grund des Art. 6 des Preßgesetzes, Verbot der „Weserzeitung" in Bayern, bis das Urtheil nach seinem ganzen Inhalt zum Vollzuge gelangt ist. Einen vom Advocaten Dr. Simnerl namens des Verlegers der „Weser-Zeitung" schriftlich eingereichten Antrag auf Umgangnahme vom Verbot des Blattes, erklärt die Staatsbehörde als unbegründet und daher unzulässig. Nach einer Berathung von ungefähr 1½ Stunden erfolgte das Urtheil des Gerichtshofs, auf 1 Monat Gefängniß, 40 fl. Geldstrafe und im Uebrigen dem Antrag der Staatsbehörde entsprechend, lautend. Dem Betheiligten steht gegen dieses Urtheil das Recht des Einspruchs sowie der Nichtigkeitsbeschwerde zu. — Der Landrath von Oberbayern hat heute dem Antrag eines seiner Mitglieder beigestimmt, das Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten zu ersuchen, den Bau der Eisenbahn von München über Rosenheim nach Salzburg und Kufstein so viel als möglich zu beschleunigen und den Bahnhof in Rosenheim nicht auf der südlichen, sondern auf der nordlichen Seite des Marktes, am Innfluß, zu errichten, denn wenn schon ersteres im Interesse des Salinenamtes sei, so würde doch letzteres, da auf dem Inn eine Dampfschifffahrt projectirt sei und eine deßfallige Gesellschaft bereits 200,000 fl. zusammengebracht habe, weit größern Gewinn bringen. Der Landrath hatte gestern einem Antrag auf Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung, Prügel oder Ruthenhiebe, in der modificirten Fassung beigestimmt, daß diese Züchtigung nur bei ledigen Burschen als Strafe für muthwillige Excesse und Rauferein in Anwendung komme, und da nur nach collegialer Berathung der betreffenden Behörde. — Da die Landräde mehrerer Kreise in dem festgesetzten Zeitraume nicht alle Arbeiten erledigen konnten, so ist durch allerhöchstes Reskript bereits eine Verlängerung der Dauer derselben erfolgt.

L* **Aus der Pfalz**, 23. Oct. Die Verhandlungen des Landraths der Pfalz haben heute, nach dreizehntägiger Dauer, ihr Ende erreicht. Die letzte Sitzung war in mehrfacher Beziehung die wichtigste, da es sich in derselben um die besonderen Wünsche und Anträge des Landraths, oder, wie man sich sonst auszudrücken pflegt, um dessen Separatprotokoll handelte. Ich kann in Eile nur kurz bemerken, daß manche Glieder dieses Körpers über die demselben gesetzlich zustehende Competenz nicht ganz im Klaren gewesen sind oder es nicht sein wollten, namentlich was die Zoll- und die auftauchende Amnestiefrage betrifft. Ich darf aber auch hinzufügen, daß das Resultat der diesmaligen Landrathsberathungen ein in conservativem Sinne befriedigendes zu nennen ist.

Karlsruhe, 22. Oct. Der badische Bevollmächtigte zu den Wiener Zollconferenzen, Herr Ministerialrath Hach, wird in ganz kurzen von hier abreisen. (Schw. M.)

L* **Kassel**, 24. Oct. Gestern war der regierende Fürst von Waldeck zum Besuche des kurfürstlichen Hofes in Kassel eingetroffen. Ihm zu Ehren fand große Hoftafel und Vorstellung im kurfürstlichen Schauspielhause, was sonst Sonnabends nicht der Fall ist, statt. Der hohe Gast wird uns jedoch heute schon wieder verlassen. Da das Fürstenthum Waldeck seit den ältesten Zeiten im Lehensverbande zur alten Landgrafschaft Hessen steht, so glaubte das Publikum einen solchen Besuch mit diesem Verhältnisse in Verbindung setzen zu dürfen, was indessen für diesmal gewiß nicht der Fall gewesen ist.

+ **Darmstadt**, 23. Oct. Seit einigen Jahren veröffentlicht unser Justizministerium jährliche „Uebersichten der von sämmtlichen Strafgerichten des Großherzogthums, mit Ausnahme der Militärstrafgerichte, abgeurtheilten Verbrechen und Vergehen", was sehr verdienstlich ist. Eben ist eine solche Uebersicht in Bezug auf das Jahr 1851 in ausführlicher Darlegung, erschienen. Die Einsicht gewährt, auch in moralischer und politischer Hinsicht, vielfaches Interesse. Die Arbeit zerfällt in zwei Theile, von denen der erste sich mit der Strafrechtspflege des Landes im Ganzen, der zweite mit der der einzelnen Provinzen beschäftigt, und zwar mit Rücksicht auf die Ergebnisse der Rechtsübung seit dem Jahr 1847. Die sämmtlichen im Jahr 1851 durch die Strafgerichte, mit Ausnahme der Militärgerichte, abgeurtheilten Untersuchungen betrugen 5729. Zur Untersuchung gezogen wurden 7333 Personen, von welchen 1568 freigesprochen, 5765 verurtheilt wurden. Im Vergleichung mit der seit 1846 „hat sowohl, was die Zahl der Untersuchungen und Angeschuldigten, als auch, was die Zahl der Verurtheilten betrifft, eine fortwährende Zunahme stattgefunden; insbesondere ist das Jahr 1851 das, auf welches in diesen Beziehungen die größten Zahlenbeträge fallen." In der Provinz Starkenburg, mit einer Bevölkerung von 318,584 Einwohnern, kam von den nach Abzug der Ausländer bleibenden 2083 inländischen Verurtheilten 1 auf 152, in der Provinz Oberhessen, mit 308,330 Einwohnern, von den unter gleichem Abzug verbleibenden 2350 inländischen Verurtheilten 1 auf 131, in der Provinz Rheinhessen, mit 225,610 Einwohnern, von den nach gleichem Abzug bleibenden 978 inländischen Verurtheilten 1 auf 230, ein Ergebniß, was zu Gunsten der Provinz jenseits des Rheins spricht.

+ **Darmstadt**, 24. Oct. Die eben erschienene neueste Nummer des Regierungsblatts brachte ein „Edict, die Organisation der Ortsgerichte in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen be-

treffend", wodurch auf Grundlage des Art. 30 der Gemeindeordnung ein neues Institut, das der Ortsgerichte, ins Leben geführt wird. Das Edict handelt von der Bildung derselben und ihrer dienstlichen Stellung, von der Geschäftsordnung und von dem Wirkungskreise dieser „Hilfsbehörden der Gerichte", bei der freiwilligen und streitigen Gerichtsbarkeit und bei der Strafrechtspflege. In der Regel hat jede Gemeinde ein Ortsgericht, das aus einem Vorsteher (in der Regel der Bürgermeister) und mehreren Mitgliedern (Gerichtsmännern) besteht. Es ist den Stadt- und Landgerichten untergeben. In Strafsachen verwaltet das Ortsgericht, bei besonders gerichtlichen Acten, z. B. bei der Leichenschau, das Schöffenamt in Gemäßheit der bestehenden Vorschriften; es stellt die Leumundszeugnisse aus.

ψ **Frankfurt**, 24. Oct. In mehreren hiesigen Blättern war die Nachricht mitgetheilt, daß vor kurzem an dem Pächter von Gogels Gut, L., bei hellem Tage auf dem Gallenfeld ein Raubanfall durch mehrere Leute mit geschwärzten Gesichtern verübt worden sei. Das Wahre an der Sache ist, daß L., welcher unbrechtigter Weise mehrfach die Grundstücke eines Fabrikanten beschritt, von den Arbeitern desselben angehalten und erst nach Abnahme der Jagdstinte losgelassen wurde. Am folgenden Tage wurde bei dem Forstamte die deßfallsige Anzeige gemacht und die Flinte abgeliefert. Es ist zu bedauern, daß in der letzten Zeit öfters ähnliche Unrichtigkeiten mitgetheilt werden, und es dürfte den Correspondenten mehr Vorsicht in ihren Angaben zu empfehlen sein.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 23. Oct. Durch telegraphische Depesche ist heute Mittag aus Luzern hier die Nachricht eingetroffen, daß der Verkauf des Klosters St. Urban nebst 15 Jucharten Land an Fürsprecher Schumpf, zu Handen der Paquetterliefabrik in Interlaken, um 200,000 Fr. durch den Regierungsrath genehmigt worden sei. — Der hiesige Gemeinderath hat über die Eingabe des Kirchenvorstandes der Münstergemeinde, betreffend das Verbot des Sonntagstheaters, dahin entschieden, daß man bei bisheriger sorgfältiger Ueberwachung an Sonntagstheater keine Entheiligung des Sonntags finden könne.

◡ **Neuenburg**, 22. Oct. In Folge der die preußischen Handwerker betreffenden Verfügung hat die neuenburger Regierung beschlossen, daß sämmtliche preußische Arbeiter, welche sich im Kanton befinden, denselben bis zum 1. November zu verlassen haben. Die Regierung wünscht nicht die Zahl der Heimatlosen zu vermehren. Betroffen werden durch diese Anordnung etwa 150 Individuen, darunter etwa 40 bis 50 Uhrmacher aus Altpreußen und 20 bis 30 ständige Maurerarbeiter aus beiden Hohenzollern.

Italien.

Turin, 17. Oct. Der auswärtige Einfluß, namentlich der Frankreichs, macht sich immer fühlbarer. Von glaubwürdigen Personen wird versichert, daß der Minister des Innern, Pernati, an die verschiedenen Gemeinderäthe des Königreichs Rundschreiben gesendet, in welchen die Forderung der Municipien wegen Einziehung der geistlichen Güter getadelt und als illegal bezeichnet wird, indem die Municipalvorwaltungen nicht befugt seien, über politische Fragen zu deliberiren. — Man spricht von einer neuen Vermittelung Frankreichs zwischen Piemont und Rom, man will daraus den Wechsel in der Haltung des Ministeriums herleiten. Gleichzeitig heißt es, daß das Ministerium das von der Deputirtenkammer bereits votirte Civilehegesetz zurückziehen wolle, ehe noch der Senat darüber zu debattiren beginne. Auch wird erzählt, daß das Ministerium bei der Wiedereröffnung des Parlaments der Deputirtenkammer ein neues Preßgesetz vorlegen wolle, dessen Bestimmungen zwar sehr beschränkend seien, doch keinerlei administrative Willkür zulassen. Endlich will man wissen, daß die Regierung auf das Andrängen Frankreichs und Oesterreichs hin viele französische und italienische Emigrirte — man behauptet, 128 an der Zahl — aus den sardinischen Staaten ausweisen wolle. Es sind nicht weniger als 50,000 Emigrirte aus allen Theilen Italiens in denselben.

Nach Berichten der „Debats" aus **Florenz** vom 14. Oct. erwartete man dort eine Modification des Ministeriums, da der Großherzog nicht einig mit seinen Ministern war, besonders was das Concordat mit Rom anbelangt.

Frankreich.

⁂ **Paris**, 22. Oct. Die Municipalräthe von Bourges und Straßburg, welche die Unterzeichnung der Kaiseradresse abgelehnt haben, sehen ihrer Auflösung entgegen. Es soll in beiden Gemeinden bis auf Weiteres ein bevollmächtigter Regierungscommissär eingesetzt werden. Gegen mehrere Einwohner der Vorstadt Poissonniere wurde wegen Veränderung der Inschrift am dortigen Triumphbogen eine politische Untersuchung eingeleitet: man setzte nämlich ein C vor das „Ave Caesar imperator". Allgemein heißt es, nach der Annahme des Kaisertitels durch den Senat würden die Prinzen des Reichs proclamirt werden, und unter ihnen auch des neuen Kaisers Halbbruder, Hortensens Sohn de Morny, aufgeführt sein. Ueber Barrochi's Sendung nach Konstantinopel, welche zu so verschiedenen Gerüchten Anlaß gab, erfährt man jetzt, daß die Zustimmung der Pforte zum neuen Kaisertitel, welcher zum rot d'Algerie noch „Protecteur des lieux saints" fügen soll, betrieben wurde, und zwar mit Erfolg, indem Abdel-Kaders Freilassung das Gegencompliment wäre.

Großbritannien.

0 **London**, 22. Oct. Der ministerielle „Morning Herald" stellt heute zum zweitenmal die Angaben der „Times", als wolle die Regierung behufs Erledigung von kirchlichen Fragen die Convocation wieder ins Leben rufen, aufs entschiedenste in Abrede; nicht einen Augenblick habe Ihre Majestät an eine solche Maßregel gedacht. Die sogenannte Convocation ist bekanntlich eine Art geistliches Parlament für kirchliche Angelegenheiten, kam anderthalb Jahrhunderte lang bestand sie nur dem Namen nach, indem sie in regelmäßigen Perioden bloß zusammentrat, um sogleich wieder aufgelöst zu werden. Als sie ehedem ihren ganzen Einfluß ausübte, machte sie sich der Krone und dem Cabinet und dem aufkommen durch ihre Unabhängigkeitsbestrebungen zu Gunsten der Kirche gegenüber dem Staat. Ein solcher Nachtheil wäre wohl heute nicht mehr zu fürchten; indessen scheint die Sache nach anderer Seite hin ihre Bedenken zu haben, die größer sein müsse, als der Vortheil, der dem gegenwärtigen Cabinet ohne Zweifel aus der Convocation erwachsen würde: denn Gladstone und die Puseyiten würden aus den Reihen der Opposition treten und den Dissenters wäre eine mächtige Waffe aus den Händen genommen.

Türkei.

* **Konstantinopel**, 9. Oct. Der „Triester Zeitung" zufolge hat die Frage, ob das an den Börsen zu Paris und London negocierte Anlehen die Ratification der Regierung erhalten soll, die türkischen Minister zu ernsten Debatten veranlaßt, und zwar namentlich deßwegen, weil der neue Großvezier und die Mehrzahl der türkischen Großwürdenträger der Anleihe und dem Fortbestehen der türkischen Bank, für deren Existenz diese Verhandlung eine Lebensfrage ist, nicht sehr geneigt sind. Demselben Blatte zufolge hätte der französische Gesandte, Hr. v. Lavalette, dem neu ernannten Großvezier gedroht, nach Ablauf von sieben Tagen seine Pässe zu verlangen, falls bis dahin nicht die Anerkennung des auf der Pariser Börse negocirten Anlehens erfolgt sei. Die „Tr. Ztg." erzählt ferner, Hr. v. Lavalette habe den für Marseille bestimmten Dampfer um 24 Stunden länger zurückgehalten, um seiner Regierung die betreffenden Depeschen übermachen zu können. Einer neuen Nachricht der „Tr. Ztg." zufolge ist das Anlehen der Bank definitiv verworfen; vier armenische Bankiers, Alaly-Veroff Ogly, Tinguir Ogly, Mohrrood und Tzainkl, hatten bedeutende Summen angeboten, die angenommen wurden. Ueberdies hätten mehrere Minister nach der über diese Angelegenheit gehaltenen Berathung freiwillig 40 Millionen Piaster unterschrieben, und einige reiche Griechen ebenfalls Beiträge geleistet, z. B. Misse Zanni 4 Millionen. Sollten diese Summen nicht hinreichen, so soll Se. Maj. der Sultan bereit sein, persönliche Opfer zu bringen. Gleichzeitig sei, wie man sagt, der Beschluß gefaßt worden, die Zölle in die eigene Verwaltung des Staats zu übernehmen und Hussein-Bey damit zu beauftragen; Dschevath, der frühere Pächter schuldet dem Schatze 40 Mill. Piaster. Die Verwerfung des Anlehens steht, wie die „Triester Ztg." bemerkt, mit der Absetzung des Fürsten Kallimaki, ottomanischen Gesandten für Frankreich und Belgien, im innigsten Zusammenhange.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen in Köln.**

XVII.

γ **Köln**, 23. Oct. (Schluß der Sitzung am 22. Oct.) Zweiundzwölfzigster Zeuge, Dr. Mensching, Advocat in Hannover, kennt Bürgers und Becker schon längere Zeit. Rothjung erschien bei ihm mit Empfehlung von Dr. Becker; was er gewollt, sei ihm nicht klar geworden. Sie hätten darüber disputirt, ob die Demokratie sich für Schleswig-Holstein interessiren solle oder nicht, und habe er Rothjung aufgefordert, seine abweichende Meinung im Volksverein, den beide besuchten, zu vertreten, was auch geschehen sei. Rothjung habe ihm gesagt, daß er Norddeutschland bereise, um die politischen Zustände zu erforschen. Zeuge gab ihm Empfehlung an Dr. Tellkamp. Mit Dr. Becker sei er auf einem Congreß in Braunschweig am 8. Mai 1850 zusammengekommen. Der Congreß wurde von Depu-

tirten der Linken und von Vertretern der liberalen Presse gehalten, sei aber nicht communistisch gewesen. Bei Gelegenheit der bei ihm stattgefundenen Haussuchung habe er sich wegen des bei ihm gefundenen Communisten-manifestes unbestimmt geäußert, nämlich er wisse nicht, ob er es von Becker, Bürgers oder Stechan empfangen habe; seitdem habe er sich jedoch erinnert, und könne es nun mit Bestimmtheit sagen, daß er es von keinem der drei Genannten, sondern von einem Vierten habe, den er nicht nennen will. Bürgers traf er bei einem ähnlichen Congreß am 8. Mai 1851 in Hannover. Ob sich dort Theilnehmer mit falschen Namen ins Fremdenbuch eingeschrieben, wisse er nicht, da er spät angelangt sei. — Fr. Hat nicht im August 1851 eine Versammlung des Volksvereins in Hannover stattgefunden, bei der Sie sich äußerten, Dr. Becker werde keine Geständnisse machen, selbst wenn man ihn auf die Folter spanne? — Antw. Die Versammlung des Volksvereins wurde regelmäßig gehalten, also auch im August 1851. Ich erinnere mich, gesagt zu haben, Becker könne seiner politischen Richtung wegen unmöglich in die Sache verwickelt sein; er werde aber niemand verrathen. Möglich, daß ich mich dabei des Ausdrucks bediente: „Selbst wenn man ihn auf die Folter spannte." Von Geständnissen habe ich aber gewiß nicht gesprochen, weil ich überzeugt bin, daß er keine Geständnisse zu machen hat. Zeuge will die politische Richtung des Dr. Becker näher auseinander setzen; der Präsident unterbricht ihn aber, indem er bemerkt, daß er nur Thatsachen auszusagen, keine Vertheidigungsrede zu halten habe.

Dreiunddreißigster Zeuge, Franz Jul. Hentze, königl. preußischer Premierlieutenant a. D., kennt Marx, Engels, Becker u. A. Er empfing das Manifest von 1848 von Marx. Vom Bunde habe er damals keine Kenntniß gehabt, aus den Unterredungen aber habe er schon damals den Schluß gezogen, daß Dr. Becker Communist sei. Nothjung suchte ihn im November 1850 in Berlin auf, mit Empfehlung von Dr. Becker, um sich nach den Communistenverhältnissen zu erkundigen. Bei dieser Gelegenheit hob Nothjung den Zweck des Bundes hervor, sprach von den Spaltungen in London, und drückte sich entschieden für Marx aus. Zeuge bemerkte dagegen, wenn ein Streit zwischen ihnen herrsche, so wäre, nach den Persönlichkeiten zu urtheilen, das Recht gewiß auf Seite Willichs. Nothjung zeigte ihm den von Schimmelpfenning mit chemischer Dinte geschriebenen Brief, mit der Erklärung, daß er das Recept dieser Dinte von dem Schreiber habe und sich deren für die Folge auch bedienen wolle. Dieser (Schimmelpfenning) sei nicht von Dr. Becker an ihn adressirt gewesen, sondern stellte sich ihm selbst vor. — Auf die Bemerkung, er habe früher anders zu Protocoll gegeben, erklärt Hentze, dann sei seine frühere Aussage richtig. Schimmelpfenning war bewaffnet, und trug die Papiere in den Schuhsohlen. Um die „Aufforderung an die preußischen Offiziere" versenden zu können, wollte Schimmelpfenning Adressen haben, worauf ihm Zeuge die Rangliste gab, ihn dabei aber warnte, bemerkend, er müsse die preußischen Offiziere doch so viel kennen, daß diese sich nicht zum Treubruch würden verleiten lassen. Dr. Becker traf er später in Hamm, bei Gelegenheit der Assisenverhandlung wegen der Versammlung in Münster, in welche Zeuge verwickelt war. Hier äußerte er sich gegen Becker in denselben Worten über die Lage der Sachen in Berlin und die dortigen Maschinenbauer, wie sich dieselben in dem Schreiben Rösers an Nothjung in Berlin vorfinden. Becker suchte bei dieser Gelegenheit den Zeugen zwar nicht mit klaren Worten für den Bund zu gewinnen, doch äußerte er sich, man müsse sich Marx anschließen. Hentze erkennt den Brief von Schimmelpfenning, auch mehrere Briefe von Willich an, dessen Hand er kennt, da er früher mit ihm in einer Brigade und später noch in freundschaftlichen Verhältnissen gestanden. Er fügt seinen frühern Aussagen noch hinzu, daß er einen Brief von Röser empfing, worin dieser ihn aufforderte, die Sachen von Nothjung zu beseitigen, worauf er geantwortet, es sei zu spät, sie befänden sich schon in den Händen der Polizei. — Vertheidiger Schürmann fragt: ob Nothjung dem Zeugen Schimmelpfennings Brief nicht in besonderm Auftrag mitgetheilt habe. Zeuge erinnert sich dessen nicht. Der Vertheidiger verliest eine Stelle des Briefs, also lautend: „Theile diesen Brief an Hentze mit," und meint, der Brief sei eigentlich für den Zeugen bestimmt gewesen. — Der Vertheidiger Schneider II. und Angeklagter Dr. Becker suchen den Zeugen durch Querfragen in Widersprüche zu verwickeln. Unter andern läßt Becker fragen: Bin ich Redacteur der „Neuen Rhein. Zeitung" gewesen? — Antw.: Das habe ich nicht behauptet. — Dr. Becker: Es liegt aber ein älteres Protocoll vor, worin Sie mich direct als Redacteur bezeichnen, und darauf hin den Schluß ziehen, daß ich Mitglied des Bundes sei. — Das Protocoll wird verlesen, worin Dr. Becker mit unter den Redacteuren der „Neuen Rhein. Zeitung" genannt wird. — Zeuge bemerkt, er habe Dr. Becker sehr oft auf dem Redactionsbureau gesehen. — Präsident: Sie glaubten also damals, daß er Redacteur sei? — Auf fernere Fragen bemerkt Zeuge, daß er Marx 300 Thaler vorgeschossen, diese aber nicht zurückerhalten habe. Willich habe er von Zeit zu Zeit unterstützt, im Ganzen etwa mit 60 Thlr. — Vertheidiger Schneider II.: Ich bitte den Zeugen zu fragen, ob er nicht vor 3 Monaten noch in London war und dort mit Willich verkehrte? Antw.: Ja. — Vertheidiger Schneider II: Zu welchem Zweck Zeuge nach London gereist sei? — Antw.: Zum Vergnügen; meine Mittel erlauben mir das. — Angeklagter Dr. Becker: Ob Zeuge nicht in Berlin verhaftet werden sollte? — Antw.: Ja. — Dr. Becker: Sie haben sich die Freiheit erkauft mit Aussagen gegen mich.

Vierunddreißigster Zeuge, Lieutenant Bode von Köln, kennt die Handschrift Willichs und bezeichnet drei Briefe desselben, von denen einer an den Zeugen selbst, zwei andere an Schimmelpfenning gerichtet sind. Einer der letztern ist deßhalb wichtig, weil er einen Nachtrag zum Manifest enthält.

Fünfunddreißigster Zeuge, Lucius, Advocat und Notar in Braunschweig, kennt Dr. Becker seit dem Congreß in Braunschweig. In Köln traf er später mit Becker und Bürgers zusammen; es wurde viel über den Communismus gesprochen, wobei sich Dr. Becker passiv verhielt. Zeuge empfing von Letzterm den Trinkspruch Blanqui's, nicht aber das Manifest, welches er in Folge eines Briefs, dessen Eingang verlesen wird, an Pastor Dulon schickte. — Auf mehrmaliges Vorhalten des Präsidenten gesteht Zeuge, daß er Dr. Becker allerdings für einen Communisten gehalten habe; er zog diesen Schluß aus der „Westr. Ztg.". Zeuge protestirt feierlich gegen die Aussagen des Polizeiraths Stieber und des Polizeidirectors Wermuth, welche auch ihn für einen Communisten erklären. — Polizeirath Stieber tritt vor: Ich stützte mich bei dieser Angabe auf die Mittheilungen des verstorbenen Directors Schultz. Polizeidirector Wermuth tritt ebenfalls vor und sucht seine Behauptung durch den Verkehr und die politischen Vermittelungen des Zeugen Lucius zu begründen. Letzterer trägt darauf an, daß der Schluß seines Briefs an Dulon verlesen werde; es geschieht. Er sagt darin von dem Manifest, man müsse allen Sinnes baar sein, wenn man sich solchem Unsinn anschließen wolle. Im Gegentheil müßte man Front dagegen machen. Lieber Despotismus als solche Barbarei.

Sechsunddreißigster Zeuge, Valentin Weber, Schneidermeister in Mainz. Bei ihm hat Lassner unter dem Namen Kaestner stückweise fleißig gearbeitet. Im November 1850 habe er sich zwei Tage Urlaub erbeten, sei aber ungefähr acht Tage ausgeblieben. Bei der Rückkehr entschuldigte er sich damit, man habe ihn in Frankfurt a. M. als Präsident eines Arbeitervereins genöthigt, mit zu einem Conilium der Arbeitervereine nach Nürnberg zu reisen. Seine Mitgesellen hätten indessen dem Zeugen gesagt, das sei ein leerer Vorwand, Kastner habe bessere Arbeit gesucht und nicht gefunden, sonst wäre er nicht wiedergekommen. Ueber die Bibliothek des Lassner weiß Zeuge nichts Bestimmtes, doch meint er, sie gehöre dem Arbeiterverein.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Wesel, 20. Oct. Nach officiellen Mittheilungen ist jetzt die Oberhausen-Arnheimer Eisenbahnangelegenheit auf holländischer Seite insofern dem Ziel näher gerückt, als in diesen Tagen von der Direction der Rotterdam-Arnheimer Eisenbahngesellschaft die Erdarbeiten an der Bahnstrecke von Arnheim bis zur preußischen Grenze zu dem Kostenanschlage von 1,200,000 fl., mit Einschluß eines Neubaus der Brücke über die Yssel, öffentlich verdungen worden sind. (Düsseld. Ztg.)

Aachen, 22. Oct. Gestern ist hier die telegraphische Nachricht von Berlin eingegangen, daß die Eröffnung des Abschnitts der Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn von Rheidt bis Herzogenrath, etwa sechs Meilen, auf den 10. November angesetzt worden ist. (Aach. Ztg.)

Landwirthschaftliches.

Z **Worms**, 24. Oct. Mit dem morgenden Tage wird in den hiesigen Weingärten die Lese erst eigentlich beginnen, wiewohl einzelne Besitzer bereits in der vergangenen Woche damit den Anfang gemacht haben. Das trockene und warme Wetter hat der Reife der Trauben wesentlich genützt und es ist nur zu bedauern, daß die edle Liebfrauenmilch sammt dem Luginsländer und Katerlöcher in diesem Jahr so spärlich fließen werden.

Aus der Schweiz, 19. Oct. Die Weinlese im Rheinthal des Kantons St. Gallen hat begonnen. Die Weinpreise haben sich noch nicht festgestellt; doch ist weißer Wein für 8 bis 10 kr. und rother für 15 bis 18 kr. per Maas schon verkauft worden. Die Durchschnittspreise werden sich auf 8 bis 9 kr. für weißen und 14 bis 16 kr. für rothen stellen, einzelne bevorzugte Lagen und Gewächse abgerechnet. Halten sich diese Preise, so sind die Winzer zufrieden. — Am Bielersee ist die Qualität und Quantität des Weins etwas hinter den Erwartungen des Sommers zurückgeblieben, hingegen bedeutend besser, als die der letzten zwei Jahre. — Im Kanton Thurgau ist dagegen der Wein nicht gerathen; nur in ganz guten Lagen bietet sich ein Mittelwein. — Am Zürchersee wird der Eimer neuer Wein zu 10 fl. verkauft. Die Reben stehen schön und das Holz ist vollständig reif

Frankfurt, 24. Oct. Gestern sind hier angekommen: Se. kurfürstl. Hoheit der Prinz Friedrich von Hessen aus Schloß Rumpenheim und Herr Legationsrath v. Witzendorff, aus Hannover, im russischen Hof; Herr Staatsrath v. Bellnagel, aus Hannover, im weißen Schwan.

Heute sind hier eingetroffen: Ihre Durchlauchten der Prinz und die Prinzessin Karl zu Solms-Braunfels, im römischen Kaiser; Se. Durchl. der Prinz Felix von Hohenlohe-Oehringen, aus Kassel, im russischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. V. Kutschelt.

[8425]

Bekanntmachung.

Der Abgang der Personenpost von Creuznach nach Worms ist um eine halbe Stunde vorgerückt, demnach von 4 Uhr auf 3½ Uhr Morgens verlegt worden.

Frankfurt a. M., den 23. October 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

Anzeige.

Die von den Unterzeichneten gestempelten Coupons à R° 30. — B. A. per 1./13. Juli 1852 von Hoppe'schen Certificaten über 6% Russ. Inscriptionen werden à fl. 16. 7 kr. im fl. 24 Fuß per Stück bei denselben eingelöst.

Frankfurt a. M., den 21. October 1852.

[3395] **Granelius & Comp.**

[8415] Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Spinnstube,

ein Volksbuch für das Jahr 1853.

Herausgegeben von W. O. v. Horn. Achter Jahrgang. Mit dem Portrait des Verfassers und vielen Holzschnitten von Richter.

Neben allen Volksbüchern steht die Spinnstube einzig in ihrer Art da! Der Verfasser nimmt längst einen der ehrenvollsten Plätze unter den deutschen Volksschriftstellern ein; er ist vollkommen Meister der kräftigen, reichen und naiven Sprache des Volkes und weiß seinen aus dem Leben gegriffenen Stoff mit einem köstlichen Humor zu würzen.

Der Jahrgang 1846 der Spinnstube ist vergriffen! Die Jahrgänge 1847 bis 1852 aber sind zum selben Preis vorrätig!

Frankfurt a. M., im October 1852.

J. D. Sauerländer's Verlag.

[2421] **Bekanntmachung.**

Am 12 August l. J. wurde in diesseitigem Bezirk ein Bösillumiger aufgegriffen, dessen Familien- und Heimathsverhältnisse bisher noch nicht ermittelt werden konnten. Er nennt sich Johann Georg Kösch aus Bayern, gibt aber keine weitere Auskunft über seine Person.

Derselbe ist etwa 40—45 Jahre alt, 5' 4½" groß, von magerem, schwächlichem Körperbau, hat dünne schwarze Haare, über den ganzen Scheitel eine Platze, schwarze Augenbrauen und Bart, braune Augen, längliches blasses Gesicht, gute Zähne, trägt eine weiße, blaugestreifte Zwilchhose, weiße sehr beschmutzte und viel zu weite Zwilchjoppen und Halbstiefel.

Wer über diesen Menschen Auskunft geben kann, ist ersucht, solche baldigst hierher mitzutheilen.

Weinheim, den 20. October 1852.

Großherzoglich Badisches Bezirksamt.
v. Teufel.

[2389] **Bekanntmachung.**

Der Schiffer Karl Hartig und dessen Ehefrau von Altlenbrun haben sich als insolvent erklärt und behufs eines Nachlaß- und Stundungsvertrags die Bitte auf Berufung ihrer Gläubiger gestellt.

Sofort wird Tagfahrt auf

Freitag den 19. November d. J.,

früh 8 Uhr,

dahier anberaumt, wo die bekannten und unbekannten Gläubiger unter der Rechtsfolge der anzunehmenden Zustimmung in den Beschluß der Mehrheit der Erschienenen, beziehungsweise der Nichterscheinenden, erscheinen müssen.

Miltenberg, den 9. October 1852.

Königliches Landgericht.
Ehelen.

[2373] **Decret.**

Das Schuldenwesen des Gastwirths Georg Zittinger und dessen Ehefrau von Sonnenberg betr.

Da nach Bericht des Gerichtsvollziehers das Vermögen des unbekannt wo? abwesenden Gastwirths Georg Zittinger von Sonnenberg überschuldet ist, so wird derselbe hiermit aufgefordert,

Freitag den 12. November l. J.,

Morgens 9 Uhr,

seine Zahlungsfähigkeit vor dem unterzeichneten Gerichte nachzuweisen, widrigenfalls der Concurseprozeß über sein Vermögen erkannt werden wird.

Wiesbaden, den 11. October 1852.

Herzoglich Nassauisches Justiz Amt.
Winter.

[2412] **Oeffentliche Ladung.**

Charlotte Henriette und Agathe Dorothea Louise Sophie Jost, beide von der, haben gegen den Oekonomen Adolph Georg Friedrich August Jost, ebenfalls von hier, bei diesigem Justizamte auf Rückfindung eines hiesigen am 15. April 1842 geliehenen Capitals von 2000 Thalern nebst den vom Tage der Auszahlung an rückständigen Zinsen zu 5 pCt., Klage erhoben.

Da nach vorgelegter Bescheinigung Beklagter seit mehreren Jahren von hier abwesend und sein Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird derselbe hierdurch öffentlich vorgeladen, sich auf die gedachte Klage in Termin

den 19. künftigen Monats, Vormittags 9 Uhr, unter den Rechtsnachtheilen des Eingeständnisses und Ausschlusses vernehmen zu lassen, und dient dem Verklagten zugleich zur Nachricht, daß alle weiteren in dieser Sache ergehenden Verfügungen und Bescheide nur durch Anschlag am Gerichtslokale werden veröffentlicht werden.

Dirstein, am 15. October 1852.

Kurfürstlich Hessisches Justizamt.
P. Mau.

vdt. Beck.

[2366] **Edictalladung.**

Er. Polizericht hat über das Vermögen des Johannes Steuernagel XIV. von Wintdausen den formellen Concurs erkannt. Demnach alle unbekannte Gläubiger haben ihre Forderungen und etwaigen Vorzugsrechte dem unterzeichneten Gerichte bei Meidung des Ausschweigens erfolgenden Ausschlusses von der Masse

Freitag den 26. November d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

anzuzeigen. In diesem Termine soll der Vermögensstand vorgelegt, Beschluß über die Verwaltung der Masse gefaßt und ein Arrangement versucht, und sollen behufs die Ausschließenden von der Wahrzeit der erschienenen Gläubiger gefaßt werden. Beschlüssen beigetreten angesehen werden.

Der abwesende Gemeinschuldner wird gleichzeitig aufgefordert, im Termine zu erscheinen und etwaige Einwendungen gegen die Concurserkennung vorzubringen, widrigenfalls lediglich nach dem Antrag der Gläubiger und des für ihn bestellten Curators verfügt werden soll.

Altkirchen, den 11. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Stammler. Hofmann.

Cours der Staats-Papiere. 25. October 1852. (Schluss der Börse.)

		For comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.B.v. Rothsch.)	65¼	G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B.	94⅛	G.
»	5% L. V. (C. d. Rothsch.)	98¾	bez. u. G.
»	3% à dc. Monte C.18.1.M	84⅜	P.
»	Bank-Actien . . .	1386 P.	82 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81¼	P. 81 G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	81⅛	P.
»	5% ditto 1852	81	bez. u. G.
»	4½% ditto	72⅝	bez. u. G.
»	4% ditto	65	P.
»	3% ditto	48½	P.
»	2½% ditto	41¼	P.
»	1% ditto	16¼	P.
»	à 250 Loose b. Roths.	117¾	P.
»	à 500 » ditto	193	P.
»	4½% Oblig. b. Rothsch.	80⅞	P.
Preussen .	3½% Staatsanleih.	94½	P. 94 G.
»	4½% Oblig. b. Roths.	104	P.
»	Cöln-Mind. K.-Rente	101	P. 112½ G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅛	P. 2/3 G.
»	4½% ditto	100⅝	P. ⅛ C.
»	4% ditto	96⅜	G.
»	4% Ablös.-Rente .	98½	G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93	P. 92⅝ G.
»	Ludwigsh.-Berbach.	95¾	P. ⅓ G.
Baden . . .	5% Priorit.-Oblig.	103½	G.
»	5% Obligationen .	101¾	G.
»	4½% Obligationen	102⅜	G.
»	3½% » 1842 .	90¾	P. ⅛ G.
»	à 50 Loose v. 1846	66⅛	P. 65¾ G.
»	à 35 Loose v. 1845	38½	P. ⅛ G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103	G.
»	4% ditto	99⅜	P.
»	3½% ditto	91⅛	P.

		For comptant.	
Nassau .	à 25 Loose . . .	28½	P. ⅛ G.
Warschau	4½% Oblig. à 300 fl.	101¾	P. ⅛ G.
»	4% » à 200 »	90⅝	G.
Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	35 P.	34⅜ G.
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	44⅛	P.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	102	P.
»	4% ditto b. Rothsch.	97⅜	G.
»	3½% ditto b Rothsch.	92	P.
»	à 50 Loose . . .	91 P.	90½ G.
»	à 25 Loose . . .	31¼ P.	31 G.
Frankfurt	3½% Oblig. v. 1843	95½	P. ⅛ G.
»	3½% » v. 1846	95	P.
»	3% » . . .	85¾	P.
»	Taunusbahnact. .	305 P.	302 G.
Russland	5% Oblig. b. Rothsch.	102¾	P.
»	4% Obl. d. Hope & Z.	91⅝	G.
»	4% » b. Stieglitz »	92 P.	91½ G.
Polen . .	4% Oblig. de à 300	91⅜	P. ⅝ G.
Spanien	5% Passiv-Sch. P. 1000	19 P.	18 G.
»	1% Neue » »	25⅜	bez.
Holland .	4% Certificate . .	94½	G.
»	3½% Syndicats .	94½	G.
»	3½% Integrale .	93¼	G.
Belgien .	5% Obl. in L. à 12½ R.	100	G.
»	4½% Obl. in F. à 25 Skr.	97⅜	P. 2/3, ½ bez. u. G.
»	4% Obl. in Fr. à 25 Kr.	90⅜	bez.
»	3½% Obl. b. Rothsch.	87½	G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97¾	P. ⅝ G.
»	5% Obl. d. Hambro	94⅛	bez.
»	Sardinische Loose .	40½	G.
Toscana	5% Obl. 1850 C.b. Gold.	101	G.
»	5% à 1851 d. Bastogi (dc.)	98	G.
Nämur &c	6% Stocks Obl. 2.50.	116¼	G.
»	Vereins &. 10 Loose .	9 P.	8½ G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

		Per 25 October	Per comptant.
Amsterdam .	k. S.	100	bz. ¼ G.
(100 fl. Crt.)	2M.		
Augsburg . .	k. S.	120	bz. 119⅞ G.
(100 fl. Crt.)	2M.		
Berlin . . .	k. S.	104⅛	bz. 104 G.
(50 Thlr.)	2M.		
Bremen (50	k. S.	97¼	P. ⅛ G.
Rthlr.-l. Lder.	2M.		
Hamburg . .	k. S.	89⅝	P. 89 G.
(100Mk. Bco.)	2M.		
Leipzig . . .	k. S.	104⅛	bz. 104 G.
London . . .	k. S.	119¾	P. ⅜ G.
(1 Livr. St.)	2M.		
Lyon	k. S.	94¼	P. ⅛ G.
(300 Fr.)	2M.		
Mailand (300	k. S.	101⅝	P.
Lir. Austr.)	2M.		
Paris	k. S.	94¼	P. ⅛ G.
(300 Fr.)	2M.		
Wien (100fl.)	k. S.	102¼	P.
im 2. 20 F.)	2M.		½ bez. u. G
Disconto . . .		3 G.	

Gold und Silber.

Pistolen	à 9	45⅛/-46⅛
Pr. Friedrichsd'or	à 9	55-56
Holl. 10fl. Stücke	à 9	9 54⅛-55⅛
Rand-Ducaten .	à 5	37⅛/-38⅛
20 Francsstücke	à 9	29 30
Engl. Sovereign	à 11	54
Gold al Marco	à	383-84
5 Frankenthaler	à 2	21⅞/-22⅛
Preuss. Thaler	à 1	45-½
Preuss. Casse-Sch	à 1	45⅛/-⅜

Druck von August Osterrieth.

№ 256. — Dienstag

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bundesländern von Frankfurt 2 fl. 30 kr. 2) in den Ländern des Deutschen Thalers und Preußischen Postverwaltungsgebiets 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 16 Sgr. 3) in allen übrigen deutschen Staaten je wie in den L. Österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. im 24 fl.-Fuß, der

Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. W. Berenberg in Straßburg, Brandgasse Nr. 20, und in Paris Aug. Durand, Quai des Augustins No. 49, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4/5 Berliner) pro Quartal oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

„ Wien, 21. Oct. Alle Vereinbarungen, welche die österreichische Regierung mit Italien trifft, alle Erfolge, welche sie daselbst erringt, müssen auch in Deutschland hohes Interesse erregen und einen großen Werth für dasselbe haben. Oesterreich ist die Brücke zwischen dem Norden und Süden und nur auf dieser kann und wird das mehrhundertjährige Bestreben des deutschen Volkes in Italien dauernden Fuß gewinnen, friedlich zu jenem Ziel gelangen, das es vor grauer Zeit schon durch das Blut der Römerzüge zu erringen suchte. Was Oesterreich daher in jüngster Zeit durch Handelsverträge mit italienischen Regierungen Vortheilhaftes erzweckt, hat es in der Folge für ganz Deutschland gelegtet, denn die Zeit kann, trotz momentaner obschwebender Differenzen, nicht mehr fern bleiben, wo der deutsche Bund zugleich ein Bund der materiellen Interessen seiner Völker, auf vollige Verkehrsfreiheit und Einheit gegründet, sein wird. In diesem Sinn muß auch der ratificirte und bald ins Leben tretende Zolleinigungsvertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma freudig begrüßt werden. Dieser Zollverein wird in Bezug auf die Zollgesetzgebung, Verwaltung und Verrechnung ein engerer zwischen den beiden Herzogthümern und dem lombardisch-venetianischen Königreich sein und eine gleiche Zollinie dieses vereinigte Zollgebiet von den andern angrenzenden Staaten, vom Meer und den österreichischen Zollausschlüssen scheiden. Die Zollinien werden aufgehoben, keiner der drei Vereinsstaaten wird Einrichtungen treffen können, wodurch der freie Verkehr beengt würde, und der gegenseitige Handel mit Getreide und andern Lebensbedürfnissen wird selbst nicht in Zeiten einer Theuerung beschränkt werden dürfen. Schiffe und Waaren werden in Häfen und Landungsplätzen gegenseitig gleichgehalten, sowie die Gold- und Silbermünzen von den öffentlichen Kassen der drei vereinten Staaten nach ihren zur Kraft bestehenden Werthen angenommen werden. Die Vertretung der modenesischen oder parmaischen Unterthanen in fremden Ländern, wo eine solche bisher mangelte, geschieht durch die österreichischen Consulate. Die Herzogthümer Modena und Parma nehmen folgende österreichische Gesetze an: den allgemeinen Zolltarif vom 6. November 1851, die Zoll- und Staatsmonopolordnung von 1835, das Gefällsstrafgesetzbuch von demselben Jahre, die organischen Anordnungen und die Dienstvorschriften der Finanzwache von 1843, das allerhöchste Patent von 1850 über Stempel, Spielkarten, Kalender und Zeitungen; diese dürfen jedoch, wenn sie auch die Gebühr in einem der Vereinsstaaten gezahlt haben, in einem andern nicht gebraucht oder in Handel gebracht werden, wenn sie nicht früher die Zahlung der ganzen Gebühr auch zu Gunsten jenes Staates, in welchen sie gebracht wurden, geleistet haben. Das Salzmonopol darf in den drei Vereinsstaaten während der Dauer des Vertrags nicht verpachtet werden; hinsichtlich dieses wichtigen Verbrauchsartikels finden überdies mehrere besondere Bestimmungen statt. Die Tabakspreise sollen der Qualität gemäß durch eine Commission regulirt und die in den lombardischen Provinzen geltenden als Regulatoren angenommen werden. Dasselbe ist beim Pulver und Salpeter der Fall. Salz, Tabak und Schießpulver, welche für Rechnung eines der Vereinsstaaten in das Vereinsgebiet eingehen, sind von jeder Gebühr befreit, und auf diese Weise werden auch die beiden Herzogthümer aus Ungarn Tabak beziehen können. Lizenzen für Private auf Staatsmonopolgegenstände werden von den drei Regierungen nur zur Einfuhr in das eigene Gebiet und zu Gunsten der Bewohner desselben ertheilt. Der Ertrag der Gesammtzölle wird in eine gewissame verhältnißmäßige Theilung fallen. Von dem festgestellten Rohertrage werden die gemeinsamen Auslagen abgezogen, als: die Gehalte der Bediensteten, ein jährliches Aequivalent für Bau- und andere Kosten u. s. w. Von Seite Oesterreichs wird dem Herzogthum Modena ein Minimum von 1,150,000, und für Parma von 1,130,000 Lire an Jahreseinkünften verbürgt. Die Finanzwachen der drei Vereinsstaaten erhalten die Berechtigung, ihre Streifungen vier Meilen weit auch in ein anderes Gebiet auszudehnen, und daselbst Amtshandlungen auszuüben. Die herzoglichen Regierungen treten dem Schiffahrts- und Handelsvertrage von 1851, und der Convention zur Hintanhaltung des Schmuggels bei, welchen Oesterreich mit Sardinien abgeschlossen. Oesterreich ist ermächtigt, auch mit anderen italienischen oder deutschen Staaten wegen Abschluß von Zoll- und Handelsverträgen in Verhandlung zu treten, und unter gewissen Bedingungen wird den Verträgen Oesterreichs mit letzteren schon jetzt beigestimmt. Der gegenwärtige Vertrag tritt mit dem 1. Februar 1853 ins Leben, und seine Dauer reicht auf 4 Jahre und 9 Monate; ohne vorangegangene Kündigung wird er als auf eine gleiche Frist verlängert angesehen.

§ Berlin, 23. Oct. Bei der gegenwärtigen Wahlbewegung tritt eine Partei offen mit dem Streben der sofortigen Beseitigung der Verfassung hervor. Der ministeriellen wie der Kreuzzeitungspartei wurde man Unrecht thun, wenn man diese Bestrebungen ihnen unmittelbar auf die Rechnung schreiben wollte. Die in Rede stehende Partei ist aus Personen zusammengesetzt, welche entweder der ministeriellen Partei oder jener der Kreuzzeitung, oder keiner von beiden angehören. In einem hiesigen Wahlbezirke sah man in diesen Tagen einen vormaligen hohen Beamten von Urwähler zu Urwähler wandern, denen er auseinandersetzte, daß man nur solche Wahlmänner wählen müsse, aus welchen Abgeordnete hervorgehen würden, die unsere Verfassung sofort Sr. Maj. dem König zu Füßen legten. Die Urwähler zeigten sich insessen nicht geneigt, auf die Lobpreisungen des Absolutismus hin so ohne Weiteres auf jedes eigene Urtheil zu verzichten. Was das Ministerium im Allgemeinen anbelangt, so erfährt man, daß dasselbe aus mehrfachen gewichtigen Gründen für die Aufrechthaltung der Verfassung und für Revision derselben auf verfassungsmäßigem Wege ist. Diese gewichtigen Gründe beziehen sich sowohl auf die Stellung Preußens nach Außen, wie auf seine innere Lage. Es ist mit Nachdruck in dieser Beziehung, andern Richtungen in einzelnen ministeriellen Kreisen gegenüber, geltend gemacht worden, daß man nicht vergessen dürfe, daß die noch treu zu Preußen haltenden deutschen Staaten constitutionelle seien, und auch die anderen deutschen Staaten, auf deren Wiedergewinnung doch das Streben Preußens gerichtet sein müsse, eine allgemeine Landesvertretung bewahrten. Außerdem sei aber die Lage der europäischen Verhältnisse, aus welcher sich, schaue man nach Osten oder nach Westen, große Gefahren entwickeln könnten, nicht außer Acht zu lassen. In jedem Falle würde es rathsam sein, um vor allen Eventualitäten gesichert zu sein, eine feste Staatsgrundlage in der Verfassung aufrecht zu erhalten, da man so etwaigen Stürmen ruhiger entgegen gehen könne. Dieselbe Meinung soll sich auch bei der Mehrheit der Mitglieder der Staatsministerialcommission zur Revision der Verfassung geltend gemacht haben. Diese letztere Partei, welche gegenwärtig in Preußen für die Beseitigung der Verfassung agitirt, wirkt weder im Sinne Sr. Maj. des Königs noch des Gesammtministeriums, indem dieselbe zugleich in Beurtheilung der Lage Preußens und der europäischen Stellung desselben eine Kurzsichtigkeit ohne Gleichen bekundet.

‡ Aus Posen, 22. Oct., wird uns geschrieben: Zwischen unserm Oberpräsidenten und dem Oberhaupt der katholischen Geistlichkeit, Erzbischof von Przyluski, ist eine Differenz zum Ausbruch gekommen, die, wenngleich unbedeutend in ihrem Ursprung, doch wegen ihrer voraussichtlichen Folgen von Wichtigkeit ist und die allgemeine Aufmerksamkeit so sehr in Anspruch nimmt, daß sie das ohnehin nur geringe Interesse an den bevorstehenden Kammerdeputirtenwahlen ganz in den Hintergrund drängt. In unserer Provinz, wo die Begriffe „polnisch“ und „katholisch“ in Folge des herr-

werden, ist dieser Streit zwischen den Spitzen der weltlichen Macht und des katholischen Klerus von nicht zu berechnender Tragweite und es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß die ganze Differenz nur dazu ausgebeutet werden wird, die nationale Opposition der Polen neu zu kräftigen und ihr besonders jetzt, so kurz vor den Kammerwahlen, eine bestimmte Richtung zu geben. Das Factum, das der Differenz zu Grunde liegt, ist an sich höchst unerheblich und würde anderswo kaum eine besondere Erwähnung verdienen. Bei Besetzung eines Pfarramts, dessen Patronat der königl. Regierung zusteht, hat angeblich der Erzbischof die Bestätigung ohne Angabe von Gründen versagt, der Oberpräsident dagegen das Recht der Krone mit Festigkeit gewahrt. Dies ist, wie man hört, die ganze Quelle des Zwistes. Man gab der Oberpräsident am letzten Sonnabend den Landtagsdeputirten ein officielles Abschiedsdiner, zu welchem auch der Herr Erzbischof eine Einladung erhalten hatte und angenommen hatte; nichtsdestoweniger erschien derselbe, auf dessen Ankunft man fast eine Stunde gewartet hatte, gar nicht und hielt es auch nicht für nöthig, sein Ausbleiben irgendwie zu entschuldigen. Tags darauf gab der Herr Erzbischof den Mitgliedern des Landtags ein großes Abschiedsdiner, zu welchem er sämmtliche Spitzen der hiesigen königlichen Behörden mit alleiniger Ausnahme des Herrn Oberpräsidenten eingeladen hatte, wiewohl Letzterer königlicher Landtagsdeputirter ist. Ein solches Verfahren mußte allerdings die allgemeine Aufmerksamkeit erregen, und hat auch nicht verfehlt, bereits eine rücksichtslose Besprechung in den öffentlichen Blättern hervorgerufen. Man ist hier der Ansicht, daß die Polen, deren nationale Angelegenheit stark im Schwinden begriffen war, zumal bei der geringern Volksklasse, die die Wohlthaten der preußischen Regierung im Vergleich gegen die frühere polnische Zeit deutlich genug erkennt, derselben eine neue Belebung zu gewähren beabsichtigten, hierzu keinen wirksamern Einfluß geltend zu machen wußten, als den an allmächtigen Klerikalen, der allerdings die Mittel besitzt, wenn es wirklich seine Absicht ist, die polnische Volksmasse der Regierung in einem gewissen Grade wieder abwendig zu machen. Namentlich ist den Polen der jetzige Oberpräsident v. Puttkammer wegen seines stark ausgeprägten Deutschthums und seiner unerschütterlichen Energie etwas unbequem und sie mögen daher wohl die Hoffnung hegen, daß dem Gouvernement, das gegen den katholischen Klerus in der letzten Zeit sich so höchst nachgiebig bewiesen hat, denselben um des Friedens mit der Kirche willen fallen lassen werde. — Die Cholera hat uns — Gottlob! — jetzt so gut wie ganz verlassen, nachdem sie freilich unendliches Elend gestiftet hat; nur beim Militär kommen noch einzelne Erkrankungsfälle vor, die jedoch meistens einen günstigen Verlauf nehmen.

Trier, 21. Oct. In einer Currende unseres hochwürdigsten Herrn Bischofs vom 19. d. M. an sämmtliche Pfarrer des Bisthums werden dieselben darauf aufmerksam gemacht, „welche Wichtigkeit die bevorstehenden Wahlen für die Entscheidung von kirchlichen Lebensfragen haben werden, und wie ernst es die Umstände gebieten, daß Alle, denen das Wohl der Kirche am Herzen liegt, sich in der rechten Weise bei den Wahlen betheiligen und nach Kräften mitwirken, daß solche Volksvertreter gewählt werden, die tüchtig sind, die Sache der Kirche mit Wärme und Entschiedenheit zu vertreten." (D. B. H.)

Weimar, 21. Oct. Die zum Behufe einer Revision der Criminalprocßordnung hier zusammengetretene Commission von Vertretern der thüringischen und anhaltischen Regierungen hat heute ihre Schlußsitzung gehalten.

Jena, 20. Oct. Professor Lilienecron aus Kiel ist als außerordentlicher Professor in der philosophischen Facultät hierher berufen. Durch den Weggang Heinrich Rückerts nach Breslau war die alte vaterländische Literatur verwaist, und man hat auf diese Weise diesem Zweige der deutschen Studien wieder eine passende Vertretung gegeben. Die Stelle des berühmten Staatsrechtslehrers Schmid ist noch nicht besetzt, auch des Romanisten Fein's Posten ist noch nicht wieder ergänzt. Man sollte meinen, daß unsere Universität einen so langen Verzug in guter Besetzung so wichtiger Stellen nicht eben lange ertragen könnte.

Frankreich.

† **Paris**, 23. Oct. Man beschäftigt sich schon vielfach mit der eventuellen Fassung des Senatusconsultums vom 4. November. Im Senat selbst hat sich nämlich eine Partei gebildet, welche, um jede Discussion abzuschneiden, der Abstimmung des Volkes einen einzigen, etwa folgendermaßen lautenden Artikel unterwerfen will: „Das französische Kaiserreich wird in direkter Linie in der Familie Ludwig Napoleons erblich sein. Im Fall Ludwig Napoleon keine männlichen Kinder haben sollte, hat er das Recht, seinen Nachfolger zu designiren. Ludwig Napoleon wird an der Verfassung die ihm geeignet scheinenden Abänderungen vornehmen, um die neuen Mit einiger Spannung erwartet man hier die Eröffnung des englischen Parlaments, denn mit Bestimmtheit wird behauptet, es solle dort sofort eine Discussion veranlaßt werden, um von dem Ministerium zu erfahren, ob die französische Regierung die Absicht habe, die Verträge von 1815 vollständig und namentlich unter dem Gesichtspunkt der territorialen Grenzen und Interessen zu respectiren. Die Minister würden hierüber alle verlangten Aufschlüsse geben. — Einige Blätter haben erzählt, von Chambery aus sei eine Deputation, mehrere Mitglieder der Geistlichkeit von Savoyen an der Spitze, nach Grenoble gekommen, um den Prinz-Präsidenten dort zu begrüßen, und habe keine geringere Zuschreibung erhalten, als daß ihre Bestrebungen, Savoyen mit Frankreich zu vereinigen, kräftig unterstützt werden sollten. Ja, man kann von dem klerikalen Correspondenten des „Univers" glauben wollte, so wäre Savoyen bereit, sich zu erheben, um die Vereinigung mit Frankreich schon jetzt durchzusetzen. Die amtliche Zeitung in Turin hat diese Gerüchte bereits widerlegt; hier kann zugefügt werden, daß Ludwig Napoleons Regierung dergleichen Erzählungen höchst unangenehm sind und daß namentlich der Minister Drouin de Lhuys sie laut für baare Erfindungen erklärt. Der Prinz-Präsident hat jene Deputation freundlich empfangen; aber in dem oben angegebenen Sinn ist von keiner Seite auch nur ein Wort gefallen.

Neueste Nachrichten.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin, den 25. Oct., 7 Uhr 50 Minuten Abends.
Angekommen in Frankfurt, 25. „ 8 „ — „ „

London, 25. Oct. Die aus Neuyork vom 13. d. M. eingetroffene Post meldet von einer großen Aufregung, entstanden in Folge einer Ordre des Generalcapitäns von Havanna, welche die Ausschiffung von Depeschen und Passagieren des Packetschiffes „Crescent City" verhinderte. Meetings wurden gehalten, um die Regierung der vereinigten Staaten anzuspornen, Genugthuung zu fordern. Zwei amerikanische Kriegsschiffe sind bestimmt, nach Cuba abzugehen. Mehrere französische Kriegsschiffe liegen vor der Havanna. Baumwolle besser. Mehl gefallen.

+* **Frankfurt**, 25. Oct. Um den unrichtigen Auffassungen zu begegnen, welche sich in mehreren Zeitungen in Betreff der neulichen Bundestagssitzung vorfinden, können wir aus sicherer Quelle Folgendes mittheilen: Die Bundestagsferien sind nicht verlängert, sondern haben nach Ablauf der 2 Monate, für welche sie anberaumt waren, ihr Ende gefunden. Es sind demgemäß die Ausschüsse wieder in die verfassungsmäßige Thätigkeit getreten, ohne daß es zu deren Einleitung einer förmlichen Sitzung bedurft hätte. Dazu letztere bisher noch nicht stattgefunden, sondern nur eine vertrauliche Besprechung abgehalten worden, findet theils keinen Grund darin, daß die Instructionen über mehrere bevorstehende wichtige Abstimmungen noch nicht für alle Gesandte eingelaufen sind, theils in der verlängerten Abwesenheit derjenigen Gesandten, deren Regierungen bei den zunächst vorliegenden Geschäften vorzugsweise betheiligt sind.

* **Frankfurt**, 25. Oct. Ihre Majestät die verwittwete Königin Marie Amelie von Frankreich und der Prinz Joinville haben heute Morgen die Rückreise nach England angetreten. Auch der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz hat unsere Stadt verlassen.

Eine auch in unserer Stadt wohlbekannte Persönlichkeit der Universität Heidelberg, der sogenannte Binsenmann, ist in den letzten Tagen gestorben.

+* **Wien**, 23. Oct. Gestern war diplomatisches Diner bei dem Grafen von Westmoreland, wozu sämmtliche hier anwesende Gesandte geladen waren. Die französische Kaiserfrage bildete den Hauptgegenstand der Conversation, und es scheint, als wären die Meinungen über die Tragweite und die Folgen dieses wichtigen Ereignisses in den diplomatischen Kreisen sehr getheilt, sowie es denn auch nicht geleugnet werden kann, daß die in der Rede von Bordeaux enthaltenen Friedensversicherungen nicht ganz mit jenem Vertrauen aufgenommen worden sind, welches der Prinz-Präsident aller Wahrscheinlichkeit nach hervorrufen wollte.

P **Berlin**, 24. Oct. Die gestrige Nummer des „Preußischen Wochenblattes" ist mit Beschlag belegt, weil sich in derselben Angaben über ein Ministerialreskript an die Landräthe rücksichtlich der Wahlen befinden, die, abgesehen von dem Bruch der Amtsverschwiegenheit, welche diese Mittheilungen voraussetzen, wesentliche Entstellungen enthalten. Wie wir aus guter Quelle erfahren, wird in jenem Reskript nur vor einer feindlichen Partei bei den Wahlen gewarnt, und die Erwartung ausgesprochen, daß die Land-

räthe auf die Wahlen im Interesse des Gouvernements einwirken würden. Es scheint dies sehr natürlich, wenn man dem Gouvernement nicht die komische Zumuthung machen will, seinen Beamten zu erlauben, etwa zu Gunsten dieser oder jener sich für conservativ ausgebenden Partei zu agitiren.

♂ **Aus Baden**, 24. Oct., wird uns mitgetheilt, daß bei der Infanterie die längst besprochene Regimentsorganisation wieder ins Leben getreten ist. Die nähern Mittheilungen werden vorbehalten.

✕ **Weimar**, 21. Oct. Heute Mittag hat Se. königl. Hoh. der Großherzog den neuernannten königl. sächsischen Gesandten, Geh. Legationsrath v. Carlowitz, im großherzoglichen Schlosse empfangen und dessen Beglaubigungsschreiben entgegen zu nehmen geruht.

Frankfurt, 25. October, Abends.

Die heute fällige Pariser Post ist ausgeblieben. Die „Indépendance belge" erzählt, in den letzten Tagen seien in der französischen Hauptstadt neuerdings Gerüchte verbreitet gewesen über nahe bevorstehende Veränderungen in den hohen Justizämtern, über finanzielle Maßnahmen wie beispielsweise eine abermalige Umwandelung der $4\frac{1}{2}$procentigen Rente in 3procentige, mittelst einer Combination, nach welcher man noch suche, über Herabsetzung und Abschaffung der Octrois ꝛc. Die angebliche Nordreise des Prinz-Präsidenten soll sich auf einige Ausflüge reduciren, die Ludwig Napoleon während seines Aufenthalts zu Compiegne, wo er sich zu den großen Jagden begeben wird, nach Rheims, St. Quentin und andern Nachbarstädten unternehmen würde. Ein anderes, schon oft dagewesenes Gerücht, v. Morny werde demnächst wieder ein Portefeuille übernehmen, wird wieder einmal in Abrede gestellt.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

XVII.

Γ **Köln**, 24. Oct. (Sitzung am 23. October.) Siebenunddreißigster Zeuge, Anb. J. Beuermann, Kaufmann in Köln, soll Mittheilungen über eine Versammlung, am 17. September 1848, auf der Fütlager Haide machen, erklärt jedoch, daß er schon in seiner Vernehmung kurz nachher nichts Bestimmtes aussagen konnte. Der Präsident verliest des Zeugen Aussage vom 4. October 1848. Danach sagte bei jener Gelegenheit Dr. Becker: „Dort hinter jenen blauen Bergen hausen die Schufte, die Preußen. Wir sind lange genug von ihnen geknechtet worden. Das Joch muß abgeschüttelt werden." Dr. Becker sei dabei sehr aufgeregt gewesen. Es folgt Mittheilung aus einer Rede des Rentners Wachter und des W. Wolff, Redacteurs der „Neuen Rheinischen Zeitung". Letzterer habe die Frage gestellt, ob man constitutionelle Monarchie oder Republik, die Tricolore oder die rothe Fahne, die Herrschaft der Bourgeoisie oder des Proletariats wolle. Als man sich für letztere Gegensätze aussprach, fügte er hinzu, zu diesem Ende sei der Sicherheitsausschuß gewählt.

Achtunddreißigster Zeuge, Arnold Mack, Secretär der Provinzialsteuerkasse, begegnete am 6. October 1848 Dr. Becker, welcher einen Pack Druckzettel trug. Zeuge ließ sich einen davon reichen, den er sogleich einem Polizeisergeanten übergab. Der Zettel trug die Ueberschrift: „Die Demokraten von Berlin an ihre Brüder die Soldaten."

Polizeirath Stieber tritt auf und bemerkt, er habe schon gesagt, daß er noch eine wichtige Mittheilung zu machen habe, mit der er aber damals noch zurückhalten mußte. Die Gründe jener Zurückhaltung beständen jetzt nicht mehr, und so wolle er denn seine Aussage ergänzen. Diese habe sich bisher nur auf dasjenige beschränkt, was vor der Verhaftung geschehen, sie müsse sich aber auch noch über das erstrecken, was seitdem vorgefallen sei. Die communistischen Bestrebungen seien seit der Zeit nicht eingestellt worden, sondern gingen eifrig fort. Die Centralbehörde der Marxschen Partei sei nach London zurückverlegt worden. Die Polizei habe sich dadurch zu einem strengern Nachforschungssystem genöthigt gesehen, und sei es ihr gelungen, einen Polizeiagenten mitten in den Kern der Marxschen Partei und die häusliche Nähe des Marx zu schieben. Dort seien Zusammenkünfte von 18 Personen gehalten worden, in denen man beschlossen habe, die Correspondenzen wieder aufzunehmen. Er wisse zwar, daß man solchen Agenten kein unbedingtes Vertrauen schenken dürfe, so lange man sich nicht von deren Wahrheitsliebe überzeugt habe, weßhalb die Polizei dieselben durch andere Agenten zu controliren pflege, jener Agent aber sei bewährt. Darüber, daß Dr. Becker nicht nur Mitglied des Bundes, sondern auch der Centralbehörde gewesen, daß er Chef der communistischen Partei in Köln sei, darüber hege der Agent nicht den mindesten Zweifel. In den Sitzungen werden Beckers Briefe unter der Rubrik „Correspondenzen in Bundesangelegenheiten" mitgetheilt. Man nenne ihn den Stolz und die Hoffnung des Bundes, lobe seine Vorsicht im Briefschreiben, sowie seine Umsicht und Gewandtheit, mit der er sich auch diesmal wieder „durchbeißen" werde. Man stehe von London aus sogar mit den Gefangenen im Arresthause in Correspondenz. Am Samstag Abend langte ein Courier von London hier an, welcher das Originalprotocollbuch der Marxschen Bundesversammlung überbrachte. Zugleich theilte derselbe mit, daß die Post einen Brief von Marx, couvertirt an den hiesigen Kaufmann Dom. Kothes, überbringen werde. Wirklich traf ein solcher ein, und man erkannte schon auf dem Couvert die Marxsche Handschrift. Der Brief wurde unter gesetzlichen Formen mit Beschlag belegt. Er sei mit einem großen B bezeichnet gewesen, und habe einen Bericht für den Vertheidiger Schneider II., den Proceß betreffend, enthalten. An Dom. Kothes seien überhaupt viele Briefe von London angelangt, was um so mehr aufgefallen sei, als derselbe nicht mit englischen Waaren handele. Da jedoch Kothes bis dahin ein unbescholtener Bürger gewesen sei, von dem man voraussetzen konnte, daß er sich vielleicht mißbrauchen ließ, ohne den Inhalt der Correspondenz zu kennen, so beschloß man ihn zu prüfen. Man schickte einen hier nicht bekannten Polizeibeamten, der mit den Londoner Verhältnissen genau vertraut war, zu ihm. Dieser gab sich für einen Emissär des Marx aus, und überreichte ihm den dem Couvert entnommenen Brief. Kothes ging in die Falle, erkundigte sich nach den Verhältnissen in London und erklärte, schon mehrere solcher Briefe empfangen zu haben. Nun wurde eine Haussuchung bei ihm veranstaltet; man fand bei derselben eine Karte des demokratischen Vereins, ein Notizbuch, in welchem Portoauslagen verzeichnet standen, und ein Manifest, jedoch keine Briefe. Gegen den Communismus verwahrte sich Kothes entschieden, doch gestand er, für Becker Correspondenzen besorgt zu haben. Man schritt zu seiner Verhaftung. Am ersten Tage erklärte er auf sein Ehrenwort, keinen Brief empfangen zu haben; am zweiten sagte er jedoch, er sei Familienvater und müsse für die Seinigen sorgen; man könne von ihm nicht verlangen, daß er sich opfere. Er gestand nun, den Brief an Bermbach gesandt zu haben. Es wurden deßhalb bei diesem Haussuchungen vorgenommen, aber auch dort fand man das Original des Briefs nicht mehr, welches schon an Schneider II. abgegeben war, sondern nur noch eine Abschrift von der Hand Bermbachs. Man fand ferner bei diesem: 1) Abschrift einer ganz geheimen Verfügung, welche der Regierungspräsident Möller an die Gefängnißwärter erlassen; 2) Concept einer Schrift, welche die ärgsten Schmähungen gegen den König, die Gerichts- und andere Behörden enthielt; 3) Originalbriefe von Marx an Becker; 4) ein vollständiges Archiv von dem Dr. Becker gehörigen Schriften. In den Briefen beauftragt Marx den Dr. Becker mit der Herausgabe seiner Schriften, worunter auch das Manifest mit aufgenommen werden soll. Diese Briefe bekunden das intimste Vertrauen, welches Marx in Becker setzt, indem sie von Verbindungen mit Ledru-Rollin und Mazzini sprechen. Die wesentliche Aufgabe der zu beginnenden Zeitschrift des Dr. Becker soll demnach keineswegs Nationalökonomie, sondern die Vernichtung der Religion sein. Weiter fand man unter den Papieren Beckers auch eine Rechnung vom Buchbinder Hartmann, wonach derselbe mehrere tausend Exemplare von Marxschen Schriften brochirte. Polizeirath Stieber legt einige der gefundenen Schriften vor und erwähnt noch einer Flüchtlingskasse, deren Verwalter Dietz in London wäre, welche Kasse zugleich auch Bundeskasse sei. Zuletzt gibt er eine Auseinandersetzung der verschiedenen demagogischen Fractionen in Deutschland und bemerkt, daß Dr. Lucius in Braunschweig zu den Socialisten gehöre, die sich den Communisten sehr näherten, was seinerseits Verwechselung veranlaßte. In seiner Stellung sei dieser Unterschied jedoch kein bedeutender.

Polizeidirector Wermuth von Hannover tritt vor und bemerkt nachträglich, eine Baronesse Brüning, geborne Fürstin Lieven, von welcher man wußte, daß sie in naher Verbindung mit den Communisten stand, sei nach Hannover gekommen. Man suchte sie auf, aber sie war schon nach Hamburg abgereist. Dort wurde eine Untersuchung ihrer Effecten vorgenommen, bei welcher Gelegenheit ein Schreiben gefunden wurde, welches der Zeuge dem Präsidenten vorlegt. Bei Kothes' Vernehmung war der Zeuge deßhalb zugegen, weil in der Portorechnung auch die hannoversche Stadt Celle vorkommt, wo ebenfalls eine Communistengemeinde besteht. (Fortsetzung folgt.)

Börsenberichte.

⁂ **Frankfurt**, 25. Oct. Die heutige Börse lieferte durchaus nichts Belangreiches ab, und größtentheils behaupteten sich die Fonds auf ihrem früheren Standpunkt. Von österreichischen Effecten waren heute $4\frac{1}{2}$pCt. Metall, namentlich zuletzt, etwas minder fest und $72\frac{1}{2}$ pCt. G. zu haben. Für spanische Papiere zeigte sich dagegen etwas mehr Begehr, 1pCt. Neue schloßen $25\frac{5}{16}$ à $\frac{3}{8}$ pCt., 3pCt. Inländische 46 pCt. G. In Eisenbahnactien machte sich fast keine Bewegung und Coursveränderung bemerkbar. — Abends in der Effectensocietät waren 1pCt. Span. $25\frac{5}{16}$ à $\frac{3}{8}$ pCt.

London, 23. Oct. 3pCt. Stocks $100\frac{1}{4}$. — 1pCt. Span. $25\frac{3}{8}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. Holl. $64\frac{1}{2}$.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 25. Oct. 5pCt. Metall. $94\frac{3}{8}$. — L. B. $109\frac{1}{4}$. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94. — $4\frac{1}{2}$ pCt Metall. $84\frac{3}{8}$. — Bankactien 1340. — 250 fl. Loose $137\frac{1}{2}$. — London 11 fl. 31 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. $102\frac{3}{4}$. — K.-F.-Nordbahn $217\frac{1}{2}$. — Liv.-Florenz 101. — Siena-Empoli $71\frac{1}{2}$. — Paris $136\frac{7}{8}$. — London in Triest —. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Ru[illegible]schit

Benachrichtigungen.

Bei der heute stattgehabten Verloosung des planmäßig für das Jahr 1853 festgesetzten Tilgungsfonds, der unter Vermittelung des Bankhauses der Herren M. A. von Rothschild & Söhne zu Frankfurt a. M. negociirten $3^1/_2$ pCt. Domanialcasse-Anlehens, d. d. 21. Juli 1837, sind nachbemerkte Partial-Obligationen zur Ablage bestimmt worden:

a) rückzahlbar am 1. Februar 1853:

Lit. A. Nr. 13 26 145 227 378 417 498 562 721 797 841 857 929 1093 1200 1291 1383 1494 1561 1765 1786 1899 1902 2061 2157.
Lit. B. Nr. 20 31 69 360 440 454 480 723 824 827 913.
Lit. C. Nr. 109 184 243 293 528 541 755 785 945 965.
Lit. D. Nr. 33 96 239 312 463 533 692 734 920 930.
Lit. E. Nr. 101 140 232 509 542 671 815 959 1148 1187 1515 1575 1681 1984 2079 2295.
Lit. F. Nr. 357 659 1061 1204 1443 1569 1605 1706 1919 2182.

b) rückzahlbar am 1. August 1853:

Lit. A. Nr. 169 186 191 269 278 383 401 406 591 606 663 720 911 912 998 1073 1235 1474 1475 1604 1883 2001 2172.
Lit. B. Nr. 19 193 204 282 444 569 742 782 922 946.
Lit. C. Nr. 125 151 236 376 487 502 700 738 893 979.
Lit. D. Nr. 91 230 432 763 803.
Lit. E. Nr. 148 217 495 601 820 1001 1355 1452 1574 1875 1921 2015 2274.
Lit. F. Nr. 64 397 469 624 894 1210 1262 1337 1379 1684 1717 2132 2185.

Die Inhaber der bezeichneten Partial-Obligationen werden benachrichtiget, daß sie die Capitalbeträge in den Verfallterminen sowohl bei dem obengedachten Bankhause, als auch bei der Herzoglichen Staatscassen-Direction dahier oder bei den Herzoglichen Recepturen gegen Abgabe der Obligationen und der dazu gehörenden nicht verfallenen Zins-Coupons erheben können, wobei zugleich bemerkt wird, daß der Zinsenlauf von den bezeichneten Terminen an aufhört.

Aus früheren Verloosungen stehen noch folgende Obligationen zurück:

Lit. A. Nr. 1478 und 1678, rückzahlbar am 1. August 1850.
Lit. A. Nr. 1450, Lit. C. Nr. 340 und 390 } rückzahlbar am 1. August 1851,
Lit. A. Nr. 3 201 1012 und 1744, Lit. B. Nr. 39 208 und 410, Lit. D. Nr. 516, Lit. E. Nr. 371 und 1271 } rückzahlbar am 1 Febr. 1852.

Die Inhaber dieser Obligationen werden zur Erhebung der Capitalbeträge wiederholt aufgefordert.

Wiesbaden, den 9. October 1852.

Herzoglich Nassauisches Staatsministerium,
Abtheilung der Finanzen. [2328

[2357] In allen Buchhandlungen ist zu haben, in *Frankfurt a. M.* in der **Jäger**'*schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung*:

Der homöopathische Thierarzt.

Ein Hülfsbuch für Cavallerie-Officiere, Gutsbesitzer, Oeconomen und alle Hausväter,

welche die an den Haus- und Nutzthieren am häufigsten vorkommenden Krankheiten schnell, sicher und wohlfeil selbst heilen wollen,

nebst einer Abhandlung über

das Wesen der Homöopathie im Allgemeinen

und ihre Anwendung

zur **Heilung** kranker **Hausthiere** insbesondere

von Dr. **F. A. Günther.**

Erster Theil: die Krankheiten des Pferdes und ihre homöopathische Heilung. 7te verbesserte und vermehrte Auflage. gr. 8. geh. 1852. Preis fl. 1. 48 kr. Zweiter Theil: die Krankheiten der Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Hunde rc. und ihre homöop. Heilung. 6te verbesserte und vermehrte Auflage. gr. 8 geh. 1852. Preis fl. 1. 48 kr. Dritter Theil: die homöop. Hausapotheke und ihre zweckmäßige Anwendung zur Heilung kranker Hausthiere, oder Anleitung zum Studium der populären Thierheilkunde. 3te verm. u. verb. Auflage. gr. 8. geh 1848. Preis fl 1. 48 kr.

Sieben Auflagen innerhalb vierzehn Jahren sind wohl vollgültige Bürgen für die Zweckmäßigkeit und Brauchbarkeit eines Buches, welches fast durchgängig nur auf reine Erfahrung gestützte Thatsachen aufgenommen und sich durch seine Vollständigkeit und Allgemeinverständlichkeit den Ruhm eines Volksbuches in der schönsten Bedeutung dieses Wortes bereits erworben hat.

Verlag von F. A. Eupel in Sondershausen.

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2336]

Von **Mainz-Castel** Morgens **$6^1/_4$** Uhr, von **Biebrich** Morgens **$6^1/_2$** Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens **9** Uhr, von **Biebrich** Morgens **$9^1/_4$** Uhr nach **Köln.**
☞ ***Schnellfahrt*** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Züge $7^1/_2$ Uhr nach Aachen und $7^1/_4$ Uhr bis Düsseldorf, Elberfeld.
Von **Mainz-Castel** Mittags **12** Uhr, von **Biebrich** Mittags **$12^1/_4$** Uhr nach **Köln, Arnheim.**
☞ ***Schnellfahrt*** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Nachtzüge nach Paris-London, sowie nach Berlin-Hamburg.
Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** werden in **Frankfurt** ertheilt:
Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm,** Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Peill,** Zeil Nr. 67

Ein noch wenig gebrauchter eleganter und moderner Coupe-Wagen, aus einer der vorzüglichsten Fabriken, mit Galla-Bockdecke, steht billig zu verkaufen bei **J. W. Volz, Sattler,**
[2337] Schäfergasse.

Unser Comptoir befindet sich von nun an Zeil Nr. 41, der Post gegenüber.
[2365] **J. J. Weiller** Söhne.

Coupons und Staatspapiere,
An- und Verkauf bei
[1679] **Michael Oppenheimer,** Zeil 47.

Pate Pectorale

Goldene Medaille 1845 — Silberne Medaille 1845
von Apotheker **Georgé** in Epinal
Schachtel 16 Sgr. oder 56 kr. Schachtel 8 Sgr. oder 28 kr.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **Georgé,** Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Husten-Täfelchen werden verkauft in Schachteln, die halbe à 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Nedtinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. G. von Oven,** Bleydenstraße Nr. 33. [1686]

Grand Hôtel Louvois

in Paris, Platz Louvois, Straße Richelieu,
gehalten von **T. Lachanal.**

Dieses geräumige und frei gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den alten Platz der Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuillerien. [2197]

RICHELIEU-POMADE.

[2199] (Patent.)

Bekanntlich erreichte der Herzog von Richelieu eine sehr hohes Alter, und behielt bis auf den letzten seiner Tage ein frisches blühendes Gesicht ohne Runzeln oder sonstige Veränderungen, welche das Alter mit sich bringt. Dieses frische Aussehen verdankte er einer von Ninon de Lenclos erfundenen Pomade, deren Geheimniß Mad. Delaunay anvertraut wurde. Die Pomade erhält auch die Schönheit der Haare und verhindert, daß sie ausfallen. Die Töpfe kosten 5 Francs und 3 Francs, rue Notre-Dame-des-Victoires No. 44 (franco). Um jede Fälschung zu vermeiden, ist jeder Topf mit der Unterschrift von Mad. Delaunay versehen

---

Hôtel garni, *27, rue Monthabor a **Paris.***

in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuillerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2173]

[1656] **An- und Verkauf**

von allen Staatspapieren, Staats-Lotterie-Anlehens-Loosen, so wie von standesherrlichen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit bei **Raphael Erlanger,** beeidigter Sensal in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof.

CONSERVATEUR DENTAIRE. EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in **Philipp's** Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag **(Beilage zu Nr. 256.)** 26. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 26. Oct. Heute Nachmittag wird dem Vernehmen nach der Bundespräsidialgesandte, Graf v. Thun-Hohenstein, aus Wien hier wieder eintreffen.

** **Frankfurt**, 26. Oct. Nachdem der Präsident des Oberappellationsgerichts, Herr Karl Georg v. Wächter, beider Rechte Doctor, einen Ruf in den königl. sächsischen Staatsdienst angenommen hat und in Folge dessen auf sein Ansuchen von den hohen Senaten der vier freien Städte seiner bisherigen Functionen entlassen worden ist, so hat derselbe am 30. v. M. sein bisheriges Amt niedergelegt.

[*] **Frankfurt**, 25. Oct. Die in Nr. 255 b. Bl. mitgetheilte Nachricht von der am gestrigen Tage stattgehabten Einführung einer Christin in das Judenthum ist dahin zu berichtigen, daß dieselbe gestern in der Hauptsynagoge einen hiesigen Israeliten angetraut wurde, während sie ihren Uebertritt bereits vor mehreren Monaten an einem andern Orte bewerkstelligt hatte.

* **Wien**, 23. Oct. Die bisher hier eingetroffenen Bevollmächtigten zur Zollconferenz hielten gestern eine Vorbesprechung. — Gestern wurden im Verbrennhause am Glacis wieder eine halbe Million Gulden in Münzscheinen verbrannt. — Die Verhandlungen über den Abschluß eines Concordats mit Rom sind bereits eröffnet, und wenn man Andeutungen darüber in der „Presse" Glauben schenken darf, so wird es sich dabei lediglich um Bestätigung der in den letzten Jahren der Kirche und dem Episcopate gewährten Freiheit handeln; es wird mehr darauf ankommen, daß bereits Vorhandene in bestimmte Form zu fassen, als neue Elemente zu schaffen.

P **Berlin**, 24. Oct. Das augenblickliche Interesse ist vorwiegend auf die Wahlen gerichtet. Im großen Publikum herrscht im Allgemeinen Gleichgiltigkeit, desto lebhafter agitiren die verschiedenen Parteien, unter denen die Bethmann-Hollwegsche vor allem Anstrengungen macht, Boden zu gewinnen. Sie wetteifert dabei leider in Verdächtigungen mit der constitutionellen Partei, welche durch Harkort einen Wahlkatechismus hat entwerfen und durch Gesinnungsgenossen verbreiten lassen, der den Boden constitutioneller Doctrine von neuem zu brachen sucht. Interessen dürften die Erfolge aller politischen Parteien nicht besonders groß sein. Es läßt die Bürger Berlins ziemlich ruhig, welche und wie viel Verfassungsparagraphen geändert werden sollen. Dagegen macht sich, wie in Schlesien und in der Rheinprovinz eine vorzugsweise katholische, hier eine protestantische Agitation bemerkbar, so daß zur Zeit lediglich die kirchlichen und religiösen Fragen es sind, welche die Gemüther bewegen. Es wird dies wahrscheinlich noch sichtbarer bei den Wahlen der Abgeordneten hervortreten. — Die diesseitigen Zollvereinsbevollmächtigten, sowie die betreffenden Ministeren traten gestern zu einer Sitzung zusammen, welche wiederum mit den schon früher angedeuteten Separatverhandlungen mit dem thüringer Steuerverein und Braunschweig sich beschäftigten. Später fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt. — An eine Ausgleichung der in Zollvereinssachen obwaltenden Differenzen glaubt man hier so wenig, daß gegen die sächsische Grenze hin alle Vorbereitungen getroffen werden, um mit dem 1. April 1854 mit dem Aufhören des Zollvereins auch diejenigen Veranstaltungen ins Leben treten zu lassen, welche zur Zollcontrole unter den veränderten Verhältnissen nothwendig erscheinen. — Die heutige Nummer der „Pr. Wehrzeitung" kommt gelegentlich der Nachricht, daß die projectirte hannover-thüringische Eisenbahn sich wahrscheinlich bei Erfurt an die thüringische Bahn anschließen werde, auf früher von ihr gemachte Widerlegungen der strategischen Bedenken gegen die Annäherung einer Eisenbahn an eine F stung, oder Einmündung einer solchen in die Festungswerke zurück. Sie sagt, daß auf diesem allerdings noch neuen und unübersichten Gebiete bereits ein merklicher Umschwung der Meinungen sich eingestellt habe, weil die Bedenken eigentlich keine Bedenken seien, da im Kriege alles von den Umständen abhänge, und das unter gewissen Voraussetzungen Schädliche unter andern Bedingungen auch oder so nützlich werden könne, und daß es nur darauf ankomme, die Eisenbahn als eine Terraingestaltung anzuerkennen, um die Mittel gegen ihre angebliche Schädlichkeit anzuwenden. Was man vor und in einer Festung habe, das habe man auch in seiner Gewalt. Natürlich entständen Unbequemlichkeiten, Vergrößerungen, Kosten daraus, indessen müsse man denn doch nun nachgerade zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die Eisenbahnen Factoren geworden, mit denen in Zukunft gerechnet werden müsse. Man rechne aber nur mit dem richtig, was man in der Hand habe, nicht mit dem, was man bei Seite liegen lasse.

| **Erfurt**, 22. Oct. In neuester Zeit hat sich hier ein Comite, größtentheils aus Gemeinderäthen bestehend, gebildet, um den Vorwahlen zur zweiten Kammer eine conservative Richtung zu geben. Ihren Bemühungen tritt ein Hinderniß nicht entgegen, da die demokratische Partei unserer Stadt in der Wahlangelegenheit gegenüber den Agitationen, welche in andern Städten mit Aufgebung der bisher beobachteten Passivität vorgenommen werden, noch kein Lebenszeichen von sich gegeben hat. Krankheit, der Führer der hiesigen Demokraten, ist nämlich, da er sich nicht im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte befindet, trotz mehrfacher Anregung von außen nicht qualificirt zur Leitung der Wahlen und so ist die Partei gegenwärtig ohne alle Organisation.

♂ **Aus Baden**, 24. Oct. Im badischen Armeecorps ist bei der Infanterie die längst besprochene Regimentsorganisation durch allerhöchsten Befehl wieder ins Leben getreten. Die Infanterie besteht hiernach von nun an, eine Division bildend, aus 4 Regimentern, wovon das erste den Namen Grenadierregiment führt, und seit mehr als einem Jahr die ausgezeichneten Leute derjenigen 2 Bataillone enthält, welche dieses Regiment nun formiren; ferner aus 2 selbstständigen Füsilierbataillonen und 1 Jägerbataillon. Alle Bataillone haben 4 Compagnien, das Jägerbataillon (bisher Schützenabtheilung zu 2 Compagnien) enthält 3 Compagnien. Das Commando der gesammten Infanterie ist das Divisions- resp. Waffencommando. Obschon die Division aus 2 Brigaden (jede Brigade aus 2 Infanterieregimentern und 1 Füsilierbataillon) besteht, so existiren vorläufig keine Brigadecommandos. Dies ist der Friedensstand. In Kriegsstand gehören jedem Regiment noch 2 Depotcompagnien zu, welche also 2 Depotbataillone im Ganzen bilden. Auch für die Füsiliere ist alsdann per Bataillon 1 Depotcompagnie gerechnet. Die Mannschaften dieser Depots sind im Frieden in die Regimenter eingetheilt. Man ersieht hierin eine sehr zweckmäßige Maßregel, wonach bei ausbrechendem Krieg auf das Reservecontingent und die Ersatzmannschaften Bedacht genommen ist. In Folge dieser Organisation traten große Avancements im Officierscorps ein, bei denen zugleich zum erstenmal das neue Beförderungssystem angewendet wurde, nach welchem der Prinz-Regent unter allen Stabsofficieren den Regimentscommandeur, unter allen Hauptmännern die Stabsofficiere sich auszuwählen vorbehalten hat. Ganz anerkannt tüchtige Männer sind an die Spitze der neuen Regimenter und der Bataillone berufen. Im Kriegsministerium wurde 1 General und 1 Oberst (ersterer im Pensionsstand) ernannt. Bei der Infanterie wurde Oberst v. Roder, bisher Brigade-, General- und Waffencommandant der Infanterie; Oberst Help, bisher Brigadier, wurde General und pensionirt. Zwei bisherige Oberste wurden Regimentscommandeure, 1 Oberstlieutenant wurde als Oberst, 1 Major als Oberstlieutenant Regimentscommandeur; 3 Majore wurden Oberstlieutenante, 5 Hauptleute Majore und 5 Oberlieutenante Hauptleute. Der Chef des Generalstabs, Hauptmann v. Renz, wurde Major, 1 Oberlieutenant im Generalstab wurde Hauptmann. Der zweite Flügeladjutant des Regenten, Major v. Seutter, wurde Oberstlieutenant, der dritte Flügeladjutant, Hauptmann Keller, wurde Major; der Flügeladjutant Sr. königl. Hoh. des Großherzogs, Major v. Gönner, wurde Oberstlieutenant. Bei dem Avancement zum Major wurden an mehreren Hauptleuten vorbeigegangen. Das erste Grenadierregiment unter Oberst Ludwig garnisonirt in Karlsruhe, das zweite unter Oberst Dreier in Rastatt, das dritte unter Oberst v. Porbeck in Mannheim, das vierte unter Oberstlieutenant Louis in Konstanz; das erste Füsilierbataillon unter Oberstlieutenant Waag in Karlsruhe, das zweite Füsilierbataillon unter Oberstlieutenant Kech in Freiburg; das Jägerbataillon unter Major v. Rink

in Freiburg. Der Brigadier der Cavallerie, Oberst v. Roggenbach, wurde Generalmajor.

⊗ **Mannheim**, 25. Oct. (Eingesandt.) Se. k. Hoh. der Prinz-Regent hat nun die Musterungen und Revuen über das Armeecorps bewirkt. Der zurückgebliebene Eindruck auf letzteres wird von den segensreichsten Folgen um so gewisser sein, als der gemeine Soldat und Unteroffizier sich immer zu einem obersten Kriegsherrn noch ganz insbesondere hingezogen fühlen, wenn sie erkennen, daß alle ihre Dienstverrichtungen und Obliegenheiten demselben eben so genau wie in jede Einzelheit bekannt sind, als ihnen selbst. Dieses war nun bei den Revuen und Musterungen des Prinzen-Regenten auf die ausgezeichnetste Weise der Fall. Es hat von den Jüngstangestellten an Gehient, alle Dienste praktisch kennen gelernt, so wohl bei den Soldaten, als den des Unteroffiziers, Leutenants, Oberlieutenants, Hauptmanns und Bataillonscommandeurs, eben so den gleichen Dienst bei der Reiterei; so war und mußte des Fürsten Urtheil, Lob oder Berichtigung, Verbesserung oder Tadel um so mehr die gespannte Aufmerksamkeit aller in Anspruch nehmen, als es außergewöhnlich ist, eine solche vollständige Kenntniß aller Einzelheiten jedes Dienstgrades bei einem Fürsten schon in den Blüthejahren seines Lebens, vereint mit hohem Ernst und einer alle Gemüther einnehmenden Ruhe, mit so anfmerchender Güte verein zu finden. Es ergreift jedes Gemüth, ein so junger Fürst mit dem ganzen hohen Ernst seiner erhabenen Stellung vertraut, sich jedem Theil der Regierung mit einer solchen Thätigkeit widmen zu sehen. Ja! die niemals wiederkehrende Jugendzeit kann nur ein für seine erhabene Bestimmung aus tiefster Seele erglühender Charakter, von Willenskraft und wärmsten Herzen geführt, seinem Volke zum Opfer bringen. Daher ist es eine ernste Pflicht für jeden redlichen Mann, diese Thätigkeit des Regenten, dieses edelste Bemühen, diese Absicht, daß überall das Rechte, und was gerecht ist, gesuchte und vollzogen werde, laut auszusprechen, so oft und wo sich nur eine Gelegenheit dazu darbietet. Man muß den edelsten Fürsten dadurch erfreuen, seine Willenskraft durch laute Anerkennung seines Wirkens stärken, denn viele Wunden des Vaterlandes hat er zu heilen vorgefunden und übernommen. Daß aber ein königlicher Sohn des unvergeßlichen Großherzogs Leopold, des herzensgütigsten Fürsten, welcher je auf einem Thron nach der Liebe seiner Unterthanen gleichsam gerungen und nur dafür gelebt hat, sowie der königliche Sohn der geistreichen, erhabenen, gütigsten königlichen Mutter nicht anders, als wie wir ihn so bruhkend vor uns sehen, uns erscheinen würde, war bereits bei seiner Thronbesteigung eine Ueberzeugung geworden; denn, wo ein so reines tiefes Gefühl, wie dasjenige hoher Menschlichkeit Grundzüge eines Charakters sind, da lebt und folgt Segen überall aus dem vollen Bewußtsein der willenskräftigen Mannheit. Das Beispiel des Regenten ist eine weise Lehre für Alle; eine unausdrückbare Wohlthat für das Land. Wenn niemand an Thätigkeit und festem Willen dem Landesfürsten ungerügt nachstehen darf, dann ist viel, viel Gutes zu erwarten und alle etwa noch offenen Wunden des Vaterlandes werden bald unter dieser von Gott gesegneten Hand sich schließen und vernarben. Möge der Geist des gütigsten, edelsten Vaters den Thron des Prinz-Regenten immer umschweben, — dann wird das Staatsruder in seiner festen Hand das Schiff vor Klippen zu bewahren wissen. Segen! voller und ganzer Segen möge seine Lebensbahn umgeben!!

> **Mainz**, 25. Oct. Auf dem Dampfer „Prinz von Preußen" sind heute Morgen um 9 Uhr die verwittwete Königin Maria Amalia und der Prinz von Joinville von Castel, wo dieselben auf der Taunuseisenbahn von Frankfurt ankamen, nach Köln gereist. — Heute sind 180 Auswanderer aus dem badischen Mittelrheinkreise hier eingetroffen, welche auf Kosten ihrer Gemeinde nach Neuleans befördert werden; dieselben erhalten dort bei der Ankunft pr. Kopf ledig 10 fl. und jeder Familienvater 20 fl. Es klagen diese Leute einstimmig die Ungunst der letzten Jahre als die alleinige Ursache ihrer Auswanderung an, da der Boden bei der besten Behandlung nicht mehr das Quantum des frühern Ertrages hervorbringe und der Ertrag bei zahlreicher Familie nicht mehr zum eigenen Bedürfnitz ausreiche. — Morgen beginnen die Gemeindeerathswahlen hiesiger Stadt, welche diesmal sehr lebhaftes Interesse erregen und bei denen wohl keine Wähler sich der Wahl enthalten werden. Sie werden drei Tage andauern.

Schweiz.

Z **Basel**, 24. Oct. Morgen versammelt sich wieder der große Rath von Neuenburg, um in der Eisenbahnfrage einen Entschrid zu fassen. Die Mehrheit der Commission ist für eine Zinsengarantie von 4 Procent, die Minderheit dagegen, mithin für freien Privatbau. Die letztere Ansicht wäre gewiß im Hinblick auf ein Ländchen von 70,000 Seelen und auf die dort benöthigten 12 bis 14 Millionen Franken die richtigere, wenn nicht eigenthümliche politische Verhältnisse dazwischenträten. Die republikanische Regierung kann nicht wohl den royalistisch gesinnten Capitalisten das wichtigste Unternehmen des Landes überlassen, wie das ein liebiges Blatt ausführlich erörtert hat. Sie würde dann wieder einen moralischen und physischen Staat im Staate haben, der kaum erst durch Aufhebung der dalendier Bürgerschaft beseitigt worden ist. Aber die Zinsengarantie und ein dritter Modus, nämlich Staatsbau, erscheinen in der That unerschwinglich für den kleinen Kanton. Unter diesen Umständen ist man begierig, wie der große Rath den Knoten lösen wird. Briefe aus den neuenburgischen Bergen melden, daß die Auswesung der preußischen Arbeiter unnachsichtlich geschieht. Man wollte anfangs von Seite der Präfectur die preußischen Uhrmacher, deren Zahl bei 60 sein soll, nicht unter der Rubrik „Handwerker" begreifen; die kantonale Centralpolizei entschied aber anders. Diese Leute verdienten bisher sehr viel Geld (zwischen 80 und 120 Fr. wöchentlich), und manche waren nur gekommen, um später die Uhrmacherei in ihre Heimaten zu verpflanzen.

⊙ **Bern**, 23. Oct. Haus- und Straßenbettelei nimmt fortwährend überhand. In der Städte und deren Nähe wird man von Bettlern förmlich umlagert. Von welcher Gattung aber diese Bettler sind, kann man daraus ersehen, daß sie das ihnen geschenkte Brod wieder verkaufen, und auf dem Lande Branntwein oder Metzgereien sich anschaffen. Die Schweiz wird von zahlreichen Landstreichern durchzogen, die sich für Heimatlose ausgeben, aber nichts mehr fürchten als eine Heimat zu erhalten. Werden sie in einer Gemeinde eingebürgert, so laufen sie davon und tauchen an einem andern Orte stets als Heimatlose wieder auf. Um diese Menschen der Polizei aufs deutlichste zu signalisiren, hat der Bundesrath das Justiz- und Polizeidepartement ermächtigt, von denselben Photographien aufnehmen zu lassen. Diese naturgetreuen Bilder können leicht auf Stein durchzuzeichnet und zu Handen der Kantonspolizeibehörden vervielfältigt werden.

⊙ **Aus der Schweiz**, 24. Oct. In Bern bemerkt man seit vorgestern eine auffallende Wachsamkeit. In allen Straßen sieht man bewaffnete Gendarmen und alle Thore sind mit verstärkten Wachten versehen. Die eigentliche Veranlassung dieses Verfahrens kennt man noch nicht. — Da in Zürich die jetzt weder die Ecken der Straßen mit den Namen derselben, noch die Häuser mit Nummern versehen sind, auch kein Adressbuch vorhanden ist, macht die dortige „Handels- und Gewerbezeitung" darauf aufmerksam, daß ein Fremder oft einen ganzen Tag und mehr brauche, um jemand aufzufinden. — In Betreff der Zollverhältnisse der Schweiz zu den süddeutschen Staaten sollen sichern Vernehmen nach in nächster Zeit provisorische Vereinbarungen eingeleitet werden, die, wenn sie gelingen, schon mit dem 1. Januar 1853 eine Wiederherstellung der frühern Beziehungen zu Folge haben dürften. Die Dauer dieser Vereinbarungen wird bis zur definitiven Regelung der deutschen Zollvereinsangelegenheiten währen. Die Verhandlungen sollen nach Beendigung der Wiener Conferenzen in Karsruhe stattfinden. Wie verlautet, ist dabei in Aussicht gestellt worden, bei Gelegenheit dieser provisorischen Feststellungen sich auch über die Grundlagen der künftig definitiv zu ordnenden Beziehungen einigen zu können. Die von der Schweiz gewünschte sofortige Einleitung der bezüglichen Verhandlungen ist dem Vernehmen nach von Bayern und Württemberg abgelehnt worden.

Italien.

* **Rom**, 20. Oct. Eine päpstliche Allocution vom 27. September verdammt die kirchenfeindlichen Gesetze der südamerikanischen Republik Neugranada.

Großbritannien.

London, 23. Oct. Der ministerielle „Herald" berichtigt heute eine von der „Times" „ausgesprengte Fabel". Es sei unwahr, bemerkt er, daß Sir Henry Bulwer der päpstlichen Regierung die Anknüpfung regelmäßiger diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen habe. (Diese Angabe stammt aus den römischen Correspondenzen des „Journal des Debats", des „Univers" und anderer französischen Blätter.) „Wir begnügen uns damit", sagt der „Herald", „nunmwunden zu erklären, daß Sir H. Bulwer keinen Vorschlag der erwähnten Art gemacht, sondern sich nur bemüht hat, dem unglücklichen und irregeleiteten Murray, der für das Verbrechen des Mordes zum Tode verurtheilt ist, das Leben zu retten. Daß die angestrengtesten Bemühungen der Derby'schen Regierung, die Processacten zur Einsicht zu erhalten und den Nachlaß der Urtheilsvollstreckung zu erwirken, der gestrigen „Times" Gelegenheit zu Vorwürfen gab, ist ein beklagenswerthes Zeichen von dem Geiste, in welchem der „Donnerer" jetzt redigirt wird. Sir H. Bulwer rettet einen britischen Unterthan vom Schaffot in Rom, aber, traun, er hätte in Florenz sein sollen, um die Madiai's zu befreien. Wir erlauben uns die Vermuthung, daß Lord Malmesbury der Ansicht huldigte: jeder ist sich selbst der Nächste. Erst kommt der Engländer — dann kommen die Italiener. Die letzteren, obgleich

nicht britische Unterthanen, haben — wie der Artikelschreiber der „Times“ wohl weiß — die größtmögliche Theilnahme der vorigen wie der jetzigen Regierung erhalten; aber während wir Grund haben, zu glauben, daß es den Bemühungen protestantischer Regierungen, erlauchter Personen und achtbarer Deputationen, wie der Lord Rodens, gelingen dürfte, das Herz des Großherzogs zu erweichen und zu einem Act der Gnade und Menschlichkeit zu bewegen, fürchten wir doch, daß die heftige, obgleich nicht ungerechte Sprache der gestrigen „Times“ den Einfluß jener Verwendungen neutralisiren kann.“ — Der „Herald“ ist im Allgemeinen auf die „Times“ sehr schlecht zu sprechen, die er ein „verächtliches, pöbelhaftes, lügnerisches Krämerblatt“ nennt.

Amerika.

Neuyork, 9. Oct. Die Blätter sind voll von General Scott's Reden auf seiner Tour durch Ohio. — Neue Nahrung hat die Aufregung gegen die spanische Regierung auf Cuba erhalten. Der amerikanische Postdampfer „Crescent City“ wurde nämlich vor dem Hafen von Havanna zurückgewiesen und war demnach gezwungen, mit Fracht, Passagieren und Brieffelleisen nach Neuorleans wieder zurückzukehren. Als Vorwand zu dieser unerhörten Feindseligkeit diente, daß sich an Bord des Schiffes der Proviantmeister Smith befand, den die spanischen Behörden verleumderischer Correspondenzen über Cuba in amerikanischen Blättern beschuldigen. In Neuorleans fand ein „furchtbares Zornmeeting“ von 10,000 Personen statt, welche die Regierung in Washington auffordern, „augenblickliche Genugthuung für den der amerikanischen Flagge angethanen Schimpf“ zu verlangen.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
XVII.

Köln, 24. Oct. (Fortsetzung der Sitzung vom 23. October.) Es wird zur Verlesung des Londoner Protocollbuchs geschritten. Dasselbe beginnt mit dem Januar, endet mit dem 30. September d. J. und berichtet über wöchentliche Sitzungen. Am Anfang jedes Protocolls wird die Zahl der Anwesenden angedeutet, die sich oft bis auf 18 Personen beläuft. Wir entnehmen daraus das Interessanteste: 19. Januar. In Bundesangelegenheiten berichtet Pieper von der Reorganisation des Arbeitervereins in London. V(erlesung) v(on) Bf.(Briefen). Frau Dr. Daniels in Köln, über Wiederaufnahme der Untersuchung und Verzögerung des Processes. 29. Januar. V. v. Br. Frau Daniels ähnlichen Inhalts; von Reinach. 12. Februar. V. v. Bf. aus Kassel Darin wird von der schwierigen Aufgabe gesprochen, weil eine zu große Furcht vor preußischen und bayerischen Bajonnetten herrsche, sonst sei die Stimmung gut; ferner von Dr. d'Ester, der sich vertheidigt wegen seiner Bemühung für das Kinkelsche Anleihen; er habe keineswegs die absurde Absicht gehabt, der Revolution Vorschub zu leisten, noch sich der Partei Kinkels anzuschließen. Marx übernimmt es, ihm zu antworten und ihm seine Blamage ins Gesicht zu sagen. Es wird der Antrag gestellt, d'Ester zum Austritt zu bestimmen. Wird angenommen. 26. Februar. V. v. Bf. von Frau Dr. Daniels: Haupt käme nach London, die Anklage stütze sich bloß auf ihn. Bf. v. Reinach: er wolle sehen, was sich machen lasse. Bf. von einem Dritten, handelt von Päßverfertigung. 4. März. Marx berichtet über eine gelungene Flucht. In Kassel und Hanau ständen die Sachen gut. In ersterer Stadt habe man 50 Mitglieder, in Hanau drei Gemeinden, in Frankfurt eine neue Gemeinde, eine andere in Darmstadt. In Mainz ständen die Sachen schlecht. Leider könnten die Kölner dort jetzt nicht wirken. Durch den Verräther Karstner (Lassner) seien die Papiere in die Hände der Polizei gerathen. In Köln seien vier Gemeinden, eine in Elberfeld, zwei in Düsseldorf, eine in Krefeld, eine in Aachen, zwei in Breslau, eine in Torgau und eine in Bonn. 11. März. Bericht über schlechte Behandlung der Gefangenen in Köln. Haupt sei nicht angelangt, die Verrätherei des infamen Burschen gehe so weit, daß er dem Staatsprocurator einen ausführlichen Bericht ausgearbeitet habe.

Polizeirath Stieber unterbricht die Verlesung des Protocolls mit der Bemerkung, daß Haupt in der That den Bericht gemacht habe. Es sei das ein Zeichen, wie gut man in London von Allem unterrichtet sei. — 25. März: Bericht über die Verhaftung Dronke's in Paris. Frau Daniels in Köln sei überwacht; Alles erfahre die Polizei. Ermahnung zur Vorsicht. 8. April: Marx berichtet, ein Brief von Köln sei angelangt; Willich habe nach Köln geschrieben, sei aber abgefahren. 22. April: Es wird von einem Gefangenen in Köln gesagt, daß man Hoffnung habe, ihn durch Vermittelung eines Verwandten frei zu machen. Es wäre das wegen neuer Anknüpfung vieler Verbindungen sehr zu wünschen. 13. Mai: Wolff sagt, man schreibe aus Köln, die Gemeinden nähmen zu. Man habe, was man auf der einen Seite durch den Abfall einer Clique verloren, auf der andern zehnfach gewonnen. General Willich habe wieder nach Köln geschrieben. 21. Mai: V. v. Bf. der Frau Dr. Daniels: Sie hat alle Hoffnung auf baldige Befreiung des Gefangenen verloren. Es lägen von der Beckerschen Rede noch 1500 Exemplare vorräthig, die man zu veräußern wünscht. Man beschließt, sich dafür zu bemühen. 3. Juni: Marx verliest eine Rundschau, In Amerika gebe sich ein gewisser Kessel für ihren Emissär aus, der schon in Köln eine verdächtige Rolle gespielt habe. Man wolle öffentlich warnen. 15. Juli: Wolff berichtet, das ehemalige Mitglied Anders treibe die Verrätherei so weit, daß er in Köln eine Gemeinde für Willich gebildet habe; er werde von der Partei desselben dafür bezahlt. 29. Juli: Engels, in Manchester wohnend, ist anwesend. Er hofft allgemeine Freisprechung in Köln. Marx gibt die Zusammenstellung der Geschwornen dagegen zu bedenken. 5. August: Bauer wird ausgeschlossen. Die Aussetzung des Kölner Processes soll mehr wegen der Furcht, mit den Indicien nicht durchzudringen, als wegen der Krankheit des Directors Schultz erfolgt sein. 19. August: V. v. Bf. von Hentze: Hamburg sende Gelder zur Kinkelschen Anleihe. Bf. von Bermbach in Köln an Marx berichtet über die neue Verschiebung des Processes. Haupt sei nach Brasilien geflohen. Willich habe einen Emissär gesandt. 26. August: Marx hat einen Brief von Köln erhalten. Der Procurator habe eine neue Entdeckung gemacht, um hinter die Sache zu kommen, der Zeuge Peters werde aber nicht erscheinen. Jetzt versuche der Procurator an Bürgers sein Kunststück. 2. Sept.: Bericht über die Gefangenen. Von Krefeld sind 4 Br. eingegangen. 23. Sept.: Bericht über die Gefangenen in Köln, worin über deren schlechte Behandlung geklagt wird. Dr. Becker soll besonders hinfällig sein; sein Augenlicht erlösche, er werde als Blinder vor den Assisen erscheinen. V. v. Bf. der Frau Dr. Daniels. Sie klagt, Bürgers werde schwach und lasse sich zu Aussagen verleiten, die nicht einmal in der Frage lägen; so habe er über den Lebenslauf Martens und Wolffs ausgesagt. Es wird Mittheilung gemacht, daß in Paris neue Associationsideen auftauchten. Marx erklärt, daß er Bürgers für einen Verräther halte. 30. Sept.: V. v. Bf. der Frau Dr. Daniels mit Klagen über schlechte Behandlung der Gefangenen. Wolff theilt ein Verzeichniß der Zeugen mit, die in Köln erscheinen würden. Director Schultz sei gestorben.

Der Angeklagte Becker erklärt, daß er das Protocollbuch für unächt halte. Das Gerücht von seiner Erblindung sei im Anfang des Jahres aufgetaucht und gleich von dem Kreisphysicus Dr. Canotta und dem Spitalarzt Dr. Fischer widerlegt worden; wie man nun in London so spät noch damit hätte kommen können? Ferner spreche das Protocoll von 1500 Exemplaren seiner Rede, die noch vorräthig gewesen, während er kurz vor seiner Verhaftung eine neue Auflage habe erscheinen lassen wollen, da die erste Ausgabe vergriffen gewesen wäre. Der letztere Einwand des Dr. Becker wird im Laufe der Sitzung durch Ballen von Druckschriften, die von 6 bis 8 Polizeidienern hereingebracht werden, widerlegt. Man fand diese Druckschriften bei dem Buchbinder Hartmann. Die andern Angeklagten erklären gleichfalls, daß sie die Aechtheit des Protocolls bezweifeln, bis zu einer nähern Prüfung desselben.

Polizeirath Stieber tritt mit dem Bemerken auf: Zur nähern Aufklärung müsse er mittheilen, daß man es nicht zu ernstlich nehmen dürfe, wenn Marx von der großen Verbreitung und von den vielen gegründeten Gemeinden rede. Er renommire immer mit seinem Anhange. — Vertheidiger Schneider II. läßt den Zeugen Stieber fragen, wann das Protocollbuch angelangt sei. — Antw.: Mit dem Courier. Der betreffende Agent war aber schon von dem Polizeidirector Schultz ausgesandt worden. Dem Angeklagten Dr. Becker wird der Brief vorgezeigt, den man bei der Baronesse Brüning gefunden. Es wird gefragt, ob er denselben kenne. Der Angeklagte entgegnet lächelnd: Ja, aber diese Frau ist weder Baronesse noch Fürstin, sondern die Gattin eines meiner Freunde. — Vertheidiger Schneider II. trägt auf Verlesung des abschriftlich bei Bermbach gefundenen Brirfes an, dessen Origiual sich in seinen (Schneiders) Händen befinde. Die Verlesung wird später geschehen.

Neununddreißigster Zeuge, C. A. Gangloff, Buchdrucker und ehemaliger Redacteur des „Prometheus“ in Leipzig. (Dieser Zeuge wird geschlossen zum Gerichtslocale geführt.) Da er selbst wegen des Bundes in gerichtlicher Untersuchung sich befindet, so wird er nicht vereidet. Ueber seine an Kolbeck geschriebenen Briefe befragt, welche von Otto, von der Verbreitung von Flugblättern und sonstigen Bundesangelegenheiten handeln, leugnet er entweder, oder sucht Allem eine unschuldige Deutung zu geben, wobei er sich in Widersprüche verwickelt, und die unglaublichsten Behauptungen aufstellt. Sein Zeugniß ist von keiner Bedeutung. (Die Sitzung wird geschlossen.)

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 25. Oct. $4\frac{1}{2}$pCt. Rente 106, 95. — 3pCt. do. 82, 10. — Piemont 99. — 3pCt. Span. $46\frac{1}{8}$. — 1pCt. do. 25. (Synd).

London, 25. Oct. 3pCt. Stocks $100\frac{3}{8}$. — 3pCt. Span. $51\frac{1}{8}$. — 1pCt. do. $25\frac{3}{8}$. (Synd.)

Madrid, 19. Oct. 3pCt. $47\frac{3}{4}$. — 1pCt. Neue $26\frac{3}{8}$. (Synd.)

Antwerpen, 25. Oct. 5pCt. Belg. $100\frac{3}{4}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $55\frac{7}{16}$. — 3pCt. Span. $46\frac{5}{16}$. — 1pCt. do. $24\frac{11}{16}$. (Synd.)

Amsterdam, 25. Oct. 4 Uhr. $2\frac{1}{2}$pCt. Integr. $63\frac{3}{8}$. — 3pCt. Schuld —. — 4pCt. 95. — $3\frac{1}{2}$ $94\frac{7}{8}$. — 1pCt. Spanische $25\frac{5}{16}$. — 3pCt. —. — do. inländ. à 6000 fl. $46\frac{3}{16}$. — 4pCt. Portug. —. — 4pCt. Russ. bei Hope $90\frac{3}{4}$. — do. bei Stieglitz $90\frac{1}{4}$. — 5pCt. $77\frac{1}{2}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $40\frac{1}{4}$. — 5pCt Silber-Metall. $90\frac{1}{4}$. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler, Dr. J. B. Kutschelt.

[2396] Im Verlage von Alexander Duncker, Königl. Hofbuchhändler zu Berlin sind neu erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Frankfurt a. M. durch die C. Jügel'sche Buchhandlung:

Julius Freiherr v. Minutoli,
Kgl. preuss. wirkl. Geh. Ober-Regierungs-Rath u. General-Consul für Spanien und Portugal,

Spanien u. seine fortschreitende Entwicklung,
mit besonderer Berücksichtigung des Jahres 1851.
Mit lithographirten Beilagen.
Lex. 8. geh. fl. 8. 24 kr., reich gebunden fl. 9. 36 kr.

Ein gediegenes Werk, das ganz neue Aufschlüsse über das interessante noch so wenig genauer erforschte Land gibt und in allen Kreisen das grösste Aufsehen erregt.

Louis Staroff,
Lieutenant im 13ten Infanterie-Regiment.
Zur
Geschichte der polnischen Bestrebungen
im Anfange des Jahres 1846.
Mit 2 Karten. gr. 8. geh. fl. 1. 36 kr.

Enthält sehr interessante und meist ganz neue Mittheilungen über den Charakter und die Verzweigung der polnischen Bewegungen.

C. G. Kühn,
Königl. Preuß. Kammergerichtsrath.
Preußische Soldatenlieder
und einige andere Volkslieder und Zeitgedichte
aus dem siebenjährigen Kriege und der Campagne in Holland von 1787.
gr. 8. geh. 42 kr.

Friedrich v. Uechtritz.
Albrecht Holm.
Eine Geschichte aus der Reformationszeit.
II. Abtheil. 1. u. 2. Band. 8. geh. fl. 5.

Heinrich Smidt's Deutsche Novellen.
8. geh. fl. 2. 42 kr. eleg. mit Goldschnitt geh. fl. 3. 36 kr.

Inhalt: Ein Ständchen und ein Gelübde — Herkules in der Wiege — Der Posamentier-Lehrling — Kaspar Lavisari — die Räuber — Dessauer Leiden und Freuden — König Lear — der Ehepatronisator — Charlottenstraße Nr. 38. — ein Morgenstündchen bei Luther — die beiden Großmeister — der Schauspieler in der Pfarre — Richard der Dritte — die letzte Rolle.

Miniatur-Ausgaben.

a) neu:

Kühn, C. G., Epigramme. Reich gebunden fl. 1. 48 kr.
Landesmann, H., Abdul. Eleg. geh. mit Goldschnitt 32 kr.
Nienhoff, Alfr., Die Heyler Mädchen. Geh. 54 kr., reich geb. fl. 1. 36 kr.
Eine Sommerreise. Geh. 54 kr., reich geb. fl. 1. 36 kr.
Storm, Th., Immensee. Geh. 54 kr., reich geb. fl. 1. 36 kr.

b) neue Auflagen:

Geibel, E., Gedichte. 29ste Aufl. geh. fl. 3. 12 kr., reich geb. fl. 4. 3 kr.
In feinstem Kalbleder fl. 4. 57 kr.
Herz, H., König Renés Tochter. 4te Aufl. geh. 28 kr., reich geb. fl. 1. 12 kr.
Prinzessin Asse. 3te Aufl. geh. 54 kr., reich geb. fl. 1. 36 kr.
Putlitz, G. zu, Was sich der Wald erzählt. 12te Aufl. geh. 54 kr., reich geb. fl. 1 36 kr.

F. Baucher,
Methode der Reitkunst nach neuen Grundsätzen.
Aus dem Französischen durch einen Uebersetzten.
4te Aufl. Mit Abbildungen. gr. 8. geh. fl. 1. 48 kr.

[2358] In allen Buchhandlungen ist zu haben, in Frankfurt a. M. in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung:

Das Buch der Toaste.
Eine Sammlung von Toasten (Gesundheiten), Tischreden in Versen und in Prosa, Trinksprüchen und Tischliedern, wie auch Antworten auf ausgebrachte Gesundheiten ꝛc. Zum Gebrauche bei feierlichen und fröhlichen Gelegenheiten und zur Erhöhung der Tafelfreuden.
Original-Dichtungen von Fr. v. Sydow.
Die verbesserte und vermehrte Aufl. 16. geh. 1852. Preis 54 kr.
Verlag von **F. A. Eupel** in Sondershausen.

[2427]

Todes-Anzeige.

Allen auswärtigen Freunden und Verwandten wünsche ich die ergebene Anzeige, daß Gott meine innig geliebte Gattin, Katharine, geborne Kürdell, nach kurz zurückgelegtem 54sten Lebensjahre im beinahe vollendeten 34sten Jahre unserer glücklichen Ehe, heute Nacht um 2½ Uhr in Folge eines plötzlichen Schlaganfalls in das bessere Leben abgerufen hat.

Still und friedlich, wie ihr Leben, war auch ihr Gott ergebenes Ende.

Eine Tochter und zwei Söhne, welche den schmerzlichen Verlust der liebenden und geliebten Mutter betrauern, vereinigen sich mit meiner Bitte um stille Theilnahme.

Wiesbaden, den 24 October 1852.

Brück, Landesbank-Directions-Rath.

Cours der Staats-Papiere. 26 October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per constant.				Per constant.
Oesterreich	5% M. (C.L.s.b. Rothsch.)	93¼	P.	Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28½ P. ⅛ G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	94½	G.	Wurtemb.	4½% oblig. b. Roths.	101⅜ »
»	5% p. L.-V. (C.b Roths)	89⅞ bez. u. G.		»	3½% ditto	90¼ P. 90 bez.
»	5% b.d.Monte C.18.1.M	84½	P.	Kurhessen	40Thlr. l. b. Rothsch.	35 P. 34⅜ G.
»	Bank-Actien . .	1377 P. 72 G.		»	Frkf.-Wilhs-Nordb.	443 P. 2⅜ G.
»	5% Metallig. Oblig.	80½	bez.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	102	P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	80¾	P.	»	4% ditto b.Rothsch.	93¼ P. 97⅛ G.
»	5% ditto 1852	80¾	P.	»	3½% ditto b.Roths.	92	P.
»	4½% ditto	72⅞ 73 ½ ⅛ bez. u. G.		»	fl. 50 Loose . . .	91 P. 90¼ G.
»	4% ditto	61⅞	P.	»	fl. 35 Loose . . .	31½ P. 31 G.
»	3% ditto	48¼	P.	Frankfurt	4½% Oblig. v. 1839	95¾ P. ½ G.
»	2½% ditto	41	P.	»	3½% » v. 1846	95 P. 94⅝ G.
»	1% ditto	19⅝	P.	»	3% » »	85¾ P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	116¾	P.	»	Baumwohnact.	305 P. 302 G.
»	fl. 500 » ditto	192	P.	Russland	4½% Obl. b. Baring	102½	P.
»	4½% Oblig.b.Bethm.	80⅝	P.	»	4% Obl. b. Hope & Z.	91¾	G.
Preussen .	4½% Staatsschuldsch.	101	G.	»	4% » b.Stieglitz »	91¾	G.
»	4½% Oblig. b. Roths.	104	G.	Polen .	4% Oblig. de fl. 300	91½ P. 2⅝ bez. ¼ G.
»	Cöln-Mind. R.-Actien	112¾	P.	Spanien	3% ö. Inl. Sch. P. 2 ⅜	45¾ P. ⅜ bez.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅜ P. ⅜ G.		»	1% Neue » »	25⅛ P. ⅛ bez.
»	4½% ditto ditto	100⅞ P. ⅜ G.		Holland .	4% Certificate . .	95¼ G.
»	4% ditto ditto	96⅜ G.		»	2½% Syndicats .	55 G.
»	4% Ablös.-Rente .	96⅜ G.		»	2½% Integrale .	63⅜ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93 P. 92⅝ G.		Belgien .	5% Obl. in L. à 25 fl.	100 G.
»	Ludwigsh.-Bexbacher	109½ P. ½ G.		»	4½% Obl. in P. à 25 fr.	97⅛ P. ⅜ G.
»	5% Prioriti.-Oblig. .	102⅜ G.		»	4% Obl. in P. à 25 fr.	91 P. 90¾ G.
Baden .	5% Obligationen .	101⅜ G.		Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	86½ P. 55⅛ G.
»	4½% Obligationen	102¼ G.		»	5% Obl. b. Rothsch.	97⅛ G.
»	4½% v. 1849 . .	100¼ P. ⅛ bez. ⅜ G.		»	5% Obl. b. Hambro	95 P. 94¾ G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66½ P. 66 G.		»	Sardinische Loose .	40½ G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38⅛ P. ⅛ bez.		Toscana	5% Obl. 1850 (G.b. Golds.)	101 G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103¼ G.		»	5% » 1851 b. Bastogi (do.)	98½ G.
»	4% ditto	99¾	P.	Mexiko	6% Stocks Holl. à 20%	116½ G.
»	3½% ditto	91½	P.	»	Vereins fl. 10 Loose .	9½ P. 3½ G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 26 October	Per constant.
Amsterdam . .	kS. 100⅜ ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	2M. — —
Augsburg . .	kS. 120⅛ 119⅝ G.
(100 fl. Crt.)	2M. — —
Berlin	kS. 105⅛ 105 G.
(100 Thlr.)	2M. — —
Bremen (50)	kS. 97¼ G.
Rthlr. l. Ldor.	2M. —
Hamburg . . .	kS. 89⅞ 89 G.
(100 M. Bco.)	2M. — —
Leipzig . . .	kS. 105⅛ 104⅞ G.
London . . .	kS. 119⅜ B.
(10 Livr. St.)	2M. — —
Lyon	kS. 94⅛ ⅜ G.
(300 Fr.)	2M. — —
Mailand (250	kS. 91⅛ B
Lir. Austr.)	2M. — —
Paris	kS. 94⅛ ⅜ G.
(300 Fr.)	2M. — —
Wien (100 fl.)	kS. 102½ 2 bez. u G
in fl. 20 Fr.)	2M. — —
Disconto . . .	3 G.

Gold und Silber.	
Pistolen	fl. 9 45½-46½ G.
Pr. Friedrichsd'or	» 9 55-56
Holl. 10fl. Stücke	» 9 54½-55½ G.
Rand-Ducaten .	» 5 58-59
20 Francsstücke	» 9 29-30
Engl. Sovereigns	» 11 54
Gold al Marco	» 383 G.
5 Frankenthaler	» 2 21⅛-22½ G.
Preuss. Thaler	» 1 45-½
Preuss. Cassa-Sch.	1 45½-¾ G.

Druck von August Osterrieth.

№ 257. — Mittwoch — den 27. October 1852.

Der Pränumerationspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Gebührensitze von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Königlich Thurn und Taxis'schen Postvereinsgebietes 2 Thlr. 10 Sgr. = 1 Thlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Thlr. 15½ Sgr.

Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (½ Bogen) mit Beilagen 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

↗ **Wien**, 23. Oct. Heute Vormittag fand am Josephstädter Glacis eine militärische Parade vor Sr. Maj. dem Kaiser statt, zu welcher das erst vor kurzem in Wien eingetroffene Regiment Fürst von Schwarzenberg ausrückte und im Feuer exerirte. —

Vor einigen Tagen hat Se. Majestät den Bau der Staatseisenbahn von Steinbrink bis an die croatische Grenze genehmigt, sowie auch die Vorlage der Projecte in Beziehung auf die Fortsetzung der Bahn von der croatischen Grenze anbefohlen wurde. Mit der Innagrisnahme der Bahn von Steinbrink soll noch in diesem Jahr begonnen werden und es steht zu erwarten, daß dieselbe zugleich mit der ungarischen Hauptlinie vollendet werden wird. — Aus Klagenfurt wird demnächst eine Deputation des dortigen Gemeinderaths hier erwartet, die höchsten Orts um die Belassung des Oberlandesgerichts in Klagenfurt und um die Genehmigung der Zweigbahn von Marburg nach Klagenfurt petitioniren wird, letzteres um die Hauptstadt Kärntens in directe Verbindung mit der Residenz und der Stadt Triest zu bringen. Letztere Bitte wird ohne Zweifel erfüllt werden, dagegen dürfte mit Rücksicht auf die Belassung des Oberlandesgerichts in ursprünglicher Entschluß aufrecht erhalten werden, wonach dasselbe nach Graz übersiedeln hat. — In der Unabhängigkeitsfrage Montenegro's ist bis jetzt noch keine definitive Entscheidung getroffen, ich glaube Sie jedoch aus bester Quelle versichern zu können, daß die Unabhängigkeitserklärung, für welche sich Rußland bereits an unserm Hof verwendete, nicht lange auf sich werde warten lassen; wahrscheinlich wird man noch die Ankunft des Vladika abwarten, welche im Anfang des nächsten Monats erfolgen wird, und sich sodann dem von Rußland gegebenen Beispiel anschließen.

* **Wien**, 23. Oct. Die Besitzlosigung, daß preußische und sächsische Unterthanen mit Paßkarten in die angrenzenden Kronländer reisen und dort 14 Tage verweilen können, wird dem Vernehmen nach noch weiter auf die Staatsangehörigen anderer Nachbarstaaten und die österreichischen Grenzbezirke ausgedehnt werden. — Die bischöflichen Berathungen über das neue Ehegesetz dauern noch fort. Das Gesetz zerfällt in zwei Theile, von denen der erste die Bedingungen zur Abschließung einer Ehe, der zweite aber die Informationen für die Kirchenvorstände enthält. Die bisherigen Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches wurden bei Verfassung des Gesetzes zur Richtschnur genommen.

Hamm, 19. Oct. Ein Conflict eigenthümlicher Art ist in dem benachbarten Kirchspiele Flierich über die evangelische Pfarrerwahl entstanden. Es wurde nämlich von der Gemeinde zur Wahl eines neuen Pfarrers geschritten, welche auf den Rector Terberger in Tecklenburg fiel, und die Bestätigung der königlichen Regierung zu Arensberg erhielt. Die Wähler sollen in dem festen Glauben gestanden haben, daß der Gewählte sich zur lutherisch-reformirten unirten Confession bekenne. Nachdem sie nun hinterher erfahren, daß sie sich geirrt, und derselbe dem reformirten Bekenntniß angehöre, sollen sie die Wahl angefochten und auf deren Annullirung angetragen haben, so daß die Einführung in das Amt jetzt Anstand gefunden, bis der Conflict gehoben sein wird. Der Fall beweist aufs neue, wie nothwendig es ist, in der evangelischen Landeskirche die durch Zersplitterung in Lutheraner, Reformirte und Unirte bedrohte so wünschenswerthe Einheit mehr und mehr zu befestigen, und die Evangelischen darüber zu belehren, daß die Union nicht eine kirchliche, confessionelle Trennung oder Bildung einer neuen Secte zur Grundlage hat.

^ **Ludwigshafen**, 24. Oct. Ueber den weiteren Verlauf der königlichen Reise in der Kürze einstweilen Folgendes: Am Bahnhofe zu Neustadt hielt Se. Majestät kurze Zeit, um die Huldigungen der Beamten und des versammelten Volks entgegenzunehmen, sodann ging es rasch thalein bis Kaiserslautern. Da auch hier nur kurz angehalten werden konnte, weil die Zeit vorgerückt war, so geschah nur das Aehnliche, wie in Neustadt. Kaiserslautern aber, wiewohl ziemlich fern vom Bahnhofe entlegen, zeigte seinem königlichen Pfalzgrafen auch dadurch seine Ergebenheit, daß die Südseite der Stadt glänzend beleuchtet war. Das Gleiche war mit den Kirchthürmen geschehen. Leider fing in Folge dessen der hölzerne Thurm der katholischen Kirche Feuer und brannte großentheils nieder, ein Schade, der freilich nicht sonderlich hoch anzuschlagen ist, da dieser Thurm an sich sehr wenig werth war. Um halb 11 Uhr traf Se. Majestät in Zweibrücken ein, und wurde dort auf eine Weise empfangen, die man vom Standpunkte einer Provinz aus, wie die unsrige, in der That glänzend nennen muß. Zur Beleuchtung der Stadt war alles geschehen, was man aufbieten konnte, und der Jubel der Bevölkerung, die ihre Stadt mit Recht als die Wiege unseres Königshauses betrachtet, war groß und herzlich. Der König machte ihr aber auch die Freude, nach der Vorstellung der Dikasterien ganz langsam durch die Stadt zu fahren und sich die Beleuchtung anzusehen. Auch die umliegenden Ortschaften mit ihren geschmückten Wagen waren gekommen, um ihren König zu begrüßen. Freitag den 22. verweilte Se. Majestät in Zweibrücken und besuchte am Abende den solennen Ball mit seiner Anwesenheit. Sonnabend den 23. ging die Reise wieder zurück, und zwar nicht über Pirmasens und Annweiler, sondern wieder auf der pfälzischen Ludwigsbahn bis Neustadt. Der König wollte auch bei Tag die interessante Bahn befahren und sprach sich in hohem Grade anerkennend über dies Werk und seinen Betrieb aus. Dem Herrn Director Denis ertheilte er bei dieser Gelegenheit das Ritterkreuz des Civildverdienstordens der bayerischen Krone. Vom Bahnhofe zu Neustadt ging der Weg über die Marburg nach Edenkoben, wo das königliche Nachtlager genommen wurde. Heute hatten die Festungen Landau und Germersheim die Ehre des allerhöchsten Besuchs, und morgen wird diese auf kurze Zeit der Stadt Speyer zu Theil werden. Wie mich Personen aus der Umgebung des Monarchen versichert haben, ist König Max mit dem Empfange, den ihm das pfälzer Volk bereitet hat, sehr zufrieden.

Dresden, 22. Oct. Das hiesige Journal theilt heute die von Sr. Maj. dem König unterm 3. Juli erlassenen Verfügungen bezüglich des Gesandtschaftspersonals wie folgt mit: Zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich preußischen, sowie am königlich hannoverschen Hofe der seitherige bevollmächtigte Minister bei der französischen Republik, Kammerherr Graf v. Hohenthal, unter Beförderung zum wirkl. Geh. Rath; zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem Prinz-Präsidenten der französischen Republik der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am kaiserlich russischen Hofe, Kammerherr v. Seebach; zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich spanischen Hofe Kammerherr v. Fabrice; zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an dem großherzoglichen und den herzoglich sächsischen Höfen Kammerherr und Geh. Legationsrath v. Carlowitz; zum Ministerresidenten am königlich bayerischen und königlich württembergischen Hofe der Geschäftsträger zu München, Legationsrath v. Bose; zum interimistischen Geschäftsträger am kaiserlich russischen Hofe der Legationssecretär bei der Gesandtschaft zu Wien, Kammerherr Graf Vitzthum v. Eckstädt; zum Legationssecretär bei der Gesandtschaft zu Wien der Legationssecretär bei der Gesandtschaft zu Berlin v. Könneritz; zum Legationssecretär bei der Gesandtschaft zu Berlin der Legationssecretär bei der Gesandtschaft zu Paris v. Billers. Auch haben Se. Maj. der König genehmigt, daß Dr. Adolph Keil und der Referendar Curt v. Lüttichau der Gesandtschaft zu Paris, imgleichen der Lieutenant der Reiterei Graf Clemens v. Schönburg-Glauchau und der Rechtscandidat Moritz Wießner der Gesandtschaft zu Madrid als Attachés beigegeben werden.

± **Darmstadt**, 26. Oct. Gestern Abend gegen 10 Uhr kam Se. Majestät der König von Bayern mit einem Extrazuge der Main-Neckar-Eisenbahn hier an, und stieg, von dem Großherzog im Eisenbahnhof, wo eine Abtheilung Militär mit klingendem Spiel aufgestellt war, empfangen, im Residenzschlosse ab. Die letzte Nummer des Regierungsblattes, welche auch der Erhebung der Gräfin Anna zu Ysenburg und Büdingen in den Fürstenstand gedenkt, macht eine Reihe von Stiftungen und Vermächtnissen bekannt; darunter das Vermächtniß des zu Aschaffenburg verstorbenen katholischen Pfarrers Lappold von 500 fl. zur Gründung einer Kleinkinderbewahranstalt zu Gonsenheim bei Mainz.

h **Gotha**, 25. Oct. Ende dieses Monats wird unser Herzog, welcher mit seiner Gemahlin seit einiger Zeit auf einem ihm und dem Fürsten v. Leiningen gehörigen Landsitze in Tirol behufs der Gemsenjagd sich aufhält, hierher zurückkehren. — Nach dem von dem hiesigen Staatsministerium genehmigten Vorschlage der herzoglichen Landesregierung wird, wie die „Gothaische Zeitung" berichtet, die Generalversammlung, welche künftigen Jahr aus unseren beiden Landestheilen hier stattfinden sollte, auch auf die übrigen Länder und Städte Thüringens ausgedehnt werden. Die Leitung dieser Angelegenheit ist der hiesigen Landesregierung übergeben worden.

Hamburg, 21. Oct. Zur hiesigen Stadteommandantur ist unter anderm der ehemalige kurhessische Kriegsminister Oberst Bödicker vorgeschlagen. — In den nahen Mecklenburg schreitet man so eben gegen den Pastor Ritter und Pächter Goldbaum criminell ein, weil sie im Sommer 1849 einen Aufruf Ronge's verbreiteten, in welchem dieser gegen die in Baden an 27 Aufständischen vollstreckte Todesstrafe im Namen der Religion Protest einlegte. Der Sohn des hiesigen Oberbaudirectors Pöste ist aus Berlin ausgewiesen worden, weil er früher in Bremen mit gegenwärtig Verfolgten verkehrte. Inwiefern heißt es, daß der Senat sich ins Mittel legen wolle. (N. K.)

Frankreich.

* **Paris**, 24. Oct. Nun das Kaiserthum für Frankreich außer Zweifel gestellt ist, nimmt die Successionsfrage unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch. Man weiß, daß sich ihrer Lösung nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Als am meisten berechtigt zur Thronfolge erscheinen die Ansprüche des vormaligen Königs Hieronymus und seines Sohnes Napoleon Bonaparte, weil beide die ersten Prinzen von kaiserlichem Geblüt sind. Aber diese Succession hat eine starke Gegnerschaft, die in der politischen Laufbahn Napoleon Bonaparte's, so lange derselbe Mitglied der Legislativen war, ihre natürliche Quelle findet. Man wird sich noch erinnern, daß er einer der glühendsten Ultrarepublikaner war und nicht nur die damaligen Cabinete, sondern auch den Präsidenten selbst mit Erbitterung bekämpfte. Seitdem ist nun zwar eine Versöhnung in der Familie eingetreten, aber Ludwig Napoleons Umgebung kann die Vergangenheit seines jungen Vetters weder vergeben noch vergessen. Ebenvorgestern waren Prinz Hieronymus und sein Sohn in St. Cloud zur Tafel. Nach dem Diner pflog Ludwig Napoleon mit beiden eine lange Unterredung und es scheint fast, als habe man alle Fragen bezüglich der zukünftigen Stellung und des Verhältnisses der Familie Bonaparte besprochen und vollständig geordnet. Ueber das Ergebniß dieser Unterredung vernehme ich, in dem Senatusconsultum solle Napoleon Bonaparte, im Fall die directe Succession fehle, als der nächste Erbe der Kaiserkrone namentlich designirt werden; aber von einer ihn als Erben adoptirenden Klausel ist nicht die Rede. Dieses Arrangement entspricht dem Wunsche des Prinzen Hieronymus; er und sein Sohn erhalten den Titel kaiserliche Hoheit. Die Civilliste des zukünftigen Kaisers soll auf 30 Millionen Fr. bestimmt werden; die von der ersten constituirenden Versammlung dem seligen Ludwig angewiesene Civilliste betrug nur 25 Millionen und der Kaiser Napoleon begnügte sich mit derselben Summe. Ferner wird das Senatusconsultum Ludwig Napoleon das Recht vorbehalten, denjenigen Mitgliedern der Familie Bonaparte, welche er solcher für würdig hält, Dotationen zu bewilligen und den Belauf derselben zu bestimmen. Hieronymus wird eine Dotation von 2 Mill. Fr. erhalten. Prinz Lucian Murat scheint zum Vicekönig von Algerien ausersehen, was in Neapel eben nicht besonderes Wohlgefallen erregen wird. Die Aussöhnung Ludwig Napoleons mit seinen Verwandten betrachtet man als den Tod von des Grafen v. Morny und des Generals St. Arnaud Einfluß, weil beide die entschiedensten Gegner der letzteren waren. Dem Prinzen Ludwig Napoleon soll v. Morny erklärt haben, er sei den Interessen desselben durchaus ergeben und gerne bereit, ihm in allen Lagen und mit seiner ganzen Kraft zu dienen; aber niemals habe des Hieronymus Familie auf seine Unterstützung zu rechnen, denn sie werde nach seiner Meinung den Interessen Ludwig Napoleons sowohl wie denen des Landes zum Verderben werden. Auf der andern Seite behauptet die Familie des Hieronymus, v. Morny sei dem Hause Orleans ergeben und habe nach dem Staatsstreich vom 2. December Ludwig Napoleon zu bestimmen versucht, den Grafen von Paris als seinen Nachfolger zu adoptiren, weil dies das einzige Mittel sei, des Volkes Zuneigung zu gewinnen. — Herr Thiers ist hierher zurückgekehrt, wird aber demnächst England besuchen, um zur Zeit der Proclamation des Kaiserreichs in Paris nicht anwesend zu sein. — Vor die Section des Staatsrathes für das Kriegswesen ist bis jetzt die Frage bezüglich einer Reduction der Armee noch nicht gebracht worden. Indessen heißt es, der Prinz-Präsident werde durch Decret 50,000 Mann in ihre Heimat entlassen und später dem Staatsrath einen Entwurf für die Reorganisation des Heeres vorlegen lassen. Der Bestand des Stabes und der Offiziere der Armee verbleibt der bisherige: die beabsichtigte Reduction beschränkt sich auf gemeine Soldaten.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 26. Oct. Heute machte das Offizierscorps des hier garnisonirenden königl. bayerischen ersten Jägerbataillons Sr. Maj. dem König von Bayern die Aufwartung in Darmstadt. Hierbei wurde bestimmt in Erfahrung gebracht, daß das durch das „Frankfurter Journal" verbreitete Gerücht, der König komme den 28. d. M. hierher, unbegründet sei. Se. Majestät machen morgen einen Ausflug nach Schwetzingen, und reisen übermorgen den 28. d. M. von Darmstadt direct nach Würzburg. Morgen werden der Generaladjutant des Königs, der königl. bayerische Generalmajor v. Xylander, der aus Schleswig bekannte Oberst v. d. Tann und Hauptmann Strung, Flügeladjutant Sr. Majestät, hierher kommen und den Tag über in Frankfurt verbleiben.

= **Frankfurt**, 27. Oct. Der Senat soll in seiner gestrigen Sitzung auf Grund des erhobenen Protestes mehrerer Wahlmänner die Wahl der ersten Abtheilung der Bürgerschaft cassirt und eine Neuwahl angeordnet haben. — Gestern Abend fand im kleinen Saale des Weidenbusches ein von den 45 aus der Bürgerschaft erwählten Mitgliedern der vorigen gesetzgebenden Versammlung veranstaltetes Abendessen zu Ehren der drei israelitischen Mitglieder dieser Versammlung, welche vermöge der neusten Erlasse nicht ferner wählbar sind, statt.

* **Berlin**, 27. Oct. Gestern Abend hat Se. Excellenz der Bundespräsidialgesandte Graf Thun von Hohenstein hier wieder eingetroffen — Im Laufe des heutigen Tages wird die Frau Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen unsere Stadt verlassen, um sich, dem Vernehmen nach, direct nach England zu begeben.

* **Wien**, 24. Oct. Die heutigen Blätter melden den Tod des Grafen Apponyi, langjährigen k. k. Gesandten in Paris. — Der Anschluß Württembergs an den bayerisch-österreichischen Donauschifffahrtsvertrag ist erfolgt und wird der betreffende Anschlußvertrag demnächst ratificirt werden.

* **Berlin**, 25. Oct. Die letzte Nummer des „Preußischen Wochenblatts" ist bekanntlich mit Beschlag belegt worden. Sie enthielt, wie man vernimmt, eine Mittheilung über ein angebliches Ministerialreskript an sämmtliche Landräthe, das auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen für das Ministerium aufmerksam macht. Der Erfolg der Wahlen, soll es in dem Reskript heißen, hänge lediglich von den Landräthen ab und werde derselbe wider Erwarten nicht genügend befunden werden, so werde „untersucht" werden, ob nicht größerer Eifer des Landraths ein anderes Resultat hätte herbeiführen können. Das „Wochenblatt" spricht, wie man sagt, seine Zweifel an der Wahrheit der Sache aus und fordert das Ministerium auf, durch vollständige Veröffentlichung der auf die Wahlen bezüglichen Erlasse das Gegentheil darzuthun. — Wegen der heutigen Wahl wird wohl keines der hiesigen Blätter heute ausgegeben werden.

h **Gotha**, 24. Oct. Wegen Verzögerung der Abgeordnetenwahlen wird unser Landtag erst zu Anfang des Monats December d. J. einberufen und gleichzeitig durch die koburgische Ministerialabtheilung die Verhandlung mit dem Landtage in Koburg begonnen werden, da nach Schluß der Sonderlandtage der gemeinsame Landtag beider Herzogthümer zusammentreten soll. Was die bis jetzt erfolgten Abgeordnetenwahlen selbst betrifft, so sind dieselben in unserm Herzogthum durchweg auf die Candidaten der conservativen Partei gefallen, und es wird die letztere auch bei den Wahlen im hiesigen Stadtbezirke den Sieg davon tragen.

† **Turin**, 22. Oct. Die „Gazzetta piemontese" veröffentlicht ein Circular des Ministers des Innern, gerichtet an sämmtliche Intendanten des Königreichs, worin die den Municipien in allgemeinen Petitionssachen zustehende Competenz beleuchtet und ausgesprochen wird, es liege keinesfalls in der Befugniß der Gemeinderepräsentanten, um Säcularisirung der geistlichen Güter zu petitioniren.

* Aus **Florenz** meldet das „Journal des Debats“: Man kann den Handelsbund mit Oesterreich als abgeschlossen betrachten; man wartet nur eine günstige Gelegenheit ab, um ihn ins Leben treten zu lassen. Der Bau des neuen Hafens von Livorno ist eine Folge des Bundes, denn er soll als Kriegs- und Handelshafen Oesterreichs am mittelländischen Meer dienen. Man versichert auch, daß unter den Bedingungen des Vertrags die ist, daß Livorno stets österreichische Besatzung behalten soll. Ebenso wollen die Oesterreicher die Küstenbewachung von der sardinischen bis zur römischen Grenze übernehmen.

‡ **Paris**, 24. Oct. Der „Moniteur“ zählt heute in seinem amtlichen Theil die neuernannten ersten Präsidenten der Appellhöfe von Colmar, Poitiers, Besançon, Angers, Caen, Douai, Montpellier und Agen auf; und außerdem noch eine ganze Reihe von Ernennungen in der Magistratur. Ferner enthält das officielle Blatt ein Decret des Prinz-Präsidenten, welches jedem Minenconcessionär ohne Ausnahme verbietet, ohne Genehmigung der Regierung mit seiner oder seinen Concessionen eine andere Concession, welcher Art sie immer sein möge, zu vereinigen.

Eine Anzahl Senatoren ist bereits hier angekommen. Im Luxembourg werden alle Vorkehrungen für die am 4. Nov. beginnende außerordentliche Session getroffen.

Vor seiner Abreise nach Brussa soll Abdel-Kader zu einem Besuch in Paris erwartet sein.

Als Ludwig Napoleon vorgestern aus dem Théâtre français nach St. Cloud zurückfuhr, empfingen die Arbeiter der Gasfabrik den Wagen mit Acclamationen und geleiteten denselben eine lange Strecke mit Fackeln. Der Prinz, von solcher Ergebenheit bewegt, ließ im Schritt fahren und unter die Arbeiter, als sie sich verabschiedeten, 200 Fr. vertheilen, welche Summe dieselben heute in die Kasse der Gesellschaft Vinceny & Paula eingezahlt haben.

Der Präfect des Departements Die hat an den Minister des Innern bereits die Adressen von 460 Gemeinderäthen um Wiederherstellung des Kaiserreichs eingeschickt.

In Toulouse ist von dem Procurator der Republik und dem Centralpolizeicommissär in der Wohnung der Brüder Barrieu eine Durchsuchung vorgenommen und eine große Quantität brämlich fabricirten Schießpulvers aufgefunden worden. Beide Brüder und ein drittes mitschuldiges Individuum sind verhaftet.

Das 14. leichte Infanterie- und das 40. Linienregiment, bisher in Marseille garnisonirend, haben Befehl erhalten, nach Rom abzugehen.

‡ **Paris**, 25. Oct. „Einige Blätter, sagt heute der „Moniteur“, sprechen von einer Reise, die der Prinz-Präsident demnächst nach dem Norden von Frankreich zu machen gedenke. Wir sind ermächtigt, diese Nachricht für eine unbegründete zu erklären.“

Die Handelskammer von Paris hat dem Prinz-Präsidenten folgende Adresse überreicht:

„Gnädiger Herr! Sie haben gesagt: Das Kaiserreich ist der Friede, das heißt: es ist Ordnung, Arbeit, Credit, allen gesetzlichen und privaten Unternehmungen verliehener Aufschwung; es ist das alle Klassen der Gesellschaft durchdringende Behagen; es ist der allgemeine Wohlstand! — Frankreich, welches Vertrauen in Ihre Worte hat, die Alles das, was Sie für sein Glück bedenken, mit Nachdruck beiegen, und welches aus Erfahrung weiß, daß zwischen Ihrem Wollen und dessen Erfüllung kaum die Zeit der Hoffnung liegt: Frankreich erkennt Ihnen durch seine ungebrochene und einmüthige Acclamation die höchste Gewalt zu. Fügen Sie sich seinen Wünschen, gnädiger Herr, es wird dies ein Rechtsanspruch mehr sein, den Sie sich auf seine Dankbarkeit erwerben. Der Pariser Handel, dessen Organ wir sind, bietet Ihnen dafür im voraus seine ausrichtigen Beweise des Dankgefühls an. Um zu bestehen und zu gedeihen, bedarf er des Friedens; er erwartet ihn von Ihnen mit vollkommener Sicherheit; er begreift, daß er um so solider und dauernder sein wird, als der Friede unter Ihrer Regierung der Ehre und der Größe unseres Vaterlandes niemals etwas kosten wird.“

Die Festvorstellung in der großen Oper, welcher der Prinz-Präsident beiwohnen wird, ist erst auf nächsten Donnerstag anberaumt; nach den bereits getroffenen Vorkehrungen soll dieser Abend den des Théatre français überbieten. Die Eintrittskarten zu dieser Vorstellung werden vom Ministerium des Innern ausgegeben.

Von 583 Gemeinden des Oberfaonedepartements haben 580 Petitionen um Wiederherstellung des Kaiserreichs an den Prinz-Präsidenten gerichtet; die Zahl der Unterschriften beläuft sich auf 72,806. Aehnliches wird auch aus dem Gers- und andern Departementen berichtet.

Der „Gazette de Lyon“ ist von dem Rhonepräfecten eine erste Verwarnung geworden.

|| **London**, 24. Oct. Der Herzog von Terceira ist auf dem Postdampfboot „Tagus“ aus Lissabon hier angekommen, um die portugiesische Regierung und Armee bei dem Leichenbegängniß des Herzogs von Wellington zu repräsentiren.

✕ **Brüssel**, 25. Oct. Morgen treten die Kammern wieder zusammen, ohne daß mittlerweile ein neues Cabinet zu Stande gekommen wäre. Die „Indépendance belge“ erklärt heute gegen das klerikale „Journal de Bruxelles“, daß die von dem Minister Rogier gegebene Demission unwiderruflich sei und bleibe und spricht sich in entschiedenstem Ton gegen die ebenfalls klerikale „Emancipation“ aus, als welche bei den gegenwärtigen Handelsdifferenzen die französischen Interessen gegen die belgischen in Schutz nehme.

** **Madrid**, 20. Oct. General Rupelt, der französische Gesandte, ist von Bordeaux hierher zurückgekehrt, und hat sich wiederholt dahin ausgesprochen, daß Ludwig Napoleon von den freundschaftlichsten Gesinnungen gegen Spanien beseelt sei und die gegenseitigen Beziehungen noch enger geknüpft zu sehen wünsche.

Landwirthschaftliches.

)(**Bingen**, 25. Oct. Die Weinlese ist hier seit vier Tagen in vollem Gange. Die Qualität des diesjährigen Weins wird, je nach den Lagen der Weinberge, theils der von 1848, theils der von 1849 nahe kommen. Die Preise sind jedoch ziemlich hoch, da in Rücksicht der Quantität der Ertrag noch weit hinter den beschedensten Erwartungen zurückbleibt, so daß sich einige Käufer von Cerealien auf dem Stod zu ihren Schaden gewaltig verrechnet haben

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

| **Erfurt**, 22. Oct. Nach dem neuesten Rechnungsausweis der Direction der thüringischen Eisenbahn sind im Monat September d. J. im Personenverkehr 55,600 Thlr. und im Güter- und Gepäckverkehr 47,600 Thlr., wie im Laufe des Jahrs bis letzten September 742,000 Thlr. im Ganzen vereinnahmt worden, was ein Plus von 131,300 Thlr. gegen die Einnahme des vorigen Jahrs ergibt.

Z **Worms**, 21. Oct. Die weite Entfernung, in welche nun der hiesige Eisenbahnhof definitiv zu liegen kommen soll, fällt den Bewohnern unserer Stadt von Tag zu Tag schwerer auf das Herz und wird immer mehr als eine wahre Calamität betrachtet. Unter den mannichfaci Zankäpfeln, die hier zu finden sind, dürfte sich dieser mit am Stärksten erhalten, da er auf in Zukunft täglich reich vorliegt. Auch der Zweifel, daß gerade diese Entscheidung der Bahnhoffrage der Gesellschaftsfalle zu statten kommen werde, gewinnt immer mehr Raum. Da nämlich der zu überschreitende Eisbach verhältnißmäßig sehr hoch liegt, so werden die Aufräumungen beträchtliche Summen in Anspruch nehmen, die das aufwiegen dürften, was man zu ersparen gedachte, indem man die Gärten nahe bei der Stadt umging, weil man die Anlage des Bahnhofes in denselben für zu kostspielig hielt.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 26. Oct. Für österreichische und spanische Fonds zeigte sich an heutiger Börse wieder eine flaue Stimmung. Von ersterer Sorte waren 5pCt. Metall. 80½, pCt. G.; 4½pCt. Met., zu 72½, pCt. und darüber verhandelt, schlossen zuletzt durch darin gemachte Ankäufe weiter fester, 72¾, pCt. G.; Lomb.-Venet. 88¾, pCt. G.; Wiener Bankactien 1372 fl.; 500 fl. Loose und 250 fl. Loose ohne Geschäft. Von spanischen Fonds waren 1pCt. nach mehreren flattergehenden Fluctuationen zuletzt zu 25¼, pCt. zu haben, 3pCt. Inländische 45¾/₁₆ & ¼ pCt. Andeff. 40 Thlr. Loose waren 40¾, Thlr., Badische 35 fl. Loose 34¾, fl. bezahlt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn 44¾, pCt., Berbach 95½, pCt., Köln-Minden 112 pCt., Taunus 302 fl. G. Für Livorno-Florentiner waren bessere Preise zu bedingen. In den übrigen Papieren zeigte sich keine wesentliche Coursveränderung. — Abends in der Effectenspeculati waren 1 pCt. Spanische zu 25¼ pCt. begehrt.

Paris, 25. Oct. 4½pCt. Rente 106, 95. — 3pCt. 82, 10. — Neapol. —. 5pCt. Neue Oesterr. 95, 94¾. — Spanische neue Diff. 25¼, 25. — Neue 3pCt. 51. — Innere Schuld 46⅞, ⅛. — Passive —. — Bankactien 2995. — Piemont 5pCt. 99. — Römisches Anlehen Juni 1850 98½. — Do. 1850 99½. — Rom.-St. Germain-Actien 1500. — Versailles, linkes Ufer 345. — Strasburg-Basel 362, 50. — Nordbahn 802, 50. — Paris-Strasburg 797, 50.

Die 3pCt. Rente blieb heute fast während der ganzen Dauer der Börse stationär auf ihrem vorgestrigen Standpunkt, und hob sich dann plötzlich, so daß sie noch 30 Centimes höher blieb als am Samstag. Dagegen ging die 4½pCt. unter ihren vorgestrigen Schlußcours herab.

Madrid, 20. Oct. 3pCt. 47¾, a. u. Börse 47¾ G. — 1pCt. Neue 26⅛, a. u. Börse 26¼ G.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 26. Oct. 5pCt. Metall. 94½, — L. B. 109¾, — 5pCt. Anlehe v. 3. 1852 94. — 4½ pCt. Metall. 84¼, — Bankactien 1340. — 250 fl. Loose 137¼, — London 11 fl. 30 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 102¼, — K.-K.-Nordbahn 217¾, — Ein.-Florenz 101¼. — Siena-Empoli 70½, — Paris 137. — London in Triest 11 fl. 31 kr. (Zpub.)

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschert.

Stuttgart. (Bekanntmachung in Betreff einer verlorenen gezogenen württembergischen Staatsschuldverschreibung.)

Nachdem in Gemäßheit des Gesetzes vom 16. September 1852, betreffend die auf den Inhaber lautenden Staatsschuldscheine, das K. Stadtgericht dahier rücksichtlich des abhanden gekommenen 3½ procentigen Staatsschuldscheins Lit. D. Nr. 7251 fro. 16. Dec. und 15. Juni a 100 fl. und der dazu gehörigen Zinscoupons angeordnet hat, daß für die betreffenden Werthspapiere der ewigen Ueberdringen bis zu Austrag der Sache keine Zahlung geleistet werden soll, so wird solches hiemit öffentlich bekannt gemacht. (Art 8. des Gesetzes vom 16. Sept. 1852). Auch wird der etwaige Inhabre des Staatsschuldscheins Lit. Nr. 7251 à 100 fl. hiemit aufgefordert, solchen binnen 5 Jahren, von heute an gerechnet, bei Verlust seines Rechts aus dieser Urkunde der unterzeichneten Stelle vorzulegen. (Art. 9 des Gesetzes vom 16. Sept. 1852). — Den 22 October 1852.

Württembergische Staatsschuldenzahlungskasse.

[2424] Herzog.

Hochgräflich Karl zu Elz'sche Anleihe
von fl. 270,000 im fl. 24 Fuße, d. d. Eltville, 28. Septbr. 1844, betreffend.

Vermöge der uns zugegangenen Weisung werden die am 7. August 1850 verlosten durch uns negocirten Gräflich Karl zu Elz'schen Partial-Obligationen

Litr. A. Nr. 204 zu fl. 1000.
" B. " 255 zu fl. 500.
pro 1. November 1853 rückzahlbar,

in Folge des obligationsmäßigen früheren Heimzahlungsrechtes auf den 1. Januar 1853 zur Rückzahlung hiermit gekündigt, von welchem Termine an eine weitere Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt, Feist Emden & Sohn.

[2385]

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 24. September 1852 an fahren die Boote täglich [2247]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 6½ Uhr (*Schnellfahrt*) . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 6½ Uhr Zuges von *Frankfurt.*

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 9 Uhr . . . . . bis **Cöln-Deutz** und **Düsseldorf.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 8 Uhr Zuges von *Frankfurt.*

Jeden *Mont., Mitho., Donnerst.u. Samst.* direct bis **Arnheim**(*Amsterdam*)u.**Rotterdam-London**

Von *Mainz*-**Castel** Mittags 12 Uhr (*Schnellfahrt*) . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 11 Uhr Zuges von *Frankfurt.*

☞ Von **Biebrich** jedesmal eine Viertelstunde später als von **Castel.**

Von **Mainz** Nachmittags 1 Uhr und Nachtstags 4 Uhr nach **Worms** und **Mannheim.**

Billete für die Dampfschiffe nach allen Stationen und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil,* der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren *Gogel, Koch & Comp.*, Hrn. **Aug. Schönling** auf dem Rossmarkt.

☞ Da die **Düsseldorfer Boote** bei Ankunft der Eisenbahnzüge von Frankfurt schon zur Abfahrt bereit liegen, so wird gebeten, um jede Verzögerung zu vermeiden, sich bereits in **Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten** zu versehen.

Stettin. Den Brief habe erhalten, wo bleibt aber das versprochene Tagebuch. [2429]

[2423] Bei Carl Krebs (Ed. Pergay) in Aschaffenburg ist erschienen:

Der französische Cassationshof, von A. Friedreich, k. App.Gs.R. in Aschaffenburg. Preis 27 kr. od. 7½ Ngr.

[2397] Im Verlage von Johann Urban Kern in Breslau ist soeben erschienen und der C. Jügel in Frankfurt a. M. vorräthig:

Aufgaben für Schachspieler,
nebst ihren Lösungen.
Von M. Anderssen.
Zweite gänzlich umgearbeitete Auflage.
gr. 8. Velinpapier. Geh. fl. 1. 12 kr.

Auf diese neuen Schachräthsel des berühmten Siegers im Londoner Schachturniee machen wir alle Schachspieler aufmerksam.

In England patentisirt.

Herr **George** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentirten Erfindung, durch welche die Kunst der Zahnärzte gänzlich umgewandelt wird. Es handelt sich darum, die Platten statt aus Gold oder Horn vom Mexiserde (Hypopotam), aus Schildplatte zu verfertigen, welche weicher, angenehmer und leichter im Munde liegen als Hypopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr **George** hat eine Dampfmaschine bauen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Substanzen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienstags und Freitags von 1 bis 3 Uhr wird Herr **George** (rue Rivoli 36 à Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

NB. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentirten Vorrichtung zum Modelliren des Mundes bedarf Herr **George** nur zweier Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[2372] Edictalladung.

Nachverzeichnete Grundrenten, als:

1. die dem Herrn Fürsten Friedrich zu Solms-Braunfels in der Gemarkung Willingen zustehenden, im Gebandschlage von 1423 fl. 57 kr 2⅘ pfl.;
2. die dem Herrn Grafen Otto zu Solms-Laubach in der Gemarkung Trais-Münzenberg zustehenden im Gebandschlage von 13 fl. 25½ kr.;
3. die der Gesammtsamilie der Freiherrn von Nordeck zur Rabenau in der Gemarkung Odbornbolen zustehenden, im Gebandschlage von 290 fl.

sollen nach den bestehenden Gesetzen und Bestimmungen abgelöst werden. Es werden deßhalb alle diejenigen Ablösungsin, bekannte und unbekannte, Besitzlustigen hiermit aufgefordert, ihre etwaigen Rechtsansprüche um so gewisser

innerhalb 2 Monaten

bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden, als widrigenfalls die Ausgabung der Ablösungskapitalien von Pos. 1 und 2 an die hier genannten Berechtigten, so wie das Ablösungskapitals unter Pos. 3 gegen Ausbändigung der von dem Senior der Familie, Gr. Heff. Oberst und Kammerherrn Freiherrn Georg von Nordeck zur Rabenau zu Londorf aufzustellenden Ablösungsurkunde an die Rentei der Freiherrn von Nordeck zur Rabenau (Rentmeister Engel zu Londorf) gestattet werden würde.

Pangen, am 2. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Hofmann.

[2386] Edictalladung.

Nachdem über das Vermögen des Georg Stock von Langenhain der förmliche Concursproceß erkannt worden ist, wird Liquidationstermin auf

Donnerstag den 25. November l. J.,
Morgens 9 Uhr,

anberaumt, in welchem Forderungen und sonstige Ansprüche an das genannte Vermögen bei Meidung Ausschließung erlöschenden Ausschlusses von der Masse geltend gemacht werden müssen.

Lauterbach, den 9. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Pfeiffer. Edel.

[2331] Vorladung.

Nachdem sich eine Ueberschuldung des Nachlasses des Webermeisters Johann Friedrich Ludwig Daubert, dahier ergeben hat, wird für die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Forderungen, zum Versuche einer gütlichen Vereinigung, so wie zur Wahl eines Curators der Masse Termin auf

den 8. November l. J., Vormittags 10 Uhr,

vor das unterzeichnete Gericht bestimmt. Diejenigen Gläubiger, welche zu jenem Termine nicht erscheinen, werden als dem Beschlusse der anwesenden dreitheils betrachtet werden. Dann, am 5. October 1852.

Kurfürstliches Justizamt I.
Gilser.
vdt. Liederknecht.

[2092] Edictalladung.

Am 5. August dieses Jahres starb dahier der Kurhessische Major a. D., Carl Sebdon, mit Zurücklassung eines am 23. October 1837 gerichtlich errichteten Testamentes, welches bei dem Mangel eines sichtbaren Erbherrn unter Beobachtung der gesetzlichen Formalitäten und nach Aufstellung eines Official-Anwaltes für die abwesenden Verwandten, am 11. August d. J. eröffnet und publicirt worden ist. In diesem Testamente ist als Universal-Erbin eingesetzt: Auguste Henriette Caroline Maunfels, jetzt Wittwe des K. K. Rittmeisters a. D., Baron Carl von Tietzendorf dahier.

Da nun die nächsten Verwandten des verstorbenen Majors Carl Sebdon, welcher am 24. Juli 1772 zu Wonscheid in England geboren war, hierorts nicht alle bekannt sind, so werden diese Verwandten, wenn sie nähere Auskunft über das Testament haben oder etwa dasselbe anfechten wollen, hiermit öffentlich vorgeladen,

binnen drei Monaten a dato

bei dem unterzeichneten Gerichte so gewisser persönlich oder durch legale Anwaltschaft zu melden und zu legitimiren, als sonst die genannte Universal-Erbin als solche anerkannt und in den Nachlaß des verstorbenen Majors Carl Sebdon gerichtlich eingewiesen werden wird.

Sollte diese Ladung nicht erfolgen, werden weitere gerichtliche Verfügungen nur auf der Amtstafel publicirt werden.

Homburg v. d. H., den 1. September 1852.

Landgräflich Hessisches Justiz-Amt.
Dr. v. Haupt.

[2194] Oeffentliche Ladung.

Alle, welche Erb- und sonstige Ansprüche an den Nachlaß des am 22. December 1851 zu Bendorf verlebenden hiesigen Bürgers Johann Jacob August Krug zuhaben, haben solche

binnen zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte ordnungsmäßig anzumelden oder gewärtig zu sein, daß dieser Nachlaß an die eingetretenen zum Theile auswärts wohnenden Intestat-Erben ohne Sicherheitsleistung verabfolgt werde.

Frankfurt a. M., den 22. Sept. 1852.

Stadtgericht II.
Schiff Dr. Diehl.
Dr. Opfen, 1r Secr.

[2393] Steckbrief.

Alle Justiz- und Polizeibehörden werden hiermit ersucht, auf den unten signalisirten, eines Raubmordes dringend verdächtigen Johannes Schmidt aus Unterambach im Großherzogthum Hessen zu fahnden, denselben im Betretungsfalle zu verhaften und mit davon zu benachrichtigen.

Frankfurt a. M., den 20. October 1852.

Peinlich Verhör-Amt.

Signalement.

Alter: 31 Jahre.
Größe: 5' 10" Frankf. M.
Haare: schwarz.
Augen: braun.
Augenbrauen: schwarz.
Nase: lang.
Mund: mittel.
Stirne: niedrig.
Kinn: rund.
Statur: unterseist.

Kleidung.

Badscheinlich brauner Tuchrock, hellfarbige Sommerhose, hellgestreifte Weste, Kappe mit Schild und rundem Boden von Wachstuch, mit Tuch besetzt.

Gerauhte Gegenstände: ein Goldstück à fl. 20 und etwa 8½ fl. in Landesmünzen und baßen Gulden.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nr. 257.) 27. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 27. Oct. Wie wir so eben vernehmen, sind die Wahlen der ersten Klasse für den gesetzgebenden Körper noch nicht definitiv cassirt; der betreffende Senatsbeschluß liegt nämlich heute dem Einundfünfzigercolleg, das bekanntlich 20 Abgeordnete in den gesetzgebenden Körper zu wählen hat, zur Rücksäußerung vor. Von dieser Rücksäußerung erst wird die definitive Bestimmung über Giltigkeit oder Nichtgiltigkeit der betreffenden Wahlen abhängen.— Im Laufe des heutigen Vormittags ist Se. Maj. der König von Hannover auf der Rückreise aus Württemberg hier eingetroffen und ohne Aufenthalt mit einem Extrazuge der Main-Weserbahn weiter gefahren.

** **Frankfurt**, 27. Oct. Ihre königlichen Hoheiten die Frau Herzogin v. Orleans und deren Söhne, der Graf von Paris und der Herzog v. Chartres, sind heute Nachmittag um 2 Uhr auf dem Dampfer „Delphin Nr. 2" von hier nach Mainz gereist.

* **Berlin**, 25. Oct. Wie man hier in wohlunterrichteten Kreisen wissen will, meldet die „Breslauer Zeitung", wird mit nächstem auch der evangelischen Kirche, wie dies schon früher mit der katholischen geschehen ist, das Recht zu Theil werden, auch ihre äußern und Vermögensangelegenheiten selbst verwalten zu können. Bereits sollen zwischen dem Cultusministerium und dem evangelischen Oberkirchenrathe deßhalb Verhandlungen eingeleitet sein, deren Abschluß bald zu erwarten stehen dürfte. Vielleicht daß schon den nächsten Kammern hierüber Mittheilungen gemacht werden können.

Breslau, 21. Oct. Heute ist geh. Medicinalrath Dr. Schönlein nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er vorgestern in Johannesberg bei dem Cardinal-Fürstbischof gewesen und sich von dem Befinden des Kranken selbst überzeugt hat. Der berühmte Arzt hat jede Aeußerung über den Zustand des Cardinals abgelehnt. Die inzwischen hier eingetroffenen Nachrichten aus Johannesberg lauten befriedigend. (Schles. Z.)

Bunzlau, 16. Oct. Unser Intelligenzblatt enthält heute eine Anzeige des hiesigen lutherischen Predigers Hasert, welche beginnt: „Es ist allerdings wahr, daß ich in die katholische Kirche eintreten werde. Zu diesem Schritte bin ich in zwei Jahren reif geworden. Ohne irgend ein Nebenlinteresse thue ich dies, in vollster Ueberzeugung, von ganzem Herzen. Man schaudert da zusammen; man sagt: „Das ist zum Katholischwerden!" Ja, mein Gott, möchtest du das Vielen geben! Ich gönne es der ganzen Welt re."

* **Köln**, 25. Oct. Die Lewaldversammlungen für die zweite Kammer fanden heute zwar etwas mehr Theilnahme als früher, blieben aber doch im Ganzen schwach besucht. Die Constitutionellen schmeicheln sich des Sieges; doch bejubelten jedenfalls in mehreren Bezirken die Strengkatholischen die Oberhand.

** **München**, 25. Oct. Herr Dr. Harleß ist gestern Abend hier eingetroffen, und wird derselbe nun alsbald sein neues Amt als Präsident des protestantischen Oberconsistoriums übernehmen; die feierliche Installation desselben soll noch im Laufe dieser Woche erfolgen. — Die Juni- und Augusthefte von Dr. Vögels „Volkswirthschaftliche Monatsschrift rc." wurden heute in den hiesigen Buchhandlungen confiscirt, und zwar auf Grund des Art. 19 des Preßgesetzes, der von der Verbreitung wissentlich falscher Nachrichten handelt. Es scheint indessen, daß hier ein Mißverständniß obgewaltet hat, denn die Beschlagnahme sollte wohl denjenigen Hefte gelten, in welchem sich die als falsch bezeichneten Actenstücke befinden, die aber in den mit Beschlag belegten fraglichen Hefte waren nicht vorhanden) nicht enthalten sind.

⅄ **Ludwigshafen**, 26. Oct. Ihnen gestern von Speyer aus oder nach meiner Zurückkunft von hier über den ferneren Verlauf der Reise Sr. Maj. des Königs Max in der Pfalz zu schreiben, war mir nicht möglich, ich beeile mich darum, es heute sogleich in aller Kürze zu thun. Um halb 9 Uhr verließ Se. Majestät Edenkoben. Zu den fünf Dörfern, welche auf dem Wege nach Speyer berührt werden mußten, war der Empfang der herzlichste, wie denn überhaupt das Landvolk es ist, welches noch am festesten am Throne und der Person des Monarchen hält. Um halb 11 Uhr ertönten die Glocken von Speyer und der König zog ein, umwogt von einer Volksmenge, die ich nimmermehr bissammen zu finden geglaubt hätte. Auch die Begrüßung war in der That eine fürstliche. Speyer hatte Alles aufgeboten, um den Monarchen würdig zu empfangen. Von besonderem Interesse waren die Festgüge, die der König mit großem Wohlgefallen vom Balcon des Rathhauses aus betrachtete. Hierauf begab sich Se. Majestät in den Dom, vor dem ein wahrer Garten wie mit einem Zauberschlag entstanden war. Nach dem Dejeuner auf dem Rathhaus fuhr der König, begleitet von Tausenden, an den Rhein, um sich nach Schweigen zu begeben. Ich darf mit Bestimmtheit versichern, daß Se. Majestät mit dem Empfang in der Pfalz, und besonders auch mit dem in der Kreishauptstadt sehr zufrieden war. Personen in seiner Nähe haben Aeußerungen genug der Art vernommen, und der Stadtrath von Speyer erfreute sich des Dankes, den der König aussprach und der allerhöchsten Zufriedenheit. Die Scenen von gestern etwas ausführlicher zu beschreiben, was sie gewiß würdig sind, überlasse ich einer andern Hand, die, wie ich vernehme, dem „Conversationsblatte" in diesen Tagen eine Mittheilung darüber zu machen gedenkt.

Mannheim, 25. Oct. Vorgestern kam Se. Hoh. der Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar von Stuttgart kommend hier an, und heute Nachmittag gegen 5 Uhr eben daher Se. Maj. der König von Württemberg, nebst Ihrer Maj. der Königin der Niederlande und hohem Gefolge; sämmtliche höchsten Herrschaften nahmen ihr Absteigequartier im „Pfälzer Hof". Se. Maj. der König reist morgen mit dem ersten Zug nach Bruchsal und Stuttgart zurück; die Königin der Niederlande aber gegen Mittag mit der Eisenbahn nach Darmstadt zum Besuch. Se. Hoh. der Herzog von Sachsen-Weimar werden noch mehrere Tage in Mannheim verweilen. (M. J.)

* **Mainz**, 25. Oct. Unsere Stadt und Gesellschaft verliert zu allgemeinem Bedauern in der Kürze einen Allen werth gewordenen Mann. Obergerichtsrath v. Haynau, ein Marburger von Geburt, ist dem Vernehmen nach vom Fürsten von Solms-Braunfels als dessen Kammerdirector mit ausehnlichem Gehalt nach Braunfels berufen worden, wird diesem ehrenvollen Ruf folgen, und nach zuvor erwirkter Entlassung aus dem hiesigen Staatsdienste noch im Laufe dieses Jahres nach Braunfels übersiedeln. — Der am verflossenen Freitage in Eschwege hingerichtete Kindesmörder, Oekonomieverwalter Büdemeister aus dem Hannoverschen, ist bereits zur hiesigen Anatomie abgeliefert worden und wurden auf Veranlassung mehrerer dafür interessirter Personen Gipsabdrücke nach Zeichnungen von seinem kräftigen und ausdrucksvollen Gesichte und Haupte durch hiesige Künstler und Maler gefertigt und nach verschiedenen Orten hin abgesandt.

Kiel, 20. Oct. Man erzählt sich, daß in diesen Tagen eine Anzahl von angesehenen Schleswigern in Hamburg in aller Stille eine Wahlversammlung abgehalten hat, zu welcher sich auch Verbannte aus dem Innern Deutschlands eingefunden haben sollen. Beschlossen soll sein, zwar conservative, aber an Recht und Herkommen festhaltende Männer zu wählen. Unterdessen ist auch die Wahlordnung für unser Herzogthum erschienen; dieselbe ist gleich der schleswigschen abgefaßt, nur vermißt man darin die Angabe des Orts, wo unsere Stände zusammentreten sollen, während für die Schleswigs bereits Rendsburg bestimmt ist. Früher kamen erstere in Itzehoe zusammen, allein dieser Ort ist deutschgesinnt und dürfte daher in Kopenhagen noch Bedenken erregen. Das übrige Holstein ist es aber nicht minder. — Einer Zusammenstellung zufolge haben die Dänen vom 25. April 1848 bis zum 31. December 1850, als drei Endpunkte des fast dreijährigen Kriegs, in 26 Bataillonen 142 Offiziere verloren. (Nürnb. C.)

!*! **Aus dem Weimarischen.** Den letzten Briefen der Herzogin von Orleans zufolge wird dieselbe in diesem Winter gar nicht nach Eisenach kommen, sondern sie muß auf den Rath der Aerzte, sobald es ihre Gesundheit erlaubt, direct nach England reisen. In unserm Lande haben die indirecten Landtagswahlen begonnen. Nur die Personen, welche mehr als 1000 Thlr. jährliche Revenuen haben, wählen direct, was als ein äußerst zweckmäßiger

Antwort bei dem Verlangen nach Urwahlen und den dagegen sprechenden Bedenken bezeichnet werden kann. — Ueber die Verradahn soll nächstens Zweckdienliches berichtet werden.

Braunschweig, 24. Oct. Seit einigen Tagen ist die Rede davon, daß ein von unserer Seite vielfach in diplomatischen Anträgen verwendeter Beamter für den jetzt ziemlich als gewiß anzunehmenden Fall, daß die Coalitionsstaaten sich von dem Zollverein trennen würden, das Nichtzustandekommen der Ausführung des Gegenbundesvertrags vorziehen und demselben das Wort reden soll, so daß alsdann das außerösterreichische Deutschland nicht in zwei, sondern in drei Zollsysteme aus einander fallen würde. Wir geben jedoch diese Nachricht, wie wir sie vernommen haben, als ein unverbürgtes Gerücht, welches, wenn es wahr würde, nicht ohne Bedeutung wäre. Braunschweig hätte dann die schwere Wahl, entweder mit Preußen ohne die übrigen Staaten zollverbündet zu bleiben, oder sich dem Steuervereine zuzuwenden, bei dem es sich früher wohl befunden hat, während seine damaligen Geschäftsverbindungen abgeschnitten und größtentheils nicht wieder anzuknüpfen sind, aber — eine Möglichkeit, auf welche wir schon in einem früheren Berichte hingedeutet — für sich allein zu bleiben. Es fragt sich, ob, vom Standpunkte der materiellen Interessen ausgegangen, dieser letzte Ausweg nicht der beste sein könnte, da eine genügende Bewachung unserer Grenzen von beiden Seiten kaum möglich ist. Allein gerade dieser Umstand steht von der sittlichen Seite entgegen. Wir hoffen, daß es unserer Regierung gelingen wird, den erträglichsten Uebergangszustand für uns zu wählen, und wir hören auch, daß der hiesige Handelsstand veranlaßt werden dürfte, durch sein Organ, den Kaufmannsverein, seine Ansicht auszusprechen. (K. Z.)

Schweiz.

⊙ **Bern**, 25. Oct. Die conservative Partei hat in einzelnen Bezirken unsers Kantons eine Niederlage erlitten, weil sie sich einer sorglosen Ruhe hingegeben. Es mußten nämlich neue Wahlen für den großen Rath getroffen werden, und in den drei bis jetzt bekannt gewordenen siegten die Radicalen. Im Wahlkreis Langenthal wurde der bekannte Advocat Bützberger mit 749 gegen 576 Stimmen gewählt. Bützberger ist nach Stämpfli der bedeutendste Mann der radicalen Partei. Er trat nach der Niederlage in der Abberufungsfrage aus dem großen Rath und wird jetzt wohl zurückkommen. Im Wahlkreis Aarberg wurde der radicale Gemeindepräsident Buri mit 489 Stimmen gewählt. Auch im Wahlkreis Wohlen ist der conservative Candidat unterlegen. Man sieht, beide Parteien stehen immer noch so schroff einander gegenüber wie vorher. — Der Stein, welcher von der Schweiz für das Washington-Denkmal geliefert wird, ist fertig und soll nach Beschluß des Bundesraths beförderlichst an den Ort seiner Bestimmung versendet und durch den schweizerischen Consul in Philadelphia dem amerikanischen Volke zugestellt werden. — Der große Rath von Wallis hat den Concessionsvertrag für die dortige Eisenbahn eine stimmig ertheilt. — Die Telegraphenfrage Chur-Wesen ist seit gestern vorgestellt. — Die sympathetischen Tinten in Genf haben Wahlmanifeste an den Straßenecken anschlagen lassen. Auf den 31. d. M. ist in Chantepoulet eine Vorwahl angesetzt.

Aus der Schweiz, 25. Oct. Im Kanton Schaffhausen sind die Verwaltungsgesetze durch die neue Verfassung vermindert worden. Nach dem Budget auf Grundlage der alten Verfassung betragen die Ausgaben für die Regierung und die verschiedenen Unterverwaltungsbehörden, mit Einschluß der Kanzleibeamten, des Archivars und der Staatsanwaltschaft, 35,509 Fr., während dieselben Verwaltungsfunctionen auf Grundlage der neuen Organisation nach dem gegenwärtigen Budget nur auf 25,626 Fr., also 10,000 Fr. weniger zu stehen kommen. — Der „Courrier du Valais“ tadelt als bemerkenswerth hervor, daß bei der letzten Wahlverhandlung in Martinach von den Stimmenzählern, die gemäß des Decrets die Aeltesten der Anwesenden waren, der eine 80, der andere 98 Jahre zählte. Der letztere ist noch so rüstig, daß er den zwei- oder dreistündigen Weg von seiner Wohnung nach dem Wahlversammlungsorte zu Fuß zurücklegte. — „Bund“ berichtet nun selbst, daß in Folge der Neuwahlen im Wallis die Conservativen eine Mehrheit von zwei oder drei Stimmen im großen Rathe erhalten haben. Das aargauische Amtsblatt enthält eine übersichtliche Darstellung des Bestehens der aufgehobenen Klöster Muri und Wettingen und der Verwendung derselben vom Januar 1841 bis Ende des Jahres 1850. Das Vermögen betrug 6,036,300 Fr. Die Einkünfte davon bis Ende 1850 1,193,300 Fr. Zusammen 7,234,600 Fr. Am Ende des Jahres 1850 betrug dasselbe noch 408,400 Fr. Es wurden also verwendet 6,826,200 Fr. Die hauptsächlichsten Verwendungen sind folgende: An den Staat Ersatz der bisherigen Staatssteuer 1,065,000 Fr., an den Staat zur Gründung öffentlicher Anstalten an Gebäuden und Gärten, nebst Unterhaltungscapital 421,000 Fr., an den Staat zur Gründung der Bezirksschule in Muri 241,000 Fr., an den Staat zur Gründung des Schullehrerseminars in Wettingen 272,000 Fr., an die Schul- und Armengüter der katholischen Gemeinden 565,000 Fr., Pensionsfond für die Klostergeistlichen 800,000 Fr., für die Armenanstalt in Muri 50,000 Fr., an die Occupationskostenkasse 551,000 Fr., Aufhebungskosten 35,000 Fr., Verwaltungskosten bis Ende 1852 1,169,000 Fr., Verluste und Nachlässe 73,000 Fr. Die aus dem Klosterbrüderlein Vermögen von 400,000 Fr. zu bestreitenden Ausgaben betragen noch 307,000 Fr., so daß nur noch 100,000 Fr. unverwendet bleiben, für welche Summe aber noch anderweitige Ausgaben schon decretirt sind. — Der Staatsrath von Freiburg hat die brandstandten Wahlen in der Hauptstadt gutgeheißen. Die gleiche Behörde hat den Bau der Glanebrücke den Unternehmern Curty und Nein für 575,000 Fr. zugesprochen. — Herr Bonifaz Glasson ist aus dem Comite von Posieux ausgetreten. — In der Stadt Freiburg sollen die Werbungen für römische Dienste stark betrieben werden. — Die evangelische Deputation nach Florenz besteht nach dem „Journal de Geneve“ aus den Herren Graf v. Reden, Präsident; Graf v. Cavan und Capitän Trotter für England; ? für Nordamerika; Cleut für Holland; v. Pistorius für Württemberg; Graf v. Pourtales für Preußen; de Mimont für Frankreich; Oberst Tronchin für die Schweiz. Letzterer hat folgende (im Ganzen 22) Aufträge erhalten; von der Allianee evangelique in Genf, welche die Manifestation provocirte; von der evangelischen Gesellschaft und dem Gustav-Adolph-Verein in Bern; von den zwei gleichen Vereinen in Zürich; ditto in Neuenburg; von dem Kirchenrath, der biblischen Gesellschaft, der evangelischen Missionsgesellschaft, dem Gustav-Acolph-Verein und von der Dissentergemeinde in Basel; von der protestantischen Hilfsgesellschaft in Basellaud; von Pfarrern und Lehrern-Professoren in Schaffhausen; von Herrn Kind im Namen der evangelischen Geistlichen in Graubünden; von der evangelischen Gesellschaft der romanischen Schweiz und der Synodalcommission der freien Kirche in Waadt; von St. Gallen ähnlich wie von Schaffhausen; ebenso von Thurgau; von der Société évang., der Eglise évang. und der evangelischen Missionsgesellschaft in Genf.

Frankreich.

† **Paris**, 24. Oct. Gestern Abend war die erste Reunion in St. Cloud und ist sehr glänzend ausgefallen; der Besuch war sehr zahlreich; außer dem gesetzgebenden Körper waren auch der Staatsrath und der Senat en masse eingeladen. Prinz Marschall Hieronymus und sein Sohn Napoleon, ohne welche es keine Festlichkeit mehr bei dem Präsidenten gibt, waren ebenfalls anwesend. Ul-brigens scheint Ludwig Napoleon wenig Muße zur Unterhaltung mit seinen Gästen gehabt zu haben; einen großen Theil des Abends war er mit seinen Ministern in Conferenz. Es soll sich nun zur Form und Fassung des kaiserlichen Senatusconsultums gehandelt haben. Demnächst beginnen die Jagden des Prinz-Präsidenten; die Etikette verlangt, daß alle daran Theilnehmenden ebenso wie an den Gallaabenden, in Kostüm erscheinen und zwar im grün und goldenen Jagdkleide. Wiederholt wird versichert, daß für das Kaiserreich außer den bestehenden keine neuen Kronämter und Reichswürden geschaffen werden sollen, mit Ausnahme eines Großadmirals, zu welchem der Cardinal-Erzbischof v. Donnet ausersehen wäre. Das Kaiserreich wird jedem der großen Höfe in Europa durch ein Handschreiben des neuen Kaisers angezeigt werden, welches ein außerordentlicher Gesandter dem Souverän überbringen wird; man glaubt, daß mehrere vornehme Legitimisten Sendungen dieser Art erhalten werden. Die Schaffung eines neuen Adels soll der Proclamirung des Kaiserreichs sofort folgen; Prinzen oder Herzogstitel sind angeblich für de Morny und de Persigny, Grafentitel für Fould, Baroche, Drouin de Lhuys, Fortoul und de Maupas bestimmt. — Es bestätigt sich, daß das 15. reitende Jäger- und das 9. Husarenregiment eingehen und dafür zwei neue Gardereginenter zur unmittelbaren Dienstleistung bei der Person des Kaisers errichtet werden sollen. Der Kriegsminister hat bereits Befehl ertheilt, die in genannten beiden Cavallerieregimenter keine Freiwilligen mehr aufzunehmen.

Spanien

Madrid, 20. Oct. Aus ganz sicherer Quelle läßt sich die „Köln. Zeitung“ mittheilen, daß ein geheimer Vertrag mit Frankreich abgeschlossen sei, wonach diese Macht sich verpflichte, Spanien im Besitz der Insel Cuba zu schützen. Alle in den Gewässern Amerika's sich befindenden französischen Schiffe sind angewiesen, sich den Befehlen des Generalcapitäns von Cuba zu unterwerfen, wenn er ihrer Hilfe bedarf. Drei französische Kriegsschiffe sind schon seit einiger Zeit in den Häfen Cuba's. Auch das vorige spanische Geschwader, das bislang nur aus drei Schiffen bestand, wird durch ein neues Linienschiff von 86 Kanonen, das am 16. d. M. in Cadix vom Stapel gelassen wurde und den Namen St. Eduard erhielt, vermehrt werden. Die Insel würde daher gegen

etwaige Angriffe von Freibeutern, die sich im Norden von Amerika unter der Hand wieder organisiren, gesichert sein. — Die Jesuiten nahmen unter dem Zudrang von vielen tausend Menschen, die aus allen Gegenden des Baskenlandes herbeigeströmt waren, am 16. d. M. von Loyola, ihrem alten Mutterhaus und gleichzeitig der Geburtsstätte ihres Stifters, wieder Besitz. Es wohnen dort 50 bis 60 Patres, denen von der Regierung gestattet worden ist, Missionen in Spanien, den balearischen und canarischen Inseln und in den afrikanischen Besitzungen abzuhalten. Der Orden hat jetzt 6 Häuser in Spanien; eine Erziehungsanstalt ist aber bisher noch mit keinem verbunden.— In der gestrigen Sitzung der hiesigen baskischen Deputirten überreichten diese der von der Regierung in Betreff der Fueros ernannten Commission einen Protest gegen jegliche Schmälerung der Privilegien. Nach Ueberweisung desselben bemerkte der Deputirte von Alava noch mündlich und im Namen aller übrigen Deputirten, daß sie wohl wegen einiger zeitgemäßen Veränderungen unterhandeln, aber an keiner Berathung Theil nehmen würden, die sich auf Aufhebung eines Privilegiums bezöge. Da nun grade in der gestrigen Sitzung die Militärfreiheit zur Sprache gebracht worden sollte, so entfernten sich die baskischen Deputirten, nachdem sie der Commission den oben erwähnten Protest überreicht hatten.

Belgien.

Brüssel, 25. Oct. Es stellt sich heute heraus, daß Se. Majestät sich bloß an Herrn H. de Brouckere für die Zusammensetzung eines Ministeriums gewendet hat, und daß ungeachtet der Gerüchte, welche zwei Tage lang coursirten, der Rechten durchaus keine Vorschläge gemacht worden sind. Der König scheint, als richtiger Beobachter der öffentlichen Meinung, durchaus nicht überzeugt, daß eine Auflösung des Parlaments eine bestimmt sich zeichnende Majorität in dem einen oder dem andern Sinn herbeiführen würde. Sollten daher neue Wahlen abermals getheilte Kammern zur Folge haben, fast in derselben Art, wie die jetzigen, und so die Zwitige keinen verlängern, so würde das parlamentarische System einen schweren Stoß erleiden. Die ministerielle Krisis entstand aus den Schwierigkeiten, welche sich bei der Wahl eines Präsidenten der Repräsentantenkammer zeigten. Man wird daher keine Persönlichkeit mehr aufstellen, bevor diese Schwierigkeiten gehoben sind, und so kommt nothwendigerweise die Ernennung der Bureaux der Kammer zuerst auf die Tagesordnung. Es hängt jetzt nicht mehr von der Regierung ab, die Kammern zu vertagen; dieses Recht kann nach dem Wortlaute der Constitution bloß einmal von dem Könige während der Dauer einer legislativen Session ausgeübt werden; die Kammer allein könnte jetzt noch eine neue Frist zu derselben hinzufügen, welche auf so unschickliche Weise verstoffen ist. Dies geschieht indeß keinesfalls, bevor der Präsident und die etwaigen Mitglieder des Bureaus ernannt worden sind. Herr Rogier erscheint daher von neuem vor der Kammer. Er wird indeß eine Erklärung abgeben, dahin lautend, daß, welcher Mann auch aus der Wahlurne hervorgehen werde, und welchen Beschluß die Kammer auch fassen möchte, er seine Demission aufrecht erhalte, und daß er sich bloß provisorisch auf der Ministerbank befände, da noch keine definitive Lösung stattgefunden habe. (L. J.)

Türkei.

Von der Adria, 20. Oct. Der Wechsel des türkischen Cabinets wird von der orthodoxen Partei als ein erfochtener Sieg ausgerufen, und dies ist in so fern wahr, als die alten Minister wegen eines echt muhamedanischen Religionsbedenkens entlassen worden sind. Dasselbe betrifft nämlich das auf einer christlichen Börse und mit christlichen Kaufleuten contrahirte Anleihen der Nationalbank, was bis jetzt in den Annalen des Reiches unerhört gewesen, indem ein Gebot des Korans ausdrücklich der Staatsgewalt jede officielle Betheiligung an Geldgeschäften mit den Ungläubigen untersagt. Die Schuld an der Sache trägt hauptsächlich Fürst Kallimaki, der großherrliche Gesandte in Paris. Bereits die Ernennung dieses der griechischen Kirche zugehörigen Diplomaten zu einem so hohen Posten war eine Neuerung, die den allgemeinsten Unwillen unter den Ortsboren erregte. Denn selbst die ausgezeichneten Dienste, welche dieser vornehme und reiche Grieche der Person des verstorbenen Sultan Mahmud — man spricht von einem Geschenk von 20 Millionen Piaster — geleistet hat, konnten seinen Glauben und seine Nationalität nicht vergessen machen, und es scheint auch, daß die Vorwürfe, er habe sich bei dem jetzigen Anleihen für seine frühere Dienstleistung etwas entschädigen wollen, nicht ganz ungegründet sind. Auch Reschid Pascha ist in den Verfall verwickelt und mochte für sich dabei im Trüben zu fischen gedenken. Ueberhaupt fängt sein Stern schnell zu sinken an und man spricht sogar von einer Anklage, die gegen ihn wegen unterschlagener Gelder aus den Zöllen vorbereitet werde. Selbst sein alter, unversöhnlicher Gegner, Riza Pascha, den er für immer vernichtet glaubte, erhebt sich und hat trotz der schweren Beleidigung, die er dem Sultan zugefügt, Aussicht zur Begnadigung. Kommt es aber dahin, so ist eine totale Reaction des Altürkenthums gewiß, und dann wird auch die große Lösung der orientalischen Frage nicht länger aufzuschieben sein. Das jetzige Ministerium vertritt nur den Uebergang. Allerdings läßt sich in einem Lande, wo eigentliche staatsrechtliche Grundsätze ganz fehlen, wo nur Willkür und Laune herrschen und die ganze Politik nur auf der Kraft von Traditionen beruht, irgend eine feste Berechnung nicht anstellen. Abdul-Medschid selbst ist durch die Einwirkungen des englischen und französischen Umgangs mit den modernen Ideen bekannt und beseelt worden, aber im Grund der Seele bleibt er doch Türke und hat es eben jetzt in vollem Maße gezeigt, wo sein persönliche Motive mit kluger Benutzung des ihm angeborenen Argwohns durch die Altürken so zu den entschiedensten Schritten hingerissen haben. Gut, daß die Zeit der Sehnsucht vorüber sei, sonst könnte Fürst Kallimaki sein eigenmächtiges Verfahren traurig büßen; aber immer dürfte er es für gerathen halten, so bald nicht zurückzukehren. Wie verlautet, ist ohnedies der größte Theil seines Vermögens in auswärtigen Banken angelegt. Welche Aufregung übrigens diesmal im Divan gewesen sein muß, beweist die entschiedene Weigerung, welche der energische Protest des französischen Ministers, Hrn. v. Lavalette, erfahren, der auf Ratification der Anleihe drang. Selbst seine Drohung, die Pässe zu verlangen, ist ohne Wirkung geblieben. Der Zorn des Großherrn über die Anmaßungen und Ueberschreitungen seiner Diener soll in einer Weise heftig gewesen sein, wie man von seinem im ganzen pflegmatischen Temperament nicht erwartet hatte. Die contrahirte Anleihe ist nach allen Seiten hin öffentlich desavouirt, die bereits verkauften Actien werden eingelöst und die etwa erwachsende Differenz aus dem Privatschatz des Sultans ersetzt werden. Was aber die unabwendbare Subvention für die verschuldete, beinahe insolvente Bank betrifft, so wird das Anleihen im Lande selbst gezeichnet werden. Mehrere armenische Bankiers, sowie die ersten Würdenträger, haben bereits ansehnliche Summen angeboten, man spricht von 40 Mill. Piaster, und sollte das nicht hinreichen, so will Se. Herrlichkeit selbst persönliche Opfer bringen, so sagen wenigstens sein Sibergeschirr zu verpfänden. Was das Religionsgebot betrifft, so ist es sehr leicht zu umgehen; nur zu einer so directen Weise, als es Fürst Kallimaki in Paris gebrochen, ließen sich die Augen nicht zudrücken. (L. J.)

Nachschrift.

ψ **Frankfurt**, 27. Oct. In der gestrigen Sitzung beschloß der Senat, in Folge des von 19 Wahlmännern der dritten Abtheilung überreichten Protestes, die Wahlen der ersten Abtheilung zu cassiren und eine deßfallsige Neuwahl zu veranstalten. Demgemäß wurde heute Vormittag dem gestern Abend eingeladenen Bürgerausschuß Kenntniß von diesem Beschlusse unter Mittheilung der Acten gegeben und die Versammlung ersucht, nach Vorschrift der Constitutionsergänzungsacte aus ihrer Mitte einen Deputirten zu der Wahlcommission zu ernennen, welcher Aufforderung der Ausschuß nachkam. — Dem Vernehmen nach wird der frühere Wahlzettel der Reformpartei einige Abänderung erleiden. — Herr v. Bismark-Schönhausen ist heute nach Berlin gereist.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

⚔ **Aus Thüringen**, 24. Oct. Die Wahrnehmung, daß die Fahrgeschwindigkeit auf der thüringischen Eisenbahn hinter der Fahrgeschwindigkeit auf andern deutschen Eisenbahnen, namentlich den preußischen, seither zurückgeblieben ist, hat eine Abänderung des Polizeireglements für die thüringische Eisenbahn zur Folge gehabt. Während jetzt die größte Geschwindigkeit, mit welcher die Bahn befahren werden durfte, auf sechs Meilen in der Stunde, mit Ausschluß der zum Anhalten auf den Stationen bestimmten Zeit, vorgeschrieben war, ist nunmehr verordnet worden, daß bei der Beförderung von Schnell- und Extrazügen die Fahrgeschwindigkeit bis auf acht Minuten für die Meile, mithin 48 Minuten auf sechs Meilen, gesteigert werden darf, wenn nicht nur allen im Reglement vorgeschriebenen allgemeinen, sondern auch einigen neu ertheilten Vorschriften gehörig entsprochen wird. Diese bestehen in Folgendem: Alle Betriebsmittel müssen in einem tüchtigen Zustande sein. Alle Wagen müssen vorzüglich elastisch Puffer haben. Die Fahrzeuge müssen untereinander sowie mit dem Tender so fest gekuppelt sein, daß sämmtliche Zug- und Pufferdrem etwas angespannt sind. Die regelmeinsäßige Zahl starker Bremsen muß um eine vermehrt werden. In einem solchen Zuge dürfen nicht mehr als höchstens 20 Wagenaxes befördert werden.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sutter. Dr. J. B. Kaufhold.

** **Bonn**, 25. Oct. Ihre Maj. die Königin Marie Amalie, Gräfin von Neuilly, und Sr. königl. Hoheit der Prinz von Joinville trafen heute mit Gefolge auf der Rückreise von Lausanne nach Claremont hier ein und nahmen ihr Absteigequartier im Hotel zum „goldnen Stern.“.

Serienverlosung

von Gr. Hess. 4- u. 3½Pct. Obligationen auf Inhaber betr.

Durch die in Gemäßheit der vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen weiter Statt gefundene Verlosung behufs der allmäligen Abtragung der zur Aushahme des Bedarfs für den Staats-Straßenbau von uns ausgefertigten Obligationen auf Inhaber sind folgende zur Rückzahlung berufen worden:

1. die unterm 15. Februar 1841 ausgefertigten 4procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. A. Nr. 331 bis 360 jede à 1000 fl.
Lit. A. Nr. 412 . . . à 500 fl. und

2. die unterm 1. April 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. A. Nr. 181 bis 200 jede à 1000 fl.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung in Kenntniß, deren Beträge zwischen dem 25. und 30. Januar k. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen, noch nicht verfallenen Zinscoupons bei der Staatsschulden-Tilgungskasse dahier oder bei dem Bankuierhaus M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt am so gewisser zu erheben, als solche in Gemäßheit des Gesetzes vom 16. Juli 1833, wegen Tilgung der Staatsschuld, vom 1. Februar 1833 an nicht mehr aus der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Sollten Inhaber der vorbezeichneten Obligationen die Beträge derselben früher, mit Zinsen bis zum Zahlungstag, zu erhalten wünschen, so unterliegt solches keinem Anstand und haben sich dieselben dieserhalb an den Kassier der Staatsschulden-Tilgungskasse zu wenden.

Zugleich machen wir weiter darauf aufmerksam, daß die in Folge Verlosung

1. am 1. April 1849 rückzahlbar gewesene 4procentige Obligation Nr. 593, d. d. 15. Februar 1841, über 500 fl.,

2. am 1. April 1850 rückzahlbar gewesenen 4procentigen Obligationen Nr. 642 und 668, d. d. 15. Februar 1841, jede über 500 fl.,

3. am 1. Januar 1852 rückzahlbar gewesene 4procentige Obligation Nr. 135, d. d. 15. Februar 1841, über 1000 fl., und

4. die am 1. Januar 1852 rückzahlbar gewesenen 3½procentigen Obligationen Nr. 1723 und 1725, d. d. 1. October 1845, jede über 1000 fl.,

noch nicht zur Einlösung präsentirt worden sind und seit ihren Verfallterminen nicht mehr verzinset werden.

Darmstadt, am 22. October 1852.

Die Direction
der Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Ecḥardt. v. Rabenau.

Balser.

[2430]

Serienverlosung

von Großh. Hessischen 4pCt. Eisenbahn-Obligationen betr.

Von den unterm 1. Juli 1843, so wie 1. Juli 1846 ausgefertigten Großherzoglich Hessischen 4procentigen Eisenbahn-Obligationen sind durch die in Gemäßheit der vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen weiter vorgenommene Verlosung folgende Obligationen, nämlich:

Nr. 4201 bis 4205, d. d. 1. Juli 1843, jede à 1000 fl.
Nr. 1501 bis 1510, 1901 bis 1910 und 5181 bis 5190, d. d. 1. Juli 1843, jede à 500 fl., und
Nr. 14471 bis 14475 d. d. 1. Juli 1846, jede à 1000 fl.

zur Rückzahlung berufen worden.

Wir setzen die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung hiervon in Kenntniß, die Beträge derselben zwischen dem 25. und 30. Januar k. J. mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinscoupons bei der Staatsschulden-Tilgungskasse dahier, oder bei dem Banquierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. um so gewisser zu erheben, als solche, in Gemäßheit des Art. 3 des Gesetzes vom 16. Juli 1833 wegen Tilgung der Staatsschuld, vom 1. Februar 1833 an nicht mehr aus der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Sollten Inhaber der vorbezeichneten Obligationen die Beträge derselben früher mit Zinsen bis zum Zahlungstag zu erhalten wünschen, so haben sie sich dieserhalb an den Kassier der Staatsschulden-Tilgungskasse zu wenden.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß von den auf den 1. März 1851 rückzahlbar gewordenen Eisenbahn-Obligationen:

Nr. 5886 und 5990, jede à 500 fl.,

und von den auf den 1. März 1852 rückzahlbar gewordenen Eisenbahn-Obligationen:

Nr. 4141 und 4142, jede à 1000 fl.,
Nr. 5571 15428 15429 und 15430, jede à 500 fl.,

noch nicht zur Einlösung gekommen sind, und daß diese Obligationen von den genannten Terminen an nicht weiter verzinset werden.

Darmstadt, am 22. October 1852.

Die Direction
der Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Ecḥardt. v. Rabenau.

Balser.

[2420]

Ich erfülle hiermit die traurige Pflicht, auswärtigen Freunden und Bekannten das gestern Mittag ½4 Uhr erfolgte Ableben meiner vielgeliebten Gattin, Barbara, geborne Leopold, anzuzeigen, und bitte um stille Theilnahme.

Vimburg an der Lahn, den 26. October 1852.

Joh. Arnold, Gastwirth.

[2435]

Cours der Staats-Papiere. 27. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (Cl. S. b. Roths)	93	ber.
»	5% M. v. J. 1854 Ser. B.	94⅛	G.
»	5% L. V. (C. b. Roths)	88⅜	ber. u. G.
»	5% Lo. Monte C. 1. S. M	84⅛	P.
»	Bank-Actien .	1377 P.	73 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	80½	P. ⅛ G.
»	5% M. v. J. 1854 Ser. A.	80⅝	P. ⅜ G.
»	5% dito 1853	80⅝	P.
»	4½% ditto	72⅜	P. ⅛ G.
»	4% ditto	64½	P.
»	3% ditto	48¼	P.
»	2½% ditto	41 P.	40⅛ bez.
»	1% ditto	16¼	P.
»	L. 250 Loose b. Roths.	117	P.
»	L. 500 » ditto	192	P.
Preussen .	4½% Obligat. b. Roths.	89½	P.
»	4½% Oblig. b. Roths.	104	P.
»	Coin-Mind. E.-Actien	112⅝	P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅛	P. ⅜ G.
»	4½% ditto	93¾	G.
»	4% ditto	96⅜	G.
»	4% Ablös.-Rente .	96⅜	G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	95 P.	92½ G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95¼	G.
»	5% Priorit.-Oblig.	102⅜	G.
Baden .	5% Obligationen .	101⅜	G.
»	4½% Obligationen	102⅝	G.
»	3½% v. 1843 . .	90¾	P.
»	L. 50 Loose v. 1845	66½	P. 66 G.
»	L. 35 Loose v. 1845	38⅛	P. ⅛ G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103⅛	G.
»	4% ditto	99¼	P.
»	3½% ditto	91⅛	P.

		Per comptant.	
Nassau .	L. 75 Loose . . .	78½	P. ⅛ G.
Württemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅛	⅛ bez.
»	3½% ditto	90¼	P.
Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	39 P.	34⅛ G.
»	Fürst.-Wilhs.-Nordb.	45 P.	44⅛ G.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	102	P.
»	4% ditto b. Rothsch.	92	P.
»	4% ditto Loose .	92	P.
»	L. 50 Loose .	91 P.	90½ G.
»	L. 25 Loose . .	31½	P. 31 G.
Frankfurt	4½% Obligat. v. 1839	93½	P. ⅓ G.
»	3½% L. v. 1846	94⅝	P.
»	3½% » . .	86½	P. 85⅛ G.
»	Taunusbahnact. .	305 P.	302 G.
Russland	4½% Obl. b. Baring	102⅞	P.
»	4½% Obl. b. Hope & S.	91½	G.
»	4% » b. Stieglitz »	91	G.
Polen .	4% Oblig. de L. 500	91½	P. ⅜ ber. u. G.
Spanien	3% Int. Sch. P. 5.8 36	45⅞	⅜ bez. u. G.
»	1% Neue » »	20¼	⅛ bez. u. G.
Holland.	4% Certificate .	95¼	G.
»	3½% Syndicats .	95	G.
»	2½% Integrale .	63⅜	G.
Belgien .	5% Obl. in L. à 25 b. R.	100⅜	P. ⅛ G.
»	4½% Obl. in F. à 250 fr.	98 P.	97¾ G.
»	4% Obl. in Fr. à 25 kr.	90⅜	G.
»	2½% Obl. b. Rothsch.	56½	P. ⅛ G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	87⅛	G.
»	5% Obl. v. Hamburg	95¼	P. 94⅞ G.
»	Sardinische Loose .	40⅜	G.
Toscana	5% Obl. 1850 (C. b. Gobs.)	101	G.
»	5% 1851 b. Bastig (dto.)	98½	G.
N. Amerika	6% Stocks Dall. 2. 30.	116½	G.
»	Vereins fl. 10 Loose	21⅛	P. 21⅛ G.

Das Syndikat der Wechsel-Agenten.

Wechsel-Cours.

Den 27 October		Per comptant.
Amsterdam	k.S.	100¼ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	2M.	—
Augsburg . . .	k.S.	120 B. 119½ G.
(100 fl. Crt.)	2M.	—
Berlin	k.S.	105⅛ B. 105 G.
(60 Thlr.)	2M.	—
Bremen (50	k.S.	97⅛ G.
Hamb. 1. Adot.	2M.	—
Hamburg . . .	k.S.	89¼ B. 89 G.
(100 Mk. Bco.)	2M.	—
Leipzig . . .	k.S.	104⅛ G.
London . . .	k.S.	119¾ B. ⅛ G.
(10 L. St.)	2M.	—
Lyon	k.S.	94¼ B.
(300 Fr.)	2M.	—
Mailand (250	k.S.	101 B.
Lir. Austr.)	2M.	—
Paris	k.S.	94¼ B. ⅛ G.
(300 Fr.)	2M.	—
Wien (100 fl.)	k.S.	102½ bez. u. G.
Ba. B. (100 fl.)		—
Disconto . . .		3 G.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	à 9	45⅛ - 46⅛
Pr. Friedrichsd'or	» 9	55-56
Holl. 10fl. Stücke	» 9	54⅛ - 55⅛
Rand-Ducaten .	» 5	28-29
20 Francsstücke	» 9	29-30
Engl. Sovereigns	» 11	54
Gold al Marco	»	383-84
Fl. Reichsthaler	» 2	22⅛
Preuss. Thaler	» 1	45-⅛
Preuss. Cassen-Schn	1	45-⅛

Druck von August Osterrieth.

№ 258. — Donnerstag — den 28. October — 1852.

Der Pränumerationspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksgebiet von Frankfurt fl. 1. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 2 Rthlr. 16 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtländen 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21 Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 25, und in Paris die Buchhandlung de Rauwenhoff, Boulevard Montmartre Nr. 15, Bestellungen an.

Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Postbeförderung oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

Wien, 23. Oct. Durch die Reorganisirung der Justiz- und politischen Behörden wird ein bedeutendes Ersparniß im Staatshaushalte erzielt werden. Dem ausdrücklich ausgesprochenen allerhöchsten Willen zufolge ist den mit der weiteren Durchführung der Organisation betrauten Commissionen zur strengen Pflicht gemacht worden, bei Stellung ihrer Anträge das System der möglichsten Sparsamkeit genau im Auge zu halten. Die von mehreren Blättern gegebene Nachricht, welche bereits das Ersparniß der Ziffer nach bestimme, muß aber jedenfalls als vorerst bezeichnet werden, da es sich erst durch die Elaborate jener Commissionen herausstellen kann, wie groß die Vortheile sind, welche die Organisirung in finanzieller Beziehung gewähren wird. — Dem Vernehmen nach soll bereits allerhöchsten Ortes die Commission ernannt sein, welche mit der definitiven politischen Organisirung Ungarns beauftragt ist. An ihrer Spitze soll der Vicepräsident der ungarischen Statthalterei, Graf de la Motte, stehen; zu Mitgliedern aber wären nebst dem Baron Hauer sämmtliche übrigen Obergespane ernannt worden. — Einer bis zum Schlusse des Monat September reichenden Zusammenstellung der sämmtlichen seit dem Jahre 1848 verurtheilten und wieder begnadigten oder entlassenen politischen Sträflinge zufolge, befinden sich von den Verurtheilten derzeit nur noch ein Sechstel in Haft, die Mehrzahl wurde durch die Gnade Sr. Maj. des Kaisers entlassen, und allen minder graviten Verhafteten ist nur mit wenigen Ausnahmen ein Theil der Strafzeit nachgesehen worden. — In den nächsten Tagen wird Se. Majestät eine Revue über die nach Wien in Garnison gekommenen Kürassierregimenter Graf Hardegg und Kaiser Nicolaus abhalten. Beide Regimenter, besonders aber jenes, welches den Namen des russischen Monarchen führt, gehören zu den schönsten und vorzüglichsten der österreichischen Reiterei. — Durch einen Kriegsministerialerlaß ist angeordnet worden, daß die Militärärzte verpflichtet sind, sich bei Musterschrecken jener Truppe, in welche sie dienen, einzufinden. Diejenigen, welche dieser Weisung nicht Folge leisten, haben eine Uebergehung bei Beförderungen zu gewärtigen, da sie bei den vorzüglichsten Fähigkeiten dennoch nicht im Stande sind, ihren Beruf gehörig zu erfüllen. Die Truppencommandanten haben nach Jahresfrist über die erworbenen Sprachkenntnisse der ihnen untergebenen Aerzte Bericht zu erstatten. — Wie man vernimmt, hat die kaiserl. österreichische Regierung sich nicht veranlaßt gesehen, auf den Antrag der königlich großbritannischen Regierung einzugehen, daß in London ein Congreß zusammenberufen werde, um eine gleichmäßige Behandlung der in ihrem Werth sinkenden Goldmünzen zu berathen und festzustellen. — Ungarische Blätter erzählen, daß bei dem Szabaresser Gerichte gegenwärtig ein schwerer Proceß gegen eine Frau von durchaus nicht vernachlässigter Erziehung und Bildung eingeleitet sei, die in kurzer Zeit ihre Stiefmutter, zwei Gatten und einen Walachen vergiftete. Sie soll sich dabei der in den siebenbürger Alpen häufig vorkommenden Pflanze Daphne euphorbia bedient haben. (Lpz. Z.)

Aus Niederschlesien, 21. Oct. Gleichzeitig mit der begonnenen evangelischen Kirchenvisitation durchzieht auf Grund eines zwischen dem königl. Staatsministerium und dem fürstbischöflichen Amte unter päpstlicher Genehmigung abgeschlossenen Vertrags eine andere gemischte Commission, bestehend aus dem Ministerialcommissär Regierungsrath Ritbeck und dem Domcapitular Wache, die Provinz mit der Bestimmung, die oft und lange ventilirte Frage über d. g. erloschenen katholischen Kirchensysteme zur Lösung zu bringen. Dieselbe bezieht sich auf etwa 180 Kirchen und die Commission wird damit leicht an zwei bis drei Jahre Arbeit haben. Die Procedur ist diese, daß zunächst die Parochie als solche für erloschen erklärt, in unmittelbarer Folge aber die zugehörige Kirche einer nahe gelegenen Parochie als Filiale oder als mater conjuncta zugeschlagen und damit der katholischen Kirche überhaupt für alle Zeiten gesichert wird. Nach ältern gesetzlichen Bestimmungen stand der einen bedürftigen Confession auf die von der andern Confession verlassenen oder nicht gebrauchten Kirchengebäude eine Anwartschaft zu; nach langen vergeblichen Verhandlungen, die über Einzelfälle gepflogen worden waren, wurden jene Bestimmungen bereits im Jahr 1842 aufgehoben, was jedoch dem größern Theil der von dem Beschluß betroffenen Gemeinden, wie dem Publikum überhaupt, kaum bekannt geworden ist. Aus diesem Umstand wird es erklärlich, daß, wenn jetzt der katholische Commissär aus Auftrag seiner Kirchenbehörde in den erloschenen Kirchen sogleich neue oder vermehrte Gottesdienste einrichtet, dies, wie man hört, nicht ohne alle Conflicte mit der betreffenden evangelischen Gemeinde abgeht, wie denn auch seitens der Patronate in Bezug auf möglicherweise daraus entspringende Leistungen bereits Proteste vorbereitet werden. (N. Pr. Z.)

Düsseldorf, 25. Oct. Die Urwahlen zur zweiten preußischen Kammer haben heute hier unter ganz ungewöhnlicher Theilnahmlosigkeit stattgefunden; in einzelnen Wahlbezirken haben sich von der ersten Wahlklasse mitunter nur ein oder zwei Personen eingefunden. Nur die Mitglieder des Treubundes waren überall vertreten; am meisten hatte die klerikale Partei agitirt und durch die Bemühungen des Priestervereins und durch Anfrufe von den Kanzeln, sowie durch öffentliche Aufforderungen in den Localblättern war es ihr gelungen, die meisten Wähler in den Kampf zu führen. Ihr Wahlzettel führt das Motto: „Die Kirche in ihrer Unabhängigkeit sichert mit der wahren Freiheit zugleich die Erhaltung des Staates." Der Sieg ist denn auch in allen Wahlbezirken der katholischen Partei verblieben und sie hat fast alle ihre Candidaten durchgebracht. Die Wahl der Abgeordneten findet bekanntlich am 3. November statt. Unser Wahlbezirk ist mit dem Kreise Solingen combinirt und hat drei Abgeordnete zu wählen. — Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen wird diese Monat seine Familie hierhin übersiedeln. Wir versprechen uns somit eine sehr glänzende Wintersaison, da nicht nur der Generalstab des Fürsten durch zwei Generale à la Suite vermehrt werden soll, sondern auch zahlreiche fürstliche Familienbesuche am hiesigen Hofe angesagt sind. Unter letztern wird besonders die Großherzogin Stephanie von Baden, die Schwiegermutter des Fürsten, namhaft gemacht, deren Aufenthalt hierselbst längere Zeit dauern soll. Am meisten gewinnt unser Theater dabei, das sich bisher in sehr schlechten Verhältnissen befand, und kein Schatten mehr von dem ist, was es zu Immermanns Zeiten war.

München, 24. Oct. Dr. Pfeufer hat vor kurzem das ihm zugewiesene Referat über Medicinalgezgenstände im Ministerium des Innern übernommen. Dieser Tage wird derselbe auch seine Klinik im allgemeinen Krankenhause beginnen. Zu den neu ernennenden Lehrkräften an der hiesigen Hochschule ist nun auch Siebolt von Breslau zu zählen.

Kassel, 25. Oct. Ueber die Eidesleistung derjenigen Personen, welche einer anerkannten Religionsgemeinschaft nicht angehören, ist unterm 2. October l. J. ein Erlaß aus kurfürstlichem Justizministerium ergangen. Es heißt darin: „In neuerer Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß Personen von ihrem seitherigen Religionsbekenntnisse sich losgesagt haben, ohne zu einer andern, oder wenigstens zu einer solchen Religionspartei übergetreten zu sein, welche vom Staate anerkannt ist. Rücksichtlich dieser Personen fehlt es für den Richter, welcher denselben einen Eid aufzulegen oder abzunehmen in der Lage ist, an jeder Bürgschaft dafür, daß der von solchen zu leistende Eid irgend von Bedeutung sei. Denn der Eid soll er irgend eine Gewähr für die Wahrheit des Beschworenen geben, setzt seinem Wesen nach, neben der Ueberzeugung von einem zukünftigen Leben, den Glauben des Schwörenden an einen allmächtigen, den Meineid strafenden persönlichen Gott vor-

aus, und es kann daher, wo dieser Glaube fehlt, von einer Eidesleistung keine Rede sein. Bei den vom Staate anerkannten Religionsparteien ist aber in der erfolgten Anerkennung der nothwendige objective Anhalt für die vorhandene Eidesfähigkeit gegeben, dagegen fehlt bei den vorhin erwähnten Personen ein solcher Anhalt gänzlich. Dem Richter kann es aber nicht zukommen, und ist ihm in den Gesetzen nirgends überlassen, im einzelnen Falle zu beurtheilen, ob in dem religiösen Bekenntniß des Schwörenden die zuvor angegebenen Voraussetzungen der Eidesfähigkeit begriffen sind, und es bleibt daher für ihn nichts übrig, als den gedachten Personen die Zulassung zu einem Eide so lange zu versagen, als dieselben nicht die Anerkennung ihres Bekenntnisses seitens des Staates erwirkt haben." (A. Z.)

* **Frankfurt**, 27. Oct. In der gestrigen Sitzung beschloß der Senat, in Folge des von 19 Wahlmännern der dritten Abtheilung überreichten Protestes, die Wahlen der ersten Abtheilung zu cassiren und eine deßfallsige Neuwahl zu veranstalten. Demgemäß wurde heute Vormittag dem gestern Abend eingeladenen Bürgerausschuß Kenntniß von diesem Beschlusse unter Mittheilung der Acten gegeben und die Versammlung ersucht, nach Vorschrift der Constitutionserzänzungsacte aus ihrer Mitte einen Deputirten zu der Wahlcommission zu ernennen, welcher Aufforderung der Ausschuß nachkam. — Dem Vernehmen nach sind bei der frühere Wahlzettel der Reformpartei einige Abänderung erlieden. — Herr v. Bismarck-Schönhausen ist heute nach Berlin gereist. — Während der vergangenen Herbstage fanden mancherlei Excesse und in Folge derselben viele Verhaftungen statt. Auf vielfache Beschwerden Sachsenhäuser Güterbesitzer über wiederholte Beschädigungen ihrer Weinstöcke durch Soldaten, wurden von den Militärbehörden energische Maßregeln, namentlich durch Absendung starker Patrouillen getroffen, um solchen Excessen vorzubeugen. Leider konnte ein Zusammenstoß einzelner Soldaten mit Feldschützen nicht verhütet werden, bei welcher Gelegenheit ein Soldat durch einen Schuß schwer verwundet wurde. Die Untersuchung über diesen Vorfall ist im Gange.

Asien.

China. „Nur Unkundige und Phantasten mögen glauben, Tiente würde einst die Mandschu stürzen und die Ming-Legitimität auf den Drachenthron erheben können." Solche Weisheit verkündet die „China Mail" seit Jahren; mit Freuden erzählt sie, im Gegensatz zum „Friend of China", die Niederlagen der Rebellen, und berichtet Thatsachen, die man vergebens sucht in andern anglochinesischen Zeitungen. Auch jetzt bringt das Blatt als Leitartikel die Nachricht vom Ende des Aufstandes und der Enthauptung des Tiente. Haben die Kaiserlichen den rechten Tiente gefangen, oder ist überhaupt ein Tiente gefangen genommen und enthauptet worden? Man kann dies mit gutem Grunde bezweifeln, kann wäre denn so, warum hat Marschall Siu Kuangtsin seine Großthat nicht alsbald in Kuangton verkündet? Warum hätte diese wichtige, der Regierung so günstige Nachricht vom benachbarten Kuangsi monatelange Umwege über Peking machen müssen, um nach Canton zu gelangen? Man sieht, die Triumphe der chinesischen Regierung in Kuangsi und Hunan sind so wenig fest gegen die Kritik des gesunden Menschenverstandes, wie die Triumphe ihres sibirischen Nachbarn in Daghestan und in Circhsterfenlande. Sicher ist nur, daß der Neuigkeitsbote aus der Residenz (Kingzao), gemeinhin Pekingzeitung genannt, unter dem 14. Juni 1852 einen allerhöchsten Befehl bringt zur Hinrichtung eines Mannes, der sich entweder wirklich selbst Tiente nannte oder von dem die „himmlische Wahrhaftigkeit", um verschiedenen Mißvergnügten und die mit Andacht gebietende buddhistische Geistlichkeit der Hauptstadt zu beruhigen, Tiente benannte und dem sie allerlei erschreckliche Worte in den Mund legte, damit männiglich erkennen möge, welchen Gefahren die Religion, der Staat und namentlich Peking ausgesetzt wäre, wenn solches Gesindel die Oberhand bekäme. Aus dem sicherlich unterschobenen Bekenntniß leuchtet die Absicht hervor, dem Christenthum alle die Gräuel aufzubürden, welche seit Jahren schwer lasten auf dem schwarzhaarigen Volk der Mitte. Hong Siutsiuen, so läßt das buddhistische Hofgesinde seinen Tiente sprechen, ist der Anstifter der großen Rebellion; der Hochverräther, ein mehrfacher Versoffener Kerl, durchzog mit seinen 36 Western seit mehreren Jahren die beiden Kuang (Kuangtong und Kuangsi) und verkochte eine Menge communistischer Habenichtse zum Dreieinigkeitsbund. Hong, fürchtend, die Mainen möchten nicht zusammenhalten, ergab sich der Magie, um vermittelst Teufelskünste seine Anhänger unauflösbar zu verknüpfen, ihren Verstanden und Todesmuth einzuflößen. Eine Geschichte ward ersonnen von „einem himmlischen Vater und einem himmlischen Bruder, und wie dieser himmlische Bruder herabstieg vom Himmel, und daß alle, die diesem himmlischen Vater dienen, ihren Vortheil dabei finden und große Gewinnste machen würden. Jesus wäre früher in der kleinen Himmelshalle gesessen, seitdem er aber durch Menschen seinen Tod gefunden, sitze er in der großen Himmelshalle". Solches (wir übergehen die Schimpfworte der chinesischen Schmähschrift), fährt das angebliche Bekenntniß fort, suchte man seit langer Zeit unter dem Volke zu verbreiten; viele glaubten daran, opferten sich und ihre Habe. Bereits im Jahr 1850 gab es eine weitverzweigte regierungsfeindliche Verbindung in den beiden Kuang — die Gottvater-Bruderschaft (Schangti Hoei) gehießen. Der Hochverräther gibt dann vor, seine Verwandten mehr zu lieben, sagt aber bei allem dem seinen Namen nicht — das allein schon hinreicht, das ganze Bekenntniß zu verdächtigen. Hätte man Namen und Wohnort hinzugefügt — es heißt bloß, der Mann sei aus dem Bezirk Hanschan — so wäre die Täuschung an den Tag gekommen. Dieser angebliche Tiente behauptet nun, er sei zweimal durch das Examen gefallen, und sei dann buddhistischer Priester geworden, weil ein Priester nichts zu wissen brauche. Jetzt habe er alle Schriften über die Kriegskunst gelesen, und es zu großer Einsicht im Militärwesen gebracht. Hong Siutsuen sei hierin sein Schüler, und habe ihm die Ehrenbenennung Tiente Wang, König himmlischer Tugend, gegeben. Neben ihm seien noch vier andere Könige vorhanden, deren Hofstaat ausführlich beschrieben wird. Wenn also wieder ein Tiente kommt, so ist dies eben einer von den vier andern. Der „Friend of China" weiß von mehreren Schlachten zu berichten, worin mit einer einzigen Ausnahme die Kaiserlichen geschlagen wurden. Die Legitimisten oder Mingleute — in amtlichen Berichten Rothhaarige genannt — wahrscheinlich wegen der angeblichen Verbindung mit den rothhaarigen Barbaren — hätten dann in den Kreisen Kuangsi und Hunan eine Anzahl Städte eingenommen und alle Einwohner erbarmungslos niedergemacht. Ihre Hauptmacht, mit dem wahren Tiente an der Spitze, stehe jetzt in Hunan, während die Sprossen der ehemaligen kaiserlichen Familie der Ming selbst in Kuangsi geblieben wären, wo mehrere Clane zu ihr hielten, und selbst jede Gunstbezeugung der Mandschu zurückwiesen. Sicher ist, daß die Straße von Canton nach Kutilin, der Hauptstadt des Kreises Kuangsi, frei ist von Rebellen, und daß der ganze Kreis sich jetzt einer Ruhe erfreut, wie zu keiner Zeit in den letzten drei Jahren. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin, den 27. Oct., 9 Uhr 21 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 27. „ 7 „ 28 „ Abends.

Brüssel, 26. Oct. Bei der heute vorgenommenen Präsidentenwahl in der nach vierwöchentlicher Vertagung wieder zusammengetretenen Kammer, fielen von 105 Stimmen 54 auf Delfosse, von der liberalen Partei. Die Vicepräsidenten und Secretäre wurden zur Hälfte aus den Liberalen, zur Hälfte aus der katholischen Partei genommen.

= **Frankfurt**, 28. Oct. Wie man hört, sind die Gründe, aus welchen der Senat die Wahl der ersten Abtheilung der Bürgerschaft cassirt hat, die, daß ein nicht verbürgerter pensionirter Hauptmann, ein Bürgersohn, als Rentier, so wie ein Lithograph und ein Buchdrucker, welche später durch Senatsdecret das Prädicat als „Handelsleute" erhalten haben (und als solche in der zweiten Abtheilung hätten wählen sollen), in dieser Abtheilung ihre Stimmen abgegeben haben, und daß durch deren Abstimmung das Resultat möglicherweise ein anderes geworden ist, als es ohne dieselbe geworden wäre. Der von den protestirenden Wahlmännern außerdem hervorgehobene Umstand, daß Buchdrucker (und zwar derjenige, wovon solche Buchdruckereiinhaber sind, sieben aber als Gehilfen arbeiten) mitgestimmt haben, soll als nicht relevant bezeichnet sein, da für deren Zulässigkeit in der ersten Abtheilung eine langjährige Uebung spreche. Die ständige Bürgerrepräsentation hat sich in einer heute abgehaltenen Sitzung dieser Ansicht angeschlossen, und es wird demnach wahrscheinlich schon morgen die Aufforderung zu einer Neuwahl der ersten Abtheilung erlassen werden. Dennoch wird die verfassungsmäßige Bestimmung, daß der gesetzgebende Körper am ersten Montag des November, also nächsten Montag, zusammenzutreten hat, nicht wohl eingehalten werden können, da für die Vornahme der sogenannten Urwahl mindestens zwei Tage erforderlich sind, und dann erst noch die Zusammenberufung und Bildung des Wahlcollegs zu erfolgen hat.

* **Wien**, 23. Oct. Unter vorstehendem Datum schreibt das officielle „Dresdener Journal": „Wie aus sicherer Quelle mit Freuden versichert werden kann, sind alle Anzeichen, welche sich bei den gegenwärtig hier eröffneten Zollconferenzen einer unbefangenen Auffassung darbieten, der Art, daß ein günstiges Ergebniß deren Abschlusses zu erwarten steht. Das kaiserliche Cabinet hat bei Beginn der Conferenzen aufs neue das aufrichtige Bestreben kund-

gegeben, der königlich preußischen Regierung auf alle Weise entgegen zu kommen. Daß das kaiserliche Cabinet bei diesem dankenswerthen Bemühen mit Zuversicht darauf rechnen kann, daß die ihm näher stehenden Regierungen, ihren offen dargelegten verföhnlichen Grundsätzen treu, dehaerlich ihm zur Seite stehen werden, dafür bürgt die von ihnen in dieser Angelegenheit bewiesene Haltung und deren damit übereinstimmenden neuesten Kundgebungen. Oesterreich kann zur Annäherung den ersten Schritt thun, da es in seiner Stellung und in der von ihm stets beobachteten Haltung nicht Gefahr läuft, mit dem von ihm vom Anfang der Zollvereinhandlungen an an den Tag gelegten Verfahren in irgend einen Widerspruch zu kommen. Und so dürften wir denn auf Grund der aufs neue thatsächlich bewährten Bestrebungen Oesterreichs und der daffelbe hierin unterstützenden Coalitionsstaaten uns in der That der erfreulichsten Hoffnung hingeben, daß das ersehnte Ziel der Einigung in Wien bald erreicht werden wird gerade in einem Stadium, wo es vielleicht am wenigsten in Aussicht stand.„

Wien, 26. Oct. Die Prinzessin Carola Wasa, die man als Ludwig Napoleons Braut bezeichnet, wird zu Moraweß in Mähren zur katholischen Kirche übertreten. Die neueste jüdische Ueberlandpost läßt die angebliche Landung von 9000 Engländern gegen Herat (von der ein Bericht aus Trapezunt gesprochen hatte) ganz unbestätigt. Aus Rangun, 12. Sept., wird gemeldet, daß nächstens mit 7000 Mann gegen Prome werde operirt werden. (Allg. Z.)

Prag, 24. Oct. Aus Petersburg erfahren wir, daß Bakunin, nachdem er seit dem Mai 1849 erst in Dresden und auf dem Königstein, dann hier und zuletzt in der Petersburger Festung in schwerer Haft gesessen war, vor kurzem nach dem Kaukasus transportirt worden ist, wo er, früher Gardeartillerieoffizier, als gemeiner Soldat dient. (N. Z.)

* **Berlin**, 25. Oct. Bei den heute stattgefundenen Urwahlen sind hier zum bei weitem größten Theile conservative Wahlmänner gewählt worden. — Wie von gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, begibt sich Se. Maj. der König am nächsten Dienstag nach Ludwigslust, um dort der daselbst am 3. k. M. stattfindenden Taufeierlichkeit beizuwohnen.

P **Berlin**, 26. Oct. Von München ist hier der griechische Gesandte am bayerischen Hofe, Hr. Klinas, eingetroffen, um im Auftrag seines Königs JJ. kk. HH. dem Prinzen von Preußen und Prinzen Adalbert die Insignien des von ihm (1833) gestifteten Erlöserordens zu überbringen, dessen Großkreuz in einem achteckigen weiß emaillirten Kreuz besteht, welches an einem blauen weißgeränderten Band über der Brust zugleich mit einem achteckigen silbernen Stern auf der Brust getragen wird. — Die Nachricht, welche die heutige „Voss. Ztg." in einer Correspondenz aus Wien gebracht hat, daß neuerdings Unterhandlungen zwischen Wien und Berlin in Betreff der Zollangelegenheiten angeknüpft seien, entbehrt, wie wir aus guter Quelle mittheilen können, für jetzt jeder Begründung. — Wie ich bereits berichtet, wird Se. Majestät der König am 29. und 30. d. M. eine große Jagd in Leglingen abhalten. Außer den Ministern v. Manteuffel und v. Bodelschwingh hat auch der Bundestagsgesandte Herr v. Bismark-Schönhausen eine Einladung erhalten, derselben beizuwohnen.

* **Berlin**, 26. Oct. Die „Neue Preuß. Zeitung" meldet: Aus Wien wird uns berichtet, daß der bisherige Gesandte in Berlin, Freiherr v. Prokesch v. Osten, wahrscheinlich den Posten eines Gesandten am Hofe zu Neapel erhalten werde. Der kaiserl. russische Gesandte in Wien, Baron v. Meyendorff, beabsichtigte heute (26.) von dort abzureisen, um sich während eines erhaltenen sechswöchentlichen Urlaubs nach St. Petersburg zu begeben. — Die Abberufung des Frhrn. v. Dörnberg und die Ernennung des Frhrn. v. Willens-Hohenau zum kurfürstl. hessischen Gesandten am hiesigen Hofe, welche wir bereits gerüchtweise meldeten, sind in der That erfolgt. Frhr. v. Willens war vor etwa 10 Jahren schon kurfürstl. hessischer Gesandter am hiesigen Hofe, wurde von hier an den Wiener Hof versetzt und lebte seit mehreren Jahren, von seiner Regierung zur Disposition gestellt, in Dresden.

Frankfurt, 27. October, Abends.

Die heute fällige Pariser Post ist ausgeblieben. Die neuesten belgischen Blätter melden weder aus Brüssel noch aus der französischen Hauptstadt eine belangreiche Neuigkeit.

Börsenberichte.

Frankfurt, 27. Oct. Bei nicht sehr belebtem Geschäft zeigte sich auch an heutiger Börse in den meisten Coursen keine wesentliche Veränderung. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 80¼, pCt.; 4½pCt. Met. 72½ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88¼ pCt.; Wiener Bankactien 1373 fl.; in 500 fl. Loosen und 250 fl. Loosen war auch heute fast kein Umsatz. Spanische Fonds, anfangs offerirter, schlossen zuletzt sehr fest, 1pCt. Neue 25½ à ¾, 2pCt. 3pCt. Zulänbische 45½ à ⅞ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn 43½ pCt.; Gerbach 95½ pCt.; Köln-Minden 112¾ pCt.; Taunus 302 fl. In sämmtlichen übrigen gangbaren Papieren fand auch heute nur wenig Bewegung und Coursveränderung statt. — Abends in der Effectensocietät waren Spanische auf flattgehabte Berkäufe etwas flauer und schlossen zuletzt 25⅛ pCt. G.

Berlin, 26. Oct. Staatsch. 94½, Bref., 93¾ G. — Köln-Mindem 112¼ Bf., 111½ G. — Fr.-Wilh.-Nordbahn 42 Bef., 41 G., 41½, ½, ¼ ½ bez.

London, 25 Oct. 3pCt. Stocks 100⅛. — Spanische neue 1pCt. 25¼. — 3pCt. do. 51. — 2½pCt. Holl. 64½.

Telegraphische Courdberichte.

London, 26. Oct. 3pCt. Stocks 100⅜. — 3pCt. Span. 51¼. — 1pCt. do. 25½. (Synd.)

Paris, 26. Oct. 4½pCt. Rente 106, 60. — 3pCt. do. 82, 10. — Piemont 98, 90. — 3pCt. Span. 46¼. — 1pCt. do. 25. (Synd.)

Madrid, 21. Oct. 3pCt. 47½. — 1pCt. Neue 26⅛. (Synd.)

Antwerpen, 26. Oct. 5pCt. Belg. 100⅞. — 2½pCt. do. 55½. — 3pCt. Span. 46½. — 1pCt. do. 24⅞. (Synd.)

Amsterdam, 26. Oct. 2½pCt. Integr. 63⅞. — 4pCt. Certifie. 95⅛. — 3½pCt. Syndt. 94¼. — 4pCt. Raff. b. Pour 90¼. — 4pCt. Ruff bei Stiglitz 90¾. — 3pCt. Spanische inl. 46¼. — 1pCt. do. Neue 25¼. — 5pCt. Sicil.-Metall. 90¼. — 5pCt. Met. 77¼. — 2½pCt. do. 40¼. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Generallieutenant von Hesberg.

Nach überstandenen schweren Körperleiden entschlief sanft und voll Gottvertrauen am 10. October d. J. auf seinem Stammsitze Bezigeroda bei Frislar in Kurhessen Se. Excell. der gewesene kurhessische Kriegsminister und Generallieutenant von Hesberg. Geboren auf dem väterlichen Gut zu Laar am 17. October 1777, trat er bereits in seinem 8. Jahr (1785) in das damalige landgräfliche Cadettencorps zu Kassel ein. Nachdem er längere Zeit als Leibpage in der unmittelbaren Nähe seines damaligen Landesherrn verweilt, wurde er im Jahr 1796 zum Fähndrich, im Jahr 1798 zum Secondelieutenant im Regiment Garde ernannt, in welcher Stellung er bis zu der im Jahr 1806 stattgehabten französischen Occupation des Kurfürstenthums Hessen verblieb. Bei dieser Katastrophe wurde er zunächst mit der größten Mehrzahl hessischer Officiere als Kriegsgefangener nach Frankreich abgeführt, entschloß sich jedoch später zur Dienstnahme in der westfälischen Armee und trat im December 1807 als Lieutenant in das Gardegrenadierregiment ein. Im Jahr 1808 zum Capitän ernannt, nahm er in den Jahren 1809 und 1810 Theil an dem Feldzug in Spanien, welchelb er vor Geronna bei Gelegenheit des Sturms und der Einnahme des Forts Montjoui am Arm verwundet wurde. Im Jahr 1810 mit seinem Regiment nach Kassel zurückgekehrt, wurde er im Jahr 1811 zum Bataillonschef und Ordonnanzoffizier des Königs von Westfalen ernannt. Als solcher begleitete er den König in den Feldzug nach Rußland, als dieser jedoch halb wieder nach Kassel zurückkehrte, trat er in sein Regiment ein und wohnte den Schlachten bei Smolensk und Mosaisk, sowie den Gefechten bei Krasnoi und an der Beresina bei. Nach Kassel zurückgekehrt, blieb er daselbst als Commandeur der Chasseurs-Carabiniers bis zur Auflösung des Königreichs Westfalen. Nach der Rückkehr seines rechtmäßigen Landesherrn, des Kurfürsten Wilhelm I., wurde er als Major beim Regiment Prinz Solms angestellt, späterhin zum Regiment Landgraf Karl versetzt, und nahm als solcher an den Feldzügen gegen Frankreich in den Jahren 1814 und 1815, namentlich an den Blockaden von Luremburg, Sedan und Megieres, Theil. Im Jahr 1821 avancirte er zum Obristlieutenant im dritten Infanterieregiment, erhielt im August 1827 das Commando des zweiten Infanterieregiments und im December desselben Jahres das Commando des Regiments Leibgarde. Im Jahr 1829 wurde er zum Obersten und im Januar des Jahres 1831 zum Generalmajor ernannt. Als solcher wirkte er seit October 1831 als provisorischer Vorstand des Kriegsministeriums, bis er im December desselben Jahres zum wirklichen Kriegsminister ernannt wurde. In dieser Stellung verblieb er bis zum August 1836, wo er, in Folge seiner angegriffenen Gesundheit und eingereichten Entlassungsgesuche, in den Ruhestand, mit dem Charafter als Generallieutenant, versetzt wurde. Seit jener Zeit lebte er auf seinem Gute zu Bezigeroda in stiller Zurückgezogenheit, lediglich mit dem Ordnen seiner Familienverhältnisse und dem Administriren seiner Güter beschäftigt, bis der 10. October d. J. seinem vielbewegten Leben ein Ziel setzte.

Remontepferde-Lieferung

für die Großherzoglich Hessische Reiterei zu Darmstadt.

Da die Lieferung von 48 Stück Remontepferden für die Großherzoglich Hessische Reiterei

Montag den 29. November d. J., Vormittags 10 Uhr,

unter den festgesetzten Bedingungen auf dem Soumissionswege an den Wenigstverlangenden vergeben werden soll, so setze ich Diejenigen, welche diese Lieferung übernehmen wollen, hiervon unter dem Anfügen in Kenntniß, daß auswärtige Uebernehmer die Lieferungsbedingungen und Soumissionsformulare, auf schriftliches Anmelden, bei dem Unterzeichneten erhalten können, übrigens auch diese Lieferungsbedingungen vom 1. November d. J. an, von Morgens 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr im Kriegsrechnungsbüreau eingesehen und Soumissionsformulare in Empfang genommen werden können.

Die Soumissionen sind sofort **vor** dem Ablauf des obenerwähnten Termins in den auf dem unteren Gang des Kriegsministerialgebäudes befindlichen verschlossenen Kasten versiegelt und mit der Aufschrift „Remontepferdelieferung" einzulegen, weil gleich nach dem Ablauf derselben die Soumissionsverhandlung vorgenommen und über das Resultat derselben endgültig entschieden werden soll.

Darmstadt, den 26. October 1852.

Vermöge Auftrags:

Kühn,

[2433] Großherzoglich Hessischer Rechnungsrath.

Nachtrag zur Anzeige der Vorlesungen

der Großherzoglich Hessischen Universität zu Gießen im Winterhalbjahr 1852/53.

(Postzeitung, Beilage Nr. 213.)

Nachdem den Großherzogl. Professoren Dr. **Kopp** und Dr. **Will** provisorisch die Direction des chemischen Laboratoriums übertragen worden ist, so ist von beiden für das bevorstehende Wintersemester der chemische Unterricht in folgender Weise übernommen worden:

Experimentalchemie liest fünfmal wöchentlich, von 11—12½ Uhr, Professor Dr. **Kopp**.

Stöchiometrie, verbunden mit zweistündigen Uebungen in chemischen Rechnungen, öffentlich, in einer Stunde, derselbe.

Den praktisch-analytischen Cursus im chemischen Laboratorium hält täglich von 9 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags Professor Dr. **Will**.

Eine Vorlesung über **analytische Chemie**, einstündig und öffentlich, **derselbe.** [2432]

[2411]

L'EUROPE.

Die Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft L'EUROPE für Frankreich und alle übrigen Länder gegen **Feuer- und Hagelschaden**, so wie für **Militär-Vertretung**, sucht Directoren, Subdirectoren und einen Inspector mit einem festen Gehalte von 1000 bis 2000 Fcs., welcher sich durch Provisionsantheil auf 3000 bis 6000 Fcs. erhöhen wird. — Frankirte Offerten nimmt die **General-Direction**, rue de Lafayette 55, in **Paris** entgegen.

Unser Comptoir befindet sich von nun an Zeil Nr. 41, der Post gegenüber.

[2365] **J. J. Weiller** Söhne.

[2319] **Ehegerichtliche Vorladung**

an

den Kaufmann August Fischer von Stuttgart

Nachdem bei dem ehegerichtlichen Senate des K. Württembergischen Obertribunals die Ehefrau des Bürgers und Kaufmanns August Fischer von Stuttgart um Erkennung des Ehescheidungs-Processes gegen gedacht ihren — der böslichen Verlassung beschuldigten — Ehemann, dessen Aufenthalt unbekannt ist, gebeten hat, und diesem Gesuche entsprochen, auch zur Verhandlung dieser Ehescheidungsklage

Donnerstag der 13. Januar 1853,

Vormittags 10 Uhr,

bestimmt worden ist, so wird hiermit nicht nur der genannte August Fischer, sondern es werden auch seine Verwandten und Freunde, welche ihn etwa im Rechte zu vertreten gesonnen sein sollten, peremtorisch vorgeladen, an dem gedachten Tage, wobei ihnen 30 Tage für den ersten, 30 Tage für den zweiten und 30 Tage für den dritten Termin anberaumt werden, vor dem ehegerichtlichen Senate des K. Obertribunals in Stuttgart zu erscheinen, die Klage der Ehefrau anzuhören, darauf die Einwendungen in rechtlicher Ordnung vorzutragen und sich des ehegerichtlichen Erkenntnisses zu gewärtigen, indem, der Beklagte erscheine oder nicht, in dieser Sache ergehen wird, was Rechtens ist.

Stuttgart, den 1. October 1852.

Baur.

Bolley

[2180] **Oeffentliche Ladung**

des Georg Ludwig Kniß, sowie seiner Schwester Johanna Elisabetha verehelichte Beck und beiden Brüder Johann Kaspar und Karl August Kniß von Büdingen.

Georg Ludwig Kniß, Sohn des verstorbenen Bürgers und Bäckers Johann Wilhelm Kniß von Büdingen, geboren den 27. Mai 1782, ist im Jahr 1803 nach Amerika ausgewandert und seit jener Zeit verschollen, da man bis jetzt über seinen Aufenthalt, Leben oder Tod keine Nachricht erhalten hat. Sein bisher curatorisch verwaltetes Vermögen besteht nach der abgehörten Rechnung von 1851 in 1862 fl. 24 kr. und da er am 27. Mai 1852 sein 70stes Lebensjahr erreicht hat und nach gemeinen Rechten für todt erachtet werden kann, so sind zu seiner Verlassenschaft folgende nächste Verwandte als gesetzliche Erben berufen:

1) seine Schwester Johanna Elisabetha, geboren den 8. Januar 1770, welche in erster Ehe mit Johann Georg Haas und in zweiter Ehe mit Gottfried Beck zu Baltimore im Staate Marisland in Nordamerika gestanden, von der aber ebenfalls seit 1836 alle Nachrichten fehlen, ob sie noch lebt oder gestorben und Kinder hinterlassen hat;

2) seine beiden Brüder Johann Kaspar, geboren den 10. Februar 1772, und Karl August, geboren den 23. Mai 1774, welche beide nach der Eltern Tod ledig und ohne Leibeserben gestorben sein sollen;

3) seine Schwester Wilhelmine Elisabetha, geboren den 24. Mai 1776, verehelicht an Schreiner Rudloff zu Offenbach, die ebenfalls gestorben sein, jedoch eine einzige Tochter, die Ehefrau des Schriftgießers Anton Rau zu Offenbach, hinterlassen haben soll;

4) seine Schwester Marie Louise, geboren den 15. März 1779 und gestorben am 2. Februar 1825 und aus der Ehe mit Michael Joseph Gramlich zu Frankfurt folgende Kinder hinterlassen hat:

a) Anton Gramlich,
b) Maria Gramlich,
c) Susanna Gramlich.

Auf Antrag der unter Nr. 4 bemeldeten Erben werden nun obige Verschollenen und zwar

1) Georg Ludwig Kniß oder dessen etwaige eheliche Leibeserben oder sonstige Rechtsnachfolger, zur Empfangnahme seines Vermögens,

2) dessen Schwester, die Wittwe Johanna Elisabetha Beck, sowie deren beide Brüder Johann Kaspar und Karl August Kniß oder deren etwaige eheliche Leibeserben und Rechtsnachfolger zur Anmeldung und Geltendmachung ihrer Erbansprüche an das Vermögen des verschollenen Georg Ludwig Kniß,

hierdurch vorgeladen,

binnen drei Monaten

vom Tage des ersten Einrückens dieser Ladung in den öffentlichen Blättern an gerechnet, sich dahier zu legitimiren und ihre Ansprüche an die bemeldete Verlassenschaft anzuzeigen, als sie sonst nach Ablauf dieser Frist für todt und ohne Leibeserben gestorben erklärt und jener Nachlaß den sich darum bereits beworbenen oder sich noch weiter anmeldenden und demnächst berechtigt erscheinenden nächsten gesetzlichen Erben zuerkannt werden soll.

Büdingen, den 10. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.

Wegelin.

[2128] **Oeffentliche Aufforderung.**

Von Großh. Hofgerichte zu Gießen ist unterm 3. d. M. über das mit 2924 fl. 11½ kr. überschuldete Vermögen des Michel Domm zu Bleßenrod der förmliche Concursproceß erkannt worden und werden daher alle diejenigen, welche Forderungen an ihn zu machen haben, aufgefordert, im Termin

Montag den 15. November,

Vormittags 9 Uhr,

dahier im Gerichtslocal zu erscheinen, um ihre Forderungen anzuzeigen und sich des Versuchs der Güte zu gewärtigen, als sonst die Nichterscheinenden ohne weiter zu erlassendes Präclusivdecret von der Masse werden ausgeschlossen werden.

Schotten, den 11. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Winheim.

[2305] **Edictalladung.**

Großherzogl. Hofgericht der Provinz Starkenburg hat über das bedeutend überschuldete Vermögen des Peter Rebell zu Oberroden den formellen Concurs erkannt und das unterzeichnete Gericht mit dessen Leitung beauftragt.

Demgemäß werden Alle, welche irgend Ansprüche an das gedachte Vermögen bilden zu können glauben, hiermit aufgefordert, dieselben im Termine

Montag den 22. November d. J.,

Vormittags 9 Uhr,

bei Vermeidung des stillschweigend eintretenden Ausschlusses dahier anzuzeigen und zu begründen.

Zugleich soll in diesem Termine die Güte versucht, in deren Entstehung aber zur Wahl eines Gläubigerausschusses und Massecurators geschritten werden, wobei die nicht persönlich erscheinenden Gläubiger oder deren nicht gehörig bevollmächtigten Stellvertreter, so wie die nur schriftlich liquidirenden Creditoren als den Beschlüssen der Mehrheit der Erschienenen beigetreten angesehen werden.

Langen, den 2. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Schulz. Eckstorm.

[2349] **Edictalladung.**

Die von sämmtlichen Riedesel, Freiherrn zu Eisenbach in der Gemarkung Frischborn bezogenwerdenden Grundrenten wollen die Pflichtigen mit der Summe von 24,900 fl. 22½ kr. ablösen. Deßhalb werden in Gemäßheit des Gesetzes vom 27. Juni 1836 alle bei dieser Ablösung Betheiligten hierdurch aufgefordert, ihre etwaigen Ansprüche

binnen zwei Monaten

nach dem ersten Erscheinen dieser Bekanntmachung in der Zeitung, bei dem unterzeichneten Gerichte geltend zu machen, ngegenfalls auf sie bei der Verfügung über die Auszahlung des Abkaufscapitals keine Rücksicht genommen werden wird.

Lauterbach den 9. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Mylius. Ebel.

[2227] **Erbvorladung.**

Die dahier ledig verstorbene Barbara Schweickert hat laut ihrem öffentlichen letzten Willen vom 16. Juli 1845 die Kinder ihrer Mutter Schwester Margaretha geb. Renius, verehelicht gewesene Wolf im Königreich Ungarn, als Erben, zu einem Theil ihrer Verlassenschaft, in 4578 fl. 22 kr. bestehend, berufen. Diese Testamentserben, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, werden andurch mit Frist von

drei Monaten

zur Vertheilung genannter Erbschaft mit dem Bedeuten öffentlich vorgeladen, daß im Nichterscheinungsfalle solche lediglich denjenigen werde zugetheilt werden, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Bruchsal, den 21. September 1852.

Großherzoglich Badisches Amts-Revisorat.

Jauch.

Steinle, Notar.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nr. 258.) 28. October 1852.

Deutschland.

* **Wien**, 23. Oct. Man schreibt dem „Dresdener Journal“: Der toscanische Ministerpräsident Baldasseroni wäre beinahe das Opfer eines Attentats geworden, das mit einem spitzen Eisen gegen ihn vollführt worden ist; derselbe befindet sich aber nach ärztlichem Ausspruche außer Gefahr. Der ruchlosen That liegen zweifelsohne politische Motive zu Grunde.

P **Berlin**, 26. Oct. Die Commission für Verfassungsrevision im Ministerium des Innern hat ihre Arbeiten beendet. Was und wie viel davon von dem Herrn Minister des Innern acceptirt und als Vorlage ins Staatsministerium gebracht werden wird, muß die Folge lehren. So viel man hört, ist die Angelegenheit durch die Commissionsarbeiten nicht wesentlich gefördert und der Herr Minister zum größten Theil wieder auf das eigene Ermessen angewiesen, da über die meisten der der Commission vorgelegten Punkte eine Einstimmigkeit nicht erzielt worden. Namentlich ist dies in Betreff der Umbildung der zweiten Kammer der Fall, für welche mannigfache Vorschläge gemacht und abgewiesen wurden.— Da der Wahltermin für die Abgeordneten nahe bevorsteht, so hat auch bereits die Agitation begonnen. Wenn ich in einem frühern Schreiben andeutete, daß namentlich kirchliche und religiöse Interessen die Factoren bei den Wahlen der Abgeordneten sein werden, so muß ich hinzufügen, daß auf Grund der in den Versammlungen erfolgten Besprechungen sich auch die Ansicht geltend macht, keine Beamten in die Kammer zu wählen, sondern lieber unabhängige conservative Privatleute. Es schließt dies namentlich nach dem Resultat der gestrigen Wahl hier durchaus kein Mißtrauen gegen das Gouvernement in sich, sondern es ist nur eine Frucht gewonnener Erfahrungen, daß die Beamten in dem Amte, für welches sie besoldet werden, dem Lande und der Regierung ersprießlichere Dienste leisten, als in der Kammer, wo man nur zu häufig das gleich wenig erfreuliche Schauspiel gesehen hat, daß jene entweder in servilen, den Intentionen der Regierung vorgreifenden Anträgen sich überstürzen oder auf persönlichen Motiven des Ehrgeizes oder verletzter Eitelkeit eine unzweckbare Opposition machen. Wenn man dies indessen auch auf die Minister ausdehnen will, so scheint man zu weit zu gehen, und es wird gewiß allseitig als das Richtige anerkannt werden, wenn das Staatsministerium, in welchem die Frage vor kurzem zur Erwägung gekommen ist, ob die Mitglieder desselben ein Mandat annehmen sollten, sich für Annahme von Abgeordnetenmandaten ausgesprochen hat. Denn für den Minister, welcher einen Ressort vorsteht, ist das Mandat eine Zustimmung und Anerkennung derjenigen Thätigkeit, welche er dabei entwickelt; auf die Beamten, welche seine Organe sind, kann dies in gleichem Maße nicht Anwendung finden. Natürlich wollen wir dies nicht so verstanden haben, daß ein zum Abgeordneten fähiger Beamter deßwegen einem minder fähigen oder unzuverlässigeren Privatmann nachgesetzt werden soll, weil er Beamter ist. — In Stelle des Provinzialsteuerdirectors Landmann, welcher kürzlich auf einer Geschäftsreise verfiel, die derselbe im Auftrage der Regierung behufs der gegen Sachsen eventuell anzulegenden Grenzzollämter angetreten hatte, ist der im Finanzministerium angestellte Geh. Oberfinanzrath v. Jordan zum Provinzialsteuerdirector in Magdeburg ernannt.

Hermeskeil (bei Trier), 24. Oct. Gestern wurde hier vom Bürgermeister, begleitet von dem Ortspolizeidiener, in der Wohnung des Gutsbesitzers Maximilian Pasterk, Abgeordneten der abgelaufenen zweiten Kammer, auf Wahlkatechismen für das Volk pro 1852, von Friedrich Harkort, gefahndet, die bei ihm noch vorräthlichen zwei Exemplare confiscirt, und wurde ein Protocoll über deren Bezug und Verbreitung aufgenommen. Zuvor hatte der Bürgermeister den hiesigen Postbeamten protocollarisch vernommen, wegen der Ankunft eines am 15. d. M. aus Braunschweig an den Inquisiten angekommenen und an denselben abgegebenen Packets. Alles auf Anordnung der königlichen Regierung in Trier. (Köln. Z.)

* **Speyer**, 25. Oct. In der letzten Sitzung des Landraths der Rheinpfalz wurde über den Antrag des Abgeordneten Wolf in der Zollfrage Beschluß gefaßt. Die „Speyerer Zeitung“ berichtet darüber, wie folgt: Der Referent erklärt, um möglichste Einstimmigkeit herbeizuführen, habe der Ausschuß sowohl seinen eigenen Entwurf als den des Herrn Keller fallen lassen, und statt deren einen neuen vorgeschlagen. Derselbe ist des Inhalts: „Sowohl durch die verhängnißvollen Stürme der letzten Jahre, als durch den dürftigen Ertrag des Wein- & sein dem Wohlstande der Pfalz die tiefsten und schmerzlichsten Wunden geschlagen. Unter diesen ernsten Verhältnissen sei es für dieselbe dringendes Bedürfniß, daß ihren Erzeugnissen der gewinnreiche Markt geöffnet, und so viel wie möglich neue Absatzwege eröffnet werden. Die Abschließung von dem natürlichen Markte, der sich seit dem Jahrzehnte gebildet, und auf dem die Erzeugnisse des Landes sichern Absatz fanden, oder die Zulassung einer übertheuren Concurrenz, würden die natürlichen Hilfsquellen des Landes nutzlos machen, den aufblühenden Gewerbsfleiß in seiner ersten Entwickelung lähmen, und der allgemeinen Wohlfahrt unersetzliche Verluste bereiten. Die Weisheit des Königs möge Fürsorge treffen, daß die Kräfte des Landes in ihrer Entfaltung geschützt würden. Dies sei das wichtigste Anliegen der Pfalz. Dieselbe lebe der festen Zuversicht, daß Se. Maj. ihr wahres Wohlergehen stets aufrecht zu erhalten wissen werde.“ Die vom Ausschusse vorgeschlagene Fassung wird mit allen Stimmen gegen 4 angenommen, welche durch das Protocoll constatiren lassen, daß sie im ganzen zwar diesem Entwurfe beitraten, jedoch mit Ausnahme 1) der Stelle, in welcher der „Zollverein“ genannt sei, 2) eben so auch der Schlußstelle, die sie so gefaßt wünschten, daß in diesem wichtigsten Anliegen der Pfalz das Vertrauen auf eine Lösung ausgedrückt werde, welche dem Wohlstande und der Ehre des Landes entsprächen.

* **Aus Württemberg**, 24. Oct., schreibt man der „Leipziger Zeitung“: „Die Gerüchte, welche man darüber zu verbreiten beflissen war, daß Württemberg gegenwärtig weniger entschieden als früher an der handelspolitischen Frage festzuhalten gesonnen sei, dürften durch die Thatsachen selbst zu widerlegen sein. Ebenso wird uns aus sicherer Quelle versichert, daß mit dem König von Hannover in Stuttgart keinerlei bindende Verabredungen in Bezug auf die handelspolitische Frage stattgefunden haben, und daß überhaupt auch kein Versuch gemacht wurde, den König von Hannover zu einer derartigen Verabredung zu veranlassen.“

* **Darmstadt**, 27. Oct. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer stand der Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf des Finanzgesetzes für die Jahre 1851 bis 1852, erstattet von dem Abg. Kraft von Gießen. Die dreistündige Berathung drehte sich um die einzelnen Anträge des Finanzausschusses. Der Antrag, für Kosten des Landtags mit 60,000 fl. für die ganze Finanzperiode noch weitere 20,000 fl. jährlich vorzusehen, erweckte allgemeine Heiterkeit (!), da die Kosten notorisch niemal alles Maß überschreiten. Der Antrag, der Regierung zu zur Abhilfe des Nothstandes der Armen, besonders zur Unterstützung bedürftiger Gemeinden zum Behufe der Auswanderung ihrer Armen jährlich 10,000 fl. zur Verfügung zu stellen und sie zu ersuchen, demnächst über die Verwendung Auskunft zu ertheilen, führte zu einer längern Berathung über das Auswanderungswesen. Der Abg. v. Rabenau trug auf Erhebung der Summe auf 20,000 fl. an, ein Antrag, der, unter Annahme des Antrags des Ausschusses, verworfen ward. Der Vorschlag desselben, vorläufig jährlich runde 140,000 fl. zur Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse vorzusehen, wird zum Beschluß erhoben. Das Finanzministerium hatte zur Deckung des Deficits die Ermächtigung zur Aufnahme eines Anlehens von einer Million Gulden beantragt. Die Mehrheit des Ausschusses hatte vorgeschlagen, zu einem Anlehen von höchstens einer halben Million zu ermächtigen, während die Minderheit desselben eine völlige Ablehnung beantragte. Der

Präsident des Finanzministeriums, Freiherr v. Schrut, suchte darzuthun, daß, des Betriebscapitals der Hauptstaatskasse wegen, die Aufnahme einer Million nöthig sei. Die Kammer adoptirte den Antrag der Mehrheit des Ausschusses. Der Ausschuß hatte noch folgenden Vorschlag gemacht: „Die bei der Einnahme im Ganzen entstehenden Ueberschüsse, sowie die bei einzelnen Verwaltungszweigen erfolgenden Ersparnisse sollen dann dienen, unvorhergesehene Bedürfnisse zu bestreitigen und das Betriebscapital der Hauptstaatskasse, welches, einschließlich des baaren Reservefonds, auf die Summe von 1,100,000 fl. gebracht werden soll, soweit als möglich wieder herzustellen.“ Die Kammer nahm diesen Vorschlag an. Noch berichtet der Abg. Breidenbach über den Gesetzentwurf, die Presse betreffend, namens des dazu bestellten Ausschusses, an den der frühere Bericht zur Erstattung weitern Berichts zurückgegangen war.

> **Mainz**, 27. Oct. Ihre Maj. die Königin der Niederlande hat sich heute Morgen zu Castel an Bord des niederländischen Dampfboots „Niederlanden“ eingeschifft, um ihre Rückreise nach dem Haag anzutreten.

Altona, 24. Oct. Heute Morgen, schreiben die „A. N.“, erhielt das englische Dampfschiff „Princeß Royal“ vom königlichen Wachtschiffe einen blinden Warnungsschuß, weil es beim Vorüberfahren die Flagge nicht gehißt hatte.

Hamburg, 23. Oct. Es gereicht uns zum besondern Vergnügen, die Mittheilung machen zu können, daß im Laufe dieser Woche zwei Abgesandte einer reichen und einflußreichen englischen Compagnie hier anwesend gewesen sind, die es sich in Gemeinschaft mit holländischen Capitalisten zur Aufgabe macht, dem längst gefühlten Bedürfniß einer direkten Eisenbahnverbindung von Harburg nach Bremen, Oldenburg, Leer, Gröningen, Leeuwarden, Harlingen Abhilfe zu schaffen und auf diese Weise Hamburg auf dem kürzesten Wege mit England in Verbindung zu bringen. Von Gröningen aus soll eine Zweigbahn angelegt werden via Zwolle nach Utrecht, zum Anschluß an die holländische Rhein-Eisenbahn, welche letztere Rotterdam und Amsterdam verbindet. Die Wichtigkeit und der Nutzen dieser projectirten Linie für den ganzen Nord-Westen Deutschlands und Hollands ist zu sehr in die Augen springend, als daß wir nöthig hätten, dies weiter auszuführen. Es ist daher auch natürlich, daß den erwähnten Abgesandten von Seiten unserer Behörden die bündigsten Zusicherungen ertheilt worden sind, Alles zu thun, um diesem Unternehmen den besten Vorschub zu leisten — Zusicherungen, welche auch von Seiten der holländischen, oldenburger und bremer Behörden bereits ertheilt worden sind. Zu wünschen ist, daß man sich in Hannover eben so gänstig für diesen Plan aussprechen möge, und daß die gewünschte Concession der Compagnie möglichst bald ertheilt werde. (H. B.-H.)

Bremen, 25. Oct. Wie wir zu unserer großen Befriedigung hören, werden fünf Offiziere der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee in unserem Contingent eine Anstellung finden. Es sind dies die Hauptleute v. Horn (der schon früher die Geschäfte eines Adjutanten unserer Bürgerwehr versah), Henning und Heye, sowie die Lieutenante v. Krogh und v. Wardenburg. In die uneigennützige Freude, welche diese Nachricht allen deutschen Patrioten verursachen wird, sähen wir gern das Gefühl einer verstärkten Theilnahme für diejenigen Ueberbleibsel jenes braven Heeres gemischt, die einem anderen Staate ihre Dienste nicht mehr anzubieten vermögen: für die invaliden Offiziere. Noch immer haben die milden Beiträge Deutschlands für seine edelsten und zugleich unglücklichsten Söhne nicht jene Höhe erreicht, die ihre Zukunft wenigstens vor der äußersten materiellen Noth sichern würde. (Wes.-Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Oct., Abends. Das „Volksthing“ schloß gestern die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die Verlegung der Zollgrenze an die Elbe. Der Gesetzentwurf ward mit 79 gegen 2 Stimmen zur zweiten Berathung verwiesen und der Vorschlag H. Hage's, einen Ausschuß von 7 Mitgliedern zur Begutachtung desselben zu ernennen, mit 81 Stimmen angenommen. — Die vom vereinigten Reichsrag zur Begutachtung des Erbfolgegesetzentwurfs niedergesetzte Commission hat Unsgaard zu ihrem Präsidenten und H. Hage zu ihrem Secretär gewählt. „Fädrelandet“ theilt heute ein unterm 12. Mai 1814 von der königl. dänischen Kanzlei abgegebenes Gutachten in Betreff des Erbrechts auf die dänische Krone mit.

Schweden.

Stockholm, 20. Oct. Der König, der mit seiner Familie nach einer mehrmonatlichen Abwesenheit am 15. d. M. hier wieder angelangt ist und unmittelbar nach seiner Rückkehr die während seines Verweilens in Christiania fungirende Regentschaft aufgelöst hat, hatte sich auf der Reise von Christiania hierher eine Erkaltung zugezogen. Gestern nun erschien das erste und heute das zweite ärztliche Bülletin über seine Unpäßlichkeit. Das heutige lautet wie folgt: „Der König hat gestern ein zunehmendes Fieber und darauf eine schlaflose Nacht gehabt, befindet sich jedoch heute früh nach einigen Stunden Schlafes ruhiger. Der rheumatische Schmerz, welcher sich von Anfang an in der Achsel verspüren ließ, zog sich mit Intervallen nach andern Theilen und ist minder schmerzlich.“

Rußland und Polen.

Warschau, 12. Oct. Zu den neuen Verordnungen, welche ausschließlich die Zulassung des vollständig legitimirten Adels zum Offizierdienst der kaiserlichen Armee betreffen, gehört auch die heute erschienene, wonach in Zukunft diejenigen Kinder des Adels, welche in Cadettenhäusern aufgenommen werden wollen, nicht, wie bisher, einen Beweis beizubringen haben, daß sie in der genealogischen Bücher eingetragen sind, sondern ein Attest der Wappenkammer über den Adel des Vaters. Demnach ist die Adelslegitimation gewissermaßen um eine Generation hinaufgeschoben, und die Kinder derjenigen, welche sich wegen politischer Vergehen von 1831 oder später nicht legitimiren dürfen, sind vom Dienste ausgeschlossen, büßen also gleichfam die Schuld der Väter. (Hamb. N.)

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in Köln.

XVIII.

> **Köln**, 27. Oct. (Sitzung am 26. Oct.) Es werden noch drei Schutzzeugen aufgerufen, welche die Vertheidiger vorladen ließen, unter denselben befindet sich die Gattin des Angeklagten Daniels. Der Präsident bemerkt, die Ladung dieser Zeugen dürfte wohl mit der Erklärung des Justizraths Müller (Schwiegervater des Dr. Daniels) in der „Köln. Ztg.“ vom 24. d. M. in Verbindung stehen, was von den Vertheidigern gegeben wird. Der Präsident verordnet nun, daß ein Schreiben der Frau Marx mit einer Nachschrift von Marx an Frau Daniels verlesen werde. — Der Polizeikommissär Bierebaum erklärt, daß dies Schreiben während einer Haussuchung am 5. Februar d. J. bei Frau Daniels gefunden worden sei; eine frühere Haussuchung bei derselben am 27. März sei ohne Resultat geblieben. Das Schreiben, welches ohne Datum ist, soll darthun, daß zwischen Frau Daniels und dem Cyprzaar Marx wirklich eine Correspondenz bestanden habe. In demselben erklärt Frau Marx, daß sie lange nichts mehr von Frau Daniels vernommen habe, und bittet um baldige Mittheilungen.

Buchdruckereibesitzer Alex. **Wette**, Lithograph in Rudolstadt. Bei ihm wurden 400 Exemplare des Flugblatts und der Placate: „Deutsche Männer und preußische Unterthanen!“ vorgefunden, die er von Gangloff empfangen, den er aber fast nicht gekannt habe; er habe nur weniges davon an Freunde gegeben. Ein Theil der Exemplare befand sich in einem Packet für G. Kracklügge in Erfurt. Einen Brief, von dem er kaut dem Gangloffschen Briefe sich das Geld zurückgeben lassen konnte, will er nicht kennen. Ueberhaupt gibt er über den fraglichen Brief nur ausweichende Antworten. — Der Präsident fragt den Angeklagten Dr. Becker, ob Kracklügge nicht ein Verwandter von ihm sei. Dieser antwortete, G. Kracklügge sei sein Oheim, wann derselbe in Köln gewesen, habe er Etwas verstehen wollte, so wüßte er dessen Adresse sehr kennen um die Sache nicht den Umweg über Rudolstadt machen lassen. Nebenbei habe aber auch der Verfender offenbar den Oheim mit dessen Neffen, der denselben Namen trägt, verwechselt. G. Kracklügge habe zwar der Linken der Berliner Kammer angehört und sei auch mit derselben die zur Steuerverweigerung gegangen, im Uebrigen sei er aber ein entschiedener Royalist, was Becker später bewiesen will. — Oberprocurator v. Sedemdorff: Wurde nicht bei der bei Ihnen angestellten Haussuchung ein Exemplar des Flugblatts gefunden. — Becker: Ja; es lag in einem Winkel ein Exemplar, welches voll Schnupftabak und nebenbei so beschmutzt war, daß es der Justizcommissärin selbst nicht als Ueberführungsstück brauchbar und zurückwies. — Polizeikommissär Bierebahn bemerkt, der Justizcommissärin habe es zurückgewiesen, weil es damals nicht zur Sache zu gehören schien.

Einundvierundzwanzigster Zeuge, Joh. Gottl. Heinr. **Herzog**, Cigarrenfabrikant in Leipzig, empfing die Packete mit jenen Exemplaren durch einen Cigarrenarbeiter und beförderte sie gleich ungeöffnet an Gangloff. Möglich, daß dieser ihm ein Exemplar vorgelesen habe. Er kannte keine Handschrift und wußte nicht, woher die Packete kamen.

Zweiundvierzigster Zeuge, Friedr. Herm. **Scharff**, Cigarrenarbeiter in Leipzig, erhielt das Packet, welches an Meyer adressirt war, in dessen Abwesenheit und brbrach es für denselben. Er entfernte drei Päckchen für Kracklügge in Erfurt, für den Prometheusverein und für Meyer selbst. Letzteres Päckchen hatte er mit einem Siudengenossen geöffnet, worauf dieser die Exemplare verbrannte. Das ganze Packet sei von Köln gekommen. Wenn er früher den Empfang desselben geleugnet habe, so sei es darum, weil man nach einem Packet aus Berlin gefragt hätte. Subscriptionszettel für die Rede von Becker habe er auch erhalten, aber verbrannt, weil er höre, daß die Rede confiscirt worden.

Dreiundvierzigster Zeuge, Fr. Wilh. **Kolbed**, Schneider von Dresden, erkennt die Schreiben von Gangloff an, will blesen aber wenig kennen, und gibt über die Einzelnheiten des Briefs unbestimmte, ausweichende Antworten.

Otto habe ihn besucht und sich nach den Arbeitervereinen erkundigt. Er habe ihm nicht getraut. Eine Empfehlung habe er nicht gehabt. Den Namen Otto erfuhr er erst aus Gangloffs Schreiben.

Vierundvierzigster Zeuge, Ferd. Koch, Gasarbeiter in Köln, soll über die Rede, welche Moll am Barrikadentage auf dem alten Markt hielt, Auskunft geben, hat aber nichts gehört, weil ihn seine Function als Bürgerwehrmann zu sehr beschäftigte.

Fünfundvierzigster Zeuge, Joh. Linden, Ladengehilfe, war früher als Diener auf der Expedition der „Westdeutschen Zeitung". Es waren dort zwei getrennte Kassen, eine Geschäfts- und eine Flüchtlingskasse; über beide führte Baude Buch und hielt sie in seinem Verschluß. Wenn Becker Geld brauchte, ließ er es sich von Baude geben. — Verlesung eines Protocolls der Londoner Centralbehörde. Es wird beschlossen, für die Bundeskasse einen bevorstehenden Bedarf aus der Flüchtlingskasse zu entlehnen.

Sechsundvierzigster Zeuge, Jac. Creteur, Buchdruckereibesitzer in Köln. Unter seiner Leitung und unter seiner Concession wurde die Druckerei der „Westdeutschen Zeitung" geführt. Man druckte in eigener Druckerei mit einer Handpresse, wenn es aber drängte, ließ man in der Rottmannschen Druckerei den eigenen Satz mit dessen Schnellpressen drucken. Es wurden gedruckt neben der „Westdeutschen Zeitung", „Monarchie oder Republik", „Becker'sche Rede", „Republik und Königthum" u. m. a. Die Typen waren alle aus derselben Gießerei. Nach ihm leitete Julius die Druckerei. Es waren ihm zur Begutachtung die Schriften „Brod und Tod", „rother Katechismus", „deutsche Brüder und preußische Unterthanen", „Forderung der communistischen Partei", „Denkspruch Blanqui's" und Drucksachen des Arbeitervereins vorgezeigt. Er erklärt mit Bestimmtheit, sie seien nicht aus der Beckerschen Druckerei. Zwei der Drucksachen kämen aus ein und derselben Officin, doch kann er nicht sagen, aus welcher, denn man hat veraltete Typen dazu gebraucht. Bürgers sei in die Druckerei gekommen, wenn Becker abwesend war, sonst wurde sie von keinem der Angeklagten besucht. — Procurator Sandt: Hat Ihnen der Zeuge Baude gedroht, wenn Sie gegen die Angeklagten aussagen würden? — Von Drohungen will Zeuge nichts wissen; doch sei er an einem der letzten Abende mit Baude im Josty'schen Kaffeehause in Streit gerathen. Zeuge habe Baude gegrüßt, dieser aber gesagt, er wolle von einem solchen Aas nicht gegrüßt sein. — Der Polizeicommissär Wiedebahn sagt aus, daß sich Zeuge am fraglichen Abend, von mehreren Personen verfolgt, die ihn bedrohten, auf das Polizeipräsidium geflüchtet habe. — Vertheidiger Schneider II läßt durch denselben Commissär und den Zeugen constatiren, daß der Streit ein alter sei, der schon vor Jahren zwischen Becker und Creteur zur Schlägerei geführt habe. Der Commissär fügt hinzu, daß Creteur vertrauliche Mittheilungen über eine bei Becker erschienene Carnevalsschrift gemacht habe. Diese Schrift wurde confiscirt, später aber durch gerichtliches Urtheil wieder freigegeben.

Siebenundvierzigster Zeuge, Franz Becqueray, Literat aus Aachen, stand dort, wegen Verbreitung des Flugblatts: „Deutsche Männer und preußische Unterthanen", vor den Assisen, wurde aber freigesprochen. Er sah Becker nur einmal, und trat mit ihm nur wegen ihrer beiderseitigen Vertheidigungsreden in Geschäftsverkehr. — Vertheidiger Schneider II. wünscht Fragen an den Polizeirath Stieber und den Polizeidirector Wermuth zu stellen, beide sind aber zum erstenmal in der Sitzung nicht anwesend. *)

Achtundvierzigster Zeuge, Ed. Schimoneck, Arresthausinspector in Köln, sagt aus über den Brief von Thiel, den er als Polizeicommissär bei einer Hausuntersuchung bei Dr. Becker zerknittert in dessen Hausrock fand. Den Brief von Lena Bürgers an Lasalle kennt er, sonst weiß er nichts von einem Fluchtversuche der Angeklagten. In jüngster Zeit stellte er auf einen vom Arresthausdirector erlassenen Befehl eine strenge Untersuchung in Dr. Beckers Zelle an, die ohne Resultat blieb. — Vertheidiger Schneider II. läßt fragen, ob man nicht einen gewissen Simon nach einander zu jedem der Angeklagten in die Einzelhaft gesperrt habe, um sie auszuforschen. Der Zeuge erwidert, Simon ging mit ihnen spazieren, ohne weitern Auftrag. Vertheidiger Schneider II.: Hat sich nicht Simon dem Herrn Oberprocurator v. Seckendorf zum Kundschafter erboten? — Antw. Er war bei ihm; was verhandelt wurde, weiß ich nicht.

Neunundvierzigster Zeuge, Franz Schwenniger, Geometer in Essen. Man fand bei einer Haussuchung bei ihm ziemlich viele Briefe, welche auf sein Verhältniß zum Bunde hinzudeuten scheinen, namentlich auch Briefe von Gangloff. Er will sich diese Briefe nicht zu deuten wissen. Für die Angeklagten sind dieselben, sowie das Verhör, von geringer Bedeutung.

Fünfzigster Zeuge, Leonhard Bolz, königlich bayerischer Soldat aus Germersheim, stand früher als Handwerksgeselle mit Lassner in Mainz in Untersuchung. Er wohnte mit Lassner, den er nur unter dem Namen Karsiner kannte, zusammen. Zeitungen bemerkte er bei ihm wohl, aber keine Bibliothek. Nach ihm sei Lassner nur zur Niederschlagung der Verleumdungen Schappers nach Köln, und um bessere Arbeit zu suchen nach Nürnberg gereist. Den verfänglichen Stellen in Lassners Brief an ihn sucht er eine unschuldige Deutung zu geben, die durch die Bestimmtheit, mit der sie ausgesprochen wird, neben ihrer nicht allzugroßen Glaubwürdigkeit häufig Heiterkeit erregt.

*) Wie es heißt, reisen sie zur Aufbringung neuer Belege. — Justizrath Müller soll nach London gereist sein, um sich Beweise gegen das Londoner Protocollbuch zu verschaffen.

Einundfünfzigster Zeuge. Er. Bernhard Privatsecretär in Köln, kannte Lassner schon 1848 unter seinem rechten Namen, weiß aber sonst nichts von ihm.

Zweiundfünfzigster Zeuge. Ad. Bermbach, Notarialscandidat in Köln. Da der Zeuge selbst des Complotts beschuldigt ist, so widersetzt sich das öffentliche Ministerium seiner Vereidung. Die Vertheidiger bestehen aber darauf, da er schon in die Zeugenliste aufgenommen war, bevor die Verfolgung gegen ihn eingeleitet wurde. Man dürfe ihnen diesen Zeugen nicht entziehen. Der Gerichtshof spricht sich für die Vertheidiger aus und die Vereidung erfolgt. Der Zeuge erkennt den Brief an Jacobi an. Der eben Genannte hatte die nähere Adresse Bürgers, dem er die Verhaftung Beckers und Rösers als Warnung mittheilen wollte. Zeuge bediente sich des Jacobi zur Weiterbeförderung der Nachricht. Aus demselben Grunde veranlaßte er die Aufnahme des Vorfalls in die „Kölnische Zeitung". Es sei eine bekannte Sache, wie leicht man bei politischen Angelegenheiten selbst bei völliger Unschuld in lange Untersuchungshaft komme, und er habe Bürgers, den er schon lange kenne, davor möglichst behüten wollen. Für Dr. Becker übernahm er, nach dessen Verhaftung, die Besorgung der pecuniären Interessen, und nahm, als dessen Wohnung geräumt werden mußte, seine Papiere zu sich. Bei Simon im Lämmchen sei er viel gewesen, aber nicht in einem abgesonderten Locale. Marx habe oft an den Zeugen geschrieben, da Becker den Verlag von dessen Schriften übernommen hatte. Die Briefe gingen unter Couvert an Kothes, weil man solche Briefe nicht gern erbrochen erhalte. Zeuge stand mit Kothes noch in Berechnung, da er für denselben Processe geführt. Ueber die andern Portonotizen weiß er keine Auskunft zu geben. Hartmann sandte die Buchbinderrechnung an ihn, als an den Geschäftsträger Beckers. In Betreff des Polizeikunststückchens, wie er es nennt, schrieb ihm Marx schon früher bezüglich auf falsche Mittheilungen, die über ihn, Marx, gemacht würden. Die Polizei habe ihm in einem gewissen Geesch einen besondern Leibspion gedungen, der, um sein Geld zu verdienen, Mährchen erfinden mußte. — Der Präsident bemerkt, das möge sein, was aber den fraglichen Agenten beträfe, so schreibe der mehr als Mährchen, was aus den Briefen erhelle, die man auf seine Mittheilung aufgefangen habe. (Schluß der Sitzung.)

Nachschrift.

⁴⁄ Frankfurt, 28. Oct. Morgen wird der Bürgerausschuß aus seiner Mitte 20 Deputirte für den neuen gesetzgebenden Körper wählen. — Am 1. und 2. November werden die anderweitigen Wahlen der ersten Abtheilung für das Wahlcolleg statthaben. Wie man vernimmt, wird ein großer Theil der Demokratie mit den Gothaern stimmen. Die Stadtkanzlei macht im heutigen „Amtsblatt" bekannt, daß die zur Vertheilung der Zollvereinsrevenuen vorgeschriebene Volkszählung für Stadt und Gebiet im Laufe des nächsten Monats December stattfinden wird.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Die Einnahmen der **Livorno-Florenz-Eisenbahn** sind in folgender Progression: im Jahr 1849 1,520,543 Lire, 1850 1,976,372 Lire, 1851 2,293,304 Lire. Die halbjährige Dividende pr. 1. November wird den Berichten nach 30 Lire erreichen.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 27. Oct. 5pCt. Metall. $94^{1}/_{4}$. — L. B. 109. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94. — $4^{1}/_{2}$ pCt. Metall. $84^{1}/_{4}$. — Bankactien 1340. — 250 fl. Loose $136^{1}/_{4}$. — London 11 fl. 30 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. $102^{3}/_{4}$. (Synd.)

Paris, 27. Oct. $4^{1}/_{2}$pCt. Rente 106, 55. — 3pCt. do. 82, 5. — Piemont 98, 90. — 3pCt. Span. $46^{1}/_{4}$. — 1pCt. do. —. (Synd).

London, 27. Oct. 3pCt. Stocks $100^{3}/_{8}$. — 3pCt. Span. $51^{5}/_{8}$. — 1pCt. do. $25^{1}/_{8}$. (Synd.)

Madrid, 22. Oct. 3pCt. $47^{7}/_{8}$. — 1pCt. Neue $26^{1}/_{2}$. (Synd.)

Antwerpen, 27. Oct. 5pCt. Belg. 101. — $2^{1}/_{2}$pCt. do. $55^{1}/_{2}$. — 3pCt. Span. $45^{1}/_{4}$. — 1pCt. do. $24^{1}/_{4}$. (Synd.)

Amsterdam, 27. Oct. 4 Uhr. $2^{1}/_{2}$pCt. Integr. $63^{3}/_{16}$. — 3pCt. Schuld —. — 4pCt. 95. — $3^{1}/_{2}$ —. — 1pCt. Spanische $24^{7}/_{8}$. — 3pCt. —. — do. inländ. à 6000 fl. $45^{13}/_{16}$. — 4pCt. Portug. —. — 4pCt. Russ. bei Hope $90^{3}/_{4}$. — do. bei Stieglitz $90^{1}/_{2}$. — 5pCt. 77. — $2^{1}/_{2}$pCt. do. $39^{3}/_{8}$. — 5pCt Silber-Metall. 90. (Synd.)

Frankfurt, 28. Oct. Gestern sind hier angekommen: Se kurfürstl. Hoheit der Prinz Friedrich von Hessen-Rumpenheim, im russischen Hof; der k. k. österreichische Vicegouverneur der Bundesfestung Mainz, Herr Baron v. Mertens, im römischen Kaiser; der kaiserl. russische General Fürst Schermitoff, aus Rußland, im weißen Schwan; der k. k. österreichische Gesandte in Karlsruhe, Herr Baron v. Philippsburg und Herr Fürst Barclay de Tolly, aus Rußland, im englischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschert.

Aus Rheinhessen. Kommenden Mittwoch den 27. l. M. wird in der Gemarkung Nierstein mit der Weinlese der Anfang gemacht, — faule Trauben, namentlich Oftreicher Sorte, wurden die und da gelesen, — die Qualität wird den Jahrgang von 1848 übertreffen, indem der Most von den faulen Trauben mehr Gewicht und Süße habe. [2445]

[2409] Zu Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Reise um die Welt

in den Jahren 1844—1847
in drei Bänden.
Von
Carl Grafen von Görtz.
Erster Band.
Reise in Nordamerika.
gr. 8. geheftet. Preis fl. 3. 24 kr. oder Rthlr. 2.

Hauptabschnitte des Inhalts:

I. Abreise. — Leben am Bord. — Hafilax. — Ankunft in Boston. — II. Boston. — Umgegend. — Lowell. — Reise nach New-York. — III. Krankheit. — New-York. — Umgebungen. — Providence. — IV. Der Hudson. — Nach Buffalo. — Niagara. — V. Am Erie-See. — Ueber Neuvermögen. — Rückkehr nach New-York. — VI. Präsidentenwahl. — Parteiwesen. — VII. Nationalcharakter. — Englische Vorurtheile. — Deutsche. — Kirchliches. VIII. Philadelphia. — Gefängnisse. — Oeffentliche Anstalten. — IX. Baltimore. — Washington. — Congreß. — Der Präsident. — X. Virginien. — Richmond. — Die Sklavenfrage. — XI. Nord und Südcarolina. — Georgia. — Alabama. — XII. New-Orleans. — Abreise nach Westindien.

Die auf der Allgemeinen Zeitung bekannte äußerst elegante Schreibart des Herrn Verfassers, so wie seine neuen, trefflichen Anschauungen werden alle Leser um so mehr befriedigen, als sein Standpunkt und sein geläuterter Geist seine Beobachtungen wesentlich unterscheidet von denen der gewöhnlichen Touristen. — Stuttgart und Tübingen, October 1852.

J. G. Cotta'scher Verlag.

Dienstag den 2. November und die darauf folgenden Tage findet die diesjährige Weinlese in den Weinbergen der Gemarkung Dienheim bei Oppenheim statt. Wenn auch der Herbst in Quantität nur ein halber zu nennen sein wird, so verspricht doch die Qualität der Trauben, die besonders noch durch die schönen Tage des Octobers sehr gehoben wurde, einen angenehmen, dem 1848er gut an die Seite zu setzenden Wein.

Kaufliebhaber des Mostes, welche zum zahlreichen Besuche hiermit höflichst eingeladen werden, werden darum gewiß durch Aquirirung desselben ein solides Geschäft machen.

Dienheim, am 26. October 1852.

[2446] **Der Gr. Beigeordnete: Steinfurth I.**

[2359] Zu allen Buchhandlungen ist zu haben, in *Frankfurt a. M.* in der *Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung:*

Sechste Auflage!

Geschenk für Verlobte und Neuverehelichte
oder die Geheimnisse der Ehe.

Ein wohlgeprüfter und auf Erfahrung begründeter Rathgeber für beide Geschlechter vor und nach der Verheirathung.
Von Dr. F. W. Adelheit.
8. 1851. Preis 54 kr.

Dasselbe Buch, in gepreßtem, vergold., eleg. Einband fl. 1. 21 kr.

In den wenigen Bogen dieses Werkchens ist alles, was von einem Rathgeber für das wichtigste Lebensverhältniß — die Ehe — in moralischer und physischer Hinsicht nur irgend gefordert werden kann, mit umfassender Umsicht zusammengestellt und in einer Geist und Herz ansprechenden, den Gegenstaaros würdigen Sprache dargestellt vorteilt, daß es für Verlobte und Neuvermählte beider Geschlechter nicht füglich ein nützlicheres und passenderes Geschenk geben kann.

Verlag von **F. A. Eupel** in Sondershausen.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

October.	Barometer bei 0° R.			Thermometer R.			Thermo-graph.		Wasserhöhe d. Main.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	F.	9 Uhr.	3 Uhr	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr	10 Uhr.
10	333"/9	333"/9	333"/9	+ 4·7	+ 8·2	+ 3·0	+ 0·3	8·2	1' 10"	O.	O.	—	w.	bl.	bl. bt.
11	334"/3	334"/0	335"/1	+ 5·0	+ 9·0	+ 3·8	+ 0·4	+ 9·0	2' 0"	NO.	N.	—	bt. hl.	bt. hl.	bt. hl.
12	336"/6	336"/3	337"/3	+ 5·3	+ 10·0	+ 5·6	+ 1·4	+ 10·0	1' 10"	NO.	NO.	—	bt. hl.	bt. hl.	t.
13	337"/5	336"/3	337"/0	+ 4·1	+ 9·5	+ 3·6	— 0·5	+ 9·5	1' 10"	NO.	NO.	NO.	t.	w.	bt. hl.
14	337"/2	336"/6	337"/1	+ 5·2	+ 9·7	+ 4·0	+ 2·0	+ 9·8	1' 7"	NO.	ONO.	—	bt. hl.	bt. hl.	bt. hl.
15	337"/6	337"/2	337"/1	+ 6·0	+ 8·0	+ 3·3	+ 2·6	+ 8·1	1' 5"	O.	NO	NO.	bt. hl.	t.	bt. hl.
16	337"/4	336"/7	337"/0	+ 4·4	+ 8·9	+ 3·0	+ 1·3	+ 9·0	1' 4"	NO.	NO.	—	w.	bt. hl.	bt. hl.
M.	336"/3	335"/9	336"/4	+ 5·3	+ 9,0	+ 3·7	+ 1"/7	+ 9'/1	1' 6"						

Am 10. Morgens Reif und Nebel; am 11., 12., 14., 15. und 16. in der Frühe Reif.

Cours der Staats-Papiere. 28 October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.i.S.b.Rothz)	93⅛ G.	Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28⅝ P. ¼ G.
»	5% M.v.J.1854 Ser.B.	94 P.	Wurtemb	4½% Oblig. b. Rothz.	101⅜ P. ⅛ G.
»	5% fl. L. V. (C. b. Rothz)	88¼, ⅛ bez.	»	5% ditto	103⅜ P. ⅛ G.
»	5% do. Monte Cist. LM.	84 P.	Hurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34⅞ P. ⅜ G.
»	Bank-Actien . .	1365 P. 62 G.	»	Prdr.-Wilhs.-Nordb.	45 bez. u. G.
»	5% Metallig. Oblig.	80⅞ P. ⅛ G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	102 P.
»	5% M.v.J.1854 Ser.A.	80⅛ P. ¼ G.	»	4% ditto b.Rothsch.	93 G.
»	5% ditto 1839	80⅞ P. ⅛ G.	»	3½% ditto b.Rothsch.	91⅛ G.
»	4½% do. ditto	72½ P. 72 G.	»	fl. 50 Loose . . .	91 P. 90½ G.
»	4% do. ditto	64½ P.	»	fl. 35 Loose . . .	31½ P. 31 G.
»	3% do. ditto	45¾ P.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95¾ P. ⅜ G.
»	3½% do. ditto	40½ P. 1/2 bez.	»	3½% » v. 1846	95¾ P. ⅜ G.
»	2½% do. ditto	36⅛ P.	»	3% » » »	86½ P. 85¾ G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	116½ P.	»	Taunusbahnact.	305 P. 302 G.
»	fl. 500 » ditto	192 P.	Russland	4½% Obl. b. Baring	102¼ P.
»	4½% Oblig. b. Rothsch.	89⅞ P.	»	4% Obl. d. Hope & J.	91¼ P.
Preussen .	3½% Staatsschuldsch.	94 G.	»	4% » b. Stieglitz »	90½ G.
»	4½% Oblig. b. Rothsch.	—	Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91⅝ G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien.	112½ P.	Spanien	3% Inl. Sch. P. C. 30	45½ P. ⅛ G.
Bayern . .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅛ P. ⅜ G.	»	4% Neue » »	25, 24⅞ bez. ⅛ G.
»	4½% do. ditto	100⅜ P. ⅛ G.	Holland.	4% Certificate .	95¼ G.
»	4% do. ditto	96¼ G.	»	3½% Syndicats .	84½ G.
»	4% Ablos.-Rente .	96½ P. ⅛ G.	»	2½% Integrale .	63⅜ G.
»	3½% Oblig. b. Rothsch.	92⅞ P.	Belgien .	5% Obl. in L. zu 120 fl.	100⅜ P. ⅛ G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	97¾ P.	»	4½% Obl. inFr. 250 fr.	93⅛ P. 97⅛ G.
»	5% Priorit.-Oblig.	102⅜ G.	»	4% Obl. in Fr. à 50 kr.	90⅞ G.
Baden . .	5% Obligationen .	101⅜ G.	»	3½% Obl. b. Rolsch.	56½ P. 55⅞ G.
»	4½% Obligationen	102⅛ G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98⅛ G.
»	3½% v. 1842 . .	90⅜ P.	»	5% Obl. b. Hambro	95 P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66⅛ P. 66 G.	»	Sardinische Loose .	40⅛ G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38¼ P. ⅛ bez.	Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Golds.)	101¼ P. 101 C.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103⅛ G.	»	5% » 1851. b. Bastogi (d.)	98 G.
»	4% do. ditto	99⅜ G.	Kurs. Zu	6% Stocks Obl. 3. 3d.	117 bez.
»	3½% do. ditto	91⅛ P. 90⅜ G.	»	Vereins fl. 10 Loose .	9⅛ P. 9 bez.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

Wechsel-Cours.

Den 28 October	Per comptant.	
Amsterdam .	k.S.	100⅛ B 100 G.
(100 fl. Crt.)	(3M.	— —
Augsburg . .	k.S.	124⅛ B. 119⅞ G.
(100 fl. Crt.)	(3M.	— —
Berlin . . .	k.S.	105⅛ B. 105 G.
(60 Thlr.) .	(3M.	— —
Bremen (60	k.S.	97⅛ G.
Mthlr. l. Lfor.	(3M.	— —
Hamburg . .	k.S.	89⅛ B 89 G.
(100Mk. Bc.)	(3M.	— —
Leipzig . . .	k.S.	103⅛ B 104⅛ G.
London . . .	k.S.	119⅜ B. ⅛ G.
(10 Livr. St.)	(3M.	— —
Lyon	k.S.	94⅛ B. —
(200 Fr.) .	(3M.	— —
Mailand (300	k.S.	100⅛ B —
Lir. Austr.)	(3M.	— —
Paris	k.S.	94⅛ B. ⅛ G.
(300 Fr.) .	(3M.	— —
Wien (150fl.)	k.S.	102⅛ B. ⅛ C.
im 24 Fl.)		
Disconto . . .		2½ B. 3 G.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	fl. 9 45–46
Pr. Friedrichsd'or	» 9 55–56
Holl. 10 fl. Stücke	» 9 54½–55½
Rand-Ducaten .	» 5 38–39
20 Francsstücke	Louis » 9 20–30
Engl. Sovereigns	» 11 54
Sold al Marco	» 383–84
5 Frankenthaler	» 2 32–4½
Preuss. Thaler	» 1 45–½
Preuss. Cassa-Sch.	» 1 45–½

№ 259. — Freitag — den 29. October — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksbezirk von Frankfurt 1 fl. 30 kr. 2) in den Ländern des Münchner Vertrags-Postvereins 2 fl. 45 kr. — 1 Rthlr. 16 Sgr. 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Erbländern 3 fl. 30 kr. — 2 Rthlr. 6 Sgr.

2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übrigens das Ausland nimmt Herr G. L. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 29, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 30, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Spalten) und deutlichster oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 24. Oct. Die oberste Polizeibehörde hat eine bedeutende Zahl Druckschriften für den Umfang der Monarchie verboten, darunter auch einen in Kiel erschienenen Volkskalender neuer Zeitrechnung, Jahr 1, und sollen auch alle etwa noch erscheinenden Fortsetzungen in dem Verbot mit einbegriffen sein. Der Brennecke'sche Kalender für 1853 (Berlin) ist ebenfalls von dem Verbot betroffen. — Hiesige Blätter melden die Rückkehr des hier accreditirten preußischen Gesandten, Grafen v. Arnim, aus Berlin.

Rücksichtlich der im Jahr 1848 an die Militärbehörden abgelieferten Waffen der Nationalgarde ist nun die Weisung ergang n, daß dieselben nicht wieder zurückgegeben, sondern vom Aerarium um einen durch Abschätzung ermittelten Preis übernommen werden. Hierorts ist die Uebernahme bereits im Gange. Privatwaffen sollen jedoch noch weiter in Verwahrung gehalten werden, bis die Umstände es erlauben, sie ganz oder theilweise an die Eigenthümer zurückzustellen. — Die Benennung Ministerialräthe, welche von der Zeit her datirt, wo die Minister die sogenannte constitutionelle Verantwortlichkeit trugen, und die Räthe in den Ministerien im engern Sinne ihre Gehilfen waren, macht allgemach wieder der vormärzlichen Titulatur „Hofräthe" Platz, deren sich bei der neuesten Subscription von Beiträgen für das Militärspital in Karlsbad auch sämmtliche Departementschefs des Ministeriums des Innern bedient haben.

* **Wien**, 25. Oct. Die Colonisirung Ungarns bildete seit jeher einen Hauptgegenstand der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die verschiedensten Projecte behufs einer endlichen Realisirung dieses Gedankens aus der Josephinischen Zeit tauchten auf, oder fand bereits in Wirksamkeit gesetzt worden, durchgehens aber mit dem ungünstigsten Erfolg, da ihnen jede solide Grundlage mangelte, und die Regierung nicht selbst direct das Unternehmen leitete. Im Ministerium des Innern hat man aber nun ein hierauf bezügliches Gesetz vollendet und es wird daselbe in kürzester Zeit der allerhöchsten Sanction unterbreitet werden, was um so nothwendiger ist, als in Ungarn und dessen Nebenländern Mangel an Händen und Mangel an Thätigkeit und Speculationsgeist die Agricultur bisher auf einer niedern Stufe gehalten, und an den wenigen Orten, wo sich eine Blüthe des landwirthschaftlichen Lebens bemerkbar gemacht, das Land diese nur den Colonisten verdankt.

* **Berlin**, 26. Oct. Ueber die gestrigen Wahlen sagt die „Leipz. Zeitung": Im allgemeinen zeigte sich eine große Lässigkeit; die Wähler waren zum Theil in nur sehr geringer Anzahl erschienen; in den Stadttheilen, wo die reicheren und gebildeteren Leute wohnen, ungefähr zu einem Drittel bis zur Hälfte; in anderen Stadttheilen fanden sich oft nur der 5. oder 6. Wähler ein. Die Demokratie hat sich auch bei der jetzigen Wahl ihres Rechtes zu wählen begeben und die Wahlen sind in vollständig conservativem Sinne ausgefallen. Die Kreuzzeitung hat nur einige wenige Wahlmänner durchgebracht. Nicht glücklicher ist die Bethmann-Hollweg'sche Partei gewesen.

Im Ministerium ist neuerdings wieder der Plan wegen Einsetzung eines Generaldirectoriums für die gesammte Staatspolizei angeregt worden. Die Sache findet noch fortdauernd ernste Bedenken, welche meist in dem Umstande liegen, daß die Verwaltung der Centralstelle mit dem Berliner Polizeipräsidium verbunden werden sollte. Es würden hier unvermeidlich eigenthümliche Conflicte entstehen, indem bei dem bedeutenden Geschäftsumfang der hauptstädtischen Polizeiverwaltung das Generaldirectorat öfter in die Lage kommen würde, Appellationsinstanz für das Polizeipräsidium zu bilden.

Die vor einiger Zeit in Anregung gebrachte wichtige Frage wegen Erweiterung des Magdeburger Bahnhofs begegnet, wie verlautet, bei der nähern Erörterung mancherlei Schwierigkeiten. Es sollen sich mehrseitig militärische Bedenken gegen die Abtragung und Verlegung des betreffenden Theils der Festungswerke geltend machen. Indessen ist die Sache noch nicht entschieden, so daß auch ein dem vorgelegten Plane günstiger Bescheid noch immer zu hoffen ist.

Ueber die kirchlichen Verhältnisse der Katholiken in der Provinz Preußen hat das Generalvicariatamt zu Culm eine kleine Schrift veröffentlicht, welche die Streitfrage mit der königlichen Regierung über die Entbindung der evangelischen Geistlichen von dem Dimissoriale der katholischen bei Taufen, Trauungen und Begräbnissen bespricht. In der Provinz leben nämlich 24,680 Katholiken zerstreut, welche zu keiner katholischen Kirche eingepfarrt sind. Im Kreise Fischhausen z B. 152, in den Städten Culm und Weßlau 278 u. s. w. Es ist die Ansicht der erwähnten Schrift, daß die evangelischen Geistlichen zu Amtshandlungen bei gemischten Ehen auch ferner der Einwilligung der betreffenden katholischen geistlichen Behörde bedürfen.

Der diesjährige Congreß des österreichisch-deutschen Telegraphenvereins wird Anfangs November hier in Berlin stattfinden. Es kommen Anträge von Bedeutung zur Vorlage. Unter denselben befindet sich die eine neuerliche Herabsetzung der Gebühren für die Correspondenz innerhalb der Vereinsgrenze. Der zwischen Frankreich und dem deutsch-österreichischen Postverein abzuschließende Postvertrag ist dem Vernehmen nach in allen seinen Punkten festgesetzt und angenommen worden. Die Bevollmächtigten werden Paris in Kürze wieder verlassen.

„Aus sicherer Quelle kann mitgetheilt werden, heißt es in einem Briefe des „Nürnb. Corresp." von hier, daß die Staatsregierung nicht im entferntesten daran denkt, in der handelspolitischen Frage das Freihandelsprincip anzunehmen. Es wird also einer künftigen Verständigung in großen Ganzen in dieser Hinsicht nicht präjudicirt." Uebereinstimmend damit sucht ein als officiös geltender Correspondent der „Deutsch. Allg. Ztg." von hier die Freihandelspartei damit zu trösten, daß die preußische Regierung, wenn sie allerdings an die Durchführung einer freihändlerischen Reform in praxi fürs Erste noch nicht gehen könne, doch in der Theorie den Freihandel als das einzig richtige Princip anerkenne.

Aus Pommern, 23. Oct. Der Gutsbesitzer Andrä auf Romahn, bei Resekow, zwischen Plathe und Cöslin, geht damit um, auf seinem Gut ein Asyl für entlassene Sträflinge zu eröffnen. Eine noch unbestimmte Zahl solcher Entlassenen soll dort auf ein oder mehrere Jahre unter liebreicher Aufsicht Arbeit finden, um dann nach eigener Wahl wieder in das bürgerliche Leben zurückzutreten. Die Anstalt tritt binnen kurzem ins Leben.

Breslau, 25. Oct. Die Jesuitenmissionen nahmen gestern in den katholischen Kirchen ihren Anfang. Sie werden von acht Patres gehalten, unter denen sich die Grafen Klinkowström befinden; ein neunter Pater, welcher außerdem hierher kommen sollte, ist auf der Reise erkrankt. Nach den der „N. O. Z." zugegangenen Berichten haben die Missionen sowohl gestern als auch heute ein so überaus zahlreiches Zuhörerpublikum angezogen, daß die Kirchenräume kaum alle Menschen zu fassen vermochten, welche herbeiströmten, dem, ihren Worte nicht, seit sechzig Jahren in Breslau nicht gebotenen Schauspiele beizuwohnen.

München, 26. Oct. Das neue Forstgesetz tritt mit dem 1. Januar bereits in Wirksamkeit. Demnach sind zufolge Regierungsauftrags die Gemeinden, Corporationen und Stiftungsverwaltungen von den niedern Forstpolizeibehörden aufzufordern, das Personal für ihre Forsten innerhalb zwei Monaten zu bestellen, widrigenfalls die fraglichen Stellen von Seite der Regierung besetzt werden. Weniger rasch geht es mit Einführung der neuen Gerichtsverfassung, die von einer Zeit auf die andere verschoben und nun wieder um ein ganzes Jahr, bis zum 1. October 1853, hinausgerückt wird. — Gestern war der Schluß der diesjährigen Sitzungen des Landraths von Oberbayern. Bis zum Wiederzusammentritt desselben hat nach

dem Gesetz ein Ausschuß von sechs Mitgliedern die Geschäfte fortzuführen, der jedoch nicht versammelt bleibt, sondern erforderlichenfalls durch die Kreisregierung einzuberufen ist. (Schw. M.)

Nürnberg, 27. Oct. Der „Correspondent von und für Deutschland" schreibt: Statt der fälligen Nummer des Turiner „Risorgimento" ist uns gestern folgende Notification der k. Generalzeitungsexpedition Augsburg zugekommen: „Das Journal „Risorgimento di Torino" ist für die österreichischen Staaten verboten und ist also jetzt die Sendung eingestellt." Hiernach wäre also mit dem Verbote einer Zeitung in Oesterreich zugleich deren Verbot für alle Inländerdert, auch jene des deutsch-österreichischen Postvereins, ausgesprochen und denselben nur das Auskunftsmittel gelassen, sich solche, wenn möglich, auf einem Umweg zu verschaffen. Ob diese Auffassung den Art. 41—43, dann 53 des revidirten Postvereinsvertrags vom 5. December v. J. entspricht (welchen durch Art. 51 kein Abbruch geschehen kann, da in diesem offenbar nur von Zeitungsverboten in dem Staate selbst, in welchem der Abonnent wohnt, die Rede ist), wäre Gegenstand der Erwägung der Generalversammlung der königl. bayerischen Verkehrsanstalten vorzustellen sein. Für uns bleibt vor der Hand nichts übrig, als zu versuchen, ob wir die uns solchergestalt unzugänglich gewordene Zeitschrift durch die Schweiz beziehen können.

Ansbach, 23. Oct. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Landraths stand der Antrag der Herren Auernheimer, Domeyer und Schening: „Es sei die allerunterthänigste Bitte in das Protocoll niederzulegen, Se. Majestät wolle geruhen in seiner hohen Weisheit dahin wirken zu lassen, daß durch die beabsichtigte Erweiterung der freien Verkehrsverhältnisse mit Oesterreich die unter so segensreichen Folgen bisher bestandenen mit dem Norden Deutschlands auch ferner ungetrübt erhalten werden, indem eine Störung derselben unabsehbare Nachtheile für den Kreis zur Folge haben und dessen getreuen Bewohnern unheilbare Wunden schlagen würde." Der k. Regierungscommissär, Regierungsrath Freiherr v. Lerchenfeld, bestritt im Namen der Regierung die Competenz des Landraths, vorliegende Frage zum Gegenstand seiner Berathung und Beschlußfassung zu machen. Es handle sich hier nicht um eine Kreis-, sondern um eine allgemeine Staatsangelegenheit, und in einer solchen sei nach dem ganzen Staatsorganismus nicht die Kreis-, sondern nur die Landesvertretung (der Landtag) mitzusprechen berufen; das k. Ministerium aber sei durch ausführliche Berichte der k. Regierung auf Grund dessen eingehalter und ausführlicher Gutachten von hierzu berufenen Handelskammern, Industrien und Gewerbsvereinen, wie von einigen hervorragenden Industriellen des Kreises in den Stand gesetzt, das bei der Zollfrage betheiligte Interesse des mittelfränkischen Kreises vollkommen ermessen und würdigen zu können. Selbst vermittelnden Vorschlägen, welche den Antrag in der mildern Form des Ausdrucks eines Vertrauensvotums oder des motivirten Uebergangs zur Tagesordnung erledigt haben wollten, trat der Commissär entschieden entgegen, behauptend, das Recht, in einer Sache ein Vertrauensvotum auszusprechen, involvire zugleich das Recht, unter Umständen auch ein Mißtrauensvotum abgeben zu dürfen, welches Recht in fraglicher Sache dem Landrathe durchaus nicht zugestanden werden könne. Nach heendigter Debatte wurde die erste Frage: „ob der in Rede stehende Antrag aus dem Grunde der Incompetenz des Landraths unbedingt zurückgewiesen werden solle," — mit 23 gegen 9 Stimmen bejaht.

Leipzig, 24. Oct. Gestern Vormittag war die schöne Aula unsers Universitätsgebäudes dicht angefüllt von einer zahlreichen Versammlung, die sich eingefunden hatte, um die Antrittsvorlesung des neuerdings als Professor des Pandektenrechts an die hiesige Hochschule berufenen ehemaligen Tübinger Kanzlers v. Wächter zu hören. Herr v. Wächter gab in seiner Rede ein Programm seiner zukünftigen Lehrwirksamkeit. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Wächters Vorlesungen stets ein großes Auditorium haben werden; wie sicher man selbst im Kreise seiner nächsten Amtsgenossen darauf rechnet, dafür spricht die Thatsache, daß die Kunde von Wächters Berufung an die hiesige Universität Anlaß zu auffallenden Abänderungen des Lectionsplans von Seiten mehrerer Collegen gab.

Hannover, 25. Oct. Unsere Regierung hat die Absicht, der von hier nach der Ems und an derselben abwärts nach der Nordsee projectirten Eisenbahn eine andere Richtung zu geben, als in dem Vertrage mit Preußen ursprünglich verabredet war. Es sollte nämlich nach diesem Vertrage die Bahn von Emden aufwärts bis auf preußischen Boden nach Rheine (beziehungsweise bis Münster) und erst von Rheine aus östlich gegen Osnabrück, immer auf preußischem Boden, und so abermals über fremdes Gebiet von Osnabrück weiter zum Anschluß an die preußische Köln-Mindener Bahn geführt werden. Das neue Project geht dahin, unsere Westbahn durchweg über hannoversches Gebiet zum Anschluß an die Emsbahn zu leiten, also von Nienburg von der Bremerbahn ab direct nach Osnabrück und Lingen. Der Unterschied in der Länge beider Bahnprojecte ist unbedeutend, von Lingen über Rheine nach Löhne an der Köln-Mindener Bahn zählt man 15 teutsche Meilen, von Lingen nach Nienburg 18. Das Terrain auf letzterer ist günstig, völlig eben und wohlfeil. (Kass. Z.)

Oldenburg, 25. Oct. Der zu Anfang letzter Woche gewählte Ausschuß über den Regierungsantrag, auf Annahme des vom vorigen Landtag berathenen Verfassungsentwurfs in seiner Gesammtheit, wird sicherem Vernehmen nach in überwiegender Mehrheit dem Antrag auf Annahme dieses Antrags stellen. Der Bericht, zu dessen Erstattung der Abg. Rüder gewählt ist, liegt indessen noch nicht vor. (Oldb. Z.)

Fürstenthum Lippe, 23. Oct. Der Landtag hat die ihm zur Erklärung vorgelegte einzige landesherrliche Proposition, wegen Wiederherstellung der Verfassung von 1836, einer Commission von 5 Mitgliedern zur Begutachtung übertwiesen, wie die Geschäftsordnung dies verlangt, und gestern beschlossen, sich bis zum 27. d. M. zu vertagen, damit die Commission Zeit habe, die höchst wichtige Proposition einer gründlichen Berathung zu unterziehen, und damit der Landtag, welchem keine andern Geschäfte vorliegen, nicht unnütz seine Diäten verzehre. Der Fürst hat diesen Vertagungsbeschluß indeß nicht genehmigt, sondern eine ungesäumte Berathung der Proposition gefordert. Als Cardinalpunkte stellen sich heraus: die Vorschrift der Verfassungsurkunde von 1836, daß allgemeine Landesabgaben ausgenommen, die Curie der Ritter für sich abstimmen soll, getrennt von der andern Curie, wonach sie also einen in unsern Verhältnissen nicht haltbaren Vorrang erhält, und die in Aussicht stehende Wiederaufhebung der den Landsassen von Alters her zustehenden entscheidenden Stimme bei der Gesetzgebung. (N. Pr. Z.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 27. Oct. Der Paß über den Splügen ist noch frei von Schnee und leicht zu befahren, während auf dem benachbarten Bernhardin schon etwas Schnee liegt. — Die Paß- und Mauthvisitation an der lombardischen Grenze ist jetzt strenger und umsichtiger als an andern Orten, dennoch aber ohne besondere Belästigung für den Reisenden. — Auf dem Col du Marchairu, im waadtländischen Jura, über den eine Fahrstraße vom Genfersee nach dem Jourthale führt, ist ein Dohpiz erbaut worden.

Neueste Nachrichten.

Wien, 26. Oct. Die „Presse" schreibt: In den ersten Tagen des Monats November wird die Prinzessin Karola, Tochter des Prinzen Gustav Wasa, auf dem Gute Moravetz bei Groß-Meseritsch in Mähren das katholische Glaubensbekenntniß in der dortigen Kirche vor dem Bischof von Brünn ablegen. — Die „Bz. Z." theilt mit, daß vor wenigen Tagen die Unterhandlungen des Kurfürsten von Hessen-Kassel mit dem Grafen Wrbna, wegen Ueberlassung mehrerer von dessen böhmischen Gütern, zu Ende geführt und der Kauf definitiv in Kassel abgeschlossen wurde. Die Höhe der Kaufsumme beläuft sich auf drittehalb Millionen. — Der toscanische bevollmächtigte Minister am hiesigen Hof hat, der „Presse" zufolge, Nachricht von einem gegen den Consulpräsidenten Giovanni Baldasseroni verübten Attentat erhalten, bei welchem derselbe eine nur leichte Verwundung erhielt.

Berlin, 26. Oct. Die königlichen Prinzen halten heute Parforcejagd in Grunewald. Am vergangenen Sonnabend war auf Schloß Glinike bei Sr. königl. Hoh. dem Prinzen Karl große Familientafel, welcher außer Ihren Majestäten dem König und der Königin auch der Prinz Friedrich von Hessen beiwohnte. Der Prinz ist gestern auf kurze Zeit nach Kassel abgereist und wird Anfangs November hier wieder eintreffen. — In der diplomatischen Vertretung des kurfürstlichen Cabinets am hiesigen Hof steht binnen kurzem ein Personenwechsel bevor. Der kurhessische Gesandte, Herr v. Dörnberg, ist von Berlin abberufen und wird den Freiherrn von Willenz-Hohenau zum Nachfolger erhalten. Letzterer Diplomat war schon einmal vor etwa 10 Jahren kurfürstlicher Geschäftsträger hierselbst und hat seitdem als Privatmann gelebt. Man versichert jetzt wieder mit voller Bestimmtheit, der Graf Rostiz werde nicht mehr auf seinen Gesandtschaftsposten nach Hannover zurückkehren. (Dpz. Z.)

⁂ **Paris**, 26. Oct. Der bisherige portugiesische Gesandte Graf v. Azinhaga hat dem Prinz-Präsidenten sein Abberufungsschreiben und der nunmehrige Gesandte Ritter v. Paiva seine Creditive überreicht.

Die Festvorstellung in der großen Oper ist nun definitiv auf nächsten Donnerstag anberaumt. Die Eintrittskarten für diesen Abend gelten reifend ab.

Von Montalembert ist ein neues Buch „über die Interessen des Katholicismus" erschienen; man wirft demselben allzu große Bitterkeit vor.

Nachdem bei dem Präfecten des Norddepartements wiederholt um die Erlaubniß nachgesucht worden ist, eine gewisse Anzahl von Kaffeehäusern und Weinschenken, die im December vorigen Jahrs geschlossen wurden, wieder öffnen zu dürfen, hat derselbe in einem an die zuständigen Behörden gerichteten Rundschreiben die Gründe dargelegt, warum er solchen Gesuchen nicht willfahren konne. Die Anzahl dieser Häuser, sagt das Schreiben, beträgt 17,860 und übersteigt bei weitem das Bedürfniß der Bevölkerung. Auch scharft das Circular die Verfügung wieder ein, laut welcher minderjährige Individuen beider Geschlechter in solchen Wirthshäusern nicht zugelassen werden dürfen.

Ein Gerücht, nach welchem in der Münze bereits Goldstücke mit dem kaiserlichen Bildniß geschlagen würden, findet seine Berichtigung dahin, daß versuchsweise nur einige Probestücke geprägt, aber nicht in Umlauf gesetzt worden sind. Es sind Zehn-Centimes-Stücke, auf der einen Seite mit dem Bildniß Ludwig Napoleons und der Umschrift „Napoléon Empereur", auf der Kehrseite die Worte „Empire français". Die Goldmünzen erhalten diese Worte in einem Eichenkranz, ohne Adler; denn dieser soll in der Kluq beanstandet worden sein, weil er mit wie zu einem weiten Flug ausgebreiteten Schwingen als ein Symbol der Eroberung angesehen werden könnte. Des Adlers Haltung soll, so heißt es, auf den besondern Wunsch des Prinz-Präsidenten mehr mit der in Bordeaux gehaltenen Rede in Einklang gebracht werden.

„Debats" und „Pays" besprechen in ihrer heutigen Nummer die türkische Anleihe. Die Angabe des letztgenannten Blattes, welches man für amtlich unterrichtet halten darf, unterscheidet sich wesentlich von den Angaben des „Constitutionnel", der sich aus Konstantinopel schreiben läßt, das türkische Ministerium habe am 9. d. M. beschlossen, die Anleihe nicht zu ratificiren, und an der Absicht des Sultans, diese Entschließung zu sanctioniren, sei nicht zu zweifeln. Dagegen versichert das „Pays", bis zum 10. October einschließlich sei noch keine Entscheidung erfolgt. Dieser Angabe schließen sich auch die „Debats" an. Die Gesandten von Rußland und Oesterreich sollen die Ratification der Anleihe dringend widerrathen, und den „Debats" zufolge hätte sich sogar Rußland erboten, die ganze Anleihe allein zu übernehmen, aber unter der Bedingung, daß das Geschäft mit den englischen und französischen Capitalisten abgebrochen werde. Die „Debats" lassen ferner in ihrem Bericht die Ansicht durchleuchten, als tragite auch der britische Gesandte gegen die in Paris abgeschlossene Anleihe, während hiermit im Widerspruch ein für wohlunterrichtet geltendes londoner Blatt versichert, der britische Repräsentant in Konstantinopel habe von seiner Regierung Instruction erhalten, Hrn. v. Lavalette's Bemühungen für Ratification der Anleihe kräftig zu unterstützen.

‖ **London**, 26. Oct. Vor einigen Tagen haben sich in der Nähe von Windsor zwei französische Flüchtlinge, Cournet und Barthelemy, zuerst auf Pistolen und dann auf Stoßdegen duellirt. Cournet blieb todt auf dem Platz und gestern hat ihn die französische Demokratie zu Grabe begleitet. In dem Zuge bemerkte man unter andern Ledru Rollin, Schoelcher, Savoye, Felix Pyat, Xavier Durrieu ꝛc. und die rothe Fahne voran mit der Aufschrift „République démocratique et sociale". Man hat jenes Duell mit der unverhältnißmäßigen Spaltung, welche zwischen Louis Blanc und Ledru-Rollin besteht, in Verbindung gebracht. Louis Blanc erklärt aber in einem Schreiben an die „Times", daß er dem traurigen Ereigniß durchaus fremd sei.

** **Madrid**, 21. Oct. Die Firma Henry O'Shea und Comp. hat soeben eine Anleihe von 2 Mill. Pf. St. für Vervollständigung der Eisenbahn von Madrid nach Almansa bis zum mittelländischen Meer abgeschlossen. Außer den Garantien der Regierung besitzt die Anleihe noch die der Eisenbahn selbst ꝛc. Die hiesigen Banquiers und Capitalisten sollen über den ihnen reservirten nur kleinen Theil sehr verstimmt sein, der größere Theil ist dem französischen und dem nordischen Märkten zugedacht.

‡ **Paris**, 27. Oct. Gestern hat die Regierung eine telegraphische Botschaft aus Triest vom 25. October erhalten, laut welcher die türkische Anleihe definitiv abgelehnt wäre. Die „Debats" fügen dem hinzu, man habe in Paris Briefe aus Wien erhalten, wonach dort aus Konstantinopel über Belgrad Nachrichten eingegangen seien, aus welchen sich erstens ergebe, daß in der türkischen Hauptstadt ein Aufruhr ausgebrochen sei, und zum andern, daß der französische Gesandte dem Divan eine Frist von sieben Tagen gegeben habe, die Ratificationsverweigerung noch einmal zu bedenken, und daß er nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist seine Päße fordern und nach Frankreich zurückkehren werde. Bestätigen sich diese Angaben, so liegen die Dinge sehr kritisch.

Die Octrois in Paris haben bis zum 16. d. M. eine Einnahme von 30,323,000 Fr. oder 2,457,000 Fr. mehr als zur selben Zeit im vorigen Jahr ergeben. Dauert dieses Verhältniß fort, so wird die Gesammteinnahme des Jahrs 1852 ein Mehr von 3,932,600 Fr. gegen 1851 ergeben.

Durch Decret vom 20. d. M. sind die Besoldungen der ersten Präsidenten und Generalprocuratoren an den Appellhöfen von Bordeaux, Lyon und Rouen auf 25,000 Fr. und die von Toulouse auf 20,000 Fr. gestellt, dieselben Zahlen, welche das Decret vom 30. Januar 1811 bestimmt. Der Generalsecretär im Justizministerium erhält 18,000 und die Directoren desselben Departements beziehen 15,000 Fr.

× **Brüssel**, 26. Oct. Die Repräsentantenkammer ist heute wieder zum Zusammentreten und hat unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Cloetwyvaert die Constituirung der Bureaux vorgenommen. Bei dem Scrutinium zur Wahl des Präsidenten war die absolute Majorität bei 105 Abstimmenden 53. Im ersten Wahlgang erhielt Delfosse, der Candidat der Liberalen 52, Delahaye, der Candidat der klerikalen Partei, 50 Stimmen; 2 fielen auf Leydt und 1 auf Rousseli. Beim zweiten Scrutinium, da das erste erfolglos war, erhielt Delfosse 54 Stimmen und Delahaye 49. Delfosse wurde demzufolge unter dem lebhaften Applaus der Tribüne als Präsident proclamirt. Zum ersten Vicepräsidenten wurde gewählt Vilain XIV., von der katholischen Partei, mit 57 gegen 44 Stimmen; zum zweiten der liberale Veydt mit 53 gegen 48 Stimmen. Von den vier Secretären gehören zwei der liberalen, zwei der katholischen Partei an. Der Präsident Delfosse trat sofort sein Amt mit einer kurzen Ansprache an die Kammer an, nach welcher er den Tribunen ihre Beifallsäußerungen und Manifestationen verwies.

* Die neuesten Blätter aus **Neuyork** bestätigen, was über die große Aufregung der Gemüther in den Vereinigten Staaten gegen die spanischen Behörden auf Cuba und ihre Maßregeln auf telegraphischem Weg bereits bekannt geworden ist. Nach dem „Neuyorker Herald" vom 12. Oct. war das Gerücht verbreitet, die Regierung in Washington habe Befehl gegeben, daß das Kriegsdampfboot „Mississippi" unverweilt nach der Havanne abgehe, um von den spanischen Behörden in dieser Stadt für die neuerlichen Insulte gegen die amerikanische Flagge Aufschluß und Genugthuung zu verlangen, oder im Weigerungsfalle die hieraus entstehenden Folgen als nahe anzukündigen. Ueberdies würde auch in Neuyork ein großentheils aus Creolen bestehendes Zornmeeting abgehalten; es handelt sich dabei um die Bildung einer Junta zu Cuba's Befreiung. Ein anderes Neuyorker Blatt will wissen, die spanischen Behörden seien an Bord des amerikanischen Fahrzeugs „Cornelia" gekommen und hätten dessen Felleisen und zwei Personen saisirt. Die Thatsache wurden erbrochen, die Passagiere ins Gefängniß geschleppt. Bei Eröffnung dieser Nachricht habe der Präsident Fillmore auf der Stelle einen Specialcourier nach Cuba abgeschickt.

Börsenberichte.

Frankfurt, 28 Oct. Die Börse war auch heute wieder flau gestimmt und wurden besonders österreichische und spanische Effecten, letztere bei lebhaftem Umsatz, abermals zu niedrigern Preisen verhandelt. 5pCt. Metall. waren 80¼ pCt. G; 4½pCt. Metall. 71¹⁵/₁₆ à 72 pCt.; 5pCt. Lombardisch-Venetianische 88 à ⅛ pCt.; Wiener Bankactien 1362 fl; 500 fl. Loose und 250 fl. Loose wieder ohne Geschäft. Auf spanische Fonds wirkten namentlich die gemachte Verfäufe zur Realisation der morgen bevorstehenden Abrechnung des Monats October nachtheilig; 1pCt. Rente, zu 25, 24¹⁵/₁₆, ¾, umgesetzt, schlossen zuletzt 24⅞ à ¹⁵/₁₆, 25pCt. Inländische zuletzt 45¹¹/₁₆ pCt. Von Eisenbahnactien war 3-W.-Nordbahn 45 pCt.; Berbach 94¾ pCt.; Köln-Minden 112 pCt.; Taunus 302 fl. In sämmtlichen übrigen gangbaren Papieren war keine merkliche Coursveränderung. — Abends in der Effectenlocalität war kein Geschäft; 1 pCt. Spanische waren 24¹¹/₁₆ pCt. G.

Berlin, 27. Oct. Staatsch. 94¼ Brf., 93⅞ G. — Köln-Minden 112⅔ Brf., 111⅔ G. — Fr.-W.-Nordbahn 42½ Brf., 41½ G., 41⅜ à ½ bez.

Paris, 27. Oct. 4½pCt. Rente 106. 55. — 3pCt. 82. 5. — Neapol. Cons. 5pCt. Rente Oesterr. 94⅞. — Spanische neue Diff. 24⅞. — Rente 5pCt. —. — Innere Schuld 46¼. — Passive —. — Bankactien 2995. — Piemont 5pCt. 98, 90. — Römisches Anleihen Zuni 1850 98¾. — do. 1850 —. — St. Germain-Eisenbahn 1500. — Versailles, linkes Ufer 357, 50. — Straßburg-Basel 360. — Nordbahn 852, 50. — Paris-Straßburg 830.

Die letzten Nachrichten aus Belgien und der Türkei veranlaßten bei Eröffnung der heutigen Börse einiges Weichen der Rente, sie blieb jedoch zuletzt in Folge von Nachfragen auf dem gestrigen Schlußcours. Bahnactien alle höher.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 28. Oct. 5pCt. Met. 94. — 5pCt. do A —. — B. 109. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 93¾. — 4½pCt. do. 84½. — Bankactien 1325. — 250 fl. Loose 135¾. — London 11 fl. 28 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102¹¹. — L.-F.-Nordbahn 212¹. — Ldv.-Florenz 101. — Siena-Empoli 71. — Paris 136½. — London in Triest 11 fl. 30 kr. — Baluta weichend. (Spad.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. V. Hirsch.

Commerce et Industrie de Paris, maisons principales.

A. Sax, *rue St-Georges, 50.* — Instrumens à vent, cuivre et bois, à Paris, Médaille d'or et Croix 1849, Médaille d'argent 1844; — Prusse, Médaille d'or 1846; — Hollande, Croix 1845; — Belgique, Médaille 1841; — Londres, seule Grande Médaille.

Ch. Christofle et Ce, *56, rue de Bondy.* — Créateurs de l'Orfèvrerie argentée galvanoplastique, à laquelle le public donne à tort le nom d'Orfèvrerie Ruolz; — Médaille d'or 1844 et 1849; — Médaille à Londres.

D. Chevallier, INGENIEUR, *Pont-Neuf, 15.* — Optique, Physique, Mathématiques, etc., etc.

Gautrot aîné, *60, rue St-Louis.* — Facteur d'Instruments de Musique en tous genres.

G. Violard, Fabricant de Dentelles, *4, rue de Choiseul.* — A Bruxelles, 92, Montagne de la Cour.

Labouche, *162 et 163, Galerie de Valois* (Palais-Royal). — Porcelaines, Cristaux, Objets d'Art.

Au coin de rue, *8, rue Montesquieu, et 18, rue des Bons-Enfants.* — Nouveautés, Soyries, Châles, Lingeries.

Rattier (fils) et Ce, *4, rue des Fossés-Montmartre.* — Manteaux imperméables en Caoutchouc, etc., etc.

Aux villes de France, *51, rue Vivienne, rue Richelieu, 104.* — Soieries, Châles et Confection.

Wagner Neveu, *rue Neuve-des-Petits-Champs, 47,* ci-devant rue Montmartre. — Fabrique d'Horloges publiques pour châteaux, usines, églises, chemin de fer, etc., Métronomes. — A Paris Médailles d'or 1842, 1844 et 1849; — Londres, Grande Médaille et Croix. [2426]

Zur gefälligen Beachtung für Schriftsteller!

Auf eine ***Novelle***, passend für einen „**Volkskalender** religiöser Tendenz" ist ein Preis von

Zehn Napoleon d'or

gesetzt.

Dieselbe muß einen Raum von 4 Bogen kl. 8. füllen und bis zum 15. März 1853 in unsern Händen sein. Die Auszahlung erfolgt, sofort der Preis zuerkannt ist. Die Adresse des Absenders muß in einem mit dessen Siegel verschlossenen Briefe sich befinden.

Mainz, im October 1852.

[2439] **Verlags-Buchhandlung von J. G. Wirth Sohn.**

[2443]

Cigarren-Versteigerung.

Dienstag den 2. November, Nachmittags 2 Uhr, werden auf freiwilliges Anstehen

eine Partie von ca. 40000 Stück ächter gepreßter Java-Cigarren, London-façon, **von vorzüglicher Qualität und mehrjährigem Lager,**

in dem Bergantungszimmer gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

C. Belschner, Ausrufer.

Vereinigte Staaten und Canada.

Die **Union-Bank** in **London** zeigt, als Agentin des Bankierhauses *Duncan, Sherman & Comp.* in New-York, hiermit an, dass sie bereit ist, für Rechnung obigen Hauses Gelder in Empfang zu nehmen, und dafür ohne alle Kostenberechnung **Creditbriefe** und **Circularnoten** von £ 10 an und höher, wie sie auf dem europäischen Continent und anderwärts in ausgedehntem Gebrauch sind, zu ertheilen. Honorirt werden diese Briefe und Noten an folgenden Plätzen der **Vereinigten Staaten** und **Canada's** zu dem an Tage der Zahlung stehenden Wechsel-Cours von New-York auf London.

Stadte:	*Staaten:*	*Correspondenten:*
Albany	New York	Albany City Bank.
Augusta	Georgia	The Bank of Augusta.
Boston	Massachusets	J. E. Thayer and Bro.
Buffalo	New York	Oliver, Lee and Co's Bank.
Baltimore	Maryland	Union Bank, Maryland.
Baytown	Canada	Branch Bank of Montreal.
Brockville	Ditto	Ditto.
Ditto	Ditto	Commercial Bank Mid. District.
Bellerville	Ditto	Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank Mid. District.
Cleveland	Ohio	Commercial Bank.
Chicago	Illinois	George Smith and Co.
Ditto	Ditto	J. H. Bnech and Co.
Cincinnati	Ohio	Ellis and Morton.
Charleston	South Carolina	Bank of Charleston.
Coburg	Canada	Branch Bank of Montreal.
Detroit	Michigan	Michigan Ins. Co. Bank.
Galena	Illinois	Jas. Carter and Co.
Kingston	Canada	Commerc. Bank. of Midl. Dist.
Kingston	Canada	Bank of Montreal.
Hamilton	Canada	Branch Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commerc. Bank of Midl. Dist.
Havana	Cuba	Drake and Co.
Ditto	Ditto	Zangroni, Freres, and Co.
Lima		Alsop and Co.
Louisville	Kentucky	A. H. Hunt and Co.
London	Canada	Branch Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank Mid. Dist.
Mayaguez	Porto Rico	Latimer, Fernandez, and Co.
Milwaukie	Wisconsin	Wiscons. Mar. and Fire Ins. Co.
Mobile	Alabama	St. John, Powers, and Co.
Montreal	Canada	Bank of Montreal.
New Orleans	Louisiana	J. Corning and Co.
Newhaven	Connecticut	Newhaven Bank.
Oswego	New York	Luther, Wright, and Co.
Philadelphia	Pennsylvania	Philadelphia Bank.
Providence	Rhode Island	Exchange Bank.
Pittsburgh	Pennsylvania	N. Holmes and Son.
Portsmouth	New Hampshire	Pistaqua Exchange Bank.
Port Hope	Canada	Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank of Mid. Dist.
Picton	Ditto	Branch Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank of Mid. Dist.
Quebec	Canada	Branch Bank of Montreal.
Rochester	New York	Rochester City Bank.
Springfield	Massachusets	Chickopie Bank.
St. Catherine's	Canada	Branch Bank of Montreal.
St. Louis	Ditto	L. A. Benoist and E. W. Clarke, Brothers, and Co.
Ditto	Ditto	Commercial Bank of Mid. Dist.
Sackett's Harbor	New York	Sackett's Harbor Bank.
San Francisco	California	Burgoyne and Co.
San Francisco		Alsop and Co.
Saratoga Springs	New York	Bank of Saratoga Springs.
Savannah	Georgia	Charles A. L. Lamar.
St. John's	Porto Rico	Latimer and Fernandez.
Toledo	Ohio	Commercial Bank of the State of Ohio.
Toronto	Canada	Branch Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank of Mid. Dist.
Utica	New York	Bank of Utica.
Valparaiso		Alsop and Comp.
Washington	Dist. of Columbia	Corcoran and Riggs.

Vorstehendes Verzeichniss von Städten wird noch anaehnlich erweitert werden.

Das Bankierhaus *Duncan, Sherman & Comp.* kauft und verkauft amerikanische Staatspapiere, Eisenbahn- und Canalactien etc. etc. in den Vereinigten Staaten und Canada und nimmt, mit gerichtlich bestätigten Vollmachten hierzu versehen, die Dividenden von denselben in Empfang, deren Betrag an die Inhaber bei der **Union-Bank** in **London**, — 2, Princes Street, Bank — ausbezahlt werden wird. [2106]

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2336]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6½ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6½ Uhr nach **Köln.**

Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**

☞ ***Schnellfahrt*** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7¼ Uhr bis Düsseldorf, Elberfeld.

Von **Mainz-Castel** Mittags 12 Uhr, von **Biebrich** Mittags 12½ Uhr nach **Köln, Arnheim**

☞ ***Schnellfahrt*** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Nachtzüge nach Paris-London, sowie nach Berlin-Hamburg.

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm**, Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.

Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli**, Zeil Nr. 67.

Druck von August Osterrieth.

CONSERVATEUR DENTAIRE EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

Hôtel garni, *27, rue Montbazon, hors de* **Paris,** in Mitte des elegantesten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vorzüglichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2173]

[1690] **An- und Verkauf** von Büchern bei H. Bechhold, Zeil Nr. 5 neu.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nr. 259.) 29. October 1852.

Telegraphische Depeschen.

Abgegangen in Berlin, den 29. Oct, 11 Uhr 4 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 29. „ 11 „ 9 „ „

Paris, 28. Oct. 4½ pCt. 106; 3pCt. 81, 80; Span. innere Sch. 46½; Pass. 24½.

Berlin, 28. Oct. Höchst wahrscheinlich wird das neue Cabinet sich aus Mitgliedern außerhalb der Kammern constituiren. Die Departemente des Kriegs und der öffentlichen Arbeiten verbleiben in den bisherigen Händen; die auswärtigen Angelegenheiten übernimmt General Goblet; das Innere de Vrière, Gouverneur von Westflandern; Justiz Alphons Nothomb, ein Halbbruder des belgischen Gesandten in Berlin, bisher Oberprocurator des Tribunals in Neufchateau; Finanzen Dujardin, bisher belgischer Gesandte in Madrid. Eine andere Liste nennt den General Prisse für die auswärtigen Angelegenheiten, den Generalinspector Noel für die öffentlichen Bauten; ein Finanzminister sei noch nicht designirt.

Deutschland.

—* **Frankfurt**, 29. Oct. Die von verschiedenen Blättern gebrachte Mittheilung über den bevorstehenden Abgang des Bundespräsidialgesandten Grafen v. Thun-Hohenstein dürfte sich bestätigen; was dagegen bis jetzt über seinen Nachfolger verlautet, entbehrt der Begründung. Auch dürfte Graf Thun noch nicht in allzunaher Zeit seinen hohen Posten und unsere Stadt verlassen. — Gestern hat eine Sitzung der Bundesversammlung stattgefunden, in welcher übrigens, wie wir vernehmen, nur über die während der Ferien eingelaufenen Gegenstände Mittheilung gemacht wurde.

** **Frankfurt**, 29. Oct. So eben ist die folgende amtliche Bekanntmachung erschienen:

Wir Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt fügen löblicher Bürgerschaft zu wissen:

Alldaß nachdem am 18. und 19. d. M., nach Maßgabe unserer Kundmachung vom 5., die Urwahlen zur Bildung eines Wahlcollegs in Gemäßheit Art. 11 der Constitutions-/Ergänzungsacte vollzogen und die darüber aufgenommenen Protocolle dem älteren Bürgermeister übermittelt worden waren, wurde demselben von Seiten einer Anzahl, durch die fraglichen Protocolle als Wahlmänner bezeichneten hiesigen Bürger eine Verwahrung gegen die Giltigkeit der Wahlen der ersten Abtheilung überreicht und auf Untersuchung und Ungiltigkeitserklärung dieser Wahlen aus dem Grunde, weil in der ersten Abtheilung Personen abgestimmt hätten, welche ganz unbefugt gewesen abzustimmen, oder doch nicht befugt gewesen, in dieser Abtheilung abzustimmen.

Wir haben uns in dieser Sachlage um so mehr verpflichtet erachten müssen, eine Untersuchung des Grundes oder Ungrundes dieser Anträge eintreten zu lassen, als das Wahlprotocoll der ersten Abtheilung ergab, daß die Stimmenzahl mehrerer der als Wahlmänner bezeichneten Bürger von der Stimmenzahl mehrerer als Suppleanten vorgemerkten Bürger nur um eine oder einige Stimmen abweichen, das Vorhandensein nichtiger Abstimmungen daher weitgreifenden Einfluß auf das Ergebniß der Wahl gelegt haben kann.

Nachdem die angeordnete Vergleichung der Namen der Urwähler der ersten Abtheilung mit den Bürgerbüchern und der von der Stadtkanzlei erforderte Bericht über die bürgerliche Eigenschaft der Urwähler ergeben hat, daß — abgesehen von den Fällen, welche ungeachtet der Bestimmungen der Constitutionsergänzungsacte vom Jahr 1816 und deren authentischen Erläuterung vom Jahr 1833 als zweifelhaft erachtet werden können und im einzelnen Fall ihre Erledigung durch Entscheidung der verfassungsmäßig niedergesetzten bürgerlichen Behörde erhalten hatten, ferenfalls mehrere nichtige Abstimmungen in der ersten Abtheilung stattgefunden haben, daß somit die Unsicherheit des Wahlacts rechtlich nicht bezweifelt werden kann, sind Wir mit der ständigen Bürgerrepräsentation, als der mit Uns zur Ueberwachung der Urwahlen verfassungsmäßig berufenen Staatsbehörde in Benehmen getreten und haben die Ausscheidung der von der ersten Abtheilung vorgenommenen Urwahlen, die sofortige Einleitung einer Neuwahl für die erste Abtheilung und demgemäß die Abordnung eines bürgerlichen Commissars zu dieser Neuwahl beantragt. In Folge dieses Antrags hat die ständige Bürgerrepräsentation durch Beschluß vom 27. d. M. einen Commissär zu dieser Neuwahl ernannt.

Unter diesen Umständen, welche den Zusammentritt des Wahlcollegs und die Vollziehung der Wahlen der Mitglieder der nächsten gesetzgebenden Versammlung vor dem ersten Montag im November unmöglich machen, kann zwar dieser im Artikel 14 der Constitutionsergänzungsacte anberaumte Termin der Zusammenberufung der gesetzgebenden Versammlung nicht eingehalten werden. Wir werden es Uns jedoch angelegen sein lassen, die Zusammenberufung sofort nach Vollzug der ohne allen Aufenthalt weiter einzuleitenden Wahlen zu bewirken.

Indem Wir demgemäß, unter Bezug auf das Vorstehende, die Ungiltigkeit der am 18. und 19. d. M. von der ersten Abtheilung vollzogenen Urwahlen hiermit erklären, laden Wir die der ersten Abtheilung angehörigen christlichen Bürger wiederholt ein, in Gemäßheit Art. 11 der Constitutionsergänzungsacte, entweder es diese Abtheilung betrifft, aber die Bildung des Wahlcollegs der 75 Bürger, welche die zur nächsten gesetzgebenden Versammlung bestimmten 45 Glieder aus löblicher Bürgerschaft zu wählen haben, abzustimmen.

Die hierzu festgesetzten Tage und Stunden sind Montag den 1. November und Dienstag den 2. November, von 9 bis 12 und von 3 bis 6 Uhr, während welcher Tage und Stunden diese erste Abtheilung nämlich:

„Sämmtliche Rathsglieder; die Adeligen, welche nicht ein bürgerliches Gewerbe treiben, durch welches sie in einer der andern Abtheilungen stimmberechtigt werden; die Geistlichen aller Confessionen, die Notarien eingegriffen; alle zum gelehrten Stande nicht gehörigen Bürger, welche zu öffentlichen Dienstleistungen definitiv — und zwar entweder von dem Senat durch Verlegung oder nach verfassungsmäßiger Diätenrelation oder von der städtigen Bürgerrepräsentation angestellt sind, und einen festen jährlichen Gehalt oder Emolumente aus der Staatscasse beziehen; die Linienoffiziere aller Grade; die Gutsbesitzer; die als Rentenirer eingeschriebenen Bürger; die Schul-, Sprach- und sonstigen Lehrer; alle nicht zünftigen Künstler," ihre Stimmzettel bei der in dem Lanzteizimmer der gesetzgebenden Versammlung im Haus Limpurg neben dem Römer versammelten bürgerlichen Behörde abzugeben haben.

Dabei ist zu bemerken, daß jeder

a) zwar zur Personen, die zu seiner Abtheilung gehören, aber ohne alle Berücksichtigung des Stadtquartiers, worin der zu Wählende wohnt, in Vorschlag bringen kann, daß jedoch
b) keine Rathsglieder, und
c) keine Mitglieder des städtischen Bürgerausschusses gewählt werden können, weil diese auf anderem Wege in den gesetzgebenden Körper gelangen.

Urkundlich in Unserer Rathsversammlung, den 28. October 1852.

Frankfurt, 29. Oct. Se. Hoheit der Herzog von Nassau ist gestern hier angekommen und hat höchstderselbe sein Absteigequartier im russischen Hof genommen. — In demselben Hotel verweilten gleichzeitig: der königlich großbritannische Admiral Sir Thomas, aus Southampton und Oberstlieutenant Woodburn, aus Bombay.

§§ **Naumburg a. d. S.**, 27. Oct. Heute ist unsere diesjährige Weinlese beendigt; der Most ist gut und es wird der 60 Quart haltende Eimer schon jetzt mit 7 Thlr., ja aus den schönsten Lagen der Saal- und Unstrutberge mit 8 bis 10 Thlrn. bezahlt. Ein außerordentlich hoher Preis, der die Producenten für den Ausfall der letzteren Jahre etwas entschädigt.

Koblenz, 26. Oct. Die Wahlen haben gestern unter sehr geringer Betheiligung, namentlich der dritten Klasse, stattgefunden. Im Allgemeinen scheinen die von der klerikalen Partei aufgestellten Candidaten vorzugsweise gewählt worden zu sein und das Uebergewicht zu haben, so daß, wenn nicht die Wahlen der Landgemeinden, was kaum zu erwarten, ein anderes Resultat gehabt haben, nicht zu bezweifeln ist, daß die Koblenzer Opinionen dieser Richtung angehören werden. Aus Trier wird, was die städtischen Wahlen betrifft, das Gegentheil gemeldet. (K. Z.)

Y **Kassel**, 27. Oct. Die Verfügungen, welche einen Theil des hiesigen Justizpersonals betroffen, bilden das allgemeine Stadtgespräch und zwar um so mehr, als man glaubt, daß sie nur als der Anfang eines noch allgemeineren Verfahrens in dieser Staatssache

branche anzuführen sind. In letzterer Beziehung könnte dieses auch seine Richtigkeit haben, insofern man den Grund der so oben statt-gehabten Versetzungen in der Weigerung der betreffenden Personen, den gesetzlich vorgeschriebenen Stempel zur Anwendung zu bringen, finden will. Ihr Verschulden dürfte also von der Zeit der ominösen Steuerverweigerung, an welcher sich in derselben indirecten Weise der ganze kurhessische Richterstand, mit nur wenigen Ausnahmen, betheiligt hatte. Die Wiederversetzung einiger unserer Märzminister, der HH. Staatsrath Wippermann und Regierungsrath von Minzingerode, zu einer amtlichen Thätigkeit, findet allgemeine Billigung. Nicht minder angenehm muß es diesen beiden Männern selbst sein, da es für dieselben doch immer gewissermaßen demüthigend war, in einer Zeit, wo über die Leere der öffentlichen Kassen so oft geklagt wird, Gehalte von 1400 Thalern zu beziehen, ohne dafür sich zu irgend einer Dienstleistung angehalten zu sehen. — Daß Herr Wippermann der Regierungscommission in seiner Geburtsstadt Rinteln beigeordnet worden, beweist übrigens, wie sehr das gegenwärtige Ministerium bedacht ist, die Staatsdiener ihren besondern Fähigkeiten entsprechend zu verwenden. Herr Wippermann ist nämlich ein gründlicher Kenner der eigenthümlichen Verhältnisse der Grafschaft Schaumburg, und wird sich dort um so nützlicher machen können, als seine Entfernung von Kassel und dem hier noch immer waltenden politischen Parteigetriebe, ihm Muße gewährt, diese Kenntnisse zur Anwendung zu bringen. Die andern beiden Märzminister, Staatsrath Eberhardt und Geheimerath von Schenck, hatten sich bei ihrem Eintritt ins Ministerium die schriftliche Zusicherung ertheilen lassen, nach ihrem Rücktritt nur solche Stellen annehmen zu müssen, welche ihnen zusagten. Ihre Reactivirung dürfte also so bald noch nicht erfolgen. Der erstere erhält 1600, der andere 2000 Thlr. Wartegeld.

Mainz, 28. Oct. Der Rhein wird diesmal sehr lange von höchsten Herrschaften besucht. Nachdem diese Woche Ihre Majestäten die Königin der Niederlande und die Königin Maria Amalia, Wittwe Ludwig Philipps, unsere Stadt passirten, sind heute Morgen um 9 Uhr Ihre königl. Hoheiten die Frau Prinzessin von Preußen und die Frau Herzogin von Orleans, nebst deren beiden Söhnen, Graf von Paris und Herzog von Chartres, an Bord des kölnischen Dampfers „Prinzessin von Preußen“ nach Koblenz gereist. Die Frau Prinzessin von Preußen wird bei dieser Stadt das Boot verlassen und die Herzogin von Orleans die Reise weiter fortsetzen. Um 11½ Uhr ist ein Extraboot der Hilfeldorfer Gesellschaft, „Jordan Müller“, festlich geflaggt von Mannheim kommend, mit Sr. Hoheit dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und dessen Gefolge von 30 Personen, auf der Fahrt nach Düsseldorf, an unserer Stadt vorbeigefahren. — Nach einem Krankenlager von nur vier Tagen ist heute Morgen der Oberst der hiesigen k. k. österreichischen Artillerie, Olivo von Oliveberg, gestorben. Die feierliche Beerdigung wird übermorgen stattfinden, und wird die Leiche von der österreichischen und preußischen Artillerie zur letzten Ruhestätte begleitet werden, da der Verlebte zugleich Inspector der Bundesfestung im Artilleriewesen war.

Bremen, 26. Oct. Der Major a. D. Jungmann macht in der „Weser-Zeitung“ bekannt, daß „die Schrift, welche er gethan habe, die Anhäufung der Besitzungen an hiesigen Mannschaften der ehemaligen schleswig-holsteinischen fünften Festungsbatterie, welche am 5. April 1849 im Hafen von Eckernförde dazu beigetragen haben, die Fregatte „Gefion“ für Schleswig-Holstein und damit für Deutschland zu erobern, bei der Bundesbehörde zu Frankfurt a. M. veranlaßt zu sehen, ohne Erfolg geblieben sind.“

Schweiz.

⊙ **Bern**, 27. Oct. Die conservative Presse unseres Kantons ist mit Recht ungehalten darüber, daß der Bundesrath noch immer keinen Entscheid über das Preßgesetz gegeben hat, welches ihm nun schon seit länger als fünf Monaten vorliegt. Als Grund dieses Verfahrens wird angegeben, daß Herr Druey als Berichterstatter es für nöthig gehalten habe, über diesen Gegenstand eine sehr weitläufige Arbeit zu unternehmen und zu diesem Zwek sämmtliche in der Schweiz geltende Preßgesetze zu sammeln und zu prüfen. — Die Unsicherheit in unserm Kanton wächst mit der Frechheit des herumziehenden Gesindels. Im Emmenthal ist wenige Minuten von einem großen Dorfe auf offener Straße ein Raubmord begangen worden. — In letzter Nacht entwich aus einem hiesigen Gefängnisse einer der kühnsten Diebe der Schweiz. Diebstähle in Kaufläden am hellen Tage sind nicht selten. — Der bekannte Fremdenführer Hans Lauener hat einen gräßlichen Tod gefunden. Am 22. d. M. verfolgte er einige Gemsen auf dem Jungfraugletscher und stürzte von einer senkrechten Felswand in den fürchterlichen Abgrund.

Italien.

Genua, 21. Oct. Dem Journal „Italia e Popolo“ zufolge macht man im Vaticau Vorbereitungen, welche beweisen sollen, daß Se. Heiligkeit nach Paris gehen werde. Der König von Neapel soll alle Verarbeitungen vom 15. Mai begnadigt haben.

Frankreich.

† **Paris**, 27. Oct. Arsene Houssaye, der Director des Théâtre français, hat für das Festgedicht, welches von der Rachel am vorigen Freitag gesprochen wurde, von Ludwig Napoleon eine goldne, reich mit Diamanten besetzte Tabatiere erhalten. Die Rachel erhielt ein überaus werthvolles Armband, von einem eigenhändigen Schreiben des Prinzen begleitet. — Granier v. Cassagnac hat eine Broschüre herausgegeben: l'Empire devant l'Europe (1815—1852) und Montalembert ein neues Buch über das parlamentarische Regime (also nicht, wie irrthümlich im heutigen Hauptblatt steht, über die „Interessen des Katholicismus“, ein Werk, welches erst noch zu erwarten steht). — Berryer ist hierher zurückgekehrt; der Tag seiner Aufnahme in die Akademie ist noch nicht anberaumt. Das für diese Sitzung bestellte Bureau bilden Guizot, Villemain und v. Salvandy; Letzterer wird Berryer antworten. — Abbé Gioberti, aus den Vorgängen in Italien im Jahr 1848 bekannt, ist hier, 45 Jahre alt, in Folge eines Schlaganfalls gestorben. Er war unter König Albert Conseilspräsident in Turin und ging im März 1849, nach der Schlacht von Novara, als sardinischer Gesandte nach Paris.

Spanien.

Madrid, 24. Oct. Auch Englands Geschäftsträger hat die Hilfe seines Landes in Beziehung auf Cuba der Regierung zugesagt. Die Minister sind somit aus aller Klemme und sehen ruhig den Dingen entgegen, die in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen unsere Antille geschmiedet werden. Heute sind im Ministerrath Vorsichtsmaßregeln beschlossen worden, die das Dampfschiff „Isabel la Catolica“ dem Generalcapitän von Cuba zu überbringen hat, und diesem Statthalter ist gleichzeitig ein Belobungsschreiben in Betreff seines Benehmens gegen den amerikanischen Postdampfer „Crescent City“ zuerkannt worden. Den Behörden, die seit dem Lopez'schen Ausfuhrversuche unsere Küsten auf ihrer Hut sind, war es nicht entgangen, daß der Führer jenes Schiffes ein saubrer Schaft mit aufrührerischen Schriften machte, die er, an den amerikanischen Consul zu Havannah adressirt, in die Stadt schmuggelte. Als nun auf Anstiften des Bahnenadjutanten von der Havannah man sich weigerte, den an besagten Consul adressirten Beutel mit Briefschaften und Papieren zu öffnen, wurde dem „Crescent City“ der Eingang in den Hafen verweigert und unser Kriegsdampfer „Pizarro“ beauftragt, den „Crescent City“ bis über die Höhe von Cuba hinaus zu beobachten. Durch die heute von der Havannah mit dem Postdampfer „Fernando el Catolico“ über Cadix hier eingetroffenen Briefe ist die Regierung in Kenntniß gesetzt worden, daß 8 englische und 5 französische Kriegsschiffe in den verschiedenen Häfen der Insel Cuba vor Anker liegen. Nichtsdestoweniger hat der Marineminister heute Befehle nach Cadix abgehen lassen, um die Ausrüstung unsers neuen Linienschiffes „San Eduardo“ von 86 Kanonen zu beschleunigen, damit auch die spanische Seemacht in den Gewässern der Antillen würdig vertreten sei. (K. Z.)

Großbritannien.

‖ **London**, 26. Oct. Die Engländer läßt Frankreichs Seestärke nicht mehr ruhig schlafen. Wenigstens bekundet heute in einem seiner Leitartikel der ministerielle „Herald“ seine Trostlosigkeit über die Ueberlegenheit der französischen Kriegsschraubendampfer „Napoleon“, „Charlemagne“, „Austerlitz“, „Jean Bart“ ꝛc. und seinen Zorn gegen die Manchesterclique und ihre Finanzreformen und Sparsamkeitsgelüste die es so weit habe kommen lassen. Die einzige Hoffnung des „Herald“ steht auf dem Herzog von Northumberland, der die größte Thatkraft entfalte, die Engländer um den Ruhm, die erste Secnation der Welt zu sein und zu bleiben, nicht kommen zu lassen, und gute Proben durch Herrichtung der Schiffe „Agamemnon“ und „Herzog von Wellington“ bereits abgelegt habe. — Dem „Sun“ zufolge soll das Ministerium beabsichtigen, demnächst eine Bill gegen die Einmischung katholischer Priester in die Wahlen einzubringen.

Belgien.

Brüssel, 27. Oct., Abends. Die Repräsentantenkammer wählte heute zu Quästoren einen Katholiken und einen Liberalen. — Das Zustandekommen eines Cabinets ist immer noch zweifelhaft. (Tel. Dep. d. Köln. Z.)

Türkei.

† **Konstantinopel**, 16. Oct. Der Ersinanzminister Nafiz Pascha ist verhaftet worden. An die Stelle Kallimaki's ist Feki Pascha zum Pfortegesandten in Paris ernannt worden. Es bestätigt sich, daß das London-Pariser Anlehen verworfen werden wird.

* **Beyrut**, 12. Oct. Die Drusen haben unterstützt von den Beduinen den Kampf mit den Türken begonnen, indem sie Nachts deren Lager angriffen. Laut einer amtlichen Kundmachung wären bei diesem Zusammenstoß 400 Insurgenten getödtet und 200 Ge-

fangene gemacht werden. Viele bezweifeln die Richtigkeit dieser Angabe, da der Generalcommandant der Garnison von Naplusa Befehl gab, zu ihm zu stoßen. Die Landwege in Syrien sind jetzt unsicherer als jemals; die Communication mit Damaskus ist unterbrochen.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
XIX.

⁄ **Köln**, 28. Oct. (Sitzung am 27. Oct.) Vertheidiger Esser I. fragt nach dem Protocoll, welches bei der ersten Haussuchung bei Frau Daniels aufgenommen worden sei, sowie nach den bei dieser Gelegenheit sonst noch confiscirten Papieren. — Oberprocurator v. Seckendorff: Das Protocoll, sowie die Briefe, mit Ausnahme desjenigen von Frau Marx an Frau Daniels, scheinen keine Bedeutung für den Proceß gehabt zu haben, weßhalb er dieselbe an die Polizeibehörde zurückgegeben habe. — Esser I. begehrt, als Vertheidiger von Daniels und Erhard, daß das Protocoll und die sonstigen Papiere zu den Acten geliefert würden, und hebt unter den Papieren namentlich hervor; 1) einen Brief von Frau Freiligrath; 2) einen Brief von Pieper, Hauslehrer bei Herrn v. Rothschild; 3) Entwurf eines Briefes von Frau Daniels an ihren Mann — Der Oberprocurator bemerkt, wenn er schon damals Pieper als Communisten gekannt hätte, wie sich dieses im Verlauf der Untersuchung herausgestellt, würde er selbst dafür gesorgt haben, daß dessen Brief vorläge. Er will die Papiere von der Polizei zurückfordern und diese veranlassen, deßhalb eine telegraphische Depesche nach Berlin zu befördern, falls jene sich dort befinden. — Sämmtliche Vertheidiger erheben sich und sprechen sich für Herbeischaffung der Papiere aus. Der Vertheidiger Schneider II. läßt den Polizeirath Stieber fragen, ob er nicht dieser Tage in einem Weinhause bei Anwesenheit einiger Geschwornen geäußert habe, „Marx sei ein österreichischer Polizeispion." — Polizeirath Stieber sieht sich die Geschwornen an und sagt: „Nein." — Vertheidiger Schneider II. Es sei möglich, daß Herr Stieber die Geschwornen nicht gekannt habe. — Stieber stellte aber den Vorfall überhaupt in Abrede. — Vertheidiger Schneider II. bemerkt, unter den Personen, die das Londoner Protocollbuch unterzeichnet haben sollen, komme der Name Liebknecht auch sonst in der Verhandlung vor. Die Namen Ulmer und Rings seien aber ganz unbekannt, er halte sie für mythische Personen; ob der Polizeirath Stieber nähere Auskunft darüber geben könne? — Polizeirath Stieber zuckt die Achseln. Er habe auf das Protocollbuch selbst anfänglich kein großes Gewicht gelegt. Die Agenten wären nicht zu bestimmen gewesen, als Zeugen zu erscheinen. Er habe deßhalb auch nicht vorgehabt, Gebrauch von dem Protocollbuche zu machen, da er einen Mißbrauch befürchtet habe. Ein Umstand nämlich sei ihm verdächtig erschienen: die Unterschrift Liebknechts befinde sich in der Austrittserklärung; sie schien ihm nicht ähnlich, sogar verschieden, dagegen aber wäre sie dem Namen, wie er im Context vorkomme, ähnlich. Auch weiche der Vornamen ab, indem er einmal mit H, das anderemal mit W erscheine. Was ihn jedoch zur Vorlage des Buches bestimmt habe, sei, daß sich die Mittheilung des Agenten über den an Kothes couvertirten Brief als wahr bestätigt habe, daß der bei Frau Daniels von Frau Marx gefundene Brief die Correspondenz, die bei Buchbinder Hartmann vorgenommene Haussuchung das Vorhandensein der Beckerschen Reden bewahrheitet hätten, und daß endlich die Behauptung, Haupt habe der Polizeibehörde eine Ausarbeitung über die Verhältnisse des Bundes eingeliefert, ebenfalls in Wahrheit begründet gewesen sei. Uebrigens sei ihm gesagt worden, daß es zwei Brüder Liebknecht gebe, die aus Gießen wären. — Auf die Frage des Präsidenten, ob Zeuge über deren Existenz etwas Näheres ermittelt habe, erwidert derselbe, dazu sei keine Zeit gewesen. Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß im Protocollbuch die Unterschrift ohne Vorname sei. Der Zeuge bemerkt indeß dagegen, daß auch die Schriftzeichen sich nicht glichen, so fehlen z. B. in einer der Unterschriften die Bindestriche. Der Präsident entgegnet, daß der Context des Protocolls und die Unterschrift Liebknecht von einer Hand zu sein schienen. — Die Personen Rings und Ulmer erklärt Polizeirath Stieber nicht zu kennen, während die angeführten Namen Wolff, Pieper, Haupt u. A. bekannt seien. Es sei auch möglich, daß die Namen Rings und Ulmer Bundesnamen seien, mit denen unterzeichnet worden wäre. Die Zeit sei zu kurz gewesen, um das Nähere authentisch zu ermitteln. — Vertheidiger Schürmann fragt, ob auch die Marxische Partei Bundesnamen geführt habe? Man würde dafür kein einziges Beispiel anführen können. — Polizeirath Stieber: Gewiß, sie waren Communisten und alle Communisten haben Bundesnamen. — Vertheidiger v. Hontheim läßt den Zeugen über die Person des Hersch befragen. — Polizeirath Stieber kennt zwar einen Handlungsdiener Hersch, den man für einen Spion erklärte, es sei ihm dies aber nicht bekannt, und versichere ihm der Polizeilieutenant Goldheim (nicht Goldstein), der länger mit der politischen Polizei beschäftigt sei, das Gegentheil. — Präsident: Sie gaben früher schon an, daß Sie Agenten haben, die in das Vertrauen der Londoner Communisten einzudringen wußten. — Stieber: Man ist mir in London fast das Haus eingelaufen, um sich zu Polizeidiensten zu erbieten. Solche Leute braucht man nicht in den Bund zu schicken, sie sind schon in demselben. Es sind meist verlaufene Handwerksgesellen, die in der größten Noth leben. Zeuge schildert diese Noth näher und behauptet zum Schluß, außer drei bis vier überspannten Personen seien in London alle deutschen Communisten käuflich. — Der Vertheidiger Schneider II. meint, es würde dem Protocollbuch ein größeres Vertrauen geben, wenn sich der Herr Polizeirath Stieber entschließen könnte, den bewährten Agenten zu nennen. — Polizeirath Stieber erklärt sich dazu nicht ermächtigt. — Der Oberprocurator läßt den Polizeilieutenant Goldheim befragen. Dieser behauptet, Hersch sei so wenig Spion, daß er, Zeuge, sich vielmehr die größte Mühe gegeben habe, seiner habhaft zu werden, und so habe er ihn endlich in Hamburg auf der Straße verhaftet, worüber seiner Zeit das Hamburger Blatt „der Freischütz" viel Aufhebens gemacht. Er habe ihn dennoch nicht eingebracht. Wie Hersch entkommen, erklärt Zeuge nicht näher. — Polizeidirector Wermuth bemerkt, daß Hersch auch in dem Schreiben, welches man bei dem Ungarn Tiali fand, genannt werde, was sich bestätigt findet. Die Ursache der Verhaftung, bekundet der Zeuge Goldheim näher, war die Correspondenz des Hersch mit den Communisten.

Polizeirath Stieber bemerkt, Bermbach stand, wie es sich ermittelt habe, mit Marx in lebhafter Correspondenz. Es scheine ihm, daß Marx, um Bermbach nicht zu compromittiren, da Marx seiner eignen Umgebung nicht trauen durfte, Briefe von ihm der Frau Daniels unterschoben habe, wodurch es sich erkläre, daß ihr Name im Protocollbuch häufiger vorkomme, als sie in Wirklichkeit Briefe schrieb. — Vertheidiger Esser I. hebt hervor, daß es andern Zeugen untersagt worden sei, Schlüsse zu ziehen. Er trägt darauf an, daß beiden Theilen gleichmäßig anbefohlen werde, sich an Thatsachen zu halten. — Der Präsident rechtfertigt den Polizeirath Stieber mit dessen Bestreben, die Sache aufzuklären; die Herren Geschwornen würden Thatsachen von bloßen Ansichten zu unterscheiden wissen. — Vertheidiger Schneider II. läßt den Polizeirath Stieber fragen, ob sich Gerval jetzt in London befinde. — Der Zeuge weiß davon nichts. Er habe allerdings sich bei den französischen Behörden für Gerval verwendet, da er nicht zweifelte, daß auch die dortigen Behörden reuvolle Verbrecher berücksichtigen. Später erhielt Stieber einen Brief von Gerval aus dem Gefängnisse Mazas, worin Letzterer den Zeugen an sein versprochenes Fürwort erinnerte. Er habe darauf nochmals für Gerval gesprochen. Was später aus diesem geworden, wisse er nicht; er glaube gehört zu haben, daß er entflohen sei. — Vertheidiger Schneider II.: Er ist allerdings mit einem zweiten Verhafteten entsprungen. Ich will mich darüber aller Muthmaßungen enthalten und sie den Geschwornen überlassen. — Polizeirath Stieber reicht noch zwei Briefe von dem Schuhmacher Hätzel (nicht Hessner) in Berlin ein. Der eine ist nach seiner Flucht aus Breslau vom 29. Januar 1850 datirt und an die unbestimmte Adresse Marx, Schapper oder Bauer gerichtet. Der Schreiber bittet um Geld. Hätzel, vorgerufen, gesteht, von Schapper 13 Thaler empfangen zu haben. Der andere Brief, den er anerkennt und der von London nach Berlin ging, wird nicht verlesen.

Zweiundfünfzigster Zeuge, Sophie Meyer, Ehefrau des Kaufmann Boas in Minden. Ihr Brief an Jacobi wird verlesen. Sie erkennt denselben an, gibt aber sonst meist nur ausweichende Antworten und will von der beabsichtigten Reise Jacobi's nach Paris nichts wissen, von der ihre Schwester Fanny schrieb. Die mit B bezeichnete Person, welche Jacobi wie eine Stecknadel suchte, sei wahrscheinlich Bürgers gewesen. In Betreff der Stelle: „Hoffentlich wird er die Papiere, einen gewissen Dr. betreffend, verbrannt haben, sonst dürfte manches Herz banger schlagen," befragt, wer dieser gewisse Doctor sei, erklärt sie, es nicht mehr zu wissen.

Dreiundfünfzigster Zeuge, Heinrich Junkermann, Polizeiinspector in Krefeld, spricht sich über die Haussuchung bei der Gräfin Hatzfeld in Düsseldorf wie der Zeuge Goldheim, und über die Rede, die ein Kölner in Krefeld gehalten, wie der Lehrer Lehmann aus. Den Kölner kannte er nicht, und erkennt ihn auch unter den Angeklagten nicht wieder. Zeuge nahm ein Packet mit 50 rothen Katechismen, an den Oberkellner Gianelli in Krefeld adressirt, in Beschlag, vermochte aber über den Absender nichts zu ermitteln.

Vierundfünfzigster Zeuge, Victor Canetta, Kreisphysicus in Köln, ist von dem Oberprocurator vorgeladen, um über die angeblich schlechte Behandlung der Gefangenen im Arresthause zu berichten. Nach dem Zeugen hat man den Kranken alle mögliche Pflege angedeihen lassen. Er widerlegt mehrere Behauptungen, welche von den Angeklagten erhoben worden. Dr. Becker habe sich gar nicht als krank bei ihm gemeldet. — Die Vernehmung der Belastungszeugen ist zu Ende.

Erster Experte, Renard, Schreiblehrer in Köln, findet durch Vergleichungen, daß die nach Leipzig gesandte Ansprache vom Juni 1850, sowie deren äußere Adresse an Kaufmann Helfer und die innere an Martius, von Schramm, Anhänger von Marx, geschrieben sei. Mehrere Schriften von Mitgliedern der Minorität erkennt er als wirklich von deren Hand geschrieben an. (Schluß der Sitzung.)

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 28. Oct. $4\frac{1}{2}$pCt. Rente 106. — 3pCt. do. 81, 80. — Piemont 98, 90. — 3pCt. Span. $46\frac{1}{8}$. — 1pCt. do. $24\frac{1}{2}$. (Synd).

London, 28. Oct. 3pCt. Stocks $100\frac{3}{8}$. — 3pCt. Span. $51\frac{5}{8}$. — 1pCt. do. $25\frac{1}{4}$. (Synd.)

Madrid, 23. Oct. 3pCt. $47\frac{3}{4}$. — 1pCt. Neue $26\frac{1}{2}$. (Synd.)

Antwerpen, 28. Oct. 5pCt. Belg. 101. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $55\frac{7}{16}$. — 3pCt. Span. $45\frac{5}{16}$. — 1pCt. do. $24\frac{3}{8}$. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2451]

Bekanntmachung.

Mit dem 1. November beginnt der Winterdienst auf diesseitiger Bahn mit folgenden Abgangs- und Ankunftszeiten der Züge auf den Hauptstationen:

I. Fahrten in der Richtung von Frankfurt nach Heidelberg:

Stationen.		Personenzug	Gemischter Zug	Personenzüge					
		Morgs.	Mrgs.	Mittgs.	Kmittg.	Abds.	
		U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.
Frankfurt	Abgang	7 —	8 45	12 15	4 15	8 40	
Darmstadt	„	7 56	10 7	1 11	5 11	9 30	Ankunft
Heidelberg	Ankunft	9 56	12 57	3 11	7 11	—	
Mannheim			12 55				

II. Fahrten in der Richtung von Heidelberg nach Frankfurt:

Stationen.		Personenzüge.				Gemischter Zug	
		Morgs.	Mrgs.	Mittgs.	Nmittg.	Abds	
		U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.
Heidelberg	Abgang	—	8 —	12 10	4 20	5 15	
Mannheim						5 10	
Darmstadt	„	7 5	10 15	2 25	6 22	8 33	
Frankfurt	Ankunft	7 51	11 —	3 10	7 —	9 35	

Mit den gemischten Zügen werden Güter und zugleich Personen in allen Wagenklassen befördert; auch findet mit denselben unbedingte Beförderung von Vieh statt. — Der um 8 Uhr 45 Min. in **Frankfurt** und der um 4 Uhr 20 Min. in **Heidelberg** und **Mannheim** abgehende Zug hält **nicht** an bei den Stationen Isenburg, Arheilgen, Hembach und Großaschen.

Gleichzeitig mit Einführung des Fahrtenplans beginnt der Dienst bei der neuerrichteten Station **Isenburg**.

Darmstadt, den 28. October 1852.

Die Direction der Main-Neckar-Eisenbahn.

[2419]

L'EUROPE.

Die **Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft L'EUROPE** für Frankreich und alle übrigen Länder gegen **Feuer- und Hagelschaden**, so wie für **Militär-Vertretung**, sucht Directoren, Subdirectoren und einen Inspector mit einem festen Gehalte von 1000 bis 2000 Frs., welcher sich durch Provisionsantheil auf 3000 bis 6000 Frs. erhöhen wird. — Franko're Offerten nimmt die **General-Direction**, rue de Lafayette 55, in **Paris** entgegen.

[2415]

Neustadt an der Haardt,

in der Mitte des schönsten Theils der Pfalz gelegen, umgeben von den üppigsten Weinbergen, so wie von den nahen gewiesenen Punkten, wie die **Maxburg** (Hambach), die **Haardter Anlage**, die **Wolfsburg** rc. rc., verbunden durch die Eisenbahn mit allen benachbarten Städten und Staaten, namentlich mit **Mannheim**, welches mit seinem berühmten Theater jetzt nur noch eine Stunde von hier entfernt ist, ist durch diese günstigen Verhältnisse, welche das gesunde billige Landleben mit den Annehmlichkeiten der nahen großen Stadt vereinigt, mehr als alle anderen Orte des Gebirgs zu einem längeren Aufenthalte in jeder Jahreszeit geeignet, was die Anwesenheit sehr vieler angesehener Fremden bewährt hat.

Da der Unterzeichnete in diesem Orte einen wohleingerichteten Gasthof besitzt, auch billige und schöne Logis, sowohl während der eben stattfindenden Weinlese, als für dauernden Aufenthalt zu vergeben hat, so erlaubt er sich, zum Besuche seines Etablissements freundlichst einzuladen. [2440]

***L. Hornig*, Gastwirth zum Schiff.**

Niederländische Handels-Gesellschaft.

Die Direction macht hiermit bekannt, daß sie Donnerstag den 18. November 1852 in **Amsterdam** versteigern läßt:

6061 Kranz. n. Kanasf. Java-Zucker in **Amsterdam** liegend.
1073 „ „ „ „ **Schiedam** liegend.
200 „ „ „ „ **Dordrecht** liegend.

Unter Vorbehalt, diese Partien durch zeitige Anfuhr von noch ungefähr 3000 Kranjang zu vermehren.

Die Programme nebst Versteigerungsbedingungen werden binnen kurzem ausgegeben werden.

Amsterdam, 16. October 1852. **de Monchy**, Präsident.
[2413] **de Clercq**, Secretär.

Cours der Staats-Papiere. 29. October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.n.Rothsch.	93 1/8	P.
»	5% M.v. J. 1851 Ser. B	94	P.
»	5% L. V. (C.b Roths)	88 3/4 P. 88	G.
»	5% de Monte C.L.I.M.	84	P.
»	Bank-Actien . . .	1361 P.	57 G.
»	5% Metall. Oblig.	80 1/4 P. 80	G.
»	5% M.v. J. 1851 Ser. A.	80 3/4 P. 1/4	G.
»	5% ditto 1852	80 1/4 P. 1/4	G.
»	4 1/2% ditto	72, 1/12, 72	Sept. 71 7/8 G.
»	4% ditto	64 1/4	P.
»	3% ditto	48	P.
»	2 1/2% ditto	40 3/4 P. 3/4	G.
»	1% ditto	16 1/2	P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	116	P.
»	fl. 500 » ditto	192	P.
»	4 1/2% Oblig. b. Rothsch.	80 1/4	P.
»	90 1/2% Staatsschuldsch.	84	G.
Preussen.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	—	
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112 1/2	P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 1/8 P. 3/8	G.
»	4 1/2% ditto	100 3/4 P. 1/2	G.
»	4% ditto	96 1/4	G.
»	4% Ablös.-Rente .	96 1/4 P. 1/4	G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	92 1/4	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95 1/4	P.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102 1/4	G.
Baden . .	5% Obligationen .	101 3/8	G.
»	4 1/2% Obligationen	102 1/4	G.
»	3 1/2% v. 1845 . .	90 1/4	P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/8 P. 66	G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	33 3/8 P. 1/4	bez.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/4	G.
»	4% ditto	99 1/4	P.
»	3 1/2% ditto	91 1/4	P.
Nassau .	fl. 35 Loose . . .	23 3/4 P. 1/4	G.
Würtemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 1/2 P. 1/2	G.
»	3 1/2% ditto	90 1/4	P.
Hurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34 1/2 P. 3/4	bez.
»	Frkf.-Wilhs.-Nordb.	45 1/4	G.
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	102	P.
»	4% ditto b. Rothsch.	93 1/2	P.
»	3 1/2% ditto b. Rothsch.	91 3/4	G.
»	fl. 50 Loose . . .	91 P. 90 1/2	G.
»	fl. 35 Loose . . .	31 1/2	P.
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	95 1/4 P. 9 1/4	G.
»	3 1/2% v. 1846	94 1/2	P.
»	3%	86 1/4 P. 85 1/4	G.
»	Taunusbahnact. .	305 P. 302	G.
Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	102 1/2	P.
»	4% Obl. b. Hope fl. 7.	91	P.
»	4% » » Stieglitz »	90 1/4	G.
Polen.	4% Oblig. de fl. 500	91 3/4	G.
Spanien	3% Inl. Sch. P. 2.3.36	45 3/4 P. 5/8	G.
»	3% Neue » »	24 3/4	bez. u. G.
Holland.	4% Certificate . .	95 1/4	G.
»	2 1/2% Syndicate .	94 1/2	G.
»	2 1/2% Integrale	63 1/2 P. 1/2	G.
Belgien .	5% Obl. in L. à 25 fr.	100 3/4 P. 1/4	G.
»	4 1/2% Obl. in F. à 25 kr.	98 P. 97 3/4	G.
»	4% Obl. in Fr. à 25 kr.	91	G.
»	3 1/2% Obl. b. Rothsch.	86 P. 85 3/4	G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98 P. 97 3/4	bez.
»	3% Obl. b. Hamburg	95	P.
»	Sardinische Loose	40 3/4	G.
Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Goldsch.)	101 1/4 P. 101	G.
»	5% » 1851 b. Baster (Gs.)	98	G.
Mexerika	6% Stocks Dollt. 9.30.	116 1/2 P. 1/2	G.
Vereins-L.	fl. 10 Loose . . .	21 15/16 P. 9/16	G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 29. October		Per comptant.	
Amsterdam . . .	k.S.	100 B.	100 G.
(100 fl. Crt.)	8M.	—	—
Augsburg . . .	k.S.	120 B.	—
(100 fl. Crt.)	8M.	—	—
Berlin	k.S.	105 B.	—
(66 Thlr.)	8M.	—	—
Bremen (50	k.S.	97 B.	—
Rthlr. l. Ldor.	8M.	—	—
Hamburg . . .	k.S.	89 B.	—
(100 Mk. B. Crt.)	8M.	—	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B.	104 G.
London . . .	k.S.	119 B.	1 G.
(10 Livr. St.)	8M.	—	—
Lyon	k.S.	94 B.	—
(300 Fr.)	8M.	—	—
Mailand (350	k.S.	100 B.	—
Lir. Austr.)	8M.	—	—
Paris	k.S.	94 B.	1 G.
(300 Fr.)	8M.	—	—
Wien (100fl.)	k.S.	102 B.	1 bez.
im 24 20 F.)	8M.	—	—
Disconto . . .		3 B.	

Gold und Silber.

Ducaten . . .	8. 9 45-46	
Pr. Friedrichsd'or	9 55-56	
Holl. 10fl. Stücke	9 54 1/2 - 55 1/2	
Rand-Ducaten .	5 38-39	
20 Francsstücke	9 29-30	
Engl. Sovereign	11 54	
Gold al Marco	3 83-84	
5 Frankenthaler	2 22 1/2	
Preuss Thaler	1 45 1/2	
Preuss Cassa-Sch.	1 44 1/2 - 45 1/2	

Druck von August Osterrieth.

№ 260. Samstag den 30. October 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Postbezirke von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins, Luxemburg, Belgien 3 fl. 45 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten 3 fl. wie in dem k. k. österreichischen Steuerverbande 3 fl. 30 kr. = 2 Rthlr. oder 2½ Sgr.

Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile 1½ Sgr. Beiträge werden franco erbeten.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

P **Berlin**, 27. Oct. Die neulich erschienenen Zusätze zu dem „Prüfungsreglement für Medicinalpersonen vom 1. December 1825" werden hier von allen Sachverständigen als eine erfreuliche Verbesserung anerkannt. Man hofft, daß auf diese Weise es dem nur nothdürftig Vorbereiteten schwerer fallen werde, die Examinatoren zu täuschen und sich durch das Examen zu winden. Namentlich meint man, daß durch die Beschränkung der Prüfungszeit, die früher ein halbes Jahr umfaßte absorbirte und jetzt auf etwa zwei Monate beschränkt ist, dem Unwesen der Repetitionen oder sogenannten „Einpaukereien" werde entgegengearbeitet werden, da jetzt Zwischenräume der einzelnen Examensabschnitte, welche zu jenen benutzt wurden, nicht mehr vorkommen. Auch das hält man für eine zweckentsprechende Anordnung, daß die geburtshilfliche Prüfung zugleich mit der Staatsprüfung verbunden ist, und daß der Candidat, welcher einen Theil der Prüfung nicht bestanden hat, verpflichtet sein soll, dieselbe mit Ausnahme der anatomischen noch einmal ganz durchzumachen. Denn nicht allein, daß bisweilen die Ausdauer des Examinanden in Versuchen, die Prüfung abzulegen, den Sieg über die bessere Ueberzeugung der Examinatoren davon trug, so kam es auch vor, daß die geburtshilfliche Prüfung, welche früher in dem Belieben der Aerzte lag, demnächst, sobald sie einmal approbirt waren, häufig von denselben verabsäumt wurde. Nach den amtlichen Zusammenstellungen sind von 3707 promovirten Aerzten der Monarchie nur 2542 zugleich Geburtshelfer. Dies wirkt namentlich sehr nachtheilig in den Provinzen, wo die Aerzte am sparsamsten über das platte Land vertheilt sind (im Regierungsbezirk Königsberg sind von 155 Aerzten nur 88 zugleich Geburtshelfer), weil hier die Geburtshilfe denjenige größtentheils den Händen Unberufener, der Aerzte, die nicht Geburtshelfer sind, oder wissenschaftlich nicht vollkommen Befähigten, wie Wundärzten und Hebammen, überlassen bleibt. Es ist demnach nur zweckentsprechend, daß Bestimmungen getroffen sind, welche auf die Ausbildung der Candidaten der Medicin einen vortheilhaften Einfluß zu üben vermögen. Eine ungweifelhaft andere Folge jener wird sein, daß noch mehr Studenten der Medicin als bisher in früheren Semestern die hiesige Universität beziehen werden, theils um die Examinatoren kennen zu lernen und ihnen bekannt zu werden, da jene meist Lehrer an der Universität sind, theils um die geübten und eingeschulten Repetitoren zu benutzen. Es hat sich nämlich etwas ganz Aehnliches rücksichtlich der Juristen, in Folge der Ministerialverordnung eingestellt, daß Referendarien zum Ablegen des dritten Examens nicht früher Urlaub erhalten sollen, bis ein Termin zu ihrer Prüfung bestimmt und sie zu derselben einberufen werden. Denn um nur hier mit Hilfe der Repetitoren sich vorbereiten zu können, vielleicht auch, um aus dem zerstreuenden Leben ihrer bisherigen Umgebung herauszukommen, lassen sich Viele an das Kammergericht versetzen, so daß hier ein größerer Andrang als zuvor ist. — In Folge des andauernd günstigen Wetters werden die begonnenen Bauten rüstig fortgesetzt. Die baupsächlichsten Neubauten finden sich im nördlichen Theile der Stadt, in der Umgegend des dritten einer Bahnhofs, die dadurch immer mehr an Freundlichkeit und Eleganz gewinnt. Die sich mehrenden Etablissements von Maschinenbauanstalten, sowie die Erweiterung desselbenden, vergrößern die Zahl der dortigen Bevölkerung und es läßt dies die Verschönerung des bis dahin noch ziemlich den und schlecht bebauten Stadttheils als eben so vortheilhaft wie nothwendig erscheinen, womit denn auch rüstig vorgegangen wird. Nach der andern Seite hin hat dieser Theil der Stadt ungemein durch den Ausbau der abgebrannten Artilleriewagenhäuser, die Erbauung eines umfangreichen geschmackvoll aufgeführten Lazarethes, sowie die Vergrößerung und Verschönerung des Invalidenparks gewonnen. Daneben bieten die fürstigen bei dem Hamburger Bahnhofe vor und neben dem großartigen Centralgasreinigungshause und der Ulanenkaserne, vor kaum zwei Jahren nur eine Sandwüste, den angenehmsten und vielversprechendsten Anblick. Es läßt sich daher mit Sicherheit annehmen, daß, wenn erst der neue Kanal auf dieser Seite mit der Spree verbunden ist, dieser Stadttheil in Verbindung mit Moabit der Hauptsitz der großen Fabrik- und Maschinenbauanlagen werden wird, da er alle Factoren dazu enthält.

‡ **Berlin**, 27. Oct. Hinsichtlich der handelspolitischen Frage wird in hiesigen Kreisen behauptet, daß Oesterreich in der letzten Zeit Schritte der Versöhnung mit Preußen eingeleitet habe. Die näher rückende Lösung der großen orientalischen Frage, sowie die Gefahren, welche die Entwickelung der Dinge in Frankreich erzeugen kann, sollen es dem Wiener Cabinet doch etwas bedenklich erscheinen lassen, die Spaltungen in der Zollvereinsfache auf die Spitze zu treiben. — In der Verlobungsangelegenheit der jungen Prinzessin Anna und des Prinzen von Hessen war die Einholung der förmlichen Genehmigung des Chefs des kurf. hessischen Hauses vergessen worden, welches, wie wir hören, jetzt nachträglich geschehen ist. Diese Genehmigung ist ungesäumt von dem gegenwärtig regierenden Kurfürsten erbeten worden. Hinsichtlich der vielfach in den Blättern verbreiteten Gerüchte, daß der Kurfürst von Hessen am Wiener Hof die Succeffionsfähigkeit seiner Kinder betrieben habe, erfahren wir als verbürgt, daß diese Angabe durchaus ungegründet sei, indem der Kurfürst nur die Erbeung der Gräfin Schaumburg in den Fürstenstand durch das Wiener Cabinet zu erlangen suche. — In Betreff der Entsendung des diesseitigen Gesandten nach **Stuttgart**, Grafen v. Seckendorff, sollen noch kleine Beanstandungen vorliegen, welche indessen nicht die Beziehungen der beiden Cabinete berühren. Diese unwesentlichen Hindernisse dürften aber bald beseitigt sein.

Unter den bis jetzt aufgestellten Candidaten für die zweite Kammer kann ich Ihnen folgende nennen: Generalsteuerdirector a. D. Kühne, Justizrath Geppert, Geh. Rath Matthis, Kriegsminister v. Bonin, General v. Webern, Geh. Rath v. Patow, Prof. Keller, Geh. Legationsrath v. Gruner, Graf Goltz, Kammergerichtsrath v. Merckel, Baurath Cantian, Prof. Heffter, Geh. Commerzienrath Carl, Justizrath Ulfert, Gamet, Krebs, Sametzki; Prof. Nitzsch u. s. w. Unter diesen werden Sie alle conservativen Richtungen mit Ausnahme jener der Kreuzzeitungspartei vertreten finden, deren Candidaten uns noch nicht bekannt sind. Die eigentliche Liste der ministeriellen Candidaten wird auch erst heute Abend vollständig zu übersehen sein. Dasselbe gilt auch von der liberal-constitutionellen. Mit Rücksicht auf die Zollvereinsfrage ist der Generalsteuerdirector Kühne von mehreren conservativen Fractionen an die Spitze ihrer Candidaten gestellt.

‡ Aus **Posen**, 26. Oct., wird uns gemeldet: Während die Cholera so verheerend in Kalisch und längs unserer Grenze wüthete, wurde die jenseitige Grenzsperre wohl nicht so strenge gehandhabt, als die Regierung es verlangt; dafür ist sie jetzt um so mehr verstärkt, da den neuesten Anordnungen zufolge keine Bücher, ihr Inhalt sei welcher er wolle, und überhaupt keine Schriften, wenn sie auch die laufenden Geschäfte betreffen, mit hinüber genommen werden dürfen. Ja selbst Portraite, die Bekannte einander haben zuschicken wollen, sind dem Einfuhrverbot zufolge zurückgewiesen worden. Rußland scheint sich abschließen zu wollen, wie China oder Japan, wenigstens ist dies in Beziehung auf das Königreich Polen der Fall, denn wehe dem Fremden, in dessen Paß auch nur der geringste Formfehler ganz ohne seine Schuld vorkommt, und hätte er gar Crösus Schätze zu gebieten, er kommt nicht über die Grenze. Treten auserdem Fälle ein, daß die Grenzbeamten irgend welche Bedenken hegen, und deßhalb erst in Warschau anfragen, so kann er wochenlang auf der Grenze liegen, ehe die entscheidende Antwort eintrifft. Dagegen sorgt die Regierung für die Einwohner des Inlandes in großmüthigster Weise: unge-

heuere Summen sind angewiesen, theils für die zahlreichen Cholera-waisen; theils für die durch den großen Kalischer Brand Verunglückten. — Die böse Seuche hat unsere Stadt, welche sie um 3000 Einwohner ärmer gemacht, fast ganz verlassen, noch weniger sie noch in entsetzlicher Weise in einigen kleinen Städten und auf den polnischen Dörfern, wo zum Theil jeder fünfte Mensch dieser Pest erliegt. Aber selbst bei ihrem Scheiden hat die Krankheit ihren verderblichen Charakter noch nicht abgestreift, da sie den bösen Typhus im Gefolge hatte, der ebenfalls sehr viele Opfer absorderte, und dem nun alle möglichen Fieberkrankheiten gefolgt sind. Der Himmel wolle verhüten, daß die Seuche nicht im nächsten Frühling wieder auflebe und ihren verwüstenden Weltgang gegen Westen fortsetze. Für dies Jahr scheint es, daß ihre Kraft diesseits der Oder gebrochen ist. Wie aber nichts so gräßlich ist, daß es nicht auf irgend eine Weise zum Privatvortheil ausgebeutet würde, so ist es in unserer Nachbarstadt auch in dem Fall gewesen, wo man die Furcht vor der Seuche zum Einschmuggeln unversteuerter Waaren, und zwar in wahrhaft schaudererregender Weise benutzt hat. Zur Zeit, als die Seuche auf ihrem Höhepunkt stand, machte der jüdische Leichenwagen täglich mehreremale die Fahrt nach dem Kirchhofe, ohne daß er bei seiner Rückkehr irgend angehalten worden wäre. Dies wurde von der Speculation benutzt, und der geschlossene Kasten, in den die Leichen gelegt wurden, ward nach deren Beerdigung mit Fleisch und Mehl angefüllt, das auf diese Weise unversteuert in die Stadt gelangte. Ein Steuerauffseher bemerkte jedoch einmal, daß der leere Leichenwagen so schwer über das Pflaster rollte, er untersuchte den Kasten, und fand ihn — in dem noch vor einer Viertelstunde eine offene Oeffnung sichtbar gewesen — mit Fleisch und Mehl gefüllt. — Gestern haben hier, wie im ganzen Lande, die Urwahlen zu den diesmaligen Kammerwahlen stattgehabt, wobei sich jedoch eine solche Theilnahmlosigkeit herausstellte, daß selbst mit Einschluß der zahlreichen Beamten nicht der vierte Theil der Stimmberechtigten auf dem Kampfplatz erschienen war; ja in mehreren Bezirken konnte in der Abtheilung der Höchstbesteuerten gar keine Wahl stattfinden, da auch nicht ein Wähler erschienen war. Unsere Bürger sind des häufigen Wählens müde, seitdem sie erkannt, daß ihre materielle Lage dadurch nicht verbessert wurde; sie wünschen größtentheils diese Kammern wieder abgestellt, weil sie dem Lande viel Geld kosten und nichts einbringen; sie wünschen auch die Verfassung beseitigt, weil sie der Ansicht sind, sich früher unter der absoluten Regierung ungleich besser befunden zu haben, als jetzt. Was ist gegen solche Argumente bei uns zu sagen? Die Demokraten und Juden haben sich hier nur in geringer Zahl an den Wahlen betheiligt, und die Polen sind trotz ihrer Anstrengungen fast überall in der Minorität geblieben. Die Gewählten sind größtentheils Beamten. — Welchen Ausgang die Differenz zwischen dem Chef der Civilverwaltung und dem Haupt des katholischen Klerus hier noch nehmen werde, ist nicht abzusehen; doch ist soviel klar, daß dieselbe weniger eine konfessionelle als eine nationale ist, denn die hiesigen Katholiken deutscher Nationalität stehen fast alle auf Seite der Regierung, deren Rechte sie anerkannt wissen wollen. Somit hat der Streit nur den Zweck, das polnische Element zu kräftigen und wieder enger zu verbinden.

Nürnberg, 28. Oct. Nach so eben eingelaufenen Nachrichten, schreibt der hiesige „Korr. v. u. f. D." ist die Abreise Sr. Maj. des Königs von Darmstadt bis auf Weiteres aufgeschoben.

Von der Niederelbe, 25. Oct. Die Debatten, welche bei der ersten Berathung über die Verlegung der Zolllinie an die Elbe im dänischen Volksthing am Mittwoch, Donnerstag und Freitag voriger Woche geführt worden, sind nicht bloß für Dänemark und die Herzogthümer, sondern auch für ganz Deutschland als in hohem Grade interessant zu bezeichnen. Freilich liegen uns bis jetzt nur kurze Referate über jene breitägigen Debatten vor, indessen genügen dieselben schon, um uns einen tiefern Einblick in die Politik des jetzigen dänischen Cabinets und in das Verhalten der beiden Hauptparteien auf dem Reichstag zu demselben thun zu lassen. Die meisten Redner, die sich bei dieser Gelegenheit vernehmen ließen, hielten sich, wie es auch der Finanzminister bei seinen wiederholten Erklärungen und Entgegnungen vorzugsweise that, bei weitem mehr an die politische als an die handelspolitische Seite des Gesetzentwurfs. Nur Professor Kaper und der Consul Alfred Hage — beiläufig erwähnt der einzige Kaufmann im Volksthing — erörterten auch die Principfrage, indem sie sich für das Freihandelsprincip und gegen das Schutzzollsystem erklärten. In Bezug auf die politische Seite der Frage nun sprachen sich die Führer der Bauernfreunde im Sinne des Ministeriums aus, während die Eiderdänen, ihrem Wahlspruche „Dänemark bis zur Eider" getreu, die Besorgniß äußerten, es würde durch die Verlegung der Zollgrenze an die Elbe den Einmischungen Deutschlands in die innern Angelegenheiten der dänischen Monarchie Thür und Thor geöffnet werden. Um diese Besorgniß zu zerstreuen, sagte der Finanzminister Graf v. Sponneck seiner am ersten Tag der Discussion gemachten merkwürdigen Aeußerung: daß, wenn nur der Reichstag das Gesetz annehme, die Regierung sich an etwaige Einwendungen der „rathgebenden" Stände Schleswigs und Holsteins nicht kehren, sondern dem König das Gesetz zur Sanction vorlegen werde, am zweiten Tag die im Mund eines Ministers und ehemaligen Diplomaten noch merkwürdigere Aeußerung hinzu: der deutsche Bund besitze weder irgend ein Recht noch irgendwelche Macht, sich in die Zollverhältnisse der dänischen Monarchie einzumischen. Wir nehmen von dieser Aeußerung insofern gern Act, als daraus hervorzugehen scheint, daß wenn Oesterreich die Zolleinigungsfrage an den Bundestag bringen sollte, Freiherr Bernhard v. Bülow als holsteinisch-lauenburgischer Bundestagsgesandter gegen die Competenz des Bundes in Zollfragen stimmen wird. Consequenterweise sollte derselbe aber auch schon gegen die Niedersetzung eines Verfassungsausschusses beim Bundestag und gegen die Einmischung des Bundestags in die innern Angelegenheiten einzelner deutscher Bundesstaaten gestimmt haben. (Wes.-Ztg.)

Braunschweig, 24. Oct. Der Zollverein wäre also, für jetzt wenigstens, zerfallen. Hannover hat sich noch nicht mit Bestimmtheit für sein Festhalten am Septembervertrag ausgesprochen, und wir müssen daher die Möglichkeit ins Auge fassen, daß Preußen die eine, die Coalitionsstaaten die andere, und Hannover die dritte Zollgruppe bilden werden — ein Gedanke, der bei einem Manne, der von unserer Seite den Dingen nahe steht, in neuerer Zeit Anklang gefunden haben soll. Daß in solchem Fall Braunschweig eine seltene Wahl zwischen Beruf und den Steuerrevenüen haben würde, muß Jedem klar werden, der die Verhältnisse nur einigermaßen kennt und einen Blick auf die Landkarte wirft. Wir sind jedoch überzeugt, daß unsere Regierung, ehe sie einen Beschluß faßt, Alles auf das reiflichste erwägen wird, wie wir denn vernehmen, daß in der nächsten Zeit die hiesige Kaufmannschaft veranlaßt werden dürfte, ihre Ansicht und ihr Gutachten abzugeben. (H. C.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 28. Oct. Im Kanton Freiburg soll wieder eine dumpfe Aufregung walten, betrieben durch Flüchtlinge, unter denen selbst der bekannte Carrard namhaft gemacht wird. — Der große Rath von Neuenburg hat in seiner vorgestrigen Sitzung mit 75 Stimmen die Arbeiten Eisenbahncommission gut geheißen und den Staatsrath beauftragt, die Bildung einer Gesellschaft zum Bau der Verrierebahn zu beförderm. — Den 24. d. M. hat die Gemeindeversammlung in Weinfelden mit einer an Einmuth grenzenden Mehrheit den Beschluß gefaßt, sich mit 100 Actien am Eisenbahnbau zu betheiligen. In Frauenfeld allein sind über 300 Actien gezeichnet, obwohl ein namhafter Theil der Bürgerschaft die Subscriptionsliste noch nicht erhalten hat. — Der „Oberländer Anzeiger" berichtet von Fortschritten, welche die Tieferlegung des Brienzersee's macht.

Italien.

Turin, 21. Oct. Die Agitation zum Behuf der Einziehung der geistlichen Güter gewinnt zum Mißvergnügen der Regierung immer größere Ausdehnung. Graf Cavour ist zur königlichen Audienz geladen worden. — Der König hat den Rettungsmedaillen zu Samdop beigewohnt. — Das Journal „Voce del Deserto" hat seinen Titel in „Voce della Liberta" verwandelt und zählt Victor Hugo unter seinen Mitarbeitern auf. — Unter den politischen Flüchtlingen soll eine Epuration theils durch Internirungen, theils durch Ausweisungen vorgenommen werden.

Toscana. Die Vergrößerung des Hafens von Livorno ist beschlossen und 16 Millionen Franken sind dafür ausgesetzt worden.

Nach dem „Corriere Mercantile" verweilt Herr Ward, der Minister **Parma's**, gegenwärtig in Madrid, um über die Anerkennung der gegenwärtigen spanischen Regierung von Seiten des genannten Herzogthums, welches bisher dem legitimistischen Princip treu geblieben ist, zu unterhandeln.

Der Papst hat am 18. October dem Herzog von Modena im Garten des Quirinal ein großes Diner gegeben. Die römische Etiquette gestattet Sr. Heiligkeit nicht, in einem der beiden Paläste, welche er in der Regel bewohnt, einen Gast zur Tafel zu ziehen. Während der Zeit, wo der heilige Vater seinen Landsitz bewohnt, wird an der Beobachtung dieses Brauches nicht festgehalten.

Frankreich.

Paris, 28. Oct. Der „Constitutionnel" bringt einen langen Artikel, „die vierte Dynastie" überschrieben, welche er die der Napoleoniden nennt. Er sucht darin zu beweisen, daß Frankreich immer eine Nationaldynastie gehabt, und immer zu gewissen Zeiten, bei drohenden Gefahren eine andere von Gott auserlesene Familie Frankreich gerettet habe. Chlodwig, Karl Martel und Hugo Capet haben nach dem „Constitutionnel" ihre

Dynastien durch das Niederschmettern der Barbaren des Auslandes gegründet, Napoleon aber hat sich seine Krone durch die Vernichtung der Barbaren des Inlandes, d. h. der Socialisten, erkämpft.

Rußland.

Petersburg, 17. Oct. Der Staatskanzler Graf Nesselrode ist von seiner diplomatischen Rundreise wieder zurückgekehrt. Die Geschichte, nach denen er demnächst abdanken und etwa den Baron v. Meyendorff zum Nachfolger erhalten würde, scheinen völlig verstummt zu sein.

Die deutschen Ansiedler an der Wolga haben jetzt zum Andenken an die Kaiserin Katharina II., welche sie im Jahr 1763 nach Rußland kommen ließ, eine vom Petersburger Professor Hrn. Baron v. Klot in Erz ausgeführte Statue setzen lassen. Die Kolonie ist jetzt im blühendsten Zustande, zählt 166,483 Einwohner und erntete im Jahr 1854 mehr als 1,200,000 Tschetwert Getreide und über 378,000 Pud Tabak.

Neueste Nachrichten.

» **Frankfurt**, 29. Oct. Die Bundesversammlung beschäftigte sich in der gestern stattgehabten ersten Sitzung nach der Rückkehr des Herrn Grafen v. Thun allerdings auch mit Beseitigung laufender Gegenstände, aber namentlich mit der Flottenliquidationsfrage. Es erhielten die Kaufanträge Oesterreichs für die beiden Kriegsdampfboote die Bestätigung und wurden neue aus England gekommene Kaufgebote für verschiedene Schiffe in Besprechung genommen.

x **Wien**, 27. Oct. Die Vertreter der Coalitionsstaaten versammelten sich bis jetzt im Ministerium des Aeußern zu Vorbesprechungen; nächste Woche werden die eigentlichen Conferenzen beginnen, da die noch fehlenden Bevollmächtigten Würtembergs und Badens heute oder morgen in Wien eintreffen werden. — Herr v. Rüber machte heute seine Abschiedsbesuche; er wird sich nächster Tage auf seinen Posten nach Alexandrien begeben. Während seiner Anwesenheit in Wien hatte sich derselbe vielfacher Auszeichnungen zu erfreuen, und wurde auch zweimal von Sr. Majestät auf die huldvollste Weise empfangen. — Heute um 2 Uhr besichtigte der Kaiser die nach Wien in Garnison gekommenen Kurassierregimenter Graf Hardegg und Kaiser Nicolaus.

* **Berlin**, 28. Oct. Die heutige Nummer der „Zeit" sagt: „Von verschiedenen Zeitungen ist mitgetheilt worden, daß Unterhandlungen über eine Zollvereinigung zwischen dem preußischen und österreichischen Cabinet im Gange wären oder demnächst beginnen würden. Wie uns versichert wird, entbehrt diese Nachricht jeder Anhalts. Dasselbe gilt von der Nachricht, daß das französische Cabinet sich an den Bundestag gewendet und um Aufstellung deutscher Preßbestimmungen gebeten habe. Auch ist es als unwahr zu bezeichnen, daß der Bundestag die Regelung der Elbeschiffahrt vor sein Forum ziehen werde."

P **Berlin**, 28. Oct. Die erste Vorversammlung der Wahlmänner hat bereits gestern stattgefunden. Wie es bei allen größeren Versammlungen zu geschehen pflegt, so zeigte sich auch bei dieser eine geringe Uebereinstimmung. Es kamen Vorschläge der mannigfachsten Art zum Vorschein und Mitglieder fast aller Fractionen der conservativen Partei auf die Candidatenliste, welche nur dadurch etwas geschmälert wurde, daß einige der vorgeschlagenen, wie Geppert, der Fabrikbesitzer Deveranne, Oberbürgermeister Krausnick und einige andere von vorn herein erklärten, eine auf sie fallende Wahl nicht annehmen zu wollen. Die Bedingungen, welche man für die zu Wählenden aufstellte, waren, wie gesagt, nicht nur mannigfaltig, sondern auch oft sehr wunderbar. „Wählen Sie" — sagte einer der Sprecher — „keinen Beamten, auch keinen städtischen, wählen Sie unabhängige Männer, die nicht mit der Regierung gehen, aber auch nicht gegen sie sind." Ein anderer machte die Kenntniß der städtischen Haushalts zur Pflicht, ein dritter die gewerblichen und commerziellen Verhältnisse. Auch solche das beliebte Stichwort nicht, solche zu wählen, die nicht Reaction, nicht Revolution wollen. Die für den Augenblick sehr große Candidatenliste wird voraussichtlich heute und morgen noch sehr zusammenschmelzen und aus dem Pourparler, welches gestern stattfand, werden ernstere entscheidendere Verhandlungen hervorgehen.

† **Turin**, 25. Oct. Allgemein und ziemlich glaubwürdig verlautet, daß der Ministerpräsident d'Azeglio seine Entlassung genommen und der Graf v. Cavour Austrag erhalten habe, das Cabinet zu erneuern. Der Kriegsminister Lamarmora und der Minister der öffentlichen Arbeiten, Paleocapa, wurden bleiben. Cavour soll nebst der Präsidentschaft das Portefeuille der Finanzen übernehmen, San Martino, Sectionschef, das Ministerium des Innern erhalten. Manche Stimmen bezeichnen den Senator Collegno als künftigen Ministerpräsidenten. D'Azeglio soll gesonnen sein, sich ganz ins Privatleben zurückzuziehen.

Frankfurt, 29. October, Abends.

Die heute fällige Pariser Post ist ausgeblieben.

Der „Independance belge" ist indessen aus der französischen Hauptstadt auf telegraphischem Weg die Nachricht zugegangen, daß der „Moniteur" vom 28. d. M. früh die Nichtratification der türkischen Anleihe bestätigt, aber auch einzig und allein diese Nachricht nach den letzten Berichten aus Konstantinopel, die bis zum 16. October reichen, als eine verbürgte bezeichnet. Demnach ist die Angabe der „Debats" von einem in der türkischen Hauptstadt ausgebrochenen Aufstand, sowie von einem vom französischen Gesandten, Marquis v. Lavalette, der Pforte gestellten letzten Termin als ungegründet zu betrachten. Es scheint, daß die Gegner der Anleihe in Konstantinopel als Motiv ihrer Opposition besonders haben geltend machen wollen, daß die für die Heimzahlung festgesetzte Anzahl der Jahre vom Repräsentanten der Türkei in Paris bei der Unterhandlung geändert worden sei, er hat anstatt der ihm von seiner Regierung vorgeschriebenen elf Jahre — grade im Interesse seiner Regierung eine dreiundzwanzigjährige Frist angenommen. Aber es kann dies, wie die „Patrie" mit Recht bemerkt, nur für einen Vorwand gelten, da der türkische Gesandte seiner Regierung das Recht, nach Ablauf von elf Jahren die Actien zurückzukaufen, ausdrücklich vorbehalten hat.

In der französischen Hauptstadt sprach man seit einigen Tagen von der Entdeckung einer neuen Höllenmaschine in Fontainebleau und von einem ebendaselbst angezettelten Militärcomplott; man schrieb es diesen Entdeckungen zu, daß der Prinz-Präsident, der nach der Rückkehr von der Südreise sich sofort zu den Jagden nach Fontainebleau begeben wollte, seinen Entschluß augenblicklich geändert und nun nach Compiegne gehen wolle. Aber dies waren eben nichts als Gerüchte. Die Verhaftung einiger Civilpersonen kann eine solche Bedeutung nicht haben, wie man sie beilegen wollte. Uebrigens begiebt es sich, daß Ludwig Napoleon nicht Fontainebleau, sondern Compiegne besuchen und zwar nächsten Freitag dahin abreisen wird.

Zwischen dem Präsidenten des Senats Marschall Hieronymus, dem Vicepräsidenten Mesnard und Herrn Baroche hat über den in der bevorstehenden außerordentlichen und bedeutungsvollen Session des Senats einzuhaltenden Gang eine Unterredung stattgefunden. Hinsichtlich des letzteren wird man sich genau an die Vorschriften der Verfassung halten. Die Nachricht, daß aus der Reihe der Legitimisten einige neue Senatoren hervorgehen sollen, erhält sich.

Einstweilen der belgische Constitutionnel findet sich in der officiellen „Independance belge" vom 28. October noch nicht die geringste Andeutung dessen, was darüber auf telegraphischem Wege heute hier bekannt geworden. Dieses Blatt erklärt vielmehr nur soviel für positiv und gewiß, daß Hr. v. Broudere bei seiner Weigerung, am Ministerium nicht Theil zu nehmen, fest beharre, und daß am 28. oder 29. October eine Publication bezüglich Ernennung des neuen Cabinets nichts weniger als zu erwarten sei.

Börsenberichte.

Frankfurt, 29. Oct. Obgleich die heutige Abrechnung für Monat October ohne besondere Schwierigkeit stattfand, stieß sich dennoch die Stimmung im Allgemeinen abermals nicht willig nennen, und zeigten die Fonds, namentlich jetzt, durch gemachte Deckäufe, die sonst vor Cassa wie auf Zeit gethan, eine matte Haltung. Ihre österreichische Effecten waren bis Course beinahe sämmtlich wie gestern geblieben; 5pCt. Metall. 80¼ pCt.; 4½pCt. Metall. bis zu 72 pCt. verhandelt, schlossen 71⅞; 5pCt. Lombardisch-Venetianische 88 pCt.; Wiener Bankactien 1357 fl.; in 500 fl. Loosen und 250 fl. Loosen auch heute kein Geschäft; spanische Fonds stellten sich unter dem Einfluß der niedrigern spanischen Courosnotirungen aus Paris auch hier ebenfalls niedriger. 1pCt. Neue zu 24¹⁵/₁₆ pCt. verhandelt, waren zuletzt zu 24¾ pCt. zu haben, 3pCt. Inländische 45¹/₁₆ pCt. Von Eisenbahnactien war K.-L.-Nordbahn 45¼ pCt., Berbach 94⅜ pCt., Köln-Minden 112 pCt., Taunus 302 fl. Vom Gang des übrigen Geschäfts läßt sich weiter nichts Charakteristisches mittheilen. — Abends war in der Effectensocietät kein Geschäft.

Berlin, 28. Oct. Staatsfd. 94½ Brf., 93⅞ G. — Köln-Minden 112¹/₁₂ Brf. — Fr.-W.-Nordbahn 42 Brf., 41 G., 41¼ à ⅜ bez.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 29. Oct. 5pCt. Met. 93⅞. — 5pCt. do. A —. — B. 109¼. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 93¼. — 4½pCt. do. 83¾. — Bankactien 1325. — 250 fl. Loose 135½. — London 11 fl. 24 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102½. — K.-L.-Nordbahn 215. — Livorno-Florenz 101¼. Siena-Empoli 71. — Paris 135½. — London in Trieft 11 fl. 29 kr. — Baiuta weichend. (Spdv.)

Amsterdam, 28. Oct. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 63⅜. — 3pCt. Schuld —. — 4pCt. 95. — 3½pCt. —. — 1pCt. Span. 24½. — 3pCt. —. — do. inländ. à 6000 fl. 45½. — 4pCt. Portug. —. — 4pCt. Ruff. bei Hope 90⅞. — do. bei Stieglitz 90½. — 5pCt. Metall. 76¾. — 2½pCt. do. 39⅞. — 5pCt Silber-Metall. 89½. (Spdv.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Wallau, Dr. C. Sattler, Dr. J. B. Auffenberg.

Dienstag den 2. November und die darauf folgenden Tage findet die diesjährige Weinlese in den Weinbergen der Gemarkung Dienheim bei Oppenheim statt. Wenn auch der Herbst in Quantität nur ein halber zu nennen sein wird, so verspricht doch die Qualität der Trauben, die besonders noch durch die schönen Tage des Octobers sehr gehoben wurde, einen angenehmen, dem 1848er gut an die Seite zu setzenden Wein.

Kaufliebhaber des Mostes, welche zum zahlreichen Besuche hiermit schönstens eingeladen werden, werden darum gewiß durch Aquirirung desselben ein solides Geschäft machen.

Dienheim, am 26. October 1852.

[2446] Der Gr. Beigeordnete: **Steinfurth** I.

[2402]

Bekanntmachung.

In Nassau a. d. Lahn stehen zwei fünfjährige, sehr brauchbare schwarze Chaisen-Pferde sofort zu verkaufen. — Näheres bei der gräflich von Sieb'schen Gutsverwaltung daselbst.

[3454]

Main-Weserbahn.

Vom 1. November l. J. an, bis auf weitere Bestimmung, wird Zug II. um 28 Minuten und Zug VII. um 1 Stunde später wie bisher abgefertigt, wonach sich folgende Abfahrts- und Ankunftszeiten ergeben:

Zug II.	Abfahrt von **Gießen** . .	5 Uhr	48 Min. Morgens
	Ankunft in **Frankfurt** .	8 „	— „ „
Zug VII.	Abfahrt von **Frankfurt** .	4 „	— „ Nachmitt.
	Ankunft in **Gießen** . .	6 „	40 „ „

Die Direction.

[2458]

Bekanntmachung.

Die pro 1. Nov. 1851 fälligen Coupons des Gräflich **Erbach-Fürstenau**'schen Anlehens werden an meiner Casse ausbezahlt.

Frankfurt a. M., den 29. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.

[2396] Im Verlage von Johann Urban Kern in Breslau sind soeben erschienen und bei E. Jügel in Frankfurt a. M. vorräthig:

Lesezirkel für höhere deutsche Belletristik.

VI. und VII. Band.

Schilderungen aus Holland.

Von Walter Tesche.

In zwei Bändchen: I. Jbsia. II. Der Entenpiet. 2 Bände. 8. geh. ß. 2. 24 Sr.

VIII. Band.

Groß Borne.

Jdyllen-Novelle von E. Frisé.

8. geh. Preis ß. 1. 12 Sr.

Die vorzüglichen Bände des Lesezirkels enthielten:

I. bis III. Band: **Ring, Max.** Der große Kurfürst und der Schoppenmeister.

3 Bände. ß. 3. 12 Sr.

IV. und V. Band: **Merx, C., Philine.** 2 Bände. ß. 2. 9 Sr.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **George**, Apotheker zu Crimal (Vogesen). Diese Hustenbleibten werden certauft in Schachteln, die halbe à 28 Kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 Kr. oder 16 Ser., in **Augsburg** bei den Herren **Reslinger & Comp.**, in **Karlsruhe** bei J. **Veiten, Kunsthändler**, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. C. von Oven**, Bleydenstraße Nr. 33. [2428]

[2282]

An- und Verkauf

von Obligationen, Loosen rc. bei

Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2181] Die Gertrauter, geb. Dedmann, Ehefau des Aram Roth von Eschbach, hat gegen diesen ihren Ehemann auf den Grund declicher Verlassung auf Trennung ihrer Ehe dem Bande nach unterm 1. d. M. Klage erhoben. Zu dem heutigen Aufenthalt des Aram Roth von Eschbach unbekannt ist, so wird desselbe hiermit aufgefordert, sich

binnen drei Monaten

vom Tage des ersten Erscheinens dieses in öffentlichen Blättern an gerechnet, bei dem unterzeichneten Gerichte zu stellen, sich darüber zu erklären, bei Vermeidung der Annahme des Eingeständnisses derselben und des Ausschlusses mit Einreden. Zugleich wird dem Aram Roth eröffnet, daß alle weiteren Verfügungen in dieser Sache nur durch Anheften an der Gerichtstafel bekannt gemacht werden.

Nichelstadt, den 8. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
J. C. L. Lydtin. Doerr.

[2016] Oeffentliche Aufforderung.

In Sachen der Anna Maria, geborne Schrimpf, verehelichte Hessemer zu Lerheim, Klägerin, gegen ihren Ehemann Baltazar Hessemer, Beklagten, Ehescheidung wegen böslicher Verlassung betreffend, hat Ersterer am 20. d. M. Klage dahin erhoben, daß der Beklagte, seit 1841 mit ihr verheirathet, sie im August 1850 böslich verlassen habe und sich wahrscheinlich in Amerika befinde, was Klägerin als erfordernde Ehescheidungsgründe, die Ehe zwischen ihr und dem Beklagten zu schreiben und letzteren in die Kosten des Proceffes zu verurtheilen. Es wird demnach der Beklagte aufgefordert,

innerhalb drei Monaten

vom ersten Erscheinen dieser Aufforderung in öffentlichen Blättern sich bei unterzeichnetem Gericht um so gewisser auf die Klage zu erklären, als er sonst derselben für geständig erachtet, mit Einreden ausgeschlossen werden wird und die später an ihn ergehenden Verfügungen an die Gerichtstafel angeheftet werden. Großen-zell, 21. August 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Bechtr.

[2236] Edictaladung.

Nachdem über das Vermögen des Georg Stock von Lanzenhain der förmliche Concursproceß erkannt worden ist, wird Liquidationstermin auf

Donnerstag den 25. November l. J.,

Morgens 9 Uhr,

anberaumt, in welchem Forderungen und sonstige Ansprüche an das genannte Vermögen bei Meidung stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse geltend gemacht werden müssen.

Lautterbach, den 9. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Pfyline. Edel.

[2455]

Physikalischer Verein.

Samstag den 30. October: Ueber die in der neuesten Zeit in öffentlichen Blättern so vielfach besprochenen sogenannten Klopfgeister, Klopfterm und verwandte Erscheinungen.

[2448]

Am 15. November

findet die Verlosung von tausend Gewinnen der Fürstl. Nassauischen Verein-St. 10 Loose statt. Wir empfehlen hierzu Ordinationsloose zum Tagelohn und Certificate für obige Ziehungen à 30 Kr., 10 Stück für ß. 4.

Moriz Stiebel Söhne,

Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

[1672]

Hôtel garni u. Restauration.

Ich brehre mich hiermit, einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich mein Haus am Leonhardsthor Nr. 28 neu mit der Ausstatt am Main zum Hôtel garni eingerichtet habe, worin die geehrten Reisenden unter billigen Preisen und prompter Bedienung möglichst, wöchentlich und täglich logiren können.

Frankfurt a. M. **Hessen-Winkler.**

[2391]

Aechte Harlemer Blumenzwiebeln.

Das Lager ächter Haarlemer Blumenzwiebeln von **E. H. Krelage & Sohn**, Blumisten aus Haarlem, im steinernen Hause auf dem Markt Nr. 44 neu im zweiten Stock in Frankfurt a. M., ist noch bestens versehen in allen Sorten zu den billigsten Preisen. Preis-Verzeichnisse gratis.

[1681] Von hohem Senate conceffionirte

Privat-Entbindungs-Anstalt

in Frankfurt a. M.

Näheres Auskunft ertheilt gegen portofreie Einsendungen Dr. Roberth daselbst, Zeil 19.

[2210] Edictalladung.

Die von sämmtlichen Miterben, Erstern zu Eigenthum bezogene Grundbesitzung, als:

1) die durch Abtheilung der, den Erben des Papierfabrikanten Dorremann in Lautterbach zustehenden Erbestheilsbe constituirte Grundrente im jährlichen Gefammtbetrag von 243 fl. 2 kr.;
2) die durch Verwandlung der Weidhämmel-Abgabe in der Gemarkung Landenbach conftituirte Grundrente im jährlichen Gesammtbetrag von 70 fl.;
3) die Grunderenten in der Gemarkung Hopfmannsfeld im jährlichen Gesammtbetrag von 352 fl. 39½ kr. und
4) die Grunderenten in der Gemarkung Angersbach im jährlichen Gesammtbetrag von 1468 fl. 40 kr.,

wollen die Pflichtigen mit dem achtzehnfachen Betrag von ad 1. 4374 fl. 36 kr., ad 2. 1260 fl., ad 3. 6687 fl. 6 kr. und ad 4. 2640 fl. ablösen.

Es werden demnach in Gemäßheit des Gesetzes vom 27. Juni 1836 alle bei dieser Ablösung Betheiligten hierdurch aufgefordert, ihre etwaigen Ansprüche so gewiß binnen zwei Monaten bei dem unterzeichneten Gericht geltend zu machen, gegenfalls auf sie bei der Verfügung über der Auszahlung des Ablösungskapitals keine Rücksicht genommen werden wird.

Lautterbach, den 16. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daf.
Pfyline. Edel.

Druck von August Osterrieth.

(Rebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Samstag (Beilage zu Nr. 260.) 30. October 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 30. Oct. Zu Mitgliedern der nächsten gesetzgebenden Versammlung hat der Senat aus seiner Mitte gewählt: die Herren Schiffen v. Günderrode, v. Heyden, Syndicus Dr. Harnier, Dr. Müller, Dr. Schulin, Dr. Gwinner, Dr. v. Schweitzer, Dr. Reus, Dr. Diehl und Cöster, die Senatoren Dr. Körner, Dr. Kloß, Siebert, Dr. Heffenberg und Clarus; ferner die Herren Bürcker, Fries, Finger, Kalb und Streng des Rathes.

* **Frankfurt**, 30. Oct. In der heutigen Sitzung des Bürgerausschusses wurden nachstehende 20 Mitglieder desselben zur gesetzgebenden Versammlung gewählt, nämlich die HH. Joh. Jac. Cornill, Joh. H. Hoffmann, Oberst Joh. Conr. Reuß, Dr. jur. Ohlenschlager, Fr. Jos. Böhm-Osterrieth, Joseph Bolongaro, Dr. jur. Häberlin, G. F. Hetzler, J. C. C. Knoblauch, Dr. jur. Blum, Joh. Casp. Joseph Einbigler, Wilhelm Meyer, J. Ries, Carl Eduard Meyer, Gottfr. J. A. Wagner-Lindheimer y. Phil. Ernst Stourzh-Diehl, J. Friedr. Hammeran, Joh. Ludw. Schaffner, Johann Daniel Schaffer, Dr. jur. Georg Christ. Binding I. — In derselben Sitzung wurde auf Antrag des Senats der zum Secretär des Appellationsgerichts designirte Dr. jur. Eckhard von der vorgeschriebenen Eigenschaft dispensirt.

Ueber den Ausfall der dreimächtigen Wahlen der ersten Abtheilung zum Wahlcollegium der gesetzgebenden Versammlung kann kaum noch einiger Zweifel existiren, seitdem die Demokratie beschlossen hat, zu Gunsten der Gothaer, oder vielmehr gegen die Reformpartei in Masse zu stimmen. Wenn man vielfach von einer förmlichen Allianz der Gothaer und der Demokratie spricht, so bedarf dieses Gerücht noch sehr der Bestätigung.

Morgen, am Reformationsfest, finden in sämmtlichen evangelischen Kirchen der Stadt und ihres Gebietes eine Collecte für den Gustav-Adolphsverein statt.

Frankfurt, 30. Oct. In den Landgemeinden wurden zu Abgeordneten der gesetzgebenden Versammlung erwählt: 1) in Bornheim: Schultheiß Th. Petermann und erster Beigeordneter Fr. Wilh. Rühl; 2) in Oberrad: Schultheiß Max. Spichard und erster Beigeordneter Konrad Knüdel; 3) in Niederrad: Schultheiß Ad. Lang und Philipp Schäfer; 4) in Hausen: C. F. Euler; 5) in Niederursel: Hch. Greif; 6) in Bonames: Gg. Reuß; 7) in Niedererlenbach: Schultheiß Wolf; 8) in Dortelweil: Schultheiß Philipp Rach. Mit Ausnahme von Oberrad, wo 116 stimmten, war die Zahl der Abstimmenden überall gering; in Niederrad stimmten nur 23, in Bonames gar nur 7 Ortsbürger. (F. P.)

Wien, 26. Oct. Die vor einiger Zeit aus Trapezunt über Triest verbreitete Nachricht von der Landung von 9000 Mann englischer Truppen zu Abschir im persischen Meerbusen, die nach Herat bestimmt seien, — eine Nachricht, die von manchen Zeitungen gar in eine Landung von 9000 Engländern in Herat, an Shakespeare's Schiffe, die in Böhmen landen, erinnernd, amplificirt wurde — erweist sich jetzt, in Folge der mit der jüngsten Ueberlandpost angekommenen Nachrichten, als das, für was sie Kundige gleich anfangs zu halten geneigt waren, — als eine vollkommene Zeitungsente. (Exp. Z.)

± **Berlin**, 28. Oct. In Bezug auf die Zollvereinsangelegenheit wird jetzt behauptet, daß auch Bayern bestrebt sei, sich mit Preußen in der handelspolitischen Frage zu verständigen. Wenn von Seite Oesterreichs auch noch keine förmlichen Unterhandlungen zur Erreichung einer Verständigung mit Preußen gepflogen worden sind, so sollen doch die Einleitungen dazu von österreichischer Seite geschehen sein. Der auffallend versöhnliche Ton der österreichischen Blätter, wie auch einzelner Organe der Coalitionsstaaten, würde schon darauf hindeuten, wenn nicht andere Fingerzeige vorlägen. Was Preußen anbelangt, so wird es an dem bisher aufrechterhaltenen und befolgten Grundsatze, wodurch seine volle Selbstständigkeit auf dem handelspolitischen Gebiete bedingt ist, festhalten.

† **Berlin**, 29. Oct. Der Runtschauer der Kreuzzeitung, im October, stößt einen Angstschrei aus über den wiederkehrenden Einfluß der Führer der Politik des Bundesstaats, und bietet Gott und Teufel abwechselnd und zusammen zur Hilfe auf gegen die drohende Gefahr. Vor allen Dingen reicht er Oesterreich die Hand zur Versöhnung und findet sich getrost in die Sprengung des Zollvereins und in die Isolirung Preußens. Nur kann er sich nicht verfagen, als Preis seiner Freundschaft das Opfer einer ausgezeichneten Persönlichkeit zu verlangen. Er gibt Radowitz und verlangt Bach. — Mit der Rückkehr des Grafen Hatzfeld nach Paris fallen alle politischen Combinationen, welche in der gleichzeitigen Abwesenheit des russischen und des preußischen Gesandten von Paris in dem jetzigen Moment der Entscheidung eine besondere Absichtlichkeit erblicken wollen. Herr v. Kisseleff wird, wie verlautet, auch schon binnen 14 Tagen seine Rückreise nach Paris wieder antreten. Der General v. Wrangel wird von seiner Reise nach Konstantinopel in den ersten Tagen des Monats November hier eintreffen.

† **Leipzig**, 28. Oct. Preußische Zeitungen öffnen wiederholt ihre Spalten den abenteuerlichen Erfindungen über die nachtheiligen Einflüsse der schwebenden Zollvereinskrisis auf den Handel und Wandel, ja selbst auf den Werth der Grundstücke und Häuser in Leipzig. Gewissen erfindungsreichen Köpfen fällt es gar nicht schwer, in allen Variationen vom Sinken des Wohlstands, von der Lähmung des Geschäfts, von der über die Bevölkerung hereingebrochenen Furcht und Angst zu phantasiren, und leider finden solche Trugebilde immer noch entweder gläubige Gemüther, welche deren Wahrheit nicht bezweifeln, oder schadenfrohe Leute, die gegen ihr besseres Wissen jene Conjecturen für baare Münze ausgeben und gefliffentlich verbreiten. Zur Steuer der Wahrheit sei hiermit bemerkt, daß außer den natürlichen Scheu vor der möglicherweise eintretenden Nothwendigkeit, künftig aus gewohnten und liebgehegten Verkehrsverhältnissen in neue Bahnen übergehen zu müssen, unter dem Handelsstande weder Aufregung noch Muthlosigkeit herrscht und daß namentlich von einem bereits eingetretenen Sinken des Häuserwerths in unserer Stadt auch nicht entfernt die Rede sein kann. Die gemessene Haltung des hiesigen Handelsstandes wie der ganzen Einwohnerschaft ist der unverdeckigliche Beweis für die Wahrheit meiner Versicherung. — Von gutunterrichteter Seite wird uns mitgetheilt, daß nächstens von Seite der Oberaufsichtsbehörde der hiesigen Universität umfassende Anordnungen über gehörige Beaufsichtigung der wissenschaftlichen Thätigkeit der Studirenden getroffen werden sollen. Als eines der nächstgiebigen Mittel hierzu wird eine genauere Ueberwachung des Collegialbesuchs bezeichnet.

†† **Kassel**, 27. Oct. Die hiesigen Wintervergnügen sind gestern mit einem glänzenden Ball im Hannsch'schen Saale, dem die Elite der hohern und höchsten Stände, sowie Gesandte und Mitglieder der Ministerien beiwohnten, eröffnet worden. — Vorgestern Abend ereignete sich im hiesigen kurfürstlichen Hofschauspielhause der bemerkenswerthe Umstand, daß während der Aufführung der Oper „Templer und Jüdin" ein Individuum, als Hauptstörefried und Unruhestifter im Theater bekannt, öffentlich aus demselben zur allgemeinen Befriedigung des Publikums durch die Polizei entfernt wurde. Derselbe, von Profession ein Schuhmacher, hatte sich durch Klatschen und Scharren ein vorlautes und lärmendes Urtheil über die Leistungen des Schauspiel- und Opernpersonals angemaßt, und dadurch dasselbe mit weniger Ausnahme gezwungen, die Stiefel und Schuhe bei ihm fertigen zu lassen. Er war gerade mit tadelnden Demonstrationen über die Leistungen der auf der Bühne fungirenden Tänzerin Fräulein Meyer, welche dem Vernehmen nach nicht bei ihm arbeiten läßt, begriffen, als er von der Polizei entfernt wurde.

Darmstadt, 28. Oct. Se. kaiserl. Hoheit der Großfürst Thronfolger nebst hoher Gemahlin werden am nächsten Montag den hiesigen Hof verlassen und sich nach Oberitalien, zunächst nach Venedig begeben. Ihre kaiserl. Hoh. die Kronprinzessin Olga von Würtemberg wird auf dieser Reise ihren kaiserlichen Bruder begleiten. (M. Z.)

± **Darmstadt**, 29. Oct. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer gewährte kein besonderes Interesse. Es handelte sich zunächst von dem in der ersten Kammer gestellten Antrage, wegen Abänderung der Gesetze über Verjährung persön-

licher Forderungen in den beiden diesseitigen Provinzen, der schon früher berathen worden war. Das Ergebniß der heutigen weiteren und sehr kurzen Berathung war Vereinigung mit der ersten Kammer. Die gemeinschaftliche Adresse wird einen Gesetzentwurf zur Folge haben, der zu einem Gesetze führen wird, das nach der Zusicherung des Justizministeriums auch in den Nachbarstaaten bekannt gemacht werden soll, damit der vielfache Verkehr nicht durch Unkenntniß des Gesetzes zu Beeinträchtigungen führt, die dem Credit schädlich sind. — In Bezug auf den Gesetzentwurf, das Gewerbsteuergesetz und die Vervollständigung des Gewerbsteuertarifs betreffend, hatte die zweite Kammer die Regierung ersucht, den Entwurf eines Gesetzes zum Zweck besserer Regulirung des Gewerbsteuerwesens vorzulegen; die erste Kammer fand keinen Grund zu einer solchen Reform und trat dem Beschlusse der zweiten Kammer nicht bei; diese beharrte heute bei ihrem Entschlusse. — Den Professoren der Chemie, Kopp und Will, in Gießen, ist provisorisch die Direction des chemischen Laboratoriums übertragen worden. Liebig ist nach München übergezogen.

)(**Bingen**, 29. Oct. Gestern hatte die verwittwete Frau Herzogin von Orleans hier im Hotel Victoria eine Zusammenkunft mit Ihrer königl. Hoh. der Prinzessin von Preußen. Heute verließen uns diese hohen Gäste wieder auf zwei verschiedenen Dampfbooten.

Frankreich.

† **Paris**, 27. Oct. Der Marschall Hieronymus, Präsident des Senats, und sein Sohn haben gestern wieder in St. Cloud gespeist. Es bedurfte aber nicht einmal dieses Umstandes, um die Sage von einem zwischen Ludwig Napoleon und seinem Oheim eingetretenen Mißverständniß zu entkräften. Uebrigens hat die Saison der Diners und Festins bereits begonnen. Die Prinzessin Mathilde, von Breteuil zurückgekehrt, hat in ihrem Hotel in der Rue de Courcelles ein glänzendes Mahl gegeben; Herr Bineau eröffnet heute die Reihe der ministeriellen und Lord Cowley morgen die der diplomatischen Diners. — An der Organisation des Civilstaates des Prinz-Präsidenten wird sehr thätig gearbeitet; das Costüm spielt dabei eine große Rolle.

‡ **Paris**, 28. Oct. Der „Moniteur" enthält heute folgende Notiz: „Briefe aus Konstantinopel vom 15. d. M. melden, daß die Pforte die Ratification der vor einigen Wochen in Paris und London negocirten Anleihe entschieden verweigert hat. Diese Nachricht ist die einzige, welche unter denen, die in den letzten Tagen über diese Angelegenheit verbreitet wurden, genau ist." — Das amtliche Blatt gibt ferner abermals eine Reihe von Ernennungen zu Generalprocuratoren, Appellationsgerichtsräthen, Generaladvocaten ꝛc. bekannt, die durch den Vollzug des Altersdecrets veranlaßt worden sind.

Im Opernhause wird eben die letzte Hand an die Vorbereitungen zur heutigen Festvorstellung gelegt. Ueber zweihundert Arbeiter sind seit heute früh mit der inneren und äußeren Decoration beschäftigt. Unter der breiten Marquise entlang der Façade des Theaters sind von Blumengewinden eingerahmte Spiegel angebracht, aus welchen die unter dem Fries der Marquise hängenden Lichtflammenguirlanden zurückstrahlen werden. Vom Boulevard bis zur Straße Lepelletier ist Sand gestreut und sind viele Kandelaber aufgerichtet, auf welchen das kaiserliche N im Lichtglanze leuchten soll. Die Vorstellung selber beginnt mit dem ersten Act von „Philtre", worauf eine von Roger und Bremond und den Damen Tedesco, Lagrua und Duez vorgetragene Cantate folgt. Dem schließen sich an der zweite Act von „la filleule des fées" und „Stella", in welchen St. Leon und die Cerrito tanzen werden. Den ursprünglich beabsichtigten „Moses" konnte man in so kurzer Zeit nicht zu Stande bringen. — Abdelkader ist heute in Paris angekommen und wird wohl der Festvorstellung beiwohnen.

Die Herren Berryer und v. Granville haben vor einigen Tagen in Bourg d'Iré eine mehrstündige Unterredung mit v. Falloux gehabt.

Die Adressen- und Petitionsbewegung für Wiederherstellung des Kaiserreichs dauert in ganz Frankreich ungeschwächt fort, so daß anzunehmen steht, die Zahl der Stimmen zu Gunsten des Kaiserreichs werde die vom 20. December v. J. noch weit übertreffen.

In Rochefort ist eine Subscription eröffnet worden, um auf dem Punkt der französischen Küste, wo der Kaiser Napoleon zum letztenmal französischen Boden betreten hat, ein Denkmal zu errichten.

Großbritannien.

„ **London**, 27. Oct. Ob man hier dem „l'Empire c'est la paix!" doch nicht recht traut? So viel ist gewiß, man rüstet, um auf alle Fälle gefaßt zu sein. Dem ministeriellen „Herald" zufolge werden auf den königlichen Werften zehn neue Linienschiffe mit Schraubenapparat gebaut und der Herzog von Northumberland, erster Lord der Admiralität, hat sich in Flottenangelegenheiten nach Portsmouth begeben. Der Dreidecker „Royal-Albert" von 120 Kanonen, gegenwärtig in Woolwich, der Dreidecker „Herzog v. Marlborough" von 110 Kanonen, an welchem gegenwärtig in Portsmouth gebaut wird, und der „Hannibal" in Deptford werden in Schraubendampfer umgewandelt, und der „Sun" empfiehlt für eine solche Umwandlung alle hierzu geeigneten Kriegsschiffe mit der größten Dringlichkeit. — Die Königin Marie Amalia und der Prinz v. Joinville mit Gefolge sind vom Continent in Claremont wieder eingetroffen.

Die letzten directen Nachrichten aus Konstantinopel und die neuesten telegraphischen Depeschen aus Wien und Paris haben auf der Börse eine tiefe Sensation hervorgebracht. Man fängt an, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die Sanctionirung der türkischen Anleihe am Ende doch ausbleiben werde, und wenn die Zettel zum Schluß der gestrigen Börse nicht niedriger standen, so wurden sie einzig durch die Zusicherungen der hiesigen und Pariser türkischen Agenten, daß noch nicht jede Hoffnung aufzugeben sei, gehalten.

Dem Vernehmen nach hat die Majorität des hiesigen deutschen Flüchtlingscomite beschlossen, den Rest des Geldes, das durch Kinkels Rundreise in Amerika eingelaufen war, nach Amerika zurückzuschicken. Die ganze Summe belief sich auf ungefähr 2000 L.; davon sind 800 L. geschenkt, die übrigen 1200 L. zu revolutionären Zwecken vorgestreckt worden. Von den genannten 800 L. hat das Comite zur Unterstützung seiner Partei Gebrauch gemacht; der Rest von 1200 L. blieb bis auf weiteres bei Oscar Reichenbach deponirt, um im entscheidenden Moment verwendet zu werden. Da jedoch nach der Ansicht der Majorität im Comite dieser entscheidende Moment wahrscheinlich noch viele Jahre auf sich warten lassen dürfte und die Berechtigung fehlt, das geliehene Geld zu andern als revolutionären Zwecken zu verwenden, so will man es nach Amerika zurückschicken.

Amerika.

Der „Hamburger Börsenhalle" sind über den gegenwärtigen Zustand der deutschen Legion in **Brasilien** aus glaubwürdiger Quelle folgende Nachrichten zugegangen: „Das Infanteriebataillon hat unter Major v. Lemmers den höchst beschwerlichen Marsch durch die Banda Oriental zum zweitenmale zurückgelegt, und zwar von der südwestlichen Spitze dieser Republik bis zur brasilianischen Stadt Porto d'Allegre, in einer Ausdehnung von 150 deutschen Meilen. Es ist jetzt in Rio Pardo versammelt, wo es vermuthlich bis zu seiner Auflösung verbleibt, welche die Regierung nach Ablauf von 2 Jahren seit der Werbung durch Beurlaubung contractlich eintreten lassen kann, und auch wohl eintreten lassen wird, da die früheren Zerwürfnisse unter den Offizieren und deren theilweiser Abgang zu nachhaltigen übeln Folgen im Bataillon selbst geführt haben. Die zu einem reitenden Artillerieregiment formirten vier Batterien, welche nur zum Theil den Feldzug mitgemacht haben, sind seit dessen Beendigung in Rio Grande do Sul concentrirt unter dem Commando des Oberstlieutenants v. Held. Der Zustand dieses Corps ist nach wie vor erfreulich, und behauptet dasselbe fortwährend seine gute Haltung. In dieser kleinen, am südlichen Ende des Kaiserreichs in einer sandigen Ebene belegenen Stadt ward die Rückkehr des siegreichen Armeeobercommandanten Grafen Carias durch Paraden, Geschützsalven ꝛc., und auch durch einen glänzenden Ball von der Stadt selbst gefeiert."

Assisenverhandlungen

gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

XX.

⁄ **Köln**, 29. Oct. (Sitzung am 28. Oct.) Das Protocoll der bei Frau Daniels am 5. Februar 1852 vorgenommenen Haussuchung wird verlesen. Es führt die confiscirten Schriftstücke und die Erklärung der Frau Daniels an, daß Pieper ihr unbekannt gewesen, und daß eines der Papiere, das Conceptfragment, ein Brief für ihren Mann gewesen. Verlesung der gefundenen Schriften: Ein Brief von Frau Ida Freiligrath, d. d. Köln, 13. Juni 1851, ist ein Trostschreiben wegen der Verhaftung des Dr. Daniels. Darin wird zugleich mitgetheilt, daß Freiligrath in London sei und viel mit Marx verkehre. Ein Brief von Pieper vom 30. October 1851 besagt, was Frau Daniels ihm erzählt, habe er den Freunden mitgetheilt. Er bittet um Nachricht, wenn eine Aenderung eintrete. Daniels, heißt es, müsse sich durch das Bewußtsein seiner Unschuld trösten. Das Fragment des Concepts der Frau Daniels enthält Tröstungen für ihren Mann und kommt die Stelle darin vor: „Du weißt hier von nichts und mußt das Ende abwarten." Dies dürften die einzigen erheblichen Stellen in den Papieren sein. — Es wird ein Zettel verlesen, der mit den 50 rothen Katechismen in Krefeld anlangte; er lautet: „Bürger! Da Sie unser vollständiges Vertrauen besitzen, so über-

reichen wir Ihnen anbei 50 Exemplare des „Rothen“, die sie Samstag, den 5. Juni, Abends 11 Uhr, unter die Hausthüren anerkannt revolutionärer Bürger durchschieben wollen. Wir erwarten dieses von Ihrer Bürgertugend. Die Revolution ist näher, als man glaubt. Es lebe die Republik. Gruß und Handschlag. Berlin, 1. Mai 1852. Das Revolutionscomite.“ — Der Experte Renard vergleicht die Schriftzüge dieses Zettels mit Briefen von Marx und erklärt die erstern für dessen Handschrift. — Der Angeklagte Dr. Becker stellt ebenfalls eine lange Prüfung der Schriftstücke an und erklärt, daß viele Buchstaben und Zahlen abweichend seien. Er führt diese Behauptung näher aus. Es scheint ihm eine Nachahmung der Marxschen Hand. Die Geschwornen stellen eigene Prüfungen an. — Es werden nun mehrere Correspondenzen von dem leitenden Kreise Chaux-de-Fonds verlesen, die sich die Polizei nebst andern Papieren aus denen von Osw. Dietz in London zu verschaffen gewußt. Die nach London gesandten Briefe berichten über die Thätigkeit des leitenden Kreises. Man organisire aufs neue in der Schweiz und stelle die Religion in ihrem wahren Lichte dar. So habe man viel bei den Schweizern gewonnen. Es wird versucht, die beiden Theile zu versöhnen und man verlangt einen Congreß zur Beilegung der Streitigkeiten. Den Versöhnungsversuch macht man auch in einem nach Köln gesandten Schreiben; derselbe wird aber in einer Antwort von Köln vom 13. März derb zurückgewiesen. Der Anschluß an die Gemeinde in London wird darin einem Austritte aus dem Bunde gleichgestellt. Man will keinen Congreß und erklärt, nicht geschmolzen zu sein, sondern auf der andern Seite zehnfach gewonnen zu haben, was man durch den Austritt Einzelner verloren. Das Schreiben ist unterzeichnet B. O. B. — Der Präsident läßt die Briefe den Geschwornen vorlegen, damit sie sich aus den Converten und den Poststempeln vom Vorhandensein einer wirklichen Correspondenz überzeugen können.

Der Polizeicommissär Junkermann aus Krefeld, um nähere Auskunft befragt, wie er in den Besitz der 50 Exemplare rother Katechismen und des Zettels gekommen sei, erklärt, daß sie ihm von dem Kellner Gianelli selbst zugestellt worden. Dieser habe sich ihm zu Mittheilungen erboten. Gianelli stand früher in Diensten der Gräfin Hatzfeld. — Vertheidiger Schneider läßt durch Zeugen bekunden, daß Gianelli in dem Hatzfeldschen Processe gegen die Gräfin ausgesagt habe.

Die Experten Buchdrucker Franz Xaver Schlösser und der Schriftgießereibesitzer Peter Schmitz werden vereidet. Es werden denselben die criminirenden Drucksachen vorgelegt, welche Dr. Becker nicht anerkannt hat. Sie erklären nach sorgfältiger Prüfung mit Bestimmtheit, daß die Drucksachen weder aus der Druckerei des Dr. Becker, noch aus der des Math. Becker, welcher letzterer nach Dr. Beckers Geständniß Manches für ihn druckte, hervorgegangen seien. — Der Oberprocurator läßt den Experten die Arbeiter-Zeitungen aus den Jahren 1848 und 1849 geben, zum Vergleich, ob die dabei verwendeten Typen sich in den verschiedenen Drucksachen wieder fänden. Nach abermaliger Prüfung erklären die Experten: Das Flugblatt: „Deutsche Männer und preußische Unterthanen“ ist mit denselben Typen gedruckt, wie die „Arbeiter-Zeitung“ von 1849, welche das Motto trägt: „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit“, eben so auch der „Trinkspruch Blanquis“ und der „Kleine Katechismus für das Proletariat“. (Die „Arbeiter-Zeitung“ zeigt die Worte: gedruckt in der Druckerei der „Neuen Köln. Ztg.“, deren Drucker, Verleger und Redacteur damals Anneke war.) Der „Rothe Katechismus“ dagegen stimmt mit keinen andern Druckschriften überein. Ebenso steht vereinzelt die „Forderung der kommunistischen Partei in Deutschland“. Der „Proceß der Juni-Insurgenten“ ist aus der hiesigen Officin von Brocker-Everard. Zwei Bücher des Arbeitervereins seien aus ein und derselben Druckerei, die man nicht bestimmen kann.

Fünfundfünfzigster Zeuge, Dr. Herm. Otto Fischer, Spitalarzt, gibt dem Angeklagten Dr. Daniels das beste Zeugniß, sowohl wegen seiner Kenntnisse als wegen seines medicinischen Wirkens, namentlich als Armenarzt und zur Zeit der Cholera. Dr. Fischer, der in Köln den ersten Ruf als Arzt und vor allem als Operateur hat, besuchte Dr. Daniels noch oft im Gefängniß, um sich mit ihm zu consultiren. Mit Dr. Klein ist der Zeuge weniger bekannt geworden.

Es sind nachträglich noch drei Belastungszeugen vorgeladen worden, die vernommen werden.

Sechsundfünfzigster Zeuge, Wilh. Reusch, Bürgermeister von Oberwesel, war 1848 und bis zum September 1849 bei der Köln-Mindener Eisenbahn als Beamter angestellt. Ein anderer Beamter, Marci, erzählte ihm, daß eine Revolution ausbrechen würde, wobei man die Reactionäre und Geldaristokraten köpfen werde. Man habe eine Proscriptionsliste von 70 bis 80 Personen, auf welcher verzeichnet seien: der Landrath Schnabel in Mühlheim am Rhein, der Regierungspräsident Möller und, wie er sich zu erinnern glaube, der Bankier Oppenheim und Herr v. Wittgenstein.

Siebenundfünfzigster Zeuge, Peter Joh. Marci, Calculator bei der Köln-Mindener Eisenbahn, hat als Gerücht, dessen der vorhergegangene Zeuge erwähnt, vernommen: An einem Abend würden die Verbündeten zusammentreten, um das Vorhaben auszuführen. Als denjenigen, „der zuerst daran müsse“, nannte man ihm den General Engels (Stadtcommandant von Köln). Sonst erinnert er sich keines Namens.

Achtundfünfzigster Zeuge, Heinr. Donzelmann, Calculator bei der Köln-Mindener Eisenbahn, hat gleichfalls von dem Gerücht vernommen, jedoch ohne nähere Umstände. Diese drei Zeugen beantworten die Frage, ob ihnen nichts davon gesagt worden sei, daß jenes Attentat mit einem der Angeklagten oder dem Bunde der Communisten in Verbindung stehe, mit „nein“.

Frau Daniels soll, wie Vertheidiger Esser I. erklärt, darüber vernommen werden, ob sie mit London in Correspondenz gestanden habe. — Der Präsident bemerkt, es stände in seiner discretionären Gewalt, Anverwandte der Angeklagten unvereidet zu vernehmen, wo es sich um Erläuterungen handle, hier aber, wo eine factische Aussage verlangt werde, fühle er sich dazu nicht berufen.

Neunundfünfzigster Zeuge, Wilh. Dietz, Inhaber einer Buchdruckerei, druckte die „Neue Rhein. Zeitung“. Dr. Becker war weder Redacteur, noch Mitarbeiter derselben; auch erinnert sich Zeuge keiner einzelnen Arbeit desselben. Becker schien überhaupt mit den Redacteuren in nur geringer oder keiner Beziehung zu stehen. Als Dr. Becker die „Westdeutsche Zeitung“ herausgab, verweigerte ihm der Secretär der ehemaligen „Neuen Rhein. Zeitung“ die Liste der Abonnenten. Zeuge erwähnt noch der bekannten Erklärung des Marx von Bingen aus.

Sechzigster Zeuge, Otto Inkermann, Dampfschiffinspector der kölnischen Gesellschaft, soll bezeugen, daß er am 5. November 1850 mit Becker den Rhein hinauf gefahren sei, kann sich dessen aber nicht mehr entsinnen, weil er als Conducteur täglich mit mehreren hundert Personen verkehrte.

Einundsechzigster Zeuge, Paul Brölsch, Kaufmann in Köln, traf Dr. Becker zu Anfang des November in Frankfurt a. M. auf dem Hanauer Bahnhof. Dieser sagte ihm, daß er nach Wilhelmsbad reise, wo er Halin besuchen wolle.

Zweiundsechzigster Zeuge, Robert Gelier, Handlungsgehilfe, früher auf der Expedition der „Westdeutschen Zeitung“, sagt wie ein früherer Zeuge über die von Baude getrennt geführte Flüchtlings- und Geschäftskasse aus. Er las dem Corrector die Manuscripte vor. Befragt nach einer Dissertation kennt er den Ausdruck nicht, doch entsinnt er sich, daß eine lateinische Arbeit gedruckt worden sei; über deren Inhalt und darüber, ob sie von Jacobi herrührte, vermag er keine Auskunft zu geben. Er weiß nur, daß Dr. Becker an Halin (früher Restaurateur auf der Börse in Köln, später in Wilhelmsbad) noch ein Guthaben für Zeitungen hatte. (Schluß der Sitzung.)

Handel und Industrie.

Mainz, 29. Oct. Bei sehr guter Meinung für Getreide ging diese Woche doch nur sehr wenig um; von fränkischem Waizen wurde Einiges mit 10 fl. 55 kr. bezahlt, und für die Schweiz ein Parthiechen sehr schöner Qualität à $11\frac{1}{4}$ fl. genommen. Sonst war die Frage sehr gering, im Allgemeinen hat sich der Werth aber auch auf heutigem Markte behauptet; ebenso auf Lieferung per Frühjahr, obgleich sich darin weniger Kauflust zeigte, blieben die Preise dennoch unverändert. Unsere heutigen Notirungen sind: Waizen effectiv $10\frac{7}{8}$ bis $10\frac{8}{8}$ fl., gut lieferbarer per November $10\frac{1}{2}$ à $\frac{3}{4}$ fl., gut lieferbarer per März 11 fl.; Roggen effectiv $9\frac{1}{2}$ à $9\frac{3}{4}$ fl, per März $9\frac{3}{4}$ à $9\frac{5}{6}$ fl.; Gerste $7\frac{1}{2}$ bis $8\frac{1}{4}$ fl. nach Qualität, alles per netto 100 Kilog.; Hafer 4 fl. per Malter; Bohnen $11\frac{1}{2}$ bis $12\frac{1}{2}$ fl., Erbsen 10 bis 11 fl.; Linsen 11 bis 18 fl., Mohnsamen 15 fl., Kohlsamen $12\frac{3}{4}$ à $13\frac{1}{4}$ fl. per Malter. Nach Kleesamen bleibt die Frage belebt, allein die Zufuhren sind sehr klein; ewiger 17 à 20 fl., deutscher 24 à 26 fl. per 50 Kilogr. nach Qualität. Für Rüböl war die Stimmung matter, da für den Octobertermin noch manches nicht bezogen und zum Verkaufe gebracht ist und es wurde zu etwas niedrigerem Preise abgegeben; effectiv $32\frac{1}{2}$ à 33 Thlr. per 280 Pfund l. G. mit Faß, per October 32 à $32\frac{1}{2}$ Thlr., per Mai 35 à $35\frac{1}{2}$ Thlr.; Mohnöl effectiv $26\frac{1}{2}$ à 27 fl. per 50 Kilogr. ohne Faß, per Frühjahr $27\frac{1}{2}$ fl. Roher Talg $22\frac{3}{4}$ fl. Branntwein und Spiritus unverändert. In der Fruchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 791 Säcke Waizen à 10 fl. 8 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 69 Säcke Korn à 8 fl. 23 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 53 Säcke Gerste à 5 fl. 11 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 156 Säcke Hafer à 3 fl. 35 kr. pr. Sack von netto 120 Pfund; vorher außerhalb derselben: 76 Säcke Waizen à 10 fl. 12 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 17 Säcke Korn à 8 fl. 13 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 60 Säcke Gerste à 5 fl. 42 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 10 fl. 9 kr., Korn 8 fl. 21 kr., Gerste 5 fl. 27 kr. Die Mehlpreise und Brodtaxe blieben unverändert. Der Hirsemarkt war schwach befahren; die Preise liefen von $11\frac{1}{2}$ bis 12 fl. per Malter nach Qualität. (Rh. H. Z.)

Börsenberichte.

Paris, 28. Oct. $4\frac{1}{2}$pCt. Rente 106. — 3pCt. 81, 80. — Neapol. 105. — 5pCt. Neue Oesterr. $94\frac{7}{8}$. — Span. neue Diff. $24\frac{1}{8}$. — Neue 3pCt. 51. — Innere Schuld $46\frac{1}{4}$, $\frac{1}{8}$. — Passive —. — Bankactien 2995. — Piemont 5pCt. 98, 80. — Römisches Anlehen Juni 1850 $98\frac{3}{4}$. — do. 1850 $99\frac{1}{4}$. — St. Germain-Eisenbahn 1515. — Versailles, linkes Ufer 355. — Straßburg-Basel 360. — Nordbahn 855. — Paris-Straßburg 820.

Die öffentlichen Fonds haben sich heute mit großer Festigkeit auf den gestrigen Schlußcoursen behauptet und sind erst gegen den Schluß des Marktes etwas gewichen. Die Bahnactien haben ihre steigende Bewegung fortgesetzt.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

Bekanntmachung,

die Correspondenz nach und aus Sardinien bei der Auslieferung an die Schweiz betreffend.

Nach einer Mittheilung der Schweizerischen Oberpostbehörde können Briefe nach und aus Sardinien durch Vermittelung der Schweizerischen Postanstalten unfrankirt oder ganz frankirt befördert werden.

Hierbei sind nachstehende Bestimmungen maßgebend:

1) Die Taxe beträgt im einfachen Satze
   A. an Deutschem Porto 9 kr. oder 3 Sgr.,
   B. an Schweizerischem Porto 6 fr. rhein. oder 2 Sgr.,
   C. an Sardinischem Porto 6 kr. rhein. oder 1⅔ Sgr.,
2) Als einfache Briefe werden
   a. hinsichtlich des Deutschen und Schweizerischen Portos solche betrachtet, welche 1 Loth Zollgewichts oder ½ Loth Cöln. Gewichts exclus. wiegen. Das Deutsche und Schweizerische Porto für schwerere Briefe ist nach der im Postvereinsgebiet bestehenden Gewichtsprogression zu berechnen.
   b. Hinsichtlich des Sardinischen Portos werden als einfache Briefe diejenigen betrachtet, welche das Gewicht von ¼ Loth (7½ Grammen) nicht übersteigen. Bei schwereren Briefen wird von je ¼ Loth (7½ Grammen) zu je ¼ Loth Mehrgewicht die Taxe des einfachen Briefes erhoben.
3) Rekommandirte Briefe müssen bei der Aufgabe ganz frankirt werden. Die Rekommandation von Waarenproben und Kreuzbänden ist nicht gestattet; eben so wenig ist die Beigabe von Retourrecepissen zulässig.

Hinsichtlich der Erhebung des Deutschen und Schweizerischen Portos, sowie der Rekommandationsgebühr bei rekommandirten Briefen nach Sardinien gelten die im Postvereinsverkehr bestehenden Bestimmungen. Für rekommandirte Briefe nach Sardinien ist außerdem als Sardinisches Porto das Doppelte der Sardinischen Taxe für einen gewöhnlichen Brief gleichen Gewichts zu erheben. Rekommandirte Briefe nach Sardinien müssen mit einem Umschlag und zwei Siegelverschlüssen versehen sein.

4) Kreuzbandsendungen, bei welchen den im Postvereinsverkehr geltenden Bedingungen vollständig genügt ist, genießen eine ermäßigte Taxe, welche
   a. an Deutschem Porto die für den innern Vereinsverkehr festgesetzte Taxe (von 1 kr. rhein. resp. ¼ Silbergroschen pro Loth),
   b. an Schweizerischem und Sardinischem Porto zusammen 2 kr. rhein. oder ⅓ Sgr. für jede Zeitung oder jeden Druckbogen, deren Zahl deßhalb auf der Adresse anzugeben ist,

   beträgt.

5) Für Briefe mit Waarenproben, welche den im Postvereinsverkehr geltenden Bedingungen entsprechen, wird
   a. an Deutschem und Schweizerischem Porto für je 2 Loth das einfache Briefporto,
   b. an Sardinischem Porto dagegen die Taxe wie für gewöhnliche Briefe erhoben.

Frankfurt a. M., den 28. October 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Vrints-Berberg.

vdt. Kölle.

Heirathsgesuche betreffend.

Wiederholend bemerke ich, daß ich nur solchen, unbescholtenen Aspiranten meiner Vermittlung mich unterziehe. Zu denen bereits notirten und theilweise erledigten Partien sind hinzugekommen: schauung individueller menschlicher Geistes- und Körper-Vollkommenheiten, allen Gebildeten zur Prüfung und Beherzigung ihrer Aufschlüsse: ganz ergebenst.

eine Wäschereibesitzerstochter mit fl. 6,500; eine gesunde, alleinstehende Wittwe mit fl. 12,000; eine ältere Jungfrau mit fl. 45,000; eine mündige Waise mit fl. 29,000. Die discreteste Handlungsweise leitet meine Bevorhandlungen. Vermögensvorbilanz, wie auch das Alter, auf Moralität Befähigte wird nachgewiesen.

[2469] **Carl Mayer l.** an der Paulskirche.

Der practische Psychologe BOSSARD aus Berlin

Besuchzeit täglich von 8—5 Uhr im Römischen Kaiser, 1te Etage Nr. 31 (Honorar nach eigenem Ermessen). Aufenthalt vorläufig 8 Tage.

Ausführliche Programme über Inhalt und Nutzen gratis.

[2468] **fl. 200,000,**
100 000 40 000, 25,000, 2 à 20,000, 2 à 15 000, 12,000, 3a 10,000, 3 à 6000, 3 à 5000, 3 à 4000, 5 à 3000, 12 à 2000,
86mal **100** fl. 12,500 Gewinne u. 13,400 Freilose unter 24,000 Loosen 123e **Frankfurter** Lotterie.
Ziehung Anfang von 1. December 1852.
Ende 21. April 1853.
Loose à fl. 6, ½ fl. 3, ¼ fl. 1. 30 kr., ⅛ 45 kr. empfiehlt J. Glauberg in Frankfurt a. M.

Beiträge beweisen werde, sind vom Porto obigen Hotels unentgeltlich entgegenzunehmen. [2450]

Cours der Staats-Papiere. 30 October 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.-L. b. Rothe.)	93⅛	G.	Nassau .	5. 25 Loose . . .	238/4 P. ¼ G.
»	5% M.v. J. 1851 Ser. B.	94	P.	Wurtemb.	4½% Oblig. b. Rothe.	101⅜	G.
»	5% L. V. (C. b. Rothe)	88¾ P. ⅛ G.		»	3½% ditto	90½	P.
»	5% d. Monte Cas. L.M.	84	P.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34½ P. ⅜ G.
»	Bank-Actien .	1369 P. 65 G.		»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	45½	P.
»	5% Metalliq. Oblig.	80⅜ P. 80 G.		Gr. Hessen	4½% Obligationen	102	P.
»	4% M.v. J. 1851 Ser. A.	80½ P. ⅛ G.		»	4% ditto b. Rothsch.	98⅜	P.
»	4% ditto 1852	80½ P.		»	3½% ditto b. Rothsch.	91⅜	G.
»	4½% ditto	72⅛ P. ⅛ bez.		»	5. 50 Loose . . .	91¾ P. 91 G.
»	4% ditto	64⅛	P.	»	5. 25 Loose . . .	31½	P.
»	3% ditto	48	P.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95½ P. 94½ G.
»	2½% ditto	409/4 P. 2⅜ G.		»	3½% » v. 1846	94½ P.
»	1% ditto	16⅛ P.		»	3½% » . . .	86¼ P. 85½ G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	116½ P.		»	Taunus-Bahnact.	304 P. 302 G.
»	fl. 500 » ditto	192	P.	Russland	4½% Obl. b. Baring	102¼	P.
»	4½% Oblig. b. Rothsm.	89¾	P.	»	4% Obl. b. Hope & S.	91	P.
Preussen .	3½% St. Schuldsch.	94	G.	»	4% » b. Stieglitz &	90¼	G.
»	4½% Oblig. b. Roths.	—		Polen .	4% Oblig de fl. 500	91⅜	G.
»	Coin-Mind. K.-Actien	112½	P.	Spanien	3% inl. Sch. P. ⅛ 50	46 P. 45⅝ G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅜ P. ⅜ G.		»	3% Neue . . .	24⅞ „ 13/16 25 bez. u. G.
»	4% ditto	100⅛ P. ⅛ G.		Holland .	4% Certificate . .	95⅛	G.
»	4% ditto	96⅜	G.	»	3½% Syndicate .	94⅛	G.
»	4% Ablös.-Rente .	96½	bez.	»	3½% Integrale .	63⅜ P. ⅛ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	91⅜	G.	Belgien .	5% Obl. in L. à 25 fr.	100⅜ P. ⅛ G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95	P.	»	4½% Obl. in F. à 25 fr.	99⅜ P. ⅜ G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102⅜	G.	»	4% Obl. in Fr. à 25 fr.	91⅛	G.
Baden . .	5% Obligationen .	101⅝	P.	»	3½% Obl. b. Rothsch.	56 P. 55⅜ G.
»	4½% Obligationen	100⅜	G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97⅝ P. ⅛ G.
»	4½% v. 1849 . . .	90¼	P.	»	3% Obl. b. Hambro	24⅞	G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66⅜ P. 66 G.		»	Sardinische Loose .	40½	G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38⅞ P. ⅛ G.		Toscana	5% Obl. 1850 (C. b. Golds.)	101¼	P.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103⅛	P.	»	5% (b. 1855 b. Bastogi&Co.)	98	G.
»	4% ditto	99¼	G.	Mexerika	6% Stocks Doll. à 20	116⅝	G.
»	3½% ditto	91¼	P.	Vereins fl. 10 Loose .		9 P. 8/16 G.

Wechsel-Cours.

Den 30 October	Per comptant.
Amsterdam . . . k.S.	100⅜ 100 G.
(100 fl. Crt.)	3M. — —
Augsburg . . . k.S.	120⅜ B.
(100 fl. Crt.)	2M. — —
Berlin . . . . k.S.	105⅛ B.
(60 Thlr.)	8M. — —
Bremen (50) k.S.	97⅛ G.
Hildesh. Loose .	— —
Hamburg . . k.S.	89⅛ B.
(100 Mk. Bco.)	2M. — —
Leipzig . . . k.S.	105⅛ 104⅛ G.
London . . . k.S.	119⅜ 119¾
(10 Livr. St.)	3M. — —
Lyon . . . . k.S.	94⅛ B.
(300 Fr.)	2M. — —
Mailand (300 Lr.)	k.S. 104⅛ B.
Lir.	2M. — —
Paris . . . . k.S.	94⅛ B.	G.
(300 Fr.)	8M. — —
Wien . . . . k.S.	105⅛ B.
Augsburg . . .	105⅛ 1 bez.
im fl. 20 F.)	k.S. 105 G.
Disconto . . .	3 B.

Gold und Silber.

Pistolen	fl. 9 45-46
Pr. Friedrichsd'or	„ 9 55-56
Holl. (44 Stücke)	„ 9 54½-55½
Rand-Dukaten .	„ 5 58-59
20 Francsstücke	„ 9 29 30
Engl. Souvereigns	„ 11 54
Gold al Marco	„ 383-84
5 Frankenthaler	„ 2 22-½
Preuss. Thaler	„ 1 45-½
Preuss. Cass.-Sch.	„ 1 44⅞-45½

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nr. 260.) 31. October 1852.

Deutschland.

* **Wien**, 26. Oct. In Betreff des, wie gemeldet, freigelassenen Grafen Potocki hat die kriegsgerichtliche Section des Militärgouvernements von Wien unterm 25. October folgende Kundmachung erlassen:

Mittels Urtheil des in Wien organisirten Kriegsgerichts zur Untersuchung politischer Verbrechen vom 7. September d. J. ist erkannt worden: daß Adam Graf Potocki, zu Lanchut in Galizien geboren, 30 Jahre alt, katholisch, verheirathet, Vater von drei Kindern, Besitzer mehrerer Güter in Polen und Galizien, bei ernstlich erhobenem Thatbestande aus dem Zusammentreffen der Umstände überwiesen sei, an Unternehmungen und Anschlägen einer revolutionären Partei zu Wiederherstellung des unabhängigen polnischen Reiches, so wie es vor der Theilung bestand, somit zum Umsturz der Regierung in den unter der Krone von Oesterreich vereinigten polnischen Ländern in neuerer Zeit, und zwar vom Monat Mai des Jahrs 1848 ab, sich betheiligt zu haben; daher Adam Graf Potocki wegen Mitschuld an dem Verbrechen des Hochverraths, auf Grund des § 5 Kriegsartikels, des § 2 des 34., §§ 1 und 2 des 61. Artikels des Militärstrafgesetzbuchs, in Verbindung mit der Proclamation über den Belagerungszustand für Galizien, Krakau und die Bukowina vom 10. Januar 1849, mit sechsjähriger Festungsarrest in Eisen zu bestrafen sei. Inden dieses Urtheil in Wege Rechtens bestätigt ward, haben Se. k. k. apost. Majestät allergnädigst sich bewogen gefunden, dem Unterlassen die ihm kriegsrechtlich zuerkannte Strafe nachzusehen, wonach Graf Adam Potocki unmittelbar nach der am 21. d. M. erfolgten Publication des Urtheils in Freiheit gesetzt worden ist.

Der kaiserl. russische Gesandte am hiesigen Hof, Baron v. Meyendorff, reiste heute nach St. Petersburg ab. Auf die Dauer seiner Abwesenheit, die sich auf beiläufig acht Wochen erstrecken dürfte, wird Gesandtschaftsrath Fonton die Geschäfte leiten.

Der in Krakau erscheinende „Czas" läßt sich wegen der Verhältnisse des Grenz- und Handelsverkehrs zwischen Polen und Galizien und dem Großherzogthum Krakau mit Berufung auf die Wiener Verträge einen Klagerus ertönen, indem er meint, dem Großherzogthum Krakau stehe nicht nur das natürliche Recht, sondern auch ein geschriebener Rechtstitel zur Seite, wonach es „fordern" könne, daß ihm eine Erleichterung im Verkehr, behufs Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse, werde; daß dieser Rechtstitel ihm von dem öffentlichen europäischen Recht, das bis jetzt noch bindend sei, eingeräumt worden. Der Art. 10 des Wiener Additionalvertrags spreche ausdrücklich von der freien ungehemmten Zufuhr aller Consumtionsartikel in Krakau. Die politische Umgestaltung der Krakauer Republik im Jahr 1846 könne aber hierin nichts ändern, weil alle anderen Stipulationen des besagten Vertrags mit Bezug auf Handel und Grenzverhältnisse unverändert geblieben und bis auf den heutigen Tag maßgebend seien. Die Modificationen aber, welche dieser Vertrag seit 1815 erfahren, beträfen alle nur Territorialbestimmungen, nicht aber politische, commercielle oder andere Grundsätze, nach denen Europa bisher regiert wurde. Der „Czas" hofft schließlich, daß, da sich alle Großmächte stets auf diese Verträge beriefen, selbst jetzt angesichts des werdenden Kaiserthums, auch er durch die Berufung auf dieselben die russische Regierung werde rühren können.

* **Wien**, 27. Oct. Neuerdings wollen auswärtige Blätter von der Gründung eines neuen Tagblattes von kirchlich-politischer Tendenz und halbofficiellem Charakter, unter der Redaction des Professor Müller, des früheren Redacteurs der „Deutschen Volkshalle", wissen. Das Blatt soll mit dem 1. Januar erscheinen. Die „Presse" zweifelt an der Richtigkeit der Nachricht und hält sie aus vielfachen Gründen für durchaus unwahrscheinlich. — Bezüglich der Errichtung der Postlinie erfährt man, daß im Laufe des künftigen Jahres zwei Dampfer mit je 100 Pferdekraft für den Personenverkehr und drei Dampfer mit 150 Pferdekraft für den Schleppdienst auf dem Po; dann zwei Dampfer mit 40 bis 50 Pferdekraft für den Schleppdienst in den Lagunen zwischen Venedig und Chioggia, und drei Schraubendampfer für die Verbindung zwischen Triest und Cavanella del Po, endlich 40 Schleppkähne aufgestellt sein werden. Zum Commandanten dieser Flottille wurde der Pionnierhauptmann Wasserthal ernannt. — Der königlich preußische General Radowitz hat, gleich nach dem Antritte seines Amtes als oberster Leiter der Militärstudien, die sämmtlichen, das Militärerziehungswesen berührenden und in Oesterreich bestehenden Vorschriften in geeigneter Weise einholen lassen, um dieselben bei den für Preußen bevorstehenden Reformen benutzen zu können.

* **Berlin**, 28. Oct. Nach den aus Bliessingen vom Bord der Kriegsfregatte „Gefion" hier angelangten Schreiben, wird dieselbe entweder noch in den letzten Tagen dieses Monats oder in den ersten Tagen des Monats November in See stechen. Die erste Fahrt der Fregatte richtet sich nach Buenos-Ayres, von da nach Rio de Janeiro u. s. w. Im Mai des kommenden Jahres wird die Fregatte „Gefion" mit der Fregatte „Danzig" im Hafen von Neapel zusammentreffen. Se. königl. Hoh. der Prinz Adalbert wird letzterer Fregatte auf dieser Fahrt selbst befehligen. Von Neapel wird sich der Prinz nach England begeben, um die dortigen Hafeneinrichtungen, Docks, wie überhaupt alles auf das Marinewesen Bezügliche in genauen Augenscheln zu nehmen. Die preußische Flottille wird aber von Neapel aus ihre Uebungskreise weiter fortsetzen, die auf etwa zwei Jahre im Ganzen anberaumt ist. Wie haben schon früher angedeutet, daß es bei diesen Fahrten sich hauptsächlich auch darum handelt, die preußische Flagge, von einem Achtung gebietenden Kriegsschiffe wehend, in den verschiedenen Häfen sehen zu lassen. Es beziehe sich dies namentlich auch auf Küstenstrecken Südamerika's, welche von räuberischen Volksstämmen bewohnt sind, die den Handel solcher Völker, die ihnen nicht durch jeweiliges Entsenden von Kriegsschiffen Achtung einflößen, sehr beeinträchtigen. Man wird sich des auf dieses Unwesen bezüglichen Berichts eines Consuls noch erinnern, welcher Bericht damals große Aufmerksamkeit auf sich zog. Einer der tüchtigsten Officiere der „Gefion" kann leider wegen Krankheit die Fahrt nicht mitmachen und wird auf den Rath des Arztes sich überhaupt einem andern Fache zuwenden müssen. — Bei den vor kurzem hier stattgehabten Controleversammlungen der Landwehr sind diejenigen Wehrmänner, welche Ansprüche auf Berücksichtigung wegen besonderer Familienverhältnisse für den Fall einer Einberufung der Landwehrmannschaften zu haben vermeinen, mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, dies binnen kürzester Zeit geltend zu machen, da später auf solche Gesuche keine Rücksicht genommen werden würde. Bei dieser Gelegenheit machen wir zu gleicher Zeit darauf aufmerksam, daß von Seite des diesfälligen Kriegsministers keineswegs irgend etwas verfäumt wird, was die Vorsorge bei der Sache der vorübrigen Verhältnisse zu erheischen scheint. Erweist sich diese Vorsorge durch friedliche Entwickelung der Dinge als eine unnöthige, so wird das preußische Volk dem Kriegsministerium darum nicht weniger Dank wissen.

△ **Aus Baden**, 29. Oct. Der Wiedereinführung des Regimentsverbands bei der badischen Infanterie folgen noch mehrere dahin einschlagende Verordnungen nach. So werden die bisherigen selbstständigen Bataillonsverwaltungen noch fortbestehen, und das Eigenthum der Bataillone nicht zusammengeworfen werden zu einem gemeinschaftlichen Regimentsdrarium. Die Regimentsvereinigung, d. h. die Vorstellung der neuen Regimentscommandeurs an die Regimenter, findet durch den Divisionär, General v. Röder, statt, und zwar am 2. November in Mannheim, am 3. in Karlsruhe, am 4. in Rastatt, am 8. in Konstanz. Man glaubt, daß über die Besetzung der Brigadecommandostellen an die Stände Vorlage gemacht wird, weil diese Besetzung einestheils nothwendig ist, anderntheils aber das diesjährige Budget überschritten haben würde. An einer sofortigen Genehmigung ist sodann nicht zu zweifeln. Mit Spannung sieht man indessen dem voraussichtlichen Beschluß der Bundesversammlung entgegen, wonach, wie verlautet, die Regierungen übereingekommen sind, statt bisher 1 Procent, nunmehr 1½ Procent der Bevölkerung unter die Waffen zu stellen. Wie nothwendig und unumgänglich diese Maßregel für die vorgeschobenen südwestdeutschen Staaten, und ganz besonders für Baden ist, das im Fall des Kriegs sich mit über 3000 Mann an der Besetzung von Rastatt betheiligen soll, und ebenso das Interesse wie die Pflicht hat, sein Contingent zum achten deutschen Armeecorps ins freie

Feld zu stellen, bedarf keiner Nachweisung. Bei 1½ Procent betrüge das badische Armeecorps 18,000 Mann, deren schnelle Aufstellung um so dringlicher sein wird, als bei ausgebrochenem Kriege durch die noch dazu nöthigen Reserven und Ersatzmannschaften oft nur zu bald alle Transbenverhältnisse aufgehoben sind. Die neue Organisation der badischen Infanterie ist so zweckmäßig, daß ihre Form einer Vermehrung der größern wie kleinern Abtheilungen fähig ist, ohne die Harmonie im Ganzen nur im geringsten zu beeinträchtigen. Sie soll vollständig aus dem Gedanken des Prinz-Regenten hervorgegangen sein.

X **Gießen**, 29. Oct. Die Musensöhne finden sich nach und nach wieder bei uns ein, doch wird der Wiederbeginn der Vorlesungen erst in acht Tagen stattfinden. Professor Stahl, dessen Vorlesungen über das Wesen des Socialismus im vorigen Winter mit so entschiedenem Beifall aufgenommen wurden, wird auch in diesem Winter ein für ein ausbündiges Publikum berechnetes Colleg'um über deutsche nationalökonomische Interessen veranstalten. Stahl füllt eine zweifel Schmitthennens Stelle im vollsten Maße aus. — Das letzte Quartal unserer diesjährigen Schwurgerichtsverhandlungen wird in den ersten 14 Tagen des November beginnen. Bereits sind die Listen der Geschwornen aufgestellt und die Richter ernannt. Den interessantesten Theil der Verhandlungen wird diesmal wohl der Proceß einer Bande Falschschwörer, 11 Mann hoch, bilden, die das Laudgericht Biedenkopf hier eingeliefert hat. Die saubern Genossen hatten es sich nämlich zum Geschäft gemacht, vor Gericht als falsche Zeugen zu fungiren und sollen sich durch dieses einträgliche Handwerk dem Vernehmen nach schon eine bedeutende Summe errungen haben. Welche Verwicklungen der Ausgang dieses Processes durch Revision ꝛc. so wie schon geschlichteter Processe im Gefolge haben wird, ist nicht abzusehen. Da wir grade von dem hiesigen Schwurgericht reden, so erlauben wir uns, Ihren Lesern einige Betrachtungen mitzutheilen, die gewiß schon Mancher außer uns gemacht haben wird. Das Local des Schwurgerichtes nämlich bildet der Saal einer unserer ersten Gartenwirthschaften, des sogenannten Buschischen Gartens. Dieselbe wird nun zu mancherlei Zwecken benutzt, die zu dem Ernste und der Wichtigkeit des Schwurgerichts einen schneidenden Gegensatz bilden, so z. B. zu Bällen, Hochzeiten, Damengesellschaften u. s. w. Oft geschieht es, daß man die Harrieren an einem Abende, wo der Saal einem solchen Zwecke dienen soll, hinwegräumt, um sie am andern Morgen wieder aufstellen. Heute erschallt eine heitere Tanzmusik da, wo es sich morgen um Ehre und Freiheit eines Opfers der Gerechtigkeit handelt. Uns beschleicht jedesmal ein peinliches Gefühl, wenn wir die Bank der Angeklagten an derselben Stelle fanden, wo wenigen Stunden vorher noch ein von jovialen Bachusbrüdern eingenommener Schenktisch stand. Darum möchte wohl die Wahl eines anderen Locales für unser Schwurgericht zu wünschen sein. Seit der Publication des neuen Uniformirungsgesetzes erscheinen auch die Mitglieder des Schwurgerichtshofes bei den Verhandlungen in ihrer neuen Uniform.

* **Frankfurt**, 30 Oct. Der von hier aus steckbrieflich verfolgte Raubmörder Schmidt, aus Unterhambach, wurde in Heppenheim verhaftet und befindet sich im Arresthause zu Darmstadt. Wie man hört, wird derselbe, als großherzogl. hessischer Unterthan, nicht nach Frankfurt ausgeliefert, sondern sein Urtheil von den Assisen in Darmstadt erhalten.

Einer Berechnung nach werden in Frankfurt alljährlich 112,000 Malter oder wöchentlich ca. 2000 Malter Mehl verbraucht. Im Durchschnitt rechnet man auf den Kopf der Bevölkerung ungefähr 322 Pfund jährlich. Auf seinem eigenen Gebiete erzeugt Frankfurt nur etwa 19,000 Malter Waizen und 8000 Malter Roggen. Den Hauptbedarf bezieht die Stadt aus der Wetterau, welche in guten Jahren gegen 600,000 Malter Getreide liefert. An Fleisch werden jährlich nahe an 100,000 Ctr. consumirt, wovon 49,300 Ctr. Ochsenfleisch. Auf den Kopf rechnet man jährlich 160,₇₀ Pfund, nämlich 81,₀₀ Pfund Ochsenfleisch, 31,₀₀ Pfund Schweinefleisch, 26,₀₀ Pfund Kalbfleisch, 16,₈₀ Pfund Hammelfleisch und 5,₅₀ geräuchertes Fleisch.

Italien.

Rom, 16. Oct. In Viterbo hat Cartari verhaftete die Polizei vorgestern einen ihr als verdächtig denuncirten jungen Mann, unter dessen Habseligkeiten sich bei angestellter Nachsuchung die Statuten eines Unterstützungsvereines fanden, um die es den Spitzern hauptsächlich zu thun war. Es hieß darin, daß sich sechs namentlich genannte Freunde verpflichteten, einander in der Noth zu helfen, zu welchem Behuf jeder einen regelmäßigen wöchentlichen Beitrag von fünf Baiocchi beizubringen habe. Verschiedenen andern, scheinbar unschuldigen Artikeln folgt ein solcher, der den sechs Mitgliedern das strengste Schweigen über das Bestehen ihrer Association auferlegt. Da die Hilfevereine für Emigrirte und für die politische Propaganda, wie bekannt, sich zur Vermeidung des Auffehens schon längst in möglichst kleinen Gruppen verbinden, so glaubt man durch diese Entdeckung dem Sitz des Centralvereins näher auf die Spur gekommen zu sein. Die sechs Freunde wurden verhaftet; sie gehören den höhern Gewerben an.

Frankreich.

Paris, 28. Oct. Der „Moniteur de l'Armee" wirft in Bezug auf das berühmte Wort der Rede von Bordeaux: „Das Kaiserthum ist der Friede!" die Frage auf: Was wird die Armee dazu sagen? Wird nicht sie dem Kaiser, wo Zwietracht und Kriegslust sie mit dem friedfertigen Programm des Kaiserthums, das anderen überall mit Beifall begrüßt worden ist, unzufrieden machen? Das Organ des Kriegsministeriums nimmt keinen Anstand, zu behaupten, daß die Armee in Betreff der Worte Ludwig Napoleons die Meinung aller Welt theilen wird. „Die französische Armee", sagt es, „bildet sich nicht aus Banden von Südlingen und Condottieri, für die der Krieg eine unumgängliche Nothwendigkeit ist, weil er allein ihre Räubereien gestatten würde. Sie besteht einzig und allein aus jungen Franzosen, aus Söhnen der Landbauern, Handwerker, Kaufleute, Künstler oder Gutsbesitzer, deren Wohlfahrt ganz wesentlich mit der Aufrechterhaltung des Friedens verknüpft ist; und diese hochherzigen Soldaten, wenn sie dem Vaterlande ihre Schuld bezahlt haben, sind froh um heimatlichen Herd die beschäftigende Arbeit, die materielle und intellectuelle Arbeit, die Stabilität in allen Dingen wieder zu finden, die der Frieden allein sichern kann. Es gibt allerdings in den Reihen unserer Tapfern freudige Gemüther, bei denen Ruhmsucht und Ehrgeiz alle anderen Gedanken beherrschen; für sie bedürfte es immer des Lagergerüsches, des Schlachtendranges, der Aussicht auf schnelle, um jede Gefahr, jeden Zufall erkaufte Beförderung. Aber dem war immer so, und nie glaubte man sich darum bekümmern zu müssen. Die Eroberungskriege gehören nicht mehr unserm Zeitalter an; Frankreich hat es durch einen siebenundvierthalbjährigen europäischen Frieden bewiesen, in welchem die Behauptung seiner Würde und die Sorge für einzelne wichtige Interessen den ganzen Geist allein und nur theilweise kurze Unterbrechungen verursacht haben. Es gibt übrigens einen Krieg, worin die Armee sich schon durch Triumphe bethätigt hat: es ist der des Geistes des Guten gegen den Geist des Bösen, der geregelten Ordnung gegen die Anarchie. Dieser Krieg, auf einigen Punkten unseres gestürzten Frankreichs schnell zu Ende gebracht, kann auf andern oder bei unsern Nachbarn wieder entstehen und neue Anstrengungen von unsern tapfern Soldaten verlangen, wozu man sie stets eifrig bereit finden wird."

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Oct. Nach einem Befehl des Kriegsministeriums vom 23. d. M. werden die bei den Excessen auf Christianshavn betheiligten Soldaten des 5. Jägercorps, nachdem sie ihre Strafen ausgestanden, noch außerdem nach verschiedenen dänischen Bataillonen auf Fühnen und in Jütland versetzt. Das Verbot, wegen der um dieselbe Zeit in der Nähe der Söhngadenkaserne vorgefallenen Soldatenexcesse dauert noch täglich fort. — Aus der kürzlich im Volksthing vorgelegten Staatsrechnung ersieht man, daß die Netoeinnahme aus den Herzogthum Schleswig für das Finanzjahr 1851—1852 2,961,112 Rthlr. betrug, wovon dem Kriegsministerium für die daselbst stationirten Truppen 2,089,000 Rthlr. angewiesen wurden.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 30. Oct. Die neueste Berliner Post ist ausgeblieben.

* **Wien**, 27. Oct. Die von der „N. Pr. Z." gebrachte Angabe, daß der kaiserl. österreichische Gesandtschaftsadjutant Graf v. Thun an die Stelle des Frhrn. v. Prokesch nach Berlin designirt sei, entbehrt nach der „Pr. Z." aller Begründung, denn man hat überhaupt durchaus nicht die Absicht, eine Veränderung in der Besetzung des diplomatischen Posten am Berliner Hof vorzunehmen.

* **Wien**, 28. Oct. In Folge allerhöchsten Auftrags hat das k. k. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die erforderlichen Einleitungen zum Behufe der Unterhandlung eines zwischen dem päpstlichen Stuhle und Oesterreich abzuschließenden Concordats bereits getroffen. Se. Heil. der Papst hat sich nicht nur bereitwilligst, auf diese Unterhandlung einzugehen, sondern auch dem Wunsche Sr. Maj. des Kaisers freundlich entsprochen und Wien als den Ort bezeichnet, wo die betreffende Unterhandlung gepflogen werden soll.

+ **Darmstadt**, 30. Oct. Sicherem Vernehmen nach wird der Bericht des von der ersten Kammer zur Begutachtung der Zollvereinsfrage gewählten Ausschusses, welcher den Abg. (Advocaten) Engelbach aus Gießen zum Referenten bestellt hat, im Laufe der

nächsten Woche erstattet werden. Ich werde darüber baldmöglichst berichten.

† **Turin**, 26. Oct. Erzbischof Charvaz ist hier eingetroffen. Der Austritt des Ministerpräsidenten d'Azeglio wird beinahe mit Gewißheit erwartet. Zwischen ihm und dem plötzlich nach Paris berufenen französischen Gesandten v. Buteval soll große Meinungsverschiedenheit geherrscht haben.

* **Neapel**, 20. Oct. Der König hat drei der jüngst ausgesprochenen Todesstrafen in Kerkerstrafen verwandelt; 35 Verurtheilten wurde die Strafzeit bedeutend abgekürzt. Einige der Verurtheilten wurden landesverwiesen, darunter der Exminister Scialva. Eine große Anzahl der übrigen Verurtheilten ward gänzlich begnadigt. Man spricht von einer Reise Sr. Maj. des Königs nach Messina.

‡ **Paris**, 29. Oct. Das Tagesereigniß ist die gestrige Festvorstellung in der großen Oper und die heutigen Blätter widmen demselben sehr ausführliche Berichte. Schon einige Stunden vor Beginn der Vorstellung hatte sich an den Zugängen und in der Umgebung des Theaters eine große Menschenmenge eingefunden. Die ganze Straße Lepelletier war illuminirt; der äußere Peristyl des Opernhauses in einen Salon umgewandelt, mit Spiegelgittern, Draperiungen, Blumengewinden und Fahnen ausgeschmückt, und die ganze Außenseite des Gebäudes strahlte in herrlicher Beleuchtung. Ein Hauptteingang glänzten Adler und der Buchstabe N in Gasflammen und rund um das Haus war die kaiserliche Chiffre in ähnlicher Weise angebracht. Das Innere des Theaters läßt sich in seiner überraschenden und blendenden Pracht kaum beschreiben; die Loge des Prinz-Präsidenten war mit rothem Sammt, worauf goldene Bienen, ausgeschlagen, und trug die Namenschiffre Ludwig Napoleons, die sich auch an den ringsum im Saal aufgerichteten Wappenschilden wiederholte. Nach und nach füllte die Volksmenge den ganzen Weg an, welchen der Prinz nehmen mußte; sie belegte das Boulevard des Italiens und die Straßen Lepelletier, Rossini, die alle glänzend erleuchtet und mit Blumenkränzen, Teppichen, kaiserlichen Emblemen ꝛc. geschmückt waren. Kurz nach 8 Uhr kam der Prinz in einem vierspännigen Wagen gefahren; ein Kürassierpiquet bildete seine Escorte. Als er in den Saal trat, wurde er mit enthusiastischem Vive Napoléon! und Vive l'Empereur! empfangen und ein großer Theil der Zuhörerschaft erhob sich. In des Prinzen Loge befanden sich die Minister v. Persigny, Bineau und General St. Arnaud; ferner seine Adjutanten, die Generale Roguet und v. Lourmel, und einer seiner Ordonnanzoffiziere. Neben der Loge dauerte nur Prinz Marschall Hieronymus, begleitet von den Generalen Niard und Schramm, und v. Casabianca. In der nächsten Loge die Prinzessinnen Mathilde und Murat und der letzteren Tochter, die Baronin Chassiron, sowie deren Gemahl und Prinz Murat. In andern Logen gewahrte man den Staatsminister Fould, den General Magnan, den Polizeipräfecten Pietri, den Seinepräfecten Berger, die Herren Baroche, v. Morny, Abbatucci, Billault, General v. Lawoestine und viele Offiziere und distinguirte Personen. Einen herrlichen Anblick gewährte der Kranz von Damen in reichster Toilette, alle Zweikhrastrahlen der Augen auf den Präsidenten gegenüber gerichtet. Als Abd-el-Kader, in Gesellschaft von zwei Arabern, die ihn nach Paris begleitet haben, in seiner Loge. Als Ludwig Napoleon eintrat, erhob sich der Exemir mit dem übrigen Auditorium und bethesligte sich mit Wärme an den Reclamationen und dem Applaus. Nach dem ersten Act von „Philtre" erhob sich der Vorhang wieder und alle Mitglieder der großen Oper führten eine zu diesem Zweck eigens componirte Cantate auf, an deren Schluß sich im Hintergrund der Bühne ein Vorhang hob, und Gruppen von Tänzerinnen mit Lorbeerzweigen in den Händen sehen ließ, einen ungeheuren Adler mit ausgebreiteten Schwingen und im Strahlenglanze umgebend. Das ganze Tableau, von elektrischem Licht beleuchtet, machte einen überaus schönen Effect. Während der Ausführung der Cantate wurden die Worte „L'Empire c'est la paix!" und „la race qui fait vivre a perdu le droit de mourir!" von den Zuhörern wiederholt und mit lauten Kaiserrufen erwidert. Die Vorstellung schloß mit dem zweiten Act der „Pilloole des Ides" und dem letzten der „Stella". Der Prinz-Präsident betheiligte sich einigemal an dem Beifall des Publikums. In dem Zwischenact besuchte Abdel-Kader den Prinzen in dessen Loge und blieb dort einige Zeit. Als er durch das Haus schritt, begrüßte ihn jedermann mit abgezogenem Hut. Eine große Menschenmenge wartete auf der Straße die Heimfahrt des Prinzen ab, die um halb ein Uhr erfolgte und abermals von lautem Vive l'Empereur! begleitet war.

Gestern allein hat der „Moniteur" nicht weniger als 2500 Gemeinden aufgezählt, welche Kaiseradressen eingeschickt haben.

Der Staatsrath hat gestern unter Laroche's Vorsitz eine Sitzung gehalten.

Der Bautenminister Magne ist nach Bordeaux gereist, die Localitäten in Augenschein zu nehmen, in welchen die Arbeiten für Verbesserung der Garonne-Schifffahrt vorgenommen werden sollen.

Abdel-Kader ist, wie der „Moniteur" meldet, auf sein eigenes Ansuchen nach Paris gekommen, um dem Prinz-Präsidenten noch einmal persönlich für seine Freilassung zu danken. Er ist bei seiner Ankunft seinem hohen Range dürchaus würdig empfangen worden.

** **Madrid**, 24. Oct. Die amtliche Zeitung veröffentlicht heute ein auf Bericht des Finanzministers erlassenes Decret der Königin, welches den auswärtigen Staatsgläubigern abermals einen einmonatlichen Termin einräumt, in Paris, London oder Amsterdam die Umwandlung der Passiven und der differ. Schuld von 1831 zu bewerkstelligen. Diesen Termin bezeichnet das Decret als den unwiderruflich letzten und wird vom Tage der ersten Bekanntmachung in den genannten Städten an gerechnet. Andere Decrete eröffnen dem Finanzminister einen außerordentlichen Credit von 3,000,000 Reale für Bezahlung der bis Ende 1849 fälligen Rückstände an den Infanten Don Francisco de Paula und dessen Familie und ferner 1,389,538 Reale für bis zu demselben Zeitpunkt fällig gewesene Rückstände an die Herzogin von Montpensier. Außerdem werden dem Minister noch einige außerordentliche Credite bewilligt; über alle aber muß laut den Decreten den Cortes Rechnung gelegt werden. Die „Espanna" veröffentlicht einen Artikel über den zukünftigen Kaiser der Franzosen und spricht darin die Hoffnung aus, daß er seine Rede in Bordeaux zur Wahrheit machen und auf solche Weise besser als Ludwig Philipp den Titel „Kaiser des Friedens" verdienen werde. Dasselbe Blatt zeigt an, der spanische Gesandte zu Paris, Marquis v. Valdegamas, sei beauftragt, die Verhandlungen bezüglich der Grenzfragen zwischen beiden Ländern fortzusetzen und erwartet bei den versöhnlichen Gesinnungen der beiderseitigen Regierungen einen baldigen und befriedigenden Abschluß. — Wieder einmal heißt es, die Cortes würden zu Ende Novembers zusammentreten.

✕ **Brüssel**, 29. Oct. Daß Herr v. Brouckere das ihm übergebene Mandat definitiv niederlegt hat, wird von der „Indépendance belge" vollkommen bestätigt; übrigens hört man von andrer Seite in eifrigen Schritten, welche die Bildung eines neuen Cabinets herbeizuführen geschehen seien, und man erwartet von den nächsten Tagen ein Ergebniß derselben. Eine Ministerliste, die gestern in der Kammer circulirte, will das halbamtliche Blatt nicht wiedergeben, weil es an deren vollständiger Genauigkeit zweifelt. Von den dort genannten Namen sei man nur über folgende vier allgemein einverstanden: Baron v. Briere, Gouverneur von Westflandern, für das Ministerium des Innern; Baron Prisse, Generaladjutant des Königs, für das Auswärtige; Generaldirector der Brücken, Straßen und Minen, Noel, für das Departement der öffentlichen Arbeiten; und endlich behielte General Anouf das Portefeuille des Kriegs.

Börsenberichte.

Frankfurt, 30. Oct. Die Börse war heute williger gestimmt. In spanischen Zonds zeigte sich auf bekannt gewordene höhere spanische Coursnotirungen von der gestrigen Pariser Börse (25 pCt.) viel Kaufluft für 1pCt. Reuz; bei ziemlich lebhaftem Umsatz besserten sich dieselben um ¼ pCt., und schlossen zuletzt 25 pCt. G.; auch 3pCt. Inländische waren gesragter. In österreichischen Effecten wurde nur wenig gethan, doch waren auch darin die Course im Allgemeinen fester. In den übrigen gangbaren Papieren war nur sehr wenig Geschäft und Variation.

Paris, 29. Oct. Stand der Rente: 4½pCt. 105, 50. — 3pCt. 81, 70. — Neapol. —. — Oesterr. 5pCt. 94¼, ¾. — Span. neue Diff. 21½. ⅝, 25. — Neue 3pCt. 50¼. — Cunsol. Engl. 3pCt. 46¼, ⅛. — Bantactien 2970. — Piemont 5pCt. 98, 80. — Römisches Anlehen Zuni 1850 98¼. — do. 1850 93½. — St. Germain-Eisenbahn 1502, 50. — Versailles, linke Ufer 360. — Straßburg-Basel 365. — Nordbahn 855. — Paris-Straßburg 837, 50.

Fast während der ganzen Börse behauptete sich die 3pCt. über den gestrigen Schlußcouren, die später bewerkstelligte Verkäufe eine rückgängige Bewegung veranlaßten. Gleiches gilt von der 4½pCt. Rente. Bahnactien fest, aber ohne Veränderung.

Madrid, 24. Oct. Sonntag, keine Börse.

London, 28. Oct. 3pCt. Stocks 100½, à ⅜. — 4½pCt. Russ. 105¾. — Spanische neue 19pCt. 25¼ à 25.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 30. Oct. 5pCt. Met. 93¼. — 5pCt. do. A —. — B. 108⅞. — 5pCt. Anleihe von Jahr 1852 93. — 4½pCt. do. 83¾. — Bankactien 1320. — 250 fl. Loose 136. — London 11 fl. 23 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102¾. — K.K. Nordbahn 213½. — Livorno-Florenz 101½. — Siena-Empoli 71. — Paris 135. — London in Trieft 11 fl. 28 kr. — Silber. 15. (Spnd.)

Brauw. Redaction; Dr. H. Matten, Dr. E. Sattler, Dr. J. B. Kutschelt

[3473]

Bekanntmachung.

In Folge des mit dem 1. k. M. eintretenden Winterfahrtenplans der Main-Neckar-Eisenbahn werden die damit in Verbindung stehenden Postcourse von demselben Tage in nachstehender Weise abgeändert werden:

von Erbach	nach	Darmstadt	pr. Dieburg	4 Uhr Mrgs.
„ Darmstadt	„	Erbach	„ „	5½ „ Nchm.
„ „	„	„	Brensbach	8½ „ Mrgs.
„ Erbach	„	Darmstadt	„ „	12½ „ Mtg.
„ „	„	Heppenheim	„ „	3½ „ Nchm.
„ Heppenheim	„	Erbach	„ „	6½ „ Abds.
„ „	„	Fürth	„ „	9½ „ Bmitt.
„ Fürth	„	Heppenheim	„ „	3 „ Nchm.
„ Heppenheim	„	Lampertheim	„ „	6½ „ Abds.
„ Lampertheim	„	Heppenheim	„ „	5½ „ Mrgs.
„ Neustadt	„	Höchst	4½ Uhr Mrgs. u. 8	„ Abds.
„ Höchst	„	Neustadt	7 „	9½ „ „
„ Seligenstadt	„	Dieburg	„ „	5 „ Mrgs.
„ Dieburg	„	Seligenstadt	„ „	7½ „ Abds.
„ Worms	„	Bensheim	„ „	5½ „ Mrgs.
„ Bensheim	„	Worms	„ „	11½ „ Bmitt.
„ Gernsheim	„	Zwingenberg	„ „	11½ „ „
„ Zwingenberg	„	Gernsheim	„ „	6½ „ Abds.
„ Gernsheim	„	Darmstadt	„ „	6 „ Mrgs.
„ Darmstadt	„	Gernsheim	„ „	3 „ Nchm.
„ „	„	Reichelsheim	„ „	4 „ „
„ Reichelsheim	„	Darmstadt	„ „	6 „ Mrgs.

Die bisherige Cariolpostverbindung zwischen Höchst resp. Neustadt und Obernburg wird auf der letzteren Strecke mit Ende dieses Monats aufgehoben.

Frankfurt a. M., den 30. October 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

Die diesjährige Weinlese beginnt in der hiesigen Gemarkung am 4. November.

Gauterbluum, am 28. October 1852.
Der Großherzoglich Hessische Bürgermeister:
Weinerth.

[2469]

[2373]

Decret.

Das Schuldenwesen des Gastwirths Georg Zittinger und dessen Ehefrau von Sonnenberg betr.

Da nach Bericht des Gerichtsvollziehers das Vermögen der unbekannt wo? abwesenden Gastwirths Georg Zittinger von Sonnenberg übrigschuldet ist, so wird derselbe hiervurch aufgefordert,

Freitag den 12. November d. J.,
Morgens 9 Uhr,

seine Zahlungsfähigkeit bei dem unterzeichneten Gerichte nachzuweisen, widrigenfalls der Caarausdruck über sein Beemögen erkannt werden wird.

Wiesbaden, den 11. October 1852.
Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt.
Bimter.

[2261]

Decret.

Die Eröffnung und Publication des Testaments des Anton Frendenberg dahier betreffend.

Nachdem der hiesige Bürger Anton Freudenberg mit Hinterlassung eines dahier deponirten Testaments verstorben ist, so wird zu dessen Eröffnung und Publication Termin auf

Samstag den 6. November d. J.,
Morgens 8 Uhr,

unter dem Bemerken anberaumt, daß wenn alsdann die hiermit vorgeladenen, theilweise unbekannt wo abwesenden Intestaterben des Verstorbenen nicht erschienen, das Testament dennoch eröffnet, uns wenn solches an einem äußeren Mangel nicht leidet, nach seinem Inhalte verfahren werden soll.

Weilburg, den 11. September 1852.
Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt.
v. Reichenau.

[2389]

Bekanntmachung.

Der Schiffer Karl Hartig aus dessen Ehefrau von Mittenberg haben sich als insolvent erklärt und behufs einer Nachlaß- und Schadensliquidation die Bitte zur Berufung ihrer Gläubiger gestellt.

Solche wird Tagfahrt auf

Freitag den 19. November d. J.,
früh 8 Uhr,

dahier anberaumt, wo die bekannten und unbekannten Gläubiger unter der Rechtsfolge der anzunehmenden Zustimmung in den Borschuß von Mehrheit der Erschienenen, beziehungsweise der Nichterschienenen zu erscheinen müssen.

Miltenberg, den 9. October 1852.
Königliches Landgericht.
Mdurr.
Ehrlen.

[2208]

Bekanntmachung.

Nachdem der am 21. August 1782 geborne, seit ungefähr 50 Jahren abwesende Heinrich Kuseling, Sohn des zu Kepdich verstorbenen Christoph Kuseling, nunmehr, wenn er noch lebte, das 70. Lebensjahr zurückgelegt haben würde, von seinem Leben oder Tod aber keine Nachricht zu erhalten gewesen ist, so wird derselbe oder seine unbekannten Erben hierdurch aufgefordert, sich

bis zum 25. November d. J.

dahier zu melden, bezüglich ihre Eigenschaft als Erben darzuthun, widrigenfalls er für todt erklärt, und sein in Lpr. 13 Sgr. 4 Pfr. bestehendes gerichtlich hinterlegtes Vermögen den als nächsten gesetzlicher Erbe aufgetretenen Schwesterkinder Reinhard Kuseling von Obrauf übervisirt werden wird.

Jesberg, am 20. September 1852.
Kurfürstliches Justiziamt.
Kulenkamp.
vdt. Hauser.

Bodenheim bei Mainz. Der Beginn der Weinlese in der Gemeinde Bodenheim ist nunmehr auf den 2. November festgesetzt. Mußte auch der Winter im heurigen Jahr lange Zeit zwischen Furcht und Hoffnung schweben, so hat er doch am Ende den Sieg davon getragen, denn wir werden in den besseren Lagen der Gemarkung bei gedeihlicher Auslese ein Product erzielen, das den Jahrgang 1848 nicht nur erreichen, sondern sogar theilweise übertreffen dürfte.

[2452]

Psychologische Aufschlüsse *)
und Beweise über die Gleichheit und Unzertrennlichkeit der Seele mit ihrem Körper.

(Allen Gebildeten, besonders den Herren Gelehrten, zur geneigtesten Beachtung empfohlen.)

Die Seele baut ihren Körper, wie der Baumeister das Haus. Der Verstand bildet: die Materie oder den Stoff zu Reinheit und Masse — das Gemüth: die Form, Verhältnisse, Verwendung, Bildung und Belebung; das Ganze an geistigem und körperlichem Sein (an Gesundheit, Geschick, Bestimmung, Zweckerfüllung, zeitigem und ewigem Glück in allen tausendfachen Einzelheiten der Eigenschaften und Zustände). Dieses Alles in den leisesten Abweichungen unwiderlegbar, augenblicklich und bestimmt — in den Ursachen und Hinstrebungen, wie die rein geistigen Mittel zur etwaigen Verbesserung einzelner Zustände bei jedem Menschen zu erkennen, ist die mit den glücklichsten Erfolgen belohnte, dem Menschenwohle geweihte Wissenschaft des Unterzeichneten, die Jedem beweist: wie er wirklich an Geist und Körper ist, nicht wie er (durch Annahme, Irrthum und Berechnung bedingt, äußerlich nach Sprache, Kenntniß und Handeln beurtheilt) erscheint. Besuchzeit für diese psychologischen Aufschlüsse bis zum 10. November täglich von 8—5 Uhr im Römischen Kaiser, 2te Etage Nr. 31. (Honorar nach eigenem Ermessen.

[2472]

Heinrich Bossard, praktischer Psychologe aus Berlin.

*) Ausführliche Programme über Zweck und Nutzbarkeit dieser Lehre, welche sich auch hier durch Vorträge bewiesen will, werden von dem Portier des obigen Hotels unentgeltlich verabreicht.

[2471]

Zur Wahl.

Auf einem Theil der gedruckten Vorschlagslisten zu den Wahlen der Wahlmänner steht:

Mayes, Joh. Michael, Dr. jur.

Es muß aber heißen

Mayes, Joh. Michael, Dr.

Um etwa möglichen Anständen vorzubeugen, bittet man bei Gebrauch der Liste das Wörtchen **jur.** durchzustreichen.

[2367]

Oeffentliche Ladung.

Die dem Herrn Fürsten Karl Lamoral zu Ysenburg und Büdingen in der Gemarkung Wolfgang stehende, durch Adjudication der Erbleihmühle des Konrad Wacker daselbst entstandene Grundrente von jährlich 188 fl. 30½ kr., soll mit einem Ablösecapital von 3393 fl 13½ kr. nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. Juni 1836 unter Mitwirkung Gr. Pers. Staatsschuldentilgungscasse abgelöst werden.

Es werden daher an alle bei dieser Ablösung sowohl bekannten als unbekannten Betheiligten, besonders diejenigen, welche auf einem Pfandrechte oder Lehns- oder Fideicommißverbande hieran Ansprüche zu machen haben, die Aufforderung, ihre etwaigen Ansprüche

binnen zwei Monaten

so gewiß dahier anzuzeigen, als sonst die Anzeichnung des Ablösungscapitals an die bei dieselben Herrn Berechtigten gestattet werden wird.

Büdingen, den 8. October 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Hegelin.

[2238]

Oeffentliche Ladung.

Alle, welche an den Nachlaß der dahier am 3. Juni 1852 ohne Hinterlassung bekannter Verwandten gestorbenen Wittwe des gewesenen Kanzlei-Assistenten Martin Meyer zu Dreeskau, Wilhelmine Meyer, geb. Meyer, Erb- oder sonstige Ansprüche zu machen haben, werden hiermit aufgefordert, solche

binnen zwei Monaten

bei dem unterzeichneten Gerichte geltend zu machen, indem nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist der fragliche Nachlaß als erblos dem hiesigen Fiscus überwiesen werden wird.

Frankfurt a. M., den 27. September 1852.
Stadtgericht II.
Schöff Dr. Diehl.
Dr. Oppen, 1r Secr.

(Nebst Handelspolitischer Beilage.)

Druck von August Osterrieth.

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nr. 260.

Sonntag | Nr. 14. | 31. October 1852.

Kommt in Wien etwas zu Stande?

Aus dem Badischen. Daß die Andern nichts zuwege brachten, wissen wir, ob die Jetzigen etwas zuweg bringen werden, müssen wir erst abwarten. Ich gehöre nicht zu den Furchtsamen, allein ich schrecke vor dem Gedanken zurück, daß abermals, das heißt zum letztenmale nichts werden soll! Viel Vertrauen, das wissen Sie, habe ich nie gehabt, aber daß die Geschichte ein so klägliches Ende nehmen mußte, habe ich selbst nicht erwartet, und das will viel sagen! Doch genug davon Friede ihrer Asche.—

Aber was ist jetzt zu machen? Nach der goldnen Regel „lerne von deinem Gegner", muß man jetzt machen, was die Gegner nicht wollten — die Zolleinigung. Die Zolleinigung wurde ins Reich der Träume verwiesen, Ihr aber müßt sie ins Reich der Wirklichkeit rufen! Kann Deutschland Zolleinigungen in Italien machen, so mache es sie auch zu Hause. Kann man keine Zolleinigung in Deutschland machen, so mache man — nichts! Doch hören Sie, wie ichs verstehe: die Monopole diesseits und jenseits machen noch eine Scheidung nöthig, also diese müssen bestehen bleiben, aber das Uebrige würde ich freigeben. Sie, mein Freund, haben bisher den Uebergängen das Wort gesprochen, allein diese Uebergänge sind eine halbe Maßregel. Die Londoner Ausstellung, die Zollkämpfe seit drei vollen Jahren, die Aufhebung des Prohibitivsystems, sind lauter schon besiegte Uebergänge!

Und haben Sie sich denn schon einen der beliebten Uebergänge angesehen und nicht gefunden, daß dies lauter am grünen Tische gezogene Punkte und Linien sind, in denen haarscharf ausgerechnet ist, ob der A geschickter sei als der B, und ob der C mehr gelernt hat als der D; ob der Wiener Handschuh erst nach, und der Kasseler schon vor dem Anziehen zerreiße; ob sich besser aus einem böhmischen oder aus einem Rheinweinglase oder — unmaßgeblichst — gleich gut aus beiden trinke! Die ganze Maßregel (nichts für ungut!) riecht ein bischen nach deutscher Doctrin! Alle Nachrichten sind übereinstimmend, daß auf der Weltausstellung Oesterreich im Allgemeinen und Großen vollauf ebenbürtig neben Deutschland stand, und die bestehenden Verschiedenheiten sind bei weitem nicht so stark und so ausgeprägt, als jene Unebenheiten waren, welche mit Einem Tage durch den Zollverein niedergerissen wurden. Und was sind doch alle diese Länderverschiedenheiten gegen jene Verschiedenheiten, die in jeder Stadt und jedem Landörtchen zwischen den Mitgliedern derselben Innung in Beziehung auf Befähigung, Fortschritt, Uebung und Capital bestehen, und die alle nebeneinander auskommen müssen? Also lasset die gelehrten Uebergänge weg, welche Oesterreich, uns mit Ausnahme von Sachsen überlegen, nicht braucht, und die wir nicht wollen. Sachsen aber ist ein Vortheil zu gönnen, denn es kommt durch sein Thüringen etwas ins Feuer, Thüringen selbst aber aufs Schlachtfeld.—

Was Ihr aber auch in Wien schafft, macht's um Himmels willen schnell und fertig! Jetzt hat der gewonnen, der etwas zuwege bringt. Dies muß aber Euch glücken, denn Ihr Gleichgestimmte seid beisammen! Zum Werke aber, das man ernst bereitet, wirke der Geist der Versöhnung. — Keine Spur der Feindschaft, der Trennung, der Scheidung. Es sei ein Werk des Vaterlandes, und über dem Vaterlande möge jede und alle Parteirücksicht schweigen! Dieser Gesichtspunkt ist die Stärke, aber auch die Schwäche der Conferenz. Es ist die Schwäche, weil im Streben nach Versöhnung und nach Rücksicht das Nichtzustandekommen liegt. Um Beides also zu erzielen, muß der Geist der Einigung herrschen und so verhandelt werden, als säße Preußen in dem Rathe und rathe mit Sitz und Stimme mit. Aber es muß stets zum Ziele, zum Ende gedrängt, und der Beschluß und Abschluß nicht aufgehalten werden. Warum ist die Bundesfrage mißglückt? Weil man unterließ, das Werk unter den Anwesenden abzuschließen! Euer Werk muß fertig gemacht, bei dem Abschlusse auf das ganze Deutschland Rücksicht genommen, die Wiederherstellung des Zollvereins offen und ehrlich erstrebt und den Abwesenden der Zutritt offen gelassen, unter den Anwesenden aber definitiv abgeschlossen werden. In diesem Zeichen werdet Ihr siegen! —

Sie sehen, ich sehe die Sache etwas grün vom nicht grünen Tische aus an, sonst aber sage ich Ihnen aus vollem Herzen:

> ... danke ich Gott jeden Morgen,
> Daß ich nicht brauch' fürs römische Reich zu sorgen!

„Es fehlte an einem Rechtssubject."

In dem Vorwort „zur Sammlung amtlicher Actenstücke", welche die königlich preußische Regierung so eben veröffentlicht, ist ein Satz ausgesprochen, von dem wir unmöglich hielten, daß derselbe von einer Dienstbehörde könnte ausgesprochen werden, da derselbe gewiß unter allen Gesichtspunkten unrichtig ist. Dieser Satz besteht in der Behauptung, daß vor Wiederherstellung des Zollvereins „es an einem Rechtssubjecte fehlte", Verträge abschließen zu können. Diese Ansicht gewährt übrigens den Vorzug, daß sie mit der Parteistellung lediglich nichts zu thun hat, sondern auf eine reine Rechtsfrage hinausläuft, die so lautet: Mußte der gekündigte Zollverein vorerst wieder hergestellt sein, ehe der Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich abgeschlossen werden konnte? Wir nehmen keinen Anstand, diese Frage vom rechtlichen Standpunkte aus geradezu zu verneinen. Vorerst kommt zu bemerken, daß der Zollverein jetzt noch rechtlich und thatsächlich besteht, also sein „Rechtssubject" noch vorhanden ist. Wenn also der Zollverein ein „Rechtssubject sein muß, um Verträge abschließen zu können", so war diese Rechtseigenschaft 1 08 der Kündigung noch bestehend. Diese Kündigung hob so dieses Rechtssubject erst vom Jahre 1854 an auf, und da diese Kündigung nach demselben Vorworte der königlich preußischen Regierung blos eine formelle war, um ihr die Wiederherstellung des Zollvereins unmittelbar nachfolgen zu machen, so lag zu dem Vertragsabschlusse mit Oesterreich nicht nur kein Hinderungsgrund in dem noch bestehenden Rechtssubjecte, sondern es war dieser Vertragsabschluß zugleich der mächtigste Beförderungsgrund zur Wiederherstellung des Zollvereins, denn diese Wiederherstellung hätte von keiner Seite mehr verweigert werden können, sobald die Vereinsmitglieder einmal jenen Vertrag mit Oesterreich abgeschlossen gehabt hätten. Man wird zugestehen müssen, daß schon von diesem Standpunkte die Behauptung des sogenannten fehlenden Rechtssubjects völlig irrig ist, indem dieses Subject nicht nur nicht fehlte, sondern vielmehr lebend und wirkend die besten Dienste hätte leisten können. Aber noch mehr. Die verbündeten Regierungen wollten nicht, daß vor, sondern gleichzeitig mit Wiederherstellung des Zollvereins der Handels- und Zollvertrag mit Oesterreich abgeschlossen werden sollte, daher die Sache rechtlich so lag, daß das genannte Rechtssubject entweder zu beidem, d. h. der Wiederherstellung des Zollvereins und dem Vertrage mit Oesterreich, oder aber zu keinem von beiden berechtigt war. Ein Drittes gibt es nicht. Die Wie-

derherstellung des Zollvereinsvertrags war ebenso ein neuer Vertrag, als der Abschluß des Vertrags mit Oesterreich, und die Rechtsfähigkeit mußte in dem einen Falle ebenso vorhanden sein, wie in dem andern, da hier eine Theilung der unstreitbaren Rechtsbefähigung undenkbar ist. Hier gibt es kein vorher und kein nachher!

Gerade aber die Kündigung und die durch sie bedingte Auflösung des Zollvereins zeigte, daß für die Wiederherstellung des Zollvereins das Rechtssubject des Zollvereins gar nicht vorhanden sei. War es dieses Rechtssubject, welches den Vertrag der Wiederherstellung abschließen konnte, oder waren es die Regierungen als Einzelne? Ein Rechtssubject als Rechtspersönlichkeit kann mit Einzelnen seiner Mitglieder wohl Verträge schließen, aber im Zollvereine waren die einzelnen Regierungen selbst das Rechtssubject, das von ihnen getrennt gar nicht bestand. Somit blieben blos die einzelnen Vereinsregierungen als Vertragspersonen, und diese Regierungen waren es allein, welche durch einen neuen Vertrag ebenso den Zollverein gleichzeitig, nachher oder vorher zu erneuern berechtigt und befähigt sind, als sie allein den Vertrag mit Oesterreich vorher, nachher oder gleichzeitig abschließen können. Man sieht hieraus, daß das Rechtssubject, das vorher zu bilden sei, eine bloße Einbildung, und das „vorher" ein juristisches Unding ist.

Praktische Handelsfreiheit.

Schon einmal sagten wir, daß man Handelsfreiheit auf zwei ganz verschiedene Arten machen könne, nämlich durch und ohne Zölle. Ohne Zölle hat man es bisher nicht weit gebracht, denn zur Aufhebung der Zölle stimmen die Staatslasten nicht mit, und wenn der eine Staat dies auch thut, so folgt der andere nicht nach, und dann ist nicht viel geschehen. Wer den Andern zum Nachgeben bestimmen will, muß ihm was bieten, und um ihm was bieten zu können, was haben, und dies Haben verschaffen ihm die Zölle! So werden die Zölle das Mittel, die Zölle aufzuheben, und so wird der Schutz das Mittel, die Handelsfreiheit einzuführen. Unsere theoretische Handelsfreiheit ist nachgerade auf bestem Wege nach Kleindeutschland, d. h. zum kleinen Markte, während das Schutzsystem schon große Eroberungen machte und auf noch größere ausgeht. Schon hat das Schutzsystem für 38 Millionen Oesterreicher die volle Handelsfreiheit hergestellt, dann Lichtenstein aufgenommen, jetzt Parma und Modena in den Kreis hereingezogen, Toscana die Thore geöffnet und zieht gegenwärtig die Linien, für ganz Deutschland die gleiche Freiheit inneren Verkehrs einzuführen. Daher kommt es auch, daß gerade die intelligentesten Freihändler nie gegen die Zolleinigung — ein großes Stück ihres Systems — sich aussprechen, und diese große Schöpfung nur in dem Schutzsysteme des kleinen Marktes auf Gegner stieß.

Die Leipziger Messe, und der Bollverein.

Leipzig, 26. October. Je näher die Wahrscheinlichkeit rückt, daß Preußen von Deutschland sich trennt und sich auf sich zurückzieht, desto größer wird für Leipzig die Befürchtung, daß die Folgen jenes Zurücktritts Preußens für unsere Messe unheilvoll sein werden und sein müßten. Es ist nun aber auf diese Befürchtung, die thatsächlich besteht und den größten Theil unserer Bevölkerung beherrscht, kein zu großer Werth zu legen, denn es ist dieselbe Bevölkerung, welche dieselbe Befürchtung vor dem Zollverein aussprach und von dem sächsischen Beitritt zu diesem Vereine mit voller Bestimmtheit vorhersagte, daß der Zollverein die Leipziger Messe zerstören würde.

Nichts ist natürlicher, als solche Massen-Befürchtung, denn jede Veränderung in behaglichen und wohlgeheuden Verhältnissen muß naturgemäß die Besorgniß hervorrufen, weil man das Neue noch nicht zu übersehen im Stande ist und daher an dem Gegebenen festhält, denn alle Geschäftskunde sind geboren conservativer Natur. Lassen wir also einmal die Besorchtung bei Seite und fragen wir nach den Thatsachen, auf welchen die Leipziger Messe beruht, und was aus ihnen für die Zukunft folgen muß. Keine Messe Deutschlands hat diesen allgemeinen Charakter, wie jene von Leipzig, und alle übrigen zusammengenommen nicht die Anzahl Großkäufer aus dem außerhalb des Zollvereins liegenden Osten und Norden wie das einzige Leipzig. Dieser Theil des Meßverkehrs hängt aber mit dem Zollverbande nicht zusammen und bestand vor dem Beitritt zu dem Zollverein ebenso, wie er auch nach Auflösung des Zollvereins durch Preußen fortbestehen wird. Dieser Verkehr kann auch um so weniger von dem Bestande des Zollvereins getroffen werden, als dies größtentheils reine Ausfuhr aus dem Zollverein betrifft, und eine solche Ausfuhr von keinem Zollsystem beschränkt, sondern im Gegentheil befördert wird.

Neben diesen auswärtigen nicht zollvereinsländischen Käufern kann man täglich die ganze übrige Menschenmasse, welche die hiesige Messe bildet, in zwei große Bestandtheile zerlegen und zwar in die preußische und die nicht preußische Bevölkerung. Von dieser Bevölkerung ist im Allgemeinen und also von Ausnahmen abgesehen, die preußische verkaufend und die übrige Bevölkerung einkaufend. Was noch sonst von Verkäufern außerhalb des Zollvereins auf der Messe sich befindet, bleibt dieser Messe aus gleichen Gründen auch nach Auflösung des Zollvereins ebenso erhalten, wie ihr die nicht zollvereinsländischen Käufer erhalten bleiben. Die sächsische Bevölkerung ließ ich außer Berechnung, weil begreiflich ihr Verhältniß zur Messe sich nicht vermindert, wohl aber ihr Geschäft und Umsatz durch Auflösung des Zollvereins wesentlich befördert wird. Sachsen nämlich ist unzweifelhaft in seinen Hauptartikeln der erste Fabrikstaat Deutschlands und hatte im Zollverein nur an Preußen einen mächtigen Gegner. Zieht sich Preußen aus dem Zollverein zurück, so steht Sachsen ohne Nebenbuhler da, während die Leipziger Messe durch den Anschluß an Oesterreich einen erweiterten Markt gewinnen müßte.

Wenn man zum Beweise der Leipziger Gefahr sich auf den Umstand bezog, daß unser Meßplatz durch den Bruch des Zollvereins an die Grenze verlegt wird, so kommt dagegen zu bemerken, daß die Grenze vom Norden uns nur Verkäufer abziehen könnte, während der Süden uns mehr Käufer bringen muß. Allein selbst rücksichtlich der über die Grenze verlegten Verkäufer kommt zu bemerken, daß Preußen im eigenen Interesse den Meßverkehr für seine Verkäufer durch Meßprivilegien auch ferner begünstigen wird, so daß auch von dieser Seite die Gefahr verschwindet. Ueberhaupt aber nimmt die Sache eine ganz andere Gestaltung, sobald man nur unsere Messe in die einzelnen Bestandtheile auflöst, und bei jedem einzelnen untersucht, welche Wirkung auf ihn der Bruch des Zollvereins auszuüben im Stande sein kann. Eine solche chemische Zerlegung führt zur Beruhigung!

Englisch-deutsche Papierfabrikation.

Die Papierfabrikation Englands, vorzugsweise in Kent und Lancaster betrieben, stieg nach der „Zeit" im Jahr 1803 bis auf 32 Millionen Pfund und im Jahr 1849 bis auf 132 Millionen Pfund. Im Jahr 1852 gab es 360 Papierfabriken, wovon 304 in England, 48 in Schottland und 28 in Irland. Der Preis des englischen Papierē, auf dem eine Steuer von 1½ Pence vom Pfund liegt, beträgt von einer bestimmten Sorte Druckpapier ungefähr 5 Thlr. das Ries, welcher Preis höher ist, als in den meisten andern Ländern. Eben deßhalb geht von dem englischen Papier nur ungefähr 1/10 in's Ausland. Die englischen Lumpen sind für den ungeheuren Papierbedarf nicht hinreichend und das Fehlende wird besonders aus Ungarn bezogen. Für Druckpapier ist der größere Bestandtheil aus Baumwolle statt Lumpen, da Baumwolle wegen ihrer Weichheit die Farbe leichter einsaugt als das härtere Papier. Mit besonderem Fleiße wird in England das Reinigen und Ausscheiden der Lumpen bewirkt, was leider in Deutschland weniger der Fall ist, und es geht dadurch häufig die Hälfte des Rohgewichtes bei uns verloren. Der Engländer sieht weniger auf die Weiße des Papiers, als auf die Festigkeit des-

elben, und dies wird dadurch erreicht, daß die Lumpen nicht so stark mit Chlorkalk gebleicht und in den Holländern so klein zermalmt werden, wie es in Deutschland geschieht, daher man in England auch selten eine Klage hört, daß das Maschinenpapier weniger haltbar als das Büttenpapier sei. Einen großen Einfluß übt auch das Leimen auf die Papierfabrikation aus, und es wird daher auch hierauf größere Sorgfalt verwandt. Das Papier wird nämlich in England erst im Zeuge mit Harzleim halb geleimt und später mit thierischem Leim die Leimung vollendet. Die letztere hebt die Härte auf, welche durch die erstere Leimung und durch die schnellere auf heißen Walzen erfolgte Trocknung erzeugt wird, und gibt dem Papier die gehörige Weiche zurück. Ein Fehler, der sich häufig bei dem englischen Schreibpapier zeigt, ist der, daß dasselbe beim Schreiben die Tinte nicht annimmt, weßhalb man es vorzieht, mit besonders gehärteten Gänsekielen oder Stahlfedern zu schreiben, da diese die zu stark thierische Leimung durchfragen. Der Engländer liebt auch stärkeres Schreibpapier als der Deutsche, und angestellte Vergleichungen weisen folgende Zahlen nach: In England gehen 6250—11,700 □" auf ein Pfund, und nur von dem seltenen zu Geschäftsbriefen angewandten Papier (Bank post) gehen 15,900—34,100 □" auf ein Pfund, während in Deutschland gewöhnlich 6729—15,600 □" schon ein Pfund wiegen.

Der jährliche Bedarf des Zollvereins an Papier wird ungefähr eine Million Centner betragen, ist also etwas geringer als der Bedarf von England. Dieser Unterschied kommt vorzugsweise von drei Ursachen her, und zwar theils von dem ungeheueren Verbrauche der englischen Presse, sowie dem viel stärkeren Briefwechsel und überdies von dem schon erwähnten Umstande, daß in England regelmäßig viel schwereres Papier als in Deutschland angewendet wird. Diese Thatsache tritt nicht nur auffallend bei Brief- und Postpapier, sondern vorzüglich bei dem Druckpapier hervor, wozu in Deutschland in der Tagespresse regelmäßig und selbst bei vorzüglichen wissenschaftlichen Werken nicht selten ganz geringes, ja sogar löschpapier verwandt wird.

Ueber die Einstellung der Arbeit in Fabriken an Sonn- und Festtagen.

Ueber obige so interessante Frage hat die königl. württembergische Centralstelle ein interessantes Gutachten erstattet, aus dem wir folgende Stellen enmehmen: In England, Nordamerika und in mehreren Kantonen der Schweiz, wo eine strenge Sonntagsfeier Sitte geworden, wird vermöge dieser Sitte und ohne irgend ein polizeiliches Gebot die Arbeit in den Fabriken, so weit es thunlich ist, an Sonn- und Festtagen eingestellt; in denjenigen Fabriken, bei welchen aus technischen Gründen eine völlige Einstellung der Arbeit sich nicht bewirken läßt, wird diese auf das Nothwendigste beschränkt. In Frankreich ist neuerdings die thunliche Einstellung der Arbeit eingeführt worden, ebenso in Preußen und in beiden Hessen. Auch in Belgien ist am Sonntag nur ein kleiner Theil der Arbeiter beschäftigt, theils mit Arbeiten, deren Natur eine Unterbrechung nicht wohl zuläßt, theils mit geräuschlosen kleineren Reparaturen, von deren Herstellung am Sonntag die Beschäftigung einer größeren Anzahl von Personen am Montag abhängt, theils mit der Aufertigung von Gegenständen, deren Lieferung Eile hat, oder auch bei Gewerben, auf deren Betrieb die Witterung großen Einfluß übt, wie denn z. B. in den Tuchfabrikgegenden das Anrahmen der Tücher den günstiger Witterung am Sonntag nicht unterlassen wird. Die Erfahrung in England hat dargethan, daß die Arbeitseinstellung am Sonntag für die Fabrikarbeiter, Handwerker und Geschäftsleute manchfacher Art im höchsten Grade zweckmäßig ist, indem, selbst ganz abgesehen vom religiösen Standpunkt, der Arbeiter um so energischer und anstrengender während sechs Tagen arbeiten kann, wenn er am siebenten ruhen darf. Dieselbe Erfahrung läßt sich auch in Württemberg beobachten, und es besteht unseres Wissens bei den meisten Fabrikanten des Landes der Grundsatz, so weit als thunlich die Arbeit am Sonntag einzustellen. Diese Arbeitseinstellung ist freilich bei manchen Gewerben, die von der Witterung sehr abhängig sind, nicht völlig durchführbar, bei Tuchscheerern z. B. findet unseres Wissens im ganzen Lande das Anrahmen bei günstiger Witterung auch am Sonntag statt, indem Wenige derselben im Stande wären, die Zahl ihrer Rahm-n entsprechend zu vergrößern oder gar Heizrahmen anzuwenden. Außerdem ist die Arbeitseinstellung am Sonntag in denjenigen Fabriken, in welchen die Arbeiten nicht Tag und Nacht fortdauern, in der Regel möglich, sie läßt aber auch bei einzelnen solchen Gewerben, bei welchen die einmal begonnene Arbeit ununterbrochen Tag und Nacht fortdauern muß, sich in der Regel dadurch erzielen, daß bei der Eintheilung der Arbeitsperioden auf die Sonntagsfeier Rücksicht genommen wird, während andere, namentlich pyrotechnische Gewerbe von der Art sind, daß für gewisse Operationen längere Arbeitsperioden bestehen müssen, deren Unterbrechung durch die Sonntage solch bedeutende Nachtheile zur Folge hätte, daß der ganze Gewerbebetrieb mancher Unternehmer aufhören müßte, wenn die Arbeitseinstellung am Sonntag von ihnen verlangt würde. Wie es nun einen Theils nöthig ist, dem Fabrikanten freie Hand zu lassen in der Ausdehnung seiner Anlagen, da er allein wissen kann, wie weit er seine Einrichtung vergrößern darf, ohne sein Anlagecapital zu sehr auszusetzen, so erscheint es andern Theils höchst schwierig, ja ohne Gefährdung des Industriezweigs fast unmöglich, ihm von Polizei wegen vorzuschreiben, wie weit er am Sonntag seine Maschinenarbeiten, die er nach bisheriger Sitte unbeanstandet betreiben durfte, plötzlich einstellen muß. Die Rücksicht auf den Nahrungsstand der Arbeiter ist, namentlich in jetziger Zeit, so wichtig, und der glücklichen Führung gewerblicher Unternehmungen stellen sich so manchfaltige Schwierigkeiten entgegen, daß wir eine Störung bestehender Unternehmungen durch Versuche, plötzlich eine neue Sitte durch polizeiliche Maßregeln einzuführen, nicht für räthlich erachten können, um so weniger, als solche Störungen den Muth lähmen zu neuen Unternehmungen, wie sie zu Beschäftigung vieler Angehörigen des Landes nöthig sind. Wird erst überhaupt derjenige rege Sinn für wahre Heilighaltung des Sonntags, auf welchem allein der Segen dieses Tages ruht, unter allen Ständen den wünschenswerthen segenreichen Eingang finden, dann wird eine möglichst weitgehende Einschränkung der Arbeit in den Fabriken am Sonntag allgemein von selbst sich einführen, denn dann wird die Macht der Sitte nicht nur bei neuen Unternehmungen und Einrichtungen zur Rücksichtnahme auf die Sonntagsfeier zwingen, sondern auch die Besitzer bestehender Werke nöthigen, darauf zu sinnen, ihren Betrieb allmälig so zu gestalten, daß am Sonntage weniger gearbeitet und für das geistige und körperliche Wohl der Arbeiter mehr gesorgt wird, als dies durch polizeiliche Maßregeln je zu erreichen wäre. Jetzt aber eine solche Beschränkung unserer württembergischen Fabriken plötzlich und strenge durchführen zu wollen, wäre in manchen Fällen eine Begünstigung der auswärtigen Concurrenz, wodurch selbst die Existenz einzelner Fabriken in Frage gestellt werden könnte.

Schifffahrtsbewegung von Galatz.

Der Gesammtwerth der Galager Einfuhr vom Jahr 1851 beläuft sich nach dem Consularbericht auf 8,488,692 fl. Von dieser Summe fallen auf die fremden und österreichischen Segelschiffe 3,627,435 fl., welcher Werth sich auf die denselben vermittelnden Flaggen wie folgt vertheilt:

Oesterreichische	für	146,171 fl.
Griechische	„	514,866 „
Englische	„	1,433,694 „
Russische	„	347,409 „
Türkische	„	219,814 „
Sardinische	„	141,534 „
Preußische	„	45,519 „
Walachische	„	250,673 „
Jonische	„	93,450 „
Norwegisch-Schwedische	„	180,605 „
Mecklenburgische	„	6,196 „
Samiotische	„	84,610 „
Französische	„	71,712 „
Moldauische	„	7,790 „
Holländische	„	11,280 „
Hannoversche	„	5,124 „
Römische	„	39,914 „
Bremische	„	22,496 „
Oldenburgische	„	2,142 „
Dänische	„	2,240 „
Jerusalemitische	„	196 „
		3,627,435 fl.

Der auf 1,433,694 fl. sich belaufende Einfuhrwerth unter britischer Flagge macht mehr als ⅓ der durch Segelschiffe überhaupt

vermittelten Einfuhr aus. Die größten Posten besagter Summe bilden Zucker, Porzellangeschirr, Steinkohlen, insbesondere Baumwollmanufakturen, deren Werth von 599,944 fl. beinahe die Hälfte der Gesammteinfuhr unter englischer Flagge beträgt. Ebenso sind die unter griechischer, jonischer, walachischer und moldauischer Flagge eingeführten Manufakturen meistens englischen Ursprungs. Mit Eisen, Zinn und Zinnplatten hat auch im Jahr 1851 den Galatzer Markt fast ausschließend England versehen, welches an der 394,790 fl. betragenden und durch die Segelschifffahrt vermittelten Einfuhr dieser Artikel mit 332,852 fl. sich betheiligte. Von Eisenwaaren wurden aus England meistens eiserne Truhen und Nägel eingeführt, während von Eisendraht, Sensen und den feineren Eisenwaaren den größten Theil Oesterreich lieferte und die diesfällige Einfuhr aus dem Zollverein von geringem Belang ist.

Man sieht, welches Stück Arbeit auf der Donau zu liefern Oesterreich und Deutschland noch vorbehalten ist, um auf unserem eigenen Strome mit England den Kampf zu bestehen!

Nachrichten über Handel und Gewerbe.

—: **Prag**, 2. October. Die allgemeine ordentliche Sitzung der Prager Handels- und Gewerbekammer für den Monat September hat unter dem Vorsitze des Hrn. Präsidenten J. B. Riedl am 20. September begonnen, und wurde am 25. September fortgesetzt und beendigt. Der Geschäftsbericht brachte vor Allem die von dem h. Handelsministerium herabgelangte Erledigung auf den von der Kammer für das Jahr 1852 erstatteten Hauptbericht zur Kenntniß. Der diesfällige h. Erlaß lautet: „Die Handelskammer hat bei Verfassung des unterm 24. April d. J. erstatteten Hauptberichtes über den Zustand der auf den Handel und die Gewerbe Bezug nehmenden Verhältnisse im Jahre 1851 einen lobenswerthen Eifer für die Förderung der ihrem Schutze anvertrauten Interessen an den Tag gelegt und hierbei eine Gründlichkeit und Ausführlichkeit in den gegebenen Notizen entwickelt, die alle Anerkennung verdient. Das Handelsministerium hat die darin enthaltenen Anträge, soweit dieselben nicht Gegenstände bereits anhängiger Verhandlungen betreffen, in nähere Erwägung gezogen, und theilweise zum Anlasse von Einleitungen genommen, deren Erfolg der Handelskammer seiner Zeit bekannt gegeben wird. Die zum Schutze der inländischen Industrie nöthigen Maßregeln, von denen bekanntlich bereits mehrere in Ausführung gebracht worden sind, bilden einen bleibenden Gegenstand der hierortigen Aufmerksamkeit, und es wird dafür Sorge getragen werden, daß dieselben jederzeit den sich aus den gemachten Erfahrungen herausstellenden Bedürfnissen genügen. Was den Bau der Prag-Buschtehrader Lokomotiveisenbahn betrifft, so wird die Entscheidung hierüber demnä st erfolgen, während hinsichtlich der Tracirung der Prag-Pilsener Bahn, wie bekannt, bereits die nöthigen Anordnungen an die betreffenden Behörden hinausgegeben worden sind Es wird nur noch bemerkt, daß die von der französischen Regierung angeregten Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages zum Schutze des geistigen Eigenthums in Rücksicht der auch in dem obenerwähnten Berichte berührten Verhältnisse bereits ausgesetzt worden sind“ Die Kammer benützt zugleich diese Gelegenheit, um den sehnlichsten Wunsch zu wiederholen, daß die Pilsener Eisenbahn, durch deren angeordnete Tracirung das Land in eine allgemeine freudige Sensation versetzt wurde, möglichst bald in Angriff genommen werden möge, weil die wünschenswerthe größere commerzielle und industrielle Entwickelung des Landes auf der schleunigen Ausführung dieses Schienenweges beruht.

Vom h. Handelsministerium ist über die zuerst von der Pilsener Handelskammer gemachten und von der Prager Kammer begutachteten Vorschläge zur Hebung der böhmischen Lederfabrikation nachstehende Erledigung herabgelangt: „Ueber die das Gedeihen dieses Industriezweiges allseitig als hemmend geschilderte zu zeitliche Abschlachtung der Kälber und den gleich nachtheiligen Mangel an Lohe habe das hohe Ministerium für Landeskultur und Bergwesen erklärt, daß über das Alter der von den Landwirthen zum Verkaufe gebrachten Kälber in den meisten Fällen der Werth der Milch und der hieran zu gewärtigende Werth des Kalbes entscheidet. Dort, wo der erstere größer ist, als der letztere, beeilt man sich, das Kalb so schnell als möglich aus dem Stall zu bringen und umgekehrt. Für eine Belehrung des Landwirthes über die Vortheile, die ihm aus dem Verkaufe der Kälber in vorgerücktem Alter unter allen Umständen zufließen könnten, fehlt somit nach der Andeutung des genannten h. Ministeriums vom gewerblichen Standpunkte der Landwirthschaft jeder Anhaltspunkt. Ein befehlendes Einschreiten gegen das vorzeitige Abschlachten der Kälber wäre aber eine Beschränkung der freien Ausübung eines Gewerbes zum Vortheile eines andern, und deßhalb unbillig.“

Die Triester Börsendeputation machte die Kammer darauf aufmerksam, daß gegründete Aussichten auf eine Freigebung des Gummihandels in Aegypten in allernächster Zeit vorhanden sind. Indem in Folge davon eine vermehrte Einfuhr dieses Artikels und zu niedrigeren Preisen als bisher in unseren Seehäfen zu erwarten steht, so dürfte nicht allein der Bedarf davon in den inländischen Fabriken zunehmen und eine steigende Nachfrage veranlassen, sondern sich auch der österreichischen Industrie die passende Gelegenheit darbieten, verschiedene ihrer Erzeugnisse über Triest zur Ausfuhr nach Aegypten und zum Umtausch gegen das dortige Product zu verwenden, Die Börsendeputation versichert, daß alle Producte, die nur irgend mit Erfolg auf den Märkten des Auslandes Absatz finden, auf die aufmerksamste Behandlung und auf den zweckmäßigsten Vertrieb von Seite des Triester Handelsstandes rechnen können. — Die Kammer beschloß, diese dankenswerthe Mittheilung dem hiesigen Handelsstande bekannt zu geben.

Herr Batka hielt einen ausführlichen Vortrag über zwei neue Methoden, eine bleifreie Glasur zu erzeugen, wovon die eine in der unmittelbaren Verbindung von Glas mit dem Thongeschirre durch die Anwendung des Leibl'schen Verfahrens mittelst Wasserglas und Kalk, die andere in der Anwendung eines in Frankreich seit Kurzem üblichen Verfahrens, um eiserne Geschirre mit einer sehr dauerhaften Glasur von Glas mit Boraxsäure zu überziehen, besteht. Am Schlusse seines Vortrages stellte Herr Batka folgende Anträge: 1. Den hiesigen Gewerbeverein zu ersuchen, diese beiden Methoden einer bleifreien Glasur, sowie allfällige andere Glasuren für gemeine Thongeschirre praktisch zu prüfen und das Resultat behufs der Einführung eines neuen Verfahrens durch einen populären Aufsatz im Lande zu verbreiten, sowie auch einen von der h. Staatsverwaltung veranstalteten Aufsatz über die Schädlichkeit der bleihaltigen Glasur wiederholt der Aufmerksamkeit des Publikums zu empfehlen. 2. Sei die hohe Statthalterei zu bitten, den Sanitätsbehörden aufzutragen, die nach dem alten Verfahren glasirten Thongeschirre an Wochen- und Jahrmärkten regelmäßig einer strengen Prüfung zu unterziehen und die schlecht und mit Ueberschuß an Glätte eingebrannten Thongeschirre zu confisciren, wodurch der Einführung eines neuern und bessern Verfahrens oder einer bessern Ausübung des ältern der größte Nachdruck gegeben werden könnte.

—: **Die Sicherheits-Kassenschränke von Wertheim und Wiese in Wien.** Ueber diese vorzüglichen Schränke bemerkt Herr Dr. Kreuzberg:

Die eigenthümliche Zusammenstellung dieser Kassenschränke aus den besten massiven Schmiedeeisengattungen, und ihre Ausstattung mit Sicherheitsschlössern nach Brahma'schen und Chupp'schen Principien, schützt den darin aufbewahrten Inhalt an Geld- und Geldeswerth jeder Art gegen Diebstahl und Einbruch. Das eigene Gewicht dieser schweren Behältnisse macht ihre Entwendung aus dem Aufbewahrungslokale sehr schwer; selbst aber wenn dies beim Vereine einer größeren Anzahl von Dieben gelänge, so wird die Habhaftwerdung dadurch erleichtert, daß die Entwender ihre Beute nicht erlangen, weil Dietriche und andere Werkzeuge, ja selbst Hebel und Aexte nicht im Stande sind, diese Schränke mit jener Leichtigkeit zu öffnen, wie dies bei den sonst üblichen eisernen Kassen der gewöhnlichen Art der Fall ist. Letztere gewähren überdies gegen Feuer fast gar keine Sicherheit, weil ihr Inhalt an Metallgeld durch die Hitze geschmolzen, Papier aber verbrannt oder verkohlt wird; die Ausfüllung der Doppelwandung der Schränke neuerer Construction mit nichtleitenden Stoffen sichert aber ihren Inhalt gegen jede Beschädigung durch Feuer, wie dies sowohl durch zufällige Brände als auch durch absichtliche Feuerproben umfangreichster Art bewährt ist.

—: In Worms ist vorzüglich wichtig die großartige **Glanzleder-Fabrik** des Herrn Cornelius Heyl, welche nicht durch besondere örtliche Begünstigungen, sondern allein durch den Unternehmungsgeist ihres Gründers hervorgerufen ist. Herr Heyl hat es sich große Summen kosten lassen, um in den Besitz der Geheimnisse der Pariser Glanzlederfabrikation zu gelangen, und hat alsdann durch tüchtige Arbeiter sein Fabrikat immer mehr veredeln lassen. Dasselbe zeichnet sich durch seine Weichheit aus, welche mit derjenigen des Tuches wetteifert, besonders aber durch die Dauerhaftigkeit des Lacks, worin so wenige Fabriken Genügendes leisten. Das Wormser Glanzleder wird bereits nach allen Welttheilen verführt, auch nach Australien und zwar in nicht unbedeutender Menge, ebenso nach Hinterasien, hauptsächlich auch nach Calcutta trotz der englischen Concurrenz abgesetzt. Da Politik eben durch Interessen bestimmt wird, so sind diejenigen Wormser, welche mit der Glanzlederfabrikation in Verbindung stehen, gut mitteleuropäisch gesinnt, während die Presse den Getreide- und Weinproducenten Rheinhessens Furcht vor der Zolleinigung eingejagt, gleichsam als hätten die besseren Weine jemals eine entfernte Concurrenz zu fürchten und als würden geringere Weine jemals mit auswärtigen in Concurrenz kommen können! Ebenso steht es mit dem Getreide, das in guten Jahren den Markt selbst versorgt und in Fehljahren trotz Zollverein die Mitbewerbung von Amerika und Odessa aushalten muß. Es ist schwer zu begreifen, wie sich solche Mißverständnisse unter einer so intelligenten Bevölkerung halten können.

Druck von August Osterrieth.

№ 261. — Montag — — den 1. November — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15¾ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an.
Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (⅓ Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Berlin**, 27. Oct. Unter vorstehendem Datum schreibt die „Allgemeine Zeitung": Seit langer Zeit war der diplomatische Depeschenwechsel zwischen Wien und Berlin nicht so stark als in der vergangenen Woche, in welcher zugleich der lebhafte Verkehr des österreichischen Gesandten, Freiherrn v. Prokesch-Osten, mit dem preußischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Manteuffel aufgefallen ist. Die wiederholten Unterredungen, welche zwischen den letztgenannten Staatsmännern stattfanden, haben die Absendung mehrerer Depeschen nach Wien veranlaßt, und wenn man auch die Richtung noch nicht kennt, in welcher es sich dabei ohne Zweifel um den Austausch neuer Vermittelungsvorschläge zwischen Oesterreich und Preußen in der handelspolitischen Frage handelt, so ist doch daraus die Thatsache zu entnehmen, daß dem Abbruch der Berliner Zollvereinsconferenzen neue unmittelbare Verhandlungen zwischen dem österreichischen und preußischen Cabinet gefolgt scheinen. Auf diesen Verhandlungen dürfte in diesem Augenblick der eigentliche Schwerpunkt der noch zu treffenden letzten Entscheidungen ruhen, und es scheinen in dieser Beziehung namentlich auf Seite der preußischen Regierung sehr günstige Erwartungen eingetreten zu sein, die sich, wie man glaubt, an die von dem kaiserlichen Cabinet an den Tag gelegten entgegenkommenden und versöhnlichen Absichten anschließen. Nachdem die handelspolitische Angelegenheit in der letzten Zeit namentlich auf den ausdrücklichen Wunsch der österreichischen Regierung selbst ganz und gar aus den gegenseitigen Mittheilungen der beiden großen Cabinete zurückgetreten war, muß die Wiederaufnahme dieser Frage als Gegenstand einer directen Verhandlung schon als ein neuer Schritt des reifenden Verständnisses erscheinen. Wie die Zollangelegenheit in diesem Augenblick zwischen Oesterreich und Preußen diplomatisch verhandelt wird, so sind neuerdings auch Anbahnungen geschehen, um auf diesem Wege mit den süddeutschen Höfen in ein ergiebigeres und von Resultaten begleitetes Einvernehmen zu treten.

÷ **Berlin**, 29. Oct. Der **Verfassungscommission** liegt bekanntlich auch Art. 12 der Verfassung, der die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Glaubensbekenntniß unabhängig erklärt, vor. Wie man erfährt, sollen die beabsichtigten Aenderungen nicht die Rechte der drei anerkannten christlichen Bekenntnisse, sondern nur die der Israeliten und neuerer christlicher oder nichtchristlicher Secten betreffen. — Herr v. **Bethmann-Hollweg** wird sich, wie neuerdings verlautet, der **Deputation**, welche in der **Madiaischen Angelegenheit** nach Florenz abgehen wird, nicht anschließen; man sagt vielmehr, der bewährte Kirchenmann werde in der ähnlichen Angelegenheit des Frhrn. von der Kettenburg an den großherzoglichen Hof von Schwerin sich begeben. Nach einer andern Version würde die Deputation selbst vorher eine Vermittelung in Schwerin versuchen, da sie von einer solchen vorherigen Vermittelung, die ihre Unparteilichkeit in ein helles Licht setzen würde, einen günstigern Erfolg beim Großherzog von Toscana sich versprechen soll.

Zu dem feierlichen Leichenbegängniß des Feldmarschalls Herzog von Wellington, welches am 15. oder 16. November in London stattfindet, werden sich eine große Zahl preußischer Offiziere nach England begeben. Die officiell zu entsendende Trauerdeputation soll dem Vernehmen nach aus dem General der Infanterie a. D. Freiherrn Hiller von Gärtringen, zwei königlichen Flügeladjutanten, sowie aus dem Obersten und einigen Offizieren vom 25. Infanterieregiment bestehen, dessen Chef der Herzog war. Herr v. Hiller ist der einzige noch lebende preußische Offizier, welcher bei Waterloo ein größeres Corps commandirte. Außer der officiellen Deputation werden, wie versichert wird, mindestens noch 40 Generale und Stabsoffiziere von allen Waffengattungen der Armee an der Trauerfeier Theil nehmen.

Magdeburg, 28. Oct. Heute Nachmittag 1 Uhr traf, zur Jagd in den Letzlinger Forst reisend, Se. **Majestät der König** hier ein. Sämmtliche Prinzen des königlichen Hauses, sowie alle jetzt in Berlin und Potsdam sich befindenden fürstlichen Personen, der Herzog von Braunschweig, außerdem eine Anzahl Generale und hohe Staatsbeamte, unter denen wir den Ministerpräsidenten Freiherrn v. Manteuffel, den königl. Bundestagsgesandten v. Bismark-Schönhausen und viele andere hohe Notabilitäten mehr bemerkten, waren hier anwesend. Sie verweilten auf dem Bahnhofe, wo gegen 3 Uhr auch Se. Majestät der **König von Hannover** auf der Rückreise nach Hannover von Halle her anlangte. Die hohen Herrschaften nahmen hier ein kurzes Dejeuner ein, und hierauf erfolgte die Weiterreise nach Letzlingen.

* **München**, 28. Oct. Der Herr Ministerpräsident v. d. **Pfordten** ist bereits so weit hergestellt, daß er den ganzen Tag außer dem Bett zubringen kann.

// **München**, 29. Oct. Die Rückkehr Sr. Maj. des Königs, die heute erwartet wurde, wird nun erst am Sonntag erfolgen. Diesen Nachmittag sind der Herzog und die Herzogin von Koburg aus dem Gebirge kommend hier eingetroffen und werden mehrere Tage in unserer Residenzstadt verweilen. So weit unsre Nachrichten aus Wien reichen, so sind die Zollconferenzen nicht gestern, jedenfalls heute eröffnet worden. Aus Lüttich sind jüngst 1000 Stück Infanteriegewehre mit gezogenem Laufe hier eingetroffen, deren Benützung sich so zweckmäßig erwies, daß man glaubt, es würde deren Einführung in der bayerischen Armee beschlossen werden, um so mehr da unsere dermaligen Musketen zur Herstellung der Gewehre nach der neuen Art verwendet werden können.

✣ **Aus Starkenburg**, 30. Oct. Die in Nummer 257 der „Frankfurter Postzeitung" unterm 26. October von Darmstadt mitgetheilte Nachricht: „Die letzte Nummer des Regierungsblattes, welche auch der Erhebung der Gräfin Anna zu Isenburg und Büdingen in den Fürstenstand gedenkt," erheischt eine kleine Berichtigung. Nicht Gräfin Anna, sondern Gräfin Carolina zu Isenburg und Büdingen ist es, welcher der **Fürstentitel** nicht aber der Fürstenstand verliehen wurde, indem zum Fürstenstand ohnehin ja schon alle erlauchten Grafen derjenigen hohen Geschlechter gehören, welche Glieder des hohen deutschen Adels oder deutsche Standesherrn sind, und die mithin Ebenbürtigkeit mit allen souveränen Geschlechtern besitzen.

Mainz, 30. Oct. Heute Nachmittag um 3 Uhr fand das Leichenbegängniß des am 28. d. M. nach kurzem Krankenlager verstorbenen k. k. österreichischen Obersten von der Artillerie und Artilleriedirectors unserer Bundesfestung, des Herrn Oliver Edlen von Olivenberg, statt. Der Verewigte wurde mit allen seinem Range gebührenden militärischen Ehren beerdigt und waren zu diesem Ende zwei Bataillone kaiserlicher Infanterie, sowie eine halbe Batterie nebst der Garnisonsartillerie, desgleichen die königl. preußische Artillerie mit einer halben Batterie, begleitet von österreichischen und preußischen Musikchören, ausgerückt. Außerdem hatte sich die hohe Generalität und das gesammte Offiziercorps unserer Bundesfestung, nicht minder eine große Anzahl kaiserlicher und anderer fremder Offiziere aus Frankfurt und Wiesbaden, darunter die Generale v. Schmerling und v. Xylander, dem großartigen Leichenzuge angeschlossen, an welchem sich endlich auch unsere Civilautoritäten und der Klerus zahlreich betheiligten. Der Verstorbene war einer der tüchtigsten Artillerieoffiziere der kaiserlichen Armee, und hatte sich durch seine rastlose Thätigkeit als Artilleriedirector unserer Bundesfestung in verhältnißmäßig kurzer Zeit nicht unerhebliche Verdienste um dieselbe erworben. (M. J.)

)(**Bingen**, 30. Oct. Die Gemeinde Büdesheim erlitt gestern einen großen Verlust durch den Tod ihres allgemein als wahrhaft christlichen Priester hoch geachteten Pfarrers Seifert. Der Hingeschiedene war ein väterlicher Helfer der Armen, ein aufrichtiger

Freund der Volksschule und ihrer Lehrer, deren Hochschätzung er im hohen Grade genoß. Sein Verlust wird darum allgemein von seiner Gemeinde betrauert, der er mit wahrhaft christlicher Selbstaufopferung, ohne Rücksicht auf seine in der letzten Zeit eingetretene Kränklichkeit, fast bis zu seinem Tode seine Dienste weihte.

Wiesbaden, 29. Oct. Se. Hoh. der Herzog ist heute Morgen von der Reise nach Schlesien zu Biebrich wieder eingetroffen.

Italien.

Turin, 25. Oct. Gestern hat der v. Azeglio dem König seine Demission eingereicht, wie es heißt, seiner fortdauernden Kränklichkeit halber, in Wahrheit aber wohl, um einen Sturz durch ein Parlamentsvotum zu entgehen. Noch ist nicht bekannt, ob der König die Entlassung des Ministerpräsidenten angenommen. Niemand zweifelt daran, daß die übrigen Minister dem Beispiel v. Azeglio's folgen werden. — Es heißt, daß der hiesige französische Gesandte, Herr Hiß de Butenval, von seinem Posten abberufen worden sei, in Folge seiner Mißhelligkeiten mit Herrn v. Azeglio. Anderseits wird behauptet, daß die diesseitige Regierung seine Abberufung verlangt habe, weil Herr Hiß de Butenval neulich einem erklärten Feinde der Regierung, dem Grafen de Cardenas, sehr unzweideutige Huldigungen darbrachte. Sicher ist, daß der französische Gesandte seit einiger Zeit starke Sympathien für die sogenannte austro-klerikale Faction durchblicken ließ, und sich dadurch augenfällig mit den freundschaftlichen Versicherungen Ludwig Napoleons gegen den Kriegsminister und den Minister der öffentlichen Bauten (die den Prinz-Präsidenten in Marseille beglückwünschten) in Widerspruch setzte. (K. Z.)

Frankreich.

† **Paris**, 29. Oct. Die türkische Frage nimmt fortwährend die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Die heute im „Moniteur" erschienene Notiz scheint eine Milderung der vom „Journal des Debats" gegebenen Nachrichten, besonders über die angebliche Entschließung des Marquis v. Lavalette bezwecken zu sollen. Der türkische Botschafter, Fürst Kallimaki hält mittlerweile seine Demission bereit, ist aber von vielen Leuten, und man nennt darunter auch Drouin de Lhuys, den Minister des Auswärtigen, eingeladen worden, mit seiner Entlassung noch zuzuwarten. Das heute in Marseille erwartete Packetboot aus Konstantinopel ist nicht eingetroffen; es fehlen also neuere Nachrichten. — Es heißt, der Senat werde dem Prinz-Präsidenten für die kurze Zeit zwischen dem Datum seines Consultums zu Gunsten des Kaiserreichs und dem Tag der Proclamation des letzteren dictatorische Gewalt übertragen, um ganz selbstständig die von der neuen Regierungsform geforderten Modificationen der Verfassung vorzunehmen. — Abdel-Kader ist gestern Nachmittag auf der Orleans-Eisenbahn hier angekommen; im Bahnhof wurde er von etwa hundert Personen erwartet, unter denen man auch den General Daumas, den Director von Algerien im Kriegsministerium und mehrere Abtheilungschefs aus dem Ministerium des Innern bemerkte.

Großbritannien.

London, 28. Oct. Die neuesten telegraphischen Depeschen aus Paris, die eine Ratification der türkischen Anleihe in Konstantinopel als aufgegeben melden, bringen heute in der City eine beispiellose Sensation hervor. Wie es heißt, wird eine Deputation sich zu Lord Malmesbury begeben und die Regierung auffordern, das Interesse der englischen Capitalisten bei der Pforte energisch zu vertreten. Die Opfer, welche von kleinen Capitalisten gebracht wurden, um die Bons, die sie mit 8 und 10 pCt. Prämien angekauft hatten, zu halten, sind ganz unglaublich. Heute glaubt man auch in diesen Kreisen endlich, daß die Anleihe nicht stattfindet, und discutirt nunmehr die Frage, ob und wie der Verlust der gezahlten Prämien zu repartiren sei.

Amerika.

‡ Das Dampfboot „Atlantic" hat eine neue Post aus den vereinigten Staaten überbracht, mit letzten Nachrichten aus Neuyork bis zum 16. October. Namentlich dort und in Neuorleans, aber auch noch in andern Städten, wurde fortwährend durch Meetings die Anfregung gegen die spanischen Behörden auf Cuba unterhalten und die Regierung in Washington aufgefordert, wirksame Maßregeln zu ergreifen, um der Bundesflagge die ihr gebührende Achtung zu erzwingen. Ja, einem Gerücht zufolge, welches freilich der Bestätigung noch bedarf, soll der spanische Consul in Neuorleans aus einem dort gehaltenen Meeting Veranlassung genommen haben, nach Cuba abzureisen. — Aus Californien laufen fortwährend die beruhigendsten Nachrichten ein.

Die vage Nachricht, daß der im stillen Meer commandirende englische Admiral den Protestationen der französischen Behörden auf Taiti zum Trotz sich einiger Eilande der Gesellschaftsinselgruppe bemächtigt habe, wird einstweilen noch mit Vorsicht aufzunehmen sein.

Berichte von den Lobosinseln, welche bis zum 10. Sept. reichen, melden, daß das amerikanische Fahrzeug „Manlius", als es vor den Inseln erschien, um Guano aufzunehmen, dort das peruanische Dampfboot „Rimac" traf, welches ihm den Befehl übermittelte, wieder in die hohe See zu gehen und sich von der Regierung in Peru eine Erlaubnißkunde zur Einnahme seiner Guanoladung zu verschaffen. Der Capitän des „Manlius" hat dieser Aufforderung allsogleich entsprochen.

Das Expeditionsgeschwader der Vereinigten Staaten gegen Japan besteht aus den Schiffen „Vermont" von 100, „Macedonian" von 30, „Plymouth", „Falmouth" und „Saratoga" von je 20, „Mississippi" und „Princeton von je 10, und endlich den Dampfer „Susquehannah" von 9 Kanonen. Diese Expedition ist also eine furchtbare; sie geht aber nichts desto weniger mit durchaus friedlichen Absichten nach Japan. Die Abfahrt erfolgt im November.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 31. Oct. Der „Kasseler Zeitung" schreibt man aus Dresden: „Der Zweck der in Wien zusammengetretenen Zollconferenz von Bevollmächtigten der sieben sogenannten „coalirten" Regierungen ist, wie nun erhellt, folgender: Man wird zu einer definitiven Feststellung von Zollverträgen schreiten, welche auf das Zustandekommen eines einzigen großen Handelsreichs berechnet sind und worin die Betheiligung Oesterreichs fürs erste noch nicht einer gänzlichen Zollgereinheit mit dem bisherigen Zollverein entspricht. Diese Verträge werden Preußen und dem Steuervereine mit dem Ersuchen vorgelegt werden, sich darüber zu erklären: ob sie genehmigt seien, dem Handelsvereine beizutreten? Man wird natürlich auch in allenfallsige Verhandlungen über diese Verträge treten, dieselben jedoch ohne bestimmte Aussichten auf Erfolg nicht bis ins Endlose sich hineinziehen lassen. Mißglückt auch dieser neue Versuch zur Einigung, so wird man sofort die Herstellung eines mit dem 1. Januar 1854 ins Leben tretenden gänzlichen Zollanschlusses der „coalirten" Staaten an Oesterreich durch definitive Ausarbeitung von Verträgen bewirken."

* **Wien**, 29. Oct. Die „W. Z." bringt heute in ihrem amtlichen Theil den Anfang des Zolleinigungsvertrags zwischen Oesterreich, Modena und Parma, sowohl im italienischen Urtext, wie in der deutschen Uebersetzung.

‡ **Berlin**, 30. Oct. Erfreulicherweise sind nunmehr bereits gegen 60—70 Schleswig-Holsteiner sowohl durch die Beförderung von oben, als durch die Bemühungen der betreffenden Herren Minister theils im Zivildienste, theils in der Marine, im Heere, wie im Postfache, und theils beim Schulfache als Prediger untergebracht worden. Es macht diese Fürsorge in den hiesigen Kreisen den besten Eindruck, und bleibt nur zu wünschen, daß diesem Beispiele Preußens in höherem Grade wie bisher von andern deutschen Regierungen gefolgt wird. — In der bevorstehenden Kammersession wird die Provinzialordnung, sowie die Kreis- und Gemeindeordnung den eigentlichen Kern der Verhandlungen bilden. Bei der Verwirrung, welche in diese Angelegenheit durch die verschiedenen nach Geltung ringenden Anschauungen gekommen ist, dürfte es indessen schwer sein, den Faden zu finden, welcher aus diesem Labyrinth hinausführen wird. Daß die Angelegenheit nunmehr durch die vielen Behandlungen und abermaligen Verarbeitungen eine höchst verwickelte geworden ist, wird von niemand mehr in Abrede gestellt. Um so gespannter muß man darauf sein, wie die in Rede stehende Aufgabe von den Kammern gelöst werden wird.

Berlin, 30. Oct. Das „Preußische Wochenblatt" hört, daß die Verhandlungen mit den thüringischen Staaten in der Zollangelegenheit zum Abschluß gebracht sind; die thüringischen Staaten haben danach mit Preußen den thüringischen Verein erneuert, dem Septembervertrag ihre Zustimmung gegeben und sich von neuem mit Preußen durch den Zollverein verbunden.

‡ **Paris**, 30. Oct. Gestern Nachmittag um 2 Uhr versammelte sich vor dem Hotel de la Terrasse in der Rivolistraße eine Menge von Neugierigen, welche Abdel-Kader zu sehen hofften, der dort ein für vierzehn Tage gemiethetes Zimmer bewohnt. Bald darauf verließ auch der Ex-Emir in Begleitung des Commandanten Boissonnet das Hotel, um dem Prinz-Präsidenten in Saint-Cloud einen Besuch abzustatten. Vorher jedoch begab sich Abdel-Kader nach der Magdalenenkirche, vor und in welcher sich ebenfalls viele Neugierige eingefunden hatten, da man von des Ex-Emirs beabsichtigtem Besuche wußte. Um 3 Uhr traf Abdel-Kader in einem geschlossenen Wagen mit zwei andern Arabern und dem Commandanten Boissonnet an der Kirche ein. Als er ausstieg wurde er von der Menge ehrerbietig begrüßt; aber der Andrang war so groß, daß die Araber kaum einen Weg finden konnten und die um die Kirche laufenden Gitter geschlossen werden mußten. Von einem Geistlichen wurde Abdel-Kader auf den Stufen empfangen und nahm dann in dessen Begleitung das Innere des Gotteshauses mit großem Interesse in Augenschein. Der Ex-Emir ist ein überaus schöner Mann von 43 bis 44 Jahren; sein Gesicht drückt Gute-

mäßigkeit aus und besonders sind seine schwarzen Augen schön und von fast weiblicher Sanftmuth. Als er die Kirche wieder verließ, wurde er der Gegenstand unter Achtungsbezeugungen.

Gestern wurde in der Dreifaltigkeitskirche die Leichenfeier Giobertis begangen. Hierher waren dem Sarge etwa 300 Italiener und 200 Franzosen und der Strafe von Parma gefolgt, wo Gioberti gestorben ist. Unter den Italienern bemerkte man Mamiani, Castelli, Mazzoni, Montanelli, Amari und den Marquis Palavicino Trivulcio. Als vornehmste Leidtragende waren erschienen der Marquis v. Azeglio, sardinischer Gesandte in London, Oberst Collegno, vormaliger Gesandte Sardiniens in Paris, und der gegenwärtige Gesandte Graf Villamarina. Nach dem Trauergottesdienste wurde die auf Befehl des letztgenannten Diplomaten einbalsamirte Leiche Giobertis's bis auf weitere Verfügung der Regierung in Turin in der Gruft der Dreifaltigkeitskirche beigesetzt.

Der berühmte Prediger Pater Ventura ist bedenklich erkrankt; schon gestern empfing er die letzte Oelung.

Der Kriegsminister General Saint-Arnaud wird nächsten Mittwoch ein großes Diner geben, zu welchem auch Abdel-Kader geladen ist. Letzterer will dem „Pays" zufolge erst nach der Inauguration des Kaiserreichs sich nach Brussa begeben, um dieser Feierlichkeit noch beizuwohnen.

Neuere Nachrichten sind aus Konstantinopel bis zum 17. d. M. eingelaufen; aber sie verbreiten kein Licht über die Anlehensfrage. Der einzige Artikel des „Journals" bespricht die Abberufung des Fürsten Kallimaki von Paris und seine Ersetzung durch Bely Pascha.

Im Palast Lucenburg, wo sich der Senat am 4. November zu seiner außerordentlichen Session versammeln wird, werden baulige Veränderungen getroffen.

>< **Brüssel**, 30. Oct. Eine Menge einander widersprechender Gerüchte, sagt heute die „Independance belge", waren gestern über die Bildung des künftigen Cabinets verbreitet, und man ging dabei so weit, die Combination, welche man Tags zuvor als eine definitiv beschlossene, nunmehr als vollständig gebrochene darstellte. Dieses Gerücht von einem Bruch sei ohne Grund; im Gegentheil lasse sich mehr und mehr hoffen, daß die in diesem Augenblick geschehenen Schritte in ein befriedigendes Resultat für das Land ausgehen werden; da man aber im voraus für die nämlichen Portefeuilles mehrere Namen anführe, so enthalte sich die „Independance" noch jeder Veröffentlichung einer Liste. — Der Baron von Vrière, Gouverneur von Westflandern, ist gestern von König empfangen worden. — In der gestrigen Sitzung der Repräsentantenkammer hat der Minister der öffentlichen Bauten einen Gesetzentwurf für die Conession einer Eisenbahn von Antwerpen an die holländische Grenze vorgelegt. Die Kammer hat sich darauf bis nächsten Mittwoch vertagt.

† **Turin**, 26. Oct. Die meisten Blätter bestätigen den Rücktritt des Ministerpräsidenten d'Azeglio. Graf Cavour ist heute wieder zum König berufen worden, was kaum einen Zweifel übrig läßt, daß die Bildung eines neuen Cabinets ihm aufgetragen worden sei. Von Collegno spricht man wenig, von Ratazzi gar nicht mehr. Das „Risorgimento" erklärt sich mit der Wendung der Dinge im Wesentlichen einverstanden. Dasselbe Blatt schreibt es dem Einflusse des Erzbischofs Charvaz zu, wenn die kirchliche Frage von Piemont in der neuesten Allocution Sr. Heiligkeit des Papstes unerwähnt blieb.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in Köln.

XXI.

Y **Köln**, 30. Oct. (Sitzung am 29. Oct.) Dreiundsiebzigster Zeuge, Wilh. Cloudt, Buchdruckereibesitzer, brachte die „Neue Rh. Zeitung" bis zum August 1848. Er glaubt nicht, daß Dr. Becker Artikel für dieselbe lieferte, da Marx von Kleinbürgern oder Bourgeoisrepublikanern, wie er sich ausdrückte, nichts wissen wollte.

Vierundsiebzigster Zeuge, Jos. Baum, Kaufmann in Köln, überbrachte auf Ersuchen von Louis Schultz die Werke von Feuerbach, die Dr. Becker an Marx senden wollte, dem Letztern nach London.

Fünfundsiebzigster Zeuge, Ludwig Schultz, Kaufmann in Köln, früher Geschäftsführer der „Neuen Rh. Zeitung", bestätigt die Aussage des ihm vorangegangenen Zeugen. Die „Westdeutsche Zeitung" übernahm das Inventar der „Neuen Rh. Zeitung"; die Rechnungsverhältnisse betrieb später Rauth.

Sechsundsiebzigster Zeuge, Felix Verres, Handlungsgehilfe, früher Expedient der „Neuen Rh. Zeitung", sagt, die Redacteure, besonders Marx, bäten von Dr. Becker nichts wissen wollen, weil er ihnen politisch zu fern stand.

Siebenundsiebzigster Zeuge, Joseph Marcelli, Dampfschiffinspector. Vertheidiger Schneider II. bemerkt, man habe behaupten wollen, Dr. Becker habe die „Westdeutsche Zeitung" mit dem Geld der Bundeskasse ins Leben gerufen. Der Zeuge solle bekunden, daß Dr. Becker u. A. eine ererbte Obligation dazu verwandte. Zeuge bestätigt dies; er ist bei der notariellen Uebertragung einer Obligation von 2000 Thalern zugegen gewesen. Das Geld nahm der Papierhändler Plasmann in Empfang.

Achtundsiebzigster Zeuge, Christ. Baude, Kaufmann, war früher Geschäftsführer bei der „Westdeutschen Zeitung". Er bestätigt die früheren Aussagen hinsichtlich der Actenstücke. Das Geld verschwebte er selbst zum größten Theil an die Comités in Bern und Zürich. Die Rechnungsverhältnisse zwischen der „Neuen Rheinischen Zeitung" und der „Westdeutschen Zeitung" waren noch nicht geregelt, doch bandelte es sich nicht um bedeutende Beträge. Die Correspondenzen gingen durch seine Hand. Marx, Freiligrath und Engels schicken kleine Beiträge an die „Westdeutsche Zeitung". Als Becker zu Anfang 1851 eine eigene Setzerei einrichtete, fand in seinem Local kein Unterricht mehr statt. Baude einschuldigt sich wegen des Vorfalls mit dem Zeugen Erceur. Dieser habe sich ihm und Andern in einem betrunkenen Zustande aufzudrängen wollen, was zu Wortwechsel Anlaß gab. Die Drohungen und Verfolgungen seien nur in dessen erhitztem Gehirn entstanden. — Oberprocurator v. Seckendorff läßt ein Protocoll verlesen, wonach Baude 1848 in Wien war, dort den Attaschen Missfallen machte, gefangen und des Landes verwiesen wurde.

Neunundsiebzigster Zeuge, Karl Wächter, Privatmann in Köln. Dr. Becker gehörte dem demokratischen Vereine an, der, als ein rein politischer, sich scharf von dem socialistischen Arbeiterverein sonderte. Im Ausschuß entstand zwischen Dr. Becker und den Redacteuren der „Neuen Rh. Zeitung" eine Differenz, weil Ersterer wenig den Ideen der Letztern huldigte. Aus gleichem Grunde schied Marx aus dem demokratischen Verein.

Siebzigster Zeuge, Wilh. Birnbaum, lernte in der Schweiz Liebknecht von Gießen, jetzt in London sich aufhaltend, kennen. Von einem Bruder, der politisch wirke, hat ihm derselbe nie etwas gesagt. Zeuge überreicht einen Brief von Liebknecht, für dessen Aechtheit er einsteht. (Schluß f.)

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 31. Oct. Das Geschäft in der heutigen Effektensocietät war nur wenig belebt. Oesterreichische Fonds waren begehrt, namentlich waren wegen Mangel an genügsten Abgebern bessere Preise für Zeitverkäufe als pr. Cassa zu bedingen; 5pCt Metall. waren 80¼ pCt., 4½pCt. Metall. 72¼ pCt. bez., 72½ pCt. G., 5pCt. Lomb.-Venet. 88½ pCt. G., Wiener Bankactien 1368 fl. Spanische 1pCt. waren 24½ à 25 pCt. pr. Cassa, pr. Ultimo täglich 25 pCt. G., 3pCt. Inländische 45⅜ à ⅞ pCt. Zu allem Uebrigen wurde nur sehr wenig oder nichts gethan.

Berlin, 30. Oct. Staatsich. 94½, Bri., 93¼ G. — Köln-Minden 111⅜, à 112 bez. — Fr.-W.-Nordbahn 41⅞ Brl., 40⅞ G., 41¼ à ⅜ bez.

Paris, 30. Oct. 4½pCt. Rente 106. — 3pCt. 81, 80. — Neapol. —. — 5pCt. Rue Oesterr. 94½. — Span. neue Diff. —. — Neue 3pCt. 51¼. — Innere Schuld 46¼. — Passive —. — Bankactien 2980. — Piemont 5pCt. 98, 85. — Römisches Anlehen Juni 1850 98¾. — do. 1850 99½. — St. Germain-Eisenbahn 1500. — Versailles, linkes Ufer 355. — Straßburg-Basel 367, 50. — Nordbahn 875. — Paris-Straßburg 840.

An der heutigen Börse war kein großes Geschäft und wenig Bewegung. Die meisten Bahnactien fortwährend steigend.

Madrid, 25. Oct. 3pCt. 47¹¹/₁₆, n. d. Börse 47½ P. — 1pCt. Neue 26½, n. d. Börse 26⅞.

Telegraphische Coursberichte.

London, 30. Oct. 3pCt. Stocks 100½. — 3pCt. Span. 51⅞. — 1pCt. do. 25½. (Spnd.)

Antwerpen, 30. Oct. 5pCt. Belg. 101. — 2½pCt. do. 55½. — 3pCt. Span. 46¼. — 1pCt do. 24¹¹/₁₆. (Spnd.)

Frankfurt, 31. Oct. Gestern sind hier angekommen: Se. Durchl. der Fürst von Schönburg-Hartenstein, aus Wien, im englischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt

[24:9]

Bekanntmachung.

In Folge des mit dem 1. k. M. in Kraft tretenden Winterfahrtenplans der Main-Neckar-Eisenbahn ist vom 31. d. M. an so lange, als der gegenwärtige Fahrplan der Pfälzischen Ludwigsbahn bestehen bleibt, die Aufgabezeit für die Correspondenz nach und über Paris und dem nördlichen Frankreich auf 7 Uhr Abends festgesetzt worden, was hierdurch zur Kenntniß des correspondirenden Publikums gebracht wird.

Frankfurt a. M., den 31. October 1852.

Ober-Post-Amt.
Prinz.

[2269]

Anlehen

Fr. Königl. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs von Lucca

von fl. 1,050,000 im 24 fl. Fuß, d. d. Wien, 4. October 1836.

In der heute vorgenommenen notariellen Verlosung des vorstehenden Anlehens sind die nachstehenden Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 gezogen worden, nämlich:

Litr. A. Nr. 132 311 702 . . . à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 241 297 375 497 . . . à fl. 500 jede,

deren Verzinsung vom obigen Tage an aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2270]

Anlehen

Fr. Königl. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs von Lucca

von fl. 1,120,000 C.-M. à 4 pCt. d. d. Wien, 20. Decbr. 1843.

In der heute vor Notar und Zeugen obligationsmäßig vorgenommenen 18ten Verlosung des vorstehenden Anlehens sind die nachbenannten Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 gezogen worden, nämlich:

Litr. A. Nr. 88 239 278 335 422 441 447 613
629 633 670 711 752 757 780 . . à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 55 322 334 349 373 408 415 448
610 611 . . . . . à fl. 500 jede,

und hört demnach deren Verzinsung von obigem Termine an auf.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2271]

Anlehen

Sr. Königl. Hoh. des Großherzogs Ludwig II. von Hessen

von fl. 700,000 im fl. 24 Fuß à 4 pCt., d. d. Darmstadt, 1. Jan. 1840.

In der heute vor Notar und Zeugen stattgehabten dritten Verlosung des genannten Anlehens sind nachverzeichnete Partial-Obligationen, nämlich:

Litr. A. Nr. 50 55 81 103 104 107 126 132 133 142 151 249
258 262 271 à fl. 1000,
„ B. „ 1 11 17 46 49 90 109 137 146 172 191 206 292
309 317 321 344 366 368 395 à fl. 500,
„ C. „ 16 37 39 105 106 110 114 121 160 168 186 216
242 262 287 à fl. 300,
„ D. „ 3 14 35 47 53 79 92 106 124 170 174 214 224
281 285 à fl. 200,
„ E. „ 12 22 43 58 69 71 73 77 93 118 145 152 275
298 303 358 375 380 382 389 395 445 455 496
497 à fl. 100,

zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 gezogen worden, von welchem Tage an deren Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild und Söhne.

[2272]

Hochfürstlich Hohenzollern-Hechingen'sches Anlehen

von fl. 260,000 à 4 pCt., d. d. Hechingen, den 2. November 1829.

In der heute obligationsmäßig vor Notar und Zeugen vorgenommenen Verlosung genannten Anlehens sind nachstehende Partial-Obligationen auf 3 nacheinander folgende Jahre zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden, nämlich:

2 Stück Litr. A. Nr. 54 168 à fl. 1000 } pr. 1. Januar 1853.
1 „ „ B. „ 47 . à fl. 500 }
2 „ „ A. „ 75 134 à fl. 1000 } pr. 1. Januar 1854.
1 „ „ B. „ 115 . à fl. 500 }
2 „ „ A. „ 38 139 à fl. 1000 } pr. 1. Januar 1855.
1 „ „ B. „ 30 . à fl. 500 }

deren Verzinsung von den resp. Verfallterminen an aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2273]

Anlehen

Fr. Durchl. des Herrn Fürsten Paul Esterhazy von Galantha

von 6,400,000 fl. C.-M. à 4 pCt., d. d. Wien, 11. Januar 1844.

In der obligationsmäßig vor Notar und Zeugen heute stattgehabten 13ten Verlosung des genannten Anlehens sind die nachstehenden Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf ultimo December 1852 bestimmt worden, nämlich:

Litr. A. Nr. 624 700 829 2067 2303 2535 à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 138 1509 2667 2720 2933 3895
3901 4792 . . . . . à fl. 500 jede,

von welchem Termine an deren Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2274]

Anlehen

des Hochgeb. Herrn Hugo Grafen Henkel von Donnersmark

von 1,125,000 fl. C.-M. à 4 pCt., d. d. Wien, 28. Mai 1846.

In der heute vor Notar und Zeugen vorgenommenen Verlosung des vorstehenden Anlehens sind folgende Partial-Obligationen, nämlich:

Litr. A. Nr. 199 604 722 730 . à fl. 1000 jede,
Litr. B. Nr. 53 170 480 505 . à fl. 500 jede,

zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Januar 1853 bestimmt worden, von welchem Tage an deren Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2275]

Anlehen

Seiner Durchlaucht des Herrn Herzogs

Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha

von fl. 1,000,000 C.-M. à 4 pCt., d. d. Wien, den 1. Juli 1837.

Laut Inhalt der Haupt-Obligation fand heute vor Notar und Zeugen die sechste Verloosung des rubricirten Anlehens statt und wurden in derselben folgende Partial-Obligationen gezogen:

Litr. A. Nr. 10 80 213 243 302 491 505 519
520 600 614 . . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 12 47 72 127 148 186 416 497 à fl. 500.
„ C. „ 49 164 240 357. . . . . à fl. 250.
per 1. Januar 1853.
„ A. „ 87 132 135 197 313 324 378 392
407 608 627 . . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 10 85 108 163 235 291 462 485 à fl. 500.
„ C. „ 99 134 203 274. . . . . à fl. 250.
per 1. Juli 1853.
Litr. A. Nr. 56 69 102 189 250 268 336 356
388 399 473 544. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 33 135 183 228 231 310 328 469 à fl. 500.
„ C. „ 150 185 246 283. . . . . à fl. 250.
per 1. Januar 1854.
Litr. A. Nr. 70 106 277 320 349 360 375 464
527 530 569 587. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 6 11 60 73 116 246 313 452 à fl. 500.
„ C. „ 189 220 309 316. . . . . à fl. 250.
per 1. Juli 1854.
„ A. „ 8 28 212 217 329 366 402 433
512 573 585 629. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 21 96 336 378 386 388 402 435 à fl. 500.
„ C. „ 54 219 265 324. . . . . à fl. 250.
per 1. Januar 1855.
„ A. „ 111 140 170 183 203 242 257 288
289 419 498 553. . . . . à fl. 1000.
„ B. „ 14 15 64 75 92 296 426 500 à fl. 500.
„ C. „ 151 243 299 305. . . . . à fl. 250.
per 1. Juli 1855,

deren Rückzahlung — nach Eingang — an den resp. beigesetzten Verfallterminen bestimmt worden ist.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2419]

L'EUROPE.

Die **Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft L'EUROPE** für Frankreich und alle übrigen Länder gegen **Feuer- und Hagelschaden**, so wie für **Militär-Vertretung**, sucht Directoren, Subdirectoren und einen Inspector mit einem festen Gehalte von 1000 bis 2000 Frcs., welcher sich durch Provisionsantheil auf 3000 bis 6000 Frcs. erhöhen wird. — Franktirte Offerten nimmt die **General-Direction**, rue de Lafayette 55, in **Paris** entgegen.

[2471]

Zur Wahl.

Auf einem Theil der gedruckten Vorschlagslisten zu den Wahlen der Wahlmänner steht:

Mappes, Joh. Michael, Dr. jur.

Es muß aber heißen

Mappes, Joh. Michael, Dr.

Um etwa möglichen Anständen vorzubeugen, bittet man bei Gebrauch der Liste das Wörtchen **jur.** durchzustreichen.

Druck von Augny Oberrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Montag (Beilage zu Nr. 261.) 1. November 1852.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin, den 1. Nov., 10 Uhr 46 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, d. „ 10 „ 52 „ „

Brüssel, 31. Oct. Das neue Ministerium ist nun definitiv constituirt, und zwar in der bekannten ursprünglichen Combination des Herrn de Brouckere.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 1. Nov. Gestern wurde die neugebaute Kirche zu Hausen, diesseitigen Gebietes, feierlich eingeweiht. Zu den Kosten des Baues hatte die Staatskasse einen bedeutenden Zuschuß bewilligt, wozu noch zahlreiche Beiträge von Privatpersonen kamen.

In den dänischen Zeitungen werden diejenigen hiesigen Kaufleute, welche auf den durch den Tod des dänischen Generalconsuls Herrn Mumm v. Scheibler erledigten Posten reflectiren, zur Anmeldung aufgefordert.

Frankfurt mit Sachsenhausen hat gegenwärtig 270 Straßen mit 3492 Häusern. Die meisten Häuser (393) zählt das zweite, die wenigsten (157) das zehnte Stadtquartier. Vor der Stadt sind 662 Garten- und Wohnhäuser, von denen etwa 500 in den letzten 45 Jahren entstanden sind.

* **Wien**, 29. Oct. Die „Indépendance belge" läßt sich von einem Pariser Correspondenten berichten, das österreichische Cabinet habe mit Toscana eine Uebereinkunft wegen eines immerwährenden Besatzungsrechts von Livorno abgeschlossen und Frankreich habe seine Zustimmung erklärt. Die „Oesterreichische Corresp." ist in den Stand gesetzt, auf das bestimmteste versichern zu können, daß diese Nachricht jeden Grundes entbehrt.

** **Wien**, 29. Oct. Se. k. k. apostolische Majestät haben dem k. k. österreichischen Generaleonsul in Paris, Herrn Baron James v. Rothschild, den Orden der eisernen Krone zweiter Klasse zu verleihen geruht.

† **Erfurt**, 27. Oct. Die schon seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen wegen Erbauung eines neuen Justizgebäudes nahen sich jetzt ihrer Erledigung, und zwar in einer Weise, die dem Interesse der hiesigen Commune seitens der städtischen Behörde als förderlich nicht betrachtet wird. Der Justizminister hat sich nämlich für die bei dem Exerzierhäuserplatze in einem entlegenen Stadttheile befindliche Baustelle erklärt. Der Stadt würde jedoch in Folge der dadurch entstehenden Umwerthung der älteren Grundstücke ein bedeutender Nachtheil erwachsen, und es hat deßhalb der Gemeinderath in einer vor einigen Tagen abgehaltenen Sitzung eine Commission ernannt, welche schleunig ein Immediatgesuch an Se. Maj. den König entwerfen, und dieses nöthigenfalls persönlich demselben überreichen soll, alles dieses, um das Justizgebäude in der Stadt zu erhalten. Unterstützung findet dieses Bestreben durch das Gutachten des Oberbauraths Busse, der sich beifällig über ein in Vorschlag gebrachtes Grundstück in der Augustinstraße aussprach, insofern seitens der Stadt die Leitung eines Kanals zur Bewässerung der Latrinengasse übernommen wird. Die hierzu nöthige Summe, etwa 1000 Thlr., hat der Gemeinderath sofort in derselben Sitzung bewilligt.

Soest, 28. Oct. Soeben werden wir schmerzlich von der Nachricht überrascht, daß auch unser Landrath, Herr v. Dolffs, seines Amtes enthoben sei. Bekanntlich schon seit 1847 gehört er im besten, constitutionellen Sinne unseren parlamentarischen Notabilitäten an. (Im Jahr 1851 hat er in seinem Kreise nicht allein die Ausführung der neuen Gemeindeordnung, sondern selbst schon der neuen Kreisordnung zu Stande gebracht.) (Elb. Z.)

Aus **Münster** wird der „Nationalzeitung" geschrieben: Seit einiger Zeit verlautet es, daß die Obligationen der ehemals königlich westfälischen Staatsschuld wieder gesucht würden; wenn wir nicht irren, brachten zuerst Frankfurter Blätter diese Nachricht. Zu acht Procent sollen wirklich einige Käufe gemacht sein. Acht für hundert ist freilich bitter wenig, aber doch immer besser als gar nichts, denn bisher waren jene Schuldscheine, welche für die Zwangsanleihen der westfälischen Regierung ausgegeben wurden, werthlos, weil die betreffenden Regierungen sie nicht anerkannten. Kaum wird es in Westfalen ein Dorf geben, in welchem nicht einige solcher werthlosen Schuldscheine vorhanden sind, und die obige Nachricht erregte daher Aufsehen. Ob sie aber gegründet ist, scheint uns sehr zweifelhaft. Daß der alte Jerome, welcher sich allerdings mit vielem Interesse nach seinen früheren „Unterthanen" erkundigen soll, aus der Napoleonischen Familienkasse seine Staatsschuldscheine honoriren werde, ist gar nicht denkbar; denn weder wird jene Familienkasse zu so vielen Millionen ausreichen, noch aber wird man in Paris von der Napoleonischen Tradition abgehen, nach welcher aus Deutschland nur genommen, nicht aber Deutschland etwas geschenkt wird. Eher Grund könnte die Meinung haben, daß der künftige Kaiser Napoleon, sobald er europäische Macht und Anerkennung besäße, auch zu Ehren seiner Dynastie auf diplomatischem Wege dahin wirken werde, daß die Verbindlichkeiten, welche Könige aus seiner Familie ehemals eingingen, von den nachfolgenden Landesregierungen honorirt würden. In der That aber scheint jene Nachricht von einer bloßen Spekulation herzurühren, um die westfälischen Staatsschuldscheine erst wieder in Cours zu bringen, und dann die beträchtliche Anzahl derselben, welche auch noch in Frankreich lagern soll, für gutes Geld nach Deutschland abzusetzen.

Köln, 30. Oct. In einer gestern Abend stattgefundenen zahlreich besuchten Versammlung der Wahlmänner hiesiger Stadt wurden mit überwiegender Mehrheit zu Candidaten für die am 3. November stattfindende Wahl zweier Abgeordne en zur zweiten Kammer gewählt die Herren Geheimerath Ludolph Camphausen und Landgerichtsrath Ignaz Bürgers. (K. Z.)

Hannover, 29. Oct. Ein Correspondenzartikel der „Kaiserl. Zeitung" vom 25. d. M. will glauben machen, es sei hier die Absicht, der hannoverschen Westbahn eine andere Richtung zu geben, als solche durch den bekannten Vertrag mit Preußen verabredet war. Die „Hannov. Ztg." weiß bestimmt, daß der Artikel — wohl nur darauf berechnet, Unentschlossene zu stiften — nichts Wahres enthält." — Eben so unbegründet sei die Nachricht einer hannoverschen Correspondenz der „N. Pr. Z.", daß nämlich die königliche Regierung nachträgliche Modificationen an der Vorlage für die Verfassungsrevision vorgenommen habe. — Man spricht von einem bevorstehenden Besuch des Königs und der Königin am Oldenburger Hofe.

* **Nastatt**, 29. Oct. Diesen Abend 7 Uhr rückte hier eine österreichische Grenadiercompagnie, 180 Mann stark, ein. Es ist eine der aufgelösten Grenadiercompagnien, die zu den Bataillonen des Regiments Benedek eingetheilt wird. — Im nächsten Frühjahr wird nun das schon angekündigte 4. Bataillon des hier stehenden österreichischen Regiments aus Böhmen herkommen. Bis dahin wird wohl die letzte Kriegskaserne hinter dem Schlosse vollendet und durch Truppen bezieh bar sein. Es wird dann eine bedeutende Zahl von gesunden Räumlichkeiten für das österreichische wie für das badische Contingent disponibel sein, und insbesondere die Dislocirung der Truppen vollständiger nach dem bisherigen Grundsatz durchgeführt werden können, wonach das österreichische Regiment auf der linken Murgseite kaserniert ist und die beiden diesseitigen rechtlichen Forts besetzt, während das badische Regiment auf der rechten Murgseite kaserniert ist und das daselbst befindliche Fort zu besetzen hat.

± **Darmstadt**, 30. Oct. In der Mitte des nächsten Monats werden die Assisen unserer Provinz in vierten Quartal eröffnet. Die Zahl der abzuurtheilenden Fälle ist wieder so bedeutend, daß das Geschwornengericht bis zum neuen Jahr beschäftigt sein wird. Aus dem eben erschienenen Verzeichniß der Hauptgeschwornen geht hervor, daß diese fast ohne Ausnahme Landwirthe sind, während von den 9 Ergänzungsgeschwornen 7 Staatsdiener sind. Präsident des Schwurgerichts ist Hofgerichtsrath Schulze, ein bewährter Rechtsgelehrter und Praktiker, der schon oft Mitglied des Assisenhofs war. — Eben befindet sich unser Gesandter am Berliner Hof, der Graf v. Görz, hier. Bekanntlich machte derselbe in den Jahren 1844 bis 1847 als ein wißbegieriger junger Mann eine Reise um die Welt, über die er dem Publikum eben Bericht zu erstatten

begonnen hat: „Reise um die Welt in den Jahren 1844 bis 1847. Von Karl Grafen v. Görz. Erster Band. Reise in Nordamerika.“ Bruchstücke hatte der Verfasser früher in der „Allgem. Zeitung“ veröffentlicht. Anspruchend ist die Bescheidenheit des Verfassers, die sich in dem Vorwort darlegt. Man wird lebhaft an das Werk des Prinzen Bernhard von Sachsen-Weimar über Nordamerika erinnert.

+ **Darmstadt**, 31. Oct. Der „weitere Bericht des besondern Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse, erstattet von dem Abgeordneten Bindewald“, der am 27. d. M. vorgelegt worden war, ist nun im Druck erschienen. Er zeigt wie der frühere Hauptbericht, ein Auseinandergehen des Ausschusses. Auf der einen Seite der Berichterstatter und der Abg. Krug, auf der andern Seite die Abgg. Müller-Melchiors und Lehne, denen sich im Ergebniß der Abg. Reh angeschlossen hat. Einige Zeit nach Einbringung des Gesetzentwurfs vom 17. März 1851, am 27. Januar 1852, hatte das Ministerium, davon ausgehend, daß ein Bundespreßgesetz in Aussicht stehe, die Stände eingeladen, von der Berathung des Gesetzentwurfs abzusehen. Die zweite Kammer hatte auf Anlaß eines früheren Antrags des Abg. Schmitz beschlossen, durch den Präsidenten bei dem Ministerium anzufragen, ob und wann Aussicht sei der Berathung fortwährend im Wege stünden, und die gleiche Antwort erhalten, worauf sie in ihrer Sitzung am 12. Juni d. J. beschloß, in die Berathung einzutreten, aber erst nach weiterer Berichterstattung hinsichtlich der mit Rücksicht auf die eben zu Stande gekommenen Gesetze über die Competenz der Geschwornen erforderlich gewordenen weitern gesetzlichen Bestimmungen. Daher der gegenwärtige Bericht. Nach den Gesetzen vom März und April d. J. sollen die Preßvergehen im Ganzen der Zuständigkeit der Geschwornen entzogen sein. Nach dem Antrag der Minderheit des Ausschusses soll es nun dabei sein Bewenden behalten, während die Mehrheit desselben verlangt, daß Preßvergehen von dem Schwurgericht abgeurtheilt werden sollen. Der Abg. Müller-Melchiors sprach sich namentlich dahin aus, „daß, wenn die Frage, ob von Preßfreiheit die Rede sein könne, sofern die Aburtheilung der Preßproesse den sogenannten gelehrten, d. h. von der Staatsregierung nach Auswahl angestellten, von ihr bezahlten und nach Gutdünken im Range und Gehalt zu erhöhenden oder durch Versetzung zu bestrafenden, unter Umständen sogar binnen fünf Jahren ohne Pension und Gehalt entlassbaren Richtern übertwiesen wird, als der Hauptbericht erstattet wurde, noch zweifelhaft gewesen wäre, jetzt zweifel seitdem verschwunden sein würde“. „Wiedereinführung der Censur“ sei „dem freisten Preßgesetz mit solcher Competenzbestimmung vorzuziehen“. So steht nun die nahe Berathung des längst eingebrachten Gesetzentwurfs bevor; voraussichtlich wird sie lebhaft sein, ihr aber kein Regierungscommissär beiwohnen, da die Staatsregierung sie nicht will.

> **Mainz**, 31. Oct. Die diesmalige Assisensession schloß heute Nacht 1 Uhr mit der Verhandlung eines Diebstahls zur Nachtzeit mit Einbruch; um 12½ Uhr verließen die Geschwornen ihr Berathungszimmer mit der Bejahung, worauf die Verurtheilung der Beschuldigten durch den Assisenhof stattfand. Das Resultat der Wahl dritter Klasse für unsern zu wähtenden Gemeinderath ist nun bekannt und zeigt zwei Drittel der Gewählten als der demokratischen Partei angehörig. Die Wahlen erster und zweiter Klasse, welche diese Woche zu geschehen haben, werden voraussichtlich ein gleiches Resultat zur Folge haben.

)(**Bingen**, 31. Oct. Die heute stattgefundene Leichenfeier des in Bildesheim verstorbenen Pfarrers Seifert war eine höchst ergreifende. Denn außer vielen Amtsbrüdern desselben aus der Umgegend und selbst von Mainz, waren trotz eines heftigen Regens fast sämmtliche Honoratioren aus Bingen und den Nachbarorten auf 3 bis 4 Stunden im Umkreis herbeigeeilt, um dem allgemein geachteten Mann die letzte Ehre zu erweisen.

h **Gotha**, 28. Oct. Die hiesige Staatsregierung hat die Behörden des Herzogthumé daran erinnert, für die Erhaltung der Alterthümer des Landes Sorge zu tragen. — Vor einiger Zeit hat der König Ludwig von Bayern der katholischen Gemeinde in Koburg 1000 fl. zum Bau einer Kirche zum Geschenk gesendet. Zu gleichem Zwecke hat nach localberichten neuerdings der vormalige Seelsorger dieser Gemeinde, jetzt Kaplan und Beichtvater des Königs von Griechenland, die Summe von 1800 fl. unter der Bedingung zur Disposition gestellt, daß 600 fl. bei der Grundsteinlegung, 600 fl. bei Einziehung des ersten Balkens und 600 fl. bei Aufrichtung des Kreuzes auf der neuen Kirche ausgezahlt würden.

Schweiz.

∪ **Neuenburg**, 28. Oct. Ihre Correspondenz von Basel hinsichtlich der hiesigen Eisenbahnfrage dürfte dahin erläutert werden, daß der Privatbau keineswegs die Nothwendigkeit royalistisch gesinnter Capitalherrn in sich schließt, indem auch auf republikanischer Seite hinreichende Deckungsmittel für 12 bis 15 Millionen Franken sich vorfinden. Deßwegen hat der allseitig gebilligte Großrathsbeschluß vom 26. d. M. die Bildung einer Gesellschaft vertrauensvoll dem Staatsrath übertragen, und man glaubt nun, daß auch hierdel dasselbe Beförderlichsein der politischen Meinungen walten werde, wie in den Debatten der Sitzung, wo vormalige Royalisten der Regierung und der Commission alle Anerkennung und Unterstützung widerfahren ließen. Es wäre zu wünschen, daß allenthalben in der Schweiz dieselbe durchgreifende Einheitlichkeit für jenes Nationalunternehmen existirte wie hier. — Der neuenburgische Großrathsbeschluß hat die Tragweite des kantonalen Unternehmens klar ausgesprochen: „Die großen französischen mit den großen schweizerischen Linien zu verbinden.“ Am 29. und 30. d. M. werden im Kanton die Friedensrichter und deren Beisitzer gewählt; das preußische Organ macht wiederholt auf die Wichtigkeit dieses Acts aufmerksam; im Uebrigen dürfte das Resultat von den seit vier Jahren gewöhnlichen nicht besonders abweichen.

Aus der Schweiz, 30. Oct. Die nach der Versammlung bei Peseux vom freiburgischen großen Rathe in Lustrag gegebenen Unterhandlungen zu Errichtung eines Priesterseminars, sind durch Delegirte der Regierung und der Geistlichkeit angehoben und ihrem Ziele näher gestellt worden. Bischof Marilley hat aber seine Zustimmung verweigert. Ferner wird berichtet, der Herr Bischof habe neulich bei Anlaß der Gemeindewahlen den Deeanen insinuirt, die Beamten, welche den Verfassungseid leisten würden, mit Excommunication zu bedrohen. Die meisten Decane hätten sich dessen geweigert und die Sache sei an ihrem Widerspruch gescheitert. — Die Bürgerrechtseinstellung der Sonderbundsgroßräthe in Luzern ist aufgehoben. Das Zwangsanlehen wird denjenigen, welche gutwillig bezahlten, auf den 1. Februar 1853, denen, welchen ein Proceß bestanden, am 1. Januar 1854 ohne Zins zurückbezahlt.— Der große Rath von Glarus hat beschlossen, den Herren Regierungsräthen Kelter und Schindler-Tschudi die nachgesuchte Entlassung zu ertheilen. — In Glarus hat man gelungene Versuche mit Robletschen Brandlugeln gemacht; auf 600 Fuß Distanz sagte der zweite Schuß die Pulverkiste in die Luft.

Frankreich.

+ **Paris**, 30. Oct. Die neueste Post aus Konstantinopel, mit Nachrichten bis zum 16. d. M., bestätigt nicht nur die Weigerung der türkischen Regierung, die hier und in London negoeirte Anleihe zu kalisiren, sondern meldet auch das bemüthige Eintreffen von Beisstimmen, um die von den Parteiherrn bereits gemachten Einzahlungen wieder zurückerstatten. Der Russland in Konstantinopel und das Ultimatum des Marquis v. Lavalette waren Erfindungen, sowie denn überhaupt die ganze Angelegenheit ein so bedenkliches Aussehen wie noch vor einigen Tagen nicht mehr hat. Dem türkischen Gesandten hat der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Drouin de Lhuys, mit Bestimmtheit erklärt, daß der Marquis v. Lavalette Konstantinopel nicht verlassen werde, vielmehr, falls er sich von seinem Posten entferne oder zu schroff auftrete, desavouirt werden solle.

Sodann, so schreibt man der „Kölnischen Zeitung“, eine neue Proclamation des Grafen Chambord in Paris eingetroffen ist, erhebt ein Theil der Royalisten wieder etwas kühner das Haupt. Die Instructionen, die darin enthalten sind, sollen den Anhängern des Grafen völlige Ifolirung befehlen. Man will nicht das Kaiserreich, und noch weniger das erbliche Kaiserreich, anerkennen. Der neue Brief des Grafen, der ziemlich geheim gehalten wird, aber doch im Faubourg St. Germain schon in vielen Exemplaren circuliren soll, ist, wenn ich recht unterrichtet bin, in ziemlich scharfen Ausdrücken abgefaßt. Die Legitimisten werden darin aufgefordert, die weiße Fahne hoch in die Höhe zu halten und den Principien nichts zu vergeben. In dem Schreiben soll ferner auf den Fall hingedeutet sein, daß irgend eine Katastrophe dem jetzigen Regime in Frankreich ein Ende mache und für diesen Fall den Legitimisten ein energisches Auftreten angerathen worden sein. Ueber die Anerkennung des Kaisers der Franzosen seitens der auswärtigen Mächte geht der Graf ziemlich leicht hinweg, scheint aber an einen Krieg und eine etwaige Restauration durch den Norden, oder vielleicht eine siegreiche Insurrection in Paris zu glauben, falls die kaiserlichen Armeen geschlagen werden sollten. Im Einsse hat Chambord Vorschrift große rein große Vergüligen erregt. Ein Circularschreiben derselben ist bereits an alle Präfecten und Generalcommissare der Polizei abgegangen sein, worin eine scharfe Ueberwachung der exaltirten Legitimisten befohlen wird.

Spanien

Madrid, 24. Oct. Heute ist der Befehl an sämmtliche Civilgouverneure des Landes ergangen, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Cortes am 2. December in Madrid eröffnet werden können. Gleichzeitig ist ihnen auch die Weisung ertheilt

worden, den vorhin erwähnten Befehl vor dem 15. November nicht zu veröffentlichen; man will die Sache so lange geheim halten, um dadurch der Aufregung, die sich der Gemüther bemächtigen würde, in etwas zu steuern. General Narvaez, der als Senator des Reichs nach Madrid kommen wird, hat den Befehl erhalten, sich unverzüglich nach Sevilla zu begeben, um statt des Ministerpräsidenten Zeuge bei der Niederkunft der Herzogin v. Montpensier zu sein. Man glaubt dem General mit dieser Ehre zu schmeicheln und ihn besser zu stimmen. Um ihn gänzlich zu gewinnen, hat man von oben herab das Gerücht verbreiten lassen, die Königin beabsichtige, ihn das Commando der Hellebardierleibwache, das durch den Tod des Generals Castanos erledigt ist, zu übertragen. — Zwei der unruhigsten Deputirten sind unschädlich gemacht worden: Prim ist das Mandat genommen und Ortega hat man nach den canarischen Inseln verbannt. Trotzdem aber prophezeit man den Cortes höchstens vierzehn Tage Lebensdauer. (K. Z.)

Großbritannien.

‖ **London**, 29. Oct. Der „Morning Herald" theilt Einiges über die beiden politischen Bünde mit, deren Mitglieder die französischen Flüchtlinge sind. Der eine Bund heißt „Republique fraternelle" und zählt 200 Angehörige; seine Anhänger Louis Blancs; der andere nennt sich „Revolution" und besteht aus 70 Mitgliedern, die zu Ledru-Rollin schwören. Ursprünglich bildeten die erste Verbindung Louis Blancs und Ledru Rollins Freunde, bis eine Spaltung dadurch eintrat, daß Ledru-Rollin von einigen des falschen Republikanismus angeklagt wurde. Letzterer schied nun mit seinen Anhängern aus und bildete einen neuen Bund. Diese Spaltung hat denn auch das so unglücklich ausgegangene Duell zwischen Cournet und Barthelemy zur Folge gehabt. — Die Antwortadresse auf die Thronrede wird im Oberhause vom Marquis v. Bath beantragt und vom Grafen v. Donoughmore unterstützt werden.

Alle Blätter sind voll von anticipirten Beschreibungen des Wellington-Begräbnisses und der großartigen Vorbereitungen, die dazu gemacht worden. Vor der Hand genügt es, zu wissen, daß der Leichenwagen ganz aus dunkler Bronze fabricirt und von 12 oder gar 16 Pferden gezogen werden soll. Er wird so kolossal, wie es das Citythor (Temple bar) gestattet. Die Bewohner der Straßen, durch die der Zug gehen wird, machen mittlerweile glänzende Geschäfte. Ein Haus in der Nähe von St. Pauls (d. h. eine Wohnung für eine Familie) wurde für 1000 L. vermiethet.

Die königliche Münze macht amilich bekannt, daß mehr denn 3 Millionen Stück kleinerer Silbermünze im Werthe von 160,000 L., und eine viel bedeutendere Summe von Goldmünzen (Sovereigns und Halbsovereigns) seit Anfangs Juli durch die Bank ausgegeben wurden, und daß Alles aufgeboten wird, um die Prägungsfähigkeit des Münzinstituts zu vermehren.

Niederlande.

)(**Amsterdam**, 28. Oct. Das Haarlemer Meer ist trocken, aber dessen Benutzung steht noch ein Proceß des Gouvernements gegen die Stadt Leyden entgegen. Eine englische Gesellschaft hat für den ganzen trocken gelegten Grund 9 Millionen holländische Gulden geboten, eine Summe, welche die angekeuerte Kosten der Austrocknung übersteigt. — Der auf den Karten und in den Büchern noch immer angegebene Rheinarm (der sog. krumme Rhyn) von Wyk by Duurstede nach Utrecht existirt gar nicht mehr, sondern dieser Arm oder Kanal geht erst drei Stunden unterhalb bei Breeswyck aus dem Rhein nach Utrecht ab.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

XXI.

*)(**Köln**, 30. Oct. (Schluß der Sitzung am 29. October.)

Einundsiebzigster Zeuge, Milit. Steffen, Lieutenant a. D. Dr. Becker übergab den Zeugen im Bierhaus als Curiosum einen Brief von Willich, mit dem Auftrage, denselben auch seine Freunde lesen zu lassen. In diesem Briefe tränkte Willich von einem Militärstandpunkt und gab Dr. Becker den Auftrag, sich an dessen Spitze zu stellen und Köln zu nehmen. In einem zweiten kleinen Briefe kündigte Willich seine bevorstehende Ankunft an. Der Zeuge verbrannte später beide Briefe. Steffen diente 17 Jahre, wurde aber in Folge einer Adresse an die aufgelöste Nationalversammlung, die er mitunterzeichnet hatte, gerichtlich ausgestoßen.

Zweiundsiebzigster Zeuge, Joh. Feiedr. Stüver, Bergwerksbesitzer in Köln, bekundet, daß vor dem Untersuchungsrichter der Bruder des Dr. Daniels sich für die Heekunft des Zeugen Haupt bemühte.

Dreiundsiebzigster Zeuge, Caroline Schüler, ist ein Nachbarskind und eine Jugendfreundin der Frau Daniels; sie ist überzeugt, daß dieselbe als mit Fremden in Correspondenz gestanden. Dagegen theilt die Zeugin mit der Mutter der Frau Marx, Frau v. Westphal in Trier, in regelmäßigem Briefwechsel. Im Auftrag der Letztern hat sie Frau Daniels ersucht, an Marx oder dessen Frau zu schreiben, da man gern direct etwas von ihm erfahren hätte. Frau Daniels habe dieses aber entschieden abgelehnt, da sie keinen Anlaß zu Verdacht geben wollte. Die Zeugin hat die Gewohnheit, empfangene Briefe gleich zu verbrennen. Auch an dritte Personen in London habe Frau Daniels niemals geschrieben.

Vierundsiebzigster Zeuge, Karl Fr. Aug. Stucke, Dr. med. und Vorstandsmitglied der Mineralwasseranstalt in Köln, gibt dem Chemiker Otto ein günstiges Zeugniß. Im October 1850 erhielt derselbe von der Mineralwasseranstalt den Auftrag, Berlin und Dresden zu besuchen und die dortigen technischen Fortschritte zu studiren. Diese Reise konnte 14 Tage in Anspruch nehmen. Nach Schneeberg und Leipzig ging Otto nicht im Auftrag der Anstalt. Ob diese ihm eine Legitimation mitgab, erinnert Zeuge sich nicht.

Fünfundsiebzigster Zeuge, Joh. Jos. Gronewald, Director der Taubstummenanstalt in Köln, kennt Dr. Klein zur Zeit der Cholera von der rühmlichsten Seite kennen. Er spreche mit demselben in dem gleichen Gasthofe und höre nie ein Wort von ihm, das nicht in den Mund des strengsten Conservativen gepaßt hätte.

Sechsundsiebzigster Zeuge, Karl Stein, Bankier in Köln, gibt Erhard ein günstiges Zeugniß. Mit der Spedition war Erhard nicht beschäftigt, auch weiß Zeuge nichts von einem durch sein Haus nach Berlin spedirten Koffer, doch sei es möglich, daß Erhard einen solchen auf eigene Hand versandt habe.

Siebenundsiebzigster Zeuge, Jul. Perschel, Dr. med. in Köln, war der Arzt des Dr. Becker und hat nie nach London wegen dessen Erblindung geschrieben.

Achtundsiebzigster Zeuge, Joh. Hub. Bedert, Dr. med. in Köln. Vereidigter Cirer I. bemerkt, in dem angeblichen Protocolbuch der Communisten in London heiße es: „der Dr. Becker habe von der Erblindung gesprochen; damit man nun nicht hintenher sage, dies Dr. Becker habe vielleicht „Dr. Bedert", so bitte er, den Zeugen zu fragen, ob er auch London correspondirte. Zeuge antwortet: „nein".

Neunundsiebzigster Zeuge, Theodor Schmitz, Schreiber in Köln, kennt den Flüchtling Ringe in London. Derselbe ist von Siegburg gebürtig, war zuerst Schreiner, wurde dann Hypothekenschreiber, machte mit Kinkel den Zug von Bonn nach Siegburg mit, wurde flüchtig, ging nach Baden, flüchtete nach der Schweiz, begab sich dann nach Ungarn und zurück nach der Schweiz, aus dieser nach Paris und zuletzt nach London. Zeuge kannt fast fortwährend mit ihm wegen einer Erbschaftsangelegenheit in Correspondenz und übergibt mehrere Briefe desselben, für deren Echtheit er mit seinem Eid bürgt. Ob der fragliche Rings Mitglied des Communistenbundes und der Centralbehörde in London sei, weiß Zeuge nicht.

Der Zeuge Keller, neuerdings examinirt, erkennt ein Exemplar der Dissertation Jacobi's als dieselbe lateinische Schrift, die mit Dr. Beckerschen Typen gedruckt wurde. — Dr. Becker läßt den Zeugen fragen, ob die Exemplare der Dr. Beckerschen Rede somals in Massen nach Düsseldorf versandt worden, da es im Londoner Protocollbuch heiße, 1500 Exemplare lagerten in Düsseldorf. Der Zeuge verneint diese Frage.

Der Expertе Renard erhält mehrere Handschriften zur Prüfung. Er erklärt: der vom Zeugen Bernhaum vorgelegte Brief des Liebknecht ist von derselben Hand wie die Unterschrift „Liebknecht" in der Austrittserklärung aus der Londoner Gemeinde. Die Unterschriften „Liebknecht" im Londoner Protocollbuch dagegen sind entschieden von einer andern Hand. Letztere Unterschriften und ein Theil des Conceptes des Protocollbuchs sind von derselben Hand. Das von dem Zeugen Schmitz eingereichte Briefe des Ringe sind unter sich von derselben Hand; die im Protocollbuch vorkommende Unterschrift Rings dagegen ist ohne allen Zweifel von anderer Hand.

Obertprocurator v. Seckendorff läßt vier Schriftstücke, Protocolle und Berichte verlesen, welche Kunde von der vielfältigen Verbreitung verbotener Schriften geben, und erklärt, er wolle erst später die Begründung der Klage beginnen. — Der Präsident bemerkt, da noch einige Zeit übrig bleibe, so wolle er die von ihm verfaßte Fragestellung an die Geschworenen schon jetzt mittheilen, um zu vernehmen, ob ein Einwand dagegen erhoben werde. Er habe bei der Abfassung die Artikel des alten Gesetzes mit den Definitionen des neuen in Einklang zu bringen gesucht. Die Frage lautet:

> Ist der Angeklagte A. R., schuldig, in den Jahren 1848, 1849, 1850 und 1851 mit einer oder mehreren Personen die Ausführung eines Unternehmens verabredet und beschlossen zu haben, welche den Zweck hatte, 1) die gewaltsame Aenderung der Staatsverfassung unmittelbar herbeizuführen und 2) die Bewaffnung der Bürger und Einwohner gegen die königliche Gewalt und gegen einander durch Erregung eines Bürgerkriegs zu erwirken.

Die Vertheidiger treten zu einer Berathung ab. Der Angeklagte Bürgers bittet, sich dieser Besprechung anschließen zu dürfen. Es wird ihm gestattet. Die Vertheidiger kehren zurück und erklären sich mit der Fragestellung einverstanden. (Schluß der Sitzung.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler, Dr. J. V. Kutschkit.

Schönberg, den 31. October 1852. In der Nacht vom 28. auf den 29. d. M. um halb 1 Uhr ist die Gemahlin St. Erlaucht des Grafen **Ludewig von Erbach-Schönberg**, **Caroline Friedericke Alexandrine**, gebrne Gräfin von Gronsfeld, aus dieser Zeitlichkeit in die Ewigkeit hinübergegangen. [2486]

Dürrmenz-Mühlacker bei Pforzheim. (**Tabackauerbieten.**) Es sind hier über 2000 Ctr. Tabak vorzüglicher Qualität, meist virginischer oder Friedrichsthaler, doch auch 450—550 Ctr. reiner Dutten- und Grundtabak erzeugt worden, welchalb den Herren Tabakkäufern das hiesige Product mit dem Anfügen empfohlen wird, daß bei geeigneter Witterung getrocknete Waare in wenigen Wochen abgehängt werden kann. Ende October 1852.

Schultheißenamt.
[2470] **Fortenbacher.**

[2483] **Weinlese in Rheinhessen!**

Diese begann zu Nackenheim, Kreis Oppenheim, am 26. October l. J. und fällt besser aus, als man geglaubt hätte. Zwar ist der Ertrag nicht reichlich, jedoch die Qualität entspricht vollkommen dem Erwarten und übertrifft die im Jahr 1848; der Most wird setzt zu 28—36 fl. im Kleinen per Ohm verlauft, daß sich der Preis beim Verkauf im Großen resp. per Stück noch erhöhet, ist leicht zu vermuthen.

[2482] Die **Gaubickelheimer** Weinlese beginnt mit dem 2. November l. J. Die hiesigen Trauben sind sehr gesund und süß, es wird jedenfalls ein vorzüglicher Wein erzielt, der den 1848er Jahrgang übertreffen wird. Es wäre nur zu wünschen, daß sich die Kauflieblhaber selbsten oder durch zuverlässige Leute hier einfanden und nicht den Mallern vertrauten, welche nicht selten geringere Weine in der Umgegend für hiesigen Wachsthum ausgeben.

Gaubickelheim, den 30. October 1852.

Der Großherzogliche Bürgermeister:
Beck.

[2479] **Privat-Entbindungs-Anstalt.**

Ueber diese bequem und billig eingerichtete Anstalt, die alle Garantie bietet, wird Auskunft ertheilt **D. C. B.**, poste restante Wiesbaden franco.

[1669] A vendre une jolie maison de campagne avec un superbe jardin, près de deux portes d'une residence, qui offre toutes les convenances d'une vie agréable. On invite pour des plus larges informations au dépôt de musique, maison Mozart.

[2441] **Neuer Leihbibliotheks-Katalog.**

Soeben hat die Presse verlassen und ist bei mir zu erhalten der

Katalog der Unterhaltungsschriften

3. Abtheilung, enthaltend die neu angeschafften Werke und eine Auswahl aus den beiden früheren Katalogen, begleitet von biographisch-kritischen Bemerkungen über die vornehmsten Schriftsteller. Preis 9 kr.

Gustav Oehler, Zeil.

Aachener & Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Wir zeigen hiermit ergebenst an, daß Herr **J. A. Barrentrapp** die von ihm bisher geführte Haupt-Agentur der obigen Gesellschaft niedergelegt hat, und daß wir dieselbe nunmehr dem Herrn **J. C. Weiser** übertragen haben. Wir bitten demnach, sich in allen Beziehungen zur Gesellschaft künftig an Herrn Weiser zu wenden.

Aachen, am 1. November 1852. **Die Direction.**
Brüggemann.

Mit Bezug auf vorstehende Bekanntmachung empfehle ich mich hiermit zur Vermittelung von Versicherungen für die obige Gesellschaft. Die seitherigen Agenten derselben

Herr **August Schoenting** in Frankfurt,
„ **Friedrich Thomae** daselbst, und
„ **Carl Müller** in Homburg v. d. H.

werden fortfahren, gleichfalls Versicherungen für die Gesellschaft zu vermitteln. Frankfurt a. M., 1. November 1852.

[2477] **J. C. Weiser**, Zeil Nr. 9.

Hochgräflich Erbach-Fürstenau'sches Anlehen
von fl. 350 000, d. d. 1. November 1852, betreffend.

Die pro 1. November 1851 verloosten Obligationen des vorstehenden Anlehens

Nr. 51 541 573 645 739 777 1092,

sind zur Rückzahlung pro 1. December d. J. bestimmt, von welchem Termine an jede weitere Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 30. October 1852.

[2478] **Philipp Nicolaus Schmidt.**

Unser Comptoir befindet sich von nun an Zeil Nr. 41, der Post gegenüber.

[2365] **J. J. Weller** Söhne.

Local-Veränderung.

Das **Rauchwaaren-, Borsten- u. Schaafleder-Lager** von

S. Königswerther Söhne

befindet sich von nun an im

Braunfels.

[2480]

[2375] Eine vollständige Tabakeinrichtung mit allen Utensilien für ein Material- und Farbwaarengeschäft steht mit und ohne Waarenvorräthe zu verkaufen. Frankirte Anfragen befördert die Exped. d. Blattes.

[2449] Der in Nr. 252 dieser Zeitung gegen Johannes Schmidt aus Unterambach wegen Verdachts des Raubmordes erlassene Steckbrief wird nach der inzwischen bewirkten Verhaftung des Verfolgten hiermit zurückgenommen.

Frankfurt a. M., den 25. October 1852

Peinlich Verhör-Amt.

Cours der Staats-Papiere. 1. November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per compt.				Per compt.
Oesterreich	5% M. (C.I.3.8.Roths)	93⅛	P.	Nassau	fl. 25 Loose	28⅜	P. ⅛ G.
»	5% M.v.J.1834 ser. B	93⅜	P.	Würtemb.	4½% Oblig. h. Roths.	101⅛	P. ⅛ G.
»	5% L. V.-(C. h. Roths)	88 etw. ½ bez.	⅜ G.	»	3½% Oblig.	90½	P.
»	5% do. Monte C.18.L.M	84½	P. ⅛ G.	Kurhessen	10Thlr. L. h. Rothsch.	34⅞	P. ⅛ G.
»	Bank-Actien . .	1367	P. 63 G.	»	Fürst.-Wilhs.-Nordh.	45	G.
»	5% Metalliq. Oblig.	80½	P.	Gr. Hessen	4% Obligationen	101⅜	P.
»	5% M.v.J. 1854 Ser.A	80⅛	P. 80 bez. 79⅛ G.	»	4% dito h.Rothsch.	98½	P.
»	5% dito 1852	80½	P. ⅛ G.	»	3½% dito h.Rothsch.	91⅜	G.
»	4½% dito	72½	P. 72 G.	»	fl. 50 Loose . . .	91¼	P. 90⅝ G.
»	4% dito	63⅜	P.	»	fl. 35 Loose . . .	31½	P.
»	3% dito	48	P.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95½	P. 94⅜ G.
»	2½% dito	40⅝	P. ⅜ G.	»	3½% » v. 1846	94¼	P.
»	1% dito	16⅛	P.	»	3% » . . .	86½	P. 85¾ G.
»	fl. 250 Loose h. Roths.	116½	P.	»	Taunuseisenbnct.	303	P. 301 G.
»	fl. 500 » dito	192	P.	Russland	4½% Obl. h. Baring	102⅛	P.
»	4½% Oblig. h. Rothsm.	80⅝	P.	»	4% Obl. h. Hope & 2.	91	P.
Preussen	3½% Staatsschuld.	94	G.	»	4% do. h. Stieglitz »	90⅛	G.
»	4% Priorit.-Obl. h. Roths.	102⅜	G.	Polen	fl. 300 à fl. 500	91¾	P. ⅜ G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112½	P.	Spanien	3% Inl. Sch. P 13.30	45⅛ bez.	⅛ G.
Bayern	5% Oblig. h. Rothsch.	101⅛	P. ⅜ G.	»	3% Neue » »	24⅛ bez.	⅛ G.
»	4½% do.	100⅜	P. ⅜ G.	Holland	4% Certificate .	95	G.
»	4% do.	90½	P.	»	2½% Syndicate .	54⅛	G.
»	3% Ablös.-Rente .	36⅛	P. ⅛ G.	»	2½% Integrale	53	G.
»	3½% Oblig. h. Roths.	92⅞	P.	Belgien	5% Obl. in L. à fl. 19 h. R.	100⅛	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	94½	P. ⅛ bez.	»	4½% Obl. in P. à 38 kr.	97⅞	P. ⅜ G.
»	4% Priorit.-Obl. h.	102⅜	G.	»	4% Obl. in Fr. à 96 kr.	90⅛	P. 90⅛ G.
Baden	5% Obligationen	101⅜	P.	»	3½% Obl. h. Rothsch.	56 fr. 55½	G.
»	4½% Obligationen	102⅛	G.	Sardinien	5% Obl. h. Rothsch.	97⅛	G.
»	3½% v. 1845 . .	90½	P.	»	3% Obl. h. Hambro	95	P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66⅛	P. 66 G.	»	Sardinische Loose .	40⅞	G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	33⅝	P. ⅛ bez. ⅛ G.	Toscana	5% Obl. 1850 C.h. Goldn.)	101⅛	¾, ⅝, ½ bez. ⅝ G.
Nassau	5% Oblig. h. Rothsch.	103½	P.	»	5% à 1851 h. Bastogi (do.)	98⅛	P.
»	4% do.	99⅛	P.	Amerika	6% Stocks Doll. 2.80.	116⅜	P.
»	3½% do.	91⅛	P.	»	Vereins fl. 10 Loose .	19⅛	P. ⅛ G.

Wechsel-Cours.

Den 1. November		per compt.
Amsterdam	k.S.	100⅛ bz. 100 G.
(100 fl. Crt.)	2M.	— —
Augsburg	k.S.	120 B.
(100 fl. Crt.)	2M.	— —
Berlin	k.S.	105¼ B.
(60 Thlr.)	2M.	— —
Bremen (50	k.S.	97 G. —
Rthlr. l. Ldor.	8M.	— —
Hamburg	k.S.	89⅛ B.
(100 Mk. Bc.)	2M.	— —
Leipzig	k.S.	105⅛ B. 104⅛ G.
London	k.S.	119⅛ B.
(10 Livr. St.)	3M.	— —
Lyon	k.S.	94⅛ B.
(300 Fr.)	2M.	— —
Mailand (350	k.S.	100⅛ G.
Lir. Austr.)	2M.	— —
Paris	k.S.	94⅛ B. ⅛ G.
(300 Fr.)	2M.	93⅞ G.
Wien (100fl.)	k.S.	103 bez.
im 24. 20 F.)		102⅞ G.
Disconto		3½ B. 4 G.

Gold und Silber.

Pistolen	à	9 44-45
Pr. Friedrichsd'or	à	9 54½-55½
Holl. 10fl. Stücke	à	9 54-55
Rand-Ducaten	à	5 38-39
20 Francsstücke	à	9 28-29
Engl. Sovereign	à	11 54 —
Gold al Marco	à	383-84
5 Frankenthaler	à	2 22-1/2
Preuss. Thaler	à	1 45-1/2
Preuss. Cassa-Schn	à	1 44½-45½

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 262. Dienstag den 2. November 1852.

Der Abonnementspreis beträgt für Frankfurter Postzeitung bei Bezug durch die Post 1 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übrigens alle fremden Länder nimmt jede Buchhandlung Abonnements an. Anzeigen die Petitzeile Kr. 3., und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 19. Beförderungen ꝛc. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Druck) mit Gerichtskraft oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung

Deutschland.

[:] **Wien**, 29. Oct. Auf Grundlage der Dotationen, welche die seit dem Jahr 1848 nicht mehr existirenden Institute der italienischen und ungarischen k. k. Nobelgarde besaßen, wird eine Reactivirung derselben baldigst und in der Art stattfinden, daß k. k. Offiziere, welche mit Auszeichnung in italienischen oder ungarischen Regimentern gedient haben und, wenn gleich noch zur Activität geeignet, denn doch aus andern Gründen, z. B. erlittenen Wunden, zum strengen Armeedienst nicht mehr gänzlich qualificirt erscheinen, dortselbst in ähnlicher Weise, wie dermalen bei der k. k. Arcierengarde der Fall ist, in Verwendung zu treten hätten. — Es kann mit ziemlicher Bestimmtheit versichert werden, daß außer den großen Fortificationen auf den Wiener Basteien und am neuen Arsenal auch im Plan liegt, die Residenz mit detachirten Befestigungswerken nach Art der Linzer Thürme zu versehen. Die Punkte sind bereits designirt und wird, insofern dies strategisch nothwendig, den angrenzenden Grundbesitzern schon dermalen theilweise sein Bauconsens gewährt. — Abermals hat der Staat einen hochverdienten Beamten durch Absterben des Herrn Aloys v. Kremer verloren, welcher in den letzten Jahren als Hofrath bei dem Generalrechnungsdirectorium diente und dessen große Fähigkeiten hier die vollste Anerkennung gefunden haben. — Feldzeugmeister Baron Jellachich wird sich nach Brünn begeben, um dort, als Oberstinhaber, der Fahnenweihe des Infanterieregiments Nro. 49 beizuwohnen, wobei dessen Gemahlin die Würde einer Fahnenmutter übernehmen wird.

4 **Berlin**, 30. Oct. Von allen hier in Berlin aufgestellten Candidaten schreint der Generalsteuerdirektor Kühne den meisten Anklang zu finden, was darin seinen Grund haben mag, weil man diesen gewissen, erfahrungsreichen Staatsmann in Bezug auf die handelspolitische Angelegenheit als den Mann der augenblicklichen Lage erachtet. Die Anschauungen desselben sind bekanntlich durch das „Preußische Wochenblatt" in die Oeffentlichkeit getreten, so daß den Wählern das, was dieser Candidat will, klar vorliegt. Neben dieser bestimmten Richtung der Berliner Wahlmänner, bezüglich der Zollvereinsangelegenheit bewährte Männer in die zweite Kammer zu wählen, macht sich auch jene geltend, diesmal eine größere Anzahl aus der städtischen Verwaltung in die Kammer zu entsenden. In jedem Wahlkreise der Hauptstadt dürfte deßhalb wohl ein mit den hiesigen städtischen Verhältnissen innigst vertrauter Mann gewählt werden. In dem ersten Wahlkreise ist der Stadtrath Bock von den Gewerbtreibenden, welche die überwiegende Mehrzahl der Wahlmänner bilden, als Candidat mit vielem Erfolg aufgestellt worden. Die Rede desselben zeg deßhalb große Aufmerksamkeit auf sich, weil derselbe erklärte, er werde als Katholik sich in keiner Weise den etwaigen ultramontanen Bestrebungen in der Kammer anschließen, da er vielmehr entschieden die Meinung hege, daß es eine Pflicht des Staates sei, allen Bestrebungen, welche den Frieden der verschiedenen im Staate neben einander wohnenden Religionsparteien stören könnten, mit Nachdruck entgegenzutreten, mögen diese Bestrebungen nun von katholischer oder evangelischer Seite ausgehen. Außerdem erklärte der Redner, er verlange von einem guten Preußen, daß ihm, allen Bestrebungen der Art gegenüber, die Pflichten als Staatsbürger voranständen. Diese Erklärung schien die Entscheidung für den Candidaten zu geben. In politischer Beziehung gehört der Stadtrath Bock derselben Richtung an, wie der Generalsteuerdirector Kühne. Der hiesige Stadtrath Dr. Jakobson, welcher die Candidatur ablehnte, erklärte bei dieser Gelegenheit, daß er zur christkatholischen Gemeinde übergetreten sei, welchen Schritt er in einer an die Versammlung vertheilten gedruckten Darstellung näher motivirte. Der gegen die beiden oben genannten Candidaten die misterielle Partei ihre Candidaten durchgegen wird, muß der bevorstehende Wahltag entscheiden. Ueber den dritten Abgeordneten dieses großen Wahlkreises gehen die Meinungen noch sehr auseinander.

* **Berlin**, 30. Oct. In der Kreuzzeitung erhebt ein preußischer Offizier seine Stimme für eine möglichst baldige Befestigung Berlins; die Zeitläufte seien gefährlicher als 1850 und die Kosten, etwa 8 bis 10 Millionen Thaler, dürften nicht schwer aufzubringen sein. — Der Wiener Correspondent desselben Blattes behauptet aufs neue, daß Oesterreich die Zollfrage vor den Bund bringen wolle, doch nicht, ohne sich vorher der Zustimmung Preußens zu einem solchen Schritte versichert zu haben.

Herr Harkort erläßt in der neuesten „Elberfelder Zeitung" mit seiner Unterschrift eine Erklärung gegen einen Angriff der „Zeit" auf seinen Wahlkatechismus. Er sagt u. A.: „Auf dem Schlachtfelde und im Jahr 1848 habe ich bewiesen, daß königlich zu sein, und bedarf deßhalb der Treubundskarte nicht, um zum Patrioten gestempelt zu werden. Auf die Frage, weßhalb die Schrift in Braunschweig gedruckt wurde, erwiedere ich einfach: weil ich das Manuscript einem biessen Verleger anbot, dieser an gewisser Stelle anfrug und die Auskunft erhielt, „„dem Verfasser könne man nichts anhaben, allein auf ihn würde indirect die Absendung fallen!"" Nennt man das Preßfreiheit? Offen bekenne ich jener Partei anzugehören, welche die von Sr. Maj. dem Könige geschenkte und beschworene Verfassung gewissenhaft gehalten haben will und die jedes gesetzliche Mittel ergreift, sich zu verstärken."

* **Hannover**, 29. Oct. Welche Rücksichten mußte Hannover bei Eingehung des Septembervertrags nehmen und muß es jetzt noch nehmen? Diese Frage wird in der Nr. 85 des „Neuen Volksfreundes" einer ausführlichen Erörterung unterzogen. Es habe dem Ministerium Münchhausen nicht von fern in den Sinn kommen können, unionistischen Gelüsten Vorschub zu leisten, oder die süd- und mitteldeutschen Staaten, welche bisher den Zollverein mit Preußen ausgemacht, hinaussdrängen oder zu contrahiren (?); Hannover müsse den Eintritt Oesterreichs in den Zollverein, oder eine innigere und genauere Wechselbeziehung zu demselben mit aller Entschiedenheit fördern. Hier wird gesagt: „Daß es sich dabei keineswegs um eine Erniedrigung Preußens handelt, versteht sich von selbst. Preußen muß so viel gelten als es wiegt. Es ist ein wesentliches Element in Deutschland; es ist durch das Genie seiner Fürsten auf die Höhe gebracht, auf der es steht; seinem deutschen Staatsleben und seinen deutschen Staate kann es jemals einfallen, es, wie Maria Theresia sich siebenjährigen Krieg unternehmen, zu einem Markgrafenthume von Brandenburg wieder hinabzudrängen. Das möchten auch schwerlich die geistigen Interessen und der Protestantismus im Norden und Süden jemals erlauben. Wenn die preußischen Blätter darum von einer Erniedrigung Preußens so viel reden, so schreiben sie entweder im Unverstande oder in der Absicht, um durch ein solches selbst gemachtes Schreckbild aufzuregen. Preußen kann und darf weder zu einem Vasallen von Oesterreich, noch zu einem Schleppenträger der Coalition hinabgedrückt werden; denn das wäre der Anfang zur Vernichtung Deutschlands. Preußen ist der starke Hort des Protestantismus u. s. f." Preußen dürfe aber auch nicht mehr sein und gelten wollen, als das Recht, die Verträge und seine Macht erlaubten, fährt der Verfasser fort, um sodann der Zolleinigung des gesammten Deutschlands das Wort zu reden. „Die Beweglichkeit und der Fortschritt des Nordens, so schließt er, und die Stetigkeit, die Passivität des Südens lassen sich gar wohl mit einander vereinen, sie sind im Gegentheil gar wohlthätige Elemente für das gesammte Vaterland; jene fördert Leben, diese sichert vor Ueberstürzung. Unsere Regierung konnte demnach bei Eingehung des Septembervertrags den Süden auf dem Zollwerein nicht sprengen wollen, um dadurch nicht das Gleichgewicht gegen die Attractionskraft Preußens zu verlieren; sie darf sein Gegner eines engeren Handelsbündnisses, welches die Coalirten mit Oesterreich ab

geschlossen sehen wollen, sein. Das erheischt unsere staatliche Selbstständigkeit, das auch Deutschland in seiner Einheit und Machtstellung nach Innen und Außen. Der Opfer wird Hannover freilich manche bringen müssen, um jene Vereinigung des frühern Zollvereins und Steuervereins, und eine Handelseinigung mit Oesterreich zu verwirklichen und zu vollenden, allein diese können und dürfen nicht gescheut werden. Der Zollverein und die Zolleinigung mit Oesterreich dürfen dabei jedoch nicht vergessen, welche Mittel sie ihnen Hannover in der Oeffnung des deutschen Meeres zur Erweiterung und Erleichterung ihres Handels zubringt, und deßhalb nicht maßlose Forderungen an die Opferfreudigkeit unsers Landes stellen." Indem die „Hannov. Ztg." diesen Artikel aufnimmt, bemerkt sie dazu: Also eine von den bisher im „N. B." vernommenen in etwas abweichende, wenn auch im Grundton einklingende Stimme. Die Auffassung Preußens als eines protestantischen Staats wird derzeit bekanntlich von mehr als einer Seite bestritten, und wenn man von Preußen als Schutzmacht des Protestantismus reden hört, so dringt sich lebhaft der Wunsch auf, daß es in Preußen recht bald gelingen möchte, die protestantisch-kirchlichen und religiösen Wirren und Verwicklungen zu beendigen, womit man dort so schwer zu kämpfen hat.

* **Kassel**, 31. Oct. Die preußische Circulardepesche vom 8. d. M., welche abschriftlich durch die bei den sieben coalirten Regierungen beglaubigten preußischen Diplomaten an diese mitgetheilt, und die mit einem bemerkenswerthen Eifer auch sogleich der Presse zum Gebrauch überlassen worden, ist bis jetzt ohne Rückantwort geblieben, und schon glaubte man annehmen zu dürfen, daß überhaupt eine solche nicht erfolgen werde. Aus guter Quelle vernehme ich jedoch, daß die sächsische Regierung eine Beleuchtung der in jener Depesche enthaltenen Kundthuung durch ihren am preußischen Hof befindlichen Gesandten den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat zukommen lassen, und daß die andern sechs Regierungen diesen Schritt nicht allein billigen, sondern auch mit der sächsischen Erwiderung so vollkommen einverstanden sind, daß sie eine besondere Rückantwort ihrerseits für überflüssig erachten. Nach dem von der preußischen Regierung gegebenen Beispiel dürfte man der Veröffentlichung der sächsischen Depesche durch das „Dresdener Journal" in den nächsten Tagen entgegen sehen.

Hamburg, 28. Oct. Die dänische Regierung scheint von der bereits erwähnten Versammlung schleswig-holsteinischer Patrioten in Hamburg Wind gehabt zu haben. Sie ließ sich durch die Wächter, welche sie hier hält, die namhaften Theilnehmer an derselben berichten, und da scheint ihr auch der ehemalige Statthalter Beseler genannt worden zu sein. Sofort gab sie den Befehl, auf denselben bei seiner Rückreise, die eventuell über lauenburger Gebiet gemacht werden könnte, zu spähen, respective ihn zu verhaften. Der Zufall ist manchmal ein Schalk. Auf einem der letzten Bahnzüge befand sich ein hiesiger Advocat v. Beseler, der in Rheinbeck für den echten Beseler verhaftet wurde. Natürlich wurde er auf seine Legitimirung sofort wieder freigelassen, für die unglücklichen Verhaften aber mag der Spaß ein Fingerzeig sein. — Dem Schicksale der Frankfurter Israeliten sollen auch die hiesigen nicht entgehen. Der Senat läßt jetzt, dem Vernehmen nach, zu diesem Zweck für die Bürgerschaft eine Gesetzvorlage ausarbeiten. Näheres über diese Vorlage verlautet noch nicht. (K. v. u. f. D.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 31. Oct. Gestützt auf das von der königlich preußischen Regierung jüngst erneuerte Verbot des Wanderns in der Schweiz, fordert die berner Stadtpolizei die in Bern in Condition stehenden preußischen Staatsbürger auf, bis zum 6. November ihre Pässe zu nehmen und dann unverzüglich den Kanton und die Schweiz zu verlassen. — Der berner Regierungsrath hat auf den Antrag des zur Vorbereitung der Feier des 500jährigen Eintritts Berns in den eidgenossischen Bund niedergesetzten Comités die Prägung einer Denkmünze beschlossen.

Italien.

Ueber den gegen den toscanischen Ministerpräsidenten Baldasseroni verübten Mordversuch theilt ein Brief aus **Florenz** vom 22. October im „Risorgimento" einiges Nähere mit. Der Minister ging in der Villa de Marittl spazieren, als der Vorfall sich zutrug. Ein Mensch, welcher große Eile zu haben schien, rannte gegen ihn. Der Minister ging einige Schritte weiter und bemerkte dann, daß man versucht hatte, ihn mit einer großen Packnadel zu erstechen. Dieselbe hing noch an seinem Ueberrock; die Kraft des Stoßes scheint durch einen Knopf gebrochen worden zu sein, ohne den Minister zu verletzen. Der Thäter ist unbekannt geblieben. — Der florentiner Gerichtshof setzte am 21. das Verhör Romanelli's fort. — Lord Roden, Hauptmann Trotter und die übrigen Mitglieder der englischen Deputation, welche die Freilassung Madai's und seiner Frau vom Großherzog von Toscana zu erhalten suchten sollen, sind am 22. in Florenz angekommen. — Der Herzog von Modena ist am 20. von Rom nach Loretto gereist. — Nach Briefen aus Palermo vom 15. hat sich Odilon Barrot von dort nach Catania begeben. — Der Herzog von Parma hat allen Civilbeamten, welche nicht Mitglieder irgend eines Ordens sind, das Tragen von Bärten untersagt. Das zu lange Kopfhaar ist ebenfalls verpönt worden. Die Uebertreter dieser Verordnung werden das erstemal von ihren Stellen suspendirt und das zweitemal ganz abgesetzt.

Neueste Nachrichten.

v **Frankfurt**, 1. Nov., Nachmittags. Während bei der frühern Abstimmung der ersten Abtheilung bis 12 Uhr Mittags am ersten Tag 180 Stimmzettel abgegeben worden waren, haben bei gegenwärtiger Wahlhandlung bis zu derselben Zeit bereits 290 Bürger gestimmt. Von der Demokratie waren bis dahin erst wenige Glieder erschienen. Das Ergebniß der Wahlen wird vor Mittwoch Mittag nicht bekannt werden.

= **Frankfurt**, 1. Nov., Abends. Der Zudrang zu dem Wahlbureau der ersten Abtheilung war heute noch stärker, als bei der vorigen, für ungiltig erklärten Abstimmung. Die Qualification der Erscheinenden wird sorgfältig geprüft, und viele Abweisungen, z. B. der Schriftgießer, haben bereits stattgefunden. Diejenigen Bürger, welche in den Bürgerrolls als Buchdrucker geleistet haben, sind jedoch zugelassen worden. Bis um 6 Uhr Abends betrug die Zahl der Abstimmenden 460. — Herr H. Finger (Licentiat der Theologie) beabsichtigt, ein „Frankfurter evangelisches Kirchenblatt" herauszugeben, das hauptsächlich gemeinschaftliche Erörterungen über Lehre und Bekenntniß der evangelischen Kirche, und über den Unterschied dieser vor andern kirchlichen Gemeinschaften enthalten und das hiesige Kirchenwesen in Stadt und Land besprechen soll. Mehrere Notabilitäten der lutherischen, der deutschen und der französisch reformirten Gemeinde haben die Einladung zur Subscription empfehlend unterzeichnet.

Berlin, 30. Oct. Se. Maj. der König sind heute, den frühern Bestimmungen entgegen, noch nicht wieder hierher zurückgekehrt. Wie uns mitgetheilt wird, haben allerhöchstdieselben die Einladung Se. Hoheit des Herzogs von Braunschweig zur Jagd bei Blankenburg angenommen und sich mit Ihrer Majestät der Königin und höchster Begleitung von Potsdam begeben, und werden, dem Vernehmen nach, erst am Dienstag wieder in Sanssouci eintreffen. Es scheint sonach, daß Se. Majestät sich von der Zusammenkunft nach Ludwigslust begeben werden.

Die Hubertusjagd im Grunewald wird wegen der längeren Abwesenheit Sr. Maj. des Königs am 5. Nov. abgehalten werden. Anfänglich war der 3. November dazu bestimmt worden.

* **Hannover**, 31. Oct. Der Ministerpräsident, Herr v. Schele, ist heute auf drei Tage zu einem Jagdbesuch nach Blankenburg, dem jetzigen Aufenthaltsorte des Herzogs von Braunschweig, abgereist. Es dürfte darin ein abermaliges Zeichen zu erblicken sein, daß das unnatürliche Verhältniß wieder ausgeglichen ist, das seit mehreren Jahren zwischen Hannover und Braunschweig bestand. Man kann sich darüber nur freuen, da beide Länder sowohl durch ihre Stammesverwandtschaft, als durch ihre Territorialverhältnisse auf einander hingewiesen sind, und da ihre Trennung schmerzlich empfunden wurde, von einem Theile mehr, von andern weniger. — Vorgestern war Herr Arnsberg hier.

* **Darmstadt**, 31. Oct. Se. Maj. der König Maximilian von Bayern, der seit dem 25. d. M. zum Besuche am großherzoglichen Hofe hier verweilte, ist heute Nachmittag um 1 Uhr über Aschaffenburg nach München abgereist.

1. November. Heute Morgen um 8 Uhr sind der Großfürst und die Großfürstin Thronfolger von Rußland, nach einem zweimonatlichen Aufenthalte am großherzoglichen Hofe, mit einem Extrazuge der Neckarbahn von hier wieder abgereist. Wie man vernimmt begehen sich dieselben von hier Rückfahr nach Petersburg nach Berneburg und Wien. Die hiesigen höchsten Herrschaften begleiten dieselben bis Heidelberg.

‡ **Paris**, 31. Oct. Ein heute früh im „Moniteur" erschienener Bericht über den Empfang, welchen Abdel-Kader gestern beim Prinz-Präsidenten gefunden, hat die öffentliche Aufmerksamkeit lebhaft in Anspruch genommen. Die Einführung beim Prinzen erfolgte durch den Kriegsminister General Saint-Arnaud, in Begleitung des Generals Daumas, Directors der algerischen Angelegenheiten; den Emir begleiteten der Escadronschef Boisonnet von der Artillerie, Commandant des Schlosses von Amboise, der dem Kriegsministerium attachirte Herr Bellemare und die beiden vornehmen Araber Sy Allah und Kara Mohamed; Ersterer ist ein Vetter des berühmten Kalifen Ben Allah, der Andere ein vorna-

liger Aga der regulären Reiterei des Emirs, jetzt sein Intendant. Abdel-Kader verrichtete vor dem Empfang beim Prinzen sein Gebet in Saint-Cloud. Ludwig Napoleon empfing den Ex-Emir mit großem Wohlwollen, umgeben von allen Mitgliedern des Cabinets und den meisten seiner Adjutanten. Er hob Abdel-Kader empor, als sich dieser niederließ, ihm die Hand zu küssen, und schloß ihn in seine Arme. Nach diesen Begrüßungen bot Ludwig Napoleon dem Emir an, ihn den Palast in Augenschein nehmen zu lassen; aber der Gast wollte zunächst seinen schon in Amboise geleisteten Eid noch einmal in die Hände des Prinzen erneuern, erbat sich die Erlaubniß, einige Worte an seinen Befreier zu richten, und sprach etwa Folgendes:

„Gnädiger Herr, Sie sind gütig, großmüthig gegen mich gewesen; ich verdanke Ihnen die Freiheit, welche Andere mir versprochen hatten, die Sie mir nicht versprochen und dennoch mir gewährt haben. Ich schwöre Ihnen, niemals den Eid verletzen zu wollen, den ich Ihnen geleistet habe. Ich weiß, daß man Ihnen sagt, ich würde meiner Versprechungen fehlen, aber glauben Sie es nicht; ich bin gebunden durch die Dankbarkeit und durch mein Wort. Seien Sie versichert, daß ich nicht vergessen werde, was die eine und das andere einem Nachkommen des Propheten und einem Mann meines Stammes auferlegen."

Später fügte der Emir hinzu:

„Ich will es Ihnen nicht allein mit lauter Stimme sagen; ich will auch ein Schriftmal in Ihren Händen lassen, welches für Alle ein Zeugniß des Eides sein soll, den ich eben erneuert habe. Ich übergebe Ihnen darum dieses Schreiben: es ist der treue Ausdruck meiner Gesinnung."

Der Prinz erwiderte Abdel-Kader, daß er von diesem Schritte um so gerührter sei, als er kein Versprechen von ihm gefordert, als er Vertrauen in ihm gehegt und eine ausreichende Bürgschaft in der Erkenntniß seines Charakters gefunden habe. Dieser freiwillige Schritt beweise ihm, daß sein Glaube an ihn Recht gehabt habe. (Den Wortlaut der von Abdel-Kader dem Prinzen zugestellten Urkunde werden wir in der Beilage mittheilen; sie ist im wesentlichen desselben Inhalts wie seine oben mitgetheilte Ansprache.)

Nachher nahm der Ex-Emir den Palast in Augenschein. Als er dem Justizminister vorgestellt wurde und dieser bemerkte, wie wenig Beziehungen zwischen seinem Amte und dem des Kriegsministers bestünden, äußerte Abdel-Kader: „Ein gutes Reich stützt sich auf die Gerechtigkeit und auf die Armee." Wiederholt bezeichnete er den allgemein verbreiteten Glauben, ein Muselmann brauche den dem Christen geleisteten Eid nicht zu halten, als einen Irrthum und protestirte entschieden gegen eine solche Annahme. Dem Prinzen von seiner Dankbarkeit sprechend, sagt er unter andern: „Meine Gebeine sind alt; was meinen übrigen Leib betrifft, so ist er durch Ihre Wohlthaten wieder hergestellt." Ludwig Napoleon führte den Emir persönlich durch die Ställe, und zeigte ihm seine Lieblingsrosse, die der Araber sehr bewunderte; die Ställe selbst nannte er wegen ihrer Schönheit einen „kleinen Palast." Der Prinz lud dann seinen Gast zu einer nächstens abzuhaltenden Cavalleriemusterung ein, für welche er ihm ein arabisches Pferd leihen werde, welches er, da er lange Zeit nicht geritten sei, schon nächsten Montag probiren möge. Abdel-Kader war von solcher Aufmerksamkeit sehr erfreut und verließ nach anderthalbstündigem Aufenthalt Saint-Cloud, um nach Paris zurückzukehren. Er hat auf alle den besten Eindruck gemacht.

Abermals verkündigt der „Moniteur" eine Reihe von Ernennungen für richterliche Aemter.

In Marseille ist von der Polizei eine geheime Presse und eine Anzahl aufrührerischer Schriften saisirt worden.

X **Aus Brüssel** meldet die „Indépendance belge" vom 31. October, „daß Herr v. Brouckere aufs neu zum König nach Laeken beschieden und gestern Vormittag daselbst empfangen worden sei, um das Mandat, ein Cabinet zu bilden, abermals zu übernehmen. Daß ihm dies gelungen, meldet eine telegraphische Depesche, nach welcher der „Moniteur belge" vom 29. October folgende Liste bekannt geben wird: v. Brouckere, auswärtige Angelegenheiten; Pierrot, Inneres; Faider, Justiz; Finanzen, öffentliche Bauten und Krieg verbleiben in den Händen der bisherigen Minister Liedts, Vanhoorebeke und Anoul.

‖ **London**, 30. Oct. Dem „Morning Herald" zufolge beabsichtigt die Herzogin von Orleans, den Winter in England zuzubringen. Nach dem nämlichen Blatt wird die Regierung nichts versäumen, das Land in guten und ausreichenden Vertheidigungsstand zu setzen. — Es ist noch ungewiß, ob die Königin in Person das Parlament eröffnen wird.

* Nach Briefen aus **Lissabon** vom 20. Oct. wird sich die conservative Partei der Chartisten bei den bevorstehenden Wahlen betheiligen; sie hat solches in einer eigens abgehaltenen Versammlung beschlossen.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen in Köln.**

XXII.

Y **Köln**, 31. Oct. (Sitzung am 30. Oct.) Nachträglich ist noch der Kaufmann Ph. Heymann als Zeuge vorgeladen, um Aufkunft zu geben über eine Aeußerung des Angeklagten Röser, wonach die Guillotine in der nächsten Revolution eine große Rolle spielen sollte. Zeuge weiß einer solchen Aeußerung sich nicht zu entsinnen.

Das öffentliche Ministerium, vertreten durch den Oberprocurator v. Seckendorff, beginnt mit seinem Exposé. Der Redner sagt das Wirken des Communistenbundes nachmals in seinem Zusammenhange auf, um zu zeigen, wie dessen Zweck gewesen, nicht nur die Staatsverfassung, sondern alle Grundpfeiler der Gesellschaft zu zerstören, so selbst das sämmtliche Licht der Religion auszulöschen. Die Beweise dieses sich vollständig in den vorliegenden eignen Schriften des Bundes, in Statuten, Manifesten, Rundschreiben und Briefen, die um so klarer sind, als sie von jedem Handwerker verstanden werden sollten. Die Statuten sind folgende: 1) vom 8. December 1847 aus den Papieren von Dow; 2) das Statut, welches Moll noch Berlin überbrachte und das bei dem Schuhmacher Höpel gefunden wurde, wahrscheinlich zu Ende 1848 entworfen, genannt das Höpelsche Statut; 3) Statut vom 10. November 1850, gefunden bei Gipprich in Straßburg; 4) das vom 1. December 1850 von Bürgern entworfene, geschrieben von Otto, unterschrieben von Röser und gefunden bei Rothjung. Der Oberprocurator weist nach, wie demnach das Wesen und der Zweck des Bundes immer der gleiche geblieben sei, trotz kleiner Abweichungen in der Form. Die alten Statuten drückten zwar den Communismus nicht in diesen Worten aus, wie das letztere, aber nur weil man damals noch nicht damit offen hervortreten wollte, obgleich man ihn gleich anfänglich anstrebe. Im letztern Statut selbst zuerst die Anordnung der Bundesnamen; ein Beweis, daß sie bis zum December 1850, folglich auch in der Marxschen Partei, Bestand haben. Neben den Statuten liegt vor das Manifest vom Februar 1848, entworfen wahrscheinlich auf dem Congreß im Jahr 1847, denn es heißt in den Statuten: „Der Congreß hat vor gesetzgebende Körper das ganzen Bundes." Bis 1850 erschienen nach seine Rundschreiben, denn erst dann sie in Folge eines Beschlusses wie teilsäuberlich. Es finden sich vor: 1) Rundschreiben vom ersten Quartal, März 1850, in drei Exemplaren bei Petersen in Hamburg, in Bruchstücken geschrieben von Dr. Daniels, Röser, Reiff, Dr. Klein, Otto und Freitigrath, in einem Exemplar bei Dr. Becker, geschrieben von Reiff, und in einem Exemplar bei Rothjung, geschrieben von Röser; 2) Rundschreiben vom 10. Juni 1850, für Motive bestimmt, an Heßner in Leipzig adressirt und von diesem der Polizei übergeliefert, geschrieben von Konrad Schramm, einem Anhänger des Marx; 3) Rundschreiben vom 1. October 1850; 4) Rundschreiben vom December 1850, übereinstimmend mit dem Statut vom bemerkten Datum, entworfen von Bürgers, geschrieben von Otto und unterzeichnet von Röser; 5) Rundschreiben vom ersten Quartal 1851; 6) Entwurf eines Rundschreibens für das zweite Quartal 1851, gefunden in der briefsiche des verhafteten Bürgers. — Das öffentliche Ministerium thut sodann aus verschiedenen Stellen der Schriften dar, wie der Zweck von Anfang an bis zum Ende gewesen sei, gleich bei Beginn einer Revolution mit bewaffneter Hand einzugreifen, durch Erklärung der Revolution in Permanenz und Beguillotinirung einer fortdauernden Unruhe alle gesellschaftlichen Verhältnisse zu zertrümmern, um auf den Ruinen der Gesellschaft die Herrschaft des Proletariats zu errichten. Das ergebe sich auch aus den Anklagen von Häpel und Wagner, welche die Waffen des organisirten Proletariats gegen die Revolutionäre selbst wenden wollten. Nicht zur friedlichen Propaganda forderten die Statuten revolutionäre Thatkraft. (Schluß folgt.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 1 Nov. Das Geschäft war auch heute im Allgemeinen ohne viel Leben. Die sich wieder ungünstiger gestaltenden Geldverhältnisse bewirkten complante Verkäufe und hielten einen Aufschwung der meisten Fonds zurück. Von österreichischen Effecten waren 5pCt Metall. 80¼ pCt, 4½pCt. Metall. 72 pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. 88⅞, pCt., Wiener Bankactien 1363 fl., österreichische Anlehensloose ohne Geschäft. Von spanischen Fonds waren 1pCt. etwas niedriger, 24⅛ à ⅛ pCt. pr. Cassa, 24¼ pCt. G. pr. Ultimo täglich; 3pCt. Italiänische durch gemachte Anläufe einen großen Bankierhaus begrüßen, 45⅛ pCt. G.; von Eisenbahnactien war Fr.-Wilh.-Nordbahn 45 pCt.; Berbach 94½ pCt.; Köln-Minden 112 pCt.; Taunus 301 fl. In sämmtlichen übrigen Papieren war wenig Handel und Coursveränderung bemerkbar. — Abends war in der Effectenbörse lebhaftes Geschäft.

Madrid, 26. Oct. 3pCt. 47⅛ n. d. Börse 47⅛ p. — 1pCt. Neue 26⅜, n. d. Börse 26⅜ p.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matien. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit

[2489] Diejenigen Herren Kaufleute an hiesigem Platze, welche das durch den Tod des Herrn General-Consul Mumm von Schwarzenstein erledigte Königlich Dänische Consulat zu bekleiden wünschen möchten, werden hierdurch aufgefordert, ihre deßfallsigen Gesuche binnen zwei Monaten a dato an das Königliche Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten in Kopenhagen gelangen zu lassen.

Frankfurt a. M., den 21. October 1852.

L. von Gnaita,
Verweser des Königlich Dänischen Consulats.

[2456]

Bekanntmachung.

Bei der heute vor Notar und Zeugen stattgehabten Verloosung der vom Anleihen der hiesigen israelitischen Gemeinde von fl. 276,500 des 24 fl.-Fußes Ende 1852 obligationsmäßig rückzahlbaren fl. 10,000 sind die Partial-Obligationen

Lit. A. à 1000 fl. Nr. 9 68 93 122.
Lit. B. „ 500 fl. „ 68 84 87.
Lit. C. „ 250 fl. „ 48 63 72 86.
Lit. D. „ 150 fl. „ 11 12 15 24 31 57 87 103 119 121 149 179 180 197 206 211.
Lit. E. „ 100 fl. „ 16 17 33 44 59 64 115 116 120 151 159,

am 31. December a. c. rückzahlbar geworden, von welchem Tage die Verzinsung derselben aufhört.

Die Obligationen Lit. E. Nr. 14 à 100 fl., rückzahlbar Ende December 1851 ist bis jetzt noch nicht zur Einlösung vorgezeigt worden.

Frankfurt a. M., den 18. October 1852.

Der Vorstand der israelitischen Gemeinde.

Gräflich Hugo Philipp zu Elz'sches Anlehen betreffend.

Die Besitzer Gräflich Hugo Philipp zu Elz'scher Obligationen beehren wir uns hierdurch zu benachrichtigen, daß die am 1. November 1850 fällig gewesenen Zinscoupons dieser Anleihe von fl. 10 im fl. 20 Fuße ohne Abzug mit fl. 12 im fl. 24 Fuße bei uns erhoben werden können.

Frankfurt a. M., den 28. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.
[2457] **Freif Emden & Sohn.**

[2465]

Bekanntmachung,

die Verloosung der Partial-Obligationen der Stadt Wiesbaden für das Jahr 1852 betreffend.

Bei der heute dahier stattgehabten Verloosung der fraglichen Partial-Obligationen sind folgende Nummern gezogen worden:

I. 20 Stück Obligationen Lit. A. à 100 fl.

Lit. A. Nr. 45 67 166 187 223 268 360 454 499 536 592 617 660 752 784 884 894 905 962 und 1003.

II. 6 Stück Obligationen Lit. B. à 200 fl.

Lit. B. Nr. 95 129 138 145 232 und 241.

III. 4 Stück Obligationen Lit. C. à 300 fl.

Lit. C. Nr. 46 67 68 und 143,

IV. 2 Stück Obligationen Lit. D. à 500 fl.

Lit. D. Nr. 14 und 75,

V. 1 Stück Obligationen Lit. E. à 1000 fl.

Lit. E. Nr. 31,

welche am 31. December l. J. bei dem Banquierhause **Gebrüder von Bethmann** in Frankfurt a. M. zur Auszahlung kommen.

Wiesbaden, den 27. October 1852.

Herzoglich Nassauisches Kreisamt.
Dr. Busch.

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2336]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6¼ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6½ Uhr nach **Köln.**

Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9¼ Uhr nach **Köln.**

☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach **Aachen** und 7¼ Uhr bis **Düsseldorf, Elberfeld.**

Von **Mainz-Castel** Mittags 12 Uhr, von **Biebrich** Mittags 12½ Uhr nach **Köln, Arnheim.**

☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Nachtzüge nach **Paris-London**, sowie nach **Berlin-Hamburg.**

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm,** Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.

Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli,** Zeil Nr. 67.

um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gründlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **George,** Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Pastillen werden verkauft in Schachteln, die à 56 kr. oder 16 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Rediinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NR ALLEN** bei Hrn. **H. G. von Oven,** Bleyenstraße Nr. 33. [2128]

Fränkel

kommt am 12. b. mit 30 Stück Mecklenburger Reit- und Wagen-Pferden im „gelben Hirsch" dahier an. [2487]

Einladung zum Vortrag über physiognomische Menschenkunde.

Solche Herren und Damen, welche geneigt wären, einem Cyclus von 6 Vorträgen über umfassende Menschenkenntniß a 5 Gulden beizuwohnen, werden ersucht, zur Erklärung meiner Principien Mittwoch Abends 6 Uhr bei mir gratis zu erscheinen.

Bossard, Physiologe,
[2488] Römischer Kaiser, 2te Etage 31.

Am 15. November

findet die Verloosung von tausend Gewinnen der Rüsseli. Vereins-fl. 10 Loose statt. Wir empfehlen hiezu Obligationsloose zum Tagespreis und Certificate für obige Ziehungen à 30 kr., 10 Stück für fl. 4.

Moriz Stiebel Söhne,
[2448] Hauptcollectieurs in Frankfurt a. M.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Mundgenuß. Zu haben in **Philipp's** Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei **C. Ströhlein** auf der Zeil. [2198]

Grand Hôtel Louvois

in **Paris,** Platz Louvois, Straße Richelieu, gehalten von **T. Lachanal.**

Dieses geräumige und frei gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den alten Platz der Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuilerien. [2197]

Hôtel garni, 27, rue Monthabor à Paris,

in Mitte des elegantes Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien.

Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2173]

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bérline** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris,** sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Stiefel, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen &c. [2172]

In England patentirt.

Herr **George** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentirten Erfindung, durch welche die Kunst der Jahrzehnte gänzlich umgewandelt wird. Es bedarf sich hiezu nur Platten aus Gold oder Horn vom Kielfische (Hyppopotam), aus Schildkröte zu verfertigen, die mit weicher, angefeuchteter und leicht im Munde liegt als Hyppopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr George hat eine Dampfmaschine davon lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Bestellungen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienst-, und Arztags von 1 bis 3 Uhr wird Herr George (rue Rivoli 36 à Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

Nb Mit Hilfe einer neuen, gleichfalls patentirten Vorrichtung, mit Hilfe welchen des Mundes bedarf Herr George nur zweier Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

[2152] Edictalladung.

Das Vermögen der abwesenden Georg Glock und Heinrich Glock von Erfelden, welches sich auf circa 91 fl. 27 kr. berechnet, wurde bereits im Jahr 1838 von ihren Verwandten gegen Caution zur Nutznießung überlassen und ist nunmehr mit Rücksicht darauf, daß beide Abwesende das 90ste Lebensjahr überschritten haben, um Ausliefrung dieser Caution gebeten worden. Es werden demnach die abwesenden Georg und Heinrich Glock oder deren etwaige Leibeserben, aufgefordert,

binnen zwei Monaten

von heute an ihre Ansprüche an dieses Vermögen dahier geltend zu machen, als sonst den gesetzlichen Erben die von ihnen gestellte Caution überlassen werde.

Großgerau, am 15. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Becker. Kleinschmidt.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 262.) 2. November 1852.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 2. Nov. Gestern, am ersten Wahltag der ersten Abtheilung, haben 460 Bürger ihre Stimmzettel abgegeben. Die Demokratie hatte sich nicht zahlreich betheiligt. Als sich wegen Zulassung der Buchdrucker ein Anstand erhoben hatte, wurde durch Abstimmung der Wahlbehörde mit 6 gegen 5 Stimmen diese Zulassung ausgesprochen. Ohngeachtet eines mündlichen Protestes eines der Mitglieder dieser Behörde wurden nunmehr die in großer Anzahl stimmenden Buchdrucker und verbürgerten Buchdruckergehilfen zur Wahl zugelassen. Mehrfach wurden Angestellte, zum Theil solche, die seit einer langen Reihe von Jahren Stellen bekleiden, aus dem Grund abgewiesen, weil sie keine Anstellungsdecrete vorzeigen konnten. Andere wurden angewiesen, ihre Bürgerscheine vorzulegen, da man von ihrer Eigenschaft als Bürger nicht übergezeugt war. Vielfach hört man die Meinung aussprechen, daß die Wahlbehörde als Körper zu einer Abstimmung und namentlich in angegebenen Punkte nicht befugt sei, da hier verfassungsmäßig nur die gesetzgebende Versammlung zu entscheiden habe. Auch ist es mißlich, die Abgabe eines Stimmzettels von der Beibringung eines Bürgerscheins abhängig zu machen, da es bekannt ist, daß viele ältere Bürger nicht mehr im Besitze dieses Scheines sind; eine Einsicht in das Bürgerbuch hätte den Zweifel über das Bürgerrecht der Betreffenden auf die einfachste Art beseitigt.

Wie man vernimmt, wird Frankfurt den Handelscongreß in Wien nicht beschicken, sondern eine zuwartende Stellung nehmen.

Der Rhein und seine Nebenflüsse werden von 10 Dampfschleppschifffahrtsgesellschaften mit 32 Dampfboten befahren. Die Maschine des größten Bootes (dem Hause M. Stinnes in Mühlheim a. d. R. gehörig) hat 350 Pferdekraft. Die Frankfurter Gesellschaft besitzt 4 Boote von 150 bis 200 Pferdekraft.

P **Berlin**, 31. Oct. Die Wahlagitation ist eine viel lebhaftere unter den Wahlmännern als bei den Urwahlen und nimmt eine Richtung, wie man sie kaum nach dem Geist erwarten konnte, der sich in jenen aussprach. Nicht allein, daß man alle Anhänger der äußersten Rechten oder, wie man sie bezeichnender nennt, der Kreuzzeitungspartei, desavouirt, man glaubt auch, um die Verwirklichung der Pläne dieser unmöglich zu machen, einen Schritt weiter gehen und auf die Anhänger des doctrinären Constitutionalismus sein Auge richten zu müssen. Die Wahlmänner einzelner Bezirke haben sich in zwei Fractionen geschieden, von denen es durchaus unbestimmt ist, welche die stärkere ist, und daher den Sieg erringen wird. Unter den Candidaten aus der Opposition sind vorzugsweise v. Patow, Kühne, Bethmann-Hollweg und Oberbürgermeister Grabow zu nennen, welche eine größere Aussicht haben gewählt zu werden. Morgen Abend findet die letzte Vorwahl statt, in der man die einzelnen Candidaten hören wird. Man glaubt, daß auch der Herr Ministerpräsident in seinem Wahlbezirk erscheinen und dort sprechen werde. Er, der Staatsminister Ladenberg und der Bäckermeister Krebs sind in einem, dem ersten Wahlbezirke, als Candidaten von der conservativen Fraction aufgestellt. — Der Herr Ministerpräsident traf heute Vormittag 9½ Uhr hier aus Letzlingen ein. Des Königs Majestät gedachten heute in Letzlingen dem Gottesdienst beizuwohnen und dann morgen die Reise nach Blankenburg anzutreten. Das Jagdschloß war ein allgemein lebhaftes. Die Zahl der Eingeladenen war, wie wir früher schon mittheilten, eine sehr ansehnliche. 65 Personen war in dem königl. Schlosse zu Letzlingen Quartier angewiesen. Außer sämmtlichen Prinzen des königlichen Hauses waren die Minister v. Manteuffel und v. Bodelschwingh und der Oberpräsident v. Witzleben anwesend. Prinz Karl hat selbst mit dem Hirschfänger eine Sau aufgefangen. — In den Zollangelegenheiten ist nichts Neues zu melden. Es gehen die Verhandlungen über den Anschluß an den Septembervertrag fort. Mit dem thüringischen Verein sind bisselben, wie bereits gemeldet, zum Abschluß gekommen. Die mit Braunschweig pofft man noch in der laufenden Woche zu beenden.

+ **Erfurt**, 30. Oct. Dem Vernehmen nach ist der Stadtrath Frenzel von den städtischer Behörden zum Abgeordneten zur ersten Kammer designirt worden. — Der Vorstand der hiesigen christkatholischen Gemeinde macht heute bekannt, daß der bisherige Pfarrer derselben, Dr. Bergmann, morgen seine Abschiedspredigt halten werde. Bekanntlich tritt Bergmann als Agent in den Dienst einer thüringischen Handelsgesellschaft, da sein gegenwärtiges Amt zu wenig abwirft.

o* **Hannover**, 31. Oct. Die Verhandlungen wegen des Baues der Südbahn auf braunschweigischem Gebiet sind nun endlich zum Schluß geführt. Indeß waren die Arbeiten auf jenem Gebiet schon seit einiger Zeit im Gang. Man hofft, daß die Bahn von hier bis Alfeld schon im Januar dem Verkehr wird übergeben werden können. — Morgen wird eine Entscheidung in einer Angelegenheit erfolgen, die das Interesse des hiesigen Publikums nicht wenig in Anspruch nimmt. Unter den Bewerbern um die erledigte zweite Predigerstelle in der Kreuzkirche, an welcher der geistreiche streng orthodoxe Pastor Petri steht, trat ein Prediger Steinacker auf Tri-si, dort des Amtes entsetzt, auf. Von sichtfreundlicher und demokratischer Seite ist für ihn eifrig agitirt und bei einem Theil der Gemeindemitglieder, wie es scheint, den am wenigsten zur Kirche sich haltenden, nicht ohne Erfolg. Indeß hat der Magistrat das Recht, der Gemeinde von den Bewerbern drei zur Wahl zu präsentiren, und es ist anzunehmen, daß er Herrn Steinacker nicht vorschlagen wird, da es constatirt ist, daß derselbe völlig auf dem Standpunkt Uhlichs steht.

Kassel, 1. Nov. Se. hochfürstliche Durchlaucht der Prinz Friedrich von Hessen, von dessen bevorstehender Vermählung mit einer preußischen Prinzessin in öffentlichen Blättern so vielfach die Rede gewesen, ist hier angekommen, um die Genehmigung zu dieser Verbindung bei Sr. königl. Hoheit dem Kurfürsten, als Chef des Kurhauses, persönlich einzuholen und dadurch eine gewisse, mehrfach erwahnte Beanstandung zu beseitigen. Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir, einen Irrthum zu berichtigen, indem man von Prinzen von Hessen-Rumpenheim spricht. Es kann damit nur entweder der ebengenannte Prinz Friedrich, dessen Vater, Landgraf Wilhelm, oder dessen Onkel, Prinz Georg, gemeint sein. Diese führen aber den Titel: Prinz oder Landgraf von Hessen-Kassel, mit dem Prädicate hochfürstliche Durchlaucht und gehören zur regierenden Linie, außer welcher nur noch, nach dem Aussterben von Hessen-Rotheburg, die Linie Hessen-Philippsthal existirt, die sich noch in die Nebenlinie von Hessen-Philippsthal-Barchfeld abzweigt. Das Schloß Rumpenheim im Hanauischen ist eine Besitzung des Vaters des Prinzen Friedrich, welche auf die einmal festgestellte Bezeichnung seiner fürstlichen Besitzer keinen Einfluß ausüben kann. — Seit gestern erhält sich im hiesigen Publikum das erfreuliche Gerücht, daß der zu einer 5jährigen Festungsstrafe verurtheilte und schon seit einem Jahre in Spandenberg sitzende Oberst d'Orville der landesherrlichen Gnade gewürdigt worden und mit einer seinem Range und seiner Dienstzeit entsprechenden Pension aus dem Militardienste ausgeschieden sei.

* **Darmstadt**, 1. Nov. Prälat Dr. Zimmermann hat in der ersten Kammer vor einiger Zeit den motivirten Antrag gestellt: die Staatsregierung zu ersuchen, sofort eine Verordnung gegen die wilden Ehen nach Maßgabe des Art. 206 des (nicht zu Stande gekommenen) Polizeistrafgesetzes zu erlassen und sonach zu verordnen: „Personen, welche in einer Wohnung mit einander in außerehelicher Verbindung wie Eheleute leben, mögen sie dabei die Absicht haben, künftig eine Ehe einzugehen, oder nicht, sind nach vorausgegangener erfolgloser Warnung durch die Polizeiverwaltungsbehörde mit Geldbuße von 5 bis 15 Gulden, oder Gefängniß von 8 bis 14 Tagen zu bestrafen." Ueber diesen Antrag hat nunmehr des besondern Ausschusses der Abgeordnete (Kreisrath) Camesasca den Bericht erstattet. Der Ausschuß trägt, ausgehend von der Betrachtung, daß das Bestehende bereits einige Vorsorgung treffe und es „nicht räthlich sei, in der Sittenpolizei einzelne neue Strafbestimmungen zu schaffen", eine Verbesserung bis zur Revision der ganzen Polizeistrafgesetzgebung ausgesetzt bleiben müsse, auch hier ein „offenes Feld für die Wirksamkeit der Diener der Kirche" sei, darauf an, der Motion keine Folge zu geben. Bemerkenswerth ist auch folgende St. des Berichts: „So verwerflich auch das Unsittliche solcher Verhältnisse an sich ist, so ist doch bemerkenswerth, daß wenigstens im

Odenwald, selbst bei den kümmerlichsten Lebensverhältnissen, fast nie der Fall vorkommt, daß solche zusammen lebende Leute sich trennen oder ihre Kinder verlassen, und daß doch meist später die Trauung die gesetzliche Weihe verleiht." Auch in den andern Landestheilen ist wenigstens in den untern Ständen das Concubinat fast immer eine Gewissensehe.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 31. Oct. Der Verkauf des Klosters St. Urban, der noch von dem großen Rath des Kantons Luzern zu ratificiren ist, und die Ertheilung der Bahnconcessionen an den Verwaltungsrath sind bis zum December verschoben. — Herr Steinheil, Sohn, der nach der Abreise seines Vaters die Einrichtung der Telegraphenstationen, die Aufstellung der Apparate rc. leitete, hat letzter Tage ebenfalls die Schweiz verlassen. An seiner Stelle ist Mechaniker Keiser von Zug mit der Einrichtung mehrerer Stationen in der westlichen Schweiz beauftragt worden. — Die Telegraphenlinie von Chaux-de-Fonds nach Bern ist eröffnet; ihr wird zunächst, dieser Tage, die Linie von Chaux-de-Fonds nach Lausanne folgen. — Noch immer ist es ungewiß, ob die Verschmelzung der beiden Oppositionsparteien, des „Cercle national" und „Cercle democratique" in Genf zu Stande kommen wird. — Der Schaden, welchen im Kanton Aargau die öffentlichen Straßen, Brücken rc. bei den letzten Regengüssen genommen, erreicht den Betrag von 100,000 Franken.

Italien.

Florenz. Im englische Blatte „Tablet" war kürzlich über die Madiai'sche Sache zu lesen: „Ein englischer Prediger gründete vor einigen Jahren zu Florenz eine Art Mission. Die Agenten derselben hatten ungenaue Bibelübersetzungen, allerlei andere italienische und englische Bücher und Geld zu ihrer Disposition, also dieselben Mittel, womit man auch Irland „bekehren" will. Diese Bestrebungen wären eine Verletzung der protestantischen Gesetze von Schweden, Norwegen und Dänemark gewesen, und waren auch eine Verletzung der katholischen Gesetze von Toscana. Die Madiai und ein gewisser Pascale Casacci wurden vor Gericht gestellt. Die Madiai wurden verurtheilt, nicht wegen Bibellesens, sondern, wie der ultra-protestantische „Herald" ausdrücklich sagt, wegen Proselytenmacherei, weil sie unter einer ausschließlich katholischen Bevölkerung den Protestantismus zu verbreiten suchten und zwar mit Hilfe von englischem Gold. Auch Casacci hatte die Bibel gelesen, wurde aber freigesprochen, da ihm keine Proselytenmacherei nachgewiesen wurde."

Frankreich.

‡ **Paris**, 31. Oct. Die Urkunde, welche Abdel-Kader gestern Nachmittag in Saint-Cloud in die Hände des Prinz-Präsidenten niedergelegt hat, lautet:

Preis dem alleinigen Gott! Gott wolle ferner Napoleon, unserm Herrn, dem Herrn der Könige Sieg verleihen! Gott wolle ihm seinen Beistand angedeihen lassen und seine Handlungen lenken! — Der, welcher gegenwärtig vor Ihnen steht, ist der alte Gefangene, den Ihre Großmuth freigegeben hat und der nun kommt, Ihnen für Ihre Wohlthaten zu danken, Abdel-Kader, Sohn des Mahhi-ed-Den. Er hat sich vor Eurer Hoheit eingefunden, um Dank zu sagen für das Gute, welches Sie ihm erwiesen hat, und sich zu freuen an Deren Anblick; denn ich beschwöre es bei Gott, dem Gebieter der Welt, Sie sind, gnädiger Herr, meinem Herzen theurer, als jeder von denen, die ich liebe. Sie haben für mich etwas gethan, wofür Ihnen zu danken ich unfähig bin, was aber nicht über Ihrem großen Herzen und dem Adel Ihrer Abstammung hinaus liegt. Sie gehören nicht zu denen, welche man lobt mit der Lüge und täuscht durch Verstellung. Sie haben Vertrauen in mich gesetzt; Sie haben den Worten derjenigen keinen Glauben geschenkt, welche an mir zweifelten; Sie haben mich in Freiheit gesetzt und ich, ich habe feierlich bei dem Bunde Gottes, bei seinem Propheten und seinen Abgesandten geschworen, daß ich niemals wider das Vertrauen, welches Sie in mich gesetzt, thun, niemals gegen meine Versprechungen fehlen, niemals Ihrer Wohlthaten vergessen, niemals wieder mit meinem Fuß Algerien betreten werde. Als Gott wollte, daß ich Krieg führte wider die Franzosen, habe ich ihn geführet; ich habe das Pulver, soviel ich gekonnt, reden lassen; und als er wollte, daß ich aufhöre zu kämpfen, habe ich mich vor seinen Rathschlüssen gebeugt und mich zurückgezogen. Meine Religion und meine edle Abstammung machen mir zum Gesetz, meine Eide zu halten und jeden Trug zurückzuweisen. Ich bin Cherif (Abkömmling des Propheten), und ich will nicht, daß man mich einer Hintergehung anklagen könne. Wie würde dies möglich sein, da Ihre Güte in einer so glänzenden Weise sich an mir geübt hat? Die Wohlthaten sind ein um den Hals der Leute von Herz geschlungenes Band. — Ich bin Zeuge der Größe Ihres Reiches, der Macht Ihrer Armee, der Unermeßlichkeit von Frankreichs Reichthümern, der Billigkeit seiner Führer und der Gradheit ihrer Handlungen. Es ist nicht möglich zu glauben, daß jemand Sie besiegen und Ihrem Willen sich widersetzen könne, wenn es nicht der allmächtige Gott ist. — Ich hoffe von Ihrem Wohlwollen und Ihrer Güte, daß Sie mir einen Platz in Ihrem Herzen bewahren werden; denn ich war ferne, und Sie haben mich in den Kreis Ihrer Vertrauten gestellt; wenn ich denselben nicht durch meine Dienste gleichkomme, so bin ich Ihnen wenigstens gleich in der Freundschaft, die ich für Sie hege. — Gott vermehre die Liebe in den Herzen Ihrer Freunde und die Furcht in den Herzen Ihrer Feinde! — Ich habe nichts mehr hinzuzufügen, wenn nicht etwa, daß ich mich Ihrer Freundschaft anvertraue. Ich richte an Sie meine Wünsche und erneuere Ihnen meinen Eid. — Geschrieben von Abdel-Kader-ben Mahhi-ed-Den (30. October 1852).

Außer den beiden Regimentern der Marseiller Besatzung, die nach Rom gehen, sind auch zwei Bataillone eines in Nimes stehenden Regiments dorthin beordert worden. Da nur ein Regiment zurückkommt, so ist dies eine Verstärkung von fünf Bataillonen. — Schon arbeitet ein Kupferstecher mit officiöser Zustimmung an den Matrizen der goldenen und silbernen Kaisermünzen, die gleich nach Proclamirung des Kaiserreichs geprägt werden sollen. Diese Matrizen werden übrigens nur provisorisch gebraucht, da später ein Concurs für die Anfertigung definitiver Münzstempel ausgeschrieben werden soll.

†* **Straßburg**, 31. Oct. Die hiesige neue Municipalverwaltung ist gestern Abend vom Präfecten eingesetzt und bei dieser Gelegenheit folgende Adresse vom Rath votirt worden:

Prinz! Der Maire, die Adjunkte und die Mitglieder des Municipalraths von Straßburg, in einem und demselben Gedanken vereinigt, haben die Ehre, Euerer kaiserlichen Hoheit die Huldigung ihrer ehrfurchtsvollen Ergebenheit darzubringen. Sie fugen ihre Stimme zu der von ganz Frankreich, um der Vorsehung zu danken, daß sie ein Leben bewahrt habe, welches Sie so edel dem Glück des Vaterlandes widmen. Die Institutionen, womit Sie das Land begabt haben, und diejenigen, welche Sie noch sinnen, eröffnen vor ihm ein Zeitalter von Gedeihen, welches man befestigen muß, indem man die Zukunft sichere zufolge dem so nachdrücklich von allen Seiten kundgegebenen Wunsche. Prinz, die Stadt Straßburg erinnert sich mit Stolz an ihre Wichtigkeit und an den Wohlstand, den sie unter dem Kaiserreich genoß; mit der Erinnerung jener ruhmvollen Epoche und dem Gefühl von Dankbarkeit, das Sie persönlich erobert haben, hat sie jüngst mit so vieler Hingabe Sie begrüßt; sie rechnet es sich besonders zur Ehre, eine der ersten gewesen zu sein, um das Signal zur langen Reihe von Ovationen zu geben, welche aus Ihrer Reise einen Triumphzug durch Frankreich gemacht haben, und schließt sich mit Glück allen Arten an, welche die Ruhe im Lande und die Sicherheit in der Zukunft verbürgen werden durch die Befestigung einer beständigen und definitiven Staatsgewalt in Ihren Händen.

Spanien.

ch **Madrid**, 26. Oct. Die Commissäre der baskischen Provinzen sind von der Königin empfangen und zum Handkuß zugelassen worden; auch die Prinzessin von Asturien wurde ihnen präsentirt. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten wird heute der Königin den Baron Ward, bevollmächtigten Minister des Herzogs von Parma, vorstellen, der gekommen ist, um im Namen seines Souveräns die Königin Isabelle II. und ihre Dynastie anzuerkennen. Der Herzog von Parma ist ein Sohn des Don Carlos Luis v. Bourbon, Infanten von Spanien, und hat die Tochter des Herzogs v. Berry, eine Schwester des Grafen v. Chambord, geheirathet. Noch immer ist von Modificationen des Cabinets die Rede; nach einer jetzt verbreiteten Version würde Bravo Murillo die Finanzen niederlegen, um das überseeische Portefeuille zu übernehmen, welches für ihn creirt werden soll, und dabei Conseilpräsident bleiben; Gonza Arguelles würde dann das Finanzportefeuille übernehmen. Durch heute in der amtlichen Zeitung erschienenes Decret der Königin sind von nun an in allen spanischen Häfen die französischen Fahrzeuge nicht höher mit Abgaben und Zöllen belastet als die inländischen Schiffe.

Griechenland.

Athen, 13. Oct. Die Journale werden gegenwärtig hier nach neuester französischer Mode bearbeitet. Täglich liest man Klagen in diesem oder jenem Blatte, daß das eine verwarnt, des andern Redacteur vorgefordert und mit „Verweis" bestraft, eines dritten verantwortlichem Redacteur, weil er nicht, wie die frühere Gesetzgebung verlangte, Doctor irgend einer Universität ist, die Berechtigung zur Herausgabe entzogen worden. Diese dem französischen Vorbild abcopirte Maßregeln sind in den bestehenden Gesetzen nicht begründet und können deßhalb auch von uns nicht gebilligt werden. Freilich muß man zugeben, daß die schlechte Presse hier zu Lande einer kaum eingesetzten Regierung gegenüber und bei einer leichtgläubigen, aller gegenwirkenden Belehrung entbehrenden, leicht entzündlichen Bevölkerung unberechenbaren Schaden gestiftet hat. Die Frage über die Thronfolge ist im gegenwärtigen Augenblicke der Gegenstand, aus dem sie ihr Gift bereitet, um die Gemüther der Aengstlichsten zu beunruhigen, die Verwegenen aufzureizen, falsche, nie zu verwirklichende Hoffnungen zu erwecken, gegründete schon im voraus als unerfüllbar darzustellen und so der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Zwar gibt es auch Ausnahmen, welche in der endlichen Festsetzung des zu Geschehenden einen Gewinn für

die Zukunft und eine Sicherung des Bestehenden finden, diese beruhigen sich und ihre Leser damit, daß der Nachfolger der griechisch-orthodoxen Kirche angehören werde, daß er nicht mehr in den Jahren der Kindheit stehe und dem Hause Mittelsbach angehöre, das schon so Vieles für Griechenland gethan — allein die Zahl dieser Ausnahmen ist gering. Mit Ungeduld sieht man der Ankunft des Königs entgegen, um eine endliche Lösung dieser Dinge zu erfahren. Jene kleinere Fraction des griechischen Stammes, welche, schon zur byzantinischen Zeit und unter den Sultanen im Serail und Harem, zur Zeit des Befreiungskampfes und unter Kapodistria, unter der Regentschaft und später noch die Fäden der Ereignisse in den Händen haltend, durch Intriguen und Kabalen unsäglichen Unheil stiftete, ist auch jetzt noch unermüdet, das Uebergewicht, das ihr Geschmeidigkeit und Erziehung, wie sie an den Höfen gefordert werden, geben, zu ihrem Vortheile mit Hintansetzung aller Rücksichten auf das Wohl des Vaterlandes zu erhalten und zu erhöhen. Ihre Kenntniß der zum Theil von ihr geschaffenen Verhältnisse, ihr Ansehen bei den fremden Diplomaten, ihr durch glänzende Verbindungen mit ausländischen Familien bei den Großen der Reiche gewonnener Einfluß setzt sie in den Stand, auch bei den jetzigen Fragen ihre Künste mit Erfolg auszuüben. Ihnen dienende Blätter suchen die Angelegenheiten zu verwickeln, und an sich ganz klare Verhältnisse trübe ihr diabolisches Treiben, dem nur gesteigerte Energie ein Ende machen kann. (K. v. u. f. D.)

Asien.

Briefe aus **Teheran** vom 21. September enthalten die Nachricht, daß Nasreddin Schach seinem 13jährigen Bruder, Abbas Mirsa, welcher seit einiger Zeit in Cum (einer auf der Route zwischen Teheran und Ispahan gelegenen Stadt) in der Verbannung lebte, befohlen habe, sich augenblicklich nach Kerbela zu begeben und nimmermehr nach Persien zurückzukehren. Man glaubt, daß Nasreddin Schach in kurzem den Abbas Mirsa, einen vielversprechenden Prinzen, hinrichten lassen wird, weil er ihn als einzigen Protector der Babis (?), die denselben, auf Verlangen vieler Würdenträger, zum König auszurufen beschlossen hatten, betrachtet.

Amerika.

+* **Neuyork**, 12. Oct. Die neuesten Nachrichten aus Mexiko melden die überhandnehmende Verwirrung und bevorstehende Auflösung dieses Staats. Das Ministerium hat seine Entlassung gegeben und niemand findet sich für Annahme der Portefeuilles. In der Provinz Jaratecas sind die Indianer Meister; in den meisten andern Provinzen stocken Handel und Gewerbe gänzlich. Unter diesen Umständen verlauten immer mehr Stimmen zu Gunsten einer Dictatur Santa Anna's, der zwar persönen namhaften Anhang in der Armee und im Volke hat. „Lieber Despotismus als Anarchie" ist das Losungswort dieser Partei. Auch aus russisch Nordamerika lauten die Berichte nicht ganz günstig. Die Indianer der Insel Barranow, die Kaluschen, der kräftigste und kriegerischste Stamm der Eskimo's, die von britischen und amerikanischen Speculanten mit Munition wohl versehen werden und geübt in Feuerwaffen sind, bedrohen seit geraumer Zeit die Hauptstadt Sitka, morden und brennen in der Umgegend. Ein Offizier der russisch-amerikanischen Compagnie ist von ihnen gräßlich verstümmelt worden; andere retteten sich mit Noth und Mühe einem Ueberfall. Der Gouverneur in Alexandria (Insel Kodiak) ist um Hilfe angesprochen worden. Von diesen Russenfeinden erzählt schon La Peyrouse, daß sie Eisen und Kupfer schmieden, den Serpentinstein behauen, schneiden und poliren, Korbflechterei und einige andere Gewerbe treiben, sonst aber verschmitzte und verwegene Diebe sind. Ihr Umgang mit canadischen Jägern scheint den neuesten Feindseligkeiten gegen die Factoreien der Irkutsker Gesellschaft nicht ganz fremd zu sein.

Assisenverhandlungen
gegen **Dr. Hermann Becker und Genossen** in Köln.

XXII.

Y **Köln**, 31. Oct. (Fortsetzung der Sitzung vom 30. Oct.) Der Oberprocurator schreitet zur Beleuchtung des Marxschen Manifests in seinen historischen, kritischen und praktischen Theilen und hebt die Stellen hervor, nach welchen die Proletarier alle Sicherheit zerstören müssen, wenn sie sich ihre Stellung sichern wollen; worin es ferner heißt, sie würden nie ihr Ziel erreichen, ohne daß der ganze Ueberbau der Schichten, die ganze Gesellschaft in die Luft gesprengt würde; worin die radicale Auflösung der Eigenthumsverhältnisse, das Aufreizen der Proletarier gegen die Eigenthumsbesitzenden durch den Staat empfohlen wird. Damit stimmen die Forderungen der Communisten in Deutschland überein, die von denselben Leuten entworfen und in Köln verbreitet worden, welche zum Theil die Centralbehörde nach Köln verlegten und denen mehrere der Angeklagten ihre Stellung in dieser Centralbehörde verdanken; denn wir finden bei diesen Forderungen die Unterschriften von Marx, Engels, Bauer, Schramm u. A., von der jetzigen Gegenpartei aber auch Schapper. Die Forderungen sind: 1) Expropriation des Grundeigenthums; 2) Aufhebung des Erbrechts; 3) Confiscation des Vermögens der Rebellen und weitere 10 Forderungen. Wenn sich die gegenwärtige Marxsche Partei dadurch als eine feigherzige darstellen wollte, bemerkt bei dieser Veranlassung das öffentliche Ministerium, daß sie die Vorwürfe der Unentschiedenheit vorbringt, welche ihr die Gegenpartei macht, nämlich, daß sie noch 50 Jahre correspondiren wolle, so dürfe man nicht übersehen, daß ähnliche Vorwürfe gegenseitig gemacht wurden. Es heißt in dem Marxschen Manifest, die phantastische Schilderung, daß man auf feierlichem Wege zum Ziele gelangen könne, entspreche der einstweiligen Stellung der Proletarier; daraus erhellt man, daß sie, die Führer, keineswegs solche Phantasten sein wollen. Sie schließen sich überall den radicalen Parteien an, in England an die Chartisten, in Frankreich an die revolutionairen Demokraten, in der Schweiz an die Radicalen, ebenso in Polen und Italien. Man sagt, heißt es in dem Manifest, die Bourgeois sollen schlagen, aber man schlägt mit. Gleich beim Ausbruch organisirt und bewaffnet sich das Proletariat, und schlägt fort, gleichviel ob allein oder mit Andern, bis zur vollständigen Vernichtung der Bourgeois. Soll denn der nur streiken, der bei einem Todtschlag den ersten Schlag führt, von dem sich der Gestoffene vielleicht erholen konnte, und nicht der, welcher den dritten und vierten Schlag, und sofort führt, bis er Alles um sich her vernichtet hat? Ja sollte glauben, der letztere wäre noch strafbarer, als der Erstere, bemerkt der Oberprocurator und führt an, wie sich aus den Beschlüssen der Communisten in London erst die Absicht klärte, über bedeutende, was 1848 in Köln geschehen sei. Er führt ferner die Rede Schapers am Stiftungsfest des Arbeiterbildungsvereins in London an, worin es heißt: „Nicht ohne gewaltsamen Kampf gegen die Personen sei das Proletariat zur Herrschaft zu bringen; nur mit dem letzten Schlag auf den Kopf, nur wenn der Todeskampf seine Klauen entklammert, läßt der Bourgeois seinen Gedsack los; darum Revolution und immer Revolution, Muth und immer Muth!" ein Trinkspruch, der den lautesten Beifall fand. Wenn Gerval Gipperich anempfehle, nur nicht von den Hinrichtungen zu sprechen, sondern nur Bag zu ermorden, so finde sich Aehnliches in einer Rede Beckers weiter, worin es heißt: „Könnte das deutsche Volk nur einmal recht gründlich saufen! Gewalt wollte man wohl, aber nur eine flegreiche Gewalt; was man nicht wollte, war ein Putsch, der unterliege; dies die ganze Friedensliebe! In der Ansprache heißt es ja: „Der Bund hab. sich 1848 und 1849 auf Barrikaden und Schlachtfeldern bewährt", und es sei eine schlechte Ausrede Röser's, wenn er sagt: „Was Einzelne thaten, thates sie nicht als Bundesglieder", denn nicht die Einzelnen haben sich nach der Ansprache bewährt, sondern der Bund in den Einzelnen. Man denke nur an Janssen (standrechtlich erschossen), Lichtschl, Willich, Haupt, Moll (gefallen an der Murg), Engels, wenn sich, was in Köln, London und Paris geschrieben wurde. Der Redner hebt dann hervor, daß man Treffe an Häusern und Judenbuden nicht hemmen, sondern fordern und in die Hand nehmen wollte. Es war grell: Man wolle mit dem Schwert in der Hand die öffentlichen Gebäude anzünden, wie in Frankreich in jener Zeit, wo Menschenwahn weiter ging als Tigerzahn, in jener Zeit, in welcher der Angeklagte Jacobi seine Reden sucht, einen Robespierre, Marat, St. Just u. a. Von der friedlichen Richtung der Marxschen Partei, welche durch die Kölner Centralbehörde, durch Röser, Bürgers und muthmaßlich Dr. Becker vertreten wurde, gebe die Ansprache vom 16. Juni 1850, mit der Abhandlung: „Vor, während und nach der Revolution", die Ansprache wolle man ableugnen, sie ist aber, wie der Expertise erklärte, von der Hand des Frontionsgenossen Schramm. Das öffentliche Ministerium deutete dabei auf die Notiz in Reiffs Taschenbuch: „Klein von London zurück — Ansprache" und auf die Anklage des Friedensrichters von Solingen hin, wonach der Schertenfleisier Klein einen Brief von London an Röser überbrachte. Bürgers wolle sie zuerst in der „Oesterreichischen Reichszeitung" gelesen haben, eine Anklage in Wien ergab aber, daß sie niemals darin gestanden hatte. Ueberhaupt aber kommt alles von London durch die Vermittlung von Köln, als Beweis diene der Brief von Stechan an Schmidt in Berlin. (Fortsetzung folgt.)

Telegraphische Coursberichte.

Amsterdam, 1. Nov. 2½ pCt. Integr. 63¼. — 4pCt. Certifie. 94⅛. — 3½ pCt. Spnd. 94⅛. — 4pCt. Russ. b. Hope 91½. — 4½ pCt. Russ. bei Stieglitz 90⅞. — 3pCt. Spanische int. 45⅞. — 1pCt. do. Neue 25⅛. — 5pCt. Stieb.-Metall. 90. — 5pCt. Met. 77⅛. — 2½ pCt. do. 40⅜. (Spnd.)

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kaiserlik.

[2502] **Physikalischer Verein.**

Wer in den Samstags-Versammlungen ausführliche Vorträge zu halten gesonnen ist, hat statutenmäßig (§ 57 der Stat.) die Genehmigung des Vorstandes vorher einzuholen. Diese Genehmigung kann jedoch **zukünftig** nicht mehr ertheilt werden, wenn der Vorsitzende des Vereins nicht vollständige Einsicht in den Vortrag selbst genommen hat.

Frankfurt a. M., den 1. November 1852.

Der Vorstand.

[2501] **Anlehen des Vereins deutscher Fürsten und Edelleute,**

garantirt vom Herzog von Nassau, Prinzen Fr. von Preußen, Herzog von Sachsen-Coburg ꝛc. Nächste Ziehung am 15. November 1852 mit bekannten 1000 Treffern. Actien einzeln à 30 kr., 10 Stück fl. 4 empfehlen

***Julius Stiebel* jun. & Co.,**

Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

[2484] **Für Missionsfreunde.**

Am 9. und 10. November ist Missionsverkauf Roßmarkt 23 neu. Er beginnt 10 Uhr Morgens. Vom 8. an werden Geschenke in diesem Locale dankbar angenommen.

[2366] Edictalladung.

Gr. Hofgericht hat über das Vermögen des Johannes Steuernagel XIV. von Wiadhausen den formellen Concurs erkannt. Bekannte und unbekannte Gläubiger haben ihre Forderungen und etwaigen Vorzugsrechte dem unterzeichneten Gerichte bei Meidung des stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse

Freitag den 26. November d. J., Vormittags 9 Uhr,

anzuzeigen. In diesem Termine soll der Vermögensstand vorgelegt, Beschluß über die Verwaltung der Masse gefaßt und ein Arrangement versucht, und sollen deßhalb die Ausbleibenden den von der Mehrheit der erscheinenden Gläubiger gefaßt werdenden Beschlüssen beitretend angesehen werden.

Der abwesende Gemeinschuldner wird gleichzeitig aufgefordert, im Termine zu erscheinen und etwaige Einwendungen gegen die Concurserkennung vorzubringen, widrigenfalls lediglich nach dem Antrag der Gläubiger und des für ihn bestellten Curators verfügt werden soll.

Ulrichstein, den 11. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Stammler. Hoffmann.

[2348] Aufforderung.

Die israelitische Gemeinde dahier will nachstehendes anderweit verkauftes Grundstück in Rödelheimer Gemarkung:

Pag. 387 Nr. 58, 59, 60 des Flurbuchs, Flur II. Nr. 475 des Grundbuchs 141 Klftr. Acker auf der Speck, neben Wilhelm Fischer III. und Graf von Solms-Rödelheim

im Jahre 1841 von dem als Eigenthümer legitimirten Hauptmann Friedrich erkauft haben, kann jedoch keinen Kaufbrief über das Stück vorzeigen.

Da der dermalige Aufenthalt des angeblichen Verkäufers unbekannt ist, so wird Hauptmann Friedrich oder wer sonst Ansprüche an das fragliche Grundstück glaubt bilden zu können, andurch aufgefordert, solche

binnen 60 Tagen

vom Tage der ersten Bekanntmachung an, dahier geltend zu machen, widrigenfalls der von der israelitischen Gemeinde abgeschlossene anderweite Kaufvertrag über das Stück gerichtlich bestätigt werden soll.

Rödelheim, den 7. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Dr. Gilmer.

[2294] Oeffentliche Aufforderung.

Das Schuldenwesen des Bierbrauers Lorenz Dörrer von Offenbach betr.

Nachdem die Ehefrau des abwesenden Lorenz Dörrer dahier einen Antrag auf Sicherstellung ihres Vermögens gestellt und die demzufolge von uns eingeleitete Vermögensuntersuchung eine Ueberschuldung ergeben hat, werden die sämmtlichen Gläubiger des Letzteren zur Anmeldung ihrer Forderungen auf

Mittwoch den 24. November l. J.,
Vormittags 10 Uhr,

mit dem Anfügen vor unterzeichnetes Gericht geladen, daß die ausbleibenden Gläubiger bei Feststellung der Passiven nicht berücksichtigt werden würden, beziehungsweise, daß in Ansehung ihrer der stillschweigende Beitritt zu den von der Mehrheit der Erschienenen, bezüglich der weiteren Behandlung dieses Schuldenwesens und eines etwa zu Stande kommenden Arrangements, gefaßt werden, den Beschlüssen unterstellt werden würde.

Zugleich wird der erwähnte Bierbrauer Lorenz Dörrer hiermit aufgefordert, um so gewisser

binnen drei Monaten

von dem Tage des ersten Erscheinens gegenwärtiger Verfügung in öffentlichen Blättern an gerechnet, entweder in Selbstperson oder durch einen gehörig bevollmächtigten Vertreter seine Erklärung über Abwendung des Concurses sowie seine etwaigen Einwendungen vorzubringen, als sonst auf Antrag seiner Gläubiger die Acten zur Erkennung des förmlichen Concurses an Großh. Hofgericht eingesendet werden würden.

Den Schuldnern des ꝛc. Lorenz Dörrer wird hiermit bei Meidung doppelter Zahlung aufgegeben, ihre Zahlungen an Niemanden als den interimistisch bestellten Massecurator, Handelsmann Karl Kugler, dahier zu leisten.

Offenbach, am 4. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Strecker. Boettiger.

[2336] Edictalladung.

Nachdem über das Vermögen des Georg Stock von Lanzenhain der förmliche Concursproceß erkannt worden ist, wird Liquidations-Termin auf

Donnerstag den 25. November l. J.,
Morgens 9 Uhr,

anberaumt, in welchem Forderungen und sonstige Ansprüche an das genannte Vermögen bei Meidung stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse geltend gemacht werden müssen.

Lauterbach, den 9. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Mylius. Ebel.

[2342] Der längst verstorbene Hofrath F. J. Simon dahier hat am 19. Februar 1793 das ihm gehörig gewesene, jetzt dem Domkapitular und Stadtpfarrer Hohmann und dem geistlichen Rathe Dr. theol. Komb dahier zustehende freibürgerliche Wohnhaus am innern Graben gelegen mit den daran liegenden Gärten und Bauplätzen, zum Zwecke der s. g. Wedekind'schen Caution bis zur Summe von 1000 fl. gerichtlich verpfändet und es ist dieses Pfandrecht bei den stattgehabten Veräußerungen stets auf den Namen des neuen Erwerbers als Pfandrecht aus den Zeiten früherer Eigenthümer übertragen worden.

Nach Angabe mehrerer Miterben des Hofraths Simon und sonstiger Betheiligten sollen die Ansprüche der aus der fraglichen Caution ursprünglich berechtigten Pfand-Gläubiger längst erloschen, diese oder die sonst daraus Berechtigten auch gänzlich unbekannt sein, eine Einwilligung zur Löschung deßhalb nicht zu erlangen stehen, und es ist daher ihrem Antrage auf ediktale Ladung deferirt worden. In Folge dieses werden nun diejenigen unbekannten Personen, welche etwa auf die Fortdauer jener s. g. Wedekind'schen Caution zu 1000 fl. oder aus dieser rechtliche Ansprüche zu begründen vermögen, aufgefordert, dieses binnen vier Monaten und spätestens im Termine

den 3. Februar l. J., Morgens 10 Uhr,

dahier zu bewirken, widrigenfalls diese Ansprüche für erloschen betrachtet und die Löschung der Caution in den Hypothekenbüchern bewirkt werden wird.

Fulda, den 28. September 1852.

Kurfürstliches Justizamt I.
Uth. vdt. Coch.

Cours der Staats-Papiere. 2 November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.l.S.b.Roths)	93 P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	93 1/2 P.
»	5% L. V. (C. b Roths)	88 1/4 P. 88 G.
»	5% do.Monte C.l.S.l.M	84 1/2 P.
»	Bank-Actien . . .	1358 P.
»	5% Metalliq. Oblig.	80 1/16 1/8 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	80 3/4 P. 1/8 G.
»	5% ditto 1852	80 1/4 P.
»	4 1/2% ditto	71 3/4 bez.
»	4% ditto	64 1/4 P.
»	3% ditto	48 P.
»	2 1/2% ditto	40 5/8 P. 3/8 G.
»	1% ditto	16 1/2 P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	116 1/4 P.
»	fl. 500 » ditto	191 1/2 P.
»	4 1/2% Oblig.b.Bethm.	80 3/4 P.
Preussen .	3 1/2% Staatsschulds.	94 G.
»	4 1/2% Oblig. b. Roths.	—
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112 1/2 P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 5/8 P. 3/8 G.
»	4 1/2% ditto	100 3/4 P. 1/2 G.
»	4% ditto	96 3/4 P.
»	4% Ablos.-Rente .	96 5/8 P. 1/4 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	92 7/8 P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95 bez.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102 1/2 G.
Baden . .	5% Obligationen . .	101 7/8 P.
»	4 1/2% Obligationen	102 3/4 G.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	90 1/4 P. 90 bez.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/2 P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 3/8 P. 1/8 G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/2 P.
»	4% ditto	99 3/4 P.
»	3 1/2% ditto	91 1/4 P.

		Per comptant.
Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28 5/8 P. 1/4 G.
Württemb.	4 1/2% Oblig. b Roths.	101 3/8 P. 1/8 G.
»	3 1/2% ditto	90 1/2 P.
Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34 3/4 P. 1/2 G.
»	Fedr.-Wilhs.-Nordb.	45 3/4 P.
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	101 1/4 P.
»	4% ditto b.Rothsch.	98 1/8 P.
»	3 1/2% ditto b Rothsch.	91 3/8 G.
»	fl. 50 Loose . . .	91 1/4 P. 90 3/4 G.
»	fl. 25 Loose . . .	31 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	95 1/4 P. 91 3/4 G.
»	3 1/2% » v. 1846	94 1/4 P.
»	3% » . . .	86 1/4 P. 85 3/4 G.
»	Taunusbahnact. .	303 P. 301 G.
Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	102 1/4 P.
»	4% Obl. b. Hope fl 2.	91 P.
»	4% » b.Stieglitz »	90 1/4 G.
Polen . .	4% Oblig de fl. 500	91 3/4 G.
Spanien	3% Inl. Sch. P fl.2 30	45 15/16 P. 13/16 G.
»	1% Neue » »	24 15/16 bez. u. P.
Holland .	4% Certificate . .	94 3/4 G
»	3 1/2% Syndicats .	94 1/4 G.
»	2 1/2% Integrale .	63 G
Belgien .	5% Obl.in L. à fl 12b.R.	99 3/4 bez.
»	4 1/2% Obl. in F. à 28kr.	97 3/4 P. 1/2 G
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	91 P.
»	2 1/2% Obl. b.Rothsch.	55 5/8 P. 3/8 G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97 1/2 G.
»	5% Obl. b. Hambro	95 P.
»	Sardinische Loose .	40 7/8 G.
Toscana	5% Obl.1850(C.b.Goldr.)	101 5/8 P. 3/8 G.
»	5% »1851.b.Bastogi(do.)	98 1/2 G.
N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	117 P.
	Vereins fl. 10 Loose . .	9 3/16 P. 1/16 G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 2 November		Per comptant.
Amsterdam .	k.S.	100 1/4 B 99 3/4 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg . .	k.S.	120 B.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin	k.S.	105 1/4 B.
(60 Thlr.) .	3M.	— —
Bremen (50	k.S.	97 3/4 B
Rthlr. i. Ldor.	3M.	— —
Hamburg . .	k.S.	89 B.
(100Mk.Bc.)	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 1/4 B.
London . . .	k.S.	119 B.
(10 Livr. St.)	3M.	— —
Lyon	k.S.	94 1/2 B.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Mailand (250	k.S.	101 B
Lir. Austr.)	3M.	— —
Paris	k.S.	94 1/2 B. 1/4 G.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Wien (100fl.)	k.S.	102 3/4 B. 1/2 G.
im fl. 20 F.)	3M	101 1/2 G.
Disconto		3 1/2 B. 4 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 44-45
Pr.Friedrichsd'or	»	9 54 1/2-55 1/2
Holl.10fl.Stücke	»	9 54-55
Rand-Ducaten .	»	5 38-39
20 Francsstücke	»	9 28 29
Engl. Sovereigns	»	11 54
Gold al Marco	»	383-84
5 Frankenthaler	»	2 22-1/4
Preuss. Thaler	»	1 45-1/4
Preuss.Cassa-Sch.	»	1 44 7/8-45 1/8

Druck von August Osterrieth.

№ 263. Mittwoch — den 3. November 1852.

Der Abonnementspreis ist der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bankiersitz von Frankfurt 5 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Kaiserlich Thurn und Taxis'schen Postvereinsfrankirts 6 fl. 30 kr. = 4 Thlr. 16 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten in der von dem k. k. österreichischen Gelamtinlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 20 Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übrigen Länder nimmt Herr H. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 20, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Spalte) mit Briefgeld oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Rückblick auf den Monat October.

Den Anfang dieses Monats bezeichnet in trauriger Weise der Abbruch der Zollconferenzen in Berlin und die Abreise der Bevollmächtigten der Staaten des Darmstädter Bündnisses aus der preußischen Hauptstadt. Auch der Abgeordnete Hannovers ist von seiner Regierung zurückberufen worden. Wer die Schuld des Bruches trägt, den wir gern als einen vorübergehenden bezeichnen, wollen wir nicht untersuchen. Von den streitenden Theilen nennt sich jeder schuldlos. In den Händen Hannovers und Oesterreichs liegt jetzt die Versöhnung. An ihrem Gelingen zweifeln wir nicht angesichts der Lage Europa's aber überhaupt. Die Reise des Königs von Hannover nach Württemberg, wo derselbe gleichzeitig mit dem König von Bayern zusammentraf, wird, um wohl nicht mit Unrecht, mit dem Vermittelungswerk in Verbindung gesetzt. Auch der mehrtägige Aufenthalt des Königs von Bayern am Hof zu Darmstadt wird der Zollfrage und ihrem Austrag nicht fremd sein. Gegen Ende dieses Monats sind die Abgeordneten der Coalitionsstaaten wieder nach Wien gereist, doch hat von einem Zusammentreten derselben zu Conferenzen noch nichts verlautet, und scheint es, daß der Erfolg der vermittelnden Vorschläge Oesterreichs in Berlin abgewartet werden soll, ehe man zu definitiver Festsetzung sich entschließt und bereitet die Aufnahme Toscana's in denselben Bund vor. Auf der andern Seite hat sich Preußen des Verbleibens der thüringischen Staaten in seinem neuen Zollbunde versichert und verbandelt mit Braunschweig zu demselben Zwecke. Ob der Septembervertrag, wenn eine Ausföhnung zwischen Preußen und den Coalitionsstaaten nicht gelingt, zur Ausführung kommen wird, darüber wird, wenigstens in den Zeitungen, gestritten. — Der Bundestag hat seine Ferien geschlossen.

Aus **Oesterreich** hatten wir über die Reise des Kaisers nach Croatien zu berichten; bedeutsame Aenderungen im diplomatischen Corps sollen bevorstehen. — In **Preußen** haben die Urwahlen zur zweiten Kammer stattgefunden und sind im Allgemeinen conservativ ausgefallen. In Westfalen und am Rhein sind Wahlbestrebungen des katholischen Klerus nicht ohne Erfolg geblieben. — In **Bayern** haben die Landräthe der verschiedenen Kreise getagt; der für die Pfalz hat in einer Petition für die Erhaltung des bisherigen Zollvereins sich ausgesprochen, der für Oberfranken hat einen ähnlichen Antrag als nicht zu seiner Competenz gehörend abgewiesen. Der König hat eine Reise nach der Pfalz genacht und konnte überall des besten Empfangs sich erfreuen. — In **Baden** ertheilten die Truppen neue Fahnen verliehen und wurde der alte Regimentsverband derselben wieder hergestellt. — In **Kurhessen** wurden mehrere frühere Bundesbeschlüsse republicirt, um ihre noch bestehende Giltigkeit zu constatiren. — In **Oldenburg** hat sich der Landtag für die Revisionsanträge der Regierung ausgesprochen. — In **Mecklenburg-Schwerin** wurde ein Landtag auf den 28. November einberufen. — In **Braunschweig** wurde die Vertagung der Ständeversammlung bis zum 1. März l. J. verlängert. — In **Lippe-Detmold** wurde der Landtag zur Berathung eines neuen Wahlgesetzes einberufen. Die von demselben beabsichtigte Vertagung erhielt die Genehmigung der Regierung nicht. — In **Frankfurt** beschloß die gesetzgebende Versammlung eine Verwahrung gegen die Aufführung des Bundesbeschlusses über die Aufhebung der politischen Gleichstellung; der Senat aber publicirte den Bundesbeschluß und ordnete neue Wahlen an nach der Constitutionsergänzungsakte von 1816. Auch in **Hamburg** soll die bewilligte Gleichstellung der verschiedenen Staatsangehörigen der Aufhebung entgegensehen.

In der **Schweiz** ist die öffentliche Aufregung wegen des projectirten Baues verschiedener Eisenbahnen immer noch im Steigen. Die meiste Aussicht auf endliche Verwirklichung des vielbesprochenen Vorhabens hat wohl die Centralbahn von Basel nach Olten und Luzern, die Verrierrobahn und die von Rorschach nach Zürich. Ueberhaupt scheint das Streben sich Mittel zur Vermehrung materieller Gedeihlichkeit zuzuschern immer mehr an Ausdehnung zu gewinnen, wie die eifrig betriebene Correction der Juragewässer, die Tieferlegung der Seen von Biel, Murten und Neuenburg, und die des Brienzersees dies bewesen. Der zwischen dem Königreich Württemberg und der Eidgenossenschaft geschlossene Dampfschiffahrtsvertrag bezüglich auf den Bodensee, wie die Anbahnung zu einer Zollübereinkunft zwischen der Schweiz und den südwestdeutschen Staaten bekunden dies Streben in nicht geringerem Maße. Die Vorarbeiten zu einer vollständigen Grenzberichtigung zwischen Oesterreich und Graubünden sind beendet; das Ergebniß derselben wird sich erst im nächsten Jahre bieten. In Folge der, wegen fortdauernder communistischer Umtriebe, von der königlich preußischen Regierung ausgegangenen Zurückrufung preußischer Handwerker ist den Betreffenden, welche in Neuenburg und Bern sich aufhalten, von den Kantonsbehörden die Weisung zugegangen, diese Kantone und die Schweiz überhaupt demnächst zu verlassen. In Bern beschwert man sich über die verlängerte Vorenthaltung eines Entscheides des Bundesraths hinsichtlich des kantonalen Preßgesetzes.

Italien. Sardinien zeigte sich in lebhafter Bewegung, da eine Partei für Einziehung der Kirchengüter agitirte. Da das vom Ministerium erlassene ablehnende Circular seinen Zweck erreichen wird, muß dahin gestellt bleiben. Das Ende des Monats brachte eine noch unentschiedene Ministerkrisis. Auch aus Toscana wurde von einer solchen berichtet, zugleich von einem Mordanfall auf den Minister Baldasseroni. Verhandlungen der britischen Regierung mit Rom in Bezug auf eine künftige Vertretung Englands in Rom haben zu keinem Resultate geführt; dagegen steht die Curie in Begriff, mit Oesterreich ein neues Concordat zu schließen.

In **Frankreich** haben die letzte Hälfte des September und die erste des October die Frage von der Wiederherstellung des Kaiserreichs einzuwickeln gelöst; der ganze Süden und Westen des Landes haben Ludwig Napoleon als „Volkskaiser" durch „Acclamationen" zum Kaiser proclamirt und ihr begeisterter Ruf hat am 16. October zu Paris seinen lauten Widerhall gefunden. Schon von Bordeaux aus hat der Prinz Frankreich zu erkennen gegeben, daß er die ihm angebotene Krone sich aufsetzen wolle, und in einem Friedensmanifest, denn ein solches ist seine Rede an die Handelskammer von Bordeaux, Europa über die Politik des neuen Reiches beruhigt. Die Mitglieder des Senats sind in diesem Augenblick auf dem Wege nach dem Palast Luxembourg, um in außerordentlicher Session auf verfassungsmäßigem Weg das Zustandekommen des Kaiserreichs zu berathen und zu beschließen und dann ihr Senatusconsultum feierlich nach Saint-Cloud zu überbringen, damit es von Ludwig Napoleon den Comitien des Volkes zur formellen Sanction vorgelegt werde. Zugleich mit oder unmittelbar nach dem Umwandlung Frankreichs werden dann die Fragen der Erblichkeit, der Thronfolge, der Verfassungsrevision zur Lösung kommen müssen. Ziele der Hoffnungen Frankreichs bleiben einstweilen noch die Vermählung Ludwig Napoleons und die Salbung und Krönung des neuen Kaisers durch den Papst. Nach den Pariser Berichten englischer Blätter wäre die dennächstige Verbindung mit der Prinzessin Carola v. Wasa eine ausgemachte Sache; und daß Pio Nono im Frühling nach Paris kommen werde, wird um so mehr geglaubt, als nicht nur viele Gemeinden, sondern auch die Prälaten und deren Geistlichkeit Gesuche in diesem Sinne an den Papst richten werden. Eine solche Zusage soll dieser ohnehin schon gegeben haben. Das übrige Europa aber erwartet mit Zuversicht eine Besiegelung des Manifestes von Bordeaux durch ein die Armee reducirendes Decret des französischen Staatsoberhauptes. Nach allen Seiten hin bekundet Ludwig Napoleon die friedlichsten und versöhnlichsten Ge-

fanungen. Auch die Freigebung Abdel-Kaders ist als ein Ausfluß derselben anzusehen: den bisher im Schlosse von Amboise grollenden Feind Frankreichs hat er zu seinem und des Landes dauernden Freunde gemacht.

In **Spanien** und **Portugal** hat der abgelaufene Monat nichts verändert. Dort steht die Einberufung der Cortes, hier die allgemeinen Wahlen bevor. In Madrid erhalten sich fortwährend Gerüchte von Cabinetsmodificationen.

In **Belgien** hat die zu Gunsten der liberalen Partei ausgefallene Präsidentenwahl in der am 26. October wieder zusammengetretenen Repräsentantenkammer den Ausgang der langen Cabinetskrisis beschleunigt und es ist in den letzten Tagen vorigen Monats endlich ein neues Ministerium und zwar ein gemäßigt liberales zu Stande gekommen. Zunächst steht nun die Wiederaufnahme der commerciellen Unterhandlungen mit Frankreich zu erwarten. — In den **Niederlanden** setzen die Generalstaaten ihre Thätigkeit fort.

In **England** neigen sich die politischen Ferien erst in diesen Tagen ihrem Ende zu. Das neue Parlament tritt am 4. November zusammen und wird am 11. die Thronrede vernehmen: die Königin und der Hof sind von ihrem Sommeraufenthalt in Schottland nach Windsor zurückgekehrt und die Minister pflegen seitdem häufige Berathungen. Die Nation aber bereitet sich eben vor, die Gebeine ihres größten Todten, des Herzogs v. Wellington, seiner Ehren und Verdienste würdig, neben dem Seehelden Nelson in der St. Paulskirche zu bestatten. Daß England rüstet, um jedem feindlichen Falle sich nicht nur mit Erfolg vertheidigen, sondern sogar angreifen zu können, hat soeben ein ministerielles Blatt ausdrücklich bestätigt.

In **Dänemark** hat das Volksthing die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die Verlegung der Zollgrenze an die Elbe geschlossen. Die königliche Botschaft über die Einheit des Staates und die künftige Thronfolge dagegen harrt der Erledigung in der Commissiou.

Schweden hat den Verlust des zweiten Sohnes des Königs zu beklagen.

In der **Türkei** dauert der Kampf der Albanesen gegen die reformistische Partei fort. Den größten Anstoß nehmen die ersten an einer im Auslande geschlossenen Anleihe. Nicht allein der Finanzminister, sondern auch der Großvezier mußte entlassen und die Anleihe für ungiltig erklärt werden. Neue Verwicklungen mit dem Auslande scheinen dadurch fast unvermeidlich.

Für **Griechenland** handelte es sich um Regelung der künftigen Erbfolge. Bestimmtes darüber verlautete noch nicht.

In den **Vereinigten Staaten** herrscht große Aufregung gegen die Spanier auf Cuba über die dem Sternenbanner widerfahrene Unbill, und Präsident Fillmore hat Aufschlüsse begehrt über das Verfahren der spanischen Behörden und Kriegsschiffe in Bereitschaft gesetzt. Vor dem Hafen der Havanna liegen zum Schutz der Insel englische und französische Fahrzeuge. Die amerikanische Expedition nach Japan ist segelfertig und wird in diesem Monat abgehen. — **Mexiko** geht mit raschen Schritten seiner Auflösung entgegen. — Die Schiffahrt auf dem **Lapiata** und seinen Nebenflüssen ist allen Nationen freigegeben.

Am **Cap** und in **Ostindien** haben die britischen Waffen einige Erfolge errungen.

Deutschland.

* **Wien**, 28. Oct. Die Sendung des päpstlichen Kammerherrn Fürsten Hohenlohe hier in Wien soll sich auf eine Herabsetzung der von Oesterreich beanspruchten Entschädigung für militärische Hilfeleistungen bezogen haben. Es heißt, jene Mission wäre von einem glücklichen Erfolge gekrönt, indem man einen Nachlaß von einer Million Fr. bewilligt habe. — Der Graf v. Chambord hat die Abreise nach Venedig um einige Wochen verschoben, sie wird aber jedenfalls noch im nächsten Monat stattfinden; auch die Herzogin v. Berry begibt sich nächstens nach Venedig. — Wie aus Frankfurt geschrieben wird, stehen von Seite des Bundes Verfügungen bevor, welche besonders auf Antrag Badens auf die an der badenschen Grenze in der Schweiz sich aufhaltenden politischen Flüchtlinge Bezug haben. — Mit dem Schluß dieses Monats tritt der Zeitpunkt der Cautionsleistungen für unsere politischen Journale nach dem neuen Preßgesetze ein, und es dürfte in Folge davon manche Aenderung hier und in den Provinzen vorgehen. Manche Blätter werden sich des politischen Inhalts ganz entschlagen, andere vielleicht eingehen müssen.

Berlin, 30. Oct. Rechts und links, bei Trier und in Littbauen, wird nach dem Harkortschen Wahlkatechismus gefahndet, und es scheint, daß die Polizei durch die Postbehörden genügenden Aufschluß darüber erhält, an wen von Braunschweig aus die Pakete gesendet werden. In Königsberg wurde sogar in der Wohnung des Stadtgerichtsdirectors Reuter Nachsuchung gehalten; vor dem Jahr 1848 war Reuter einer der wenigen Königsberger, auch unter den Beamten, die zu dem Ministerium hielten, und das dort erscheinende einzige minsterielle Blatt mit Muth und Aufopferung unterstützten. (A. Z.)

WC **Stuttgart**, 31. Oct. Das gestrige „Regierungsblatt" enthält einen Vertrag, der zwischen der Krone Württemberg und dem Königreich der Niederlande wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher und Leistung von Rechtshilfe in Strafsachen abschlossen worden ist, wonach wegen Mords, Nothzucht, Brandstiftung, Urkundenfälschung, Falschmünzerei, Meineids, erschwerten Diebstahls, Prellerei, betrügerischen Bankerotts 2c. die Auslieferung erfolgt.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 1. Nov. An die Stelle der aus dem aargauischen Regierungsrath getretenen Herren Dr. Keller und Schaufelbüel, hat der dortige große Rath, bevor er sich bis zum 22. November vertagte, die Herren Dr. Schimpf und Dr. Hegenauer gewählt. — Die Gesellschaft für die Morges-Yverdonbahn ist definitiv gegründet und ein Verwaltungsrath bestellt. — Ein Engländer (Giles) hat die Bewilligung zu Eisenbahnstudien im Oberwallis erhalten. — Der Landrath von Unterwalden nid den Wald hat die Bestimmung getroffen, daß zu den durch den Sonderbundsbeitrag nöthig gewordenen Steuern auf Kapitalien und Zinsen 5500 Fr. noch weitere 45,000 Fr. zugezogt werden sollen, um einen Centralschulfonds für Primarschulen zu bilden. Für Stipendien an Studierende der höhern Schulen sollen aus den Zinsen des Diözesanfonds 700 Fr. jährlich verwendet werden. — Der große Rath von Zug hat ebenfalls beschlossen, die eidgenössische Nachlaßsumme von 50,000 Fr. nach Maßgabe der letzten Volkszählung an die Gemeinden zu verabfolgen, welche die ihnen zukommenden Beträge bleibend für Schulzwecke zu capitalisiren und von Zeit zu Zeit dem Regierungsrath vom Vorhandensein dieser Fonds Rechenschaft zu geben hätten. — In St. Gallen weilt gegenwärtig der württembergische Oberbaurath v. Gaab im Auftrage seiner Regierung, um über die technischen und die Frequenzverhältnisse der Eisenbahn von Rorschach über St. Gallen nach Zürich, sowie über den Stand dieses Unternehmens nähere Erkundigungen einzuziehen. Er soll sich im Allgemeinen günstig über das St. Gallisch-Appenzellische Eisenbahnband eben so günstig über das neue Rorschacher Hafenprojekt ausgesprochen haben. — Der Regierungsrath von Aargau hat, im Hinblick auf die nicht günstigen Aussichten für das künftige Frühjahr, beschlossen, um einer möglichen allzugroßen Höhe der Lebensmittelpreise vorzubeugen, 2000 Scheffel Roggen in Ulm und 2000 Scheffel Waizen in München anzukaufen. Von einem Ankauf amerikanischen oder französischen Getreides mußte abstrahirt werden, weil beide Arten zu theuer gekommen wären. Der große Rath hat diese Maßregel gebilligt.

Italien.

Turin, 27. Oct. Die sardinische Flotte hat den Befehl erhalten, sich für drei Monate mit Lebensmitteln zu versehen und sich zum Absegeln fertig zu halten. Der französische Gesandte hat eine Audienz beim König gehabt. Die ministerielle Krisis ist noch nicht beendigt.

Zu **Florenz** sind in Folge des Attentats auf den Minister Baldasseroni mehrere der Betheiligung an diesem Vergehen verdächtige Personen verhaftet worden. — Der Herzog von Modena ist am 23. October in seiner Hauptstadt wieder eingetroffen.

Aus **Rom** schreibt die „Independance Belge" vom 30. October von Versuchen, die vor einiger Zeit in Neapel bei Gelegenheit der Anwesenheit des Herzogs von Modena und des Grafen Aresterlde gemacht worden seien, um einen Bund des Königreichs Neapel mit dem Kirchenstaat und Toscana zu schließen, mit dem Zwecke, eine Ränmung Mittelitaliens von den französischen und österreichischen Truppen zu bewirken. Neapolitaner sollten bis zur Bildung eines römischen Heeres die fremden Truppen ersetzen. Der Plan ist aber nicht gelungen.

Dänemark.

Kopenhagen, 28. Oct. „Flyveposten" meldet, daß der Ausschuß über den Erbfolgegesetzentwurf bereits häufige Versammlungen und Besprechungen gehalten habe, ohne jedoch bisher zu einer Einigung gelangt zu sein. Gegen die Person des designirten Thronfolgers (Prinzen Christian von Glücksburg) seien keine Bedenken geäußert worden; dagegen scheine die Majorität des Ausschusses sich für die agnatische und cognatische, die Minorität nur für die agnatische Erbfolge erklären zu wollen. — Mehreren schon vor dem März 1848 auf Wartegeld gesetzten oder pensionirten, auch später noch in den Herzogthümern verbliebenen, jedoch nicht von der vorjährigen Amnestie ausgeschlossenen Offizieren, namentlich den Majoren C. H. Leonhardt, C. F. v. Normann und Unger, den Capitänen G. F. Petersen und L. G. Grönning, so wie dem Ritt-

meister Jacobsen sind auf einen vom Finanzminister an den König gerichteten Antrag die ihnen bisher zugestandenen Wartegelder oder Pensionen ebenfalls entzogen worden. — Wie es heißt, soll das Generalcommando für das Herzogthum Schleswig demnächst von Flensburg nach Schleswig verlegt werden, da General v. Bülow einstweilen nach Dänemark zurückkehren und General v. Flindt (in der Stadt Schleswig) unterdessen die Functionen des Generalcommando's übernehmen werde. — Die „Flensb. Ztg." schreibt: Es heißt, daß bei Gelegenheit der königlichen Bestätigung des Bauplanes für die schleswigsche Eisenbahn zugleich bestimmt worden ist, daß die Spurweite der schleswigschen Bahnen nicht dieselbe sein darf, wie die der holsteinischen, was ohne Zweifel in strategischer Beziehung und in Kriegszeiten von Wichtigkeit ist. — Als Expropriationscommissär ist der Holzvogt und Landmesser Held zu Jürgensgaard bei Apenrade ernannt worden.

Neueste Nachrichten.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin, den 2. Nov., 5 Uhr 35 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, 2. „ 6 „ 1 „ „

Wien, 2. Nov. Die Zollconferenzen sind heute durch den Minister des Auswärtigen, Grafen v. Buol-Schauenstein, eröffnet worden. „Sollte der deutsche Zollverein, sagte derselbe, sich lösen, so werde ein Zollbund von 48 Millionen Menschen ihn ersetzen." Im Uebrigen erklärte der Minister feierlichst, daß Oesterreich diesen Zerfall nicht wünsche, die Hoffnung auf eine allseitige Verständigung nicht aufgebe und fortwährend dazu bereit sei.

= **Frankfurt**, 2. Nov., 9 Uhr Abends. Das so eben beendigte Scrutinium über die Wahl der ersten Abtheilung der Bürgerschaft hat nach Mittheilungen von Mitgliedern der Wahlbehörde ergeben, daß der von der Gothaer Partei aufgestellte Stimmzettel vollständig und zwar mit einer großen Majorität durchgegangen ist. Die Zahl der Abstimmenden betrug nahe an 700, während bei der vorigen cassirten Abstimmung nur 568 gestimmt hatten. Die von dem Reformverein aufgestellte Stimmliste ist mit etwa 110 Stimmen in der Minorität geblieben.

Wien, 31. Oct. Die bevorstehende Eröffnung des neuen Zollcongresses wird in ähnlich feierlicher Weise stattinden, als die Eröffnung der im Anfang d. J. stattgehabten Conferenzen. Graf Buol-Schauenstein, sowie der Handels- und Finanzminister v. Bauumgartner werden mit den beiden Ministerialräthen Frhr. v. Thierry und Dr. v. Hock dabei anwesend sein, und Graf Buol-Schauenstein die Sitzungen mit einer Anrede an die Bevollmächtigten einleiten. Zum Schriftführer des Congresses ist wieder Dr. Falk aus dem Ministerium des Handels designirt, derselbe, welcher schon bei den früheren Conferenzen in dieser Eigenschaft fungirte und später als Referent über die Berliner Zollconferenzen nach Berlin geschickt wurde. Die Nachricht, daß die Einladung zum Congreß auch noch an andere, als Regierungen der Darmstädter Coalition, ergangen sei, wird bestritten. (Pr.)

* **Berlin**, 1. Nov. Dem Vernehmen nach wird Se. Maj. der König von Sachsen morgen früh bald 9 Uhr mit den Personenzug von Dresden hier eintreffen und sich nach kurzem Aufenthalte nach Potsdam weiter begeben. Von dort wird Se. Majestät nach Schwerin zur Taufe des jungen Prinzen von Mecklenburg reisen.

± **Darmstadt**, 2. Nov. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der ersten Kammer fand namentlich der Antrag des Prälaten Dr. Zimmermann wegen Einschreitens gegen die wilden Ehen. Da aber der Antragsteller wegen Abhaltung (auf Anlaß des heutigen Begräbnisses der verstorbenen Gräfin von Erbach-Schönberg) gebeten hatte, die Berathung seiner Motion auszusetzen, so geschah dieses. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer brachte Ministerialrath Maurer zwei Gesetzentwürfe, betreffend das Einquartierungswesen und die Militärdienstpflicht gegenüber der Auswanderungsverlaubniß, ein. Auf der Tagesordnung stand die Berathung dreier Gesetzentwürfe wegen Aufräumung und Unterhaltung der Bäche, wegen Regulirung derselben und wegen Errichtung und Beaufsichtigung der Wasserkehrwerke und einer sich auf diese Vorlagen beziehenden Petition. — Oeffentliche Blätter haben hervorgehoben, daß, ungeachtet des Abgangs Liebigs, die Zahl der Chemiker auf unserer Landeshochschule im bevorstehenden Wintersemester bedeutend sei. Man wünscht übrigens auch hier nichts mehr, als ferneren jahrweisen Zuspruch von jungen Leuten, die sich der Chemie widmen wollen, das das Laboratorium mit seinen Ausstattungen darauf berechnet ist.

± **Paris**, 1. Nov. Gestern Nachmittag um 2 Uhr besuchte Abdel-Kader in Begleitung des General Daumas, des Commandanten Boissonnet, des Hrn. v. Bellemare und der Araber Sidi-Allah und Kara-Mohamed den Prinzen Hieronymus im Palast Luxembourg. Der Emir fand den freundlichsten Empfang und pries sich glücklich, den Bruder des großen Kaisers umarmen zu können". Dem Prinzen Hieronymus aufgeordnet, sagte Baron Jacrosse dem Emir die verschiedenen Theile des Palastes und stellte ihm die ersten Beamten des Senats vor, denen Abdel-Kader die Hand drückte. Nach dem Besuch im Luxembourg wohnte der Emir der Vorstellung im Hippodrom bei und äußerte seine besondere Befriedigung über die ausgezeigneten Dalouse. Auch den Ministern hat Abdel-Kader Besuche abgestattet; und mit großem Interesse nimmt er die Kirchen und andere Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt in Augenschein.

Der Prinz-Präsident hat in St. Cloud den Gesandten des Königs von Achein (Sumatra) empfangen.

Ein Decret des Prinz-Präsidenten vom 24. October setzt das Jahresgehalt des Vicepräsidenten des Staatsraths auf 100,000 Fr. fest. Bereits sind viele Senatoren zu der am 4. d. M. beginnenden Session hier angekommen, darunter die Cardinal-Erzbischöfe von Lyon und Bordeaux. In der inneren Einrichtung des Luxembourg sind einige Veränderungen vorgenommen worden. Der alte Saal, wo unter dem Kaiserreich der Senat und unter der Restauration die Pairskammer tagte, ist in einen prachtvollen Empfangssalon umgewandelt worden. Der Senat hält nun seine Sitzungen in dem neuen Saal, der vor zwölf Jahren für die Pairs gebaut worden ist.

Der Polizeiminister v. Maupas befindet sich gegenwärtig in Bar-sur-Aube zum Besuch.

Die Bevölkerung von Paris feiert heute mit gewohnter Andacht das Allerheiligenfest; am Morgen waren alle Kirchen, am Nachmittag alle Friedhöfe sehr stark besucht und über 100,000 Todtenkränze sind verkauft worden. Die meisten Blätter werden morgen wegen des Feiertags nicht erscheinen.

Die neuesten Blätter aus **Brüssel** bestätigen officiell die bereits auf telegraphischem Weg bekannt gewordene Reconstituirung des belgischen Cabinets und die bereits mitgetheilte Ministerliste.

Landwirthschaftliches.

ll= **Aus der Pfalz**, 30. Oct. Wie lasch es mit dem diesjährigen Weinverkauf an unserm Haardtgebirge geht, mag man unter andern daraus ersehen, daß der beliebte Weinort Ungstein bereits seine ganze Erndtezeit, so weit sie zum Verkauf bestimmt war, abgegeben hat und zwar zu Preisen, die in einzelnen Fällen die Höhe von 380 fl. per Fuder erreichten. Solches Resultat hatte anfänglich niemand erwartet und die, welche gleich bei Beginn der Weinlese zu 200 fl. and darüber verkauft und sich damals schon des Preises gefreut haben, machen freilich nicht die vergnügtesten Gesichter.

Börsenberichte.

ɔ= **Frankfurt**, 2. Nov. Auch heute wirkten die ungünstigen Verhältnisse wieder störend auf das Geschäft und brachten einen abermaligen leichten Rückgang in den meisten Coursen zu Wege, während auf Zeit bessere Preise zu bedingen waren. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 88 pCt., 4½pCt. Metall 71¼, 1854er pCt., 5pCt. Lomb-Venet. 88 pCt., 500 fl. Loose 192 pCt., 250 fl. Loose 115⅜, 5pCt. Von spanischen Fonds waren 1pCt. pr. Cassa 24⅞ pCt., per Ultimo dieses täglich lieferbar 24⅛/₁₆ pCt. G.; 3pCt. Inländische fast ohne Handel 45¼ pCt. Von Eisenbahnactien war Fr.-W.-Nordbahn 44⅜ pCt.; Berbach 94⅛ pCt.; Köln-Minden 111⅜ pCt.; Taunus 302 fl. Sämmtliche übrige gangbare Papiere blieben bei stillem Handel ohne wesentliche Coursveränderung, waren jedoch pr. Cassa ebenfalls mehr angeboten. — Abends in der Effectensocietät war wenig Geschäft. Oesterreichische Fonds waren mehr angeboten; es scheint die heutige Wiener Börsenstellung ungünstiger zu sein.

Berlin, 1. Nov. Staatsschl. 94½, Bkl. 93⅓, Gl. — Köln-Minden 112⅔, Brl., 111⅞ G. — Fr.-W.-Nordbahn 41⅞ Brl., 40⅞ G., 41⅞ à ⅔ bez.

Madrid, 27. Oct. 3pCt. 47¼ n. d. Börse 47¼ — 1pCt. Neue 26⅜/₁₆ n. d. Börse 26⅛

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 2. Nov. 5pCt. Met. 93½. — 5pCt. do A —. — B. 109⅛. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 93¼. — 4½pCt. do. 83⅛. — Bankactien 1327. — 250 fl. Loose 136. — Silber 15½. — London 11 fl. 28 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102⅛. — K.-K.-Nordbahn 215⅛. — Livorno-Florenz 101. — Siena-Empoli 70. — Paris 136⅛. — London in Trieft 11 fl.

(Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kaufseit

[2464]

Serienverloosung

wegen Abtragung von Gr. Hessischen 4- und 3½procentigen Obligationen auf Inhaber betreffend.

Durch die gesetzlicher Bestimmung gemäß heute weiter stattgefundene Verloosung behufs der allmäligen Abtragung der zur Aufnahme des Bedarfs für die Provinzialstraßen-Neubauten von uns ausgefertigten Obligationen auf Inhaber, so wie auf Namen, sind folgende zur Rückzahlung berufen worden:

1) Die unterm 15. Februar 1841 ausgefertigten 4procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. B. Nr. 1 bis 5, 11 bis 15, 21 bis 25, 41 bis 45, 121 bis 125, 196 bis 200, jede à 1000 fl.
Lit. B. Nr. 361 bis 370 jede à 500 fl.

2) Die unterm 1. Juli 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. B. Nr. 136 bis 140, 456 bis 460, jede à 1000 fl.

3) Die unterm 15. Februar 1841 ausgefertigten 4procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. C. Nr. 21 bis 25, jede à 1000 fl.
Lit. C. Nr. 741 bis 790, jede à 100 fl.

4) Die unterm 1. Juli 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. C. Nr. 521 bis 530, jede à 500 fl.

5) Die unterm 1. Juli 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. D. Nr. 1 bis 3, 28 bis 30, 58 bis 60, 67 bis 69, 82 bis 84, 100 bis 102, 127 bis 129, 133 bis 135, jede à 1000 fl.
Lit. D. Nr. 187 bis 192, 229 bis 234, 259 bis 264 295 bis 300, 367 bis 378, 391 bis 396, 409 bis 414, jede à 500 fl.

6) Die unterm 1. Juli 1845 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. D. Nr. 534 bis 536, 567 bis 569, jede à 1000 fl.
Lit. D. Nr. 611 bis 616, 689 bis 694, jede à 500 fl.
Lit. D. Nr. 731 bis 754, jede à 100 fl.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung in Kenntniß, die Beträge derselben zwischen dem 24. und 30. Januar l. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinscoupons bei der Staatsschuld-Tilgungskasse dahier oder für deren Rechnung bei dem Bankierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. um so gewisser zu erheben, als solche in Gemäßheit des Art. 3 des Gesetzes vom 16. Juli 1833, wegen Tilgung der Staatsschuld, vom 1. Februar 1853 an nicht mehr aus der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Sollten Inhaber der vorbezeichneten Obligationen die Beträge derselben früher, mit Zinsen bis zum Zahlungstage, zu erhalten wünschen, so unterliegt dies keinem Anstand, und haben sich dieselben dieserhalb an den Kassier der Staatsschulden-Tilgungskasse zu wenden.

Den Eigenthümern der in der letzten durch die vorgedachte Verloosung ebenfalls rückzahlbar gewordenen Serie enthaltenen Kouponsbogen auf Namen werden wir besondere Benachrichtigungsschreiben zugehen lassen.

Schließlich machen wir noch darauf aufmerksam, daß die in Folge Verloosung

1) am 1. April 1849 rückzahlbar gewesene 4procentige Obligation Lit. B. Nr. 770, d. d. 15. Februar 1841 über 100 fl.,

2) am 1. April 1850 rückzahlbar gewesenen 4procentigen Obligationen d. d. 15. Februar 1841:
a) Lit. B Nr. 801 805 und 825, jede über 100 fl.,
b) Lit. C. Nr. 496 über 500 fl.,

3) am 1. April 1850 rückzahlbar gewesene 3½procentige Obligation, d. d. 1. Juli 1838:
Lit. C. Nr. 366 über 1000 fl.,

4) am 1. März 1851 rückzahlbar gewesenen 3½procentigen Obligationen, d. d. 1. Juli 1838 und 1. Juli 1845:
Lit. D. Nr. 585 und 586, jede über 1000 fl.,
Lit. D. Nr. 161 über 500 fl.,

5) am 30. December 1851 rückzahlbar gewesenen 3½procentigen Obligationen, d. d. 1. Juli 1838 und 1. Juli 1845:
a) Lit. B. Nr. 1004 1608 1609 1613 1633 und 1649, jede über 100 fl.,
b) Lit. D. Nr. 397 und 651, jede über 500 fl.,
c) Lit. D. Nr. 474 478 488 493 494 495 496 und 498, jede über 100 fl.,

noch nicht zur Einlösung präsentirt worden sind, und seit ihren Verfalltermin nicht mehr verzinset werden.

Darmstadt, am 22. October 1852.

Die Direction
der Gr. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Eckardt. v. Rabenau.

Balser.

[2418]

L'EUROPE.

Die Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft L'EUROPE für Frankreich und alle übrigen Länder gegen **Feuer- und Hagelschaden**, so wie für **Militär-Vertretung**, sucht Directoren, Subdirectoren und einen Inspector mit einem festen Gehalte von 1000 bis 2000 Frcs., welcher sich durch Provisionsantheil auf 3000 bis 6000 Frcs. erhöhen wird. — Frankirte Offerten nimmt die **General-Direction**, rue de Lafayette 55, in **Paris** entgegen.

Dürrmenz-Mühlacker bei Pforzheim. (Tabakanerbieten.)

Es sind hier über 2000 Ctr. Tabak vorzüglicher Qualität, meist virginischer oder Friedrichsthaler, doch auch 450—550 Ctr. reiner Duiten- und Gnubitabak erzeugt worden, welchalb den Herren Tabakfäufern das hiesige Product mit dem Anfügen empfohlen wird, daß bei geeigneter Witterung getrocknete Waare in wenigen Wochen abgehängt werden kann. Ende October 1852.

[2470] Schultheißenamt.
Fortenbacher.

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 24. September 1852 an fahren die Boote täglich [2247]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 7½ Uhr (***Schnellfahrt***) . . . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 6½ Uhr Zuges von *Frankfurt.*

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 9 Uhr . . . . . bis **Cöln-Deutz** und **Düsseldorf.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 8 Uhr Zuges von *Frankfurt.*

Jeden *Mont., Mittw., Donnerst. u. Samst.* direct bis **Arnheim** (*Amsterdam*) u. **Rotterdam-London.**

Von *Mainz*-**Castel** Mittags 12 Uhr (***Schnellfahrt***) . . . . . bis **Cöln-Deutz.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des 11 Uhr Zuges von *Frankfurt.*

☞ Von **Biebrich** jedesmal eine Viertelstunde später als von **Castel.**

Von **Mainz** Nachmittags 1 Uhr und Nachmittags 4 Uhr nach **Worms** und **Mannheim.**

Billete für die Dampfschiffe nach allen Stationen und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil,* der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fleischer** bei Herren Gogel, Koch & Comp., Hrn. **Aug. Schönlin** auf dem Rossmarkt.

☞ Da die **Düsseldorfer Boote** bei Ankunft der Eisenbahnzüge von Frankfurt schon zur Abfahrt bereit liegen, so wird gebeten, um jede Verzögerung zu vermeiden, sich bereits in **Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten** zu versehen.

Stettin. [2503] Auf meine Bitte bin ohne Antwort. Soll ich dennoch kommen??

[2466] Soeben ist erschienen:

Gedeon von der Heide

Drei Träume.

Ladenpreis: 26 Ngr. oder fl. 1. 30 kr.

Wo ist man wohl mehr berechtigt, von wahrer Poesie zu reden, als wo eine tief empfundene Religiosität, begleitet von der farbenreichen Phantasie in einer so mittelbaren Form sich kund gibt, daß in derselben die Sprache selbst zu verlieren scheint. Ein so hohes Verdienst beanspruchen mit vollstem Recht die „Drei Träume von Gedeon von der Heide," einem Schriftstellernamen, auf welchen wie die Freunde der Literatur hiermit besonders aufmerksam machen, da ihm eine Zukunft gewiß ist.

Frankfurt am Main.
J. D. Sauerländer's Verlag.

[2473]

Hôtel garni,

27, *rue Montbar* à *Paris,*

in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien.
Stallung und Remise. — Man spricht deutsch.

(Nebst Beilage und Kouvertationsblatt.)

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.
Gewinne: fl. **200,000, 100,000, 40,000.**
Ganze Loose fl. 6, ½ fl. 3, ¼ fl. 1. 30 kr., ⅛ fl. 45 kr. empfiehlt unter Versicherung reellster Bedienung

Jacob Braunschweig,
[2490] Fahrgasse, II. 44, in Frankfurt a. M.

Local-Veränderung.

Das **Rauchwaaren-, Borsten- u. Schaafleder-Lager** von

S. Königswerther *Söhne*

befindet sich von nun an im

[2480] **Braunfels.**

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Mittwoch. **(Beilage zu Nr. 263.)** 3. November 1852.

Deutschland.

n **Frankfurt**, 2. Nov. Die Regierungen sind allerdings auf den Ausschußbericht zur Rückäußerung über das Kaufgebot oder vielmehr die Verrechnung des Kaufpreises Oesterreichs für die beiden Kriegsdampfboote aufgefordert worden; somit wäre formell nur noch die Sache zu ordnen. — Die königl. württembergische Regierung hat den General v. Bauer als Mitglied der Bundesmilitärcommission hierher beordert.

= **Frankfurt**, 3. Nov. Die von der ersten Abtheilung der Bürgerschaft in der wiederholten Wahlhandlung vom 1. und 2. November ernannten Wahlmänner sind die Herren: Landamtmann Dr. v. Oven, Dr. jur. A. Scharff I, Dr. med. Heinrich Hoffmann, Dr. med. Lorey, Pfarrer Kalb, Architekt Kayser, Professor Hessemer, Fiskal Dr. Burkard, Notar Dr. Fester, Oberlehrer Finger, Notar Dr. Giaz, Lehrer Scholderer, Professor Scholl, Dr. med. Spieß, Dr. jur. Renner, Dr. jur. Schmidt-Polizmann, Dr. med. de Barry, Dr. med. Mappes, Lehrer Battenberg, Apotheker Engelhardt, Dr. jur. Schlemmer, Dr. med. G. Varrentrapp, Dr. jur. Jucho, Dr. jur. Hartmann, Dr. jur. Malß. Es sind dies die 18 Namen der Gothaer Wahlliste, welche in der cassirten Wahl die Majorität erlangt hatten, sowie die sieben derselben Liste, die damals in der Minorität geblieben waren. Die Zahl der Abstimmenden betrug 698. (Die Gesammtzahl der Wahlberechtigten beträgt höchstens 750.) Der erste der ernannten Wahlmänner hatte 421, der letzte 380 Stimmen. Der nächstfolgende, Herr Dr. Feaurenaub, der von der Reformpartei vorgeschlagen war, hatte 317 Stimmen. Die Zahl der durch Majoritätsbeschluß der Wahlbehörde zugelassenen Buchdrucker rc. soll sich auf etwa 35 belaufen. Von der demokratischen Partei sollen etwa 25 Bürger gestimmt haben. Wie man hört, wird das Wahlcollog durch den Herrn Bürgermeister schon morgen zusammenberufen werden.

ψ **Frankfurt**, 3. Nov. Bei den mit dem gestrigen Abend beendigten Wahlen der ersten Abtheilung haben 698 Bürger ihre Stimmzettel abgegeben, darunter circa 90 Musici und etwa 60 Buchdrucker als „Künstler", während die Schriftgießer abgewiesen wurden. Mehrere der Abgewiesenen haben ihre Verwahrung zu Protocoll gegeben und wollen, dem Vernehmen nach, ihr Recht weiter verfolgen. Am Schlusse der Abstimmung legte ein Mitglied der Wahlbehörde seinen Protest gegen die Zulassung der Buchdrucker im Protocoll nieder.

P **Berlin**, 1. Nov. Des Königs Majestät werden morgen aus Blankenburg zurückerwartet, da der Besuch des Königs von Sachsen, welcher sich nach Schwerin zur Taufe begibt, in Potsdam bevorsteht. Wie man in sonst gut unterrichteten Kreisen erzählt, hat Graf Hohenthal, der neue sächsische Gesandte am diesseitigen Hof, in Angelegenheiten der Zollvereinsverhandlungen eine Note seines Hofes überreicht, welche der diesseitigen Regierung mancherlei Vorschläge macht, leider aber zeigt, daß dort eine gänzliche Verkennung der Sachverhältnisse herrscht. Es ist daher nicht anzunehmen, daß durch diesen Schritt der sächsischen Regierung die Sachlage in irgend einer Weise verändert werden wird, und zu bedauern, daß, wenn die sächsische Regierung das Bedürfniß einer Annäherung fühlte, sie diesem einen entsprechenden Ausdruck zu geben nicht im Stande war. — Graf Nostitz begibt sich in den nächsten Tagen über Hannover nach London, um zugleich mit den Generaladjutanten v. Scharnhorst und v. Massow dem am 18. November stattfindenden Leichenbegängniß des Herzogs v. Wellington beizuwohnen.

2* **Dresden**, 1. Nov. Wie wir vernehmen, wird Se. Maj. der König sich morgen früh über Berlin nach Ludwigslust begeben, um, der von Sr. königl. Hoh. dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hierher ergangenen Einladung entsprechend, bei dessen jüngst geborenem zweiten Prinzen Pathenstelle zu versehen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch Se. Maj. der König von Preußen zu gleichem Zweck in Ludwigslust eintreffen wird. — Vorgestern Abend ist auf seiner Rückreise nach Wien, von Darmstadt kommend, Se. königl. Hoh. der Prinz Gustav von Wasa zu einem mehrtägigen Besuche am königlichen Hofe hier eingetroffen. Tags vorher hat der Hof für den verstorbenen Prinzen Gustav von Schweden auf eine Woche Trauer angelegt. — Der zur Vorlage an die nächste Ständeversammlung bestimmte „Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs nebst allgemeinen Motiven" ist jetzt im Druck begriffen und wird Ende dieses Monats auch im Buchhandel zu haben sein. Ueber den Zusammentritt der vom letzten Landtage erwählten ständischen Zwischendeputationen zur Vorberathung der neuen Gesetzbücher vernimmt man dagegen immer noch nichts Bestimmtes. Ursprünglich war deren Einberufung im Laufe des Herbstes, und Mitte des nächsten Jahres ein außerordentlicher Landtag in Aussicht gestellt; wie es indessen jetzt den Anschein gewinnt, dürfte die Einberufung der Zwischendeputationen sich jedenfalls noch einige Monate hinausziehen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß der außerordentliche Landtag dann ganz wegfällt und die Berathschlagung der betreffenden wichtigen Gesetzvorlagen dem Anfangs des Jahrs 1854 zu erwartenden ordentlichen Landtage vorbehalten bleibt.

> **Mainz**, 2. Nov. Unsere Gendarmerie ist heute in voller Thätigkeit, da aus dem hiesigen Arrestlhause zwei Individuen entkommen sind, ohne daß solche bis jetzt wieder ergriffen werden konnten. Im Uebrigen ist es sehr still, da alles auf dem Kirchhof sich befindet wegen des Allerseelenfestes. Nachdem am Morgen ein dichter Nebel auf der Gegend lagerte, ist heute Mittag voller Sonnenschein mit einer ungewohnlich warmen Luft von 17 Grad R.

Mainz, 2. Nov. Heute Morgen ist das dahier seit einigen Jahren bestehende sogenannte demokratische Casino auf höhern Befehl durch den mit der Sicherheitspolizei der Stadt speciell beauftragten großherzogl. Polizeicommissär Herrn Künstler aufgelöst worden. Die unter dem Vorwand der Geselligkeit seit dem Moment seines Entstehens unablässig verfolgte demokratische Tendenz dieses sogenannten Casino dürfte diesen Schritt der Regierung bei allen Vernünftigen genugsam rechtfertigen. (M. J.)

Detmold, 28. Oct. Die hier versammelt gewesenen Abgeordneten von Lippe-Detmold haben sich, mit Ausnahme einer Stimme, gegen die Wiederannahme des Waldgesetzes vom Jahr 1836 ausgesprochen. Die Antwort des Fürsten blieb für jetzt bei einem einfachen Abschiede stehen, nach dessen Eingang die Abgeordneten in ihre Heimat zurückkehrten.

Italien.

† **Turin**, 29. Oct. Heute endlich scheint die Ministerkrise abgeschlossen; der König hatte sich vorbehalten, die öffentliche Meinung gründlich zu prüfen. Das „Mißverständniß" hält also bisher in Umlauf gesetzten Ministerlisten für falsch oder unzuverlässig, indem nur äußerst wenige Personen in das Vertrauen gezogen worden seien. Erzbischof Charvaz reist nach Savoyen.

* **Florenz**, 28. Oct. Der britische Gesandte Sir Bulwer ist aus Rom zurückgekehrt.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 2. Nov. 4½ pCt. Rente 107, 60. — 3pCt. do. 83, 70. — Piemont 98, 90. — 3pCt. Span. 48½. — 1pCt. do. 25. (Spad).

London, 2. Nov. 3pCt. Stocks 100½. — 3pCt. Span. 51⅞. — 1pCt. do. 25½. (Spnd.)

Mexik, 27. Oct. 3pCt. 47½. — 1pCt. Neue 26⅛. (Spad.)

Antwerpen, 2. Nov. 5pCt. Belg. 101. — 2½pCt. do. 55⅛. — 3pCt. Span. 46. — 1pCt. do. 24¹¹/₁₆. (Spnd.)

Amsterdam, 2. Nov. 2½pCt. Integr. 63½. — 4pCt. Certific. 95 — 3½pCt. Spad. 94¾. — 4pCt. Russ. bei Hope 91⅞. — 5pCt. Russ. bei Stieglitz —. — 3pCt. Spanische int. 45¾. — 1pCt. do. Neue 25¹/₁₆. — 5pCt. Stiegl.-Metall. 89⅞. — 5pCt. Met. 77⅛. — 2½pCt. do. 39⅞. (Spad.)

Frankfurt, 3. Nov. Gestern sind hier angekommen: Se. General de la Motterie, aus Belgien, im russischen Hof; der großherzogl. oldenburgische wirkliche Geheimerath, Herr Baron v. Braun, aus Oldenburg, im weißen Schwan; der kaiserl. russische General v. Jenegin, aus Petersburg, im Bräteler Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Uebersicht der bei dem Fürstlich Thurn und

abgehenden und ankom

Benennung der Course.	Briefe: Schluß der Aufgabe.	Briefe: Distributionszeiten.	Personenposten: Abgang.	Personenposten: Ankunft.	Fahrpost-Sendungen: Schluß der Aufgabe.	Fahrpost-Sendungen: Distributionszeiten.
Cassel-Leipzig-Berliner Cours.						
Bilbel, Friedberg, Butzbach, Gießen (Gießen Abf†).	10½ früh 5½ Ab.	II. III. VI	B. Friedberg nach Alsfeld	in Friedberg von Alsfeld	9½ Mrg u. 5 Abs	8 fr. u. 2 Nm.
Nidda, Ortenberg, Schotten, Lauterbach	10½ Morgens	VI.	2 Nachmitt.	1 Nachm.	5 Abends	8 Morgens
Lauterbach auch	5½ Abends	II.	nach Lauterbach	v. Lauterbach		
Dillenburg, Siegen, Olpe	5½ Abends	III.	2 Nachmitt.	1½ Nachm.	5 Abends	8 Morgens
Wetzlar	5½ Abends	II.	Von Butzbach	In Butzbach		
Hungen, Grünberg, Homberg, Alsfeld	10½ Morgens	VI.	nach Siegen	von Siegen	9½ Morgens	8 Morgens
Grünberg u. Alsfeld auch	5½ Abends	II.	10 Abends	4 früh.	5 Abends	
Marburg, Cassel, Münden, Göttingen, Hildesheim, Celle, Lüneburg (Cassel auch 8 Ab.†)	10½ früh, 5½ Ab.	III. VI			9½ Mrg u 5 Ab.	8 fr. u 2 Nm.
Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, (Dänemark, Norwegen, Schweden), Lübeck, (Oldenburg)	9½ fr. u. 5½ Abd.	VI.	—	—	9½ Mrg. u 5 Ab.	8 fr. u. 2 Nm
Bremen	9½ u. 10½ fr.,	I. III. VI	—	—	9½ Mrg. u 5 Ab.	8 fr. u. 2 Nm.
Hannover u. Braunschweig	9½ fr. u 5½ Ab	III VI.	—	—	9½ Mrg u 5 Ab.	8 fr. u. 2 Nm.
Eisenach, Gotha, Erfurt, Weimar, Halle, Magdeburg, Leipzig, Dresden, Prag, Wien, Kirchenstaat, Krakau, südl. Rußland, Türkei, Griechenland	10½ fr. u. 5½ Ab.	I. VI.	—	—	9½ Mrg. u 5 Ab.	8 fr. u. 2 Nm.
Gotha, Weimar, Leipzig, Dresden, Magdeb. auch	8 Abends †					
Berlin ꝛc.	5½ u. 8 Abs. †	I.	—	—	5 Abends	2 Nachmitt.
Fuldaer Cours.			Von Hanau ab	in Hanau		
Geluhausen, Schlüchtern, Fulda, Hünfeld	5 u. 8 Abs ++	I. II.	900 Mgs, 730 A.	44 Mn. u. 5 fr	4½ u. 7 Abds	8 Morgens
Buttlar, Bacha, Marksuhl	8 Abends ††	I.	900 Morgens	4½ Nmitt.	7 Abends	8 Morgens
Bayerisch-Oesterreichischer Cours.						
Aschaffenburg, Würzburg, (Nürnberg, Augsburg, München)	4½ Vormitt.	I. V.			10 Vormitt.	8 Morgs
	7 Abends				5 u. 7 Abends.	4 Nachmitt.
	8 Abends *		Aus Frankfrt	In Frankfrt		
Miltenberg, Wertheim	7 Abends	I.	nach Würzburg	von Würzburg	5 Abends	8 Morgs
Bamberg	11 Bm. 7, 8 Ab*	I. V.	6 fr. u. 8 Abd.	6½ früh u.	5 u. 7 Abds.	8 Mgs, 4 Nachm
Regensburg	11 Vormitt.	I. V.		8½ Abends.	10 Vormitt.	8 Morgs
	7 Abends				5 Abends	4 Nachm.
Eulmbach, Bayreuth und Hof	11 Bm, 7 u. 8 Ab*	I. V.	Aus Hanau	In Hanau	5 u. 7 Abds.	8 Mrg, 4 Nm.
Eger, Carlsbad	11 Vormitt.	V.	nach Würzburg	von Würzburg	10 Vormitt.	4 Nachm.
Mkt. Bürgel, Ansbach, Weissenburg, Eichstädt, Ingolstadt	11 Vormitt.	I.	1½ Nachmitt.	11 Vmitt.	5 Abends	4 Nachm.
Rothenburg, Dinkelsbühl, Nördling., Donauwörth	7 Abends	I.			5 Abends	8 Morgs
Insbruck	11 Bm., 8 Ab *	I.			7 Abends	8 Morgs
Salzburg	11 Bm, 8 Ab *	I.			10 Vormitt.	8 Morgs
					5 Abends	4 Nachm.
Tyrol	11 Bm., 8 Ab *	I.			5 Abends	4 Nachm.
Linz, ganz Oberösterreich	7 Abends *	I.			5 Abends	8 Morgs
Würtemberg-Baden-Schweizer Cours.						
Zwingenberg, Bensheim u. Heppenheim	10½, 2½, 8 Ab*	I. III. V.	—	—	1½ Nm. u. 7 Abd.	8 Mg. 2 Nm.
Odenwald	2½ Nm., 8 Abs*	I. III.	—	—	1½ Nm. u. 7 Abd.	8 Mg. 2 Nm.
Heidelberg, Mannheim, Weinheim	10½, 2½, 7, 8 Ab	I. III. V.	—	—	1½ Nm. u. 7 Abd.	8 Mg. 2 Nm.
Freiburg, Offenburg, Carlsruhe	10½ fr. 2½ Nm 7 u 8 Abs *	I. III. V.	—	—	1½ Nachm.	8 Morgens
Bern, Lausanne, Genf	2½ u. 7 Abds.	I.	—	—	1½ Nachm.	8 Morgens
Basel	10½, 2½, 7, 8 Ab*	I. III.	—	—	1½ Nachm.	8 Morgens
Heilbronn, Ulm ꝛc.	2½ u. 8 Abs *	I. III.	—	—	1½ Nm. u. 7 Abd.	8 Mr. u. 2 Nm.
Stuttgart	10½, 2½, 7, 8 A.*	I. III.	—	—	1½ Nm. u. 7 Abd.	8 Mr. u. 2 Nm.
Straßburg, südliches Frankreich	7 Abends *	V.	—	—	7 Abends	2 Nachm.
Straßburg auch	10½ Bm, 8 Ab.*	I. III.				
Schaffhausen	2½ Nachmitt.	I. V.	—	—	1½ Nachm.	8 Mr. u. 2 Nm.
Zürich	2½ Nm. 7 Abd	I. V.	—	—	1½ Nachm.	8 Mr. u. 2 Nm.
Luzern	7 Abds	I.	—	—	1½ Nachm.	8 Mr. u. 2 Nm.
Chur	2½ Nachmitt.	III.	—	—	1½ Nachm.	8 Mr. u. 2 Nm.
St. Gallen	2½ Nachmitt.	I. III.	—	—	1½ Nachm.	8 Mr. u. 2 Nm.
Mailand, überhaupt Lombardey, Piemont, Sardinien, Kirchenstaat, Toscana, Neapel, Venedig	7 Abends	I.	—	—	1½ Nachm.	8 Morgens
Bregenz, Feldkirch, (Vorarlberg)	2½ Nachmitt.	III.	—	—	11 Nachm.	2 Nachm.

☞ *, **, †, ††, ‡, ‡*, ‡**, **Unfrankirte Briefe können auch bis Morgens * 5, ** 6, † 6½, †† 7, ‡* 8 und ‡** 10 Uhr Abends in den Briefkasten am Posthause gelegt werden.**

Distributions-Zeiten: I. Mrg. 8½, II. Bm. 10½, III. Mitt. 12½, IV. Nm. 3, V. Nm. 4½ VI. Abs 6 und vor den Stadtthoren um 8½ Mrgs., 3 Nm. und außerdem um 11 Bm. und 5½ Abs. in der nächsten Umgebung der Stadt. — Die Briefkasten in der Stadt werden geleert: 7½, 8½, 9½ Mrg., 11 Bm., 12 Mitt., 2, 3, 4 Nm 5½, 7½ Abs. — Der Briefkasten in Sachsenhausen 7½, 9½ Mrg., 12 Mitt., 3 Nm., 5½, 7½ Abs. — Recommandirte Briefe sind ½ Stunde vor der gewöhnlichen Schlußzeit aufzugeben.

Taxis'schen Ober-Postamte zu Frankfurt a. M.

menden Posten. *November 1852.*

	Benennung der Course.	Briefe: Schluß der Aufgabe.	Briefe: Distributionszeiten.	Personenposten: Abgang.	Personenposten: Ankunft.	Fahrpost-Sendungen: Schluß der Aufgabe.	Fahrpost-Sendungen: Distributionszeiten.
Pariser Cours.	Alzey	1 Nm. u. 8 Ab.*	I. III.	—	—	12 Mitt.	8 Morgs.
	Kirchheimboland, Saargemünd	1 Nachmitt.	III.	—	—	12 Mitt.	8 Morgs
	Zweibrücken, Landau	10½, 2½ u. 7 Ab.	III. V.	—	—	12 Mitt.	8 Morgs.
	Homburg, Kaiserslautern	10½, 2½ u. 7 Ab.	III. V.	—	—	12 Mitt.	8 Morgs.
	Saarbrück	10½ fr. u. 7 Ab.	V.	—	—	7 Abends	2 Nachm.
	Neustadt, Speyer, Dürkheim	2½ 7 u. 8 Ab.*	I. III. V.	—	—	12 Mitt.	2 Nachm.
	Worms	10½, 2½ u. 7 Ab.	I. III. V.	—	—	12 Mitt. u. 7 Abd.	2 Nachm.
	Niederingelheim, Creuznach, Kirn, Birkenfeld, Saarlouis (Creuznach auch 4½ Nm.).	8 Abends **	I. V.	—	—	7 Abends.	2 Nachm.
	Paris, nördl. Frankr, Spanien, Portugal, Amerika	7 Abds.	I.	—	—	12 Mitt.	2 Nachm.
	Metz, Verdun, Chalons a. M.	10½ fr. u. 7 Ab.	I. V.				
Rheinisch-Niederländischer Cours.	Niederingelheim, Kirn, Bacharach, St. Goar, Boppard, Trier	4½ Abends	I.	—	—	3½ Nachm.	8 Morgs.
	Trier auch	8 Abds. **	IV.	—	—	7 Abends	2 Nachm.
	Bingen	9½ Mr. 4½ u. 8**	I. u. V.	—	—	3½ Nm. u. 7 Abd.	8 Mrg., 2 Nm.
	Coblenz u. Bonn	9½ Mr. 7, 8 Ab**	I.	—	—	3½ Nm. u. 7 Abd	8 Morgs.
	Deutz, Düsseldorf, Elberfeld, (Schweim, Iserlohn, Hagen) Minden	9½ Mr. 7, 8 Ab**	I. IV.	—	—	11 Vormitt.	4 Nachm.
	Cöln, (Düren, Aachen, Belgien u. Holland)	9½ Mr. 7, 8 Ab**	I. IV.	—	—	11 Vorm.	8 Mr. u. 4 Nm.
	Bielefeld, Hamm, Herford, Mühlh. a. d. R., Lippstadt, Rheda, Rhyhort, Solingen, Wesel	9½ Mr. 7, 8 Ab**	I. IV.	1 Nachm.	1—2 Nachm.	11 Vormitt.	4 Nachm.
	Barmen, Mühlheim a. R., Crefeld, Dortmund, Münster	9½ Mr. 7, 8 Ab**	I. IV.	—	—	11 Vormitt.	4 Nachm.
	Preuß. Minden	9½ Mr. 7, 8 Ab**	I. IV.	—	—	9½ Mg. u. 3 Ab	8 fr. u. 2 Nm.
	Schwalbach, Nassau, Ems ꝛc.	7 u. 8 Abds **	I.	—	—	7 Abends	8 Morgs.
	Rheingau . . (Rüdesheim auch 9½ Mrg.)	1 Nm., 8 Abs*	I. III.	—	—	9 Mrgs. 3½ Nm.	8 Mrg. 4 Nm.
	Limburg, Diez, Siegburg	12 Mittags.	V.	1 Nachmitt.	1—2 Nachm.	11 Vormitt.	4 Nachm.
	nach und von Limburg u. Diez auch	8 Abends *	I.	—	—	ff. Jaq. 7 Abs.	
Weilb. Ers.	Usingen, Weilburg	4½ Abends	II.	5 Abends	10½ Vmitt.	4 Nachm.	2 Nachm.
	Weilburg auch	5½ Abends					
Local-Course.	Darmstadt	11 Vm., 3 Nm., 7 u. 8 Ab.**	I. III. V.	—	—	1½ Nm. 7 Abd.	8 Mgs. 2 Nm.
	Hanau	11½ Vm. 2 Nm. 5½, 8 Abds. u. 8 Abds. †*	I. III. V.	—	—	8 früh, 11 Vm., 1½ Nm. u. 5 Abd.	8 u. 10½ Mrg. 2 Nachm. 4 Nachm.
	Büdingen (Ortenberg, Nidda, Meerholz, Birstein)	1½ Nachmittags	III.	—	—	1½ Nachmitt.	2 Nachm.
	Mainz und Wiesbaden	10 Vorm, 1½ Nm., 5, 8 Abd. u. 8 Abends*†‡	I. II. III. V.	—	—	9½ Morgs. 1 Nachm. 4½ Abends 7 Abends	8 Mrg. 2 u. 4 Nachm.
	Homburg v. d. H.	8½, 10½ Vmitt. 12½, 4½ Nachm., 6½ Abd.	I. II. IV. VI.	9, 11 Mrgs., 1 u. 3 Nm. 7 Abends.	10½, 12½, 2½, 5, 8½ Ab.	9fr., 10 Vm., 4u. 6 Abds.	8 Morgs. 2 u. 4 Nm.
	Offenbach	9, 10½ Mrg. 1 Nm., 4½ u. 7½ Abds. u. 8 Abends *	I. II. III. IV. VI.	6fr., 8 Ab. Eilw. 11 Morgend. 5, 10 Abs.	5-6fr. u. 8-9 Ab 8½ Morgend. 1½, 9½ Ab.	10 Vormitt., 4 Nm., 7 Abd.	8 Morgens, 10½ Morm. 2 Nachmitt.
	Soden	12 Mittags.	IV.	1 Nm. pr. Dilig.	12—1 Mitt	11 Vormittags.	4 Nachm.
	Cronberg und Königstein	12 Mittags.	V.	1 Nm. pr. Dilig.	12—1 Mitt.	11 Vormittags.	4 Nachm.
	Bockenheim und Rödelheim	11 Mrg., 5 Ab.	III. VI.	—	—	9½ Mrg., 3 Nm.	8 Morgens, 2 Nachm.
	Bergen	2 Nachmitt. u. 8 Abends †*	I. V.	. . . . .	. . . . .	1½ Nm. u. 7 Abd.	8 Mr. u. 4 Nm.

Correspondenz nach England.

via Ostende.	Distributionstag	via Rotterdam.	Distributionstag	via Calais.	Distributionstag
tägl. 9½ Morgens.	I.	Sonntag, 7 Uhr Abds Mittwoch, 7 „ „ Samstag, 7 „ „	So. Mi Do. I.	Täglich 7 Abds.	tägl. excl. Do. I.

Die Versendung von Briefen mit Geld oder Geldeswerth mittelst der Briefpost ist unstatthaft, und müssen dieselben der Fahrpost-Expedition zur Beförderung übergeben werden, in welch letzterem Falle für den declarirten Werth Garantie geleistet wird.

Die Correspondenz nach den zum Bestellungsbezirk Frankfurt gehörenden Ortschaften wird um 8 Uhr Morgens bestellt; mittels Baarzahlung frankirte Briefe können bis Abends 8 Uhr aufgegeben, unfrankirte und mit Marken frankirte Briefe dagegen bis ½ Uhr Morgens in den Briefkasten am Postkaufe gelegt werden.

[2510]

Taunus-Eisenbahn.

Im Monat October l. J. wurden auf der Taunus-Eisenbahn ausschließlich der Militärtransporte, 58,759 Personen befördert.

Die Einnahmen betrugen während dieser Zeit:

a)	für Personentransport und Gepäck . .	31,271 fl.	22 kr.
b)	für Transport v. 43,094 Ctr. Frachtgut .	6,483 „	55½ „
c)	„ „ „ 22 Reisewagen. . .	170 „	42 „
d)	„ „ „ 463 St. Schlachtvieh, 6 Pferden, 275 Hunden u. 2220 Traglast.	463 „	1 „
e)	für 2 Erträgige	276 „	30 „
	Total der Einnahmen	38,665 fl.	30½ kr.

Frankfurt a. M., den 1. November 1852.

In Auftrag des Verwaltungsrathes
der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft.
Für den Director:
Wenther.

[2458]

Bekanntmachung.

Die pro 1. Nov. 1851 fälligen Coupons des Gräflich Erbach-Fürstenau'schen Anlehens werden an meiner Casse ausbezahlt.

Frankfurt a. M., den 29. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.

[2459]

Unser Comptoir befindet sich von nun an Zeil Nr. 41, der Post gegenüber.

J. J. Weiller Söhne.

[2422] Oeffentliche Ladung.

Johann Anton Wurm, Acct. S., und dessen Frau, Anna Maria geb. Zimmermann, den 24. März 1781 und beziehungsweise den 16. Februar 1783 zu Hersbrück geboren, welche sich vor etwa 30 Jahren von dort entfernt und seit dieser Zeit keine Nachricht von sich gegeben haben, oder im Fall ihres Todes ihre Erben, werden hierdurch auf Antrag ihrer bekannten nächsten Verwandten, in Gemäßheit der Fürstlich Fuldaischen Verordnung vom 25. Februar 1775 zum drittenmal aufgefordert, sich binnen einem Monat und 6 Wochen

von dem Tage an, wo diese Ladung zuerst in öffentlichen Blättern erscheint, so gewiß dahier zu melden, als ansonst ihr Vermögen, welches seither unter Curatel gestanden hat, an die aufgetretenen nächsten Verwandten ohne Cautionsleistung abgegeben werden wird.

Altenschlirf, am 20. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Weidig.

[2408] Edictalladung.

Ueber das Vermögen des mit einem Gläubigerantrage eingekommenen hiesigen Bürgers und Schuhmachermeisters Johann Jakob Hartmann und dessen Ehefrau, Wilhelmine, geborne Pardi, ist von hier aus der Concurs erkannt worden.

Es werden daher alle Diejenigen, welche aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche und Forderungen an die gemeinschuldnerischen Eheleute zu machen haben, hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem hiermit auf

Dienstag den 30. November 1852,
Vormittags 9 Uhr,

anberaumten Termine dahier anzugeben, auch ihr etwaiges Vorzugsrecht geltend zu machen, als sie ansonsten, wie hiermit eventuell geschieht, von der Masse ausgeschlossen sein sollen, und ihnen keine weitere Ladung, als an der Amtsthüre, ertheilt wird.

Zugleich werden die etwaigen Schuldner dieser Debitmasse angewiesen, ihre sämtlichen Beträge bei Strafe nochmaliger Zahlung nur an den verpflichteten Massemann Herrn Dr. Selz zu entrichten.

Frankfurt a. M., den 20. October 1852.

Stadt-Amt.
Dr. Pfarr.
Dr. Antoni, Act.

[2511]

Frankfurt-Hanauer Eisenbahn.

Im Monat October l. J. wurden befördert:
25,401 Personen, 3280 Ctr. und 22 Wagenladungen Güter, 296 Ctr. 31 Pfd. Gepäckübergfracht, 315 Stück und 1 Wagenladung Schlachtvieh, 92 Hunde und 1395 Traglasten.

Die Einnahme betrug einschließlich der Postbeförderungen
8,757 fl. 6 kr.

Frankfurt a. M., den 2. November 1852.

In Auftrag des Verwaltungsrathes,
der Director: **Jobel.**

[2505]

Bekanntmachung.

Mit Beziehung auf den Plan vom 1. November 1847 wird den Inhabern der Partial-Obligationen des Anlehens des Vereins deutscher Fürsten und Edelleute bekannt gemacht, daß die planmäßige zehnte Versoosung von 1000 Partial-Obligationen Montag den 15. November l. J., Morgens 9 Uhr, in dem Rathhause dahier öffentlich stattfindet und die Zahlung der Beträge demnächst durch das Bankierhaus Philipp Nicolaus Schmidt zu Frankfurt a. M. nach dem Plane erfolgt.

Wiesbaden, den 1. November 1852.

Vermöge Auftrags des Vereins.
Reuscher.

[2504] Bekanntmachung.

Alle, in dem abgeschlossenen Liquidationstermine und bis jetzt nicht aufgetretenen Gläubiger der Nachlaßbedürftmasse der Jacob Carl Scheinpflug'schen Eheleute werden hiermit von der Masse ausgeschlossen.

Frankfurt a. M., den 29. October 1852.

Stadt-Gericht I.
Dr. Diehe, Secretair.

[2497] Edictalladung.

Nachdem der Handelsmann Aron Sachsch von hier seine Insolvenz bei dem unterzeichneten Gericht angezeigt und es sich herausgestellt hat, daß dessen Passivvermögen das Activvermögen übersteigt, so wird zur summarischen Anmeldung der Forderungen dem Rechtsnachfolg der Auflösung, sowie zum Versuch der Güte, zum Beweis der Abwendung des förmlichen Concurses, bei dem Rechtsnachtheil, daß die zurückbleibenden Gläubiger als dem Beschlusse der Mehrzahl der erscheinenden beitretend angesehen werden sollen, ein auf den

6 December d. J., Vormittags 9 Uhr,

als Contumazialstunde vor unterzeichnetes Justizamt anberaumt.

Miltenberg, den 27. October 1852.

Kurfürstliches Justizamt.
Coster. vdt. Nagel.

Cours der Staats-Papiere.

3. November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.	
Oesterreich	50/M. (C.L.S.B. Roths)	93	P.	Nassau .	2 fl. 35 Loose . .	28⅝/ P. ⅛ G.	
»	50/M.V.J.1851 Ser. D.	93½	P.	Wurtemb.	4½/ Oblig. b. Roths.	101½ P. ⅛ G.	
»	5/ L. V. (C. b. Roths)	84	bez.	»	3½/ ditto	90¼ P.	
»	5/ do. Metall. C.L.S.B.	84½	P.	Kurhessen	40Thlr. b. Rothsch.	34½ P. ⅛ G.	
»	Bank-Actien . . .	1360	P.	»	Fcdr.-Wilhs.-Nordb.	44½ P. ⅛ G.	
»	5/ Metallic. Oblig.	80⅛	G.	Gr. Hessen	4½/ Obligationen	101⅛ P.	
»	5/ M.V.J.1851 Ser. A.	80⅛ P. ⅛ G.		»	4/ ditto b. Rothsch.	98½ P.	
»	5/ ditto ditto 1852	80⅛ G.		»	3½/ ditto b. Rothsch.	91⅝ G.	
»	4½/ ditto	72 P.		»	3. 50 Loose . .	91 P. 90½ G.	
»	4/ ditto	64¼ P.		»	3. 35 Loose . .	31½ P.	
»	3½/ ditto	48 P.		Frankfurt	3½/ Oblig. v. 1849	94½ P.	
»	3½/ ditto	40⅝ P. ⅜ G.		»	3½/ » v. 1846	94 P.	
»	1½/ ditto	16 P.		»	3½/ » . . .	85¾ P.	
»	2. 250 Loose b. Roths.	116 P.		»	Taunusbahnact.	302 P.	
»	2. 500 » ditto	191 P.		Russland	4½/ Obl. b. Baring	102 P.	
»	4½/ Oblig. b. Rothsch.	90½ P.		»	4½/ Obl. b. Hope & S.	91 P.	
Preussen	3½/ Staatsschuldsch.	93½ P.		»	4½/ » b. Stieglitz »	90¼ G.	
»	4½/ Oblig. b. Roths.	—		Polen . .	4/ Oblig. de 2. 500	91¼ G.	
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112 P.		Spanien	3½/ inl. Sch. P. 2. 2. 30	45⅞ P. 12/16 bez. ¾ G.	
Bayern	5½/ Oblig. b. Rothsch.	101⅛ P. ⅜ G.		»	3½/ Obligationen	24⅞ P. 12/16 G.	
»	4½/ ditto	100⅜ P.		Holland .	4½/ Certifikate . .	94⅜ G.	
»	4/ ditto	96¾ P.		»	3½/ Syndicats .	94⅛ G.	
»	4/ Ablös.-Rente .	96⅜ P.		»	2½/ Integrale .	63 P.	
»	3½/ Oblig. b. Roths.	90⅜ P.		Belgien .	4½/ inl. 2. 45 Thlr. fl.	96¾ P.	
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95½ P.		»	4½/ Obl. inT. a 28kr.	97⅜ P. ⅛ G.	
»	5/ Priorit.-Oblig.	102½ G.		»	4½/ Obl. in Fr. a 26 kr.	91 P.	
Baden . .	5½/ Obligationen .	101⅞ P.		»	3½/ Obl. b. Rothsch.	55⅝ P.	
»	4½/ Obligationen .	102⅜ G.		Sardinien	5½/ Obl. b. Rothsch.	97⅛ G.	
»	3½/ v. 1842 . .	90¼ P.		»	5/ Obl. b. Hambro	9⅜/ bez.	
»	2. 50 Loose v. 1840	66¼ P.		»	Sardinische Loose .	40⅝ G.	
»	2. 35 Loose v. 1845	33½ P. ⅛ G.		Toscana	5½/ Obl. 1850 (C.b. Golds.)	101¼ P. 101 G.	
Nassau	5½/ Oblig. b. Rothsch.	103⅛ P.		»	5½/ Obl. b. Bastogi (do.)	98⅛ G.	
»	4½/ ditto	99⅜ P.		Nizza	6½/ Stocks Nizz. 2. 50.	116⅛ P.	
»	3½/ ditto	91¼ P.		»	Vereins 2. 10 Loose	20¼ P. ⅛ G.	

Wechsel-Cours.

Den 3. November		Per comptant.
Amsterdam .	k. S.	100⅛ B.
(100 fl. Cr.t.)	3M.	—
Augsburg . .	k. S.	120 B.
(100 fl. Cr.t.)	62M.	—
Berlin . . .	k. S.	105 B.
(60 Thlr.)	3M.	—
Bremen (50 »	k. S.	97⅛ B. ⅛ G.
Cöln. (1 Lou.	3M.	—
Hamburg . .	k. S.	88⅛ B.
(100 Mk. Bc.)	3M.	—
Leipzig . . .	k. S.	105 B.
London . . .	k. S.	119⅛ B.
(10 Liv. St.)	3M.	—
Lyon	k. S.	94⅛ B.
(300 Fr.)	3M.	—
Mailand (300	k. S.	100⅛ B.
Lir. Austr.)	3M.	—
Paris	k. S.	94⅛ B.
(300 Fr.)	3M.	—
Wien (150 fl.)	k. S.	102⅛ B. ⅛ bez.
in 24 20 Fl.)		⅛ G.
Disconto . .		3½ B. 4 G.

Gold und Silber.

Pistolen	à 9	44–45
Pr. Friedrichsd'or)	» 9	54–55
Holl. 10 Fl. Stücke)	» 9	53½/–54½/
Rand-Ducaten .	» 5	37½/–38½/
20 Francsstücke	» 9	27–28
Engl. Sovereigns	» 11	53
Gold al Marco	» 352	–353
5 Frankenthaler	» 2	21–½/
Preuss. Thaler	» 1	45–½/
Preuss. Cassa-Sch.	» 1	44½/–45

Das Redigiren der Wechsel-Course

№ 264. — Donnerstag — den 4. November — 1852.

Der Abonnementspreis ist der Frankfurter Postleitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Postbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstl. Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 16½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. im 24 fl.-Fuß oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 18½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt den H. H. Bierbrot in Straßburg, Brandgasse Nr. 8., und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile 1½ Sgr. (4 Kreuzer) mit Berechnung oder deren Raum 5 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 31. Oct. In ihrer gestrigen Nummer tritt die „Oesterreichische Correspondenz" in einem längeren Artikel dem „Steele" entgegen, welcher in einem Aufsatz, über den wachsenden Einfluß des österreichischen Cabinets in Italien und über angebliche Bemühungen der ultramontanen Partei, daselbst den französischen Einfluß zu vernichten, Beschwerde führte, Piemonts Freiheit bedroht sah und Frankreich zu einem gemeinsamen Vorgehen mit England aufforderte. Den wachsenden Einfluß Oesterreichs in Italien glaubt sie in der Ueberzeugung der italienischen Fürsten und Regierungen zu finden, daß Oesterreich in Italien nichts Anderes bezwecke, als die ungeschmälerte Bewahrung der dort völkerrechtlich festgestellten Territorialbestände, die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung zum Schutze seiner eigenen italienischen Besitzungen und die Förderung der materiellen Wohlfahrt in der Anbahnung gleichartiger Zoll- und Handelssysteme. Die „O. C." findet ferner darin eine Berechtigung Oesterreichs, den italienischen Vorgängen und Verhältnissen eine mehr als objective Theilnahme zu widmen, daß es selbst eine italienische Macht ist, während sowohl Frankreich als England, als nicht italienische Mächte, bei Erhaltung der Ruhe und Wohlfahrt der Halbinsel ihr nichts so unmittelbar betheiligt erscheinen. — Morgen werden die Berathungen der Bischöfe des Reichs ihren Anfang nehmen. — Se. kaiserl. Hoheit der Großfürst Thronfolger Alexander von Rußland wird den 10. Nov. hier eintreffen. In Bregenz wird Se. kaiserl. Hoheit im Namen Sr. Maj. des Kaisers von dem k. k. Feldmarschallleutenant Fürsten Lobkowitz und von dem k. k. Major Grafen zu Königsegg empfangen, welche dann den hohen Gast auf seiner Reise durch die kaiserlichen Staaten nach Wien geleiten. — Am 27. d. M. wurde einer Deputation des Centralvereins zur Unterstützung verwaister mittelloser Töchter k. k. österreichischer Offiziere eine Privataudienz bei Sr. Maj. dem Kaiser zu Theil. Dieselbe überreichte ein Bittgesuch, in welchem zunächst um die allerhöchste Bewilligung zu einer tax- und stempelfreien großen Geldlotterie gebeten wird, deren Reinertrag für die Errichtung zweier Mädchenerziehungsinstitute für verwaiste Offizierstöchter in Lavori und Oedenburg verwendet werden soll. Die Deputation wurde von Sr. kaiserlichen Majestät freundlichst empfangen und erhielt in Betreff ihres Anliegens die huldreichsten Zusicherungen. Durch Kriegsministerialerlaß ist bestimmt worden, daß bei Anrechnung der Dienstzeit jedes Jahr, an dessen letztem December ein Mann in den Armeestand erscheint, ihm als ein volles Dienstjahr angerechnet werde, so zwar, daß der Mann achtmal am letzten December als im Truppenverband stehend vorkommen muß. — In Folge einer Einladung des Finanz- und Handelsministers v. Baumgartner hat am 19. Oct. eine Conferenz von Notabilitäten aus dem Finanz- und Handelsfache zur Berathung der jetzigen Lage des Geldmarkts stattgefunden. Die Frage, ob eine vom Staat und der Nationalbank unabhängige Creditanstalt, also eine Privatbank, die dazu bestimmt wäre, den industriellen Kreisen die Vortheile eines mit Umsicht bemessenen Credits zu gewähren, für den hiesigen Platz zweckmäßig sei, wurde von einer überwiegenden Majorität der Versammlung bejaht. Diese Ansicht fand hauptsächlich darin ihre Begründung, daß der geldbedürftige kleinere Gewerbs- und Handelsstand nicht immer in der Lage sei, alle durch die Statuten der Nationalbank vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen. Die nun zur weitern gründlichen Berathung dieses Projects vom Finanzministerium angeordnete Commission besteht aus Fachmännern und hat bereits ihre Thätigkeit begonnen. Wie verlautet, soll die Unternehmung auf ein Actiencapital in der Höhe von 4 Millionen Gulden basirt werden. — Nach dem Wortlaut des betreffenden Vertrags hätte die vorbereitende Periode für den Zollverein von Oesterreich-Parma-Modena schon mit dem 1. Nov. beginnen müssen; nach amtlicher Kundmachung ist der Termin, „unausweichlicher Zögerungen halber", bis zum 1. Dec. hinausgeschoben.

* **Berlin**, 1. Nov. Im gegenwärtigen Augenblick wird ein Buch stark besprochen, das den Titel führt: „Briefe über Staatskunst". Dasselbe wird einem bekannten Führer der äußersten Rechten zugeschrieben, wenigstens bewegt es sich in denselben Anschauungen und derselben Phraseologie, welche der Rundschauer der „N. Pr. Z." altmonatlich zum Lesen gibt. Ich behalte mir vor, in den nächsten Briefen auf dieses Buch zurückzukommen, und bemerke für jetzt nur, daß diese Briefe darauf zunächst ausgehen, den Beweis zu bieten, daß ein Eid auf eine Verfassung, welche von dem Gift des Constitutionalismus durchdrungen ist, eine Sünde sei, daß, wenn der Eid geleistet, die Sünde reumüthig zu bekennen und der Eid zurücknehmen sei. In einer sogenannten patriotischen Phantasie hat der Verfasser der „Briefe über Staatskunst" sich den Act ausgemalt, der bei dieser Gelegenheit stattfinden müßte. Oeffentlich in der Hauptkirche des Landes soll der Landesfürst, „schwarz gekleidet, ohne Hut und Handschuhe" vor dem ältesten und frömmsten Geistlichen des Landes seine Sünde bekennen und sich absolviren lassen. So verlangt es diese sogenannte „patriotische Phantasie".

* **Berlin**, 1. Nov. Die im Jahr 1851 in den Zollvereinsstaaten erhobenen Eingangsabgaben betrugen die Summe von 23 Mill. 341,540 Thlr. Diese Summe wird nach dem Bevölkerungsmaßstab so vertheilt, daß auf Preußen 56,07 pCt., auf Luxemburg 0,64, auf Bayern 15,23, Sachsen 6,37, Württemberg 6,07, Baden 4,58, Kurhessen 2,46, Großherzogthum Hessen 2,90, Thüringen 3,42, Braunschweig 0,83, Nassau 1,43 pCt. fallen; Frankfurt bekommt nach den besondern mit ihm bestehenden Verträgen vorweg 0,805,909 pCt. der Gesammteinnahme. Von Interesse ist es, nachzusehen, welchen Antheil von jener Summe die einzelnen Staaten des Zollvereins in ihren Zollstätten erhoben haben. Diese Zahlen lassen nämlich einmal ganz deutlich entnehmen, welches die wichtigsten und darum unentbehrlichen Handelswege für unsern Zollverein sind, und dann erlauben sie auch hier und da, wenn auch nicht mit gleicher Sicherheit, einen Schluß auf die größere oder geringere Consumtionsfähigkeit der einzelnen Vereinsländer. Nicht durchweg, denn mancher Artikel wird wegen des Bezugsortes mehr oder weniger ausschließlich durch den einen oder andern Staat transitirten und wird also bei seinen Zollstätten verzollt. Von jenen Eingangsabgaben wurden an preußischen Zollstätten erhoben 16,363,628 Thlr. oder 70,19 pCt., von Luxemburg 0,33 Bayern 5,19, Sachsen 9,09, Württemberg 1,49, Baden 2,89, Kurhessen 1,86, Großherzogthum Hessen 1,77, Thüringen 1,68, Braunschweig 1,59, Nassau 0,32, Frankfurt 3,69 pCt.

Breslau, 28. Oct. Der Fürst Demidoff hat die Durchreise durch unsere Stadt mit einem Act seiner gewöhnlichen Aufmerksamkeit für Wissenschaft und Wohlthun bezeichnet. Von der Leopoldinisch-Karolinischen Akademie als Mitglied unter dem Namen Franklin ernannt, hat er aus Verehrung für den Präsidenten dieser Akademie, Nees v. Esenbeck, demselben 600 Thlr. zur Verfügung gestellt, um dafür drei Preise für die besten von der Akademie zu machenden Aufgaben auszusetzen. (Bresl. Z.)

* **Aus Posen**, 31. Oct., wird uns geschrieben: Ueber den unzweifelhaft folgenreichen Zwist zwischen dem hiesigen erzbischöflichen Stuhl und unserm Oberpräsidium, der hier das ungetheilte Interesse in Anspruch nimmt, bin ich im Stande, heute authentische Mittheilungen zu machen, die um so mehr Interesse verdienen, als das Ende des Streites, der die wichtigsten Rechte des Staats tangirt, noch gar nicht abzusehen ist. Der wesentlichste Gegenstand der Collision betrifft die Besetzung der Pfarrstellen landesherrlichen Patronats. Nach dem preußischen Landrecht, wie nach allgemeinen canonischen Bestimmungen, hat der Patron das Ernennungs- und Berufungsrecht des Pfarrers, der demnächst, nach erfolgter Accep-

kation der Nomination, dem Bischof zur Einführung in das geistliche Amt präsentirt werden muß (jus nominandi et praesentandi). In der hiesigen Provinz nun gibt es eine bedeutende Anzahl von Kirchen, in Betreff deren das Patronat ehemals bei den Klöstern ruhte, aus deren Mitteln die Kirchen und Pfarrer erhalten wurden. Die Klöster und Stifter sind aber bei der Occupation der Provinz im Jahr 1796 säculariſirt, und in deren liegende Güter ist der Staat als Besitzer eingetreten. Die Revenüen aus diesen Gütern bilden Fonds, die zu Kirchen- und Schulzwecken vom Staat verwendet werden. Mit dem Besitz dieser Güter hat der Staat zugleich die Patronatslast gegen die dazu gehörig gewesenen Kirchen und Pfarrer übernommen, und das mit dem Patronat verbundene Recht zur Besetzung der Pfarrstellen, in Uebereinstimmung mit den bestehenden Landesgesetzen, ausgeübt. Im Beginn der vierziger Jahre dieses Jahrhunderts ist der erzbischöflich Stuhl unerwarteter Weise mit der Ansicht vorgetreten, daß es doch zweifelhaft erscheine, ob durch Säculariſation der Klöstergüter auch das Patronat auf den Staat übergegangen sei; er glaube vielmehr das Patronatsrecht in Besetzung der Pfarrstellen für sich in Anspruch nehmen zu dürfen. Es ist hierauf seitens des Staats zunächst erwidert: ob der erzbischöfliche Stuhl auch die Patronatslast mit übernehmen wolle; verneinendenfalls müsse man schon Patronatsrecht und Last als zusammengehörig betrachten und einstweilen den Besitz fortsetzen. Hierauf ist seitens des erzbischöflichen Stuhls erklärt worden, daß er die Besetzung der vom Landesherrn berufenen Pfarrer in allen von ihm für streitig erklärten Fällen verlagen werde. Weiterhin ist hat man sodann eingewilligt, daß von einer definitiven Ernennung in den zur Erledigung gelangten Fällen bis zur Entscheidung Abstand genommen werden sollte. In der Zwischenzeit sollte der vom landesherrlichen Patron designirte Geistliche nur commendarisch, das heißt auftragsweise die erledigte Stelle verwalten. Zugleich forderte man den erzbischöflichen Stuhl auf, den Rechtsweg zu betreten. Dies geschah in mehreren gerade zur Erledigung gelangenden Fällen. Die Proceße endeten übereinstimmend dahin, daß der erzbischöfliche Stuhl mit seinen Ansprüchen ab und zur Ruhe gewiesen wurde. Inzwischen war die Präsentation des Patronat Juris Gutsherrlich, vom Richter für durchgreifend und der Gegenbewis für mißlungen erklärt. Der erzbischöfliche Stuhl entzegnete darauf, daß er die Erkenntniße der weltlichen preußischen Gerichte für sich nicht bindend anerkenne, und die Berufung der Pfarrer zu Pfarrstellen landesherrlichen Patronats wurde durch die versagte geistliche Bestätigung auch fernerhin inhibirt. Der erzbischöfliche Stuhl wandte sich an das Ministerium. Von dort machte man die Proposition, die Besetzung der geistlichen Stellen, je nachdem dieselben in den geraden oder ungeraden Monaten zur Erledigung gelangen würden, zwischen der geistlichen und weltlichen Behörde zu theilen. Der erzbischöfliche Stuhl zeigte sich unter gewissen weitergreifenden Bedingungen nicht abgeneigt, hierauf einzugehen, als es handelte sich darum, die Zustimmung der Krone zu erlangen. Inzwischen traten die Ereigniße des Jahres 1848 ein. Die Verfassungsurkunde vom 5. Dec. 1848 stellte die Verwaltung der Kirche frei vom Staate; über das Kirchenpatronat sollte (nach Art. 14) ein besonderes Gesetz ergehen. Der erzbischöfliche Stuhl hielt sich seiner früherdin gethanen Erklärungen hierdurch für entledigt; das Besetzungsrecht in seinem ganzen Umfange wurde von ihm in Anspruch genommen, und selbst von einer Mitwirkung der weltlichen Behörde war nicht mehr die Rede. Das in Aussicht gestellte Gesetz über das Kirchenpatronat erschien indeßen nicht, und die veränderte Verfassungsurkunde vom 31. December 1849 bestimmte darüber bei: „Das Ernennungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen, soweit es dem Staate zusteht und nicht auf dem Patronate beruht, wird aufgehoben.“ Die Differenz blieb in der alten Lage. Das Recht und der Besitz des Landesherrn schlief, durch den Widerspruch des erzbischöflichen Stuhles gehemmt, seit beinahe zehn Jahren. Das jetzige Oberpräsidium nahm dieses Recht wieder auf. Es verlangte, wie früher, zunächst nur eine Mitwirkung bei Bezeichnung des Geistlichen, dem die Pfarrstelle königlichen Patronats einstweilen übertragen werden sollte; es berief sich dabei auf das Recht, auf den Besitz und auf die richterlichen Erkenntniße. Der erzbischöfliche Stuhl wies aber jede Mitwirkung rund ab. Der Oberpräsident hat nun, kraft der ihm verfassungsmäßig zustehenden Ausübung des landesherrlichen Patronatsrechts, erklärt, daß die ihn treffende Verantwortlichkeit ihm verbiete, die landesherrlichen Gerechtsame längerhin durch den geistlichen Einspruch stören zu lassen. Der Erzbischof hat darauf mit der bekannten Demonstration geantwortet. So liegt heute dieser wegen seiner wahrscheinlichen Folgen wichtige Streit, dessen Ende nicht abzusehen ist. — Gestern hatten die hiesigen conservativen Deutschen sich zu einer Vorwahl für die am 3. November anstehende Kammerdeputirtenwahl versammelt; es ging darin ziemlich bewegt her und namentlich erklärten die 30 jüdischen Wahlmänner, keinem Candidaten ihre Stimme geben zu wollen, der nicht zuvor auf das bestimmteste versichere, den § 12 der Verfassung (Garantie der Religionsfreiheit und Gleichberechtigung der Confessionen) festhalten zu wollen. Ziehen aber die Juden ihre Stimmen zurück, so ist es nicht unmöglich, daß hier die polnischen Candidaten die Majorität erhalten.

Ludwigshafen, 2. Nov. Die Eröffnung der preußischen Bahnstrecke, von der französischen Grenze bei Forbach bis zur bayerischen bei Neunkirchen, wird nun bestimmt am 15. d. M. stattfinden. Am darauf folgenden Tag wird sodann die Paris-Ludwigshafener Bahn in ihrer ganzen Länge dem Betrieb übergeben werden. Der Präliminarvertrag über den Anschluß der preußischen an die bayerische Post wurde gestern von zwei Postbeamten der betreffenden Staaten hier abgeschlossen. Sicherm Vernehmen nach werden endlich auch auf unserer Ludwigsbahn demnächst die siegenden Postbureaus mit vollen Coupés laufen.

§ **Aus Thüringen**, 2. Nov. Die in Weimar versammelt gewesene Conferenz von Abgeordneten sämmtlicher thüringischer und anhaltischer Regierungen, behufs Revision der nach einseitiger liberaler Theorie verfaßten Strafproceßordnung der meisten jener Länder, hat eine Commission aus ihrer Mitte, bestehend aus dem rudolstädter Minister v. Bertrab und dem Appellationsrath Rebling in Eisenach, gewählt, um jenes Gesetz dem gefaßten Beschluß gemäß zu redigiren. Nach Vollendung dieser Arbeit wird die Conferenz wieder auf kurze Zeit zusammentreten, um dieselbe zu prüfen und die Endbeschlüße zu faßen. — Die Berufung des Erbprinzen Ernst von Sachsen-Altenburg, mit der ältesten Prinzessin des Herzogs Leopold von Anhalt-Dessau, ist jetzt officiell bekannt gemacht worden.

w **Frankfurt**, 3. Nov. Die in diesen Tagen abgebrochene sogenannte alte Brückenmühle wurde im Jahr 1636 erbaut, nachdem im vorhergehenden Jahr die an dieser Stelle gestandene Mühle während eines heftigen Gefechts zwischen den Schweden und den vereinigten Kaiserlichen und Frankfurter Soldaten in Brand geschossen und mit einem großen Kornvorrath zu Grunde gegangen war. Die gegenüberstehende Brückenmühle wurde im Jahr 1814 erbaut. Während eines Treffens zwischen Bayern und Franzosen, am 20. November 1813, war auch dieser Steinbau stark beschädigt worden und die Franzosen in Brand geschossen worden. Die Brücke selbst wurde im Jahr 1343 erbaut, nachdem die furchtbare Wasserfluth von 1342 die alte Brücke bis auf den Grund zerstört hatte.

Schweiz.

Neuenburg, 31. Oct. Die heute in hiesiger Stadt vorgenommene Wahl eines Friedensrichters und seiner beiden Beisitzer hatte in sofern eine politische Bedeutung, als ihr eine solche von der royalistischen Partei beigelegt und in dieser Art als Bewerbsmittel ersehen worden war, daß in der Hauptstadt des Kantons noch immer Anhänglichkeit an die vorige Regierung obwalte, was man namentlich im Hinblick auf die nahe Wiederaufnahme der Londoner Conferenzen für erspriesslich hielt. Auch konnte es dieser Partei nicht ganz gleichgiltig sein, das Friedensrichteramt, dem sich hin und wieder die Familiengeheimnisse der Geld- und Geburtsaristokratie erschließen müssen, von einem politischen Gegner verwaltet zu sehen. Trotz den bezüglichen Anstrengungen erhielt jedoch der eidgenössisch gesinnte Candidat E. E. Pentpierre 571 Stimmen gegen 372, welche auf den anderseitigen Candidaten fielen. Dasselbe Verhältniß, ein Mehr von 200 Stimmen, erhielt sich auch bei der Wahl der beiden Beisitzer. Das Resultat aus den Weinland und aus den Bergen ist noch nicht bekannt; doch zweifelt man nicht, daß auch die dortigen Beamten im Sinn der gegenwärtigen Richtung gewählt wurden.

Aus der Schweiz, 1. Nov. Der zwischen der Schweiz und dem deutsch-österreichischen Postverein abgeschlossene Postvertrag wird vom 1. November an nun auch für den Verkehr mit den österreichischen Staaten in Anwendung und somit seinem ganzen Umfange nach zur Ausführung kommen. — Die Banken in Zürich und in Basel haben ein Uebereinkommen mit einander getroffen, wonach diese beiden Anstalten künftig nicht nur gegenseitig ihre Banknoten einlösen, sondern auch Anweisungen auf einander ausstellen werden. Eine demnächst erscheinende Publication wird die näheren Bestimmungen enthalten. — Die Polizei von Baselstadt hat den preußischen Arbeitern den 6. November als Termin ihrer Abreise gesetzt. — Zu Professoren der deutschen Sprache an der tessinischen Gelehrtenschule sind die Herren Zürcher-Dumbel von Zürich und Deutsch von Basel gewählt worden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 31. Oct. Um auch den Schein zu vermeiden, als ob unsere Regierung noch ernstlich an die Reconstituirung des Zollvereins glaube, ist durch Verfügung des Finanzministeriums in Gemeinschaft mit dem Handelsminister angeordnet, daß sämmtliche

Vorbereitungen zur Herstellung der Grenzbewachung, der Zollämter ꝛc. aufzunehmen werden sollen, wie sie bei einer Trennung Preußens von den übrigen Zollvereinsstaaten mit Ausnahme der thüringischen Staaten und Braunschweigs nöthig werden müßten. Es sind namentlich die Provinzialsteuerdirectoren für Westfalen und Sachsen damit beauftragt, die umfassendsten Gutachten darüber einzureichen, nachdem sie sich an Ort und Stelle mit den Localverhältnissen vertraut gemacht haben. (D. A. Z.)

* **Berlin**, 1. Nov. Die „Zeit" meldet: Nach Depeschen, welche heute im auswärtigen Amte eingegangen sind, hat die Krankheit Sr. Maj. des Königs von Schweden eine so gefährliche Wendung genommen, daß bereits eine Interimsregierung eingesetzt ist. Dieselbe besteht zur einen Hälfte aus schwedischen, zur andern Hälfte aus norwegischen Staatsräthen. Das letzte Bulletin lautet etwas günstiger, ohne jedoch bestimmte Hoffnung zu gewähren.

‡ **Berlin**, 2. Nov. Die Wahlmänner des ersten hiesigen Wahlkreises, welcher, wie ich früher bereits andeutete, wegen der in ihm vertretenen Elemente der bedeutsamste der Hauptstadt ist, waren gestern Abend zur entscheidenden Vorwahl versammelt. Das Ergebniß der Abstimmung ist folgendes: Der Generalsteuerdirektor Kühne erhielt 274 Stimmen, Herr v. Patow 247 und der Stadtrath Bob 234. Die von der conservativen Partei aufgestellten Candidaten blieben in der Minderheit. Dieser Partei dürfte nunmehr aber den früheren Cultusminister, Herrn v. Ladenberg, als Candidaten aufstellen, da sich die Mittelpartei wegen der Haltung des Herrn v. Ladenberg im Jahr 1850 zur Unterstützung desselben bei der morgen stattfindenden Wahl aus eigenem Antrieb bereit erklärt hat. Auf diese Weise wäre es nicht unmöglich, daß schließlich noch eine Wahl auf Herrn von Ladenberg fallen könnte. Für den Generalsteuerdirector Kühne haben die constitutionelle und die Mittelpartei vereint gestimmt, so daß die Zahl der auf Kühne gefallenen Stimmen zugleich genau die Stärke dieser beiden Richtungen in dem ersten Wahlkreise Berlins angibt. Sie sehen daraus, wie völlig unrichtig die Angabe mehrerer Blätter war, wonach diese beiden Parteien kaum den zehnten Theil der Wahlmänner als ihrer Richtung angehörig betrachten könnten. Daß die Stimmung der Hauptstadt entschieden für die Aufrechthaltung der Verfassung ist, darüber kann nach solchen sprechenden Thatsachen der leiseste Zweifel nicht mehr obwalten. Was die für den Absolutismus schwärmende Partei anbelangt, die man indessen nicht mit der ministeriellen und Kreuzzeitungspartei identificiren muß, so hat dieselbe hier in der Hauptstadt eine solche totale Niederlage erlitten, daß sie gar nicht mehr in Betracht kommen kann. Bei so bewandten Umständen diese Partei, wenn man eine Anzahl untergeordneter Geister überhaupt so nennen kann, so gut wie Null. Es möchte als die hauptsächliche Bedeutung der Berliner Wahlen in Bezug auf die innere Entwickelung hervorzuheben sein, daß die Hauptstadt der Reactionsbestrebungen ein kräftiges und lautes Halt entgegenruft.

München, 1. Nov. Se. Maj. der König ist heute Abend im besten Wohlsein hier eingetroffen und wird sich morgen auf mehrere Tage ins Gebirg, in die sogenannte vordere Ries, zur Jagd begeben. — Der Kronprinz von Württemberg und dessen Gemahlin, Großfürstin Olga, werden, wie zur Zeit bestimmt ist, am 12. d. M. zu einem mehrtägigen Besuch unseres königlichen Hofs hier eintreffen und wahrscheinlich in der königlichen Residenz wohnen. — Vorige Woche sollten in Dorfen Gerichtsgefälle von hier, wie es hieß, in Folge einer Requisition aus Köln um ihr Zusammenhang mit dem Beckerschen Processe, verhaftet werden; es ergab sich jedoch, daß derselbe schon vor längerer Zeit nach Amerika ausgewandert ist. (N. K.)

Oldenburg, 30. Oct. In der heutigen Sitzung des Landtags ist das Revisionswerk, welches uns seit fast einem Jahr beschäftigt hat, zum Abschluß gelangt. Der gegenwärtige Landtag hat die auf dem vorigen Landtag gefaßten Beschlüsse zur Revision des Staatsgrundgesetzes vom 18. Februar 1849 mit 26 gegen 19 Stimmen in ihrer Gesammtheit bestätigt.

‡ **Paris**, 2. Nov. Wegen des gestern begangenen Allerheiligenfestes ist, mit Ausnahme von „Galignani's Messenger", heute nicht ein einziges Blatt erschienen. Seit vielen Jahren ist dies das erstemal, daß die Presse den Feiertag in solchem Umfang beizigt; denn bis zum Regierungswechsel im vorigen December gab es wenigstens immer noch zwei bis drei Blätter, welche sich um die kirchlichen Feiertage nicht kümmerten. Die ganze Pariser Bevölkerung hat heute die drei Friedhöfe der Hauptstadt besucht, um die Gräber mit Blumen zu schmücken.

Abdel-Kader hat heute in Begleitung des Generals Daumas und des Commandanten Beissonnet das Ministerium des Innern besucht, wo ihn Herr v. Persigny mit großer Auszeichnung empfing. Beide unterhielten sich eine Zeitlang, worauf sich Abdel-Kader mit herzlichem Händedruck von dem Minister verabschiedete. Hierauf stattete der Emir auch im Polyteiministerium einen Besuch ab, wo er, da Herr v. Maupas seit einigen Tagen auf Urlaub abwesend ist, vom Cabinetschef Thiblin mit großer Aufmerksamkeit begrüßt wurde.

Im Verlauf des gestrigen Tages sind sehr interessante Versuche mit dem elektrischen Telegraphen im Ministerium gemacht worden, um die Möglichkeit einer directen Verbindung zwischen Paris und London durch die unterseeischen Drähte zu erproben. Die Depeschen wurden über Calais und Dover nach London befördert und da die Versuche vollkommen befriedigend ausfielen, so bleibt jetzt nur noch die directe telegraphische Verbindung zwischen Calais und Paris herzustellen. Frage und Antwort über das Wetter waren in fürzerer Zeit zwischen Paris und London gewechselt, als man zu ihrem Niederschreiben braucht. Schon in drei bis vier Tagen soll deshalb ein regelmäßiger Telegraphendienst zwischen beiden Hauptstädten hergestellt sein.

Vorgestern ist die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen in Ostende eingetroffen und gedachte sich gestern nach England einzuschiffen.

Das Syndicat des Handelsstands von Marseille hat an den Prinz-Präsidenten eine Adresse um Herstellung des Kaiserreichs des Friedens gerichtet.

** **Madrid**, 27. Oct. Baron Ward, der Premierminister des Herzogs von Parma, ist gestern vom spanischen Minister des Auswärtigen Ihrer Maj. der Königin vorgestellt worden, um derselben „im Auftrag seines Souveräns, als des Haupts der herzoglichen Familie, den Ausdruck der Achtung und Ergebenheit zu überbringen, der, wenn auch später kommend, doch um nichts weniger aufrichtig sei." — Die Königin nahm diese Begrüßung ihres Vetters als eine jedenzeit angenehme entgegen. Baron Ward stattete hierauf den Ministern seinen Besuch ab und wird in wenigen Tagen nach Parma zurückkehren. Das Colonienconseil hat das Project, ein specielles Colonienministerium zu errichten, zugegeben, und dieser Gegenstand unterliegt nun der Entscheidung des Cabinetsraths. — Das spanische Evolutionsgeschwader, aus drei Corvetten, drei Briggs und einem Dampfboot bestehend, ist am 23. d. M. von Carthagena nach Mahon abgegangen. — Für den hingeschiedenen Herzog v. Upland, Sohn des Königs von Schweden, ist sechstägige Hoftrauer angeordnet. — Abarsandte von Catalonien sind von Conseilspräsidenten und dem Minister der öffentlichen Arbeiten empfangen worden, die Concession einer Eisenbahn von Saragossa nach Barcelona nachzusuchen.

** **Madrid**, 28. Oct. Die amtliche Zeitung veröffentlicht heute folgendes Decret der Königin: „Indem ich einen Beweis meiner königlichen Achtung für meinen vielgeliebten Vetter Karl von Bourbon, Herzog von Parma, zu geben wünsche, verleihe ich ihm die Prärogative eines Infanten von Spanien und verordne, daß ihm alle Ehren und Auszeichnungen werden sollen, welche seinen hohen Rang zukommen." — Die spanische Armee soll bei dem Leichenbegängniß des Herzogs von Wellington von dem General Manuel de la Concha vertreten werden. Auch soll die Regierung den Verkauf aller spanischen Salinen beabsichtigen.

‖ **London**, 1. Nov. Ein neues Rundschreiben des Ministeriums fordert die Mitglieder des Parlaments dringend auf, sich pünktlich zur Session einzufinden. Eine der ersten Fragen, über welche das Parlament entscheiden soll, wird ein Creditbegehren von 10,000 Pf. St. für die Kosten der Leichenfeier des Herzogs von Wellington sein.

* Nachrichten aus **Kenyork** vom 20. October zufolge ist dem amerikanischen Dampfer „Crescent City" in der Havanna zum zweitenmal die Landung seiner Passagiere und Frllesten, sowie jeder Verkehr mit der Insel verweigert worden. Diese Demonstrationen des Capitäns waren fruchtlos und die „Crescent City" verließ den Hafen, nachdem ihr Capitän dem amerikanischen Consul der Havanna einen Protest übergeben hatte.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen in Köln.**

XXII.

/ **Köln**, 31. Oct. (Fortsetzung der Sitzung am 30. October.) Das öffentliche Ministerium weiß darauf hin, wie man beraiben habe, ob auch Nichtcommunisten, aber entschierene Revolutionäre, in den Bund aufzunehmen seien. Man beschloß, sich mit ihnen zu verbünden und gewissermaßen eine zweite Klasse aus ihnen zu bilden. Als solche zweite Klassen auffanden Arbeitervereine, Arbeiterbildungsvereine, Turnvereine ꝛc., indem man die Zügel zu ergreifen wußte, ohne daß ein großer Theil der Mitglieder ahnte, wohin es gehen sollte. In ähnlicher Weise sei man in Frankreich verfahren. Es wird eine Ansprache Willichs vom 1. Oct. angeführt und bemerkt, die

Angeklagten lehnten zwar alle Solidarität mit der Schapper-Willich'schen Partei ab, so wie mit allem was vor dieser geschehen sei, doch wären sie Zweige eines und desselben Stammes, und verfolgten genau denselben Zweck. In der Ansprache von Bürgers werde der Gegenpartei vorgeworfen, daß sie alle Schriftstellerelemente ausschließe, nur Arbeiter im Bunde dulde und eine rohe Gleichmacherei einführen wolle, was freilich Marx und dessen Genossen nicht gefallen konnte; nirgend aber rüge man, daß sie zu kriegerisch sei. Wie wenig man in den Principien von Schapper abwich, gehe daraus hervor, daß man diesen, der sich früher einmal selbst für die Verlegung der Centralbehörde nach Köln aussprach, zu gewinnen suchte, und in London zwei Kreise bilden wollte, einen mit Ecarius und einen mit Schapper an der Spitze. In seiner eigenen Ansprache sage Bürgers: „Sind wir nicht berufen, als feste Phalanx in die Bewachung einzugreifen? Sollte es uns umgekehrt gehen, als den Parisern, denen die Organisation fehlte? Sollten uns, die wir organisirt sind, Köpfe und Arme fehlen?“

Eine Pause tritt ein. Nach derselben bringt das öffentliche Ministerium ähnliche Belege aus dem Entwurf, den man in Bürgers Brieftasche gefunden, wie aus Briefen von Bürgers und Röser an Lassalle, ferner aus dem „Rothen Katechismus“, der mit einem Zettel von der Hand des Marx in Krefeld ankam. Die Handschrift des Marx hat uns der Experte bekundet. Es wird auf die Briefe von Stechan an Osw. Dietz und von Dr. Lucius an Pastor Dulon verwiesen, welche beide noch nicht zu der Rohheit des Communismus hinabgesunken waren, um sich mit dessen Verbreitung zu befassen. Dr. Lucius meinte ja, man müsse Front machen gegen diese Barbaren. Was der „Rothe Katechismus“ in Betreff der Religion lehrt, findet sich in Bürgers Statut wieder, indem es Lossagung von aller Religion verlangt. Das öffentliche Ministerium verliest mehrere Stellen im rothen Katechismus, namentlich Ausfälle gegen den Papst, und den Satz: „Die sociale Revolution ist meine Religion.“ Daß aber Köln auch mit den französischen Communisten und namentlich mit Gerval in Paris in Verbindung stand, geht aus dessen Aussagen hervor. Dieser gehörte anfänglich zur Marx'schen Partei, als aber Marx, trotzdem daß die Centralbehörde nach Köln verlegt war, von London aus ihm seine Bestimmungen zugehen ließ, während Gerval nur mit Köln in Verbindung treten wollte, ließ er sich durch den Emissär Meyer bestimmen, mit seinen Anhängern zur Fraction Schapper-Willich überzutreten. In der Ansprache von London vom 1. October heißt es: an die Stelle des Princips seien die Personen getreten. Die Schapper-Willich'sche Partei drückt es deutlich aus, man behandle sie als Abtrünnige, sie sei aber nur abtrünnig von den Personen. Man habe sie zu Fußschemeln einstiger Größen gebrauchen wollen. So lange man sich der Dictatur des Marx unterworfen habe, wäre man mit Lob überhäuft worden, als man dieser aber müde war, habe man sie immer beleidigender und flegelhafter behandelt. Zuletzt habe man den „Staatsstreich“ gemacht, die Centralbehörde nach Köln zu verlegen, weil man in London alle Stütze verloren hatte. Das öffentliche Ministerium verliest Stellen aus der Ansprache vom December 1850, worin es heißt: „Der communistische Bund darf nicht fehlen auf dem Kampfplatz.“ Man wolle keine Lamartine'schen Phrasen und sentimentale Umarmungen. Der Bund rekrutire sich aus den Arbeitervereinen (der zweiten Klasse). Aus dem Allen ist die Tendenz des Bundes hinlänglich erwiesen.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Die Vervollständigung des österreichischen Eisenbahnnetzes ist im Jahr 1852 in höchst umfassender Weise betrieben worden. Wir entnehmen die betreffenden wichtigern Resultate den unter obiger Aufschrift in der „Austria“ zusammengefaßten authentischen Daten. In nordöstlicher Richtung wurde die Ausführung der Linie von Bochnia bis Dembica so kräftig in Angriff genommen, daß mit Ausnahme der Unterbauarbeiten für die Stationsplätze im Verlauf dieses Jahres der Bau seinem Ende zugeführt werden dürfte. Außer diesem wurde aber auch die Tracirung der Fortsetzung von Dembie nach Jaroslau in diesem Jahr beendet. Zugleich wurden auf dieser Route die Vorerhebungen zur Vereinigung der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn mit der Krakauer Nordbahn von Oswiecim aus eingeleitet, und sind die technischen Vermessungen bereits so weit gediehen, daß nächstens die Projecte beginnen werden. In südöstlicher Richtung haben auf der Preßburg-Waitzner Strecke der gänzliche Ausbau und mehrfache Ergänzungsarbeiten stattgefunden. In weiterer Fortsetzung dieser Richtung von Czegled bis Szegedin sind auch die Unterbauten fast gänzlich zu Ende geführt worden, so daß mit der Legung des Oberbaues nächstens begonnen werden kann. Nach den getroffenen Einleitungen dürfte es kaum mehr einem Anstande unterliegen, daß diese Bahn im Sommer des Jahres 1853 der öffentlichen Benutzung übergeben werden könne. Das Project für den weiteren Ausbau der Bahn von Szegedin nach Temesvar ist bereits an das k. k. Handelsministerium zur Vorlage gebracht. Die zweite bereits genehmigte Auszweigung dieser Hauptrichtung erstreckt sich von Szolnok bis Debreczin. Das Project für die Bahn von Püspök-Ladani bis Großwardein ist zwar schon ausgearbeitet, doch sind in Betreff des Kostenaufwandes einige Berichtigungen vorzunehmen. Zur Fortsetzung der Bahn von Großwardein gegen Klausenburg sind bereits technische Recognoscirungen vorgenommen worden. In östlicher Richtung ist das Project von Steinbrück bis zur croatischen Grenze, wie auch der Operationsplan zum Ausbau dieser Bahn bereits vollständig ausgearbeitet. In südlicher Richtung wird die gänzliche Beendigung der Passage über den Semmering bis Ende des Sommers 1853 in Aussicht gestellt. Auch der Bau der weitern Intervallen in dieser Richtung und zwar von Laibach bis Leitsch und von Nabresina nach Triest, sowie der Unterbau des Stationsplatzes in Triest selbst, sind verhältnißmäßig vorwärts geschritten, so daß, in Ansehung der Schwierigkeiten, die das Terrain veranlaßt, das bisher Bewerkstelligte als befriedigend angesehen werden kann. In westlicher Richtung sind die vollständige Tracirung der Strecke von Marburg bis Klagenfurt und die betreffende Projectausarbeitung im Zuge; für die Strecke von Bruck nach Salzburg und zur bayrischen Grenze sind die technischen Vorerhebungen zum Theil beendet, ebenso von Salzburg gegen Linz; für die Strecke von Innsbruck nach Kufstein sind die Projecte zur Ausführung in der Arbeit; für die Strecke von Linz über Passau zur bayerischen Grenze gegen Regensburg werden die Erhebungen gemacht und ebenso in gleicher Richtung von Böhmen aus gegen Bayern über Kralup und Pilsen nach Hof ist eine Ingenieurabtheilung mit der Tracirung beschäftigt. Bei der Wiener Verbindungsbahn, welche die Bestimmung hat, die nördlichen Bahnen mit den südlichen in Zusammenhang zu bringen, ist der Viaduct durch die Weißgerbervorstadt, zunächst dem Wiener Donaukanal, im heurigen Jahr beendet worden und haben auch die Tracirungsarbeiten für den Eingangspunkt in den Nordbahnhof über den Praterstern stattgefunden.

Friedrich-Wilhelms-Nordbahn. Einnahme im September 1852

	36,200	Thlr.	—	Sgr.	—	Hell.
Monat September 1851	23.111	„	13	„	6	„
Mehreinnahme 1852 . . . . : . .	13.088	Thlr	16	Sgr.	6	Hell.
Gesammteinnahme bis ult. Sept. 1852 .	269,717	Thlr.	1	Sgr.	9	Hell.
ditto ditto 1851 .	188,001	„	—	„	7	„
Gesammtmehreinnahme 1852 . . .	81,716	Thlr.	1	Sgr.	2	Hell.

Die fast vollendete Strecke der westfälischen Eisenbahn, Warburg-Paderborn, welche die Friedrich-Wilhelms-Nordbahn mit der Köln-Mindener Eisenbahn verbindet, wird dem Vernehmen nach im nächsten Frühjahr dem Betrieb übergeben, und da die Strecke auf der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn von der thüringischen bis zur westfälischen Eisenbahn, d. h. von Gerstungen bis nach Warburg 17 Meilen, dagegen von Gerstungen nach Guntershausen, wo die Main-Weser-Eisenbahn anschließt, nur 8 1/2 Meilen lang ist, so bedarf es bei der Wichtigkeit der ersteren Verbindungslinie an und für sich keiner detaillirten Auseinandersetzung, um die Behauptung zu rechtfertigen, daß alsdann die Einnahme der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn sich auf das allergünstigste gestalten, und in progressivem Maßstabe die Einnahmen dieses Jahres bedeutend übersteigen werden.

Börsenberichte.

Frankfurt, 3 Nov. Auch heute waren die meisten Fondsgattungen in Folge des auf hiesigem Platze gegenwärtig herrschenden Geldmangels im Cours gedrückt. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 80 pCt., 4 1/2 pCt. Metall 71 3/8 pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. 87 7/8 à 88 pCt., Wiener Bankactien 1356 fl., 250 fl. Loose 115 3/4 pCt. Von spanischen Fonds waren 1pCt. pr. Cassa 24 13/16 pCt., pr. Ultimo täglich lieferbar 24 7/8 pCt. G.; 3 pCt. Inländische 45 3/4 pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn 41 1/4 pCt., Berbach 94 3/4 pCt., Köln-Minden 112 pCt., Taunus 301 fl. Alle übrigen Werthpapiere waren ebenfalls per Cassa zu niedrigern Preisen zu erhalten. — Abends in der Effectensocietät wurde in Allem nichts gethan.

Berlin, 2. Nov. Staatssch. 94 1/4 Brf., 93 3/4 G. — Köln-Minden 112 1/4 Brf., 111 1/4 G. — Fr.-W.-Nordbahn 41 3/8 Brf., 40 5/8 G., 41 1/4 à 41 bez.

Paris, 2. Nov. 4 1/2 pCt. Rente 105, 60. — 3pCt. 81, 60. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 94 7/8. — Span. neue Diff. 24 7/8, 25. — Neue 3pCt. —. — Innere Schuld 46 1/4. — Passive —. — Bankactien 2990. — Piemont 5pCt. 98, 90. — Römisches Anlehen Juni 1850 99. — do. 1850 —. — St. Germain-Eisenbahn 1540. — Versailles, linkes Ufer 355. — Straßburg-Basel 370. — Nordbahn 890. — Paris-Straßburg 870.

Die heutige Abrechnung war eine sehr mühsame, und die 3pCt. Rente blieb 20, die 4 1/2 pCt. 40 Cent. unter dem Schlußcours vom Samstag. Auf den Bahnactienmarkt übte dies jedoch keinen Einfluß und die meisten Linien waren gesucht.

Madrid, 28. Oct. 3pCt. 47 7/16 P., n. d. Börse 47 3/8 — 1pCt. Neue 26 3/8 P., n. d. Börse 26 5/16.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 3. Nov. 5pCt. Met. 93 3/4. — 5pCt. do. A —. — B. 109 1/4. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 93 7/8. — 4 1/2 pC. do. 84 1/8. — Bankactien 1333. — 250 fl. Loose 134 3/4. — London 11 fl. 29 kr. — Silber 15. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102 3/4. — K.-F.-Nordbahn 216. — Livorno-Florenz 101 1/4. — Siena-Empoli 70. — Paris 136 3/4. — London in Triest — fl. — kr. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. V. Kutschelt

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nr. 264.) 4. November 1852.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 4. Nov. Auf Einladung des älteren regierenden Bürgermeisters tritt morgen Vormittag 9 Uhr das Wahlcollegium zur Vornahme der Wahlen der 45 aus der Bürgerschaft zu ernennenden Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung zusammen. Da ohne Zweifel nur Gothaer gewählt werden, wird der nächste gesetzgebende Körper (aus 85 Mitgliedern bestehend) 49 Liberale und 36 Conservative zählen.

Am 8. und 9. November findet die Wahl von sechs Aeltesten und sechs Diaconen zur Ergänzung des evangelisch-lutherischen kirchlichen Gemeindevorstandes von Seiten der Gemeindemitglieder statt.

Mit Beginn des neuen Kirchenjahrs (erster Advent) wird ein „Frankfurter evangelisches Kirchenblatt", herausgegeben von dem Licentiaten der Theologie H. Finger, erscheinen. Durch eine Anzahl hochgeachteter Männer wird dieses Blatt den Gliedern der hiesigen evangelischen Gemeinde zur kräftigsten Unterstützung empfohlen.

Vielfach scheint übersehen zu werden, daß die vollkommene politische Gleichstellung nicht einmal unter der christlichen Bürgerschaft Frankfurts stattfindet. So können z. B. Handwerker nur als Rathsverwandte, nicht als Senatoren Mitglieder des Senats, mithin auch niemals Bürgermeister werden, aber zu Besetzung der von Senatoren zu bekleidenden Stellen gelangen.

⚘ **Berlin**, 2. Nov. Eine Correspondenz aus Wien vom 28. October theilt in mehreren Blättern mit, daß der Generalinspector des Militärerziehungs- und Bildungswesens, General v. Radowitz, die in Oesterreich bestehenden Vorschriften für das Militärerziehungswesen habe einholen lassen, um sie für die in Preußen bevorstehenden Reformen zu benutzen. Wir haben über diese an sich schon unwahrscheinliche Angabe an geeigneter Stelle Erkundigung eingezogen und können mit der größten Bestimmtheit versichern, daß von Seite des Herrn General v. Radowitz nichts geschehen ist, was zu einem solchen Mißtrauen in unserm Publicum hätte Anlaß geben können. Welche Absichtlichkeit der eben widerlegten Angabe eigentlich zum Grund liegt, ist in den hiesigen Kreisen noch nicht ganz klar. Jedenfalls möchte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen sein, daß man alle über Herrn v. Radowitz von der Donau aus verbreiteten Angaben von vorn herein einer genauen Sichtung zu unterwerfen haben wird. — Die Wahl der drei Abgeordneten Berlins für die erste Kammer wird bekanntlich in den ersten Tagen im hiesigen Gemeinderath zur Sprache kommen. Wie wir hören, wird als erster Candidat der hiesige Oberbürgermeister Krausnick vorgeschlagen werden. In Betreff der beiden andern Candidaten steht noch nichts fest. Seiner politischen Richtung nach gehört Herr Krausnick der zwischen der liberal-constitutionellen und der ministeriellen Partei in der Mitte stehenden gemäßigten Mittelpartei an. — Es wird vielfach davon gesprochen, daß namentlich auch Sachsen sich Preußen in der Zollvereinsangelegenheit wieder anzunähern bestrebt sei. In dieser Beziehung muß darauf hingewiesen werden, daß Preußens Interesse keine besondere Förderung durch einen Anschluß Sachsens ohne die andern Coalitionsstaaten erlangen würde, weßhalb es auch kraglich bleiben dürfte, ob Preußen bei einer etwaigen Geneigtheit Sachsens, sich ihm wieder anzuschließen, darauf so ohne Weiteres eingehen würde und könne. — Der König von Sachsen wohnte heute dem Gottesdienst in der hiesigen St. Hedwigskirche bei.

Das hiesige Criminalgericht hat dieser Tage den vormaligen Kammergerichtsreferendar Rasch vor, um ihn über den am 30. Juli v. mehreren hiesigen Zeitungen gebrachten Artikel, über das neue kriegsrechtliche Urtheil wider den in Silberberg inhaftirten Stud. phil. Robert Schlehan, eidlich als Zeuge zu vernehmen. Die Staatsanwaltschaft supponirt nämlich, daß das Verbrechen der Verletzung der Amtsverschwiegenheit vorliege, da jenes kriegsrechtliche Erkenntniß noch nicht publicirt ist. Herr Rasch verweigerte, seinen Berichterstatter zu nennen, und die Rathskammer faßte darauf den Beschluß, daß Herr Rasch in 5 Thlr. Strafe zu nehmen, daß bei fernerer Weigerung diese Geldstrafe auf 10 Thlr. zu erhöhen, und so, bei noch fortgesetzter Weigerung, so lange in das Gefängniß zu bringen sei, bis er seinen Berichterstatter nenne. Dieser Beschluß wurde ihm sofort publicirt und er sodann von dem Untersuchungsrichter nach dem Namen seines Berichterstatters gefragt. Er erklärte hierauf zu Protocoll: er verweigere jede weitere Auslassung. Herr Rasch hat sich sofort im Wege der Beschwerde an das Kammergericht gewandt. Als gesetzlichen Grund seiner Weigerung hat er angeführt, daß nach bekannten Rechtsgrundsätzen niemand gezwungen werden könne wider sich selbst auszusagen, daß er aber nach Lage der Sache fürchten müsse, durch seine Vernehmlassung sich in die Anklage zu verwickeln. Außerdem könne seine Aussage nur eine Denunciation gegen jemand enthalten, der ihm sein Vertrauen geschenkt habe. Dr. Rasch hat sich ausdrücklich auf einen Präcedenzfall, „Neuen Preußischen Zeitung" berufen, wo in einem ganz gleichen Falle, wo auch das Vergehen der Verletzung der Amtsverschwiegenheit vorgelegen habe, Hr. Gödsche seine Vernehmlassung aus demselben Grunde verweigert hätte. Das Kammergericht habe in einer Verfügung vom 31. März 1851 diesen Grund als gesetzlich hinreichend erkannt, und das Obertribunal habe dies auf eine Remonstration des Staatsanwalts ausdrücklich bestätigt. Man ist gespannt auf die Entscheidung. (Berl. Bl.)

Paderborn, 27. Oct. Jetzt ist ein Proceß im Gang, der vielleicht berühmt wird. Der Bischof von Paderborn fordert das sämmtliche, was den Staat übergegangene Vermögen des ehemaligen Jesuitencollegiums zu Büren zurück, im Werth von mehr als einer Million. Die Jesuiten besaßen einst die Herrschaft Büren, welche sie vom Grafen von Büren mit allen Grundstücken, Forsten, Zehnten und sonstigen Gerechtsamen erworben hatten. Als der Papst den Jesuitenorden aufhob, übertrug er in der Bulle vom 21. Juli 1773 die „den Obern der Gesellschaft Jesu seither zugestandene geistliche und weltliche Jurisdiction und Gewalt" den Bischöfen und bestimmte zugleich, daß die Güter der Jesuiten zu kirchlichen und frommen Zwecken verwendet werden sollten. Der damalige Fürstbischof von Paderborn ergriff Besitz von den Bürensichen Jesuitengütern und verwandte, ohne sie dem Kirchenvermögen eine zuzuverleiben, deren Einkünfte zur Unterhaltung von Schulen, Pfarrstellen, ehemaligen Jesuiten, straffälligen, emeritirten und eingewanderten Geistlichen. Nachdem 1802 das Fürstbisthum Paderborn an die Krone Preußen gekommen, nahm die preußische Domänenkammer jene Güter unter ihre Verwaltung und ließ einen Theil davon verpachten und verkaufen, während die aus denselben fließenden Unterstützungen den Studienanstalten zu Paderborn ungeschmälert blieben. Der König Jerome von Westfalen schlug darauf durch seine Ordre vom 29. Januar 1811 die Bürensichen Jesuitengüter zu seinen Krondomänen und so kamen sie als Domänen wieder an Preußen. Durch Cabinetsordre vom 30. Nov. 1814 wurde demnach angeordnet, daß die Einkünfte für das hiesige Gymnasium, für die hiesige theologische Facultät, die Lehrerschule zu Büren und das Taubstummeninstitut verwendet werden sollten. — Jetzt behauptet aber der bischöfliche Stuhl zu Paderborn, er sei Eigenthümer des ganzen Vermögens und der Staat befinde sich im unrechtlichen Besitze desselben. Er beantragt deßhalb in der eingereichten Klage, den königlichen Fiscus zur Herausgabe des sämmtlichen an den Staat übergegangenen Vermögens der Bürenschen Jesuiten nebst allen Früchten und Nutzungen seit dem 1. Nov. 1813 und zur Zahlung des Werths der inzwischen davon verkauften Vermögensstücke, für schuldig zu erklären. Der bischöfliche Stuhl stützt sich darauf, daß nach der päpstlichen Bulle sowohl als nach der Absicht des Reichshofraths das Jesuitenvermögen der Kirche zugefallen, die Einverleibung desselben in die Domänen aber illegitim und deßhalb wirkungslos sei. Ob nun so außerordentlichen Ansprüchen das vom Kläger bezweckte Resultat folgen werde, scheint uns mehr als zweifelhaft. Es fragt sich zunächst, ob sich nicht die Worte der päpstlichen Bulle bloß auf die Jurisdiction in den geistlichen und Sendgerichten beziehen, in welchen letztern auch nicht rein kirchliche Frevel zur Aburtheilung kamen? Wenn aber die Bulle auch die weltlichen Güter meinte, konnte denn der Papst über weltliches Eigenthum eines aufgehobenen Ordens gültig verfügen, oder fiel dasselbe nicht vielmehr sofort mit der Aufhebung des Ordens als herrenlos dem Landesherrn anheim? So entschied

auch der Reichshofrath, daß die bisher von den Jesuiten besessenen Reichslehen an den Kaiser als erledigt zurückfielen; wohl aber vindicirte er dem Kaiser das Recht und die Pflicht, darüber zu wachen, daß das Jesuitenvermögen für Schulen und ähnliche wohlthätige Anstalten im Sinne seiner Stifter verwandt werde. Kaiser Joseph II. und König Friedrich II. bischonkten demgemäß über das bisherige Jesuitenvermögen in ihren Staaten, der Kurfürst von Pfalzbayern stattete den Malteserritterorden damit aus, und auch der Fürstbischof von Paderborn verfügte darüber nur als Landesherr. Der Reichsdeputationshauptschluß endlich überließ die Güter der aufgehobenen Orden und Klöster den Landesherren „zur Erleichterung ihrer Finanzen". Die westfälische Regierung betrachtete ebenfalls das Bürensche Jesuitenvermögen nur als solches, „über welches sich der Bischof als Souverain die besondere Verfügung vorbehalten habe". Dieser Art der westfälischen Regierung allein möchte die preußische jeder Pflicht überhoben, Rechenschaft zu legen. Indessen werden die mehrfachen interessanten Fragen dieser Art vor den hiesigen Gerichten schwerlich zur Erörterung kommen, sondern wahrscheinlich der Competenzconflict erhoben werden, da es sich hier auch um landesherrliche Hoheitsrechte handelt. (Nat.-Z.)

+ **Darmstadt**, 3. Nov. Uebermorgen schreitet die zweite Kammer zur Berathung des Entwurfs des Preßgesetzes. Der vom Referenten ausgearbeitete Bericht des Ausschusses ist ersten Kammer über die Zollvereinsfrage wird noch in dieser Woche noch nicht erstattet werden, da er im Ausschusse noch einmal reiflich berathen werden soll. Die Mitglieder desselben, welche dem Mainzer Gewerbestand angehören, sind mit dem Mainzer Kaufmannsstande und den dortigen Gewerbsleuten noch in nähere Benehmungen getreten, um daraus reifsten Stoff für ihre Theilnahme an der Berathung im Ausschusse zu schöpfen. Sie besitzen sich daher zu diesem Zwecke in dieser unserer bedeutendsten Handelsstadt.

Kiel, 30. Oct. So eben wird eine „Bekanntmachung des königlichen Finanzministeriums Sponneck" veröffentlicht, nach welcher das Zollamt von Rendsburg dem Oberinspectorat von Holstein genommen und dem Oberzollinspectorat von Schleswig zugelegt wird, wieder eine jener Maßregeln, welche Rendsburg als schleswigsche Stadt behandeln, während es doch zu Holstein gehört.

Schweiz.

X° **Von der Aar**, 1. Nov. Die heutige Nummer des „Bundesblattes" enthält die etwas auffallende Nachricht, daß sämmtliche Postbeamten des Postkreises Basel der Bewerbung offen stehen; es sind deren 13, mit jährlichem Emolumenten von 700 bis 3400 Fr. Die Zeitung „Bund" bespricht die Möglichkeit einer Trennung des Oberwallis vom Unterwallis. Man scheint in den Landestheilen, welche ehemals zum französischen Kaiserreich gehörten, eine napoleonische Propaganda zu fürchten. Im Distriet Monthey wurde ein Dorfschulmeister verhaftet, der viele junge Leute zum päpstlichen Kriegsdienst verlockte und heimlich fortschaffte. Vorgestern verhandelte das Schwurgericht in Bidau eine Klage der bernischen Regierung gegen den Redacteur der radicalen „Jurazeitung" (Advocat Bucher) wegen eines Artikels, welcher der Regierung in der bekannten Knobelschen Sache „Schup des Nords" imputirte. Es erfolgte Freisprechungsurtheil. Ein Schreiben aus Paris meldet, daß der Papst die Salbung verweigert habe, und daß sechs Professoren des Collegs Sainte-Barbe, welche die Unterzeichnung einer Kaiseradresse verzagt hatten, mit Entlassung bedroht worden seien.

Frankreich.

ch **Paris**, 2. Nov. Am vorigen Samstag sind Präsident und Vicepräsident des Senats in Saint-Cloud empfangen worden, um Ludwig Napoleon den Redactionsentwurf des Senatsconsultes für Wiederherstellung des Kaiserreichs vorzulegen. Ueber Inhalt und Tragweite dieses Actenstücks sind so viele und verschiedenartige Gerüchte verbreitet, daß man am klügsten thut, wenn man die officielle Mittheilung desselben abwartet. — Abdel-Kader ist für die Pariser fortwährend ein Gegenstand der Neugierde und der Huldigungen. Sie scheinen die Abschlachtungen von Tausenden französischer Officiere und Soldaten in Afrika vergessen oder vergessen zu haben und der Emir muß einen hohen Begriff von solchem Heldsinn bekommen. Die Prinzessin Clotilde, sein schönes Gesicht, seine hübschen Augen, seinen schönen Teint, seine hübschen Hände, so daß sich unter der Menge der Audienzsuchenden auch viele Damen befinden und die Pariser nun Abdel-Kader „la belle Kader" nennen. Morgen wird ihm zu Ehren in Versailles eine Cavallerierevue abgehalten, wenn nämlich das Wetter keine Einsprache thut, und schon gestern ist der Emir in Saint-Cloud gewesen, um das ihm vom Prinz-Präsidenten angebotene arabische Roß, welches er bei dieser Revue reiten wird, zu probiren. — Die Regierung ist in diesem Augenblick angelegentlich mit der Prüfung des Reglements bezüglich der gemischten Commission für öffentliche Arbeiten und des Umfangs ihrer Competenz beschäftigt. Der Reglementsentwurf soll aus 8 Kapiteln und 44 Artikeln bestehen. Die Commission soll aus Bericht der verschiedenen Minister und nach Anhörung des Staatsraths eingesetzt werden, um die von den Civilbauverwaltungen oder der Marine projectirten Arbeiten, insbesondere innerhalb des Grenzgürtels, zu begutachten, sobald solche Arbeiten auf Schutz und Vertheidigung des Landesgebiets Einfluß haben, und überall bei solchen Arbeiten die Localinteressen mit dem Interesse des ganzen Landes nach Möglichkeit zu vereinbaren suchen. Sie soll aus dreizehn Mitgliedern bestehen und zwar aus vier Staatsräthen, deren einer den Vorsitz zu führen hat, zwei Generalofficzieren vom Comite für Fortificationen, einem Generalofficier vom Artilleriecomite; zwei Generalofficieren der andern Waffengattungen, zwei Civilcavalleriedirectoren der Divisionärien vom Generalstab für Brücken und Chausseen; einem Generalofficier der Flotte vom Admiralitätsrath und einem Generalinspector oder Divisionär der Brücken und Chausseen aus der Mitte des Marineraderlineenconseils. Vorsitzender und Mitglieder werden vom Präsidenten der Republik auf Vorschlag der competenten Minister ernannt. Zum Secretär ernennt der Kriegsminister einen dem Fortificationsdepot attachirten Oberoffizier vom Genieeorps. — Der zu fünf Jahren Einsperrung verurtheilte Araber Mohamed-ben-Abdallah ist als dem Fort St. Louis entsprungen und es werden die eifrigsten Nachforschungen betrieben, um seiner wieder habhaft zu werden.

⊕ **Paris**, 2. Nov. In den diplomatischen Kreisen will man wissen, daß alle das kaiserliche Senatusconsultum berührenden wichtigen Fragen in den letzten Tagen voriger Woche mit Ludwig Napoleon erledigt worden seien. In Ermanzelung männlicher Nachkommen sollen Prinz Hieronymus und dessen Sohn zur Thronfolge berechtigt sein; aber gleich dem Kaiser Napoleon behält sich der Prinz das Recht vor, einen Nachfolger zu adoptiren. Auf diese Weise ist die Bevorzugung von Jerome's Sohn nur nominell. Ludwig Napoleon weiß, daß er ohne den Vorbehalt des Adoptionsrechts zu Bestimmung Anlaß gegeben hätte, dem Napoleon Bonaparte flößt den Freunden der Ordnung große Besorgniß ein. Uebrigens ist der „Prinz vom Berge", wie man ihn nannte, nur aus Ehrgeiz und um seinem Vetter Schach zu bieten, Demokrat gewesen; seiner Gesinnung nach ist er Aristokrat in dem Maße, daß er, wenn ihm die Krone zu Theil würde, absoluter regieren möchte, als irgend einer seiner Vorgänger. Seitdem übrigens das Kaiserreich gewiß ist, regen sich auch seine geheimen Feinde immer mehr. Heimlich gedruckt Pamphlete gegen Ludwig Napoleon werden verbreitet, und selbst in der Presse zum Trotz, und in den letzten vierzehn Tagen sind Abdrücke der gehässigsten Stellen aus Victor Hugo's „Napoleon le Petit" einer kaum zählbaren Menge von Bürgermeistern der Stadt- und Landgemeinden ins Haus geschickt worden. Und da nun von allen Parteien keine den Bonapartisten verhaftet ist, als die der Orleanisten, so ist sie es, welche als das Lamm auch diese Wolfsunde auf sich nehmen muß, und warum? Die naive Antwort lautet: weil die Republikaner zu solchem Thun zu arm und die Legitimisten zu brav seien!

Lord Howden, der englische Gesandte in Madrid, ist augenblicklich hier. Er gab hier ein Diner, bei welchem Lord Cowley, viele Engländer und unter Andern auch Herr van de Weyer, der belgische Gesandte in London, zugegen waren. Dieser äußerte sich, daß Belgien gegen einen Angriff gerüstet sei und sich zwei Jahre lang vertheidigen könne. Er fügte hinzu, England sei in größerer Gefahr, als Belgien.

Türkei und Aegypten.

Konstantinopel, 16. Oct. Die Pforte hat nunmehr den einstimmigen Beschluß gefaßt, das von der Bank zu Paris und London negocirte Anlehen nicht zu ratificiren, und Herr v. Lavalette ist nach Verlauf der gestellten Frist von sieben Tagen nicht abgereist. Dieser Beschluß hat unter der alttürkischen Partei die freudigste Sensation erregt, und es stehen sich deßhalb für den Augenblick die feindlichen Elemente weniger schroff entgegen. Die Pforte hat Herrn v. Lavalette die Versicherung gegeben, daß sie keinen Verlust französischer und englischer Bankiers wolle, daß sie die bereits für 12½ Millionen Fr. ausgegebenen Actien zurückkaufe oder zurückkaufen lasse und den Besitzern derselben Zinsen und Agio erstatte. Mehr konnte Herr v. Lavalette auch nicht verlangen, obwohl er glaubte, daß die Pforte diesen Verpflichtungen nicht nachkommen könne. Allein dieselbe hat bereits die Mittel herbeigeschafft, und das gestern nach Marseille abgegangene französische Dampfboot überbringt 600,000 (?) Pfd. Sterl., um die Differenz des Agios und der Zinsen der Interimsactien zu decken. Freilich braucht die Pforte Geld, viel Geld, allein die Ablehnung gegen dieses Anlehen ist so groß, daß von den Beamten und Serafs der Pforte bis zur Stunde bereits mehr denn 200 Millionen Piaster freiwillig gezeichnet oder gezahlt wurden. In Konstantinopel allein werden

mehr als 250 Millionen Piaster von türkischen Unterthanen aufgebracht werden, ohne daß die Pforte eine Garantie zu geben oder ihre Revenuen zu verpfänden braucht, und wenn sie ein allgemeines Anlehen im ganzen Reich ausschreibt, so wird sie sich auch die übrigen Geldmittel verschaffen, um das Deficit der Bank zu decken, ungefähr 60 Millionen Piaster, und den Cours der Valuta zu halten oder die alten türkischen Silbermünzen, beschlikk, die nur $^2/_3$ Silbergehalt enthalten, einzulösen und neues Geld zu prägen. Wie sehr auch von europäischen Firmen eine endliche Regulirung des Münzsystems sowie die Beseitigung der nur einigen Bankiers nutzbringenden Bank gewünscht wird, man der Russland beweisen, daß fünf europäische Häuser, die Firmen Theodor Batazzi, Hanlon, Psychari, Fiori und Zizinia, der Pforte je 20,000 Pf. St., im Ganzen 100,000 Pf. St. vorgeschossen haben. Einzelne türkische Beamte haben dem Staat enorme Summen vorgestreckt. Insbesondere that sich der unermeßliche reiche Mustapha Pascha, jetzt Präsident des Staatsraths, früher Gouverneur von Kandia, dem fast die halbe Insel gehört, hervor. Er allein zeichnete 25 Mill. Piaster, und hauptsächlich deßhalb wurde sein Sohn Vely Pascha, zuletzt Gouverneur in Bosnien, zum außerordentlichen Gesandten in Paris ernannt. Der russische Gesandte bot der Pforte im Namen seiner Regierung ein Anlehen zu 4 pCt. ohne Verpfändung und Sicherstellung an, und obwohl die Pforte auch davon keinen Gebrauch machen wollte, so ist es nur zu gut bekannt, daß russischen Handlungshäusern von Rußland große Summen zur Disposition gestellt wurden, um sie der Pforte zusammen zu lassen. An Abbas Pascha nach Aegypten wurde ein außerordentlicher Courier abgesandt, der ihn namens des Großherrn aufforderte, den Tribut für 2 Jahre vorauszubezahlen; und man hofft mit Zuversicht, daß Abbas Pascha dieser Aufforderung entsprechen wird. Schließlich soll der Großherr selbst 40 Millionen Silberwerth aus seinem Privatschatze geopfert haben. — Allmälig erkennt man jetzt die Absicht der im Mittelmeer erschienenen französischen und englischen Geschwader, die in Griechenlands Häfen nebeneinander, denselben Zweck verfolgend, ankern. Auch die großen Rüstungen Rußlands in den Häfen des schwarzen Meeres zu Sebastopol und Odessa erklären sich heiser, und es ist die Ausbesserung der Dardanellenschlösser sowie das Kreuzen der türkischen Flotte hiermit in Verbindung zu bringen. Letztere, welche an der Beschikabay vor Anker liegt, hat Order bekommen, nach Konstantinopel zurückzukehren. (Triest. Ztg.)

Die „Debats" haben Nachrichten aus **Alexandrien** vom 19. October. Man hatte bis dahin noch nicht erfahren, was Graf Bacciochi in seiner gebeimen Conferenz mit dem Vicekönig verhandelt hatte. Bekanntlich hatte Abbas Pascha dem Abgesandten Ludwig Napoleons einen sehr glänzenden Empfang bereitet. Seine Gastfreundschaft hat sich aber auch auf den „Magellan" erstreckt, dessen Mannschaft er mit Lebensmitteln aller Art reichlich beschenkte. Graf Bacciochi erhielt vom Vicekönig einen Sold von seltener Schönheit und großem Werthe. Mahktar-Bey, der bekanntlich nach Aegypten geschickt worden ist, um einen Vorschuß auf den Tribut zu erhalten, den Abbas-Pascha jährlich zu zahlen hat, war bereits in Alexandrien angekommen. Man fürchtete sehr, daß er nichts ausrichten würde, weil die Kasse des Vicekönigs durch den Bau der Eisenbahn fast ganz erschöpft ist.

Assisenverhandlungen

gegen **Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.**

XXIII.

Y **Köln**, 2. Nov. (Sitzung am 1. November.) Das öffentliche Ministerium (Oberprocurator v. Seckendorff) führt in seinem Exposé fort, und geht nach schlagender Erörterung des Allgemeinen zu den Einzelnheiten über. Es entwickelt die Anklage gegen den Dr. Becker und bemerkt, es komme im Grunde nicht darauf an, ob dieser Angeklagte mit im Bunde gewesen, da es erwiesen sei, daß er zu demselben Zweck, wie dieser, ausgesetzt gewirkt habe. In dieser Beziehung werden zahlreiche Beweisführungen aufgestellt, welche sowohl den Briefen des Marx, als denen Bürgers an Schimmelpfennig, Jacobi's an Fanny Meyer u., den Aussagen des Zeugen Lucius u. A. entnommen sind. Gegen den Angeklagten Daniels werden seine Vorlesungen im Arbeiterverein, die Abschrift des ersten Theils der Ansprache vom März 1850 u. s. w. geltend gemacht. In derselben Weise wird auch die Schuld des Angeklagten Otto genau erwogen. (Schluß der Sitzung.)

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 3. Nov. $4^1/_2$pCt. Rente 108, 25. — 3pCt. do. 84, 75. — Piemont 98, 80. — 3pCt. Span. 46. — 1pCt. do. —. (Cpnd).

London, 3. Nov. 3pCt. Stocks $100^1/_8$. — 3pCt. Span. $51^7/_8$. — 1pCt. do. $25^1/_4$. (Cpnd.)

Antwerpen, 3. Nov. 5pCt. Belg. $100^{15}/_{16}$. — $2^1/_2$pCt. do. $55^1/_8$. — 3pCt. Span. $48^1/_{16}$. — 1pCt. do. $24^1/_4$. (Cpnd.)

Amsterdam, 3. Nov. $2^1/_2$pCt. Integr. $63^1/_{16}$. — 4pCt. Certifie. $94^{15}/_{16}$. — $3^1/_2$pCt. Cpnd. —. — 4pCt. Ruff. bei Pope $91^1/_4$. — 4pCt. Ruff bei Stieglitz $90^7/_8$. — 3pCt. Spanische int. $45^{13}/_{16}$. — 1pCt. do. Rente $25^{7}/_{16}$. — 5pCt. Sild-Metall. 90. — 5pCt. Met. $77^1/_8$. — $2^1/_2$pCt. do. $39^{15}/_{16}$. (Spnd.)

Frankfurt, 4. Nov. Gestern sind hier angekommen: Herr Fürst v. Lieven, aus Rußland, im römischen Kaiser; der kaiserl. russische Gesandte in der Schweiz, Herr Baron v. Krüdener, aus Baden, Herr Baron v. Revenllow-Preetz, aus Holstein und Herr General Jochmus, aus Hamburg, im englischen Hof.

Verantw. Redaktion: Dr. H. Matkin. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

Cours der Staats-Papiere. 4 November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.s. Rothsch)	93 P.	
»	5% M. v. 1854 I. Ser. B.	93 1/8 P.	
»	5% do. (C.L.S. Rothsch)	88 1/4 — 88 1/8 bez.	
»	5% do. Monte C.I.S.L.M	84 1/4 — 84 bez.	
»	Bank-Actien . . .	1366 P. 61 G.	
»	5% Metallic. Oblig.	80 1/4 G.	
»	4% M. v. 1854 I. Ser. A.	80 1/4 G.	
»	5% ditto 1853	80 3/4 P. 3/4 G.	
»	4 1/2% ditto	72 P. 71 3/4 G.	
»	4% ditto	64 1/4 P.	
»	3% ditto	48 P.	
»	2 1/2% ditto	40 3/4 P. 1/2 G.	
»	1% ditto	16 P.	
»	fl. 250 Loose b. Rothsch.	116 P.	
»	fl. 500 » Ditto	191 P.	
»	4 1/2% Oblig. b. Bethm.	80 1/4 P.	
Preussen.	3 1/2% Staatsschuldsch.	93 1/4 P.	
»	4 1/2% Oblig. b. Rothsch.	—	
»	Cöln-Mind. B.-Actien	112 P.	
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	101 1/8 P. 3/8 G.	
»	4 1/2% ditto	100 1/4 P.	
»	4% ditto	90 3/4 P.	
»	4% Ablös.-Rente	90 3/4 P. 4/5 G.	
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	82 1/2 P.	
»	Ludwigsh.-Berbach.	95 P.	
»	5% Priorit.-Oblig.	102 1/4 G.	
Baden . .	5% Obligationen . .	95 P.	
»	4 1/2% Obligationen	102 G.	
Sachsen	3 1/2% v. 1843 . . .	90 1/2 P. 1/2 G.	
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/2 P.	
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 1/2 P. 38 G.	
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/2 P.	
»	4% ditto	99 1/2 P.	
»	3 1/2% ditto	91 1/4 P.	
Nassau .	fl. 25 Loose . . .	28 3/4 P. 1/2 G.	
Wurtemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 3/4 P. 3/4 G.	
»	ditto	90 1/4 P.	
Kurhessen	40 Thlr.-L. b. Rothsch.	34 3/4 P. 1/2 bez. u. G.	
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	44 1/2 G.	
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	101 3/4 P.	
»	4% ditto b. Rothsch.	98 P.	
»	3 1/2% ditto b. Rothsch.	91 3/4 P. 3/4 G.	
»	fl. 50 Loose . . .	90 1/2 P. 3/4 G.	
»	fl. 25 Loose . . .	31 1/2 P.	
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	94 1/2 P.	
»	3 1/2% v. 1846	94 1/2 P. 93 3/4 G.	
»	3% » » »	85 3/4 P.	
»	Taunusbahnact. .	302 P.	
Russland	4 1/2% Obl. Bartinz	102 P.	
»	4% Obl. b. Hope & S.	91 P.	
»	4% b. Stieglitz &	90 1/4 G.	
»	4% Oblig. de fl. 500	91 1/4 G.	
Spanien	3% Inl. Sch. P. £ 2.80	45 1/4 P. 3/4 G.	
»	3% Neue . . .	21 1/16 P. 1/8 bez. 12/16 G.	
Holland.	4% Certificate . .	94 3/4 G.	
»	3 1/2% Syndicate .	84 1/4 G.	
»	2 1/2% Integrale	63 P.	
Belgien.	5% Obl. in L. à fl. 120 R.	99 3/4 P.	
»	4 1/2% Obl. in F. à 28 kr.	97 3/4 P. 3/4 G.	
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	90 1/4 P.	
»	3 1/2% Obl. b. Rothsch.	55 3/4 P.	
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97 1/4 G.	
»	5% Obl. b. Hambro	9 1/4 P.	
»	Sardinische Loose .	40 1/4 G.	
Toscana	5% Obl. 1853 (C.D. Golds.)	101 1/4 P. 101 G.	
»	3% v. 1851. b. Bartolf (do.)	98 1/4 G.	
Kirchenst.	6% Stocks Doll. d. 200.	116 1/4 P.	
»	Vereins fl. 10 Loose .	9 4/16 P. 1/16 G.	

Wechsel-Cours.

Den 4 November	Per comptant.	
Amsterdam	2 M.	100 B.
(100 fl. Crt.)		
Augsburg	2 M.	119 1/2 B.
(100 fl. Crt.)		
Berlin	8 T.	105 B.
(60 Thlr.)		
Bremen (60 x. fl.	8 T.	97 1/2 B. 1/2 G.
Bthlr.-Ld.Gld.		
Hamburg	2 M.	88 1/2 B.
(100 M.Bc.)		
Leipzig	8 T.	105 B.
London	2 M.	119 1/2 B. 1/2 G.
(10 Livr. St.)		
Lyon	2 M.	94 1/2 B.
(300 Fr.)		
Mailand (250 x. fl.	2 M.	100 B.
Lir. Austr.)		
Paris	2 M.	94 1/2 B. 93 1/2 G.
(300 Fr.)		
Wien (100 fl.)	2 M.	120 G.
im fl. 30 F.)		102 1/2 B. 4/5 G.
Disconto		3 1/2 B. 4 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 44-45
Pr. Friedrichsd'or	»	9 54-55
Holl. 10 fl. Stücke	»	9 53 1/2-54 1/2
Rand-Ducaten	»	5 37 1/2-38 1/2
20 Francsstücke	»	9 27-28
Engl. Souvereign	»	11 53
Gold al Marco	»	382-83
5 Frankenthaler	»	2 21-1/4
Preuss. Thaler	»	1 45-1/4
Preuss. Cass.-Sch.	»	1 44 3/4-45

Das Syndikat der Wechsel-Kensale.

[2499]

Benachrichtigung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß auf das für die Stadt Wiesbaden, laut Hauptschuldverschreibung vom 15. December 1841, und resp. negotirte 3½ pCt. Anlehen von fl. 300,000, die 11te Rückzahlung von fl. 6400 am 31. December d. J. geleistet werden soll, und daß durch die in Wiesbaden deshalb vorgenommene Verlosung folgende Partial-Obligationen als zur Ablage kommend ermittelt worden sind, nämlich:

Lit. A. von fl. 100: Nr. 45 67 166 187 223 268 360 454 499 536 592 617 660 752 784 884 894 905 982 1003.

Lit. B. von fl. 200: Nr. 95 129 138 145 232 241.

Lit. C. von fl. 300: Nr. 46 67 68 143.

Lit. D. von fl. 500: Nr. 14 75.

Lit. E. von fl. 1000: Nr. 31.

Indem wir den Inhabern dieser Obligationen anzeigen, daß gegen Rückgabe derselben deren Betrag, nach Eingang, am 31. December d. J. bei uns erhoben werden kann, bemerken wir zugleich, daß eine weitere Verzinsung derselben als bis zu dem erwähnten Verfalltage nicht stattfindet.

Frankfurt a. M., den 1. November 1852.

Gebrüder Bethmann.

Friedr. Carl Joseph v. Venningen'sches Anlehen

von fl. 105,000 im fl. 24 Fuß, d. d. Mannheim, 30. Mai 1843.

In der heute stattgehabten dritten obligationsmäßigen Verlooſung dieses Anlehens wurde die Partial-Obligation Nr. 7 à fl. 5000 zur Rückzahlung — nach Eingang — per 31. Mai 1853 bestimmt, wovon der Inhaber hiermit in Kenntniß gesetzt wird.

Frankfurt a. M., den 30. October 1852.

[2509] **Philipp Nicolaus Schmidt.**

[2495]

Urtheil.

In Untersuchungssachen wider

den beurlaubten Soldaten Joseph Köhner zu Birkenfeld, 3te Compagnie leichten Bataillons,

wegen Verbrechens der Desertion,

erkennt das Großherzoglich Oldenburgische Garnisongericht zu Birkenfeld, in der Anschuldigungssache gegen die Citatallagung vom 26. Juli d. J. nicht erschienenen ist, den verfahrlichen Acten nach für Recht:

daß der genannte Soldat Joseph Köhner aus Birkenfeld des Verbrechens der Desertion aus dem Großherzoglich Oldenburgischen Militärdienste für überführt und schuldig zu achten und deshalb in eine Geldstrafe von Zweihundert Thalern — zu Gunsten der Invalidencasse — zu verurtheilen und für ihn ein Stellvertreter auf sechs Jahre aus seinem Vermögen zu stellen sei, unter Verurtheilung desselben in sämmtliche Kosten der Untersuchung.

Wie hiermit nach dem Militärstrafgesetzbuch Art. 235, 236, N. B zu Art. 52 und 53, nach Art. 60 und nach dem bürgerlichen Strafgesetzbuch Art. 69 erkannt und die öffentliche Bekanntmachung dieses Erkenntnisses in Gemäßheit der Art. 237 und 238 des Mil.-St.-G.-B. verfügt wird.

B. R. R.

Birkenfeld, den 25. October 1852.

Kltz. F. W. Noell.

Fr. Zang.

[2400]

Decret.

In Sachen

des Anwalts der Schuldeners Becker in Heitersheim, Klägers,

gegen

die Wittwe des Gerhard Becker in Bernborn, Beklagte,

wegen Forderung.

Der unbekannt wo? abwesenden Beklagten wird aufgegeben, sich

binnen 90 Tagen

vom Erscheinen dieses Decrets in öffentlichen Blättern an gerechnet, auf die gegen sie erhobene Klage, deren Einsicht ihr in hiesiger Amtsregistratur gestattet ist, zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und Verlustes des Einreden.

Weitere Verfügungen in diese Sache werden kraft förmlicher Insinuation nur durch Anschlag am Gerichtsbrett bekannt gemacht.

Lüngen am 6. October 1852.

Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt Müller.

[2444] **Edictalladung.**

Nachdem über das Vermögen des Johann Baptist Garbatini und dessen Ehefrau Caroline geborne Wagner von Hersfeld der Concursproceß rechtskräftig erkannt worden ist, wird Termin zur Anmeldung hinlänglicher sie persönlicher Ansprüche an die vorhandene Masse auf

Dienstag den 21. December d. J.,

Morgens 9 Uhr,

anberaumt unter den Rechtsnachtheile des ohne weitere Decretur eintretenden Ausschlusses von derselben.

St. Goarshausen, den 16. October 1852.

Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt. Langsdorff.

[2417] **Oeffentliche Aufforderung.**

Ein Theil des Nachlasses der am 25 Januar 1824 verstorbenen Johannes Hof'schen Eheleuten Busbach; Sybilla geborne Becker, ist seither noch curatorisch verwaltet worden, soll aber jetzt an die Erben ausgeliefert werden. Zu diesen Erben gehören zwei Schwester-Söhne, Johann Heinrich Baas, geboren im Jahr 1800, und Georg Heinrich Baas, geboren zu Heerrodhain im Jahr 1806, sind aber seit längeren Jahren unbekannt wo abwesend. Auf Ansuchen ihrer Miterben werden daher Johann Heinrich Baas und Georg Heinrich Baas oder wer sonst noch Ansprüche an oben bezeichneten Nachlaß zu haben glaubt, hierdurch aufgefordert, diese Ansprüche

binnen einer Frist von 60 Tagen

bei dem unterzeichneten Gerichte so gewiß geltend zu machen, als sie sonst keine Berücksichtigung finden können und der Nachlaß den ausgetretenen Erben ohne weitere Caution ausgehändigt werden wird.

Busbach, den 16. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht. Ebel.

[2493] **Oeffentliche Aufforderung.**

Forderungen und Ansprüche jeder Art an das zu Concurs erkannte Vermögen des Heinrich Spilling in Hainchen sind, bei Meidung präklusivgesetzlichen Ausschlusses von der Masse, im Termin

Dienstag den 7. December l. J.,

Vormittags 9 Uhr,

dahier anzumelden und zu begründen. Nicht persönlich sich anmeldende Gläubiger werden den Beschlüssen der Mehrheit der erscheinenden bestimmend anstehen.

Ortenberg, den 25. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht. Thater.

Gräflich Hugo Philipp zu Elz'sche Anleihe

von fl. 275,000 im fl. 20 Fuße, d. d. Dukowar, 18. August 1844.

Von vorstehendem durch uns angeordneten Anlehen sind bei der heute obligationsmäßig für fünf Termine vorgenommenen zweiten Verlooſung die nachverzeichneten Partial-Obligationen zur Rückzahlung bestimmt worden, nämlich:

pro 1. November 1850:

Nr. 14 298 505 à fl. 500 im fl. 20 Fuß jede, rückzahlbar mit fl. 600 im fl. 24 Fuß am 1. Januar 1853, von welchem Tage an die Verzinsung aufhört.

Die Rückzahlungstermine der ferner verlooſten

Nr. 48 289 504 pro 1. November 1851,
„ 67 242 525 „ 1. November 1852,
„ 127 332 494 „ 1. November 1853,
„ 253 387 456 „ 1. November 1854,

werden nach Eingang der Beträge seiner Zeit bekannt gemacht werden. Frankfurt a. M., den 30. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt. Feist Emden & Sohn.

[2506]

Hochgräflich Karl zu Elz'sche Anleihe

von fl. 270,000 im fl. 24 Fuße, d. d. Elzville, 28. Septbr. 1844, betreffend.

Vermöge der und zugegangenen Weisung werden die am 7. August 1850 verlooſten durch uns negocirten Gräflich Karl zu Elz'schen Partial-Obligationen

Litr. A. Nr. 204 zu fl. 1000,
Litr. B. „ 255 zu fl. 500,

pro 1. November 1853 rückzahlbar,

in Folge des obligationsmäßigen früheren Heimzahlungsrechtes auf den 1. Januar 1853 zur Rückzahlung hiermit gekündigt, von welchem Termine an eine weitere Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt. Feist Emden & Sohn.

[2385]

[2487]

Edictalladung.

Nachdem Dr. Hofgericht über das Vermögen des Johannes Koch von Cashheim den formellen Concurs erkannt hat, sind die Forderungen an denselben

Freitag den 3. December l. J.,

Vormittags 9 Uhr,

bei Vermeidung des Nichtvorigens erfolgenden Ausschlusses von der Masse anher gelassen zu machen und zu begründen. Ortenberg, am 13. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht. Thater. Schaefer.

[2416] **Oeffentliche Ladung.**

Nikolaus Appel, Sohn des Nikolaus Appel l. aus Kleinkrotzenburg, ist seit dem Jahre 1802 abwesend und dessen Aufenthaltsort unbekannt. Das curatorisch verwaltete Vermögen desselben wurde seiner Verfassungsmäßigen Verpflichtungen Abkömmlingen, und da der Abwesende am 3. April 1778 geboren ist, mithin das 70te Lebensjahr zurückgelegt hat, so fordert man den abwesenden Nikolaus Appel oder dessen etwaige Leibeserben hiermit auf,

binnen zwei Monaten

vom Tage des ersten Erscheinens dieser Ladung in öffentlichen Blättern an gerechnet, dieses Vermögen seiner Empfangung zu nehmen, widrigenfalls solches den als dessen nächste Präsumtorben, unbeschränkt überlassen und denselben die gesetzliche Sicherheit zurückgegeben wird. Seligenstadt, den 15. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht. Mehler.

[2146] **Edictalladung.**

Nachdem Gr. Hofgericht der Provinz Oberhessen über das Vermögen des Conrad Heil von Udenhausen den Vermögensconcurs rechtskräftig erkannt hat, und das unterzeichnete Gericht mit dessen Leitung beauftragt hat, so wird nunmehr Termin auf

Montag den 22. November an. cur.

Vormittags 10 Uhr,

anberaumt, in welchem alle diejenigen, welche Ansprüche an das gedachte Vermögen bilden zu können vermeinen, diese sogleich anzumelden, zu begründen und etwaige Vorzugsrechte geltend zu machen haben, als sie sonst stillschweigend, ohne ein besonderes zu erlassendes Präclusionserkenntniß, ausgeschlossen werden und von der Masse keine Befriedigung zu erwarten haben.

In dem erwähnten Termin soll zugleich angeordnetermaßen die Wahl versucht, beim Nichterscheinen aber ein Gläubigerausschuß und Massenrator ernannt, die nicht persönlich erschienenen Gläubiger oder die nicht gehörig legitimirten Vertreter hierbei als beim Beschlusse der Mehrzahl der Erschienenen beigetreten angesehen werden. Alsfeld, den 2. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das. Eisenberger.

Druck von August Osterrieth.

№ 265. Freitag — den 5. November — 1832.

Der Abonnementspreis ist der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr., 2) in den Ländern des Zollvereins und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 45 kr. = 1 Rthlr. 16 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtländern 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder

2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 11½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übereinige Länder nimmt Herr C. F. Winkler in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Mme Notes-Frame de Nanteuil No. 29, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Drucke) mit Druckschrift oder deren Raum 9 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

Berlin, 1. Nov. Es gibt hier zu Lande eine Pessimistenpartei, die es sich eifrigst angelegen sein läßt, die Zukunft in einem möglichst trüben Lichte zu zeigen. Ueberall, wo ein Puls des öffentlichen Lebens pochen wird, machen sich auch diese Gespensterseher bemerklich: es bangt ihnen vor Frankreich und Belgien; der Stand der orientalischen Angelegenheiten verwickelt sich für sie mehr und mehr, und das neue Stadium, in welches die Zollfrage getreten ist, gestaltet dieselbe ungünstiger als früher. Auch wir sehen die nächste Zukunft Europa's in keinem rosenrothen Lichte; gleichwohl halten wir es für eben so ungerecht, als unpatriotisch, die Gefahr größer darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist. Das Hauptgewicht wird nach wie vor auf die Einigkeit der deutschen Fürsten und Völker zu legen sein, und grade in dieser Beziehung glauben wir berechtigt zu sein, noch immer das Beste hoffen zu dürfen. In den hiesigen maßgebenden Sphären schleifen sich die schroffen Seiten einzelner Charaktere immer mehr ab; die Neigung, die Hand zum Frieden zu bieten, oder die dargebotene anzunehmen, gewinnt mehr und mehr die Oberhand. Aus diesem Grunde ist es im höchsten Grade zu wünschen, die Zusammensetzung der beiden Kammern möchte nicht in extremen Sinne, überhaupt nicht nach den Wünschen irgend einer extremen Parteirichtung ausfallen. Schon die confessionellen Antipathien haben ein Feuer angefacht, das füglich und zum Nachtheile weder der einen noch der andern Confession hätte unterbleiben können. Eine besonnene, gemäßigte und insbesondere versöhnliche Politik des Ministeriums nach Innen und nach Außen könnte dem kirchlichen und politischen Hader am ehesten ein Ende machen und dem gesammten Deutschland den Frieden und damit die Macht wiedergeben, deren es so sehr bedarf. Hochherzige Entschließungen kommen niemals zu früh. Deutschland darf und soll nicht in sich zerfallen. — Graf v. Wostitz, der aus Schlesien hier eintraf, wird bloß kurze Zeit auf seinem Posten in Hannover weilen und sich ohne Verzug von dort, in Begleitung einer größern militärischen Deputation, zu dem feierlichen Leichenbegängniß des Herzogs v. Wellington nach London begeben. — Herr v. Radowitz läßt sich die Reorganisation unserer militärischen Unterrichtsanstalten sehr angelegen sein und hat sich deßhalb mit den militärischen Oberbehörden aller großen Staaten in Verbindung gesetzt. (Lpz. Z.)

Berlin, 2. Nov. In unsern politischen Kreisen macht sich eine gewisse Unruhe wegen der Politik des Ministeriums Derby bemerklich, in der man eine feste Haltung und feste Grundsätze zu vermissen glaubt. Jedenfalls ist der mit großer Schrift gedruckte Passus des officiellen „Morning Herald" nicht ohne Bedeutung, worin es heißt, England müsse seiner Selbsterhaltung wegen daran denken, solche Zwei- und Dreibecken, wie der französische „Charlemagne", „Auferlitz", „Napoleon" u. s. w. mit noch einem Dutzend andern, die im Bau begriffen sind, zu besitzen. In den nächsten 6 Monaten sollen auf den britischen Werften 6 Linienschiffe fertig werden, zu denen die Schraubenapparate vor nächstem April an Bord sein müssen. — Wie wenig das Ministerium sich selbst auf solche Machtbegriffe verlassen kann, deren ministerielle Geltung sonst außer Zweifel stand, erhellt aus dem Benehmen sehr vieler Wahlmänner des ersten Berliner Bezirks, die statt des Herrn v. Manteuffel die Herren Kühne und v. Patow in Vorschlag gebracht haben und aller Wahrscheinlichkeit nach durchsetzen werden. Gegen diese Agitation heißt es in einem „Eingesandt": Kann man eine Regierung nicht beseitigen, oder durch eine neue Regierung die nothwendige Uebereinstimmung nicht herstellen, so bleibt nichts übrig, als jede principielle oder persönliche Opposition gegen die gegenwärtige Regierung zu unterlassen. Man wird sich daher wohl denken können, daß ein Wahlmann, der in sehr vielen Fragen mit den Herren Kühne, Patow nicht übereinstimmt, diese dennoch deßhalb nicht wählt, weil er jede Demonstration, die als feindselig gegen die Regierung auch nur gedeutet werden könnte, zu unterlassen die patriotische Verpflichtung in sich fühlt. Von der andern Seite hat Herr v. Manteuffel sich wieder etwas in die Gunst einer Fraction der constitutionellen Partei zu setzen gewußt, die ihm sehr gram geworden war. Den persönlichen Bemühungen des Ministerpräsidenten ist es nämlich gelungen, Se. Maj. den König zu bestimmen, den Director der höhern Stadtschule in der Georgenkirchgasse, Dr. Krech, der von der städtischen Behörde schon vor mehreren Monaten zum Director des in der großen Friedrichsstraße zu gründenden Gymnasiums ernannt worden war, in dieser seiner Stellung zu bestätigen. Herr Krech, ein tüchtiger Schulmann, ist einer der Schwiegersöhne Schleiermachers, und somit Schwager des Grafen v. Schwerin und des Predigers Jonas. — Es tauchen wieder Gerüchte auf, als würden von einer benachbarten Regierung Unterhandlungen über den Fortbestand des Zollvereins angeknüpft.

Breslau, 1. Nov. Heute begannen vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlungen in dem Aufruhrproceß gegen Dr. Engelmann, Kaufmann Meyer, F. A. Held, Kaufmann Unger, ehem. Lieutenant Bepse und ehem. Lieutenant Schlinke. Da keiner der Angeklagten erschienen war, wurde gegen sie in contumaciam verfahren, wegfhalb eine Zuziehung der Geschwornen nicht erfolgte. Nach der sehr umfangreichen Anklageacte sollen die Angeklagten durch ihre Handlungen in den Novembertagen des Jahres 1848 theils den Aufruhr gefördert, theils an demselben Theil genommen haben. Der Staatsanwalt, Hr. Meyer, hob besonders drei Anklagepunkte hervor: 1) das Läuten einer Sturmglocke; 2) die Besetzung der königlichen Kassen und 3) die Anträge und Handlungen der Angeklagten im Sicherheitsausschusse und im Sessionszimmer der städtischen Behörden. Nach seiner Auffassung enthält das neuere Strafgesetz über den Aufruhr mildere Bestimmungen als das allgemeine Landrecht; und er beantragte demgemäß gegen Dr. Engelmann, der an allen Acten Theil genommen, dreimal das höchste Strafmaß von 5 Jahren, also 15 Jahre Gefängniß, gegen Held, Meyer, Schlinke und Bepse 8 Jahre, gegen Unger 5 Jahre Gefängniß; außerdem gegen sämmtliche Angeklagte Stellung unter Polizeiaufsicht. Nach 10 Uhr zog sich der Gerichtshof zurück und füllte um 11½ Uhr das Urtheil, welches gegen Dr. Engelmann auf 5 Jahre, gegen Unger auf 3 Jahre, gegen alle Uebrigen auf 4 Jahre Gefängniß, außerdem Tragung der Kosten und Stellung unter Polizeiaufsicht lautet. (N. D. Z.)

Stettin, 1. Nov. In der gestrigen Vorwahl, welche meist streng conservative Candidaten durchgehen ließ, erklärte Herr Stadtrath Wellmann, der „Nordd. Ztg." zufolge, es komme seines Erachtens darauf an, Männer zu wählen, welche für Aufrechthaltung der Verfassung stimmten; ein solcher sei Graf Schwerin, der in seinem Wahlkreise seine Ansicht habe, wieder gewählt zu werden. Diesem trat Herr Pastor Budy entgegen mit der Behauptung, es folge aus der geringen Betheiligung der Urwähler an den Wahlen der Wahlmänner, daß das Volk der Verfassung überdrüssig sei; selbst die zur Wahl Erschienenen hätten mehr aus Pflichtgefühl als aus Liebe zur Verfassung sich an dem Wahlact betheiligt; Mehrheiches hätte schon Herr Oberregierungsrath Hergewadel behauptet. Er nahm an, daß 80 pCt. der Urwähler Stettins bei den Wahlen gefehlt hätten, 20 pCt. davon vielleicht durch Geschäfte behindert, 20 pCt. Demokraten, 40 pCt. Conservative, denen die Verfassung gleichgiltig geworden sei. Der Behauptung des Pastors Budy folgte sogleich der heftigste Widerspruch und lebhafte Aufregung. Der Vorsitzende suchte dieselbe vergebens mit der Ausstellung zu beguügen, daß es sich nicht um politische Discussionen, sondern um Bezeichnung von Namen für die Wahl handele; sie legte sich erst, als Herr August Moritz, der bekanntlich vor etwa einem Jahr einen Preis für die beste Schrift gegen die Nothwendigkeit einer Verfassung überhaupt ausgesetzt hat, mit der Erklärung auftrat, es sei allerdings nothwendig, daß die

Verfassung aufrecht erhalten werde, um den wachsenden Ansprüchen des Adels entgegenzutreten.

Heidelberg, 1. Nov. Das „Frankfurter Journal" bringt aus der „Sp. Z." die überraschende Nachricht von einem angeblichen Uebertritte des Oberbibliothekars und Professors geh. Hofrath Bähr zur katholischen Confession. Wir können aufs entschiedenste versichern, daß hiervon keine Rede ist und jene Nachricht auf völliger Unkenntniß der Verhältnisse oder böswilliger Erfindung beruht. (Mannh. J.)

†† **Kassel**, 2. Nov. Am 31. v. M. langte der Prinz Friedrich von Hessen in Begleitung eines Kammerherrn und einiger Dienerschaft aus Schloß Rumpenheim hier an, um sich dem Vernehmen nach von Sr. königlichen Hoheit dem Kurfürsten den Consens zu seiner Verehelichung mit der Prinzessin Anna von Preußen ertheilen zu lassen. Er wohnte im hiesigen kurfürstlichen Schlosse Bellevue, war gestern vom Kurfürsten empfangen und bei demselben zur Tafel und ist heute Morgen zu seiner Vermählung nach Berlin weiter gereist. Der Prinz Friedrich Wilhelm Georg Adolph ist geboren am 26. November 1820 und das dritte Kind des Landgrafen Wilhelm von Hessen und der Prinzessin Louise Charlotte von Dänemark. Er war früher, am 23. Jan. 1844, mit der Großfürstin Alexandra Nicolajewna von Rußland vermählt, welche jedoch bereits am 10. August 1844 verstarb. Die gegenwärtige Verlobte des Prinzen ist die Prinzessin Maria Anna Friederike, drittes Kind des Prinzen Karl von Preußen, Bruders des jetzigen Königs. Sie ist geboren am 17. Mai 1836, mithin 16 Jahre alt, während der Prinz 32 Jahre zählt. — Von den in Folge der neueren Ereignisse stattgehabten kriegsrechtlichen Verurtheilungen war dem Oberst d'Orville die höchste Strafe, nämlich 5 Jahre Festungsstrafe, zuerkannt worden. Von den 5 Jahren hatte er über 1 Jahr verbüßt, als ihm dieser Tage mit seinem Pensionsrecht der ganze Rest der Strafe vom Kurfürsten erlassen wurde. Dieser hochherzige Act landesherrlicher Gnade hat nicht nur seine Familie, welche mit ihm nach Spangenberg gezogen war und unten in der Stadt gleichen Namens wohnte, während der Oberst oben auf der Bergfeste saß, auf das freudigste überrascht, sondern auch beim Publikum aller Stände die allgemeine Anerkennung gefunden.

Oldenburg, 1. Nov. Nachdem das Revisionswerk abgeschlossen, sind noch zwei Vorlagen an den Landtag gebracht worden, die mit dem revidirten Staatsgrundgesetz in einem organischen Zusammenhang stehen, nämlich die Gesetzentwürfe wegen Einrichtung der Provinzialräthe in den Fürstenthümern und wegen der Wahlen zum Landtag. Damit wird, wie es heißt, die Thätigkeit des gegenwärtigen Landtags beendet sein. Die Grundzüge zu dem erstgedachten Gesetze, beruhend auf der Idee der Einrichtung von besonderen Provinzialständen mit begutachtenden Befugnissen in den Fürstenthümern, sind bereits im revidirten Staatsgrundgesetz gegeben, und es kommt nur auf deren nähere Entwickelung an. Dasselbe gilt von dem Wahlgesetze, insofern die wesentlichsten Grenzen, innerhalb deren das Gesetz sich zu bewegen hat, schon vom revidirten Staatsgrundgesetz vorgezeichnet sind. So enthält letzteres insbesondere die Bestimmung, daß unter Verwerfung der früher von der Staatsregierung vorgeschlagenen Berücksichtigung besonderer Interessen (namentlich der Städte) die Abgeordneten in lediglich nach der Bevölkerung gebildeten Wahlkreisen gewählt werden sollen, wie dies auch bisher der Fall war. Daher ist auch der jetzt gemachten Vorlage das bisherige Wahlgesetz zum Grunde gelegt, jedoch mit den wesentlichen Abänderungen, daß die Stimmberechtigung durch die Einrichtung einer directen Staats- und Gemeindeordnung bedingt sein, auch die Stimmen in Anwendung des sogenannten preußischen Dreiklassensystems nach dem Betrage der zu zahlenden Steuern abgewogen werden sollen. Eigenthümlich ist ferner die weitere Bestimmung, daß die zu der streitbaren Macht gehörenden Militärpersonen, so lange sie bei der Fahne sind, vom activen Stimmrecht ausgeschlossen sein sollen. Endlich ist die bisherige Zahl von 46 Abgeordneten auf 35 vermindert worden. Da beide Gesetzentwürfe sich auf einem Gebiete bewegen, in welchem wesentliche Principienfragen und somit die verschiedensten Ansichten zu Tage kommen werden, so wird der Schluß des Landtags sobald nicht zu erwarten sein. (Wes.-Z.)

)*(**Aus dem Weimarischen**, 3. Nov. Der General de la Moriciere ist, nachdem er mehrere Tage in Weimar zugebracht hat, über Eisenach nach Bayern abgereist, um die in der Kriegsgeschichte bedeutenden Schlachtfelder und Plätze zu besuchen. — Unsere Landtagswahlen sind fast vollendet. Die meisten Abgeordneten gehören dem Stande der juristischen Staatsdiener an, einige sind Gutsbesitzer und Geistliche. — Ueber die Werrabahn können wir vorläufig so viel sagen, daß wir noch keine Ursache haben, unsere frühere ungünstige Nachricht zurückzunehmen, und daß die Aussichten auf deren Ausführung leider noch immer nicht besser geworden sind, obwohl mehrere Correspondenten sich in neuester Zeit sanguinischen Hoffnungen hingegeben haben. Die thüringer Bahn ist trotz der vorgerückten Jahreszeit sehr frequent, aber sie würde einen starken Stoß erleiden, wenn das Project zur Ausführung käme, eine directe Verbindung von Halle nach Cassel über Nordhausen zu bewerkstelligen, was das preußische Gouvernement bereits genehmigt hat. So unerfreulich uns diese Parallelbahn wäre, so lieb würde uns die von Hannover über das Eichsfeld nach Gotha beabsichtigte Bahn sein, welche jetzt nivellirt und vermessen wird.

Z **Hamburg**, 1. Nov. In Folge des gestern erfolgten Ablebens eines unserer älteren Rathsmitglieder, Senator Heinrich Schmidt, steht innerhalb acht Tagen in herkömmlicher verfassungsmäßiger Weise eine Neuwahl bevor. Schon seit längerer Zeit konnte der Hingeschiedene, welcher durch eine schmerzhafte Krankheit am Bett gefesselt war, weder den Rathssitzungen beiwohnen, noch an den Regierungsgeschäften Theil nehmen. Eine frühere von ihm nachgesuchte Entlassung glaubte der Senat in der Hoffnung, daß sein Krankheitszustand nachgrade einen befriedigenden Ausgang nehmen werde, verweigern zu müssen, um so mehr, als das Bestreben, seine Erfahrungen, Geschäftsroutine und Verwaltungsfähigkeit dem Gemeinwesen erhalten zu wissen, zum öfteren im Rathscollegium gar lebhaft hervortrat. Was die hiesige Verfassungskrisis anlangt, so kann ich Ihnen die verläßliche Mittheilung machen, daß die Vorarbeiten in Beziehung auf die staatsbürgerliche Stellung der Israeliten beendet sind. — Die am s. g. Kühlbrand hamburgischerseits vorgenommenen Eindeichungen und Strombauten haben von Altona her zu Reclamationen und Protestationen Veranlassung gegeben. Diese Strombauten sollen nach dem Urtheil Sachkundiger dem Altonaer Hafen am Ende nur zum Nachtheil gereichen. Gelegentlich stehen auch zwischen Dänemark und Hamburg Verhandlungen in Aussicht über die Art der Benutzung der durch Vertrag vom 27. Mai 1768 an letztere Stadt abgetretenen Elbinseln. Hamburg hat sich hiernach bekanntlich vertragsmäßig verpflichtet, auf den Werdern und Sänden der Elbe keine Schanzen und Batterien anzuführen oder überhaupt dieselben zu einigem Kriegsgebrauch nicht einrichten und benutzen zu wollen. Während des letzten dänischen Krieges sind aber die im Vertrage benannten Werder und Sände zu „einigem Kriegsgebrauch" zum Theil armirt worden, mithin liege hier, so nimmt man von dänischer Seite an, ein Vertragsbruch vor. Im Ganzen dürften die Verhandlungen mehr auf eine beiderseitige Revision resp. Erneuerung des Vertragsverhältnisses bezüglich der Elbinseln, natürlich unter Berücksichtigung der dermaligen Zeitverhältnisse, gerichtet sein. — Die Verlegung der holsteinschen Universität von Kiel nach Plön soll schon in nächster Zeit bevorstehen.

Italien.

In dem sieben deutsche Meilen von Rom entfernten **Velletri** hat die Polizei, wie man der „Allg. Zeitung" berichtet, abermals die Entdeckung eines mit der auswärtigen politischen Propaganda in engem Verbande stehenden Vereins gemacht. Seine Mitglieder gehören sämmtlich den besten Familien der Stadt an. Ihrer dreizehn, in deren Wohnungen sich schlimme Correspondenzen neuesten Datums von Saffi, Mazzini, Sterbini u. A. vorfinden sollen, wurden am 21. October geschlossen auf Wagen in Rom eingebracht. Der Vorfall machte einen beunruhigenden Eindruck. — Am 22. sah man auch siebzehn Straßendiebe, welche die Umgegend von Bracciano höchst unsicher gemacht, gefangen nach der römischen Hauptwache in Palazzo Gregori bringen. Alle waren als Guardiani (Feldwächter) verkleidet und mit Flinten bewaffnet.

Frankreich.

*** **Paris**, 1. Nov. Dieser Tage griff in der von Guizot redigirten „Assemblee nationale" ein gewisser Alexander de Saint-Alban aufs heftigste die Freimaurerei an, indem er sie einen großen Bund von Uebelthätern nannte, den kein Staat mehr dulden sollte. Ein elyseeisches Blatt erinnert das Organ der Fusion, daß Prinz Murat Großmeister des Ordens sei, der Artikel mithin eine Beleidigung der Familie des Staatsoberhaupts enthalte. Ueberhaupt wird dieses Kapitel von den Gegnern des Präsidenten benützt, um demselben eine zweideutige Stellung („mit einem Fuß auf dem Feld des Glaubens, mit dem andern Fuß auf dem Feld des Unglaubens") vorzuwerfen. Man könne nicht zugleich ein treuer Sohn der Kirche und der Begünstiger einer unkirchlichen Gesellschaft sein, sagen die Montalembertisten und bemerken dazu, daß Lucian Murat der intimste Freund seines Vetters sei. Seit der Aussöhnung Canino's mit dem Präsidenten will man eine Erkaltung gegen Rom und Oesterreich wahrnehmen. Mit der bisherigen Redaction des „Siecle" (Havin, Jourdan, Lamarre, Pelletan, Plee, die sämmtlich abgetreten sind) fällt das letzte republikanische Organ. Das Gerücht, daß der russische Gesandte bald abreisen werde (?) oder schon abgereist sei, findet Glauben; nach Einigen hat die entgegengesetzte Politik Rußlands und Frankreichs in der türkischen Anleihensfrage, nach Andern der vom künftigen Kaiser beanspruchte Titel „Beschützer des heiligen Grabes", worin die griechische Or-

thodorie einen Eingriff in ihre Rechte erblickt, den übrigens schon lange vorbereiteten Schritt des Gesandten beschleunigt. — Die Vermehrung der französischen Besatzung im Kirchenstaat wird dem Ausland gegenüber als eine nothwendige Folge des schlechten Zustandes der päpstlichen Armee angegeben. Unter den künftigen Prinzen des Reichs nennt man auch den Grafen Walewsky, bekanntlich ein natürlicher Sohn des Kaisers Napoleon von einer polnischen Mutter. — Mehrere unter Polizeiaufsicht gestellte Bewohner der unteren Loire sind wegen Verbreitung der bekannten Pamphlete „Le nuits de Saint-Cloud" und „La voix mystérieuse" in andere Departemente internirt worden; diesige Polizeibeamte haben etliche Individuen arretirt, die sich auf der Straße laut „citoyen" anriefen, welcher Ruf nunmehr unter die crim. sédilieux oder regierungswidrigen Kundgebungen gerechnet wird.

Türkei.

Konstantinopel, 16. Oct. Das „Journal de Constantinople" erzählt, daß die Polizei eine Menge Brandschriften in griechischer Sprache aufgegriffen hat, in denen alle Mittel angewendet werden, um die christliche Bevölkerung gegen die Regierung aufzureizen. — Die türkische Sanitätsverwaltung widerlegt das Gerücht vom Ausbruche der Pest an der persischen Grenze; aus den ihr zugekommenen Berichten gehe hervor, daß dort höchstens von einer Cholerakrankheit die Rede sein kann, über deren Charakter sie durch den Sanitätsarzt in Bagdad Untersuchungen anstellen lasse. — Aus Damaskus meldet man, daß am 2. Oct. zwischen den Insurgenten und einer starken Patrouille der Bascht Bosuc (irregulären Truppen) ein Scharmützel stattgefunden habe, bei welchem nahe an 30 Mann der letztern, dagegen nur ein Druse geblieben sein sollen. Am 4. Oct. sand ebenfalls ein Zusammentreffen der Truppen mit den Drusen statt, bei welchem 180 Mann blieben, und aus welchem die Drusen siegreich hervorgingen. Insbesondere sind die Straßen unsicher, namentlich die von Beirut nach Damaskus, auf welcher gegenwärtig der Scheikh Mohammed von Janta, derselbe, welcher kürzlich den Sohn des Muschirs Ali Abas meuchelte, wegelagert. Die von ihm beschligte Bande, Gesindel aller Art, etwa 400 Mann stark, plündert alle Reisenden ohne Unterschied der Nationalität; der sicherste Beweis, daß es der selben nicht allein um Unabhängigkeit von der Pforte zu thun ist. Ein Oda-Bascht (Offizier), welcher mit einer Abtheilung Soldaten nach Janta entsandt war, um von dort Getreide zu holen, wurde von ihm angefallen, ermordet und der arg verstümmelten Mannschaft dasselbe wieder abgenommen. Eine von Zahle nach Damaskus abgegangene Karavane, welche 600,000 Okа Zwieback für die Truppen überbringen sollte, wurde angefallen und von den Drusen, die mehr als 300,000 Okа nach den Gebirgen schleppten, genöthigt, den Rest nach Zahle zurückzubringen. Alle diese Umstände zusammengenommen, haben bereits eine solche Theuerung der Lebensmittel hervorgerufen, daß der gemeine Mann kaum mehr das tägliche Brod kaufen kann, und gar leicht ist ein allgemeiner Aufstand der Bevölkerung hervorgerufen, dem die Regierung ohne an eine Bezwingung der Gebirgsvölker zu denken, nicht Widerstand leisten könnte.

Neueste Nachrichten.

Paris, 3. Nov. Der „Moniteur" veröffentlicht heute ein Decret, kraft dessen die von Mgr. Dupuch, dem vormaligen Bischof von Algier, im Interesse der Religion contrahirten Schulden von Staatswegen bezahlt werden. Der hierfür bewilligte Credit beträgt 220,000 Fr.

In dem Maße, wie der Augenblick näher rückt, in welchem das wiederhergestellte Kaiserreich proclamirt werden wird, vermehren sich die Ministerberathungen, um vor Ablauf der Woche noch alle erforderlichen Maßregeln zu erörtern und zu beschließen.

Delangle, Perier, v. Eichthal und Pasjoz sind durch Decret Ludwig Napoleons zum Präsidenten, Vicepräsidenten, Secretär und Vicesecretär der Departementalcommission der Seine ernannt worden.

Heute Vormittag gegen 11 Uhr verließ Abdel-Kader sein Hotel, um auf der Eisenbahn nach Versailles zu fahren. Im Bahnhof wurden ihm die seinem hohen Rang gebührenden Honneurs gemacht. In des Emirs Begleitung befanden sich der Commandant Boissonnet und die beiden arabischen Agha's, die sich immer an seiner Seite befinden. In Versailles wurde Abdel-Kader von dem Prinz-Präsidenten erwartet, und hat heute daselbst die große Cavallerierevue stattgefunden. Zwei Karabinier-, zwei Kürassier- und einige andere Reiterregimenter waren in Schlachtordnung aufgestellt, und gewährten einen imposanten Anblick, zumal das schönste Wetter die Revue begünstigte. Der Emir besuchte dann den Palast, die Galerien und die Parkanlagen, in welchen ihm zu Ehren alle Wasserkünste spielten. Heute Abend speist Abdel-Kader bei dem Kriegsminister, der auch die Revue in Versailles commandirte, in dessen Hotel zu Paris, und morgen wird er einer Musikaufführung im italienischen Theater beiwohnen.

Heute Vormittag celebrirte der Erzbischof Sibour von Paris in dem Justizpalast die heil. Geistmesse. Alle Mitglieder des Cassations-, des Appellhofs und der Gerichtshöfe erster Instanz und des Handels wohnten dem Gottesdienst in großem Costume bei und zogen sich dann unter dem Vorantritt ihrer Präsidenten und Vicepräsidenten zurück. Der Cassations- und der Appellhof traten sofort zur Session zusammen.

Auch die Departementalcommission hat sich heute um 2 Uhr in ihrem gewöhnlichen Sitzungslocal im Stadthause unter Delangle's Präsidium versammelt; der Seinepräfect Berger hat der Berathung beigewohnt.

** **Madrid**, 29. Oct. In dem Cabinetsconseil, das heute Abend unter dem Vorsitz der Königin gehalten ward, soll die Creirung eines Ministeriums der Colonien berathen worden. — Die Nachricht, daß General Manuel de la Concha beauftragt worden sei, bei der Leichenfeier des Herzogs von Wellington Spanien zu repräsentiren, war voreilig. — Das Ministerium soll beschlossen, den Cortes unter andern Entwürfen auch eine Incompatibilitätsbill für alles, was dasselbe in der zwischen einer und der andern Session liegenden Zeit gethan habe, vorzulegen; ferner einen Gesetzentwurf, betreffend die Autorisation des Cabinets, je nach der Lage Europa's und des Landes, wenn die Cortes nicht versammelt sein sollten, die Verfassung zu modificiren oder umzuwandeln. Es stehen deßhalb jedenfalls sehr lebhafte Debatten zu erwarten.

§ **Brüssel**, 3. Nov. Die Mitglieder des neuen Cabinets sind gestern in Function getreten. Um 1 Uhr Nachmittags war Cabinetsrath im auswärtigen Amt; ein zweites Conseil wurde sodann unter dem Vorsitz des Königs im Palast gehalten. Heute heißt es, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten werde der Repräsentantenkammer in ihrer nächsten Sitzung im Namen des Cabinets einige Aufschlüsse geben.

‖ **London**, 2. Nov. Kossuth hat an die „revolutionäre Liga", welche sich in den vereinigten Staaten organisirt hat, ein neues Manifest gerichtet, in welchem er den Gang darlegt, der zu verfolgen sei, um zur Herstellung der europäischen Republik (sic!) zu gelangen.

§ **Turin**, 30. Oct. Graf Cavour hat den ihm gewordenen Auftrag zur Bildung eines Ministeriums abgelehnt; derselbe ist nunmehr dem Grafen Cesare Balbo zugekommen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 4. Nov. Die Geldverhältnisse waren heute minder beschwerlich; das Geschäft ward dadurch etwas mehr belebt und die Course stellten sich im Allgemeinen etwas fester. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 80¼ pCt., 4½pCt. Metall. 71½ pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. 88 à ⅛ pCt., Wiener-Bankactien 1361 fl., 250 fl. Loose 115½ pCt. Von spanischen Fonds waren 1pCt. während der Börse 24¹¹/₁₆ pCt., nach der Börse 24⅞ pCt. pr. Cassa; 3pCt. Juländische 45¾ pCt. G. Von Eisenbahnactien war B.-W.-Nordbah 44½ pCt., Berbach 94½ pCt., Köln-Minden 111½ pCt., Taunus 301 fl. In sämmtlichen übrigen gangbaren Papieten war auch heute bei stillem Geschäft keine wesentliche Courdveränderung bemerkbar. — Abends in der Effectencoursetät waren 1pCt. Spanische beliebter, 24⅞ à ¹⁵/₁₆ pCt. pr. Cassa.

Berlin, 3. Nov. 3pCt. Staatsch. 94½, Brf., 93⅝ G. — Köln-Minden 111⅛ G. — Fr.-W.-Nordbahn 41½, Brf., 40⅝ G., 41¼ à 41 bez.

Paris, 3. Nov. 4½pCt. Rente 108, 25. — 3pCt. 84, 75. — Neapol. —. — 5pCt. Rente Oesterr. 94⅞, 95. — Span. neue Diff. —. — Neue 3pCt. —. — — Zuuere Schuld 46. — Passive 6⅞. — Bankactien 2990. — Piemont 5pCt. 98, 80. — Römisches Anlehen Juni 1850 —. — do. 1850 —. — St. Germain-Eisenbahn 1600. — Versailles, linkes Ufer 365. — Straßburg-Basel 375. — Nordbahn 925. — Paris-Straßburg 920.

Die Hausse macht wieder ungewöhnliche Fortschritte, in der Rente sowohl wie in Bahnactien, und die heutige Börse war überaus belebt. Die Abrechnung in Bahnactien ging ersichtlich von statten.

Madrid, 29. Oct. 3pCt. 47, n. d. Börse 47⅛. — 1pCt. Neue 26⅛ p., n. d. Börse 26¹/₁₆.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 4. Nov. 5pCt. Met. 94½. — 5pCt. do. A —. — B. 109½. — 5pCt. Anlehe vom Jahr 1852 94½. — 4½pCt. do. 84⅛. — Bankactien 1337. — 250 fl. Loose 136½. — London 11 fl. 27 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102½. — K.-L.-Nordb. 217½. — Livorno-Florenz 102. — Siena-Empoli 76. — Paris 136. — London in Triest — fl. — kr. — Silber 15. Günstige Stimmung. (Dpad.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kaltschrift.

[2517]

Bekanntmachung.

Das Schweizerische Transitporto für die durch die Schweiz beförderte Correspondenz nach und aus den K. K. Oesterreichischen Kronländern Lombardei und Venedig u. s. w. betreffend.

Vom 1. November 1852 an tritt für die durch die Schweiz beförderte Correspondenz nach und aus den K. K. Oesterreichischen Kronländern Lombardei und Venedig, sowie für die durch die Schweiz und die Lombardei beförderte Correspondenz nach und aus den übrigen italienischen Staaten eine Ermäßigung der neben dem deutschen resp. italienischen Porto zu zahlenden bisherigen Schweizerischen Transitportosätze in der Weise ein, daß

a) für Briefe bis zum Gewichte von 1 Zollloth (1/30 Zollpfund) ausschließlich 3 kr. resp. 1 Sgr. und für je ein Loth oder den Theil eines Loths Mehrgewicht der Betrag des einfachen Transitportosatzes,

b) für Waarenproben und Mustersendungen für je zwei Loth Zollgewicht das Transitporto für einfache Briefe (s. lit. a.)

c) für Kreuzbandsendungen 1 kr. resp. 1/4 Sgr. für je ein Loth Zollgewichts

erhoben wird.

Dieses Transitporto kann für Briefe nach den K. K. Oesterreichischen Kronländern Lombardei und Venedig, sowie nach dem Königreich beider Sicilien, ebenso wie das deutsche Porto mittelst Freimarken bezahlt werden.

Frankfurt a. M., den 1. November 1852.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[2451]

Bekanntmachung.

Mit dem 1. November beginnt der Winterdienst auf diesseitiger Bahn mit folgenden Abgangs- und Ankunftszeiten der Züge auf den Hauptstationen:

I. Fahrten in der Richtung von **Frankfurt** nach **Heidelberg**:

Stationen.		Personenzug	Gemischter Zug	Personenzüge					
		Morgs	Vorgs.	Mittgs.	Nmittg.	Abds.	
		U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.
Frankfurt	Abgang	7 —	8 45	12 15	4 15	8 40	
Darmstadt	„	7 56	10 7	1 11	5 11	9 30	Ankunft
Heidelberg	Ankunft	9 56	12 57	3 11	7 11	—	
Mannheim			12 55				

II. Fahrten in der Richtung von **Heidelberg** nach **Frankfurt**:

Stationen.		Personenzüge.				Gemischter Zug	
		Vorgs.	Morgs.	Mittgs.	Nmittg.	Abds.	
		U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.
Heidelberg	Abgang	—	8 —	12 10	4 20	5 15	
Mannheim						5 10	
Darmstadt	„	7 5	10 15	2 25	6 22	8 33	
Frankfurt	Ankunft	7 51	11 —	3 10	7 —	9 35	

Mit den gemischten Zügen werden Güter und zugleich Personen in allen Wagenklassen befördert; auch findet mit denselben unbedingte Beförderung von Vieh statt. — Der um 8 Uhr 45 Min. in **Frankfurt** und der um 4 Uhr 20 Min. in **Heidelberg** und **Mannheim** abgehende Zug hält **nicht** an bei den Stationen Isenburg, Arheilgen, Hembach und Großsachsen.

Gleichzeitig mit Einführung des Fahrtenplans beginnt der Dienst bei der neuerrichteten Station Isenburg.

Darmstadt, den 28. October 1852.

Die Direction der Main-Neckar-Eisenbahn.

[2518]

Ein- und Verkauf

von **Obligationen, Staats-Lotterie-Loosen** ꝛc. ꝛc. bei

S. Bertyn in Frankfurt a. M., Fahrgasse Nr. 108.

[1673] Auf dem Wechselbüreau des Unterzeichneten werden alle Gattungen Staatspapiere und Anlehens-Loose umgesetzt und deren verfallene Zinsabschnitte und Gewinnste zu den Tagescoursen eingelöst.

L. A. Hahn, Zeil Nr. 35.

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2498]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6¼ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6½ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**
☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 9 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.: in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7¼ Uhr die Düsseldorf, Elberfeld.
Von **Mainz-Castel** Mittags 12 Uhr, von **Biebrich** Mittags 12¼ Uhr nach **Köln, Arnheim**
☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.: in Köln im Anschluss an die Nachtzüge nach **Paris—London**, sowie nach **Berlin—Hamburg.**

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm,** Stadtplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli,** Zeil Nr. 67.

Am 15. November

findet die Verloosung von tausend Gewinnen der **Fürstl. Vereins-fl. 10 Loose** statt. Wir empfehlen hierzu Obligationsloose zum Tagespreis und Certificate für obige Ziehungen à 30 kr., 10 Stück für fl. 4. **Moritz Sliebel Söhne,**

[2448] Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

Fürsten-Vereins fl. 10 Loose

Ziehung der 15. November d. J.
Original-Obligationsloose coursmäßig bei
J. N. Trier & Comp.
im Lürtenschuh.

[2614]

[1690] **An- und Verkauf**
von Büchern bei H. Bechhold, Zeil Nr. 5 neu.

[2501] **Anleihen des Vereins deutscher Fürsten und Edelleute,**
garantirt vom Herzog von Nassau, Prinzen Fr. von Preussen, Herzog von Sachsen-Coburg ꝛc. Nächste Ziehung am 15. November 1852 mit bekannten 1000 Treffern. Actien einzeln à 30 kr., 10 Stück fl. 4 empfehlen

Julius Sliebel jun. & Co.,
Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

Fränkel

kommt am 12. d. mit 30 Stück Mecklenburger Reit- und Wagen-Pferden im „gelben Hirsch" daher an. [2487]

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December.
Haupttreffer: fl. **200,000,** 2 zu **100,000, 40,000, 25,000** u. s. w. Ganze Loose zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ¼ zu fl. 2, ⅛ zu fl. 1. 30 fr., ½ zu 45 kr., sowie Loose für alle Classen gültig zu fl. 90 das Ganze, empfiehlt

Carl Höchberg,
[2507] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2462] **fl. 200,000.**
100,000, 40,000, 25,000, 2 à **20,000,** 2 à **15,000, 12,000,** 3 à **10,000,** 2 à **6000,** 3 à **5000,** 3 à **4000,** 5 à **3000,** 12 à **2000,** 86mal **1000** ꝛc. 12,500 Gewinne u. 18,400 Freiloose unter 24,000 Loosen 123r Frankfurter Lotterie.
Ziehungs-Anfang den 1. December 1852.
Ende „ 20. April „ 1853.
Loose ½ fl. 6, ¼ fl. 3, ⅛ fl. 1. 30 kr., ½ fl. 45 kr. empfiehlt
J. Glauberg in Frankfurt a. M.

[2508] Ein fünfundzwanzigjähriger Mann, der die Käserei gründlich erlernt, die Falzanerzucht perfekt, als Leibjäger schon längere Jahre in Diensten gestanden hat und darüber die günstigsten Zeugnisse beibringen im Stande ist, sucht eine neue seinen Kenntnissen entsprechende Stellung. Adressen wolle man gefälligst an die Expedition der Frankfurter Postzeitung unter Nr. 2508 gelangen lassen.

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bénézie Nr. 29** Boulevard Montmartre, **Paris,** sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militairs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Roben ꝛc. [2172]

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nr. 265.) 5. November 1852.

Deutschland.

Frankfurt, 5. November. Die „Wiener Zeitung“ bringt einen Bericht über die am 30. October eröffneten Wiener Zollconferenzen. An diesen Tage versammelten sich, wie es im Eingange heißt, „die Vertreter jener deutschen Regierungen, welche der vom Kaiserl. Cabinet ergangenen Einladung zu ferneren Berathungen über die obschwebende handelspolitische Frage entsprochen hatten“, nämlich die Gesandten und Bevollmächtigten Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens, Kurhessens, Großherzogthums Hessens und Nassau's. Seitens Oesterreichs waren der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf v. Buol-Schauenstein und der Finanz- und Handelsminister, Ritter v. Baumgartner zugegen. Der erstere eröffnete die Versammlung mit nachstehender Anrede:

„Meine Herren! Eine Zeit von sechs Monaten ist vergangen, seit wir in diesem Saale unsere Sitzungen geschlossen haben. Uns hatte damals ein großes und nützliches Werk, die Vorbereitung und Sicherung der Zoll- und Handelseinigung Deutschlands und Oesterreichs beschäftigt und wir durften im Rückblicke auf die Ergebnisse unserer Berathungen hoffen, ohne Erschütterung des Gebäudes des Deutschen Zollvereins den ersten Grundstein zu dem umfassenden neuen Baue gelegt zu haben. Seitdem haben sich Schwierigkeiten erhoben, die wir zu erwarten nicht berechtigt waren. Wir entsagen auch jetzt noch nicht der Hoffnung, daß sie überwunden werden können, indessen haben die Umstände uns die Pflicht auferlegt, und wieder zu vereinigen, um in gemeinsame Berathungen über den gegenwärtigen Stand der Dinge einzugehen. Bereitwillig haben die hier vertretenen höchsten Regierungen die Bewerkstelligung der Einladung gewürdigt, welche zu diesem Zwecke an sie zu richten Se. Majestät der Kaiser, mein allergnädigster Herr, mich ermächtigte. — Der nämliche Geist erfüllt unser jetziges wie unser früheres Wirken. Noch unter den Verhältnissen, die uns heute zusammenführen, erstreben wir die Einigung der Handels- und Verkehrs-Interessen des gesammten Deutschlands und auch die Hoffnungen auf einen in naher Zukunft lohnenden Erfolg unserer Arbeit haben wir, ich darf es wiederholen, noch immer nicht aufgegeben. Wenden wir die Blicke auf die Zeit unserer früheren und der gegenwärtigen Zusammenkunft, so können wir uns mit Beruhigung sagen, daß die Vertragsentwürfe, die wir ausgearbeitet und die Ihre Regierungen, meine Herren, den versammelten Zollvereinsstaaten mitgetheilt und zur Annahme empfohlen haben, in den weitesten Kreisen als ausführbar und zweckgemäß anerkannt worden sind. Insbesondere ist durch unseren Entwurf eines Zoll- und Handelsvertrages eine bereits allseitig angenommene Grundlage für die ferneren Verhandlungen gewonnen und es ist dem Grundsatze, daß die von uns gewollte Zolleinigung das endliche erstrebenswerthe Ziel dieser Verhandlungen bilde, die allgemeine Anerkennung von neuem zu Theil geworden. Bewahren wir die die Zuversicht, daß ein so reicher Erwerb an gemeinsamen Ueberzeugungen bald die erwünschten wohlthätigen Früchte tragen wird. Durch die Zugeständnisse, die wir zur Erleichterung einer allgemeinen Verständigung im versöhnlichsten Sinne machten, ist die noch zu lösende Aufgabe auf Einzelnheiten beschränkt worden, die auf dem Wege weiterer Verhandlungen sich zuverlässig würden ausgleichen lassen. Vielfältig haben unsere Regierungen die Geneigtheit an den Tag gelegt, billige Vorschläge in Betracht zu ziehen, um über das Ganze des Zoll- und Handelsvertrages, für dessen möglichst rasches Abschluß die Thatsachen immer lauter sprechen, zu vollständiger Uebereinstimmung zu gelangen.

„Dadurch, daß wir darauf verzichteten, gleichzeitig auch die Grundlagen der künftigen Zolleinigung in bindende Formen festgestellt zu sehen, ist selbst jeder Schein des Einwandes verschwunden, als sollte die naturgemäße Entwickelung der Verhältnisse dem Zwange eingegangener Verbindlichkeiten unterworfen, als sollte Ersparungen vorgegriffen werden, die der Zukunft noch angehören mögen. Dagegen erscheint es gewiß als eine billige Bedingung und Folge solchen Verzichtes, daß nun auch wirklich dem Handelsvertrage freier Raum gelassen werde, nach Ablauf der für ihn bestimmten Frist seine volle Wirkung zu äußern. Wie sollte unter so bewandten Umständen die Richtung und Ziel aller ferneren Verhandlungen feststehen, der Streit über den Zeitpunkt des Abschlusses des Handelsvertrags eine grundsätzliche Bedeutung an sich tragen? wie sollte er eine ganz Deutschland trennende Wirkung auf die Dauer auszuüben vermögen? Gründe der Zeit und der Zweckmäßigkeit, welche es verbieten könnten, ohne Zögern auf der gewonnenen Grundlage fortzubauen, solche Gründe sind nirgends vorhanden. Für den Zweck der Verständigung mit Oesterreich ist der künftige Umfang des Zollvereins nicht in Frage gestellt, und alle nöthige Zeit für die Verhandlung ist noch offen. Daraus folgt gewiß, daß wir gerechte Ursache haben, an der Hoffnung auf nahe Ausgleichung festzuhalten, wenn auch deren Verwirklichung nicht in die Hände der hier vertretenen Regierungen allein gelegt ist. Nur dann könnten demungeachtet unsere Wünsche vereitelt werden, wenn dem Zollvereine, dessen Zweck nach den ausdrücklichen Worten der in Kraft stehenden Vereinsverträge mit der Absicht des Artikels XIX der deutschen Bundesakte in Uebereinstimmung steht, eine seiner Gründung fremde und selbst mit dem innersten Wesen der Verträge, durch welche das nationale Band der Deutschen erhalten wurde, unvereinbare Bedeutung beigelegt würde, diejenige nämlich der Ausschließung Oesterreichs von der Pflege der gemeinsamen deutschen Volksinteressen. — Fürsorge zu treffen für den bedauernswerthen Fall, daß der Zollverein sich selber nicht treu bleiben könnte, den Bedürfnissen der Gegenwart zu genügen und die Wege zur Wiedervereinigung für die Zukunft offen zu erhalten, dies ist, meine Herren, der von Ihren höchsten Regierungen als eine Nothwendigkeit klar erkannte und mit Entschlossenheit ersatzte Zweck unserer gegenwärtigen Zusammenkunft.

„In seinem Falle aber, welches auch die Entschlüsse unserer hier nicht anwesenden Bundesgenossen sein mögen, darf Deutschland entmuthigt auf seine handelspolitische Zukunft blicken. Sollte das Band des Zollvereins in seinem bisherigen Umfange sich wirklich lösen, so wird ein neuer Zollbund sich knüpfen, der eine Bevölkerung von 48 Millionen vereinigen wird, und es ist der Gegenstand unserer Verhandlungen, im Einzelnen die Mittel näher festzustellen, damit dieser neue Verband ohne Störung des Haushalts der sich betheiligenden Staaten, ohne Beeinträchtigung der Interessen ihrer Unterthanen und auf Grundlagen sich bilde, welcher die Trennung der bisher getrauten Theile Deutschlands so wenig empfindlich, und wo der Allem so wenig dauernd als möglich mache.

„Ich muß es aber an dieser Stelle auf das Feierlichste wiederholen: Oesterreich wünscht den Zerfall des Zollvereins eben so wenig, als die Fortdauer der handelspolitischen Spaltung, in der bisher ein Theil Deutschlands zu dem andern verharrte, und es fühlt das Bedürfniß der Einigkeit und des Zusammenwirkens sämmtlicher Glieder des deutschen Bundeskörpers viel zu lebhaft, als daß es nicht die zum letzten Augenblicke bereit sein sollte, zu dem ersehnten Werke der Verständigung die Hand zu bieten.

„Unsere heutige Vereinigung bürgt dafür, daß die Regierungen, als deren Vertreter ich Sie, meine hochverehrten Herren, begrüße, in diesen Gesinnungen und Grundsätzen auch die übrigen erkennen. Der große und heilsame Zweck, der uns leitet, rechtfertigt sich selbst. Vereinen wir also auch fernerhin getrost unsere Bemühungen um ihn beharrlich und in versöhnenden Wegen zu fördern.“

Die Rede wurde von dem bayerischen Gesandten Grafen v. Lerchenfeld-Köfering mit folgenden Worten erwidert:

„Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es unmöglich wäre, den gegenwärtigen Stand der Zoll- und Handelsfrage und den Zweck der zu eröffnenden Berathungen richtiger und erschöpfender zu bezeichnen, als solches durch den Vortrag gegeben ist, welchen Se. Excellenz der kaiserliche Minister der auswärtigen Angelegenheiten so eben an die Versammlung gerichtet hat, glaube ich den Gefühlen der hegten Zustimmung den Ausdruck zu verleihen, indem ich im Namen der durch sie hier vertretenen Regierungen den Ansichten des kaiserlichen Cabinets unbedingt zustimme. Insbesondere glaube ich hervorheben zu sollen, wie auch die bezeichneten Regierungen die Schwierigkeiten, welche sich dem Werke allseitiger Verständigung entgegenstellten, tief zu beklagen hatten, — wie auch ihre Bestrebungen der Erhaltung und Erweiterung

des Zollvereins unter gleichzeitiger Handelsverbindung und später erer Handelseinigung zwischen Deutschland und Oesterreich zugewendet waren, — wie sie den gegenwärtigen Schritt schließlicher Feststellung nur unter Hinblicken zu veranlassen strebten, in welchen sie sich mit den Absichten der kaiserl. Regierung in innigster Weise begegneten. Demgemäß bleibt mir nur, Namens der Versammlung auszusprechen, daß sie mit vollem Vertrauen die Richtung verfolgen werde, welche von Seite des kaiserl. Cabinets mit eben so anerkennenswerther Consequenz als bewährter Mäßigung aufgestellt wurde, — daß auch sie sich der Hoffnung hingibt, der Erfolg ihrer gemeinsamen Bemühungen werde ein vollständiger, ein allen Interessen entsprechender sein."

Hierauf wurden Freiherr v. Handel und Ritter v. Hock als diejenigen bezeichnet, welche die Minister Grafen v. Buol-Schauenstein und Ritter v. Baumgartner zu vertreten hätten; eine Commission, bestehend aus den Abgeordneten von Oesterreich, Würtemberg und Großherzogthum Hessen, zur Prüfung der Vollmachten berufen und die nächste Zusammenkunft auf den 2. November festgesetzt.

Eiserne, feuerfeste Geld- und Documentenschränke,

welche bei ihrer zweckmässigen, gegen Feuer und Diebstahl die grösste Sicherheit gewährenden Construction, die Londoner Preis-Medaille erhalten haben, halten in allen Grössen zu den billigsten Preissen empfohlen.

[2515] **SOMMERMEYER & Co.** in ***Magdeburg.***

Goldene Medaille 1845 **Pate Pectorale** Goldene Medaille 1845

von Apotheker **George** in Epinal

Schacht 16 Sgr. oder 56 kr. ½ Schacht 8 Sgr. oder 28 kr.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von ***George***, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Hustentäfelchen werden verkauft in Schachteln, die halbe à 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Riedlinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **M. G. von Oven**, Liepdenstraße Nr. 33. [2428]

mit deren Uebereinstimmung nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. Juni 1836, die Ablösung der Grundrenten betreffend, im Gesammtbetrage von 435 fl. 58½ kr. abzulösen und werden daher alle bei dieser Grundrentenablösung sowohl bekannten als auch unbekannten Betheiligten, mit Ausnahme des Gr. Lehnhofs zu Darmstadt, hiermit öffentlich aufgefordert, ihre etwaigen Rechtsansprüche an die vorhin aufgeführten Grundrenten so gewiß

binnen zwei Monaten

dahier anzuzeigen, als widrigenfalls die Auszahlung des Ablösungscapitals an die in dieser Bekanntmachung benannten Berechtigten gestellt werden wird.

Grünberg, den 27. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.

Welcker. Dr. Ortwein.

[2360] In allen Buchhandlungen ist zu haben, *in Frankfurt a. M.* in der ***Jäger**'schen Buch-, Papier- und Landkarten-Handlung*:

Repertorium

der bei **Zahnkrankheiten** anzuwendenden homöopathischen Heilmittel, aus den Werken von Hahnemann, Jahr, Bönninghausen, Rückert, Noack und Trinks ꝛc. ꝛc. zusammengetragen von **Carl Mohr.**

16. geh. 1851. — Preis 54 kr.

Verlag von **F. A. Eupel** in Sondershausen

[2509] **Anzeige.**

Pianinos von 7 Oct., die in jeder Hinsicht den Erard'schen gleich zu stellen sind, wie auch Pianos in Tafelform nach Pleyel, und Flügel in Nuß- und Mahagoni und Pallisanderholz im Preise von fl. 210 bis 400, sind jeder Zeit vorräthig in der Pianoforte-Niederlage von

Karl Meggenhofen,

Allerheiligengasse Nr. 45.

Local-Veränderung.

Das Rauchwaaren-, Borsten- u. Schaafleder-Lager von

S. Königswerther *Söhne*

befindet sich von nun an im

[2480] **Braunfels.**

CONSERVATEUR DENTAIRE

EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in **Philipp's** Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

In England patentisirt.

Herr ***George*** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentisirten Erfindung, durch welche die Kunst der Zahnärzte gänzlich umgewandelt wird. Es handelt sich darum, die Platten statt aus Gold oder Horn vom Nilpferde (Hyppopotam), aus Schildplatte zu verfertigen, die viel weicher, angenehmer und leichter im Munde lieget als Hyppopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr George hat eine Dampfmaschine bauen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Bestellungen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienstags und Freitags von 1 bis 3 Uhr wird Herr George (rue Rivoli 36 à Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

NB. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentisirten Vorrichtung zum Modelliren des Mundes bedarf Herr George nur zweier Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

[2279] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des hiesigen Bürgers und Handelsmanns H. Böhringer sen. hat das unterzeichnete Gericht heute Concurs erkannt.

Demnach werden Alle, welche an diesen Gemeinschuldner aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der auf

Montag den 6. December 1852,

Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Tagfahrt vor der angeordneten Gerichts-Commission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch hinsichtlich eines etwaigen Vorzugsrechtes zum Protokolle zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Acten gekommen ist, der Ausschluß der nicht aufgetretenen Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 1. October 1852.

Stadt-Gericht I.

Schöff und Senator Dr. Gwinner, Director.

Dr. Wolff.

[2063] **Oeffentliche Ladung.**

Das mit Lit. M. bezeichnete Achtel des in der vierten Klasse der 122. hiesigen Lotterie mit einem Gewinne von fl. 4000 herausgekommenen Looses Nr. 7836 ist angeblich in Verlust gerathen.

Dasselbe ist bescheinigtermaßen von der hiesigen Stadtlotterie-Direction den Gebrüdern Doctor, von diesen dem Hauptcollecteur Jacob Doctor und von diesem der Frau Karoline Soldan, geb. Eißmann, verkauft worden.

Auf den Antrag der letztgenannten Käuferin, werden deßhalb Alle, welchen Ansprüche an das bezeichnete Achtelloos zustehen, hiermit aufgefordert, solche

binnen 3 Monaten

bei unterfertigtem Gerichte geltend zu machen, indem dasselbe nach fruchtlosem Ablaufe dieser Frist für erloschen und kraftlos erklärt werden soll.

Frankfurt a. M., den 6. September 1852.

Stadtgericht II.

Schöff Dr. Reuß.

Dr. Lepkauf, Secr. Vic.

[2264] **Edictalladung.**

Die Grundrentepflichtigen der Gemeinde Bernsfeld und für dieselben deren gesetzlicher Vertreter, der Ortsvorstand daselbst, beabsichtigen die der Gesammtfamilie der Freiherrn von Schenk zu Schweinsberg in der Gemarkung Bernsfeld zustehenden Grundrenten, als:

a) Geldgrundrente	2 fl.	7¼ kr.
b) Grundpacht, 2 Malter 3 Simmern und 2 Maas Korn, veranschlagt zu	15 fl.	37¾ kr.
c) Grundpacht, 1 Malter 2 Simmern 3 Kumpf und 2 Maas Hafer, veranschlagt zu . . .	4 fl.	48¼ kr.
	22 fl.	33¼ kr.

[2309] **Edictalladung.**

Großherzogl. Hofgericht der Provinz Starkenburg zu Darmstadt hat über das Vermögen des von Haus entwichenen Peter Göbel von Bickenbach, für den Fall, daß derselbe im Liquidationstermine keine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger nachweisen kann, formellen Concurs erkannt. Es werden darum Alle, welche Forderungen oder sonstige rechtliche Ansprüche an das Vermögen des Peter Göbel bilden, aufgefordert, solche

Dienstag den 23. November l. J.,

Vormittags 9 Uhr,

bei hiesigem Gerichte unterm Rechtsnachtheil des stillschweigend eintretenden Ausschlusses zur Anzeige zu bringen.

Peter Göbel aber wird aufgefordert, in dem oben bemerkten Termine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger nachzuweisen, sonst ein Concursverfahren über sein Vermögen verfügt werden soll.

Zwingenberg, den 29. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Brenner. Königer.

[2299] **Edictalladung.**

Johannes Alt's Wittwe, Katharina Elisabetha geborne Rembe, dahier (geboren am 22. December 1781 zu Hopfmannsfeld), ist ohne Leibeserben und ohne über ihren Nachlaß rechtsbeständig disponirt zu haben, verstorben und ihre gesetzlichen Erben, so weit diese bis jetzt ermittelt werden konnten, sind unbekannt wo, von hier abwesend; auch hat das gerichtlich aufgenommene Inventar bis jetzt nicht abgeschlossen werden können, weil etwaige Schulden nicht bekannt sind. Erb- und sonstige Ansprüche an den Nachlaß derselben sind daher so gewiß

binnen drei Monaten

von heute an, dahier anzumelden, als sie sonst bei weiterer Verfügung über die Erbmasse nicht berücksichtigt werden.

Lauterbach, den 4. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Mylius. Bindewald.

[2351] **Edictalladung.**

Der Weinhändler Johann Heinrich Hupfeld zu Weidenhausen hat gegen den Kaufmann und Gastwirth Wilhelm Rabe zu Liebenau bei unterzeichnetem Justizamt eine Klage erhoben auf 88 Thlr. 18 Sgr. 6 Hll. als Rest einer durch specielle Rechnung belegten ursprünglichen Waarenforderung von 257 Thlr. 6 Sgr. 6 Hll.

Nachdem nun besagter Rabe laut beigebrachter Bescheinigung sich von Liebenau entfernt hat, ohne daß man seinen dermaligen Aufenthalt kennt, so wird derselbe dem Antrage des Klägers gemäß hiermit öffentlich geladen, sich im Termine den

17. December d. J., Morgens 10—11 Uhr,

auf die Klage so gewiß zu erklären, als dieselbe widrigenfalls für eingestanden gilt, auch angefügt, daß die weiteren in der Sache ergehenden Verfügungen nur an hiesigem Gerichtsbrette werden angeheftet werden.

Hofgeismar, den 8. October 1852.

Kurfürstliches Justizamt.

Plantus.

vdt. Berner.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Zweite Beilage zu Nr. 265.) 5. November 1852.

Telegraphische Depeschen.

Abgegangen in Berlin, den 5. Nov., 9 Uhr 42 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 5. „ 11 „ 25 „ „

Turin, 3. Nov. Die Unterhandlungen mit den Grafen Balbo und Revel wegen Bildung eines neuen Ministeriums sind gescheitert. In Folge davon hat der König den Grafen Cavour definitiv zum Ministerpräsidenten ernannt und ihm die Wahl seiner Collegen überlassen.

Paris, 4. Nov. Der auf heute zusammenberufene Senat wurde mit einer Botschaft des Präsidenten eröffnet, welche bloß formelle Aenderungen der jetzigen Verfassung bezweckt und die Versicherung gibt, daß die Errichtung des Kaiserthums keine Unabhängigkeit bedrohen und den Weltfrieden nicht stören werde. (Fr. Journ.)

Deutschland.

* **Frankfurt**, 5. Nov. Das Wahlcollegium konnte seine Arbeiten erst um 12 Uhr Mittags beginnen, weil viele Wahlmänner der dritten Abtheilung erst spät eintrafen. Die Wahlen werden nicht vor heute Abend zu Ende kommen.

P **Berlin**, 3. Nov. Die heutigen Wahlen sind hier so ausgefallen, wie wir neulich andeuteten. Mit Ausnahme des dritten Wahlbezirks, in welchem die frühern Vertreter, der Stadtälteste Gannet und der Oberst v. Prittwitz, wieder gewählt sind, und des ersten Wahlbezirks, wo der Herr Ministerpräsident v. Manteuffel die meisten Stimmen erhalten, sind die Wahlen mehr oder minder opp ositionell ausgefallen. Neben den ebengenannten sind nämlich: Kühne zweimal, Stadtrath Bed, Geh. Archivrath Riedel, v. Patow und Stadtrath Dr. Nopt gewählt, und dagegen die conservativen Candidaten, Stadtrath de Cuvry, Geheimerath Hochhammer, Bäckermeister Krebs und General v. Malitzewski durchgefallen.

* **Dresden**, 4. Nov. Gleichzeitig mit der Eröffnungsrede der Wiener Zollconferenzen ist heute hier ein anderes die Zollvereinsangelegenheit betreffendes Actenstück bekannt geworden, nämlich die durch das „Dresdener Journal" veröffentlichte Erwiderung der sächsischen Regierung auf die bekannte preußische Circulardepesche vom 5. October d. J. Das sehr umfängliche Document ist vom 24. October datirt, an den sächsischen Gesandten in Berlin gerichtet und im Allgemeinen in ziemlich scharfen Sätzen abgefaßt; letzteres ist wohl durch den Umstand erklärlich, daß die sächsische Erwiderung — wie dies auch bei der preußischen Depesche, durch welche sie hervorgerufen, der Fall war — als hauptsächlichsten Zweck sich die Aufklärung des großen Publikums über die in Frage stehende Angelegenheit vorgesteckt zu haben scheint, so daß eine ängstliche Einkleidung des Inhalts in diplomatische Formen entbehrt werden konnte. Gehört auch das Actenstück nach den für die Zukunft wohl als maßgebend zu betrachtenden neuesten Vorgängen in Wien gewissermaßen bereits der Vergangenheit an, so verdient sein Inhalt doch schon aus dem Grund die allgemeinere Beachtung, weil hierdurch die Haltung des sächsischen Ministeriums in der Zollfrage in klaren Umrissen hervortritt. Dreierlei geht namentlich aus der sächsischen Erwiderung unleugbar hervor: 1) daß die diesseitige Regierung beabsichtigte, bei den nach Abgabe der Münchener Erklärung erwarteten, durch das Verfahren Preußens aber vereitelten weitern Verhandlungen in Berlin mit neuen Anträgen „entgegenzukommen"; 2) der Entschluß derselben, nach geschehenem Abbruch der Berliner Zollconferenz den von Preußen in der Circulardepesche vom 27. September zu weitern Verhandlungen vorgeschlagenen Weg nicht zu betreten, und 3) daß auch jetzt noch von unserer Regierung die Hoffnung unverändert festgehalten wird, daß die gehegte Erwartung einer weitern Verständigung dennoch in Erfüllung gehen und „anderweite Erwägungen dazu führen werden, einen gedeihlichen Weg der Annäherung und Ausgleichung finden zu lassen". In wie weit die letztere Hoffnung, die auch wir mit der Regierung theilen, sich verwirklichen werde, muß freilich der Zukunft anheimgestellt bleiben. Daß von Seiten der k. k. österreichischen Regierung der ernstlichste Wille vorhanden ist, diese Hoffnung zu fördern, unterliegt nach den Eröffnungen, die am 30. October der in Wien versammelten Conferenz gemacht worden sind, keinem Zweifel mehr. Anders aber scheint sich die Aussicht zu gestalten, wenn man nach Norden blickt, und dort namentlich das Treiben der preußenfreundlichen Presse in dieser Beziehung beachten wollte. Die Art und Weise, wie preußische, den gouvernementalen Kreisen nahestehende Blätter in jüngster Zeit namentlich unserm Sachsen gegenüber verfahren, ist in der That unverantwortlich, und wird am besten dadurch charakterisirt, daß sich ein Blatt wie die „Zeit" ihre angeblichen Correspondenzen „aus Leipzig" von dem Leipziger Berichterstatter der „Weser-Zeitung" als „aus der Lust gegriffen" und als „Mystification" bezeichnen lassen muß, wie dies mit der Nachricht, daß ein Leipziger Geistlicher im Kirchengebet um Erhaltung des Zollvereins gebeten habe, und daß in Leipzig durch die Ausstellung in der Zollfrage der Häuserwerth bereits um mehr als zwei Drittheile gesunken sei, kürzlich der Fall war. Wir wissen indessen die preußische Presse sehr wohl von der preußischen Regierung zu unterscheiden und würden selbst die Errichtung einiger preußischen Zollhäuser an der sächsischen Grenze noch nicht für ausreichend halten, um uns die oben ausgesprochene Hoffnung auf endliche Verständigung unter den jetzt streitenden Theilen zu nehmen.

Köln, 3. Nov. Bei der heutigen Wahl zweier Abgeordneten für unsere Stadt zur zweiten Kammer sind gewählt die Herren Geheimrath Ludolph Camphausen und Landgerichtsrath Ignaz Bürgers. Für den Landkreis Köln sowie die Kreise Bergheim und Euskirchen wurden (in Brühl) gewählt: Appellationsgerichtsrath August Reichensperger zu Köln, Bürgermeister Schult zu Gieß und Gutsbesitzer Lieven zu Brühl. An sonstigen Wahlnachrichten vernehmen wir theils durch den Telegraphen, theils brieflich: für die Kreise Bonn und Rheinbach: Graf F. E. v. Fürstenberg-Stammheim, Canonicus Dr. Gau zu Aachen; für die Kreise Neuwied, Altenkirchen und Wetzlar: v. Bethmann-Hollweg (die zweite und dritte Wahl war bei Abgang des Schreibens noch unentschieden); für Stadt- und Landkreis Aachen und Kreis Eupen: Landgerichtspräsident v. Druffel (mit 475 von 496 Stimmen), Präsident der Rennecommission Geyr (mit 411 von 423 Stimmen), Avocatanwalt Lingens (mit 328 von 455 Stimmen); für die Kreise Jülich und Düren: Professor Dr. Braun zu Bonn, Dr. Rey zu Aldenhoven; in Poisdam: Fabrikbesitzer Jacobs, Kreisgerichtsdirector Holzapfel (beide constitutionell); in Breslau: Justizrath Graeff, Appellationsgerichtspräsident Wentzel zu Ratibor; in Erfurt: Regierungsrath v. Münchhausen, Regierungspräsident du Vignau; in Hamm: Landrath a. D. v. Bocum-Dolffs (mit bedeutender Stimmenmehrheit), Bürgermeister Schulenburg zu Soest, Gutsbesitzer F. G. von der Becke zu Oberhemer; in Bielefeld: Kreisgerichtsdirector Winter zu Bielefeld und Kaufmann Friedrich Möller zu Kupferhammer bei Bielefeld gegen Fürstenminister v. Vincke (Hohenwinde); in Duisburg: v. Bethmann-Hollweg, Generalsteuerdirector a. D. Kühne und Bürgermeister Oechelhäuser zu Mühlheim a. d. Ruhr. (K. Z.)

Münster, 1. Nov. Heute hier eingegangene Nachrichten aus Breslau bringen die höchst erfreuliche Kunde, daß das Befinden des Cardinal-Fürstbischofs v. Diepenbrock sehr befriedigend ist. Die Krisis ist überstanden, und läßt Alles auf baldige Genesung des verehrten Kirchenfürsten schließen. (Westf. M.)

z **Aus Preußen**, 3. Nov. Eine jüngsthin von unserm evangelischen Oberkirchenrath erlassene Verordnung dürfte auch für weitere Kreise von Interesse sein; sie lautet:

In unserm Erlaß vom 28. October 1852 haben wir sämmtliche Königliche Consistorien davon in Kenntniß gesetzt, daß von dem hiesigen Comité der Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Mission unter den Heiden der Antrag an uns gerichtet worden: „in dem zur Liturgie gehörigen allgemeinen Kirchengebet auch der Mission unter den Heiden fürbittend zu gedenken, und haben wir dieselben aufgefordert, sich über diesen Antrag gutachtlich zu äußern. Der Gesichtspunkt hat sich jedoch im Lauf der Berathung dahin erweitert, daß nicht blos für die Predigt des Evangeliums unter den Heiden, sondern auch für die Predigt des Evangeliums unter den

Juden der Segen Gottes zu erflehen, und damit der Blick auf die Vollendung des Reiches Gottes zu richten sein wird, welches nach dem Worte der Weissagung auch die Völker Asiens zu dem von seinen Vätern verworfenen Heiland in so hohem Maße beglücken wird. Auf Grund dieser Verhandlungen haben wir an Se. Maj. den König die Bitte gerichtet, die Aufnahme einer Fürbitte für die Mission unter Heiden und Juden in das sonntägliche allgemeine Kirchengebet zu genehmigen und es ist diese allerhöchste Genehmigung nunmehr erfolgt. Wir beauftragen demnach das königliche Consistorium, an sämmtliche Geistliche seines kirchlichen Aufsichtskreises die erforderliche Benachrichtigung und Anweisung ergehen zu lassen."

Frankenthal, 3. Nov. So eben, Abends 7 Uhr, ist das Urtheil in dem bekannten Wucherprocesse gegen den Israeliten Wolf vom Dürkheim gesprochen worden. Der Sitzung begann schon Nachmittags drei Uhr und dauerte vier Stunden; das Urtheil selbst umfaßt nicht weniger als sechzig geschriebene Bogen und lautet dahin, daß Wolf 1) wegen Gewohnheitswuchers mit einem Capital von 65,000 fl. zu einer Geldbuße von 30,000 fl. und 2) wegen Prellerei zu einer Gefängnißstrafe von zwei Jahren und einer zweiten Geldbuße von 50 Franken verurtheilt worden ist, außerdem auf die Dauer von zehn Jahren der Ausübung aller bürgerlichen Rechte verlustig geht und endlich sämmtliche Kosten des Processes tragen wird, die in Betracht der sechsundsiebzig Beweisvernehmungen und der dabei stattgehabten Zeugenvorhören, sowie der fünfundvierzig Zeugen, welche bei den dreiwöchentlichen Verhandlungen im Monat September abgehört wurden, sich gleichfalls auf eine enorme Summe belaufen müssen. (M. J.)

Stuttgart, 3. Nov. Wie wir hören, sind diejenigen Commissionen der Kammern, welche für den im Januar wieder zusammentretenden Landtag Vorlagen zu berathen haben, behufs der Erledigung dieser Vorarbeiten auf den 1. December einberufen.

† **Darmstadt**, 4. Nov. Der am 27. v. M. von dem Abg. Krug namens des besondern Ausschusses erstattete Bericht über den Antrag des Abg. Müller-Melchiors, die Verordnungen vom 27. März 1851 betreffend, ist nun fast zwei Druckbogen stark, ausgegeben. Durch sein zur Zeit des Landtags gegebenen Verordnungen wurde die einseitig erlassene Verordnung vom 2. October 1850, die politischen Vereine betreffend, sowie die gleichfalls einseitig verfündete Pressverordnung vom 4. October 1850, durch Prorogation erneuert. Der Antrag geht dahin, die Stände zu veranlassen, auszusprechen, daß die Verordnungen die Verfassung des Landes und die Grundrechte des deutschen Volks verletzten, und die Staatsregierung zu ihrer Zurücknahme anzuordnen. Der Ausschußbericht theilt zuerst die Aeußerung der Staatsregierung mit, die auf ihre Entwicklungen die Hoffnung fügte, daß ihre „Bemerkungen, den Staat, die öffentliche Sicherheit und Ordnung vor den Angriffen der Umsturzpartei zu sichern, auch von Seite der außerordentlichen Ständeversammlung um so mehr Anerkennung finden werden, als die Staatsregierung weit davon entfernt war, das den Ständen durch den Art. 72 der Verfassungsurkunde eingeräumte Recht der Mitwirkung bei Erlassung von Gesetzen zu beeinträchtigen". Dann legt der Ausschußbericht die Ansicht der Mehrheit und Minderheit des Ausschusses dar. Die Minderheit, bestehend aus dem Berichterstatter und dem Abg. Breidenbach, beantragt die Verwerfung des Antrags, da der Staatsregierung der Art. 73 der Verfassungsurkunde das Recht ringeräumt worden ist, daß, was zur Erhaltung und Sicherheit des Staats erforderlich sei, in dringenden Fällen auch ohne Zustimmung der Stände anzuordnen, und damals ein solcher Grund vorgelegen habe, und so weiter. Die Ausschußmitglieder Müller-Melchiors und Lehne sind der entgegengesetzten Meinung, und begehen sich dabei noch auf den Umstand, daß zu jener Zeit (März 1851) die Stände versammelt gewesen wären, daher nicht hätten umgangen werden dürfen; sie glauben den Beweis geführt zu haben, „daß nur mittelst der ständischen Zustimmung eine in Abweichheit der Kammern im Falle des Art. 73 erlassene Verordnung nach eröffnetem Landtag in Wirksamkeit erhalten werden kann." Zugleich Ihweisung auf den Umstand, daß die Verlängerung der Pressverordnung bis zur Verständigung über ein Pressgesetz ausgesprochen worden sei, und Versuch des Beweises, daß das Vereinsrecht durch das Gesetz vom 16. März 1848 über das Recht zu Versammlungen garantiet sei. Dem Antrag, die Motion des Abg. Müller-Melchiors zum Beschlusse zu erheben, ist das fünfte Ausschußmitglied Reh, beigetreten, „jedoch zum Theil aus andern Motiven, deren Entwickelung der Discussion vorbehalten bleibe." Da der nächsten Woche soll es zur Berathung kommen. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer beendigte diese die gestern begonnene Berathung der Gesetzentwürfe wegen Wasserrechts.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 3. Nov. Der „Basler Zeitung" wird vom Luganersee das Folgende geschrieben: Während man sich in der Schweiz wetteifernd mit der Eisenbahnfrage beschäftigt, wird in Italien wieder eine Strecke Landes dem schweizerischen Verkehr abgeschnitten, nämlich dadurch, daß die Herzogthümer Parma und Modena, vielleicht bald auch Toscana dem österreichischen Zollgebiet einverleibt werden. Es ist dies keine Kleinigkeit für die schweizerische Industrie, indem viele, namentlich Kattunfabriken, bisher ihren bedeutendsten Absatz nach jenen Gegenden hatten, welche nicht nur durch ihren eigenen Verbrauch Interesse boten, sondern auch dadurch, daß ihre bisherigen billigen Zölle gestatteten, eine Menge Waaren wieder nach ihren Nachbarstaaten auszuführen. Einen merklichen Abbruch wird durch diese Einverleibung auch der Transit erleiden, denn nicht unbedeutende war bisher die Expedition fremder Güter durch die Schweiz nach den italienischen Herzogthümern. — Der Bischof von Chur hat sich „auf höhere (physische?) Weisung" zur Begleitung eines Religionslehrers für die Kantonsschule bereit erklärt; durch diese Erklärung hat nun auch die „Curie" zum erstenmal die Kantonsschule als eine paritätische Anstalt offiziell anerkannt — Das neue Lehrerseminar in Münchenbuchsee ist eröffnet worden. Es haben sich 40 Zöglinge gemeldet, von denen 25 die Prüfung sehr befriedigend bestanden und noch 5 andere unter Vorbehalt befriedigender Leistungen aufgenommen werden konnten. — Die Stadt Bern hat für 1852 an Grundsteuer, Capitalsteuer, Einkommensteuer alt 153,755 Fr. 90 C. zu bezahlen.

X* Von der Aar, 2. Nov. Das Schwurgericht in Aarau, welches im Bucherschen Pressprocesse die Ermordung des Dr. Knobel präsumirte, und darauf hin ein freisprechendes Urtheil fällte, bestand, nachdem sowohl der Staatsanwalt Fuxl als auch der Vertheidiger Wozt vom Recusationsrecht einen umfassenden Gebrauch gemacht, aus 8 radicalen und 4 conservativen Richtern. Nach geführtem Beweis für stattgehabten Mord wollte der Vertheidiger die Zeugen nach den Namen der Mörder fragen, was ihm jedoch vom Vorsitzenden Tscharner untersagt wurde.

Italien.

Der „Allgemeinen Zeitung" wird über das Zerwürfniß zwischen dem sardinischen Ministerpräsidenten d'Azeglio und dem französischen Gesandten Hrs de Butenval aus Turin geschrieben: Ich übergehe alte Vorfälle, viele unbesonnene Reden, die der Bevollmächtigte allenthalben laut werden ließ, wie er bei einem Festessen der sweyschen „Fusionisten" (welche die Einverleibung mit Frankreich begehren) Piemont ein mehr als conservatives Ministerium zu geben verhieß. Dazu kam, daß der letzte Vorfall von dem Präsidenten Bonaparte, wie man sagt, mißbilligt wurde, in dessen Folge Hr. Hs de Butenval nach Paris zurückberufen worden sein soll, um d'Azeglio einige Genugthuung zu geben. Der edle Marquis hatte nämlich auf wiederholtes Andringen der französischen Regierung einen französischen Flüchtling ausgewiesen, ihm zur Ordnung seiner Geschäfte aber noch eine Frist von 48 Stunden gestattet. Es war einer der Verbannten von 2. December, übrigens durch seine Gewaltthat compromittirt und ein Mann aus der höhern Gesellschaft, so daß jene Frist weder die Ruhe des Departements du Var bedrohen, noch etwa dem Ehrgefühl der französischen Regierung Anlaß zur Kränkung geben konnte. Als nun Herr Hs de Butenval vom französischen Consul in Nizza Bericht erhielt, daß jener Flüchtling Piemont nicht augenblicklich verlassen habe, verlangte er seine Entfernung in einer Note mit so imperativen Ausdrücken, daß d'Azeglio darüber in einem Ministerrath beschließen ließ: die Ehre Piemonts verlange, daß diese Note nicht angenommen werde.

Aus den Apenninen, 27. Oct. Vorgestern wurden in der Quarantäneanstalt in Ancona neun Verbrecher, welche der blutigen Bahne angehörten, die sich auch dort vor vier Jahren gebildet hatte, erschossen. Nur einer von ihnen nahm vor seinem Ende die Tröstungen der Religion an, alle übrigen wiesen solche mit Hartnäckigkeit zurück, obgleich man, um ihnen Zeit zu lassen, die Execution, die Morgens um 9 Uhr stattfinden sollte, bis Mittag verzögert hatte. Sie sahen dem Tode mit einer Unerschrockenheit entgegen, die einer bessern Sache würdig gewesen wäre. Stehend, mit unverbundenen Augen und mit brennender Cigarre im Munde empfingen sie die tödtenden Kugeln und machten sogar noch witzige Bemerkungen über die päpstlichen Soldaten, die zur Execution bereit standen und denen leider auch eine größere Kunstfertigkeit zu wünschen gewesen wäre, denn von fünf Verurtheilten, die zusammen erschossen werden sollten, blieben zwei bei der ersten Abfeuerung vollkommen unversehrt und mußten erst das Vortreten der Reserve abwarten. (A. J.)

Frankreich.

† **Paris**, 3. Nov. Als vorige Woche Ludwig Napoleon das Grabmal des Kaisers im Invalidendom besucht hatte, wurde dem Architekten Visconti vom Minister des Innern der Auftrag, einige Modificationen an der Gesammtheit der Arbeit vorzunehmen. Namentlich wurden die Basrelief's, welche die Zurückbringung der Asche des Kaisers durch den Prinzen v. Joinville darstellten, ganz

beseitigt. Nun heißt es aber, das ganze Grabmal solle nur ein provisorisches sein. Den Satz in Napoleons Testament vom 15. April 1821, wo er sagt: „Ich wünsche, daß meine Asche an den Ufern der Seine ruhe“, buchstäblich nehmend, soll ihm auf dem sogenannten Trocadero, dem Marsfeld gegenüber, ein prachtvolles Grabmal errichtet werden. Das Mal im Invalidendom würde aber deßwegen nicht beseitigt; im Gegentheil würde dies die Begräbnißstätte der ganzen Familie Bonaparte bezeichnen, wie Saint-Denis eine solche für die alten Bourbonen und Dreux die des Hauses Orleans gewesen ist. — Ferner versichern wohlunterrichtete Personen, die Statue auf der Vendomesäule, welche den Kaiser in einfach grauer Redingote und dem historisch gewordenen Hütchen darstellt, soll herabgenommen und im Schloßhof von Fontainebleau auf einem Piedestal aufgestellt, auf der Säule des Vendomeplatzes aber durch Chaudet's Standbild Napoleons im kaiserlichen Ornat, mit dem Scepter in der Hand, ersetzt werden. Die Bibliothek des Louvre wird ihren vormaligen Namen der Privatbibliothek des Kaisers wieder erhalten; Barbier, der Sohn von Napoleons berühmtem Bibliothekar, steht an der Spitze derselben. Lepic, der neue Gouverneur des Louvre, wird die ehemals vom Herzog v. Choiseul inne gehabten Gemächer bewohnen. — Gleichwie das Theater français und die große Oper, so wollen nun auch die übrigen subventionirten Theater — Opera comique, Italiens, Odeon — durch Festvorstellungen dem Prinzen ihre Huldigung darbringen. Der Festabend der komischen Oper ist auf den Dienstag nächster Woche anberaumt.

Großbritannien.

London, 2. Nov. Auf der Börse ist der Prospectus der neuen Schweizer Eisenbahn ausgegeben. Das Anlehen beträgt 325,000 Pfd. St.; davon soll ein Drittel in der Schweiz genommen sein. Um es den hiesigen Capitalisten zu empfehlen, wird im Prospectus gesagt, daß dieses der erste Abschnitt der von Stephenson empfohlenen schweizer Linien sei. Sie soll von Morges und Lausanne ausgehen, um bei Yverdun zu münden, d. h. sie soll den genfer mit dem neuenburger See verbinden. Mit der Zeit hofft man den genfer mit dem Bodensee, und Luzern mit Basel vermittelst Eisenbahnen zu verbinden. Die erste Linie soll in 18 Monaten vollendet sein. Bis dorthin werden 4 pCt. Interessen garantirt. Die Concession ist für 99 Jahre ertheilt, und die Kantonalregierung behält sich das Recht vor, die Bahn nach 20 Jahren (bei 2 Jahre früher gegebener Notiz) zum eventuellen Tagescours mit Hinzufügung eines Bonus von 10 pCt. anzukaufen. Es ist nicht zu zweifeln, daß englische Capitalisten bereit sein werden, sich an diesem Unternehmen zu betheiligen. — Die Herren Engels, Marx, Freiligrath und Wolff fordern im „Spectator“ die englische Presse auf, mit ihrem Urtheil über den Communistenproceß in Köln zurückzuhalten, bis alle Parteien gehört worden seien und die Geschworenen gesprochen hätten. Die conservativsten Zeitungen Deutschlands hätten diese Pflicht der Unparteilichkeit gewissenhaft beobachtet, zur Beschämung zweier freiheitsstolzen englischen Zeitungen, „Times“ und „Daily News“, welche im vorhinein über die Angeklagten als „unverschämtes Bettelvolk“ den Stab gebrochen. Die Vertheidigung werde eine unglaubliche Menge von Fälschungen und Verdrehungen von Actenstücken und Briefen nachweisen.

Belgien.

Brüssel, 3. Nov. Minister v. Brouckere legte heute in der Repräsentantenkammer die Politik des neuen Cabinets dar und bezeichnete dieselbe als eine gemäßigt-liberale. (K. Z.)

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
XXIV.

V **Köln**, 4. Nov. (Verhandlung vom 3. Nov.) Das öffentliche Ministerium fährt in Begründung der Anklage fort und erörtert diejenigen beschwerenden Punkte, welche gegen die einzelnen Angeklagten bestehen, so gegen Röser, Bürgers und Nothjung, wie gegen Dr. Klein, Erhard und Leßner. Es wird ein „Schuldig“ gegen dieselben beantragt.

Der Polizeirath Stieber, welcher noch eine Mittheilung zu machen hat, wird vorgerufen und theilt mit, daß er zu einer nähern Prüfung, das Protocollbuch betreffend, den Polizeilieutenant Goldheim nach London geschickt habe; dieser sei zurückgekehrt und könne nun das Nähere berichten.

Der Polizeilieutenant Goldheim sagt aus: in London leite der Polizeilieutenant Greif die Ueberwachung. Der eine Agent, den zu nennen er ermächtigt sei, heiße Fleury. Dieser empfing das fragliche Buch, welches aber kein Protocollbuch, sondern nur ein Notizbuch sei, gegen Zahlung von 20 Pfund Sterling von H. Liebknecht, worüber Letzterer die von Fleury geschriebene Quittung unterzeichnet habe. Zeuge legt diese Quittung vor. Auch habe ein zweiter Agent ihm mitgetheilt, daß in letzter Zeit kein Protocollbuch geführt worden sei. Des Liebknechts konnte Goldheim nicht habhaft werden, doch erfuhr er die Wahrheit der Notizen von Fleury, welcher die genaueste Kunde von Allem habe, was bei der communistischen Centralbehörde vorgehe, und der namentlich mit Dronke und Imand sehr bekannt sei. Goldheim weiß nicht bestimmt, wer das Buch geschrieben hat. Am 27. October wurde eine Versammlung bei Marx gehalten, wobei anwesend waren: Marx, Freiligrath, Dronke, Wolff, Liebknecht und Pieper. Man beschloß, um die Vertheidigung in dem Processe zu Köln zu unterstützen, sämmtliche Unterschriften der betreffenden Personen in London legalisiren zu lassen und damit die Unächtheit des Protocollbuchs nachzuweisen. Eine solche Legalisation in London habe jedoch keinen Werth. Man brauche sich nur als Liebknecht auszugeben und die Behörde legalisire die Unterschrift, ohne sich von der Identität der Person zu überzeugen. Ferner habe man in der Sitzung beschlossen, einen Brief, den Polizeirath Stieber 1848 an Marx schrieb, an den Vertheidiger Schneider II. zu schicken, damit derselbe Hrn. Stieber persönlich angreifen könne. Dieses Schreiben werde sich jetzt schon in den Händen des genannten Vertheidigers befinden.

Der Präsident macht die Bemerkung, daß die Quittung mit blauer Dinte geschrieben sei, aber ein Wort mit schwarzer Dinte enthalte. — Polizeirath Stieber erklärt, die Quittung sei schon am 11. October mit dem Buche angelangt, jenes Wort in schwarzer Dinte sei von Liebknecht eingeschoben. In Betreff des Briefes von 1848 an Marx erklärt der Zeuge: als Anwalt des Präsidenten Scheve in einer Civilklage habe er damals den Rhein besucht, da ein gewisser Hauptmann Reuß einen Schuldschein von 64 Thaler in einen solchen von 64,000 Thaler verfälscht habe. Es war um Ermittelungen über Reuß zu thun. Da habe ihn Marx in einem Schmähartikel der „Neuen Rh. Zeitung“ einen Polizeispion genannt, der als solcher am Rhein reise. Das gab ihm Anlaß, dem Marx zu schreiben, und zu bemerken, daß ihm die Demokratie zu Dank verpflichtet sei, da mancher Angeklagte aus derselben seiner Vertheidigung die Freiheit schulde. Schließlich äußert Zeuge: Greif, der das Protocollbuch nach Köln überbrachte, habe ihm gesagt, der Liebknecht, von dem er das Buch habe, sei der wahre Liebknecht.

Vertheidiger Schneider II läßt den Polizeilieutenant Goldheim fragen, ob er den zweiten Agenten in der Centralbehörde nicht nennen dürfe? Goldheim verneint. Ob er auch nicht sagen könne und dürfe, ob der Agent mit unter den genannten Personen bei Marx gewesen sei? Auch hierüber darf der Zeuge keine Auskunft geben. Dies genügt dem Vertheidiger. Dieser beginnt die Vertheidigung seines ersten Clienten Röser, die auch theilweise die seines Clienten Bürgers sein werde, da es sich bei beiden wesentlich um die Tendenz des Bundes handle, und um die Frage, ob der Bund im Sinne des Gesetzes als ein Complott zu betrachten sei. Die Anklage sei eine Erklärung des Complotts schuldig geblieben. Ein Attentat bedinge eine bestimmte Handlung, welche den Zweck habe, die Regierung oder die Verfassung zu verändern, oder die Bürger gegen den König, oder die Familie des Königs zu bewaffnen. Diese drei Sätze, welche das öffentliche Ministerium aufgestellt habe, seien alle drei falsch. Der Vertheidiger tritt sodann in eine umständliche Erläuterung der einzelnen Punkte der Anklage ein und widerlegt dieselben.

Landwirthschaftliches.

!*! **Aus Bayern.** Die Hopfenernte ist im Allgemeinen gut ausgefallen. In Bamberg stellte sich im vorigen Monat der höchste Preis auf 50 fl., der Mittelpreis auf 42 fl., der niedrigste Preis auf 36 fl. Auf dem Augsburger Hopfenmarkt waren am 14. October die Mittelpreise von ober- und niederbayerischem Gewächs 48 fl., Spalter Umgebung 64 fl., aus Mittelfranken 57 fl., Rothenburger Tauber 50 fl. per Centner. Die Weinlese in Würzburg wird, wenn das Wetter günstig bleibt, in wenig Tagen beendigt sein. Das Ergebniß derselben läßt, der Quantität nach, zu wünschen übrig; die Qualität ist sehr gut, in sehr vielen Lagen besser als 1848, in einigen sogar dem 1846er gleichkommend oder ihn übertreffend. Nur in einzelnen Weinbergen, wo die Blüthe später erfolgt und in etwas ungünstiges Wetter gefallen war, ist die Qualität geringer. In dem Gerolzhöfer Gau hat ein orkanartiger Sturm den Weinbergen bedeutenden Schaden gethan und die Quantität der Trauben sehr verkürzt. Der Eimer wird zu kaufen gesucht um 7 bis 8 fl.; wenige Weinbauer geben aber die Erträgnisse dieses Herbstes dafür her.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Schweinfurt, 3. Nov. Heute fand die feierliche Eröffnung der Eisenbahn von Bamberg hierher statt. Die Straßen der Stadt zeigten schon in aller Frühe ein lebendiges Treiben. Von nah und fern waren Gäste herbeigeeilt und die Bewohner der Umgegend, selbst aus weiterer Ferne, strömten der Stadt zu, um der Feierlichkeit beizuwohnen.

Börsenberichte.

Amsterdam, 4. Nov. $2^1/_2$pCt. Integr. $63^3/_8$. — 4pCt. Certific. $95^1/_8$. — $3^1/_2$pCt. Synd. $94^3/_8$. — 4pCt. Ruff. bei Hope $91^1/_8$. — 4pCt. Ruff. bei Stieglitz $90^3/_8$. — 3pCt. Spanische inl. $45^{13}/_{16}$. — 1pCt. do. Neue $25^1/_8$. — 5pCt. Silb.-Metall. 90. — 5pCt. Met. $77^3/_8$. — $2^1/_2$pCt. do. $39^{13}/_{16}$. (Synd.)

Frankfurt, 5. Nov. Gestern sind hier angekommen: Frau Gräfin Ida Hahn-Hahn, aus Mainz und Herr Graf Esterhazy, aus Wien, im englischen Hof; Herr Fürst Oppolsky, aus Ungarn, im weißen Schwan und Herr Graf zu Putbus, aus Berlin, im russischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2419]

L'EUROPE.

Die Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft L'EUROPE für Frankreich und alle übrigen Länder gegen Feuer- und Hagelschaden, so wie für Militär-Vertretung, sucht Directoren, Subdirectoren und einen Inspector mit einem festen Gehalte von 1000 bis 2000 Frs., welcher sich durch Provisionsantheil auf 3000 bis 6000 Frs. erhöhen wird. — Frankirte Offerten nimmt die General-Direction, rue de Lafayette 55, in Paris entgegen.

[2470]

Dürrmenz-Mühlacker bei Pforzheim. (Tabakmanufakturen.)

Es sind hier über 2000 Ctr. Tabak vorzüglicher Qualität, meist virginischer oder Friedrichsthaler, doch auch 450—550 Ctr. reiner Dutten- und Grundtabak erzeugt worden, weßhalb den Herren Tabakfäufern das hiesige Product mit dem Anfügen empfohlen wird, daß bei geeigneter Witterung getrockete Waare in wenigen Wochen abgehängt werden kann. Ende October 1852.

Schultheißenamt.
Fortenbacher.

[2519] Bei Unterzeichnetem ist soeben eingetroffen:

Goethe's Faust,

Prachtausgabe mit Zeichnungen von Engelbert Seibertz.

Stuttgart und Tübingen, Cotta'scher Verlag, kl. Folio.

Erste und zweite Lieferung à fl. 2.

Ein würdiges Seitenstück zu „Reinecke Fuchs von Kaulbach"!

Joseph Baer, Roßmarkt, im Casino.

[2412] In der Osiander'schen Buchhandlung in Tübingen ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Gedichte

von

Ernst Münzenberg.

17 Bogen Miniatur-Format broschirt.

Preis à 25 Ngr. oder fl. 1. 30 kr. rhein.

Dasselbe elegant in Leinwand gebunden mit Goldschnitt.

Diese Gedichtsammlung, — die Frucht eines vielbewegten Lebens und Strebens, — bildet bei allem Ernst und bei aller Tiefe den entschiedensten Gegensatz zu jener weltschmerzlichen Poesie der Verzweiflung und wird durch edle Einfachheit, durch große Mannigfaltigkeit und durch den frischen Lebensmuth, den der Verfasser aus allen Stürmen zu retten gewußt, sich unstreitig bald einen zahlreichen Leserkreis zu gewinnen wissen.

Von dem Reichthum der Sammlung, die in 9 Büchern gruppirt, möge folgende Inhaltsübersicht eine vorläufige Vorstellung geben: 1) Frühlingsträume. 2) Studenten- und Trinklieder. 3) Ein Liebesfrühling. 4) Dermischte Gedichte. 5) Frühlingsträume. 6) Handwerksburschenlieder. 7) Romanzen und Balladen. 8) Mädchenlieder. 9) Epigrammatisches.

[2484] **Für Missionsfreunde.**

Am 9. und 10. November ist Missionsverkauf Roßmarkt 23 neu. Er beginnt 10 Uhr Morgens. Von 8. an werden Geschenke in diesem Locale dankbar angenommen.

[2516] **Gutsverpachtung.**

Zur Verpachtung des Kurfeststen Staatsdomänenguts zu Schwarzenfels, von Petrifag t. J. an, ist zweiter Steigerungstermin auf

Montag den 22. November d. J.

in der Local der Amtei zu Schwarzenfels bestimmt, wohin sich Pachtlustbaber wenden wollen. Das Gut, ist mit den nöthigen Gebäuden, so wie mit Schäferei und Brauntweinbrennerei versehen und enthält ungefähr 3:5 Acker Land und Wiesen.

Kassel, am 30. Oktober 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium,
Abtheilung für die Domänen.
Wiederhold, t. A.
vdt. Schuchardt.

[2447] Edictalladung.

Anbrüche jeder Art an das Vermögen des Ludwig Hochstein in Großruddlach, worüber von Gr. Polizeigericht der Provinz Oberhessen am 12. September 1852 der Concurs erkannt worden ist, sind bei Meidung gesetzlichwirkenden einseitigen Ausschlusses von der Masse im Liquidationstermine

Dienstag den 14. December 1852,
Vormittags 9 Uhr,

dahier anzumelden und zu begründen. Von nicht persönlich sich anmeldenden oder durch speciell Bevollmächtigte nicht vertretenen Gläubigern wird angenommen, daß sie allen im Liquidationstermine etwa gefaßt werdenden Beschlüssen der Mehrzahl der Erschienenen beitreten.

Gießen, den 14. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daf.
C. Heyer.

[2345]

Decret

in Sachen

der Juliane Catharine Munzert von Dorhausen, Klägerin,

gegen

Carl Munzert aus Oberdorf, dermalen unbekannt wo? abwesend, Beklagten,

Forderung von 143 fl. Darlehn von 25. April 1842 nebst 5 pCt. verbrochenen Zinsen vom 25. April 1848 und der Klagkosten.

Dem Beklagten, dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, wird aufgegeben, sich innerhalb einer Frist

von 90 Tagen

auf diese Klage dahier zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und Verlustes der Einreden.

Zugleich wird ihm bemerkt, daß weitere Insinuationen in dieser Sache durch Anschlagung der betreffenden Verfügung an die Gerichtstafel werden bewirkt werden.

Diez, den 13. October 1852.

Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt.
Dübell.

Cours der Staats-Papiere. 5 November 1852. (Schluss der Börse.)

per contant.			per contant.		
Oesterreich	5% M. (C.I.8 b. Rothe)	93	P.	Nassau	fl. 25 Loose	28 3/4 P. 1/4 G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B.	93 1/4	G.	Wurtemb.	4 1/2% Oblig. b. Rothe.	103 1/8 P. 3/8 G.
»	5% L. V. (C. b Rothe)	88 3/8 P. 1/8 bez. 1/8 G.		»	3 1/2% ditto	90 1/4 P.
»	5% do. Monte C. 18.1.51	84 1/2 P. 81 G.		Nurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34 1/2 P. 5/8 G.
»	Bank-Actien	138 1/2 P. 77 G.		Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	103 1/2 P.
»	5% Metallig. Oblig.	80 7/8 G.		»	4% ditto b. Rothsch.	98 P.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	81 G.		»	3 1/2% ditto b. Rothsch.	91 1/4 P. 3/4 G.
»	5% ditto 1853	80 1/4 G.		»	fl. 50 Loose	90 1/4 P. 3/4 G.
»	4 1/2% ditto	72 1/2 G.		»	fl. 35 Loose	31 1/2 P.
»	4% ditto	64 1/2 P.		Frankfurt	5 1/2% Oblig. v. 1839	94 1/4 P.
»	3% ditto	48 P.		»	5% ditto v. 1846	94 1/4 P. 93 1/2 G.
»	2 1/2% ditto	40 1/4 P. 2 1/2 G.		»	3% ditto »	86 1/4 P. 85 1/2 G.
»	1% ditto	16 1/4 G.		»	Taunusbahnact.	303 P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	116 1/4 G.		Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	102 P.
»	fl. 500 » ditto	191 1/2 P.		»	4% Obl. b. Hope & Z.	100 1/4 G.
»	4 1/2% Oblig. b. Rothsch.	89 1/2 P.		»	4% » b. Stieglitz »	90 1/4 G.
Preussen	5% Staatsanleihe	107 3/4 P. 7/8 G.		Polen	4% Oblig. de fl. 500	91 1/4 G.
»	4 1/2% Oblig. b. Roths.	—		Spanien	3% Inl. Sch. P. 4.2 30	45 1/2 P. 1/2 G.
»	Coln-Mind. R.-Actien	112 P.		»	3% Neue	25, 24 1/2 P. bez. u. G.
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/8 P. 1/4 G.		Holland	4% Certificate	95 G.
»	4 1/2% ditto	100 3/4 P. 2/3 G.		»	3 1/2% Syndicate	94 1/2 G.
»	4% ditto	96 3/4 P.		»	3 1/2% Integrale	63 1/4 G.
»	4% Anlehs.-Rente	96 3/8 P. 1/2 G.		Belgien	4% Obl. Lit. A. u. B. b. R.	99 1/8 P. 1/4 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	95 3/4 P. 1/2 G.		»	4 1/2% Obl. inP. 498 Kr.	98 P. 97 3/4 G.
»	Landwehgb.-Berlinerth.	95 3/4 P. 1/2 G.		»	4% Obl. in Fr. à 25 Kr.	91 1/4 G.
»	3% Priorit.-Oblig.	102 1/4 G.		»	3 1/2% Obl. b. Rothsch.	85 1/2 G.
Baden	5% Obligationen	102 P. 101 1/4 G.		Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97 1/4 G.
»	4 1/2% Obligationen	102 1/4 G.		»	5% Obl. b. Hambro	95 P. 9 3/4 G.
»	3 1/2% v. 1843	90 3/4 P. 3/4 G.		»	Sardinische Loose	40 1/4 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/2 P.		Toscana	5% Obl. 1850 (C. b. Golds.)	101 1/2 P. 101 G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 1/2 P. 1/2 bez.		»	5% 1851. Lst. 2 Mn.	99 P.
Nassau	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/4 P.		Amerika	6% Stocks Doll. 3.30.	116 3/4 P. 1/4 G.
»	4% ditto	99 1/4 P.		»	Vereins fl. 10 Loose	9 1/4 P. 1/4 G.
»	3 1/2% ditto	91 1/4 P.				

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 5 November	Per contant
Amsterdam . kk. S. (100 fl. Crt.)	100 1/8 G. 100 fl.
Augsburg . kk. S. (100 fl. Crt.)	119 1/2 B. 1/4 G. 100 fl.
Berlin . kk. S. (60 Thlr.)	105 B. 104 1/2 G. 100 Thlr.
Bremen (60 kk. S.	97 1/2 B. 1/4 G.
Bibl. i. Loc.	
Hamburg . kk. S. (100 Mk. Bc.)	89 B. 88 1/2 G. 100 Mk.
Leipzig . kk. S.	105 B. 104 1/2 G.
London . kk. S. (1 Liv. St.)	119 B. 118 1/2 G.
Lyon . kk. S. (300 Fr.)	94 1/2 B. 1/4 G.
Mailand kk. S. Lir. Austr.)	100 1/2 B. 1/4 G.
Paris . kk. S. (300 Fr.)	94 1/2 B. 1/4 G.
Wien (150 fl.)	120 1/2 bez.
in 24 20 fl.)	
Disconto	3 1/2 G. 3 1/2 G.

Gold und Silber.

Pistolen	9 44 45
Pr. Friedrichsd'or	9 53 55
Holl. 10 fl. Stücke	9 53 1/2 - 54
Rand-Ducaten	5 37 1/2 - 38 1/2
20 Francsstücke	9 27 - 28
Engl. Sovereigns	11 53
Gold al Marco	352 - 53
5 Frankenthaler	2 21 - 1/2
Preuss. Thaler	1 45 - 1/4
Preuss. Cassa-Sch.	1 44 1/2 - 45

Druck von August Osterrieth.

№ 266. — Samstag — den 6. November — 1852.

Der Abonnementspreis ist der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich 1 fl. in den Bundesländen mit Frankfurter 9 G. 30 kr.; 2) in den Ländern des Nördlichen Thurn und Taxis'schen Postvereinsgebietes 2 Thlr. 10 Sgr. 3 Pfennige Conv. Münze; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. Oesterreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder

1 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. H. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Herr Bureau de Nanzouty No. 19 Bestellungen an. Die Ankündigungsgebühren betragen für die Zeile (4½ Spalte) welche Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

[-] **Wien**, 2. Nov. Sicherem Vernehmen zufolge werden die k. k. Infanterieregimenter neu organisirt und aus 4 Infanteriebataillonen, dann 1 Bataillon Jäger zusammengesetzt werden. Die Anzahl der letztern soll demnächst von 21 auf 36 Bataillone erhöht, späterhin aber auf 45 Bataillone gebracht werden (eine wichtige Verbesserung der Infanterie, die häufig an dieser Waffe Mangel litt). — Der als Festzeugmeister wie als Präses des Obermilitärgerichts pensionirte Graf Khevenhüller wird fortan sich ausschließend den Funetionen eines Johanniter-Großpriors von Böhmen widmen und in dieser bereits seit mehreren Jahren bekleideten Eigenschaft zu Prag residiren. — Mit Beunruhigung bemerkte die hiesige mittlere Geschäftswelt den vergleichsweise mit frühern Monaten mgemein schwachen Stand der hiesigen Börse in den letzten Tagen des vorigen Monats, nachdem die Ursache dieser Stagnation und bezüglichen Rückganges alles Course diesmal eine besondere bedeutungsvolle Grundlage besitzt. Es treten nämlich die Folgen des mit Umsicht und Schonung verhängten Systems einer Restriction des Bankcredits immer mehr hervor und werden, wenn auch nicht von Seite der Speculation, doch von Seite des großen Publikums dankbar gewürdigt. Indem in jenen Momenten, wo es leicht wäre, die Hausse als Monopol zu benützen, künstig die unbeschränkte Möglichkeit, mittelst Wechselbriefe die namhaftesten Summen in kürzester Zeit zu realisiren, hier auffort, wird zugleich dem Schwindel und der gleichzeitig mit der künstlichen Steigung der Papiere eintretenden Potenzirung der Preise aller Existenzmittel ein fester Damm entgegen gestellt, und der reellere Bedarf künftighin als ausschließendes Normativ festgesetzt, eine Rechtswohlthat, welche zum tiefsten Danke gegen die Staatsverwaltung in einem Moment verpflichtet, der alle übrigen Maßregeln gegen den Wucher nur als Palliative erscheinen ließ. Allerdings muß die Uebergangsepoche von der Creditsrestriction bis zur Retvirung der in Aussicht stehenden Bonverbande mittelst manch solide Unternehmung empfindlich berühren; hingegen darf nicht unerwähnt bleiben, daß die jetzt wahrnehmbare Unthätigkeit in manchem Zweige der Industrie keineswegs ihre Veranlassung in den Nichtzuflüssen von Wechselcapitalien (die ohnehin, bei ihrer Vermehrung, nur dem Börsenspiele angehörten), sondern in localverhältnissen unabwendbarer Art findet, und auch schon in einiger Abnahme begriffen ist, während das erstreuliche Fallen des Silberagios auf das deutlichste beurkundet, daß das Mistrauen gegen unsere Finanzzustände stets nur ein künstlich angefachtes war, daß der Bedarf nach Papiergeld hier in weit größerer ist, als gewisse Pessimisten behaupten wollen, und daß die sichtliche Verwehrung des Nationalwohlstands reichlichen Trost auch jenen bietet, die zur Stunde sich indirect durch obige Beschränkungen getroffen fühlen.

* **Berlin**, 3. Nov. Die „Spenersche Zeitung" enthält folgende Mittheilung: „Wenn von einigen Seiten her behauptet und von anderen wieder in Abrede gestellt wird, daß zezt zwischen dem österreichischen und preußischen Cabinet unmittelbare Verhandlungen in der Zollfrage Raum gefunden hätten, so muß bei dieser Auffassung eines neuen Wendepunktes für die Situation, die allerdings jetzt eingetreten ist, eine scharfe Unterscheidung der Sachlage eingehalten werden. Die in den öffentlichen Blättern courirenden Nachrichten dürften fehlgreifen, sobald davon die Rede ist, daß die zwischen Oesterreich und Preußen in Aussicht genommenen directen Unterhandlungen schon ein bestimmtes Ziel, entweder des Handelsvertrags, oder gar der „Zolleinigung" mit Oesterreich berührt hätten oder demnächst schon betreffen würden. Der eingeschlagene Weg, der seit dem Abbruch der Berliner Zollvereinsconferenzen durch das entgegenkommende Verhalten Oesterreichs und einiger Coalitionsstaaten eröffnet worden ist, deutet zunächst jedenfalls nur auf ein vermittelndes Abkommen hin, durch welches auf einer andern Bahn, als auf der es bisher versucht worden, eine Lösung aller Spaltungen in der deutschen Zollangelegenheit ermöglicht werden soll. Dieser scheinbar günstigeren Wendung der Dinge liegt zunächst nur die sehr bestimmt zu erkennen gegebene Absicht Oesterreichs zum Grunde, Preußen von einer handelspolitischen Sonderstellung, die freilich auch für die Pläne Oesterreichs unberechenbar sein würde, fern zu halten, und zu einem Hereinziehen der norddeutschen Großmacht in den allgemeinen deutschen Handelsbund jezt alle möglichen Schritte der Verschmeichelung und des Entgegenkommens zu versuchen. Diese Absicht des österreichischen Cabinets ist in mehreren Conferenzen, welche in der letzten Zeit zwischen dem österreichischen Gesandten, Freiherrn v. Prokesch-Osten und den Ministerpräsidenten Herrn v. Manteuffel stattgefunden haben, zu einer sehr lebhaften und angelegentlichen Erörterung gebracht worden. Herr v. Prokesch-Osten, der alle wechselnden Phasen des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Preußen in den letzten vier Jahren mit sicherer Hand leiten half, wird, allem Anschein nach, auch noch so lange auf hiesigem Gesandtschaftsposten verbleiben, bis die neue Wendung in dem Gegenverhehen der beiden großen Cabinete in ein bestimmtes Geleise gebracht worden ist. Unter diesen Umständen wird der Wiener Zollcongreß, dessen zögerndes Vorgehen eben dadurch erklärt wird, in eine ganz eigenthümliche Stellung hinübergeleitet werden, und jedenfalls mehr die Bedeutung eines Vermittelungscongresses mit Preußen, als die des definitiven Abschlusses der Coalition mit Oesterreich gegen Preußen gewinnen. Es werden auf diesem Congreß ohne Zweifel die Vermittelungsvorschläge, welche die Coalitionsstaaten, und namentlich Bayern, seit einiger Zeit im Sinne tragen, mit den jetzt sichtlich um Preußen bemühten Intentionen Oesterreichs zusammenstießen. Es dürfte bei dieser Gelegenheit schwerlich ohne einige wesentliche Zugeständnisse von Seiten der Coalitionsstaaten abgehen, für welche die Zeiten des Triumphs über Preußen überhaupt am längsten gedauert haben möchten. Sollte es aber jezt in Wien, wie es in dem neu entworfenen Manöver zu liegen scheint, zur Formulirung bestimmter Vermittelungsvorschläge an Preußen kommen, die wahrscheinlich in einer Gesammterklärung von Seiten des dortigen Zollcongresses abgegeben werden würden, so hätte Preußen alsdann in diesem Moment vielleicht mehr als je Ursache auf seiner Hut zu sein. Eine Gefahr für Preußen und seine Sache würden wir vor allem darin sehen, wenn es sich durch die aus Wien bevorstehenden Vermittelungsvorschläge auf eine seinen Interessen ganz fremde Bahn der Entscheidung hinlocken lassen wollte, was der Fall wäre, wenn die deutsche Zollangelegenheit endlich noch in das Bundespalais zu Frankfurt hinübergetragen würde. Oesterreich hatte schon früher kund, den Bund als die letzte Instanz für die deutsche Zollfrage zu proclamiren, wobei eine von vorn herein nachtheilige Position Preußens unverkennbar ist, und es dürfte leicht sein, daß die jezt im Anzug befindliche Wiener Vermittelung keine andere Spize zeigte, als eben diese.

† **Düsseldorf**, 3. Nov. Heute wurden hier von dem Wahlkreise Düsseldorf-Solingen mit überwiegender Majorität zu Abgeordneten für die zweite Kammer lauter Candidaten der liberalen Partei gewählt, und zwar der Aeltere Brors von Lobaszen bei Düsseldorf, der Appellationsgrath Reichensperger und der Domcapitular Dr. Drost aus Köln. — Die Wahlen für die erste Kammer finden am 10. November statt.

München, 2. Nov. Die in mehreren Zeitungen enthaltenen Nachrichten von angeblich vollständiger Genesung des Hrn. Ministerpräsidenten Dr. v. d. Pfordten sind unrichtig. Die Besserung schreitet zwar ununterbrochen fort, aber so langsam, als es nach einem so heftigen Anfalle des Schleimfiebers gewöhnlich ist. Erst seit kurzem darf der Herr Ministerpräsident das Bett auf mehrere Stunden des Tags verlassen, und vom Ausfahren war noch keine Rede. Die Uebernahme der Geschäfte wird frühestens nach vier Wochen stattfinden können. (N. M. Z)

Kiel, 29. Oct. Auf die von den invaliden schleswig-holsteinischen Officieren beim Bundestage sowohl wie bei den Regierungen der einzelnen Staaten vor einiger Zeit eingegebenen Bittwerden, in Betreff der vertragswidrig von der königl. dänischen Regierung ihnen noch immer vorenthaltenen „Unterstützungen", ist neuerdings auch von Seiten Koburgs und Bayerns, wie früher bereits von Seiten Braunschweigs und Hannovers, ein sehr günstiger Bescheid an die Herren Petenten eingegangen. Das betreffende, an den Hrn. Major a. D. v. Leitzau gerichtete Schreiben des königl. bayerischen Bundestagsgesandten, Frhrn. v. Schrenk, vom 23. d. M. lautet:

Hochwohlgeborener Herr! In Erwiderung auf die von mehreren invaliden Officieren der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee an Se. Maj. den König von Bayern gerichtete Vorstellung d. d. Hamburg, den 10. September 1852, wegen Unterstützung aus Bundesmitteln — beehre ich mich, im allerhöchsten Auftrag, Ew. Hochwohlgeboren ergebenst mitzutheilen, daß die königl. Bundestagsgesandtschaft von Sr. königl. Majestät die Weisung erhalten hat, sich der fraglichen Vorstellung, im Falle ihres Einkommens am Bundestag, anzunehmen. Indem ich mich dieses höchsten Auftrags entledige, bitte ich Ew. Hochwohlgeboren, die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung empfangen zu wollen.

* **Aus Thüringen**, 2. Nov. Die Geistlichkeit im Eisenachischen hat in einer Conferenz beschlossen, dem Staatsministerium die Unzulänglichkeit der Vertretung der Kirche durch den nur die rein geistlichen Angelegenheiten leitenden Kirchenrath vorzustellen und um Abhilfe zu bitten; sie will dabei namentlich auf das Beispiel Preußens hinweisen.

** **Gotha**, 2. Nov. In neuester Zeit verlautet wieder Einiges von dem schon mehrfach in der Presse besprochenen Projecte des Baues der Werrairsenbahn. Die Vorarbeiten, welche durch einen Ingenieur der Direction der thüringischen Eisenbahn besorgt worden, sind beendigt und die Voranschläge und Kostenberechnungen liegen der genannten Direction vor. Die letzteren sind weniger hoch ausgefallen, als man befürchtete, namentlich hat sich der Aufwand für den bei Eisenach nothwendigen Durchstich geringer als erwartet wurde herausgestellt. Wie wir hören, ist für den Fall des Zustandekommens des Bahnbaues von der weimarischen Staatsregierung eine Zinsgarantie von 3 Procent in Aussicht gestellt worden, eine gleiche Garantie würde auch von Koburg geleistet werden, da die dortigen Stände schon früher dazu ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen haben, von Meiningen soll jedoch eine ähnliche Zusage nicht zu erwarten sein. — Nach Localberichten sind am Morgen des vergangenen Sonnabends auf dem Bahnhof zu Gerstungen zwei Locomotiven so heftig aufeinander gestoßen, daß sie beide bedeutende Beschädigungen erhielten und vorerst zum Gebrauch untauglich wurden. Der eine der Locomotivführer aber wurde über beide Maschinen hinweggeschleudert und das eine Bein desselben gänzlich zerschmettert.

Dänemark.

Aus Schleswig, 30. Oct. Durch Bekanntmachung vom 26. d. M. ist die Verbreitung und Haltung der „Kölnischen Zeitung" für das Herzogthum Schleswig verboten.

Rußland und Polen.

Warschau, 29. Oct. Bekanntlich sequestrirte oder vielmehr confiscirte die russische Regierung nach der letzten Erhebung 1830 und nach Beendigung des Kriegs 1831 hier zu Lande sämmtliche Hieb- und Feuerwaffen, und gab sie nur da, wo die Jagd auf reißende Thiere es nöthig machte, gegen theurelle Erlaubnißscheine der Behörden und eine geringe Taxe Gutsbesitzern und Jägern zurück. Jedoch waren diese gehalten, nach abgelaufener Frist die Erlaubnißscheine zu erneuern oder die Flinten wieder einzuliefern. Da sich das Bedürfniß nach Gewehren von Jahr zu Jahr steigerte, und man bei Ertheilung der Erlaubniß weniger streng verfuhr, so bildete sich aus der jährlichen Abgabe nach und nach eine Schießgewehrsteuer, die gegenwärtig von jedem Flintenbesitzer eingezogen wird. Eine heute erschienene Bekanntmachung sagt sogar, daß von denjenigen, welche den Termin zur Einzahlung der Erlaubnißscheine versäumten, der Betrag ohne weiteres exekutorisch eingezogen werden wird. Ausgenommen von der Steuer sind übrigens klassificirte Beamte und das Militär. (h. N)

Neueste Nachrichten.

= **Frankfurt**, 6. Nov. In der gestrigen Wahlmännerversammlung, deren Constituirung durch das Ausbleiben von 20 der Reformpartei angehörigen Mitgliedern der dritten Abtheilung, deren Ersatzmänner erst im Laufe des Vormittags eingeladen werden konnten, einige Verzögerung erlitt, wurden mit absoluter Majorität zu Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers gewählt die Herren: Dr. Souchay, de Bary-Gontard, A. W. Forsboom, Gärtnereibesitzer J. H. Rumbler, Weißbindermeister J. P. Reiffenstein, Notar Dr. Fester, C. F. Hetb, Bierbrauermeister P. F. Bohrer, Fiscal Dr. Burkard, Jac. von Moers Bernal, Lindheimer-Schwendler, J. F. Duilling, Schlossermeister F. Mack jun., Dr. jur. Zucho, Dr. jur. Scharff 1, Bierbrauermeister J. G. Henrich, Dr. med. G. Varrentrapp, Tapezierer L. D. Ph. Schmidt-Rumpf, Zimmermeister Theob. Körber, G. A. Zipf, Bäckermeister G. Gröginger III., Fr. Pfeffel jun., Dr. jur. Schmidt-Holtzmann, Dr. med. Mappes, Dr. med. Spieß, Jacques Reiß, Tapezierer W. Jünger, J. G. Hayn, Albert Hammerschmidt, Kirchnermeister Ph. Dilenschlager, Zimmermeister Dr. von Loen, Apotheker Engelbach, Sattlermeister C. Hafer, Gothardbetter Jost-Hoffmann, Buchhändler Sudsland, Dr. med. Lorey, Dr. jur. Renner, Dr. jur. Matti, Dr. jur. Varrentrapp, Ph. Enders, F. E. Parrot, A. Rasor, Bäckermeister E. C. Schlamp, Schuhmachermeister F. B. Rausenberger, Sattlermeister C. L. Franf. Zu Suppleanten wurden mit relativer Majorität erwählt die Herren: Ph. de Bary, Corvill d'Orville, Leiher Scholderer, Major Sieg, Silberarbeiter Hessenberg, Oberlehrer Jekel, Oberlehrer Finger, Hermann Reste, Christian Gerold, C. F. Wecker, Professor Scholl, J. Hoffmann, Architekt G. Kayser, Dr. de Bary, Notar Dr. Gar, Alex. Scharff, Lehrer Battenberg, Professor Hechtel, G. Rittner, Nik. Franz, Aug. Junge, Ad. Meyer, Dr. Sieger, Phil. Petsch-Goll, Tuchbereiter J. G. Mappes, Friedr. Bößler, Professor Hessemer, Hoffmann-Vogel, Dr. med. H. Hoffmann, Schneidermeister C. Leschhorn, Kiefermeister August Beucker, Pfarrer Schrader, Dr. juris Lucä, Buchhändler Keller, Spenglermeister J. D. Reichard, Heinr. Remig. Sauerländer, Fischermeister Dan. Leonhard, Buchbindermeister Ernst Lorey, Dr. juris Martin, Gürtlermeister J. J. Knabenschuh, W. S. Gölle, C. Metzendörfer, Professor Rodiger, Fischermeister J. M. Leonhard, Steindruckereibesitzer Ad. Ed. Wahlhandlung wurde um 5½ Uhr Abends geschlossen. — Der gesetzgebende Körper wird nächsten Montag zusammentreten.

* **Wien**, 3. Nov. Die heutige „Wiener Zeitung" meldet, daß mit kaiserlicher Entschließung vom 26. October d. J. der Hof- und Ministerialrath beim Ministerium des Aeußern und des kaiserlichen Hauses, Adolph Freiherr v. Thierry, über sein auf Gesundheitsrücksichten gegründetes Ansuchen von dem ordentlichen in den außerordentlichen Dienst dieses Ministeriums versetzt worden ist. — Hiesige Blätter wollen wissen, daß, um etwaigen Zweifeln zu begegnen, die noch in Kraft bestehenden Bundesgesetze von Bundeswegen erneuert bekannt gemacht werden sollen. (In Kurhessen ist es bekanntlich schon geschehen.) Durch eine nächstens zu erwartende Verordnung ist der Zutritt katholischer Kinder in protestantische Schulen verboten.

* **Berlin**, 5. Nov. Heute Vormittag findet im Schloß zu Charlottenburg die Verlobung der Prinzessin Anna mit dem Prinzen Friedrich von Hessen statt. Der König und die Königin, sowie sämmtliche hier anwesende Prinzen und Prinzessinnen der königl. Familie sind zu diesem Fest in Charlottenburg versammelt.

§§ **Von der preußischen Saale**, 4. Nov. Bei den gestrigen Abgeordnetenwahlen für die zweite Kammer sind fast überall conservative Deputirte in der Provinz Sachsen gewählt worden, so z. B. in Weißenfels, wo die Wahlmänner der drei vereinigten Wahlkreise Naumburg, Weißenfels und Zeitz den bisherigen Abgeordneten in der ersten Kammer, Ehrspräsidenten des Appellationsgerichts Kistler im Naumburg, und den seitherigen Deputirten in der zweiten Kammer, Handschuhfabrikanten Genther in Zeitz wählten. Nur in Halle, wo die Stadt mit dem Saalkreise zwei Abgeordnete wählte, siegte nach heftigem Wahlkampfe die constitutionelle Opposition über die streng conservative Partei, indem für den Saalkreis der Kaufmann und Gutsbesitzer Jacob in Halle, und für die Stadt Halle der Appellationsgerichtspräsidenten Wentzel in Ratibor mit 206, resp. 191 Stimmen gewählt wurden. Die von der Gegenpartei aufgestellten Candidaten waren der Rittergutsbesitzer v. Krosigk auf Popliz und der bereits in den Localblättern vorgeschlagene Professor Dr. Eiselen in Halle. Die eigentlichen Demokraten haben überall nicht gewählt. — In Halle ist in diesen Tagen eine Partie Exemplare von Harkorts Wahlkatechismus confiscirt worden.

Biebrich, 4. Nov. Heute Morgen um 6¼ ist Se. Hoh. der Herzog von hier abgereist, um an den Jagden des Fürsten von Hatzfeld in Westfalen Theil zu nehmen. Die Abwesenheit wird diesmal nur einige Tage dauern.

* **Paris**, 4. Nov. Der Senat hat sich heute im Palast Luxembourg versammelt und um 12 Uhr unter dem Vorsitz des Marschalls Prinzen Hieronymus seine außerordentliche Session eröffnet. Der Senat war ganz vollzählig; gegen 4 Uhr war diese erste Sitzung zu Ende, über deren Verlauf und Ergebniß, kraft des bekannten Gesetzes, öffentliche Blätter und Correspondenzen

nicht selbstständig berichten dürfen. Hier kann deßhalb nur noch hinzugefügt werden, daß auf morgen eine zweite Sitzung anberaumt ist. Auch der Staatsrath wird morgen Vormittag eine Sitzung halten.

Der „Moniteur" enthält heute zwei Adressen an den Prinz-Präsidenten, in deren einer der Pariser Appellhof und in der andern das Civiltribunal um Wiederherstellung des Kaiserreichs nachsuchen. — Außerdem veröffentlicht das amtliche Blatt eine Notiz, welche auf die bestimmteste Weise die Gerüchte in Abrede stellt, die über angeblich projektirte Veränderungen in der Stellung der Ministerialbeamten verbreitet sind.

Die heutige Nummer der „Indépendance belge" ist auf der Post mit Beschlag belegt worden.

Der Director und die ersten Mitglieder der großen Oper haben am Tag nach der Festvorstellung überaus werthvolle Geschenke von Ludwig Napoleon erhalten. Der Director Roqueplan wurde mit einem Beglückwünschungsschreiben und einer zu 50.0 Fr. Werth geschätzten, mit Diamanten besetzten Dose ausgezeichnet; die Sängerin Plunkett erhielt ein Armband, die Tedesco eine Brosche, beide von gleich hohem Werth; auch die Cerrito erhielt ein kostbares Geschenk und Roger, Bremond und Marly wurden ebenfalls nicht vergessen. Der Gesammtwerth aller Cadeaux soll sich auf 55,000 Franken belaufen.

Heute speist Abdel-Kader beim Prinz-Präsidenten in St. Cloud und wird auch den Abend bei demselben zubringen. Vor seiner Abfahrt hat er in der komischen Oper einer Musikaufführung beigewohnt. Der Emir ist und bleibt einstweilen der Löwe des Tags; alle Pariserinnen huldigen ihm und der Zudrang seiner Verehrer und Verehrerinnen ist so groß und zügellos, daß der Kriegsminister in dem Hotel Abdel-Kaders Schildwachen mußte aufstellen lassen, um die Thüren zu des Emirs Gemächern vor förmlicher Belagerung zu schützen.

‖ **London**, 3. Nov. Der Graf v. Derby hat auf den 10. d. M. alle Führer der conservativen Partei des Oberhauses zu einem Diner eingeladen; an demselben Tag wird der Schatzkanzler Disraeli eine große Anzahl Mitglieder des Unterhauses bei sich bewirthen. — Gestern war in Manchester unter Richard Cobdens Vorsitz Meeting und Bankett der Freihändler, deren sich 3000 eingefunden hatten, um für den bevorstehenden parlamentarischen Feldzug gegen das Torycabinet ihr Programm zu berathen. Das Ministerium soll nach Cobdens ausdrücklicher Aeußerung zu der lauten Declaration genöthigt werden, daß es nicht nur Sir Robert Peels Reformen beibehalte, sondern auch die freihändlerischen Grundsätze unbeschränkt und praktisch anwenden wolle.

** **Madrid**, 30. Oct. Nicht General Manuel de la Concha, sondern der Herzog v. Ossuna, der sich bereits in London befindet, wird Spanien bei der Bestattung des Herzogs v. Wellington repräsentiren.

✕ **Brüssel**, 4. Nov. In der gestrigen Sitzung der Repräsentantenkammer legte der auswärtige Minister v. Brouckere das Programm vor, welches das Cabinet, dessen Chef er ist, zu befolgen gedenkt. Er begann mit einem geschichtlichen Resume über den Verlauf der Cabinetskrisis, und wies nach, daß diese ihren Ausgang nur in der Bildung eines gemäßigt liberalen Ministeriums finden konnte. In diesem Sinn habe er den Auftrag hierzu vom König angenommen. Das neue Ministerium werde die liberale Fahne hoch und fest halten, aber die Lage der Zeit gebiete Mäßigung, Klugheit und Versöhnung. Von diesen Grundsätzen geleitet, werde das neue Cabinet das Beste des Landes gewissenhaft und ohne Eclat zu fördern und alle Meinungen sich zu gewinnen suchen. Vor allen Dingen werde die neue Regierung den Traditionen des Nationalcongresses von 1831, der Belgiens Unabhängigkeit und Freiheiten gegründet habe, treu bleiben. Hierauf entstand aus verschiedenen Petitionen, welche eine sofortige Wiederaufnahme der commerciellen Unterhandlungen mit Frankreich begehren, eine nicht unwichtige Debatte. Als die Petitionscommission erklärte, die Kammer dürfe keine Entschließung fassen, welche die diplomatischen Unterhandlungen erschweren oder hindern könne, meinte Herr v. Mulenaere, von der Rechten, nach den wenigen der Kammer vorliegenden Actenstücken habe die französische Regierung noch nicht ihr letztes Wort gesprochen. Er wünsche die Unterhandlungen bis zum Abschluß eines allgemeinen und definitiven Handelsvertrags mit Frankreich fortgeführt zu sehen; so gebiete es namentlich das Interesse der flandrischen Provinzen. — Hierauf erklärte v. Brouckere, das Ministerium könne sich gegenwärtig vor der Kammer nicht tiefer in die Frage einlassen, und sindesondere keinerlei Verpflichtung übernehmen. Alles, was er sagen könne, sei, daß beide Länder in gleichem Maß dabei interessirt seien, gute Nachbarschaft zu halten und in freundlichem Handelsverkehr zu stehen. So handeln, daß diese Beziehungen gestört würden, würde nicht nur ungeschickt, sondern unsinnig sein. (Sehr gut!) Die Kammer erklärte sich mit der Ansicht ihrer Petitionscommission einverstanden.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in Köln.

XXIV.

☞ **Köln**, 4. Nov. (Fortsetzung der Verhandlung am 3. Nov.) Der Vertheidiger Schneider II. führt in Erörterung und Widerlegung der verschiedenen seinen Clienten zur Last gelegten Anklagepunkte fort und bemerkt: Das öffentliche Ministerium mache den Bund für die Vorfälle in und bei Köln verantwortlich, obgleich dieser außerhalb derselben gestanden sei. Der Vertheidiger prüft die Aussagen des Zeugen Sieber, die er in einer längern Erläuterung wenig oder nicht stichhaltig findet. Im Gegentheil bemerkt er: Die Legalisation der Unterschriften von Liebknecht u. A., welche Goldheim für nicht überführend erkläre, könne er (der Vertheidiger) vortegen, ersuchte dies aber deßhalb für unnöthig, weil sich die Unechtheit des Protocollbuches und die Unwahrheit der angeführten Thatsachen auch ohne dies ergebe.

Polizeirath Stieber, der abwesend war, und oben wieder in den Saal tritt, unterbricht den Vertheidiger. Dieser beschwert sich darüber. Der Präsident bemerkt dem Zeugen Sieber, daß er sich später vertheidigen könne, worauf er sich entfernt. Der Vertheidiger behauptet, das Protocollbuch wimmele von Schreibfehlern, während die Umgebung der Marx, wie niemand in Abrede stellen werde, wenigstens richtig schreiben könne. Nach einigen weitern Beweisführungen des Vertheidigers erfolgt der Schluß der Sitzung.

Eisenbahnen und Telegraphenwesen.

Ludwigshafen, 3. Nov. Das Betriebsergebniß unserer pfälzischen Ludwigsbahn im verflossenen Monat October stellt sich für die Beförderung von 45 740 Personen auf 26,034 fl. 32 kr., für den Transport von 131,835 Centner Güter auf 17,011 fl. 38 kr. und endlich für den Transport von 272,000 Centner Kohlen auf 41,209 fl. 2 kr., was eine Gesammtsumme von 84,255 fl. 12 kr. ergibt. Im Monat October 1851 betrug die Einnahme der Bahn nur 68,206 fl. 48 kr., so daß sich für den betreffenden Monat dieses Jahres eine Mehreinnahme von 16,048 fl. 24 kr. herausstellt.

Börsenberichte.

☞ **Frankfurt**, 5. Nov. Das Geld, welches sich heute viel abondanter zeigte, gab der Börse ein festeres Ansehen und hob die meisten Course. Oesterreichische Effecten waren auf die gestrige günstigere Wiener Baissenotirung besonders gesucht; 5pCt Metall. waren 80⅞, pCt. G., 4½pCt. Metall. 72⅛, ⅜/16 pCt. pr. Cassa, 5pCt. Lomb-Venet. 88⅛ à ⅛ pCt., Wiener Bankactien 1377 fl., 500 fl. Loose 191½ pCt. G., 250 fl. Loose 116¼ pCt. G. Von fremden Fonds waren 1pCt. 24¹⁵/16 à 25 pCt. pr. Cassa; 3pCt. Inländische 45¹³/16 pCt. G. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn 44 pCt. G., Berbach 95½ pCt., Köln-Minden 111¼ pCt. G., Taunus 301 fl. G. Die meisten übrigen Fondsgattungen waren ebenfalls zu verbesserten Preisen zu placiren. — Abends in der Effectensocietät war kein Geschäft. Für 1pCt. Spun. war 25 pCt. pr. Cassa geboten.

Berlin, 4. Nov. Staatsch. 94⅞ Brf. — Köln-Minden 111⅛ G. — Fr.-W.-Nordbahn 41⅛ Brf., 40⅛ G.

Paris, 4. Nov. 4½pCt. Rente 107, 50. — 3pCt. 84, 50. — Neapol. 106. — 5pCt. Neue Oesterr. 95, 94⅞. — Span. neue Diff. 23½. — Neue 1pCt. 51. — Innere Schuld 45⅞. — Passive —. — Bankactien 2980. — Piemont 5pCt. 98, 75. — Römisches Anleihen Juni 1850 99. — do. 1850 99¼. — St. Germain-Eisenbahn 1600. — Versailles, linke Ufer 385. — Straßburg-Basel 400. — Nordbahn 930. — Paris-Strasburg 935.

Bei Eröffnung der heutigen Börse war lebhafte Nachfrage nach Rente und den meisten andern Werthpapieren; dahrr eine merkliche Hausse, der aber in Folge von Gewinnrealisationen später ein Weichen bis unter die gestrigen Schlußcourse folgte.

Madrid, 30. Oct. 3pCt. 47⅜, n. d. Börse 47⅞ G. — 1pCt. Neue 26¼, n. d. Börse 26⅛ G.

London, 3. Nov. 3pCt. Stocks 100⅜ à ⅛. 4½pCt. Russ. 105¼, 104⅞. — Mex. 24¼, ⅜, ½. — Port. 38¼.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 5. Nov. 5pCt. Met. 94⅜. — 5pCt. do A —. — B. 109⅞. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94½. — 4½pCt. do. 84⅜. — Bankactien 1333. — 250 fl. Loose 136⅜. — London 11 fl. 26 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102½. — K.-L.-Nordb. 219½. — Livorno-Florenz 102½. — Siena-Empoli 71. — Paris 136⅛. — London in Triest 11 fl. 28 kr. — Silber 15. (Spd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr C. Sattler, Dr. J. B. Kutscheit.

[2525]

Weinversteigerung.

Samstag den 13. November 1852, Nachmittags 3 Uhr, werden auf freiwilliges Ansuchen nachverzeichnete bestens gelagerte Weine, als

14 Ohm Dotzheimer Mineur St. Etiende,
12 „ do. do. Margaux,
1½ Stück 1846er Hochheimer,
½ „ 1848er Geisenheimer,
5 „ 1846er Ungsheimer,

in dem Keller der Behausung des Herrn Dr. Stricker, Bleichstraße Nr. 54 dem Stiftsgarten gegenüber, öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Diese Weine können Donnerstag den 11. und Freitag den 12. November, Vormittags von 10 — 12 und Nachmittags von 3 — 6 Uhr, an den Fässern probirt werden; sollte Jemand dieselben früher zu probiren wünschen, so beliebe man sich deßhalb an Herrn Sensal D. van Hees zu wenden.

Die Dochheimer und Geisenheimer Weine werden mit Faß nach dem Gehalt verkauft und ist die Bezugzeit bis nächsten Dezember d. J. festgestellt.

C. Belschner, Ausrufer.

Hochgräflich Erbach-Fürstenau'sches Anlehen

von fl. 350 000, d. d. 1. November 1842, betreffend.

Die pro 1. November 1851 verlooften Obligationen des vorstehenden Anlehens

Nr. 51 511 573 645 739 777 1092,

sind zur Rückzahlung pro 1. December d. J. bestimmt, von welchem Termine an jede weitere Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 30. October 1852.

[2478] **Philipp Nicolaus Schmidt.**

[2529]

123. Frankfurter Stadt-Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December 1852.

Ganze und getheilte Loose sind zu den bekannten Preisen zu beziehen von

Gebrüder Stiebel,

Hauptcollecteurs in Frankfurt am Main.

[2527] **Physikalischer Verein.**

Samstag den 6. November: Ueber Professor Bunsen's neue Methode, Magnesiummetall aufzubereiten, physikalischen Wege zu gewinnen; Vorzeigung dieses seltenen Metalls und Anstellung einiger Versuche damit. — Ueber eine optische Täuschung mit freiem Auge. — Anstellung eines neuen Versuchs, um recht augenfällig die Elasticität des Wassers zu constatiren.

[2523] Soeben ist erschienen und bei uns vorräthig:

Goethe's Faust

mit Zeichnungen

von

Engelbert Seibertz.

1te und 2te Lieferung.

Der erste Theil erscheint in 8 Lieferungen à fl. 2 auf weiß Papier; à fl. 3 auf chines. Papier.

Frankfurt a. M.

S. Schmerber'sche Buchhandlung,
Nachfolger Heinrich Keller.

[2453] Bekanntmachung.

Nachdem über das Vermögen des Johann Heinrich Krag II, von Wohlbach der förmliche Concurs erkannt worden, werden alle diejenigen, welche Ansprüche gegend einer Art an ihn zu bilden haben, aufgefordert, hiermit bei Meidung stillschweigenden einkretenden Ausschlusses von der Masse,

Donnerstag den 16 December l. J.,
Morgens 10 Uhr,

bei unterzeichnetem Gerichte gelten zu machen. Zugleich soll ein Arrangement versucht und in Erfüllung der Güte nach den Vorschlüssen der Mehrheit der anwesenden Gläubiger ein Curator und ein Ausschuß erwählt werden.

Hungen, 15. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Hofmann. Langsdorff.

[2389] Bekanntmachung.

Die Erben des Ludwig Geisert II. in Michelstadt, Barbara geb. Müller, hat gegen ihren Ehemann auf Ehescheidung Klage gelegt, weil dieser ihnlich von ihrer entwichen sei und sie böslicher Weise verlassen habe. Da der Aufenthaltsort des Ludwig Geisert II. unbekannt ist, so wird derselbe hiermit öffentlich aufgefordert, bei Vermeidung des klagefundnisses des thatsächlichsten Inhalts der Klage und des Ausschlusses mit Einreden binnen drei Monaten

von dem Tage des ersten Erscheinens dieser Aufforderung in öffentlichen Blättern an, bei dem unterzeichneten Gericht auf solche sich zu erklären und ihm gutlich bemerkt, daß alle weitere Verfügungen in dieser Sache nur durch Anschlag in dem Gerichtslocal bekannt gemacht werden.

Michelstadt, den 6. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
In Erledigung der Landrichterstelle
Doerr.

[2374] Edictalladung.

Adam Michel Bauer, von Unterroßau, welcher der Gericht der Ueberschuldung seines Vermögens angezeigt, dann aber sich von Haus entfernt hat, und wo jetzt nicht zuverlässig ist, wird aufgefordert,

Dienstag den 21. December 1852,
Vormittags 9 Uhr,

zur Revision des aufgenommenen Inventars hier zu erscheinen, und Mittel zur Berichtigung der Schulden anzugeben, widrigenfalls das Inventar als richtig anerkannt angesehen, die Verlassenschaft den Grundgerichtungen zur Schuldenliquidation vorgenommen, eintretenden Falls Concurs erkannt wird, und die Mittheilung der weiteren Verfügungen an ihn lediglich durch Anheften an der Gerichtstafel erfolgt.

Beerfelden, den 6. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Stein.

[2372] Edictalladung.

Nachverzeichnete Grundrenten, als:

1. die dem Herrn Fürsten Ferdinand zu Solms-Braunfels in der Gemarkung Dillingen zuhörenden, im Gesammtschlage von 1123 fl. 57 kr 2½ hl.;
2. die dem Heren Grafen Otto zu Solms-Laubach in der Gemarkung Trais-Münzenberg zuhörenden im Gesammtschlage von 14 fl. 29½ kr.;
3. die der Gesammtfamilie der Freiherren von Rodeck zur Rabenau in der Gemarkung Odbernhofen zustehenden, im Gesammtschlage von 780 fl.

sollen nach den beigebrachten gerichtlichen Beschreinigen abgelöst werden. Es werden deßhalb alle bei diesen Ablösungen, denselben und insbesondere, Betheiligten hiermit aufgefordert, ihre etwaigen Rechtsansprüche um so gewisser

innerhalb 2 Monaten

bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden, als widrigenfalls die Auszahlung der Ablösungscapitalien von Pos. 1 und 2 an die genannten Berechtigten, so wie der Ablösungsobligate unter Pos. 3 gegen Ausbändigung der von dem Sen. or der Zasmitte, Gr. Hess. Oberst und Kammerherrn Freiherrn Georg von Rodeck zu Rabenau zu contrahirenden Ablösungsurkunde an die Rentei der Freiherren von Rodeck zur Rabenau (Rentmeister Engel zu Londorf) geleistet werden würde.

Hungen, am 2. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Hofmann.

Druck von August Osterrieth.

Erste Ausstellung

von **G. L. Kohlbacher**, Kunsthändler.

Drei Gemälde von Courbet,

darunter „die Steinklopfer".

Das Ausstellungs-Local, Casino im Alten Stock, ist geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags.

Eintrittspreis 12 kr.

[2526] Für die Dauer der Ausstellung fl. 1.

Gräflich Hugo Philipp zu Elz'sches Anlehen betreffend.

Die Besitzer Gräflich Hugo Philipp zu Elz'scher Obligationen beehren wir uns hierdurch zu benachrichtigen, daß die am 1. November 1850 fällig gewesenen Zinscoupons dieser Anleihe von fl. 10 im fl. 20 Fuße ohne Abzug mit fl. 12 im fl. 24 Fuße bei uns erhoben werden können.

Frankfurt a. M., den 25. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.
Feist Emden & Sohn.

[2495]

Edictalladung.

Großherzogl. Hofgericht der Provinz Starkenburg hat über das verwendet übrigbleibende Vermögen des Peter Reiß II. zu Dieroden den formellen Concurs erkannt und das unterzeichnete Gericht mit dessen Leitung beauftragt.

Demgemäß werden Alle, welche irgend Ansprüche an das gedachte Vermögen bilden zu können glauben, hiermit aufgefordert, dieselben im Termine

Montag den 22. November d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

bei Vermeidung des stillschweigend eintretenden Ausschlusses dahier anzuzeigen und zu begründen.

Zugleich wird in diesem Termine die Güte versucht, in deren Entstehung aber zur Wahl eines Glaubigerausschusses und Massenarators geschritten werden, wobei die nicht persönlich erscheinenden Gläubiger oder deren Bevollmächtigten Stellvertreter, so wie die zur schriftlich liquidirenden Creditoren als den Beschlüssen der Mehrheit der Erschienenen beigetreten angesehen werden.

Langen, den 2. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Schulz. Eschorn.

[2324] Edictalladung.

Den Nachlaß des Bernhard Funk's Eheleute in Geeren betreffend.

Nach dem Hypothekenbuche der Gemeinde Gebern entrichten Bolzhain Funk's Eheleute von da unterm 18. Juni 1789 von dem Hofgute Johannes Dornpoel'sen, ehendaher ein Capital von einhundert fünfzig Gulden unter Verpfändung von Immobilien. Da dieses Capital abgetragen, die Hypothek aber deßwegen worden sein soll, so werden alle, welche Ansprüche aus solcher machen zu können glauben, aufgefordert, sie so gewiß

binnen drei Monaten

dahier geltend zu machen, widrigenfalls die Obligationen für erloschen angenommen und der Eintrag im Hypothekenbuche gelöscht werden wird.

Dreieichenhain, den 7. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Thater. Schäfer.

[2467] Zu den Zinsleuteren der am 19. October l. J. verstorbenen Eheirau des Balthasar Schneider, Sophie geb. Müller, zu Nidderweilau, gehören: Antoinette Müller, Eheirau des Edmund Dedié zu London, und Johann Müller zu Florenz. Da eine besondere Ladung diesen nicht zugestellt werden kann, so werden sie hierdurch öffentlich auf

Montag den 27. December 1852,
Vormittags 9 Uhr,

anher vorgeladen, um der Eröffnung des dahier deponirten Testamentes der Eheirau des Balthasar Schneider beizuwohnen, wobei ihnen bemerkt wird, daß im Falle des Ausbleibens die Eröffnung dennoch vorgenommen, und bei äußerlich intakterem Befunde das Testament in Vollzug gesetzt werden wird.

Eltville den 27. October 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Laug.

(Hiebei Beilage und Couvertfalzumblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Samstag **(Beilage zu Nr. 266.)** 6. November 1852.

Botschaft Ludwig Napoleons an den Senat.*)

A **Straßburg**, 5. Nov. Heute ist hier von Seiten der Präfectur des Niederrheins folgende Bekanntmachung in französischer und deutscher Sprache erschienen und angeschlagen worden:

„**Paris**, 4. Nov., 6 Uhr 15 Minuten Abends.

Der Minister des Innern an die Herren Präfecten.

Der Senat hat heute seine erste Sitzung gehalten, sie wurde durch eine Regierungsdepesche eröffnet. Der Staatsminister las folgende Botschaft Sr. k. Hoh. des Prinz-Präsidenten ab:

Meine Herren Senatoren!

Die Nation hat sich so eben laut und kräftig für die Wiederherstellung des Kaiserreichs ausgesprochen. Mit vollem Zutrauen auf Ihren Patriotismus und Ihre Einsicht, habe ich Sie zusammenberufen, um, dem Gesetze gemäß, diese wichtige Angelegenheit zu berathen, und Ihnen die Besorgung der neuen Ordnung der Dinge zu übertragen. Wenn Sie dieselbe annehmen, so theilen Sie wohl meine Meinung, daß die Constitution von 1852 beibehalten werden soll; dann werden die nothwendig befundenen Veränderungen keineswegs an die Grundlagen derselben rühren.

Die bevorstehende Umwandelung wird hauptsächlich mit der Form sich befassen; sie wird aber das kaiserliche Sinnbild wieder annehmen, welches für Frankreich von unendlicher Bedeutung ist! Denn in der Wiederherstellung des Kaiserthums findet das Volk seine Interessen gesichert und seinen gerechten Stolz befriedigt: diese Wiederherstellung sichert die Interessen des Volks, weil sie die Zukunft befestigt, die Revolutionszeiten schließt und die Eroberungen von 1789 nochmals heiligt. Sie befriedigt seinen gerechten Stolz; denn das Volk, indem es von freien Stücken und nach ernster Ueberlegung das wieder aufrichtet, was vor 37 Jahren ganz Europa durch Waffengewalt und inmitten der Mißgeschicke des Vaterlands umgeworfen, rächet edelmüthig seine Unfälle, ohne Blutvergießen, ohne die Unabhängigkeit anderer Völker zu bedrohen, ohne Störung des Weltfriedens.

Ich verhehle mir indessen keineswegs, was es heißt, die Krone Napoleons anzunehmen und auf das Haupt zu setzen; aber meine Besorgnisse vermindern sich, wenn ich bedenke, daß ich mit vielfachen Rechte die Sache des Volks und den Willen der Nation vertrete, und somit das Volk, indem es mich auf den Thron erhebt, sich selber krönt.

Gegeben im Palast zu St. Cloud, den 4. November 1852.

Gezeichnet Louis Napoleon.

Diese Botschaft wurde vom Senat mit einstimmigem Beifall aufgenommen."

Auf Beschluß des Präfecten des Niederrheins wird vorstehende Botschaft durch die Maires in allen Gemeinden des Departements bekannt gemacht und angeschlagen.

Telegraphische Depesche. *)

Abgegangen in Berlin, den 6. Nov., 10 Uhr 20 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 6. „ 10 „ 27 „

Paris, 5. Nov. In der heutigen Sitzung des Senats haben zehn Mitglieder desselben den Entwurf eines Senatusconsultums folgenden Inhalts deponirt:

„Prinz Ludwig Napoleon wird Kaiser unter dem Titel: Napoleon III.; die Krone vererbt sich nach der männlichen Primogenitur; in Ermangelung männlicher Nachkommen kann Ludwig Napoleon aus der männlichen Descendenz von des Kaiser Napoleons Brüdern adoptiren; erfolgt keine Adoption, so vererbt sich die Krone auf den Prinzen Hieronymus und dessen männliche Nachkommenschaft von der Prinzessin Friederike Katharine Sophie von Württemberg." — Dieser Antrag ist an einen Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen.

4½pCt. Rente 107, 80; 3pCt. dv. 84, 65.; Span. inn. Sch. 46½; 1pCt. Disf. 25.

*) Unsern verehrlichen Abonnenten in hiesiger Stadt bereits durch eine Extrabeilage mitgetheilt.

Deutschland.

✝ **Frankfurt**, 6. Nov. Heute Vormittag um 11 Uhr starb hier ganz unerwartet der verdienstvolle und allgemein geachtete k. k. österreichische Hof- und Ministerialrath Freiherr Kell von Nellenburg.

⁂ **Wien**, 3. Nov. Gestern fand die zweite Sitzung des Zollcongresses statt; heute speisen die Deputirten bei Sr. Excellenz dem Herrn Minister des Handels. Für übermorgen haben sie eine Einladung an die kaiserliche Tafel erhalten. — Die durchlauchtigsten Eltern Sr. Majestät haben gestern den Sommeraufenthalt in Schönbrunn mit den Appartements in der kaiserlichen Hofburg vertauscht. Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog Franz reist morgen nach Prag ab, um allerhöchst seinen Bruder, den Kaiser Ferdinand, zu besuchen, der in Folge einer Erkältung das Bett hüten muß. Der Leibarzt Sr. Majestät, Dr. v. Seuslitsch, hat übrigens erklärt, daß die Krankheit durchaus nicht besorgniserregend sei. — Graf Westmoreland ist vorgestern nach London abgereist, um der Leichenfeier des verstorbenen Herzogs von Wellington beizuwohnen. Ebenso begeben sich auch mehrere höhere k. k. österreichische Offiziere und eine Deputation des nun vakanten Regiments „Wellington" im allerhöchsten Auftrag nach London. — Se. kaiserl. Hoh. der Großfürst-Thronfolger von Rußland wird am 11. d. M. in Wien erwartet und im kaiserl. russischen Gesandtschaftshotel absteigen, woselbst er von dem Herrn Gesandten und dem vor kurzem hier angekommenen Herrn v. Dmitroff empfangen werden wird. Der Aufenthalt Sr. kaiserl. Hoheit in Wien ist auf drei Tag bestimmt.

÷ **Erfurt**, 3. Nov. So eben sind die Abgeordnetenwahlen zur zweiten Kammer zu Ende gebracht, und ich beeile mich, Ihnen das Resultat derselben mitzutheilen. Die meisten Stimmen erhielten der Geheimerath v. Münchhausen in Berlin und der hiesige Landrath v. Hanstein. Bei der Wahl des dritten Abgeordneten fand weniger Einhelligkeit statt, indem der Bürgermeister Diethold von Sömmerda, schon früher Abgeordneter, 247 Stimmen erhielt, die übrigen sich aber auf den pensionirten Oberstlieutenant v. Seebach, stellvertretenden Vorsteher unseres Gemeinderaths (mit 121 Stimmen), auf den Landrath v. Flotow und den Regierungsrath Greiffenhagen vertheilten. Auf eine Anfrage durch den elektrischen Telegraphen, ob Herr v. Münchhausen (auf ihn waren 433 von 491 Stimmen gefallen) zur Annahme der Wahl geneigt sei, kam nach fünf Viertelstunden die Zustimmung desselben von Berlin zurück; auch v. Hanstein und Diethold haben noch im Wahllocale die Wahl acceptirt. Die drei genannten neuen Abgeordneten gehören der streng conservativen Partei an.

* **Köln**, 4. Nov. Herr Camphausen hat die auf ihn gefallene Wahl zur zweiten Kammer aus Rücksichten auf seine Familie abgelehnt.

§§ **Kayen**. Das hiesige Bad ist im laufenden Jahr von 500 Familien benutzt worden.

Hannover, 3. Nov. Die ehemaligen Ministerialvorstände Bennigsen, Stüve, Braun und Lehzen haben einen Convent in Bielefeld gehalten, um zu berathen und zu beschließen, ob man, nachdem ein so großer Theil verbündeter Staaten vom Zollverein zurückgetreten sei, beim Septembervertrage verharren solle oder nicht? Auf diesem Convent ist nun, wie wir mit der größten Bestimmtheit versichern können, einstimmig beschlossen worden, unter allen Bedingungen an dem Septembervertrage festzuhalten. Dies ist kein unwichtiges Factum, da jene Männer vier der einflußreichsten Persönlichkeiten in unsern Kammern sind. Es wird von Vielen geglaubt, das Märzministerium wäre ohne Pension abgegangen. Dies ist jedoch ein Irrthum, jeder der betreffenden Herren bezieht eine jährliche Pension von 2000 Thlrn. Als nun neulich Stüve zum Bürgermeister der Stadt Osnabrück erwählt worden war, und dieses Amt, welches mit 1200 Thlrn. dotirt ist, angenommen hatte, kam er bei königlicher Regierung mit der Bitte ein, ihm seine Pension von 2000 Thlrn. zu lassen; er werde dann seine Diensteinnahme von 1200 Thlrn. der Stadt Osnabrück schenken. Königliche Regierung hat ihm jedoch abschlägige Resolution ertheilt. (N. Pr. Z.)

♂ **Rastatt**, 5. Nov. Gestern fand die formelle Vereinigung der beiden seit 1½ Jahren hier garnisonirenden badischen Infanteriebataillone zu einem Regiment statt. Der neue Commandeur, Herr Oberst Dreyer, einer der tüchtigsten badischen Stabsoffiziere, wurde Abends zuvor vom Offizierscorps am Bahnhof empfangen und gestern durch den Divisionär der Infanterie, Generalmajor v. Röder, dem Regiment präsentirt. Eine Abordnung des k. k. österreichischen Offizierscorps, welches bei allen Gelegenheiten Beweise von Höflichkeit und militärischem Tact an den Tag legt, begrüßte den neuen badischen Regimentscommandeur in seiner Wohnung.

* **Darmstadt**, 5. Nov. Heute sollte in der zweiten Kammer der Gesetzentwurf wegen der Presse zur Erörterung kommen. Da indessen die Berathung der Gesetzentwürfe wegen der Wasserrechte in der gestrigen Sitzung nicht zum Schlusse gelangte, so war die heutige Sitzung diesem Zweck und der Erwägung einiger Anträge und Petitionen gewidmet, die kein allgemeines Interesse in Anspruch nahmen. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer ward der Antrag des Prälaten Zimmermann wegen Einschreitens gegen die sogenannten wilden Ehen erörtert. Zuvor erhob sich der Kriegsminister General v. Schäffer-Bernstein als Mitglied der Kammer, um, davon ausgehend, daß Sittlichkeit auch die Federkraft des Kriegersstandes sei, darzulegen, mit welcher Strenge das Kriegsministerium gegen die wilden Ehen in jeder Form derselben einschreite, wenn die Individuen Soldaten oder Unteroffiziere seien (des Offizierstandes wurde nicht gedacht). Dann nahm der Antragsteller das Wort, um, gestützt auf gesammelte statistische Notizen, denen zufolge die Zahl der wilden Ehen in viele Hunderte geht, seinen Antrag zu begründen und den Ausschuß zu widerlegen. Hiernach entwickelte sich eine ins Einzelne gehende Discussion, an welcher die Abgg. Krekler, v. Lehmann, Engelbach, v. Grolman, Ellenberger u. A. Theil nahmen, hauptsächlich, um zu zeigen, daß es sich von der Handhabung der bestehenden Gesetze handele. Die Kammer beschloß die Annahme des Antrags des Ausschuß, die Staatsregierung zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln zur Beseitigung der sogenannten wilden Ehen hinwirken zu lassen, und faßte den weitern Beschluß, einstweilen, bis zur Emanirung eines allgemeinen Polizeistrafgesetzbuchs, den Verwaltungsbeamten eine Instruction über ihr Verhalten gegenüber solchen Zusammenwohnen zugehen zu lassen.

Frankfurt, 6. Nov. Die heute ausgegebene Nr. 134 des Amtsblatts der freien Stadt Frankfurt enthält das in der großen Rathsversammlung vom 26. October 1852 beschlossene Strafgesetz.

** **Frankfurt**, 6 Nov. Zur Ergänzung des Artikels: »Frankfurt, 3. Nov., in Nr. 264 der „fr. Postzeitung", bezüglich auf die ältere Brückenmühle, ist zu bemerken, daß über dem Einfahrtsthor dieses Gebäudes folgende Inschrift in den Stein eingegraben ist: NEU BRÜCKEN MÜHL 1722. Es ergibt sich daraus, daß der Oberbau dieser Mühle, von dem Niveau der Brücke hinweg, nicht 1636, sondern 1722 aufgeführt, mithin 130 Jahre alt ist. Ferner muß die Angabe, daß in dieser Brückenmühle ein Schatz von 10,000 fl. oder sonst irgend etwas von erheblichem Werth gefunden worden ist, als ungegründet bezeichnet werden. Gewiß ist nur, daß auf dem sehr bauerhaften Unterboden des Gebäudes eine hydraulische Maschine aufgeführt werden soll, welche die Fischteiche und die Gärtnerei von Sachsenhausen mit Wasser zu versorgen haben wird, um die muthmaßliche Entziehung, welche durch die zu erbauende städtische Wasserleitung von oberhalb der Deutschherrnmühle hinweg sich ergeben könnte, im Ueberfluß zu ersetzen.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 4. Nov. Die durch die preußische Gesandtschaft in Bern an die in der Schweiz weilenden preuß. Handwerker ergangene Weisung, jene zu verlassen, soll der Vorläufer weiterer, aus der Besorgniß der Insicirung der Staatsangehörigen durch die Communistenverbindungen der Kantone zu erwartenden Anordnungen sein. Insbesondere soll, wie verlautet, vom 1. Januar k. J. an, keinem nichtpreußischen Handwerker, der aus der Schweiz kommt, der Eintritt in das preußische Gebiet gestattet werden.

X* **Von der Aar**, 2. Nov. Als Nachtrag ist zu berichten, daß das Geschworenengericht in Aarau dem von der Regierung verklagten und vom Gericht freigesprochenen Redacteur Bucher auch noch eine Entschädigung zuerkannte.

Frankreich.

♀ **Paris**, 4. Nov. Abdel-Kader hat am Dienstag Nachmittag auch dem Marineminister Ducos einen Besuch gemacht und wurde von demselben aufs herzlichste empfangen. Im Verlauf der Unterhaltung äußerte Herr Ducos, er hoffe dem Emir seine Achtung dadurch bezeugen zu können, daß er ihm die Reise nach Brussa so angenehm als möglich mache. Auf des Ministers Einladung besieht Abdel-Kader das Dach des Hotels, um von diesem hohen Standpunkt die schöne Aussicht über Paris zu genießen. Der Emir äußerte frn Erstaunen über ein solches Schauspiel und bemerkte im Herabsteigen, er könne sich nicht denken, daß eine andere Stadt schöner sein möge als Paris. Auch dem General v. Ornano, Großzauger der Ehrenlegion, flatirte Abdel-Kader einen Besuch ab und bemerkte diesem unter anderm mit einem Händedruck, er sei glücklich, das würdige Haupt des Ordens zu sehen, welcher Muth, Hingebung und Verdienst jeder Art zu belohnen bestimmt sei. Dann erneuerte er die Versicherungen seiner Ergebenheit für Frankreich. „Nicht nur, sagte er, werde ich hinfort der Freund der Franzosen sein, sondern auch der Freund ihrer Freunde und der Feind ihrer Feinde." — Leon Roche und Beclard, die neuen Generaleconsuln Frankreichs für Tripolis und Tunis, sind von Toulon nach ihren Posten abgereist.

Großbritannien.

London, 3. Nov. Macaulay hat gestern in Edinburg unter begeisterten Beifallsbezeugungen eine Ansprache an seine Wähler gehalten. Ersichtlich war leider, daß der bewunderte Geschichtsschreiber und Redner noch immer nicht vollständig hergestellt war; aber einer glühenden Beredsamkeit hat das Unwohlsein keinen Eintrag. Nach einer hinreißenden Lobrede zum Andenken des Herzogs von Wellington, Sir R. Peels, dessen Handelspolitik gegen directe wie indirecte Angriffe zu schützen seine Hauptaufgabe sein werde, und nach einer vernichtenden Kritik des gegenwärtigen Cabinets erklärte er sich entschlossen, in keinem Fall wieder ins Amt zu treten, hoffte jedoch, bald ein Ministerium am Ruder zu sehen, welches die Wahlreformfrage in liberalem und umfassendem Sinn behandeln werde. Eine Ausdehnung der Wählerzahl erwarte er nicht so sehr von einer Herabsetzung des Census, als von der Erhebung der Massen auf die Höhe des Wahlcensus durch den Einfluß der Auswanderung. — Kossuth hat vorgestern eine Einladung zum Meeting der Nationalleague brieflich abgelehnt. Das Schreiben machte auf die Versammlung einen merklichen Eindruck. Der Agitator erklärt nämlich, daß, nachdem er seit seiner Landung auf britischem Boden an 600 Reden gehalten, es Zeit für ihn sei, das öffentliche Sprechen an den Nagel zu hängen. Er habe sich gelobt, zu schweigen. Nur außerordentliche Fälle, nur die Aussicht auf einen praktischen Erfolg könnten ihn bewegen, seinem Entschlusse einmal ausnahmsweise untreu zu werden. Die europäische Democratie habe von England nichts zu fordern, denn die geldbesitzenden Klassen wünschten, daß Alles beim Alten bleibe; die arbeitenden dagegen hätten weder Zeit noch Sinn für anderes, als ihren Broderwerb. Als Democrat fühle er sich verpflichtet, auch die unangenehme Wahrheit rücksichtslos auszusprechen. ꝛc. ꝛc.

Schweden.

Stockholm, 26. Oct. Die Krankheit, an welcher König Oscar seit seiner vor anderthalb Wochen erfolgten Rückkehr von Norwegen daniederliegt, hat sich leider zu einem Nervenfieber entwickelt, dessen ernsthaften Charakter man sich nicht mehr verhehlen kann. Die Gesundheit des Königs, schon vorher durch eine langwierige Kränklichkeit an einem organischen Leiden geschwächt, und durch die Brunnenkur in Kissingen und eine nur zu kurze Erholungsreise noch nicht hinlänglich gestärkt, um ohne Gefahr geistigen Anstrengungen wieder obliegen zu können, wurde schon durch die tiefe Trauer um den geliebten Sohn, welcher ihn wie uns alle wie ein Wetterstrahl aus klarem Himmel traf, auf eine bedenkliche Weise erschüttert. Eine starke Erkältung während der Rückreise von Norwegen hierher konnte unter solchen Umständen nur um so verderblicher wirken. Bei der Ankunft des Königs in Stockholm war es vom ersten Augenblick an seiner Umgebung und den zu Rathe gezogenen Aerzten klar, daß er auf jeden Fall sich auf eine längere Zeit von den Regierungsgeschäften fern halten müsse, zumal bei dem schwerfälligen und unbehilflichen Geschäftsgang unserer Regierung der König persönlich von allen und jedem, auch den geringfügigsten Kleinigkeiten in der Administration Notiz zu nehmen hat, auf eine Weise, die auch dem stärksten Greis abspannen muß, wenn er seinem grundgesetzlichen Beruf gewissenhaft obliegen will. Es ist daher kaum zu entschuldigen, daß man so lange gezögert hat, den Schritt zu thun, welchen unsere Verfassung für einen solchen Fall gebietet, damit das Land nicht ohne Regierung dastehe und die Verwaltung nicht ins Stocken gerathe. Es muß zufolge der zwischen Schweden und Norwegen geschlossenen Unionsacte eine sogenannte Interimsregierung erst angeordnet werden, und diese muß aus zehn schwedischen und ebenso viel norwegischen Staatsräthen bestehen. Diese Anordnung ward erst gestern getroffen, in einem Conseil, welches an dem Krankenbette des Königs gehalten wurde. Da nun aber in Stockholm unter gewöhnlichen Umständen nur zwei norwegische Staatsräthe außer dem norwegischen Staatsminister anwesend sind, was auch jetzt der Fall ist, so müssen die übrigen sieben norwegischen Mitglieder erst aus Christiania beschieden werden, und da die skandinavischen Hauptstädte bis jetzt weder durch Eisenbahnen noch

durch elektrische Telegraphen verbunden sind, der betreffende Courier nach Norwegen aber erst gestern abgefertigt wurde, werden wir wahrscheinlich noch eine Woche oder mehr in einer Art Regierungslosigkeit stehen bleiben, bis die erforderliche Zahl von Regierungsmitgliedern versammelt ist. Wenn der König indessen genesen, könnte der Fall leicht eintreten, daß die mit so großen Schwierigkeiten von weithin zusammengebrachte Regierung am Ende nur zusammenkommt, um sogleich wieder abzudanken. Die Hoffnung, daß der König sobald genesen könnte, ist indessen leider nur allzu schwach, und die nach einer solchen Krankheit in der Regel langsame Reconvalescenz wird ihn wahrscheinlich noch eine geraume Zeit von einer thätigen Theilnahme an den Regierungsgeschäften fern halten. Die gedrückte Stimmung, welche der plötzliche Tod des Prinzen Gustav nicht nur in der königlichen Familie und in deren nächsten Umgebung, sondern in sehr weiten Kreisen im ganzen Lande, und zwar besonders in der Hauptstadt, wo der Prinz allgemein geliebt war, veranlaßt hatte, ist durch diese traurigen Aussichten noch außerordentlich vermehrt worden. Gerüchte und Wahrsagungen finsterer Art gehen unter dem Volke von Mund zu Mund. Man fühlt den Werth des Herzens und der sonstigen persönlichen Eigenschaften tiefer in dem Augenblick, wo man sie zu verlieren fürchtet, und ist dann auch geneigter, alle bisherigen Wünsche und Klagen zu vergessen. So viel man auch an der Regierung des Königs Oscar auszustellen hatte, so ist doch gewiß, daß im jetzigen Augenblick in ganz Schweden und Norwegen kein Wunsch sehnlicher und allgemeiner gehegt wird, als daß die Vorsehung noch lange das Leben des Königs erhalten möge. (A. Z.)

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
XXV.

Köln, 5. Nov. (Verhandlung am 4. November.) Der Advocatanwalt Schneider II. fährt in der Vertheidigung seines Clienten Röser fort. Er erwägt den Punkt, ob ein Unternehmen berathen und beschlossen worden sei, welches den Zweck hatte, die gewaltsame Aenderung der Staatsverfassung unmittelbar herbeizuführen, und bestreitet denselben mit schlagenden Gründen. Als Ueberführungsmittel solle das Manifest dienen; nirgend sei aber von einem festen Entschluß die Rede. Die Ansprachen, die auch Belege sein sollten, brächten nur Berichte über die Lage des Bundes, aber keine Beschlüsse, und könnten diese nicht bringen. Der Kriegsplan Willichs wird belacht und zur Belustigung den Freunden gezeigt. Wie man aus der Correspondenz mit London ersieht, wird er von dort aus verlangt, um Willich damit ganz aus dem Felde zu schlagen; wohl der beste Beweis, daß man kein bestimmtes Attentat, keinen gewaltsamen Angriff wollte. Schimmelpfennings Vorschläge bleiben gleichfalls unbeachtet. Die Briefe von Ebaurde-Fonds beweisen nichts gegen die Kölner, da sie von Anhängern Willichs ausgehen, welche die Kölner grade als friedliche Leute schildern. Der Toast Blanqui's enthielte auch kein Attentat; daß Becker das Vorwort geschrieben h. be, sei nur die Ansicht des Zusina gewesen. Der „Katechismus des Proletariats“ (nicht zu verwechseln mit dem „rothen Katechismus“) sei eben nur mit den gleichen Typen wie die „Arbeiterzeitung“ gedruckt und wolle kein Attentat. Die Versendung des „rothen Katechismus“ von hier aus habe ein Brief Stechans allerdings bekundet; aber ob damit auch dargethan sei, daß dies vom Bunde und von den Marxianern geschehen sei? Wie Zeuge Junkermann aussagt, ist in Krefeld bei Gianella ein Packet rother Katechismen angekommen, mit einem Zettel scheinbar von der Handschrift des Marx, diese sei aber gefälscht.

Der Präsident bemerkt, wenn der Vertheidiger eine Fälschung behaupten wolle, so müsse er den Fälscher nennen und die Fälschung beweisen. Schneider II. kann sich diesen Einwurf nicht anders erklären, als durch die falsche Ansicht, er wolle eine der anwesenden Personen beschuldigen. Dies sei aber nicht der Fall. Er wünsche den Fälscher zu kennen, kenne ihn aber nicht; für die Fälschung aber habe er im Interesse der Vertheidigung das Recht, seine Gründe vorzubeingen.

Der Präsident ruft den Vertheidiger in die Grenzen des Anstandes zurück. Dieser will den Vorwurf nicht hinnehmen, besteht auf seinem Recht, und provocirt wiederholt auf den Gerichtshof. Letzterer berathet heimlich und stimmt dem Vertheidiger bei.

Für die Unächtheit des Zettels führt Schneider II. an, derselbe spreche von einer nahe bevorstehenden Revolution, während Marx diese Ansicht in einer seiner Schriften eine Lächerlichkeit nennt. Der rothe Katechismus sei längst vorher in Deutschland, laut dem Briefe Stechans, verbreitet gewesen, und wahrscheinlich in Elberfeld gedruckt worden; es sei nicht denkbar, daß derselbe von London aus nach Krefeld geschickt worden sei. Als Marx den Wisch in der „Kölnischen Zeitung“ las, schrieb er die Worte nach, ließ die Handschrift legalisiren und sandte sie dem Vertheidiger zu. Dieser will beide vorlegen — Das öffentliche Ministerium erhebt sich dagegen, daß Aussagen oder Vergleichungsstücke von Seite eines Mannes, der als Hochverräther steckbrieflich verfolgt sei, als Vertheidigungsmittel gebraucht werden. Der Gerichtshof erklärt sich für diese Ansicht. — Der Vertheidiger bemüht sich, in gleicher Weise die übrigen Anklagepunkte zu entkräften, und geht sodann zu den Mittheilungen der Polizeiagenten über, deren Wahrhaftigkeit er mit Nachdruck bestreitet.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 5. Nov. 4 1/2 pCt. Rente 107, 80. — 3pCt. do. 84, 65. — Piemont 98, 80. — 3pCt. Span. 46 1/2. — 1pCt. do. 25. (Synd.)

London, 5. Nov. 3pCt. Stocks 100 5/8. — 3pCt. Span. 51 7/8. — 1pCt. neue do. 25 1/4. (Synd.)

Madrid, 31. Oct. Sonntag, keine Börse.

Amsterdam, 5. Nov. 2 1/2 pCt. Integr. 63 3/16. — 4pCt. Certific. 95. — 3 1/2 pCt. Synd. 94 1/2. — 4pCt. Russ. bei Hope 91 7/8. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 90 1/2. — 3pCt. Spanische inl. 45 3/4. — 1pCt. do. Neue 24 7/8. — 5pCt. Silb.-Metall. 90. — 5pCt. Met. 77 7/8. — 2 1/2 pCt. do. 40 1/16. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Cours der Staats-Papiere. 6. November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.i.S.b.Roths)	93 P.	Nassau.	fl. 25 Loose . . .	28 3/8 P. 1/4 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	93 3/4 G.	Württemb.	4 1/2 % Oblig. b. Roths.	101 5/8 P. 3/8 G.
»	5% L. V. (C. b. Roths)	88 1/2 P. 1/4 G.	»	3 1/2 % ditto	90 3/8 P. 1/8 G.
»	5% do. Monte C.iS.i.M	84 1/4 P. 84 G.	Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34 1/4 P. 1/2 G.
»	Bank-Action . . .	1383 P. 77 G.	»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	44 P.
»	5% Metalliq. Oblig.	80 3/4 G.	Gr. Hessen	4 1/2 % Obligationen	101 3/4 P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	81 7/8 G.	»	4% ditto b. Rothsch.	97 3/4 G.
»	5% ditto 1852	81 G.	»	3 1/2 % ditto b. Rothsch.	92 P. 91 3/4 G.
»	4 1/2 % ditto	72 1/4 bez. 1/8 G.	»	fl. 50 Loose . . .	50 3/4 P. 3/8 G.
»	4% ditto	64 1/4 P.	»	fl. 25 Loose . . .	31 1/2 P.
»	3% ditto	48 1/4 P. 47 7/8 G.	Frankfurt	3 1/2 % Oblig. v. 1839	94 1/4 P.
»	2 1/2 % ditto	40 1/2 G.	»	3 1/2 % » v. 1846	94 1/4 P. 93 3/4 G.
»	1% ditto	16 1/8 P.	»	3% » . . .	86 1/4 P. 85 3/4 G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	116 3/4 G.	»	Taunusbahnact. .	303 P.
»	fl. 500 » ditto	192 G.	Russland	4 1/2 % Obl. b. Baring	102 P.
»	4 1/2 % Oblig. b. Bethm.	80 3/4 P.	»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	90 3/4 G.
Preussen	3 1/2 % Staatsschulds.	93 3/4 G.	»	4% » b. Stieglitz »	90 1/4 G.
»	4 1/2 % Oblig. b. Roths	—	Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91 1/4 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112 P.	Spanien	3% Inl. Sch. P fl. 2.30	46 P. 45 15/16 bez. 7/8 G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 5/8 P. 3/8 G.	»	1% Neue » »	25 bez. 24 15/16 G.
»	4 1/2 % ditto	100 3/4 P. 1/2 G.	Holland .	4% Certificate . .	95 G.
»	4% ditto	96 3/4 P.	»	3 1/2 % Syndicats .	94 1/2 G.
»	4% Ablös.-Rente .	96 7/8 P. 3/4 G.	»	2 1/2 % Integrale .	63 1/8 G.
»	3 1/2 % Oblig. b. Roths.	93 P.	Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 12 b. R.	100 P. 99 3/4 G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95 3/8 P. 1/8 G.	»	4 1/2 % Obl. in F. à 28 kr.	98 P. 97 3/4 G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102 1/4 G.	»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	91 1/8 G.
Baden . .	5% Obligationen . .	102 P. 101 3/4 G.	»	2 1/2 % Obl. b. Rothsch.	55 5/8 G.
»	4 1/2 % Obligationen	102 3/4 G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97 3/4 G.
»	3 1/2 % v. 1842 . . .	90 3/4 P. 3/8 G.	»	5% Obl. b. Hambro	95 P. 94 3/4 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/2 P.	»	Sardinische Loose .	40 7/8 G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 1/4 P. 38 G.	Toscana	5% Obl. 1850 (C. b. Golds.)	101 1/2 P. 1/8 G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch	103 1/2 P.	»	5% » 1851. b. Bastogi (do.)	99 G.
»	4% ditto	99 3/4 P.	N. Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	116 3/4 P. 1/4 G.
»	3 1/2 % ditto	91 1/2 P.	Vereins fl. 10 Loose . .		9 1/4 P. 1/8 G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 6. November		Per comptant
Amsterdam . .	k.S.	100 3/4 B. 100 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg . .	k.S.	119 7/8 B. 3/8 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin	k.S.	105 B. 104 3/4 G.
(60 Thlr.) .	3M.	— —
Bremen (50	k.S.	97 3/4 B. 1/2 G.
Rthlr. L/Ldor.	3M.	— —
Hamburg . .	k.S.	89 B. 88 3/4 G.
(100 Mk. Bc.)	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104 3/4 G.
London . . .	k.S.	119 1/2 B. 119 G.
(10 Livr. St.)	3M.	— —
Lyon	k.S.	94 1/2 B. 1/4 G.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Mailand (250	k.S.	100 3/4 B. 1/2 G.
Lir. Austr.)	3M.	— —
Paris	k.S.	94 5/8 B. 3/8 G.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Wien (100 fl.)	k.S.	103 1/4 B. 102 3/4 G.
im fl. 20 F.)	3M.	102 1/4 B. 4%
Disconto		3 1/4 B. 3 1/4 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 44-45
Fr. Friedrichsd'or	»	9 54-55
Holl. 10 fl. Stücke	»	9 53 1/2-54 1/2
Rand-Ducaten .	»	5 37 1/2-38 1/2
20 Francsstücke	»	9 27 1/2-28 1/2
Engl. Sovereigns	»	11 53
Gold al Marco	»	382-83
5 Frankenthaler	»	2 21-1/2
Preuss. Thaler	»	1 45-1/4
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 44 3/4-45

Aufruf und Bitte an alle Menschenfreunde!

Wer seine Ohren verstopft vor dem Schreien der Armen, der wird auch rufen, und nicht erhört werden. Sprüche Salomo 19, 13.

Ein ganz armer, aber sehr gut beleumundeter Familienvater, in einer ganz armen Gegend, wo in diesem Jahr besonders eine sehr große Hungersnoth herrscht, der täglich zehn Personen zu unterhalten, worunter sieben erwerbsunfähige Kinder, wovon drei mit unheilbaren chronischen Kopf- und Augenleiden behaftet und zwei ganz kurzsichtig sind, dem ferner die Verpflegung der auf seinem ärmlichen Anwesen befindenen Schulden mit all seinem Fleiß und seiner Sparsamkeit kaum möglich ist, und bei welchem nach vorliegendem gerichtlich legalisirten Zeugniß das größte Elend und Bedrängniß herrscht, glaubt seinem Elende und der Noth nur dadurch entgehen zu können, daß er wagt, edle und barmherzige Mitmenschen um eine kleine Gabe anzusprechen, durch deren Mildthätigkeit er und die Seinigen von dem Elende und der drückendsten Noth befreit werden können.

Der Allerhöchste und allgütige Gott, der Vergelter alles Guten, welcher selbst spricht, „Alles, was ihr den Armen thun werdet, das habt ihr mir selbst gethan," und welcher „Gott barmherzig, wie euer Vater im Himmel," wolle alle barmherzigen Geber segnen und vor solchem Elend behüten und bewahren, in welchem sich erwähnte Familie befindet. Ein legalisirtes Zeugniß, diese Familie betreffend, ist bei der Redaction dieses Blattes zu Jedermanns Einsicht deponirt. — Die Redaction dieses Blattes erklärt sich recht gerne bereit, milde Gaben zu übermitteln, und wird seiner Zeit die Verwendung durch Quittung nachweisen. [2513]

Obligationen, Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons werden ge- und verkauft bei

Moritz Budge,

[1670] Schäfergasse Nr. 1, neben dem Römischen Kaiser.

[2362] Zu allen Buchhandlungen ist zu haben, *in Frankfurt a. M.* in der *Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkarten-Handlung:*

Charakteristik

der homöopathischen Arzneien.

Ein Handbuch der Hauptanzeigen für die richtige Wahl der homöopathischen Heilmittel in ihren Erst- und Heilwirkungen, nach den bisherigen Erfahrungen am Krankenbette,

und einem

alphabetischen Repertorium.

Ein Handbuch zum schnellen und sichern Auffinden der für jeden einzelnen Fall passenden Arzneimittel.

Von Dr. A. Poffart.

2 Bde. gr. 8. geh. 1851. Preis eines Bandes fl. 2. 42 kr.

Dritter Band:

Alphabetisches Repertorium

zur

Charakteristik

der homöopathischen Arzneien.

Ein Handbuch zum schnellen und sichern Auffinden der für jeden einzelnen Fall passenden Arzneimittel, nach Prüfungen an Gesunden und nach den bisherigen Erfahrungen am Krankenbette.

Von Dr. A. Poffart.

gr. 8. geh. 1852. Preis 3 fl. 36 kr.

Verlag von **F. A. Eupel** in Sondershausen.

Königl. Bayer. Donau-Dampfschiffahrt

[2522] zwischen

Donauwörth und Linz

im Anschlusse an die Eisenbahn in Donauwörth und an die österreichischen Dampfboote nach Wien.

Fahrordnung im Monat November 1852.

Von Donauwörth nach Regensburg jeden Tag ungeraden Datums Abfahrt Vormittags 10 Uhr.

„ Regensburg	„ Passau	„ „	geraden	„ „	früh 8 Uhr.
„ Passau	„ Linz	„ „	ungeraden	„ „	7 Uhr.

[2494] Edictalladung.

In Sachen

der Anna Catharina, Heinrich Fröhlichs Ehefrau, geborne Ploch von Heidelbach, Klägerin

gegen

ihren genannten Ehemann, den Heinrich Fröhlich von Heidelbach, Beklagten,

Schedungen wegen böslicher Verlassung betr.

Anna Catharina, geborne Ploch, Ehefrau des Heinrich Fröhlich aus Heidelbach, hat gegen ihren Ehemann wegen böswilliger Verlassung Klage erhoben und um Auflösung des ehelichen Bandes gebeten.

Da der Aufenthaltsort des Beklagten unbekannt ist, so wird derselbe hiermit öffentlich aufgefordert, sich auf die gegen ihn erhobene Klage, deren Ausfertigung auf Anmelden ihm behändigt werden soll, so gewiß innerhalb

3 Monaten

bei unterzeichnetem Gericht zu erklären, als sonst angenommen werde, er habe den Klagegrund zugestanden und auf Vorbringen von Einreden verzichtet. Zugleich wird bemerkt, daß künftige Verfügungen in dieser Sache nur durch Anschlag an die Gerichtstafel würden bekannt gemacht werden.

Rüsfeld, den 23. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

J. B. Gt. Landrichters

Bornemann.

[1674] Staats- und Standesherrliche Obligationen, Staats-Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons, werden ge- und verkauft bei

J. M. Trier & Cie. Zeil, im Türkenschuß.

[1631] Von hohem Senate concessionirte

Privat-Entbindungs-Anstalt

zu Frankfurt a. M.

Nähere Auskunft ertheilt gegen portofreie Einsendungen

Dr. Roberth daselbst, Zeil 19.

[2282] **An- und Verkauf**

von Obligationen, Loosen rc. bei

Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2463] Oeffentliche Ladung.

Alle, welche Erb- und sonstige Ansprüche an den Nachlaß der am 4. October 1852 verstorbenen ledigen Bürgers- und Handelsmannswittwe Katharina Louise Budenus, geborenen Crespel, zußetzen, haben solche

binnen zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte ordnungsmäßig anzumelden oder gewärtig zu sein, daß dieser Nachlaß an die ausgetretenen ausmärtis wohnenden Testamentserben ohne Sicherstellleistung verabfolgt werde.

Frankfurt a. M., den 27. October 1852.

Stadtgericht II.

Schöff Dr. Diehl.

Dr. Esper, Ir. Secr.

[2496] Bekanntmachung.

Der am 25. Mai 1782 geborene Adam Sant von Gritte, dessen Aufenthaltsort seit langer Zeit unbekannt ist, wird öffentlich aufgefordert, sich

binnen drei Monaten

vom Tage der ersten Einrückung dieser Verfügung in die öffentlichen Blätter an gerechnet, dahier zu melden, widrigenfalls er für todt erklärt werden wird; eben so werden dessen etwaigen dahier noch nicht aufgetretenen Erben aufgefordert, ihre Ansprüche an dem Vermögen des Abwesenden in gleicher Frist bei Meidung der Nichtberücksichtigung dahier vorzubringen.

Gudensberg, den 20. October 1852.

Kurfürstliches Justizamt.

Boedicker.

vdr. Scheffer

[2357] Edictalladung.

Nachdem Gr. Hofgericht über das Vermögen des Johannes Koch von Endheim den formellen Concurs erkannt hat, sind Forderungen an denselben

Freitag den 3. December l. J.,

Vormittags 9 Uhr,

bei Vermeidung des stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse dahier geltend zu machen und zu begründen. Ortenberg, am 13 October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Thaler. Schaefer.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

October.	Barometer bei 0°R.			Thermometer R.			Thermograph.		Wasserstand des Mains.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	Rh. F.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
17	336"9	336"6	335"7	+ 3·2	+ 8·9	+ 2·3	+ 1·0	+ 9·0	1' 3"	O.	O.	O.	ht. ht.	ht. ht.	ht. ht.
18	335"2	334"4	336"2	1·6	5·0	4·0	0·4	5·0	1' 3"	SO.	SSO.	—	N.	t.	ht.
19	338"5	339"0	339"4	5·8	9·0	3·8	2·2	9·2	1' 2"	NW.	NW.	NW.	t.	w.	ht. ht.
20	339"3	338"1	337"1	2·0	9·5	2·6	1·0	9·0	1' 1"	NW.	NW.	—	N.	ht.	ht. ht.
21	336"2	335"1	334"4	2·0	8·6	4·8	0·1	9·0	1' 1"	O.	S.	ht.	w.	t.	t.
22	334"4	333"5	333"5	5·7	9·2	6·4	3·6	9·2	1' 0"	S.	S.	ht.	t.	t.	N.
23	334"0	333"0	332"2	7·1	13·0	8·0	5·5	13·5	1' 0"	S.	S.	S.	w.	lt.	t.
M.	336"4	335"7	335"5	+ 3·9	+ 8,9	+ 4·6	+ 1·9	+ 9·1	1' 1"						

Am 17., 18 und 21. Reif; am 22 Nebel und Regen.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nr. 266.) 7. November 1852.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 6. Nov. Im heutige Amtsblatt wird vom Senat das Gesetz vom 26. October d. J. über den Bedürfnißstand des Jahres 1852 publicirt. Derselbe beläuft sich auf 1,643,959 fl. 45 kr., wovon 532,092 fl. 30 kr. in die Schuldentilgungskasse fließen. Die einzelnen Posten sind: obere Staatsbehörden und Kanzleien 121,079 fl. 39 kr., Justizbehörden 50,865 fl., Verwaltungsämter 337,076 fl. 4 kr., Militär und Polizei 343,687 fl. 32 kr., Kirchen-, Schul- und Studienwesen 66,033 fl. 16 kr., Armenwesen und Unterstützungen 52,555 fl., verschiedene unvorhergesehene Ausgaben 43,196 fl. 45 kr., Pensionen, Substentationen und ewige Renten 90,024 fl. 5 kr.

Wie man vernimmt, hatten mehrere der Wahlmänner dritter Abtheilung erklärt, daß sie an der Wahlversammlung deßhalb keinen Theil nehmen würden, weil ihr gegen die Urwahlen erster Abtheilung eingelegter Protest bis jetzt noch nicht erledigt sei. Die für die abwesenden Wahlmänner einberufenen 19 Suppleanten gehörten fast sämmtlich der Gothaer Partei an. Unter den Mitgliedern der diesjährigen gesetzgebenden Versammlung befindet sich kein Metzger, ein Umstand, der noch niemals seit Publication der Constitutionsergänzungsacte vorgekommen war. Am 7. Nov. wird sich die Versammlung constituiren.

Unter den hiesigen Gewerben ist das Schneiderhandwerk das zahlreichste: 240 Meister; das Schuhmacherhandwerk hat 231, das Schreinerhandwerk 157, das Metzgerhandwerk 154, das Bendenhandwerk 107, das Bäckerhandwerk 55 und das Fischerhandwerk 30 Meister. Die Zahl der Handwerksgesellen beläuft sich im Durchschnitt auf 4200.

Im Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts war hier das Verhältniß der Ehen zwischen Katholiken, und zwischen solchen und Fremden wie 3 zu 1, nämlich auf 100 Bürgerliche kamen höchstens 30 Fremde. Jetzt ist das Verhältniß wie 2 zu 3, indem Zweidrittel aller Getrauten Fremde sind.

Berlin, 3. Nov. Im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten sind Depeschen aus Kopenhagen eingegangen, aus denen ersichtlich ist, daß eine Schrift des Conferenzrathes und gehemen Archivars Wegener daselbst gewaltiges Aufsehen macht und für die Debatten der Tyings über die Erbfolgeangelegenheiten belangreich werden dürfte. Es wird in der genannten Schrift zu zeigen versucht, daß die königliche Botschaft vom 4. October d. J., indem sie das wichtige Band zwischen Dänemark und Schleswig aufgebe, und für den Fall, daß der Mannsstamm ausstürbe, das russische Haus als einzigen Prätendenten für Holstein hinstelle, für die Integrität des Reiches nicht bürge. Denn was habe die Prärogative der Krone zu bedeuten, wenn russisch-gottorp'sche Erben zu Holstein aufträten, während das Recht Dänemark erblos sei? Deßhalb die Erbfolge des Königsgesetzes aufzuheben, hatte nicht bloß keinen vernünftigen Zweck, sondern Bände auch in Widerspruch mit dem mit den fremden Mächten abgeschlossenen Verträge. Der hochherzige Kaiser von Rußland selbst werde wohl keine Ahnung davon gehabt haben, daß die Erbfolgeordnung so geregelt würde, daß das russisch-gottorp'sche Haus der einzige legitime Prätendent zu der dänischen Monarchie sollte werden können. (Lpz. Z.)

* **Berlin**, 4. Nov. Die vom „Dresdener Journal" veröffentlichte Depesche an die hiesige königl. sächsische Gesandtschaft, deren Inhalt sich Bayern, die beiden Hessen und Nassau angeschlossen haben, ist zwar zur Kenntniß der hiesigen Regierung gebracht, aber die Empfangnahme einer Abschrift davon hat nicht stattgefunden.

Sicherm Vernehmen nach war, wie man der „Voss. Ztg." schreibt, die Eröffnung des Zollcongresses, wie früher schon angedeutet, von einer Circulardepesche an die österreichischen Gesandten und von einem an den auswärtigen Höfen zu übergebenden Memoire, wahrscheinlich einer das Hervortreten Oesterreichs aus seiner bisherigen Passivität rechtfertigenden Staatsschrift begleitet.

‡ Aus Posen, 3. Nov., wird uns mitgetheilt: Von der polnischen Grenze geht uns heute die unerfreuliche Nachricht zu, daß die Erleichterung im Grenzverkehr, namentlich der Personen, die seit einiger Zeit russischerseits eingetreten war, nunmehr mit dem 1. Januar 1853 wiederum ihr Ende erreichen soll. Diese Erleichterung bestand nämlich in den Paßkarten, die den jenseitigen Einwohnern — mit alleinigem Ausschluß der sogenannten Lapowe — unentgeltlich ertheilt wurden und mit denen sie bis auf drei Meilen diesseits der Grenze einige Tage unbeanstandet durften. Mit dem neuen Jahr soll nun das Reisen ins Ausland nur gegen Lösung eines vollständigen Passes gestattet werden. Diese Pässe sind in Rußland und Polen aber enorm theuer, und es erfordert außerdem in der Regel eine Zeit von mehreren Monaten, bevor man in den Besitz desselben gelangt, weil die Regierung nun einmal das Reisen ins Ausland nicht liebt und daher möglichst zu verhindern sucht. Die eigentlichen Paßgebühren sind zwar so außerordentlich hoch nicht, werden aber durch die nicht zu umgehenden Nebenkosten nicht selten um das Doppelte überstiegen, so daß nur vermögende Personen sie bezahlen können und jeder andere das Reisen ins Ausland unterläßt, so lange die Nothwendigkeit ihn nicht dazu zwingt. Die Veranlassung dieser neuen Restriction mag allerdings darin liegen, daß die jenseitigen Residenten ihre Berechtigung häufig überschritten und statt drei Meilen diesseits der polnischen Grenze zu verbleiben, oft Abstecher in Geschäften nach Posen und Breslau, ja nach Stettin und Berlin machten, indem es ihnen diesseits leicht wurde, sich durch Bekannte recognosciren zu lassen, so daß ihren Reisen kein Hinderniß in den Weg gelegt werden konnte. Freilich wuchs der Verkehr in den polnischen Grenzstädten, namentlich in Kalisch, außerordentlich, aber auch diesseits zog man so großen Vortheil davon, daß man jetzt mit Schrecken an die Aufhebung dieser gewinnbringenden Einrichtung denkt. Ein Beispiel mag zeigen, wie schwierig es ist, in Polen einen ordentlichen Paß zu erhalten, und wie viel Zeit darüber hingeht. Jemand, der eine Badereise nach Karlsbad in Böhmen machen wollte, kam im Mai um einen Paß ein, aber erst im Juli gelangte er, gegen 120 Rubel Kosten, in den Besitz desselben, und es ist dann mußte er noch wochenlang auf der Grenze liegen bleiben, weil er nicht daran gedacht hatte, den Paß von dem preußischen General-consul in Warschau visiren zu lassen. So kam er, der seine Badecur in Karlsbad um die Mitte Juni hatte beginnen wollen, erst am 21. August daselbst an! Daß, wie der offenbare Ernst lautet, die Einrichtung mit den Paßkarten aufgehoben werden solle, weil der Paßfiscus einen zu großen Ausfall dadurch erleide, ist kaum anzunehmen. — Aus Kalisch geht uns die Nachricht zu, daß nicht nur diese Stadt, sondern die ganze Gegend dermaßen von russischem Militär, das sämmtlich nach dem Süden und Osten des Königreichs dirigirt worden, fast ganz entblößt sei. Sollte dies nicht mit der sich augenfällig vorbereitenden Krisis in der Türkei in Verbindung stehen? — Die heute abgehaltenen Kammerdeputirtenwahlen sind trotz der Anstrengungen der Polen und Juden ganz regierungsfreundlich ausgefallen, indem drei conservativ gesinnte Deutsche — Oberpräsident v. Puttkammer, Landrath v. Reichmeister und Bürgermeister v. Guderian — gewählt worden sind.

* **München**, 4. Nov. Der König wird von den Jagden im Gebirg erst am nächsten Dienstag wieder hier eintreffen, dann aber den Winter über hier verbleiben, denn die beabsichtigte Reise nach Spanien, deren ich früher erwähnte, ist nun definitiv aufgegeben, oder vielmehr auf eine spätere Zeit verschoben. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß die dermaligen politischen Verhältnisse und insbesondere auch jene des Zollvereins, die eine Anwesenheit des Monarchen an Sitze der Regierung nothwendig machen, den Aufschub der Reise veranlaßt haben. Das Handelsministerium, welches mit jenem des königlichen Hauses und des Aeußern einen Chef hat, soll, was schon längere Zeit beabsichtigt ist, nun einen eigenen Chef erhalten. Es erscheint dies um so wahrscheinlicher, als jenes Ministerium fortwährend an Wichtigkeit gewinnt und eine vermehrte Thätigkeit fortwährend Platz greift, andererseits der Hr. Ministerpräsident, der bisher den beiden genannten Ministerien vorstand, nach der Wiederherstellung von seiner schweren Krankheit sich der vielen Arbeiten längere Zeit wird enthalten müssen, und daher kaum die beiden Ministerien wieder übernehmen dürfte. Die Besserung im Befinden des Herrn Ministerpräsidenten schreitet

indessen nur langsam voran, und es möchte demselben wohl kaum möglich sein, vor Weihnachten wieder in Amtsthätigkeit treten zu können. Ein, indessen nicht zu verbürgendes, Gerücht bezeichnet den Chef der Generaldirection der königlichen Verkehrsanstalten Baron Brück als künftigen Handelsminister. — Wegen Ablebens des Prinz Gustav von Sachsen-Weimar hat unser Hof eine Hiesige Hofrauer angelegt. — Hofrath v. Thiersch ist von der Reise nach Griechenland im besten Wohlbefinden wieder hier eingetroffen. — Wir haben abermals ein Opfer des Duells zu beklagen; ein junger Mann, Baron Kesler, starb heute in Folge der Wunden, die er vor mehreren Tagen in einem Duell mit einem Gutsbesitzer aus der Umgebung Münchens erhalten hatte.

Hannover, 4. Nov. Gestern ist endlich der Vertrag zwischen Hannover und Braunschweig wegen der Südbahnen (d. h. wegen der Südbahn auf braunschweigischem Gebiete und wegen des Anschlusses der Harzburger Bahn an die Südbahn) geschlossen worden. (H. C.)

Aus Baden, 3. Nov. Die neu erschienenen Tabellen, zur Formation der badischen Infanterie gehörig, weisen einen durchschnittlichen Friedenspräsenzdienststand von etwas über 5000 Mann bei dieser Waffe nach. Rechnet man hierzu circa 1300 Mann Cavallerie, gegen 600 Mann Artillerie und 100 Pioniere, so besteht beim badischen Armeecorps der nunmehrige Friedensdienststand aus circa 7000 Streitbaren. Wenn gleich dies der Durchschnittsdienststand ist, so ist zu bemerken, daß derselbe auch im Winter nicht weniger als 6000 Mann unter Waffen stehen. Dabei zählt eine Infanteriecompagnie 4 Offiziere, und mit den Chargen durchschnittlich 112, im Winter nämlich 101, im Frühjahr 151, im Sommer 112 Mann. Die Jäger sind etwas weniges schwächer. Es sind jedoch in der Gesammtstärke der Infanterie, wenn gleich nicht zur Prüfung gehörig, die Cadres der Depotbataillone für den Kriegsstand enthalten, welche die Kriegsstärke der ganzen Infanterie auf 11,600 Mann Streitbare bringen. Jene in Summa 12 Depotcompagnien rekrutiren sich in der Weise aus der Linie, daß die Linienompagnie 30 Mann an inaktive Unteroffiziere an die Depots abgibt, und zudem jedes Bataillon 3 Offiziere. Nicht nur ist diese Stärke bedeutend vermehrt gegen den frühern Dienststand der badischen Infanterie, sondern die Formation ist der Art, daß das ganze Contingent, sowie die Reserve und die Depots, augenblicklich gebildet und verwendbar sind, das Heer also einen erhöhten Grad von Schlagfertigkeit besitzt.

± **Darmstadt**, 6. Nov. In Bezug auf die gestrige Sitzung der ersten Kammer habe ich noch hervorzuheben, daß der Kanzler der Landesuniversität, Dr. Birnbaum, um Urlaub für den Rest des Landtags bat, der ihm auch bewilligt wurde. Kränkler und Lehr fehlten. Die Kammer willigte ein. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der zweiten Kammer, am 9. d. M., steht noch nicht der Gesetzentwurf wegen der Presse. — In diesem Winter soll auf Kosten des landwirthschaftlichen Vereins der Proving Starkenburg den Söhnen der Landwirthe dieses Landestheils hier Unterricht in der Landwirthschaft ertheilt werden. Ein Statut bestimmt das Nähere. Für den Schüler wird ein Alter von wenigstens 18 Jahren erfordert. — Man spreche von vielfachen Veränderungen im Kreise der hiesigen höheren Staatsbeamtenschaft, welche nach dem Schlusse des Landtags eintreten sollen.

Mainz, 6. Nov. Frau Gräfin Hahn, welche schon seit längerer Zeit in unserer Stadt verweilt, ist vorgestern von hier nach Angers in das Mutterhaus des Ordens vom guten Hirten abgereist; die Abwesenheit der Gräfin von hier wird indessen, so viel wir wissen, nicht sehr lange dauern. Ihre neueste Schrift: „Ein Büchlein vom guten Hirten, eine Weihnachtsgabe," wird nächster Tage erscheinen. (M. J.)

Bernburg, 1. Nov. Heute erfolgte hier die Eröffnung des Landtags für das diesseitige Herzogthum durch den Staatsminister Hempel. Aus der bei dieser Gelegenheit verlesenen Rede ist besonders hervorzuheben, daß die Revision des Landesverfassungsgesetzes auf Grund des Bundesbeschlusses vom 23. August 1851 noch nicht so weit gediehen sei, daß eine darauf bezügliche Vorlage schon dem gegenwärtigen Landtage gemacht werden könne, und daß diesem außer einigen Gesetzentwürfen noch bis zum 15. d. M. die Rechnungsablage pro 1851 und der Staatshaushaltsetat pro 1853 zugefertigt werden solle, worauf die Versammlung selbst den Stand der Finanzen zu beurtheilen im Stande sein würde. Unter den Eingängen befindet sich ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung mehrerer Bestimmungen der Militärstrafgesetzgebung, und ein Antrag des hohen Staatsministeriums auf Verarbeitung des früher eingebrachten Gesetzentwurfs, die Erbesfolge betreffend.

Dänemark.

N.C. **Kopenhagen**, 31. Oct. Eine Anzahl für die Verwaltung der Herzogthümer wichtiger Patente gelangt eben zur öffentlichen Kenntniß. Durch allerhöchste Resolution wird die Verwaltung des Loosseewesens im Herzogthum Schleswig — mit Ausnahme desjenigen für die Elder und den schleswig-holsteinischen Kanal — mit allem, was dazu gehört, dem (dänischen) Marineministerium übertragen. Ins tiefste eingreifend, in die Privatverhältnisse ist das Patent, wonach ein jeder — auch Kaufmann oder Fabrikant — welchem von den bochleligen König Christian VIII. oder in dessen Namen von der schleswig-holsteinischen Regierung, oder im vorigen Jahre von der Civilbehörde für das Herzogthum Holstein, ein Privilegium, eine Concession, eine Bestallung oder ein Lehen verliehen worden ist, angehalten wird, vor dem 1. Januar 1853 besagte Privilegiums, Concessions- oder Lehensurkunde zc. zur allerhöchsten Bestätigung zu reichen. Confirmation oder Verwerfung kann das brikommende Ministerium in Kopenhagen einzuholen. Laut beigefügter Erläuterung müssen behufs der Confirmation ad mandatum aus Holstein und Lauenburg eingesandt werden: alle Concessionen zur Betreibung von Notariatsgeschäften, alle Concessionen für mosaische Glaubensgenossen zur Niederlassung und zum Betriebe des Handels in den Städten und auf dem Lande, alle Privilegien und Concessionen zu Fabrikanlagen außerhalb der Städte und zunftberechtigten Flecken; die an solchen Orten ertheilten Privilegien und Concessionen zur Anlegung und Betreibung von Tabaksfabriken, Spielkarten- und Kaffeesurrogatfabriken; Schornsteinfegerconcessionen; Concessionen zu einem Mühlenbetriebe, zur Krämerei, zum Holzhandel, zur Scharfrichterei, Abdeckerei, Gastwirthschaft, Bierbrauerei, Kalk- und Ziegelbrennerei, Krügerei und Branntweinschank zc. zc. Nur Handwerker, gemeine Höker und wenige andere Industrielle sind demnach der Verpflichtung enthoben, die Confirmation der ihnen ertheilten Concessionen nachzusuchen.

Neueste Nachrichten.

Wien, 4. Nov. Der letzte Ausweis der privilegirten österreichischen Nationalbank vom 2. d. M. ist erschienen. Es betrug danach der Baarfond eine Summe von 43,523,097 fl. 52½ kr. C.M., der Banknotenumlauf 200,550,170 fl. C.M. Die Veränderungen im Vergleich mit dem vorletzten Monatsausweis sind der Art, daß der Antheilschein Bauerkenswerth ist, daß die Gesammtsumme des Effectenbestandes diesmal 35,592,465 fl. 42 kr., vordem aber nur 33,350,273 fl. 33 kr. C.M. betrug, wonach von einer Beschränkung des Bankcredits gegen früher füglich die Rede nicht sein kann.

Berlin, 5. Nov. Die „Neue Preußische Zeitung" hört, daß der Zollvertrag zwischen Preußen und Braunschweig abgeschlossen ist. Die Minister der thüringischen Staaten werden am 8. d. M. zu einer Berathung über den von der preußischen Regierung vorgelegten Zollvertragsentwurf in Weimar zusammentreten. — Die Berliner Kaufmannschaft hat eine Petition an das königliche Staatsministerium abgehen lassen, worin sie bittet: „Die königliche Regierung wolle ohne weiteren Verzug, entweder in Uebereinstimmung mit Hannover und dann auf den Separatartikel 14 des Septembervertrags fußend, oder selbstständig unter alleiniger Berücksichtigung der finanziellen Bedürfnisse des Staats ein liberales Zollsystem für die nächste Zollperiode feststellen und ohne alle weiteren Unterhandlungen es den übrigen deutschen Staaten anheimgeben, sich demselben anzuschließen oder nicht."

Die „Kölnische Zeitung" enthält aus hier unter vorhergehendem Datum Folgende telegraphische Depesche: Hr. v. Prokesch-Osten ist definitiv als österreichischer Gesandter von hier abberufen; sein Nachfolger, Graf Thun, begibt sich nach Wien, um die Accreditive in Empfang zu nehmen.

In Ostrowo ist der Erzbischof von Gnesen und Posen, Hr. v. Przyluski, zur zweiten Kammer gewählt worden.

Turin, 3. Nov. Graf Ponza di San Martino und General da Bormida werden, als künftige Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten genannt, während General la Marmora und Herr Paleocapa ihre bisherigen Ministerien des Kriegs und der öffentlichen Arbeiten beibehalten dürften.

Kopenhagen, 1. Nov. Der „Alt. Zeitung" zufolge hat das dänische Ministerium beschlossen, den Conferenzrath Wegener wegen seiner Schrift über die Erbfolge durch seine Vorgesetzten sogleich zur Verantwortung zu ziehen.

Kopenhagen, 3. Nov. In der gestrigen Sitzung des Volksthings wurde Madvig mit 53 Stimmen wieder zum Präsidenten für die nächsten vier Wochen gewählt. (Der Candidat der „Bauernfreunde", Justizrath Casse, erhielt nur 28 Stimmen.) Zu Vicepräsidenten wurden Clausen und Spandet wieder gewählt, Barfod, Wilkens Wad und Gram wurden zu Secretären gewählt.

Kopenhagener Blätter vom 3. November Vormittags berichten, daß aus den in schwedischen Blättern enthaltenen, vom 26., 27. und 28. October datirten Bülletins über die Krankheit des Königs von Schweden hervorzugehen scheine, daß die Krankheit einen ziemlich hartnäckigen Charakter hatte. Das Fieber hielt beständig an, doch war keine Verschlimmerung eingetreten und der

König hatte in den letzten Tagen eines guten Schlafs genossen. Das neueste Bülletin (vom 29.) lautet: Der König, der sich gestern ziemlich wohl befand, hat eine ruhige Nacht, doch mit zuweilen unterbrochenem Schlaf gehabt. Das Fieber ist heute früh gelinder und die Mattigkeit geringer.

Paris, 5. Nov. Alle Blätter theilen heute die (auf telegraphischem Weg der Post vorausgeeilte und den Lesern bereits bekannt gegebene) Botschaft Ludwig Napoleons an den Senat mit. Ueber den Verlauf der ersten Sitzung dieser Corporation ist Folgendes nachzutragen. Man begann mit der Verification der Vollmachten drei neuer Senatoren und beanstandete die Zulassung des einen derselben, des Grafen Turgot, weil der Senat sonst 81 Mitglieder gezählt haben würde, was gegen den Wortlaut der Verfassung ist. Prinz Marschall Hieronymus richtete sodann als Präsident eine Ansprache an den Senat: er wies darin auf das Stabilitätsbedürfniß des Landes hin; nur das kaiserliche Frankreich könne bestehen und sich consolidiren; der Prinz Ludwig Napoleon habe während seiner vierjährigen Regierung seine Macht mit einer Weisheit gehandhabt, welche verdiene, daß die souveräne Gewalt in seinen Händen bestätigt (consacrée) werde. Der Marschall sprach sodann von den vorhergegangenen Regierungen und der Vergleich fiel selbstverständlich zu Gunsten der gegenwärtigen aus: in demselben Sinn zog er eine Parallele zwischen 1815 und 1852. Hierauf verlieh Prinz Hieronymus den Präsidentensthl mit dem Bemerken, daß es ihm bei einer solchen Frage alle Convenienzen zur Pflicht machten, auf die Discussion nicht den geringsten Einfluß zu üben und deßhalb auch den Vorsitz nicht fortzuführen. — Zehn Mitglieder des Senats hatten (also nicht erst in der zweiten Sitzung) einen (auf telegraphischem Weg ebenfalls bereits bekannt gewordenen) Antrag niedergelegt. Man mußte die Regierung befragen, ob sie nichts dagegen einzuwenden habe, daß dieser Antrag in Erwägung genommen werde. Die durch den Staatsminister Fould verlesene Botschaft des Prinz-Präsidenten gab die Antwort auf diese Anfrage. Hierauf wurde zur Begutachtung jenes Antrags sowie zur Berichterstattung darüber ein aus zehn Mitgliedern bestehender Ausschuß ernannt; diese zehn Mitglieder sollen fein die Senatoren: Troplong, Leverrier, v. Mortemart, v. Harcourt, Cardinal Donnet, v. Hauvpal, Regnault v. Saint-Jean d'Angely, Cambacerès, Drouyn de Lhuys, Simon. Dem Wunsche wird sich nun wahrscheinlich noch das Bureau anschließen. Nur über den Punkt der Erblichkeit der Krone herrscht in der Commission sowohl wie im ganzen Senat Meinungsverschiedenheit; nicht alle nämlich wollen die Erbberechtigung und Thronfolge der Linie des Hieronymus. Wahrscheinlich nächsten Samstag oder spätestens am Montag wird das Senatusconsultum votirt werden.

Die Botschaft Ludwig Napoleons ist seit heute früh an allen Straßen und öffentlichen Plätzen von Paris angeschlagen und wird überall von besonderen Gruppen umstanden. Ueber die Uneinmüthigkeit, mit welcher der Prinz über aus der Wiederherstellung des Kaiserreichs entstehende Fragen spricht, die zu Gunsten der Errungenschaften von 1789 abgegebene Erklärung, um namentlich die Beibehaltung des Staatsgrundgesetzes und der Verfassung von 1852, an welcher nur die durchaus nothwendigen Modificationen vorgenommen werden sollen, haben bei allen Volksklassen, hoben wie niederen, die größte Befriedigung hervorgerufen. Die heutige Stimmung der Börse und der Stand der Werthpapiere sind hierfür der beste Gradmesser.

Ueber die heutige Sitzung des Senats hat bis jetzt noch nichts öffentlich verlautet. Uebrigens war heute wie gestern der Haupteingang des Palastes Luxembourg bis Abends 5 Uhr von einer Menge Neugierige belagert, welche die Senatoren kommen und gehen oder in, zuweilen prachtvollen, Equipagen und in ihrem Amtskostüm an- und abfahren sehen wollten.

Die Adressen- und Petitionenbewegung für das Kaiserreich dauert in den Departementen noch unablässig und ungeschwächt fort.

Der Marquis Pes de Villamarina hat dem Prinz-Präsidenten seine Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Sardiniens überreicht.

Nach Fontainebleau sind Weisungen ergangen, das Schloß für den Empfang des Prinzen in Bereitschaft zu setzen. Nächsten Sonntag ist Ludwig Napoleon in Compiegne erwartet, wo große Jagden stattfinden sollen.

Unter den Arbeitern hel den öffentlichen Bauten in der Rivoli-straße sind Verhaftungen vorgenommen worden, weil einzelne beyufs Erhöhung des Lohns für Einstellung der Arbeiten agitirten.

** **Madrid**, 31. Oct. Der Gouverneur von Sevilla hat dem Conseilspräsidenten eine von gestern früh halb 9 Uhr datirte telegraphische Depesche des Inhalts zugehen lassen: daß am Abend zuvor die Herzogin von Montyenfier von einer Infantin glücklich entbunden worden sei.

London, 4. Nov. Das neue Parlament ist heute im Oberhause von der Regierungscommission eröffnet worden. Nachdem der Lordkanzler die üblichen Formalitäten vollzogen hatte, verließen die Mitglieder des Hauses der Gemeinen das Oberhaus und schritten in ihrem Sitzungssaal sofort zur Ernennung ihres Sprechers. Der sehr ehrenwerthe C. Shaw-Lefevre wurde mit einstimmiger Acclamation gewählt. Das Haus vertagte sich sodann bis morgen. Die Thronrede wird das Parlament nicht vor dem nächsten Donnerstag vernehmen. — Die angeblich schon im vorigen Monat anberaumt gewesene Londoner Conferenz zur Prüfung der Neuenburger Frage, und besonders der zur Zurückführung des Kantons unter die Hoheit Preußens, soll auf unbestimmte Zeit vertagt sein, weil Frankreich und England unter den gegenwärtigen Umständen aus einer so feundbaren Frage keine, doch mögliche, Complicationen wollten entstehen lassen.

Handel und Industrie.

Mainz, 5. Nov. Im Getreidegroßhandel hatten wir eine stille Woche; einige Partieen Waizen wurden aus dem Main beigebracht, und ungefähr das gleiche Quantum nach dem Oberrhein verschifft. In Folge der jetzt, wie gewöhnlich zu dieser Jahrezeit, stärker beschrenen Märkte, und bei noch mangelndem regelmäßigem Abzuge für Waizen und Korn, war die Stimmung am heutigen Markte etwas matter; auch auf Lieferung der Frühjahr ichtini bietende nicht mehr so entschieden fest zu sein, da sich jetzt eher Verkäufer finden, als seither. Unsere heutigen Notirungen sind: Waizen effectiv 10½, à 11 fl. nach Qualität, gut lieferbarer per November 10½ fl., per März 10¾, à ¼ fl.; Roggen effectiv 9¼ fl., gut lieferbarer per März 9½, à ¾ fl.; Gerste effectiv pfälzische 7½, à 7¾ fl., fränkische 7¼ fl., alles per netto 100 Kilog.; Hafer 3¾, à 4 fl. per Malter; Bohnen 11½, à 12½ fl., Erbsen 9½, à 11 fl., Linsen 11 à 14 fl., breite 17 à 18 fl., Wohnsamen 15 fl., Kohlsamen 12½, à 13¼ fl. per Malter. Kleesamen war diese Woche weniger begehrt wie in der vorigen, und hat sogar im Werth etwas nachgegeben; ewiger 16 à 20 fl., deutscher (rother) 22 à 28 fl., weißer dsgleichen. Rüböl sah unverändert, bei fortwährend beschränktem Umsatz; effectives 32½, Ehr. per 280 Pfund L. G. mit Faß, per Mai 35 à 35½ Ehr.; Mohnöl effectiv 27 fl. per 50 Kilogr. ohne Faß, per Jahrgabe 27½ fl. Roher Talg 21½ à 22 fl. per 50 Kilogr. Hopfen Handlung. Im Monat November 50 pCt. Tratte 31½ à 32 kr. excl. Disconi; Spiritus unverändert. In der Feuchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 559 Säcke Waizen à 10 fl. 4 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 136 Säcke Korn à 8 fl. 23 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 78 Säcke Gerste à 5 fl. 31 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 221 Säcke Hafer à 3 fl. 30 kr. pr. Sack von netto 120 Pfund; von der außerhalb derselben: 174 Säcke Waizen à 10 fl. 4 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 16 Säcke Korn à 8 fl. 2 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 45 Säcke Gerste à 5 fl. 59 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 10 fl. 4 kr., Korn 8 fl. 11 kr., Gerste 5 fl. 41 kr. Die Mehlpreise waren Verändert blieben unverändert. Heute 11½, à 12 fl. per Malter (Rh. V. 3.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 6 Nov. Die Börse war heute geschäftslos; nur in österreichischen und spanischen Fonds fand zu der gestern notirten Coursen einiger Umsatz statt. 5pCt. Metall, waren 80¾ pCt, 4½pCt. Metall, 72½, ½ pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. 88½ pCt., Wiener Bankactien 1373 fl., 500 fl. Loose 192 pCt., 250 fl. Loose 116¾ pCt. Von spanischen Fonds wurden 1pCt. zu 25 pCt. verhandelt und schlossen 24¹¹/₁₆, à 25 pCt.; 3pCt. Inländische ohne Geschäft 45⅞ pCt. Im Eisenbahnactien sowie in den meisten übrigen Papieren war fast kein Geschäft.

Paris, 5. Nov. 4½pCt. Rente 107, 80. — 3pCt. 84, 65. — Recpot. —. — 5pCt. Neue Rente Oesterr. 94½. — Span. neue Diff. 24¼, ¼. — Neue 3pCt. 50¾. — Junrre Schuld 46⅞. — Passive —. — Bankactien 3030. — Piemont 5pCt. 99, 50. — Römische Anleihen Juni 1850 99, ⅛. — do. 1850 99¾. — St. Germain-Eisenbahn 1620. — Versailles, linkes Ufer 400. — Straßburg-Basel 400. — Nordbahn 930. — Paris-Straßburg 930.

Die Botschaft Ludwig Napoleons an den Senat hat an der Börse die beste Aufnahme gefunden; alle Werthpapiere besprechen große Festigkeit und schlossen merklich höher als gestern; die Debpreuzeitige war na ch der Börse sogar um 80 Ct. begehrt. Die 4½procentige war bis 108 gestiegen und ging dann wieder um 20 Cent. zurück.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 6. Nov. 5pCt. Met. 94¼. — 5pCt. do. A —. — B. 109¼. — 5pCt. Anlehn vom Jahr 1852 94¼. — 4½pCt. do. 84¼. — Bankactien 1333. — 250 fl. Loose 136½. — London 11 fl. 27 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102½. — K.-k. Nordb. 218½. — Livorno-Actien 102½. — Siena-Empoli 71. — Paris 136½. — London in Triest — fl. — Silber 15½. (Spd.)

Verantw. Redacteur: Dr. L. Mathy. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuttenkeit.

[3533]

Bekanntmachung.

In der veröffentlichten Uebersicht der bei dem Fürstlich Thurn und Taxis'schen Oberpostamte zu Frankfurt abgehenden und ankommenden Posten, November 1852 (Beilage zur Postzeitung vom 3. d. M. Nr. 263) ist die letzte tägliche Distribution in der näheren Umgebung der Stadt theilweise mit 6 Uhr Abends anstatt mit 5¼ Uhr Abends angegeben, was hierdurch berichtigt wird.

Frankfurt a. M., den 6. November 1852.

Ober-Post-Amt.

Prinz.

[2479]

Privat-Entbindungs-Anstalt.

Ueber diese bequem und billig eingerichtete Anstalt, die alle Garantie bietet, wird Auskunft ertheilt D. C. S., poste restante Wiesbaden franco

[2526]

Erste Ausstellung

von **G. L. Kohlbacher**, Kunsthändler.

Drei Gemälde von Courbet,

darunter „die Steinklopfer".

Das Ausstellungs-Local, **Casino** im 2ten Stock, ist geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags.

Eintrittspreis 12 kr.

Für die Dauer der Ausstellung fl. 1.

[2530]

FRANKFURTER STADT-LOTTERIE.

Hauptgewinne: fl. 200,000, 100,000, 40,000, 25,000 2c.

Ziehung erster Klasse am 1. und 2. Dezember.

Ganze Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1. 30 kr., ⅛ à 45 kr. empfehlen, unter Zusicherung prompter und verschwiegener Bedienung **Moritz Stiebel Söhne** in Frankfurt a. M.

[2520]

Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Nach den bis heute eingegangenen Agentur-Abrechnungen sind:

1) 3650 Einlagen zur Jahresgesellschaft pro 1852 mit einem Einlagekapital von . . . . . 66,008 Thlr.

und

2) an diesjährigen Nachtragszahlungen für alle Jahresgesellschaften. . . . . 100,836 Thlr. 25 sgr. 6 pf.

gemacht worden.

Im vorigen Jahre waren bis zum heutigen Tage:

3178 Einlagen mit . . . 51,691 Thlr.

und an Nachtragszahlungen . 93,928 Thlr. 23 sgr. 6 pf. erfolgt.

Vom 1. November c. an tritt bis Ende des Jahres statutenmäßig ein Aufgeld von 1 sgr. pro Thaler bei allen Einlagen und Nachtragszahlungen ein.

Vorstehendes wird hierdurch mit dem Bemerken veröffentlicht, daß unser Generalbevollmächtigter, Herr **von Scheurer** zu Hanau, bereit ist, nähere Auskunft zu ertheilen und Versicherungsanträge entgegen zu nehmen.

Berlin, den 20. October 1852.

Direction der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

[2448]

Am 15. November

findet die Verloosung von tausend Gewinnen der Fürstl. Bereins-fl. 10 Loose statt. Wir empfehlen hiezu Obligationen à 10 Loose zum Tagestours und Certificate für obige Ziehungen à 30 kr., 10 Stück für fl. 4.

Moritz Stiebel Söhne,

Bankgeschäft in Frankfurt a. M.

Gewinne von Thlr. 32,000, 8000, 4000, 2000 bis zu Thlr. 35

bietet die am 1. December resp. 1. Januar stattfindende gewinnreiche Verloosung des kurfürstlich hessischen Lotterie-Anlehens, zu welcher 1 Reihe zu fl. 3. 30 kr., 10 Reihen zu fl. 25 unter Zusicherung pünktlicher Schicksalsanzeige empfehle.

[2531]

Jacob Strauß in Frankfurt a. M.

[2431] Edictaladung.

Ueber den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Bürgers und Handelsmanns Justus Ludwig Brandt hat das unterzeichnete Gericht heute Concurs erkannt.

Demnach werden Alle, welche an diesen Nachlaß aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der

Montag den 3. Januar 1853,

Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Tagfahrt vor der angeordneten Gerichts-Commission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch diesfalls einer etwaigen Vorzugsrechtes zum Protocolle zu verganden, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Acten gekommen ist, der Ausschluß der nicht angemeldeten Ständiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 25. October 1852.

Stadt-Gericht I.

Schöff u. Senator Dr. Guminer, Director.
Dr. Dieze, Secretair.

[2418] Edictaladung.

Johannes Hartung von hier, Sohn des Johann Werner Hartung, geboren am 17. September 1781, hat sich vor vielen Jahren aus seiner Heimath entfernt und über sein Leben oder seinen Aufenthalt keine Nachricht ertheilt.

[2410] In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Technologische Encyclopädie oder alphabetisches Handbuch der Technologie, der technischen Chemie und des Maschinenwesens.

Zum Gebrauche für Kameralisten, Oekonomen, Künstler, Fabrikanten und Gewerbtreibende jeder Art.

Herausgegeben von

Joh. Jos. R v. Prechtl,

k. k. n. ö. wirkl. Regierungsrathe und Director des k. k. polytechnischen Institutes in Wien 2c.

Achzehnter Band.

Stereotypie — Tretrad.

Mit den Kupfertafeln 437—459.

gr. 8. Ladenpreis 6 fl. oder 3 Rthlr. 15 Ngr.

Subscriptionspreis 4 fl. 48 kr. oder 2 Rthlr. 20 Ngr.

Inhalt:

Stereotypie. (II. Abtheilung und Schluß.) Begriff und Umfang des Nachfolgenden. A. Herstellung der Platten. B. Vollendung der Stereotyp-Platten. C. Stereotypen-Unterlagen. — Strumpfwirkerei. — Tapetenfabrikation. — Teret. — Thee. — Thonwaaren. Allgemeine Bemerkungen. Eintheilung der Thonwaaren. I. Fabrikation des echten Porzellans. II. Fabrikation des weichen oder Fritten-Porzellans. III. Fabrikation des gemeinen Steinzeuges. IV. Fabrikation des Fayence. V. Fabrikation der gemeinen Töpferwaaren. VI. Fabrikation der Bachsteine (Ziegel). — Tinte. — Tretrad.

Die ersten siebenzehn Bände, mit 436 Kupfertafeln, kosten jeder gleichfalls 6 fl. oder 3 Rthlr. 15 Ngr.

Stuttgart und Tübingen, October 1852.

J. G. Cotta'scher Verlag.

[2468] Bei Adolf Krabbe in Stuttgart ist so eben erschienen und zu haben in Frankfurt a. M. in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung:

Gustav Adolph, König von Schweden

und seine Zeit.

Von

A. F. Gfrörer.

Dritte, verbesserte Auflage.

59 Bogen gr. 8. Eleg. geh. 2 Rthlr. 21 Sgr. oder 4 fl. 30 kr. rh.

Gfrörer's Gustav Adolph und seine Zeit wurde gleich beim ersten Erscheinen als eines der trefflichsten deutschen Geschichtswerke mit lautem Beifall begrüßt, und die nöthig gewordene dritte Auflage, die der Verfasser von neuem mit Eifer und Sorgfalt durchgearbeitet hat, und die daher eine wesentlich verbesserte genannt werden darf, ist ein lebendiger Beweis, daß dieser Beifall auf einem festen Grunde beruht, als blos vorübergehendem Tages- und Parteiinteresse. Wo der Erfolg so laut und deutlich spricht, scheint es überflüssig, noch Worte des Lobes und der Empfehlung beizufügen.

[2501]

Anlehen des Vereins deutscher Fürsten und Edelleute,

garantirt vom Herzog von Nassau, Prinzen Fr. von Preußen, Herzog von Sachsen-Coburg 2c. Nächste Ziehung 1. November 1852 mit bekannten 1000 Treffern. Actien einzeln à 30 kr., 10 Stück à 4 fl. empfehlen

Julius Stiebel jun. & **Co.,**

Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

Auf den Antrag der hier bekannten Intestat-Erben wird dahier der abwesende Johannes Hartung dreimalige unbekannte Intestat-Erben öffentlich aufgefordert, binnen drei Monaten und zwar spätestens in Termin

den 12. Januar 1853,

Vormittags 10 Uhr,

sich dahier zur Empfangnahme seines gerichtlich hinterlegten Vermögens zu stellen, widrigenfalls der Abwesende für todt erklärt und sein Vermögen den auftretenden Intestat-Erben ohne Caution eingehändigt werden soll.

Pünfeld, am 11. October 1852.

Kurfürstlich Hessisches Justiz-Amt.

J. Rübsam.

vdt. Zimmermann.

(Nebst Handelspolitischer Beilage.)

Druck von August Osterrieth.

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nr. 266.

Sonntag Nr. 15. 7. November 1852.

Die Rede Buol-Schauenstein's.

Die Rede, gesprochen vom ersten Rathe des Kaiserstaats, dem Nachfolger Schwarzenbergs, und „unbedingt zustimmend" beantwortet von den sieben Regierungen, kann ihren mächtigen Eindruck auf Deutschland und Europa nicht verfehlen.

Ein Zustand der Dinge, der Oesterreich von Deutschland thatsächlich oder rechtlich scheidet, ist eine Unnatur, die nie hätte bestehen sollen, und länger nicht bestehen kann. In guten und schlimmen Tagen müssen wir vereint sein, denn einzeln ist Beider Existenz gefährdet. Wir wissen was es heißt, getrennt sein, versuchen wir auch einmal die Einigung, wenn auch das Wort und die That der Einigung einem Deutschen auf sein zerrissenes Herz so schwer fällt. Wer im Gange der Ereignisse den Schwerpunkt in der Natur der Dinge, der Macht der gegebenen Verhältnisse, der Ausdehnung unseres Handels und dem staatlichen Bedürfnisse engen Anschlusses aller Theile erblickt, wer sich klar macht, daß diejenigen, die im Falle eines Krieges sich wechselseitig als Freunde haben müssen, im Frieden sich nicht durch Schlagbäume als Feinde behandeln können, der wird sich sagen, daß von jener Sylvesternacht an, in der durch seine erste Denkschrift Oesterreich mit seiner Vergangenheit brach, und den Zollbund mit Deutschland aussprach, daß es von diesem Augenblicke an mit der Herrschaft der Schlagbäume fertig war.

Aber auch am Gegenkampfe haben wir nie gezweifelt, denn wir selbst haben ja das Gegentheil Jahrhunderte lang gepflegt und großgezogen. Die Frage war nur und ist noch, welcher der beiden ausgeprägten Gegensätze in dem großen Ideenkampfe Sieger bleibt, und welcher der beiden dem wahren Wohle des Gesammtvaterlandes entsprechend sei. Sieht man beobachtend dem Gange der Ereignisse zu, so läßt sich der stätige Fortschritt der Idee der Zolleinigung auch von ihrem Gegner nicht verkennen. Erst allgemeine, massenhafte Abneigung; Unglaube an die Ausführbarkeit des Plans; gleiche Ansicht über die Unmöglichkeit der Ausführung. Hierauf Annahme der Zolleinigung als möglliches Ziel entfernter Zeiten; dann Erleichterung des Grenzverkehrs; dann Handelsvertrag mit Oesterreich als dritter Macht; dann Wiener Entwurf als Grundlage der Verhandlung; dann Zolleinigung als Princip und Ziel des Strebens, und gleichzeitig erhöhte Heftigkeit der Sprache — ein Zeichen des nahenden Geistes!

Dieser Fortschritt geht mit der Stätigkeit und der Sicherheit eines Naturprincips, das zeitig — sagen wirs mit Einem Worte — zur Zerstörung oder Nachgebung auffordert. Will man die Sache nicht, so muß man sie zerstören oder ihr weichen. Haben wir die Macht und die Mittel der Zerstörung? Nein! Wir haben weder Ideen noch Gewalt. Wir haben keine Ideen, denn man denke an den kleinen Markt, an die Gleichzeitigkeit, an das Rechtssubject! *) Wir haben keine Gewalt, denn es ist ein Bruch mit der Geschichte, dem Berufe, dem Vaterland, mit sich selbst! Haben wir die Mittel des Sieges nicht, so mache man sich den Gegner zum Freund, er selbst bietet aufrichtig die Freundschaft, kommt mit der Versöhnung entgegen, und nur in diesem Bunde der Versöhnung liegt das Wohl Aller.

Ja, wäre dieser Bund der Bund der Erniedrigung, wer würde, wer könnte dazu rathen? Allein die Idee der Zolleinigung ist eine so weite, so vielgestaltete, ist so umfangreich, daß zwei Großstaaten und viele Andere darin Raum finden. Muß denn überall nivellirt werden, und gibt es für die freie Bewegung der Theilhaber keinen Raum? Seht die Sache genauer an, in dieser Frage liegt der ganze Widerwille, die ganze Besorgniß, die ganze künstliche Aufregung, mit der man sich nicht dient, Andern schadet, das Vaterland aufregt und schwächt. —

In der Bangigkeit, die sich über die Gemüther legt, in dem untergrabenen Glauben, daß je noch Etwas geschehen könne, in der Muthlosigkeit, die sich allmählig Aller bemächtigt, blicken die Augen nach Wien, und in diesem ernsten Augenblicke vernehmen wir dorther die inhaltschweren Worte:

„In keinem Falle darf Deutschland entmuthigt auf seine „handelspolitische Zukunft blicken. Sollte das Band des Zollvereins in seinem bisherigen Umfange sich wirklich lösen, so „wird ein neuer Zollbund sich knüpfen, der eine Bevölkerung „von 43 Millionen vereinigen wird, und es ist der Gegenstand unserer Verhandlungen, im Einzelne die Mittel näher festzustellen, damit dieser neue Verband ohne Störung des „Haushalts der sich betheiligenden Staaten, ohne Beeinträchtigung der Interessen ihrer Unterthanen und auf Grundlagen, „welche die Trennung der bisher gemeinten Theile Deutschlands „so wenig empfindlich und vor Allem so wenig dauernd als „möglich machen."

„Ich muß es aber an dieser Stelle auf das Feierlichste „wiederholen: Oesterreich wünscht den Zerfall des Zollvereins „eben so wenig, als die Fortdauer der handelspolitischen Spaltung, in der bisher ein Theil Deutschlands zu dem andern „verharrte, und es fühlt das Bedürfniß der Einigkeit und des „Zusammenwirkens sämmtlicher Glieder des deutschen Bundeskörpers viel zu lebhaft, als daß es nicht bis zum letzten „Augenblick bereit sein sollte, zu dem ersehnten Werke der „Verständigung die Hand zu bieten."

„Unsere heutige Vereinigung bürgt dafür, daß die Regierungen, als deren Vertreter ich Sie, meine hochverehrten Herren, begrüße, in diesen Gesinnungen und Grundsätzen auch „die übrigen erkennen. Der große und heilsame Zweck, der „uns leitet, rechtfertigt sich selbst. Vereinen wir also auch „fernerhin getrost unsere Bemühungen, um ihn beharrlich und „in versöhnenden Wegen zu fördern."

*) Handelspolitische Beilage Nummer 14.

Thatsachen zur Beurtheilung für Preußen beim Zusammentritt der Kammern.

Von der Donau, Anfang November.

Jeder Sachverständige wird mir zugeben, daß wenigstens zwei Drittheile des Manufacturwaarenumsatzes im Zollvereine preußischen Ursprungs sind.

Ich rechne jedenfalls zu gering, wenn ich die jährliche Einfuhr derartiger preußischer Erzeugnisse in Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden und den beiden Hessen auf 50 Millionen Thaler stelle, die sich auf wenigstens 80 Millionen erhöht, wenn ich den Verbrauch aller andern Erzeugnisse preußischen Fleißes, als Wein, Metalle und Metallwaaren, Zucker, Cerealien u. s. w., dazu rechne, und ich irre gewiß nicht, wenn ich annehme, daß bei einer Einigung des ganzen Zollvereinsgebiets mit Oesterreich und seinen italischen Zollverbündeten diese 80 Millionen sich auf wenigstens 150

Millionen Thaler jährlich erheben werden, sobald die Geschäfte ihren regelmäßigen Gang erhalten.

So bietet sich für Preußen hier ein Markt von jährlich wenigstens 150 Millionen Thaler.

Von welchem Einflusse ein solcher Verkehr auf alle Gebiete seiner Betriebsamkeit sein müßte, überlasse ich dem denkenden Leser zur Beurtheilung.

Trennt sich Preußen von seinen oben erwähnten Zollverbündeten und schlägt es die große Zolleinigung aus, so verzichtet es freiwillig auf diesen großen Markt, für den es in dem beschränkten Gebiete, das ihm zu zudem nebendei offensteht, keinen Ersatz findet. Nehmen wir auch an, Hannover und Oldenburg träten dem getheilten Zollvereine bei, was noch nicht entschieden ist, so dürfte dieser neue Markt für Preußen kaum mehr als höchstens 10 Millionen Thaler jährlich betragen. Jede Bedeutung für die preußische Industrie verlöre auch der Zutritt Hannovers, wenn Preußen sich alsdann dem Freihandel hingeben, das heißt die englische Concurrenz im eignen Lande und Zollgebiete begünstigen würde.

Vortheile im Weltverkehr findet Preußen durch seine abgesonderte Stellung gar keine, wohl aber verzichtet es auf viele, die ihm im großen mitteleuropäischen Zollbunde zukommen würden; denn im großen Zollbunde mit seinem Gebiete von 73 Millionen Bewohner kann es z. B. die Fabrikation in der großartigsten Weise, das heißt auf die billigste Art, betreiben und dadurch am ehesten die Concurrenz mit England auf dem Weltmarkte mit Erfolg aufnehmen; was in solcher Weise bei einem kleinen Zollgebiete nicht möglich ist.

Durch Annahme des Freihandelssystems begäbe es sich zugleich jedes Mittels, von andern Nationen sich besondere Begünstigungen durch Zollbegünstigungen zu erwirken.

Hier die Thatsachen. Preußen mag nun wählen. Es kann den Markt, den die Regierungen eines Gebietes von 57 Millionen Bewohner seiner Industrie und seinem Fleiße anbieten, annehmen oder ablehnen. Und Preußen wird nach reiflicher Erwägung so wählen, wie es die Interessen seines Landes und seine Stellung gebieten. Die zusammentretenden Kammern werden die Regierung mit ihrem Wissen, ihrer Einsicht und Erfahrung mächtig unterstützen. Die Thatsachen allein werden entscheiden.

Die Erbitterung, die ein Riß des Zollvereins in Deutschland mit sich brächte, könnte nur für beide Theile Uebles gebähren.

Darum, Preußen sei stark und lasse das Banner nicht sinken, das die Eintracht erhält. Es ist die größte, die beste Politik für Preußen und sie wird Deutschland erhalten.

Tadler werden sich für die preußische Regierung und Kammern in diesem Falle freilich finden, ebenso finden, als sie sich fanden, als die preußische Regierung hochherzig und edel dem drohenden Bürgerkrieg entgegenwirkte und dadurch Deutschland unendlichen Jammer und unsäglliches Elend ersparte, wofür Gott seinen edlen Fürsten tausendfach segnen wolle!

Und welcher Segen dürfte das edle Herz des vierten Friedrich Wilhelm wohl inniger erfreuen, als Preußens Glück mit Deutschlands Wohle aufs engste verknüpft und den europäischen Frieden durch ein neues Friedensbollwerk, den großen Zollbund, befestigt zu sehen?! Es entspricht dieses herrliche Ziel gewiß auch am besten den Wünschen des edlen Preußenvolke. Das gebe Gott zu Preußens, zu Deutschlands Heile!

Schutzzoll und Landwirthschaft von Fischer.

III.

Die Eisenzölle.

(Schluß.)

Wie sich im voraus erwarten ließ, so warf sich der Herr Verfasser auch auf die Frage, welche in jüngster Zeit mit ganz besonderer Vorliebe von den Gegnern jedes Schutzzolles behandelt wurde, auf die Frage nämlich der Vertheuerung des für die Landwirthschaft so unentbehrlichen Hülfsmittels des Eisens. Es ist diese Frage zugleich jene, welche vorzugsweise von den Gegnern des Schutzsystems in Preußen geltend gemacht wird, und welche die Wirkung erzeugt hat, daß die alten Provinzen Preußens, in denen die Landwirthschaft vorherrschend ist, zugleich als die eifrigsten Vertheidiger des Freihandelssystems aufgetreten sind, und es sind diese Provinzen, and denen die Hauptgegner des Zollvereins abstammen. Eine eigene Fügung der Umstände ist es, daß es zugleich dieselben Provinzen Preußens sind, welche am besten beim Schutzsysteme sich befanden, so lange England diesen Schutz für seine Landwirthschaft fest hielt. Damals waren es diese Provinzen, welche England mit Getreide versahen, und diese werden es sein, welche durch den englischen Freihandel am meisten dadurch leiden müssten, daß jetzt schon die Getreidezufuhr nach England aus allen Theilen der Welt erfolgt und später noch immer mehr erfolgen wird.

Nirgends ist es nöthiger, die allgemeine Klage über Vertheuerung der unentbehrlichsten Werkzeuge des Lebens auf Einzelheit und Bestimmtheit zurückzuführen, als gerade hier, wo es sich um einen der wichtigsten und ausgebehntesten Bestandtheile des ganzen Staates, um die Landwirthschaft, handelt. Diese Bestimmtheit ist dahin festzusetzen, daß man sich fragt, wieviel Eisen für die Landwirthschaft überhaupt nothwendig ist, und wie hoch sich die Summe beläuft, um welche sich das Eisen durch die Schutzzölle vertheuert? Es ist zwar schwer, mit aller Genauigkeit festzusetzen, wieviel Eisen zur Betreibung eines Morgen Feldes nothwendig sei, da hier die Einflüsse verschieden sind, welche den Eisenverbrauch bedingen. So wird z. B. eine weit fortgeschrittene Landwirthschaft mehr Eisen, weil mehr Arbeit, nöthig haben, als ein nachlässigerer Betrieb, und ebenso ein strenger Boden mehr verbrauchen als ein weicherer, sowie wieder viel auf die Landesstitte des Hufs- und Räderbeschlags u. s. w. ankommen wird. Desthalb muß man sich an Durchschnittszahlen und Mittelverhältnisse um so mehr halten, als hier die Gesammtheit des Staates als solche in Betrachtung kommt.

In Beziehung der ersten Frage nun, wieviel Eisen für den Betrieb eines Morgen Feldes nothwendig ist, so nahmen wir seit langer Zeit 2$_{00}$ Pfund Roheisen als den jährlichen Bedarf an, und die genausten Untersuchungen, die in verschiedenen Gegenden veranstaltet wurden, stimmen damit überein. Da aber das Roheisen nicht als solches, sondern als Stabeisen u. s. w., also in weiter verarbeitetem Zustande in der Landwirthschaft zur Anwendung kommt, so mag das Reingewicht zu 1$_{00}$ Pfund für den Morgen angenommen werden.*) Der Zoll von diesem Eisen, wie ihn Oechelhäuser nach den verschiedenen Eisenarten berechnet, beträgt 12$_{00}$ Pfennige für den Morgen Feld. Diese 12$_{00}$ Pfennige sind der Betrag, welcher sich als höchst mögliche Zollvertheuerung für den Fall darstellt, wenn das sämmtliche für die Landwirthschaft nöthige Eisen aus dem Auslande bezogen wird. Nun aber beträgt die Einfuhr des Eisens in runder Summe nur ein Drittel**) des sämmtlichen Eisenbedarfs, daher obige Vertheuerung von 12 auf 4 Pfennige herabfällt.

Dazu kommt aber noch der besondere Umstand, daß für die Werkzeuge der Landwirthschaft sehr gutes Eisen verwendet werden muß, dieses gute Eisen aber deutsches Eisen ist, während das eingeführte englische Eisen als schlechte Waare erscheint, so daß der vorsichtige Landwirth im Interesse seiner eigenen Sache das deutsche statt des ausländischen vorziehen muß. Dieses deutsche vorzüglich durch Holzkohlen erblasene und gefrischte Schmiedeisen ist aber längst auf die Selbstkosten herabgedrückt, so daß selbst die Aufhebung der Zölle kaum eine Preisherniedrigung erzeugen könnte, sondern blos das völlige Eingehen unserer Hüttenwerke zur unausbleiblichen Folge haben müßte. Der Herr Verfasser fragt zwar, warum man die Eisenzölle noch beibehält, wenn sie das Eisen nicht

*) Oechelhäuser Statistik der Eisenfabrikate S. 308.

**) Es betrug im Jahr
1848 das eigene Erzeugniß 63 pCt. und die Einfuhr 37 pCt.
1849 „ „ „ 77 „ „ „ 23 „
1850 „ „ „ 61 „ „ „ 39 „

vertheuern, allein die Ursache liegt einfach in dem Umstande, daß die Einfuhr des geringer verfeuerten ausländischen Roheisens den Preis selbst der besten Sorten des inländischen Eisens vermindert, weil namentlich beim Eisen der Käufer die gute von der schlechten Waare äußerlich weniger zu unterscheiden im Stande ist, daher in diesem Artikel die Wohlfeilheit des Schlechten den Werth des Bessern herabdrückt. Daher kommt auch die Erscheinung, daß die deutschen landwirthschaftlichen Werkzeuge selbst auf dem auswärtigen Markte, z. B. in Texas, Brasilien, Mexiko, die Mitbewerbung mit den englischen ertragen und mit ihnen gleiche Preise halten können.

Aus allem folgt aber, daß die ganze Voraussetzung des Herrn Verfassers, daß die Landwirthschaft durch die Industrie gefährdet werde, ungegründet ist, und daß die etwaige Vertheuerung auf unbedeutende Beträge hinauslaufe. Es ergibt sich aber noch eine andere Folge aus dem Schriftchen, daß nämlich der Herr Verfasser, der sowiel vom Staate und seinem Berufe, die Gerechtigkeit und den Rechtsschutz Allen angedeihen zu lassen, spricht, sich kaum recht in diesen Staatsberuf hineinda'te, denn sonst hätte ihm die mächtige Wechselbeziehung im Staate und wie die Einzelnen zu ihr stehen, nimmermehr entgehen können. „Ist die Industrie, so sagten wir an einem andern Ort, für den Staat nothwendig, so ist es die Sache, und nicht die Person, welche hier in Betracht kommt. Die Person ist hier nur die Vermittlerin, und die Gewerbsunternehmen sind nur die Gewerbskanäle, durch welche Arbeit und Verdienst in die Bevölkerung sich ergießt. Die Sache der Industrie aber erfüllt einen Staatszweck, und dabei kommt es nur darauf an, daß daseinige, was im Allgemeinen als nothwendig erkannt ist, auch vom Allgemeinen in seinen Schutz genommen wird. Bei den meisten Einrichtungen tritt die Erscheinung hervor, daß sie in ihrer ersten und unmittelbaren Wirkung blos Einzelne zu begünstigen scheinen, jene einzelne Klasse, die bei der staatlichen Einrichtung zunächst betheiligt ist. Allein der Staat betrachtet die Einzeleinrichtung von einem höhern, von einem allgemeinen Standpunkt, und wenn er dieselbe für nothwendig hält, so errichtet er die Sache als seine eigene, selbst wenn eine große, ja nicht selten die größte Staatsbürgerklasse keinen unmittelbaren Vortheil von dieser Sache bezieht. So haben Staaten die Eisenbahnen, Akademien, Kunstwerke errichtet, weil der Staat als solcher dieselben für nothwendig gehalten hat, obwohl zahlreiche Klassen keinen Nutzen, ja nicht selten unmittelbaren Schaden davon haben, während Anderen wieder dieselben Anstalten wie Schutzzölle für die ganze Gegend wirken.

„Von diesem allgemeinen Standpunkte aus erscheint die Industrie als eine dem Staate nothwendige Einrichtung, welche, wie wenig andere Einrichtungen, ihre Verzweigungen in alle Theile des Volkslebens, und namentlich in den hart bedrängten Arbeiterstand, der allein schon diese Berücksichtigung rechtfertigt, hineinträgt. Hier gilt in Wahrheit das schöne Bild, das der große Dichter aus der Industrie in die Gedanken überträgt:

„Ein Tritt tausend Fäden regt,
„Ein Schlag tausend Verbindungen schlägt."

Der Rheinpreuße und der Altbayer.

Ein Rheinpreuße schreibt nach öffentlichen Blättern einem Altbayer: Glauben Sie mir, von der Memel bis zur Maas, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken gibt es, durch alle Schattirungen hindurch, keinen Preußen, der etwas von Ihrer Zolleinigung wissen will, dagegen aber herrscht eine allgemeine Einstimmung und ein gleiches Einverständniß darüber, daß ein festes Zusammenhalten Aller Stämme jetzt um so nothwendiger und um so unabweisbarer sei, wenn nicht binnen Jahresfrist unser Vaterland abermals wieder der Fremdherrschaft zerfallen soll! — Uebersetzt man diese naive Sprache ins Oberdeutsche, so lautet dieselbe also: Sattelt, ihr Kroaten, ihr Ungarn, ihr Grenzer, denn der alte Erzfeind spukt und will seine Rheingrenze wieder! Kommt alle, ihr Freunde des großen und gemeinsamen Vaterlandes, verbindet euch mit uns auf Tod und Leben zum Schutze unseres schönen Rheinlandes. Seid herzlich am freien deutschen Rhein willkommen, denn nur wenn wir fest Alle zusammenstehen und innigst uns Alle verbinden, sind wir der schönen Sache des Vaterlandes gewiß! Und haben wir dann den gemeinsamen Feind gemeinsam besiegt, dann lassen wir Euch wieder in Frieden zu Euerer Heimat ziehen, denn nur eine Kriegseinigung thut uns noth, von einer Handelseinigung wollen wir „von der Memel bis zur Maas nichts wissen".

Elbe- und Rheinschiffs-Abgaben.

Jetzt wo man im Norden und im Süden Hand ans Werk legt, neue Handels- und Zollvereine zu stiften, dürfte es an der Zeit sein, die volle Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Schiffahrts-Abgaben der zwei befahrensten deutschen Ströme zu lenken.

In Betreff der Einnahmen und Ausgaben stellt sich für die Uferstaaten folgendes jährliche Durchschnittsverhältniß heraus und zwar:

1) bei der Elbeschifffahrt:

	Ausgaben.	Einnahmen.
Oesterreich	33,000 Thlr.	20,000 Thlr.
Sachsen	80,000 „	20,000 „
Preußen	120,000 „	64,000 „
Anhalt	20,000 „	60,000 „
Hannover	53,000 „	549,000 „
Mecklenburg	19,000 „	218.000 „
Lauenburg	4,000 „	67,000 „
Hamburg u. Lübeck zus. . .	4,000 „	10,000 „
Hamburg allein	78,000 „	10,000 „
	411,000 Thlr.	1,018,000 Thlr.

Es beträgt also die Summe aller Ausgaben 411,000 Thlr., die Summe der Einnahmen aber 1,018,000 Thlr.

2) bei der Rheinschifffahrt:

	Ausgaben.	Einnahmen.
Preußen	215,000 Thlr.	590,000 Thlr.
Nassau	58,000 „	60,000 „
Großherzogthum Hessen . .	48,000 „	155,000 „
Baden	241,000 „	70,000 „
Bayern	43,000 „	30,000 „
	605,000 Thlr.	905,000 Thlr.

Man ersieht aus dieser Uebersicht, daß während im Ganzen die Einnahmen bedeutend höher als die Ausgaben sind, dennoch von einzelnen Regierungen mehr ausgegeben als eingenommen wird. Auf der Elbe nehmen mehr ein als geben aus: Anhalt, Hannover, Mecklenburg und Lauenburg; dagegen geben mehr aus als nehmen ein: Oesterreich, Sachsen, Preußen und Hamburg. Auf dem Rheine nehmen mehr ein: Preußen, Nassau, Hessen; dagegen geben mehr aus: Baden und Bayern. Diese Verhältnisse der Mehreinnahme als Ausgabe können unmöglich ferner fortbestehen, wenn man bedenkt, daß sie aus einer Zeit stammen, wo der Schifffahrt noch keine Mitbewerbung an den Eisenbahnen gegenüberstand. Nicht nur aber, daß diese neue mächtige Mitbewerbung in neuerer Zeit entstand, so tritt für die Schifffahrt noch überdies der Uebelstand ein, daß die Güterbeförderungsgebühren auf den Staatseisenbahnen auf einen solchen niedern Fuß herabgesetzt werden, daß die Mitbewerbung durch die Schifffahrt sehr erschwert wird, während doch nicht Gleichheit der Verhältnisse vorliegt. Auf den Eisenbahnen nämlich sind die Einnahmen der Ersatz für die aufgewendeten Ausgaben, während bei den Flüssen solche Ausgaben nothwendig sind, die ohne Unrecht nicht von der Schifffahrt wieder erhoben werden können, weil sie wegen Land und Uferschutz, nicht aber wegen der Schifffahrt allein oder vorzugsweise gemacht werden. Bei dieser Lage der Sache sollte zwischen den Eisenbahn- und Schifffahrtsfrachten ein gerechtes Verhältniß festgesetzt und in keinem Falle aber von der Schifffahrt mehr erhoben werden, als was für die Schifffahrt ausgegeben wird.

Daß Preußen bei der Elbe mehr als die Einnahme abwirft ausgibt, und bei dem Rheine viel mehr als die Ausgabe beträgt

einnimmt, scheint von dem Umstande herzukommen, daß die Rheinhinterländer reichlicher beizutragen haben. Bei dem Rheine wird aber eine Herabsetzung der Schiffahrtszölle um so nothwendiger, als jetzt schon die Mitbewerbung der Eisenbahnlinie von Havre über Paris nach Straßburg besteht, wodurch leicht von Frankreich Zugeständnisse erworben werden könnten, welche dem Handel über Holland den Rhein herauf eine ganz andere Richtung geben könnten. Diese Besorgniß liegt um so näher, da das französische Interesse im hohen Grade dabei betheiligt ist, nicht nur wegen des Vortheils, welcher der Schiffahrt und dem Handel von Havre dadurch erwachsen würde, sondern auch wegen der Eisenbahnverbindung von Straßburg mit der Schweiz. Dazu kommt noch, daß neben der Eisenbahn mit dem nächsten Jahre durch den Marnekanal von Straßburg unmittelbar aus eine Wasserfahrt bis Havre fertig sein wird, wodurch der rheinischen Schiffahrt eine doppelte Mitbewerbung erwächst und dadurch die Nothwendigkeit entsteht, die Rheinzollfrage einer schnellen genügenden Lösung entgegenzuführen.

Nachrichten über Handel und Gewerbe.

—: **Deutsches Ausfuhrgeschäft nach Mexiko.** Die „Preuß. Zeitung" bringt einen interessanten Consularbericht, dem wir in Beziehung des deutschen Handels nach Mexiko und die Verbesserung unserer Ausfuhr dahin folgende Stelle entnehmen: Die nachstehende Tabelle bringt 8 Gruppen der Einfuhrartikel hinsichtlich ihres Werths, so weit als sich derselbe irgend hat ermitteln lassen. Daraus ergibt sich, daß A. Großbritannien mit 43 pCt., B. Deutschland mit 24 pCt., C. Frankreich, Belgien und die Schweiz mit 16 pCt., D. Spanien, Cuba und Italien mit 6 pCt., E. Nordamerika mit 9 pCt., F. China, Venezuela und Peru mit 2 pCt., am amerikanischen Handel theilnehmen:

Gruppen der Einfuhr-Artikel.	A. Großbr. Pesos.	B. Deutschl. Pesos.	C. Frankr., Belg., Schweiz. Pesos.	D. Span., Cuba, Ital. Pesos.	E. Nordamer. Pesos.	F. Chin., Ven., Peru. Pesos.	Gesammtsumme Pes. (Dollar.)
1) Baumwollenwaaren	—	—	—	—	50,000	—	6,010,000
rohe Baumwolle	3,800,000	850,000	460,000	—	850,000	—	
2) Leinewand . .	1,150,000	550,000	85,000	—	—	—	1,785,000
3) Wollenwaaren .	600,000	1,000,000	400,000	—	—	—	2,000,000
4) Seidenwaaren .	90,000	350,000	650,000	15,000	60,000	65,000	1,230,000
5) Quinkalle rc. .	350,000	600,000	760,000	25,000	50,000	20,000	1,805,000
6) Spiritus, Getränke rc.	20,000	75,000	190,000	700,000	—	—	985,000
7) Cacao, Thee .	—	1,000	—	—	—	210,000	211,000
8) Versch. Gegenstände	500,000	250,000	100,000	50,000	400,000	5,000	1,305,000
	6,510,000	3,767,000	2,645,000	790,000	1,410,000	300,000	15,331,000

Für den deutschen Handel nach hier möchte vielleicht dabei die folgende Bemerkung beherzigenswerth erscheinen. In Westindien, und so auch hier, wiederholen sich tägliche Fälle, daß deutsche Mode- und Manufakturwaaren gleichzeitig in zu großen Massen und in zu viele Hände kommen. Die Aussender oder die hiesigen Einkäufer werden zu oft von den Fabrikanten, mehr aber noch von den Agenten in Hamburg, Leipzig u. s. w. mit dem Vorgeben hintergangen, daß er nur das von dem Einzelnen bestellte Quantum für einen gewissen Platz — z. B. Vera-Cruz — liefern wolle. Hier findet man dann gewöhnlich aus, daß das nämliche Schiff, welches die Bestellung des ersten Auftraggebers bringt, oft sechs bis acht gleiche Posten für Verschiedene an Bord hat, sei es, daß der Agent noch gleiche Aufträge unter dem gleichen Vorgeben erlangte, sei es aber auch — und dies ist vielleicht häufiger der Fall — daß der Fabrikant, aufmerksam gemacht auf den möglichen Absatz seiner Waare an einem bestimmten Punkte, gleichzeitig diverse Posten und an Mehrere in Consignation aussendet, wodurch die Waare, selbst wenn sie mit größter Sachkenntniß ausgewählt und den Bedürfnissen der Consumenten entsprechend ist, nothwendig Verlust bringen muß. Der diesseitige Importeur und Besteller könnte diese Concurrenz und Ueberführung nicht voraussehen, und seine Mühe, die er sich gibt, einen neuen Artikel, oder ein neues Sortiment in Aufnahme zu bringen, kostet ihn am Ende noch schweres Geld. Viele respectable Häuser haben aus Verdruß über dergleichen Unreellität sich dem deutschen Handel mehr und mehr entfremdet und ihre Geschäftsthätigkeit und ihr Capital dem Lande zugewendet, wo sie solidere Einleitungen machen können. Vorzugsweise ist dieses in England der Fall. Der englische Fabrikant hat meistens einen festen Preis; er übervortheilt nicht den einen Kunden um des anderen willen; er arbeitet im Allgemeinen in jeder Hinsicht solide und sucht dadurch den Absatz seiner Waaren auszudehnen. Es gibt auch in Deutschland unstreitig sehr viele solide Fabrikanten, welche, in ähnlicher Weise arbeitend, ihre Industrie zum eigenen und zum Gedeihen ganzer Gegenden eifrig ausdehnen. Andere aber, welche ihren Absatz gewissenlosen und principlosen Agenten anvertrauen, sehen sich zwar für kurze Zeit mit großen Aufträgen überhäuft, müssen den Arbeitslohn demgemäß steigern, vergrößerten Betrieb einrichten, um nach kurzer Zeit alles in nichts zurücksinken zu sehen, denn der einmal getäuschte Importeur bietet zu neuen Versuchen schwerlich weiter die Hand. Es würde zur Beseitigung dieses Uebelstandes den Fabrikanten vorzustellen sein, daß sie oder ihre Agenten sich nur mit einem oder doch nur wenigen Häusern an demselben westindischen u. s. w. Platze, in Verbindung setzen sollten, wodurch sie sowohl als der Importeur, sich vor einer unnöthigen und nachtheiligen Concurrenz und Ueberführung sicherstellen, so wie es denn auch nur in dieser Weise möglich ist, ein andauerndes, wachsendes und solides Geschäft ins Leben zu rufen. Die Fabrikation würde dabei einen gleichmäßigeren Gang nehmen und das gute Element derselben gehoben werden. Das gerügte System hingegen schüttet das Kind mit dem Bade aus; mancher Artikel würde noch heute Verbrauch hier haben, wenn nicht durch oft ganz unsinniges Herüberschleudern desselben den Consumenten selbst eine Art Ueberdruß dagegen beigebracht worden wäre.

Der Fabrikant sollte seine Agentur, wenn er eine haben muß, sorgfältig überwachen, er sollte suchen, sich vor Ueberhäufung der Ordres von einer Seite her zu wahren, denn dieser bringt dann erst seinen Abnehmern und dann ihm selbst schließlich sicher Verlust; er sollte seinen Agenten nicht nach der Vielheit der Ordres bezahlen, sondern nach dem soliden und nachhaltigen Nutzen, den ihm dessen Thätigkeit einbringt.

Viele diesseitige und westindische Häuser, die mit allen Manufaktur-Plätzen Europas relationirt sind, vermeiden es jetzt schon, sich mit solchen Agenten in Deutschland einzulassen, besonders wenn sie wissen, daß der Agent procentweise von den eingegangenen Ordres besoldet wird.

—: Von welcher Wichtigkeit der **Handel Oesterreichs mit der Levante** ist, die man dieser Tage erst wieder zu bestreiten sich bemühte, davon mögen folgende statistisch ermittelte Ziffern den Beweis liefern. Bekanntlich bildet Smyrna einen der Haupthandelsplätze der gesammten Türkei, und ein großer Theil des levantinischen Handels bewegt sich über diesen Hafen. Im Jahre 1851 betrug die Gesammteinfuhr daselbst einen Waarenwerth von 129,366,440 Piastern, die österreichische Einfuhr von 33,722,410 P., also mehr als fünfundzwanzig Procent der Gesammteinfuhr. Galanteriewaaren und Geschmeide z. B. führte England dort ein im Werthe von 855,000 P., Frankreich von 990,000 P., Oesterreich von 1,215,000 P. Baumwollenwaaren führte ein: England im Werthe von 15,144,000, Amerika von 3,234,000, Oesterreich aber auch schon von 8,977,500 P. Tücher lieferte England im Werthe von 1,216,000 P., Frankreich von 1,220,000 P., Oesterreich von 3,240,000 P. Manufacturwaaren im Allgemeinen lieferte England im Betrage von 12,271,500, Oesterreich aber auch von 7,644,000 P., während in dieser vermischten Rubrik Frankreich mit 1,132,000 P. hintenan blieb. Die Einfuhr von österreichischem Papier behauptete entschieden die Oberhand, denn es wurde davon um 748,860 P., von Frankreich dagegen blos um 505,000 P. eingeführt. Sogenannte kurze (Quincaillerie-) Waaren führte England um 2,415,000, Oesterreich um 2,385,000, Frankreich nur um 1,767,000 P. ein. In Seidenwaaren glichen sich die österreichische und die französische Einfuhr beinahe aus, jene betrug 1,242,000, diese überstieg sie blos um 144,000 Piaster. In Töpferwaaren und Geschirren behauptete Frankreich die Oberhand mit 444,750 P., Oesterreich concurrirte aber auch in diesem Zweige mit 274,750 P. Seinen unbestrittenen Vorzug in der Glaswaarenfabrikation machte Oesterreich auch dort geltend, indem die Einfuhr von österreichischem Glase 1,500,000 P. und damit die Hälfte der gesammten Glaseinfuhr betrug. Bei solchen Artikeln, welche nicht in Oesterreich erzeugt, sondern nur von österreichischen Fahrzeugen verschifft werden, zeigt sich die Rührigkeit der österreichischen Marine in erstaunlichem Lichte. So z. B. lieferte Oesterreich Kaffee im Werthe von 1,243,360 P., während England von diesem Artikel nur um 1,774,980 P. herbeibrachte. Im Ganzen genommen, gewährt dieser Ueberblick die angenehme Ueberzeugung, daß der levantinische Handel Oesterreichs einer glänzenden Zukunft entgegengeht. Oesterreichs geographische Lage, der Umstand, daß es sich im Besitz von Triest, Venedig und der dalmatinischen Küste befindet, befähigen es, im Laufe der Zeit in der Levante als eine Handelsmacht ersten Ranges aufzutreten. Wenn von österreichischer Seite auf das Mittelmeer mit freudiger Zuversicht hingewiesen und aufmerksam gemacht ward, daß es für einen mitteleuropäischen Handelsbund einen ausgezeichneten Abflußweg für die Früchte des Gewerbsfleißes bilde, so pflegte die österreichfeindliche Presse diese Hinweisung als eine Utopie zu belächeln. Die Ziffern, welche ihr hiermit entgegengehalten werden, sind schlagend genug, um sie von dem Wahne zu heilen, als habe Oesterreich in der Levante keine Zukunft, während es dort schon eine so schöne Gegenwart nachzuweisen vermag.

Druck von August Osterrieth.

№ 267. — Montag — den 8. November — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereichsgebiet von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Landen des Königlich Preußischen Portovereins 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 16½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Erbländern 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. L. Mayer in Straßburg, Blauhuthof Nr. 26, und im Haag die Nederlandsche Nieuwsbode Nr. 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Zeile) 3 kr. Beiträge sind portofrei oder deren Raum 4 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Zur Handelsfrage.

„Wir fuhren über Hennegau
„Von Lissabon nach Osen."
Blumauers Aeneide.

Unsere Leser werden sich wohl erinnern, daß wir auch in der zwölften Stunde an der Wiederherstellung des Zollvereins nicht verzweifeln wollten. Es sind viele politische Sünden zu bereuen und zu vergeben, aber daß eine solche Sünde gegen den heiligen Geist der Nation, oder gegen den gemeinen Menschenverstand, wie sie in der Trennung des Zollvereins ohne vollständigen, übertreffenden Ersatz gelegen wäre, das Register vermehren werde, — das zu glauben, hätten wir uns nimmer entschließen können. Ist es doch schon traurig, um nicht zu sagen, schmachvoll genug, daß der Gedanke hat laut werden können, eines der wenigen Bande zu zerreißen, die den alten Leib noch zusammenhalten.

Was von wirklichen Bedenken gegen die österreichische Handelspolitik nach den vielfachen Erörterungen auf Congressen und in der Tagesliteratur zurückbleiben konnte, hat die Rede des Grafen Buol-Schauenstein bei Eröffnung der Wiener Conferenzen völlig niedergeschlagen. Der Bericht auf die vertragsmäßige Festlegung des Ergebnisses zur Beschlußnahme unserer hiesigen Verhandlung ihren Stachel. In Oesterreich ist ein großer Sieg der innern Politik erfochten, weil man sich zu dem Vertrauen bekennt, daß die Natur der Dinge stärker sein werde, als alle Vorsätze und alle Verabredungen.

Als wir in den Blättern vom 9. bis 12. Juli d. J., Nr. 162 bis 165, dagegen warnten, Erfahrungen anticipiren zu wollen, haben bekannte Wiener Federn im „Journal de Francfort" uns des Mangels großartiger Auffassung zeihen wollen. Wir haben kein Wort erwidert, aber wir stellen den Erfolg gegenüber. Für Preußen ist mit der österreichischen Erklärung der gerechte Grund zur Verfassung der unmittelbaren Verhandlung mit allen deutschen Genossen über das künftige Zoll- und Handelssystem geschwunden: die Erneuerung des Zollvereins mit der Ausdehnung nach dem Septembervertrag und mit einem Handelsvertrage mit Oesterreich, welcher diesen dereinstigen Zollanschluß ins Auge faßt, ist das Programm Preußens so gut, als das Programm Oesterreichs. In den Grundsätzen besteht also keine Verschiedenheit mehr, in der Anwendung wird sie sich leicht ausgleichen lassen. Oesterreich hat durch den Verzicht auf die Tarifbestimmung ein Opfer gebracht, welches Deutschland anerkennen muß. Der verfeindete Vertrauen lohnen wird. Wir waren immer der Meinung, daß es recht und klug sei, diesen Weg zu gehen, daß keine Tugend sich in der Politik besser vergelte, als die Geduld, und daß, wenn auf etwas fest zu rechnen sei auf Erden, die Anziehungskraft der Interessen und die Festigkeit der von ihnen geschlungenen Bande es sein müsse.

Die Hochherzigkeit der österreichischen Politik hat nun noch einen neuen Anlaß zur Bewährung. Ein Handelsvertrag, der in bestimmter Frist in eine Zolleinigung übergehen wird, kann von dem Staat, der die letztere erstrebt, liberaler und freigebiger angeboten werden, als ein Handelsvertrag, an welchen sich eine so genau abgemessene Zukunft nicht anschließen soll. Es wäre darum Oesterreich nicht zu verdenken, wenn es, wie man die Erfahrungen über die Einigung mit ihm entscheiden lassen will, so auch die Erfahrung über die Aenderung in seinem Systeme richten lassen wollte, und darum nur allmälig von demselben abzugehen, und nur geringere Zugeständnisse zu bieten entschlossen wäre, als es zu einer Zeit zu gewähren versucht war, wo es die innigste Verbindung in der gewissen Nähe sah. Aber dem Muthigen gehört die Welt. Wären wir zum Rathe berufen, wir würden warnen, den Einsatz um des Gewinnes zu mindern, und wir glauben auch, daß Oesterreich gerade so handeln wird, als wenn der Beschluß verbrieft und besiegelt wäre; wir glauben, daß es die Macht der Interessen wirken lassen, und vertrauen werde, daß je mehr Beziehungen sich schürzen, desto unwiderstehlicher diese Macht sich beweisen muß.

Deutschland.

*„ **Wien**, 4. Nov. In der heutigen Bankfitzung wurde der Ausweis über die Gebahrung im abgeflossenen October bekannt gegeben. Die Abnahme der Silbervorräthe von 43,622,508 fl. auf 43,523,097 fl., also um 99,411 fl. ist nicht sehr bedeutend und erklärt sich aus den gewöhnlichen Bedürfnissen, welche das Institut zu befriedigen pflegt. Dagegen hat aber der Banknotenumlauf um 203,117 fl. (von 200,347,053 fl. auf 200,550,170 fl.) zugenommen. Diese Lage der Dinge erscheint auffallend und zwar um so auffallender, indem die Finanzverwaltung im Lauf des October die beträchtliche Summe von 3,472,090 fl. zurückbezahlt hat. Diese Erscheinung ist jedoch nur eine vorübergehende und findet ihre Erklärung in den momentanen Zuständen unserer Finanzwelt oder „Geldklemme", wie unsere Journale sie zu nennen pflegen. Die bedeutende Rückzahlung des Staats langt nämlich noch bei weitem nicht hin, die Bank in die Lage zu setzen, allen Ansprüchen der Parteien um Geld Genüge leisten zu können. Wegen unter diesen auch manche industrielle und finanzielle Schwindeleien unterlaufen, so erklärt sich ein wirklicher Mangel an Geld für den Augenblick doch schon dadurch, daß bedeutende Subscriptionen auf das neue Staatsanlehen gemacht worden sind, die nun eingezahlt werden müssen. Daher das Drängen um Escomptirung von Wechseln bei der Bank, so daß die Befriedigung unmöglich wird und Viele zurückgewiesen werden müssen. Von eigentlichen Restrictionen, die eingeführt worden sein sollten und worüber in hiesigen und auswärtigen Journalen wiederholt Klage geführt wird, ist jedoch keine Rede, und das Wechselportefeuille ist im October vielmehr um 2,242,194 fl. und die Vorschüsse auf Staatspapiere sind um 1,355,800 fl. gestiegen.*

*„ **Wien**, 4. Nov. Vorgestern hat die erste eigentliche Sitzung des Handelscongresses stattgefunden. Anwesend waren die Herren v. Hermann (für Bayern), v. Schimpff (für Sachsen), v. Sigel (für Württemberg), v. Hack (für Baden), v. Meyer (für das Kurfürstenthum Hessen), v. Biegeleben (für das Großherzogthum Hessen), v. Scholz (für Nassau), und Oesterreichischerseits der Frhr. v. Handel als Stellvertreter des Ministers des Aeußern Grafen v. Buol Schauenstein, und Ministerialrath v. Hock für den Handelsminister Ritter v. Bruckgartner. In der heutigen Sitzung war auch der Handelsminister zugegen. — Die Veröffentlichung des Bürgerwehrgesetzes ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dasselbe nicht vor Schluß dieses Jahres veröffentlicht werden, um welche Zeit auch noch mehrere andere Gesetze, die sich demnächst noch in Berathung befinden, publicirt werden sollen. Man glaubt überhaupt, daß in der ersten Hälfte des nächsten Jahres die provisorischen Zustände ein Ende nehmen werden, wie denn auch ein allerhöchstes Handbillet den verschiedenen Organisationscommissionen es zur Pflicht macht, ihre Erhebungen mit thunlichster Schnelligkeit zu fördern, auf daß die judicielle und politische Organisation baldigst durchgeführt werde, und die neuen Behörden sodann unverzüglich ihre Thätigkeit beginnen können. — Bekanntlich hat sich der Fürst von Montenegro auch an Oesterreich wegen seiner Anerkennung gewendet. Die „Presse" hört, daß die Unabhängigkeitserklärung, für welche sich Rußland bereits auch in Wien verwendet hat, nicht lange mehr werde auf sich warten lassen. Im Laufe dieser Woche soll der Fürst von Montenegro in Wien eintreffen.*

*‡ **Berlin**, 5. Nov. Wie es in hiesigen höhern Kreisen heißt, dürfte es Herrn v. Manteuffel von der Entscheidung Sr. M. des Königs abhängen lassen, ob er die vom ersten hiesigen Wahlkreise auf ihn gefallene*

Wahl annehmen solle oder nicht. Der Generalsteuerdirector Kühne hat sich auch noch nicht über die Annahme des Mandats von Seite dieses Wahlkreises ausgesprochen. Herr Kühne könnte sich indessen wohl für diesen Wahlkreis bestimmen, da derselbe der bedeutsamste unter den Wahlkreisen der Hauptstadt ist, in welchem auch der Wahlkampf der bei weitem schärfste war. — Der Handelsminister v. d. Heydt ist heute nach der Rheinprovinz von hier abgereist, um der Einweihung zweier neuer Zweigbahnen daselbst beizuwohnen. Wichtig ist die Zweigbahn, welche über Saarbrücken zur Verbindung mit Metz dient. Es verdient bei dieser Gelegenheit hervorgehoben zu werden, daß von Seite Preußens in den letzten Jahren in Bezug auf Eisenbahnen, Chausseebauten und Postverbindungen Erfauniliches geleistet worden ist. In Rücksicht auf Chausseebauten hat sich der Grundsatz, durch Prämien von Seite des Staats die vorhandene Geneigtheit in den Provinzen zur Verbesserung und Herstellung von Heerstraßen zu fördern, als ein richtiger und erfolgreicher erwiesen. Mit dem Drittel der Kosten wird auf diese Weise derselbe Zweck erreicht.

§ **Aus Thüringen**, 5. Nov. Die seit dem Rücktritt des Märzministers Choppin in Sondershausen erledigte Ministerstelle dürfte nun bald besetzt werden, und wird allem Anschein nach die Wahl des Fürsten auf einen Staatsmann conservativer Gesinnung und mehr praktischer Richtung fallen. — Ein interessanter Proceß schwebt jetzt über den Verleger der dort erscheinenden Zeitung „der Deutsche". Derselbe hatte nämlich, um der starken preußischen Stempelsteuer bei dem Vertrieb durch jenen Staat zu entgehen, das Blatt nicht mehr täglich erscheinen lassen, hingegen immer Beilagen gegeben, so daß die Abonnenten doch so viele Nummern erhielten, als wenn das Blatt täglich erschiene. Darüber ist nun der Verleger in gerichtliche Untersuchung genommen und mit einer Strafe von 9000 Thlr. bedroht. Man ist daher allgemein auf den Ausgang dieses Processes gespannt.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 3. Nov. Nach dem „Impartial" von Chaux-de-Fonds wäre der letzte Beschluß des großen Raths von Neuenburg in der Eisenbahnfrage nichts anderes, als eine möglichst höfliche Ablehnung der begehrten Zinsgarantie. — Das „Journal de Genève" weiß in einem längeren Artikel nach, wie ungegründet die ziemlich verschreckte Meinung sei, daß die katholischen Cantone sich vor dem Rigorismus der protestantischen und conservativen Genfer zu schützen, grnöthigt seien, an James Fazy sich anzuschließen. In den ehemals sardinischen oder katholischen Gemeinden, heißt es in diesem Artikel, ist die katholische Kirche privilegirt. Alle Schullehrer sind dort katholisch. Eine protestantische Kirche darf in denselben nicht gebaut werden. Der Staat besorgt alle Kosten des katholischen Cultus, so wie des öffentlichen Unterrichts. Alle ihre frühern Fonds sind den Gemeinden gedrlieben, selbst ihre Verwaltung. In allen politischen Rechten besteht vollständige Gleichheit.

Italien.

* Die „Debats" bringen Mittheilungen über die Schritte der verschiedenen Deputationen, die in Florenz die Freilassung Madai's und seiner Frau erwirken sollen. Die Deputationen vermieden Alles, was ihrer Mission irgend einen politi chen Anschein geben könnte, und haben selbst einer jeden diplomatischen Intervention entsagt, die zu erlangen ihnen sehr leicht gewesen sein würde. Die englische Deputation wandte sich zuerst an den toscanischen Minister des Aeußern, um eine Audienz beim Großherzog zu erhalten. Der Minister ertheilte im Namen des Großherzogs eine abschlägige Antwort, der keine Intervention in dieser Angelegenheit dulden könne, und dem es überlassen bleiben müsse, ob er bei Madai seine Gnadenprärogative in Anwendung bringen wolle. Da es der Deputation dadurch unmöglich gemacht worden war, dem Großherzog persönlich ihr Gesuch vorzutragen, so schickte sie dem Minister des Aeußern eine Adresse zur Uebergabe an den Großherzog. In derselben wird die Absicht der Deputation weitläufig auseinandergesetzt und mit besonderer Betonung auf die in protestantischen Staaten (z. B. in England, Schweden, Mecklenburg u. s. w.?) den Katholiken gewährte religiöse Freiheit hingewiesen.

Frankreich.

* **Paris**, 5. Nov. So wäre denn für den Senat der Augenblick gekommen, aus dem Schooße des nationalen Verlangens das Kaiserreich zu entbinden, dessen Vater zu sein der 2. December sich rühmen darf. Die Botschaft Ludwig Napoleons und die Ernennung des Ausschusses der Zehn darf ich als Sphinx schon bekannt voraussetzen. Spätestens am 10. d. M. wird das Senatusconsultum zur Abstimmung fertig vorliegen und höchst wahrscheinlich am 10. Dec. wird die Bekanntmachung des Plebiscitums und die Proclamation des neuen Kaiserreichs den Beginn der neuen Aera bezeichnen. In den Bureaux des Senats sind eine Menge von Hilfsarbeitern thätig, Namenslisten der Gemeinden aufzustellen, welche in Adressen und Petitionen sich für Umwandlung der Regierungsform ausgesprochen haben, und diese Arbeit ist schon nahe zu ihrem Ende gediehen. An der Anerkennung des Kaisers von Seiten der europäischen Mächte scheint von der Regierung nicht mehr gezweifelt zu werden, nachdem Ludwig Napoleon die umfassendsten Versicherungen hat geben lassen, daß er die Grundlagen der Wiener Verträge respectiren werde, obgleich es auch große Wahrscheinlichkeit hat, daß der neue Kaiser eine friedliche und freundliche Conferenz vorschlagen wird, um jene Verträge in besseren Einklang mit der gegenwärtigen Lage zu bringen. Wenn man sreilner immer noch an Rußlands Anerkennung zweifeln wollte, so soll auch diese Besorgniß nunmehr gehoben sein, seitdem am Dienstag neue Depeschen aus St. Petersburg hier eingelaufen sind. Es heißt — und dies gebe ich ausdrücklich als ein Gerücht, aber als ein Gerücht, welches in den besten Zirkeln Glauben findet —, des Kaisers von Rußland Majestät habe sich diesmal viel weniger unbestimmt ausgedrückt als seiner Zeit gegen den Baron v. Heckeren und billige auch das Vermählungsproject zwischen Ludwig Napoleon und der Prinzessin Wasa. — Das Steigen der Werthspapiere in den letzten Tagen soll hauptsächlich mit durch große Ankäufe auf Rechnung der Regierung herbeigeführt sein, und dies ist um so wahrscheinlicher, als man weiß, daß große Baarvorräthe im Staatsschatz disponibel liegen. Solche Ankäufe werden sich noch oft wiederholen, denn sie heben mit den Coursen zugleich das Vertrauen in die neue Gestaltung der Dinge. — Von Montalemberts Buch „über die katholischen Interessen im 19. Jahrhundert" ist hier schon die zweite Auflage erschienen.

Spanien.

** **Madrid**, 31. Oct. Die amtliche Zeitung veröffentlicht heute eine Bekanntmachung, laut welcher der Gesammtbetrag der zur Conversion in dreiprocentiges Papier angemeldeten Summen sich auf 123,840,971 Realen beläuft. Dasselbe Blatt zeigt an, daß die Ausgaben des Staatsschatzes für den Monat November zu 101,528,531 Realen angesetzt sind. — Als Candidaten für das Commando der Hellebardirer werden jetzt der Herzog von Riansares und General Przuela genannt. — Nach dreiwöchentlichem Aufenthalt vor Cadix ist das holländische Geschwader von dort abgegangen.

Großbritannien.

‖ **London**, 4. Nov. Die Antwortadresse auf die Thronrede wird im Hause der Gemeinen von Lord Lovaine, Vertreter für Northumberland, vorgeschlagen und von Cristopher Egerton, Vertreter für Macclesfield, unterstützt werden. — Der französische Gesandte Graf Walewski hat dem Herzog von Terceira und seiner Gemahlin zu Ehren in Grosvenor Square ein großes Bankett gegeben. — Der Herzog und die Herzogin von Nemours waren gestern bei der Königin zur Tafel.

Türkei.

In der **Herzegowina** ist es abermals zu Kämpfen mit Aufständischen gekommen, in welchen die türkischen Regierungstruppen mit dem Verlust ihres Anführers eine gänzliche Niederlage erlitten.

Neueste Nachrichten.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin, den 7. Nov., 1 Uhr 40 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, 7. „ 9 „ 39 „ Abends.

Petersburg, 5. Nov. Der Herzog von Leuchtenberg ist gestorben.

Berlin, 4. Nov. Trotz aller Widersprüche officiöser Organe kann ich Ihnen mit Bestimmtheit wiederholen, daß zwischen dem Wiener und unserm Cabinet Unterhandlungen in der Zollfrage stattfinden, und daß dieselben lebhaft zwischen dem österreichischen Gesandten Baron Prokesch-Osten und Herrn v. Manteuffel geführt werden. Wie schon vorübergehend erwähnt, handelt es sich dabei nicht um eine Lösung der streitigen formellen Principienfragen, von welchen man österreichischerseits gänzlich Umgang genommen, sondern es sind von dort aus ganz neue Vorschläge zu einer Behandlung der schwebenden Angelegenheit gemacht, welche die bis jetzt in den Verhandlungen gewonnenen Resultate gänzlich unberachtet lassen und die Zollangelegenheit durch Aufstellung eines ganz neuen Plans einer Erledigung entgegenführen sollen. So viel darüber verlautet, würde die Zollerlösung erst nach zwölf Jahren eintreten, während welcher Zeit Alles durch verschiedene zu verschiedenen Zeiten einzuführende Handelsverträge dazu vorbereitet werden soll, in welchen sowohl auf die Verhältnisse der Valuten der einzelnen Staaten, der Monopole, der Ausgleichung der Zollgefälle ꝛc. Rücksicht genommen sein soll. (D. A. Z.)

þ **Berlin**, 6. Nov. Heute hat im Staatsministerium abermals eine Conferenz stattgefunden. Wie man glaubt, hat dieselbe die Wiener Zollconferenz zum Gegenstand gehabt, deren Vorlagen, wie

man heute hört, der hiesigen Regierung officiell übermittelt worden sind. Die Adresse des Baron v. Prokesch von hiesigem Ort dürfte schon spätestens in drei Wochen erfolgen. — Vor einigen Tagen reiste hier Fürst Menschikoff, Generaladjutant des Kaisers von Rußland, durch, um persönliche Aufträge des Kaisers nach Paris zu bringen. Es ist natürlich genug, daß man dieselben mit der Kaiser-Eventualität und mit den Verwicklungen in der orientalischen Frage in Verbindung bringt.

* **Berlin**, 6. Nov. Die heutige Nummer 49 des „Preußischen Wochenblatts“ ist polizeilich mit Beschlag belegt worden. — In Bezug der Zoll- und Handelsfrage wird von den thüringischen Staaten eine Gesammterklärung, angeblich zu Gunsten Preußens, erwartet. — Man will von mehreren Seiten versichern, daß in der bevorstehenden Kammersession die schon vor längerer Zeit angeregte, aber bis jetzt noch zu keinem Abschluß gediehene Frage wegen Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten in den östlichen Provinzen wieder zur Berathung gelangen werde. Als zuverlässig ist anzunehmen, daß das Finanzministerium die ernstliche Absicht hegt, bei den nächsten Kammern Vorlagen wegen einer Besteuerung der Eisenbahnen einzubringen. Es haben neuerdings von Seiten des Ministeriums mehrfache Erörterungen in der Sache stattgefunden, und die Arbeiten für den betreffenden Gesetzentwurf sind im Gange. Auch die Frage wegen Erhöhung der Steuer auf Rübenzucker wird höchst wahrscheinlich in dieser Session nochmals zur Beschlußnahme vorgelegt werden.

♀* **Kassel**, 6. Nov. Zu der von dem „Dresdener Journal“ gegebenen Nachricht, nach welcher die Vertreter von Bayern, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau angewiesen worden, die sächsische Erwiderung auf die preußische Circulardepesche vom 8. v. M. sich ebenfalls anzueignen, kann ich noch hinzufügen, daß die genannten Vertreter, unmittelbar darauf als der sächsische Gesandte der preußischen Regierung seine Eröffnungen gemacht, sich noch dem Amte der auswärtigen Angelegenheiten begeben haben, um die vollkommene Uebereinstimmung ihrer respectiven Regierungen mit den Ansichten der sächsischen zu erklären. Daß das preußische Ministerium von dem Anerbieten des sächsischen Gesandten wegen Mittheilung einer Abschrift der mündlich vorgetragenen Depesche keinen Gebrauch gemacht hat, ist dem bisherigen Herkommen im diplomatischen Verkehr durchaus entgegen. Die preußische Circulardepesche vom 8. Oct. enthielt dasselbe Anerbieten, und die preußische Regierung würde es wahrscheinlich als einen Act der Gringschätzung angesehen haben, wenn die coalirten Regierungen die Entgegennahme einer Abschrift für überflüssig erklärt haben würden. Es ist aber gewiß den guten Verwehren zwischen den deutschen Regierungen wenig förderlich, wenn man zu der Klage über Mangel an Gegenseitigkeit, und sei es auch nur in Betreff von Höflichkeitsformen, gegründete Veranlassung gibt.

* **Paris**, 6. Nov. Der Senat versammelte sich heute Nachmittag um 2 Uhr, um den Bericht der Commission für Begutachtung des ihr vorgestern überwiesenen Senatusconsultseentwurfs bezüglich Wiederherstellung des Kaiserreichs entgegenzunehmen. Verlauf und Resultat der Sitzung sind in diesem Augenblick für die öffentlichen Organe noch ein Geheimniß.

Heute wurde in der Hauptstadt zugleich mit der Botschaft des Prinz-Präsidenten ein großes Blatt feilgeboten und massenhaft gekauft; es trägt dieses Blatt einen Kaiseradler an der Spitze, ist „Adresse an das französische Volk“ betitelt und enthält die Genealogie der Familie Bonaparte.

Gestern kam der Prinz-Präsident von Saint-Cloud nach Paris; er fuhr selbst, von zwei Grooms begleitet, war aber ohne Escorte.

Auch der Cassationshof der Hauptstadt hat nun eine Dankadresse an Ludwig Napoleon votirt und in derselben den Wunsch um Wiederherstellung des Kaiserreichs ausgesprochen.

Vorgestern war Abdel-Kader nach St. Cloud zum Diner geladen. Nach der Tafel war großer Empfang, bei welchem die Minister, die Gesandten und die großen Staatscorporationen erschienen. Gestern hatte der Emir dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten einen Besuch ab; am Abend wurde er und seine beiden Adjus von der Prinzessin Mathilde empfangen, in deren Salons sich große und glänzende Gesellschaft eingefunden hatte.

Unter den neuen Senatoren, deren Ernennung nahe bevorstehen soll, befindet sich auch der Erzbischof von Toulouse.

Auch heute ist die „Indépendance belge“ wieder mit Beschlag belegt worden, so daß dieses Blatt nun vier Tage hinter einander nicht ausgegeben werden konnte.

+ **Paris**, 6. Nov. Gestern hat der Senat keine Sitzung gehalten; nur der Ausschuß war versammelt; heute hat letzterer seinen Bericht erstattet und wahrscheinlich wird sich heute der Senat *en corps*, seine Präsidenten an der Spitze, nach St. Cloud begeben, um dem Prinzen Ludwig Napoleon das zum Beschluß erhobene Senatusconsultum feierlich zu überbringen.

** **Madrid**, 1. Nov. Einem heute verbreiteten Gerücht zufolge wird der Zusammentritt der Cortes erst am 20. December, als dem zweiten Geburtstag der Prinzessin von Asturien, erfolgen. Die Session wird nur kurze Zeit dauern.

‖ **London**, 6. Nov. (auf telegraphischem Weg nach Paris gelangt). Neuern Nachrichten aus Neuyork vom 23. Oct. zufolge hat Daniel Webster, der bedenklich erkrankt ist, der Präsidentschaftscandidatur entsagt. — Cuba war, nach den letzten von dort eingegangenen Nachrichten, vollkommen ruhig. — Durch Websters Rücktritt ist Pierce's, des demokratischen Candidaten, Wahl zum Präsidenten der Union fast außer Zweifel gestellt; denn General Scott, der zumal von einem Theil der Whigs im Stich gelassen ist, kann diesem Concurrenten die Spitze nicht bieten. — Das Haus der Gemeinen hat seine gestrige Sitzung mit der Verabredung seiner Mitglieder ausgefüllt. Die Königin wird das Parlament nächsten Donnerstag in Person eröffnen. — Den Jahrestag der Pulververschwörung beging der Pöbel von London mit dem üblichen Verpuffen von Petarden und Raketen.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in **Köln**.

XXV.

Y **Köln**, 5. Nov. (Schluß der Verhandlung vom 4. Nov.) Polizeirath Stieber bekämpft mehrere der von dem Vertheidiger Schneider II. aufgestellten, gegen ihn gerichteten Beweisführungen. Als er zurücktritt, entsteht ein höchst ungebührlicher Skandal im Saal und man vernimmt ein Pfeifen. Der Präsident erklärt, er werde sogleich den Saal räumen lassen, wenn sich noch einmal das geringste Zeichen der Mißbilligung oder Billigung kund gebe.

Der Angeklagte Bürgers führt seine Vertheidigung selbst. Sie ist in andern Formen eine Wiederholung jener Schneiders II., weshalb wir sie füglich übergehen können. Es kommen darin die Sätze vor, der Beschluß einer Handlung unter Vorbedingungen bedinge die Negation der Handlung, bevor die Bedingungen erfüllt seien, — die Mitglieder des Bundes seien gewissermaßen die Mitpmisten der Revolution, ꝛc. ꝛc. (Schluß der Sitzung.)

XXVI.

Verhandlung vom 5. November. Nach einer Bemerkung des Vertheidigers Schneider II. fährt der Angeklagte Bürgers in seiner Vertheidigung fort. Er sucht zu beweisen, daß nirgend in den Schriften der Communisten ein Attentat beschlossen sei, vorheimlich sich gegen den Vorwurf der Lüge, in Betreff der Anspruche vom Juni, die ihm fremd geworden, und die er in Wahrheit in der „Osterreichischen Reichszeitung“ gelesen zu haben glaube.

Vertheidiger Schürmann nimmt für den Angeklagten Rothung das Wort und dirtredt sich, die Handlungen desselben möglichst zu rechtfertigen, so wie die gegen seinen Clienten gerichteten Anklagen zu widerlegen.

Börsenberichte.

rh **Frankfurt**, 7. Nov. Das Geschäft in heutiger Effectenforiefall beschränkte sich hauptsächlich auf spanische 1pCt. Neue; dieselbe eröffneten Anfangs flau im Cours zu 24⅞ pCt. in Folge der etwas niedrigeren Notirung derselben an der gestrigen Pariser Börse. Zuletzt aber boben sich solche wieder in Folge der von mehreren Seiten gemachten Ankäufe auf ihren gestrigen Standpunkt und schlossen 24¹⁵/₁₆ ꝛc. à 25 pCt.; 3 pCt. Ispanische waren 45⅞ pCt. In übrigen Effecten war nur wenig Verkehr, 5pCt. Metall. waren 80⅞ bez., 4½pCt Metall offerirter 72 à ½, 4pCt. Loose Bened. 88¼ pCt., Wiener Bankactien 1374 B., L.-W.-Nordbahn war 43¾, pCt. G. In den meisten übrigen Papieren ging wenig um.

Berlin, 6. Nov. Staatsch. 93⅛ Brf., 93 G. — Köln-Minden 112 Brf, 111 G. — Fr.-W.-Nordbahn 40¹/₄ Brf., 39¾ G., 40 à ¾ bez.

Paris, 6. Nov. 4½pCt. Rente 108. — 3pCt. 85, 45. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 94⅞. ¾. — Span. neue Diff. 25, 24⅞. — Neue 3pCt. —. — Innere Schuld 46, ⅞. — Passive —. — Bankactien 3000. — Piemont 5pCt. 99. — Römisches Antehen Juni 1850 99¼. — do. 1850 99⅝. — St. Germain-Eisenbahn 1640 — Versailles, rechts über 395. — Strasburg-Basel 405. — Nordbahn 550. — Paris-Strasburg 917, 50.

Die öffentlichen Fonds sind auch an der heutigen Börse wieder gestiegen; indessen war der Actienmarkt weniger belebt als in den letzten Tagen.

Madrid, 1. Nov. Wegen des Allerheiligenfestes blieb heute die Börse geschlossen.

Telegraphischer Coursbericht.

Antwerpen, 6. Nov. 5pCt. Belg. 100³¹/₃₂. — 2½pCt. do. 55³/₄. — 3pCt. Span. 46. — 1pCt. do. 24¹/₄. (Spad.)

London, 6. Nov. 3pCt. Stocks 100⅝. — 3pCt. Span. 51⅞. — 1pCt. do. 25¹/₄. (Spad.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kaiserlett.

[2528]

Hochfürstlich
Waldburg-Zeil-Trauchburg'sches Anlehen
von fl. 450,000 im fl. 24½ Fuß à 4½ pCt. (ursprünglich 5pCt.)
d. d. 1. Februar 1849.

In der heute vor Notar und Zeugen obligationsmäßig vorgenommenen dritten Verloosung des vorstehenden Anlehens sind die nachbenannten Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Februar 1853 gezogen worden, nämlich:

Litr. A. Nr. 43 148. . . . . à fl. 1000 fdr.
„ B. „ 133 173 181 193 297 à fl. 500 „
„ C. „ 164 169 207 307 400 à fl. 100 „

und hört demnach deren Verzinsung von obigem Termine an auf.

Stuttgart, 2. November 1852.

Gebrüder Benedict.

[2514]

123. Frankfurter Lotterie.
Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.
Gewinne: fl. 200,000. 100,000. 40,000
Ganze Loose fl. 6, ½ fl. 3, ¼ fl. 1. 30 fr., ⅛ 45 fr.
empfehle unter Berechnung reellster Bedienung
Jacob Braunschweig,
[2490] Zahnarzte, fl. 44, in Frankfurt a. M.

Unser Comptoir befindet sich von nun an Zeil Nr. 41, der Post gegenüber.
[2365] **J. J. Weiller** Söhne.

Fränkel
kommt am 12. d. mit 30 Stück Mecklenburger Reit- und Wagen-Pferden im „gelben Hirsch" dahier an. [2487]

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE
Das Glas fl. 1. 30 kr. Es bewährt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und der Zahnfäuligeruch. Es ist ein köstlicher Mundgenuß. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Strößlein auf der Zeil. [2198]

[2415] Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Spinnstube,
ein Volksbuch für das Jahr 1853.
Herausgegeben von W. O. v. Horn. Achter Jahrgang. Mit dem Portrait des Verfassers und vielen Holzschnitten von Richter.

Neben allen Volksbüchern steht die Spinnstube einzig in ihrer Art da! Der Verfasser nimmt längst einen der obenwollsten Plätze unter den deutschen Volksschriftstellern ein; er ist vollkommen Meister der kräftigen, reichen und naiven Sprache des Volkes und weiß seinen aus dem Leben gegriffenen Stoff mit einem köstlichen Humor zu würzen.

Der Jahrgang 1846 der Spinnstube ist vergriffen! Die Jahrgänge 1847 bis 1852 aber sind zum selben Preis vorräthig!

Frankfurt a. M., im October 1852.

J. D. Sauerländer's Verlag.

[2492] Edictalladung.
Nach erkanntem Concurs über das Vermögen des Schuhmachers Balthasar Möbl zu Gießen werden Alle, welche Ansprüche an denselben haben, aufgefordert, solche bei Vermeidung stillschweigend erfolgenden Ausschlusses

Mittwoch den 5. Januar k. J.,
Vormittags 10 Uhr,

dahier anzuzeigen und zu begründen, auch wegen Vergleichs-Bestellung eines Curators, Verwaltung eines Gläubiger-Ausschusses rc. Erklärung abzugeben, indem nach den Beschlüssen der Mehrheit der Erschienenden verfügt werden wird.

Gießen, den 19. October 1852.

Großherzogliches Hessisches Stadtgericht.
Mdd. Werner.

[2341] Edictalladung.
Gegen Michael Scheuer's Eheleute zu Heldenbergen ist der förmliche Concurs erkannt worden und es sind Forderungen und sonstige Ansprüche an dieselben in dem auf

Mittwoch den 15. December d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Liquidationstermine bei Vermeidung Ausschlusses geltend zu machen.

Großgerau, am 9. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht
Jäger.

[2612] Decret.
auf die Rechtfertigung der Appellation des H. Landesrechtsbeistehen Abt in Montabaur, Klägers und Appellanten,
gegen
1) den vormaligen Bürgermeister Jacob Hasenpflug,
2) den Gastgeber Johann Reymann und
3) den Fetzgerichtsschöffen Adam Egenolf daf. Beklagten und Appellaten,
wegen Regreßforderung.

Das Duplicat der Num. 10,254 nebst Anlage 1 wird den unter 2 und 3 in der Rubrik genannten Mitbeklagten mitgetheilt, und sämmtlichen Beklagten unter Verweisung auf die §§. 53 und 63 der P. B. O. aufgegeben, sich binnen einer mit öffentlich beglaubigter Vollmacht versehenen hiesigen Postexpeditionsprocuratur auf die Appellationsrechtfertigungsschrift des Klägers zu erklären.

Da der in der Rubrik unter 1 genannte Mitbeklagte nach der Bescheidung des Bürgermeisters zu Nietererbach vom 31. Juli d. J. unbekannt wo abwesend ist, so wird hiezu eine Frist von

sechs Wochen

von dem Erscheinen dieses Decrets in öffentlichen Blättern an, mit dem Anfügen hierdurch bestimmt, daß die Appellationsrechtfertigungsschrift des Klägers nebst den übrigen Acten dieser Instanzen in der Registratur des unterzeichneten Gerichts bereit liegt, und die künftig in dieser Sache ergehenden den unter 1 in der Rubrik genannten Mitbeklagten betreffenden Decreturen, in so lange kein Anwaltszwang besteht, ihm lediglich durch den Anschlag an das Gerichtsbrett werden bekannt gemacht werden.

Dillenburg den 26. October 1852.

Herz. Nass. Hof- und Appellationsgericht. Civilsenat.
Abbenhof.
vdt. Magdeburg.

[2412] Oeffentliche Ladung.
Charlotte Henriette und Agathe Dorothea Louise Sophie Both, beide von der, dahin gegen den Oekonomen Adolph Georg Friedrich August Both, ebendaselbst von hier, der hiesigen Justizamts auf Rückzahlung eines diesem am 15. April 1842 gelehenen Capitals von 2000 Thalern nebst den vom Tage der Auszahlung an rückständigen Zinsen zu 5 pCt. Klage erhoben.

Da nach vorgelegter Bescheinigung Verklagter seit mehreren Jahren von hier abwesend und sein Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird derselbe hierdurch öffentlich vorgeladen, sich auf die gedachte Klage im Termin

den 19. künftigen Monats, Vormittags 9 Uhr, unter den Rechtsnachtheilen des Eingeständnisses und Ausschlusses vernehmen zu lassen, und dient dem Verklagten zugleich zur Nachricht, daß alle weiteren in dieser Sache ergehenden Verfügungen und Bescheide nur durch Anschlag am Gerichtslokale werden veröffentlicht werden.

Dietkirchen, am 15. October 1852.

Kurfürstlich Hessisches Justizamt
v. Rau. vdt. Bec.

Ein- und Verkauf

[2518]

von **Obligationen, Staats-Lotterie-Loosen** rc. rc. bei
S. Berlyn, beeidigtem Sensal in Frankfurt a. M.

[2505]

Bekanntmachung.

Mit Beziehung auf den Plan vom 1. November 1847 wird den Inhabern der Partial-Obligationen des Anlehens des Vereins deutscher Fürsten und Ebelleute bekannt gemacht, daß die planmäßige zehnte Verloosung von **1000** Partial-Obligationen Montag den 15. November l. J., Morgens 9 Uhr, in dem Rathhause dahier öffentlich stattfindet und die Zahlung der Beträge demnächst durch das Bankierhaus Philipp Nicolaus Schmidt zu Frankfurt a. M. nach dem Plane erfolgt.

Wiesbaden, den 1. November 1852.

Vermöge Auftrags des Vereins.
Reuscher.

[2524] Verfügung
in Sachen
des Handelsmannes Löb Blumenlies aus Mennsbach, Klägers
gegen
den Handelsmann Hirsch Walach daselbst, Verklagten
wegen Forderung.

Auf nachstehende vom Kläger erhobene Klage nebst Nachtrag vom heutigen Tage:

„Am 1. Februar 1848 verkaufte und überlieferte ich dem Verklagten sieben Centner Wolle (7 Centner) den Centner für 30 Thaler (derselbe Preis, welchen damaligen Kaufpreis und ist mir derselbe dieselbe im Ganzen 210 Thaler (zweihundert und zehn Thaler) schuldig geworden.

Der Verklagte machte sich mir gegenüber bei dem Abschlusse des Handels verbindlich, den libellirten Kaufschilling den 1. Mai 1848 an mich zu bezahlen, dies ist aber bis jetzt noch nicht geschehen.

Auf wiederholtes Ansuchen sah ich mich zu meiner Bezahlung gelangen kann, so sehe ich mich zur Klage genöthigt und richte an Kurfürstliches Justizamt die gefällige Bitte:

den Verklagten, nach vorheriger Edictalladung, für schuldig zu erkennen und denselben anzuweisen, die libellirten 210 Thlr. nebst Zinsen des Betrags hiervon zu 5pCt. seit 1. Mai 1849 binnen kurzer Frist an mich zu bezahlen und denselben in die Kosten dieses Verfahrens zu verurtheilen. Prozeßvollmacht überreiche ich sub Lit. B. und Vollmacht für meinen Justizmannsmandator sub Lit. C.

Hierüber rc.

Kurfürstlichen Justizamtes
gehorsamster
Kläger in cubro.
Metschan.

Klägers erklärt mit Bezug auf seine am 29/10. 52 überreichte Klage:

Beweis! trete ich sofort an, indem ich dem Klägee über sämmtliche in der Klage bezeichneten Facten den Schiedseids antrage, gestützt auf die Negative sämmtlicher bezeichneten Facten. Ich bitte gehorsamst:

nunmehr weiter zu verfügen w. R.
gez. Metschan.

wird Termin auf

den 19. Januar k. Jahrs,
Vormittags 10 Uhr,

bestimmt, in welchem sich der Verklagte auf die Klage nebst Beweismittel bei Meidung des Ausschlusses und Eingeständnisses der Thatsachen, sowie der Eidesverweigerung zu erklären und über etwaige Einreden der Meinung erwiesener Beweisfälligkeit alsbald Beweis anzutreten hat.

Zugleich dient dem Verklagten zur Nachricht, daß Verfügungen und Bescheide in dieser Sache für die Folge nur an die schwarze Tafel statt Insinuation an ihn angeheftet werden sollen.

Eltville, am 31. October 1852.

Kurfürstliches Justizamt daf.
v. Schierett.
vdt. Peller.

Druck von August Osterrieth.

(Hiezu Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Montag (Beilage zu Nr. 267.) 8. November 1852.

Deutschland.

= **Frankfurt**, 8. Nov. In der heute Morgen um 9 Uhr eröffneten ersten Sitzung der gesetzgebenden Versammlung wurde Herr Senator Dr. Heffenberg mit 59 Stimmen gegen 26, welche Herr Schöff Müller erhielt, zum Präsidenten, Herr Dr. Souchay und Herr Joseph Bolongaro zu Vicepräsidenten, und die Herren Dr. Renner, Dr. Fester, J. Reiß und F. Mack, Schlossermeister, zu Secretären gewählt. In der Zusammensetzung des Bureaus ist somit nur die Abänderung eingetreten, daß Herr Bolongaro statt des Herrn Stourzh zum Vicepräsidenten gewählt wurde. Nachdem die Versammlung den verfassungsmäßigen Eid geleistet hatte, stellte Herr Dr. Jucho den Antrag, daß die Versammlung sich den Beschluß der vorigen Versammlung, über die Aufhebung der Gleichstellung aller Staatsangehörigen anejanen und bei ihrer Constituirung ebenfalls die Rechte hiesiger freien Stadt im Allgemeinen, sowie der Betheiligten wahren möge. Auf Antrag des Herrn Dr. Blum wurde zunächst die vorläufige Geschäftsordnung verlesen und angenommen. Sodann trat die Versammlung, nach kurzer Discussion über die von Herrn H. Hoffmann beantragte Vertagung, mit überwiegender Majorität der Verwahrung des Herrn Dr. Jucho bei. Ein weiterer Antrag des Herrn Dr. Souchay, die vom Senat ausgesprochene Cassation der Abstimmung der ersten Abtheilung und die angeordnete Neuwahl, sowie Maßregeln gegen ähnliche Vorkommnisse betreffend, wurde an eine Commission von fünf Mitgliedern gewiesen und die Sitzung um 12 Uhr geschlossen.

Frankfurt, 8. Nov. In den nächsten Tagen werden die Detaillhändler hiesiger Stadt eine Zusammenkunft haben zu Berathung einer gemeinsamen Eingabe an den Senat, um mildere Handhabung der in letzter Zeit mit großer Strenge durchgeführten Sonntagsfeier. Die in dieser Eingabe anzuführenden Gründe dürften unschwer zu errathen sein. Die Sonn- und Feiertage sind für das Detailgeschäft die einträglichsten und gewinnbringendsten, da nicht allein die Landbewohner, sondern auch ein großer Theil der arbeitenden Klasse der Stadt selbst fast nur an diesen Tagen ihre Einkäufe machen können; auch ist nicht abzusehen, wenn Wirthshäuser, Spezerei- und Tabakläden selbst während des Gottesdienstes geöffnet bleiben dürfen, weßhalb dann der in der Regel doch wenig geräuschvolle Verkehr des Detailgeschäfts nicht gestattet sein soll. In den meisten größeren Städten Deutschlands, namentlich den katholischen, kennt man solche Verkehrsbeschränkungen entweder gar nicht, oder sie treten nur ein während der gottesdienstlichen Stunden.

[:] **Wien**, 5. Nov. Das Gerücht, es werde über die bürgerliche Stellung der Israeliten ein eigenes Gesetz erscheinen, gewinnt immer mehr Bestand. Es verlautet, daß hierbei von dem Grundsatz ausgegangen werden soll, die Nationalität der in Oesterreich existirenden circa 800,000 Juden sei durchaus nie, auch nicht indirect, anerkannt worden, während z. B. der numerisch schwächeren Serben seit dem Jahr 1849 (bezüglichen der Ruthenen u. s. w.) in den neuen Institutionen des Gesammtstaates specielle, begünstigende Erwähnung geschieht. Es werde sonach den bisher hier nicht officiell anerkannten Nationalitäten lediglich zwar im Allgemeinen das thatsächlich genossene Asyl keineswegs verweigert, allein denselben immerhin eine exceptionelle Stellung in der Art eingeräumt werden, daß den Mitgliedern derselben nicht um vieles größere Rechte zugestanden würden, als den mittelst Pässen hier vorweilenden Fremden überhaupt hier gewährt werden. Aufenthaltskarten dürften für jene Nationalitäten wieder in Antrag kommen, sowie die aus polizeilichen und landesökonomischen Gründen angezeigte Ausschließung von gewissen Aufenthaltsorten, oder deren Beschränkung auf eine bestimmte Anzahl Individuen. Man verspricht sich von dieser anzuhoffenden Verfügung viel Segensvolles, insbesondere eine Abnahme der Theuerung und des jeden Verkehr hemmenden Zwischenhandels, desgleichen leichtere und billigere Unterbringung der niedern Klassen in gesunden Wohnungen, welche bei Concurrenzfällen stets, gleich den Lebensmitteln, in die Hände der meistbietenden, israelitischen Fremdlinge übergehen, eine Thatsache, welche die Aufmerksamkeit der Behörden lebhaft in Anspruch nimmt.

P **Berlin**, 6. Nov. Die Wahlen und Nachwahlen nehmen für den Augenblick noch vorwiegend alles Interesse in Anspruch. Was ich Ihnen bereits in einem meiner frühern Briefe schrieb, daß der Herr Ministerpräsident wohl schwerlich die Wahl für Berlin annehmen werde, wird sich in kurzem bestätigen. Denn wenn derselbe seine definitive Erklärung auch noch nicht abgegeben hat, so möchte doch der Umstand, daß sich der Herr Ministerpräsident morgen nach Luckau, seinem bisherigen Wahlkreis, begibt, Zeichen genug sein, daß er dort die Wahl annehmen gesonnen ist. Der Charakter der Nachwahl, welche dann im ersten Stadtwahlbezirk geschehen muß, wird in sicherer Weise zeigen, ob man wirklich gewigt ist, mit der Regierung zu gehen, und ob die Wahl des ehemaligen Generalsteuerdirectors Kühne, wie man hier behauptet, nur aus Sympathien für den Zollverein und nicht weil, sondern obgleich jener der Opposition angehört hat, geschehen ist. Der Berliner Bürgerschaft wegen müssen wir wünschen, daß bei dieser Gelegenheit der Charakter des von ihr gewählten Wahlkörpers völlig klar werde. Auch der Generalsteuerdirector Kühne hat sich noch nicht erklärt, in welchem Bezirk von denjenigen er die Wahl annehmen wird, in den er gewählt ist. Von den Ministern sind, soweit bekannt, alle bis auf den Herrn Justizminister gewählt. Die meisten sind es zweimal. Der Herr Finanzminister, welcher im Teltower Bezirk und in Westfalen in Vorschlag gebracht war, ist in letzter Provinz überall durchgefallen, wo, wie in der Rheinprovinz, die Mehrzahl der Abgeordneten Liberal-Constitutionelle oder Katholische sind. In Betreff der Rheinprovinz ist dies einigermaßen befremdend, da man wohl hätte hoffen dürfen, daß der zeitige Oberpräsident bereits so weit seinen Einfluß geltend zu machen gewußt habe, um dem Gouvernement günstigere Wahlen zu erwirken.

L* **Dresden**, 6. Nov. Wie wir vernehmen, wird Se. Majestät der König auf der Rückreise von Ludwigslust nach einem kurzen Besuche am königlichen Hofe in Hannover auf Einladung des Herzogs von Braunschweig auch noch an einer Jagd bei Blankenburg Theil nehmen und erst am 8. oder 9. d. M. hierher zurückkehren. — Se. königl. Hoh. der Prinz Gustav v. Wasa hat heute Dresden verlassen, sich von hier aus jedoch nicht nach Wien, sondern nach Berlin begeben. In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß die Reise des Prinzen nach Berlin nicht ohne tiefere politische Bedeutung sei und sich hauptsächlich auf die demnächst in Frankreich zu erwartenden Entwicklungen beziehen, auch wohl von noch größerer Tragweite sein dürfte. — Die Nachricht, daß nach Proclamirung des Kaiserthums in Frankreich ein europäischer Fürstencongreß in Aussicht stehe, gewinnt täglich mehr an Bestand. Außer mehreren Deutschland speciell berührenden Fragen möchten wohl die Verträge von 1815 im Allgemeinen Gegenstand der diesfallsigen Berathungen sein und namentlich auch die orientalische Frage auf diesem Congreß eine definitive Lösung erhalten.

Darmstadt, 7. Nov. Hinsichtlich der provisorischen Vorlage des Finanzministeriums über die Ausführung und die Kosten des Baues der Main-Weser-Eisenbahn hatte die zweite Kammer in ihrer Sitzung vom 16. Juli v. J. eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, welche die erste Kammer in ihrer Sitzung am 21. Mai d. J. theilweise beitrat. Da sie aber einige abweichende Beschlüsse faßte, so wurde dadurch ein weiterer Bericht des Finanzausschusses der zweiten Kammer veranlaßt, der am 4. d. M. erstattet wurde und eben im Druck erschienen ist. Er gedenkt des übereinstimmenden Beschlusses beider Kammern, daß sie sich erst bei der definitiven Rechenschaftsablage endgiltig aussprechen wollten. Die zweite Kammer hatte dafür gestimmt, daß die Conducteure mit Signalhörnern versehen werden sollten, während die erste Kammer dieses der Verwaltung überlassen wollte. Der Ausschuß trägt auf Anschließung an, in der Erwartung, daß die Staatsregierung das Angeregte prüfen „und auf Maßregeln, Unglücksfälle zu vermeiden, Bedacht nehmen werde". Die zweite Kammer

hatte beschlossen, daß die Erbauung definitiver Bahnwärterhäuser und Stationsgebäude, sowie der Convoihalle des Stationshofs zu Gießen auszusetzen sei und vor Bewilligung der Mittel nicht vorgenommen werde, die Regierung auch zu ersuchen sei, über diese Gebäude, so weit sie nothwendig, Voranschläge vorzulegen. Diesen Beschlüssen ist die erste Kammer nicht beigetreten; sie beschloß vielmehr, die Regierung zu ersuchen, die zur Vollendung des Ausbaues der Main-Weser-Eisenbahn erforderlichen Gebäude aufführen zu lassen und höchstens die vorgesehene Summe von 7,743,000 fl. für diese Bahn zu verwenden, vorbehaltlich der Rechenschaftsablage. Der Ausschuß schlägt nun vor, nur dahin zuzustimmen, daß 17 Bahnwärterhäuser für den Gesammtbetrag von 20,400 fl., die Convoihalle zu Gießen für 8200 fl. und der Mittelbau des Stationsgebäudes zu Gießen nebst Perron, zu 50,000 fl. veranschlagt, definitiv erbaut würden. Nachträglich beantragt der Ausschuß auf den Wunsch des Finanzministers, gegründet auf größere Zweckmäßigkeit, zuzustimmen, daß dieses Stationsgebäude auf einmal gebaut werde (Anschlag 80,000 fl.). Auch solle ein Güterschoppen auf dem Bahnhof in Friedberg erbaut werden, da der lebhafte Gütertransport dazu auffordere. Belehrend ist das dem Ausschußbericht einverleibte ausführliche Schreiben des Finanzministeriums vom 6. October v. J. an den Ausschuß der ersten Kammer, sowie auch dessen spätere Aeußerung zu beachten ist: „es habe sich die Nothwendigkeit herausgestellt, auch Nachtzüge anzuordnen, da die Frequenz der Bahn so bedeutend zugenommen habe und die schnellere Verbindung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands sie als unabweisbares Bedürfniß erscheinen ließen." Uebermorgen will die zweite Kammer zur Berathung schreiten.

> **Mainz**, 7. Nov. Von den Festungsbehörden und einem zahlreichen Generalstabe eingeholt, ist heute die Ergänzungsmannschaft für das österreichische Infanterieregiment aus Böhmen hier eingerückt, zugleich ist eine Grenadierdivision mitgekommen; vom Regiment selbst wird eine weitere Grenadierdivision ausgezogen und zu den Compagnien eingetheilt.

* **Frankfurt**, 8. Nov. Heute Morgen, wie man erzählt, wurde am Wege von Oberrad nach Offenbach ein bayerischer Soldat erschlagen gefunden. Die rechte Hand hielt noch das wahrscheinlich zur Vertheidigung gebrauchte Seitengewehr. Da die Leiche auf großh. hessischem Gebiete gefunden worden, so wird die betreffende Untersuchung auch von den dortigen Behörden geführt werden. — Vorgestern hat hier bei einem seit einiger Zeit durch seine absonderliche literarische Thätigkeit bekannt gewordenen Bürger eine Haussuchung stattgefunden, angeblich ohne das vermuthete Resultat.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 5. Nov. Aus einer vergleichenden Zusammenstellung der Personenfrequenz der eidgenössischen Posten im dritten Quartal 1852 mit dem dritten Quartal 1851 lassen sich folgende Ergebnisse entnehmen:

	1851.			1852.		
Monat.	Reisende.		Einnahmen an Personen- u. Uebergewichtstaxen.	Reisende.		Einnahmen an Personen- u. Uebergewichtstaxen.
Juli	67,197	Fr.	380,509. 64	70,646	Fr.	397,199. 10
August	67,369	„	390,929. 41	75,762	„	447,783. 86
Septemb.	55,242	„	318,685. 40	61,848	„	367,826. 21
	189,808	Fr.	1,090,124. 45	208,256	Fr.	1,212,809. 17

Die Vermehrung beträgt demnach an Reisenden 18,448 oder circa $9\frac{3}{4}$ pCt., an Einnahmen 122,684 Fr. 72 C. oder $11\frac{1}{4}$ pCt.

Frankreich.

† **Paris**, 6. Nov. Nachträglich die Rede, mit welcher vorgestern Prinz Marschall Hieronymus als Präsident des Senats die außerordentliche Session dieses Staatskörpers eröffnet hat:

Meine Herren Senatoren! Der Präsident der Republik hat uns zusammenberufen, um über diese Bewegung einer so großartigen und schwunghaften Begeisterung zu berathen, welche die Bevölkerungen zu der Herstellung des Kaiserreichs hinreißt. Das Kaiserreich ist für das französische Volk die Erinnerung an einen unsterblichen Ruhm; es ist die Versicherung, die Fundamentaleroberungen der Revolution von 89 unversehrt zu bewahren; es ist die Ordnung im Innern und die Würde nach außen; es ist eine allen Interessen gegebene Bürgschaft; es ist der Schutz und die Entwickelung der großen Entdeckungen unserer Zeit angewendet auf die öffentlichen Arbeiten und den Gewerbfleiß; es ist endlich ein Schild gegen die Rückkehr des alten Regime und gegen die Versuche der Männer der Unordnung. Der Wunsch der sich überall mit den Zurufungen des Volkes vereinigenden Wahlkörper beruft die napoleonische Dynastie, weil die Thronbesteigung dieser Dynastie für Frankreich das Pfand einer dauerhaften und gedeihlichen Zukunft ist, weil sie, unsern inneren Spaltungen ein Ende machend, einen Zeitraum der Wiederversöhnung eröffnen muß. Nach dem großen Acte, den Sie vorschlagen werden, darf es nach dem Willen Frankreichs wider unvollständige [illegible] noch provisorische Zustimmungen mehr gelten. Für jeden rechtlichen Mann, der eine Stelle in der Regierung einnimmt, ist es Ehrensache, mit dieser fest verbunden zu sein, und muß er für immer mit ihren Feinden brechen. Was das französische Volk im Jahr 1804 gethan, das thut es nochmals im Jahr 1852, indem es dadurch zeigt, wie beständig es in seiner Dankbarkeit und wie gerecht es in seinen Urtheilen ist. Wie sollte man nicht den Finger der Vorsehung, die in den schlimmsten Tagen nicht aufgehört hat, über unser Land zu wachen, in diesem Phänomen von fast gleichen Ereignissen erkennen, die sich fünfzig Jahre von einander wiederholen? Der Volksinstinct, welcher Napoleon I. zurief, enthüllt sich von neuem, indem er mit dem Namen Napoleons III. dem Prinzen zuruft, der seit vier Jahren Frankreich mit so viel Weisheit und Geschicklichkeit regiert. Es liegt uns ob, meine Herren Senatoren, dem Nationalwillen eine geregelte Weihe zu geben und ein Senatusconsultum zu entwerfen, welches die Grundlagen des Kaiserthums feststellen wird. Dies ist eine große und edle Aufgabe! Sie werden sie erfüllen mit jener hohen Unabhängigkeit, welche nur das Glück und den Ruhm unseres Landes zu Rathe zieht. Was mich angeht, so werde ich, persönlichen Bedenken gehorchend und eifersüchtig darauf, selbst den Anschein einer Betheiligung zu vermeiden, die nicht ausschließlich große Staatsinteressen im Auge hätte, einem Anderen die Ehre überlassen, die Discussion zu leiten.

Der an eine Commission zur Begutachtung überwiesene Redactionsentwurf des Senatsconsultums lautet:

Art. 1. Die Kaiserwürde ist hergestellt. Ludwig Napoleon Bonaparte ist Kaiser der Franzosen unter dem Namen Napoleon III. — Art 2. Die Kaiserwürde ist erblich in der directen, natürlichen und legitimen Nachkommenschaft Ludwig Napoleon Bonaparte's, von männlich auf männlich, nach Ordnung der Erstgeburt und mit immerwährender Ausschließung der Frauen und ihrer Nachkommenschaft. — Art. 3. Ludwig Napoleon Bonaparte kann, wenn er kein männliches Kind hat, die natürlichen und legitimen Kinder und Nachkommen, im Manneszweige, der Brüder des Kaisers Napoleons I. adoptiren. Die Formen und Bedingungen der Adoption werden durch ein Senatusconsultum geregelt werden. Wenn, nach der Adoption, Ludwig Napoleon männliche Kinder erzielt, so können die Adoptivsöhne erst nach den natürlichen und legitimen Nachkommen berufen werden, ihm zu succediren. Die Adoption ist den Nachfolgern Ludwig Napoleons und ihren Nachkommen untersagt. — Art. 4. In Ermangelung eines natürlichen und legitimen Erben oder eines Adoptiverben fällt die Kaiserwürde an den König Hieronymus Bonaparte und an seine natürlichen und legitimen Nachkommen, hervorgegangen aus seiner Ehe mit der Prinzessin Katharina von Württemberg, von männlich auf männlich, nach der Ordnung der Erstgeburt und mit immerwährender Ausschließung der Frauen und ihrer Nachkommenschaft. — Art. 5. In Ermangelung eines natürlichen und legitimen Erben oder Adoptiverben Ludwig Napoleon Bonaparte's, und in Ermangelung eines natürlichen und legitimen Erben von Hieronymus Napoleon Bonaparte und seiner männlichen Nachkommen, ernennt ein durch die Minister als Regierungsconseil, unter Zuziehung der im Amte befindlichen Präsidenten des Senats, des gesetzgebenden Körpers und des Staatsraths, dem Senate vorgeschlagenes und der Genehmigung des Volkes unterbreitetes organisches Senatusconsultum den Kaiser, und regelt in seiner Familie die Ordnung der Erbfolge, von männlich auf männlich, mit immerwährender Ausschließung der Frauen und ihrer Nachkommenschaft. Bis zu dem Augenblick, wo die Wahl des neuen Kaisers vollbracht ist, werden die Staatsgeschäfte durch die im Amte befindlichen Minister geleitet, welche ein Regierungsconseil bilden und mit Stimmenmehrheit berathen. — Art. 6. Die eventuell zur Erbfolge berufenen Mitglieder der Familie Ludwig Bonaparte's und ihre Nachkommen beiderlei Geschlechts gehören zur kaiserlichen Familie. Ein Senatusconsultum regelt ihre Stellung. Sie können sich nicht verheirathen ohne die Ermächtigung des Kaisers. Ihre ohne diese Ermächtigung geschehene Heirath zieht den Verlust jedes Erbfolgerechts, sowohl für den, welcher sie eingegangen ist, als für seine Nachkommen nach sich. Nichtsdesto weniger erhält, wenn aus dieser Ehe keine Kinder vorhanden sind, sowie im Falle der Auflösung wegen Ablebens, der Prinz, welcher sie geschlossen hatte, seine Erbfolgerechte zurück. Ludwig Napoleon Bonaparte bestimmt die Titel und die Lage der übrigen Mitglieder seiner Familie. Der Kaiser hat volle Autorität über alle Mitglieder seiner Familie. Er regelt ihre Pflichten und ihre Verpflichtungen durch Statuten, welche Gesetzeskraft haben. — Art. 7. Die Constitution vom 14. Januar 1852 wird in allen Bestimmungen, die nicht dem gegenwärtigen Senatusconsultum entgegen sind, aufrecht erhalten. Es können in derselben keine Modificationen angebracht werden, als in den Formen und durch die Mittel, welche sie vorgesehen hat. — Art. 8. Der nachstehende Vorschlag wird dem Volk in den durch die Decrete vom 2. und 4. December 1851 bestimmten Formen zur Annahme vorgelegt werden: „Das Volk will die Wiederherstellung der kaiserlichen Würde in der Person Ludwig Napoleon Bonaparte's mit Erblichkeit in seiner directen, natürlichen und legitimen oder adoptiven Nachkommenschaft, und in Ermangelung in der directen, natürlichen und legitimen Nachkommenschaft Hieronymus Napoleon Bonaparte's, gleichwie es durch das Senatusconsultum vom . . . November 1852 festgestellt ist."

Daß im Senat und in der Commission die Vererbung der Krone auf die Linie des Hieronymus auf Opposition stößt, kann keinem Zweifel mehr unterliegen. In der Commission sollen die Gegner sogar die Majorität haben und werden als solche bezeichnet der Cardinal Donnet, der Duc v. Mortemart, v. Lariboissière, General

Regnault v. Saint-Jean d'Angely, Leverrier und Cambaceres; die vier der Linie des Hieronymus günstigen Mitglieder wären Cardinal Dupont, Troplong, v. Argout und v. Hautpoul. Zu ihrem Vorsitzenden hat die Commission den Cardinal Donnet, zum Secretär Leverrier und zu ihrem Berichterstatter Troplong ernannt. Eine wesentliche Abänderung des Senatusconsultsentwurfs ist trotz der eben bezeichneten Opposition kaum zu erwarten; der Senat wird gegen seinen eigenen Präsidenten nichts unternehmen. — Die Botschaft Ludwig Napoleons ist durch den Telegraphen in allen Richtungen über Frankreich verbreitet, überdies sind in der Nationaldruckerei 50,000 Exemplare derselben abgezogen worden; außerdem wird sie durch 60,000 Exemplare des „Moniteur des Communes" in Umlauf gesetzt.

Großbritannien.

|| **London**, 5. Nov. Die Königin und der Hof werden Windsor gegen den 22. d. M. verlassen, um bis zu den letzten Tagen vor Weihnachten in Osbornhouse auf der Insel Wight ihre Residenz zu nehmen. Um die genannte Zeit kehrt die königliche Familie nach Windsor zurück, wo dann unter Keans Leitung die gewöhnlichen dramatischen Vorstellungen ihren Anfang nehmen. — Man versichert, die Königin habe sich endlich entschlossen, die Geschäftssession des Parlaments in Person am 11. dieses Monats durch eine Thronrede feierlich zu eröffnen. Ihre Neigung zu den Whigs und zu den Principien des Freihandels sind so bekannt, daß man aus ihrem persönlichen Erscheinen im Parlament den Schluß zieht, das Ministerium werde schon in der Thronrede seine sanfte Bekehrung zum Freihandel aussprechen. — Der Herzog und die Herzogin von Nemours sind nach Claremont zurückgekehrt. Die Gräfin von Neuilly stattete gestern der Königin einen kurzen Besuch in Windsor ab.

Rußland.

Nach den in neuester Zeit im russischen Ministerium vorgekommenen Veränderungen besteht dasselbe gegenwärtig, wie dem „Lloyd" aus **Kalisch** geschrieben wird, aus folgenden Mitgliedern: Graf v. Nesselrode ist Reichskanzler und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Generallieutenant Bibikow steht dem Ministerium des Innern vor; Minister des kaiserl. Hauses und Director des Departements für das Postwesen ist Generallieutenant Graf v. Adlerberg; Graf v. Perowski Minister der Apanagen und des Cabinets Sr. Maj. des Kaisers; Kriegsminister Fürst v. Dolgoruki; Minister der Justiz Graf Victor Panin, der Finanzen v. Brock, des öffentlichen Unterrichts und der Volksaufklärung Szyrinski-Schichmatow; Dirigirender des Marineministeriums der Großfürst Konstantin Nikolajewitsch; Dirigirender des Departements für Projecte und Anschläge Generallieutenant Gotmann; Dirigirender des Departements für Land- und Wassercommunication Generallieutenant Kleinmichel, und Dirigirender des Departements für Gesetzgebung Geheimerath v. Bludow; Präsident des Hofcomptoirs ist Fürst v. Mentschikow.

Amerika.

∻ **Neuyork**, 20. Oct. Ich muß mit der traurigen Nachricht beginnen, daß Daniel Webster, nach Henry Clay der beste Staatsmann der Union, diesem seinem Freunde binnen wenigen Tagen nachfolgen wird. Der 73jährige Greis liegt auf seinem Gute Marshfield rettungslos darnieder. Für die Whigs hat dieser Verlust den Vortheil, daß ihre Spaltung für die Präsidentschaftscandidatur aufhört und General Scott der Alleinbewerber wird. Die Demokraten ihrerseits schöpfen Hoffnung aus den jüngsten Staatenwahlen in Indiana, Ohio und Pennsylvanien, die in ihrem Sinn ausgefallen sind. Die Verhältnisse mit Spanien gestalten sich etwas beruhigender. Man hat Nachrichten aus Cuba, daß die Strenge der dortigen Behörde gegen das amerikanische Schiff Crescent-City zunächst dessen Commandanten Marinelieutenant D. D. Porter galt, indem das nach ihm einlaufende Schiff Black-Warrior in Havannah auf das höflichste behandelt wurde. Die vom Präsidenten Fillmore abgesandte Corvette „Cyane" hat daher vorerst nur eine friedliche Mission: sie führt als Abgesandten der Union den ehrenwerthen Richter Conkling, bisherigen Gesandten in Mexiko, welcher sich von dem wahren Sachverhalt überzeugen und den spanischen Behörden einige wohlgemeinte Winke geben soll. Porter und sein Schiff sind gestern Morgen unter großem Zusammenlauf im hiesigen Hafen angelangt; heute früh erschien dessen Protestation vom 14. October, an die cubaische Regierung gerichtet, in zahlreichen Abdrücken und wird von den Mitgliedern des Sternordens und andern Anexionisten eifrig verbreitet. Ein anderes Parteiactenstück, welches gegenwärtig circulirt, ist ein langes Schreiben Kossuths an den „amerikanischen Revolutionsbund für Europa", dessen Abgeordnete gegenwärtig in Wheeling tagen. Das Schreiben ist datirt London, den 31. August, und enthalt die bekannte Aufforderung, daß Amerika sich an einer künftigen Revolution Europa's betheiligen möge. Einstweilen soll das Anleihen befördert werden. Wie weit die Leichtgläubigkeit gewisser Leute geht, bew. ist die Nachricht eines hiesigen Blattes, zwischen dem Exmontagnard und nunmehrigen Thronfolger Napoleon Bonaparte (Jerome's Sohn) und L. Kossuth sei durch die Vermittelung des vormaligen Generals Kiß ein Freundschaftsbündniß abgeschlossen worden, welches von weitaussehenden Folgen sei. In Mexiko steigen Santana's Actien und in Canada liegt bereits so viel Schnee, daß man einen noch strengern Winter als den vorjährigen fürchtet.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
XXVII.

𝒱 **Köln**, 7. Nov. (Verhandlung am 6. Nov.) Vertheidiger Dr. Thesmar ergreift das Wort für den Angeklagten W. J. Reiff, und bemerkt, gegen seinen Clienten habe das öffentliche Ministerium kaum einen Versuch gemacht, Thatsachen aufzuführen, die auf ein Complott oder Attentat hindeuten können. Dennoch habe die Anklage vier Momente gegen ihn hervorgehoben: 1) seine Stellung als Secretär des Arbeitervereins und des Arbeiterbildungsvereins; 2) sein Notizbuch mit verfänglichen Worten; 3) die abgeschriebene Ansprache und 4) eine Art Geständniß. Der Vertheidiger erörtert umständlich und genau diese vier Punkte und schließt mit der Beweisführung, daß denselben keine Schuldbeweise entnommen werden könnten. Man habe Reiff den Vorwurf gemacht, daß er den Bund nicht dem Gesetz gemäß denuncirte. Aber haben nicht diejenigen unter uns, sagt der Vertheidiger, welche studirten, alle die Burschenschäftler gekannt, so wie die Burschenschaft, wenn wir nicht gar selbst darin waren, und hat ein einziger von uns Anzeige davon gemacht?

In seiner Selbstvertheidigung erklärt der Angeklagte Dr. Becker, er habe von der Anklage nicht erwartet, daß sie seine Wahrheitsliebe so sehr verdächtigen werde, als es geschehen ist. Er sei Publicist, ein öffentlicher Charakter, der sich nicht vor jedem Schulbuben bloßstellen wolle, dadurch, daß er Bestrebungen leugne, die jedermann kenne. Das öffentliche Ministerium, um ihn der Lüge beschuldigen zu können, sehe sich genöthigt, ihm die Worte im Mund zu verdrehen. Er habe gesagt, bei seiner ersten Anwesenheit in Köln habe ihn die Bewegung kalt gelassen, er habe nie geleugnet, später lebhaften Antheil daran genommen zu haben. Er habe gesagt, dem Arbeiter- und andern Vereinen habe er fern gestanden, aber nicht, er habe ihnen feindlich gegenüber gestanden. Er habe geleugnet, dem Communistenbunde angehört zu haben, und leugne es auch jetzt noch, einmal weil er überhaupt auf geheime Verbindungen nichts halte, dann auch noch aus Erfahrung. Er gehörte der Burschenschaft an und überzeugte sich, wie wenig damit erreicht werde; endlich auch, weil er den Communismus als eine Verirrung betrachte, die jedoch hier näher zu beleuchten, er dem öffentlichen Ministerium den Gefallen nicht thun wolle. Dr. Becker beleuchtet und zergliedert nun in längerer Rede die gegen ihn aufgestellten Anklagepunkte und bemüht sich in schlagender Weise, dieselben zu entkräften und zu widerlegen. „Man macht mir meine literarische Wirksamkeit zum Verbrechen, sagt er, in England aber würde selbst ein Tory einen literarischen Hochverrath für Unsinn erklären. Ich begreife nicht, wie der Herr Oberprocurator mit diesen in so vielen erfolglosen Processen abgethanen Sachen wieder auftreten kann." Den Preßverein, fährt er fort, bringe man mit dem Communistenbund in Verbindung. Was habe er gedruckt? Schriften von Mazzini, der kein Socialist sei, von Kossuth, der sich noch neuerdings gegen allen Socialismus und Communismus verwahrt habe, von Louis Blanc, von Kinkel, kurz von Leuten, über die sich die Marxianer lustig gemacht hätten. (Fortsetzung folgt.)

Telegraphische Coursberichte.

Amsterdam, 6. Nov. 4 Uhr. $2^1/_2$pCt. Integr. $63^1/_8$. — 3pCt Schuld —. — 4pCt. $95^5/_{16}$. — $3^1/_2$pCt. —. — 1pCt. Spanische $24^{15}/_{16}$. — 3pCt. —. — do. inländ. à 6000 fl. $45^3/_8$. — 4pCt. Russ. bei Hope 91. — do. bei Stieglitz $90^5/_8$. — 5pCt. Metall. $78^1/_8$. $2^1/_2$pCt. do. $40^1/_8$. — 5pCt Silber-Metall. 90. (Synd.)

Amsterdam, 7. Nov. (Sonntag.) $2^1/_2$pCt. Integr. $63^7/_{16}$. — 4pCt. Schuld $95^3/_{16}$. — 1pCt. Spanische $24^{13}/_{16}$. — do. inländ. à 6000 fl. $45^3/_4$. — 5pCt. Metall. 78. — $2^1/_2$pCt. do. $40^3/_4$. — 5pCt. Silber-Metall. $90^3/_8$. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Die Nummer 295 der „Darmstädter Zeitung" d. d. 23. October l. J. enthält, unter den Auszügen aus dem großherzoglich hessischen Regierungsblatt, eine Rubrik „Erhebung in den Fürstenstand". Nachdem aber die Verleihung fürstlichen Titels hier das Glied eines Hauses betrifft, welches gleich dem Hause, das den veränderten Titel verliehen, aus den frühesten Jahrhunderten Mitglied des römisch deutschen Reiches gewesen, so muß das bis jetzt unberichtigte Versehen hier bereinigt werden, indem die Verleihung fürstlichen Titels an Ihre Erlaucht die Gräfin Caroline zu Isenburg-Büdingen lediglich als ein Prädicatswechsel, keineswegs aber als eine Beförderung zu erscheinen vermag. Es scheint nicht bedacht worden zu sein, daß die Verleihung eines Titulardecrets in einem deutschen Einzellande der staatsrechtlich angeborenen Würde vormaliger deutscher Reichsstandschaft nicht an die Seite gesetzt zu werden vermag. [2536]

[2411] Zu Unterzeichnern ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Wein- und Obst-Producenten Deutschlands.

Systematisch geordneter Zusammentrag der wichtigsten Verhandlungen derselben bei den Versammlungen in den Jahren 1839 bis 1849.

Von J. Dornfeld,

Cameralverwalter in Weinsberg, Mitglied der württemb. Weinverbesserungs-Gesellschaft ꝛc. ꝛc.

gr. 8. geheftet. Preis fl. 3. 30 kr. oder Rthlr. 2.

Haupttabschnitte des Inhalts.

I. Weinbau: 1) Classification der Trauben. — 2) Der Weinbau im Allgemeinen. — 3) Die Rebe. — 4) Weinberg-Anlage. — 5) Erziehung des Weinstocks. — 6) Die Behauung der Weinberge. — 7) Unfälle des Weinstocks und der Weinlaube. — 8) Die Traubenlese. — 9) Die Kelterung. — 10) Behandlung des Weinmostes. — 11) Behandlung des Weines im Fasse. — 12) Einlegung des Weines in Bouteille und Krond der Weine, sowie des Böttchers. — 13) Weinverbesserung. — 14) Weinkrankheiten. — 15) Weinaufbewahrung. — 16) Weinhandel. — II. Obstbau: 1) Classification. — 2) Die Erziehung des Obstbaumes. — 3) Anpflanzung des Obstbaumes. — 4) Die Pflege des Obstbaumes. — 5) Unfälle des Obstbaumes. — 6) Ertrag der Obstbaumzucht. — 7) Das Dörren des Obstes. — 8) Die Fabrikation des Obstweins. — 9) Die Aufbewahrung und der Handel mit Obst — 10) Einfluß der Obstcultur auf die Weinproduction. — Uebersicht über die Verhandlungen und Verhandlungen der deutschen Land- und Forstwirthe, so wie der deutschen Wein- und Obstproducenten. — Verzeichniß der mit Namen angeführten Versammlungsmitglieder.

Stuttgart und Tübingen, October 1852.

J. G. Cotta'scher Verlag.

[2361] Zu allen Buchhandlungen ist zu haben, in Frankfurt a. M. in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkarten-Handlung:

Das

krankhafte Asthma der Erwachsenen.

Von Dr. med. Ch. F. C. Winter zu Lüneburg.

gr. 8. geh. 1852. Preis fl. 1. 30 kr.

Verlag von F. A. Eupel in Sondershausen.

Von dem Verfasser der Ostereier! Soeben erschienen:

Kurze Erzählungen für die Jugend,

von dem Verfasser der Ostereier,

Christoph von Schmid.

Neue Sammlung. Duodez-Format auf Maschinen-Papier schön gedruckt und in Umschlag broschirt Preis 18 kr.

Ausgabe auf schönstem weißen Maschinenpapier mit sehr sehr schönen Stahlstichen in farbigem Umschlag broschirt Preis 45 kr.

Verlag der J. Wolff'schen Buchhandlung in Augsburg und in allen Buchhandlungen zu haben. [2434]

[2539] Verwandte und Freunde benachrichtige ich hierdurch von dem in der verwichenen Nacht erfolgten Ableben meiner innigst geliebten, ältesten Tochter Caroline, und bitte um stille Theilnahme.

Marburg, den 5. November 1852.

Fr. Stadler.

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine Nr. 22** Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Unterrocke für Cabriolets und Militärs, als gestickte Gilets Amazones, Roben für Damen, und Livreen ꝛc. [2172]

[2366] Edictalladung.

Gr. Hofgericht hat über das Vermögen des Johannes Graenagel XIV. von Windhausen den vermollen Concurs erkannt. Bekannte und unbekannte Gläubiger haben ihre Forderungen und etwaigen Vorzugsrechte dem unterzeichneten Gerichte bei Meidung des Ausschlusses von der Masse

Freitag den 26. November d. J., Vormittags 9 Uhr,

anzusagen. In diesem Termine soll der Vermögensstand vorgetragt, Beschluß über die Verwaltung der von hier und der Concurs erkannt worden. Masse gefaßt und ein Arrangement versucht, nach sollen deßhalb die Knobleibenden den von der Mehrheit der erscheinenden Gläubiger gefaßt werdenden Beschlüssen beitretend angesehen werden.

Der abwesende Gemeinschuldner wird gleichzeitig aufgefordert, im Termine zu erscheinen und etwaige Einwendungen gegen die Concurserkennung vorzubringen, widrigenfalls lediglich nach dem Antrag der Gläubiger und des für ihn bestellten Curators verfügt werden soll.

Uttrichstein, den 11. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht. Stammler. Hoffmann.

[2408] Edictalladung.

Ueber das Vermögen des mit einem Gütergemeinschaftsvertrage eingekommenen hiesigen Bürgers und Schuhmachermeisters Johann Jacob Hartmann und dessen Ehefrau, Wilhelmine, geborne Herd, ist

Es werden daher alle Diejenigen, welche aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche und Forderungen an die gemeinschuldnerischen Eheleute zu machen haben, hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem hiermit auf

Dienstag den 30. November 1852, Vormittags 9 Uhr,

anberaumten Termine dahier anzuzeigen, auch ihr etwaiges Vorzugsrecht geltend zu machen, als sie ansonsten, wie hiermit eventuell geschieht, von der Masse ausgeschlossen sein sollen, und keine weitere Ladung, als an der Amtsthüre, ergehen wird.

Zugleich werden die etwaigen Schuldner d'ser Debitmasse angewiesen, ihre dahin gehörigen Beträge bei Strafe nochmaliger Zahlung nur an den verpflichteten Massecurator Herrn Dr. Belz zu entrichten.

Frankfurt a. M., den 20. October 1852.

Stadelsches Institut.
Dr. Pfarr.
Dr. Antoni, Act.

Cours der Staats-Papiere. 8 November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.h. Roths.)	93	P.	Nassau.	fl. 25 Loose . . .	28 3/4	P. 1/4 G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B.	93 1/4	P.	Würtemb.	4 1/2% Oblig. h. Roths.	101 3/4	P. 1/2 G.
»	5% do. v. J. 1852 L. A.	93 1/4	P.	»	4% ditto	90 3/4	P. 1/4 G.
»	5% L. V. (C. h. Roths)	88 1/4	P. 3/4 ben.	Hurhessen	40 Thlr. h. Roths.	34 1/2	P. 1/2 G.
»	5% do. Monte C. i. S. L. M	84 1/4	G.	»	Frdr.-Wilhs-Nordb.	43 3/4	P. 1/4 G.
»	Bank-Actien . . .	1377 P.	74 G.	Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	101 3/4	P.
»	5% Metallig. Oblig.	84 1/2	G.	»	4% ditto h. Rothsch.	90 3/4	G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	81 1/4	G.	»	3 1/2% ditto h. Rothsch.	77 1/4	G.
»	5% ditto 1852	81 1/4	G.	»	fl. 50 Loose . . .	50 3/4	P. 1/4 G.
»	4 1/2% ditto	72 1/4, 72 ben. u. G.		»	fl. 25 Loose . . .	31 1/2	P.
»	4% ditto	64 1/4	P.	Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. J. 1845	94 1/2	P.
»	3% ditto	48 3/4	P. 47 1/2 G.	»	3 1/2% » v. 1846	94	P.
»	2 1/2% ditto	40 3/4	G.	»	3% » »	85 1/2	P.
»	1% ditto	16 1/2	P.	»	Taunusbahnact. .	303 P.	300 G.
»	fl. 250 Loose h. Roths.	117 1/2	G.	Russland	4 1/2% Obl. h. Baring	102	P.
»	fl. 500 » ditto	192 1/2	G.	»	4% Obl. h. Hope & S.	90 3/4	G.
»	4 1/2% Oblig. h. Bethm.	80 1/2	P.	»	4% » h. Stieglitz »	90 1/4	G.
Preussen .	3 1/2% Staatsschuldsch.	93 3/4	P.	Polen. .	4% Oblig. de fl. 500	—	
»	Cöln.-Mind. E.-Actien	113	P.	Spanien	5% Inl. Sch. P. £ 2 30	45 3/4	P. 1/4 G.
Bayern .	5% Oblig. h. Rothsch.	101 5/8	P. 3/8 G.	»	5% Ausländ.	25, 24 15/16	ben. u. G.
»	4 1/2% ditto	100 3/4	P. 1/2 G.	Holland.	4% Certificate . .	95	G.
»	4% ditto	86 3/4	P.	»	2 1/2% Syndicats .	54 1/2	G.
»	4% Anlös.-Rente .	96 1/2	P. 1/4 G.	»	2 1/2% Integrale .	63 3/4	G.
»	3 1/2% Oblig. h. Roths.	93	P.	Belgien .	5% Obl. in fl. à 20 h. R.	100	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95 2/3	P. 1/3 G.	»	4 1/2% Obl. in F. à 25 kr	98 1/4	P. 97 3/4 G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102 1/4	G.	»	4% Obl in Fr. à 28 kr.	91 1/4	G.
Baden . .	5% Obligationen .	102 P.	101 1/4 G.	»	2 1/2% Obl. h. Rothsch.	55 3/4	G.
»	4 1/2% Obligationen	102 3/4	G.	Sardinien	5% Obl. h. Rothsch.	98	G.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	90 3/4	P. 3/8 G.	»	5% Obl. h. Hambro	95	G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/4	P.	»	Sardinische Loose .	40 7/8	G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 1/4	P. 38 C.	Toscana	5% Obl. 1850 (C.h. Golds.)	101 1/4	P.
Nassau .	5% Oblig. h. Rothsch.	103 1/4	P.	»	5% v. 1851 h. Rastop (dto.)	99	G.
»	4% ditto	99 3/4	P.	Römerzin.	6% Stocks Doll. 2.30.	116 1/4	P. 3/4 G.
»	3 1/2% ditto	91 1/4	P.	»	Verein. fl. 10 Loose . .	99 1/8	ben. u. G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 8. November	Per comptant	
Amsterdam . .	k. S.	101 1/4 B. 1/4 G
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg . .	k. S.	101 1/4 B. 1/4 G
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin	k. S.	105 B. 104 1/2 G.
(60 Thlr.) .	3M.	— —
Bremen (50 Rth.	k. S.	97 1/4 G.
Brüss. L. Ldor.	3M.	— —
Hamburg . .	k. S.	89 B. 88 1/2 G.
(100 Mk. Bc.)	3M.	— —
Leipzig . . .	k. S.	105 B. 104 1/2 G.
Londen . . .	k. S.	119 3/4 B. 119 1/4 G.
(1 Livr. St.)	3M.	— —
Lyon	k. S.	94 1/4 B. 1/4 G.
(300 Fr.) .	3M.	— —
Mailand (300	k. S.	100 3/4 B. 1/4 G.
Liv. Austr.)	3M.	— —
Paris	k. S.	94 1/4 B.
(300 Fr.) .	3M.	— —
Wien (150 fl.)	k. S.	102 ben. u. G.
(m. fl. 30 F.)	3M.	— —
Disconto . . .		3 1/2 B. 3 1/4 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 44–45
Dr. Friedrichsd'or	»	9 54–55
Holl. 10fl. Stücke	»	9 53–54
Rand-Ducaten .	»	5 37 1/2–38 1/2
20 Francsstücke	»	9 28–29
Engl. Souverains	»	11 53
Gold al Marco	»	382–83
5 Frankenthaler	»	2 21–1/2
Preuss. Thaler	»	1 45–1/4
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 44 1/2–45 1/4

Druck von August Osterrieth.

№ 268. Dienstag den 9. November 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestellbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Königl. Bayer. und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 16 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. B. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 20, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/3 Bogen) mit Briefporto oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Das Napoleonische Kaiserthum.

§ Frankfurt, 8. November.

Die neuesten Nachrichten aus der französischen Hauptstadt gestatten über die demnächst bevorstehende Wiederherstellung des Napoleonischen Kaiserthums keinen Zweifel mehr.

Zu wiederholtenmalen schon ist in diesen Blättern darauf hingewiesen worden, daß die Thatsache der Wiederherstellung keinem Widerspruch von Seiten der Continentalmächte begegnen dürfte, insofern sie keine Gefährdung der territorialen Bestimmungen der Wiener Verträge involvirt.

Das beabsichtigte, und ohne Zweifel auch zur Annahme kommende Senatsconsult gibt der Sache indeß eine etwas andere Wendung oder scheint es wenigstens zu thun, wenn man in letzter Zeit gefallene Aeußerungen officiöser Organe sich vergegenwärtigt. Wir denken dabei zunächst an Artikel des „Journal de Francfort" und der Wiener „Presse". Beide Blätter haben etymologisirt und in dem neuen Empereur nur einen antiken römischen Imperator erblicken wollen; man wollte dankbar sein und dem Retter der französischen, theilweise der europäischen Gesellschaft, den Imperatortitel für seine Person nicht versagen.

Anders will es das Senatsconsult: Es spricht von einem Napoleon III. und setzt die Erbfolge fest. Wie nun? Wird man protestiren, oder das neue Kaiserthum auch in dieser Form hinnehmen, natürlich nur als eine vollendete Thatsache, der man nicht ausweichen kann?

Zwei prinzipielle Erwägungen moderner Staatsweisheit scheinen uns dabei vorzüglich Platz greifen zu können: das europäische Gleichgewicht und die Legitimität.

Die Bedenken aus den ersten Erwägen sind leicht beseitigt. Frankreich allerdings wird, aber innerhalb seiner territorialen Grenzen, mehr Frankreich werden, als es in dem letzten Menschenalter gewesen; aber England wird England bleiben, und Deutschland leider auch Deutschland. Auch wird man uns gewiß zugestehen, daß es den Napoleoniden bei den letztjährigen Zuständen Europa's, und insbesondere Deutschlands, viel leichter geworden wäre, das Kaiserthum durch eine Störung des Gleichgewichts als durch eine sorgsame Erhaltung desselben zu restauriren. Der Wille also zur Erhaltung des Gleichgewichts und des Friedens in Europa kann nicht bestritten werden und an der dazu nöthigen Kraft zu zweifeln, sind wir unberechtigt einem Manne gegenüber, dem bis jetzt und unter viel schwierigern Verhältnissen die Kraft zur Durchführung seines Willens nicht gemangelt hat.

Daß es mit der angeblichen Störung des Legitimitätsprincips nicht schlimmer steht, dürfte sich eben so unschwer ergeben. Die Napoleoniden, der Onkel wie der Neffe, haben in Frankreich keinen legitimen Herrscher vorgefunden; sie haben niemand vom Thron gestürzt, um sich darauf zu setzen; beide fanden Tabula rasa und haben auf ihr einen Thron, natürlich für sich selbst, errichtet, denn nicht jeder ist zu einem Monk geboren; beide, mehr aber fast noch der Neffe als der Onkel, haben in ein Chaos mit dem Schwerte Ordnung und Regel gebracht und hinterher erst das Schwert in ein Scepter verwandelt; — wo ist da Verletzung der Legitimität? Wir vermögen sie nicht zu finden, wenigstens nicht bei den Hauptacteuren.

Die Bourbonen sind nicht die erste Dynastie, die fern von Thron und Heimat den Glanz und die Ehre früherer Zeiten beklagt, und die Napoleoniden werden wahrscheinlich nicht die letzten sein, die das unaufhaltsam rollende Rad der Geschicke aus dem Staube auf den Thron hebt. Die Geschichte ist unerbittlich, aber sie macht weniger die Menschen, als sie von ihnen gemacht wird.

Ein andermal mehr über dies Thema.

Deutschland.

ξ **Berlin**, 6. Nov. Das an den hiesigen hiesigen österreichischen Gesandten, Herrn v. Prokesch-Osten, erfolgte Abberufungsschreiben hat drüben hier großen Eindruck gemacht, weil aus diesem Schritt des österreichischen Cabinets klar zu ersehen ist, daß die Zollvereinsangelegenheit gegenwärtig vor der orientalischen Frage, deren folgenschwere Bedeutung für die Geschicke Europa's nicht mehr verkannt werden kann, in den Hintergrund tritt. Es gilt nunmehr für Oesterreich, bei der immer näher rückenden Lösung der orientalischen Frage in Konstantinopel auf dem Posten zu sein. Wie man hört, hat Herr v. Prokesch-Osten in Bezug auf die handelspolitische Frage in der letzten Zeit mehrere Verhandlungen mit Herrn v. Manteuffel gepflogen, aus denen allerdings die Genesigtheit Oesterreichs, sich mit Preußen in der Zollfrage zu verständigen, hervorgehen soll. Was den Grundsatz einer allgemeinen Zolleinigung zwischen Deutschland und Oesterreich betrifft, so machen unsere Schwerständigen kein Hehl daraus, daß Preußens mögen ein Ministerium an der Spitze unseres Staates sehen, welches es wolle, nie, weder jetzt noch in der Zukunft, darauf eingehen werde und könne. Eine Zolleinigung ist, wie dieselben hervorheben, eine Revenuentheilung, und mit einer Revenuentheilung ist immer eine Abhängigkeit verbunden. Das nächste Bedürfniß für einen jungen, aufstrebenden Staat ist aber Freiheit und Unabhängigkeit in seinen Unternehmungen und Bestrebungen. Eine Zolleinigung mit Oesterreich würde für Preußen einem Aufgeben seiner Selbstbestimmung gleich sein. Diese Frage könnte Preußen in Bezug auf die wirkliche Ausführung des Gedankens nur dann in Betracht ziehen, wenn Preußen, an der Spitze Deutschlands stehend, in dieser Weise ein Uebereinkommen mit Oesterreich träfe, indem alsdann von einem überherrschenden Uebergewicht Oesterreichs nicht die Rede sein könne. Alle Bestrebungen, welche von Wien aus zur Erreichung des gedachten Ziels gemacht werden, möchten deshalb auch vergebens sein, indem der Gedanke einer allgemeinen Zolleinigung, wie Oesterreich letztere anstrebt, dem eigensten Wesen des preußischen Staates entgegen ist. Hat man in Wien diese Zolleinigung einstweilen scheinbar fallen lassen, so wird man sich in Preußen durch diesen Schritt zu nichts verleiten lassen, was auf die Dauer die Selbstständigkeit dieses Staates doch in Frage stellen könnte. Mit der Aufstellung eines neuen Tarifs hat Preußen eine starke, mächtige Waffe in der Hand. — Zwei Aufsätze des Professor Leo in Halle machen in den hiesigen Kreisen Aufsehen und werden vielfach besprochen. Der eine ist in dem zu Halle erscheinenden „Volksblatt" enthalten und bezieht sich auf die Jesuitenmissionen. Bei den hiesigen Protestanten hat dieser Aufsatz großes Mißfallen erregt. Der andere Aufsatz in der Kreuzzeitung bespricht die jüngste Schrift: „Reden und Betrachtungen", vom General v. Radowitz.

* **Berlin**, 6. Nov. Die Kammern werden am 29. November eröffnet werden. — Was die Bildung der ersten Kammer anlangt, so nimmt man ziemlich allgemein an, daß bei dem provisorischen Charakter derselben der König von dem ihm zustehenden Ernennungsrecht keinen Gebrauch machen werde. Die dem „C. B." hierüber werdenden Mittheilungen bestätigen diese Annahme vollkommen. — Von eingreifender Bedeutung hinsichtlich des kirchlichen Zerwürfnisses innerhalb der protestantischen Kirche ist es, daß, während die Provinz Pommern bisher als durch und durch altlutherisch gesinnt galt, jetzt mehr als hundert Geistliche dieser Provinz eine Petition an das Ministerium haben gelangen lassen, welche sehr energisch im Sinne der evangelischen Union abgefaßt ist. — Der hiesige „Kirchliche Anzeiger", das Organ der Vereine für innere Mission, verwahrt in seiner gestrigen Nummer die Herren Stahl und Hengstenberg gegen eine Identificirung ihrer Ansichten über das Verhältniß der protestantischen Kirchen

zu den Jesuitenmissionen mit denen, welche der Professor Leo über diesen Gegenstand ausgesprochen hat. Der Professor Leo hat sich nämlich in dem Hallischen „Volksblatt" in einer Weise über jene Missionen geäußert, daß der gegen diesen Gelehrten in früherer Zeit häufig erhobene Vorwurf katholisirender Tendenzen jetzt von neuem in Kreisen, die ihm sonst gesinnungsverwandt sind, mit großer Heftigkeit ausgesprochen wird. — Die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin trifft morgen Mittag hier ein, wird dann bis zum 9. in Sanssouci verweilen und hierauf nach Petersburg abreisen und dort sieben Monate bleiben. — Die Redaction des „Preußischen Wochenblattes" veröffentlicht folgende Erklärung:

Die heutige Nummer unseres Wochenblatts ist in Beschlag genommen worden. Wir lassen in einem besonderen Abdruck den Inhalt dieses Blattes mit Unterdrückung eines Artikels erscheinen. Dieser jetzt weggelassene Artikel enthielt, von einigen Worten der Entrüstung begleitet, wörtlich einen Abschnitt aus der nicht in Beschlag genommenen, kürzlich erschienenen Schrift „Briefe über Staatskunst", zur Bezeichnung des Geistes dieser Schrift.

München, 5. Nov. Es scheint, daß wie in Preußen, neuerdings auch in Bayern bezüglich der aus der Schweiz kommenden Handwerksburschen strengere Beaufsichtigung anbefohlen worden ist. Einigen solchen ist selbst die Reise durch Bayern untersagt und dieselben theils von hier, theils von den Grenzlandgerichten wieder über die Landesgrenze verwiesen worden, nachdem zuvor eine Durchsuchung ihrer Effecten stattgefunden hatte. (K. v. u. f. D.)

⩳ **Offenbach**, 8. Nov. So eben wird die Leiche eines bayerischen Jägers, die heute Morgen an der Frankfurter Grenze unweit der Chaussee auf einer Wiese gefunden wurde, in das hiesige Hospital gebracht. Dem Vernehmen nach hat dieselbe einen Stich, den jener wahrscheinlich in einer gestern Abend gegen 10 Uhr, in Folge einer an einer hiesigen Bürgersfrau verübten Mißhandlung, an jener Stelle stattgefundenen Rauferei zwischen bayerischen Jägern und hiesigen Einwohnern erhalten hat. Das Nähere wird die bereits begonnene Untersuchung ergeben. Dieser an sich traurige Vorfall wird vielleicht die Veranlassung, daß den schon lange Zeit lautgewordenen Klagen über die Abends auf dem Weg von hier nach Frankfurt herrschende Unsicherheit gründlich abgeholfen werde.

Rendsburg, 4. Nov. Nach hier eingegangenen Privatnachrichten soll dieser Tage den bekanntlich in Dänemark seit länger in Untersuchung befindlichen Lieutenanten Lund, Aschenfeldt und Friederichsen ihr Urtheil publicirt worden sein. Dasselbe lautet so streng, daß die „H. N." Bedenken tragen, vor officieller Bestätigung darüber etwas in die Oeffentlichkeit zu bringen. Die genannten drei Herren befanden sich, wie man weiß, zur Zeit der Erhebung der Herzogthümer als Offiziere der gesammtstaatlichen Armee in Kopenhagen; als geborene Schleswig-Holsteiner ward es ihnen indeß, wie Allen, die mit ihnen in gleicher Lage sich befanden, gestattet, gegen Unterschreibung eines Reverses, nicht gegen Dänemark dienen zu wollen, nach ihrem Vaterland sich zu begeben. Der ertheilten Zusage gemäß trat keiner von ihnen in die Armee; sie glaubten sich dahingegen nicht verpflichtet, auch anderer Leistungen im Dienst der Herzogthümer sich zu enthalten, und ging demgemäß Lieutenant Lund im Auftrage der Regierung nach Lüttich (oder Suhl?) zur Empfangnahme der dort bestellten Spitzkugelbüchsen, während die Lieutenante Aschenfeldt und Friederichsen auf dem Bureau des Oberquartiermeisters Geerz fungirten. Nach Beendigung der Feindseligkeiten fand der damalige commandirende General, Generallieutenant v. Bardenfleth, kein Bedenken, die genannten Herren wiederum als Offiziere in das holstein-lauenburgische Contingent aufzunehmen, und gingen dieselben später, als die Armee wieder gesammtstaatlich wurde, mit den holsteinschen Bataillonen, bei denen sie placirt waren, nach Dänemark. Dort angelangt, wurden sie sofort arretirt und in Untersuchung gezogen, und hat denn leider der Proceß das obenerwähnte traurige Endresultat genommen. (Der Kopenhagener „Flyvepost" schreibt man von Helsingör, daß nach beendeter Untersuchung gegen die genannten Offiziere nunmehr ein Kriegsgericht über dieselben niedergesetzt sei.)

X **Rostock**, 4. Nov. Nachdem die großherzoglich mecklenburgschwerinische Regierung durch eine Reihe von Maßregeln allen Katholiken, welche nicht in Schwerin und Ludwigslust wohnen, die Ausübung ihres Gottesdienstes und die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten unmöglich gemacht hat, ist neuerdings ein weiterer Versuch ins Leben getreten, wonach sämmtlichen Katholiken in Mecklenburg auch ihre bürgerlichen und politischen Rechte genommen werden sollen. Auf dem jüngsten Antecomitialconvent ist von Seiten eines ritterlichen Deputirten gegen die Anwesenheit eines andern ritterschaftlichen Deputirten, der katholischer Religion ist, feierlichst protestirt und für den nächsten Landtag der Antrag gestellt, daß die dieser Protestation zu Grunde liegenden Bedenken in Betracht gezogen werden möchten. Der Grund, auf welchen sich dieser Protest stützt, wird in dem Umstande aufgeführt, daß die Stände vermöge ihrer Theilnahme an dem oberbischöflichen Rechte des Landesherrn auch über Angelegenheiten der lutherischen Kirche Beschlüsse zu fassen hätten, mithin ein Katholik eo ipso von dem Rechte der Standschaft auszuschließen sei. Man stützt sich also nicht auf das verfassungsmäßige Recht, sondern zieht eine Schlußfolge aus Zweckmäßigkeitsrücksichten, mit der man die unzweideutigsten Bestimmungen des mecklenburgischen Staatsrechts und der deutschen Bundesacte ohne weiteres zu annulliren gedenkt. Wenn auch bei einer einigermaßen redlichen Interpretation des Artikels 16 der deutschen Bundesacte es schon unzweifelhaft sein möchte, daß derselbe allen deutschen Katholiken, indem er ihnen den Vollgenuß aller bürgerlichen und politischen Rechte garantirt, ihnen auch implicite die zur Ausübung ihrer Religion nöthige Religionsfreiheit zuspricht, da das minus in dem plus enthalten ist und man immer zuerst als Katholik gesetzlich existiren muß, wenn man als solcher bürgerliche und politische Rechte ausüben soll, so konnte die großherzogliche Regierung doch wenigstens bei ihren die Gewissensfreiheit beeinträchtigenden Maßregeln an der Nichterwähnung des kirchlichen Rechtes einen, wenn auch noch so oberflächlichen vorwändlichen Anhalt finden. Indem aber dieser obenerwähnte Protest jeden Katholiken von der Standschaft und in weiterer Consequenz auch von jedem obrigkeitlichen Rechte und selbst von dem Bürgerrechte in den Städten ausschließen will, schlägt er nicht nur dem Sinne, sondern auch dem klaren Buchstaben der Bundesacte auf die allerdreisteste Weise ins Angesicht und nimmt den Charakter einer absichtlichen Renitenz an. Immer bleibt es auffallend, daß ein solcher Antrag aus der Mitte der Ritterschaft hervorgehen konnte, die sich noch vor einigen Jahren mit so erfolgreicher Entschiedenheit den Zweckmäßigkeitsgründen der Regierung gegenüber auf das positive Recht berief und zur Aufrechthaltung desselben dasselbe Bundesrecht anrief, welches man jetzt als gar nicht vorhanden zu betrachten scheint. Ein solches Messen mit doppeltem Maße ziemt freilich niemand, am wenigsten aber einer ritterschaftlichen Corporation, und muß sich nach den ewigen Gesetzen Gottes über kurz oder lang schwer bestrafen. Jedenfalls tritt die Tendenz, den Katholicismus, koste es was es wolle, in Mecklenburg gänzlich auszurotten, immer deutlicher und allgemeiner hervor. Auf demselben Convente ist außerdem der andere Antrag gemacht: „den Jesuiten das Ueberschreiten der mecklenburgischen Grenze zu verbieten, damit dem Convertitenunwesen ein Ende gemacht werde." Scheint es doch fast, als wenn der Geist der Paulskirche in die Convente der mecklenburgischen Ritterschaft gefahren sei!

* **Hamburg**, 5 Nov. Die „D. A. Z." kann aufs bestimmteste versichern, daß Hamburg wegen des auf die Elbe gelegten dänischen Kriegsschooners beim Bundestag ernstliche Remonstrationen erhoben hat und dieselben von Hannover aufs nachdrücklichste werden unterstützt werden. — Die seither dem Polizeiregistrator W. anvertraut gewesene Ueberwachung der Presse sollte in Folge Commissoriums des Raths andern Händen übergeben werden, da es sich erwiesen habe, daß Herr W. nicht die dazu geeignete Persönlichkeit sei. Dieses bereits seit länger als zwei Monaten erlassene Commissorium hat aber, soviel bekannt, bis jetzt noch keine Ausführung erhalten. — Die Wahl unseres neuen Höchstcommandirenden, der jetzt nichts mehr im Wege steht, ist noch immer nicht vor sich gegangen. Als Candidaten bezeichnet man Herrn v. Watzdorf, Major in preußischen Diensten, Herrn Böcker, ehemals in kurhessischen Diensten und einer der entlassenen Offiziere. Man glaubt, daß Letzterer die wichtige Stelle erhalten wird.

Italien.

Z **Von der piemontesischen Grenze**, 4. Nov. Ein Schreiben aus Turin meldet: Man wußte hier zum voraus, daß die Unterhandlungen des Königs mit der gemäßigten und eventuell äußersten Rechten nicht sehr ernstlich gemeint waren, und daß sich die hiesigen Verhältnisse doch auch am Ende nach den belgischen richten würden, nachdem der nachbarliche Anstoß, der in beiden Staaten die Krisis hervorrief, ganz der gleiche war, mithin auch eine gleiche oder ähnliche Lösung finden mußte. Der königliche Bote, welcher den abreisenden Grafen Cavour zurückholte, erreichte denselben nicht weit von der Stadt; Victor Emanuel hat das liberale Programm vollständig angenommen; während der Unterhandlungen mit Herrn Revel, der auf Verfassungsmodificationen bestand, sprach man im Publikum scherzweise von einem Ministerium Butenval. Daß der britische Geschäftsträger Se. Majestät besucht habe, wird ebenfalls erzählt. Inzwischen ist die gegen die französischen Flüchtlinge auf Frankreichs Verlangen eingeleitete Maßregel noch vom Minister Pernati vollzogen worden. Unter den Nichtinternirten, d. i. gänzlich Ausgewiesenen, befindet sich auch der Exprocurator der Republik, J. Mathieu, Verfasser des Buchs: „Le vol et le tyrannie". Den Unbemittelten, welche sich nicht einschiffen ließen und gegen die Schweiz hin wandten, wurden pr. Wegstunde 20 Cent. verabreicht.

Neueste Nachrichten.

Telegraphische Depesche.*)

Abgegangen in Berlin, den 8. Nov., 1 Uhr 9 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, 8. „ 2 „ 5 „ „

Paris, 7. Nov., Abends. Der von der Senatscommission in der Kaiser- und Erbfolgeangelegenheit gefaßte Vorschlag ist vom Senat angenommen worden.

*) Wiederholt, weil nicht in alle Exemplare der gestrigen Beilage aufgenommen. Man wolle übrigens die neuesten Nachrichten auf Paris im vorliegenden Hauptblatt vergleichen. Die Red.

* **Frankfurt**, 9. Nov. Der Bundespräsidialgesandte Graf v. Thun-Hohenstein hat von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich das Großkreuz des Leopoldordens verliehen erhalten. Daß Se. Excell. Graf Thun nach Berlin gehen wird, scheint gewiß zu sein; über die Zeit seines Abgangs dagegen verlautet noch nichts Bestimmtes. — Die Leiche des k. k. Ministerialrath Baron Nell v. Nellenburg wird heute Morgen 9 Uhr zur Erde bestattet werden.

* **Wien**. Die „Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wir erhalten unsere Wiener Briefe und Blätter vom 4. November erst kurz vor dem Schluß des Blattes. Man schreibt uns mit Bestimmtheit, daß die Nachricht von einer eingetretenen Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen in der Zollfrage sich nicht bestätige. Den gestrigen beunruhigenden Mittheilungen über die Erkrankung des Kaisers Ferdinand sind heute bessere Berichte gefolgt, so daß auch die Abreise des Erzherzogs Franz Karl nach Prag aufgeschoben werden konnte. — Oesterreichische Offiziere werden der Leichenfeier in London für den Herzog v. Wellington nicht beiwohnen; es sind also auch keine abgereist, wie Zeitungen sagen.

* **Paris**, 7. Nov. Die gestrige Sitzung des Senats hat länger gedauert, als man erwartete. Es wurde der Commissionsbericht verlesen, auf die Berathung jedoch noch nicht sofort eingetreten, da man sich, wie es scheint, vorher mit der Regierung über einige Modificationen des ursprünglichen Senatusconsultsentwurfes zu verständigen hatte. Da es deßhalb gestern noch zu keinem definitiven Ergebniß kam, so beraumte der Senat, trotz des Sonntags, eine Sitzung auf heute Vormittag an und in dieser ist der modificirte Entwurf zum definitiven Beschluß erhoben worden. Heute Mittag hat sich der Senat en corps nach dem Schloß von Saint-Cloud begeben, um dem Prinzen Ludwig Napoleon das auf die Wiederherstellung des Kaiserreichs bezügliche Senatusconsultum zu überbringen. Um halb zwei Uhr fuhren die Senatoren aus dem Palast Luxembourg ab und trafen um drei Uhr in Saint-Cloud ein. Vor und hinter der Wagenreihe folgte eine starke Abtheilung republikanischer Garde in großer Uniform unter dem Commando eines Hauptmanns.

Die auch vom „Constitutionnel“, jedoch nur lakonisch, angedeuteten Modificationen des ursprünglichen Senatsconsultums, von Seiten der Commission vorgeschlagen, betheben in einer Abänderung des Art. 4, der im Falle der Ermangelung eines direeten oder adoptiven männlichen Erben den Prinzen Marschall Hieronymus und seine männliche Nachkommenschaft zur Thronfolge beruft. Von den zehn Mitgliedern des Ausschusses haben sich sieben gegen diesen Artikel erklärt. Demnach ist die Opposition gegen den vormaligen König von Westfalen und seinen Sohn Napoleon im Senat sehr stark vertreten und zählt in ihrem Schooße dem Prinzen Ludwig Napoleon sehr ergebene Männer.

Dem Prinz Präsidenten hat Senator Troplong am Freitag Abend in Saint-Cloud den Commissionsbericht vorgelesen. Ludwig Napoleon hatte jedoch nach dieser Verlesung noch keine Entschließung gefaßt. An demselben Abend, versichert man, habe Prinz Hieronymus seinem Neffen eine Verzichtleistung auf seine eventuellen Thronansprüche schriftlich eingesichert. Von anderer Seite heißt es, er sei entschlossen, die Präsidentschaft des Senats niederzulegen. Wie dem Allem sein mag, schon gestern war in Paris allgemein das Gerücht verbreitet, Ludwig Napoleon wolle dem Gutachten des Senats nachgeben und die Streichung des Artikels 4 des Senatsconsultsentwurfs genehmigen. Dies scheint auch die Notiz des „Constitutionnel“ zu bestätigen, welche besagt, der Senat habe sich mit den vom Ausschuß vorgeschlagenen Modificationen des Entwurfs einverstanden erklärt. Interessen sind hinsichtlich dieses Punktes immer noch genauere oder vielmehr amtliche Aufklärungen abzuwarten.

Auch über eine Ablehnung von Seiten des Papstes, den neuen Kaiser zu salben, sind mancherlei Versionen verbreitet, namentlich die, daß Ludwig Napoleon als Napoleon III. die bereits von Pius VII. gesalbte Dynastie fortsetze und eine speetelle Salbung vom heiligen Stuhl nicht begehren könne, weil dann alle katholischen Souveräne Europa's ein analoges Verlangen stellen könnten.

Der gesetzgebende Körper ist zum 23. November einberufen.

Es ist fortwährend viel von der Gründung einer neuen Bank, einer „Banque générale“ oder „Banque de reports“ die Rede, die auf sehr breiten Grundlagen constituirt werden solle.

Der französische Gesandte in Konstantinopel, Marquis v. Lavalette, soll, so heißt es, in Folge der Anleihedifferenz entsetzt und mit 30,000 Fr. Gehalt zum Senator ernannt werden. Als seinen Nachfolger auf dem Gesandtschaftsposten bezeichnet man den vormaligen ausserordentlichen Minister Benedetti.

Kopenhagen, 4. Nov. In einer unterm 25. October hier erlassenen Bekanntmachung des Ministeriums für das Herzogthum Schleswig finden sich nachstehende Bestimmungen:

Die dänische Sprache ist ausschließliche Gerichts- und Geschäftssprache in den Törninglehnschen, mit den adeligen Gütern Gram und Nybel, in der Propstei Hadersleben mit der Stadt Hadersleben; in den Bisthum Alsen und Aerröe mit der Stadt Arröeshöbing und den augustenburgischen Gütern; in den Propsteien Apenrade und Sonderburg mit den Städten Apenrade und Sonderburg, sowie den gravensteinschen sowohl, als allen andern, adachten Propsteien angelegten adeligen Gütern; in der Propstei Tyganklosser und in den zur Propstei Tondern gehörigen Kirchspielen Abild, Hoyer, Jerpsted, Stadt, Postrup, Hoyst, Rapsted, Bylderup, Burkal und Tinglev.

Sowohl deutsch als dänisch wird die Gerichts- und Geschäftssprache sein: in der Propstei Flensburg mit den dazu gelegten adeligen Gütern; in der Stadt Tondern, sowie in den zur Propstei gehörigen Kirchspielen Uberg, Medelshye, Ladelund, Süderhygum, Humptrup, Braderup, Karlum, Klirbül, Leck und Ostenfeld; in den zur Propstei Husum und Bredstedt gehörigen Kirchspielen Bül, Jolkelund, Olderup und Schwesing; und endlich in den zur Propstei Gottorf gehörigen Kirchspielen Trepo, Ulshye und Fahrenstedt, Havetoft, Satrup, Thumbye und Struxdorf, Boel und Norderbrarup.

In der Stadt Flensburg dagegen, sowie in allen oben nicht genannten Distrieten des Herzogthums Schleswig ist die Gerichts- und Geschäftssprache ausschließlich deutsch.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
XXVII.

γ **Köln**, 7. Nov. (Schluß der Verhandlung am 6. November.) Der Angeklagte Dr. Becker führt in seiner Vertheidigung fort: Trotz den Haussuchungen, die man fast bei allen Personen vorgenommen, welche mit ihm in irgend einer nähern oder entfernteren Berührung standen, habe man doch nicht ein Wort gefunden, worauf seine Anklagnahme am „Bunde“ bewiesen werden könne, vielmehr lasse sich das vollkommene Gegentheil daraus beweisen. Gesetzt aber, er (Becker) sei Bundesmitglied gewesen, so würde er sich gewiß dem widersetzt haben, daß man ihn zum Emissär mache, wozu grade er bei der Aufmerksamkeit, die ihm die Polizei angedeihen ließ, sich am allerwenigsten eignete. Es gehe übrigens aus Allem hervor, daß die Reise des rheinischen Emissärs zuerst fixirt sind, und daß dann erst, in Folge derselben, der zweite Emissär, angeblich Lesner, von Frankfurt nach Nürnberg geschickt wurde.

Der Präsident fragt, ob der Angeklagten Vertheidigung noch lange dauern werde. Derselbe bemerkt, daß der besondern Vorliebe, welche die Anklage ihm bewiesen habe, müsse er misbrauchen noch eine Stunde in Anspruch nehmen; worauf die Verhandlung für heute geschlossen wird.

Börsenberichte.

π **Frankfurt**, 7. Nov. Wegen Mangels an neueren Coursen von den auswärtigen Bankpäsenplätzen zeigte sich auch hier bei nicht belebtem Handel in den meisten Fondsgattungen keine wesentliche Coursveränderung. Von öfter. Effecten waren 5pCt Metall. fester, 81¼ p. ult., 4½pCt. 72 à ⅛ pCt.; 5pCt. Lomb.-Ben. 88⅛, à ⅜ pCt.; Wiener Bankactien 1374 fl.; 500 fl. Loose 192½ pCt., 250 fl. Loose 117½ pCt. G. Von spanischen Fonds waren 1pCt. fehr fest, 24¼ à 25 pCt.; 3pCt. Inländische durch einige Baissegebote Verkäufe etwas niedriger, 45½ à ⅛ pCt. G. Von Eisenbahnactien war L.-W.-Nordbahn 44 pCt., Berbach 95¼, pCt., Köln-Minden 111½ pCt., Taunus 300 fl. In den meisten übrigen Papieren war wenig Handel und Bewegung zu bemerken. Abends in der Effectenbörse ist wenig Geschäft.

Madrid, 2. Nov. 3pCt. 47⅛, n. d. Börse 47⅛ G. — 1pCt. Neue 26⅛ P., n. d. Börse 26.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 8. Nov. 5pCt. Met. 94¼ à — G. — B. 109¼. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94½. — 4½pCt. do. 84½. — Bankactien 1329. — 250 fl. Loose 136½. — London 11 fl. 26 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 102½. — K.-K.-Nordb. 219¾. — Livorno-Florenz 102¼. — Siena-Empoli 71. — Paris 136⅞. — London in Triest 11 fl. 25 kr. — Silber 15¼. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Walten. Dr C. Sattler. Dr. J. B. Kaiserich.

Für den armen Familienvater im bayer. Untermainkreise sind folgende milde Gaben auf uns eingegangen: Von H. T. in Frankfurt 30 kr.; C. P. 2 fl.; N.N. 4 fl.; N.N. 42 kr.; J. R. 5 fl.; Herrn Fr. Clever in Geisenheim 2 fl.; einer Ungenannten in Frankfurt 5 fl.; J. J. B. 5 fl.; M. 3 fl.; J. R. N. 1 fl. 30 kr., herzu Empfang wir im Namen des Bedrängten dankbar bescheinigen. — Frankfurt a. M., 8. Nov. 1852.
[2511] Redaction der Frankfurter Postzeitung.

Bekanntmachung.

Bei der heute stattgehabten Verlosung des planmäßig für das Jahr 1853 festgesetzten Tilgungsfonds, der unter Vermittelung des Bankhauses der Herren M. A. von Rothschild & Söhne zu Frankfurt a. M. negocirten 3½ pCt. Domanialcassen-Anlehens, d. d. 21. Juli 1837, sind nachbemerkte Partial-Obligationen zur Ablage bestimmt worden:

a) **rückzahlbar am 1. Februar 1853:**

Lit. A. Nr. 13 26 145 227 378 417 498 562 721 797 841 857 929 1093 1200 1291 1383 1494 1561 1765 1786 1899 1902 2061 2157.
Lit. B. Nr. 20 31 69 360 440 454 480 723 824 827 913.
Lit. C. Nr. 109 184 243 293 528 541 755 785 945 965.
Lit. D. Nr. 33 96 239 312 463 533 692 734 920 930.
Lit. E. Nr. 101 140 232 509 542 671 815 959 1148 1187 1515 1575 1881 1984 2079 2295.
Lit. F. Nr. 357 659 1061 1204 1443 1569 1605 1706 1919 2182.

b) **rückzahlbar am 1. August 1853:**

Lit. A. Nr. 169 186 191 269 278 353 401 406 591 606 663 720 911 912 998 1073 1235 1474 1475 1604 1883 2001 2172.
Lit. B. Nr. 19 193 204 282 444 569 742 782 922 946.
Lit. C. Nr. 125 151 236 376 487 502 700 738 893 979.
Lit. D. Nr. 91 230 432 763 803.
Lit. E. Nr. 148 217 495 601 820 1001 1355 1452 1574 1875 1921 2015 2274.
Lit. F. Nr. 64 397 469 624 894 1210 1262 1337 1379 1684 1717 2132 2185.

Die Inhaber der bezeichneten Partial-Obligationen werden benachrichtiget, daß sie die Capitalbeträge in den Verfallterminen sowohl bei dem obengedachten Bankhause, als auch bei der Herzoglichen Staatscassen-Direction dahier oder bei den Herzoglichen Recepturen gegen Abgabe der Obligationen und der dazu gehörenden nicht verfallenen Zins-Coupons erheben können, wobei zugleich bemerkt wird, daß der Zinsenlauf von den bezeichneten Terminen an aufhört.

Aus früheren Verloosungen stehen noch folgende Obligationen zurück:

Lit. A. Nr. 1478 und 1678, rückzahlbar am 1. August 1850.
Lit. A. Nr. 1450, } rückzahlbar am 1. August 1851,
Lit. C. Nr. 340 und 390 }
Lit. A. Nr. 3 201 1012 und 1744 } rückzahlbar am 1 Febr. 1852.
Lit. B. Nr. 39 208 und 410. . . }
Lit. D. Nr. 516 . . . . . }
Lit. E. Nr. 371 und 1271 . . . . }

Die Inhaber dieser Obligationen werden zur Erhebung der Capitalbeträge wiederholt aufgefordert.

Wiesbaden, den 9. October 1852.

Herzoglich Nassauisches Staatsministerium,
Abtheilung der Finanzen.
[2328]

[2525]

Weinversteigerung.

Samstag den 13. November 1852, Nachmittags 3 Uhr, werden auf freiwilliges Ansuchen nachverzeichnete bestens gehaltene Weine, als

14 Oxhoft Becher Medoc St. Estephe,
12 „ do. do. Margaux,
1½ Stück 1846er Hochheimer,
½ „ 1848er Steinheimer,
5 „ 1848er Ungsteiner,

in dem Keller der Behausung des Herrn Hr. Stricker, Bleichstraße Nr. 54 dem Silchgarten gegenüber, öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Diese Weine können Donnerstag den 11. und Freitag den 12. November, Vormittags von 10—12 und Nachmittags von 3—6 Uhr, an der Zassen probirt werden; solche Liebhaber, welche früher zu probiren wünschen, so beliebe man sich deßhalb an Herrn Sensal H. van Hees zu wenden.

Die Hochheimer und Geisenheimer Weine werden mit Faß nach dem Gehalt verkauft und ist die Bezuggeit bis medio December d. J. festgestellt.

C. Besschaw, Auctionator.

[2532] In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das vierte Heft
der
Deutschen Vierteljahrs-Schrift
für 1852.
October — December.

Preis des Jahrgangs von 4 Heften von je mehr als 20 Bogen 12 fl. oder 7 Rthlr. 10 Ngr.

Inhalt:

Die fünfzehnte Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe in Hannover. — Die Macht des Capitals und die Macht der Civilisation in verschiedenen weltgeschichtlichen Epochen. — Das Wesen des arbeitslosen Einkommens und sein besonderes Verhältniß zu Ami und Adel. — Ideen zur Erziehung der Menschen durch Gehorsam und Sparsamkeit zum Staatsbürgerthum. — Die Vereinigung Schwedens mit den irrigen Völkerleben. — Die Nothwendigkeit gut eingerichteter Zivilbäuser. — Die Zollverbandlungen. — Anstalten zur Hebung der Rothstände und zur moralischen Verbesserung der unteren Volksclassen.

Stuttgart und Tübingen, Octobre 1852.

J. G. Cotta'scher Verlag.

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 19. September 1852 anfangend. [2498]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6½ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6¾ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**

☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.: in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7¾ Uhr die Dusseldorf, Elberfeld.

Von **Mainz-Castel** Mittags 12 Uhr, von **Biebrich** Mittags 12½ Uhr nach **Köln, Arnhelm.**

☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 11 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.: in Köln im Anschluss an die Nachtzüge nach Paris-London, sowie nach Berlin-Hamburg.

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm,** Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli,** Zeil Nr. 67.

[2529]

123. Frankfurter Stadt-Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December 1852.

Ganze und getheilte Loose sind zu den bekannten Preisen zu beziehen von

Gebrüder Stiebel,
Hauptcollecteurs in Frankfurt am Main.

[2530] **FRANKFURTER STADT-LOTTERIE.**
Hauptgewinne: fl. 200,000, 100,000, 40,000, 25,000 ꝛc.
Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.
Ganze Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1. 30 kr., ⅛ à 45 kr., empfehlen, unter Zusicherung prompter und verschwiegener Bedienung
Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

Druck von August Osterrieth.

Am 15. November

findet die Verloosung von tausend Gewinnen der Fürstl. Vereins-fl. 10 Loose statt. Die empfehlen hiezu Obligationsloose zum Tagespreis und Certificate für obige Ziehungen à 30 kr., 10 Stück für fl. 4.
Moriz Stiebel Söhne,
[2448] Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

[1656] **An- und Verkauf**

von allen Staatspapieren, Staats-Lotterie-Anlehens-Loosen, so wie von standesherrlichen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit bei **Raphael Erlanger,** bevollmächtigter Sensal in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof.

Coupons und Staatspapiere,

An- und Verkauf bei
[1679] **Michael Oppenheimer,** Zeil 47.

Grand Hôtel Louvois

in Paris, Platz Louvois, Straße Richelieu, gehalten von **T. Lachanal.**

Dieses geräumige und frei gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den alten Platz der Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuilerien.
[2197]

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag **(Beilage zu Nr. 268.)** 9. November 1852.

Frankfurt, 9. November, 10½ Uhr Vormittags.

Eine der Redaction soeben über Berlin zugegangene, aber, wie es scheint, durch eine Störung in der telegraphischen Verbindung, verspätete Depesche aus Paris, vom 8. November, bestätigt die am Sonntag erfolgte feierliche Ueberbringung des Senatusconsultes nach Saint-Cloud. Dieses Senatusconsultum ist mit der von dem Ausschuß vorgeschlagenen Modification (Streichung des die eventuelle Thronfolge des Hieronymus und seiner männlichen Descendenz betreffenden Artikels 4), mit allen gegen eine Stimme vom Senat angenommen worden. Die Primarversammlungen sind zur Abstimmung auf den 21., der gesetzgebende Körper ist (zur Prüfung und Ausjählung der Stimmen) auf den 25. November einberufen.

— Nach einer dem „Schwäbischen Merkur" zugegangenen telegraphischen Depesche aus Paris, vom 8. November, lautet nun der Artikel 8 des Senatusconsultums: „Das Volk will die Wiederherstellung der kaiserlichen Würde in der Person Ludwig Napoleons in erblicher Weise, in directer legitimer oder adoptiver Nachkommenschaft, mit dem Recht, durch ein organisches Decret die Erbfolgeordnung in der Familie Bonaparte zu regeln." Der Prinz habe seine Zustimmung direct ertheilt.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Nov. Mit Hinweisung auf den heute in einem hiesigen Blatte erschienenen Artikel muß wiederholt bemerkt werden, daß Oesterreich nur für die Kriegsdämpfer „Ernst August" und „Großherzog von Oldenburg" in dem bekannten Betrage und mit der gestellten Bedingung für Einrechnung seiner für die Unterhaltung der Flotte gemachten Vorschüsse Kaufgebote gestellt hat und für den „Barbarossa" nicht stellen konnte, da dieser bereits in den Besitz Preußens übergegangen ist.

ψ **Frankfurt**, 9. Nov. Heute Vormittag wurde der Director der Abtheilung für das Bundeskassen- und Finanzwesen, der k. k. österreichische Hof- und Ministerialrath Frhr. Neil v. Rellenburg feierlich beerdigt. Den Leichenconduct eröffnete das Musikcorps des k. k. österreichischen ersten Jägerbataillons mit Trauermärschen. Der Leiche folgte der geistliche Rath Beda Weber mit zwei assistirenden Geistlichen. Ein großer Zug von Begleitenden, worunter mehrere Gesandte, die Generalität und Stabsoffiziere der hiesigen Bundesgarnison, Offiziere der Militärcommission, Beamte des Bundes und viele angesehene Bürger folgten dem Leichenwagen. Eine Reihe von 86 Equipagen schloß den Zug.

Die beabsichtigte Eingabe hiesiger Handelsleute an den Senat, um mildere Handhabung des Gesetzes über Sonntagsfeier, dürfte schwerlich einigen Erfolg haben. Das Gesetz besteht einmal und muß gehandhabt werden in allen seinen Theilen. Sollten Ausnahmen oder Milderungen zugelassen werden, so ist das Gesetz durchlöchert und die seit langen Jahren bedauerte Entheiligung des Sonntags würde wieder eintreten. Wie man hört, ist die Polizei zur Handhabung des Gesetzes ohne Nachsicht angewiesen, und alle bisherigen Eingaben an den Senat um Straferlaß oder Ausnahmeertheilung waren ohne Erfolg.

Am Sonntag Abend griffen in der Nähe von Offenbach bayerische Soldaten ein Ehepaar an und verwundeten, als sich der Mann zur Wehr setzte, die Frau. Als hinzugekommene Civilisten sich der Angegriffenen annahmen, entstand eine Rauferei, in deren Folge Verwundungen von beiden Seiten vorgekommen sein sollen. Durch herbeigerufene Gendarmerie wurden zwei der Soldaten verhaftet und nach Offenbach gebracht. An demselben Abend stach in Sachsenhausen ein in Folge eines Wirthshausstreites erhitzter bayerischer Soldat ohne alle Veranlassung einem unter der Hausthüre stehenden Taglöhnerszjungen mit seinem Hirschfänger durch das Oberbein.

Gestern wurden der Inhaber einer Gastwirthschaft am Main, in welcher im Laufe des letzten Sommers ein Brand ausgebrochen war, und dessen Frau verhaftet und auf die Constablerwache gebracht. — Eine arme Weibsperson, die gestern Abend von der Brücke in den Main sprang, wurde gerettet und in das Hospital gebracht.

✝ **Frankfurt**, 9. Nov. Der Prinz-Präsident von Frankreich, Ludwig Napoleon, hat dem Frhrn. Karl von der Malsburg auf Schloß Escherberg bei Kassel, Escadronchef des ehemaligen königl. westfälischen Garde-Chevauxlegers lancier-Regiments, einem sehr tapfern Offizier, seine wohlgelungene Marmorbüste nebst einem huldvollen Schreiben übersendet, und mit diesem Kunstwerk dessen Museum bereichert.

* **Wien**, 5. Nov. Die neue Organisirung sämmtlicher Militärbildungsanstalten Oesterreichs ist am 1. d. M. ins Leben getreten; die unmittelbare Leitung derselben führt das allerhöchste Armeecommando selbst, bei welchem eine eigene Section creirt wurde, welche mit den laufenden Geschäften betraut ist; die Militärbildungsanstalten bestehen derzeit aus 12 Unter- und 12 Obererziehungshäusern, 4 Cadetteninstituten, 4 Militärakademien zur Heranbildung der Militärlehrer zu tüchtigen Militärs, ferner aus dem Militärlehrerinstitut, dem Militärcentralequitationsinstitut, dem höhern Artillerie- und Geniecorps und der Kriegsschule. Die Vorträge in der Kriegsschule werden demnächst den Anfang nach im December. In dieser Schule werden Offiziere aller Waffen für höhere Chargen, vorzüglich aber für den Generalstab, gebildet. Der Kurs wird zwei Jahre dauern, und es werden die vorzüglichsten Schüler zu Oberlieutenante befördert und dem Generalstabe zugetheilt. Im ersten Jahre wird vorgetragen: Situationszeichnen, höhere Taktik, Generalstabsdienst, höherer Assistantendienst; im zweiten Jahr: Situationszeichnen, Kriegs- und Friedensorganisation der europäischen Heere, Militärgeographie Europa's und Strategie. Jeder Aspirant dieser Schule hat sich einer Prüfung aus nachfolgenden Gegenständen zu unterziehen: Mathematik bis inclusive der sphärischen Trigonometrie, Geschichte, Geographie, Waffenlehre, Feld- und permanente Befestigung, Pionierdienst, Abrichtungs- und Exercierreglement aller Waffen, Feldreglement, Situationszeichnen, Stylistik und französische Sprache. Ferner muß der Aspirant außer deutsch auch entweder slavisch, ungarisch oder italienisch sowohl sprechen, als geläufig lesen und schreiben können. Die Anzahl der Schüler darf nicht mehr als dreißig betragen. Ein General oder Oberst des Generalstabs ist Director, Stabsoffiziere sind Professoren dieser Schule; alle bilden das Prüfungscomite.

Um die Ausbeutung des Bergbaues in Oesterreich beurtheilen zu können, dürfte es nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß die Zahl der bei dem Bergbaue beschäftigten Individuen sich auf 119,000 Köpfe beläuft, worin die Kohler und sonstigen Nebenarbeiter nicht eingeschlossen sind. — Die Straßenbauten, welche das Handelsministerium im Laufe dieses Jahres in Ungarn vornehmen ließ, sind von der Art, daß die Communicationen im kommenden Winter keine Unterbrechungen erleiden werden, wie dies in früheren Wintern regelmäßig mehrere Monate hindurch der Fall war. An der Herstellung neuer Straßenzüge wird fortwährend gearbeitet.

Bekanntlich hatte sich im Anfange dieses Jahres hier ein Comite gebildet, welches Beiträge sammelte, um der Besiegerin der Bankide Taverne in London, Fran Bensield, wegen ihrer, bei Gelegenheit des gegen die Person des k. k. Feldzeugmeisters Freiherrn v. Haynau gerichteten Attentats, an den Tag gelegten edlen Handlungsweise, ein passendes Geschenk als Beweis österreichischer Dankbarkeit zu übersenden. Vor einigen Tagen nun hat die Redaction des „Oesterreichischen Zuschauers", im Namen des Comités, der hiesigen k. großbritannischen Gesandtschaft ein eben so schön gearbeitetes als werthvolles Armband mit dem Ersuchen übergeben, dasselbe an die brave Wirthin gelangen zu lassen. Graf Westmoreland hat diese Bitte auf das freundlichste aufgenommen und die Verschickung ertheilt, daß das übergebene Armband sammt beigelegter Zuschrift, mit dem Verzeichnisse sämmtlicher Geber dieses patriotischen Andenkens, baldmöglichst seiner Bestimmung zugeführt werden solle.

Der auf der Durchreise hier gewesene preußische Generallieutenant v. Wrangel wurde in den höchsten Kreisen mit großer Auszeichnung behandelt. Vorgestern hatte er die Ehre an der kai-

ferlichen Tafel zu speisen und gestern wohnte er der am Glacis abgehaltenen Parade bei.

München, 6. Nov. Auf telegraphischem Wege traf heute Nachmittag die Trauerbotschaft aus Petersburg von dem Ableben Sr. königl. Hoh. des Herzogs von Leuchtenberg ein, welche betrübende Nachricht sogleich mittelst Courier an Se. Maj. den König in das Rieß gesendet wurde. Der hohe Verblichene ward zu München am 2. October 1817 geboren und erhielt unter der Fürsorge seiner Mutter eine vortreffliche Erziehung und wissenschaftliche Ausbildung. Sein Oheim, König Ludwig, sandte ihn 1837 zu dem großen Cavallerieманöver, das der Kaiser von Rußland bei Wosnessensk veranstaltete. Hier wurde er von der kaiserlichen Familie mit Auszeichnung aufgenommen, und als 1838 die Kaiserin mit ihrer Familie in Kreuth eintraf, knüpfte sich das Verhältniß noch enger. Der Herzog reiste am 16. October nach Petersburg ab und verlobte sich am 4. November mit der Großfürstin Marie, der ältesten Tochter des Kaisers. Die Vermählung fand hierauf am 14. Juli 1839 statt und am nächsten Tage erschien ein kaiserliches Manifest, das dem Herzog, dem Adoptivsohne Napoleons, das Prädicat „kaiserliche Hoheit" beilegte und ihn zum russischen Generalmajor erhob. Bei seinem Ableben war er Generaladjutant des Kaisers, Generalleutenant und Commandant der ersten Division der leichten Gardecavallerie und Chef jenes nach ihm benannten Husarenregiments, Chef des Cadettencorps der Burgin jenieure, auch Präsident der Akademie der Künste zu St. Petersburg, Ehrenmitglied der kaiserlich russischen Akademie der Wissenschaften, sowie der Universitäten von Petersburg, Moskau und Kasan und Ehrenmitglied des königl. bayer. 6. Chevaurlegerregiments. In der Regierung folgte der Verblichene seinem Bruder Herzog August (starb zu Lissabon) am 28. März 1835 und hinterläßt derselbe sechs Nachkommen aus seiner dreizehnjährigen glücklichen Ehe. (M. Z.)

± Stuttgart, 9. Nov. Der Mörder des Majors v. Glaser, Göhring, wurde gestern vor dem Schwurgericht in Eßlingen zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt. Auch vor Gericht wiederholte er sein früheres Geständniß der That, doch zeigte er bei allem eine kaum glaublich Gleichgiltigkeit.

Mannheim, 6. Nov. Heute kam bei großherzogl. Oberhofgericht das Cassationsgesuch der verurtheilten J. L. Stadelmann und Th. Heinrich in dem bekannten Vergiftungsprocesse vor der Verhandlung. Es stützt sich auf die Nichtzuziehung eines dritten sachverständigen Vertheidigers, der vom Schwurgerichte nicht zugelassen wurde. Der Vertheidiger, Hofrath Brüder, brachte das Cassationsgesuch in einem eine Stunde lang dauernden Vortrage aus. Nach kurzer Replik des Staatsanwalts verwarf der Gerichtshof das Cassationsgesuch und wurden die beiden Verurtheilten alsbald nach Bruchsal abgeführt. (M. Z.)

± Darmstadt, 8. Nov. Der am 2. d. M. eingebrachte Gesetzentwurf wegen der Auswanderung Militärpflichtiger nebst Motiven ist eben im Druck erschienen; er wurde von der Betrachtung eingegeben, daß seit einigen Jahren die Zahl der jungen Leute, welche in einem Alter, wenn sie zum Militärdienstpflicht nahe stehen oder derselben schon unterworfen sind, nach andern europäischen Ländern auswandern in immer steigendem Verhältnisse zunehme; zwar werde die Absicht, sich durch Auswanderung der Militärpflicht zu entziehen, wo sie anzunehmen sei, durch Versagung der Auswanderungserlaubniß auf Grund des Gesetzes vom Mai 1821 (wegen Freigebung der Auswanderung) vereitelt werden können; allein es sei schwierig, im einzelnen Falle jene Absicht zu erkennen, und dann habe auch bei dem Mangel solcher Absicht die Auswanderung solcher jungen Leute empfindlichen Nachtheil für andere, welche für den Abziehenden eintreten werden müssen. Hiergegen spricht der Art. 1 (Großherzen, Adoptivkindern) auswandere (denn dann müsse derselbe nach bereits gesetzlich bestehendem Grundsatze abziehen dürfen). Dieser Art. 1 lautet: „Diejenigen, welche das 19. Lebensjahr zurückgelegt, aber noch nicht das erste Jahr ihrer Kriegsdienstpflicht (Art. 9, 10, 12 des Recruitirungsgesetzes) überschritten haben, müssen, wenn sie ohne Eltern auswandern wollen, sich zuvor auf die gesetzliche Weise für den Militärdienst vertreten lassen, oder für ihre Vertretung auf den Fall, daß solche vor Ablauf des ersten Jahres ihrer Dienstpflicht nöthig wurde, hinlängliche Sicherheit leisten." Die übrigen Artikel des Gesetzentwurfs ziehen die entsprechenden Consequenzen.

± Weimar, 8. Nov. Nachdem durch das neue Landtagswahlgesetz für unsere staatlichen Verhältnisse eine gemäßigtere constitutionelle Grundlage gewonnen, dürfte es das Bestreben unserer Staatsregierung sein, auch die Bezirks- und Gemeinderordnung nach dieser Richtung hin einer Revision zu unterwerfen. Zu diesem Behufe dürfte dieselbe schon beim nächsten Landtag einen Gesetzentwurf einbringen, welcher hinsichtlich des Bezirksausschusses fordern wird, daß derselbe außer seinem obnehin von der Staatsregierung ernennenden Director, nicht wie bisher aus durch allgemeine Wahlen hervorgehenden Mitgliedern bestehe, sondern daß wenigstens ein Theil desselben von den Höchstbesteuerten gewählt werde; daß die Amtsdauer desselben eine kürzere sei, und daß der Staatsregierung in gewissen Fällen die Auflösung derselben zustehe. Hinsichtlich des Stimmverhältnisses in den Gemeinden dürfte die Regierung proponiren, daß dabei die Größe der an den Staat zu entrichtenden directen Steuern zu Grund zu legen, daß die Wahlen der Gemeindevorstände der Bestätigung der Staatsregierung bedürfen und daß letztere auch ermächtigt werde, Gemeinderäthe, welche ihre Pflichten durchaus vernachlässigen, nach vernommenem Bericht des betreffenden Bezirksausschusses aufzulösen.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 7. Nov. Die Entscheidung des Schicksals unserer Hochschule rückt näher. Bekanntlich erschallte 1850, als das conservative System wieder zur Herrschaft gelangte, von einem Ende des Landes zum andern der Ruf: „Fort mit dem Seminar! Fort mit der Hochschule!" Das Seminar, weil es den Vorwurf sich zugezogen hatte, eine Pflanzschule radicaler, halbgebildeter Schulmeister geworden zu sein, ist aufgehoben und die dem jetzigen System entsprechende Lehrerbildungsanstalt wurde am 1. d. M. zu München-Buchsee eröffnet. Selbst glaubte man, die Regierung werde die Universität noch fortbestehen lassen, aber unabläßig mahnt vernehmlich der „Oberländer Anzeiger" zur Reform der Anstalt, die zu viel Geld koste, die Bildungsbedürfnisse des Landes nicht befriedige und die Hauptstütze des Radicalismus sei. Schon bei Beginn der radicalen Regierung, gegen das Ende der vierziger Jahre, hatten die damaligen Matadore den Plan, die Hochschule in ihrem Sinn zu reorganisiren und einige conservative Professoren der juristischen Facultät zu entfernen. Die Anstalt wurde für provisorisch erklärt; jeder in Vorschlag gebrachte Plan scheiterte jedoch an dem Rechtsverhältniß der Professoren zum Staat. Man erkannte, daß ein auf unbestimmte Zeit angestellter Professor wenn er ohne richterliches Urtheil von seiner Stelle entfernt würde, das Klagrecht gegenüber dem Staate habe, und dieser in einem solchen Falle den Proceß verlieren werde. Deßwegen unterließ die radicale Regierung jede Maßregel und die Hochschule blieb in ihrem frühern Zustande, mit dem alleinigen Unterschied, daß die Regierungsbehörde ihr mehr und mehr die nothwendige Pflege und Sorgfalt von oben entzog, erledigte Professuren unbesetzt ließ rc. So ist es gekommen, daß die gegenwärtigen Leistungen der Anstalt mit dem für sie nothwendigen Kostenaufwand von jährlich beinahe 80,000 Fr. alter Währung (53,333 fl.) in keinem Verhältniß mehr stehen. Dazu kommt, daß mehrere radicale Professoren den besondern Haß der conservativen Partei auf sich gezogen haben und ihre Entfernung als fortwährende Forderung derselben ertönt. Der jetzige Erziehungsdirector, Herr Moschard, hat nun mit Hilfe des Herrn Professor Brunner, Sohn, einen Gesetzentwurf ausgearbeitet und denselben bei dem Regierungsrath zur Vorberathung eingereicht. Schon glaubte man, er werde nicht mehr unter Moschard's Direction zur Berathung kommen, da Letzterer wiederholt seine Entlassung eingereicht hatte und mit einem längern Urlaub abwesend war. Er ist jedoch vor mehreren Tagen wieder hier angekommen und wohnt fleißig den Sitzungen des Regierungsraths bei, der eben das Gesetz discutirt. Wie verlautet wird, beabsichtigt man, durch ein besonderes Decret die Hochschule in ihrem jetzigen Bestande aufzuheben, uns sie, nach Entfernung der mißliebigen Elemente, neu zu organisiren. Ueber die Grundzüge der neuen Einrichtung erfährt man nichts Gewisses. Wahrscheinlich werden die Vorschläge dem am 22. d. M. zusammentretenden großen Rathe vorgelegt werden.

Italien.

Neapel. Der „Constitutionnel" hat Briefe aus Sicilien vom 27. October erhalten, die eine glänzende Schilderung von dem begeisterten Empfange entwerfen, der dem König von Neapel beim Besuch dieser Insel geworden ist. Ueberall zogen ihm die Bevölkerungen entgegen. Der König soll oft bis zu Thränen gerührt gewesen sein. Der Fürst von Satriano begleitete ihn auf seiner ganzen Reise. Als er Catania verließ, um sich nach Messina zu begeben, sagte der König: „Ich verdanke die drei schönsten Tage meines Lebens." Der Fürst von Satriano kam am 26. nach Palermo zurück, welche Stadt der König diesmal nicht besuchte. Er kehrte nach Neapel zurück, um dem Ministerrathe, der sich gegenwärtig mit der Kaiserfrage beschäftigt, zu präsidiren.

Frankreich.

± **Paris**, 7. Nov. Der „Monitrur" macht heute eine Reihe von Ernennungen im Orden der Ehrenlegion bekannt, in welcher unter anderm auch den Namen einiger Prälaten begegnet; so ist der Erzbischof Bonald von Lyon zum Commandeur, der Erzbischof von Aix zum Officier, ferner sind die Erzbischöfe Debellay von Avig-

nen und Nicolan von Toulouse und die Bischöfe von Evy, Marseille, Frejus und Agen zu Rittern des Ordens der Ehrenlegion ernannt. Außerdem enthält das amtliche Blatt ein Decret, welches die Gesellschaft der Südbahn bestätigt. Der Vicedmiral Cecille ist an die Stelle des Vicedmirals Parceval-Deschenes, dessen Entlassung angenommen ist, zum Mitglied des Admiralitätsrathes und der Vicedmiral Baudin zum Präsidenten des Conseils für Marinebauten ernannt worden.

Der Ausschuß, niedergesetzt, um über den Vorschlag zum Senatusconsultum sein Gutachten abzugeben, hat sich mit einer Mehrheit von 7 Stimmen gegen 6 gegen das Gesetzrecht der Familie Jerome ausgesprochen. Die drei Mitglieder, welche sich zu Gunsten dieser Familie aussprachen, waren Troplong, d'Argout und d'Hautpoul. Der Berichterstatter Troplong begab sich zweimal nach St. Cloud, um Ludwig Napoleon anzukündigen, daß der Ausschuß diesen Entschluß gefaßt habe und darauf beharre. Der Präsident berief den Ministerrath, welcher der Meinung war, daß man sich dem bestimmt ausgesprochenen Willen des Ausschusses fügen und die Familie Jerome's opfern müsse. Der Erlönig Jerome ist höchst aufgebracht. Begleitet von seinem Sohn Napoleon begab er sich nach St. Cloud und erklärte Ludwig Napoleon, daß er sein Amt als Präsident des Senats und Großwürdenträger der Invaliden niederlegen und nur die Würde eines Marschalls von Frankreich beibehalten wolle. Der Präsident suchte seinen Oheim zu beruhigen und ihm seinen Vorsatz auszureden. Er bat ihn, zu bedenken, daß für seinen Sohn ja nicht jede Aussicht verloren sei, daß er denselben adoptiren könne, wenn er sich des Vertrauens des Landes würdig zeige. Ludwig Napoleon fügte endlich hinzu, daß er für seinen Vetter inzwischen einen hohen Posten ausersehen habe. Bis zu diesem Augenblicke besteht der Erlönig auf seiner doppelten Resignation. Er rief aus, daß in den Verhandlungen des Senats sich der Haß gegen die Erinnerungen des Kaiserreichs zeige, es handle sich hier nicht um eine persönliche Angelegenheit; man beleidige das Andenken des Kaisers, der seinen Willen im Senatusconsult von 1806 kund gethan habe. Wenn Hieronymus auf seiner Entlassung besteht, so wird Baroche zum Präsidenten des Senats ernannt werden und Rouher dann an dessen Stelle im Staatsrathe den Vorsitz führen. — Seit drei Tagen ist Portalis, der erste Präsident des Cassationshofes, um seine Entlassung einzukommen. Man hat Dupin den Aeltern nach Paris berufen, um ihm die Stelle des Hrn. Portalis anzubieten. Wenn er nicht annimmt, so wird Troplong Nachfolger des Hrn. Portalis werden. (K. Z.)

Briefe aus Marseille vom 2. d. M. melden, daß die eine ägyptische Fregatte mit Abdallah Bey, dem Chef der Eisenbahn von Alexandrien nach Kairo, angekommen ist, der als Abgesandter des Vicekönigs von Aegypten nach London reist. Wie verlautet, soll er dort die Vermittelung der englischen Regierung wegen des Verlangens des Sultans nachsuchen, einen zweijährigen Tribut (15 Mill. Fr.) als Vorschuß zu erhalten. Abbas Pascha hat bereits erklärt, daß er diesem Verlangen nicht entsprechen könne. Abdallah Bey ist ein zum Islam übergetretener Engländer oder Malteser.

Belgien.

✕ **Brüssel**, 7. Nov. Belgische Blätter, darunter die „Independance belge", melden übereinstimmend, daß der Repräsentantenkammer in einer ihrer nächsten Sitzungen, wahrscheinlich übermorgen, ein neuer Preßgesetzentwurf vorgelegt werden soll, um die aus dem bisher gültigen Gesetz von 1816 entstandenen Zweifel zu beseitigen und die Preßbestimmungen mit den neuen Institutionen des Landes in Einklang zu bringen.

Großbritannien.

O **London**, 6. Nov. Das von Konstantinopel hier angekommene Dampfboot „Sultan" hat 207,600 Pf. St. zur Zurückzahlung der von den englischen Unterthanen der türkischen Anleihe bereits liquidirten Coupons entgebracht. Auch an die französischen Subscribenten wird eine solche Heimzahlung demnächst erfolgen. — In diesem Augenblick wird zwischen den Regierungen von England und Frankreich für dieselbige Herabsetzung der Eingangszolle auf französische Weine sehr thätig unterhandelt. Eine solche Verminderung der Weinzölle hat hier viele und entschiedene Anhänger, und sogar die mit dem gegenwärtigen Frankreich so gewaltig unzufriedene „Times" sagt ihren Zornausbrüchen einen Dämpfer auf, indem sie das bemerkenswerthe Schreiben eines Herrn Shaw abdruckt, in welchem die Nothwendigkeit einer Reduction des Weintarifs 1) aus dem Interesse für Erhaltung des Friedens, 2) aus der Wohlfeilheit des Volks, die durch Trunksucht geschädigt werde, und 3) aus der Vermehrung der Zollerträgnisse nachzuweisen versucht wird. Es hat sich sogar in London eine Gesellschaft zu dem Zwecke gebildet, im möglich liberalsten Sinn die Lösung dieser Zollfrage zu fördern.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Odessa, 25. Oct. Der Kaiser hat den Bau der Eisenbahn zwischen Odessa und Charkow genehmigt und erlaubt, das Actien zu diesem Zweck gesucht werden, welchen das Gouvernement 5pCt. Zinsen garantirt. Die Strecke zwischen Odessa und Kremenchuck soll zuerst in Angriff genommen werden. Dort sollen Katarakten die Flußschifffahrt des Dnepr. Graf Leo Potocki ist zum Präsidenten der Commission ernannt, die dieses Unternehmen zu leiten hat. Freilich wird es lange dauern, ehe die Bahn fertig ist, obgleich faß keine Terrainschwierigkeiten existiren, aber einmal beschrabar, muß Odessa dadurch unberechenbar gewinnen, da sein Export sich verdoppeln kann; die Gouvernements des Innern aber noch mehr, die dann ihre Erzeugnisse exportiren können, während sie sie jetzt häufig zu seinem Preise verwerthen können, aus Mangel an Communicationswegen und Transportmitteln.

Landwirthschaftliches.

[1] **Aus Bayern.** In Ihingen ist man mit dem Ertrag der eben beendigten Weinlese der Qualität nach ebenfalls sehr zufrieden. In Quantität hat man zwar nur ein Drittel des Normalertrags erhalten, doch werden die Winzer durch sehr gute Preise entschädigt. Ueber Hopfenpreise kann ich Ihnen noch Folgendes als verbürgt mittheilen: In Regensburg kostete der Landhopfen 41 fl., Spalter Umgegend und Hersbrucker Hopfen 44 fl. per Centner. In Landshut: Auer Nebengut 77 fl., Holledauer Landhopfen 55 fl., Spalter Landgut mit Siegel 70 fl. Auf dem Hopfenmarkt in München wurden am 29. October 29,000 Pfund für 20,728 fl. verkauft; 84,266 Pfund blieben liegen. Die Mittelpreise für 1852er stellten sich für Landhopfen per Centner 53 fl. 36 kr., Holledauer Landhopfen 62 fl., Wollnzacher und Auer Markgut mit Ortelsegel 63 fl. 57 kr., Spalter und Hersbrucker Hopfen 70 fl 24 kr. und Spalter Stadtgut 80 fl. Ausländische und alte Waare sind sehr leicht Käufer.

In Unterfranken wurde vor einigen Tagen von einem zuverlässigen und kundigen Mann ein Rundgang in die nähern und weitern Umgebungen angestellt, und die Versicherung gegeben, daß der Stand der Wintersaaten in diesem Bezirke nichts zu wünschen übrig lasse. Auch durch ganz Thüringen stehen die Saaten so vortrefflich, wie um diese Zeit sie gesehen zu haben man sich nicht erinnert. Als merkwürdig theile ich Ihnen noch mit, daß in Hohenecke, einem der höchsten bebauten Punkte des Thüringerwaldes, 2127 Fuß über dem Meer, wo sonst Gewächse, die viel Sonnenwärme brauchen, gar nicht fortkommen, die Gurken in diesem Jahr ausgezeichnet gut gerathen sind.

Wiesbaden, 5. Nov. Der Verein zur Beförderung der Seidenzucht hat nun in der Filanda dahier die Veranstaltung getroffen, daß dasselbst Mädchen im Strohflechten unterrichtet werden können. Auch sollen auf Bestangen Strohflechterinnen in solche Gemeinden entsendet werden, welche zur Bestreitung der erforderlichen Kosten sich bereit zeigen. Zur Erlernung der Strohflechterei genügt ein Monat. Für den Unterricht in der Filanda zu Wiesbaden während eines Monats werden drei Gulden und für die Beköstigung zwölf Gulden in Anrechnung gebracht. Um die Strohflechterei in einer Gemeinde einzuführen, sind ungefähr zehn Gulden erforderlich zur Anschaffung einiger Utensilien zur Vorbereitung des Strohes durch Schwefelung und Waizen. Für den Lehrstuhl einer Strohflechterin in einer Gemeinde aufgestellt Wiesbadens werden neben freier Wohnung und Verköstigung sie jeden Tag dreißig Kreuzer Vergütung beanspruchen. Die Kosten für das Stroh während des Unterrichtes eines Monats übersteigen nicht fünf Gulden und wird das Stroh auf Verlangen von der Filanda in Wiesbaden geliefert. (M. Z.)

Telegraphische Coursberichte.

Berlin, 8. Nov. Die heutige Börse war günstig gestimmt; Actien gingen höher. (Tel. Dep. d. Postz.)

Amsterdam, 8. Nov. 2½pCt. Integr. 63³/₁₆. — 4pCt. Certific. 95¹¹/₁₆. — 3½pCt. Synd. 94¹/₄. — 4pCt. Russ. bei Hope 91. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 90¹/₄. — 3pCt. Spanische inl. 45⁵/₈. — 1pCt. do. Neue 24¹³/₁₆. — 5pCt. Süd-Amerik. 90. — 5pCt. Mex. 78¹/₂. — 2½pCt. do. 40⁷/₁₆. (Synd.)

Paris, 8. Nov. 4½pCt. Rente 108¾. 30. — 3pCt. do. 86. — Piemont 100. — 3pCt. Span. 46¹/₁₆. — 1pCt. do. 24⁵/₈. (Synd).

London, 8. Nov. 3pCt. Stocks 100⁵/₈. — 3pCt. Span. 51⁵/₁₆. — 1pCt. do. 25³/₈. (Synd.)

Madrid, 3. Nov. 3pCt. 47¹/₄. — 1pCt. Neue 26¹/₂. (Synd.)

Berichtigung.

In dem Leitartikel des gestrigen Hauptblattes ist in der ersten Spalte, Zeile 2 von unten, statt: „Beschluß", „Ausfluß" zu lesen.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuhschell.

Goldene Medaille 1845 — **Pate Pectorale de George** — Goldene Medaille 1845

Schutz-Marke. Brevetirte Chocolade-Pastillen. Schutz-Marke.

Tabletten werden erstaunt in Schachteln, die enthalten 20 St. oder 8 Sgr., die enthalten 40 St. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Rieflinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Welten, Kunsthändler, in Frankfurt a/M. NUR ALLEIN bei Hrn. H. C. von Oven, Bleichenstraße Nr. 33. [2428]

In England patentisirt.

Herr **George** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentisirten Erfindung, durch welche die Kunst der Jahnbildung gänzlich umgewandelt wird. Es handelt sich darum, die Platten statt aus Gold oder Horn vom Aetherode (Hyppopotam), aus Schildkröte zu verfertigen, die viel weicher, angenehmer und leichter im Munde sitzet als Hyppopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr George hat eine Dampfmaschine bauen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Befestigungen schneller und vollkommener einzurichten. Dieselbe sind Freitags von 1 bis 3 Uhr wird Herr George (rue Rivoli 36 à Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

NB. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentirten Vorrichtung zum Modelliren des Mundes bedarf Herr George nur zweier Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

Hôtel garni, 27, rue Montha- bor à Paris,

in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2173]

[2584] Edictalladung.

Ansprüche und Forderungen an den unbedeutenden Nachlaß des verstorbenen Gerichtsboten Friedrich Petri und seiner gleichfalls verstorbenen Ehefrau, Johanna geb. Schminke zu Offenbach, welcher von den Intestaterben unter der Rechtswohlthat des Inventars angetreten und mit einer hofgerichtlich verlesenen Forderung von 240 fl. belastet ist, sind

innerhalb 4 Wochen,

unter dem Rechtsnachtheile der Nichtberücksichtigung bei der unterzeichneten Behörde zur Anzeige zu bringen.

Offenbach, den 5. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
G. Stecker.

[2510] Edictalladung.

Forderungen und sonstige rechtliche Ansprüche an das zurückgelassene Vermögen des von Haus sich entfernt habenden Philipp Fey, Adams Sohn von Pfungstadt, über welches für den Fall, daß derselbe im Liquidationstermine keine Erklärung seiner Gläubiger nicht angegeben vermag, formeller Concurs erkannt ist, sind im Termin

Donnerstag den 16. December l. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

bei unterzeichnetem Gericht unterm Präkludirungsnachtheile einstehenden Rechtsverfahrens bei Ausschlusses zur Anzeige zu bringen und zu begründen.

Philipp Fey, Adam's Sohn von Pfungstadt, wird aufgefordert, in dem bemerkten Termine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger anzugeben, sonst im Concursverfahren über sein Vermögen verfügt werden soll.

Zwingenberg, den 27. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Brenner. Königer.

[2535] Aufforderung.

Gr. Hofgericht zu Gießen hat über das Vermögen des Caspar Flach von Freienseinau den formlichen Concursproceß erkannt und das unterfertigte Gericht mit dessen Leitung beauftragt. Solche werden demnach, welche Ansprüche an denselben zu haben vermeinen, aufgefordert, solche im Termin

Freitag den 14. Januar 1853,
Vormittags 10 Uhr,

bei unterzeichneter Gerichtsstelle anzumelden und zu begründen, als sie sonst der Klasse präkludirend angeschlossen werden würden.

Zugleich soll der Weg der Güte versucht, ein Masseverwalter und Gläubigerausschuß gewählt werden, weßhalb diejenigen Gläubiger, welche ihre Ansprüche schriftlich einreichen, oder sich durch Deputirte vertreten lassen, den Beschlüssen der Erscheinenden beigetreten betrachtet werden.

Altenschlirf, den 31. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Weidig. Pilger.

[2537] Bekanntmachung.

Nachdem der über die minderjährigen Kinder des verstorbenen Handelsmanns Jonas Gotschmidt von hier bestellte Vormund Handelsmann Jacob Mory von hier, Namens seiner Mündel, die Fortschaft ihres Vaters ausgeschlagen und die Insolvenz des Nachlasses unter Beschränkung der Schulden und Forderungen desselben glaubhaft gemacht hat, wird Termin zur summarischen Schuldenliquidation unter Beziehung der darüber sprechenden Urkunden, sowie zum Versuch der Güte zwischen den dem Gemeinschuldner vertretenden Vormund oder Curator und den Massegläubigern und unter diesen unter sich selbst, vorbehaltlich Anzug zur Bahl eines Massevurators des Genehmigung der unterdessen gerichtsseitig anzuordnenden Curatel auf

den 3. December d. J., Morgens 9 Uhr
(Contumacierlich),

vor hiesiger Justizstelle mit dem Bemerken vorgeladen, daß die nicht erscheinenden Gläubiger an den Beschluß der Mehrzahl der erscheinenden gebunden sind.

Homberg am 5. November 1852.

Kurfürstlich Hessisches Justizamt.
Fulda. vdt. Zimberger.

[2544] Edictalladung.

Der Bürth Peter Ringker von hier hat bereits die Ertheilung abgezogen, daß er sich außer Stand befinde, seine Gläubiger zu befriedigen. Es wird daher zur Abwendung eines förmlichen Concurses unterm 5. November 1852.

Kurfürstlich Hessisches Justizamt daf.
Stetter.

vdt. König.

Cours der Staats-Papiere. 9 November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.I.S.à Rothsch)	93	G.	Nurhessen	40 Thlr. L. à Rothsch.	34½ P. ⅛ G.
»	5% M. v. J. 1834 Ser. B.	93½ G.		»	Prdt.-Obl. à Goth.	45 P. 44⅞ bez. u. G.
»	5% do. v. J. 1834 L. à 21	92⅞ P. ⅛ G.		Gr. Hessen	4% Obligationen	101⅛ P.
»	5% do. L. V. (C. à Rothsch)	88½ P. ⅜ G.		»	4% ditto à Rothsch.	97⅝ G.
»	5% do. Monte C. à S. L. B	84½ P. ⅛ G.		»	3½% ditto à Rothsch.	92 P. 91¾ G.
»	Bank-Actien . . .	1570 P. 75 G.		»	4% do. Loose . . .	100 P. ⅛ G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81¼ G.		»	4. 35 Loose . . .	31½ P.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	81½ P. ⅜ G.		Nassau .	5% Oblig. à Rothsch.	103½ P.
»	5% ditto 1852	81⅜ P. ⅛ G.		»	4% ditto	99¾ P.
»	4½% ditto	72⅛ bez. u. G.		»	3½% ditto	91⅝ P. ⅛ G.
»	4% ditto	60¼ G.		»	8. 35 Loose . . .	28⅝ P. ⅛ G.
»	3% ditto	48 G.		Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	94⅛ G.
»	2½% ditto	40¼ G.		»	3½% » v. 1846	94 P. 93¾ G.
»	1% ditto	161⅛ P.		»	3% ditto . . .	85⅝ P.
»	6. 250 Loose à Roths.	117⅛ P.		»	Transmbahnact. .	303 P. 301 G.
»	5. 500 » ditto	192⅛ G.		Russland	4½% Obl. à Baring	102¼ P. 101¾ G.
»	4½% Oblig. à Betham.	80¼ P.		»	4% Obl. à Hope u. 2.	90¾ G.
»	4% » »	71⅛ P.		»	4% » à Stieglitz .	90¼ G.
Preussen .	5% Staatsschuldsch.	93¾ P.		Polen .	4% Oblig. à 8. 500 —	
»	Cöln-Mind. R.-Actien	112 P.		Spanien	Inl. Sch. P. 3. 3. 80	46 P. 45¾ G.
Bayern .	5% Oblig. à. b. Rothsch.	101⅛ P. ⅛ G.		»	1% Neue . . .	25⅛ P. ⅛ bez. ⅛ G.
»	4½% do.	100 P. ⅛ G.		Holland.	4% Certificate . .	95⅛ G.
»	4% ditto	96¼ G.		»	2½% Syndicats .	61¼ G.
»	4% Ablös.-Rente .	96⅝ P. ⅜ G.		»	3% Integrale .	63¾ G.
»	3½% Oblig. à. b. Roths.	93 P.		Belgien .	5% Obl. in L. à. 20 fl.	99¾ G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95¾ P. ⅛ G.		»	4½% Obl. in F. à. 250 fr.	98 G.
Sachsen	5% Priorit.-Oblig.	102⅛ G.		»	4% Obl. in Fr. à. 500 kr.	91⅛ G.
Württemb.	4½% Oblig. à. b. Roths.	101⅛ P. ⅜ G.		»	3½% Obl. à. b. Rothsch.	76 G.
»	3½% ditto	90¾ P. ⅛ G.		Sardinien	5% Obl. à. b. Rothsch.	98¾ ⅛ ⅛ bez.
Baden . .	5% Obligationen .	102¼ P. 101⅞ G.		»	5% Obl. à. b. Hambro	95¾ P. ⅛ G.
»	4½% Obligationen	102¾ G.		»	Sardinische Loose .	40⅞ G.
»	3½% v. 1843 . . .	90¼ P. ⅛ G.		Toscana	5% Obl. à. b. Rothsch.	101¼ P.
»	3. 50 Loose v. 1840	66¼ P. ⅛ G.		»	5% 1851 à. b. Bastogi (ds.)	59 G.
»	3. 35 Loose v. 1845	38⅜ P. ⅛ ⅛ bez. ⅛ G.		Nämerika	6% Staats-Obl. à. 2. 50.	116¾ P. ⅜ G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 9. November	Per comptant.
Amsterdam . .	k. S. 100 fl. 1 ⅛ G.
Augsburg . . .	k. S. 119⅛ B. 1 G.
(100 fl. Crt.)	2 M.
Berlin	k. S. 105⅜ 105⅛ G.
(100 Thlr.)	2 M.
Bremen (100	k. S. 97⅜ 1 ⅛ G.
Cöln. L. Lor.	2 M.
Hamburg . . .	k. S. 99⅜ 88⅛ G.
(100 Mk. Bc.)	(3 M.)
Leipzig . . .	k. S. 105⅜ 104⅞ G.
London . . .	k. S. 119⅛ 118⅞ G.
(1 Pf. Lstr. St.)	2 M.
Lyon	k. S. 94⅝ 1 ⅛ G.
(300 Fr.) . .	2 M.
Mailand (250	k. S. 100⅜ 1 ⅛ G.
Ihr. Austr.)	2 M.
Paris	k. S. 94⅜ 1 ⅛ G.
(300 Fr.) . .	2 M.
Wien (100 fl.)	k. S. 102⅛ bez. u. G.
in 24 20 Fl.)	2 M.
Disconto . . .	3½ 3¾ G.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	à 9	14 45
Friedrichsd'or	» 9	54 55
Holl. 10 Stücke	» 9	53 54
Rand-Ducaten .	à 5	371/ 381/
20 Francsstücke	» 9	28 29
Engl. Souvereign	» 11	53
Gold al Marco	»	352 353
5 Frankenthaler	» 2	21 1/
Preuss. Thaler	» 1	45 1/
Preuss. Cassa-Sch.	1	447/ 451/

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nr. 269.) 10. November 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 10. Nov. Dem Vernehmen nach findet demnächst eine theilweise Besetzung der vacanten Rathsstellen durch Erwählung zweier Juristen und eines Kaufmanns zu Senatoren statt. Nach Vorschrift der Verfassung wird das Wahlcollegium aus sechs Rathsgliedern und sechs Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlung gebildet, welche drei Candidaten wählt, über welche dann die Kugelung entscheidet.

Mehrere auswärtige Blätter schreiben, daß demnächst ein Gesetz die Betheiligung hiesiger Staatsangehörigen an fremden Spielbanken verbieten würde. Ein solches Gesetz wurde bereits am 30. Dec. 1849 publicirt, welches diese Theilnahme innerhalb des Umkreises von zwei Stunden um die Stadt bei scharfer Strafe untersagt. Die mehrfachen Anträge zur Ausdehnung dieser gesetzlichen Bestimmung auf einen weitern Umkreis, wie solche seit Einführung der Eisenbahnen nothwendig erschient, hatten bis jetzt keinen Erfolg.

Heute in der Frühe bemerkte man eine an der Uebersahrt dem Fahrthor gegenüber aufgeschlagene große Trauerfahne, welche gegen 8 Uhr durch die Polizei abgenommen wurde. Auch auf der Bornheimer Weide wehte gestern an einem Baum eine schwarze Fahne. Andere an diesem Todestag Robert Blums versuchte Manifestationen wurden durch geschärfte polizeiliche Wachsamkeit unmöglich gemacht. — Die mit ihrem Ehemann am Samstag auf die Constablerwache gebrachte Frau wurde an demselben Tage ihrer Haft entlassen, während der Ehemann zurückbehalten wurde.

** **Frankfurt**, 10. Nov. Wegen des in der Beilage zu Nr. 268 der „Frankfurter Postzeitung" berichteten Vorfalls, zwischen Militär- und Civilpersonen bei Offenbach, ist durch das großherzoglich hessische Landgericht daselbst strenge Untersuchung eingeleitet, die erwähnte Mittheilung jedoch vor der Hand dahin zu berichtigen, daß über den Thatbestand und die Veranlassung zur Rauferei noch nichts Verlässiges bekannt, ein bayerischer Jäger in derselben aber getödtet worden ist.

Berlin, 7. Nov. Für die auf Mittwoch, den 10. d. M., anstehenden Wahlen zur ersten Kammer werden als Candidaten für die drei Berliner Abgeordnetenstellen mit wachsender Bestimmtheit, neben dem Justizminister Simons, der Oberbürgermeister Krausnick und die Stadträthe Knoblauch und de Curry genannt. Im Gemeinderathe scheinen alle drei mit ziemlicher Sicherheit auf eine Majorität rechnen zu können. Dagegen wird in weitern Kreisen der conservativen Einwohnerschaft die Wahl des Hrn. Krausnick sowohl aus politischen Gründen, als aus Rücksichten auf dessen amtliche Stellung nicht für sehr angemessen erachtet. Man hat es in letzterer Zeit grade schätzen gelernt, daß der Oberbürgermeister bei seiner etwas dominirenden Parteistellung sich bei der Wiederübernahme seines Amtes gänzlich von aller Betheiligung an politischen Acten zurückgehalten hat. (Ldz. Z.)

† **Berlin**, 8. Nov. Für den Herzog v. Leuchtenberg, Gemahl der Großfürstin Maria, welcher nach hier eingegangener telegraphischer Depesche am 1. d. M. in Petersburg in Folge langjährigen Brustleidens gestorben ist, hat der Hof auf acht Tage Trauer angelegt. — Dem Vernehmen nach beabsichtigt man, im Falle der Herr Ministerpräsident das Mandat des ersten Berliner Wahlbezirks ablehnen sollte, hier den geheimen Finanzrath Pochhammer oder den Oberbürgermeister Grabow in Prenzlau als Candidaten aufzustellen. Geschähe dies, so würde sich dadurch der oppositionelle Charakter des Wahlsiegers aufs klarste manifestiren und die Ablehnung des Mandats seitens des Herrn Ministerpräsidenten um so gerechtfertigter erscheinen.

Breslau, 5. Nov. Se. Heiligkeit der Papst hat den Cardinal Antonelli beauftragt, dem Cardinal-Fürstbischof v. Diepenbrock sein Bedauern und seine innige Theilnahme an dessen langen und schweren Leiden, sowie die Versicherung auszusprechen, daß er seiner im brünstigsten Gebet gedenken werde. Neben der großen Mission, die übermorgen zu Ende geht, und von deren Resultaten das „Katholische Kirchenblatt" „vortäufig" erwähnt, daß der Besitzer einer Restauration, welchem vor einiger Zeit sein sämmtliches Silberzeug gestohlen wurde, dasselbe vollständig und unversehrt zurückerhalten hat, ist vom 31. October bis vorgestern (3. November) eine eigene Mission durch drei polnische Väter der Gesellschaft Jesu für das hiesige polnische Militär abgehalten, zu welcher die Militärbehörde „bereitwilligst" ihre Einwilligung gegeben. (A. Z.)

Aus **Königsberg** vom 6. Nov. 11½ Uhr Vormittags, meldet eine telegraphische Depesche in der „Hannov. Zeitung": „Die Lastadie brennt seit heute früh 7½ Uhr. Zwei Quarres sind bereits heruntergebrannt."

zz **München**, 8. Nov. Die telegraphische Depesche, welche uns vorgestern das Ableben des Herzogs von Leuchtenberg meldete, hatte den Todestag nicht angegeben und erst durch ein heute aus Petersburg hier eingetroffenes Privatschreiben erfuhr man, daß der Herzog am 1. d. M., Morgens 2 Uhr, verschieden sei, einen Tag vor seinem 35. Geburtstage. — Unser Herr Ministerpräsident Dr. v. d. Pfordten befindet sich nun in Nieuwaleseng, und ist dieselbe so weit vorgeschritten, daß er seit gestern in den wärmeren Mittagsstunden kurze Zeit ausfahren und, soweit thunlich, ausgehen darf; man sah ihn zur allgemeinen Freude diesen Mittag einige Zeit in der Ludwigsstraße. Nach einer so schweren Krankheit wie die, welche Herr v. d. Pfordten überstanden hat, ist es erklärlich, daß er sehr geschwächt ist, und es wird daher jedenfalls noch längerer Zeit bedürfen, bis er sein Amt wieder wird antreten können. — Abermals hat einer der hiesigen Wortführer aus den Jahren 1848 und 1849, der in mehrfachen politischen Untersuchungen verwickelt gewesene Rechtsconcipient Mayerhoffer uns verlassen, und ist für seinen Gesinnungsgenossen noch Nordamerika gefolgt. — Wenn man aus verschiedenen Gründen seit einiger Zeit zu der Vermuthung berechtigt war, es werde die längst beschlossene neue Gerichtsorganisation gar nicht zur Einund Durchführung kommen, so vernimmt man jetzt, daß dies keineswegs der Fall sei, daß vielmehr die nöthigen Vorarbeiten immerwährend im Justizministerium fortgeführt werden, daß aber das Auffinden der nöthigen Localitäten an den Orten, in welchen die neu zu schaffenden Bezirksgerichte ihren Sitz erhalten sollen, vielfache Schwierigkeiten biete.

Hannover, 7. Nov. Gestern Abend kam Se. Maj. der König von Sachsen (von Schwerin über Hamburg) hier an. Derselbe übernachtete, wie ich vernehme, im königlichen Schlosse. Heute Morgen besuchte der König von Sachsen mit seinem Gefolge den Gottesdienst in der katholischen Kirche und trat darauf Mittags mit einem Extrazuge seine Reise nach Dresden an. Es versteht sich von selbst, daß die Anwesenheit des Königs von Sachsen in hiesiger Residenzstadt hauptsächlich mit der Handelsfrage, dem Zollvereine, in Verbindung gebracht wird. (K. Z.)

* **Stuttgart**, 10. Nov. Vor einigen Tagen ist hier der vormalige königliche Ministerresident am niederländischen Hofe und Kammerherr, Frhr. A. v. Wächter, 76 Jahre alt, gestorben. — Am 5. d. M. hat der neuernannte großherzoglich hessische Gesandte am hiesigen Hofe, Legationsrath v. Breidenbach, seine Beglaubigungsschreiben übergeben.

Karlsruhe, 9. Nov. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister des Präsidenten der französischen Republik am hiesigen Hof, Herr Engelhard, ist heute Morgen verschieden. (K. Z.)

(+) **Aus dem Weimarischen**, 8. Nov. Die Nachricht aus Thüringen vom 2. November in diesen Blättern muß dahin berichtigt werden, daß nicht die gesammte Geistlichkeit des eisenachschen Kreises, sondern nur ein Theil derselben auf einer Conferenz beschlossen haben soll, die Staatsgewalt zu bitten, die protestantische Kirche ganz frei zu geben von der weltlichen Mitaufsicht und Leitung, und eine geistliche vom Staat völlig unabhängige Oberbehörde einsetzen oder einsetzen zu lassen, die neben den geistlichen Angelegenheiten der Kirche auch die weltlichen selbstständig verwalte. Was damit eigentlich bezweckt werden soll, ist schwer zu begreifen. Die gegenwärtige kirchliche Einrichtung im Großherzogthum Weimar, nach welcher neben dem Cultusministerium, dem Organ des landesherrlichen Episcopats, ein Kirchenrath, zusammengesetzt aus Superintendenten und Pfarrern, der evangelischen Landeskirche vorsteht, die gesetzlich geordnete Presbyterien und Synoden ein-

Digitized by Google

regeres Leben in das kirchliche Element bringen werden, ist allgemein von denen, die nicht etwa hierarchische Gelüste hegen, als musterhaft anerkannt und hat bereits weit Besseres bewirkt, als unter der früheren Consistorialverfassung je geschehen konnte. Das ganze Wesen der protestantischen Kirche erfordert nicht Trennung vom Staate, sondern innige Verbindung mit ihm; man müßte denn einen protestantischen Papst, oder mehrere, an die Spitze stellen wollen, um bald genug inne zu werden, zu welchen Wirren und Inconvenienzen dies führen würde.

h **Gotha**, 8. Nov. Die „Gothaische Zeitung" läßt sich aus Dresden berichten, daß der dortige Regierungsrath Eberhardt, früher hier Regierungs- und Polizeirath, und durch seine Umsicht und Thätigkeit im polizeilichen Fache hinlänglich bekannt, die schwere Operation des Steinschnitts glücklich überstanden habe. — Schon in einigen öffentlichen Blättern ist der Conferenz Erwähnung gethan worden, welche von den thüringischen Staaten am heutigen Tage in Weimar abgehalten werden soll. Unser Staatsminister v. Seebach, sowie ein anderes Mitglied des Staatsministeriums, haben sich nun wirklich zu dieser Conferenz begeben, in welcher, wie die „Gothaische Zeitung" sich äußert, „Berathung darüber gepflogen werden soll, ob und in welcher Weise bei einer etwaigen Sprengung des gegenwärtigen Zollvereins die thüringischen Staaten einen solchen Verein mit Preußen allein fortsetzen". Als gewiß kann übrigens eine solche Fortsetzung angesehen werden, da auf andere Weise einem sonst entstehenden Ausfalle in den Staatskassen der einzelnen Länder — für unser Herzogthum allein betragen die Zollrevenuen jährlich 110,000 Thlr. — wohl nicht vorgebeugt werden könnte.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 8. Nov. Wie in Neuenburg, Basel und St. Gallen, hat auch die Regierung von Zürich gefunden, daß das preußische Verbot des Besuchs der Schweiz durch preußische Handwerker, eine Ausweisung dieser letztern nöthig mache, um nicht möglicherweise neue Heimatlose zu erhalten. Den betreffenden Handwerkern ist ein Termin bis 17. November gesetzt. Von der Bundespolizei ist in der Sache noch nichts verfügt worden. — Die Heidenbekehrer von Basel wollen sich nun auch des weiblichen Geschlechts zur Förderung ihrer Aufgabe bedienen. Eine Afrikanerin, Pauline Fatme, soll in dortigen Unterrichtsanstalten herangebildet werden, um als Missionärin nach Aegypten zu gehen. — Der große Rath von Baselstadt hat nach längerer Berathung der Eisenbahngesellschaft, welche die Bahn von Basel bis Olten, durch den untern Hauenstein bauen will, mit allen gegen zwei Stimmen die Concession ertheilt. Die Arbeiten müssen spätestens nach Verlauf eines halben Jahrs beginnen. In das von dem englischen Hause Fox-Henderson u. Comp. gestellte Concessionsbegehr wurde gar nicht eingetreten. — In Zürich ist das Concessionsgesuch für die Ostbahn nach Rorschach zur Vorlage bereit. — Fox und Henderson bewerben sich in Bern und Solothurn auch um die Concession für Trockenlegung des Seelands und eine Canalisation bis Solothurn

⊙ **Bern**, 8. Nov. Vorgestern Nacht ist das Grimselspital mit allen Mobilien abgebrannt. Wahrscheinlich kam auch der einzige Reisende, welcher darin übernachtete, ein Schwyzer, in den Flammen um; wenigstens fand sich keine Spur mehr von ihm.

Frankreich.

† **Paris**, 7. Nov. Der vom Senator Troplong, dem Präsidenten des zur Begutachtung des Senatusconsultsentwurfes für Wiederherstellung des Kaiserthums niedergesetzten Ausschusses, in der gestrigen Sitzung des Senates erstattete Commissionsbericht ist von ungewöhnlicher Länge. Das Actenstück beginnt mit dem Hinweis auf das allgemeine Verlangen der Nation nach dem Kaiserthum und auf die Manifestationen, in welchen sowohl das Volk selbst als auch seine gesetzlichen Vertreter und Organe jenes Verlangen so zahlreich und enthusiastisch kundgegeben haben, daß man dies fast ein anticipirtes Plebiscitum nennen könne. Frankreich wünsche Stabilität für die Regierung Ludwig Napoleons und „Rückkehr zu einer politischen Form, welche die Welt durch die Majestät ihrer Macht und die Weisheit ihrer Gesetze in Ueberraschung versetzt (frappé) habe". Dem drängenden Nationalwunsch nachgebend, werde der Senat „dazu beitragen, Frankreich auf die Pfade zurückzuführen, welche seinen Interessen, seiner Größe, den gebieterischen Bedürfnissen seiner Lage entsprechen".

Alles erklärt sich thatsächlich aus den Ereignissen, welche sich vor uns abwickeln. Nach den großen politischen Erschütterungen ereignet sich, daß die Völker freudig sich in die Arme des starken Mannes werfen, den ihnen die Vorsehung sendet. Die Erschöpfung nach den Bürgerkriegen ist es, welche die Monarchie des Siegers von Actium schuf; der Schrecken vor den Ausschweifungen der Revolution wie der Ruhm von Marengo sind es, welche den Kaiserthron aufrichteten. Inmitten der neueren Gefahren des Vaterlandes hat sich dieser starke Mann am 10. December 1848 und am 2. December 1851 gezeigt, und Frankreich, am Rande des Abgrunds, hat ihm seine Fahne anvertraut. Wenn es während jener denkwürdigen Reise, die nur eine Reihe von Triumphen gewesen ist, erklärt hat, die Fahne ihm für immer anvertrauen zu wollen, so geschah es, weil der Mann durch seinen Muth und seine Weisheit sich auf der Höhe seines Mandates gezeigt hat; so geschah es, weil, sobald eine Nation durch die Schwankungen einer stürmischen Regierung sich gemartert fühlt, eine unausweichliche Reaction sie demjenigen entgegenführt, der ihr am besten Ordnung, Festigkeit und Ruhe sichert. Nun aber ist Ludwig Napoleon in der wunderbaren Lage, daß er allein in seinen Händen diese unschätzbaren Güter hält. Er hat in Frankreichs Augen seine unermeßlichen Verdienste, den Zauber seiner Volksthümlichkeit, die Erinnerungen seines Stammes, unvergängliche Erinnerungen von Ordnung, Organisation und Heroismus, welche das Herz der Franzosen schlagen machen. Er verjüngt in den Augen Europa's den größten Namen der neueren Zeit, den durch seine kriegerischen Triumphe, an denen seine Geschichte ziemlich reich ist, nicht in höherem Maß größten, als durch die Fesselung der politischen und socialen Stürme, durch Beglückung Frankreichs mit den Errungenschaften des Friedens, durch Befestigung und Befruchtung der guten Beziehungen der Staaten. Nach innen und nach außen knüpft sich an ihn eine große Zukunft friedlicher Arbeit und Civilisation. Diese Zukunft darf den Zufälligkeiten der Ereignisse und den Ueberrumpelungen der Factionen nicht preisgegeben sein. Deßhalb verlangt Frankreich die Monarchie des Kaisers, das heißt, die Ordnung in der Revolution und die Regel in der Demokratie. Es wollte sie am 10. December, damals als die Ränke einer feindseligen Verfassung das Volk verhinderten, sein letztes Wort zu sprechen; es wollte sie wieder am 20. December, als die Mäßigung eines edlen Charakters dieses abhielt, sie zu verlangen. Aber heute tritt die öffentliche Meinung über wie ein Bergstrom; es gibt Augenblicke, wo auch der Enthusiasmus das Recht hat, Fragen zu lösen. Seit ziemlich langer Zeit kündeten sichbare Zeichen an, welches die Mission Ludwig Napoleons sein müsse, und der in die Zukunft blickende Verstand der Staatsmänner war einverstanden mit dem volksthümlichen Instincte in Bestimmung des Charakters desselben. Nach dem bittern Sarcasmus, welcher den Erben einer Krone an die Spitze der Republik gestellt hatte, war es ersichtlich, daß Frankreich, in seinen Sitten immer demokratisch, nicht aufhörte, in seinen Trieben und Gewöhnungen monarchisch zu sein, und daß es die Wiederherstellung der Monarchie in der Person des Prinzen wolle, der sich ihm offenbarte als der Versöhner der beiden Jahrhunderte und der beiden Geister, als der Verbindungszug zwischen Gewalt und Volk, als das monarchische Symbol der organisirten Demokratie.

An den letzten Satz knüpft nun der Bericht eine längere Ausführung, die jenem mit historischen, philosophischen und nationalökonomischen Gründen zum Beweis dienen soll. So denn wolle und müsse Frankreich, wie schon einmal vor fünfzig Jahren, wieder eine demokratische Monarchie werden. Hieran schließt sich nun die Ausführung des Satzes: die Monarchie sei die Regierung für die großen, die Republik die für die kleinen Staaten; die Vereinigten Staaten von Nordamerika machten durch ihre geographische Lage eine Ausnahme; der Vergleich der französischen Republik mit den altgriechischen Freistaaten passe nicht 2c. 2c.

Es ist freilich wahr, daß man in Frankreich die Gleichheit götzendienerisch verehrt, und eine Monarchie hat zur ersten Bedingung die privilegirte Existenz jener großen und seltenen Individualitäten, welche Gott über andere erhebt, um Dynastien zu bilden, und welche weniger Menschen sind als die Personification eines Volkes und die Ausstrahlung einer Civilisation. Aber die Gleichheit, wie wir sie in Frankreich auffassen, läßt ohne Eifersucht solche providentielle, von der Staatsraison legitimirte Größen zu, unterhalb welcher sie ihr Niveau wiederfindet. In Rom und in Athen bestand die Gleichheit darin, daß jedem Bürger der Weg zur höchsten Gewalt geöffnet war. Deßhalb glaubte man die Gleichheit verloren, als Augustus die Republik in die Monarchie umgewandelt hatte. In Frankreich glaubten wir sie für gerettet und gewährleistet für immer unter der Regierung des Kaisers. Dies kommt daher, weil man in diesem Lande der Gleichheit nichts weniger unterstützt, als die Regierung der Gleichen; weil die Gleichheit dort vollständig befriedigt ist, wenn sie alles in ihren Händen hat: Aemter, Credit, Reichthum, Ruhm, und wenn ihr ein breiter und freier Weg offen steht, zu allem zu gelangen, einzig den höchsten Punkt der Gewalt ausgenommen, die unzugängliche Spitze, welche die Sorge für die öffentliche Ruhe über den privaten Bewerbungen aufgerichtet hat. Dadurch verschmelze sich die Demokratie trefflich mit der Monarchie und diese Verbindung ist um so solider, je mehr die Einsicht den Sitten zur Verkittung derselben zu Hilfe kommt 2c. 2c.

Dem allgemeinen Theil des Berichts schließt sich der besondere über den Entwurf des Senatusconsultums an. Ludwig Napoleon nimmt den Titel Napoleon III. an, weil ihn die Nation in ihren Manifestationen selbst so gewählt habe, und dadurch unwillkürlich und instinktmäßig dem ersten Napoleon huldige und seinem Sohn, der verfassungsmäßig zum Kaiser der Franzosen proclamirt und dessen Regierung, ob auch von kurzer Dauer, „durch die dunkle Existenz des Verbannten" nicht ausgelöscht worden sei, das Andenken der Pietät wahre. Dieser Titel löse für die Zukunft die Erblichkeitsfrage und deute an, daß das Kaiserreich nach Ludwig Napoleon erblich sein werde, wie es für ihn erblich gewesen sei. Endlich knüpfe er die politische Phase, welcher Frankreich sein

Heil verdanke, an den ruhmvollen Namen, der auch das Heil der Vergangenheit gewesen sei. Aber dem Prinzen Ludwig Napoleon genüge es nicht, bloß der Erbe des Kaisers, er wolle auch zum drittenmal des Volkes Erwählter sein. So würden Eebschaft und Wahl sich zur Verdoppelung seiner Macht vereinigen. — Sodann bekleide das Senatusconsultum Ludwig Napoleon mit dem Recht, in Ermangelung directer Nachkommenschaft einen Erben zu adoptiren. Die Adoption, die in privaten Familien ein gemeinsames Recht sei, würde in dynastischen Familien nur als Ausnahme gelten können, denn außerhalb der natürlichen Erblichkeit sei es im öffentlichen Recht Princip, daß die Wahl des Monarchen dem Volke zustehe. Aber dies sei nur die Regel gewöhnlicher Zeiten. In absoluter Weise passe sie sich einer Ordnung der Dinge nicht an, die nach langer Unterbrechung und inmitten der außerordentlichsten Verhältnisse einen neuen Weg einschlage. Ludwig Napoleon, im Besitze des Volksvertrauens und vom Volke beauftragt, eine Verfassung zu errichten, könne mit um so stärkerem Grund das Mandat erhalten, Fürsorge für gewisse Eventualitäten zu treffen und gewissen Krisen vorzubeugen, in welchen jene Verfassung gefährdet sein möge. Diese Bestimmung sei übrigens auch der Constitution des ersten Kaiserreichs entlehnt, an deren einzelne Punkte man sich auch diesmal dem Buchstaben und dem Geist nach halten zu müssen geglaubt habe. Deßhalb schlage der Entwurf des Senatusconsultums die Adoption nur für die männlichen natürlichen und legitimen Descendenten der Brüder des ersten Napoleon vor. Das Recht der unbeschränkten Adoption würde mit dem Wunsch der Nation, der das Kaiserthum von dem Namen Bonaparte nicht getrennt wissen wolle, in Widerspruch stehen.

Aber über diese durchaus politische Combination stellt Frankreich eine Hoffnung, welche vor allem seinen Glauben an die Zukunft ausmacht: es ist die, daß sich in nicht ferner Zeit eine Gemahlin auf dem Thron, der eben errichtet werden soll, niederlassen wird; es ist die, daß sie dem Kaiser seines großen Namens würdige Sprößlinge schenken werde. Diese Schuld ist dem Prinzen an dem Tag auferlegt worden, an welchem ihn die Rufe „Vive l'Empereur!“ auf seiner Reise begrüßt haben; er wird sie als eine giltige und nothwendig abzuleistende an dem Tag anerkennen, wo ihm die Krone aufs Haupt gesetzt werden wird. Denn weil das Kaiserreich im Hinblick auf die Zukunft hergestellt worden ist, muß es auch alle legitimen Consequenzen auf sich nehmen, welche diese Zukunft vor Schwankungen und Erschütterungen wahren.

Der weitere Bericht schlägt dann für die eventuelle Succession in den Nebenlinien Ludwig Napoleons vor, daß das Volk dem Prinzen das Recht übertrage, die Thronfolge in der Familie Bonaparte durch ein organisches Decret zu regeln, und belegt die Nothwendigkeit einer derartigen Bestimmung mit einem Satze aus Machiavell, wonach „in solchen seltenen und feierlichen Augenblicken, wo es sich um die Gründung eines neuen Staates handelt, der ordnende Befehl (l'ordonnance) eines Einzigen unentbehrlich ist.“ Hiernach wird im Bericht der (bereits bekannte modificirte) Artikel im Einverständniß mit den Organen der Regierung dem Senate vorgeschlagen. Diesem Artikel entsprechend habe denn natürlich auch die Fassung des zur allgemeinen Abstimmung zu bringenden Plebiscitums modificirt werden müssen. Sodann motivirt der Bericht mit wenigen Worten den Art. 6 des Senatusconsultums, welcher die zukünftige Stellung der Familie des Kaisers und ihrer Glieder betrifft, erinnert an den nothwendigen Fortbestand des salischen Gesetzes, und analysirt kurz den Inhalt des eine etwaige Erledigung des Thrones betreffenden Art. 5. — Nicht im Lager meuterischer Prätorianer, so schließt der Bericht, werde das neue Kaiserreich geschaffen, sondern in den Handelsstädten Frankreichs, in seinen Häfen, in seinen friedlichen Häusern, inmitten der Freudenbezeugungen des Volks sei das „Kaiserreich des Friedens“ geboren, „d. h. die Revolution von 1789 ohne die revolutionären Ideen, die Religion ohne Intoleranz, die Gleichheit ohne die gleichmacherischen Thorheiten, die Liebe des Volks ohne den socialistischen Charlatanismus, die nationale Ehre ohne die Calamitäten des Kriegs.“

Ach, wenn der große Schatten des Kaisers einen Blick werfen könnte auf dieses Frankreich, welches er so sehr liebte, er würde aufjauchzen vor Freude, sähe er die düstern und bittern Weissagungen von St. Helena in dem Augenblick, wo sie in Erfüllung gehen sollten, erbleichen. Nein! Europa wird der Unordnung und Anarchie nicht preisgegeben werden! Nein! Frankreich wird die Größe seiner Institutionen nicht einbüßen; und das sind, zum Frieden gewendet von einem edeln Prinzen, die napoleonischen Gedanken, welche der Schutz der Civilisation sein werden.

*** **Paris**, 7. Nov. Ein Revolutionsblatt, welches alles bisher Gelesene überbietet, vom 31. October datirt, und unterzeichnet von den drei Bevollmächtigten Victor Hugo, Fonberteaux und Ph. Faure, ist von einem Congreß französischer Flüchtlinge auf der Insel Jersey in hiesiger Stadt eingeschwärzt worden. Der künftige Kaiser wird darin sozusagen in die Acht erklärt, die Revolution proclamirt; anstatt der Enthaltung oder Gegenstimmung gebe es jetzt nur eine Pflicht, nämlich „charger son fusil et attendre l'heure“. Dazu verbreitet die Revolutionspartei das Gerücht, es seien 18 Unteroffiziere des 43. Regiments in Vincennes füsilirt worden; auch durch die dem Abdel-Kader erwiesenen Ehrenbezeugungen sucht man nachtheilig auf die Stimmung der Soldaten einzuwirken, indem man dessen frühere Grausamkeiten ins Gedächtniß ruft. Uebrigens scheint unter der Propaganda in London nicht das beste Einvernehmen zu herrschen, und der Tod Curnets verursachte einen offenen Zeitungskrieg zwischen den Fractionen Ledru-Rollin und Louis Blanc. Die erstere wirft der letztern vor, daß ihr Anhänger Barthelemy auf 20 Schritte gefeuert habe, während der Getödtete bei seinem Schuß sich auf 30 Schritte Entfernung hielt, und daß er, nachdem seine schlechte Pistole zweimal versagt hatte, sogar noch die vom Gegner angebotene annahm, und denselben damit tödtete. Aus diesem Grunde hat vermuthlich auch die Kingsbench in London das Gesuch von Barthelemy's Advocaten, denselben gegen eine Caution auf freiem Fuß processiren zu lassen, verworfen. Außer dem Thäter bleiben auch noch die beiden Secundanten und der Zeuge in Verhaft; man erinnert sich, daß in verschiedenen frühern Duellen, so z. B. Lord Byrons u. s. w., Caution angenommen wurde.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.
XXVIII.

Köln, 9. Nov. (Verhandlung am 8. Nov.) Seine Selbstvertheidigung fortsetzend, beleuchtet der Angeklagte Dr. Becker die Aussage von Hentze und bezeichnet den Unterschied zwischen der Polizeiinstruction und derjenigen vor einem Untersuchungsrichter. Die Weiterberichtung der Mittheilung Hentze's wegen der Maschinenbauer erklärt er, wie früher, für ein bloßes Wirthshausgespräch. Hentze sagt selbst, er kenne die Mitglieder der Centralbehörde nicht und habe auch von ihm (De. Becker) nichts darüber erfahren. Vom Zeugen Haupt bemerkt er, die Anklage habe früher von demselben angenommen, er sage nicht die ganze Wahrheit. In England würden Angeklagte im Verhör gewarnt, nichts gegen ihr Interesse zu sagen; gegen ihn (Becker) habe man aber gleichzeitig wegen vier Verschwörungen die Untersuchung geführt: wegen einer Militärverschwörung, wegen einer norddeutschen constitutionellen Verschwörung und wegen zwei communistischen Verschwörungen, der Marxschen und Schapper-Willichschen. So habe man ihn von vier Seiten umgarnt und gehofft, „daß er die Gefälligkeit haben werde, in eins der gestellten Netze zu gehen“. Es folgen nun noch einige Wiederholungen dessen, was Dr. Becker bei der Vernehmung ausgesagt. Der Bund habe sich gegen die Nationalität erklärt; er (der Angeklagte) aber glaube nur auf dem Fundament derselben sein Ziel erreichen zu können. Er sei mit allen freisinnigen Parteien befreundet gewesen, ohne sich einer derselben zu unterwerfen. Wenn es bloß Ehrgeiz sein sollte, der ihn antrieb, so hätte er sich fest einer Partei angeschlossen und sich von ihr emporheben lassen. Der Redner schließt mit den Worten: „Der Haß klagt mich an, die Entscheidung ist bei Ihnen!“

Oberprocurator v. Seckendorff trägt darauf an, daß der Zeuge Hentze nochmals vernommen werde, damit man erkenne, wie es mit des Angeklagten Wahrheitsliebe bestellt sei. — Hentze erklärt, er habe nicht gesagt, Becker sei Redacteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“, sondern er sei Mitarbeiter derselben. Auch habe er ihn nicht bloß darauf hin für Bundesmitglied gehalten. Als ihn Polizeidirector Schultze vernahm, sei er nicht in Haft gewesen, auch habe derselbe sich keiner künstlichen Mittel bedient. Die Verbindung Beckers mit Nothjung war es, die ihn auf Beckers Mitgliedschaft schließen ließ. Marx habe ihn (den Zeugen) schon 1847 aufgefordert, Mitglied zu werden, was er ablehnte. Seine Correspondenz mit Willich sei eine rein „privatliche“ gewesen. — Auf die Frage des Vertheidigers Dr. Thesmar bemerkt der Zeuge, daß er Schimmelpfenning keine Adressen von Offizieren gegeben, ihm sogar von dem Versuche, sie zu verleiten, abgerathen habe. Doch ließ er es geschehen, daß Schimmelpfenning die Rangliste von seinem Büchergestell nahm und einige Offiziernamen daraus notirte.

Oberprocurator v. Seckendorff: So steht es mit der Wahrhaftigkeit des Angeklagten. Er spricht von vier Anklagen, und ich weiß nur von einer. Ebensowenig habe ich den verhafteten Hartmann vernehmen lassen. Der Angeklagte behauptet, Hentze's Aussage stütze sich nur auf Vermuthungen; er sei verhaftet gewesen; Director Schultze habe ihm die Aussage aufinquirirt, und eins wie das andere ist eine grobe Unwahrheit. In einem Brief soll ein Wort nicht die „Freunde“, sondern die „Fremde“ heißen. Wie kann es aber in dem Satz: „Diesen Brief bitte ich allen unsern Freunden vorzulesen“, „Fremde“ statt „Freunde“ heißen?

De. Becker: Ich habe die Polizeivernehmungen im Allgemeinen geschildert, nicht jene des Director Schultze. Von der Einwirkung der Verhaftung sprach ich bei Haupt, nicht bei Hentze. Ich habe nicht behauptet, das öffentliche Ministerium habe Untersuchungen gegen mich eingeleitet und den Hartmann verhaftet, vielmehr meinte ich damit die Polizei. Wenn ich von einer Stelle behauptete, es heiße darin „Fremde“ nicht „Freunde“, so war es weder die verlesene Stelle, noch der Brief, worin sie steht. Schluß der Dr. Beckerschen Vertheidigung. (Fortsetzung der Verhandlung folgt.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2516]

Bekanntmachung.

Vom 1. f. M. an wird zwischen Frellingen und Vallendar über Selters und Höhr eine zur Brief-, Geld- und Päckereibeförderung dienende Cariolpost in folgender Weise unterhalten werden:

Abgang aus Freilingen:
Täglich 4 Uhr Morgens,
im Anschluß an die Posten von Frankfurt und von Cöln.

Abgang aus Vallendar:
Täglich 1 Uhr Nachmittags.

Ankunft in Vallendar:
gegen 8 Uhr Morgens.

Ankunft in Freilingen:
gegen 5 Uhr Nachmittags,
zum Anschluß an die Posten nach Frankfurt und nach Cöln.

Die bisher zwischen Höhr und Vallendar unterhaltene Botenpost wird mit Ende dieses Monats aufgehoben.

Frankfurt a. M., den 9. November 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

Weinlese zu Hahnheim, Kreis Oppenheim, Montag den 8. November l. J. beginnt dahier die Weinlese. Durch die seither günstige Witterung und die späte Weinlese werden wir wenn auch in Quantität einen nicht vollkommenen, doch in Qualität einen über alle Erwartung guten Wein ernten.

[2545] Der Gr. Bürgermeister: **Hoffmann.**

Allgemeine Renten-Anstalt zu Darmstadt.

Diejenigen, welche der in der Bildung begriffenen, mit dem 31. December d. J. geschlossen werdenden Sten Jahresgesellschaft, zu welcher bereits **409 Einlagen** gemacht worden sind, beizutreten oder Nachzahlungen auf frühere Einlagen zu leisten beabsichtigen laden wir hierdurch ein, solches vor Ablauf dieses Jahres entweder dahier bei dem Hauptbüreau der Anstalt oder auswärts bei den Herren Bevollmächtigten derselben *) zu bewerkstelligen.

Bis jetzt zählt die Anstalt im Ganzen **3404 Mitglieder mit 9001 Einlagen** und einem effectiven **Einlagecapital von 509918 fl.**

Bei der mit der Anstalt verbundenen **Depositencasse** wurden außerdem seit Anfang d. J. bereits **242797 fl.** hinterlegt.

Darmstadt, den 25. October 1852.

Die Direction der allgemeinen Renten-Anstalt.

*) **In Frankfurt a. M.** bei Herrn G. A. Alpf; **in Dillenburg** bei Herrn J. J. Zinco; **in Fulda** bei Herrn M. Kircher jun.; **in Hanau** bei Herrn Ferdinand Roth; **in Heidelberg** bei Herrn C. Otto; **in Heilbronn** bei Herrn Hermann Böckler; **in Hildesheim** bei Herrn Steuercontrolleur Kiffelbach; **in Homburg v. d. H.** bei Herrn Carl Mutter; **in Kreuznach** bei Herrn Jacob Oeffelt; **in Marburg** bei Herrn J. H. G. Römbeldt; **in Schweinfurt** bei Herrn Andreas Trillhaas; **in Stuttgart** bei Herrn Louis Breisch; **in Wiesbaden** bei Herrn J. B. Kalcher.

[2543] In der Verlagsbuchhandlung von **C. W. Leske** in Darmstadt, in der Jaberschen Buchhandlung in Mainz und in der Osterrieth'schen Buchhandlung in Frankfurt a. M. ist zu haben:

Der Hessische Hausfreund für das Jahr **1853**, auch unter dem Titel:

Der Rheinische Bote und der **Frankfurter Hausfreund.** Zum 31. Male herausgegeben. Preis 8 kr.

Ferner ist in allen Buchhandlungen vorräthig:

Schreib- und Geschäftskalender für das Jahr **1853.** Taschenformat. Gebunden. 10 Sgr. oder 36 kr. Elegant in Linnen gebunden 17½ Sgr. oder 1 fl.

[2182] Die Frau des Johann Heinrich Roth in dem hiesigen Beisitzerorte Billingen, Katharina geb. Mattern, hat auf Ehescheidung geklagt, weil ihr Mann, nachdem er schon vorher sich thätlichkeiten gegen sie benommen, nun eine zwei Monaten sich heimlich von Haus entfernt und durch Ueberfahrt nach Amerika sich der dortigen Verfassung gegen sie schuldig gemacht.

Johann Heinrich Roth wird daher aufgefordert, binnen drei Monaten in seine Heimath zurückzukehren und das ehelche Verhältniß fortzuführen, auch sonstige die angeführten Thatsachen und Beschwerde als eingestanden und zugestanden angenommen werden sollen, er, der Beklagte, für den schuldigen Theil erachtet und demzufolge was Rechtens erkannt werden wird.

Dingen, den 17. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Hofmann.

[2340] Es ist Jean Marie Guillaume Gorre, aus Paris gebürtig und daselbst wohnhaft, 64 Jahre alt, dahier gestorben, und hat er dahier mit einen unbeerbenden, dem Anscheine nach Verschuldeten Nachlaß zurückgelassen.

Da nun seine erbberechtigten Verwandten hiervon nicht genügend benachrichtigt sind und nicht festgestellt sind, so werden hiermit alle diejenigen, welche an den dahier befindlichen Nachlaß des verstorbenen Jean Marie Guillaume Gorre aus Paris Erbansprüche machen wollen, öffentlich aufgefordert, binnen gewisser

drei Monaten a dato

bei unterzeichneter Gerichtsstelle zu melden und zu legitimiren, als hinsichtlich aller derjenigen einstatten Erbberechtigten, welche sich im Laufe dieser Frist nicht melden, angenommen werden wird, daß sie auf Erbansprüche Verzicht leisten.

Homburg, den 7. October 1852.

Landgerichtliches Hessisches Justiz-Amt.
Dr. v. Haupt.

Cours der Staats-Papiere. 10 November 1852. (Schluss der Börse.)

	Per comptant.			Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.s.b.Roths)	93 G.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	343/8 P. 1/2 G.
»	5% M.v.J. 1853 per. B	93¼ G.	»	Prdr.-Wilhs.-Nordb.	44 P. 1/2 C.
»	4% do. v. J. 1853 L. a 171	92¼ P.	Gr. Hessen	4% Obligationen	101 P.
»	4% L. V. C. & Rothsch.	85⅝ ben. 1/4 G.	»	4% dittto b.Rothsch.	98 P. 97⅝ G.
»	5% do. Monte C. 58 L.	84 P. 1/4 G.	»	3½% dittto b.Rothsch.	82 P. 81⅝ G.
»	Bank-Actien . . .	1375 P.	»	fl. 50 Loose . . .	91⅞ P. 1/2 G.
»	5% Metalliq. Obligt.	81⅛ ben. u. G.	»	fl. 25 Loose . . .	31¾ G.
»	5% M.v.J. 1854 ser. A.	82 P.	Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103½ P. 103 G.
»	5% dittto 1852	81⅛ P.	»	4% dittto	99⅜ P.
»	4½% dittto	72⅝ P. 1/2 G.	»	3½% dittto	90½ ben.
»	4% dittto	64⅛ ben.	»	fl. 35 Loose . . .	28¾ P. 3/4 G.
»	3% dittto	48 G.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	94⅛ G.
»	2½% dittto	40⅛ G.	»	3½% » v. 1846	94 P. 93⅝ G.
»	1% dittto	16⅛ P.	»	7% » » . .	85¼ P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	117 P.	»	Tannus-Bahnact. .	309 P. 301 G.
»	fl. 500 » dittto	117 P.	Russland	4½% Obl. b. Baring	102⅛ P. 101⅝ G.
»	4½% Oblig. b. Heine.	80¾ P.	»	4% Obl. b. Hope & 2.	90¼ G.
»	4% » »	71 P.	»	4% » b. Stieglitz »	90¼ G.
Preussen .	3½% Staatsschuld.	93⅞ G.	Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	—
»	Cöln-Minden E.-Actien	103⅝ P.	Spanien	3% int. Rth. fl. 72.50	46 P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅝ P. 3/4 G.	»	1% Neue » »	25¼ ben.
»	4½% dittto	100¾ P. 1/2 G.	Holland.	4% Certificate . .	95⅛ G.
»	4% dittto	96¼ P.	»	3½% Syndicats .	94⅛ G.
»	4% Ablös.-Rente .	96⅜ P. 3/4 G.	»	3½% Integrale .	63⅝ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	83 P.	Belgien .	5% Obl. in L. A. 10 fl.	99¾ G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95¾ P. 1/2 C.	»	4½% Obl. in F. à 28 kr	93⅛ G.
»	6% Priorit.-Oblig. .	102½ G.	»	4% Obl. in Fr. à 98 kr.	91½ C.
Nassau.	4½% Oblig. b. Roths.	102⅜ P. 3/4 G.	»	3½% Obl. b. Rothsch.	56 C.
»	3½% dittto	90⅜ P. 1/2 G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98¾ C.
Baden . .	5% Obligationen .	102½ P. 101⅞ G.	»	5% Obl. b. Hambro	95 P. 94⅞ G.
»	4½% Obligationen	102⅜ G.	»	Sardinische Loose .	41 G.
»	3½% v. 1849 . .	90¾ P. 1/2 C.	Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Golds.)	101½ G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66⅛ P. 1/4 C.	»	5% 1851 b. Bastogi (do.)	99 C.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38¼ P. 38 C.	Nämerika	6% Stocks Doll. 2.30	1167/8 P. 1/2 C.

Wechsel-Cours.

Den 10 November	Per comptant.	
Amsterdam . . .	k.S.	101⅜ B. 1/4 G.
(100 fl. Crt.)	2M.	100⅝ P. 1/2 C.
Augsburg . . .	2M.	100⅜ B. 1/4 C.
(100 fl. Crt.)	2M.	—
Berlin	k.S.	105⅜ 104⅞ G.
(60 Thlr.)	2M.	—
Bremen	k.S.	97⅛ B. 1/4 G.
Bthlr. 1. Ldor.	2M.	—
Hamburg . . .	k.S.	99 B. 88⅞ G.
(100Mk. Bco)	2M.	—
Leipzig	k.S.	105⅜ 104⅞ G.
London	k.S.	119⅜ 119⅛ G.
(10 Liv. St.)	2M.	—
Lyon	k.S.	94⅛ B.
(300 Fr.)	2M.	—
Mailand (250 L.	k.S.	102⅜ B. 1/4 G.
Lir. Austr.)	2M.	—
Paris	k.S.	94⅛ B.
(300 Fr.)	2M.	—
Wien (100fl.)	k.S.	103 P.
in fl. 20 F.)	2M.	102⅞ ben. u. G.
Disconto . . .		3½ B. 3½ G.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	9	44 45
Pr. Friedrichsd'or	9	54 55
Holl. 10fl. Stücke	9	53-54
Rand-Ducaten .	5	37½-38½
20 Francsstücke	9	28 29
Engl. Sovereigns	11	53
Gold al Marco	13	52-53
5 Frankenthaler	2	21½-¾
Preuss. Thaler	1	45-1/6
Preuss. Cass.-Sch.	1	44½-45⅛

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 270. — Donnerstag — den 11. November — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestellbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Bänden des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsgebiets 2 fl. 42 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 4 fl. 30 kr. C. M. oder 4 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und Nordamerika besorgt gütigst Herr H. F. Alexander in Straßburg, Buchgasse Nr. 20, und in Triest Herr Johann Andreas de Bassevi No. 12. Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 6. Nov. Der Statthalter der lombardischen Provinzen und Präsident der internationalen Commission für den österreichisch-estensisch-parmaischen Zollverein, Graf v. Strassoldo, versammelte am 31. v. M. zum erstenmal die Mitglieder derselben. Als Commissar der estensischen Regierung erschien der modenesische Major und Militärauditor Dr. P. Cimbardi. Die Regierung von Parma war durch den Commissär Grafen Morandi vertreten. Der Statthalter erklärte die Commission für gesetzmäßig constituirt und redete äußerdem die Commissarien mit einigen begrüßenden Worten an. — Die letzten Nachrichten aus Prag über das Befinden des Kaisers Ferdinand lauten ganz beruhigend.

Die in Folge der Einführung des neuen Preßgesetzes stattgefundene Revidirung der periodischen Druckschriften hat ergeben, daß in Wien 41 politische und nichtpolitische Zeitungen oder Zeitschriften bestehen, wovon wohl ein Theil wieder mit dem Schlusse dieses Jahrs sein Ende erreichen dürfte. Vor etwa 3 Jahren hat die Zahl der periodischen Blätter hier nahezu das Doppelte betragen. — Höhren Orts soll in diesem Augenblick ein Vorschlag zur Herstellung einer Verbindungslinie zwischen Triest und Neuyork in Verhandlung sein. Der Staat wäre dabei nur insofern betheiligt, als er zum Bau der dafür bestimmten großen Dampfer beitragen würde, wo hingegen dieselben auch einen Theil der **Kriegsmarine bilden** sollen. — In neuester Zeit nimmt die Industrie in Ungarn einen sehr erfreulichen Aufschwung; in den bereits bestehenden Etablissementen, wie z. B. in der Papierfabrik des Herrn Rorer, in der Porzellanfabrik am Sasestuße, zeigt sich ein immer regeres Leben und neue Etablissemente werden errichtet. So wird noch in diesem Jahr auf dem Gute des Grafen Karolyi eine Runkelrübenzuckerfabrik ihre Thätigkeit beginnen, und auf dem Gute des Grafen Nadasdy bei Rosenau wird nächstens eine Eisengießerei eröffnet, die wöchentlich 800 bis 1000 Centner Roheisen liefern soll. Welch eine günstige Rückwirkung diese erhöhte Thätigkeit auf die gesammte Productionsfähigkeit Ungarns haben muß, bedarf wohl keiner weitern Auseinandersetzung, und es ist gewiß, daß das Mißverhältniß, welches gegenwärtig zwischen Ungarn und den westlichen Ländern mit Rücksicht auf den Productionsbetrieb noch besteht und das, authentischen Angaben zufolge, bei der Waldcultur an 21 pCt., bei der Weinzultur 20 pCt., bei der Wiesencultur aber 80 pCt. beträgt, in erstaunlich kurzer Zeit und zwar um so eher sich ausgleichen wird, als die Verbesserung des Straßen- und Eisenbahnwesens in Ungarn unzweifelhaft das Meiste beitragen wird, eine bessere Verwerthung der Production anzubahnen. — Dem Vernehmen nach ist die Urbarialfrage in Ungarn entschieden; die Veröffentlichung der bezüglichen allerhöchsten Entschließung soll in kurzem erfolgen. Zur Abwickelung der einschlagenden Verhältnisse wird eine von den andern Regierungsbehörden unabhängige Landescommission in Pest zusammentreten, als deren Mitglieder mehrere Functionäre am obersten Gerichtshofe genannt werden.

* **Berlin**, 8. Nov. Wie die meisten englischen wollen auch die hiesigen Blätter nicht an ein friedliches französisches Kaiserthum glauben. Die „Preußische Zeitung" richtet in ihrer letzten Nummer eine Warnung an die „bleichen Gesellen des Friedens um jeden Preis". „Den Interessen der reichen Kaufherrn in Bordeaux — sagt dieses militärische Organ — wußte der Imperator in spe so gut zu schmeicheln, wie den pour la gloire des alten Kaiserreichs plötzlich erzählten Republikanern in Lyon; und wie er heut die Palme des Friedens in den Händen und das Schwert unter dem Rocke trägt, so wird er den günstigen Augenblick nicht verfehlen und seine Zeit benutzen, um den Fall umzudrehen." Ferner: „Das Kaiserreich ist nah! Wer ist, der es im weißen Gewande des Friedens sieht? Sollte der Purpur sich nicht eckt färben wollen im Blute, das vergossen werden wird um die revanche pour Waterloo?"

Münster, 5. Nov. Alle Wahlen in den überwiegend katholischen Wahlkreisen unserer Provinz sind ohne Ausnahme auf unabhängige und kirchlich entschiedene Katholiken gefallen; alle Wahlen in den überwiegend protestantischen auf constitutionelle Gegner des Ministeriums, Freunde Bincke's, der selbst in Hagen gewählt ist. (D. B. H.)

‡ Aus **Posen**, 7. Nov, wird uns mitgetheilt: Für den Kampf, der bei uns gegenwärtig zwischen der katholischen und evangelischen Kirche geführt wird, dürfte es ein nicht unwesentlicher Zweifenfall sein, daß unser Erzbischof v. Przyluski — ein fester, charaktervoller Mann — im Ostrower Kreise zum Deputirten für die zweite Kammer gewählt worden ist. Die sogenannte katholische Partei in dieser Kammer wird durch ihn einen gewaltigen Zuwachs an Kraft und zugleich einen Centralpunkt erhalten. Auch die polnische Partei jubelt, denn sie rechnet darauf, daß er jede Spaltung in ihrer Mitte zu verhüten wissen und ihr zugleich ein bedeutendes Gewicht verleihen werde, indem durch ihn das polnische und das katholische Interesse identificirt werden dürfte. Manche zweifeln freilich noch daran, ob der Erzbischof das Mandat annehmen werde. Noch hat derselbe über die Annahme des Mandats sich nicht erklärt. Im Ganzen sind die Wahlen in unserer Provinz in sofern zur Zufriedenheit ausgefallen, als alle gewählten Deutsche der conservativen Partei angehören; freilich sind in den Landkreisen auch viele Polen gewählt, die sich wohl sämmtlich der Opposition anschließen werden, vielleicht den Ultra-Rechten, denn der polnische Edelmann ist alles Scheins ungeachtet im Grunde seiner Seele Ultra-Aristokrat. — In diesem Augenblick herrscht sich in unserer Stadt ein Aufsehen erregendes Ereigniß vor: der Uebertritt der ganzen hiesigen christkatholischen Gemeinde zur evangelischen Kirche. Es scheint in der That, als ob diejenigen, die der Rongeschen Lehre von vornherein alle Lebenskraft absprachen, Recht gehabt haben, denn das Dogma, das Rom stürzen sollte, steigt ins Grab und der Vatikan steht in versüngter Kraft da. Die hiesige christ-katholische Gemeinde, die noch zwischen drei- und vierhundert Köpfe zählen mag, kann sich, da sie zumeist der ärmern Volksklasse angehört, nicht länger erhalten, und hat dem Vernehmen nach deßhalb den Entschluß gefaßt, insgesammt und als geschlossene Gemeinde zur evangelischen Kirche überzutreten. Ein dießfälliger Antrag ist an das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten gerichtet worden; von diesem aber soll vor einigen Tagen ganz bündig der Bescheid ertheilt worden sein, daß die Gemeinde aber noch vorher Erwarten eine abschlägige Antwort eingegangen sein. Das Ministerium hat natürlicherweise gegen den Uebertritt der Christkatholiken nichts einzuwenden, verlangt aber, daß sie als Individuen übertreten und sich den bestehenden evangelischen Gemeinden anschließen; ihr Fortbestand als besondere Gemeinde kann nicht gestattet werden. Diese Entscheidung soll eine große Bestürzung hervorgerufen haben, ein Endentschluß von der Gemeinde aber noch nicht gefaßt sein. Eine Folge scheint unausbleiblich, nämlich die, daß jetzt viele Christkatholiken zur römischen Kirche zurückkehren werden, während sonst alle das evangelische Glaubensbekenntniß angenommen haben würden.

* **Fulda**, 7. Nov. Der Gymnasiallehrer Dr. Volcmar, von dem erst vor kurzem ein Werk von ausgezeichneter, hier auch allseitig anerkannter Forschung über das Evangelium Marcions erschienen war, hat nach Beendigung der bekannten kriegsgerichtlichen Sache eine neue, weit drohendere politische Ansechtung gehabt. Vorgestern verfügte sich ein Commissär der Staatspolizei zu ihm, um das Manuscript einer angeblich von ihm in der Verfassungskrisis vom Herbst 1850 verfaßten Broschüre: „Der Kriegszustand in Kurhessen, ein Denkmal", und die übrigen Exemplare in Empfang zu nehmen. Dieses mußte um so unerwarteter kommen, als

die ganze Sache längst völlig vergessen schien, jene kleine politische Schrift kaum in Fulda weiter bekannt geworden und nach Kassel von Anfang an gar nicht gekommen war. Volckmar erklärte sich allerdings als den Verfasser, lieferte auch den ziemlich bedeutenden Vorrath der übrigen Exemplare sogleich ab, versicherte aber, ein Manuscript davon längst nicht mehr zu haben, und die Haussuchung nach einem solchen hatte auch keinen Erfolg. Möglich ist es nun, daß man höhern Orts um so weniger Gewicht auf den im damaligen „constitutionellen" Sinn gehaltenen Inhalt legt, als die Sache schon so alt und die völligste Ruhe schon längst hergestellt ist, Volckmar auch in besondern ein sehr fähiger Lehrer ist, der sich längst ausschließlich wissenschaftlicher Thätigkeit zugewendet hat. Möglich wären aber auch die verhängnißvollsten Folgen.

Braunschweig, 6. Nov. Auf Befehl des Herzogs wird auch von hier aus eine Deputation, bestehend aus dem Commandeur der herzoglichen Brigade Generalmajor v. Erichsen und dem Flügeladjutanten Sr. Hoheit Oberst Bause, zur Theilnahme an der Begräbnißfeier des verewigten Feldmarschalls Herzogs v. Wellington, nach London abgehen. (Hann. Z.)

Italien.

* **Toscana.** Der Graf v. Shaftesbury veröffentlicht einen Brief aus Florenz vom 26. Oct. von Lord Roden, dem Führer der englisch-protestantischen Deputation, an den Großherzog von Toscana: „Bei unserer Ankunft am 22. v. M., berichtet er, beschlossen wir, ohne Vermittelung eines diplomatischen Agenten, uns direct mit einem Schreiben an den Minister des Auswärtigen zu wenden, damit er uns eine Audienz bei Sr. kaiserl. königl. Hoheit verschaffe; und in den zwei folgenden Tagen verbrachten wir viele Stunden in genauer Berathung dessen, was wir sagen wollten, falls uns die Ehre einer Audienz zu Theil würde. Wir nahmen uns vor, nur den persönlichen Fall der Madiai's im Auge zu behalten und in unsere Ansprache nichts einfließen zu lassen, was der Sache unserer Schützlinge schaden konnte. Gestern Abend erhielten wir vom Herzog von Casigliano eine Antwort, welche zwar unsern unmittelbaren Wunsch (die Audienz) nicht erfüllt, aber doch hoffen läßt, daß es die Absicht Sr. kaiserl. königl. Hoheit ist, die Madiai's in nicht ferner Frist zu begnadigen. Wir glauben daher, es wäre unklug von uns, in diesem Augenblick weitere Schritte zu thun, außer daß wir dem Herzog von Casigliano eine Abschrift der Adresse senden, mit der wir den Großherzog anreden wollten. Doch wollen wir vor der Abreise noch den Versuch machen, ob wir die Erlaubniß erhalten, den beiden Gefangenen in Volterra und Lucca einen Besuch abzustatten, um über ihre Lage und Bedürfnisse bei unserer Rückkehr nach England genaue Auskunft geben zu können."

Das Antwortschreiben des Herzogs v. Casigliano an die zu Gunsten der Madiai's in Florenz erschienene protestantische Deputation lautet wörtlich:

Mylord (an den Earl of Roden). Ihren vom 24. d. M. an mich gerichteten Brief, unter dessen Unterschriften Ihr Namen obenan steht, habe ich meinem erlauchten Herrn vorgelegt. Se. k. k. Hoheit, in Würdigung der Schritte, die Sie in dieser Angelegenheit gethan haben, würde zuverlässig jedes politische Drängen (pressione) zurückgewiesen haben und auch die ehrenwerthen diplomatischen an diesem Hof accreditirten Agenten würden ein solches Drängen sorgfältig vermieden haben. Die Madiai's (Mann und Frau), diese toscanischen Unterthanen, auf die sich Ihr Schreiben bezieht, sind durch die ordentlichen Gerichte zu fünf Jahr Gefängniß verurtheilt worden, wegen des Verbrechens, den Protestantismus zu verbreiten, was durch unsere Gesetze als ein Angriff auf die Staatsreligion verboten ist. Ihre Strafe ist die Anwendung dieser Gesetze, und ihre Appellation zur Widerrufung des Urtheils ist vom Cassationshofe zurückgewiesen worden. — Se. k. k. Hoheit, sich die Ausübung dieser hohen Prärogative für solche Fälle und Gelegenheiten, die höchstdieselben für angemessen erachten, vorbehaltend, können keine Einmischung in einem Fall gestatten, der die Gerichtspflege von dero Staaten und dero Acte gegen ihre eigenen Unterthanen betrifft. — Mein erlauchter Herr erkennt die wohlwollenden Beweggründe Ihrer Handlungsweise, hält es jedoch nicht für nothwendig, irgend einer Vermittelung in dieser Sache sein Ohr zu leihen, und befiehlt mir, Sie, Mylord, zu benachrichtigen, daß er bedauert, Ihnen und den andern Herren, die den an mich adressirten Brief unterzeichnet haben, die erbetene Audienz nicht bewilligen zu können. Ich bin u. s. w." Florenz, den 25. October.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 10. Nov. Das „Dresdener Journal" schreibt aus Wien vom 5. d. M.: „Aus völlig verläßlicher Quelle kann versichert werden, daß alle seit längerer Zeit in den Journalen cursirenden Gerüchte von einer bevorstehenden Vermählung der Prinzessin Carola von Wasa mit Ludwig Napoleon jedweden Grundes entbehren, eine solche Verbindung auch nicht im entferntesten verabredet oder eingeleitet worden ist. Daß sich die Prinzessin gegenwärtig in Mähren zum Uebertritt in die katholische Kirche vorbereitet, ist wahr, aber nicht in Folge irgend einer politischen Combination, am allerwenigsten einer solchen, wie sie bei diesem Anlasse von den Zeitungsblättern ist ausgebeutet worden." — Eine Mittheilung ähnlichen Inhalts brachte gestern die Augsburger „Allgemeine Zeitung" in einem anscheinend officiösen Artikel „von der Donau".

Bezüglich des im Senatusconsult vorgeschlagenen Titels „Napoleon III." bemerkt ein Leitartikel der Wiener „Presse" vom 7. d. M., daß die Annahme dieses Titels durchaus nicht einseitig von dem französischen Senate erledigt werden könne, sondern der Ratification sämmtlicher an der Wiener Acte betheiligten Cabinete vorbehalten bleiben müsse.

* Aus **Wien** wird auch der „Deutschen Volkshalle" gemeldet, daß keine Deputation der österreichischen Armee zu der Begräbnißfeierlichkeit Wellingtons nach London gehen werde, und zwar in Folge ausdrücklicher Willensäußerung Sr. Maj. des Kaisers, der, als ihm Vortrag darüber gehalten wurde, erklärte: „Diese (die österreichische) Uniform war in London der Gegenstand der Beschimpfung des Straßenpöbels und eine Satisfaction ist dafür nicht gegeben worden. Ich will sie nicht das zweitemal einer gleichen Gefahr aussetzen." — In der „Leipziger Zeitung" wird aus guter Quelle die Angabe, als wäre dem Grafen Grünne eine anderweite Verwendung zugedacht, als ganz aus der Luft gegriffen bezeichnet.

♀ **Berlin**, 9. Nov. Es ist vielfach angenommen worden, daß sich unter den, der Staatsministerialcommission zur Revision der Verfassung vorgelegten Fragen, auch eine, die kirchlichen Angelegenheiten (namentlich in Bezug auf die katholische Kirche) betreffende befunden habe. Wie wir indessen mit Bestimmtheit hören, ist diese Annahme unrichtig. Der besagten Commission ist eine Frage der eben bezeichneten Art gar nicht vorgelegt worden.

* **Berlin**, 9. Nov. Die „Zeit" bezeichnet ein seit einigen Tagen coursirendes Gerücht von Mobilmachung der ganzen Armee oder Aufstellung einiger Armeecorps am Rhein als völlig ungegründet.

Frankenthal, 8. Nov. Der wegen Wuchers und Prellerei verurtheilte Jakob Wolff hat auf das Rechtsmittel der Berufung verzichtet, und um Fristen zur Abzahlung seiner Geldstrafe und der Kosten nachgesucht. (Pf. Z.)

‡ **Paris**, 8. Nov. Gestern Abend hat der „Moniteur" in einer Extrabeilage die Protocolle über die Sitzungen des Senats vom 4., 6. und 7. d. M. veröffentlicht. Die wesentlichsten Actenstücke, deren amtliche Mittheilung bei dieser Gelegenheit erfolgt, sind schon bekannt; so 1) die Rede, mit welcher der Prinz Marschall Hieronymus als Präsident des Senats am 4. d. M. die außerordentliche Session eröffnet hat; 2) die von dem Staatsminister Fould in der ersten Sitzung des Senats verlesene Botschaft Ludwig Napoleons; 3) der von zehn Senatoren beantragte Entwurf des Senatusconsultums. — Nach den Bestimmungen des Art. 17 des organischen Decrets vom 22. März d. J. traten in der Sitzung am 4. d. M. die Mitglieder des Senats sofort in Berathung darüber, ob dieser letztgenannte Entwurf in Erwägung zu nehmen sei, und als sich dieselben mit Stimmeneinhelligkeit diese Frage bejaht hatten, erfolgte die Verlesung des Entwurfs vor dem Senat durch dessen Secretär, den Baron v. Lacrosse. Unterzeichnet war jener Redactionsentwurf von den Senatoren Mesnard, Troplong, General Baraguey d'Hilliers, Cardinal Dupont, General v. Hautpoul, Baron v. Lacrosse, Marschall Vaillant, General Regnault v. St. Jean d'Angely, Graf Simeon und General v. Ornano. Gemäß Art. 17 des organischen Decrets vom 22. März wurde der Antrag dem Staatsminister übersandt. Der Präsident des Senats berief sodann den ersten Vicepräsidenten Mesnard, an seiner Stelle den Vorsitz zu führen. Nach einer halbstündigen Suspension der Sitzung kam die Antwort der Regierung zurück, welche auf des Vorsitzenden Aufforderung vom Secretär verlesen wurde. Sie war von dem Staatsminister Fould unterzeichnet, der für die Vorlage dieses Entwurfs mit dem Anfügen dankte, die Regierung habe nichts dagegen einzuwenden, daß der Antrag in Erwägung gezogen werde; Bareche, Vicepräsident des Staatsraths, Rouher, Präsident der Section für Gesetzgebung, und Staatsrath Delangle seien beauftragt, bei der Discussion über jenes Senatusconsultum die Regierung zu repräsentiren. — Nach Verlesung dieses Actenstücks zogen sich die Senatoren behufs der Wahl des Ausschusses in ihre Bureaux zurück und wurden daselbst zu Mitgliedern der Commission gewählt: Troplong, Cardinal Dupont, Graf v. Argout, Graf de la Riboissiere, der Herzog v. Cambaceres, General Regnault v. St. Jean d'Angely, General v. Hautpoul, Leverrier, Cardinal Donnet und der Herzog v. Mortemart. Die öffentliche Sitzung wurde sodann geschlossen und der Ausschuß trat sofort zusammen und wählte Troplong zu seinem Berichterstatter. — In der Sitzung vom 6. November führte wiederum Vicepräsident Mesnard den Vorsitz; die obengenannten

Repräsentanten der Regierung hatten sich eingefunden und Senator Troplong erstattete als Vorsitzender und Berichterstatter des Ausschusses den (den Lesern bereits mitgetheilten) Commissionsbericht. Laute Beifallsäußerungen unterbrachen häufig die Verlesung desselben. Der Bericht schloß dann mit dem Vortrag des (den Lesern ebenfalls schon bekannten) modificirten Senatusconsultesentwurfes. — In dieser Fassung wurde der Entwurf mit allen Stimmen gegen eine in der Sitzung am 7. November zum Beschluß erhoben und an demselben Tag von dem ganzen Senate dem Prinzen Ludwig Napoleon feierlich nach Saint-Cloud überbracht.

Bei der Ueberreichung des Senatsconsultes an Ludwig Napoleon hielt der erste Vicepräsident des Senats, Herr Mesnard, folgende Rede:

Gnädiger Herr! Wenn ein großes Land wie Frankreich seine Stimme vernehmen läßt, so ist es die erste Pflicht jenes politischen Körpers, an welchen diese Stimme sich richtet, darauf zu hören und ihr zu antworten. Dies war der Gedanke Eurer Hoheit, als Sie jene großartige Bewegung der öffentlichen Meinung, die sich mit so viel Einstimmigkeit und Energie kundgibt, dem Senate zur Erwägung anheimgaben. Der Senat feierlerlei hat begriffen, daß diese glänzende Manifestation sowohl durch die unermeßlichen Dienste, welche Sie geleistet, als durch den Nam n, welchen Sie tragen, durch die Garantien, welche die Erbadenheit Ihres Charakters, die Wärme und Festigkeit Ihres Gefühl der Zukunft geben, gerechtfertigt ist. Er hat begriffen, daß nach so vielen Revolutionen Frankreich das Bedürfniß fühlt, seine Geschicke unter den Schutz einer mächtigen und nationalen Regierung zu stellen, die einerseits mit der Vergangenheit nur durch die Erinnerungen ihres Ruhmes und die Legitimität ihres Ursprunges zusammenhängt, und andererseits heute in der Sanction des Volkes die Elemente ihrer Kraft und ihrer Dauer wiederfindet. Der Senat rechnet es sich deshalb zur Ehre an, gnädiger Herr, der getreue Dolmetscher der Wünsche und Gefühle des Landes zu sein, indem er in Ihre Hände den Senatsbeschluß niederlegt, der Sie zum Kaiserreich beruft.

Laute Rufe: Vive l'Empereur! folgten dieser Rede. Ludwig Napoleon erwiderte darauf mit folgenden Worten:

Meine Herren Senatoren! Ich danke dem Senat für den Eifer, mit welchem er dem Wunsche des Landes entsprochen hat, indem er über die Wiederherstellung des Kaiserreichs berieth, und den Senatsbeschluß redigirte, welcher der Annahme des Volks unterworfen werden soll. Als vor achtundvierzig Jahren in diesem selben Palast, in diesem selben Saal und unter ähnlichen Umständen der Senat die Krone dem Haupt meiner Familie anbot, da sprach der Kaiser die denkwürdigen Worte: „Mein Geist würde der meinem Nachkommenschaft nicht mehr weiten an dem Tag, wo sie aufhören würde, die Liebe und das Vertrauen der großen Nation zu verdienen.“ Nun in der That, was heute mein Herz am tiefsten rührt, ist der Gedanke, daß der Geist des Kaisers mit mir sein, daß sein Gedanke mich leiten, daß sein Schatten mich beschützen muß, weil er durch eine feierliche That im Namen des französischen Volks mir bereiten, daß ich das Vertrauen des Landes verdient habe. Ich brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß mein stetes Bestreben das sein wird, mit Ihnen für Frankreichs Größe und Wohlfein zu arbeiten.

Erneuerte Rufe Vive l'Empereur! Der Prinz näherte sich sodann den Senatoren und unterhielt sich mit jedem derselben einzeln, worauf sie Saint-Cloud verließen und nach dem Palast Luxembourg zurückkehrten.

Diesem Berichte aus dem Protocollen des Senats läßt der „Moniteur“ die Decrete Ludwig Napoleons folgen, kraft welchen die Wahlcollegien zur Abstimmung über das Plebiscitum mit Ja! und Nein! auf den 21. und 22., und der gesetzgebende Körper zur Prüfung des Wahlgeschäfts und Bekanntmachung des Abstimmungsergebnisses auf den 25. November einberufen werden. Die Extrabeilage des amtlichen Blattes enthält endlich am Schluß folgende Anzeige von der Abdankung des Prinzen Hieronymus Bonaparte als Präsident des Senates: „In der neuen Organisation der Regierung wird die Präsidentschaft des Senats dem Kaiser selbst zustehen. Dieser Umstand hat den Prinzen Hieronymus bestimmt, seine Functionen als Präsident des Senates in die Hände des Prinzen Ludwig Napoleon niederzulegen.“

Heute früh wurden das Senatusconsultum und alle in der Extrabeilage des „Moniteur“ erschienenen Actenstücke zu Tausenden an den Straßenecken und öffentlichen Plätzen angeschlagen und unter die Menge vertheilt. Ganz Paris ist, ohne Uebertreibung sei es gesagt, in einer wahren Festtagsstimmung und erwartet nur mit Ungeduld die Stunde der allgemeinen Abstimmung.

* **Paris**, 9. Nov. Der „Moniteur“ enthält heute an der Spitze seines amtlichen Theils das Senatsconsultum für Wiederherstellung des Kaiserreichs mit der Namensunterschrift aller Senatoren, welche an der dasselbe zum Beschluß erhebenden Abstimmung Theil genommen haben. Die Liste eröffnen die Namen der Cardinäle von Bonald, Dupont, Mathieu, Gousset und Donnet; dann folgen die Namen der Marschälle Reille, Baillant und von Macken. Ihnen schließt sich die Liste der übrigen Senatoren nach alphabetischer Ordnung an.

Abdel-Kader ist heute auf der Eisenbahn nach Amboise zurückgekehrt. Vor dem Hotel hatten sich viele Neugierige versammelt, die ihn bei seiner Abfahrt begrüßten.

Die Residenz des Prinz-Präsidenten in St. Cloud scheint nicht lange dauern zu sollen, da die Zurückverbringung von Mobilien und Geräth nach dem Elysée bereits beginnen hat.

Der Prinz-Präsident hat den Oberrabbiner Marx in Bordeaux zum Ritter der Ehrenlegion ernannt.

Das Einscheiden des Herzogs v. Leuchtenberg verhindert den Prinzen Ludwig Napoleon, der für heute Abend anberaumt und vorherrieet gewesenen Galavorstellung in der komischen Oper beizuwohnen. Der Besuch des Prinzen in diesem Theater ist auf einen späteren, noch zu bestimmenden Tag verschoben.

Gestern hat Ludwig Napoleon in Neuilly zwei Reiter- und zwei Linienregimenter und das erste Bataillon mobiler Gendarmerie die Revue passiren lassen. Der Prinz wurde von den Truppen mit lautem Vive l'Empereur! empfangen. Er war in Generalsuniform, der Prinz Hieronymus an seiner Seite, General Roguet und die übrigen Officiere seines militairischen Hofstaates in seinem Gefolge.

* **Madrid**, 4. Nov. Nachrichten aus der Havanna vom 4. October zufolge ist Facciola, der Herausgeber der revolutionären „Volksstimme“, wegen Betheiligung an dem Aufstand hingerichtet worden. Die Untersuchung gegen etwa 70 Compromittirte wird mit großer Thätigkeit betrieben. Unter denselben befinden sich zwei Schwäger des Lopez.

† **Turin**, 6. Nov. Die „Gazzetta Piemontese“ bringt die Ministerliste. Buoncampagni behält die Justiz, Cibrario behält den Unterricht.

† **Konstantinopel**, 30. Oct. Die Nationalsubscription deckt mehr als gerügend die durch die Verwerfung des London-Pariser Ansehens nöthig gewordene Ersatzsumme. 1400 bosnischen Familien ist durch einen Beschluß des Divans die strafferie Heimkehr gestattet worden.

Börsenberichte.

** **Frankfurt**, 10. Nov. Die Börse war heute geschäftslos, die Stimmung im Allgemeinen weniger günstig und die Fonds größtentheils wegen Mangels an genügten Käufern mehr angeboten; 5pCt. Metall. waren 81½ pat.; 4½pCt. 72½ pEt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 85¼ pEt.; Wiener Bankactien 1368 fl.; 250 fl. Loose 116¾ pEt. Von spanischen Fonds wurden 1pCt. Neue anfangs zu 25⅛ pCt. verhandelt und schlossen 25⅛ pEt.; 3pCt. Inländische ohne Anrag 45⅜ pEt. Von Eisenbahnactien war Fr.-W.-Nordbahn ⅛ pCt. niedriger 44⅞; Nordbahn 95¼ pEt.; Köln-Minden 112 pEt. In den übrigen gangbaren Papieren war wenig Geschäft und Courveränderung. — Abends in der Effectensocietät waren 1pCt. Spanische 25⅛ pEt. G.

Berlin, 9. Nov. Staatsfch. 92⅞ Brf., 92⅛ G. — **Köln-Minden** 112¼ Brf. — Fr.-W.-Nordbahn 41⅞ Brf., 40⅞ G., 40⅛ à ⅞ bez.

Paris, 9. Nov. 4½pCt. Rente 107, 60. — 3pCt. 85, 5. — Neapol. 106. — 5pCt. Neue Oesterr. 94⅞. — Span. neue Diff. 25, 24⅞. — Neue 3pCt. 54⅛. — Innere Schuld 46¼. ⅜. — Passive —. — Bankactien 3000. — Piemont 5pCt. 99, 90. — Römisches Anlehen Juni 1850 99¼. — do. 1850 99¼. — St. Germain-Eisenbahn 1500. — Versailles, linkes Ufer 397, 50. — Straßburg-Basel 390. — Nordbahn 910. — Paris-Strasburg 925.

Bei Eröffnung der heutigen Börse zeigte man an, das Syndikat der Wechselagenten habe beschlossen, daß von 15 d. M. an kein Agent in Effendspapieren operiren dürfe, ohne eine vom Clienten geleistete Garantie von 150 Fr. für die Actie. Diese Maßnahme hat natürlich auf die Actien und in Folge dessen auf die Rente nachtheilig gewirkt, und die Preise der Werthpapiere sind gewichen. Anfangs war der Markt von einem wahrhaft panischen Schrecken ergriffen, erholte sich jedoch später wieder; aber trotzdem blieben die Preise merklich unter den gestrigen Schlußnoturen.

London, 8. Nov. 3pCt. Stock 100⅜ à ½. — 1pCt. Span. 25⅛ à ⅜.

Madrid, 4. Nov. 3pCt. 47¼ P., n. d. Börse 47⅛ G. — 1pCt. Neue 26¼, n. d. Börse 26 1/16 G.

Warschau, 1. Nov. Bei der heute hier stattgehabten Verloosung der k. k. polnischen 500 fl. Loose sind folgende Serien gezogen worden: Nr. 9, 10, 156, 227, 251, 321, 356, 361, 533, 721, 756, 915, 964, 976, 1188, 1204, 1273, 1291, 1429, 1911, 2023, 2094*, 2203, 2368, 2439, 2463, 2543, 2556, 2992. Die mit * bezeichnete Serie enthält 58 Stück, Nr. 209343 bis 209400, welche am 1. Juli 1853 zur Auszahlung kommen.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Mathieu. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kalschett.

Herzogliches Theater zu Wiesbaden.

Samstag den 13. November

zum Erstenmal: [2549]

Der Tannhäuser,

große Oper in drei Acten

von Richard Wagner.

[2462] **fl. 200,000,**

100,000. 40,000, 25,000, 2 à 20,000, 2 à 15,000, 12,000, 3 à 10,000, 2 à 6000 3 à 5000, 3 à 4000, 5 à 3000, 12 à 2000, 86mal 1000 rc. 12,500 Gewinne u. 18,400 Freiloose unter 24,000 Loosen 123r Frankfurter Lotterie.

Ziehungs-Anfang den 1. December 1852,
" Ende " 20. April 1853.

Loose 1/1 fl. 6, 1/2 fl. 3, 1/4 fl. 1. 30 kr., 1/8 45 kr empfiehlt J. Glanberg in Frankfurt a. M.

Fürsten-Vereins fl. 10 Loose

Ziehung den 15. November d. J.

Original-Obligationsloose coursmäßig bei

J. N. Trier & Comp.

[2514] im Türkenschuß.

Am 15. November

findet die Verloosung von tausend Gewinnen der **Fürstl. Vereins-fl. 10 Loose** statt. Wir empfehlen hierzu Obligationsloose zum Tageskurs und Certificate für obige Ziehungen à 30 kr., 10 Stück für fl. 4

Moriz Stiebel Söhne,

[2448] Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

[2501] **Anlehen des Vereins deutscher Fürsten und Edelleute,** garantirt vom Herzog von Nassau, Prinzen Fr. von Preußen, Herzog von Sachsen-Coburg rc. Nächste Ziehung am 15 November 1852 mit bekannten 1000 Treffern. Actien einzeln à 30 kr., 10 Stück fl. 4 empfehlen

***Julius Stiebel* jun. & Co.,**

Hauptcollecteurs in Frankfurt a M.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

[2508] Ein fünfundzwanzigjähriger Mann, der die Jägerei gründlich erlernt, die Fasanenzucht versteht, als Leibjäger schon längere Jahre in Diensten gestanden hat und darüber die günstigsten Zeugnisse beizubringen im Stande ist, sucht eine neue seinen Kenntnissen entsprechende Stellung. Adressen wolle man gefälligst an die Expedition der Frankfurter Postzeitung unter Nr. 2508 gelangen lassen.

[2293] Oeffentliche Aufforderung.

Betreffend den Concurs über das Vermögen des K. A. Heuwerth von Offenbach.

Nachdem Großh. Hess. Hofgericht über das Vermögen des Rubricaten den förmlichen Concurs erkannt hat, werden dessen sammtliche Gläubiger zur Anmeldung und Begründung ihrer Forderungen, sowie zur Geltendmachung etwaiger Vorzugsrechte auf

Mittwoch den 1. December d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheil des stillschweigend eintretenden Ausschlusses von der Concursmasse geladen.

In der erwähnten Tagfahrt soll sodann über Masseverwaltung, Bestellung eines Güterpflegers sowie über die Wahl eines Gläubigerausschusses verhandelt werden, was unter dem Anfügen bekannt gemacht wird, daß in Ansehung der, weder in Selbstperson erscheinenden, noch durch gehörig bevollmächtigte Mandatarien vertretenen Gläubiger, der stillschweigende Beitritt zu den von der Mehrheit der Erschienenen, auch bezüglich eines etwa zu Stande kommenden Arrangements gefaßt werdenden Beschlüssen unterstellt werden wird.

Offenbach, am 2. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Strecker. Böttcher.

[2417] Oeffentliche Aufforderung.

Ein Theil des Nachlasses der am 25. Januar 1824 verstorbenen Johannes Hol's Ehefrau von Butzbach, Sybilla geborne Becker, ist früher noch curatorisch verwaltet worden, soll aber jetzt an die Erben ausgeliefert werden. Zu diesen Erben gehören zwei Schwester-Söhne, Johann Heinrich Haas, geboren im Jahr 1800, und Georg Heinrich Haas, geboren zu Oberrosbach im Jahr 1806, sind aber seit längeren Jahren unbekannt wo abwesend Auf Anstehen ihrer Miterben werden daher Johann Heinrich Haas und Georg Heinrich Haas oder wer sonst noch Ansprüche an oben bezeichneten Nachlaß zu haben glaubt, hierdurch aufgefordert, diese Ansprüche

binnen einer Frist von 60 Tagen

bei dem unterzeichneten Gerichte so gewiß geltend zu machen, als sie sonst keine Berücksichtigung finden können und der Nachlaß den aufgetretenen Erben ohne weitere Caution ausgehändigt werden wird.

Butzbach, den 16. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Ebel.

[2534] Edictalladung.

Ansprüche und Forderungen an den unbedeutenden Nachlaß des verstorbenen Weinhändlers Friedrich Petri und seiner gleichfalls verstorbenen Ehefrau, Johanna geb. Schminke zu Offenbach, welcher von den Intestaterben unter der Rechtswohlthat des Inventars angetreten und mit einer hypothekarisch versicherten Forderung von 240 fl. belastet ist, sind

innerhalb 4 Wochen,

unter dem Rechtsnachtheile der Nichtberücksichtigung, bei der unterzeichneten Behörde zur Anzeige zu bringen.

Offenbach, den 5. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
G. Strecker.

[2324] Edictalladung.

Den Nachlaß der Bernhard Funk's Eheleute in Gedern betreffend.

Nach dem Hypothekenbuche der Gemeinde Gedern entliehen Valentin Funk's Eheleute von da unterm 18. Juni 1789 von dem Postboten Johannes Dondorf jun. ebendaher ein Capital von einhundert fünfzig Gulden unter Verpfändung von Immobilien Da dieses Capital abgetragen, die Hypothek aber verloren worden sein soll, so werden alle, welche Ansprüche aus solcher machen zu können glauben, aufgefordert, sie so gewiß

binnen drei Monaten

dahier geltend zu machen, widrigenfalls die Obligationen für erloschen angenommen und der Eintrag im Hypothekenbuche gelöscht werden wird.

Ortenberg, den 7 October 1852

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Thaler. Schäfer.

[2317] Oeffentliche Ladung.

Die dem Herrn Fürsten Ernst Casimir zu Isenburg und Büdingen in der Gemarkung Wolf zustehende, durch Allodification der Erbleihmühle des Konrad Wacker daselbst entstandene Grundrente von jährlich 168 fl. 30¾ kr., soll mit einem Ablösungscapital von 3393 fl 13½ kr. nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. Juni 1836 unter Mitwirkung Gr. Hess. Staatsschuldentilgungskasse abgelöst werden

Es ergeht daher an alle bei dieser Ablösung sowohl bekannten als unbekannten Betheiligten, besonders diejenigen, welche aus einem Pfandrechte oder Lehns- oder Fideicommißverbande hieran Ansprüche zu machen haben, die Aufforderung, ihre etwaigen Ansprüche

binnen zwei Monaten

so gewiß dahier anzuzeigen, als sonst die Auszahlung des Ablösungscapitals an den bemeldeten Herrn Berechtigten gestattet werden wird.

Büdingen, den 8. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Wegelin.

[2444] Edictalladung.

Nachdem über das Vermögen des Johann Baptist Garbarini und dessen Ehefrau Caroline geborne Wagner von Lierschied der Concursproceß rechtskräftig erkannt worden ist, wird Termin zur Anmeldung dinglicher wie persönlicher Ansprüche an die vorhandene Masse auf

Dienstag den 21. December l. J.,
Morgens 9 Uhr,

anberaumt unter dem Rechtsnachtheile des ohne weitere Decretur eintretenden Ausschlusses von derselben.

St. Goarshausen, den 16. October 1852.

Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt.
Langsdorff.

[2107] Edictalladung.

Die Curatel über den unbekannt wo abwesenden Johann Peter Heep von Niederzeugheim betreffend.

Dem seit 54 Jahren unbekannt wo abwesenden am 9. März 1761 geborenen Johann Peter Heep von Niederzeugheim oder dessen Leibes- oder Testamentserben wird, nachdem das unterzeichnete Justizamt von dem Edictserlaß des Herzogl. Hof- und Appellationsgerichts zu Dillenburg zur Einleitung des Abwesenheitsverfahrens ermächtigt worden ist, zur Empfangnahme des bis hierher curatorisch verwalteten Vermögens, welches nach der letzten Rechnung 345 fl. beträgt, eine Frist von

drei Monaten

bestimmt, unter der Ankündigung, daß er nach Ablauf dieser Frist für todt erklärt und dieses Vermögen nach Vorschrift des Edicts vom 21. Mai 1781 seinen darum nachsuchenden nächsten Erben ab intestato werde ausgeliefert werden und wenn sich Niemand meldet, mit dem curatorisch verwalteten Vermögen wie mit einer herrenlosen Sache werde verfahren werden

Hadamar, den 2. September 1852.

Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt.
Ebhardt.

[1969] Die untenaufgeführten Personen, deren Aufenthalt seit vielen Jahren unbekannt ist, sowie deren allenfalls noch vorhandenen unbekannten Erben, werden hiedurch öffentlich aufgefordert, sich

binnen neun Monaten

vom Tage der Einrückung an bei dem unterfertigten Gerichte schriftlich oder persönlich zu melden, widrigenfalls Erstere für todt erklärt und ihr Vermögen an ihre bis dahin legitimirten Erben ohne Caution hinausgegeben werden wird.

Fortl. Nr.	Namen der Abwesenden.	Heimathsort.	Geburts-Zeit.	Vermögen.	Bemerkungen.
1	Link, Johann Georg.	Lehrberg.	1788	136 fl. 39 kr.	Diente unter dem Bataillon Buttlar und ist seit dem Feldzug nach Rußland abwesend.
2	Burckhardt, Gg. Leonhard.	Neuses.	19. Juli 1801	791 fl.	Burckhardt wurde im Monat Mai 1836 aus Griechischen Diensten entlassen mit einem Militär-Transport nach Triest übergebracht und ist sein ferneres Schicksal unbekannt.

Ansbach, am 19. August 1852.

Königliches Landgericht.
v. Aufin, Landrichter.

[2319] Ehegerichtliche Vorladung

an

den Kaufmann August Fischer von Stuttgart.

Nachdem bei dem ehegerichtlichen Senate des K. Württembergischen Obertribunals die Ehefrau des Bürgers und Kaufmanns August Fischer von Stuttgart um Erkennung des Ehescheidungs-Processes gegen gedacht ihren — der böslichen Verlassung beschuldigten — Ehemann, dessen Aufenthalt unbekannt ist, gebeten hat, und diesem Gesuche entsprochen, auch zur Verhandlung dieser Ehescheidungsklage

Donnerstag der 13. Januar 1853,
Vormittags 10 Uhr,

bestimmt worden ist, so wird hiermit nicht nur der genannte August Fischer, sondern es werden auch seine Verwandten und Freunde, welche ihn etwa im Rechte zu vertreten gesonnen sein sollten, peremtorisch vorgeladen, an dem gedachten Tage, wobei ihnen 30 Tage für den ersten, 30 Tage für den zweiten und 30 Tage für den dritten Termin anberaumt werden, vor dem ehegerichtlichen Senate des K. Obertribunals in Stuttgart zu erscheinen, die Klage der Ehefrau anzuhören, darauf die Einwendungen in rechtlicher Ordnung vorzutragen und sich des ehegerichtlichen Erkenntnisses zu gewärtigen, indem, der Beklagte erscheine oder nicht, in dieser Sache ergehen wird, was Rechtens ist.

Stuttgart, den 1. October 1852.

Baur.

Bolley.

Druck von August Osterrieth,

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nr. 270.) 17. November 1852.

Deutschland.

—* **Frankfurt**, 11. Nov. Heute Vormittag hat die Frau Gräfin Thun unsere Stadt verlassen, um sich zunächst nach Berlin und von dort auf ihre Güter nach Böhmen zu begeben. Man ist geneigt, daraus auch auf die baldige Abreise des Bundespräsidialgesandten zu schließen.

ψ **Frankfurt**, 11. Nov. Gestern wurden die beiden bayerischen Soldaten, welche bei der Rauferei am Sonntag verhaftet worden waren, von Offenbach auf der Eisenbahn hierher gebracht und an die Militärbehörde zu weiterer Untersuchung ausgeliefert. In Bezug auf die Berichtigung in der gestrigen Beilage der „Postzeitung" ist zu bemerken, daß dieser Vorfall seiner Zeit so mitgetheilt worden ist, wie er ganz übereinstimmend von allen Seiten angegeben wurde. Darüber, daß der bayerische Soldat, dessen Leiche am folgenden Morgen aufgefunden worden, seinen Tod bei dieser Rauferei gefunden habe, ist nichts Verläßiges bekannt, vielmehr kann eine derartige Annahme nur auf Vermuthung beruhen.

In welchem Uebermaße sich gegenwärtig hier die Verzehrungen gegen das Eigenthum vermehrt haben, kann aus dem Umstande abgenommen werden, daß im Laufe des gestrigen Nachmittags bei den Polizeibehörden auch Diebstähle, zum Theil unter erschwerenden Umständen, zur Anzeige kamen. Unsere vollauf beschäftigte Polizei hat einen schwierigen Stand. Die nahen Grenzen, die Umgebung der vielen benachbarten Ortschaften mit zum großen Theil armer Bevölkerung, der Zusammenfluß zahlreicher Fremden machen die polizeiliche Ueberwachung höchst schwierig und hemmen vielfach die Maßregeln der Behörden.

* In **Königsberg** ist man, wie die „Börsenhalle" berichtet, noch am 6. des Brandes Herr geworden. Der entstandene Schaden ist erheblich. Die Entstehung des Feuers ist noch nicht ermittelt.

ll* **Aus der Pfalz**, 10. Nov. Vor dem Zuchtpolizeigerichte zu Frankenthal ist gestern ein Proceß verhandelt worden, der als Nachzügler des großen politischen Steinkohlen betrachtet werden kann. Sie erinnern sich vielleicht des seiner Zeit gemeldeten tumultuarischen Auftritts zu Neustadt am 25. Mai 1851, als die dortigen Bürger Hergott und Mattil in Zweibrücken verurtheilt worden waren. Die zurückkehrenden Zeugen wurden damals vom Pöbel gröblich insultirt, einem derselben die Fenster eingeworfen. Dieses Fenstereinwerfen an demselben Hause hat sich inzwischen mehrmals und auch in jüngster Zeit wiederholt. Der Thäter stand gestern vor Gericht und ist zur Gefängnißstrafe von einem Jahr verurtheilt worden. Daß dieses verkommene Subject mit seiner Demonstration nicht vereinzelt steht und mit zu denen gehört, die in der wüsten Zeit der Demokratie zu dem ungeheuerlichsten und unsittlichsten Gebahren gestachelt worden sind, braucht kaum erwähnt zu werden, und der Beweis ist wiederholt geliefert, daß die eingesogenen Lehren und Grundsätze in gewissen Kreisen noch immer ihre Geltung und Nachwirkung haben.

± **Darmstadt**, 9. Nov. Unser sogenanntes Hinterland, von der Natur stiefmütterlich behandelt, ist auf die Industrie hingewiesen, besonders auf die Eisenindustrie. In einer gemeinschaftlichen Adresse baten die Kammern unterm 18. Juli v. J. die Staatsregierung um eine Vorlage über die Mittel, dieser Industrie zu Hilfe zu kommen und der dortigen Nahrungslosigkeit zu steuern. Ueber diese eingebrachte Vorlage erstattete der Ausschuß für Nationalökonomie am 29. v. M. Bericht, an dessen Schlusse er mehrere Anträge stellte. Zum Behufe der Förderung der Eisenindustrie überhaupt beantragte er, die Regierung zu ersuchen, sie möge dahin wirken, daß die Fracht der Steinkohlen, der Eisensteine, des Roheisens u. s. w. auf der Main-Weser-Bahn nach dem Muster anderer norddeutscher Eisenbahnen ermäßigt werde, daß sie für die Absicht des Baues einer Eisenbahn von Gießen, resp. Köln bis zu dieser Bahn und für die Betheiligung der Begünstigung beim Eingang des belgischen Eisens wirken möge u. s. w. Zur wünschenswerthen Wiederbelebung der sogenannten Kilianschen Werke schlug der Ausschuß ein Darlehn von etwa 60,000 fl. aus Staatsmitteln vor, während er hinsichtlich der übrigen Mittel zur Vermehrung des Erwerbs im Hinterlande darauf antrug, die Regierung zu ermächtigen, 30,000 fl. zur Vermittelung der Errichtung einer Wollenspinnerei zu verwenden. Diese Anträge wurden nach einer längern Berathung, wobei auch der Regierungscommissär, Ministerialrath Maurer, namentlich zu dem Zweck das Wort nahm, um darauf hinzudeuten, daß es mit der Erbauung einer Eisenbahn vom Niederrhein herüber bis zur Main-Weser-Eisenbahn noch weit aussehend sei, meistens genehmigt, jedoch mit besonderer Ausnahme des Vorschlags eines Darlehns zur Wiederbelebung der Kilianschen Werke, für den indeß eine ansehnliche Minderheit war. Weiter wurde berathen die provisorische Vorlage des Finanzministeriums, wegen der Ausführung und Kosten des Baues der Main-Weser-Eisenbahn. Indem ich mich auf meinen vorgestrigen Bericht über die Vorschläge des Ausschusses beziehe, bebe ich hervor, daß der Abg. v. Rabenau Amendemente einbrachte, welche, zugleich darauf sich stützend, daß es zu Nachtzügen kommen solle, vorzugsweise darauf berechnet waren, die Lage der Bahnwärter zu verbessern und für ihr physisches Wohl Sorge zu tragen, was nur dann geschehen könne, wenn die gesundheitsgefährlichen provisorischen Bahnwärterhäuser entfernt würden und ein definitiver Zustand herbeigeführt werde. Der Präsident des Finanzministeriums, Freiherr v. Schenck, fand sich dadurch veranlaßt, zu bemerken, sein Vorschlag auf Erbauung von 17 Bahnwärterhäuschen sei nur darauf berechnet, das dringendste Bedürfniß zu befriedigen; auf die Dauer könne es hierbei nicht bleiben. Ueberhaupt verwahre er das Recht der Regierung, in Bezug auf die Eisenbahnen die Vermerkungen eintreten zu lassen, welche von der Nothwendigkeit verlangt würden. Die Kammer nahm alle Anträge des Ausschusses an, also auch den Vorschlag, für den Bau des Stationsgebäudes in Gießen 80,000 Gulden zu verwilligen. So geht nun die Main-Weser-Eisenbahn, so weit sie unsere Provinz Oberhessen durchsieht, einem definitiven Zustand entgegen. — Die erste Kammer hielt heute eine geheime Sitzung, worin sie den „vorläufigen Bericht" ihres Finanzausschusses wegen des Finanzgesetzes berieth. Es handelte sich von der Anwendung des delicaten Artikels 67 des Staatsgrundgesetzes, von der auf vorherige Berathung gestützten Abstimmung über das Finanzgesetz „in einer Versammlung der vereinigten beiden Kammern."

* **Offenbeim**, 11. Nov. In der Nacht vom 9. zum 10. d. M. verschied sanft nach eilfmonatlichem unsäglichem Leiden im 57. Jahre seines Lebens Graf Franz zu Solms-Rödelheim, in ihm ein edler Mann für Alle, welche ihn kannten.

Oldenburg, 6. Nov. Durch eine vom 5. November datirte Verordnung ist die Dauer des gegenwärtig versammelten allgemeinen Landtags des Großherzogthums bis zum 20. d. M. verlängert.

)*(**Aus dem Weimarischen**, 9. Nov. Die größern Gutsbesitzer sind jetzt durch den Grafen Werthern-Beichlingen zur Landtagswahl zusammengerufen worden. Die ehemaligen Reichsunmittelbaren haben bereits gewählt, nämlich den Freiherrn v. Boineburg-Lengsfeld, einen Bruder des k. k. österreichischen Generals v. B.— Ueber die projectirte Halle-Nordhausen-Kasseler Bahn ist noch nachträglich zu bemerken, daß dieselbe nicht zur Ausführung kommen kann, weil die Genehmigung Preußens nicht ausreicht, Kurhessen aber unmöglich den Anschluß in Kassel zugeben wird. Vielleicht reducirt sich der größere Plan auf eine kürzere Zweigbahn, welche Nordhausen und die goldene Aue mit Halle oder mit Magdeburg in Verbindung setzen wird, was für den Getreidehandel zu wünschen ist. Sichern Vernehmen nach sind Ingenieure in jener Gegend bereits thätig.

)*(**Aus dem Meiningenschen**, 9. Nov. Uns steht ein großer Verlust bevor, indem der ausgezeichnete Schulrath Peter einem Ruf als Director eines norddeutschen Gymnasiums folgen wird. Seine Stelle ist um so schwerer zu ersetzen, da derselbe die Leitung und die Volksschulen mit gleicher Liebe und Sachkenntniß umfaßte. Auch sein Vorgänger, Schulrath Kießling (jetzt in gleicher Eigenschaft in Berlin), war uns durch Preußen entzogen worden. Der Hennebergische alterthumforschende Verein hält nächstens in Meiningen unter dem Vorsitz des Dichters Bechstein eine große Jahresversammlung.

In **Bremen** hat sich vor einigen Tagen der Manufacturwaarenhändler Hermann Münder mit etwas über 100,000 Thaler insolvent erklärt; doch werden seine Gläubiger kaum auf 70,000 Thaler gerichtet. Sie sind besonders Hamburger, Bremer und Elberfelder Häuser, die dabei verlieren.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 8. Nov. Der nichts weniger als blühende Finanzzustand unsers Kantons hat dessen Regierung veranlaßt, der in voriger Woche hier versammelt gewesenen Kirchensynode einen Wink zu geben, die Geistlichen möchten von ihren Besoldungen einen Abzug sich gefallen lassen, um der Staatskasse etwas aufzuhelfen. Die Synode faßte demnach den Beschluß, 32,000 Fr. für ein Jahr auf den Altar des Vaterlandes hinzuopferen, und in progressiver Weise diese Summe sich von ihren Besoldungen abziehen zu lassen. Der Kanton Bern hat auf 54,044 Katholiken und 403,769 protestanten gegen 220 protestantische Pfarreien. Das Besoldungswesen ist so gerecht, daß beim Bezirk Laufbahn der Pfarrer 1000 Fr. alter Währung, in der höchsten Altersklasse dagegen 2200 Fr. a. W. jährlich bezieht. Die Besoldung des protestantischen Personals beträgt gegen 350,000 Fr. a. W., des katholischen Personals im Jura etwa 90,000 Fr. a. W. Die Steuer, welche sich die protestantischen Geistlichen durch den erwähnten Beschluß auferlegt haben, verlangt von den Einzelnen einen jährlichen Abzug von 6 bis 8 Procent, eine Summe, welche der untersten Altersklasse sehr drückend fallen wird. Da der Geistliche bei uns als Staatsbeamter betrachtet wird, und alle übrigen Beamten an ihren Besoldungen geschmälert worden sind, so ist der Beschluß der Synode nur ein Act der Klugheit; denn längst war man in der öffentlichen Meinung der Ansicht, daß die Pfarrer verhältnißmäßig höher besoldet seien, als die übrigen Beamten. Das Verlangen nach einer periodischen Amtsdauer der Geistlichen und der Wiedererwählung derselben durch die Gemeinden, nach Verlauf von vier Jahren, wie dieses bei den übrigen Beamten der Fall ist, wird auch hier immer lauter.

Aus der Schweiz, 9 Nov. Die „St. Galler Zeitung" bringt das Folgende zu öffentlicher Kenntniß: „Dieser Tage schickte die hiesige Kantonskanzlei ein Wanderbuch an die preußische Gesandtschaft in Bern, welcher in Folge eines badischen Geschäftsträgers auch die Legalisationen für Baden besorgt. Heute kam das Wanderbuch ohne Visum zurück mit folgendem Schreiben: „Bei Rücksendung des anliegenden Wanderbuchs bemerken wir Ihnen unter Versicherung vollkommener Hochachtung, daß die badische Regierung keinem Handwerker aus der Schweiz den Eintritt in das Großherzogthum gestattet." — Bei Beckenried, im Kanton Unterwalden nid dem Wald, hart an Vierwaldstättersee, fürchtet man einen Bergrutsch, da die eine Bergwand des Lielibachthales einen tiefen, weitgehenden Riß bekommen hat.

Frankreich.

❖ **Paris**, 8. Nov. In dem gestern nach Saint-Cloud überbrachten Senatusconsultum ist auch die zukünftige Stellung der Familie des Kaisers berührt. Ein Artikel desselben theilt die Familie in zwei Theile: 1) in die eigentlich kaiserliche, zu welcher alle Persönlichkeiten zählen, welche möglicherweise zur Thronfolge berufen werden können, und deren Descendenten männlichen und weiblichen Geschlechtes; und 2) die übrigen Mitglieder der Familie Bonaparte. Die Stellung der Prinzen und Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses, wird durch Senatsbeschlüsse geregelt werden; ohne des Kaisers Einwilligung können sie sich nicht vermählen, und der Art. 6 des Consultums vom 7. d. M. belegt ausdrücklich eine Verletzung dieser vom Staatsinteresse vorgezeichneten Bestimmung mit der Strafe des Verlusts aller Erbfolgerechte, mit dem Vorbehalt jedoch, daß im Falle der Lösung eines solchen Ehebandes durch den Tod der Frau, ohne Nachkommenschaft; jene Rechte wieder hergestellt sein sollen. Hinsichtlich derjenigen Mitglieder des Hauses Bonaparte, welche die bürgerlichen Familien bilden, bleibt es dem Kaiser überlassen, ihre Stellung und Titel nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Die nach den vorliegenden Bestimmungen kaiserliche Familie ist sehr zahlreich. Bleibt Ludwig Napoleon ohne männliche Nachkommen, so gilt nicht die natürliche Erbfolgeordnung; vielmehr wird der Erbe erst durch Adoption thronfolgeberechtigt; dieser zu adoptirende Erbe ist in der männlichen Linie der Bruder des ersten Napoleon zu wählen. Joseph Bonaparte hatte nur Töchter; demnach kann die Adoption sich des Senatusconsultes nur unter den Söhnen und Enkeln des Lucian und des Hieronymus Anwendung finden, und zwar wiederum nur unter denen zweiter Ehe beider Brüder, da die erste Ehe derselben von Napoleon nicht autorisirt war. So können denn kraft Art. 3 des Senatusconsultums vom 7. Nov. neun kaiserliche Prinzen eventuell zur Thronfolge berufen werden. Nämlich 1) des Kaisers Bruder Hieronymus und 2) dessen Sohn Napoleon Bonaparte; 3) von der Linie Lucians des Kaisers Neffe Karl Lucian, Fürst von Canino, und dessen Brüder; 4) Ludwig Lucian; 5) Peter Napoleon, und 6) Antonj; ferner des Fürsten Lucian von Canino Söhne: 7) Joseph, 8) Lucian und 9) Napoleon Jacob Bonaparte. — Der Art. 6 des Senatusconsultums erklärt, daß die eventuell zur Erbschaft berufenen Mitglieder der Familie Ludwig Napoleons und deren Descendenz beider Geschlechter zur kaiserlichen Familie gehören. Demnach zählen zu ihr außer den obengenannten Prinzen ferner noch Zenaide Charlotte, die Tochter von des Kaisers Bruder Joseph, welche mit dem Fürsten Karl Lucian von Canino vermählt ist, fünf Töchter aus dieser Ehe; ferner noch die Schwestern des Karl Lucian, und endlich Mathilde, die Tochter des Exkönigs Jerome. Demnach besteht die kaiserliche Familie aus einundzwanzig Mitgliedern, wenn nur die Kinder aus den autorisirten Heirathen gezählt werden. Außerdem aber ist noch eine Tochter von des Kaisers Schwester Elise vorhanden, die mit dem Grafen Camerata vermählt ist; der dieser Ehe entsprossene Sohn, Fürst Friederich-Baccioch, ist in Rom geboren. Ferner von der mit dem Prinzen Murat vermählt gewesenen Karoline, Schwester des Kaisers, noch ein Sohn, Prinz Lucian. Ein älterer Bruder dieses Letztern ist 1847 in Amerika gestorben.

⊙ **Paris**, 9. Nov. Nachdem der Marschall Prinz Hieronymus seine Functionen als Präsident des Senates niedergelegt, begab vorgestern Abend wieder das Invalidenhotel, dessen Gouverneur er für immer bleiben zu wollen ausdrücklich erklärt hat. Gestern früh um halb 9 Uhr versammelten sich auf seinen Befehl alle Invaliden und stellten sich im Ehrenhof in Reih und Glied auf. Den Stab des Hotels empfing der Marschall in seinen Gemächern, von allen Officieren seines persönlichen Stabes umgeben, und gab demselben in einigen warmen Worten zu erkennen, wie sehr er sich freue wieder in ihrer Mitte zu sein. Insbesondere drückte er den Dienstbeflissenen seine Zufriedenheit über ihre Fürsorge für die alten Soldaten aus. Der Marschall begab sich hierauf in den Hof und nahm den 3000 alten Soldaten die Revue ab, unterhielt sich mit einigen Officieren und Invaliden, und ließ dann die alten Krämmer der Armee defiliren. Nach der Revue richtete der Marschall und Gouverneur folgenden Tagesbefehl an die Soldaten:

Officiere, Unteroffiziere und Invaliden! Als ich momentan das Hotel verließ, ohne das Commando in demselben aufzugeben, versprach ich euch, unter euch zurückzukehren, so oft es mir der Dienst meines Vaterlandes gestatten werde, der Regung meiner Gefühle zu folgen. Heute führe ich mein Versprechen aus. Ein alter Soldat wie ihr, bin ich glücklich, mich in der Mitte derjenigen zu befinden, welche den Ruhm aller französischen Heere repräsentiren. Der General Saubaut, den ich erwählt habe, in meiner Abwesenheit über euer Wohlbefinden zu wachen, hat meine Intentionen vollständig erfüllt: er wurde von dem Militärunterintendanten Prisiani von Navarra und allen Dienstchefs mit dem größten Eifer unterstützt. Ich gebe Allen dafür meine ganze Zufriedenheit zu erkennen. Der Marschall Gouverneur Prinz Hieronymus Napoleon Bonaparte.

Der Prinz Marschall begab sich sodann in den Invalidendom, um, so weit es fertig ist, das prachtvolle Grabmal in Augenschein zu nehmen, welches die Asche des Kaisers, seines Bruders, aufzunehmen bestimmt ist. Der Architekt wird schon so rasch vor, daß es im Mai 1853 wird eingeweiht werden können.

Als sich Abdel-Kader gestern in Saint-Cloud vorabschiedete, händigte er dem Prinz-Präsidenten folgendes Schreiben ein:

Preis sei dem alleinigen Gott! Möge Gott die Tage verlängern meines Herrn Ludwig Napoleon und ihm Sieg und vollkommenes Glück verleihen! Sie haben mir den freundschaftlichen Empfang bereitet und mich mit Ehren überhäuft, welche niemand als Sie selbst einem Mann wie ich gewährt haben würden. Niemand ist verwundert über Ihre erhabmüthigen Handlungen, denn Ihnen wohnen solche ein und Sie sind es, welcher deren Beispiel jedermann gibt. Möge Ihre Regierung sich verlängern bis zur Dauer der Sonne und sich so weit ausdehnen wie die Flüthe des Meeres und mögen Sie alle Ihre Wünsche erfüllen! Ich kehre nach Amboise zurück, denn ich weiß, daß Sie von Angelegenheiten von großer Wichtigkeit in Anspruch genommen sind (möge Gott Ihr Beistand sein); aber ich bin gewiß, daß sich mich ebenso wenig vergessen werden, wenn ich in Amboise bin, als da ich in Paris weilte. Ich weiß, daß Frankreich verlangt, daß Sie Kaiser werden sollen; Sie verdienen diesen Titel nach Allem, was ich gehört und nach Allem, was ich gesehen habe. Ich hoffe, Sie erlauben mir bei diesem Anlaß wiederzukehren, mich in Paris mit Allen zu freuen, welche Sie lieben; und ich schwöre Ihnen, daß ich eine Stütze der Ferne für meinen Anhalt empfinden werde, nur die andere Hälfte Ihnen andern Fremden überlassend. Heil Ihnen von dem, welcher Ihnen für Ihre Wohlthaten dankt! Abdel-Kader Ben Mahhi-ed-Din. Gestrieben fünf Tage vor dem Ende des Monarrem, 1269 der Hedschra.

Spanien.

Madrid, 5. Nov., 1 Uhr Morgens. Nach vielen Debatten wurde vor ungefähr vier Stunden beschlossen, daß Bravo Murillo

mit dem 1. Januar l. J. das Gesammtministerium der überseeischen Provinzen (provincias de ultramar) zu übernehmen und das Portefeuille der Finanzen Conga Arguelles zu übergeben habe. Die Königin-Mutter hat nach vielfacher Rücksprache mit verschiedenen Staatsmännern endlich ihre Einwilligung dazu gegeben. Murillo bleibt, wie bisher, Präsident des Ministerraths; Arguelles aber hat freie Hand, und wird, bleibt er als Minister seinem bisherigen Grundsatz treu, eine rücksichtslose Oeconomie im Staatshaushalt einführen. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 8. Nov. Die Königin verläßt, wie es jetzt heißt, am kommenden Mittwoch Windsor, um in Buckingham Palace einem Geheimrath zu präsidiren und die von den Ministern vorzulegende Thronrede zu sanctioniren. Am Donnerstag würde dann die Parlamentseröffnung durch die Königin in Person stattfinden. — Die Herzogin von Orleans ist mit ihren beiden Söhnen von Claremont nach Kitley abgereist, um daselbst die ersten Wintermonate zuzubringen. Die Prinzessin scheint sich von ihrem Unfalle in der Schweiz beinahe ganz erholt zu haben, doch trägt sie den rechten Arm noch immer in der Binde. — Earl Granville, der letzte Staatssecretär des Auswärtigen im Cabinet Russell, ist von einer Reise durch österreichisch Italien zurückgekehrt und wird morgen in London erwartet. — Wir haben den Tod des Generals Caulfeild zu melden, der seit dem Jahr 1848 einer der Directoren der ostindischen Compagnie war und bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen einstimmig zum Parlamentsmitglied für Abingdon gewählt wurde. Er war 67 Jahre alt geworden.

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in Köln.

XXVIII.

Köln, 9. Nov. (Fortsetzung der Verhandlung am 8. Nov.) Der Vertheidiger Esser I. ergreift für den Angeklagten Dr. Daniels und nachher für den Angeklagten Erhard das Wort. Er beginnt mit Hervorhebung der Verdienste des Erstern und sucht den friedlichen Inhalt des Statuts und der Ansprache, welche nichts von Propaganda wollten, auseinanderzusetzen. Die harmlose Erklärung dieser Schriftstücke durch Bürgers findet er durch dessen Schreiben an Lasalle bestätigt. Das Complott erklärt er in ähnlicher Weise wie seine Collegen. Mit Marx stand Dr. Daniels nur in literarischer Verbindung. Gegen Erhard, bemerkt der Vertheidiger, liege nichts Wesentliches vor: eine Adreßkarte, ein paar Briefe und die Versendung des Koffers. Er hat vom Bankier Stein das beste Zeugniß. Erhard steht im Begriff, sich selbst als Bankier zu etabliren und als solcher dürfte er schwerlich ein gefährlicher Communist sein oder werden.

XXIX.

Sitzung am 9. Nov. Advocatanwalt Naken spricht für den Angeklagten Otto in ähnlicher Weise, wie die ihm vorangegangenen Vertheidiger für ihre Clienten in Betreff der allgemeinen Anklagepunkte. Otto speciell betreffend, sei die frühere Aussage Reiffs, er habe ihn oft im Bunde gesehen, schon dahin geändert worden, er könne die Sitzungen des Arbeiterbildungsvereins damit verwechselt haben, dafür spreche auch fast Alles in seiner frühern Aussage. In Betreff der Commissionsreise habe die Anklage schon früherem Zweifel wegen der Geschäftsreise für die Wasseranstalt selbst Raum gegeben. Bei Versendung der Flugblätter an die Landwehr sei es sehr glaublich, daß er einem Arbeiter, der sich damals mit solchen Verbreitungen befaßte, nur den Brief schrieb, ohne den Inhalt der Druckschrift zu kennen. Der Arbeiter wollte ihm ein Exemplar derselben nachträglich bringen, unterließ es aber. Man schildere die Communisten als eine Räuberbande, was konnte aber den Angeklagten, der eine Frau und Kinder habe, und ein gutes Gehalt von 600 Thalern bezog, bewegen, sich dem Räuberleben zu widmen?

Vertheidiger Schneider II. erhebt sich noch einmal, um den Angeklagten Dr. Becker gegen den Vorwurf der Unwahrheit zu vertheidigen, und geht dann zur Vertheidigung Jacobi's über. Die Majestätsbeleidigung, wegen deren noch eine Klage über ihm schwebe, stütze sich auf einen Brief, den er als 17jähriger Jüngling, den 4. April 1848, also mitten in der größten Aufregung, von der Universität an einen Freund schrieb. Ferner habe die Untersuchung dargethan, daß von einem bewaffneten Turnverein in Euskirchen nirgends sich eine Spur fand. Der Brief von ihm an Bürgers bekunde sogar seine Unschuld. Alles, was man gegen Jacobi geltend gemacht, sei so gut wie nichts.

Der Vertheidiger v. Hontheim spricht für den Angeklagten Leßner. Er schließt sich in Betreff der Gesetzerklärungen seinen Vorgängern an und hebt besonders das Schlagwort „unmittelbar" hervor. Wenn die Geschworenen den ersten Theil der Frage mit nein beantwortet hätten, so könnten sie auf den zweiten Theil nicht ja sagen, weil das Zweite nur ein Mittel zum Zwecke des Ersten wäre.

Der Staatsprocurator Saedt erklärt in der Erwiderung gegen die Beweisführungen der Vertheidiger und Angeklagten, daß er keinen der Seitenhiebe und keine der Plänkeleien gegen die Vertreter des öffentlichen Ministeriums erwidern wolle, weil sie nicht treffen und nicht kränken könnten und sich auch mit der Gemüthsstimmung der Letztern entschuldigen ließen. Er will den Vertheidigern nicht einzeln folgen, sondern die Vertheidigung zusammenfassen, classificiren und widerlegen. Man habe die Anklage angegriffen 1) in der historischen Entwickelung der Verschwörungen, als nicht hierher gehörig und nicht richtig; 2) in der Behauptung, daß der Bund schon 1848 und 1849 bestand und mit Paris in Verbindung war; 3) in den Kriterien der Strafbarkeit, und 4) in der Subjectivität der Klage. In seiner Erörterung sagt der Staatsprocurator: Man habe es der Anklage zum Vorwurf gemacht, daß sie die Jahre 1848 und 1849 in ihr Bereich gezogen habe. Wohl müßten die Thatsachen jener Zeit von einem andern Standpunkt als dem heutigen beurtheilt werden. Der Freiheitsschwindel war damals ein allgemeiner und hatte manche Gemüther ergriffen, die jetzt längst zu einer andern Ueberzeugung zurückgekehrt sind. Wir verlangen dafür keine Bestrafung, durften aber diese Jahre nicht übergehen, weil im Dec. 1846 der Bund entstanden ist, und durch 1847 und 1848 fortgewirkt hat. Auch den Umfang des Bundes hat man in Frage gestellt und behauptet, daß derselbe mit dem Pariser Complott nichts zu thun gehabt. Aber das letztere hatte bereits vor dem 15. September 1850, also vor der im Bunde eingetretenen Spaltung bestanden, und wenn man daher auch annehmen will, daß dasselbe zuletzt nur mit der Schapper-Willich'schen Partei zusammengehangen, so folgt daraus doch nicht, daß es vorher nicht mit dem ganzen Complott in seiner Einheit in Beziehung stand, und daß Paris mit Köln, und zwar durch London, dem Sitz der Centralbehörde des ganzen Bundes bis zum September 1850, nicht verbunden gewesen. Es werde nicht gefragt, ob die Verabredung, der Beschluß unmittelbar das Unternehmen, sondern ob das Unternehmen unmittelbar den Umsturz der Staatsverfassung herbeiführen sollte. Damit fielen die Aufstellungen der Vertheidigung zusammen.

Nach einer Pause beleuchtet der Staatsprocurator nochmals die criminirende Bundespapiere. Durch den Eintritt in den Bund träte man den Beschlüssen bei, das Endziel zu erreichen. Dem Endziel, daß freilich erst durch eine Reihe von Revolutionen herbeigeführt werden könne, stehe aber das Königthum entgegen, in welchem alle gesellschaftlichen Zustände ihren Schutz fänden; das aber solle durch die politische Revolution gestürzt werden. Diese wolle man freilich nur als Mittel zum Zweck, woraus keine Straflosigkeit erhellen könne. Die Angeklagten wären sich dieses erstens wohl bewußt gewesen, hätten es zweitens auch gewollt, und drittens wollten sie durch ein Unternehmen die politische Revolution unmittelbar herbeiführen. Als Beweise werden Stellen aus dem Manifest, der „Neuen Rheinischen Zeitung" und andern Schriften angeführt, wie auf das Verfahren des Bundes im Allgemeinen und der Angeklagten im Besondern hingewiesen. Es sei nicht nöthig, um den Begriff eines Complotts zu vervollständigen, daß die Mittel schon herbeigeschafft seien. Ob der Gesetzgeber wollen konnte, daß man so lange warte? Sei der Bund auch noch schwach und kraftlos, so wäre das kein Grund zu warten, bis er erstarke. Er drohte bedeutend genug zu werden, wenn man der Propaganda in den Arbeitervereinen nicht entgegengetreten wäre; das beweise Frankreich. In einem Artikel der „Westd. Z." aus dem Jahre 1850 wird von den bedeutenden Fortschritten der Arbeitervereine, namentlich in Bayern gesprochen, welche die Pius- und Märzvereine verdrängten. Ueberall ständen die besten Demokraten an der Spitze. „So wächst die Lawine, denen die Bajonnete nicht widerstehen können!" Es komme nicht darauf an, daß die Zeit eines Attentats beschlossen sei. Gesetzt, man beschlösse, den König bei seiner nächsten Anwesenheit in Köln zu ermorden: sollte das straflos sein? Man wartet in solchen Fällen fast immer einen günstigen Moment ab. Es ändere nichts, daß man erst während der Revolution beitreten wolle. Wenn man an einem Ort revoltirt, darf man es dann ungestraft auch an dem andern? Willich glaubte das Endziel schon in der ersten Revolution zu erreichen, Marx erst in einer Reihenfolge von Revolutionen; dies die Abweichung unter beiden. Aber die erste Revolution wollte Marx so gut wie Willich — Der Staatsprocurator beantragt eine neue Fragestellung. Der Frage soll noch als dritter Theil die beigefügt werden, wie sie im Code Napoléon verzeichnet ist. Es sollen dann noch die Subsidiarfragen angehängt werden: Ob der Angeklagte, ohne dem Bunde selbst anzugehören, 1) demselben Mittel verschaffte, 2) Hilfe leistete, obgleich ihm dessen verbrecherische Tendenz bekannt war. Die Fragen erregen Sensation. Die Vertheidiger verlangen Abschrift davon. Die Sitzung wird geschlossen.

Börsenberichte.

Antwerpen, 9. Nov. 5pCt. Belg. 101 1/2. — 2 1/2 pCt. do. —. — 3pCt. Span. 46 1/16 G. — 1pCt. do. 24 11/16 G.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 10. Nov. 5pCt. Metall. 94 3/4. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94 3/8. — 4 1/2 pCt. Metall. 84 3/4. — 5pCt. Lombard.-Venet. 102 3/4. — London 11 fl. 27 kr. — K.-F.-Nordb. 224 1/4. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Paris, 10. Nov. Rente fest. Eisenbahnactien weichend. 1pCt. neue Span. 25 pCt. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2556]

Bekanntmachung.

Die Postverbindung zwischen **Frankfurt** und **Offenbach** wird bis auf Weiteres in nachstehender Weise unterhalten:

A. Von Frankfurt nach Offenbach:

6 Uhr	— Min.	Morgens	pr. Würzburger Eilwagen,
8	50 „	Morgens	„ Boten,
11	15 „	Vormittags	„ Localwagen,
2	„ 30 „	Nachmittags	„ Boten,
5	„ — „	Nachmittags	„ Localwagen,
9	„ — „	Abends	„ Würzburger Eilwagen,
10	„ — „	Abends	„ Localwagen.

B. Von Offenbach nach Frankfurt:

4—5 Uhr	— Min.	Morgens	pr. Würzburger Eilwagen,
8	„ — „	Morgens	„ Localwagen,
10	„ 20 „	Vormittags	„ Boten,
1	„ — „	Nachmittags	„ Localwagen,
3	„ 15 „	Nachmittags	„ Boten,
7—8	„ — „	Abends	„ Würzburger Eilwagen,
9	„ — „	Abends	„ Localwagen.

Frankfurt a. M., den 10. November 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[3552]

Bekanntmachung.

Die Aufhebung der Posthalterei Langen betreffend.

Die Großherzoglich Hessische Posthalterei zu Langen ist aufgehoben worden, und es sind in Folge dessen die zwischen Darmstadt einerseits und Frankfurt und Offenbach andererseits vorkommenden Extraposten und Estaffetten ꝛc. ꝛc. von den an diesen Orten bestehenden Posthalterein über Langen hinaus bis zur nächsten Station durchzubefördern.

Die Gesammt-Entfernung zwischen Darmstadt und Frankfurt resp. Darmstadt und Offenbach beträgt je 3¾ Meilen.

Frankfurt a. M., den 10. November 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[2553] Ein junges Frauenzimmer von guter Familie sucht gegen entsprechenden Gehalt eine Stelle als Gehülfin einer achtbaren und gesitteten Hausfrau und erklärt sich zur Uebernahme jeder anständigen Dienstleistungsfähigkeit mit der Bemerkung bereit, daß sie billigen Anforderungen vollkommen genügen zu können sich zutrauen darf. — Etwaige Offerten befördert die Expedition dieses Blattes, wenn solche mit der Nummer 2553 versehen sind.

[2551]

Im Namen
Seiner Majestät des Königs
von
Bayern
erkennt das k. Kreis- und Stadtgericht Würzburg in der Sache des practischen Arztes Dr. Röthig von Miltenberg und Genossen wegen Tumultes und desselben wegen Amtsehrenbeleidigung, Körperverletzung und Jagdfrevels Recht, was folgt:

ꝛc. ꝛc.

II. Dr. Jacob Röthig, 54 Jahre alt, practischer Arzt zu Miltenberg, ist des Verbrechens des Tumultes k. Gesetz. als Rädelsführer im theilweisen Zusammenrotte mit dem Bezeichnen der Beleidigung der Amtsehre des vormaligen Bürgermeisters Werner zu Miltenberg, ferner im Zusammenrotte mit den Bezeichnen der Körperverletzung — jedoch mittelst Waffe, jedoch ohne Ueberlegung und Vorbedacht in auswallender Hitze des Zornes, an Joseph Kappes von Miltenberg — dann mit den Bezeichnen des Amtsehrenbeleidigung, begangen am 20. December 1849 an dem genannten Bürgermeister Werner — und mit dem Bezeichnen des Jagdfrevels, begangen am 4. Februar 1851, schuldig und wird deßhalb mit eine Festungsstrafe dritten Grades auf die Dauer von fünf Jahren verurtheilt.

ꝛc. ꝛc.

VI. Das in gerichtlicher Verwahrung befindliche Schießgewehr des praktischen Arztes Dr. Jakob Röthig wird confiscirt.

VII. Dr. Röthig wird in die Kosten der Voruntersuchung bezüglich der Körperverletzung, der am 20. December 1849 verübten Amtsehrenbeleidigung und des Jagdfrevels, sowie zur Tragung der durch seine Entweichung veranlaßten, sowie der durch die Vernehmung der Zeugen Kappes, Heimberger, Schollmer, Balles, Klein, Rascher, Morschell und Fichtmann in der öffentlichen Sitzung verursachten Kosten verurtheilt.

VIII. Von den übrigen Kosten der öffentlichen Verhandlung, sowie von Zweidrittheilen der Kosten des Verfahrens in der Tumultsache hat Dr. Röthig die Hälfte, Schlosser Albrecht ⅓, Gramling, Späer und Wepfich jeder ⅓, — diese drei Letztgenannten jedoch nur in der Weise, wie der Staat die Kosten zu tragen hat, — Schuhmann, Gerlach, Strobel, Pfrang, Rauch, Miltenberger, Link und Stelfug zusammen ⅓ zu gleichen Theilen — jedoch Bundschuh, Pfrang und Link nur in dem Umfange, wie solche der Staat zu tragen pflegt. — endlich die Staatskasse ⅙ definitiv zu tragen. Der Letzteren fallen auch die auf Albrecht, Rauch, Miltenberger, Strobel und Stelfug betreffenden Kosten zur Last.

IX. Jeder der Betheiligten hat die Kosten seines Strafvollzuges zu tragen.

X. Der Entschädigungsanspruch der Beschädigten wird der Entscheidung des zuständigen Civilgerichts vorbehalten.

ꝛc. ꝛc.

Also gerathteilt und verkündigt in öffentlicher Sitzung des k. Kreis- und Stadtgerichts Würzburg vom dreißigsten October achtzehnhundert zwei und fünfzig, wo zugegen waren: Schmitt, Rath als Vorsitzender; Ungemach, Horn, Reichert und Hofmann II., Assessorn; Zinn k. II. Staatsanwalt und Fischer Protocollist.

(L. S.) Schmitt. Ungemach. Horn. Reichert. Fried. Hofmann II.

Fischer.

Zur Beglaubigung:
Würzburg, am 21. October 1852.
Königliches Kreis- und Stadtgericht.
Teuffer.
Pedtlein.

Cours der Staats-Papiere. 11. November 1852. (Schluss der Börse.)

	Per compt.			Per compt.	
Oesterreich	86½ M. (Cl.-L.-S. Holn)	93 G.	Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34½ P. ½ G.
„	86½ M. v. J. 1854 ser. B.	93¼ G.	„	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	41½ P.
„	86½ do. v. J. 1854 (Lit. A.)	92¾ P. ½ G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	101¼ G.
„	86½ L. V. (C. s. Rothe)	88¼ G. bez.	„	4% dito b. Rothsch.	98 P. 97½ G.
„	86½ do. Mots C. 18. I. M.	84½ P. ½ G.	„	3½% dito b. Rothsch.	92 P. 91¾ G.
„	Bank-Actien . . .	1365 P. 61 G.	„	fl. 50 Loose . . .	90½ P. ½ G.
„	5% Metallic.-Oblig.	81¼ P. 81 bez. u. G.	„	fl. 35 Loose . . .	31½ G.
„	86½ M. v. J. 1854 ser. A.	81¼ P.	Nassau .	4% Oblig. b. Rothsch.	103½ P. 103 G.
„	4% dito 1853	81¼ P.	„	4% dito	99¼ P.
„	4½% dito	72½ P. 72 G.	„	3½% dito	91 P.
„	4% dito	64½ P.	„	fl. 25 Loose . . .	23¾ P. ½ G.
„	3½% dito	58 G.	Frankfurt	5½% Oblig. v. J. 1849 G.	94½ G.
„	3½% dito	40¾ G.	„	3½% „ „ 1846	94 P. 93¾ G.
„	3½% dito	16½ P.	„	3½% „ „	85½ P.
„	fl. 250 Loose b. Rothe.	116½ P.	„	Taunusbahnact. .	303 P. 301 G.
„	fl. 500 „ dito	191 P.	Russland	4½% Obl. in Rubel	102½ P. 101¾ G.
„	4½% Obl. b. Rothsch.	80¾ P.	„	4% Obl. b. Hope & S.	80¼ G.
„	4% „ „ „	71 P.	„	4% „ „ b. Stieglitz „	80¼ G.
Preussen .	3½% Staatsschuld.	93¾ G.	Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91¾ P. bez.
„	Coin-Mind. E.-Actien	102¼ P.	Spanien	3½% Obl. P. v. Rothsch.	35½ P. ½ G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101¾ P. ½ G.	„	4% Neue „ „	25¾ P. ½ bez.
„	4½% dito	100¾ P. ½ G.	Holland .	4% Certificate . .	95¼ P. ½ G.
„	4% dito	96¼ P.	„	3½% Syndicate .	64¼ G.
„	4% Anlös.-Rente .	97¾ P. ¼ G.	„	2½% Integrale .	53¼ G.
„	3½% Oblig. b. Rothsch.	93 P. 92¾ G.	Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 125. B.	99¾ G.
„	Ludwigsh.-Bexbach.	95¾ P. ½ G.	„	4½% Obl. in P. à 93 Kr	98¼ G.
„	5% Priorit.-Oblig.	102¼ G.	„	4% Obl. in Fr. à 96 Kr.	91½ G.
Würtemb.	4½% Oblig. b. Rothsch.	101¼ P. ½ G.	„	4% Obl. b. Rothsch.	91¼ G.
„	4% dito	90¾ P. ½ G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98¾ G.
Baden . .	5% Obligationen .	102¼ P. 101½ G.	„	5% Obl. b. Hambro	95 P. 94¾ G.
„	4½% Obligationen	102¾ G.	„	Sardinische Loose .	41 G.
„	35 fl. v. 1849 . .	99¾ P. ½ G.	Toscana	5% Obl. 1850 (Ch. Goldz.)	101 bez.
„	fl. 50 Loose v. 1840	66½ P. ½ G.	„	5% „ 1851 (J. Bastogi Goldz.)	99 P.
„	fl. 35 Loose v. 1845	33¾ P. ½ G.	Nassauische	5% Stücke Doll. 2.30	116½ P. ½ G.

Wechsel-Cours.

Den 11. November	Per compt.	
Amsterdam . .	k.S.	100¼ B. ¼ G.
(100 fl. Crt.)	2M.	
Augsburg . .	k.S.	119¾ B. ¼ G.
(100 fl. Crt.)	2M.	
Berlin	k.S.	105⅜ B. 104¾ G.
(60 Thlr.)	2M.	
Bremen (50	k.S.	97¾ B. ¼ G.
Rthr. Louisd.	2M.	
Hamburg . . .	k.S.	89 B. 88¾ G.
(100 Mk. Bc.)	2M.	
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104¾ G.
London . . .	2M.	119 B.
(10 Liv. St.)	3M.	
Lyon	k.S.	94¼ B.
(300 Fr.)	2M.	
Mailand (250	k.S.	100¾ B. ¼ G.
Lir. Austr.)	2M.	
Paris	k.S.	94¼ B. ¼ G.
(300 Fr.)	2M.	
Wien (100 fl.)	k.S.	107 B. ¼ G.
	2M.	
Disconto . . .		3½ B. 3¾ G.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	à 9	44–45
Pr. Friedrichsd'or	„ 9	54–55
Holl. 10 fl. Stücke	„ 9	52½–53½
Rand-Ducaten	„ 5	37⅛–38⅜
20 Francsstücke	„ 9	28 29
Engl. Souvereigns	„	11 53
Gold al Marco	„	382–383
5 Frankenthaler	„ 2	21¼–¾
Preuss. Thaler	„ 1	45–¾
Preuss. Cassa-Sch.	„ 1	44⅞–45

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 271. — Freitag den 12. November 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Postbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Bundes- und Zollvereins-Ländern und Luxemburg (Postverwaltungsgebiet in fl. und kr. oder Thlr. Sgr.): 3 fl. in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Erbländern 3 fl. 30 kr. Fl. oder

u. s. w. 3 fl. 6. 6. 6., oder 3 Rthlr. Alles Gut. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und Überseeische Länder, worüber Herr C. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 30, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 19, Bestellungen annimmt. Die Zeitungsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) wie Petitschrift oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 7. Nov. Der „Lloyd" bespricht heute die Madai'sche Angelegenheit, um den Großherzog von Toscana wegen der Abweisung der Deputation zu vertheidigen. Er schließt seinen Artikel mit folgender Betrachtung: „Das Recht der Begnadigung gehört gewiß zu den schönsten und heiligsten Rechten eines Regenten. Es gibt jedoch im Leben eines jeden monarchischen Staates Augenblicke, wo durch den Ernst der Geschichte die Wahrung des Rechts für den Herrscher eine heilige Angelegenheit wird, als die Uebung der Gnade. — Heute ist der kaiserl. russische Staatsrath v. Kouriatsky in Wien angekommen und machte unmittelbar darauf einen Besuch bei dem Minister des Aeußern. — Der k. Statthalter von Galizien, Graf Goluchowsky, ist abermals hierher berufen worden, um an den Schlußberathungen über die Organisation dieses Kronlandes Theil zu nehmen. — Das Finanzministerium hat sich vor kurzem bewogen gefunden, der Bitte der Prager Handelskammer um Erhöhung des dortigen Fruchtabsatzfonds zu willfahren. Dieser letztere wurde demnach um 50,000 Thlr. C.M. erhöht, so daß sich nun der ganze Fonds auf 2,500,000 Thlr. C.M. beläuft. Anfangs dieses Monats hat die Prager Sparkasse mit der Discontirung von Wechseln begonnen.

P **Berlin**, 9. Nov. Nachdem die Wahlen zur zweiten Kammer vollendet und deren Resultate hier bekannt geworden, beginnen die öffentlichen Blätter ihre Betrachtungen über die wahrscheinliche Parteistellung. Nach unserer Ansicht ist dies eine ziemlich müßige Arbeit. Denn es gibt mit Ausnahme der katholischen, oder besser gesagt, ultramontanen Partei, keine in Preußen, die ein fest begrenztes Programm hätte und nach dem Gewinnen von einigen oder mehreren Anhängern der Regierung Verlegenheiten bereiten könnte. In Preußen ist die Stellung der Regierung noch immer eine solche, daß sie bei nur einigem festen Willen und einiger Entschlossenheit, von den ihr zu Gebot stehenden mittelen Gebrauch zu machen, allen Parteien gewachsen ist. Es gibt außer der genannten katholischen keine, die nicht mehr oder minder von ihren Entschließungen abhängig wäre, und der Versuch, den die Kreuzzeitung im Laufe des Sommers gemacht hat, zeigt, daß auch einem offenen Kampfe nur Demüthigungen hervorgehen. Freilich bedingt dies, daß die Regierung den Muth zu Entschließungen habe, und um denselben zu jeder Zeit zu haben, einig in Haupt und Gliedern sei. Ob dies zur Zeit ist, wagen wir nicht unbedingt zu verneinen oder zu bejahen. Einzelne Anzeichen deuten darauf hin, daß die Verschiedenheit der Ansichten über die Lösung unserer innern schwebenden Fragen, welche gegen das Ende der vorigen Session innerhalb des Ministeriums hervortrat, noch keineswegs ausgeglichen und noch immer nicht der Weg gefunden ist, der Allen genehm zu sein scheint. In diesen Umständen haben wir auch die Ursache zur Berufung der Commission zu Vorschlägen über die Verfassungsrevision zu suchen, für deren Arbeiten die „N. Pr. Z." wiederholt die Solidarität des Staatsministeriums anruft und geltend zu machen versucht. In der That wird die Berufung dieser Commission aber hier in unterrichteten Kreisen als weiter nichts, wie für einen Versuch des Herrn Ministers angesehen, sein, wie man wissen will, dissentirendes Votum im Staatsministerium durch die Autorität der von ihm berufenen und auserwählten Commission zu stützen. Wie es den Anschein gewinnt, ist derselbe aber nicht besonders glücklich ausgefallen. Abgesehen davon, daß die Commission sich keineswegs in der vorausgesetzten Uebereinstimmung mit den Ansichten des Herrn Ministers befunden soll, hat sie es auch unter sich zu keiner Einstimmigkeit gebracht und die an den Minister des Innern abgegebenen Gutachten sollen zwar sehr reich an Umfang, aber keineswegs an Resultaten sein.

± **Berlin**, 9. Nov. Was die Berichte der Staatsministerialcommission anbelangt, welche als Rückäußerung auf die vorgelegten Fragen dem Minister des Innern gegenwärtig vorliegen, so kann angedeutet werden, daß diese Berichte sich im Allgemeinen schwerlich der Zustimmung grade des Herrn Ministers des Innern zu erfreuen haben werden, da sie nicht in dessen Sinn zum großen Theile ausgefallen zu sein scheinen. Ob die Berichte aber einer andern Richtung innerhalb des gesammten Staatsministeriums nicht mehr zusagen werden, das möchte eine andere Frage sein. Es dürfte vorauszusehen sein, daß mehrere der Vorlagen des Herrn Ministers des Innern weiter nicht mehr zur Sprache kommen werden, und einige derselben wohl auch gar nicht gemacht worden wären, wenn man die Stimmung in Bezug auf die Verfassung so gekannt hätte, wie man sie bei Gelegenheit der Wahlen, namentlich hier in Berlin, kennen gelernt hat. — Als ein sehr bedeutsames Zeichen wird es in hiesigen höhern Kreisen erachtet, daß in Bezug auf die Gestaltung der Dinge in Sardinien, Frankreich und Oesterreich ganz im Einverständniß zu handeln scheinen. — Der Verfasser der vielbesprochenen Schrift: „Briefe über Staatskunst", ist noch immer nicht bekannt. Die bisher Genannten sind nicht die Verfasser. Da die Schrift ein so entschiedenes Mißfallen allenthalben erregt, so möchte von dem wirklichen Verfasser, welcher dem preußischen Volk durch diese Schrift wohl auf den Zahn fühlen wollte, alles aufgeboten werden, daß sein Name nicht bekannt werde. Die Vision, welche in der Schrift mitgetheilt wird, hat in den hiesigen Kreisen geradezu eine sittliche Entrüstung hervorgerufen, abgesehen davon, welcher politischen Richtung diese Kreise angehören. Es übertrifft diese Schrift bekanntlich Alles, was die sich überstürzende Reaction bisher hervorgebracht hat. Erfreulicherweise liegt die Schrift dem Ziele so fern, als daß es durch den Giftbaum der darin entwickelten Grundsätze über den Eidschwur eines Fürsten berührt werden könnte.

* **Darmstadt**, 11. Nov. Eben ist der Bericht des besondern Ausschusses der ersten Kammer über den Antrag des Abg. Müller-Melchiors wegen Neugestaltung des Zollvereins und über die in gleicher Richtung gehenden Petitionen im Druck erschienen. Ich werde noch heute mich über diesen Bericht verbreiten und hebe für jetzt nur hervor, daß der Antrag des Ausschusses dahin geht: 1) dem Beschluß der zweiten Kammer nicht beizutreten, dagegen 2) die großherzogliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Trennung des bisherigen Zollvereins, namentlich das Ausscheiden des Königreichs Preußen aus demselben, möglichst abzuwenden, und 3) auf den baldigen Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrags mit Oesterreich fortwährend hinzuwirken." Uebermorgen, Vormittags 9 Uhr, wird die Kammer zur Berathung schreiten.

Hamburg, 8. Nov. Der Senat hat heute an des im Anfang voriger Woche verstorbenen und vorgestern begrabenen Senators Schmidt Stelle Herrn Rodolph Tesdorpf, von der Firma F. J. Tesdorpf und Sohn, zum kaufmännischen Senator gewählt. Der Erwählte gehört einem sehr geachteten Handlungshause an, ist wenig über 40 Jahre alt, saß in der constituirenden Versammlung auf der Rechten, hat sich aber stets in Wort, Schrift und That als einen humanen Mann gezeigt, so daß die Wahl im Allgemeinen sehr gut aufgenommen wird. Sein Vater ist Mitglied des Collegiums der Oberalten. — Es wird heute in sehr bestimmter Weise versichert, daß die beiden entwichenen Polizeiofficianten in Liverpool (nach Andern in Hull) verhaftet worden sind, und daß man erwarten darf, sie schon morgen hier eingebracht zu sehen. (N. Z.)

Schweiz.

⊙ **Bern**, 10. Nov. Der hiesige Großrathspräsident Kurz hat in einem Kreisschreiben die Mitglieder des großen Raths zur ordentlichen Herbstsitzung auf den 21. d. M. eingeladen. Unter den 69 Verhandlungsgegenständen sind allein 27 Gesetzentwürfe, von denen mehrere zur zweiten Berathung vorgelegt werden, wie über das Gemeinde- und Auswanderungswesen, über den Bezug

einer Erbschafts- und Schenkungssteuer, über den Mißbrauch der Presse ꝛc. Zur ersten Berathung kommen die Gesetze über die Reorganisation der Schulsynode und des Seminars zu Münchenbuchsee, über die Normalanstalten im Jura, über den Betrieb, die Verhinderung leichtsinniger Ehen und das Erbrecht der Unehelichen. Das Gesetz über die Hochschule ist vom Regierungsrath vorberathen, wird aber nach dem Traktandenverzeichniß dem großen Rath in seiner nächsten Sitzung noch nicht vorgelegt werden. Unter den vorzunehmenden Wahlen ist diejenige eines Mitgliedes des Regierungsrathes und eines Erziehungs-Direktors die wichtigste.

Belgien.

Brüssel, 8. Nov. Die Prinzen und die Prinzessin, Kinder des Königs, nebst Gefolge begaben sich gestern mit einem besondern Bahnzuge nach Ostende, wo sie im Palaste übernachteten und wo sie sich heute Morgen auf dem Dampfschiffe „Rubis“ nach England einschiffen sollten. Ihre Abwesenheit wird 14 Tage dauern. Sie werden im Schlosse von Windsor wohnen und sich mit der Königin Victoria nach London begeben, um dem Leichenbegängnisse des Herzogs von Wellington beizuwohnen. Auf der Rückfahrt nach Ostende werden sie die Insel Wight besuchen.

Lüttich, 9. Nov. Man erwartet als einen der nächsten den hiesigen Kammern vorzulegenden Gesetzentwurf eine Maßregel zur Umwandelung der 3procentigen Schuld in eine 4½ Procent ginsen tragende. Dadurch wird dem Staatsbudget ein bedeutender Gewinn erwachsen und ich glaube, die Maßregel kann ausgeschrieben werden, ohne die geringste Furcht von Rückzahlungsforderungen überstürmt zu werden. Nie war der Augenblick zu einer solchen Zinsverminderung günstiger, selbst nicht zur Zeit der frühern belgischen Conversionen. Capitalien sind in solcher massenhaften Menge vorhanden, daß man vergebens sich nach einem nutzbringenden Anlegen derselben umsieht, und sie in den Kassen der Bankiers und des Staats sich anhäufen. Letzterer zahlt seit mehreren Monaten alle fällig werdenden à pct. Zinsen tragenden Schatzscheine zurück. Was den günstigen finanziellen Zustand des Landes noch besser charakterisirt, ist — außer dem weit über Pari stehenden Cours aller Staatsobligationen — der Umstand, daß selbst die gegen die belgischen Kohlen- und Eisenerzeugnisse ergriffene Maßregel der französischen Regierung die Thätigkeit der Brüsseler Bank zur Beförderung des nationalen Gewerbfleißes, unter deren Schutz die meisten großen metallurgischen Anstalten stehen, auch nicht einen Augenblick herabzudrücken vermochte. Die Actien der neu geschaffenen Staatsbank werden, ehe eine Woche vergeht, 1900 notirt werden. Ein solcher Zustand in einem Lande, wie Belgien, wo Handel und Industrie den Capitalien so lockende Belegenheiten bieten, dessen auswärtiger Handel sich in den letzten Jahren um ein volles Drittel vermehrt hat, ist jedenfalls bemerkenswerth. (K. Z.)

Schweden.

§ Stockholm, 3. Nov. Unsere Königsfamilie ist seit dem Tode des Erbprinzen Gustav Oscar schwer heimgesucht worden. Auser Sr. Majestät selbst ist auch die Prinzessin Eugenie, Tochter des Kronprinzen, an der Gelbsucht so bedeutend erkrankt, daß über ihr Befinden seit einigen Tagen Bulletins ausgegeben werden. Das heutige Bulletin verspricht nicht viel Tröstliches, dagegen lautet jenes über den Zustand des Königs etwas günstiger. Nachdem in demselben berichtet worden, daß sich beim König gestern gegen Abend ein warmer, jedoch nicht allgemeiner Schweiß eingestellt, und er darauf ein paar Stunden hindurch fast ununterbrochen geschlafen und nach Mitternacht sich wiederum Schweiß und ein schwaches Nasenbluten gezeigt hatte, schließt das Bulletin folgendermaßen: „Beim Aufwachen am Morgen befindet sich Se. Majestät allerdings matt, aber sonst in einem Zustande, der zufriedenstellender ist, als an den nächstvorangegangenen Vormittagen. Die Krankheit kann inzwischen noch nicht für völlig gebrochen angesehen werden.“ — Auch Prinz August (jüngster Sohn Sr. Majestät) war einige Tage lang unpäßlich gewesen, ist indeß wieder so weit hergestellt, daß er heute schon sein Zimmer wird verlassen können.

Rußland.

Petersburg, 28. Oct. Das in Frankreich sich vorbereitende Kaiserthum Napoleons III. hindert die Hofzeitung „Nordische Biene“ nicht, in ihrer heutigen Nummer aus Moskau Folgendes ihren Lesern im ganzen unermeßlichen Reiche zu erzählen: „Es sind nun 40 Jahre verflossen, seit dem unvergeßlichen Krieg in unserm engern Vaterland, dessen Spuren zwar verschwunden, dessen schwere Stunden der Prüfung aber im Gedächtniß fortleben, und den Herzen des Russen unvergeßlich eingegraben bleiben. An 23. Oct. 1812 war es, als Napoleon, im ohnmächtigen Zorn mit dem Rest seiner Armee den Rückzug antretend, die Verheerung der volksthümlichen moskowitischen Hauptstadt zu vollenden beschloß, indem er seinen Abzug damit bezeichnete, daß er den Kreml in die Luft zu sprengen befahl. Das Andenken an diesen Tag ist von der Kirche aufbewahrt worden, indem sie nach jedem ersten Sonntag nach dem Jahrestag durch feierliche Procession um die wieder hergestellten Mauern des Kreml die Erinnerung daran auffrischte. Aber am jüngsten 40jährigen Jubiläum hat der Generalgouverneur Graf Arsenij Zakrewski den Rückzug der Franzosen von Moskau ganz besonders durch eine erhebende Festlichkeit gefeiert.“ Es folgt nun die Beschreibung derselben. Unter anderm waren sämmtliche noch lebende Kämpfer aus den Jahre 1812, 894 an der Zahl, zu einem Bankett im Palast eingeladen. Nach der Hymne „Gott erhalte den Zaaren“ wurden bei dem Fest dem Kaiser, der Kaiserin, der Flotte und den Anwesenden Toaste gebracht. Unter den zur Theilnahme an der Festlichkeit Aufgeforderten befanden sich 60 Generale und Senatoren, wie z. B. die Fürsten Gortschakoff, Mentschikoff, die Generale Schpoff, Tschekodajew ꝛc. Der alte Jermoloff konnte Unpäßlichkeit halber sich nicht einfinden. Die Garnison wurde bei der Gelegenheit ebenfalls fetirt, und zur Erinnerung an die Schlacht von Malojaroslawitz gab die städtische Gesellschaft am folgenden Tag den Invaliden des ismailowskischen Militärhospitiums ein großes Festessen.

Petersburg, 2. Nov. Das hiesige „Journal de St. Petersbourg“ enthält in Bezug auf den Tod des Herzogs v. Leuchtenberg das folgende kaiserliche Manifest:

Von Gt. Mir Nicolaus I., Kaiser und Selbstherrscher ꝛc. ꝛc. ꝛc. Nach dem Willen des allmächtigen Gottes ist Sr. kaiserl. Hoh. der Herzog Maximilian v. Leuchtenberg, Unser vielgeliebter Schwiegersohn, am 20. Tage dieses Monats, in Folge einer langen Krankheit, gestorben. Indem Wir Uns der göttlichen Vorsehung unterwerfen, deren Wege unerforschlich sind, halten Wir Uns für verpflichtet, daß alle Unsere treuen Unterthanen aufrichtigen Antheil an dem Familienunglück, welches Uns betrifft, nehmen, und ihre Bitten für das Seelenheil des Verstorbenen mit den Unsrigen vereinigen werden. Gegeben zu St. Petersburg, den 20. October 1852. Gez. Nicolaus.

Türkei.

Briefe aus **Konstantinopel** bis zum 28. Oct. einschließlich, welche die „Allg. Ztg.“ erhält, beschäftigen sich fast nur mit der Verwerfung der Anleihe, an welche sich viele politische und Serailintriguen zu knüpfen scheinen. Reschid Pascha's Ansehen und Stellung wurden dadurch tief berührt. Es werden ihm allerlei zweideutige Finanzmanöver zur Last gelegt, was seinen Credit beim Sultan — der seit seinem Rücktritt noch ungeschwächt geblieben war — gründlich erschüttert zu haben scheint. Das Silber, das er, gleich den übrigen Großen, der Münze zur Prägung überlassen, wurde zurückgeschickt; das gleiche Loos hatten die Geschenke, die sein Sohn der Tochter des Sultans, seiner Braut, übersandt hatte. England hatte bis jetzt Reschids Einfluß auf jede Weise unterstützt, und die Antahme, welche die Anleihe in London fand, gehörte mit dazu. Und darüber stürzt nun Reschid. Es schwebt ein eigenthümliches Verhängniß über der englischen Politik: in der ganzen Levante schlagen alle ihre Entwürfe thatsächlich zu Gunsten Rußlands aus.

Amerika.

Durch den Dampfer „America“ sind in England Nachrichten aus **Boston** bis zum 27. October und aus **Halifax** bis zum 29. October eingetroffen. Daniel Webster ist gestorben. Sein Tod erfolgte am 24. October auf seinem Landsitze zu Marshfield. In Boston wie in Newyork wurden Meetings berufen, um die Anstalten zu einem des großen Staatsmannes würdigen Leichenbegängniß zu treffen. Dasselbe wird nach der Präsidentenwahl stattfinden. Aber vor dieser öffentlichen Trauerfeierlichkeit wurden die sterblichen Ueberreste Websters in der Familiengruft zu Marshfield beigesetzt. Es hieß, der Präsident, die Cabinetsmitglieder und General Pierce hätten die Familie um Erlaubniß gebeten, dieser Ceremonie beiwohnen zu dürfen.

Die letzte Post aus **Cuba**, 18. Oct., meldet, daß die Passagiere der zurückgewiesenen „Crescent City“, als sie an Bord des „Black Warrior“ von Neuorleans nach der Havanna wiederkamen, verhaftet, aber nach einem Verhör über die Vorgänge auf dem früher genannten mißtrauischen Schiffe freigelassen wurden. Schlimmer ging es einigen andern Passagieren, die auf der Barke „Millanton“ nach der Havanna kamen. Sie wurden ins Gefängniß geworfen, weil sie Nummern des „Picayune“ bei sich hatten; unter den Eingekerkerten ist ein angesehener Bürger aus Havanna, der eine Nummer des Blattes „Delta“ in der Tasche hatte. Lieutenant Porter (Commandant der „Crescent City“) wurde vor den Marinefecretär citirt, welcher im Namen der amerikanischen Regierung ihm einen Vorwurf wegen seines allzu selbstständigen politischen Auftretens in Cuba ertheilte und ihm seine Versetzung an Bord des Dampfers „Georgia“ anzeigte. — Die Fregatte „Mississipi“ segelte am 23. October nach Annapolis, um von dort weiter nach Japan zu gehen. Sie hat eine Bemannung von 375 Personen; 291 Matrosen, 45 Marinesoldaten und 39 Officiere.

Neueste Nachrichten.

n **Frankfurt**, 11. Nov. Nach glaubhafter Mittheilung ist gestern aus Wien die officielle Nachricht von der Ernennung des Herrn Grafen v. Rechberg zum Bundespräsidialgesandten hier eingetroffen. — Herr Graf v. Thun und Hohenstein wird noch vor Ablauf dieses Monats unsere Stadt verlassen.

Wien, 9. Nov. Außer Sr. kaiserl. Hoheit dem Großfürsten-Thronfolger von Rußland, dessen Ankunft in hiesiger Residenz man morgen entgegensieht, wird auch J. M. die Kaiserin von Rußland hier erwartet; doch dürfte die Ankunft allerhöchstderselben nicht vor Ende dieses Monats erfolgen, so wie auch die Ankunftszeit Ihrer Majestät nur auf eine kurze Dauer sich bescheiden dürfte, indem allerhöchstdieselbe die Reise nach Venedig fortsetzen wird, in welcher Stadt die erlauchte Frau den Winter zuzubringen gedenkt. Ueberhaupt dürfte Venedig in diesem Winter stark besucht werden, indem die Stadt außer von den hohen russischen Gästen auch von dem Grafen v. Chambord, der Frau Herzogin v. Berry, dem Infanten Don Carlos, dem Grafen v. Montemolin, dem Herzoge Wilhelm von Braunschweig und andern hohen Personen zum Winteraufenthalte gewählt worden ist. Graf v. Montemolin soll den Palast der Fosscari am großen Kanal käuflich an sich gebracht haben und einschließen hin, seiner bleibenden Aufenthalt in Venedig zu nehmen. Bis jetzt lebte er bekanntlich in Sardinien. (Pr.)

* **Wien**, 9. Nov. Die „Wiener Zeitung“ bringt heute ein Bulletin über die am 26. in Reichstadt erfolgte Erkrankung des Kaisers Ferdinand. Nach den letzten Berichten ist eine bemerkbare Besserung und Hoffnung auf baldige Wiederherstellung des hohen Kranken eingetreten. — Die neuesten kriegsgerichtlichen Verurtheilungen führen u. A. eine wegen Verleitung eines Soldaten zum Treubruche, erschwert durch unerlaubten Waffenbesitz und Diebstahl, gegen den Privatdiener eines pensionirten k. k. Offiziers, August Lauer, zum achtmonatlichen Steckhaarrest in Eisen an.

P **Berlin**, 10. Nov. Der Herr Ministerpräsident ist heute Mittag wieder hier eingetroffen und begab sich sofort in die Sitzung des Staatsministeriums, in welcher Berathungen und Feststellungen über den Kammern zu machende Vorlagen, wie man vernimmt, stattgefunden haben. Wie man ferner in Beamtenkreisen heute vollsagene Wahl zur ersten Kammer ist auf den Oberbürgermeister Krausnick, den Bischof Neander und den Stadtrath de Curry gefallen, als dessen Gegencandidat Stadtrath Schauß aufgestellt war. Der Herr Ministerpräsident hat dem ersten Berliner Wahlbezirk nunmehr officiell die Ablehnung des Mandats für Berlin angezeigt, und wird demnächst eine Neuwahl stattfinden.

* **Berlin**, 10. Nov. Es ist vollkommen begründet, schreibt man von hier der „Börsenhalle“, daß seit der preußischen Note vom 8. October von allen Seiten her im Sinn der Verständigung gearbeitet worden ist, und daß es in der That den Anschein hat, als würden die Vorlagen, welche durch die letzten Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen vereinbart worden sind, zu dem Resultate führen, daß der Zollverein zunächst für eine weitere zwölfjährige Periode fortdauert. Wenigstens ist dies eine der Grundlagen zu den Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich, und man gibt mit Bestimmtheit an, daß letzteres sich dazu verstanden habe, die Anerkennung der Fortdauer des Zollvereins demnächst auszusprechen und von jedem weiteren Schritt gegen denselben, namentlich von Seiten des Bundestags, abzustehen. Dieses Ergebniß soll durch die entschiedene Abneigung Württembergs und Bayerns gegen ein Verhandeln der Zollvereinsfrage vor dem Bundestag herbeigeführt sein, und Oesterreich soll sich dadurch in der Lage befunden haben, direct mit Preußen zu verhandeln. In diesem Sinne ist denn auch die Haltung der Eröffnungsrede zu den Wiener Zollconferenzen aufzufassen, und wir werden allem Anscheine nach bald genaue Nachrichten über die bevorstehende Verständigung im Publikum dringen sehen.

Köln, 10. Nov. Heute wurde von dem hiesigen Gemeinderath die Wahl für die Abgeordneten zur ersten Kammer vollzogen. Anwesend waren 26 Wahlende. Herr Geheimrath Berghaus wurde als erster Abgeordneter einstimmig gewählt. Als zweiter Abgeordneter wurde der hiesige Zuckerfabrikant Jakob vom Rath mit 17 gegen 9 Stimmen gewählt. Herr Georg Hasser erhielt 9 Stimmen. (C. Z.)

München, 9. Nov. Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident Dr. v. d. Pfordten hat heute wieder zum ersternal in diplomatischen Angelegenheiten, und zwar vorläufig nach in seiner Wolnung gearbeitet. — Was die in mehreren Blättern besprochene baldige Veränderung in der Organisation der Ministerien und die Uebertragung des Portefeuilles des Handels an Frhrn. v. Brück betrifft, so verlautet darüber, daß solches höhern Orts nicht beabsichtigt wird, sohin das Ganze einer willkürlichen Combination seiner Lieferung zu verdanken dürfte. (A. Abdztg.)

✕ **Weimar**, 7. Nov. Die Nachricht aus Gotha in Nr. 266 dieser Zeitung, daß die hiesige Regierung für den Fall des Zustandekommens der Werraeisenbahn eine Zinsengarantie von 3 pCt. in Aussicht gestellt habe, entbehrt aller Begründung. So wünschenswerth die Herstellung der Werrabahn für das Großherzogthum ist, so hat dieses doch bei weitem weniger Interesse an dem Bau als Koburg und Meiningen, und eher ließe sich von der meiningischen Regierung die Uebernahme einer Zinsgarantie erwarten, da diese den Bahnbau in Anregung gebracht und besonders betrieben hat.

Gotha, 8. Nov. Heute beginnt in Weimar die Conferenz der Bevollmächtigten der thüringischen Staaten über die Zollvereinsangelegenheit. In dieser Conferenz soll, mit Bezugnahme auf den vom geheimen Staatsrath Thon in Weimar abgestatteten Bericht über die letzten Zollverhandlungen in Berlin, Berathung darüber gepflogen werden, ob und in welcher Weise, bei einer etwaigen Sprengung des gegenwärtigen Zollvereins, die thüringischen Staaten einen solchen Verein mit Preußen allein fortsetzen würden. Von Gotha wird Staatsminister v. Seebach und Ministerialrath Braun dieser Conferenz beiwohnen. (Goth. Z.)

| **Gotha**, 9. Nov. Nach einer öffentlichen Bekanntmachung der hiesigen Landesregierung, beabsichtigt dieselbe die Gründung von Gewerbsvorschußkassen für alle Theile unseres Landes. Die Vorschüsse von 5 Thlr. bis zu 50 Thlr. werden, nach Ausweis des darüber ausgefertigten Normalstatuts, auf längstens 5 Monate dargeliehen und zwar gegen 5pCt. Verzinsung; nur Gewerbtreibende von gutem, untadelhaftem Rufe können Vorschüsse erhalten. — Bezüglich der künftigen Sommer hier stattfindenden thüringischen Gewerbeausstellung hat die hiesige Landesregierung den Beschluß gefaßt, verschiedene Gruppen, wie auf der Londoner Ausstellung, zu bilden und die Leitung des Ganzen einer meist aus Gewerbetreibenden bestehenden Commission zu übertragen.

§ **Paris**, 10. Nov. Der „Moniteur“ enthält heute keinen amtlichen Theil; dafür aber sind die nichtamtlichen Spalten mit einer Menge von Adressen um Wiederherstellung des Kaiserreichs angefüllt.

‡ **Madrid**, 5. Nov. Wie man vernimmt, soll das Decret für Einberufung der Cortes morgen in der amtlichen Zeitung erscheinen. Noch weiß man nicht, ob die Eröffnung am 1. oder 15. December stattfinden wird.

Börsenberichte.

ɀ **Frankfurt**, 11. Nov. Auch an der heutigen Börse zeigte sich nur wenig Kauflust und die Haltung der meisten Fondsgattungen war wieder matt. Von österr. Effecten waren 5pCt. Metall. 80⅞, 4½pCt. 72¹/₁₆ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88⅛ à ¼ pCt.; Wiener Bankactien 136¼ fl.; 250 fl. loose 116½ pCt. Von spanischen Fonds waren 1pCt. 23¼ pCt. à ½; 3pCt. Inländische 45¹¹/₁₆ pCt. G. Von Eisenbahnactien war Fr.-W.-Nordbahn 44½ pCt.; Verbach 95¼ pCt.; Köln-Minden 112 pCt.; Taunus 301 fl. In den meisten übrigen Papieren war auch heute nur wenig Geschäft und Bewegung. — Abends in der Effectencoterie wurden 1 pCt. Spanische zu 25¼ pCt. verhandelt.

Berlin, 10. Nov. Staatsch. 93¼ Brl., 92¼ G. — Köln-Minden 111¾. G. — Fr.-W.-Nordbahn 41¾ Brl., 40¾ G.

Paris, 10. Nov. 4½pCt. Rente 107. — 3pCt. 84, 85. — Neapol. 106. — 5pCt. Röm. Anl. Oesterr. 94¼ pCt. — Span. neue Diff. — Neue 3pCt. 30¾. — Innere Span. 46¾. — Passive 16¾. — Bankactien 2985. — Piemont 5pCt. 100. — Römischen Anleihen Juni 1850 100. — do. 1350. — do. St. Germain-Eisenbahn 1500. — Versailles, linkes Ufer —. — Straßburg-Basel 380. — Nordbahn 877, 50. — Paris-Straßburg 880.

Madrid, 5. Nov. 3pCt. 47¹⁷/₁₆ ⅜, n. d. Börse 47 à ¹³/₁₆ G. — 1pCt. Neue 26¼, n. d. Börse 26⅜.

London, 9. Nov. 3pCt. Stocks 100⅜ à ⅛. — 4½ Russ. 105¼. — Mex. 25½ à ⅜ à ½. — Port. 40. — 1pCt. Span. 25¼ à ½. — do. 3pCt. 52¼.

Amsterdam, 9. Nov. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 63¹³/₁₆ ⅞. — 3pCt. Schuld 76⅞. — 4pCt. 95¹¹/₁₆ ¾. — 3½pCt. —. — 1pCt. Spanische 24¹³/₁₆. — 3pCt. —. — do. Inländ. à 6000 fl. 45¾. — 5pCt. Portug. 42½. — 4pCt. 38¹⁵/₁₆. — 4pCt. Russ. bei Pope 91¹¹/₁₆. — do. bei Stieglitz 91¹¹/₁₆. — 5pCt. Metall. 78¹⁵/₁₆. — 2½pCt. do. 40¹⁵/₁₆. — 5pCt Silber-Metall. 90¾.

Von holländischen Fonds waren heute Integralen und 4pCt. etwas angenehmer und 3pCt. zu den Schlußcoursen von gestern angeboten; in sonstigen war nur wenig Veränderung; portugiesische gut preishaltend; russische, besonders 4pCt., mehr gesucht; österreichische blieben wie gestern; französische haben sich ½ pCt. gebessert.

Verantw. Redaction: Dr. H. Marbach. Dr. L. Sattler. Dr. J. B. Kuchtelt.

Vereinigte Staaten und Canada.

Die **Union-Bank** in **London** zeigt, als Agentin des Bankierhauses *Duncan, Sherman & Comp.* in Neu-York, hiermit an, dass sie bereit ist, für Rechnung obigen Hauses Gelder in Empfang zu nehmen, und dafür ohne alle Ko-tenberechnung **Creditbriefe** und **Circularnoten** von **10 an und höher**, wie sie auf dem europäischen Continent und anderwärts in ausgedehntem Gebrauch sind, zu ertheilen. Honorirt werden diese Briefe und Noten an folgenden Plätzen der **Vereinigten Staaten** und **Canada's** zum an Tage der Zahlung stehenden Wechsel-Cours von Neu-York auf London.

Stadte:	*Staaten:*	*Correspondenten:*
Albany	Neu York	Albany City Bank.
Augusta	Georgia	The Bank of Augusta.
Boston	Massachusets	J. E. Thayer and Bro.
Buffalo	Neu York	Oliver, Lee and Co's Bank.
Baltimore	Maryland	Union Bank, Maryland.
Baytown	Canada	Branch Bank of Montreal.
Brockville	Ditto	Ditto.
Ditto	Ditto	Commercial Bank, Mid. District.
Belleville	Ditto	Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank, Mid. District.
Cleveland	Ohio	Commercial Bank.
Chicago	Illinois	George Smith and Co.
Ditto	Ditto	J. H. Burch and Co.
Cincinnati	Ohio	Ellis and Morton.
Charleston	South Carolina	Bank of Charleston.
Coburg	Canada	Branch Bank of Montreal.
Detroit	Michigan	Michigan Ins. Co. Bank.
Galena	Illinois	Jas. Carter and Co.
Kingston	Canada	Commerce, Bank of Midl Dist.
Kingston	Canada	Bank of Montreal.
Hamilton	Canada	Branch Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commerce, Bank of Midl. Dist.
Havana	Cuba	Drake and Co
Ditto	Ditto	Zangroni, Freres, and Co.
Lima		Alsop and Co.
Louisville	Kentucky	A. D. Hunt and Co.
London	Canada	Branch Bank of Montreal.
Ditto	Ditto	Commercial Bank Mid. Dist.
Mayaguez	Porto Rico	Latimer, Fernandez, and Co.
Milwaukic	Wisconsin	Wiscons. Mar. and Fire Ins. Co.
Mobile	Alabama	St. John, Powers, and Co.
Montreal	Canada	Bank of Montreal.
New Orleans	Louisiana	J. Corning and Co.
Newhaven	Connecticut	Newhaven Bank.
Oswego	New York	Luther, Wright, and Co.
Philadelphia	Pennsylvania	Philadelphia Bank.
Providence	Rhode Island	Exchange Bank.
Pittsburgh	Pennsylvania	N. Holmes and Son.
Portsmouth	New Hampshire	Piatagua Exchange Bank.
Port Hope	Canada	Bank of Montreal.

Vorstehendes Verzeichniss von Städten wird noch ansehnlich erweitert werden.

Das Bankierhaus *Duncan, Sherman & Comp.* kauft und verkauft amerikanische Staatspapiere, Eisenbahn- und Canalactien etc. etc. in den Vereinigten Staaten und Canada und nimmt, mit gerichtlich beglaubigten Vollmachten hierzu versehen, die Dividenden von denselben in Empfang, deren Betrag an die Inhaber bei der **Union-Bank** in **London**, 2. Princes Street, Bank — ausbezahlt werden wird. [2106]

[2526]

Weinversteigerung.

Samstag den 13. November 1852, Nachmittags 3 Uhr, werden auf freiwilliges Ansuchen nachverzeichnete bestens gehaltene Weine, als

14	Orbois Bordeaux Medoc St. Estephe,	
12	do.	Margaux,
11½	Stück 1846er Hochheimer,	
3½	„ 1848er Gevrendämer,	
5	„ 1848er Ungsthimer,	

in dem Keller der Behausung des Herrn Ignaz Stricker, Steinstraße Nr. 54 dem Stiftsgarten gegenüber, öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Diese Weine können Donnerstag den 11. und Freitag den 12. November, Vormittags von 10—12 und Nachmittags von 3—6 Uhr, an den Zäffern probirt werden; sollte Jemand vielleicht früher zu probiren wünschen, so beliebe man sich gefälligst an Herrn Grafel zu den Zäffern zu wenden.

Die Hochheimer und Gevrenheimer Weine werden mit Fass nach dem Gebalt verkauft und ist die Bezugszeit bis medio December d. J. festgestellt.

C. Belschner, Ausrufer.

[2530] **FRANKFURTER STADT-LOTTERIE.**
Hauptgewinne: fl 200,000, 100,000, 40,000, 25,000 ꝛc
Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.
Ganze Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1. 30 kr., ⅛ à 45 kr. empfehlen, unter Zusicherung prompter und verschwiegener Bedienung
Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2529]

123. Frankfurter Stadt-Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December 1852.
Ganze und getheilte Loose sind zu den bekannten Preisen zu beziehen von
Gebrüder Stiebel,
Hauptcollecteurs in Frankfurt am Main.

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 11. November 1852 anfangend. [2557]
Von **Mainz-Castel** Morgens 6½ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6½ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**
☞ ***Schnellfahrt*** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.: in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7¼ Uhr bis Düsseldorf, Elberfeld.
Von **Mainz-Castel** Mittags 11 Uhr, von **Biebrich** Mittags 11½ Uhr nach **Köln, Arnheim**
Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** werden in **Frankfurt** ertheilt:
Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm**, Gotheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli**, Zeil Nr. 67.

Hôtel garni, 27, *rue Montha-bor a Paris*
in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuillerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien.
Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2173]

Das Neueste in Kleidern
liefert das Haus **Bézine** Nr. 28 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gefückte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen ꝛc. [2172]

[1690] **An- und Verkauf**
von Büchern bei **H. Bechhold**, Zeil Nr. 5 neu.

[2501] **Anleihen des Vereins deutscher Fürsten und Edelleute,**
garantirt vom Herzog von Nassau, Prinzen Kk. von Preußen, Herzog von Sachsen-Coburg ꝛc. Nächste Ziehung am 15 November 1852 mit bekannten 1000 Treffern. Letzen einzeln à 30 kr., 10 Stück à. 4 empfehlen
Julius Stiebel jun. **& Co.,**
Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

[2555] Soeben erschien und ist bei Carl Jügel in Frankfurt a. M. vorräthig:
Napoleon
und
Graf von Kervegan.
Kl. 12. geh. Preis 18 kr.
Diese kleine Novelle ist wegen ihres für den gegenwärtigen Moment bedeutungsvollen Inhalts und wegen ihrer anmuthigen Form sowohl für politische als auch für belletristische Kreise von großem Interesse.

Berlin, 44 Gebrenstraße.
Wilhelm Hertz (Besser'sche Buchhandlung).

[2543] In der Verlagsbuchhandlung von C. W. Leske in Darmstadt, in der Faber'schen Buchhandlung in Mainz und in Oesterreich'schen Buchhandlung in Frankfurt a. M. ist zu haben:
Der Hessische Hausfreund für das Jahr **1853**, auch unter dem Titel:
Der Rheinische Bote und der **Frankfurter Hausfreund.** Zum 31. Male herausgegeben. Preis 8 kr.
Ferner ist in allen Buchhandlungen vorräthig:
Schreib- und Geschäftskalender für das Jahr **1853.** Taschenformat. Gebunden. 10 Sgr. oder 36 kr. Elegant in Linnen gebunden 17½ Sgr. oder 1 fl.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nr. 271.) 13. November 1852.

Deutschland.

—* **Frankfurt**, 12. Nov. In der gestrigen Sitzung der Bundesversammlung wurden dem Vernehmen nach nur laufende Geschäfte verhandelt. Daß Graf Thun, wie ein hiesiges sich gern für gut bedient ausgebendes Blatt meldet, in derselben sich verabschiedet habe, ist eine Erfindung. — Wenn auch in sonst unterrichteten Kreisen an der Ersetzung des Grafen Thun durch den Grafen Rechberg nicht gezweifelt wird, so ist doch, wie Ihr n-Correspondent berichtet, eine offizielle Mittheilung darüber noch nicht hierher gelangt.

n **Frankfurt**, 12. Nov. General de la Motiere hat seine Reise nach Norddeutschland aus besondern Gründen unterbrochen und für die Dauer dieses Monats seinen Aufenthalt wieder in unserer Stadt genommen, um sich später in Belgien mit seiner Familie zu vereinigen. — Das Obergericht in Kassel hat 14 Mitglieder des Stadtraths von Hanau theils zu drei Monaten, theils zu sechs Wochen Gefängnißstrafe verurtheilt, weil sie 1850 den in Wilhelmsbad verweilenden Kurfürsten in einer Adresse zur sofortigen Rückkehr nach Kassel aufgefordert hatten.

w **Frankfurt**, 12. Nov. Ein hiesiges Blatt bezeichnet den Erlaß eines Gesetzes, welches das Spiel hiesiger Staatsangehöriger an benachbarten Spielbanken untersagt, als unnütz, weil die Ausführung desselben eine Sache der Unmöglichkeit sei. Schwierig ist die Ausführung, was wohl bei den meisten Strafgesetzen der Fall ist, aber unmöglich ist sie nicht, wie schon die Thatsache beweist, daß vor längeren Jahren öfters die Namen der Uebertreter des Spielverbots in den öffentlichen Blättern von Amtswegen angegeben wurden.

[:] **Wien**, 9. Nov. Dem Vernehmen nach wird F.M.L. Graf Grünne zum k. k. obersten Stallmeister befördert werden, und dürften die Funktionen eines ersten Generaladjutanten auf den Generalmajor Grafen Wrmsbrand übergehen. — Die Botschaft des Prinz-Präsidenten vom 4. d. M. beschäftigt hier lebhaft alle Gemüther. (In den Reihen der Legitimisten kann man unverhohlene Freude und das Erwachen neuer Hoffnungen gewahren. Thatsache ist, daß hier überhaupt der hohe Grad von Sympathie für das „neue Kaiserthum des Friedens“ durch den Wortlaut jener Botschaft empfindlich verletzt ist und allenthalben abzunehmen scheint.)

§ **Berlin**, 10. Nov. Es ist Thatsache, daß in Hannover der Septembervertrag populärer geworden ist, als er früher war, obwohl sich noch immer einzelne Stimmen in der Presse vernehmen lassen, Hannover werde, nachdem die Mittelstaaten aus dem Zollverein geschieden, zum Steuerverein zurückkreten. Läßt man auch alle politischen Rücksichten außer Anschlag — und diese sollen maßgebend gewesen sein für die von den Mitgliedern des Staatsministeriums in Bielefeld gefaßten Entschließungen — so muß doch jeder einsehen, daß eine einfache Rückkehr zum Steuerverein so gut als unmöglich ist. Man kann wohl sagen, daß wenn die Bildung einer dritten süddeutschen Zollgruppe ohne Oesterreich zu den Unmöglichkeiten gehört, fortan auch ein isolirter norddeutscher Steuerverein sich in derselben Lage befinden würde. Was man unter diesen Umständen zu fürchten hat, ist ein immer compacteres Zusammenfließen der beiderseitigen Elemente, welche den norddeutschen und süddeutschen Dualismus constituiren. Es mag unbegründet sein, was die „National-Zeitung“ behauptet, daß die Coalitionsstaaten fortan durch Oesterreich für sich unterhandeln lassen: so viel aber ist nichtsdestoweniger wahr und jedem unbefangenen Auge sichtbar, daß wenn die noch weichen und flüssenden Stoffe einmal eine feste Gestalt angenommen haben, die Verständigung immer schwieriger wird. Für unsere Regierung kommt noch überdies der wichtige Umstand in Betracht, daß, während sie vor dem Zusammentritt der Kammern die Hände frei hatte, schon in der nächsten Zeit die Volksvertretung ihre gewichtige Stimme in die Wagschale legen und die Schritte der leitenden Staatsmänner ängstlich überwachen wird. Auf die Zusammensetzung der ersten Kammer kommt es dabei gar nicht an: dem allgemeinen Strom kann keiner widerstehen und die wenigen abmahnenden Stimmen werden ungehört verhallen. Zu bedauern ist es immerhin, daß die preußische Industrie ihre Wünsche und Bedürfnisse nicht laut werden lassen darf, ohne den Vorwurf unpatriotischer Gesinnung auf sich zu laden. Zu einigem Trost gereicht unsern Fabrikanten die Klemme, in der sich zeitweise auch die österreichische Industrie befindet, wenn überhaupt für den Bedrängten die Noth Anderer ein Trost sein kann.

Karlsruhe, 10. Nov. Personen, welche vermöge ihrer Stellung in die Verhältnisse eingeweiht sein dürften, lassen verlauten, daß Sr. königl. Hoheit der Prinz-Regent mit der Absicht umgehe, sich demnächst zu vermählen. Man bezeichnet eine österreichische Fürstentochter als die künftige Gemahlin unsers jugendlichen Fürsten. (Kass. Z.)

* **Darmstadt**, 11. Nov. Der Bericht des Ausschusses der ersten Kammer über die Zollvereinsfrage, erstattet von dem Abg. (Advocaten) Engelbach, umfaßt 16 Druckseiten und hat eine geschichtliche Einleitung, worin auch des Beschlusses der zweiten Kammer gedacht wird, dahin gehend, zu erklären, daß sie durch die Ausführung der Aprilverträge das Wohl des Landes gefährdet und das Bestehen des Zollvereins bedroht erachte, und die Regierung zu ersuchen, kräftigst auf dessen alsbaldige Neugestaltung hinzuwirken, sich für die Aufhebung der Ausgleichungsabgaben und sonstigen Nachtheile der Zollvereinsverfassung kräftigst zu bemühen und erst nach Erneuerung des Zollvereins, mit Oesterreich einen Zoll- und Handelsvertrag zur Aufnahme eines Zoll- und Handelseinigungsvertrags abzuschließen. An die Aufführung dieses Beschlusses der zweiten Kammer knüpft der Ausschuß die Darlegung des Grundes, aus dem er demselben nicht das Wort reden könne. Denn noch schwebten die diplomatischen Unterhandlungen, so daß die Regierung noch nicht in der Lage sei, „die Acten auf den Tisch des Hauses niederlegen zu können“. So könnten die Stände nicht auf den Grund blicken. Zudem enthalte der erste Theil der Beschlüsse der zweiten Kammer einen gegen die Regierung gerichteten starken Vorwurf, der den Grundzug verletze, daß der Angeklagte erst mit seiner Vertheidigung gehört werden müsse. Auf der andern Seite könne der Ausschuß „bei der unendlichen Wichtigkeit, welche die Lösung der Zollvereinsfrage für ganz Deutschland sowohl, als auch insbesondere für das Großherzogthum gegenwärtig hat“, es nicht für geeignet halten, kurzer Hand zur Tagesordnung überzugehen. Insbesondere schienen ihm „die vielen aus allen Theilen des Landes eingetroffenen und von den achtbarsten Namen unterzeichneten Petitionen eine dringende Mahnung zu enthalten, den darin laut gewordenen Stimmen das Gehör nicht ohne Weiteres zu verschließen, sondern den Blick auf die geschilderten, aus der Auflösung des Zollvereins erwarteten Nachtheile und Gefahren zu werfen, und, insofern sich dieselben nicht als unbegründet ergeben, den Wünschen des Landes den geeigneten Ausdruck zu verleihen“. Dieß scheine der einzig richtige Weg zu sein, den die Stände zu Zeit einzuschlagen hätten. Mit Umgehung der Politik wolle der Ausschuß die rein materiellen Fragen herbeigehen. Hier trete ihm zunächst der beabsichtigte Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich „als ein Ereigniß entgegen, welches, in so fern es sich verwirklichte, als eine sehr werthvolle Errungenschaft Deutschlands und beziehungsweise der bisherigen Zollvereinsstaaten bezeichnet werden müsse“. Was man übrigens davon erwarten möge, so könne einer solchen Uebereinkunft nur dann ein besonderes Gewicht beigelegt werden, wenn die in Aussicht genommenen Vortheile nicht von Nachtheilen aufgewogen oder überboten würden. Diese Betrachtung führe „im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins mit Preußen, von selbst zu der Frage, welchen Nachtheilen und Gefahren die Zollvereinsstaaten ausgesetzt würden, im Fall der Abschluß eines Handelsvertrags mit Oesterreich nur durch die Auflösung des bisherigen Zollvereins zu erreichen wäre, resp. erreicht würde?“ Der Ausschuß prüft diese Frage, deutet auf die weitgehenden Nachtheile hin, welche dieses Ereigniß zur Folge haben würde, und kommt zu dem Ergebnisse: „Allen diesen, aus der Auflösung des bisherigen Zollvereins entspringenden Calamitäten gegenüber werden die Erwartungen, welche man sich von einem Zoll- und Handelsvertrage mit Oesterreich versprechen darf, natürlich in den Hintergrund gedrängt.“ Nach weitern Betrachtungen, wobei auch hervorgehoben wird, es

würde eine sanguinische Hoffnung sein, „wenn man annehmen wollte, daß das Großherzogthum in einer Zollangelegenheit mit Oesterreich einen vollständigen Ersatz für allen durch die Trennung Preußens von dem Zollverein ihm zugefügten Schaden finden könnte.“ Bricht sich der Ausschuß dann auch, soweit er die Verhältnisse übersichtet und sich ein Urtheil bilden kann, „die Auflösung des Zollvereins nur als eine für das Großherzogthum und seine Angehörigen höchst nachtheilige und darum sehr bedauerliche Eventualität betrachten könne“. Er würde daher sich dafür entscheiden, „daß man vor allen Dingen den bisherigen Zollverein zu erneuern suchen solle, auch wenn die Aussicht auf den Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrags mit Oesterreich vorerst noch aufgegeben werden müßte, anhalt auf diesem Abschluß zu beharren, auch wenn dadurch der Zollverein in seinem bisherigen Bestande auseinander fallen sollte“. Allein er müsse bei seinem Antrag eine „Zurückhaltung beobachten“, weil sich die Staatsregierung über die Verhalten und ihre Absichten den Ständen gegenüber noch nicht habe aussprechen können, so daß er nicht mit Zuverlässigkeit zu beurtheilen im Stande sei, „ob nicht der Regierung Gründe zur Seite stehen, aus welchen sie sich für genöthigt oder verpflichtet halten kann, an dem projektirten Zoll- und Handelsvertrage mit Oesterreich unter allen Umständen festzuhalten, auch wenn dadurch die Aussicht auf die Erneuerung des Zollvereins mit Preußen sich völlig zerschlagen sollte“. Daher die Beschränkung des Antrags darauf: „die laut gewordenen Wünsche des Landes der Staatsregierung gegenüber auszusprechen, hoffend, daß es das mit noch nicht zu spät sein und daß sich die Regierung noch in der Lage befindet, diese Wünsche des Landes und seiner Vertreter berücksichtigen zu können“. Schließlich bemerkt der Ausschuß noch, es bedürfe nach seinen Ausführungen kaum noch der Erwähnung, daß er den baldigen Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrags zwischen den Staaten des bisherigen Zollvereins einerseits, und zwischen Oesterreich andererseits für höchst wünschenswerth halten müsse; denn außer den Vortheilen des Augenblicks sei er auch vorzugsweise dazu geeignet, eine Zoll- und Handelseinigung zwischen diesen Staaten anzubahnen. — Den Antrag des Ausschusses selbst habe ich bereits mitgetheilt. Ich werde nicht verfehlen, auch über die Berathung am 13. d. M. zu berichten.

Wiesbaden, 12. Nov. Der Gemeinderath von Herborn hat in einer Eingabe an den Herzog um die Fortdauer der bestehenden Zollvorpälnisse petitionirt.

[1]**Meiningen**, 9. Nov. Ein erschütternder Trauerfall bewegt in diesen Tagen alle Gemüther. Gestern früh erschoß sich ein fünfzehnjähriger, eben so fleißiger als talent- und hoffnungsvoller Schüler des Gymnasiums. Scheinbar in der munterſten Laune hatte er eben mit einigen Mitschülern sein Frühstück eingenommen, und schickte sich an, zur Schule zu gehen, kehrte aber, da er vernahm, daß er noch einige Zeit habe, noch einmal auf seine Stube zurück. Da wurde plötzlich ein Schuß gehört, und als man zu ihm eilte, lag er schon todt in seinem Blute. Bei der vorgenommenen Section fand man das Herz von dem Schusse zerfört, aber eine Kugel nicht vor. Der Unglücksfall hat, da sich, außer mehrfachen bei der sehr günstigen Lebenslage des jungen Mannes völlig unerklärbaren Aeußerungen von Schwermuth und Lebensüberdruß, ein Grund für die That nirgends auffinden läßt, etwas durchaus räthselhaftes, das vielleicht erst später seine Aufklärung findet.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 10. Nov. In Schaffhausen kämpft man mit finanziellen Schwierigkeiten. Vor einigen Jahren, sagt die dortige Zeitung, genügte eine directe Steuer von 1/2 vom Tausend; nachher sah sich der große Rath zu einer Steuer von 1 vom Tausend genöthigt. Schon hiergegen erhob sich großer Widerstand. Nun stehen die Finanzen so, daß die abtretende Regierung den Antrag bringen zu müssen glaubte, es sei eine directe Normalsteuer von 2 vom Tausend zu erheben. Die „Schaffhauser Zeitung“ hofft durch ein schärferes Steuergesetz mit 1 1/2 vom Tausend ausreichen zu können. Ein Hauptgrund dieses so enorm gesteigerten jährlichen Staatsbedarfs liegt in den vermehrten Ausgaben für das Schul- und namentlich auch das Militärwesen — Das „Journal de Genève“ will wissen, über Telegraphenverbindung zwischen Basel und Straßburg sei der Vertrag mit Frankreich geschlossen und nächstens werde ein Gleiches für die Linie von Genf nach Paris und Lyon nachfolgen, wenn es nicht schon geschehen sei.

Italien.

† **Turin**, 5. Nov. Das neue Ministerium ist nun definitiv zusammengesetzt. Die letzte Liste war richtig, nur bleibt auch noch der bisherige Finanzminister Cibrario im Ministerium, jedoch als Minister des Unterrichts. Die vollständige Liste ist: Cavour, Präsident und Finanzen, Dabormida: Aeußeres, Ponza di S. Martino: Inneres, La Marmora: Krieg, Buoncampagni: Justiz, Paleocapa: öffentliche Arbeiten, Cibrario: öffentlicher Unterricht. — Der von seinem Posten zurückgetretene Premierminister, Marchese Massimo d'Azeglio, soll zum Lohne für die dem Staat geleisteten Dienste zum ersten Adjutanten des Königs ernannt werden.

Der Herzog von **Parma** hat unterm 27. Oct. ein Decret erlassen, welches seinen Unterthanen untersagt, Kinder, die unter Vormundschaft oder unter elterlicher Autorität stehen, Personen anzuvertrauen, welche ein Gewerbe daraus machen, derartige Kinder aus gewinnsüchtigen Zwecken ins Ausland zu schleppen, wo sie leider nur zu oft dem Elend und Laster verfallen; hinfort sollen Pässe auf Kinder lautend, nur den Eltern selbst verabfolgt werden. Das Decret enthält noch verschiedene andere Bestimmungen, welche dem gedachten heillosen Unfug steuern sollen. Jeder Menschenfreund muß demselben den besten Erfolg wünschen und dem Herzog von Parma von Herzen dafür dankbar sein.

Frankreich.

† **Paris**, 10. Nov. Der Senat setzt seine außerordentliche Session behufs Redaction derjenigen Senatusconsulta fort, welche den Beschluß vom 7. d. M. zu vervollständigen bestimmt sind. Dieselben berühren in erster Reihe die Modification der Verfassung, die Festsetzung der kaiserlichen Civilliste rc. Alle Senatoren haben die Weisung erhalten, sich nicht von Paris zu entfernen, und die Session dauert mindestens bis zur Proclamation des Kaiserreichs fort. An der inneren und äußeren Restauration der Tuilerien, in welchen der Kaiser seine Residenz nehmen wird, arbeitet man ohne Ermüden. Die berühmten Gärten, welche Ludwig Philipp anlegen ließ, um das Publikum von den Zugängen zum Palast fern zu halten, werden neu bepflanzt und alle Statuen und sonstigen Decorationen in denselben sind aufgerischt und gefärbert worden. Zum viertenmal seit dem Jahr 1830 werden die Aufschriften auf den öffentlichen Denkmalen abgeändert. Nach dem Julianfall mußten die Lilien verschwinden, und nach der Februarrevolution alle Embleme der Monarchie, um durch die Worte: „französische Republik; Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ ersetzt zu werden; 1850 verschwanden die drei letztgenannten Worte, und nun muß auch die „Republique française“ dem „Empire français“ weichen. Das Mittelzimmer des Innern ist nunmehr in dem prachtvollen Hotel Forbin-Janson vollständig eingerichtet. — Alle Präfecten haben die Weisung erhalten, mit der größten Thätigkeit für das Votum vom 21. und 22. December die Wahllisten in gehöriger Form herzustellen. Um das Votiren möglichst zu erleichtern, hat der Finanzminister die Anordnung getroffen, daß alle Wähler, welche, obwohl von ihrem Wohnort abwesend, durch das Decret über die Abstimmung dennoch zur Theilnahme daran in ihrem jeweiligen Aufenthaltsort ermächtigt werden, die dazu nöthigen Papiere franco durch die Post erhalten können. — Der französische Gesandte in London, Graf Walewski, hat angefragt, ob es der Leichenfeier des Herzogs von Wellington beiwohnen solle, und die Regierung hat diese Anfrage bejaht.

Erst nach der Abstimmung über das Kaiserreich soll der Protest des Grafen Chambord ans Licht treten. Aber das Actenstück existirt bereits. Hr. Berryer hat es verfaßt und nach Froschdorf gesandt; der Graf von Chambord hat die versöhnliche und freisinnige Weise, in welcher dieser Protest abgefaßt ist, vollkommen gebilligt und befohlen, ihn sogleich nach dem Senatsbeschluß zu veröffentlichen. Aber die Häupter der Legitimisten halten dann Rath der den Berge. Sie hatten eine Versammlung, in welcher beschlossen wurde, statt dem Proteste erst nach der Abstimmung hervorzutreten. Denn sie meinten, es würde einen schlechten Eindruck machen, wenn trotz des Protestes eine sehr große Mehrheit sich für Ludwig Napoleon aussprechr.

Paris, 10. Nov. Die Statuten der vielbesprochenen Börsengesellschaft „Société des reports“ sind dem Staatsrath zur Begutachtung vorgelegt. (K. Z.)

△ **Straßburg**, 10. Nov. Sonntag Abend nach dem Schauspiel ist ein fremder Offizier, welcher den ganzen Tag in Uniform spazieren gegangen war, im Augenblicke als er nach seinem Gasthof zurückkehrte, durch die Sorgfalt des Herrn Comte, Centralcommissär, verhaftet worden. Infolge dem Nachweisungen, die wir gesammelt haben, wäre dieses Individuum niemand anderes, als ein Individuirtter, der schon zweimal in Straßburg arretirt worden war: im Jahr 1834 wegen Landstreicherei und im Jahr 1847 wegen Mordes in seinem Lande, welches die Auslieferung begehrt hatte. Dieser Abenteurer nannte sich im Jahr 1847 Graf Orloski, oder Graf v. Ehrenfeld, oder endlich Graf v. Falkenstein. Diesmal gab er sich für einen Freiherrn v. Kiſiwaldoy aus; sein wahrhafter Name ist Jäger. Man hat in seinem Besitze Billete auf Ordre gefunden, welche noch nicht ausgefüllt, und zu seinem Nutzen unterschrieben waren für sehr hohe Summen, und an denen nichts weiter mangelte, als die Besetzung der Unterschrift, um Prellereien

zu verüben, was ihm seine Offiziersuniform leicht gemacht hätte. Wir erfahren auch, daß diese am 6. Morgens, d. h. am nämlichen Tage seiner Ankunft zu Straßburg, in Paris gekauft worden ist, sicherlich um sie in den Straßen unserer Stadt zur Schau zu tragen.

Belgien.

Brüssel, 9. Nov. Der Justizminister hat heute der Repräsentantenkammer den seit langem durch die Journale besprochenen Gesetzentwurf vorgelegt. Der Gegenstand dieses Gesetzes ist einfach die Bestrafung der Vergehen, welche gegen auswärtige Fürsten durch die Presse oder durch Reden an öffentlichen Orten begangen werden. Das Gesetz enthält keine neuen Grundsätze; nur daß es die Procedur etwas beschleunigt und hauptsächlich zum Zweck hat, die im Gesetz von 1816 enthaltenen Principien mit der gegenwärtigen Gesetzgebung in Einklang zu bringen. Die Initiative der Verfolgungen übernimmt indeß die belgische Regierung nicht; sie übt dieselben nur auf Grund der Anklagen aus, welche ihr auf diplomatischem Wege zugehen; das die Anklage enthaltende Actenstück braucht in Zukunft nicht mehr den Acten beigefügt zu werden, wie es das Gesetz von 1816 erheischt; das Bestehen derselben muß einfach durch eine Depesche des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten nachgewiesen werden. Nach dem Gesetzentwurfe wird jeder, der sich durch Reden, Rufe, Drohungen, Schriften, Embleme ꝛc. der Beleidigung fremder Souveräne schuldig macht, oder ihre Autorität böslich angreift, mit Gefängniß von drei Monaten bis zu zwei Jahren und mit einer Geldbuße von 100 bis 2000 Fr. bestraft werden; außerdem können ihm die bürgerlichen und Familienrechte ganz oder theilweise auf mindestens zwei bis höchstens fünf Jahre entzogen werden. (K. Z.)

Großbritannien.

∯ **London,** 9. Nov. Beide Häuser des Parlaments haben in ihrer heutigen Sitzung die schon vorige Woche begonnene Vereidigung ihrer Mitglieder fortgesetzt. Dem Hause der Lords ist schon vorgestern die officielle Anzeige zugegangen, daß Ihre Maj. die Königin nächsten Donnerstag das Parlament in Person eröffnen werde. Auf morgen ist eine Geheimerathssitzung im Buckinghampalast anberaumt, in welcher die Thronrede endgiltig berathen werden wird. — Der heutige Geburtstag des Prinzen von Wales ist nicht, wie sonst üblich, mit militärischen Festlichkeiten begangen worden, weil das Leichenbegängniß des Herzogs v. Wellington nahe bevorsteht. Dasselbe findet am 18. d. M. statt; alle Anstalten dazu sind bereits getroffen. Für die fremden Prinzen, Feldmarschälle und Stabsoffiziere, welche man in London erwartet, ist das geräumige Mivarts Hotel gemiethet worden. — Zu Liverpool sind heute früh zwei Erdstöße verspürt worden.

Türkei.

Von der Adria, 3. Nov. Die größte Aufregung der Alttürken ist dermalen gegen Frankreich gerichtet, und die Nachricht, daß der neue Cäsar seinen verschiedenen Titeln auch den eines „Beschützers und Herrn der heiligen Orte" beilegen wolle, ist mit vieler Unruhe aufgenommen worden. Auch die Proclamirung eines „Königreichs Algerien" wäre mehr als eine Förmlichkeit und bliebe bei der Dehnbarkeit seiner Grenzen ein Gegenstand ernster Erwägung. Tunis und Tripolis einerseits, und Fez und Marocco anderseits fühlen sich auf eine Weise bedroht, welche sie plötzlich erinnert, daß sie staatsrechtlich die Vasallen und Würdenträger des „Großsultans der Osmanli" sind, und der muhamedanische Glaubenseifer scheint auf einmal ihre seither sehr separatistische Politik bestimmen zu wollen. Aus guter Quelle vernehmen wir, daß die Pforte mit den verschiedenen Barbareskenhöfen Verhandlungen anzuknüpfen im Begriffe steht, welche jene Eventualität eines algerischen Königreichs und das System eines gemeinsamen Widerstandes für den Fall bedrohlicher Eroberungstendenzen betreffen. Um der Pforte das Recht der Intervention sicherzustellen, sollen die alten Unterwerfungs- und Lehnsverträge, das s. g. Tansimat, erneuert und ausdrücklich anerkannt werden. England ist außerordentlich thätig in der Betreibung aller dahin abzweckenden Maßregeln, wie es überhaupt im Orient die umfassendsten Vorbereitungen trifft, um gegen jede Ueberraschung sicher zu sein. Keine Woche vergeht, daß nicht ein britischer Cabinetscourier in Triest sich nach der Levante einschifft, und als sie einigemal den gewöhnlichen Abgang des Lloyddampfers verfehlten, so haben sie ohne Verzug um die höchsten Preise ein eigenes Schiff gemiethet. Was die französischen Ansprüche auf das heilige Grab betrifft, so dürfte die Pforte auch bei den übrigen Großmächten Unterstützung finden. Rußland insbesondere wird und kann dermalen ein ausschließendes Protectorat nie zugeben; die überwiegende Mehrzahl der Christen in Syrien und Palästina besteht in Griechen, und in Jerusalem selbst ist ihr Bischof von den ältesten Zeiten der Araber her mit besonderen Vorrechten ausgestattet. Auch die Zugeständnisse Oesterreichs für das neue Cabinet der Tuilerien möchten hier ihre Grenzen finden. (Lpz. Z.)

Assisenverhandlungen

gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

XXX.

γ **Köln,** 10. Nov. *) (Sitzung am 10. Nov.) Staatsprocurator Saedt beginnt als Vertreter des öffentlichen Ministeriums seine nochmalige Beleuchtung der subjectiven Thäterschaft der Angeklagten, mit einer Auseinandersetzung des directen Beweises und des indirecten oder Indicienbeweises. Er fühlt sich verpflichtet, Einiges zur Vertheidigung des Zeugen Stieber zu sagen. Wenn das Protocollbuch falsch sei, so müsse doch der Gedanke fern liegen, daß er selbst es nicht für echt gehalten; auch habe das öffentliche Ministerium nicht vorgehabt, sich auf dasselbe zu stützen. Ein Buch, auf welchem ein Makel ruhe, müsse dem Verfahren fern bleiben. Der Staatsprocurator geht sodann auf die zur Vertheidigung der Angeklagten Reiff, Becker, Daniels und Otto von deren Anwälten geltend gemachten Widerlegungen der Anklage ein, und bemüht sich, dieselben zu entkräften. Am Schlusse äußert er, möglich erscheine es ihm, daß die Geschwornen die Thäterschaft bei dem Einen oder dem Andern nicht für erwiesen erachten könnten, aber er glaube nicht, daß sie dem Bunde durch Freisprechung derjenigen, welche ihre Mitgliedschaft desselben zugestanden, die Sanction ertheilen würden, damit jener sein unterbrochenes Wirken von neuem wieder aufnehme.

Vertheidiger Schneider II. gibt in seinem und seiner Collegen Namen die Erklärung ab, daß sie in der vom öffentlichen Ministerium gestellten Complicitätsfrage, also lautend:

„Ist der Angeklagte N. N. nicht wenigstens schuldig, an der in der ersten Frage (der Hauptfrage) bezeichneten Verabredung und Entschließung dadurch Theil genommen zu haben, daß er Personen, wovon dieselben getroffen worden sind, a) Mittel, welche zu denselben gedient haben, wissend, daß sie dazu dienen sollten, verschafft, oder b) in denjenigen Handlungen, welche dieselbe vorbereitet oder erleichtert haben, wissentlich Hilfe geleistet hat," — eine andere Fassung vorlegten. Dieselbe setzt an die Stelle der Worte: „an der in der ersten Frage bezeichneten Verabredung und Entschließung" die Worte: „an den in der vorigen Frage bezeichneten Verbrechen", und ferner an die Stelle der Worte: „daß er Personen, wovon dieselben getroffen worden sind" jene: „daß er den Thätern". In Betreff der andern nachträglichen Fragen, tragen sie auf Verwerfung an, da sie dieselben nicht mit dem französischen Gesetz vereinbarlich halten. Diese Fragen lauten:

1) in Betracht aller Angeklagten: „Ist der Angeklagte N. N. schuldig, ein hochverrätherisches Unternehmen dadurch vorbereitet zu haben, daß er mit einer oder mehreren Personen eine Verabredung und Entschließung zu handeln, getroffen hat, zum Zweck a) die Staatsverfassung umzustürzen, oder zu ändern, oder b) die Bürger oder Einwohner aufzureizen, sich gegen die königliche Gewalt zu bewaffnen, oder c) durch Anreizung der Bürger oder Einwohner, sich gegen einander zu bewaffnen, einen Bürgerkrieg zu erregen?"

Als Complicitätsfrage zu der letztern soll dann noch gefragt werden: „Ist der Angeklagte N. N. nicht wenigstens schuldig, an der in der vorhergehenden Frage bezeichneten Vorbereitung dadurch Theil genommen zu haben, daß er den Urhebern a. Mittel, welche zu derselben gedient haben, wissend, daß sie dazu dienen sollten, verschafft, b. in denjenigen Handlungen, welche dieselbe erleichtert haben, Hilfe geleistet hat?"

Die Vertreter des öffentlichen Ministeriums vertheidigen die verworfenen Fragen. Staatsprocurator Saedt bemerkt noch, daß die Complicitätsfragen bei den geständigen Bundesgliedern Röser, Bürgers und Nothjung nicht vorgelegt werden sollen. Ferner beantragt er, daß in der Hauptfrage: „Ist der Angeklagte N. N. schuldig in den Jahren 1848, 1849, 1850 und 1851", das Wörtchen „und" ausfalle und dagegen zwischen jede Jahreszahl das Wort „oder" gesetzt werde. Die beiden letztern Bestimmungen finden keine Widerrede. Nach einigen Debatten tritt der Gerichtshof ab und entscheidet: In der ersten Frage wird die von den Vertheidigern vorgeschlagene Aenderung angenommen, ebenso werden aber auch die übrigen vom öffentlichen Ministerium beantragten Fragen angenommen. (Schluß der Verhandlung.)

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 12. Nov. 5pCt. Metall. $94^{3}/_{8}$. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 —. — $4^{1}/_{2}$ pCt Metall. $84^{1}/_{2}$. — Bankactien 1328. — 250 fl. Loose $136^{1}/_{2}$. — 5pCt. Lombard.-Venet. $102^{1}/_{2}$. — London 11 fl. 28 kr. — K.-F.-Nordb. $223^{1}/_{2}$. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Paris, 12. Nov. Rente 50 Cent. niedriger. Eisenbahnactien 50 Fr. niedriger. 1pCt. neue Spanische nicht notirt. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Frankfurt, 12. Nov. Gestern ist hier angekommen: Se. Hoheit der Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar, im englischen Hof.

---

*) Wir übersahen, Ihnen in unserm gestrigen Bericht mitzutheilen, daß beim Beginn der Sitzung Vertheidiger Naden auch für den Angeklagten Klein sprach. Neben einem Lobe desselben enthielt die Vertheidigung fast nur Beschwerden über dessen schwere, ungerechtfertigte Vorhaft.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschell.

Oesterreichisch k. k. privilegirte Donau-Dampfschifffahrt.

[2558] Ausweis über das Erträgniß bis Ende September 1852.

	Anzahl.			Anzahl.				Werth der Gruppe.	Frachts-Betrag	Totale im Jahre 1852	Jahre 1851
	Passagiere	Wägen	Pferde	Passagier-Geld. fl.	kr.	Zentner	Wägen	Pfund	Dutzendzahl	fl.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Laut Ausweis bis Ende August .	1153666	326	463	1078335	14	3826125	482	223	69627	13130819	2302997 26	3881332 40	2923050 21
Im Monat September	161516	84	59	206191	11	551802	79	39	10366	2141763	409514 53	615796 4	514203 11
Totale	1315182	410	522	1284526	25	4377927	561	262	79993	15272582	3212512 19	4497035 44	3437253 32

Within its ultimo **September 1852** eine **Mehreinnahme** von 1029783 12

Wien, am 3. November 1852. **Die Administration der ersten k. k. priv. Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.**

[2551] Im Verlage von Wilhelm Herz (Besser'sche Buchhandlung) in Berlin erschien so eben und ist bei C. Jügel in Frankfurt vorräthig:

Briefe über Staatskunst.

gr. 8. geh. 463 Seiten. Preis fl. 3. 36 kr.

Diese Briefe, die die Ursachen der modernen Staatskrankheiten aufdecken, bieten auf Grund ernster Betrachtung dauernder Heilverfahren, welches und der auf den Beruf eines jeden Standes begründeten Regeneration des Bauern, Adels und Bürgerthums sich von selbst ergibt und somit die große Frage der Proletariats zu lösen vermag. So bietet das Werk, wie schon das statt der Vorrede vorgedruckte Inhaltsverzeichniß zeigt, eine vollständige Socialpolitik.

Diese wenigen Worte dürften hinreichen, die Unentbehrlichkeit dieser Schrift für jeden Staatsmann und werkthätigen Vaterlandsfreund darzuthun, während sie dem gesammten gebildeten Publikum im Allgemeinen wegen ihrer Fülle von neuen Ideen und der meisterhaften Behandlung der Form als eine der geistreichsten politischen Lectüren unserer Zeit empfohlen werden kann.

Fränkel

kommt am 12. d. mit 30 Stück Mecklenburger Reit- und Wagen-Pferden im „gelben Hirsch“ dahier an. [2487]

[2560] Das einzige in Paris approbirte

EAU CHANTAL

färbt Kopf- und Barthaare augenblicklich und dauerhaft in allen Nüancen. Preis 7½ Sgr. nur bei **H. C. v. Oven**, Bleidenstrasse Nr. 39.

[2564] **Steckbrief.**

Die nachbenend signalisirte Margaretha Häring, ledig, von Oberoden, welche eines hoch betrauten den Betrugs resp. Unterschlagung von Kleidungsstücken und Reiseeffecten, verübt am 8. d. M. auf der Eisenbahnwarthäute zu Oberrad, bringend verdächtig ist, hat sich der gegen sie eingeleiteten Procedur durch die Flucht entzogen. Man ersucht daher alle Civil- und Polizeibehörden, auf dieses gemeingefährliche und auch sonst höchst übelberüchtigte Subject zu fahnden, sie im Betretungsfalle zu arretiren und wohlverwahrt anher abliefern zu lassen.

Langen, am 11. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daf.
J. V. L.
Wirth.

Signalement
der Margaretha Häring von Oberroden.

Alter: 23 Jahre.
Größe: 6 Fuß 5 Zoll.
Statur: kräftig.
Gesichtsbildung: oval.
Gesichtsfarbe: frisch.
Haare: blond.
Stirne: nieder.
Augenbrauen: blond.
Augen: blaugrau.
Nase: gestülpt.
Mund: gewöhnlich.
Zähne: vollkommen.
Kinn: rund.
Besonder Kennzeichen: unterhalb des rechten Auges einen kleinen Pferdeflecken.

Beglaubigt:
Werner, Act. jur.

[2550] **Gläubiger-Aufforderung.**

Ansprüche jeder Art an das mit 1349 fl. 13 kr. übeschuldete Vermögen des Georg Kissinger sel. in Eschollbrücken, gegen welchen Gr. Hofgericht der Provinz Starkenburg den förmlichen Concurs erkannt hat, sind, bei Meidung des Verlustes an die Masse um Termin

Dienstag den 4. Januar 1853

Vormittags 10 Uhr,

bei dem unterzeichneten Gerichte anzuzeigen. Zu demselben Termin soll die Güte versucht, in deren Ermangelung aber ein Massecurator, nöthigenfalls auch ein Contradictor und ein Gläubigerausschuß bestellt und Verfügung über die Verwaltung der Masse getroffen werden. Von den Gläubigern, welche ihre Forderungen schriftlich anmelden, soll unentgeltlich werden, als schlossen sie sich den von der Mehrzahl der Erschienenen gefaßten Beschlüssen an.

Gernsheim, den 3. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Buff.

[2559] **Oeffentliche Ladung.**

Es werden
der diesige Bürger und Schneider Ludwig
Anton Philipp Mösch und
der Drehergeselle Ludwig Post aus Bübersheim
aufgefordert, sich
innerhalb 14 Tagen
bei unterzeichnetem Amte zu stellen, widrigenfalls in der wegen Körperverletzung gegen sie eingeleiteten Untersuchung das weitere Rechtliche verfügt werden wird.

Frankfurt a. M., den 11. November 1852.

Peinlich Verhör-Amt.

Cours der Staats-Papiere. 12. November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.u.Rothsch.)	93	G.
»	5% M.v.J. 1851 Ser. B.	93¼	G.
»	5% do v.J. 1852 lit. A.	92⅜	P.
»	5% L. V. (C. b. Rothsch.)	88	bez.
»	5% do. Mont. C. (S. L. M.	84½	P.
»	Bank-Actien . .	1365 P. 60	G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81⅛	P.
»	5% M.v.J. 1851 Ser. A.	81	P.
»	5% dito dito	81 P. 80¾	G.
»	4½% dito	71⅞	P.
»	4% dito	64½	P.
»	3% dito	48¼	P.
»	2½% dito	40¼	G.
»	1% dito	16⅛	P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	116⅛	G.
»	fl. 500 » dito	190	P.
»	4½% Oblig. b. Rothsch.	80½	G.
»	4% » » »	71	P.
Preussen .	3½% Staatsschuld.	93½	bez.
»	Cöln-Mind.-R.-Actien	112¼	P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	100¾ P. ⅜	G.
»	4½% dito	100¾ P. ½	G.
»	4% dito	96¾	P.
»	4% Anlehn.-Rente .	96⅜ P. ¼	G.
»	3½% Oblig. dito	93 P. 92¼	G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95⅞ P. ⅜	G.
»	5% Priorit.-Oblig.	102¾	G.
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅛ P. ⅜	bez. u. G.
»	3½% dito	90¾ P. ⅛	G.
Baden . .	5% Obligationen .	102 P. 101⅞	G.
»	4½% Obligationen	1⅓	G.
»	3½% v. 1843 . .	89⅝ P. ⅛	G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66½	P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38⅜ P. ⅛	G.

		Per comptant.	
Nurhessen	40 Thlr. l.-b. Rothsch.	34½ P. ⅛	bez. u. G.
»	Frdr.-Wilhs-Nordb.	44½ P. ⅜	G.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	101¼	P.
»	4% dito b. Rothsch.	98¼ P. 98	G.
»	3½% dito b. Rothsch.	92 P. 91⅞	G.
»	fl. 50 Loose . .	96⅜ P. ⅛	G.
»	fl. 25 Loose . .	31⅝	G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch	103½	P.
»	4% dito	99¼	P.
»	3½% dito	91	P.
»	fl. 25 Loose . .	28¾ P. ⅛	G.
Frankfurt	3½% Oblig. v. 1829	94½	G.
»	3½% » v. 1846	94 P. 93½	G.
»	3% » . . .	85¼	P.
»	Taunusbahnact.	303 P. 301	G.
Russland	4½% Obl. b. Baring	102½ P. 101½	G.
»	4½% ob. b. Stieglitz	91	G.
»	4½% » b. Stieglitz »	90½	G.
Polen . .	4% Oblig. do. fl. 500	91½	G.
Spanien	3% Inl. Sch. P. fl. 300	45½	bez.
»	3% Neue » »	25, 24½	bez. u. G.
Holland .	4% Certificate . .	95¼ P. ⅛	G.
»	3½% Syndicats .	64¼	G.
»	2½% Integrale .	63⅝	G.
Belgien .	5% Obl. int. à fl. 120. R.	99¾	G.
»	4½% Obl. int. à 98 kr	98	G.
»	4% Obl. in Fr. à 96 kr.	91⅛	G.
»	2½% Obl. b. Rothsch.	56½	G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98¼	bez. u. G.
»	3% Obl. b. Hambro	95 P. 94¾	bez. u. G.
»	Sardinische Loose .	41	G.
Toscana	5% Obl. 1850 (Ch. Golds.)	101½	P.
»	5% 1851 b. Bastogi (do.)	98½	P.
Mailändis.	6% Stocks Obl. à 300	116¾	P.

Wechsel-Cours.

Den 12 November.	Per comptant
Amsterdam . .	k. S. 100 B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	2M. —
Augsburg . .	k. S. 119⅛ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	2M. —
Berlin . . .	k. S. 105 B. 104⅞ G.
(60 Thlr.)	8M. —
Bremen . .	50 k. S. 97⅛ B. ⅛ G.
Bthlr. l. Loor.	2M. —
Hamburg . .	k. S. 69 B. 68⅞ G.
(100 Mk. Bc.)	2M. —
Leipzig . .	k. S. 105 B. 104⅞ G.
London . .	k. S. 118⅛ B. ⅛ G.
(1 £ Lstr. St.)	3M. —
Lyon . . .	k. S. 94⅛ B. —
(300 Fr.)	2M. —
Mailand .	250 k. S. 102⅛ B. ⅛ G.
Lit. . . .	2M. —
Paris . . .	k. S. 94⅛ B. ⅛ G.
(300 Fr.)	2M. —
Wien (100 fl.)	k. S. 102⅛ B. ⅛ G.
im 24 Fl.-F.)	2M. —
Disconto . . .	3 P. 3½ G.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	fl. 9 44-45
Pr. Friedrichsd'or	9 54-55
Holl. 10 Stücke	9 22½-23½
Rand-Ducaten .	5 37½-38½
20 Francsstücke	9 28 29
Engl. Sovereigns	11 53
Gold al Marco	352-353
5 Frankenthaler	2 21½ ¾
Preuss. Thaler	1 45-¼
Preuss. Cass.-Sch.	1 44⅞-45½

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 272. — Samstag — den 13. November — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich in Frankfurt 2 fl. 30 kr., in allen übrigen deutschen Staaten 2 fl. 50 kr. 2) in den Ländern des österreichischen Münz- und Steuervereins 3 fl. 30 kr. oder 2 Thlr. 15 Sgr. 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Erbländern 3 fl. 30 kr. oder 2 Thlr. 15 Sgr. 4) in Belgien, England, Frankreich, Portugal, Spanien und Griechische Länder bei Herrn H. Reuter in Straßburg, Brüderstraße № 20, und in Nord-Amerika bei Herrn Steiger in New-York, Pearl-street № 25. Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Druckbogen) oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 12. Nov. Der „Allg. Zeitung" schreibt man aus Wien: Die Nachricht von einer Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen in der Zollfrage scheint sich nicht zu bewahrheiten. — Nach dem „Nürnberger Korrespondent" bestätigt sich neuerdings, daß in Oesterreich verbotene Blätter auch nicht durch die österreichischen Staaten spedirt werden dürfen.

** **Wien**, 9. Nov. Die neue Gerichtsorganisation ist mit dem lombardisch-venetianischen Königreich begonnen worden und wird nun für die übrigen Kronländer mit jenen Abweichungen, welche die localen Zustände derselben erheischen, der Reihe nach folgen. Das Wesentliche aber ist, daß dasselbe Gesetz sowohl im Civil- als Strafverfahren im gesammten Kaiserreich Geltung haben wird; dadurch ist die wahre Einheit und Gleichheit hergestellt, die man in den trägerischen Phantomen des Jahrs 1848 vergeblich suchte. Im Wesentlichen sind die für diese Provinzen erflossenen Normen dieselben, nach welchen auch bei der Gerichtsverfassung der andern Gebietstheile vorgegangen worden wird, und, was verschieden, sind Namen und die durch geographische und ethnographische Verhältnisse bedingte Eintheilung der Gerichtssprengel. Während der früher für Italien in Verona bestandene oberste Gerichtshof wegfällt und ein solcher für die Gesammtmonarchie nur allein in Wien bleiben wird, werden dort, wie ehedem, zwei Oberlandesgerichte, das eine mit dem Sitz in Mailand, das andere in Venedig, bestehen. Der Gerichtssprengel des erstern umfaßt 2,698,657, des zweiten 2,136,044 Seelen. Ihnen unterstehen die Landesgerichte (Tribunali provinciali), 17 an der Zahl, und zwar in der Lombardei zu Mailand, Brescia, Bergamo, Como, Mantua, Cremona, Lodi, Pavia, Sondrio, und im Venetianischen zu Venedig, Padua, Verona, Vicenza, Udine, Treviso, Rovigo und Belluno. Die Bevölkerungszahl dieser Landesgerichtssprengel wechselt zwischen 599,767 und 98,161 Seelen. Außerdem sind zwei Handelsgerichte, in Mailand und Venedig, bestellt, welches letztere zugleich das Seegericht für das ganze Königreich ist. 20 Stadtprätoren (11 in der Lombardei und 9 im Venetianischen), dann 28 Landprätoren erster Klasse (18 in der Lombardei und 10 im Venetianischen), endlich 110 Landprätoren (51 im ersteren, und 59 im andern Landestheile) bilden eben so viele Einzelgerichte. Der Sprengel eines jeden Oberlandesgerichts begreift die Sprengel aller demselben untergeordneten Landesgerichte; der Sprengel eines jeden Landesgerichts bestimmte Prätoren, jeder Prätorbezirk bestimmte Gemeinden. Der Präsident eines Oberlandesgerichts erhält 6000 fl. Besoldung (mit einer Functionszulage von 1000 fl.), der Vicepräsident 5000 fl., die Oberlandesgerichtsräthe 2000 bis 3000 fl., jene mit dem ersten Gehalt genießen eine Localzulage von 500 fl., die Rathssecretäre 1100 bis 1200 fl., mit einer Uibercentigen Zulage. Die Präsidenten der Landesgerichte erhalten in der Regel 3000 fl., oder 4000 fl., die Vicepräsidenten 3000 fl., die Landesgerichtsräthe 1400, 1600 und 1800 fl. Ein Prätor erster Klasse bezieht 1400 fl., zweiter Klasse 1200 fl., und ihre Adjuncten 800 und 600 fl. Im Ganzen kosten: das lombardische Oberlandesgericht 114,092 fl., das venetianische 112,092 fl., die Landesgerichte in den ersteren Sprengel zusammen 392,998 fl., und im andern 350,184 fl., dann die Prätoren 282,300 fl. und 288,000 fl. Die jährliche Auslage für die gesammte Justizverwaltung in den italienischen Provinzen beträgt somit die Summe von 1,539,646 fl. C.-M.

† **Berlin**, 10. Nov. Das Resultat der Abgeordnetenwahlen zur zweiten Kammer ist nunmehr vollständig bekannt, und dadurch die Frage nach der Parteistellung in der bevorstehenden Kammer nahe gelegt. Daß die überwiegende Mehrheit der Gewählten der conservativen Richtung angehört, darüber walten kein Zweifel ob, wenn auch die vielen neuen Namen ein ganz sicheres Urtheil noch nicht gestatten. Die äußerste Rechte tritt geschwächt in die neue Saison ein, da mehrere ihrer hervorragendsten Führer die Annahme von Mandaten abgelehnt haben, so Herr v. Bismark-Schönhausen, v Kleist-Retzow und Graf Arnim. In dem letztern verliert die Partei ihren Präsidentschaftscandidaten, und die Opposition dürfte um so leichter den Grafen Schwerin zum viertenmale als Präsidenten durchdringen. Wenn sie auch nicht unerwartet kam, so hat doch die vermehrte Anzahl der katholischen Abgeordneten etwas überrascht, und findet namentlich in den Kreisen der äußersten Rechten keine freundliche Begrüßung, da sie die Reihen ihrer constitutionellen oder wie man jetzt sagt verfassungstreuen Gegner verstärken wird. Dem Ministerium scheinen die vielen Beamten, namentlich die Landräthe in der zweiten Kammer nicht willkommen zu sein; die „Zeit" wenigstens regelt sich in bittern Klagen darüber. Es wird deßhalb erklärlich, daß unter den Gesetzvorlagen, die sofort nach Zusammentritt der Kammern eingebracht werden sollen, sich einer über die Beurlaubung und Stellvertretung der in die Kammern gewählten Beamten befindet. Die Regierung ist nämlich Willens, eine Abänderung des Art. 78 der Verfassung, nach welchem Beamte zum Eintritt in die Kammer keines Urlaubs bedürfen, zu beantragen und für die von den Beamten selbst zu tragenden Kosten der Stellvertretung andere Kategorien aufzustellen, als in einem früher einzubrachten, aber nicht berathenen Gesetzentwurf der Fall war. — Graf Rostitz hat sich gestern Morgen nach Hannover begeben. — Die Frage wegen Weiterführung der Ostbahn von Woldenburg nach Berlin ist nach wiederholten Berathungen im Staatsministerium noch immer nicht entschieden. Der directe Bau von Küstrin nach der Hauptstadt bezweckt, wegen des Kostenpunktes, mehrfachen Bedenken und man nimmt als sehr wahrscheinlich an, daß zunächst der Plan wegen Verbindung von Küstrin mit Frankfurt zur Ausführung gelangen werde.

Aus der Provinz Sachsen, 9. Nov. Das Ergebniß der Wahlen der Abgeordneten zur zweiten Kammer ist jetzt vollständig bekannt. Der Ausfall scheint vorwiegend minsterlich zu sein und den großen Grundbesitz zu vertreten. — Aus Halle erfährt man folgendes allgemein Interessante: Die dortige Moritzburg und das daneben liegende Fritzsch'sche Wohrhaus sind in dem am 30. October angefangenen öffentlichen Verkaufstermin im Auftrag des Königs für 24,600 Thlr. erstanden worden. Bemerkenswerth ist dabei, daß von Seiten des Fiskus schon früher die Summe von 60,000 Thlrn. vergeblich geboten worden ist. — Der Professor Dr. Guericke zu Halle ist, nach einer längeren Differenz zwischen ihm und dem Pastor Wolff zu Magdeburg, aus der separirten altlutherischen Gemeinde ausgetreten; er erklärte öffentlich, daß er in derselben nicht diejenige christliche Demuth fände, welche er fordere. — In Naumburg ist seit einer Reihe von Jahren der Todestag des großen Schwedenkönigs Gustav Adolph feierlich begangen worden. Diesmal ist aber am gestrigen Sonntag Abends 6 Uhr ein Gottesdienst in der dortigen Marienkirche veranstaltet worden, wobei Pastor Schellbach von Magdeburg die Festpredigt hielt. — Aus Merseburg wird berichtet, daß am 2. Nov. eine berüchtigte Person, wie es heißt Anna Becker aus Saarlouis, polizeilich festgenommen wurde. Sie kam am 31. October Abends dort mit brennender Cigarre an, legirte im ersten Gasthofe, erschien im Theater ꝛc. und gab sich für eine Tochter des Fürsten Pückler-Muskau aus, dem sie in ihrem sechzehnten Jahre entlaufen sei. Sie habe die Feldzüge in Algerien mitgemacht, und sie zeigte auch mehrere, natürlich falsche Ordensdecorationen vor. Wegen mangelnder Legitimation nahm sie die Polizei fest. (D. A. Z.)

Heidelberg, 9. Nov. Die frohen Erwartungen in Bezug auf die Frequenz unserer Universität wurden nicht getäuscht: die Zahl der neuangekommenen Studenten beträgt gegen 300, und wir zweifeln nicht, daß, wenn die noch immer stattfindenden Immatriculationen geschlossen sind, sich auch diese Zahl vollständig herausstellen

wird. Unter den bereits angekommenen Studenten sind 24 Theologen, 180 Juristen (ungefähr, eher mehr als weniger, genau läßt sich die Zahl noch nicht bestimmen), 40 Mediciner, 18 für Philosophie und 8 Cameralisten. Die Collegien sind im Allgemeinen zahlreich besucht, dieses ist besonders in der medicinischen Facultät der Fall, welche in diesem Halbjahr einer größern Zuhörerzahl sich erfreut, als in den beiden letzten Halbjahren. Da außer den ordentlichen und außerordentlichen Professoren in den verschiedenen Facultäten auch zum Theil sehr tüchtige Privatdocenten an unserer Universität mit verdientem Beifall Vorträge halten, so reichen die vorhandenen Lehrsäle im Universitätsgebäude kaum recht aus. Es finden deßhalb Collegien, welche sonst in dem Universitätsgebäude gelesen wurden, aus Mangel an Raum in dem Anatomiegebäude statt. Dr. Fischer (Privatdocent), welcher, wie im vorigen Winter, Psychologie liest, hat auch in diesem Halbjahr eine zahlreiche Zuhörerschaft. Dr. Röth (ordentlicher Professor der Philosophie), welcher Psychologie und „Logik und Metaphysik“ angekündigt, ist durch Gesundheitsrücksichten gehindert, das zuletzt genannte Collegium zu lesen, und trägt nur Psychologie vor. Geheimerath Dr. Schlosser hält, zum großen Bedauern der Studenten, in diesem Halbjahr gar keine Vorlesungen. Auch in diesem Kurse liest der Professor honor. Hofrath Gervinus nicht, wie schon seit mehreren Semestern. Er wird in dem laufenden Halbjahr durch eine wissenschaftliche Reise, welche er nach Berlin gemacht, abgehalten, dagegen wird von vielen Seiten der lebhafte Wunsch ausgesprochen, es möge derselbe seine früher immer mit so großem Beifall aufgenommenen Vorlesungen wieder beginnen. Sie würden nicht allein von Studenten, sondern auch von andern Männern aus dem gebildeten Stande, Fremden und Einheimischen, sicher zahlreich besucht. (S. M.)

± **Darmstadt**, 12. Nov. Ich habe noch des vorgestrigen Beschlusses der ersten Kammer zu gedenken, der dahin ging, ihre über das Budget von 1851/1853 gefaßten Beschlüsse der zweiten Kammer mit dem Ersuchen mitzutheilen, in Berathung zu ziehen und zu beschließen, ob und in wie weit sich dieselbe damit vereinigen wolle, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß sie, die erste Kammer, nach demnächst erfolgter Mittheilung der endlichen Beschlüsse der zweiten Kammer, sich dann erst entschließen werde, ob sie dieselben nach Art. 67 der Verfassungsurkunde im Ganzen annehmen oder verwerfen wolle. Als in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer, die nur unbedeutende Petitionen berieth, der Präsident diese Mittheilung der ersten Kammer verlesen hatte, trug der Abg. Wittmann in erster Linie darauf an, diese Recommunication, als dem Art. 67 der Verfassungsurkunde entgegen und überhaupt verfassungswidrig, ohne weiters der ersten Kammer zurückzuschicken. Andere Mitglieder der Linken stimmten bei. Das Ergebniß der Discussion und Abstimmung bestand aber darin, daß der Erlaß einfach an den Finanzausschuß zur Berichterstattung gewiesen ward.

Darmstadt, 12. Nov. Zwischen der großherzogl. hessischen und der fürstlich lippe-detmoldschen Regierung ist eine Uebereinkunft abgeschlossen worden, ihren in den beiderseitigen Staaten erkrankenden oder verunglückenden unbemittelten Unterthanen gegenseitig ohne Ersatz die benöthigte Heilung und Verpflegung angedeihen zu lassen, sowie auch für die Kosten der Beerdigung der daselbst versterbenden armen Unterthanen des andern Staats zu sorgen. (D. Z.)

Oldenburg, 8. Nov. Nach dem Schluß des Landtags, sagt die „Weserzeitung“, sieht man der baldigen Berufung der Synode der evangelischen Kirche des Herzogthums entgegen, deren Verfassung von 1849 in Ausführung des revidirten Staatsgrundgesetzes einer wesentlichen Revision unterzogen werden muß. Zwar sind ihr in demselben die Selbstverwaltung sowie Presbyterial- und Synodalverfassung gewährleistet, jedoch „vorbehaltlich der kirchenregimentlichen Befugnisse, welche zur Erhaltung der Verbindung der Kirche mit dem Staate und zur Förderung ihrer Zwecke dem Großherzog nach der Verfassung der Kirche zustehen werden“. Die Wahlen zur Synode sind bereits in vollem Gange, nehmen jedoch wegen eigenthümlicher Bestimmungen des Wahlgesetzes eine geraume Zeit in Anspruch. Soweit das Wahlergebniß bis jetzt sich übersehen läßt, ist alle Aussicht vorhanden, daß auch in dieser Angelegenheit das Revisionswerk friedlich zu Stande kommen werde, was im Lande sehnlichst gewünscht wird. Inzwischen ist eine Commission niedergesetzt, um den Entwurf einer redivirten Kirchenverfassung nach mitgetheilten Grundzügen auszuarbeiten. Sie besteht aus dem Stadtdirector Wöbken, Hofprediger Wallroth, Ministeralrath Runde, Obergerichtsrath v. Finckh, Rector Breier, dem Seminardirector Willich und dem Pastor Gröning.

Italien.

* Auch **Sardinien**, sagt die „Leipziger Zeitung“, ist nunmehr, nach dem neuesten Cabinetswechsel, welcher den Grafen Cavour an die Spitze stellt, zum entschiedenen Wendepunkt gelangt, wo es mit den letzten Erinnerungen der Revolution brechen muß. Jene national-radicale Partei, welche ein unabhängiges und einiges Italien als den Zielpunkt ihrer Politik festhielt und das savoyische Königshaus zu dessen Herrschaft berufen glaubte, konnte sich mit dem bestehenden Zustand der Dinge unmöglich versöhnen und andererseits wurden dadurch auch Oesterreich und die übrigen souveränen Staaten Italiens fortdauernd in Argwohn und Aufregung erhalten und das Verhältniß zu dem Turiner Cabinet mußte ein gespanntes und förmliches bleiben. Natürlich enthielt sich dasselbe jeder thatsächlichen Aeußerung; allein der bloße Umstand, daß der Ministerpräsident Azeglio mit mehreren Collegen jener Partei sich zuneigte, genügte, um Piemont in seiner Isolirung zu erhalten. Alle unreinen Elemente der Demokratie hingen sich einer zweideutigen Politik an, welche, wenn sie dieselben auch öffentlich desavouirte, sie doch im Geheimen tolerirte, ja selbst, wie bei dem Streit mit Rom, in einer Weise gewähren ließ, welche einer Hilfeleistung ähnlich sah. Dieser letzte Scandal hat unstreitig die Katastrophe beschleunigt. Der König, schon längst darüber empört, aber durch gewisse Einflüsse in einem künstlichen Zwiespalt gehalten, hat sich jetzt entschieden losgerissen und nach der Seite gewendet, wo die Rechte seines Thrones sich mit den wohlverstandenen Interessen des Volkes und den internationalen Pflichten gegen die übrigen Staaten Italiens vereinigen und sicherstellen lassen. Die auf rein demokratischer Basis beruhende Verfassung bedarf einer zeitgemäßen Revision, und in der Beamtenwelt muß eine Purification vorgenommen werden. Es befinden sich darunter noch sehr viele Exaltirte aus dem Jahr 1848, bei welchen insbesondere die Anfeindung Oesterreichs zur unheilbaren Krankheit geworden ist. Der König hat in letzterer Zeit häufig mit dem kaiserlich königlichen Gesandten conferirt und ebenso die Vertreter Preußens und Frankreichs in seinen Umgang gezogen, und man schließt wohl aus diesen und andern Symptomen mit Recht auf eine totale Umgestaltung des seitherigen Systems, welche allen denen, die wirkliche Ruhe und dauernden Frieden wünschen, nur erwünscht kommen kann, und von der Mehrheit des Volks mit Beifall aufgenommen werden wird. Ohne Zweifel ist das Ministerium Cavour nur der Uebergang zum Ministerium Revel. Dieser ausgezeichnete Staatsmann, welcher als Gesandter in Wien accreditirt ist, genießt das unbedingte Vertrauen seines Souveräns. Er gehört der streng monarchischen Partei an, neigt sich entschieden dem österreichischen Bündniß zu und erkennt darin den zuverlässigsten Schutz gegen die Gefahren, welche der Unabhängigkeit Piemonts nicht minder vom Westen und dem dort bevorstehenden Kaiserthum drohen sollen, als im Norden für Belgien befürchtet wird. Durch sein eifriges und geschicktes Bemühen sind die störenden Erinnerungen, welche Wien und Turin neuerdings auseinanderhielten, glücklich in Vergessenheit gebracht, und es liegt Alles vorbereitet, um die traditionelle entente cordiale herzustellen, die seit undenklicher Zeit die Häuser Savoyen und Habsburg verband. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir der segensreichen Aussöhnung in allernächster Zeit entgegensehen. Damit zugleich wird die Aussöhnung mit Rom zusammenfallen. Die piemontesische Regierung verzichtet auf die Säcularisation der geistlichen Güter, hebt das Ehegesetz auf und ordnet seine Verhältnisse zur Kirche in einem neuen, beide Theile befriedigenden Concordat.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 10. Nov. Vorgestern versammelten sich die Minister zu einer Conferenz in der kaiserlichen Hofburg; aller Wahrscheinlichkeit nach war die äußere Politik Gegenstand der Verhandlung, da kurz vorher Depeschen unserer Gesandtschaft in Paris eingelaufen waren. An dem Gang der Verhandlungen des hiesigen Zollcongresses nimmt Se. Majestät der Kaiser den größten Antheil. Graf Buol hat dem Monarchen in der letzten Woche zu wiederholtenmalen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen erstattet. — Der „Wanderer“ schreibt: „In sonst gut unterrichteten Kreisen erfährt man, daß durch die eben stattfindenden Zollconferenzen die Coalition definitiv festgestellt und der Handels- und Zollvertrag in gleicher Weise abgeschlossen werden soll. Die Bevollmächtigten sind diesmal mit weitreichenden Instructionen versehen.“ — Am 4. d. M. erfolgte zu Moravetz in Mähren der feierliche Uebertritt der Prinzessin Carola Wasa zur katholischen Kirche.

* **Berlin**, 11. Nov. Es sind schon mehrfach Mittheilungen über die Vorbereitungen zu Einrichtung einer neuen Zolllinie gegen die Grenzen der Coalitionsstaaten gemacht. Jetzt ist, wie die „Zeit“ berichtet, dem Vernehmen nach von dem Generalsteuerdirector der Befehl zur Errichtung von Zollhäusern an der sächsischen Grenze gegeben worden. — Der Bundespräsidialgesandte Graf Thun, bekanntlich zum Gesandten in Berlin ernannt, wird, wie die „Neue Preußische Zeitung“ sagt, Frankfurt schon in den ersten Tagen der nächsten Woche verlassen, und der diesseitige Gesandte, Herr v. Bismarck-Schönhausen, das Präsidium im Bunde übernehmen.

München, 10. Nov. Unsere Polizei fahndet dermalen, dem Beispiel ihrer rheinischen und anderen Collegiinnen folgend, gleichfalls nach den unter jungen Leuten fortwährend im Schwung begriffenen auffallenden Kopfbedeckungen, namentlich nach den braunen („Decker“)Hüten; den grauen und den weißen wird ihre kümmerliche Existenz noch einstweilen belassen. Der Besitzer eines solchen braunen Hutes erhielt dieser Tage einen polizeilichen Besuch, wobei er höflichst um Auslieferung seines Braunen gebeten wurde. Im Polizeibureau erfuhr er einfach, daß dies eine allgemeine Maßregel sei. (A. Abdz.)

Weimar, 10. Nov. Gestern entriß uns der Tod einen ausgezeichneten Mann, einen Zeitgenossen der unsterblichen weimarischen Heroen, den Staatsminister Freiherrn v. Gersdorff, welcher durchdringenden Geist und hohe classische Bildung mit großer Redlichkeit und Tüchtigkeit der Gesinnung vereinigte. Er hatte wesentlichen Antheil an der weimarischen Verfassung, welche Karl August bald nach dem Wiener Frieden seinem Lande gab, und genoß nach dem Tode dieses Fürsten als Finanzminister viele Jahre lang das Vertrauen des Großherzogs, bis er sich durch die Veränderungen des Jahres 1848 veranlaßt sah, seinen Abschied zu nehmen. Sein Andenken wird uns stets in Ehren bleiben. — Am Ende des November beginnen die Assisen in unserer Stadt, aber die mehrfach berührte Dr. Pfeiffersche Brandstiftungssache hat wieder auf die folgenden Sitzungen verschoben werden müssen. — Man spricht davon, daß in den nächsten Wochen ein directer Eisenbahnzug von Frankfurt nach Berlin eingerichtet werden wird, welcher in der Nacht die thüringische Bahn befahren muß, was bisher auf dieser Bahn noch nicht geschehen ist.

Paris, 11. Nov. Der „Constitutionnel“ erwähnt des Gerüchtes, die Bank von Frankreich beabsichtige, die Summe ihrer Vorschüsse auf Eisenbahnpapiere herabzusetzen, dagegen die auf andere Papiere zu erhöhen; dieses würde natürlich die Spekulation von jenen ab- und diesen zuwenden. Indessen kann „Galignani's Messenger“ dieses Gerücht als ein grundloses bezeichnen, da die Bank nach wie vor auf Eisenbahnaktien Vorschüsse leisten werde.

Der „Moniteur“ veröffentlicht heute wieder einige Ernennungen von richterlichen Beamten. Der Cassationsgerichtsrath Victor Jonker und der Appellationsgerichtsrath Lamy sind an die Stelle der Herren Lanquetin und Royer zu Mitgliedern der Departementalcommission der Seine ernannt worden.

Heute Abend reist Prinz Ludwig Napoleon nach Fontainebleau, wo er einige Tage verweilen wird.

Der heute früh um halb acht Uhr nach Lyon abgegangene Bahnzug hat einen Unfall erfahren. Er stieß nämlich auf einen auf der Bahn isolirt stehenden Wagen und zertrümmerte denselben. Der Stoß war so heftig, daß der Zug von den Schienen sprang und einige Personen starke Contusionen erhielten; ein Verwaltungsbeamter ist sogar gefährlich verwundet; glücklicherweise aber hat niemand das Leben eingebüßt. Der Bahnverkehr ist gleich wieder hergestellt worden.

Auf der Garonne ist der Kessel eines Dampfboots gesprungen, und mehrere Mitreisende sind leicht, der Capitän aber schwer bei diesem Unfall verwundet worden.

Für die beabsichtigten Festlichkeiten zur Feier der Wiederherstellung des Kaiserreichs soll die Stadt Paris bereits vier Millionen Fr. votirt haben.

Mit dem Verkauf der Besitzungen der Familie Orleans wird unausgesetzt fortgefahren und das betreffende Decret wird in seinem ganzen Umfang buchstäblich vollzogen. Sorben ist das Schloß Chantilly an eine Gesellschaft von Unternehmern um ziemlich hohen Preis verkauft worden.

** **Madrid**, 5. Nov. Die amtliche Zeitung enthält das Decret der Königin, welches die Cortes zum 1. December einberuft. Das Cabinet soll über den Zeitpunkt des Zusammentritts getheilter Meinung gewesen sein, und Isabella die Differenz durch ihre Willensäußerung entschieden haben.

‖ **London**, 10. Nov. Ihre Maj. die Königin ist heute Nachmittag um zwei Uhr von Windsor im Buckinghampalast angekommen und hat sofort einen Geheimerathsfitzung präsidirt, in welcher die letzte Fassung der Thronrede bewerkstelligt wurde. Bei dieser Berathung soll es zwischen einigen Mitgliedern des Cabinets zu ziemlich ernsten Mißhelligkeiten gekommen sein, so daß man in der City einen Augenblick an den Eintritt einer Ministerkrisis glaubte. Dem „Morning Advertiser“ zufolge entstand die Spaltung aus der Frage, ob die Thronrede in einen Paragraphen der anerkannten Wohlthaten des Freihandels gedenken solle oder nicht. Disraeli sprach sich für einen solchen Paragraphen aus; Graf Derby war derselben Meinung, wünschte aber eine Abänderung in der Redaction dieses Paragraphen. Auf der Seite dieser beiden Minister standen ihre Amtsgenossen Packington, Henley, Walpole und Lord Lonsdale. Ihnen gegenüber standen der Lordkanzler, Herzog von Northumberland, Lord **Salisbury**, Lord Hardwick, Lord Malmesbury, Lord John Manners und Harries. Demnach entschieden sich sechs Minister für und sechs gegen das Prinzip des freien trade. Wie die Entschließung des Cabinets ausgefallen ist, weiß man in diesem Augenblick noch nicht; man wird dies erst morgen aus der Thronrede erfahren. Uebrigens soll, wenn sich das Cabinet nicht ausdrücklich zu dem Freihandelsprincip bekennen würde, im Hause der Gemeinen sofort eine Discussion veranlaßt werden, die dann die Stellung der Minister gefährden könnte. Gladstone und Millers, heißt es, würden ein Mißtrauensvotum beantragen.

Aus **Turin** vom 5. Nov., sagt die „Allgemeine Zeitung“, haben wir Briefe aus sicherster Quelle, wonach das Ministerium noch immer nicht definitiv gebildet war.

* **Korfu**. Am 31. October lear Se. Maj. König Otto von Griechenland im hiesigen Hafen ein. Das Volk drängte sich in Barken um den königlichen Dampfer, welcher Abends nach dem Pyräus abging.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin, den 12. Nov., 10 Uhr — Minuten Abends.
Angekommen in Frankfurt, 12. — 10 — 34 — Abends.

London, 11. Nov. In der Thronrede, mit welcher die Königin heute das Parlament eröffnete, beglückwünschte Ihre Majestät dasselbe über die im Allgemeinen wesentlich verbesserten Zustände des Landes, namentlich in den Arbeiterklassen. Wenn neulich erlassene Gesetzbestimmungen neben andern Ursachen zu diesem Ergebniß mitgewirkt, so sei doch anderseit wichtigen Interessen unvermeidlicher Schaden erwachsen. Es sei somit gewissenhaft zu überlegen, wie es billigerweise möglich gemacht werden könne, diesen Folgen abzuhelfen, damit die Ackerbaudauindustrie befähigt werde, die durch die Weisheit des Parlaments ihr zugelassene unbeschränkte Concurrenz vortheilhaft zu bekämpfen. Ihre Maj. fühle sich glücklich, den Eifer Ihrer Unterthanen anzuerkennen, womit diese die Miliz verstärken und deren Reihen auffüllen; es werde dadurch die Ueberzeugung gegeben, daß in solcher Weise gebildete Streitkräfte hinlänglich zur Landessicherheit seien. Ihre Majestät hoffe, daß die wegen der Fischereifrage mit den Vereinigten Staaten entstandene Zwistigkeit durch ein gütliches Uebereinkommen erledigt und die Handelsverbindung beider Staaten vermehrt werden würde. Die Mission, welche an die argentinische Conföderation, in Folge der Uebereinkunft mit dem Prinz-Präsidenten Frankreichs, gerichtet worden, habe herzliche Aufnahme gefunden und das dortige provisorische Directorium habe die bisher verschlossenen Flüsse dem Welthandel eröffnet.

Börsenberichte.

Frankfurt, 12. Nov. Der Geschmangel, welcher seit einigen Tagen wieder bemerkbar ist, wirkte heute besonders ungünstig auf die meisten Fonds und compromte Verkäufe drückten alle Course. Von öffert. Effecten waren 5pCt. Metall. 80¾, pCt.; 4½pCt. 71¹¹/₁₆ à ¾ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88 pCt. bez.; Wiener Bankactien 1360 fl.; 250 fl. Loose 116¼ pCt. Von spanischen Fonds waren 1pCt. zu 25 pCt. verbucht und waren zuletzt per Casse zu 24⁵/₁₆ pCt. zu haben; 3pCt. Inländische 45½ pCt. ohne viel Geschäft. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn 44¼ pCt.; Verbach 95½ pCt.; Köln-Minden 112 pCt.; Taunus 301 fl. Die meisten übrigen gangbaren Papiere waren ebenfalls mehr angeboten.

— Abends war in der Effectenspeculation kein Geschäft. 1pCt Spanische waren zu 24¹/₁₆ pCt. zu haben.

Berlin, 11. Nov. Staatsschuld. 93¼ Brf., 92¼ G. — Köln-Minden 112⅞ Brf, 111⅞ G. — Fr.-W.-Nordbahn 41 à ½ bez.

Amsterdam, 10. Nov. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 63⅞, ¹⁵/₁₆. — 3pCt. Schuld 76½, ½. — 4pCt. 95½, ⅝. — 3½pCt. —. — 1pCt. Spanische 25. — 3pCt. —. — do. inländ. à 6000 fl. 45½. — 5pCt. Portug. —. — 4pCt. —. — 4pCt. Russ. 5pCt. Neue 91½. — do. bei Stieglitz 90¼. — 5pCt. Metall. 78, 77½. — 2½pCt. do. 40¼. — 5pCt. Silber-Metall. 90¼.

Paris, 11. Nov. 4½pCt. Rente 106, 20. — 3pCt. 84, 15. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 95, 94⅞. — Span. neue Diff. —. — Neue 3pCt. —. — Innere Schuld —. — Passive —. — Bankactien 3000. — Piemont 5pCt. 99, 75. — Römisches Anlehen Zuni 1850 —. — do. 1850 —. — St. Germain-Eisenbahn 1475. — Versailles, linkes Ufer 385. — Strasburg-Basel 365. — Nordbahn 830. — Paris-Strasburg 820.

Die öffentlichen Fonds und die meisten Bahnactien haben an der heutigen Börse abermals ein sehr schlechtes Stimmen erfahren; es ist die Folge der von dem Syndicat der Wechselagenten eingeführten Maßregel.

London, 10 Nov 3pCt. Stocks 100½ à ¾ — 1pCt. Span. 25½ à ½ — do. 3pCt. 52½, 51⅜, à 52.

Madrid, 6. Nov. 3pCt. 47, n. d. Börse 47 G. — 1pCt. Neue 26¹/₁₆ n. d. Börse 26⅛ G.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutscher.

Serienverloosung

von Gr. Hess. 4- u. 3½Ct. Obligationen auf Inhaber betr.

Durch die in Gemäßheit der vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen weiter Statt gefundene Verloosung behufs der allmäligen Abtragung der zur Aufnahme des Bedarfs für den Staatsstraßenbau von uns ausgefertigten Obligationen auf Inhaber sind folgende zur Rückzahlung berufen worden:

1. die unterm 15. Februar 1841 ausgefertigten 4procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. A. Nr. 331 bis 360 jede à 1000 fl.
Lit. A. Nr. 412 . . à 500 fl. und

2. die unterm 1. April 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. A. Nr. 181 bis 200 jede à 1000 fl.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung in Kenntniß, deren Beträge zwischen dem 25. und 30. Januar l. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen, noch nicht verfallenen Zinscoupons bei der Staatsschulden-Tilgungskasse dahier oder bei dem Banquierhaus M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt um so gewisser zu erheben, als solche in Gemäßheit des Gesetzes vom 16. Juli 1833, wegen Tilgung der Staatsschuld, **vom 1. Februar 1853** an nicht mehr auf der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Sollten Inhaber der vorbezeichneten Obligationen die Beträge derselben früher, mit Zinsen bis zum Zahlungstag, zu erhalten verlangen, so unterbleibt solches seitens Anstand und haben sich dieselben hierethalb an den Kassier der Staatsschulden-Tilgungskasse zu wenden.

Zugleich machen wir weiter darauf aufmerksam, daß die in Folge Verloosung

1. am 1. April 1849 rückzahlbar gewesene 4procentige Obligation Nr. 593, d. d. 15. Februar 1841, über 500 fl.,
2. am 1. April 1850 rückzahlbar gewesenen 4procentigen Obligationen Nr. 642 und 668, d. d. 15. Februar 1841, jede über 500 fl.,
3. am 1. Januar 1852 rückzahlbar gewesene 4procentige Obligation Nr. 135, d. d. 15. Februar 1841, über 1000 fl., und
4. die am 1. Januar 1852 rückzahlbar gewesenen 3½procentigen Obligationen Nr. 1723 und 1725, d. d. 1. October 1845, jede über 1000 fl.,

noch nicht zur Einlösung präsentirt worden sind und setzt ihren Verfallterminen nicht mehr verzinset werden.

Darmstadt, am 22. October 1852.

Die Direction
der Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Eckardt. v. Rabenau.
[2430] Balser.

Goldene Medaille 1846. **Pate Pectorale de George** Silberne Medaille 1845.
in Apotheken à 24 Sgr. Hauptdepot: Schaefer's Parfümerie- und Kunst-Anstalt in Stuttgart.

Um die Brustkrankheiten, als Schwurfen Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit, wirksamlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **George**, Apotheker (Bergen). Diese Pektoral-Bonbons sind in den Local der Kentheral Schwarzenfels bestimmt, wohin sich Pachtliebhaber wenden wollen. Das Gut ist mit den nöthigen Gebäuden, so wie mit Säaten und Grasnutzungen, welche sich enthält ungefähr 295 Acker Land und Wiesen.

Cassel, am 30. October 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium,
Abtheilung für die Domänen.
Wiederhold, l. A.
vdt. Schuchardt.

[2516] **Gutsverpachtung.**

Zur Verpachtung des Kurfürstlichen Staatsdomänenguts in Schwarzenfels, von Petritag k. J. an, ist ein Pachtungstermin auf

Montag den 22. November d. J.

[2517] **Vorladung.**

Nachdem der Handelsmann Alexander Schwab zu Hanau angezeigt hat, daß er zur vollständigen Befriedigung seiner Gläubiger nicht im Stande sei, wird für dieselben zur Anmeldung ihrer Forderungen, zum Versuche einer gütlichen Vereinigung unter sich und mit dem Gemeinschuldner, sowie zur Wahl eines Curators der Masse, Termin auf

den 8 December d. J., Vormittags 10 Uhr,

vor das unterzeichnete Gericht bestimmt. Diejenigen Gläubiger, welche in dem vorermähnten Termin nicht erscheinen sollten, werden als dem Beschlusse der erschienenen beitretend angesehen werden.

Hanau, den 3. November 1852.

Kurfürstliches Justizamt I.
Hartmann.
vdt. Uebelreckert.

[2537] **Bekanntmachung.**

Nachdem der über die minderjährigen Kinder des verstorbenen Handelsmanns Jacob Goldschmidt von hier bestellte Vormund Handelsmann Jacob Moritz von da, Namens seiner Mündel, die Erbschaft deren Vaters ausgeschlagen und die Insolvenz des Nachlasses unter Beschränkung der Schulden und Forderungen beseffen glaubhaft angezeigt hat, wird Termin zur summarischen Schuldenliquidation, unter Vorbehaltung der darüber sprechenden Urtheile, sowie zum Versuch des Güte zwischen dem den Gemeinschuldner betreffenden Vormund oder Curator und den Massegläubigen und unter diesen unter sich selbst, eventuell auch zur Wahl eines Massecurators des, Beantwortung der unverdeften gerichtseitig anzuordnenden Curatel auf

den 3. December d. J., Morgens 9 Uhr

(Contumacrecht), unter Androhung des Nichterscheinens, dem Beschlusse der Mehrzahl der Gläubiger dem Beschlusse der Mehrzahl der Erschienenen als beitretend werden erachtet werden.

Langenselbold, den 30. October 1852.

Kurfürstliches Justizamt.
Meng. vdt. Scherer.

[2482] **Ein- und Verkauf**
von Obligationen, loosen u. dgl.
Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2565] **Physikalischer Verein.**
Samstag den 13. November: Mittheilung eines wenig bekannten Aufsatzes über Alchemie, von Bergrath Ulex. — Ueber Reindarstellung des Naphtalins. — Ueber eine neue Quelle der Chlorbereitung.

Herzogliches Theater zu Wiesbaden.
Samstag den 13. November
zum Erstenmal: [2549]
Der Tannhäuser,
große Oper in drei Acten
von **Richard Wagner.**

In England patentirt.
Herr **George** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentirten Erfindung, durch welche die Kunst der Zahnärzte gänzlich ungewandelt wird. Es kommt so, wenn die Platten satt aus Gold oder Horn vom Mundfeste (Hyppopotam), aus Schildpatte zu verfertigen, die viel weicher, angenehmer und leichter im Munde liegen als Hyppopotam und ebenso so dauerhaft ist als Gold. Herr George hat eine Dampfmaschine bauen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Bestellungen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienstags und Freitags von 1 bis 3 Uhr wird Herr George (rue Rivoli 36 à Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

Nb. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentirten Vorrichtung zum Wechseln des Mundbodens bedarf Herr George nur zweier Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

[1681] **Von hohem Senate conessionirte**
Privat-Entbindungs-Anstalt
zu Frankfurt a. M.
Ihre Aufnahmsverhältnisse gegen portofreie Einsendungen
Dr. Roderich daselbst, Zeil 19.

Gewinne von Thlr. 32.000, 8000, 4000, 2000 bis zu Thlr. 55
bietet die am 1. Dec. dieses laufende gewinnreiche Verloosung des kurfürstlich Hessischen Lotterie-Anlehens, zu welcher 1 Actie zu fl. 3. 30 kr., 10 Actien zu fl. 28 unter Zusicherung pünktlicher Schicksalsanzeige empfehle. [2531]
Jacob Strauß in Frankfurt a. M.

[2282] **An- und Verkauf**
von Obligationen, loosen u. dgl.
Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

123. Frankfurter Lotterie.
Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.
Gewinne fl. 200,000, fl. 100,000.
Ganze Loose fl. 6, ½ fl. 3, ¼ fl. 1. 30 kr., ⅛ 45 kr.
empfehle unter Versicherung reeller Bedienung
Jacob Braunschweig,
[2490] Fahrgasse, II 44, in Frankfurt a. M.

Am 15. November
findet die Verloosung von tausend Gewinnen der Fürstl. Bereins-fl. 10 Loose statt. Wie empfehlen hierzu Obligationsloose zum Tagespreis und Certificate für obige Ziehungen à 30 kr., 10 Stück für fl. 4.
Moritz Stiebel Söhne.
[2448] Hauptcollecteure in Frankfurt a. M.

Wer auf den Nachlaß des vor Jahren verstorbenen Feldmarschalls Paul Wirtz rechtliche Ansprüche zu machen hat, kann solche ohne Kostenaufwand
binnen 4 Wochen
geltend machen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes. [2566]

[2408] **Edictalladung.**
Ueber das Vermögen des mit einem Gütergemeinschaftsgesuche eingeschriebenen hiesigen Bürgers und Schuhmachermeisters Johann Jacob Hartmann und dessen Ehefrau, Wilhelmine, geborne Herd, ist von hier aus der Concurs erkannt worden.

Es werden daher alle Diejenigen, welche aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche und Forderungen an die gemeinschaftlichen Activmasse zu machen haben, hiermit aufgefordert, solche so gewiß in dem hiermit auf

Dienstag den 30. November 1852,
Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Termin dahier anzugeben, auch ihr etwaiges Vorzugsrecht geltend zu machen, als sie ansonsten, wie hiermit eventuell geschieht, von der Masse ausgeschlossen sein sollen, gegen weiter Ladung, hierauf der Amtsdiener, ersehen wird.

Zugleich werden die etwaigen Schuldner dieser Debitmasse angewiesen, ihre schuldigen Beträge bei Strafe nochmaliger Zahlung nur an das verpflichteten Massevertrauer Herrn Dr. Betz zu entrichten.

Frankfurt a. M., den 20. October 1852.
Stadt-Amt.
Dr. Jaup.
Dr. Antoni, Act.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Samstag (Beilage zu Nr. 272.) 13. November 1852.

Telegraphische Depesche. *)

Abgegangen in Berlin, den 12. Nov., 10 Uhr — Minuten Abends.
Angekommen in Frankfurt, 12. „ 10 „ 34 „ „

London, 11. Nov. In der Thronrede, mit welcher die Königin heute das Parlament eröffnete, beglückwünschte Ihre Majestät dasselbe über die im Allgemeinen wesentlich verbesserten Zustände des Landes, namentlich in den Arbeiterklassen. Wenn neulich erlassene Gesetzbestimmungen neben anderen Uebelständen zu diesem Ergebniß mitgewirkt, so sei doch anderseit wichtigen Interessen unvermeidlicher Schaden erwachsen. Es sei somit gewissenhaft zu überlegen, wie es billigerweise möglich gemacht werden könne, diesen Folgen abzuhelfen, damit die Ackerbauindustrie befähigt werde, die durch die Weisheit des Parlaments ihr auferlegte unbeschränkte Conneurrenz vortheilhaft zu bekämpfen. Ihre Maj. fühle sich glücklich, den Eifer Ihrer Unterthanen anzuerkennen, womit diese die Miliz verstärken und deren Reihen ausfüllen; es werde dadurch die Ueberzeugung gegeben, daß in solcher Weise gebildete Streitkräfte hinlänglich zur Landessicherheit seien. Ihre Majestät hoffe, daß die wegen der Fischereifrage mit den Vereinigten Staaten entstandene Zwistigkeit durch ein gütliches Uebereinkommen erledigt und die Handelsverbindung beider Staaten vermehrt werden würde. Die Mission, welche an die argentinische Confoderation, in Folge der Uebereinkunft mit dem Prinz-Präsidenten Frankreichs, gerichtet worden, habe herzliche Aufnahme gefunden und das dortige provisorische Directorium habe die bisher verschlossenen Flüsse dem Welthandel eröffnet.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 12. Nov. In Nro. 269 der „Frankfurter Postzeitung“ wird die Praxis der mecklenburg-schwerinschen Regierung in der Behandlung ihrer katholischen Unterthanen in einer Weise besprochen, die der sonstigen unparteiischen Haltung dieses Blattes wenig entspricht. **) Die Klagen über den religiösen Unfrieden, in welche der Schluß jenes Artikels ausbricht, sind leider vollkommen begründet, doch trifft dabei begreiflich nur diejenigen ein Vorwurf, welche durch Störung des bestehenden Rechtszustandes und durch einseitigen Parteieifer eine religiöse Aufregung herbeiführen, nicht eine Regierung, welche innerhalb der gesetzlichen Schranken die Uebergriffe eines solchen Eifers zurückweist. Wer von dem vollständigen Recht der mecklenburg-schwerinschen Regierung in diesen Angelegenheiten noch nicht überzeugt ist, der kann und wird diese Ueberzeugung gewinnen durch eine sorgfältige Prüfung der bei W. Keller in Gießen erschienenen Schrift des Geh. Staatsraths und Bundestagsgesandten Dr. J. T. B. v. Linde: „Ueber die rechtliche Gleichstellung der christlichen Religionsparteien in den deutschen Bundesstaaten, insbesondere in dem Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin“. Der Herr Verfasser erkennt im Uebrigen selbst an, daß das Verfahren der großherzoglichen Regierung den auf dem westfälischen Frieden beruhenden Gesetzen vollkommen entspreche, nur aus dem einen Grunde behauptet er die gänzliche Umgestaltung des früheren Rechtszustandes, daß nämlich in der Accessionsacte, wodurch Mecklenburg-Schwerin dem Rheinbunde beigetreten, die Gleichstellung der Katholiken mit den Lutheranern sowohl in Rücksicht der Religionsübung als der bürgerlichen und politischen Rechte verheißen sei. Mit dieser Verheißung hat es allerdings seine Richtigkeit. Allein damit ist deren Inhalt noch nicht in den Rechtszustand des Landes übergegangen. Staats- und völkerrechtliche Verträge dieser Art dürften bekanntlich näherer und bestimmterer gesetzlicher Anordnungen, um für die betreffenden Länder zu einer gesetzlichen Norm zu werden. Diese Anordnungen sind denn auch im Wege der mecklenburgischen Landesgesetzgebung erfolgt; es ist dabei ausdrücklich ausgesprochen, daß durch diese Anordnungen die Art und Weise der Realisirung, das Maß der Erfüllung jener Rheinbundsverheißung bestimmt sein solle, und wenn diese Ausführungsverordnungen die Gleichstellung nicht unbedingt und allgemein, sondern mit Beschränkungen, wie sie durch die Verhältnisse des Landes geboten waren, eingeführt haben, so würde nur der Rheinbund, wenn er noch existirte, eine ausgedehntere Gleichstellung von der mecklenburgischen Landesgesetzgebung verlangen können, die zu einer etwaigen Abänderung aber müssen allen Landesunterthanen gegenüber die bestehenden Landesgesetze ihre Giltigkeit behaupten. Diese Grundsätze sind völlig zweifellos und allgemein anerkannt, es wird also gar nicht nothig sein, den Herrn v. Linde daran zu erinnern, daß es auch Verheißungen gibt, die nicht ins Leben treten. Faßt noch weniger begreiflich ist die Behauptung, daß die Ausübung des Religionsedictus ein bürgerliches Recht sei, welches der sonst so bewährte Rechtslehrer in der erwähnten Streitschrift zu dem Ende aufstellt, um die von einigen Katholiken neuerlich in Mecklenburg begehrte ganz unbeschränkte Religionsübung auf den Art. 16 der Bundesacte zu stützen, wonach die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien im deutschen Bunde keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen kann. Hr. v. Linde selbst begründet die Freiheit des Cultus auf das Vereinigungsrecht, er wird aber schwerlich behaupten, daß das Vereinsrecht ein bürgerliches Recht sei, um dessen Regelung der Staat sich nicht zu bekummern habe. Doch abgesehen davon, scheint ihn der Eifer für seine Sache in Vergessenheit darüber versetzt zu haben, daß Cultus und Religionsübung in allen Staatsverträgen seit der Reformation als ein Gegensatz gegen die bürgerlichen und politischen Rechte, in so weit das Religionsbekenntniß auf diese insfuiren sollte, behandelt ist. Insbesondere ist dies, wie bekannt, auf dem Wiener Congresse der Fall gewesen; der daselbst gemachte Versuch, in Bezug auf die Religionsübung der verschiedenen Kirchen allgemeine Normen für ganz Deutschland festzustellen, führte nicht zum Ziele, man begnügte sich daher, die Gleichstellung in den bürgerlichen und politischen Rechten so auszusprechen, wie sie im Art. 16 der Bundesacte enthalten ist, indem man zugleich Entscheidungen durch Stimmenmehrheit in Religionssachen ausdrücklich ausschloß. Alles aber, was die mecklenburg-schwerinsche Regierung bisher in den kirchlichen Angelegenheiten verfügt hat, betrifft lediglich die Aufrechthaltung derjenigen landesherrlichen Hoheitsrechte in Bezug auf die Religionsübung, welche jede deutsche Regierung, sie sei eine katholische oder protestantische, mit Sicherheit behaupten wird. Es handelt sich gar nicht um Duldung und Hausandacht, sondern darum, ob Jedermann an Orten, welche einem bestimmten Parochialverbande angehören, beliebig ohne landesherrliche Genehmigung einen Gottesdienst unter Administration ausländischer unbekannter Personen als Geistlicher einzurichten berechtigt sein könne. Den lutherischen Gutsbesitzern in Mecklenburg steht ein solches Recht unzweifelhaft nicht zu, die vollständigste Gleichstellung der Katholiken mit den Lutheranern würde also unter allen Umständen den katholischen Gutsbesitzern doch keine größere Berechtigung gewähren können. Weitunterrichte versichern übrigens, daß nächstens eine erschöpfende Darlegung der factischen und rechtlichen Verhältnisse, auf welche es hier ankommt, im Buchhandel erscheinen werde von einem Verfasser, dem der Zugang zu den officiellen Quellen gewährt worden.

ψ **Frankfurt**, 13. Nov. Wie man vernimmt, wurde in einer der letztern Rathssitzungen die Angelegenheit der Besetzung einiger vacanten Rathsstellen an die Senatscommission überwiesen. In gutunterrichteten Kreisen will man behaupten, daß eine Ergänzung des Senats in nächster Zeit schwerlich erwartet werden dürfte. —

Gestern traf der Bundespräsidialgesandten Grafen Thun, dessen Wagen schon nächsten Montag erwartet werden, schreint nahe bevorzustehen. — Nach umlaufenden Gerüchten dürfte der längere Bestand einer deutschkatholischen Gemeinde in nächster Zukunft in Frage gestellt werden. — Am vergangenen Mittwoch wurde ein hiesiger Feldschützengerrthmeister auf der Mörselder Landstraße von vier bayerischen Soldaten ohne alle Veranlassung angegriffen. Bei Annäherung einiger Leute entfernten sich die Soldaten. Eine Untersuchung dieses Vorfalls ist eingeleitet. — Gestern Abend stürzte sich ein junger Mensch von der Brücke in den Main. Er wurde

*) Wiederholt, weil die Aufnahme nicht mehr in alle Exemplare des heutigen Hauptblattes bewerkstelligt werden konnte. D. Red.

**) Den Vorwurf der Parteilichkeit beseitigt wohl am sichersten die Aufnahme dieses Artikels. Aber auch den Entgegnungen werden wir ebenso nicht verfahren. Die Red. d. P. Z.

in der Nähe des Metzgerthors aus dem Wasser gezogen, in das Hospital und nach einigen Belebungsversuchen zum Leben gebracht. – In Frankfurt und Sachsenhausen befinden sich 10,300 Wohnungen. darunter 108 im Miethwerth von 1000 bis 1500 fl., 24 von 1500 bis 2000 fl. und 27 von 2000 fl. und mehr. Unter einem Miethwerth von 100 fl. gibt es 4752 Wohnungen.

* **Frankfurt**, 13. Nov. Die neulich erwähnte Versammlung hiesiger Detailhändler zur Erwirkung einer mildern Handhabung der Sonntagsordnung hat gestern Abend stattgefunden; sie war von etwa 60 bis 70 Interessenten besucht. Beschlossen wurde, die Vermittelung der Handelskammer in dieser Angelegenheit beim Senate in Anspruch zu nehmen und zunächst an diese sich zu wenden, zu welchem Zwed ein Comite gewählt wurde, das heute Abend zusammentreten wird. Auch eine Eingabe wegen Beschränkung des dem Detailgeschäft so nachtheiligen Hausirhandels wurde in Anregung gebracht.

* **Wien**, 7. Nov. Unter vorstehendem Datum berichtet die „Neue Preußische Zeitung“: Aus Paris sind im Laufe des vorgestrigen Tages officielle Depeschen eingetroffen, welche die Erkrankung Ludwig Napoleons auf den Kaiserthron als in die nächste Zeit fallend verkündigen. Es verdienen dieselben eine um so größere Beachtung, als sie ursprünglich an die hiesige französische Gesandtschaft gerichtet waren, mit dem Auftrage, das kaiserliche Ministerium des Aeußern hiervon zu verständigen. Es ist hiermit die erste officiöse Bekanntgebung des bevorstehenden Kaiserthums erschienen, und es bleibt mir nur noch zu berichten übrig, welche Aufnahme dieselbe in Wien gefunden hat. Wie wir vernehmen, so hat der Graf Buol sich dahin ausgesprochen, daß seitens der kaiserlichen Regierung der Wiederaufrichtung des Kaiserthrones kein Hinderniß entgegengelegt werden könne, und das um so weniger, wenn man die durch die Verträge vom Jahr 1815 festgesetzten Territorialbestimmungen respectire, was aber die Erwählung des Prinzen zum Kaiser unter dem Titel: „Napoleon III.“ anbetrifft, so könne er sich hierüber noch nicht definitiv aussprechen, glaube aber, daß die Annahme dieses Titels von der Ratification der Großmächte abhängig gemacht werden müsse. In hiesigen sonst gut unterrichteten Kreisen gibt man sich der Ansicht hin, daß diese Ratification auf Schwierigkeiten stoßen werde. Was den Protest des Herrn Drouin v. Huys anbetrifft, so glaube ich Sie versichern zu dürfen, daß bis jetzt der Entschluß noch nicht aufgegeben ist, denselben zu veröffentlichen.

** **Magdeburg**, 11. Nov. Auch unter den hiesigen Juden bestehen schon seit längerer Zeit zwei Glaubensparteien, welche ihren Gottesdienst getrennt verrichten. Die neue Partei erbaute mit sehr bedeutenden Kosten in der hiesigen Schulstraße einen eben so großartigen als geschmackvollen Tempel, der schon vor 1½ Jahren eingeweiht wurde. Jest hat auch die altgläubige Genossenschaft am breiten Wege hierselbst ein eigenes Local zu ihrem Tempel eingerichtet, welches morgen feierlich eingeweiht werden wird. Man bemerkt übrigens, daß die altgläubige Partei seit einiger Zeit wieder neuen Boden gewinnt; so als vor wenigen Tagen der hiesige, der neuen Genossenschaft angehörige Prediger, der auch im Auslande als Schriftsteller rühmlichst bekannte Dr. Philipson, vor Gericht einem altgläubigen Juden einen Eid abnehmen wollte, sprach dieser ihm die Eigenschaft eines Juden und damit die Fähigkeit zu den Functionen eines solchen geradezu ab. – Die Juden haben einer der größten Porzellanmanufacturen in hiesiger Stadt, Schuchards Söhne, machen bekannt, daß bei der gegen ihre Arbeiter gleichfalls eingeleiteten Untersuchung sich herausgestellt habe, daß diese an der Verbindung der Porzellanarbeiter, zum Zwed bessere Bedingungen von den Arbeitgebern zu erzwingen, nicht Theil genommen haben.

* **Dresden**, 11. Nov. Der von unsern Prinzen Albert und Georg am 7. d. M. angetretenen Reise nach Mähren wird hier von einigen Seiten eine Wichtigkeit beigelegt, welche ihr in der That nicht zugeschrieben werden kann. Wir können versichern, daß die Reise lediglich auf eine vom Erzherzog Albrecht an die Prinzen ergangene Einladung zur Theilnahme an den in Mähren abzuhaltenden großen Jagden erfolgt ist. — Die Frage wegen Vervollständigung unseres Ministeriums durch einen neuen Minister des Innern scheint noch keineswegs so weit gediehen zu sein, daß sich für diesen Posten bereits bestimmte Persönlichkeiten bezeichnen ließen. — Die „Kasseler Zeitung“ enthielt kürzlich die Nachricht, daß der frühere gothaische Polizeichef und jetzige königlich sächsische Regierungsrath Eberhardt hier mit Tode abgegangen sei. Diese Nachricht ist unrichtig. Regierungsrath Eberhardt liegt zwar seit einiger Zeit schwer erkrankt daniever und hat sich namentlich in den letzten Tagen in Folge eines hartnäckigen Steinleidens mehreren gefährlichen Operationen unterwerfen müssen; dieselben sind jedoch mit gutem Erfolg vollzogen worden, und es ist jest einige Hoffnung auf seine glückliche Wiederherstellung vorhanden. — Die innerhalb Sachsens wie anderwärts von Zeit zu Zeit vorgekommenen freventlichen Versuche einer Störung des Eisenbahn- und Telegraphenbetriebes haben das Finanzministerium veranlaßt, auf die Entdeckung solcher gemeingefährlichen Handlungen eine Belohnung von 50 bis 200 Thlr. auszusezen.

* **Stuttgart**, 12. Nov. Rechtsconsulent Schober, aus den Zeiten des Rumpfparlaments bekannt, ist heute an Nervenfieber gestorben.

Wiesbaden, 11. Nov. Se. Hoh. der Herzog ist gestern aus Mexiken in Biebrich wieder eingetroffen.

Z **Hamburg**, 10. Nov. Es wird vielfach behauptet, daß ungeachtet der jüngst stattgehabten Rathswahlen die Einführung der Neunerversassung immer noch in nicht ferner Zeit bevorstehen soll. — Die Erkrankung des greisen Senators Merck wird, wie man vielfach versichert, ihrem Verlauf nach für besorgniserregend gehalten. Senator Merck wurde 1820 in den Senat gewählt und gilt für eins unserer erfahrensten Rathsmitglieder. Herr Ernst Merck hat in Rücksicht des bedenklichen Krankheitszustandes des Senators eine nach Rußland beabsichtigte große Geschäftsreise aufgeschoben. — Nach den jüngsten Nachrichten aus Kopenhagen scheint sich doch in Anlaß der vom geheimen Archivar und königlichen Historiographen Wegener als Manuscript herausgegebene Schrift über die Erbfolge eine durchgreifende Cabinetsänderung vorzubereiten. Die Art, wie Herr Wegener eine Modification des durch das landesherrliche Patent vom 28. Januar d. J. bestimmten Erbfolgegesetzes dem Reichsrath empfiehlt, ist geeignet, die allgemeine Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand zu lenken. Wir werden noch darauf zurückkommen.

Frankreich.

** **Paris**, 8. Nov. Lamartine hat die angebotene Senatorwurde ausgeschlagen. Portalis, der Präsident des Cassationshofs, wird ebenfalls als Abdankender genannt. Abdel-Kaders Rückkehr nach Amboise scheint die Verstimmung der Soldaten zur Ursache gehabt zu haben; eine gewisse Partei, die Alles benutzt, um der jetzigen Regierung zu schaden, verbreitete in den Kasernen ein früher geschriebenes Volksbüchlein, worin die Grausamkeiten des Emirs gegen gefangene Franzosen und dessen Eidbruch nach beschworenem Vertrag an der Tasna (1840) besprochen werden. Außer dem Aumarich des 43. Regiments nach Corsika erzählt man sich die Absendung vieler Artilleristen des 4. Regiments nach Afrika. Die frühere Charbonnerie „ad kalliam nova lux“ soll noch immer unter einigen Theilen der Armee spuken; als Haupträdelsführer des jüngsten Mouvements werden die Sergeanten Croce und Lerour genannt. Die Pariser werden um ein Schauspiel und zwar um ein blutiges reicher werden; der Hippodromdirector Arnold, ein Günstling des Elysee, hat die Erlaubniß zur Abhaltung von Stierzerfechten bekommen.

† **Paris**, 11. Nov. Der sich vorbereitenden Umwandlung der Republik in das Kaiserreich gegenüber, will man unter den Franzosen den Hauptstadt und der Provinz eine auffallende Spathie bemerken. Nirgends gewahre man Spannung oder Bewegung; wähne man auf der einen Seite vergebens nach einer Spur von Opposition suchen, so begegne man doch auch auf der andern Seite nirgends einem Anzeichen von Wärme und Enthusiasmus. In den Städten und namentlich in Paris geht jeder, um andere Dinge unbekümmert, seinen Geschäften oder Vergnügungen nach, auf dem Lande aber hält man eben nach den Demonstrationen der Südreise die Sache für völlig abgethan und das Kaiserreich für fertig. Nur in den offiziellen Regionen deutet große Lebendigkeit auf ewig großen Augenblick, der da kommen soll. In den Departementen lassen es die Präfecten an Eifer und Thätigkeit nicht fehlen, das Interesse der Bevölkerungen aufzustacheln und dadurch am 21. und 22. November den Wahlurnen wo möglich Massen von Abstimmenden zuzuführen, damit die Zahl der Vota nicht hinter der vom 20. December v. J. zurückbleiben möge. Sie erlassen Proclamationen, in welchen sie die Angehörigen ihres Departements auffordern, ihr Stimmrecht zu üben und dem Gesühl ihrer Verpflichtungen nachzukommen. Man hofft, daß diese Beunühungen den entsprechenden Erfolg haben werden. Die Modificationen der Verfassung vom 14. Januar 1852 werden der Gegenstand spezieller Senatusconsulte sein, und diese bedürfen dann nur der Sanction des Kaisers. Ob, wie man wissen wollte, die Rechte des gesetzgebenden Körpers ausgedehnt werden, mag einstweilen dahingestellt bleiben; aber wahrscheinlich ist, daß die Mitglieder desselben eine Remuneration erhalten. Der Prinz Marschall Hieronymus soll durch eine neu zu creirende Würde für den Art. 4 des Senatusconsultums vom 7. November entschädigt werden: er soll entweder zum Großadmiral oder zum Connetable von Frankreich ernannt werden. — Nachrichten aus der Türkei zufolge, soll die Pforte die Internirung Abdel-Kaders nach Brussa nicht besonders gern sehen und sehr Verpflichtung und Garantie für Uebervachung des Emirs abgelehnt haben.

Zu Orleans wurde am 8. früh um 3 Uhr die vor dem Hause

des Divisionsgenerals stehende Schildwache von einem Mann, der sie vorher fragte, ob sie Ludwig Napoleon kenne, aufgefordert, ihm für 100 Fr. ein Packet Patronen zu geben. Der Soldat packte den Mann, um ihn bis zur Ablösung festzuhalten, dieser aber feuerte eine Pistole auf ihn ab, die jedoch bloß das Haar streifte. Ein Kampf entspann sich und der Unbekannte fiel, von einem Bajonnetstich getroffen, zu Boden. Plötzlich stürzten jetzt sechs Kerle herbei, und einer schoß mit den Worten: „Einmal bist Du dem Tod entgangen; jetzt mußt Du d'ran!" auf den Soldaten, traf aber ebenfalls nicht. In dem sich nun entspinnenden neuen Kampf erhielt die Schildwache einen Messerstich, worauf die Angreifer ihren Verwundeten eiligst wegtrugen. Der erschöpfte Soldat verfolgte sie einige Schritte und feuerte, jedoch erfolglos, sein Gewehr ab. Es kamen jetzt Leute herbei, und der bald abgelöste Soldat wurde nach dem Spital gebracht, wo er, obgleich seine Wunde nicht bedeutend ist, an einer Gehirnentzündung darnieder liegt. Mehrere Personen wurden schon verhaftet, aber wieder frei gelassen.

Spanien.

** **Madrid**, 5. Nov. Die Operation der Schnldconversion ist nun in Paris, London und Amsterdam zu Ende. Alle Papiere sind umgetauscht worden. Der Gesammtbetrag des convertirten Papiers ist auf 4 Milliarden 862 Millionen 538 Tausend Reale, wovon 3 Milliarden 636 Millionen 656 Tausend Reale auf 3pCt. differirte Schuld und 1 Milliarde 225 Millionen 892 Tausend auf tilgbare Schuld zweiter Klasse kommen. In Madrid ist die Operation nicht so schnell von statten gegangen; dort sind noch eine Menge Papiere zu convertiren.

Großbritannien.

|| **London**, 10. Nov. Gestern hat der neue Lordmajor der City von London den Eid geleistet; aber das bei dieser Feier sonst übliche Gepränge ist diesmal wegen der Landestrauer um den Herzog von Wellington unterblieben. — Die feierliche Bestattung der Leiche des eisernen Herzogs bleibt für morgen in acht Tagen anberaumt. Auf Befehl der Königin hat der Oberkammerherr den fremden Gesandten und Ministern, den Pairs und deren Gemahlinnen, den Mitgliedern beider Häuser des Parlaments, den Offizieren der Armee und der Marine rc. die Anzeige machen lassen, daß ihnen die Trauerkapelle in Chelsea, wo der Herzog auf dem Paradebett liegt, geöffnet sei. Rußland wird bei der Leichenfeier vom Infanteriegeneral Fürsten Gortschakoff, dem Generalmajor Graf Benkendorff und einem Obersten vertreten sein. — Die deutschen Flüchtlinge haben am Dienstag Abend den Todestag Robert Blums mit einem Bankett und Reden begangen.

Donaufürstenthümer.

Aus Montenegro, Ende October. Mit äußerster Spannung sehen die Montenegriner und mehr noch die obern Südslaven der Erklärung Oesterreichs in Betreff ihrer Unabhängigkeit entgegen. Auch Grahowo entzieht sich der türkischen Botmäßigkeit immer mehr, und erst neulich sandte der Wojwode die Sendlinge des Veziers von Mostar, welche die Zahlung des Harac begehrten, mit einer entschiedenen Weigerung nach Hause. Bei der jüngst stattgehabten Nationalversammlung in der Hauptstadt versammelten sich alle Führer des Volkes, um sich mit dem hoffnungsvollen Fürsten wegen Einführung des Gesetzbuches zu besprechen. (Triest.Z.)

Assisenverhandlungen

gegen Dr. **Hermann Becker und Genossen** in Köln.

XXXI.

γ **Köln**, 12. Nov. (Sitzung am 11. November.) Wir senden der Mittheilung der heutigen Verhandlung zum bessern Verständniß voraus, daß die gestern mitgetheilte Subsidiarfrage für alle Angeklagten heute in anderer Gestalt erscheint als wir sie gestern mittheilten, sie lautet:

„Ist der Angeklagte nicht wenigstens schuldig, ein auf gewaltsame unmittelbare Aenderung der Verfassung abzielendes Unternehmen dahin vorbereitet zu haben, daß er in den Jahren 1848 bis 1851 mit ein oder mehreren Personen eine Verabredung getroffen hatte, welche zum Zweck hatte a) die Staatsverfassung umzustürzen oder zu ändern, b) die Bürger und Einwohner aufgereizt zu haben, sich gegen die königliche Gewalt zu bewaffnen, oder c) durch Anreizung der Bürger and Einwohner gegeneinander einen Bürgerkrieg herbeizuführen."

Vertheidiger Schneider II. wünscht von dem öffentlichen Ministerium zu vernehmen, ob auch die Stellung neuer Fragen zu erwarten stände. Er wünscht in diesem Fall, daß dies jetzt, vor weiterer Debatte geschehe. — Die Antwort des öffentlichen Ministeriums ist verneinend. — Schneider II. fährt fort: Das öffentliche Ministerium habe seine Replik damit begonnen, daß 8 Tage die Vertheidigung sich vergebens bemüht, die Anklage zu bekämpfen; er glaube aber, daß eben die Subsidiarfragen den Beweis böten, daß man die Stichhaltigkeit der von der Vertheidigung vorgebrachten Gründe erkenne. Er wendet sich dann der Reihenfolge der Erläuterung des Staatsprocurators Saedt zu, indem er 1) auf den historischen Theil und 2) auf die Untersuchung eingeht, ob 1848 und 1849 der Bund schon bestanden habe; ad 3 sei es aber durchaus falsch, wenn das öffentliche Ministerium sage, auf Auslegung der Gesetze käme es nicht an, sondern nur darauf, was in der Frage stände. Wenn die Bedeutung eines Wortes zweifelhaft sei, so habe man bei der Prüfung derselben nicht bloß auf den Sprachgebrauch, sondern vor Allem auf die Definitionen zurückzugehen, welche das Gesetz so häufig gebe. Das öffentliche Ministerium sei sich aber in seiner Aufstellung untreu geworden, indem es an andern Orten sich wieder selbst auf das Gesetz stütze. Folgt nun eine nähere Rechtserörterung, wonach der Vertheidiger bemerkt: Er gebe zu, daß sich die Marxsche Partei einer politischen Revolution, die kommen müsse, bewußt gewesen sei, aber nicht, daß sie eine solche gewollt, da sie der Schapper-Willichschen Partei vorwerfe, davon etwas zu erhoffen. Am wenigsten aber habe sie ein Unternehmen beschlossen, das sich die politische Revolution zum Zweck bestimmt, um dadurch zum Endziel zu gelangen. Der Redner bestreitet nochmals die Solidarität mit dem von Moll überbrachten Hetzelschen Statut. Er bespricht sodann eine Frage, bemerkt jedoch bald, daß diese Frage gar nicht gestellt werde. — Ein Geschworner äußert, daß durch die neu eingeschobenen und wieder veränderten Fragen die Fragestellung so verwirrt sei, daß man sie nicht leicht im Gedächtniß behalten könne, weßhalb er um Abschriften bittet. Der Präsident bemerkt dagegen, daß es nicht gestattet sei, den Geschwornen die Fragen früher vorzulegen, als sie zur Berathung abtreten. Er verliest nun die Fragestellung. — Der Vertheidiger fährt fort: Man müsse auch die Subsidiarfrage nach dem französischen Gesetz prüfen. Schließlich bemerkt er, daß selbst eine kleinere Strafe für Röser und Bürgers zur Todesstrafe werden würde; er weist auf ihr Aussehen und ihre Stimme hin. Die Geschwornen möchten sich aber nicht durch den Schreck bestimmen lassen, sondern nach dem Rechte sprechen.

Der Vertheidiger Schürmann kommt nochmals darauf zurück, daß man in Frankreich selbst nach dem Ankauf von Waffen ein angebliches Complott nicht als solches erkannte. Wenn der Bund in seiner Unbedeutendheit schon gefährlich scheine, dann solle man ihm nur Märtyrer geben, so würde er wachsen. Nicht der Communismus, sondern andere Verhältnisse würden eine Revolution herbeiführen, wenn nicht ein beutelustiger Eroberer mit blutigem Schwerte diese und andere Ideen in Schutt und Asche lege.

Dr. Thesmar replicirt für Reiff: Der Commissär Dockhorn habe nicht bloß gesagt, daß er seinen Clienten im Arbeiterbildungsverein nicht gesehen, sondern auch, daß Röser dessen Ausschluß erklärt und einen andern Secretär ernannt habe. Er trage auf nochmalige Vernehmung an. — Staatsprocurator Saedt legt auf den Austritt aus dem Arbeiterbildungsverein keinen Werth, wo es sich um den Bund handle. — Dr. Thesmar: Es sei nicht denkbar, daß Röser einen Bundesgenossen aus dem Arbeiterbildungsverein ausschließe. Bei weiterem Dringen auf nochmalige Vernehmung gibt das öffentliche Ministerium die Thatsache zu.

Vertheidiger Esser I. führt gegen das öffentliche Ministerium an, die Abschrift der Ansprache könne in keiner Versammlung vorgenommen worden sein, weil die sechs Bruchstücke auf verschiedenem Papier, in verschiedenem Format geschrieben seien. In Betreff der Complicefragen sei seinen beiden Clienten nirgend nachgewiesen, daß sie Mittel zum Unternehmen und dessen Vorbereitung geliefert hätten.

Vertheidiger Nacken bemerkt, man sei vor den Subsidiarfragen erschrocken, aber sie hätten die Stellung der Angeklagten nicht verschlimmert, immer würde noch bei der allgemeinen subsidiarischen Frage die Unmittelbarkeit erheischt, die Vorbereitungsfragen müßten schon deßhalb mit Nein beantwortet werden, weil sie an und für sich widersinnig seien. Ein Complott sei eine strafbare Vorbereitung, und als solche schon etwas Außerordentliches; die Bejahung würde sogar den Versuch machen, die Vorbereitung einer Vorbereitung zu einem Verbrechen zu machen, und das wäre denn doch zu abnorm.

Vertheidiger v. Hontheim bemerkt in Betreff seines Clienten, daß bei ihm von Hilfeleisten und Mittelschaffen keine Rede sein könne, weil er abwesend war. (Fortsetzung folgt.)

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin, den 13. Nov., 3 Uhr 39 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, 13. „ 3 „ 45 „

Köln, 13. Nov. Im Communistenproceß ist heute das Urtheil gesprochen. Röser, Bürgers und Nothjung sind zu sechs, Reiff, Becker und Otto zu fünf, Leßner zu drei Jahren Strafarbeit, sämmtliche Schuldigbefundene zu Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt worden.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 12. Nov. 5pCt. Metall. $94\frac{3}{8}$. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 —. — $4\frac{1}{2}$ pCt. Metall. $84\frac{1}{2}$. — Bankactien 1330. — 250 fl.-Loose $136\frac{1}{2}$. — 5pCt. Lombard.-Venet. $102\frac{3}{4}$. — London 11 fl. 27 kr. — K.-F.-Nordb. 224. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Berlin, 12. Nov. Fr.-W.-Nordbahn 41. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Amsterdam, 11. Nov. 5pCt. Metall. $77\frac{1}{2}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $40\frac{1}{8}$. 3pCt. Inländ. $45\frac{5}{8}$. — 1pCt. Span. 25. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Paris, 12. Nov. Rente 1 Fr. höher. Eisenbahnactien steigend. 1pCt. neue Spanische 25 pCt. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. V. Kut…

[2571] **Bekanntmachung.**

In der Nacht vom 8. auf den 9. dieses Monats sind zwischen Rolandseck und Oberwinter von dem Köln-Koblenzer Güter-Postwagen die Briefbeutel von Köln, Bonn und Godesberg nach Koblenz, Weißenthurn, Andernach, Niederbreisig, Sinzig und Remagen gestohlen, die Briefbeutel selbst zwar wieder aufgefunden, die sämmtlichen Geldbriefe und Werthpakete aber daraus entwendet worden.

Die ganze entwendete Summe beträgt 8639 Thlr. und haben sich darunter muthmaßlich Kassenscheine von 100 Thlr. resp. 500 Thlr. und unter andern 20 Ducaten in Gold befunden.

Demjenigen, der die geeigneten Angaben zur Ermittelung des Thäters und zur Herbeischaffung der gestohlenen Summe zu machen im Stande ist, wird eine Belohnung von Zweihundert Thalern hiermit zugesichert.

Oberwinter, den 9. November 1852.

Der Ober-Post-Director:
Windmüller.

Weinsberg bei Heilbronn (Würtemberg).

Versteigerungs-Anzeige.

Nachdem die Erben des verstorbenen J. Mall dahier, unter Zustimmung des Pflegers für die Minderjährigen derselben, beschlossen haben, die gesammte Liegenschaft ihres Erblassers nunmehr zum öffentlichen Verkauf auszusetzen, so werden sie demgemäß

Dienstag den 30. November um 2 Uhr
im Gasthof zur Traube

in Aufstreich bringen:

1) Ein an dem schönsten und angenehmsten Theile des hiesigen Ortes an zwei frequenten Poststraßen auf allen vier Seiten frei liegendes vor ungefähr 15 Jahren solid und modern erbautes dreistöckiges Wohnhaus, 67′ lang und 42′ breit, enthaltend: zwei übereinander gewölbte, tiefe und vorzügliche Keller, ein Cellier, eine Werkstätte und Kelterraum, 2 heizbare Salons, 11 heizbare und 2 unheizbare, außer 2, sämmtlich tapezirte Zimmer, 3 Küchen mit 2 Speisekammern und viele im Kniestock sich befindliche helle und geräumige Kammern und Bodenplätze.

2) Ein diesem Hause zur Seite stehendes ebenfalls neues und solides Oeconomie-Gebäude mit einem gleichfalls gewölbten sehr guten Keller, Gemüse-Keller, Waschküche, Obstdarre, Tenne, Pferde-, Rindvieh- und Schweineställe und Aufbewahrungs-Räume für Heu, Stroh ꝛc., welch letztere vorkommendenfalls leicht zu Wohn-Gelassen eingerichtet werden können, indem beim Erbauen bereits Rücksicht darauf genommen wurde.

Beide Gebäude sind geschmackvoll und dauerhaft verbiedert, die Thüren und Läden ebenso angestrichen und das Wohnhaus mit einem Blitzableiter versehen. Dieselben eignen sich um ihrer zweckmäßigen und bequemen Einrichtung willen nicht nur zum Fortbetrieb des seit Jahren darauf bestandenen Wein- und Champagnerfabrikations-Geschäfts, sondern ebensogut auch zum Betrieb irgend eines anderen umfassenden Gewerbes, sowie auch zu einem angenehmen und gesunden Wohnsitz für größere und kleinere Familien.

Ferner:

3) einen nicht fern vom Hause gelegenen Garten mit Gartenhaus im Maß von circa 1 Morgen, schön und nützlich zugleich angelegt, mit sehr vielen Obstbäumen.

4) An Weinbergen:

a) circa 5 1/2 Mrg. am Schloßberg (Burg Weibertreue) in der vorzüglichsten Lage und mit den edelsten Sorten bestockt; in drei Abtheilungen, darunter 1 1/2 Morgen mit Klee zum Umgereuten bestimmt;

b) circa 5 1/4 Mrg., 5 Abtheilungen im Schemelsberg und der Wanne, darunter 1/4 Morgen mit Klee.

Die vorstehenden Weinberge, namentlich diejenigen an der Burg Weibertreue und dem Schemelsberge liefern die exquisitesten Weine, die stets und rasch Käufer finden, auch sind diese Rebgüter gegen die Werthe vor einigen Jahren sehr mäßig taxirt und haben immer ganz gut rentirt.

c) circa 2 1/2 Mrg. Weinberge im Ranzenberg in 3 Abtheilungen, eine ebenfalls ausgezeichnete Lage, darunter 3/4 Mrg. mit Klee;

d) 7 Mrg. Rebgüter in verschiedenen hiesigen Lagen, darunter 3/4 Mrg. mit Klee.

5) An Aeckern:

circa 1 Mrg. in 1 Stück mit circa 20 tragbaren Obstbäumen,
" 1/4 " in 1 Stück mit circa 14 tragbaren Obstbäumen,
" 1/2 " in 1 Stück mit circa 14 in einigen Jahren tragenden Obstbäumen,
" 3/4 " in 1 Stück mit vielen jungen Bäumen,
" 4 " in 3 Stücken.

Sämmtliche Aecker sind mit weniger Ausnahme von den besten Gütern hier.

6) An Wiesen:

circa 2 3/4 Mrg. in 3 Stücken und
" 1 1/2 Beil. Krautgarten-Land in 3 Abtheilungen.

Vorbeschriebene Güter sind im besten baulichen Stande und bieten insgesammt oder einzeln eine günstige Gelegenheit zum Kaufen dar, indem der Anschlag und die Zahlungsbedingungen billig gestellt sind, da insbesondere für die Erwerbung von Rebgütern von der Lage und Beschaffenheit, der ein größerer Theil derselben angehört, nur selten sich ein solcher Moment zeigt.

Wir laden nun Kaufs-Liebhaber zu vorstehenden Objecten zu deren Besichtigung unter der Bemerkung, daß wir jede weitere Auskunft gerne zu geben bereit sind, und zur Verkaufs-Verhandlung an dem oben bezeichneten Tage ergebenst ein, und fügen noch hinzu, daß für ein Weingeschäft mit eigener Production das Etablissement unseres Erblassers eine gewiß rentable Acquisition wäre.

Die Erb-Interessenten.

Gesehen vom Waisengericht.

[2567] Vorstand, Stadtschulth. Fraas.

[2348] **Aufforderung.**

Die israelitische Gemeinde dahier will nachstehendes anderweit verkauftes Grundstück in Rödelheimer Gemarkung:

Pag. 357 Nr. 58, 59, 60 des Flurbuchs, Flur II. Nr. 475 des Grundbuchs 141 Klftr. Acker auf der Speck, neben Wilhelm Fischer III. und Graf von Solms-Rödelheim

im Jahre 1841 von dem als Eigenthümer legitimirten Hauptmann Friedrich erkauft haben, kann jedoch keinen Kaufbrief über das Stück vorzeigen.

Da der dermalige Aufenthalt des angeblichen Verkäufers unbekannt ist, so wird Hauptmann Friedrich oder wer sonst Ansprüche an das fragliche Grundstück glaubt bilden zu können, andurch aufgefordert, solche

binnen 60 Tagen

vom Tage der ersten Bekanntmachung an, dahier geltend zu machen, widrigenfalls der von der israelitischen Gemeinde abgeschlossene anderweite Kaufvertrag über das Stück gerichtlich bestätigt werden soll.

Rödelheim, den 7. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Dr. Gilmer.

Cours der Staats-Papiere. 13. November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.i.S.b.Roths)	93 1/4 P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	93 1/4 P.
»	5% do.v.J.1852 L.al21	92 1/4 P.
»	5% L.V. (C.b Roths)	88 1/4 P. 88 G.
»	5% do.Monte C.iS.i.M	84 3/8 P. 1/8 G.
»	Bank-Actien . . .	1360 P. 56 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81 1/8 P. 80 7/8 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	80 7/8 P.
»	5% ditto 1852	80 3/4 P. 1/2 G.
»	4 1/2% ditto	71 7/8 P. 3/4 bez.
»	4% ditto	64 1/4 P.
»	3% ditto	48 1/4 P.
»	2 1/2% ditto	40 3/4 G.
»	1% ditto	16 1/8 P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	116 3/4 P.
»	fl. 500 » ditto	191 P.
»	4 1/2% Oblig. b. Bethm.	80 3/8 P.
»	4% » » »	71 P.
Preussen .	3 1/2% Staatsschulds.	93 3/8 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112 3/4 P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 5/8 P. 3/8 G.
»	4 1/2% ditto	100 3/4 P. 1/2 G.
»	4% ditto	96 3/4 P.
»	4% Ablös.-Rente .	96 3/8 P. 1/4 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	93 P. 92 3/4 G.
»	Ludwigsb.-Bexbach.	95 7/8 P. 5/8 G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102 3/4 G.
Württemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 5/8 P. 3/8 G.
»	3 1/2% ditto	90 1/2 P. 1/4 G.
Baden . .	5% Obligationen . .	102 G.
»	4 1/2% Obligationen	103 G.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	90 7/8 P. 5/8 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/4 P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 1/4 P. 1/8 bez.
Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34 1/2 P. 1/2 G.
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	44 1/2 G.
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	101 3/4 P.
»	4% ditto b. Rothsch.	98 1/4 P. 98 G.
»	3 1/2% ditto b. Rothsch.	92 P. 91 3/4 G.
»	fl. 50 Loose . . .	90 5/8 P. 1/4 G.
»	fl. 25 Loose . . .	31 3/8 G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/2 P.
»	4% ditto	99 1/4 P.
»	3 1/2% ditto	91 P.
»	fl. 25 Loose . . .	28 1/4 P. 1/2 G.
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	94 1/8 G.
»	3 1/2% » v. 1846	94 P. 93 5/8 G.
»	3% » . . .	85 1/4 P.
»	Taunusbahnact. .	303 P. 301 G.
Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	102 1/4 P. 101 3/4 G.
»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	91 G.
»	4% » b. Stieglitz »	90 5/8 G.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91 1/4 G.
Spanien	3% Inl. Sch. P fl. 2.30	45 9/16 P. 3/8 G.
»	1% Neue » »	24 13/16 bez.
Holland .	4% Certificate . .	95 1/4 G.
»	3 1/2% Syndicats .	94 1/4 G.
»	2 1/2% Integrale .	63 1/2 G.
Belgien .	5% Obl. in L. àfl 12b.R.	100 P.
»	4 1/2% Obl. in F. à 28 kr.	98 G
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	91 1/8 G.
»	2 1/2% Obl. b. Rothsch.	56 G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98 1/2 G.
»	5% Obl. b. Hambro	95 1/4 b. z. u. G.
»	Sardinische Loose .	41 G.
Toscana	5% Obl. 1850 (C.b.Golds.)	101 1/4 P.
»	5% » 1851. b. Bastogi (do.)	98 1/2 P.
N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	116 3/4 P.

Wechsel-Cours.

Den 13 November		Per comptant.
Amsterdam . (100 fl. Crt.)	k.S.	100 3/4 B 1/2 G.
	3M.	— —
Augsburg . . (100 fl. Crt.)	k.S.	119 3/8 B. 1/4 G.
	3M.	— —
Berlin . . . . (60 Thlr.) .	k.S.	105 B 104 3/4 G.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. f. Ldor.)	k.S.	97 3/8 B. 1/4 G.
	3M.	— —
Hamburg . . (100 Mk. Bc.)	k.S.	89 B 88 3/4 G.
	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B 104 3/4 G.
London . . . (10 Livr. St.)	k.S.	118 3/4 B. 1/4 G.
	3M.	— —
Lyon . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94 1/2 B.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	103 5/8 B 1/2 G.
	3M.	— —
Paris . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94 1/2 B. 1/4 G.
	3M.	— —
Wien (100 fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	102 3/4 B. 1/2 G.
		— —
Disconto		3 B. 3 1/2 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 44-45
Pr. Friedrichsd'or	»	9 54-55
Holl. 10 fl. Stücke	»	9 52-53
Rand-Ducaten .	»	5 37 1/2-38 1/2
20 Francsstücke	»	9 27 1/2 28 1/2
Engl. Sovereigns	»	11 53
Gold al Marco	»	382-83
5 Frankenthaler	»	2 21 1/4-3/4
Preuss. Thaler	»	1 45-1/4
Preuss. Cassa-Sch	»	1 44 7/8-45 1/8

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nr. 272.) 17. November 1852.

Die späten Sorgen.

I.

Der zweite December ward mit Beifall begrüßt von den Cabinetten und von den Völkern Europa's, die Gesellschaft war gerettet, die Civilisation verbürgt. Das Plebiscit ward als die Befestigung der Autorität, als ein Zeichen des gesunden Sinnes der Masse angenommen, und denen strafend gegenübergehalten, welche an dem Recht und an dem Beruf des Napoleoniden zweifeln wollten. Volles Stimme — Gottes Stimme — dies war der Eindruck im Großen und im Ganzen. Die Rundreisen des Präsidenten haben auch die Zweifler überführen müssen, daß wahre Anhänglichkeit an seine Person und an sein Prinzip bestehe: die Maßregeln seiner Regierung haben das öffentliche Vertrauen wieder geweckt und befestigt, eine Menge von Verbesserungen, von großartigen Unternehmungen, berechnet auf Jahre des Friedens und der Ordnung, zeugen davon, daß er selbst, daß seine Regierung und daß Frankreich auf die Festigkeit der gegenwärtigen Zustände vertrauen. Die Wiederbegründung seiner Dynastie ist im Begriff den Schlußstein zu bilden. Woher auf einmal das verminderte Vertrauen in den Frieden, woher die Unzufriedenheit, der Tadel und die Feindseligkeit? Daß die Wiederverwerbung der Kaiserkrone das Ziel seines Strebens sei, ist wohl von Anfang keinem Auge verborgen gewesen. Wer den Decemberunternehmen Beifall zujauchzte, hat auch eine Indemnitätbill für die Thronbesteigung fertig gehabt. So blödsichtig mag wohl niemand gewesen sein, um den nothwendigen Zusammenhang zu verkennen. Wer sich mit den Friedensversicherungen, die in so reichem Maße und so oft gesegnet worden, nicht begnügen will, oder wer gerade um ihretwillen mißtraut, den fragen wir, welch' andere oder größere Bürgschaften der Prinz wohl hätte geben können, als Worte des Friedens? Entwaffnung heißt offenbar zuviel verlangt in dem Augenblicke, wo ganz Europa bis an die Zähne gerüstet steht, in einer Epoche, wo die Revolution in Frankreich eine Form erstrebt, die zwiefach mit Gewalt vom Auslande niedergeworfen worden ist, um dem alten Rechte wieder eine Stätte zu bereiten. Noch sind ja kaum die so oft aus den Lagern von Worschau und bis zum Rhein erklungenen Worte verstummt, daß Frankreich zertreten werden müsse, um die Keime der Revolution mit Stumpf und Stiel auszurotten. Ein Volk, welches solche Erinnerungen und hinlängliches Selbstgefühl hat, ergibt sich nicht mit gebundenen Händen.

Die Kaiserkrone ist es aber auch nicht, die den Widerwillen aufstachelt und die Zuversicht auf Erhaltung des Friedens erschüttert. Es ist die Prätension der Legitimität, die Verachtung der von Europa in den Jahren 1814 und 1815 bestirten Gesetze, die Verleugnung der Regierung der angestammten Herrscher in Frankreich, durch die Annahme des Namens Napoleon III. Das ist, was den Börsenmännern Stirnfalten erregt, was die Cabinete mit Sorge und Abneigung erfüllt und wie ein böser Geist durch die Presse geht. Uns erscheint die Sache weder an sich bedenklich, noch weniger gefährlich, noch von solcher Folgewichtigkeit, wie sie in halboffiziellen Organen betrachtet oder in von Grimm erfüllten englischen Blättern ausgebeutet wird.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 13. Nov. Nächsten Montag, den 15. November, findet eine Sitzung der gesetzgebenden Versammlung statt. Hauptgegenstand derselben soll die Berathung des Gesetzes über Zeitungsstempel sein. — Dem Vernehmen nach beabsichtigen mehrere unserer conservativen Mitbürger die Gründung einer Zeitschrift conservativer Richtung.

⚓ **Berlin**, 11. Nov. Die Haltung, welche die katholische Fraction in der bevorstehenden Kammersession beobachten wird, ist, wie Sie aus den hiesigen Blättern schon ersehen haben werden, ein Hauptgegenstand der Besprechung der politischen Kreise der Hauptstadt. Es dürfte schwer sein, diese Haltung bei der Verschiedenartigkeit der Elemente, welche in dieser Fraction vorausssichtlich wirken werden, schon im voraus zu bestimmen. Wie wir hören, soll von denjenigen Mitgliedern dieser katholischen Fraction, welche in rein politischen Dingen mehr der ministeriellen Richtung angehören, darauf hingewirkt werden, daß diese Fraction sich nicht zu sehr einer oppositionellen Richtung hingebe, indem man dabei von der Ansicht ausgehe, daß auf diese Weise das von der katholischen Fraction erstrebte Ziel eher erreicht werden würde. Ob dieser auf die besagte Fraction geltend zu machende Einfluß interessen von Erfolg sein wird, das möchte allerdings eine andere Frage sein, da die Stimmung, welche eine Anzahl der Mitglieder von vorne herein in diese Fraction hineinbringt, für einen solchen Erfolg nicht günstig zu sein scheint. Im Allgemeinen möchte aber über das Ganze noch nichts mit Bestimmtheit zu sagen sein. Wenigstens ist dies die Ansicht von Personen, welche in Bezug auf die in Rede stehende Angelegenheit als genau unterrichtete betrachtet werden können. Ob die in die zweite Kammer gewählten katholischen Pfarrer und Seelsorger die Erlaubniß von den betreffenden Bischöfen erhalten werden, in die Kammer einzutreten, wird noch nicht als eine ausgemachte Sache angesehen, da der Nachtheil, welcher der Seelsorge durch längere Abwesenheit der Pfarrer erwachsen könne, geltend gemacht werden dürfte.

* **Berlin**, 11. Nov. Dem Vernehmen nach, sagt die „National-Zeitung", hat der Minister des Innern den Wunsch ausgesprochen, daß die Herren Oberpräsidenten während der bevorstehenden Kammersession ohne dringende Noth ihren Posten nicht verlassen, und daher Mandate zu den Kammern, wenn ihnen solche angetragen werden, lieber nicht annehmen möchten. Der Oberpräsident der Provinz Posen, v. Puttkammer, hat bereits abgelehnt. — Die „Spen. Ztg." bricht von dem großen Einflusse, welchen die Bethmann-Hollweg'sche Partei auf die Wahlen für die zweite Kammer ausgeübt habe. Man könnte zu einer falschen Würdigung der Stärke dieser Partei gelangen, wenn man der „Spen. Ztg." ohne Weiteres Glauben schenkte. Denn diese Partei hat sich bei den Wahlen sehr geringen Erfolges zu erfreuen gehabt, indem Führer derselben, wie Matthis, v. Merckel ꝛc., bei der Wahl durchgefallen sind, obschon sie früher, ehe sich die Partei gebildet hatte, Kammermitglieder waren. — Das im Verlage von G. Remmelmann in Leipzig erschienene „Sendschreiben eines Oesterreichers" (von Isidor Heller) und die in hiesigem Verlage von W. Herz herausgegebenen „Briefe über Staatskunst", sind gestern von der Polizei in den hiesigen Buchhandlungen mit Beschlag belegt worden.

Köln, 13. Nov. Im Communistenproceß ist heute das Urtheil gesprochen. Röser, Bürgers und Nothjung sind zu sechs, Reiff, Becker und Otto zu fünf, Lessner zu drei Jahren Einschließung, sämmtliche Schuldigbefundene zu Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt worden. (Wiederholte telegr. Depesche.)

* **Dresden**, 12. Nov. Ueber in dem Stande der Zollfrage seit Eröffnung der Wiener Conferenzen eingetretene Veränderungen ist hier etwas Bestimmtes noch nicht bekannt geworden. Indessen darf doch schon die in den letzten Tagen bemerkbare ruhigere Haltung der preußischen Blätter als ein der endlichen Verständigung günstiges Zeichen angesehen werden. Auch die preußische Regierung scheint nunmehr zu der wünschenswerthen Einsicht gelangt zu sein, daß die Einmischung der Meinung des großen Publikums dem schwebenden Verhandlungen über diese die Interessen sämmtlicher deutschen Staaten so tief berührende Angelegenheit nicht förderlich sein kann, und die Einmüthigkeit, mit welcher diese Ansicht jetzt plötzlich in der Berliner Presse hervortritt, beweist aufs neu, welche treffliche Disciplin in letzterer herrscht. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch der Umstand sehr wohl erklärlich, daß preußischerseits von der durch das „Dresdener Journal" mitgetheilten sächsischen Erwiderung auf die Circulardepesche vom 8. October die Empfangnahme einer Abschrift nicht beliebt wurde: man wollte eine weitere Fortführung dieser durch Veröffentlichung der preußischen Depeschen hervorgerufenen Polemik vermeiden. Wir können daher der Ansicht Ihres Kasseler Correspondenten, daß diese Nichtempfangnahme einer Abschrift der sächsischen Note als ein Zeichen der Geringschätzung gegen die Coalitionsregierungen anzusehen sei, nicht beistimmen, glauben vielmehr nach Obigem hierin ein erfreuliches Zeichen da für erblicken zu dürfen, daß die königl. preußische Regierung zu

dem Entschluß gelangt sei, die Zollfrage von jetzt an in gemessener Weise zu behandeln.

Hannover, 11. Nov. Der „N. B." hört, daß der Kaiser von Oesterreich sich nach Berlin begeben werde und will von einem „neuen glücklichen Stadium" wissen, in welches die Zollfrage getreten sei.

± **Darmstadt**, 13. Nov. Eben ist der Bericht des Finanzausschusses der ersten Kammer, erstattet von dem Abg. Humann aus Mainz, über die Anträge der Mitglieder der zweiten Kammer, Dr. Eich und Möllinger, hinsichtlich der Vorstellungen von 54 Gemeinden aus Rheinhessen und Starkenburg und des Gemeinderaths der Stadt Worms, betreffend die Anlegung einer stehenden Schiffbrücke über den Rhein bei Worms, gedruckt ausgegeben worden. Der Landtagsabschied vom Juni 1847 sagte die Erbauung dieser Brücke zu. Auf dem gegenwärtigen Landtage beschloß die zweite Kammer, jenen Anträgen und Bittgesuchen für diese Finanzperiode keine Folge zu geben, da der Zustand der Finanzen eine so bedeutende Ausgabe nicht gestatte. Der Ausschuß erster Kammer schlägt nun vor, dem Beschlusse der zweiten Kammer zwar beizustimmen, dabei jedoch die Staatsregierung zu ersuchen, gleich beim Beginn der nächsten Finanzperiode an die Stände die geeignete Vorlage wegen der Ausführung des Baus gelangen zu lassen. — In der verflossenen Nacht, gleich nach Mitternacht, gerieth das Böttinger'sche Brauhaus, ein isolirt stehendes Gebäude mitten in der Neustadt, in Brand. Der Dachstuhl wurde von den Flammen verzehrt.

± **Darmstadt**, 13. Nov. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurde die durch Antrag und Petitionen angeregte Zollvereinigungsfrage in einer sechsstündigen Discussion ausführlich berathen, wobei auch der Finanzpräsident, Frhr. v. Schenck, als Mitglied der Kammer, eine ausführliche Rede hielt. Indem ich mir vorbehalte, auf diese Discussion zurückzukommen, hebe ich für jetzt nur hervor, daß die Kammer die Anträge ihres Ausschusses annahm; also auch den Antrag, den Beschlüssen der zweiten Kammer nicht beizutreten.

Gotha, 11. Nov. Auf der zu Weimar stattfindenden Conferenz der Bevollmächtigten sämmtlicher zum thüringischen Zollverein gehörenden Staaten, mit Ausnahme des eigentlich Preußischen, ist Weimar durch den Staatsminister v. Watzdorf und Geh. Staatsrath Thon, Gotha durch den Staatsminister v. Seebach und Ministerialrath Braun, Meiningen durch den Regierungsrath Schulz, Altenburg durch den Staatsminister Grafen Beust und den Regierungsrath Schönherr, Rudolstadt durch den Staatsminister v. Bertrab und geheimen Regierungsrath v. Kettelhodt, Sondershausen durch den Regierungsrath Cannabich, Greiz durch den Regierungspräsidenten Otto und Gera durch den Kanzler v. Breitschneider vertreten. Die Verhandlungen selbst werden etwa acht Tage dauern.

Gera, 9. Nov. In Betreff der Zollfrage spricht sich die „Geraische Zeitung" in einer Reihe von Artikeln auf das entschiedenste für ein unbedingtes Festhalten an Preußen aus. Ueberhaupt ist es als zweifellos zu betrachten, daß der preußische Einfluß in allen politischen und handelspolitischen Fragen der Gegenwart, die unser Fürstenthum berühren, entscheidend bei uns wirkt. — Unsere schon oft in die Oeffentlichkeit vorgetretene und dann wieder sich in ein mysteriöses Dunkel verhüllende Eisenbahnangelegenheit befindet sich, zur Zeit wieder in letzterem Stadium. Die Königreiche Bayern und Sachsen haben den Anschluß einer von dem thüringischen Schienennetze über unsere Stadt und Schleiz führenden Zweigbahn an die sächsisch-bayerische Bahnlinie entschieden verweigert, und wenn darnun auch die Idee einer von hier aus nach der thüringischen gerichteten Anschlußbahn bei unserm unternehmungslustigen Kaufmannstande noch nicht gerade untergegangen ist, so dürfte dieselbe doch wenigstens bis nach Entscheidung der auch zu dieser Rücksicht präjudiciellen Zollfrage vollständig ruhen.

Italien.

Die Mitglieder der Madai-Deputation haben, wie die „Opinione" meldet, **Florenz** verlassen, ohne vom Großherzog empfangen worden zu sein. Es ist ihnen also, wie es scheint, weiter nichts gelungen, als eine Petition an denselben einreichen zu lassen. Am 2. November war die Deputation zum Diner beim englischen Gesandten, Sir H. Bulwer, versammelt.

Frankreich.

*„ **Paris**, 10. Nov. Schon wieder ein Brandbrief aus London vom 3. November, genannt Bulletin der Gesellschaft „la Revolution" Nro. 6, unterzeichnet Ledru-Rollin u. s. w., welches, nachdem es das erste Kaiserthum für ein großes Verbrechen erklärt, das zweite für ein noch größeres erachtet, und mit naher Rache droht. Den Unbesangenen leuchtet ein, daß dergleichen Drohungen ohne begleitende That die Emigration nur lächerlich machen müssen; sündte aber die That wirklich im Hintergrunde, so würde sa die Klugheit verbieten, dieselbe in Straßenplakaten vorher zu verkündigen. *) — Radicale belgische Blätter machen großen Lärm, daß seit einigen Tagen unsere Cavallerieregimenter in stehen Eisenbahnzügen eingeübt werden, ihre Pferde rasch in die Waggons zu führen, und da sicher zu stellen. Das sei der deutlichste Beweis der drahsichtigten Invasion u. s. w. Im Elysee hofft man, daß die belgische Kammer das Preßgesetz des neuen Ministeriums annehmen werde. Das jüngste Debut der dortigen Presse ist der räthselhafte Tod des dänischen Gesandtschaftssecretärs v. *, der am 4. Dec. v. J. das Hotel seines Vorgesetzten verließ, und seitdem, trotz der eifrigsten Nachforschungen, nicht wieder ermittelt wurde. Nun erzählen belgische Journale, derselbe sei mit mehreren unschuldigen Zuschauern bei einem Handel schreienden Blousenmännern gefangen, sofort von Soldaten ergriffen und auf dem Marsfeld erschossen worden. Seine wiederholte Betheuerung, daß er zur dänischen Ambassade gehöre und unverletzlich sei, habe bei den Betrunkenen nichts gefruchtet. Man ist begierig, was unser Gouvernement auf diese Angaben erwidert. — Ein Provinzialblatt berichtet, daß der dritte Napoleon wenigstens das Doppelte von den Stimmen des ersten Kaisers haben werden wird; Napoleon I. hatte deren 3,572,000. Die offene Erklärung des Prinz-Präsidenten wird der nicht so offenherzigen seines Oheims vorgezogen, der damals in einer Gemeindeputation antwortete, das Kaiserthum trage dann bei, den Triumph der Freiheit und Gleichheit für immer zu sichern. Napoleon III. nennt das Kind bei seinem rechten Namen.

Schweden.

Stockholm, 5. Nov. Die Besserung, welche vorgestern im Befinden des Königs eingetreten war, ist nur von kurzer Dauer gewesen. Indessen lautet das heutige Bülletin wieder etwas günstiger als das gestrige. Noch bedenklicher, als der des Königs, ist der Zustand der Prinzessin Eugenie.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 11. Nov. Die heutige „Wiener Zeitung" veröffentlicht einen Erlaß des Finanzministeriums vom 5. Nov. 1852, womit die Errichtung der Centralcommission für den österreichisch-modenesisch-parmensischen Zollverein bekannt gemacht wird.

Wien, 12. Nov. Der Thronfolger von Rußland und der Kronprinz von Würtemberg sind nebst Gemahlinnen und großem Abend von Benedig und Triest hier eingetroffen. — Heute findet eine glänzende Heerschau statt. (L. Z.)

‖ **London**, 11. Nov. Die Königin hat heute das Parlament in Person eröffnet. Leider war die feierliche Auffahrt Ihrer Majestät vor dem Westminsterpalast nicht vom Wetter begünstigt und Nebel und Regen verhinderten die englische Loyalität, in dem sonst üblichen Maße und Umfang auf Straßen und Plätzen zwischen dem Buckingampalast und dem Sitze des Parlaments ihren Gefühlen Luft zu machen. Nun mussen wir das Loudwolk zu bedauern, welches zum Theil aus weiter Entfernung nach der Hauptstadt gekommen war, die Königin unter ihren Unterthanen und vor deren Vertretern erscheinen zu sehen. Aber trotz des strömenden Regens fuhr Ihre Majestät in Begleitung des Prinzen Albert, der hohen Staatsbeamten ꝛc. präcis 2 Uhr vor dem Hause der Lords an und eröffnete wenige Minuten später vom Thron aus das Parlament mit folgender Rede:

„Meine Herren vom Hause der Lords und der Gemeinen! Ich kann das erstemal nach der Auflösung des Parlaments nicht vor Ihnen erscheinen, ohne Ihnen ein tiefes Bedauern auszudrücken, welches Sie, so bin ich überzeugt, mit mir theilen werden, daß Ihre Berathungen nicht länger durch jenes glorreichen Mannes Weisheit unterstützt werden können, dessen große Thaten Englands Name erhöht haben und in dessen Hingebung und Vaterlandsliebe die Interessen meines Thrones und meines Volkes immer eine unfehlbare Stütze gefunden haben. Mit Vertrauen füge ich mich Ihrem Wunsche, sich mit mir zu solchen Schritten zu verbinden, wie sie Ihr Gefühl über den unersetzlichen Verlust bezeichnen mögen, welchen das Land durch das Hinscheiden Arthurs Herzogs von Wellington erlitten hat. — Glücklich bin ich, die Bereitwilligkeit anzuerkennen, mit welcher meine Unterthanen im Allgemeinen sich bereit haben, zufolge der Acte der letzten Session in die Reihen der Miliz zu treten; und ich hege das zuversichtliche Vertrauen, daß auf die, auf solche Weise durch freiwillige Einzeichnung errichtete Streitmacht, als auf eine wirksame Verstärkung meiner regulären Armee zu des Landes Schutz und Sicherheit gezählt werden wird. — Fortwährend erhalte ich von allen auswärtigen Mächten Versicherungen ihres innigen Wunsches, die gegen-

*) Nach diesem wäre jetzt die Emigration in drei Fractionen getheilt, nämlich Anhänger Leden-Rollins, Louis Blancs und die Zerfetzerbrecher unter Victor Hugo, die ihr eigenes Manifest erließen.

wärtig glücklich bestehenden freundlichen Beziehungen zu meiner Regierung aufrecht zu erhalten. — Häufige und wohlbegründete Beschwerden von Seiten meiner nordamerikanischen Colonien über von Bürgern der Vereinigten Staaten verübte Verletzungen des Fischereivertrags von 1818 veranlaßten mich, behufs Schutzes ihrer Interessen eine Abtheilung von besser zum Dienst geeigneten Schiffen, als die früher verwendeten gewesen sind, abzusenden. Dieser Schritt hat zu Discussionen mit der Regierung der Vereinigten Staaten geführt; und während die Rechte meiner Unterthanen entschieden aufrecht erhalten wurden, läßt mich ihre freundliche Gesinnung, mit welcher die Frage behandelt worden ist, hoffen, daß das schließliche Ergebniß eine gegenseitige gedeihliche Ausdehnung und Verbesserung unseres Handelsverkehrs mit dieser großen Republik sein werde. — Die besondere Mission, welche ich im Einklang mit dem Prinz-Präsidenten der französischen Republik an die Argentinische Confederation abzusenden für geeignet hielt, ist mit der äußersten Herzlichkeit empfangen worden, und die weise und erleuchtete Politik des provisorischen Directors hat bereits dem Welthandel die bisher verschlossenen großen Ströme geöffnet, welche in das Innere des ausgedehnten Festlandes von Südamerika den Zutritt gewähren. — Ich habe die Befriedigung, Ihnen anzuzeigen, daß die friedlichen und ehrlichen Bestrebungen meiner Regierung von Brasilien für Unterdrückung des an jener Küste nun fast ganz beseitigten Sclavenhandels mich in den Stand gesetzt haben, die Zwangsmaßregeln, die zu ergreifen ich mit Widerstreben veranlaßt worden war, zu suspendiren; eine Rückkehr zu denselben wird sich, so hoffe ich dringend, als unnöthig erweisen. — Die Regierung Ihrer allergläubigsten Majestät hat die Gerechtigkeit des Verlangens, auf welchem meine Regierung behufs Abschaffung der Differentialzölle auf die Weinausfuhr fest lange bestanden hat, vollständig anerkannt, und ein Decret erlassen, den Stipulationen des über diesen Gegenstand bestehenden Vertrages in ihrem ganzen Umfang Kraft zu geben. — Sie werden es wahrscheinlich für thunlich erachten, die Untersuchungen, welche von dem vorigen Parlament begonnen worden, behufs der Legislation in Betreff der zukünftigen Regierung meiner ostindischen Besitzungen wieder aufzunehmen.

Meine Herren vom Hause der Gemeinen! Die Voranschläge für das bevorstehende Jahr werden Ihnen zu geeigneter Zeit vorgelegt werden. — Der Fortschritt der schönen Künste und praktischen Wissenschaft wird von Ihnen bereitwillig als der Aufmerksamkeit einer großen und erleuchteten Nation würdig anerkannt werden. Ich habe verfügt, daß Ihnen ein umfassender Plan, der die Förderung dieser Gegenstände zum Zweck hat, vorgelegt werde, und ersuche Sie hierfür um Ihren Beistand und Ihre Mitwirkung.

Meine Herren vom Hause der Lords und der Gemeinen, — es gereicht mir zur Freude, Ihnen durch die Segnungen der Vorsehung Glück wünschen zu können zu der im Allgemeinen verbesserten Lage des Landes und insbesondere der arbeitenden Klassen. Sollten Sie der Meinung sein, daß die neuere Gesetzgebung, indem sie mit andern Ursachen hierzu beitrug, zu gleicher Zeit manchen wichtigen Interessen unverschuldeten Nachtheil zugefügt habe, so ersuche ich Ihnen, jeden Beschwerdepunkt zu erwägen, und weit es thunlich sein möge, diesen Nachtheil nach Billigkeit zu mildern und die Industrie des Landes in den Stand zu setzen, mit Erfolg die unbeschränkte Concurrenz zu bestehen, welcher sie nach dem von dem Parlament in seiner Weisheit gefaßten Beschluß unterworfen sein soll. — Ich vertraue, daß die allgemeine Besserung trotz vieler Hindernisse sich auf Irland ausgedehnt habe; und während ich mit Zuversicht auf Ihren Beistand zähle, sollte es dessen bedürfen, um jenen unseligen Geist des Ungehorsams und der Ruhestörung zu bändigen, welcher bei Weitem viele regelt und alle noch verschlimmert, die jenen Theil meines Gebietes heimsuchen, empfehle ich Ihnen die Wahl einer so freie- und edelsinnigen Politik gegen Irland, wie sie dasselbe ermuthigen und unterstützen kann in der Erlösung aus der gedrückten Lage, in die es durch die Leiden der letzten Jahre versunken ist. — Von dem Wunsche beseelt, die Wirksamkeit jedes Zweiges unserer nationalen Kirche zu fördern, habe ich es zweckmäßig erachtet, eine Commission zu bestellen, um zu prüfen und mir zu berichten, in wie weit nach ihrer Meinung die Capitularinstitutionen des Landes für die großen Zwecke des religiösen Cultus, der religiösen Erziehung und der Kirchendisciplin wirksamer gemacht werden können. — Ich habe angeordnet, daß die Berichte der Commissäre für Prüfung des in Oxford und Cambridge eingeholten Erziehungssystemes den leitenden Körperschaften dieser Universitäten zu ihrer Begutachtung mitgetheilt werden sollen, und ich rechne auf Ihre Bereitwilligkeit, alle legalen Schwierigkeiten zu beseitigen, welchedem Wunsch der Universitäten im Allgemeinen oder der einzelnen Collegien hinderlich sein können, in ihrem bestehenden System solche Verbesserungen einzuführen, welche Sie für ihn besseren Einklang mit den Forderungen der gegenwärtigen Zeit stehend halten mögen. Das System der secundären Bestrafungen hat mit Nutzen die Thätigkeit einer Reihe von Parlamenten in Anspruch genommen, und es soll mich freuen, wenn Sie es möglich finden, Wege anzurathen, auf welchen, ohne die Verbrechen dadurch zu fördern, die Deportation nach Vandiemensland in nicht ferner Zeit sofort abgeschafft werden kann. — Der Gegenstand der Gerichtsreform nimmt fortwährend meine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch. Den in der letzten Session des Parlaments beschlossenen Acten sind die erforderlichen Befehle gefolgt, um sie in Kraft zu setzen; auf meine Anordnung sind Untersuchungen im Gang, um die testamentarische Jurisdiction meiner Gerichtshöfe mit einander in Einklang zu bringen; und es werden Ihnen Bills vorgelegt werden, behufs weiterer Verbesserungen in der Handhabung des Rechts. — Diesen und andern, die soziale Lage des Landes berührenden Maßregeln werden Sie, dessen bin ich überzeugt, Ihre ernste und eifrige Aufmerksamkeit zuwenden; und ich bete, daß von dem Segen des allmächtigen Gottes Ihre Berathungen geleitet werden mögen zur Wohlfahrt und zum Glück meines Volkes."

Frankfurt, 13. November, Abends.

Die heute fällige Pariser Post ist ausgeblieben. — Aus der „Independance belge" erfahren wir, daß das längst angekündigte Manifest oder vielmehr der Protest des Grafen von Chambord gegen das Kaiserreich erschienen ist, und daß des Grafen Anhänger instruirt sind, sich bei der allgemeinen Abstimmung am 21. und 22. d. M. des Votirens zu enthalten. Wir werden auf diese Gegenstände ausführlicher zurückkommen.

Handel und Industrie.

Mainz, 11. Nov. In dieser Woche war das Getreidegeschäft ziemlich still und beschränkte sich auf einige Abschlüsse in Roggen per März und eine Partie fränkischen Waizen für den Oberrhein; andrerseits hatten einige Veränderungen für Gerste statt, theils für den Niederrhein, theils für Holland, wo diese Fruchtgattung in letzter Zeit mehr in Gunst kam. Am heutigen Markte war die Stimmung eher lustlos, für Waizen und Roggen fehlte es an Käufern. Unsere Notirungen sind: Waizen effectiv 10½ à 10¾ fl., gut lieferbarer per November 10¼ fl., per März 10½ à 10¾ fl.; Roggen effectiv 9½ fl., per März 9½ fl.; Gerste effectiv pfälische 7½ à 8 fl., fränkische 7½ à 8 fl., alles per netto 100 Kilogr.; Hafer 3¾ fl. per Malter; Bohnen 10½ à 12 fl., Erbsen 9½ à 11 fl., Linsen 11 à 14 fl., breite 18 fl., Mohnsamen 15 fl., Kohlsamen 13 à 13½ fl. per Malter. Kleesamen einiger 18 à 21 fl., deutscher 23 à 27 fl. per 50 Kilogr. Rübsl sind diese Woche etwas mehr Beachtung bei unbedeutender Preisänderung; effectiv 32½ Thlr. per 280 Pfund l. G. mit Faß, per December 33½ Thlr., per Januar, Februar 34 à 34½ Thlr., per Mai 35½ Thlr.; Mohnöl effectiv 27 fl. per 50 Kilogr. ohne Faß. Roher Talg 21 à 21½ fl. per Ctr. Branntwein 30 à 32 fl. per Ohm excl. Octroi. Spiritus unverändert. In der Fruchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 627 Säcke Waizen à 9 fl. 35 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 124 Säcke Korn à 8 fl. 25 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 53 Säcke Gerste à 5 fl. 25 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 102 Säcke Hafer à 3 fl. 40 kr. per Sack von netto 120 Pfund; vorher außerhalb derselben: 221 Säcke Waizen à 9 fl. 20 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 35 Säcke Korn à 8 fl. 3 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 133 Säcke Gerste à 5 fl. 34 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 9 fl. 34 kr., Korn 8 fl. 20 kr., Gerste 5 fl. 31 kr. Der Preis des Waizenmehls wurde auf 9½ fl. per Malter von netto 140 Pfund ermäßigt, Roggenmehl und Brodware blieben unverändert. Pirse 10½ à 11 fl. per Malter nach Qualität. (Fr. P. Z.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 13. Nov. Oesterreichische Fonds waren im Allgemeinen etwas belebter; 5pCt. Metall. waren 80½ ¾ pZt.; 4½pCt. Metall. 71¾ ⅝ pCt. G.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88¼ pCt. G.; Wiener Bankactien 1360 fl.; 250 fl. Loose 116¾ pCt. G. Von spanischen Fonds wurden 1pCt. zu 24¼ pCt. umgesetzt und schlossen per Casse 24¼ à ⅜ pCt, per Ultimo täglich 24⅜ pCt. G. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordb. 41¼ pCt. G.; Lerbach 95½ pCt.; Köln-Minden 112 pCt. G.; Taunus 301 fl. In den meisten übrigen Papieren war nur sehr wenig Geschäft.

Berlin, 12. Nov. Staatsfch. 93½ Brf., 92¼ G. — Wln-Mrdn 112⅞ Brf., 111⅞ G. — Fr.-W.-Nordbahn 41⅛ Brf., 40⅝ G., 41½, 41 à ½ bz.

London, 11. Nov. 3pCt. Stocks 100¼. — 1pCt. Span. 25¼. — do. 3pCt. 51¾.

Verantw. Redaction: Dr. H. Wuttke. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kaufmann.

Für den armen Familienvater im bayer. Untermainkreise empfangen wir ferner: Von S.=E. 3 fl.; F. B. 2 fl.; einigen Kindern, durch Hrn. Bgbl. 1 fl. — Frankfurt a. M., 13. November 1852.

[2575] Redaction der Frankfurter Postzeitung.

[2479] **Privat-Entbindungs-Anstalt.**

Ueber diese bequem und billig eingerichtete Anstalt, die alle Garantie bietet, wird Auskunft ertheilt **D. C. B.**, poste restante Wiesbaden franco

[2571] **Bekanntmachung.**

Den Inhabern der von der unterzeichneten Behörde ausgestellten, noch nicht eingelösten Gutscheine wird hierdurch Nachricht davon ertheilt, daß deren Einlösung an die diesseitige Hauptkasse verfügt, Termin für dies Geschäft für die Tage vom 15. bis einschließlich 25. d. Mts. bestimmt worden ist und mit letzterem Tage die zugesicherte Verzinsung aufhört.

Zur Erleichterung für die außerhalb Kassel wohnenden Inhaber der fraglichen Gutscheine sind die Billetkassen zu Wabern, Treysa, Kirchhain, Nauheim und Bockenheim, sowie die Güterexpedition zu Marburg, angewiesen worden, die Zahlungen durch die diesseitige Hauptkasse zu vermitteln.

Kassel, am 11. November 1852.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Staats-Eisenbahnen.

Ruhl.

[2570] Bei einer soliden Familie, die sich gern der Erziehung der Jugend widmet, in einer äußerst gesunden und angenehmen, mit trefflichen Bildungsanstalten für Knaben und Mädchen versehenen Stadt an der badischen Bergstraße, wünschen Eltern für ihre Kinder gute Aufnahme, sorgfältige Aufsicht und angemessene Nachhülfe im Unterricht finden, gegen billige Vergütung. Nähere Auskunft wird ertheilt zwischen 12—3 Uhr Nachmittags in Darmstadt, Chaussee Nr. 20 im zweiten Stock.

Mein **Möbel-Lager**, Brönnerstraße 10, enthält gegenwärtig eine reichhaltige Auswahl von den einfachsten Ausbaume- bis zu den feinsten Luxus-Möbeln. Unter Zusicherung reeller Bedienung und billigen Preisen erlaube ich mir, ein geehrtes Publikum zu recht häufigem Besuche meines Magazins einzuladen.

[2569] **P. J. Kaiser.**

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 Kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Mundgenuß. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Strößlein auf der Zeil. [2196]

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December.

Hauptpreise: fl. 200,000, 2 zu 100,000, 40,000, 25,000 u. s. f. Ganze Loose zu fl. 6, 1/2 zu fl. 3, 1/4 zu fl. 2, 1/8 zu fl. 1. 30 kr., 1/16 zu 45 kr., sowie Loose für alle Classen gültig zu fl. 90 das Ganze, empfiehlt

Carl Höchberg,

[2507] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2349] Edictalladung.

Die von sämmtlichen Riedesel, Freiherrn zu Eisenbach in der Gemarkung Frischborn bezogen werdenden Grundzinsen wollen die Pflichtigen auf die bei der Summe von 24,900 fl. 22 1/2 kr. ablösen. Obsbald werden in Gemäßheit des Gesetzes vom 27. Juni 1836 alle bei dieser Ablösung Betheiligten hiermit aufgefordert, ihre etwaigen Ansprüche

binnen zwei Monaten

nach dem ersten Erscheinen dieser Bekanntmachung in der Zeitung, bei dem unterzeichneten Gerichte geltend zu machen, angenfalls auf sie bei der Verfügung über die Auszahlung des Ablaufscapitals keine Rücksicht genommen werden wird.

Lauterbach, den 9. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Pfeiffer. Ebel.

[2164] Edictalladung.

Im Grundbuche der Gemarkung Bibelis sind die beiden Grundstücke Jur XI. 195. 38 Acker, 48 Wiesen, die Kryselsbaumhöhe und Jur XIII. Nr. 122, Klafter 204, die lange Jordgewann, vom Valtin Bund und Maria Burk, Kinder des verstorbenen Peter Burk. Es wird nun Balthasar Burk, nebst seinen etwaigen Erbes- oder sonstigen Erben, welche dieser Ansprüche als die dermaligen Besitzer begründet wollen, aufgefordert, ihre Ansprüche um so gewisser

binnen drei Monaten

vom ersten Erscheinen dieser Aufforderung in öffentlichen Blättern an gerechnet, dahier anzuzeigen und zu begründen, als jene Grundstücke sonst den gegenwärtigen Besitzern als den solchigen nächsten Erben im Grundbuche zugeschrieben werden sollen.

Zugleich werden alle Diejen gen, welche etwaige dinglische Rechte an jene Grundstücke, aber welche seine Eigenthumsrechte vorliegen, geltend machen wollen, aufgefordert, solche binnen obsetzter Frist dahier zu thun, widrigenfalls solche nicht weiter berücksichtigt und ihre Eigenthumsurkunden für die Besitzer auszuhändigt werden sollen, sowie auch diejenige, welche etwa an diesjenigen Grundstücke, welche der im Jahre 1848 verstorbenen Peter Burk's Wittwe zu Bibelis im Grundbuche daselbst zugeschrieben und nun verlauft sind, eigenthümer seien, ihre Ansprüche machen können oder wollen, aufgefordert, solche

binnen sechs Wochen

bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung derselben zu begründen. Ein vollständiger Grundbuchsauszug über diese Immobilien liegt hier zur Einsicht bereit.

Gernsheim, den 9. September 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Dr. Buff. Dr. Kleinschmidt.

[2534] Edictalladung.

Ansprüche und Forderungen an den unbeerbten Nachlaß des verstorbenen Weinhändlers Friedrich Petri und seiner gleichfalls verstorbenen Ehefrau, Johanna geb. Schmidt zu Offenbach, welcher von den Intestaterben der Erbschaftsbesitzer des Innern lars angetreten und mit einer hypothekarisch verfirsten Forderung von 240 fl. belastet ist, sind

innerhalb 4 Wochen

unter dem Rechtsnachtheile der Nichtberücksichtigung bei der unterzeichneten Behörde zur Anzeige zu bringen.

Offenbach, den 5. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
G. Strecker.

Serienverloosung von Großherzoglich Hessischen 3 1/2 pCt. Obligationen auf Inhaber betr.

Durch die heute Statt gehabte Verlosung wegen Rückzahlung weiterer 100,000 fl. von den in Folge des Gesetzes vom 29. März 1836 durch die unterzeichnete Behörde über die Capitalsumme von 1,500,000 fl unterm 1. April 1836 ausgefertigten, zu 3 1/2 pCt. verzinslichen Obligationen auf Inhaber wurde die 15te Serie, enthaltend die Obligationen:

Nr. 935 bis 1000 incl. jede à 1000 fl.
" 1747 bis 1800 incl. jede à 500 fl.
" 2035 bis 2050 incl. jede à 200 fl.
" 2513 bis 2550 incl. jede à 100 fl.

rückzahlbar.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung in Kenntniß, deren Beträge zwischen dem 25. und 30. December l. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen nicht mehr zahlbaren Zinscoupons bei der Staatsschulden-Tilgungskasse dahier oder bei dem Bankierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. um so gewisser zu erheben, als solche in Gemäßheit des Art. 3 des Gesetzes vom 16. Juli 1833, wegen Tilgung der Staatsschuld, vom 1. Januar 1853 an nicht mehr aus der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Darmstadt, am 7. October 1852.

Die Direction der Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.

Eckhardt. v. Rabenau.

[2368] Bassler.

[2372] Edictalladung.

Nachforzeichnete Grundrenten, als:

1. die dem Herren Fürsten Ferdinand zu Solms-Braunfels in der Gemarkung Bellnigen zuständigen, im Erbvertrage von 1433 fl. 55 kr 2 Pf., 3 Hl.;
2. die dem Herrn Grafen Otto zu Solms-Laubach in der Gemarkung Trais-Münzenberg zustehenden im Erbtheilungsvertrage von 13 fl. 35 kr.;
3. die der Gesammtfamilie der Freiherren von Nordeck zur Rabenau in der Gemarkung Odernhausen zustehenden, im Erbtheilungsvertrage von 790 fl.

sollen nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen abgelöst werden. Es werden deshalb alle bei diesen Ablösungen, bekannte und unbekannte, Betheiligten hiermit aufgefordert, ihre etwaigen Rechtsansprüche um so gewisser

binnen 2 Monaten

bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden, als widrigenfalls die Auszahlung der Ablösungscapitalien von Pos. 1 und 2 an die hier genannten Berechtigten, so wie des Ablösungscapitals unter Pos. 3. gegen Ausbändigung der von dem Senior der Familie, Gr. Heft. Oberst und Kammerherrn Freiherrn Georg von Nordeck zur Rabenau zu Lendorf anzufertigenden Ablösungsurkunde an die Rentei der Freiherrn von Nordeck zur Rabenau (Kreimeister Engel zu Lendorf) gestattet werden würde.

Hungen, am 3. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Hofmann.

[2493] Oeffentliche Aufforderung.

Forderungen und Ansprüche jeder Art an das zu Concurs erkannte Vermögen des Heinrich Schilling in Hainburg, bei Meldung stillschweigenden Ausschlusses von der Masse, im Termin

Dienstag den 7. December l. J.,

Vormittags 9 Uhr,

dahier anzumelden und zu begründen. Nicht persönlich sich anmeldende Gläubiger werden den Beschlüssen der Mehrheit der erschienenen bestimmend anrufen.

Dieburg, den 25. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Thaler.

[2544] Edictalladung.

Der Wirth Peter Ringler von hier hat heute die Erklärung abgegeben, daß sein bisher Stand befinde, seine Gläubiger zu befriedigen. Er wird daher zur Abwendung eines förmlichen Concurses zunächst zum Güteversuch Termin auf

den 3. December d. J. Vormittags 9 Uhr,

angesetzt, in welchem die Gläubiger des gedachten Peter Ringler ihre Forderungen summarisch zu liquidiren haben, bei dem Nichterscheinen, daß die unerscheinenden Gläubiger als dem Beschlusse der Mehrzahl der erschienenen beitretend angesehen werden sollen. Zeitenwald, den 3. November 1852.

Kurfürstlich Hessischer Justizamt daf.

Schreiber. vdt. König.

(Erste Handelsbeilage siehe Beilage.)

Druck von August Osterrieth.

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nr. 272.

Sonntag | Nr. 16. | 17. November 1852.

Die Zollfrage vor dem Richterstuhl der ersten Kammer.

Darmstadt. Die Zollfrage wird nächstens auch in der ersten Kammer zur Verhandlung kommen und obwohl vielfach in Form und Inhalt von jener der zweiten Kammer verschieden, so scheint doch auch in diesen Kreisen viel Mißverständniß zu herrschen. Ich rechne dahin vor Allem den Umstand, daß man das Uebel eines Zollvereinsbruchs gerade so hervorhebt und darstellt, als wenn die Regierung ihn verschuldet hätte oder in der Lage wäre, der Sache eine andere Gestaltung geben zu können. Allein gleich Anfangs war es ja nicht Darmstadt, von dem die Schwierigkeit der Wiederherstellung des Zollvereins ausging, nicht Darmstadt hatte das Uebereinkommen gebrochen, nicht Darmstadt den Vertrag verletzt, sondern nur Bedingungen aufgestellt, welche das alte System und die Grundlage des wiederherzustellenden Zollvereins für die Zukunft zu sichern geeignet erschienen, Bedingungen, die eben so gerecht als billig an sich, überdies durch die Gegenmaßregeln hervorgerufen waren. Ist es aber nicht Darmstadt, welches die jetzige Lage der Umstände hervorrief, und ist es vielmehr Darmstadt, das sich nicht vereinzeln darf, wenn es die Lage nicht nur für sich, sondern auch für Andere verschlimmern will, so wird dadurch der Standpunkt der Auffassung und der Beurtheilung ein ganz entgegengesetzter, da die Darstellung der Nachtheile eines Bruches des Zollvereins nicht gegen die Regierung angeführt und von ihr auf gleiche Weise angesehen werden können, ohne daß davon die Regierungspolitik irgendwie ergriffen würde. Ja gerade weil die Regierung den Bruch des Zollvereins für ein Unglück hält, mußte sie mit den übrigen Regierungen sich vereinigen, um durch die Macht dieser Vereinigung dem Verlangen der Wiederherstellung des Zollvereins Nachdruck und Stärke zu verschaffen.

Zur Klasse der Mißverständnisse rechne ich ferner, wenn man über den künftigen Ausfall der Zolleinnahmen Klage erhebt, während Darmstadt das Heft nicht in Händen hat, weder den alten Zollverein herzustellen, noch viel weniger die alten Zolleinnahmen zu sichern. In letzterer Beziehung scheint völlig übersehen, daß die Größe der Einkünfte durch die bisherige Ausdehnung des Zollvereins bedingt war, ferner übersehen, daß gegen die zu großen Bezüge der südlichen Staaten die nordische gesammte Presse Einsprache erhob und eine größere Theilnahme für das dadurch schon längst benachtheiligte Preußen in Anspruch nahm, und endlich übersehen, daß das hannoversche Präcipuum in größerer Betheiligung aus dem Grunde von dem Süden übernommen werden sollte, weil durch dieses Präcipuum die nordischen und die südlichen Consumtions-Verhältnisse ausgeglichen werden müßten. Die schönen Tage stets steigender Zolleinnahmen sind daher dahin, gleichviel, ob der Zollverein mit Preußen wieder hergestellt wird oder nicht.

Jedenfalls gehört aber auch dieser Punkt gerade wie die fernere Klage über Wiederherstellung der Schlagbäume und der nahen Grenze nicht zur Auffassung der Verhältnisse, wie eine erste Kammer diese große Angelegenheit in die Hand nehmen muß. Diese Punkte liegen allen Staaten, liegen Preußen mehr als allen andern wie der böse Alp auf dem Herzen, und wir heben den Schwerpunkt nicht aus seiner Lage, indem wir uns als geschwächt und erdrückt darstellen, sondern nur indem objectiv das gemeinsame Unglück erfaßt und aus dem höheren Standpunkte des gemeinsamen Vaterlandes auf die Einigung hingearbeitet wird. Jeder Tag bringt der Mahnungen mehr, daß wir Alle uns fest aneinander schließen müssen, daß uns aber nicht mehr ein Sonderbund, sondern nur ein gemeinsamer Anschluß Aller zur Nothwendigkeit geworden ist.

Es gibt eine Art der Klage und Anklage, ohne daß dadurch irgend wie etwas erreicht wird, es gibt eine Verherrlichung des alten Zollvereins oder — wie es jetzt gerade Mode zu werden anfängt — eine Verunglimpfung dieser herrlichen Institution, ohne daß wir dadurch vom Flecke kommen, daher diese Negative verlassen, diese Einseitigkeit aufgegeben, und über der Trennung und dem Gegensatze das Gemeinsame gesucht und erstrebt werden muß. Man kann der begeistertste Anhänger des alten Zollvereins und dennoch der Ansicht sein, daß seine Wiederherstellung nicht mehr möglich ist. Der Staatsmann wie der Feldherr muß aus der einmal gegebenen Lage der Dinge seine Pläne erfassen, und während er das Vergangene von Herzen beklagen kann, muß er aus den jetzigen Bestandtheilen die Gegenwart und Zukunft sich bestimmen. Wie der Zollverein gleich Anfangs nicht so zu Stande gekommen wäre, wie er zu Stande gekommen ist, wenn der deutsche Bund mit Ernst und Nachdruck der Sache sich angenommen oder wenn Oesterreich gleich Anfangs seinen Beitritt erklärt hätte, so ist jetzt, nachdem die letztere Thatsache wesentlich sich anders als früher gestaltet hat, der alte Verein auf alter Grundlage und alter Genossenschaft nicht mehr möglich. Nur Eines ist unbegreiflich, wie man diese veränderte Lage der Dinge, wie man diese Bereitwilligkeit der ersten Macht zum Beitritte, wie man diesen Entschluß, den man vormärzlich als die größte Wohlthat von allen Theilen begrüßt hätte, wie man den Anschluß an Oesterreich jetzt mit dieser Zähigkeit und dieser Heftigkeit bekämpfen kann! Während das Ausland drängt, in Reih und Glied gemeinsam zu stehen, reißt der böse Feind wieder Deutschlands Theile gewaltsam auseinander, als hätte Deutschland nie erfahren, was es heiße, in zwei Theile geschieden sein, und als wäre es Deutschland nicht, das durch diese Theilung der Schmach der Welt zerfiel, und dem Hohne von sich selbst überlassen blieb.

Wer sich den Sinn für diese Gräuel verschließt, der muß doch den Muth und die Kraft haben, den Dingen, wie sie einmal liegen, eine andere Form geben zu können, er muß jene Großmacht, die sich nicht hinausmaßregeln läßt, zum Schweigen bestimmen! Wenn wir aber dies nicht können, soll es denn so unvernünftig sein, sich mit dieser Macht zu verständigen, die sich zum verständigen so bereit erklärt? Wir schließen mit dieser Frage, unserer ersten Kammer die Antwort überlassend —.

Die Angriffe auf den Zollverein.

Dem Zollvereine begegnet auch das menschliche Geschick, und nachdem er bisher, so lange er bestand und so lange er von den Mächten getragen wurde, als das Beste der neuern Zeit erschien, wird er urplötzlich, seit mit ihm gebrochen wurde, als eine Sache hingestellt, die nie etwas getaugt habe, die in der Einrichtung falsch, gleich Anfangs eine halbe Maßregel war, und deren angebliche Wohlfahrt eine Unwahrheit sei.

„Die Segnungen des Zollvereins", so sagt die Schrift dieses Namens, „sind in Wahrheit nur eine jener hohlen Phrasen, in denen wohl die Oberflächlichkeit ihr Genüge findet, die aber vor einer tiefer gehenden Betrachtung nicht Stand halten." Wir wollen der „Allgemeinen Zeitung" in ihrem begonnenen Werke, dem Verfasser dieser Schrift Schritt für Schritt in diesem seltsamen

Ausspruche zu folgen, nicht vorgreifen, allein solche Urtheile sollte der Deutsche billig den Feinden des Vaterlandes überlassen. Wer weiß es nicht, wie es vor den Zeiten des deutschen Zollvereins in jeder volkswirthschaftlichen Beziehung in den einzelnen Staaten aussah, und war es nicht der Zollverein, welcher die zerrissenen Theile des Ganzen wieder vereinigte, einer deutschen Industrie die wesentlichsten Vortheile verschaffte, und den einzelnen Staatskassen die erhöhten Mittel des Einkommens zuführte? Ja, hätte der Zollverein nichts als die einzige Thatsache geschaffen, daß er die innere Verkehrsfreiheit in Deutschland zuerst und allein herstellte, so müßte jeder Freund des Vaterlandes ihm ewig dankbar sein.

Es heißt den preußischen Interessen einen schlechten Dienst erweisen, deßhalb über den Zollverein herzufallen, weil Preußen die Wiederherstellungs-Conferenz abbrach; und werden erst die Schlagbäume wieder errichtet, so mag dann der feindliche Verfasser abermals hervortreten, um die „Segnungen des zerrissenen und zerstückelten Kleinvaterlandes" darzuthun, nachdem er jetzt die „bittere Täuschung des Zollvereins" durch Zahlen darzuthun sich bemüht hat. Was hat der Zollverein mit dem unseligen Bruche zu schaffen, und kann es eine unglücklichere Vertheidigung dieses Bruches geben, als dem deutschen Volke deßhalb über seinen Bruch wegzuhelfen, weil seine Vereinigung nichts getaugt habe? Aber auch dem Systeme des Freihandels wird auf gleiche Weise ein schlechter Dienst erwiesen, denn jenem Systeme wie dem Schutzzolle kann nichts Uebleres als enge Grenzen begegnen, Grenzen überdies, an denen der Finanzzoll wegen Finanznoth in allen Hauptsachen, dem Systeme des Freihandels gegenüber, dieselbe Stelle übernimmt, die jetzt der Zoll des anderen Namens spielt. Uebrigens Freihandel und Schutzzoll sind, so große Güter sie ihren Freunden sein mögen, der klaglichen Lage gegenüber, deren Grenze wir im Begriffe sind zu überschreiten, untergeordneter Natur. Wehe dem Vaterlande, wenn uns die Waffen erreichen, ehe wir uns geeinigt haben.

Aendert Frankreich sein Handelssystem?

Napoleons leitende Gedanken.

Paris, 12. November 1852. Sie fragen mich, ob mit Wahrscheinlichkeit ein Systemswechsel oder, praktischer ausgedrückt, ein Handelsvertrag mit England in Aussicht stehe oder nicht? Wären die Verhältnisse noch die alten, so würde ich Ihnen ganz unbedenklich mit einem „nein" antworten, denn so lange noch unsere alten Kammern bestanden, war an einen Systemswechsel nicht zu denken, weil Industrie und Landwirthschaft, auf gleiche Weise beim Schutzsysteme betheiligt, in der gesetzgebenden Kammer zu mächtig vertreten waren, als daß selbst einem Ministerium eine Aenderung durchzusetzen möglich gewesen wäre. Allein die Dinge haben sich seit dem 2. December so durchgreifend anders gestaltet, daß jetzt Alles und Jedes einzig von der Ansicht des Selbstherrschers abhängt, der seine unabänderlichen Gedanken hat, und dieselben, wie sattsam bekannt, gegen alle Umgebungen festhält. Wie aber Napoleon in dieser Frage denkt, wird nicht leicht Jemand in ganz Frankreich wissen, da er sich darüber mit Bestimmtheit noch nie ausgesprach, und er überhaupt mit seinen Plänen sehr zurückhaltend selbst gegen seine vertrautesten Minister zu sein pflegt. Die Worte, die Napoleon bei einzelnen Gelegenheiten sprach, umgingen die eigentliche Frage mit Vorsicht, und ließen eine doppelte Deutung zu, was Napoleon vielleicht bezweckt zu haben scheint.

Man muß sich bei Napoleon rücksichtlich der Maßregeln, die er künftig wahrscheinlich ergreifen oder nicht ergreifen wird, an gewisse ihn leitende Ideen halten, und hier treten nun zwei politische Grundsätze hervor, von denen man sagen kann, daß sie die Handlungsweise seiner ganzen Politik im Großen enthalten. Diese Ideen sind seine ererbte Stimmung gegen England und die Rücksicht, die er für die Massen trägt. Jene Erbschaft, jene Worte, daß aus dem Geschlechte Napoleon noch der Rächer Englands entstehen müsse, werden noch eine gewichtige Rolle der nächsten Zukunft in Frankreich spielen, und vielleicht ist die gegen Belgien — diese Schöpfung — bisher befolgte Politik schon ein kleines Vorspiel zu jener großen Völkertragödie, welche die Welt über Nacht befallen könnte.

Von diesem Gesichtspunkte aus wären aber Zugeständnisse an England eine reine Unbegreiflichkeit, und zu demselben Resultate führt die Rücksicht, die Napoleon auf die Massen nimmt, von der sich dieser klug berechnende Verstand auffallend leiten läßt. Ja, würde die ländliche Bevölkerung, und würden die Arbeiter an Napoleon das Begehren eines Freihandels stellen, so wüßte ich nicht, ob wir nicht nächstens diesem Systeme Zugeständnisse gemacht sehen würden. Allein solche Anträge von Seite dieser beiden Klassen sind nicht zu erwarten, denn beide befinden sich bei dem gegenwärtigen Stande sehr wohl, und so komme ich aus diesem Grunde zu dem Schlusse, daß ein Wechsel unseres Handelssystems nicht bevorsteht. Es kann in dieser oder jener Beziehung mit diesem oder jenem Nachbarstaate ein Handelsvertrag abgeschlossen werden, nicht aber steht zu erwarten, daß unser System des nationalen Schutzes aufgegeben wird, wozu überall keine Wahrscheinlichkeit vorliegt. Werden Handelsverträge abgeschlossen, so halte ich überdies für wahrscheinlicher, daß die jetzige französische Regierung eher an Deutschland als an England denkt, und vielleicht könnte meine Vermuthung bald zu einer Wahrheit werden. Die Frage, die dann für Deutschland entsteht, werde ich Ihnen überlassen.

Das sonderbare Unglück.

Amerikanische und englische Blätter behandeln eine im alten Europa unerhörte Thatsache mit einer ebenso unerhörten Ansicht! Die Zolleinnahmen Nordamerika's steigen in diesem Jahre auf eine solche auffallende Weise, daß sie, wie jene Blätter sich ausdrücken, bis Ende dieses Jahres mit einem Ueberschuß von 20,000,000 Doll. „drohen". Wir in der alten Welt sind von dem Unglücke großer Staatsüberschüsse aufs gründlichste befreit, glauben aber doch, daß im Hinblick auf die Goldgierde, wie sie in Californien hervortritt, auch in Amerika der Augenblick noch nicht gekommen sei, große Staatseinnahmen für große Staatsunglücke anzusehen. Dies ist aber buchstäblich der Fall und der „New-York Expreß" und der „Economist" nennen geradezu jenen Einnahmeüberschuß, womit die Staatskasse jetzt schon bedroht ist, ein öffentliches Unglück, a public calamity, dem abzuhelfen jetzt schon die Behörde, aber vergebens bemüht sei, und welches völlig zu heben das erste Geschäft des bald zusammentretenden Congresses sein müßte. Nicht minder eigenster Art als diese harte Klage über gute Einnahme sind die Mittel der Abhilfe, um von diesem Gelde wieder los zu werden. Die Einen, so meinen die Blätter, werden einen Streit mit Mexiko wegen der Grenzen, oder einen Krieg mit Peru wegen der Lobos-Inseln, oder einen Kampf mit Spanien wegen Cuba vorschlagen, allein auf diese Vorschläge sollte man nicht eingehen, weil die Schutzzollpartheie zu diesem Auswege aus dem Grund greifen könnte, um die Nothwendigkeit der erhöhten Staatseinnahmen, die man zu solchen Kriegen haben müßte, darzuthun. Er, „Economist", schlage deßhalb ein viel besseres, viel sichereres und, obwohl er Engländer sei, ein viel amerikanischeres Hilfsmittel vor, das dahin gehe, die Zölle erst herabzusetzen und dann ganz aufzuheben. Den ersten Rathschlag, die Zölle blos herabzusetzen, halte er als Engländer eigentlich nicht für gut, denn dieser Vorschlag würde das Uebel nur vergrößern, das heißt die Einnahme nur noch erhöhen, weil niedrigere Zölle nur noch mehr als hohe einbringen. Deßhalb wäre das einzige und durchschlagendste aller Mittel, die Zölle sofort aufzuheben, denn nur mit dieser gänzlichen Aufhebung wäre das Uebel mit einem Schnitte abgethan, die Quelle, aus der so viel Uebel der Einnahme fließt, versiegt und trocken gelegt! — Wer zweifelt, wer darf an der Aufrichtigkeit eines solchen Rathes, und wer an dem mathematisch sichern Erfolge zweifeln? Amerika leidet, ist krank, von einer evil and a public calamity niedergeworfen, und in seiner Hilflosigkeit, da es selbst keinen Ausweg als wieder ein Uebel, den Krieg, weiß, ruft es in seiner Verlegenheit den erfahrenen John Bull, der ihm ein Mittel vorschreibt, das die Bürgschaft völliger Unträglichkeit in sich selbst trägt. Durch

dieses Heilmittel, und bis ist seine wahre Zauberkraft, ist beiden, dem Kranken und dem Gesunden geholfen. Dem kranken Amerika wird die gülkene Aber unterbunden und old England, das der Abführung bedarf, der Weg geöffnet.

Befolgt Amerika diesen freundnachbarlichen Rath, so wird es künftig auf eigene Fabrikation aller Art verzichten, seine Baumwolle und seine Rohstoffe aller Art nach England führen, sie dort verarbeiten lassen und sie dann als verarbeitete Waare wieder einführen. Amerika wird (um auch durch einen deutschen Gedanken den englischen Rath zu unterstützen) dadurch der handwerksmäßigen Verarbeitung überhoben, jeder Nation wird ihr natürlicher Beruf zurückgegeben, und so ein naturwüchsiges Verhältniß hergestellt. — Wir brechen hier ab, um erst dann wieder das Wort zu ergreifen, wenn auch der amerikanische Congreß seine Ansicht über das Nationalunglück „zu großer Staatsennahme:“ ausgesprochen haben wird!

Die künstliche Vermehrung der Fische.

Das Ausland ist so sehr daran gewöhnt, daß der Deutsche nur im Wühlen fremder codices sich vertiefe, und nur im Anpreisen und Aneignen des Fremden sich gefalle, daß es ihm schwer wird zu begreifen, daß auch der Deutsche einmal selbst etwas erfinde. In jüngster Zeit sind nacheinander wichtige Fälle vorgekommen, in denen das Ausland, von unserer eigenen Erfindung gar keine Kunde nehmend, sich dieselbe geradezu aneignete. Die künstliche Vermehrung der Fische, die gegenwärtig in Frankreich auf Veranlassung und durch Unterstützung der Regierung so vortheilhaft betrieben wird, ist gewiß eine deutsche Erfindung, wie wir gleich darthun werden. Herr Professor Vogt aus Genf in einem Schreiben an die allgemeine Zeitung schreibt jedoch die Ehre der erst n Erfindung einem Italiener zuschreiben zu wollen, indem er sagt:

„für wissenschaftliche Zwecke wurde die Methode der „künstlichen Befruchtung zuerst ausgeübt von Rusconi in „Pavia — später von mir im Jahr 183) in Neuenburg. „In meiner 1842 erschienenen „Embryogénie des Salmones“ „ist von Seite 10 an das Weitere darüber gedruckt zu lesen. „Auf meinen und Agassiz's Betrieb erließ die Regierung „von Neuenburg im Jahr 1842 ein Gesetz, worin die „Methode den Fischern gelehrt, anbefohlen und Strafe (!) „auf ihre Vernachlässigung gesetzt wurde.“

Ergänzend und berichtigend müssen wir hinzufügen, daß die Art künstlicher Fischvermehrung viel älter ist, als Herr Vogt anzunehmen scheint, wie dies aus folgender Thatsache erhellt, deren Mittheilung wir der Güte des Herrn Oberforstmeisters Wagener von Detmold verdanken, welcher über diesen Gegenstand im Jahr 1843 einen ausführlichen Vortrag hielt, dem wir Folgendes entnehmen:

„Der erste Schriftsteller, der genau über die künstliche Art der Fischvermehrung schrieb, sei Jacobi zu Hohenhau'en gewesen, welcher im 62. Stücke des Hannoverschen Magazins vom Jahr 1765 eine Abhandlung darüber mittheilte, nachdem bereits im 23. Stück vom Jahr 1763 eine Anzeige vom Ausbrüten der Forellen gestanden sei. Aus dem Hannoverschen Magazin ging das Verfahren in Blochs Naturgeschichte der Vögel Deutschlands (erster Theil S. 155) und in Krünitz Encyclopädie (14. Theil S. 456) und andere Werke über. Seit dieser Zeit blieb die Sache im Schauenburg-Lippischen in Uebung und wurde seit 1837 auch bei Detmold eingeführt. Im Jahr 1843 hielt sodann Herr Oberforstmeister Wagener obigen interessanten Vortrag über diesen Gegenstand, in welchem das ganze Verfahren ausführlich theoretisch und praktisch dargethan wurde, wie folgender gedrängte Auszug darthut:

Die Forelle pflanzt sich in ähnlicher Art fort, wie die übrigen hiesigen Fischarten. Wenn nämlich bei dem Weibchen (Rogener) zur Laichzeit die Eier vollständig ausgewachsen und reif geworden sind, so reibt oder drückt es sich dieselben an geeigneten Stellen, auf mit Grand (Kies) bedeckten Boden, am liebsten in den rasch fließenden kleinen Gebirgsbächen, dadurch ab, daß es sich mit dem Bauche fest auf den Grand drückend fortbewegt. Das Fischmännchen, der Milchner, welches in dieser Zeit den Rogener begleitet, streicht gleich nachher in ähnlicher Art die Milch ab, und durch diese Vermischung der Milch mit dem Rogen wird die Befruchtung wahrscheinlich vermöge einer gegenseitigen Anziehungsfähigkeit bewirkt.

Die Forelle steigt zum Laichen in Norddeutschland in der Zeit vom December bis März in kleinere Bäche, vorzüglich in solche, die einen starken Zufluß von Quellwasser und einen mit Grand bedeckten Boden haben, aber weder Schlamm noch Sand stark treiben. Nicht sogleich laicht die Forelle, wenn sie durch stärkeren Wasserzufluß in der Laichzeit zum Steigen veranlaßt worden ist, sondern erst dann, wenn der Laichbach ausgespült, der höhere Wasserstand von längerer Dauer, und die geeignete Witterung mit Süd- oder Westwind eingetreten ist. Fällt während des Laichens Frostwetter ein, wodurch das stärkere Wasser sich vermindert, so läßt die Forelle so lange rom Laichen ab, bis hie;n die geeigneten Verhältnissen wieder eintreten.

Um zur künstlichen Forellenzucht den Laich zu erlangen, werden zu diesem Zwecke entweder Forellen beiderlei Geschlechts in besondern Behältern aufbewahrt, oder man sucht sich solche in der Laichzeit Steigezeit von den Bächen zu verschaffen.

Man füllt alsdann ein Gefäß etwa eine Hand hoch mit frischem Quellwasser, hält die Laichforelle darüber und streicht zuerst dem Rogener und hierauf dem Milcher den reifen Samen ab, indem man den Fisch mit der einen Hand beim Kopfe anfaßt und mit der andern Hand den Rumpf vom Rücken nach dem Bauche hin so umfnnnt, daß man ihn vom Kopfe abwärts auf beiden Seiten des Bauchs bestreichen kann, wobei man dem Eier- oder Milchsack einen leichten Druck gibt, um den Austritt des reifen Samens zu bewirken. Durch zu starken Druck würde auch unreifer Samen abgehen. Das klare Wasser wird durch die Milch trübe, und durch die Bewegung der Fische beim Abstreichen des Samens wird Rogen und Milch hinlänglich gemischt. Diese auf solche Art erhaltenen befruchteten Eier werden alsdann in dazu eingerichtete Brutkasten eingelegt, woraus dann bei gehöriger Verwahrung und Behandlung nach 7 bis 10 Wochen die jungen Fische auskommen.

Der Brutkasten muß an einer Quelle, die immersort hinreichend reines Wasser auf den Kasten liefern kann und keinen Zufluß von fremdem Wasser hat, so angebracht werden, daß ein steter Durchfluß dieses Wassers durch den Kasten entsteht. Am oberen Theile wird durch kleine Löcher das Wasser in den Kasten gelassen und durch eine im untern Seitenbrette befindliche Oeffnung wird es abgelassen. Je mehr sich das Wasser durch den Einfall desselben in den Kasten wellenförmig darin fortbewegt, desto besser ist es, und um so weniger kann sich die im Wasser befindliche Unreinlichkeit auf die Eier ablagern. Der Boden des Kastens wird mit feinem Flußgrand belegt, auf welchen die Eier zu liegen kommen. Die Oeffnung des Kastens, durch welche der Zu- und Abfluß des Wassers bewirkt wird, muß mit einer feinen Sigge versehen sein, damit keine den Eiern nachtheilige Insecten und andere Thiere in den Kasten kommen können, oder das Auslaufen der jungen Fische verhindert wird. So oft sich Unreinlichkeit vom Wasser auf die Eier oder den Boden abgelagert hat, muß diese mittelst leiser Bewegung des Wassers fortgeschafft werden. Die verdorbenen Eier müssen, sobald sie als solche sich zeigen, aus dem Kasten entfernt werden; denn die ganz in Fäulniß übergegangenen Eier verderben auch bald die nächst anliegenden guten Eier. Die Länge des Laichkastens ist am paßlichsten von 6 bis 8 Fuß. In längeren Kasten kann der Durchfluß des Wassers nicht so rasch bewirkt werden, und es setzt sich dadurch leichter Unreinlichkeit ab. Die Grandlage im Kasten braucht nur so stark zu sein, daß der Boden überall damit bedeckt ist. Die Eier müssen stets ganz mit Wasser bedeckt sein, wozu ein zwei Zoll hoher Wasserstand im Kasten hinreicht, und hiernach richtet sich auch die anzubringende Abflußöffnung im unteren Seitenbrette.

Wenn die jungen Forellen ausgekommen und so weit herangewachsen sind, daß sie die Blase ganz verloren haben, so kun n sie ausgefangen und versetzt werden.“

Landwirthschaft.

1) Anleitung zum Tabakbau von Dosch, mit einem Vorworte von Mischler, bei Wagner in Freiburg i. B.
2) Anleitung zur Bienenzucht von Vogelbacher. Daselbst.
3) Benützung des Rindes zur Arbeit, von Dosch. Mit einem Vorwort von Reinhardt. Daselbst.

Alle drei obige Werkchen haben denselben Zweck: in dem reichen Gebiete der Landwirthschaft Lehre und Anleitung für den Landmann zu geben, alle drei Schriftchen gehen von dem landwirthschaftlichen Vereine aus, und alle drei sprechen über ihren Gegenstand auf dieselbe Weise. Die Sprache, welche diese Schriftchen sprechen, hängt genau mit dem Zwecke zusammen, den die landwirthschaftliche Behörde, welche in unmittelbarster Weise nützlich sein will, sich vorsetzt. Die Anleitung, die gegeben wird, ist einfach, klar und, ohne weitläufig zu sein, für ihren Zweck vollständig. Ohne weit auszuholen, was bei der vorgesetzten Unmittelbarkeit übel angebracht wäre, ohne literarisches Gepränge, welches nirgends taugt, ohne Formeln und deutsche Tiefe, welche ihren Freunden überlassen werden, wird dasjenige vorgetragen, was nöthig, was praktisch, was lohnend ist. Es schient in diesen Büchelchen ein Stück Erbschaft des unvergeßlichen Mezgers, dem wir ein kurzes Wort der Erinnerung und des Andenkens widmeten (Nr. 9), zu liegen, und die würdigen Verfasser setzen dessen Thätigkeit fort, und wirken in verwandtem Geiste.

Neben den trefflichen Verfassern Dr. Dosch und Pfarrer Vogelbacher, begegnen wir zwei schon in weiten Kreisen bekannten Namen, Mischler und Reinhardt, jener ein ebenso beliebter als trefflicher Lehrer im Fache der Staatswirthschaft, dieser der Vorstand der Musteranstalt zu Hochburg, wo Wissenschaft, Erfahrung und praktisches Handeln auf treffliche Weise zur gleichzeitigen Anschauung und Anwendung gebracht werden. Ueberhaupt begegnen wir einer ineinander greifenden Thätigkeit, die sich in der gesammten Landwirthschaft Badens entwickelt, welche, auf diese Weise in Angriff genommen, zu lohnenden Ergebnissen führen muß.

Nachrichten über Handel und Gewerbe.

— **Zundzoll-Erleichterungen für schwedische Schiffe.** Auf Grund von Vorstellungen, welche der k. däuischen Regierung von Seite der k. schwedischen Regierung rücksichtlich des Sundzolls gemacht wurden, haben sich mittelst einer im Laufe des Sommers v. J. abgeschlossenen Uebereinkunft die beiden ermähnten Regierungen zu folgenden, die schwedische Schifffahrt im Sund erleichternden Bestimmungen geeinigt, welche mitzutheilen die „Austria“ in Stand gesetzt ist:

1) Für Metalle aus Schweden wird, bevor die Zollberechnung im Sund statt findet, das Stapyrelsiattgewicht auf das Bictualiengewicht reducirt, so daß ein Schiffsbrund Stapyrelsiattgewicht für “ Schiffspfund Victualiengewicht gerechnet wird.
2) Eine Last gesalzene Häringe oder andere gesalzene Fische in Tonnen ist, statt wie bisher zu 14, künftig zu 18 Tonnen anzunehmen.
3) Das Gewichtsverhältnis für Waaren aus italienischen Palmzügen ist für die Zukunft dahin bestimmt worden:

Von Sicilien 1 Cantaro soille oder 150 Pfd. soille, dann aus Livorno 234 Pfd. soille — gelten im Sunde 160 Pfd. Ebenso wird das leichtere Gewicht anderer italienischer Häfen auf das oresundische Pfund zurückgeführt.

4) Schwedische Naturprodukte auf schwedischen Küstenfahrern unter 15 Tonnenlast Trächtigkeit (die Last zu 5760 Pfd. Victualiengewicht), mit der unmittelbaren Bestimmung aus und nach schwedischen Häfen, am Kattegat, dem Sunde oder der Ostsee, sind vom Sundzolle befreit und sollen die Sundzollbeamten den Begriff „schwedische Naturprodukte“ in jeder zulässigen Weise aussehen. 26
5) Solche schwedische Küstenfahrer von der erwähnten Tragfähigkeit, in Ballast oder mit der oben bezeichneten Waarensorte beladen, sollen auch von Tonnengeldern, Zollportein u. s. w. gänzlich befreit sein, falls sie nicht auch zollpflichtige Waaren an Bord führen. Diese, den Küstenfahrern gewährten Erleichterungen sind nur beringsweise zugestanden und hängen von der genauen Einhaltung der diesfalls angeordneten Controlmaßregeln ab. Diese Controlbestimmungen über die schwedische Küstenfahrt verlangen, daß solche Fahrzeuge von der ihrem Auslaufen nächsten schwedischen Zollbehörde mit vorschriftmäßig ausgefertigten Pässen versehen sind, in denen der schwedische Ursprung ihrer Ladung bestätigt wird. Von der Verpflichtung zu diesen Pässen sind nur Schiffe in Ballast, welche nur zwischen schwedischen Häfen verkehren und die Tragfähigkeit von 15 Tonnenlast nicht übersteigen, befreit. Jedenfalls aber ist der Zollbehörde im Sunde ein monatliches Verzeichniß der von schwedischen Häfen einklarirten schwedischen Schiffe, welche zollfrei passiren wollen, mit der allgemeinen Angabe ihrer Befrachtung vorzulegen.

Nach Mittheilung dieses Vertrages fragt die „Austria“, ob nicht Staaten, deren Schifffahrtsverträge mit Dänemark dahin lauten, daß ihre Schiffe die Rechte der am meisten begünstigten Nation genießen sollen, diese an Schweden zugestandenen Begünstigungen für ihre eigenen Schiffe zu beanspruchen hätten? Wir haben keinen Anstand, diese Frage zu bejahen, weil die Staaten, welche für sich eine ähnliche Bestimmung erwirkt haben, vermöge Vertragsrechts, und ohne daß also ein weiteres Uebereinkommen nothwendig wäre, schon kraft Gesetzes in dasselbe Recht eintreten, welches Schweden bewilligt worden ist. Dieses der schwedischen Regierung bewilligte Recht ist schon um so zuverlässiger auch dem früheren Vertragstheil für den Fall bewilligt, wenn später dasselbe einem Anderen verwilligt sein wird, und welches Recht daher für den früheren Vertragstheil nur so lange als ruhend erklärt ist, bis ein späterer Vertrag mit einer andern Regierung zu Stande kommt.

In dieser Lage befindet sich Preußen, dessen mit Dänemark abgeschlossener Handelsvertrag vom 17. Juni 1818 bis jetzt in wechselseitiger Ausübung belassen wurde und von dem Art. IV also lautet:

„Der preußischen Schiffe sollen die Abgaben im Sunde und in den beiden Belten ebenso erlegen, wie diese Abgaben von den Schiffen der in Dänemark am meisten begünstigten Nationen entrichtet werden. Ein Gleiches soll rücksichtlich der preußischen Waaren und Güter stattfinden, welche durch den Sund und die Belte am Bord fremder und privilegirter Schiffe geführt werden.

„Der Sundzoll soll nach dem Tarif vom Jahr 1645 oder in solcher Art erlegt werden, wie Dänemark sich darüber mit den am meisten begünstigten Nationen durch anderweite Verträge einigen wird.

„Rücksichtlich der in dem Tarif nicht aufgeführten Waaren sollen die preußischen Unterthanen nur ein Procent bezahlen, wie dies von Seite der am meisten begünstigten Nationen geschieht.“

Die Bestimmung, daß die Begünstigungen in dem obigen Vertrage blos schwedischen Waaren und schwedischen Schiffen mit der Bestimmung nach schwedischen Häfen bewilligt sind, ist kein Hinderungsgrund, diese Begünstigungen auf andere Nationen nicht auszudehnen, da es gerade diese Begünstigungen sind, von denen es im preußischen Vertrage heißt, daß sie auch für Preußen gelten, sobald sie Andern (den Schweden) bewilligt werden.

—: Die „Schweizerische Handels- und Gewerbezeitung“ entnimmt dem „United States Economist“ folgende interessante Uebersicht der **Einfuhr der Schweiz**, des **Zollvereins** und **Oesterreichs** in die Vereinigten Staaten während des Jahres 1851.

Es wurde eingeführt Werth in Dollars

aus	Total jedes Landes:		über	
der Schweiz	6,008,785	Doll.	Hamburg	623,609
			Bremen	4,105,826
			Holland	139,854
dem Zollverein	8,423,984	„	Frankreich	7,030,230
			Belgien	686,968
Oesterreich	193,693	„	England	2,039,975
	Total		Total	14,626,462 Doll.

Zu dieser Tabelle bemerkt das genannte Blatt: „daß die Größe der schweizerischen Einfuhr, welche mehrentheils über Frankreich gehe, einen merkwürdigen Contrast zu seinem dem Freihandel sich nähernden Zollsysteme gegenüber den protectionistischen Begriffen anderer Völker abgebe. Das industriöse Volk der Schweizer habe die Rohstoffe in seine Berge, verarbeite sie und concurrire trotz Fracht und Zoll in immer ausgedehnterer Weise auf allen Märkten.“ Wir fügen hinzu, daß demzufolge unsere Industrie, welche weiter Verbindung fähige Stoffe fabricirt, sich zu den bisherigen Mauthschranken der Nachbarstaaten sogar Glück wünschen kann, da sie für uns Märkte zu arbeiten zwangen, welche einen von Jahr zu Jahr wachsenden Absatz gewähren, während die deutschen Märkte ihrerseits immer mehr an Bedeutung verlieren. Nur durch liberalere Eingangszölle kann der deutsche Consumion sich wieder heben und insbesondere wie ausländische Verkäufer in Deutschland wieder lohnende Absatzsätze finden. Mögen die betreffenden Regierungen an obigen Zahlen sich ein Beispiel nehmen und erwägen, ob nicht gerade der Zollschup die Schuld trägt, daß der $12^1/_2$mal vollreichere Zollverein nur um den vierten Theil mehr Waaren als die Schweiz nach Nordamerika exportirt, von Oesterreichs unverhältnißmäßig kleiner Ausfuhr dahin ganz zu schweigen. Mögen sie an der Beobpoplung von Englands Handel mit Nordamerika seit der Einführung der dortigen Zollerleichterungen eine anterweite Bestätigung für die Wohlthätigkeit niedriger Zollsätze finden. Möge endlich auch die Schweiz dadurch in der Ueberzeugung bestärkt werden, daß der beste Schup ihrer Industrieen darin besteht — daß sie keinen solchen Schup haben, daß aber auch ihre Roh- und Hilfsstoffe, sowie Halbfabrikate nicht durch die gleiche Maßregel vertheuert werden!

Druck von August Oppenheim.

№ 273. Montag — den 15. November — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: in Frankfurt 1 Thlr. 15 Sgr. in Oesterreich 2 fl. 30 kr. C. M., oder 1 Thlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Belgien und Holland, England und Irland, Nieder-Amerika und Italien nimmt Herr G. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 20, und in Paris das Zeitungs-Bureau de la Banque de Mr. M. Strasbourg an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Linien) von Petitschrift oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Die späten Sorgen.

II.

Die erste und natürlichste Frage in allen Dingen muß für den Präsidenten die von seiner Selbsterhaltung sein. Also auch bei Annahme des Falls, welcher ihm in Frankreich zieme, dort Gutheissung finden und an seinen Anspruch mahnend und seßerand erinnern werde. Man wird nicht zu seinen Schmeichlern gezählt werden müssen, wenn man ihm das volle Bewußtsein zutraut, daß der Zauber des Namens es ist, der das Scepter ihm in die Hand drückt. Mit dem Namen Napoleon ist das, was die Franzosen Nationalehre nennen, auf's engste verschwistert: auch, daß das Volk niedergeworfen werden mußte, um ihm die Krone vom Haupt zu nehmen, ist die allgemeine Ueberzeugung. Die Erinnerung an die gemeinschaftliche Abstammung mit ihm, an die Ableitung der Rechte von ihm, ist allen gewiß dasjenige, was auch dauernd die größte moralische Stütze verleiht. Wäre ich mein Enkel! hat so oft der Mann gesagt, dessen Aussprüche heute für die tiefsinnigsten Wahrheiten gelten: was Wunder, daß der Neffe dieser Tradition begierig folgt, und daß er sich der Protestation anschließt, die der Gefangene von St. Helena der Gewalt der Fremden entgegengesetzt hat. Daß ihm diese Art von Legitimität einen andern Vortheil bringen konne, als der mit der steten Erneuerung des Andenkens des Stifters der Dynastie verbunden ist, wird er selbst wohl schwerlich glauben, und daß irgend eine Art von Legitimität in Frankreich Bürgschaften gegen Regierungsverkehrungen, thätiges Mißvergnügen, Conspiration und Revolution leisten könne, daran wird nach den Erfahrungen der letzten 60 Jahre kein Mensch zu denken versucht sein: sie hat weder das tausendjährige Königshaus, noch den eisernen Thron des Korsen, noch die bürgerfreundliche Herrschaft der Orleans bewahrt und wird darum ohne solidere, dauernde Grundlagen auch den Versall der neuen Dynastie nicht aufhalten. Aber der Anspruch, der im Namen der Dritte liegt, ist nach innen gerichtet und kann das Ausland nicht auftrezen, wenn sein Führer die Territorial-Grenzen achtet, und wenn in den Cabinetten wirklich keine Restaurationsgedanken gehegt werden. Wir hoffen, daß in letzterer Hinsicht die Lehren der Geschichte nicht verloren gegangen sind. Das Andere muß man erwarten.

Was aber am besten zur Beruhigung über die Absichten des Präsidenten nach Gelangung zur Kaiserkrone dienen kann, ist die Betrachtung, daß nur der Friede ihm Unabhängigkeit gewährt, der Krieg aber sein Scepter in andere Hände legt. Auch dieses Wortes wird er sich erinnern, welches sein großer Oheim so oft im Munde führte: le premier Roy fut un heureux soldat! Wäre der künftige Kaiser ein Kriegsfürst, wie sein Vorfahr, so könnte der Krieg vielleicht zur Befestigung seiner Macht wie zur Erhöhung seines Glanzes und des Ruhmes der Franzosen beitragen. Das ist er nicht, und er tritt in ein Verhältniß der Abhängigkeit zu seinem Feldherrn, sobald der erste Kanonenschuß ertönt. Ein unglücklicher Feldherr reißt ihn in seinem Fall mit hin: vor einem glücklichen Feldherrn wird der Glanz seines Namens erbleichen; die Gegenwart siegt immer über die Erinnerung. Auf solche Ueberzeugungen bauen wir unsere Friedenshoffnungen und lassen sie durch Worte und durch Titel nicht erschüttern. Letztere haben ohnehin nur so viel Werth, als man ihnen beilegen will.

Deutschland.

▽ **Vom Rhein**, 14. Nov. Der langen Rede kurzer Sinn in dem Artikel ▽ Frankfurt, 12. Nov., in der Beilage zu Nr. 272 Ihres Blattes, über die mecklenburgischen kirchlichen Zustände ist, daß ein großer Unterschied zwischen einem Versprechen und seiner Erfüllung bestehe. Versprochen sei den katholischen Unterthanen die freie Ausübung ihres Cultus, die gleiche Berechtigung mit den Protestanten, — erfüllt sei die Zusage aber nicht, und derjenige, welcher die Erfüllung habe fordern können, der rheinische Bund, existire nicht mehr, also auch kein berechtigter Mahner für die großherzogliche Regierung zur Lösung ihrer Schuld. Sonderbares Maß, mit dem gemessen werden soll! Wenn von dem Landgrafen von Hessen-Kassel oder dem Herzog von Württemberg Verträge mit England und den vereinigten Niederlanden abgeschlossen wurden, die Hessen und die Schwaben gegen eine bestimmte Summe per Stück nach Amerika oder den Cap zu verkaufen, so entstanden aus diesen Verträgen Pflichten für die Unterthanen, die zum Schatze fließende Summe mit ihren Leibern zu verdienen, — daran zweifelt kein Mensch, und also ist es gegangen, wie die Geschichte zeigt. Wenn aber die mecklenburgischen Fürsten mit andern Fürsten sich vertragen, im Angesichte von ganz Europa die feierliche Verpflichtung übernommen haben, ihren katholischen Unterthanen das Recht der freien Religionsübung zu gewähren und zu sichern, ist in diesen ein solches Recht darum noch nicht erworben, es kann vorenthalten und verkümmert, die Verpflichtung unerfüllt gelassen werden. Ist das wirklich so, so bedauern wir Regierung und Volk, sie, weil sie auf eine solche Theorie sich stützt, das Volk, weil es dieselbe gegen sich in Anwendung gebracht sehen muß. Die Franzosen haben ein Sprichwort, was schon oft den Unmuth beschwichtigt und in schweren Zeiten beruhigt hat: Cela ne tiendra pas! Der Bund wird wohl ein Einsehen nehmen müssen.

» **Wien**, 11. Nov. Durch einen Erlaß des Kriegsministeriums sind die Commandanten der verschiedenen Truppenabtheilungen angewiesen worden, nur in den dringendsten Fällen die Beurlaubung der Rekruten zu gestatten. Es hat übrigens diese Maßregel keinen andern Grund, als dem bis jetzt üblich gewesenen Verfahren, die Rekruten gleich nach ihrer Assentirung wieder auf unbestimmte Zeit zu beurlauben, für die Zukunft zu steuern, und es ist demzufolge als Grundsatz aufgestellt worden, daß in keinem Falle vor vollkommen vollendeter Einübung eine Beurlaubung gestattet werden darf, es müßten denn ganz besonders drückschlagenswürdige Gründe angeführt werden, um von dieser Regel eine Ausnahme zu machen. — Wir erfahren, daß mit Rücksicht auf die neue Gemeindeordnung solche Bestimmungen getroffen werden sollen, um den durch sie den einzelnen Gemeinden eingeräumten Wirkungskreis in der Art zu beschränken, daß für die Zukunft durchaus keine Collisionen zwischen diesen und den politischen Organen entstehen können, wie dies im Laufe der letzten Jahre mehr als einmal vorgekommen ist, woraus sich dann auch die Nothwendigkeit herausstellte, von dem Gemeindegesetz ganz Umgang zu nehmen, und Verfügungen in rein administrativem Wege zu erlassen. — Einem allgemein verbreiteten Gerüchte zufolge soll in dem Monarchie verstündet und ins Leben treten werden, der Belagerungszustand in Wien, Prag und dem größten Theil des Gebiets, wo er noch besteht, aufgehoben werden. — Der kürzlich hier angekommene kaiserl. russische Staatsrath v. Kudriafsky conferirte gestern mit dem Herrn Minister des Aeußern, und man ist hier geneigt, diese Conferenz mit der von Seite Oesterreichs bevorstehenden Unabhängigkeitserklärung Montenegro's in Verbindung zu bringen.

* **Berlin**. Sicherem Vernehmen nach, sagt der hiesige Correspondent des „Staatsanzeigers für Württemberg", wird das Ministerium mit einem sehr entschiedenen Programm vor die nächste Kammer treten. Die Cardinalpunkte desselben sind 1) entschiedenes Festhalten des Staatsgrundgesetzes nach seinem wesentlichen Inhalt gegen alle Forderungen einer Umschmelzung in ständischen Corporationsgeist im Sinn der Kreuzzeitung und ihrer Partei; 2) Schutz des Protestantismus gegen alle äußeren und inneren Feinde, und 3) Aufrechthaltung der seit Ende September eingenommenen Stellung in der Zollvereinsfrage.

*Köln, 12. Nov. In würdiger, ernster Weise wurde heute das Jahresgedächtniß der Erhebung unsers Herrn Erzbischofs zum Cardinal gefeiert, und zwar durch einen Act christlicher Milde; es wurden nämlich wieder 72 Greise gespeist, wie dies auch am Tage der Erhebung selbst geschehen.

Aachen, 12. Nov. Gestern wurde die Strecke der Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn von Gladbach bis Herzogenrath feierlich eröffnet, um heute dem allgemeinen Verkehre übergeben zu werden.

Ruhrort, 11. Nov. Heute Morgen zwischen 8 und 9 Uhr fand hier ein für unsere Stadt und die übrige Handelswelt weit tragendes, von einem heiteren Feste begleitetes Ereigniß statt: die Einweihung der Trajectanstalt über den Rhein, zum Zweck der Ueberführung beladener Eisenbahnwagen von der Köln-Mindener Station am Rheinhafenbassin bei Ruhrort nach dem jenseitigen Bassin an der Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Station „Homberg". Der Herr Handelsminister war zu diesem Zwecke schon gestern Abend mit dem Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz, den Spitzen der Regierungen zu Düsseldorf und Aachen und vielen andern ausgezeichneten Gästen zu Ruhrort eingetroffen und hatte ein von der Stadt arrangirtes Abendessen angenommen. Ein besonderer Glanz ward diesem heitern Feste durch die Gegenwart des in Düsseldorf residirenden Fürsten von Hohenzollern verliehen. (K.Z.)

△ **Hanau**, 14. Nov. Die in der Beilage zu Nr. 271 Ihres Blattes gegebene Nachricht, daß der hiesige Stadtrath wegen der Adresse an Se. k. Hoheit den Kurfürsten aus dem Jahr 1850 von dem Obergericht zu Kassel verurtheilt worden sei, ist durchaus unbegründet. Die Proceßverhandlung jener Sache wird in kurzem vor dem Criminalgericht dahier stattfinden und vermuthlich die Anklage von dem Staatsprocurator selbst, nicht von dem Unterstaatsprocurator vertreten werden.

✿ **Fulda**, 12. Nov. Wie man vernimmt, wird Volckmar wegen seiner publicistischen Betheiligung an dem Verfassungskampf von 1850 in der angegebenen Weise wirklich vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Er ist auch entschieden, nicht bloß die alleinige Verantwortung für seine Schrift auf sich zu nehmen, sondern auch Alles zu tragen, was das Gericht über ihn erkennen sollte. Inzwischen hofft er auch nach der vollendeten Unterwerfung der „constitutionellen" Partei, zu der er, wenn auch mit aller Selbstständigkeit, gehörte, noch begründete Anhaltspunkte zu einer vielleicht nicht ganz erfolglosen Vertheidigung zu finden. Wir sehen daher, auch nachdem das permanente Kriegsgericht aufgehoben ist, einem neuen politischen Proceß entgegen. Daß aber erst von hier aus und erst jetzt die Denunciation der fraglichen Schrift ausgegangen ist, hat hier so wenig auf Anklang rechnen können, daß man es, wie man hört, für nöthig gefunden hat, anonym die Sache anzubringen.

± **Darmstadt**, 13. Nov. Zu der heutigen Berathung des Antrags des Abg. Müller-Melchiors, wegen Neugestaltung des deutschen Zollvereins und der in gleicher Richtung gehenden Petitionen, hatten sich nach langer Zeit die Mitglieder der ersten Kammer zahlreich eingefunden, 26, so daß nur vier wegen Verhinderung oder Beurlaubung fehlten, worunter der Landesbischof. Auch der Präsident des Finanzministeriums, Freiherr v. Schenck, welcher zu den Unterzeichnern der Aprilprotocolle gehörte, nahm seinen Sitz als Abgeordneter ein; ebenso der Kriegsminister, Freiherr v. Schäffer-Bernstein. Auch viele Zuhörer, worunter Mainzer Geschäftsleute, hatten sich eingefunden. Der Tisch der Regierungscommission war leer. Nachdem der Präsident, Graf v. Solms-Laubach, die Sitzung eröffnet hatte, nahm zuerst der Abg. Deninger von Mainz das Wort, in der Absicht, als Mitglied des Ausschusses dem Bericht desselben Mehreres und Näheres beizufügen. Die politische Frage wolle er umgehen, da es seine Absicht sei, der Angelegenheit auf das Gebiet des Materiellen zu folgen. Eingehend in die Geschichte des Zollvereins, deutete Redner auf die reichen Früchte desselben hin, die auch in der Erringung eines einheitlichen Bandes bestanden hätten. Die Blüthe der Stadt Offenbach, welche 6000 Arbeiter beschäftige und ernähre, und jährlich 1½ Millionen Arbeitslohn verwende, 95 Fabriken in sich schließe, 60 Procent ihrer Fabrikate in Preußen absetze, in Oesterreich so gut wie nichts, stehe auf dem Spiele. Käme es zur Auflösung des Zollvereins, so würde dieser Stadt der Industrie ein unberechenbarer Schaden zugefügt, und nur Auswanderung nach Preußen übrig bleiben. Rheinhessen setze an Leder weit mehr nach Preußen ab als nach Oesterreich, und würde in jenem Fall schwer getroffen werden; denn für den Absatz des Leders nach Oesterreich sei kaum eine Aussicht. Auch die Fabrikation des Tabaks habe einen weiten Markt in Preußen; sie setze dort für 1½ Millionen Gulden alljährlich ab. In jenem Fall wegen der Höhe der Zölle entstehe die Nothwendigkeit der Auswanderung nach Preußen, da Oesterreich keinen Ersatz biete. Aehnliche Ausführungen des Redners in Bezug auf Webereien, besonders auf Packtuch, Eisenfabrikation u. s. w. Allerdings hätten einige Fabriken bei der Trennung von Preußen Gewinn — Soda, Branntwein, Eisengußwaaren —; allein dieser Gewinn falle nicht schwer ins Gewicht, während der Absatz der Erzeugnisse des Bodens, namentlich des Weins und der Tabaksblätter, schwer getroffen werden würde und in Oesterreich keinen Markt finden könnte. Es sei zu besorgen, daß der Bezug der Steinkohlen von der Ruhr, die nicht entbehrt werden könnten, mit einem Ausgangszoll belegt werden würde. Somit ergebe sich die Aufforderung zur Erneuerung des Zollvereins, dessen Früchte man kenne, und der Versuch der Abschließung eines Handelsvertrags mit Oesterreich. Der Redner legt das Wohl des Landes, das nichts weniger wünsche, als nachbarliche Reibungen, Durchgangszölle, die Lieblichkeiten des Schmuggels u. s. w., der Kammer ans Herz. Freimüthigkeit sei Pflicht; er habe ihr genügt. Hierauf Abg. Humann in entgegengesetzter Richtung: Es handle sich von einem ganz Deutschland umschlingenden Band materieller Einheit, ein Zweck, welchen die Aprilprotocolle verfolgten. Redner überschaut diese Actenstücke, denen er seinen vollen Beifall zollt, sucht darzuthun, welche weitgehende Vortheile der Anschluß an Oesterreich gewähren würde, das sich ohnehin nicht aus Deutschland hinausdrängen lassen wolle, und spricht sich für die Anträge des Ausschusses aus, ohne mit dessen Ausführungen einverstanden zu sein. Der Abg. v. Löw stellt sich gerade auf den Standpunkt des Ausschusses, bedauert übrigens, daß derselbe die politische Seite unbeleuchtet gelassen habe, und ist für die Erneuerung des Zollvereins, da er für den Schaden der Trennung keinen Ersatz sehe. Nun erhebt sich der Abg. Freiherr v. Schenck. Allgemeine Aufmerksamkeit, da er sich von seiner amtlichen Stellung nicht füglich trennen kann. Er beginnt damit, daß er sich mit dem auf eine Bitte beschränkten Antrag des Ausschusses einverstanden erklärt. Auch mit dem Inhalt der Berichte ist er größtentheils einverstanden. Er hebt hervor, worin er nicht einverstanden ist, und bedauert, daß Preußen namentlich durch einseitigen Abschluß des Steuervertrags mit Hannover die Grundlage verrückt habe, auf welcher die Erneuerung des Zollvereins hätte stattfinden können, denn Preußen sei bei diesem Vertrage allein interessirt. Dann untersucht Herr v. Schenck die Frage, ob die Nachtheile der Lösung des Bandes des Zollvereins so bedeutend seien, als man sie angebe, und sucht auszuführen, daß dieses nicht der Fall sei, da auf der andern Seite Vortheile entschädigten. Er deutet auf den weiten Markt Oesterreichs in seinem größeren Umfange hin, sowie auf dessen Bereitwilligkeit der Garantie der Zolleinkünfte, die seit Jahren sich gemindert hätten und auch durch jenen Steuervertrag sich mindern würden. Mache man geltend, daß die Landesgrenze zum Theil zur Zollgrenze werden würde, so sei zu bedenken, daß Bayern keinenfalls ohne Weiteres wieder eintreten würde, so daß dann die dahin gehende Grenze, die noch ausgedehnter sei, zur Zollgrenze werden würde. Allerdings sei die Abtrennung von Preußen eine Calamität; allein man könne sich dem Vertrauen hingeben, daß es dahin nicht kommen würde; alle Gründe, das Erkenntniß der Nothwendigkeit, alle Erschütterungen zu vermeiden, sprächen für ein friedliches Abkommen; nicht von politischen Rücksichten, sondern von dem Bestreben, ein großartiges Werk aufzurichten, würden die Staaten der Coalition geleitet. Graf v. Erbach-Fürstenau läßt sich besonders von der Betrachtung leiten, daß Oesterreich aus politischen Gründen nicht ausgeschlossen werden dürfe, und ist zwar nicht mit dem Inhalt des Ausschußberichts, aber doch mit dem Antrage des Ausschusses einverstanden. Abg. Hesse hält die Erörterungen der Angelegenheit in den Kammern für eben so unpraktisch als nachtheilig, und gibt zu bedenken, daß das Großherzogthum nicht selbstständig handeln könne, sondern genöthigt sei, sich den Staaten der Coalition anzuschließen; diese seien von Preußen durch seinen Vertrag mit Hannover und die Kündigung des Vereinsvertrags in die Bahn gedrängt worden, in der sie nun daherschritten; hätten sie sich gradezu hingegeben, so wäre dieses der erste Schritt zur Mediatisirung gewesen; die größte Calamität wäre die Kluft zwischen Nord- und Süddeutschland, das Ausscheiden Oesterreichs; der Zweck der Staaten der Coalition sei ein nationaler; es gelte, 70 Millionen zu verknüpfen, und in diesem weiten Kreise habe Preußens Intelligenz einen fruchtbaren Spielraum. Dazu der Nachbar im Westen, dem nur durch Eintracht zu widerstehen sei. Der Abg. v. Lehmann schließt sich dem Vorredner an. Nun nimmt der Präsident, Graf Laubach, das Wort. Er habe keine Besorgniß wegen Veröffentlichung der ständischen Erörterung der großen Frage; das Großherzogthum sei ein Agriculturstaat, und er betrachte sich in seinen Verhältnissen als Vertreter der entsprechenden Interessen. Darum sehe er am wenigsten in einer Vereinigung mit Oesterreich einen Ersatz für die Nachtheile der Auflösung des Zollvereins; ein noch nicht berührtes Moment sei der Ertrag der Eisenbahnen; im Fall jener Trennung würde sich derselbe sehr vermindern und so die Zinsenlast der aufgenommenen Millionen auf die Steuerpflichtigen fallen. Noch schwerer seien die politischen Folgen: ein unnatürlicher Zollkrieg, der Schmuggel, der einen Freibrief

in den Händen zu haben glaube, das erschütterte Vertrauen, neue Nahrung für Umwälzungen. Bei Gefahr sei die nächste Hilfe bei Preußen; werde dieses entfremdet, dann wäre die Möglichkeit des Aufsuchens auswärtigen Bündnisses gegeben. Allerdings habe Preußen in der Form gefehlt. Aber darum Trennung? Höchst wahrscheinlich werde Preußen sich lieber isoliren, als mit Oesterreich gehen. Namentlich in kleinen Staaten sei die höchste Weisheit die, das Gemeinwohl sorgfältig zu pflegen, und darin die Stütze der Regierung zu finden. Vor allen Dingen sei Erneuerung des Vereins, dann das Bestreben, sich Oesterreich zu nähern, nothwendig. Preußen selbst habe vollen Grund, die Trennung zu vermeiden, alles Gehässige fern zu halten, und werde die Hand bieten. Es sei leichter, niederzureißen, als aufzubauen. Zu befürchten sei die Erweiterung der Kluft, das Entgegentreten feindlicher Systeme. Im Norden Deutschlands die Annäherung an das System des Freihandels, da Preußen England aufsuchen werde, im Süden das System des Schutzzolls. Schon freue sich das Inselreich auf den hereinbrechenden Hader. Es sei Pflicht, alle Empfindlichkeit zu unterdrücken, hohe Pflicht, unendliches Unheil abzuwenden. Der Abg. Engelbach (Berichterstatter) vertheidigt den Ausschußbericht, auch insofern, als er das Gebiet der Politik vermieden habe. Freiherr v. Schäffer-Bernstein findet keinen Nachtheil darin, daß die Verhandlung vor die Oeffentlichkeit trete, wenn darin auch eine Unbequemlichkeit gefunden werde, wünscht, dem Frhrn. v. Schenck für seine Offenheit dankend, daß dessen Erwarten friedlicher Lösung in Erfüllung gehe und ist für den Antrag des Ausschusses, gleich dem Abg. v. Rabenau, welcher jedoch die Motive des Ausschusses nicht theilt und dem Benehmen der Staatsregierung seinen Beifall ertheilt. Der Abg. Thudichum meint, es handele sich von der Frage, welche Verbindung vorzuziehen, welche nöthigenfalls aufzuopfern sei? Wenn die große Mehrzahl der Staatsbürger die Auflösung des Zollvereins für ein Unglück ansehe, dann sei es eine Pflicht der Volksvertretung, dieses den Regierenden gegenüber auszusprechen. Die Abgg. v. Günderrode und Lauteren sind für Erneuerung des Zollvereins. Nachdem noch Frhr. v. Schenck in Anbetracht des Beschlusses der Kammer bemerkt hatte, Preußen werde sich zur Aufhebung der Ausgleichungsabgaben keinenfalls herbeilassen, und Herr v. Schäffer (früher Gesandter am Berliner Hof) aus eigener Erfahrung dieses bestätigt hatte, wurde nach einer sechsstündigen Discussion zur Abstimmung geschritten: theils mit Stimmeneinhelligkeit, theils mit Stimmenmehrheit wurden die Anträge des Ausschusses angenommen. Da so kein Einverständniß mit der zweiten Kammer erzielt wurde, so hat sich diese noch einmal mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

* **Wiesbaden**, 14. Nov. Auch die Krugbäcker in den Aemtern Montabaur und Selters haben sich in einer Petition an den Herzog für Erhaltung des Zollvereins ausgesprochen.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 11. Nov. Der Landrath von Baselland hat den dortigen Regierungsrath in eine Ordnungsbuße von 50 Franken verfällt, wegen noch nicht erfolgter Eingabe der Staatsrechnung für 1851. — In Yverdon wurde dieser Tage ein Transport Rekruten angehalten, welche für römische Dienste geworben waren. Bei einem der ergriffenen Werber hat man ein Circular gefunden, aus welchem hervorgeht, daß die neue päpstliche Schweizergarde eine ganz besondere Truppe zu werden bestimmt ist. — In der solothurnischen Gemeinde Stüßlingen hat ein 32 Jahre alter Soldat, der vor zwei Monaten im elendesten Zustand aus Neapel zurückgekehrt war, eine Scheuer in Brand gesteckt. Er habe es gethan, äußerte er sich, „damit er wegkomme". — Wegen Beschädigung der Dampfschiffe auf dem Genfersee ist die dortige Dampfschifffahrt jetzt ganz unterbrochen.

Italien.

In **Rom** ist am 31. October der außerordentliche Gesandte Spaniens beim heiligen Stuhle, Graf Colombi, gestorben. — Gegenwärtig sind zu Rom vier neue Brücken über die Tiber im Bau begriffen. Der Ponte Rotto schreitet rasch seiner Vollendung entgegen und soll Anfangs Januar dem Verkehr übergeben werden. — Von Rom nach der neapolitanischen Grenze wird eine elektrische Telegraphenlinie hergestellt, und es ist der Befehl ertheilt worden, dieselbe in möglichst kurzer Frist zu vollenden.

In **Ancona** sind wiederum 27 Mitglieder des Clubs der Ammazzarelli (des republikanischen Blutbundes) erschossen worden.

Frankreich.

† **Paris**, 11. Nov. Das seit langer Zeit schon angekündigte Manifest des Grafen von Chambord ist endlich erschienen, oder vielmehr heimlich unter seine Anhänger vertheilt worden. Der Zweck des legitimistischen Prätendenten scheint aber keineswegs der zu sein, Agitation anzuschüren oder thätige Opposition hervorzurufen; was er will, besagen die das Manifest begleitenden Instructionen für die ihm ergebene Partei. Jenes Actenstück gegen die Wiederherstellung des Kaiserreiches lautet:

Franzosen! Gegenüber den Prüfungen meines Vaterlandes habe ich mich freiwillig zur Unthätigkeit und zum Schweigen verurtheilt. Ich würde es mir nicht verzeihen, hätte ich nur einen Augenblick seine Verlegenheiten und seine Gefahren verschlimmern können. Getrennt von Frankreich, ist mir dasselbe ebenso theuer und heilig, ja noch mehr, als wenn ich es niemals verlassen hätte. Ich weiß nicht, ob es mir eines Tages vergönnt sein wird, meinem Vaterland zu dienen; aber ganz gewiß bin ich dessen, daß es mir nicht ein Wort, nicht einen Schritt vorzuwerfen haben wird, der seine Ruhe und Wohlfahrt im geringsten beeinträchtigen könnte. Aber seine Ehre wie die meinige, die Sorge für seine Zukunft, meine Pflicht gegen dasselbe ist es, was mich bestimmt, heute meine Stimme zu erheben. — Franzosen! Ihr wollt die Monarchie; ihr habt erkannt, daß sie allein mit einer geregelten und dauerhaften Regierung euch jene Sicherheit aller Rechte, jene Gewähr für alle Interessen, jenes dauernde Band zwischen einer starken Autorität und einer weisen Freiheit zurückgeben kann, welche der Nationen Glück begründen und sichern. Ueberlasset euch nicht Illusionen, welche euch früher oder später verderblich werden können. Das neue Kaiserreich, welches man euch anbietet, kann diese maßvolle und dauerhafte Monarchie nicht sein, von der ihr alle jene Güter erwartet. Man täuscht sich und täuscht euch, wenn man sie euch in seinem Namen verspricht. Die wahrhafte Monarchie, die traditionelle Monarchie, gestützt auf das erbliche Recht und geweiht durch die Zeit, kann euch allein in den Besitz jener werthvollen Güter wieder einführen und deren Genuß für immer verschaffen. Das Genie und der Ruhm Napoleons haben nicht ausreichen können, etwas Dauerndes zu gründen; sein Name und sein Andenken würde noch viel weniger dazu ausreichen. Man stellt die Sicherheit nicht dadurch wieder her, daß man das Princip erschüttert, auf welchem der Thron ruht, und man befestigt nicht alle Rechte dadurch, daß man dasjenige mißkennt, welches unter allen die Grundlage monarchischer Ordnung ist. Die Monarchie in Frankreich ist das königliche Haus in Frankreich, in seiner unauflöslichen Verbindung mit der Nation. Meine Väter und die eurigen sind durch die Jahrhunderte mit einander gegangen, gemäß den Sitten und den Forderungen der Zeit im Einklang arbeitend an der Entwickelung unsers schönen Vaterlandes. Während vierzehnhundert Jahren haben unter allen Völkern Europa's die Franzosen allein immer Fürsten ihrer Nation und ihres Blutes an ihrer Spitze gesehen. Die Geschichte meiner Ahnen ist die Geschichte der fortwährenden Größe Frankreichs und es ist wiederum die Monarchie, welche es mit jener Eroberung von Algerien begabt hat, die so reich ist an Zukunft, so reich schon durch die bedeutenden militärischen Größen, welche sie geschaffen hat und deren Ruhm sich allen euren Glorien anfügt. Welches auch die Bestimmungen Gottes über euch und über mich sein mögen, — weil ich das Haupt des alten Geschlechtes eurer Könige geblieben, der Erbe jener langen Reihe von Monarchen, welche durch so viele Jahrhunderte unablässig die Macht und das Glück Frankreichs vermehrt und ihm Achtung verschafft haben, bin ich es mir selbst, bin ich es meinem Hause und meinem Vaterland schuldig, laut gegen lügnerische und gefahrvolle Combinationen zu protestiren (de protester hautement contre des combinaisons mensongères et pleines de dangers). Ich wahre also meine Rechte, welche die sicherste Gewähr für die eurigen sind, und Gott zum Zeugen nehmend, erkläre ich Frankreich und der Welt, daß ich treu den Gesetzen des Königthums und den Ueberlieferungen meiner Ahnen, gewissenhaft bis zu meinem letzten Hauch das anvertraute Gut der erblichen Monarchie bewahren werde, zu deren Hut mich die Vorsehung berufen hat, und welche der einzige Hafen des Heils ist, wo nach so vielen Stürmen dieses Frankreich, der Gegenstand unserer ganzen Liebe, endlich die Ruhe und das Glück wird wiederfinden können. Froschdorf, den 25. October 1852. Heinrich.

Die diesem Manifest angefügten Instructionen für die Anhänger des legitimistischen Kronprätendenten sind in demselben Geist abgefaßt; es heißt darin wörtlich:

Während des Verlaufs so vieler unfruchtbaren Versuche, hat man mit Befriedigung den Beistand wahrgenommen, welchen die Royalisten ebenso wie alle gutgesinnten Leute demjenigen geliehen haben, der berufen war, die Unordnung niederzuhalten und in unsere Gefilde und unsere Städte die Ruhe zurückzuführen; aber das Land kann die edelen Willensäußerungen, welche sich zur Rettung des Gemeinwesens vereinigen, nicht mit den Manövern des Ehrgeizes und Egoismus verwechseln. Nein, das Kaiserreich, welches ihm aufgelegt werden soll, kann diese schirmende Monarchie nicht sein, deren Bedürfniß es heute fühlt. Es wird dies nur eine Spaltung mehr in unserer Mitte, eine Verwickelung mehr in unsern Geschicken sein. Es kann daraus nur die Verletzung der Gesetze und die Willkür hervorgehen.

Demgemäß werden die Legitimisten ausdrücklich aufgefordert, am 21. und 22. November sich der Abstimmung zu enthalten.

⁂ **Paris**, 12. Nov. Der amtliche Theil des „Moniteur" enthält heute nur Ernennungen in der Marine, im Orden der Ehrenlegion und in den Bürgermeistereien. — Der Prinz-Präsident, der gestern, wie schon gemeldet worden, zu den Jagden nach Fontainebleau gereist ist, war vom Staatsminister Fould, vom Senator v. Caumont-Laforce und vom Obersten Fleury begleitet. Heute haben sich auch die Minister v. Saint-Arnaud und v. Mau-

pas nach Fontainebleau begeben, in dessen Schloß nicht weniger als 1400 Betten für die Theilnehmer an den großen Jagden, die vier Tage dauern werden, in Bereitschaft gesetzt wurden. — Der Staatsrath hat heute Vormittag eine Sitzung für Erledigung streitiger Angelegenheiten gehalten. — In Uebereinstimmung mit dem Decret vom 7. d. M. hat der Marineminister verfügt, daß die zur Zeit in Paris verweilenden Flottenoffiziere am 21. und 22. Nov. ihr Votum im Hotel des Marineministeriums abgeben sollen. In einigen Bezirken der Champagne werden dem „Constitutionnel" zufolge die Tage der allgemeinen Abstimmung mit Böllern, Volksbelustigungen ꝛc. festlich begangen werden; in manchen Gemeinden wollen die Wähler zu Ehren des zukünftigen Kaisers Aufzüge mit Fahnen veranstalten und sich so zu der Wahlurne begeben. — Als in Marseille auf telegraphischem Wege das Votum des Senats vom 7. d. M. bekannt wurde, schmückten sich alle öffentlichen Etablissements mit Fahnen, und Gruppen von Lesenden drängten sich überall um die Plakate, welche den Inhalt der Depesche, von einer Proclamation des Maires begleitet, bekannt gaben. Am Abend wurden alle öffentlichen Gebäude und viele Privathäuser illuminirt.

Großbritannien.

‖ **London**, 11. Nov. Aus der heute gehaltenen Chronrede ist ersichtlich, daß Amerika den Lieblingswunsch, welcher dem freihändlerischen Grundsatze eine Art von Compliment gemacht wissen wollte, seine Meinung wirklich durchgesetzt hat. Zwar hat der betreffende Passus eine sehr milde und den gegnerischen Theil des Ministeriums einigermaßen beschwichtigende Fassung erhalten; aber ein Zugeständniß bleibt es immer, welches die ehemaligen Führer der Protectionisten den Whigs gemacht haben, und darin eben besteht das vornehmste Interesse der Thronrede, denn was dieselbe über die Miliz und die Vertheidigungsfähigkeit des Landes sagt, hat den bisherigen Expectorationen der Blätter über Englands Schutzbedürftigkeit für gewisse Eventualitäten gegenüber geringere Bedeutung.

Die Königin hielt gestern einen Hof, bei welchem zuerst Hr. Mussurus eine Audienz hatte und Nubar Bey, den Ueberbringer einiger Geschenke vom Pascha von Aegypten, Ihrer Majestät vorstellte. Diese Geschenke, aus arabischen Rossen bestehend, wurden der Königin im Palastgarten vorgeführt. Um vier Uhr präsidirten die Königin und Prinz Albert einem geheimen Staatsrath (Privy Council), in welchem der Marquis von Winchester als neuernannter Lord-Statthalter von Hampshire, und Lord Batemann als Statthalter von Herefordshire den Eid ablegten. Ferner wurde in dieser Sitzung die Chronrede festgestellt. — Gestern Abends war parlamentarisches Diner bei Lord Derby, bei Disraeli und bei Lord John Russell. — Der Leichnam des Herzogs v. Wellington wurde gestern Abends in möglichster Stille von Walmer nach Deal und von da mit der Eisenbahn nach London geführt. Ein Kanonenschuß von Walmer-Castle verkündete den Augenblick, in welchem der Sarg aus dem Schlosse getragen wurde. Die Geschütze von den Castellen zu Deal und Sandown erwiederten die Trauerbotschaft und lös'ten von Minute zu Minute Kanonenschüsse, die in schwarzer Nacht auf dem wildbewegten Meere verhallten. Gegen 1 Uhr nach Mitternacht kam der Zug auf dem Londoner Bahnhofe an, wo er trotz der späten Stunde und des heftigen Regens von einer großen Menschenmenge erwartet wurde. Eine Abtheilung Schützen und Gardekürassiere eskortirten sofort den Sarg nach Chelsea.

Neueste Nachrichten.

* **Berlin**, 13. Nov. Wie verlautet, ist von Frankreich hier ein Handelsvertrag provorirt worden. Indeß scheinen darüber noch keine Verhandlungen stattzufinden, da es sich vorerst um die allgemeinen Grundsätze, welche die französische Regierung ihrem Anerbieten zu Grunde legt, handeln dürfte.

Hannover, 12. Nov. Das geistliche Ministerium der Residenz hat einen in der Steinackerschen Sache sehr erheblichen Beschluß gefaßt. Es hat nämlich und zwar einstimmig beschlossen, Steinacker zum Collegium nicht zuzulassen und zwar aus dem Grunde, weil demselben notorisch die (durch die Kirchenordnung erforderte) nothwendige Eigenschaft eines Kirchendieners, die Rechtgläubigkeit, abgehe. Dem Magistrate hat das geistliche Ministerium hiervon Anzeige gemacht. (Hann. Z.)

† **Paris**, 12. Nov. Man hält es für eine ausgemachte Sache, daß die seit langer Zeit schon angekündigten großen Finanzmaßregeln noch vor der Proclamation des Kaiserreichs ans Licht treten werden, und glaubt sogar, der „Moniteur" werde sie schon nächsten Montag bekannt geben. Ein Decret soll die Verminderung der Armee verkünden, ein anderes den Amortisirungsmodus der Dreiprocentigen bestimmen. Prinz Ludwig Napoleon, heißt es, wünsche, daß diese Maßnahmen noch vor der allgemeinen Abstimmung am 21. und 22. d. M. in ganz Frankreich bekannt werden. Uebrigens scheint die Proclamation des Kaiserreichs ohne besondern Eclat vor sich zu gehen und die glänzenden Feste bis zur Vermählung Ludwig Napoleons, die von gewöhnlich gut unterrichteten Leuten als nahe bevorstehend bezeichnet wird, verschoben sein zu sollen; man spricht vom Januar. Auch wird die Umwandelung der Regierungsform den auswärtigen Höfen wahrscheinlich nicht durch außerordentliche Gesandte angezeigt werden, und will man abwarten, in welcher Weise sich die Macht bei der Vermählungsfeier werden repräsentiren lassen. Die Häupter der Republikaner sollen in einer zu diesem Behuf abgehaltenen Versammlung beschlossen haben, ihre Partei, der ursprünglichen Absicht entgegen, an dem Scrutinium vom 21. und 22. November Theil nehmen zu lassen. Die Bonapartisten beforgen indessen hiervon so wenig eine tief eingreifende Wirkung wie von dem Manifest des Grafen v. Chambord. — Alle Minister sind zu den Jagden von Fontainebleau geladen und auch der britische Gesandte hat sich zu denselben begeben.

† **London**, 12. Nov. (auf telegraphischem Weg über Paris). Beide Häuser des Parlaments haben gestern Abend noch eine Sitzung gehalten und ihre Antwortadressen auf die Thronrede votirt. In jedem der Häuser aber gingen diesem Votum Interpellationen an das Cabinet voraus, bei den Lords von dem Marquis v. Lansdowne, bei den Gemeinen von Villiers gestellt; dort erwiderte der Premier Graf v. Derby, hier der Schatzkanzler Disraeli. Natürlich war die Freihandelsfrage Hauptgegenstand dieser Interpellationen, und Villiers, von Lord John Russell, Lord Palmerston, Gladstone und Cobden unterstützt, fündigte für den 22. d. M. die Einbringung eines Antrags an, der das Ministerium zu einer deutlichern Erklärung als die in der Thronrede enthaltenen zwingen soll. Die vom Grafen Derby und dem Schatzkanzler vor dem Parlament abgegebenen Erwiderungen lauteten um nichts kategorischer als jener Paragraph der Rede der Königin. Der Premier hat erklärt, er untverwerfe sich bezüglich des Freihandelsprincips der Entscheidung des Landes und werde es unparteiisch und loyal anwenden. Disraeli bemerkte, in der Thronrede werde die unbeschränkte Concurrenz proclamirt und die Regierung werde bald Gelegenheit nehmen, die Maßregeln darzulegen, die sie dem Parlament unterbreiten wolle. Graf Derby erklärte auch, was den in Frankreich sich vorbereitenden Dingen gegenüber nicht unwichtig ist, daß sich die Regierung in die innern Angelegenheiten andrer Staaten nicht mischen werde.

Frankfurt, 14. November Abends.

Die im Rückstand gewesene Pariser Post von vorgestern ist heute Vormittag, wie aus obigen Nachrichten ersichtlich, eingetroffen; dagegen sind die heute fälligen Posten aus Paris und England ausgeblieben.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Ludwigshafen, 11. Nov. Den 16. d. M., an welchem Tage die Ludwigshafen-Pariser oder vielmehr die Ludwigshafen-Havrer Bahn in ihrer ganzen Länge dem Verkehr übergeben wird, tritt auch für die pfälzische Strecke derselben ein neuer Fahrplan in's Leben. Der erste Zug geht Morgens um 5¼ Uhr von hier ab und kommt Abends gegen 11 Uhr in Paris an. Von Paris ist der Abgang Abends um halb 8 Uhr, die Ankunft hier am andern Nachmittag 1 Uhr 40 Minuten. (Pf. Z.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 14. Nov. In der heutigen Effectenfocietät zeigte sich in den meisten Fondsgattungen, in welchen Umsätze stattfanden, nur wenig Coursveränderung gegen gestern. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 80½, pCt.; 4½ pCt. Metall. 71¾ & ½, pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88 pCt. G.; Wiener Bankactien bedisser 1365 fl. Von spanischen Fonds waren 1pCt. Reute etwas gefragter, 24½ pCt. G., 3pCt. Inländische 45¼ & ¼ pCt. Fr.-W.-Nordbahn war 44¼ pCt. G. In allem Uebrigen wurde nur wenig gethan.

Berlin, 13. Nov. Staatsfch. 93¼ Brf., 92½ G. — Köln-Minden 112½ & ¼ bez. — Fr.-W.-Nordb. 41¼ Brf., 40½ G., 41¼ à 41 bez.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 13. Nov. 5pCt. Metall. 94½. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 —. — 4½ pCt. Metall. 84¼. — Bankactien 1335. — 250 fl. Loose 136½. — 5pCt. Lombard.-Venet. 102¼. — London 11 fl. 29 kr. — K.-L.-Nords. 223½. (Courebl. v. A. Sulzbach.)

Paris, 13. Nov. 5pCt. Rente 108. — 3pCt. do. 86. — Eisenbahnactien sehr fest. — 1pCt. Span. 25 pCt. (Courebl. v. A. Sulzbach.)

☞ Den Schluß des Kölner Processes werden wir, da das Hauptresultat schon bekannt ist, in der Beilage bringen.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuhlckett.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Kouvertsallenblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Montag **(Beilage zu Nr. 273.)** 15. November 1852.

Deutschland.

*△ **Wien**, 11. Nov. Die Errichtung der Centralcommission für den österreichisch-modenesisch-parmaischen Zollverein ist heute bekannt gemacht und hiesigerseits der Statthalter der Lombardei, Graf Strassoldo, zum Präsidenten derselben, dann von Seite Modena's der Major Cimbradi, und von Seite Parma's Graf Gregor Morandi zu Mitgliedern ernannt worden. Der Vollzug dieser im September d. J. ratificirten Zolleinigung wird in so fern schon mit dem 1. Februar 1853 ins Werk gesetzt werden, als die Grenzzollinie zwischen den Herzogthümern und dem gegenüber liegenden lombardischen Grenzbezirk in diesem Zeitpunkte außer Wirksamkeit tritt, und die Lombardei als inneres Zollgebiet behandelt wird. Vom 1. Februar 1853 an bilden also die österreichische Monarchie, das Fürstenthum Liechtenstein und die genannten herzoglichen Staaten ein gemeinschaftliches Zollgebiet, und werden die zur Ausfuhr bestimmten Waaren gegenseitig ohne eine Amtshandlung oder Zollgebühr von einem Lande in das andere zugelassen. In Bezug auf die Bodenerzeugnisse und jene der landwirthschaftlichen Industrie ist die freie Einfuhr aus den Herzogthümern in die Lombardei schon vom 1. d. M. gestattet worden. — Durch allerhöchste Entschließung sind die bisher erhobenen Moldauzölle in Böhmen in dem Grade ermäßigt worden, als eine Verminderung bei einzelnen Artikeln in Folge der Vereinbarung bei der dritten Elbeschiffahrtsrevisionscommission auch bezüglich der außerösterreichischen Elbzölle eingetreten ist. Diese Maßregel kommt schon mit dem 15. d. M. in Wirksamkeit.

† **Erfurt**, 11. Nov. Der hiesige Gemeinderath hat in seiner gestrigen Sitzung die ihm zustehende Wahl eines Abgeordneten zur ersten Kammer vorgenommen; dieselbe fiel mit allen Stimmen auf den Stadtrath Frenzel.

z* **München**, 13. Nov. Wie zur Zeit bestimmt ist, werden der Großfürst-Thronfolger von Rußland und der Kronprinz von Würtemberg mit höchstihren Gemahlinnen die Rückreise von Wien nach Stuttgart über München nehmen und in einigen Tagen hier eintreffen. — Man will hier mit einiger Bestimmtheit wissen, daß der Schumacher'sch-griechenlands seine damit einverstanden, daß die Thronfolge auf den jüngsten Bruder des Königs Otto, den Prinzen Adalbert von Bayern, übergehe, nachdem der zweitjüngste Bruder, Prinz Luitpold, für sich und seine Kinder auf die Thronfolge verzichtet hat; auch heißt es, daß sich Prinz Adalbert demnächst nach Griechenland begeben werde. — Mehrere Haubitzen von dem allerschwersten Kaliber, die für die Bundesfestung Ulm bestimmt sind, wurden in den jüngsten Tagen hier in Gegenwart einer besondern Commission probirt. Dieses furchtbare Geschoß wurde auf dem bayerischen Eisenwerk Maximilianshütte gefertigt.

* **Karlsruhe**, 11. Nov. Zu Ende dieser Woche wird hierselbst die Confirmation der zweiten Schwester Sr. königl. Hoh. des Regenten, der Prinzessin Marie großherzogl. Hoh., stattfinden und sollen dem Vernehmen nach zu dieser Feierlichkeit die nächsten Verwandten der Prinzessin, der Herzog und die Herzogin von Koburg, sowie die Prinzen Wilhelm und Karl von Baden, Ersterer von Potsdam, Letzterer von Verona hierher kommen. — In unterrichteten Kreisen will man von einem baldigen Ende der obschwebenden Zollvereinsdifferenzen wissen, und zwar so, daß der Zollverein mit Preußen erhalten bleibt. Baden hat sich bekanntlich während der ganzen Krisis mit der möglichsten Zurückhaltung und Vorsicht benommen; im Hinblick auf seine geographische Lage konnte es sich einem Anschluß an die Coalition nicht wohl entziehen, einem aggressiven Schritt gegen Preußen hat es sich indeß niemals angeschlossen. Bei allen, welche in dieser Sache klar und ohne vorgefaßte Meinung urtheilen, stand übrigens die Ansicht von Hause aus fest, daß eine Trennung von Preußen zu den ungünstigsten Eventualitäten gehöre; man freut sich darum um so mehr, daß es zu einer solchen nicht kommt. — In der vergangenen Woche war eine Generalversammlung der Actionäre der Wagh'äuseler Zuckerfabrik am hiesigen Orte. Dass dabei bekannt gewordene Resultat soll, wie verlautet, sehr günstig sein.

> **Mainz**, 14. Nov. Heute Morgen 6 Uhr beim Oeffnen des Büreaus der königlichen Dampfschifffahrtsgesellschaft fand sich eine Summe von 2600 fl. entwendet, Spuren eines von außen durch das Oberlicht des Locals geschehenen Einbruchs fanden sich vermittelst zweier Leitern, auch fehlte der gewöhnlich darin schlafende Büreaudiener; die Untersuchung ist sogleich eingeleitet. — Wie man so eben vernimmt, hat man auf der Taunuseisenbahn in Frankfurt den vermißten Büreaudiener nebst dem entwendeten Geld festgenommen.

h **Gotha**, 13. Nov. Dem im künftigen Monat hier zusammentretenden Sonderlandtag soll nunmehr, wie man vernimmt, der Entwurf eines Preßgesetzes vorgelegt werden. Unser Herzogthum entbehrt bis jetzt eines solchen, da die vom vorigen Ministerium ausgegangenen wenigen provisorischen Preßbestimmungen sich eigentlich nur auf die Aufhebung der Censur bezogen. Neben dieser Vorlage wird auch der Entwurf einer Gewerbeordnung und einer Ablösungsgesetzes genannt, welcher letztere gegenwärtig noch der geistlichen Oberbehörde behufs der Vorschläge über die Kirchengüter unterbreitet ist. — Eine neuere Nachricht über das Befinden des Regierungsraths Eberhardt in Dresden lautet weniger günstig, da ein zweiter Versuch zur Operation wegen körperlicher Schwäche des Patienten ebenfalls aufgegeben werden mußte.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 13. Nov. Schon jetzt stellen die Parteien Berechnungen an, wie sich die politischen Verhältnisse 1854 bei der Erneuerungswahl des großen Raths gestalten werden. Die Radicalen hoffen, durch Zuwarten bis zu dem Augenblick vor der Wahlschlacht die Conservativen einzuschläfern. Die Regierung hat vorzüglich ihr Augenmerk auf die Finanzen gerichtet und strebt nach einer möglichen Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben; darum wird überall gespart. Kann sie mit einem kleinen Deficit vor das Volk treten, so hofft sie die Mehrheit für sich zu haben. — Verschiedene Mittheilungen stimmen überein, daß das Grimselspital wahrscheinlich durch abschließende Brandstiftung vernichtet worden. Man fand nämlich unter dem Mist Fässer voll Wein, viele Kisten mit Flaschenweinen und Liqueuren &c. versteckt. Der eine Knecht, der bei dem Brande anwesend war, entfernte sich bei der Entdeckung dieser Gegenstände und ist nicht wieder zum Vorschein gekommen. Der Wirth Jobach, dessen Pachtzeit demnächst abgelaufen sein wird, hatte sein Mobiliar sehr hoch versichert. Er ist verhaftet.

Frankreich.

* **Paris**, 12. Nov. Prinz Ludwig Napoleon fuhr gestern zur Abreise nach Fontainebleau in offenem Wagen und ohne Escorte nach dem Lyoner Bahnhof; die Jagdwagen waren bereits früh Morgens abgegangen. Der Bahnhof war mit Adlern, Blumenkränzen und dem Wappen Napoleons III. geschmückt. Nachdem er sich einige Augenblicke mit den ihn empfangenden Personen unterhalten hatte, bestieg er den mit dem kaiserlichen Wappen verzierten Wagen. Die in Doppelreihe aufgestellten Bahnbeamten begrüßten ihn mit dem Ruf: Es lebe der Kaiser! Auch an der Locomotive war ein Adler mit vergoldeten Flügeln und das kaiserliche Wappen angebracht. In Fontainebleau, wo die Behörden am Bahnhof den Präsidenten empfingen, gaben ihm der Jagdcapitän E. Ney, der Jagdlieutenant Marquis Toulongeon und die Offiziere der Besatzung das Geleite bis zum Schlosse. Auch Napoleon Bonaparte hat sich, einer Einladung seines Vetters folgend, nach Fontainebleau begeben, wo die Prinzessin Mathilde, die Marquise v. Contades und die Gräfin Montijo im Amazonenkleid ebenfalls der Jagd folgen werden. — Der Polizeiminister v. Maupas hat zwei nächtliche Haussuchungen veranlaßen lassen bei Madame Felicie, Hofschneiderin der Prinzessin Mathilde. Man sagte, daß Herr Schoelcher, früher Deputirter der äußersten Linken (der so eben ein sehr heftiges Pamphlet gegen Ludwig Napoleon veröffentlichte), sich im Hause jener Dame versteckt aufhalte. Allein man fand nichts, und die erzürnte Madame Felicie klagte der Prinzessin ihr Leid. Diese schrieb über die Angelegenheit an Herrn v. Maupas, der sich bei der Prinzessin entschuldigte, indem er ihr Briefe vorlegte, die ihm verschrieben, daß Herr Schoelcher sich in Paris befinde. — Ein Decret

verfügt die Errichtung eines Regiments Guiden von 6 Schwadronen, welches 63 Offiziere und 1140 Mann zählen wird. Die Offiziere sind, mit Ausnahme des Obersten — dieser Posten ist angeblich dem jungen Murat zugedacht — bereits ernannt. — Die in Folge von des Ermontagnards Dain Ernennung zum Appellgerichtsrath auf Guadeloupe entstandenen Unordnungen, von denen ihrer Zeit berichtet wurde, sind Gegenstand gerichtlicher Untersuchung gewesen; die Anklagekammer des Appellhofes der Colonie hat das Nichtschuldig gegen die Angeklagten ausgesprochen und der Cassationshof von Guadeloupe hat dieses Urtheil bestätigt.

Zu Lord Cowley's Benehmen hat man in der letzteren Zeit eine merkliche Aenderung wahrgenommen. Sah man den feinen Staatsmann früher nicht allzu oft im Elysee oder in St. Cloud, so weilt er nun desto häufiger in der Nähe des zukünftigen Kaisers; dies läßt ein gutes Einvernehmen zwischen England und Frankreich voraussetzen. Sicher ist, daß zwischen beiden Ländern sich ein inniger commercieller Anschluß vorbereitet, welches Vorhaben feindselige Absichten, wie sie die Journale gern zwischen den Nachbarländern weissagen, nicht annehmen läßt.

Persigny leidet zwar an epileptischen Anfällen, seine Gesundheit ist sehr erschüttert. Er beschwert sich über Magenschwäche und dürfte nicht lange seinem wichtigen Posten vorstehen, wenn nicht eine baldige Besserung eintritt. (K. Z.)

△ **Straßburg**, 13. Nov. Gleich nach seiner Ankunft in hiesiger Stadt hat sich Herr Magne, Minister der öffentlichen Arbeiten, um 11 Uhr Vormittags in Begleitung der Ingenieure nach dem oberrheinischen Departement begeben, um die Besichtigung des durch die jüngsten Ueberschwemmungen verursachten Schadens zu beginnen und die Maßregeln anzuordnen, welche die Umstände erfordern. Man hofft, daß nicht mehr als eine halbe Million Fr. zu Flußbauten rc. verwendet werden wird. — Die Einweihung der Metz-Saarbrücker-Eisenbahn ist auf den 15. l. M. festgesetzt. Die Festlichkeiten, welche prachtvoll zu werden versprechen, für welche der Municipalrath von Metz 25,000 Fr. votirt hat, werden den 15. und 16. Nov. stattfinden.

Spanien.

•• **Madrid**, 7. Nov. Die amtliche Zeitung meldet, daß die schwebende Schuld von Spanien am 1. d. M. 356,205,323 Reale betrug und daß im October Schatzbons mit 6 bis 8 Procent discontirt wurden. — Dem „Heraldo" zufolge werden vier für die spanische Regierung in England gebaute Dampfboote demnächst mit Truppen nach Cuba abgehen; die Besatzung dieser Insel erhält im Ganzen eine Verstärkung von 4000 Mann. — Gegen „Heraldo", „Constitucional", „Diario" und „Epoca" ist vom Schatzdirector eine Klage wegen Schmähung eingeleitet. Gegen den „Heraldo" ist eine Geldbuße von 15,000 Reale und zehnmonatliche Gefängnißstrafe, gegen die andern Angeklagten 8000 Reale Buße und siebenmonatliche Haft beantragt.

Rußland und Polen.

Kalisch, 6. Nov. Der Generalstabschef der activen Armee, Generallieutenant Fürst v. Gorgakow, ist in Begleitung eines Obersten und eines Adjutanten von Warschau nach London gereist, um der Taufenfeier des Herzogs v. Wellington beizuwohnen. Fürst Gorgakow ist ein Veteran aus den Feldzügen in Persien. Der Commandant von Warschau, General Tuczek, wird in Abwesenheit des Fürsten denselben in der Function als Generalkriegsgouverneur vertreten.

Griechenland.

* Aus **Athen** erhalten wir Briefe bis zum 2. Nov. Mit steigender Spannung harrte die Bevölkerung der Rückkehr des Königs. Schon hatten sich trübe Gerüchte verbreitet, als ein englischer Courier eintraf, welcher die nahe Ankunft Sr. Majestät meldete. Dieser Courier hatte bekanntlich um eine große Summe einen eigenen Lloyddampfer gemiethet, weil er wichtige Depeschen an den englischen Gesandten zu überbringen hatte. Es war ein von den Bevollmächtigten der Schutzmächte unterzeichnetes Protocoll in Betreff der griechischen Thronfolge. Die Minister sollen die Absicht gehabt haben, die Kammern zu berufen, um ihnen die Sache vorzulegen, die Gesandten von Rußland und England aber hätten ihnen (so versichert wenigstens der „Aeon") bedeutet, über die Thronfolge hätten ausschließlich die Schutzmächte zu entscheiden. (A. Z.)

Jonische Inseln.

* **Korfu**, Anf. Nov. Die Blatternkrankheit herrscht hier immer noch in verheerender Weise. Es ergaben sich während der letzten zwei Wochen 371 neue Erkrankungen und 86 Todesfälle. Der Lord Obercommissär ist noch Zante gereist.

Türkei.

Die Nachrichten aus dem Horan (Syrien) lauten fortwährend kriegerisch. Aus dem Lager zu Kreida sind Berichte bis zum 18. October eingegangen. Die türkischen Truppen bestanden gegen die Rebellen zwei Gefechte. Am 16. wurden drei Bataillone Infanterie, welche Lebensmittel und Munition convoyirten, von den Drusen angegriffen. Von den Insurgenten blieben 80 Todte und zahlreiche Verwundete auf dem Wahlplatz. Unter den Gefallenen befand sich Schach Mahmud Aajmeh, eines der Häupter der insurrectionellen Bewegung. Am folgenden Tage fand ein zweites Gefecht statt, welches die türkischen Truppen zuerst begannen. Sie waren sechs Bataillone Infanterie, ein Regiment Cavallerie und eine Kanonenbatterie stark und verließen das Lager, um Habab, eine von Christen bewohnte Ortschaft, anzugreifen und einzunehmen, wo die Drusen eine feste Stellung eingenommen hatten. Diese vertheidigten sich indeß nur mit geringer Energie, Habab ward mit Sturm genommen und die Insurgenten wurden bis Lebschia verfolgt. Sie scheinen sich bereits in das schwer zugängliche Gebirge werfen zu wollen. Die Türken verloren bei dieser Operation etwa 100 Mann, darunter einen Hauptmann der irregulären Cavallerie.

Asien.

Rangun, 2. Oct. General Godwin ist mit einem zahlreichen Stabe und der ersten Brigade von hier nach Prome abmarschirt; die zweite Brigade folgt in etlichen Tagen. In Rangun sind sehr bedeutende Verstärkungen eingetroffen. Einem Gerüchte zufolge sollte Rangun von einem 40,000 Mann starken Corps Birmanen überfallen werden. Wahrscheinlicher ist, daß die Birmanen zu Unterhandlungen schreiten werden; wenigstens sprach man von bevorstehender Ankunft eines Parlamentärs zu Prome.

Eine ziemlich ernste Angelegenheit, die sich in Persien zugetragen, hatte in Konstantinopel bedeutende Sensation erregt. Der neue türkische Gesandte am persischen Hofe hat nämlich die vier Nachfolger Mahomeds auf seiner Fahne, die er auf der Gesandtschaft aufstecken ließ, anbringen lassen. Da nun die Perser nur Ali, den zweitgewesenen Mahomeds, als ersten legitimen Nachfolger anerkennen, und die übrigen als Usurpatoren verfluchen, so sah man dies als eine Beleidigung an, und der persische Gesandte in Konstantinopel erhielt Befehl, ebenfalls eine Fahne aufstecken, worauf die Namen der vier Nachfolger, Ali aber zuerst, angebracht waren. Der persische Gesandte that dies auch sofort. Es scheint jedoch, daß der türkische Gesandte in Teheran ohne Befehl seiner Regierung diese Demonstration gemacht hat und deßhalb abberufen werden wird.

Nachschrift.

* **Paris**, 13. Nov. Der „Moniteur" enthält heute nur Decrete und Ernennungen von untergeordneter Bedeutung. — Mehrere Minister, eine große Anzahl Würdenträger und andere politische Persönlichkeiten haben sich diesen Vormittag nach Fontainebleau begeben, um dort den großen Jagden beizuwohnen, welche morgen abgehalten werden sollen. Ein Schreiben aus Fontainebleau schildert den Empfang, welchen Prinz Ludwig Napoleon daselbst gefunden hat. Mit der Eisenbahn daselbst angekommen, ihn der Präfect des Departements Lorat de Mognitot, der Unterpräfect des Arrondissements Jutot und viele Civil- und Militärbehörden der Stadt. Am Eingang der letztern war eine Ehrenpforte errichtet, unter welcher der Maire von Fontainebleau, Graf v. Polignac, seine Adjuncten, der Municipalrath, die Mitglieder des Generalraths, der Erzpriester Charpentier mit etwa fünfzig Geistlichen, die Friedensrichter und andere Beamte sich versammelt hatten. Neben der Ehrenpforte waren Galerien erbaut, welche elegant gekleidete Damen einnahmen. Der Prinz, der an der Station zu Pferd gestiegen war, erschien, füllten laute Acclamationen die Luft. Der Maire begrüßte den Prinzen im Namen der Stadt als Kaiser Napoleon III. Seiner Rede folgte ein begeistertes Vive l'Empereur! Der Prinz erwiderte die Begrüßung mit einigen freundlichen Worten; ebenso auch die Ansprache der Geistlichkeit, welch letzterer er seine Zuneigung versicherte und sie um ihre Fürbitte ansprach. Fünfundzwanzig weißgekleidete Mädchen überreichten Blumensträuße und begrüßten den Prinzen ebenfalls mit einer Ansprache. Dann setzte sich der Zug nach dem Schloß in Bewegung. Alle Häuser waren mit Blumen geschmückt, die Straßen mit Sand bestreut und in kurzen Zwischenräumen erhoben sich Maststangen mit Wimpeln, auf welchen die kaiserliche Namensschiffre. Alle Fenster waren mit Zuschauern besetzt und das Gedränge auf den Straßen so groß, daß der Prinz öfter sein Pferd anhalten mußte, während Blumensträuße auf ihn niederregneten. Am Palast wurde Ludwig Napoleon von General Baudrey, einem seiner Adjutanten, und General Lamarre, dem Militärcommandanten des Schlosses, empfangen. Dem Diner von 90 Gedecken wohnten viele hohe Civil- und Militärpersonen bei. Um 10 Uhr gestern früh nahm der Prinz, von den Generalen Feray und Baudrey und den Obersten Fleury begleitet den Truppen der Garnison die Revue ab, der dann in dem Schlosse großer Empfang folgte. Alle Festlichkeiten waren natürlich von enthusiastischen Kaiserrufen begleitet. Einige Personen wurden

von Ludwig Napoleon mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet. — Heute werden sich viele Pariser nach Fontainebleau begeben, um das Schauspiel der großartigen Jagd zu genießen.
Der Staatsrath hat auch heute wieder der Erörterung von streitigen Angelegenheiten eine Sitzung gewidmet. — Nach einem officiellen „Mitgetheilt“ in den heutigen Blättern hat die Regierung beschlossen, daß auch die aus politischen Gründen unter polizeiliche Aufsicht gestellten Wähler am 21. und 22. November von der allgemeinen Abstimmung nicht ausgeschlossen sein sollen. — Der in Algier erscheinende „Akhbar“ will aus guter Quelle wissen, daß des Hieronymus Sohn, Prinz Napoleon Bonaparte, mit dem Vicekönigthum von Algerien betleidet werden würde.

** Madrid, 8. Nov. Baron Odwald v. Fabrice hat heute in Privataudienz der Königin sein Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister von Sachsen überreicht. — Es heißt, der Marquis v. Miraflores werde zum Präsidenten des Senats ernannt werden.

‖ London, 12. Nov. Das Oberhaus hat heute auf die Adresse der Lords an Ihre Maj. die Königin ein Complimentschreiben, und ferner eine Botschaft der Krone erhalten, in welcher sie den verstorbenen Herzog von Wellington in Anerkennung seiner großen Verdienste um das Reich eine öffentliche Leichenfeier empfohlen wird.

Assisenverhandlungen
gegen Dr. Hermann Becker und Genossen in Köln.

(Schluß.)

* Köln, 12. Nov. Nachdem vor Schluß der gestrigen Sitzung noch Dr. Becker zu seiner Vertheidigung gesprochen, wurde die heutige Sitzung durch das Resume des Präsidenten angefüllt. Gegen 4 Uhr Nachmittags zogen sich die Geschworen in das Berathungszimmer zurück, aus dem sie kurz nach 8 Uhr wieder hervortraten. Die Antworten auf die an sie gestellten Fragen lauten, wie folgt:

Hauptfrage. Ist der Angeklagte schuldig, in den Jahren 1848, 1849, 1850 und 1851 mit einer oder mehreren andern Personen die Ausführung eines Unternehmens verabredet und beschlossen zu haben, welches den Zweck hatte: 1) die gewaltsame Beränderung der Staatsverfassung unmittelbar herbeizuführen, 2) die Bewaffnung der Bürger und Einwohner gegen die königliche Gewalt und gegen einander zur Erregung eines Bürgerkrieges zu bewirken?

Röser, Bürgers, Roßjungs und Reiff Ja mit absoluter Stimmenmehrheit. Becker, Daniels, Erhardt, Jacobi, Klein, Lehner, Otto Nein.

Erste Subsidiarfrage (in Beziehung auf die Angeklagten Becker, Daniels, Otto, Jacobi, Klein, Erhardt und Lehner). Ist der Angeklagte nicht wenigstens schuldig, innerhalb des Zeitraums vom Jahre 1848 bis 1851 (in Beziehung auf den Angeklagten Erhardt vom Jahr 1850 bis 1851) an dem in der ersten Frage bezeichneten Verbrechen dadurch Theil genommen zu haben, daß er den Thätern a. Mittel, welche zur That gedient haben, wissend, daß sie dazu dienen sollten, verschafft, oder b. in denjenigen Handlungen, welche die That vorbereitet, erleichtert oder vollendet haben, wissentlich Hilfe geleistet hat?

Otto Ja, mit absoluter Stimmenmehrheit. Becker Ja, mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Uebrigen Nein.

Zweite Subsidiarfrage (in Beziehung auf sämmtliche Angeklagte.) Ist der Angeklagte nicht wenigstens schuldig, ein auf gewaltsame, unmittelbare Aenderung der Verfassung abzielendes Unternehmen dadurch vorbereitet zu haben, daß er innerhalb des Zeitraumes vom Jahre 1848 bis 1851 (in Beziehung auf den Angeklagten Erhardt vom Jahr 1850 bis 1851) mit einer oder mehreren Personen eine Berabredung und Entschließung, zu handeln, getroffen hat, zum Zwecke: a. die Staatsverfassung umzustürzen oder zu ändern, oder b. die Bürger oder Einwohner aufzureizen, sich gegen die königliche Gewalt zu bewaffnen, oder c. durch Anreizung der Bürger oder Einwohner, sich gegen einander zu bewaffnen, einen Bürgerkrieg zu erregen?

In Betreff Röfers, Bürgers, Roßjungs und Reiffs erledigt durch Beantwortung der Hauptfrage; in Betreff Ottos und Beckers durch Beantwortung der ersten Subsidiarfrage. Die übrigen Nein.

Dritte Subsidiarfrage (in Beziehung auf die Angeklagten Becker, Daniels, Otto, Jacobi, Klein, Erhardt und Lehner.) Ist der Angeklagte nicht wenigstens schuldig, innerhalb des Zeitraums vom Jahre 1848 bis 1851 (in Beziehung auf den Angeklagten Erhardt vom Jahre 1850 bis 1851) an dem in der vorigen Frage bezeichneten Verbrechen dadurch Theil genommen zu haben, daß er den Thätern a. Mittel, welche zu der That gedient haben, wissend, daß sie dazu dienen sollten, verschafft, oder b. in denjenigen Handlungen, welche die That vorbereitet, erleichtert oder vollendet haben, wissentlich Hilfe geleistet hat?

In Betreff Ottos und Beckers erledigt durch Beantwortung der ersten Subsidiarfrage; Lehner Ja, mit absoluter Stimmenmehrheit; Daniels Ja, mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Uebrigen Nein.

Vierte Frage, auf Anstehen der Vertheidigung gestellt. Stehen dem Angeklagten mildernde Umstände zur Seite? Ja Betreff aller Angeklagten, die eines in der vorherigen Frage bezeichneten Verbrechens für schuldig erklärt worden, mit Ja entschieden. — Der einzelne Assisenhof zieht sich zur Berathung der in Beziehung auf die Angeklagten Dr. Becker und Dr. Daniels mit nur einfacher Stimmenmehrheit bejahten Fragen zurück und erklärt — nach kaum viertelstündiger Berathung — den Angeklagten Becker des in der ersten Subsidiarfrage enthaltenen Verbrechens für schuldig, Daniels dagegen des in der dritten Subsidiarfrage enthaltenen Verbrechens für nicht schuldig. Nachdem die Angeklagten vorgeführt und ihnen das Verdict der Geschworenen verlesen worden, verordnet der Präsident auf den Grund desselben und der vom Hofe selbst getroffenen Entscheidung die sofortige Freilassung der Angeklagten Dr. Daniels, Dr. Jacobi, Dr. Klein und Erhardt, sofern derselben keine sonstige Gründe entgegenständen. Der Oberprocurator beantragt in Gemäßheit eines Reauffitoriums des Staatsanwaltes zu Minden, wonach Dr. Jacobi noch wegen Majestätsbeleidigung vor das dortige Stadtgericht geladen ist, denselben seiner Haft noch nicht zu entlassen, und werden daher nur Dr. Daniels, Dr. Klein und Erhardt in Freiheit gesetzt. Sodann beantragt der Oberprocurator für die übrigen Angeklagten, und zwar für Röser, Bürgers, Roßjung und Dr. Becker eine Einschließung von acht, für Reiff und Otto von sechs und für Lehner von drei Jahren, sowie für die ersteren sechs die Unterjagung der im § 63 des Strafgesetzbuches bezeichneten Rechte auf die Dauer von zehn Jahren, endlich, alles Verurtheilten solidarisch die Kosten zur Last zu legen. — Die Vertheidiger beantragen, das über das Minimum der Strafe nicht hinausgegangen werde, sowie das Dr. Becker und Lehner nicht solidarisch in die Kosten verurtheilt würden, weil dieselben nur der Complicität, nicht aber desselben Verbrechens schuldig befunden seien; endlich trägt Advocatanwalt v. Pontheim für seinen Clienten Lehner auf Freisprechung an, weil, nachdem die zweite Subsidiarfrage allgemein verneint worden, ein Urheber des darin bezeichneten Verbrechens, nicht vorhanden, ein Complice derselben aber auch nicht denkbar sei.

Der Assisenhof verurtheilt hierauf die Angeklagten
Röser, Bürgers, Roßjung zu sechs,
Reiff, Otto und Dr. Becker zu fünf,
Lehner zu drei Jahren Einschließung;
unterlagt den ersteren sechs die Ausübung der im § 63 bezeichneten Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren und
legt sämmtlichen Verurtheilten die Kosten solidarisch zur Last.
Die Sitzung wurde um 10½ Uhr Abends geschlossen.

Landwirthschaftliches.

Vom Rhein, 4. Nov. Auch in der Provinz Westfalen steht die Gründung einer Ackerbauschule, verbunden mit einer landwirthschaftlichen Lehranstalt, in naher Aussicht, indem der vor mehreren Jahren zu Werl verstorbene Erbsälzer Freiherr v. Mellin durch letztwillige Verfügung das ihm gehörige an der Ruhr belegene bedeutende Rittergut Büchten mit dem ganzen Inventarium hierzu anderweitlich bestimmt hat. (D. Z.)

Handel und Industrie.

α* München, 13. Nov. Wir hatten heute die größte Schranne in diesem Jahr, denn es waren 15,350 Scheffel zu Markt gebracht, die, da eine sehr große Anzahl fremder Käufer bedeutende Quantitäten kaufte, bis auf 1000 Scheffel vergeben wurden. Während der kaum fünfstündigen Schranne wurden 215,376 fl. gelöst. Die Preise erlitten gegen die letzte Schranne keine Veränderung. Für den bayerischen Scheffel Weizen wurden 19 bis 21 fl., Korn 16 bis 19 fl., Gerste 10 bis 13 fl. und Haser 5 bis 6½ fl. bezahlt.

Börsenberichte.

Paris, 13. Nov. 4½ pCt. Rente 107, 95. — 3pCt. 85, 90. — Neapol. —. — 5pCt. Rente Oesterr. 95. — Span. neue Diff. —. — Neue 3pCt. 50½. — Innere Span. 46½. — Passive —. — Bankactien 3030. — Piemont 5pCt. 100, 40. — Römisches Anlehen Zuni 1850 100½. — do. 1850 100½. — St. Germain-Eisenbahn 1550. — Versailles, linkes Ufer —. — Strasburg-Basel 380. — Nordbahn 890. — Paris-Strasburg 880.

Die Börse hat einen neuen Aufschwung genommen. Alle Werthspapiere sind gesucht, und man kauft namentlich solche, die noch etwas zurück sind, weil man eine bedeutende Hausse erwartet.

London, 12. Nov. 3pCt. Stocks 100½ à ⅛. — 1pCt. Span. 25⅞. — Neue 3pCt. 51⅛ à 52. — Port. 38½. —

Madrid, 8. Nov. 3pCt. 47, a. d. Börse 47 G. — 1pCt. Neue 26 P., a. d. Börse 25¹¹/₁₆.

Frankfurt, 15. Nov. Gestern ist hier angekommen: der königl. preußische Gesandte am großherzogl. hessischen Hofe, Herr Baron v. Canitz, aus Darmstadt, im Brühler Hof.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Knischeff.

[2581]

Bekanntmachung.

Mit dem 15. l. M. wird die Botenpost zwischen Dietz und Limburg aufgehoben, und es werden von diesem Tage an zwischen den genannten Orten täglich drei Eilwagenfahrten zur Beförderung von Personen, Briefen und Fahrpostsendungen in nachstehender Weise unterhalten:

Von Dietz nach Limburg:	Von Limburg nach Dietz:
I. 7 Uhr Morgens,	I. 9 Uhr Vormittags,
II. 1 Uhr Nachmittags,	II. 3 Uhr Nachmittags,
III. 7 Uhr Abends,	III. 9—10 Uhr Abends,

nach Ankunft der Posten von Wiesbaden und Frankfurt. Die Beförderung erfolgt hin- wie herwärts jedesmal in ½ Stunde.

Frankfurt a. M., den 9. November 1852.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation.

Am 20. d. M. Vormittags wird die Ziehung der nach Generalversammlungsbeschluß vom 12. d. M. auf den 1. Januar 1853 zur Heimzahlung kommenden 4½ pCt. Partial-Obligationen unserer Gesellschaft vor Notar und Zeugen im dießseitigen Bureau-Locale vorgenommen.

Karlsruhe, den 13. November 1852.

[2582] **Die Direction.**

[2576]

Anzeige.

Die Unterzeichneten bringen hiermit zur Kenntniß, daß die bei ihnen abgestempelten Coupons à R° 10 in Silber per 1./13. August 1852 von Hope'schen Certificaten über 4pCt. Russ. Inscriptionen mit fl. 18. 45 kr. per Stück und ferner die in der Verloosung vom 15. Juni 1852 herausgekommenen zur Zahlung bei ihnen vorgemerkten Certificate à SR° 500 über 4pCt. Russ. Inscriptionen mit fl 937. 30 kr. per Stück an ihrer Kasse eingelöst werden.

Frankfurt a. M., den 13. November 1852.

Grunelius & Comp.

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 16. November 1852 an fahren die Boote täglich [2584]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 7½ Uhr . nach **Cöln-Deutz** *(Aachen, Elberfeld).*
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 6½ Uhr von *Frankfurt.*

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 9 Uhr . . nach **Cöln-Deutz** *(Berlin, Paris)* bis **Düsseldorf.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 8 Uhr von *Frankfurt.*

Montag, Donnerst. u. Samst. direct nach **Arnheim** *(Amsterdam)* bis **Rotterdam** *in ca. 30 Stunden.*
Dienstag und Donnerstag . . . . . direct nach **London** . . . *3 Tagen.*

Von **Mainz** Nachmittags 3 Uhr . . . . . *täglich* nach **Worms** und **Mannheim.**

Billete nach allen Stationen, **Gesellschafts-Billette** und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil,* der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren **Gogel, Koch & Comp.,** Hrn. **Aug. Schöaling** auf dem Rossmarkt.

Hôtel garni,

27, rue Montmartre à **Paris,**
in Mitte des elegantesten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vorzüglichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien.
Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2173]

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris,** sowohl fertige Röcke, Ueberröcke für Civilisten und Militairs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Uniformen ꝛc. [2172]

[2375] Eine vollständige Ladeneinrichtung nebst Utensilien für ein Material- und Farbwaarengeschäft steht mit und ohne Waarenvorräthe zu verkaufen. Frankirte Anfragen besorgt die Exped. d. Blattes.

[2583] **Oeffentliche Bekanntmachung.**

Die wegen Bergug und Unterschlagung dahier in Untersuchung befindliche Margarethe Häring von Oberroden ist heute hierher eingeliefert worden, weßhalb der Steckbrief vom 11. d. M. wieder zurückgenommen wird.

Langen, 13. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daf.
Schulz.

Frankfurter Stadt-Lotterie.

Haupt-Gewinne: fl. **200,000,** fl. **100,000,** fl. **40,000,** fl. **25,000** u. s. w.
Ziehung 1r Klasse am 1. und 2. December.

empfiehlt sich mit ganzen Loosen à fl. 6; für alle 6 Klassen gültig à fl. 90, getheilte Loose im Verhältniß unter Versicherung reellster Bedienung.

[2572] **J. M. M. Beyschlag,** Kornmarkt in Frankfurt a. M.

Cours der Staats-Papiere. 13. November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.	
Oesterreich	50/M. (Cl.S.b.Rothe)	93¼	P.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34½ P. ½ G.	
»	50/M.v.J.1854 Ser.B.	93¼	P.	»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	44½ P. ½ G.	
»	50/do.v.J.1854L.A/21	93¼	P.	Gr.-Hessen	4½/5 Obligationen	101½	
»	5/0 L. V. (C. b. Rothe)	88	bez.	»	4/0 ditto b.Rothsch.	98¼ P. 98 G.	
»	50/0 do. Monte C.18.1.M	84½	P.	»	3½/2/0 ditto b.Rothsch.	91¾ P. ½ G.	
»	Bank-Actien . .	1367 P. 62 G.		»	fl. 50 Loose . . .	90¾ P. ¾ G.	
»	40/0 Metalliq. Oblig.	80½	P.	»	fl. 25 Loose . . .	31⅝ G.	
»	50/M.v.J.1854 Ser.A.	83¾	P.	Nassau .	50/0 Oblig. b. Rothsch.	103½	P.
»	50/0 ditto 1852	80½	P.	»	40/0 ditto	99¾	P.
»	4½/8/0 ditto	71⅞ P. ¾ bez.		»	30/0 ditto	91 P. 90⅝ bez.	
»	40/0 . ditto	64	P.	»	fl. 35 Loose . . .	33½ P. ½ G.	
»	30/0 ditto	48¼	P.	Frankfurt	35/2/0 Oblig. v. 1839	94½	G.
»	21/2/0 ditto	40⅝	G.	»	35/2/0 » v. 1846	93¼ P. ½ G.	
»	10/0 ditto	16⅛	P.	»	30/0 » »	85¾	P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	110½	G.	»	Taunusbahnact.	303 P. 301 G.	
»	fl. 500 » ditto	190½	P.	Russland	4½/2/0 Obl. b. Baring	102¼ P. 101⅝ G.	
»	4½/2/0 Oblig. b. Rothm.	80⅝	P.	»	4/0 Obl. b. Hope & Z.	91	G.
»	4/0 » »	77	P.	»	4/0 » b. Stieglitz »	90⅛	G.
Preussen .	50/0 Staatsschuldsch.	93¾	G.	Polen . .	4/0 Obligat. de fl. 500	91½ P. ¼ G.	
»	Cöln-Mind. R.-Actien	112⅜	P.	Spanien	30/0 Inl. Sch. P. 5.3.36	44⅞	P.
Bayern .	50/0 Oblig. b. Rothsch.	101½ P. ⅝ G.		»	10/0 Neue » »	24½/16,⅝/8,13/16,11/16,⅛/8,7/16bz.	
»	41½/0 ditto	100⅜ P. ⅛ G.		Holland .	4/0 Certificate . .	95⅛	G.
»	40/0 ditto	90½	G.	»	2½/0 Syndicate . .	94½	G.
»	40/0 Ablös.-Rente .	96¾ P. ⅜ G.		»	2½/0 Integrale . .	63½	G.
»	30/0 Oblig. b. Rothsch.	98	P.	Belgien .	50/0 Obl. in L. à fl. 12b. fl.	100	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95½ P. ⅛ bez. u. G.		»	4½/2/0 Obl. inP. à 85fr.	98⅜	G.
»	50/0 Priorit.-Oblig.	103	G.	»	4/0 Obl. in Fr. à 25 fr.	91⅜	G.
Würtemb.	4½/2/0 Oblig. b. Roths.	101⅛ P. ⅛ bez.		»	2½/0 Obl. b. Rothsch.	56½	P.
»	31/2/0 ditto	90½ P. ¼ G.		Sardinien	50/0 Obl. b. Rothsch.	98½	G.
Baden . .	50/0 Obligationen .	102¼	P.	»	50/0 Obl. b. Hambro	95⅝/8 P. 95 bez. ⅜ G.	
»	41/2/0 Obligationen	102¼	G.	»	Sardinische Loose .	41	G.
»	35/2/0 v. 1842 . .	90⅞ P. ⅛ G.		Toscane	50/0 Obl. 1850 (C.b. Golds.)	101½	P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66½	P.	»	50/0 » 1854 b. Bastogi (do.)	98½	P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38½ P. ⅛ bez. 38 G.		Neuenbg.	60/0 Stocks Obl. b. 50.	116⅞ P. ½ G.	

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 15. November	Per comptant
Amsterdam . k. S.	100¼ B. ¼ G.
(100 fl. Crt.)	3 M. — —
Augsburg . . . k. S.	119⅜ B. ¼ G.
(100 fl. Crt.)	3 M. — —
Berlin . . . . k. S.	105⅛ B. 104⅝ G.
(60 Thlr.) .	8 M. — —
Bremen (50) k. S.	97¼ B. ¼ G.
Rthlr.-l. Cour.	3 M. — —
Hamburg . . k. S.	99⅛ B. 98½ G.
(100 M. Bco.)	2 M. — —
Leipzig . . . . k. S.	105⅜ B. 104½ G.
London . . k. S.	119¾ B. ½ G.
(10 Liv. St.)	3 M. — —
Lyon . . . . k. S.	94¼ B. —
(300 Fr.)	2 M. — —
Mailand (250 k. S.	100⅛ B. ⅛ G.
Lir. Austr.)	3 M. — —
Paris . . . . k. S.	94¼ B. ⅛ G.
(300 Fr.)	2 M. — —
Wien (1902/3)	102⅛ B. 1 bez.
in fl. 20 F.)	k. S. ⅛ G.
Disconto	3 B. 3½ G.

Gold und Silber.

Pistolen . . . à 9	9 43½/-44½
Pr. Friedrichsd'or.	9 54-55
Holl. 10 fl. Stücke	9 51½-52½
Rand-Ducaten .	5 37½-38½
20 Francsstücke	9 27-28
Engl. Souvereigns	11 53
Gold al Marco	352-83
5 Frankenthaler	2 21-½
Preuss. Thaler	1 45-½
Preuss. Cass.-Sch.	1 44⅝-45⅛

Druck von August Osterrieth.

№ 271. Dienstag den 16. November 1852.

Der Pränumerationspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich 1) in den Staaten des deutsch-österreichischen Postvereins 1 fl. 48 kr.; 2) in den Ländern des Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsgebiets 2 fl. 40 kr. = 1 Thlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, wo in dem 1 fl. österreichischen Zeitungsfuße 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Thlr. 20½ Sgr. — Für Frankreich, England und übrige Länder nimmt Herr H. M. Wilmans in Straßburg, Brandgasse Nr. 29, und in Paris Herr Jules Noblemaire de Nanancy No. 30, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1½ Meter) aus Preußisch oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Die späten Sorgen.

III.

Was aber allerdings zu begründeter Sorge Anlaß bieten kann, das ist die Haltung der Presse. Wir wissen wohl, daß es Männer gibt, die ihren Einfluß ableugnen, oder in vornehmer Geringschätzung sich darüber hinwegsetzen. Sie müssen viel vergessen oder wenig gelernt haben. Nach dem Frieden von Amiens war eine Zeit, wo die Aussöhnung, d. h. die wirkliche, denn die formelle war vollbracht, zwischen Frankreich und England möglich geworden wäre. Zumeist ist sie durch die Presse verhindert worden. Und fürwahr, es hat wieder den Anschein, und nicht erst seit heute und gestern, als wenn die englischen Blätter durchaus die Stimmung vergiften und einer Nation, die auf Ehre hält, keine andere Wahl lassen wollten, als zum Schwert zu greifen. Damit kann der französische Handel ruinirt und die Zwietracht gezüchtigt werden, nach und nach eine Seemacht bilden zu wollen, die ohne Freibiller der englischen Admiralität auf dem Ocean erscheinen kann!

Wir haben den Franzosen nichts zu danken, und eben so wenig von ihnen zu erwarten; aber die Selbstsucht der Engländer ist so zu ihrer andern Natur geworden, daß sie jedes verhüllende Gewand ablegt. Es ist daher fürwahr kein guter Grund vorhanden, mit ihnen in ein Horn zu stoßen, um Coalitionsgelüste aufzustacheln, wie die deutsche Presse hin und wieder thut. Die Perser haben eine Mythe voller Sinn und Bedeutung, wonach jedes dem Munde des Menschen entflossene Wort noch Gestalt ringt fort und fort bis ans Ende der Tage. Nicht ohne Verwunderung haben wir vor einiger Zeit von der Spree den Ausdruck der Freude vernommen, daß eine russische Armee in zweimal vierundzwanzig Stunden in Berlin stehen könne. Das haben wir auch im November 1850 gewußt und keinen Anlaß zum Jubel darin gefunden, und das wird auch eine Wahrheit sein, wenn kein Napoleonide mehr in Frankreich regiert. Uns wäre es lieber, wenn heute noch ein ganzes Königreich zwischen der preußischen Grenze und der russischen Nachbarschaft läge, und wir glauben, daß die große Maria Theresia darin beller gesehen hat, als der große Friedrich.

So viel scheint die Vorsehung hinreichend angedeutet zu haben, um verstanden werden zu müssen, daß es die Aufgabe der Deutschen nicht ist, ein so oft versagtes, gerichtetes Geschlecht dem Volke, welches es verschmäht, aufzudringen. Die Regierungsform und die Dynastie in Frankreich, welche Frankreich befriedigt, ist auch für uns die beste. Wir wollen keinen Krieg für Principien und keinen Krieg für fremde Interessen. Aber wir müssen bereit sein zur eigenen Vertheidigung. Sind wir das? Deutschland hat Männer und Eisen. Die Hauptsache fehlt, die Einigkeit, die Einigung. Daran arbeite, wer es gut mit seinem Volke meint. Alles übrige fällt uns von selbst zu.

Deutschland.

[:] **Wien**, 12. Nov. Die große Parade, welche am heutigen Vormittage, zu Ehren des Großfürsten-Thronfolgers, sowie des Kronprinzen von Württemberg, am Wiener Glacis stattfand, konnte wegen des dichten Nebels erst gegen 11 Uhr beginnen. Dieselbe währte bis 12½ Uhr und wurde durch die Gegenwart JJ. HH. der Frau Erzherzogin Sophie, dann der Gemahlinnen jener höchsten Gäste verherrlicht. Die Generalität trug ausschließend die Großbänder der russischen und württembergischen Orden. Außer der gesammten Wiener Garnison waren auch die in Niederösterreich nächst der Nord- und Südbahn stationirten Truppen zu jener Parade beigezogen worden.

Wien, 12. Nov. Die heutige „Wiener Zeitung" veröffentlicht einen zwischen Oesterreich und den Niederlanden wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher abgeschlossenen Staatsvertrag. Politische Verbrechen sind in demselben nicht als Grund der Auslieferung aufgenommen.

* **Berlin**, 13. Nov. Das „Preußische Wochenblatt" zeigt an, daß die Beschlagnahme der vorletzten Nummer aufgehoben sei. — Nach Art. 65 der Verfassung soll die erste Kammer, neben den 90 von den Hochstbesteuerten und 30 von den Gemeinderäthen der größeren Städte gewählten Vertretern noch aus der Ernennung hervorgegangene Elemente enthalten und zwar in so bedeutender Stärke, daß ausdrücklich festgesetzt worden ist: die Zahl der ernannten Mitglieder dürfe die der gewählten Mitglieder nicht übersteigen. Vielfach bestehen nun Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die nächste erste Kammer bloß aus den gewählten Elementen gebildet werde, oder ob die Ernennungen noch erfolgen. Ein bestimmter Zeitpunkt zur Vollziehung der letztern ist nirgends angegeben. Ebenso enthält die Verordnung vom 4. August über die Bildung der ersten Kammer in dieser Beziehung nicht das mindeste Präjudiz. Dieselbe beschäftigt sich lediglich mit den Wahlen, wie sie Art. 65 Lit. d und e vorgeschrieben sind, ohne der ständigen erblichen oder auf Lebenszeit ernannten Mitglieder unter a, b und c auch nur Erwähnung zu thun. Es steht also gesetzlich nichts im Wege, daß die Ernennungen noch jetzt erfolgen. Mehrfache Anzeichen sprechen indessen dafür, daß der „provisorische" Charakter der Verordnung vom 4. August (sie soll nur auf ein Jahr, bis zum 7. August 1853, gelten) für jetzt sich auch auf die nicht vollzählige Zusammensetzung der ersten Kammer erstrecken werde. Jedenfalls dürfte dann in der bevorstehenden Session der Sache abermals zur Verhandlung kommen, um ihre definitive Erledigung zu finden.

Ueber die Berathungen im Staatsministerium, hinsichtlich der bei den Kammern einzubringenden Vorlagen, geben der „Spen. Ztg." einige Mittheilungen zu, denen wir Folgendes entnehmen: Hinsichtlich der Punkte, auf welche es bei der Revision der Verfassung ankommt, ist eine definitive Entscheidung im Staatsministerium bis jetzt noch nicht herbeigeführt, da in demselben die Ansichten noch ziemlich weit auseinandergehen. Wie die „Spen. Ztg." vermimmt, dürfte das künftige Budgetgesetz für die zweite Kammer den erheblichsten Differenzpunkt. Man vermuthet, daß, da der Minister des Innern, von seiner frühern Ansicht abweichend, die Bildung der ersten Kammer in die Hände des Königs gelegt wissen will, die Zusammensetzung der zweiten die ständische Gliederung ersetzen soll, welche dadurch für die erste verloren geht. Außerdem soll es sich aber auch noch um principielle Differenzpunkte handeln. Sollte in diesen Stücken eine Einigung im Staatsministerium nicht zu Stande kommen, so würde abzuwarten sein, wie weit in der Aufstellung der Vorlagen, behufs der Verfassungsrevision, gegangen werden dürfte. Die größte Bedeutung wird einer anderen, die für Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen zu gewährende Entschädigung und die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer von den bisher befreiten und bevorzugten Grundstücken, betreffenden Vorlage beizulegen sein, die ebenfalls berathen und über die man, dem Vernehmen nach, einig ist. Das Gesetz vom 24. Februar 1850, die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen betreffend, hat im § 1 den allgemeinen Grundsatz aufgestellt, daß fortan von allen Grundstücken im Staate, welche einen Reinertrag gewähren, die Grundsteuer zu entrichten und die noch bestehenden Grundsteuerbefreiungen und Bevorzugungen, soweit deren Aufrechthaltung nicht im öffentlichen Interesse geboten erscheinen, zu beseitigen seien. Die Entschädigungsfrage war dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung vorbehalten. Die Erledigung der Frage wurde vielfach in der zweiten Kammer angeregt, und unter dem 17. Februar d. J. wurden von dem Finanzminister zwei, die Veranlagung und die Entschädigung betreffende Gesetzentwürfe eingebracht. Das Veranlagungsgesetz nahm theils auf die bestehende Gesetzgebung in Betreff der westlichen Provinzen, theils auf die Provinzialsteuerverfassungen

Rücksicht. Ueber die aus letzteren abgeleiteten Grundsteuerbefreiungen und Bevorzugungen sprach sich der zweite Gesetzentwurf für eine Entschädigung aus der Staatskasse aus, und zwar einen zwanzigfachen Betrag der dem Gute oder Grundstücke aufzuerlegenden Grundsteuer, dessen Besitzern die Grundsteuerfreiheit für solche Güter oder Grundstücke mittelst eines lästigen Vertrages oder mittelst eines für das einzelne Gut oder Grundstück speciell ertheilten Privilegiums vom Staate verliehen ist. Die Besitzer solcher zum platten Land gehörigen Güter und Grundstücke, denen ein Rechtstitel gedachter Art nicht zur Seite steht, sollten den dritten Theil der diesen Gütern oder Grundstücken neu auferlegten Grundsteuer ohne Entschädigung übernehmen, für die übrigen zwei Drittel dagegen deren zwanzigfachen Betrag als Entschädigung empfangen. Wie erinnerlich, wählte die zweite Kammer eine Commission zur Berichterstattung über diese beiden Entwürfe. Der Bericht wurde aber erst gegen Ende der Session vollendet und blieb, da er doch nicht vor das Plenum gebracht werden konnte, ungedruckt. Da der Gegenstand einer neuen Erwägung im Staatsministerium unterzogen und darüber eine neue Vorlage beabsichtigt wird, muß angenommen werden, daß dasselbe sich zu Aenderungen der frühern Entwürfe veranlaßt gesehen hat. Ueber die neu beabsichtigten Vorlagen hört die „Spen. Zeitung", daß überhaupt nur Entschädigungen der zweiten Kategorie, also im zwanzigfachen Betrag von zwei Drittheilen neu aufgelegter Grundsteuer, geleistet werden sollen, während das dritte Drittel zu einem Amortisationsfonds bestimmt wird, aus dem das ganze zur Entschädigung erforderliche Capital getilgt werden soll, und hierüber ist, wie der „Sp. Ztg." versichert wird, das Staatsministerium einverstanden.

‡ **Aus Posen**, 12. Nov., wird uns mitgetheilt: Das Wahlgeschäft nimmt binnen wenigen Tagen hier aufs neue seinen Anfang, da wegen der zahlreichen Ablehnungen eine Menge von Nachwahlen nothwendig geworden ist. So hat außer dem Erzbischof auch der Oberpräsident v. Puttkammer die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt. Unsere Stadt ist eine von den 30 Städten der Monarchie, deren Gemeinderath das Recht hat, einen Abgeordneten in die erste Kammer zu schicken. Dieser Abgeordnete nun sollte hier vorgestern gewählt werden: die deutschen, polnischen und jüdischen Mitglieder des Collegiums stellten jede ihren Candidaten auf, und so gab es einen hitzigen Wahlkampf. Die Juden traten unerwartet mit einer, auch im Druck erschienenen, Ansprache auf, worin sie forderten, daß diesmal ein Abgeordneter jüdischen Glaubens gewählt werde, da es bekannt sei, daß man mit der Absicht umgehe, den Juden die durch die Verfassung ihnen zugesprochenen staatsbürgerlichen Rechte wieder zu nehmen. Indessen verfehlte dieser Schritt seine Wirkung und schon bei der ersten Abstimmung blieb der jüdische Candidat in der Minorität. Dies erbitterte die Juden, die auf den Beistand der Deutschen gerechnet hatten, so sehr, daß sie ihre Stimmen den Polen zugesellten, und somit der polnische Candidat, Pilaski, aus der Wahlurne hervorging. Die Polen triumphiren und behaupten, dies Resultat sei ein augenfälliger Beweis, daß Posen noch nicht, wie vielfältig behauptet worden, eine deutsche, sondern eine polnische Stadt sei. Die Verbindung der Juden und Polen, wozu letztere bereitwillig die Hand geboten haben, wird aber schwerlich von langer Dauer sein, da der Pole den Juden im Innersten seines Herzens gering achtet und ihn nur so lange äußerlich artig behandelt, als er ihn nöthig hat; inzwischen dürfte dies Bündniß unserer Stadt doch vielfältigen und empfindlichen Nachtheil bringen, da vor der Hand bei allen wichtigen Angelegenheiten die polnische Fraction den Sieg über die deutsche davontragen wird. Wie viele Beschlüsse werden nun binnen kurzem zur Hebung des polnischen Elements von unserm Gemeinderath gefaßt werden! Die Juden sind besonders deßhalb hier in großer Aufregung, weil sich das Gerücht von einer namhaften Beschränkung im Besuch des hiesigen evangelischen Gymnasiums verbreitet hat. Diese Anstalt zählt zur Zeit fast 500 Schüler, darunter nahezu 250 Juden. Nun soll, wie die Juden wissen wollen, die höchste Behörde dies für unverträglich mit dem christlichen Charakter der Anstalt erklärt haben und die Absicht hegen, die Zahl der jüdischen Schüler auf ein Fünftel der Gesammtzahl zu beschränken. Ob dem wirklich so ist, muß vor der Hand dahin gestellt bleiben; die Juden, die gut unterrichtet zu sein versichern, behaupten es. Die Maßregel würde die Juden auch in so fern hart treffen, als es hier keine Mittelschulen, sondern nur Gymnasien und Elementarschulen gibt.

⊙ **Stuttgart**, 14. Nov. Heute Nachmittag fand Schoders Beerdigung statt, wozu trotz des ungünstigen Wetters eine große Menschenmenge sich versammelte. Der Geistliche, streng innerhalb des allgemein christlichen Standpunktes sich haltend, deutete nur an, daß große Gaben auch große Versuchungen mit sich führen, und sagte, daß es nicht seines Amtes sei, das in eine sturmbewegte Zeit gefallene Wirken des Dahingeschiedenen zu schildern, denn dieses gehöre der Geschichte an. Hierauf schloß die Leichenfeier, indem der Abgeordnete Rechtsconsulent Probst dem früh und schnell entrissenen Freunde einen Nachruf weihte. — Heute früh wurden wir durch Feuerlärm geweckt; das vor dem Tübingerthor gelegene Koppenhöfersche Bierbrauereigebäude wurde, trotz der angestrengtesten Hilfe, ein Raub der Flammen.

Bremen, 10. Nov. Heute ist auf Antrag des Senats von der Bürgerschaft eine Deputation ernannt worden, welche berathen soll, wie eine die Anforderungen der Gegenwart befriedigende Polizeiverwaltung, durch Vermehrung und beziehungsweise Umgestaltung der für diese Verwaltung zu verwendenden Mittel und Kräfte, in der „Stadt, den Hafenplätzen und in dem übrigen Gebiete zu beschaffen sei".

Schweiz.

△ **Liestal**, 11. Nov. Wenn man in Deutschland liest, daß der Regierungsrath von Baselland wegen noch nicht vorgelegter Staatsrechnung vom Landrath in 50 Fr. Buße verfällt, und nur durch 2 Stimmen Mehrheit vor einer noch größern Strafe bewahrt wurde, so könnte man glauben, es handle sich um ein großes Deficit. Dem ist aber nicht so. Dem Vorgang liegt nichts als persönliche Nachlässigkeit zu Grunde, wozu das Volk vielleicht selbst die meiste Veranlassung gab, indem es den Regierungsräthen eine so geringe Besoldung bestimmte, daß sie gezwungen sind, Nebengeschäfte zu treiben, worunter das Hauptgeschäft leidet. Dieser Umstand macht sich auch dadurch fühlbar, daß die tüchtigen Kräfte in den Landbezirken sich der Bewerbung enthalten, woraus für die hier Ansässigen eine Art Monopol entspringt. Einige Verstimmung hierüber, sowie die erwähnte Sparsamkeit der Landschaft, trägt nicht wenig dazu bei, einen Gedanken, den man vor einigen Jahren nicht ohne persönliche Gefahr hätte äußern dürfen, immer populärer zu machen, nämlich die Wiedervereinigung beider 1832 getrennten Kantonstheile. Die Stadt zählt 30,000, die Landschaft nicht ganz 50,000 Seelen; man fragt sich im Volk, wofür doppelte Auslagen für Justiz, Administration und andere Staatszweige bei nur 80,000 Einwohnern, der Seelenzahl einer mittelgroßen Stadt? Die Befürchtung, daß es wieder eine herrschende Stadt und eine beherrschte Landschaft geben werde, was theilweise die Revolution der 30er Jahre veranlaßte, wird durch die schweizerische Bundesverfassung von 1848 unmöglich gemacht; die damaligen Particularinteressen aber, so z. B. das Mißbehagen und die Nichtbeschäftigung einiger Adeligen und Beamten im katholischen Bezirk Birseck, sind seitdem befriedigt worden. Wir vernehmen, daß ein Mitglied des Bundesraths in Bern sich lebhaft für obige Idee interessirt, deren Ausführung manchem moralischen Uebelstand und vielen finanziellen Opfern abhelfen würde.

≡ **Aus der Schweiz**, 13. Nov. Vorgestern Abend wurde ein prachtvolles Nordlicht nicht allein in Basel, sondern auch an vielen andern Orten unseres Landes wahrgenommen. Es dauerte, mit zeitweisem Verschwinden, von 7½ bis 8¾ Uhr. — Der von der Regierung von St. Gallen, als Antrag an den großen Rath, ausgefertigte „Voranschlag der muthmaßlichen Einnahmen und Ausgaben der Staatskasse" ergibt eine Gesammteinnahme von 742,000 Fr. und stellt die Gesammtausgaben auf 852,000 Fr. Muthmaßliches Deficit, das durch eine einfache Vermögenssteuer gedeckt werden kann, 110,000 Fr. — Es wird berechnet, daß die jährlichen Mehrausgaben für das Militär im Kanton Thurgau auf den Betrag von wenigstens 40,000 Fr. steigen. — Der große Rath von Freiburg ist am 9. d. M. zusammengetreten, jedoch nicht in beschlußfähiger Zahl, so daß keine Verhandlung stattfinden konnte. Die neugewählten Großräthe des Sensebezirks erschienen nicht selbst, sondern sandten eine Erklärung ein, welche eine Mentalreservation für den zu leistenden Eid enthalten soll. — Nach dem „Echo du Montblanc" wäre der Concessionsvertrag für die Genf-Lyoner Eisenbahn, so weit sie Genfer Gebiet betrifft, bereits vom dortigen Staatsrath unterzeichnet; die Concession wird einer Genfer Gesellschaft ertheilt, die durch die Herren General Dufour, Bartholoni und Kohler vertreten ist. Die französische Concession wird noch diesen Monat erfolgen. Die Bahn geht über St. Rambert, von wo aus eine Zweigbahn nach Macon führen soll. — In Tessin haben sich im Lauf dieses Jahrs nicht weniger als 274 junge Männer durch Entfernung aus dem Kanton dem Militärdienst entzogen. — In Solothurn ist der 13½ Jahr alte Waisenknabe, welcher das dortige Waisenhaus in Brand gesteckt, zu vierjähriger Arbeitshausstrafe verurtheilt worden. — Der bekannte Dr. Treichler hat in Zürich einen „Verbrauchsverein" gestiftet, bei dem sich bis jetzt schon 70 Haushaltungen haben einschreiben lassen. Der Verein kauft alle Nahrungsmittel im Großen und stellt sie seinen Mitgliedern zu den kostenden Preisen zur Verfügung. Bäcker, Krämer ꝛc. beschweren sich sehr nachdrücklich über dies Verfahren. — Die Regierung von St. Gallen ist von dem dortigen großen Rath aufgefordert worden, die Revision der Strafgesetze ernstlich zu betreiben. Der angetragene Verkauf der Staatsdomänen von Ragaz und Pfäffers wurde, als den Credit des Kan-

tons gefährdend, nicht beliebt. — In Graubünden hat sich die von dem großen Rath ernannte Commission zur Revision des Strafverfahrens, vorläufig für Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, jedoch nicht für Geschwornengerichte, sondern für ständige Gerichte in der Art ausgesprochen, daß den Kreisgerichten die leichtern, dem Obergericht die schwerern Vergehen zur Beurtheilung überwiesen würden.

Dänemark.

Kopenhagen, 10. Nov. Sicherem Vernehmen nach wird der Geh. Archivarius, Conferenzrath Wegener, wegen seiner neulich gegen die königliche Botschaft über die Erbfolgeangelegenheit geschriebenen Broschüre vom Ministerium zur Verantwortung gezogen werden. Wenn es sich nun auch nicht mit Bestimmtheit angeben läßt, welche Entscheidung der vereinigte dänische Reichstag in dieser Angelegenheit seinerseits treffen wird, so hört man doch allgemein die Vermuthung und Ueberzeugung aussprechen, daß die Majorität des Reichstags sich ganz entschieden gegen die vorgeschlagene rein agnatische und dagegen für die agnatisch-cognatische Erbfolge erklären werde. (Pr. Z.)

Aegypten.

Der Vicekönig von Aegypten ist, wie französische Blätter wissen wollen, durch das Verlangen der Pforte, ihr sieben Millionen von dem im künftigen Jahr zu entrichtenden Tribut im voraus zu bezahlen, in nicht geringe Verlegenheit gesetzt worden. Die ägyptische Regierung hat bei den einheimischen Bankiers nur zwei Millionen auftreiben können; sie hat deßhalb mit einem Dampfschiffe Abdulah Bey nach Paris abgesendet, der sich mit Rubas Bey verständigen und die erforderliche Summe in Paris und London auftreiben soll. Abdulah Bey ist bereits in Paris angekommen.

Neueste Nachrichten.

= **Frankfurt**, 15. Nov. In der heutigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung, zu der auch die Abgeordneten der Landgemeinden eingeladen waren, kamen, nachdem noch einige in der vorigen Sitzung nicht anwesende Mitglieder den verfassungsmäßigen Eid mit der durch ein Gesetz des Jahres 1849 eingeführten Eidesformel: „so wahr mir Gott helfe!“ abgeleistet hatten, folgende Senatsvorlagen zum Vortrag: 1) Ein mit dem Großherzogthum Hessen abzuschließender Staatsvertrag, betreffend Verhütung und Bestrafung von Forst-, Jagd- und sonstigen Freveln, über welchen die in der letzten Sitzungsperiode ernannte Commission wegen Kürze der Zeit nicht mehr berichtet hatte, wurde wiederholt an eine Commission von fünf Mitgliedern verwiesen. 2) Ein Gesetzentwurf über Prolongation der Rechneifrehne à 500 fl. im Gesammtbetrag von 3¼ Millionen, auf ein weiteres Jahr, und zwar, da die alten Scheine schon drei Prolongationsstempel haben und abgenutzt sind, mittelst Ausgabe neuer Scheine gegen Einlieferung und Vernichtung der alten, wurde, nachdem Herr Dr. Schlemmer die Vervollständigung der Acten durch Vorlage der frühern Verhandlungen mit der Handelskammer, und Herr Dr. Souchay wegen der Meinungsverschiedenheit des Rechneiamts und der Handelskammer die Ernennung einer Commission beantragt hatten, an eine Commission von fünf Mitgliedern verwiesen. 3) Der Ausschlag der Staatssteuern auf die Landgemeinden für das Jahr 1853 mit 1½ Simplen wurde, nachdem auf Antrag der Herren Dr. Zucho und Dr. Mappes in dem deßfallsigen Gesetz der Vorbehalt einer gleichmäßigen Besteuerung für Stadt und Land gestrichen worden war, ohne Discussion genehmigt. 4) Der Senatsantrag auf Nachbewilligung von 2400 fl. auf den Budgetposten von 30,090 fl. für unvorhergesehene Ausgaben wurde an die ad 2 ernannte Commission verwiesen. — Die ganze Sitzung dauerte nur etwa eine halbe Stunde und das ziemlich zahlreich anwesende Publikum, das die bereits in mehreren Blättern angekündigte Senatsvorlage über die Ergänzung des Senats und über die vorbehaltenen Verfassungsveränderungen erwartet hatte, ist für diesmal in seiner Erwartung getäuscht worden.

|*| **Frankfurt**, 15. Nov. Der Angriff auf einen Felsschützenvorposten von Seite bayerischer Soldaten, welcher kürzlich in diesem Blatte mitgetheilt wurde, bestand, der eigenen Anzeige dieses Rottmeisters zufolge, lediglich darin, daß er vermuthete, von vier bayerischen Soldaten, die ihm bei Nacht auf der Straße begegneten, allenfalls bedroht oder angegriffen werden zu können, und zwar aus dem Grunde, weil zwei vor und zwei hinter ihm gingen, von denen er die letzteren ungeachtet der bereits eingetretenen großen Dunkelheit an ihre Säbel greifen gesehen haben will!

* **Berlin**, 14. Nov. Die Bewohner des Kreises Soest haben sich in einer Petition an Se. Maj. den König für Rehabilitation des abgesetzten Landraths v. Bockum-Dolffs verwendet. — Das Parteiverhältniß in der zweiten Kammer stellt sich jetzt, nachdem die sämmtlichen Wahlen bekannt geworden, folgendermaßen heraus. Rechnet man die Minister und einige Oberpräsidenten zu den in der außerordentlich starken Zahl von 80 gewählten Landräthen hinzu, so ist die stärkste Fraction die ministerielle, die mit Hinzutritt einiger andern Beamten nicht weniger als 100 Mitglieder, d. h. zwei Fünftel der ganzen Kammer enthalten wird. Dieser zunächst kommt die gesammte oppositionelle Fraction mit einigen und achtzig Mitgliedern, theils Constitutionellen, theils Altpreußen. Die dritte Stelle nehmen die Katholiken ein mit 53 Abgeordneten (in bedeutendem Grade mehr, als früher), die vierte die Kreuzzeitungspartei (einige und vierzig.)

= **Paris**, 14. Nov. Heute ist Sonntag, der kaiserliche Hof — denn gegen diese Bezeichnung wird wohl niemand mehr etwas einzuwenden haben — und die Minister leben in Fontainebleau dem Vergnügen der Jagd; Gründe genug für eine vollständige Ebbe der politischen Nachrichten; selbst der „Moniteur“ weiß heute nichts Wichtigeres zu bringen als ein Reglement für den Transport von Schießpulver und Kriegsmunition auf den Eisenbahnen. Obgleich der Regen diesen Morgen in Strömen fiel, so haben sich doch mit dem Frühzug viele Pariser nach Fontainebleau aufgemacht, und namentlich sind die Jünger des St. Hubertus nicht zurückgeblieben. Für heute Mittag war die erste große Hetzjagd unter Leitung des Prinzen Ludwig Napoleon vorbereitet.

Aus den Departementen vernimmt man, daß sich am 21. und 22. d. M. die Wähler überall in Masse zur Abstimmung einfinden und faß einstimmig für das Kaiserreich stimmen werden. Auch dauert die Adressen- und Petitionsbewegung immer noch fort.

Daneben rühren sich auch die Flüchtlinge im Ausland wieder und verschwommenen einzelne Punkte mit aufrührerische Flugschriften. Ebenso oft in einigen Departementen der Protest des Grafen v. Chambord in Hunderten und Tausenden von Exemplaren verbreitet, den Leuten ins Haus geworfen, ja sogar den Landgeistlichen und Beamten zugeschickt worden. In Metz ist die Polizei gegen die Verbreitung des Protestes mit Haussuchungen und andern Maßregeln eingeschritten.

„Constitutionnel“ und „Pays“ werden unter dem Titel „Journal de l'Empire“ zu einem einzigen Blatt verschmolzen; und zwar als Eigenthum einer anonymen Gesellschaft. Der Dr. Veron zieht sich zurück.

Der Bischof von Rennes hat an alle Geistlichen seiner Diöcese ein von der Kanzel zu verlesendes Rundschreiben gerichtet, worin alle Gläubigen aufgefordert werden, sich am 21. und 22. an der Wahlurne einzufinden und ein bejahendes Votum in dieselbe zu legen.

‖ **London**, 13. Nov. Gestern haben die Königin und der Hof, die Minister, das diplomatische Corps, die Mitglieder des Parlaments, die Offiziere ꝛc. das Paradebett des Herzogs v. Wellington in der Trauerkapelle in Chelsea besucht. Heute war dieselbe dem Publikum geöffnet, der Andrang aber und die Unordnung dabei so groß, daß der Tod von sechs Personen zu beklagen ist. Frauen, Greise und Kinder wurden faß erdrückt oder unter die Füße getreten und man zählt so viele Verwundete, daß der Gegenstand im Parlament zur Sprache gebracht werden soll.

Börsenberichte.

= **Frankfurt**, 15. Nov. Der Hauptumsatz an der heutigen Börse fand in 1pCt. hanischen Fonds statt; bedeutende Verkaufscommissionen, die darin zur Ausführung am Markt waren, setzten den Cours derselben stufenweise von 24 13/16 bis auf 24 7/16 pCt. zurück. Später zeigten sich zu den herabgesetzten Coursen Käufer, und da sich kein weiterer Grund des Fallens herausstellte, so haben sich die Course am Schluß der Börse wieder auf 24 3/8 à 11/16 pCt. 3pCt. Inländische, bis zu 44½ pCt verhandelt, schlossen zuletzt auch wieder fester, 45 pCt. Ja österreichischen Effecten zeigte sich nur wenig Bewegung; 5pCt. Metall. waren 80¾, pCt.; 4½pCt. Metall. 71 11/16 pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88 pCt.; 250 fl. Loose 116⅛ pCt. G. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn flauer, 114½ pCt. G.; Verbach 95¾ pCt.; Köln-Minden 112¼ pCt.; Taunus 301 fl. G. Von den übrigen Papieren waren 5pCt. englisch-sardinische und belgische Obligationen zu besseren Preisen begehrt. — Abends in der Effectensocietät waren Spanische 1pCt. 24½ à 11/16 pCt.

Madrid, 9. Nov. 3pCt. 46⅞, n. d. Börse 46¾ B. — 1pCt. Neue 25 11/16, n. d. Börse 25 11/16 G.

Amsterdam, 13. Nov. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 63¼, 13/16. — 3pCt. Schuld 76 11/16. — 4pCt. 95 1/16. — 3½pCt. —. — 1pCt. Spanische 25. — 3pCt. —. — do. inländ. à 6000 fl. 45⅞. — 5pCt. Portug. —. — 4pCt. —. — 4pCt. Russ. bei Poole 91¾. — do. bei Stieglitz 90⅝. — 5pCt. Metall. 77⅛. — 2½pCt. do. 40¼. 40. — 5pCt. Silber-Metall. —.

Bei sehr wenigem Geschäft waren heute holländische Fonds etwas fester. In fremden Effecten war der Umsatz ebenfalls sehr beschränkt, und die Stimmung im Allgemeinen etwas günstiger; französische 3pCt. haben sich seit gestern ½ pCt. im Preise gebessert.

Verantw. Redaction: Dr. H. Bolten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuhfeldt.

[2561]

Bekanntmachung.

Vom 16. d. M. an wird die Correspondenz nach und über Paris und dem nördlichen Frankreich um 7 Uhr Morgens von hier abgefertigt, wovon das correspondirende Publikum mit dem Anfügen in Kenntniß gesetzt wird, daß frankirte Briefe bis 8 Uhr Abends aufgegeben und unfrankirte Briefe bis 5 Uhr früh in den Briefkasten an dem hiesigen Postlhause gelegt werden können.

Frankfurt a. M., den 15. November 1852.

Ober-Post-Amt.

Brints.

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation.

Die Besitzer von Actien unserer Gesellschaft werden in Kenntniß gesetzt, daß in der gestrigen Generalversammlung die statutenmäßige Dividende für das Jahr 1852 auf 4 pCt. oder fl. 20 für jede Actie festgesetzt worden ist, deren Auszahlung gegen Abgabe der Dividendenscheine **auf den 1. Januar 1853**

in Carlsruhe bei der Gesellschaftskasse.
in Frankfurt a. M. bei den Herren M. A. von Rothschild und Söhne, und
in Cöln bei den Herren S. Oppenheim jun. & Comp.

erfolgt.

Unter Berufung auf die diesseitige Bekanntmachung vom 7. August v. J. fordern wir zugleich die Besitzer der noch rückständigen alten Actien auf, solche gegen neue Urkunden von gleichem Betrage auf unserem hiesigen Bureau umzutauschen.

Ebendaselbst können auch von heute an gegen Vorzeigung oder Einsendung der Actien die Dividendenscheine für 1852/61 erhoben werden.

Carlsruhe, den 13. November 1852.

[2586] **Die Direction.**

Weinversteigerung in Oppenheim.

Den 7. December l. J., bis Vormittags 10 Uhr, werden auf dem Gemeindehause zu Oppenheim auf Anstehen des Herrn Georg Turchmann von da, die nachverzeichneten rein gehaltenen Weine — Oppenheimer und Dienheimer Gewächs — meistbietend versteigert, als:

1 Stück 1851er	6 Stück 1849er
2 Stück 1852er	7 Stück 1848er
2 Stück 1850er	18 Stück 1846er
4 Stück 1847er	

Die Proben werden auf der Versteigerung vorgestellt und können bis dahin täglich an den Fässern, durch Vermittelung des Küfermeisters Herrn Wilhelm Schadin dahier, genommen werden.

[2573] Aus Auftrag: Schwender, Gr. Hess. Notar.

Concert-Anzeige.

Unterzeichneter beehrt sich, einem kunstsinnigen Publikum ergebenst anzuzeigen, daß sein Concert Montag den 22. November im Saale der Loge Sokrates 7 Uhr Abends unwiderruflich stattfinden wird.

[2585] **RUD. GLEICHAUF.**

Verloosung von Großherzoglich Hessischen Staatsrenten-Obligationen auf Inhaber betr.

Bei der zum Behufe der Ausmittelung, welche von den ausgegebenen **Staatsrenten-Obligationen** auf Inhaber zur Rückzahlung berufen seien, heute weiter Statt gehabten Capitalverloosung traf das Loos die Obligationen:

Litr. A. Nr. 4. 61. d. d. 1. October 1824 .	jede à 1000 fl.
Litr. A. Nr. 487. 498. 531. 533. d. d. 1. Januar 1852	jede à 1000 fl.
Litr. B. Nr. 34. 45. d. d. 1. October 1824 .	jede à 500 fl.
Litr. B. Nr. 113. 121. 126. 155. d. d. 1. Januar 1824	jede à 500 fl.
Litr. C. Nr. 25. d. d. 1. October 1824 . . .	à 100 fl.
Litr. C. Nr. 136. d. d. 1. Januar 1825	à 100 fl.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit dem Anfügen in Kenntniß, daß gegen Rückgabe derselben und der zu diesen gehörigen, noch nicht verfallenen Zinscoupons die Capitalbeträge zwischen dem 25. und 30. December l. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, dahier in der Staatsschulden-Tilgungscasse oder bei den Bankierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. in Empfang genommen werden können, und daß, gleichviel, ob die Erhebung zur bestimmten Zeit erfolgt oder nicht, vom **1. Januar 1853** an keine weitere Zinsen von denselben bezahlt werden.

Zugleich werden die Besitzer der am **30. December 1849** rückzahlbar gewesenen Obligation Litr. A. Nr. 640 à 1000 fl., so wie der am **30. December 1851** rückzahlbar gewesenen Obligationen-Litr. B. Nr. 2 à 500 fl. und Litr. C. Nr. 6 und 142 à 100 fl. hierdurch nochmals aufgefordert, ihre Kapitalbeträge um so mehr unverzüglich in Empfang zu nehmen, als die erstere Obligation bereits seit dem **1. Januar 1850**, die 3 letzteren seit dem **1. Januar 1852** nicht mehr verzinset werden.

Darmstadt, am 7. October 1852.

Die Direction
der Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Eckardt. v. Rabenau.

[2569] Balser.

Affenheim, 11. Nov. In der Nacht vom 9. zum 10. d. M. verschied sanft nach eilfmonatlichem unsäglichem Leiden im 57. Jahre seines Lebens Graf Franz zu Solms-Rödelheim, in ihm ein edler Mann für Alle, welche ihn erkannten. [2590]

[2578]

Photographisches Institut

von **JACOB SEIB, Hochstrasse 16,** Parterre.

Ich ersuche Diejenigen, welche Portraits auf Weihnachten wünschen, mich baldigst zu berehren, um die nöthige Zeit für die Ausführung zu gewinnen.

Die geeignetsten Stunden zur Aufnahme sind jetzt: **von Morgens 10 bis 3 Uhr Nachmittags.**

[2530] **FRANKFURTER STADT-LOTTERIE.**

Hauptgewinne: fl. 200,000, 100,000, 40,000, 25,000 2c.

Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.

Ganze Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1. 30 kr., ⅛ à 45 kr., gegen, unter Zusicherung prompter und verschwiegener Bedienung **Moriz Stiebel Söhne** in Frankfurt a. M.

[2539] **123. Frankfurter Stadt-Lotterie.**

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December 1852.

Ganze und getheilte Loose sind zu den bekannten Preisen zu beziehen von

Gebrüder Stiebel,

Hauptcollecteurs in Frankfurt am Main.

Kolnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 11. November 1852 anfangend. [2557]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6½ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6½ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**
☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 9 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.: in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7¼ Uhr die Düsseldorf, Elberfeld.
Von **Mainz-Castel** Mittags 11 Uhr, von **Biebrich** Mittags 11¼ Uhr nach **Köln, Arnheim.**
Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm**, Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Peill**, Zeil Nr. 67.

[2589] Eine gebildete junge Engländerin, welche neben ihrer Muttersprache auch in Musik und im Französischen unterrichten kann, wünscht als Erzieherin in einer deutschen Familie oder Schule placirt zu werden. Durch wen? ist auf der Expedition dieses Blattes zu erfahren.

Hotel garni u. Restauration.

Ich beehre mich hiermit, einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich mein Haus am Leonhardsthor Nr. 28 neu mit der Aufsicht auf den Main zum Hotel garni eingerichtet habe, worin die geehrten Reisenden unter billigen Preisen und prompter Bedienung monatlich, wöchentlich und täglich logiren können.

[2672]
Frankfurt a. M. **Hessen-Winkler.**

[2559] Oeffentliche Ladung.

Es werden
der hiesige Bürger und Schneider Ludwig Anton Philipp Mösch und
der Dienergeselle Ludwig Post aus Büdesheim
aufgefordert, sich
innerhalb 14 Tagen
bei unterzeichnetem Amte zu stellen, widrigenfalls in der wegen Körperverletzung gegen sie eingeleiteten Untersuchung das weitere Rechtliche verfügt werden wird.

Frankfurt a. M., den 11. November 1852.
Peinlich Verhör-Amt.
Schmidt.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro 274.) 16. November 1852.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 16. Nov. Die heute ausgegebene Nr. 138 des Amtsblatts der freien Stadt Frankfurt enthält die Uebereinkunft zwischen dem Großherzogthum Hessen und der freien Stadt Frankfurt, zur Vollziehung des Gesetzes, die den Eisenbahn- und Telegraphenbetrieb gefährdenden Verbrechen und Vergehen betreffend.

= **Frankfurt**, 16. Nov. Sie haben heute im „Konversationsblatt" das gestern erfolgte Hinscheiden des seiner Zeit so verdienstvollen und beliebt gewesenen Schauspielers Leibring, eines Veteranen der hiesigen Bühne, gemeldet. Erlauben Sie mir, dieser Mittheilung eine Notiz anzufügen, welche beweist, daß der verstorbene wackere Künstler, liebenswürdige Mensch und seltene Gesellschafter auch eine Art von — Sonderling gewesen ist. In seinem gestern eröffneten Testament findet sich nämlich die eigenthümliche Bestimmung, daß an seinem Körper, um jede Möglichkeit des Lebendigbegrabenwerdens zu beseitigen, die Operation des Scalpirens vollzogen werden solle (die Worte lauten: es solle ihm das Fell über die Ohren gezogen werden) und daß die Haut dem naturhistorischen Museum zur Aufbewahrung zu übergeben sei. Zur Vornahme dieser Operation ist ein hiesiger Arzt in dem Testament bestimmt und deßhalb mit einem Legate bedacht. Es steht sehr in Frage, ob diese eigenthümliche letztwillige Verfügung ihrem Wortlaute nach zur Ausführung kommen wird.

Wien, 11. Nov. Preußische Blätter melden wiederholt und mit allerlei Details die auch in die hiesigen Journale übergegangene, völlig ungegründete Nachricht von einem definitiven Abschluß des Zollvereinsvertrags zwischen der königl. preußischen und der herzogl. braunschweigischen Regierung. Hier weiß man aus zuverlässiger Quelle, daß weder in Braunschweig, noch in Hannover, noch auch in den thüringischen Staaten bis jetzt irgend ein entscheidender Schritt in dieser Hinsicht geschehen ist. (A. Z.)

*„ **Wien**, 11. Nov. Um dem Mißbrauch wucherischer Darlehen auf Wechsel entgegenzuwirken, hat das Justizministerium eine zeitgemäße Maßregel zu Stande gebracht, die Aufrechung der Giltigkeit der sogenannten Ratenwechsel nämlich, in welchen die zu zahlende Summe in einzelne Theilbeträge aufgelöst und für jeden derselben ein verschiedener Zahlungstag festgesetzt wird. Da diese Art Wechsel sowohl hinsichtlich der Verfallzeit der Acceptation und der Protesterhebung, als der Name eines Wechsels überhaupt widerstreitend ist, so wird durch allerhöchste Entschließung vom vorigen Monat derselben die Wechselfrast benommen. — In Bezug auf die zu regulirenden Gerechtsamen der wandernden Handelsagenten sind einige vorläufige Bestimmungen erfolgt, worin vor allem für jene aus dem In- wie dem Ausland die Bewilligung der competenten Behörde erforderlich gemacht wird. Bei Ausländern darf die Giltigkeitsdauer derselben ein Jahr nicht überschreiten und es ist damit die Entrichtung einer verhältnißmäßigen Gebühr verbunden. Die Agenturbewilligung gibt dem Agenten das Recht, mit Kaufleuten und Fabrikanten Geschäfte anzuknüpfen, ihnen Waarenmuster und Preiscourante vorzulegen, Bestellungen auf Waaren anzunehmen, oder Einkäufe zu machen; er hat sich dabei jedoch nur auf die eigenen vollmachtgebenden Häuser zu beschränken, darf bestellte Waaren nicht an die Besteller absenden und ist zur Controle seines Betriebs gehalten, ein paraphirtes Hauptbuch, gleich dem eines Waarenfensals, zu führen.

* **Wien**, 14. Nov. Die ministerielle österreichische Correspondenz enthält einen Leitartikel über die Entwickelung der französischen imperialistischen Frage. Der Bruch des Staatsoberhauptes mit der Umwälzungspartei verleihe dem Kaiserthum moralische Bürgschaft, berechtige zu Friedenshoffnungen. Nicht bloß der Ruhm, auch der Sturz Napoleons gehöre zu den als Erbtheil beanspruchten kaiserlichen Traditionen. Oesterreichs Politik habe die französischen Regierungsformen gegenüber den begründeten Gewalten stets anerkannt. Oesterreich werde diese bewährte Politik nicht verlassen. Durch Anerkennung der Thatsachen gerathe Oesterreich nicht in Widerspruch mit dem Princip der Legitimität. Der neue Herrscher in Frankreich sei dem Einen ein Volkserwählter, dem Andern ein Erbe des Kaisers, dem Dritten eine Nothwendigkeit. Auch dem Auslande gegenüber sei es nicht gerathen, den Principienstreit durch Annahme von Titeln, Bezeichnungen, die weder staatsrechtliche noch thatsächliche Prärogativen in sich schließen, auf die Spitze zu treiben. Die Aufgabe des eine Dynastie Gründenden sei, den Weg zu bahnen für Nachfolger, nicht für Vormänner.

;: Aus **Pest**, 10. Nov., wird uns mitgetheilt: Nachdem man in Erfahrung gebracht, daß im Banat der vormärzliche Sprachzwang in den deutschen Schulen noch immer sich geltend macht und die Kinder gegen den Willen ihrer Eltern in der magyarischen Sprache fort und fort unterrichtet werden, hat die Landesschulbehörde in Folge höherer Verordnung sich veranlaßt gesehen, die Directoren der Lehranstalten zu erinnern, daß in allen Volksschulen von nun an die Muttersprache der Schüler die Unterrichtssprache sei. Der Unterricht in einer andern Sprache ist nur in der zweiten Klasse erlaubt, und wird solcher nur dann gestattet, wenn es die Gemeinden ausdrücklich wünschen. Bei gemischten Nationalitäten entscheidet hinsichtlich der Unterrichtssprache die Mehrheit der Schüler, wobei jedoch der Lehrer verpflichtet ist, auf die billigen Ansprüche der Minorität Rücksicht zu nehmen.

£ **Berlin**, 13. Nov. Ich weiß nicht, ob es schicklich, geschweige denn politisch ist, wenn die „Preußische Zeitung" mit ihrem officiellen Charakter nunmehr seit langen Wochen handelspolitische Nachrichten aus Böhmen mittheilt, deren Tendenz von Anfang bis zu Ende keine andere ist, als die österreichische Industrie in ein möglichst ungünstiges Licht zu stellen. Regierungen und ihre Organe sollten doch in solchen Angelegenheiten nicht Partei nehmen, sich vielmehr vor allem andern Versöhnung und Verständigung angelegen sein lassen. Ist es wahr, daß die österreichische Tuchfabrikation, die sich einen Namen auf den Weltmärkten erworben hat, daß die tyroler Baumwollenspinnereien in der größten Klemme sich befinden? Den Bericht dieser oder jener Handelskammer je nach der Situation des Tages auszubeuten, ohne die geringste Kenntniß der wirklichen Verhältnisse, ist ein unrühmliches Manöver. Uebrigens wird es sich bald zeigen, wie alle diese Prognostika zu nehmen sind. Ende Januar treten in Oesterreichischen die durch den neuen Zolltarif bedingten Veränderungen bei der Erhebung der Zölle mehrerer Artikel ein. Es hört nämlich der Zollzuschlag von 10 Procent, welcher auf die Dauer des ersten Jahres der Wirksamkeit des Tarifs für Webe- und Wirkwaaren, Kleidungen, Putzsachen, Metallwaaren, Bijouterien und den zusammengesetzten Waaren erhoben wurde, auf. Eben so treten rücksichtlich der rohen Baumwolle die Zollansätze in volle Kraft. Hat die österreichische Industrie einmal das erreicht, daß ihr ein vortheilhafterer Bezug von Roh- und Hilfsstoffen und Halbfabrikaten aller Art zu statten kommt, so ist ihre Zukunft gesichert. Wir selbst befinden uns ja keineswegs in einer so außerordentlich günstigen Lage. Ganz im Gegentheil! Auch seitens der in Weimar in der Zollangelegenheit tagenden thüringer Ministerialconferenz haben die meisten Mitglieder sich für eine Vermittelung aussprechen und man brachte über die besten Wege und Mittel dazu Manches zur Sprache, was um so natürlicher ist, wenn man bedenkt, daß einige der thüringischen Staaten theils an Sachsen, theils an Bayern grenzen. Wenn es wahr ist, daß man seitens Oesterreichs und der Coalition Beweise gegeben, daß man nicht auf die Sprengung des Zollvereins ausgehe, sondern daß man die Sprengung für ein Nationalunglück halten würde; daß man Preußen nicht aus seiner bevorzugten Stellung im Zollverein drängen will, indem man ihm nach wie vor die Leitung der gesammten deutschen Handelsverhältnisse anbietet; daß Oesterreich nicht nur auf die Formulirung der Handelseinigung verzichtet, sondern zugibt, daß sich dieselbe nach und nach aus dem Handelsverträge heraus entwickelte, der jetzt gleichzeitig mit der Reconstruction des Zollvereins abgeschlossen werden soll; wenn die Coalition endlich bei einiger Nachgiebigkeit von Seiten Preußens darauf verzichtet, die Handelsfrage vor den Bundestag zu bringen, — ist dies Alles wahr, so begreift man nicht, warum wir die dargebotene Hand zurückweisen sollten. Der deutschen Industrie muß ein größerer Markt geöffnet werden, soll sie nicht von der einzi-

schen erbrückt werden. Die englische Handelsübersicht des letzten Monats weist im Vergleich zu dem entsprechenden Monat des vergangenen Jahres eine Zunahme der Ausfuhr nach: in baumwollenen Fabrikaten 14 Procent, in Bier 50, in Damenputz und Bändern 40, in Leder 60, in Oelen 60, in Metallen 20, in Seidenwaaren 26, in Wollenwaaren 25 Procent. Kein Wunder, daß unsere Regierung es sich ganz besonders angelegen sein läßt, wo möglich mit Frankreich einen Handelsvertrag abzuschließen.

± **Berlin**, 14. Nov. In Betreff der sich noch stets wiederholenden Gerüchte von Mobilmachung mehrerer Armeecorps, hört man nun in hiesigen höhern militärischen Kreisen mit voller Bestimmtheit, daß diese Angaben durchaus jeder Begründung entbehren. Wir würden auf diesen Gegenstand kaum zurückkommen und veranlaßt finden können, wenn derartige Gerüchte nicht mit einer gewissen Hartnäckigkeit immer wieder erneuert würden, welcher Umstand indessen deutlich auf die Absichtlichkeit und Speculation hinweist, welche der Ausbreitung derselben zum Grunde liegen. Bei dieser Gelegenheit kann aber zur Beruhigung derjenigen, welche wähnen, unser Kriegsministerium lege, der etwaigen nicht friedlichen Entwickelung der Dinge in Frankreich gegenüber, die Hände sorglos in den Schooß, hervorgehoben werden, daß bereits seit längerer Zeit in Preußen alles so vorbereitet ist, daß binnen wenigen Wochen ein Heer von 500,000 Mann wohlgerüstet aufgestellt werden kann. Die Erfahrungen, welche bei der Mobilmachung vom Jahr 1850 gewonnen worden sind, haben dazu gedient, alle Unzulänglichkeiten in Betreff der Ausrüstung unseres Heeres gründlich zu beseitigen, wovon sich jeder am besten in den Ausrüstungskammern der Monarchie überzeugen kann. Bei so bewandten Dingen glauben wir, daß Preußen allen Vorkommnissen ruhig entgegensehen kann.

⊙ **Stuttgart**, 14. Nov. In der letzten Zeit fanden viele Ernennungen in der höhern Beamtenwelt statt, nachdem der Landtag die Mittel zu den seit einigen Jahren nicht mehr besetzten Stellen verwilligt hatte. Das Geheimerathscollegium fand die durch die Geschäftslast nothwendig gewordene Vermehrung, indem Tribunaldirector v. Betzenberger und Regrathsdirector v. Schmidlin zu wirklichen ordentlichen Staatsräthen, der Oberamtmann von Ulm, Oberregierungsrath Fritz, zum außerordentlichen Mitglied des Geheimraths ernannt wurde. Director v. Harpprecht wurde zum Präsidenten des höchsten Tribunals, Director v. Sick zum Vorstand des Oberstribunals, mit Titel und Rang eines Staatsraths, Obertribunalrath v. Ege zum Director des Gerichtshofs für den Neckarkreis befördert. Dagegen wurde Obertribunalrath v. Hoffacker auf sein Ansuchen pensionirt, mit Belassung auf der Präsidentschaft des Cassationshofs. Bei dem Kultverpartement wurde Staatsrath v. Köstlin zum Präsidenten des evangelischen Consistoriums, der vortragende Rath v. Schmidlin als Vorstand der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates zum Director, Professor Mämling, seiner Zeit Mitglied der Nationalversammlung, zum Assessor mit dem Titel eines Oberstudienraths ernannt. An die Stelle des außer Activität gesetzten Prälaten v. Hafner wurde der Garnisonsprediger von Stuttgart, Sigel, zum Generalsuperintendenten von Heilbronn befördert, welche Stelle bekanntlich auch den Sitz in der zweiten Kammer gewährt.

± **Darmstadt**, 15. Nov. Der am 2. d. M. eingebrachte Gesetzentwurf wegen Einquartierung großherzoglicher Truppen und deren Verpflegung im Quartier, ist mit den Motiven im Druck erschienen. Das Gesetz vom 17. August fand in der Anwendung Schwierigkeiten, und zeigte sich auch nicht als erschöpfend. Darum die Vorlegung des neuen Gesetzentwurfs, in 20 Artikeln bestehend. Jenes Gesetz vom 1845 hatte besonders bezüglich der bei Durchmärschen oder ungewöhnlichen Verweilen der Truppen entstehenden Bedürfnisse nicht genau genug die Verhältnisse der Kriegsverwaltung zur Gemeinde einerseits und dieser zu den Einzelnen andererseits geregelt, woraus (die Erfahrungen des Jahres 1849) Verwickelungen mancher Art entstanden. Die nächste Sitzung der zweiten Kammer ist auf den 18. d. M. anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen namentlich Anträge wegen Geldbewilligungen für die Gymnasien. — Heute wurden die Assisen für die Provinz Starkenburg in vierten Quartal unter dem Vorsitz des Hofgerichtsraths Schulz, der an die Geschwornen eine einleitende kurze Anrede richtete, eröffnet. Schon gestern brachte die „Darmstädter Zeitung“ das Verzeichniß der Fälle, welche bis zum 27. d. M. zur Verhandlung kommen, mit Vorbehalt der Nachbringung des Verzeichnisses der später zu behandelnden Anklagen. Denn das Schwurgericht wird noch bis gegen das Christfest hin beschäftigt sein. Unter den verzeichneten Fällen betreffen nicht weniger als elf das Verbrechen des Diebstahls, was auf die Einwirkung der Theuerung im verflossenen Winter und Frühjahr hindeutet. Ein Fall von Brandstiftung (Anzündung eines Waldes), ein Fall versuchter Nothzucht. Viele Haupt- und Ersatzgeschworne brachten heute Gesuche um Entbindung vor; der Assisenhof berücksichtigte in nothwendiger Strenge nur einen Theil derselben.

§ **Weimar**, 13. Nov. Eine sehr wichtige Arbeit auf dem Gebiet unserer Gesetzgebung ist jetzt in die Oeffentlichkeit getreten: Es ist dieses der Entwurf einer Civilproceßordnung für unser Großherzogthum, wie für die beiden Schwarzburger Fürstenthümer, welcher wahrscheinlich schon beim nächsten Landtag zur Vorlage kommen wird. Derselbe führt die im Strafproceß schon bei uns bestehende Oeffentlichkeit auch im Civilproceß ein und zeichnet sich überhaupt dadurch aus, daß er die Vorzüge einer liberalen Theorie mit einer gemäßigten Praxis in sehr geschickter Weise zu verbinden gewußt, und demnach von der Gesetzgebung der französischen Revolution, welche sich mit dem Code de procédure von 1807 abschloß, nur das wirklich Bewährte adoptirte, — wie Sie aus den nachfolgenden wichtigsten Grundzügen des Entwurfs ersehen werden: Einzelrichter entscheiden in allen Rechtsstreitigkeiten, deren Gegenstand den Betrag von 100 Thlr. nicht übersteigt, und sind ferner zur Leitung des Beweisverfahrens, wie zur Vornahme provisorischer Verfügungen in Fällen, wo Gefahr auf dem Verzuge haftet, competent; alle wichtigeren Entscheidungen hingegen gehören vor die collegialisch besetzten Kreisgerichte. Der Haupt- und mündlichen Verhandlung vor Gericht gehen die schriftlichen der Parteien unter angemessener Leitung des Richters voran, wodurch, in Gegensatz zu dem französischen Verfahren, für die mündliche Verhandlung eine schriftliche Grundlage gewonnen wird. Jene beginnt mit einem schriftlich zu den Acten zu nehmenden Vortrag des Referenten, wobei es den Parteien gestattet ist, unrichtig oder unvollständig dargestellte Punkte bemerklich zu machen. Das Gericht kann hierauf, je nach den Umständen, sofort ein Erkenntniß fällen oder hierzu einen besondern Termin anberaumen. Die Oeffentlichkeit bei der Haupterhandlung beschränkt sich nicht auf die Parteien, sondern ist auch auf das übrige Publikum erstreckt. In minder wichtigen und geringfügigen Streitigkeiten findet das sogenannte summarische oder abgekürzte Verfahren statt.

Schweiz.

≡ **Aus der Schweiz**, 14. Nov. Der Bau einer Eisenbahn von Basel bis Olten, durch den untern Hauenstein ist durch die von den Regierungen von Baselstadt und Basellandschaft, wie von der Solothurnischen Consortium gesichert. — In Genf etablirten sich die Herren Fox, Henderson u. Comp. als Genf-Basel-Eisenbahngesellschaft. Gestern Abend waren in Genf drei Wahlfeste der verschiedenen Parteien in Umlauf, auf deren allen der Name des Generals Dufour sich befindet. — Das „Churer Tagblatt“ berichtet, daß eine Schaar von 30 jungen Männern aus dem katholischen Oberland, meist von Tavetsch, in Chur eingerückt sei. Sie ziehen unter Führung Giacomets nach dem Chio. — Die royalistische Zeitung „Neuchatelois“ widerspricht nun in dem ebenfalls in Neuenburg erscheinenden Blatt „Republicain“ erfochtenen Jubel, daß die Friedensrichterwahlen, namentlich in der sonst royalistisch gesinnten Stadt, ein Beweis für die Abnahme des Royalismus seien. Neuenburg sei noch so royalistisch wie vorher; an den Wahlen sei einmal das neue Wahlgesetz, das die Bürgerschaft dem Willen derer unterwerfe, welche „die Kinder Europa's oder wenigstens der ganzen Schweiz“ seien, und dann das Ausbleiben vieler Royalisten schuld. „Neuenburg ist jetzt politisch occupirt, wie es schon militärisch occupirt gewesen ist, schließt der „Neuchatelois“, und es unterwirft sich.“ Diese Bemerkung des „Neuchatelois“ bezieht sich, wie es scheint, auf einen merkwürdigen Artikel des Wahlgesetzes, welcher dahin gehen soll, daß zur Theilnahme an der Wahl ein Domicil von nur wenigen Tagen erfordert wird. Durch diesen Artikel wird es möglich gemacht, jeweilen vor einer Wahl die Stadt Neuenburg mit ergebenen Anhängern der Regierung zu überschwemmen. — Der große Rath von Neuenburg wird am 15. d. M. zusammentreten. Die vorgestrigen Berathungsgegenstände sind: Budget für 1853 und Eisenbahnfrage, welche man von Regierungsrath gewiesen war. — Nach der „Gazette de Lausanne“ haben die Abgeordneten von Waadt und Wallis Turin verlassen mit der Zusicherung, daß die piemontesische Regierung sich bei den Arbeiten für Erbauung eines Tunnels am St. Bernhard betheiligen werde. — In Genf ging das Gerücht, Herr James Fazy habe den General Dufour besucht und ihn angefragt, ob er sich nicht auf die Candidatenliste der Regierungspartei setzen lassen wolle? — Glarus und Tessin erklären sich bereitwillig zur Betheiligung bei der von Bern in Anregung gebrachten Auffüllung eines schweizerischen Handelsgesetzbuches.

Großbritannien.

○ **London**, 12. Nov. Nachträglich noch Einiges über die gestrige erste Sitzung in beiden Häusern des Parlaments nach dessen solenner Eröffnung durch die Königin. Im Hause der Lords war die Er-

klärung von Interesse, welche Graf Derby im Verlauf der Adressedebatte abgab. Der Premierminister sagte unter andern:

Auf den Theil der Rede Ihrer Majestät übergehend, welche von der besseren Lage der arbeitenden Klassen spricht, wünsche ich einige Thatsachen zu constatiren. Die Zunahme der Consumtion einiger Artikel, wie Thee, Tabak, Kaffee und Zucker, beweist zur Evidenz, daß die Lage der zahlreichsten Klassen der Gesellschaft sich in den letzten drei Jahren wesentlich verbessert hat. Die Sparkassen der ländlichen Bezirke haben in dem nämlichen Zeitraum ihre Einlagen im Verhältniß zu den zurückgezogenen Beträgen sich vermehren sehen und in diesem Jahr sind zum erstenmal seit 1847, dem Zeitpunkt, in welchem der free trade dem Ackerbau einen so empfindlichen Stoß versetzte, die Operationen ins Gleichgewicht gekommen. Die unheilvollen Einflüsse des free trade sind nach meiner Ansicht durch die starken Einfuhren von Gold, wie durch die in ziemlich großem Maßstab eingetretene Auswanderung neutralisirt worden. Aber im eigenen und meiner Amtsgenossen Namen beuge ich mich vor der Entscheidung des Landes. Ebenso erkläre ich, daß, obgleich von dem innigen Wunsch beseelt, die Nachtheile zu mildern, welche die neue Gesetzgebung wichtigen Klassen der Nation zugefügt hat, ich dennoch ohne einen Hintergedanken diese Gesetzgebung adoptire. Ich adoptire sie offen als die Entscheidung des Landes und bin entschlossen, sie redlich und aufrichtig zu vollziehen. Wollen Sie geduldig noch vierzehn Tage warten, so wird Ihnen dann mein ehrenwerther Freund, der Schatzkanzler, die Finanzmaßregeln vorlegen, welche die Regierung vorbereitet hat. Bis dahin, hoffe ich, werden Sie zurückhalten wollen.

Das Haus der Gemeinen war in allen seinen Theilen gedrängt voll, und man war begreiflicher Weise gespannt, zu sehen, auf welchen Plätzen sich die hervorragendsten Persönlichkeiten niederlassen würden. Um 4 Uhr trat Sir James Graham ein und nahm seinen Sitz auf der vordersten Oppositionsbank neben Macaulay ein, nachdem er mit diesem und Cobden, der hinter ihm saß, warme Händedrücke gewechselt hatte. Später kamen Lord John Russell und Sir Charles Wood; Sir James Graham kam auf der ersten Bank zwischen beiden letztern zu sitzen. Außer ihnen saßen in vorderster Oppositionsreihe die Mitglieder der letzten Whigverwaltung: Labouchere, Sir Francis Baring, V. Smith und Baines. Gegenüber zur Rechten des Sprechers hatten Disraeli, Sir J. Packington, Walpole, Henley, Lord Stanley, Lord J. Manners, G. A. Hamilton und F. Mackenzie Platz genommen. Lord Palmerston saß wie früher auf dem vereinzelten Sitze beim obern Ausgang links: ihm gegenüber rechts Sir Robert Inglis. Neben Lord Palmerston hatten sich die Trümmer des frühern Peel-Ministeriums, Gladstone, Goulburne, Herbert u. s. w., angesiedelt, hinter denen wieder ein starkes Contingent Irländer gruppirt war. Villiers und Hume griffen bei der Adreßdebatte das Ministerium an; es habe sein Wort nicht gehalten und spreche sich in der Thronrede so unbefriedigend, undeutlich und phrasen- und zweifelhaft aus, daß man jetzt nach neun Monaten seines Bestandes über seine Politik immer noch im Unklaren sei. Hierauf erwiderte Walpole, der Minister des Innern, das Haus habe sich zu einem besondern Zweck, und zwar zur definitiven Regulirung der Finanz- und Handelsfrage versammelt. Die Thronrede habe frei und offen sein und jedes Amendement der Adresse unnöthig machen wollen. Die Minister seien übrigens bereit, ihre Absichten auszusprechen und zu vollziehen. Sobald die Nationaltrauer dem Andenken des Herzogs v. Wellington ihren Tribut bezahlt habe, werde der Schatzkanzler dem Hause seinen Finanzplan vorlegen. Bis dahin habe die Thronrede zur Genüge zu erkennen gegeben, daß die Regierung die freihändlerische Politik zu stürzen nicht beabsichtige. — Lord John Russell erklärt sich mit Villiers über die vage Fassung der Thronrede einverstanden. Graf Derby hätte entweder bei seinen politischen Ansichten von 1846 verharren, oder sich zu seinem Irrthum und einer andern Politik bekennen müssen. Das Land könne nach neunmonatlichem Zuwarten eine bestimmte und entschiedene Erklärung verlangen und sich nicht mit der Wolke zufrieden geben, in welche der Schatzkanzler sich einhülle wie die Götter des Alterthums. Hierauf der angegriffene Disraeli:

Die Absicht der Regierung ist, Maßregeln vorzuschlagen, welche eine Befriedigung für die verletzten Interessen sein sollen, ohne jedoch das Princip der freien, unbeschränkten Concurrenz, welches wir als das Princip unseres Handelssystems anerkennen, irgendwie zu beeinträchtigen.... Wir glauben, daß die letzten Maßregeln ohne Berücksichtigung der entsprechenden Forderungen unseres Finanzsystems getroffen sind, und unsere Absicht ist, unser Finanzsystem mit unserem Handelssystem in Einklang zu bringen. Das, meine ich, wird man nicht Schutzzollsystem nennen können.

Gladstone erklärt sich mit der Fassung der Thronrede zufrieden. Sie habe sich nicht bestimmter aussprechen können, weil der Augenblick für einen Principienstreit nicht geeignet sei. Cobden ist gerade der entgegengesetzten Ansicht. Entweder Protection oder free trade; andere Fragen dürften nicht eingemischt, und über das bloße Princip müsse votirt werden. Lord Palmerston hat mit lebhafter Befriedigung mehrere Parthien der Thronrede bezüglich der freihändlerischen Grundsätze vernommen; hält es aber für unumgänglich, daß das Haus der Gemeinen hinsichtlich der Handelspolitik eine ausdrückliche Erklärung über seine Absichten für die Zukunft abgebe.

Das Urtheil der Presse über die Thronrede ist ein Echo der Parteireden. „Herald" findet sie groß und entschieden; die liberalen Blätter nennen sie zweideutig, unbestimmt, unehrlich im Punkt der Finanzpolitik. Von den ministeriellen Blättern aber ist „Post" allein so aufrichtig, einzugestehen, daß die letzte Stunde der Schutzzöllner geschlagen hat, daß sie ins Lager der Gegner mit gesenkter Fahne übergegangen sind. — Die Königin begab sich gestern Nachmittag um 4 Uhr, als sie von der feierlichen Parlamentseröffnung zurückgekehrt war, nach Chelsea, um das Paradebett des Herzogs v. Wellington im dortigen Invalidenhause zu besichtigen, und kehrte Abends mit dem Prinzen Albert und Familie nach Windsor zurück. — Das Directorium der Bank von England macht bekannt, daß Donnerstag, am 18. November, als am Begräbnißtag des Herzogs von Wellington, alle Baukbureaux geschlossen sein werden. Wechsel oder Noten, die am 18. fällig sind, mögen daher am 17. Nov. präsentirt werden. — Die Besitzer der türkischen Anleihescheine hatten gestern ein Meeting in der London Tavern und setzten ein Comite ein, welches ihre Interessen wahren und vor allem die näheren Umstände (und Umtriebe), unter denen die Anleihe contrahirt worden war, ermitteln soll.

Amerika.

†* **Neuyork,** 26. Oct. Daniel Webster, dessen nahen Tod ich in meinem vorigen Brief anzeigte, verschied so schmerzlos, daß die umstehenden Freunde erst nach mehreren Minuten das eingetretene Ende merkten. Er hatte schon einige Tage vorher den 24. October als seinen Abschiedstag bezeichnet. Nachdem er seinen Verzicht auf die Präsidentschaftscandidatur noch an einige Whigs seiner Fraction in rührender Art geschrieben, verabschiedete er sich von seiner Familie, von seinen andern Hausgenossen, von seinen anwesenden Kanzleisecretären, und überließ sich philosophischen und religiösen Betrachtungen. Die mit starker Stimme gesprochenen Worte: „Himmlischer Vater vergib mir meine Schuld und nimm mich in deinen Schooß unter Fürsprache deines Sohns Jesus Christus" bekunden Webster als einen Anhänger des positiven Christenthums. Darauf sagte er: „Jetzt nur noch Geduld und der Wunsch einer baldigen Auflösung." Mit Webster stirbt eine eigene Richtung der bisherigen Unionspolitik. Er war der Träger des Nichtinterventionssystems. Andere Zeiten, andere Menschen! Weniger gemüthlich und darum auch weniger populär als sein Freund Clay, übertraf er diesen an Schärfe der Logik und strenger Consequenz. Obschon Webster dadurch, daß er die Anerion von Teras und den merikanischen Krieg nach Kräften bekämpfte, heftige Angriffe von Seite der demokratischen Partei erleiden mußte, ist doch die Trauer um ihn jetzt allgemein. — Ein Schreiben aus Boston vom 25. v. M. meldet, daß diese Stadt, als der frühere Wahlort Websters, allgemeine Trauer angelegt habe. Aus allen Häusern hingen schwarze Fahnen und die Thurmglocken gaben fortwährend das Trauersignal. Die demokratische „Staatszeitung" nennt den Todten den amerikanischen Palmerston, der dem Conservativismus im Herzen stets einen progressistischen Anstrich zu geben verstanden habe. — Der Wheelingcongreß des Revolutionsbundes für alte und neue Welt hat eine längst verschollen geglaubte Persönlichkeit wieder zu Tage befördert, nämlich einen gewissen Dr. Homburg aus Rheinbayern, welcher 1823 als Mitglied des sogenannten Jugendbundes verhaftet werden sollte, durch List der Münchener Polizei entging, und mit Karl Follen nach Amerika schiffte, wo er einige Zeit hindurch ein Journal in Boston redigirte, dermalen aber als Arzt in Indianopolis (Hauptort Indiana's) lebt. Der betreffende Congreß hat denselben zu seinem Präsidenten gewählt. Ein anderer Brief berichtet uns das Eingehen der schweizerisch-deutschen Colonie Alpina am Bonapartesee im nordwestlichen Theile des Staats Neuyork, vormals eine Besitzung des Exkönigs von Spanien (Joseph Bonaparte), dann colonisirt durch einige neuenburger und freiburger Colonisten unter der Firma: „Suchard, Favarger und Compagnie". Verschiedene Unfälle stürzten die Gesellschaft in Schulden, so daß jetzt das Besitzthum dem Hauptgläubiger Grafen von Pourtales-Gorgier in Neuenburg zugefallen ist.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 15. Nov. 5pCt. Rente 107, 90. — 3pCt. do. 86, 15. — 3pCt. Span. 45⅞. — 1pCt. do. 24¾. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Berlin, 15. Nov. Fr.-W.-Nordbahn 41. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Antwerpen, 15. Nov. 4½pCt. Belg. 98. — 2½pCt. do. 55¾. 5pCt. Metall. 81⅜. — 3pCt. Spanische 45. — 1pCt. neue do. 24⅝. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Pfalten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2592]

Bekanntmachung.

Vom 20. l. M. an wird der seither um 8 Uhr Abends abgegangene Eilwagen von hier nach Würzburg um 7 Uhr Abends abgefertigt werden.

Frankfurt a. M., den 15. November 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

[2594]

Bekanntmachung.

Das Großherzoglich Badische Eisenbahn-Lotterie-Anlehen zu 14 Millionen Gulden gegen fl. 35 Loose vom Jahre 1845 betr.

Die Ziehung derjenigen 20 Serien, welche die in der 28. Gewinnziehung des obigen Anlehens mitspielenden 1000 Loosnummern bezeichnen, wird

Dienstag den 30. November d. J., Nachmittags 3 Uhr,

im Ständehaus dahier öffentlich vorgenommen werden.

Carlsruhe, den 15. November 1852.

Großh. Badische Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.

[2541]

Das Lager
ächter Haarlemer Blumenzwiebeln
von **E. H. Krelage und Sohn,**
Blumisten aus Haarlem in Holland,
im Steinernen Hause auf dem Markte Nr. 44 in Frankfurt am Main, ist noch von allen Gattungen Blumenzwiebeln bestens versehen und wird den 20. November geschlossen, weswegen man sich alle gefälligen Aufträge vor jenem Zeitpunkte erbittet.
Preis-Verzeichnisse gratis.

Grand Hôtel Louvois
in **Paris**, Platz Louvois, Strasse Richelieu, gehalten von **T. Lachanal.**

Dieses geräumige und frei gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den alten Platz der Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuilerien. [2197]

In England patentirt.

Herr **George** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentirten Erfindung, durch welche die Kunst der Zahnärzte gänzlich umgewandelt wird. Es handelt sich darum, die Platten statt aus Gold oder Horn vom Mistpferde (Hyppopotam), aus Schildpatte zu verfertigen, die viel weicher, angenehmer und leichter im Munde liegt als Syppopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr George hat eine Dampfmaschine bauen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Bestellungen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienstags und Freitags von 1 bis 3 Uhr wird Herr George in Paris Rivoli No. 4 (Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

NB. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentirten Vorrichtung zum Modelliren des Mundes bedarf Herr George nur zweier Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

[2577] **Edictal-Citation.**

Dem k. Postbalter und Gastwirth Karl Holzwarth in Mittenberg ging der nachbeschriebene auf 2500 fl. lautende Hafttschein zu Verlust.

Der unbekannte Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert,

innerhalb 6 Monaten,

vom 1. December 1852 an gerechnet, dieselbe vor Gericht dahier vorzuweisen, widrigenfalls solche für kraftlos erklärt werden würde.

Beschreibung der Urkunde:

Hafttschein sub Bordereau Ziff. V. n. c 73. per 2500 fl. à 4½ pCt. auf Gutwirth Karl Holzwarth in Mittenberg lautend, verzinslich vom 16. April 1852. an.

Ansgestellt von der kgl. Staatsschuldentilgungs-Spezialkasse Würzburg am 16. April 1852.

Mittenberg, den 9. November 1852.

Königlich Bayerisches Landgericht.
Weidner, k. L.-R. Weigand.

[2561] **Edictalladung.**

Ueber das um wenigstens 14,000 fl überschuldete Vermögen des früheren Gemeinderechners Nicolaus Kraft II. zu Eschollbrücken ist Concurs erkannt worden. Es werden daher Alle, welche Forderungen oder sonstige Ansprüche an jenen Vermögen geltend machen wollen, zum Anmeldung und Begründung derselben und etwaiger Vorzugsrechte, sowie zur Beschlußfassung bezüglich der Bestellung über die Masse oder über etwa gemacht werdende Vergleichsvorschläge auf

Donnerstag den 6. Januar k. J.,
Vormittags 9 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheile des Ausschlusses von der Masse hierher vorgeladen.

Die nur schriftlich klaubirenden Gläubiger werden an den Beschlüssen der Mehrheit der erschienenen keinen Antheil nehmen.

Ormesheim, den 5. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Dr. Buff. Dr. Kleinschmidt.

[2563] **Edictalladung.**

Ueber das mit 1245 fl. 17 kr. überschuldete Vermögen des Moses Bauer Seligmann Sohn von Schotten ist der formelle Concurs erkannt worden, daher Alle, welche Ansprüche an die Masse zu bilden haben, aufgefordert werden, solche

Donnerstag den 30. December k. J.,
Vormittags 9 Uhr,

bei Vermeidung des Ausschlusses gehörig anzumelden und zu begründen.

Schotten, den 8. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Einheim. Hill.

[2580] **Edictalladung.**

Nachdem über das Vermögen des Johann Tripp III. und dessen Ehefrau Marie geb. Crott von Landsassen durch rechtskräftig gewordenes Urtheil vom 22. d. M. der Concursprozeß erkannt worden ist, so wird zur Anmeldung dinglicher wie persönlicher Ansprüche unter dem Rechtsnachtheile des von selbst eintretenden Ausschlusses von der Masse Termin auf

Mittwoch den 8. December k. J.,
Morgens 9 Uhr, anberaumt.

Wallmerod, den 4. November 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Eberhard.

[2587] **Bekanntmachung.**

Nachdem der practische Arzt Dr. Salomon Ellenthal dahier und dessen Ehefrau Rica Löwenbach von Marsberg allgemeine Gütergemeinschaft zum Marsberger Rechte verlegt haben, so wird solches hiermit zur öffentlichen Kunde gebracht.

Wolfmarsen, am 5. November 1852.

Kurfürstlich Hessisches Justizamt.
Manger.
gef. Simon.

Cours der Staats-Papiere. 16 November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.-L. 5. Roths)	93½	P.	*Nurkessen*	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34⅛ à ⅜ G.	
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B.	93¼	P.	»	Prdr.-Wilhs.-Nordb.	44⅛	G.
»	5% do. v. J. 1853 L. à 125	92⅜	P.	*Gr. Hessen*	4½% Obligationen	101⅛	P.
»	4½% L. V. (C.-b. Roths)	83⅛ P. ½ per. a G.		»	4% dito b. Rothsch.	98¼ P. 98 G.	
»	4% do. Metz. C.-b. L.	84⅛	P.	»	35% dito b. Rothsch.	91⅛ P. ⅛ G.	
»	Bank-Actien . . .	1356 P. 52 G.		»	fl. 50 Loose .	90⅜ P. ⅜ G.	
»	5% Metallig. Oblig.	80⅞ P. ⅛ G.		»	fl. 35 Loose . .	31⅜ G.	
»	5% M. v. J. 1854 Ser. A.	80⅛ P.		*Nassau*	5% Oblig. b. Rothsch.	103⅛ P.	
»	5% dito dito 1852	80⅛ P. 80 G.		»	4% dito dito	99¼ P.	
»	4½% dito dito	71⅞ P. ⅜ G.		»	3½% dito dito	91 P.	
»	4% dito dito	64 P.		»	fl. 25 Loose . .	28¾ P. ⅛ G.	
»	3% dito dito	48¼ P.		*Frankfurt*	3½% Oblig. 1839	94½ G.	
»	2½% dito dito	40⅜ G.		»	3½% v. 1846	93⅞ P. ⅜ G.	
»	1% dito dito	16⅛ P.		»	3% » »	85¼ P.	
»	fl. 250 Loose b. Roths.	116¼ G.		»	Taunusbahnact. .	303 F. 301 G.	
»	fl. 500 » ditto	150⅜ P.		*Russland*	4½% Obl. b. Baring	102½ P. 101¾ G.	
»	4½% G. Oblig. b. Bethm.	80⅜ P.		»	4% G. Obl. b. Hope & J.	91 G.	
»	4% » » »	71 P.		»	4% » b. Stieglitz »	90⅜ G.	
Preussen .	3½% Staatsschuld.	94 G.		*Polen* . .	4% Oblig. de fl. 300	91¼ P. 91 ber.	
»	Cöln-Mind. E.-Actien	103⅛ G.		*Spanien*	3% Inl. Sch. P. fl. 13.50	45 P. 44½ G.	
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅛ P. ⅜ G.		»	1% Neue » »	24⅝ à ⅝ bez.	
»	4½% dito dito	100¾ P. ½ G.		*Holland.*	4% Certificate . .	95¼ G.	
»	4% dito dito	90¾ P.		»	2½% Syndicate .	84¼ G.	
»	4% Ablös.-Rente .	96¾ P. ½ G.		»	2½% Integrale .	63¼ G.	
»	3½% Oblig. b. Roths.	93 P.		*Belgien* .	5% Obl. in L.-Act. 125 B.	100 P.	
»	Ludwigsh.-Bexbach.	96⅞ P. 95¾ G.		»	4½% Obl. in F. à 95 kr.	98¾ G.	
»	4% Priorit.-Oblig. .	103 G.		»	4% Obl. in Fr. à 76 kr.	91¼ G.	
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅛ P. ⅛ G.		»	2½% Obl. b. Rothsch.	56½	ber. ⅛ G.
»	3½% dito dito	90½ P. ⅝ ber. ⅛ G.		*Sardinien*	5% Obl. b. Rothsch.	88¾ G.	
Baden . .	5% Obligationen .	102⅛ G.		»	5% Obl. b. Hambro	95¾ ½ ber.	
»	4½% Obligationen	102⅛ G.		»	Sardinische Loose .	41 G.	
»	3½% v. 1842 . .	90⅝ P. ⅜ G.		*Toscana*	5% Obl. 1850 (Ch. Golds.)	101⅛ P.	
»	fl. 50 Loose v. 1840	66½ P.		»	5% 1851 b. Bastog. (dto.)	98¼ P.	
»	fl. 35 Loose v. 1845	30½ P. 30 G.		*Römerzin*	6% Stock-Pobl. 2.30.	116½ P. ½ G.	

Wechsel-Cours.			
Den 16 November		Per comptant	
Amsterdam .	k. S.	100⅜ à ⅛ G.	
(100 fl. Crt.)	(2M.	—	—
Augsburg . .	k. S.	119⅞ à ⅛ G.	
(100 fl. Crt.)	(2M.	—	—
Berlin . . .	k. S.	100⅛ à 100¼ G.	
(50 Thlr.)	(8M.	—	—
Bremen (80	k. S.	97⅛ à ⅜ G.	
Rthlr. i. Leor.	(8M.	—	—
Hamburg . .	k. S.	99⅛ à 98⅞	
(100 Mk. Bc.)	(2M.	—	—
Leipzig . . .	k. S.	100⅜ à 100⅛ G.	
London . . .	k. S.	119⅝ à ¼ G.	
(1 £ Livr. St.)	(3M.	—	—
Lyon	k. S.	94⅛ à ⅜	
(300 Fr.)	(2M.	—	—
Mailand (300	k. S.	100⅛ à —	
Lir. Austr.)	(3M.	—	—
Paris	k. S.	94⅛ à ⅛ G.	
(300 Fr.)	(2M.	—	—
Wien (100 fl.)	k. S.	102⅜ à ⅛ G.	
im fl. 20 F.)	(2M.	⅛ G.	
Disconto . . .		2¾ à 3½ G	

Gold und Silber.		
Pistolen	fl.	9 43⅓-44⅓
Pr. Friedrichsd'or	»	9 54-55
Holl. 10 fl. Stücke	»	9 51-52
Rand-Ducaten .	»	5 37½-38½
20 Francsstücke	»	9 27 28
Engl. Souverigns	»	11 53
Gold al Marco	»	352-53
5 Frankenthaler	»	2 21-½
Preuss. Thaler	»	1 45-½
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 44⅞-45½

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 275. — Mittwoch — den 17. November — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in ihrem Verbindungsbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins 3 fl. 30 kr. oder 2 Thlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Erbländern 3 fl. 30 kr. oder 1 Thlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übereinen Theil Italiens besorgt Herr G. H. Mieroudon in Straßburg. Abonnements-Nr. 20, und in Turin Jean Notre-Dame, die Nummer No. 25. Bestellungen ꝛc. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/3 Breite) mit Postschrift oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

♀ Berlin, 14. Nov. Das Ergebniß der Wahlen sowohl für die erste wie für die zweite Kammer wird als ein solches erachtet, daß die Frage, ob die Verfassung aufrecht erhalten werden solle oder nicht, nicht füglich mehr als eine Hauptfrage bei der bevorstehenden Kammersession betrachtet werden kann. Diese Frage ist bereits durch die überwiegende Mehrheit der preußischen Staatsbürger entschieden, und zwar zu Gunsten der Aufrechthaltung der Verfassung. Als charakteristisch in Bezug auf diesen Gegenstand verdient schon hervorgehoben zu werden, daß die Partei zur Beseitigung der Verfassung, wenn von einer Partei hierbei die Rede sein kann, es nicht einmal wagt, offen an das Licht zu treten, sondern meistens nur unter dem Deckmantel der Anonymität ihr Ziel anstrebt. Das deutet klar genug auf ihre unsichere Stellung inmitten des preußischen Volkes hin. Die Beschlagnahme der wenig berühmten „Briefe über Staatskunst" hat den Beweis geliefert, daß der nach oben hin vielleicht vorausgesetzte Anklang, in welcher Voraussetzung aber schon eine Beleidigung erkannt werden muß, in keiner Weise vorhanden ist. Merkwürdigerweise hat sich der Verfasser dieser Schrift in eine Falle versteckt, der er grade wohl am fernsten zu sein glaubte. Die Ausführung seiner Rathschläge würde nämlich, da das Volk vom königlichen Eide entbunden soll, die Volkssouveränetät im Princip zur Geltung bringen. Wenn je eine Schrift das Sprichwort: „Allzuscharf macht schartig" in seiner Wahrheit bewährt hat, so ist es die in Rede stehende. Erfreulicherweise macht auch die Kreuzzeitung auf die unheilvollen Folgerungen, welche aus den in der Schrift entwickelten Grundsätzen sich nothwendig ergeben würden, in ihrem jüngsten Leitartikel aufmerksam. — In Bezug auf den in mehreren Blättern veröffentlichten angeblichen Entwurf zu einem Bundesexecutivgesetze wird hier mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß dieser Entwurf, welcher im Wesentlichen den Vorschlägen Oesterreichs und seiner Verbündeten entspreche, trotz der Minoritätsgutachten, welche die Bestimmungen desselben in milderndem Sinne zu modificiren suchen, in seiner Gesammtheit wie in einzelnen hochwichtigen Punkten die Grenzen der preußischen Preßgesetzgebung in hohem Grade überschreite. Aus diesem Grunde hält man es hier für unmöglich, daß Preußen einem solchen Entwurfe seine Zustimmung gegeben habe oder zu geben beabsichtige. Außerdem wird noch hervorgehoben, daß unsere Gesetzgebung einer Bundesbehörde, wie in der Preßfrage, nur im Wege der Einstimmigkeit zu Stande kommen kann, ohne vorherige Zustimmung der Kammern wohl schwerlich beitreten werde. — Das heute erschienene „Preuß. Wochenblatt" enthält in Bezug auf die Gerechtheit, mit welcher in Preußen von katholischer wie von evangelischer Seite gegenwärtig nicht selten aufgetreten wird, folgende sehr beherzigenswerthe Worte: „Die heftigsten politischen Parteigegensätze erscheinen uns nicht so bedrohlich für das Vaterland, wie die Schärfung der provinziellen Gegensätze und die Verlegung des Kampfes auf das confessionelle Gebiet. Mögen daher andere über die Resultate der Wahlen frohlocken. Wir können darin nur den Keim von Gefahren erblicken, welchen bei Zeiten mit der größten Besonnenheit begegnet werden muß, wenn die Zukunft der preußischen Monarchie nicht bedroht erschienen soll." Eine Bürgschaft für die Vermittelung dieser hervorgetretenen Gegensätze besitze übrigens Preußen in der Person seines Königs. — Die Consulstelle in Galacz, mit welcher der Geh. Secretär Meroni vor einigen Tagen betraut worden ist, war früher dem Assessor Rudolf in Aussicht gestellt worden. Es verlautet noch nichts darüber, welche Stellung Letzterer erhalten wird. — Der evangelische Bischof Neander hat die auf ihn gefallene Wahl zur ersten Kammer von Seite des hiesigen Gemeinderaths abgelehnt. Es wird nunmehr von den Blättern behauptet, daß die Aufmerksamkeit sich auf Professor Nitzsch, Mitglied des Oberkirchenraths, richten werde. Professor Nitzsch hat aber bereits im ersten diesigen Wahlkreis für die zweite Kammer erklärt, daß seine vielen Amtsgeschäfte ihn die Annahme eines Mandats nicht zuließen. Die Neuwahlen für die zweite Kammer finden binnen wenigen Tagen hier statt. — Die beiden Bilder älterer spanischer Meister, welche Graf v. Raczynski in Spanien angekauft hat, sind nach einer Meldung aus Hamburg endlich glücklich angekommen. Man hatte sich hier bereits der Besorgniß hingegeben, daß das betreffende Schiff, ein Holländer, bei den letzten großen Stürmen von einem Unfall betroffen worden sei.

‡ Aus Posen, 12. Nov., wird uns mitgetheilt: Die Ereignisse, welche sich gegenwärtig in Frankreich vorbereiten, scheinen doch mehr so ganz ohne Einfluß auf den übrigen Continent vorübergehen zu wollen; und das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß man dem so laut ausposaunten Friedensprogramm des jetzigen französischen Machthabers schwerlich mehr Glauben beimessen kann, als seinen lauten und bestimmten Versicherungen vor dem 2. December v. J., daß er nicht entfernt an einen Staatsstreich denke. Wie sich ein zureichender Grund für die Usurpirung der Kaiserwürde, aller gegentheiligen Betheuerungen ungeachtet, leicht gefunden hat, so wird sich auch eben so leicht ein Grund für den nothwendigen Bruch des Friedensprogramms finden. Darum ist es vermuthlich, wenn die legitimen Regenten sich nicht an krankende, morgen vielleicht schon nicht mehr wahre Worte kehren, sondern lediglich die Thatsachen ins Auge fassen und danach ihr Verfahren bestimmen. Es ist zwar ungegründet, daß das hiesige (5.) Armeecorps schon jetzt mobil gemacht und an den Rhein dirigirt werden soll, wie mehrere preußische Zeitungen verkündigt haben; aber eine solche Maßregel thut auch zur Zeit noch gar nicht noth. Bei der letzten Mobilmachung unserer Armee hat man alle Mängel unsers Militärwesens hinlänglich kennen lernen, und seitdem hat man alle Mißstände so vollständig beseitigt, daß, wie Sachverständige versichern, unser ganzes Armeecorps mittelst der Eisenbahnen binnen höchstens drei Wochen an den Rhein versetzt werden kann. Also sind bei uns besondere Vorbereitungen noch nicht nöthig anzuordnen; dagegen erfahren wir aus dem benachbarten Königreich Polen, daß dort bereits bedeutende Truppenbewegungen herrühren, indem in der Stadt Kalisch und deren Umgegend, die den ganzen Sommer hindurch von der russischen Armee ganz verlassen gewesen, jetzt ein ganzes Armeecorps erwartet wird, welches längs der Weichsel und des Königreichs Winterquartiere beziehen soll. Offenbar würde man die Truppen nicht aus Podolien nach Kalisch verlegen, wenn man nicht auf etwaige Eventualitäten im Westen von Europa gefaßt sein wollte. Auch spricht das Gerücht, daß Kaiser Nicolaus demnächst wieder nach Warschau kommen werde, für die Glaubwürdigkeit des in mehreren Zeitungen angekündigten großen Fürstencongresses.

Kiel, 10. Nov. Während andere Regierungen alle Mittel und Wege erschöpfen, um Handel und Gewerbe ihrer Länder zu heben, läßt die dänische keins unversucht, um unsern Verkehr über die Flügel zu beschneiden. Künftig will nämlich die dänische Generalpostdirection alle mit den Postdampfschiffen zu versendenden Güter selbst spediren, was nichts Anderes heißt, als das Speditions- und Commissionsgeschäft des Landes ruiniren. Kiel und Lübeck bildeten bisher die natürlichen Glieder, welche Deutschland mit dem Norden verbanden, ihnen kam daher auch dieser Zweig des Zwischenhandels zugute. Das soll nun anders werden. Ist es dis jetzt auch noch nicht gelungen, den scandinavischen Verkehr von Deutschland resp. Hamburg ganz abzuwenden, so soll seine Vermittelung mindestens den genannten beiden deutschen Städten, welche Hamburgs Geschäftsträger sind, möglichst entzogen werden. Dies ist des Pudels Kern bei jener Maßregel, die namentlich für unsern Platz eine Lebensfrage wie keine andere ist. — Die politische Rache

halt indessen ihre Faust nicht nur gegen die Lebendigen, sondern auch gegen die Todten. Alle vom Generalcommando des schleswig-holsteinischen Heeres ausgestellten Todtenscheine werden so eben für null und nichtig erklärt, was zur Folge hat, daß viele Erbmassen zeitweise herrenlos werden. Exlatant ist darunter ein Fall in Preez, von wo ein junger Advocat bei Istedt als Freiwilliger fiel; die Hinterbliebenen haben von Willisen einen Todtenschein aufzuwirken, diesen aber erkennt das Gouvernement nicht an und hält die Hinterlassenschaft so lange zurück, bis zwei Augenzeugen beweisgeschafft sind. Die erbende Familie vermochte aber, trotz aller Mühe, von der in alle Lüfte zerstreuten Armee nur erst einen aufzutreiben, und so geht sie annoch ihres Eigenthums beraubt. Man ist auf den Ausgang gespannt. — Diesen nördlichen Verfolgungen gegenüber berichten wir gern eine neue brüderliche That des Südens. Die Hamburger Freimaurerloge „zur Bruderetreue an der Elbe" verwandte sich kürzlich bei sämmtlichen 200 Logen Deutschlands wegen Unterstützung unserer invaliden Offiziere. 55 derselben haben bereits bis heute den Gruß erwidert und haben zusammen nicht nur 1900 preußische Thaler eingesandt, sondern es ist auch von verschiedenen die Zusage ertheilt, ihre Beiträge wiederholen zu wollen. (K. v. u. f. D.)

Braunschweig, 12. Nov. Von Seiten des hiesigen Ministeriums ist die vorläufige Anzeige nach Berlin ergangen, daß Braunschweig dem Septembervertrage adhäriren werde. Ein von dem Herzoge ratificirter Vertrag ist bis jetzt noch nicht abgeschlossen worden, sondern diese Ratification steht noch bevor. Die Interessen des Herzogthums Braunschweig in Zoll und Handel sind mit den gleichen Interessen des Königreichs Hannover eng verbunden. Hannover hat bisher keinen Schritt, welcher die Absicht, nicht unter allen Umständen an dem Septembervertrage festhalten zu wollen, denten könnte, in Berlin oder hier in Braunschweig, sei es durch Erklärung oder concludente Handlungen, gethan. Bei diesem Festhalten an der Ausführung des Septembervertrags, von Seiten der hannoverschen Regierung, liegt es im Interesse Braunschweigs, zeitig und ohne erst den Schein oder Verdacht der Wankelmüthigkeit auf sich zu laden, den Zolleinigungsvertrag mit Preußen abzuschließen. — Von diesigen sonst wohl unterrichteten Seiten ist mehrfach behauptet worden, daß in einem geheimen Artikel des zwischen Oldenburg, resp. Lippe-Schaumburg und Hannover, den Beitritt der gedachten beiden Länder zu dem Septembervertrag betreffenden abgeschlossenen Vertrags, Oldenburg und Lippe-Schaumburg sich verpflichtet hätten, auf den Steuerverein mit Hannover zurückzugehen, wenn der Zollverein auf Grundlage des Septembervertrags nicht in einer dessen Zwecke und den Verhältnissen Deutschlands, sowie den Ländern des Steuervereins entsprechenden Weise zu Stande kommen sollte. Aus guter Quelle dürfen wir die Versicherung ertheilen, daß eine solche, die Ermöglichung der Rückkehr zu dem Steuerverein sich reservirende Stipulation von dem königl. hannoverschen Unterhändler des Vertrags nicht proponirt oder gesucht, auch ebenso wenig von Oldenburg oder Lippe-Schaumburg eingegangen worden ist. Der Steuerverein ist vielmehr durch den berührten Vertrag vom Jahr 1854 ab einfach und pure aufgegeben und aufgelöst worden und eine Rückkehr zu dem Steuerverein folgerweise nicht denkbar. (H. C.)

Dessau, 13. Nov. Die Resultate der Finanzverwaltung unsers Herzogthums sind in dem abgelaufenen Etatsjahr vom 1. Juni 1851 bis dahin 1852 zufriedenstellend gewesen. Es sind an Einnahmen berechnet 612,208 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf., wovon allein 280,886 Thlr. 14 Sgr. 8 Pf. auf der Domänalverwaltung kommen. Die Ausgaben betragen in Summa 583,483 Thlr. 18 Sgr. 10 Pf., es ergaben sich folglich 28,724 Thlr. 19 Sgr. 11 Pf. baarer Ueberschuß aus der diesjährigen Finanzverwaltung, wozu noch 14,695 Thlr. 29 Sgr. 5 Pf. Mehrbetrag der Reste gegen den Abschluß vom 30. Juni d. J. zu rechnen sind, so daß 43,420 Thlr. 19 Sgr. 4 Pf. sich als Hauptsumme des Ueberschusses im verflossenen Verwaltungsjahre herausstellt. — Die Uebersicht der veränderten Vermögensjubstanz bietet ein noch günstigeres Ergebniß. Da nämlich am 30. Juni 1851 sich der Betrag von 577,257 Thlr. 12 Sgr. 9 Pf. als Hauptsumme der Passivschulden, einschließlich der Staatskassenscheine nach Abzug der kapitalisirten festgestellt hat, dagegen aber nur 638,725 Thlr. 8 Sgr. 1 Pf. als Hauptsumme der Passivschulden am 30. Juni d. J. verblieben ist, so ergibt sich hiernach 238,534 Thlr. 4 Sgr. 8 Pf. als Betrag der verminderten Schulden. Diese Summe redueirt sich nach Ab- und Zurechnung der ver- und angefauften Grundstücke ꝛc. auf 108,722 Thlr. 12 Sgr., welche als Ueberschuß der diesjährigen Finanzverwaltung anzusehen sind.

Hamburg, 11. Nov. Eine ganz unverständliche und scheinbar höchst unbedeutende Demonstration scheint Hamburg abermals in einen sehr unangenehmen Conflict verwickeln zu wollen. Das hiesige Krameramt beging am 31. October sein 300jähriges Jubiläum, dem auch mehrere Mitglieder unserer höchsten Staatsbehörden beiwohnten. Bei diesem Feste brachte man Schleswig-Holstein ein Bivat und Dänemark ein Pereat; dieses Pereat hat aber den hiesigen dänischen Gesandten veranlaßt, an den Senat Reclamationen zu richten, wobei er ein ganz besonderes Gewicht darauf legt, daß dieser Frier Senats- und Collegienmitglieder beiwohnten. Zwar hat man den Grafen v. Dircking-Holmfeld bedeutet, daß der Senat unmöglich für diese Pereatsache aufkommen könne, auch die Mitglieder des Raths, welche dem Feste keinesweg officiell beiwohnten, sofort nach jenen Demonstration das Local verlassen, der Gesandte hat sich aber mit dieser Erklärung nicht zufriedengestellt erklärt und bedeilt seiner Regierung das Weitere vor. (D. A. Z.)

Türkei.

Von der Adria, 8. Nov. Die Nachrichten aus Konstantinopel vom 1. d. M. schildern die Sensation, welche die Zslirung Frankreichs in der Anlehenfrage und vor allem das Bündniß Englands mit Rußland und Oesterreich hervorgebracht. Da man schon seit Jahren gewohnt war, das Londoner Cabinet in allen die Türkei betreffenden Angelegenheiten eine der beiden letztern Großmächte schnurstracks entgegenlaufende Politik verfolgen zu sehen, darf man wohl mit Zuversicht behaupten, daß nur die gewichtigsten Motive einen so auffallenden Wechsel herbeiführen konnten, einen Wechsel, wobei selbst die sonst stets eifrig bedachten pecuniären Interessen englischer Unterthanen zurückgesetzt werden. Denn die Pforte wird die Vergütung auf die bereits eingezahlte Rate beschränken; das Agio und die Prämien liegen außer ihrer Verpflichtung, und obgleich nach Loudon davon kaum weniger Verluste treffen, als nach Paris, so weiß man doch bereits officiell, daß die englische Regierung wenige Reclamationen der Versicherungsanstalten dort unterstützen werde. Man wird sich darauf berufen, wenn Frankreich ein derartiges Verlangen der Entschädigung förmlich stellen sollte. Denn bis jetzt hat nur Herr v. Lavalette persönlich und in der ersten Aufwallung damit gedroht. Bestimmte Instructionen waren in dieser Sache von Paris noch nicht angelangt. Uebrigens wird man die eigentliche bestimmende Ursache der veränderten Situation tiefer zu suchen haben, als in der bloßen Anleihe, und es sind gewiß ganz andere Anwürfe gewesen, womit der Prinz-Präsident bei der Pforte aufgetreten, und welche den gemeinsamen Widerspruch der drei Großmächte hervorgerufen haben. Welche es sind, darüber herrschen nur Vermuthungen; jedenfalls ist die Sache mit den heiligen Orten dabei, und besonders soll Rußland durch die erklärte Absicht des coentuellen Kaisers, sich das Protectorat darüber beizulegen, sehr empfindlich berührt worden sein. Von der auswärtigen Politik des Prinz-Präsidenten haben sich bis jetzt die gewiegtesten Staatsmänner noch keinen klaren Begriff verschaffen können. Man wußte und weiß nur, worauf sein Augenmerk zunächst in Frankreich gerichtet war. In Konstantinopel scheint sich die erste Verwicklung mit der Politik der andern Großmächte vorbereiten zu haben, und die Meinung ist allgemein, daß aus dieser diplomatischen Verwicklung ein ernstlicher Conflict entstehen könne. Anderseits scheint es wieder unwahrscheinlich, daß das französische Cabinet am Vorabend der Kaiserkrönung Gelegenheit zu einem so auffallenden Bruch geben sollte. Inzwischen ist die russische Flottendivision des schwarzen Meeres mobil gemacht und in einer Stärke von 10 Linienschiffen, 2 Fregatten, 2 Corvetten und 3 Dampfern auf der Rhede von Odessa vor Anker gegangen. Die englische Flotte, welche noch vor Kurzi liegt, erwartet von der Abtheilung des Tajo eine thätliche Verstärkung. Die östliche Hälfte des Mittelmeeres strotzt von Kriegsrüstungen, und auch die Vereinigten Staaten scheinen dort eine feste Station nehmen zu wollen; denn bereits seit beinahe zwei Jahren kreuzen im Archipel und der Adria drei Fregatten und zwei große Dampfer unter dem Sternenbanner. Die französische Flotte wurde stündlich in Smyrna erwartet, wo sie, um dem Schauplatze der Ereignisse nahe zu sein, ihre Winterstation nehmen wird. — Der Erfolg der freiwilligen Anleihe hat alle Erwartungen übertroffen und soll gegen 160 Millionen Piaster betragen. Dies beweiß denn doch, daß der türkische Patriotismus noch zu großen Opfern bereit ist. Auch der Bekehrung von Aegypten hat sich bei dieser Gelegenheit sowohl als guter Muselmann, wie als getreuer Unterthan bewiesen und der Aufforderung zur Besteuer mit einer Subscription von 100,000 Pf. Sterl. binnen 30 Tagen zahlbar auf London entsprochen. Bei diesem Anlaß ist auch über die Zollpächter und deren Unterschleife das Gericht eingebrochen und der erste derselben, ein Armenier, welcher in Konstantinopel seinen Sitz hat, festgenommen worden. Zugleich hat man sein ganzes Vermögen, bewegliches und unbewegliches, mit Beschlag belegt. Die Regierung soll die Absicht haben, die Zollgefälle in eigene Verwaltung zu nehmen. (Lpz. Z.)

Neueste Nachrichten.

P **Berlin**, 15. Nov. Der heutige „Staatsanzeiger“ beruft die Kammern auf den 29. d. M. hierher zusammen. In Verfolg der am Sonnabend stattgefundenen sehr wichtigen Sitzung des Staatsministeriums ist morgen ein Ministerrath unter Vorsitz Sr. Maj. des Königs in Bellevue anberaumt, in welchem voraussichtlich definitive Beschlußnahmen über die von dem Herrn Minister des Innern gemachten Verfassungsrevisionsvorschläge werden gefaßt werden.

± **Darmstadt**, 16. Nov. Die Verhandlungen der Zollvereinsfrage in der Sitzung der ersten Kammer am 13. d. M. klingen vielfach nach, wozu auch kommt, daß die ersten Bogen des Protocolls über die Sitzung der zweiten Kammer am 4. v. M., worin die gleiche große Angelegenheit ausführlich verhandelt ward, eben ein Druck erschienen sind und so eine gründliche Einsicht in den Geist jener Discussion gestatten. So ist namentlich auch die besonders gegen die Abgg. Müller-Meiningen und Reh, die früher sprachen, gerichtete ausführliche Rede des Abg. (Ministerialrath) Fenner zu Gunsten des Verhaltens der Staatsregierung mitgetheilt, eine Rede von solcher Klugheit, daß man daran dachte, ihr viele Leser zu verschaffen. Die gestrige Nummer der „Darmst. Ztg.“ brachte sie in einer Beilage. Ich hebe nur folgende Stelle aus: „Sollte es also wegen dieses Verlangens zum Bruch kommen, so würde die Schuld gewiß nicht auf unsere Regierung und ihre Verwaltungsbeamte fallen. Muß eingeräumt werden: a. daß die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins, so sehr sie zu wünschen ist, doch nur das Werk einer freien Vereinbarung unabhängiger Staaten, nicht aber das Werk einer unbedingten Unterwerfung unter den Willen eines Staates sein kann; kann mit Recht nicht behauptet werden, b. daß an Preußen von Seiten der süd- und mitteldeutschen Staaten unbillige Forderungen gestellt worden sind, daß e. diese Forderungen von Seiten der süd- und mitteldeutschen Regierungen im Interesse ihrer Länder und ganz Deutschlands gestellt werden mußten, so kann eine Schilderung der Nachtheile, welche eine Auflösung des Zollvereins für alle deutsche Staaten haben würde, den süd- und mitteldeutschen Regierungen nicht als ein Bild des Vorwurfs vorgehalten werden. Man sollte dieses Bild vielmehr denen vorhalten, welche sich bisher nicht geneigt bezeigt haben, den wohlbegründeten Anforderungen der süd- und mitteldeutschen Staaten entgegen zu kommen.“ Man glaubt, daß die zweite Kammer bald zur wiederholten Berathung schreiten werde.

✕ **Weimar**, 14. Nov. Vom 8. bis zum 12. d. M. hat hier eine Conferenz von Bevollmächtigten der sämmtlichen thüringischen Regierungen zur Berathung über das Verhalten der thüringischen Zollgruppe in der Zollangelegenheit und über den Abschluß eines neuen Vertrags mit Preußen stattgefunden. Das Resultat der Berathungen ist zwar noch nicht bekannt, doch scheint eine Vereinbarung zu Stande gekommen zu sein, da der Generalbevollmächtigte der thüringischen Regierungen in der Zollangelegenheit, Geheime Staatsrath Thon, in den nächsten Tagen sich wieder nach Berlin begeben wird.

| **Gotha**, 15. Nov. Die Wahlen zu unserm demnächst zusammentretenden Landtage sollen noch in diesem Monat beendigt werden. Eine der ersten Beschäftigungen dieses Sonderlandtages wird die Wahl der Mitglieder zum ersten gemeinschaftlichen Landtage sein. Dieser letztere, der über verschiedene durch unser neues Staatsgrundgesetz als beiden Herzogthümern gemeinsam bezeichnete Gegenstände zu entscheiden hat, soll aus 7 coburgischen und 14 gothaischen Abgeordneten bestehen, welche die einzelnen Sonderlandtage aus ihrer Mitte mit absoluter Stimmenmehrheit wählen. Derselbe wird während der Anwesenheit des Herzogs im Januar k. J. hierher zusammenberufen werden, um den als gemeinsam geltenden Militäretat festzustellen; ebenso wird er sich mit der Zollangelegenheit, die ebenfalls zu seinem Ressort gehört, zu beschäftigen haben.

Frankfurt, 16. November.

Die heute fällige Pariser Post ist zwar hier angekommen; Blätter und Correspondenzen sehen sind ausgetheilen, nur das Coursblatt ist uns zugegangen mit abermals höheren Notirungen.

Aus der „Indépendance belge“ erfahren wir, daß Lord Cowley, der britische Gesandte, sich nur nach Fontainebleau begeben hat, um sich von dem Prinzen Ludwig Napoleon zu beurlauben, nicht aber, um den Jagden daselbst beizuwohnen. Ueber die Persönlichkeiten, welchen die Vicepräsidentschaft des Senats und des Staatsraths anvertraut werden soll, sind eine Menge Gerüchte verbreitet. Die Stelle des Vicepräsidenten im Senat ist ungleich wichtiger geworden als vordem, da nun der Kaiser selber perpetueller Präsident dem Namen nach sein, in der Regel aber der Vicepräsident den Vorsitz wirklich führen wird. ***) Candidaten für die beiden hohen Aemter werden Drouin de Lhuys, Baroche, Billault und noch viele andere genannt; entschieden scheint darum noch nichts zu sein. — Hinsichtlich der bevorstehenden Reichsthronfolge ist zu bemerken, daß die Wähler nicht, wie früher, ihre Wahlzettel, wenn sie votiren wollen, sich auf der Mairie ihres Bezirks holen müssen, vielmehr werden sie ihnen diesmal von der Verwaltung ins Haus geschickt; wahrscheinlich um dadurch der Indifferenz einigermaßen entgegenzuarbeiten und den Wählern das Votiren zu erleichtern. — Daß das Manifest des Grafen v. Chambord in Tausenden von Exemplaren heimlich durch ganz Frankreich verbreitet worden ist, bestätigt sich; aber auch die Polizei hat es an der entsprechenden Thätigkeit nicht fehlen lassen und sich an vielen Orten zu Haussuchungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen geschritten.

Aus Madrid erfährt man, daß die Eröffnung der Cortes am 1. December in solenner Weise vor sich gehen wird. Bei der Discussion über die Adresse werden die verschiedenen Parteien bestimmt hervortreten. Wahrscheinlich, daß die wichtige Frage der Verfassungsreform gleich beim Beginn der Session vor die Kammern gebracht wird. Der „Nacion“ zufolge würde die Regierung zunächst zwei Gesetzentwürfe zur Genehmigung vorlegen: eine Indemnitätsbill für sich, und die Budgets. „Clamor publico“ bezeichnet Mayans als den ministeriellen Candidaten für den Präsidentenstuhl der Kammer.

Lüttich, 15. Nov. So weit die bisher stattgefundenen Erörterungen eine Beurtheilung erlauben, scheint es, daß der den Kammern vorliegende Preßgesetzentwurf wichtige und tiefgreifende Modificationen erfahren werde. Die von den Präsidenten der beiden Parteien vorbereiteten Amendements sollen hauptsächlich dahin gehen, das Spionieren zu verhindern. Auch haben sich schon die meisten Bureaux zu Gunsten der Wiedereinführung des Zeitungsstempels, welcher vor 1848 dem Aerar eine jährliche Summe von 500,000 Fr. einbrachte, ausgesprochen. Das Ministerium wird sich nolens volens diesen Abänderungen seines Projects unterwerfen müssen. Die böse Wirkung, welche der Entwurf in allen Theilen des Landes hervorgebracht hat, soll auf den König einen tiefen Eindruck gemacht haben. Man fügt indeß hinzu, daß der preiße Herrscher den Aenderungen nicht abhold ist. Das neue Ministerium soll entschlossen sein, nach allen Seiten die schwebenden Unterhandlungen mit Eifer fortzusetzen. Alle von ihren Posten abwesenden Diplomaten, unter andern der in Brüssel weilende Gesandte am spanischen Hofe, haben Befehl erhalten, sich unverzüglich auf ihren Posten zurück zu begeben. Der neue Minister des Auswärtigen gilt im Privatleben und in der Kammer für einen freisinnigen, kalten Mann; die Gegenheit wird ihm nicht fehlen, diese Eigenschaft anzuwenden. (K. Z.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 17. Nov. Bei mittelmäßigem Geschäft zeigte sich heute in den meisten Fonds nur wenig Coursveränderung gegen gestern. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 80¼ pBt.; 4½pCt. Metall. beliebter 71⅛ Gr., ¾ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88 pBt.; Wiener Bankactien 1356 à 1360 fl. 250 fl. Loose 116¾ pCt. Von preußischen Fonds wurden 1pCt. zu 24⅞ pCt. verhandelt und schlossen zuletzt fester, 24⅝ à ¾ pCt.; 3pCt. Italienische, durch darin gemachte Verkäufe mehr angeboten, 45½, ⅜ pCt. Von Eisenbahnactien war J.-B.-Nordbahn 44⅛ pCt. G.; Berbach 95¼ pCt. G.; Köln-Minden 112 pCt.; Taunus 301 fl. Von den übrigen Papieren blieben belgische und sardinische unbeachtet gefragt. — Abends in der Effectensocietät waren 1pCt. Spanische 24⅝ pBt.

Berlin, 15. Nov. Staatsich. 93¼ Brf., 92¾ G. — Köln-Minden 113 Brf. — Fr.-W.-Nordb. 41⅛ Brf., 41 à ⅜ bez.

Paris, 15. Nov. 4½pCt. Rente 107, 90. — 3pCt. 85, 95. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 95. — Span. neue Diff. 25. — Neue 3pCt. —. — Innere Stadt 45⅝. — Pasive —. — Bankactien 3030. Piemont 5pCt. 101. — Römischer Anleihen Juni 1850 100⅛. — do. 1850 100⅛. — St. Germain-Eisenbahn 1350. — Versailles, Rhäel 1ter 285. — Strasburg-Basel 390. — Nordbahn 905. — Paris-Strasburg 885.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 16. Nov. 5pCt. Met. 94½. — 5pCt. do A —. — B. 109⅛. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94¼. — 4½pCt. do. 84½. — Bankactien 1338. — 250 fl. Loose 136⅞. — London 11 fl. 28 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 94⅜. — K.-k. Nordb. 224⅛. — Livorno-Florenz 102¼. — Siena-Empoli 70. — Paris 136⅞. — London in Triest — fl. — kr. — Silber 15⅞. (Spad.)

Paris, 15. Nov. 5pCt. Rente 107, 90. — 3pCt. do. 86, 15. — 3pCt. Span. 45⅞. — 1pCt. do. 24⅞. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

Antwerpen, 15. Nov. 4½pCt. Belg. 98. — 2½pCt. do. 55¼. — 5pCt. Metall. 81⅛. — 3pCt. Spanische 45. — 1pCt. neue do. 24⅛. (Coursbl. v. A. Sulzbach.)

* **Wiesbaden**, 15. Nov. Bei der heute hier stattgehabten 10. Ziehung der fürstl. Nereis 10 fl. Loose haben nachstehende Nummern die dabei bemerkten Hauptpreise gewonnen: Nr. 46681 5000 fl., Nr. 60661 1400 fl., Nr. 6909 440 fl., Nr. 38187 und 25922 je 200 fl., Nr. 47886, 54300, 104462, 106941 und 109295 jede 100 fl.

Verantw. Redaction: Dr. H. Wallau. Dr. C. Sattler. Dr. J. D. Kurz sen.

Frankfurter Stadt-Lotterie.

Haupt-Gewinne: fl. 200,000, fl. 100,000, fl. 40,000, fl. 25,000 u. s. w.
Ziehung 1r Klasse am 1. und 2. December.
empfiehlt sich mit ganzen Loosen à fl. 6; für alle 6 Klassen gültig à fl. 90, getheilte Loose im Verhältniss unter Versicherung reellster Bedienung.
J. M. M. Beyschlag,
Kommerzrath in Frankfurt a. M.
[2572]

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 16. November 1852 an fahren die Boote täglich [2584]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 7½ Uhr . nach **Cöln-Deutz** *(Aachen, Elberfeld).*
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 6½ Uhr von *Frankfurt.*

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 9 Uhr . . nach **Cöln-Deutz** *(Berlin, Paris)* bis **Düsseldorf.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 8 Uhr von *Frankfurt.*

Montag, Donnerst. u. Samst. direct nach **Arnheim** *(Amsterdam)* bis **Rotterdam** *in ca.* **30** *Stunden.*
Montag und Donnerstag. . . . . . direct nach **London** . . *in* **3** *Tagen.*
von **Mainz** Nachmittags 3 Uhr . . . . . *täglich* nach **Worms** und **Mannheim.**

Billete nach allen Stationen, **Gesellschafts-Billette** und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil,* der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren Gogel, Koch & Comp., Hrn. **Aug. Schönling** auf dem Roosmarkt.

Goldene Medaille 1845 — **Pate Pectorale de George** — Goldene Medaille 1846

um die Brustkrankheiten, als Schnupfen Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **George,** Apotheker zu Vitry-el (Dep. Marne).

Diese Pasten werden verkauft in Schachteln, die zu 20 Sgr. oder 3 Sgr., die ganze à 56 fr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Reblinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. G. von Oven,** Bleiperstraße Nr. 33. [2428]

Der ächte seit 17 Jahren im In- und Auslande räumlich bekannte von höchsten Medizinalbehörden approbirte

Mailändische Haarbalsam ist das beste Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumbeförderung und Wiedererzeugung des Haupthaares sowohl als zur Hervorrufung kräftiger Schnurr- und Backenbärte in schönster Fülle. Preis 54 kr. das große und 30 kr. das kleine Glas sammt Bericht mit vielen ärztlichen, amtlichen und Privatzeugnissen. Nicht weniger Empfehlung verdienen:

Eau d'Atlrona oder die feinste flüssige Toilettenseife zur schmerzlosen Entfernung der Leber- und anderer gelber und brauner Flecken, Sommersprossen, Mitesserchen, Mitesser, Finnen rc. und zur Erhaltung und Herstellung einer schönen, reinen weißen Haut. Das große Glas wird zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr. nebst Gebrauchsanweisung mit Zeugnissen renommirter Aerzte und Chemiker abgegeben.

Eau de Mille fleurs zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr. Wenige Tropfen ertheilen den lieblichsten und dauerndsten Wohlgeruch.

Duft-Essig, ein köstliches Räucherwerk und Luftreinigungsmittel, besonders höchst angenehmer, erquickender und belebender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergötzt. Preis 16 kr. das Glas.

Anadoll oder orientalische Zahnreinigungsmasse. Preis des großen Glases, welches für eine Person auf ein volles Jahr ausreicht 1 fl. 12 kr., des kleineren 36 kr., nebst Gebrauchsanweisung. Die ausgezeichneten Aerzte und Chemiker haben es bezeugt, daß das Anadoll das beste, geeignetste Mittel ist, das Zahnfleisch und die Zähne gesund zu erhalten, sie von der zahllosen Menge mikroskopischer Schmarotzerthierchen und Pilzchen, damit auch vom Zahnweinstein für immer zu befreien, die Zähne auf die schmerzloseste und unschädlichste Weise blendend weiß wie Elfenbein zu machen, die Glasur zu conserviren und jeden üblen Geruch aus dem Munde zu entfernen, was bis jetzt noch von keinem andern Zahnreinigungsmittel gewährt zu werden vermochte.

Die Kosten für Packung und Postschein sind bei 1 oder 2 Gläsern 6 kr. Briefe und Gelder franco, auch können letztere nachgenommen werden. [1587]

Mein alleiniges Depot für Frankfurt a. M. befindet sich bei Hrn **G. H. v. Oven** Bleiderstraße 33.
Karl Keller, Chemiker in Nürnberg.

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December.
Haupttreffer: fl. 200,000, 2 zu 100,000, 40,000, 25,000 u. s. w. Ganze Loose zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ¼ zu fl. 2, ⅛ zu fl. 1. 30 kr., ¼ zu 45 kr., sowie Loose für alle Classen gültig zu fl. 90 das Ganze, empfiehlt
Carl Höchberg,
Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.
[2507]

Wer auf den Nachlaß des vor Jahren verstorbenen Feldmarschalls Paul Wirtz rechtliche Ansprüche zu machen hat, kann solche ohne Kostenaufwand binnen 4 Wochen geltend machen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes. [2566]

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, nimmt dem unreinen Athem den Cadaverruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei E. Strohkirch auf der Zeil. [2196]

[2431] Edictalladung.

Ueber den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Bürgers und Handelsmanns Justus Ludwig Brandt hat das unterzeichnete Gericht heute Concurs erkannt.

Demnach werden Alle, welche an diesen Nachlaß aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hiedurch vorgeladen, solche in der Montag den 3. Januar 1853, Vormittags 10 Uhr, anberaumten Tagfahrt vor der angeordneten Gerichts-Commission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch hinsichtlich eines etwaigen Vorzugsrechtes zum Protocolle zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Acten gekommen ist, der Ausschluß der nicht angemeldeten Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 25. October 1852.
Stadt-Gericht I.
Schöff u. Senator Dr. Speltner. Director.
Dr. Diehe, Secretair.

[2588] Edictalladung.

Nachdem über das Vermögen des Johann Stadler und dessen Ehefrau, Anna Maria geb. Schmidt von Eppingendorf, durch rechtskräftig gewordenes Urtheil vom 26. v. M. der Concurs daselbst erkannt worden ist, so wird zur Anmeldung ihnglicher wie persönlicher Ansprüche unter dem Rechtsnachtheile des von sämmtlichen Ausschlusses von der vorhandenen Masse Termin auf

Donnerstag den 9. December l. J.,
Morgens 9 Uhr, anberaumt.

Wallmerod, den 8. November 1852.
Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Eberhard.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

October.	Barometer bei 0°R.			Thermometer R.			Thermo-graph.	Wasserhöhe des Main's.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	Rh. F.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
24	333‴2	331‴8	331‴8	+ 10°0	+ 11°0	+ 8°2	+ 7°5	+ 11°0	1′ 0″	S.	S.	—	R.	w.	t.
25	330‴6	328‴6	328‴2	+ 8°0	+ 10°7	+ 7°0	+ 6°8	+ 10°8	1′ 0″	SSW.	S.	—	t.	t.	w.
26	329‴4	329‴3	327‴9	+ 7°0	+ 8°3	+ 5°1	+ 5°7	+ 8°7	1′ 0″	SW.	SSW.	—	t.	w.	t.
27	326‴3	326‴5	327‴5	+ 6°8	+ 6°7	+ 6°8	+ 4°2	+ 10°2	1′ 0″	S.	S.	—	w.	R.	ht.
28	328‴6	329‴3	330‴3	+ 8°7	+ 9°0	+ 6°4	+ 6°7	+ 9°6	1′ 0″	S.	SSW.	—	w.	w.	t.
29	331‴9	332‴4	332‴5	+ 6°5	+ 6°8	+ 6°3	+ 6°0	+ 8°1	1′ 0″	S.	SW.	—	t.	t.	t.
30	331‴6	331‴9	332‴0	+ 6°9	+ 10°0	+ 7°3	+ 4°7	+ 11°0	1′ 0″	SW.	SW.	—	t.	t.	R.
M.	330‴3	330‴0	330‴0	+ 7°7	+ 8,9	+ 6°8	+ 6°1	+ 9°3	1′ 0″						

Regen: am 25. Vormittags und am Spätabend, am 26. Vormittags — wenig —, am 27. nach Mitternacht, vor und nach Mittag, am 29. nach Mitternacht, am 30. nach Mitternacht und Vormittags.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nr. 275.) 17. November 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 17. Nov. Wie schon kurz erwähnt, enthält die ministerielle „Oesterr. Corresp." einen bedeutsamen Artikel über die Entwickelung der Kaiserfrage in Frankreich. „Sie will, sagt sie, auf dem bewegten Boden Frankreichs nicht über Prinzipien rechten, sondern nur die Thatsachen ins Auge fassen." Und da müsse sie denn das hohe Verdienst, welches sich Ludwig Napoleon um die Bewahrung der gesellschaftlichen Ordnung und des allgemeinen Friedens erworben, dankbar anerkennen. Sie hoffe, daß er Frankreich eine dauerhafte, den innern und äußern Frieden sichernde Ruhe verschaffen werde, und fährt dann folgendermaßen fort:

„Es gereicht uns zur Befriedigung, daß das französische Staatsoberhaupt unwiderruflich und für immer mit der Partei der Umwälzung gebrochen hat. Von ihren Doctrinen und Absichten zu seinen Handlungen und Vorsätzen gibt es keine Brücke eines möglichen Ueberganges. Dieser Umstand verleiht dem bevorstehenden französischen Kaiserthum eine große moralische Bürgschaft. Es hat sich die Bahn gezeichnet, von welcher es nicht abirren kann, ohne zu Grunde zu gehen. Wir sind daher zu der Erwartung berechtigt, daß der künftige Herrscher der Franzosen die völkerrechtlichen Verträge achten und im eifrigen Zusammenwirken mit den Mächten des Continents den Frieden der Welt zu erhalten befliffen sein werde. Denn der revolutionäre Gedanke athmet den Krieg, den Bruch der Verträge, den Umsturz der territorialen Verhältnisse des Festlandes. Nicht nur der Ruhm und die Größe Napoleons, auch sein Sturz gehört zu seiner Geschichte, und zählt zu den kaiserlichen Traditionen, die jetzt als ein Erbtheil in Anspruch genommen werden. Diese Erfahrung kommt jetzt sowohl Frankreich als dem übrigen Europa zugute. In ihr liegt die Bedingung für die Dauer und die Zulässigkeit der neuen Ordnung der Dinge in Frankreich.

Es war die Politik des österreichischen Cabinets gegenüber wiederholter französischen Regierungsveränderungen, die dort begründeten Gewalten anzuerkennen und die völkerrechtlichen Beziehungen mit ihnen fortzuführen, wenn sie den Willen kundgaben, die Ordnung der Welt zu respectiren, und hinreichende Kraft bewährten, um sich als die Regierung des Landes wahrhaft geltend zu machen, und die Ruhe innerhalb der eigenen Grenzen zu bewahren. Diese weise Politik hat den Frieden Europa's gesichert. Die Nichtanerkennung der Julitregierung und der im Februar 1848 improvisirten Republik würde unausbleiblich verheerende Kriege veranlaßt und diese würden länger gedauert haben, als die Schöpfungen jener Revolutionen.

Wir glauben daher nicht zu irren, wenn wir annehmen, das österreichische Cabinet werde auch in dem vorliegenden Fall die Richtschnur seiner alten bewährten Politik nicht verlassen.

Auf diesem Weg der Anerkennung der Thatsachen wird Oesterreich in keinen Widerspruch mit den unverrückbaren und heiligen Prinzipien der Legitimität gerathen, die unter dem Schutz der Vorsehung die Grundlage unsers eigenen Vaterlandes bilden. Es ist die Aufgabe jeder neuen Gewalt, sich mit den bestehenden und berechtigten Ueberzeugungen nicht in Widerstreit zu setzen, sondern innerhalb derselben ihrecht zu finden. In Frankreich selbst ist der neue Herrscher dem Einen der Erwählte des Volks, dem Andern der Erbe des Kaisers, dem Dritten nur eine Nothwendigkeit. Es wäre nicht klug von ihm, den Streit über das Prinzip auf die Spitze zu treiben und auf den Ueberzeugungen der Menschen, die seine Herrschaft anerkennen, sich selbst Hindernisse und Spaltungen zu bereiten.

Auch dem Ausland gegenüber möge diese Frage ruhen. Sie würde aber angeregt durch die Ansprüche von Theilen und Begehrungen, die Systemlosen in sich schließen, welche weder staatsrechtlich noch thatsächlich begründet erscheinen. Die nächste Aufgabe für den, der eine Dynastie gründen will, ist wohl, den Weg für seinen Nachfolger, nicht aber für seine Vormänner zu ebnen."

* **Frankfurt**, 17. Nov. Gestern Abend gegen 6 Uhr entlud sich über unserer Stadt ein schweres Gewitter mit Blitz und Donner und heftigem Platzregen. In dem benachbarten Griesheim richtete ein Blitz, ohne zu zünden, arge Verwüstungen in einem Hause an. Vor Ausbruch des Gewitters bemerkte man an den Ufern des Mains ganze Schwärme der gewöhnlich an den Abenden des Monats August erscheinenden Eintagsfliegen. — Auf die Anfrage des Stadtgerichts II. an die Administration der Senckenbergischen Stiftung, ob sie die ihr vermachte Haut des verstorbenen Leibjägers annehmen wolle, wurde erklärt, daß diese Haut in fertig präparirtem Zustande und kostenfrei, jedoch ohne alle Verbindlichkeit übernommen werden soll. Morgen früh findet das Leichenbegängniß Leibjägers statt. — Die in England schon seit längerer Zeit eingeführte Heizung durch Gas hat nun auch in Frankfurt Eingang gefunden, und sich in kurzem als ausgezeichnet bewährt. Herr Friedrich Böhler hat hinter seinem bisherigen Geschäftslocale einen Bazar erbaut, und heizt dessen große Räume mittelst drei kleiner für Gas eingerichteten Oefchen.

** **Frankfurt**, 17. Nov. Gestern Abend um 5 Uhr begann mit immer stärker werdendem Wetterleuchten ein von West gegen Ost ziehendes Gewitter, das gegen 6 Uhr mit einigen gewaltigen Schlägen und einem heftigen Regen über der hiesigen Gegend losentlud. Es wird behauptet, daß einer der letzten Blitze gezündet habe, wo? ist noch nicht bekannt geworden. In der jetzigen Jahreszeit gehört eine Naturerscheinung solcher Art gewiß zu den Seltenheiten.

* **Wien**, 13. Nov. Die „Presse" versichert: Obschon von dem bisherigen Ergebniß der Zollconferenzen bestimmte Nachrichten nicht bekannt sind, so spricht sich doch die Ueberzeugung dahin aus, daß zwischen den Vertretern der einzelnen Regierungen die vollste Uebereinstimmung herrsche und bisher noch keine erheblichen Meinungsdifferenzen vorhanden gewesen seien. Man spricht auch von Vorlagen, welche unsere Regierung der Zollconferenz in der vorletzten Sitzung gemacht habe, in denen neue und bestimmte Modalitäten zur Ermöglichung einer Verständigung enthalten wären, während vorläufig nur auf die unbedingte Annahme eines Handelsvertrags zwischen Oesterreich und dem Zollverein hingewirkt würde.

Der zum königl. portugiesischen Gesandten an unserm Hof ernannte Herr de Leal, welcher bis jetzt Geschäftsträger in Stockholm war, wird in den nächsten Tagen hier eintreffen. Der Gesandtschaftsposten ist derzeit unbesetzt, da der frühere Gesandte, Herr de Balsamao, Wien bereits vor einigen Wochen verlassen hat. — Dem Vernehmen nach wird der kaiserl. russische Gesandte, Baron von Meyendorff, die schon früher projectirte Reise nach St. Petersburg am 18. d. M. antreten, da die Anwesenheit des Großfürsten-Thronfolgers in der Residenz nur von sehr kurzer Dauer sein dürfte. — Vor einigen Tagen sind die Vermessungsingenieure aus den verschiedenen Landestheilen zurückgekehrt, in welche sie entsendet waren, um während der wärmern Jahreszeit an dem großen mathematischen Netze zu arbeiten, welches sich nach und nach über die ganze Monarchie ausspannen wird. In diesem Jahre wurde mit den trigonometrischen Vermessungen von Tirol, Dalmatien und Siebenbürgen begonnen. Bis jetzt sind es die Kronländer Nieder- und Oberösterreich, Mähren, Böhmen und Steiermark, welche vollständig mittelst des Dreiecks verschrieben sind und von denen auf Grundlage dieser Aufnahmen die genauesten Karten im Wiener geographischen Institute angefertigt wurden. — Noch dem neuen Preßgesetze soll auch für diejenigen Blätter, welche religiöse Fragen besprechen, die vorgeschriebene Caution gestellt werden. Wie man vernimmt, wurden schon mehrere Redactionen aufgefordert, die betreffende Caution zu erlegen. — Eine durchgreifende Regelung der Postanstalten in Ungarn ist bevorstehend, welche mit Errichtung einer Mehrzahl neuer Postexpeditionen beginnen wird. — Bei den ungarischen Landesgerichten sind 1876 Gesuche um Zulassung zur Advocatenpraxis nach dem neuen Gesetze eingelaufen, wovon auf Pest allein 453 kommen. — Die anhaltend schöne Herbstwitterung hat die Eisenbahnarbeiten an Semmering in solcher Weise befördert, daß jene in den Bioducten ihrer nahen Beendigung zugeführt werden konnten. Man hofft nun mit Bestimmtheit, daß der Bau dieser Bahnstrecke binnen einem Jahr gänzlich vollendet sein werde. Das Ministerium des Unterrichts hat in Erledigung des Haupt, berichts über den Zustand der Volksschulen in Böhmen, unte, Anderm auch Folgendes erlassen: Da mehrere Consistorien wege

der Verwahrlosung der in den Fabriken verwendeten schulfähigen Kinder wiederholt Beschwerden führen, so ist mit allem Nachdruck darauf zu dringen, daß diese Kinder den unentbehrlichen Unterricht erhalten, wobei es den Fabrikbesitzern nicht freizustellen ist, ob sie für diesen Zweck etwas leisten wollen oder nicht; was das Gesetz anordnet, kann nicht der Willkür Einzelner anheimgestellt werden. — Einer amtlichen Kundmachung zufolge wird die Dauer der im Art. XXVII. der österreichisch-estensisch-parmesanischen Zolleinigung erwähnten Vorbereitungsperiode auf zwei Monate, vom 1. Dec. l. J. angefangen, reducirt. — Der Finanz- und Handelsminister Ritter v. Baumgartner hat, als Beweis der Zufriedenheit Sr. Majestät mit seinen Leistungen in den beiden Verwaltungszweigen, den Orden der eisernen Krone erster Klasse taxfrei erhalten. — Der kurfürstl. hessische Obercontroleur v. Schenkheld ist gestern hier eingetroffen, um an den hier eröffneten Zollconferenzen Theil zu nehmen.

P **Berlin**, 15. Nov. In einigen Blättern hat man Veranlassung genommen, aus der Zusammenkunft des Herrn Handelsministers v. d. Heydt mit dem französischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Herrn Magne, den Abschluß eines Handelsvertrags mit Frankreich in Aussicht zu stellen. Es ist dies aber nichts als eine der vielen Klatschgeschichten, welche man hier umherträgt, die aber durchaus keine thatsächliche Unterlage haben. Ganz abgesehen davon, daß Herr Magne wohl nicht derjenige Minister ist, zu dessen Ressort die Verhandlungen und der Abschluß eines Handelsvertrags gehören, hat die ganze Reise des Herrn Handelsministers auch nur den Zweck, an den Feierlichkeiten der Eröffnung der Saarbrücker Eisenbahn, welche die Verbindung mit Metz herstellt, Theil zu nehmen; die Einladung zu gemeinschaftlichen Feierlichkeiten ist französischerseits erfolgt und diesseits angenommen worden. Der Umstand, daß der Herr Handelsminister sich die Ministerialräthe Höhne und Dellbrück hat nachkommen lassen, wird jedem, der die Sachverhältnisse kennt, als ganz irrelevant erscheinen, da es im diesseitigen preußischen Gebiet vielfältige Angelegenheiten gibt, bei welchen er deren Beihilfe gebrauchen kann.

Von hier meldet die „Allgemeine Zeitung": „Die hiesige französische Gesandtschaft hat Depeschen übergeben, durch welche über die neuesten in Paris geschehenen Schritte zur Einführung des Kaiserthums eine diplomatische Aufklärung mit vorbereitender Auffassung der nächsten unausbleiblichen Eventualitäten gegeben wird. Die unbedingtesten Friedensversicherungen und die versöhnlichsten Beleuchtungen der Zukunft stehen an der Spitze dieser vorläufigen Notification. Auch die dynastischen Verhältnisse der neuen napoleonischen Herrschaft sollen darin bereits in einem Sinn zur Auffassung gebracht worden sein, der sich den Anschein gibt, die loyalsten Bürgschaften für die europäische Ruhe und Ordnung in sich zu schließen. Im allgemeinen steht die diplomatische Anerkennung der persönlichen Kaiserwürde für Ludwig Napoleon auch hier außer Zweifel, und Preußen kann sich nicht in der Lage befinden, für sich allein einen Widerspruch geltend zu machen, der eigentlich die an höchster Stelle herrschende Auffassungs- und Beurtheilungsweise ausdrücken würde, und zu dem auch bald die factischen Ereignisse an den Grenzen Preußens auffordern dürften. Wenn aber auch von Seiten der europäischen Diplomatie kein Protest gegen die in Frankreich bevorstehende Kaiserkatastrophe, soweit die neue Würde als reines Factum dasteht, zu erwarten ist, so werden doch dabei ohne Zweifel Vorbehalte geltend gemacht werden, hinsichtlich deren namentlich die beiden deutschen Großmächte zu einem ganz bestimmten Einverständniß gelangt sein sollen. Es versteht sich von selbst, daß darin die in den Tractaten von 1815 garantirten Territorialverhältnisse inbegriffen sind. Aber diese Vorbehalte der Anerkennung werden sich zugleich auf den Titel: Napoleon III. erstrecken, insofern dadurch eine rechtliche Integrität napoleonischer Herrschaftsansprüche im Gegensatz zu jenen Tractaten ausgedrückt werden soll.

Stralsund, 13. Nov. Auch die hiesige „Kaufmannschaft" hat, gleich der von Stettin, durch ihre Deputirten eine Adresse an das Staatsministerium für die Rückkehr zu der freieren Handelspolitik von 1808 und 1818 überreichen lassen.

V **Köln**, 15. Nov. In der heute stattgefundenen Wahl eines Deputirten für die zweite Kammer an die Stelle des Herrn L. Camphausen, der bekanntlich ablehnte, trug die conservativ-katholische Partei einen entschiedenen Sieg davon. Der von ihr vorgeschlagene Candidat Kanzler v. Groote erhielt von 278 Stimmen 179. Der von der constitutionellen Partei vorgeschlagene Gegencandidat war der Regierungsrath Bredt. Die katholische Partei war diesmal glücklicher in der Wahl des Empfohlenen. Es mußte bei der letzten Wahl in der That wundern, den Oberbürgermeister Stupp, der für die Hermesianer Braun und Elvenich seiner Zeit den Federkrieg führte, von dieser Seite auf den Schild gehoben zu sehen.

§ **Aus dem Großherzogthum Hessen**, im November. Verschiedene Blätter, namentlich die „Frankfurter Postzeitung" und nun auch die Berliner Kreuzzeitung vom 9. d. M., bringen, letztere angeblich aus Darmstadt vom 6. d. M., einen Artikel „Prädicatswechsel", welcher es sehr übel genommen zu haben scheint, daß das „Großherzogl. Hess. Regierungsblatt" und nach ihm die „Darmstädter Zeitung" die Ernennung der Gräfin Caroline zu Isenburg-Büdingen zur Fürstin unter der Rubrik „Erhebung in den Fürstenstand" gibt. Wir wollen uns in keine sublime staatsrechtliche Erörterungen mit den Herren Correspondenten einlassen. Es genügt zu bemerken, daß, wie männiglich bekannt, eine „Fürstin" mehr als eine „Gräfin" und folglich ziemlich logisch die Ernennung einer Gräfin zu einer Fürstin eine „Erhebung" ist. Nur eine von der Kreuzzeitung beigefügte Note, welche die Gräfin, nunmehrige Fürstin Caroline zu Isenburg-Büdingen eine „Enkelin Sr. königl. Hoh. des regierenden Kurfürsten von Hessen" nennt, bedarf einer Berichtigung. Die in den Fürstenstand erhobene Gräfin Caroline zu Isenburg-Büdingen ist älter als Se. königl. Hoh. der Kurfürst, kann also unmöglich dessen Enkelin sein. Die Kreuzzeitung hat wohl einmal gehört, daß eine Tochter des Kurfürsten, eine Gräfin Schaumburg, an einen Grafen zu Isenburg-Wächtersbach vermählt ist, und daher die Verwechselung!

* **Wiesbaden**, 17. Nov. Die Petitionen um Erhaltung des Zollvereins mehren sich, auch von Hachenburg ist eine solche an Se. Hoh. den Herzog gelangt.

Aus dem vor einigen Tagen hier erschienenen „Adreßhandbuch der Haupt-, Residenz- und Kurstadt Wiesbaden", von Dr. Robert Haas, welches einem allgemein gefühlten Bedürfniß abhilft, entnimmt man, daß die bürgerliche Bevölkerung unserer Stadt gegenwärtig sich auf 14,572 Seelen beläuft; wovon 10,427 zur evangelischen, 3404 zur katholischen, 247 zur englischen Kirche sich bekennen, und 244 Deutschkatholiken, sowie 250 Israeliten sind. Rechnet man dazu noch die aus 1800 Mann bestehende Garnison, so ergibt sich eine Gesammtzahl von 16,372 Individuen. Nächst dem vollständigen Verzeichniß der öffentlichen Behörden, Anstalten und Vereine, enthält dies Buch noch eine genaue Uebersicht von dem gesammten Gewerb- und Handelsstande, den Merkwürdigkeiten der Stadt und deren Umgegend, der Eisenbahn, Dampfschifffahrt und vielen andern wissenswerthen Gegenständen.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 15. Nov. Zur Feier der vor 18 Jahren geschehenen Eröffnung der hiesigen Hochschule hielt heute Professor Immer die übliche Gedächtnißrede. In seinem ausgezeichneten Vortrag bewies er den Satz: Die Gründung einer eidgenössischen Centralhochschule ist weder vom wissenschaftlichen, noch vom nationalen Standpunkt wünschenswerth. Mit Wärme empfahl er der Behörde die Hebung der hiesigen Hochschule, denn nur durch blühende Kantonalanstalten könne ein gesundes wissenschaftliches Leben im ganzen Lande verbreitet werden; die Centralisation der Bildung auf einer eidgenössischen Hochschule dagegen erzeuge ein Proletariat von Gelehrten und eine Beamtenaristokratie, welche den Riß zwischen dem Volke und den Gebildeten immer weiter und unheilbarer mache. — Es unterliegt nun keinem Zweifel mehr, daß das Grimselspital von dem Wirth Zybach selbst, oder wenigstens auf sein Mitwissen von seinem Knecht in Brand gesteckt worden. In einer Scheune, die nicht weit vom Hause steht, fanden sich, wohl verpackt, alle Mobilien und 70 Roßhaarmatrazen vor. Zybach hatte gehofft, noch in der Nacht, in der das Haus angezündet wurde, werde auf den heftigen Südwind, wie gewöhnlich, Schnee folgen und die Wege ungangbar machen; das Wetter wurde jedoch heiter, und Tags darauf entdeckten die Behörden das Verbrechen. Zybach stürzte sich, als er Alles entdeckt sah, in den See neben dem Spital, wurde aber lebend herausgeholt und sitzt nun mit seinem Sohn und drei Knechten im Gefängniß.

Aus der Schweiz, 15. Nov. Laut der summarischen Uebersicht der Ein-, Aus- und Durchfuhr der Schweiz im dritten Vierteljahr 1852 beträgt die Gesammteinfuhr: 44,238 Stücke Vieh, Ackergeräthe, Mühlsteine 2c. im Werth von 41,217 Fr. 20 C.; Zugthierlasten (Holz, Kalk, Geflügel 2c.) 57,947¹/₁₀ Ctr. und 1,228,423 Ctr. verschiedene Waaren. Die Gesammtausfuhr: 10,107 Stück Vieh, Holz und Holzkohlen für 1,288,459³/₁₀ Fr., Zugthierlasten (Gyps, Kalk und Erz) 10,227¹/₁₀ Ctr. und 158,191¹/₂ Ctr. verschiedene Waaren. Transit: 28,671 Stück Vieh zur Sömmerung, 20,650 Stück Vieh auf kurze und 349 Stück auf lange Strecken, Holz für 72,777¹/₂ Fr., Zugthierlasten (Bausteine, Brennholz 2c.) 1960⁹/₁₀ Ctr. und 34,714 Ctr. verschiedene Waaren auf kurze und 34,411 Ctr. auf lange Strecken. — Während der Dauer des Winters bleiben die Nachtcourse der eidgenössischen Post über den St. Gotthard und den Splügen, wie die Tageilwagen zwischen Basel und Schaffhausen eingestellt. — Das Project einer Thann-Nancy-Eisenbahn macht Fortschritte und die zum Bau nothwendigen Summen sollen unterzeichnet sein. Die Deputation von den ersten Häusern des Oberrheins ist gegenwärtig in Paris; mit ihr con-

curriren um das Concessionsgesuch die Paris-Straßburger und die Mülhausen-Thanner Gesellschaft. Nicht minder interessant für Basel ist die von französischen Blättern gebrachte Nachricht, daß eine andere Gesellschaft ein Concessionsbegehren eingegeben, um von Belfort nach Troyes zu bauen. Es wäre das eine noch geradere Linie nach Paris, welche mit der bisherigen großen Heerstraße ungefähr zusammentreffen würde. — Mehrere schweizerische Kattundrucker, die in Lörrach im Großherzogthum Baden beschäftigt sind, dürfen nur des Tages über dort arbeiten, und müssen sich Nachts auf hässlandschaftlichen Boden begeben. Und zwar wurde die Bewilligung zum Tagesaufenthalt erst auf dringendes Anhalten und auf Caution der Fabrikherrn gegeben. — Die politische Gemeinde der Stadt St. Gallen hat gestern mit starker Mehrheit beschlossen, sich bei der Rorschach-Wyl-Eisenbahn mit 2 Mill. Fr. zu betheiligen. — Dem großen Rath von Freiburg ist von 83 Geistlichen, die durch Beschluß der provisorischen Regierung mit einer Contribution von 60,000 Fr. a. W. belegt worden sind, eine Petition eingegeben worden, worin dieselben, gestützt auf den Sonderbundskostenanschlagsbeschluß der eidgenössische Räthe, das Gesuch um Restitution stellen. Diese Petition wurde einer Commission zur Berichterstattung überwiesen. — Von Genf wird gemeldet, daß der Dampfer „Aigle" von heute an wiedrer seine regelmäßigen Fahrten auf dem Genfersee beginnen soll.

Italien.

† **Turin**, 11. Nov. Die Sitzungen der Kammern sollen am 19. November eröffnet werden. — Die Königin ist nach Bareno in die Provinz Pallanza abgereist, um ihren Bruder, den Herzog Sigismund, zu besuchen.

* **Neapel**, 8. Nov. Commandeur Mazza, Intendant von Cosenza, ist unerwartet vom Könige zum Chef der Polizei des Reiches ernannt worden. Sein Departement wird, wie vor 1848, die Benennung des königlichen Polizeiministeriums annehmen.

Nachschrift.

Paris, 15. Nov. Der „Moniteur" legt heute die in unzähligen Exemplaren verbreiteten demokratischen und legitimistischen Manifeste gegen das Kaiserthum der Nation selbst in aller Vollständigkeit vor. Zuerst gibt er das Manifest des Londoner Revolutionsausschusses, dann das der sogenannten „Revolutionsgesellschaft", ferner das der verbannten Demokraten und Socialisten in Jersey, und endlich das des Grafen v. Chambord. Jene drei, offenen Aufruf zu den Waffen und versteckte Andeutungen auf projectirte Attentate gegen das Leben Ludwig Napoleons enthaltend, begleitet der „Moniteur" mit folgenden Worten: „Man macht große Anstrengungen und Versuche aller Art, um unter dem Volk in dem Augenblick der feierlichen Abstimmung, wozu es berufen ist, die Protestationen der Parteien zu verbreiten. Die Regierung hat kein Interesse, ihre Veröffentlichung zu wehren; sie will sie vielmehr selbst bekannt machen, damit in der großen Nationalbewegung, die Frankreich zur Wiederherstellung des Kaiserthums drängt, ist es nöthig, daß die Meinung des Volks aufgeklärt werde, und daß es seinen Willen ohne Zwang kundgebe und seine wahre Ueberzeugung aussprecht. Man lese also die Manifeste des Londoner Revolutionsausschusses und das der auf Jersey verweilenden, zu allgemeiner Versammlung zusammengetretenen, demokratisch-socialistischen Verbannten von Frankreich. Wir fügen diesen Documenten keine Betrachtung bei." — Es wird kaum nöthig sein, des Breitern auf die Manifeste der Revolutionsvereine einzugehen. In einer Sprache abgefaßt, die den ganzen Cynismus und die ganze moralische Verkommenheit dieser Partei kennzeichnet, können sie nur dazu dienen, dem Volk in den grellsten Farben das Verderben von neuem und ganz authentisch zu vergegenwärtigen, welches sich der Präsident durch die Vernichtung dieser Partei erworben hat. Die Veröffentlichung wird ihm gewiß für die bevorstehende Nationalabstimmung die besten Dienste erweisen. Ein eigenthümliches Gefühl erweckt es, wenn man unter den Unterzeichnern der socialistischen Flüchtlinge auf der Insel Jersey den Namen Victor Hugo obenan stehen sieht, und die Phrase, womit das Manifest „An das Volk" schließt, unmittelbar darüber liest: „Drn. Bonaparte und seiner Regierung gegenüber hat ein dieser Benennung würdiger Bürger Eines und nur Eines zu thun: seine Flinte zu laden und die Stunde abzuwarten." So tief konnte der berühmte Verfasser von „Notre Dame de Paris", das Haupt der romantischen Dichterschule, sinken! Desselben Schlags sind die Manifeste des „Revolutionsausschusses" und der „Gesellschaft der Revolution" zu London. Auch sie enthalten den dringenstsen Aufruf zu Verschwörungen und geheimen Organisationen, was dieser Regierung — der die schamlosesten Prädicate beigelegt werden — allein noth thue. Hinter diesen Manifesten läßt das amtliche Organ der Regierung den Protest des Grafen v. Chambord folgen und begleitet denselben mit folgenden Worten: „Gleichzeitig mit der Verbreitung dieser abscheulichen Aufreizungen macht man nicht weniger Anstrengungen, um alles Theilen des Landes eine Proclamation gelangen zu lassen, die wie ebenfalls der Oeffentlichkeit übergeben. Es ist eine bedeutenswerthe Sache, einen Prätendenten, das Missgeschick auf edle Weise erträgt, durch ein überströmendes Gefühl von seiner verweintlichen Pflicht ebenfalls dahin gelangen zu sehen, das Recht des Volkes, sich seine Regierung zu wählen, zu leugnen." — „Alle diese Actenstücke", sagt der „Moniteur" zuletzt, „sind von nun an dem Lande bekannt; sein gesunder Sinn und sein Patriotismus werden sie richten." — Das Manifest des Grafen von Chambord ist in einer Unzahl von Exemplaren verbreitet worden. Die Nachrichten aus den Departementen beweisen, daß die Ausgabe in ganz Frankreich an einem und demselben Tag stattgefunden hat. An vielen Orten scheint die Polizei zur Entdeckung der Verbreiter in Bewegung gesetzt worden zu sein, aber, so viel bis jetzt bekannt, ohne besonderen Erfolg. Nur aus Metz schreibt man, daß ein dort lebender Herr L. in Folge der bei ihm abgehaltenen Haussuchung geständig war, eine Anzahl Exemplare auf die Post getragen zu haben. Jetzt, nachdem der „Moniteur" das Document selbst verbreitet hat, werden wohl diese Einschreitungen von selbst wegfallen.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 16. Nov. 4½ pCt. Rente 107, 90. — 3pCt. do. 86, 75. — Piemont 100. — 3pCt. Span. St. 45¼. — 1pCt. do. wird nicht. (Synd).
London, 16. Nov. 3pCt. Stocks 100½. — 2pCt. Span. 51½. — 1pCt. do. 25. (Synd.)
Madrid, 11. Nov. 3pCt. 46¼. — 1pCt. Rente 25½. (Synd.)
Antwerpen, 16. Nov. 5pCt. Belgische 100¼. — 2½ pCt. do. 55½. — 3pCt. Span. St. — 1pCt. do. 24¼. (Synd.)
Amsterdam, 16. Nov. 2½ pCt. Integr. 63½. — 4pCt. Certifc. 95⅜. — 3½ pCt. Synd. —. — 4pCt. Russ. bei Pope 91¾. — 4pCt. Russ bei Stieglitz 91¼. — 3pCt. Spanische int. 44¾. — 1pCt. do. Neue 24½. — 5pCt. Süd-Metall. 90. — 5pCt. Met. 77¼. — 2½ pCt. do. 40½. (Synd)

Frankfurt, 17. Nov. Gestern sind hier angekommen: Sr. Durchl. der Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg, im englischen Hof, und der königlich bayerische Staatsminister Herr v. Kleinschrodt, aus München, im weißen Schwan.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kolbschett.

Frankfurt, 16. Nov. Ihre Durchlaucht die Frau Fürstin v. Waldeck zu Waldeck und Pyrmont sind diesen Abend mit hohem Gefolge und Dienerschaft hier angekommen und im Gasthof zum „Weidenbusch" abgestiegen. Höchstdieselben setzen diesen Morgen Ihre Reise weiter nach Mannheim fort.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

Oct. u. Nov.	Barometer bei 0°R. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Thermometer R. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Thermograph. Nacht	Tag.	Wasserhöhe Mittel. Rh. F.	Wind. 9 Uhr.	3 Uhr	10 Uhr.	Wetter. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
31	332"0	331"3	332"8	+ 8'4	+ 9 0	+ 8'3	+ 7'3	+10'0	1' 0"	SW.	SW.	SW.	t.	R.	w.
1	334"2	334"2	334"2	+ 9'5	+ 10 6	+ 9 5	+ 7 6	+11'9	1' 0"	SW.	SW.	SW.	w.	w.	t.
2	333"0	331"7	331"9	+11 0	+ 13'5	+ 10'0	+ 9'5	+14'0	1' 2"	SW.	SW.		w.	w.	w.
3	332"6	332"9	333"3	+ 11'3	+ 12'5	+ 8'3	+ 9'8	+13'0	1' 3"	SW.	SW.	—	t.	t.	t.
4	334"0	333"4	333"1	+ 8'1	+ 11'9	+ 9'6	+ 7'0	+12'0	1' 4"	S.	S.	—	N.	t.	t.
5	332"3	332"2	332"1	+ 11'1	+ 12'5	+ 9 6	+ 8'8	+13'0	1' 4"	O.	SO	—	w.	t.	w.
6	333'7	334"8	336"0	+ 9 0	+ 10'7	+ 6'0	+ 3'5	+10'7	1' 6"	S.	SW.	—	R.	t.	w.
M.	333"2	333"1	333"5	+ 9 3	+ 11,5	+ 7 6	+ 8'4	+12'1	1' 3"	Regenhöhe im October = 25.95".					

Am 31 Nachmittags und Vormitternachts Regen; am 2. Nachmitternachts Regen, in der Frühe starker Nebel; am 4. Vormitternachts, am 6. Vor- und Nachmittags Re.en.

Blumenbachsches Reise-Stipendium.

Das im Jahre 1825 auf Veranlassung des verewigten Geheimen Medicinalrathes Dr. Rudolphi gestiftete Stipendium **Blumenbachianum** soll, den Statuten gemäß, so oft die dazu bestimmten Zinsen des vom Königlichen Curatorium der Universität Göttingen zu Hannover verwalteten Fonds zu sechshundert Thalern in Gold angewachsen sind, einem jungen, durch vorzügliche Geistesfähigkeiten sich auszeichnenden Doctor der Medicin zuertheilt werden, um für seine weitere Ausbildung und zur Erreichung eines bestimmten wissenschaftlichen Zweckes eine Reise unternehmen zu können.

Da nun im nächsten Januar wiederum dieses Reise-Stipendium zuerkannt werden kann, so können sich diejenigen jungen Doctoren der Medicin, welche dasselbe zu erhalten wünschen, und sich dazu eignen, an die unterzeichnete Facultät wenden, welcher diesmal statutenmäßig die Wahl obliegt, und haben dieselben geeignete Zeugnisse über ihren Lebenswandel und Charakter, so wie ihren Mangel an Vermögen, desgleichen ihre Inaugural-Dissertation oder andere von ihnen verfaßte Schriften portofrei zu übersenden. Es ist von vorzüglicher Wichtigkeit, daß der Umfang und bestimmte Zweck der wissenschaftlichen Reise, zu welcher sie dieses Stipendium bezugen wollen, genau angegeben werde. Vorzugsweise werden diejenigen berücksichtigt, welche sich zur akademischen Laufbahn eignen und derselben sich zu widmen entschlossen sind.

Berlin, den 10. November 1852.

Die medicinische Facultät der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin.

[2596] Ehrenberg, Decan.

[2562] **Oeffentliche Aufforderung.**

Nachdem bei Peter Meyer's Wittwe von Oberfainbach gegen Georg Daum dafelbft Klage nachstehenden Inhalts erhoben hat:

Laut gerichtlicher Schuld- und Pfandverschreibung vom 7. May 1845 hat der Klägerin das Beklagten Dreihundert Gulden unter dem Versprechen der Verzinsung mit fünf Procent und Rückzahlung nach vierjährigiger Aufkündigung.

Der Beklagte schuldet noch von den Zinsen aus der Zeit vom 7. März 1847 bis 1848 sieben Gulden, und von da an solche überhaupt

Schon im Jahre 1848 wurde ihm das Capital gekündigt, er hat aber nicht gezahlt und ist somit seit nach Amerika entwichen.

Ich bitte:

den Beklagten unter dessen Verurtheilung in die Kosten und Gänge zur Zahlung von dreihundert Gulden nebst Zinsen vom 7. May 1848 und einem Rest früherer Zinsen mit sieben Gulden schuldig zu erkennen;

so wird der unbekannt wo? abwesende Beklagte hierurch öffentlich aufgefordert, sich

innerhalb drei Monaten

auf diese Klage zu erklären, als er sonst des Inhalts derselben für geständig erachtet und mit Einreden ausgeschlossen werden wird.

Alle weitere in diese Proceßsache ergehenden Verfügungen werden von dem Gerichtslocal angeschlagen werden.

Michelstadt, den 29. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
In Erledigung der Landrichterstelle.
Dotrr.

[2342] Der längst verstorbene Hofrath J. Simon dahier hat am 19. Februar 1793 das ihm gehörig gewesene, jetzt dem Domkapitular und Stadtpfarrer Pohmann und dem gräflichen Rathe Dr. theol. Lomb dahier zuständige herrschaftliche Wohnhaus innern Graben gelegen mit dem daran liegenden Gärten und Baupläßen, zum Zwecke der s. g. Wiederkindlichen Caution bis zur Summe von 1000 fl. gerichtlich verpfändet und es ist dieses Pfandrecht bei den stattgehabten Veräußerungen stets auf den Namen des neuen Erwerbers als Pfandrecht auf den Zeiten früherer Eigenthümer übertragen worden.

Nach Angabe mehrerer Miterben des Hofraths Simon nun sonstiger Betheiligten sollen die Ansprüche der auf der fraglichen Caution urkundlich berechtigten Pfand-Gläubiger längst erloschen, diese aber die sonst darauf Berechtigten auch gänzlich unbekannt sein, eine Einwilligung zur Löschung deßhalb nicht zu erlangen stehen, und es ist daher ihrem Antrage auf edictale Ladung, deßwegen vorstehende Caution werden nun diejenigen unbekannten Personen, welche etwa auf die Forderung jener s. g. Wiederkindlichen Caution zu 1000 fl. oder aus dieser rechtlichen Ansprüche zu beziehen vermögen aufgefordert, dieses binnen drei Monaten und spätestens im Termine

den 3. Februar l. J. Morgens 10 Uhr,

dahier zu bewirken, widrigenfalls diese Ansprüche für erloschen betrachtet und in der Folge bei der Caution in den Hypothekenbüchern bewirkt werden wird.

Fulda, den 28. September 1852.

Kurfürstliches Justizamt I.
Uly.
vdt. Eoch.

Anzeige.

[2578] Die Unterzeichneten bringen hiermit zur Kenntniß, daß die bei ihnen abgestempelten Coupons à R² 10 in Silber per 1./13. August 1852 von Hope'schen Certificaten über 4pCt. Russ. Inscriptionen mit fl. 18. 45 kr. per Stück und ferner die in der Verlosung vom 15. Juni 1852 herausgekommenen zur Zahlung bei ihnen vorgemerkten Certificate à SR² 500 über 4pCt. Russ. Inscriptionen mit fl 937. 30 kr. per Stück an ihrer Kasse eingelöst werden.

Frankfurt a. M., den 13. November 1852.

Gruneius & Comp.

Bekanntmachung.

[257.] Den Inhabern der von der unterzeichneten Behörde ausgestellten, noch nicht eingelösten Gutscheine wird hierdurch Nachricht davon ertheilt, daß deren Einlösung an die dießseitige Hauptkasse verlegt, Termin für dies Geschäft für die Tage vom 15. bis einschließlich 28. d. Mts. bestimmt worden ist und mit letzterem Tage die gegenwärtige Verzinsung aufhört.

Zur Erleichterung für die außerhalb Kassel wohnenden Inhaber der fraglichen Gutscheine sind die Billetkassen zu Wabern, Treysa, Kirchhain, Naumheim und Bockenheim, sowie die Güterexpedition zu Marburg, angewiesen worden, die Zahlungen durch die dießseitige Hauptkasse zu vermitteln.

Kassel, am 11. November 1852.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Staats-Eisenbahnen.

Ruhl.

Cours der Staats-Papiere. 17. November 1852. (Schluss der Börse.)

	Per contant.			Per contant.	
Oesterreich	5% M. (C.I.S.b. Rothsch.)	94⅛	G.	Hurhessen	40 Thlr. L.- u. Rothsch.	34½	P.
»	5% M.v.J. 1851 Ser. B	84⅛	G.	»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	44⅞	P.
»	5% do. v.J. 1852 L. a 125	90⅛	P.	Gr. Herzog	4½% Obligationen	101⅛	G.
»	4% Loose v. J. 1839	82½	P.	»	4% dito b. Rothsch.	98¼	P.
»	4% L. V. (C. b. Rothsch.)	88¼	bez.	»	3½% dito b. Rothsch.	91¾	P.
»	5% do. Mouté C.I.S.b.	84⅛	P.	»	3½% dito b. Rothsch.	91¾	P.
»	Bank-Actien	1375	P.	»	fl. 50 Loose	90⅝	P.
»	5% Metallic. Oblig.	69⅞	G.	»	fl. 35 Loose	31½	G.
»	5% M.v.J. 1834 Ser. A.	81	P.	Nassau	5% Oblig. b. Rothsch.	103⅛	P.
»	5% dito 1839	80⅛	P.	»	4% dito	99¼	P.
»	4½% dito	72⅛	P.	»	3½% dito	91	P.
»	4% dito	63¾	G.	»	fl. 35 Loose	28¾	P.
»	3% dito	48⅛	P.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	94⅛	G.
»	2½% dito	40⅜	G.	»	3½% v. 1846	93⅞	P.
»	1% dito	16⅛	P.	»	3% »	85¾	P.
»	fl. 250 Loose b. Rothsch.	116⅞	G.	»	Taunusbahnact.	304	P.
»	fl. 500 » dito	156⅞	P.	Hamburg	4½% Oblig. b. Rothsch.	102¼	P.
»	4½% Oblig. b. Rothsch.	80⅛	P.	»	4% Obl. b. Hope & S.	91	G.
»	4% »	71	P.	»	4% » b. Sillem's	90⅞	G.
Preussen	4½% Staatsschuldsch.	99	G.	Posen	4% Oblig. de fl. 500	94¼	G.
»	Cöln-Minden-Actien	112¾	P.	Sparcen	3½% Obl. b. Rothsch.	85¾	P.
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅜	P.	»	4% Neue	93¾	P.
»	4½% dito	100⅜	P.	Holland	4% Certificate	95⅜	G.
»	4% dito	96¼	P.	»	3½% Syndicate	84⅛	G.
»	4% Ablös.-Rente	96⅞	P.	»	3½% Integrale	63⅝	G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93	P.	Belgien	5% Obl. in L. à 125 fl.	99⅞	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	96 P.	95½	G.	»	4½% Obl. in F. à 50 fl.	99⅛	G.
»	5% Priorit.-Oblig.	103		G.	»	4% Obl. in Fr. à 25 fr.	92¼	G.
Wurtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅛	P.	»	3½% Obl. in L. à 125 fr.	86⅛	G.
»	3½% dito	90⅛	P.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	99	G.
Baden	5% Obligationen	101⅞	G.	»	5% Obl. b. Hambro	95⅞	bez. 96
»	4% Obligationen	102¾	G.	»	Sardinische Loose	41⅞	G.
»	3½% v. 1842	90⅛	P.	Toscana	5% Obl. 1850 (Ca. Seide.)	101	P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66⅛	P.	»	5% » 1851 b. Bastogi (do.)	98	P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	33⅜	P.	Nürnberg	6% Stucks Stadt-Anl.	116⅞	P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Kreß von Kreßenstein.

Wechsel-Cours.

Den 17. November	Per contant.	
Amsterdam	k. S.	100 B. 1/4 G.
(100 fl. Crt.)	2M.	—
Augsburg	k. S.	119⅛ B. 1/4 G.
(100 fl. Crt.)	2M.	—
Berlin	k. S.	105⅛ bez. 104 G.
(60 Thlr.)	2M.	—
Bremen (60 Mark)	k. S.	97 B. 1/4 G.
Hildesheim	2M.	—
Hamburg	k. S.	89 B. 88 G.
(100 Mk. Bc.)	2M.	—
Leipzig	k. S.	105 B. 104 G.
London	k. S.	118 B. 1/4 G.
(10 Liv. St.)	2M.	—
Lyon	k. S.	94⅜ B. —
(300 Fr.)	2M.	—
Mailand (350 Lire)	k. S.	103 B. —
(Lir. Austr.)	2M.	—
Paris	k. S.	94⅛ B. —
(300 Fr.)	2M.	—
Wien (150 fl.)	k. S.	107 B. 1/4 G.
in 2. 20 F.)	2M.	—
Disconto		2½ B. 3½ G.

Gold und Silber.

Pistolen	à 9	9 43½–44½
Pr. Friedrichsd'or	à 9	9 54–55
Holl. 10 Gl. Stücke	à 9	9 50½–51½
Rand-Ducaten	à 5	5 37½–38½
10 Franzosenstücke	à 9	9 27 28
Engl. Sovereigns	à	11 51
Gold al Marco	à	382–383
5 Frankenthaler	à	2 21–½
Preuss. Thaler	à	1 45–½
Preuss. Casse-Scheine	à	1 44½–45½

№ 276. Donnerstag den 18. November 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestellbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr. 2) in den Postorten der Preußisch-Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsgebiete 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr. 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. 12 kr. = 2 Rthlr. 10 Sgr. Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr C. H. Alexander in Straßburg, Blauwolkengasse No. 30, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (12 Typen) von Petitschrift oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Von der Donau**, 10. Nov., schreibt eine officiöse Feder der „Allgemeinen Zeitung“: Der Gedanke von der Einheit des österreichischen Reichs, die welthistorische Grundidee der Regierung Franz Joseph's, bedingt die Gleichberechtigung, die Schonung aller Nationalitäten, welche unter dem Scepter von Habsburg-Lothringen leben, wie sie als natürliche Gegenbedingung heischt, daß keine derselben eine ausschließliche Geltung verlange, sich widerstrebend zeige der alle umfassenden Einheit. Der kaiserlichen Regierung muß man die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie die ihr dabei obliegende Aufgabe mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vollführt, und daß sie keiner der Nationalitäten erlaubt, sich auf Kosten der andern zu erheben. Wie fest in politischer Beziehung daran gehalten werde, so verlangt doch das geistige Leben der Völker seine selbstständige Entwickelung, deren Aeußerungen eine einsichtsvolle Regierung Raum geben muß, deren Resultate anzuerkennen sie sich nicht weigern kann. So gewinnt seit einigen Jahren, und ohne alles Zuthun der Regierung, die deutsche Sprache unter den nichtgermanischen Völkerschaften des Kaiserstaates, durch die Kraft der höhern Gesittung, die sie in sich aufgenommen und die sie repräsentirt, eine Ausdehnung, eine Anerkennung und Geltung, welche jeden Deutschen mit hoher Befriedigung erfüllen muß. Als vor einigen Jahren die slavische Bewegung in Böhmen im Schwunge war, erschien ein Lehrbuch der katholischen Religion in böhmischer Sprache, das rasch Eingang in den Unterrichtsanstalten dieses Kronlandes fand. Die Bischöfe, die es prüften, gaben ihm ihre Approbation, und das kaiserliche Unterrichtsministerium in Wien fand das Werk so gediegen, daß es die Herausgabe einer deutschen Uebersetzung des Lehrbuchs zum Gebrauch für die deutschen Schulen Böhmens veranlaßte. Gegenwärtig hat, ohne Zuthun der Behörden, die deutsche Uebersetzung das böhmische Original großentheils verdrängt; man ist genöthigt, wiederholt starke Auflagen der deutschen Bearbeitung drucken zu lassen, während die böhmische unverkauft bleibt, weil Schüler und Eltern den deutschen Unterricht vorziehen. Um auch dem illyrischen Volksstamm sein Recht zu lassen, wurde in neuerer Zeit ein Obergymnasium und eine technische Schule in Laibach und in Klagenfurt errichtet, an welchen die Unterrichtsgegenstände in illyrischer Sprache vorgetragen werden. Nun schicken die Eltern, welche die Kosten aufzubringen vermögen, ihre Söhne nicht die höhern Lehranstalten von Graz. „Deutsch müssen sie lernen,“ sagen die Leute, ganz vernünftig, „illyrisch können sie schon und nützt ihnen doch nichts.“ Derselbe praktische Sinn läßt die Illyrier allseitig den Wunsch äußern, es möchte in der nautischen Schule zu Fiume der Unterricht in illyrischer Sprache durch deutsche oder italienische Vorträge ersetzt werden, weil ihre illyrisch gebildeten Söhne ihr Fortkommen in der Welt nicht finden können. Die wackern Ruthenen haben durch ihre Treue alle Berücksichtigung verdient und die kaiserliche Regierung läßt ihnen solche möglichst zu Theil werden. Sie ihnen die Gesetze zugänglich zu machen, erschien das Gesetzblatt auch in ruthenischer Sprache. Nun petitionirten die Gemeinden, man solle ihnen doch die Gesetze und Verordnungen ihres Kaisers deutsch schicken. Ihre Pfarrer verständen das jedenfalls und könnten es ihnen erklären; aber die ruthenische Gesetzessprache verständen weder sie noch ihre Geistlichen. Solchen Thatsachen kann eine einsichtsvolle Regierung die Anerkennung nicht verweigern; sie wird sie um so mehr beachten müssen, je weniger sie that, um sie herbeizuführen, je mehr sie den natürlichen Fortschritt der Gesittung, welcher in der deutschen Sprache ruht, kundthun. Eine neuerlich ergangene allerhöchste Anordnung verfügt, daß auch in der kaiserlichen Marine, gleichwie bei allen Truppentheilen der Landwacht, das Commando deutsch gegeben werde. Ebenso liegt es, wie man vernimmt, in der Absicht der kaiserlichen Regierung, das Reichsgesetzblatt künftig nur in deutscher Sprache erscheinen zu lassen. Es ist ohnehin, wie jeder Sprachkenner weiß, durchaus unthunlich, den Text eines Gesetzes in mehreren Sprachen als gleich authentisch gelten zu lassen. In den deutschen Landen, welche die Napoleonischen Gesetzbücher beibehalten haben, ist man noch heute, nach langer Uebung und voller Vertrautheit mit den Bestimmungen des Code, nach mehrfachen Versuchen, dem für die Entscheidung der Gerichte geltenden Uebersetzung einzuführen, häufig in dem Fall, auf den französischen Urtext zurückzukommen, um sie wahre Absicht des Gesetzgebers zu ergründen. Es kann nur ein Text für die Gesetze gelten, alle übrigen müssen nothwendig Uebersetzungen sein. Die deutsche Sprache ist ohnehin nahezu allen Gebieten in den verschiedenen Kronlanden der österreichischen Monarchie (mit alleiniger Ausnahme der Königreiche Lombardo-Venedig) verständlich, und für die ungebildeten nichtdeutschen Bevölkerungen können vollkommen die Uebersetzungen genügen, welche die Statthalter in den amtlichen Theil der betreffenden Kronlandsblätter zu veröffentlichen sich zur Pflicht machen werden. Gehen wir zu den an Zahl größeren Nationalitäten, besonders der östlichen Provinzen Oesterreichs, über, so finden wir auch hier die Kenntniß der deutschen Sprache in beständigem Fortschreiten. In Galizien ist sie bereits so sehr Gemeingut aller Gebildeten, daß — zugleich in der nothwendigen Voraussetzung der künftig allein gültigen Texte aller Rechtsgesetze der Monarchie — nunmehr sämmtliche Gerichtsbehörden dieses Kronlandes angewiesen werden konnten, sowohl ihre Rechtserkenntnisse und gegenseitigen Correspondenzen, als auch ihre Erlasse an die Advocaten in deutscher Sprache abzufassen, während die polnische Sprache fortwährend in den Verhandlungen, wo die Parteien persönlich zu erscheinen haben, in den Untersuchungsprotocollen u. s. w. beibehalten bleibt. Doch nicht nur das öffentliche, auch das gesellschaftliche Leben der Ostprovinzen wird immer mehr von deutscher Gesittung ergriffen, und das Deutsche den höhern Ständen zur Umgangssprache. In Pest ist der Bau eines deutschen Nationaltheaters in Arbeit, in Kronstadt besteht ein solches, und auch in Krakau hat sich von so vielen Seiten der Wunsch nach Errichtung und Erhaltung einer deutschen Bühne erhoben, daß ihm in kurzem wohl entsprochen werden wird. Gleichwohl ist nach dem festen Regierungsmarimen Oesterreichs jegliche Propaganda unzulässig. Sie widerstreitet überdies der gegenwärtig obwaltenden Ihee des Staates. Die Germanisirung nichtdeutscher Bevölkerungen ist weder Absicht noch Ihee der österreichischen Regierung. In demselben System ruhig erwägender Staatsweisheit ist aber ebenso geboten, vorliegende Wirkungen bestehender Verhältnisse nicht zu ignoriren, der naturgemäßen Entwickelung von Elementen, welche das Kaiserreich in sich trägt, nicht entgegenzutreten, sondern sie zu nützen für das allgemeine Wohl, sie anzuwenden und einzuführen dem großen Regierungsgedanken von der Einheit des Reichs. Ich habe hier nur Andeutungen geben wollen. Wer tiefer blickt in die Zukunft, wer künftige Entwickelungen in dem Leben eines großen Staats, in der Anschauung zu antiziphren vermag, der findet vielleicht darin einige Anhaltspunkte. Jedenfalls aber sollten sie denen zu denken geben, welche so häufig Oesterreichs deutsche Aufgabe verkennen, ja auf diese oder jene Weise das mächtige Vaterland des gemeinsamen Bundes aus der Gemeinschaft Deutschlands auszuschließen sich willig finden lassen — aus Patriotismus!

* **Wien**, 13. Nov. Die gestrige „Wiener Zeitung“ bringt die Ernennungen der Beamten der obersten Polizeibehörde, in so fern sie vom Civil sind, da ein Theil davon auch aus Militärs besteht, gleichwie zu Chefs der Polizeidirectionen in den Provinzen mehrfach Ernennungen von Officieren stattgefunden haben. Als bezeichnend erscheint, daß man bei diesem Anlasse auf den früheren angemessenen Titel von Hofräthen und Hofsecretären (statt Ministerialräthen rc.) zurückgekommen ist, was bei sämmtlichen höchsten Verwaltungszweigen Nachfolge finden wird. Der Status besteht

in zwei Hofräthen (Sectionsrath Levinsky für die Literaturangelegenheiten ist zu einem solchen befördert worden), dann aus zwei Sectionsräthen und sieben Hofsecretären, welche theils in ihrem früheren Dienstrange bestätigt, theils avancirt sind. Der beibehaltene Titel „Sectionsrath" entspricht dem frühern eines Regierungsraths. — Für das Auswanderungswesen ist eine wichtige Verordnung erschienen. Es soll hinfort die Aufstellung von Agenturen für die Auswanderung nach Amerika nicht mehr gestattet werden, und die Einziehung aller etwa schon ertheilten Agenturconcessionen erfolgen. Andere öffentliche Agenten dürfen allerdings in Auswanderungsangelegenheiten jede Auskunft ertheilen, welche gewünscht werden sollte, aber sie haben sich auch lediglich darauf zu beschränken, und namentlich jeder Geschäftsverbindung mit fremden Häusern oder Agenten behufs der Auswanderung sich strenge zu enthalten. — Die Commission, welche mit der Prüfung jener jungen Leute betraut ist, die sich um die Aufnahme in die k. k. Armee in der Eigenschaft als Regimentscadetten beworben haben, besteht aus einem Major und mehreren Offizieren des ungarischen Regiments Schwarzenberg, und ist so beschäftigt, daß sie beinahe täglich zu fungiren hat, ein Beweis, wie sehr unter unseren jungen Leuten die Liebe zu dem Militärstande verbreitet ist. So wurden am 10. allein nahe an 200 Individuen assentirt, welche ihre Prüfung mit gutem Erfolge bestanden haben und innerhalb einer Woche in die verschiedenen Regimenter als Cadetten eingetheilt sein müssen. Auch viele Ausländer befinden sich darunter und zwar aus den besten Häusern, besonders aus Württemberg, Baden und Bayern. — Herr v. Kudriafsky, welcher in offieieller Eigenschaft aus Petersburg hier angekommen ist, soll bei einer Conferenz mit dem Hrn. Grafen v. Buol die Zusicherung erhalten haben, daß Oesterreich bereits den definitiven Entschluß gefaßt habe, die Unabhängigkeit Montenegro's anzuerkennen.

Innsbruck, 12. Nov. Wie die „Tir. Zeitung" aus ziemlich sicherer Quelle zu vernehmen versichert, dürfte der Bau der bayerisch-österreichischen Eisenbahn nach Bruck, der großen technischen Schwierigkeiten und Kosten wegen, aufgegeben, und die Bahn lediglich von Linz nach Wien geleitet werden. Die Unterhandlungen mit der bayerischen Regierung wegen dieser Abänderung sollen bereits eingeleitet sein.

* **Berlin**, 15. Nov. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, meldet von hier die „Lpz. Ztg.", daß die Regierung diesmal einmüthig eine solche Reorganisation der ersten Kammer beantragen wird, die ihren Schwerpunkt in der Ernennung durch die Krone hat. Ob aber die erste Kammer in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung, nachdem die Höchstbesteuerten der Städte von dem Wahlrecht ausgeschlossen worden waren, einem derartigen Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben wird, ist mehr als ungewiß. Mit fruchtlosen Debatten kann die bevorstehende Session nicht wieder in die Länge gezogen werden, und es fragt sich daher, welchen Ausweg das Ministerium wählen wird, um sich einer Majorität in beiden Kammern zu versichern. Von dem Plane, die zweite Kammer aus ständischen Elementen zu bilden, wird vor der Hand Umgang genommen werden, bis die Elemente, deren es dazu bedarf, erst organisirt sind. Von Sr. königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen weiß man, daß er ein ganz besonderes Gewicht auf die Ernennung der Pairs durch die Krone legt. — Wenn hiesige Zeitungen sich einen Tag um den andern aus Wien und München berichten lassen, durch Oesterreichs Vermittelung sei eine Verständigung der in Darmstadt coalirten Staaten mit Preußen schon in den nächsten Tagen zu erwarten, wird man solche Nachrichten nur mit großer Vorsicht aufzunehmen haben. Bei der Art und Weise der in Wien gepflogenen Conferenzen ist eine so rasche Vermittelung gar nicht denkbar, und ich kann aus zuverlässiger Quelle versichern, daß vor der Hand die Unterhandlungen so gut als ruhen. Daraus darf man jedoch keineswegs den Schluß ziehen, daß dieselben nicht auch später wieder, wenn die in Wien conferirenden Regierungen ihr Programm werden berathen und aufgestellt haben, mit all dem einer so ernsten Sache gebührenden Eifer aufgenommen werden. Unterdessen währt in unsern Ostseehäfen die Agitation zu Gunsten des Freihandelssystems fort.

Landau, 15. Nov. Vor einigen Monaten starb hier die Frau des Israeliten Ludwig Wolf an einer Vergiftung, welche auch durch die Leichenöffnung nachgewiesen wurde. Ihr Ehemann wurde sofort verhaftet und in Untersuchung gezogen. Es stellte sich zwar heraus, daß er bei der Vergiftung selbst nicht betheiligt war, sich aber seit langer Zeit aus Eifersucht schwere Mißhandlungen seiner Frau hatte zu Schulden kommen lassen. Wegen der letzteren stand er nun gestern vor dem hiesigen Zuchtpolizeigericht, welches ihn zu 4 Jahren Gefängniß und zu 400 Franken Geldstrafe verurtheilte. (Pf. Ztg.)

* **Dresden**, 13. Nov. Die Stimmung gegen Preußen hatte zur Veröffentlichung eines angeblich von dem verstorbenen Könige Friedrich August von Sachsen an den König Friedrich Wilhelm III. von Preußen im Winter des Jahres 1815 gerichteten Briefes verleitet. Diese Veröffentlichung hat Veranlassung zu Erörterungen über den Ursprung dieses Documents gegeben, und ist das „Dresdner Journal" nunmehr „zu der Erklärung ermächtigt, daß, wie sich nach der Fassung des gedachten Actenstückes nicht wohl anders erwarten ließ, die in den betreffenden königlichen Archiven angestellten Nachforschungen dessen Nichtvorhandensein daselbst bestätigt haben". — Bei der im Juni d. J. in Eisenach abgehaltenen Conferenz von Abgeordneten der deutschen evangelischen Kirchenregimente, vereinigten sich die Abgeordneten aus Hannover, den beiden Mecklenburg und dem Königreich Sachsen in dem Wunsche nach gemeinsamer Verständigung über die in unserer Zeit besonders wichtig gewordene liturgische Frage, und Sachsen übernahm es, zu den diesfallsigen Besprechungen die erforderliche Einleitung zu treffen. Später zeigten sich auch die evangelischen Kirchenregierungen in Bayern und Württemberg zur Theilnahme geneigt. Von sächsischer Seite sind an die genannten Kirchenregierungen Einladungen ergangen, die hier in Dresden vom 15. d. M. an für diesen Zweck abzuhaltenden Conferenzen durch Deputirte zu beschicken, und nachdem von allen Seiten bestimmt zusichernde Erklärungen eingegangen sind, sieht man in diesen Tagen der Ankunft der Deputirten entgegen. Von Hannover wird der Consistorialrath Dr. Niemann, von Mecklenburg-Schwerin der Oberkirchenrath Dr. Kliefoth und von Mecklenburg-Strelitz der Consistorialrath und Superintendent Dr. Ohl erwartet. Die Namen der Abgeordneten aus München und Stuttgart sind zur Zeit noch unbekannt.

Mainz, 16. Nov. Für den Bau einer Eisenbahn von Aschaffenburg über Darmstadt nach Oppenheim ist die Bildung einer Actiengesellschaft im Werk und es sind bereits bei der großherzoglichen Staatsregierung in Darmstadt Schritte geschehen, um die nothwendige Concession zu erwirken. — Die Wahl unsers neuen demokratischen Gemeinderaths ist wegen Formfehlern angefochten worden. (M. J.)

Weimar, 12. Nov. Am 7. November hat sich die hiesige deutsch-katholische Gemeinde, nachdem sie noch einen Gottesdienst gehalten hatte, aufgelöst. Sie war ein Filial der deutschkatholischen Gemeinde in Erfurt, deren Pfarrer zu bestimmten Zeiten hier Gottesdienst hielt, konnte sich aber nach der Auflösung der Erfurter Gemeinde nicht allein erhalten, und wird, wie man vernimmt, zur protestantischen Kirche übertreten.

Italien.

* **Florenz**, 8. Nov. Der „Monitore Tosc." veröffentlicht ein großherzogliches vom 3. datirtes Decret, in Folge dessen ein 3pCt. Staatsanlehen bis zu dem Betrage von 3 Millionen toscanischer Lire contrahirt wird. Die Anlehensscheine werden theils in Obligationen au porteur, theils in nominellen Inscriptionen, beide im Jahresertrrägniß von je 60 Lire, ausgefertigt; die Zinserträgnisse beginnen vom 1. Jan. 1853. Kaufanbote bis zum Betrage einer Million Lire werden vom Finanzministerium bis zum 20. Dec. angenommen.

In Florenz hielt sich bisher ein Theil der italienischen Emigration auf, und zwar der vornehmere. Man zählt 800 solche Personen, wohl sämmtlich mit Geld versehen. Wahrscheinlich in Folge des Attentats gegen Baldasseroni entschloß man sich, sie nicht länger mehr zu dulden. So meldet das „Risorgimento": „Vorgestern haben die Polizeibehörden eine große Anzahl der Emigranten beschieden, und ihnen kund gemacht, daß sie binnen 8 Tagen das Großherzogthum verlassen müssen. Die Maßregel scheint sehr allgemein ausgeführt zu werden, doch hört man wiederum mehrere Personen nennen, denen man das fernere Bleiben verstattet habe."

Neueste Nachrichten.

n **Frankfurt**, 17. Nov. In dem englischen Hof dahier wird heute Abend der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha erwartet, um morgen mit dem ersten Zuge der Main-Neckar-Eisenbahn die Reise nach Karlsruhe, zum Besuche am großherzoglichen Hofe, fortzusetzen.

* **Wien**, 15. Nov. Der Großfürst-Thronfolger von Rußland ist abgereist, um über Warschau nach St. Petersburg zurückzukehren.

P **Berlin**, 16. Nov. Der Congreß des deutsch-österreichischen Telegraphenvereins, welcher für den October d. J. am hiesigen Ort anberaumt war, ist, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, bis zum Frühjahr des künftigen Jahrs verschoben. Die Ursache besteht darin, daß zur Zeit nicht genügendes Material vorliegt, um eine Zusammenkunft der Bevollmächtigten der betheiligten Staaten nothwendig zu machen. Der Verein hat sich neuerdings nur noch durch den Beitritt von Belgien und Hannover erweitert. Die Unterhandlungen mit Baden sind bis jetzt zu einem Resultat nicht gekommen, da dasselbe für seine Correspondenz besondere Vortheile beansprucht, die man zuzugestehen nicht willens ist. Es umfaßt demnach der deutsche Telegraphenverein zur Zeit nur Preußen und Oesterreich, Sachsen, Bayern, Württemberg, Hannover und Belgien.

♀ **Berlin**, 16. Nov. Se. Maj. der König hielten heute im Schlosse Bellevue einen längern Ministerrath, in welchem einige

Digitized by Google

der wichtigsten, die Verfassungsreform betreffenden Punkte endgültig entschieden wurden. — Der Herzog von Gotha, der unlängst in Ungarn einen höchst bedeutenden Gütercomplex ankaufte, soll nunmehr auch die bei Görlitz gelegene Herrschaft Klitschdorf und Wehrau für den Preis von 3,700,000 Thlr. erstanden haben.

h **Gotha**, 16. Nov. Die „Gothaische Zeitung" äußert sich bezüglich der in Weimar abgehaltenen Conferenz, daß sich die Bevollmächtigten der thüringischen Staaten für den baldigen Abschluß eines neuen Zollvertrags mit Preußen definitiv ausgesprochen hätten. — Die Landesregierung in Koburg hat bezüglich des Schulwesens und der Schulvorsteher strenge Verordnungen getroffen, in welchen namentlich die Geistlichen angewiesen werden, sich persönlich von dem regelmäßigen Schulbesuche zu überzeugen.

Stockholm, 9. Nov. Eine entschiedene Besserung ist bis jetzt weder beim König, noch viel weniger bei der Prinzessin Eugenie eingetreten; doch lauten die Bulletins seit den letzten vier Tagen einigermaßen günstiger. Gestern ließ der König, seit dem 25. October, als dem Tage, an dem er eine Interimsregierung einsetzte, zum erstenmal während seiner Krankheit, den Kronprinzen, nebst dem Staatsrath Fahraeus und dem Cabinetssecretär Fehrn. d. Mauerkirchen, in Verandlung der wichtigen Eisenbahnfrage zu sich rufen. Bis dahin waren nur die Mitglieder der königlichen Familie, die dienstthuenden Aerzte und die nächste Bedienung an seinem Krankenlager gewesen.

ch **Paris**, 15. Nov. In dem zwischen dem Dr. Veron für den „Constitutionnel" auf der einen, und dem Herrn Mirès für den „Pays" auf der andern Seite entstandenen Kampf ist der letztere Sieger geblieben. Mirès wird Hauptgesellschafter des „Constitutionnel". Man spricht von einer fabelhaft hohen Ankaufssumme; Mirès soll Speculationen mit Eisenbahnactien ungeheure Summen gewonnen haben. Arthur de la Guéronnière, mit dem Beinamen „der Stylist", wird den Dr. Veron an der Spitze des „Constitutionnel" ersetzen. Von Granier de Cassagnac ist einstweilen nicht mehr die Rede. — Die in Nantes erscheinende, nach dem 2. December schon einmal suspendirt gewesene „Espérance du Peuple" ist von den Präfecten abermals mit einem provisorischen Interdict belegt worden. — Einige Minister, die an den Jagden in Fontainebleau Theil genommen haben, sind heute nach Paris zurückgekehrt. — Der Seinepräfect hat heute durch Maueranschlag in Paris bekannt gemacht, daß man den Wählern für die Abstimmung am 21. und 22. November die Wahlzettel durch die Post ins Haus schicken werde, wer unberechtigt oder zweimal stimme könne mit fechsmonatlicher bis zweijähriger Gefangenschaft und einer Geldbuße von 200 bis 2000 Fr. belegt werden. — „Siecle", das Organ der republikanischen Partei Cavaignacs, fordert heute, von dem Grundsatz geleitet, daß unter Wahlregierungen auch Minoritäten ihre Rechte kennen und ihre Pflichten üben müssen, alle Wähler, insbesondere aber seine Parteiangehörigen auf, am 21. und 22. ihr Votum nach ihrem Gewissen in der Wahlurne zu legen, aber ja nicht bei Abstimmen sich zu enthalten. — Der „Constitutionnel" leistet heute abermals in einem Leitartikel die Wiederherstellung des Kaiserreichs. — Prinz Ludwig Napoleon ist heute Abend von Fontainebleau zurückerwartet. Für morgen Abend ist die Festvorstellung in der komischen Oper anberaumt.

* **Paris**, 16. Nov. Ehevorgestern fand zu Fontainebleau die große Hetzjagd statt. Alle Jäger trugen mit Gold gestickte grüne Röcke und rothe Hosen und Westen. Mehrere Damen folgten der Jagd zu Pferde. Zwei Hirsche wurden gejagt; 80 Hunde verfolgten sie während drei Stunden, um erreichen erst den zweiten, als es bereits anfing dunkel zu werden. Der Präsident und sein Vetter Napoleon kamen noch zeitig an, um dem Hallali beizuwohnen. Gestern begaben sich die Gäste nach dem an Fould und Caumont verpachteten Theile des Waldes, wo Treibjagd war; 200 Fasanen, 4 Rehe, eine Unzahl Hasen und Rebhühner wurden als Beute nach dem Schlosse zurückgebracht. Der Präsident machte unterdessen eine Spazierfahrt im Walde.

Prinz Ludwig Napoleon ist heute von Fontainebleau, wo die glänzenden Jagdfreuden nun zu Ende sind, nach Paris zurückgekehrt. Seinen kurzen Aufenthalt in Fontainebleau hat er mit vielen milden Handlungen bezeichnet; seine Heimkehr erfolgte ohne militärisches Gepränge, aber die Pariser haben den Prinzen mit dem gewohnten Enthusiasmus begrüßt. Heute Abend wird Ludwig Napoleon der Gallavorstellung in der komischen Oper, die bekanntlich wegen des Herzogs vom Leuchtenberg Hinscheiden hatte verschoben werden müssen, beiwohnen.

Gestern hat der jüngste und letzte überlebende Bruder des Kaisers, der Prinz Marschall Hieronymus sein 68. Jahr erreicht. Die Oberossiere des Invalidenhotels und seines Hausstabs, sowie viele distinguirte Personen warteten ihm auf, ihre Glückwünsche darzubringen.

Die im „Moniteur" abgedruckten Revolutionsmanifeste haben in Paris kaum einen andern Eindruck gemacht, als daß man die Achseln zuckte. Uebrigens hört man auch heute wieder aus einigen Departementen, daß die Polizei auf Exemplare von den Herzogs v. Chambord Protest gefahndet und aufgefundene Schriften in Beschlag genommen hat. In Nantes sind der Herausgeber der „Espérance du Peuple", Brodu, und zwei Mitarbeiter dieses Blattes, de la Rochette und Favreau, verhaftet worden, weil sie Exemplare des Protestes vertheilt haben.

Der „Independance belge" zufolge haben Mirès und Milhaud, die Eigenthümer des „Pays", den „Constitutionnel" um die ungeheure Summe von 1,900,000 Fr. angekauft; hierauf würden der Graf Walewski von 900,000, der Graf v. Morny 500,000 Fr. und den Rest die übrigen Eigenthümer erhalten; da le Guéronnière, der gegenwärtige Redacteur des „Pays", würde Redacteur des „Constitutionnel" und die Redaction des „Pays" übernähme dann Granier de Cassagnac. Der Abonnementspreis des „Pays" würde auf 48, der des „Constitutionnel" auf 60 Fr. erhöht.

Abdel-Kader hat von dem Marquis v. Londonderry eine Einladung erhalten, für einige Tage zu ihm nach England zu kommen und der Leichenfeier des Herzogs v. Wellington beizuwohnen.

** Der belgische Senat ist zum 30. d. M. nach Brüssel einberufen.

Lissabon, 9. Nov. Die Wahlen gehen in größter Ruhe von statten und scheinen der Regierung eine ansehnliche Mehrheit in der Kammer zu verschreiben. — Emilio Cabral, Bruder des Grafen Thomar, ist von einem Meuchelmörder erschossen worden. An einen politischen Bewegrund des Verbrechens glaubt man nicht.

‖ **London**, 15. Nov. In beiden Häusern des Parlaments ist heute die Antwortadresse auf die Thronrede zum drittenmal verlesen worden. Der allgemeinen Erwartung entgegen hat der Schatzkanzler bei den Gemeinen keine Erklärung über seine Finanzreformen abgegeben; ja sogar für jetzt eine Mittheilung auch darüber verweigert, was die Regierung hinsichtlich der Einfuhrzölle auf Weine zu thun gedenke. Darüber werde er sich erst gelegentlich der Vorlage seiner Finanzmaßregeln aussprechen.

Der „Observer" meldet, Graf Colloredo, der österreichische Gesandte am hiesigen Hof, sei von Lord Malmesbury nicht zur Gastafel geladen, welche am kommenden Sonnabend auf dem auswärtigen Amte allen jenen Ausländern von Rang gegeben wird, die im Auftrage ihrer Regierungen der Leichenfeier des Herzogs beiwohnen werden. Wahrscheinlich also, daß der österreichische Gesandte Instructionen von Wien erhalten hatte, sich von der Feierlichkeit fern zu halten.

* Die Pacification der argentinischen Republik hat nicht lange gedauert. Nach neueren Nachrichten, die bis zum 2. Oct. reichen, ist in Abwesenheit Urquiza's, der im September eine Reise nach Santa Fe antrat, in Buenos-Ayres eine Revolution ausgebrochen, Urquiza als Dictator abgesetzt und Manuel G. Pinto zum Gouverneur ernannt worden; alles ohne Widerstand und Blutvergießen. General Pinta hat den Dr. Alsina zum Generalminister ernannt.

Börsenberichte.

Frankfurt, 17. Nov. Der Geschäftsgang, der sich heute um Vieles verbesserte, belebte das Geschäft und befestigte die meisten Course. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 80⅛, pCt.; 4½pCt. Metall. 71⅞ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88⅞; pCt.; Wiener Bankactien 1370 fl.; 250 fl. Looſe 116¾, pCt. G. Von spanischen Fonds wurden 1pCt. zu 24¼, 1⅛, pCt. umgesetzt und schlossen 24¹³/₁₆ à ¾ pCt.; 3pCt. Inländische ebenfalls belebter, 44⅛ à 45 pCt. Von Eisenbahnactien war B.-W.-Nordbahn 144⅛ pCt. G.; Cerbach 93⅞, pCt. G.; Köln-Minden 112 pCt.; Taunus 202 fl. Gesucht und fortwährend Obligationen waren auch heute zu besseren Preisen zu placiren. — Abends in der Effectenbörse waren spanische Fonds sehr belebt; 1pCt. wurden zu 24¼, und 24¹³/₁₆ pCt., und 3pCt. Inländische bis zu 45⅛ pCt. umgesetzt.

Berlin, 16. Nov. Staatsfd. 92⅞ G. — Köln-Minden 113 Brf. — Fr.-W.-Nordb. 41⅛, Brf., 40⅛ G., 40⅜ à 41⅛ bez.

Paris, 16. Nov. 4½pCt. Rente 107, 90. — 3pCt. 86, 75. — Neapol. —. — 5pCt. Rom. Obligat. 95. — Span. neue Diff. —. — Neue 3pCt. —. — Innere Schuld 45⅞. — Passive —. — Bankactien 3090. — Piemont 5pCt. 101, 25. — Römische Actien 1pCt. 1850 100⅛. — do. 1850 100⅛. — St. Germain-Eisenbahn 1525. — Versailles, linkes Ufer 380. — Straßburg-Basel 385. — Nordbahn 930. — Paris-Straßburg 900.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 17. Nov. 5pCt. Met. 84¼. — 5pCt. do A —. — B. 109¼. — 5pCt. Anlehn vom Jahr 1834 —. — 4½pCt. do. 84⅛. — Bankactien 1332. — 250 fl. Loose 136½. — London 11 fl. 28 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 103¼. — K.-L.-Nordb. 22⅝. — Livorno-Florenz 102¼. Siena-Empoli 70½. — Paris 137. — London in Tricst 11 fl. 27 kr. — Silber 15⅛. (Spnd.)

Verantw. Redacteur: Dr. H. Walter. Dr. C. Sattler. Dr. J. W. Kurtscheit.

[3601]

Como-Rentenscheine.

Die von Ursteln und Erbelei im Jahre 1847 emittirten, auf der Mailand-Como-Eisenbahn hypothekarisch vorgemerkten Como-Rentenscheine sind, laut officieller Wiener-Zeitung vom 3. April 1853, k. k. Staatspapiere geworden, und genießen als solche alle Rechte der Staats-Anleihen; namentlich werden sie in der Nationalbank mit ½ pCt. Vorschuß beliehen.

Es wurden im Ganzen 400 Serien a 36000 Schein emittirt, die mittelst 40 auf einander folgenden, jährlichen Ziehungen und zwar jährlich eine Serie zurückbezahlt werden. Die Ziehung erfolgt am 2. Januar, die Bezahlung der Gewinne am 1. Februar jeden Jahres bei der k. k. Staatsschuldencassa. Da bereits 5 Serien Nr. 25, 4, 37, 6 und 10 gezogen und bezahlt wurden, so bleiben noch 35 Serien in 35 Jahren zu verlosen. Die jährlichen Gewinne, welche auf die in einer Serie enthaltenen 3600 Scheine fallen, bleiben sich immer gleich und bestehen in fl. 20,000, 5000, 2000, 800, 500, 300, 200 ꝛc. Der niedrigste Treffer ist 14 fl.

Bei Abnahme von 35 Stücken, d. i. ein Stück von jeder Serie, erwächst dem Käufer der Vortheil, daß er in jeder Ziehung mit einem seiner Stücke gezogen werden muß, somit jedes Jahr auf die bemerkten Treffer nicht der geringsten Anzahl von 3600 Scheinen mitspielt. Um unglückstigsten stelle muß das Loos mit 14 fl., d. i. mit dem Betrage des Emissionspreises, gezogen werden. Für das Ausland sind die festigen für dasselbe noch sehr günstigen Baluta-Verhältnisse überdies wohl zu berücksichtigen.

Wien, Juni 1852.

Obige Loose sind coursmäßig bei mir zu haben.

Raphael Erlanger, Zeil, Weidenhof, in Frankfurt a. M.

Serienverlosung

von Großh. Hessischen 4pCt. Eisenbahn-Obligationen betr.

Von den unterm 1. Juli 1843, so wie 1. Juli 1846 ausgefertigten Großherzoglich Hessischen 4procentigen Eisenbahn-Obligationen sind durch die in Gemäßheit der vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen weiter vorgenommene Verlosung folgende Obligationen, nämlich:

Nr. 4201 bis 4205, d. d. 1. Juli 1843, jede à 1000 fl.
Nr. 1501 bis 1510, 1901 bis 1910 und 5181 bis 5190, d. d. 1. Juli 1843, jede à 500 fl., und
Nr. 14471 bis 14475 d. d. 1. Juli 1846, jede à 1000 fl.

zur Rückzahlung berufen worden.

Wir setzen die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung hiervon in Kenntniß, die Beträge derselben zwischen dem 25. und 30. Januar k. J. mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinscoupons bei der Staatsschulden-Tilgungskasse dahier, oder bei dem Bankierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. um so gewisser zu erheben, als solche, in Gemäßheit des Art. 3 des Gesetzes vom 16. Juli 1833 wegen Tilgung der Staatsschuld, vom 1. Februar 1853 an nicht mehr aus der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Sollten Inhaber der vorbezeichneten Obligationen die Beträge derselben früher mit Zinsen bis zum Zahlungstag zu erhalten wünschen, so haben sie sich dieserhalb an den Kassier der Staatsschulden-Tilgungskasse zu wenden.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß von den auf den 1. März 1851 rückzahlbar gewordenen Eisenbahn-Obligationen:

Nr. 5886 und 5890, jede à 500 fl.,

und von den auf den 1. März 1852 rückzahlbar gewordenen Eisenbahn-Obligationen:

Nr. 4141 und 4142, jede à 1000 fl.,
Nr. 5571 15428 15429 und 15430, jede à 500 fl.,

noch nicht zur Einlösung gekommen sind, und daß diese Obligationen von den genannten Terminen an nicht weiter verzinset werden.

Darmstadt, am 22. October 1852.

Die Direction
der **Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.**
Eckhardt. v. Rabenau.

[2420] Balser.

Auswärtigen Verwandten und Freunden widmen wir hiermit die traurige Anzeige von dem am 16. d. M. stattgehabten schnellen Hinscheiden unserer geliebten Tochter **Sufette Elisabethe Böhm**, in einem Alter von 14 Jahren 2 Monaten, und bitten um stille Theilnahme.

Frankfurt a. M., den 18. November 1852.

J. B. Heerdt, Oberlieutenant.
Cornelia Heerdt, geb. Kroß.

[2601]

[2593] Die Goldstein'sche Buch- und Antiquariatshandlung in Frankfurt a. M., kleiner Kornmarkt, offerirt in ganz neuen Exemplaren:

Thiers, Geschichte des Consulats und Kaiserreichs. 10 Bde. Ladenpr. fl. 8. für nur fl. 4.
— Geschichte der französisch. Revolution. 6 Bde. Ladenpreis fl. 4. 48 kr. für nur fl. 2. 24 kr.

[2569] Neuestes

Handbuch der Geographie.

Im Verlage von C. A. Hartleben ist erschienen und in *Frankfurt a. M.* in der *Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung* zu haben:

Inbegriff des Wissenswürdigsten der

Geographie aller Welttheile.

Darstellung ihrer Länder und Staaten nach ihrer Lage, Größe, Bevölkerung, ihrer Staatsverfassung und Verwaltung, ihrer Städte und Ortschaften, Producte, Industrie und Handel.

Ein Handbuch für Geschäftsmänner und Gebildete jeden Standes.

Mit einem vollständigen Register der darin vorkommenden 14,308 Städte und Dörfer.

Von Dr. **Ungewitter.**

gr. 8. 1853. In Umschlag geheftet fl. 3. 58 kr.

Schon die Zahl von mehr als 14,000 Oertern, über die sich Nachweise in dieser Geographie finden, deutet auf den Hauptzweck derselben hin. Sie füllt eine Lücke in der geographisch-statistischen Literatur aus, indem sie genau erkennen läßt, welche politische Veränderungen seit 1848 in einzelnen Ländern Europa's und den verschiedenen Welttheilen während der letzten Zeit eingetreten sind. Zugleich gibt sie die Bevölkerungszahlen und andere statistische Data nach ämtlichen Quellen oder den zuverlässigsten Berichten an, wie sie sich noch nirgends zusammen finden.

[2530]

FRANKFURTER STADT-LOTTERIE.

Hauptgewinne: fl 200,000, 100,000, 40,000, 25,000 ꝛc.

Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.

Ganze Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1. 30 kr., ⅛ à 45 kr. empfehlen, unter Zusicherung prompter und verschwiegener Bedienung

Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2529]

123. Frankfurter Stadt-Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December 1852.

Ganze und getheilte Loose sind zu den bekannten Preisen zu beziehen von

Gebrüder Stiebel,
Hauptcollecteurs in Frankfurt am Main.

---

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December,
Gewinne: fl. 200,000, 100,000, 40,000.
Ganze Loose fl. 6, ½ fl. 3, ¼ fl. 1. 30 kr., ⅛ 45 kr.
empfehle unter Versicherung prompter Bedienung

[2490] **Jacob Braunschweig,**
Bahnhofstraße, H. 44, in Frankfurt a. M.

---

123. Frankfurter Stadtlotterie.

Ziehung 1ster Klasse den 1. und 2. December 1852.

Ganze und getheilte Loose sind planmäßig zu beziehen unter Zusicherung prompter Bedienung und steenger Verschwiegenheit bei

[2597] **C. Milani-Knips,**
neue Schäfergasse Nr. 9 neu.

Hôtel garni, 27, rue Montbarbet, Paris,

in Mitte des elegantesten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Poste gelegen. Man findet vorteilhaften Frühstück- und Mittagtisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Gallerien.

Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2473]

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Unterröcke für Civilisten und Militärs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen ꝛc. [2172]

[2574] Edictalladung.

Alle diejenigen, welche an den Nachlaß der dahier verstorbenen Susanna Herz aus Hanau Erb- oder sonstige Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem hierauf auf

Freitag den 10. December 1852,
Vormittags 9 Uhr,
anberaumten Termine anzugeben, als sonst dieser Nachlaß an die ausmärtige Intestat-Erbin ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt a. M., den 12. November 1852.

Stadt-Amt I.
Dr. Pfarr.
Dr. Antoni, Act.

[2374] Edictalladung.

Adam Michel Bauer, von Unterroffau, welcher bei Gericht der Ueberschuldung seines Vermögens angezeigt, kann aber sich von Land entfernt hat, und die jetzt nicht zurückgekehrt ist, wird aufgefordert,

Dienstag den 21. December 1852,
Vormittags 9 Uhr,
zur Revision des aufgenommenen Inventars hier zu erscheinen, und Mittel zur Berichtigung der Schulden anzugeben, widrigenfalls das Inventar als richtig anerkannt angesehen, die Verabreichung des Grundvermögens zur Schuldentilgung vorgenommen, eingetretenen Falls Concurs erkannt wird, und die Mittheilung der weiteren Verfügungen an ihn lediglich durch Anheften an der Gerichtsthüre erfolgt.

Beerfelden, den 5. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Stein.

(Hiebei Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nr. 276.) 18. November 1852.

Telegraphische Depeschen.

Aufgegeben in Paris, den 18. Nov., 9 Uhr 15 Minuten Vorm.
Angekommen in Frankfurt, 18. „ 3 „ 21 „ Nachm. *)

Paris, 18. Nov. Der Effectivbestand der Armee, einschließlich der Heerestheile in Afrika und in Rom, wird vom 1. December d. J. an 370,000 Mann betragen. Hierdurch tritt eine Verminderung der Armee um mehr als 30,000 Mann ein.

*) Wegen Unterbrechung der telegraphischen Verbindung mit Mannheim von da ab um 12 Uhr 26 Minuten per Bahnzug befördert.

Abgegangen in Berlin, den 18. Nov., 9 Uhr 8 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 18. „ 9 „ 20 „

London, 17. Nov. Das Postdampfboot hat aus Newyork die Nachricht überbracht, daß Franklin Pierce (von der demokratischen Partei) zum Präsidenten und Rufus King zum Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika gewählt worden.

Paris, 17. Nov. 3pCt. 86.40. — 4½pCt. 107.90. — Spa". 45⅛.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 18. Nov. Unter der hiesigen Kaufmannschaft ist gegenwärtig ein Circular in Umlauf gesetzt, das zur Gründung eines Handelsvereins zur bessern Vertretung der kaufmännischen Interessen auffordert. Die Mißstände, welche zunächst von dem Verein ins Auge gefaßt werden sollen, sind: die leichte Aufnahme, welche man als Handelsmann hier findet, auch ohne daß man den Beweis der erlangten Fähigkeit unzweifelhaft nachgewiesen hat; der Hausierhandel und der mit dem Verganten von Waaren getriebene Unfug. Auf der andern Seite wird man dahin streben, die Begründung eines Handelsgerichts, eines Schiedsgerichts und einer Darlehnsbank zu ermöglichen. Wir wünschen dem Unternehmen den besten Fortgang.

ψ **Frankfurt**, 18. Nov. Heute Vormittag, am Bestattungstag des verstorbenen Herzogs v. Wellington fand in dessen Eigenschaft als königl. preußischer Feldmarschall, in der reformirten Kirche und in der katholischen Domkirche für die hier stehenden königl. preußischen Truppen ein feierlicher Trauergottesdienst statt.

P **Berlin**, 16. Nov. Der Cabinetsrath hat heute in Bellevue stattgefunden. Des Königs Majestät traf zu demselben gegen 9 Uhr hier ein, besuchte späterhin die Stadt und kehrte dann nach Sanssouci zurück. Es ist wahrscheinlich, daß in Bezug auf die nahe bevorstehende Eröffnung der Kammern, und der diesen zu machenden Vorlagen, öftere Sitzungen des Staatsministeriums bevorstehen werden. Namentlich handelt es sich im Augenblick um die schließliche Festsetzung der Etats. Wenn in Bezug darauf von Differenzen des einen und des andern der Minister mit dem Finanzminister gesprochen wird, und daran Vermuthungen über den Rücktritt des letztern geknüpft werden, so scheint dies für den Augenblick nichts weiter als eine Art Kannegießerei zu sein. Meinungsdifferenzen bei Feststellung der Etats kommen alljährlich vor. Der Finanzminister ist im preußischen Staat wie in jedem andern derjenige, welcher die Anforderungen nach den vorhandenen Mitteln zu bemessen hat, und jene zurückweisen muß, wenn sie mit diesen nicht in Einklang stehen. Es ist nur zu wahrscheinlich, daß Aehnliches auch jetzt vorliegt, da, wie man erfährt, Erhöhungen des gegenwärtigen Etats sowohl von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten als von dem Minister des Handels und des Kriegs gemacht sind. Daß diese von dem Herrn Finanzminister bekämpft, oder wenigstens zu reduciren gesucht werden, muß natürlich, und durch die Aufgabe, welche der Finanzminister hat, geboten erscheinen. Keineswegs aber folgt daraus die Wahrscheinlichkeit eines Rücktritts des einen oder des andern der Herren Minister. — Die Arbeiten an dem Fuße des Friedrichsdenkmals, welche darin bestehen, daß rund um das Gitter in einer Breite von circa 4—5 Fuß ein Mosaikboden gelegt wird, an dessen vier Ecken Kandelaber errichtet werden, schreiten ihrer Vollendung entgegen. Jener ist fertig und die Granitsäulen, welche durchbohrt sind, um das Gas in die Kandelaber zu leiten, sind eingesenkt, so daß man mit nächstem der Beleuchtung des großartigen Denkmals entgegensehen kann. — Es circulirt hier das Gerücht, daß der Kaiser von Oesterreich in nächster Woche am hiesigen Hof einen Besuch abstatten werde. Wir sind nicht im Stande zu sagen, ob dieses Gerücht gegründet, oder nur aus Abstraction der allgemeinen politischen Lage entstanden ist, welche allerdings Einigkeit und ein gutes Einvernehmen zwischen Preußen und Oesterreich wünschenswerth macht, sind aber geneigt, das letztere anzunehmen, da zur Zeit von Vorbereitungen irgend welcher Art zum Empfang des hohen Gastes uns nichts bekannt geworden. — Zur Feier des Begräbnißtages des Herzogs v. Wellington ist von des Königs Majestät ein Militärgottesdienst in allen Garnisonkirchen des Landes angeordnet worden, welcher mit dem Ritus des Gedenktages an die Verstorbenen abgehalten werden soll.

ξ **Berlin**, 16. Nov. Am verflossenen Sonnabend, den 13. d. M., fand eine wichtige Sitzung des Gesammtministeriums statt. In dieser Sitzung lagen nämlich die Berichte des Ministers des Innern, auf Grund der von der Staatsministerialcommission zur Revision der Verfassung abgegebenen Gutachten, namentlich jene über die Provinzial-, Kreis- und Gemeindeordnung, dem Staatsministerium zur Berathung vor. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Gutachten der genannten Commission nicht durchgängig im Sinne des Herrn Ministers des Innern ausgefallen sind, weshalb die Vorschläge desselben sich mehr an die seiner Auffassung nahe kommenden Gutachten angelehnt haben. Wie man hört, hat der Ministerpräsident v. Manteuffel sich nicht einverstanden mit diesen Vorschlägen erklärt, und die Gründe dafür auch in einem längern Vortrage, welcher als von großer Wirkung geschildert wird, auseinandergesetzt. Die große Mehrheit des Staatsministeriums soll sich auch der Anschauung des Herrn Ministerpräsidenten angeschlossen haben, so daß also zu erwarten sein dürfte, daß die Vorlagen, welche in Bezug auf die Provinzial-, Kreis- und Gemeindeordnung den Kammern zu machen sind, im Sinne der Manteuffel'schen Auffassung sein werden. In den in diesen Tagen stattgefundenen Sitzungen des Staatsministeriums kam auch die wichtige Frage in Betreff der künftigen Bildung der ersten und zweiten Kammer zur Sprache. Die Vorlage über den letzten Gegenstand dürfte als Kern der bevorstehenden Kammervorhandlungen zu bezeichnen sein. Viele Vorlagen den Kammern in dieser Session zu machen, soll nicht in der Absicht des Ministeriums liegen, wenn man den Andeutungen hierüber in hiesigen höhern Kreisen größere Glaubwürdigkeit, als entgegenstehenden Zeitungsnachrichten, beimessen kann. Die diesmalige Zusammensetzung der ersten Kammer ist noch fortwährend der Gegenstand der mannigfaltigsten Bemerkungen. Charakteristisch ist, daß man selbst von Mitgliedern der Rechten die Ansicht aussprechen hört, daß es wünschenswerth gewesen, wenn mehr oppositionelle Elemente in diese Kammer gewählt worden wären, indem dieselbe bei der jetzigen Zusammenstellung wohl gar zu sehr an Einförmigkeit leiden werde, zumal unter den gewählten Abgeordneten dieser Kammer sich nur eine sehr geringe Anzahl hervorragender Redner befindet. Soweit die Mitglieder der ersten Kammer bekannt sind, zählt man unter denselben 13 Oppositionelle, abgesehen von der Mittelpartei, welche sich auch in dieser Kammer bilden wird. Bis jetzt sind in dem Sitzungssaale der ersten Kammer die Sitze für die königlichen Prinzen nicht eingerichtet, woraus man schließen will, daß eine Betheiligung derselben als Kammermitglieder nicht erwartet wird. Dagegen glaubt man, daß die Reichsunmittelbaren von ihrem Recht Gebrauch machen werden. In Bezug auf die Wahl des ersten Präsidenten dieser Kammer erhält sich die Ansicht, daß dieselbe auf den Grafen Arnim-Boitzenburg fallen werde. Gespannt ist man auf das Ergebniß der in dieser Woche hier stattfindenden drei Neuwahlen für die zweite Kammer. In dem ersten hiesigen Wahlkreise ist von Seite der ministeriellen Partei der Justizminister Simons als Candidat aufgestellt. Gegenerandidat ist der Geh. Legationsrath a. D. v. Gruner. In dem zweiten Wahlkreise steht dem ministeriellen Candidaten, Geh. Appellationsgerichtsrath Grein, der Geh. Oberfinanzrath Pothhammer gegenüber. In dem vierten Wahlkreise ist General v. Reyher der Candidat der Ministeriellen,

und der Geh. Oberregierungsrath a. D. Mathis jener der übrigen Wahlmänner. Professor Rösch, welcher in diesem Wahlkreise auch aufgestellt ist, hat bereits erklärt, daß er zur Annahme eines Mandats nicht geneigt sei.

Der in Hannover erscheinende „Neue Volksfreund" bringt folgende Notiz: „Die Zollfrage ist in ein neues glückliches Stadium getreten, welches sowohl unsere Regierung als andere Staaten auf großer Verlegenheit ziehen wird und keine geringe Freude zu erwecken geeignet ist. Den neueren zuverlässigen Berichten zufolge soll es nämlich kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Vereinbarung zwischen Preußen und Oesterreich resp. der Coalition binnen kurzem zu Stande kommt. Der Vorschlag, welchen Herr v. Prokisch nach Berlin brachte, soll bei Preußen eine günstige Aufnahme gefunden haben. Die Ministerpräsidenten Graf Buol und Herr v. Manteuffel stehen in directer Correspondenz bezüglich der bezweckten Vereinbarung und, wie schon erwähnt, soll das Zustandekommen des bezweckten Einverständnisses nun so weniger bezweifelt werden dürfen, als das russische Cabinet den „unmotivirten brüskirenden Abbruch der Verhandlungen durch Preußen sehr gemißbilligt und der Eintracht entschieden das Wort geredet habe".

⊙ **Aus der Provinz Sachsen**, 15. Nov. Seit einiger Zeit mehren sich in unserer Provinz die Brandstiftungen und die Verbrechen der schwersten Art, insbesondere solche, welche die menschliche Gerechtigkeit selten erreicht, wie Gift-, Vater-, Gattenmorde, Verbrechen, die ich nicht näher zu bezeichnen wage, auf eine schaudererregende Weise. Früher genügten zur Verhandlung der Verbrechen jährlich vier Schwurgerichtsperioden von zwei bis höchstens drei Wochen, jetzt reichen sechs Schwurgerichtssitzungen nicht aus, obwohl sie einen vollen Monat füllen. Sind das vielleicht Zeichen einer religiösen Verwilderung, für welche grade unsere Provinz in seinen frelen Gemeinden so viele Anschließungspunkte hat?

Ulm, 12. Nov. Heute Vormittag wurde der hiesige Arbeiterbildungsverein aufgelöst. Schon bei der Auflösung wurde unter Anderm auch angegeben, daß er zweimal (in früheren Jahren) eine Blumsfeier gehalten habe. Vorstand, Schriftführer und Bibliothekar, drei hier in Arbeit stehende Gesellen, sind zugleich ausgewiesen worden. (U. Schnellp.)

⊙ **Marburg**, 17. Nov. Gestern Abend gegen 6 Uhr zog ein schweres Gewitter bei kaum 9 Grad Wärme (Reaumur) von West nach Ost über unsere Stadt, und überraschte alle Bewohner derselben durch die Seltenheit dieses Schauspiels in der Mitte des Novembers. Eine ganz eigenthümliche Beleuchtung gewährten die rasch aufeinanderfolgenden Blitze.

Mainz, 16. Nov. Ueber einen in diesen Blättern schon gemeldeten Diebstahl bringt das „Mainzer Journal" folgendes Nähere: In der Nacht von letzten Samstag auf Sonntag wurde ein bedeutender Diebstahl in dem Agenturgebäude der königlichen Dampfschifffahrtsgesellschaft hier verübt. Der seit langen Jahren bei dieser Gesellschaft angestellte Bureaudiener Johann Eitel, aus Kastel, ein Mann von 64 Jahren, welcher bisher das unbedingte Vertrauen der Agenten genossen und jede Nacht neben der im Bureau befindlichen Kasse geschlafen, hat in jener Nacht mit dem im Locale aufgehängten Schlüssel zur Kasse diese geöffnet und daraus an 2700 fl., in mehreren Säcken enthalten, entwenet. Mit Tagesanbruch begab sich Eitel mit seiner Beute nach Hochheim, bestieg dort den ersten Eisenbahnzug nach Frankfurt, und wollte sich daselbst eben auf die Main-Neckarbahn um dann wahrscheinlich nach Frankreich begeben, als er arretirt wurde. Noch am nämlichen Sonntag Morgen kam die Nachricht hiervon durch den elektrischen Telegraphen hierher. Das gestohlene Geld fand man, wenige Kreuzer ausgenommen, noch vollständig im Besitze des Diebes, welcher an die hiesigen Gerichtsbehörden abgeliefert worden ist und sein Verbrechen, das er unter diesen Umständen auch nicht in Abrede stellen kann, eingestehen soll.

Hamburg, 11. Nov. Einen Beweis großartigen und seltenen Muthes hat in den letzten Tagen der Capitän des englischen Schraubendampfschiffes „Archimedes" abgelegt. Genanntes Schiff, dessen Rumpf von Eisen ist, fährt regelmäßig zwischen hier und Hull und gehört zu den von der Elb-Humber-Dampfschifffahrtsgesellschaft in Fahrt gesetzten Schiffen. Der „Archimedes" verließ Hull am vergangenen Sonntag, befrachtet mit Baumwolle, Manufacturwaaren ꝛc. Bereits am Montag entdeckte man Feuer im Raume unter den hier massenhaft aufgestapelten Waaren. Der Capitän traf sofort die geeignetsten Anstalten zur Erstickung der Flammen, sah aber sehr bald ein, daß alle Mühe vergeblich sei. Mitten auf der Nordsee, ohne Aussicht auf irgend welche Hilfe, blieb nichts übrig, als sich dem Schicksal zu ergeben. Der Raum ward so gut wie möglich fast luftdicht verschlossen, die Caffüte mußte jedoch wegen der starken Hitze geräumt und verlassen werden. So schwamm der Koloß, dessen Maschinen glücklicherweise in gutem Gang blieben, brennend über das weite Meer, erreichte glücklich die Mündung der Elbe, und konnte sogar bis an die hiesige Landungsbrücke heraufkommen. Die letzten Stunden freilich litten namentlich die im Maschinenraum beschäftigten Arbeiter furchtbar. Neigend an einem Höllenofen, brannte unter ihren Füßen die Gluth einer zweiten Hölle. Im Hafen angekommen, setzte man das brennende Fahrzeug auf den Dammerdrooi, um es zu löschen. Sechs Spritzen haben einen ganzen Tag zu thun gehabt, ehe die mit furchtbarer Heftigkeit aus dem Raum emporschlagenden Flammen bewältigt werden konnten. Ueber die Entstehungsursache des Feuers hat man nur Vermuthungen. Während die neuesten Nachrichten aus Petersburg und Kronstadt die Kunde von dem Zugehen der Newa bringen, was so früh im Jahre ein wahres Phänomen zu nennen ist, bleibt bei uns die Witterung durchgängig sehr mild, mit vielem Regen und heftigen Stürmen. Diese anhaltende Feuchtigkeit macht die Ackerbauer namentlich in den Marschen besorgt um das Gedeihen der Saaten. Man fürchtet ein nicht unbedeutendes Steigen der Kornpreise, falls diese ununterbrochen feuchte Witterung noch längere Zeit andauern sollte.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 16. Nov. Der Brand des Grimselspitals und das seither erfolgte Geständniß des Wirthes Zybach, daß er die Brandlegung veranlaßt, beschäftigt die öffentliche Meinung in hohem Grade. Folgende Umstände, die indeß noch nicht amtlich constatirt sind, aber als wahr erzählt werden, sind geeignet, noch andere Besürchtungen über frühere Verbrechen zu hegen. Die ersten Männer, welche an der Brandstätte erschienen und einzelne Mobilien im Versteck fanden, waren aus dem Dorfe Guttannen. Es war bekannt, daß sie in der Scheune, wo die meisten Sachen verborgen waren, übernachten wollten. Da soll Zybachs Sohn, der als ein verwegener Bursche geschildert wird, mit einem Knecht von Meiringen nach der Grimsel gegangen, aber in Guttannen angehalten und ihnen ein Fäßchen Pulver abgenommen worden sein. Man knüpft daran die Vermuthung, daß die Brandstifter den Vorsatz gehabt, die Scheune in die Luft zu sprengen. Ein Schuldbewels liegt ferner darin, daß Zybach den Obmannen von Guttannen 1000 Kronen (2500 Franken alter Währung) bot, wenn sie schweigen und den Verdacht der Brandstiftung beseitigen wollten. Das Traurige in dieser Sache, die weit über die Grenzen der Schweiz Theilnahme erregen wird, liegt in der Stellung Zybachs, dem seit vielen Jahren eine große Zahl Reisende Gut und Leben anvertrauten. Es ist noch nicht Zeit, alle die schauderhaften Gerüchte über andere dem Zybach und seinen Genossen zur Last gelegten Verbrechen mitzutheilen. Wir wollen die Untersuchung abwarten. — In einer der letzten Nächte ist ein Familienvater, der spät von der Arbeit heimkehrte, auf der Landstraße im Amte Wangen, ganz in der Nähe seines Hauses von drei Burschen überfallen und so sehr geschlagen worden, daß er am nächsten Morgen starb. — Eine aus Genf hier eingetroffene telegraphische Depesche meldet, daß bei den gestrigen Wahlen in den großen Rath die Liste der Regierungspartei in sämmtlichen Wahlcollegien mit einer großen Mehrheit angenommen worden.

Aus der Schweiz, 16. Nov. Die Synode der Geistlichen des Kantons Neuenburg war vorige Woche in der Hauptstadt versammelt und befaßte sich u. A. mit der Frage: ob Eltern, welche eine Civilehe ohne kirchliche Einsegnung eingegangen, zur Taufe ihrer Kinder zugelassen werden dürfen? Es gab sich die Meinung kund, man könne denjenigen, der bei einem der wichtigsten Acte des Lebens, d. i. bei Eingehung der Ehe, kein Bedürfniß nach kirchlichem Segen empfand, weder als ernstliches Mitglied der Kirche betrachten, noch insbesondere als fähig, die in der Taufliturgie eingegangenen Pflichten zu übernehmen. Die Mehrheit war jedoch der Meinung, daß das Interesse der Kinder hier das vorwiegende sei und darum die Taufe möglichst erleichtert werden solle. — Der Bischof von Sitten hat den walliser Geistlichen untersagt, die vom Gesetz vorgeschriebenen Civilregister zu führen. — Der große Rath von Solothurn hat gestern die Concession der Eisenbahn in östlicher und westlicher Richtung der englischen Gesellschaft Fox Henderson und Comp. mit großer Mehrheit ertheilt, dabei aber die Richtung von Olten nach Basel vorbehalten. Dieselbe englische Gesellschaft ist in Genf zum Bau der Bahn von Genf gegen Morges-Yverdon ermächtigt und der Gesellschaftsfonds auf 60 Millionen Fr. (zu Actien à 500 Fr.) festgestellt worden. — In Aargau hat der Regierungsrath den Seminarlehrer Keller wieder zum Mitglied des Kantonsschulrathes ernannt. — Der waadtländische „Courrier" spricht von einer neuen Erfindung, welche die Anwendbarkeit des elektrischen Lichts auf die Arzneikunst betrifft; vermittelst des elektrischen Lichts könne man nämlich eine gewisse Durchsichtigkeit der leiblichen Organe erzwecken oder mit andern Worten in den Körper hineinsehen!

Italien.

Rom, 6. Nov. Die Feierlichkeiten der Allerheiligenwoche wurden in gewohnter Weise in der Sixtinischen Kapelle im Beisein

Sr. Heiligkeit begangen. Unter den fremden Besuchern, welche die herrliche Musik heranlockte, war auch Sr. Hoheit der Erbgroßherzog von Weimar, welcher den Vernehmen nach morgen Rom verlassen wird, um nach Deutschland zurückzukehren. — Fortwährend laufen neue Nachrichten über das Unbrauchbarmachen des Räuberunwesens in der Gegend der pontinischen Sümpfe und zu beiden Seiten des Volskergebirges ein. Die Hauptbande soll aus etwa 20 Mann bestehen, zur Hälfte Deserteure, zur Hälfte Landleute von Velletri. In den Dörfern dieser Stadt selbst wurden neulich drei Bauern ermordet gefunden, einer mit 60 Stichen, — man glaubt, Mitglieder der Bande, die den Verdacht ihrer Genossen erregt hatten. Die neapolitanische Diligence ward bei hellem Mittage so nahe bei Velletri überfallen, daß man von der Stadt aus die Sache hätte sehen können. In Folge davon wagt dort niemand mehr, in seine Gärten hinauszugehen. Zudem haben die Räuber das alte System der Entführungen wieder aufgenommen. Ein reicher Eigenthümer von Velletri sollte überfallen werden; doch gelang es ihm, den Räubern sich zu entziehen, die in seine Villa eindrangen; dagegen ward ein Mädchen von 18 Jahren aus Valmontone wirklich ins Gebirge geschleppt, ohne daß jetzt zurückgegeben zu sein. Die Sache ist um so schlimmer, als diese Provinz mit ihren Sümpfen und unwirthbaren Gebirgen den Banden mehr als jede andere Schlupfwinkel darbietet. Sie war in den Zeiten Leo's XII. Hauptsitz der Banditen, und es bedurfte der ganzen Energie dieses Papstes, um die Sicherheit herzustellen. Die Regierung ist daher nicht ohne Besorgniß wegen des festen Umsichgreifens des Uebels. Einstweilen hat man durch Gendarmen die alten Wachthäuser der appischen Straße wieder besetzen lassen; allein dieselben sind sehr entfernt von einander, und die Gendarmen selber hüten sich wohl, zu patrouilliren. Ohnehin sind ihrer immer nur zwei, während die Räuber weit überlegen auftreten. (K. Z.)

Frankreich.

❄ **Paris**, 16. Nov. Ein seit einigen Tagen wieder stark verbreitetes Gerücht, welches auch auf die Börse nicht ohne Einwirkung geblieben, Herr Fould werde aus dem Staatsministerium ins Finanzdepartement zurückkehren und Graf v. Morny werde wiederum das Portefeuille des Innern übernehmen, findet zwar allgemeinen Glauben, ist aber trotzdem mit großer Vorsicht aufzunehmen. Dieses Gerücht ist nämlich nichts weiter als ein überaus wirksames Mittel in der Hand der Spekulanten à la hausse. Sobald die Börse einigermaßen das Gesicht verzieht, wird das Mittel angewendet, und — probatum est. Grund dagegen hat die Sache von der nahe bevorstehenden Reduction der Rente, denn ich weiß aus bester Quelle, daß die Vorarbeiten im Kriegsministerium für eine solche Maßregel längst fertig sind. — Bezüglich der Abstimmung über das Plebiscitum herrschte unter den Republikanern in Paris große Meinungsdifferenz. Die meisten Socialisten und ein großer Theil der Gemäßigten sollen sich für Enthaltung des Votirens ausgesprochen haben; die Partei Cavaignacs aber wird stimmen, natürlich gegen das Kaiserthum. Größeres Interesse als diesen Parteiangelegenheiten legt die Regierung dem Antheil bei, welchen die Hauptstadt an dem Plebiscitum nehmen wird. Es ist ihr hier um einen möglichst großen Anhang zu thun, denn ist auch die Bedeutung von Paris den Departementen gegenüber nicht unwesentlich geschwächt, so würden Indifferenz oder passiver Widerstand der Pariser gegen das Kaiserreich doch nicht ohne Rückwirkung auf das Land bleiben. Noch jahrelange Anstrengungen kann es kosten, bis Paris nicht mehr Frankreich ist.

⁂ **Paris**, 16. Nov. Der Protest oder das Manifest des Grafen v. Chambord scheint gleichzeitig durch Deutschland, Belgien und Frankreich verbreitet worden zu sein. In den letzten Tagen sind Tausende von in Brüssel gedruckten der Lithographirten Exemplaren nach allen Richtungen Frankreichs über die Grenze geschleppt worden; unter Couvert wurden sie sogar den Präfecten, Unterpräfecten, Bürgermeistern und ihren Adjuncten ins Haus geschickt; ebenso den Geistlichen; in Metz und Dijon erschien es als Plakat an den Straßenecken. Seltsam ist, daß die Polizei von der ganzen Sache nichts zu wissen schien, denn sie schritt erst ein, als das Actenstück in Paris zum Vorschein kam. Paris war plan-mäßig die letzte Stadt, wo der Protest in Umlauf gesetzt wurde. Am ersten Tage gingen Exemplare nach Marseille, Toulouse, Bayonne und andern Städten des Südens, welche von der Hauptstadt am entferntesten liegen. In zweiter Reihe wurde dann das Actenstück in Bordeaux, Lyon und Straßburg verbreitet. Man schätzt die Anzahl der Exemplare, die in Umlauf gesetzt waren, ehe die Polizei Kunde davon erhielt, auf 600,000. An der belgischen Grenze sind Ballen mit 170,000 Abdrücken im Augenblick, als sie eingeschwärzt werden sollten, von den Polizeiagenten weggenommen worden.

Alle Truppengattungen der Armee, mit Ausnahme der Lanciers und Husaren, sollen eine neue Kopfbedeckung erhalten, nämlich einen Helm aus gekochtem Leder mit Verzierungen von Kupfer. Die Spitze wird aus einem kupfernen Adler bestehen, dessen ausgebreitete Flügel die Seiten bilden. Auf in den Krallen des Adlers befestigten Plättchen wird die Nummer des Regiments angebracht sein.

Spanien.

ch. **Madrid**, 11. Nov. Gestern Abend haben einige Generale, welche der Opposition des Senats angehören, eine vorbereitende Berathung gehalten, um sich über die Zusammenberufung einer Anzahl Senatoren und mit diesen dann über den Gang zu verständigen, welchen die Opposition in der bevorstehenden Session der Cortes einzuhalten habe. Auch die Oppositionellen der zweiten Kammer musterten und zählen die Kräfte, welche ihnen zur Verfügung stehen werden. Progressisten und Moderados sollen zusammen etwas über 100 Stimmen zählen; zwanzig Stimmen werden als zweifelhaft betrachtet; das Ministerium hat zwischen 160 und 170 Deputirte auf seiner Seite; ihm wäre also unter allen Umständen die Majorität sicher. — Castello y Ayensa ist zum spanischen Gesandten in Rom ernannt und wird sich sofort auf seinen Posten begeben.

Dänemark.

NP. **Kopenhagen**, 13. Nov. Das sogenannte Warschauer Protocoll gehört zu denjenigen diplomatischen Actenstücken, welche gleichzeitig mit der königlichen Botschaft dem Reichstag vorgelegt worden sind. Bei Beurtheilung der schwebenden Erbfolgefrage ist die Kenntniß dieser Convention von äußerster Wichtigkeit; namentlich scheint der bekannte Antrag auf Veränderung des Königsgesetzes in jenen Unterhandlungen vorhergesehen und begründet worden zu sein. In Nr. 1 jenes Protocolls ist nämlich die Uebereinkunft zwischen dem Chef der holstein-gottorpschen Linie des oldenburgischen Hauses (Kaiser Nicolaus) und König Friedrich VII. mitgetheilt, und heißt es daselbst: „daß die Aufrechthaltung der Integrität der dänischen Monarchie nur erreicht werden könne vermittelst einer Combination, welche mit Ausschluß der Weiber (à l'exclusion des femmes) den Mannesstamm allein (la seule descendance mâle) zum Erben in allen den Landen beruft, welche jetzt unter dem Scepter Sr. Maj. des Königs von Dänemark vereinigt sind." Durch Ausschluß der weiblichen Linie von der Erbfolge soll, wie schon früher bemerkt, für Rußland die Erbfolge vermittelst der Herzogthümer in Gesammtdänemark gesichert werden. Dadurch würde die Ostsee ein russisches Meer, wie das schwarze, wenn Rußland in Konstantinopel die Oberhand erhielte.

Türkei.

Man schreibt dem „Morning Chronicle" aus **Konstantinopel** vom 26. Oct.: „Eine bedeutende und für die Türken unangenehme Nachricht ist so eben vom Norden eingetroffen. Dem Kaiser von Rußland, der in Woosnessenz angelangt, überschickte der Sultan ein eigenhändiges Glückwunschschreiben durch die Hände der Fürsten der Moldau und Walachei. Letzterem aber kam, bald nachdem sie die Grenze überschritten, ein Courier vom Czar mit der Anzeige entgegen, daß Se. Majestät sie nicht empfangen würde. (?)

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Oesterreich, das in Bezug auf Verkehrsmittel so rasch fortschreitet, die ersten Telegraphen in Gang setzte und den Anstoß zum Postvereine gab, hat jetzt auch eine Reform der Fahrtarten auf den Eisenbahnen vorgenommen. Dem Publikum wird die Benutzung der Staatseisenbahn dadurch gewiß erleichtert. Man kann nämlich Billete im voraus nehmen, so daß bei Abgang der Züge kein Gedränge an der Kasse und kein unnöthiger Aufenthalt entsteht. Zweitens lauten die Karten nicht auf einen bestimmten, sondern jeden beliebigen Zug, so daß bei Verstimmniß nicht das Zahlgeld verloren wird. Endlich sind die Karten so eingerichtet, daß sie zur Hälfte geschnitten für zwei Personen gelten, die nur die halbe Taxe zu zahlen haben (z. B. Kinder).

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 17. Nov. 4½pCt. Rente 107, 90.— 3pCt. do. 86, 40.— Piemont 100.— 3pCt. Span. 45½.— 1pCt. do. nicht notirt. (Synd.)

London, 17. Nov. 3pCt. Stocks 100⅞.— 3pCt. Span. 51⅞.— 1pCt. do. 24⅞. (Synd.)

Madrid, 12. Nov. 3pCt. 46⅛.— 1pCt. Rente 25¹¹/₁₆. (Synd.)

Antwerpen, 17. Nov. 5pCt. Belgische 100⅛.— 2½pCt. do. 56⅞.— 3pCt. Span. 45⅞.— 1pCt. do. 24⅜. (Synd.)

Amsterdam, 18. Nov. 2½pCt. Integr. 63⅞.— 4pCt. Certific. 95⅛.— 3½pCt. Synd. 94.— 4pCt. Russ. bei Hope 91¼.— 4pCt. Russ. bei Stieglitz 90¹¹/₁₆.— 3pCt. Spanische inl. 44⅛.— 1pCt. do. Rente 24¹¹/₁₆.— 5pCt. Silber-Metall. 89¹⁵/₁₆.— 5pCt. Metall. 77¹³/₁₆.— 2½pCt. do. — (Synd.)

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler, Dr. J. B. Kuschert.

Serienverloosung

wegen Abtragung von Gr. Hessischen 4- und 3½procentigen Obligationen auf Inhaber betreffend.

Durch die gesetzlicher Bestimmung gemäß heute weiter stattgefundene Verloosung behufs der allmäligen Abtragung der zur Aufnahme des Bedarfs für die Provinzialstraßen-Neubauten von uns ausgefertigten Obligationen auf Inhaber, so wie auf Namen, sind folgende zur Rückzahlung berufen worden:

1) Die unterm 15. Februar 1841 ausgefertigten 4procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. B. Nr. 1 bis 5, 11 bis 15, 21 bis 25, 41 bis 45, 121 bis 125, 196 bis 200, jede à 1000 fl.

Lit. B. Nr. 361 bis 375, jede à 500 fl.

2) Die unterm 1. Juli 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. B. Nr. 136 bis 140, 456 bis 460, jede à 1000 fl.

3) Die unterm 15. Februar 1841 ausgefertigten 4procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. C. Nr. 21 bis 25, jede à 1000 fl.

Lit. C. Nr. 741 bis 790, jede à 100 fl.

4) Die unterm 1. Juli 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. C. Nr. 521 bis 530, jede à 500 fl.

5) Die unterm 1. Juli 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. D. Nr. 1 bis 3, 28 bis 30, 58 bis 60, 67 bis 69, 82 bis 84, 100 bis 102, 127 bis 129, 133 bis 135, jede à 1000 fl.

Lit. D. Nr. 187 bis 192, 229 bis 234, 259 bis 264, 295 bis 300, 367 bis 378, 391 bis 396, 409 bis 414, jede à 500 fl.

6) Die unterm 1. Juli 1845 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. D. Nr. 534 bis 536, 567 bis 569, jede à 1000 fl.

Lit. D. Nr. 611 bis 616, 689 bis 694, jede à 500 fl.

Lit. D. Nr. 731 bis 754, jede à 100 fl.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung in Kenntniß, die Beträge derselben zwischen dem 24. und 30. Januar l. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinscoupons bei der Staatsschulden-Tilgungskasse dahier oder für deren Rechnung bei dem Banquierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. um so gewisser zu erheben, als solche in Gemäßheit des Art. 3 des Gesetzes vom 16. Juli 1833, wegen Tilgung der Staatsschuld, vom 1. Februar 1853 an nicht mehr auf der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Sollten Inhaber der vorbezeichneten Obligationen die Beträge derselben früher, mit Zinsen bis zum Zahlungstage, zu erhalten wünschen, so unterliegt dies keinem Anstand, und haben sich dieselben dieserhalb an den Kassier der Staatsschulden-Tilgungskasse zu wenden.

Den Eigenthümern der in der letzten durch die vorgedachte Verloosung ebenfalls rückzahlbar gewordenen Serie enthaltenen Kapitalien auf Namen werden wir besondere Benachrichtigungsschreiben zugehen lassen.

Schließlich machen wir noch darauf aufmerksam, daß die in Folge Verloosung

1) am 1. April 1849 rückzahlbar gewesene 4procentige Obligation Lit. B. Nr. 776, d. d. 15. Februar 1841 über 100 fl.,

2) am 1. April 1850 rückzahlbar gewesenen 4procentigen Obligationen d. d. 15. Februar 1841:

a) Lit. B Nr. 801 bis 805 und 825, jede über 100 fl.,

b) Lit. C. Nr. 496 über 500 fl.,

3) am 1. April 1850 rückzahlbar gewesene 3½procentige Obligation, d. d. 1. Juli 1838:

Lit. C. Nr. 366 über 1000 fl.,

4) am 1. März 1851 rückzahlbar gewesenen 3½procentigen Obligationen, d. d. 1. Juli 1838 und 1. Juli 1845:

Lit. D. Nr. 585 und 586, jede über 1000 fl.,

Lit. D. Nr. 161 über 500 fl.,

5) am 30. December 1851 rückzahlbar gewesenen 3½procentigen Obligationen, d. d. 1. Juli 1838 und 1. Juli 1845:

a) Lit. B. Nr. 1604 1608 1609 1613 1633 und 1649, jede über 100 fl.,

b) Lit. D. Nr. 397 und 651, jede über 500 fl.,

c) Lit. D. Nr. 474 478 488 493 494 495 496 und 498, jede über 100 fl.,

noch nicht zur Einlösung präsentirt worden sind, und seit ihren Verfallterminen nicht mehr verzinset werden.

Darmstadt, am 22. October 1852.

Die Direction
der Gr. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Eckhardt. v. Rabenau.

Basser.

Zur Verwaltung der Apotheke zu Wächtersbach wird von der Wittwe des hierzu daselbst verstorbenen Apothekers Pauch alsbald ein qualificirter Provisor gesucht. [2605]

[2508] Ein stahlarbeitender Mann, der die Lehrjahre zurückgelegt hat, sucht eine neue seinen Kenntnissen entsprechende Stellung. Adressen wolle man gefälligst an die Expedition der Frankfurter Postzeitung unter Nr. 2508 gelangen lassen.

Cours der Staats-Papiere. 18. November 1852. (Schluss der Börse.)

		For comptant.				For comptant.
Oesterreich	5% M. (C.I.S.v.Roths.)	95½, ⅛ bez. u. G.	Kurhessen	40 Thlr. L. v. Rothsch.	34⅞ p. ⅛ G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B.	85½, ⅛ bez. u. G.	»	Prdz.-Wilhs.-Nordb.	44⅛ p. ⅛ G.
»	5% do. v. J. 1853 I.—II.	92¾ p. ⅛ G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	101⅛ G.
»	5% L. V. (C. b. Roths.)	88½, ⅜, ⅛ bez. ⅜ G.	»	4% dito b. Rothsch.	98⅝ p. ⅜ G.
»	5% do. Monte C.I.S.I.M.	84⅛ P.	»	3½% dito b. Rothsch.	91⅜ p. ⅛ G.
»	Bank-Actien . . .	1374 P. 69 G.	»	fl. 50 Loose . . .	90⅜ p. ⅜ G.
»	5% Metalliq.-Obligat.	81 G.	»	fl. 35 Loose . . .	31⅜ G.
»	5% M. v. J. 1854 Ser. A.	81 P. 80¾ G.	Hessen .	4% Oblig. b. Rothsch.	103⅛ P.
»	5% dito dito 1853 .	80¾ P. ⅛ G.	»	4% dito	99⅞ P.
»	4½% dito dito	72⅝ P. 71⅞ G.	»	3½% dito	91 P.
»	4% dito dito	63¼ G.	»	3½% Loose . . .	28¾ p. ⅛ G.
»	3% dito dito	48⅛ P.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	94⅛ G.
»	2½% dito dito	40⅝ G.	»	3½% » v. 1846	93⅞ p. ⅜ G.
»	1% dito dito	19⅝ P.	»	3% » . . .	85¾ P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	116¾ G.	»	Tannusbahnact.	303 P. 301 G.
»	fl. 500 » dito	190½ P.	Russland	4½% Obl. b. Baring	102½ p. 101⅝ G.
»	4½% Oblig. b. Rothsch.	80⅜ P.	»	4% Obl. b. Hope & Z.	91½ G.
»	4% » »	71 P.	»	4% » b. Stieglitz »	90⅞ G.
Preussen .	3½% Staatsschulds.	93 P.	Polen .	4% Pfdbr. de fl. 500	93⅛ G.
»	Cöln-Mind. R.-Actien	112⅝ P.	Spanien	3% Inl. Sch. P. £ 2.20	45⅛ P. 45 G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅜ p. ⅜ G.	»	1% Neue » »	24 11/16 bez. u. G.
»	4½% dito	101⅛ p. ½ G.	Holland .	4% Certificate . .	95⅜ G.
»	4% dito	96¼ P.	»	3½% Syndicat . .	94⅛ G.
»	4% Anlös.-Rente .	96½ p. ⅛ G.	»	2½% Integrale .	63⅜ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	93 P.	Belgien .	5% Obl. in L. fl. 128 R.	100 P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	96 P. 95¾ G.	»	4½% Obl. in P. à 80 Kr.	99⅜ p. ⅛ G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	102⅛ G.	»	4% Obl. in Fr. à 80 Kr.	92⅛ G.
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅜ p. ⅜ G.	»	2½% Obl. b. Rothsch.	56⅞ p. ⅜ G.
»	3½% dito	90⅝ p. ⅛ G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	89⅛ G.
Baden . .	5% Obligationen . .	101⅛ G.	»	3% Obl. b. Hambro	56 P. 55¾ G.
»	4½% Obligationen	102⅛ G.	»	Sardinische Loose .	41⅜ G.
»	3½% v. 1842 . .	91 P. 90⅜ G.	Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Golds.)	101⅛ bez. u. P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66½ P.	»	5% p. 1851 b. Bastogi (do.)	97⅞ P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38⅜ p. ⅛ bez. ⅛ G.	Neapel.	5% Stocks Dcti. fl. 30.	116⅞ p. ⅛ G.

Wechsel-Cours.

Den 18 November		Per comptant.
Amsterdam .	k.S.	100⅜ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	93M.	— —
Augsburg . .	k.S.	119⅜ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	93M.	— —
Berlin . . .	k.S.	105⅜ B. 104⅞ G.
(60 Thlr.) .	8M.	— —
Bremen (60	k.S.	97⅜ B. ⅛ G.
Rthlr. i. L. dor.	93M.	— —
Hamburg . .	k.S.	89⅛ B. 88⅝ G.
(100 Mk. Bc.)	93M.	— —
Leipzig . . .	k.S.	105⅜ B. 104⅞ G.
London . . .	k.S.	119⅞ B. ⅛ G.
(10 Livr. St.)	3M.	— —
Lyon	k.S.	94⅜ B. —
(300 Fr.) .	93M.	— —
Mailand (300	k.S.	100⅜ B. —
Lir. Austr.)	93M.	— —
Paris	k.S.	94⅜ B. ⅛ G.
(300 Fr.) .	93M.	— —
Wien (100fl.)	k.S.	102⅜ B. ⅛ G.
in fl. 20 F.)		— —
Disconto . . .		2½ B. 3½ G.

Gold und Silber p.

Pistolen	fl. 9 43—44
Pr. Friedrichsd'or	» 9 54—55
Holl. 10fl. Stücke	» 9 50½—51½
Rand-Ducaten .	» 5 37—38
20 Francsstücke	» 9 26½—27½
Engl. Sovereigns	» 11 51
Gold al Marco	» 382—83
5 Frankenthaler	» 2 21—½
Preuss. Thaler	» 1 45—½
Preuss. Cass.-Sch.	1 44½—45½

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 277. — Freitag — den 19. November — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bundesländern des Münzfußes 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Thalers, Louis- und Kassenscheine-Fußes 1 Thlr. 20 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, wo wir in den k. k. österreichischen Provinzen 3 fl. 30 kr. 2 Thlr. oder 1 Ducat. Conv.-Geld, für Frankreich, Spanien, Portugal, England und Nordamerika dieser nimmt Herr C. H. Kiesecker in Straßburg, Steinstadt Nr. 20, und in Paris Herr Rodolphe Sonnemann, Rue de Richelieu Nr. 99, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Linien) mit Briefschrift oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Telegraphische Depesche.

(Wiederholt.)

Aufgegeben in Paris, den 18. Nov., 9 Uhr 15 Min. Vormittage.
Angekommen in Frankfurt, den 18. „ 3 „ 21 „ Nachmittags.*)

Paris, 18. Nov. Der Effectivbestand der Armee, einschließlich der Heerestheile in Afrika und in Rom, wird vom 1. December d. J. an 370,000 Mann betragen. Hierdurch tritt eine Verminderung der Armee um mehr als 30,000 Mann ein.

*) Wegen Unterbrechung der telegraphischen Verbindung mit Mannheim von da ab um 12 Uhr 26 Minuten per Bahnzug befördert.

Deutschland.

* **Wien**, 14. Nov. Preußische Blätter brachten in der letzten Zeit wiederholt verschiedene Angaben über den Stand der orientalischen Fragen, und bringen dieselbe in Verbindung mit einem Congresse in Warschau, welcher in nächster Zeit stattfinden solle. Ich glaube nicht schlecht unterrichtet zu sein, sferbindung ein Correspondent der „Lpz. Ztg.", wenn ich den zweiten Theil dieser Nachricht bestimmt in Abrede stelle, da hier nichts von einer Abreise unseres Kaisers nach Warschau bekannt ist. Was übrigens die orientalische Frage an und für sich betrifft, so ist es zwar nicht zu leugnen, daß sie gegenwärtig in ein Stadium getreten ist, wo sie die vollste Aufmerksamkeit der Cabinete auf sich ziehen muß; dessenungeachtet dürften die von den preußischen Blättern, namentlich aber von der „Vossischen" und der „Breslauer Zeitung", in dieser Hinsicht gebrachten Angaben einen nur sehr untergeordneten Glauben verdienen, sowie denn auch die Existenz jener Noten, welche diesen Blättern zufolge in der oben erwähnten Frage zwischen den Cabineten der Großmächte gewechselt worden sein sollen, sehr zweifelhafter Natur ist, daher auch Alles, was man sich von einer bereits vor sich gegangenen Vereinbarung zwischen Oesterreich und Rußland ergibt, nichts als bloße Conjectur ist, der jeder einigermaßen stichhaltige Grund mangelt. — Zuverlässigen Nachrichten zufolge wird Baron v. Meyendorff nicht vor Anfang März nach Wien zurückkehren. Von einem förmlichen Scheiden dieses hochangesehenen Diplomaten von seinem hiesigen Posten ist keine Rede.

♀ **Berlin**, 16. Nov. Aus Wien wird berichtet, es werden daselbst die Rüstungen in den militärischen Werkstätten umfassend betrieben, weil die österreichische Regierung zum Gang der Dinge in Frankreich kein Vertrauen habe. Von wohlunterrichteter Seite wird Letzteres jedoch in Abrede gestellt. In preußischen Regierungskreisen bemerkt man keine veränderte Thätigkeit. Ohnedies ist der Finanzminister ganz und gar nicht geneigt zu erhöhten Geldbewilligungen; er scheint namentlich mit dem Handelsminister über Erhöhung seiner Etatssätze nicht einverstanden zu sein. — In Folge des zur Aburtheilung gekommenen Communistenprocesses in Köln werden am Rhein wieder zahlreiche Stimmen laut, die Polizei hätte in Anwendung ihrer Mittel mäßiger sein und jedenfalls gewisse Mysterien in den Operationen nicht ans Tageslicht kommen lassen sollen. Dagegen wird eingewendet, eine Partei, deren bekanntlicher Frevel gegen die Gesellschaft, deren Gehermbündlerreden, deren Wahlspruch: „Eigenthum ist Diebstahl", hinlänglich bekannt seien, habe nicht mit andern Waffen bekämpft werden können. Durch den Wahrspruch rheinischer Geschworner steht jedenfalls das Factum verbrecherisch-communistischer Complotte für Deutschland, welches in London wohnende Flüchtlinge ins Leben gerufen, unzweifelhaft fest, und man solle erwarten dürfen, daß England nicht länger diesen gefeiert Boden dulden würde, welche als geheime Brutschwörer die mordbrennerische Fackel über Deutschland schwenken!

* **Berlin**, 16. Nov. Die Frage über die Gleichberechtigung Frankreichs mit den übrigen Uferstaaten wegen Ermäßigung der Rheingölle ist noch immer nicht definitiv geordnet. Die Central-Rheinschiffahrts-Commission, meldet die „Köln. Zeitung", schloß ihre diesjährigen Sitzungen, ohne diesen Punkt einer Lösung näher gebracht zu haben. Baden, Bayern, Hessen, Nassau und Preußen stellten schon in der Sitzung vom 24. August d. J. folgende Bedingungen als Aequivalent: 1) Eröffnung des Hüninger Kanals für die deutsche Flagge und Gleichstellung derselben mit der französischen. 2) Einfuhr der Colonialerzeugnisse nach Frankreich zu denselben Bedingungen, welche Holland kraft des Vertrags vom 25. Juli 1840 genießt, und zwar ohne Unterschied zwischen der directen Einfuhr und der Einfuhr durch die Vermittelung eines Freihafens. 3) förmliche Verzichtleistung auf das Rheinoctroi und die Recognitionsgebühren für die auf deutschen Fahrzeugen verladenen Waaren, sowie für die Fahrzeuge selbst. Der französische Bevollmächtigte ging auf diese Bedingung nicht ein, fügte sich auf den Wiener Vertrag vom 30. Mai 1814, die Congreßacte vom 9. Juni 1815 und die Uebereinkunft vom 31. März 1831. Er bemerkte überdies, daß Frankreich schon längst auf die Erhebung von Rheinzöllen, vom Gebiet der Lauter bis Straßburg, verzichtet habe. Er begehrte, daß der jetzige Stand der Sache, nach welchem Frankreich provisorisch die Begünstigungen genießt, die den übrigen Uferstaaten seit October vorigen Jahres zugestanden sind, bis Ende 1853 beibehalten werde. Die Commissäre der deutschen Uferstaaten haben hierauf an ihre Regierungen berichtet; allein bis jetzt ist noch keine definitive Entscheidung erfolgt. Dem Begehren des niederländischen Commissärs, weitere Veränderungen und vollständige Gleichstellung der Dampfboote mit den Segelschiffen eintreten zu lassen, wurde nicht willfahrt. — Die „Spenersche Zeitung" bringt eine Mittheilung über die Mission des Grafen Arnim nach Florenz in der Madai'schen Angelegenheit, welche bestimmt scheint, den ungünstigen Eindruck wegen des Erfolgs zu mildern. „Die Sendung des Grafen sei nicht in die Kategorie der Staatsacte zu stellen, sondern der König habe sich mittelst des Grafen (nicht als protestantischer König, sondern) als fürstliches Mitglied der evangelischen Kirche, also persönlich an den Großherzog von Toscana gewendet. Der Graf überbrachte die Botschaft des Königs. Die Audienz, in welcher er dieselbe überreichte, war am 2. d. M. Der Großherzog habe den Grafen außerordentlich freundlich empfangen und ihm später seine Antwort einhändigen lassen." Die „Spenersche Zeitung" spricht von einer schon eingetretenen „milderen Behandlung der eingekerkerten Evangelischen" und glaubt ihre Verlassung bei einer „baldigen passenden Gelegenheit" erwarten zu können. Der toscanische Minister des Auswärtigen habe den evangelischen Deputirten „die vollständige Gesetzlichkeit des Verfahrens gegen die Madais" auseinandergesetzt. — Auf der Ostbahn ist ein Unglücksfall vorgekommen. Die „Oder-Ztg." berichtet, daß laut einer in Stettin eingetroffenen telegraphischen Depesche der Zug der Ostbahn, welcher gestern Vormittag in Stettin eintreffen sollte, an dem kleinen Flusse Jonka bei einer Kurve hinter Krenz aus den Schienen gekommen ist. Drei Beamte sind getödtet, die Passagiere gerettet.

♀ **Berlin**, 17. Nov. Es hatte sich hier vielfach das Gerücht verbreitet, daß eine völlige Auflösung des hiesigen Wahl- und Hilfsvereins bevorstehe. Diese Angabe ist durchaus ungegründet. Am verflossenen Sonnabend hatte der Justizrath Geppert, als Vorsitzender des Vereins, die Mitglieder des Vorstandes zusammenberufen. Der einstimmige Beschluß des Vorstandes ging, nach einer sehr treffenden Auseinandersetzung der hiesigen Parteiverhältnisse des Herrn Geppert, dahin, daß die Wirksamkeit des Vereins, namentlich angesichts der bevorstehenden hiesigen Gemeinderathswahlen, aufrecht zu erhalten sei. Gegründet ist nur, daß ein namhaftes Mitglied des Vorstands in Folge der Wahlen Berlins, die diesem Mitglied als zu freisinnig erschienen, ausgeschieden ist. Das bisherige freundschaftliche Verhältniß zwischen diesem und den andern Mitgliedern hat indessen dadurch keine Aenderung erlitten. Eine

Spitze der hiesigen conservativen Gesammtpartei, mit Einschluß aller Richtungen der letztern, wird also fortbestehen, und zwar, wie bisher, unter Leitung des Justizrathe Sippert, welcher wegen seines ausgleichenden Charakters zur Zusammenhaltung des Ganzen auch der geeignetste Mann ist. — Das Mitglied des hiesigen rheinischen Revisions- und Cassationshofes, Geh. Rath Brewer, ist seit einiger Zeit von seiner Urlaubsreise wieder hierher zurückgekehrt. Die Wirksamkeit desselben bei dem genannten hohen Gerichtshofe wird indessen nur bis zum Schlusse dieses Jahres noch fortdauern, da derselbe wegen eines Augenübels nunmehr um seine Entlassung eingekommen ist. Geh. Rath Brewer kehrt dann zu seiner rheinischen Heimat zurück. — Das unsassende Werk über das preußische Strafgesetzbuch, mit dessen Ausführung der Kammergerichtsrath Goltcammer bekanntlich seit längerer Zeit beschäftigt war, ist nunmehr ganz vollendet. — Die Angabe in einigen Blättern, daß General v. Radowitz seit seinem Hiersein bereits mehrere große Abendgesellschaften gegeben habe, ist ungegründet. Herr v. Radowitz sieht bei sich nur die mit ihm in näherer Beziehung stehenden Militärpersonen und seine genaueren politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Freunde.

Breslau, 14. Nov. Am gestrigen Tage ist dem Vernehmen nach gegen den nach Amerika geflüchteten vormaligen Rector Mäpe aus Bernstadt, Abgeordneten zur weiland Nationalversammlung, von der hiesigen Regierung als Disciplinargerichtshof das Urtheil in contumaciam erfolgt. Wenn sind die Untersuchungen gegen die Lehrer an der hiesigen Realschule, Dr. Stein und Dr. Behnsch, Abgeordnete zur Berliner, und den Professor an der Liegnitzer Ritterakademie Meyer, Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung, im Gange. (N. Pr. Z.)

***München**, 16. Nov. Der „Münchener Bote" schreibt: Die Polizei hat bis jetzt ungefähr 40 braune Kalabreser confiscirt (nicht 200, wie andere Blätter berichteten). Zurückgegeben werden dieselben nicht mehr, auch haben diejenigen, welche sich über die Bezahlne beschwerten, die Protocollsteuer zu zahlen gehabt. Wie vorige Aeußerungen eines Polizeicommissärs zu entnehmen, wäre ein Maßregel abhängig von gemeinsamem mit Oesterreich, Preußen, Baden und Hessen gefaßten Polizeibeschlüssen. — Die Polizei verfährt mit großer Strenge gegen die aus Bremen kommenden Handwerksbursche, indem deren Effecten durchsucht und deren Wanderbuch heimatwärts visirt werden, was in letzterer Zeit sich mehrfach wiederholte. — Aus dem Ministerium des Aeußern ist heute der in diplomatischen Angelegenheiten functionirende Lieutenant Graf Pompesch nach Paris und London mit Depeschen abgegangen.

Ludwigshafen, 16. Nov. Heute Nachmittag um 1 Uhr 40 Minuten kam der erste directe Bahnzug von Paris, welcher gestern Morgen um halb 8 Uhr von dort abging, hier an und brachte uns auch die Pariser Correspondenz von gestern, welche sonst erst um 9 Uhr Abends hier eingetroffen war.

In **Frankenthal** wurden heute vor dem Zuchtpolizeigericht die fünf Vorstandsmitglieder der Schützengesellschaft in Grünstadt wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, zu je fünf Gulden Geldbuße und alle solidarisch zu den Kosten verurtheilt. Zugleich wurde wegen mehrerer bei Gelegenheit eines Festessens vorgekommenen Ungehörigkeiten die Schließung des Vereins verfügt.

* **Hannover**, 15. Nov. Wir haben des Beschlusses des geistlichen Ministeriums erwähnt, nach welchem der Pastor Steinacker wegen Mangels an Rechtsgläubigkeit nicht zum Colloquium zugelassen werden soll. Theils zur Verständigung, theils weil dieser Vorfall Aufsehen macht, entnehmen wir der „Z. f. N." darüber Folgendes, mit dem Bemerken, daß Steinacker ein aus Trieft verwiesener Prediger ist. „Die Weigerung des geistlichen Ministeriums stützte sich darauf, daß Steinacker die Union der beiden evangelischen Kirchen angetrebt habe, und daß er deßhalb den erforderlichen Eid auf die symbolischen Bücher der lutherischen Kirche nicht leisten könne. Nachdem aber Steinacker nun erklärt hat, daß er jene Union in Oesterreich nur unter dem Gesichtspunkte angestrebt habe, um dem Protestantismus einen größeren Halt zu gewinnen, daß er aber jetzt, nachdem ihm der Boden für dies Streben entzogen sei, natürlicherweise auf seinen früheren Standpunkt zurückkehre, hat sich der Magistrat in seiner letzten Sitzung mit 8 gegen 3 Stimmen für die Zulassung Steinackers zum Colloquium entschieden."

* **Gießen**, 15. Nov. Seit acht Tagen hat unsere Musenstadt durch die Rückkehr der Studenten wieder ihr altes Aussehen bekommen. Wie es uns scheint, so hat die Zahl der dieses Semester hier sich anhaltenden Musensöhne im Verhältniß zu der in den vorigen Semestern um ein Bedeutendes zugenommen. Es ist nicht zu verkennen, daß der Hauptgrund dieser vergrößerten Frequenz unserer Ludoviciana besonders darin gelegen ist, daß die meisten Facultäten durch gute, einige sogar durch ausgezeichnete Lehrkräfte besetzt resp. ergänzt sind. So zählen wir z. B. in unserer Juristenfacultät zwei ausgezeichnete Kräfte, Ihering aus Kiel und Wasserschleben aus Halle. Unter den Medicinern sind besonders Vogel, Bischof und Phoebus zu nennen. Wenn wir auch einen ausgezeichneten Mann, Liebig, verloren haben, so trifft uns dieser Schlag doch darum nur halb, weil tüchtige Männer, Knapp, Kopp und Will an seine Stelle getreten sind.

M. Wiesbaden, 15. Nov. Die von herzoglicher Regierung dem belgischen General Niellon ertheilte Boreonression zum Bau einer Eisenbahn von Wiesbaden nach Deutz kann als erloschen betrachtet werden, da Herr Niellon dem Vernehmen nach die Hälfte der als Garantie des Unternehmens von herzoglicher Regierung festgesetzten Caution von 20,000 Pfd. Sterl. am bestimmten Tage zu liefern außer Stande war.

Italien.

‡ **Turin**, 12. Nov. Die Kammern sind für den 19. November einberufen worden. Die bereits auf der Tagesordnung befindlichen Projecte sind meist finanziellen Inhalts. Der ehemalige Minister des Innern, Pernati, ist zum Staatsrath ernannt worden. Marquis d'Azzlio will sich ganz von den Geschäften zurückziehen, lastet und beabsichtigt eine Erholungsreise nach Florenz. Kürzlich veranstaltete er zu Ehren der neuen Minister und seiner treuesten Anhänger ein großes Diner. Die „Patria" macht von conservativen Standpunkte lebhafte Opposition gegen das neue Ministerium. Von Cibrario ist ein Werk „die Finanzlage Piemonts von 1847 bis 1852" erschienen.

Amerika.

Ueber die Vorgänge in **Buenos-Ayres** ist nachträglich Folgendes zu berichten: Am 11. September befand sich General Urquiza, der provisorische Director des argentinischen Staatenbundes, in Begleitung von Sir Charles Hotham auf der Reise nach Santa-Fe. Seine Abwesenheit wurde von den Mitgliedern des aufgelösten Parlaments ohne Säumen zu einer Schilderhebung benutzt, die ohne Schwertschlag und ohne Blutvergießen zu Ende geführt wurde. An der Spitze standen die Generale Piran und Madariaga, die in der Nacht des 11. mehrere Bataillone Infanterie und eine Artilleriebrigade auf dem Markt aufstellten, darauf das Fort besetzten und zwei als getreue Anhänger Urquiza's bekannte Generale, Virasoro und Urdinarrain, verhaften ließen. Vor Tagesanbruch läutete die Cabildoglocke das Volk zur Versammlung auf den Markt zusammen. Im Laufe des Vormittags hielt die Repräsentantenkammer Sitzung, erkannte die Bewegung als gerechtfertigt an und erwählte den General Pinto zum Gouverneur der Provinz. Noch denselben Abend veröffentlichte Manuel G. Pinto ein Decret, welches den Dr. Alsina zum Ministergeneral, Dr. Francisco de las Carrera zum Finanz- und Don José Maria Pinto zum Kriegsminister ernennt. Zum ersten Provelamation an alle Friedensrichter und Armeecommandanten wurde, mit Berufung auf das legislative Decret vom 23. Juni, die von Urquiza durch Militärgewalt eigenmächtig gestürzte Autorität der Repräsentantenkammer wieder hergestellt erklärt und der Dictator, welcher die Provinz Buenos-Ayres wie ein erobertes Land aller Rechte und Privilegien beraubt hatte, abgesetzt. Am 14. rief die Regierung alle dienstfähigen Bürger unter die Waffen und ernannte Bartolome Mitre zum Obersten des Bürgercorps. Am 15. erklärte sich General Flores, Obercommandant im Norden, mit 1600 Mann für die Provinz-Regierung. Die darauf folgenden Schlußnachrichten gegen Urquiza schienen jedoch überflüssig; denn auf die Nachricht von der stattgehabten Umwälzung erklärte General Urquiza in einem Sendschreiben an „St. Erelleng den provisorischen Gouverneur, Don Manuel Guillermo Pinto", er bedauere zwar, daß Buenos-Ayres eine Separatstellung im Staatenbunde eingenommen habe, werde aber, da ihm persönliche Herrschsucht fremd sei und ihm nur das Wohl der Nation am Herzen liege, keinen Tropfen Blut vergießen lassen, sondern erkenne die neue Ordnung an, und beglaubige den Ueberbringer des Sendschreibens, Don Frederico Guillermo Baez, als bevollmächtigten Unterhändler in Buenos-Ayres. In der That ließ Urquiza die Santa-Fe-Truppen sich zurückziehen, und die in San Nicolas stehende Militärmacht aus Entre-Rios in diese letztere Provinz zurückkehren. Einige andere Nebenpunkte wurden in einer Conferenz zwischen Baez und Pinto gütlich ausgeglichen, und der Compromiß wurde vom General Pinto „achtungsvoll und mit den besten Grüßen" ratificirt. Am 20. September reiste General Urquiza auf dem Dampfer „Mercedes" von San Nicolas ab; Infanterie und Artillerie folgten ihm zu Wasser und die Cavallerie zu Lande nach Santa-Fe und Entre-Rios. Obgleich nun General Urquiza Buenos-Ayres sich selbst überließ, hat er damit nicht auf die Oberleitung des Staatenbundes verzichtet. Vielmehr macht er in einem Rundschreiben an die fremden Consuln, welches von Parana, 26 Sept., datirt ist, bekannt, daß dieselben in allen auswärtigen Angelegenheiten ausschließlich mit ihm zu verkehren haben, zahlen wir entschlossen sei, den souveränen Congreß zu berufen und seine Pflichten als

Staatenbundsdirector, unberührt durch die Vorgänge in Buenos-Ayres, die keine allgemeinere Bedeutung hätten, zu erfüllen. — Die Finschiffahrtsfrage, welche man für entschieden hielt, ist, soweit sie den Paranafrom betrifft, wieder ein Gegenstand der Erörterung und des Zweifels geworden. Die neue Executivgewalt in Buenos-Ayres hat der Repräsentantenkammer am 28. September einen Gesetzvorschlag zur Freigebung der Paranaschiffahrt vorgelegt, aber daran Bedingungen geknüpft, über welche im Fall der Annahme eine Verständigung und ein Vertrag mit den andern argentinischen Uferstaaten nöthig sein werden.

Neueste Nachrichten.

Prag, 15. Nov. In der gestrigen Nacht hat sich auf der Prag-Brünner Eisenbahn ein Unglücksfall ereignet. Es trennten sich nämlich auf der Strecke Tetau-Altsedl nach 12 Uhr Nachts von einem Lastzuge zwanzig kleine Kohlen- und zwei große Equipagewagen, insgesammt mit Kohlen beladen. Die getrennten Wagen gingen auf der Bahn, die hier ein starkes Gefälle hat, zurück und stießen auf einen zweiten Lastzug, der dem ersten folgte und mit zwei Maschinen verkehrte. Die erste Maschine wurde sammt Tender aus der Bahn geschleudert und umgeworfen. Hierbei kamen ein Maschinenführer und zwei Heizer ums Leben. Von den getrennten Wagen sind vierzehn gänzlich zertrümmert worden. — Den letzten aus Reichladt hier angelangten Nachrichten zufolge befiert sich der Krankheitszustand Sr. Maj. des Kaisers Ferdinand zusehends. Die aus Prag dahin berufenen Aerzte sind bereits, da alle Gefahr gewichen, von Reichladt wieder hierher zurückgekehrt. (Dr. Z.)

* **Berlin**, 17. Nov. Nach der „Allgemeinen Zeitung" ist der Abschluß eines Zollvereinsvertrags zwischen Preußen und Braunschweig noch nicht erfolgt, sondern es sind nur eventuelle Verabredungen getroffen und hat Braunschweig seine Zugeständnisse von dem Erfolge der preußischen Unterhandlungen mit Hannover abhängig gemacht. — Von der Oberrechnungskammer ist jetzt die Prüfung der Rechnungen der Staatseinnahmen und Ausgaben vollzogen und sind die Resultate gedruckt worden. Sie werden dem Staatsministerium vorgelegt und, nachdem die Genehmigung Sr. Maj. des Königs eingeholt ist, den Kammern zur Mittheilung übergeben werden.

* **Köln**, 18. Nov. Eine schon früher mitgetheilte Nachricht der „Deutschen Volkshalle", nämlich die von der Ausweisung einiger Jesuiten aus den durchaus katholischen hohenzollernschen Landen, wird heute von dem genannten Blatte durch Mittheilung der betreffenden Actenstücke bestätigt.

⁂ **Weimar**, 17. Nov. Die heutige Nummer der hiesigen Zeitung theilt mit, daß die Zollconferenz der thüringischen Minister und Regierungsbevollmächtigten an vergangenen Freitag geschlossen worden. Soviel verlautet, hat man darin eine vollkommene Uebereinstimmung aller Betheiligten kundgegeben und man ist daher wohl zu der Annahme berechtigt, daß die thüringischen Staaten einmüthig auf dem bisher in der Zollangelegenheit befolgten Weg fortschreiten werden. Der Generalbevollmächtigte der thüringischen Regierungen, Geh. Staatsrath Thon, ist gestern zur Fortsetzung der Verhandlungen wegen Erneuerung des Zollvertrags mit Preußen wieder nach Berlin abgegangen.

† **Turin**, 14. Nov. Der königl. preußische Gesandte, Graf Redern, wird demnächst von hier abgehen. Man bezeichnet Herrn v. Perponcher als seinen Nachfolger.

† **Konstantinopel**, 6. Nov. Vely Pascha ist am 3. d. M. als neu ernannter Gesandter der Pforte auf seinen Posten nach Paris abgereist. Man vernimmt, daß der neue Großvezier zahlreiche Verbesserungen in Handel und Ackerbau, in Hafen- und Straßenbau auszuführen beabsichtigte.

‡ **Paris**, 17. Nov. Der Prinz-Präsident hat gestern Abend die Gallavorstellung in der komischen Oper besucht. Als er vor dem Theater anfuhr, empfingen ihn laute Kaiserrivats. Das Gebäude war mit Gas glänzend erleuchtet und mit Blumen und kaiserlichen Emblemen außen und innen geschmückt. Im Saale war auf der einen Seite des Kaisers Büste, auf der andern die des Prinzen aufgestellt. Als Ludwig Napoleon in die für ihn reservirte Loge trat, erhob sich die ganze Zuhörerschaft, ergoß sich in Acclamationen und sogar die Damen stimmten ein in das laute Vivo l'Empereur! Bei dem Prinzen in der Loge befanden sich sein Oheim Hieronymus und dessen Sohn Prinz Napoleon Bonaparte, ferner die Generale v. Lourmel und Roguet. In den Nebenlogen waren die Minister, die Generale Magnan und v. Hautpoul, Prinz Murat, der Graf v. Morny, Herr Mocquart und andere Personen von Auszeichnung. Man gab den „schwarzen Domino" mit der Ugalde und Couderc in den Hauptrollen, und führte eine von Mery gedichtete und von Adam in Musik gesetzte Cantate auf: „das Fest der Künste, Gesang der Zukunft" betitelt. Der gewöhnliche Vorhang war durch einen neuen, das Schloß zu Fontainebleau darstellenden ersetzt. Hinter demselben wurde ein weiter von Purpur mit goldenen Bienen und einer Colonade sichtbar, auf welcher die Namen der Städte verzeichnet standen, welche der Prinz auf seiner Reise besucht hat. Gegen Ende der Cantate veränderte sich die Scene und gab nun ein Bild des Louvre, wie dasselbe nach seiner Vollendung aussehen wird. Zum Schluß schwebten zwei die Fama darstellende Figuren mit einer Kaiserkrone aus den Wolken. Die ganze Vorstellung verlief glänzend; um halb 12 Uhr fuhr der Prinz, von neuen Acclamationen begleitet, nach dem Elysee zurück.

Der „Moniteur" und das „Pays" besprechen heute in längern Artikeln den Protest des Grafen von Chambord und stellen das Princip der Volkssouveränetät dem Princip der Legitimität in der erblichen Monarchie gegenüber. Sehr bemerkenswerth ist der Artikel des „Moniteur" durch die Mäßigung, mit welcher er abgefaßt ist, und durch die Achtung, mit welcher er von dem Repräsentanten einer gestürzten Dynastie spricht.

Das amtliche Blatt spricht sich ferner mit großer Anerkennung darüber aus, daß das Volk den Einflüsterungen und Mühlereien überall mit seiner guten Gesinnung auswiche und sich die Magistrate, die Municipalräthe, die Geistlichkeit ꝛc. an der Spitze und mit Zuhnen massenweise am 21. und 22. d. M. an den Wahlurnen einfinden werde, um für das Kaiserthum Ludwig Napoleons zu stimmen.

Der Generalgouverneur von Algerien hat an die commandirenden Divisionsgenerale und Präfecten der Departements ein Rundschreiben gerichtet, in welchem er ausspricht, Algerien schulde der gegenwärtigen Regierung für viele der Colonie erwiesene Wohlthaten Dankbarkeit, das Volk möge diese durch Bereitung einer großen Demonstration zu Gunsten des Senatusconsultums vom 7. d. M. beurkunden, dadurch Algeriens Votum mit dem des Mutterlandes vereinigend und dem Nationalwillen wie den Interessen Frankreichs gerecht werdend. Gegen etwa Unzufriedene, gegen Lauhrüber und Ruhestörer fordert das Circular die Polizei und die Localbehörden zu gleicherster Ueberwachung auf.

** **Madrid**, 12. Nov. Die Cortes werden höchst wahrscheinlich nicht von der Königin, auch nicht mit einer Thronrede, sondern blos kraft eines einfachen Decrets eröffnet werden. — Der Generalgouverneur in der Havanna, General Canedo, wird einem Gericht zufolge durch den General Grafen Mirafol ersetzt. — Der verantwortliche Redacteur des „Diario espanol" ist wegen eines Preßvergehens gestern verhaftet worden.

Neuyork, 3. Nov. Die Präsidentenwahl hat endlich stattgefunden. Zum Präsidenten der Vereinigten Staaten ist General Franklin Pierce, zum Vicepräsidenten Rufus King erwählt worden. Beide sind an Stelle des verstorbenen Daniel Webster ist als Staatssecretär Herr Everett getreten. — Geld ist hier im Ueberfluß vorhanden. Fonds behaupten den frühern Cours. Wechselcours auf London 110.

Börsenberichte.

½ **Frankfurt**, 18. Nov. In österreichischen Fonds war heute bei stillem Geschäft nur wenig Coursveränderung gegen gestern. 5pCt. Metall. waren 80¼ pCt.; 4½pCt. Met. 71⅞, ⅛ pCt. G.; 5pCt. Lomb.-Venet. 85½ pCt.; Wiener Bankactien 1369 fl.; 250 fl. Loose 116⅝ pCt. G.

In Spanischen war ebenfalls die Stimmung etwas weniger günstig als gestern Abend. 1pCt. Rente schlossen 24¼/₁₆ à ⅜ pCt.; 3pCt. Inländische bei wenig Umsatz 45⅛ pCt. Von Eisenbahnactien war Z.-B.-Nordbahn 44⅛ pCt. G.; Gerbach 95½ pCt. G.; Taunus 301 fl. G. In allem Uebrigen war nur wenig Bewegung und das Geschäft von keinem großen Belang. — Abends in der Effectenvielcast waren 1pCt. Spanische 24¼/₁₆ à ⅜ pCt.

Berlin, 17. Nov. Staatsschl. 93 G. — Köln-Minden 112 G. — Fr.-W.-Nordb. 40½ G., 41 bz.

Paris, 17. Nov. 4½pCt. Rente 107, 90. — 3pCt. 86, 40. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 95. — Span. neue Diff. —. — Neue 3pCt. 50¼. — Junere Schuld 45⅝. — Passive —. — Bankactien 3000. — Piemont 5pCt. 100. — Römisches Anlehen Zinl 1850 100¼. — do. do. 1850 100½. — Gt. Germain-Eisenbahn 1525. — Versailles, linkes Ufer 385. — Strasburg-Basel 385. — Nordbahn 925. — Paris-Strasburg 900.

Die Rente behauptet sich mit ziemlicher Festigkeit auf ihrem hohen Standpunkt.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 18. Nov. 5pCt. Metall. 94⅛. — 5pCt. do. B. 109¼. — 5pCt. Anlehn vom Jahr 1852 94⅛. — 4½pCt. do. 84⅛. — Bankactien 1311. — 250 fl. Loose 136½. — London 11 fl. 28 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 103. — K.-F.-Nordb. 229. — Livorno-Florenz 102. — Stenaemoli 71. — Paris 136⅜. — London in Triest 11 fl. 27 kr. — Silber 15⅛. (Spnd.)

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[3608]

Geschenke-Verloosung.

Unter Bezugnahme auf den im Laufe des vorigen und dieses Monats in den öffentlichen Blättern erlassenen

Aufruf zur Mildthätigkeit

wird nun zur Kenntniß des verehrlichen Publikums gebracht, daß die zur Unterstützung hiesiger Armen mit Brennholz bereits eingegangenen und noch zu erwartenden Geschenke

den 25. und 26. November von 10 bis 4 Uhr und
den 27. November von 10 bis 1 Uhr

im Locale des polytechnischen Vereins (an der St. Katharinenkirche) zur Ansicht aufgestellt werden, und daß die Verloosung am 27. November Nachmittags stattfindet.

Bis zur Ausstellung werden Geschenke dankbar angenommen und Loose ausgegeben **Große Eschenheimer Straße** D 165 (39 neu).

Bleichstraße Nr. 62 neu (Parterre).

[3674]

Bekanntmachung.

Den Inhabern der von der unterzeichneten Behörde ausgestellten, noch nicht eingelösten Gutscheine wird hierdurch Nachricht davon ertheilt, daß deren Einlösung an die hierfürige Hauptkasse verfügt. Termin für dies Geschäft für die Tage vom 15. bis einschließlich 28. d. Mts. bestimmt worden ist und mit letzterem Tage die zugesicherte Verzinsung aufhört.

Zur Erleichterung für die außerhalb Kassel wohnenden Inhaber der fraglichen Gutscheine sind die Billetkassen zu Wabern, Treysa, Kirchhain, Naubeim und Bockenheim, sowie die Güterexpedition zu Marburg, angewiesen worden, die Zahlungen durch die diesseitige Hauptkasse zu vermitteln.

Kassel, am 11. November 1852.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Staats-Eisenbahnen.

Ruhl.

Conversations-Lexikon.

Zehnte, verbesserte und vermehrte Auflage.

Vollständig in 15 Bänden oder 120 Heften.

In allen Buchhandlungen, in Frankfurt a. M. bei **Franz Benjamin Auffarth**, Zeil 38, werden fortwährend Bestellungen auf diese neue Auflage des bekannten Werkes angenommen und ist das bereits davon Erschienene (Band 1—6) daselbst zu erhalten. Monatlich erscheinen in der Regel drei Hefte von 6—7 Bogen. Das Heft kostet 5 Ngr. = 4 gGr. = 18 Kr. Rh. Das Werk wird auch in Bänden zu 1½ Thlr. ausgegeben; in einer **Prachtausgabe** kostet der Band 3 Thlr. [3599]

Leipzig.

F. A. Brockhaus.

[3576]

Anzeige.

Die Unterzeichneten bringen hiermit zur Kenntniß, daß die bei ihnen abgestempelten Coupons à R° 10 in Silber per 1./13. August 1852 von Hope'schen Certificaten über 4pCt. Russ. Inscriptionen mit fl. 18. 45 kr. per Stück und ferner die in der Verloosung vom 15. Juni 1852 herausgekommenen zur Zahlung bei ihnen vorgemerkten Certificate à SR° 500 über 4pCt. Russ. Inscriptionen mit fl 937. 30 kr. per Stück an ihrer Kasse eingelöst werden.

Frankfurt a. M., den 13 November 1852.

Grunelius & Comp.

Frankfurter Stadt-Lotterie.

Haupt-Gewinne: fl. **200,000**, fl. **100,000**, fl. **40,000**, fl. **25,000** u. s. w.

Ziehung 1r Klasse am 1. und 2. December.

empfiehlt sich mit ganzen Loosen à fl. 6; für alle 6 Klassen gültig à fl. 90, getheilte Loose im Verhältniss unter Versicherung reellster Bedienung. **J. M. M. Beyschlag,**

[3572] Kornmarkt in Frankfurt a. M.

Eiserne, feuerfeste Geld- und Documentenschränke,

welche bei ihrer zweckmässigen, gegen Feuer und Diebstahl die grösste Sicherheit gewährenden Construction, die Londoner Preis-Medaille erhalten haben, halten in allen Grössen zu den billigsten Preissen empfohlen.

[2515] **SOMMERMEYER & Co.** in *Magdeburg.*

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 11. November 1852 anfangend. [2557]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6½ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6½ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9¼ Uhr nach **Köln.**

☞ ***Schnellfahrt*** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.: in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach **Aachen** und 7¼ Uhr bis Düsseldorf, Crefeld.

Von **Mainz-Castel** Mittags 11 Uhr, von **Biebrich** Mittags 11½ Uhr nach **Köln, Arnheim.**
Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschaftsbillete** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm**, Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli**, Zeil Nr. 67.

Ouvrage très utile aux gens du monde.

Deuxième édition du traité pratique des maladies des

ORGANES DE LA GENERATION, p., contenant **153 FIGURES D'ANATOMIE**

et 40 chapitres sur les *fonctions*, les *maladies* et toutes les *infirmités* de ces organes, avec l'indication des *moyens préservatifs* et du *meilleur traitement* pour guerir soi-même les consequences des *excès* ou de la *contagion*, etc. Chez l'auteur, docteur **Jonas** (de Saint-André), professeur de pathologie uro-génitale, 33, rue Jacob, à PARIS, et *Masson*, libraire, 26, rue de l'Ancienne-Comédie. — Le prix de l'ouvrage, par la poste, franc de port, est de 2 thalers de Prusse. — *L'atlas*, de 153 planches d'anatomie, se vend aussi séparé 2 fr. — *Consultations*, de midi à 2 heures et par correspondance. (*Affranchir.*) *Les malades peuvent se traiter eux-mêmes* et faire préparer les remèdes chez leur pharmacien. [2600]

[2462] **fl. 200,000,**
100,000. 40,000. 25,000. 2 à **20,000.**
2 à **15,000. 12,000.** 3 à **10,000.** 2 à **8000.**
3 à **5000.** 5 à **4000.** 5 à **3000.** 12 à **2000.**
nebst **1000** ꝛc. 12,500 Gewinne u. 18,400 Freiloose unter 24,000 Loosen 123r **Frankfurter** Lotterie.

Ziehungs-Anfang den 1. December 1852,
Ende „ 20. April 1853.

Loose ¼″r fl. 6, ½ fl. 3, ¼ fl. 1. 30 kr., ⅛ 45 kr. empfiehlt J. Glauberg in Frankfurt a. M.

Grossherzoglich Badische fl. 35 Loose.
Kurfürstlich Hessische Thlr. 40 Loose.
Königlich Sardinische Fest. 36 Loose.
Fürstl. Windisch-Grätz fl. 20 GM. Loose.

Ziehung am 1. December d. J.

Original-Obligations-Loose coursmässig bei **J. M. Trier & Comp.** [2616] im Türkenhof.

[2612] Die seit dem Tode meines Gatten, Burkhard Finck, in Gemeinschaft mit meinem Sohne **Wilhelm Finck** unter der schon lange bestehenden Firma **Finck & Schäfer** geführte Handlung hat dieser mein Sohn heute mit allen Activen und Passiven allein übernommen und wird solche unverändert unter der bisherigen Firma

Finck & Schäfer

für seine alleinige Rechnung und Verbindlichkeit fortführen. Indem ich mich bedrve, unsere Geschäftsfreunde hiervon in Kenntniß zu setzen, bitte ich dieselben, das seither an ihren gutigen Vertrauen meinem Sohne auch ferner zu bewahren.

Vilbel, den 8. November 1852.

Margarethe Finck, geb. Ludwig.

Local-Veränderung.

Die Papierhandlung von

G. Theissinger

befindet sich jetzt

Zeil 72

[2607] neben Herrn **C. A. André**, Haus Mozart.

[2606] **Badische fl. 35 Loose.**

Ziehung am 30. November.

Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 1. 30 kr., sechs Stück für fl. 8.

Kurhessische 40 Thlr. Loose.

Ziehung am 1. December.

Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 3. 30 kr., zehn Stück für fl. 30.

Königlich Sardinische Loose.

Ziehung am 1. December.

Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 2. 30 kr., zehn Stück für fl. 20.

Loose und Certificate zu obigen Ziehungen, sowie zu allen andern soliden Staats- und Klassen-Lotterien, empfehlen, unter Zusicherung pünktlicher Besorgung, die **Bankhollekteure**

Moritz Hirschel Söhne,

in Frankfurt a. M.

[1690] **An- und Verkauf**

von Böhren bei **H. Bechhold**, Zeil Nr. 5 neu.

[1681] **Von hohem Senate concessionirte**
Privat-Entbindungs-Anstalt
zu Frankfurt a. M.
Nähere Auskunft ertheilt gegen portofreie Einsendungen
Dr. Roberth daselbst, Zeil 19.

(Hebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Freitag **(Beilage zu Nr. 277.)** 19. November 1852.

Deutschland.

—* **Frankfurt**, 18. Nov. Eingezogenen Erkundigungen zufolge sind wir in der Lage eine in dem „Frankfurter Journal" vom 16. d. M. unter der Rubrik: Frankfurt, 15. Nov., gegebene Notiz dahin berichtigen zu können, daß die Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 11. den Beschluß gefaßt hat, in Folge des Ablebens des k. k. Hofraths Freiherrn v. Reil, die Besorgung der Geschäfte der dermalen provisorisch bestehenden Bundeskassenabtheilung dem königl. preußischen gehrimen Regierungsrath Erbger, unter Mitwirkung des Bundeskanzleidirektors gegen die Verbindung zu übertragen, daß der Ersteenannte den Bunde den üblichen Revers ausstelle.

Aus Schlesien. Das evangelische Consistorium hat eine statistische Nachweisung veröffentlicht, wonach 1850 8 Juden durch die Taufe und 368 römisch-katholische Christen, nämlich 209 Confirmanden und 159 Erwachsene, außer ihren Kindern in die evangelische Kirche nach Ablegung ihres Bekenntnisses aufgenommen, 187 Kinder katholischer Väter auf den Wunsch der letzteren von evangelischen Geistlichen getauft und 1388 gemischte Ehen in evangelischen Kirchen eingesegnet worden sind, meist aus dem Grunde, weil die Brautpaare das Versprechen, die zu erwartenden Kinder in der römisch-katholischen Confession unterrichten und erziehen zu lassen, verweigert hatten. 1851 sind 26 Juden, 648 römisch-katholische Christen, 379 Confirmanden und 269 Erwachsene, worunter 3 katholische Priester, zur evangelischen Kirche übergetreten, 466 Kinder katholischer Väter, dem Wunsch derselben zufolge, von evangelischen Geistlichen getauft und 1673 gemischte Ehen in evangelischen Kirchen eingesegnet worden.

o **Magdeburg**, 16. Nov. Ich mache Sie auf eine in diesen Tagen in Verlag von Emil Bänsch in Magdeburg unter dem Titel: „Mittheilungen über Erziehung und Unterricht in Frankreich" erschienene Schrift aufmerksam, deren Verfasser der Director der hiesigen höheren Gewerbe und Handlungsschule, Hr. Dr. Hotzapfel ist. Nicht blos für den Schulmann, sondern auch für den Politiker ist dieses Werk von besonderem Interesse; denn nur der vermag den Charakter eines Volkes richtig zu verstehen und zu würdigen, der den Bildungsgang, den es nimmt, genau verfolgt. Von wie unermeßlichem Einflusse auf den Charakter des französischen Volks muß es z. B. sein, daß von den 5614 Schülern der drei Collegen in Paris (St. Louis, Louis le Grand, Henri IV.) im Jahr 1842 nur 325 in der Familie erzogen wurden.

π **München**, 17. Nov. Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Württemberg sind diesen Mittag nach 12 Uhr hier eingetroffen und im bayerischen Hof abgestiegen. Die für Ihr. kk. Hoh. in der königl. Residenz in Bereitschaft gesetzten Gemächer wurden dankend abgelehnt, eben so alle öffentlichen Empfangsfeierlichkeiten, da die hohen Gäste das strengste Incognito bewahren wollen. Kurz nach ihrer Ankunft stattete König Max den hohen Ankommenden einen Besuch ab, worauf dieselben ihren Gegenbesuch in der königlichen Residenz machten. Diesen Nachmittag speisten die hohen Gäste bei Sr. Maj. dem König. — Die Ernennung des bisherigen Ministers des Innern, v. Zwehl, zum Cultusminister und des Regierungspräsidenten Grafen Reigersberg zum Minister des Innern, soll nun ganz feststehen und die morgen zu erwarten sein. Graf Reigersberg, dessen Ernennung zum Minister des Innern schon seit einiger Zeit erwartet wurde, soll die Genehmigung einer von ihm vorgeschlagenen Reorganisation der Bildung und des Geschäftskreises der Landgerichte zur Bedingung seines Eintritts in das Ministerium gemacht haben. Diese Genehmigung soll nun erfolgt sein und den Rücktritt des Staatsministers der Justiz, Hrn. v. Kleinschrod, zur Folge haben, da diese Genehmigung einem Aufgeben der längst beschlossenen Gerichtsorganisation gleichzuachten wäre. In wie weit sich inzwischen diese Angaben, denen man mehrfachen Glauben schenkt, bewahrheiten, dürfte noch zu erwarten sein; vielsache Wahrscheinlichkeit haben sie für sich, und daher glaubte ich dieselben Ihnen mittheilen zu sollen.

Dresden, 15. Nov. Die erwähnten Conferenzen von Abgeordneten verschiedener evangelischer Kirchenregimente wegen gemeinsamer Berathung der liturgischen Frage wurden heute durch den Herrn Staatsminister Frhrn. v. Beust eröffnet. Von Seiten Württembergs ist der Oberhofprediger Dr. Gerok eingetroffen. Hierseits nahmen an den Berathungen Theil der geheime Kirchenrath Dr. Meißner und der Consistorialrath Dr. Thenius. (Dr. J.)

§* **Dresden**, 17. Nov. Die neuesten aus Wien hier eingegangenen Nachrichten bestätigen die Ansicht, daß die definitive Lösung der Zollfrage in naher Zeit erwartet werden darf. Der Hinblick auf die gegenwärtige politische Lage Europa's hat ohne Zweifel die Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen gefördert und die obige große Tagesfrage in ein Stadium gerückt, welches die Hoffnung auf eine baldige Verständigung in derselben unter Erhaltung des Zollvereins mit Preußen als wohlbegründet erscheinen läßt. Die Verhandlungen der Wiener Zollconferenz dürften sich zur Zeit hauptsächlich darauf erstrecken, Vorkehrungen zu einer Zolleinigung zwischen Oesterreich und den Coalitionsregierungen für den Fall zu treffen, daß die in Berlin demnächst zusammentretenden Kammern es der preußischen Regierung unmöglich machen sollten, den Zollverein auf seiner jetzigen Grundlage mit den bisherigen Verbündeten von 1854 an fortzusetzen; denn daß bei den nun vollendeten Wahlen in Preußen die Schutzzollpartei bedeutend in der Minorität zählen ist und Kammerbeschlüsse auf Freihandel oder große Finanzzölle zu erwarten stehen, ist nicht zu leugnen. Die bestallsigen Verhandlungen werden in Wien, namentlich von Seiten Oesterreichs, mit großer Energie geführt; die k. k. Regierung soll in ihren neuesten Vorschlägen den verschiedenen localen Verhältnissen der einzelnen Coalitionsstaaten in erfreulicher Weise Rechnung getragen und hierin einen wiederholten Beweis ihrer Aufrichtigkeit und Uneigennützigkeit an den Tag gelegt haben, und es ist, wie uns aus guter Quelle berichtet wird, nicht mehr zu zweifeln, daß die Conferenz hierin zu einem positiven Resultat führen wird. Da indessen dieselben politischen Gründe, welche für Oesterreich eine Verständigung mit Preußen wünschenswerth erscheinen lassen, auch, und zwar in noch höherm Maße, für letzteren maßgebend sein möchten, so dürfte wohl der eben angedeutete Fall, in welchem die in Wien zwischen Oesterreich und der Coalition abzuschließenden Vereinbarungen in Ausführung kommen würden, kaum eintreten; es ist vielmehr zu erwarten, daß auch die preußischen Kammern die Lage der Dinge nicht aus den Augen setzen und im Interesse Deutschlands zur Erhaltung des Friedens zwischen Oesterreich und Preußen mitwirken werden. Aus diesem Grunde theilen wir vollkommen die Ansicht, welche in der Beilage zu Nro. 273 dieses Blattes, in Bezug auf die zu hoffende Erhaltung des Zollvereins, ein Artikel aus Karlsruhe ausspricht. Wenn aber Ihr vorletzter in letzterer Beziehung jedenfalls gut unterrichtete Correspondent hierbei den Beitritt Badens zu der Darmstädter Coalition einestheils durch dessen geographische Lage gewissermaßen zu entschuldigen sucht, und doch anderseits — wie überhaupt mehrfache aus Karlsruhe zu lesende Zeitungsartikel — darzuthun bemüht ist, daß gerade die Haltung Badens auf die zu erwartende glückliche Lösung der Zollvereinswirren von besonderm Einfluß gewesen sein dürfte, so müssen wir gestehen, daß wir hier seine Ansicht nicht zu theilen vermögen, indem es nach unserm Dafürhalten auf der Hand liegt, daß dieselbe „geographische Lage", welche nach der einen Seite hin maßgebend war, nach der andern Seite hin ebenfalls nicht außer Betracht gelassen werden kann.

± **Darmstadt**, 18. Nov. Der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer war der Antrag des Abg. Breidenbach (Director der Oberstudiendirection) wegen der „Besoldungsverhältnisse der Lehrer an den Gymnasien, der höheren Gewerbschule, den Schullehrerseminarien und den Realschulen", darauf berechnet, bei diesen Lehranstalten an die Stelle der bisherigen schwankenden Besoldungsverhältnisse der Lehrer eine bestimmte Regulirung treten zu lassen, und eine Art festen Etats, so weit die eigenthümliche Natur des Unterrichtswesens es gestattet, einzuführen. Namens des Ausschusses für Cultus, Unterricht rc. hatte der Abg. Hillebrand (früher Mitglied des Oberstudienraths) am 29. v. M. einen Bericht erstattet, welcher dem Antrag das Wort redete und vorschlug, ihm Folge zu geben. Die Kammer widmete ihm eine zweistündige Berathung, an welcher

außer dem Regierungscommissär, Ministerialrath Werner, die Abgg. Hillebrand (der auf die Bedeutung des Lehrerstandes für die Zwecke der Staatsgesellschaft hindeutete und dazu aufforderte, ihr Rechnung zu tragen), Eich (Gymnasiallehrer in Wormes), Zopprig, Wittmann, Klipstein, Sartorius und der Antragsteller Theil nahmen. Dieser letztere und der Abg. Wittmann stellten Amendemente. Beide vereinigten sich dann zu dem Antrag, die Kammer möge beschließen, daß der Antrag und die Bemerkungen des Ausschusses der Staatsregierung zur geeigneten Berücksichtigung zu empfehlen seien, und diese zu ersuchen sei, über die Angelegenheit baldigst eine Vorlage an die Stände gelangen zu lassen. Allseitig wurde anerkannt, daß den Lehrern eine anständige Besoldung zu sichern sei. Als Maximum hatte der Ausschuß einen jährlichen Gehalt von 1800 fl. vorgeschlagen, was den Regierungscommissär veranlaßte, den Wunsch auszusprechen, daß der Staatsregierung hierin die Hände nicht gebunden würden, damit sie im Stande sei, würdige Lehrer zu berufen oder festzuhalten. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung zeigte der Präsident an, die erste Kammer habe ihre Beschlüsse hinsichtlich der Zollvereinsfrage mitgetheilt. Die Kammer beschloß, diese Mittheilung an den Finanzausschuß zur weitern Berichterstattung zu verweisen.

Bitbel, 17. Nov. In den letzten Tagen, schreibt das „Mainzer Journal", hatten wir in hiesiger Gegend sehr auffallende Witterung. Am Sonntag waren die Höhen des Taunus und der Vogesengebirge mit Schnee bedeckt, und in den Thälern war Winterwetter eingetreten. Gestern (am Montag) dagegen schien die Sonne so warm wie an einem Sommertage und es war ein wahrer Genuß, im Freien zu sein. Gestern regnete es den ganzen Tag, und es war dabei wiederum sehr warm. Am Abend stellten sich zwei furchtbare Gewitter ein, deren eines am Taunus hinzog, während das andere aus der Mainzegend von Hanau her über die Wetterau sich erstreckte. Blitz und Donner waren wahrhaft grandios, und es dürfte eine solche Erscheinung am 16. November zu den Seltenheiten gehören. — Die Staatsforsten stehen hier außerordentlich schön, und die Fruchtpreise scheinen der geringen Nachfrage wegen noch mehr zu fallen, was auch der arbeitenden Klasse wegen sehr wünschenswerth erscheint.

Jena, 11. Nov. Beim hiesigen Buchhändler Frommann ist eine Broschüre in Sachen der mecklenburgischen Regierung wider die katholische Kirche erschienen, welche, wie verlautet, im Auftrage des großherzoglich mecklenburgischen Staatsraths v. Schröter durch einen Professor in Rostock verfaßt sein soll. Es wird unter anderm in dieser Schrift der merkwürdige Nachweis versucht, daß nach französischem Sprachgebrauche die Worte des Art. IV der von Mecklenburg-Schwerin unterm 26. April 1850 vollzogenen Acte additionelle zum Rheinbunde: L'exercice du culte catholique sera dans toutes les possessions de S. Alt. Sérénissime pleinement assimilé au culte luthérien" nicht bedeuteten: die Religionsübung der Katholiken solle in Gemäßheit des Vertrages der lutherischen gleichgestellt sein, sondern: es stehe im Belieben des Großherzogs von Mecklenburg, ob und wann er diese Gleichstellung bewirken wolle! (D. B.-H.)

* **Oldenburg**, 12. Nov. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Landtags stand der Bericht des Ausschusses, über den von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf eines Wahlgesetzes für die Wahlen zum Landtag. Die Staatsregierung hatte dem Entwurf innerhalb der von dem revidirten Staatsgrundgesetz gegezogenen Grenzen das bisherige Wahlgesetz zum Grund gelegt, dasselbe wesentlich jedoch dahin modificirt, daß die Stimmberechtigung von der Entrichtung einer directen Staats- oder Gemeindeabgabe abhängig gemacht, auch das Gewicht der Stimmen in Anwendung des sogenannten preußischen Dreiklassensystems nach dem Steuerbetrage vertheilt werden solle. Der Ausschuß hatte mit allen gegen eine Stimme sowohl die Frage, ob eine Aenderung des jetzigen Wahlgesetzes geboten sei, sowie diejenige, ob von der verschiedenen zur Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts dienenden Maßregeln das vorgeschlagene Klassensystem im Allgemeinen zur Annahme geeignet sei, bejaht und demgemäß den Antrag gestellt: „der Landtag wolle auf die Berathung des vorgelegten Entwurfs eines Wahlgesetzes eingehen." Die dissentirende Stimme hat in Darlegung der Ansicht, daß kein Grund vorhanden sei, an dem bestehenden Wahlgesetze irgend etwas zu ändern, das Nichteingehen auf den Entwurf beantragt. Nach einer über diese allgemeinen Fragen sich erhebenden lebhaften Debatte wurde der Mehrheitsantrag des Ausschusses mit 28 gegen 15 Stimmen angenommen. Die Debatte über die Einzelnheiten der Vorlage ward auf die nächste Sitzung am Montag verschoben, nachdem der Präsident das Eingehen eines Schreibens der Staatsregierung vom gestrigen Tage angezeigt hatte, worüber heute ein begutachtender Ausschuß gewählt wurde. Die Regierung verlangt nämlich die Zustimmung des Landtags zu der Ansicht, daß dessen Zuständigkeit auch nach dem jetzigen Staatsgrundgesetz fortdauere.

Schweiz

Z Basel, 17. Nov. Bei den vorgestrigen Großrathswahlen in Genf hat die Partei des James Fazy einen vollständigen Sieg erlangt. Die Coalition der Neudemokraten und Liberalconservativen war nicht aufrichtig gemeint, denn ein großer Theil der Ersteren ging in das Lager des alten Gebieters über. — Der Brandstifter Zybach galt allgemein für einen unbescholtenen Mann. Er kannte mit unsern Raturforschern, welche die Spinnst häufig besuchten, namentlich mit dem berühmten Agassiz auf sehr gutem Fuß. Auch der englischen Touristen genoß er großes Vertrauen. In der Umgebung des niedergebrannten Hauses werden die Nachforschungen eifrig fortgesetzt. — Die liestaler Regierung will die ihr vom Landrath auferlegte Geldbuße nicht entrichten, weil die Administration eben so hoch stehe als die Legislative, mithin von einer Behörde gleichen Ranges nicht „genugthuerlich" werden könne.

Italien

Wir haben bereits nach dem „Risorgimento" mitgetheilt, daß in **Toscana** sämmtliche politische Flüchtlinge, 800 an der Zahl, ausgewiesen worden sind. Ein in Paris eingetroffener Privatbrief vom 5. d. M. gibt darüber folgendes Nähere an: „Florenz befindet sich in der größten Aufregung. Gestern wurden in allen Theilen der Stadt zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und in der Nacht vom 7. auf den 8. damit fortgefahren. Die Bevölkerung war in der größten Unruhe, da man die großen militärischen Vorkehrungen, die man zur Ausführung dieser Maßregeln genommen, nicht begriff. Erst heute Morgen erfuhr man Nähreres, nämlich, daß die Polizei ein Mazzini'sches Comite entdeckt hat und die Mitglieder desselben verhaften ließ. Fast alle Verhafteten sind Ausländer, aus denen das genannte Comite fast allein zusammengesetzt war. Man verbreitet das Gerücht von der Beschlagnahme der Listen, auf denen sich die Namen aller derjenigen befinden, die zu der Verschwörung gehören; die Polizei soll ferner im Besitz der Statuten und der Geheimschrift sein, deren sich die Mitglieder des Comite's unter einander bedienten."

Nach einem Briefe aus **Pesaro** vom 3. November ist es dem Grafen Julii von Reeanati, ehemaligem Mitgliede der römischen Constituante, der durch die Sacra Consulta zum Tode verurtheilt, später aber vom Papste zu lebenslänglichem Gefängniß in Ancona begnadigt worden war, gelungen, aus seiner Haft zu entkommen. Man glaubt, daß Befreyung im Spiele ist.

Das „Giornale di Roma" vom 6. November vertheidigt die römische Regierung gegen gewisse Beschuldigungen, welche zwei Turiner Blätter in Bezug auf die neulich zu Sinigaglia und Ancona stattgefundenen Einrichtungen erhoben hatten. Die gehenen Geheimschaften, um welche es sich bei den Urtheilfällungen, die jene Erschießungen zur Folge hatten, handelte, waren, den genannten Blatte zufolge: der in Sinigaglia bestehende Verein der Ammazzarelli, auch Compagnia Infernale genannt, und ein anderer Bund in Ancona, welcher den Titel Lega dei Sicarii oder Lega Sanguinaria führte.

Frankreich

S Paris, 17. Nov. Fortwährend erhält sich das Gerücht, der Graf v. Morny werde Herrn v. Persigny im Ministerium des Innern ersetzen, und man will sogar behaupten, für Uebernahme des Portefeuilles habe er die Bedingung gestellt, daß die Decrete gegen das Eigenthum des Hauses Orleans zurückgenommen würden. Man wird sich erinnern, daß der Graf als ein entschiedener Gegner dieser Decrete aufgetreten ist, und er macht aus seiner Mißbilligung derselben auch heute noch kein Geheimniß. Aber eine Bedingung, wie die eben bemerkte, kann er doch wohl schon aus dem einfachen Grund nicht gestellt haben, weil der Prinz nicht in der Lage ist, die Januardecrete heute wieder wegzudecretiren, es müßte ihm denn die dictatorische Gewalt auf neu übertragen werden, worauf indessen bis heute nichts deutet. Die Aufhebung jener Decrete kann nur vom gesetzgebenden Körper ausgehen; hier müßte die Regierung die Initiative ergreifen. Und dann wäre eine Modification immer noch wahrscheinlicher, als vollständige Zurücknahme. Endlich aber fragt sich, was die Familie Orleans zu einer solchen Restitution sagen würde. — Die Zahl der zur Regierung übergegangenen Legitimisten hohen Ranges ist nicht unansehnlich; indessen scheint man ihnen doch noch nicht ganz zu trauen. Es läßt sich dies wenigstens aus einer Thatsache schließen: der Marquis v. Pastoret war für eine im Generalrath des Seinedepartements erledigte Stelle mit auf die Candidatenliste gesetzt worden, der Prinz aber strich diesen Namen sofort aus.

Der Zerfall der Tagespresse hat die Folge gehabt, daß wieder die Revuen sich vervielfältigen. Sie werden von einer lithographirten Correspondenz also classificirt. Organ der orleanistisch-parlamentarischen Partei ist und bleibt die bedeutendste und älteste

derselben: die „Revue des deux mondes“; an ihr arbeiten begeisternde Namen, wie Cousin, Villemain, Vivien, St. Marc Girardin, Albert de Broglie und kürzlich anonym der Prinz v. Joinville. Die Fusion hat sich in der „Revue contemporaine“ ein Haus gegründet, worin Guizot, Salvandy, Berryer, Bitet, Beugnot, Alfred Nettement, Lurmnier u. s. w. zusammenwohnen. Zwischen diesen beiden Revuen herrscht eine Art Geschäfts- und Concurrenzneid. Die junge Rechte hat in den kürzlich entstandenen: „France historique“ (von Alexander Remy) und „Chronique de France“ (früher Chronique de Paris, von Villemessant), die so ziemlich der „Gazette de France“ und dem gewesenen „Corsaire“ entsprechen, Organe von minderm Werth und Einfluß. Die „Revue de Paris“ ist das literarische Organ der Kaiser-Aera; zu ihren Mitarbeitern gehören Arsene Houssaye, Director des Théâter français und Verfasser des bekannten Festgedichts, Mery, der Berichterstatter der Straßburger Reise im Feuilleton des „Moniteur“, Louis de Cormenin, neuerdings zum Pair ernannt, die literarischen Theile des „Moniteur“ ernannt, sonst meistens neue Namen. Am mangelhaftesten vertreten ist die republikanische Partei, die ihr einziges Organ in Lamartine's „Civilisateur“ hat.

△ **Straßburg**, 17. Nov. Der Präfect des Niederrheins hat folgende Proclamation erlassen:

Bewohner des Niederrheins! Als vor drei Monaten der Prinz Ludwig Napoleon unser schönes Departement zu besuchen kam, bald Ihr, die ersten, diesen Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ hören lassen, der seitdem von ganz Frankreich mit einem Enthusiasmus wiederholt wurde, welcher sich nur bei einem in der Gegenwart glücklichen und auf die Zukunft vertrauensvoll hinblickenden Volke zeigen kann. Das Kaiserreich erinnert Euere Väter an einen Ruhm, heimisch in der Geschichte. Es erinnert alle Franzosen an eine Größe, die in der Kraft, an einen Wohlstand, der in der Ordnung wurzelte, an die religiöse Pracht, an den hohen Begriff alles dessen, das gut, gerecht und nützlich ist für das Volk. Das Kaiserreich war ein Werk des Volkes! Napoleon war der Auserwählte der Nation! und, als sie traurigen Tage von 1814 kamen, als das Volk mit seinem Blute sein Werk vertheidigte, so waren es die Söhne des Elsasses und der Vogesen, welche die Vorposten dieser Tapferen waren! Ihr habt daran gedacht, als Ihr am 10. Dec. 1848, durch Eure Stimmen, den Erben des Namens und des Genies des Kaisers aus der Verbannung gehol't! Ihr habt daran gedacht, als, am 20. December 1851, fast acht Millionen Franzosen austiefen: „Ja, Ludwig Napoleon hat Frankreich gerettet!“ Damals, wie jetzt, hat der von Gott erwählte Mann den Willen der Nation befragt: im Stande dieser Souveränität, welche die einzige legitime ist und deren Grundsätze er, allein, stets anerkannte, brauchte er kein anderes Recht, als der Erste zu sein in der Hingabe für Frankreich. Heute, wie damals, werdet Ihr ihm antworten: „Ja! Es lebe der Kaiser!“ Bewohner des Niederrheins! Erinnert Euch, Ihr wart am 20. December Hundert fünf Tausend!! Geschehen zu Straßburg, den 16. November 1852. Der Präfect des Niederrheins, C. Weft.

Großbritannien.

0 **London**, 15. Nov. Die Debatten im Hause der Gemeinen über die Thronrede und Antwortsadresse haben die Hoffnungen der Freihandelspartei merklich hinaufgeschraubt; sie meinen, es werde dem Cabinet unmöglich sein, den massenweise gegen lassede verbündeten parlamentarischen Talenten erfolgreichen Widerstand zu leisten. Lord John Russell, Sir James Graham, Gladstone, Palmerston, Cobden, die Häupter aller Nuancen des Liberalismus, haben sich zu dem entschiedensten Protest gegen die ausgesprochene Absicht der Minister verbunden, Maßregeln in Vorschlag zu bringen, ohne zuvor den Protectionismus ausdrücklich und feierlich abgeschworen zu haben. Des Grafen Derby Antwort vor dem einen und die Disraeli's vor dem andern Hause sagt zu wenig, und Mitiers will deßhalb den 26. d. M., an welchem der Schatzkanzler seine Finanzreformvorlagen zu machen versprochen hat, gar nicht abwarten, sondern schon am 22. einen Antrag auf bestimmtere Anerkennung des free trade stellen, einen Antrag, der einem Mißtrauensvotum ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern. Man sieht sich also wieder ganz so in zwei Lagern gegenüber, wie im vorigen Februar. Die vermeintliche Gefahr des freihändlerischen Grundsatzes ist der einzige Punkt, in welchem sich die verschiedenen Fractionen der Opposition einstweilen wieder vereinigt haben, um den Tories zu Leib zu gehen, und die Frage liegt heute, ob das Haus das Ministerium um einer Abstraction willen zu stürzen beabsichtigt, ohne drei Tage zuzuwarten, um sich die Meinungen und Maßnahmen Disraeli's etwas genauer anzusehen. Vielleicht hat auch Willers' entschiedenes Auftreten nur den Zweck, den Enthusiasmus der Freihändler aufserhalb des Hauses wach zu erhalten und die schutzzöllnerischen Amtsgenossen des Schatzkanzlers einzuschüchtern. Lord Palmerston scheint den Ministern sagen zu wollen: Befreiet euere Füße von der Bleikugel der Protection, damit ich mit euch in Unterhandlungen treten kann. Wie das alles ausgehen wird, läßt sich jetzt noch gar nicht sagen. Uebrigens treffen auch die Minister ihre Vorkehrungen, um auf den Angriff gerüstet zu sein.

— Gestern fand in Downing Street eine Zusammenkunft zwischen Lord Derby und den getreuesten Mitgliedern seiner Partei statt. „Daily News“, „Post“ und „Chronicle“ geben die Zahl der Anwesenden auf 211 an, der „Morning Herald“ dagegen zählt 250 anwesende Unterhausmitglieder, und schildert die Ansprache des Premiers an dieselben als ein Meisterstück der Beredsamkeit und ein Muster von Freimuth. Wie bestätigt, fügt der „Herald“ hinzu, den Inhalt von Lord Derbys Rede, wollen sich aber nicht veröffentlichen, „damit sich die Fraction nicht seiner von ihrem Zwecke bemächtige. Unsern Lesern wird die Thatsache genügen, daß die Adresse mit einstimmiger Begeisterung aufgenommen wurde.“

Wir haben Nachrichten vom Cap bis zum 9. October. Die Angelegenheiten scheinen sich endlich glücklicher für England zu gestalten, und in den blutigen Grenzscharmützeln ist eine Pause eingetreten. General Catheart war am 23. September in Grahams Town, und man glaubte, er werde bald im Stand sein nach der Caystadt aufzubrechen. Der letzte Generalbefehl war vom 20. September aus Fort Beaufort datirt; er erklärt den gefürchteten, vom Feinde so vielfach benutzten, festen Schlupfwinkel Waterkloof von britischen Truppen besetzt.

Dänemark.

Z **Aus Dänemark**, 16. Nov. Die Krisis, welche in Anlaß der vielbesprochenen Erörterung über die dänische Erbfolge von Seiten des königlichen Historiographen und geheimen Archivars Wegener sich im Kopenhagener Cabinet vorbereitet hatte, schien nachgerade einen beruhigenden Verlauf nehmen zu sollen. Die Berufung des Herrn Wegener, welcher in diplomatischen und andern Kreisen als Kenner der dänischen Verhältnisse Dänemarks bekannt ist, an den Reichstag in einer so verwickelten und zarten Frage, wie die Erbfolge, schien in ihren Consequenzen geeignet, einen bedeutsamen Umschwung in den Grundsätzen und Gesichtspunkten herbeizuführen, welche seither bei Consolidirung der innern Zustände des Gesammtstaats maßgebend waren. Der greise Staatsminister Christ. aus VIII., Conferenzrath v. Stemann, ein grasstinniger, aber in den Anschauungen des starren Absolutismus befangener Mann, hat den Protest des Herrn Wegener gegen die in der landesherrlichen Beschaft vorgezeichnete Erbfolgeordnung bekanntlich nicht bloß zugebissen, sondern auch unter den Schutz seines Namens gestellt, ein Umstand, der anfangs selbst in der Sphäre der obersten Verwaltung, wie in der Umgebung des Königs, ein Gefühl tiefer Besorgniß erregte. Der Vorschlag eines agnatisch-cognatischen Arrangements anstatt einer einseitig agnatischen erscheint in mancher Hinsicht gerechtfertigt, indessen sind die Zeitumstände nicht danach geartet, Aenderungen in einem Punkte vorzunehmen, der bereits tractatenmäßig von den paciscirenden Mächten festgestellt ist. Das hätte Hr. Wegener und die, welche ihm zur Seite stehen, wohl bedenken müssen. Es steht zu erwarten, daß der zur Prüfung des Erbfolgegesetzentwurfs niedergesetzte fünfundzwanzigerausschuß, nach genommener Einsicht in die betreffenden Urkunden, mit Beichtag empfehlen werde, sich in Bezug auf die landesherrliche Vorlage zustimmig zu erklären. Daß, wie gerüchtweise verlautet, gegen Herrn Wegener bereits eine Disciplinaruntersuchung im Gange sei, ist unwahr, obschon nun auch die halbamtliche „Berlingsche“ gegen ihn zu Feld zieht. Es ist nicht so ernstlich gemeint. Wie dem aber auch sei, das gegenwärtige Cabinet ist nicht von Bestand; denn es fehlt ihm in seinen Ganzen an zusammenhaltender Kraft, um die Verhältnisse der Monarchie und besonders die der Herzogthümer in ersprießlicher Weise und in Voraussetzung einer dauernden Beruhigung zu consolidiren.

Türkei.

* **Beirut**, 26. Oct. Ein Ferman der Pforte beruft einen Provingrath, welchem auch die Häuptlinge der Druſen beiwohnen sollen, um die Mittel zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Syrien zu erörtern.

Landwirthschaftliches.

Das plötzliche Steigen der Brodpreise in Genf (das Pfund um 2 Cent., so daß es jetzt 20 Cent. kostet) dringt man mit großen von Speculanten in den südfranzösischen Häfen gemachten Aufkäufen in Zusammenhang.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 18. Nov. 4½ pCt. Rente 107. — 3pCt. do. 85, 75. — Piemont 100, 25. — 3pCt. Span. 46. — 1pCt. do. 24½. (Spnd.)

Madrid, 13. Nov. 3pCt. 46¾. — 1pCt. Rente 25¾. (Spnd.)

Antwerpen, 18. Nov. 5pCt. Belgische 100¼. — 2½ pCt. do. 56⅜. — 3pCt. Span. 45⅞. — 1pCt. do. 24½. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kaufchelt.

[2611] **Bekanntmachung.**

Zufolge Entschließung der kgl. Eisenbahnbau-Commission zu München vom 11. November 1852 Nr 23879 und vorbehaltlich deren Genehmigung werden **Mittwoch am 1. December 1852, Vormittags neun Uhr,** bei der mitunterfertigten Polizeibehörde im Amtslocale nachstehende Eisenbahnbau-Arbeiten im Wege der

allgemeinen schriftlichen Submission

an den Meistabbietenden zur Ausführung vergeben werden, nämlich:

das vierte Arbeits-Loos der mitunterfertigten Section, von 11547 Fuß Länge zwischen der Kupfermühle und der obern Anwiese bei **Lohr**, enthaltend:

Eigentliche Erdarbeiten, veranschlagt zu . . .	135,970 fl.	32 kr.
Kunstbauten, zusammen veranschlagt zu	29,081 „	43 „
Pflasterungen und Steinwürfe, veranschlagt zu .	6,809 „	8 „
Vollendung der Wegübergänge, veranschlagt zu .	11,230 „	23 „
Lieferung des Steinmaterials zum Bahn-Unterbau, veranschlagt zu	8,235 „	23 „
Im Ganzen .	191,327 fl.	9 kr.

Bedingnißheft, Pläne und Kostenanschläge liegen vom 20. l. M. November an im Amtslocale der mitunterfertigten königl. Eisenbahnbau-Section zu Jedermanns Einsicht offen vor, wo auch die Submissions-Exemplare in Empfang genommen werden können.

Die Submissionen selbst müssen in vorschriftsmäßig überschriebenen und versiegelten Couverten längstens bis **Dienstag den 30. November l. J., Abends 6 Uhr,** entweder bei einer der beiden unterfertigten Behörden, oder **bis Samstag den 27. l. M., Abends 6 Uhr,** bei der k. Eisenbahnbau-Commission zu München frankirt eingelaufen sein.

Die Submittenten sind bei Vermeidung aller in §§. 9, 10 und 11 der allgemeinen Submissions-Bedingungen angedrohten Folgen gehalten, in dem oben angegebenen Veraccordirungs-Termin sich persönlich oder durch genüglich bevollmächtigte Stellvertreter einzufinden, um, wenn solches verlangt wird, ihre Uebernahmsfähigkeit, ihr Cautions- und Betriebsvermögen sogleich durch amtliche Zeugnisse genügend nachzuweisen, und den bedingten Zuschlag zu gewärtigen.

Lohr, am 16. November 1852.

Königl. Landgericht. **Albert.**

K. Bayerische Eisenbahnbausection. **Hartmann.** Sections-Ingenieur. coll. **Weltring.**

[2615] **Für die armen Abgebrannten in Duderstadt**

ist zu den bereits angezeigten fl. 283. 37 kr. ferner eingegangen: von W. K. fl. 2. — G. D. W. L. 2 holl. 10 Gulden-Stücke. — C. P. aus Mainz 10 fl. — M. M. fl. 4. — F. K. D. fl. 3. 30 kr. — N. N. fl. 2. — Ungenannt fl. 1. — H. T. 30 kr. — Chr. Fr. Heyder fl. 10. — Therese Gerbode aus Worbis fl. 2. — zusammen also fl. 338. 37 kr., worüber wir im Namen der armen Abgebrannten den Gebern danken.

Frankfurt a. M., 17. Nov. 1852. **Das Comité.**

[2614] Die erste Nummer mit drei Musterbeilagen vom Jahrgang 1853 der

Frauen-Zeitung

für Hauswesen, weibliche Arbeiten und Moden, nebst der Unterhaltungsbeilage

Salon.

Mit vielen

Muster- und Modeblättern,

ist bereits ausgegeben und in allen Buchhandlungen zur Ansicht zu erhalten. — Die Frauenzeitung hat sich in dem einen Jahre ihres Bestehens einer raschen und sehr allgemeinen Verbreitung erfreut und hofft im neuen Jahre in ihrem nun erweiterten Raum sich das Zutrauen der verehrten Leserinnen nicht nur zu erhalten, sondern in noch ausgedehnterer Weise zu erwerben. Der Preis bleibt trotz des größeren Umfangs der bisherige, für das Vierteljahr von 6 Bogen Text des Hauptblattes mit 3 colorirten Modebildern, mindestens 9 bis 10 Musterbeilagen aller Art, nebst 60 Bogen des Unterhaltungsblattes Salon nur 54 Kr. — Alle Buchhandlungen geben Probeblätter zur Ansicht ab und nehmen Abonnements an, in Frankfurt die Sauerländer'sche, Jäger'sche, Hermann'sche, Zimmer'sche, Lizius Sort.-Buchh., Streng, Auffarth, Jügel, Gebhard & Körber, Oesterrieth, Schmerber

[2598] Im Verlage von F. A. Brockhaus in Leipzig erschien soeben und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Frankfurt a. M. durch Franz Benjamin Auffarth, Zeil Nr. 38:

Auch eine Jugend.

Von Heinrich Koenig.

8. Geheftet. 1 Thlr. 22 Ngr.

Die Jugendgeschichte eines unserer beliebtesten Romanschriftsteller: Heinrich Koenig in Hanau, des Verfassers von „William Shakspeare" (zweite Auflage, 1850), „Die Clubisten in Mainz" (1847) u. s. w.

[2595] **Edictalladung.**

Der Ortsbürger und Wittwer Johannes Monid von Gladhütten hat sich im Jahre 1817 von Haus entfernt, ohne daß er bis jetzt zurückgekehrt ist oder von sich etwas hat hören lassen. Da wegen Regulirung seiner Vermögensverhältnisse ein gerichtliches Einschreiten nöthig geworden ist, so wird Johannes Monid hiermit aufgefordert, so gewiß

binnen 3 Monaten a dato

wieder nach Haus zurückzukehren oder seinen dermaligen Aufenthaltsort dem unterzeichneten Gericht anzuzeigen, widrigenfalls eine cura absentis für ihn angeordnet und hiernach weiter was Rechtens über sein Vermögen verfügt werden wird.

Zugleich werden alle diejenigen, welche an gedachten Johannes Monid irgend eine Forderung zu haben vermeinen, hiermit aufgefordert, solche so gewiß in dem auf

Dienstag den 4. Januar k. J., Morgens 9 Uhr,

anberaumten Termin dahier anzuzeigen und zu begründen, widrigenfalls solche bei der Regulirung des Monid'schen Debitwesens unberücksichtigt bleiben.

Nidda, den 11. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Kattrein.

[2463] **Oeffentliche Ladung.**

Alle, welche Erb- und sonstige Ansprüche an den Nachlaß der am 4. October 1852 verstorbenen hiesigen Bürgers- und Handelsmannswittwe Katharina Louise Budrud, geborenen Crespel, zustehen, haben solche

binnen zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte ordnungsmäßig anzumelden oder gewärtig zu sein, daß dieser Nachlaß an die aufgetretenen auswärts wohnenden Testamentserben ohne Sicherheitsleistung verabfolgt werde.

Frankfurt a. M., den 27. October 1852.

Stadtgericht II.

Schöff Dr. Diehl.

Dr. Eysen, 1r. Secr.

Cours der Staats-Papiere. 19. November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.i.S.b.Roths)	96 bez. u. G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	95½ G.
»	5% do.v.J.1852 i..à121	93⅛, ¼, ½ bez.
»	5% L. V. (C.b Roths)	88½ bez. u G.
»	5% do.Monte C.iS.i.M	84¼ P.
»	Bank-Actien . . .	1376 P. 70 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81⅛, ¼ bez. u. G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	81 bez. u. G.
»	5% ditto 1852	81⅛ P. 80⅞ G.
»	4½% ditto	72¼ P. 72 G.
»	4% ditto	64¼ G.
»	3% ditto	48 G.
»	2½% ditto	40¾ G.
»	1% ditto	16⅛ P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	117 G.
»	fl. 500 » ditto	191½ bez.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	80⅜ P.
»	4% » » »	71 P.
Preussen .	3½% Staatsschulds.	93 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112¾ P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅜ P. ⅜ G.
»	4½% ditto	100⅞ P. ⅝ G.
»	4% ditto	96⅝ G.
»	4% Ablös.-Rente .	96½ P. ¼ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	92⅞ P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	95⅞, 96 bez. u. G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103¼ P. 102¾ G.
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅝ G.
»	3½% ditto	90⅜ P. ⅛ G.
Baden . .	5% Obligationen . .	101⅞ G.
»	4½% Obligationen	102¾ G.
»	3½% v. 1842 . . .	91 P. 90⅝ G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66¼ P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38⅜ P. ⅛ G.

		Per comptant.
Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch	34⅞ P. ½ G.
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	44¾ P. ⅜ G.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	101½ G.
»	4% ditto b.Rothsch.	98¾ G.
»	3½% ditto b.Rothsch.	91¾ P. ½ G.
»	fl. 50 Loose . . .	90⅝ P. ⅜ G.
»	fl. 25 Loose . . .	31¾ G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch	103¼ P.
»	4% ditto	99¼ P.
»	3½% ditto	91 P.
»	fl. 25 Loose . . .	28¾ P. ½ bez.
Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	94 G.
»	3½% » v. 1846	93¾ P. ⅓ G.
»	3% »	85¾ P.
»	Taunusbahnact. .	303 P. 301 G.
Russland	4½% Obl. b. Baring	102¼ P. 101¾ G.
»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	91½ G.
»	4% » b.Stieglitz »	90⅞ G.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91½ G.
Spanien	3% Inl. Sch. P. fl.2.30	45⅜ P. ¼ bez.
»	1% Neue » »	24¾, 13/16 bez. u. G.
Holland .	4% Certificate . .	95⅜ G.
»	3½% Syndicats .	94½ G.
»	2½% Integrale .	63¾ G.
Belgien .	5% Obl.in L.à fl.12 b.R.	99½ P.
»	4½% Obl. in F.à 28 kr.	99¼, ⅜ bez. ¼ G.
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	92¾ G.
»	2½% Obl. b.Rothsch.	56¾ P. ½ G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	99½ G.
»	5% Obl. b. Hambro	96 bez. 95⅞ G.
»	Sardinische Loose .	41½ G.
Toscana	5% Obl.1850 (C.b.Golds.)	101 P.
»	5% » 1851.b.Bastogi(do.)	97½ P.
N.Amerika	6% Stocks Doll. 2. 30.	116¾ P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 19. November		Per comptant.
Amsterdam . (100 fl. Crt.)	k.S.	100¾ B. ½ G.
	3M.	— —
Augsburg . . (100 fl. Crt.)	k.S.	119¾ B. ½ G.
	3M.	— —
Berlin . . . . (60 Thlr.) .	k.S.	105¼ B 104¾ G.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. i. Ldor.	k.S.	97½ B.
	3M.	— —
Hamburg . . (100 Mk. Bc.)	k.S.	89¼ B 88¾ G.
	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104¾ G.
London . . . (10 Livr. St.)	k.S.	118¾ B. ½ G.
	3M.	118¼ B.
Lyon . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94½ B.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	100½ B ¼ G.
	3M.	— —
Paris . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94¼ B.
	3M.	— —
Wien (100 fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	102¾ B. ½ bez. ⅜ G.
Disconto		2¾ B. 3¼ G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 43-44
Pr.Friedrichsd'or	»	9 54-55
Holl. 10 fl. Stücke	»	9 50½-51½
Rand-Ducaten .	»	5 37-38
20 Francsstücke	»	9 26½-27½
Engl. Sovereigns	»	11 51
Gold al Marco	»	382-83
5 Frankenthaler	»	2 21-½
Preuss. Thaler	»	1 45-¼
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 44⅞-45⅛

Druck von August Osterrieth.

№ 278. — Samstag — den 20. November — 1852.

Der Pränumerationspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereitsbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den übrigen bei Königlich Baiern und Taxis'schen Postverwaltungsbezirk 3 fl. 30 kr. = 1 Rthlr. 16 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 20 Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr C. L. Alexander in Straßburg, Brandgasse № 22, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth № 23, Bestellungen an. Alle Postverwaltungen betrachten die Zeile (2½ Druckz.) als Petitschrift oder deren Raum 9 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 16. Nov. Das jüngste Manifest des Grafen v. Chambord veranlaßt die „Presse" zu folgenden Aeußerungen: Erinnerungen zu pflegen, Traditionen hoch zu halten, ist eine der eigenthümlichen, der edleren Seiten des menschlichen Herzens. Man wird dabei stets geneigt sein, einen Unterschied zu machen zwischen der Neigung gewisser Personen, diesem Hange volle Befriedigung zukommen zu lassen, und zwischen dem Urtheil, welches man über das Zeitgemäße, das Anwendbare einer solchen Kundgebung abzugeben, von Fall zu Fall sich angetrieben fühlen wird. Erinnerungen und Traditionen waren es wohl auch, welche den Grafen v. Chambord hauptsächlich bestimmten, dem Vorschlage, welchen Ludwig Napoleon dem französischen Volke wegen Aufrichtung des Kaiserthums zu machen im Begriff ist, ein abmahnendes Manifest, eine ernste, edle Protestation entgegenzustellen. Graf v. Chambord verließ Frankreich in sehr jugendlichem Alter. Das Bild, welches ihm von seinen heutigen Zuständen vorschwebt, ist wesentlich bestimmt von den Anschauungen jener Personen, welchen ihre Stellung erlaubt, unmittelbar davon Einsicht zu nehmen, und welche davon mehr oder minder richtige Mittheilungen dem letzten Erben des Bearners zu machen pflegen. Der Graf v. Chambord ist nur im Stande, für seine Person, den so empfangenen Eindrücken eine angeborene Vaterlandsliebe hinzuzufügen und seine Wünsche für Frankreich mit den Begriffen zu verknüpfen, welche seine Geburt und seine Erziehung ihm über französisches Staatsrecht einflößen müssen. Dies erklärt, wenn auch besagtem Manifeste, aus den meisten bisherigen Kundgebungen des Grafen v. Chambord überwiegende subjective Richtung hervortrat, welche mitunter der Vergangenheit und dem abstracten Rechte mehr Rechnung trug, als den wandelbaren Verhältnissen der Gegenwart und den Wünschen einer gemäßigten Utilitätspolitik. Mit Befriedigung wird aber doch jeder Freund der Ordnung dem Verfasten Manifeste die Versicherung entnehmen, mit welcher Gewissenhaftigkeit der Graf v. Chambord daran festzuhalten verspricht, die Ruhe Frankreichs nicht stören, seine Wohlfahrt nicht beeinträchtigen zu wollen. Es gibt Principien, welchen in gewissen Fällen Rückhaltung und ruhiges Abwarten wesentlich entspricht, welche sich mancher Mittel nicht bedienen dürfen, die ihrem innersten Wesen zu sehr widersprechen. Eben weil der Graf v. Chambord sich als den ältesten Ausdruck der staatlichen Ordnung in Frankreich selbst bezeichnet, wird man annehmen dürfen, daß jene Kundgebungen, womit er versucht das Verhalten seiner Anhänger zu regeln, nicht den Zweck haben können, der Herstellung innerer Ordnung in Frankreich bloß aus dem Grunde zu widerstreben, weil sie nicht den primitivsten historischen Formen desselben unbedingt entspricht und ihre Aufrechthaltung nicht unmittelbar sich an die Verfügungen des letzten Erben des Bearners knüpft. — Die „Pester Zeitung" meldet, daß durch die kaiserliche Gnade abermals gegen 100 in den ungarischen Gefängnissen in Haft befindlichen Personen die Freiheit wiedergegeben worden ist. — Seitens des Unterrichtsministeriums ist im Lauf der vorigen Woche an sämmtliche Gymnasien und Realschulen die Weisung ergangen, dem Studium der Naturwissenschaften eine besondere Sorgfalt zu widmen. In frühern Jahren wurden diese an den Gymnasien gar nicht vorgetragen. — In Betreff der Nachrichten, welche verschiedene Journale über den bevorstehenden Abschluß eines Zollvertrags zwischen Oesterreich und Toscana bringen, können wir versichern, daß bis jetzt die betreffenden Verhandlungen noch gar nicht begonnen haben, daher der Abschluß dieses Zollvertrags wenigstens bis jetzt noch nicht zu den in nächster Zukunft zu erwartenden Ereignissen gehört.

* **Berlin**, 17. Nov. Durch eine von den Ministern für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und für landwirthschaftliche Angelegenheiten unterm 6. October gemeinschaftlich ergangene Verfügung, wird die Zulassung eines Juden zur Prüfung als Feldmesser, und nach genügendem Ausfall derselben und Erfüllung der Militärpflicht, zur Verrichtung zwar ausgesprochen, die Regierungen sollen aber dem Candidaten „vor Ertheilung der Prüfungsarbeiten ad protocollum ausdrücklich eröffnen, daß er durch seine Prüfung resp. Vereidigung als Feldmesser einen Anspruch auf Anstellung oder Beschäftigung im Staatsdienst nicht erlange, und namentlich die Ablegung der Feldmesserprüfung nicht den Anfang zur Baubeamtenlaufbahn mache".

Einer dieser Männer beginnt also die neue Kammersession. Die erste Kammer trägt fast nur eine Physiognomie, und zwar die der Rechten, bis weithin zur äußersten; an Rednern finden wir in ihr nicht viele, und nur Graf Arnim-Boytzenburg und Professor Stahl sind vorzugsweise zu nennen. Die zweite Kammer ist von der frühern wesentlich verschieden: die demokratische Partei hat sich nicht betheiligt und die eigentlich constitutionelle ist fast gar nicht vertreten. Wesentlich sind in der zweiten Kammer, so weit man aus den Namen schließen kann, die Ansichten der ministeriellen Tendenzen und die der noch weiter rechts liegenden Partei vertreten, so wie die confessionelle Sonderung eine ganz eigenthümliche Schattirung dieser beiden Parteien veranlassen wird. Interessant ist, daß bisjetzt keine einzige Mittelsperson in der zweiten Kammer sitzen wird, auch in der ersten Kammer befindet sich nur eine, wenn man den Grafen Rostitz, der doch zugleich Gesandter in Hannover ist, so bezeichnen will. Bis jetzt ist auch der Kriegsminister nirgendwo gewählt.

Der Verfasser der confiscirten Schrift: „Briefe über Staatskunst", wird nun wohl bekannt werden, da der Verleger schwerlich geneigt sein dürfte, sich der möglicherweise eintretenden Strafe auszusetzen.

* **Aus Posen**, 16. Nov., wird uns berichtet: Ueber das entsetzliche Unglück, das vorgestern Abend um 7 Uhr auf unserer Ostbahn zwischen Czerwinsk und Pelplin, jenseits Bromberg, stattgehabt, ist uns nunmehr genauere Nachricht zugegangen, wonach dem Gottlob doch nicht mehr als drei Menschenleben zu beklagen sind. Die Bahn führt an der bezeichneten Stelle über ein Moor und wahrscheinlich war hier durch das anhaltende Regenwetter eine kleine Senkung entstanden; genug, man nimmt an, daß eine Schiene sich gelöst hatte und diese von der Locomotive gefaßt und vorwärts geschoben worden sei; dadurch sei der Sturz nach der Seite veranlaßt worden. Der ganze Zug gerieth aus den Schienen und stürzte von dem 15 Fuß hohen Eisenbahnplanum herab. In einem Augenblick waren die Locomotive, der Tender, der Gepäckwagen, der Postwagen, drei Personen- und ein Güterwagen zertrümmert, der Zugführer und der Wagenschmierer todtgequetscht und der Heizer verbrannt; außerdem soll der Locomotivführer schwer verletzt sein. Die 30 Passagiere, die der Zug nach Danzig bringen sollte, sind glücklicherweise mit nur mehr oder minder erheblichen Contusionen oder Verletzungen davon gekommen. Die Wiederherstellung des aufgerissenen Schienenwerks dürfte einige Zeit in Anspruch nehmen. — In der heutigen Nummer der hiesigen Zeitung widerspricht der Pfarrer der hiesigen christ-katholischen Gemeinde, Herr Post, der Nachricht, daß die genannte Gemeinde ihre Auflösung entgegengehe, vielmehr würden alle Mitglieder derselben ohne Ausnahme die bloße Zumuthung einer solchen Auflösung mit Entschiedenheit zurückweisen. Auch sei es unwahr, daß die Gemeinde den Anschluß ausgesprochen, in corpore zur evangelischen Kirche überreten zu wollen. Allerdings habe sie dem evangelischen Oberkirchenrath ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich der evangelischen Landeskirche unter der Bedingung als besonderes Glied anzuschließen, daß sie bei ihrem eigenthümlichen Bekenntniß, das wesentlich mit der augsburgischen Confession übereinstimme, und bei ihrer eigenthümlichen Cultusform belassen werde; aber von einem förmlichen Ueber-

tritt sei durchaus nicht die Rede gewesen. Die Antwort des Oberkirchenraths sei der Gemeinde sechs Monate später durch das königl. Consistorium zugegangen und habe die Gemeinde davon überzeugt, daß sie der preußischen Landeskirche mehr Katholicität zugetraut hätte, als sie selbst für sich in Anspruch nehme, und daß sie weit weniger als selbst die römisch-katholische Kirche verschiedene Cultusformen in ihrem Schooße dulden könne. Diese Antwort habe nämlich, ohne alle Motivirung, abschläglich gelautet; doch sei den einzelnen Mitgliedern der Gemeinde, falls sie es wünschen sollten, der Uebertritt gestattet.

München, 17. Nov. Die „Allgemeine Zeitung" vom 16. November enthält aus der „Tyroler Zeitung" und dem „Tyroler Boten" die angeblich aus sicherer Quelle entnommene Notiz, daß von der k. k. österreichischen Regierung der Bau der Eisenbahn von Salzburg nach Bruck aufgegeben, und daß mit der bayerischen Regierung wegen Abänderung dieser Bahnlinie und Ersetzung derselben durch eine Bahn von Linz nach Wien bereits Verhandlungen eingeleitet seien. Es kann die bestimmteste Versicherung gegeben werden, daß diese Nachricht durchaus grundlos ist, und von einer Abänderung der durch den Wiener Vertrag vom 21. Juni v. J. festgesetzten Bahnlinie keine Rede sein könne. (R. M. Z.)

Ludwigshafen, 17. Nov. Mit dem heutigen Pariser Zuge, welcher von den Eröffnungsfeierlichkeiten der preußischen Bahnstrecke noch mit blau- und schwarzweißen Fahnen geschmückt war, kam auch der preußische Handelsminister v. d. Heydt hier an, um von da aus auf dem Dampfboote seine Rückreise den Rhein hinunter anzutreten. Die Pariser Züge sind mit Franzosen ziemlich besetzt und auch der Personenverkehr von Frankfurt über hier nach Paris scheint lebhaft zu werden. (Pf. Z.)

Mannheim, 16. Nov. In unserem Freihafen kamen in 28 Schiffen im October hier 60,875 Ctr. Güter an, während in 25 Schiffen deren 29,801 Ctr. von hier abgingen. Bis jetzt ist der Verkehr noch stets sehr lebhaft und wird, so lange der Rhein frei von Eis bleibt, voraussichtlich noch zunehmen.

± **Darmstadt**, 19. Nov. Ich gedachte vor einigen Tagen des Berichts des Finanzausschusses der ersten Kammer, über die Anträge und Bittschriften wegen Anlegung einer stehenden Rhein-Schiffbrücke bei Worms und des Antrags des Ausschusses, denen Anregungen nur für die gegenwärtige Finanzperiode keine Folge zu geben (dieses hatte auch die zweite Kammer beschlossen). Seitdem ist die erste Kammer zur Verhandlung geschritten. Der Abg. Pfannebecker sprach sich wegen der dringenden Nothwendigkeit gegen jede Verschiebung des Werks aus und stellte einen auf einstweiligen Beginn der Vorbereitungen beschränkten Antrag, den sich der Abg. Humann (Berichterstatter) zueignete. Herr v. Biegeloh erachtete es als eine Pflicht, für die Erfüllung des gegebenen Versprechens Sorge zu tragen, während Herr v. Riedesel (Mitglied des Ausschusses) den Antrag desselben vertheidigte. Mehrere Mitglieder der Kammern erklärten sich für den Antrag des Abg. Möllinger, die Staatsregierung zu ermächtigen, gleichzeitig mit der zum Ausbau der rheinischen Eisenbahn bewilligten Summe auch die bereits zur Errichtung jener Brücke bewilligte Summe von 140,000 fl. aufzunehmen, wobei noch der Kriegsminister Frhr. v. Schäffer-Bernstein den weitern Grund für den baldigen Angriff des Werks geltend machte, daß die Existenz der Brücke für den Fall eines Kriegs von Bedeutung sei. Der Finanzpräsident Frhr. v. Schenck hob hervor, es könne dagegen nerden, ohne daß es nöthig sei, jene Summe sofort ganz aufzunehmen. Mit 18 Stimmen gegen 2 nahm die Kammer den Möllingerschen Antrag, sowie weiter den Antrag des Abg. Eich, das Werk so zeitig in Angriff zu nehmen, daß es im Augenblick der Eröffnung der rheinischen Eisenbahn vollendet sei, an. Heute schreitet die Kammer zur Berathung des Antrags des Prälaten Dr. Zimmermann, desgleich der Eidesformel und der Eidesabnahme. Der Ausschuß redet nur theilweise dem Antrag das Wort.

* **Weimar**, 17. Nov. Aus dem Neustädter Kreis wird in unserer amtlichen Zeitung über die bereits seit einem Monat auffallend vielen Feuersbrünste geklagt, von denen es bei mehreren unzweifelhaft feststehe, daß sie von boshafter Hand angelegt wären.

* **Frankfurt**, 19. Nov. Gegen Ph. Herlich, welcher im vergangenen Sommer im Oberforst einen meuchelmörderischen Anfall gegen Herrn Schöff v. Heyden unternahm, wodurch jedoch glücklicherweise demselben nur die Hand verwundet wurde, ist dieser Tage vom Criminalgericht das Urtheil gefällt worden. Dasselbe lautet auf 10 Jahre Zuchthaus und außerdem wird derselbe nach überstandener Strafzeit noch fünf Jahre lang unter polizeiliche Aufsicht gestellt. (Fr. J.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 17. Nov. Von dem bekannten Nationalrath Charles wird demnächst eine Schrift veröffentlicht werden, in welcher er die Nothwendigkeit der Abhilfe in freiburgischen Verhältnissen dem gesammten Schweizervolk ans Herz legt. — Das Budget des Kantons Freiburg für 1853 zeigt eine Ausgabe von 1,491,000 Fr. bei einer Einnahme von 1,388,000 Fr. Es zu brechen, daß für neue Brückenbauten in 1850 und Fr. angeworfen werden. Die Klosterrechnungen ergeben ein Defizit von 61,000 Fr. Der erlassene Betrag der Sonderbundschuld von 249,000 Fr. wird dadin verwendet: 87,000 Fr. Rückzahlung an die Anleihe Week, 125,000 Fr. an die Contribuirenden, der Rest an die Glanebrücke. — Die „Basler Zeitung" berichtigt ihre Angabe, hinsichtlich eines Großrathsbeschlusses zu Solothurn in der Eisenbahnfrage, dahin, daß vorgestern dort gar keine Sitzung des großen Raths war, in der betreffenden Angelegenheit also auch noch nichts entschieden werden konnte. Nach einem Briefe aus Genf erhielt bei den letzten Großrathswahlen General Dufour die meisten Stimmen, nämlich 3939, James Fazy dagegen nur 2175 Stimmen. Die conservativen Candidaten (von der Liste des „Cercle national", welche durchschnittlich 12 bis 1400 Stimmen machte) Empeyta und Turrettini haben 1520 und 1886 Stimmen. Die Liste der „Democratie" zählte durchschnittlich 500 Stimmen.

Türkei.

In der **Herzegowina** haben zu Ende des vorigen Monats zwischen Montenegrinern und türkischen Unterthanen einige Conflicte stattgefunden. Am 26. v. M. ist in dem zwischen Gazko und Nifsic gelegenen Gebirge Dmaya der türkische Commandant Giulf sammt 2-0 Arnauten (Soldaten irregulärer Miliz) von einer ungefähr 600 Mann starken Montenegrinerhorde überfallen worden, wobei der genannte Commandant und mehrere Offiziere und Soldaten getödtet wurden. Die Frauen und die übrigen Soldaten flohen sich nur mit vieler Mühe retten. Die Montenegriner bemächtigten sich des Geldes, der Kriegsmunition, kurz alles dessen, was diese über den Winter nach Nifsic bestimmte Truppe mit sich geführt hat. Ein gewisser Nico Bucun Daeza, der den Commandanten getödtet hatte, trug dessen abgehauenen Kopf im Triumph nach Cettigne, da der Getödtete für einen tapfern, muthvollen Mann gegolten hat. Ein anderer Ueberfall gelang einer zweiten Montenegrinerhorde, welche 400 Mann zählte, in der Nähe von Cerzna, bei Gazko, indem sie gegen 500 Stück kleines Vieh raubte, obwohl die Türken, ihres Erscheinens gewahr, sich zur Wehr gesetzt und sogar 4 Montenegriner getödtet und noch mehrere verwundet haben. Die Türken scheinen gegen gewaltsame Ueberfälle ernste Maßregeln ergreifen zu wollen, indem ein Armeekorps unter dem Befehl des Hassan-Bey nach Gazko expedirt wird. Auch wird von einer Bewaffnung der Türken sowohl als der Rajas gesprochen.

Neueste Nachrichten.

*** **Berlin**, 18. Nov. Aus guter Quelle kann ich Ihnen über die Gegenstände, welche den jetzt täglich stattfindenden Sitzungen des Staatsministeriums zu Grunde liegen, folgende Mittheilungen machen. Eine Verschiedenheit der Ansichten über die große staatliche Organisationsfrage tritt allerdings bei diesen Berathungen hervor, doch sind sie jetzt alle Ansichten Gegenstände der zurückgelegt, im Betreff deren der Chef des Ministeriums mit Herrn v. Manteuffel in Widerspruch steht. Gestützt hat sich das Ministerium zunächst über Folgendes: es wird in allen wichtigen Fragen die volle Initiative ergreifen, zunächst in der Frage um Bildung der ersten Kammer, welche durch ausschließliche königliche Ernennung von erblichen und lebenslänglichen Mitgliedern zu Stande gebracht werden soll. Es ist nicht zu bezweifeln, daß auch die ständische Partei ihre Stimmen dieser Proposition geben wird, wie auch schon Herr v. Westphalen sich diesem Vorschlage angeschlossen hat. Diese Umänderung der Anschauung hat vornehmlich in dem Bewußtsein der äußersten Rechten ihren Grund, daß eine Betheiligung ständischer Elemente bei der Bildung der ersten Kammer jetzt, in dem Augenblick eines neuen ständischen Lebensprocesses, doch den von der nächsten Zukunft zu erwartenden staatlichen Festsetzungen hinderlich werden könnte. — Von Vorschlägen zur Abänderung der Fundamente der zweiten Kammer wird in dieser Sitzung noch gänzlich abgesehen werden. Diese Fragen also bieten keinen Grund zu Differenzen im Ministerium. Einer Krisis dürfte indessen sein Bestand bei Gelegenheit der jetzt stattfindenden Budgetberathungen unterworfen sein. — Daß es indeß den Ministern an einer Gemeinsamkeit der letzten Principien mangelt, kann man schon aus ihrer Betrachtung der französischen Zustände abnehmen. — Der Fürst von Pückler-Muskau ist zur katholischen Religion übergetreten.

Berlin, 17. Nov. Seit einiger Zeit schwebt zwischen unserm König und dem Kaiser von Oesterreich ein lebhafter brieflicher Austausch der gegenseitigen Ansichten und freundschaftlichen Gesinnungen. Man war wohl berechtigt, an diesen Umstand die Hoff-

nung auf eine nahe bevorstehende Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen zu knüpfen. In gutunterrichteten Kreisen ist gestern das Gerücht verbreitet gewesen, der Kaiser von Oesterreich werde in kurzem dem hiesigen Hof einen Besuch abstatten; auf eine weitere Nachfrage wird uns allerdings bestätigt, daß das Gerücht gegründet sei, und daß der hohe Besuch in Aussicht stehe, wenn nicht besondere Umstände dazwischentreten sollten. Es dürfte kaum an Combinationen fehlen, die sich hieran knüpfen werden; indeß möchten wir darauf hindeuten, daß wohl weniger die handelspolitische Frage, als vielmehr die Gestaltung der Dinge in Frankreich (wenn man denn doch einmal einen äußern Anlaß zu diesem Besuch haben will) hier zu erwähnen sein dürfte. (D. A. Z.)

Köln, 18. Nov. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Herr v. d. Heydt Excellenz, traf heute Abend hier ein und setzte nach kurzem Aufenthalt die Reise, wie wir vernehmen nach Berlin, weiter fort. — Unser Gemeinderath schritt heute Abend zur Neuwahl zweier Abgeordneten für den ersten Kammer und wählte wie HH. Daqbert Oppenheim (einstimmig) und Heinrich Kamp mit 14 gegen 7 Stimmen, die auf Herrn Appellationsgerichtsrath Schlink fielen). (K. Z.)

Paris, 18. Nov. Die wichtigste Nachricht des heutigen Tages ist die officielle Bestätigung einer in den nächsten Wochen schon eintretenden Verminderung der Armee. Der „Moniteur" enthält nämlich folgende Notiz: „Am 1. Januar 1848 betrug der Effectivstand der Armee 380,500 Mann. Nach der Revolution war er 446,808 Mann. Der nämliche war er zur Zeit der ersten Erwählung Ludwig Napoleons. Durch allmälige Verminderungen war die Zahl am 1. Januar 1852 auf 400,594 Mann heruntergegangen. Se. Hoh. der Prinz-Präsident hat so eben dem Kriegsminister Befehle gegeben, die Zahl bis auf 370,177 zu reduciren. Dieser Effectivbestand begreift auch die Armee in Afrika und die in Rom in sich. Am bevorstehenden 1. December wird diese wichtige Maßregel zur Ausführung kommen; hierdurch entsteht eine Verminderung von mehr als 30,000 Mann in weniger als einem Jahr." — Das amtliche Blatt enthält ferner ein Decret des Prinz-Präsidenten, kraft dessen die Ausbedungssitzen von 80,000 Mann für die Armee von der Klasse 1852 am 30. Januar und 6. Februar nächsten Jahres erscheinen würden und die Loosziehung dieser 80,000 Mann am 28. Februar erfolgen soll.

Ein Decret des Prinz-Präsidenten vom 14. d. M. ernennt folgende Richter des Cassationshofes, nämlich: Rocher, Brière de Valigny, Lyzagneur, Pascalis und Foucher, zu Richtern der Anklagekammer des Obergerichtshofs für das Gerichtsjahr 1852 bis 1853, und zu Substituten in derselben Kammer die Richter Feuilhade de Chauvin und Quenalt. Zu Richtern in der Spruchkammer des Oberjustizhofs ernennt das nämliche Decret die Mitglieder des Cassationshofs Perourt, v. Boissaur, v. Glos, Moreau (von der Meurthe), Levour (Bretagne); zu Substituten Gaultier und Mater.

Endlich bezeichnet das amtliche Blatt die Maßregeln, die zur Sicherung der Unabhängigkeit und Rechtlichkeit des Stimmabgebens bei der bevorstehenden Abstimmung des Volks über das Senatsconsultum vom 7. November zu treffen sind, und zwar so wie das Wahlgesetz sie bestimmt. In jedem Wahlcollegium führt der Maire oder sein Beauftragter den Vorsitz; an einer Seite vier Beisitzer und ein Schriftführer, die aus den Mitgliedern des Municipalraths zu wählen, oder in Ermangelung dessen die zwei ältesten und zwei jüngsten der anwesenden Wähler sein sollen. Der Name jedes abstimmenden Wählers wird in eine Liste eingetragen. Ist die Abstimmung an einem Tag geschlossen, so werden die Stimmurnen versiegelt in der Mairie deponirt. Die Zählung der Vota wird öffentlich vorgenommen und die Wähler dürfen dabei frei an dem Tische verkehren. Das Ergebniß wird öffentlich bekannt gemacht. Die Gesammtsumme der Stimmen jedes Bezirks wird an den Hauptort des Departements von einer aus drei Mitgliedern des Generalraths bestehenden Commission publicirt. Endlich hat sich, wie schon bekannt, der gesetzgebende Körper über die Regelmäßigkeit der Abstimmung zu vergewissern und das Ergebniß für ganz Frankreich bekannt zu machen. „Auf solche Weise, sagt der „Moniteur", wird das ganze Verfahren der Abstimmung von den Vertretern der Nation controlirt werden. Das Gesetz gibt außerdem Allen, welche mißtrauisch sein sollten, das Recht und die Mittel an die Hand, sich über die Regelmäßigkeit und Rechtlichkeit der Operationen zu vergewissern."

So weit das amtliche Blatt. Die anbefohlene Verminderung der Armee hat in ganz Paris den besten Eindruck gemacht und auch auf die Geschäfte an der heutigen Börse belebend eingewirkt.

Das Manifest des Grafen von Chambord hat in Marseille, in der Druckerei der „Gazette du Midi" und an andern Orten polizeiliche Nachforschungen veranlaßt.

Behufs der Anlage einer Eisenbahn von Rennes nach Brest ist der unverzügliche Beginn der erforderlichen Aufnahme beschlossen.

Für Erbauung von öffentlichen Wasch- und Badeanstalten für die arbeitenden Klassen in Reims hat die Regierung eine Subvention von 33,000 Fr. bewilligt. Die zwei andern Drittel der Kostensumme muß die Stadt aufbringen.

General Levaillant ist vorgestern von Rom in Toulon angekommen. — In Marseille ist Peter Bonaparte eingetroffen.

Zu den drei schon bekannten neuen Revolutionsmanifesten ist nun auch ein viertes von Felix Pyat unterzeichnetes erschienen.

Man versichert, auch die Herzogin von Orleans habe im Namen des Grafen von Paris einen Protest gegen das französische Kaiserthum redigirt. Ihre Schwäger aber, die Prinzen des Hauses Orleans, hätten sich der Absendung dieses Protestes widersetzt.

Landwirthschaftliches.

* **Aus der Pfalz**, 18. Nov. Der bei weitem bedeutendste Fruchtmarkt unserer Kreises ist der von Kaiserslautern, und unser den dortigen Marktagen gilt wieder oft aber am Dienstag nach Martini als der Hauptag, der in bürgerlich geschäftlichen wie in amtlichen Preiseequlirungen vorzugsweise maßgebend ist. Auf diesen Kaiserslauterer Martinsfruchtmarkt ist vorgestern eine bedeutende Quantität Getreide, nämlich über 6750 Centner der verschiedenen Gattungen, gebracht worden. Die ganze Zufuhr wurde verkauft, obwohl das Wetter, das zum frühmorgen Regen noch Donner und Blitz brachte, manche Käufer abgehalten haben mochte, zu kommen. Die Preise sind nicht gewichen, sondern für Waizen nahe an 5 fl., für Korn 4 fl. 30 kr., für Gerste 3 fl. 30 kr., für Hafer 2 fl. 24 kr., für Spelz 3 fl. 15 kr. gelöstet. Zu diesem kaum erwarteten Resultat mag die an demselben Tag dem Verkehr übergebene vollendete Bahnstrecke auf preußischem Gebiet ebenfalls beigetragen haben, da man Käufer von Saarbrücken und der Umgegend gewahrte, die früher niemals nach Kaiserslautern zu Markt gekommen waren. Beläufig sei bemerkt, daß die gegen Unwetter und Wind wohl verwahrten und dabei sehr eleganten Eisenbahnwagen dritter Klasse, welche eben zum erstenmal auf der pfälzischen Ludwigsbahn erschienen und mit bis Ludwigshafen gingen, im Publikum den lebhaften Wunsch erregt haben, es möchten auch unsere Wagen dieser Klasse in ähnlicher Weise eingerichtet werden.

Börsenberichte.

Frankfurt, 19. Nov. Die Börse war heute günstiger gestimmt, und das Geschäft im Allgemeinen belebt. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Met. 80⅞ pCt.; 4½pCt. Met. 72 pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88½ pCt. G.; Wiener Bankactien 1370 fl.; 500 fl. Loose 191½ pCt. G.; 250 fl. Loose 117 pCt. G. Zu spanischen Fonds waren viele Einkaufscommissionen zur Ausführung am Markt; 1pCt. Neue waren 24¹³/₁₆ pCt. G.; 3pCt. Inländische 45¼ pCt. Von Eisenbahnactien war Fr.-W.-Nordbahn 44¾ pCt. G.; Verbach 98 pCt. G.; Köln-Minden 112¼ pCt. Taunus 101 fl. G. Von den übrigen Papieren waren 5pCt. englische Met. merklich höher, auch 5pCt. Metall.-Coupon in Silber waren ebenfalls gesragt. Für Neuport-Erie-Bahnactien, erste Prioristät, wurden höhere Course bewilligt. — Abends in der Effectenspeculation hielt die willige Stimmung für spanische Fonds an; 1pCt. Neue wurden bis zu 24⅞ à ¹³/₁₆ pCt. verhandelt.

Berlin, 18. Nov Staatsschuldsch. 93½ G. — Köln-Minden 113½ Brief, 112½ G. — Fr.-W.-Nordb. 41¼ Brief, 40¾ G., 41½ à ¾ bez.

Paris, 18 Nov. 4½pCt. Rente 107. — 3pCt. 85, 75. — Recpol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 95½, 96. — Span. neue Diff. 24¼. — Neue 5pCt. —. — Innere Stadt 45⅞, 46. — Passive —. — Bankactien 1000. — Piemont 5pCt. —. — Römische Anleihen Juni 1850 100¹/₁₆. — do. 1850 100¹/₁₆. — St. Germain-Eisenbahn 1500. — Versailles, linkes Ufer 285. — Straßburg-Basel 375. — Nordbahn 895. — Paris-Strasburg 870.

Madrid, 13. Nov. 3pCt. 46¹³/₁₆, ³/₁₆. n. d. Börse 46²/₁₆. — 1pCt. Neue 25¹³/₁₆, n. d. Börse 25⅛ G.

London, 17. Nov. 3pCt. Stocks 100¹/₁₆ à ⅛. — Mex. 25¹/₁₆. — Port. 38¹/₁₆. — 1pCt. Span. 24⅞ à 25. — do. 3pCt. 51⅞ à 52.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 19. Nov. 5pCt. Metall. 94⅞. — 5pCt. do. B. 109¼. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94¼. — 4½pCt. do. —. — Bankactien 1332. — 250 fl. Loose 136½. — London 11 fl. 28 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 103. — K.-L.-Nordb. 230½. — Livorno-Florenz 102. — Siena-Empoli 70⅞. — Paris 136¼. — London in Crieft 11 fl. 27 kr. — Silber 15¼. (Synd.)

Amsterdam, 19. Nov. 2½pCt. Integr. 63¹³/₁₆. — 4pCt. Certific. 95¼. — 3½pCt. Span. 94. — 4pCt. Russ. bei Hope 91½. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 94. — 3pCt. Spanische inl. 45¼. — 1pCt. do. Neue 24½. — 5pCt. Silber-Metall. 89¹³/₁₆. — 5pCt. Metall. 77¹¹/₁₆. — 2½pCt. do. 40¼. (Synd.)

Antwerpen, 18. Nov. 5pCt. Belgische 100¼. — 2½pCt. do. 56¾. — 3pCt. Span. 45⅞. — 1pCt. do. 24¼. (Synd.)

Verantw. Redacteur: Dr. J. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Knischeit.

Silberne Medaille 1845

Pate Pectorale de George

Silberne Medaille 1845

Um die Brustkrankheiten, als Schwerathmigkeit, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale des **Georges**, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Brustkaramellen erhalten derjenige in Spachtein, die zolle à 18 kr. oder 16 Sgr., die zolle à 56 kr. oder 16 Sgr., in Augsburg bei den Herren Rettinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Wielers, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUE ALLEEN** bei Hrn. M. G. von Oven, Bleyenstraße Nr. 33. [2428]

[2813] Bei Fr. Frommann in Jena ist erschienen und in Frankfurt a. M. vorräthig in J. D. Sauerländer's Sortimentsbuchhandlung:

Die katholische Religionsübung in Mecklenburg-Schwerin.

Geschichtlich und rechtlich.

6½ Bogen gr 8. geheftet. ½ Thlr. od. 54 kr.

(Revisterlegung des Verfahrens der G. H. Regierung gegen unbefugte Amtshandlungen katholischer Priester.)

Gewinne von Thlr. 32,000, 8000, 4000, 2000 bis zu Thlr. 55

bietet die am 1. December resp. 1. Januar stattfindende gewinnreiche Verloosung des kurfürstlich Hessischen Lotterie-Anlehens, zu welcher 1 Aktie zu fl. 30 kr., 10 Aktien zu fl. 28 unter Zusicherung pünktlicher Schicksalsanzeige empfehle.

[2531]

Jacob Strauß in Frankfurt a. M.

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December.

Hauptlose: fl. 200,000, 2 zu 100,000, 40,000, 25,000 u. s. f. Ganze Loose zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ¼ zu fl. 2, ⅛ zu fl. 1. 30 kr., ¹/₁₆ zu 45 kr., sowie Loose für alle Classen gültig zu fl. 90 das Ganze, empfiehlt

Carl Höchberg,

[2507] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

Frankfurter Stadt-Lotterie.

Ziehung am 1. und 2. December 1852.

Ganze und getheilte Loose sind planmäßig zu haben bei

S. Berlyn.

[2623] Fahrgasse 108, in Frankfurt a. M.

[1674] Staats- und Standesherrliche Obligationen Staats-Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons, werden ge- und verkauft bei

J. H. Trier & Cie., Zeil, im Türkenkopf.

[2282] **An- und Verkauf**

von Obligationen, Loosen rc. bei

Moritz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

Wer auf den Nachlaß des vor Jahren verstorbenen Feldmarschalls Paul Wirtz rechtliche Ansprüche zu machen hat, kann solche ohne Kostenaufwand

binnen 4 Wochen

geltend machen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes. [2566]

Fränkel

(8 mit Mecklenburger Reit- und Wagen-Pferden im „gelben Hirsch". [2628]

[2624] **Physikalischer Verein.**

Samstag den 20. November: Ueber einen eigenthümlichen, durch das Electroscop wahrnehmbaren Zustand des Glases und den Einfluß dieses letztern auf das Festwerden einer übersättigten Glaubersalzlösung beim Umrühren.

CONSERVATEUR DENTAIRE EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Zahnlegenzahn. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. In Philippe's Apotheke, rue Neuve 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei E. Strohlein auf der Zeil. [2196]

In England patentirt.

Herr **George** ist der alleinige Besitzer seiner in England und Frankreich patentirten Erfindung, durch welche die Kunst von Zahnärzte gänzlich umgangen wird. Es handelt sich darum, die Platten statt aus Gold oder Horn vom Nilpferde (Hyppopotam), aus Schildpatte zu verfertigen, die viel weicher, angenehmen und leichter im Munde liegt als Hyppopotam und eben so dauerhaft ist als Gold. Herr George hat eine Dampfmaschine bauen lassen, durch die er in Stand gesetzt ist, alle Bestellungen schneller und wohlfeiler auszuführen. Dienstage und Freitags von 1 bis 3 Uhr wird Herr George rue Neuve 36 à Paris) seine Erfindungen zeigen und Erklärungen darüber geben.

NB. Mit Hülfe einer neuen, gleichfalls patentirten Vorrichtung zum Modelliren des Mundes bedarf Herr George nur zweier Sitzungen um ein vollständiges Gebiß anzufertigen. [2195]

Weinsberg bei Heilbronn (Württemberg).

Versteigerungs-Anzeige.

Nachdem die Erben des verstorbenen J. Matthäi dahier, unter Zustimmung des Pflegers für die Minderjährigen derselben, beschlossen haben, die gesammte liegenschaft ihres Erblassers nunmehr zum öffentlichen Verkauf auszusetzen, so werden hiemit bewerkmäßig

Dienstag den 30. November um 2 Uhr im Gasthof zur Traube

in Auftrieb bringen:

1) Ein neben dem schönsten und angenehmsten Theile des hiesigen Orts an zwei frequenten Poststraßen auf allen vier Seiten frei liegendes vor ungefähr 15 Jahren solid und modern erbautes dreistöckiges Wohnhaus, 67' lang und 42' breit, enthaltend: zwei nebeneinander gewölbte, sehr vorzügliche Keller, ein Keller, eine Werkstätte und Kellerraum, 2 heizbare Salons, 11 heizbare und 2 unheizbare, außer 2, sämmtlich tapezirte Zimmer, 3 Küchen mit 2 Speisekammern und viele im Anschluß sich befindliche helle und geräumige Kammern und Bodenspitze.

2) Ein diesem Hause zur Seite stehendes ebenfalls neues und solides Oekonomie-Gebäude mit einem gleichfalls gewölbten sehr guten Keller, Gemüse-Keller, Waschküche, Obdhaare, Tenne, Pferde-, Rindvieh- und Schweinestallung und Aufbewahrungs-Räume für Heu, Stroh rc., welch letztere convenienzenhalber nicht zu Wohn-Gelassen eingerichtet werden können, indem beim Erbauen derselbe Rücksicht darauf genommen wurde.

Beide Gebäude sind geschmackvoll und dauerhaft verdient, die Thüren und Läden ebenso angebracht, daß sie auch Wohnung mit einem Dispositiven werden. Dieselben eignen sich um ihrer zweckmäßigen und bequemen Einrichtungen willen nicht nur zum Fortbetrieb des seit Jahren daraus bestandenen Wein- und Schwungagner-Absitzations-Geschäftes, sondern ebenso auch zum Betrieb irgend eines anderen umfassenden Gewerbes, sowie auch zu einem angenehmen und gesunden Wohnsitz für größere und kleinere Familien.

Ferner:

3) einen nicht fern vom Hause gelegenen Garten mit Gartenhaus im Maß von circa 1 Morgen, schön und nützlich zugleich angelegt, mit sehr vielen Obstbäumen.

4) An Weinbergen:

a) circa 5½ Mrg. am Schloßberg (Burg Weibertreue) in der vorzüglichsten Lage und mit den edelsten Sorten besetzt; in drei Abtheilungen, darunter 1½ Morgen mit Kies zum Umgerreinen bestimmt.

b) circa 5¼ Mrg., 5 Abtheilungen im Schmeisberg und der Wanne, darunter ¼ Morgen mit Kies.

c) Drei vorstehenden Weinberge, namentlich diejenigen an der Burg Weibertreue und dem Schmeisberge liefern die exquisitesten Weine, die stets und rasch Käufer finden, auch sind diese Weinlager gegen die Aerthe der einigen Jahren sehr mäßig tarirt und haben immer ganz gut rentirt.

e) circa 2½ Mrg. Weinberge im Rangenberg in 3 Abtheilungen, einer ebenfalls ausgezeichnete Lage, darunter ¾ Mrg. mit Kies;

d) 7 Mrg. Rebgüter in verschiedenen hiesigen Lagen, darunter ¾ Mrg. mit Kies.

5) An Aeckern:

circa 1 Mrg. in 1 Stück mit circa 20 tragbaren Obstbäumen,

„ ¼ „ in 1 Stück mit circa 14 tragbaren Obstbäumen,

„ ½ „ in 1 Stück mit circa 14 in einigen Jahren tragenden Obstbäumen,

„ ¾ „ in 1 Stück mit vielen jungen Bäumen, in 3 Stücken.

Sämmtliche Aecker sind mit weniger Ausnahme von den besten wöhren Lagen.

6) An Wiesen:

circa 2½ Mrg. in 3 Stücken und

„ 1½ Brtl. Krautgarten-Land in 3 Abtheilungen.

Vorbeschriebene Güter sind im besten baulichen Stande und bieten insgesammt der einzeln eine günstige Gelegenheit zum Kaufen dar, indem der Anschlag und die Zahlungsbedingungen billig gestellt sind, da insbesondere für die Verwerthung von Rebgütern zur Lage und Beschaffenheit, der ein größerer Theil derselben angehört, nur selten sich ein solcher Moment zeigt.

Wir laden zum Kaufs-Liebhaber zu vorstehenden Objecten zu deren Besichtigung unter der Bemerkung, daß wir jede weitere Auskunft gerne zu geben bereit sind, und zur Verkaufs-Verhandlung an dem obere bezeichneten Tage ergebenst ein, und sagen noch dinzu, daß für ein Weingeschäft mit eigener Production das Etablissement unserer Erblassers eine gewiß rentable Acquisition wäre.

Die Erb-Interessenten.

Gesehen vom Waisengerichte.

[2567] Vorstand, Stadtschultheiß. **Franz.**

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

November.	Barometer bei 0°R.			Thermometer R.			Thermograph.		Wasserhöhe des Mains.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	Rh. F.	9 Uhr.	3 Uhr	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
7	337‴7	337‴5	337‴5	+ 5'8	+ 8'8	+ 6'8	4'6 — 8'8		1' 6"	SW.	SSW.	—	h.	t.	t.
8	337‴6	337‴3	336‴8	+ 8'6	+ 11'3	+ 10'4	6'5 — 11'3		1' 5"	SW.	SW.	t.	t.	t.	t.
9	336‴1	337‴1	334‴2	+ 12'0	+ 11'3	+ 12'0	11'3 — 12'0		1' 5"	N.	—	—	t.	t.	t.
10	333‴6	333‴2	333‴6	+ 8'6	8'1	5'0	8'4 — 9'1		1' 5"	N.	W.	—	t.	t.	ht. ht.
11	333‴2	332‴0	330‴1	+ 2'6	+ 6'5	+ 4'2	1'9 — 6'5		1' 5"	N.	O.	—	—	w.	t.
12	329‴3	330‴4	332‴2	+ 6'4	+ 7'7	+ 3'2	3'4 — 8'0		1' 8"	SW.	N.	—	w.	R.	t.
13	330‴6	329‴0	327‴3	+ 2'9	+ 4'2	+ 4'2	1'8 — 4'0		1' 7"	ONO.	O.	—	t.	t.	R.
14	334‴0	333‴8	333‴1	+ 6'7	+ 7'8	+ 6'3	5'3 — 8'5		1' 6"						

Am 8. Vormitternachts, am 12. Nachmitternachts, Nachmittags und Vormitternachts Regen.

Druck von August Osterrieth. (Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Samstag (Beilage zu Nr. 278.) 20. November 1852.

Deutschland.

Wien, 15. Nov. Obgleich von den bisherigen Zollconferenzen, wie auch nicht anders zu erwarten steht, bestimmte Ergebnisse noch nicht öffentlich verlauten, so kann ich Sie doch aus bester Quelle versichern, daß zwischen den Vertretern der einzelnen Regierungen die vollste, erfreulichste Uebereinstimmung herrscht, und irgend erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter ihnen bisher nicht vorgekommen sind. Dies gilt ebenso für bestimmt von Württemberg und Baden, als von Bayern, Sachsen und den übrigen verbündeten Regierungen, und alle gegentheiligen Gerüchte und Andeutungen, welche einige Blätter im Norden auszustreuen suchen, sind durchaus ungegründet. Man weiß hier genau, was man will, und auch was man nicht will, nämlich „kein Deutschland ohne Oesterreich". Die vielbesprochenen sogenannten directen Unterhandlungen, welche in letzter Zeit zwischen Oesterreich und Preußen in der Zollfrage gepflogen worden sein sollen, dürften sich gleichfalls auf ein Geringes zurückführen. Zwar hat, dem Vernehmen nach, Graf Buol-Schauenstein noch einmal ein ausführliches entgegenkommendes Expose, das ein Muster von Schärfe und Klarheit sein soll, in der deutschen Zollfrage direct an Freiherrn v. Manteuffel gerichtet; allein die Antwort aus Berlin war leider auch diesmal, wie bisher, bloß negativ gehalten. Dessenungeachtet scheint unser Cabinet die Hoffnung auf eine Verständigung mit Preußen noch nicht aufgegeben, und auch die neuesten Vorlagen an die Zollconferenz so eingerichtet zu haben, daß wenigstens die Ermöglichung einer solchen stets offen gehalten und erleichtert werde. Es dürfte mithin auf den jetzigen Zollconferenzen jeder Eventualität vorgesehen und die süddeutsch-österreichische Zolleinigung zwar sofort in fester Weise hergestellt werden, jedoch nur um für den äußersten Fall einzutreten, wenn Preußen auf Lösung des Zollvereins und seinem Nichtanschluß beharrt, somit vorläufig bloß auf Abschluß des Handelsvertrags zwischen Oesterreich und dem Zollverein hingewirkt würde. Aber selbst für jenen äußersten Fall dürfte Preußen das Thor der Handelseinigung weit offen gehalten werden, wobei dann freilich eine andere Gruppirung der Hauptzollgebiete in Aussicht stünde, indem später, nach der Bildung des süddeutsch-österreichischen Zollvereins, der Handelsvertrag wahrscheinlich zwischen diesem und dem norddeutsch-preußischen Verein geknüpft werden würde, während er gegenwärtig noch zwischen dem ganzen über den Steuerverein erweiterten Zollverein mit dem österreichischen Gebiet im Plane liegt. Man mag denn in Preußen, wo die Kammern ihrer Eröffnung entgegengehen, selbst gründlich überlegen und entscheiden, was für diesen Staat sich am vortheilhaftesten herausstellt: ob Erhaltung des bis an die Nordsee erweiterten Zollvereins und gleichzeitig Handelsvertrag mit Oesterreich, oder ein süddeutsch-österreichisches und ein norddeutsch-preußisches Zollgebiet, die sich verständigen, oder gar eine Isolirung Preußens. Wohin die großen Volksinteressen neigen, das scheint mir nicht zweifelhaft zu sein. (A. Z.)

* **Wien**, 17. Nov. Der neueste Ausweis der Staatspapiergeldcirculation, welcher die Monate September und October l. J. umfaßt, bringt wieder eine namhafte Verringerung derselben. Der wirkliche Betrag des im Umlauf, dann in den Steuer- und Gefällskassen, sowie in sämmtlichen Staatsaufgabekassen befindlichen Staatspapiergelds war Ende September 162,197,305 fl. C.-M., Ende October 160,373,823 fl. C.-M.; es hat sich demnach um 1,823,482 fl. C.-M. vermindert. — An lombardisch-venetianischen Schatzscheinen waren Ende October l. J. nur noch 1,543,250 Lire im Umlauf. — In Folge der Anlehensbestimmungen vom 4. September 1852 wird am 25. November abermals ein Betrag von 2 Mill. Gulden (zur Hälfte in verzinslichen Reichsschatzscheinen und ungarischen Landesanweisungen) öffentlich verkauft werden. Mit Hinzurechnung der aus demselben Anlasse bereits früher vorgenommenen Tilgung von 2½ Mill. Gulden ergibt sich ein Gesammtbetrag von 4½ Mill. Gulden, dessen Tilgung aus den auf das Anlehen vom Jahr 1852 eingeflossenen Geldern bewirkt worden ist.

P **Berlin**, 17. Nov. Heute hat eine Nachwahl im zweiten Berliner Stadtwahlbezirk für den Geheimerath v. Patow stattgefunden und ist wiederum auf einen Geheimerath und Gesinnungsgenossen jenes, den Herrn Pochhammer, gefallen. Morgen und übermorgen geschehen die andern Nachwahlen. Die Candidaten, welche dafür genannt werden, sind der Herr Justizminister, in Stelle des Herrn Ministerpräsidenten, und der Geheimerath Matthis, in Stelle Kühne's. Jenem wird von der Gegenpartei Dr. Veit, diesem der Polizeipräsident v. Hinkeldey entgegengestellt, aber mit wenig Aussicht auf Erfolg. Herr Matthis hat es verstanden, in einer sehr geschickten Rede die Berliner Philister an ihrer schwächsten Seite zu fassen. Er hat ihnen versprochen, dahin zu wirken, daß die Grundsteuer von ihnen ferne bleibe. Sie seien schon genug belastet. Für den Herrn Justizminister scheint sich eine compacte Majorität gebildet zu haben und an ihm festhalten zu wollen, da man weiß, daß er, gleich dem Herrn Ministerpräsidenten, mit Entschiedenheit den wahlichen Versuchen der Verfassungsrevisionscommission entgegentreten ist, welche seitens der sogenannten Staatsministerialcommission empfohlen worden sind. Wie ich schon angedeutet habe, sind in dieser Beziehung die Sitzungen des Staatsministeriums und des gestrigen Ministerrathes entscheidend gewesen und die darüber circulirenden Nachrichten gewinnen äußerlich dadurch eine höhere Glaubwürdigkeit, daß, wie mir mit Bestimmtheit versichert worden, der Herr Minister des Innern den festen Entschluß ausgesprochen hat, sein Amt niederzulegen. Es ist damit nicht gesagt, daß das Werk der Revision überhaupt aufgegeben ist. Wir glauben vielmehr, daß die Regierung diesmal selbst mit betreffenden Vorlagen hervortreten, die Thronrede vielleicht selbst darüber schon bestimmte Andeutungen enthalten wird. Die Revisionsbedürftigkeit vieler Bestimmungen der Verfassung liegt zu deutlich vor, als daß sie sich abweisen ließe, und wenn über den Umfang des zu beginnenden Werkes auch definitive Entscheidungen noch nicht gefaßt sind, so steht doch schon soviel fest, daß es nicht in dem Geist und in der Richtung ausgeführt werden wird, der in der Verfassungsrevisionscommission der vorherrschende gewesen zu sein scheint, wodurch uns nur das Alte, aber nichts Besseres gewährt, und der Staat denselben Gefahren und Krisen ausgesetzt worden wäre, welche er nur mit Mühe und nicht ohne die gewaltsamsten Erschütterungen überwunden hat. Ich behalte mir vor, auf jene Vorschläge später zurückzukommen, so weit meine Kenntniß davon reicht, und bemerke nur für jetzt, daß dieselben sich auf Bildung der ersten und zweiten Kammer, Scheidung des Etats in einen ordentlichen und außerordentlichen, sechsjährige Legislaturperiode und zweijährige Parlamente, sowie auf die Staatsbürgerlichen Rechte der Staatsangehörigen nichtchristlicher Confession bezogen haben, wobei indessen im Einzelnen, und namentlich in Betreff der ersten beiden Punkte, nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der Commission und dem Herrn Minister des Innern, wie ich schon früher mittheilte, hervorgetreten sind. — Seit zwei Tagen sind Briefe und Zeitungen aus dem Osten sehr unregelmäßig und erheblich verspätet hier angekommen. Es soll die Ursache in einem starken Schneefall liegen, welcher hinter Danzig und jenseits Stargardwon hat. Hier haben wir davon noch keine Spur gehabt, und außer zwei Tagen sehr gelinden Frostes durchgehends eine milde Witterung.

± **Berlin**, 18. Nov. Die nähern Verhandlungen mit Hannover, in Betreff der Ausführung des Septembervertrags, werden, wie wir hören, wohl binnen 14 Tagen wieder aufgenommen werden, da die Verhandlungen mit Braunschweig ihrem Abschlusse entgegen gehen. Daß eine Verständigung mit den thüringischen Staaten bereits zu Stande gekommen ist, bedarf keiner weitern Erwähnung. (?) In Betreff der vielfach in Süddeutschland hervortretenden Zwerfsicht, daß der Zollverein werde erhalten werden, hat sich allerdings auch hier die Meinung dahin gestaltet, daß es wohl nicht zur Auflösung des Zollvereins kommen werde, indessen ist hervorzuheben, daß es dieser Anschauung, deren Vertreter indessen nicht in Abrede gestellt werden kann, an einer thatsächlichen Grundlage mangelt, da bis jetzt außer der von Seite Oesterreichs kundgegebenen Geneigtheit, eine Verständigung herbeizuführen, keine festen Anhaltspunkte für eine solche für Preußen annehm-

bare Verständigung vorliegen. — Man hört bestätigen, daß von Seite Ludwig Napoleons auch dem hiesigen Cabinet die bündigsten Friedensversicherungen gemacht worden. Dieselben werden mit Freuden hier entgegengenommen, ohne daß man sich indessen in der Vorsicht auf dennoch mögliche Entwicklungen nicht friedlicher Art beirren läßt. — Hinsichtlich der binnen kurzem zusammentretenden Kammern ist die Hauptaufmerksamkeit auf die Wahl der Präsidenten gerichtet. Wie es heißt, würde die Rechte Alles aufbieten, die Wiederwahl des Grafen Schwerin zum ersten Präsidenten der zweiten Kammer zu verhindern. Zum ersten Präsidenten wird der Oberpräsident a. D. Herr v. Bonin vorgeschlagen, welcher seiner politischen Gesinnung nach mehr der Mittelpartei angehört und zur Leitung parlamentarischer Verhandlungen sehr befähigt sein soll. Auch wird in Bezug auf die Präsidentenwahl darauf hingewiesen, daß die Rechte deabsichtige, aus der Mitte der katholischen Fraction einen der Vicepräsidenten zu wählen, wenn diese Fraction die Rechte bei der Wahl des ersten Präsidenten unterstützen wolle. Da die politischen Elemente der katholischen Fraction indessen noch nicht bekannt sind, so möchte das Zustandekommen einer solchen Uebereinkunft vorläufig noch fraglich erscheinen. — Der Handelsminister v. d. Heydt wird morgen oder über morgen von seiner Reise nach der Rheinprovinz wieder hierher zurückkehren. — Als bevollmächtigter Vertreter am Madrider Hof wird nunmehr Baron v. Rosenberg genannt. — Der zum Präsidenten der Regierung in den hohenzollernschen Landen ernannte Geh. Legationsrath v. Sydow befindet sich noch hier, wird aber binnen kurzem sich auf den ihm anvertrauten hohen Posten begeben.

** **München**, 18. Nov. Zu Ehren des hier anwesenden Kronprinzen und der Kronprinzessin von Württemberg ist heute große Tafel bei St. Maj. dem König Ludwig im Wittelsbacher Palais. — Die gestern von mir erwähnten Gerüchte einer Ministeriumsänderung sind nach dem, was man heute hört, wohl nicht ungegründet, allein wenn ein hiesiges Blatt, der „Landbote", die neuen Ernennungen bereits erfolgt sein läßt, so ist dies ohne Grund, denn zur Zeit ist die allerhöchste Entschließung noch nicht erfolgt. Der „Landbote" läßt den Justizminister v. Kleinschrod quiesciren und den Regierungspräsidenten Frhrn. v. Welden an dessen Stelle ernannt sein, dann soll die Ernennung des Hrn. Regierungspräsidenten Graf Reigersberg von hier bereits zum Minister des Innern an die Stelle des zum Cultusminister ernannten Hrn. v. Zwehl ersolgt sein; es sind aber, wie erwähnt, diese Nachrichten wenigstens zur Zeit noch ungegründet. Der bisherige Generalstaatsrath und Rath im Cultusministerium, A. F. Hänlein, wurde quiescirt und der Rath im Ministerium des Innern, Gustav v. Bezolt, an dessen Stelle ernannt. Da Herr Hänlein, wie man sagt, einer rationalistischen Richtung angehört, so ist man geneigt, dessen Quiescirung als durch den neuen Präsidenten des protestantischen Oberconsistoriums, Dr. Harleß, veranlaßt zu bezeichnen. Der älteste Rath der hiesigen Kreisregierung, Wilh. Ritter v. Lebell, wurde zum Regierungsdirector befördert. Wenn die erwähnten Cabinetsveränderungen in der obenbezeichneten Weise erfolgen, so erscheinen dieselben von Wichtigkeit, denn, um nur eins zu erwähnen, die neue Gerichtsorganisation, deren Ein- und Durchführung man seit längerer Zeit entgegensah und die, wie man sich aus unsern jüngsten Kammerverhandlungen noch erinnern wird, bereits mehrfache Modificationen unterzogen wurde, wäre dann als beseitigt zu betrachten. — Der Gewerberath und der Gewerbeverein dahier haben in Betreff der Zollvereinsfrage eine gemeinschaftliche Adresse an den Monarchen beschlossen, in welcher sie sich mit dem Verfahren der Regierung in dieser hochwichtigen Angelegenheit völlig einverstanden erklären. Die Adresse wird an einem der nächsten Tage Sr. Maj. dem König überreicht werden.

§ **Wiesbaden**, 19. Nov. Dem Vernehmen nach sind bereits die Zettel zur Einberufung unsers Militärs geschrieben. Man erkennt darin nur eine Vorsichtsmaßregel (in Bezug auf mögliche Eventualitäten bei der nahen Krisis in Frankreich) die nicht vereinzelt in unserm Lande erscheinen dürfte (s). — Das schon mehrfach von andern Orten, Mannheim, Mainz, Frankfurt a. M. rc. aus berichtete Gewitter am 16. d. M. war auch hier Abends zwischen 5 und 6 Uhr mit Wetterleuchten bei einer sehr warmen Temperatur. — Die Assisenverhandlungen des vierten Quartals dieses Jahrs sind hier geschlossen. Die empörendsten Verbrechen, welche darin abgeurtheilt wurden, waren die des Peter Joh. Faust von Winkel, der seine leibliche Tochter mit einem Strick um den Hals in den Schornstein gehangen, und des Eisenbahnwächters Appel von Wicker, der seine eigene Frau in dem Main ersäuft hatte.

Oldenburg, 16. Nov. Heute Vormittag ward die Erbgroßherzogin von einem Prinzen glücklich entbunden. Man erwartet die Ankunft der Königin von Hannover.

Schweiz.

Neuenburg, 17. Nov. Der große Rath des Kantons ist nach Ernennung der Budgetcommission abermals bis Ende des Monats vertagt worden. Es scheint, daß die vielbesprochene Verlerresbahn, welche die Schweiz mit Paris auf kürzester Linie verbinden sollte, an der Größe des Wagnisses scheitern wird. Jeder Kopf der 70,000 Einwohner des Kantons würde, wenn man die runde Summe von 14 Mill. Franken Kosten für dieselbe annimmt, mit beiläufig 200 Franken belastet sein.

X* **Von der Aar**, 17. Nov. James Fazy ist in Genf erst in 36. Linie mit 2175 Stimmen gewählt worden, während, abgesehen vom General Dufour, dem Candidaten aller Parteien, die äußern radicalen Chefs, wie Lamperiere, Galiffel, Carteret u. s. w., 3900 und 3800, folglich 1800 Stimmen mehr zählten, als das eigentliche Parteihaupt. Auf dem offenen Lande ging es für James Fazy etwas besser; das linke Ufer wählte ihn zu vierter, das rechte Ufer an achter Stelle. Er ist somit dreimal gewählt, was die von der eigenen Partei ihm gegebene Lection einigermaßen mildert. — Im nächsten Jahr wird der Kanton Bern eine Industrieausstellung in Langenthal haben. — Ein savoyisches Blatt berichtet, die wegen Ermordung ihrer Schwiegertochter zu Bonneville in Haft befindliche 65jährige Wittwe Peret habe sich, in Ermangelung eines Instrumentes, mit ihren Nägeln den Unterleib aufgerissen und durch Herausziehen der Eingeweide sich getödtet.

Großbritannien.

‖ **London**, 17. Nov. Die Bevölkerung von London ist in diesem Augenblick in fieberischer Aufregung. Sie drängt, stößt und erstickt sich fast vor und in der Kapelle von Chelsea, um die sterblichen Reste des eisernen Herzogs auf dem Paradebett zu sehen und scheint sich morgen mit stoischem Gleichmuth unter die Füße der Pferde treten lassen zu wollen, um nur das Schaugepränge des großartigen Leichenzugs zu genießen, dessen officielles Programm heute noch einmal zwei Spalten der Londoner Blätter füllt. Die Preise der Plätze variiren zwischen 10 Schillingen und 3 Guineen auf dem ganzen Weg, den der Cortege nehmen wird, und da die meisten Neugierigen von halb 8 Uhr Morgens bis 4 oder 5 Uhr Nachmittags geduldig auf ihren Plätzen werden ausharren müssen, so ist dafür gesorgt, daß die Preise, überall Erfrischungen bereit zu halten. Um dem Leichenbegängniß Wellingtons beizuwohnen, sind dem „Morning Herald" zufolge bereits hier angekommen: von Preußen der Graf v. Nostitz, General der Cavallerie und Adjutant Sr. Maj. des Königs von Preußen, begleitet vom General v. Scharnhorst, dem Generallieutenant von Mossow und Hauptmann v. Harbing; von Seite Hannovers: der General Halkett, begleitet vom Obersten Poten, den Oberstlieutenanten v. Mahrenholz und West und dem Hauptmann Halkett; von Seite Braunschweigs: General Erichsen und Oberst Bause; aus den Niederlanden: General Omphal, Hauptmann Gevers und Baron Tindal; aus Rußland: Fürst Michael Gortschakoff, Generaladjutant Sr. Majestät des Kaisers und Generalstabschef der activen Armee, begleitet vom General Grafen Benkendorff, dem Oberstlieutenant Tschernitzky und dem Grafen Suchteln; aus Portugal: der Feldmarschall Herzog von Terceira und Don Manuel de Souza. Ihre Maj. die Königin hat den auswärtigen Officieren, welche am Leichenzug Theil nehmen werden, den Obersten Cornwall attachirt. Das Großkreuz des Bathordens repräsentiren im Cortege der Admiral Sir G. Seebburn, der General Sir E. Blakeney, der General Sir G. Pottock, im Dienst der ostindischen Compagnie, und Viscount Palmerston.

Die heutige Sitzung des Hauses der Gemeinen war nur von kurzer Dauer. Auf eine Interpellation Hume's erklärte Lord Stanley, Unterstaatssecretär des Auswärtigen, den öfter erwähnten Fall Newtons folgendermaßen: Im Juni wurde Newton in Verona verhaftet, weil er mit Buch und Karte auf den Wällen spazirte und sich dem Verdacht aussetzte, die Festungswerke zeichnen zu wollen. Man untersuchte seine Wohnung und Papiere, und überzeugte sich von der Grundlosigkeit des Verdachtes, ließ ihn aber trotzdem im Gefängniß übernachten. Die Härte dieser Behandlung erklärt sich durch den Belagerungszustand. Newton wandte sich erst an die österreichischen Behörden, dann an den britischen Consul und zuletzt durch seinen Vater, Sir W. Newton, an das Ministerium um Genugthuung, welches durch Lord Westmoreland eine längere Correspondenz darüber mit der österreichischen Regierung führte. Letztere drückte zuletzt ihr Bedauern über den Vorfall aus und versprach, Sorge zu tragen, daß ähnliche Mißhandlungen reisender Gentlemen nicht wieder vorkämen. Mehr ließ sich von der österreichischen Regierung nicht verlangen. — Sir C. Wood bringt den Bericht des Comite's über die Begräbnißfeierlichkeit vor, und Hume verlangt einen Ueberschlag der Begräbnißkosten. Der Schatzkanzler bedauert, daß es an Zeit fehle, die Summe auf Shilling und Pence

zu berechnen. Lord D. Stuart stimmt Herrn Hume bei. In zwei Monaten hätte man wohl berechnen können, ob die Ceremonie dem Lande 10,000, oder 100,000, oder, wie Manche prophezeien, 250,000 L. kosten werde. Das Haus werde offenbar „geprellt". S. Carter ergeht sich sogar in herben Ausfällen gegen den eitlen Begräbnißpomp, der den Todten nicht ehre und den Lebenden nichts nütze, wohl aber an gottlose Ueberhebung und heidnischen Götzendienst streife. Die Parade mit den Gebeinen des Herzogs in Chelsea habe ihn angewidert. Der Redner wird durch Oh, Oh! und Gelächter unterbrochen, und das Haus bewilligt die Kosten ohne Voranschlag. Der Schatzkanzler bittet zuletzt noch einmal um den Wortlaut der Motion Villiers; wenn man denselben erst Freitag erfahre, so werde die Frist bis Dienstag zur Vorbereitung auf die Discussion kaum ausreichen. Die Motion lautet wörtlich:

Das Haus ist der Meinung, daß die verbesserte Lage des Landes und vorzüglich die der arbeitenden Klassen vornehmlich zu verdanken ist der neuern Gesetzgebung und insbesondere der Acte von 1846, welche die freie Einfuhr des fremden Getreides hergestellt hat, und daß demzufolge diese Acte eine weise, gerechte und vortheilhafte Maßregel gewesen ist; das Haus hält ferner dafür, daß die Beibehaltung und weitere Ausdehnung der Freihandelspolitik, im Gegensatz zu der der Protection, die Industrie und den Wohlstand der Nation noch kräftiger unterstützen wird, die Lasten zu tragen, deren sie ausgesetzt ist, und noch wirksamer zur Wohlfahrt und dem Gedeihen des Volks beitragen werde; das Haus ist endlich bereit, jede mit diesem Beschluß im Einklang stehende Maßregel, welche die Minister Ihrer Majestät demselben unterbreiten können, in Erwägung zu ziehen.

Belgien.

× **Brüssel**, 18. Nov. Die Repräsentantenkammer hat in den Bureaux die Prüfung des neuen Preßgesetzentwurfs begonnen. Derselbe wird nur mit Modificationen, welche die Tragweite des Entwurfs beschränken, zur Annahme kommen.

Griechenland.

Von der Adria, 13. Nov., meldet die „Lpz. Ztg.": Die englischen Couriere, welche in letzterer Zeit mit außerordentlicher Eile über Triest nach Athen gingen, und da sie den Abgang des gewöhnlichen Bootes versäumt hatten, für sich allein ein eigenes Schiff mietheten, waren Ueberbringer wichtiger Depeschen in der Angelegenheit der griechischen Thronfolge. Dieselbe neigt sich jetzt zu ihrem, durch die Verträge bestimmten gesetzmäßigen Ende, und muß nach der bevorstehenden Rückkehr des Königs Otto eine entscheidende Wendung nehmen. Was in dem bayerischen Familienrath darüber und zumal in Betreff der Succession des Prinzen Adalbert verhandelt worden, scheint nicht die Mehrheit der europäischen Großmächte für sich zu haben. Insbesondere dürfte das Petersburger Cabinet hierin von seiner sonst mit der österreichischen Regierung vielfach übereinstimmenden Politik abweichen und sich eher mit England und Frankreich vereinigen, welche einer Fortsetzung der wittelsbacher Dynastie in Griechenland abgeneigt sind. In Griechenland selbst spricht sich die öffentliche Meinung wenigstens dahin allgemein und bestimmt aus, daß der künftige Thronfolger der griechischen Kirche angehören müsse. Der plötzliche Tod des Fürsten von Leuchtenberg hat eine Eventualität vernichtet, wofür bereits eine mächtige und einflußreiche Partei gewirkt hat. Von London aus soll der Antrag vorliegen, auf Errichtung einer hellenischen Republik mit einem lebenslänglichen Präsidenten an der Spitze, gewählt aus der Mitte der Nation. Rußland dagegen scheint die Souveränetät Montenegro's nicht ohne Augenmerk auf die Dinge, die sich in Griechenland vorbereiten, anerkannt zu haben. Dazu würde es aber einer Vergrößerung des griechischen Territoriums bedürfen, und dies fällt wieder mit der orientalischen Frage zusammen. Man nehme indeß alle diese Mittheilungen nur als on dit, wenngleich sie aus gutunterrichteter Quelle fließen. Die hohe Politik ist eben selbst noch nicht im Klaren und es durchkreuzen sich ebensoviele Ansichten als Interessen. Jedenfalls sind die Zustände der Levante von drängender Wichtigkeit geworden, und es wird mit bloßen Palliativmitteln nicht lange mehr fortzukommen sein. Griechenland insbesondere hat in den letzten Jahren durch verderbenbringende Naturereignisse, wie Mißwachs, Sturm und Erdbeben, in einer Weise gelitten, welche seine Entwickelung für lange Zeit aufhalten wird, so daß es dazu wahrlich nicht noch der Eifersucht der drei Schutzmächte bedarf.

Amerika.

⁑ Die am 31. October vollzogene Wahl des demokratischen Candidaten Franklin Pierce zum Präsidenten der **Vereinigten Staaten** geschah mit einer Majorität, welche seit der Gründung der Union ihres Gleichen nicht hat. Pierce hatte 27 Staaten und 246 Stimmen im Wahlcollegium für sich; für General Scott erklärten sich nur die 42 Stimmen der 4 Staaten Massachussets, Vermont, Kentucky und Tenessee. Im Jahr 1848 erhielt General Taylor in den Wahlcollegien von 15 Staaten 163 und General Cass in 15 andern Staaten 137 Stimmen. Diese Details sind einem amerikanischen Whigblatt entlehnt, welches die Candidatur des General Scott unterstützte. Everett, der Nachfolger auf dem Posten Websters, war nach einander Mitglied des Congresses, Gouverneur von Massachussets und Gesandter in England; er hat auch einen wissenschaftlichen Namen. — Ein Berichterstatter des „Neuyorker Herald" erzählt, das britische Kriegsdampfboot „Devastation" habe über hundert, von widrigem Wetter an die Küste geworfene amerikanische Fischerboote unter dem Vorwand, sie hätten keine Seepässe, weggenommen und nach Port Hood gebracht. Diese Fahrzeuge seien mehrere Tage festgehalten worden und den Rhedern dadurch ein Schaden von mehr als 160,000 Dollare erwachsen. Eines der amerikanischen Boote entkam, indem es auf den Kriegsdampfer schoß. Die Magistrate von Port Hood hätten, von dem amerikanischen Capitän Daly und dem Kreuzer Daring unterstützt, bei dem Capitän Campbell protestirt, aber üble Aufnahme gefunden. Dieser ganze Bericht des „Herald" scheint das in diesem Blatt gewöhnliche Gepräge der Uebertreibung an sich zu tragen; dort wird gern, besonders in internationalen Dingen, beaucoup de bruit pour une omelette gemacht.

Nachrichten aus der **Havanna** vom 27. October melden die dortige Ankunft des amerikanischen Kriegsdampfers „Paschattan", mit einem Bevollmächtigten an Bord, der über die Angelegenheit der „Crescent City" die nöthigen Erkundigungen einziehen soll. Ein Gerücht wollte wissen, der Generalcapitän habe sich bereit erklärt, dem letztgenannten Schiff das Einlaufen in den Hafen und die Ausschiffung seiner Passagiere und Depeschen zu gestatten; dagegen sei dem Capitän Porter und dem Zahlmeister Smith nicht erlaubt worden, ans Land zu kommen.

Briefe aus **Panama** besagen, es sei stark von der Unabhängigkeit, oder vielmehr von der Constituirung des Isthmus zu einem Bundesstaat die Rede.

In **Mittelamerika** herrscht fortwährend das alte Wirrsal. Nicaragua steht am Vorabend einer Revolution. Der Webster-Crampton-Vertrag zur Regulirung der Grenzen zwischen Nicaragua und Costa Rica ist immer noch der Gegenstand sehr lebhafter Erörterungen und die Einwohner des erstgenannten Staates sind sehr geneigt, diese Frage mit bewaffneter Faust zu schlichten.

Nachträglich zur unblutigen Revolution in **Buenos-Ayres** brachte die Pariser „Patrie" die Notiz, Urquiza sei zurückgekehrt, habe die aufständische Stadt belagert und sei in dieselbe siegreich wieder eingezogen. Die „Assemblee nationale" aber bezeichnet diese Angaben als ungegründet.

Handel und Industrie.

Mainz, 19. Nov. Die Stimmung für Getreide war diese Woche entschieden fester als zu Ende der vorigen; nach Waizen war lebhaftere Frage für den Oberrhein, und mit Roggen war es ebenfalls angenehmer, ohne daß jedoch besondere Preisveränderungen zu berichten wären. Unsere heutigen Notirungen sind: Waizen effectiv $10\frac{1}{4}$ à $10\frac{3}{4}$ fl. nach Qualität, gut lieferbarer per März $10\frac{2}{3}$ à $\frac{5}{6}$ fl.; Roggen effectiv $9\frac{1}{3}$ à $9\frac{1}{2}$ fl., gut lieferbarer per März $9\frac{1}{2}$ fl.; Gerste pfälzische $7\frac{1}{2}$ fl., fränkische $7\frac{5}{6}$ fl., alles per netto 100 Kilog.; Hafer $3\frac{3}{4}$ fl. per Malter; Bohnen $10\frac{1}{2}$ à $11\frac{1}{2}$ fl., Erbsen $9\frac{1}{2}$ à $10\frac{1}{2}$ fl., Linsen kleine 11 à 14 fl., breite 18 fl., Mohnsamen 15 fl., Kohlsamen $13\frac{1}{2}$ à $\frac{2}{3}$ fl. per Malter. Rüböl fester, effectiv 33 Thlr. per 280 Pfund l. G. mit Faß, per März $35\frac{1}{2}$ Thlr.; Mohnöl effectiv $26\frac{1}{2}$ à 27 fl. per 50 Kilogr. ohne Faß. Roher Talg 21 à $21\frac{1}{2}$ fl. Branntwein $31\frac{1}{2}$ à 32 fl. per Ohm excl. Octroi. Spiritus unverändert. In der Fruchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 642 Säcke Waizen à 9 fl. 30 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 259 Säcke Korn à 8 fl. 13 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 162 Säcke Gerste à 5 fl. 20 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 217 Säcke Hafer à 3 fl. 30 kr. pr. Sack von netto 120 Pfund; vorher außerhalb derselben: 252 Säcke Waizen à 9 fl. 37 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 7 Säcke Korn à 8 fl. 4 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 96 Säcke Gerste à 5 fl. 45 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 9 fl. 33 kr., Korn 8 fl. 13 kr., Gerste 5 fl. 25 kr. Mehl- und Brodpreise unverändert. Der Hirsemarkt war wie zuletzt befahren; das Angebrachte ging zu $10\frac{3}{4}$ bis 11 fl. per Malter ab. (Rh. H. Z.)

Telegraphische Coursberichte.

Amsterdam, 19. Nov. $2\frac{1}{2}$pCt. Integr. $63\frac{3}{8}$. — 4pCt. Certific. $95\frac{3}{16}$. — $3\frac{1}{2}$pCt. Synd. —. — 4pCt. Russ. bei Hope $91\frac{7}{16}$. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz —. — 3pCt. Spanische inl. $45\frac{3}{8}$. — 1pCt. do. Neue $24\frac{15}{16}$. — 5pCt. Silber-Metall. $89\frac{15}{16}$. — 5pCt. Metall. $77\frac{11}{16}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. 40. (Synd.)

Paris, 19. Nov. $4\frac{1}{2}$pCt. Rente 107, 25. — 3pCt. do. 86, 10. — Piemont 100, 50. — 3pCt. Span. $46\frac{1}{8}$. — 1pCt. do. $24\frac{3}{8}$. (Synd.)

London, 19. Nov. 3pCt. Stocks $100\frac{7}{8}$. — 3pCt. Span. $51\frac{5}{8}$. — 1pCt. do. $24\frac{7}{8}$. (Synd.)

Antwerpen, 19. Nov. 5pCt. Belgische $100\frac{1}{4}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $56\frac{1}{4}$. — 3pCt. Span. $45\frac{3}{4}$. — 1pCt. do. $24\frac{9}{16}$. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

Concert-Anzeige.

Eingetretener Hindernisse wegen sehe ich mich veranlaßt, mein auf Montag den 22. d. M., im Saale der Loge Sokrates, Abends 7 Uhr, angekündigtes Concert, nun auf **Dienstag den 23. d. M.** zu verschieben. Das Programm und Billets à fl. 1. 45 kr. sind von Montag an in der Musikhandlung des Herrn André, Zeil, Haus Mazort, zu haben.

[2627] **RUD. GLEICHAUF.**

[2602] Es werden hierdurch die unbekannten Erbberechtigten der hierselbst verstorbenen Wittwe des Kriegsbaumeisters Georg Auffarth, Anna Elisabeth geborne Großkurth, öffentlich aufgefordert, in dem auf

den 14. k. M., Vormittags 10 Uhr,

vor unterzeichnetem Gericht anberaumten Termine ihre Erbrechte geltend zu machen und zu begründen, widrigenfalls dieselben bei der Verfügung über den Nachlaß nicht berücksichtigt werden sollen.

Cassel, am 9. November 1852.

Kurfürstliches Stadtgericht.

Giller. vdt. Möller.

[2538] **Bekanntmachung.**

Der Former und Krämer George Rabe dahier hat seine Zahlungsunfähigkeit angezeigt. Es werden daher die Gläubiger desselben zur summarischen Anmeldung ihrer Forderungen sowie zum Güteversuch bei dem Rechtsnachtheile der Ausschließung auf

den 2. December d. J.,

Vormittags 9 Uhr (Contumacirstunde),

vor hiesiges Justizamt mit dem Bemerken vorgeladen, daß die nicht erscheinenden Gläubiger an den Beschluß der Mehrzahl der erschienenen gebunden sind.

Homberg am 5. November 1852.

Kurfürstliches Justizamt.

Fulda. vdt. Limberger.

[2544] **Edictalladung.**

Der Wirth Peter Ringler von hier hat heute die Erklärung abgegeben, daß er sich außer Stand befinde, seine Gläubiger zu befriedigen. Es wird daher zur Abwendung eines förmlichen Concurses zunächst zum Güteversuch Termin auf

den 2. Dezember d. J., Morgens 9 Uhr,

angesetzt, in welchem die Gläubiger des gedachten Peter Ringler ihre Forderungen summarisch zu liquidiren haben, bei dem Rechtsnachtheil, daß die zurückbleibenden Gläubiger als dem Beschlusse der Mehrzahl der erscheinenden beitretend angesehen werden sollen. Friedewald, den 3. November 1852.

Kurfürstlich Hessisches Justizamt das.

Schreiber.

vdt. König.

[2517] **Vorladung.**

Nachdem der Handelsmann Alexander Schwab zu Hanau angezeigt hat, daß er zur vollständigen Befriedigung seiner Gläubiger nicht im Stande sei, wird für dieselben zur Anmeldung ihrer Forderungen, zum Versuche einer gütlichen Vereinigung unter sich und mit dem Gemeinschuldner, sowie zur Wahl eines Curators der Masse, Termin auf

den 8 Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr,

vor das unterzeichnete Gericht bestimmt. Diejenigen Gläubiger, welche in dem vorerwähnten Termin nicht erscheinen sollten, werden als dem Beschlusse der erschienenen beitretend angesehen werden.

Hanau, den 3. November 1852.

Kurfürstliches Justizamt I.

Hartmann.

vdt. Liederknecht.

[2537] **Bekanntmachung.**

Nachdem der über die minderjährigen Kinder des verstorbenen Handelsmanns Jonas Goldschmidt von hier bestellte Vormund Handelsmann Jacob Moritz von da, Namens seiner Mündel, die Erbschaft deren Vaters ausgeschlagen und die Insolvenz des Nachlasses unter Bescheinigung der Schulden und Forderungen desselben glaubhaft angezeigt hat, wird Termin zur summarischen Schuldenliquidation, unter Vorzeigung der darüber sprechenden Urkunden, sowie zum Versuch der Güte zwischen dem den Gemeinschuldner vertretenden Vormund oder Curator und den Massegläubigern und unter diesen unter sich selbst, eventuell auch zur Wahl eines Massecurators bez. Genehmigung des unterdessen gerichtsseitig anzuordnenden Curatel auf

den 3. December d. J., Morgens 9 Uhr

(Contumacirzeit), unter Androhung des Rechtsnachtheils hiermit bestimmt, daß die nichterscheinenden Gläubiger dem Beschlusse der Mehrzahl der Erschienenen als beitretend werden erachtet werden.

Langenselbold, den 30. October 1852.

Kurfürstliches Justizamt.

Menz. vdt. Scherer.

[2621] **Oeffentliche Aufforderung.**

In Folge testamentarischer Anordnung und mit Rücksicht auf den zum Erben eingesetzten abwesenden Franz Ludwig Carriere ist seither die Verlassenschaft des am 15. Juni 1819 in Griedel verstorbenen Pfarr-Vicar Friedrich Ernst Carriere curatorisch verwaltet worden. Eben so ein Legat, das diesem Franz Ludwig Carriere aus dem Nachlaß des Amtmann Liebknecht zu Butzbach, und der Chausseebaumeister Ludwig Wittwe seiner Zeit angefallen ist. Indessen würde Franz Ludwig Carriere, geboren den 19. Juli 1782 in Braunfels, und 1802 Pfarrer in Holzheim, später in Griedel, falls er noch lebte, seit dem 19. Juli l. J. das 70ste Lebensjahr zurückgelegt haben; auch ist während dieser ganzen Zeit, so lange die Curatel besteht, keinerlei Nachricht von ihm eingegangen. Auf den Antrag der Erben wird daher gedachter Franz Ludwig Carriere und wer sonst Ansprüche an die vorerwähnten bisher curatorisch verwalteten Massen zu haben glaubt, hierdurch aufgefordert, diese Ansprüche bei dem unterzeichneten Gericht binnen einer zerstörlichen Frist

von 60 Tagen,

vom ersten Erscheinen dieser Aufforderung an gerechnet, geltend zu machen, oder zu erwarten, daß Franz Ludwig Carriere für verschollen erklärt und alles seither curatorisch verwaltete Vermögen den aufgetretenen Erben ohne weitere Caution überlassen wird.

Butzbach, den 15. November 1852

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Ebel.

[2453] **Bekanntmachung.**

Nachdem über das Vermögen des Johann Heinrich Kratz II. von Wahebach der förmliche Concurs erkannt worden, werden alle diejenigen, welche Ansprüche irgend einer Art an ihn zu bilden haben, aufgefordert, dieselben bei Meidung stillschweigends eintretenden Ausschlusses von der Masse,

Donnerstag den 16. December l. J.,

Morgens 10 Uhr,

bei unterzeichnetem Gerichte geltend zu machen. Zugleich soll ein Arrangement versucht und in Entstehung der Güte nach den Beschlüssen der Mehrheit der anwesenden Gläubiger ein Curator und ein Ausschuß erwählt werden.

Hungen, 15. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.

Hofmann. Langsdorff.

[2619] **Bekanntmachung.**

Nachdem das unterfertigte Gericht durch Beschluß vom 15. l. Mts. an die Stelle der seitherigen, auf ihren Antrag ihrer Pflichten wieder entbundenen Curatoren des durch stadtgerichtliche Verfügung vom 5. October 1840 der eigenen Verwaltung seines Vermögens entsetzten hiesigen Bürgers und Handelsmanns Franz Carl Hiller, die Herren Doctoren der Rechte Georg Fresenius sen. und Wilhelm Gwinner zu dessen Curatoren bestellt hat, so wird solches andurch mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß alle Rechtsgeschäfte, welche Franz Carl Hiller ohne Zustimmung seiner genannten Curatoren eingehet, als unverbindlich und nichtig zu erachten sind.

Frankfurt a. M., den 18 November 1852.

Stadtgericht II.

Dr. Eysen, 1r Secr.

Cours der Staats-Papiere. 20 November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.i.S.b.Roths)	95 1/4 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	95 1/2 P.
»	5% do.v.J.1852L.à17ℓ	94 5/8 bez. u. G.
»	5% L. V. (C. b Roths)	88 3/4 bez. u G.
»	5% do.Monte C.i.S.i.M	84 3/8 P.
»	Bank-Actien . . .	1385 P. 79 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81 1/4 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	81 1/4 G.
»	5% ditto 1852	81 5/8 G.
»	4 1/2% ditto	72 1/4 P. 1/8 bez. 72 G.
»	4% ditto	64 1/4 P. 3/8 G.
»	3% ditto	48 G.
»	2 1/2% ditto	40 3/4 G.
»	1% ditto	16 1/8 P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	117 G.
»	fl. 500 » ditto	191 G.
»	4 1/2% Oblig. b. Bethm.	80 3/8 P.
»	4% » » »	71 P.
Preussen .	3 1/2% Staatsschulds.	93 1/4 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	112 3/4 P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 1/2 G.
»	4 1/2% ditto	100 5/8 P. 3/8 G.
»	4% ditto	96 3/4 G.
»	4% Ablös.-Rente .	96 1/2 P. 1/4 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	92 3/8 P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	96 3/8 G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103 1/4 P. 102 3/4 G.
Württemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 7/8 P. 5/8 G.
»	3 1/2% ditto	90 1/2 P. 1/4 G.
Baden . .	5% Obligationen . .	102 G.
»	4 1/2% Obligationen	102 3/4 G.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	90 7/8 P. 3/8 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/4 P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 3/8 P. 1/8 G.

		Per comptant.
Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34 7/8 P. 5/8 G.
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	44 3/4 G.
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	101 1/2 G.
»	4% ditto b. Rothsch.	98 3/4 G.
»	3 1/2% ditto b. Rothsch.	91 1/2 G.
»	fl. 50 Loose . . .	90 3/4 P. 1/2 G.
»	fl. 25 Loose . . .	31 5/8 P. 3/8 G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/4 P.
»	4% ditto	99 3/4 P.
»	3 1/2% ditto	91 1/8 P. 90 7/8 G.
»	fl. 25 Loose . . .	28 3/4 P. 1/2 G.
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	94 G.
»	3 1/2% » v. 1846	93 3/4 P. 1/2 G.
»	3% » . . .	85 3/4 P.
»	Taunusbahnact. .	303 P. 301 G.
Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	102 1/4 P. 101 3/4 G.
»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	91 3/4 G.
»	4% » b. Stieglitz »	90 7/8 G.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91 1/2 G.
Spanien	3% inl. Sch. P. fl.2.30	45 1/2 P. 3/8 G.
»	1% Neue » »	24 15/16 bez u. G.
Holland .	4% Certificate . .	95 1/2 G.
»	3 1/2% Syndicats .	94 1/2 G.
»	2 1/2% Integrale .	63 3/4 G.
Belgien .	5% Obl. in L. à fl 12b. R.	99 1/2 P.
»	4 1/2% Obl. in F. à 28 kr.	99 5/8 P. 3/8 G.
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	93 G.
»	2 1/2% Obl. b. Rothsch.	56 1/2 G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	99 1/2 P. 99 G.
»	5% Obl. b. Hambro	96 P. 95 3/4 G.
»	Sardinische Loose .	41 1/2 G.
Toscana	5% Obl. 1850 (C. b. Golds.)	101 P.
»	5% » 1851. b. Bastogi (do.)	97 1/2 P.
N. Amerika	6% Stocks Doll. 2. 30.	116 3/4 P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 20 November		Per comptant
Amsterdam .	k.S.	100 3/4 B. 1/2 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg . .	k.S.	120 B. 119 3/4 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin	k.S.	105 1/4 B 104 3/4 G.
(60 Thlr.) .	3M.	— —
Bremen (50	k.S.	97 1/4 B.
Rthlr. i. Ldor.	3M.	— —
Hamburg . .	k.S.	89 1/4 B. 88 3/4 G.
(100 Mk. Bc.)	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104 3/4 G.
London . . .	k.S.	118 3/4 B. 1/2 G.
(10 Livr. St.)	3M.	118 1/4 B.
Lyon	k.S.	94 3/4 B.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Mailand (250	k.S.	103 1/2 B 1/4 G.
Lir. Austr.)	3M.	— —
Paris	k.S.	94 3/4 B. 1/2 G.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Wien (100 fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	102 3/4 B. 1/2 G.
Disconto		2 3/4 B. 3 1/4 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl. 9	43-44
Pr. Friedrichsd'or	» 9	54-55
Holl. 10 fl. Stücke	» 9	50 1/2-51 1/2
Rand-Ducaten .	» 5	37-38
20 Francsstücke	» 9	26 1/2-27 1/2
Engl. Sovereigns	» 11	51
Gold al Marco	»	382-83
5 Frankenthaler	» 2	21-1/2
Preuss. Thaler	» 1	45-1/4
Preuss. Cassa-Sch.	» 1	44 3/4-45 1/2

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nr. 278.) 21. November 1852.

Dienende Gegner.

Frankfurt, 20. November.

Wir machen am Vorabend der Abstimmung über die Kaiserfrage auf die großen Dienste aufmerksam, welche dem Prinzen Napoleon seine Feinde leisten. Die Protestation Heinrich des Fünften mit der Aufforderung an seine Anhänger, ihre Zustimmung zur Errichtung des Kaiserthrons entschieden zu verweigern, prägt dem Plebiscit zugleich den Charakter eines Richterspruchs über den Anspruch des Prätendenten auf. Mit der Besatzung der Kaiserfrage ist dieser Anspruch ausdrücklich zurückgewiesen. Bestände einige Hoffnung, daß die Erinnerung und die Warnung des Grafen v. Chambord Frankreich zu einem bebergten Nein umstimmen, oder daß sie wenigstens eine auffallend große Anzahl Bürger zu einer stillschweigenden Protestation veranlassen würde, so konnte der Schritt als politisch gerechtfertigt erscheinen. In einigen Tagen werden wir den Beweis geführt sehen, daß er ein politischer Fehler war. Ihr sein geprüft und zu leicht befunden worden! Das allein wird das Ergebniß sein. Ob eine Protestation nach der Abstimmung genützt haben würde, wagen wir nicht zu behaupten: diejenige vor derselben wird aber mehr schaden, als zu jeder Zeit damit zum Besten der ältern Bourbonischen Linie zu wirken war.

Ein anderer gleich großer Dienst ist von dem Verein der Freunde Italiens am 10. d. M. in der Musikhalle der Store-Street dem Prinz-Präsident erwiesen worden. Die Verbrüderung der Nationen wurde dort neu besiegelt, die Schilderhebung der Ungarn und Italiener abermals angekündigt, die Pflicht der englischen Politik im Interesse der Nationalfreiheiten wiederholt erörtert, und im Sinne der Palmerston'schen Verwaltung anerkannt. Die Zurückhaltung Kossuths war noch beredter, als die Philippica, welche Mazzini gegen die alten Monarchien schleuderte. Die Agitation mit Wort und Schrift wird aufgegeben, das letzte Heil im Schwert gesucht. Man sieht, es muß Napoleon über die Schwierigkeiten, welche bei den Cabineten der Titel Napoleon der Dritte erregen kann, hinausgehoben werden. Die Revolutionäre sind die Auskunft, an welcher sich die Vorsehung bedient, um den Thron des Absolutismus im Westen zu erneuen und zu befestigen.

Deutschland.

= **Vom Main**, 20. Nov. Die „Frankfurter Postzeitung" konnte allerdings den Vorwurf der Parteilichkeit nicht handgreiflicher zurückweisen, als durch Aufnahme des Artikels in der Beilage zu Nr. 272, über die Behandlung der Katholiken in Mecklenburg-Schwerin, da der Artikel ein unüberlegtes Gewebe von gänzlicher Verkennung tatsischer und rechtlicher Verhältnisse ist, sowohl derjenigen, auf welche es in der fraglichen Angelegenheit im Allgemeinen ankommt, als derjenigen, welche in der in Bezug auf genannten Schrift des Herrn v. Linde angeregt sind. Hoffentlich wird der Verfasser, welcher, nach angeblicher Versicherung Wohlunterrichteter, nächstens eine erschöpfende Darstellung der Verhältnisse durch den Druck zu verbreiten beabsichtigt, die officiellen Quellen mit mehr Umsicht, Einsicht und Gewissenhaftigkeit benutzen, als der Correspondent (in Nr. 272, Beil.) die Linde'sche Schrift zu benutzen fähig gewesen; denn sonst möchte die Entwickelung der Angelegenheit noch beklagenswerther als der Anfang ausfallen. Wir wollen uns, um der aus officiellen Quellen geschöpften angekündigten Schrift nicht vorzugreifen, vorerst hier darauf beschränken, die Leser darauf aufmerksam zu machen, daß in dem mehrerwähnten Artikel in der Beilage Nr. 272 Alles entstellt ist. Denn es ist erstens unwahr, daß v. Linde nur aus dem einen Grunde die gänzliche Umgestaltung des frühern Rechtszustandes in Mecklenburg behauptet. Es sind in der Linde'schen Schrift vielmehr außer dem einen Grunde noch zwei andere, und diese ausführlicher noch als der eine, dafür angeführt und in Anwendung gebracht worden, nämlich die deutsche Reichs- und Bundesgesetzgebung (D. H. S. v. 1803 und deutsche Bundesakte) und die großherzoglich mecklenburgische Particulargesetzgebung. Zweitens ist es unwahr, daß Linde selbst anerkannt habe, daß das Verfahren der großherzoglich mecklenburgischen Regierung den auf dem westfälischen Frieden beruhenden Gesetzen vollkommen entspreche; es ist in der Schrift vielmehr das Gegentheil angedeutet. Irrig in jenem Artikel aber ist unter anderm: erstens, daß staats- und völkerrechtliche Verträge der fraglichen Art (Rheinbundesacte und Accessionsverträge nämlich) näherer und bestimmterer gesetzlicher Anordnungen bedürfen, um zu einer gesetzlichen Norm zu werden. Denn soll das heißen, um zu einem formell und materiell giltigen Rechtsgrundsätze erhoben zu werden, so ist darauf mit Klüber wörtlich zu erwiedern: „Dagegen mußten und müssen ... alle Bestimmungen der rheinischen Bundesacte fernerhin wirksam sein, welche nicht föderativer Natur sind ... Von solcher Art ist eine ganze Reihe von Rechtsverhältnissen, die in Stipulationen der Rheinbundacte, oder in den über den Beitritt zu derselben errichteten Verträgen ihren Entstehungsgrund haben ... Als Beispiele dienen ... die Freiheit der katholischen Religionsübung, welche der Protector in allen Accessions- von Acceptionsverträgen der neu aufzunehmenen rheinischen Bundesfürsten evangelischer Religion stipulirte, namentlich in den Ländern der Herzoge von Mecklenburg." Daß es nun, wie jener Artikel in Nr. 272 der „P. Z." naiv versichert, „auch Verheißungen gibt, die nicht ins Leben treten", ist leider Gottes eben so wahr, als es bedauerlich ist; aber hier handelt es sich um eine Verheißung, die einmal ins Leben getreten ist, um deren Todtschlagung man sich jetzt bemüht, und, um wieder Klübers Worte zu gebrauchen: um „Rechtsverhältnisse von nicht föderativer Natur, bei welchen die Vertragsstipulation bereits in Erfüllung gegangen, mithin ein Recht auf ihre Fortdauer ex pacto schon erworben, deren Dasein und Rechtsgiltigkeit längst schon bleibend geworden war, ehe der rheinische Bund sein Ende erreicht hatte, bestehende Rechtsverhältnisse, die durch einen neuen Vertrag weder aufgehoben noch verändert worden sind." Ein Zeitungsartikel, der darauf aufmerksam macht, daß im Leben oft das Wort gebrochen werde, kann einer Regierung nicht zur nachahmungswürdigen Marime dienen. Die Behauptung aber, daß nur der Rheinbund, wenn er noch existirte, den Katholiken Mecklenburgs zu ihren Rechte verhelfen konnte, involvirt zugleich die, daß dem Großherzog von Mecklenburg seine durch den Rheinbund erlangten Souveränitätsrechte auch nur durch den Rheinbund, wenn er noch existirte, im Beanstandungsfalle gerettet werden könnten; und dieser Consequenz allein wegen, wird man wohl geneigt sein, jene Behauptung für mehr noch, als eine Absurdität zu erklären. Der deutsche Bund wird schon herausfinden, was aus dem ehemaligen deutschen Reichsverbande, sowie aus dem Rheinbunde, an Rechtsverhältnissen übrig geblieben und zu schätzen ist, so wie man in der Bundesversammlung auch schon wissen wird, daß die Bundesgesetzgebung Stimmenmehrheit nicht ausschließt, wo es sich um Anerkennung der Regierungsrechtlicher Garantien im Betreff der Religionsangelegenheiten handelte; sondern nur ausschließt, wo es sich um Aufstellung neuer Grundsätze fragt. Irrig ist zweitens: daß die mecklenburgische Landesgesetzgebung vor der Mitte des Jahrs 1852, seit 1808 auch nur versucht hätte, die Gleichstellung der Katholiken mit den Lutherischen zu beschränken; — und hätte sie es versucht, so wäre es ein Unrecht gewesen. Irrig ist drittens: daß es, bezüglich der jüngsten Ereignisse in Mecklenburg-Schwerin, sich gar nicht um Duldung und Hausandacht, sondern darum handle, ob jedermann an Orten, welche einem bestimmten Parochialverbande angehören, beliebig ohne Landesherrliche Genehmigung einen Gottesdienst unter Assistration ausländischer unbekannter Personen als Geistlicher einzurichten berechtigt sein könne. Allerdings handelt es sich in so fern nicht mehr um Duldung, als die katholische Religion in Mecklenburg mit der protestantischen nunmehr völlig gleichberechtigt, also receipirt, ecclesia recepta, civiliter approbata ist; aber unwahr ist, daß aus den unterschobenen Gründen die mecklenburger Regierung den katholischen Geistlichen in Schwerin die Abhaltung des katholischen Gottesdienstes in Dömitz untersagt, oder den katholischen Gutsbesitzern des Kammerherrn v. d. Kettenburg vertrieben habe. Diese Priester waren sämmtlich weder Ausländer noch unbekannte Personen. Deren Eigenschaften als Heimatsberechtigte und ordinirte katho-

lische Priester hat man nicht einmal zu verkennen dissimulirt. Die mecklenburgische Regierung hat vielmehr in den betreffenden Erlassen durchweg davon kein Hehl gemacht, daß sie die Eigenschaft der betreffenden Personen als katholischer Priester wohl kannte, daß sie den Charakter der katholischen Kirche aus ihrem Rechtsstand einer recipirten in den einer tolerirten zu verwandeln Lust habe, und daß sie, auf diesem neuen, der katholischen Kirche in Mecklenburg widerrechtlich zu octoyirenden Boden „die katholische Religionsübung nicht anders wie in den katholischen Kirchen zu Schwerin und Ludwigslust, während des Pfingstmarkts in Rostock, sowie einmal jährlich in Lützow gestatten wollte"; und daß sie katholische Hausandacht mit Zuziehung eines katholischen Priesters bei dem Herrn v. d. Kettenburg weder dulden, noch die ausdrückliche in Antrag gebrachte Erlaubniß ertheilen wollte. Das Alles ist in der Schrift von Linde urkundlich nachgewiesen, auch ausgeführt, wie bei vollständiger Gleichstellung der Katholiken mit den Lutherischen der Hausgottesdienst bei erstern ohne Zuziehung eines katholischen Priesters undenkbar ist und als rechtliche Consequenz nicht verhindert werden darf. Aber das Alles scheint der Verfasser des Artikels in der Beilage der „Frankfurter Postzeitung" entweder nicht gelesen zu haben, oder nicht begreifen zu können, oder ignoriren zu wollen. Wir müßten die Schrift von Linde hier vollständig recapituliren, wenn wir alle absichtlichen und affectirten Ommissionen, Entstellungen und irrthümliche Auffassungen und verkehrte Erklärungen, womit der Artikel angefüllt ist, aufklären wollten, was offenbar über den Raum der Zeitung hinausgehen müßte. Wir sind aber ganz damit einverstanden, daß nur diejenigen in Mecklenburg ein Vorwurf wegen des religiösen Unfriedens trifft, welche durch Störung des bestehenden Rechtszustandes und durch einseitigen Parteieifer eine religiöse Aufregung herbeiführen; behaupten aber, daß dieser Vorwurf bis jetzt die mecklenburgischen Katholiken und katholischen Priester, die daselbst seither functionirt, weder nach dem, was die Regierung behauptet, noch was darüber sonst bekannt geworden ist, trifft, und behalten uns vor, darauf zurückzukommen, sobald die in Aussicht gestellte erschöpfende Darstellung aus den officiellen Quellen erschienen ist. Dann wird es sich auch zeigen, in wieweit es zweckmäßig ist, die Rechtsirrthümer über den Umfang des Begriffs bürgerlicher Rechte, über den Inhalt des Art. 16 der B. A., des westfälischen Friedensinstruments, des D. H. S. von 1803, der Ausführungsverordnungen der mecklenburgischen Regierung und dergl. m. näher aufzuklären. Eine sorgfältige Prüfung der Linde'schen Schrift wird bei den meisten ihrer Leser ohnehin grade die entgegengesetzte Ueberzeugung jetzt schon bewirken, die der Verfasser des Artikels in der Beilage zu Nr. 272 der „Postzeitung" gewonnen zu haben versichert. Wir vermuthen, daß die Ueberzeugung um so sorgenvoller, als die Prüfung sorgfältig gewesen ist.

⚲ **Berlin**, 18. Nov. Die durch mehrere Zeitungen gegangene Kunde, der Herr Handelsminister v. d. Heydt habe eine Zusammenkunft mit dem französischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Magne, gehabt, um mit diesem einen Handelsvertrag mit Frankreich vorläufig zu verabreden, entbehrt jeglichen Grundes. So lange Frankreich hartnäckig an dem von ihm befolgten protectionistischen Handelssystem festhält, wäre an sich schon eine Verständigung kaum denkbar: was aber noch weit schwerer in die Wage fällt, ist die Rücksicht, die Preußen auf den Zollverein zu nehmen hat, über dessen Fortbestand immer günstigere Nachrichten einlaufen. Bevor diese Frage definitiv entschieden und in Frankreich eine feste Ordnung der Dinge hergestellt ist, werden von hiesiger Seite keine Schritte geschehen, um neue Handelsverträge zu schließen. Daß die thüringischen Staaten sich einmüthig dahin aussprechen würden, daß sie zu Preußen unter allen Umständen zu halten entschlossen seien, ließ sich voraussehen und ist daher auch dem in Weimar gefaßten Beschlusse kein besonderes Gewicht beizulegen. Der Generalbevollmächtigte der thüringischen Regierungen, Staatsrath Thon, ist bereits wieder hier eingetroffen und hat seine Vorschläge dem Ministerium überreicht. — Die Berliner Wahlen haben nunmehr ihren vollen und bestimmten Charakter erhalten. So sehr auch Hr. von Manteuffel als Wahlmann des ersten Bezirks zu Gunsten seines Collegen, des Justizministers Simons, sprach; so warm Herr Geppert und die Anhänger des frühern Centrums es sich angelegen sein ließen, die Candidatur des Justizministers zu unterstützen, blieb derselbe gleichwohl gegen den Herrn Pochhammer in der Minorität, und heute trug im vierten Bezirk Geheimerath Matthis einen namhaften Sieg über den Polizeipräsidenten v. Hinkeldey davon. Erwägt man, daß Herr Matthis mehrere der heftigsten Artikel im „Berliner Wochenblatt" gegen das Ministerium Manteuffel verfaßt hat und nächst dem Professor Cl. Perthes wohl der eifrigste Mitarbeiter dieses Blattes ist, so wird man der auf ihn gefallenen Wahl eine große und nachhaltige Bedeutung nicht absprechen können. Ich müßte mich sehr täuschen, wenn die Kammern unter den gegebenen Verhältnissen vielleicht wider Willen nicht weit liberaler sich zeigen sollten, als nach den Wahlen sich erwarten ließ.

— Auf der Ostbahn ist gestern Mittwoch Abend leider ein erneuerter Unglücksfall vorgekommen. Ein Güterzug von Braunsberg, der nach Stettin gehen sollte, ist in Filehne verunglückt. Eine Maschine und ungefähr zehn Wagen wurden zertrümmert; Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Selbst der Maschinist, der die Locomotive führte, soll sich gerettet haben. Auch von anderweitigen Beschädigungen von Personen wurde außer einem Unfall, der einen Güterschaffner durch den Bruch der Beine getroffen, nichts gemeldet. Die Eisenbahn ist augenblicklich unfahrbar, weil außerhalb des Filehner Bahnhofs, nach Schönlanke zu, die umgestürzten Wagen liegen, mit deren Wegräumung die Verwaltung beschäftigt ist. Der Unfall ist durch einen Zusammenstoß zweier Züge entstanden. Der von Schönlanke eintreffende Zug begegnete dem von Filehne im Abgang begriffenen.

Neueste Nachrichten.

ᴪ **Frankfurt**, 20. Nov. Dem Vernehmen nach sind Untersuchungen eingeleitet über die mancherlei am 9. November (Blums Todestag) stattgehabten Demonstrationen, und besonders über eine in einem Wirthslocale an der Bornheimer Haide, in dessen Nähe eine schwarze Fahne aufgesteckt war, abgehaltene Versammlung. — In gut unterrichteten Kreisen hört man versichern, daß in nächster Zeit, vielleicht schon im Lauf der nächsten Woche, einige Rathswahlen vorgenommen würden. Wenn man befürchtet, daß man von manchen Seiten gegen diese Wahlvornahme Verwahrung einlegen wird, so dürfte sich wohl diese Annahme als ungegründet erweisen, indem ein solcher Schritt jetzt, wo lediglich die Vorschrift der Constitutions-Ergänzungsacte maßgebend ist, nicht vorliegt. Die gesetzgebende Versammlung wählt aus ihrer Mitte sechs Mitglieder zum Wahlcolleg, unter welchen sich, wenn ein langjähriger Gebrauch auch für diesmal eingehalten wird, zwei der aus dem Bürgerausschuß deputirten Mitglieder befinden. — Wie man hört, konnte der wegen Mordversuchs auf Herrn Schöff v. Heyden zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilte Herlich, ungeachtet vollkommen genügender Indicien, nicht zur Ablegung eines Geständnisses vermocht werden. — Das am Donnerstag Nachmittag gegen 3 Uhr über die Stadt mit heftigem Sturmwind gezogene Gewitter hat sich in der Nähe von Langen (3 Stunden von hier in südlicher Richtung) unter Donner und Blitz, begleitet von heftigem Hagelsturm, entladen. — Heute Nachmittag 12½ Uhr scheiterte an der alten Mainbrücke ein mit Gerste befrachtetes, nach dem Rhein bestimmtes Schiff. Die ganze Ladung, 900 Centner, ging zu Grund. Der Schaden beläuft sich, soweit derselbe die Ladung betrifft, auf etwa 1600 fl.

⤧ **Wien**, 18. Nov. Aus Rom sind Depeschen eingetroffen, welche sich zwar hauptsächlich auf das mit Oesterreich abzuschließende Concordat beziehen, zugleich aber auch eine Hindeutung auf die Lösung der zwischen Rom und Turin noch bestehenden Differenzen enthalten; — es heißt nämlich, daß der Zeitpunkt nicht mehr ferne sei, wo auch zwischen Rom und Turin ein neues Concordat abgeschlossen werden wird. Die Mission des Erzbischofs von Genua, Monsignore Charvaz, wird uns als in dieser Beziehung von besonderm Erfolg begleitet bezeichnet. Ein weiterer Umstand, weßwegen an einer vollständigen Verständigung kaum mehr gezweifelt werden kann, besteht in der Absendung des Marchese Spinola nach Rom. Man wird sich erinnern, daß dieser Diplomat vor kurzer Zeit von Rom abberufen wurde, weil er in einige von dem päpstlichen Stuhl aufgestellten Bedingungen, welche die Modification der „Siccardischen Gesetzgebung" betrafen, gewilligt hatte, ohne von dem Cabinete Azeglio ermächtigt gewesen zu sein. Die Wiedererwählung des Marchese Spinola zum außerordentlichen Bevollmächtigten in Rom muß daher um so mehr als ein Beweis angesehen werden, daß man in Turin eine Versöhnung mit Rom aufrichtig anstrebt, als es hinlänglich bekannt ist, daß der Marchese seit jeher eine solche Verständigung befürwortete, was denn auch seiner Zeit die Ursache war, daß ihm der Chavalier de Sambuy beigegeben wurde.

* **Wien**, 18. Nov. Der „Lloyd" schreibt: Von glaubwürdiger Seite wird versichert, daß die Familie Wasa wegen Vermählung der Prinzessin Karola Wasa mit dem künftigen Kaiser Frankreichs bereits Vorbereitungen trifft. Die feierliche Verlobung wird somit Anfangs Januar stattfinden, und es kommen die Prinzessin und ihre Mutter aus diesem Anlasse nach Wien, wo sich Se. königl. Hoheit Prinz Wasa bereits befindet.

* **Berlin**, 19. Nov. Die „N. Pr. Ztg." meldet: Der Abschluß der Zollverhandlungen mit den thüringischen Staaten steht hier in den nächsten Tagen bevor. — Die Gerüchte von einer bereits erfolgten Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen entbehren jedes sichern Anhalts; wir können nur berichten, daß Oesterreich sich einer Verständigung zugeneigt zeigt.

‡ **Wiesbaden**, 20. Nov. In einem Artikel der „Frankfurter Postzeitung" vom 19. d. M., welcher auch in die Nummer 276 der „Mittelrheinischen Zeitung" übergegangen ist, wurde behauptet, daß durch Nichteinzahlung der ersten Hälfte der bei der nassauischen Staatsregierung zu hinterlegenden Caution von 20,000 Pfd. St., also jetzt 10,000 Pf., die dem belgischen General Niellon gegebene Vorconcession zum Bau einer Eisenbahn von Deutz nach Wiesbaden als erloschen zu betrachten sei. Obschon die Unkenntniß des thatsächlichen Verhältnisses seitens des Correspondenten schon aus dem Umstande hervorging, daß seit dem 15. d. M., worauf sich nun das fraglichen Artikels, die Zeit zur Cautionsleistung noch nicht ablief, mag dem ungeduldigen Correspondenten doch zur Nachricht dienen, daß die gedachte Cautionsleistung durch baare Einzahlung in die herzoglich nassauische Staatskasse prompt erfolgt, mithin von Seiten des Concessionsnehmers die Vorbedingung erfüllt ist.

‡ **Paris**, 19. Nov. Der „Moniteur" veröffentlicht heute eine Notiz gegen die Verbreiter falscher Nachrichten, welche Beachtung verdient. Sie lautet: „Seit einiger Zeit macht sich die Böswilligkeit ein Geschäft daraus, beunruhigende Nachrichten zu verbreiten. Alle diese Gerüchte sind falsch. Nicht nur in Paris, sondern auch in den Departementen werden solche Versuche gemacht. In den letzten Tagen haben sie sich mit größerem Nachdruck erneut. Die öffentliche Meinung wird sich durch die Manöver, deren Zweck leicht zu begreifen ist, nicht irre führen lassen." — Veranlassung zu dieser Notiz sollen gestern an der Börse und andern Orten in Umlauf gesetzte Gerüchte bedenklichen Inhalts gegeben haben; — eines derselben wollte von einem ernsten, dem Prinz-Präsidenten bei einem Spaziergang zugestoßenen Unfall wissen. — Der Zweck solcher Gerüchte kann kein anderer sein, als die Course der Werthpapiere zu drücken und das Publikum zu beunruhigen, um an Leichtgläubigen hat es niemals gefehlt. Der Notiz des „Moniteur" einen besseren Nachdruck zu geben, hat der Polizeipräfect an allen Straßenecken der Hauptstadt eine Bekanntmachung anschlagen lassen, in welcher allen Erfindern und Verbreitern solcher Nachrichten, auch wenn letztere nur „im guten Glauben" wiederholt würden, die strengste Bestrafung angedroht wird. Die Strafen selbst, welche das Gesetz in diesem Falle bestimmt, sind in der Bekanntmachung aufgeführt. — Uebrigens hat auch der Präfect des Pas-de-Calais eine ähnliche Verwarnung in alle Blätter seines Departements öffentlich einrücken lassen. — Die Notiz des „Moniteur" und das Placat des Polizeipräfecten haben in Paris die billigendste Aufnahme gefunden und an der Börse eine sinkende Bewegung veranlaßt.

Der Seinepräfect hat folgende Proclamation erlassen: „Wähler des Seinedepartements! Ihr seid zum 21. November zusammenberufen, um durch einen feierlichen Act die Wiederherstellung des Kaiserreiches zu sanctioniren. Seit zwei Monaten bietet ganz Frankreich dem Neffen des Kaisers die Krone an; aber diese Zeugnisse öffentlicher Dankbarkeit, diese Huldigungen, welche seinem Stolz schmeicheln können, vermögen in seinen Augen den legalen Ausdruck des Volkswillens nicht zu ersetzen. Aus der Wahlurne soll zum drittenmal Napoleons glorreicher Name hervorgehen; der allgemeinen Abstimmung will der Prinz seine Legitimität verdanken. Paris, in diesen Zeiten der Prüfungen, die wir durchgemacht haben, in seinen theuersten Interessen so grausam verwundet, vernimmt glücklich die Anzeigen der sich vorbereitenden Umwandlung, und die Acclamationen, welche Ludwig Napoleons Rückkehr begrüßt haben, bürgen mir für euren Eifer, mit welchem ihr euch einfinden werdet, um durch eure Action den Wunsch Frankreichs zu verwirklichen und die verbrecherischen Hoffnungen der Parteien zu vernichten. Wenn das Kaiserreich für die ganze Welt der Friede ist, so ist es für Paris die Ordnung, der Reichthum, die Wohlfahrt. Werft einen Blick auf unsere Paläste, welche sich vollenden, auf diese Straßen, welche sich öffnen, auf unsern blühenden Handel; sehet, was schon eine temporäre, aber von der Liebe des Landes, welche das Gute eingibt, und vom Willen, der es ausführen kann, getragene Gewalt hat schaffen können. Welch eine neue Aera für die Hauptstadt, sobald ein feierlicher Act den mächtigen Händen des Prinzen, welchen die Vorsehung so sichtlich zur Rettung des Vaterlandes auserkoren hat, die Geschicke Frankreichs für immer anvertraut haben wird. Stimmt also wie am 10. December 1848, wie am 20. December 1851 und möge in diesem erhabenen Augenblick Paris, nur der Eingebung seines Patriotismus und seiner Dankbarkeit folgend, dem ganzen Lande das Beispiel einer großen Bürgerschaft geben, die sich der Vergangenheit erinnert und für die Zukunft schützen will! Es lebe Napoleon III. — Paris, 19. November 1852. Der Seinepräfect Berger.

Aus den Departementen gehen bezüglich der bevorstehenden Abstimmung die günstigsten Nachrichten ein. Die Revolutionsmanifeste haben überall Widerwillen erregt und den ihren Absichten entgegengesetzten Zweck erreicht.

Der Prinz-Präsident hat gestern Abend in Saint-Cloud die Mitglieder des Staatsraths und des Rechnungshofs empfangen.

** **Madrid**, 16. Nov. (Auf telegraphischem Weg nach Paris gelangt.) An die Stelle von Melchior Ordonnez ist Cristobal Bordin zum Minister des Innern ernannt; Don Mariano Miguel de Reynoso, der Handels- und Bauteninister, hat seine Entlassung genommen und sein Portefeuille ist interimistisch dem Don Bertran de Lys übergeben. Die amtliche Zeitung verkündet die Ernennung der Senatoren und Mitglieder des königlichen Rathes, Graf de Castillo y Ayensa, zum Gesandten beim heiligen Stuhl an des verstorbenen Grafen v. Colombi Stelle.

London, 18. Nov. Wegen der heute stattfindenden Todtenfeier erschienen unsere Blätter in Trauerrand. Alles Andere, was von diesem Trauerrande umschlossen wird, tritt zurück vor dem Andenken an den erlauchten Verstorbenen. In wie hohem Grade dies der Fall ist, mag man aus dem Umstande entnehmen, daß sämmtliche heutige Leitartikel der „Times", drei an der Zahl, den „Herzog" zum Gegenstande haben. Der Himmel begünstigt die Feierlichkeit des Tages. Mit einer für diese Zeit seltenen Milde und Klarheit blickt die Novembersonne auf die Straßen, Plätze und Parks der Weltstadt herab. Der Trauerzug bewegt sich seinem Ziele zu. Von dem Gebäude der berittenen Garden (Horse Guards), in der Nähe von St. James Park, aus hat er seinen Weg angetreten. Dorthin waren in der verwichenen Nacht die Ueberreste des eisernen Helden aus dem Invalidenhause von Chelsea gebracht worden. Schon vor dem Grauen des Morgens wogte in der Umgebung des Todten das regste Leben, und im Dunkel der Nacht rollten aus allen Essen und Enden des ungeheuren London zahllose Fuhrwerke aller Art dem Mausoleum des Helden, dem Tempel von St. Paul zu. Der den erst fertige Leichenwagen war gleichfalls in der vorigen Nacht nach den Horse Guards gebracht worden. Dort versammelten sich heute in vollem trauerrischen Pompe die am Trauerfest theilnehmenden Truppen zu Roß und zu Fuß. Befehlige wurden sie von dem Herzog v. Cambridge, unter Beihilfe des Prinzen von Sachsen-Weimar, Lord W. Pauletts, Lord G. Pagets und des Oberstlieutenants Tyrwitt. Um acht Uhr Morgens setzte sich der Zug in Bewegung; das Abfeuern von siebzehn Geschützen gab das Signal zum Aufbruch. Als die Heerschaar der Trauernden bei Buckingham Palace vorbeizog, erschien die Königin, begleitet von den königlichen Kindern und dem jungen hessischen Prinzen, auf dem Altan und verweilte daselbst, bis der Zug vorüber war. Dieser bewegte sich dann weiter an Constitution Hill vorbei durch Piccadilly, St. James Street und Pall Mall, und zieht jetzt langsam der City von London und der Ruhestätte des Helden entgegen. — In der City feiern heute die Geschäfte und die Börse ruht; alle Handelshäuser sind geschlossen.

London, 18. Nov. Heute. Die Leichenfeier des Herzogs v. Wellington in der Kathedrale zu St. Paul war kurz vor drei Uhr zu Ende. Die 17,000 gegen Eintrittskarten zugelassenen Personen waren sämmtlich in Trauerkleidung erschienen. Die Officiere des Land- und Seedienstes ausgenommen trug sich Alles tiefschwarz.

Börsenberichte.

‡‡ **Frankfurt**, 20. Nov. Ebenso wie gestern hielt auch an der heutigen Börse die willigere Stimmung vollkommen an, und bei allgemeiner Kauflust stellten sich die meisten Fondsgattungen abermals höher im Cours. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall 81¼ pCt. G.; 4½pCt. Metall. 72 pCt. G.; 5pCt. Lomb.-Venet. sehr begehrt 88⅜ pCt. G.; Wiener Bankactien 1379 fl. G.; 500 fl. Loose 191 pCt. G.; 250 fl. Loose 117 pCt. G. Von preußischen Fonds waren 4pCt. zu 24¼/₁₆ pCt. begehrt und gesucht. Inländische ebenfalls fester, 4½ pCt. G. Von den übrigen Papieren waren 5pCt. Metall. in Lire. Stark abermals gesucht bei besseren Preisen sehr gesucht. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn 44¼ pCt. G.; Verbach sehr beliebt 96¾ pCt. G.; Köln-Minden 112 pCt. G.; Taunus 301 fl. G.

Berlin, 19. Nov. Staatsch. 93⅞. G. — Köln-Minden 112⅜. G. — F.-W.-Nord. 41⅞ Brf., 40⅞ G., 41⅛ à ⅛ bez.

Paris, 19. Nov. 4½pCt. Rente 107, 25. — — 3pCt. 86. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 98. — Span. neue Diff. 24¼. — Neue 3pCt. 50¼. — Innere Schuld 46, ½. — Passive —. — Bankactien 2965. — Piemont 5pCt. 101¼. — Römisches Anlehen Juni 1850 100¾. — do. 1850 100¾. — St. Germain-Eisenbahn 1500. — Versailles, linkes Ufer 380. — Strasburg-Basel 380. — Nordbahn 900. — Paris-Strasburg 870.

Madrid, 14. Nov. Sonntag, keine Börse.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 20. Nov. 5pCt. Metall. 94¼. — 5pCt. do B. 109⅛. — 5pCt. Anlehn vom Jahr 1852 94⅛. — 4½pCt. do. 84⅛. — Bankactien 1329. — 250 fl. „ 136⅞. — London 11 fl. 29 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 103⅞. — K.-K.-Ducaten 23⅛. — Livorno-Florenz 102. — Siena-Empoli 71. — Paris 136⅜. — London in Triest 11 fl. 26 kr. — Silber 15⅞. (Spnd.)

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matthes. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kaufmann.

[2618] Mehrere tüchtige Retoncheurs finden dauernde Beschäftigung in
Hermann Emden's photographischer Anstalt
in Frankfurt a. M.

[2479] **Privat-Entbindungs-Anstalt.**
Ueber diese bequem und billig eingerichtete Anstalt, die alle Garantie bietet, wird Auskunft ertheilt **D. C. B.**, poste restante **Wiesbaden** franco.

Wir laden ein zur Ziehung
Badischer Anlehens-Lotterie von 14 Million Gulden, am 30. November,
Actien fl. 1. 30 kr., 6 Stück fl. 8.
Kurhessischer Lotterie von 12 Million Gulden, am 1. December,
Actien fl. 3. 30 kr., 10 Stück fl. 30
Sardinischer Lotterie von 3 Million 600,000 Franken, am 1. December,
Actien fl. 2. 30 kr. 10 Stück fl. 20.
erlauben uns gleichzeitig anzuzeigen, daß alle in diesen Blättern angekündigten Klassen- und Staats-Loose, so wie Originalobligationen durch uns zu beziehen sind. Unsere Hauptcollecte besteht seit 56 Jahren und ist als eine solide anerkannt.
Julius Stiebel jun. **& Co.**,
[2628] in Frankfurt a. M.

[2606] **Badische fl. 35 Loose.**
Ziehung am 30. November.
Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 1. 30 kr., sechs Stück für fl. 8.
Kurhessische 40 Thlr. Loose.
Ziehung am 1. December.
Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 3. 30 kr., zehn Stück für fl. 30.
Königlich Sardinische Loose.
Ziehung am 1. December.
Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 2. 30 kr., zehn Stück für fl. 20.
Loose und Certificate zu obigen Ziehungen, sowie zu allen andern soliden Staats- und Klassen-Lotterien, empfehlen, unter Zusicherung pünktlicher Besorgung, die Hauptkollekteurs
Moriz Stiebel Söhne,
in Frankfurt a. M.

123. Frankfurter Stadtlotterie.
Haupt-Gewinne: fl. **200,000, 100,000, 40,000, 25,000**, 2mal **20,000, 15,000** rc.
Ziehung 1r Klasse am 1. u. 2. December.
Ganze Loose zu fl. 6., halbe zu fl. 3, viertel zu fl. 1. 30 kr, achtel zu 45 kr. empfiehlt unter Zusicherung pünktlicher Schicksalsanzeige
[2622] **Jacob Strauss**
in Frankfurt a. M., Schnurgasse Nr. 38.

Mein **Möbel-Lager**, Brönnerstraße 10 enthält gegenwärtig eine reichhaltige Auswahl von den einfachsten Nußbaum- bis zu den feinsten Luxus-Möbeln. Unter Zusicherung reeller Bedienung und billigen Preisen erlaube ich mir, ein geehrtes Publikum zu recht häufigem Besuche meines Magazins einzuladen.
[2568] **P. J. Kaiser.**

[2345] Decret
in Sachen
der Juliane Catharine Munzert von Hoehausen, Klägerin,
gegen
Carl Munzert aus Obersdorf, dermalen unbekannt wo? abwesend, Beklagten,
Forderung von 113 fl. Darlehn vom 25. April 1842 nebst 5 pCt. versprochenen Zinsen vom 25. April 1848 und der Klagkosten.

Dem Beklagten, dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, wird aufgegeben, sich innerhalb einer Frist
von 90 Tagen
auf diese Klage zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und Verlustes der Einreden.

Zugleich wird ihm bemerkt, daß weitere Insinnationen in dieser Sache nur durch Anschlagen der betreffenden Verfügung an die Gerichtstafel werden bewirkt werden.

Diez, den 13. October 1852.
Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt.
Dükell.

[2540] Edictalladung.

Forderungen und sonstige rechtliche Ansprüche an das zurückgelassene Vermögen des von Haus sich entfernt habenden Philipp Fey, Adams Sohn von Pfungstadt, über welches für den Fall, daß derselbe im Liquidationstermine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger nicht anzugeben vermag, formeller Concurs erkannt ist, sind im Termin
Donnerstag den 16. December l. J., Nachmittags 2 Uhr,
bei unterzeichnetem Gericht unterm stillschweigend eintretenden Rechtsnachtheil des Ausschlusses zur Anzeige zu bringen und zu begründen.

Philipp Fey, Adam's Sohn von Pfungstadt, wird aufgefordert, in dem bemerkten Termine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger anzugeben, sonst im Concursverfahren über sein Vermögen verfügt werden soll.

Zwingenberg, den 27. October 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Brenner. Königee.

[2388] Bekanntmachung.

Die Ehefrau des Ludwig Geisert II. in Michelstadt, Barbara geb. Müller, hat gegen ihren Ehemann auf Ehescheidung dem Bande nach geklagt, weil dieser heimlich von hier entwichen sei und sie böslicher Weise verlassen habe. Da der Aufenthaltsort des Ludwig Geisert II. unbekannt ist, so wird derselbe hierdurch öffentlich aufgefordert, bei Vermeidung des Eingeständnisses des thatsächlichsten Inhalts der Klage und des Ausschlusses mit Einreden
binnen drei Monaten
von dem Tage des ersten Erscheinens dieser Aufforderung in öffentlichen Blättern an, bei dem unterzeichneten Gericht auf solche sich zu erklären und ihm zugleich bemerkt, daß alle weitere Verfügungen in dieser Sache nur durch Anschlag in dem Gerichtslocal bekannt gemacht werden.

Michelstadt, den 6. October 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht.
In Erledigung der Landrichterstelle
Doerr.

[2170] Edictalladung.

Jacob Pink von Waschenbach hat sich mit seiner Frau, Margaretha geb. Wembacher, am 19. Juni l. J. heimlich, angeblich nach Amerika, entfernt und die kaum erst erkaufte Mühle und Liegenschaften, nach Veräußerung alles Beweglichen, unbeaufsichtigt zurückgelassen Auf Antrag der Interessenten werden Jacob Pink's Eheleute aufgefordert, in dem Termin
Dienstag den 28. December 1852, Vormittags 10 Uhr,
etwaige Mittel zur Abwendung einer Vermögens-Veräußerung oder des Concursverfahrens um so gewisser dahier anzuzeigen, als sonst der einstweilen provisorisch bestellte Curator Adam Pink von da, lediglich über die weitere Behandlung dieser Debitsache gehört und weiter, nach Lage der Sache, soweit als zur Befriedigung der Gläubiger nöthig, verfahren nöthigenfalls auch Concurserkenntniß erwirkt werden soll.

Zugleich werden alle Gläubiger derselben aufgefordert, in diesem Termine ihre Forderungen speciell zu liquidiren und etwaige Vorzugsrechte zu begründen, mit dem Bemerken, daß die etwa bekannten Nichterscheinenden als den Anträgen der Erscheinenden beitretend erachtet, alle anderen aber unbeachtet gelassen werden sollen.

Reinheim, am 17. September 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Kleinschmidt.

[2492] Edictalladung.

Nach erkanntem Conurse über das Vermögen des Schuhmachers Balthasar Möhl zu Gießen werden Alle, welche Ansprüche an denselben haben, aufgefordert, solche bei Vermeidung stillschweigend erfolgenden Ausschlusses
Mittwoch den 5. Januar l. J., Vormittags 10 Uhr,
dahier anzuzeigen und zu begründen, auch wegen Vergleichs, Bestellung eines Curators, Erwählung eines Gläubiger-Ausschusses rc. Erklärung abzugeben, indem nach den Beschlüssen der Mehrheit der Erscheinenden verfügt werden wird.

Gießen, den 19. October 1852.
Großherzoglich Hessisches Stadtgericht.
Muhl. Wörner.

[2416] Oeffentliche Ladung.

Nikolaus Appel, Sohn des Nikolaus Appel I. aus Kleinkrotzenburg, ist seit dem Jahre 1802 abwesend und dessen Aufenthaltsort unbekannt. Das curatorisch verwaltete Vermögen desselben wurde seinen Präsumtiverben gegen Caution überlassen, und da der Abwesende am 3. April 1778 geboren ist, mithin das 70ste Lebensjahr zurückgelegt hat, so fordert man den abwesenden Nikolaus Appel oder dessen etwaige Leibeserben hiermit auf,
binnen zwei Monaten
vom Tage des ersten Erscheinens dieser Ladung in öffentlichen Blättern an gerechnet, dieses Vermögen in Empfang zu nehmen, widrigenfalls solches den es besitzenden Präsumtiverben unbeschränkt überlassen und denselben die geleistete Sicherheit zurückgegeben wird.

Seligenstadt, den 15. October 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Metzler.

[2387] Edictalladung.

Nachdem Gr. Hofgericht über das Vermögen des Johannes Koch von Ensheim den formellen Concurs erkannt hat, sind Forderungen an denselben
Freitag den 3. December l. J., Vormittags 9 Uhr,
bei Vermeidung des stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse dahier geltend zu machen und zu begründen.

Ortenberg, am 13 October 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Thaler. Schaefer.

[2497] Edictalladung.

Nachdem der Handelsmann Aron Bachrach von hier seine Insolvenz bei dem unterzeichneten Gericht angezeigt und es sich herausgestellt hat, daß dessen Passivvermögen das Activvermögen übersteigt, so wird zur summarischen Anmeldung der Forderungen beim Rechtsnachtheil der Ausschließung, sowie zum Versuch der Güte, zum Zweck der Abwendung des förmlichen Concurses, bei dem Rechtsnachtheil, daß die zurückbleibenden Gläubiger als dem Beschlusse der Mehrzahl der erscheinenden beitretend angesehen werden sollen, Termin auf den
6. December d. J., Vormittags 9 Uhr,
als Contumazialstunde vor unterzeichnetes Justizamt anberaumt.

Neukirchen, den 27. October 1852.
Kurfürstliches Justizamt.
Coster.
vdt. Nagel.

[2418] Edictalladung.

Johannes Hartung von hier, Sohn des Johann Werner Hartung, geboren am 17. September 1781, hat sich vor vielen Jahren aus seiner Heimath entfernt und über sein Leben oder seinen Aufenthalt keine Nachricht ertheilt.

Auf den Antrag der hier bekannten Intestat-Erben wird daher der abwesende Johannes Hartung bezw. etwaige unbekannte Intestat-Erben öffentlich aufgefordert, binnen drei Monaten und zwar spätestens im Termin
den 12. Januar 1853, Vormittags 10 Uhr,
sich dahier zur Empfangnahme seines gerichtlich hinterlegten Vermögens zu sistiren, widrigenfalls der Abwesende für todt erklärt und sein Vermögen den aufgetretenen Intestat-Erben ohne Caution eingehändigt werden soll.

Hünfeld, am 11. October 1852.
Kurfürstlich Hessisches Justiz-Amt.
J. Rübsam.
vdt. Zimmermann.

[2579] Edictalladung.

Alle diejenigen, welche an den Nachlaß der dahier verstorbenen Susanna Herz aus Hanau Erbansprüche oder sonstige Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem hiermit auf
Freitag den 10. December 1852, Vormittags 9 Uhr,
anberaumten Termine anzuzeigen, als ansonst dieser Nachlaß an die auswärtige Intestat-Erbin ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt a. M., den 12. November 1852.
Stadt-Amt I.
Dr. Pfarr.
Dr. Antoni, Act.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Handelspolitischer Beilage.)

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nr. 278.

Sonntag Nr. 17. 21. November 1852.

Unter allen Formen das ewig Eine.

Aus dem Badischen. In Wien geht's etwas stille zu. Ist's vielleicht, weil stille Wasser tief gründen? Ihr Juristen seid über die Bedeutung des Schweigens verschiedener Ansicht, und während die Einen das Ja, folgern die Andern das Nein daraus. Schlimmes Zeichen und was das Schlimmste ist, die Juristen des Nein sollen diesmal recht haben! Sie wissen aber, auf Juristen, die es seit Justinian noch zu nichts gebracht haben, gebe ich nicht gar viel, und jedenfalls möchte ich mir von ihnen mein Restchen Vertrauen auf die Wiener Herren nicht vollends nehmen lassen. Ich muß Ihnen sogar melden, daß meine Actien etwas im Steigen begriffen sind, seit ich sehe, daß keine — Wahl mehr da ist! Ja diese Wahl, diese Besorgniß, dieses „es möchte doch noch, und es wäre doch besser"! Jetzt ist das Beste, daß man etwas macht. Was um Himmelswillen nützen denn die Klagen und die Seufzer? Ich vermuthe schon längst unendliche Schäze im Mond, und noch größere in der Erde, sonst wäre jener nicht so golden und diese nicht so schwer. Aber wer holt mir jene herunter und diese heraus?

Haben Sie die lezten Kammerverhandlungen von Darmstadt gelesen? War das nicht, als wenn ein Sturmwind in einen alten Baum hineingefahren und die Aeste nach allen Seiten zerstoben hätte, um endlich nichts, sage, gar nichts übrig zu lassen? Behalten wir, was wir haben, und machen wir einmal aus ihm etwas Erkleckliches! Was nützen denn die Pläne, die nicht passen, die Hiebe, die nicht treffen, die Thränen, die den selig Geschiedenen nicht wieder erwecken? Und sollte man nicht glauben, daß, dieweil der Zollverein gelöst sei, jezt der Norden mit Brettern zugenagelt werde? Wer macht denn zu, wenn Ihr nicht zumacht? Habt Ihr denn vergessen, daß im Süden die Schließer und Schüzer sizen, und daß im Norden der Freigeist wohnt, der die Thore der ganzen Welt öffnet und öffnen muß? Das nenne ich einmal Politik machen!

Bisher war das Losungswort, vor Allem das Rechtssubjekt zu machen, denn sonst könnte es nichts machen und könnte mit ihm nichts gemacht werden! Mir ist nun, lieber Freund, das Ding vom Rechtssubjekt so unergründlich dumm, daß ich bis zur Stunde keine Ahnung habe und keine Vorstellung mir davon machen kann, was denn auch die Menschen mit diesem Dinge wollen. Freilich will das nicht viel sagen, wenn ich's nicht begreife, denn, offen gesprochen, Juristerei ist mir ein Gräuel und deutsche Philosophie ein Buch mit 77 Siegeln! Allein ich sage, man will das Rechtssubjekt und folglich — macht's. Ein anderer Prometheus würde ich ausrufen:

Hier sig' ich, mach' Subjecte —

Seid Ihr aber einmal am Formen, je nun, es geht in Einem hin, formt auch was Tüchtiges, und habt Ihr was zu Wege gebracht, das Hände hat und Füße, dann seid unbekümmert und entlaßt den Gesellen auf des Lebens Wanderschaft. Der junge Zollverein war auch schmächtig an Leib und Glied, und wuchs in kurzer Frist zum kleinen Riesen des Jahrhunderts. Macht ihn fertig den Zweiten. Die Zweitgeborenen sind die kräftigeren, sagt ein alter Doctor. Er wird den Treubund mit dem Norden schließen, denn Beide müssen sich haben, gleichviel ob wir es wollen, und ihr es nicht wollt.

Dieser Tage, als ich nachsinnend saß und tief darüber trauerte, daß jezt vergehen sollte —

der rauhen Wirklichkeit zum Raube,
was einst so schön, so herrlich war, —

schlief ich ein und hatte eine grauenerregende Erscheinung. Mir schien's, als ob die Väter des Volks im Dome zu Köln versammelt säßen, und über die Geschichte des Vaterlandes sich berathen sollten. Allein es war ein böser Geist, der da waltete, und Jeder wollte, was der Andere nicht wollte, und es war ein Streiten und es war ein Toben, daß Niemand mehr den Andern verstand. Jeder widersprach, und die weiten Hallen des heiligen Domes widerhallten nur noch von lauter Widerspruch und von böser Rede. Und immer ärger wurde der Wirrwarr, und immer ergrimmter wurden die Männer, als plötzlich dem höchsten Gewölbebogen des Altars ein Engel entstieg und mit lauter Stimme die Worte sprach:

ich will strafen dieses Geschlecht ewiger Reuner —

Und es entstand ein wildes Wirren und Zerren von Innen, und von Außen riefen die Kinder um Brod und die Väter um Arbeit, und einer verschloß dem andern die Hausthüre! Bald nahten böse Geister, der Rhein ging blutroth, die Bergveste Ehrenbreitstein wankte, da dröhnte es auf dem hohen Dome die zwölfte Stunde um Mitternacht. Vor Schrecken und Beben erwachte ich und alle die Männer standen jezt einig und Hand in Hand — vor dem Hochaltare des Vaterlandes.

Staatsverträge über Nachdruck.

I.

Frankfurt. Durch dieses Schreiben möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen Gegenstand leiten, der in der Buchhändlerwelt lebhaft besprochen wird, und bereits nach verschiedenen Seiten hin seine Vertreter hat. Offenbar ist nämlich der Abschluß von Staatsverträgen über den Nachdruck im Annahen und dabei entstehen die Fragen, ob man mit den Hauptstaaten, die auf den Abschluß eines solchen Vertrages hinarbeiten, mit Frankreich oder England, Staatsverträge über Nachdruck abschließen soll; ob für Deutschland überhaupt Gründe zu einem solchen Vertrage vorliegen, und ob, wenn es dazu kommt, der deutsche Bund oder die Einzelregierungen solche Verträge eingehen sollten. Die Reihe dieser Fragen wurde in der großen Genossenschaft der deutschen Buchhandlungen mit der Behauptung eröffnet, daß endlich einmal dem schmählichen Gewerbe des Nachdrucks dadurch der Garaus gemacht werden müsse, daß das volle Eigenthumsrecht des Schriftstellers und Verlegers anerkannt werde.

In dieser Ansicht liegt nun gewiß soviel als wahr, daß, wenn ein solches Eigenthumsrecht bestände und allgemein anerkannt würde, dann die Frage des Nachdrucks gründlich und vollständig gelöst wäre, denn es brauchte dann gar nichts weiter mehr, als daß im Falle eines Nachdrucks der ausländische Verleger oder Schriftsteller sich an deutsche Gerichte wendete und über Entziehung seines Eigenthums ebenso Klage erhöbe, als wenn ihm seine Uhr von einem Deutschen entwendet worden wäre. Allein ein Eigenthumsrecht in diesem Sinne gibt es eben nicht, und die lebhaften Vertheidiger eines solchen hätten schon an dem Umstande etwas sich stoßen müssen, daß, wenn ein solches Eigenthumsrecht wirklich bestände, ihr Verlangen nach dem Abschlusse von Staatsverträgen ziemlich überflüssig erscheinen müßte. Es bedarf ja keines Staatsvertrags, auf daß der Franzose den Deutschen vor deutschen Gerichten über Entwendung belange, und eben deutsche Gericht wird

den Entwender des französischen Eigenthums gerade so verurtheilen, als wenn das entwendete Eigenthum einem Deutschen angehört hätte. Der Grund aber, daß ein deutsches Gericht ohne besonderes Gesetz wegen des Nachdrucks nicht verurtheilt, liegt nun eben gerade darin, daß die Gerichte, und zwar die deutschen ebensowohl als die ausländischen, ein solches Eigenthum nicht anerkennen, und dazu, daß sie dies nicht thun, haben die Gerichte vollauf die besten Gründe. Freilich fände die Sache anders, wenn es wahr wäre, was einer der jüngsten Vertheidiger des Schrifteigenthums anstimmt, welcher im Börsenblatte Nr. 101 sagt:

„So lange der Schutz des literarischen und artistischen Eigenthums noch als eine ausnahmsweise Begünstigung behandelt und dasselbe nicht in jeder Beziehung allem übrigen Eigenthume, namentlich was Dauer, Rechtsmittel und Unantastbarkeit anlangt, vollkommen gleichgestellt wird, so lange machen sich die Staaten der Mißachtung des Eigenthums mitschuldig, zu welcher sich der Communismus als Grundsatz bekennt."

Allein die Unrichtigkeit dieser Ansicht besteht darin, daß die völlige Gleichheit des geistigen und des materiellen Eigenthums behauptet wird, während hier die größte Verschiedenheit in der Mitte liegt. Wer ein Eigenthum in Anspruch nimmt, spricht damit zugleich aus, daß ihm ein ausschließendes Recht auf eine einzelne ganz bestimmte Sache zustehe. Jedes, auch das umfassendste Eigenthum löst sich in lauter Einzelheiten — in diese Häuser, diese Liegenschaften, diese Geräthschaften, diese Bücher, auf. In diesen Einzelnheiten ist der Eigenthümer unumschränkter Herr, und wer immer sich hier einen Eingriff erlaubt, kann zurückgewiesen, und wer sich einer Entwendung schuldig macht, gerichtlich als Dieb verfolgt oder zur Zurückgabe des Entwendeten angehalten werden. Der Eigenthümer aber, der den Weg gerichtlicher Verfolgung betritt, übernimmt zugleich die Verbindlichkeit, dem Richter aufs genaueste die einzelne Sache zu beschreiben, welche ihm abhanden kam, und also anzugeben, daß ihm diese und diese bestimmte Uhr, oder dieses einzelne bestimmt zu bezeichnende Buch entwendet wurde.

Mit dieser Verpflichtung, dem Richter den Diebsthatsbestand einzeln anzugeben, auf daß der Richter wisse, zu welcher Rückgabe er den Beklagten verurtheilen könne, sind wir an dem Punkte angelangt, auf den es vorzugsweise in der so interessanten Frage ankommt, ob es ein Eigenthum auf Geisteswerke gebe. Machen wir uns die Sache klar. Eine Handschrift, die ich besitze, gehört mir, und wird dieselbe mir von B. entwendet, so ist der B. ein Dieb, und mir steht die Rückforderung dieser Handschrift zu. Ein gleiches Recht steht mir auf jeden einzelnen Band meiner Büchersammlung zu, und wer mir meinen Goethe nimmt, ist ein Dieb an mir. Wie aber, wenn ich meine Handschrift drucken lasse, und derselbe B. dieselbe nachdruckt? Ist auch jetzt noch der einzelne Band des Nachdrucks mein Buch? Nein, denn dieses Buch war nie in meinem Besitze, dieses Buch wurde mir nie entwendet, und von diesem Buch kann der Richter den Ausspruch nicht thun, daß es mir, weil mir entwendet, wieder zurückgestellt werde.

Hier paßt die ganze Natur des Eigenthums nicht mehr, und wie kann man also, wie oben geschehen, von der Anwendung der „Rechtsmittel" des Eigenthümers sprechen? Die Eigenthumsklage fordert eine bestimmte in meinem Gewahrsam gewesene Sache, während hier für den Verleger zwar eine Sache, aber körperlich eine andere Sache, und für den Schriftsteller gar keine Sache, sondern ein Gedanke vorliegt. Gedanken sind aber gar kein Gegenstand des Eigenthums. Mit Gedanken kann man zwar Eigenthum erwerben und, wenn Sie wollen, die Welt erobern, aber Gedanken sind keine Eigenthums-Art, und unsere Gerichte müssen zwar ein Klagrecht anerkennen, wenn Ihnen ein Tabaksdöschen, nicht aber, wenn Ihnen ein Gedanke entwendet wurde. Lassen wir also den Begriff des Eigenthums fallen, denn damit kommt man nicht durch.

Herzog von Newcastle über Schönheit in der Industrie.

Ueber Schönheit in der Industrie hielt der Herzog von Newcastle, in seiner Eigenschaft als Vorstand der Zeichnungs-Schule zu Sheffield, am 19. October eine Rede, von der man glauben sollte, es hätte zwischen uns eine gemeinschaftliche Rücksprache vorerst stattgefunden, ehe er seine Rede und wir unsere Aufsätze (in Nr. 11 bis 13) über Schönheit der Industrie-Erzeugnisse verfaßt hätten — so genau stimmt jene Rede und diese Aufsätze über die Hauptpunkte dieses so gewichtigen Gegenstandes überein. Die Gedankenfolge der in dem Munde des Herzogs von Newcastle doppelt interessanten Rede ist folgende: In Nordamerika erwacht für Kunst und künstlerische Darstellung ein neues Leben, und wir müssen durch Kunst und schöne Werke uns den Markt zu erhalten suchen, da wir sonst Gefahr laufen, denselben zu verlieren. In sehr bedeutender Menge gehen die Werke der Kunst gegenwärtig nach Amerika und in den großen Werkstätten der Silber-Manufaktur in London ersah ich erst kürzlich, daß die schönsten Werke für Amerika bestellt sind. — In Eisen und Stahl nun müssen die Bemühungen von Sheffield volle Anerkennung finden, aber auch dieses nur insofern es sich um mechanische, weniger aber insofern es sich um künstlerische Darstellungen handelt. Deßhalb muß in letzterer Beziehung mehr Fleiß aufgeboten und die Grundsätze der Kunst zur Anwendung gebracht werden. Wenn man sieht, was schon in früherer Zeit in metallischen Werken geschehen ist, so muß man erstaunen, daß wir es noch nicht zu einem höheren Grade der Vollkommenheit gebracht haben.

Vor Allem ist der Geschmack zu verbessern und nicht nur bei Jenen, welche die Werke verfertigen, sondern auch bei Jenen, welche sie kaufen. Die Arbeitsleute müssen für das Bessere herangebildet, und ebenso die höheren Klassen als Käufer für einen besseren Sinn des Schönen und Werthvollen empfänglicher werden, während sie jetzt nicht selten das Geschmacklose, Verdorbene und Häßliche sich anschaffen. Der neuere Geschmack ist schlecht, und schlechter Geschmack verdirbt den Handel. Der schlechte Geschmack der Käufer verleitet die Arbeiter, schlechtere Waaren zu liefern, während der Geschäftsmann nur darauf sehen muß, was schön und gut ist, um seine Waare auf richtige und gesunde Grundsätze zurückzuführen, statt auf Flitter und solche Formen, die nur in einem kranker Gehirn ihre Entstehung haben können.*)

Wenn ich so das schlechte Neue und das Geschmacklose verurtheile, so mißbillige ich ebenso, was ich bezeichnend den Raub an den Formen besonders der französischen Gebilde bezeichnen möchte. Ich will nicht untersuchen, ob es gerechtfertigt ist, fremdes Eigenthum nicht anzutasten, dagegen aber die Ergebnisse fremder Studien sich anzueignen, aber empfehlen möchte ich jedenfalls, diese Uebung zu verlassen und statt der Aneignung fremder Muster dafür Sorge zu tragen, selbst schöne Muster durch dazu tüchtige Personen zu erschaffen, um auf diese Art die Mitbewerbung zu bestehen.**) Dies ist nicht etwa blos meine persönliche Ansicht,

*) In Deutschland sind die Frauen die Pflegerinnen des schlechten Geschmackes. Das Grelle, das Ueberladene, das Glänzende ist, was besonders gefällt. Das Einfache, Natürliche, Wahre, ist nicht Mode. Warum sollte dies auch nicht der Fall sein? Im französischen Romane ist weder Natur noch Wahrheit, in unseren Theatern werden uns dieselben Laster der Unnatur und Unwahrheit in denen Werken täglich vor Augen geführt, welche die Ueberreizungsfabriken liefern, und in der Musik ist das Fürchterliche, was allein noch den Ueberreiz ergreifen kann. Der Geschmack der Frauen ist aber um so wichtiger, als gewiß mehr als die Hälfte aller häuslichen Einkäufe durch die Frauen geschehen.

**) Das Schaffen schöner Formen ist nur bei großen Geschäften möglich, wo es sich lohnt, eigene Zeichner heranzubilden und anzustellen (s. Nr. 13 dieser Wochenschrift). Anderen Geschäften dagegen ertheilen wir den Rath, sich rücksichtlich schöner Formen des Hausgeräthes und der Ziergegenstände an Werke zu halten, welche sich zur Aufgabe machen, schöne Muster für Nachbildung zu liefern. Wir empfehlen in dieser Beziehung die Zeitschrift des Vereins zur Ausbildung der Gewerbe in München, wo benutzen zugleich diese Gelegenheit, an diesen Verein das Gesuch zu richten für die einzelnen Gegenstände der Zierde und des häuslichen Bedürfnisses jene Formen zu finden und darzustellen, welche das Schöne mit dem Nützlichen verbinden.

sondern die Aussprüche der Geschworenen haben, was unsere Stahl- und Eisenwaaren betrifft, ganz besondere Rücksicht auf die Originalität unserer Muster genommen.

Solche Sprache, bemerkt ein englisches Blatt, ist selten bei so hochgestellten Personen, und um so anerkennungswerther, wenn auf diese Weise die Wahrheit verbreitet und die Arbeit verbessert wird.

Möge die Aufforderung zur Darstellung des Schönen in der Industrie nicht überhört werden! Wenn England bereits für seinen Weltmarkt und Weltabsatz das Bedürfniß fühlt, schöne Formen zu erzeugen, um des Marktes Meister zu bleiben, so ergeht an uns die gleiche Mahnung um so mehr, als wir vorzugsweise berufen sein sollten, das Schöne, das Natürliche, das Wahre zu pflegen und mit dem Nützlichen zu verbinden. Für Kunst und Industrie gibt es nur ein Gesetz, und für Beide gilt, was der lebenskundige Dichter sagt:

Omne tulit punctum, qui miscuit utile dulci!

Association der Geldkräfte.

Die Association der Geldkräfte sammt Vorschlägen für Gewerbe- und Gewerkenbanken und für landwirthschaftliche Geldvereine. Von Dr. Karl Eugen Schubler, Sectionsrath im k. k. Handelsministerium. Wien. Bei J. F. Greß. 1853. 8°. 105.

Der Zweck dieser werthvollen Schrift im Allgemeinen ist, die deutschen Volksstämme überhaupt und die Oesterreicher insbesondere zur Anwendung des großen Grundsatzes der Vereinigung der Kräfte für Vermehrung und Veredlung der Production jeglicher Art dadurch zu ermuntern, daß er aus der Lage der Gegenwart und der Natur der Dinge nachweiset, wie diese Association geschehen müsse, und auf welche Gegenstände sie sich zu werfen habe, um die segensreichen Wirkungen zu äußern. Wie so wenig noch die Association der Geldkräfte, welche durch Schöpfung großer Capitalien die Theilung der Arbeit ermöglicht, benutzt werde, wo sie doch so leicht benutzt werden könnte und benutzt werden sollte, das beweist der Herr Verfasser durch detaillirte Hinweisung auf die gegenwärtigen agricolen, industriellen, Kunst- und socialen Zu stände, welche in der That keineswegs „von dem Besitze dieser zumeist der Neuzeit angehörigen Macht und von dem heutigen höheren Standpunkte der Wissenschaften und der mechanischen Hilfsmittel Zeugniß ablegen". Daß die Association von Geldkräften und die durch sie beförderte Theilung der Arbeit und Production im Großen zum Theil selbst bei der Industrie noch im Wickelkleide liege, dafür führt der Herr Verfasser namentlich das Brod an. Er sagt: „Die Bereitung der Brodmasse (des Teiges) aus dem Mehle und deren Formgebung ist doch gewiß eine von der Backung des Brodes ganz verschiedene und in vollreichen Städten ganz wohl trennbare Arbeit. Dennoch scheint selbst unserer Sprache fast nur der Ausdruck „„Bäcker"" und „„Bäckerei"" geläufig. Großartige Brodbereitungsanstalten (Brodfabriken), so wohlthätig ihre Erfolge in Großstädten, und so sehr man Ursache hat, Brennstoff zu ersparen und überhaupt wohlfeil (also im Großen) zu erzeugen, zählen bislang zu den Seltenheiten. Und — Brod ist unsere tägliche Nahrung." Wie sogar nicht jener Grundsatz auf die Agricultur angewendet wird, davon liefert den Beweis die Thatsache, daß „Fabrikate und ausländische Bodenerzeugnisse, z. B. Kaffee und Thee, trotz der außerordentlichen Erhöhung ihres Verbrauches wohlfeiler, inländische Bodenprodukte aber fast ungefammt, zumal Fleisch-, Milch- und Fettprodukte, Gemüse und Obst, bedeutend theurer, im Vergleiche zu den Preisen vor hundert oder fünfzig Jahren, zum Theil um das Fünf- und Mehrfache theurer geworden sind".

Nachdem der Herr Verfasser diese Zustände mit besonderer Beziehung auf Oesterreich beleuchtet hat, beweiset er die Nothwendigkeit der Errichtung neuer gewerblicher und landwirthschaftlicher Creditinstitute in dem Kaiserreiche, schlägt wohlausführbare Reformen der österreichischen Nationalbank und ihrer Filiale vor, und entwirft die Grundzüge für die Errichtung von Gewerbebanken. Alles dies ist sehr lehrreich, sehr praktisch, auf genaue Kenntniß der bestehenden Creditanstalten in Oesterreich und [illegible] gegründet, und mit einem Reichthum von bisher wenig bekannten statistischen und anderen Thatsachen ausgestattet. Insbesondere in the very nick of time kamen diese Vorschläge in Betreff der Errichtung von Gewerbebanken, da man sich eben zu Wien mit sehr ernst gemeinten Berathungen über Errichtung einer neuen Creditanstalt für Handel und Gewerbe beschäftigt, wobei man aber das Wort „Bank" vermeidet, und das zu errichtende Institut „Privatcreditanstalt" nennt. Die „Austria" hat kürzlich die Hauptgrundzüge veröffentlicht, über welche man sich mit den vom Handelsministerium gewählten Deputirten der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer geeinigt zu haben scheint, und die im Wesentlichsten mit den Vorschlägen des Herrn Verfassers übereinstimmen.

Der übrige Theil der Schrift beschäftigt sich mit Vorschlägen für Actienvereine und für wechselseitige Associationen der Grundbesitzer zur Beförderung einzelner Zweige der Agricultur, womit der Verfasser ein unermeßliches, aber in Oesterreich wie in den meisten mitteleuropäischen Ländern ganz brach liegendes Feld, eine wahrhafte terra incognita für die meisten Grundbesitzer betritt. Und dennoch ist es eine unbestreitbare Thatsache, daß das Princip der Association der Geldkräfte und der Theilung der Arbeit auch auf die Agricultur in der weitesten Bedeutung des Wortes angewendet werden muß, wenn die Bodenproduction in der Art vermehrt und veredelt werden soll, wie ersteres unumgänglich nothwendig, letzteres unleugbar außerordentlich vortheilhaft ist.

Der amtliche Bericht über die Londoner Industrie-Ausstellung.

Längst ist die Welt-Industrie-Ausstellung geschlossen, viele andere Industrie-Ausstellungen inzwischen wieder abgehalten und neue der größten Art zu New-York und Dublin für's nächste Jahr vorbereitet, aber der geschlossene amtliche Bericht Deutschlands über die erste Ausstellung — fehlt noch immer. Müssen wir denn bei jedem Anlaß hintennach kommen? Sollen solche Berichte fürs Leben einen Werth haben, so müssen sie schnell der That nachfolgen und im Stande sein, auf den Fortschritt nach der Grundlage der Weltausstellung einzuwirken. Läßt man diesen Zeitpunkt unbenutzt vorübergehen, so hat sich der Standpunkt, von dem man ausgeht, inzwischen wieder verändert, der Bericht als neueste Anleitung seinen Werth verloren, das ganze sonst lobenswerthe Unternehmen seinen Hauptzweck verfehlt, im Publicum ist inzwischen, wie die Thatsache lehrt, alles Interesse verschwunden und das Werk ist, noch ehe es fertig war, eine veraltete Sache.—

Oesterreichs Handel nach dem Orient.

Die „Triester Ztg." enthielt vor kurzem einen Artikel über den österreichischen Exporthandel nach dem Orient, der interessant genug scheint, um ihn seinem wesentlichen Inhalte nach wieder zu geben.

Es kann als ausgemacht gelten, daß die Waarenerzeugung Oesterreichs den Waarenverbrauch im Oriente nicht deckt.

Die Hauptartikel der früheren regelmäßigen Ausfuhr nach der Levante waren: Glaswaaren, Quincaillerien, leichte Seidenstoffe, Möbel, Eisen- und Stahlwaaren, Chemikalien und seit einigen Jahren Tuche.

Was die Glasausfuhr betrifft, so findet dieselbe vorzüglich aus Böhmen statt. Bei dem großen Reichthum dieses Kronlandes an den meisten zur Glasfabrikation erforderlichen Rohstoffen und bei der Leichtigkeit, womit es die fehlenden Rohstoffe, wie z. B. Pottasche, aus benachbarten Provinzen sich verschaffen konnte, war Böhmen lange Zeit in der Lage, jeder Concurrenz auf fremden Märkten siegreich die Spitze zu bieten. In der That beschäftigte Böhmen mit diesem Industriegegenstand bis vor wenigen Jahren nahe an 31,000 Arbeiter und führte gegen 6 Millionen fremdes Geld für ausgeführte Gläser ein. In den letzten Jahren haben nun aber England und Frankreich so energische Anstrengungen zur Hebung ihrer Glasfabrikation gemacht, daß sie dort, wo sie noch durch geographische Lage und billige Wasserfracht begünstigt sind, die böhmische Concurrenz entschieden überflügelt haben. Seitdem nun auch Amerika und Belgien als Concurrenten in der Glasin-

dustrie aufgetreten sind, mußte das binnenländische Böhmen, welches auf dem theueren Landwege bis Triest große Spesen auf seine Waaren zu legen hatte, um so mehr seine überseeischen Versendungen nach und nach verringern, als auch Ungarn und Slavonien eine Concurrenz auf den näher liegenden orientalischen Märkten eröffneten. Ersatz könnte der Verbrauch in Deutschland geben, wo bei einer Zolleinigung sich ein äußerst günstiger Markt für Glaswaaren eröffnen wird. Dasselbe wäre der Fall, wenn der russische Zoll von 50 Silberrubeln für 40 Centner Glas durch einen günstigen Tractat ermäßigt würde.

Was die sogenannten kurzen Waaren betrifft, welche in Oesterreich vorzüglich Böhmen und Wien erzeugte, so waren sie immer in Concurrenz gegen Süddeutschland, namentlich Nürnberg; dennoch aber behielten sie sowohl in den Donauländern, wie im türkischen Reiche in einzelnen Gattungen ihn Vorzug. Wenn die Levantiner Kaufleute ihre Quincaillerie- und Kurzwaarenartikel in neuerer Zeit nur in verhältnißmäßig kleinen Mengen aus Oesterreich bezogen, so kommt dies daher, daß diese Artikel, wie auch Eisen- und Stahlwaaren, weder in regelmäßigen Mengen noch zu regelmäßigen Preisen in den österreichischen Staaten erzeugt werden konnten, die Besteller sich deßhalb lieber unter weniger günstigen Ankaufsbedingungen an regelmäßige Märkte hielten.

Leichte Seidenstoffe führte Oesterreich hauptsächlich nach den Donauländern aus, wird aber hierin vermuthlich der Schweiger Concurrenz weichen müssen. Uebrigens ist der Verbrauch für die österreichischen Länder selbst so bedeutend, daß der genannte Versuch sich nicht sehr fühlbar machen dürfte.

Die Eisen- und Stahlwaaren aus Steiermark haben bisher immer ihren guten und vortheilhaften Markt in der Levante und den Donauländern gehabt. In einzelnen Artikeln, wie Sensen, Feilen, kurzen Messern ꝛc. würde Steiermark die Concurrenz eines jeden fremden Staates unmöglich machen, wenn es dem massenhaften Verbrauch in den Levante-Ländern zu entsprechen vermöchte. In der neuesten Zeit machen England und der Zollverein energische Anstrengungen, um — wenigstens in solchen Eisen- und Stahlartikeln, bei welchen die Maschinenarbeit mehr zu thun hat, wie die Handarbeit — in der Levante mit Steiermark zu concurriren.

Was die Chemikalien aus Böhmen und Niederösterreich betrifft, so sind sie in der Levante fast ohne Concurrenz.

Die Tuchfabrikation Oesterreichs, die zu den wichtigsten neueren Industrien des Kaiserstaates gehört, hat sich von Jahr zu Jahr gehoben. Sie ist so bedeutend, daß nicht nur der innere Verbrauch gedeckt ist, sondern auch eine bedeutende Ausfuhr nach den Donauländern und der Levante stattfindet. Wenn es die Tuchfabrikanten Mährens nicht für gerathen halten, die schwachen Märkte Afrika's mit Configurationen zu versehen, so ist dies gewiß ein recht glückliches Zeichen des besseren und sichereren Marktes in den österreichischen Landen und in den Donaufürstenthümern.

Nachrichten über Handel und Gewerbe.

—: **Bremen** erwirbt sich um den **Export deutscher Tuche** nach Amerika große Verdienste. Wie aus der tabellarischen Uebersicht des bremischen Handels von 1851 hervorgeht, exportirte es z. B. blos nach New-York an Wollentuch allein aus Preußen für 390,010 Thlr. Lr.; aus Sachsen für 844,200 Thlr.; an Wollen- und Halbwollenwaaren: preußische für 141,866 Thlr., sächsische für 121,605 Thlr. und so im Verhältniß nach anderen Häfen. — Nun hat sich auch in **Hamburg** eine Gesellschaft zur Vermittlung transatlantischen Exports deutscher Manufakturwaaren gebildet, an deren Spitze das Haus A. J. Saalfeld in Hamburg steht; die Gesellschaft befestigt sich den Fabrikanten mit den passendsten Mustern ꝛc. für den überseeischen Markt an die Hand zu gehen.

—: Eine englische Gesellschaft hat das Eigenthumsrecht auf eine von **Tönning über Husum nach Flensburg zu führende Eisenbahn** von der dänischen Regierung erhalten. Die Ausführung dieser Bahn setzt die Nordsee mit der Ostsee in unmittelbare Verbindung mit gänzlicher Umgehung des weiten Umwegs durch das Kattegat in den Sund. Die Engländer wußten ein Eigenthumsrecht auf nicht weniger als hundert Jahre zu erwerben und zugleich die wichtige Bedingung zu erlangen, daß die Güter, welche durch diese Eisenbahn von der Ostsee aus befördert werden, vom Sundzoll frei sein sollen. Daß der Handel von Hamburg nach dem Osten durch diese Eisenbahn in englischen Händen stark getroffen werden kann, gibt ein Blick auf die Karte zu erkennen, nicht aber, warum Hamburg vor seinen Thoren solche Vortheile unbenutzt Alliegland überlassen konnte.

—: Die Bedeutung der **directen Verbindung zwischen Schleswig und England** nimmt fortwährend zu, und es läßt sich fast schon jetzt der Zeitpunkt absehen, in welchem die Gesammtsumme der schleswig-holsteinischen Bodenproducte ihren Absatz nur in England finden wird. Es ist das ein Gegenstand, auf den man für Deutschland nicht ernsthaft genug aufmerksam machen kann. Deutschland hat nur Ein Mittel, gegen diese Bewegung ein Gegengewicht zu finden: es muß die Herzogthümer und Dänemark mit seinen Industrieproducten versorgen, während die Herzogthümer ihrerseits diese Waaren mit dem Gelde bezahlen, das sie aus England bekommen.

—: Es ist bekannt, daß die **Tuchfabrikation im Königreich Polen** nach den Erzeugnissen der Brannweinbrennereien der Hauptindustriezweig ist. Nach einer statistischen Uebersicht des Jahres 1851 wurden in diesem Jahre in Polen in 2510 Tuchfabriken 102,045 Pud Wolle verarbeitet, welche 2,163,629 Ellen Tuch und 185,031 Stück verschiedener Wollgewebe, als: Kotzen, Shawls u. dgl. gaben. Die erwähnten Produkte hatten einen Gesammtwerth von 2,196,154 S. R. Die Wollproduction, welche in Polen in Zunahme begriffen ist, betrug 148,000 Pud. Die Fabrikate aus Baumwolle hatten 1851 einen Werth von 1,985,610 S. R. Einen bedeutenden Aufschwung nimmt die Runkelrübenzuckerfabrikation, denn es wurden in 45 Fabriken 354,206 Pud Zucker erzeugt, welche einen Werth von 1,640,557 S. R. haben, und welche die Quantität von 2,400,000 Centner Runkelrüben abforbiren. Nicht uninteressant ist für Wien der Vergleichung wegen die Fabrikation der Flügelinstrumente; es wurden in nur dreizehn Fabriken von 126 Arbeitern im ganzen Königreich 240 Stück Flügel im Werthe von 61,250 S. R. fabricirt. Zu den bedeutenderen Industriezweigen in Polen gehören die Leder- und Papierfabrikation.

Amtliche Zusammenstellung

der wahrscheinlichen Mittelsätze des auskömmlichen Unterhaltsbedarfs einer ländlichen Arbeiterfamilie von fünf Personen in den Provinzen des Preußischen Staats.

Provinzen.	Wohnung.	Feuer und Licht.	Nahrung.	Kleidung.	Viehfutter.	Unterhalt der Arbeitswerkzeuge.	Salz und Gewürze.	Abgaben an Staat, Schule u. s. w.	Gesammtsumme.
	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.
Preußen	7 —	6 23	49 2	17 16	9 11	2 23	3 23	2 15	98 28
Posen	8 —	8 —	30 22	15 —	7 15	3 —	3 17	2 15	78 9
Brandenburg . .	7 24	5 22	59 13	21 12	3 4	4 —	1 27	5 3	108 16
Pommern	11 21	8 28	63 11	20 27	11 19	3 8	2 21	4 12	126 8
Schlesien	5 6	7 19	49 29	17 15	2 28	2 24	2 7	5 —	93 10
Sachsen	9 3	9 5	59 15	15 17	3 15	2 24	1 28	3 24	105 15
Westphalen . . .	8 3	9 14	42 23	15 9	3 16	2 4	2 24	4 15	88 20
Rhein	12 5	14 5	73 6	21 6	7 13	4 20	2 28	4 20	140 18

Der Betrag wurde in Thalern und Silbergroschen mit Weglassung der Pfennige zur Ersparung des Raumes ausgeworfen.

Druck von August Oesterreich.

№ 279. — Montag — den 22. November 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bundesstaat von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postvereins-Zeitungsgebiets 2 fl. 30 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. im 24 fl.-Fuß oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 20 Sgr. — Für Skandinavien, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. B. Alexander in Straßburg, Frankreich, Herr C. Jh. in Paris Abonnements an. Insertionsgebühren 1 Sgr. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1½ Druckz.) und Beilagen oder deren Raum 4 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 21. Nov. Von hier schreibt man der „Kass. Zeitung“: Die dänische Successionsfrage scheint in der Region unserer Bundestagspolitiker von neuem der Gegenstand ernstlicher Besprechung geworden zu sein. Das Bekanntwerden der Warschauer Verabredung hat die Anregung gegeben, diesen Gegenstand vom Standpunkt des Bundesrechts zu betrachten. Nach Art. 6 der Schlußacte kann „eine freiwillige Abtretung mit einem Bundesgebiete haftender Souveränetätsrechte, ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesammtheit des Bundes, nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen.“ Die Aenderung des sogenannten Königsgesetzes würde aber, insofern dieses in der zu Warschau verabredeten Weise geschehe, dahin führen, wie dieses auch schon Wegener nachgewiesen, die Erbfolge in der Gesammtmonarchie Dänemark an Rußland zu bringen; es hätte also in Betreff von Holstein und Lauenburg eine Abtretung von auf Bundesgebieten haftenden Souveränetätsrechten zu Gunsten einer dem Bunde fremden Macht stattgefunden. Der deutsche Bund könnte demnach später in die Lage kommen, entweder die Mitgliedschaft Rußlands wegen Holstein und Lauenburg sich gefallen lassen zu müssen, oder zwei der wichtigsten deutschen Länder aus der Confederation scheiden zu sehen. Das sind Eventualitäten, die wohl bei Zeiten ins Auge zu fassen sind. In Kopenhagen scheint man auch schon in Hinblick auf eine derartige Zukunft, und gestützt auf den von Rußland zu erwartenden Beistand, eine herausfordernde Stellung gegen den deutschen Bund annehmen zu dürfen. Die vom Ministerische in der Zollfrage gefallenen **Aeußerungen** werden deutlich genug und sind als Winke zu betrachten, daß man sich dort an Rücksichten gegen den Bund nur noch gar wenig gebunden erachtet. Uebrigens dürfte Deutschland bei einer Geltendmachung klarer Bundesvorschriften diesmal auch Unterstützung von anderer Seite zu erfahren haben; denn die Erledigung der dänischen Successionsfrage, wie sie jetzt beabsichtigt wird, ist nicht im Sinne der von den Großmächten getroffenen Verabredungen; das Warschauer Protocoll ist in offenbarsten Widerspruche mit dem Londoner Protocolle. Dem letzteren lag die Absicht zu Grunde, den politischen Gleichgewichte die Garantie zu geben, daß nicht durch eine Zertrümmung der dänischen Gesammtmonarchie dem dänischen Staate die Fähigkeit abgehe, ein unabhängiger Hüter der Nordsee zu bleiben, während eine Verwirklichung des ersteren die russische Domination bis weit über den Sund hinaus im Gefolge haben würde. Diese Bedenken können nicht durch die Anerkennung gemildert werden, welche sich die locale Politik des gegenwärtigen russischen Herrschers überall erworben; gilt es doch die Zukunft vor den Gefahren zu sichern, die aus der Verrückung der europäischen Machtverhältnisse mit Nothwendigkeit hervorgehen werden.

* **Wien**, 18. Nov. König Otto ist am 2. d. M. glücklich in Athen angelangt. Die Pforte hat den ungarischen, walachischen und griechischen Flüchtlingen aus Sparsamkeit die bisher angewiesenen Unterstützungsgelder entzogen.

* **Breslau**, 18. Nov. Ein hiesiger Gasthofbesitzer Burghardt hatte bei den letzten Wahlen für den constitutionellen Candidaten gestimmt. In Folge dessen ersuchte der Regierungspräsident Graf Zedlitz-Trützschler in einer Zeitungsannonce seine Standes- und Gesinnungsgenossen, nicht mehr in dem Gasthof des Herrn Burghardt zu verkehren. Dies hat eine Vorstellung hiesiger Bürger beim Ministerpräsidenten veranlaßt, worin es heißt:

Wir können von der vorliegenden Handlung nicht annehmen, wir können nicht glauben, daß Ew. Excellenz, welchem Preußen vorzugsweise seine Verfassung und somit der preußische Staatsunterthan seine politischen Rechte verdankt, es billigen konnten, daß die Staatsangehörigen von einem hochgestellten Regierungsbeamten öffentlich aufgefordert werden, einem Gewerbetreibenden, welcher nach seiner besten Ueberzeugung von diesem politischen Rechte Gebrauch gemacht hat, die Quellen seines Nahrungsstandes zu entziehen, und daß von ihm öffentlich Motive zur Einschüchterung in Bewegung gesetzt werden, welche in ihrer Consequenz dieses politische Recht zu einem rein schriftlichen machen würden. In diesem Vertrauen fühlen wir uns gedrungen, an Ew. Excellenz die gehorsamste Bitte zu richten, hochgeneigtest das schwer verletzte freie Wahlrecht durch geeignete Maßregeln schützen zu wollen.

München, 18. Nov. Der Ihnen schon vor längerer Zeit verkündete Ministerwechsel scheint nun definitiv eingetreten zu sein. Dem Vernehmen nach ist Herr v. Zwehl zum Cultusministerium ernannt und Herr v. Kleinschrod aus Gesundheitsrücksichten quiescirt. Offiziell war übrigens bis heute Nachmittag hiervon noch nichts bekannt. Ferner bezeichnet man wiederholt Herrn Grafen v. Reigersberg als Minister des Innern und Freiherrn v. Welden als Justizminister; dann als Regierungspräsidenten von Oberbayern Herrn Grafen v. Hundt, und als zweiten Director der königlichen Regierung von Oberbayern Herrn v. Kobell. (A. Abdz.)

* **Hannover**, 18. Nov. Wenn ich nicht irre, haben auch Sie Notiz genommen von dem Proceße des Hofschauspielers v. Lehmann, der wegen Beleidigung der Amtsehre der Hofbeatenintendanz zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt worden war. Die Berufungskammer, in welcher der Fall gestern verhandelt worden ist, hat angenommen, daß nur eine einfache Beleidigung vorliege und den Beschuldigten zu einer Geldstrafe von 50 Thaler verurtheilt. In dem juristischen Publikum ist die Frage viel erörtert, ob eine Amtsehrenbeleidigung vorhanden, mit andern Worten, ob die Intendanz als vorgesetzte Behörde zu betrachten sei. Das Erkenntniß der Berufungskammer scheint nun diese Ansichtungen. Man will wissen, daß die Richter sich getheilt verhalten die Frage besaht, die Assessoren und Referendare sie verneint und die ersteren überstimmt hätten. Man findet einen Uebelstand darin, daß der große Senat so besetzt sei, daß die Nichtrichter und jüngern Mitglieder darin die Mehrheit bilden. Das Publikum nimmt besonders deßhalb Interesse an der Sache, weil Lehmann als Künstler geschätzt, beliebt und nicht leicht zu ersetzen ist, und weil man vermuthet, daß die Sache mit seinem Abgange von hier enden werde. — Die meiste Bewegung macht die katholische Angelegenheit, wenn auch in Ihrem Blatte schon die Rede gewesen. Die Sache — Wahl des Predigers Steinacker aus Triest — ist von Anfang an dadurch verdorben, daß sie zur politischen Parteisache seitens unserer Demokraten gemacht wurde. Diese haben in derselben die Masse der Halbgebildeten, das ganze liberale Philisterthum für sich. Die schwere Bekenntnißfrage liegt im Grunde, und da stoßen denn die Gegensätze auf einander. Hier laufen die Ansichten und Ansprüche auf vollkommene Nichtachtung des Bekenntnisses und gänzliche Loslösung von demselben hinaus, dort wird — freilich nur von Einzelnen — die Bekenntnißfestigung im extremen Sinne vertheidigt und begehrt. Die große Masse richtet die religiösen und kirchlichen Dinge nach dem sogenannten gesunden Menschenverstande und nach Begriffen und Gefühlen von einer Freiheit der Einzelnen, wobei keine Kirche und kirchliche Ordnung bestehen kann, und findet auch darin schon eine unprotestantische Freiheitsbeschränkung, Kirchenzwang, Jesuitismus u. dgl., wenn die Ansprüche des Regimentes und der Ordnung in der Kirche selbst nur im nöthigsten und billigsten Maße geltend gemacht werden. Ob das geistliche Stadtministerium darüber hinausgegangen, indem es einstimmig beschlossen, den Hrn. Steinacker zum Colloquium gar nicht zuzulassen, indem bereits aus den Druckschriften desselben sich ergebe, daß derselbe außer dem Bekenntniß stehe, ist nun zur vielbesprochenen Frage geworden. Von demokratischer Seite ist jener Beschluß bereits als ein „Glaubensgericht“ dem Publikum denuncirt worden. Dagegen ist es Thatsache, daß unter den Stadtpredigern sich nur ein einziger streng orthodoxer Theolog befindet. Die Demokraten haben nach dem mit der neuen Organisation erfolgten Ausscheiden der Richter aus dem Magistrate die Mehrheit einer Stimme in diesem. Sie

hatDie Präsentation Steinackers und nun auch den Beschluß durchgesetzt, das geistliche Ministerium nochmals als zur Anstellung des Colloquiums aufzuordnen, da Steinacker erklärte, auf er in manchen Punkten seine Ansichten modificirt habe und das Bekenntniß unterschreiben könne und wolle. Es fragt sich nun zunächst, ob das geistliche Ministerium diese Erklärung als genügend annehmen, und dann wie die obere Kirchenbehörde entscheiden wird. In dieser waltet weder die strenge Orthodoxie mit ihren Ansichten über das bindende Bekenntniß, noch der Rationalismus, Ulyichismus oder Dilonismus mit seinen Ansichten über das nichts gelstende Bekenntniß. — Der Gedanke an die bevorstehende Entscheidung der Zollfrage hält in Spannung, wenn auch wenig davon gesprochen wird. In gut unterrichteten Kreisen hofft man nun eine baldige Verständigung zwischen den beiden streitenden Theilen.

Von der Niederelbe vom 14. Nov. schreibt man dem „Dresdener Journal“: „Als eine Thatsache von besonderer Wichtigkeit tritt bei den preußischen Wahlen hervor, daß die Zollvereinspartei unterlegen ist. Die Freunde des Freihandels, und namentlich die hervorragendsten Namen, wie Patow und Genossen, sind drei- bis viermal gewählt. Wir haben dieses Ereigniß nicht gewünscht und beklagen es vielmehr lebhaft, weil es unsern Wünschen für die Erhaltung des Zollvereins geradezu entgegensteht. Hätten wir der Wiederherstellung des Zollvereins nicht stets das Wort gesprochen, so könnten wir uns dieses Wahlergebnisses freuen, denn wir haben stets behauptet, diese Partei, welche mit Hartnäckigkeit den Zollverein und das Schutzsystem will, und gleichzeitig die in Preußen eingeschlagene Richtung vertheidigt, sich im Widerspruch mit sich selbst befinde, sich nicht klar sein könne. Das rein preußische Interesse will, wie aus den Wahlen hervorgeht, Freihandel oder bloße Finanzzölle mäßigster Art, und diese Ideen lagen so offen in der ganzen Richtung, daß eine Enttäuschung bitter sein mag; allein als unausbleiblich haben wir sie stets ausgesprochen und dargestellt. Daß das Ministerium die Partei kurze Zeit gewähren ließ, war klar, denn so lange der Kampf innerhalb des Zollvereins galt, stand Degenkolb dem Ministerium nahe. Als aber die Situation sich verändern mußte, war ein Halt nicht mehr möglich, da ein Standpunkt, entweder ohne alles und jedes Princip, oder ohne ein Princip das Regierung und ein großer Theil des Volkes wollten, im voraus ein falscher war. Wir sehen Kammerbeschlüssen entgegen, welche entschieden einem norddeutschen Bunde, der Entfernung des südlichen Zollbleigewichts und einer „unveränderten Stellung“ das Wort reden werden. Das ist das Ergebniß der preußischen Wahlen.“

* **Mainz**, 20. Nov. In Folge allerhöchster Weisung ist die Uniformirung der Civilstaatsdiener nun auch auf die Lehrer an den Gymnasien, Realschulen und der Gewerbschule ausgedehnt worden. Die Uniform ist, wie sich von selbst versteht, im Dienst stets zu tragen. (M. J.)

* **Hamburg**, 18. Nov. Heute ist der frühere kurhessische Oberstlieutenant und Kriegsminister Bödiker zum Stadtcommandanten gewählt worden.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 19. Nov. Seit mehreren Tagen werden hier viele für diese Jahreszeit außerordentliche Naturerscheinungen wahrgenommen, wie sie, häufiges Wetterleuchten mit Ausgefrieren, sonst nur beim Beginn des Frühlings sich zeigen. So haben wir bei äußerst milder Witterung fast immer heitern Himmel, warme Regenschauer, Knospen an den Bäumen ꝛc. Im Kanton Waadt sieht man Rosen und Veilchen, und Felder und Wiesen sind grün. Erfahrene Landwirthe verkünden einen strengen Winter. — Für das Fest, welches Bern am 6. März 1853 zum Andenken an seinen vor 500 Jahren erfolgten Eintritt in die Eidgenossenschaft feiert, ist die Zeichnung des Medaillenrs Frener aus Luzern für die Festmünze gutgeheißen worden. Die Medaille wird auf ihrem Revers einen Krieger in voller Rüstung, in der Tracht des 14. Jahrhunderts bieten, der das ritterliche Bern darstellen soll. Er steht mit entblößtem Haupt, den Blick nach oben gerichtet, vor dem Altar des Vaterlandes; sein linker Arm, die Hand auf die Brust gedrückt, umschließt die sieben Banner der früher verbündeten Orte; seine Rechte hält das Schwert, mit dem er so eben den Bundesbrief, der auf dem Altar liegt, besiegelt hat; neben ihm stehen Schild und Helm mit dem Wappenzeichen Berns auf den Stufen des Altars; über der Gruppe strahlt das Symbol der Vorsehung. Die Umschrift: „In Noth bewährt, im Bunde besieget“ ist dem Sinne nach angenommen, wird aber eine andere Fassung erhalten. Den Revers wird ein Kranz von Eichen- und Lorbeerzweigen besetzt, mit den Wappen der acht alten Orte, nach der Reihenfolge ihres Eintritts in den Bund einfassen. Im Mittelraume wird folgende Inschrift stehen: „Fünfhundertjähriges Jubelfest des Eintritts Berns in den Schweizerbund. 6. März 1353. Gefeiert an den Tagen von Laupen und Murten 21. und 22. Juni 1853“.

Italien.

† **Turin**, 16. Nov. In sämmtlichen Kirchen ward ein Hirtenbrief der Bischöfe Piemonts verlesen, womit bei Strafe des Kirchenbanns die Lectüre des „An die Mitbürger“ überschriebenen Werkes von Professor Ruyz, ferner der Journale „Gazzetta del popolo“, „Opinione“, „Brega“, „il Fischietto“, „Italia e popolo“ und „Monitore del communi italiani“ verboten wird. — Lord Minto erklärt in der „Gazzetta Piemontese“ auf den Ministerwechsel nicht den geringsten ihm zugeschriebenen Einfluß genommen zu haben, daß er sich aber aufrichtig über die Bildung eines Cabinets freue, das nach seiner Ansicht die constitutionelle Regierung Piemonts befestigen müsse, dem König zur Ehre gereiche und den Unterthanen angenehm sein muß.

Frankreich.

** **Paris**, 17. Nov. Dem bevorstehenden Preßgesetz zum Trotz fahren die belgischen Blätter fort, dem napoleonischen Gouvernement nach Kräften Abbruch zu thun. Sie erzählen ausführlich in Folge einer angeblichen Militärverschwörung eingetretene Hinrichtungsscenen in Vincennes, nennen neben 9 erschossenen Unteroffizieren noch 1 Capitän, 2 Lieutenante und 5 Gemeine, und bedauern, daß die zur Execution commandirten Linientruppen sich beharrlich geweigert hätten, ihren Kameraden Todesmerele ertheilen zu lassen. Ziemlich allgemein ist nun der Wunsch, die Regierung möge in dieser Sache eine Erklärung abgeben, um entweder die falschen Gerüchte zu entkräften, oder im Fall des wirklichen Vorgangs die vielen in Ungewißheit schwebenden Familien, welche beim 43 Regiment Anverwandte haben, zu beruhigen. Durch die Hemmung der Correspondenz der abziehenden Truppen mit ihren Heimaten leiden Tausende, welche die Ihrigen unter jenen 18 begriffen glauben. Daß die Republikaner am 21. mit „Rein“ stimmen werden, ist sehr zu bezweifeln, wenigstens in den Provinzen, wo sie sich manchen Unannehmlichkeiten aussetzen würden. Für die Hauptstadt Paris ausschließlich und allein wäre eine solche Demonstration möglich. Neben der Chambordschen Proclamation fahndet die Polizei auf eine Carricatur aus England, überschrieben: „December 1851, November 1852“. Eine Wahlurne als menschliche Figur steht dort einem Bauern die Pistole und hier eine Weinflasche auf die Brust. Unbegreiflich ist es, wie bei der überstrengen Douane, namentlich in den Kanalgegenden, dergleichen englische Fabrikate durchkommen können, und es sollen deßhalb verschiedene Mariniers in Verdacht und Untersuchung gerathen sein.

** **Paris**, 18. Nov. Mehrere dem Prinz-Präsidenten nahe stehende Generale sollen die Kasernen mehrmaliger Truppenbesuche besucht, und denselben erklärt haben, daß sie mit Umtrieben gegen das bisherige System sich selbst schaden würden. Die Auflösung der Armee und deren Ersetzung durch ein Milizsystem wie in der Schweiz und Nordamerika sei bei den Republikanern eine ausgemachte Sache; ja es stehe zu befürchten, daß, wenn diese Partei je einmal wieder ans Ruder kommen sollte, ein großartiger Rachecat an allen den Regimentern vollzogen würde, die im December 1851 die Garnison von Paris gebildet hätten. Demzufolge möchten die Militärs ein Einsehen haben, und sich weder durch geheime Emissäre und Flugschriften, noch auch durch die Aufrechthaltung des Friedenszustandes und durch die deßhalb nothwendige Reduction der Armee zum Mißvergnügen und zu verbrecherischen Unternehmungen verleiten lassen. Das am 43. Linienregiment statuirte Exempel sei im Interesse des allgemeinen Wohls unerläßlich gewesen. Wie die Soldaten diese Ansprache aufgenommen, wird nicht erzählt, und hängt wohl auch großentheils von dem Umstand ab, in welchen Beziehungen ihre einflußreichsten Offiziere zu den verbannten afrikanischen Generalen stehen. Und selbst in diesem Punkt waltet noch der Unterschied, ob man nämlich einem Changarnier, Bedeau, Lamoricière u. s. w. bloß zu persönlichem Dank verpflichtet ist, oder ob man auch principielle Verpflichtungen der Ordre des Herrn Charras folgt. Wie es heißt, bedrohen die Sagungen eines Geheimbundes, der schon vor vielen Jahren in der französischen Armee Eingang gefunden hat, abtrünnige Mitglieder mit Ermordung; in diesem Fall läge die Vermuthung nahe, daß im allgemeinen Rausch der Decembertage oder, fortgerissen vom Beispiel seiner Kameraden, mancher Affiliirte gegen gewisse Eide gehandelt habe, und dies jetzt durch lebensgefährliche Wagnisse vergessen zu machen suche. Darin läge weiter ein Schlüssel zu der sorgfältigen Ueberwachung, welche die Regierung einigen Regimentern widmet, und wobei sie vorzüglich nach einem in zahllosen Abdrücken ausgeworfenen Flugblatt forscht, welches beginnt: „Soldats, vous êtes l'élite du peuple, et on vous traite comme un vil troupeau,“ und schließt: „Mais Dieu est juste et la liberté trouvera des vengeurs, et vous refuserez, soldats, d'être les lâches soutiens de l'empire de la paix.“ Das Friedenskaiserthum besonders ist es, womit die revolutionäre Partei auf die Armee, und wie es scheint, nicht ohne Erfolg speculirt. Die Decembristen oder Elyſäer hin-

wieder begreifen die Gesährlichkeit dieser Taktik, und suchen sie im Gespräch mit den Militärs dadurch zu entkräften, daß sie beweisen, das Kaiserthum müsse zuvor als legitim anerkannt sein, bevor es mit Erfolg Krieg führen könne; und für Ersteres sei dermalen die französische Diplomatie in voller Thätigkeit u. s. w. Das tragische Ende des russischen Grafen Medem, welcher bei Pisa vom Griechen Kalergis im Duell erschossen wurde, hat hier, wo der Graf gekannt und beliebt war, mehrseitige Theilnahme erregt. — Man spricht von einer schmalen Hochstrauer, die für den verstorbenen Herzog v. Leuchtenberg angelegt werden soll.

Großbritannien.

0 **London**, 18. Nov. Disraeli, der Schatzkanzler, ist in diesem Augenblick der Held eines eben nicht sehr erbaulichen Geschichtchens, welches die Engländer lebhaft beschäftigt. Er hat nämlich vor einigen Tagen dem verstorbenen Herzog von Wellington im Hause der Gemeinen eine Denkrede gehalten, welche als ein Meisterstück der Rhetorik und Charakterzeichnung bewundert wurde; ganz besonders gefiel die Schilderung der militärischen Eigenschaften des eisernen Herzogs. Nun hat aber ein hiesiges Blatt die Entdeckung gemacht, daß diese Schilderung aus einer im Jahr 1827 nicht (wie das Londoner Blatt sagt) von Thiers, sondern von Armand Carrel geschriebenen Denkrede auf den französischen Marschall Gouvion St. Cyr wörtlich abgeschrieben ist. „Daily News", welches die hübsche Entdeckung genacht hat, druckt zur bessern Einsicht in das Plagiat beide Reden neben einander ab, und läßt dann noch, wie zum Hohn, einen früher einmal von Disraeli gegen den literarischen Diebstahl geschriebenen Artikel folgen. Begreiflicherweise muß eine solche Enthüllung für einen britischen Minister doch unangenehm sein und die Engländer können es natürlich nicht verzeihen, daß eine sine Lieutenant Napoleons verbrauchte Lobrede zum Aufputz des Helden von Waterloo hat dienen müssen. Das Schlimme an der Sache ist freilich, daß Disraeli's Rede gewissermaßen eine amtliche war, denn er hielt sie als parlamentarischer Führer der an der Gewalt befindlichen Partei; er sprach nicht im eigenen Namen und seine persönliche Meinung, sondern vertrat das Ministerium und das Haus. Dem Schatzkanzler muß die Sache sehr schaden, nachdem er in der letzten Zeit in der öffentlichen Achtung enorm gestiegen war. — Vorgestern hat die Königin im Buckinghampalast alle fremden Offiziere und Diplomatengäste empfangen, welche zur Leichenfeier des Herzogs v. Wellington hierher gekommen sind.

Neueste Nachrichten.

Wien, 18. Nov. In einer Reihe von Ernennungen, welche uns die letzten offiziellen Blätter brachten, erscheinen bereits die künftigen amtlichen Namensbezeichnungen. Die neue Benennung „Kronsyndikus" hat „Staatsanwalt" und die allgemeinen, nie ganz verklungenen Titel „Hofrath" und „Hofsecretär" sind nun zur offiziellen Thatsache geworden. — Das Vereinsgesetz für die ganze österreichische Monarchie hat die Sanction Sr. Maj. des Kaisers erhalten und wird in kurzem veröffentlicht werden. Einer Eröffnung des Justizministeriums an die Prager Handelskammer zufolge befindet sich auch das neue allgemeine Handelsgesetz zur Vorlage an Se. Majestät bereit.

— **Berlin**, 20. Nov. Die Anwesenheit des Herzogs von Braunschweig an hiesigem Hof hat einen weitern politischen Zweck. Bestimmt wird er bei diesem Gelegenheit die formelle Ratifikation der neuen Zollverträge mit Preußen hier vollziehen oder hat bereselben schon im Laufe des heutigen Tages vollzogen. In gut unterrichteten Kreisen betrachtet man alle Schwierigkeiten, welche sich bis jetzt der Ausführung des Septembervertrags und der Erhaltung des Zollvereins entgegensetzten, als beseitigt. Der Zollverein, wie er auch sei, ist eine Einigkeit. „Bewahren Sie Alles, was Einigkeit heißt." Diese Mahnung des Kaisers von Rußland hat endlich Anklang gefunden. — Herr v. Westphalen hatte am vergangenen Sonntag in der That seine Entlassung eingereicht. Sie ist nicht angenommen. Die Differenzen sind theilweise vor der Hand beigelegt, jedoch nicht beseitigt. In einer der letzten Plenarsitzungen des Staatsministeriums, in welcher der Staatsetat berathen wurde, stellte Herr v. Westphalen eine Mehrforderung von 200,000 Thlr. zur Erbauung von Gefängnissen auf sein Specialbudget. Er begründete diesen Antrag mit dem Nachweise von der Ueberfüllung der derartigen existirenden Locale. Die Schwurgerichte haben vor Allem hierzu beigetragen, indem sie unter den Verbrechern gegen das Eigenthum ungeheuer aufräumten. Manche, selbst bis zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilte Individuen muß das Gericht auf freiem Fuße lassen, da es zur Zeit für sie an Raum fehlt.

† **Turin**, 17. Nov. Der König hat den Ex-Ministerpräsidenten d'Azeglio zu seinem Feldadjutanten ernannt. Das Ministerium hat eine bezüglich der letzten Ministerkrisis, wiewohl im Regierungssinne entworfene Adresse des Genueser Divisionalraths aus Gründen der Incompetenz und Nichtconstitutionalität zurückgewiesen. Sandoz erhielt seine Entlassung nicht auf Begehren, sondern ward von der Regierung in Disponibilität gesetzt. Der königlich piemontesische Gesandte in der Schweiz, Graf Lauraz, wird als Nachfolger des Grafen Pralormo in Berlin bezeichnet. Der bischöfliche Hirtenbrief in Betreff der Journalintervidte ist in den Kirchen Turins ohne Ruhestörung verlesen worden.

* **Florenz**, 12. Nov. Dem „Mediterraneo" zufolge sind die in der Nacht vom 6. auf den 7. vorgenommenen Verhaftungen auf Grundlage der Entdeckung eines geheimen revolutionären Comite's erfolgt, an dem fast ausschließend Fremde betheiligt waren. Die Register, Correspondenzen und Siegille der Gesellschaft befinden sich in Händen der Behörde.

Paris, 20. Nov., Abends. Das Gerücht ist verbreitet, es solle eine allgemeine Amnestie für die wegen Preßvergehen Verfolgten erlassen werden. (T. D. d. K. J.)

Frankfurt, 21. November, Abends.

Die heute fälligen Posten aus Paris vom 20. und London vom 19. November sind ausgeblieben. Uebrigens ergibt sich aus der oben nach der „Köln. Ztg." mitgetheilten telegraphischen Depesche aus Paris von gestern Abend, daß wichtigere Nachrichten mit dieser Post nicht zu erwarten waren. Zu den letzten Mittheilungen aus Paris ist noch nachzutragen, daß der „Moniteur" auch das Gerücht von der Ausrehnung der Octroilinie der Hauptstadt bis zum Festungsgraben als grundlos bezeichnet und dabei äußert: „Die Schlinge ist zu grob angelegt, auch daß die Bevölkerungen sich darin fangen lassen sollten; sie kennen die lebhaften Sympathien des Prinzen für sie; wie könnten sie glauben, daß der, der durch den Grundsteuernachlaß von 27 Millionen dem Ackerbau schon die famosen 45 Centimen wieder erstattet hat und sich beständig mit den Mitteln beschäftigt, die für die arbeitenden Klassen lästigen Auflagen zu vermindern, den Entschluß hege, ihre Lage noch auszudehnen oder zu erschweren?" Gleichzeitig kündigt der „Moniteur" an, daß der Minister des Innern mit der Pariser Immobilienbank einen Vertrag abgeschlossen hat, wodurch derselben gegen Zusicherung der durch Decret zur Ermunterung von Immobilienbanken ausgesetzten Subvention die Verpflichtung auferlegt wird, in ganz Frankreich Filialanstalten zu errichten und in den verschiedenen Departements im Verhältniß ihrer Hypothekarschulden Darlehen bis zum Gesammtbetrag von 200 Millionen auszugeben, welche Darlehen, alle Kosten eingeschlossen, nur 5 pCt. kosten und sich dabei in 50 Jahren von selbst tilgen sollen. Ferner sind in dem Vertrage, der dem Staatsrathe zur Prüfung überwiesen ist, Bürgschaften genommen, um auch nach Erschöpfung der 200 Millionen die Zinsen anderweitiger Darlehen auf einem mäßigen Fuße zu erhalten. — Der Assisienhof des Departements hat am letzten Sonntag sein Urtheil über die December-Insurgenten von Cuers gesprochen: zwei sind zum Tod, einer zu 20 Jahren und einer zu 15 Jahren Zwangsarbeit, zwei zu 10 Jahren Zuchthaus, vier zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt und einer freigesprochen worden. Die beiden zum Tod Verurtheilten sollen in Cuers hingerichtet werden.

Börsenberichte.

Frankfurt, 21. Nov. Auch in der heutigen Effectensocietät zeigte sich eine günstige Stimmung und Kauflust für die meisten Fondsgattungen. Von österreichischen Effecten waren 5 pCt. Metall. 81½ pCt. G.; Neue 5pCt. engl. Metall 95 pCt. G.; 4½ pCt. Metall. 72⅛ pCt.; 3pCt. Lomb. Venet. 89 pCt. G.; Wiener Bankactien 1372 fl. Von preußischen Fonds waren 4pCt. Neue 95 pCt. G.; 3pCt. Inländische 45½ pCt. G.; 5pCt. englische Serbische Obligationen waren 95 pCt. G. Badische 35 fl. Loose 3½ à ¼ fl.; Kurhessische 40 Thlr. Loose 34½ à ¼ Thlr.; F.-W. Nordbahn wurde zu 45½ pCt. bezahlt. Berbach war 95½ à ¾ pCt. G.

Berlin, 20. Nov. Staatsch. 93⅞, Brf. 93⅞ G. — Köln-Minden 113⅝ à ¾ G. — Fr.-W.-Nordb. 42½ Brf., 41⅞ G., 41½, 42 à 41⅞ bez.

Amsterdam, 20. Nov. 2½ pCt. Integr. 63⅞. — 4pCt. Certifik. 95½. — 3½ pCt. Spand. —. — 4pCt. Russ. Anl. bei Hope 91⅞. — 4pCt. Russ. Anl. Stieglitz 61⅞. — 5pCt. Spanische Int. 45⅞. — 5pCt. Neue 25. — 5pCt. Silber-Metall. 90⅛. — 5pCt. Metall. 77⅛. — 2½ pCt. do. 40½. (Spnd.)

Antwerpen, 20. Nov. 5pCt. Belgische 100⅛. — 2½ pCt. do. 56⅞. — 3pCt. Span. 45⅛. — 1pCt. do. 21⅝. (Spnd.)

London, 20. Nov. 3pCt. Stocks 101. — 3pCt. Span. 51¼. — 1pCt. do. 25. (Spnd.)

Paris, 20. Nov. 4½ pCt. Rente 106, 40. — 3pCt. do. 85, 25. — Piemont 100, 50. — 3pCt. Span. 46½. — 1pCt. do. 25. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kaiserlein.

Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Zur statutenmäßigen Wahl von:

zwei Mitgliedern des Curatoriums der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt,

zwei Stellvertretern,

ferner:

der beiden Rechnungs-Revisoren und deren beiden Stellvertreter, [2631]

ist eine General-Versammlung der Mitglieder der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt, auf

den 16. December d. J., Vormittags 10 Uhr,

im Geschäftslocale derselben, Wohrenstraße Nr. 59, anberaumt, zu welcher die Stimmberechtigten, unter Hinweisung auf die Bestimmungen in dem §. 57 der revidirten Statuten, mit dem Bemerken hierdurch eingeladen worden, daß die Candidaten-Liste vom 8. December ab in dem gedachten Geschäftslocal eingesehen werden kann. Berlin, den 8. November 1852.

Curatorium der Preuß. Renten-Versicherungs-Anstalt.
Gamet.

[2630] **Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.**

Nach den bis heute eingegangenen Agentur-Abrechnungen sind:

1) 4067 Einlagen zur Jahresgesellschaft pro 1852 mit einem Einlagenkapital von . . . . . 72,480 Thlr.
und
2) an diesjährigen Nachtragszahlungen für alle Jahresgesellschaften. . . . . 105,662 Thlr. 24 sgr.

gemacht worden.

Im vorigen Jahre waren bis zum heutigen Tage:
3476 Einlagen mit . . . . 57,019 Thlr.
und an Nachtragszahlungen . 96,863 Thlr. 7 sgr.

erfolgt, welches wir hierdurch mit dem Bemerken veröffentlichen, daß unser Generalbevollmächtigter, Herr **von Scheurer** in Hanau, Gelder in Empfang nehmen und über Alles nähere Auskunft ertheilen wird. Berlin, den 13. November 1852.

Direction der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

[2529] **123. Frankfurter Stadt-Lotterie.**

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December 1852.

Ganze und getheilte Loose sind zu den bekannten Preisen zu beziehen von

Gebrüder Stiebel,
Hauptcollecteurs in Frankfurt am Main.

Frankfurter Stadt-Lotterie.

Haupt-Gewinne: fl. **200.000**, fl. **100,000**, fl. **40.000**, fl. **25,000** u. s. w.

Ziehung 1r Klasse am 1. und 2. December.

empfiehlt sich mit ganzen Loosen à fl. 6; für alle 6 Klassen gültig à fl. 90, getheilte Loose im Verhältniss unter Versicherung reellster Bedienung.

J. M. Beyschlag,
[2572] Kornmarkt in Frankfurt a. M.

Local-Veränderung.

Die Papierhandlung
von
G. Theissinger
befindet sich jetzt
[2607] **Zeil 72**
neben Herrn **C. A. André**, Haus Mozart.

123. Frankfurter Stadtlotterie.

Ziehung 1ster Klasse den 1. und 2. December 1852.

Ganze und getheilte Loose sind planmäßig zu beziehen unter Zusicherung prompter Bedienung und strenger Verschwiegenheit bei

C. Mitant-Knips,
[2597] neue Schlesingergasse Nr. 9 neu.

Grand Hôtel Louvois

in Paris, Place Louvois, Straße Richelieu,
gehalten von **T. Lachanal.**

Dieses geräumige und frei gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den alten Platz der Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuilerien. [2197]

[2608] **Geschenke-Verloosung.**

Unter Bezugnahme auf den im Laufe des vorigen und dieses Monats in den öffentlichen Blättern erlassenen

Aufruf zur Mildthätigkeit

wird nun zur Kenntniß des verehrlichen Publikums gebracht, daß die zur Unterstützung dieser Armen mit Brennholz bereits eingegangenen und noch zu erwartenden Geschenke

den 25. und 26. November von 10 bis 4 Uhr und
den 27. November von 10 bis 1 Uhr

im Locale des polytechnischen Vereins (an der St. Katharinenkirche) zur Ansicht aufgestellt werden, und daß die Verloosung am 27. November Nachmittags stattfindet.

Bis zur Ausstellung werden Geschenke dankbar angenommen und Loose ausgegeben **Große Eschenheimer Straße** D 165 (39 neu).

Bleichstraße Nr. 62 neu (Parterre).

Carcel- und Moderatur-Lampen

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.

[2635] **Theodor Martino**, 36, Zeil.

[2620] **Edictalladung.**

Der einzige Sohn zweiter Ehe des im Jahre 1806 verstorbenen fürstlich Hohenlohe-Oehringischen Hauptmanns Dietsch von Friedberg, **Wilhelm Dietsch**, geboren zu Offenbach am 6. September 1782, hat seine Heimath früh verlassen und soll in den Jahren 1813 bis 1815 in Hamburg sich aufgehalten haben. Seit jener Zeit fehlen alle Nachrichten über ihn.

Bei Regulirung der Nachlaßverhältnisse seines Vaters kam zwischen den Miterben des gedachten Wilhelm Dietsch eine Vereinigung dahin zu Stande, daß ein Theil des Nachlasses seines verstorbenen Vaters mit ungefähr 2000 fl. als mütterliches Vermögen des abwesenden Wilhelm Dietsch bis zu seinem 70sten Lebensjahre verwaltet werden, und wenn er nicht zurückkehre, hiernach seinen Stiefgeschwistern und resp. deren Kindern und Erben zufallen solle.

Nachdem nunmehr der Abwesende das 70te Lebensjahr zurückgelegt haben würde, werden auf Antrag seiner Präsumtiverben der gedachte Abwesende Wilhelm Dietsch, so wie dessen etwaige Leibeserben und alle die, welche Ansprüche an das für ihn seither curatorisch verwaltete Vermögen zu haben glauben, hierdurch öffentlich aufgerufen, sich

binnen 60 Tagen

bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden und ihre Ansprüche zu begründen, gegenfalls der Tod des Abwesenden unterstellt und das Vermögen den bekannten Präsumtiverben in Gemäßheit des getroffenen Vergleichs überlassen werden wird.

Gießen, den 12. November 1852.

Großh. Hess. Hofgericht der Provinz Oberhessen.
v. Helmolt. Kemff.
Pro copia: Frey, H.-G.-S.-Actuar.

[2227] **Erbvorladung.**

Die dahier ledig verstorbene Barbara Schweickert hat laut ihrem öffentlichen letzten Willen vom 16. Juli 1845 die Kinder ihrer Mutter Schwester Margaretha geb. Kreiss, verehelicht gewesene Wolf in Königreich Bayern, als Erben, zu einem Theil ihrer Verlassenschaft, in 4578 fl. 22 kr. testirend, berufen. Diese Testamentserben, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, werden andurch mit Frist von

drei Monaten

zur Vertheilung genannter Erbschaft mit dem Bedeuten öffentlich vorgeladen, daß im Nichterscheinungsfalle solche lediglich denjenigen werde zugetheilt werden, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Bruchsal, den 21. September 1852.

Großherzoglich Badisches Amts-Revisorat.
Jauch.
Steinle, Notar.

[2563] **Edictalladung.**

Ueber das mit 1245 fl. 17 kr. überschuldete Vermögen des **Moses Bauer Seligmann Sohn** von Schotten ist der formelle Concurs erkannt worden, daher Alle, welche Ansprüche an die Masse zu bilden haben, aufgefordert werden, solche

Donnerstag den 30. Dezember l. J.,
Vormittags 9 Uhr,

bei Vermeidung des Ausschlusses dahier anzugeben und zu bescheinigen.

Schotten, den 8. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Winheim. Pill.

(Nebst Beilage und Konvertationsblatt.)

[2625] **Kurhessische Loose,**

Ziehung am 1. December, zum Tages-Cours, so wie Certificate für diese Ziehung à fl. 3 30 kr. zehn Stück für fl. 30. im **Wechsel-Comptoir** von

J. L. Aub, Zeil, der Post gegenüber.

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine Nr. 22** Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen ꝛc. [2610]

Hôtel garni,

27, rue Montha-bor à Paris,

in Mitte des elegantes Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2609]

[2570] Bei einer soliden Familie, die sich gern der Erziehung der Jugend widmet, in einer äußerst gesunden und angenehmen, mit trefflichen Bildungsanstalten für Knaben und Mädchen versehenen Stadt an der badischen Bergstraße, werden Eltern ihre Kinder gute Aufnahme, sorgfältige Aufsicht und angemessene Nachhülfe im Unterricht finden, gegen billige Vergütung. Nähere Auskunft wird ertheilt zwischen 12—3 Uhr Nachmittags, Eschenheimer Chaussee Nr. 20 im zweiten Stock.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Montag (Beilage zu Nr. 279.) 22. November 1852.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 21. Nov. Von mehreren Seiten wird die beabsichtigte Errichtung einer hydraulischen Maschine an der Stelle der alten Brückenmühle zur Bewässerung der Sachsenhäuser Gärtnerei berichtet. Diese Mittheilungen sind jedoch jedenfalls voreilig. Der Plan eines Technikers, welcher diese Errichtung anempfiehlt, liegt bis jetzt noch seiner Behörde vor, und dürfte jedenfalls ein Beschluß erst dann erfolgen, wenn die demnächst zu erwartenden Vorschläge anderer Sachverständigen eingegangen sind. Uebrigens handelt es sich gar nicht um die Bewässerung der Sachsenhäuser Gärtnerei, für welche, wohl ohne Grund, eine Entziehung des Wassers durch die projectirte Wasserleitung befürchtet wird, sondern um eine Bewässerung der dortigen Fischteiche. Ueber den ersten Punkt ist, dem Vernehmen nach, bereits mit den Betheiligten ein Abkommen getroffen. — In einer der nächsten Sitzungen der gesetzgebenden Versammlung wird das Budget für 1853, welches gegenwärtig dem Bürgerausschuß vorliegt, zur Berathung kommen, bei welcher Gelegenheit das Gesetz über Zeitungsstempel discutirt werden wird. Wie man allgemein vermuthet, dürfte die Annahme dieses Gesetzes, dessen Ertrag zu 15,000 fl. berechnet wird, nicht mit Sicherheit zu erwarten sein. — Heute Vormittag gerieth das vom Obermain kommende Dampfboot bei seiner Durchfahrt durch die Brücke neben dem gestern geschetterten Schiff auf den überschwemmten Pfeilervorsprung und das durch in Gefahr, umzuschlagen. Der Geistesgegenwart des Steuermanns und des Capitäns ist es zu verdanken, daß jenes Unglück vermieden wurde und das Dampfboot seine Fahrt fortsetzen konnte. Das verunglückte Schiff nebst Ladung ist bei einer hiesigen Assecuranzgesellschaft um 3600 fl. versichert. — Die bei der militärischen Todesfeier für den Herzog v. Wellington in der deutsch-reformirten Kirche gehaltene Rede des Herrn Consistorialraths Schrader hat einen solchen Eindruck gemacht, daß von vielen Seiten der Druck derselben gewünscht wird. Der verstorbene Herzog v. Wellington war Inhaber des königl. preußischen 28. Infanterieregiments.

ψ **Frankfurt**, 22. Nov. Morgen Abend wird der königlich preußische Bundesgesandte, Herr geh. Legationsrath v. Bismarck-Schönhausen, zur Feier des Namensfestes Ihrer Maj. der Königin von Preußen eine Soiree geben, wozu sämmtliche Militär- und Civilautoritäten geladen sind. — Die hier garnisonirenden Truppentheile verzehren für die Kasernenlocalitäten, Heizung und Beleuchtung den jährlichen Betrag von 66,160 fl. 28 kr.; nämlich das k. k. österreichische Contingent 21,915 fl. 24½ kr., das königl. preußische 30,015 fl. 12½ kr. und das königl. bayerische 14,229 fl. 51 kr. Nach einer möglichst genauen Berechnung erhalten die Truppentheile hiesiger Besatzung eine Besoldung von 895,000 fl. jährlich. — Der junge Mann, welcher vor 14 Tagen in Sachsenhausen durch einen Stich in das Oberbein verwundet wurde, ist gestern im Hospital gestorben.

⚓ **Berlin**, 20. Nov. Durch die Nichtannahme des von dem Herrn Minister des Innern vorgestern eingereichten Entlassungsgesuches von Seite Sr. Majestät des Königs, treten für die so bedeutungsvolle Angelegenheit der innern Entwicklung Preußens große Schwierigkeiten ein. Wir haben schon in einem früheren Schreiben darauf hingedeutet, daß die Vorlagen des Herrn Ministers des Innern in der Sitzung des Staatsministeriums von sämmtlichen übrigen Ministern abgelehnt worden sind, wozu namentlich die verschiedene Auffassung des Herrn Ministerpräsidenten, des Justizministers und des Kriegsministers beigetragen hat. Eine Ausgleichung zwischen letzterer Auffassung und jener des Ministers des Innern wird aber durch das Verbleiben des Herrn v. Westphalen im Ministerium geboten, und darin liegen die großen Schwierigkeiten des Augenblicks. Ausserdem ist noch hervorzuheben, daß der Zusammentritt der Kammern, wie es in kürzester Zeit bevorstehend und in Betreff der denselben zu machenden Vorlagen in den wichtigsten inneren Fragen noch keine Meinungsübereinstimmung innerhalb des Staatsministeriums erzielt ist. Wir brauchen kaum zu erwähnen, daß die Ausarbeitung neuer Vorlagen auch nicht grade so geringe Zeit in Anspruch nimmt. Aus unsern obigen Andeutungen werden Sie ersehen, wie richtig der frühere Hinweis war, daß der Kern der bevorstehenden Kammerverhandlungen sein wird, ob die ritterschaftlichen Bestrebungen in Preußen zur Geltung kommen sollten oder nicht. Die Hauptstadt Berlin hat sich bei Gelegenheit der Wahlen und durch letztere selbst entschieden in dieser Beziehung ausgesprochen. Der diesigen Bürgerschaft gilt die Existenz, das Wohl und Bedürfniß des Ganzen als das alleinige, oberste Gesetz, dem gegenüber es keinen besondern Anspruch gibt. Auf diesem Gesetz müsse in einem Staate wie Preußen jedes Recht beruhen, ein anderes als in solcher Weise bedingtes dürfe es nicht geben. Dies sei überhaupt der feste Grund, auf welchem der preußische Staat ruhe. Vor einem uralten Recht der Stände wisse der preußische Staat nichts. Im Gegentheil, dieses Recht musste gebrochen werden, damit der preußische Staat das werden konnte, was er Europa gegenüber ist. Für diese Anschauung tritt namentlich das „Preußische Wochenblatt" in die Schranken, indem es hervorhebt, daß der Staat, das Bedürfniß des Gemeinwesens, welches im König sich als geschlossene Einheit darstellt, in Preußen allein das Maßgebende sein könne. Der preußische Staat sei auf einer durchaus andern Grundlage gegründet als auf dem Ständewesen. Darum sei auch die ständische Frage nie und nimmer die Existenzfrage des preußischen Staats gewesen und werde es auch nie sein. Der preußische Staat könne leben und bestehen, es möge Stände geben oder nicht, sie seien sein Lebenselement, seine Bedingung unseres Staats. Allein das lebendige Bedürfniß des Staats müsse und werde bestimmen, was Stände sind, wo ihre Grenzen, welches ihre Rechte. Früher im Territorialfürstenthum seien die Stände der Staat gewesen, jetzt habe sich der Staat durchaus selbstständig und unabhängig über ihnen erhoben. Bei der Schroffheit, womit sich in Preußen die verschiedenen Meinungen in Betreff der Ständefrage gegenüberstehen, werden die bevorstehenden Kammerverhandlungen die heftigsten und hartnäckigsten Kämpfe darbieten. Die entschiedene Haltung der Städte Preußens dürfte in Bezug auf die Entscheidung dieser bedeutungsvollen Frage ein Gewicht in die Wagschale werfen, das, wie wir glauben, von der Mehrheit des Ministeriums in gebührender Weise in Anschlag gebracht werden wird. — Es ist gegründet, daß die Ministerialcommission zur Revision der Verfassung sich dahin ausgesprochen hat, daß es als zweckmäßiger erkannt werden müsse, wenn die Kammern nur alle zwei Jahre einberufen würden. Unter den Gründen, welche dafür angegeben werden, befindet sich auch die Hinweisung, daß durch die viele Zeit, welche die Ausarbeitung der Vorlagen für die Kammern durch den verschiedenen Ministerien in Anspruch nehme, der Thätigkeit der Gesetzgebung der eigentlichen Staatsverwaltung Abbruch geschehe. — General v. Radowitz ist gegenwärtig mit der Ausarbeitung einer neuen Schrift beschäftigt, welche als Fortsetzung seiner bisherigen politischen Schriften betrachtet werden kann.

○ **Aus der Provinz Sachsen**, 20. Nov. Der Oberpräsident v. Witzleben hat in diesen Tagen, in Gemeinschaft mit dem Regierungspräsident v. Wedell und unter Begleitung des Regierungsbaurathes Ritter und Bauinspector Steudener, sowie der betreffenden Militär- und Stadtbehörden, die Moritzburg bei Halle in allen ihren Theilen einer genauen Besichtigung unterworfen. Wie wir hören, dürfte das Gebäude in der Folge zu militärischen Zwecken verwendet werden.

Posen, 18. Nov. Die „Goz. W. f. Pozn." enthält einen offenen Brief des Erzbischofs v. Przyluski an seine Wähler im Ostrowoer Wahlbezirk, worin er die Wahl ablehnt. Es heißt darin: „Ich fühle mich verpflichtet, Euch meinen ehrlichen Dank dafür auszusprechen, und zwar um so mehr, da Ihr die Bedürfnisse und Forderungen der Gegenwart richtig erkannt, und, in Uebereinstimmung mit unsern katholischen Brüdern in den übrigen katholischen Provinzen, Eure ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt der religiösen Frage zugewendet habt, die unstreitig die wichtigste ist, weil sie das Fundament des Glücks der Staaten und Völker bildet, unserer heiligen apostolischen Kirche nämlich, die allein und ausschließlich fähig ist zu bessern, was verdorben ist, und zu erhalten, was ohne sie keinen Bestand und keine Dauer hat." Es

folgt hierauf unter Berufung auf die oberhirtlichen Geschäfte die Ablehnung, und wird dabei bemerkt: „Geistlichen jedoch kann ich, in Uebereinstimmung mit meiner früheren Verordnung, nicht gestatten, ihre Stellungen zu verlassen, so lange der Mangel an Geistlichen in meinen Erzdiöcesen, mit Rücksicht auf das dringende Bedürfniß geistlicher Hilfe, die Anwesenheit in ihren Gemeinden unumgänglich nothwendig macht." — Einer Mittheilung desselben Blattes zufolge, ist der bekannte Jesuitenpater Antoniewicz am 14. d. M., Abends 9 Uhr, in Obra, wo die Cholera gegenwärtig stark grassirt, dieser Krankheit nach schweren Kämpfen erlegen.

n* **München**, 20. Nov. Diesen Mittag haben uns der Kronprinz und die Kronprinzessin von Württemberg wieder verlassen und die Reise nach Stuttgart fortgesetzt. Bezüglich der obschwebenden Ministerkrisis scheint noch keine Entschließung höhern Orts getroffen zu sein, wenigstens vernimmt man zur Zeit noch nichts Bestimmtes darüber. Für den Staatsminister der Justiz einen geeigneten Nachfolger zu erhalten, scheint man auf Schwierigkeiten zu stoßen, denn wie man vernimmt, haben bereits mehrere höhere Justizbeamte, denen das Portefeuille angeboten wurde, dies abgelehnt, weil die Nichtdurchführung der Gerichtsorganisation zur Bedingung gemacht worden sei. Man hat daher noch immer Hoffnung, daß der dermalige Justizminister Herr v. Kleinschrod noch länger im Amte verbleiben und auf dessen Vorschläge bezüglich der Gerichtsorganisation eingegangen würde. Ein Ministerialerlaß vom 7. d. M., der heute von unserer Kreisregierung publicirt wird, betrifft die ehelichen Verhältnisse der Deutschkatholiken und Mitglieder der ehemaligen freien Gemeinden, die im wesentlichen Folgendes sagt: Diejenigen Ehen unter den Mitgliedern der genannten Secte, welche vor dem Eintritt in jene Genossenschaft, sowie diejenigen, welche in der Zeit geschlossen wurden, während welcher der Deutschkatholicismus in Bayern anerkannt war, auch ferner als giltig zu betrachten. Wenn aber neuerlich Mitglieder jener Genossenschaften um die Bewilligung zur Verehelichung nachsuchen würden, so soll, da jene Secte als Religionsgesellschaft nicht mehr anerkannt ist, die Bewilligung nicht mehr ertheilt werden.

Rastatt, 18. Nov. Vor einigen Wochen wurden die der Festung angehörigen Grundstücke, welche zu Vorwerken bestimmt sind, in dreijährigen Pacht gegeben und dem Festungsbaubureaupersonal zum Theil gekündigt. Seitdem scheint über den Fort- und Ausbau der Festung in Frankfurt anders entschieden worden zu sein, da von dort aus die Pachtverträge wieder aufgelöst wurden und jene Grundstücke vorläufig öde liegen bleiben. An der innern Einrichtung der befestigten Kasernen des Forts B, wohin auch später die Geniedirection mit sämmtlichen Bureaux übersiedelt, wird unausgesetzt gearbeitet und die schönen lichten, trockenen und sehr festen Räume sind fast sämmtlich zum Bewohnen fertig. In nicht erfreulichem Widerspruch mit dem neuen und übereinstimmenden Aeußern der zur Festung gehörigen Gebäude steht das des herrlichen Schlosses, das zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Theilen mit ungleichen Farben betüncht, an andern und zwar an derselben Wand bei abgefallenen Verzierungen noch edeln alterthümlichen Rest zeigt, so daß es einer colorirten Karte von Deutschland nicht unähnlich sieht, wie um anzudeuten, daß Rastatt Bundesfestung werden soll. (Schw. M.)

Kassel, 15. Nov. Von hier meldet der „Nürnb. Corresp.": Gegen die inhaftirten Mitglieder des bleibenden landständischen Ausschusses, Schwarzenberg, Henkel und Gräfe, ist eine Verfügung des Ministeriums erfolgt, wonach sie die als Mitglieder des bleibenden landständischen Ausschusses in den Monaten September bis December 1850 bezogenen Diäten wieder herauszahlen sollen. Im Jahr 1837 beschloß die damalige Ständeversammlung, eine Beschwerde bei dem Bundestag wegen verweigerter Herausgabe der heimgefallenen Rotenburger Quart zu erheben. Der Landtag ward aufgelöst, hatte aber vorher noch den bleibenden landständischen Ausschuß mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt. Die Kosten der Einreichung dieser Schrift beliefen sich in Frankfurt auf 36 Louisd'or. Da dem Ausschusse aber keine Mittel zu Gebote standen, so schossen die Mitglieder diesen Betrag aus eigenen Mitteln zusammen. Der verstorbene Oberbürgermeister Schomburg, damals Präsident der Ständeversammlung, hatte hierzu allein 10 Louisd'or beigesteuert. Späterhin reclamirte die Wittwe desselben diese Auslage bei der Ständeversammlung, und diese beschloß die Rückzahlung des ganzen Betrags. Einige Mitglieder, denen dieser Vorfall höchst unangenehm war, machten, als die Auszahlung erfolgte, sogar einen wohlthätigen Gebrauch davon. Jetzt nun ist nicht allein der Wittwe Schomburg, sondern auch den übrigen Mitgliedern des damaligen bleibenden landständischen Ausschusses, als Eberhard, Wippermann, Nebelthau und Schwarzenberg, die Weisung zugegangen, unverzüglich die empfangenen Beträge wieder zurückzuzahlen. — Die Mitglieder der städtischen Behörden sind auf den 20. d. M. eingeladen worden, die Wahl zweier Mitglieder zum Bezirksrath vorzunehmen. Bekanntlich war die Verweigerung dieser Wahl die Veranlassung, daß der Bürgerausschuß aufgelöst wurde.

♉* **Kassel**, 21. Nov. Die Ernennung des Geheimeraths Volmar, bisheriger Vorstand des Finanzministeriums, zum Minister der Finanzen hat für denselben weder einen andern noch einen erhöhten Wirkungskreis im Gefolge. Wohl aber ist diese Ernennung für ihn mit einer Rang- und bedeutenden Gehaltserhöhung verbunden. Zu gleicher Zeit macht sie dem Gerede von einem bevorstehenden Ausscheiden des Herrn Volmar aus dem Ministerium ein Ende. — Der kaiserlich österreichische bevollmächtigte Minister und außerordentliche Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Ingelheim, hat sein neu eingerichtetes Haus mit zwei kurz auf einander folgenden Repräsentationsdiners eröffnet, an welchen die kurfürstlichen Minister und andere Personen des höhern Militär- und Civilstandes Theil genommen haben. Der königlich preußische Geschäftsträger, Baron von der Schulenburg, hat ähnliche Diners gegeben, und der französische bevollmächtigte Minister und außerordentliche Gesandte, Vicomte Serrurier, wird mit nächstem die Honneurs der französischen Repräsentation auf dieselbe Weise machen.

± **Darmstadt**, 21. Nov. Eben ist „der weitere Bericht des Finanzausschusses, den Hauptvoranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben für die Finanzperiode der Jahre 1851/53, einschließlich des Militärbudgets, und den vorläufigen Bericht der ersten Kammer bezüglich des Entwurfs des Finanzgesetzes für 1851/53 betreffend", erstattet von dem Abg. Kraft aus Gießen, 69 Druckseiten stark, erschienen. Der Ausschuß ist in eine Mehrheit und Minderheit auseinander gegangen. Die Mehrheit beschäftigt sich in ihrem Berichte zunächst mit der Bedeutung der Stelle des Finanzgesetzes, wonach alle Staatsausgaben so auf die verschiedenen Verwaltungszweige verwendet werden sollen, wie die Bedürfnisse derselben von den Ständen bewilligt worden sind, so wie die bei der Einnahme entstehenden Ueberschüsse und die bei einzelnen Verwaltungszweigen erfolgenden Ersparnisse den Reservefonds bilden sollen, legt ihre Ansicht über diese Bedeutung, von der sie sich bei ihren einzelnen Anträgen leiten lassen werde, dar. Dann mit den einzelnen abweichenden Beschlüssen der ersten Kammer, darauf antragend, diese entweder zu adoptiren, oder bei dem frühern Beschluß zu beharren. Es hebt sich besonders die Rubrik: Ausgaben hervor. Die erste Kammer hat — um bei dem Wichtigsten zu beharren — fast alle Anforderungen des Kriegsministeriums bewilligt und alle Beschränkungen und Wünsche der zweiten Kammer abgelehnt. Der Ausschuß beantragt, im Wesentlichen bei den frühern Beschlüssen zu beharren. Die erste Kammer hat die gesammte Anforderung mit 73,000 fl. für die Landeshochschule verwilligt; der Ausschuß beantragt, nur bis zu 70,000 fl. hinauszugehen. Darin sind aber beide Kammern einverstanden, daß man im Verhältniß zu den Kräften des Staats zu freigebig gegen einzelne Facultäten gewesen, und es besser gewesen wäre, die theilweise durch ein übel angebrachtes Mitleiden zersplitterten Kräfte zu concentriren und dafür der Universität weitere Capacitäten zu gewinnen. — Nach einer Bemerkung „sind durch die Bearbeitung des Entwurfs einer Criminalproceßordnung" erhebliche Kosten erwachsen, was insofern erfreulich ist, als daraus die Hoffnung zu schöpfen ist, daß der nächsten Ständeversammlung dieser Entwurf vorgelegt werde. Die Minderheit des Ausschusses, bestehend in dem Abg. Müller-Melchiors, hat ein „Sondergutachten" erstattet und darauf angetragen, den Erlaß der ersten Kammer vom 9. d. M. (dessen ich neulich gedachte) keiner Berathung zu unterziehen und dieselbe aufzufordern, das Finanzgesetz entweder im Ganzen anzunehmen oder im Ganzen zu verwerfen, da der Art. 67 der Verfassungsurkunde dieses vorschreibe, die erste Kammer, auf dieses Recht beschränke, es ihr gar nicht zustehe, ihre einzelnen Abstimmungen über das Finanzgesetz der zweiten Kammer mitzutheilen, und die zweite Kammer gar nicht berechtigt sei, darauf ihre eigenen definitiven Beschlüsse umzustoßen, sich nur dann zum zweitenmal mit dem Finanzgesetz zu beschäftigen habe, wenn über solches, nach gänzlicher Verwerfung seitens der ersten Kammer „in der Versammlung der vereinigten beiden Kammern discutirt und nach absoluter Stimmenmehrheit Beschluß gefaßt wird". Jene Usualinterpretation, die auch nicht feststehe, habe gegenüber dem Buchstaben des Verfassungsgesetzes gar keinen Werth. Uebermorgen schreitet die Kammer zur Berathung. Man nimmt an, daß der Landtag noch vor dem Christfest geschlossen wird.

h **Gotha**, 20. Nov. Unser Staatsminister, Herr v. Seebach, wird sich auf einige Zeit nach Berlin begeben, woselbst, wie von sonst gut unterrichteter Seite versichert wird, eine neue Berathung, gleichsam eine Fortsetzung der weimarischen, in der Zollvereinsangelegenheit abgehalten werden würde. Nach Andeutung der Localpresse sollen die deßfallsigen Verhandlungen sich hauptsächlich auf die von Preußen beanspruchte Zuschußsumme für die Kosten der Grenzbeaufsichtigung im Gebiete der thüringischen Zollgruppe erstrecken. — Laut einer Bekanntmachung des neuesten Regierungsblattes soll,

in Folge der Vereinbarung zwischen den Zollvereinsstaaten, am 4. künftigen Monats sowie an den beiden folgenden Tagen in hiesiger Stadt eine allgemeine Volkszählung stattfinden.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 20. Nov. In der Berner Zeitung „Vaterland" liest man: Die „Tribüne Suisse" berichtet, der Grimselwirth Zydach sei ein Günstling der Patrizier gewesen, ein Anhänger des patrizischen Regiments, ein von den bernerischen Ordnungsfreunden favorisirter Mann!! Bekanntlich gehörte aber Zydach ganz zur radicalen Partei und war bereits seit dem Versuche zur Befreiung Dassners und Feins allgemein als solcher bekannt. Wir hatten den Anlaß seines jetzt entdeckten Verbrechens dies absichtlich nicht erwähnt, weil seine politische Partei mit dieser That nichts zu schaffen hat. Der Dank dafür ist diese Infamie der „Tribüne". — Der Beschluß des großen Raths von St. Gallen in der Eisenbahnangelegenheit geht dahin, daß der Bau der Bahn Rorschach-Wyl, wofür nun circa 9 Millionen beisammen sind, sofort zu beginnen habe. — Die Frage, ob die Staatsbetheiligung am Eisenbahnbau im Kanton Graubünden der Volksabstimmung unterbreitet werden solle, wird verneint, indem mit dem gleichen Recht sämmtliche von dem großen Rath beschlossenen Ausgaben der Sanction des Volkes unterlegt werden müßten. — Insolge Beschlusses des Generalverwaltungsraths von Waadt soll der Staat die 1,450,000 Fr., die er laut dem Gründungsdecrete an den Bankfonds beitragen soll, nun vollständig einschießen. Dadurch wird der effective Bankfonds des Kantons auf Fr. 2,900,000 Fr. gesteigert. — Dem am 15. d. M. zusammengetretenen großen Rath von Neuenburg wurde das Budget für 1855 vorgelegt. Darnach zeigt eine Einnahme von 829,949 Fr. eine Ausgabe von 817,069 Fr., also einen Ueberschuß von 11,880 Fr. — Am 14. Abends 9 Uhr wurde in Neuenburg in der Richtung nach Süden ein Meteor bemerkt. Es war eine weißliche lichtvolle Kugel, welche in langer horizontaler, glänzender Linie über den Bäumen sich hinzog und deren Lichtspur einige Augenblicke andauerte; Alles ohne das mindeste Geräusch. — Die Synode der Zürcherischen Geistlichkeit war am 11. d. M. versammelt und beschäftigte sich mit einem vom Kirchenrath vorgelegten sehr wichtigen Antrag, betreffend ein Entlassungs- und Abberufungsrecht der Geistlichen, wodurch in die bereits lebenslängliche der Pfarrstellen Verbundenen Uebelständen gesteuert werden könnte. Eine Commission von 9 Mitgliedern wurde mit der Vorberathung und Hinterbringung von Anträgen beauftragt. — Die großräthliche Eisenbahncommission zu Luzern hat sich für Ertheilung der Concession an den provisorischen Verwaltungsrath ausgesprochen. Im Schachen bei dieser Stadt ist eine Falschmünzerbande entdeckt worden, welche Ein- und Zweiguldenstücke verfertigte.

Frankreich.

* **Paris**, 19. Nov. Die Leute sind erstaunt über die Schnelligkeit, mit welcher die Arbeiten für Fortführung der Rivoliſtraße aufgestellt werden, und es ist wahr, in kurzer Zeit sind Wunder geschehen. Die prächtige Straßenzeile wird aber nicht nur der Stadt einen neuen Schmuck geben; sie ist auch von strategischem Nutzen, denn das Verschwinden so vieler engen und winkeligen Gassen wird eine Emeute bedeutend schwerer machen, als es vordem der Fall war. Hinter dem Stadthause ist eine geräumige Kaserne für mehr als 2000 Mann im Bau begriffen. Erinnert man sich, daß die Chancen einer Reihe von Aufständen zumeist von der Occupation des Stadthauses und der Tuilerien durch die Insurgenten abhingen, und daß diese beiden Paläste nun bald durch die Rivoliſtraße ohne Unterbrechung mit einander verbunden sein werden, so wird man sich überzeugen, daß diese Veränderungen nicht nur eine Verschönerung, sondern auch einen praktischen Nutzen bezwecken. Die erwähnte Kaserne oder vielmehr die Veste soll die „Kaserne Napoleon" genannt werden. — Die vom „Moniteur" verkündigte Reduction der Armee scheint die öffentliche Meinung denn doch nicht so ganz befriedigt zu haben; man hatte eine Verminderung von wenigstens 50,000 Mann erwartet. Aber man scheint dabei zu übersehen, daß der Effectivstand vom 1. December an noch um 10,000 Mann geringer sein wird, als am 1. Januar 1848 unter der Regierung Ludwig Philipps, und daß mals hatten wir keine Besatzung in Rom zu unterhalten. Von den durch die Reduction eintretenden Ersparungen schweigt der „Moniteur"; sie scheinen auch in der That nicht sehr groß zu sein, da der Offizierstab ohne Zweifel in seinem bisherigen Bestand beibehalten wird. — An der Börse spukte gestern das Gerücht, Rußland, Oesterreich und Preußen hätten erklärt, sie würden den Titel Napoleon III. nicht anerkennen; dies mag auf die Notirungen eingewirkt und mit zu dem heutigen Quos ego! des „Moniteur" Veranlassung gegeben haben. Uebrigens glaube ich versichern zu können, daß die französische Regierung eine Mittheilung der angegebenen Art nicht erhalten hat, auch schwerlich erhalten wird. Die Mächte haben vielmehr, als sie über diesen Punkt befragt wurden, nur die Hoffnung ausgesprochen, daß der Titel Napoleon III. nicht angenommen werde; von einem Verzicht der Anerkennung war noch nicht die Rede. Sollte aber dennoch ein Einwand gegen den Titel erhoben werden, so wird man Wege finden, der Schwierigkeit auszuweichen, ohne deßhalb von dem Wortlaut des Senatusconsultes abzugehen. — Der russische Gesandte, Herr v. Kisseleff, wird noch vor Ablauf dieses Monats hierher zurückkehren.

Δ **Straßburg**, 20. Nov. Herr Magne, Minister der öffentlichen Arbeiten, ist Donnerstag Abend von der Inspectionsreise zurückgekommen, welche er an den Rhein unterhalb unserer Stadt gemacht hatte. Er ist gestern Morgen wieder nach Paris gereist.

Großbritannien.

‖ **London**, 19. Nov. Auch heute noch sind einige Blätter mit einem schwarzen Rand erschienen und widmen dem Andenken des Herzogs von Wellington feierende Artikel. Den „Globe" verdrießt es, daß die österreichische Armee bei dem großartigen Leichenzug nicht vertreten war. Auch Liverpool, Manchester, Birmingham, Leeds, Portsmouth, Southampton, Doncaster, Cheltenham, Gloucester, Worcester und so wahrscheinlich alle, auch die noch entlegeneren Städte des Landes, haben den gestrigen Tag der Nationaltrauer still und würdig begangen; Magazine und Läden blieben geschlossen, alle Geschäfte ruhten. — Der Hof ist gestern Nachmittag aus dem Buckinghampalast nach Windsor zurückgekehrt; die Minister hielten eine Berathung im auswärtigen Amt. — Beide Häuser des Parlaments haben ihre heutige Sitzung Gegenständen von nur untergeordneter Bedeutung gewidmet. Von einigem Interesse ist nur, daß der Schatzkanzler Disraeli im Unterhaus anzeigte, er werde nächsten Dienstag, den 23. d. M., zu der bekannten Motion Villiers' folgenden Amendement stellen: „Das Haus constatirt mit Befriedigung, daß der wöchentliche Markt des Getreides, herbeigeführt durch die neuere Gesetzgebung, mächtig dazu beigetragen hat, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern und deren Wohlbefinden zu vermehren, und da die unbeschränkte Concurrenz nach reiflicher Erwägung als Princip unserer Handelssystems angenommen worden ist, so hält es das Haus für die Pflicht der Regierung, sich bei Vornahme der finanziellen und administrativen Reformen, welche sie nach der Lage des Landes einführen zu müssen glaubt, dieser Politik anzuschließen." (Ironisches Gelächter auf den Bänken der Opposition.)

Neueste Nachrichten.

* **Paris**, 20. Nov. Der „Moniteur" veröffentlicht heute drei Decrete des Prinz-Präsidenten; das erste bestätigt den hier in Paris unter dem Namen „Generalgesellschaft für Credit auf Mobilien" zusammengetretenen Verein; das zweite autorisirt die ebenfalls hier in Paris gebildete „anonyme Gesellschaft für die Eisenbahn von Lyon nach Avignon"; das dritte endlich führt in den Statuten der Colonialbanken verschiedene Modificationen ein. — Gestern und heute hat die Section des Staatsraths für streitige Fälle wieder eine Anzahl der ihr vorliegenden Arbeiten erledigt. — Dem Beispiel des Bischofs von Rennes folgend, hat auch der Bischof von Arras durch Rundschreiben an die Dechanten allen Geistlichen seiner Diöcese anempfehlen lassen, daß sich keiner bei der bevorstehenden Abstimmung seines Votums enthalten möge. In gleicher Weise haben die Bischöfe von Nancy und St. Flour Geistlichkeit und Laien aufgefordert, für die Wiederherstellung des Kaiserreichs mit Ja zu stimmen. — Gestern ist Ludwig Napoleon im offenen Wagen und ohne Escorte nach dem Louvre gefahren, dort die Arbeiten in Augenschein zu nehmen. Sonst nichts Neues von Belang.

Börsenberichte.

Paris, 20. Nov. 4½ pCt. Rente 106, 40. — 3pCt. 85, 25. — Neapol. — 5pCt. Neue Oesterr. 98. — Span. neue Diff. 25. — Neue 3pCt. 50½. — Innere Schuld 46¼. — Passive —. — Bankactien 3000. — Piemont 5pCt. 100, 50. — Römische Anlehen Juni 1850 100½. — do. 1850 100½. 101. — St. Germain-Eisenbahn 1500. — Versailles, linkes Ufer 380. — Straßburg-Basel 375. — Nordbahn 880. — Paris-Straßburg 860.

Frankfurt, 22. Nov. Gestern sind hier angekommen: der königl. preußische Gesandte am großherzogl. hessischen Hofe, Herr Baron v. Canitz, aus Darmstadt, im Brüsseler Hof; die Frau Herzogin v. Leuis, aus Paris, im römischen Kaiser.

Verantw. Redacteur: Dr. F. Potter. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2643]

Bekanntmachung.

Vom 23. d. M. an findet die Abfertigung der Post von Reichelsheim nach Darmstadt um 5 Uhr Morgens statt.

Frankfurt a. M., den 21. November 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[2641]

Berichtigung.

Im Hauptblatte der Wiener Zeitung vom 14. August 1852, Nr. 194, worin die Nummern der für das W. Z. 1852 zur Tilgung eingelösten Obligationen des Anlehens vom Jahre 1851, Serie B., bekannt gemacht wurden, soll es Spalte 3, Zeile 1 und 2 von oben, statt 11001, 11002, 11003, 11004, 11005, richtiger heißen 11101, 11102, 11103, 11104, 11105. *)

Vom k. k. Finanz-Ministerium.

Wien, den 16. November 1852.

*) Bergl. die Beilagen der Frankfurter Postzeitung Nr. 199, 209 und 215.

Gräflich Hugo Philipp zu Eltz'sche Anleihe

von fl. 275,000 im fl. 20 Fuße, d. d. Bukowar, 18. August 1844.

Von vorstehendem durch uns negocirten Anlehen sind bei der heute obligationsmäßig für fünf Termine vorgenommenen zweiten Verloosung die nachverzeichneten Partial-Obligationen zur Rückzahlung bestimmt worden, nämlich:

pro 1. November 1850:

Nr. 14 298 505 à fl. 500 im fl. 20 Fuß lede, rückzahlbar mit fl. 600 im fl. 24 Fuß vom 1. Januar 1853, von welchem Tage an die Verzinsung aufhört.

Die Rückzahlungstermine der ferner verlosten

Nr. 48 289 504 pro 1. November 1851,
„ 67 242 525 „ 1. November 1852,
„ 127 332 494 „ 1. November 1853,
„ 253 387 456 „ 1. November 1854,

werden nach Eingang der Beträge seiner Zeit bekannt gemacht werden. Frankfurt a. M., den 30. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.
[2506] **Zeist Emden & Sohn.**

Verpachtung einer im bayerischen Oberlande, unweit Benediktbeuern gelegenen Glashütte.

Es wird eine Glashütte, mit Poststanden von München entfernt und an einem Flusse gelegen, auf längere oder kürzere Zeit verpachtet.— Dieselbe wurde selber mit Torf- und Steinkohlenfeuerung betrieben, und sind die reichhaltigen Lagerstätten des schönsten Quarzsandes, wie auch die Kostenfreiheit und ergiebige Torfstiche in der Nähe. — Die ausgedehnten Zubrikgebäude mit einem durch Wasserkraft getriebenen neuen Pochwerke, sowie die sonstigen Einrichtungen, gestatten einen großartigen Betrieb, und das zu einer einjährigen Campagne erforderliche Quantum Torf findet sich bereits im bestrockenen Zustande vorräthig. [2639]

Nachlustige wollen sich in frankirten Briefen an Herrn S. Hermann in München, Rosenthal Nr. 8 wenden, worauf nähere Auskunft ertheilt werden wird.

Versteigerung des Inventars

à la Hof-Rödern bei Königstein am Taunus.

Wegen Wohnorts-Veränderung laßt am 30. November und die folgenden Tage mein sämmtliches Inventar dahier versteigern, als:

5 Wagenpferde, 7 Zobjen einer Race (2 vierjährige, 1 dreijähriges, 3 zweijährige und 1 einjähriges), eine vierjährige Stute, 22 Stück Rindvieh, 250 veredelte Schafe, 8 fette Schweine, 1 in gutem Stande befindlicher Spazierwagen mit vorderverdeck, 3 vollständige Oeconomie-Wagen, 2 Karren, 1 Schlitten, Geschirre, Sättel und Zäume, Ackergeräthschaften, ein Dreschstock, 15 Stück- und mehrere andere Fässer, 2 Kettern, wovon eine mit eiserner Schraube, 1 Aepfelmühle. Ferner Bettzeug, Haus- und Küchengeräthe, verschiedene Werkzeuge, Säcke und Kopfsäcken, Kleie, Grummet und 2000 Centner gutes Wiesenheu, Stroh, Kartoffeln, Rüben und anderes Viehfutter.

[2640] **A. J. Seelig.**

Zur Verwaltung der Apotheke zu Wächtersbach wird von der Wittwe des kürzlich daselbst verstorbenen Apothekers Pauly alsbald ein qualificirter Provisor gesucht. [2605]

Bekanntmachung.

[2637]

Zur Verpachtung der 780 Acker haltenden Kurfürstlichen Domäne Lippoldsberg an der Weser im Landrathsamt Polgeshmar ist öffentlicher Termin auf Montag den 6. December d. J., Morgens 10 Uhr,

in das Local der unterzeichneten Behörde zu Kassel bestimmt, worin die Pachtliebhaber, mit amtlichen Nachweisungen über Vermögen und sonstige Qualification versehen, sich einfinden wollen.

Kassel, am 18 November 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium, Abtheilung der Domänen.
Wiederhold, k. L.
vdt. Schuchardt.

[2299] **Edictalladung.**

Johannes Alt's Wittwe, Katharina Elisabetha geborne Remde, dahier (geboren am 22. December 1781 zu Hofmannsfeld), ist ohne Leibeserben und ohne über ihren Nachlaß rechtsbeständig disponirt zu haben, verstorben und ihre gesetzlichen Erben, so weit diese bis jetzt ermittelt werden konnten, sind unbekannt wo, von hier abwesend; auch hat das gerichtlich aufgenommene Inventar bis jetzt nicht abgeschlossen werden können, zwolge Saumen nicht bekannt sind. Erb- und sonstige Ansprüche an den Nachlaß derselben sind daher so gewiß

binnen drei Monaten

von heute an, dahier anzumelden, als sie sonst bei weiterer Verfügung über die Erdmasse nicht berücksichtigt werden.

Lauterbach, den 4. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Mylius. Bindewald

Cours der Staats-Papiere. 22. November 1852. (Schluß der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (Cl.S.b.Roth)	94½ P. 1/4 G.	Kurhessen	40 Thlr. l.-b. Rothsch.	34½ P. 1/2 bez. 3/4 G.	
»	5% M.v.J. 1854 Ser.B.	94¼ » G.	»	Frdr.-Wilhe.-Nordb.	46 » bez. u. G.	
»	5% do. v. J. 1839 L. à 125 fl.	94¾ P. 3/4 bez. 1/4 G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	101½ » P.	
»	5% L. V. (C. b. Roths)	89½ P. 1/2 1/4 bez. u. G.	»	4% » ditto b. Rothsch.	93¾ » P.	
»	5% do. Monte C. 18. M	84½ P. 1/4 G.	»	3½% ditto b. Rothsch.	91½ » G.	
»	Banz-Actien . . .	1336 P. 76 G.	»	3. 50 Loose . . .	90¾ P. 3/4 G.	
»	5% Metallig. Obligt.	81½ P. 81 bez.	»	3. 25 Loose . . .	89¾ P. 3/4 G.	
»	5% M.v.J. 1854 Ser.A.	81 bez.	Nassau	5% Oblig. b. Rothsch.	103 » P.	
»	5% ditto 1832	81 G.	»	4% ditto	99¼ » P.	
»	4½% ditto	72½ bez. 72 G.	»	3½% ditto	91¼ P. 90¾ G.	
»	4% ditto	64½ » P.	»	3. 25 Loose . . .	83¾ P. 1/2 G.	
»	3% ditto	48¼ » P.	Frankfurt	5½% Oblig. v. 1839	94 » G.	
»	2½% ditto	40¾ » G.	»	3½% » v. 1846	93¾ P. 1/2 G.	
»	1% ditto	16¼ » P.	»	3% » . . .	85¾ » P.	
»	5. 250 Loose b. Rothsch.	117¾ » G.	»	Raumanbahn-Actien .	303 P. 301 G.	
»	5. 500 » ditto	191½ » G.	Russland	4½% Obl. b. Baring	102¾ P. 101½ G.	
»	4½% Oblig. b. Bethm.	80 » P.	»	4% Obl. b. Hope & 2.	83 G.	
»	4% » » »	71 » P.	»	4% » b. Stieglitz &	91¾ G.	
Preussen .	3½% Staatsschuldsch.	93¾ G.	Polen . .	5. 300 Loose . . .	93½ P. 1/4 G.	
»	Cöln-Mind. E.-Actien	113 G.	Spanien	3% Inl. Sch. P. £ 3. 30	19¾ P. 1/4 G.	
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101½ G.	»	1% Neue » »	25 P. 24¾ 1/2 bez. u. G.	
»	4½% ditto	100¾ P. 1/2 G.	Holland .	4% Certificate . .	95¼ G.	
»	4% ditto	96¾ G.	»	3½% Syndicate . .	94½ G.	
»	4% Ablös.-Rente .	96½ P. 3/4 bez.	»	2½% Integrale . .	63¾ G.	
»	3½% Oblig. b. Rothsch.	92½ P.	Belgien .	5% Obl. in L. ab 12 p. R.	99½ P.	
»	Ludwigsb.-Bexbach.	96¾ 97 bez. u. G.	»	4½% Obl. in F. à 3 Sr.	99¼ P. 1/2 G.	
»	5% Priorit.-Oblig.	103½ P. 102¾ G.	»	4% Obl. in Fr. à 3 Sr.	93½ P. 1/4 G.	
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅞ G.	»	3½% Obl. b. Rothsch.	56¾ G.	
»	3½% ditto	90½ P. 1/4 G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	99¼ »	
Baden . .	5% Obligationen . .	102 G.	»	5% Obl. b. Hambro	96 P. 95¼ G.	
»	4½% Obligationen	102⅜ G.	»	Sardinische Loose .	41⅝ » G.	
»	3½% v. 1843 . . .	90½ P. 1/2 G.	Toscana	5% Obl. 1850 (Cb. Gold.)	100¾ » P.	
»	3. 50 Loose v. 1840	66½ P. 66 G.	»	5% 1851. b. Bastog (dto.)	97¼ » P.	
»	3. 35 Loose v. 1845	38⅝ P. 1/2 G.	Kamerika	6% Stocks Doll. 2. 30.	116¼ »	

Wechsel-Cours.		
Den 22 November	Per comptant	
Amsterdam . . .	k. S.	100 1/4 G.
(100 fl. Crt.)	2 M.	
Augsburg . . .	k. S.	(2) P. 1/2 G.
(100 fl. Crt.)	3 M.	
Berlin	k. S.	105 1/8. 104 G.
(60 Thlr.)	2 M.	
Bremen (60 k. S.		97 P. —
Hbbr.-l. Lder.	2 M.	
Hamburg . . .	k. S.	89 1/8. 88 1/2 G.
(100 M. Bc.)	2 M.	
Leipzig	k. S.	105 P. 104 1/2 G.
London	k. S.	119 1/8. 1/4 G.
(10 Liv. St.)	2 M.	119 1/8.
Lyon	k. S.	94 1/2 P.
(300 Fr.)	2 M.	
Mailand (250	k. S.	101 P. 100 1/2 G.
Lir. Austr.)	2 M.	
Paris	k. S.	94 1/8. 1/4 G.
(300 Fr.)	2 M.	
Wien (100 fl.)		102 P. 1/8
im fl. 20 F.)	k. S.	1/4 bez. u. G.
Disconto		3 G.

Gold und Silber.	
Pistolen	à 9 43-44
Pr. Friedrichsd'or.	à 9 54-55
Holl. 10 Stücke	à 9 51-52
Rand-Ducaten .	à 5 37-38
20 Francsstücke	à 9 26½-27¼
Engl. Souvereigns	à 11 51
Gold al Marco	à 382-83
5 Frankenthaler	à 2 21-½
Preuss. Thaler	à 1 45-⅓
Preuss. Cassa-Sch.	à 1 44⅞-45¼

Das Syndikat der Wechsel-Agenten.

Druck von August Osterrieth.

№ 280. Dienstag — den 23. November — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bundesstaaten von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des östreichischen Münz- und Zoll-Vereins 1 Thlr. 18 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. 30 kr. = 2 Thlr. 6 Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr C. H. Alexander in Strasburg, Brandgasse No. 28, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 25, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/3 Spalte) wie gewöhnlich 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

Wien, 18. Nov. Die Mitglieder der Zolleonferenz hielten heute wieder eine Sitzung. In Verhandlung stehen dergelt jene Punkte, welche von Seite Preußens als die Hindernisse für den Abschluß eines Zollvereinigungsvertrags bezeichnet sind, und ist sonach die Theilung in Sectionen erfolgt. Die wichtigsten von Seite der österreichischen Regierung genachten Vorlagen betreffen die Monopolsgegenstände in Oesterreich und die Valuten, anderseits bestehen Anträge wegen Bezeichnung jener Vertragsbestimmungen, welche zur bundesmäßigen Vollziehung kommen sollen. In industriellen Krisen ist man der Ansicht, daß der Bundestag, dies zur Veranlassung nehmend, die ganze Angelegenheit vom Standpunkte des Bundes prüfen werde. (Lloyd.)

Wien, 18. Nov. In einem meiner letztern Briefe habe ich Ihnen bereits berichtet, daß der hiesige französische Gesandte, Hr. de la Cour, eine Note seiner Regierung übergeben hat, welche gleichsam als die erste officiöse Kundgebung des Kaiserreichs zu gelten habe, da darin auf die Wiederherstellung desselben mit dem Bedeuten hingewiesen wurde, daß der Prinz-Präsident unter dem Namen „Napoleon III." zwar den Thron besteigen werde. Diese letztere Mittheilung ist die Ursache häufiger Conferenzen zwischen unserm Minister des Aeußern, Grafen Buol, und dem Hrn. de la Cour, und ich kann mit Rücksicht auf dieselben aus verläßlichster Quelle berichten, daß bis jetzt noch keine Verständigung hierin erfolgt ist. Die kaiserliche Regierung wird gegen die Annahme des Titels „Napoleon III." zwar keinen Protest einlegen, auch darum die Wiederherstellung des Kaiserreichs zu verhindern suchen, sie wird im Gegentheil diese Bezeichnung eben so wie das Kaiserreich überhaupt als fait accompli hinnehmen; dagegen dürfte dieser Titel der erste Anlaß einer Spannung sein. (N. Pr. Z.)

Berlin, 20. Nov. Zum Namenstag Ihrer Maj. der Königin fand gestern Abend in Sanssouci ein Hofconcert statt, welchem ein Souper folgte. — Heute trat wiederum das Staatsministerium zu einer Sitzung Vormittags zusammen, welche, wie man vernimmt, sich mit dem Entwurfe der Thronrede beschäftigte. An Stelle des Bischofs Neander ist in die erste Kammer der Oberconsistorialrath Mühler gewählt. Die Wahl dieser Persönlichkeit hat in so fern Bedeutung, als er das allerinige Mitglied des Oberkirchenraths ist, welcher sich für die Vertretung der Union und Wahrnehmung von deren Interessen entschieden ausgesprochen hat. Es ist die Wahl ein Beweis, daß die separatistischen Gelüste der Herren Stahl und Genossen wenigstens bei den hiesigen städtischen Behörden keinen besonderen Beifall haben. Daß bei der gestern stattgefundenen Wahl statt des Justizministers Simons der Stadtrath und Hofbuchhändler Reimer gewählt ist, hat lediglich darin seinen Grund, daß am Abend vor der Wahl eine telegraphische Depesche einlief, welche nicht nur anzeigte, daß der Herr Justizminister in Duisburg gewählt sei, sondern diesen auch auf das dringendste aufforderte, das Mandat für diesen Wahlbezirk anzunehmen. Als daher gestern der Herr Justizminister bei der Wahl auf die Candidatenliste gebracht wurde, glaubte ein Theil derjenigen Wähler, welche seinem seine Stimme gegeben hatte, keinen Grund mehr zu haben, dieselbe dem ebenfalls conservativen Herrn Reimer zu entziehen.

* **Berlin**, 20. Nov. Von Seiten der äußersten Rechten, deren Vertretung in der Presse der „Neuen Preuß. Zeitung" übertragen ist, scheinen jetzt, wie der „Leipziger Zeitung" geschrieben wird, wieder größere Anstrengungen gemacht zu werden, um ihre Ansichten mehr zur Geltung zu bringen. In der letzten Zeit schien die Partei durch die vielen Zersplitterungen, die sie erfahren hatte, an einem kräftigern Auftreten gehindert gewesen zu sein. Dieser Zustand der Partei übte zunächst auf die Kreuzzeitung die Wirkung aus, daß ihr die sonst bezogenen Mittel nicht mehr so reichlich zuflossen und sie sich sogar in Geldverlegenheit befand. Jetzt scheint man neue Anstrengungen (vielleicht der Verzweiflung) zu machen, um das Terrain, was zum Theil schon verloren ist, wieder zu gewinnen. Der Kreuzzeitung soll jetzt wieder reichlicher Geld zufließen und sie darauf bedacht sein, sür sich die erforderlichen Kräfte zu gewinnen. Auch liegt es in der Absicht, den „Schwanen Adler", welcher seit dem 1. Juli nur einmal wöchentlich erscheint, wieder zu einem täglichen Blatt umzuwandeln. — Die neuen Kassenanweisungen, welche ausgegeben werden sollen, um anstatt der bisherigen Kassenanweisungen und der Darlehenskassenscheine ein gleichmäßiges Papiergeld zu geben, sind zum Theil im Druck vollendet. Sie sind auf weißem Papier gedruckt und haben eine Zeichnung, die wohl schwerlich nachzuahmen sein wird. Die schriftlichen Einzeichnungen auf denselben werden jetzt von besonders dazu berufenen Beamten der königlichen Bank besorgt. Wahrscheinlich wird mit der Ausgabe der neuen Scheine im Januar des nächsten Jahres der Anfang gemacht werden. — Der Proceß gegen den Redacteur der „Neuen Pr. Zeitung", Wagener, welcher endlich am 22. zur Verhandlung kommen sollte, hat abermals einen Aufschub erfahren, weil der eine der vorgeschlagenen Defensionalzeugen bis jetzt nicht zu citiren ist. — Der Congreß des Telegraphenvereins wird nicht im Herbst, sondern erst im Februar abgehalten werden.

Halle, 17. Nov. Die „M. Z." meldet die erfolgte Suspension des Predigers Hartung in Merseburg wegen einer Predigt, worin er Gott gebeten, die Kirche von dem jetzigen Consistorium und dem Oberkirchenrathe zu erlösen und dafür ein acht lutherisches einzusetzen.

Bretheim, 16. Nov. Die „Zeitung für Nordreichsland" hört aus zuverlässiger Quelle, daß von Seiten der Jesuiten dem Fürsten von Bentheim eine Summe von 100,000 fl. für das ehemalige Augustinerkloster Frenswegen, in der Nähe der Stadt Nordhorn gelegen, geboten habe; der Antrag sei nicht abgewiesen, sondern in Unterhandlung gebracht. Schon früher soll der Augustinerorden ähnliche Absichten gehabt haben.

± **Darmstadt**, 22. Nov. Als Seitenstück zu dem Bild, welches vor mehreren Jahren die religiösen Wirren in dem Dorfe Kirchbrombach im Odenwald darboten, erscheinen die jetzigen Zustände der Gemeinde Bischofsheim am Main. Im Herbst des Jahres 1848 wurde der Pfarrer Haber in Offenbach (Verfasser einer Geschichte dieser Stadt und einer kurzen Geschichte Großherzogthums) zum Pfarrer der Gemeinde Bischofsheim bestellt. Bald darauf starb ein geachteter Einwohner unter der Anordnung, daß er unter Glockengeläute, aber ohne Zuziehung des Geistlichen zur Erde bestattet werden wolle. Letzterer erklärte diese Trennung für unstatthaft; aber dennoch ertönten die Glocken, was zu vielen Weiterungen führte, endlich zu dem Beschluß passiven Widerstandes durch Nichtbesuch der Kirche, Unterlassung der Taufen u. s. w. Darauf Abfassung des bisherigen Kirchenvorstandes durch die Verwaltungsbehörde, Schließung der Kirche durch Anlegung des amtlichen Siegels und Unterlagung des Kirchengeläutes. Während dieses Zustandes wird eine Untersuchung gegen den bisherigen Kirchenvorstand geführt. Man ist auf den Ausgang dieser Wirren gespannt. — Ich habe noch zu berichten, daß in der letzten Sitzung der zweiten Kammer beschlossen wurde, die Staatsregierung zu ersuchen, für Verbesserung der Gehalte der Lehrer an den Gymnasien zu Bendheim und Büdingen je 1500 Gulden zu verwenden.

╳ **Gießen**, 22. Nov. Der Thätigkeit unserer Polizei gelang es in den letzten Tagen, in einer übelberüchtigten Straße unserer Stadt ein ganzes Diebsnest auszuheben. Der Eigenthümer des Hauses (ein Strohflechter seines Handwerks) machte wahrscheinlich den Dieben der gestohlenen Sachen, denn man fand bei ihm eine ganze Masse der verschiedenartigsten Gegenstände, im Werth von einigen hundert Gulden, über deren rechtlichen Erwerb er sich nicht auszuweisen vermochte. Die in Folge dieser Entdeckung vorgenommenen Verhaftungen sollen die Zahl 20 bereits erreichen;

wie Polizei setzt ihre Nachforschungen fort. Auch in dem nahen Dorfe Mielert fand man bei einer lüderlichen Weibsperson eine Menge gestohlener Gegenstände. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Kellner aus Frankfurt, und man bringt die Geschichte mit den in Ihrer Stadt in letzter Zeit so häufig vorgefallenen Diebstählen in Verbindung. — Unsere Assisenverhandlungen haben am verflossenen Montag ihren Anfang genommen. Der Proceß der Falschschwörerbande aus dem Kreise Bledenkopf ist bis jetzt noch nicht vorgekommen, und ich werde nicht verfehlen, Ihnen seiner Zeit darüber Bericht abzustatten.

Hamburg, 17. Nov. Bekanntlich hatte das vor den commercziellen Thoren Deutschlands stationirte Kriegsschiff bereits zum Oefteren auf vorhergehende Dampfschiffe lediglich deßwegen geschossen, weil dieselben nicht nach dem Tacte, wie ihm Kopenhagen vorgeschlagen, die Fluthen des deutschen Flusses durchschnitten, und außerdem ist bekannt, daß von jener schwimmenden Festung aus freiheliche Ethpassagiere von ihren Fahrzeugen aus arretirt und zu Altona in Kerker geworfen worden, weil sie nach deutscher und nicht nach dänischer Weise gesungen. An diesem Schimpfe hat die deutsche Duldung doch ihre Grenze gefunden. Unsere neuliche Nachricht, daß Hamburg deßwegen beim Bundestage Beschwerde geführt, können wir heute dahin erweitern, daß Hamburg in der Eingabe nachweist, daß für die Anwesenheit eines dänischen Orlogsschiffes auf der Elbe überhaupt kein rechtlicher Grund vorliege, indem die bestehenden strompolizeilichen Verordnungen der betreffenden Staaten für die Ueberwachung des Elbverkehrs allein ausreichen. Dabei ist auf den Rhein und die Weser hingewiesen, welche von keinem Kriegsschiffe bewacht sind, was auch von unserm Strom in den letzten vier Jahren gilt, während welcher bekanntlich, unbeschadet der Ordnung auf demselben, keinerlei Wachtschiff zu erblicken war. Der Umstand, daß dieses nun schon seit Ende des vorigen Jahrhunderts sich auf der Elbe als Posten eingelegt, begründet ebensowenig die Rechtlichkeit wie die Nothwendigkeit seiner Existenz. Dergestalt ungefähr wird uns der Inhalt jener Beschwerdeschrift angegeben, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie von sämmtlichen norddeutschen Staaten, namentlich aber von Hannover, aufs kräftigste unterstützt werden wird. — In eine eigenthümliche Collision ist unsere Behörde mit England gerathen. Letzteres Land liefette nämlich die entflohenen Polizeiofficianten Meyer und Grève hierher in der Meinung aus, daß dieselben öffentliche Gelder veruntreut hätten. Nun aber erfuhr der sie hierher begleitende englische Constabler Marr, daß sie bloß private Schwindeleien begangen, wegen welcher allein die freie Insel Verbrecher nicht zurückfordert. Derselbe verlangt daher ihre Zurücklieferung nach England und wandte sich sogar deßwegen an seinen Gesandten. — Ein Dr. med. Bergdoff befindet sich hier auf auswärtige Requisition in Verwahrung, wie man glaubt wegen politischer Dinge. (K. v. u. f. D.)

Die Bremer Blätter melden, ist Dulon auf Helgoland bedenklich erkrankt.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 21. Nov. Dem großen Rath von Waadt liegen zwei Petitionen vor, von welchen die eine eine kantonale Industrieausstellung wünscht, die andere die Aufhebung des Gesetzes gegen die religiösen (Momiers-) Versammlungen. — Der neugewählte große Rath von Genf wird sich heute versammeln und constituiren. — Noch einmal starken Schneefall bedecken sich vorgestern alle Berge um Luzern mit tiefem Schnee. — Das „Solothurner Blatt" meldet von mehreren nach Amerika ausgewanderten Landsleuten, welche vor einigen Tagen wieder nach Hause zurückgekehrt seien. Die Erzählungen, die sie von dem glücklichen Leben jenseits des Meeres machen, haben besser als alle Zeitungsartikel aund Kalender dazu beigetragen, das Auswanderungsfieber bei ihren Landsleuten abzukühlen. Sie alle hatten seit ihrer Ankunft da drüben nur ein Bestreben, sich Geld zu erwerben, aber nicht um Millionär zu werden, sondern um so bald als möglich wieder nach Hause zurückkehren zu können.

Großbritannien.

London, 19. Nov. So hat sich denn die Gruft über den sterblichen Resten des Herzogs v. Wellington geschlossen. Der Eindruck der Feier ist im Allgemeinen ein großartiger gewesen. Der in einer Länge von drei (engl.) Meilen langsam vorwärts wogende Trauerzug hatte sich genau um 8 Uhr Morgens in Bewegung gesetzt und erreichte sein Ziel nichts destoweniger erst nach 11 Uhr. Kurz vor 3 Uhr Nachmittags war die Feierlichkeit zu Ende. Das Innere der schwarz verhängten und mit Gas erleuchteten Paulskirche bot einen düster-majestätischen Anblick dar. Die Peers von England und die Mitglieder des Hauses der Gemeinen (ungefähr 500 derselben waren anwesend) und das diplomatische Corps, mit Ausnahme Oesterreichs, welches nicht vertreten war, hatten sich dort vor Ankunft des Leichenzugs eingefunden. Die feierliche Stille, die im Innern des mächtigen Gebäudes herrschte, wurde bald nach 11 Uhr durch Trompetentöne unterbrochen, welche von draußen erschallten. In die Trauerweise der Blasinstrumente mischte sich der tiefe Klang der gedämpften Trommeln und das Geläute der großen Glocke von St. Paul. Dreitundachzig Invaliden von Chelsea hielten zuerst ihren Einzug in die Kirche; es folgten ihnen zwölf andere Invaliden und ein Soldat von jedem britischen Regiment. Kaum hatten sie die ihnen angewiesenen Plätze eingenommen, so erschien der Hauptherold mit seinen Unterbeamten, einer Anzahl Flaggen und andern Abtheilungen des Zugs. Nach 12 Uhr fanden sich der Bischof und der Dechant so wie ein großer Theil der übrigen Geistlichkeit von London ein, und zehn Minuten nach 1 Uhr erschien Prinz Albert, auf welchen der feierliche Anblick, der sich ihm darbot, einen sichtlichen Eindruck machte. Etwas später ward die Leiche hereingebracht, und sofort stimmte ein Sängerchor das für diese Gelegenheit bestimmte Musikstück an. Die verschiedenen Behörden nahmen hierauf ihre Plätze ein, und Prinz Albert setzte sich zur Rechten des Hauptleidtragenden. In seiner Nähe nahm der Herzog v. Cambridge Platz. Dem Sarge des Herzogs waren, nachdem man ihn aus dem Leichenwagen gehoben hatte, der Bischof, der Dechant und die übrige Geistlichkeit entgegen gegangen. Die Sporen trug der Herold von York, den Helm und Helmschmuck der Herold von Richmond, Schwert und Schild der Herold von Lancaster und den Wappenrock der Herold von Chester. Dann folgten die ausländischen Marschallstäbe und der von dem Marquis von Anglesey getragene Marschallstab des Verstorbenen. Nachdem der Sarg auf einer über der Gruft stehenden Bahre niedergesetzt und das Leichentuch entfernt worden war, wurden die Herzogskrone und der Marschallstab des Verstorbenen auf den Sarg niedergelegt. Der Hauptleidtragende saß zu Häupten des Sarges; die Officiere mit den ausländischen Marschallstäben und der Marquis von Anglesey saßen an der entgegengesetzten Seite. Die Verwandten und Freunde des Todten nahmen hinter dem Hauptleidtragenden Platz. Als sich die Anwesenden auf die für sie bestimmten Plätze vertheilt hatten, ward die Trauerfeier durch Absingen zweier Psalmen (des 39. und 90., Composition von Lord Mornington) fortgesetzt, welchen sich ein Vortrag des Dechanten, Dr. Milman, ein Nunc Dimittis von Beethoven und ein von dem Organisten der Kathedrale in Musik gesetzter Trauergesang anschlossen. Als Text für letztern waren folgende der Gelegenheit angemessene Worte gewählt worden: „Und der König sprach zu allem Volke, das bei ihm war: Zerreißet eure Kleider und trauret in Sack und Asche. Und der König selbst folgte der Bahre. Und sie begruben ihn. Und der König erhob seine Stimme und weinte am Grabe und das ganze Volk weinte. Und der König sprach zu seinen Dienern: Wisset ihr nicht, daß ein Fürst und ein großer Mann am heutigen Tage gefallen ist in Israel?" Als dieser Gesang verhallt war, wurde der Sarg unter den erhabenen Klängen des Todtenmarsches aus Saul langsam inmitten der stummen, aber lebhaften Rührung der Umstehenden in die Gruft hinabgesenkt. Noch einige majestätische Todtenlieder Händels umflutheten dann das Grab und der Dechant sprach über die Versammelten den Segen. Der Wappenkönig des Hosenbandordens rief hierauf die Titel des Verstorbenen aus, und der Controleur (Comptroller) des Herzogs zerbrach seinen Stab und gab die Stücke desselben dem „Garter", welcher sie ins Grab niederlegte. Nun erscholl der Choral: „Wachet auf! ruft euch die Stimme." Der Bischof von London sprach dann ein Schlußgebet und die Feierlichkeit war zu Ende. Die Glocken aller Kirchen von London und Westminster läuteten während der ganzen Dauer des in St. Paul stattfindenden Trauergottesdienstes.

Dänemark.

Kopenhagen, 17. Nov. Unser Ministerium ist kaum der Gefahr entronnen, durch die hinter Wegener stehende Coalition gestürzt zu werden, und hat, wenigstens den Anschein nach und für den Augenblick, wenn auch nicht mit Ehre, so doch ohne Schaden für seine Existenz, diese Krisis überstanden: da erledet es wiederum urplötzlich im Volksthing eine schwere Niederlage. Mit Ausnahme von zwei Stimmen, die dem Ermünster des Innern und für Schleswig, Tillisch, und dem bekannten „Bauernfreund", Redacteur Bernhard Ree in Ralborg, angehörten, hat sich nämlich das Volksthing gestern einstimmig für die Annahme der von dem Ausschuß für den Gesetzentwurf über die Aufhebung zum Landkriegsdienst beantragten Bestimmung entschieden, daß die in Dänemark (nämlich dem Königreich) aufgehobene Mannschaft nicht zum Dienst des deutschen Bundes, das heißt, also nicht als deutsches Bundescontingent für Holstein und Lauenburg verwendet werden soll. — Der am 9. d. M. verstorbene Etatsrath Johannes Höpfner ist nicht einmal 39 Jahre alt geworden. — Der Titel der Oerstedschen Schrift gegen Wegener lautet vollständig: „Ueber die dem vereinigten Reichstag vorgelegte königliche Botschaft über die Erbfolge für den gesammten dänischen Staat, vornehmlich mit Rücksicht

auf des Herren Conferenzraths Wegeners Schrift, nebst Bemerkungen in Veranlassung einer neulich veröffentlichten älteren Erklärung über die Erbberechtigung zum Throne. Vom Geh. Conferenzrath A. S. Oersted."

Schweden.

Stockholm, 12. Nov. Die Krankheit des Königs scheint sich sehr in die Länge ziehen zu wollen; doch hat sich sein Zustand seit den letzten 5 bis 6 Tagen eher verbessert als verschlimmert. Mit der Prinzessin Eugenie scheint es sich jetzt, wenn auch langsam, doch fortschreitend zu bessern. Man erwartet in den nächsten Tagen die Niederkunft der Kronprinzessin. Das dabei zu beobachtende Ceremoniell ist bereits promulgirt.

Rußland.

St. Petersburg, 11. Nov. Mittelst kaiserlichen Tagesbefehls vom 4. d. M. werden die Adjutanten Sr. kaiserl. Hoh. des verewigten Herzogs Maximilian v. Leuchtenberg, die Obersten Graf Alopeus vom Leibgardehusarenregiment und Fürst Bagration, von der reitenden Leibgardedivisionirten Division, zu Flügeladjutanten Sr. Maj. des Kaisers ernannt.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 20. Nov. Die Finanzverwaltung hat gestern eine vierte Zahlung von 1½ Mill. Gulden in Banknoten aus den Zuflüssen des Anlehens an die Nationalbank, im Ganzen somit bis jetzt 6 Millionen, entrichtet. — Wegen eingetretener Hindernisse wurde die im Artikel 27 des mit Modena und Parma geschlossenen Zollreinigungsvertrags vom 9. August 1852 festgesetzte dreimonatliche Vorbereitungsperiode, welche mit Rücksicht auf den Art. 29 schon am 1. November des Jahres beginnen sollte, im Einvernehmen mit den Vereinsregierungen auf die Dauer von zwei Monaten beschränkt, folglich deren Beginn am 1. December d. J. festgesetzt.

† **Erfurt**, 21. Nov. Die hiesigen vor einigen Tagen beendigten Gemeindeerathswahlen sind durchgängig zu Gunsten der conservativen Partei ausgefallen, indem die demokratische Partei ungeachtet vielfacher Anstrengungen nur einem ihrer Candidaten die Majorität zu verschaffen vermocht hat. — Bei der Neuwahl des Vorstandes der hiesigen Handelskammer, am 15. d. M., waren von 157 Einzeladenen nur 10 erschienen, die dem früheren Vorstand ihre Stimmen wiederum gaben.

* **Rothenburg**, 19. Nov. Am 24. October d. J. trat, wie die „Bresl. Ztg." meldet, der bisherige römisch-katholische Priester und Cooperator zu Neu-Packau in Böhmen, J. Czopdiua, zur evangelischen Kirche über. Es ist dies in kurzer Zeit der fünfte römisch-katholische Priester, der in Preußen zur evangelischen Kirche übertritt, weil ein derartiger Uebertritt in der Heimat unter den obwaltenden Umständen fast eine Unmöglichkeit ist. (In Oesterreich ist bekanntlich den zum Protestantismus übergetretenen römisch-katholischen Geistlichen das Heirathen nicht gestattet; weitere Hindernisse zum Uebertritt, oder nach demselben, stehen nicht im Wege.)

Zweibrücken, 18. Nov. Vom 16. bis heute wurde vor den Assisen die Sache des in dem großen Hochverrathsprozeß verwickelten und bereits in contumaciam zum Tode verurtheilten Herrn Deutsch von Edenkoben, der sich freiwillig gestellt hatte, verhandelt. Heute erklärten die Geschworenen den Angeklagten bezüglich der drei gestellten Hochverrathsfragen für nichtschuldig, worauf derselbe in Freiheit gesetzt, jedoch vorher auf Antrag der Staatsbehörde zu den Kosten des Contumacialverfahrens verurtheilt wurde. (Sp. Z.)

Freiburg, 19. Nov. Die hiesige Zeitung widerspricht der Nachricht, daß die Jesuiten aus Sigmaringen ausgewiesen worden seien, und versichert „aus der zuverlässigsten Quelle", daß diese Nachricht eine falsche ist. Es wurde nur der Versuch gemacht, die ausländischen Patres zu entfernen. Allein auch dieses unterblieb.

†† **Kassel**, 22. Nov. Neuerdings tauchen wieder verschiedene Gerüchte auf von organischen Veränderungen, welche in der Kürze in Aussicht stehen sollen, namentlich wurden die Regierungen (Kassel, Marburg, Hanau, Fulda) und die Regierungscommissionen (Hinteln und Schmalkalden) aufgehoben und die Landrathsämter direct unter das Ministerium wieder gestellt werden. Die Sache hat wenig Wahrscheinlichkeit für sich, da sich nicht annehmen läßt, daß nach einem so kurzen, kaum einjährigen Zeitraum ihres Bestandes, schon Veränderungen an der neuen Organisation vorgenommen werden sollten. Anderseits wäre ein solcher Plan, wenn er wirklich in der Absicht unserer Regierung läge, nicht unausführbar, da das angedeutete Verhältniß gewissermaßen bereits bei Hinteln und Schmalkalden faetisch besteht. In diesem Falle müßte die Competenz der Landrathsämter erweitert und damit kein allzugroßer Geschäftsumfang bei denselben eintrete, müßten die Schulangelegenheiten von denselben getrennt und besondern Schulbehörden überwiesen, diese aber unter ein eigenes Ministerium des Cultus gestellt werden. Wahrscheinlicher ist, daß mit den bevorstehenden Veränderungen zugleich mit dem Etat über den Staatsbedarf zusammenhängende Regulirungen bereits bestehender Verhältnisse gemeint sind. Die nächste Zukunft wird zeigen, welche von beiden Annahmen die richtige ist. Wie man hört, werden in aller Kürze die Landstände wieder einberufen werden, indem von Seite der Regierung mehrere Vorlagen an den Präsidenten der zweiten Ständekammer gelangt sein sollen.

‖ **London**, 20. Nov. Nicht nur der „Globe", sondern auch „Times", „Observer", „Morning Post", „Morning Herald" und andere Blätter sprechen sich, jedes in seinem Sinne, das eine bedauernd, das andere mißbilligend darüber aus, daß die österreichische Armee bei der Leichenfeier des Herzogs v. Wellington nicht vertreten gewesen ist. Uebrigens ist die Angabe, Oesterreich sei überhaupt bei dem Trauerfest nicht repräsentirt gewesen, dahin zu berichtigen, daß Graf Colloredo-Waldsee und die Beamten des österreichischen Consulats in der St. Paulskirche auf der Tribüne des diplomatischen Corps den Feierlichkeiten beigewohnt haben. Gestern hatte der österreichische Gesandte eine Besprechung mit dem Grafen Derby. — Da nächsten Montag Billiers seine bekannte Motion gegen das Cabinet im Haus der Gemeinen einbringen wird, so beantragte gestern Hume, nachdem der Schatzkanzler sein Amendement angekündigt hatte, für nächsten Montag einen „Call ot the house", d. h. es solle beschlossen werden, daß alle Mitglieder des Hauses verpflichtet seien, sich am nächsten Montag zur Sitzung einzufinden, und daß Abwesende der Hast des Stabträgers (Serjeant at Arms) verfallen sein sollen. Es muß sich bei dieser Gelegenheit, denn es erfolgt Namensaufruf der Mitglieder, herausstellen, welche Mitglieder abwesend sind oder sich über die Lebensfrage des Augenblicks ihres Votums enthalten. Lord John Russell und Disraeli wollten für den call of the house eine längere Frist auberaumt wissen. Indessen ging Hume's Antrag mit 147 gegen 142, also mit einer Majorität von fünf Stimmen durch.

Der Pariser Correspondent der „Times" schreibt, d.d. 12. Nov.: „Ich erwähnte gestern der Verzögerung in Unterzeichnung des Protocolls über die griechische Thronfolge. Dieser Verzug wurde dadurch veranlaßt, daß der König von Bayern grade von München abwesend war, als die bezüglichen Documente daselbst eintrafen. Es ist um so verdrießlicher, als Lord Malmesbury wahrscheinlich dieses Factum mit wenigen Worten in der Thronrede anzukündigen wünschte. Das Protocoll ist vom 21. October datirt, und bereits von den Repräsentanten der drei Mächte in London unterzeichnet; Herr Trikupis erwartete nur noch die Vollmacht seiner Regierung. Bekanntlich hat der König von Bayern im Namen seines jüngsten Bruders, des Prinzen Adalbert, den 40. Artikel der griechischen Constitution angenommen, welcher vorschreibt, daß der künftige Souverän sich zur Landesreligion bekenne. Beim Prinzen Luitpold stand in Bezug auf einen solchen Religionswechsel kein Heirathsvertrag mit der Prinzessin von Toscana entgegen."

Frankfurt, 22. November, Abends.

Die heute fällige Pariser Post von gestern ist ausgeblieben.

Börsenberichte.

Frankfurt, 22. Nov. Oesterreichische Zonds waren auch heute beliebt, 5pCt. Metall. waren 81 pCt.; 4½pCt. Metall. 72½ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 89½ pCt. G.; Wiener Bankactien 1376 fl. G.; 500 fl. Loose 191½ pCt. G.; 250 fl. Loose 117¾ pCt. G. Span. Papiere, anfangs ebenfalls gesucht, schlossen zuletzt durch einige gemachte Verkäufe etwas weniger fest; 1pCt. Rente, zu 25 pCt. ungefähr, schlossen 24½ pCt. G.; 3pCt. Inländische 45¼ pCt. bz., zuletzt 45¾ pCt. G. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn ½ pCt. höher, 46 pCt. G.; Berg- bahn ebenfalls höher, 97 pCt. G.; Köln-Minden 113 pCt. G.; Taunus 301 fl. G. Alle übrigen gangbaren Fondsgattungen waren begehrt und fest im Course. Abends in der Effectensocietät war kein Geschäft; 1pCt. Spanische waren 24¼ pCt. G.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 22. Nov. 5pCt. Metall. 94¼. — 5pCt. do. B. 109¾. — 5pCt. Anlehn vom Jahr 1852 94½. — 4½pCt. do. —. — Bankactien 1332. — 250 fl. Loose 136¼. — London 11 fl. 28 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 103½. — K.-F.-Nordb. —. — Livorno-Florenz 102. — Siena-Empoli 71. — Paris 136¾. — London in Triest — fl. — kr. — Silber 16. Minister Bruck berufen, angelangt. (Sond.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kut'schelt.

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation.

Nach dem in der letzten General-Versammlung gefaßten Beschlusse wurde heute die V. Ziehung der zur Heimzahlung kommenden Obligationen unserer Gesellschaft vor Notar und Zeugen vorgenommen.

Die Heimzahlung der gezogenen Obligationen mit dem darauf haftenden Halbjahrs-Zins erfolgt am 1. Januar 1853

in Karlsruhe bei der Gesellschafts-Casse,
in Frankfurt a. M. bei den Herren M. A. von Rothschild und Söhne, und
in Cöln bei den Herren S. Oppenheim jun. & Comp.

woselbst auch die Ziehungs-Listen erhoben werden können.

Auf Verlangen wird auch sogleich Zahlung geleistet.

Mit dem Tage der Zahlung und jedenfalls mit dem 1. Januar 1853 hört die weitere Verzinsung der gezogenen Obligationen auf.

Karlsruhe, den 20. November 1852.

[3645] **Die Direction.**

Bonn-Kölner Eisenbahn-Gesellschaft.

Einladung zu einer außerordentlichen General-Versammlung.

Die Unterzeichnete sieht sich veranlaßt, die Herren Actionäre

zu einer außerordentlichen General-Versammlung

in dem Gasthof zum goldenen Stern bei Herrn J. Schmitz dahier auf Montag den 20. December d. J., Vormittags 9 Uhr, hierdurch einzuberufen.

Zweck dieser Versammlung wird die Berathung und Beschlußnahme sein über Aenderung der in der General-Versammlung vom 10. Mai d. J. uns ertheilten Vollmacht: „bei der hohen Staats-Regierung die Concession zur Fortführung der Bonn-Kölner Bahn nach Coblenz-Bingen nachzusuchen," — dahin, daß der Direction nunmehr die Vollmacht ertheilt werde:

„unter Genehmigung des Verwaltungsrathes mit der hohen Staatsregierung über Fortführung der Bonn-Kölner Bahn bis Coblenz zu unterhandeln, die erforderlichen Aenderungen des gegenwärtigen Statuts der Gesellschaft festzustellen und nöthigenfalls die ganze Angelegenheit zum definitiven Abschluß zu bringen."

Die nähere Anzeige wegen der zur Ausübung des Stimmrechts statutmäßig erforderlichen Legitimation über den Actienbesitz wird zeitig erfolgen. [2647]

Bonn, den 20. November 1852.

Die Direction der Bonn-Kölner Eisenbahn-Gesellschaft.

[2601]

Como-Rentenscheine.

Die von Anstein und Eskeles im Jahre 1847 emittirten, auf der Mailand-Como-Eisenbahn hypothekarisch vorgemerkten Como-Rentenscheine sind, laut officieller Wiener-Zeitung vom 3. April 1851, k. k. Staatspapiere geworden, und genießen als solche alle Rechte der Staats-Anleihen; namentlich werden sie in der Nationalbank mit 2/3 des Werthes beliehen.

Es wurden im Ganzen **40 Serien à 3600 Scheine** emittirt, die mittelst 40 auf einander folgenden, jährlichen Ziehungen und zwar jährlich eine Serie zurückbezahlt werden. Die Ziehung erfolgt am 2. Januar, die Bezahlung der Gewinne am 1. Februar jeden Jahres bei der k. k. Staatsschulden-Casse. Da bereits 5 Serien Nr. 35, 4, 37, 8 und 10 gezogen und bezahlt wurden, so bleiben noch 35 Serien in 35 Jahren zu verlosen. Die jährlichen Gewinne, welche auf die in einer Serie enthaltenen 3600 Scheine fallen, bleiben sich immer gleich und bestehen in fl. **20,000, 5000, 2000, 800, 300, 200** nr. Der niedrigste Treffer ist fl. 14.

Bei Abnahme von 35 Stücken, d. i. ein Stück von jeder Serie, erwächst dem Käufer der Vortheil, daß er in jeder Ziehung mit einem seiner Stücke geloost werden muß, somit jedes Jahr auf die bemerkten Treffer unter der geringen Anzahl von 3600 Scheinen mitspielt. Im ungünstigsten Falle muß das Loos mit 14 fl., d. i. mit dem Betrage des Emissionspreises, gezogen werden. Für das Ausland sind die jetzigen für daselbst noch sehr günstigen Valuta-Verhältnisse obwohl zu berücksichtigen.

Wien, Juni 1852.

Obige Loose sind coursmäßig bei mir zu haben.

Raphael Erlanger, Zeil, Weidenhof, in Frankfurt a. M.

[2499]

Berichtigung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß auf das für die Stadt **Wiesbaden**, sec. Hauptschuldverschreibung vom 15. December 1841, durch uns negocirte 3½ pCt. Anlehen von fl. 300,000, die 11te Rückzahlung von fl. 6400 am 31. December d. J. geleistet werden soll, und daß durch die in Wiesbaden deßhalb vorgenommene Verlosung folgende Partial-Obligationen als zur Ablage kommend ermittelt worden sind, nämlich:

Lit. A. von fl. 100: Nr. 45 67 166 187 223 268 360 454 499 536 592 617 660 752 784 884 894 905 982 1003.

Lit. B. von fl. 200: Nr. 95 129 138 145 232 241.

Lit. C. von fl. 300: Nr. 46 67 68 143.

Lit. D. von fl. 500: Nr. 14 75.

Lit. E. von fl. 1000: Nr. 31.

Indem wir den Inhabern dieser Obligationen anzeigen, daß gegen Rückgabe derselben deren Betrag, nach Eingang, am 31. December d. J. bei uns erhoben werden kann, bemerken wir zugleich, daß eine weitere Verzinsung derselben als bis zu dem erwähnten Verfalltage nicht stattfindet.

Frankfurt a. M., den 1. November 1852.

Gebrüder Bethmann.

[2530] **FRANKFURTER STADT-LOTTERIE.**

Hauptgewinne: fl. 200,000, 100,000, 40,000, 25,000 ꝛc.

Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.

Ganze Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1. 30 kr., ⅛ à 45 kr., empfehlen, unter Zusicherung prompter und verschwiegener Bedienung

Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

Adelheidstr. wurden bereits in Gemeinschaft mit mehr als 28 fl. über 8 Ctr., die ganze à 56 fr. oder 16 Sgr., in Augsburg bei den Herren Bierlingen & Comp., in Karlsruhe bei J. Bertram, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **MAR ALLEIN** bei Hrn. **H. C. von Oven**, Bleichenstraße Nr. 33. [2128]

sind die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Ungenügigkeit, Kruchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pate pectorale von **George**, Apotheker zu Heinal (Baselland). Dieses Hustenbonbon ist in Schachteln à 24 kr. oder 9 Sgr. zu haben.

Ouvrage très utile aux gens du monde.

Deuxième édition du traité pratique des maladies des

ORGANES DE LA GENERATION, 1 v. de 700 p., contenant 153 FIGURES D'ANATOMIE et 40 chapitres sur les *fonctions*, les *maladies* et toutes les *infirmités* de ces organes, avec l'indication des *moyens préservatifs* et du *meilleur traitement* pour guerir soi-même les conséquences des *excès* ou de la *contagion*, etc. Chez l'auteur, docteur **Jozan** (de Saint-André), professeur de pathologie uro-génitale, 33, rue Jacob, à PARIS, et *Masson*, libraire, 26, rue de l'Ancienne-Comédie. — Le prix de l'ouvrage, par la poste, franc de port, est de 2 thalers de Prusse. — *L'atlas*, de 153 planches d'anatomie, se vend aussi séparé 2 fr. — *Consultations*, de midi à 2 heures et par correspondance. (*Affranchir.*) *Les malades peuvent se traiter eux-mêmes* et faire préparer les remèdes chez leur pharmacien. [2600]

Fränkel

ist mit Mecklenburger Reit- und Wagen-Pferden im „goldenen Hirsch". [2626]

Coupons und Staatspapiere,

An- und Verkauf bei

[1679] **Michael Oppenheimer**, Zeil 47.

Wir laden ein zur Ziehung

Badischen Anlehens-Lotterie von 14 Million Gulden, am 30. November,

Actien fl. 1. 30 kr., 6 Stück fl. 8.

Kurhessischen Lotterie von 12 Million Gulden, am 1. December,

Actien fl. 3. 30 kr., 10 Stück fl. 30.

Sardinischer Lotterie von 3 Million 600,000 Franken, am 1. December,

Actien fl. 2. 30 kr., 10 Stück fl. 20.

erlauben uns gleichzeitig anzuzeigen, daß alle in diesen Blättern angekündigten Klassen- und Staatslose, so wie Originalobligationen durch uns zu beziehen sind. Unser Hauptcollecteur besteht seit 56 Jahren und ist als eine solide anerkannt.

Julius Stiebel jun. & Co.,

[2028] in Frankfurt a. M.

123. Frankfurter Stadtlotterie.

Haupt-Gewinne: fl. **200 000, 100,000, 40 000, 25,000, 20,000, 15,000** ꝛc.

Ziehung 1r Klasse am 1. u. 2. December.

Ganze Loose zu fl. 6., halbe zu fl. 3., viertel zu fl. 1. 30 kr., achtel zu 45 kr. empfiehlt unter Zusicherung pünktlicher Schicksalsanzeige

[2622] **Jacob Strauss**

in Frankfurt a. M., Schnurgasse Nr. 38.

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.

Hauptetreffer: fl. **200,000**, zu **100,000, 40,000, 25,000** u. s. f. Ganze Loose zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ⅓ zu fl. 2, ¼ zu fl. 1. 30 kr., ⅛ zu 45 kr., sowie Loose für alle Classen gültig zu fl. 90 das Ganze, empfiehlt

Carl Höchberg,

[2507] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag (Beilage zu Nr. 280.) 23. November 1852.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 23. Nov. Für die auf übermorgen anberaumte öffentliche Sitzung der hiesigen gesetzgebenden Versammlung befinden sich auf der Tagesordnung: 1) Vortrag des Senats: die Besoldungsverhältnisse des Präsidenten des gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichts in Lübeck betreffend; 2) Antrag eines Mitgliedes: die Verfassungsangelegenheit betreffend; 3) Bericht der Commission: die bei den diesjährigen Wahlen vorgefallenen Ereignisse und dadurch verspätete Einberufung der gesetzgebenden Versammlung betreffend.

w **Frankfurt**, 23. Nov. Die Predigten der Redemptoristen im Dom werden von den Bekennern aller christlichen Confessionen zahlreich besucht. Einstimmig werden die seltenen Rednergaben dieser Männer gewürdigt und der Tact anerkannt, mit welchen sie auf ihren Vorträgen alle confessionellen Streitigkeiten entfernt halten. Die Missionspredigten haben am vergangenen Sonntag begonnen, werden täglich dreimal — Morgens 6 und 10 Uhr und halb 4 Uhr Nachmittags — gehalten und den Vernehmen nach Sonntag den 28. d. M. beendigt. — Bei der am 25. l. M. stattfindenden Sitzung der gesetzgebenden Versammlung wird der Antrag eines Mitgliedes über die Verfassungsangelegenheit, wenn derselbe nicht an eine Commission verwiesen wird, interessante Verhandlungen zur Folge haben. Die betreffende Commission wird ihren Bericht über die bei den diesjährigen Wahlen vorgefallenen Ereignisse und dadurch verspätete Einberufung der gesetzgebenden Versammlung erstatten. — Mit Bestimmtheit wird versichert, daß die Besetzung mehrerer Rathsstellen in der nächsten Woche erfolgen wird. Im Publikum will man bereits die Candidaten bezeichnen.

— Das mehrfach verbreitete Gerücht von einem bevorstehenden Protest der adeligen Gesellschaften Alt-Limburg und Frauenstein entbehrt, wie man von unterrichteter Seite hört, jeden Grundes. Der Senat besteht gegenwärtig nur noch aus 31 (statt 42) Mitgliedern, worunter 2 Katholiken.

Berlin, 21. Nov. Auf dem Congreß von Bevollmächtigten der den deutsch-österreichischen Telegraphenverein bildenden deutschen Staaten, der nun erst im Februar 1853 abgehalten werden wird, werden hauptsächlich nur die Ausgleichungsberechnungen über die vereinnahmten Gelder vorgenommen werden. So weit die zur Telegraphenbeförderung aufgegebenen Nachrichten nicht die Grenze des Staats überschreiten, in welchem sie aufgegeben sind, fließen die Gelder dafür in die Kasse des betreffenden Staates, der sie ohne weiteres zu seinen Staatseinnahmen schlägt. Gehen aber die Correspondenzen über die Grenzen eines Staats hinaus, und in einen zweiten oder dritten über, so erfolgt eine Ausgleichungsberechnung der davon erhobenen Gelder zur gemeinschaftlichen Theilung. An dieser participiren sämmtliche zum Telegraphenverein gehörigen deutschen Staaten, und als Maßstab der Theilung gilt die Länge der Telegraphenlinie, die ein Staat auf seinem Territorium überhaupt angelegt hat und unterhält, ganz abgesehen davon, ob die ganze Länge oder nur ein Theil dieser Linie zur Beförderung der aufgegebenen Correspondenz benutzt worden ist. Die Länge wird nach Meilen bestimmt. Würde also z. B. eine Nachricht in Berlin aufgegeben und nach Leipzig telegraphirt, so hätten auch Oesterreich, Bayern u. s. w. Theil an den dafür gezahlten Geldern, und zwar jeder der participirenden Staaten nach der Länge der Telegraphenlinie auf seinem Territorium. Zum deutschen Telegraphenverein gehören: Preußen, Oesterreich, Sachsen, Hannover, Bayern, Württemberg und Belgien. (B. N.)

P **Berlin**, 21. Nov. Wenn einerseits die Spannung zwischen dem Katholicismus und dem Protestantismus zunimmt, so ist andererseits nicht zu verkennen, daß in gewissen Kreisen eine Richtung und ein Geist sich geltend macht, der den Muth der katholischen Eiferer erhöhen und den der protestantischen Streiter niederschlagen muß. Es scheint, als wenn man in den betreffenden Kreisen, gegenüber dem um sich greifenden Unglauben, das Band mit der katholischen Kirche nicht eng genug knüpfen zu können glaubt, und daß man darüber ganz die Consequenzen vergißt, welche aus einem solchen Aufgeben des eigenen Standpunkts sich naturgemäß ergeben müssen. In dieser Hinsicht erinnert der hiesige „Evangelische Kirchen-Anzeiger" an ein Wort, welches von dem Consistorialpräsidenten Dr. Jäschke bei der letzten Jahresconferenz der lutherischen Kirchenvereine zu Wittenberg gesprochen worden ist. „Noch habe ich," sagt derselbe, „auf eine epidemische Krankheit aufmerksam zu machen, welche theils in dem wirklichen Verfall des Protestantismus, theils in scheinbaren Mängeln, oder auch in einzelnen Lücken desselben, die weitern Ausbau bedürfen, oder vornehmlich in Unkenntniß seines innersten Inhalts und Reichthums erklärt werden mag; ich begnüge mich, die Krankheit zu nennen, um zur Wachsamkeit zu ermahnen. Vor 50 Jahren, länger oder kürzer, ging durch Deutschland im Gegensatze zu der gleichzeitigen, sogenannten Aufklärung eine romantisch-künstlerisch poetische Sehnsucht — nach Rom; jetzt zeigt sich unter mancherlei Symptomen ästhenischer und hypersthenischer Regungen (d. h. geistiger Abspannung und Ueberspannung) mehr und mehr eine Richtung, die mit episkopalen und papistischen Gelüsten — zuletzt auch nach Rom führt." Der „Kirchliche Anzeiger" empfiehlt diese Leserucht dem Professor Leo zur Beherzigung, wozu mehrere Artikel des Verfassers in der „Neuen Preußischen Zeitung" vollkommen Veranlassung geben. —

Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen wird am Ende dieses oder Anfang künftigen Monats Berlin wiederum verlassen, um nach Koblenz zurückzukehren. — Die wiederholten Unglücksfälle auf der Ostbahn haben die Aufmerksamkeit der vorgesetzten Behörden in hohem Grade erregt und es sind sofort die umfassendsten Untersuchungen anbefohlen, um den Grund derselben zu erforschen. Als Resultat hat sich bereits vorläufig ergeben, daß weder Fahrlässigkeiten der einzelnen Beamten, noch der Bahnverwaltung die Schuld tragen. Das eine Mal gründet der Unfall in einem zufällig entstandenen Schaden an der Maschine, das andere Mal in einem starken Nebel. Die Bahn selbst ist durchaus solid gebaut und gibt zu Besorgnissen keinen Raum. Selbst bei der Stelle, welche von den Torfmoor hinter Elbing führt, ist in Folge der getroffenen Vorkehrungsmaßregeln keine Gefahr zu besorgen. Mit der Eröffnung der Bahnstrecke zwischen Braunsberg und Marienburg aber zu warten, konnte deßhalb um so weniger nöthig erscheinen, als das Planum auf derselben fast das älteste der Ostbahn ist, und wie bekannt, schon im Jahr 1847 beinahe vollendet war. Es war also ein mehr als hinlänglicher Zeitraum verstrichen, innerhalb dessen jenes seine Festigkeit zeigen konnte.

Köln. Sämmtliche in dem Communistenprocesse Verurtheilten haben am 16. d. M. Cassation eingelegt.

L* **Kassel**, 21. Nov. Das kurfürstliche Museum der Alterthümer und Seltenheiten hat einen bedeutenden Verlust erlitten. Seit vorgestern hat man die Entdeckung gemacht, daß eine ganze Abtheilung der Sammlung von goldenen Medaillen entwendet worden ist. Die in der gestrigen „Kasseler Zeitung" befindliche polizeiliche Anzeige nennt über 300 Stück, vor deren Ankauf gewarnt wird. Da die meisten von einer seltenen Größe sind, so dürfte die Schätzung des Verlusts auf 20,000 Thaler, wie man dieses von gut unterrichteter Seite hört, nicht als übertrieben erscheinen. Ferner eines gewaltsamen Einbruchs sollen nicht vorhanden sein, was für die Verantwortlichkeit des mit der speciellen Aufsicht betrauten Beamten verhängnißvoll werden könnte. Einstweilen ist der Museumsdiener, welcher den Schlüssel zum Eingang führte und dessen häusliche Verhältnisse Verdacht erregt haben, verhaftet worden. Da es indessen nicht ermittelt werden kann, zu welcher Zeit die Entwendung stattgefunden hat, indem seit vier Wochen die betreffenden Säle von keinem der eigentlichen Museumsbeamten betreten sein sollen, so ist leider die Hoffnung auf Wiedererlangung nur eine sehr geringe.

** **Darmstadt**, 20. Nov. Ueber die Versorgungsanstalten im Allgemeinen, insbesondere über die allgemeine Rentenanstalt zu Darmstadt, veröffentlicht die „Darmstädter Zeitung" in ihrer Nr. 267 einen längeren Artikel, in welchem wir die nachstehenden auf das eigentliche Wesen der Anstalt selbst sich beziehenden Stellen entnehmen: Das Vermögen der bis jetzt zusammengetretenen Jahresgesellschaften, im ganzen 5379 Mitglieder mit 8953 Einlagen zählend, ist bis Ende 1851 auf 505,957 fl. angewachsen. Es kann

zwar nicht geleugnet werden, daß die Theilnahme in den letztern Jahren nicht zu, sondern, namentlich gegen das Jahr der Gründung, abgenommen hat; indessen ist der Grund hiervon anderwo einzusehen: denn 1) war einmal Mitglied ist, wird in spätern Jahren, weil er seine Absicht erreicht hat, nicht leicht noch einmal beitreten; 2) haben die politischen Zustände Deutschlands, wie überall, so auch hier, ihren nachtheiligen Einfluß geltend gemacht und 3) mögen wohl die bis jetzt allerdings noch nicht viel erhöhten Renten den Erwartungen Vieler nicht entsprochen haben. — Der erste Grund bedarf keiner Erläuterung. Auch der zweite Grund ist durch die Natur der Verhältnisse bedingt, indeß kann hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß auch die unpünktliche Zeitumstände die Rentenanstalt bis jetzt einen Capitalverlust nicht zu beklagen und vorerst auch keinen zu befürchten hat. Was endlich den dritten Punkt betrifft, so ist es ja keinesweges der Zweck der Anstalt, ihren Theilnehmern von vornherein hohe Renten zu geben, weil solche für spätere Zeit aufgespart werden sollen. Unmögliches kann nirgends geleistet werden. — Mit der Rentenanstalt ist eine Depositenkasse verbunden. Es können da müßige Capitalien zinsbringend niedergelegt und jederzeit zurückgenommen werden. Bezüglich hierauf sagt der Rechenschaftsbericht S. 3: „Die bei der Anstalt hinterlegten Depositengelder betrugen Ende 1850: 417,361 fl. 15 kr. im Laufe des nächsten Jahres wurden neu eingelegt: 472,270 fl. 43 kr. zurückbezahlt: 449,897 fl. 37 kr. Der Zuwachs; einschließlich der capitalisirten Zinsen, betrug 29,476 fl. 2 kr. und blieben bis Ende Decembr v. J. im Ganzen deponirt: 447,467 fl. 17 kr., so daß die Anstalt nunmehr ein Capital von nahe einer Million Gulden zu verwalten hat. Für die hinterlegten Gelder waren bei der im vorigen Jahr successive erfolgten Herabsetzung des Zinsfußes von 4 auf 3½ pCt. im Ganzen 16,406 fl. 24 kr. Zinsen aufzuwenden. Davon wurden jedoch nur 9303 fl. 34 kr. baar erhoben und die übrigen 7102 fl. 50 kr. capitalisirt, was beweist, daß die mit der Anstalt verbundene Depositenkasse in sehr starkem Maße auch als Sparkasse benutzt wird." — Der Gewinn, welchen die Depositenkasse abwirft, ist nicht unbedeutend und kommt den Mitgliedern der Rentenanstalt zugute.

Oldenburg, 18. Nov. Der Ausschuß erstattete heute Bericht darüber, welcher Ausweg zu ergreifen sein möchte, um nach dem vom Landtage gefaßten Beschlusse das Klassenwahlsystem auf den Grund der Steuerbeträge zwar beizubehalten, jedoch auch die nichtsteuerbezahlenden Personen in die Klassen einzureihen. Der Ausschuß hatte in dieser Beziehung keinen andern Vorschlag zu machen, als jene Personen zu einer fingirten Steuer anzusetzen, und zwar zur Hälfte derjenigen Steuer, welche den geringsten Beitrag eines wirklichen Contribuenten bildet. Die vom Ausschusse empfohlene Fassung des Gesetzes: „Zum Zweck der Wahl der Wahlmänner werden die Urwähler in drei Klassen eingetheilt", ward in namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 14 Stimmen angenommen. Der Ausschuß hatte, weil nach den frühern Beschlusse die Stimmberechtigung jetzt eine gar große Ausdehnung erhalten würde, im Interesse der militärischen Disciplin jenen Antrag befürwortet und zwar in folgender Fassung: „Zu Stimmrecht der Militärpersonen, mit Ausnahme derjenigen der Nichtcombattanten, ruht, so lange dieselben bei der Fahne sind." Auch dieser ward in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen. (Wes.-Ztg.)

Z **Hamburg**, 19. Nov. In Beziehung auf die weitere Entwickelung der dänischen Erbfolgeangelegenheit dürfte die von fundiger Seite mitgetheilte Thatsache von Interesse sein, daß es den Anstrengungen des auch in Oldenburg accreditirten hiesigen russischen Gesandten, Herrn v. Struve, gelungen ist, den Großherzog von Oldenburg zur unbedingten Bestimmung zum Londoner Tractat vom 4. Juli d. J., namentlich so weit er die Erbfolge seines Hauses betrifft, zu veranlassen, und sind die betreffenden Actenstücke bereits unter Vermittelung des kaiserl. russischen Gesandten in Kopenhagen, Baron Ungern-Sternberg, dem dortigen Cabinet zur Ausweschselung resp. Ratification übergeben. — Was die Verfassungsfrage anlangt, so schrint es fast, als wenn die Revisionsarbeiten nicht recht von der Stelle wollten.

Schweiz

≡ **Aus der Schweiz**, 21. Nov. Der große Rath von Luzern hat sich vorgestern für die Eisenbahnrichtung von Luzern nach Olten über Wohlhausen entschieden; gleichzeitig ist die Concession zum Bau dieser Eisenbahn dem Verwaltungsrath ertheilt worden. Dadurch ist für das Unternehmen der Centralbahn ein sehr wesentlicher Schritt vorwärts gethan. — In Solothurn dagegen hat der Regierungsrath beschlossen, dem Kantonsrath folgenden Antrag über die Eisenbahnfrage vorzulegen: 1) Der Gesellschaft Thorne ist die Concession ertheilt für den Bau einer Bahn von Solothurn nach Olten auf dem linken Aarufer; 2) der nämlichen die Concession für den Bau von Olten nach Aarau, sofern sie die Concession vom Kanton Aargau erhält; 3) der Centralbahngesellschaft ist die Concession ertheilt für eine Bahn von Olten durch den Hauenstein, an die Bernergrenze. — Der Vertrag mit Frankreich zur Verbindung der beidseitigen Telegraphen, soll dem Abschlusse nahe sein. — Die „Basler Zeitung" erinnert die aus Preußen gebürtigen Handwerksgehilfen, welche die Schweiz verlassen müssen, daß die mechanischen Werkstätten im Elsaß, und besonders in Mühlhausen in voller Thätigkeit sind, und daß sie um so eher hoffen können, daselbst ein befriedigendes Unterkommen zu finden, als das während mehreren Jahren stille gestandene Etablissement, bekannt unter dem Namen „Expansion", nun unter einer neuen Firma wieder Arbeiter zu aufnimmt. — Der Regierungsrath von Aargau erklärt sich bereit, an der von der berner Regierung angeregten Conferenzverhandlung über Einführung eines gemeinsamen Handels- und Wechselrechts Theil zu nehmen, hält jedoch vor der Hand nur eine Wechselordnung für Bedürfniß. — Eine Petition der Bernervereine des Seelands dringt auf einen bevorderlichen Angriff der Entsumpfungsarbeiten. — Das in Luzern erscheinende Zeitungsblatt „die Urschweiz" ist mit Beschlag belegt und den Strafrichter überwiesen worden, indem ein Aufsatz desselben sagte: der große Rath habe durch Aufhebung des Klosters St. Urban die Gesetzheit der Landesverhältnisse verletzt und dürfe dieser Handlung wegen stillig dem Scharfrichteter überwiesen. — Die Demokratie von Genf erklärt den Sieg der Regierungspartei aus der Verbindung der Radicalen mit den Ultramontanen. — Die Actien der schweizerischen Nordbahn, welche vor einigen Monaten auf 90 standen, sind nun bis auf 152¼ gestiegen.

Frankreich

❋ **Paris**, 20. Nov. Gestern hat die Regierung durch den „Moniteur", und die Polizei durch einen Maurianschlag gegen die Fabrikanten falscher Neuigkeiten zu Felde ziehen müssen. Und es war wieder einmal nöthig, zumal das Volk morgen und übermorgen das Kaiserreich votiren soll. So oft das öffentliche Interesse durch ein Parteireigniß aufgestachelt wird, oder allgemeine oder politische Wolken heraufziehen, schreibt Pierre Lebrun, der Verfasser, ihren Gegnern durch falsche Nachrichten zu schaden. Deßhalb ist es auch nicht zu verwundern, daß jetzt, wo die Regierungsform umgewandelt werden soll, die Anstrengungen dieser Art verdoppelt werden. Im vorliegenden Fall ist der Anlaß zur Agitation zweifach: sowohl die Parteien, welche gegen, als auch die, welche für Wiederherstellung des Kaiserreichs sind, holen sich unbedenklich ihre Waffen in der falschen Neuigkeitsfabrik. So sind denn die Unruhigmachenden Gerüchte in Umlauf gesetzt worden. So zählte nur einige Tage, welche Furcht erregte, warum der Senat seinen Abstimmung zu schaden. Man streut aus, der Prinz-Präsident leide schon seit längerer Zeit an einem Uebel, welches sein Dasein bedrohe und seine Erwählung zum Kaiser nutzlos mache, da er sich doch nicht lang dieser Würde freuen könne. Ferner: bei dem Votum am 21. und 22. werde das allgemeine Stimmrecht zum letztenmal geübt, denn schon am Tag nach der Proclamation des Kaiserreichs werde man zu den Beschränkungen zurückkehren, wie sie unter Ludwig Philipps Regierung bestanden. Weiter: in der Armee herrsche eine furchtbare und tiefgehende Verstimmung und der neulich erfolgte Abgang eines Regiments nach Rom sei dadurch veranlaßt; — in Binnennes sei ein Meuterei eines Regiments gegen seine Offiziere ausgebrochen; — die Steuern würden nächstes Jahr enorm erhöht werden; — trotz der verhältnißmäßig unbedeutenden Verminderung der Armee, die der „Moniteur" angekündigt habe, seien sogar Mahregeln für eine ansehnliche Vermehrung der Streitkräfte im Werk; — der Prinz von Joinville sei im Departement Pas de Calais gewesen ꝛc. Das am gestiftetsten sind zuletzt verbreitete falsche Gerücht war endlich, bei einer Spazierfahrt im offenen Wagen in der Umgegend von St. Cloud seien die Pferde scheu geworden und der Prinz-Präsident sei nahe daran gewesen, ein Opfer desselben Unglücks zu werden, welches 1812 den Herzog v. Orleans weggerafft. Auch Versuche sollten gemacht worden sein, das Fort von Vincennes zu beschießen, und was dergleichen Nedereien mehr sind.

Amerika

* Das Dampfboot „Saplata" hat eine neue Post aus **Westindien** nach Europa überbracht. An Bord dieses Dampfboots ist ein ansteckendes Fieber ausgebrochen, welchem der commandirende Capitän, der Zahlmeister, der dritte Ingenieur und sechs Mann von der Equipage erlegen sind. Jeder Verkehr mit dem Schiffe war untersagt, bis dasselbe in Motherbank die Quarantäne bestanden hatte. Die Papiere wurden geräuchert, bevor man sie ans Land brachte. Die Nachrichten hatten aus Valparaiso vom 1. Lima 12., Panama 20., Jamaica und Barbados 28., Martinique und Guadeloupe 30. und Haiti 31. October; aus Porto Rico vom

2. und St. Thomas vom 4. November. In Barbados herrschte eine furchtbare Hitze; das gelbe Fieber richtete große Verheerungen an und drückte den Handelsverkehr. — In Britisch-Guyana haben die im zweiten Regiment dienenden Neger, seit langer Zeit schon gegen die Creolen erbittert, diese am 14. October mit Wuth angegriffen und weder Alter noch Geschlecht geschont. Die Aufhetzer sind festgenommen, um vor Gericht gestellt zu werden.

Neueste Nachrichten.

‡ **Paris**, 21. Nov. Heute also wäre der erste der zwei Tage angebrochen, an welchem Frankreich in seinen Comitien über die Wiederherstellung des Kaiserreichs abzustimmen hat. Gestern hat die Verwaltungsbehörde in der Hauptstadt eine Menge von Sectionen bestellt, in welchen seit heute früh die Wahlzettel in Empfang genommen werden. Vom Seinepräfecten sind alle Vorkehrungen getroffen, auf daß die gesetzlichen Vorschriften in pünktlichster Weise beobachtet werden, und dadurch die Aechtheit und die Controle des über die Zukunft des Landes entscheidenden, wichtigen Actes gesichert seien. Jede Section steht überdies unter dem Schutz der öffentlichen Gewalt, damit die Votirenden von ihrer Wahlfreiheit unbeirrt und unbeeinträchtigt Gebrauch machen können. Von acht bis zwölf Uhr haben sich die Wähler, von ihren Berufsgeschäften in Läden und Werkstätten zurückgehalten, nur in geringer Zahl zum Abstimmen eingefunden; erst von ein Uhr fanden sie sich zahlreicher an den Wahlurnen ein. Die Arbeiter pflegen immer erst am Montag abzustimmen; heute blieben sie aus, morgen sind sie erwartet. Im Allgemeinen bemerkt man große Theilnahmlosigkeit, da das Kaiserreich nun doch einmal für eine „vollendete Thatsache" gilt. Seit heute früh gewahrt man in der ganzen Hauptstadt Maueranschläge von allen Farben, in welchen die Wähler aufgefordert werden, für das Kaiserreich und Ludwig Napoleon III. zu stimmen.

Dem Minister der öffentlichen Bauten ist für Wiederherstellung der durch die letzte Ueberschwemmung angerichteten Beschädigungen abermals ein Credit von 300,000 Fr. eröffnet.

In Limoges haben am 18. d. M. einige Blousenmänner eine rothe Fahne mit den Aufschriften: „Tod dem Napoleon! Es lebe die Republik! Es lebe die Guillotine! Bürger, wir wollen nicht abstimmen! Zu den Waffen!" umhergetragen und einen Polizeiagenten insultirt. Die Fahne wurde weggenommen; was aus ihren Trägern geworden, verschweigt der officielle Bericht des Präfecten.

Nachschrift. (Abends fünf Uhr.) In diesem Augenblick dauert die Abstimmung mit großer Lebhaftigkeit fort. Die Wähler finden sich massenweise ein, ihre Zettel abzugeben. Die Ruhe ist nirgends einen Augenblick gestört worden.

— Der „Karlsruher Zeitung" berichtet man über den ersten Tag der allgemeinen Abstimmung mit obigen Angaben im Wesentlichen gleichlautend: Die Straßen, besonders die in der Nähe der Wahlabtheilungen liegenden, sind ziemlich belebt, obschon ein großer Theil der Wähler, besonders die Arbeiter, erst morgen stimmen wird. An den Mairien sind Personen zum Vertheilen von Ja-Zetteln aufgestellt; Zettel mit „Nein" werden nirgends ausgetheilt. Das Verfahren bei der Abstimmung ist sehr einfach; der Wähler präsentirt seine Karte; man macht einen Strich neben den Namen, was so viel bedeutet, als: er hat abgestimmt. Man überreicht seinen Zettel: der Deckel der Wahlurne, in Form eines Schiebers, wird geöffnet, der Zettel hineingeworfen und die Wahlurne wieder geschlossen. Hierauf erhält man seine Karte wieder zurück, an der eine Ecke abgeschnitten ist. Die Ordnung ist nirgends gestört worden; überall thun Linientruppen den Dienst. Die Ja-Zettel sind folgendermaßen abgefaßt: „Bulletin de vote: Oui. Imprimerie Napoléon Chaix."

Börsenberichte.

Madrid, 16. Nov. 3pCt. $47\frac{1}{16}$, n. d. Börse $47\frac{1}{16}$. — 1pCt. Neue $25\frac{7}{8}$, n. d. Börse $25\frac{7}{8}$.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 22. Nov. $4\frac{1}{2}$pCt. Rente 106, 80. — 3pCt. do. 85, 30. — Piemont 100, 50. — 3pCt. Span. $45\frac{7}{8}$. — 1pCt. do. 25. (Synd.)

London, 22. Nov. 3pCt. Stocks $101\frac{1}{8}$. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. $25\frac{1}{8}$. — 5pCt. Hambro $99\frac{7}{8}$. (Synd.)

Antwerpen, 22. Nov. 5pCt. Belgische $100\frac{1}{4}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $56\frac{11}{16}$. — 3pCt. Span. $45\frac{9}{16}$. — 1pCt. do. $24\frac{1}{2}$. (Synd.)

Amsterdam, 22. Nov. $2\frac{1}{2}$pCt. Integr. $63\frac{15}{16}$. — 4pCt. Certific. $95\frac{1}{8}$. — $3\frac{1}{2}$pCt. Synd. $94\frac{1}{8}$. — 4pCt. Ruff. bei Hope $91\frac{1}{2}$. — 4pCt. Ruff. bei Stieglitz $91\frac{1}{16}$. — 3pCt. Spanische inl. $45\frac{1}{2}$. — 1pCt. do. Neue 25. — 5pCt. Silber-Metall. $90\frac{9}{16}$. — 5pCt. Metall. $77\frac{11}{16}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $40\frac{1}{4}$. — Franz. ausgest. Kansen $9\frac{3}{4}$. (Synd.)

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

§ **Hanau**, 19. Nov. In den Nummern 246, 250, 263 und 266 der „Kasseler Zeitung" wird das kurhessische Eisenbahnnetz besprochen und darauf hingewiesen, daß Kassel und seine Mindener und hannoversche Bahn von der Werrabahn und ihrer Fortsetzung bis Göttingen werde umgangen werden. Eine ähnliche Gefahr droht aber auch der Stadt Frankfurt und der Main-Weser-Bahn, sobald die beabsichtigte Eisenbahnverbindung von Darmstadt über Diburg nach Aschaffenburg hergestellt sein wird; denn man wird alsdann auf der Linie von Darmstadt über Aschaffenburg und Bamberg nach Leipzig nur 66 Meilen haben, während die Linie über Frankfurt und Gotha $67\frac{1}{2}$ Meilen lang ist. Da nun, bei freier Wahl, die Mehrzahl der Reisenden sich immer für den kürzesten und wohlfeilsten Weg entscheidet, so wird sie die erstere Linie vorziehen. Durch die in der „Kasseler Zeitung" vorgeschlagene Verbindungsbahn von Hanau über Fulda nach Bebra würde dagegen diese Verbindung mit einer Linie von $55\frac{1}{2}$ Meilen hergestellt, also an der Länge der Linie über Gotha 12 Meilen erspart werden. Für den Personentransport würde dies bei der ersten Wagenklasse à 6 Sgr. 2 Thlr. 12 Sgr., bei der zweiten à 4 Sgr. 1 Thlr. 18 Sgr. und bei der dritten à $2\frac{1}{2}$ Sgr. 1 Thlr. Geld- und außerdem $3\frac{1}{2}$ Stunden Zeitersparniß verursachen, ebenso bei dem Gütertransport für jeden Centner à $\frac{1}{2}$ Sgr. 6 Sgr. Eine dringende Aufforderung zum Ausbau dieser Linie besteht: 1) für die thüringische Eisenbahngesellschaft, weil ihr nur dadurch der Verkehr aus Frankreich und der Schweiz nach Leipzig gesichert werden kann; 2) für Kurhessen, weil dasselbe sonst diesen Verkehr ganz aus seinem Gebiete verlieren würde; 3) für die Stadt Frankfurt, weil auch sie von diesem Verkehr umgangen werden würde; 4) für das ganze reisende und handeltreibende Publikum, weil aus demselben die obige Geld- und Zeitersparniß erwächst. Ein zweiter wichtiger Zweck würde vermittelst dieser Bahnlinie noch dann erreicht, wenn der Bau der Werrabahn unterbleiben sollte; denn alsdann würde durch eine $4\frac{1}{2}$ Meilen lange Bahn, von Gemünden bis Schlüchtern, die durch jene beabsichtigt gewesene Verbindung zwischen den österreichisch-bayerischen Bahnen mit Hannover und den Hansestädten hergestellt werden, während die Werrabahn einen Bahnbau von 16 Meilen nothwendig gemacht haben würde. Mittelst dieser Bahn würde die obenangedeutete Gefahr von Kassel und seiner Mindener und hannoverschen Bahn abgewendet und ein dringendes Bedürfniß des reisenden Publikums befriedigt werden, während der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn hierdurch eine Entschädigung zu Theil werden würde für den Verlust des Frankfurt-Leipziger Verkehrs. Jeder Unbefangene wird aus diesen kurzen Andeutungen die in der Natur der Dinge liegende Nothwendigkeit erkennen, daß ungesäumt eine Eisenbahn in der Richtung von Frankfurt, Fulda und Bebra gebaut werde.

△ **Straßburg**, 21. Nov. Der Bau des zweiten Schienengeleises auf der Paris-Straßburger Eisenbahn naht auf den meisten Punkten der Vollendung, so daß dieselbe mit dem Anfang k. J. vollständig benutzt und die Fahrt von Paris nach Straßburg in $8\frac{1}{2}$ bis 9 Stunden zurückgelegt werden kann.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Die Nummer 320 der „Darmstädter Zeitung", d. d. 17. d. M., enthält eine Entgegnung auf einen Artikel in der „Frankfurter Postzeitung", der nachzuweisen versucht, daß die Verleihung fürstlichen Titels an eine erlauchte Dame in geschehener Weise als keine Erhebung zu gelten vermöge. Der Belehrende bemüht sich, ganz richtig hervorzuheben, daß die Versetzung in einen höhern Stand stets als Erhebung betrachtet wurde. Derselbe ist nur den Nachweis schuldig geblieben, — was zu dessen Belehrung hiermit angeführt wird, — daß die neue fürstliche Würde staatsrechtlich als keine wirkliche Erhebung angesehen zu werden vermag. Mit der Auflösung des deutschen Reichs sind bekanntlich die kaiserlichen Reservatrechte auf die deutschen Einzelsouveräne übergegangen. Dies können übrigens lediglich solche Gerechtsame sein, welche ein Landesherr mit Wirkung auf sein Einzelland auszuüben im Stand ist. Rechtliche Handlungen, welche mit völkerrechtlichen Verhältnissen und Gewährschaften zusammenhängen, können der Machtvollkommenheit der Einzelsouveränetät niemals unterliegen. Die politische Stellung der vormaligen, jetzt mediatisirten Reichsstände vermag rechtlich allein durch den deutschen Bund eine Aenderung zu erleiden. Ohne Einfluß auf Rang und Stellung erscheint aber eine Standeserhöhung als undenkbar. Wenn es daher im vorliegenden Fall ein Mitglied eines vormals reichsständischen Hauses einem deutschen Souveränen anheimgibt, zu seiner, durch die Bundesacte verbrieften öffentlichen Stellung eine andere Würde sich verleihen zu lassen, so kann wohl hierdurch die in der Natur geschichtlicher Entwickelung wurzelnde Stellung keineswegs berührt werden. Nachdem, wie soeben nachgewiesen, mit der neuen Würde keine völkerrechtlichen Wohlthaten verbunden sein können, so berührt letztere lediglich Titel und Prädicat, jedem überlassend, ob er den lustre eines mediatisirten Hauses als gehoben betrachtet, wenn ein Titel begehrt und verliehen wird, welcher keinen Einfluß auf die völkerrechtliche Stellung seines Hauses zu äußern berufen ist und somit als keine Erhebung zu gelten vermag. [2646]

[2612]

Bekanntmachung.

Lombardisch-Venetianische Anleihe.

Von dem hohen K. K. Oestreichischen Finanzministerium sind wir beauftragt, die am 1. December l. J. fälligen in Frankfurt a. M. zahlbaren

Zinscoupon des Lombardisch-Venetianischen Anlehens

unter denselben Modalitäten, wie dies bei dem letzergangenen Termine der Fall war, einzulösen.

Wir bringen dieses hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kunde, daß die Auszahlung der gedachten Zinscoupons demgemäß an unserer Casse stattfindet.

Frankfurt a. M., den 22. November 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2608]

Geschenke-Verloosung.

Unter Bezugnahme auf den im Laufe des vorigen und dieses Monats in den öffentlichen Blättern erlassenen

Aufruf zur Mildthätigkeit

wird nun zur Kenntniß des verehrlichen Publikums gebracht, daß die zur Unterstützung hiesiger Armen mit Brennholz bereits eingegangenen und noch zu erwartenden Geschenke

den 25. und 26. November von 10 bis 4 Uhr und
den 27. November von 10 bis 1 Uhr

im Locale des polytechnischen Vereins (an der St. Katharinenkirche) zur Ansicht ausgestellt werden, und daß die Verloosung am 27. November Nachmittags stattfindet.

Die zur Ausstellung werden Geschenke dankbar angenommen und Loose ausgegeben

Große Eschenheimer Straße № 165 (39 neu).
Bleichstraße Nr. 62 neu (Parterre).

[2649] Herr **H. M.** wird hiermit aufgefordert, binnen 8 Tagen seine Verbindlichkeit zu erfüllen.

J. Glauberg.

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 11. November 1852 anfangend. [2557]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6½ Uhr, von **Biebrich** Morgens 8½ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9½ Uhr nach **Köln.**

☞ **Schnellfahrt** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.; in Köln im Anschluss an die Züge 7½ Uhr nach Aachen und 7½ Uhr bis Düsseldorf, Elberfeld.

Von **Mainz-Castel** Mittags **11** Uhr, von **Biebrich** Mittags **11¼** Uhr nach **Köln, Arnheim.**

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm,** Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli,** Zeil Nr. 67.

[2648] Der Besitzer der holländischen 3½pCt. Cyprien-Obligation Nr. 4018 kann den per 1. October a. c. verfallenen Coupon, da die Obligation per 1. April a. c. verloost war, gegen den Betrag bei mir zurückbekommen.

J. M. Kann,
Rechnei-gabensteuer Nr. 4 am.

[2638]

Steckbrief.

Die wegen Diebstahls dahier in Untersuchung gezogenen dienenten signalisirten Geschwister Sara, Moses und Elise Herz von Erbenheim, haben sich aus ihrer Heimath, unbekannt wohin, entfernt. Es wird gebeten, dieselben im Betretungsfalle verhaften und mit den bei ihnen vorgefundenen Gegenständen anher abliefern zu lassen.

Wiesbaden, den 9. November 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Winter.

Signalement	1. der Sächsche Herz,	2. des Moses Herz,
Alter:	25 Jahre,	obngefähr 40 Jahre,
Größe:	über 5′,	etwa 6′
Gesichtsbildung:	rund,	länglich,
Gesichtsfarbe:	frisch und roth,	gesund,
Statur:	gesetzt,	dick,
Haare:	blond,	schwarz,
Stirne:	niedrig,	hoch,
Augenbrauen:	braun,	schwarz,
Augen:	blau,	schwarz,
Nase:	klein,	lang, spitz und gekrümmt,
Zähne:	vollständig und weiß,	vollständig,
Kinn:	rund,	spitz,
Wuchs:	—	mittelsmäßig,
Bart:	—	schwarz,
Besondere Kennzeichen:	keine,	keine,

3. der Elise Herz,
25 Jahre,
etwas über 5′,
rund,
gesund,
gesetzt,
schwarz,
niedrig,
schwarz,
schwarz,
gesund,
vollständig,
rund,
mittelsmäßig,
schwarz,
keine,

[2644]

Erbvorladung.

Heinrich von Leuchtenring, welcher sich vor circa 4 Jahren nach Amerika begeben hat, ist als gesetzlicher Erbe zur Verlassenschaft seines dahier unterm 4. d. M. gestorbenen Vaters, des pensionirten Großherzoglichen Professors Friedrich von Leuchtenring berufen. Da dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird derselbe andurch mit

Frist von einer Monaten

zur Vertheilung der väterlichen Verlassenschaft mit dem Bedeuten öffentlich vorgeladen, daß solche im Nichterscheinungsfalle lediglich denjenigen werde zugetheilt werden, welchen sie zukommen, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Buchsal, den 20. November 1852.

Großherzoglich Badisches Amtsrevisorat.
Jauch.
Steinle, Notar.

Cours der Staats-Papiere. 23. November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per compt.			Per compt.
Oesterreich	5% M. (C.L.S.Roths.)	94½ P.	Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	84½ P. ⅝ bez. ⅛ G.
»	5% M.v.J.1851 Ser. B.	94½ P.	»	5% Wilhs.-Nordh.	47 bez. 46⅞ G.
»	5% do. v. J. 1852 L. à 121	94⅛ P. ⅛ G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	102⅛ P.
»	5% L. V. (C. b. Roths)	89¾, ⅛ bez. ⅜ G.	»	4% ditto b. Rothsch.	98¾ P.
»	5% do. Monte C. à 5. M	84⅝ P.	»	3½% ditto b. Rothsch.	91⅛ G.
»	Bank-Actien . .	1375 P. 72 G.	»	fl. 50 Loose . . .	90⅛ P. ⅛ G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81 bez. u. G.	»	fl. 25 Loose . . .	31⅛ P. ⅜ G.
»	5% M.v.J.1851 Ser. A.	81 bez. u. G.	Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103⅛ P.
»	5% ditto 1852	81¼ P.	»	4% ditto	99¼ P.
»	4½% ditto	72⅝ P. ⅛ G.	»	3½% ditto	91¼ P. 91 G.
»	4% ditto	64½ P.	»	fl. 25 Loose . . .	28¼ P. ⅛ G.
»	3½% ditto	48¼ P.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	94 G.
»	3½% ditto	40⅞ G.	»	3½% » v. 1846	93¾ P. ⅛ G.
»	3% ditto	36⅛ P.	»	3% ditto . . .	85¾ P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	118¾ P. ⅛ G.	»	Taunusbahnact. .	304 P. 302 G.
»	fl. 500 » ditto	191⅛ G.	Russland	4½% Obl. b. Baring	102⅛ P.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	80 P.	»	4% Obl. b. Hope & s.	93 P.
»	4% » »	71 P.	»	4% » b. Stieglitz & »	91⅝ P. ⅜ G.
Preussen .	3½% Staatsschuldb.	93⅜ G.	Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91⅝ P. ⅜ G.
»	Coln-Mind. E.-Actien	113⅛ G.	Spanien	3% Inl. Sch. P. 2.2.30	19⅞ P. ⅛ G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅛ G.	»	1% Neue » »	24½⅛ bez. ⅞ G.
»	4½% ditto	100⅛ P. ⅜ bez. u. G.	Holland.	4% Certificate . .	95⅛ G.
»	4% ditto	96⅛ G.	»	3½% Syndicate . .	84⅛ G.
»	4% Ablös.-Rente .	96¼ P. ⅛ G.	»	2½% Integraie . .	63¾ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	92¼ P.	Belgien .	5% Obl. in fl. 28 L.	99⅛ P.
»	Ludwigsh.-Berbach.	99⅝ P. bez. u. G.	»	4½% Obl. in F. 28 Kr.	99⅞ P. ⅛ G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103¼ P. 102⅝ G.	»	4% Obl. in Fr. à 25 Kr.	93⅛ G.
Wurtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	102 G.	»	3½% Obl. b. Rothsch.	57 P. 56¾ G.
»	3½% ditto	90½ P. ⅛ G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	99⅛ P. 98¾ bez.
Baden . .	5% Obligationen . .	102⅛ G.	»	5% Obl. b. Hambro	96⅛ P. 95⅞ G.
»	4½% Obligationen	102⅜ G.	»	Sardinische Loose .	41⅝ G.
»	3½% » v. 1849 . . .	90⅞ P. ⅛ G.	Toscana	5% Obl. 1855 (C.b. Golds.)	100⅛ P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66½ P. ⅛ G.	»	5% » 1851. b. Bastogi (do.)	97¼ P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38⅜ P. ¼ bez. ⅛ G.	Hamburg	6% Stocks Doll. 2.30.	116¾ P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 23 November		Per compt.
Amsterdam .	k.S.	100⅛ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg . .	k.S.	119⅛ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin	k.S.	105⅛ B. 104⅞ G.
(100 Thlr.)	3M.	— —
Bremen (50	k.S.	97⅛ B.
Rthr. l. Ldor.	3M.	— —
Hamburg . .	k.S.	89⅛ B. 88⅞ G.
(100M. Bc.)	3M.	— —
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104⅞ G.
London . . .	k.S.	118⅛ B. ⅛ G.
(10 Livr. St.)	3M.	118⅛ B.
Lyon	k.S.	94⅛ B.
(300 Fr.)	3M.	— —
Mailand (250	k.S.	103⅛ B
Lir. Austr.)	3M.	— —
Paris	k.S.	94⅛ B. ⅛ G.
(300 Fr.)	3M.	— —
Wien (100fl.	k.S.	102⅞, ⅛ bez.
im fl. 20 F.)		
Disconto . . .		3 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 42½ - 43⅛
Pr. Friedrichsd'or	»	9 54-55
Holl. 10fl. Stücke	»	9 51-52
Rand-Ducaten .	»	5 37-38
20 Francsstücke	»	9 26½ - 27½
Engl. Souvereigns	»	11 51
Gold al Marco	»	382-93
5 Frankenthaler	»	2 21-½
Preuss. Thaler	»	1 45-1⅛
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 44⅞-45⅛

Druck von August Osterrieth.

№ 281. — Mittwoch — den 24. November — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich 1) in den Postbezirken des Frankfurter 2 fl. 30 kr.; 2) in den Postbezirken des Königl. Thurn- und Taxis'schen Postvereins-Postbezirks 2 Thlr. 15 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in dem k. k. österreichischen Gesammtstaate 3 fl. oder 2 Thlr. 20 Sgr.

Insertionsgebühren für die Zeile (ein Drittel) mit 6 kr. 6 Sgr. 6 Pf. — Briefe und Gelder, die Redaction betreffend, sind an den Herausgeber der Postzeitung, Herrn Dr. Alexander in Strassburg, Brandgasse № 20, und die Expedition betreffende Reclamationen, Bestellungen etc. an die Zeitungsspedition des Frankfurter Journals, Buchgasse № 29, einzusenden.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 18. Nov. Zwischen Oesterreich und mehreren deutschen Staaten sind Verhandlungen im Zuge, welche die Einwanderung nach Oesterreich, resp. Ungarn und Siebenbürgen, betreffen. Es soll dem Vernehmen nach ein Uebereinkommen dahin geschlossen werden, daß die Pässe zur Auswanderung erst dann ertheilt werden, wenn die Bewerber von den österreichischen Behörden die Zusicherung zur Aufnahme erhalten haben. — Das Cautionsgesetz wird viel Opfer fordern, auch die kirchliche Zeitschrift „Blahowisk" in Prag geht ein.

Triest, 11. Nov. Die österreichische Flotte ist jetzt, mit Ausnahme einiger Fahrzeuge, die in den Gewässern der Levante kreuzen, wieder auf unserer Rhede vor Anker gegangen, und dürfte auch die Wintermonate daselbst verweilen, zum Frühjahr aber in ganzer Stärke auf eine weitere Expedition auslaufen. Bei dem Stand, worin sich jetzt die orientalische Frage befindet, erscheint allerdings eine Entfernung aus den östlichen Theilen des Mittelmeers nicht räthlich, und wenn Oesterreich seinen Antheil bei der bevorstehenden Lösung auch weniger zur See nehmen wird, so bleibt es doch von Wichtigkeit, seine im ganzen Orient so vielfach und weit verzweigten Handelsinteressen für augenblickliche Fälle der Noth unter dem Schutz einer tüchtigen und wohleingerichteten Marine gesichert zu wissen. — In Bosnien glimmt das Feuer fort unter der Asche, und die Constituirung eines unabhängigen Staates Montenegro könnte sehr leicht Bewegungen in Albanien hervorrufen. Auch die Angelegenheit mit dem Hafen von Klek und der Suttorina ist noch nicht geschlichtet. Zwar haben die Türken für den Augenblick ihre Uferhauten eingestellt, aber ein nicht unbedeutendes Detachement von Truppen hat in der Nähe seine Station genommen, und die Arbeiten an der Verbindungsstraße mit der Herzegowina sollen fortgesetzt werden. Das Wiener Cabinet verlangt darüber bestimmte Zusicherungen und eine definitive Feststellung der schwankenden, ungewissen Territorialverhältnisse. Die ganze Frage gehört in die große Rechnung, welche mit der Pforte und Rußland gemacht werden soll, und rechtzeitig scheinen alle Vorkehrungen, um auch gewärts für alle Eventualitäten bereit und schlagfertig zu sein, wie überhaupt die Herrschaft im adriatischen Meer zu behaupten, Oesterreich als sein natürliches Recht betrachten darf. Im Arsenal Venedigs herrscht große Thätigkeit; die neue Fregatte naht mit raschen Schritten ihrer Vollendung, und der Befehl zum Bau von zwei Linienschiffen mit Anwendung der Schraube darf nächstens erwartet werden. Auch in Pola gehen die Arbeiten rasch vorwärts, und wenn alles dem vortrefflichen Plan gemäß ausgeführt wird, so wird dieser Kriegshafen zu den vollkommensten und sichersten in Europa zählen. Wo die Natur bereits so viel gethan hat, ist es der Kunst leicht, nachzuhelfen und einzelnes Fehlende zu ergänzen. Der Zudrang zu unserm Marinedienst ist noch immer sehr groß und aus den besten Familien des Landes; viele müssen abgewiesen werden, und wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, dürfte das Avancement langsam gehen. Einige Beförderungen stehen mit nächstem Jahr für das Flottillencorps auf dem Po bevor, indem bekanntlich die Staatsregierung in ihrem Vertrag mit der Lloydgesellschaft sich die Besetzung der Offizierstellen vorbehalten hat. Seit gestern Abend haben wir den Besuch einer französischen Dampffregatte, seit den Revolutionsjahren wieder das erste Kriegsschiff dieser Nation. Dagegen sind die Engländer, die sonst immer in unserer Bucht zu kreuzen pflegten, schon geraume Zeit weggeblieben. (Lpz. Z.)

Breslau, 16. Nov. Mehrere Christkatholiken haben an die städtische Behörde das Gesuch gerichtet, für die Zukunft die Kinder der christkatholischen Eltern von dem Religionsunterricht in der Schule zu befreien. Der Magistrat hat den Bittstellern unterm 22. October geantwortet, daß bereits vor Eingang ihrer Vorstellung die königliche Regierung, in Veranlassung einer aus einem einzelnen Falle diesfällig an sie gerichteten Anfrage, ihm selbst dahin bescheiden habe, „daß die Kinder christkatholischer Eltern entweder an dem Religionsunterricht der Schule, welche sie besuchen, Theil nehmen müßten, oder der Nachweis zu erfordern sei, daß diese Kinder außer der Schule nach den Glaubensstätzen einer anerkannten Confession Religionsunterricht erhielten, da weder die Gemeinschaft der Christkatholiken als eine Religionsgesellschaft, noch ihr Cultus als eine besondere Confession anerkannt und gebuldet sei." Der Magistrat könne also in den von ihm getroffenen Anordnungen keine Aenderung veranlassen. Wie man vernimmt, wollen sich die betreffenden Eltern mit diesem Bescheide nicht begnügen, sondern sich mit erneuerter Vorstellung an den Magistrat wenden.

Saarbrücken, 22. Nov. In Folge einer Dammsenkung zwischen Forbach und Saint-Avold ist seit gestern der Verkehr auf dieser Strecke der Paris-Ludwigshafener Bahn unterbrochen. (Pf. Z.)

Landau, 20. Nov. Gestern war die Gerichtsbehörde von Landau zu Exekutionen, um die Bücher und Papiere eines wegen Gewohnheitswuchers beanzeigten jüdischen Handelsmannes daselbst in Beschlag zu nehmen. Das Ergebniß soll, wie ich höre, die Beschlagnahme eines Sackes voll Urkunden und Schriften des Beschuldigten gewesen sein. Außerdem sollen bereits zwei Wucheruntersuchungen bei dem Bezirksgerichte zu Landau anhängig sein; die eine gegen einen Christen, die andere gegen einen Juden. (Pf. Z.)

Mainz, 23. Nov. Gestern Abend gegen 9 Uhr wurde unsere Stadt durch Feuerlärmsignale erschreckt, welche bald wieder verstummten und in manchen Stadttheilen anfänglich für blinden Lärm gehalten wurden, bis man erfuhr, daß in der Altergasse eine Pulvererplosion stattgefunden, welche leider ein Menschenleben gekostet hat. Der nähere Hergang der Sache ist nach dem „Mainzer Journal" folgender: In der genannten Gasse bewohnt ein verheiratheter preußischer Artillerieunteroffizier, der Wiesfeldwebel August Lundberg von der 2. Compagnie der 8. Artilleriebrigade, das Parterrelokal des ehemaligen Gasthauses zum Adler; derselbe arbeitete sehr oft in seiner Wohnung an Pulver und Feuerwerksstoffen und bewahrte dieselben unbegreiflicherweise in der über seiner Wohnung befindlichen Schlafstätte seiner beiden Dienstmädchen, einer Art Entresol, zu welchem man auf einer Leiter gelangt. Gestern gegen 8 Uhr entfernte sich Lundberg, dessen Frau schon seit längerer Zeit von Mainz abwesend, aus seiner Wohnung und eine halbe Stunde später begab sich das eine der Dienstmädchen mit einem brennenden Lichte in die gedachte Schlafstätte, welche die Pulvervorräthe des Lundberg enthielt, während das zweite in der Wohnstube zurückblieb. Auf eine Mahnung des letztern, doch wieder herabzukommen, erscholl von oben heraus die Antwort: Sogleich! Aber in demselben Augenblicke erfolgte auch die Explosion, welche das erstere Dienstmädchen, Adolphine Böcking von Wohlbach in Rheinpreußen, tödtete und das zweite zwar betäubte, aber nicht verletzte. Adolphine Böcking wurde als gerösteter Leichnam aus der zum Theil zertrümmerten Wohnung herausgetragen, der Wiesfeldwebel Lundberg noch an demselben Abend von der Militärbehörde verhaftet. Wie man hört, soll derselbe unbeaufsichtigt in Privatleute Lustfeuerwerke u. s. w. angefertigt haben.

Giessen, 20. Nov. Seit dem 15. d. M. sind die Assisen der Provinz Oberhessen des vierten Quartals hier eröffnet und werden dem Vernehmen nach drei Wochen in Anspruch nehmen, woran sich die Verhandlungen des Provinzialstrafgerichts Aburtheilung geringerer Fälle durch das Richtercollegium mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit ohne Geschworne) schließen. Die bis jetzt bekannt gewordenen Assisenverhandlungen betreffen außer zwei Anklagen auf Kindesmord und Mordversuch nur Diebstähle. Während nun bei allen bisherigen Fällen dieser Sitzung außer einigen Soldaten der hiesigen Garnison fast keine Zuhörer zugegen waren, hatte sich ge-

stern wieder ein sehr zahlreiches Publikum zu den Verhandlungen eingefunden. Vor den Schranken stand Katharine Heil von Ruppertsburg, angeklagt, ihr neugeborenes Kind umgebracht zu haben. Nachdem sie zuerst sogar die Schwangerschaft geleugnet, gestand sie zuletzt ein, das neugeborene Kind ins Wasser getragen zu haben, wo es mit einem eng gefnüpften Tüchlein um den Hals, so daß kein Finger zugwischen gebracht werden konnte, gefunden worden war. Ueber das Tuch und seinen Gebrauch war sie zu keinem Geständnisse zu bewegen, wurde aber doch für schuldig erklärt und zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Malchin, 18. Nov. Heute wurde hier mit den gewöhnlichen Förmlichkeiten der mecklenburgische Landtag eröffnet.

ξ **Aus Thüringen,** 22. Nov. Die Nachricht einiger Blätter, daß der Abgeordnete der thüringer Zollgruppe, Geheimer Staatsrath Thon, bereits beauftragt sei, einen Vertrag mit Preußen über Erneuerung des Zollvereins abzuschließen, kann zum mindesten als eine voreilige bezeichnet werden; denn von der eben in Weimar abgehaltenen Zollconferenz thüringer Regierungsabgeordneten konnte Herr Thon einen solchen Auftrag nicht erhalten, da das, worüber jene Abgeordneten im Allgemeinen sich verständigten: bei Preußen auch im Fall der Auflösung des Zollvereins zu verbleiben, sa erst den Regierungen behufs ihrer Genehmigung vorgelegt werden soll. Auch kann von einem definitiven Abschluß eines solchen Vertrags um so weniger die Rede sein, als nach unsern Verfassungen die Zustimmung der Ständeversammlungen hierzu erforderlich ist. Alles, was von den Abgeordneten der thüringer Zollgruppe in Berlin geschehen wird, dürfte demnach höchstens in einem vorläufigen Abkommen bestehen. Weitläufigen Verhandlungen zufolge dürften indeß auch noch die Minister anderer thüringischen Staaten sich nach Berlin begeben, um in Gemeinschaft mit dem Bevollmächtigten der thüringer Zollgruppe sich über die Lage der Sache an Ort und Stelle zu unterrichten. — Gleichwie andere unserer Regierungen hat jetzt auch die Altenburger zur entsprechenden Theilnahme an der nächsten Sommer in Gotha stattfindenden, auf die Gewerbserzeugnisse sämmtlicher thüringer Länder ausgedehnten Ausstellung aufgefordert.

Arolsen, 12. Nov. Die vor einiger Zeit verbreitet gewesene Nachricht, daß der frühere Finanzminister Severin als solcher reactivirt worden sei, beruht wohl nur darin ihre Begründung gefunden, daß bemselben allerdings die wohl unbestrittene Mission übertragen war. Wie voraussuhsen, lehnte derselbe fosort ab, und zwar um so mehr, da er bei der jetzigen Lage der Angelegenheiten, namentlich der Domänenfrage, mit seinen früher ausgesprochenen Ansichten in strikten Widerspruch gerathen wäre. Jetzt ist nun das Cabinet vervollständigt, und zum Finanzminister der seitherige Oberssteuercommissär Hr. Barnhagen ernannt worden. Hr. Barnhagen trat als Untererheer in den Staatsdienst, und hat somit eine rasche Carriere gemacht. Als Landtagsabgeordneter hielt er sich meist zur Regierung, obgleich er auch zuweilen etwas nach links hinüberschwankte. Der von ihm herausgegebene „Volksbote" ging vor zwei Jahren ein. (Pr. Ztg.)

n **Frankfurt,** 23. Nov. Die Errichtung zweier Creches (Säuglingsbewahrungsanstalten) und zwar einer in Frankfurt und der andern in Sachsenhausen, wird in Kürze eine Thatsache geworden sein. Bereits sind die Vorstandsmitglieder derselben in jungen Medicinern gewählt und heute Abend finden weitere Besprechungen statt, um das menschenfreundliche Unternehmen rasch ins Leben treten zu lassen. — Gestern Abend nach 8 Uhr wurde ein Schweinehändler aus Bönstett, welcher sich von Bornheim nach Seckbach begeben wollte, auf der dahin führenden Straße von zwei Männern, von welchen der eine einen Schiebkarren bei sich hatte, überfallen und seiner mit Geld gefüllten Gurte gewaltsam beraubt.

Italien.

Man schreibt aus **Florenz** vom 16. Nov., daß das Auswanderungsdecret nicht auf alle Flüchtlinge in Toscana angewendet worden ist und man einige Ausnahmen gemacht hat. Man schreibt das Decret den bringenden Vorstellungen Roms, Oesterreichs und Modena's zu. Diese Mächte stützen sich dabei auf politische Berichte, denen zufolge Mazzinische Agenten hochverrätherische Proclamationen, Briefe u. dgl. überall verbreitet hatten.

Großbritannien.

* **Malta,** 13. Nov. Die britische Mittelmeerflotte ist unter Dundas am 3. d. M. hier angelangt, bereits am 9. aber schon wieder ausgelaufen. Diese Abtheilung bestand aus fünf Linienschiffen, einer Fregatte und einer Dampfcorvette.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Nov. Die „Berlingsche Zeitung", „Köbenhavnsposten" und „Flyveposten" bringen an der Spitze ihrer neuesten Nummern eine in Kopenhagen zur Unterschrift ausgelegte Adresse, in welcher der Reichstag darum angegangen wird, die königliche Botschaft in Betreff der Erbfolgefrage zu genehmigen. (Hamb. N.)

Neueste Nachrichten.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Paris, den 23. Nov., 2 Uhr 55 Min. Nachmittags.
Angekommen in Frankfurt, 23. „ 7 „ 10 „ Abends.

Paris, 23. Nov. Im Seinedepartement ist das definitive Resultat der Abstimmung über das Senatusconsultum:
208,600 Ja,
53,600 Nein.

(Am 20. und 21. December vorigen Jahrs gab das Seinedepartement 196,796 Ja, und 95,574 Nein; demnach betheiligten sich damals 30,170 Wähler mehr als bei der neuesten Abstimmung. Dagegen ist die Majorität diesmal um fast 12,000 Stimmen größer, die Minorität um 42,000 Stimmen kleiner als im Jahr 1851.) (Die Red.)

n **Frankfurt,** 23. Nov. In Hanau ist dem Vernehmen nach heute Morgen die stark besuchte Knabenerziehungsanstalt des bekannten frühern Lehrers an der dasigen Bürger- und Realschule, Rödiger, obrigkeitlich geschlossen und Rödiger selbst, jedoch nicht ohne Widerstand, gefänglich eingezogen worden.

* **Wien,** 21. Nov. Die „Presse" sagt, das Gerücht von einem Besuche des Kaisers in Berlin erhalte sich nicht nur, sondern trete neuerdings mit noch größerer Bestimmtheit auf. — Am 18. hatte der hiesige preußische Gesandte eine mehrstündige Conferenz mit dem Minister des Aeußern, die man mit der Zollfrage und ihrer baldigen Ausgleichung in Verbindung bringt. — So viel der „Lloyd" über die Verhandlungen der Zollconferenzen vernimmt, ist es wahrscheinlich, daß der abschließende Zoll- und Handelsvertrag mit thunlichster Berücksichtigung der Wünsche Preußens in solcher Weise abgefaßt wird, um auch die Einigung mit Preußen zu ermöglichen.

P **Berlin,** 22. Nov. Heute fand wieder ein Ministerrath unter Vorsitz des Königs in Bellevue statt, in welchem weitere Berathungen über die Thronrede gepflogen wurden. Der König kam schon halb nach 8 Uhr zur Stadt und empfing vorher in besonderer Audienz den aus der Rheinprovinz zurückgekehrten Herrn Handelsminister. — Se. königl. Hoh. der Prinz von Preußen, dessen Abreise erst gegen Ende des Monats stattfinden sollte, ist unerwarteter Weise schon gestern Abend wieder nach der Rheinprovinz abgegangen. Man bringt dies, ob mit Recht oder Unrecht, weiß ich nicht, mit Entwickelung der französischen Verhältnisse in Verbindung. Gewiß ist, daß in Betreff der Benennung des künftigen Kaisers Conflicte bevorzustehen scheinen und dieserhalb Verhandlungen darüber mit den andern Theilnehmern der Wiener Verträge im Werke sind. Ludwig Napoleon dürfte als Kaiser von Frankreich wohl anerkannt werden, aber nicht als der Dritte dieses Namens und Charakters. Nach den Aeußerungen der österreichischen Correspondenz, sowie der englischen Blätter scheint ein vollkommenes Einverständniß in dieser Beziehung vorhanden, also dem Abschlusse dieserfallsiger Verträge nichts im Wege zu stehen, die, wie streng sie sich auch an den Grundsatz der Nichtintervention halten mögen, nichts desto weniger, wie man hofft, den jetzigen Gewalthaber in Frankreich bewegen werden, von Prätensionen abzustehen, deren Consequenzen für den Statusquo der Verhältnisse und die Ruhe Europa's gefahrdrohend werden könnten. Für alle Fälle gebietet indessen die Lage der Dinge, der Charakter des Mannes und seiner Macht, Aufmerksamkeit und Wachsamkeit, zumal die jetzt publicirte Armeerebuction Frankreichs so unbedeutend ist, daß sie wenigstens als Pfand friedlicher Gesinnungen nicht angesehen werden kann. Auch hat sie auf die Pariser Börse keineswegs den Effect gemacht, welchen man erwartete, sondern die Course gedrückt.

Aus **Berlin** schreibt man der „Allgem. Zeitung": In Betreff der Fortdauer des Zollvereins scheinen hier mit einemmal alle Zweifel geschwunden zu sein. Mehr möchte ich nicht behaupten, als daß, wenn die Wiener Conferenzen, wie nicht anders zu erwarten steht, für die Theilnehmer einen befriedigenden Ausgang genommen haben, der handelspolitisch geeinigte Süden Deutschlands mit dem zu einer Zollgruppe geeinigten Norden Beziehungen eingehen werde, die wenigstens für den Verkehr die Summe der aus einem Riß erwachsenden Nachtheile auf ein möglichst kleines Maß reduelren.

⊃ **Von der sächsisch-preußischen Grenze,** 22. Nov. Preußen ist auf alle Eventualitäten in der Zollfrage gefaßt. An unserer Grenze bereitet es eine vollständige Reorganisation der Zollverwaltung und Grenzaufsicht vor. Die Einrichtung mehrerer

neuer preußischer Zollämter und die Anstellung einer bedeutenden Grenzmannschaft, zur Verhütung des Schleichhandels, sind für den Fall der Wiederherstellung der Zolllinie gegen Sachsen und Hessen geschlossen.

Köln, 22. Nov. Herr Dagobert Oppenheim hat die auf ihn gefallene Wahl des hiesigen Gemeinderaths zur ersten Kammer, Professor Baumstark die Wahl der mescheder Wahlversammlung der Höchstbesteuerten abgelehnt. (K. Z.)

Koburg, 18. Nov. Der vormalige Bundestagsgesandte, Baron v. Stockmar, ist vor einigen Tagen an den Brüsseler Hof zurückgekehrt, wo er als Geschäftsträger unseres Herzogs schon früher verweilte. Er ist dahin durch eine Einladung des Königs der Belgier berufen worden, welcher in gegenwärtigen Augenblick die einflußreichen Rathschläge des erfahrenen Staatsmanns dringend zu wünschen scheint. (Lpz. Z.)

Paris, 22. Nov., Morgens. Der heutige „Moniteur" constatirt großen Zudrang der Wähler. In Paris habe sich über die Hälfte der Berechtigten eingefunden; im Weichbilde habe sich ungeheuerer Enthusiasmus gezeigt. Das Gleiche berichtet das officielle Blatt aus den Departementen. (T. D. d. K. Z.)

⁑ **Paris**, 21. Nov. Ein Aergerniß hat den Eintritt des Herrn Granier de Cassagnac in die Redaction des „Constitutionnel" bezeichnet. Ein Artikel, den er in der heutigen Nummer unter der Aufschrift: „Die Lösung" erscheinen ließ, und in welchem er mit gewohnter Heftigkeit die Bourgeoisie angriff, mußte, nachdem er bereits in die Departemente und ins Ausland gewandert war, auf höhern Befehl aus den für die Hauptstadt bestimmten Exemplaren herausgenommen werden. — Von den legitimistischen Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers werden nur zwei definitiv ihre Entlassung nehmen: die Herren v. Calviere und Audren v. Kerdrel.

‖ **London**, 20. Nov. Im Hause der Lords hat Graf Derby denjenigen Regierungen, welche sich bei der Leichenfeier des Herzogs v. Wellington officiell repräsentiren ließen, öffentlich seinen Dank ausgesprochen, mit dem Anfügen, daß auch Frankreich, obgleich es bei dieser officiellen Huldigung sich nicht habe betheiligen können, nichts destoweniger durch seinen Gesandten, den Grafen Walewski, bei der Feier sich officiös habe repräsentiren lassen. Graf Derby benutzte diesen Anlaß, im Namen der englischen Nation Worte der Sympathie für Frankreich auszusprechen.

Frankfurt, 23. November, Abends.

Die heute fällige Pariser Post vom 22. ist wieder ausgeblieben. Die seit gestern eingetretene Unregelmäßigkeit auf der Paris-Frankfurter Route rührt von der auf der Paris-Ludwigshafener Eisenbahn zwischen Forbach und Saint-Avold durch eine Dammsenkung veranlaßten Störung des Verkehrs her. (Man vergl. oben den Artikel Saarbrücken.)

Börsenberichte.

⁂ **Frankfurt**, 23. Nov. Das Geschäft war zwar nicht sehr belebt, die Stimmung jedoch im Allgemeinen auch heute wieder günstig. Von österreichische Fonds war besonders Kauflust für 5pCt. Lomb.-Venet.; bis zu $89\frac{1}{2}$ pCt umgesetzt, schlossen dieselben zuletzt $89\frac{3}{8}$ pCt. G. Auch beide Hauptsorten Anlehensloose waren gefragter, 500 fl. Loose $191\frac{1}{2}$ pCt. G., 250 fl. Loose $118\frac{1}{2}$ pCt. G. In spanischen Fonds war heute nur wenig Geschäft, 1pCt. Neue waren $24\frac{7}{8}$ à $\frac{15}{16}$ pCt., 3pCt. Inländische etwas offerirter, $45\frac{3}{16}$ pCt. G. Eisenbahnactien setzten heute ihre steigende Bewegung fort, F.-W.-Nordbahn war $46\frac{7}{8}$ pCt. G.; Bexbach merklich höher $98\frac{1}{2}$ pCt.; Köln Minden $113\frac{3}{4}$ pCt. G.; Taunus 301 fl. In den meisten übrigen gangbaren Papieren zeigte sich keine wesentliche Coursveränderung. — Abends in der Effectensocietät waren 1pCt. Spanische $24\frac{7}{8}$ pCt. G.

Berlin, 22. Nov. Staatssch. 94 Brf., $93\frac{1}{2}$ G. — Köln-Minden 114 à $114\frac{1}{4}$ bez. — Fr.-W.-Nordb. $41\frac{7}{8}$ à $42\frac{1}{2}$ bez.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 23. Nov. 5pCt. Metall. $94\frac{5}{8}$. — 5pCt. do. B. $109\frac{1}{2}$. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 $94\frac{1}{8}$. — $4\frac{1}{2}$pCt. do. —. — Bankactien 1335. — 250 fl. Loose $139\frac{1}{4}$. — London 11 fl. 29 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. $103\frac{1}{8}$. — K.-F.-Nordb. 238. — Livorno-Florenz $101\frac{1}{2}$. — Siena-Empoli $70\frac{1}{2}$. — Paris $136\frac{7}{8}$. — London in Triest — fl. — kr. — Silber 16. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Erklärung

des großh. hessischen Staatsraths a. D. und fürstl. lichtensteinschen Bundestagsgesandten Dr. J. T. B. v. Linde.

Dreis, 20. November.

In der Beilage zu Nr. 272 der „Frankfurter Postzeitung" hat ein Anonymus meiner jüngst erschienenen kleinen Schrift über die rechtliche Gleichstellung der christlichen Religionsparteien das Verdienst nachgerühmt, daß bei sorgfältiger Prüfung derselben jeder, der bis dahin von dem vollständigen Recht der mecklenburg-schwerinschen Regierung zu dem Verfahren in der Behandlung der katholischen Unterthanen noch nicht überzeugt sei, diese Ueberzeugung gewinnen werde. Nun höre ich, daß wie der Artikel ein anonymer, der Ort Frankfurt pseudonym, der Verfasser aber ein Schalk sei, der durch die gegebene Versicherung von der Ueberzeugungskraft meiner kleinen Schrift nur einen neuen Beitrag zu dem, der mecklenburgischen Regierung gewiß mit Unrecht nachgerühmten Grundsatz in der Behandlung der Katholiken: „daß es Verheißungen gebe, die nicht ins Leben treten", zu liefern die Absicht habe, um nicht in der Moralität der eigenen Gesinnung und Handlungsweise hinter jenem Zeugen der Wahrheit zurückzubleiben, der sich nach Ablegung eines falschen Eides dadurch gerechtfertigt wähnte, daß, wenn es falsche Eide gebe, er auch ein Recht haben müsse, einen solchen zu schwören. Auch insinuirt der Anonymus dem Leser, daß die Angelegenheit der mecklenburger Katholiken meine Sache sei, und macht mir das Compliment, daß ich im Eifer für diese meine Sache seine verkehrten juristischen Auffassungen vergessen habe. Ich habe aber nur Gedächtniß für richtige Grundsätze, Eifer für ihre Verbreitung und Lauge einem Schalke die Larve abzuwaschen, weßhalb mir die Redaction erlauben wolle, dazu beizutragen, daß ihre Verheißung, auch Entgegnungen wider meinen Anonymus aufzunehmen, nunmehr ins Leben trete. In meiner Schrift kommt S. 75 die Bemerkung vor: „Wenn deßhalb auch denjenigen Mitgliedern der mecklenburgischen Ritterschaft, die sich in späterer Zeit, aber vor dem Beitritt des Herzogs von Mecklenburg zum Rheinbunde, also vor 1808, wieder zur römisch-katholischen Kirche bekannt haben, nie gestattet worden ist, ohne besondere landesherrliche Erlaubniß Hausgottesdienste durch römisch-katholische Priester auf ihren Gütern halten zu lassen, so war dieses in der Ordnung, weil es dem bis zum Jahr 1808 in Wirksamkeit gebliebenen Rechtszustande in Mecklenburg gemäß war." Diese Ansicht ist durchaus nicht identisch mit derjenigen, welche mir von dem Anonymus mit den Worten unterschoben wird, ich habe selbst anerkannt: „daß das Verfahren der großherzoglichen Regierung den auf dem westfälische Frieden beruhenden Gesetzen vollkommen entspreche". Es kann eine Handlungsweise dem in Wirksamkeit gebliebenen particularen älteren Rechtszustande eines Landes gemäß sein, ohne darum vollkommen einem damit theilweise im Widerspruche stehenden neueren allgemeineren Gesetze zu entsprechen. Das wird besonders klar, wenn man die Bestimmungen des westfälischen Friedens Art. V § 34, 35 vergleicht mit den Grundsätzen, welche das Ministerium zu Schwerin in dem Erlasse vom 26. Juli 1852 (s. meine Schrift S. 63 f.) als nach den Bestimmungen des westfälischen Friedens und nach der darauf gebauten angeblichen Praxis im Großherzogthum Mecklenburg in Uebung gehalten versichert. In diesem Ministerialerlasse wird nämlich dem Kammerherrn v. d. Kettenburg versichert: „auf dem Landtage zu Sternberg v. J. 1550 sei einstimmig beschlossen worden, die römisch-katholische Religionsübung in den mecklenburgischen Landen nicht ferner zu gestatten, und im Jahre 1624 habe für die römisch katholische Religionsübung in den mecklenburgischen Landen kein Besitzstand existirt; die Uebung anderer als der landesherrlichen Gottesdienste sei daher in Mecklenburg nur vermöge besonderer landesherrlicher Gestattung zuläßig; insbesondere sei es auch den wenigen Mitgliedern der mecklenburgischen Ritterschaft, die sich in der späteren Zeit wieder zu der römisch-katholischen Kirche bekannt haben, nie gestattet worden, ohne besondere landesherrliche Erlaubniß Hausgottesdienste durch römisch-katholische Priester auf ihren Gütern halten zu lassen." — Wenn es mit diesen Versicherungen seine thatsächliche Richtigkeit hat, was ich weder untersucht noch bisher bezweifelt habe, so hatte sich in Mecklenburg von dem Jahr 1550 bis zum Jahr 1808 (in welchem die Herzoge dem Rheinbunde beitraten) über die Duldung der römisch-katholischen Religionsübung ein Zustand ausgebildet und erhalten, der, wenn er auch dem westfälischen Frieden Art. V, § 34, 35 nicht vollkommen entsprechend, doch wenigstens dem Art. V, § 30, 31 gemäß war und der, wenn sich niemand dadurch beschwert erachtete, als Rechtszustand betrachtet werden mochte. Dieses, aber auch nichts anderes, habe ich in der eben mitgetheilten Stelle gesagt, insbesondere aber mit keinem Wort, daß das Verfahren der mecklenburgischen Regierung in der Angelegenheit des Herrn v. d. Kettenburg, dessen Hausgeistlichen und der Geistlichen in Schwerin den auf dem westfälischen Frieden beruhenden Gesetzen vollkommen gemäß sei. Ich habe von den auf dem westfälischen Frieden beruhenden Gesetzen in der fraglichen Stelle gar nicht, sondern von dem bis zum Jahr 1808 in Wirksamkeit gebliebenen Rechtszustand in Mecklenburg gesprochen und nur von denjenigen Mitgliedern der Ritterschaft, die vor dem Beitritt des Herzogs zum Rheinbund, also vor 1808, wieder zur römisch-katholischen Kirche zurückgekehrt waren. Wenn man diesen Mitgliedern der Ritterschaft vor 1808 nie gestattete, ohne besondere landesherrliche Erlaubniß Hausgottesdienste durch römisch-katholische Priester auf ihren Gütern halten zu lassen, so war das deßfallsige Verfahren der mecklenburgischen Regierung den geschichtlichen Nachrichten in dem Ministerialerlaß vom 26. Juli 1852 zufolge dem bis zum Jahr 1808 in Wirksamkeit gebliebenen Rechtszustand in Mecklenburg gemäß, aber darum mit nichten den auf dem westfälischen Frieden beruhenden Gesetzen vollkommen entsprechend. Ich habe mich hierüber auf S. 16 und 73 m. S. so deutlich ausgesprochen, daß ein Mißverständniß bei sorgfältiger Prüfung unmöglich scheint, aber auch bei nur flüchtigem Durchlesen nicht leicht zu befürchten stand. (Schluß folgt.)

Frankfurter Stadt-Lotterie.

Haupt-Gewinne: fl. 200,000, fl. 100,000, fl. 10,000, fl. 25,000 u. s. w.
Ziehung 1r Klasse am 1. und 2. December.

empfiehlt sich mit ganzen Loosen à fl. 6; für alle 6 Klassen gültig à fl. 90, getheilte Loose im Verhältniss unter Versicherung reellster Bedienung.

J. M. M. Beyschlag,
Kornmarkt in Frankfurt a. M.

[2572]

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 16. November 1852 an fahren die Boote täglich [2584]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 7½ Uhr . . nach **Cöln-Deutz** *(Aachen, Elberfeld).*
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 6½ Uhr von *Frankfurt.*

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 9 Uhr . . nach **Cöln-Deutz** *(Berlin, Paris)* bis **Düsseldorf.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 9 Uhr von *Frankfurt.*

Montag, Donnerst. u. Samst. direct nach **Arnheim** *(Amsterdam)* bis **Rotterdam** in ca. *30 Stunden.*
Montag und Donnerstag . . . . . direct nach **London** . . . in *3 Tagen.*
on **Mainz** Nachmittags 3 Uhr . . . . . *täglich* nach **Worms** und **Mannheim.**

Billette nach allen Stationen, **Gesellschafts-Billette** und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Kriebs,** *Zeil,* der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren Gogel, Koch & Comp., Hrn. **Aug. Schönling** auf dem Rossmarkt.

Local-Veränderung.

Die Papierhandlung
von
G. Theissinger
befindet sich jetzt
Zeil 72
neben Herrn **C. A. André,** Haus Mozart.

Stelle-Gesuch.

Ein gebildetes Frauenzimmer aus anständiger Familie, das geläufig deutsch und französisch spricht, in allen weiblichen Arbeiten erfahren ist und seither einem bedeutenden Hauswesen vorstand, sucht eine Stelle als Haushälterin.

Es wird mehr auf gute Behandlung als hohes Salair gesehen.

Schriftliche Anfragen, die unter den Buchstaben **E. Z.** portofrei eingehen, beliebe man der Expedition dieser Blätter. [2650]

Stelle-Gesuch.

Ein junger Mann, welcher mit der doppelten Buchhaltung und allen vorkommenden Comptoir-Arbeiten, besonders im Bank- und Wechselgeschäft, vollkommen vertraut und der französischen und englischen Sprache mächtig ist, sucht eine andere Stelle. Franco-Offerten werden sub Nr. 2651 erbeten. [2651]

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.
Gewinne: fl. 20,000, 10,000, 4000
Ganze Loose à fl. 6, ½ fl. 3, ¼ fl. 1. 30 kr., ⅛ 45 kr.
empfehle unter Versicherung reellster Bedienung

Jacob Braunschweig,
Bayrgasse, H. 44, in Frankfurt a. M.
[2490]

[2606] **Badische fl. 35 Loose.**
Ziehung am 30. November.
Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 1. 30 kr., sechs Stück für fl. 8.

Kurhessische 40 Thlr. Loose.
Ziehung am 1. December.
Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 3. 30 kr., zehn Stück für fl. 30.

Königlich Sardinische Loose.
Ziehung am 1. December.
Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 2. 30 kr., zehn Stück für fl. 20.

Loose und Certificate zu obigen Ziehungen, sowie zu allen andern soliden Staats- und Klassen-Lotterien, empfehlen, unter Zusicherung pünktlicher Besorgung, die Hauptcollecteurs
Moriz Stiebel Söhne,
in Frankfurt a. M.

[2653] **?! Schönsten Dank für den Brief, ich gratulire bestens.**

Wir laden ein zur Ziehung
Badischer Anlehens-Lotterie von 14 Million Gulden, am 30. November,
Actien fl. 1. 30 kr., 6 Stück fl. 8.
Kurhessischer Lotterie von 12 Million Gulden, am 1. December,
Actien fl. 3. 30 kr., 10 Stück fl. 30.
Sardinischer Lotterie von 3 Million 600,000 Franken, am 1. December,
Actien fl. 2. 30 kr. 10 Stück fl. 20.
erlauben und gleichzeitig anzuzeigen, dass alle in diesen Blättern angekündigten Klassen- und Staatslose, so wie Originalobligationen durch uns zu beziehen sind. Unsere Bauverbindung besteht seit 56 Jahren und ist als eine solide anerkannt.

Julius Stiebel jun. **& Co.,**
[2628] in Frankfurt a. M.

[2632] Als
passendes Weihnachtsgeschenk
empfehle ich zu herabgesetzten Preisse ausser den bekannten Jugend-Schriften:
Pfarrer Walther's Erzählungen und Mährchen für die Jugend. 3 Bände mit 8 illuminirten Kupfen. Elegant geb. in saub. Umschlag fl. 2.
Diese Sammlung von Erzählungen zeichnet sich sowohl durch schöne Ausstattung, als auch billige Preise aus und bürgt der Name des Verfassers hinlänglich für die Gediegenheit des Inhalts.
M. L. St. Goar in Frankfurt a. M.

[2617] So eben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Eppelein von Gailingen

und was sich seiner Zeit mit diesem ritterlichen Eulenspiegel und seinen Spiessgesellen im Fränkischen zugetragen.

Herausgegeben von Fr. Trautmann. Mit 8 Illustrationen von Mattenhalter.
8. Gr. 24 Sgr. od. fl. 1. 24 kr.

Eppelein von Gailingen, der einst weltgefürchtete, ist einer der ältesten Repräsentanten des deutschen Mittelalters, ein Held an Ritterlichkeit, aber auch an unerschöpflicher List und Schalkheit. Die Meisterschaft Fr. Trautmann's in Vorführung aller Zeiten und sich hier wieder glänzend bewährt. Eppelein's, reich an acht-poetischem Inhalt wie Gil Blas, Don Quixote u. s. w., und gerade unmittelbar in der Darstellung, wie Goz von Berlichingen, ist eine bedeutende Erscheinung der deutschen Erzählungsliteratur und sicher ein ächtes Volksbuch. — T. Mattenhalter's höchst charakteristische Illustrationen verliehen dem Ganzen würdigen Bilderschmuck.

Frankfurt a. M.
J. D. Sauerländer's Verlag.

Druck von August Osterrieth.

[1656] **An- und Verkauf**
von allen Staatspapieren, Staats-Lotterie-Anlehens-Loosen, so wie von sämmtlichen Landesherrlichen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit bei **Raphael Erlanger,** bestätigter Sensal in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof.

Versteigerung des Inventars
zu Hof-Rodero bei Königstein am Taunus.
Wegen Wohnorts-Veränderung lasse ich am 30. November und die folgenden Tage mein sämmtliches Inventar dahier versteigern, als:
5 Wagenpferde, 7 Fohlen edler Race (2 d'ersäh-rige), 1 dreijähriges, 3 zweijährige und 1 einsährigen), eine vierspännige Chaise, 22 Stück Rindvieh, 250 veredelte Schaafe, 8 fette Schweine, 1 in gutem Stande befindlicher Wagen mit Glasverdeckter, 3 vierjährige Oeconomie-Wagen, 2 Karren, 1 Schlitten, Geschirre, Säuel und Zäume, Ackergeräthschaften. 10 Scheffel Kartoffeln, 15 Stück und mehrere andere Fässer, 2 Keltern, wovon eine mit eiserner Schraube, 1 Aepfelmühle. Ferner Betten, Haus- und Küchengeräthe, verschiedene Werkzeuge, Säcke und Kopitäcker, Kleeheu, Grummet und 2000 Centner gutes Wiesenheu, Stroh, Kartoffeln, Rüben und anderes Viehfutter.
[2640] **A. J. Seelig.**

[2602] Es werden hierdurch die unbekannten Erbberechtigten der daselbst verstorbenen Wittwe des Kriegsbauamtiers Georg Anfarth, Anna Elisabeth geborne Großcurth, öffentlich aufgefordert, in dem auf
den 14. k. M., Vormittags 10 Uhr,
vor unterzeichnetes Gericht anberaumten Termine ihre Erbrechte geltend zu machen und zu begründen, widrigenfalls dieselben bei der Verfassung über den Nachlass nicht berücksichtigt werden sollen.
Cassel, am 9. November 1852.
Kurfürstliches Stadtgericht.
Giller. vdt. Möller.

[2374] **Edictalladung.**
Adam Michel Bauer, von Unterroßau, welcher bei Gericht die Uebersschuldung seines Vermögens angezeigt, dann aber sich von Haus entfernt hat, und sich bis jetzt nicht gestellt hat, wird aufgefordert,
Dienstag den 21. December 1852,
Vormittags 8 Uhr,
zur Revision des aufgenommenen Inventars hier zu erscheinen, und Mittel zur Berichtigung der Schulden anzugeben, widrigenfalls das Inventar als richtig anerkannt angesehen, die Veräußerung des Grundvermögens zur Schuldentilgung vorgenommen, einseitenen Zahlungen verboten werden, und die Vertheilung der weiteren Verfügungen an ihn lediglich durch Anhesten an der Gerichtsthüre erfolgt.
Beerfelden, den 5. October 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Stein.

[2579] **Edictalladung.**
Alle diejenigen, welche an den Nachlass der dahier verstorbenen Susanna Herz aus Hanau Erbansprüche, Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem hiermit auf
Freitag den 10. December 1852,
Vormittags 9 Uhr,
anberaumten Termine anzuzeigen, als ansonst dieser Nachlass an die ausswärtige Intestat-Erbin ohne einige Caution verabfolgt werden wird.
Frankfurt a. M., den 12. November 1852.
Stadt-Amt I.
Dr. Pfarr.
Dr. Antoni, Act.

[2619] **Bekanntmachung.**
Nachdem das unterfertigte Gericht durch Beschluß vom 15. Sept. l. J. an die Stelle der seitherigen, auf ihren Antrag entlassenen Pflichten wieder ernannten Curatoren des durch rechtskräftige Verfügung vom 5. October 1840 der eigenen Verwaltung seines Vermögens entsetzten hiesigen Bürgers und Handelsmanns Franz Carl Hilt, Herrn Doctoren der Rechte Georg Friedenius sen. und Wilhelm Gwinner zu dessen Curatoren bestellt hat, so wird solches andurch mit dem Bemerken bekannt gemacht, dass alle Rechtsgeschäfte, welche Franz Carl Hilter ohne Zustimmung seiner genannten Curatoren eingehet, als unverbindlich und nichtig zu erachten sind.
Frankfurt a. M., den 18 November 1852.
Stadtgericht II.
Dr. Cetyn, Ir Sekr.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nr. 281.) 24. November 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 23. Nov. Die Augsburger „Allgemeine Zeitung" brachte in den letzten Tagen unter der Ueberschrift: „Das neue Kaiserthum und Deutschland", eine Reihe nicht zu übersehender Artikel, deren Verfasser den künftigen Militär leicht errathen läßt. Am Schlusse des letzten Artikels stellt der Verfasser seine aphoristischen Betrachtungen in folgenden Sätzen zusammen: 1) Der Napoleonismus muß seiner Natur nach im Laufe der Zeit zu Spannungen führen, die nur durch einen Krieg mit dem Ausland zu beseitigen sind. 2) Das natürliche Object eines Angriffs ist das linke Rheinufer. 3) Die Kräfte derjenigen Großmacht, deren Interessen hauptsächlich dadurch verletzt werden (Preußen), genügen, wie es scheint, selbst für den ersten Feldzug nicht, um dem Angriff mit Siegesgewißheit zu widerstehen. 4) Es ist die Unterstützung Süddeutschlands dazu nöthig, und von derselben hängt es ab, ob der Angriff gleich am Rhein oder später zum Stehen gebracht und abgeschlagen wird. 5) Je nach den Verhältnissen wird der Rückschlag früher oder später erfolgen, und das Endresultat des Umschlags wird in seinem summarischen Inhalt in Beziehung zu den gebrachten Opfern stehen. 6) Die einzigere Gestaltung Deutschlands wird die unmittelbare Folge der Gefahr sein.

* **Frankfurt**, 24. Nov. Nächsten Sonntag, den 28. November, veranstaltet der königlich bayerische Bundestagsgesandte, Frhr. v. Schrenk, zur Feier des Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs von Bayern ein diplomatisches Diner. Die bayerischen Officiere werden sich bei einem Festessen im russischen Hof vereinigen. — In der morgen stattfindenden Sitzung der gesetzgebenden Versammlung wird dem Vernehmen nach ein Mitglied den Antrag stellen, den Senat, welcher auf die bis jetzt seit mehreren Jahren durch die Legislative discutirten Verfassungsentwürfe noch keine Rückäußerung gegeben habe, zu dieser Rückäußerung aufzufordern, und ebenso an die noch immer zurückgehaltene Rückäußerung in Betreff der Stellung der evangelisch-lutherischen Gemeinde zu erinnern. — Vor einigen Tagen wurden in Darmstadt dem Ministerialrath Maurer ein Orden nebst goldener Kette und dem Ministerpräsidenten Herrn v. Dalwigk seine sämmtlichen Ordenszeichen entwendet. Gestern gelang es unserer Polizei, den Dieb in dem hiesigen Gasthause zum Kutscherhof festzunehmen, nachdem er sich durch Verzeigen mehrerer Ordern verdächtig gemacht hatte. Die entwendeten Gegenstände sollen sämmtlich bei ihm vorgefunden worden sein.

* **Berlin**, 22. Nov. Allmälig treffen bereits Mitglieder der Kammern hier ein. Ob dieselben bei der Einrichtung ihrer Wohnungen oder der Bildung der Fractionen nicht zu kurz kommen wollen, mag unentschieden bleiben. Für das Letztere ist man von zwei Seiten bereits in voller Thätigkeit. Herr v. Patow hat durch Circulär einerseits Gesinnungsgenossen zu einer vorbereitenden Versammlung einzeladen, von anderer Seite Herr Gamrt. Für die Letztern ist vorläufig das Mäderschen Local unter den Linden als Versammlungsort bestimmt. — Für die Bewerkstelligung der bevorstehenden Volkszählung hat man hier die möglichst sorgsamsten Vorbereitungen getroffen und die sämmtlichen zuverlässigsten Beamten ausgesucht, so daß Fehler, wie sie dabei vorkommen, nicht allein erheblichen Mehraufwand von Zeit, sondern auch von Kosten verursachen. Uebrigens sind die Schemata, welche zur Ausfüllung den Behörden vom statistischen Bureau zugefertigt worden, ganz dieselben, wie die bei der vorigen Zählung des Jahres 1849. — Wie es scheint, wird die Betheiligung bei den Ergänzungswahlen zum Gemeinderath, welche am 26. und 27. d. M. festgesetzt ist, eine ziemlich lebhafte werden. Täuschen wir uns nicht, so sucht die Demokratie wenigstens hier Terrain zu gewinnen und Anhänger ihrer Partei in jenen Körper zu bringen. An den Verhandlungen, welche zwischen Oesterreich und Preußen in Betreff der Zollangelegenheiten im Gange sein sollen, ist so viel wahr, daß allerdings von Wien hierher Propositionen gelangt sind, auf die indessen noch keine Beantwortung ergangen.

* **Berlin**, 22. Nov. Als Beilage zu seiner fünften Nummer 51 bringt das „Preuß. Wochenblatt" die nicht incriminirten Artikel der confiscirten Nummer 47. Einer dieser Artikel ist überschrieben „Eine Alternative", und sein Inhalt läuft so ziemlich auf den frühern Ausspruch von Bincke's „Weg mit diesem System!" hinaus. Es wird darin zugestanden: „Die preußische Regierung hat in letzter Instanz so in der Zollvereinsfrage gehandelt, wie sie handeln mußte." Aber daß dieses richtige Handeln so wenig den verdienten Erfolg hatte, davon sucht es den Grund in frühern Vorgängen. Es behauptet: „Jetzt zeigt sich das Unpolitische der Friedenspolitik des Jahres 1850 .... Da die Dinge einmal so gekommen waren, wie sie im November 1850 standen, so durfte man keine Scheu vor dem Krieg zeigen, um sein politisches Geachtetsein zu erhalten .... Ehe Preußen nicht die Achtung der Welt und das Gefürchtetsein seitens der kleinen deutschen Staaten wiedergewonnen hat, wird es in allen seinen auswärtigen Beziehungen nur Nachtheile, niemals aber Vortheile erreichen. Die zu letzterm erforderliche moralisch-politische Stellung, sowohl in dem europäischen Areopag als in Deutschland, könnten die gegenwärtigen Persönlichkeiten unseres Cabinets nur durch einen mit rücksichtsloser Entschiedenheit geführten Krieg erreichen; denn die auswärtigen Cabinete fürchten sich vor bloßen Drohungen nicht mehr, weil sie an die Ausführung derselben durch die gegenwärtigen Persönlichkeiten nicht mehr glauben .... Will demnach Preußen seine verlorene moralisch-politische Stellung ohne einen veritablen Krieg wieder gewinnen, so kann es dies nur dadurch, daß Männer in das Cabinet treten, von deren eventueller Rücksichtslosigkeit das Ausland, vor allem aber Oesterreich, überzeugt ist, und die zugleich das vollkommenste und unbedingteste Vertrauen Sr. Maj. des Königs genießen." So gelangt das „Wochenblatt" zu der Alternative: „Krieg oder Cabinetswechsel!"

Wie die Vorsteher der Stettiner und der Stralsunder Kaufmannschaft, so haben auch die der Königsberger in Betreff der Zollfrage eine Denkschrift an das königliche Staatsministerium gerichtet.

Der Grneral der Infanterie und frühere Minister v. Thile, eine der dem König am nächsten stehenden Persönlichkeiten, ist gestern in Frankfurt a. d. O. gestorben. — Nachrichten aus Breslau zufolge ist das Befinden des Cardinal-Fürstbischofs in fortschreitender Besserung begriffen. — In Danzig ist ein Kloster der barmherzigen Schwestern gegründet worden.

* **München**, 22. Nov. Bezüglich der mehrerwähnten Ministerveränderungen ist bis heute eine allerhöchste Entschließung noch nicht erfolgt, vielmehr dauern die deßfalls eingeleiteten Unterhandlungen noch fort und es läßt sich daher auch noch keinerlei Vermuthung über das Resultat derselben aussprechen. Se. Maj. der König hat verfügt, daß das Chevauxlegersregiment des seligen Herzogs v. Leuchtenberg von nun an die Benennung „Sechstes Chevauxlegersregiment vacant Herzog v. Leuchtenberg" führen soll. Für den hohen Verstorbenen hat gestern in der hiesigen griechischen Kirche ein feierlicher Gottesdienst stattgefunden, dem Adjutanten unserer beiden königlichen Maj-stäten, sowie die königlichen Prinzen, verschiedene höhere Hof- und Staatsbeamte, dann die Mehrzahl der Mitglieder des diplomatischen Corps beiwohnten. — Unsere königliche Akademie der Wissenschaften wird nächsten Samstag zur Vorfeier des hohen Geburtstags Sr. Maj. des Königs eine feierliche Sitzung halten, in welcher der Vorstand, Hofrath v. Thiersch, nach dem auf die Feier des Tags bezüglichen Vortrag über den verstorbenen Schmeller, dann Prof. Joseph Müller über Eugen Burnouf sprechen wird. Schließlich wird Prof. Dr. Vogel zun. einen Vortrag über den Chemismus der Vegetation halten.

* **Bayreuth**, 19. Nov. Nach dem nunmehr erschienenen Rechenschaftsbericht des allgemeinen Hilfsvereins für die Nothleidenden Oberfrankens waren bis zum 22. Sept. bei demselben eingegangen in Summa 32,889 fl. 27 kr. Der Werth der gespendeten Naturalien war 500 fl. Hiervon sind 7000 fl. zum unentgeltlichen Kreishilfsgetreidemagazin abgegeben, das Uebrige nach Abzug der Regie- und Portokosten an die Nothleidenden vertheilt worden. Die größte Baarsumme 1519 fl. 30 kr. ist auf das Landgericht Stadtsteinach, die kleinste 100 fl. auf das Landgericht Gräfenberg entfallen. Den höchsten Naturalbeitrag im Werthe von 1262 fl. erhielt das Landgericht Pottenstein.

Stadtrathes und des ständigen Ausschusses haben heute die Wahl für den Bezirksrath vorgenommen. Gewählt wurden: Schlossermeister Böckel, Fabrikant M. Pfeiffer, Kaufmann Scholl und Fabrikant G. Vogt. Mit diesem Act ist die seitherige Opposition geschlossen, und die suspendirten Mitglieder des frühern Stadtraths können in aller Kürze das Urtheil des Disciplinargerichts, vor welches sie gestellt sind, erwarten. (N. K.)

△ **Hanau**, 23. Nov. In Folge höherer Verfügung wurde heute das Lehrinstitut von Rödiger durch einen Polizeicommissär geschlossen. Das Motiv soll entfernt sich auf die mit der Schule verbundene Pensionsanstalt, deren Zöglingen (worunter Franzosen, Engländer) aufgegeben worden ist, binnen 8 Tagen, bei Vermeidung der Ausweisung, die Stadt zu verlassen. Bei der Größe und Tüchtigkeit des Inst tuts macht dessen Aufhebung um so lebhaftere Sensation, als Rödiger, welcher zur demokratischen Partei gehört und deschuldigt ist, den Turnerzug nach Baden begleitet zu haben, vor einiger Zeit allen denjenigen Vorbedingungen entsprochen hat, welche von der Regierung in Bezug auf die Schule früher angeregte Frage über den Fortbestand seiner Anstalt gestellt worden sind. Den Verlust der Letztern dürfte nicht nur viele Eltern empfindlich, sondern auch die Stadt, weil jahrelange auswärtige Schüler zum Zweck des Besuchs des Rödigerschen Unterrichts ihren Aufenthalt haben. Ob und was gegen die Schließungsverfügung etwa getban werden wird, hat noch nicht verlautet; eben so wenig ist das Motiv derselben genau bekannt.

Nachschrift. So eben erfahre ich noch: Die Schließung der Rödigerschen Lehranstalt ist in Folge einer Verfügung des Ministeriums des Innern geschehen, weil die Gestattung zum Fortbestehen der Schule als unvereinbar mit der Vergangenheit des rc. Rödiger, wegen deren er vor Gericht gestellt sei, erschien. Darauf hin hat die hiesige Regierung die Gestattung zurückgezogen und die sofortige Auflösung der Privatschule, einschließlich der damit verbundenen Erziehungspensionsanstalt, dem hiesigen Landrathsamt aufgegeben. Die Vollziehungsmaßregeln des letzteren begreifen neben den Pensionsschülern auch die nicht stadtangehörigen Lehrer, welche die Stadt binnen 8 Tagen verlassen sollen. Einer derselben, ein Franzose, hat sich an den französischen Gesandten in Frankfurt gewendet, der unzweifelhaft zugesagt hat, die schnellste Abhilfe zu veranlassen.

+ **Darmstadt**, 23. Nov. Die heute ausgegebene Nummer des Regierungsblattes enthält eine Bekanntmachung des Finanzministeriums: „Die Aufnahme eines Capitals von 1,200,000 fl. für den aus Staatsmitteln zu dem Bau der hessischen Ludwigs-Eisenbahn zu leistenden Zuschuß betreffend." Es sollen 4½ Procent Zinsen gezahlt werden. Der Weg der Subsmission ist eingeschlagen worden. Als Termin zur Meldung der 30. November, Vormittags um halb 12 Uhr, im Sitzungssaale des Finanzministeriums. Außerdem enthält dieselbe Nummer die Bekanntmachung einer Uebereinkunft mit der freien Stadt Frankfurt, zur Verhütung des Gewerbes wegen der den Eisenbahn- und Telegraphenbetrieb gefährdenden Verbrechen und Vergehen. — Heute schritt die zweite Kammer zur Berathung des weitern Berichts des Finanzausschusses über das Budget, dessen ich bereits gedachte. Zuerst hielt der Abg. Müller-Melchiors einen ausführlichen Vortrag zu Gunsten des Antrags seines Sondergutachtens, den Erlaß der ersten Kammer nicht zu berathen, diese vielmehr aufzuordern, das Finanzgesetz im Ganzen anzunehmen oder zu verwerfen. Der Abg. Kraft von Gießen erwiderte. Auch mehrere andere Abgeordnete hielten längere oder kürzere Reden zu Gunsten der Mehrheit oder Minderheit des Ausschusses. Einige erklärten sich grundsätzlich mit dem Sondergutachten mehr oder minder einverstanden, meinten aber, es sei die höchste Zeit, den Finanzpunkt zu erledigen, damit der „außerordentliche Landtag" nicht außerordentlich lang dauere. Der Abgeordnete Vicepräsident Hofmann meinte, der Art. 67 der Verfassungsurkunde stehe nicht das Stadium, in welchem er zur Anwendung kommen müsse, indem er dabei bekannte, daß die erste Kammer so viele abweichende Beschlüsse gefaßt habe und es nun zu diesen Weiterungen komme. Nach einer dreistündigen Berathung verwarf die Kammer mit 30 Stimmen gegen 17 (die Linke) den Antrag des Abg. Müller-Melchiors und ging in das Materielle ein. Es hatten sich auf der Galerie viele Mitglieder der ersten Kammer eingefunden, um der Discussion zu folgen.

> **Mainz**, 23. Nov. Einer neuesten Bestimmung zufolge werden unsere bisherigen Gerichtsboten (Huissiers) nun die Benennung „Gerichtsvollzieher" wie in Rheinpreußen führen und ebenfalls Uniform bekommen. — Im benachbarten Castel ist Herr Barth, welcher schon vor dem Jahr 1848 das Bürgermeisteramt bekleidete, seitens der Regierung als Bürgermeister ernannt worden und zum Adjunkten Herr Jakob Fischer, Kirchenrechner, ebenso in der Gemeinde Kostheim Herr Schallmeyer als Bürgermeister eingesetzt.

begabte und der königlichen Familie wohlgefällige Persönlichkeit und bei den freien Städten, Baron v. Dirding-Holmfeld, in vielen Fällen in einer außerordentlichen Mission an den Großherzog, adjungirt worden. (Mes.-Ztg.)

Schweiz.

⊙ **Bern**, 22. Nov. Heute wurde die ordentliche Herbstsitzung des hiesigen großen Raths eröffnet. Die Bänke der Opposition zeigten viele leere Stellen, während die Conservativen sehr zahlreich sich eingefunden hatten. Als Hauptursache der Verspätung dieser Eröffnung gab der Präsident die lange Dauer der Hundsversammlung, ganz besonders aber die Vorberathung der Eisenbahnangelegenheit zur Vorlage für den großen Rath an. Das sehr umfangreiche Traktandenverzeichniß wird kaum in dieser Sitzung erledigt werden können, denn die Großräthe vom Lande bleiben in der Stadt selten länger als zwei, höchstens drei Wochen, und gegen das Ende der Sitzung beginnt gewöhnlich eine progressive Desertion. Die Seminar- und Preßfrage bietet den Parteien einen geeigneten Tummelplatz für ihre Kampflust. — Der neue große Rath von Genf hat sich vorgestern versammelt; viele Mitglieder waren nicht erschienen. Zum Präsidenten wurde mit 69 von 77 Stimmen, Duchosal, zum Vicepräsidenten, Dumeras adjoynte, Mottet gewählt.

Frankreich.

Paris, 21. Nov. Bei dem heute beginnenden Votum ist der hervorstechendste Zug, im Vergleich mit frühern Abstimmungen, daß das Ergebniß ihn voraus, ohne alle Frage, bekannt ist. Das französische Volk wird mit sieben oder acht, vielleicht gar mit neun Millionen Stimmen zu dem ihm vorgelegten Senatsbeschluß Ja sagen. Die Legitimisten, Orleanisten und militirenden Demokraten mit ihrer systematischen Theilnahmlosigkeit, die gemäßigten Republikaner mit ihrem überzeugungstreuen Nein können nichts daran ändern: Louis Napoleon ist Kaiser. Aber gerade weil dem Ergebniß der heutigen Abstimmung der Reiz des Unbekannten fehlt, weil mit dem Votum nichts mehr zu gewinnen oder zu verlieren ist, befürchtet man wohl mit Recht in den offiziellen Regionen nichts so sehr, als Saumseligkeit und Trägheit seitens der günstig gesinnten Wähler, weit mehr als feindselige Umtriebe seitens der anti-imperialistischen Parteien. Alle Anstrengungen sind daher auch nicht wie sonst darauf gerichtet, die Demokraten und Orleanisten aus dem Felde zu schlagen, sondern ausschließlich darauf, die ganze Armee der Napoleoniten recht vollzählig ins Feld zu führen. Nicht zu Hause zebleiben! rufen alle gouvernementalen Blätter, und noch heute auch für Paris „Paps" an „Constitutionnel" zu Gunsten der Exotici! rufen Behörden und Depositaire in ihren Proclamationen, aufs nächstigste darin unterstützt von Mitgliedern des Episcopats, die ihre gewöhnliche Vorsicht abgelegt und mit seltener Entschiedenheit für die neue Gewalt Partei ergriffen haben. In den allen Landgemeinden angeordneten Votirprocessionen, mit Geistlichkeit und Municipalität an der Spitze, werden ebenfalls zur Vergrößerung der Stimmenzahl kräftig mitwirken; mancher Bauer, der sonst hinter dem Ofen geblieben wäre, wird sich gewiß durch die Trommeln- und Hörnerbegleitung und die Fahnen mit fortreißen lassen. Man weiß, daß den Parisern ihre Wählerkarten franco ins Haus geschickt worden sind. Eben so sind an anderen Orten Massen von gedruckten Zetteln folgenden Inhalts ausgetheilt worden: „Retablissement de l'Empire. Vote des 21 et 22 Novembre. Bulletin de vote: Oui!" Die Beamten gehen natürlich überall mit gutem Beispiel voran, und selbst die momentan im Auslande befindlichen stellen sich, wenn irgend möglich, ein, damit ihre Stimme nicht verloren geht. Der Herzog v. Bassano, Gesandter in Brüssel, kommt heute Morgen mit seinem Gesandtschaftspersonal per Eisenbahn nach Valenciennes, gibt dort sein Votum ab und kehrt sofort wieder nach Brüssel zurück. (K. Z.)

Straßburg, 21. Nov. Die Abstimmung für das Kaiserthum geht in der größten Ordnung vor sich. Man bemerkt in allen Wahlabtheilungen, daß die Bürger in großer Anzahl an dem heutigen Acte Theil nehmen. In den nahen Landgemeinden, aus welchen wir Nachrichten haben, die bis Mittag reichen, strömten die Wähler in Masse nach den Urnen. In den meisten Kirchen wurde heute auf die Pflicht, zu stimmen, von den Geistlichen besonders aufmerksam gemacht. — Nach Weissungen, welche der Generaldivision zugekommen, beginnt die Reaction des Heeres am 29. d. M., so daß der Effectivstand desselben bis zum 1. December auf eine Weise geordnet sein wird, wie es das bekannte Decret bestimmt. Die Großherzogthum des Elsasses wird auf etwa 18,000 Mann zurückgeführt. Von den neuen Eisenbahnen, deren Bau demnächst von der Regierung genehmigt wird, steht die Linie von Thann nach Nancy in vorderster Reihe. Wahrscheinlich wird die Paris-Straßburger Gesellschaft die Concession erhalten. (K. Z.)

Großbritannien.

⊙ **London**, 21. Nov. Die von der Partei des free trade angenommene drohende Haltung hat, zumal da jene nicht allein die

billigen keineswegs den eingeschlagenen Weg, weil sie nicht mit Unrecht glauben, die öffentliche Meinung sei vor allen Dingen gespannt, den Finanzplan des Schatzkanzlers kennen zu lernen, an dessen Durchführung dieser durch den Sturz der Regierung verhindert sein würde. Auch darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß ein Theil der Liberalen sich aus der ackerbauenden Klasse rekrutirt. Vorausgesetzt, daß der Grundsatz des Freihandels nicht angetastet, nicht verletzt wird, sind diese Mitglieder durchaus nicht abgeneigt, jede Maßregel, welche eine Verminderung der Productionskosten des Getreides bezweckt, mit ihrem Votum zu unterstützen. Die abstracte Natur der Motion Villiers, behaupten sie, würde im Fall der Annahme die Absicht des Hauses andeuten, den überwiegenden Einfluß der gewerbtreibenden Klassen und der Fabriken auszurecht zu erhalten. Den Engländern genügt auch, daß die Protectionisten in den Staub gewerfen sind und selbst sich für überwunden bekannt haben. Warum also, fragt ein Theil der liberalen Partei, sie zwingen wollen, auch ihren Todtenschein selber zu schreiben? Man hält es daher nicht für unmöglich, daß Villiers seine Motion zurückziehen werde oder es wenigstens nicht aufs Aeußerste wolle ankommen lassen. Man wird dem Schatzkanzler Zeit und Raum lassen, seine finanziellen Entwürfe unbeirrt durch systematische Opposition darzulegen, und sich vielleicht dahin vergleichen, daß Disraeli den für seine Motion angesetzten Termin etwas näher rückt.

Griechenland.

Athen, 7. Nov. Se. Maj. der König Otto ist noch am verflossenen Dienstag in den ägeischen Gewässern angekommen. Alle im Hafen liegenden Schiffe, einheimische wie fremde, glühten im Brillantfeuer. Das französische Admiralschiff, die Pandora, gewährte den prachtvollsten Anblick. Im Piräeus ans Land gestiegen, wurde Se. Maj. der König von den Ministern, von einer Deputation der Kammer der Abgeordneten und des Senats und der heiligen Synode mit dem gesammten Clerus, allen Civil- und Militärbehörden und vom Volke feierlichst empfangen. — Daß die griechische Erbsolgeangelegenheit von den Schutzmächten in London gegenwärtig sehr eifrig betrieben wird, beweist, daß hier ein Courier auf den andern kommt und geht. Die Aussagen, welche die Depeschen in den letzten Tagen verunachten, berechnen sich auf mehr denn 50,000 Drachmen. Was ihren Inhalt betrifft, so beschäftigt sich die Tagesliteratur nur damit, denselben zu errathen. Die „A. Z." der dazu Obige entnommen ist, gibt als Hauptresultat die Bestimmung des Prinzen Adalbert zum Thronfolger an, unter der Bedingung, daß derselbe zur griechischen Kirche übertrete.

Türkei.

Konstantinopel, 6. Nov. Mussa Safeti Pascha, der nach Rostodo Berwiesene, ist zurückberufen, und soll für das Portefeuille der Finanzen bestimmt sein, das er schon einmal zum Nachtheil des Staats verwaltet hatte. — Eine Deputation von der Insel Kandia überreichte eine mit 3000 Unterschriften versehene Bittschrift, worin gebeten wird, Mustapha Pascha oder seinen Sohn Vely Pascha wieder als Gouverneur der Insel einzusetzen. Allein der erste bleibt Präsident des Staatsraths und der letzte ist bereits, wie bekannt, als Gesandter nach Paris gegangen.

Neueste Nachrichten.

—* **Frankfurt**, 24. Nov. Der k. k. Bundespräsidialgesandte Graf v. Thun-Hohenstein hat mit dem Mittagszuge der Main-Weser Bahn heute unsere Stadt verlassen, um sich zunächst nach Wien und von da als k. k. österreichischer Gesandter nach Berlin zu begeben. Bis zur Hierherkunft seines Nachfolgers, als welchen man jetzt außer dem Grafen Rechberg auch den Baron v. Werner und den Frhrn. Prokesch von Osten nennt, wird der königl. preußische Bundestagsgesandte, Herr v. Bismark-Schönhausen, den Vorsitz in der Bundesversammlung führen.

* **Paris**, 22. Nov. Gestern und heute hat hier und, wie man aus den von allen Seiten eingegangenen telegraphischen Nachrichten weiß, in ganz Frankreich das schlechteste Wetter geherrscht. Indessen ist die Theilnahme an den Wahlen dennoch sehr groß gewesen; den Mairien und Sectionen in der Hauptstadt sind besonders heute die Abstimmenden in Masse zugeströmt. Von 12 Uhr an war der Andrang enorm. Auch in den Departementen hat der Regen die Wähler nicht abzuhalten vermocht, sich wie zu einem Fest an den Wahlurnen einzufinden. In vielen Gemeinden zogen die Abstimmenden mit Fahnen an der Spitze und unter den lauten Rufen: Vive l'Empereur! und Vive Napoléon III.! zur Wahl; in andern trugen sie in Processton die Büste des Prinzen Ludwig Napoleon und stellten dieselbe in dem Saal, in welchem abgestimmt wurde, auf. In Reims fanden sich alle Arbeiter mit Veilchensträußen im Knopfloch, zum Scrutinium ein, und stimmten unter enthusiastischen Kaiserrufen durch das Plebiscit bestätigte Wiederherstellung des Kaiserreichs mit Volksbelustigungen ꝛc. zu feiern. Aehnliches wird aus allen Städten und Gemeinden des Marnedepartements berichtet. Nach allen bis jetzt vorliegenden Nachrichten ist die Betheiligung und der Enthusiasmus bei der Abstimmung überall weit größer gewesen als am 20. December v. J., aber auch viel allgemeiner als in der Hauptstadt. — Den heutigen „Paps" zufolge beträgt die Anzahl der in den 12 Bezirken von Paris eingeschriebenen Wähler 212,824, von denen am ersten Tag, also gestern, 108,221 abgestimmt haben. Nach demselben Blatt waren dem Kriegsminister bis gestern Abend von der Pariser Armee 20,077 Ja und 353 Nein zugegangen.

Der Seinepräfect hat heute durch Maueranschlag bekannt machen lassen, daß die Auszählung der in den zwölf Bezirken von Paris und St. Denis und den achtzig Gemeinden der Arrondissements von Sceaux und St. Denis abgegebenen Stimmen nächsten Donnerstag, den 25. d. M., um 9 Uhr früh im Stadthause in öffentlicher Sitzung vorgenommen werden wird.

Die Herren v. Saint-Ferreol, v. Brioude und Aubard-Bonnet aus Puy, welche als der Mitschuld an dem Marseiller Complott verdächtig gefänglich eingezogen waren, sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Der Municipalrath in Thorigny ist in Folge demagogischer Gesinnungen von dem Präfecten aufgelöst und durch eine interimistische Commission ersetzt worden.

Das Gerücht, der Bey von Tunis sei gestorben und die französische und englische Flotte seien nach diesem Staat unterwegs, wird von officiöser Seite als eine Erfindung bezeichnet.

* **Straßburg**, 23. Nov., Mittags. Eingeschriebene Wähler 11,871. Stimmende 9650. Ja: 7269. Nein: 1887.

** **Madrid**, 17. Nov. Man sagt, die Demission der Minister Ordonnez und Reynoso sei keine freiwillige gewesen, sondern vom Conseilspräsidenten Bravo Murillo unter dem Vorwand ihnen abverlangt worden, das Cabinet bedürfe bei bevorstehender Eröffnung der Session der Cortes einer Verstärkung; übrigens sei Ihre Majestät die Königin bereit, den abgetretenen Ministern über die der Krone und dem Lande geleisteten Dienste ihre Befriedigung zu erkennen zu geben. Ordonnez ist in der That in den königlichen Rath beschieden und Reynoso soll von der Königin das Großkreuz vom Orden Karls III. erhalten. Der neue Minister des Innern, Cristobal Bordia, hat ein Rundschreiben erlassen, in welchem er erklärt, als für alle Staatsämter unumgänglich nothwendige Eigenschaften erachte er Thätigkeit, Redlichkeit und Einsicht. Wer ihm diese bewähre, dürfe auf seinen Beistand und die verdiente Belohnung zählen; hinsichtlich der sich nicht Erprobenden werde er unerbittlich sein.

Eisenbahnen und Telegraphenwesen.

** Am 1. October d. J. ist der erste Stein zur Anlage einer Eisenbahn von Santiago nach Valparaiso gelegt worden.

Börsenberichte.

Paris, 22. Nov. 4½ pCt. Rente 106, 80. —. — 3pCt. 85, 30. — Neapol. 107. — 5pCt. Rme Oesterr. 98, ½. — Span. neue Diff. 25. — Neue 3pCt. —. — Innere Schuld 46, 45⅛. — Passive —. — Bankactien 2990. — Piemont 5pCt. 100, 50. — Römisches Anlehen 103. — do. 1850 —. — do. — Gl. Germain-Eisenbahn —. — Versailles, linkes Ufer 375. — Straßburg-Basel 385. — Nordbahn 885. — Paris-Straßburg 870.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 23. Nov. 4½ pCt. Rente 106, 90. — 3pCt. do. 84, 60. — Piemont 100, 50. — 3pCt. Span. 46. — 1pCt. do. 25. (Spnd.)

London, 23. Nov. 3pCt. Stock 101¼. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 25⅛. — 5pCt. Pambro 99⅞. (Spnd.)

Madrid, 18. Nov. 3pCt. 46⅞. — 1pCt. Rente 25⅝. (Spnd.)

Antwerpen, 23. Nov. 5pCt. Belgische 100¼. — 2½pCt. do. 57⅛. — 3pCt. Span. 45⅛. — 1pCt. do. 24⅛. (Spnd.)

Amsterdam, 23. Nov. 2½pCt. Integr. 63¹¹/₁₆. — 3pCt. Certific. 95¼. — 3½pCt. Spnd. —. — 4pCt. Russ. bei Hope 91⅞. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 91. — 3pCt. Spanische inl. 45¼. — 1pCt. do. Neue 24⅞. — 5pCt. Silber-Metall. 90¼. — 5pCt. Metall. 77¼. — 2½pCt. do. 40¹/₁₆. (Spnd.)

Frankfurt, 24. Nov. Gestern sind hier angekommen: Se. Durchl. der Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg, Ihre Ert. die Frau Gräfin zu Stolberg-Wernigerode, der königl. preußische Gesandte am großherzogl. hessischen Hof, Herr Baron v. Canitz und Herr Baron v. d. Knesebeck, aus Wiesbaden, im englischen Hof; der k. k. österreichische General, Herr Baron v. Paumgarten, aus Mainz, im russischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuscheit.

leute eingeführten Gilden-Gesetzes in Kraft getretene und auf auswärtige Handlungshäuser, welche Geschäfte in Polen betreiben, Bezug habende Vorschriften zur öffentlichen Kunde:

„Die Vorzeigung von Proben ausländischer Waaren, sei es an Kaufleute oder an Privatpersonen, und die Aufnahme von Bestellungen auf Grund solcher Proben oder ohne solche für Rechnung auswärtiger Häuser wird als Handels- oder Commissionsgeschäft betrachtet.

„Die Betreibung solcher Geschäfte steht ausländischen Kaufleuten oder deren Commissionären nur im Bezirk der Grenz-Zollämmer zu.

„In Warschau und im Königreiche selbst ist die Betreibung dieser Geschäfte nur denjenigen Kaufleuten gestattet, welche das hiesige Gildenrecht erworben haben.

„Diejenigen ausländischen Kaufleute und Commissionäre, welche diesen Vorschriften zuwiderhandeln, sind den im Artikel 74 des hiesigen Gilden-Gesetzes bezeichneten Strafen unterworfen."

Es wird diese Bekanntmachung zur Kenntniß des handeltreibenden Publikums gebracht, damit Niemand durch Unkenntniß oder Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften, zu deren Aufrechthaltung die betreffenden Behörden bereits angewiesen sind, in Nachtheil komme.

Warschau, den 10. November 1852. [2634]

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.

Theodor Martino, 36, Zeil. [2635]

[2655] Bei Georg Reimer in Berlin ist soeben von

Ludwig Tieck's gesammelte Novellen.

Neue vollständige Ausgabe in 12 Bänden.

24 Lieferungen à 10 Sgr.

die 18te Lieferung erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig, in Frankfurt a. M. bei J. D. Sauerländer's Sort.-Buchhandlung.

[2634] In allen Buchhandlungen ist zu erhalten, in Frankfurt a. M. in der C. Jügel'schen Buchhandlung:

Historisches Taschenbuch.

Herausgegeben von Friedrich von Raumer.

Dritte Folge. Vierter Jahrgang. 12. cart. fl. 4. 30 kr.

Leipzig, im November 1852. **F. A. Brockhaus**

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[2636]

Decret.

Nachdem das unterzeichnete Gericht zufolge Decrets die Herzoglichen Hof- und Appellationsgerichte zu Dillenburg vom 13. Novmber l. J., sub Nr. II. 435. ermächtigt worden ist, gegen die abwesende Katharine Weber von Bollenbach nach dem Gesetze vom 21. Mai 1781 das Abwesenheitsverfahren einzuleiten, so wird diese oder deren Anstalt- oder Testamentserben hiermit aufgefordert,

binnen drei Monaten,

von dem ersten Erscheinen dieses Decrets in den öffentlichen Blättern angerechnet, sich dahier zur Empfangnahme ihres bisher durch einen Curator verwalteten Vermögens zu melden, widrigenfalls dasselbe, nun besten Auslieferung die bekannten Interessenten dahier nachgesucht haben, vorerst gegen Caution und nach Ablauf von 15 Jahren oder auch noch früher, wenn das 70ste Lebensjahr der Abwesenden noch vor Ablauf dieser 15 Jahre eintritt, diesen als freies Eigenthum überlassen werden soll.

Herborn, den 18. November 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Ruhmann.

[2629] **Oeffentliche Ladung.**

Alle, welche aus irgend einer sonstigen Ansprüche an den Nachlaß der am 16. März 1852 dahier verstorbenen Johannette Straub aus Düdelsheim zustehen, haben solche binnen zwei Monaten bei unterzeichnetem Gerichte ordnungsmäßig anzumelden, oder gewärtig zu sein, daß dieser Nachlaß an die ausgewiesenen auswärts wohnenden Erben ohne Sicherheitsleistung verabfolgt werde.

Frankfurt a. M., den 17. November 1852.

Stadtgericht II.
Schöff Dr. Reuß.
Dr. Epstein, 1r Sekr.

[2656] **Aufforderung.**

Kaufmann Moses von Mannheim, welcher glaubhafter Anzeige nach im Frühjahre d. J. mit Zurücklassung seiner Frau und mehrerer minderjähriger Kinder nach Amerika entwichen ist, wird, nachdem seine Frau am 8. d. M. verstorben ist, hiedurch aufgefordert, sogleich

binnen 60 Tagen

von heute an gerechnet, zurückzukehren, als er gegenfalls als abwesend angesehen, Mann für ihn und seine Kinder ein Curator bestellt, und das weitere Geeignete versiht werden wird.

Pomhera, den 13. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das. Klingelhöffer.

[2652] **Oeffentliche Kündigung.**

In Sachen des Pfarrfonds der evangelischen Pfarrei in Nimbach, Kts. gegen Adam Dörr III. in Nimbach, dessen Ehefrau Margarethe und Philipp Heinrich Dörr, ledig, von Nimbach, nun Gr. Bauaufseher in Obermungenbach, Beklagte, Forderung aus Darlehen betr., wird der anbekannt wo abwesende Adam Dörr III. aus Nimbach hierdurch benachrichtigt, daß der klagende Fond das ihm, seiner Ehefrau und dem Philipp Heinrich Dörr, ledig, in Nimbach, jetzt in Obermungenbach, laut gerichtlicher Schuld- und Pfanderschreibung vom 27. April 1849 dargeliehene zu 5 pCt. verzinsliche Capital von achthundert Gulden am 26. October l. J. gekündigt hat, mit dem Anhang, daß alle in dieser und namentlich in der nach Ablauf des Auffundungsquartals etwa einleitenden Klagsache auf Rückzahlung des Capitals und Zahlung der Zinsen an ihn ergehenden Verfügungen ihm nur durch Anschlag an die Gerichtstafel hiesigen Gr. Landgerichts insinuirt werden.

Fürth, den 17. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Walther. Wunsmann.

Cours der Staats-Papiere. 24 November 1852. (Schluss der Börse.)

	Per compt.			Per compt.
Oesterreich	50/0 M. (C.M.s.Rosth.)	94 1/2 P.	Kurhessen	40 Thlr. L. m. Rothsch.	34 3/4 P. 1/2 G.
»	5% M. v. J. 1854 Ser. B.	94 1/2 P.	»	Prdr.-Wilh.-Nordb.	46 1/4 P. 1/8 G.
»	5% do. v. J. 1854 L. a. 21	85 1/4 P. 3/4 G.	Gr. Hessen	4 1/2 % Obligationen	101 1/2 P.
»	5% L. V. (C. S. Rothz.)	89 1/2 P. 1/2 bez.	»	35 % ditto b. Rothsch.	98 3/4 P.
»	5% do. Monte C. 18. 1. 36	84 1/2 P.	»	31 1/2 % ditto b. Rothsch.	92 P.
»	Bank-Actien . .	1378 P.	»	fl. 50 Loose . . .	90 3/4 P. 1/2 G.
»	5% Metallik. Oblig.	81 1/4 P. 81 bez.	»	fl. 25 Loose . . .	31 1/2 P. 3/4 G.
»	30 % M. v. J. 1851 Ser. A.	84 1/2 P.	Nassau	4% Oblig. b. Rothsch.	103 1/2 P.
»	5% do. ditto 1852	81 P.	»	4% ditto	99 3/4 P.
»	4 1/2 % ditto	72 3/4 P.	»	3 1/2 % ditto	81 1/2 P. 91 G.
»	4% ditto	64 1/4 P.	»	fl. 25 Loose . . .	28 3/4 P. 1/2 G.
»	3% ditto	48 1/2 P.	Frankfurt	3 1/2 % Oblig. v. 1839	94 1/2 P. 3/4 G.
»	2 1/2 % ditto	40 3/4 G.	»	3 1/2 % » v. 1846	94 P. 93 3/4 G.
»	1% ditto	16 1/4 P.	»	3% » . . .	85 3/4 P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	161 3/4 G.	»	Tannusbahnact.	303 P. 301 G.
»	fl. 500 » Stieglitz	191 1/2 G.	Russland	4% Oblig. b. Baring	102 1/4 P.
»	4 1/2 % Oblig. b. Bethm.	86 3/4 P.	»	4% Obl. b. Hope fl. 3.	12 1/2 P.
»	4% » » »	71 G.	»	4% » b. Stieglitz »	91 G.
Preussen .	31 1/2 % Staatsschulds.	93 1/4 G.	Polen .	4% Oblig. de fl. 500	91 1/2 G.
»	Cöln-Mind. R.-Actien	114 G.	Spanien	3% Inl. Sch. P fl. 5. 30	45 1/4 P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 3/4 G.	»	1% Neue » »	24 1/2 bez. 3/4 bez. u. G.
»	4 1/2 % ditto	100 7/8 P. 1/2 G.	Holland.	4% Certificate . .	95 1/2 G.
»	4% ditto	96 1/4 G.	»	4% Oblig. Syndicats	94 3/4 P. 94 G.
»	4% Ablös.-Rente .	96 3/4 P. 3/8 G.	»	2 1/2 % Integrale	63 3/4 G.
»	3 1/2 % Oblig. b. Roths.	82 1/2 P.	Belgien .	5% Obligat. in Alt. fl. 20	99 1/2 P. 1/4 G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	99 G.	»	4 1/2 % Obl. in F. à 25 kr.	90 1/4 P. 3/8 G.
»	5% Priorit.-Obl.	103 1/4 P. 102 1/2 G.	»	4% Obl. in Fr. à 20 kr.	84 1/4 G.
Würtemb.	4 1/2 % Oblig. b. Roths.	102 1/2 P. 101 1/2 G.	»	2 1/2 % Obl. b. Rothsch.	57 G.
»	3 1/2 % ditto	90 3/4 P. 3/4 G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	89 P.
Baden . .	5% Obligationen .	102 3/4 G.	»	5% Obl. b. Hambro	95 1/2 P. 95 7/8 G.
»	4 1/2 % Obligationen	102 3/4 G.	»	Sardinische Loose .	42 G.
»	3 1/2 % v. 1842 . .	91 P. 90 3/4 G.	Toscana	5% fl. 34. 1850 (Ch. Goldz.)	101 1/2 P. 1/4 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/2 P. 1/8 G.	»	5% b. 1851 b. Bastogi (ds.)	97 1/4 P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	33 3/8 P. 1/2 G.	Nämerika	6% Stocks Holl. 2. Dz.	116 3/4 P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 24 November	Per compt.	
Amsterdam . . .	k. S.	100 1/8 1/4 G.
(100 fl. Crt.)	3 M.	— —
Augsburg . . .	k. S.	119 3/4 1/4 G.
(100 fl. Crt.)	2 M.	— —
Berlin	k. S.	105 1/8 104 1/2 G.
(60 Thlr.) .	3 M.	— —
Bremen (50 Thlr.)		97 1/8 —
Bukarest . . .	k. S.	— —
Hamburg . . .	k. S.	99 1/8 88 1/2 G.
(100 Mk. Bc.)	2 M.	— —
Leipzig . . .	k. S.	103 3/4 104 1/2 G.
London . . .	k. S.	119 1/2 1/4 G.
(10 Liv. St.)	3 M.	— —
Lyon	k. S.	94 1/8 —
(300 Fr.) .	2 M.	— —
Mailand (150 Lr.)	k. S.	100 3/4 —
Lir. Austr.)	3 M.	— —
Paris	k. S.	94 1/8 —
(300 Fr.) .	2 M.	— —
Wien (100 fl.)	k. S.	102 1/2 1/4 G.
im 2. 20 F.)	2 M.	— —
Disconto		3 G.

Gold und Silber.

Pistolen	à 9	42 1/2 – 43 1/2
Pr. Friedrichsd'or	à 9	54–55
Holl. 10 fl. Stücke	à 9	51–52
Rand-Ducaten . .	à 5	37–38
20 Francsstücke .	à 9	26–27
Engl. Sovereigns .	à 11	61
Gold al Marco .	à	382–83
5 Frankenthaler .	à 2	21 1/2
Preuss. Thaler .	à 1	45 1/4
Preuss. Cassa-Sch.	à 1	44 7/8 – 45 1/4

Druck von August Osterrieth.

№ 282. Donnerstag den 25. November 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: in den Bestbüreaux der Kronländer 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des östreichischen Münzen- und Tarif-Vereins Conventionsfuß vierteljährlich 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.; in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Steuerämtern 2 fl. 30 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.

u. s. w. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 22½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. L. Allexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 27, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 21, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Druckz.) mit Einschluß aller Steuern 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

[:] **Wien**, 21. Nov. Die heutige „Wiener Zeitung" veröffentlicht das allerhöchste Patent vom 24. Oct. d. J., giltig vom 1. Jan. 1853 für alle Kronländer, mit Ausnahme der gefürsteten Grafschaft Tirol mit Vorarlberg, des lombardisch-venetianischen Königreichs und der Militärgrenze, betreffend die Bestimmungen über die Erzeugung, den Verkehr und den Besitz von Waffen und Munitionsgegenständen, dann das Waffentragen. Als verbotene Waffen werden erklärt: Dolche, Stilete und hohlgeschliffene stiletartige Messer, dreischneidige Degen, Trombonen, Terzerolen unter 7 Wiener Zoll, mit Inbegriff des Schafts und Laufes, Windbüchsen, Hand- und Glasgranaten, Petarden und Brandraketen, endlich alle verborgenen, zu tückischen Anfällen geeigneten Waffen, sowie jene Werkzeuge, deren ursprüngliche und natürliche Form absichtlich verändert erscheint, um damit schwerer verwunden zu können. Als verbotene Munition werden die Schießbaumwolle und ähnliche explodirende Stoffe erklärt. Außer den hierzu befugten Gewerbs- und Handelsleuten ist niemand berechtigt, Waffen oder Munition, auch nicht zum eigenen Gebrauche, zu verfertigen oder zu verkaufen. Die Befugniß Waffen zu besitzen, schließt die Befugniß Waffen zu tragen nicht in sich. Zum Waffentragen sind ohne Einholung einer besondern Bewilligung berechtigt: diejenigen, welche vermöge ihres Dienstes das Recht haben, Waffen zu tragen, oder, deren Geschäftsbetrieb den Gebrauch der Waffen auch außer dem Hause nöthig macht, jedoch nur während der Zeit des wirklichen Geschäftsbetriebs; ferner diejenigen, bei welchen in einzelnen Kronländern Waffen ein Zugehör der üblichen Landestracht bilden, die Privatdienerschaft zu ihrer Livrei, ausländische Reisende, welche zur Uniform oder Landestracht Waffen tragen, endlich die Schützen eines ordentlich organisirten, mit Bewilligung der Behörden bestehenden Schießstandes. Sonst ist das Waffentragen nur gegen einen Waffenpaß erlaubt, der auf drei Jahre ausgestellt wird.

* **Wien**, 21. Nov. Unsere „Presse" scheint es jetzt einigen norddeutschen Blättern nachmachen zu wollen. Wie sie sagt, wird ihr von glaubwürdiger Seite versichert, daß viele der hier durchpassirenden Geschäftsreisenden aus Norddeutschland ganz unverholen die Absicht an den Tag legten, vorläufig das Terrain zu recognosciren und Vorkehrungen zu treffen, um im Fall des Auseinanderbrechens des Zollvereins und der definitiven Einführung des Freihandelssystems in Preußen, ihre industriellen Etablissements nach geeigneten Gegenden Süddeutschlands verpflanzen zu können. — Die Sitzungen der Landesverfassungscommission werden, je näher wir dem Schluß dieses Jahres kommen, immer zahlreicher; in der letzten Woche war die Commission jeden Tag vollständig versammelt.

Berlin, 21. Nov. Das entscheidende Moment für die nächste Kammersession wird aller Voraussicht nach in der Frage wegen Revision der Verfassung liegen. Schon die hervorragende Stelle, welche diese Frage in den gegenwärtigen Kundgebungen der verschiedenen Parteien einnimmt, deutet mit Sicherheit darauf hin. Bereits von drei Seiten sind Programme bekannt geworden, welche sich mit Entschiedenheit gegen jede durchgreifendere Abänderung der geltenden Verfassungsbestimmungen aussprechen. Es sind: die Kreuzzeitung, sowie die Organe der clericalen und der altliberalen Partei. Wir begnügen uns hier mit der Hindeutung auf die einfache Thatsache, ohne den verschiedenartigen Motiven nachzugehen, welche auf Seiten des ersten Blattes namentlich in Bedenken gegen ein fortdauerndes Rütteln an dem kaum befestigten öffentlichen Rechtszustande zu suchen sind. Diese Bedenken werden, wie der Augenschein zeigt, in den conservativen Kreisen (wo man zum Theil die fragliche Verfassung nicht als ein Mittel der Befestigung anzusehen scheint) keineswegs überall getheilt, und da in Wirklichkeit die Verfassung noch gar vieler Verbesserungen fähig ist, so wird allen Angelchen nach die Entscheidung der Sache davon abhängen, wie kräftig die Regierung ihre bereits in Aussicht gestellte Initiative zur Erledigung der schon in der vorigen Session angeregten Verfassungsfragen jetzt ergreift und durchführt. (Leipziger Ztg.)

Wie der „Breslauer Zeitung" aus **Ratibor** geschrieben wird, hat der königliche Wahlcommissarius, Kreislandrath v. Elsner, in einer deutsch und polnisch gedruckten Aufforderung an die ländlichen Wahlmänner erwahnt, nur so zu wählen, wie er es erwarte; den Kreis könnte Strafe treffen, wenn ein Abgeordneter aus einer Partei sollte gewählt werden, „die sich dem Willen Sr. Maj. des Königs nicht fügen, die klüger sein und der Regierung allerhöchstdesselben Schwierigkeiten bereiten will".

München, 21. Nov. Die Nachricht, daß vom hiesigen Gewerbverein eine Danksdresse an den König, bezüglich des Verfahrens unserer Regierung in der Zoll- und Handelsfrage, zu übergeben beschlossen worden sei, ist nur insofern richtig, als eine solche Adresse beabsichtigt und verfaßt worden ist, und auch von mehreren bayerischen Städten Nachrichten über Zustimmung zu derselben oder über Beabsichtigung ähnlicher Dankesvoten eingetroffen sind. In einer Adresse war, wie wir hören, u. A. ausgeführt, daß die einstigen Hoffnungen auf den Zollverein durch die Haltung Preußens, durch seine Uebergangssteuern und Rückvergütungen, durch die auswärtigen Verträge, durch die Ueberschwemmung des süddeutschen Marktes mit nordischen Waaren und durch den damit verbundenen sprechenden Börsencours, durch die Abschließung von Oesterreich und durch andere Maßregeln, deren Wirkung im Sinken der Güterpreise, im geringen Ertrag der Eisenbahnen, in Zunahme der Auswanderung, in dauernder Flaubeit der Gewerbe sich äußern, vereitelt worden seien. Die Uebergabe ist auf Anrathen von oben wegen höherer politischer Rücksichten unterblieben. (N. Pres. Z.)

* **Vom Rhein**, 22. Nov., meldet die „Pfälzer Zeitung": Wie vor einigen Tagen im Badischen ein aus England zurückgekehrtes Individuum über dem Versuch ertappt wurde, Aufrufe des Londoner Revolutionscomite's zu verbreiten, so hat am 19. dieses Monats auch der Polizeidiener Schädler von Oggersheim einen Franzosen, Namens Faure, verhaftet, welcher von Neuyork kam und gleichfalls einen Pack verbotener Schriften mit sich führte. Derselbe wurde zur weitern Untersuchung des ihm zur Last gelegten Vergehens der königlichen Staatsbehörde in Frankenthal überzeben.

D* **Hannover**, 21. Nov. Die „Neue Preußische Zeitung" meldet, daß binnen vierzehn Tagen die Zollverhandlungen zwischen Preußen und Hannover beginnen würden. Das scheint wieder so eine kleine Demonstration zu sein; so viel ist wenigstens gewiß, daß man hier nichts davon weiß. Die Sache ruht. Auch die Anzeige der Transaction zwischen Preußen und Braunschweig hat keine Verhandlungen zur Folge gehabt, jene Transaction, welche der „Neue Volksfreund" gestern ein „Aufdenzahnfühlen" nannte. Die Blätter wissen alle Zeit mehr als wahr ist. Schon vor vier Wochen sollte es so gut wie gewiß sein, daß Herr v. Lenthe zum Bundestagsgesandten ernannt werde. Ich müßte sehr irren oder diese Ernennung ist auch heute noch nicht einmal im Werke. Der „rothe Rock" der Hannoveraner soll nach der „Weserzeitung" im Anzuge sein. Damit verhält es sich eben so. Die große Uniformirungsumwälzung beschränkt sich auf die eine oder andere kleine Aenderung an einzelnen Montirungsstücken, welche vielleicht beabsichtigt werden. Man erwartet mit Spannung den Beschluß des geistlichen Stadtministeriums auf die wiederholte Aufforderung des Magistrats, mit Steinacker zu colloquiren. Nach allem Anschein haben diejenigen Recht, welche glauben, daß das Stadtministerium seinen Beschluß wiederholen werde, und zwar sehr bald, muthmaßlich morgen. Der Dulonismus findet hier keinen Boden worin er fortkommen könnte.

Stuttgart, 21. Nov. Der Präsident des Consistoriums, v. Köstlin, ist von dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens

antwortung gezogen worden. Von den andern öffentlichen Dienern, die sich dem Leichenzuge angeschlossen hatten, hört man nichts dergleichen. Dem Militär war die Theilnahme an dem Leichenbegängnißausdrücklich untersagt worden. (N. K.)

* **Aus Kiel** vom 15. November wird der „Weser-Zeitung" geschrieben: In Kopenhagen ist man in Bezirff, eine neue Maßregel vom Stapel laufen zu lassen, welche geeignet ist, unserm Handel den letzten Stoß zu versetzen. Die Generalpostdirection will nämlich alle mit den Postdampfschiffen zu versendenden Güter künftig selbst spediren. Kiel und Lübeck bildeten bisher die natürlichen Glieder, welche Deutschland mit dem scandinavischen Norden verbanden. Beide Plätze sind daher vorzugsweise Speditions- und Commissionsplätze geworden, und dieses ihr Vermittlergeschäft trug wesentlich zu ihrem Wohlstande bei. Das soll nun künftig anders werden. Der Staat will selbst den Spediteur machen und die Privaten sollen nicht einmal mit ihm concurriren dürfen. Die Tragweite eines solchen Verfahrens ist unberechenbar. Während anderwärts das Gouvernement von der Mitbewerbung immer mehr zurücktritt, monopolisirt es sich in Dänemark.

Oldenburg, 19. Nov. Der Landtag, der sich heute mit der fortgesetzten Berathung des Wahlgesetzes beschäftigte, ist bis zum 27. d. M. verlängert worden.

* **Frankfurt**, 24. Nov. Heute Nachmittag hat sich der Senat zu einer außerordentlichen großen Rathssitzung versammelt. Man vermuthet, daß Vorberathungen in Betreff demnächstiger Rathswahlen stattfinden werden. Der gestern Abend verhaftete und nach Darmstadt gebrachte Verbrecher hieß nicht Löwenfeld und will von Toulouse gebürtig sein, was bei seinem geläufigen Deutschsprechen nicht glaublich ist; derselbe hatte noch Sonntag Mittags, nachdem der Diebstahl in der Frühe geschehen war, an der Gasttafel des Darmstädter Hofs in Darmstadt gespeist und sich durch sein auffallendes Erschrecken bei zufälliger Erwähnung des Diebstahls verdächtig gemacht, welcher Verdacht sich noch steigerte, als er ein Stück eines Ordenskreuzes einem hiesigen Juwelier zum Verkauf anbot. Er war schon öfter unter dem Namen v. Stein, Student aus Gießen, hier anwesend. — Die Mittheilung eines hiesigen Blattes von der gestrigen Verhaftung eines Falschmünzers ist ungegründet.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 22. Nov. Dem Bundesrath ist die Benachrichtigung zugegangen, daß, da die amerikanischen bürgerlichen und kanonischen Gesetze verbieten, Münzen, Medaillen rc., welche Freimaurerzeichen, sowie solche anderer geheimer Gesellschaften an sich tragen, in Mexiko einzubringen, dasselbst in jüngster Zeit eine vom Ausland gekommene bedeutende Partie Medaillen der gedachten Art weggenommen und zerstört worden sei, weßhalb die mexikanische Regierung sich veranlaßt gesehen habe, ihre Consularagenten zu beauftragen, darüber zu wachen, daß keine solche Sendung mehr geschehe, damit die Versender vor Schaden bewahrt bleiben.— In der aargauischen Gemeinde Unterrohrendingen, in welcher selbst auf amtliche Vermittelung hin sich niemand in den Gemeinderath wählen lassen will, soll auf dem Zwangswege eine Gemeindebehörde zu Stande kommen. Bereits ist der Regierungsrath die Vorlage eines Zwangsdecretsvorschlags an den großen Rath beschlossen. — Laut Beschluß des großen Raths von Zug werden die rückzuvergütenden Kriegsgelder, sowie der eidgenössische Nachlaß definitiv zu Gemeindeschuldposten verwandelt.

Frankreich.

Paris, 21. Nov. Die unter der Benennung: „Allgemeine Mobiliar-Creditgesellschaft" gestern autorisirte Bank soll für das bewegliche Vermögen der Staatspapiere, der Actien und Obligationen der vom Staat autorisirten großen Gesellschaften sein werden, was die Landbanken für das Liegenschaftsvermögen sind. Wie diese, soll sie die verschiedenen Bestandtheile und Klassen des Eigenthums verschmelzen und es durch Ausgabe einer einzigen Art von Obligationen anstatt der verschiedenartigen Papiere mehr flüssig machen. Dies geht aus den durch die Statuten ihr erlaubten Operationen hervor: Staatspapiere, Actien und Obligationen der autorisirten großen Unternehmungen zu zeichnen und an sich zu bringen und dafür Obligationen in gleichem Betrag auszugeben, oder sie als Pfand für Anleihen zu verwenden, oder sie gegen andere zu vertauschen; für hinterlegte Staatspapiere, Acten u. s. w. Vorschüsse zu machen; ferner auch Anleihen und große öffentliche Bauunternehmungen zu fahmisfiniren, Summen zur Eröffnung von Conto's anzunehmen und andere Bankoperationen. Als Garantie steht ein Gesellschaftscapital von 60 Millionen da, wovon 20 Millionen sogleich durch Ausgabe von 4000 Actien à 500 Fr. realisirt werden sollen. Bis zur vollständigen Realisation des Gesellschaftscapitals dürfen die auszugebenden Obligationen nicht über das fünffache des realisirten Capitals betragen, hernach aber können sie bis zum Zehnfachen Valuta von gleichem Betrage im Portefeuille repräsentirt sein. Die Obligationen dürfen nicht anders als auf 45 Tage nach Sicht ausgestellt sein.

Es ist eine allgemeine Subscription (1 Fr. der geringste Beitrag) für ein Denkmal Napoleon im Namen Frankreichs zu überreichenden Geschenk, einen sogenannten „Nationalschild" als Sinnbild der schützenden Kraft, eröffnet worden. Das Modell ist von dem Bildhauer Caccia; es soll entweder in vergoldetem Kupfer oder in massivem Silber ausgeführt werden. Unterzeichnet haben schon Graf Nieuwerkerke, die Minister Fould und St. Arnaud, so wie viele Beamte. — Der diesseitige Gesandte in Darmstadt, Graf Marescalchi, ist zum Gesandten in Karlsruhe und Graf Daumesnont zum Gesandten in Darmstadt ernannt worden. — Durch präsidentschaftliches Decret ist dem Polizeiminister für die Lyoner Polizei ein außerordentlicher Credit von 151,700 Fr. eröffnet worden. — Das Feuilleton des „Moniteur" bringt heute die Geschichte des 15. Brumaire nach Napoleons Memoiren. — Der Uebergang des „Constitutionnel" in die Hände des Herrn Mires hat zur ersten Folge gehabt, daß vom 1. December sein Abonnementspreis wieder auf 64 Fr. jährlich für die Departemente und 52 Fr. für Paris gebracht wird, während das „Pays", wenigstens einstweilen, noch bei 40 Fr. bleibt.

* **Straßburg**, 23. Nov. Die hier vorgenommene Abstimmung über den Senatsbeschluß in Betreff der Wiederherstellung des Kaiserthums in Frankreich hat folgendes Ergebniß geboten: von 11,703 als stimmfähig Eingeschriebenen unserer Stadt haben 9064 ihre Stimmen ab; davon stimmten mit ja 7269, mit nein 1487, weiße Zettel 296. — Bei der Abstimmung in Betreff des Plebiscit vom 2. December hatten von 14,286 eingeschriebenen Wählern in Straßburg 8494 abgestimmt und zwar 5340 bejahend und 3009 verneinend. — Bis jetzt ist die Abstimmung von 264 Gemeinden des niederrheinischen Departements bekannt; dieselben haben geboten 66,003 bejahende und 2479 verneinende Stimmen. — Durch präsidentschaftliches Decret vom 20. d. M. ist ein Credit von 300,000 Fr. zur Fortsetzung der Ausbesserungen des durch die letzte Rheinüberschwemmung in unserm Departement verursachten Schadens bewilligt worden.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Nov. Die Wegenerische Schrift hat gestern aufgehört „Manuscript" zu sein, da sie an diesem Tage in den Buchhandel übergegangen ist, wo sie reichlichen Absatz findet; auch wird bereits eine Uebertragung ins Deutsche vorbereitet.

Schweden.

* **Stockholm**, 16. Nov. In dem Befinden des Königs ist noch keine wesentliche Veränderung eingetreten. Herr Professor Huß ist von Paris herberufen, und nimmt von und mit dem heutigen Tage, nebst den früher aufwartenden Aerzten, an der Behandlung des Königs Theil. Die Prinzessin Eugenie ist in fortschreitender Genesung begriffen. Seit gestern werden über ihr Befinden keine Bülletins mehr ausgegeben. Dagegen befindet sich die Königin heute nicht recht wohl, und ist in dieser Veranlassung folgende Anzeige ausgegeben worden: Ihre Majestät die Königin hat in der letztverflossenen Nacht weniger gut geschlafen und leidet heute Morgen an Kopfschmerzen. — Der am 1. d. M. erfolgte Tod des Herzogs v. Leuchtenberg, Bruders unserer Königin, für welchen der Hof eine sechswöchentliche Trauer anlegt, ist gestern hier bekannt geworden. — Unsere Blätter enthalten das unterm 13. d. M. erlassene königliche Privilegium für eine Actiengesellschaft zur Ausführung einer Eisenbahnanlage zwischen Köping und Hult.

Rußland und Polen.

Dem „Lloyd" wird aus Brody geschrieben: „Ein Erlaß der russischen Regierung verfügte, daß Eltern, die ihre Kinder der Militärpflicht entziehen und selbe auf Schmuggelwegen über die Grenze senden, strenger Ahndung verfallen. Der Vater trägt die Haftung bis zum 21. Altersjahre des Sohnes, wo sie erst erlischt. Diese Verfügung verfehlt nicht, ihre wohlthätige Wirkung auf unsere Grenzstadt zu äußern, indem die Ströme der jungen Flüchtlinge, die sonst uns zu überfluthen pflegten und Elend und Laster hereinschleppten, merklich abgenommen haben. Dem Vernehmen nach wird gegenwärtig in Rußland mit größerer Schonung verfahrt und sind Mittel geboten, sich leichter von der Militärpflicht freizumachen. In manchen von der Cholera heimgesuchten Orten ist auf Befehl des Kaisers die Stellung der Contingente für diesmal erlassen worden. Auch für Bessarabien, wo die Rekrutirung die Flucht ganzer südlicher Familien nach den Donaufürstenthümern veranlaßte, ist große Erleichterung anempfohlen worden und dürfen, dem Vernehmen nach, die aus diesem Anlaß geflüchteten Familien straflos in ihre Heimat zurückkehren.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 24. Nov. Von Weimar kommend ist heute Abend Se. königl. Hoh. der Prinz von Preußen hier eingetroffen. Höchstderselbe wird im Laufe des morgenden Tages nach Koblenz weiter reisen.

P **Berlin**, 23. Nov. Se. königl. Hoh. dem Prinzen von Preußen ist gestern auch sein Hofstaat nachgefolgt. Hochstderselbe wird sich nur zwei Tage unterwegs in Weimar aufhalten und dann sich unverweilt nach Koblenz begeben. — Von mehreren conservativen Abgeordneten der Provinz Brandenburg der zweiten Kammer ist nunmehr eine Vorversammlung von Gesinnungsgenossen im Märchershen Local zum 28. November öffentlich ausgeschrieben. Es ist ausdrücklich hinzugesetzt, daß durch diese Vereinigung lediglich die Erleichterung persönlicher Bekanntschaft, nicht aber die sofortige Bildung einer bestimmten Fraction beabsichtigt werde.

☆ **Berlin**, 23. Nov. Wie man hört, hat Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen es für unumgänglich erachtet, daß sein Sohn, der Prinz Friedrich Wilhelm, sich auch in Bezug auf die Verwaltung des Staates durch eigene praktische Uebung Kenntnisse erwerbe, weßhalb der junge Prinz sich vorläufig bei der Oberrechnungskammer in Potsdam beschäftigen wird. — Der General v. Radowitz entwickelt in Bezug auf die Leitung des Erziehungs- und Bildungswesens des Heeres eine sehr große Thätigkeit. Derselbe läßt es sich besonders angelegen sein, sich von dem Standpunkte der unter seiner Leitung stehenden Anstalten persönlich zu überzeugen, welche letztere er der Reihe nach besucht und dem Unterricht oder den Prüfungen beiwohnt. — Die Angaben mehrerer Blätter, daß der Kaiser von Oesterreich beabsichtigt habe, dem hiesigen königlichen Hofe einen Besuch abzustatten, waren uns nicht als so ungegründete bezeichnet, wie sie vielfach behauptet worden ist. — Wie man hört, beabsichtigt ein Theil der Rechten, den frühreren Minister, Herrn v. Uhden, als ersten Präsidenten der zweiten Kammer vorzuschlagen. Ein ansehnlicher Theil der katholischen Fraction hat in der zweiten Kammer sich Sitze im Centrum belegen lassen. Von bereits bestimmten Berabredungen der den verschiedenen Provinzen angehörigen Mitglieder dieser Fraction ist hiesigen in dieser Beziehung wohlunterrichteten Abgeordneten bis jetzt nichts bekannt.

Königsberg, 20. Nov. Die zweite freie Gemeinde Preußens ist nun vom höchsten Gerichtshofe der Monarchie, dem Obertribunal in Berlin, von der über sie verhängten Anklage freigesprochen und ihre vorläufige polizeiliche Schließung aufgehoben worden. Die Elbinger Gemeinde ist dies, nachdem ihr die Elbinger darin vorangegangen war. Die hiesige Gemeinde glaubt an kein gleich günstiges Schicksal.

Köln, 23. Nov. Heute wurde von dem hiesigen Assisenhof in Betreff der Anklage wegen Hochverraths gegen Dr. Karl Dëtër, zur Zeit in der Schweiz lebend, erkannt. Derselbe wurde in contumaciam zum Tode und zur Zahlung der Kosten verurtheilt und verordnete der Hof die Veröffentlichung eines Auszuges dieses Urtheils im Amtsblatt, sowie dessen Anheftung am Schandpfahl. (Köln. Z.)

† **Turin**, 20. Nov. Gioberti's Leichnam ist hier angekommen. Die Bestattung wird in nächster Woche feierlich stattfinden. Der Exminister des Innern, Pernatti, ist zum Commandeur des Mauritius- und Lazarusordens ernannt worden. Von der Seereise allzu stark angegriffen, mußte der neue türkische Gesandte zu Paris, Beky Pascha, die Reise nach Frankreich zu Lande über Turin fortsetzen. Der Gerant der „Armonia“ ist zu 20 Tagen Arrest und 200 Fr. Geldbuße verurtheilt worden.

* **Genua**, 19. Nov. Die britische Mittelmeerflotte erhielt Befehl, nach Tunis zu segeln, wo die französische sich bereits befindet. Die „Gazzetta di Sardegna“, auf der Insel Sardinien, will Nachricht vom Tode des Bey von Tunis erhalten haben.

† **Paris**, 22. Nov. Zahlen beweisen, daß die Betheiligung an dem gestern und heute vollzogenen Scrutinium viel größer gewesen ist, als man erwarten zu dürfen meinte, und daß der neue Kaiser eine weit größere Stimmenzahl für sich haben wird, als Ende vorigen Jahres der zehnjährige Präsident. In nahezu hundert telegraphischen Depeschen aus dem Norden und Süden, Osten und Westen Frankreichs meldet der „Moniteur“, daß die Bevölkerungen sich überall massenweise zum Votiren eingefunden haben.— Der 2. Decembre soll nun für die Proclamation des Kaiserreichs und der 3. für Bekanntmachung des die Verfassung modificirenden Senatusconsultums ausersehen sein.

Im Sarthedepartement hat man dieser Tage socialistische Manifeste mit der Unterschrift: „Das Comité der Unsichtbaren“ weggenommen. Sie kamen aus dem Auslande und sind in viel schärferem Ton gehalten, als die der flüchtlinge von London und Jersey. Es wird darin offen zum Kampf aufgefordert und, nach Schmähungen auf die Armee, Louis Napoleon, der den politischen Galgen wieder aufgerichtet habe, des Hochverraths angeklagt. „Er (der Galgen), heißt es, ist von dem Räuber wieder ins Leben gerufen worden, dessen Kopf der Henker verlangen würde, wenn in einer civilisirten Gesellschaft es Galgen und Henker gäbe.“ Am Schluß des Manifestes wird zu den Waffen gerufen: „Bürger, erhebt euch; seid revolutionär wie Euere Väter, seid mit einem Worte Männer! Socialisten, macht im Geheimen Eure Waffen zurecht, die Euch befreien sollen. Fast frischen Muth! Frankreich ist nicht todt. Die sociale Revolution wird vor sich gehen, wenn Ihr ohne Furcht die Vernichtung der ökonomischen, religiösen und politischen Zustände erstrebt. Socialisten, aufrecht! Diesesmal werden keine fünfzig Jahre vergehen, ehe man wieder auf dem socialen Gebäude die große revolutionäre Devise: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! leisen wird.“ Ein anderes Manifest schließt mit den Worten: „Nieder mit dem Kaiserreich! Es lebe die demokratische und soeiale Republik!“

Zu Toulon sind vier Dampfer nach Algier, Oran, Bona und Stora beordert worden, um dort die Zählung der Stimmzettel abzuwarten und das Ergebniß eiligst nach Frankreich zu bringen. Es hieß zu Toulon, daß die daselbst zu überwintern bestimmte Flotte nächstens absegeln sollte, nach Einigen zur Begleitung des künftigen Vicekönigs von Algerien, nach Andern — was für wahrscheinlicher galt — um zu Civitavecchia den Papst an Bord zu nehmen, der Ludwig Napoleon zum Kaiser salben würde. Der Präfect des Var-departements, Herr Berard, hat folgende Proclamation erlassen: „Es reicht nicht hin, auf der Paßage Ludwig Napoleons „Es lebe der Kaiser“ gerufen und überall auf Eure Triumphbogen und Trophäen „Napoleon dem Dritten“ geschrieben zu haben; es bleibt Euch noch übrig, dem Ausland durch ein einstimmiges Votum den entschiedenen Willen des französischen Volkes auszudrücken. Ihr kennt alle die unheilvollen Verträge (les traités funestes) von 1815: Ihr wißt, daß Ihr durch Euer Ja, welches Ihr in die Urne werfet, die erste Seite davon zerreißt. Wer ist der Franzose, der Mann von Herz, der ein solches Ereigniß gleichgiltig und theilnahmlos vorbeigehen lassen möchte! Und Ihr besonders, Einwohner der Ysere, die Ihr an dem denkwürdigen 7. März 1815 Euch nicht fürchtetet, Europa eine Herausforderung hinzuschleudern und die Leidenschaften und die Kriegsfackel wieder anzuzünden, indem Ihr den glorreichen Verbannten von Elba acclamirtet, Ihr werdet Euch heute nicht mehr scheuen, durch ein ganz feierliches Votum die Ehre Frankreichs zu rächen u. s. w. Grenoble, 20. November 1852. Berard.“ Diese Proclamation erinnert also beim Beamten, der noch dazu als verschworener Freund Ludwig Napoleons bekannt ist, wird nicht verfehlen, im Ausland großes Aufsehen zu erregen.

Paris, 23. Nov. 11 Uhr Vorm. Aus der Armee sind bekannt 80,000 Ja, 4000 Nein. — 5½ Uhr Abends. Aus den Departementen berichtet man von zahlreicher Theilnahme an der Abstimmung; nur etwa ein Zehntel der dortigen Stimmen ist verneinend. (K. Z.)

Frankfurt, 24. November, Abends.

Die heute fällige Pariser Post vom 23. und die Londoner vom 22. sind ausgeblieben.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 24. Nov. Die Börse war heute minder willig gestimmt; es fehlte an neuen Einkaufscommissionen, und nur wenig gemachte Verkäufe waren hinreichend, die meisten Fondsgattungen im Cours zu drücken. Die Geldverhältnisse zeigen sich seit einigen Tagen weniger günstig, was ebenfalls zum Rückgang der Course, namentlich der österreichischen und spanischen Effecten beitrug. 5pCt. Metall. waren 80⅞, pCt. 4½pCt. 71⅞, à 72 pCt.; 5pCt. Lombard.-Venet. schlossen 89 pCt.; Wiener Bankactien 1370 fl.; 250 fl. Loose 118⅛, pCt. G. Von spanischen Fonds schlossen 1pCt. 24½, à ⅜, pCt.; 3pCt. Inländische 45½, 45 pCt. G. Von Eisenbahnactien war F.-B.-Nordbah 46⅞, pCt.; Berbach gesucht 99 pCt.; Köln-Minden 114 pCt. G.; Taunus 301 fl. G. Belgische Papiere mit Ausnahme der 5pCt. fortwährend begehrt. — Abends in der Effectenselerät waren 1pCt. Spanische 24½ pCt. G.

Berlin, 23. Nov. Staatsch. 94¼ Brf., 93¾ G. — Köln-Minden 115⅛ Brf. — Fr.-W.-Nordb. 43⅛ Brf., 42⅛ G. 42⅞ 43 à 42½ bez.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 24. Nov. 5pCt. Metall. 94¾. — 5pCt. do. B. 109¾. — 5pCt. Anteile vom Jahr 1852 94½. — 4½pCt. do. 84⅛. — Bankactien 1337. — 250 fl. Loose 139¼. — London 11 fl. 30 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 103⅝. — K.-L.-Nordb. 239. — Livorno-Florenz 101. — Siena-Empoli 70½. — Paris 136⅛. — London in Trieft 11 fl. 26 kr. — Silber 16. (Lyod.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. H. Kurtschild.

[3688]

Weinversteigerung.

Mittwoch den 8. December. Nachmittags 3 Uhr, werden auf freiwilliges Anstehen nachverzeichnete Weine, als:

4 Stück 1848er Hahnheimer,
6 Stück 1848er Bodenheimer, und
9 Stück 1848er Dürkheimer

in dem Keller der Behausung der ehemaligen Briefpost auf dem Graben Nr 4 neu öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Die Proben werden Montag den 6. und Dienstag den 7. December Vormittags von 10—12 und Nachmittags von 3—6 Uhr an den Fässern verabreicht; wer solche früher zu probiren wünscht, beliebe sich an Herrn Küfermeister Eckardt in der Grandengasse zu wenden.

Bezugszeit ultimo Februar 1853.

C. Belschner, Ausrufer.

[2618] Mehrere tüchtige Retoucheurs finden dauernde Beschäftigung in

Hermann Emden's photographischer Anstalt

in Frankfurt a. M.

Allgemeine Renten-Anstalt zu Darmstadt.

Diejenigen, welche der in der Bildung begriffenen, mit dem 31. December d. J. geschlossen werdenden 6ten Jahresgesellschaft, zu welcher bereits **709 Einlagen** gemacht worden sind, beizutreten oder Nachzahlungen auf frühere Einlagen zu leisten beabsichtigen, laden wir hierdurch ein, solches vor Ablauf dieses Jahres entweder dahier bei dem Hauptbüreau der Anstalt oder auswärts bei den Herren Bevollmächtigten derselben *) zu bewerkstelligen.

Bis jetzt zählt die Anstalt im Ganzen **5404 Mitglieder** mit **9001 Einlagen** und einem effectiven **Einlagecapital von 509918 fl.**

Bei der mit der Anstalt verbundenen **Depositencasse** wurden außerdem seit Anfang d. J. bereits **242797 fl.** hinterlegt.

Darmstadt, den 25. October 1852.

Die Direction der allgemeinen Renten-Anstalt.

*) **In Frankfurt a. M.** bei Herrn G. A. Zipf; in Dillenburg bei Herrn F. J. Zinco; in Fulda bei Herrn M. Kircher jun.; in Hanau bei Herrn Ferdinand Weiß; in Heidelberg bei Herrn C. C. Otto; in Heilbronn bei Herrn Hermann Goldeck; in Hilchenbach bei Herrn Steuerassistenten Kiffelstein; in Homburg v. d. H. bei Herrn Carl Müller; in Kreuznach bei Herrn Jacob Hessel; in Marburg bei Herrn J. H. W. Nömboldt; in Schweinfurt bei Herrn Andreas Trillhaas; in Stuttgart bei Herrn Louis Bertsch; in Wiesbaden bei Herrn J. W. Käsebier. [2191]

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation.

Die Besitzer von Actien unserer Gesellschaft werden in Kenntniß gesetzt, daß in der gestrigen Generalversammlung die statutenmäßige Dividende für das Jahr 1852 auf 4 pCt. oder fl. 20 für jede Actie festgesetzt worden ist, deren Auszahlung gegen Abgabe der Dividendenscheine **auf den 1. Januar 1853**

in Carlsruhe bei der Gesellschaftskasse,
in Frankfurt a. M. bei den Herren M. A. von Rothschild und Söhne, und
in Cöln bei den Herren S. Oppenheim jun. & Comp.

erfolgt.

Unter Berufung auf die diesseitige Bekanntmachung vom 7. August v. J. fordern wir zugleich die Besitzer der noch rückständigen alten Actien auf, solche gegen neue Urkunden von gleichem Betrage auf unserem hiesigen Bureau umzutauschen.

Ebendaselbst können auch von heute an gegen Vorzeigung oder Einsendung der Actien die Dividendenscheine für 1852/61 erhoben werden. Carlsruhe, den 13. November 1852. [2586]

Die Direction.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in Phillipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei F. Ströhlein auf der Zeil. [2196]

[2625] **Kurhessische Loose,**
Ziehung am 1. December, zum Tages-Course, sowie Certificate für diese Ziehung à fl. 3. 30 kr., zehn Stück für fl. 30. im Wechsel-Comptoir von
J. L. Aub, Beil, der Post gegenüber.

Wir laden ein zur Ziehung
Badischer Anlehens-Lotterie von 14 Million Gulden, am 30. November,
Actien fl. 1. 30 kr. 6 Stück fl. 8.
Kurhessischer Lotterie von 12 Million Gulden, am 1. December,
Actien fl. 3. 30 kr., 10 Stück fl. 30
Sardinischer Lotterie von 3 Million 600,000 Franken, am 1. December,
Actien fl. 2 30 kr. 10 Stück fl. 20.
erlauben uns gleichzeitig anzuzeigen, daß alle in diesen Blättern angekündigten Klassen- und Staatsloose, so wie Originalobligationen durch uns zu beziehen sind. Unsere Hauptkollekte besteht seit 56 Jahren und ist als eine solide anerkannt.
Julius Stiebel jun. **& Co.,**
[2628] in Frankfurt a. M.

[2639]

123. Frankfurter Stadt-Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December 1852.
Ganze und getheilte Loose sind zu den bekannten Preisen zu beziehen von

Gebrüder Stiebel,
Hauptcollecteurs in Frankfurt am Main.

123. Frankfurter Stadtlotterie.

Haupt-Gewinne: fl. **200,000, 100,000, 40,000, 25,000,** 2mal **20,000, 15,000** rc.

Ziehung 1r Klasse am 1. u. 2. December.

Ganze Loose zu fl. 6., halbe zu fl. 3, viertel zu fl. 1. 30 kr., achtel zu 45 kr. empfiehlt unter Zusicherung pünktlicher Schicksalsanzeige

[2622] ***Jacob Strauss***
in Frankfurt a. M., Schnurgasse Nr. 38.

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December.

Haupttreffer: fl. **200,000,** 2 zu **100,000, 40,000, 25,000** u. s. f. Ganze Loose zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ¼ zu fl. 2. ⅛ zu fl. 1. 30 fr., ¼ zu 45 kr., sowie Loose für alle Classen gültig zu fl. 90 das Ganze, empfiehlt

[2507] ***Carl Höchberg,***
Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2625] **Kurhessische Loose,**
Ziehung am 1. December, zum Tages-Course, sowie Certificate für diese Ziehung à fl. 3. 30 kr., zehn Stück für fl. 30. im Wechsel-Comptoir von
J. L. Aub, Beil, der Post gegenüber.

123. Frankfurter Stadtlotterie.

Ziehung 1ter Klasse den 1. und 2. December 1852.

Ganze und getheilte Loose sind planmäßig zu beziehen unter Zusicherung prompter Bedienung und strenger Verschwiegenheit bei

C. Milani-Knips,
[2597] neue Schlesingergasse Nr. 9 neu.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

November.	Barometer bei 0° R.			Thermometer R.			Thermo-graph.		Wasserhöhe d. Mains.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	Rh. F.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
14	328‴2	328‴4	328‴7	+ 5·0	+ 6·5	+ 4·2	+ 3·8	+ 7·0	1′ 9″	NO.	N.	—	t.	R.	R.
15	328‴5	327‴7	327‴3	+ 6·9	+ 10·4	+ 7·8	+ 5·9	+ 10·8	2′ 4″	S.	S.	—	bt.	w.	R.
16	326‴7	326‴9	328‴1	+ 8·0	+ 8·1	+ 7·2	+ 5·5	+ 8·5	2′ 10″	O.	O.	—	R.	R.	t.
17	328‴2	328‴1	329‴3	+ 7·9	+ 10·3	+ 7·0	+ 6·8	+ 10·7	2′ 10″	SO.	SW.	SW.	t.	t.	w.
18	330‴8	331‴2	332‴3	+ 7·8	+ 8·6	+ 5·3	+ 6·5	+ 10·0	2′ 11″	SW.	SW.	SW.	w.	t.	bt.
19	334‴1	333‴7	332‴6	+ 6·1	+ 7·9	+ 6·6	+ 3·4	+ 7·3	3′ 1″	SW.	SW.	SW.	w.	t.	t.
20	331‴5	330‴2	329‴3	+ 7·8	+ 9·1	+ 8·8	+ 5·9	+ 9·1	3′ 3″	SW.	SSW.	SSW.	n.	t.	R.
	329‴7	329‴5	329‴7	+ 6·8	+ 8,6	+ 7·0	+ 5·4	+ 9·1	2′ 9″						

Am 14. nach Mitternacht Regen, in der Frühe, so wie am 15. Nebel; am 16. Nachmitternachts, Vor- und Nachmittags, sowie Vormitternachts Regen, in der Frühe zwischen 5 und 6. Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr leichtes, Abends von 5½ bis 6 Uhr starkes Gewitter, von 5 Uhr an Wetterleuchten; am 17. Nachmitternachts und Vormittags Regen; am 18. Vormittags stürmisch, Nachmittags regnerisch, um 3½ Uhr leichtes Gewitter aus Südwest; am 20. um Mittag regnerisch, spät Abends Regen.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nr. 282.) 25. November 1852.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 25. Nov. Se. königl. Hoh. der Prinz von Preußen, nebst Gefolge, wird morgen die Reise nach Koblenz fortsetzen. — Die Redemptoristen werden 14 Tage hier verweilen. Noch nie sah man alle Räume der Domkirche mit solchen Massen von Menschen aller Stände und Religionsbekenntnisse angefüllt, als bei den Predigten dieser Männer, die ausgezeichnet durch den populären Ton und die Gewandtheit ihrer Kanzelvorträge sind. — Von dem hiesigen Herrn Consistorialrath Dr. Friedrich, einem ausgezeichneten Kanzelredner, erscheint alle zwei Tage ein Bogen christlicher Vorträge zur Würdigung der Jesuitenmission in der Gegenwart. — Gestern wurde der bereits nach Darmstadt ausgelieferte Ordensdieb hierher zurückgebracht, um an die verschiedenen Orte geführt zu werden, wo er, seiner Angabe nach, Gegenstände seines Diebstahls veräußert hatte.

* **Frankfurt**, 25. Nov. Das zur Begründung eines hiesigen Handelsvereins vor einigen Tagen in Umlauf gesetzte Circular findet unter den Betreffenden die größte Theilnahme. Im Laufe nächster Woche wird wahrscheinlich eine weitere Versammlung in dieser wichtigen Angelegenheit stattfinden.

= **Magdeburg, 23. Nov. Die Demokratie regt sich, sie sieht ein, daß ihre Bouderie gefahrbringend ist. Zu den bevorstehenden Gemeinderathswahlen hatten sich zwei Vereine gebildet, die sich seit gestern in einen verschmolzen haben. Sachse, Uhlich (die Sprecher der freien Gemeinde) v. Unruh (nur zu bekannt aus dem Jahre 1848), der Kaufmann Schulze (der die Ableistung eines Eides verweigert, weil ihm seine religiösen Principien nicht gestatten, durch Zeugniß zur Gerechtigkeit geführt zu werden) sind die Redner und Leiter des Vereins. Eine Candidatenliste von einer sehr bronzenerien demokratischen Färbung ist denn auch zu Stande gekommen und ein Comite für volksthümliche Wahlen ist niedergesetzt.

γ **Köln**, 23. Nov. Es hat hier die Ausweisung zwei fremder sozenannten Literaten stattgefunden, weil sie ihre Erwerbsquellen nicht genügend nachzuweisen vermochten. Die Polizei ist diesem Schritte fremd, vielmehr dürften Theaterintriguen, in welche sie verwickelt sein sollen, den Anlaß gegeben haben. — Dr. Becker und Genossen haben die Cassation zwar angemeldet, aber noch nicht eingelegt. Einstweilen verschafft ihnen dieses noch die Freiheit, mit ihren Advocaten zu conferiren.

†† **Kassel**, 23. Nov. Der im hiesigen kurfürstlichen Museum verübte Diebstahl an Medaillen und Münzen ist von größerem Umfange, als man ursprünglich glaubte. Der reelle Werth der entwendeten Gegenstände ist auf 6000 Thlr., und der ideelle auf 18,000 Thlr. bestimmt worden. Nunmehr, seit vorgestern Abend, ist auch der Inspector des gedachten Museums, auf welchen hoher und vielfacher Verdacht fiel, ins Gefängniß abgeführt, der Diener des Museums dagegen, wie man hört, daraus wieder entlassen worden. Ueber die Entdeckung des Diebstahls erfährt man Folgendes: Der Director des Museums, Director Rudl, ein Bruder des Oberbaudirectors, soll kürzlich den Entschluß gefaßt haben, eine Revision der Naturalien und Kunstschätze des Museums vorzunehmen, was längere Zeit nicht geschehen sein möchte, und diese Absicht dem ihm untergebenen Inspector desselben eröffnet haben, worauf dieser eingegangen. Bei der vorzunehmenden Revision habe sich jedoch der Schlüssel zum Münzcabinete nicht vorgefunden. Da weder der Director noch der Inspector den Schlüssel, welcher sich gewöhnlich und regelmäßig im Zimmer des ersteren in einer Schublade des Tisches befand, besaß, so gab dieser auffallende Umstand die erste Veranlassung, den Museumsdiener, einen frühern zuverlässigen Lakaien bei Ihrer Erlaucht der Gräfin von Schaumburg, zu verrufen, da es sich nach nunmehr aufgebrochener Thüre zum Münzcabinete herausstellte, daß eine Menge werthvoller Medaillen und Münzen daraus fehlte. Gleichzeitig wurde der verübte Diebstahl in der hiesigen Zeitung öffentlich bekannt gemacht, wodurch sich ein hiesiger Juwelier, um nicht den Verdacht der Mitwissenschaft und Hehlerschaft auf sich zu ziehen, veranlaßt fand, bei der Behörde die Anzeige zu machen, daß der mehrgedachte Museumsinspector ihm zu wiederholtenmalen geschmolzenes Gold, das zweitemal angeblich zum Preise von 80 Thalern, gleichsam in höherem Auftrage, zum Verkauf angeboten und beziehungsweise verkauft habe. Diese und noch zwei andere Anzeigen, worunter auch die, daß der Museumsinspector kürzlich bei einem hiesigen Materialisten Schmelztiegel gekauft habe, zog die Verhaftung des ersteren herbei. Ein Theil der verbrachten Gegenstände, im Betrage von angeblich 5000 Thaler, ist heute Morgen im Zweibrenthurm, worin das Münzcabinet befindlich, versteckt, jedoch in völlig zerschlagenem Zustande, wieder aufgefunden worden, und soll der Angeschuldigte den Diebstahl bereits eingestanden haben. Der Angeklagte, welcher Familienvater von zwei Kindern ist, bezog einen Gehalt von 400 Thaler vom Museum und 200 Thaler für den Unterricht im Zeichnen der Kinder des Kurfürsten, und gibt man als muthmaßliches Motiv der That das Spiel an, welchem der Inspector nachgehangen haben soll, was wir jedoch nicht verbürgen wollen. — Am vorigen Sonntag wurde hier auf der Wachtparade ein allerhöchster Armeebefehl verlesen, wodurch ein Generalmajor zum Generallieutenant, vier Oberstlieutenante zu Obersten, zwei Majore zu Oberstlieutenanten, ein Hauptmann zum Major, fünf Premierlieutenante zu Hauptmännern und vier Secondlieutenante zu Premierlieutenanten ernannt worden sind. Die Stelle eines Divisionärs hat sich Se. königl. Hoh. der Kurfürst selbst vorbehalten.

△ **Hanau**, 24. Nov. Der dem Vorstand der weiterauischen Gesellschaft zugegangene Ministerialbeschluß gibt denselben davon Kenntniß, daß die Zahlung der verwilligten Jahressumme von 400 fl. eingestellt sei. Ein Grund ist nicht angegeben. Die Gesellschaft hofft nach der Fassung der Verfügung, daß die Verwilligung nicht zurückgezogen, sondern nur suspendirt sei. Von den hiesigen Mitgliedern ist ein Bittgesuch um Zurücknahme des Beschlusses eingereicht worden. Das im Gymnasium eingeräumte Local wird der Gesellschaft vorerst verbleiben. — Rödiger (der, wie Sie aus meiner gestrigen Nachricht entnommen haben werden, nicht verhaftet wurde) beabsichtigt zunächst eine Eingabe an das Ministerium, welches nur die Schließung des Schulinstituts verfügt hat, während von der Regierung auch die Auflösung der Pensionsanstalt angeordnet worden ist, um Aufhebung der letztern Maßregel. Die Eltern der Schulkinder werden um Erhaltung der Lehranstalt, wenigstens unter anderer Leitung, petitioniren.

± **Darmstadt**, 24. Nov. Heute kam die zweite Kammer zum Schluß ihrer Berathung des weitern Berichts des Finanzausschusses, wegen des Budgets. Das Ergebniß der Abstimmung besteht darin, daß die Kammer theils bei ihren frühern Beschlüssen beharrte, theils einzelne abweichende Beschlüsse der ersten Kammer annahm, so daß, da in erster Beziehung diese nachgeben dürfte, alsdann ein Einverständniß erzielt werden wird und eine gemeinschaftliche Adresse erlassen werden kann. So ist nun der Anfang vom Ende des Landtags herangekommen. Beide Kammern haben sich hauptsächlich nur noch mit einigen neulich eingebrachten Gesetzentwürfen zu beschäftigen. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer sank sich der Kriegsminister, Frhr. v. Schäffer-Bernstein, mit seinen übrigen Regierungscommissären ein, um der Kammer nahezulegen, daß er sich bei den Beschlüssen der zweiten Kammer hinsichtlich des Militärbudgets, welche auf Ersparungen abzielten, nicht beruhigen könne, weil von vorn herein nur das Nothwendige gefordert worden sei, und den Wunsch aussprechen, daß die auf unbeschränkte Verwilligung gebenden Beschlüsse der ersten Kammer adoptirt würden. Die Kammer zeigte sich aber nur theilweise willfährig. In andern Zweigen wurde namentlich die Erhöhung der jährlichen Dotation der Hochschule auf 70,000 fl. zugegeben. Die Anforderung für Vermehrung der Grundarmerie ward verworfen. In Bezug auf den Gehalt der Volksschullehrer hat die erste Kammer nur den Budgetansatz von 28,463 fl. und die von der Regierung weiter zur Aufbesserung der Lehrergehalte bis zu 2000 fl. geforderten 13,000 fl. verwilligt, während sie dem Beschluß der zweiten Kammer, weitere 12,324 fl. für Aufbesserung der Lehrergehalte bis zu 225 fl. für alle Lehrer zu bewilligen, nicht beitrat, vielmehr beschloß, jene Summe der Staatsregierung zur Verfügung zu stellen, um damit ältern Lehrern, welche ein Ein-

kommen von weniger als 300 fl. beziehen, zu Hilfe zu kommen. Nach einer längern Berathung, wobei der Finanzregierungscommissär, Ministerialrath Werner, diesen Beschluß der ersten Kammer aus dem Gesichtspunkte in Betracht zog, daß in erster Linie die Gemeinde den Lehrer zu besolden habe, der Staat nur subventionire, ward der Beschluß der ersten Kammer adoptirt. Die nächste Sitzung der Kammer ist übermorgen.

Frankreich.

* **Paris**, 22. Nov. Seit gestern gewinnt das Gerücht starke Verbreitung, der Papst habe Rex abgelehnt, zur Salbung des neuen Kaisers nach Paris zu kommen, es sei denn, daß der katholischen Kirche einige außerordentliche Zugeständnisse gemacht würden; nur in dem letztern Fall könne sich sein Gewissen zu einem solchen Schritt verstehen. Unter andern soll Pius IX. verlangen, daß der katholische Glaube zur Staatsreligion in Frankreich erklärt werde. Das ganze Gerücht ist grundlos. Seit General v. Cette Rom besucht hat, um sich zu vergewissern, ob der Papst im Fall der Wiederherstellung des Kaiserreichs nach Paris zu kommen geneigt sei, um die Salbung und Krönung zu vollziehen, und die Antwort Pio Nono's von mir in diesen Blättern mitgetheilt wurde, sind weitere Unterhandlungen über diesen Gegenstand nicht gepflogen worden. — Ich höre, daß der Handel zwischen Mires und dem „Constitutionnel" am vorigen Freitag beinahe wieder rückgängig geworden wäre, da der Käufer zur Bedingung gemacht hatte, daß vor der Auszahlung der Kaufsumme die zwei Verwarnungen des „Constitutionnel", durch welche diesem Blatt das Messer an den Hals gesetzt ist, zurückgenommen würden. Diesem Verlang n des Herrn Mires konnte die Regierung nicht willfahren; er soll aber die Versicherung erhalten haben, bei der Proclamation des Kaiserreichs werde eine Amnestie für alle Preßvergehen ausgesprochen und dadurch nothwendig auch jegliche Verwarnung zurückgenommen werden. Daraufhin ist denn der Kauf wirklich abgeschlossen worden.

Großbritannien.

‖ **London**, 22. Nov. Der „Morning Herald" berichtet, vorgestern sei dem Grafen v. Malmesbury, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, eine die Thronfolge in Griechenland betreffende sehr wichtige Uebereinkunft zwischen England, Frankreich, Rußland, Bayern und Griechenland unterzeichnet worden, welche bezwecke, die griechische Verfassung mit dem Vertrag von 1832 in Einklang zu bringen, der die Unabhängigkeit der griechischen Monarchie mit einem katholischen Fürsten aus dem Hause Bayern unter die Garantie der drei Großmächte stelle. — Gestern wurden in fast allen Kirchen der Hauptstadt dem verstorbenen Herzog von Wellington Gedächtnißreden gehalten. — Die vom „Moniteur" angekündigte Retraction der französischen Armee ist der „Times" nichts weniger als eine für die Gerüchte des Weltfriedens auerechende Verminderung der Streitkräfte Frankreichs. Dazu hätte es einer Herabsetzung der Cadres bedurft. Durch Entlassung von 30,000 waffengeübten Soldaten, die man jeden Augenblick wieder einberufen könne, werde wohl Geld gespart, aber das Heer nicht vermindert. Ueberdies hatte Ludwig Napoleon unter dem Namen von Gendarmerie andere Corps, in denen er eine dauerhaftere und wahrscheinlich bessere Mannschaft besitzen werde als in einer gleichen Anzahl Linientruppen, weil sie länger im Dienst bleiben. Die Gendarmerie zähle bereits 25,000 Mann, und wahrscheinlich würden aus ihnen die Garden- und Gutenregimenter hervorgehen.

Türkei.

„Constitutionnel" und „Debats" haben Nachrichten aus **Konstantinopel** bis zum 6. November. Das Dampfboot hatte erst an diesem Tage, statt am 5., gewannte Datei verlassen, weil der französische Gesandte noch das Resultat seiner Conferenzen mit dem Divan über die Internirung Abdel-Kaders in Brussa nach Frankreich melden wollte. Die türkische Regierung will nämlich immer noch vorans alle Bedingungen feststellen, unter welchen sie den Aufenthalt des Emirs in ihre Staaten gestattet. Näheres über diese Bedingungen enthalten diese Briefe nicht.

Die Frage der heiligen Orte ist wieder in eine neue Phase getreten. Der Kaiser von Rußland hat nämlich dem griechischen Patriarchen von Jerusalem den Befehl ertheilt, sofort von dort abzureisen, wenn in und etwas an dem bestigen Stand der Dinge geändert würde. Da nun die türkische Regierung die Vollziehung des mit Frankreich abgeschlossenen Vertrags befohlen hatte, so erwartet man jeden Augenblick die Abreise des Patriarchen.

Neueste Nachrichten.

* **Paris**, 23. Nov. Die Nationalabstimmung über das Kaiserthum ist zu Ende, und die diesigen Blätter wimmeln heute von Ziffern über die Stimmergebnisse nebst beigefügten vergleichenden Zusammenstellungen über die jetzige und die frühere Abstimmung. Die interessantesie darunter ist die der Pariser Kaiserabstimmung verglichen mit den Abstimmungen der Hauptstadt am 10. Dec. der 1848 und am 20. Dezember 1851, wie sie hier folgt:

	Stimmber.	Ntg. Et.	Für L. Napoleon.	Gegen L. Napole
1848:	310,288	215,158	134,570	113,585
1851:	291,795	216,603	132,981	80,690
1852:	221,916	188,733	137,382	44,482

Was bei diesen Ziffern zunächst ins Auge fällt, ist die Verrung der Stimmen zu Gunsten Ludwig Napoleons seit dem Dezember 1851 um etwa 4 Procent, während doch die Stimrechtigten seit jener Zeit bedeutend (um beinahe 70,000) zugenschmolzen sind. Diese Verminderung der Zahl der eingeschriebenen Wähler ist die zweite merkwürdige Thatsache, deren Erklärung in der schärfern Controle bei der Anfertigung der Listen gesuchen muß. Vergleicht man die Ziffern der einzelnen Stadtviertel von Paris, so muß man gestehen, daß durchaus kein erheblicher Unterschied zu bemerken ist, der dem mehr oder weniger reaktionären, orleanistischen und legitimistischen Geist der Einwohnerschaft entspräche; überall haben ungefähr ein Sechstel der eingeschriebenen Wähler nicht mitgestimmt und ungefähr ein Fünftel haben Nein gesagt. Die alleinige Ausnahme macht die fünfte Stadtviertel, wo von 29,498 Stimmberechtigten 12,[illegible] nicht mitgestimmt und 4443 mit Nein gestimmt haben. Die Stadtviertel, von einem zahlreichen Proletariat bewohnt, haben allein dem revolutionären Losungswort: Nicht gestimmt! sich Folge geleistet. In dem von der frühern Aristokratie bewohnten 1. und 10. Stadtviertel ist die Zahl der nicht abgegebenen Stimmen keineswegs auffallend groß, was allerdings hauptsächlich daher kommen mag, daß unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts, wo jeder bloß Eins gilt, die ganze Aristokratie der Stadte St. Honore und St. Germain zusammengenommen, [illegible] die Meinung einer Straße der St. Antoniusvorstadt, oder [illegible] kleinen Provinzialstädtchens aufwiegt. Die Landgemeinden [illegible] mit der Stadt Paris zusammen das Seinedepartement bilden, [illegible] Bezirke Sceaux und St. Denis haben das allgemeine Ergebniß der Abstimmung noch besser gefunden, als dem „Moniteur" zufolge für das gesammte Seinedepartement folgendes ist: Eingeschrieben 315,501; abgegebene Stimmen 270,710; Ja 205,[illegible] Nein 53,617; wobei augenscheinlich die ungiltigen Stimmzettel berücksichtigt geblieben sind.

Die Berichte der Präfecten aus den Departementen lassen erfreulich schon zum voraus als allgemeine Thatsache erkennen, daß die Zahl der Nichtstimmenden, sowie die der Nein gegen die der Ja verschwinden wird. Die stärkste Enthaltung zeigt bis jetzt die Stadt Orleans, da dort von 10,307 eingeschriebenen Wählern bloß 6 ihre Zettel abgegeben haben. Auf dem Land gibt es dagegen eine Menge Gemeinden aufzuzählen, die das Plebiscitum über Kaiserthum einstimmig angenommen haben. Dabei herrscht ganz Frankreich am 21. und 22. d. M. ein abscheuliches Wetter. Trotzdem behaupten die telegraphischen Depeschen, daß die Abstimmung dadurch nicht weiter gehemmt worden ist.

Wenn nicht Resultate, die noch nachträglich verkündet werden, bis jetzt bekannte Verhältniß der Abstimmung ändern, so kann die Regierung auf eine noch größere Anzahl Stimmen, als am 20. Dezember rechnen, da sich an der Abstimmung bei weitem mehr Wähler betheiligt haben, als man anfangs erwartete. Die Ordnungsfreunde haben freilich auch bis zum letzten Augenblick den größten Eifer zur Herstellung einer Stimmensumme entwickelt, welche die vom 20. Dezember übertreten würde. Am 25. d. M. versammelt sich der gesetzgebende Körper und wird dem Kaiserthum die letzte Sanction geben. Gleich darauf wird der Senat die für nöthig erachteten Abänderungen an der Landesverfassung vornehmen und die Civilliste des neuen Kaisers feststellen, die 30 Millionen jährlich betragen soll, wovon jedoch 6 Millionen zu Ersparungen für die Mitglieder der kaiserlichen Familie bestimmt sind. Der Tag der Proclamation des Kaiserthums ist noch nicht festgesetzt; es ist jedoch wahrscheinlich, daß dasselbe am 10. Dezember stattfinden wird. Wenn sich das Gerücht bestätigen würde, daß Escadrille von Toulon Befehl erhalten habe, sich nach Civitavecchia zu begeben, um den Papst abzuholen, so würde die Krönung eher als im nächsten Frühjahr stattfinden.

Abdel-Kader hat einen neuen Beweis seiner Erkenntlichkeit und Anhänglichkeit an Ludwig Napoleon gegeben, indem er begeisterten französischen Bürger an der Abstimmung Theil zu nehmen. Er schrieb zu diesem Behuf einen Brief an den Maire von Amboise. Der Maire hat gezaubt, diesen Wunsch nachgehen zu können, und empfing seine Stimme, sowie die seiner Offiziere, in besondern Urne.

In den Arsenalen der französischen Marine herrscht die größte Thätigkeit. Auf allen Werften werden Kiele zu neuen Schraubendampfschiffen gelegt.

Straßburg, 23. Nov. Das vollständige Ergebniß der Abstimmung unseres Departements liegt vor uns. Es haben sich 114,543 Wähler zu Gunsten des Kaiserthums und Ludwig Napoleons ausgesprochen, während nur 3811 Stimmen das Plebiscit mit Nein beantworteten. — Das Decret bezüglich der Herabsetzung der Brückenzollgebühren am Rhein bei Kehl ist heute veröffentlicht worden und hat bei den vielen Freunden des Nachbarstädtchens Freude erregt. Glücklicherweise haben auch die Mauthvexationen bedeutend nachgelassen. Es wird nicht mehr so stark auf ein Päckchen Tabak und ein Dutzend deutscher Cigarren Jagd gemacht, wie früher. (K. Z.)

‖ **London**, 22. Nov., Abends. Die Sitzung des Hauses der Gemeinen dauert in diesem Augenblick noch fort; die Motion von Villiers ist noch nicht an die Reihe gekommen. Sir J. Walmsley hat im Namen seines heute abwesenden Freundes Hume dessen bereits genehmigten Antrag auf den „call of the house" zurückgezogen. Der „Morning Advertiser" erzählt, es seien in den politischen Kreisen Londons Wetten dafür und dagegen abgeschlossen worden, daß Villiers Motion eine Majorität von mehr als 25 Stimmen haben werde. Auf die nahe Auflösung des Cabinets sei man gefaßt; Lord Derby wolle unter keiner Bedingung Premierminister bleiben, wenn nicht Villiers Motion mit wenigstens 10 Stimmen Majorität verworfen werde. Man habe schon eine neue Ministerliste bereit; Lord Lansdowne habe den Vorstellungen seiner Freunde nachgegeben und sich bereit erklärt, seinen Namen an die Spitze einer neuen Combination zu stellen; unter ihm als Premier würden die übrigen Aemter und Portefeuilles übernehmen: Lord Cranworth, Sir James Graham, Lord John Russell, Lord Panmure, Lord Palmerston, Lord Clarendon, Gladstone, Sir Charles Wood, Viscount Canning, Richard Cobden, Sir George Grey, Marquis v. Clanricarde, Sir W. Walesworth, Sydney Herbert, Graf Granville, Herzog v. Newcastle ꝛc. — Graf Malmesbury, der Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten, hat am Samstag den Offizieren von Spanien, Portugal, Rußland, Preußen, den Niederlanden, Hannover und Braunschweig, welche bei der Leichenfeier des Herzogs v. Wellington ihre Regierungen vertraten, ein großes diplomatisches Bankett gegeben. Heute veranstaltet auch Lord Hardinge ein solches; ebenso nächsten Samstag der Graf Derby, zu dessen Festlichkeit auch der französische Gesandte, Graf Walewski, eine Einladung erhalten hat.

Börsenberichte.

Paris, 23. Nov. $4^{1}/_{2}$pCt. Rente 106, 90. —. — 3pCt. 84, 60. — Neapol. 107. — 5pCt. Neue Oesterr. $98^{1}/_{2}$, $^{5}/_{8}$. — Span. neue Diff. 25. — Neue 3pCt. $50^{3}/_{4}$. — Innere Schuld 46. — Passive 5. — Bankactien 2980. — Piemont 5pCt. 100, 50. — Römisches Anlehen Juni 1850 $100^{1}/_{2}$. — do. 1850 —. — St. Germain-Eisenbahn —. — Versailles, linkes Ufer 375. — Straßburg-Basel 380. — Nordbahn 887, 50. — Paris-Straßburg 860.

In Folge des günstigen Resultats der Abstimmung waren die Course anfangs sehr fest und zogen an, wurden aber später durch große Verkäufe auf Rechnung einiger Speculanten wieder gedrückt.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 24. Nov. $4^{1}/_{2}$pCt. Rente 106, 90. — 3pCt. do. 84, 30. — Piemont 100, 50. — 3pCt. Span. 46. — 1pCt. do. 25. (Synd.)

London, 24. Nov. 3pCt. Stocks $101^{3}/_{8}$. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. $25^{1}/_{8}$. — 5pCt. Hambro $99^{5}/_{8}$. (Synd.)

Antwerpen, 24. Nov. 5pCt. Belgische $100^{1}/_{8}$. — $2^{1}/_{2}$pCt. do. $57^{7}/_{16}$. — 3pCt. Span. $45^{5}/_{8}$. — 1pCt. do. $24^{7}/_{16}$. (Synd.)

Madrid, 19. Nov. Feiertag.

Amsterdam, 24. Nov. $2^{1}/_{2}$pCt. Integr. $63^{15}/_{16}$. — 4pCt. Certific. $95^{3}/_{16}$. — $3^{1}/_{2}$pCt. Synd. —. — 4pCt. Ruff. bei Hope $91^{9}/_{16}$. — 4pCt. Ruff. bei Stieglitz —. — 3pCt. Spanische inl. $45^{3}/_{8}$. — 1pCt. do. Neue $24^{3}/_{4}$. — 5pCt. Silber-Metall. $90^{7}/_{8}$. — 5pCt. Metall. $77^{5}/_{8}$. — $2^{1}/_{2}$pCt. do. 40. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sallier. Dr. J. V. Kutschett.

Erklärung

des großh. hessischen Staatsraths a. D. und fürstl. lichtensteinschen Bundestagsgesandten **Dr. J. T. B. v. Linde**.

(Schluß.)

An einer andern Stelle (S. 67) hatte ich bemerkt, daß es mir unbekannt, aber auch zu erforschen unerheblich, weil für die jetzige Gleichberechtigung des katholischen Religionscultus ganz gleichgiltig sei, ob auf dem Landtag zu Sternberg 1550 beschlossen worden, die römisch-katholische Religionsübung in Mecklenburg nicht zu gestatten; sodann habe ich S. 73 gesagt: „Da nach dem früher Ausgeführten die völlige Gleichberechtigung des katholischen Religionscultus mit dem lutherischen schon durch die Eintrittsacte zum Rheinbunde staatsgrundgesetzlich feststand und durch großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Verordnungen zu allem Ueberfluß noch ausdrücklich und wiederholt, auch selbst von der Ritter- und Landschaft anerkannt und ausgeführt worden ist; da ferner die deutsche Bundesacte denselben Grundsatz der Gleichberechtigung der christlichen Religionsparteien bundesgrundgesetzlich sanctionirt hat und der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin noch in einem Erlaß des Gesammtministeriums vom 8. December 1851 auf das ausdrücklichste und bestimmteste ausgesprochen und schriftlich der Ritter- und Landschaft erklärt hat: so ist kaum zu begreifen, wie das Gegentheil von allen diesen vor den Augen der ganzen Welt offen liegenden Thatsachen in dem Ministerialschreiben an den Kammerherrn v. d. Kettenburg unterstellt, jene Thatsachen ignorirt und aus ihrem Nichtdasein Folgerungen abgeleitet werden konnten, und wie daneben die Behauptung auszusprechen war: „„diese rechtlichen Grundsätze sind seit jener Zeit (nämlich seit 1550 und 1648) stets gleichmäßig befolgt worden."" Ob das bis zum Jahr 1648 und von da bis 1808 der Fall gewesen, darauf kommt nichts weiter an; seit 1808 ist es aber der Fall nicht gewesen und durfte es rechtlich nicht sein, insbesondere war eine besondere landesherrliche Erlaubniß zur Ausübung des römisch-katholischen Gottesdienstes nicht weiter nöthig, als eine solche Erlaubniß auch zum lutherischen Gottesdienst nöthig gewesen wäre." Grenzt es bei der Vorlage solcher klaren Darstellungen nun nicht an das Fabelhafte, wenn der Anonymus mir nachsagt, ich hätte selbst anerkannt, daß das Verfahren der mecklenburgischen Regierung den auf dem westfälischen Frieden beruhenden Gesetzen vollkommen entspreche, und „nur aus dem einen Grunde behaupte ich die gänzliche Umgestaltung des frühern Rechtszustandes, daß nämlich in der Rheinbundsacte die Gleichstellung der Katholiken mit den Lutheranern verheißen sei". Auf diese Verheißung werde ich später noch einmal zurückkommen, und will vorher noch eine Stelle aus meiner Schrift *) mittheilen, um klarer zu machen, in welcher Weise ich nur aus dem einen Grunde, der Rheinbundsacte nämlich, die Gleichberechtigung der katholischen Religionspartei mit der lutherischen behauptet habe, während der Inhalt meiner Schrift den augenscheinlichen Beweis liefert, daß ich noch mehrere ebenso entscheidende Gründe dafür ausführlich nachgewiesen habe. Es heißt S. 53: „Wenn im Großherzogthum Mecklenburg niemals ein anderer Act der Gesetzgebung für die Begründung und Feststellung der völligen Gleichberechtigung des katholischen Cultus und der Katholiken mit dem protestantischen Cultus und den Protestanten erfolgte, als der, welcher in jenem Accessionsacte vom 22. März 1808, dessen Sanction, Publication und Promulgation, lag, wozu der Ritter- und Landschaft gegenüber sofort noch kam, daß dieser der Act selbst mitgetheilt und die Gründe eröffnet wurden, aus welchen der Herzog sich veranlaßt gefunden, die durch den Beitritt zum Rheinbunde erforderlichen Aenderungen in dem bis dahin in Mecklenburg bestandenen Rechtszustande vorzunehmen: so stand dadurch allein schon die volle Gleichberechtigung und Gleichstellung des katholischen Religionscultus und der katholischen Unterthanen mit dem lutherischen Religionscultus und den lutherischen Unterthanen für immer, so daß keiner Bevorzugung irgend einer Art für die Zukunft Raum gelassen war, staatsgrundgesetzlich und unverbrüchlich fest. Und da der Herzog bei der Mittheilung an die Ritter- und Landschaft dieser noch ausdrücklich erklärte: daß er die bisher bestandenen Landesgrundverträge nur insoweit beachtet wissen wolle, als selbige mit seinen Souveränetätsrechten und seinen Beziehungen zum Rheinbunde vereinbarlich seien; Ritter- und Landschaft darauf auch feierlich erklärten, daß es zu ihren heiligsten Pflichten gehöre, Alles dafür beizutragen, daß die durch den Beitritt zum Rheinbunde entstandenen Verpflichtungen nach dem Zwecke des Bundes und nach der Absicht des großen Beschützers desselben erfüllet werden; und da es eine ausgemachte Wahrheit ist, daß man bei Errichtung des Rheinbundes die in Deutschland bis dahin bestandenen reichs- und landesgesetzlichen Beschränkungen der Ausübung des katholischen Religionscultus, sowie der bürgerlichen und politischen Rechte durch die katholischen Unterthanen in den protestantischen Ländern für unvereinbarlich hielt mit den Grundsätzen, auf welche der Rheinbund gebaut war („Les lois et actes qui determinaient les droits réciproques des divers cultes établis en Allemagne ayant été abolis par le fait de la dissolution de l'ancien corps germanique et n'etant pas d'ailleurs *compatibles* avec les principes sur lesquels la confédération à été formée....."); deßhalb also auch die Beziehungen der Rheinbundesfürsten zum Rheinbund es nicht zuließen, daß der katholische Religionscultus und die katholischen Unterthanen anders als der lutherische Religionscultus und die lutherischen Unterthanen behandelt werden; und da es also Zweck des Bundes war, alle Verschiedenheit in dieser Beziehung zu beseitigen, und an deren Stelle völlige Gleichberechtigung zu setzen; und da es die bestimmt ausgesprochene Absicht Napoleons, des Beschützers des Bundes war, durch die Accessionsurkunden die bezweckte Gleichheit und Freiheit der katholischen Religionsübung staatsgrundgesetzlich zu sichern: so konnten Landesherr und Ritter- und Landschaft später auch nicht einmal behaupten, daß sie den Inhalt und Umfang der der katholischen Religionsübung und den Katholiken grundgesetzlich eingeräumten und garantirten Berechtigungen nicht vollständig erwogen oder übersehen hätten."

*) Ich theile einzelne Stellen ausführlich mit, weil die Schrift von mir für den Buchhandel nur in der in Gießen erscheinenden Zeitschrift abgedruckt ist, und nur wenige besondere Abdrücke existiren.

[2633] Soeben erschien bei F. A. Brockhaus in Leipzig und ist in allen Buchhandlungen zu erhalten, in Frankfurt a. M. in der C. Jügel'schen Buchhandlung:

Demiurgos.

Ein Mysterium.

Erster Theil.

8. Geh. fl. 4. 12 kr.

Diese großartig angelegte und bei ungewöhnlicher Tiefe dennoch mit durchsichtiger Klarheit ausgeführte Dichtung eines in der Literatur wie in der politischen Welt nicht unbekannten Autors, wird nicht verfehlen, in den weitesten Kreisen Aufsehen zu erregen. Zur Bezeichnung der Gattung sind als ihre nächsten Verwandten das Buch Hiob und die Komödien des Aristophanes, die „Divina commedia", Dante's und Goethe's „Faust" zu nennen. Sie bekämpft, bald mit schneidendem Ernst, bald mit humoristischer Satire, den Idealismus der Gegenwart in seinen Auswüchsen, zumal die sentimentale Weichlichkeit, die sich für Humanität ausgibt. Zugleich aber erhebt sie sich als ahnungsvolle Prophetie zu einer Verklärung und Erneuerung der uralten ewigen Ideale und versucht, als eine moderne Theodicee, in der erkannten und eroberten Welt auch den heiligen Bildern den gebührenden Platz wieder zu erringen, in denen die Vorzeit ahnte, was wie begreifen.

[2661] Bei G. W. Niemeyer in Hamburg ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen, in *Frankfurt a. M.* in der *Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung*, zu haben:

Der bewährte Arzt für Unterleibskranke.

Guter Rath und sichere Hülfe für Alle, welche an Magenschwäche, schlechter Verdauung und den daraus entspringenden Uebeln, als Magendrücken, Magenkrampf, Verschleimung, Magensäure, Uebelkeiten, Erbrechen, Aufstoßen, Sodbrennen, Appetitlosigkeit, hartem und aufgetriebenem Leibe, Blähungen, Herzklopfen, kurzem Athem, Seitenstechen, Rückenschmerzen, Beklemmung, Schlaflosigkeit, Kopfweh, Blut-Andrang nach dem Kopfe, Schwindel, vielen Arten von Augenkrankheiten, periodischen Krämpfen, Hypochondrie, Hämorrhoiden u. s. w. leiden. Nach bewährten Ansichten und practischen Erfahrungen von Dr. E. Fränckel. — 8. geh. Neueste Auflage. 27 kr.

[2663] **Edictalladung.**

Forderungen und Ansprüche jeder Art an das Vermögen des Konrad Lehr von Reiskirchen, gegen welchen der förmliche Concursproceß erkannt worden ist, sind im Termine

Freitag den 14. Januar 1853,
Vormittags 10 Uhr,

bei Vermeidung des ohne besonderes Präclusivdecret erfolgenden Ausschlusses von der Masse dahier anzuzeigen und zu begründen.

Gießen, am 9. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Heyer.

[2417] **Oeffentliche Aufforderung.**

Ein Theil des Nachlasses der am 25. Januar 1824 verstorbenen Johannes Hof's Ehefrau von Butzbach, Sybilla geborne Becker, ist seither noch curatorisch verwaltet worden, soll aber jetzt an die Erben ausgeliefert werden. Zu diesen Erben gehören zwei Schwester-Söhne, Johann Heinrich Haas, geboren im Jahr 1800, und Georg Heinrich Haas, geboren zu Oberrosbach im Jahr 1806, sind aber seit längeren Jahren unbekannt wo abwesend. Auf Anstehen ihrer Miterben werden daher Johann Heinrich Haas und Georg Heinrich Haas oder wer sonst noch Ansprüche an oben bezeichneten Nachlaß zu haben glaubt, hierdurch aufgefordert, diese Ansprüche

dinnen einer Frist von 60 Tagen

bei dem unterzeichneten Gerichte so gewiß geltend zu machen, als sie sonst keine Berücksichtigung finden können und der Nachlaß den angetretenen Erben ohne weitere Caution ausgehändigt werden wird.

Butzbach, den 16. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Ebel.

[2524] **Verfügung**
in Sachen
des Handelsmannes Löb Blumenstiel aus Mennsbach, Klägers
gegen
den Handelsmann Hirsch Walach daselbst, Beklagten
wegen Forderung.

Auf nachstehende vom Kläger erhobene Klage nebst Nachtrag vom heutigen Tage:

„Am 1. Februar 1848 verkaufte und überlieferte ich dem Verklagten sieben Centner Wolle (7 Centner) den Centner für 30 Thaler (dreißig Thaler) übereinkünftlichen Kaufpreis und ist mir derselbe hierfür im Ganzen 210 Thaler (zweihundert und zehn Thaler) schuldig geworden.

Der Verklagte machte sich mir gegenüber bei dem Abschlusse des Handels verbindlich, den libellirten Kaufschilling den 1. Mai 1848 an mich zu bezahlen, dies ist aber bis jetzt noch nicht geschehen.

Ausweislich der sub Lit. A. anliegenden Bescheinigung des Ortsbürgermeisters zu Mennsbach, hat sich der Verklagte im Jahre 1848 mit seiner ganzen Familie heimlich von Mennsbach entfernt und ist allgemeinen Gerüchten zu Folge nach Amerika ausgewandert, sein gegenwärtiger Aufenthaltsort ist jedoch bis jetzt noch nicht bekannt geworden.

Da ich nun auf gütlichem Wege nicht zu meiner Bezahlung gelangen kann, so sehe ich mich zur Klage genöthigt und richte an Kurfürstliches Justizamt die gehorsamste Bitte:

den Verklagten, nach vorheriger Edictalladung, für schuldig zu erkennen und denselben anzuweisen, die libellirten 210 Thlr. nebst Zinsen des Verzugs hiervon zu 5pCt. seit 1. Mai 1849 binnen kurzer Frist an mich zu bezahlen und denselben in die Kosten dieses Verfahrens zu verurtheilen.

Proceßvollmacht überreiche ich sub Lit. B. und Vollmacht für meinen Insinuationsmandatar sub Lit. C.

Hierüber 2c.

Kurfürstlichen Justizamtes
gehorsamster

c. h. l. Kläger in rubro.

Metschan.

Kläger erklärt mit Bezug auf seine am 29/10. 52 überreichte Klage:

Beweis trete ich sofort an, indem ich dem Kläger über sämmtliche in der Klage behaupteten Facten den Schiedseid antrage, gerichtet auf die Negative sämmtlicher behaupteter Facten. Ich bitte gehorsamst:

nunmehr weiter zu verfügen w. R.
gez. Metschan.

wird Termin auf

den 19. Januar k. Jahrs,
Vormittags 10 Uhr,

bestimmt, in welchem sich der Verklagte auf die Klage nebst Beweismittel bei Meidung des Ausschlusses und Eingeständnisses, bezw. der Eidesweigerung zu erklären und über etwaige Einreden bei Meidung eventueller Beweisfälligkeit alsbald Beweis anzutreten hat.

Zugleich dient dem Beklagten zur Nachricht, daß Verfügungen und Bescheide in dieser Sache für die Folge nur an die schwarze Tafel statt Insinuation an ihn angeheftet werden sollen.

Eiterfeld, am 31. October 1852.

Kurfürstliches Justizamt das.
v. Schlereth.
vdt. Heller.

Cours der Staats-Papiere. 25. November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.i.S.b.Roths)	94½ P.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34¼ P. ⅛ bez. 34 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	94½ P.	»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	46¾ P. ½ bez.
»	5% do.v.J.1852 L.at21	95 P. 94¾ G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	101¾ P.
»	5% L. V. (C.b.Roths)	89 bez. 88⅞ G.	»	4% ditto b.Rothsch.	98⅝ P.
»	5% do.Monte C.i.S.i.M	84¼ P.	»	3½% ditto b.Rothsch.	91¾ G.
»	Bank-Actien . . .	1375 P.	»	fl. 50 Loose . . .	90¾ P. ½ G.
»	5% Metalliq. Oblig.	80⅜ bez.	»	fl. 25 Loose . . .	31¾ P. ½ G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	80¾ P.	Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103¼ P.
»	5% ditto 1852	80½ P.	»	4% ditto	99¼ P.
»	4½% ditto	71⅞, ⅝, ½ bez u. G.	»	3½% ditto	91¼ P. 91 G.
»	4% ditto	64 P.	»	fl. 25 Loose . . .	28⅞ P. ⅝ G.
»	3% ditto	48 P.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	94½ P. ⅛ G.
»	2½% ditto	40¾ G.	»	3½% » v. 1846	94 P. 93⅝ G.
»	1% ditto	16⅛ P.	»	3% » . . .	85⅝ P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	118¾ G.	»	Taunusbahnact. .	303 P. 301 G.
»	fl. 500 » ditto	191½ G.	Russland	4½% Obl. b. Baring	102¼ P.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	80⅜ P.	»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	92½ P.
»	4% » » »	71 P.	»	4% » b.Stieglitz »	91¼ G.
Preussen .	3½% Staatsschulds.	93½ G.	Polen . .	4% Oblig. do fl. 500	91½ G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	114 G.	Spanien	3% Inl. Sch. P. fl. 2.30	45¼ P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101¾ P.	»	1% Neue » »	24⅝, 9/16 bez. u. G.
»	4½% ditto	100⅞ P. ⅝ G.	Holland .	4% Certificate . .	95¼ G.
»	4% ditto	96½ G.	»	3½% Syndicats .	94½ P. 94 G.
»	4% Ablös.-Rente .	96¾ P.	»	2½% Integrale .	63¾ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	92⅛ P.	Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 12 b.R.	99¼ P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	99, ⅛, ¼ bez. ⅛ G.	»	4½% Obl. in F. à 28 kr.	100 P. 99¾ G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103 bez. u. G.	»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	94½ G.
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	102 P. 101⅞ bez. ¾ G.	»	2½% Obl. b.Rothsch.	57⅜ G.
»	3½% ditto	90½ P. ⅜ bez.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	99 P.
Baden . .	5% Obligationen . .	102¾ G.	»	5% Obl. b. Hambro	96⅛ P. 95⅞ G.
»	4½% Obligationen	102¾ G.	»	Sardinische Loose .	42 P.
»	3½% v. 1842 . . .	91 P. 90¾ G.	Toscana	5% Obl. 1850 (C.b.Golds.)	100½ P.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66½ P. ⅛ G.	»	5% » 1851. b. Bastogi (do.)	97¼ P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38¼ P. 38 G.	N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	116¾ P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 25. November		Per comptant.
Amsterdam . . (100 fl. Crt.)	k.S.	100¼ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Augsburg . . (100 fl. Crt.)	k.S.	119⅝ B. ⅜ G.
	3M.	— —
Berlin . . . . (60 Thlr.) .	k.S.	105¼ B.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. i. Ldor.)	k.S.	97¼ B.
	3M.	— —
Hamburg . . (100 Mk. Bc.)	k.S.	89 B. 88¾ G.
	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104¾ G.
London . . . (10 Livr. St.)	k.S.	118¼ B. ⅛ G.
	3M.	— —
Lyon . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94¼ B.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	100⅛ B
	3M.	— —
Paris . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94¼ B. 94 G.
	3M.	— —
Wien (100 fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	102⅛ bez. u. B. 102⅛ B u. 4%
Disconto		3 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 42½–43½
Pr. Friedrichsd'or	»	9 54–55
Holl. 10 fl. Stücke	»	9 51–52
Rand-Ducaten .	»	5 37–38
20 Francsstücke	»	9 26–27
Engl. Sovereigns	»	11 51
Gold al Marco	»	382–83
5 Frankenthaler	»	2 21–½
Preuss. Thaler	»	1 45–¼
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 44⅞–45⅛

Druck von August Osterrieth.

№ 283. — Freitag — den 26. November — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Gebietstheilen von Frankfurt 2 fl. 30 kr., 2) in den Ländern des östreich. Münz- und Zollvereins Postvereins-Währung 2 fl. 60 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 20 Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übereische Länder nimmt Herr G. H. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 26, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 29, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile 1½ Kreuzer oder deren Raum 5 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

↗ **Wien**, 22. Nov. Im Laufe der letzten Woche fanden zu verschiedenen Malen in der kaiserlichen Hofburg Conferenzen statt, denen auch Se. Maj. der Kaiser beiwohnte. Gegenstand der Berathungen waren die innern Angelegenheiten, wie denn diese überhaupt gegenwärtig die vollste Thätigkeit der Ministerien in Anspruch nehmen. Se. Majestät hatte nämlich ein allerhöchstes Handbillet an den Herrn Reichsrathspräsidenten erlassen, worin es heißt, daß mit thunlichster Schnelligkeit an den noch rückständigen Gesetzen und Organisationen gearbeitet werden solle, damit die betreffenden Entwürfe in kürzester Zeit der allerhöchsten Sanction vorgelegt werden könnten. In dem am 18. d. M. abgehaltenen Ministerrathe wiederholte Se. Majestät diese allerhöchste Willensmeinung persönlich und sprach die Hoffnung aus, daß die betreffenden Arbeiten bis zum Beginn des nächsten Jahres so weit gediehen sein würden, daß die Provisorien aufhören könnten. Die loyale Haltung, welche die Bevölkerung gegenwärtig beobachtet und die man in den allerhöchsten Kreisen mit Befriedigung wahrgenommen, wird uns als der Hauptgrund dieser allerhöchsten Willensmeinung angegeben, und in der That läßt auch die politische Haltung der hiesigen Bevölkerung nichts zu wünschen übrig. Auch aus den andern Provinzen, Ungarn und Italien nicht ausgenommen, lauten die Nachrichten befriedigend, und wenn auch die Berichte aus den Legationen und Toscana Manches zu wünschen übrig lassen, so wird dagegen in den Depeschen des Herrn Grafen Radetzky die Stimmung im Mailändischen und im Venetianischen als vollkommen entsprechend geschildert. Die Gerüchte, welche noch vor kurzem rücksichtlich eines Personenwechsels in der Umgebung des Kaisers im Umlauf sich befanden, sind nun verstummt; in Wahrheit war auch eine solche Veränderung gar nicht im Plane. — Es heißt hier, daß die in Folge der türkischen Anlehensfrage zwischen der k. k. Internunciatur und dem französischen Gesandten entstandene Differenz bereits wieder zur beiderseitigen Zufriedenheit ausgeglichen worden sei, und man setzt hier noch hinzu, daß die Mission des Grafen Bacciochi in Verbindung mit dieser Angelegenheit zu bringen wäre. — Die aus Tirol hierher gelangte Petition wegen Aufhebung des dort bestehenden ständischen Getreidezolls ist bereits bei dem Ministerium eingereicht worden, und man hofft, daß die in der Petition angeführten Gründe berücksichtigungswürdig genug gefunden würden, um dem Ansuchen zu willfahren. (Nach einer Mittheilung der „Augsburger Abendzeitung" aus Tirol ist die besagte Petition den Petenten als unzuständig zurückgeschickt worden. Die Red.)

* **Wien**, 22. Nov. Mit der bereits erfolgten Rückkehr des Statthalters von Galizien, Grafen Goluchowsky, nach Lemberg, wird die Verschärfung in Verbindung gebracht, daß die Berathungen über die Organisation Galiziens beendet sind.

Die Synode der griechisch nicht unirten Bischöfe in Karlowitz ist am 11. d. M. geschlossen worden. Die Wahl der neuen vier Bischöfe erfolgte auf Vorschlag des Patriarchen Rajacic mit Stimmeneinhelligkeit; ihre Namen werden jedoch bis zur allerhöchsten Genehmigung geheim gehalten. Ueber anderweitige Beschlüsse verlautet nichts. Den zwei Bischöfen von Dalmatien und Siebenbürgen wurde die Theilnahme an der Synode nicht gestattet, weil sie von keiner Synode zu Bischöfen gewählt worden waren.

Von den Handelskammern, welche bekanntlich aufgefordert worden sind, Gutachten über die Zweckmäßigkeit eines Vertrags mit Frankreich zum Schutz gestigen Eigenthums abzugeben, hat erst die Prager Kammer das ihrige abgeschickt. Es muß daher die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht, daß sich die Mehrzahl der Handelskammern bereits gegen den Abschluß dieses Vertrags erklärt habe, als vorellig bezeichnet werden. Daß übrigens die einzusendenden Gutachten zu Gunsten eines solchen Vertrags ausfallen werden, läßt sich ebenfalls nicht behaupten, da es erst darauf ankommen dürfte, von welchem Standpunkt aus die Kammern den angeregten Gegenstand ins Auge fassen.

Das neue Strafgesetz enthält die früher üblich gewesene Strafe des strengen Kerkers nicht mehr. Wie man vernimmt, ist es im Antrag, daß diese Strafart auch bei allen jenen Individuen, welche schon aus früherer Periode dazu verurtheilt wurden, in jene des zweiten Grades verwandelt werde.

Der herzoglich parma'sche Gesandte am hiesigen Hofe, Herr Baron v. Ward, ist von seiner nach Madrid unternommenen Dienstreise in Wien eingetroffen.

Die „Lemberger Zeitung" meldet, daß die letzte Spur der Cholera im Kronlande Galizien erloschen sei.

⚓ **Berlin**, 23. Nov. Es möchte außer Zweifel stehen, daß die Auffassung, welche vor kurzem ein halboffizielles österreichisches Blatt in Bezug auf den von Ludwig Napoleon bei seiner Erhebung zum Kaiser anzunehmenden Titel „Napoleon III." fundgegeben hat, nicht allein von dem österreichischen Cabinet in der That gehegt wird, sondern auch von dem hiesigen und jenem von St. Petersburg. Von allen Seiten hört man in den hiesigen höhern Kreisen hervorheben, daß eine Anerkennung jenes Titels von Seite der übrigen europäischen Mächte einer Verzichtleistung auf die Gültigkeit und Rechtsbeständigkeit sowohl der bei dem Pariser Frieden festgestellten Bestimmungen, als auch jener des Wiener Congresses gleich zu erachten sein würde. An eine solche Anerkennung, welche auch eine völlige Nichtigkeitserklärung der Verträge von 1815 in sich schließen würde, möchte bedhalb nicht zu denken sein. Es soll damit nicht gesagt sein, daß, wenn Ludwig Napoleon nichtsdestoweniger den in Rede stehenden Titel annimmt, die europäischen Mächte Frankreich etwa mit Krieg überziehen werden, nein, die Nichtanerkennung jener Bezeichnung soll soviel bedeuten, daß Europa gegen jene deabsichtigte Territorialverletzung von vornherein den entschiedensten Einspruch erhebt. Wenn in mehreren Blättern von einer Erneuerung der Allianz zwischen Preußen, Oesterreich und Rußland vor einigen Tagen die Rede war, so mag sich diese Angabe wohl auf die Uebereinstimmung der bezeichneten drei Cabinete in Hinsicht des von uns oben berührten Punktes, dessen Wichtigkeit und Bedeutsamkeit schwer zu mißkennen ist, beziehen. Würden die Mächte in Anbetracht dieses Punktes nachgehen, so würde aus dieser Zustimmung folgen, daß sie die Wiederherstellung des französischen Kaiserreichs im Umfange wie zur Zeit des Kaisers Napoleon zutheißen! Was die Verminderung der französischen Armee anbelangt, welche Ludwig Napoleon in diesem Augenblick angeordnet hat, gerade um das, was in dem von ihm angenommenen Titel Kriegerisches und Eroberungssüchtiges liegt, zu verwischen, so wird hier von militärischer Seite dieser augenblicklichen Maßnahme wenig Bedeutung beigemessen, zumal da bei der trefflichen Organisation des französischen Heeres die in die Heimat entlassenen Soldaten binnen kurzer Zeit wieder unter die Fahnen gestellt werden können.

⚓ **Berlin**, 23. Nov. Die preußische Demokratie befindet sich in einem Uebergangsstadium. Sie ist dahin gebracht, durch die Bitten der constitutionellen Linken und durch ihre eigenen Befürchtungen vor einer Partei, welche, wie sie sagt, daran geht, die Erde unter sich zu theilen, um ihr dann vielleicht die Rolle des träumenden Dichters und den Himmel des Zeus zu überlassen. Im Ernst, nichts steigert mehr die Besorgnisse der Demokratie, als das äußerste Streben der äußersten Rechten, in eine bestimmte Position zur socialen Frage zu kommen und durch die Organisirung ständischer Corporationen sich eine weitumfende Betheiligung an der Lösung dieser Fragen zu sichern. Nicht bloß die äußerste Rechte hat indeß dieses Interesse, der weitere Kreis der conservativen Partei arbeitet auf dasselbe hin. Der Treibund hat überall in der Monarchie erst vor kurzem seine Tendenz in Bezie-

hung hierauf erweitert. Der Prinz von Preußen selbst bestärkt diese Richtung mit allen Kräften, und es wird nachgerade hier Mode, das Paradepferd einer socialen Theorie reiten zu können. Dr. Franz möchte gern die Könige zu Bankiers von Europa machen, Herr v. Selchatt, übrigens ein trefflicher Mensch, predigt für die Crédits, Professor Huber will eine sociale Ritterschaft um jeden Preis, und die Briefe über Staatskunst bewegen nur darum Himmel und Erde und predigen eine neue Moral, um das Proletariat bis in seinen letzten Schlupfwinkel zu verfolgen und zu vernichten. Sie können denken, daß diese sociale Bewegung der Rechten die Aufmerksamkeit der Demokratie erregen muß. Sie fühlt, daß längere Unthätigkeit ihr Untergang ist. So erhebt sie sich denn zunächst in den größern Provinzialstädten, in Breslau, Erfurt, Magdeburg, und bei volksthümliche Wahlen wie er werden und agitirt aus allen Kräften für die Erwählung von Gemeinderäthen ihrer Farbe. Diese Gemeinderäthe sind nicht bloß als Wahlmänner für die erste Kammer wichtig. Aus bester Quelle erfahre ich von Versuchen, welche gewisse Personen machen, um eine Vereinigung zwischen der Kreuzzeitungspartei, dem „Preußischen Wochenblatt“ und Herrn v. Manteuffel zu Stande zu bringen. Selbst den Herrn v. Rodwitz möchte man dieser Combination beifügen. Man gibt eigenthümliche Gründe für diese Versuche an. Ich komme nächstens wieder darauf zurück und bemerke nur, daß der gestrige Vortrag Herr v. Manteuffel's noch wohl in der Minorität bleiben wird. Die Frage um die Zeitungssteuer dürfte ebenfalls; wenn sie, was man allgemein behauptet, wieder aufgenommen wird, keine dem Ministerium günstige Abstimmung herbeirufen. — Sie wissen, daß Herr v. Bonin, der Kriegsminister, jedes Mandat für die Kammern abgelehnt hat. Der Grund ist dieser: Herr v. Bonin hat bei den verschiedensten Gelegenheiten, auch bei Cabinetsdifferenzen und Krisen erklärt, ihn tangire eine Aenderung des Cabinets nicht, er gehöre nicht zu den politischen Ministern, er sei der erste Repräsentant der Armee dem Könige und den Kammern gegenüber. So ungefähr lauteten seine Erklärungen. Das Herr hat allen Grund damit zufrieden zu sein.

Sorau, 19. Nov. Heute früh ist eine aus dem Gastwirth Fr. Lohn, dem Landwirth Schulze-Saffendorf und dem Landwirth Berglar zu Bettinghausen bestehende Deputation nach Berlin abgereist, welche die in Form einer Loyalitätsadresse gehaltene Petition eines großen Theils der Stadt- und Kreisbewohner um Wiedereinsetzung des Landraths, Herrn v. Dolffs, in sein Landrathamt unmittelbar in die Hände Sr. Maj. des Königs niederlegen soll. (W. Z.)

Aus Hannover, 23. Nov. Das geistliche Ministerium der Residenz hat seinen Beschluß gestern Abend wiederholt, den Prediger Steinacker aus Trieff zum Colloquium nicht zuzulassen. Es macht dem Magistrat gegenüber geltend, daß es die Kirchenordnung seinerseits zu wahren habe, nachdem der Magistrat derselben zuwider wissentlich einen außer dem Bekenntniß Stehenden präsentirt und berufen habe.

Kassel, 23. Nov. Bezüglich der Aufrechthaltung der Sonntagsfeier ist durch eine Verfügung vom 15. Nov. l. J. ausgesprochen worden, es könne nicht geduldet werden, daß an den zur christlichen Erbauung bestimmten Tagen von Seiten der Staats- und Gemeindebeamten öffentliche Berufsarbeiten vorgenommen würden, und sollen deßhalb sämmtliche Beamten und Diener angewiesen werden, sich an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme unvorhergesehener und sofortiger Erledigung bedürfender Fälle, jeder öffentlichen Berufsthätigkeit zu enthalten. (K. Z.)

Mainz, 25. Nov. Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in der Rentengasse, in der Nähe des ehemaligen heiligen Geisthospitals, im Hause des Weinwirths Volk ein Brand aus, welcher, bei der gedrängten Bauart des dortigen Stadttheils und der Nähe der Seilerpasse, leicht eine höchst gefährliche Ausdehnung gewinnen konnte, aber glücklicherweise von der schnell herbeieilten Hilfe sehr bald auf seinen Herd beschränkt wurde; indessen wurden doch zwei Wohnhäuser ein Raub der Flammen und einige andere mehr oder minder beschädigt. (M. Z.)

Neueste Nachrichten.

= **Frankfurt**, 25. Nov. In der heutigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung wurde zunächst dem Antrag des Senats gemäß, die Erhöhung des Gehalts des Präsidenten des Oberappellationsgerichts in Lübeck von 9000 Mark auf 10,000 Mark genehmigt. Als zweiten Gegenstand bezeichnete die Tagesordnung den Antrag eines Mitgliedes, die Verfassungsfrage betreffend. Der Antragsteller, Herr Dr. Souchay, bemerkte einleitend, daß sein Antrag eigentlich durch eine kurz vor der Sitzung eingelaufene Mittheilung des Senats, über einen gestern gefaßten Beschluß in der Verfassungssache, überflüssig geworden sei. Derselbe gehe nämlich dahin, den Senat um Rückäußerung über das von der gesetzgebenden Versammlung am 28. April v. J. beschlossene organische Gesetz und um Angabe, wann dasselbe der Bürgerschaft zur Abstimmung vorgelegt werden soll, zu ersuchen. In dem Beschluß vom Gestrigen sehe aber der Senat seine frühere Vorlage über das organische Gesetz zurück und erkläre damit zugleich, daß er dasselbe nicht zur Abstimmung bringen werde. Nichtsdestoweniger gehe er theils der Volksthümlichkeit der Verhandlungen, theils der für weiter zu stellende Anträge darin liegenden Motive wegen, der Versammlung anheim, die Verlesung zu genehmigen. Nachdem letzteres geschehen, verlas Herr Dr. Souchay eine ausführliche Darlegung der seitherigen Verhandlungen über die Verfassung und über den jetzigen Stand der Sache, woburch, da in wenigen Wochen die verfassungsmäßige Berathungsperiode herauf sein würde, die Nothwendigkeit vorhanden sei, auf eine Klärung der Sache zu dringen, um, wenn der Senat eine Totalrevision der Verfassung ablehne, die nothwendigsten Reformen, als welche der Redner namentlich die Gerichtsorganisation, die Verbesserung des Schulwesens und die Selbstständigkeit der lutherischen Gemeinde bezeichnete, auf dem Wege der Gesetzgebung beantragen zu können. Hierauf wurde der Senatsbeschluß vom gestrigen Tage verlesen, welcher im Wesentlichen Folgendes enthält: Als die Beschlüsse vom 28. April v. J. gefaßt worden seien, wären bereits so bedeutsame Zwischenfälle eingetreten gewesen, um hätten sich damit die Verhältnisse so wesentlich verändert, daß der Senat sich gedrungen fühle, die vorliegenden Verfassungsbeschlüssen Abänderungen an der Senatsvorlage, die Vorfrage wiederholt in Erwägung hätte gezogen werden müssen, ob der Zeitpunkt überhaupt noch als ein günstiger zur Behandlung von Verfassungsfragen betrachtet werden könne. Diese Vorfrage sei am 12. August (Tag des Bundesbeschlusses) ungweifelhaft entschieden. Die Spaltungen in der Bürgerschaft, die dadurch herbeigeführte Aufregung ließen befürchten, daß, wie auch die endliche Entscheidung ausfallen werde, Verwicklungen eintreten würden, die in ihren Folgen möglicherweise viel drückender sein könnten, als die Mängel seien, an welchen seit dem Jahr 1816 bestehende Verfassung leiden möge. Deßhalb setze der Senat diese Verhandlungen nicht fort und ziehe seine Vorlage über ein organisches Verfassungsgesetz zurück. Dadurch seien jedoch einzelne Veränderungen, auch in Bezug auf die aufgehobenen Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Febr. 1849, auf dem Weg des Art. 50 a der Constitutionsergänzungsacte nicht ausgeschlossen. Eben so wenig werde dadurch die von Senat verheißene Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens mit Geschwornen behindert. Er werde das in diesen Beziehungen Erforderliche mit möglichster Beschleunigung der gesetzgebenden Versammlung zur Vorlage bringen. Herr Dr. Souchay ergreift hierauf nochmals das Wort über diese Senatsvorlage. Er leugnet nicht die Spaltungen unter der Bürgerschaft, glaubt aber, daß solche zu allen Zeiten bei Verfassungsänderungen stattfinden würden. Uebrigens gehe er vor, daß man jetzt ins Klare komme, anstatt nach vierjähriger vergeblicher Arbeit noch länger seine Zeit mit Verfassungsverhandlungen zu verlieren. Deßhalb passe sein Schlußantrag nicht mehr, allein es gäbe immer noch Punkte, die im Weg des Art. 50a der Constitutionsergänzungsacte festgesetzt seien, da sie auf dem Wege der Gesetzgebung nicht geändert werden können. Dahin gehörten z. B. Bestimmungen über ein einzuführendes Handelsgericht, über größere Selbstständigkeit des Gewerbestandes, mit Gewerbekammer und Gewerbegericht, über Selbstständigkeit der lutherischen Gemeinde und Anderes. Hier müsse der Weg für die Gesetzgebung geebnet werden, da die Verfassung von 1816 entgegenstehende organische Bestimmungen enthalte. Da der Senat aber an die Ergänzung denke (die 65 nicht dem Senat angehörigen Mitglieder hatten nämlich beim Beginn der Sitzung Einladungsschreiben des Herrn Bürgermeisters erhalten, kommenden Montag den 29. Nov. auf Grund Senatsbeschlusses vom 23. d. M., in verfassungsmäßiger Weise zur Wiederbesetzung von drei der erledigten Rathsstellen zweiter Ordnung mitzuwirken), so halte er es für wünschenswerth, daß vorher die Vorschläge für jene nothwendigen Aenderungen gemacht würden. Eine erneuerte Abstimmung der Bürgerschaft, über theilweise Gleichberechtigung der bereits rechtsgiltig vollständig gleichberechtigt gewordenen Bürger, halte er für bedenklich, da jene Gleichstellung bestehe und nur für unwirksam erklärt sei. Er trägt auf Ernennung einer Commission an, die diese Vorschläge hält und Ernennung einer Commission zur Begutachtung des Senatsbeschlusses für unnöthig, wohl aber zum Zweck von Vorschlägen über die nothwendigen Verbesserungen. — Hierauf verliest Herr Dr. Souchay einen formulirten Antrag, wodurch der Senat um Publication der bereits genehmigten Gesetze über das Strafverfahren ersucht wird, und die nothwendigen Verbesserungen (über Handels- und Gewerbegerichte, Gemeinderechte, das Verhältniß der lutherischen Stadtgemeinde) aus den früheren Senatsvorlagen angeführt sind, endlich eine Abstimmung der Bür-

geschaft über die Gleichstellungsfrage für überflüssig erklärt wird. Der Antrag geht an eine Commission, in welche die Herren Dr. Souchay, Dr. Jucho, Dr. Mappes, Schöff Schulin und Reiffenstein gewählt wurden. — Ein anderer Antrag des Herrn Dr. Mappes, daß die Theilnahme bei den Senatswahlen verschoben werden möge, bis die Commission berichtet habe und über ihren Bericht Beschluß gefaßt worden sei, veranlaßt, nachdem er bereits angenommen worden, eine sehr lebhafte und lange Discussion. Schließlich wird derselbe nochmals mit dem von Dr. Jucho beantragten Zusatz angenommen, daß der Senat ersucht werde, der Vornahme der Rathswahlen bis auf Weiteres Anstand zu geben. Auf diese Verhandlung werden wir noch zurückkommen. Die Sitzung wurde um halb 8 Uhr geschlossen.

‡ **Berlin**, 24. Nov. Die wichtigste Nachricht, welche ich Ihnen geben kann, ist diese: Der Zollverein hat nichts mehr zu fürchten. Man verdankt seine Erhaltung allen seinen bisherigen Mitgliedern. Die Coalitionsregierungen wirkten in Wien darauf hin, Wien in Berlin und Berlin in Frankfurt. Wenn in letzter Zeit inspirirte Correspondenten von Hannover aus die Behauptungen preußischer Organe, der Vertrag mit Hannover werde in den nächsten 14 Tagen endgiltig zu Stande gebracht werden, durch die Bemerkung widerlegten, es beständen zunächst gar keine Verhandlungen zwischen Hannover und Preußen — so hatten sie ganz recht, widerlegten aber damit weniger als es den Anschein hatte. Hannover war — und Deutschland hat ihm dafür ernstlich zu danken — an den süddeutschen Höfen und in Wien zu der Zeit, wo seine Thätigkeit in Berlin ruhte, um so eifriger. Sie können übrigens denken, wie vielfach diese complicirten Unterhandlungen, besonders in den letzten Monaten, sich gekreuzt haben. Ein Diplomat sagte neulich: Seit den Tagen der Mainzer Untersuchungscommission ist in den deutschen Kanzleien keine solche Wirthschaft gewesen. Man kann sich das denken. Die Resultate dieser jetzt an ihr Ende gekommenen Unterhandlungen lassen sich annähernd in großen Zügen berechnen: der Zollverein und der Steinverein werden ein Ganzes, und ein Handelsvertrag mit Oesterreich wird abgeschlossen. Von Festsetzungen über die Zolleinigung mit Oesterreich hört man nichts, doch scheint es, als ob die Punctationen des Handelsvertrags dafür den Kaiserstaat entschädigen würden. — Ueber das Verhalten der französischen Diplomatie während dieser Ventilation unserer handelspolitischen Frage ist viel zu sagen. Die Enthüllungen werden nicht auf sich warten lassen. — Der Verfasser der „Briefe über Staatskunst" ist Victor v. Strauß, bückeburgischer Geheimerath.

* **Paris**, 24. Nov. Auch heute wimmeln Blätter und Correspondenzen wieder von Zahlen, indem von überall im Einzelnen über den Verlauf und das Ergebniß der Abstimmung berichtet wird. Das der Seine nicht mit einbegriffen, kann man jetzt ziemlich das Resultat aus 26 Departementen; sie zählen zusammen 1,558,800 Ja und 49,280 Nein. Morgen wird der gesetzgebende Körper zusammentreten, um die Prüfung und Ausjählung der Stimmen vorzunehmen. Viele Deputirte sind bereits hier eingetroffen. Morgen wird nur eine kurze Sitzung behufs Bildung der Bureaux gehalten werden. Die Prüfung des Wahlgeschäftes wird dann vier bis fünf Sitzungen in Anspruch nehmen, so daß das Resultat am 1. oder 2. December in öffentlicher Sitzung proclamirt und von der ganzen Corporation sofort nach Saint-Cloud gebracht werden kann.

Das „Journal des Debats", welches seit dem 2. December v. J. die größte Zurückhaltung beobachtet hatte und immer für ein orleanistisches Blatt galt, hat sich heute, von dem Ergebniß der allgemeinen Abstimmung bewogen, offen für die Wiederherstellung des Kaiserreichs erklärt. Die Worte „l'empire c'est la paix!" sollen nun auch die Losung dieses Blattes sein.

Bely Pascha, der türkische Gesandte, ist gestern mit einem Theil seines Gefolges hier angekommen.

Madrid, 18. Nov. Nach der „Espana" hat die Regierung der Vereinigten Staaten sich nicht allein mit der Erklärung der spanischen Regierung über die Angelegenheit des Schiffes „Crescent City" begnügt, sondern sogar Befehl ertheilt, die Abenteurerbanden zu zerstreuen, die in den südlichen Staaten Amerika's gegen Cuba organisirt werden.

Nach einem uns vorliegenden Madrider Briefe soll der Kriegsminister Lara eine solche Furcht vor den Cortes haben, daß alles Bitten und Flehen des Ministerpräsidenten, der ihm sehr gewogen ist, ihn nicht habe zurückhalten können, sein Portefeuille am 18. Nov. abzugeben. Murillo hat sich genöthigt gesehen, es Lersundy wieder anzutragen, der es auch angenommen hat. Lara ist ein sehr humaner Mann, der es mit niemandem verderben möchte. Er ist fein Redner und würde in den Cortes die Zielscheibe von Anfeindungen gewesen sein, die er nicht im Stande gewesen wäre, zurückzuweisen. Seine persönliche Tapferkeit, sein einnehmendes Aeußere und seine Galanterie gegen das schöne Geschlecht sind die Hauptbeweggründe, daß er so jung noch (38 Jahre) schon Generallieutenant ist. Mit dem Portefeuille übernimmt Lersundy gleichzeitig einen Credit von 3 Mill. Realen, die zur Bestreitung der Kosten der Stückgießereifabrik zu Trubia verwendet werden sollen. (K. Z.)

‖ **London**, 23. Nov. Graf Derby hat gestern im Hause der Lords sich abermals für den free trade erklärt, indirect aber auch ausgesprochen, daß das Ministerium, wenn die Motion von Villiers votirt würde, von dem Grundsatze abtreten werde. Zugleich deutete er auf die Schwierigkeiten hin, welche der Bildung eines neuen Cabinets im Wege stünden. Ein Artikel des „Morning Herald" geht noch weiter. Nach seiner Ansicht geht aus der Annahme der Motion ein Cabinet Russell-Cobden hervor, welches die Miliz beurlaube, die Marine zur Hälfte entwaffne und sich auf jedermanns friedliche Intentionen verlassen werde. Dem ministeriellen „Herald" scheint die Annahme des Amendements von Disraeli eine genügende Bürgschaft für die Aufrechthaltung des Freihandelsprincips. Uebrigens war auch heute abermals eine Zusammenkunft der Conservativen bei Graf Derby anberaumt. — Nachschrift. 24. November. In der gestrigen Sitzung des Hauses der Gemeinen hat Villiers seine Motion ausführlich entwickelt; seine Rede bot übrigens kein besonderes Interesse. Nach Villiers sprachen nach einander der Schutzzöllner, Bright, Peel und Lord Palmerston. Letzterer schlug zu Villiers Motion ein Amendement vor, welches eine offene und vollständige Anerkennung des freihändlerischen Princips involvirt und zugleich eine für die Minister viel mildere und deßhalb annehmbarere Fassung hat, als die Motion von Villiers. Um 1 Uhr nach Mitternacht wurde die Debatte auf nächsten Donnerstag, den 25. November, vertagt, wohl um dem Ministerium Zeit zu gönnen, zwischen dem Amendement Disraeli's und dem Palmerston's zu wählen.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Die Bahnrichtung der badischen Bahn auf Lastergebiet soll nach dem „Basler Intelligenzblatt" bestimmt sein wie folgt: Von Haltingen zieht sich dieselbe mitten zwischen Weil und Leopoldshöhe durch, und setzt unterhalb der Wuhr über die Wiese. Von dort wendet sie sich gegen das Richter-Lindersche Gut, umschreibt in einem Bogen die gleichnamige Fabrik, deren Oekonomiegebäude, sowie das Hornberggut, und geht in einer Curve auf die Claramatte zu, wohin bestimmt der Bahnhof gelegt wird. Von hier aus wendet sie sich aufwärts, zwischen beiden Riehener-Thoren durch dem Christmannschen Gute und endlich in einem Bogen hinter dem Rhöne Grenzach zu.

Börsenberichte.

Frankfurt, 25. Nov. Auch heute verkehrte die Börse in flauer Stimmung; fortgesetzte Verkäufe, welche namentlich zur Beseitigung des Scontro's bei der devorstehenden Novemberabrechnung geschahen, drückten auf neue die Course; zuletzt blieb jedoch Alles etwas fester. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 80¾ pCt. Gd.; 4½pCt. Metall. 71½ pCt. Gd.; 5pCt. Lomb.-Venet. 88⅞; Wiener Bankactien 1367 fl.; 500 fl. Loose 191½ pCt.; 250 fl. Loose 118½ pCt. Von spanischen Fonds wurden 1pCt. 24¾ bis zu 24⅝ pCt. verhandelt, und schlossen 24¾ pCt. 3pCt. Inländische waren 44⅞ à 44¾ pCt. Von Eisenbahnactien war Z.-W.-Nordbahn 46½ pCt.; Berdach seit 99 pCt.; Köln-Minden 114 pCt.; Taunus 301 fl. Von den übrigen Papieren waren theilweise diverse Gattungen ebenfalls zu niedrigern Preisen als gestern zu erhalten. — Abends in der Effectenlocalität waren 1pCt. Spanische zu 24¹¹/₁₆, ¾ verhandelt und schlossen dieselben 24¹¹/₁₆, ½ pCt. G. — Auch österreichische Fonds waren gefragter, 4½pCt. zu 71¾ pCt. gemacht; 5pCt. Lomb.-Venet. waren 89¼ pCt.

Berlin, 24. Nov. Staatsisch. 3½ Brf., 93¾ G. — Köln-Minden 114⅞ à 114 bez. — Z.-W.-Nordb. 42½ à 43 à 42½ bez.

Paris, 24. Nov. 4½pCt. Rente 106, 90. — 3pCt. 84, 30. — Neapol. 107. — 5pCt. Neue Oesterr. 98½. — Span. neue Diff. 25. — Neue 3pCt. 50¾. — Innere Schuld 46. — Passive —. — Bankactien 2985. — Piemont 5pCt. 100, 50. — Römische Anleihen Juni 1850 100¾. — do. 1850 101. — St. Germain-Eisenbahn 1452, 50. — Versailles, linkes Ufer 375. — Straßburg-Basel 375. — Nordbahn 880. — Paris-Straßburg 880.

Die Börse eröffnete heute mit niedrigern Notirungen; die Werthpapiere nahmen dann einigen Aufschwung und gewannen mehr Festigkeit; am Schluß bewerkstelligte Verkäufe aber veranlaßten wieder eine Baisse.

Telegraphische Cursberichte.

Wien, 25. Nov. 5pCt. Metall. 94¼. — 5pCt. do. B. 109½. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94¼. — 4½pCt. do. —. — Bankactien 1337. — 250 fl. Loose 139. — London 11 fl. 29 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 104½. — K.-F.-Nordb. 239½. — Livorno-Actien 104. — Siena-Empoli 70½. — Paris 136¼. — London in Triest 11 fl. 26 kr. — Silber 16½. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit

[2608]

Geschenke-Verloosung.

Unter Bezugnahme auf den im Laufe des vorigen und die des Monats in den öffentlichen Blättern erlassenen

Aufruf zur Mildthätigkeit

wird nun mit Kenntniß des verehrlichen Publikums gebracht, daß die zur Unterstützung hiesiger Armen mit Brennholz bereits eingegangenen und noch zu erwartenden Geschenke

den 25. und 26. November von 10 bis 4 Uhr und
den 27. November von 10 bis 1 Uhr

im Locale des polizeilichen Bureau (an dem St. Katharinenkirche) zur Ansicht aufgestellt werden, und daß die Verloosung am 27. November Nachmittags stattfindet.

Bis zur Ausstellung werden Geschenke dankbar angenommen und Loose ausgegeben

Große Eschenheimer Straße D 165 (39 neu).
Bleichstraße Nr. 62 neu (Parterre).

Der Situationsplan der in der südlichen Neustadt **Bonn** neu angelegten Weberstraße und der daran zu verkaufenden Bauplätze ist bei dem Unterzeichneten zu erhalten und kann auch bei Herrn **J. Ph. Streng**, Buchgasse Nr. 10 in Frankfurt a. M., eingesehen werden. [2662]

Bonn. **Eduard Weber.**

An- und Verkauf

[2659]

von **Obligationen, Staats-Lotterie-Loosen** ꝛc. ꝛc. bei
S. Berlyn, beeidigtem Sensal in **Frankfurt a. M.**

Carcel- und Moderatur-Lampen

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.
[2635] **Theodor Martino**, 36, Zeil.

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 11. November 1852 anfangend. [2557]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6½ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6¾ Uhr nach **Köln.**
Von **Mainz-Castel** Nachmittags 2 Uhr, von **Biebrich** Morgens 2½ Uhr nach **Köln.**

☞ ***Schnellfahrt*** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.

Von **Mainz-Castel** Mittags 11 Uhr, von **Biebrich** Mittags 11¼ Uhr nach **Köln, Arnheim.**
Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschaftsbillete** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agenthur* bei Hrn. **Fr. Böhm**, Gütheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.
Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Pelli**, Zeil Nr. 67

Ouvrage très utile aux gens du monde.

Deuxième édition du traité pratique des maladies des

ORGANES DE LA GENERATION, p., contenant 153 FIGURES D'ANATOMIE

et 40 chapitres sur les *fonctions*, les *maladies* et toutes les *infirmités* de ces organes, avec l'indication des *moyens préservatifs* et du *meilleur traitement* pour guerir soi-même les conséquences des *excès* ou de la *contagion*, etc. Chez l'auteur, docteur **Jozan** (de Saint-André), professeur de pathologie uro-génitale, 33, rue Jacob, à PARIS, et *Masson*, libraire, 26, rue de l'Ancienne-Comédie. — Le prix de l'ouvrage, par la poste, franc de port, est de 2 thalers de Prusse. — *L'atlas* de 153 planches d'anatomie, se vend aussi séparé 2 fr. — *Consultations*, de midi à 2 heures et par correspondance. (*Affranchir.*) *Les malades peuvent se traiter eux-memes* et faire préparer les remèdes chez leur pharmacien. [2600]

[2530] **FRANKFURTER STADT-LOTTERIE.**

Hauptgewinne: fl. 200,000, 100,000, 40,000, 25,000 ꝛc.

Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.

Ganze Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1. 30 kr., ⅛ à 45 kr., empfehlen, unter Zusicherung prompter und verschwiegener Bedienung

Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2601]

Como-Rentenscheine.

Die von Ärarien und Cölesen im Jahre 1847 emittirten, auf der Mailand-Como-Eisenbahn hypothekarisch eingetragenen Como-Rentenscheine sind, laut officieller Wiener-Zeitung vom 3. April 1851, k. k. Staatspapiere geworden, und genießen also solche alle Rechte der Staats-Anleihen; namentlich werden sie in der Nationalbank mit ½ des Werthes beliehen.

Es wurden im Ganzen **40** Serien à **3600** Scheine emittirt, die mittelst 40 auf einander folgenden, jährlichen Ziehungen und zwar jährlich eine Serie zur Amortisirt wurden. Die Ziehung erfolgt am 2. Januar, die Bezahlung der Gewinne am 1. Februar jeden Jahres bei der k. k. Staatsschulden-Cassa. Da bereits 5 Serien Nr. 25, 4, 37, 8 und 10 gezogen und dezahlt wurden, so bleiben noch 35 Serien in 35 Jahren zu verlosen. Die jährlichen Gewinne, welche auf die in einer Serie enthaltenen 3600 Scheine fallen, bleiben sich immer gleich und betragen in fl. **20,000, 5000, 2000, 800, 500, 300** ꝛc. Der niedrigste Treffer ist 14 fl.

Bei Abnahme von 35 Stücken, d. i. ein Stück von jeder Serie, erwächst dem Käufer der Vortheil, daß er in jeder Ziehung mit einem seiner Stücke gewiß gewinnen muß, somit jedes Jahr auf wenigstens Treffer unter der geringen Anzahl von 3600 Scheinen mitspielt. Im ungünstigsten Falle muß das Loos mit 14 fl., d. i. mit dem Betrage des Emissionspreises, gezogen werden. Für das Ausland sind die jetzigen für dasselbe noch sehr günstigen Valuta-Verhältnisse überdies wohl zu berücksichtigen.

Wien, Juni 1852.

Obige Loose sind coursmäßig bei mir zu haben.

Raphael Erlanger, Zeil, Weidenhof, in Frankfurt a. M.

[2657]

Lotterie-Ziehung.

Mittwoch den 1. December, Morgens um halb acht Uhr, wird in dem Lotterie-Ziehungs-Saale auf dem Graben die öffentliche Ziehung 1r Klasse 123r Lotterie ihren Anfang nehmen.

Frankfurt a. M., den 25. November 1852.
Stadt-Lotterie-Direction.

[2550] **Gläubiger-Aufforderung.**

Ansprüche jeder Art an das mit 1349 fl. 13 kr. überschuldete Vermögen des Georg Klisinger zu Schlierbach, und ein Gläubiger-Vorschuß-Verein zu Schlierbach, wurden Behufs der Provinz Starkenburg den sämmtlichen Concurs erkannt hat, sind, der Meldung des Verzichts an die Masse im Termin

Dienstags den 4. Januar 1853, Vormittags 10 Uhr,

bei dem unterzeichneten Gerichte anzuzeigen. Im bemelbten Termin soll die Güte versucht, in deren Entstehung aber ein Massecurator, nöthigenfalls auch ein Gläubigerausschuß und ein Gläubigervorstand bestellt und Verfügung über die Verwerthung der Masse getroffen werden. Von den Gläubigern, welche ihre Forderungen schriftlich anmelden, soll unterstellt werden, als schlössen sie sich den von der Mehrzahl der Erscheinenen gefaßten Beschlüssen an.

Grensheim, den 3. November 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Buff.

[2561] **Edictalladung.**

Ueber das am wenigsten 4,000 fl. überschuldete Vermögen der früheren Gemeinderechners Nikolaus Kraft II. zu Elschenbrücken ist Concurs erkannt worden. Es werden daher Alle, welche Forderungen oder sonstige Ansprüche an jenes Vermögen geltend machen wollen, zur Anmeldung und Begründung derselben und etwaiger Vorzugsrechte, sowie zur Beschlußfassung bezüglich der Verfügung über die Masse oder über etwa gemacht werdende Vergleichs-Vorschläge auf

Donnerstag den 6. Januar k. J.,
Vormittags 9 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheile des Ausschlusses von der Masse hiemit vorgeladen.

Die nur schriftlich liquidirenden Gläubiger werden als den Beschlüssen der Mehrheit der erschienenen beigetreten angesehen.

Grosheim, den 5. November 1852.
Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Dr. Buff. Dr. Kleinschmidt.

[2602] Es werden hiedurch die unbekannten Erbberechtigten der hierselbst verstorbenen Wittwe des Kriegsbaumeisters Georg Auffarth, Anna Elisabeth geborne Grefsrath, öffentlich aufgefordert, in dem auf

den 14. k. M., Vormittags 10 Uhr,

vor unterzeichnetes Gericht anberaumten Termine ihre Erbrechte geltend zu machen und zu begründen, widrigenfalls dieselben bei der Verfügung über den Nachlaß nicht berücksichtigt werden sollen.

Cassel, am 9. November 1852.
Kurfürstliches Stadtgericht.
Göller. vdt. Möller.

[2660] Man sucht Gelegenheit, gegen Erthellen von Unterricht in deutscher Sprache ꝛc. ꝛc., das Englische zu erlernen. Weiteres bei der Expedition.

[1690] **An- und Verkauf**
von Büchern bei H. Wechsold, Zeil Nr. 5 neu.

Großherzoglich Badische fl. 35 Loose.
Kurfürstlich Hessische Thlr. 40 Loose.
Königlich Sardinische Frs. 36 Loose.
Fürstl. Windisch-Grätz fl. 20 CM. Loose.

Ziehung am 1. December d. J.

Original-Obligationen-Loose coursmäßig bei
J. M. Teier & Comp.
[2616] im Türkenschutz.

[2637] **Bekanntmachung.**

Zur Verpachtung der 780 Acker haltenden Kurfürstlichen Domäne Lippoldsberg an der Weser im Landratsamt Polgesmaar ist öffentlicher Termin

auf Montag den 6. December d. J.,
Morgens 10 Uhr,

in das Local der unterzeichneten Behörde zu Kassel bestimmt, worin die Pachtlustbaber, wie amtlichen Nachweisungen über Vermögen und sonstige Qualification versehen, sich einfinden wollen.

Kassel, am 18. November 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium,
Abtheilung der Domänen.
Wiederhold, L. A.
vdt. Schuchardt.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nr. 283.) 26. November 1852.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Paris, den 26. Nov., 10 Uhr 45 Minuten Morm.
Angekommen in Frankfurt, 26. „ 11 „ 39 „

Paris, 26. Nov. Die aus 83 Departementen bekannten Resultate der Abstimmung, einschließlich der Stimmen der Armee, ergeben in runden Zahlen:

7,200,000 Ja,
250,000 Nein.

Deutschland.

* **Wien**, 22. Nov. Da der höchste Ertrag, welchen das sämmtliche im Umlauf befindliche Staatspapiergeld gegenwärtig nicht überschreiten darf, 172,500,000 Gulden beträgt, und Ende October d. J. das im Umlauf, dann in den Steuer- und Gefällskassen, so wie in allen Ausgabekassen des Staats befindliche Staatspapiergeld 160,373,823 fl. betrug, so ergibt sich, daß um 12,126,177 fl. Staatspapiergeld weniger im Umlauf sind, als jenes Maximum.

Die Verhandlungen der Zolleonferenz werden mit möglichster Umfassung geführt und selbst die minder wichtigen Fragepunkte mit der größten Genauigkeit erörtert. Die von Seite Oesterreichs gemachten Vorlagen sind so weitgreifend, daß an eine Beendigung der Conferenzen sobald nicht zu denken ist. Ueber den Fortgang der Verhandlungen wird Sr. Maj. dem Kaiser regelmäßig Bericht erstattet.

Der Graf von Chambord wurde verstossenen Donnerstag, als er von einer Jagd nach Froschdorf zurückkehrte, und die jungen Pferde durchgingen, ganz in der Nähe jenes Platzes, an dem er vor vier Jahren den Fuß brach, umgeworfen, erlitt aber durch diesen Unfall glücklicherweise keine Beschädigung.

Σ **Berlin**, 24. Nov. Die Haltung des preußischen Ministeriums gibt der conservativen Partei zu Besorgnissen Veranlassung. Wunsch des Herrn v. Manteuffel wie des Herrn v. Westphalen ist, wie ich Ihnen neulich meldete, mit scharfer Initiative den Kammern entgegen zu treten. Aber dazu gehören Vorlagen, dazu wiederum Einigkeit des Ministerraths. Und diese ist nur in wenigen Fragen erreicht, wie ich Ihnen schon neulich schrieb, nämlich in der Frage um Bildung der ersten Kammer, in einzelnen Budgeterhöhungen, die übrigens zum großen Theil aus den gestiegenen Einnahmen sich decken werden. Große Hauptfragen der innern Organisation halten aber den Zwiespalt noch immer aufrecht. Warten wir noch eine Zeit und dieser Zwiespalt wird seine Folgen haben. Die entschiedene Haltung Sr. Majestät des Königs und sein klares Urtheil in der ständischen Frage gegenüber drei oder vier Fractionen seiner nähern Umgebungen (v. Westphalen, v. Radowitz, v. Bethmann-Hollweg, v. Manteuffel) wird sehr gerühmt. Daß der Ritterschaft eine Bank der zweiten Kammer neben einer ähnlichen Vertretung der Städte, der Landgemeinden, der industriellen und intellectuellen Bewegung und neben aus allgemeiner Wahl hervorgegangenen Deputirten eingeräumt werden soll, wird viel bekauptet und ich glaube daran. — Die von Frankfurt ausgehende Nachricht, daß Herr v. Profesch an Stelle des Grafen v. Thun Bundestagsgesandter werde, ist durchaus irrig. Herr v. Profesch wird zunächst nach Wien gehen, und man glaubt, daß er für den Grafen v. Rechberg zum kaiserlichen Internuntius bei der hohen Pforte ernannt werden wird.

P **Berlin**, 24. Nov. Zu den begründetsten Vorwürfen, welche man der neuern Gesetzgebung seit dem Jahre 1848 gemacht hat, gehört der, daß sie flüchtig, lückenvoll und in sich selbst widersprechend sei. Man hat dies zum Theil auf die Unlauglichkeit großer Versammlungen geschoben, Gesetze zu berathen, zum Theil auf die mangelhafte Durcharbeitung der Vorlagen seitens der Regierung. Es mag beides zusammengewirkt haben. Gewiß ist, daß die Hast der Arbeit bei dieser eine gründliche Durcharbeitung ebenso wenig möglich machte, als die Menge der Vorlagen innerhalb der Commissionen. Wenn man bedenkt, daß die Kammern innerhalb der letzten Jahre 5—6 Monate im Jahre durchschnittlich versammelt waren, und während dieser Zeit die Minister in so umfangreicher Weise von jenen in Anspruch genommen wurden, daß es ihnen nur bei der angestrengtesten Thätigkeit möglich war, die dringendsten laufenden Geschäfte zu erledigen; daß die Anwesenheit vieler und grade der fähigsten Beamten in den Kammern die Durchführung allgemeiner Maßregeln oder beschlossener Gesetze nur in der Zwischenzeit der Sessionen räthlich erscheinen ließ, so wird man sich nicht wundern können, wenn den legislativen Vorlagen der Stempel der Flüchtigkeit anklebt, und wenn die Vorlagen über manche als zweckmäßig und dringend erachtete Maßregeln länger auf sich warten lassen, als wünschenswerth erscheint. Auch den Kammern ist kein vollkommnes begründeter Vorwurf über die lange ausgedehnten Sessionen zu machen. Nicht allein der Umfang der jährlich wiederkehrenden Arbeiten, wie die Berathung und Feststellung des Etats, sondern auch der Umstand wirkte darauf ein, daß aus den vorher berührten Ursachen oft die wichtigsten und umfangreichsten Vorlagen nicht rechtzeitig fertig und deshalb erst lange nach dem Anfange der Session den Kammern zugesandt wurden, wie dies zum Beispiel in den letzten beiden Sessionen, in Betreff des Gesetzes über die Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten und die dafür zu zahlende Entschädigung, der Fall gewesen ist. Aus diesen nicht verkennbaren Uebelständen sind daher in der vorigen Session Anträge auf eine längere Legislaturperiode und längere periodische Zwischenräume zwischen den einzelnen Sessionen hervorgegangen, und dann von einzelnen Provinziallversammlungen, wenngleich nicht mit voller Berechtigung, so doch in vollem Gefühl der Nothwendigkeit im Wege der Petition von neuem gestellt gemacht. Auch die Commission zu etwa nothwendig scheinenden Abänderungen einzelner Verfassungsbestimmungen hat sich, wie wir schon neulich andeuteten, mit dieser Angelegenheit beschäftigt und sich für die Zweckmäßigkeit jener Anträge ausgesprochen, und da mit jeder Session mehr die Last und die Unbequemlichkeit der jährlichen Kammerversammlungen neben deren geringem Werthe sich herausstellt, so ist kein Zweifel, daß auch die Regierung in dieser Beziehung auf eine Aenderung der Verfassungsbestimmungen hinwirken wird. Zugleich dürfte mit den Vorschlägen auf Verlängerung der Legislaturperiode auch der Antrag verbunden werden, die Etats auf die ganze Dauer derselben festzustellen, und bei dem späteren jedesmaligen Zusammentritt nur diejenigen außerordentlichen Ausgaben einer speciellen und besonderen Berathung und Feststellung zu unterwerfen, welche durch unvorherzusehende Ereignisse, oder später hervortretende Bedürfnisse, sich als nothwendig erweisen. Wenigstens wird uns versichert, daß in dieser Beziehung Beschlüsse im Staatsministerium gefaßt seien und diesselben die allerhöchste Billigung gefunden hätten.

* **Berlin**, 24. Nov. Sr. Majestät der König hat sich heute Morgen nach Frankfurt a. O. begeben, um der Bestattung des verstorbenen Staatsministers ꝛc. v. Ytzle beizuwohnen. — Sicherm Vernehmen nach hat man sich, wie die „Voss. Zeitung“ berichtet, in dem vorgestern unter Vorsitz des Königs abgehaltenen Ministerrathe dahin geeinigt, eine umfassende Revision der Verfassung fallen zu lassen und nur eine Vorlage, die Bildung der ersten Kammer betreffend, an die nächste Kammer zu bringen. Nach dieser beruft der König die Mitglieder der ersten Kammer, und ist angenommen, daß sich unter diesen Mitgliedern auch Personen befinden, welche aus einer Präsentation von Corporationen oder Verbänden hervorgegangen sind, z. B. die Vorstände der Universitäten.

Σ **Düsseldorf**, 24. Nov. Im Laufe des Sommers sind im Bereich des hiesigen und des benachbarten Elberfelder Landgerichtsbezirks eine außerordentliche Menge von Kirchendiebstählen, mittelst frechen Einbruchs und Einsteigens — man zählt deren 22 — begangen worden. Es war augenscheinlich, daß diese Verbrechen stets von einer Gesellschaft derselben Personen verübt wurden; doch konnte man derselben lange nicht auf die Spur kommen. Dieses ist nun endlich einem hiesigen Beamten, der früher bei der Polizei stand, jetzt aber einen andern Wirkungskreis hat, nach vieler Mühe und nicht ohne persönliche Gefahr gelungen. Man hat die Diebe im Bergischen, nicht weit von Elberfeld, ergriffen und sie hier gänzlich eingebracht. Es sind vier Männer, darunter ein Uhrmacher, und zwei Weiber (Zudinnen), wovon die ältere der Hehlerei

bezichtigt wird, die jüngere aber, ein Mädchen von angenehmem Aeußern, bei den Diebstahlen selbst thätig gewesen sein soll. Die Untersuchung, die sich auch noch auf andere Diebstähle, die derselben Bande zur Last gelegt werden, ausdehnen dürfte, verspricht sehr umfangreich zu werden, und es könnte wohl tief in den Sommer hineingehen, ehe die Sache zur Verhandlung vor dem Schwurgericht reif sein dürfte. — Se. Eminenz der Herr Cardinal-Erzbischof von Köln hat gestern in Neuß unter großen Feierlichkeiten das dort durch milde Beiträge errichtete Knaben-Convictorium eingeweiht; heute wird derselbe in Crefeld die seit dem 16. September eröffnete mittelalterliche Kunstausstellung von Kirchengewändern und andern Cultgeräthschaften feierlich schließen.

= **Aus der Provinz Sachsen**, 22. Nov. Es kann nunmehr als gewiß angenommen werden, daß eine der ersten Vorlagen, welche die Regierung den Kammern zu Berlin bei ihrem Zusammentritt zu machen gedenkt, in dem Antrage auf eine sehr erhebliche Erhöhung der seitherigen Steuer auf die bei der Zuckerfabrikation zum Verkauf kommenden Runkelrüben bestehen wird. Natürlich muß ein Gegenstand, welcher so tief in die verschiedensten Interessen eingreift, die größte Aufmerksamkeit erregen, und man ist gewiß berechtigt, dem Gouvernement in einer Sache die möglichste Vorsicht zu empfehlen, wo es sich um die Vernichtung oder die Erhaltung von Millionen im eigenen Lande handelt, die, in Folge der früheren Aufmunterungen der Regierung, zum Betrieb der Runkelrübenzuckerfabrication angelegt worden sind. Vor allem hätte, nach unserm Dafürhalten, mit solchen Vorlagen so lange zurückgehalten werden müssen, bis die jetzige Zollkrisis beendet gewesen wäre, da nur erst die neuen sich bildenden Verhältnisse bestimmen können, was künftig möglich und zweckmäßig sein wird. Das, was man der preußischen Regierung hierbei wohl zunächst zum Vorwurf machen kann, ist, daß sie sich durch den Separatartikel 14 des Septembervertrags zu sehr hat die Hände binden lassen. Wenn aber in jenem Artikel in Betreff der höheren Besteuerung des Rübenzuckers davon die Rede ist, dieselbe „in ein richtiges Verhältniß“ zu der Eingangsabgabe für Zucker und Syrup zu bringen, so wird es jetzt in letzter Instanz noch Aufgabe der Kammern sein, reiflich und unparteiisch zu erwägen, inwieweit hierbei fiskalischen Ansichten neben dem reellen Wesen und Werthe dieses inländischen Industriezweiges das Wort zu reden ist. Es müssen hierbei natürlich zunächst die materiellen Vortheile erwogen werden, welche dem Handel, dem Gewerbe, dem Ackerbau, dem Arbeiter und dem Consumenten aus dem Betriebe der Runkelrübenzuckerfabrikation erwachsen, und da ließen sich doch wohl eine große Menge der gewichtigsten Gründe anführen, welche einem solchen Schutze, der das Bestehen der inländischen Raffinerien auch für die Zukunft möglich macht, auf das eindringlichste das Wort reden. Selbst nach dem Septembervertrage, welcher die Einnahme von 1847 bis 1849 pro Kopf mit $5_{,723}$ Sgr. angibt, während sie 1830 bis 1840 pro Kopf $6_{,701}$ Sgr. betrug, stände die jetzt projectirte Erhöhung der Steuer von $4^1/_3$ Sgr. auf 6 Sgr. hierzu in gar keinem Verhältniß, da der Unterschied nur etwa $^1/_2$ Sgr. per Kopf beträgt, es sei denn, daß man von vorn herein die Runkelrübenzuckerindustrie für alle sonstigen, durch sie nicht veranlaßten Nachtheile verantwortlich machen wollte, welche bei dem Ausfall des Zuckerzolls mitgewirkt haben. Das wäre aber doch wohl ein ganz neuer national-ökonomischer Grundsatz, den wohl nur Wenige acceptiren möchten.

‡ Aus Posen, 23. Nov., wird uns mitgetheilt: Eine eigenthümliche Art, Schmuggelei zu treiben, ist ganz kürzlich in Kalisch entdeckt worden, und dürfte ihrem Urheber wohl noch im Laufe dieses Jahres eine unfreiwillige Versetzung nach Sibirien eintragen. Der jüdische Kaufmann Hammer, in Kalisch, nämlich hat sich im Auslande einen vollständigen Steuerstempelapparat anfertigen und diesen durch einen aus unserer Provinz rückkehrenden Postillon heimlich einschwärzen lassen. Die Sache war aber vorher verrathen, der Postillon wurde in Empfang genommen und der Fälschungsapparat bei ihm gefunden. Unstreitig hat Hammer die Absicht gehabt, das Schmuggelgeschäft im Großen zu treiben, die eingeschwärzten Waaren abzustempeln und im Königreich in Vertrieb zu setzen. Der arme Postillon, der gar nicht gewußt, warum es sich handelt, und der nur einige Gulden verdienen wollte, wird wohl neben einer Kantschuabschlagszahlung in eine Strafsection ins Innere Rußlands wandern müssen. — Höchst originell ist die Art, wie man jetzt in Polen den Schutzzoll zu sichern versteht, und in dieser Beziehung können schutzzöllnerische Behörden von den Russen noch etwas lernen. Die zahlreichen Goldarbeiter in Warschau, Kalisch und andern Städten Polens, verfertigten bisher wenige Waaren selbst, sondern bezogen sie aus den großen Fabriken des westlichen Deutschlands und machten dabei, trotz des hohen Zolls, noch immer ein sehr gutes Geschäft. Vom 1. Januar 1853 ab ist nun in Warschau eine Metallprüfungscommission eingesetzt, an welche alle Goldarbeiter ihre edeln Metalle portofrei einsenden müssen, die dann eingeschmolzen und mit dem Gehaltstempel versehen ihnen wieder zugeschickt werden. Nur von solchem gestempelten Metall dürfen sie Arbeiten verfertigen, und jeder in ihren Lagern befindliche Artikel muß mit dem Namen der Goldarbeiter und dem Gehaltstempel versehen sein, dann aber auch genau mit dem Probemetall übereinstimmen. Was bei den durch besondere Ortscommissionen vorgenommenen Revisionen irgend unrichtig befunden wird, verfällt der Confiscation und Strafe. So werden nach und nach alle ausländischen Luxusartikel dort ganz aus dem Handel verschwinden.

*n** **München**, 24. Nov. In der St. Michaelshofkirche hat heute ein feierlicher Trauergottesdienst für den seligen Herzog v. Leuchtenberg stattgefunden, dem unsere königlichen Majestäten, die Prinzen Luitpold und Adalbert, die Herren und Damen des hoffähigen Adels, viele hohe Staatsbeamte, dann das diplomatische Corps und die Offiziere der hiesigen Garnison beiwohnten. Es wurde bei dieser Trauerfeier, zu welcher die Kirche entsprechend decorirt war, Mozarts herrliches Requiem aufgeführt, und zwar von unserer gesammten königlichen Hofkapelle, wobei die Herren Härtinger und Allfeld, Mad. Diez und Fräulein Stank die Solopartien sangen, so daß dem überaus zahlreichen Publikum auch ein herrlicher Kunstgenuß geboten wurde. — Bezüglich der mehrerwähnten Ministerveränderungen vernimmt man noch immer nichts Bestimmtes, eine definitive allerhöchste Entschließung ist hierüber jedenfalls noch nicht gefaßt. Der Herr Ministerpräsident ist nun so weit wieder hergestellt, daß er wenigstens in seinen Zimmern den Berathungen über die wichtigsten Staatsangelegenheiten beiwohnen kann. Die förmliche Uebernahme der Portefeuilles durch Herrn v. d. Pfordten dürfte aber doch erst in einiger Zeit erfolgen. — Se. Maj. der König haben dem großh. hessischen Hofmarschall Frhrn. v. Dörnberg das Commandeurkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael verliehen.

± **Darmstadt**, 25. Nov. Ueber den neulich eingebrachten Gesetzentwurf wegen der Auswanderung Militärdienstpflichtiger, dessen ich letzthin gedachte, ist bereits der Bericht des zur Begutachtung besonders gewählten Ausschusses, gestellt von dem Abg. Vicepräsidenten Hofmann, im Druck erschienen. Im Eingang gedenkt der Ausschußbericht einer vom Sitzungscommissär mitgetheilten Tabelle. Dann sehen wir den Ausschuß in eine Mehrheit und Minderheit gespalten. Die erstere „erachtet durch diese Zahlenangaben genügend gerechtfertigt, daß die Staatsregierung diesem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zugewandt“, und beantragt die Annahme des Gesetzentwurfs unter bestimmten Modificationen, da die Verfassungsurkunde schon anerkenne, daß die Auswanderungsbefugniß durch gesetzliche Vorschriften näher regulirt werden müsse und das darauf gegründete Gesetz vom Jahr 1821 bereits Bestimmungen grade zu dem Zweck enthalte, daß die Auswanderungsfreiheit nicht zur Umgehung der Militärdienstpflicht benutzt werden solle. Dagegen schlägt der die Minderheit des Ausschusses bildende Abg. Wittmann vor, den Gesetzentwurf abzulehnen, weil, wenn derselbe zum Gesetz erhoben würde, das Recht der Auswanderung „ganz illusorisch“ sein würde. „Der unvermögende Auswanderungslustige, welcher weder die Mittel besitzt, sich vertreten zu lassen, noch Sicherheit zu leisten, könnte gar nicht mehr auswandern.“ Dazu würde das Gesetz unpraktisch sein, da die Jugend keinen Geschmack am Militärdienst finde und heimlich auswandern werde. Morgen will die Kammer zur Berathung schreiten.

)(**Bingen**, 25. Nov. In der vergangenen Nacht wurde ein hiesiger katholischer Geistlicher, als er im Begriff war, einem Kranken das heilige Sacrament zu bringen, von drei hiesigen jungen Leuten gröblich insultirt. Die Untersuchung wegen dieser Schandthat ist bereits im vollen Gang und wird für die betreffenden, die sowohl von dem Glöckner, wie auch von den Nachtwächtern erkannt wurden, voraussichtlich einen sehr schlimmen Ausgang nehmen.

§ **Wiesbaden**, 24. Nov. Die zweite Beilage des montägigen „Frankfurter Journals“ enthielt die Mittheilung eines Gerüchtes von hier, wonach einem angeblichen Gesuche unsers Generals und Kriegsministers Herrn v. Hadeln willfahrt worden sei. Obwohl das Gesuch selber auch in sonst unterrichteten Kreisen nicht in Abrede gestellt worden, so ist doch dem Vernehmen nach eine Entschließung höchsten Orts noch keineswegs erfolgt. Wir unsererseits würden auch bedauern, wenn überhaupt eine solche erfolgen sollte, da Herr v. Hadeln ohnstreitig eine wissenschaftliche und praktische militärische Bildung besitzt, die eben seine dermalige Stellung vollständig begründet haben dürfte. In der Militärschule zu Wien vorgebildet, hat Herr v. Hadeln die hiesige Artillerie so trefflich ausgebildet, daß sie unter den deutschen Truppen einen ausgezeichneten Rang einnimmt, und deßhalb den rühmlichen Erfolg bei Eckernförde errungen hat. Auch zählt das von Herrn v. Hadeln verfaßte Artilleriereglement nach dem Urtheile auswärtiger Oberoffiziere zu den besten, und glauben wir schließlich noch hinzufügen zu

müssen, daß eine Entfernung des Herrn v. Habeln aus dem activen Dienst, auch der Humanität seines Charakters halber, einen schmerzlichen Eindruck in dem diesseitigen Truppencorps hinterlassen dürfte.

)*(**Weimar**, 24. Nov. Heute kam der erste Nachtzug hier durch, welcher mit außerordentlicher Schnelligkeit fährt. Früh 3 Uhr verläßt man Eisenach und Mittags speist man in Berlin. In den nächsten Tagen wird auch der Frankfurter und Kasseler Zug sich anschließen, was heute noch nicht der Fall war. — Am Schluß dieser Woche werden wir nur einen Minister, nämlich Hrn. v. Wagdorf, hier haben, denn Geh. Staatsrath Thon befindet sich noch in der Zollvereinsangelegenheit zu Berlin und Geh. Staatsrath v. Wydenbrugk reist nach München, um sich mit der Tochter des königl. bayerischen Oberst v. Hörmann zu verheirathen. — Man sagt, daß die Spur des Diebes entdeckt sei, welcher neulich aus dem Erbbegräbniß des ausgestorbenen Geschlechtes der Burggrafen v. Kirchberg in Farnroda (bei Eisenach) einen großen kupfernen Sarg geraubt hatte.

h **Gotha**, 25. Nov. Die Landtagswahlen im Herzogthum Koburg sind jetzt ebenfalls im Gange; bei den bis jetzt vollendeten Wahlen sind beide politische Parteien gleichmäßig vertreten.

w **Frankfurt**, 26. Nov. Wie man hört, wird eine Anzahl hiesiger Handelsleute, welche sich bei der frühern Versammlung nicht betheiligte, nächsten Dienstag Abend im Saale der Harmonie zu einer Berathung darüber zusammentreten, wie der gegenwärtig so bedrückten Lage des hiesigen Handelsstandes abgeholfen werden kann. Vorgeschlagen dürfte werden eine Eingabe an den Senat um kräftigen Schutz gegen den um sich greifenden Waarenverkauf von Seiten solcher, die nicht zum Handelsstand gehören, um strenge Auswahl der als Handelsleute aufzunehmenden Bürger, um Unterdrückung des verderblichen Hausirhandels und um strengere Handhabung des Sonntagsfeiergesetzes durch Schließung aller Läden (auch der Tabaksläden) ohne Ausnahme. Zur Theilnahme an dieser Versammlung haben sich bis jetzt über siebzig Handelsleute durch ihre Unterschrift bereit erklärt. — Gestern sind von dem hier stehenden königl. bayerischen ersten Jägerbataillon zufolge Befehls des königl. bayerischen Kriegsministeriums 25 Mann per Compagnie in ihre Heimat beurlaubt worden und sofort mit der Hanauer Eisenbahn abgezogen.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 24. Nov. Die Regierung von Tessin hat am 19. d. M. die Ausweisung aller fremden Kapuziner (25) beschlossen. Sie wurden mit Reisegeld und zu Wagen außer Land geführt. — Der zur Ausführung der Morges-Hverdon-Eisenbahn bestimmte englische Ingenieur Phipps, welcher ein Mitarbeiter Stephensons sein soll, ist in Lausanne angekommen und wird die technischen Vorarbeiten sogleich in Angriff nehmen. — Ein Franzose soll die Bewilligung für eine Fortsetzung der Bahn von Martinach bis Brig verlangt haben. — Die „Basler Zeitung" veröffentlicht heute das nachstehende Stückchen. „Den 3. d. M. nahm das Dampfschiff, „der Bierwaldstädter", auf dem gleichnamigen See, bei Beckenried, im Kanton Unterwalden, 30 bis 40 Stücke Rindvieh auf, welche trotz aller Reclamationen der Reisenden und des Posteondueteurs Schilling, zu beiden Seiten des ersten Platzes aufgestellt wurden, so daß kaum ein Zwischenraum von zwei Fuß blieb, und die Circulation auf dem Schiffe auf sehr widerwärtige Weise gehemmt war. Einsender dieser Mittheilung, ein Schweizer, schämte sich gegenüber den Franzosen, Deutschen, Italienern, welche zum Theil von Basel bis Mailand voraus bezahlt hatten, als der Capitän statt einer Entschuldigung mit lauter Stimme schrie: „Wem das nicht gefällt, der verlasse das Schiff."

Frankreich.

† **Paris**, 23. Nov. Wie einige Blätter melden, beabsichtigt die Regierung die Errichtung von neuen Bisthümern. Unter andern soll St. Denis zu einem solchen erhoben werden; der Titular desselben wäre ein Cardinal und Großaumonier und stünde an der Spitze des Kapitels von St. Denis. Auch die Bannmeile von Paris würde zu dieser Diöcese gezogen werden, während die Hauptstadt selbst mit ihren 900,000 Einwohnern unter der Jurisdiction des Erzbischofs von Paris verbliebe. Uebrigens müßte dieser Prälat sowohl als auch der heilige Stuhl seine Genehmigung zu einer solchen Auseinandersetzung geben; demnach sieht auch der Vollzug immer noch im weiten Feld. Zum Großaumonier soll der Cardinal Dupont ausersehen sein. Seit einigen Monaten läßt die Verwaltung der Besitzungen der Familie Orleans viele Verkäufe ausführen, bei welchen meistens gute Preise erzielt werden. So sollen für die dem Herzog von Montpensier angehört habenden Waldungen von Crecy und von Remainvilliers, im Seine-Marneedepartement, nicht weniger als sieben Millionen bezahlt worden sein. — Am vorigen Samstag waren der preußische Gesandte, Herr v. Hatzfeld, der neapolitanische, Marquis v. Antonini, der vormalige Präsidentschaftssecretär Chevalier und andere Personen von Distinction beim Prinz-Präsidenten in Saint-Cloud zum Diner. — Am Sonntag gab Ludwig Napoleon einen kleinen Ball, auf welchem außer den Mitgliedern seiner Familie das diplomatische Corps, die Minister und die Würdenträger erschienen. Die Zahl der Gäste belief sich auf 250; darunter eine Menge Damen. Der Prinz tanzte einigemal. — Graf Bacciochi ist von seiner Mission nach der Levante hierher zurückgekehrt.

† **Paris**, 25. Nov. Nicht das unwichtigste Ereigniß des heutigen Tages ist das Heraustreten des „Journal des Debats" aus seiner bisherigen passiven Haltung und sein offen erklärter Uebertritt zum Kaiserthum. Das bisher immer für das Hauptorgan der Orleanisten gehaltene Blatt motivirt seine Bekehrung u. A. wie folgt: „In dem Augenblick, wo die Abstimmung schon über die der Ratification des Volks unterbreitete Frage entschieden hat, halten wir es für unsere Pflicht, in wenigen Worten unsere Meinung über die Folgen dieses großen Actes darzulegen. Kaiserthum und Friede, das ist die Losung des neuen Standes der Dinge und die, welche wir hinfort annehmen müssen. Wir wollen kurz sagen, warum. Wir haben niemals besondere Vorliebe für die Republik gehegt und mögen uns auch über ihren Tod nicht grämen. Am 2. December starb die Sache; heute stirbt der Name. Wer bedauert es? Gewiß können wir es nicht sein, die es thun. Dreißig Jahre lang haben wir die Republik für eine Chimäre gehalten und in den letzten vier Jahren hat sich Frankreich überzeugt, daß sie eine Unmöglichkeit sei." „Debats" führt dann den Satz aus, wie das mißlungene Experiment der Republik nur gut sei, das Gegentheil verstehen zu ergreifen, und wie 1852 aus 1848 entstanden sei. Die Furcht vor einer Wiederkehr der Revolution des Jahres 1848 habe den Grund zu Ludwig Napoleons Macht gelegt; er habe Frankreich um jeden Preis vor der Anarchie retten müssen. Auf diese Nothwendigkeit werde auch heute das Kaiserreich gegründet. Und da die Situation ganz dieselbe bleibe, wie bisher, da sich nichts weiter als der Name ändere, da das Kaiserreich den Frieden proclamirt habe, so begrüßen es die „Debats", weil sie den Frieden für die Grundlage der sozialen Ordnung Europa's halten. Aber auch darum, weil das Kaiserreich eine Rückkehr zur Monarchie ist, und die Erfahrungen der letzten 60 Jahre bewiesen haben, daß die Republik kaum 10 Jahre, die Monarchie aber 50 Jahre habe dauern können, schließt sich „Debats" der neuen Ordnung der Dinge an. Ihm genügt, daß die Grundsätze von 1789 ihre Geltung behalten und der Friede gewahrt bleibe. Nach einer parlamentarischen Regierung sei unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu verlangen.

Δ **Straßburg**, 24. Nov. Unter der Bezeichnung „anonyme Grundbesitzergesellschaft" hat sich hier ein Verein mit einem Capital von 50 Millionen Franken gebildet für den Ankauf, Betrieb und Wiederverkauf eines Theiles der Staatswälder und verschiedener großen Domänen, deren Veräußerung stattfinden soll. Man nennt unter den Gründern, Mitgliedern des Verwaltungsraths: Herrn Baron Renouard de Bussierre, Deputirter im gesetzgebenden Körper, Präsident des Handelsgerichtes von Straßburg, und Herrn Dollfus Mieg, Fabrikant, Verwalter der Straßburger Eisenbahn. Die Bankiers der Gesellschaft sind die Herren Bachet, Dethomas und Compagnie.

Rußland und Polen.

Warschau, 17. Nov. Einer erlassenen Verordnung zufolge soll in Zukunft den aus dem Auslande nach Polen übersiedelnden fremden Handwerkern, Fabrikanten und Colonisten (Ackerbauern) nicht allein die zollfreie Einfuhr ihres zum Betriebe des Gewerbes nöthigen Handwerkszeuges, Ackergeräthes rc., sondern auch des Mobiliars und sonstiger Utensilien gestattet werden. Dies Letztere jedoch nur mit specieller, jedesmal einzuholender Erlaubniß des Fürsten-Statthalters. Von Waaren und Stoffen werden die nach dem letzten Tarif festgesetzten Zölle erhoben. — Aus Petersburg wird eine progressive Vermehrung der Cholerafälle gemeldet; am 12. kamen deren 45 vor.

Türkei.

Beirut, 9. Nov. Der neuernannte Gouverneur Wamif Pascha ist am 7. d. M. hier eingetroffen und feierlich empfangen worden. — Die Berichte vom syrischen Kriegsschauplatz lauten widersprechend; nach Einigen hätten die Türken drei Insurgentendörfer erstürmt, nach Andern wäre der Vortheil auf Seite der Drusen geblieben. Eine entscheidende Wendung hat der Kampf dort noch keinesfalls genommen.

Verantw. Redactor: Dr. H. Walten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuschert.

Der Vorstand der Warschauer Kaufmannschaft bringt hiermit nachstehende, in Folge des im Königreiche Polen für Kaufleute eingeführten Gilden-Gesetzes in Kraft getretene und auf auswärtige Handlungshäuser, welche Geschäfte in Polen betreiben, Bezug habende Vorschriften zur öffentlichen Kunde:

„Die Vorzeigung von Proben ausländischer Waaren, sei es an Kaufleute oder an Privatpersonen, und die Aufnahme von Bestellungen auf Grund solcher Proben oder ohne solche für Rechnung auswärtiger Häuser wird als Handels- oder Commissionsgeschäft betrachtet.

„Die Betreibung solcher Geschäfte steht ausländischen Kaufleuten oder deren Commissionären nur im Bezirk der Grenz-Zollkammern zu.

„In Warschau und im Königreiche selbst ist die Betreibung dieser Geschäfte nur denjenigen Kaufleuten gestattet, welche das hiesige Gildenrecht erworben haben.

„Diejenigen ausländischen Kaufleute und Commissionäre, welche diesen Vorschriften entgegen handeln, sind den im Artikel 74 des hiesigen Gilden-Gesetzes bezeichneten Strafen unterworfen."

Es wird diese Bekanntmachung zur Kenntniß des handeltreibenden Publikums gebracht, damit Niemand durch Unkenntniß oder Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften, zu deren Aufrechthaltung die betreffenden Behörden bereits angewiesen sind, in Nachtheil komme.

Warschau, den 10. November 1852. [2654]

[2666] **Gräflich Karl zu Eltz'sche Anleihe**

von fl. 270,000 im fl. 24 Fuße, d. d. Eltville, den 28. September 1844 betreffend.

Vermöge der uns zugegangenen Anzeige werden die am 7. August 1850 verlooseten durch uns negocirten Gräflich Karl zu Eltz'schen Partial-Obligationen

Lit. A. Nr. 93 zu fl. 1000.
Lit. B. Nr. 274 zu fl. 500.

pro 1. November 1854 rückzahlbar, in Folge des obligationsmäßigen früheren Heimzahlungsrechtes auf den 1. März 1853 zur Rückzahlung gekündigt, von welchem Termine an eine weitere Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 25. November 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.
Feist Emden & Sohn.

[1673] Auf dem Wechselbüreau des Unterzeichneten werden alle Gattungen Staatspapiere und Anlehens-Loose umgesetzt und deren verfallene Zinsabschnitte und Gewinnste zu den Tagescoursen eingelöst.

L. A. Hahn, Zeil Nr. 35.

[2668] Edictalladung.

Sämmtliche Gläubiger des concursfälligen Heinrich Bonderheid in Lengfeld werden zur Geltendmachung ihrer Ansprüche auf

Mittwoch den 15. December d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheile des stillschweigenden Ausschlusses hiermit vorgeladen.

Umstadt, den 16. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Rey.

[2562] Oeffentliche Aufforderung.

Nachdem die Peter Weber's Wittwe von Oberkainsbach gegen Georg Daum daselbst Klage nachstehenden Inhalts erhoben hat:

Laut gerichtlicher Schuld- und Pfandverschreibung vom 7. März 1845 lieh die Klägerin dem Beklagten Dreihundert Gulden unter dem Versprechen der Verzinsung mit fünf Procent und Rückzahlung nach vierteljähriger Aufkündigung.

Der Beklagte schuldet noch von den Zinsen aus der Zeit vom 7. März 1847 bis 1848 sieben Gulden, und von da an solche überhaupt.

Schon im Jahre 1848 wurde ihm das Capital gekündigt, er hat aber nicht gezahlt und ist inmittelst nach Amerika entwichen.

Ich bitte:

den Beklagten unter dessen Verurtheilung in die Kosten und Gänge zur Zahlung von dreihundert Gulden nebst Zinsen vom 7. März 1848 und einem Rest früherer Zinsen mit sieben Gulden schuldig zu erkennen;

so wird der unbekannt wo? abwesende Beklagte hierdurch öffentlich aufgefordert, sich

innerhalb drei Monaten

auf diese Klage zu erklären, als er sonst des Inhalts derselben für geständig erachtet und mit Einreden ausgeschlossen werden wird.

Alle weitere in dieser Proceßsache ergehenden Verfügungen werden nur in dem Gerichtslokal angeschlagen werden.

Michelstadt, den 29. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
In Erledigung der Landrichterstelle.
Dorr.

[2540] Edictalladung.

Forderungen und sonstige rechtliche Ansprüche an das zurückgelassene Vermögen des von Haus sich entfernt habenden Philipp Fey, Adams Sohn von Pfungstadt, über welches für den Fall, daß derselbe im Liquidationstermine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger nicht anzugeben vermag, formeller Concurs erkannt ist, sind im Termin

Donnerstag den 16. December l. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

bei unterzeichnetem Gericht unterm stillschweigend eintretenden Rechtsnachtheil des Ausschlusses zur Anzeige zu bringen und zu begründen.

Philipp Fey, Adam's Sohn von Pfungstadt, wird aufgefordert, in dem bemerkten Termine Mittel zur Befriedigung seiner Gläubiger anzugeben, sonst im Concursverfahren über sein Vermögen verfügt werden soll.

Zwingenberg, den 27. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Brenner. Königer.

[1809] Edictalladung.

Die Ehefrau des Isaac Wolf von Pfungstadt, Sara geborne Abraham von Trebur, hat mit ihrem Ehemann unterm 31. Mai 1850 ein gegenseitiges Testament errichtet und solches unterm 10. Juni 1850 zur gerichtlichen Deposition gebracht. Nach dem inmittelst erfolgten Ableben der Isaac Wolfs Ehefrau ist das Testament den anwesenden Intestaterben eröffnet worden. Den abwesenden Intestaterben aber, deren Aufenthalt unbekannt ist, nämlich:

1) Abraham Schloß, wahrscheinlich in London;
2) Marx Schloß, angeblich in Westindien;
3) Feist Schloß, angeblich in Neuyork;
4) Jakob Schloß, angeblich in Neuyork;

sämmtlich Kinder des verstorbenen Bruders der Erblasserin Wolf Schloß zu Trebur, wird hiermit eröffnet, daß sie sich

binnen sechs Monaten

zur Eröffnung des Testaments, nach dessen wesentlichem Inhalt die Erblasserin ihren Ehemann zum Erben eingesetzt und dabei verschiedene Vermächtnisse, unter Andern ein solches von Fünfzig Gulden an Feist Schloß festgesetzt hat, bei unterzeichnetem Gerichte anzumelden haben, widrigenfalls das Testament als eröffnet betrachtet werden soll.

Zwingenberg, den 28. Juli 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Brenner. Königer.

[2453] Bekanntmachung.

Nachdem über das Vermögen des Johann Heinrich Kratz II. von Wohnbach der förmliche Concurs erkannt worden, werden alle diejenigen, welche Ansprüche irgend einer Art an ihn zu bilden haben, aufgefordert, dieselben bei Meidung stillschweigends eintretenden Ausschlusses von der Masse,

Donnerstag den 16. December l. J.,
Morgens 10 Uhr,

bei unterzeichnetem Gerichte geltend zu machen. Zugleich soll ein Arrangement versucht und in Entstehung des Güte nach den Beschlüssen der Mehrheit der anwesenden Gläubiger ein Curator und ein Ausschuß erwählt werden.

Hungen, 15. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Hofmann. Langsdorff.

[2494] Edictalladung.

In Sachen

der Anna Catharina, Heinrich Fröhlichs Ehefrau, geborne Ploch von Heidelbach, Klägerin

gegen

ihren genannten Ehemann, den Heinrich Fröhlich von Heidelbach, Beklagten, Scheidung wegen böslicher Verlassung betr.

Anna Catharina, geborne Ploch, Ehefrau des Heinrich Fröhlich aus Heidelbach, hat gegen ihren Ehemann wegen böswilliger Verlassung Klage erhoben und um Auflösung des ehelichen Bandes gebeten.

Da der Aufenthaltsort des Beklagten unbekannt ist, so wird derselbe hierdurch öffentlich aufgefordert, sich auf die gegen ihn erhobene Klage, deren Ausfertigung auf Anmelden ihm behändigt werden soll, so gewiß innerhalb

„3 Monaten"

bei unterzeichnetem Gericht zu erklären, als sonst angenommen werde, er habe den Klagegrund zugestanden und auf Vorbringen von Einreden verzichtet. Zugleich wird bemerkt, daß künftige Verfügungen in dieser Sache nur durch Anschlag an die Gerichtsthüre werden bekannt gemacht werden.

Alsfeld, den 23. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
J. V. Gr. Landrichters
Bornemann.

[2535] Aufforderung.

Gr. Hofgericht zu Gießen hat über das Vermögen des Caspar Flach von Freiensteinau den förmlichen Concursproceß erkannt und das unterfertigte Gericht mit dessen Leitung beauftragt. Sofort werden diejenigen, welche Ansprüche an denselben zu bilden vermeinen, aufgefordert, solche im Termin

Freitag den 14. Januar 1853,
Vormittags 10 Uhr,

bei unterzeichneter Gerichtsstelle anzumelden und zu begründen, als sie sonst von der Masse stillschweigend ausgeschlossen werden würden.

Zugleich soll der Weg der Güte versucht, ein Massecurator und Gläubigerausschuß gewählt werden, weßhalb diejenigen Gläubiger, welche ihre Ansprüche schriftlich liquidiren, oder sich durch Dritte vertreten lassen, den Beschlüssen der Erscheinenden beigetreten betrachtet werden.

Altenschlirf, den 31. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Weidig. Pilger.

[2619] Bekanntmachung.

Nachdem das unterfertigte Gericht durch Beschluß vom 15. Sept. l. J. an die Stelle der seitherigen, auf ihren Antrag ihrer Pflichten wieder entbundenen Curatoren des durch stadtgerichtliche Verfügung vom 5. October 1840 der eigenen Verwaltung seines Vermögens entsetzten hiesigen Bürgers und Handelsmanns Franz Carl Hiller, die Herren Doctoren der Rechte Georg Fresenius sen. und Wilhelm Gwinner zu dessen Curatoren bestellt hat, so wird solches andurch mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß alle Rechtsgeschäfte, welche Franz Carl Hiller ohne Zustimmung seiner genannten Curatoren eingehet, als unverbindlich und nichtig zu erachten sind.

Frankfurt a. M., den 18 November 1852.

Stadtgericht II.
Dr. Eysen, 1r Secr.

[1822] Vorladung.

Der hiesige Bürger und gewesene Kasernenverwalter, auch pensionirte Hauptmann Johann Caspar Eysenbeth, welcher sich einer wegen Verdachts der Veruntreuung gegen ihn eingeleiteten Untersuchung durch die Flucht entzogen hat, wird hiermit aufgefordert, sich

binnen sechs Monaten von heute an

zur Vernehmung und Vertheidigung rücksichtlich der gegen ihn vorliegenden Anschuldigung dahier zu stellen, widrigenfalls seines Ausbleibens ungeachtet weiter gegen ihn verfahren und den Rechten gemäß erkannt werden soll.

Frankfurt a. M., den 11. August 1851.

Peinlich-Verhör-Amt.

Druck von August Osterrieth.

№ 284. Samstag — den 27. November — 1852.

Der Pränumerationspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksamt von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 16½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in dem k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übrerische Länder nimmt Herr H. H. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 25, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 29, Bestellungen an. Die Ankündigungsgebühren betragen für die Zeile (4½ Zeile) mit Petitschrift oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

§ **Frankfurt**, 26. Nov. Entschiedenes Handeln und besonnenes Schweigen sind die beiden Eigenschaften, welche an dem Prinz-Präsidenten der französischen Republik am meisten in die Augen fallen. Viel Thaten und wenig Reden rühmten schon die alten Griechen an ihren Königen und Helden.

Hieran sind wir recht lebhaft durch den neuerlichen Protest des Grafen v. Chambord erinnert worden. Proteste sind eben nur Worte, gegen welche selbst die vielbeleumdeten Affairen von Straßburg und Boulogne belangreiche Thaten sind: ja, wir glauben nicht zu viel zu behaupten, wenn wir sagen, daß es ohne Straßburg und Boulogne schwerlich einen Prinz-Präsidenten Ludwig Napoleon geben würde und noch viel weniger ein Kaiser Napoleon in Aussicht stünde. Das Volk will nun einmal Handlungen und Thaten, während es die Worte als leere Redensarten bald vergißt. Als das französische Volk im Jahr 1848 sich ohne Herrscher sah, was war natürlicher, als daß es sich zuerst dessen erinnerte, der durch Thaten, wenn auch erfolglose, bewiesen hatte, daß er es beherrschen wollte? Der letzte Protest des Grafen Chambord ist nicht der erste der Bourbonen, alle waren gleich erfolglos; und sollte die Restauration der Bourbonen im Jahre 1815 nicht die letzte gewesen sein, so wünschen wir ihnen, daß sie sich selbst restauriren, nicht sich restauriren lassen.

Ein neuer Protest, sagt man, steht in Aussicht, nicht von Seite der Bourbonen, sondern einiger europäischen Mächte — ein Protest gegen den Titel Napoleon III. Wenn man es, wie ebenfalls gesagt wird, verhindert hat, dem Proteste des Grafen Chambord einen diplomatischen Charakter zu geben, so daß er mit den Pamphleten der Revolutionspropaganda an ein und derselben Stelle des französischen „Moniteurs" abgedruckt werden konnte, so sollte man diesen neuen Protest auch nicht einmal haben andeuten wollen, wenn man ihn nicht die That, d. h. den Krieg unmittelbar will folgen lassen.

Ludwig Napoleon muß jetzt als der dritte Napoleon den Kaisertron besteigen, während es ihm ohne dergleichen Andeutungen vielleicht freigestanden hätte, das Senatsconsult, resp. Plebiscit entsprechend zu modificiren. Das französische Volk ist ein stolzes, und sein Stolz würde gekränkt werden, wenn sein erwählter Kaiser gegen den offen und laut verkündeten Volkswillen den Wünschen der Nachbarn, ob sie noch so berechtigt sind, sich fügen wollte oder gar müßte.

Wissen wir den Frieden aufrichtig, so hüte man sich, die Leidenschaften, die ihn gefährden können, aufzuregen.

P **Berlin**, 24. Nov. Mit dem herannahenden Termin für die Eröffnung der Kammern mehren sich die Nachrichten über Vorlagen, welche seitens der Regierung denselben angeblich gemacht werden sollen. Wenn im Allgemeinen anzuerkennen ist, diesen Angaben nicht zu leicht Glauben zu schenken, so ist noch im Besonderen die Nachricht als aus der unlautern Quelle einer Börsenspeculation entsprungen zu bezeichnen, welche einige der heutigen Morgenblätter bringen. Danach sollen im Handelsministerium zwei Gesetzentwürfe über Anlage von neuen Zweigeisenbahnen und über Herstellung von Chausseeverbindungen in entlegenen Landestheilen zur Vorlage an die Kammern bereitet sein, deren Ausführung ein Capital von 30 Mill. Thlrn. in Anspruch nehmen und vorzugsweise dazu dienen würde, den Kohlentransport in Westfalen, der Rheinprovinz und in Schlesien zu vermitteln. Diese Nachricht, welche ihre Unwahrscheinlichkeit auch schon in sich selbst trägt, ist vollkommen unbegründet. Denn abgesehen davon, daß man diejenigen, welche zum Transport ihrer Steinkohlen Zweigeisenbahnen bedürfen, dieselben billigerweise selbst würde bauen lassen, ist wohl in nächster Zeit für Eisenbahnbauten in Preußen keine Aussicht. Für den Augenblick hat man an dem Ausbau der in Angriff genommenen Linien hinlänglich zu thun. Ist aber Geld und Zeit vorhanden, so möchten wohl zunächst die Bahnen von Posen nach Breslau, die Verbindungsbahn der Ostbahn von Frankfurt a. d. O. nach Kreuz und eine Zweigbahn in Pommern, von Arnswalde oder Stettin nach Kobleyn Aussicht auf Ausführung haben, da deren Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit anerkannt ist, und ihre Vollendung einem bedeutend größeren Theile des Landes und Volkes zu Gute kommt, als jene bezeichneten. Was die Herstellung von Chausseeverbindungen in entlegenen Landestheilen anbetrifft, so bereiten dafür keine Gesetzentwürfe vom Handelsministerium ausgearbeitet, sondern dieselbe wird auf Grund eines allgemeinen Planes nach Maßgabe der dafür im Budget ausgeworfenen Fonds und der etwa in außerordentlicher Weise, wie bei einem Nothstande sich geltend machenden Bedürfnisse ausgeführt. — Von den Vorlagen, welche den Kammern gemacht werden sollen, steht bis jetzt außer denjenigen, worüber ich Ihnen gestern Mittheilung machte, auch noch die über die Bildung der ersten Kammer fest, deren Inhalt und Fassung sich an die Vorlage anschließen dürfte, welche die Regierung den Kammern in der vorigen Session gemacht hat. Es wird die Berufung der Mitglieder bedinglich in die Hand Sr. Maj. des Königs gelegt. In der Einladung, welche von Seiten mehrerer conservativen Abgeordneten der Provinz Brandenburg zu einer Versammlung im Mäderschen Saale für den 28. d. M. ergangen, ist heute eine andere, von v. Patow, Gamet, Riedel ꝛc. unterzeichnet, gekommen. Man ist sofort bei der Hand gewesen, aus diesem Umstande die Bildung von zwei großen sich gegenüberstehenden Fractionen zu prognosticiren, und hat diese die „Schwarzweißen", jene die „liberalconservativen" genannt. Ich beschiede mich, Ihnen diese Mittheilung zu machen; denn es ist gewiß, daß positive Fälle erst den Scheidungsproceß bewirken werden. Der erste wird die Präsidentenwahl sein, für welche man hier an die früheren Abgeordneten Nöldechen und v. Bonin denkt.

§ **Von der Oder**, 25. Nov. Ueber den Stand der orientalischen Frage gehen mir aus zuverlässiger Quelle folgende Mittheilungen zu. Rußland und Oesterreich sind dahin übereingekommen, ohne vorherige Verständigung keinen wichtigen Schritt durch ihre Gesandten in Konstantinopel thun zu lassen, indem das St. Petersburger Cabinet sich noch besonders bereit erklärte, die bayerische Thronfolge in Griechenland anzuerkennen, sobald die Griechen selbst sich dabei beruhigen. In den Streitigkeiten wegen der Kirche des heiligen Grabes zu Jerusalem hat Rußland entschiedenere Erfolge: allein Oesterreich wird sich schon darum zufrieden geben, weil Frankreich, ohne auch nur die andere katholischen Mächte um ihre Meinung zu fragen, für sich allein das Protectorat über die lateinische Kirche im Orient beanspruchte, was in Wien nicht mit günstigen Augen angesehnmen wurde. Die Erfolge, deren sich die französische Diplomatie in Konstantinopel in dieser Angelegenheit rühmt, sind rein illusorisch und noch dazu von der Art, daß es früher oder später wieder zu blutigen Reibereien zwischen Griechen und Lateinern kommen muß. In Betreff der Südslaven findet zwischen dem russischen und österreichischen Cabinet keine irgendwie erhebliche Meinungsverschiedenheit statt und beide Mächte werden gemeinschaftlich dahin wirken, daß auch die unter türkischer Botmäßigkeit stehenden Serben keinen Bedrückungen ausgesetzt sind. Haben ja doch die Südslaven sogar die russische Intervention nicht gerne gesehen: sie meinten, Metternich habe sie irrthümlicherweise in Verdacht gehabt, Sympathie für Rußland zu hegen. In der ohne allen Zweifel wichtigsten Partie der innern österreichischen Politik, den Slaven in den Donauländern gegenüber, hat der Minister Dr. Bach sich ein Hauptverdienst nicht entgehen lassen. Der junge Kaiser hat den Titel eines „Großwojwoden der Serben" angenommen. Die nahe 1½ Millionen, welche österreichisch Serbien bewohnen und früher der ungarischen Hoflanzei unterworfen waren, sind damit als besondere Nation anerkannt, und die Serben insgesammt haben nun wieder einen Anhaltspunkt erhalten, sich unter-

dem österreichischen Scepter zu schaaren. So lange man, bemerkt der Tourist Neigebaur, bei den Serben, den der orientalischen Kirche angehörenden Slaven, fürchten mußte, daß die Anhänger der orientalischen Kirche wieder als Schismatiker betrachtet werden würden, hatten sich russische Sympathien spüren lassen. Jetzt ist dies anders. Die Südslaven im österreichischen Kaiserstaat sind nicht mehr, wie im Norden die Edelleute und Bauern, kastenartig gesondert, sie sind Staatsbürger geworden und die türkischen Südslaven werden dereinst dem Nachbar zufallen, welcher ihnen die meiste Freiheit zur Entwickelung ihrer materiellen und intellectuellen Kräfte gewährt. Dagegen hat Rußland gar nichts einzuwenden, und es ist zum Theil dem russischen Einfluß zuzuschreiben, daß die Türken die Befestigungsarbeiten in Sattorina an der Küste von Ragusa aufgaben. In Tunis dagegen werden Rußland und Oesterreich Hand in Hand mit England und gegen die Ansprüche Frankreichs die Suprematie der Pforte aufrecht zu erhalten suchen. Daß die englische Flotte von Malta nach Tunis unter Segel ging, wo bereits ein französisches Geschwader stationirt ist, gehört jedenfalls zu den bedeutungsvollsten Demonstrationen der neuesten Diplomatie. Ein Königreich Algerien mag der neue Kaiser der Franzosen schaffen: Tunis wird er nimmermehr von der Türkei ablösen und sich unterwerfen.

Dresden, 22. Nov. Die hier abgehaltenen Conferenzen von Abgeordneten evangelisch-lutherischen Kirchenregiments, in deren Mitte seit dem 15. d. M. die liturgische Frage in Erwägung gezogen worden ist, haben bereits am 18. ihren Schluß gefunden, nachdem eine vollständige Vereinigung über die zur Discussion gebrachten Gegenstände gewonnen war, und es haben die Abgeordneten von Württemberg, Hannover, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz ihre Heimreise wieder angetreten. In möglichst kurzer Zeit wird ein Elaborat über eine bedeutende Anzahl liturgischer Einzelfragen, wie sie in der Conferenz bestimmt worden sind, bearbeitet werden, wofür der Referent auch bereits erwählt ist und über welches in einer zweiten Conferenz, für die man Dresden wiederum zum Ort des Zusammentritts ausersehen hat, im Laufe des nächsten Jahres Beschluß gefaßt werden wird. Diejenigen evangelisch-lutherischen Kirchenregierungen, welche zu der ersten, nur vorläufigen Conferenz nicht hatten eingeladen werden können, sollen, unter Mittheilung der Conferenzprotocolle, Veranlassung erhalten, nach Befinden sich bei dem gemeinsamen Unternehmen zu betheiligen und zu dem Ende die nächste Conferenz zu beschicken. (Dr. J.)

⁑ Dresden, 23. Nov. In mehreren Zeitungen haben wir jüngst die von hier aus datirte Nachricht gelesen, daß demnächst eine neue Uniformirung der sächsischen Armee bevorstehe, auch bereits die Farbe der neuen Röcke, bis zu den Kragen und Aufschlägen, mit einer Genauigkeit beschrieben gefunden, als ob die Herren Correspondenten die ersten Exemplare der neuen Uniformen schon auf der Straße gesehen hätten. Das Wahre an der Sache ist, daß im Kriegsministerium eine Commission niedergesetzt ist, welche mehrere daselbst eingegangenen Vorschläge und Anträge über Veränderungen in der Uniformirung und Ausrüstung unserer Truppen in Berathung ziehen und dem Ministerium Bericht darüber erstatten soll. So viel wir wissen, ist zur Zeit selbst diese Commission noch nicht einmal zu einem Resultate gelangt, so daß selbstverständlich in dieser Beziehung von einer Entschließung des Kriegsministeriums, deren Ausführung überdies noch von der allerhöchsten Genehmigung abhängig sein würde, gar nicht die Rede sein kann. Wenn ein Berliner Blatt an die Mittheilung obiger Nachricht die Bemerkung knüpft, daß die Kostspieligkeit „solcher immerwährenden Veränderungen" zuletzt auch unsere Finanzzustände den österreichischen immer näher bringen dürfte, so hat dies, so lange unsere Staatspapiere noch höhern Cours haben als die preußischen, noch gute Wege. Wie wenig gewissenhaft überhaupt manche sächsische Correspondenten auswärtiger Blätter bei ihren Berichten über hiesige Zustände zu Werke gehen, davon liefert ein uns heute zu Gesicht gekommener Artikel des „Schwäb. Merkur", aus Leipzig, einen neuen Beweis. Es heißt dort, daß, seit Herr v. Beust das Ministerium des Innern mit verwalte, das Regiment ungleich strenger geworden als früher, und namentlich zahlreiche Verbote von Büchern und ausländischen Zeitungen bei uns vorgekommen seien. Der Leipziger Correspondent hat wohlweislich unterlassen, diese „zahlreichen Verbote" näher zu bezeichnen. Wir wollen dieselben hier vorzählen. Seit dem Rücktritt des Herrn v. Friesen, das ist seit Anfang October d. J., sind durch das Ministerium des Innern in Sachsen überhaupt verboten worden: 2 socialistische Broschüren von Cabet, die bei Göpel in Stuttgart erschienene und dort bekanntlich zuerst unterdrückte Schrift: „Deutschland und die abendländische Civilisation", und an ausländischen Zeitungen: die in Braunschweig erscheinenden „Blätter der Zeit", und Tögels „Volkswirthschaftliche Monatsschrift". Die letztere traf dieses Verbot bekanntlich lediglich in Folge der Veröffentlichung der gefälschten Stuttgarter Actenstücke. Wenn jetzt von verschiedenen Seiten her diese letztere Maßregel dem Verfahren der Regierung gegen das „Leipziger Tageblatt" gegenübergestellt und darauf hingewiesen wird, daß man sich bei diesem darauf beschränkt hat, die durch dasselbe veröffentlichten sogenannten „Sächsischen Actenstücke" (einen angeblichen Brief des verstorbenen Königs Friedrich August an Friedrich Wilhelm III.) als unächt zu bezeichnen, so übersieht man hierbei, und gewiß nicht ungeflissentlich, die Thatsache, daß auch Tögels Monatsschrift nicht sofort nach Veröffentlichung der apokryphen Stuttgarter Protocolle, sondern erst dann verboten wurde, als der Herausgeber dieser Zeitschrift, den durch das officielle „Dresdener Journal" veröffentlichten ächten Documenten gegenüber, auf der Behauptung beharrte, daß die von ihm mitgetheilten Actenstücke die ächten und mithin die von sächsischer Seite publicirten unächt seien, während das „Leipziger Tageblatt" in Folge der im Publikum laut gewordenen Zweifel über die Aechtheit seiner Mittheilungen, die Fortsetzung freiwillig eingestellt hatte, bevor die officielle Berichtigung erfolgte. Wenn aber in dergleichen Correspondenzen der Vorstand des Ministeriums mit jeder in den Buchladen erfolgenden Beschlagnahme in Verbindung gebracht wird, so ist man fast versucht, hierin mehr als bloße Unkenntniß unserer preßpolizeilichen Verhältnisse zu erblicken.

Mannheim, 24. Nov. Gestern wurden hier mehrere Verhaftungen vorgenommen, die politischer Art zu sein scheinen, wenigstens stehen sie mit Flugschriften aufrührerischen Inhalts in Verbindung, welche angeblich von London aus zur Verbreitung hierher gekommen sein sollen. Man erinnert sich dabei wieder an die vor einiger Zeit in den Zeitungen verbreitete Nachricht, daß Am. Gögg, von hier, Amerika verlassen und sich in London wieder gezeigt habe. (S. M.)

= **Frankfurt**, 26. Nov. Zur Vervollständigung des gestrigen Berichts über die Sitzung der gesetzgebenden Versammlung tragen wir Folgendes nach. Nachdem Dr. Mappes seinen Antrag auf Verschiebung der Senatsergänzung bis nach Erledigung des Commissionsberichts über die nothwendigen Reformen gestellt und begründet hatte, wollte Dr. Binding zugleich der Commission Beschleunigung ihrer Arbeit anempfohlen wissen, damit dem Beschluß nicht die Bedeutung einer Ablehnung der Theilnahme an der Senatsergänzung beigelegt werden könne. Dr. Jucho und Dr. Mappes erklärten sich gegen diesen Zusatz, da einerseits der Antrag auf Verschiebung der Wahl die Deutung einer Ablehnung ausschließe, anderseits die Commission nicht gedrängt zu werden brauche, da stets die Commissionen der Versammlung rasch gearbeitet hätten, und Verzögerungen nur durch das Ausbleiben der Antwort des Senats entstanden seien, überdem die Ergänzung des Senats, welche schon so lange unterblieben sei, nicht so sehr eilen könne. Reissenstein glaubt, daß ohne das Einbringen des Souchay'schen Antrags überhaupt noch keine Rückäußerung des Senats gekommen wäre. Hierauf stimmte die Versammlung über den Antrag des Herrn Dr. Mappes durch Aufstehen und Sitzenbleiben ab, und es erhielt derselbe die Majorität. Nach der Abstimmung bemerkte Schöff und Syndicus Dr. Harnier, daß er in der Minorität gestimmt habe, da er die Versammlung der Verfassung gemäß nicht für befugt halte, einen solchen Beschluß zu fassen. Dr. Varrentrapp und Dr. Mappes halten es für höchst ungerechtfertigt, daß Mitglieder der Versammlung bei der Discussion schwiegen und nach gefaßtem Beschlusse protestirten, vielleicht auch anderwärts Schritte gegen die Beschlüsse der Versammlung thäten. (Bravo in der Versammlung.) Senator Clarus erklärt, er habe nur geschwiegen, weil er gehofft, daß rechtsgelehrte Mitglieder der Versammlung die Unzulässigkeit des Mappesschen Antrags nachweisen würden. Er halte die Vornahme der Ergänzungswahl für eine Gewissenssache der hierzu berufenen Wähler. Um dieses formelle Bedenken zu beseitigen, schlägt Dr. Souchay vor, daß die 45 Mitglieder aus der Bürgerschaft und die 20 Mitglieder aus der ständigen Bürgerrepräsentation nach dem Schluß der heutigen Berathung zusammentreten sollten. Nachdem der Antrag eines Mitglieds, nicht weiter über einen gefaßten Beschluß zu discutiren, abgelehnt worden war, wurde die Debatte, mitunter in sehr erregter Weise, fortgesetzt. Dr. Jucho erklärte das Verfahren des Senats, gleichzeitig seine eigenen früheren Verfassungsvorlagen zurückzunehmen und zur sofortigen Vornahme der Ergänzungswahlen aufzufordern, für verletzend gegenüber der gesetzgebenden Versammlung, da die letztere doch zuvor darüber berathen und beschließen müsse, ob die Ergänzung vorzunehmen sei. Dr. Burkard und Dr. Binding wünschen zwar auch noch nähere Aufklärung, namentlich darüber, ob der Senat sämmtliche erledigte Rathsstellen, oder nur die drei, von welchen in dem Einladungsschreiben die Rede sei, wieder besetzen wolle, glauben aber, daß diese Aufklärung erfolgen könne, wenn die Commission in einer auf den nächsten Samstag anzuberaumenden Sitzung berichten werde. Dr. Souchay ist der Ansicht, daß das Gesetz vom October 1848, obwohl es kraft Bundesbeschluß

außer Wirksamkeit gesetzt worden, doch noch zu Bedenken Anlaß gebe, insofern es die Wiederergänzung des Senats vor Erledigung der Verfassungsangelegenheit ausschließe, wesßhalb es erforderlich sei, daß die gesetzgebende Versammlung, als Auslegerin der Verfassung, sich zuvor darüber aussprechе. Senator Körner bemerkt zur Beseitigung von Mißverständnissen, daß der Senat durch den Ausdruck „außer Wirksamkeit setzen“ die oftermähnten Gesetze vom 29. October 1848 und 20. September 1849 für nichtmehr zu Recht bestehend und förmlich abgeschafft erklärt habe. Schöff Dr. Schulin glaubt, daß schon durch die Bekanntmachung des Senats vom 31. December 1849 die transitorische Bestimmung über die Nichtergänzung des Senats aufgehoben gewesen sei, und daß, nachdem bereits drei gesetzgebende Versammlungen den Erlaß vom 31. December 1849 anerkannt hätten, jetzt nicht mehr über die Aufhebung jener transitorischen Bestimmung Zweifel erhoben werden könnten. Auch er hält den vorhin gefaßten Beschluß für nicht unbedenklich und ersucht die Versammlung, denselben zurückzunehmen. Dr. Blum stellt einen Zusatzantrag, welcher der zusammenberufenen Wahlversammlung die Entscheidung vorbehält. Dr. Jucho dagegen beantragt, den Senat zugleich zu ersuchen, der Wahl bis auf Weiteres Anstand zu geben. Dr. Mappes, Dr. Barrentrapp und Dr. Souchay ergreifen wiederholt das Wort, um ihren Tadel über das seitherige Verfahren des Senats auszusprechen und die Versammlung aufzufordern, sich nicht durch Drohungen schrecken zu lassen. Eine Gefahr auf dem Verzug sei nicht vorhanden, auch dem 51r Colleg, dem derselbe Antrag vorgelegen habe, sei Zeit zur Beschlußfassung gelassen worden; eine Weigerung, den Senat ergänzen zu helfen, liege nicht in dem Beschluß; derselbe sei kein Product der Aufregung, sondern gehe Anlaß zu ruhiger Ueberlegung. Im December 1849 sei nur die constituirende Versammlung aufgelöst, die Uebergangsbestimmungen seien nicht aufgehoben worden. Es müsse vor allen Dingen die Publication der Gesetze über das Strafverfahren und eine Einigung über die weiter vorzunehmenden Reformen erfolgen, damit bei den Ergänzungswahlen qualificirte Persönlichkeiten in Vorschlag gebracht werden können. Nach Mittheilungen von Blättern, in denen Verfassungen meistens eingetroffen seien, sollten nur die drei Rathsherren besetzt werden. Die von der Bürgerschaft gewählten Mitglieder der Versammlung dürften sich nicht zu Strohmännern herabwürdigen, sobald ihnen mit Einschreiten höherer, äußerer Gewalt gedroht würde, lieber sollten sie denjenigen, welche solche Drohungen vorbrächten, die Regierung ganz überlassen (Bravo in der Versammlung). Dr. Burkard erklärt sich zwar mit den von dem Vorredner ausgesprochenen Empfindungen einverstanden, glaubt aber, daß es die Aufgabe der gewählten Bürger sei, so viel es möglich thun zu wollen und nun aus dem Schiffbruch der Zeiten zu retten. Er wünsche, daß die Streitigkeiten über die Rechtsfrage geschlossen würden, um so gut als möglich mit der alten Verfassung fortzubestehen. Dazu sei die Ergänzung des Senats nöthig, aber eine vollständige, keine theilweise. — Das Resultat der Abstimmung, durch welche die Anträge der Herren Dr. Blum und Dr. Burkard abgelehnt, der Zusatzantrag des Herrn Dr. Jucho aber angenommen wurde, haben wir gemeldet. Der Beschluß ist hohem Senat bereits mitgetheilt.

Neueste Nachrichten.

☆ **Wien**, 24. Nov. Die vielfachen Aufmerksamkeiten, deren sich der ehevorgestern aus Triest hier eingetroffene Freiherr v. Bruck zu erfreuen hat, lassen die Vermuthung, daß seine Ankunft in Wien einen politischen Zweck habe, als sehr wahrscheinlich erscheinen, und es wird in sonst gut unterrichteten Kreisen erzählt, daß seine Anwesenheit in Wien mit der Zollfrage in Verbindung stehe, was um so wahrscheinlicher ist, als er auch heute der Sitzung des hiesigen Zollcongresses beiwohnte, und hierauf dem Grafen v. Arnim einen diplomatischen Besuch abstattete. Gestern wurde der Herr Baron von Sr. Majestät dem Kaiser in einer besondern Audienz empfangen und sodann zur kaiserlichen Tafel gezogen. Mit dem Herrn Minister des Aeußern conferirte er im Laufe des gestrigen Tags.

Köln, 25. Nov. Von den im Communistenprocesse Verurtheilten hat Leßner die Cassation wirklich nachgesucht, die übrigen aber haben neuerdings beschlossen, einen Cassationsantrag nicht zu stellen.

* **Hannover**, 23. Nov. Wie die „Hannoversche Zeitung“ von unterrichteter Seite vernimmt, ist in dem Abend eine abermalige Conferenz des geistlichen Staatsministeriums abgehalten und darin über die wiederholte Aufforderung des Magistrats berathen worden, das Collegium mit Hrn. Steinacker anzustellen.

Y* **Kassel**, 25. Nov. Die landständischen Ausschüsse sind wieder zusammengetreten und mit der Berathung von Regierungsvorlagen beschäftigt. Wann die Landstände selbst wieder einberufen werden, ist noch nicht gewiß, doch dürfte es noch in der ersten Hälfte des nächsten Monats zu erwarten stehen.

‡ **Paris**, 25. Nov. Der gesetzgebende Körper ist heute zusammengetreten, um die Gesammtausgählung der am 21. und 22. November abgegebenen Stimmen vorzunehmen. Die Versammlung war sehr zahlreich vertreten. Schon heute früh hieß es, Prinz Ludwig Napoleon werde eine Botschaft an den Körper schicken, und diese Kunde hat nicht wenig dazu beigetragen, dem Sitzungspalast schon bei guter Zeit großes Auditorium zuzuführen. Die allgemeine Erwartung wurde auch nicht getäuscht. Nach Eröffnung der Sitzung wurde der Staatsminister Fould eingeführt und verlas folgende von der Verfassungsmacht mit wiederholten Beifallsäußerungen unterbrochene Botschaft des Prinzen:

„Meine Herren Deputirte! Ich habe Sie aus Ihren Departementen wieder einberufen, um Sie an dem großen Act Theil nehmen zu lassen, der im Vollzug begriffen ist. Obgleich der Senat und das Volk allein das Recht haben, die Verfassung zu modificiren, so habe ich doch gewünscht, daß die politische Körperschaft, gleich mir aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen, vor der Welt die Freimüthigkeit der nationalen Bewegung bezeugen möge, welche mich an die Spitze des Kaiserreichs berufen hat. Es ist mein Wille, daß Sie es sein sollen, welche, die Freiheit des Votums und die Zahl der Stimmen constatirend, aus Ihrer Declaration die ganze Legitimität meiner Gewalt hervorgehen lassen. Heute erklären, daß die Autorität auf einem unbestreitbaren Rechte beruhe, heißt ihr in Wirklichkeit die Kraft verleihen, deren es bedarf, um etwas Dauerhaftes zu erschaffen und die Wohlfahrt des Landes zu sichern. Die Regierung wird, wie Sie wissen, nur sehr wenig verändern. Den großen Interessen sich widmend, welche die Einsicht erzeugt und der Friede entwickelt, wird sie sich, wie in der Vergangenheit, in den Grenzen der Mäßigung halten; denn der Erfolg bläht niemals die Seele derjenigen stolz auf, die in ihrer neuen Erhöhung nur eine noch größere, vom Volk auferlegte Pflicht, nur eine noch höhere, von der Vorsehung anvertraute Mission erblicken. Geschehen im Palaste zu Saint-Cloud, den 25. November 1852. Ludwig Napoleon.“

Auch heute wimmeln die Blätter wieder von Depeschen, Berichten und vergleichenden Tabellen, worin nichts als Zahlen. (Wir übergehen dieselben hier, zumal der Gesammtetat, den wir vom 20. December v. J. nahe verwandt, auf telegraphischem Weg bereits bekannt gewordеn ist.)

Stockholm, 19. Nov. Während die Königin sich von ihrem Unwohlsein wieder erholt hat und die Prinzessin Eugenie ihrer vollständigen Genesung mit raschen Schritten entgegengeht, ist der Zustand des Königs noch immer täglichen Schwankungen unterworfen und wenig befriedigend. Professor Huß ist ins königliche Schloß gezogen, um stets in der Nähe des Königs sein zu können.

Börsenberichte.

Frankfurt, 26. Nov. Auch in der heutigen Effectensocietät waren österreichische Fonds begehrt; 5pCt. Metall. waren 81¼, pCt.; 5pCt. neue englische Metall. 95 pCt. G.; 4½pCt. Metall. 71⅛ a ¼, pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. sehr belebt, bis zu 89½, bezahlt, schließen leicht 89¼ pCt. G.; Wiener Bankactien 1372 fl. Spanische Fonds, anfangs fest, schließen etwas flauer; 1pCt. Rente anfangs 24¹¹/₁₆ pCt. G., zuletzt 24⅝ pCt.; 3pCt. Integrale 19¾ G. Luxemburgische 40 Thaler Loose 34¼ pCt., Badische 35 fl. Loose 38½ fl. Von Eisenbahnactien war Z.-Bs.-Nordbahn 46½, pCt.; Berbach fortwährend gefragt, 99 pCt. G.

Berlin, 25. Nov. Staatsch. 94¼, Brf., 93⅞ G. — Köln-Minden 114¼, Brf., 113½ G. — Fr.-W.-Nordb. 42½, à ¾, bez.

Paris, 25. Nov. 4½pCt. Rente 107, 35. — 3pCt. 85, 15. — Neapol. — 5pCt. Neue Oesterr. 89¾. — Span. neue Obst. 25. — Neue 3pCt. 51½. — Innere Schuld 46, 45⅞ a ½. — Passive —. — Bankactien 2975. — Piemont 5pCt. 100, 50. — Römisches Anlehen Zmi 1850 100⅞. — do. 1850 101. — St. Germain-Eisenbahn 1490. — Versailles, linkes Ufer 372, 50. — Straßburg-Basel 380. — Nordbahn 990. — Paris-Strasbourg 880.

An der heutigen Börse haben die Fonds wieder größere Festigkeit gewonnen und die meisten übrigen Werthpapiere sich merklich gebessert.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 26. Nov. 5pCt. Metall. 94½, — 5pCt. do. B. 110⅛. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94. — 4½pCt. do. 84¾. — Bankactien 1336. — 250 fl. Loose 138¾. — London 11 fl. 29 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 105⅛. — K.-k.-Nordb. 259. — Livorno-Florenz 102. — Siena-Empoli 70⅛. — Paris 136¾. — London in Triest 11 fl. 27 kr. — Silber 16⅛. (Synd.)

London, 25. Nov. 3pCt. Stocks 101⅛. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 25¼. — 5pCt. Hambro 99⅞. (Synd.)

Madrid, 20. Nov. 3pCt. 46¼. — 1pCt. Neue 15⅞. (Synd.)

Verantw. Redacteur: Dr. L. Maller. Dr. L. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Photographisches Institut

von **JACOB SEIB, Hochstrasse 16,** Parterre.

Ich ersuche Diejenigen, welche Portraits auf Weihnachten wünschen, mich baldigst zu beehren, um die nöthige Zeit für die Ausführung zu gewinnen.

Die geeignetsten Stunden zur Aufnahme sind jetzt: **von Morgens 10 bis 3 Uhr Nachmittags.**

Verpachtung einer im bayerischen Oberlande, unweit Benediktbeuern gelegenen Glashütte.

Es wird eine Glashütte, 14 Poststunden von München entfernt und an einem Flusse gelegen, auf längere oder kürzere Zeit verpachtet.—Dieselbe wurde seither mit Torf- und Steinkohlenfeuerung betrieben, und sind die reichhaltigen Lagerungen des schönsten Quarzsandes, wie auch ein Kohlenbergwerk und Ziegelbrennerei, gestatten einen grossartigen Betrieb, und das zu einer einfachen Campagne erforderliche Quantum Torf findet sich bereits im bestreckten Zustande vorräthig.

Pachtlustige wollen sich in frankirten Briefen an Herrn **S. Hermann** in München, Rosenthal Nr. 3 wenden, worauf nähere Auskunft ertheilt werden wird.

[2639]

[2642]

Bekanntmachung.

Lombardisch-Venetianische Anleihe.

Von dem hohen K. K. Oestreichischen Finanzministerium sind wir beauftragt, die am 1. December l. J. fälligen in Frankfurt a. M. zahlbaren

Zinscoupons des Lombardisch-Venetianischen Anlehens

unter denselben Modalitäten, wie dies bei dem letzvergangenen Termine der Fall war, einzulösen.

Wir bringen dieses hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kunde, daß die Auszahlung der gedachten Zinscoupons demgemäß an unserer Casse stattfindet.

Frankfurt a. M., den 22. November 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

Gräflich Hugo Philipp zu Eltz'sche Anleihe

von fl. 275,000 im fl. 20 Fuß, d. d. Vukovar, 18. August 1844.

Von vorstehendem durch uns negocirten Anlehen sind bei der heute obligationsmäßig für fünf Termine vorgenommenen zweiten Verloosung die nachverzeichneten Partial-Obligationen zur Rückzahlung bestimmt worden, nämlich:

pro 1. November 1850:

Nr. 14 298 505 à fl. 500 im fl. 20 Fuß jede, rückzahlbar mit fl. 600 im fl. 24 Fuß am 1. Januar 1853, von welchem Tage an die Verzinsung aufhört.

Die Rückzahlungstermine der ferner verloosten

Nr. 48 289 504 pro 1. November 1851,
„ 67 242 525 „ 1. November 1852,
„ 127 332 494 „ 1. November 1853,
„ 253 387 456 „ 1. November 1854,

werden nach Eingang der Beträge seiner Zeit bekannt gemacht werden. Frankfurt a. M., den 30. October 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.
Feist Emden & Sohn.

[2506]

Pracht-Ausgabe von Goethe's Faust.

In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und liegt in allen Buchhandlungen vor:

Goethe's Faust

Mit Zeichnungen von **Engelbert Seibertz.**

Erste und zweite Lieferung.

Seit einer Reihe von Jahren ging unser Bestreben dahin, dieses unerkannt erste Werk der deutschen Literatur mit einem reichen Cyclus bildlicher Darstellungen und entsprechender typischer Ausstattung zu veröffentlichen. Nach vielfachen vergeblichen Bemühungen wurde uns endlich die Freude zu Theil, in Herrn Engelbert Seibertz einen Künstler zu finden, der sich die Bewältigung dieses unermesslichen Stoffes zur Lebensaufgabe gemacht hat. Seine Compositionen, durchdrungen und getragen vom Geiste der Goethe'schen Dichtung, bilden wie diese ein künstlerisch abgeschlossenes Ganzes, und gewiß wird jeder Freund der Kunst sie willkommen heißen.

In Anführung der Stadtbilder möchte Holzschnitte, Druck und Papier wird sich diese Ausgabe dem Besten zur Seite stellen, was bis jetzt in Deutschland erschienen ist; die beiden ersten Lieferungen werden in jeder Buchhandlung zur Ansicht vorliegen, wegen davon Zeugniß geben.

Die Darstellungen bestehen für den ersten Theil, das Liebhaint nicht gerechnet, aus 13 in Stahl gestochenen Hauptbildern und 17 großen in den Text des Gedichtes gedruckten Holzschnitten. Zur Ausschmückung des Textes dienen ferner noch 50—60 Anfangs- und Schlußvignetten, welche größtentheils ornamental sind, zum Theil aber auch kleinere Figuren-Compositionen enthalten.

Was die Vertheilung der Bilder des ersten Theiles betrifft, so glauben wir mit aller Bestimmtheit versprechen zu können, daß im Verlaufe 1853 sämmtliche 8 Lieferungen vollendet und ausgegeben sein werden.

Jede Lieferung kostet Thlr. 1. 6 Sgr. oder fl. 2. — Eine geringe Anzahl Exemplare mit Abdrücken auf chinesischem Papier sind für Thlr. 1. 24 Sgr. oder fl. 3. — per Lieferung zu erhalten.

Einzelne Lieferungen werden nicht abgegeben.

Stuttgart, im Herbst 1852.

J. G. Cotta'sche Verlagsbuchhandlung.

[2665]

[2669] **Physikalischer Verein.**

Samstag, den 27. November: Ueber eine neue Art, den Volta'schen Fundamentalversuch anzustellen. — Ueber das Feuerfestwerden von Seidenstoffen durch chemischen Zersetzung. — Vorzeigung des Modells einer elektromagnetischen Maschine nach der Construction des Prof. Page.

Gewinne von Thlr. 32,000, 8000, 4000, 2000 bis zu Thlr. 55

bietet die am 1. December resp. 1. Januar stattfindende gewinnreiche Verloosung des kurstättischen Oesterreichischen Lotterie-Anlehens, zu welcher 1 Actie zu fl. 3. 30 kr., 10 Actien zu fl. 28 unter Zusicherung pünktlicher Gewinnzusage empfehle. [2531]

Jacob Strauß in Frankfurt a. M.

---

123. Frankfurter Stadtlotterie.

Haupt-Gewinne: fl. **30,000, 10,000, 6000, 4000, 2500, 2mal 2000, 10,000** ꝛc.

Ziehung in der Stadt am 1. u. 2. December.

Ganze Loose zu fl. 6., halbe zu fl. 3., viertel zu fl. 1. 30 kr., achtel zu 45 kr. empfiehlt unter Zusicherung pünktlicher Gewinnzusage

[2612] ***Jacob Strauss***

in Frankfurt a. M., Schnurgasse Nr. 38.

---

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December.

Haupttreffer: fl. **200,000,** 2 zu **100,000, 40,000, 25,000** u. s. f. Ganze Loose zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ¼ zu fl. 2, ⅛ zu fl. 1. 30 kr., ¹/₁₆ zu 45 kr., zweite Loose für alle Classen gültig zu fl. 90 das Ganze, empfiehlt

Carl Höchberg,

[2507] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2462] **fl. 200,000.**

100,000, 40,000, 25,000, 2 à **20,000,** 2 à **15,000, 12,000,** 3 à **10,000,** 2 à **6000,** 3 à **5000,** 3 à **4000,** 5 à **3000,** 12 à **2000,** 86mal **1000** ꝛc. 12,500 Gewinne u. 18,400 Freitoose unter 24,000 Loosen 123r Frankfurter Lotterie.

Ziehungs-Anfang den 1. December 1852.

Ende — 20. April 1853.

Loose ½ fl. 6, ¹/₁₆ fl. 3, ¹/₂₄ fl. 1. 30 kr., ¹/₉₆ 45 kr. empfiehlt **J. Glauberg** in Frankfurt a. M.

[2282] **An- und Verkauf**

von Obligationen, Loosen ꝛc. bei

Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

(Nebst Beilage und Feuerversicherungsblatt.)

Versteigerung des Inventars

zu Hof-Möbern der Königsteiner am Taunus.

Wegen Wohnorts-Veränderung lasse ich am 30. November und die folgenden Tage mein sämmtliches Inventar dahier versteigern, als:

5 Wagenpferde, 7 Fohlen edler Race (2 dreijährige, 1 zweijährige, 3 zweijährige und 1 einjährige), eine vierjährige Stute, 22 Stück Rindvieh, 250 Zentner Heu, 8 Zentner Stroh, 8 fette Schweine, 1 in gutem Stande befindlicher Wagen mit Glasvorderverdeck, 3 vollständige Oeconomie-Wagen, 2 Karren, 1 Schlitten, Geschirre, Sättel und Zäume, Ackergeräthschaften, 10 Bienenstöcke, 15 Stück und mehrere andere Fässer, 2 Keltern, wovon eine mit eiserner Schraube, 1 Aepfelmühle.

Ferner Bettung, Hausrath und Küchengeräthe, verschiedene Werkzeuge, Oefen und Kochlöcher, Kleidung, Grummet und 2000 Centner gutes Wiesenheu, Stroh, Kartoffeln, Rüben und anderes Viehfutter.

[2610] **A. J. Stelig.**

[2606] **Badische fl. 35 Loose.**

Ziehung am 30. November.

Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 1. 30 kr., sechs Stück für fl. 8.

Kurhessische 40 Thlr. Loose.

Ziehung am 1. December.

Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 3. 30 kr., zehn Stück für fl. 30.

Königlich Sardinische Loose.

Ziehung am 1. December.

Obligations-Loose zum Tagescours; Certificate à fl. 2. 30 kr., zehn Stück für fl. 20.

Loose und Certificate zu obigen Ziehungen, sowie zu allen andern soliden Staats- und Kassen-Loosen, liefern, empfehlen, unter Zusicherung pünktlicher Besorgung die Hauptcollecteure

Moritz Stiebel Söhne,

in Frankfurt a. M.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Samstag (Beilage zu Nr. 284.) 27. November 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 27. Nov. Die „Allgemeine Zeitung" enthält aus bekannter Feder einen offiziösen Artikel aus Wien in Bezug auf das Schweizer, das über die gegenwärtigen Wiener Conferenzen beobachtet wird. Diese Conferenzen, heißt es darin, würden nicht abgehalten, um Tarif- und ähnliche andere Fragen zu erörtern, sondern es handle sich bei ihnen um den definitiven Abschluß bestimmt vorliegender Staatsverträge, und in dergleichen Dingen sei man einmal gewohnt, das größte Schweigen zu beobachten. Selbst die englische Regierung thue dies ihrem Parlament gegenüber. Den Schluß des Artikels bildet die mit großer Bestimmtheit gegebene Versicherung, daß in nächster Zeit eine Ausgleichung der jetzt sich streitenden Interessen und eine alle befriedigende Lösung der handelspolitischen Frage bevorstehe. — Dagegen bemerkt die „Presse" vom 24. d. M., daß in Wien die Nachricht verbreitet sei, die Erweiterung des preußischen Cabinets auf die an daſſelbe gemachten Propositionen sei negativ oder wenigstens ausweichend ausgefallen. Die „Presse" fügt hinzu: Ein solches Verhalten Preußens dürfte indessen auf den Gang der hiesigen Zollconferenzen eher beschleunigend als aufhaltend einwirken. Die hier conferirenden Regierungen halten allerdings stets den Plan im Auge, den Handelsvertrag über den bisherigen preußisch-deutschen Zollverein, den Steuerverein und das österreichische Gebiet auszudehnen; allein dieser Wunsch hindert nicht, für die Eventualität einer andern Gruppirung der Hauptzollgebiete die Bildung eines süddeutsch-österreichischen Zollvereins vorzubereiten. Die gemeinsamen Interessen, welche den süddeutschen Staaten die enge Handelsverbindung mit Oesterreich zur Nothwendigkeit macht, sind bereits so reiflich erwogen worden, daß über die Förderung des Abschlusses eines süddeutsch-österreichischen Zollverbandes kein Zweifel obwalten kann.

ɣ **Berlin**, 25. Nov. Der in Frankfurt a. d. O. verstorbene General v. Thiele war bis 1848 in Gemeinschaft mit Uhden Chef der Staatsbuchhalterei (Schagminister). Er gehörte der religiös-politischen Partei an, deren Cirkel in der Wilhelmsstraße einſt viel erwähnt wurde. Sein Bruder (v. Thiele II.) wird Ihnen aus seiner Stellung als commandirender General des achten Armeecorps (Koblenz) bekannt ſein. Seit dem Jahr der Revolution hat sich Thiele I. gänzlich von den Staatsgeschäften zurückgezogen. Sein und Eichhorns Namen mögen die unpopulärsten des damals abgetretenen Ministeriums gewesen ſein, doch bewahrte ihm der König stets seine Huld. Er war einer der wenigen Ritter des schwarzen Adlerordens. — Das Staatsministerium fährt in seinen Berathungen über die Kammervorlagen fort. Das Budget liefert noch immer den Stoff, namentlich die Etats für den Cultus und das Aeußere.

Aus Westpreußen, 22. Nov. Das zu Neustadt (bei Danzig) gelegene Reformatenkloster ſollte in ein katholisches Progymnaſium verwandelt werden. Die katholische Einwohnerschaft jener Gegend aber hat ſich bereit erklärt, ein ganz neues Gebäude, zweckmäßiger als dieses Kloster, für das Progymnaſium aufzubauen, damit das Kloster seiner Stiftung gemäß noch weiter belaſſen werde. Viel zu diesem Werke hat der Kammerherr Graf O. v. Keyserling beigetragen. In Heiligenbeil ist ein katholisches Missionshaus gebaut worden.

München, 23. Nov. Von den in Folge einer Preisausschreibung eingereichten Entwürfen zu dem auf der Höhe des rechten Isarufers zu erbauenden Athenäum scheint vorderhand keiner zur Ausführung kommen zu ſollen. Der vorläufige Ausschuß dieses großartigen Baues, mit dem die Anlage der Verbindungsstraße zwischen demſelben und der Residenz und die Erbauung einer Brücke über die Isar zusammenhängt, ist übrigens schon deßhalb gewünscht, und bei Sr. Majeſtät vom Magistrat der Stadt bittweise bereits früher beantragt worden, um den arbeitenden Klaſſen, deren Kräfte zur Zeit noch beim Bau der Schrannenhalle und anderer in nächster Zeit zur Ausführung gelangenden Bauwerke vollauf Verwendung finden, auf eine Reihe von Jahren gleichmäßigen ergiebigen Verdienſt zu ſichern. (Schw. M.)

n* **München**, 26. Nov. Von Innsbruck kommend, ſind diesen Vormittag der Erbprinz und die Erbprinzeſſin von Sachſen-Meiningen zum Besuche unſers königlichen Hofes hier eingetroffen, und wurden Ss. HH. bereits diesen Nachmittag von Sr. Maj. dem König empfangen und sofort zur Tafel geladen. Wie ich eben höre, hat Se. Maj. der König unſern Kriegsminiſter Generalmajor v. Lüders zum Oberſtinhaber des zweiten Artillerieregiments, bisher vacant Zoller, zu ernennen geruht. Es ist dies eine Auszeichnung des hochverdienten Offiziers, die ſicher in der ganzen Armee, wie überhaupt im Lande, wo man die Verdienſte Lüders zu ſchätzen weiß, allgemeinen Beifall finden wird. Das „Muſeum", die erſte Geſellſchaft unſerer Stadt, feierte gestern Abend ſein 50jähriges Beſtehen durch einen ſehr glänzenden Feſtball, dem von Seite unſerer königlichen Familie König Ludwig und Prinz Adalbert beiwohnten. — Während ſich in dem fränkiſchen und in ſchwäbiſchen Kreis die Verbrechen ſo mindern, daß bei den Quartalſitzungen der Geſchworenen immer nur eine kleine Anzahl Fälle und Perſonen zur Aburtheilung kommen und in Mittelfranken wie Unterfranken ſogar die vierten dieſsjährigen Quartalſitzungen ganz ausfallen, weil nichts zur Aburtheilung vorliegt, iſt die Zahl der zur Aburtheilung kommenden Fälle in Ober- und Niederbayern fortwährend verhältnißmäßig ſehr groß. Das hieſige Schwurgericht, welches nächſten Montag beginnt, wird mehr als 3 Wochen in Anſpruch nehmen, da über 36 Perſonen, darunter 20 wegen Diebſtahls, zu erkennen iſt. Es wird hierbei eine und 9 Manns- und 2 Weibsperſonen beſtehende Diebsbande, die einer ganzen Reihe von Diebſtählen angeklagt iſt, vor den Schranken des Gerichts ſtehen.

Speyer, 25. Nov. In der verfloſſenen Nacht wurden mittelſt Einbruch aus der hieſigen Sparkaſſe 7000 fl. (in Kronenthalern und einer engliſchen Guinee) geſtohlen. (Pf. J.)

Frankenthal, 24. Nov. Gegen das am 16. d. M. wider die Vorſtände der Gründlacher Schützengeſellſchaft ergangene Urtheil wurde von den Betroffenen die Berufung ergriffen. (Pf. J.)

⊠ **Fulda**, 26. Nov. Heute Morgen iſt der Gymnaſiallehrer Volkmar, auf Requiſition des Kriegsgerichts in Kaſſel, im Schullocale von einem Polizeibeamten verhaftet worden, um unter Geleite eines Gendarmen ins Caſtel nach Kaſſel abgeführt zu werden.

± **Darmstadt**, 26. Nov. Die neueſte Nummer des Regierungsblattes publicirt den Staatsvertrag zwiſchen dem Großherzogthum und der Republik Frankreich „zum Schutze des literariſchen Eigenthums", darauf berechnet, die den Unterthanen des Großherzogthums Heſſen und deren Rechtsnachfolgern im Großherzogthum Heſſen durch das großherzoglich heſſiſche Geſetz vom 23. September 1830, beziehungsweiſe durch das Decret des Prinz-Präſidenten vom 28. März 1852 garantirten Rechte gegen den Nachdruck literariſcher Erzeugniſſe auf eine feſtere Grundlage zu ſtützen." Der Staatsvertrag zerfällt in 9 Artikel. Außerdem enthält dieſelbe Nummer des Regierungsblattes eine Bekanntmachung der Oberpoſtinſpection wegen Beförderung der Eſtafettendepeſchen mittelſt der Eiſenbahnen. Die betreffenden Beſtimmungen treten mit dem 1. Dec. in Wirkſamkeit. — Heute beſchäftigte ſich die zweite Kammer in einer dreiſtündigen Sitzung mit dem Geſetzentwurf wegen der Auswanderung Militärpflichtiger. Am Regierungstiſch erſchienen als Regierungscommiſſäre der Miniſterialrath Maurer, vom Miniſterium des Innern, und der Oberauditeur Hoffmann, vom Kriegsminiſterium. Zuerſt kam der präjudicielle Antrag der Minorität des Ausſchuſſes (des Abg. Wittmann), den Geſetzentwurf abzulehnen, zur Verhandlung. Es nahm dieſer Abgeordnete zur nähern Motivirung dieſes ſeines Antrags das Wort, indem er insbeſondere darzuthun ſich bemühte, daß die Vorlage dem Art. 24 der Verfaſſungsurkunde, welche das Auswanderungsrecht enanchyirt habe, entgegen ſei. Dadurch entwickelte ſich eine ausführliche Discuſſion, an welcher außer dem Miniſterialrath Maurer, der zu beweiſen ſuchte, die Vorlage ſei nicht verfaſſungswidrig, und zu bedenken gab, dieſe ſei für die Aernſten berechnet, welche nicht die Mittel zur Auswanderung beſäßen, die Abgg. v. Grolman, Hofmann, Kraft von Dieburg, Pauſcheck, Matth. Bogen, Zöppritz und Breidenbach Theil nahmen. Mit allen Stimmen gegen 5 ward der präjudicielle Antrag verworfen und ſo ein

digitized by Google

Eingehen in die Vorlage beschlossen. Am längsten verweilte die Berathung bei dem Art. 1, wozu Abg. Wittmann ein eventuelles Amendement gestellt hatte. Die Regierungscommissäre vertheidigten diesen Artikel als von der Rothwendigkeit geboten, wobei Ministerialrath Maurer namentlich auf Württemberg hindeutete, dessen Stände einen ganz ähnlichen Gesetzentwurf anzunehmen sich bemüssigt gesehen hätten. Nach lebhafter Berathung ward der Artikel mit 19 Stimmen gegen 19 angenommen und Wittmanns Antrag verworfen. Auch die Art. 2 bis 6 wurden, meistens ohne Discussion, angenommen, der Art. 7 (der letzte) nach einer ausführlichen Erörterung nur mit einer von dem Abg. Breidenbach vorgeschlagenen mildernden Modification. Die Regierungscommissäre hatten sich bemüht, darzuthun, daß das in diesem Art. 7 Vorgeschlagene nicht die Bedeutung habe, als wolle man dem Gesetz eine rückwirkende Kraft beilegen.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 24. Nov. In siebenstündiger Sitzung hat heute unser großer Rath die Eisenbahnfrage beharrlich. Der Regierungspräsident Blösch erstattete einen fast zweistündigen gründlichen Bericht, der mit den Worten schloß, es müsse in dieser Sache beförderlich zu Werke gegangen werden. In der Erörterung trugen mehrere Redner, namentlich Altschultheiß Fischer, Bedenken gegen das Eintreten in den vorliegenden Gegenstand, da sie in der Errichtung der Eisenbahnen für unsern Kanton mehr Nachtheile als Vortheile erblicken, besonders für einen großen Theil unserer Landgemeinden, deren ökonomischen Verfall sie dadurch befürchten, was durch Beyspiele aus andern Ländern nachgewiesen wird. Diesen Rednern gegenüber wurden die großen Vortheile der Eisenbahnen nachgewiesen, und mit 146 gegen 21 Stimmen beschließt die Versammlung das Eintreten in den Gegenstand. Nach kurzer Discussion wird der Concessionsvertrag mit der Basler Centralbahngesellschaft mit 122 gegen 25 Stimmen gut geheißen.

⊙ **Bern**, 25. Nov. Heute ist im großen Rathe an der Tagesordnung die Berathung des Decrets über das Auswanderungswesen. Nachdem einige Redner gegen die zweite Berathung dieses Gesetzes sich ausgesprochen haben, bis ein neues Armengesetz erschienen sei, wird die artikelweise Behandlung mit 118 gegen 17 Stimmen beschlossen. Der erste Artikel, Einladung an die Bundesversammlung, das Auswanderungswesen an die Hand zu nehmen, wird in Folge der legthin gehaltenen Conferenzen beseitigt. —

Aus der Gemeinde Guggisberg, im Amt Schwarzenburg, erschallt ein dringender Nothruf: Hunderte von Familien haben alle Lebensmittel verzehrt und die Hälfte der mehr als 5000 Seelen umfassenden Gemeinde befindet sich ohne Brod und Kartoffeln, während die andere Hälfte, durch mehrjährigen Mißwachs und Nothstand heruntergekommen, nicht im Stande ist, zu helfen. Die Regierung hat Commissäre hingeschickt. — Der Staatsrath von Freiburg hat dem großen Rathe Bericht abgestattet über die von ihm angehobenen Unterhandlungen mit den geistlichen Behörden, zum Behuf der Wiederherstellung des Priesterseminars und der Wiederbesetzung vacanter Pfründen. Es geht daraus hervor, daß die staatsräthlichen Propositionen zur Unterhandlung angenommen und mehrere Conferenzen zwischen den beiderseitigen Delegirten gepflogen worden, daß aber die verabredeten Punkte nicht die Genehmigung der bischöflichen Gewalt erhalten haben. Der Staatsrath verlangte und erhielt Vollmacht zu weitern Unterhandlungen.

Italien.

Aus **Genua** wird unterm 17. Nov. im „Corriere mercantile“ die unwahrscheinliche Nachricht gemeldet, daß der König am Bord des Dampfers „Tankred“ nach Civitavecchia abgefahren und von da incognito nach Rom gegangen sei, wo er eine Unterredung mit dem heiligen Vater gehabt habe.

Frankreich.

‡ **Paris**, 25. Nov. Laut Angabe der „Presse“ wird die ordentliche Session des gesetzgebenden Körpers am 1. Februar 1853 ihren Anfang nehmen; wichtige Gesetzentwürfe, darunter eine Vorlage über dem Staatsrath zur Prüfung vorliegen, insbesondere ein die Freigebung des Fleischergewerbs betreffendes Gesetz, werden dem Körper unterbreitet werden. — Vorgestern hat Ludwig Napoleon bei der Prinzessin Mathilde gespeist. Als der Prinz nach dem Diner sich in den anstoßenden Salon begeben wollte, vernahm er mit einemmal vielstimmigen Gesang. Es waren die „enfants de Paris“ und die Zöglinge der Militärschule, welche unter Mecatti's Leitung eine Hymne ausführten, die vom Prinzen und allen Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde. Ludwig Napoleon durchschritt die Reihen der Sänger und Musiker, bedankte sich bei jedem persönlich und ließ sich dann die Hymne wiederholen. — Herr Thiers hat Paris verlassen, um sich für vierzehn Tage oder drei Wochen nach London zu begeben. — Der „Moniteur“ erzählt heute, daß die eben vollzogene allgemeine Abstimmung in Paris durch viele rührende Auftritte bezeichnet worden sei; Kühne und Schwache Blinde und Lahme ließen sich nach den Büreaus bringen, um Ludwig Napoleon ihre Stimme zu geben. — Der „Constitutionnel“ erwartet die Proclamation des Kaiserreichs mit Bestimmtheit vom 2. December; dieselbe wird seiner Angabe nach mit großem Gepränge und in Gegenwart der drei großen Staatskörperschaften vor sich gehen. Die Präfecten sind durch telegraphische Depesche aufgefordert worden, die Einsendung der Wahlprotokolle zu beschleunigen. An den öffentlichen Gebäuden werden bereits Vorkehrungen zur Illumination getroffen. — Durch Decret sind die Wähler des Departements der unteren Seine auf den 19. December einberufen, um an die Stelle des ausgeschiedenen Deputirten Desjobert einen Ersatzmann zu wählen. — Destre Nisard, Generalinspector des höhern Unterrichts, ist an Villemains Stelle zum Professor der französischen Beredsamkeit ernannt, auch für vergleichende Grammatik ein Lehrstuhl errichtet und mit dem Orientalisten Pihé besetzt worden. — Herr v. Lamartine hat sein Landgut mit Schloß Saint-Point bei Macon zum Verkauf ausgeboten. — Achill Jubinal, Deputirter des Pyrenäendepartements, ist von seinen Wählern beauftragt worden, dem Prinz-Präsidenten einen lebendigen Adler als Geschenk zu überbringen.

Spanien.

Madrid, 20. Nov. Der Namenstag der Königin ist gestern mit allem Pompe gefeiert worden. Die Königin hat auch der Armen gedacht und 30,000 Realen unter sie vertheilen lassen. Die Garnison erhielt jeder Mann 2 Realen (4 Sgr.) Gratification, ein Pfund Fleisch und eine Flasche Wein. Die Offiziere hatten, 20 per Regiment, freien Eintritt im Theater Real. Also der alte Herzog von Castro-Terreno, der heutige Rector unserer Armee, der Königin die Hand küßte und sie mit seiner gewohnten Herzlichkeit zu ihrem Feste beglückwünschte, ernannte ihn Isabella zum Capitän ihrer Hellebardier-Leibgarde, und den Gouverneur der Invaliden, Generallieutenant Villaeampa, zum Generalcapitän (Marschall) der Armee. Die beiden wichtigsten Aemter, welche der verstorbene Herzog von Bailen bekleidete, sind somit wieder vergeben. — Die Königin hat Lara's Entlassung nicht angenommen. Sie ließ ihn gestern Abend zu sich in ihre Loge befehlen, war ihm gegenüber sehr gnädig und herablassend gegen ihn, und er mußte ihr versprechen, das Portefeuille des Krieges seiner zu behalten. General Serrano, der mit Lara auf sehr freundschaftlichem Fuße steht, wird Lara in den Cortes unterstützen; die Königin hat ihn selbst dazu aufgefordert. Ordonez wird wieder Gouverneur von Madrid werden, aber mit mehr Vollmachten als bisher. (K. Z.)

Großbritannien.

‖ **London**, 24. Nov. Lord Palmerston ist gestern im Hause der Gemeinen dem Ministerium ganz unerwartet zu Hilfe gekommen. Zwischen der Motion von Billiers und dem Amendement Disraeli's eine Vermittelung suchend, hat er folgendes Unteramendement gestellt:

Dieses Haus ist der Ansicht, daß die verbesserte Lage des Landes, und besonders der gewerbtreibenden Klassen, größtentheils eine Folge der neueren Gesetzgebung ist, welche das Princip der ungehemmten Concurrenz festgestellt, die zu Schutzzwecken auferlegten Steuern abgeschafft und dadurch die Hauptnahrungsmittel des Volkes weniger kostspielig gemacht und die Fülle derselben gemehrt hat. Es ist die Ansicht dieses Hauses, daß diese Politik, mit Festigkeit aufrecht erhalten und mit Klugheit weiter ausgedehnt, den Landbau am besten in Stand setzen wird, seine Blüthe zu tragen und dadurch die Wohlfahrt und Zufriedenheit des Volkes sicherlich fördern wird. (Hört! hört!) Das Haus wird jegliche mit diesen Principien übereinkommende Maßregel, die in Gemäßheit von Ihrer Majestät gnädiger Thronrede und Empfehlung ihm vorgelegt werden mag, bereitwilligst in Betracht ziehen.

Wenn man nach den Aeußerungen der Morgenblätter urtheilen kann, so hat die vermittelnde Resolution Lord Palmerstons Aussicht auf eine Majorität und das Ministerium wäre damit fürs Erste gerettet. „Daily News“ und „Chronicle“ schmollen heute gar bitter mit dem diplomatischen Bundesgenossen der Tories und ärgern ihm Laubeit gegen die Sache des Freihandels vor. Er denke weniger an die Gefahr des liberalen Princips, als an die unangenehme Möglichkeit, daß Lord John, der ihn so tief gekränkt, wieder aufs hohe Roß kommen könnte. Der „Herald“ nimmt die Intervention des Ex-Feuerbrand mit Dank an, während „Times“ den Derbyisten eine derbe Züchtigung à la Billiers wohl gönnen möchte, aber nicht umhin kann, die goldenen Brücken, die Lord Palmerston dem geschlagenen Feinde baut, sehr schön und praktisch zu finden. — Gestern verließen die militärischen fremden Gäste der Königin Schloß Windsor und wurden des Abends von Viscount Hardinge, dem britischen Generalissimus, in Downingstreet bewirthet. Das Diner war eines der glänzendsten dieser Saison; Lord Derby, der Herzog v. Northumberland, der Marquis v. Anglesey, Sir Harry Smith, Baron Brunnow, Ritter Bunsen, Graf Kielmannsegge ꝛc. waren zugegen. — Gestern um 2 Uhr Nachmittags ver-

Digitized by Google

sammelten sich an 214 conservative Parlamentsmitglieder in der officiellen Residenz Lord Derby's in Downingstreet. Der Premier erschien in Begleitung von Sir John Pakington und Herrn Walpole. Die Besprechung dauerte eine Stunde.

Dänemark.

Z **Aus Dänemark**, 21. Nov. Zur Orientirung über den Verlauf der diplomatischen Verhandlungen in der Erbfolgefrage gibt „Flyvepoſten", das seit einiger Zeit durch Mittheilungen aus dem Cabinet in eine Art officiöse Stellung gerückt ist, einige werthvolle und zum Theil noch unbekannte Notizen, die über manche Punkte ein aufklärendes Licht verbreiten. Ich fasse die Hauptmomente in Kürze zusammen. Nachdem die Ordnung der innern Verhältnisse in Gestalt des Notabelnprojects erfolglos geblieben, sollte der erste, nächste und, wie man hoffte, wirksame Schritt auf einem neubetretenen Weg durch den Abschluß des Warschauer Protocolls vom 5. Juni 1851 geschehen. In diesem kamen die regierenden Fürsten der holstein-gottorpschen und der holstein-glücksburgischen Linie des oldenburgischen Hauses dahin überein, daß der Zweck ihrer frühern Erbübereinkünfte mit 1760 und 1773 ihnen sowohl die Pflicht als das Recht auferlegt zuweisen, ferner Bestimmungen über die Combinationen zu treffen die am besten die dauernde Erreichung dieses Zieles zu sichern geeignet wären. Da nun, im Verein mit der Krone Dänemark, schon im Londoner Protocoll vom 2. August 1850 die Großmächte, sowie Schweden und Norwegen, den übereinstimmenden Wunsch für die Aufrechthaltung der Integrität der dänischen Monarchie zu erkennen gegeben u. s. w., so einigte man sich zu Warschau um so leichter dahin, den Prinzen Christian von Glücksburg und dessen männliche Nachkommenschaft als denjenigen zu bestimmen, von dem diese neue Erbfolge eventualiter ausgehen solle, und wurde London als Ort bezeichnet, wo die definitiven Unterhandlungen stattfinden sollten. Der Kaiser von Rußland wurde schon 1.3.1851 davon unterrichtet, daß die mit dieser Uebereinkunft übereinstimmenden Renunciationsacten in dem königlichen Hause ausgestellt seien, bei welcher Gelegenheit der Prinz Friedrich von Hessen die bedeutungsvollen Worte sprach: „Ich bringe dieses freiwillige Opfer mit Freuden, aber ich muß dabei bemerken, daß ich es nicht für Dänemark bis zur Ehre, sondern für die dänische Monarchie bis zur Elbe bringe." Der frühere Minister, Kammerherr v. Reedz, hatte die dahin die Erbfolgeangelegenheit gefördert, als sie von sich änderndem Verhältnisse, der nahe Ausbruch der Feindseligkeiten (der dritte Feldzug), ihm zum Rücktritt nöthigten. Der Gang der Dinge bis zur Zusammenkunft in London ist bekannt. Schon die vorhergegangenen Verabredungen hatten den bestimmten Zweck ins Auge gefaßt, dahin zu wirken, dem Princip der Integrität der Monarchie einen europäischen Charakter zu verleihen, und eine fernere Bürgschaft für die eventuelle Thronfolge des Prinzen Christian und seiner männlichen Nachkommenschaft in Dänemark zu ermöglichen. In der Aufforderung zur Theilnahme an der Londoner Conferenz, wurde auch „die Auflösung des neuen Erbfolgegesetzes für die Monarchie" in Aussicht genommen, da jedoch, abgesehen von untergeordneten Eigenthümlichkeiten der linealen und graduellen Erfolge, nur zwei Erbfolgearten für den Thron gedacht werden können, die männliche und die vereinigt männlich-weibliche, so liegt in der Zusage einer neuen oder andern Erbfolge mittelbar das Versprechen, daß der Erbgang im Staate künftighin der ausschließlich männliche sein solle, zumal, nach dem übrigens nie zur Anwendung gekommenen Gesetze, in den letzten beiden Jahrhunderten die männlich-weibliche Geltung hatte. Sämmtliche von 1849 bis 1852 gepflogenen Verhandlungen in ihren Gesichtspunkten und Folgerungen keinen Zweifel darüber auflommen, als ob je auf künftige Weise die Erbfolge nach dem Königsgesetz (lex regia) als ruhend oder suspendirt betrachtet werden sollte, so lange die männliche glücksburgische Nachkommenschaft den Thron inne hätte, um nach deren Aussterben zu Gunsten der während des Zeitraums der Suspension des Königsgesetzes nicht anerkannten Rechte möglicher Prinzessinnen oder Söhne von Prinzessinnen wieder Geltung zu erhalten. Der wohlunterrichtete Verfasser des beregten Artikels macht noch schließlich auf die bemerkenswerthe Doppelstellung, welche der Kaiser von Rußland zum Londoner Tractat vom 8. Mai v. J. einnimmt, aufmerksam, indem derselbe 1) die Aufrechthaltung der Integrität zugesagt, jedoch 2) als Chef der holstein-gottorpschen Linie es für seine Familienpflicht gehalten hat, der Linie ihr eventuelles Recht ausdrücklich zu reserviren. Es dürfte indeß den gar zu Kenglischen die Thatsache zur Beruhigung gereichen, daß die gottorpschen Ansprüche, wie erwähntes Blatt mit besonderer Betonung hervorhebt, noch als eine offene Frage, als ein Object der wissenschaftlichen Prüfung zu betrachten seien. Daß ihnen eine unbedingte Bedeutung seitens der Krone Dänemark nicht eingeräumt worden, sei aus der Fassung der vom 24. Mai v. J. datirten Antwort des hierseitigen Cabinets auf die Reservationsnote vom 8. Mai d. J. zur Genüge ersichtlich. Dem von Rußland gemachten Vorbehalt sei nach dem Abschluß des Londoner Tractats dieselbe Kraft und Bedeutung eingeräumt worden, welche derselbe vor dem Abschluß hatte.

Kopenhagen, 22. Nov. „Dagbladet" will wissen, daß die Anklage gegen Wegener schon am heutigen Tage bei der dritten Criminalkammer des hiesigen Criminal- und Polizeigerichts werde vorgebracht werden. Wegener hat den Obergerichtsprocurator Winther zu seinem Vertheidiger gewählt.

Türkei.

Ueber das evangelische Bisthum in Jerusalem hat ein frommer Geistlicher Schulz aus Mühlheim a. d. Ruhr, von dem nach seiner ganzen Richtung zu erwarten ist, daß er die Anstalt mit möglichst günstigen Augen angesehen, neuerdings in seiner „Reise in das gelobte Land" Nachrichten mitgetheilt, aus denen hervorgeht, daß der confessionelle und nationale Zweck gänzlich verfehlt ist, daß mit gutem deutschen Geld eine Stiftung der englischen Hochkirche unterstützt wird. Schulz sagt: „Das englisch-hochkirchliche Element ist in der Gemeinde durchaus vorherrschend. Die englische Liturgie wird auch bei dem deutschen Gottesdienst vollständig gehalten, überhaupt ist der ganze Ritus bei den Sacramenten der der bischöflichen Kirche. Predigt ein deutscher evangelischer, nicht bischöflich ordinirter Prediger, so darf neben ihm der bischöfliche Geistliche nicht die Liturgie lesen, und der Gottesdienst, den jener hält, tritt nicht an die Stelle des bischöflichen, sondern dieser findet noch anderdem statt und der evangelische Geistliche ist nicht eigentlich der Stellvertreter des bischöflichen. Die Kirche wird ihm nur eingeräumt, um darin seinen Gottesdienst zu halten. Die Deutschen in Jerusalem aber gehen zum Theil lieber gar nicht in die Kirche, als daß sie die englische Liturgie mit ihren vielen Wiederholungen und ihrer unendlichen Weitläufigkeit, ihrem ewigen Knien und Wiederaufstehen der Zuhörer mitmachten. Das englische Element muß das deutsche nothwendig immer mehr in der Gemeinde verdrängen, weil auch die englische Sprache die vorherrschende ist und es immer mehr wird. In dem Lehrzimmer der Gemeindeschule fand ich nur englische Lesebücher, und an den Wänden nur Tafeln und Vorschriften mit englischen Worten. Im Probstenhause wird nur englisch gelehrt, und die Neuchristen, polnische Juden, die deutsch sprechen, verlernen die deutsche Sprache. Der Vorsteher des Probstenhauses, ein Deutscher, entschuldigte sich bei uns, daß er nicht mehr geläufig Deutsch spreche. Ich habe mit Deutschen in Jerusalem zu Tische gesessen, wo das Gebet englisch gesprochen wurde, bin in Gesellschaften gewesen, wo Deutsche sich englisch unterhielten. Die deutschen Sendboten im Morgenlande, welche in Diensten der englischen Missionsgesellschaft stehen, werden nach und nach gänzlich englisirt. Das Probstenhaus hat gegenwärtig nur fünf Zöglinge. Die Neuchristen bewähren sich leider häufig schlecht. Die spanischen Juden sind die nobelsten, aber von ihnen ist noch keiner zum Christenthum übergetreten."

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Der Eisenbahnbau schreitet in Piemont rasch vorwärts. Die Strecke nach Susa dürfte noch vor der bestimmten Zeit eröffnet werden. In Savoyen werden die Vorarbeiten stetig fortgesetzt; jene auf der Novarabahn sind beinahe vollendet. Die kleine Strecke von Mortara nach Vigevano wird ebenfalls binnen kurzem fahrbar sein. Die Bauloſten der Staatsbahnen während der letzten 6 Jahre (bis 1852) betragen 96,382,000 Lire, und zwar im Jahr 1847 28,813,700, im Jahr 1848 15,060,200, im Jahr 1849 15,814,800, im Jahr 1850 9,435,200, im Jahr 1851 15,912,100 und im Jahr 1852 13,346,000 Lire.

Börsenberichte.

Paris, 26. Nov. 4½pCt. Rente 106. — 3pCt. do. 84, 10. — 5pCt. Piemont 100, 75. — 3pCt. Spanische 45⅛. — 1pCt. do. Neue nicht notirt. (Spnd.)

London, 26. Nov. 3pCt. Stocks 101⅜. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 25½. — 5pCt. Hambro 99⅞. (Spnd.)

Madrid, 21. Nov. Sonntag, keine Börse.

Antwerpen, 26. Nov. 5pCt. Belgische 100. — 2½pCt. do. 57⅛. — 3pCt. Span. 45½. — 1pCt. do. 24½. (Spnd.)

Amsterdam, 26. Nov. 2½pCt. Integr. 63⅞. — 4pCt. Certifc. 95¼. — 3½pCt. Span. —. — 4pCt. Russ. bei Hope 91¹¹/₁₆. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 91½. — 3pCt. Spanische int. 45⅝. — 1pCt. do. Neue 24¹¹/₁₆. — 5pCt. Silber-Metall. 91. — 5pCt. Metall. 77⅞. — 2½pCt. do. 40. (Spnd.)

Frankfurt, 27. Nov. Gestern ist hier angekommen: Se. königl. Hoheit Prinz Don Miguel, Herzog von Braganza, im russischen Hof.

crantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[3667]

Bekanntmachung.

Zufolge Entschließung der kgl. Eisenbahnbau-Commission zu München vom 20. November 1852 Nr. 19634 und 24310 und vorbehaltlich deren Genehmigung werden

Montag und Dienstag, als den 13. und 14. December 1852,

bei der mitunterfertigten Polizeibehörde im Amtslocale nachstehende Eisenbahnbau-Arbeiten im Wege der

allgemeinen schriftlichen Submission

an den Meistbietenden zur Ausführung vergeben werden, nämlich:
die nachbenannten Arbeitslose der mitunterfertigten k. Eisenbahnbau-Section, und zwar:

das vereinte dritte und vierte Arbeitslood,
18584 Fuß lang, zwischen Schweinfurt und Oberndorf,

das fünfte Arbeitslood,
13000 Fuß lang, in der Steuergemeinde Bergrheinfeld,

enthaltend:	Loos Nr. III. und IV. veranschlagt zu		Loos Nr. V. zusammen			
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Eigentliche Erdarbeiten . .	99,102	49	62,962	39	162,065	28
Kunstbauten	119,953	59	38,901	46	158,855	45
Straßen- u. Flußcorrectionen	863	41	—	—	863	41
Vollendung d. Wegübergänge	10,329	7	6,511	23	16,840	30
Steinmaterial zum Unterbaue	12,243	47	15,181	21	27,425	8
Im Ganzen . .	242,493	23	123,557	9	366,050	32

Es kann sowohl auf jedes der beiden Loose einzeln, als auch auf alle zwei Loose zusammen als einziges Accordobject submittirt werden.

Die Eröffnung der rechtzeitig eingereichten Submissionen findet statt:

Montag den 13. December 1852 für das III. und IV. Loos Vormittags 9 Uhr,

Dienstag den 14. December 1852 für das V. Loos, Vormittags 9 Uhr, für das III., IV. und V. Loos, Nachmittags 2 Uhr.

Die zu stellende Caution beträgt:
für das vereinigte III. und IV. Arbeitslood 20,000 fl. (zwanzigtausend Gulden),
für das V. Loos zehn Procent der Accordsumme,
für das III. und IV. dann V. Loos zusammen 25000 fl. (fünfundzwanzigtausend Gulden).

Der Uebernehmer des vereinigten III. und IV. Looses hat ein reines Vermögen von 40,000 fl. (vierzigtausend Gulden) einschließlich der Caution von 20,000 fl., jener des III. und IV. mit V. Loose ein reines Vermögen von 60,000 fl. (sechzigtausend Gulden) einschließlich der Caution von 25,000 fl. nachzuweisen.

Bedingnißhefte, Pläne und Kostenanschläge liegen vom 27. l. M. November an im Amtslocale der mitunterfertigten königl. Eisenbahnbau-Section zu Jedermanns Einsicht offen vor, wo auch die Submissions-Exemplare in Empfang genommen werden können.

Die Submissionen selbst müssen in vorschriftsmäßig überschriebenen und versiegelten Couverten entweder

für das III. und IV. Loos für sich und für die Loose Nr. III., IV. u. V. als ein Accordobject zusammen

längstens bis Samstag den 11. December l. J., Abends 6 Uhr,

für das V. Loos

längstens bis Montag den 13. December l. J., Abends 6 Uhr,

bei den unterfertigten Behörden, oder für jedes Loos einzeln, wie für alle Loose zusammen

längstens bis 10. December l. J., Abends 6 Uhr,

bei der k. Eisenbahnbau-Commission zu München frankirt eingelangen sein.

Die Submittenten sind bei Vermeidung aller in §§. 9, 10 und 11 der allgemeinen Submissions-Bedingungen angedrohten Folgen gehalten, in dem oben angegebenen Beraccordirungs-Termin sich persönlich oder durch genügsich bevollmächtigte Stellvertreter einzufinden, um, wenn solche verlangt wird, ihre Uebernahmsfähigkeit, ihr Cautions- und Betriebsvermögen sogleich durch amtliche Zeugnisse genügend nachzuweisen, und den bezüglichen Zuschlag zu gewärtigen.

Schweinfurt, am 24. November 1852.

Königl. Landgericht Schweinfurt. K. bayerische Eisenbahnbausection.
Seiler. Gulden,
Section-Ingenieur.

[2670]

Steckbrief.

Der unten signalisirte Johannes Knöpp von Lisberg ist der Unterschlagung von Geld und Strickwaaren dringend verdächtig und soll sich, vermuthlich über Bayreuth, auf die Reise nach Amerika begeben haben.

Wir ersuchen alle Behörden des In- und Auslandes, auf denselben fahnden und ihn im Betretungsfalle auher wohlverwahrt abliefern zu lassen.

Ortenberg, am 25. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daselbst.
Thaler.

Signalement.

Alter: 47 Jahre,
Größe: 6 Fuß 5 Zoll,
Haare: blond,
Stirne: niedrig,
Augen: braun,
Nase: gewöhnlich,
Mund: gewöhnlich,
Bart: keinen,
Kinn: breit,
Gesicht: vollkommen,
Gesichtsfarbe: frisch,
Statur: gesetzt,
Besondere Zeichen: etwas nach außen gebogene Beine, mit den Fußspitzen grade auf gehend.
Bei seiner Abreise am 11. November trug er: eine blaukuchene Kappe, eine desgleichen Weste, ein Kamisol von braunem Baumwollbieber, ein Paar schwarz gefreifte Sommerhosen, ein Paar Halbstiefel.

Fränkel
ist mit Mecklenburger Reit- und Wagenpferden im „gelben Hirsch". [2626]

Cours der Staats-Papiere. 27. November 1852. (Schluss der Börse.)

	Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.&B.Rothsch)	94¼ P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	94¼ P.
»	5% do.v.J.1854 Lit.A.u.B.	95 P. 94⅞ G.
»	5% L. V. (C. v. Rothsch.)	90. ⅛ ber.
»	5% do. Monte C. 18.1.M	84¼ G.
»	Bank-Actien	1370 P.
»	5% Metalliq. Oblig.	80⅝ P.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	80⅝ P.
»	5% dito 1852	80¼ bez.
»	4½% dito	71⅝ bez.
»	4% dito	64 P.
»	3% dito	48 P.
»	2½% dito	40⅜ G.
»	1% dito	16¼ P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	118 G.
»	fl. 500 dito	191½ G.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	89⅞ P. 90 G.
»	4% » » »	71 P.
Preussen .	3½% Staatsschuldsch.	93⅞ P.
»	Cöln-Mind. R.-Actien	114 G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅛ P.
»	4½% dito	100½ P. ⅝ G.
»	4% dito	96½ G.
»	4% Anlös.-Rente .	96⅛ P.
»	3½% Oblig. b. Rothsch.	92½ P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	99⅛ bez. u. G.
»	5% Priorit.-Oblig.	103¼ G.
Wirttemb.	4½% Oblig. b. Roths.	102 P. 101⅝ G.
»	3½% dito	80½ P. ¼ G.
Baden . .	5% Obligationen .	102⅜ G.
»	4½% Obligationen	102⅜ G.
»	3½% v. 1843 . .	91 P. 90¾ G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66½ P. 1/8 G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38⅜ P. 1/8 G.
Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34⅝ P. 1/8 G.
»	Fedr.-Wilhs.-Nordh.	47 bez. u. G.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	101⅛ P.
»	4% dito b. Rothsch.	98⅛ P.
»	3½% dito b. Rothsch.	91⅝ G.
»	fl. 50 Loose . . .	90¾ P. ½ G.
»	fl. 25 Loose . . .	31⅞ P. 1/2 G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103¼ P.
»	4% dito	99¼ P.
»	3½% dito	91¼ P. 9/8 G.
»	fl. 25 Loose . . .	28⅞ P. ⅜ G.
Frankfurt	3½% Oblig. im 1828er	91½ P. 1/4 G.
»	3½% b. v. 1846	94 P. 93⅝ G.
»	3% » » »	85⅜ P.
»	Taunusbahnact. .	303 P. 30⅛ G.
Russland	5% Obl. b. Rothsch.	102¼ P.
»	4½% dito b. Rothsch.	92¼ P.
»	4% p. b. Stieglitz »	91¼ G.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91⅜ G.
Spanien	3% Inl. Sch. P. 2.3.30	45 P.
»	4% Neue » » »	24½ P. 1/16 bez.
Holland.	4% Certificate . .	95⅛ G.
»	3½% Syndicats .	94½ P. 94 G.
»	2½% Integrale .	63⅜ G.
Belgien .	5% Obl. Int. a fl. 120 R.	99⅛ P.
»	4½% Obl. in F. à 25 Kr.	99⅛ P. ⅝ G.
»	4% Obl. in Fr. à 96 kr.	95 G.
»	3½% Obl. b. Rothsch.	58 G.
Sardinien	Obl. b. Rothsch.	99 P.
»	5% Obl. b. Hambro	98⅛ P. 95⅞ G.
»	Sardinische Loose .	42 P.
Toscana	5% Obl. 1855 (Cb. Golds.)	100½ P.
»	5% » 1851. b. Rastop (Gs.)	97¼ P.
Hannover	6% Stocks Doll. 2.30.	116¾ P.

Wechsel-Cours.

Den 27. November	Per comptant.	
Amsterdam .	k.S.	100 B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	3M.	—
Augsburg . .	k.S.	119⅛ B. ⅛ G.
(100 fl. Conv.)	3M.	—
Berlin	k.S.	105 B. 104⅞ G.
(60 Thlr.)	3M.	—
Bremen (50	k.S.	97⅛ B.
Bthlr. Fuss.	3M.	—
Hamburg . . k.S.		89 B. 88⅞ G.
(100Mk.Bc.)	3M.	—
Leipzig . . . k.S.		105 B. 104⅞ G.
London . . . k.S.		118⅛ B. ⅛ G.
(10 Liv. St.)	3M.	—
Lyon . . . . k.S.		94⅛ B. —
(300 Fr.) .	3M.	—
Mailand (250	k.S.	100⅛ B. —
Lit. Austr.)	3M.	—
Paris	k.S.	94⅛ B. 94 G.
(300 Fr.) .	3M.	—
Wien (100fl.)		104⅛ bez.
im fl. 24 F.)	k.S.	102⅞ B. 40⅜ G.
Disconto . . .		3 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 42½-43⅛
Fr. Friedrichsd'or	»	9 54-55
Holl. 10fl. Stücke	»	9 50½-51⅛
Rand-Ducaten	»	5 37-38
20 Francsstücke	»	9 26-27
Engl. Sovereigns	»	11 51
Gold al Marco	»	382-83
5 Frankenthaler	»	2 21.½
Preuss. Thaler	»	1 45-⅛
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 44⅞-45⅛

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Österreich.

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nr. 284.) 28. November 1852.

Deutschland.

* **Wien**, 24. Nov. Der „E. J. f. S." schreibt man: „Die Regierung des Prinzen Ludwig Napoleon hat, ebenso wie sie durch ihren Gesandten in London die Proclamationen der französischen Verbannten dem englischen Cabinet vorlegen ließ, auch das Manifest des Grafen Chambord durch ihren hier accreditirten Gesandten der österreichischen Regierung offiziell zustellen lassen; es ist dies ein der österreichischen Regierung stillschweigend gemachter Vorwurf, die Schritte des Prätendenten nicht besser überwacht zu haben. Dieser Vorwurf ist einigermaßen ungerecht, denn wäre hier manche Vorsicht vernachlässigt worden, so dürfte vielleicht jetzt in Frankreich eine ganz andere Frage an der Tagesordnung sein, als die Kaiserwahl. Der Graf thut sich selbst Unrecht, wenn er in seinem Manifest behauptet, er habe sich Angesichts der Prüfungen Frankreichs jeder thätlichen Einwirkung auf die Geschicke des Landes, auf welches er Anspruch macht, enthalten. In die Mysterien der Hofhaltung zu Froschdorf gut eingeweihte Personen erzählen, daß der Graf sofort nach dem Eintreffen der telegraphischen Depesche, über den am 2. Dec. v. J. ausgeführten Staatsstreich, den Herzog v. Blacas an die nördliche Grenze Frankreichs abgeschickt habe, um das Lilienbanner zu erheben. Einen Tag später reiste er in eigener Person ab, um in Brüssel den Erfolg dieser Bemühung abzuwarten. Nicht sobald aber war diese Abreise in Wien bekannt geworden, als ihm von Seiten des österreichischen Hofs der Feldmarschall Fürst Windischgrätz mit der gemessenen Weisung nachgesendet wurde, sich seinem Vorhaben zu widersetzen. In Wien hatte der Fürst ja auch so gelungen seinen diplomatischen Talenten, denselben wieder in ein ruhigeres Geleise zu leuken. Man wird sich erinnern, daß der Graf sodann drei peinliche Wochen in Prag zubrachte und erst dann nach Froschdorf zurückkehrte, als er wahrnahm, daß der Gang der Ereignisse in Frankreich für seine Hoffnungen keine erfreuliche Wendung genommen. Aber auch jetzt sind in Froschdorf alle Reisevanstalten getroffen und alle Wagen gepackt, um in jedem Moment abreisen zu können; nach Venedig, wie es beabsichtigt war, oder wo andershin, dies zu entscheiden, bleibt der Zukunft überlassen."

Die „Oesterreichische Correspondenz" theilt mit, daß die unter dem Namen des strengsten Kerkers bekannte Strafe nicht erst jetzt abgeschafft werden soll, sondern bereits durch Entschließung vom 11. Januar 1833 abgeschafft, und schon damals auch die Umwandelung derselben in eine mildere Strafgattung angeordnet worden sei.

P **Berlin**, 25. Nov. Die heutige „N. Pr. Ztg." macht von der Vorlage, die den Kammern über Bildung der ersten Kammer zugehen soll, eine andere Version, als ich gestern angab, ich habe indessen Grund, meine Angabe aufrecht zu erhalten. Die Angabe der „N. Pr. Ztg." ist nämlich mehr eine Andeutung nach den Wünschen ihrer Partei, als der wirkliche Inhalt der Vorlage. Denn schließt sich diese genau an die der vorigen Session, so enthielt sie von jenen Bestimmungen nichts. Indessen möchte es zu frühzeitig sein, darüber schon jetzt eine Polemik anzuknüpfen. Nur glauben wir darauf hinweisen zu müssen, daß der Grundsatz eine Beeinträchtigung sicher nicht zu befürchten hat, wenn der ständischen Corporationen und der Präsentation durch sie in dem Gesetz nicht gedacht werden sollte. Die Elemente zu einer ersten Kammer sind zur Zeit in Preußen nicht so zahlreich, daß viel Wahl wäre, ganz abgesehen davon, daß wohl kein Träger der preußischen Krone vergessen wird, daß der Adel in Preußen in der Armee, in allen Staatsämtern, in der Administration, in Pflichtreue und Hingebung fast zweihundert Jahre hindurch an der Entwickelung des Staats mitgearbeitet hat. In Betreff der zweiten Kammer wird es beim Alten bleiben. Es hat darauf nicht allein der Umstand hingewirkt, daß man in Verlegenheit war etwas Besseres aufzustellen, sondern auch die bisherige Erfahrung, daß mit der Befestigung der Ruhe und Ordnung und des Conservativsinns auch im neubegründeten Staatsleben die Wahlen besser wurden. Gleichwohl wird die Kammer noch immer viel zu thun haben. Denn außer den angeführten Verfassungsvorlagen bleibt ihr die Revision und schließliche Feststellung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung, deren Beendigung von Tag zu Tag eine dringendere Nothwendigkeit wird, um aus Provisorien herauszukommen, die der Regierung so unangenehm sein müssen, wie den Betheiligten. Soweit wir vernommen haben, ist die Berathung über die Gemeindeordnung im Staatsministerium beendet, und wird diese demnach wohl mit zu den ersten Vorlagen gehören, welche den Kammern zugehen dürften. — Zu Ehren des russischen Gesandten in Paris, Herrn v. Kisseleff, welcher auf der Rückreise von Petersburg nach seinem Bestimmungsorte begriffen ist, fand gestern bei dem Herrn Ministerpräsidenten, heute bei dem russischen Gesandten, Baron v. Budberg, ein großes diplomatisches Diner statt. Herr v. Kisseleff verläßt noch heute Berlin.

Aus **Berlin** berichtet die „Leipziger Zeitung": Vor einiger Zeit war in der Presse die Rede von einer sogenannten absolutistischen Partei, welche in der nächsten Kammersession hervorzutreten beabsichtige. Diese Partei ist bei weitem stärker, als sich nach den ersten Kundgebungen derselben vermuthen ließ, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird sie binnen kurzem offen als eigene parlamentarische Fraction ihr Programm aufstellen. So viel aus sonst guten Quellen über letzteres verlautet, ist die Partei — wie wohl der gegnerischerseits ihr beigelegte Name fälschlich andeuten könnte — keineswegs gemeint, für Preußen die Begründung eines rein autokratischen Regiments anzustreben. Sie will lediglich das, was sie für die Auswüchse des Parlamentarismus hält, beseitigen und die Monarchie der Hohenzollern auf die durch den jetzigen Entwickelungsgang heilweise für keinerschädigt gehaltene Grundlage ihrer Macht und ihres Gedeihens zurückführen. Deßhalb wird der Satz an die Spitze gestellt: keine Theilung der eigentlichen Staatsgewalt, keine sogenannte parlamentarische Regierung, wie die moderne constitutionelle Doctrin fordere und mehr oder weniger überall darauf hindränge. Concentrirung aller politischen Entscheidung und Ausführung beim Könige; aber, zum wahrhaft patriotischen Zusammenwirken und zur Unterstützung der landesväterlichen Wirksamkeit, neben den Regierungsorganen eine Landesvertretung, deren reelle, wirklichen Bedürfnissen entlehnte Begründung Bürgschaften gegen revolutionäre Ausartung biete. Die Landesvertretung soll, nach den Grundsätzen der neuen Partei, aus zwei Körperschaften bestehen: einem durch das Vertrauen des Monarchen berufenen Reichsrath als erster Kammer, und einer zweiten Kammer, organisch hervorgegangen aus den Provinzial- und Kreisvertretungen, welche ihrerseits wieder die Repräsentation aller wahren Interessen der kleineren Bevölkerungskreise, aller corporativen Verbände des städtischen wie ländlichen Lebens in sich schließen. Man sieht, daß darunter also keine Reactivirung und repräsentative Erweiterung der ständischen Einrichtungen verstanden wird. Vielmehr bildet grade dieser Punkt den Hauptgegensatz zwischen der sogenannten absolutistischen Partei und der jetzigen entschiedenen Regierung. Der Reichsrath, zugleich als Staatsrath im engern Zusammenhang mit den gouvernementalen Organen, erhielte, neben seiner eigentlich parlamentarischen Thätigkeit, gleichzeitig die Aufgabe, bei der Vorberreitung der Gesetze mitzuwirken und namentlich durch die gründliche Erörterung wirthschaftlicher und socialer Fragen der legislatorischen Initiative Anregung und Material zu ihren Gesetzvorlagen zu geben. Die zweite Kammer hätte die Zustimmung zur Gesetzgebung, aber keine Initiative zu üben, welche ungetrennt auf Seiten der Regierung verbliebe. Ihr Rände ferner die Bewilligung neuer Steuern, aber keine freie sich wiederholende Erörterung des gesammten Staatsbudgets zu. Auch würden außerordentliche Kriegsbedürfnisse schon aus Rücksichten der Schleunigkeit und der nothwendigen Discretion der parlamentarischen Debatte und Bewilligung entzogen. Dies die wesentlichsten Punkte des zu erwartenden Programms, welches seine Berechtigung einerseits in dem dringenden Erforderniß einer freiern, kräftigern Action der Krone in Entscheidungsmomenten, wie die gegenwärtigen, anderseits aber in der so häufig dem Zufall oder gemeinschaftlichen Bestrebungen preisgegebenen Bethätigung eines lässig geübten, vielfach unverstandenen allgemeinen Wahlrechts sucht. Jedenfalls wird das Hervortreten der Partei als beachtenswerthes Zeichen der Zeit in den gegenwärtigen Entwickelungsgang Preußens gelten.

d **Gießen**, 25. Nov. Gestern und vorgestern, am 23. und 24. d. M., ist hier vor den Assisen ein Fall, Anklage auf Mordversuch, verhandelt worden, dessen Verhältnisse und Entscheidung durch die Geschwornen ohne Zweifel auch für weitere und nicht bloß juristische Kreise großes Interesse haben. Vor den Schranken des Gerichts stand E. Luft aus Rösberta, angeklagt, gegen seinen vormaligen Dienstherrn in Dauernheim während der Nacht den Versuch einer Ermordung unternommen zu haben. Nach eidlicher Angabe des Dienstherrn will dieser, der mit seiner Mutter und zwei Kindern in einer Stube des Erdgeschosses schlief, in seinem Bett schlafend eine fremde Hand an seinem Halse gefühlt, vergeblich sich frei zu machen gesucht und, mit einem lauten Ton erwachend, mit der Bettdecke auf der Erde gelegen haben. Die Mutter, durch den Ton erwachend, sprang sogleich auf. Von einem Menschen hatten beide nichts gesehen und nichts gehört. Doch war das Fenster geöffnet, die Thüre von innen verriegelt und an dem Hals und der Wange des Hausherrn befanden sich unbedeutende Flecken, die kaum Verletzungen zu nennen waren. Der Dienstherr soll zuerst nicht einig mit sich gewesen sein, ob ihn der Alp gedrückt habe. Später aber spricht jemand aus, der ehemalige Knecht des Dienstherrn habe ihm etwa 200 fl. geboten, wenn er den Dienstherrn tödte, auf den Knecht fällt der Verdacht eines Verhältnisses mit der Frau, was diese auch vor den Assisen eingestand, und so wurde der Knecht trotz seines entschiedenen Leugnens von den Geschwornen mit 7 gegen 5 Stimmen der That für schuldig erklärt und, nachdem die Mehrzahl per Richter der Mehrzahl der Geschwornen beigetreten war, zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Der sehr geschickte Vertheidiger des Dr. Sundheim wies vergebens auf die durchaus guten Zeugnisse hin, die dem Angeklagten von allen Seiten ertheilt waren, ferner darauf, daß, die Richtigkeit der Aussage über das Angebot für die Ermordung zugegeben, daraus hervorgehe, daß der Knecht nicht selbst einen Mord habe begehen wollen, daß überall nicht constatirt sei, ob ein Verbrechen, ein wirklicher Mordversuch stattgefunden habe, oder ob es nur ein krankhafter Zustand des Dienstherrn gewesen; endlich, und dies ist das Wichtigste, daß ja der Erwürgungsversuch, wenn er stattgefunden, von einem ganz Andern als dem Knecht gemacht sein könne. Der Vertheidiger diente, als der Mordversuch vorgefallen sein soll, in einem andern nahen Orte, und wurde nicht bewiesen, daß er an dem Abend des angegebenen Mordversuchs in Rösberta gewesen ist. Man denke sich nun die Möglichkeit, daß ein ganz Anderer als der Angeklagte den Mordversuch gemacht habe, was ja allerdings möglich ist, und man wird gewiß die Verantwortung nicht gering anschlagen, welche die Entscheidung in diesem durchaus dunkeln Falle auf sich genommen hat.

Braunschweig, 21. Nov. Von Seiten der herzogl. braunschweigischen Regierung war die königl. hannoversche Regierung, nachdem zwischen Preußen und Braunschweig wie die Ausführung des Septembervertrages betreffende Verträge abgeschlossen, eingeladen worden, eine gemeinsamen Conferenz zu genehmigen und zu beschicken, in der durch die beiderseitigen Abgeordneten, über die Braunschweig und Hannover in dem gedachten Vertrage speciell betreffenden Punkte, eine Verabredung und Vereinbarung zwischen beiden Staaten getroffen werden möchte. Wir vernehmen, daß Hannover das freundnachbarliche Anerbieten unter Angabe des Grundes, daß es sich nicht in Separatverhandlungen über den Septembervertrag einlassen könne, abgelehnt habe. (H. C.)

Frankreich.

Paris, 24. Nov. Die „Debats“ bilden heute das allgemeine Tagesgespräch. Armand Bertin ist jetzt beinahe ein Jahr geschwollt hat, erklärt endlich, daß das Kaiserreich doch immer eine Monarchie sei und er dieselbe noch der Republik vorziehe. Er tritt deßhalb zum Kaiserreich über, ob mit Sack und Pack oder allein, ist noch nicht ausgemacht. Wenn man aber Briefen aus Claremont Glauben schenken darf, so ist es Herr Bertin nicht allein, der das orleanistische Banner fallen läßt. Viele derer, die bis jetzt noch für die Sache des Grafen von Paris, wenn auch nicht ihre Degen, doch ihre geheimen Federn und giftigen Worte einsetzten, sollen hinter dem Haupttreffer der „Debats“ stecken und bereit sein, bei der ersten Gelegenheit in eine kaiserliche Uniform hineinzuschlüpfen. In Claremont selbst soll große Entmuthigung herrschen. Nur die Herzogin v. Orleans soll guter Dinge sein und am Stern ihres Sohnes nicht verzweifeln. Die Fusionisten wollen die Stimmung in Claremont benutzen, um ihre Pläne endlich in Ausführung zu bringen. Graf Molé soll dieser Tage in London gewesen sein, aber nichts ausgerichtet haben. — Gestern Abend fanden in Paris und der Umgegend mehrere imperialistische Bankette zu Ehren Napoleons III. statt. Bei einem Restaurant des Palais-Royal à 32 Sous versammelten sich etwa 100 alte Soldaten. Man bemerkte darunter mehrere Generale der Armee von Paris. Dort wurden die verschiedensten Toaste gebracht und Ludwig Napoleon der Wiederhersteller des französischen Ruhms genannt. An den Barrieren, wo die Decembristen niedern Ranges bankettirten, ging es wild und lustig her. Es entstanden sogar Schlägereien, und mehrere anti-bonapartistische Arbeiter, die natürlich die Ruhestörer waren, wurden nach der Wache gebracht. In einem kleinen Wirthshause an der Barriere du Trône fand sogar eine sehr ernsthafte Schlägerei statt, wobei mehrere Arbeiter verwundet wurden. Man hatte nämlich dort eine die Republik darstellende alte Puppe in zerrissenen Kleidern unter Hohn und Spott behandelt. In ehemaliger Hauptmann des Kaiserreichs hielt zu gleicher Zeit eine Rede voll Injurien gegen die Republikaner und ihre Führer. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

± * **Frankfurt**, 27. Nov. Die Mission der Jesuitenmissionäre Roh, Haßlacher und Potgeiffer hat in der hiesigen Domkirche ihren ungehinderten Fortgang und wird, nach einer Dauer von 14 Tagen, am 5. December enden. Der Zudrang zu derselben ist von Stadt und Land so groß, als die christliche Beredsamkeit der ausgezeichneten Männer, welche sie halten. Das Gerücht, daß sie von Frankfurt sofort nach Würzburg gehen, um auch dort eine Mission abzuhalten, ist vorerst eben so unbegründet, als daß sie dem Redemptoristenorden angehörten. Sie werden vielmehr um Weihnachten eine Mission im benachbarten Seligenstadt beginnen, und erst um Pfingsten eine ähnliche in Hochheim, im Herzogthum Nassau, unternehmen.

* **Frankfurt**, 28. Nov. Zur Vorfeier des heutigen Geburtstags Sr. Maj. des Königs von Bayern sand gestern Abend großartiger Fackelzug und Zapfenstreich statt. Beim königl. bayerischen Bundestagsgesandten vereinigte eine glänzende Soiree das diplomatische Corps und andere Notabilitäten der Stadt.

Wien, 24. Nov. Das Gerücht, welches die Anwesenheit Sr. Excell. des Freiherrn v. Bruck mit einem Ministerwechsel in Verbindung bringt, ist unzegründet. Wir glauben vielmehr, daß diesem Staatsmann eine Mission auf dem handelspolitischen Felde zugedacht ist. (Ll.)

Wien, 25. Nov. Graf Apponyi wurde nach Turin zurückberufen. (A. Z.)

Berlin, 25. Nov. Die gestrigen Fractionsversammlungen, welche von den hier wohnenden und bereits eingetroffenen Kammermitgliedern abgehalten worden sind, haben den Beweis geliefert, daß die Macht der Opposition, die schon in der vorigen Session nicht die Majorität hatte, in der bevorstehenden noch um ein Bedeutendes geringer sein wird. Man hat sich in beiden Fractionsversammlungen über die Wahl der Präsidenten besprochen. Ein bestimmtes Resultat wurde von beiden Seiten nicht erzielt, aber soviel scheint festzustehen, daß Graf Schwerin, der Präsident der zweiten Kammer in der vorigen Session, durchaus keine Aussicht hat, diese Stelle wieder einzunehmen. Die Fraction der liberal-Conservativen hat gestern sogar den vorläufigen Entschluß gefaßt, von der Candidatur abzustehen und vielmehr einen Mann zu unterstützen, der im Stande sei, ihr einen Theil der Mitglieder der Rechten zuzuführen. Die Fraction fühlt, daß ihr Stärkung durchaus nothwendig ist, wenn sie eine einflußreiche Stellung in der zweiten Kammer einnehmen will, und sie will sich neue Kräfte durch Verleugnung eines Theils ihrer Grundsätze zuführen. Es soll sogar Hoffnung vorhanden sein, daß sie für die Präsidentschaft einem der eigentlich ministeriell gesinnten Abgeordneten ihre Stimmen geben würde. (Ztg. Z.)

Schwerin, 21. Nov. Die Landtagsprovisionen umfassen 151 Anträge, Petitionen u. s. w., unter denen die Ketzerprozesse Angelegenheit bei weitem vorzüglich wichtigsten Theil einnimmt. Der betreffende Passus ist also formulirt:

Von dem Kammerherrn v. d. Kettenburg auf Matzendorf ist wegen der landesherrlich verfügten polizeilichen Fortschaffung des katholischen Priesters Holzammer, angeachtet der demselben von Ersterem ertheilten Heimatsberechtigung, am 14. October d. J. ein Vortrag eingegangen, auf welchem auf Principalintervention seitens der Stände in Verfolgung des hier verletzten verfassungsmäßigen Rechts oder auf ständische Vertretung der Eröffnung des Rechtsweges angetragen wird, worüber zu beschließen ist.

Ferner provoirt der engere Ausschuß folgenden Fall, über welchen bereits einige Anbeutungen gegeben:

Auf dem letzten Ante-Comitial-Convent wurde von einem der Herren Deputirten, dem Herrn v. Oertzen-Lübbersdorf, Protest gegen die Ausübung der Befugnisse eines Deputirten von Seiten des Herrn v. Vogelsang auf Alt-Guthendorf, der als Deputirter des ritterschaftlichen Amtes Ribnitz legitimirt anwesend war, erhoben, weil Letzterer, dem Vernehmen nach, sich zur römisch-katholischen Religion bekenne und es unzulässig sein dürfte, daß ein Katholik in confessionellen, die protestantische Kirche betreffenden Fragen, Theil an der Discussion und der Beschlußfassung nehme, die Vollmacht desselben aber eine allgemeine sei. Der Herr v. Oertzen ver-

bindet hiermit zugleich den Antrag, diese Protestation sowohl, als alle mit dieser Angelegenheit in Verbindung stehenden Bedenken in Bezug auf die Verfassung zur weitern Erörterung und Beschlußnahme den Landtag vorzulegen, worauf die ansehnliche Convents-versammlung sich zustimmend erklärte und den engeren Ausschuß um die Abfassung eines gutachtlichen Berichtes ersuchte.

Oldenburg, 24. Nov. Der Landtag hat sich heute bis zum 28. Februar 1853 „unter Vorbehalt der früheren Einberufung“ vertagt. Das Wahlgesetz kam gestern nochmals zur Verhandlung und hat dasselbe nach Abänderung einiger Punkte durch den Landtag die Genehmigung der Staatsregierung unmehr erhalten. In Betreff des Fortbestandes des Landtags wurde ein Antrag, die Auflösung nach Neubildung des Staatsgerichtshofs eintreten zu lassen, mit 24 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Die von Seiten des Landtags verfassungsmäßig zu bestimmenden Mitglieder des Staatsgerichtshofes sind heute gewählt worden.

‡ **Triest**, 25. Nov. Briefe aus Tunis vom 17. Nov. widerlegen das zuerst von sardinischen Blättern verbreitete Gerücht in Betreff des Todes des Bey. Derselbe befindet sich vielmehr seit dem Gebrauche der Bäder von Mamhelif besser.

* **Turin**, 22. Nov. Es verbreitet sich das Gerücht von einer 3½pCt., im Betrage von 300 Mill. Lire im Ausland abzuschließenden Anleihe. Auch die Gebäude- und Industriesteuer soll eine Reform untergogen werden.

* **Paris**, 26. Nov. Gestern ist im Stadthause unter den üblichen Formalitäten die amtliche Proclamation des Resultats der in Paris und dem Seinedepartement abgegebenen Stimmen erfolgt. Die Maires aller Bezirke wohnten dem Acte bei, der Seinepräfect führte den Vorsitz. Während die Vota geprüft und ausgezählt wurden, richtete der Präfect eine Ansprache an die Maires, um ihnen seinen Dank für den Eifer und die Ergebenheit auszusprechen, mit welchen sie das ganze Abstimmungsgeschäft von der Feststellung der Listen an bis zur Ueberwachung des Votirens geleitet haben. Dem Staatsoberhaupt selbst sei er beauftragt, diesen Dank auszusprechen. Er schloß seine Ansprache mit einem Vive l'Empereur! welches enthusiastisch erwidert wurde. Das Gesammtergebniß für Paris und das Seinedepartement ist Folgendes: Stimmberechtigte: 315,410; abgestimmt haben 270,701; Ja: 208,658; Nein: 53,753; weiße Zettel: 5290. Die Proclamation dieser Zahlen beantwortete ein lautes klatschrolaut der Beamten und des Publikums.

Die Stimmen von 83 Departements, von denen einige noch nicht vollständig vorliegen, ergeben die bis jetzt bekannten Vota: die Armee und die Marine mit eingerechnet 6,607,660 Ja. (Wir verweisen übrigens auf die in der Beilage vom Freitag mitgetheilte Depesche, die aus bester Quelle geschöpft hat.) Bis gestern Abend waren von der Armee bekannt 230,508 Ja, 10,915 Nein oder Zweifelhafte; von der Flotte 47,376 Ja, 1991 Nein und 1016 Zweifelhafte.

Der „Moniteur“ veröffentlicht heute das Protocoll der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Dasselbe lautet kurz dahin: daß Billault um 2 Uhr den Präsidentenhut einnahm, daß die Staatsminister eingeführt wurde und die Botschaft des Prinz-Präsidenten verlas, daß dann die Bureaux durch das Loos gebildet wurden, daß sich um halb 3 Uhr die Deputirten in die Bureaux zurückzogen, um die Wahlen der seit der letzten Session ereirten Deputirten zu verificiren. Der Deputirte v. Kerdrel (Legitimist) hat seinen Austritt angezeigt. Er vertrat das Departement Ille-Vilaine. Auch aus dem Generalrath dieses Departements sind drei Mitglieder, ebenfalls Legitimisten, ausgetreten. — Im Departement Maine hat der Marquis v. Nicolai eine heftige Entlassung genommen: 1) als Generalrath-, 2) als Municipalraths- und 3) als Mitglied der Hospitienverwaltung des Departements. — Ein anderer Legitimist, Bucher von Chauvigne, Deputirter für das Maine-Loire-Departement, hat dem Präsidenten des gesetzgebenden Körpers angezeigt, daß er der außerordentlichen Session nicht beiwohnen werde.

Ein hiesiger Correspondent der „Independance belge“ will wissen, der Artikel der „Oesterreichischen Correspondenz“, welcher des neuen Kaisers Titel: Napoleon „der Dritte“ anficht, habe zu einem diplomatischen Notenwechsel zwischen Paris und Wien Veranlassung gegeben, aus welchem hervorgehe, daß jenem Artikel eine größere Bedeutung beigelegt worden sei, als ihm gebühre; die Titelfrage werde zu keinerlei Schwierigkeiten Veranlassung geben.

Brüssel, 25. Nov. Die heutige Sitzung der Repräsentantenkammer wurde damit eröffnet, daß der Finanzminister einen Gesetzentwurf, welcher die Umwandelung der 5pCt. Obligationen der Anleihen von 1840, 1842 und 1845 in 4½ pCt. verfügt, überreichte und denselben sammt einer Auseinandersetzung der Beweggründe verlas. Herr Lelievre erstattete sodann namens der Centralsection seinen Bericht über den Gesetzentwurf bezüglich der Presse, in welchem mit Genehmigung des Justizministers im Art. 1 die Worte „Reden, Rufe oder Drohungen“ wegfallen. Die Kammer beschloß den Druck des Berichts und setzte den Beginn der Discussion auf nächsten Mittwoch fest.

London, 26. Nov. Im Unterhause wurde gestern die Debatte über den Antrag Williers abermals vertagt; zu einer Abstimmung ist es noch nicht gekommen. (K. Z.)

Neuyork, 13. Nov. Der mexikanische Senat hat den Vorschlag, die Insurgenten von Vera-Cruz zu amnestiren, verworfen. — Die Revolution in Guadalarara greift immer mehr um sich.

Handel und Industrie.

Mainz, 26. Nov. Das Getreidegeschäft hat sich diese Woche etwas lebhafter gestaltet. Nach Waizen zeigte sich größere Frage vom Oberrhein und der Schweiz, welche auch durch Zufuhren aus dem Main bedeutend wurde. Die Versendungen von Gerste nach Holland haben nachgelassen, da der Preis daselbst etwas gewichen ist. Roggen behauptet sich dagegen seit im Werthe, ohne daß Versendungen darin stattfinden; selbst per Frühjahr sind solche Verkäufer von Korn selten. Kleesamen stationär. Unsere heutigen Notirungen sind: Waizen effectiv 10½ à 11½ fl. nach Qualität, fränkischer 10½ à ½ fl., per März 10½ à ¼ fl.; Roggen effectiv 9½ à ½ fl., gut lieferbarer per März 9½ à ¾ fl.; Gerste pflichtiger 7½ à ½ fl. fränkische 7½ à ¾ fl., Haber per netto 100 Kilogr. Vater 3½ fl. per Malter; Bohnen 10½ à 11½ fl., Erbsen 9 à 10½ fl., Linsen 11½ à 13 fl., breite 18 fl., Wohnsamen 15 fl., Kohlsamen 18½ fl. per Malter. Rüböl hat sich heute im Preis behauptet, mehrere Partien effectives Oel wurden zur sofortigen Versendung gekauft; die Notirungen sind: effectiv 33 à ½ Thlr. per 180 Pfund f. G. ohne Faß, per Mai 35½ à 36 Thlr.; Mohnöl effectiv 26½ à 27 fl. per 50 Kilogr. ohne Faß, Roher Talg, an allen auswärtigen Märkten in fortwährendem Steigen, ist hier im Gegentheil 1 fl. im Preise zurückgegangen und zahlt à 20 bis 20½ fl. per 50 Kilogr. ohne Packung zu kaufen. Branntwein und Spritzeit unverändert. In der Fruchtsaale wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 419 Säcke Waizen à 9 fl. 37 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 240 Säcke Korn à 8 fl. 14 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 163 Säcke Gerste à 5 fl. 8 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 264 Säcke Haber à 3 fl. 23 kr. per Sack von netto 120 Pfund; weiter außerhalb verkauften: 240 Säcke Waizen à 9 fl. 23 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 22 Säcke Korn à 8 fl. 3 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 91 Säcke Gerste à 5 fl. 12 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 9 fl. 32 kr., Korn 8 fl. 13 kr., Gerste 5 fl. 9 kr. Mehl- und Brodpreise unverändert. Diese ersteichen. (Mz. P. Z.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 26. Nov. Das Geschäft war heute belebt. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Lomb.-Venet. wieder sehr gesucht; starke Ankäufe, die darin gemacht wurden, haben den Cours derselben seit gestern um ½ pCt., wet.er 90 à ¾ pCt. schloß; alle übrigen Gattungen verkehrten in flauerer Stimmung; 5pCt. Metall. waren 80 pCt.; 4½pCt. Metall. zu 71½ à ¾ umgesetzt, schlossen 71¼ à ½ pCt.; Wiener Bankactien 1365 fl.; 500 fl. Loose 191½ pCt.; 250 fl. Loose 118½ pCt. Spanische Fonds waren fast angeboten, 1pCt. Neue zu 24½, umgesetzt, schlossen 24¼ à ½ pCt.; 3pCt. Spanischer Zinsscheine fast ohne Geschäft 43½, à ¾. 5pCt. Eisenbahnactien waren wieder begehrt, F.-W.-Nordbahn 47 pCt. G.; Berbach 99½ pCt. G.; Köln-Minden 114 pCt. G.; Taunus 301 fl. Zu den übrigen Papieren gien nur wenig um.

Paris, 26. Nov. 4½pCt. Rente 106. — 3pCt. 84, 10. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 98¾. — Span. neue Diff. —. — Neue 3pCt. —. — Innere Schuld 45¾. — Passive —. — Bankactien 2960. — Piemont 5pCt. 100, 75. — Römisches Anlehen Juni 1850 100¾. — do. 1850 101. — Sd. Germain-Eisenbahn 1500. — Versailles, linke Ufer 372, 50. — Strasburg-Basel 380. — Nordbahn 890. — Paris-Strasburg 867, 50.

Berlin, 26. Nov. Staatsch. 94¼, Brl. 93¾ G. — Köln-Minden 114½ Brl., 113¼ G. — Fr.-W.-Nordb. 43½ à 44¼ bez.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 27. Nov. 5pCt. Metall. 93⅞. — 5pCt. do. B. 110½. — 5pCt. Anlehen vom Jahr 1852 93¾. — 4½pCt. do. 84½. Bankactien 1336. — 250 fl. Loose 118½. — London 11 fl. 28 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 105¼. — K.-k.-Nordb. 236½. — Livorno-Florenz 101½. — Siena-Empoli 70. — Paris 136½. — London in Triest 11 fl. 26 kr. — Silber 16¼. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Wallau. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Knischell.

Erklärung

des großh. hessischen Staatsraths a. D. und fürstl. lichtenfleinischen Bundestagsgesandten Dr. J. C. B. v. Linde.

II.

Versprechen heißt, bestimmt aussprechen, daß etwas geschehen solle“, also mit Worten sich sittlich verbindlich machen, und durch die Annahme des Versprechens von dem Andern entsteht ein Vertrag, und durch einen Vertrag entstehen auf dem Rechtsgebiete Zwangsrechte und Zwangspflichten. Die Accessions- und Recognitionsverträge zum Rheinbunde sind weder

von den Rheinbundsfürsten noch von anderen vermöglichen Menschen ist für etwas anderes, als Verträge gehalten worden. Sie enthalten das Versprechen, die Zusage, die Gelobung zur Verbesserung: „daß die Ausübung des katholischen Cultus in allen Landen Sr. (Königlichen) Hoheit des (Groß-) Herzogs von Mecklenburg-Schwerin der Ausübung des lutherischen Cultus völlig gleich gestellt sein soll.“ Das es mit dieser Verheißung seine Richtigkeit hat, vermag der Anonymus nicht nur nicht in Abrede zu stellen, sondern sieht sich genöthigt, es zuzugestehen; und hüpft daran die theilweise ganz richtige Bemerkung: „daß staats- und völkerrechtliche Verträge dieser Art bekanntlich näherer und bestimmterer gesetzlichen Anordnungen, um für die betreffenden Länder zu einer gesetzlichen Norm zu werden, bedürfen.“ Ich sage, daß diese Bemerkung theilweise richtig sei. Unrichtig ist darin, daß es gesetzlicher Anordnungen bedürfe, damit der Inhalt eines Vertrags dieser Art in den Rechtszustand des Landes übergehe. Ein solches Vertrag ist mit dem Augenblicke des Abschlusses ein sanctionirtes Gesetz, das nur noch der Publication und Promulgation bedarf, um in den Rechtszustand des Landes überzugehen, zu einer anwendbaren gesetzlichen Norm zu werden. Sodann können, je nach den Verhältnissen des Landes, wie der Anonymus gleichfalls richtig bevorwortet, auch Ausführungs-Verordnungen gehoten sein; aber eine Verordnung, die einen Vertrag zur Ausführung bringen soll, ist kein Gesetz, das den Vertrag unausführbar machen, die aus dem Vertrag entstandenen Rechte und Pflichten wieder ganz oder theilweise in Abrede stellen oder auch nur beschränken darf. Die Wahrheit dieser Aufstellung leuchtet wohl in die Begriffe, und das Wesen der Ausführungsverordnungen bekanntlich immer so zu interpretiren, daß sie zur Ausführung, nicht aber so, daß sie zur Nicht-ausführung dienen, wovon eine beschränkte Ausführung ein geringerer Grad von Rechtswidrigkeit ist, aber immerhin eine Rechtswidrigkeit, und eben so bekannt ist, daß Ausführungsverordnungen, welche die Ausführung verhindern sollen, keine Ausführungs-Verordnungen sind und dem Gesetze gegenüber keine verbindliche Kraft haben, keine Vertragsrechte und Vertragspflichten aufheben können, also rechtlich wirkungslos sind. Der Anonymus hat meinen Erfahrungssätzen nicht überschätzt, wenn er meint, daß es gar nicht nöthig sein würde, mich daran zu erinnern, daß es auch Verheißungen gibt, die nicht ins Leben treten; aber ich begreife nicht, wie der Anonymus glauben kann, daß irgend ein Rechtsgelehrter seiner These Beifall geben könnte, daß nur der Rheinbund, wenn er noch existirte, eine ausgedehntere Gleichstellung von der mecklenburgischen Landesgesetzgebung verlangen könnte, als die wäre, welche nach den juristischen Auffassungen des Anonymus angeblich eingeführt sein soll. — Die Rheinbundsacte und der mecklenburgische Receptions- und Receptionsvertrag sind für Mecklenburg gültig sanctionirt, publicirt und promulgirt, und damit ist die Verheißung der völligen Gleichstellung der Ausübung des katholischen Cultus mit der Ausübung des lutherischen Cultus wirklich rechtlich ins Leben getreten, die Ausführungsverordnungen enthalten nicht einmal eine Beschränkung in der Gleichstellung, welche Beschränkung ja ohnehin keine rechtliche Gültigkeit haben könnte; sie kündigen sich im Gegentheile als die Mittler der Gleichstellung der katholischen Einwohner mit den lutherischen an und beschränken sich nur auf Verhältnisse, die einer Ausführungsverordnung angemessen bedurften; wobei Gesetze noch Verordnungen in Mecklenburg machen bezüglich der Religionsfreiheit und Gleichstellung zwischen Katholiken und Lutheranern eine Unterscheidung; es gehört deßhalb ein Verleugnen aller juristischen Bildung, aller wissenschaftlichen Rechtskenntnisse, aller Einsicht in juristische Interpretation dazu, solche Behauptungen in die Welt hinausschreiben, wie der Anonymus es über sich gewonnen hat. Und nun noch gar hinter ein Spinngewebe sich zu verschanzen und als Angriffswaffe zu gebrauchen, was jeder honette Mann nicht einmal als Vertheidigungswaffe gebrauchen würde, und eine solche Waffe einer deutschen Regierung unterzuschieben! Das wäre wahrlich unbegreiflich, wenn der Anonymus wirklich nicht begreifen sollte, was es einem rechtlichen Manne zumuthen heißt, wenn man ihm räth, Verträge aus dem Grunde nicht zu erfüllen oder die Erfüllung zurückzunehmen und das Geschehene abzuleugnen, weil etwas Aehnliches in der Welt mehr vorkommt! Und nun gar einem deutschen Fürsten zumuthen, Verheißungen — der edelste Ausdruck für fürstliche Versicherungen, Zugeständnisse und Gelobungen — doch, man erlaube mir hier abzubrechen, nun dem Leser zu überlassen, hinzuzudenken, was meine Feder auszumalen sich sträubt.

[2546]

Bekanntmachung.

Vom 1. k. M. an wird zwischen Freilingen und Vallendar über Selters und Höhr eine zur Brief-, Geld- und Päckereibeförderung dienende Cariolpost in folgender Weise unterhalten werden:

Abgang aus Freilingen:
Täglich 4 Uhr Morgens,
im Anschluß an die Posten von Frankfurt und von Cöln.

Ankunft in Vallendar:
gegen 8 Uhr Morgens.

Abgang aus Vallendar:
Täglich 1 Uhr Nachmittags.

Ankunft in Freilingen:
gegen 5 Uhr Nachmittags,
zum Anschluß an die Posten nach Frankfurt und nach Cöln.

Die bisher zwischen Höhr und Vallendar unterhaltene Botenpost wird mit Ende dieses Monats aufgehoben.

Frankfurt a. M., den 9. November 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

Weinversteigerung in Oppenheim.

Den 7. December l. J., des Vormittags 10 Uhr, werden auf dem Gemeindehause zu Oppenheim auf Anstehen des Herrn Georg Curschmann von da, die nachverzeichneten rein gehaltenen Weine — Oppenheimer und Dienheimer Gewächs — meistbietend versteigert, als:

1 Stück 1851er	6 Stück 1849er
2 Stück 1852er	7 Stück 1848er
2 Stück 1850er	18 Stück 1846er
4 Stück 1847er	

Die Proben werden auf der Versteigerung vorgestellt und können bis dahin täglich an den Fässern, durch Vermittlung des Küfermeisters Herrn Wilhelm Gatzdin dahier, genommen werden.
[2573] Aus Auftrag: Schneyder, Gr. Hess. Notar.

[2530] **FRANKFURTER STADT-LOTTERIE.**
Hauptgewinne: fl. 200,000, 100,000, 40,000, 25,000 ꝛc.
Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.
Ganze Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1. 30 kr., ⅛ à 45 kr. empfehlen, unter Zusicherung prompter und verschwiegener Bedienung
Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[1681] Von hohem Senate conceſſionirte
Privat-Entbindungs-Anſtalt
zu Frankfurt a. M.
Nähere Anſtaltsangelegenheiten vertraulichſt Einſendungen
Dr. Roberth daſelbſt, Zeil 19.

Mein **Möbel-Lager**, Brönnerstraße 10
enthält gegenwärtig eine reichhaltige Auswahl von den einfachſten Nußbaum- bis zu den feinſten Luxus-Möbeln. Unter Zuſicherung reeller Bedienung und billigen Preiſen erlaube ich mir, ein geehrtes Publikum zu recht häufigem Beſuche meines Magazins einzuladen.
[2568] **P. J. Kaiſer.**

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December.
Haupttreffer: fl. 220,000, 2 zu 100,000
40,000, 25,000 u. ſ. f. Ganze Loose zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ¼ zu fl. 1. 30 kr., ⅛ zu 45 kr., sowie Loose für alle Classen gültig zu fl. 90 das Ganze, empfiehlt
Carl Höchberg.
[2507] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2375] Eine vollſtändige Laboreinrichtung nebſt Utenſilien für ein Material- und Farbwaarengeſchäft ſtehet mit und ohne Waarenvorräthe zu verkaufen. Frankirte Anfragen beſorgt die Exped. d. Blattes.

[2672] **Edictalladung.**

Johann Martin Weiß, Sohn des Johann Adam Weiß aus Lämmerspiel, welcher im Jahre 1799 von da sich entfernt hat, bis jetzt nicht dahin zurückgekehret ist, oder deſſen etwaige Leibeserben werden hiermit aufgefordert,

binnen zwei Monaten

das seither curatorisch verwaltete Vermögen des am 28. Juli 1774 geborenen Johann Martin Weiß dahier in Empfang zu nehmen, widrigenfalls solches den es besitzenden Präsumtionserben unbeschränkt überlassen und denselben die gesetzliche Sicherheit zurückgegeben wird.

Seligenstadt, den 24. November 1852.

Großherzoglich Heſſiſches Landgericht.
Meyer.

[2671] **Edictalladung.**

Engelbert Unkelbach, Sohn des Leonhard Unkelbach aus Mainflingen, oder deſſen etwaige Leibeserben werden hiermit aufgefordert,

binnen zwei Monaten

von dem Tage des ersten Erscheinens dieser Ladung in öffentlichen Blättern an gerechnet, das seither curatorisch verwaltete Vermögen des Engelbert Unkelbach in Empfang zu nehmen, widrigenfalls solches den es besitzenden Präsumtiverben unbeschränkt überlassen und denselben die gesetzliche Sicherheit zurückgegeben wird.

Seligenstadt, den 23. November 1852.

Großherzoglich Heſſiſches Landgericht.
Meyer.

(Nebſt Handelspolitischer Beilage.)

Druck von August Osterrieth.

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nr. 284.

Sonntag Nr. 18. 28. November 1852.

Die Wiener Conferenz.

I.

Nie fand noch der Ausspruch des Dichters:

Der Worte sind genug gewechselt,
Laßt uns auch endlich Thaten sehen!

eine so unwiderlegbare Anwendung als gerade jetzt, wo es sich endlich davon handeln muß, daß wir von unabsehbaren Verhandlungen zu bestimmten Ergebnissen übergehen müssen. Das ist der Anfang und das Ende aller unserer Reden und wir werden nicht eher schweigen, wir werden zu drängen nicht eher aufhören, bis etwas Gutes zum Vorschein gekommen ist. Wir kennen die Schwierigkeiten, allein wir wissen auch, daß die Noth, die allmächtige gebiete, jene Noth, welche dem Gesetzgeber seine schwere Aufgabe schon so oft erleichtert hat. Wir wissen nicht, was man bezweckt, aber wir glauben die Sachlage zu kennen, und die Sachlage ists, die über die Möglichkeiten und Nothwendigkeiten zu gebieten hat. Nach dieser Sachlage gibt es für die Wiener Conferenz eine doppelte Aufgabe, wovon die eine dahin geht, solche Bestimmungen zu treffen, welche den Anschluß von Preußen bezwecken, und die andere Aufgabe darin bestehen muß, für den Fall der Trennung von Preußen den neuen Zollverein zu schaffen. In jener Beziehung sind die Berliner Verhandlungen wieder aufzunehmen, fortzusetzen und abzuschließen. Die Sache ist so zu pflegen, als wäre Preußen zugegen, und die Beschlüsse so zu fassen, als handele es sich um Wiederherstellung des alten Zollvereins unter Anschluß von Hannover, und der Abschließung eines Zoll- und Handelsvertrags mit Oesterreich. Der hannoversche Vertrag ist dabei zum Grunde zu legen und nur jene Bestimmungen, welche unsere Industrien wesentlich gefährden, ohne Hannover einen wesentlichen Nutzen zu gewähren, auf das Maß des Möglichen zurückzuführen.

Mit dem Vertrage des wiederhergestellten und durch den Beitritt von Hannover erweiterten Zollvereins ist gleichzeitig der Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich zu errichten, und beide Verträge zum definitiven Abschlusse zu bringen. Für Letzteres liegt das Beispiel des hannoverschen Vertrags als Vorbild da. Ist so das ganze Werk fertig, ist bei dem Werke stets und unausgesetzt auf das ganze Deutschland Rücksicht genommen, die Nothwendigkeit des Anschlusses von Hannover nie aus dem Auge verloren worden, dann lege man das Werk zur Zustimmung dem ganzen Deutschland vor. Die Verhältnisse klären sich täglich mehr, die Lage wird unheimlich, und der geschehene Abbruch bewährt sich nicht. Und dennoch war dieser Abbruch eine Wohlthat, er beendigte was nicht zu endigen war, und war das letzte Zugeständniß einem Systeme, das keine schwere Prüfung erträgt, folglich nicht natürlich, nicht wahr ist. Der Abbruch schloß die unnennbare Verbandlung über jene Gleichzeitigkeit und jenes Rechtssubject, von denen erst die spätere Ruhe entdecken wird, in welche Tiefe krankhafter Auffassung wir Deutsche uns zu versenken im Stande sind.

Das Wiener Werk, wie wir uns dasselbe denken, hilft uns mit einer vollendeten That, die Alles bietet was untrennbar zusammenhängt, über alle diese überwundenen Mühen hinweg, und macht Deutschland ein Angebot, von dem man dreist sagen darf, daß die Zukunft ihm gehört. Wir werden uns hüten, auf das Feld der Vorhersagung einzugehen, aber sagen darf man, ohne sich deßhalb zu den Sehern zu rechnen, daß dasjenige Werk sich verwirklichen wird, das die Hinwegräumung des Unnatürlichen, den Anschluß des Verwandten, die Ausdehnung des Verkehrs, die Schaffung des großen statt kleinen Markts zu seinem Gegenstande hat. Das ist die Form für die Stoffe, die einmal da sind, für jene Stoffe, die anders werden müssen, wenn sie sich nicht vereinigen lassen.

Das Werk, das wir vorschlagen, ist nur der nothwendige Ausdruck für die Thatsachen, aus denen wir bestehen, und es müssen diese Thatsachen hinweggeräumt oder ihre Verbindung angenommen werden. Ein drittes gibt es nicht. Passen unsere Zustände nicht zusammen, ist in ihnen keine natürliche, keine chemische Verwandtschaft, dann treme man, dann ist der deutsche Bund eine falsche Schöpfung, und jedes Suchen nach einer andern Form berechtigt und nothwendig. Die Frage, ob diese andere Form dann Union oder Rheinbund sei, ist dem Grundsatze nach nicht mehr zweifelhaft, sondern wird zur bloßen Thatfrage: ob für das an sich Beste auch diese Form der beste, der gelungenste Ausdruck sei. Das Gelungensein ist aber nicht nur zu beurtheilen nach bloßer Theorie, sondern auch nach seiner Haltbarkeit im Falle der Gefahr. Wir müssen bei der Dichtigkeit der europäischen Bevölkerung, bei der Macht künstlicher Dinge, bei der Summe der Gegensätze nicht nur auf das theoretisch Richtige, sondern auf das praktisch Starke Rücksicht nehmen. Wir müssen, um noch einmal auf das Bild der Chemie zurückzukommen, die Feuerprobe zu bestehen im Stande sein, und werden wir durch den Bund, den wir schaffen wollen, nicht stark, so taugt er in Europa nicht, und wenn er der theoretisch richtigste der Welt ist.

Nun fragen wir, wer muß denn im Kriege zusammenhalten, wenn es die nicht sind, die unsern Zollbund ausmachen sollen? Werden wir aber diese Zollbündner zur Hülfe bekommen, wenn wir ihre uns helfenden Kanonen an der Grenze mit 10 Thlr. vom Centner mit Zoll belegen wollen? Wenn wir aber diese Zollbündner nicht zu Hülfe bekommen, wie steht es dann mit uns, mit unserer besten Theorie, mit unserem Abschluß? Diese Frage brauchen wir nicht zu lösen, denn sie steht roth angestrichen in jedem Schulbuche deutscher Geschichte. (Die Fortsezung folgt.)

Die Eisen-Industrie in Nassau und im südlichen Zollverein.

Vom Mittelrhein. Im Herzogthum Nassau sind nach dem Durchschnitt der 5 Jahre 1845 bis 1850 406 Eisenerzgruben im Betrieb und förderten . . . . . 1,578500 Ctr. Erz,
davon verbrauchten inländische Eisenwerke . 787760 „ „
ausgefahrt sind . . . . . 790740 „ „

Diese Ausfuhr ging nach der Saar, der Ruhr und nach dem Elsaß, um durch Coaks zu Roheisen verschmolzen zu werden.

Nassau hatte zu dieser Zeit 18 Hochöfen im Betrieb, die jährlich erzeugten:

264044 Ctr. Roheisen,
39236 „ Gußwaaren,

304180 Ctr.

Von dem Roheisen verbrauchten 22 Frischfeuer 48112 Ctr., 216532 Ctr. verblieben zum Verbrauch von Nassau, und von jenen 48112 Ctr. Roheisen erzeugten die 22 Frischfeuer 39549 Ctr. Hammereisen im Jahr.

Nassau producirt sein Roheisen, seine Gußwaaren, sowie sein Stabeisen bei Holzkohlen, und auf diesen Umstand, in Verbindung mit der Vorzüglichkeit seiner nicht übertroffenen Eisenerze, gründet sich die Güte der Eisenfabrikate Nassaus.

Der Verbrauch an Holz zur Eisenfabrikation ist im Jahr

für Schmiedeeisen ungefähr	10750	Klafter zu 144 Cubikfuß,
„ Guß- und Roheisen . .	40500	„ „
	51250	Klafter,

welche den Forsten des Staates und der Gemeinden entnommen werden, und durchschnittlich das Klafter zu fl. 6 angenommen, einen Jahres-Ertrag von fl. 313500 abwersen.

Der Arbeitslohn, welcher in den

264944	Ctr. Roheisen	im Werthe von fl.	715340,
39256	„ Gußeisen	„ „ „ „	226500,
39549	„ Schmiedeeisen	„ „ „ „	276850,

also in einem Gesammtwerthe von fl. 1,218690 enthalten ist, kann, wenn man den Werth des im Stabeisen enthaltenen Roheisens abzieht (mit fl. 129890, wonach demnach fl. 1,088800 verbleiben) zu 82 pCt. dieses Werthes angeschlagen werden, daher die Summe von fl. 892816 als Arbeits-Löhne aus der Eisen-Industrie sich ergibt. Der Ueberrest ist Holzwerth, Capitalzins u. s. w.

Nassau könnte weit mehr Eisen erzeugen, allein das Uebergewicht Rheinpreußens, durch den Besitz der Steinkohlen bedingt, hat die Stab-Eisenerzeugung Nassaus fast gänzlich zerstört durch seine Puddlingwerke. Kaum 10 Frischfeuer gehen dermalen noch, und zwar zum Eisenbedarf der nächsten Umgebung, welche entweder, weil entfernt gelegen, dem Walzeisen schwerer zugänglich ist, oder welche die bessere Qualität des Hammereisens noch vorzieht.

Die Gußwaaren-Fabrikation, als vorzüglich bekannt, leidet an der wohlfeileren Fabrikation der rheinpreußischen Gießereien des Hundsrücken und der Mosel, welche, im Besitze wohlfeilerer, aber schlechterer Rohstoffe, deßhalb den Markt im Rheinthal, Baden, Württemberg und theilweise Rheinhessen versehen, und sie haben, in Gemeinschaft mit den Cupolöfen-Gießereien, in fast allen Städten, wo ausländisches Roheisen wohlfeil zu beziehen ist, die Gußwaaren Nassaus verdrängt. — Nur der Main, Oberhessen, Kurhessen, ein Theil von Sachsen und Preußen auf der Nordost-Grenze bilden nunmehr das Absatzgebiet für die Gußwaaren aus Nassau, weil Güte der Waare und etwas geringere Frachten den Absatz gegen die geringere Waare rheinpreußischer Werke noch schützen.

Die Roheisen-Production Nassaus geht, wie bereits angedeutet, nach den Puddelwerken der Ruhr, von Westphalen, Mosel und Saar. Baden und Württemberg beziehen wenig mehr, da die Hammerwerke daselbst durch die wohlfeilere Walzeisen-Production der preußischen Puddelwerke alle darniederliegen und allmälig eingehen müssen.

Nassau ist somit zwar für den Roheisenverkauf auf Preußen angewiesen, allein der wohlfeile Bezug des belgischen Roheisens hält die Preise des durch Holzkohlen erzeugten Eisens unter den Selbstkosten, und seitdem durch die Ruhr- und Saarwerke die Eisenerze Nassaus zu billigeren Frachten nach den Steinkohlen-Districten versührt werden, um daselbst ein Coakroheisen darzustellen, das dem belgischen im Preise gleichsteht, daselebe an Güte aber übertrifft, geht die Roheisen-Erzeugung Nassaus rasch dem Erliegen entgegen.

So kommt es, daß gegenwärtig die Eisengruben Nassaus zur vollen Hälfte blos noch als Rohstoff zur Ausfuhr aus Nassau ausgebeutet und bald vielleicht blos noch zu diesem Zwecke und zum Nachtheil des eigenen Landes im Betriebe erhalten, und anstatt aus Nassaus Erzen das Roheisen und die Eisenwaaren dargestellt werden. Ueberall wird die Eisenindustrie von Nassau von jener von Preußen zurückgedrängt, und während dies eine von allen Jenen, die ein Urtheil in dieser Sache haben, anerkannte Thatsache ist, gibt es Leute in Nassau, welche Petitionen um Erhaltung des Zollvereins unterzeichnen. Wenn dies Leute wären, welche das Allgemeine, Vortheilhafte von Deutschland dem besonderen Nachtheile von Nassau vorzögen, so hätte dies einen Sinn, allein es sind dies Personen, die jetzt noch kleine Sendungen von Roheisen und Gußwaaren nach Preußen machen und diese durch eine Zollinie zu verlieren fürchten, während diese kleinen Verkäufe ohne Zollinie bald ebenso sicher zu Grunde gehen, wie bisher die Großverkäufe, und Beides, das Groß- und Klein-Geschäft nur durch eine Trennung vom Norden erhalten werden kann.

Es ist hart, den Ausspruch thun zu müssen, daß unsere Interessen den Bruch des Zollvereins als wünschenswerth erscheinen lassen, allein die Klarheit fordert, daß man diese Sache so darstellt, wie sie ist. Die Eisenindustrie von ganz Nassau, Baden, Württemberg und Hessen muß für die Trennung sich aussprechen und es ist wirthschaftlich rein unmöglich, daß ohne Berinste die Eisenwerke in allen diesen Staaten ihre Thätigkeit lange noch fortzusetzen im Stande sein können. Daß dies bisher noch geschieht, hat in dem Umstande seinen Grund, daß die vorhandenen Werke schon lange bestehende, vorzüglich geleitete Geschäfte sind, theils unseren hervorragendsten Persönlichkeiten, wie dem Fürsten von Fürstenberg, angehören, theils im Eigenthum der einzelnen Staaten sich befinden. Bei solchen Werken ist für sich klar, daß sie nicht in den ersten Wehen eines Unfalls ihre Thätigkeit einstellen, aber eben so klar, daß ein ewiges Fortsetzen gegen alle wirthschaftlichen Grundsätze sich verstoßen müßte.

Dennoch sind diese Werke es nicht, welche für den Bruch des Zollvereins das Wort ergreifen, aber sie gehören auch Jenen nicht an, welche unbesonnen ihren Regierungen den Krieg deßhalb erklären, daß diese einen größeren Markt der deutschen Industrie verschaffen wollen, welche vielfach sich im eigenen Gebiete schon wechselseitig erdrückt. Das Nachstehende über die Lage der anderen Industrien.

Staatsverträge über Nachdruck.

II.

Daß also mit der Idee des Eigenthums nichts auszurichten sei und daß es nur zur unvermeidlichen Unbestimmtheit führen müßte, wenn die Sätze des Eigenthums auf den Geist übertragen würden, dies ergibt sich mit Unwiderleglichkeit, sobald man scharf die Begriffe von Eigenthum und von Gedanken festhält. Das Eigenthum ist etwas Materielles, etwas Greifbares, etwas äußerlich Bestimmtes. Das Geistige hat keine bestimmbaren Grenzen, läßt sich so leicht entstellen und verwischen, daß bei aller Aechtheit und Ursprünglichkeit der fremde Gedanke umgangen, verleitet und umgestaltet werden kann, ohne daß das Eigenthum Hülfe zu gewähren im Stande ist und unter der Hand seinen Werth und seine Anwendbarkeit verliert. Die Eigenthums-Arten der materiellen Welt scheiden sich durch Naturgesetze, während die Geister unwägbare, unmterscheidbare, in einander übergehende Fluida sind, bei denen die Grenzmarken unserer Besitzthümer völlig unpassend erscheinen.

Ja, diese Eigenthums-Idee, mit einiger Consequenz auf die Geisteswerke übertragen, führt zur Selbstzerstörung und für die Allgemeinheit zur Unerträglichkeit. Zur Selbstzerstörung, weil der Staat, um einen Gedanken in einer Familie als Erbgut festzuhalten, keine vorsügbaren Mittel gegen diesen Geistesäther besitzt, welcher sich aus allen hermetisch verschlossenen Gerichtsthüren hinaus verflüchtigt, und wenn dies nicht wäre und er wirklich für Einzelne erst verdichtet und dann gebannt werden könnte, zur wahren Unerträglichkeit der Allgemeinheit werden müßte. Daß

nun bei dieser Natur der Sache im Börsenblatt (Nr. 101) gesagt werden konnte, daß des Geistes Eigenthum

„in jeder Beziehung allem übrigen Eigenthum, namentlich „was dessen Dauer (d. h. ewige Dauer) anlangt, voll„kommen gleichgestellt werden müßte, wenn der Staat sich „nicht zum Communismus als Grundsatz bekenne"

dürfte wohl auf Unklarheit der Begriffe und Verwechslung des Verschiedenartigen beruhen.

Glauben Sie aber nicht, daß, weil ich mich gegen das Geistes-Eigenthum ausspreche, ich deßhalb dem Nachdruck das Wort reden will. Nichts weniger als dieses, und man kann ein entschiedener Gegner dieses unsittlichen Gewerbes sein, ohne deßhalb, um diesem zu steuern, zum ungeeigneten Mittel des Eigenthums seine Zuflucht zu nehmen. Aber auch hier, wenn vom Schutze gegen Nachdruck die Rede ist, handelt es sich vor Allem darum, statt mit Klagen und Seufzern zu beginnen, den Standpunkt sich klar zu machen, von dem die Sache betrachtet werden muß.' Es stehen eigene Interessen, aber es liegen auch fremde Interessen auf dem Spiele, und es muß eine wechselseitige Versöhnung beider stattfinden, wenn das Eine nicht zum Nachtheile des Anderen einseitig festgehalten werden soll.

In letzter Ordnung steht die Frage des Nachdrucks mit der Frage der Gewerbefreiheit auf gleicher Linie. Die Gewerbefreiheit geht von dem Grundsatze aus, daß Jeder im Staate sich aller neuen Gedanken und aller Fortschritte, die ein Anderer anwendet gleichfalls zu bedienen befugt sei. So muß es dann kommen, daß während kaum durch lange Mühe und große Kosten der Eine irgend etwas Neues erfunden, irgend eine Verbesserung entdeckt hat, die auf lange Zeit für Handel und Verkehr maßgebend und herrschend sein kann, der Andere leichten Kaufs die Sache sich anmaßt und Vortheil und Nutzen hinwegnimmt. Darauf, ob der Erfinder über seine Gedanken vorerst ein Buch schrieb oder ohne Buch und Vorrede gleich den neuen Gedanken in's Werk setzte und verkörpert darstellte, kann es natürlich nicht ankommen. In beiden Fällen greift der Andere in das Geistes-Eigenthum des Anderen ein, in jenem Falle, indem er ihm seine Theorie nachdruckt, in diesem, indem er ihm seine Praxis nachmacht.

Wo die Unbilligkeit so schreiend wie hier auftritt, bleibt der Gesetzgebung nur die Wahl, entweder den Grundsatz der Freiheit höher zu achten, als die Billigkeit gegen die Einzelnen oder aber diesen Einzelnen einen Schutz gegen die Freiheit zu geben. Man schritt zu dem letzten Wege und wurde inconsequent, um nicht unbillig zu sein. Inconsequent wurde man, weil der, der einmal der freien Concurrenz die vollen Zügel schießen lassen will, da keine Hemmniß eintreten lassen darf, wo es um einen Fortschritt, um etwas Höheres sich handelt. Gerade weil etwas Besseres erfunden ist, fordert nach dieser Theorie die Allgemeinheit, daß dies Bessere auch allgemein werde. Mit der Entstehung des Neuen dürfen nicht sofort wieder die Schranken eintreten, denn das Neue, gerade weil es neu ist, ist sofort wieder neuer Verbesserungen um so bedürftiger, je mangelhafter alles Erste ist.

Die Gewerbefreiheit und die Allgemeinheit fordert daher die Freilassung aller neuen Gedanken, und wir lassen hier unerörtert, ob die Allgemeinheit deßhalb durch diese Freiheit verlieren würde, weil sonst Niemand mehr auf Fortschritt und Erfindung sich verlegen und Kosten darauf verwenden würde. Die Unruhe des menschlichen Geistes, sein Ehrgeiz, jedes Nachdenken, in dem unwillkürlich der Fortschritt schon liegt, und vor allem die Macht der Concurrenz selbst treibt den Menschen zum Besseren, wenn er nicht mit dem Alten unterliegen will. Es ist also nicht die Gefahr, daß die Menschheit um neue Erfindungen käme, wenn die Gesetzgebung den Erfinder nicht schützen würde (eine Gefahr, die geschichtlich ohnehin nicht besteht), sondern es ist die Rücksicht auf das Unrecht, daß Derjenige, welcher Zeit, Kosten, Mühe, Aufopferung, ja nicht selten sein ganzes Vermögen an die Durchführung eines neuen Gedankens setzte, um die Früchte in dem Augenblick gebracht werde, wo er endlich den Zweck seines Nachdenkens, vielleicht die Aufgabe seines Lebens erreicht zu haben hoffen durfte.

Mit dieser Idee verträgt sich aber die unbedingteste Gewerbefreiheit, verträgt sich ein Recht zum Nachdruck nicht.

Die Rheinschifffahrtszölle.

Mainz. Wie Sie wissen, sind die diesjährigen Sitzungen der Rheinschiffahrts-Commission beendigt, ohne daß irgend eine Erleichterung in dem Sinne Ihrer Anträge in Nr. 15 dieser Blätter zu Stande gekommen wäre. Inzwischen, während von dieser Seite nichts geschieht, rücken die Gefahren für die Rheinschifffahrt immer näher und näher. Die Arbeiten des Marne-Kanals werden mit erneuertem Eifer betrieben und ehe das Jahr abläuft, für welches die Schifffahrts-Commission, ohne der Rheinschifffahrt eine Erleichterung zu gewähren, sich beurlaubte, werden wir die zweifache Concurrenzlinie von Havre-Strasburg vollendet haben. Aber nicht nur von dieser westlichen Seite droht der Rheinschifffahrt Gefahr, sondern sie wird auch gleichzeitig vom Norden her gedrängt. Dem Waarentransport von der Nordsee zu Land nach dem südlichen Deutschland sind so eben solche Frachtermäßigungen von den Regierungs-Eisenbahnen für die Bremer Linie zugestanden worden, daß ihnen gegenüber kaum eine fernere Mitbewerbung durch Rheinschifffahrt mehr möglich ist. Wir sind nun weit davon entfernt, irgend einer Verkehrserleichterung entgegen zu treten, allein wir können im Interesse der gesammten Rheinschifffahrt nicht unerwähnt lassen, daß wir gleichzeitig von zwei Seiten in Gefahr gesetzt werden, ohne daß uns — und darin liegt das Unrecht — die gleiche Erleichterung gewährt wird. Wollen die Regierungen sich eine Einnahme der Rheinzölle sichern, so müssen sie zu ihrer Ermäßigung schreiten, weil nur in dieser Ermäßigung für sie das Mittel liegt, die Einnahme durch Erhaltung der Schifffahrt zu sichern. Wer wird ferner sich der Rheinfahrt bedienen, wenn die Schweiz und Deutschland ihre Waaren wohlfeiler und schneller über Havre oder über Bremen beziehen können? Die Schifffahrt hat ohnehin die größte Zeit des Jahres mit Winter und Nebel zu kämpfen, und während sie so die Lieferungsfristen oftmals nicht einzuhalten im Stande ist und ihre Kundschaft in schlechter Jahreszeit unbefriedigt lassen muß, soll sie zu diesen Hemmnissen der Natur gleichzeitig die Mitbewerbung von zwei Linien aushalten, welche man von Seite der Regierungen begünstigt und den freien Rhein seinen ewigen Hemmnissen unterworfen läßt.

Wir ehren und rühmen die Thätigkeit Bremens, haben auch nichts dagegen, wenn dem Verkehr die größten Vortheile und Erleichterungen auf den Eisenbahnen eingeräumt werden, aber wir glauben auch nachdrücklichst darauf aufmerksam machen zu müssen, daß gerade in Folge der von allen Seiten drohenden Eisenbahn-Concurrenz der Augenblick gekommen ist, wo mit einer bedeutenden Ermäßigung der Rhein-, Main- und Neckarzölle nicht mehr gezögert werden darf, wenn die Schifffahrt auf diesen Flüssen nicht ruinirt werden soll, während doch die betreffenden Uferstaaten und besonders Baiern mit seinem Donau-Main-Kanal, den Rain der Schifffahrt nicht wünschen können, indem ihr Großhandel und ihre Industrie, sowie ihre Concurrenzbefähigung mit Bremen fast ausschließlich auf den Vortheilen der billigeren Flußschifffahrt beruht.

Goethe's Faust von Cotta.

Ueber die technische Ausstattung des soeben im Cotta'schen Verlage erscheinenden deutschesten Nationalwerks „Goethe's Faust, mit Zeichnungen von Seibert", sagt die Allg. Zeitung:

„Zunächst fordert und die glänzende Ausstattung desselben ein Wort dankender Anerkennung ab. Eine Nation kann auf keine

sinnigere Weise darthun, daß sie ihre Geistesheldin ehrt, als indem sie es möglich macht, daß die hervorragenden Werke derselben mit immer würdigerem Gewande geschmückt werden. Und gewiß, wenn irgend einem, so ziemt einem Faust das reichste, edelste Festkleid. Indem die J. G. Cotta'sche Verlagshandlung ihm dies gegeben hat, setzte sie dem Dichter, der deutschen Kunst und sich selbst ein würdiges Denkmal. Wir glauben nicht zuviel zu sagen, wenn wir behaupten, daß die typographische Ausstattung des Werkes in Deutschland bis jetzt unübertroffen dasteht. Nimmt man aber hinzu, wie ausgezeichnet die Stiche der Stahlplatten und die zahlreichen größeren und kleineren Holzschnitte gelungen sind, wie sauber und correct dies alles im Druck herausgekommen ist, so darf man aussprechen, daß diese Faust-Ausgabe, vermöge der künstlerischen Durchbildung und der Sorgfalt, die jedem Theile derselben liebevollen Fleiß angedeihen ließ, bis jetzt unerreicht und mustergiltig erscheint. Durch die Ausführung der Stiche hat A. Schleich einen neuen Beweis von der Meisterschaft gegeben, mit welcher er das schwierigste Material zu beherrschen weiß, und wir sind in Verlegenheit, ob wir mehr die sorgsame Hingebung, das liebevolle Durcharbeiten oder die sinnige Auffassung, das verständige Eingehen in die Intentionen des Componisten, das ächt künstlerische Wiedergeben des von diesem Geboteuen hervorheben sollen. Denn wenn auch durch das Ueberwachen und Ueberarbeiten von Seiten des entwerfenden Künstlers, sowohl bei den Stahlstichen als auch bei den Holzschnitten, ein Zusammengehen, ein Ineinandergreifen der mitwirkenden Kräfte erzielt worden ist, welches durch seltenes Glück begünstigt wurde, so sind die mannigfachen Verdienste des Stechers doch immer die Hauptträger des günstigen Erfolges. Die Stiche stellen sich in vollendeter Kraft und Tiefe dar, verbunden mit solcher Weichheit des Vortrags, mit so reicher Scala der Abtönungen, daß ein völliger Sieg über das doppelte schwierige Material des Stahls und eine fast täuschende Aehnlichkeit mit den Eigenschaften des Kupferstiches erreicht ist. Von gleicher Trefflichkeit sind die von Algaier und Siegle ausgeführten Holzschnitte, welche große Klarheit und Genauigkeit mit leichter, graziöser Behandlung vereinen und im freien Schwung der Linien geistreichen Federzeichnungen gleichkommen. Um die treue Uebereinstimmung mit den Original-Compositionen ist ein junger Stuttgarter Künstler, J. Schnorr, besonders verdient, der die Bilder auf den Holzstock übertragen und mit seinem Gefühl wiedergegeben hat."

Bücherschau.

„Eine Stimme aus Sachsen." Unter diesem Titel ist so eben ein Schriftchen erschienen, welches den Vorzug hat, daß es in ruhiger, leidenschaftsloser Auffassung die Lage der Zollfrage von jedem Extreme frei, vom praktischen Standpunkte aus bespricht. Sachsen ist das Land, dem der Verfasser aus eigener Erfahrung und Anschauung besondere Aufmerksamkeit widmet, und wir dürfen nicht umgehen, einige Stellen aus dem klaren Schriftchen mitzutheilen. Der Verfasser sagt:

„. . . . Die Folge wird es zeigen, daß im Falle der Trennung ungleich mehr preußisches Capital in den Coalitionsstaaten, als sächsisch-süddeutsches Capital in Preußen angelegt werden wird. Schon sind für diesen Fall Vorbehaltseinkäufe großer preußischer Industrieller in Süddeutschland geschehen und schon liegen preußische Capitale zur Anlegung in Sachsen offenkundig bereit.

„Aus der Abtrennung von Preußen würde für Sachsen eine das halbe Land umgebende preußische Zollgrenze und damit ein Uebelstand hervorgehen, der von den zunächst davon Betroffenen ohne Zweifel vielfach störend empfunden werden wird. Allein wenn sich die bisher verschlossene und ebenso meilenlange österreichische Grenze dagegen öffnet, so kann Sachsen bei diesem Tausche nur gewinnen, weil der sächsisch-preußische Grenzzug vorwiegend den Agrikulturbetrieb berührt, während die sächsisch-böhmische Grenze fast ausschließend eine der Vereinigung mit Oesterreich sehnsüchtig harrende Industrie durchzieht.

„Sachsen erhält an Oesterreich ein unzweifelhaft größeres Absatzgebiet, als es an Preußen verliert, und es erhält zugleich an Süddeutschland ein doppelt ergiebiges Feld, sobald die preußische Concurrenz davon zurücktreten muß. Einzelne Interessen mögen verletzt werden, das ändert aber die allgemeine Richtigkeit der Rechnung nicht. Auch die Besorgnisse für die Leipziger Messen dürften unbegründet sein, und es würde dem guten Leipzig auch hier wieder passiren, daß es sich zuweilen zwar verrechnet, aber bei seinen Verrechnungen immer gewinnt. Kommt der Anschluß der Coalitionsstaaten an Oesterreich zu Stande, so werden die Leipziger Messen nicht sinken, sondern vielmehr sich heben, weil die Zahl der hinzutretenden Geschäfte von und nach Oesterreich die Zahl der wegbleibenden Geschäfte von und nach Preußen jedenfalls übersteigen wird. Die Befürchtungen aber wegen einer vor den Thoren von Leipzig zu errichtenden preußischen Concurrenzmesse sind zu einfältig, als daß sie einer Widerlegung bedürften."

Sardinische Seiden-Ausfuhr.

Durch das neueste Gesetz von Sardinien ist der Tarif vom 14. Juli vorigen Jahres rücksichtlich der 11. Klasse des Tarifs, welche die Seide betrifft, abgeändert und da die deutsche Seidenindustrie ihre Rohstoffe beinahe gänzlich aus dem Auslande und in großer Menge namentlich aus Sardinien bezieht, so wollen wir die erwähnte Tarifklasse hier abdrucken lassen:

Ausgang:

11. Klasse. Seide.

	Zollsatz.
Seidenwürmereier	frei.
Cocons jeder Art	frei.
rohe:	
Grez	frei.
gezwirnte	frei.
von Doppelcocons und Flockseide:	
Grezseide bearbeitete, Tramseide oder Nähseide, gezwirnt oder gefärbt, oder nur gereinigt	frei.
Abfall von Doppelcocons:	
zum Färben	frei.
gefärbte	frei.
gezwirnt oder gefärbt	frei.
Abfälle:	
in Massen:	
bourre de Soie oder Floret	frei.
Strazze	frei.
Struser (Moresca oder Strazze von Doppelcocons)	frei.
Kraz:	
Watten	frei.
Kammabfall	frei.
gesponnen (Storetto):	
rohe	frei.
gefärbte	frei.

Druck von August Osterrieth.

№ 285. — Montag — den 29. November — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: in den Gebieten des Frankfurter 8 fl. 30 kr.; in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postvereinszahlgebiets 2 Thlr. 10 Sgr. = 1 Thlr. 14½ Ngr.; in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 9 fl. im 24 F.-Fuß, oder

1 fl. 10 kr. C. M., oder 1 Thlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, Italien und überhaupt alle Länder außerhalb Herr C. F. Alexandre in Straßburg, Staufgasse Nr. 31, und Herr W. Langenbeck in Hannover, Georgsplatz Nr. 29. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1½ Druckzeile) aus Deutschland oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

Wien, 25. Nov. Die hier versammelten Bischöfe berathen gegenwärtig über die Art und Weise, wie die materielle Stellung des niedern Klerus zu verbessern sei. Das Mißverhältniß der Genüsse zwischen dem hohen und niedern Klerus ist so sehr mit den bei allen andern Kategorien des Civil und Militärs beobachteten Abstufungen in grellem Widerspruch, so weltbekannt und weltbeklagt, so schädlich in seinen moralischen Consequenzen, daß es nicht erst der gewaltsamen Erschütterungen aller staatlichen und socialen Verhältnisse bedurfte, um die hohen Würdenträger der Kirche auf die Nothwendigkeit aufmerksam zu machen, die Subsistenz ihrer geistlichen Mitarbeiter zu verbessern, welchen oft die beschwerlichste Arbeit zugewiesen ist, ohne daß ihnen auch nur das absolut Nothwendige, um sich bei physischer und geistiger Kraft zu erhalten, vergönnt wäre. Es wird gehofft und gewünscht, die Regierung werde sich nicht allen Einflusses auf einen Gegenstand entschlagen, der die Interessen des Staats so nahe angeht, und der so leicht seine befriedigende Lösung finden kann. — Graf Fiquelmont, welcher kürzlich aus Teplitz, seinem gewöhnlichen Sommeraufenthalt, hier angekommen, ist wieder von hier abgereist, und zwar nach Salzburg. Während seiner Anwesenheit in Wien gab er ein diplomatisches Diner, zu welchem alle Gesandten, mit alleiniger Ausnahme des Herrn de la Cour, erschienen waren, was in allen Kreisen kein geringes Aufsehen erregte.

* **Berlin**, 26. Nov. Nach der „Vossischen Zeitung" wird die Eröffnung der Kammern durch Se. Maj. den König in Person geschehen.

Y **Köln**, 26. Nov. Die übliche Ceremonie bei Todesurtheilen in Contumaciam fand heute zwischen 3 und 4 Uhr auf dem Altenmarkt in Betreff des Dr. J. D'Ester statt. Unter scharfer Bedeckung schritt der Scharfrichter das Urtheil an den Pranger. — Wie es heißt, dürften die verurtheilten Communisten, mit Ausnahme Leßners, schon morgen nach den Straforten transportirt werden. Man glaubt nicht, daß sie in eine und dieselbe Festung gebracht werden.

X **Koblenz**, 26. Nov. Se. königl. Hoh. der Prinz von Preußen ist heute Nachmittag gegen 2 Uhr von Frankfurt a. M. kommend auf dem Dampfboot der Kölnischen Gesellschaft hier eingetroffen und wurde beim Anlandeplatz der Dampfboote von unseren ersten Civil- und Militärbehörden empfangen. Die Gasthöfe und öffentlichen Gebäude am Rhein hatten zu Ehren der Ankunft des Prinzen geflaggt. Der Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar, Oheim Ihrer königl. Hoh. der Prinzessin von Preußen, weilt noch hier. — Die Restaurationsarbeiten in der zur katholischen Garnisonkirche bestimmten früheren Karmeliterkirche finden allgemeinen Beifall und gehen rasch voran, so daß schon im Frühjahr der Gottesdienst in derselben wird beginnen können. Ihre königl. Hoh. die Frau Prinzessin von Preußen nahm kürzlich die gegenwärtig ebenfalls im Gang befindlichen ihr zugefassenden Restaurationsarbeiten in der hiesigen Liebfrauenkirche in Augenschein und ließ sich die Baupläne vorlegen. — Vor wenigen Tagen wurde von unserer Polizei ein öffentliches Haus hier des Nachts aufgehoben; es hatte sich trotz des Verbots zu erhalten gewußt. Die Eigenthümerin nebst 6 Dirnen, die sich eiligst in einem geheimen Gelasse verborgen hatten, wurden zur Haft gebracht.

Aus **Magdeburg** vom 24. November wird geschrieben: Der am heutigen Morgen um 5 Uhr nach Berlin abgehende Personenzug rannte in der Nähe des Friedrich-Wilhelms-Gartens mit einer auf demselben Geleise ihm entgegenkommenden Locomotive zusammen. Wie verlautet, sind beide Locomotiven bedeutend beschädigt. Ein Menschenleben ist glücklicherweise nicht gefährdet. Wem dieses Versehen zur Last fällt, hat sich bis jetzt noch nicht herausgestellt.

In **Elbing** ist einem Herrn Stelter auf ein Gesuch, das er gestellt hatte, vom Polizeidirector v. Selzer erwidert worden: „Ihrem Gesuch vom 16. d. M., wegen Ertheilung der Concession zum Betriebe einer Badeanstalt, kann nicht willfahrt werden, weil Sie Mitglied der freien evangelischen Gemeinde sind und als solches nicht den Grad von Zuverlässigkeit haben, welcher nach § 50 der Gewerbeordnung erforderlich ist."

Z **Dresden**, 25. Nov. Der von uns bereits erwähnte „Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das Königreich Sachsen" ist jetzt im Druck vollendet. Es ist eine tüchtige Arbeit des frühern Justizministers Geheimerath Dr. Held. Der Entwurf umfaßt 54 Octavdruckbogen und zerfällt in nicht weniger als 2180 Paragraphen. Gestatten Sie mir hier mit einigen Zügen die allgemeinen Grundsätze anzudeuten, welche man bei dessen Abfassung in materieller und formeller Hinsicht vor Augen gehabt hat. Was den Umfang des neuen bürgerlichen Gesetzbuchs und sein Verhältniß zu andern Rechtstheilen betrifft, so soll dasselbe nicht alle Rechte und Verbindlichkeiten der Staatsunterthanen, sondern nur das eigentliche Privatrecht feststellen, und es ist daher Alles ausgeschlossen geblieben, was nicht, streng genommen, zu diesen gehört, insbesondere auch was sich nur auf Wahrung von Interessen, nur auf Regelung der Verfahrens der Behörden bezieht, wenn gleich die hierfälligen Vorschriften leider oft in Form von Gesetzen verfaßt zu werden pflegten. Von den Grundsätze ausgehend, daß ein bürgerliches Gesetzbuch für die Dauer gegeben werden soll, hat man sich, so viel nur irgend thunlich, auf Bestimmungen beschränkt, die so fest begründet sind, daß der Wechsel der Verkehrs- und Lebensverhältnisse, der Sitte und der Lebensansichten sie nicht so leicht berühren kann. Rücksichtlich dessen, was in den Entwurf aufzunehmen war, hat man sich nicht mit einer Codification des schon Bestehenden begnügt, sondern ein möglichst vollständiges System in sich harmonirender, den jetzigen Sitten und Verhältnissen entsprechender Gesetzvorschriften zu erzielen gesucht. Im Allgemeinen ist man davon ausgegangen, daß die bürgerlichen Gesetze gegen Alle gleich gerecht sein müssen, und daß man in selbigen den freien Verkehr der Staatsbürger nur insoweit beschränken dürfe, als ihr eigener Vortheil oder der Zweck der Gesellschaft im Ganzen es erfordert. „Die Gerechtigkeit", heißt es in den Motiven, „kennt im Privatrechte keinen Unterschied der Geburt, des Alters, der Religion, des Ranges oder Standes." Man hat bei der Abfassung der bei dem österreichischen Gesetzbuch beobachteten Methode den Vorzug gegeben, nicht aber die in demselben enthaltene Ordnung überall adoptirt. Dagegen hat in Bezug auf die Sprache das österreichische Gesetzbuch ebenfalls als Muster gedient: statt der fremden Worte sind allenthalben deutsche gewählt worden. Im allgemeinen Theile des Entwurfs wird von den bürgerlichen Gesetzen, von den Personen, Sachen, Rechten überhaupt, von dem Besitze, sodann von der Verjährung, welche ebenfalls für die Mehrzahl von Rechtsinstituten von Bedeutung ist, endlich von der Rechtsverfolgung gehandelt, und zwar von dem Besitze hier um deswillen, weil er nicht selbst ein Recht, sondern lediglich ein factischer Zustand ist, welcher gewisse Rechte erzeugt und in den meisten Rechtsinstituten Einfluß äußert. In den speciellen Theilen ist das Sachenrecht an die Spitze gestellt (es umfaßt das Eigenthum, das Pfandrecht und die Dienstbarkeiten); ihm folgt das Recht der Forderungen, und zwar in dem Maße, daß die allgemeinen Vorschriften über die persönlichen Sachenrechte und Verbindlichkeiten, über deren Entstehung, Befestigung, Umänderung und Aufhebung vorausgeschickt, und hierauf die besondere Vorschriften erheischenden Verträge in einer den Wirkungen und der Verwandtschaft derselben entsprechenden Ordnung angereiht worden. Hierauf erst hat man es für zweckmäßig gefunden, das Familienrecht, welches das Ehe- und Elternrecht umfaßt, und das Vormundschaftsrecht, sowie auf diese das Erbschaftsrecht folgen zu lassen. Den Schluß macht das Gant-

recht. — Wie man hört, sorgt das Justizministerium für die größte Verbreitung des Entwurfs und hat ausländische und inländische Sachverständige um ihr Urtheil hierüber ersucht, und es ist zu wünschen, daß diese das reiche Material einer recht gründlichen Prüfung unterwerfen und ihr Urtheil ohne Zurückhaltung abgeben möchten. Die zur Vorberathung des Entwurfs niedergesetzen ständischen Zwischendeputationen sollen, wie es heißt, nächstes Frühjahr hier zusammentreten.

Freiburg, 23. Nov. Ich habe mitzutheilen, daß der geistliche Rath und Professor Schleyer, eines der Häupter der katholischen Partei an hiesiger Universität, von der Regierung den Befehl erhalten hat, sich innerhalb drei Monaten um eine Pfarrei zu bewerben, widrigenfalls eine dienstpolizeiliche Verfolgung gegen ihn eingeleitet werde. Wie ich vernehme, wird Herr Professor Schleyer diesem Befehle nicht nachkommen; er will die Sache vor die Oeffentlichkeit bringen. Auch die Stellung des Herrn Professor Buß dürfte gefährdet sein. Wenigstens hat die Regierung an den Senat der Universität die Anfrage gestellt, ob ein Mann noch Lehrer sein könne, der eine derartige Schrift, wie Herr Buß über die Universitäten, verfaßt habe. Wahrscheinlich wird die Antwort verneinend ausfallen. Was die Anzahl der Studirenden betrifft, so soll dieselbe größer als im vorigen Semester sein. Herr Professor Staudenmaier wird wegen eines nicht unbedeutenden Augenleidens diesen Winter keine Vorlesungen halten. (Schw. M.)

Wiesbaden, 26. Nov. Nach der „Nass. Allg. Ztg." war am verflossenen Sonntag hier die erste constituirende Versammlung eines „katholischen Gesellenvereins". Herr Professor Wagner von Mainz, Präsident des dortigen Gesellenvereins, hat diese erste Versammlung mit einer Rede eröffnet.

Gotha, 24. Nov. Gegenwärtig findet wieder eine Conferenz thüringischer Justizbeamten in Eisenach statt, um die zu Weimar hinsichtlich der Gerichtsorganisation und Begrenzung der Schwurgerichtscompetenz von den Bevollmächtigten der thüringischen und anhaltischen Länder gefaßten Beschlüsse einer Redaction zu unterwerfen. Von hier ist der Geheime Justizrath Kopp bei dieser Redactionscommission thätig. Das auf diese Weise gewonnene Resultat wird unserem im künftigen Monat zusammentretenden Landtage zur Beschlußfassung vorgelegt werden. (Lpz. Z.)

Hamburg, 25. Nov. Das Militärdepartement hat den kurfürstlich hessischen Oberstlieutenant a. D., Herrn Friedrich Conrad Ludwig Boedicker, zum Commandanten und Chef des hiesigen Militärs, mit dem Range und Titel eines Obersten, erwählt und der Senat hat diese Wahl bestätigt.

Frankreich.

✱ **Paris**, 26. Nov. Abends. Aus officieller Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß bis heute, die Abstimmung der Armee mit einbegriffen, 7,760,000 bejahende Vota bekannt sind. Da nun das Ergebniß einiger Departemente, Corsika's und Algeriens noch im Rückstand sind, so läßt sich mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß das Plebiscit diesmal 8 Millionen Stimmen auf sich vereinigen wird, ein in der That unerwarteter Erfolg, der aber trotzdem noch größer gewesen sein würde, wenn nicht ein beispiellos schlechtes Wetter, wie es an den beiden Tagen des Scrutiniums herrschte, einen Theil der Landbevölkerung abgehalten hätte, mitzustimmen. Von 391 Gemeinden des Sarthedepartements haben 83 einstimmig mit Ja votirt; bei 47 andern fanden sich unter den einstimmig bejahenden Voten einige weiße Zettel vor; noch 63 andere zählten jede ein einziges Nein. Aehnliche Resultate liegen aus andern Departementen vor, so namentlich aus dem der Cote d'or, wo 402 Gemeinden einstimmig ja votirten, und in 95 andern nur je ein einziges Nein in die Urne fiel. Es würde zu weit führen, die einzelnen Zahlenverhältnisse neben einander zu stellen. Das Gesammtresultat beweist genug. — Ueber die Reise des Prinzen Ludwig Napoleon nach Compiegne scheint noch keine Bestimmung getroffen zu sein; einige Offiziere seines Hauses haben sich am Montag Abend nach dieser Stadt begeben, um die dortigen Stallungen 2c. zu inspiciren.

Großbritannien.

|| **London**, 24. Nov. Die Wichtigkeit des Gegenstandes, welcher gestern Abend im Hause der Gemeinen zur Verhandlung kam, rechtfertigt einen ausführlicheren Bericht über diese Sitzung. Dieselbe wurde um 4 Uhr eröffnet. Da **Villiers'** den Bestand des Ministeriums bedrohende Motion auf der Tagesordnung stand, so bot das Haus einen überaus belebten Anblick. Alle Galerien, die der Fremden und der Mitglieder des Oberhauses einbegriffen, waren gedrängt voll. Die ministerielle und die Oppositionspartei hatte sich sehr zahlreich eingefunden. Alle Minister waren erschienen. Nachdem das Haus einige andere Gegenstände kurz erledigt hatte, trat tiefe Stille und große Aufmerksamkeit ein. Alles war gespannt. **Villiers** brachte seine (schon vor einigen Tagen nach dem Wortlaut von uns mitgetheilte) Motion ein, und erklärte, warum er dieselbe für dringlich halte.

Der auf die Finanzpolitik bezügliche Paragraph der Thronrede habe allgemeine Unzufriedenheit erregt und werde als eine des Gegenstandes unwürdige Ausflucht angesehen. Man habe ihn aufgefordert, seine Motion zurückzuhalten, bis der Schatzkanzler seine Vorlagen gemacht haben würde; aber das Haus möge bedenken, daß es wegen der Frage, die seine Auflösung herbeigeführt, wieder einberufen worden sei. Der Premier habe sich von der Stimmung des Landes überzeugt; jetzt zögere man mit einer positiven Anerkennung der Finanzpolitik der Majorität unter dem Vorwand, die Regierung habe zuerst ganz wunderbare, alle Welt befriedigende Plane vorzulegen. Er aber meine, die Pflicht der Regierung sei vor allem, zu zeigen, daß sie es mit dem Freihandel ehrlich meine, dann werde man ihr jede erdenkliche Unterstützung gewähren. Für jetzt scheinen die Minister bloß Convertiten der Verhältnisse zu sein. Sie seien im Amt geblieben, eingestandenermaßen um die Schaden des Freihandelssystems theilweise zu curiren. Disraeli's Amendement sei sehr erfreulich, nicht weil es ein Amendement zu seiner (Villiers') Motion sei, sondern weil Disraeli dadurch seine frühern politischen Ansichten amendirt habe. Der Redner geht auf eine ausführliche Schilderung der wohlthätigen Ergebnisse von Peels Finanzpolitik ein und erinnert daran, daß von einer Abdankung der Minister früher viel die Rede gewesen sei, wofern das Land bei den Wahlen sich gegen das Princip des Schutzzolls erklären sollte. Was ihn betreffe, habe er daran nicht geglaubt, obwohl er nie gezweifelt, daß England den Verlust des gegenwärtigen Cabinets zu überleben im Stande sei. Er wolle sogar Herrn Disraeli noch jetzt den Rath geben, auch dann nicht zu resigniren, wenn die gegenwärtige Motion durchgehen sollte; die Opposition wünsche keinen Sturz des Cabinets, wünsche nichts als eine ehrliche Erklärung, und daß Herr Disraeli auf dem nun einmal betretenen guten Weg sich dem Staat fernerhin nützlich zeige. Er spricht ferner den Landwirthen jedes Recht, eine Entschädigung zu beanspruchen, entschieden ab; denn erstens seien die Ackerbaudistriete nie blühender gewesen, als eben jetzt, und zweitens, wo sich wirklich ein Schaden herausstelle, falle derselbe den Landwirthen selber anheim; er leugnet, daß der jetzige Blüthezustand Englands den großen Goldzuflüssen zuzuschreiben sei, und macht zum Schluß darauf aufmerksam, daß die Politik der Regierung durch seine Motion nicht im geringsten geändert werde, vorausgesetzt, daß sie ehrlich freihändlerisch sei. **Disraeli** bemerkt sarkastisch, die eben gehaltene Rede hätte besser in jene Epoche gepaßt, wo man noch über die Aufhebung der Korn- und Zuckerzölle discutirte, als in den gegenwärtigen Moment, der über die Stellung des Ministeriums aburtheilen und entscheiden solle. Er bringt sein (ebenfalls schon mitgetheiltes) Amendement vor und fährt fort: Wenn die Minister nicht ihre Pflicht gegen Volk und Parlament erfüllt haben, dann möge man ihnen einfach ein Mißtrauensvolum decretiren. Was ihre Politik in den letzten sechs Jahren betreffe, so sei diese vielfach und vom eben angehörten Redner auch falsch geschildert worden. Sie hätten sich der Abschaffung der hohen Kornzölle widersetzt, weil sie damals glaubten, daß die arbeitenden Klassen im Allgemeinen und der Ackerbau insbesondere darunter leiden würden. Dazu kamen später zwei neue freihändlerische Maßregeln in Betreff der Schifffahrt und des Zuckers. Dadurch litten nun Ackerbau, Schifffahrt und Colonien. Trotzdem sei von seiner Partei seit 1846 auch nicht ein einziges Mal der Versuch gemacht worden, die Kornzölle wieder einzuführen. Was die Zuckerfrage betreffe, so sei alles, was von den Protectionisten geschehen, auf die von Lord Bentinck beantragte Einsetzung eines Ausschusses hinausgelaufen, der meist aus Freihändlern bestanden und trotzdem einen Differentialzoll von 10 Shilling per Centner auf ausländische Butter beantragt habe. Endlich in Bezug auf die neuen Schifffahrtsgesetze habe Lord Derby längst erklärt, man könne hier nicht zurückgehen. Als das Ministerium im vorigen Jahr ins Amt getreten, sei von einer Rückkehr zum Schutzzoll nicht die Rede gewesen. Nie seit 1846 hätten die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung, trotz ihrer Sympathien für die benachtheiligten Klassen, etwas gethan, was gegen die Freihandelspolitik gerichtet gewesen wäre. Dagegen habe die Tactik der gegen das Ministerium verbündeten Oppositionsfractionen wenigstens eben so viel Unheil gestiftet, als man der Regierungspartei vorwerfe. Die Peeliten hätten ja die Politik seiner Freunde gebilligt, und Lord John Russell selbst empfahl einmal der Königin, die Leute des Ackerbaues anzuerkennen, und legte dem Hause eine Bill zum ferneren Schutze des Zuckerbaues vor. Bei solchen Sympathien von Seiten der Whigs und Peeliten könne man doch den jetzigen Ministern es nicht verargen, daß sie jenen Nothstand zu mildern gewünscht. Die Minister appellirten an die Nation, unter dem Eindruck, daß eine starke Partei das Schutzzollsystem verlange. Es kam zu einem ehrlichen Wahlkampfe, und die Geschlagenen schämen sich nicht, ihre Niederlage zu bekennen. Aber die Resolutionen von Villiers sind ein nie da gewesener, unpolitischer und unweiser Antrag; die Forderung bußfertiger Meinungsabschwörungen würde nachgerade eine parlamentarische Regierung unmöglich machen. Sir Robert Peel muthete man keine Abschwörung seiner Ansichten über die Parlamentsreform zu, noch könnte man seine Jünger auffordern, zu erklären, daß die Geistlichen-Titelbill, der sie so energischen Widerstand geleistet, eine „weise, gerechte und wohlthätige Maßregel" sei. Die Minister haben alle ihre Zusagen erfüllt — darunter auch die des Gehorsams gegen den Willen der Nation — sie haben Maßregeln vorbereitet, die sich auf das Princip der hinfort geltenden unbeschränkten Concurrenz stützen; und der Wunsch, diese

Maßregeln der Prüfung des Parlaments zu unterwerfen, sei kein unwürdiger Ehrgeiz. Er werde daher nicht ohne Kampf das Feld räumen, und warne namentlich die neuen Mitglieder, sich nicht zu Werkzeugen und Opfern einer erschöpften Fraction und einer veralteten Politik zu machen. Bright wirft dem Schatzkanzler vor, daß er die Hauptsache geschickt umgehe. Es handle sich nicht blos um die überflüssige Anerkennung einer vollendeten Thatsache, sondern um eine rückhaltslose Bürgschaft für die Zukunft. J. Peel drückt sein unverhohlenes Mißtrauen gegen die kunstvolle Zweideutigkeit in der Fassung des Amendements aus. Die Minister hätten sich erst im letzten Augenblicke und in widerwilliger Zustimmung zu dem starken Zuspruch aus ihrer Anhängerschaft geboren, und die Forderung einer rückhaltslosen Abschwörungsformel gerecht und billig sei. Lord Palmerston: Möge das Haus sich über seine Stellung klar werden. Wir alle sind überzeugt, daß ein Umsturz der Politik vom Jahre 1846 zu den Unmöglichkeiten gehört; doch geziemt es sich, daß das Parlament ein- für allemal diese Ueberzeugung aussprechе. Aber damit dieses Verdict volles Gewicht habe, sei zu wünschen, daß es, wenn nicht einstimmig, doch von einer möglichst großen Mehrheit gefällt werde. In der Motion Villiers sei kein Wort, das er (Palmerston) nicht gern unterschreibe; allein er berücksichtige nicht blos die eigene Meinung, sondern auch die einer großen Partei, welche in ehrenhafter Weise ihre ursprünglichen Ueberzeugungen der Majorität des Landes zum Opfer gebracht habe. Er sehe im Amendement keine Zweideutigkeit, sondern halte es in der Zukunft als praktische Ausflucht benutzt lasse. Nur im theoretischen Rückblicke finde er einen Unterschied zwischen der Resolution Villiers und der von Disraeli. Dem Lande komme es aber nur darauf an, zu wissen, was das Parlament thun werde, nicht was seine Mitglieder für Privatansichten über das bisher Gethane hegen.

Lord Palmerston schlägt darum sein vermittelndes Unteramendement vor, worauf das Haus die Fortsetzung der Debatte über diesen Gegenstand auf nächsten Donnerstag vertagt.

Neueste Nachrichten.

w **Frankfurt**, 28. Nov. Auf den Beschluß der gesetzgebenden Versammlung vom 25. d. M., den Senat um Aufschub der für den 29. l. M. beabsichtigten Rathswahlen zu ersuchen, wurde in der außerordentlichen großen Rathssitzung vom 27. Nov. eine Rückäußerung beschlossen, welche der Legislative in ihrer Sitzung am Montag mitgetheilt wird. Wie man hört, werden die Wahlen dreier Senatoren am 2. December stattfinden. Die Aeußerung eines hiesigen Blattes, der Beschluß der gesetzgebenden Versammlung sei so ernster Natur, daß er dem Vernehmen nach den politischen Ausschuß des Bundestags beschäftigen und zu Maßnahmen veranlassen dürfte, ist eine sehr gewagte, da dieser Beschluß, wie von allen Rednern ausdrücklich bemerkt wurde, durchaus keine Weigerung, bei den Wahlen mitzuwirken, sondern nur den Wunsch aussprechen sollte, sich zuerst über mehrere Punkte gehörig zu instruiren. In wenigen Tagen wird die Sache zur Zufriedenheit beider Theile genügend erledigt sein. — Das mehrfach verbreitete Gerücht von dem im nächsten Frühjahr stattfindenden Abmarsch des hier stehenden königl. preußischen 29. Infanterieregiments ist ungegründet. Vielmehr hat man allen Grund zur Annahme, daß dieses Regiment bis zum Frühjahr 1854 in Frankfurt verbleibt. — Die Mittheilung dieser Blätter über die Verabung eines Wechselndlers durch Bethmein und Seckbach erweist sich als unwahr.

* **Wien**, 26. Nov. Die Berufung des Herrn v. Bruck gibt zu den verschiedenartigsten Gerüchten Anlaß. Nach den Einen soll er den Herrn v. Prokesch in Berlin, nach den Andern den Grafen Thun in Frankfurt ersetzen. Eine außerordentliche Mission desselben nach Berlin, zur endlichen Ausgleichung der handelspolitischen Differenzen, wird für das Wahrscheinlichste gehalten.

Z **Berlin**, 27. Nov. Zwischen den beiden im Cabinet vertretenen Richtungen hat ein Compromiß stattgefunden, und hat sich Herr v. Manteuffel, wie es heißt, mehr als je den Forderungen der ständischen Partei bequemt. Als erstes Resultat dieses Compromisses wird die neuerdings veränderte Kammervorlage, die Leitung der ersten Kammer betreffend, bezeichnet. Es wird nun dem bekannten, in letzter Session gefallen Antrage Stahl-Ilzenplitz gemäß, von Seiten verschiedener corporativer Verbände allerdings Mitglieder der ersten Kammer präsentirt werden. — So eben verbreitet sich das Gerücht, daß demnächst Frhr. v. Bruck aus Wien hier eintreffen und die bereits angebahnten Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen betreffs der Handelsfrage auf Grund umfassender Instructionen fortführen wird. Es fehlt mir für den Augenblick die Möglichkeit, die Wahrheit dieser Nachricht zu constatiren.

P **Berlin**, 27. Nov. Ich kann Ihnen die erfreuliche Mittheilung machen, daß, nachdem in voriger Woche die Ratification zwischen Braunschweig und Preußen, über den Beitritt des ersteren zum Septembervertrag, ausgewechselt worden, gestern die Unterzeichnung des Vertrags über die Fortdauer des thüringischen Vereins und heute die über den Anschluß des thüringischen Vereins an den Septembervertrag stattgefunden hat. Es ist somit der Kern des künftigen Zollvereins von neuem gebildet. Dadsenige, was über Verhandlungen mit Hannover berichtet wird, ist dem größten Theil nach irrthümlich. Den Sachverhalt zu geeigneter Zeit darzulegen, werden wir nicht verfehlen.

* **Paris**, 27. Nov. Die Zahl der bis heute zuverlässig erhobenen bejahenden Vota beläuft sich auf 7,711,440, die Stimmen der Armee und der Marine, soweit selbige bis heute bekannt sind, mit eingerechnet. Nein zählt man 239,263.

Der „Moniteur" bringt heute in seinem nichtamtlichen Theil einen Artikel, der um deßwillen bemerkenswerth ist, weil er den Beweis versucht, die durch Frankreichs einmüthiges Votum sanctionirte kaiserliche Monarchie sei von nun an die einzig legitime, weil sie allein, indem sie auf dem Grundsatze der Ordnung und des Nationalwillens ruhe, die Principien von 1789 hoch halte.

Für den 2. December, an welchem Tag das Kaiserreich proclamirt werden wird, bereitet das Stadthaus eine Illumination vor, welche an Schönheit alles bisher Gesehene überbieten soll. Auch die Tuilerien werden in großer Eile hergerichtet. Das neue Mobiliar des kaiserlichen Palastes ist fast vollständig aufgestellt und in der Marschallsgalerie wird in diesem Augenblick ein prachtvoller Thron errichtet, an welchem Prinz Ludwig Napoleon die Staatsgroßcordonen in einer des neuen Reichs würdigen Weise empfangen kann.

Der Municipalrath der Hauptstadt hat gestern eine außerordentliche Sitzung gehalten. Paris will die Thronbesteigung Ludwig Napoleons in geeigneter Weise begehen und hat zu diesem Behuf eine namhafte Summe votirt.

In einem belgischen Blatt heißt es, Prinz Marschall Hieronymus werde von 1. Jan. n. J. an das Palais royal beziehen. Die Depositen- und Consignationskasse habe am Erlaubniß nachgesucht, ihre Büreaur in dem Palais einzurichten, hierauf aber den Bescheid erhalten, dasselbe werde dem Kaiser zur Verfügung gestellt werden.

Heute Abend wird der Prinz-Präsident den gesetzgebenden Körper in Saint-Cloud empfangen.

Der französische Gesandte in Brüssel, Herzog v. Bassano, ist hier angekommen, der Proclamation des Kaiserreichs beizuwohnen.

Straßburg, 24. Nov. Der Municipalrath unserer Stadt beschloß gestern Abend, daß der jetzige bischöfliche Palast, der Eigenthum der Stadt ist, dem künftigen Kaiser als Residenz am Rhein angeboten werde. (K. Z.)

** **Madrid**, 22. Nov. Ein Decret der Königin ernennt den Marquis v. Miraflores für die bevorstehende Session zum Präsidenten des Senats, und zu Vicepräsidenten den Herzog v. Veragua, den Herzog v. Sonnerueloš, den Grafen v. Alpuente und endlich Diego Medrano.

London, 27. Nov. Im Unterhause wurde gestern Abend der Antrag Villiers' mit einer Mehrheit von 80 Stimmen verworfen, dagegen das Palmerstonsche Amendement mit bedeutender Mehrheit angenommen, indem 415 dafür stimmten. (Kln. Z.)

Börsenberichte.

ℳ **Frankfurt**, 28. Nov. In der heutigen Effectensocietät war das Geschäft in österreichischen Fonds weniger belebt. 5pCt. Metall. waren 80¼, pCt.; 4½pCt. Metall. 71¼ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 90¼ bez., 90⅛ pCt. G., Wiener Bankactien 1365 fl. In spanischen Fonds zeigte sich deßto mehr Leben; 1pCt., anfangs von 24⅜, abwärts bis zu 24⅛ à ⅜ pCt. verhandelt, schlossen zuletzt durch mehrfache Ankäufe wieder fester, 24⅜ pCt. 3pCt. Inländische anfangs 41⅞, zuletzt 44⅜ pCt. Russische 40 Thlr. Loose waren 34½ à ¼ pCt.; badische 35 fl. Loose 38⅛ bez., 5pCt. englisch-farbinische Obligationen waren 93¾ pCt. G. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn lebhaft getragt, 1 pCt. höher als gestern, 48 pCt.; Berbach 99¼ pCt.

Berlin, 27. Nov. Staatsfch. 94¼ Brf., 93⅞ G. — Köln-Minden 114⅛ à ¾ bez. — Fr.-W.-Nordb. 43⅞ à 45 bez.

Paris, 27. Nov. 4½pCt. Rente 106, 50. — 3pCt. 84, 65. — Neapol.—. 5pCt. Rente Oesterr. 98¼. — Span. neue Diff. 25, 24⅞ pCt. —. — Junere Schuld —. — Passive —. — Bankactien 2945.— Piemont 5pCt. 100, 25. — Römisches Anlehen Zuni 1850 100⅛. — 1850 101. — —. St. Germain-Eisenbahn 1500. — Versailles, rechtes Ufer. — Linkes Ufer 365. — Strasburg Basel 375. — Nordbahn 893. 75. — Paris-Strasburg 870.

Madrid, 22. Nov. 3pCt. 46⅛, n. d. Börse 46. — 1pCt. Neue 25⅛, n. d. Börse 25⅛.

London, 27. Nov. 3pCt. Stocks 101⅛. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 25⅛. — 5pCt. Dambro 99⅞. (Spnd.)

Telegraphische Coursberichte.

Antwerpen, 27. Nov. 5pCt. Belgische 99⅞. — 2½pCt. do. 57⅜. — 3pCt. Span. 44¼. — 1pCt. do. 23¼. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

Der Vorstand der Warschauer Kaufmannschaft bringt hiermit nochstehende, in Folge des im Königreiche Polen für Kaufleute eingeführten Gilden-Gesetzes in Kraft getretene und auf auswärtige Handlungshäuser, welche Geschäfte in Polen betreiben, Bezug habende Vorschriften zur öffentlichen Kunde:

„Die Vorzeigung von Proben ausländischer Waaren, sei es an Kaufleute oder an Privatpersonen, und die Anstalt ohne solche für Rechnung auswärtiger Häuser wird als Handels- oder Commissionsgeschäft betrachtet.

„Die Betreibung solcher Geschäfte steht ausländischen Kaufleuten oder deren Commissionären nur im Bezirk der Grenz-Zollkammern zu.

„In Warschau und im Königreiche selbst ist die Betreibung dieser Geschäfte nur denjenigen Kaufleuten gestattet, welche das hiesige Gilderecht erworben haben.

„Diejenigen ausländischen Kaufleute und Commissionäre, welche diesen Vorschriften entgegen handeln, sind den im Artikel 74 des hiesigen Gilden-Gesetzes bezeichneten Strafen unterworfen."

Es wird diese Bekanntmachung zur Kenntniß des handeltreibenden Publikums gebracht, damit Niemand durch Unkenntniß oder Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften, zu deren Aufrechthaltung die betreffenden Behörden bereits angewiesen sind, in Nachtheil komme.

Warschau, den 10. November 1852. [2634]

Hochfreiherrlich M. F. von Riese'sches Anlehen

von fl. 200,000 im fl. 20 Fuße, d. d. Prag, 22. Mai 1835.

In der heute stattgefundenen 11. obligationsmäßigen Verloosung wurden folgende 10 Stück Partialen dieser Anlehe zur Rückzahlung — nach Eingang — per 31. Mai 1853 bestimmt:

Nr. 11. 42. 92. 123. 170. 176. 178. 180. 195. 199.
10 Stück à Rfl. 1000 . . Rfl. 10,000.

Frankfurt a. M., den 25. November 1852.

[2675] **Philipp Nicolaus Schmidt.**

[2133]

Taunus-Eisenbahn.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß Behufs der achten Rückzahlungsrate des von der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft unterm 30. Juni 1844 aufgenommenen 3½ pCt. Anlehens von fl. 500,000 im fl. 24 Fuße, durch vor Notar und Zeugen stattgehabter Verloosung folgende Nummern bestimmt worden sind:

Lit. A. über fl. 1000. Nr. 10. 108. 114.
„ B. „ „ 500. „ 9. 115. 218. 278.
„ C. „ „ 250. „ 29. 124. 175. 289. 299.

Die Zahlung dieser Obligationen, bei welchen die dazu gehörigen Zins-Coupons und Talons mit abgeliefert werden müssen, ist Ende December l. J. bei der Hauptkasse der Gesellschaft im Stationsgebäude zu Frankfurt a. M. in Empfang zu nehmen und werden, im Falle späterer Anmeldung, keine weiteren Zinsen darauf vergütet.

Frankfurt a. M., den 16. September 1852.

Der Verwaltungsrath
der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft.

Obligationen, Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons werden ge- und verkauft bei

Moritz Budge,

[1670] Schäfergasse Nr. 1, neben dem Römischen Kaiser.

Carcel- und Moderatur-Lampen

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.

[2635] **Theodor Martino**, 36, Zeil.

[2529]

123. Frankfurter Stadt-Lotterie.

Ziehung erster Classe am 1. und 2. December 1852.

Ganze und getheilte Loose sind zu den bekannten Preisen zu beziehen von

Gebrüder Stiebel,
Hauptcollectenes in Frankfurt am Main.

[2673] Herr **H.** in Marburg wird hiermit aufgefordert, binnen 8 Tagen seine Verbindlichkeit zu erfüllen. J. Glauberg.

[2676] Ein Vereins-fl. 10. Loos ist gefunden worden; wo? ist bei der Redaction zu erfahren.

Stelle-Gesuch.

Ein junger Mann, welcher mit der doppelten Buchhaltung und allen vorkommenden Comptoir-Arbeiten, besonders im Bank- und Wechselgeschäft vollkommen vertraut und der französischen und englischen Sprache mächtig ist, sucht eine andere Stelle. Franco-Offerten werden sub Nr. 2651 erbeten. [2651]

Stelle-Gesuch.

Ein gebildetes Frauenzimmer aus anständiger Familie, das geläufig deutsch und französisch spricht, in allen weiblichen Arbeiten erfahren ist und selbst einem bedeutenden Hauswesen vorsteht, sucht eine Stelle als Hausthüterin.

Es wird mehr auf gute Behandlung als hohes Salair gesehen.

Schriftliche Anfragen, die unter den Buchstaben **E. Z.** portofrei eingehen, befördert die Expedition dieser Blätter. [2650]

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Oberhemden, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen 2c. [2610]

Hôtel garni, 27, rue Montabor a Paris.

in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien.

Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2609]

Grand Hôtel Louvois

in Paris, Platz Louvois, Straße Richelieu, gehalten von **T. Lachanal.**

Dieses geräumige und frei gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den alten Platz der Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuilerien. [2197]

Hôtel garni u. Restauration.

Ich drehre mich hiermit, einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich mein Haus am Leonhardsthor Nr. 28 neu mit der Aussicht auf den Main zum Hôtel garni eingerichtet habe, worin die geehrten Reisenden unter billigen Preisen und prompter Bedienung monatlich, wöchentlich und täglich logiren können. [1672]

Frankfurt a. M. **Hessen-Winkler.**

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

---

123. Frankfurter Lotterie.

Ziehung erster Klasse am 1. und 2. December.

Gewinne: fl. 200,000, 100,000, 40,000.

Ganze Loose fl. 6. ½ fl. 3, ¼ fl. 1. 30 kr., ⅛ 45 kr. empfiehlt unter Versicherung reeller Bedienung

Jacob Braunschweig,
Fahrgasse, H. 44, in Frankfurt a. M.

Druck von August Osterrieth.

---

123. Frankfurter Stadtlotterie.

Ziehung 1ster Klasse den 1. und 2. December 1852.

Ganze und getheilte Loose sind planmäßig zu beziehen unter Zusicherung prompter Bedienung und strenger Verschwiegenheit bei

C. Milani-Knips,
neue Schlesingergasse Nr. 9 neu. [2597]

[2674] Edictalladung.

Die dem Herrn Grafen Carl zu Eltz, genannt Faust von Stromberg zu Cirville, in der Gemarkungen Gros- und Kleinkarben zustehenden Grundrenten, im jährlichen Gesammtbetrage von fl. 21. 35 kr., sollen nach den gesetzlichen Bestimmungen abgelöst werden. Es werden behufs alle bei dieser Ablösung bekannten und unbekannten Betheiligten hiermit aufgefordert, ihre etwaigen Rechtsansprüche am so gewisser

binnen zwei Monaten

bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden, widrigenfalls die Auszahlung des Ablösungs-Kapitals an den genannten Berechtigten gestattet werden wird.

Großkarben, den 23. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daf. Jäger.

[2668] Edictalladung.

Sämmtliche Gläubiger des concursfälligen Bäckermeisters Wendt in Langseth werden zur Geltendmachung ihrer Ansprüche auf

Mittwoch den 15. December d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheile des stillschweigenden Ausschlusses hiermit vorgeladen.

Umstadt, den 16. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht. Reh.

[2444] Edictalladung.

Nachdem über das Vermögen des Johann Baptist Barbarini und dessen Ehefrau Caroline geborne Wagner von Dierschen der Concursproceß rechtskräftig erkannt worden ist, wird Termin zur Anmeldung dinglicher wie persönlicher Ansprüche an die vorhandene Masse auf

Dienstag den 21. December l. J.,
Morgens 9 Uhr,

anberaumt unter dem Rechtsnachtheile des ohne weitere Decretur eintretenden Ausschlusses von derselben.

St. Goarshausen, den 16. October 1852.

Herzoglich Nassauisches Justiz-Amt. Langsdorff.

(Hiebei Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Montag (Beilage zu Nr. 285.) 29. November 1852.

Deutschland.

* **Wien**, 25. Nov. In hiesigen diplomatischen Kreisen, sagt die „Neue Preußische Zeitung", erzählt man sich, daß es nicht unwahrscheinlich sei, daß Ludwig Napoleon auf die Annahme des Titels Napoleon III. verzichten werde, was ein Beweis sein würde, daß man in Paris den Vorstellungen der Großmächte doch mehr Gewicht beilegt, als dem Drängen mancher Rathgeber des Präsidenten. Uebrigens bedürfe, wird hinzugesetzt, diese Angabe noch der Bestätigung.

P **Berlin**, 27. Nov. Heute war in Berfolg der Verlobung JJ. kk. HH. der Prinzessin Anna und des Prinzen Friedrich von Hessen in dem königl. Schlosse, und zwar in den Appartements der Königin Friederike, eine Galaceur, welcher die königlichen Prinzen und Prinzessinnen, das diplomatische Corps, die Minister rc. beiwohnten. — Um 10 Uhr wurde die gewöhnliche monatliche Revision der Bank durch den Herrn Ministerpräsidenten, den Minister des Handels und der Finanzen vorgenommen. In Betreff der Grundsteuerangelegenheit hört man, daß ganz dieselbe Vorlage wie im vorigen Jahre gemacht werden soll. Auch hat es seine Richtigkeit, daß ein Ablösungsgesetz vorbereitet wird, welches die Kirchengüter und fromme Stiftungen gegen die nachtheiligen Bestimmungen des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 sicher stellt. Es steht nunmehr fest, daß die Eröffnungen der Kammern nicht von des Königs Majestät, sondern in allerhöchstessen Auftrage durch den Herrn Ministerpräsidenten geschehen wird. Durch eine besondere Einladung sind die Abgeordneten von dem Herrn Minister des Innern zur Vorbereitung auf das bevorstehende wichtige Werk zum morgenden Gottesdienst in der Domkirche und in der St. Hedwigskirche eingeladen. — Die heutigen Mittheilungen der „Voss. Ztg.", wonach ein Generalconsulat in Kopenhagen und ein anderes in Syrien eingerichtet werden soll, entbehren der Begründung. Für die Zwecke, für welche ein Generalconsulat in Kopenhagen zu begründen wäre, existirt bereits dort ein Consulat. Ebenso unbegründet und vollkommen ohne Kenntniß des Schwerhalts ist das, was über Verhandlungen in Betreff des Sundzolls und über Emittirung des Papiergeldes gesagt wird.

*** **Magdeburg**, 27. Nov. Gestern erhielten die schon vor mehreren Jahren von dem Sprecher der freien Gemeinde getauften Kinder zweier hiesiger Einwohner, welche zur reformirten Kirche zurückgetreten waren, in dieser die Taufe. Die Eltern hatten Tags vorher, nach vorgängiger Vorbereitung, das heilige Abendmahl genommen.

r* **München**, 27. Nov. In der zur Feier des allerhöchsten Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs diesen Mittag stattfindenden feierlichen Sitzung der Akademie der Wissenschaften, werden u. a. auch die diesjährigen mit allerhöchster Genehmigung begleiteten Wahlen der Akademie bekannt gegeben werden. Es sind dies die folgenden: 1) als Ehrenmitglieder: Sc. k. Hoh. Prinz Johann von Sachsen und der königl. bayerische Staatsrath Freiherr v. Strauß; 2) als ordentliche Mitglieder der philosophischen Klasse: Dr. Kunstmann, Universitätsprofessor dahier, und Dr. Föhringer, Custos der Königl. Hof- und Staatsbibliothek in München; 3) als außerordentliches Mitglied: Karl August Muffet; 4) als auswärtige Mitglieder: a. für die philosophisch-philologische Klasse: Professor Göttling in Jena, Wilhelm Grimm in Berlin, Dr. Günther in Wien, Professor Morsen in Zürich, Professor Movers in Breslau, Professor R. Roth in Tübingen und Hofrath Dr. Sauppe in Weimar; b. für die mathematisch-physikalische Klasse: Joh. Franz Enke, Director der Sternwarte in Berlin, Dr. F. Hessler, Landgerichtsarzt in Wending, und Jan. David Forbes, Professor der Physik in Edinburg; c. für die historische Klasse: Joh. Eutychius Kopp, Professor in Lucern, und Joh. Graf Mailath zu Pest; 5) als correspondirende Mitglieder: a. für die mathematisch-physikalische Klasse: Sed. Fischer, Leibarzt des Herzogs v. Leuchtenberg, Jos. Dalton Hooker, med. Dr. in London, und Francesco Zandebeche, Professor der Physik in Parma; b. für die historische Klasse: Franz Jos. Mone, Archivdirector in Karlsruhe, Dr. Roth, Professor der Rechte in Marburg, W. B. Wenk, Dr. phil. zu Leipzig, und F. Heilmann, königl. Oberlieutenant und Brigadeadjutant in Ingolstadt.

* **Aus Württemberg.** Nach einer Mittheilung der neuen medicinischen Zeitung hat die Stadt Tübingen die Ehre abgelehnt, für nächstes Jahr als Versammlungsort der deutschen Naturforscher und Aerzte zu dienen! Die Geschäftsführer der letzten Versammlung beabsichtigen daher, in der nächste Zusammenkunft in Göttingen abhalten zu lassen, welcher Stadt nach Tübingen die meisten Stimmen bezüglich der Wahl zufielen.

± **Darmstadt**, 28. Nov. Die zweite Kammer hatte den nicht unwichtigen Gesetzentwurf wegen der Bildung und Zuständigkeit der Bezirksräthe nur mit Modificationen angenommen, die theilweise tief in das Wesen dieser Schöpfung des Jahrs 1848 eingreifen. Die erste Kammer hat sich in wichtigen Beziehungen ihrer Schwester nicht angeschlossen und sich dem Gesetzentwurf mehr hingeneigt. Darum weiterer Bericht des besonderen Ausschusses der zweiten Kammer, erstattet von dem Abg. v. Rabenau am 23. d. M. Er ist eben im Druck erschienen und ziemlich ausführlich. Der Ausschuß zerfällt in eine Mehrheit und Minderheit. Die Mehrheit schlägt vor, theils den Beschlüssen der ersten Kammer beizutreten, theils (die meisten Fälle) bei dem früheren Beschlusse zu beharren. So hat z. B. die zweite Kammer einen Beschluß gefaßt, wonach die Regierung nur in bestimmten namentlich aufgeführten Fällen den Bezirksrath auflösen kann, während die erste Kammer will, daß der Regierung dieses Recht nach dem Entwurf unbeschränkt zustehen soll. Die Mehrheit des Ausschusses schlägt nun „obgleich von dem Vorzuge des Beschlusses dieser (zweiten) Kammer vor der Fassung des Entwurfs überzeugt, im Interesse des Zustandekommens des ganzen Gesetzes", den Beitritt vor. Der Gesetzentwurf hatte beantragt, daß ein von dem Ministerium des Innern ernannter Regierungsbeamte dem Bezirksrathe vorsitzen möge, während die zweite Kammer beschloß, daß der Vorsitzende aus der Mitte des Bezirksraths genommen werden solle. Die erste Kammer hat den Vorschlag des Gesetzentwurfs vorgezogen. Die Mehrheit des Ausschusses macht einen vermittelnden Vorschlag, demzufolge die Staatsregierung aus der Mitte des Bezirksraths den Vorsitzenden wählen soll. Die Minderheit des Ausschusses (die Abgg. Mohr und Wittmann) schlägt, bevor ausgehend, daß nach den Beschlüssen der ersten Kammer der Bezirksrath sich „nicht nur als eine Scheinvertretung des Bezirks, sondern auch als ein mühsam construirter rein bureaukratischer Apparat" darstelle, vor, überhaupt bei den früheren Beschlüssen zu beharren. Die Kammer will übermorgen zur Berathung schreiten.

°X° **Darmstadt**, 28. Nov. Schwurgerichte sind allerdings eine Einrichtung, welche Manchen unangenehm, und die gleich andern menschlichen Einrichtungen auch von Mängeln und Gebrechen nicht ganz frei ist. Aus beiden Umständen erklärt es sich, daß neuerdings sehr Gelegenheit ergriffen wird, einzelne Ausspruche der Geschworenen zu verdächtigen, d. h. ihren Grund, der Richtigkeit oder auch minder zu bezweifeln. Ein Beispiel der Art liefert in Ihrem Blatt ein Schreiben aus Gießen, welches die Möglichkeit der Unschuld eines am 24. d. M. daselbst Verurtheilten nachzuweisen sucht und den Fall einen durchaus dunkeln nennt. Es ist klar, daß dieser Fall zweifelhaft erscheinen konnte, denn nur 7 gegen 5 der Geschwornen sprachen Schuldig. Allein die Mehrzahl der Richter trat, wie auch daselbst angeführt ist, dem von der Mehrzahl der Geschwornen ausgesprochenen Schuldig bei. Diese Majorität des Richtercollegs wird die in jenem Schreiben hervorgehobene „Verantwortung, welche die Entscheidung in diesem durchaus dunkeln Fall auf sich genommen", der Majorität der Richter sehr leicht machen. Aber will das Schreiben auch dem Richtercolleg den Vorwurf machen, in einem durchaus dunkeln Fall" Schuldig gesprochen, mithin einen Nichtschuldigen verurtheilt zu haben?

> **Mainz**, 28. Nov. Der hiesigen deutschkatholischen Gemeinde ist dieser Tage durch Ministerialreskript die Weisung zugegangen, binnen zwei Monaten einen Pfarrer zu wählen, da dieselbe bis jetzt seit dem Abgang des Pfarrers Engelmann ohne definitiven Prediger war.

✕ **Weimar**, 26. Nov. Von den großen Grundbesitzern wurden gestern in den Landtag gewählt: Kammerherr v. Helldorf und Landcommissär Rebling auf Stedten aus dem weimarischen Kreise, sowie Graf v. Hohenthal-Puchau auf Frieswitz und Landkammerrath Thümedar auf Mörsitz aus dem neustädtischen Kreise. Aus dem eisenachischen Kreise wurde ein Grundbesitzer nicht gewählt, dagegen gehört der von der ehemaligen Reichsritterschaft gewählte Abgeordnete dem letztgenannten Kreise an. — Der berühmte Compositeur Hector Berlioz von Paris war in voriger Woche eigens zu dem Zweck hierhergekommen, um einige seiner Compositionen im großherzoglichen Hoftheater zur Aufführung zu bringen, daneben aber auch seine Oper „Benvenuto Cellini", welche schon im vorigen Jahr unter Lißts Direction vorgeführt worden war, und jetzt zweimal wiederholt wurde, mit anzuhören. Die sämmtlichen Compositionen wurden mit großem Beifall aufgenommen und die Musikkenner, welche von nah und fern hierher gekommen waren, um das eigentliche Wesen der Berliozschen Musik kennen zu lernen, haben sich mit wahrer Begeisterung über dieselbe ausgesprochen. Berlioz hat vom Großherzog den Falkenorden erhalten.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 27. Nov. Die Jubelfeier, welche Bern am 21. und 22. Juni 1853 zum Andenken seines vor 500 Jahren erfolgten Eintritts in den Schweizerbund feiern wird, verspricht ein in jeder Beziehung großartiges Fest von echt nationalem Charakter zu werden. Der Regierungsrath hat seinem Präsidenten, Herrn Blösch, die Leitung der Berathungen des Centralcomite übertragen, welches aus den 13 bereits ernannten Präsidenten der verschiedenen Special-comite's besteht. Blösch sagt dem an die Mitglieder des Centralcomite gerichteten Schreiben, die Führer wie die jetzige Stellung Berns in der Eidgenossenschaft fordere eine Feier dieses Tages, welche diejenige der andern Kantone, die ihren Eintritt in den Bund festlich begangen hatten, an Bedeutung weit übertreffen müsse. — Das Auswanderungsbereut, welches der große Rath jetzt zum zweitenmal fertig berathen hat, ladet die Bundesversammlung ein, für Errichtung eines Centralbureaus und für die Ausstellung der nöthigen Agenturen beförderliche Schritte zu thun. Die Auswanderung solcher Staatsbürger, die zu arm sind, um alle Reisekosten zu tragen, soll unter Leitung und Aufsicht des Staats geschieht werden. In diesem Zweck wird ein unter der Direction des Innern stehender Auswanderungscommissär ernannt. Die Unterstützungen geschehen aus Staats- und Gemeindebeischüssen. Während vier Jahren kann der Staat jährlich 100,000 Fr. auf die Auswanderung verwenden. In der heutigen Sitzung wurde das Decret über die Auswanderungsagenten nach zweiter Berathung zum Beschluß erhoben. Eine der wirksamsten Bestimmungen ist die Forderung einer Caution von 5000 Fr. — Der Staatsrath von Genf hat sich nun constituirt. Herr Tontre wurde nach Ablehnung des Herrn Guillermet zum Präsidenten, Herr J. Fazy zum Vicepräsidenten ernannt. — Nach einem Berichte des „Echo von Jura" hat der Solothurner Regierungsrath mit 4 gegen 3 Stimmen beschlossen, dem Kantonsrath die Aufhebung des Klosters Nominis Jesu und die Verlegung der Irrenanstalt in dasselbe zu beantragen.

⊙ **Bern**, 27. Nov. Seit den dreißiger Jahren lag die Verwaltung der katholischen Kirche im bernischen Jura verfassungsgemäß in der Hand des größtentheils aus Protestanten bestehenden Erziehungsdepartements. Die Art, wie Neubaus mit seiner scharfen, nicht selten dictatorischen Natur die Gelüste der Katholiken verletzte, veranlaßte bei denselben hin und wieder Aufregung, und als dem jurassischen Klerus eine gute Ruhe des Kantons stets bedrohende Waffe. Die radicale Verfassung von 1846 schaffte bekanntlich das Departementalsystem ab und führte das Directorialsystem ein; allein das gesammte Kirchenwesen kam nun unter die Justizdirection und war schlimmer daran als zuvor. Die jetzige conservative Regierung hat ein wesentliches Interesse dabei, daß der Jura sich nicht zur Opposition schlage, und wie in Genf eine Verbindung mit dem Radicalismus eingehe, wozu indeß, beiläufig gesagt, hier die Neigung fehlt. Um nun den katholischen Klerus zufrieden zu stellen, hat die Mehrheit des großen Raths heute in zweiter Berathung das Gesetz über die Organisation der katholischen Kirchencommission sanctionirt, wonach eine aus Katholiken bestehende Behörde, unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Regierungsraths die specielle Verwaltung der katholischen Kirche besorgt. Ferner gelangte heute das Gesetz über den Bezug einer Erbschaftssteuer zur Berathung. Dasselbe stellt, die Notherben von der Leistung einer Steuer befreiend, sechs weitere Verwandtschaftsgrade auf, in welchen je nach Verhältniß der Entfernung die Steuer von 1 pCt. bis auf 6 pCt. steigt. Wenn die Erbschaft nicht über 400 Fr. beträgt, so ist keine Steuer zu entrichten, mit welcher Bestimmung man hauptsächlich den Stand der Dienstboten zu berücksichtigen glaubt.

X* **Von der Aar**, 27. Nov. Ochsenbeins Schwager, der Gerichtspräsident Maurer, soll nun doch seine Entlassung erhalten haben, worüber sich zwischen der „Neuen Zürcher Zeitung" und dem Blatt „Vaterland" eine heftige Polemik entsponnen hat. Morgen oder übermorgen findet die Wahl der beiden Ständeräthe für 1853 statt.

△ **Liestal**, 26. Nov. Am nächsten Montag wird der Landrath über die Eisenbahnangelegenheit seine Beschlüsse fassen. — Die Katholiken des Bezirks Bircek haben zwei Commissäre gewählt, welche mit dem Bischof von Solothurn über Erneurung des abgelaufenden Concordats unterhandeln sollen, wobei die „verschiedene Pfarrerwahl" eine conditio sine qua non wäre. Es handelt sich bei diesem Streitpunkt weniger um sogenannten religiösen Fortschritt, als um politische Eifersucht, weil die reformirten Gemeinden in Baselland das Wahl- und Abberufungsrecht ihrer Geistlichen haben, und die katholischen Gemeinden nicht minder berechtigt sein wollen. Sonst herrscht in Bircek, welches Jahrhunderte hindurch Unterthanenland des Bischofs von Basel und später ein Theil des französischen Kaiserthums war, noch viel Anhänglichkeit an die von den Vorfahren ererbte Religion. Man fragt sich nun, kann Bircek ohne Concordat existiren, und werden sich in hinreichender Zahl Priester finden, die vom 24. bis zum 64. Lebensjahre zehnmal das Demokleoschwert einer Volkswahl über sich ergehen lassen müssen? Das der Bischof die letzte Entscheidung dem päpstlichen Stuhle anheimgibt, versteht sich von selbst. Bemerkenswerth ist die Wahl der Commissäre, von denen einer, eine gebornen Zurissier, für einen Freund strengkirchlicher Richtung gilt, der andere hingegen, ein begabter Jüngling von 22 Jahren, die heftersich-gültlianische Meinung ausdrücken dürfte.

Aus der Schweiz, 27. Nov. Der gewesene Anführer der Sonderbundstruppen, Oberst v. Elgger, in Rom, soll, wie es das austretenden französischen Generals Vaillant zum Divisionsgeneral ernannt worden. — Der große Rath von Wallis hat in Betreff der Vertheilung der Sonderbundsschuld die Vorschläge des Staatsraths genehmigt mit Ausnahme des Postens von 61,000 Fr. für eine Industrieschule. Von diesem nämlich werden 20,000 Fr. abgezogen und auf Gebirgsstraßen verwendet. — Der Conseil, der mit der geistlichen Behörde wegen Führung der Civilregister einzutreten drohte, ist beigelegt; die Pfarrereorscher werden dieselben nun noch führen. — Für die Genf-Lyoner Eisenbahn ist von der französischen Regierung noch keine Concession ertheilt, eben so wenig für eine Verbindung mit Chamberry; Genf hat sich dahingehende Studien angeordnet. — In Baselland hat sich, wie in Zürich, ein Lebensmittelverein zum Ankauf von Brod im Großen und zur Vertheilung desselben an die Mitglieder, gebildet. — Der von dem großen Rath von St. Gallen begnadigte Mörder Thät hat inständig gebeten, die zuerst über ihn verhängte Todesstrafe an ihm vollstrecken zu lassen, indem er sich darauf schon vorbereitet habe.

Italien.

†† **Turin**, 26. Nov. Man spricht von einem neuen Anlehen von 40 Millionen. Die constitutionelle Partei ist hierüber in Unruhe; sie fürchtet, um einen Volkswitz zu gebrauchen, das Budget könne die Constitution fressen, nämlich, die Gegner des Systems könnten auf dessen Kostspieligkeit hinweisen, und nebendem das Volk gegen die doch nur den Gewinn ziehenden französischen und englischen Capitalisten aufregen. Der Bischof von Pignerol, Monsignor Renaldi, hat den Collectivertaß der sardischen Bischöfe gegen die liberale Presse nicht unterzeichnet und seine Gründe dafür in der „Patria" bekannt gemacht. Aus Neapel vernehmen wir, daß zu dem wieder stießenden Ruf des h. Januarius ein großer Volksaulauf stattfindet. Italienische Blätter scherzen darüber, daß das jüngst veröffentlichte Budget der Musterrepublik San Marino für dieses Jahr 42 Fr. 25 Cent. beträgt.

Aus Oberitalien schreibt man der „Leipziger Zeitung": Die Annäherung Piemonts zum Wiener Cabinet ist nach dem erfolgten Ministerwechsel als vollendet anzusehen, und die Reise der Königin nach Mailand zum Besuche ihres Bruders, des Erzherzogs Sigismund, steht damit in wahrscheinlichem Zusammenhang. Man glaubt allgemein, daß die Eltern, Erzherzog Rainer nebst Gemahlin, bereits diesen Winter nach Turin gehen und damit der Familienaussöhnung die Weihe gehen werden. — Wir vernehmen, daß der sardinische Minister in Wien, Graf Revel, Instructionen erhalten soll, zu dem vorjährigen Handelsvertrag mit Oesterreich erweiternde Zusätze in Vorschlag zu bringen.

Frankreich.

† **Paris**, 27. Nov. Der „Moniteur" versucht heute in einem Leitartikel den Nachweis: 1) daß Frankreich die Monarchie will; 2) daß die kaiserliche Monarchie die einzige legitime sei; 3) daß der ältere und der jüngere Zweig der Bourbonen nicht von einander getrennt werden dürften; 4) endlich wird angedeutet, daß

die Wiederherstellung des Kaiserreichs nicht mit öffentlichen Volksbelustigungen, sondern mit vollthümlichen Maßregeln und Acten der Milde begangen werden soll. In diesem Sinn wird denn auch der Municipalrath von Paris die von ihm votirte Summe in folgender Weise verwenden: 66,000 Fr. für Bezahlung der Hälfte der Schulden armer Leute an die Säuglingspflegeanstalt für Wartung ihrer Kinder; 54,000 Fr. für Auslösung von im Mont-de-Piété verpfändeten Betten und 40,000 Fr. für Anschaffung von Kleidungsstücken für arme, die Bewahranstalten und Schulen besuchende Kinder. Am 2. December, am welchem Tag Ludwig Napoleon sich nach den Tuilerien begeben und dort von den versammelten drei großen Staatscorporationen als Kaiser proclamirt werden wird, sollen alle öffentliche Gebäude illuminirt, auch der Hof der Tuilerien zum erstenmal mit hundert Gaslaternen erleuchtet werden.

Großbritannien.

London, 26. Nov. Das Haus der Gemeinen hat die abgebrochene Debatte über das Amendement Villiers heute wieder aufgenommen. Sir W. Clay stellt geradezu die Frage an den Schatzkanzler, ob er sein Amendement zum Palmerstohen Antrag zurückziehen wolle, wenn der Antrag, Lord Palmerstons angenommen werden sollte. Dieselbe Frage stellt er an Villiers. Sir James Graham bittet zuerst ums Wort, bevor in der Debatte fortgefahren wird. Seine Rede geht weit zurück auf die Freihandelsagitationsgeschichte und seine Betheiligung an derselben. Er rechtfertigt die Fassung der Villiers'schen Motion und trittfürt den Palmerstonschen Antrag als unzureichend, weil durch ihn die Frage einer eventuellen Entschädigung des Ackerbaustandes immer noch offen bleibe. So lange dieses der Fall sei, könne er sich dem Compromiß nicht anschließen. Um entgegengesetzten Falls nur er Partei, die Abstimmung über Villiers'schen Motion befürworten und der Regierung Gelegenheit zu verschaffen, ihre Ansichten zu entwickeln. Gladstone hält es nicht für recht, durch einen antiexperndenen Beschluß die Regierung von dem Feld ihrer Entschädigungspolitik zu verdrängen. Es gebe für das Haus nur zwei würdige Wege: entweder die Regierung ihre Maßregel vorbringen lassen, oder ihr sofort ein Mißtrauensvotum decretiren. Bliebe ihm keine Wahl zwischen der Motion Villiers und dem Amendement Disraeli's, so würde er für erstere stimmen; nun aber er durch Lord Palmerstons Antrag auf dieser verwollten Alternative gestellt, und er glaube, durch die Annahme dieses Vermittelungsantrags sei der Freihandel anerkannt, sein Princip festgestellt. Duncombe beklagt es, daß das Haus sich in eine Debatte, wie die heutige und gestrige, verirren konnte. Lord Palmerston befürwortet seinen Antrag nochmals, stellt dem Hause vor, wie wichtig es sei, diese Frage vom Felde der Discussion zu entfernen, das Land zu beruhigen, ihm die Gewißheit zu verschaffen, daß die neue Finanzpolitik unangetastet bleiben werde, und schon deßhalb keine Kritik der Vergangenheit hervorzurufen. Sir Bulwer Lytton erklärt sich (als Protectionist) entschieden gegen Villiers Antrag und zugleich seine Bereitwilligkeit, für Palmerstons Compromiß zu stimmen. Der Marquis v. Granby will nichts von Vermittelung wissen, er bestreitet die Segnungen des Freihandels heute, wie vor drei Jahren; er führt dem Schatzkanzler zu Gemüthe, daß er nur von den Protectionisten bisher gestützt worden sei, und spricht mit ziemlicher Geringschätzung von den Ueberläufern, die sich von den Verhältnissen ihre Ueberzeugung abdrängen lassen. Der Schatzkanzler vertheidigt sich zuerst gegen die Vorwürfe seiner eigenen Partei, erinnert sie an seine der Partei geleisteten Dienste, bittet sie, ihm nicht zu vergelten, was die gegenwärtige Regierung keineswegs durch irgend eine mit der Handelspolitik in Verbindung stehende Frage ins Amt gekommen sei, und versichert, daß er nur deßhalb im Amte bleibe, um seine Entschädigungsmaßregeln für die benachtheiligten Klassen einbringen zu können. (Wiederholtes Hört! Hört! von allen Seiten.) Nun schreitet der Redner zur Vertheidigung der Gegner, spricht von seiner Bereitwilligkeit, sich einem Votum des Hauses zur Anerkennung des Freihandels zu beugen, verspricht Maßregeln, die das gegenwärtige System nicht stürzen und doch gewisse Interessen schützen werden, und erklärt endlich, sich dieser Motion entschieden widersetzen zu müssen, weil sie absichtlich beleidigend sei, dagegen Lord Palmerstons Vermittlungsantrag annehmen zu wollen, weil derselbe keinen wesentlichen Unterschied vom Amendement der Regierung biete. Lord John Russell hofft, daß diese Debatte zu einer Entschridung kommen werde, der sich eine eclatante Majorität werde anschließen können. Er selbst wolle Villiers Motion Wort für Wort vertreten; trotzdem sei er bereit, für die Fassung Lord Palmerstons zu stimmen, und rathe Villiers ein Gleiches zu thun. Cobden dagegen ermahnt Villiers, nicht ein Haar breit zu weichen; die eben gehaltene Rede des Schatzkanzlers zeige nur zu deutlich, daß das Princip der Entschädigung nicht aufgegeben, daß das Princip des Freihandels noch lange nicht aufrichtig anerkannt sei. Newdegate entscheidet sich dahin, daß er sich noch für gar nichts entscheiden könne. Villiers — aufgefordert, sich auszusprechen — erklärt, nicht zu weichen, denn er habe die Verhandlungen für die Motion übernommen, wenn er auch nicht ihr Vater gewesen. Er werde sie festhalten, so lange nicht übergewogende Gründe gegen ihren Inhalt vorgebracht worden seien. Die „Gehässigkeit" der oftervähnten Epitheta erkenne er nun und nimmermehr an. Der Schatzkanzler zieht, um die Sache möglichst zu vereinfachen, sein Amendement zurück, und Lord Palmerston beantragt das seinige. — Osborne: Es handelt sich hier um eine Frage der öffentlichen Moral, nicht darum, was den Herren auf der rechten Seite des Hauses angenehm sei. Er könne sich nicht mit der Handlungsweise Lord Palmerstons einverstanden erklären, und die Aufrichtigkeit des Schatzkanzlers verdiene eine tüchtige Zurechtweisung. Es sei zwar zu possierlich, den Schatzkanzler behaupten zu hören, er habe nie etwas gegen den Freihandel unternommen. Man dürfe die Leitung der Geschäfte nicht in so verdächtigen Händen lassen. Er schließt seine sarcastische Rede mit einer Aufforderung ans Haus, dieser Bande von Politikern, die es mit Grundsätzen so leicht nehmen, die keine Religion als ihre Stellung, keine Hoffnung als auf die Verlängerung ihrer Amtsstellen haben, ein Mißtrauensvotum zu decretiren. C. Walls Rede gegen den Freihandel ist die allgemeinste, die seit lange im Interesse der Agriculturisten gehalten wurde. Sie ist nur wie die Osborne's zu heftig und zu persönlich; namentlich gegen Sir Robert Peel, dessen Verdrrer den Redner oft lärmend und zurechtweisend unterbrechen. Der Colonialsecretär hält es mit der Ehre des Hauses unvereinbarlich, die gehässige Motion von Villiers anzunehmen. Das Haus vertagt sich eine Stunde nach Mitternacht.

Türkei.

* **Montenegro's** junger Fürst Daniel o I. scheint nicht befriedigt durch seine von Rußland und demnächst auch wohl von Oesterreich anerkannte Unabhängigkeit von der Pforte. Neuesten Nachrichten zufolge beabsichtigt derselbe seinen kleinen Staat zu erweitern. An den Grenzen der Cernagora leben lauter Christen. Die Cupliuaer haben schon im Jahr 1851 den Schutz des Mudirs in Cettinje nachgesucht. Nun haben sich auch Gerüchte verbreitet, daß die Bewohner von Banjani und Drobnija sich vereinigten, die Steuern sammelten und dem Fürsten übersandten, der sie auch unter seinen Schutz nahm. Der Senator Provic und der Bruder des Fürsten haben sich zu den Drobnijaken begeben, um dort und in Basani Ordnung und Gerichte wie im übrigen Land einzuführen. Die Türken sollen daher beabsichtigen, jene Stämme militärisch anzugreifen. Der Fürst würde sie jedoch nicht ohne Schup lassen, soweit es nur irgend möglich wäre.

Amerika.

Neuyork, 13. Nov. Commodore M'Cauley hat allen amerikanischen Schiffen amtlich angezeigt, daß er von Washington die Weisung erhalten habe, keinen eigenmächtigen Guano-Lader zu schützen. Dagegen ist die vernanische Regierung bereit, jedem amerikanischen Schiffe gegen Bezahlung einer mäßigen Gebühr die nöthige Charter zum Betrieb dieses Gewerbszweiges zu gewähren. — Durch Telegraphen erfahren wir aus Neuorleans noch einige merikanische Neuigkeiten: In Mariano wurde eine Verschwörung gegen das Leben des Vicepräsidenten Arista entdeckt und vereitelt. In Guadalarara ist ein Convent zusammengetreten, um die Verfassung zu reformiren und einen neuen Präsidenten zu wählen. Die Generale Uraga und Vasquez wurden eingeladen, an die Spitze dieser Bewegung zu treten, lehnten jedoch die Ehre ab.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Hannover, 25. Nov. Zwischen Bevollmächtigten Preußens, in Vertretung des deutsch-österreichischen Telegraphenvereins, und der Niederlande, Frankreichs und Belgiens ist unter Vorbehalt der Genehmigung der betheiligten Regierungen unter dem 4. Octobr d. J. zu Paris ein Vertrag behufs Herstellung einer internationalen Telegraphenverbindung zwischen den gedachten Ländern abgeschlossen worden, welcher um so größere Vortheile zu gewähren verspricht, als bei Zugrundelegung der weseutlichen Bestimmungen der deutsch-österreichischen Telegraphenvertrage ein ausgedehnter internationaler Telegraphenverkehr nach gleichmäßigen Grundsätzen dadurch erreicht werden ist. Der sobald als möglich in Vollzug zu setzende Vertrag wird vorläufig — unter Vorbehalt demnächstiger Verlängerung — bis zum 31. December 1853 in Kraft bleiben. Dem Vernehmen nach trägt die hiesige Regierung kein Bedenken, dem Vertrag ihre Zustimmung zu ertheilen.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler, Dr. J. D. Kuhseil.

Die Actionäre der Maschinenbau-Gesellschaft Carlsruhe werden eingeladen, vom 13. bis 18. December d. J. den Rest des Actien-Capitals mit fl. 125 auf die Actie an die Gesellschaftscasse dahier einzuzahlen.

Der Verwaltungsrath der Maschinenbau-Gesellschaft Carlsruhe. [3679]

[2672] **Bekanntmachung.**

Folgende Gegenstände zur Herstellung der Ludwigshafen-Worms'er-Bahn sind zu vergeben:

1) 32,200 Stück eichene Querschwellen.
2) 1,700 laufende Meter lanzigen Eichenholz von verschiedener Länge und Stärke.
3) 31,000 Centner Bahnschienen.
4) 9,200 Stück schmiedeiserne Unterlagsplatten.
5) 9,200 Paar Schienenlaschen.
6) 36,800 Stück Schraubenbolzen zur Laschen-Verbindung.
7) 150,000 Stück gewundene Schienennägel.
8) 300 Satz Wagen-Achsen nebst Rädern.
9) 50 Stück gedeckte Güter-Transport-Wagen.
10) 90 Stück offene- und Coaks-Transport-Wagen.

Uebernahmebedingnisse, Zeichnungen ꝛc. ꝛc. liegen bei unterfertigter Direction zur Einsicht offen.

Die Submissionen sind längstens bis zum 20. l. M. December Mittags 12 Uhr anher zu übereichen.

Ludwigshafen a. R., am 26. November 1852.

Die Direction der pfälzischen Ludwigsbahn.

[2678] **Decret.**

In Sachen
des Herzogl. Oberjägermeisters von Gilsa, dahier, Klägers,
gegen
Christine Blum, verehelicht an Jacob Debusmann von hier, dermalen unbekannt wo? abwesend, Beklagte,
wegen Forderung.

Der unbekannt wo? abwesenden Beklagten wird andurch aufgegeben, auf die wegen einer Forderung von 1259 fl. 48½ kr., Rest eines ihrer Mutter und Erbtafferin, der Wittwe des Johann Martin Blum dahier, gegebenen Darlehens von 6500 fl. nebst 4½ pCt. Zinsen vom 26. Januar 1850 an, gegen sie erhobene Klage, deren Einsicht ihr in hiesiger Amtsregistratur gestattet wird, sich

innerhalb 90 Tagen

zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und Verzichtes der Einreden.

Alle ferneren Decreturen werden nur durch Anschlag am Gerichtsbrett insinuirt werden.

Wiesbaden, den 19. November 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Winter.

[2342] Der längst verstorbene Hofrath J. J. Simon dahier hat am 19. Februar 1793 das ihm gehörig gewesene, jetzt dem Domkapitular und Stadtpfarrer Simon und dem geistlichen Rathe Dr. theol. Lemb dahier zustehende freiherrliche Wohnhaus am kurzen Graben gelegen mit den daran liegenden Gärten und Baupläßen, zum Zwecke der s. g. Veteranischen Caution bis zur Summe von 1000 fl. gerichtlich verpfändet und es ist dieses Pfandrecht bei den stattgehabten Veräußerungen stets auf den Namen des neuen Erwerbers als Pfandrecht auch den Zeiten früherer Eigenthümer übertragen worden.

Nach Angabe meines Principals, des Pfarrers Simon und sonstiger Betheiligten sollen die Ansprüche der auf der fraglichen Caution ursprünglich berechtigten Pfand-Gläubiger längst erloschen, diese oder die sonst darauf Berechtigten jedoch unbekannt sein, eine Einwilligung zur Löschung dahin nicht zu erlangen stehen, und es ist daher ihrem Anliegen auf edictale Ladung deferirt worden. In Folge dessen werden nun diejenigen unbekannten Personen, welche angemeinten Pfand-Gläubigern zu überweisenden Vermögensmasse erkannt wird. etwa auf die Forderungen jener s. g. Webekind'schen Caution zu 1000 fl. oder auf dieser rechtliche Ansprüche zu begründen vermögen, aufgefordert, dieselben binnen drei Monaten und spätestens im Termine den 3. Februar l. J., Morgens 10 Uhr, dahier zu bewirken, widrigenfalls diese Ansprüche für erloschen betrachtet und die Löschung der Caution in den Hypothekenbüchern bewirkt werden wird.

Fulda, den 29. September 1852.

Kurfürstliches Justizamt I.
Ilg. vdt. Goy.

[2682] **Edictalladung.**

Der Schuhmacher Heinrich Cramer von hier hat sein zur Befriedigung seiner Gläubiger wahrscheinlich nicht hinreichendes Vermögen freiwillig an dieselben abtreten zu wollen erklärt. Es werden daher alle, welche Ansprüche an dasselbe zu machen haben, hiermit aufgefordert, solche in dem Termine

Dienstag den 21. December d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem Depositen, Kreisgerichtsrath Diefenbeeg, entweder persönlich oder durch legitimirten Mandatar so gewiß zu liquidiren, als gegenfalls nach Ablauf dieses Termins der Ausschluß aller nicht weiter Anwesenden von der Theilnahme an der bezeichneten Gläubigern zu überweisenden Vermögensmasse erkannt wird.

Wetzlar, den 10. November 1852.

Königliches Kreisgericht.
Springmühl.

[3456] **Bekanntmachung.**

Bei der heute vor Notar und Zeugen stattgehabten Verlooſung der vom Anlehen der hiesigen israelitischen Gemeinde von fl. 276,500 des 24 fl.-Fußes Ende 1852 obligationsmäßig rückzahlbaren fl. 10,000 sind die Partial-Obligationen

Lit. A. à 1000 fl. Nr. 9 68 93 122.
Lit. B. „ 500 fl. „ 68 84 87,
Lit. C. „ 250 fl. „ 48 63 72 86,
Lit. D. „ 150 fl. „ 11 12 15 24 31 57 87 103 119 121 149 179 180 197 206 211,
Lit. E. „ 100 fl. „ 16 17 33 44 59 64 115 116 120 151 159,

am 31. December s. c. rückzahlbar geworden, von welchem Tage die Verzinsung derselben aufhört.

Die Obligationen Lit. E. Nr. 14 à 100 fl., rückzahlbar Ende December 1851 ist bis jetzt noch nicht zur Einlösung vorgezeigt worden.

Frankfurt a. M., den 18. October 1852.

Der Vorstand der israelitischen Gemeinde.

Cours der Staats-Papiere. 29. November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.8.b.Roths).	94½ G.		Nurbessen	40Thlr. l., b. Rothsch.	84½ bez. u. G.
»	5% M.v.J.1854 Ser.B.	94½ G.		»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	48½ G.
»	5% do.v. J.1853 L.A(2)	95 P. 94½ G.		Gr. Hessen	4½% Obligationen	101¼ P. ½ G.
»	5% L. V. (C.b.Roths.)	90½ bez. ½, ½ 90 bez.u.G.		»	4% ditto b. Rothsch.	99¾ G.
»	5% do. Monte C. à 1.fl.	85½ P. 84½ G.		»	3½% ditto b. Rothsch.	91¾ G.
»	Bank-Actien .	1375 P. 70 G.		»	5. 50 Loose . . .	90¾ P. ½ G.
»	5% Metalliq. Oblig.	80¾ G.		»	5. 25 Loose . . .	31¾ P. ½ G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	80¾ G.		Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch	103¼ G.
»	5% ditto 1852	80¾ P. ¾ G.		»	4% ditto	99¼ P.
»	4½% ditto	71½, ¾, ½, ¾, ⅞ bez. ¾ G.		»	3½% ditto	91¼ P. 91 G.
»	4% ditto	64½ P.		»	5. 25 Loose . . .	28¾ P. ¾ G.
»	3½% ditto	48 P.		Frankfurt	5½% Oblig. v. 1849	94½ P. ½ G.
»	3½% ditto	41¾ G.		»	5½% v. 1846	94 P. 93¾ G.
»	1% ditto	16¼ P.		»	5% » . . .	85½ P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	172½ G.		»	Taunusbahnact. .	302 P. 300 G.
»	fl. 500 » ditto	169½ G.		Russland	4½% Obl. b. Baring	102¼ P.
»	4½% Oblig. b. Rothsch.	80¾ P. 80 G.		»	4% Obl. b. Hope fl.A.	90¾ G.
»	4% » » »	71 P.		»	4% » b. Stieglitz »	91¾ G.
Preussen .	5½% Staatsschulds.	93¾ P.		Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91¾ G.
»	Coln-Mind. R.-Actien	114 G.		Spanien	5% Inl. Sch. P. à 2.98	44¾ bez. u. G.
Bayern . .	5% Oblig. b. Rothsch.	101¾ P.		»	3% Rente . . .	24½, ¾, ½, ¾, ⅞ bez. u. G.
»	4½% ditto	100½ P. ⅝ G.		Holland.	4% Certificate . .	95¾ G.
»	4% ditto	96¾ G.		»	3½% Syndicats .	94½ P. 94 G.
»	4% Ablös.-Rente .	96½ P.		»	2½% Integrale .	63⅜ G.
Belgien .	5½% Oblig. b. Rothsch.	91¾ P.		Belgien .	5% Obl. Int. Ad 120 fl.	98¾ P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	99½, ⅝ bez. u. G.		»	4½% Obl. inF.à 28 kr.	99¾ G.
»	5% Priorit.-Oblig.	103 G.		»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	94⅜ G.
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101¾ G.		»	3½% Obl. b. Rothsch.	57⅜ G.
»	3½% ditto	90½ P.		Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	99 P.
Baden . .	5% Obligationen. .	102¾ G.		»	5% Obl. b. Hambro	96½ P. 95⅞ G.
»	4½% Obligationen	102¾ G.		»	Sardinische Loose .	42 G.
»	3½% v. 1842 . . .	91½ P. 90½ G.		Toscana	5% Obl. 1850 (C.b.Gold.)	100¾ bez. ½ G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66½ P. ½ G.		»	5% v. 1851 b. Rastogi (do.)	97¼ P.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38⅜ P. ½ bez. 38 G.		Nämerika	6% Stocks Doll. 2.30.	117 P. 116⅝ G.

Wechsel-Cours.

Den 29. November	Per comptant
Amsterdam . .	K.S. 100 fl. ¼ G.
(100 fl. Crt.)	3M. — —
Augsburg . .	K.S. 119¼ fl. ¼ G.
(100 fl. Crt.)	3M. — —
Berlin . . .	K.S. 105 fl. 12½ G.
(60 Thlr.)	3M. — —
Bremen (50	K.S. 97¼ fl. 97 G.
Rthlr. l. Fuss.	2M. — —
Hamburg . .	K.S. 89 fl. —
(100Mk.Bc.)	2M. — —
Leipzig . . .	K.S. 105 fl. 10½ G.
London . . .	K.S. 119¾ fl. ¼ G.
(10 Livr. St.)	3M. — —
Lyon	K.S. 94¼ fl. —
(300 Fr.) .	2M. — —
Mailand (250	K.S. 100 fl. —
Lir. Austr.)	2M. — —
Paris	K.S. 94¼ fl. 93½ G.
(300 Fr.) .	2M. — —
Wien (100fl.)	2M. 102¼ bez.
in fl. 24 Fuss)	K.S. —
Disconto . . .	3 P.

Gold und Silber.

Pistolen	à 9 42-43
Pr. Friedrichsd'or	» 9 54-55
Holl. 10fl. Stücke	» 9 50-51
Rand-Ducaten .	» 5 37-38
20 Francsstücke	» 9 25½-24½
Engl. Sovereigns	» 11 51
Gold al Marco	» 382-83
5 Frankenthaler	» 2 30¾-21⅝
Preuss. Thaler	» 1 45-1/4
Preuss. Cassa-Sch	» 1 44⅞-45¼

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 286. Dienstag den 30. November 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksamt von Frankfurt 1 fl. 30 kr.; 2) in den Bundern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postvereinsvierteljahrs à 1 fl. 48 kr. = 1 Thlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder

1 fl. 20 kr. C. M. oder 1 Thlr. 11½ Sgr. — Alle Postämter, Spediteure, Buchhandlungen, Journal-Expeditionen, Agenten und Übersetzer nehmen Herr C. L. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 29, und in Paris Herr Bossange père, Quai Voltaire Nr. 11 Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile 6½ Kreuzer oder Deutschland oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Telegraphische Depesche.

(Wiederholt.)

Abgegangen in Berlin, den 29. Nov., 2 Uhr 24 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, 29. " 2 " 45 " "

Berlin, 29. Nov. Heute Mittag um 12 Uhr wurden die Kammern durch den Herrn Ministerpräsidenten mit einer Rede eröffnet, in welcher derselbe unter andern die folgenden bedeutungsvollen Punkte berührte: Der Staatsetat sei nach wirklichen Bedürfnissen und in althergebrachter Ordnung und Sparsamkeit geregelt. Zwar sei der Septembervertrag bis jetzt noch ohne allseitigen Anschluß, die Regierung sei jedoch der Zustimmung des Landes, in Betreff der von ihr befolgten Politik versichert. — Verheißen werden Vorlagen über Anlage neuer Verbindungswege und Mittel, über die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung, sowie über die Bildung der ersten Kammer. Letztere Vorlage bezwecke die Befreiung der Krone von den Beschränkungen, welche sich als nicht im Interesse des Landes begründet erwiesen haben. Im Allgemeinen wolle man die Regierung unabhängig von Parteibestrebungen, dabei keine Antastung gesetzlicher Freiheit, aber auch keine Schwächung der königlichen Gewalt durch Theilung. Der gesetzliche Weg der Entwickelung der Staatsverfassung allein gewähre Sicherheit und dauernden Erfolg.

Der Klerus in Frankreich.

Frankfurt, 29. November.

Das Verhalten des Klerus in der Kaiserfrage begegnet in einem Theile der deutschen Presse herbem Tadel. Es ist nicht zweifelhaft, daß derselbe nicht gegen die Einzelnen, sondern daß er gegen den Stand gerichtet ist. Die Einzelnen sind Franzosen, wie ihre Mitbürger, und haben Anspruch darauf, in ihrem politischen Thun nach ihrer Nationalität gewürdigt zu werden. Der Vorwurf trifft also den Stand, oder deutlicher ausgesprochen, die gallikanische Kirche, die römische Kirche in Frankreich. Er umschließt ein Vergehen und einen Fehler — die Felonie gegen die Autorität und die Geschäftsordnung des eignen Interesses in einer widernatürlichen, und als solche schon einmal erwiesenen Verbindung. Streng genommen liegt eine Prinzipienfrage zu Grunde, und ob es klug, ob es gerecht ist, dieselbe vorweg zu entscheiden und auf diese Entscheidung ein Verfahren zu bauen, müßte zuvor erörtert sein. Hier hat der Angriff also eine sehr schwache Seite. Ueber die Lehre vom göttlichen Rechte ließen sich Bücher schreiben und sind darüber geschrieben worden. Die Bekenner und die Gegner bauen nicht bloß auf Vernunftschlüsse, sondern unwillkürlich oder bewußt auf Empfindungen und auf Interessen. Darum ist das Ende des Kampfes noch lange nicht abzusehen. Hören wir, was Macaulay in seiner Geschichte von England seit dem Regierungsantritt Jacob II. *) über die Lehre vom göttlichen Rechte sagt, auf welches Jacob I. die Ansprüche auf unbeschränkte Monarchie zu gründen getrachtet hat.

„In dieser Zeit tauchten zum ersten Male jene sonderbaren „Theorien auf, welche Filmer später in ein System gebracht „hat, und welche das Kennzeichen der heftigsten Klasse von „Tories und Männern der Hochkirche wurden. Es ward in „allem Ernst behauptet, daß das höchste Wesen die Erbmonar„chie im Gegensatz gegen andere Regierungsformen mit beson„derer Gunst betrachte, daß die Erbfolgeordnung nach der Erst„geburt eine göttliche Einrichtung sei, älter als die christlichen, „ja selbst die mosaischen Bestimmungen; daß keine menschliche „Gewalt, nicht einmal die der Gesetzgebung in allen ihren Fa„coren, keine lange Dauer des entgegensetzenden Besitzes, wenn „dieselbe auch über zehn Jahrhunderte sich erstrecke, den legi„timen Fürsten seiner Rechte berauben könne; daß seine Auto„rität nothwendig immer eine despotische sei; daß die Gesetze, „durch welche in England und in andern Ländern die Prärogative beschränkt worden, lediglich als Vergünstigungen betrachtet werden müßten, welche der Souverän aus freiem „Willen gewährt habe, und nach seinem Gefallen wieder zurücknehmen könne; daß jeder Vertrag, welchen ein König mit seinem Volke schließe, lehtglich eine Aeußerung seiner gegenwärtigen Absichten sei, und nicht ein Uebereinkommen, dessen Erfüllung verlangt werden könne. Es ist einleuchtend, daß diese Theorie, obgleich sie die Fundamente der Regierung verstärken sollte, dieselben gänzlich zerstörte. Ließ das göttliche und unveränderliche Gesetz Weiber zu oder schloß es dieselben aus? Unter jeder der beiden Voraussetzungen bestand die Hälfte der Souveräne Europa's aus Usurpatoren, welche im Widerspruch mit den himmlischen Anordnungen regierten und sich gefallen lassen mußten, durch die rechtmäßigen Erben aus dem Besitz gejagt zu werden. Diese abgeschmackten Lehren finden im alten Testamente keine Unterstützung; denn in diesem lesen wir, daß das auserwählte Volk gescholten und bestraft ward, weil es einen König zu haben wünschte, und daß es später bestätigt ward, demselben den Gehorsam zu verweigern. Die ganze Geschichte dieses Volks, weit davon entfernt, die Auffassung zu unterstützen, daß Erstgeburt eine göttliche Einrichtung sei, scheint eher nachzuweisen, daß jüngere Brüder unter dem besondern Schutze des Himmels stehen. Isaac war nicht der älteste Sohn des Abraham, auch nicht Jacob der Isaac, noch David der Jesai, Salomo des David. In der That, die Ordnung des Seniorats ist unter Kindern selten genau in Ländern befolgt worden, wo die Vielweiberei üblich ist. Auch fand das System des Filmer keine Unterstützung in den Stellen des neuen Testaments, welche die Obrigkeit als eine göttliche Ordnung bezeichnen: denn die Regierung, unter welcher die Schriftsteller des neuen Testaments lebten, war keine erbliche Monarchie. Die römischen Imperatoren waren republikanische Obrigkeiten, welche durch den Senat ernannt wurden. Keiner von ihnen machte daraus Anspruch, nach dem Geburtsrecht zu herrschen, und in der That waren sowohl Tiberius, welchem Christus Tribut zu geben befahl, als Nero, welchem zu gehorchen Paulus die Römer anwies, nach jener patriarchalischen Regierungstheorie Usurpatoren. Im Mittelalter wurde die Lehre von dem unveränderlichen Erbrechte als eine ketzerische betrachtet sein, da sie gänzlich unvereinbar war mit den großen Ansprüchen der Kirche. Diese Lehre war denn auch den Gründern der englischen Kirche unbekannt. Die Homilie über Rebellion hatte ernstlich und in der That nur zu ernstlich Unterwerfung unter die bestehende Gewalt eingeschärft, hatte aber keine Unterscheidung gemacht unter Erb- und Wahl-Monarchie, zwischen Monarchien und Republiken."

Die Anwendung der von dem großen Geschichtsschreiber entwickelten Ansichten kann sich Jeder selber machen. Da wir glauben, daß ihm in allen wichtigen Fragen der Politik ein Votum zusteht, welches nie überhört werden sollte, so werden wir noch oft Gelegenheit haben, ihn redend einzuführen.

*) Im ersten Kapitel, die Geschichte Englands vor der Restauration enthaltend.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 29. Nov. Den Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers ist eine vom 24. d. M. datirte Rückäußerung des Senats, die Verfassungsangelegenheit betreffend, übergeben worden. Dieselbe lautet, wie folgt:

Als die gefertigte Versammlung das von dem Senat am 2. März 1852 an dieselbe gebrachte organische Gesetz mit den von ihr gefaßten

Beschlüssen vom 28. April 1852 an den Senat zurückgelangen ließ, waren bereits von außen so bedeutsame Zwischenfälle eingetreten und hatten sich damals die Verhältnisse so wesentlich anders gestaltet, daß neben der Frage, welche Beschlüsse der Senat auf die von der gesetzgebenden Versammlung beschlossenen Abänderungen an jenem Gesetze zu fassen haben werde, die Vorfrage wiederholt zur Erwägung sich aufdrängen mußte; ob der Zeitpunkt überhaupt noch als ein günstiger zur Behandlung von Verfassungsfragen betrachtet werden könne. Diese Vorfrage ist inzwischen seit dem 12. August 1852 unzweifelhaft entschieden. Die Spaltungen unter der Bürgerschaft über die bei Verfassungs-Aenderungen in den Vordergrund tretenden Fragen sind so groß, die dadurch herbeigeführte Aufregung ist eine so bedeutende, daß, wie auch die endliche Entscheidung ausfallen würde, Verwickelungen unaufhaltbar daraus hervorzugehen drohen, die in ihren Folgen möglicherweise viel drückender sein könnten, als dies die Mängel sind, an welchen die seit dem Jahre 1816 bestehende Verfassung leiden mag. Der Senat hat sich daher aus Gründen des öffentlichen Wohls dafür entscheiden müssen, die Verhandlungen wegen des der gesetzgebenden Versammlung des Jahrs 1851 vorgelegten organischen Gesetzes nicht fortzusetzen, diese Vorlage vielmehr, wie hiermit geschieht, zurückzuziehen. Indem der Senat, als Rückäußerung auf die Beschlüsse der gesetzgebenden Versammlung vom 28. April 1852, von dieser seiner Entschließung der gesetzgebenden Versammlung Kenntniß gibt, fügt er zugleich an, daß dadurch eben so wenig diejenigen auf dem Wege des Art. 50a der Constitutionsergänzungsacte herbeizuführenden anderweiten Aenderungen ausgeschlossen sein sollen, welche nach Aufhebung des Gesetzes vom 20. Februar 1849 nothwendig erscheinen, als dadurch die von dem Senat verheißene Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens mit Geschwornen behindert werden wird, der Senat vielmehr in beiderlei Beziehungen, und zwar in ersterer dasjenige, was unter den obwaltenden Verhältnissen unerläßlich und ausführbar, und in letzterer dasjenige, was ohne Alterirung des Wesens des herzustellenden Verfahrens mit der bestehenden Gerichtsorganisation vereinbarlich ist, nunmehr mit möglichster Beschleunigung bei der gesetzgebenden Versammlung zur Vorlage zu bringen, mit allen Kräften bemüht ist. Frankfurt, 24. Nov. 1852. Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt. **Neuburg.** vdt. **Boltog.**

‡ **Berlin**, 27. Nov. Zu großer Freude gereicht es in vielen hiesigen politischen Kreisen, daß man zu der Annahme berechtigt zu sein glaubt, daß Se. Majestät der König den vom Staatsministerium im Allgemeinen verworfenen Vorlagen in Betreff mehrerer auf die innere Entwickelung Preußens bezüglichen Fragen persönlich auch nicht zugethan gewesen ist. Die Besorgnisse, daß die in Rede stehenden Vorlagen doch vielleicht später zur Geltung kommen könnten, haben sich seitdem sehr gemildert. — In Bezug auf die Stellung der Bethmann-Hollwegschen Fraction werden die verschiedenartigsten Vermuthungen aufgestellt, die indessen alle eines Anhalts entbehren. Soviel wir erfahren, wird diese Fraction, die ein bestimmtes, festes Programm hat, sich mit keiner andern Fraction so verbinden, daß sie ihre Selbstständigkeit verliert und gleichsam in derselben aufgeht. Wollen sich Kammermitglieder dem Bethmann-Hollwegschen Programm anschließen, so werden dieselben natürlich mit Freuden als Mitglieder der genannten Fraction von letzterer aufgenommen werden. Wenn die Zahl der Mitglieder der Bethmann-Hollwegschen Fraction von einigen Blättern bereits angegeben wird, so scheinen diese Blätter mehr zu wissen, als die Führer der Fraction selbst. Hinsichts der Haltung der Mitglieder dieser Fraction in religiösen Fragen ist hervorzuheben, daß unter denselben stets die Satzung gegolten hat, daß in Bezug auf diese Fragen kein Mitglied irgendwie gebunden ist. Bekanntlich gehört „Parität der beiden christlichen Kirchen" mit zu den von der altpreußischen Partei aufgestellten Grundsätzen und dadurch war es auch nur allein möglich, daß sich Männer wie Herr v. Bethmann-Hollweg und der Graf von Fürstenberg-Stammheim zu einer und derselben Fraction bekennen konnten.

* **Berlin**, 27. Nov. Nachdem der Graf Galen aus Dresden auf den Gesandtschaftsposten in Madrid übergeht, und Graf Redern dazu ausersehen worden ist, denselben in Dresden zu ersetzen, wird in der Folge in Turin nur ein Geschäftsträger zur Wahrnehmung der diplomatischen Interessen beglaubigt werden, und es soll hierzu der Legationsrath Graf Perponcher, bisher bei der Gesandtschaft in London, dazu bestimmt sein. Als eine andere Veränderung im diplomatischen Corps, die in diesen Tagen erfolgt ist, führt die „Vossische Zeitung" an, daß man eine Verstärkung der Arbeitskräfte bei der diesseitigen Gesandtschaft in Washington hat eintreten lassen, indem der Legationssecretär Freiherr v. Grabow, bisher bei der Gesandtschaft in Stockholm, derselben ist beigegeben worden. — Von den beiden in die Kammern gewählten Oberpräsidenten hat der für Posen, Herr v. Puttkammer, abgelehnt, dagegen Herr v. Kleist-Retzow, Oberpräsident der Rheinprovinz, sein Mandat angenommen. — Die abermals auftauchenden Gerüchte von einem in Warschau abzuhaltenden Congreß der Kaiser von Rußland und Oesterreich, sowie des Königs von Preußen, finden hier fortdauernd den entschiedensten Widerspruch. Am wenigsten soll eine derartige Zusammenkunft bereits zu Anfang Januar, wie behauptet worden, zu erwarten stehen. — Die in verschiedenen Zeitungen gegebene Nachricht, daß man beabsichtige, eine Staatszeitung ins Leben zu rufen, ist nur ein Lückenbüßer schlechtunterrichteter und schreibelustiger Correspondenten gewesen. Hier weiß man nirgends von einer solchen Absicht. — Unter den Gewerbtreibenden in Berlin herrscht fortwährend eine sehr lebhafte Bewegung, theils auf die Bildung neuer Innungen, theils auf die Vereinigung bisher getrennter Innungen gerichtet. In letzterer Beziehung macht sich mehrfach Widerstand und Ungeneigtheit bemerkbar. Nachdem schon früher Sattler und Tapezierer nur durch obrigkeitlichen Zwang zusammengebracht werden konnten, setzt jetzt die Nadlerinnung ihrer Verbindung mit einer andern verwandten Innung einen ähnlichen Widerstand entgegen und will sich lieber auflösen, als die Vereinigung eingehen. — Die „Zeit" hört, daß, wenn die Commune die bekanntlich projectirte Versorgung unserer Stadt mit frischem Wasser nicht übernehmen wolle, eine englische Gesellschaft bereit sei, das dazu erforderliche Geld gegen Ausbeutung eines ihr zu gewährenden Privilegiums herzugeben. — Zu nicht geringer Befriedigung gereicht es, daß die Leistungen unserer Schiffswerften immer größere Anerkennung finden. Es ist gewiß nicht gering anzuschlagen, daß sogar von England aus mehrere Bestellungen eingegangen sind. In diesen Tagen wurde auf den Werften des Hafens von Memel ein Schiff für englische Rechnung beendigt und vom Stapel gelassen.

In der letzten Vorstandssitzung des **Borromäusvereins** zu **Köln** wurde mitgetheilt, daß der Verein in 14 Diöcesen verbreitet ist und aus 380 Hilfsvereinen besteht, mit 5026 Mitgliedern und 12,565 Theilnehmern. Während des siebenjährigen Bestehens wurden schon 31,500 Thlr. für Bibliotheken verwendet; außerdem erhält jedes Mitglied und jeder Theilnehmer jährlich ein namhaftes Büchergeschenk. Diese Geschenke dürften sich seit der Gründung schon auf die Summe von 120,000 Thlr. belaufen. Der Bestand der Kasse beläuft sich jetzt, wo die Jahresbeiträge noch nicht eingezahlt wurden, auf 7354 Thlr.

Stettin, 24. Nov. Nach Seeberichten aus Falmouth war die königl. preußische Corvette „Amazone" mit Verlust von Segeln am 19. d. M. dort eingelaufen.

Halle, 24. Nov. Vorgestern hielt der von den nordamerikanischen Lutheranern nach Deutschland geschickte Prediger Wahl aus St. Louis in einem hiesigen Local einen seine Mission betreffenden Vortrag, worin er namentlich die Aufforderung an junge Theologen aussprach, nach Amerika zu kommen und dort dem drückenden Mangel an Geistlichen für die evangelischen Deutschen abzuhelfen. Seine Bemühungen werden in dieser Hinsicht schwerlich einen erheblichen Erfolg haben. (M. H.)

* **Hannover**, 27. Nov. Den Inhalt der zweiten Entschließung des geistlichen Ministeriums in der Steinacker'schen Angelegenheit gibt die „Hannoversche Zeitung" an, wie folgt:

I. Das geistliche Ministerium beharrt auf seinem ersten Beschluß (Nichtzulassung Steinackers zum Colloquium) um so mehr, als das kanonische Hinderniß schon vor der Wahl des Letzteren vorhanden, durch eine öffentliche allgemein zugängliche Druckschrift documentirt und insbesondere dem Magistrate hinlänglich bekannt gewesen sei. II. Das geistliche Ministerium beharrt ferner auf seinem Beschlusse, indem es als gewiß annimmt, daß das erwähnte kanonische Impediment auch noch zur Zeit nicht beseitigt sei, indem von dem Gewählten nicht bloß kein ausdrücklicher Widerruf seiner fundamentalen Irrlehren vorliege, sondern derselbe vielmehr auch neuerlich noch fortfahre, sich in öffentlichen Blättern anstößig über das Wort Gottes zu äußern. III. Das Ministerium weist sodann jeden Verdacht der Befangenheit — sei es in unbegründeten Vorurtheilen oder in doctrinellen Subtilitäten — zurück, es will nur die schwere aber ernste Pflicht erkennen: die volle und ganze Geltung des göttlichen Wortes nach Maßgabe der Kirchenordnung, als der Grundlage der städtischen Kirche und seines, des Ministeriums, eigenen Amtes, außer aller Frage zu erhalten. IV. Schließlich spricht das geistliche Ministerium aus, wie es nur so der städtischen Kirche wahrhaft dienen, und die theilweis mißleitete Gemeinde auf den Weg der Besinnung zurückrufen könne.

Neueste Nachrichten.

= **Frankfurt**, 29. Nov. In der heutigen Sitzung der **gesetzgebenden Versammlung**, welcher eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft beiwohnte, wurde die am vorigen Samstag beschlossene Rückäußerung des Senats auf den Beschluß der Versammlung vom vorigen Donnerstag, die Aufschiebung der Ergänzungswahlen betreffend, mitgetheilt. Der Senat erklärt darin die Aufschiebung für unzulässig, weßhalb er erneuert auf nächsten Donnerstag zur Vornahme von drei Rathswahlen eingeladen habe. In der Motivirung geht er auf die von Dr. Souchay gestellten Anträge ein, und erklärt ausdrücklich, daß er die Gesetze vom 19. Oct. 1848 und 20. Febr. 1849 in Betreff der Gleichstellung sämmtlicher

Staatsbürger — mit Ausnahme der ausdrücklich beibehaltenen Gleichstellung in privatbürgerlichen Rechten — für aufgehoben ansehe, und daß die Aenderungen der Verfassung auf dem Wege der Constitutionsergänzungsacte erst dann erfolgen könnten, wenn der Senat auf Grund dieser Acte wieder vollständig besetzt und dadurch das erforderliche Stimmenverhältniß in demselben wieder hergestellt sei. Auch erfordere das Interesse der Rechtspflege und Verwaltung die Ergänzung. Nach Vornahme der angekündigten Wahl von drei Rathsgliedern werde er auch die weiteren Wahlen vornehmen lassen. Schließlich verweist er auf die gegenwärtige schwierige Lage und wendet die Verantwortlichkeit für die Folgen einer Zurückweisung von sich. Herr Dr. Souchay verlas hierauf ein schriftliches Votum über diese Rückäußerung, worin er ausführt, daß nicht vollständiger Wiederbesetzung des Senats jede Reform der Verfassung sehr erschwert, ja fast unmöglich gemacht sei. Er habe deßhalb die vorherige Beseitigung der Hindernisse beantragt, welche die Constitutionsergänzungsacte einzelnen Verbesserungen auf dem Wege der Gesetzgebung entgegenstelle. Nunmehr sei er überzeugt, daß der Senat allen Reformen entgegen, und von seiner noch am 5. October ausgesprochenen Ansicht zurückkommen sei. Allein zur Vermeidung eines Conflicts und dessen höchst nachtheiligen Folgen für unser Gemeinwesen beantrage er die Mitwirkung bei der vollständigen Ergänzung des Senats, und die Verweisung auch dieser Rückäußerung an die bestehende Commission, um durch dieselbe der letzte Versuch zur Anbahnung der dringend nothwendigen Reformen auf dem Weg der Constitutionsergänzungsacte gemacht werde. Diese Anträge werden angenommen. Dr. Mappes bemerkt, daß er in der Minderheit gestimmt habe, da er jetzt alle Hoffnung aufgebe, und trägt auf Auflösung der bestehenden Commission, eventuell auf seine Entlassung aus derselben an. Dr. Souchay spricht sich hiergegen aus, damit der Versammlung nicht der Vorwurf gemacht werden könne, sie habe irgend etwas unversucht gelassen. Der Präsident, Herr Senator Oesterley, ersucht, inzwischen den Antrag auf Auflösung der Commission ohne Unterstützung gelbleiben, den Herrn Dr. Mappes, in der Commission zu verbleiben, und spricht die Hoffnung aus, daß die Arbeiten derselben nicht ohne Erfolg bleiben werden. Die Versammlung entscheidet sich gegen den Austritt des Herrn Dr. Mappes. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung war der Bericht über die Vorgänge bei den letzten Wahlen, welche Dr. Souchay als Berichterstatter verliest. Die Competenz des Senats zur Veranstaltung einer zweiten Wahl wird dann, nach Maßgabe früherm Vorgangs im Jahr 1849 und der Praxis in constitutionellen Staaten bestritten und beantragt, um Zweifel zu beseitigen, eine authentische Interpretation der Wahlberechtigungen in den verschiedenen Abtheilungen im Sinn der seitherigen Uebung vorzunehmen, die Aufertigung hierauf bafürter Wahlisten zu veranlassen und den Senat um deßfallsige Rückäußerung zu ersuchen, zugleich aber die verfassungsmäßige Competenz der gesetzgebenden Versammlung sowohl für die Zukunft als hinsichtlich der letzten Wahleassation zu wahren. Nachdem sich Dr. Barrentrapp und Zimmermeister Körber für diese Anträge ausgesprochen hatten, wurden dieselben zum Beschluß erhoben.

* **Frankfurt**, 29. Nov. Der Stadtrath von Hanau ist nun vom dasigen Criminalgerichte auf den 3. December zur mündlichen Verhandlung vorgeladen, angeklagt in einer an den Kurfürsten am 21. September 1850 gerichteten Adresse gröbliche Schmähungen auf dessen Minister vorgebracht und in öffentlichen Blättern verbreitet zu haben.

Wien, 25. Nov. Frhr. v. Bruck geht in außerordentlicher Sendung nach Berlin, und zwar in den nächsten Tagen. Die Reise des Kaisers nach Warschau dürfte bis zur vollzogenen Ausrufung des Kaiserreichs in Frankreich verschoben bleiben, also bis zum Anbeginn des nächsten Monats. Man glaubt, Se. Maj. der Kaiser werde den Rückweg von Warschau über Berlin nehmen, um dem Auslande zu zeigen, wie innerhalb des deutschen Bundes vielleicht sehr schroffe Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Beziehungen walten können, jedenfalls aber gegen außen die Einigkeit besteht, so daß es keine Aussichten auf einen Baseler Frieden oder einen Rheinbund in zweiter Auflage gibt. (A. Z.)

* **Berlin**, 28. Nov. Die „Spen. Ztg." sagt: Unsern frühern Bericht über die Botschaft Sr. Maj. des Königs an den Großherzogs von Toscana königl. Hoh., in Sachen des Herrn und der Frau Madai, können wir genuß dem Verlauf der Sache dahin ergänzen, daß die Freilassung der Madai'schen Eheleute, in Folge der bereits ausgesprochenen großherzoglichen Begnadigung, nach Verlauf von vier Wochen, von der Abreise des Grafen Arnim (Blumberg) von Florenz an gerechnet, mithin, da derselbe am 3. d. M. Florenz verließ, am 1. Dec. erfolgen wird.

✕ **Gotha**, 28. Nov. Wenn in mehreren auswärtigen Zeitungen mitgetheilt wird, daß einige thüringische Fürsten ihre Minister nach Berlin senden würden, um den Verhandlungen in der Zollangelegenheit beizuwohnen, so kann bemerkt werden, daß diese Nachricht wohl alles Grundes entbehre, und daß Gerücht darin seinen Grund haben mag, daß unser Minister v. Seebach vor kurzem in Berlin war. Seine Anwesenheit daselbst ging aber nicht mit der Zollsache zusammen, sondern betraf eine andere Angelegenheit. Es sind übrigens alle Aussichten vorhanden, daß der Abschluß der Zollvereinsverträge zwischen Preußen und den thüringischen Staaten bald erfolgen werde.

* **Paris**, 28. Nov. Die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers begaben sich gestern Abend in großer Anzahl nach Saint-Cloud, um dem großen Empfang beim Prinz-Präsidenten beizuwohnen, zu welchem sie diesmal nicht in der Uniform, sondern im einfachen Gesellschaftskleid (schwarzer Frack und weiße Halsbinde) geladen waren. Viele Damen aus der hohen Welt und eine Menge distinguirter Personen waren in den Salons des Prinzen Ludwig Napoleon versammelt. Die Deputirten behandelte Se. kaiserl. Hoheit mit großer Freundlichkeit und unterhielt sich mit einigen längere Zeit. Ludwig Napoleon scheint mit dem Ergebniß des allgemeinen Scrutiniums sehr zufrieden zu sein.

Der gesetzgebende Körper ist in seinen Bureaux noch fortwährend mit dem Auszählen der Stimmen beschäftigt.

Der „Moniteur" veröffentlicht heute ein Disciplinarbecret für die Ordensglieder der Ehrenlegion.

Der Senat wird am 3. December die Modificationen der Verfassung in Angriff nehmen, welche erforderlich sind, um letztere mit der neuen Regierungsform in Einklang zu bringen. An demselben Tag werden sich viele Deputirte zu einem auf Subscription veranstalteten Bankett vereinigen.

Gestern Nacht haben viele Verhaftungen in Paris stattgefunden. Man brachte gegen 12 Uhr noch viele Gefangene nach der Präfectur. Man nennt unter den Verhafteten einen bekannten Socialisten, der, zur Deportation verurtheilt, sich lange in der Umgegend von Paris verborgen hielt. Gestern verließ er seinen Schlupfwinkel, um einer Hochzeit im Faubourg St. Antoine beizuwohnen. Beim Nachhausegehen wurde er von Polizeiagenten ergriffen und sitzt bereits in Mazas.

‖ **Paris**, 28. Nov. Die neueste Ziffer des Votums in der Kaiserfrage erhebt sich nach amtlichen Angaben auf

	7,432,609 Ja	238,861 Nein,	
Dazu von der Armee	234,860 „	8,456 „	
„ „ „ Marine	47,716 „	2,020 „	
Zusammen	7,714,585 Ja	249,337 Nein.	

Es sind noch einige Gemeinden von den 86 Departementen im Rückstand und fehlen noch die Stimmen aus Algerien und von der Besatzung in Rom.

‖ **London**, 27. Nov. Bei der gestrigen Abstimmung im Hause der Gemeinen fiel die Motion Williers mit 256 Stimmen gegen 336 Stimmen und das Amendement Palmerstons wurde mit 468 gegen 53, also mit einer Majorität von 415 Stimmen angenommen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 29. Nov. Die Börse verkehrte heute gegen alles Erwarten in einer sehr willigen Stimmung; bei lebhaftem Geschäft und allgemeiner Kauflust wurden die meisten Fondsgattungen zu höheren Preisen willig vom Markt genommen. Von österreichischen Effecten waren besonders 4½pCt. Metall. gesucht und wurden ½ pCt. höher als gestern bezahlt, 7½ pCt. B.; 5pCt. Metall. ½ pCt. höher, 80¼ pCt.; 5pCt. Lombardisch Venetianische 90 pCt. G.; Wiener Bankactien 1370 fl. G., 500 fl. Loose 191½ pCt. Bl. G.; 250 fl. Loose 117 pCt. G. Von spanischen Fonds zeigte sich besondere Kauflust für 1pCt. Rente, dieselben boten sich durch starke gemachte Einkäufe stufenweise von 24½ auf 24¾ pCt. und waren zuletzt dazu durch Profitnehmer zu erhalten; 3pCt. Inländische waren 44¼ pCt. G. Eisenbahnactien setzten ihre steigende Bewegung auch heute fort; Fr.-W.-Nordbahn war 48¼ pCt. G., Berbach 99½, ½ pCt., Köln-Minden 114 pCt. G., Taunus 300 fl. G. Sämmtliche übrigen Papiere waren ebenfalls begehrter. — Bonds in der Effectensocietät waren 1pCt. Coupons 24¾ à ⅛ pCt.

Madrid, 23. Nov. 3pCt. 46 P., n. d. Börse 46 P. — 1pCt. Neue 24⅛, n. d. Börse 24⅛.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 29. Nov. 5pCt. Metall. 94½. — 5pCt. do. B. 110⅛. — 5pCt. Antehn vom Jahr 1852 94¼. — 4½pCt. do. —. — Bankactien 1336. — 250 fl. Loose 139. — London 11 fl. 27 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 104¼. — K.-L.-Nordb. —. — Livorno-Florenz 101. — Siener-Empoli 70. — Paris 136½. — London in Triest 11 fl. 26 kr. — Silber 15⅞. (Spad.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Knüchelt.

Liste der am 15. November 1852 bei der 10ten Verloosung von dem Anlehen des **Vereins deutscher Fürsten und Edelleute** von fl. 1,200,000, d. d. 1. November 1847 gezogenen **1000 Stück Partial-Obligationen à fl. 10.** nach der Reihenfolge geordnet.

Nr. 46681 fl. **5000.** Nr. 60661 fl. **1400.** Nr. 6909 fl. **400.** Nr. 25922 und 38497 jede fl. **200.**

[2864] Nr. 47886, 54300, 104462, 106941, 109295, 5 Stück à fl. **100.**

Nr. 12214, 14503, 14898, 23390, 41326, 63342, 68553, 84142, 84756, 115555, 10 Stück à fl. 25.

Nr. 18217, 32090, 37141, 87234, 39264, 48316, 49137, 61672, 62224, 68633, 71256, 74484, 75666, 79785, 90335, 93024, 99833, 105634, 115981, 119171 20 Stück à fl. 20.

Nr. 705, 1392, 3089, 4879, 6283, 6722, 8203, 11148, 19898, 24603, 25068, 26363, 26701, 27292, 30115, 30391, 30654, 33435, 36051, 40440, 41745, 43294, 43802, 45075, 46622, 48296, 56141, 57142, 57515, 63447, 63489, 65990, 66753, 68489, 68689, 70667, 78429, 78764, 81484, 83407, 86893, 87971, 93491, 94404, 94887, 99502, 99617, 99753, 100150, 102999, 104077, 104288, 107934, 111188, 112389, 113735, 115386, 118922, 119207, 119260 60 Stud à fl. 15.

Nr.	44	7559	12989	17315	22704	29090	34454	41546	46614	52555	59846	67514	72706	79490	84270	89665	95566	101224	107056	114065
	807	7776	12999	17569	22921	29206	34527	41631	46705	53010	59927	67572	72956	79542	84322	89715	95748	101297	107334	114206
	486	7839	13183	17638	22992	29316	84655	41791	46707	53089	60007	67598	72982	79687	84575	89865	95746	101888	107658	114351
	480	7914	13247	17647	23078	29367	34690	41857	46794	53913	60083	67737	73011	79695	84783	89879	95813	101926	107911	114450
	686	7948	13402	17920	23187	29567	34714	41933	46806	54088	60105	67743	73271	80135	84837	90009	96006	101965	107997	114659
	792	8168	13407	17932	23228	29618	34771	42064	46947	54143	60430	67780	78275	80253	84921	90067	96029	102279	108104	114745
	793	8285	13489	17943	23289	29804	34936	42251	47191	54385	60489	67871	73590	80307	84957	90380	96168	102327	109214	114776
	838	8386	13485	18092	23393	29886	34939	42272	47614	54576	60511	68187	73704	80347	85301	90425	96280	102499	109224	114836
	986	8479	13607	18434	23764	30922	35107	42329	47903	54680	60775	68522	73904	81051	85409	90443	96344	102607	109296	114927
	1020	8498	13957	18546	23791	30961	35181	42360	47955	54713	61182	68557	73992	81175	85419	90462	96368	102660	109375	114941
	1321	8500	14034	18692	23992	31089	35209	42404	48231	54723	61564	68623	74120	81177	85431	90509	96408	102749	109465	115247
	1439	8516	14229	18843	24172	31091	35267	42567	48670	54794	61849	68739	74316	81405	85457	90834	96549	102941	109556	115297
	1740	9118	14234	18882	24193	31207	35409	42668	48671	54845	61987	69044	74391	81488	85500	90887	96562	102981	110034	115396
	1776	9120	14279	18970	24586	31223	35625	42892	48897	55012	62115	69106	74506	81666	85661	91044	96752	103074	110044	115537
	1831	9207	14449	19079	24628	31281	36054	43112	48912	55135	62326	69656	74682	81671	85712	91260	97082	108209	110201	115664
	1990	9323	14482	19365	24731	81527	86249	43187	48972	55392	62359	69737	74698	81755	86031	91298	97151	108314	110255	115810
	2418	9480	14515	19654	25048	31587	36289	43150	49071	55517	62413	69827	74886	81767	86081	91624	97177	103969	110301	115877
	2455	9532	14693	19892	25311	31593	36420	43310	49360	55760	62569	69844	75561	82073	86096	91829	97335	104014	110404	116062
	2506	9616	14709	19996	25505	31602	36627	43398	49480	55821	62628	69926	75801	82076	86200	92069	97403	104088	110553	116113
	2786	9907	14741	20203	25506	31725	86844	48422	49604	56275	62696	70005	75811	82109	86265	92071	97569	104097	110770	116223
	2988	9933	14946	20271	25708	31824	36925	43541	49618	56280	63289	70007	75865	82172	86348	92100	97608	104138	110824	118466
	2984	10306	14979	20429	25761	31901	37161	43722	49715	56425	63309	70179	76158	82310	86899	92180	97674	104287	110914	116710
	3025	10662	15176	20444	26177	31968	37175	43812	50089	56522	63543	70526	76154	82452	86409	92444	97834	104303	111091	116722
	3088	10868	15315	20529	26415	32368	37400	48813	50090	56583	63595	70623	76187	82496	86929	92588	97873	104617	111118	116897
	3186	11048	15340	20641	26517	32399	37521	43887	50291	56567	83786	70682	76609	82519	87071	92708	97986	104651	111162	117313
	3193	11080	15381	21199	26749	32412	37565	43859	50802	56775	63980	70784	76794	82589	87344	92782	97956	104796	111172	117381
	3323	11177	15392	21290	26863	32542	37612	43919	50751	57018	64050	70792	77119	82601	87472	92808	98346	104836	111302	117586
	3491	11264	15396	21402	26964	32623	37767	43924	50800	57168	64091	70924	77187	82684	87487	93575	98516	104903	111452	117601
	3985	11492	15404	21462	27190	32632	37932	44192	50803	57193	64621	71128	77282	82905	87604	93647	98793	104995	111493	117658
	4107	11521	15504	21599	27261	32745	38040	44217	50820	57292	64652	71331	77295	83084	87729	93747	98862	105418	111652	217878
	4360	11536	15567	21623	27464	32774	88056	44229	50883	57299	64852	71474	77346	83376	87887	93775	98918	105580	111931	117980
	4361	11686	15686	21686	27662	32857	38644	44378	50938	57323	65288	71644	77434	83482	88290	93784	98962	105624	112000	118047
	4660	11962	15807	21821	27749	32967	38859	44459	50993	57363	65344	71651	77861	83534	88348	93826	99548	105635	112061	118105
	5424	12008	15919	21895	27929	33090	89228	44502	51168	57458	65472	71660	77904	83562	88355	93848	99629	105681	112086	118116
	5681	12028	16218	21923	28116	83148	39344	44754	51312	58070	65503	71744	78014	83573	88914	94058	99676	106128	112118	118236
	5665	12085	16236	22069	28157	33168	89544	44874	51500	58249	65955	71798	78163	83589	88962	94121	99757	106145	112120	118245
	5729	12063	16424	22088	28543	33233	89721	44876	51602	58807	66066	71802	78204	83639	89070	94162	99772	106210	112924	118486
	5855	12375	16564	22110	28569	33355	39917	44916	51626	59130	66499	72086	78273	83709	89266	94360	100044	106255	112963	118621
	5946	12487	16576	22119	28592	33477	40303	45324	51701	59245	66705	72137	78509	83732	89289	94365	100258	106363	113004	118995
	6222	12649	10635	22201	28640	33634	40463	45422	51918	59265	67042	72206	78576	83747	89429	94428	100489	106471	118122	119041
	6282	12826	16708	22387	28819	83769	40704	45583	51937	59301	67107	72281	78669	83827	89456	94552	100517	106496	113174	119042
	6656	12848	16826	22501	28879	83813	40718	45587	52079	59399	67148	72524	78826	83856	89503	94845	100804	106529	113315	119130
	6681	12917	16950	22569	28893	33915	40720	45703	52084	59402	67289	72651	79277	84046	89562	95056	101110	106670	113498	119828
	7077	12936	17032	22583	28934	38981	40863	45768	52091	59656	67837	72699	79286	84137	89572	95134	101195	106950	113739	119927
	7209	12965	17073	22693	28951	34163	40960	46452	52428	59703	67505	72705	79395	84268	89650	95166	101223	107052	113962	119946

900 Stück à fl. 12.

Die Prämienbeträge können laut Plan am 15. Februar 1853 bei dem Handlungshause **Philipp Nicolaus Schmidt** zu Frankfurt a. M. gegen Rückgabe der betreffenden Partial-Obligationen baar erhoben werden.

Wiesbaden, den 15. November 1852.

In Auftrag des Vereins: **Neuscher.**

Kölnische Dampfschiffahrt.

Täglicher Dienst vom 11. November 1852 anfangend. [2557]

Von **Mainz-Castel** Morgens 6¼ Uhr, von **Biebrich** Morgens 6½ Uhr nach **Köln.**

Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr, von **Biebrich** Morgens 9¼ Uhr nach **Köln.**

☞ ***Schnellfahrt*** unmittelbar nach Ankunft des 8 Uhr Eisenbahnzuges von Frankfurt a. M.

Von **Mainz-Castel** Mittags 11 Uhr, von **Biebrich** Mittags 11¼ Uhr nach **Köln, Arnheim.**

Nähere Auskunft, sowie **Billete** für alle **Stationen** am Rhein und **Gesellschafts-Billete** werden in **Frankfurt** ertheilt:

Auf der *Agentur* bei Hrn. **Fr. Böhm**, Götheplatz Nr. 1, zunächst d. Göthe-Denkmal.

Auf dem *Billet-Bureau* bei dem Theaterlogenmeister Hrn. **G. B. Peill**, Zeil Nr. 67

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **Georgé**, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Hustentäfelchen werden verkauft in Schachteln, die halbe à 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 18 Sgr. in Augsburg bei den Herren Riedlinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** be Hrn. **H. G. von Oven**, Bleydenstraße Nr. 33. [2128]

[2680] Ein nicht mehr junges Frauenzimmer (Protestantin) wünscht sich einen Wirkungskreis zu verschaffen, entweder bei einer ältlichen Herrschaft als Gesellschafterin und Pflegerin, oder bei mutterlosen Kindern als Leiterin ihrer sittlichen, moralischen Erziehung; den älteren Kindern wäre sie im Stande, im Gesang und Handarbeiten Unterricht zu ertheilen, so wie auch der Haushaltung bei solchen und anderen Gelegenheiten gewissenhaft vorzustehen. Das Nähere ist zu erfragen bei Fräulein **Sophie Wolff** in Rinteln.

[2563] **Edictalladung.**

Ueber das mit 1245 fl. 17 kr. überschuldete Vermögen des **Moses Bauer Seligmann Sohn** von Schotten ist der förmliche Concurs erkannt worden, daher Alle, welche Ansprüche an die Masse zu bilden haben, aufgefordert werden, solche

Donnerstag den 30. December l. J.,
Vormittags 9 Uhr,

bei Vermeidung des stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse dahier anzugeben und zu begründen.

Schotten, den 8. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Windheim. Hill.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro 286.) 30. November 1852.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 30. Nov. Nachdem die gesetzgebende Versammlung in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen hat, zu den drei am Donnerstag stattfindenden Rathswahlen mitzuwirken, ist nun ein Hauptschritt zur endlichen Verständigung gethan worden. Allem Vermuthen nach dürften in der nächsten Zeit mehrere Gesetzvorlagen von Seiten des Senats zu erwarten sein, die ganz geeignet sind, das in letzter Zeit einigermaßen wankende Vertrauen wieder zu befestigen. Die erste Vorlage würde, wie man hört, das Gesetz über Strafverfahren mit Rücksicht auf die Verhältnisse unserer Stadt sein. Man darf hoffen, daß in nicht ferner Zeit die mancherlei Mißklänge der letzten Jahre verstummt sind und die alte Einheit wieder hergestellt ist. — Gestern Nachmittag zogen die Schlossergesellen und Lehrlinge, bei Gelegenheit der Verlegung ihrer Herberge, mit Vortragung einer colossalen deutschen Fahne durch mehrere Straßen unserer Stadt. Viele Einwohner, denen die Veranlassung dieses Zugs unbekannt war, sahen denselben mit Erstaunen passiren.

Berlin, 25. Nov. Unter vorstehendem Datum schreibt der „Korr. v. u. f. D.": Es ist eine grundirrthümliche Auffassung, wenn man die jüngsten Schwankungen an hiesiger Börse, wie dies in einigen Blättern geschieht, der Situation der Zollvereinsfrage zuschreiben will. Unsere Börse hält ihre Blicke von jeher vorzugsweise nach der Seine gerichtet, und wie dort die Sachen stehen und wie man sie hier aufzufassen nur zu geneigt ist, darf eine Erschütterung der Börsengemüther nicht befremden. Die Majorität der Ansichten neigt sich zu ernstlichen Besorgnissen wegen des Kaiserreichs, das man sich nun einmal als fetisch weder denken kann noch will. In dieser Beziehung haben die vier Aufsätze in der Beilage der Allgem. „Allgemeinen Zeitung", überschrieben: „Das neue Kaiserthum und Deutschland" hier ungemeine Sensation gemacht, weil in denselben gerade hin behauptet wird: der Krieg mit Frankreich stehe vor der Thür, und er gelte keinem andern Staat als Preußen. Die Art und Weise, wie in diesen Aufsätzen die angebliche Isolirung Preußens und seine gegenwärtige Militärverfassung besprochen, der apodiktische Ton, womit die geringe Widerstandsfähigkeit Preußens einem französischen Anlauf gegenüber ausgesprochen und selbst die Einnahme der Hauptstadt durch den Feind als zuverlässig hingestellt wird — diese Behauptungen oder Prophezeiungen, mögen sie nun richtig oder nicht richtig, im Ernst oder nur in phantastischer Combinationshitze vorgebracht sein, sind gerade in diesem Augenblicke ganz geeignet, Oel in das Feuer zu gießen und die ohnehin ungewöhnlich verstimmten Gemüther vollends mit Bitterkeit zu erfüllen. Man erzählt sich, daß diese Artikel den anangenehmsten Eindruck selbst in hohe Regionen getragen hätten, und in der That muß der aufmerksame Leser derselben sich gestehen, daß die Zeit ihrer Veröffentlichung nicht unglücklicher gewählt werden konnte. Will mit solcher Unglücksprophetie das compelle intrare geübt werden, so kann man solchen verkehrten Weg nur beklagen. Gerade jetzt ist den Eventualitäten im Westen gegenüber jeder Augenblick für ganz Deutschland theuer, allen Hader zu vergessen. Wer kann, ohne der Geschichte der Vergangenheit ins Angesicht zu schlagen, behaupten, der Erbfeind Deutschlands hätte es, so oft er über den Rhein gedrungen, nur mit diesem oder jenem deutschen Staat allein zu thun gehabt? Liegen die letzten bittern Erfahrungen um Jahrhunderte zurück, daß sie schon so gründlich vergessen sind?

Da über eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen fortwährend die verschiedenartigsten Vermuthungen im Umlauf sind, so glaubt die „Spen. Ztg.", mehrseitigem guten Vernehmen nach, den Stand der handelspolitischen Frage zwischen genannten Staaten dahin bezeichnen zu können, daß, wenn es auch in Wien an der Geneigtheit zu einer definitiven Regulirung der deutschen Handelsverhältnisse so wenig fehlen mag, als diese ganz entschieden in Berlin vorhanden ist, wie die bekannten diplomatischen Schriftstücke evident beweisen, ein Zustandekommen gegenseitiger Verständigung erst dann erwartet werden darf, wenn man an der Donau von den politischen Rücksichten absieht, welche dort bisher maßgebend gewesen sind. Preußen, sagt das genannte Blatt, kann auf dem aus der Handelsfrage selbst sich ergebenden Wege nur um so mehr beharren, als es vom Zollverein im ganzen Verlauf seines Bestehens nicht den geringsten politischen Vortheil gehabt hat, und die letzten Jahre liefern vor Aller Augen den Beweis, wie wenig es sich der politischen Sympathien seiner handelspolitischen Vereinsgenossen zu erfreuen hatte. Im Gegentheil haben diese mit wenigen Ausnahmen gerade die Politik des Wiener Cabinets getheilt und sich durch keine andere Rücksicht beirren lassen, auf diesem Wege zu verharren. Da nun Preußen auf die Erneuerung der Zollvereinsverträge politische Hoffnungen niemals gebaut hat, noch bauen wird, so bleibt ihm selbstredend nur der Vorzug der materiellen Gesichtspunkte übrig, von denen es sich bei seinen bisherigen handelspolitischen Vorschlägen und Handlungen leiten ließ. Daß Oesterreich sich auf gleichen Standpunkt stelle, wird hier, wo man eine Verständigung nicht minder lebhaft wünscht, als in Oesterreich, als die unerläßliche Bedingung der Einigung betrachtet, und letztere gewiß nicht früher erzielt werden können, als wenn von beiden Seiten mit gleichmäßigen Factoren gerechnet wird.

ƒ **Köln**, 28. Nov. Der Notariatscandidat Bermbach, der wegen der Correspondenz mit Marx verhaftet wurde, ist gestern wieder in Freiheit gesetzt worden.

⁂ **Aus Posen**, 28. Nov., wird uns gemeldet: Die über die gegenseitigen Beziehungen Oesterreichs und Preußens in der Regel gut unterrichtete, in Krakau herauskommende polnische Zeitung „Czas", enthält in ihrer neuesten Nummer einen Correspondenzartikel über den gegenwärtigen Stand der deutschen Zollangelegenheit, welcher der Wahrheit vielleicht nahe kommen dürfte. Derselbe lautet: „So wenig auch über den Inhalt der gegenwärtig zwischen Preußen und Oesterreich in der Zollangelegenheit geführten Unterhandlungen in der Oeffentlichkeit verlautet, so steht doch so viel fest, daß diese Unterhandlungen wirklich stattfinden, obwohl sie sehr geheim gehalten werden. Es wird nicht lange dauern, so wird das Resultat derselben bekannt sein. Was wird herauskommen? Es wird weder zu einer allgemeinen Zolleinigung, mit Oesterreich an der Spitze, noch zu einem erneuerten Zollverein, mit Preußen an der Spitze, kommen, sondern zu einem Zoll- und Handelstractat zwischen Oesterreich und seinen Verbündeten auf der einen, und Preußen und seinen Verbündeten auf der andern Seite. Was für politische Folgen eine solche Wendung der Dinge für Deutschland haben wird, ist unschwer vorherzusagen: Deutschland befindet sich auf dem geraden Weg zum Dualismus. Die Einheit Deutschlands, in welcher Form sie auch erstrebt werde, bedeutet den Krieg; der österreichisch-preußische Dualismus den Frieden, oder die einzig mögliche Einheit des Handelns nach innen wie nach außen. Die übrigen Staaten spielen eine mehr oder minder untergeordnete Rolle und müssen sich am Ende gern oder ungern fügen. Eine dritte Gruppe von Staaten, etwa nach Art des früheren Rheinbundes, ist nur in dem Fall denkbar, daß die alte napoleonische Politik sich etwa erneuern sollte, wozu jedoch vor der Hand noch keine Aussichten vorhanden sind." — Die hier in den jüngst verflossenen Tagen stattgehabten Gemeinderathswahlen haben ein unerwartetes, für die Deutschen unerfreuliches Resultat gehabt: die Polen und Juden haben ein Compromiß geschlossen, und die Deutschen haben eine Niederlage erlitten. Wir verbanken dies Resultat den Parteispaltungen, indem eine Coalition mit den Juden, die hier ein Drittel der Bevölkerung ausmachen und gewiß das halbe Vermögen der Stadt repräsentiren, von den Führern der deutschen Ultras verschmäht worden sein soll.

Württemberg. Im „Schwäb. Merkur" gibt der neue Consistorialpräsident Köstlin folgende Erklärung ab: „Der „Beobachter" erwähnt eines umgehenden Gerüchts, daß ich wegen Theilnahme an der Schoderschen Leichenbegleitung zur Verantwortung gezogen worden sei. Dieses Gerücht ist in doppelter Beziehung unrichtig, da ich weder zu der gedachten Leichenbegleitung gehörte, noch irgend jemand wegen meiner Anwesenheit auf dem Kirchhof während der Rede des Herrn Antsberan Gerock Veranlwortung von mir gefordert hat. Stuttgart, den 26. Nov. 1852. Consistorialpräsident Köstlin."

Freiburg, 26. Nov. Gestern wurden aus dem Arbeitshause Bruchsal gegen 70 Mann Arbeitshausgefangene in die Strafanstalt hierher verbracht. Wie man hört, ist der vor einigen Jahren angefahrte Neubau zur Arbeitshausstrafanstalt bestimmt und es dürfte der Gefangenenstand das hiesigen Zuchts und Arbeitshauses fernerhin immer gegen 400 Mann betragen. (Fr. J.)

Schweiz.

⊙ **Bern**, 19. Nov. So viele Gegner auch das Centralisationssystem in der Schweiz hat, darüber ist man doch einverstanden, daß die jetzige Einheit im Münzwesen eine große Wohlthat ist. Die eben verösfentlichte Zusammenstellung über die zur Einschmelzung gekommen alten schweizerischen Münzen zeigt recht deutlich, welches bunte Durcheinander die 25 früher in der Eidgenossenschaft geprägten Münzsorten bildeten. — Es ist auffallend, wie sehr die Bevölkerung des Kantons Bern gegen die Eisenbahnen eingenommen ist. Ein mit der Volksstimmung vertrauter Mann versichert, daß wenn man das Volk über die Frage abstimmen ließe, ob es Eisenbahnen wolle oder nicht, sicher ⅔, dieselben sich dagegen aussprechen würden. — Die Radicalen besuchen die Sitzungen unsers großen Raths so nachlässig, daß ihr Blatt, die „Berner Ztg." droht, die Namen derjenigen, welche mit Hintansetzung ihrer Pflicht, die Sitzungen einmal wieder nicht zu besuchen oder sich nur selten in denselben sehen lassen, zu veröffentlichen.

Aus der Schweiz, 28. Nov. General Dufour verweilt neuerdings in Eisenbahnangelegenheiten in Paris, wo sich die bedeutendsten Häuser, namentlich auch Rothschild, für die schweizerischen Projecte interessiren sollen. — Für den bequemen Vergnügungsdes Julier, in den rhätischen Alpen, wird der Bau einer „Pferdeeisenbahn" in Vorschlag gebracht. — In Altdorf, im Kanton Uri, ist ein Falschbriefer (Schriftfälscher) in contumaciam zu halbstündigem Pranger, Ausweisen und lebenslänglicher Kettenstrafe verurtheilt worden. — In Genf ist ihre Thüre zum Staatsrathspräsidenten ernannt worden. — Zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die der Heirat zwischen schweizerischen und britischen Angehörigen entgegenstehen, wünscht eine englische Note, daß die Kantone auf die Beibringung der Bescheinigung der Promulgation, Tauf-, Communions- und Leumundszeugnisse, so wie der Einwilligung der englischen Regierung, verzichten, und zwar um so mehr, als diese Formalitäten zwecklos sind, indem diejenigen Brautleut, welche Zeit und Geldmittel haben, auch ohne dieselben vor der englischen Gesandtschaft oder einem englischen Consulate getraut werden. Dagegen wird die Ertheilung abgegeben, daß die in der Schweiz gültig erklärten Ehen auch in England gültig seien, und daß daher die Frauen und Descendenten aus solchen Ehen jederzeit in England als Bürger anerkannt und aufgenommen werden. — Wie die Zeitung „Impartial" meldet, hat man dieser Tage in La-Chaux-de-Fonds Haselstauden angetroffen, die auf dem Punkt zu blühen waren. Man darf sich also nicht wundern, wenn in Lausanne die Veilchen und in Zürich und Liestal die Erdbeeren blühen und reifen.

X Von der Aar, 27. Nov. Die Berner Regierung hat die von Neuenburg, Waadt, Freiburg und Solothurn zu Conferenzen eingeladen, um die Anträge des englischen Handelshauses Fox und Henderson bezüglich der Entsumpfung des Seelandes zu berathen. — Der Freiburger große Rath hat vor seiner Vertagung die v. d. Weydtsche Petition für Generalamnestie dem Staatsrath zum Gutachten überwiesen, was einer Verwerfung ähnlich sieht. — Aus Paris vernehmen wir, daß den dort wohnenden Schweizern nicht gestattet wurde, das Grütlifest (17. November) gemeinschaftlich zu begehen; es fanden daher mehrere kleinere Bankette von 12 bis 16 Personen statt.

Frankreich.

Paris, 28. Nov. Es ist jetzt definitiv entschieden, daß die Deputirten des gesetzgebenden Körpers am Abend des 1. December das Resultat der Abstimmung feierlich nach Saint-Cloud überbringen werden, und daß Prinz Ludwig Napoleon am 2. December nach Paris kommt, um in den Tuilerien die drei großen Staatscorporationen zu empfangen, wo dann die Proclamation des Kaiserreichs erfolgen wird. Man ist natürlich auf die letzte Rede des Prinz-Präsidenten in Saint-Cloud und auf die erste des neuen Kaisers in Paris sehr gespannt. In den diplomatischen Kreisen ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß in der Notification an die auswärtigen Mächte der Titel Napoleon III. nicht gebraucht werden wird. Diese Notification wird am 2. December von hier abgehen und soll in einigen Fällen die Ueberreichung derselben durch Specialgesandte erfolgen. Vor dem großen Augenblick, welcher herannaht, verliert die Gegenwart vollständig ihr Interesse. Ich wüßte deßhalb auch heute kaum noch etwas zu berichten.

Großbritannien.

‖ **London**, 27. Nov. In der gestrigen Sitzung des Hauses der Lords erklärte der Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten, Graf Malmesbury, auf eine Interpellation des Lord Wharncliffe, daß die nordamerikanische Fischereifrage die Aufmerksamkeit der Regierung seit fünf Monaten beschäftige. Das Mißverständniß rühre weder von den, den königlichen Flottenoffizieren der dortigen Station ertheilten Befehlen, noch von einer neuen, von der Regierung Ihrer Majestät ausgegangenen Auslegung der Verträge von 1818 her. Die Veranlassung des Mißverständnisses möge sein, welche sie wolle, so habe die in der Zusammensetzung des englischen Geschwaders in jenen Gewässern eingetretene Veränderung nur eine größere Wirkungsfähigkeit der mit dem Schutz der britischen Interessen betrauten Station bezweckt; es handle sich hier lediglich um einen administrativen Gegenstand, denn die Anzahl der Kanonen jener Flotille sei eher vermindert als vermehrt. Die amerikanische Regierung sei vorher von den Absichten Englands unterrichtet worden. (Hört!) Die Unterhandlungen befänden sich heute auf einem Standpunkt, daß der Minister sich gezwungen sehe, die Vorlage der bezüglichen Actenstücke und Correspondenzen zu verweigern. Um es kurz zu sagen, so nähmen die Unterhandlungen erst ihren Anfang. Webster sei noch vor seinem Tod bereitwilligst auf den Vorschlag des britischen Cabinets eingegangen, Unterhandlungen auf einer breiteren Grundlage zu eröffnen, die nicht allein die Fischereifrage, sondern Alles, was auf den Verkehr Englands mit Canada und seinen übrigen Colonien Bezug habe, umfassen werde. Seit seinem ersten Schreiben habe dieser Staatsmann ununterbrochen in dem versöhnlichsten Geist gehandelt und noch kurze Zeit vor seinem Hinscheiden den sehnlichen Wunsch ausgesprochen, daß England und Amerika fortwährend in den freundlichsten Beziehungen verbleiben möchten. Sein Hingang sei für England schwer zu beklagen, zumal heute, wo er die Unterhandlungen der Verhandlungen herbeigeführt habe. Der Minister habe bis jetzt noch keine amtliche Kenntniß von der Ernennung seines Nachfolgers erhalten. Vom Präsidenten Fillmore seien ihm die wärmsten Versicherungen guter Gesinnung gegen England geworden und mit Ausnahme des ersten Briefs, welchen Webster während seines leidenden Zustandes in einem Augenblick der Aufregung geschrieben, hätten die Vereinigten Staaten immer den Wunsch kundgegeben, ihre Angelegenheiten mit England auf freundlichem Weg zu schlichten. Zu gegigneter Zeit werde er mit Vergnügen die verlangten Actenstücke auf den Tisch des Hauses niederlegen; heute glaube er sich dies versagen zu müssen. — Die Lords nahmen diese Erklärung mit Befriedigung auf und vertagten sich dann bis morgen.

Im Hause der Gemeinen wurde die gestern abgebrochene Debatte wieder aufgenommen. Auf die Anfrage Lord John Russells, wann der Schaplangler dem Hause seine Finanzvorlage zu machen gedenke, erwiderte Disraeli, er hoffe, daß die Verhandlungen über Villiers Motion heute zum Abschluß gedehnen; der Montag sei schon von andern wichtigen Gegenständen in Anspruch genommen; wahrscheinlich in acht Tagen werde er seinen Entwurf vorlegen können. Auf einige Bemerkungen Ricardo's erwidert der Schaplangler, er habe sein Amendement zum Adreß von dem Hause zurückgezogen, weil dieses dem Amendement des Lord Palmerston den Vorzug gegeben. Auf eine Interpellation antwortet der Unterstaatssecretär Lord Stanley, Sir Henry Bulwer habe sich in Eduard Murray's Angelegenheit nach Rom begeben. Während seines Aufenthalts in der heiligen Stadt habe der ehrenwerthe Baronnet mit Mitgliedern der päpstlichen Regierung über andere, das Land interessirende Fragen einige Conferenzen gepflogen. Da dieselben confidentiell gewesen, so glaube er das Ergebniß derselben dem Hause nicht mittheilen zu sollen. Auf Lord Dudley Stuarts Anfrage erwidert Lord Stanley, Murray's Leben sei gesichert; die päpstliche Curie habe die Todesstrafe in ewige Verbannung umgewandelt. Hierauf wurde die handelspolitische Debatte fortgesetzt; sie dauert bis 2 Uhr nach Mitternacht. Die Redner zerfallen in zwei deutlich geschiedene Gruppen. Die eine fährt fort, zu behaupten, Villiers ursprünglicher Antrag sei für die Regierung beleidigend, ohne den Freihandel vollständiger anzuerkennen, als die von Palmerston vorgeschlagene Resolution. Die zweite Gruppe sieht in der Originalmotion nichts Beleidigendes „für die Herren auf der Ministerbank", dagegen in Palmerstons Antrag ein Lob, durch das Derby Disraeli der Freihandel hinaus und die Entschädigungsfrage herumschmuggeln versucht werden könnten. Milner Gibson gehört zu der letzteren Gruppe, und spricht der Regierung — nach allem was sie bis jetzt gethan — das Recht ab, einen Antrag in dieser Sphäre zu stellen, oder die Beleidigten in einer Angelegenheit zu spielen, wo höhere Rücksichten als die persönlicher Gefühle vorwalten. — Herbert erklärt, zwischen Villiers und Disraeli allein gestellt, würde er unbedingt für Ersteren stimmen. Letzterer habe wohl schwerlich seine Ansichten geändert, habe wohl nie dauernd an das Princip des Schutzzolles geglaubt. Anders stehe es freilich mit mehreren seiner Collegen. Es sei jetzt an der Zeit, ihren Irrthum einzugestehen; damit werde jedes Mißtrauen, jeder Tadel der Vergangenheit begraben. Das Ministerium an

gewisse Principien binden wollen, halte er für vergebene Mühe. Wer sich nicht selbst durchs Wort gebunden halte, sei nimmermehr zu binden. Er stimme daher für Lord Palmerstons Vorschlag und möge das Haus nie aufhören, auf die Schritte der Regierung ein wachsames Auge zu haben. Drummond hält die Debatte in der Richtung, die sie zuletzt genommen, keines Wortes werth. Muntz, obwohl einer der alten Freihändler, kommt auf sein Steckenpferd (die Nachtheile der legalen Goldwährung) zurück, und meint, England habe seinen jetzigen Blüthezustand den Goldzufuhren und der Ausmünzerung, die als Folge davon sich eingestellt, zu danken. Der Marquis v. Granby geht als unbedingter Schutzzöllner noch weiter und leugnet, daß das Land jetzt besser stehe, als zur Zeit der hohen Kornzölle. Aehnliches sagt Oberst Sibthorp, der nebenbei behauptet, die große Ausstellung, das Werk des Freihandels, habe London verpestet. Sir James Graham erklärt sich, trotzdem er Villiers' Motion Wort für Wort unterschreiben wolle, immer für Palmerston, weil er überzeugt ist, daß auch der sei. Peel diesen ausschweifenden Weg eingeschlagen hätte. Lord John Russell findet in den beiden Motionen keinen wesentlichen Unterschied, aber es wäre schon deßhalb pöbelhaft, für Villiers' als die Originalmotion zu stimmen. Eine Belehrung in der Fassung habe nur Disraeli herausgefühlt. Die Behauptung des Letztern, er habe den Freihandel nie angegriffen, sei sehr genial, leider aber — nicht wahr. Der edle Lord will aber der Versöhnung halber doch für den Compromiß stimmen. Walpole spielt die Frage auf das zweite Lieblingsthema des Cabinets hinüber, daß es nämlich nicht seiner protectionistischen, sondern seiner conservativen Grundsätze wegen ins Amt gerufen worden. Im Verlauf seiner Rede drutet er (im Gegensatze zu Disraeli) darauf hin, daß von einer Entschädigung nicht die Rede sein werde. Cobden spricht mit ungewöhnlicher Heftigkeit und hält den Gegnern ein langes Sündenregister vor, das zu sehr gereizten Unterbrechungen Veranlassung gibt. Gladstone sucht die Freihändler zu beruhigen, indem er Lord Palmerstons Motion als für das Ministerium bindend schildert. Es kommt endlich zur Abstimmung. Die Motion Villiers' fällt mit 256 gegen 336 Stimmen, für Palmerstons Amendement stimmen 468, dagegen 53 — Majorität 415.

Mit Ausnahme des Schatzkanzlers, der an einem Anfall der Grippe leidet, haben sich heute früh alle Minister nach Windsor begeben, um daselbst einer Geheimerathssitzung unter dem Präsidium der Königin beizuwohnen.

Dänemark.

* Die „Augsburger Allgemeine Zeitung" bringt den authentischen französischen Text des mehrerwähnten Warschauer Protocolls über die dänische Thronfolge. Mit Uebergehung der Erwägungsgründe geben wir nachfolgend die Feststellungen desselben in deutscher Uebertragung:

Nach reiflicher Erwägung aller einschlägigen Fragen haben die Unterzeichneten unter ausdrücklichem Vorbehalt der hohen Genehmigung ihrer resp. Souveräne folgende Punkte zum Ein festgestellt und im gegenwärtigen Protocoll niedergelegt: 1) Das Ziel, welches man sich im Interesse des Friedens des Nordens sowohl als in dem innern Frieden des erlauchten oldenburgischen Hauses vorstreckt, nämlich die Erhaltung der Ganzheit (Integrität) der dänischen Monarchie, kann nur erreicht werden mittelst einer Combination, welche die alleinige männliche Nachkommenschaft mit Ausschluß der Frauen in der Gesammtheit der gegenwärtig unter dem Scepter Sr. Maj. des Königs von Dänemark vereinigten Staaten zur Thronfolge berufe. 2) Die männliche Nachkommenschaft des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und seiner Gattin, der Frau Prinzessin Luise von Hessen, vereinigt in sich die Erbrechte, welche beim Erlöschen der gegenwärtig in Dänemark herrschenden männlichen Linie ihr kraft der Verzichte Ihrer königlichen Hoheit der Frau Landgräfin Charlotte von Hessen, ihres Sohnes des Herrn Prinzen Friedrich von Hessen und ihrer Tochter der Frau Prinzessin Marie von Anhalt-Dessau zufallen. 3) Um fernerlei die aus diesen Verzichten sich ergebenden Rechtsansprüche zu vervollständigen und so eine Combination herbeizuführen, welche für die Erhaltung der dänischen Monarchie in ihrer Ganzheit von so hohem Interesse wäre, würde Se. Maj. der Kaiser aller Reußen, als Oberhaupt des ältern Zweiges von Holstein-Gottorp bereit sein, auf die ihm zustehenden eventuellen Rechte zu Gunsten des Herrn Prinzen Christian von Glücksburg und seiner männlichen Nachkommenschaft zu verzichten. Dabei wird jedoch vorausgesetzt: daß die eventuellen Rechte der beiden jüngern Linien von Holstein-Gottorp ausdrücklich vorbehalten würden; daß diejenigen, welche das erlauchte Oberhaupt der ältern Linie für sich und seine männliche Nachkommenschaft zu Gunsten des Prinzen Christian von Glücksburg und seiner männlichen Nachkommenschaft aufgeben würde, in dem kaiserlich russischen Hause zu dem Zeitpunkt wieder aufleben würde, wo das Gott verhüten möge, die männliche Nachkommenschaft dieses Prinzen erlöschen sollte; daß, da der Verzicht Sr. Maj. des Kaisers hauptsächlich den Zweck hätte, eine Combination zu erleichtern, welche die Interessen der Monarchie erfordern, das Anerbieten eines solchen Verzichts aufhören würde, verbindlich zu sein, wenn die Combination selbst nicht zu Stande kommen sollte. 4) In Folge der Erwägungen, welche die obigen §§ 2 und 3 auswürfen, würde der Herr Prinz Christian von Glücksburg in Verbindung mit seiner Frau Prinzessin Gemahlin und bei ihrem Abgang die männliche Nachkommenschaft Ihrer Hoheiten mehr als irgend ein Zweig Rechtsansprüche (des titres) haben, welche sie geeignet machen, eintretenden Falles in den gegenwärtig unter dem Scepter Sr. dänischen Majestät vereinigten Staaten zu succediren Demgemäß sind die beiden Höfe von Kopenhagen und St. Petersburg übereingekommen, daß Se. Maj. der König von Dänemark den Prinzen und die Prinzessin von Glücksburg gemeinschaftlich als muthmaßliche Erben seiner Krone für den Fall, daß der Mannsstamm der gegenwärtig herrschenden Dynastie erlöschen sollte, bestätigt; daß Se. Majestät den Dänemark befreundeten Mächten seinen Entschluß kund gebe; daß, falls zur Sicherung des vollständigen Gelingens dieser Combination noch andere Verzichte zweckdienlich und wünschbar sein sollten, Se. dänischen Majestät zukommen würde, die Schadloshaltungen auf sich zu nehmen, auf welche gerechte und billige Rechtsansprüche zuerkannt werden möchten; endlich, daß die Verhandlungen, welche erforderlich sind, um den Vereinbarungen, kraft welcher der Prinz und die Prinzessin von Glücksburg als muthmaßliche Thronfolger von Dänemark werden anerkannt werden, den Charakter eines europäischen Abkommens zu verleihen, in London stattfinden sollen. Die Unterzeichneten behalten sich vor, gegenwärtiges Protocoll ihren ertauchten Souveränen zu unterbreiten, und deren hohe Genehmigung für die Feststellungen, die es enthält, nachzusuchen. Warschau, 24. Mai (5. Juni) 1851. (Sig.) Reedy. Nesselrode. Meyendorff.

Portugal.

Lissabon, 20. Nov. Die Bankfrage soll der Ausgleichung nahe sein. Auf die Postreform hat die portugiesische Regierung einige andere populäre Decrete folgen lassen, welche die öffentlichen Kornspeicher und die Fischereien betreffen. Ebenso ist die Verschiffung von Waaren aus einem portugiesischen Hafen in den andern erleichtert worden. Ohne Zweifel werden diese Decrete der Regierung bei den jetzigen Wahlen sehr zu statten kommen.

Asien.

* **Bombay**, 3. Nov. Prome ist am 9. October von den Engländern nach zweistündiger Kanonade genommen worden. Die Birmanen, 6000 Mann stark, haben sich auf 6 Meilen zurückgezogen. General Godwin ist nach Rangun zurückgekehrt; er ließ General Cheape als Corpscommandanten zu Prome zurück. Ein birmanischer Schatzmeister ist gefangen genommen worden. Admiral Austin ist auf der Fahrt von Prome nach Rangun an der Cholera gestorben.

Handel und Industrie.

*** **Magdeburg**, 25. Nov. Unser bisheriger Eisen- und Zwischenhandel geht bei der großartigen Entwickelung, welche der Eisenbahnverkehr in den letzten Jahren genommen hat, mehr und mehr in bloße Spedition über, und auch diese wird von den Eisenbahnverwaltungen unmittelbar besorgt. Um die dem Handelsstande hierdurch geschlagenen Wunden zu heilen, bedürfte es einer weitern und bedeutenderen Herabsetzung der Eisölle seitens der Eisenbahnen.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Basel, 28. Nov. Die badische Eisenbahn von Haltingen bis hierher ist nun abgetheilt und soll dabei der badische Oberbaurath von seiner hohen Regierung den freundnachbarlichen Auftrag gehabt haben, seinen Plan möglichst (wegen dem Bahnhof ꝛc.) den Wünschen der hiesigen Bürgerschaft gemäß, zu entwerfen. Kleine-Basel wird jedenfalls in Folge dieser Arbeiten bedeutende Verschönerungen erhalten. Die Fortsetzung der Bahn rheinaufwärts wird aber schwerlich sehr bald in Ausführung kommen.

Telegraphische Coursberichte.

Amsterdam, 28. Nov. 2½ pCt. Integr. 63¹¹/₁₆. — 4pCt. Certifc. 95¹/₄. — 3½ pCt. Spnd. —. — 4pCt. Russ. fel. Hope 91¹/₂. — 4pCt. Russ. fel. Stieglitz 91¹/₁₆. — 3pCt. Spanische inl. 44⁹/₁₆. — 1pCt. do. Neue 24¹/₁₆. — 5pCt. Silber-Metall. 91. — 5pCt. Metall. 77¹/₈. — 2½ pCt. do. 40¹/₁₆. (Spnd.)

Paris, 29. Nov. 4½ pCt. Rente 106, 75. — 3pCt. do. 84, 75. — 5pCt. Piemont 100, 50. — 3pCt. Span. 45³/₄. — 1pCt. do. 21¹/₄. (Spnd.)

London, 29. Nov. 3pCt. Stocks 101¹/₄. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 25. — 5pCt. Hambro 93⁷/₈. (Spnd.)

Madrid, 24. Nov. 3pCt. 46¹/₄. — 1pCt. Neue 25. (Spnd.)

Antwerpen, 29. Nov. 5pCt. Belgische 100. — 2½ pCt. do. 57¹¹/₁₆. — 3pCt. Span. 45¹/₄. — 1pCt. do. 24¹/₁₆. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Knischett.

[2666] **Weinversteigerung.**

Mittwoch den 8. December. Nachmittags 3 Uhr, werden auf freiwilliges Ansuchen nachverzeichnete Weine, als:

4 Stück 1848er Hahnheimer,
6 Stück 1848er Bodenheimer, und
9 Stück 1848er Dürkheimer

in dem Keller der Besitzung der ehemaligen Briefpost auf dem Graben Nr. 4 neu öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Die Proben werden Montag den 6 und Dienstag den 7. December Vormittags von 10—12 und Nachmittags von 3—6 Uhr an den Fässern verabreicht; wer solche früher zu probiren wünscht, beliebe sich an Herrn Kellermeister Eckhardt in der Graubengasse zu wenden.

Bezuggelt ultimo Februar 1853.

C. Belschner, Auktuser.

[2666] **Gräflich Karl zu Eltz'sche Anlehe**
von fl. 270,000 im fl. 24 Fuße, d. d. Eltville, den 28. September 1844 betreffend.

Vermöge der uns zugegangenen Anzeige werden die am 7. August 1850 verlosten durch uns negocirten Gräflich Karl zu Eltz'schen Partial-Obligationen

Lit. A. Nr. 93 zu fl. 1000.
Lit. B. Nr. 274 zu fl. 500.

pro 1. November 1854 rückzahlbar, in Folge des obligationsmäßigen früheren Heimzahlungsrechtes auf den 1. März 1853 zur Rückzahlung gekündigt, von welchem Termine an eine weitere Verzinsung aufhört. **Frankfurt a. M., den 25. November 1852.**

Philipp Nicolaus Schmidt.
Feist Emden & Sohn.

Fränkel
ist mit Mecklenburger Reit- und Wagenpferden im „gelben Hirsch". [2626]

[2681] Edictal-Citation.

Nachdem sich das unterzeichnete Königl. Sächsische Stadtgericht veranlaßt gefunden hat, wegen eines hierher vorgekommenen Formfehlers die in den hierseitigen zum Vermögen

a) des angeheirateten Kaufmanns Carl Heinrich Welthaas,
b) des Kaufmanns Christian Friedrich Klug, und
c) des Kaufmanns Julius Otto Rücker, anhängigen Concursprocessen, sowie
d) zu Beseitigung bei den bekannten Gläubigern über das Nachlaßvermögen des verstorbenen Band- und Juwirnfabrikanten Carl Gottlieb Heinrich

bereits getroffenen Vergleichs am 12. December 1851 und 29. Januar 1852, Nr. 53 und 132, sowie No. 59, 82 und 145 der Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung, erlassenen Edictalien zu ressiren und mit anderweiter Vorladung der betheiligten Interessenten, die sich indessen auf die in Folge der früheren Edictal-Citation bereits angemeldeten Gläubiger nicht zu erstrecken hat, zu verfahren, in dessen Gemäßheit aber nunmehr, sowie zugleich

e) in dem ebenfalls hier eröffneten Concurse zu dem Vermögen der in Zwickau mit einem Stückgenhandel etablirt gewesenen Friseurin Sophie verehelichte Nagel

der 30. April 1853

zum Liquidationstermin anberaumt worden ist, so werden mit Ausnahme der vorbezeichneten Interessenten — „zu a. b. c. e." — alle bekannten und unbekannten Gläubiger der eingangsgedachten Gemeinschuldner, zu d. aber alle noch unbekannten Heinrich'schen Creditoren, ingleichen alle Diejenigen, welche aus irgend einem Rechtsgrunde sonst Ansprüche an die Massen unter a. b. c. d. c. zu haben vermeinen, vorgeladen, hierzu persönlich oder durch Anwälte, die mit ausreichenden und vom Auslande amtlich, gerichtlich anerkannten Vollmachten versehen sein müssen, an diesiger Gerichtsstelle zu erscheinen, ihre Forderungen und Ansprüche unter der Verwarnung, daß sie damit ausgeschlossen von dem betreffenden Concurse und Nachlaßschuldenwesen für ausgeschlossen und der ihnen etwa zustehenden Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand für verlustig werden erachtet werden, gehörig anzumelden und zu bescheinigen; was die Heinrich'schen Gläubiger unter d. anlangt, über den Beitritt zu dem geschlossenen Vergleiche sich zu erklären, wenn es bei solchem aber nicht bewenden sollte, gleich den übrigen mit den bestellten Contradictoren und zu nöthig, der Priorität halber unter sich rechtlich zu verfahren und zu beschließen, hierauf sich

den 18. Juni 1853

der Publication eines Präclusivbescheides und

den 4. Juli 1853

der Acteninvotination, sowie endlich

den 30. Juli 1853

der Eröffnung eines Locationsconferenzinsses, welches wie der Präclusivbescheid rücksichtlich der Außengebliebenen Pflugk XII. Thr für publicirt wird zu den Acten genommen werden, oder weiterer Meisung gewärtig zu sein.

Dresden, den 17. November 1852.

Königlich Sächsisches Stadtgericht,
Abtheilung für Civilsachen.
Burckhardt.
Starke, Act.

[2681] Bekanntmachung.

Die nachbeschriebene männliche Leiche ist am 21. M. aus dem Maine unterhalb der Stadt gelandet worden.

Es wird um Auskunft über den Namen und die Heimath des Verstorbenen gebeten.

Frankfurt a. M., den 27. November 1852.

Polizei-Amt.

Beschreibung der Leiche:

Alter: 35—40 Jahre,
Größe: 5' 4" rheinisch,
Kopfhaare: schlicht, dunkelblond, Scheitel und Vorderkopf kahl,
Stirne: hoch und breit,
Augenbrauen: dunkelblond, flach,
Augen: braun,
Nase: klein und stumpf,
Mund: geschlossen,
Schnurrbart: röthlich, struppig,
Backenbart: blond, rasirt,
Zähne: schön und vollzählig,
Gesicht: voll und rund,
Statur: kräftig,
Besondere Kennzeichen: Geschwüre an dem linken Unterschenkel; hat wahrscheinlich mit diesem Fuße gehinkt.

Beschreibung der Kleider:

Braunen Tuchoberrock mit schwarzem Futter, graue Drill-Ober- und Unterhosen, leverne Stiefel mit Knöpfchen,
Schirtingbrust ohne Zeichen; ein baumwollenes, carirtes, braun, weiß und rothes Backtuch, C. Z. gezeichnet; baumwollene Halsbinde, blau mit weißen Streifen; grauer Gürtel mit elfenbeiner Schnalle.

Cours der Staats-Papiere. 30. November 1852. (Schluss der Börse.)

		Per compt.				Per compt.
Oesterreich	5% M. (C.I.3.8. Rothsch)	94½	G.	Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34½ bez.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B	94½	G.	»	Prinz.-Wilhs.-Nordb.	48½ G.
»	5% do. v. J. 1852 L. a. 121	94¼	bez.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	101½ P. ½ G.
»	5% L. V. (C. b. Rothsch)	90, ¼-⅛, ⅛ bez. u. G.		»	4% ditto b. Rothsch.	98⅜ P.
»	5% do. Monte C. 18.1. M.	85 P. 84¾ G.		»	3½% ditto b. Rothsch.	93⅛ G.
»	Bank-Actien . .	1376 P. 71 G.		»	3. Thlr. Loose . . .	30⅜ P. ½ G.
»	5% Metalliq. Oblig.	80⅝ etw. 81 bez. 80⅜ G.		»	2. 35 Loose . . .	31¼ P. ½ G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	80⅞ G.	Nassau .		4% Oblig. b. Rothsch.	103¼ G.
»	5% ditto 1852	80⅞ P. ⅝ G.	»		4% ditto	99⅝ P.
»	4½% ditto	72, ½ bez. 72 G.	»		3½% ditto	91½ P. 91 G.
»	4% ditto	64½	»		3. 35 Loose . . .	28¾ P. ⅜ G.
»	3% ditto	48 P.	Frankfurt		3½% Oblig. v. 1849	94⅜ P. ⅛ G.
»	2½% ditto	41¼ G.	»		3½% » v. 1846	94 P. 93⅜ G.
»	2½% ditto	41⅛ G.	»		3½% » v.	85½ P.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	117⅜ G.	»		Eisenbahnaktien.	302 P. 300 G.
»	fl. 500 » ditto	192 G.	Russland		4½% Obl. b. Baring	102¼ P.
»	4½% Oblig. h. Rothsch.	89½ P. ½ G.	»		4% Obl. b. Hope & S.	92¼ P.
»	4% » »	80½ P. ½ G.	»		4% » b. Riegelitz & »	91¼ G.
Preussen .	3½% Staatsschuld.	93⅞ P.	Polen .		4% Oblig. de fl. 500	91⅝ G.
»	Cöln-Mind. R.-Actien	114 G.	Spanien		3% Inl. Sch. ½ P. 2.2.50	45 bez. 44⅞ G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅛ P.	»		4% Neue » »	24, ⅛, 11/16 bez. u. G.
»	4½% ditto	100⅞ G.	Holland.		4% Certificate . .	95⅝ G.
»	4% ditto	96¼ P. ⅛ G.	»		2½% Syndicate .	54½ P. 54 G.
»	4% Ablös.-Rente .	96⅛ P. ⅛ G.	»		2½% Integrale .	63⅜ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	82 P.	Belgien		5% Inl. L. à fl. 15 b. R.	99⅜ P.
»	Ludwigsb.-Bexbach.	100 bez. u. G.	»		4½% Obl. m. P. à 28 fl.	99⅛ G.
»	5% Prioril.-Oblig.	103 G.	»		4% Obl. in Fr. à 25 kr.	95 G.
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅛ G.	»		2½% Obl. b. Rothsch.	58 G.
»	3½% ditto	90½ P. ⅛ G.	Sardinien		5% Obl. b. Rothsch.	99 P.
Baden . .	5% Obligationen .	102⅜ G.	»		3% Obl. b. Hambro	96½ P. 95⅝ G.
»	4½% Obligationen	102⅛ G.	»		Sardinische Loose .	42 G.
»	3½% v. 1842 . . .	91¼ P. 91 bez. u. G.	Toscana		5% Obl. 1850 (C.h. Golds.)	101 P. 100⅝ G.
»	3. 50 Loose v. 1840	66½ P. ½ G.	»		5% fl. 1851. b. Bastogi (dc.)	97¼ G.
»	3. 35 Loose v. 1845	58½ P. 58 bez. u. G.	Mexerika		6% Stücke Holl. à 20.	117¼ P.

Wechsel-Cours.

Den 30. November	Per compt.
Amsterdam .	k. S. 140⅜ B. 140 G.
(100 fl. Crt.)	2M. — —
Augsburg .	k. S. 119⅞ B. 119 G.
(100 fl. Crt.)	2M. — —
Berlin . . .	k. S. 105 B. 104⅞ G.
(60 Thlr.)	2M. — —
Bremen . 150	k. S. 97⅛ B. 97 G.
Rthlr. l. Cour.	2M. — —
Hamburg . .	k. S. 89 B.
(100 Mk. Bc.)	2M. — —
Leipzig . . .	k. S. 105 B. 104⅞ G.
London . . .	k. S. 119⅜ B.
(1 £ Liv. St.)	2M. — —
Lyon	k. S. 94⅜ B.
(300 Fr.)	2M. — —
Mailand . 250	k. S. 100⅜ B.
Lir. Austr.)	3M. — —
Paris	k. S. 94⅜ B. 93⅞ G.
(300 Frk.)	2M. — —
Wien (100 fl.)	k. S. 102¼ G.
in fl. 20 F.)	2M. — —
Disconto . . .	3. B. 3½ G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl. 9 42-43
Fr. Friedrichsd'or .	9 53½-54½
Holl. 10fl. Stücke	9 50-51
Rand-Ducaten . .	5 56½-57½
20 Francsstücke .	9 23½-24½
Engl. Sovereigns .	11 50
Gold al Marco .	352-83
5 Frankenthaler .	2 20¼-21⅛
Preuss. Thaler .	1 45-½
Preuss. Cassa-Sch.	1 44¾-45

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 287. — Mittwoch — den 1. December — 1852.

Der Pränumerationspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereinsgebiet von Frankfurt 9 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des östreichischen Münz- und Postvereins 7 fl. 30 kr. = 4½ Thlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Gesammtländen 3 fl. im 24 fl. Fuß. oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Thlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übrigens das Ausland besorgt Herr C. L. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 20, und in Paris Hrn. Bertes-Lamm 60 Rue de Vaugirard No. 38. Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/3 Bogen) mit Gesetzstempel oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

*) **Frankfurt**, 30. November.

„Mecklenburg besitzt wenigstens das Recht, der katholischen Religionsübung, wieder engere Grenzen zu setzen." Mit diesem Satze, oder, wie ein protestantisches Blatt meint, mit dieser ungeziemenden Drohung schließt die Staatsschrift der mecklenburg-schwerinschen Regierung über ihr Verhalten gegen ihre katholischen Unterthanen. Daß die mecklenburgische Regierung den Willen hat, dies ihr vermeintliches Recht zu üben, haben die letzten Monate gelehrt, daß dies Recht aber eben nur ein vermeintliches ist, und daß im Gegentheile in bester Form abgeschlossene Staatsverträge der mecklenburgischen Regierung die Pflicht auflegen, ihren katholischen Unterthanen mit den protestantischen in kirchlichen wie politischen Dingen die gleichen Rechte und Freiheiten zu gewähren, ist oft und klar genug, namentlich in diesen Blättern, dargethan worden. Die nicht allein in ihren kirchlichen, sondern auch in ihren politischen Rechten gekränkten Mecklenburger haben sich um Abhilfe ihrer Beschwerden an den Bundestag gewendet. Ein Correspondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" aus Norddeutschland freut sich darüber, denn am Bundestage haben die protestantischen Stimmen die Majorität und diese werden nun auch kräftig gegen die Hemmnisse sich erheben, welche dem Princip der Parität entgegen in Oesterreich und Bayern den Evangelischen entgegengesetzt werden und die freie Entwicklung ihrer Kirche hindern. Da ist wenigstens das Princip der Parität, der Gleichberechtigung, anerkannt; auch ein anderes Blatt thut dies, wenn es für die Jesuiten verlangt, was „Juden und Handwerksburschen" nicht verweigert wird. Wenn dasselbe Blatt aber an das traurige Schicksal der Madiai's in Florenz und die einzige gezwungene Auswanderung der tiroler Inclinanten erinnert, so will uns das nicht ganz angemessen erscheinen.

Gewiß, es ist in mehr als einer Hinsicht beklagenswerth, daß es Gesetzgebungen gibt, die, wie in Toscana, das Proselytenmachen mit schweren Kerkerstrafen belegen, oder wie in Schweden nicht allein das Proselytenmachen als ein Criminalverbrechen verfolgen, sondern sogar den Uebertritt vom Protestantismus zum Katholicismus mit Landesverweisung und Entrechtsentziehung bestrafen: aber was hat Toscana, was Schweden mit Deutschland in dieser Frage Gemeinsames? Toscana ist ein rein katholischer, Schweden ein rein protestantischer Staat, und beide sind durch keinerlei dahinzielende Staatsverträge gebunden. Anders im deutschen Bunde. Hier besteht neben solchen bestimmt formulirten und abgeschlossenen Verträgen auch eine auf dieselben sich stützende allgemeine Bundesgesetzgebung und dürfte kaum ein kleiner, geschweige denn ein größerer Bundesstaat zu finden sein, in dem die Regierungen nicht für das Wohl und die Zufriedenheit von Verwandten aller gesetzlich anerkannten christlichen Confessionen zu sorgen hätten.

Es wird hier nicht am unrechten Platze sein, einige Zahlen vorzuführen. In Preußen sind mehr als zwei Fünftel der Einwohner katholisch, in Bayern mehr als ein Viertel protestantisch; in jenem ist das Fürstenhaus mit der Majorität protestantisch, in diesem katholisch. In Baden unter einem protestantischen Fürsten sind zwei Drittel der Bewohner katholisch und nur ein Drittel protestantisch; in Sachsen unter einem katholischen Fürstenhause leben fast nur Protestanten und ist kaum ein Sechzigstel der Bewohner katholisch. In Würtemberg ist ein Drittel, in Oldenburg mehr als ein Drittel, in den beiden Hessen ein Viertel und in Nassau beinahe die Hälfte der Einwohner katholisch. Das sind doch wahrlich Zahlen und Verhältnisse, die Beachtung verdienen.

Daß das deutsche Volk kirchlich gespalten ist, ist ein Unglück, aber nicht das größte. Die Unduldsamkeit, die Unbilligkeit, die Ungerechtigkeit des einen Parts gegen den andern, sie werde von Oben oder von Unten geübt, ist es, was uns hindern ein einiges, starkes und geachtetes Volk zu werden, und deßhalb als unser größtes, als unser einziges Unglück zu beklagen.

Vorwürfe, namentlich nicht ganz ungegründete, zu machen, ist leicht; eben so leicht, sie zu erwidern; nur Schade, daß man über dem Splitter im Auge des Nächsten gewöhnlich den Balken im eigenen Auge nicht sieht.

Wir haben uns gegenseitig viel zu vergeben, viel nachzusehen. Machen wir endlich den Anfang damit! Doch der Anfang ist bereits gemacht. In Oesterreich, in Preußen, in Bayern ꝛc., mit einziger Ausnahme Mecklenburg-Schwerins, sind das religiöse Bekenntniß und der Cultus freigegeben; wenn überall noch einige Mißstände walten, so bedenke man, daß auch Rom nicht an einem Tage gebaut wurde. Man vertraue, man achte sich gegenseitig und lasse nicht immer erst an die Gesahren von Außen sich erinnern, die man zum guten Werke der Einigung scheut. Es ist mehr als zu beklagen, daß das deutsche Volk immer erst der Gefahr, der Erniedrigung durch das Ausland bedarf, um sich durch Einigung stark zu machen.

[·] **Wien**, 27. Nov. Durch das heute veröffentlichte allgemeine Reichsgesetz- und Regierungsblatt werden nachfolgende Zeitungen, laut Verordnung des Ministeriums des Innern und der obersten Polizeibehörde, für amtliche Zeitungen erklärt: 1) „Slovenske nowiny"; 2) die Laibacher und Klagenfurter Zeitungen; 3) die „Gazzetta ufficiale di Venezia"; 4) das „Foglio di Verona"; 5) die „Gazzetta di Milano"; endlich 6) die „Agramer Zeitung" zur deutschen amtlichen Zeitung in den Königreichen Kroatien und Slavonien. — Mittheilungen aus Ofen zufolge wurden in der am 19. d. M. Kattgehabten Ausschußsitzung der Pest-Ofener Tunnelgesellschaft alsbald 50,000 fl. für das Unternehmen subscribirt. Sobald 100,000 fl. unterzeichnet sind, beginnen die Arbeiten. In dieser Sitzung wurden von Seite der Fortification der Gesellschaft die nöthigen Theile der Schloßgärten übergeben, und die Verabfolgung des zu den Arbeiten erforderlichen Pulvers zugesichert, wofür jedoch das k. k. Militär den Tunnel unentgeltlich passiren darf. Die Länge des Tunnels wird 180 Klafter betragen.

△ **Brag**, 27. Nov. Viel Sensation macht in unserer Stadt die Confiscation einer in böhmischer Sprache erscheinenden theologischen Zeitschrift wegen eines Artikels, der Partei nimmt für einen katholischen Ortsgeistlichen in der Königgrätzer Diöcese, der im verflossenen Jahr bei Beerdigung eines Protestanten auf dem Friedhof einer katholischen Gemeinde einen Volkstumult schürte und unterstützte und nun nebst 44 Tumultuanten vor Gericht steht. Der wegen dieser Angelegenheit eingeleitete Proceß, der seit dem 28. October vor dem k. k. Landesgericht in Jiczin verhandelt wird, erlitt vor kurzem durch einen Zwischenfall eine Unterbrechung. Es haben nämlich mehrere Belastungszeugen ihre vor Gericht abgelegten Aussagen widerrufen und sogar die Authenticität der Voruntersuchungsacten in Zweifel gezogen. Dies bewog den Gerichtshof, den Hauptproceß zu prorogiren und erst den Zwischenfall zu verhandeln. Es stellte sich nun heraus, daß die frühere amtliche Procedur vollkommen gesetzgemäß und richtig war, und es wurden jene Zeugen, die sich zum Widerrufen verleiten ließen, zu einer kürzern oder längern Gefängnißstrafe verurtheilt. Seit einigen Tagen ist die Hauptverhandlung abermals im Zug. — Der neuernannte Gouverneur von Krakau, Graf Merandin, ist heute von Prag nach Wien abgereist, um dort seinen Dienseid zu leisten. — Der Privatdocent der Universität in Freiburg (Breisgau), Dr. Mischter, ist zum außerordentlichen Professor der politischen Oekonomie an der hiesigen Hochschule ernannt worden. — Als Curiosum theile ich Ihnen mit, daß in der Gegend von Melnik eine riesige, 170 Pfund schwere Melone reifte, und daß in einem Walde des Jiczíner Kreises eine Eiche gefällt wurde, die 70 Klafter Brennholz lieferte.

§ **Berlin**, 28. Nov. Die Ministerkrisis scheint zu Ende. Der Wille des Monarchen hat über den offenen Zwiespalt in seinem Cabinete für den Augenblick gesiegt, aber doch dauert der Kampf der Principien im Geheimen und auf den mehr unbeachteten Wahlstätten fort. Von beiden Richtungen, die in unserm Ministerium vertreten sind, werden große Anstrengungen zur endlichen Klärung der staatlichen Verhältnisse gemacht. Wir müssen berücksichtigen, daß hinter beiden Richtungen und ihren Vertretern im Cabinete große historische Parteien stehen, Parteien, deren Gegensatz und Kampf seit zwei Jahrhunderten das Leben der preußischen Geschichte ausmacht. Die eine, als deren Repräsentanten wir den Ministerpräsidenten nennen dürfen, ist diejenige, unter deren Einflusse und aus deren Geiste heraus die Organisation des preußischen Staats recht eigentlich gebildet ist. Man bezeichnet sie ganz mit drei Beiwörtern. Sie ist bureaukratisch, protestantisch, absolutistisch. Das Volksleben, die Freiheit der Entwickelung und jede größere Selbstständigkeit irgend einer moralischen Persönlichkeit der Bewegung des Staats gegenüber ist ihr ein unfaßbarer Gedanke und ein Greuel. Sie formirt darum auch ihre Neubildungspläne offen genug dahin:*) „seine Theilung der eigentlichen Staatsgewalt, keine s. g. parlamentarische Regierung". Das protestantische Element in ihr macht sie aber zu sehr geneigt, an der Zeitentwicklung Theil zu nehmen, als daß sie sich nicht, wenigstens äußerlich, dem allgemeinen Drange nach Betheiligung des Volks am Staate fügen sollte. Daher statuirt sie allerdings eine Landesvertretung, nämlich einen durch das Vertrauen des Monarchen berufenen Reichsrath als erste Kammer und eine zweite Kammer, deren Fundamente die sogenannten socialen modernen Stände sein werden, über deren Theorie ich Ihnen schon neulich Andeutungen machte. Ausdrücklich betont wieder diese Partei, daß sie nicht gewillt sei, sich irgend wie auf die ständischen Restaurationspläne einzulassen, welche ihre eifrigste Gegnerin, die Partei der Staaten im Staat, vertritt. Der Reichsrath (die neue erste Kammer) wird im Wesentlichen die Stelle des jetzt ruhenden preußischen Staatsraths einnehmen; die zweite Kammer würde ein Recht der Zustimmung zur Gesetzgebung, der Bewilligung neuer Steuern, aber keiner alljährlich wiederkehrenden Bewilligung des Gesammtbudgets, haben; sie würde überhaupt nicht jährlich, sondern nach weitern Fristen durch Berufung seitens der Krone zusammentreten. Sie sehen, ich wiederhole Ihnen einen Ihnenzusammenhang, der schon 1823 bei Gelegenheit der ständischen Neubildungen und dann wieder in den 40er Jahren bei den Vorbereitungen für den vereinigten Landtag mächtige Unterstützung gefunden hatte, aber beidemale von Friedrich Wilhelm IV. zurückgewiesen ist. Diese Anschauungen haben heute freilich günstigere Aussichten als je, aber noch wohl keine Aussichten auf ausschließlichen Sieg. Ihnen gegenüber steht seit alter Zeit die Partei, welche ich eben als die „der Staaten im Staate" bezeichnete. Sie hat vor 1823 oft unterlegen; sie hat aber seit dieser Zeit immer mehr sich zu befestigen gewußt, wenngleich ihre Fundamente viel beschränkter geworden sind als früher. Ich erinnere daran, daß früher vielfach auch das städtische Leben sich ihr angeschlossen hatte; ich erinnere daran, daß vor einem Menschenalter die Bürger Berlins ihrem Oberbürgermeister, dem Herrn v. Gerlach — dem Vater des bekannten Kammerredners und Ehrenpräsidenten des Magdeburger Appellationsgerichts v. Gerlach — einem Manne, dessen Anschauungen wesentlich die seines Sohnes sind, das Ehrenbürgerrecht zuerkannten, und dadurch selbst zu dem Monarchen in Opposition traten. Diese breiten Fundamente sind der Partei heute verloren gegangen, aber ihre Erinnerungen führen das Bewußtsein von der Bedeutsamkeit derselben heute lebhafter als je vor das Auge. Diese Erinnerungen bestimmen zugleich zum Theil ihre Richtung und ihre Pläne. Es wird fernerhin ihr eifrigstes Bemühen sein, aus der Sonderstellung, welche sie heute einnimmt, herauszukommen, und die Angriffe, welche heute oft vergeblich das schmale Ritterschild aufzufangen versucht, gegen die langen Linien und Wälle einer Organisation hinüberzuleiten versuchen, wie welcher Ritter, Fabrikanten, Bürgerschaften, Arbeiterassoziationen, Handwerkerinnungen, die Corporationen der Intelligenz auf ähnliche Weise betheiligt sind. Die Kreuzzeitung hatte dieses Programm seit langem ausgegeben und ein kleinerer Theil der ritterschaftlichen Partei hatte es auch gleich anfangs unterschrieben. (Das Resultat davon war die Gründung einer Art Handwerkerzeitung, welche unter dem Namen „Schwarzer Adler" erschien. Pommersche Edelleute hatten dazu nicht unbedeutende Capitalien beigeschossen.) Allein der größere Theil der Partei war auf jenes Programm nicht oder nur scheinbar eingegangen, und es blieb erst der neuesten Zeit überlassen, ihn diesen Anschauungen mehr zu befreunden. Die immer mehr zunehmende Energie der bureaukratischen Partei veranlaßte dies zunächst. Die Anarisse, welche diese Partei, zuerst verdeckt, dann offen, gegen die Verfassung unternommen hat, haben vorzüglich die erwähnte s. g. „Kreuzzeitungspartei" veranlaßt, für die nächste Kammersession als ihr ferneres Princip die Aufrechterhaltung der Verfassung hinzustellen, um auch schon dadurch denjenigen Fractionen des Bürgerthums näher zu rücken, welche sie mit der Zeit in ihre ständischen Pläne und Arbeiten mit hineinzuziehen gedenkt. Unter den bedeutsamsten Aeußerungen, welche in der letzten Zeit diese Partei gethan hat, darf man übrigens ein hohes von dem Geh. Cabinetsrath Niebuhr veröffentlichtes Actenstück aus dem Nachlasse seines Vaters, des berühmten Bernhard Georg Niebuhr, betrachten, welches den Titel führt: „Grundzüge für eine Verfassung Niederlands". Dasselbe ist auf Veranlassung des damaligen Prinzen-Statthalters, nachmaligen Wilhelm I., im December 1813 oder Januar 1814 entworfen. Es ist ursprünglich französisch geschrieben, vom Herausgeber übersetzt und mit Erläuterungen, die er für das deutsche Publikum nöthig erachtete, begleitet. Ueberall zeigt sich in diesem Werk die Achtung und Scheu vor den einmal gegebenen Gewalten, die Verehrung für alle geschichtlich begläubigten Organisationen und deutet damit auf die Nothwendigkeit hin, die Reste des ständischen Lebens, die sich in Preußen noch erhalten haben, nicht untergehen zu lassen, sondern weiter fortzubilden. „Eine Verfassung, heißt es unter Anderm, hat nur so lange Dauer, als die Gewalten wie ein Eigenthum angesehen werden, an denen man nur mit freier Zustimmung und aus einer durch Nothwendigkeit erworbenen Ueberzeugung rühren darf, niemals nach allgemeinen Räsonnements."

* **München**, 27. Nov. Nach dem „Fränk. Kurier" wurden zwei deutschkatholische Familien, denen die städtische Behörde Zwangstaufe ihrer neugebornen Kinder angedroht hatte, in Folge ihres Rekurses an die königl. Regierung hiervon freigesprochen. In den Entscheidungsgründen wurde angeführt, daß die bayerische Verfassung Jedem Einwohner des Reichs volle Glaubens- und Gewissensfreiheit zusichere, und demnach niemand zu einer religiösen Handlung, wozu auch die Taufe gehört, gezwungen werden könne.

Speyer, 29. Nov. Der Urheber des enormen Kassendiebstahls dahier, Gärtner Schreiner, hat heute früh dem königlichen Untersuchungsrichter bereits ein umfassendes Geständniß abgelegt. Das Geld ist beinahe im ganzen Betrag wiedergefunden, die Bestimmung des fehlenden hängt auch zum Theil noch von einer genauen Kassenverification ab. Ein Mitarbeiter des Diebstahls, Namens Johann Dahlmann, zuletzt Stößer in einer hiesigen Apotheke, welcher sich auf die erste Kunde von der Entdeckung des Diebstahls entfernt hatte, wurde gleichfalls zur Haft gebracht. (Pf. Z.)

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 30. Nov. Ein Schreiben in der „Allg. Ztg." aus Wien vom 24. d. M. stellt das baldige Inslebentreten des Wiener Vertragsentwurfs C in Aussicht. Derselbe sei allerdings nur eventell vereinbart und nicht veröffentlicht worden, weßhalb man auf der Gegenseite an seiner Ausführung überhaupt wohl gezweifelt habe; da man aber an ein Entgegenkommen Preußens kaum mehr glauben könne, so bleibe nichts übrig, als an die Gründung des österreichisch-süddeutschen Zoll- und Handelsvereins thätige Hand zu legen. Hannover habe zu vermitteln gesucht, aber vergeblich, jetzt werde es ruhig zuwarten und die Verhandlungen in seiner Weise stören. Oesterreich wisse das zu würdigen und werde Hannover in seiner schwierigen Stellung nicht beirren. So viel aber dürfe bestimmt gesagt werden, daß Hannovers Bündniß mit einem aus freien Stücken isolirten Preußen noch nicht über jeden Zweifel erhaben daſtehe.

* **Berlin**, 29. Nov. Nach feierlichem Gottesdienst im Dom und in der St. Hedwigskirche wurden heute die Kammern im weißen Saale des königlichen Schlosses kurz nach 12 Uhr durch die nachfolgende vom Ministerpräsidenten verlesene Rede eröffnet:

„Meine Herren der ersten und zweiten Kammer!

Seine Majestät der König, unser allergnädigster Herr, haben mich durch eine allerhöchste Ermächtigung vom 27. November d. J. beauftragt, die Sitzung der Kammern in allerhöchstihrem Namen zu eröffnen. Eine neue Legislaturperiode, meine Herren, nimmt Ihre Thätigkeit für Arbeiten in Anspruch, die dem Lande von großem Nutzen sein werden, wenn Einsicht und Erfahrung mit thatkräftigem Patriotismus, mit Uneigennützigkeit und Selbstverleugnung Hand in Hand gehen.

Mögen die Resultate dieser Sitzung bewähren, daß Sie Alle von dieser Ueberzeugung erfüllt waren und von ihr geleitet wurden.

Der Staatshaushaltsetat wird Ihnen, meine Herren, den Beweis liefern, daß die Regierung Sr. Majestät bestrebt gewesen ist, unter Berücksichtigung wirklicher Bedürfnisse, die Ausgaben des Staates

*) Diese Ausführungen sind nicht Conjectur. Ich weiß aus guter Quelle, daß die Presse grade durch diese Ideen in nächster Zeit beunruhigt werden wird und ein förmliches Programm dieser Richtung, die auch in den Kammern hervortreten ist, hat bereits in einem Artikel der „Leipz. Zeitung" und in der heutigen Nummer der hiesigen „Zeit" Platz gefunden. (Auch die „Postzeitung" hat zu er Extrabeilage zu Nr. 284 dieses Artikel mitgetheilt.)

so zu regeln, wie die althergebrachten Grundsätze der Ordnung und Sparsamkeit in unserer Finanzverwaltung es erheischen.

Bedauerlicherweise hat der von den Kammern in der letzten Sitzungsperiode genehmigte Vertrag mit dem Königreich Hannover vom 7. September 1851 noch nicht allseitig den Anschluß gefunden, welcher geeignet wäre, der Entwickelung des ganzen Zollvereins eine für alle Zweige der Industrie und des Handels hoffnungsreiche Zukunft zu verbürgen. Aber so fest die Regierung Seiner Majestät dieses Ziel im Auge behält, so glaubt sie doch ferner wie bisher der vollen Zustimmung des Landes versichert zu sein, wenn sie die Erhaltung des gegenwärtigen Umfangs des Zollvereins nicht unter Bedingungen will, durch welche die Interessen Preußens eben so wie die Zukunft und die segensreiche Entwickelung des gesammten Zollvereins gefährdet werden würden.

Die Regierung ist darauf bedacht, die Communicationsanstalten, welche nicht nur unsere Vertheidigungsfähigkeit erhöhen, sondern sich auch fortwährend als wichtigste Hebel des Handels und der innern Gewerbthätigkeit erweisen, zu vermehren und auszudehnen, so weit die Finanzkräfte dies zulässig erscheinen lassen.

Der Ausfall der Ernte hat zwar den Erwartungen nicht entsprochen, zu denen der Stand der Saaten im Frühjahr und die meist günstige Witterung während des Sommers zu berechtigen schienen, indessen ist derselbe doch von der Art, daß jede Besorgniß einer ungewöhnlichen Theuerung entfernt bleibt.

Da die Berathungen der Kammern in der letzten Sitzung die gewichtigen Bedenken gegen die Einführung der Gemeindeordnung und der Kreis- und Provinzialordnung vom 11. März 1850 vermehrt und befestigt haben, so ist durch eine allerhöchste Ordre vom 19. Juni d. J. die weitere Ausführung dieser Gesetze sistirt worden. Die Dringlichkeit der Sache selbst empfiehlt die schleunige Erledigung der Vorlagen, die Ihnen ungesäumt über diese wichtigen Gegenstände gemacht werden sollen.

Am Schlusse der vorigen Session ist eine Einigung über eine anderweite Bildung der ersten Kammer nicht erzielt worden. Die Regierung Seiner Majestät hat daher nach Maßgabe des Artikels 65 eine provisorische Anordnung getroffen, die zu Ihrer verfassungsmäßigen Beschlußnahme unverzüglich vorgelegt werden soll.

Zugleich wird Ihnen ein Gesetzesvorschlag über die Bildung der ersten Kammer zugehen, welcher den Zweck hat, die Krone in dieser Beziehung von Beschränkungen zu befreien, die in den Interessen des Landes keine hinreichende Begründung finden. — Durch die Unterordnung dieser Interessen von denjenigen der Krone ist der Regierung Seiner Majestät überhaupt die Richtung bezeichnet, welche sie bei der Entwickelung der Verfassung der Monarchie verfolgen und festhalten muß.

Die Regierung ist weit davon entfernt, Freiheiten in Frage zu stellen, deren weisen Gebrauch sie für die sittliche Entwickelung des Volkes selbst für nöthig erachtet, aber die Geschichte des Landes, sowie seine gegenwärtigen Verhältnisse machen es unzweifelhaft, daß die königliche Gewalt in Preußen durch Theilung nicht gelähmt und geschwächt werden darf. Die Einheit von Thron und Land, der Beruf einer von Parteibestrebungen unabhängigen Regierung zur Gerechtigkeit gegen Alle, die Eintracht aller Theile des Volkes in der Hingebung an das Vaterland, diese Grundlagen der Wohlfahrt Preußens im Innern und der Erhaltung seiner europäischen Stellung müssen vielmehr durch die Verfassung der Monarchie neue und sichere Bürgschaften empfangen.

Meine Herren! Wollen Sie mit der Regierung Seiner Majestät nach diesem Ziele auf dem mühevollen, aber sicheren und des preußischen Volkes würdigen Wege gesetzlicher Entwickelung ernst und beharrlich streben, so werden unter dem Beistand Gottes die Früchte dieser gemeinsamen Arbeit dem Lande zu dauerndem Segen gereichen. Ihnen selbst aber wird das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung gegen unsern königlichen Herrn und das Vaterland einen reichen Lohn gewähren.

Und hiermit erkläre ich, kraft der mir allerhöchst ertheilten Ermächtigung, die Sitzung der Kammern für eröffnet.

Die beiden Kammerlocale stehen zu Ihrer Benutzung von diesem Augenblick an bereit."

Die ganze Rede, sagt die „Nationalzeitung", wurde lautlos angehört, nur nach der Erklärung in Betreff der Politik Preußens in der Zollvereinsfrage erschallte ein allgemeines Bravo. Die Rede wurde schließlich mit einem dreimaligen Hoch auf den König beantwortet, worauf die Abgeordneten den Saal verließen, um sich in ihre Sitzungslocale zu begeben.

* **Paris**, 29. Nov. Durch den Zuwachs der gestern Abend und heute bekannt gewordenen Abstimmungen stellt sich das Ergebniß wie folgt:

86 Departemente ergeben	7,487,026	Ja,	237,245 Nein,
Landarmee	234,860	„	8,456 „
Marine	47,716	„	721 „
Zusammen	7,769,602	Ja,	246,422 Nein.

Der gesetzgebende Körper hat sich heute Mittag um 1 Uhr in seinen Bureaux versammelt, um die Auszählung der Vota fortzusetzen, und wahrscheinlich wird dieses Geschäft ihn noch bis morgen Abend oder gar übermorgen Vormittag in Anspruch nehmen. In einer öffentlichen Sitzung wird sodann das definitive Gesammtresultat verkündet und Abends von der ganzen Corporation nach Saint-Cloud überbracht. Prinz Ludwig Napoleon hält am 2. December seinen feierlichen Einzug in Paris, und zwar zu Pferd, umgeben von den Mitgliedern seiner Familie, seinen Ministern, den hohen Staatsbeamten, Generalen und seinem civilen und militärischen Hofstaat. Die ganze Armee von Paris wird unter den Waffen stehen. Auch der Generalstab der Nationalgarde hat die Weisung erhalten, daß das ganze Corps, durch aus allen Waffengattungen zu bildende Abtheilungen, neben der Armee bei der Proclamation des Kaiserreichs repräsentirt werden soll. Schon gegen Ende der Woche soll der „Moniteur" mit der Bekanntmachung der neuen organischen Maßregeln beginnen, denen man mit großer Spannung entgegensieht.

Nach einer Angabe des „Constitutionnel" hat ein Mitglied des gesetzgebenden Körpers bei dem Empfang in Saint-Cloud den Prinz-Präsidenten gefragt, ob die Zeit noch nicht gekommen sei, ihn mit „Sire" anzureden. „Nein", habe Ludwig Napoleon geantwortet, noch nicht; lassen Sie mich meine Frist noch genießen!" (laissez-moi jouir de mon reste.)

Der Fürst v. Chimay und Herr Dufaxdin, der vormalige Gesandte von Belgien, sind hier angekommen.

Wie es heißt, müssen die Offiziere der Guidenschwadron außer ihrer Besoldung ein Jahreseinkommen von 5000 Fr. besitzen, und, wie in England, unter dem Vorsitz des Obersten alle an einer Tafel speisen, indem jeder nach Verhältniß seiner Besoldung zu den Kosten beiträgt.

** **Madrid**, 24. Nov. In wohl unterrichteten Kreisen erzählt man sich, die Minister hätten die Königin veranlaßt, von ihrer ursprünglichen Absicht zurückzukommen und die Cortes nun doch mit einer Thronrede zu eröffnen, in welcher auch die Verfassungsrevision zur Sprache gebracht werden solle. Man fürchtet von Anbeginn an heiße Debatten, da die Opposition in beiden Kammern stark vertreten ist; im Senat zählt sie 77 Mitglieder.

Börsenberichte.

Frankfurt, 30. Nov. Auch am heutigen Abrechnungstage für Monat November war die Börse sehr günstig gestimmt; durch fehlbare Beseitigung des Stornos zeigte sich für die meisten Papiere eher Deckung und vorhaus kein Ueberfluß an Stücken, namentlich waren die Course zuletzt überaus fest und sämmtliche Fondsgattungen allgemein begehrt. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 80⅞, pCt.; 4½pCt. Metall. 72, zuletzt 72½ pCt.; 5pCt. Lombardisch-Venetianische 90¾, zuletzt 90¼ pCt. G.; Wiener Bankactien 1371 fl. G.; 500 fl. Loose 192 pCt. G.; 250 fl. Loose 117¾ pCt. G. Von spanischen Fonds waren 1pCt. sehr gefucht 24¹¹/₁₆ pCt.; 3pCt. Inländische 44⅞ à 45 pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn 48¾ pCt. G.; Berbach abermals höher 100 pCt. G.; Köln-Minden 114 pCt. G.; Taunus 300 fl. G. Sämmtliche Papiere folgten dem Impuls der übrigen Sachen und waren beliebt. — Abends in der Effectensocietät fanden keine Umsätze statt.

Berlin, 29. Nov. Staatsich. 94¼ Brf., 93¾ G. — Köln-Minden 115½, Brf. — Fr.-W.-Nordb. 44⅞ G. 45 à ⅛ bez.

Paris, 29. Nov. 4½pCt. Rente 106, 55. — 3pCt. 84, 70. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 98½. — Span. neue Diff. 24¾. — 2½pCt. 51. — Innere Schuld 45¾. — Passive —. — Banlactien 2910. — Piemont 5pCt. 100, 50. — Römisches Anlehen Juni 1850 101. — 1850 101. — St. Germain-Eisenbahn. — Versailles, rechtes Ufer. — Linkes Ufer —. — Straßburg Basel 370. — Nordbahn 900. — Paris-Straßburg 875.

Die Börse eröffnete heute sehr matt; später aber stiegen die Course und blieben etwas höher als am vorigen Samstag.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Erklärung

des großh. hessischen Staatsraths a. D. und fürstl. lichtensteinschen Bundestagsgesandten Dr. J. L. B. v. Linde.

III.

Die irrigen Auffassungen des Anonymus über den Inhalt des Art. 16 der deutschen Bundesacte leuchten jedem publizistisch gebildeten Leser von selbst ein. Zudem habe ich die Bestimmungen, welche jener Artikel enthält, in meiner zur Sprache gebrachten Broschüre hervorgehoben, und meine Behauptungen begründet; mit bloßem Widersprechen aber wird das weder widerlegt noch Neues bewiesen. Also darüber, bis wirklich mit Gründen

unterstützter Widerspruch erfolgt, kein Wort mehr. Dagegen kann man die Behauptung des Anonymus nicht unbeleuchtet hinnehmen: 1) „daß Alles, was die mecklenburg-schwerinische Regierung bisher in den kirchlichen Angelegenheiten verfügt habe, lediglich die Aufrechthaltung derjenigen landesherrlichen Hoheitsrechte in Bezug auf die Religionsübung betreffe, welche jede deutsche Regierung, sei sie eine katholische oder protestantische, mit Sicherheit behaupten werde;" und 2) „daß es sich gar nicht um Duldung und Hausandacht, sondern darum handle, ob Jedermann an Orten, welche einem bestimmten Parochialverbande angehören, beliebig ohne landesherrliche Genehmigung einen Gottesdienst unter Administration ausländischer unbekannter Personen als Geistlicher einzurichten berechtigt sein könne." Wir sind ganz damit einverstanden, daß dieses Letztere nicht geschehen kann; und also auch, daß wenn es sich bei der fraglichen Angelegenheit nur darum gehandelt hätte, und wenn die Verfügungen der mecklenburg-schwerinischen Regierung nur die Aufrechthaltung landesherrlicher Hoheitsrechte in Bezug auf Religionsübung bezweckt hätten, dieselbe in ihrem vollständigen Rechte wäre. Aber alle Unterstellungen, welche der Anonymus hervorsucht, um glaubhaft zu machen, daß die Katholiken landesherrliche Hoheitsrechte gefährdet haben, womit alle katholische und protestantische Regierungen in die Mitleidenschaft gezogen werden sollen, alle diese Unterstellungen sind nicht bloß aus der Luft gegriffen, sondern das directe Gegentheil steht als notorische, mit Documenten, mit Zeugen, ja mit Geständniß selbst, mit dieser **Regina probationum** bewiesene Thatsache so fest, daß selbst der Anonymus, darauf aufmerksam gemacht, sie nicht in Abrede stellen wird, und sich höchstens, **more solito** damit schützen könnte, daß er sagte: es gebe unwiderlegbar bewiesene und allgemein anerkannte Wahrheiten und Thatsachen, die von einzelnen Individuen doch schriftlich oder mündlich in Abrede gestellt würden.

Es sei mir erlaubt hier nochmals aus dem, schon in meiner Broschüre vorliegenden, Material, das der Anonymus sorgfältig geprüft hat, nachzuweisen, daß er Unwahrheiten in die Postzeitung hat drucken lassen. In dem Ministerialrescripte d. d. Schwerin 10. März 1852 heißt es ausdrücklich, „daß die Abhaltung des katholischen Gottesdienstes in Dönitz die Grenzen der bisherigen Duldung der katholischen Religionsübung in dem Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin überschreite, weil vermöge dieser Duldung katholischer Gottesdienst nicht anders wie in den katholischen Kirchen zu Schwerin und Ludwigslust, während des Pfingstmarkts in Rostock, so wie einmal jährlich in Lützow gestattet sei"; eben so wird in den Erlassen an den Kammerherrn v. d. Kettenburg vom 15. und 26. Juli 1852 ausdrücklich ausgesprochen, daß nicht gestattet werden könnte, daß ein auswärtiger römisch-katholischer Priester gottesdienstliche Handlungen im Hause des Herrn v. d. Kettenburg vornehme; daß die Regierung dieses nicht dulden könne, auch nicht vermöge, dem Antrage, jene Vornahme gottesdienstlicher Handlungen zu erlauben, nachzugeben." Zugleich haben die betreffenden Regierungserlasse, die zum Theil an die katholischen Priester unmittelbar gerichtet sind, diese als katholische Priester und beziehungsweise als Angestellte in Schwerin characterisirt. Ist es nun nicht eine unerhörte Dreistigkeit, in die Welt hinauszuschreiben: „Es handele sich gar nicht um „Duldung" und „Hausandacht", sondern um einen Gottesdienst unter Administration „ausländischer" „unbekannter" „Personen" als Geistlicher!" Und was soll sich der Katholik darunter denken, wenn ihm gesagt wird: „Hiernach war es Euch zwar unbenommen, Euere katholische Hausandacht zu halten." Protestantische Hausandacht bleibt da möglich, aber katholische ist darnach rein unmöglich, und bleibt auch dann noch rein unmöglich, wenn eine protestantische Behörde selbst einen Katholiken zum römisch-katholischen Priester zu „approbiren" geneigt wäre. Ob nun den lutherischen Gutsbesitzern in Mecklenburg das Recht, lutherische Prediger zu ihrer Hausandacht zuzuziehen, zusteht oder landesherrlich erlaubt wird oder nicht, hängt davon ab, ob man in Mecklenburg eine protestantische Hausandacht ohne Mitwirkung eines protestantischen Predigers für möglich hält. Ist das der Fall — und nach dem Wesen des Protestantismus ist es allerdings so — dann mag die Regierung den protestantischen Gutsbesitzern die Zuziehung untersagen; aber daraus folgt eine Befugniß zu gleicher Untersagung den katholischen Gutsbesitzern gegenüber so lange nicht, als man fähig ist, zwischen Gleichstellung der katholischen Religionsübung mit der lutherischen, und Gleichmachung beider Religionsübungen zu unterscheiden. Nach der Interpretation der mecklenburg-schwerinischen Regierung seit 1852, hätten der Receptions- und Accessionsvertrag zum Rheinbunde und die deutsche Bundesacte das Reformationsrecht erst wieder befestigt und neu eingeführt, während kein Rechtsverständiger darneben je im Zweifel gewesen ist, daß es auf immer staatsgrundgesetzlich definitiv **beseitigt** werden sollte. Selbst wenn man, was ich zu beurtheilen gegenwärtig nicht unterrichtet genug bin, ganz gute Gründe hätte, den lutherischen Gutsbesitzern in Mecklenburg nicht zu erlauben, ihren Hausgottesdienst unter Administration ausländischer unbekannter Personen, an Orten, welche einem bestimmten Parochialverbande angehören, einzurichten; so wird doch jeder, der die Verhältnisse der katholischen Gutsbesitzer in Mecklenburg nur nach den statistischen Verhältnissen der Bevölkerung und der Orte, wo seither katholischer Gottesdienst regelmäßig besteht (nämlich bloß in Schwerin und Ludwigslust) leicht beurtheilen können, daß die Verhältnisse der Katholiken nach einem ganz andern Maßstabe von der Regierung selbst dann noch beurtheilt werden müßten, wenn sie, was nicht der Fall ist, ein Recht hätte, dem Katholiken die Zuziehung eines Priesters zum Hausgottesdienste zu verweigern. Denn weder läßt sich annehmen, daß wenn man die von Ludwigslust und Schwerin entfernt wohnenden Katholiken an einen dieser beiden Orte einpfarrt, es denselben möglich wäre in den zwei katholischen Pfarrorten ihre religiösen Bedürfnisse, der großen Entfernung wegen, rechtzeitig befriedigen zu können, noch möchten in Mecklenburg inländische bekannte römisch-katholische Priester genug vorhanden sein, um dem Bedürfnisse der Hausgottesdienste zu genügen. Wäre es unter solchen Verhältnissen nicht durchaus ungleiches Maß, mit welchem man Katholiken und Lutheraner bediente. Das wäre immer wieder Gleichmachung nicht Gleichstellung. Wenn die katholische Religionsübung nicht von der lutherischen Religionsübung verschiedene Einrichtungen, Anordnungen und Vorkehrungen erforderte, dann wäre es sehr überflüssig gewesen, einstens den Lutherischen, und jetzt den Katholischen einen Rechtsboden und beziehungsweise Parität zu gewähren und zu sichern. Diese in dem Wesen der Religionen oder Confessionen begründete Verschiedenheit ist es gerade, die Existenzialrechte erlangt hat, diese müssen in ihren Folgen erkannt, anerkannt, geachtet und staatsseitig geschützt werden; das versteht man unter Gleichstellung; die entgegengesetzte Maxime, die des Gleichmachens ist ausschließlich das belebende Princip für Resultate, wie sie das Jahr 1848 in Europa anstrebte. Man sollte aber doch glauben, daß man endlich zur Einsicht gekommen, wohin solche Wege führen. Auf religiösem Gebiete hat sie Deutschland ja leider schon gemacht, und an Einmal sollte es doch wohl genug sein.

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 16. November 1852 an fahren die Boote täglich [2691]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens $7\frac{1}{2}$ Uhr . nach **Cöln-Deutz** *(Aachen, Elberfeld).*
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges $6\frac{1}{2}$ Uhr von *Frankfurt.*
Von *Mainz*-**Castel** Morgens 9 Uhr . . nach **Cöln-Deutz** *(Berlin, Paris)* bis **Düsseldorf,**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 8 Uhr von *Frankfurt.*
Montag, Donnerst. u. Samst. direct nach **Arnheim** *(Amsterdam)* bis **Rotterdam** *in ca.* **30** *Stunden.*
Montag und *Donnerstag* . . . . direct nach **London** . . *in* **3** *Tagen.*
Von **Mainz** Nachmittags **3** Uhr . . . . *täglich* nach **Worms** und **Mannheim.**

Billete nach allen Stationen, **Gesellschafts-Billette** und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.**
bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil,* der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren Gogel, Koch & Comp., Hrn. **Aug. Schönling** auf dem Rossmarkt.

Ouvrage très utile aux gens du monde.

Deuxième édition du traité pratique des maladies des

ORGANES DE LA GENERATION, 1 v. de 700 p., contenant **153 FIGURES D'ANATOMIE**

et 40 chapitres sur les *fonctions*, les *maladies* et toutes les *infirmités* de ces organes, avec l'indication des *moyens préservatifs* et du *mailleur traitement* pour guérir soi-même les conséquences des *excès* ou de la *cantagion*, etc. Chez l'auteur, docteur **Jozan** (de Saint-André), professeur de pathologie uro-génitale, 33, rue Jacob, à PARIS, et *Masson*, libraire, 26, rue de l'Ancienne-Comédie. — Le prix de l'ouvrage, par la poste, franc de port, est de 2 thalers de Prusse. — *L'atlas*, de 153 planches d'anatomie, se vend aussi séparé 2 fr. — *Consultations*, de midi à 2 heures et par correspondance. *(Affranchir.) Les malades peuvent se traiter eux-mémes* et faire préparer les remèdes chez leur pharmacien [2600]

[2635] Im Verlage der Heyer'schen Universitäts-Buchhandlung (E. Heinemann) in Gießen ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Zum Verständniß
der
Zollvereins-Krisis

und der Stellung der zu Darmstadt verbündeten Zollvereinsregierungen auf den Berliner Conferenzen, mit Rücksicht auf die amtlichen „Beiträge zur Beurtheilung der Zollvereinsfrage". Preis 30 Kreuzer.

[2637] **Bekanntmachung.**

Zur Verpachtung der 780 Acker haltenden Kurfürstlichen Domäne Lippoldsberg an der Weser im Landrathsamt Hofgeismar ist öffentlicher Termin
auf Montag den 6. December d. J.,
Morgens 10 Uhr,
in das Local der unterzeichneten Behörde zu Kassel bestimmt, worin die Pachtliebhaber, mit amtlichen Nachweisungen über Vermögen und sonstige Qualification versehen, sich einfinden wollen.

Kassel, am 18 November 1852

Kurfürstliches Finanz-Ministerium,
Abtheilung der Domänen.
Wiederhold, i. A.
vdt. Schuchardt.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung

Mittwoch (Beilage zu Nr. 287.) 1. December 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 1. Dec. Im Lauf des heutigen Tages hält die Bundesversammlung eine Sitzung, in der dem Vernehmen nach die Flottenangelegenheit zur Sprache kommen wird.

* **Frankfurt**, 1. Dec. Aus Wien haben wir nach der „Neuen Preußischen Zeitung" die Mittheilung gebracht, daß der vorige französische Gesandte der österreichischen Regierung eine Note bezüglich der Annahme des Titels Napoleon III. überreicht habe. Diese Nachricht wird von Paris aus in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung" als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnet. In Paris wisse man von der Existenz einer solchen Note nichts, auch würde es gegen den diplomatischen Brauch verstoßen, wenn man vor Annahme und Proclamation des Kaiserreichs in Frankreich mit den auswärtigen Höfen darüber officiell, d. h. durch schriftliche Noten verhandele. Die Möglichkeit einer gesprächsweisen und vertraulichen Aeußerung des Herrn de la Cour wird nicht bestritten; also solchem Anlaß könne aber eine amtliche Antwort, wie das Berliner Blatt dem österreichischen Cabinet sie unterschiebe, nicht gegeben werden. In dem betreffenden Artikel der „Allg. Zeitung" heißt es sodann weiter: Obwohl der 2. December als der Tag auserkoren ist, an welchem das Kaiserreich in Frankreich förmlich hergestellt und proclamirt werden soll, sind alle Festlichkeiten, welche dieses wichtige Ereigniß begleiten werden, bis zu der Zeit vertagt, wo der neue Kaiser den Franzosen von allen europäischen Mächten anerkannt sein wird. Von dem Augenblick an, wo Ludwig Napoleon den Thron besteigt, erlöschen natürlich die Beglaubigungsschreiben aller fremden Gesandten, die bei dem Prinz-Präsidenten accreditirt waren. So lange diese Beglaubigungsschreiben nicht erneuert und mit Bezug auf das hergestellte Kaiserreich ausgestellt werden, kann das fremde diplomatische Corps mit der neuen kaiserlichen Regierung nur officiöse, keine officiellen Verbindungen unterhalten, mithin nicht in corpore bei den Hoffesten in den Tuilerien oder sonstigen Festlichkeiten erscheinen. Man hat absichtlich die unverweilte Verkündigung des Kaiserreichs veranlaßt, um zu erwirken, daß die europäischen Höfe bis zum Neujahrstag die fragliche Anerkennung aussprechen können, so daß am Vorabend des Neujahrstags der diplomatische Körper vollzählig zur üblichen Aufwartung bei Hof erscheinen kann. Mit Beginn des neuen Jahrs wird durch eine Reihe glänzender Feste in den Tuilerien die Herstellung des Kaiserreichs begangen werden.

w **Frankfurt**, 1. Dec. In einer gestern Abend im Harmoniesaal abgehaltenen, von etwa hundert Handelsleuten besuchten Versammlung wurde beschlossen, einen Handelsverein zu gründen, dessen Aufgabe es sein soll, die Interessen des Handelsstandes nach allen Seiten kräftig zu wahren. Als die Beschwerdepunkte, deren Abstellung besonders dringend ist, wurden bezeichnet: 1) die leichte Ausnahme in den hiesigen Handelsstand; 2) der immer mehr um sich greifende Hausirhandel; 3) die vielfachen Verzantungen der Waaren fremder Handelsleute. Andere Punkte: die Errichtung eines Handelsgerichts, eines Schiedsgerichts und einer Darlehnsbank wurden als zu wünschende Verbesserungen aufgestellt. Eine Commission von fünfzehn Personen wurde sofort gewählt, um einer demnächst wieder abzuhaltenden Versammlung Vorschläge zur Errichtung des Handelsvereins vorzulegen.

* **Wien**, 27. Nov. Die Anwesenheit des Freiherrn v. Bruck gibt zu manchen Conjecturen Anlaß, welche aber ihrer Mehrzahl nach keinen Glauben verdienen; erzählt man sich doch sogar, daß er für Frankfurt bestimmt sei, um dort die Stelle des Grafen von Thun einzunehmen, der zwischen heute und morgen in Wien erwartet wird. Ich glaube nicht schlecht unterrichtet zu sein, wenn ich bestimmt behaupte, daß der frühere Handelsminister lediglich der Zollfrage wegen nach Wien berufen wurde; nicht nur, daß Herr v. Bruck in der letztern Zeit fast täglich den Sitzungen des Zollcongresses beiwohnte, es war auch die Zollfrage ausschließlich Gegenstand seiner Conferenzen mit dem Minister des Aeußern. Daß Herr v. Bruck in kurzem mit einer außerordentlichen Mission nach Berlin betraut werden wird, findet hier allgemeinen Glauben, und dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch bestätigen. — Was die Zollconferenzen selbst betrifft, so schreitet man in den Verhandlungen mit dem besten Erfolg vorwärts. Von der Constituirung einer dritten Zollgruppe in Deutschland ist hier keine Rede mehr, sowie denn überhaupt der Gang der Verhandlungen deutlich zeigt, wie man hier noch immer die Hoffnung auf eine nachträgliche, nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung aufrecht erhält. Aus Hannover ist die bestimmte Nachricht eingelaufen, daß die dortige Regierung durchaus nicht die Absicht habe, aus ihrer zuwartenden Stellung vor dem Abschluß der Wiener Conferenzen herauszutreten. Die in dieser Hinsicht von verschiedenen Blättern gebrachten Angaben entbehren jedweder Begründung. — Se. Maj. der Kaiser wohnte heute einer Hochwildjagd in dem k. k. Thiergarten nächst Schönbrunn bei. — In neuester Zeit erzählt man sich, daß dem Reichsrath in kurzem eine bedeutende Vermehrung seiner Mitglieder bevorstehe. — Die Armee dürfte eine Reduction erleiden; es sollen nämlich sämmtliche Bataillone in Zukunft nur aus vier Compagnien bestehen.

ξ **Berlin**, 29. Nov. Die Zeitungen haben meine von Ihnen viel nachgedruckten Mittheilungen über eine erfreuliche Wendung in der deutschen Zollfrage mit manchen Fragezeichen bezweifelt. Diese Zweifel haben ihren Grund fast ausschließlich in der sonstigen Stellung dieser Blätter, es bedarf also von meiner Seite keines weitern Eingehens darauf. Vieles bestätigt übrigens schon jetzt meine bisherigen Mittheilungen. Die Mission des Herrn v. Bruck — er ist ein geborner Preuße und kein Offizier — nach Berlin gewinnt immer mehr Wahrscheinlichkeit. Seine Sendung hängt übrigens noch von den Resultaten ab, welche gewisse noch schwebende Vorunterhandlungen zwischen Wien und Berlin haben werden. — Man ist mit Recht darauf gespannt, ob Herr v. Kleist-Retzow an der jetzigen Kammersession sich betheiligen werde. Sein definitiver Wiedereintritt in das parlamentarische Leben wird zugleich die offene Erklärung sein, daß das Ministerium und die äußerste Rechte fürs erste einen gemeinsamen Weg gehen werden. Ich habe allen Grund anzunehmen, daß dies Einverständniß hergestellt ist und zwar zunächst unabhängig von den Ansichten über die ständische Frage, in der Herr v. Manteuffel sich nie wird bequemen können, der Richtung der entschiedenen Rechten zu folgen. Er hat freilich in neuerer Zeit auch begonnen, ständischen Organisationen das Wort zu reden, aber er will keine ständische Vertretung, die, im genauen Anschluß an die bisherigen ständischen Körper, die wesentlichen Rechte der bisherigen Volksvertretung an sich nähme. Sein Ideal ist immer der wesentliche parlamentarische Einfluß mit seiner königlichen Entscheidung, aber auch seinem Widerwillen gegen alle sogenannten „Unabhängigkeiten im Staate". Ein Coquettiren der Richtung, welchen man gewöhnlich die des Ministerpräsidenten nennt, mit Herrn v. Radowitz ist unverkennbar. Die „Zeit" nannte ihn gestern den „genialen Politiker". Es fehlen indessen alle Brücken zwischen beiden Ufern, und der General trägt often eine gänzliche Enthaltung von aller Politik zur Schau. — Ueber die Anschauungen, welche unser Cabinet betreffs der französischen Frage hegt, wird viel gefabelt. Da es zunächst auf die Meinung unseres auswärtigen Amts ankommt, so ist begründet, daß die gelegentlichen und privaten Aeußerungen, welche hier der Gesandte Frankreichs vernommen hat, seinem Souverän entschieden günstig sind. Herr v. Manteuffel hat von Anfang an sich für den Prinz-Präsidenten ausgesprochen. Er hat aber wie in den höchsten Regionen so im eignen Ministerium stets Widerspruch, und sehr lebhaften Widerspruch erfahren. Auch der Handelsminister v. d. Heydt soll von seiner jüngsten Reise nach Frankreich dieselben gegnerischen Ansichten über das jetzige dortige Regime zurückgebracht haben, die er dahin mitgenommen hatte. — Der eigentliche Motor der conservativen Partei ist im Anfang der Session Herr v. Manteuffel II. Sein Hauptangenmerk geht dahin, die Einheit einer compacten Masse von Regierungsfreunden herzustellen. Da er viele Beziehungen zur entschiedenen Rechten hat, so kann ihm dieses leichter gelingen als einem Andern. — Von Anhalt aus werden große Anstrengungen gemacht, den Runkelrübenzuckerfabrikanten auch für die Periode, wo der Septembervertrag zu Ausführung gekommen sein wird, ein günstigeres Schicksal zu sichern.

Die herzogliche Regierung selbst betheiligt sich an diesen Bestrebungen. Doch ist wenig Hoffnung für ihren Erfolg, und es hat nach einer Uebersicht über die Stärke der handelspolitischen Parteien der Kammern allen Anschein, daß auch diese Session gegen das Interesse dieser Fabrikanten entscheiden wird.

Ratibor, 26. Nov. Mit Bezug auf die (von uns mitgetheilte) Ansprache des Landraths v. Elsner an die Wahlmänner zur zweiten Kammer hat jetzt, wie man der „Schlesischen Zeitung" schreibt, die Staatsanwaltschaft gegen ihn eine Anklage wegen Beeinträchtigung der Wahlfreiheit erhoben. In einer deßhalb stattgefundenen Plenarsitzung des Appellationsgerichts wurde nun der Beschluß gefaßt: die Angelegenheit vorerst an den Justizminister zu berichten und dessen weitern Bescheid abzuwarten. Dem Vernehmen nach soll auch von einer andern Seite der Entschluß feststehen, bei der bevorstehenden Prüfung der Wahlprotocolle gegen die Giltigkeit der Wahl des Fürsten v. Lichnowski entschiedenen Protest einzulegen.

Ω* **München**, 29. Nov. Die Differenzen, welche einen Rücktritt des Herrn Justizministers hätten veranlassen können, scheinen nunmehr beseitigt zu sein, so daß dessen Verbleiben im Ministerium, wenigstens für die nächste Zeit, sicher steht. Ob es dem hochverehrten Staatsmann gelungen ist, die Durchführung der Gerichtsorganisation zu erwirken, darüber verlautet noch nichts Bestimmtes. Der Herr Ministerpräsident Dr. v. d. Pfordten, der am 1. December sein Amt wieder antritt, soll den Wunsch geäußert haben, das Ministerium des Handels in andere Hände abzugeben, da ihn die Aerzte dringend vor jeder Geschäftsüberbürdung warnen; derselbe würde dann noch das Ministerpräsidium des königlichen Hauses und des Aeußern behalten, somit auch künftig wie bisher die Verhandlungen bezüglich der Zollverhältnisse von ihm geleitet werden.

Λ **Ludwigshafen**, 29. Nov. Was den in Nr. 282 der „Frankfurter Postzeitung" erwähnten Franzosen Faure betrifft, der in Oggersheim mit einem Pack verbotener Schriften verhaftet worden ist, so kann ich Ihnen mit voller Zuversicht berichten, daß dieser Mann sich als ganz unverdächtig in der Untersuchung erwiesen hat. Die Schriften, welche er mit sich führte, sind nichts weniger als gefährlich, vielmehr ganz zahmen und sogar moralisch guten Inhalts.

Von der Blies, 27. Nov. Der am 18. d. M. von dem Schwurgerichte der Pfalz von der Anklage des Hochverraths freigesprochene Deutsch von Edenkoben, welcher sich nach seiner Freisprechung mit seiner Familie vorerst auf Besuch zu seinem Schwager nach Webenheim begeben hatte, ist gestern daselbst, noch ehe er das Nachtlager verlassen, aufs neue in Verhaft genommen worden, wahrscheinlich, um nunmehr wegen der Thatsachen, welche der Anklage auf Hochverrath zur Unterlage dienten, vor dem Zuchtpolizeigericht correctionell abgeurtheilt zu werden. (Dem Vernehmen nach ist Deutsch bereits nach Landau abgeführt worden.) (Sp. Z.)

± **Darmstadt**, 30. Nov. Heute schritt die zweite Kammer zur Berathung des weitern Ausschußberichts über den Gesetzentwurf wegen der Bildung und Zuständigkeit der Bezirksräthe. Indem ich mich auf meinen vorgestrigen Artikel über den wesentlichen Inhalt dieses Berichts beziehe, hebe ich hervor, daß die Kammer, meistens ohne vorangegangene Discussion, die Anträge ihres Ausschusses, mochten sie darauf gerichtet sein, dem Beschluß der ersten Kammer beizutreten, oder darauf, bei dem frühern Beschluß zu beharren, adoptirte. Eine ausführliche Discussion veranlaßte nur der Art. 32 des Gesetzentwurfs, der vorschlug, daß ein von der Staatsregierung ernannter Regierungsbeamter den Vorsitz im Bezirksrath führen solle. Die zweite Kammer hatte die Fassung beschlossen: „Der Bezirksrath wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, welcher die Verhandlungen und Geschäfte zu leiten hat." Die erste Kammer war im Wesentlichen zum Gesetzentwurf zurückgekehrt. Zur Herbeiführung eines Verständnisses mit der ersten Kammer schlug der weitere Ausschußbericht vor, der Staatsregierung das Recht einzuräumen, den Vorsitzenden und Stellvertreter aus der Mitte des Bezirksraths zu wählen. Der Regierungscommissär, Geh. Staatsrath v. Bechtold, drückte den lebhaften Wunsch aus, die Kammer möge dem Beschlusse der ersten Kammer beitreten, da es darauf ankomme, eine Sicherheit für die Tüchtigkeit des Vorsitzenden zu gewinnen; wenigstens möge sie den Vorschlag des Ausschusses annehmen. Auch der andere Regierungscommissär, Ministerialrath Maurer, nahm in gleichem Sinne das Wort, indem er auf die gleiche Gesetzgebung von Belgien hindeutete, dessen Verfassung doch als so volksthümlich bezeichnet werde. Dagegen erhoben sich Stimmen von der linken Seite des Hauses, welche nicht zugeben wollten, daß das Institut des Jahrs 1848 in solchem Grade einschrumpfe. Nach Verwerfung eines Amendements des Abg. von Rabenau (des Berichterstatters) nahm die Kammer den Antrag des Ausschusses mit 26 Stimmen gegen 17 an. Bei Eröffnung der Sitzung richtete der Abg. Müller-Melchiors, auf Anlaß der neulich von mir gedachten Bekanntmachung im Regierungsblatt, den mit Frankreich zum Schutz des literarischen Eigenthums abgeschlossenen Vertrag betreffend, an das Ministerium des Aeußern eine auf Beantwortung bestimmter Frage berechnete Interpellation, indem er, die Erscheinung an sich begrüßend, bedauerte, daß bei dem Abschluß dieses Staatsvertrags die Interessen des Landes nicht gewahrt worden, da der französische Eingangszoll so hoch sei, daß er fast einem Verbote gleichkomme, und auf bedeutende Ermäßigung desselben hätte hingewirkt werden müssen; der englisch-preußische Vertrag diene hier zum Muster. Zugleich hob er hervor, daß die Angelegenheit das Recht der Stände, an der Gesetzgebung Theil zu nehmen, berühre. Noch erstattet der Abg. Krug Bericht über den neulich eingebrachten Gesetzentwurf wegen der Einquartierung. Der Ausschuß beantragt modificirte Annahme dieser Vorlage. In der nächsten Sitzung der Kammer am 2. k. M. kommen nur Petitionen vor.

☆ **Darmstadt**, 30. Nov. Das Anlehen von 1,200,000 fl. zu $4^1/_2$ Procent, welches für den aus Staatsmitteln zu leistenden Zuschuß zu dem Bau der hessischen Ludwigs-Eisenbahn zur heutigen Vergebung auf dem Soumissionswege ausgeschrieben war, ist dem Bankierhause v. Rothschild zu Frankfurt a. M. zu dem Preise von 100 fl. $46^1/_2$ kr. für je 100 fl. Nominalcapital zugeschlagen worden.

*χ **Gießen**, 29. Nov. Sicherem Vernehmen nach ist an die Stelle des nach Trebur versetzten zweiten Stadtpfarrers Bonhard einer der Führer der streng kirchlichen Partei unseres Landes, Haupt, bekannt als Redacteur des „Odenwälder Boten", berufen worden. Derselbe wird auch den Religionsunterricht an unsern beiden höhern Lehranstalten, dem Gymnasium und der Realschule, ertheilen, sowie er auch die sechste Professur an unserer evangelisch-theologischen Facultät übernehmen wird. Der Mann wird eine schwierige Stellung in Mitte seiner mehr oder minder der rationalistischen Richtung huldigenden Collegen einnehmen; wenigstens hat diese Facultät Herrn Hengstenberg in Berlin zu frommen Expectorationen oft Ursache gegeben; vielleicht aber ist gerade Haupt ausersehen, der strengen Orthodoxie wieder einigen Boden zu gewinnen. — Von Professor Credner wird in den nächsten Tagen eine neue Schrift in der Rickerschen Buchhandlung erscheinen; dieselbe verbreitet sich über die interessantesten kirchlichen Zeitfragen der Gegenwart, und wird nicht verfehlen, Aufsehen zu erregen. Uebrigens hat die theologische Facultät einen starken Ausfall gegen frühere Semester zu beklagen, denn im Augenblick zählt man nur vierundvierzig Studirende der evangelischen Theologie. Wie vorauszusehen, hat uns auch Liebig die meisten Studirenden der Chemie aus dem Auslande mit davongeführt. — Prof. Scharpff von der katholisch-theologischen Facultät hat unsere Stadt verlassen, um eine ihm in seinem Vaterlande Württemberg übertragene Pfarrei anzutreten. Da nun aber Professor Fluck zugleich Stadtpfarrer ist, Leopold Schmid aber schon längst der philosophischen Facultät angehört, so zählen wir nur noch zwei Professoren der katholischen Theologie, nämlich die Herren Löhnis und Lutterbeck. Sollte es auch diesen gelingen, bald einen andern Wirkungskreis zu finden, so hätte die brennende Frage von dem Fortbestehen der katholisch-theologischen Facultät, welche unserer Regierung eine Verlegenheit eigener Art bereitet hatte, factisch ihre Lösung gefunden. — Von jüngeren Docenten zeichnet sich Professor Carriere aus. Derselbe liest in diesem Semester ein einstündiges Colleg über Shakespeare und hat durch seine lebendig darstellenden Vorträge, unterstützt durch ein äußerst einnehmendes Sprachorgan, einen großen Kreis von Zuhörern um sich gesammelt. — Seit einigen Tagen erfreut sich unsere kleine katholische Gemeinde einer Kirchenuhr, welche sie bis jetzt entbehren mußte. Die Anschaffung derselben ist durch die Beisteuer reicher Privaten möglich geworden.

Bremen, 29. Nov. In einer heute publicirten Verordnung des Senats werden die einleitenden Maßregeln zu der bevorstehenden Auflösung der Bürgerwehr angeordnet.

Frankreich.

† **Paris**, 29. Nov. Am 2. December wird das Kaiserreich proclamirt und schon am Abend desselben Tags findet in den Tuilerien der erste Empfang bei Hof und am Samstag darauf große Gala statt. Am 4. December wird dem Senat der Verfassungsmodificationsentwurf vorgelegt, und zwar im Namen Ludwig Napoleons, von welchem derselbe ausgeht. Der Senat muß dann diesen Entwurf entweder annehmen oder verwerfen; die Initiative zu Aenderungen steht ihm bekanntlich nach der Verfassung vom 14. Januar nicht zu. — „Pays", das wichtigste der elyseeischen Blätter und „Journal de l'Empire" in spe, ist über die Bekehrung der „Debats" sehr böse. In einem maßlos geschriebenen Artikel weist es den neuen Bundesgenossen sammt seinem Beistand zurück und möchte ihn lieber als Gegner vernichten. Natürlich, „Pays" muß den neuen Rivalen um die Hofgunst fürchten. Uebrigens heißt es, das „Journal des Debats" werde aus Armand Bertins Händen in die des Dr. Veron übergehen.

Der Verwaltungsrath der allgemeinen Mobiliarerebitbank besteht aus Foulb, Präsident, Mallet und Pereire, Vicepräsidenten; Foulb, Andre und Pereire bilden das Directionscomite. Die Actien dieser Gesellschaft sind beispielles rasch gestiegen. Erst vor einigen Tagen ausgegeben, haben sie bereits den dreifachen Werth ihres Ausgabepreis erreicht.

Die den Decemberinsurgenten zur Erlangung ihrer Begnadigung gestellten vorläufigen Bedingungen lauten im Wesentlichen: 1) Nur jenen Gnadengesuchen wird Folge gegeben, die von dem Betreffenden selbst oder erwiesenermaßen in dessen Auftrag unterschrieben und abgefaßt worden sind, und welche zugleich die förmliche Erklärung eines gänzlichen Bruches mit der Vergangenheit und das Versprechen einer vollständigen Unterwerfung in der Zukunft enthalten. 2) Die Unterschriften müssen von einem Beamten der Administrativverwaltung legalisirt sein. 3) Diese Gesuche, sei es durch die Vermittelung des Präfecten, sei es auf irgend einem andern Wege, müssen an die Staatskanzlei geschickt werden, um nach dem Berichte des Siegelbewahrers und Justizministers geprüft und beurtheilt zu werden. Die als Urheber oder Mitschuldige von Attentaten gegen Personen für schuldig erkannte Individuen und diejenigen, welche wegen Vergehen oder Verbrechen verurtheilt sind, werden der Begnadigung einer besondern Prüfung sein, die den bei gehässlichen Gnadengesuchen üblichen Formen gemäß sein muß.

Das Kriegsgericht zu Marseille hat am 23. noch nachträglich drei Decemberinsurgenten, den einen zum Tode, den zweiten zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und den dritten zu fünf Jahren Haft verurtheilt. Ein vierter wurde freigesprochen.

Großbritannien.

London, 27. Nov. Die Stimmen in der Presse über die große, gestern beendete Unterhausdebatte, welche dem Ministerium ein Glaubensbekenntniß entreißen oder es stürzen sollte, lauten natürlich sehr verschieden. Nach dem miniserfeilen „Herald" ist das Ergebniß schimpflich, nach „Daily News" ungenügend, nach „Times" bedenklich für die Opposition ausgefallen. „Post" und „Chronicle" freuen sich des Compromisses; erstere, weil Palmerston dessen Vater war, letzteres, weil die Gladstone's und Herberts mit an seiner Wiege standen. Das Publikum sieht ziemlich apathisch drein und ist diesmal besonders wenig Autorwähler; es hat den festen Glauben, daß kein Anschlag gegen sein wohlfeiles Brod gelingen könne, und stimmert sich wenig um die persönlichen Wortklaubereien in Westminster. Von allgemeinerem Interesse dabei ist ihm bloß Eines: die Stellung Lord Palmerstons zwischen den beiden streitenden Parteien. Das Feld eines geschulten Diplomaten ist nicht immer außerhalb der Landesgrenzen; es läßt sich auch im Vaterland mit Geschick diplomatisiren; das hat der edle Viscount jetzt zum zweitenmal bewiesen und die Wenigsten sind ihm deßhalb gram. Im Gegentheil würde man es sehr natürlich finden, wenn er so bald als möglich zwischen Derby und Disraeli in Downingstreet Platz nähme und Lord Malmesbury als Gesandten Ihrer Majestät nach Cayenne schickte. „Times" bemerkt in dieser Hinsicht: Lord Palmerston ist Herr der Situation. Was solle jetzt noch seine Vereinigung mit der Regierung hindern? Sie ist seine Schuldnerin geworden und er kann sich eines glänzenden Erfolgs rühmen.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Saarbrücken, 27. Nov. Die Unterbrechung des Verkehrs auf der Bahnstrecke zwischen Forbach und Saint-Avold wurde nicht durch eine Dammsenkung, sondern durch einen sehr bedeutenden Erdsturz verursacht, welcher in Folge des anhaltenden Regenwetters an einem Bahneinschnitte stattgefunden hat. Da einige Wochen bis zur völligen Aufräumung und Wiederfahrbarmachung der beschädigten Stelle hingehen können, so haben die französischen Zugenieure dieselbe durch eine provisorische Schienenlegung umgangen, so daß der Verkehr nicht länger als einige Tage unterbrochen war. Im Laufe der nächsten Woche werden hier die Directoren der preußischen, bayerischen und französischen Strecke der Paris-Ludwigshafener Bahn zusammenkommen, um sich, dem Vernehmen nach, über die etwa mögliche Abkürzung der Fahrzeit auf derselben zu besprechen.

H Siegen, 24. Nov. Bei der Solidität, welche die Nachrichten über den Bau der Deutz-Frankfurter Bahn gewinnen, halten wir es für zeitgemäß, auf ein Anschlagsprojekt derselben aufmerksam zu machen, das dazu geeignet ist, ihren Werth um ein Bedeutendes zu erhöhen. Zur Ersteigung des Westerwalds vom Siegthale aus sind für die Bahn verschiedene Thäler in Aussicht genommen. Wir halten das Mörthal fest, weil dasselbe zur Ausführung unserer Vorschlags am vortheilhaftesten gelegen ist. Gesetzt nun, die Bahn bestehe, und es ist zugleich der Bau der Bahn von Dagen durch das Lennethal nach Siegen vollendet, so ist nur mehr die vier Meilen lange Strecke von Siegen bis zur Mündung der Nister auszubauen, um beide Bahnen im ebenen Siegthale mit einander in Verbindung zu setzen. Es treffen dann also in Siegen zwei Bahnen zusammen, von denen die eine westwärts von Köln, die andere nordwestwärts von Elberfeld herkommt. Die naturgemäße Fortsetzung beider ist dann eine Bahn von Siegen nach Marburg. Erwägt man die hohe commercielle und strategische Wichtigkeit dieser Fortsetzungsbahn, so unterliegt es keinem Zweifel, daß dieselbe nicht manches Jahr auf sich warten lassen würde. Wir hätten nach dem Ausbau dieser Fortsetzung dann im Ganzen eine Bahn in Kreuzesform, welche nach den verschiedenen Weltrichtungen ihre Arme ausstrecke und an jedem ihrer Endpunkte bedeutende Städte aufzuweisen hätte, am westlichen Ende Deutz-Köln, am südlichen Wiesbaden, Mainz, Frankfurt, am östlichen Marburg, Kassel, am nördlichen Altena, Hagen, Iserlohn, Elberfeld. Alle diese Städte würden durch die Bahn unter sich und mit dem übrigen Deutschland auf dem gradesten Wege verbunden. Die Bahn würde auch den Namen eines Systems verdienen, insofern jeder Arm derselben durch seine Verbindung mit den übrigen Armen in seiner Wirkung potenzirt würde. Der westliche Arm z. B. führte nach dem südlichen und zugleich nach dem östlichen Südeuropa, der südliche Arm nach dem westlichen und zugleich nach dem nördlichen Complex u. s. w. Jeder Arm allo zählte vorzüglichen Verkehr. Und das vier Meilen lange Zwischenstück würde in seinen Leistungen noch höher anzuschlagen sein; denn anderseits, daß es der Verbindung des Südens mit dem Norden, und des Westens mit dem Osten diente, wäre es in einem Knotenpunkte der metallurgischen Schätze des Siegthals gelegen, und würde durch den Ausschlag dieser Schätze und durch die daran sich knüpfende Productirung von einem colossalen Verkehr frequentirt werden; einem Verkehr, der selbstredend auch den übrigen Gliedern des Systems zu statten käme, indem er darauf seinen Ausweg zu suchen hätte. So unzweifelhaft die Vortheile, welche diese systematische Verknüpfung der Deutz-Frankfurter Bahnprojecte bietet, aus dem Gesagten zu entnehmen sind, so können wir nicht umhin, einen dieser Vortheile noch besonders hervorzuheben. Es ist dies die Sicherung der Rentbarkeit der Deutz-Frankfurter Bahn für alle Zeiten. Die Möglichkeit ist nämlich nicht zu bestreiten, daß vielleicht einst eine Bahn durch das Rheinthal zu Stande komme. Dann aber wäre die Deutz-Frankfurter Bahn, als solche alles Verkehrs entboten. In ihrer Vertheilung mit dem bedrochenen Systeme jedoch würde ihr auch dann noch ein ausreichender Verkehr nicht abgehen; denn ihre Siegthalstrecke wäre fortwährend Verkehrsbahn zwischen dem westlichen und östlichen der angeführten Südencomplexe und ihre naffauische Strecke zwischen dem südlichen und nördlichen. Und diesen Verkehr vermöchte auch keine andere Bahn ihr zu entziehen; denn sie stellt dafür die natürliche Richtung dar. Wäre die Ausführung des ganzen Systems in die Hand desselben Finanzmannes gelegt, so hätte derselbe die doppelte Ausgabe zu bestreiten, aber er erzielte, eben in dem doppelten Verkehr eines jeden der vier Arme, auch den vierfachen Ertrag. Uebrigens sput auch die getheilte Bauausführung diesem günstigen Verhältnisse zwischen Anlage und Ertrag keinen Abbruch. Gewiß würde es daher für die Unternehmer der Deutz-Frankfurter Bahn sohnenswerth sein, das Nisterthal zur Ersteigung des Westerwaldes anzuhalten, wenn auch dadurch vielleicht die Linie etwas verlängert und der Kostenpunkt etwas erhöht werden sollte.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 30. Nov. 4½ pCt. Rente 106, 20. — 3pCt. do. 84, 75. — 5pCt. Piemont 100, 50. — 3pCt. Span. 45¼. — 1pCt. do. 24⅞. (Spnd.)

London, 30. Nov. 3pCt. Stocks 101⅛. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 25. — 5pCt. Pambro —. (Spnd.)

Madrid, 25. Nov. 3pCt. 46⅝. — 1pCt. Rente 25⅛. (Spnd.)

Antwerpen, 30. Nov. 2½ pCt. Belg. 58. — 5pCt. Lomb.-Venet. 91⅛. — 3pCt. Span. 45⅛. — 1pCt. do. 24⅛. (Spnd.)

Karlsruhe, 30. Nov. Bei der heute hier stattgehabten 28. Verloosung der großherzogl. badischen 35 fl. Loose des Anlehens vom Jahr 1845 sind nachstehende 20 Serien gezogen worden: Nr. 15, 69, 1488, 1945, 2161, 2178, 3208, 3868, 4277, 4558, 4619, 4865, 4873, 5054, 5948, 6113, 6892, 6914, 7382, 7686.

Frankfurt, 1. Dec. Bei der heute hier stattgehabten 15. Serien-Verloosung der königl. sardinischen Fr. 36 Loose sind nachstehende 25 Serien gezogen worden: 85 169 173 176 191 271 278 304 366 419 455 506 557 591 620 684 696 758 780 783 847 913 917 955 964.

Frankfurt, 1. Dec. Bei der heute stattgehabten 1. Ziehung 1. Klasse der 123. hiesigen Staatslotterie gewannen Nr. 2417 10,000 fl., Nr. 125 3000 fl., Nr. 22730 und 14430 jeder 400 fl.

Frankfurt, 1. Dec. Gestern sind hier angekommen: St. Durchlaucht der Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, im russischen Hof, und Herr Staatsrath Fischer, aus Holstein, im Pariser Hof.

Verantw. Redaktion: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler, Dr. J. B. Kutschkit.

[2689] Bei Fr. Ludw. Herbig in Leipzig sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Frankfurt a. M. in der S. Schmerber'schen Buchhandlung, Nachfolger Heinrich Keller, und Sauerländer's Sortiments-Buchhandlung:

Meißner, A.,

Miniatur-Ausgaben.

Gedichte. 6. Aufl. 1 Rthlr. 27 1/2 Ngr. od. fl. 3. 27 kr.

Ziska, Gesänge. 6. Aufl. 1 Rthlr. 22 1/2 Ngr. od. fl. 3. 9 kr.

Octav-Ausgaben.

Das Weib des Urias. Tragödie. 1 Rthlr. od. fl. 1. 48 kr.

Ziska, Gesänge. 2. Aufl. 1 Thlr. 15 Ngr. oder fl. 2. 42 kr.

Die Dichtungen Meißner's werden allgemein von der Kritik zu den besten der Neuzeit gezählt. Die Miniaturausgaben sind höchst elegant gebunden, mit Stahlstichen geziert und eignen sich dadurch auch zu Festgeschenken.

[2686] Ein Koch, welcher in der Kunst seines Faches gut bewandert und mit guten Zeugnissen versehen ist, sucht eine Unterkunft zu erhalten. Frankirte Briefe unter 2686 besorgt die Expedition dieses Blattes.

[1669] A vendre une jolie maison de campagne avec un superbe jardin, près de deux portes d'une résidence, qui offre toutes les convenances d'une vie agréable. On invite pour des plus larges informations au dépôt de musique, maison Mozart.

[2690] Edictalladung.

Ueber das bedeutend überschuldete Vermögen des Kaufmanns Georg Leonhard Boß dahier (die Activa betragen nach dem Inventarium 619 fl. 20 3/4 kr., die Passiva dagegen 10,424 fl. 41 1/2 kr.) ist der formelle Concurs erkannt worden und wird daher Liquidationstermin auf

Donnerstag den 20. Januar 1853,
Morgens 8 Uhr,

anberaumt. In diesem sind Forderungen und Ansprüche jeder Art an dasselbe bei Meidung stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse dahier anzumelden und zu begründen, auch soll zugleich die Güte versucht und entstehenden Falls ein Gläubigerausschuß und Massecurator erwählt und über die Verwerthung und Theilung der Masse Beschluß gefaßt werden; nicht in Person erscheinende Gläubiger haben daher ihre Vollmachten auch auf letztere Punkte auszudehnen, widrigenfalls sie den Beschlüssen der Mehrheit beitretend angesehen werden.

Der von hier abwesende Gemeinschuldner wird hiermit aufgefordert, in obigem Termine entweder selbst zu erscheinen oder sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen, widrigenfalls angenommen wird, er sei mit dem, was der gerichtlich für ihn bestellte Curator Georg Volkmar dahier erklären und thun wird, einverstanden.

Lauterbach, den 20. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht
Nytink. Bindewald.

[2692] Steckbrief.

Louis Bock von Bessungen, bisher Rentamtsgehilfe dahier, dessen Signalement, soweit man solches ermitteln konnte, nachfolgt, ist mehrerer nicht unbedeutender Unterschlagungen und Fälschungen dringend verdächtig. Da sich derselbe der gegen ihn einzuleitenden Untersuchung durch die Flucht entzogen hat, so ersucht man alle Justiz- und Polizeibehörden des In- und Auslandes, auf denselben zu invigiliren, ihn im Betretungsfalle arretiren und an das unterzeichnete Gericht abliefern zu lassen.

Homberg a. d. Ohm, am 29. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Klingelhöffer.

Louis Bock ist

25 Jahre alt,
ungefähr 6 Fuß 8 Zoll groß, und hat
dunkelbraune Haare,
niedrige Stirne,
braune Augenbrauen,
wahrscheinlich blaue Augen,
kleine aufgestutzte Nase,
mittelgroßen Mund mit aufgeworfener Oberlippe,
gewöhnliches Kinn,
schwachen, dunkelen Bart,
blasse Gesichtsfarbe,
lange, schmale Gesichtsform,
schlanke Statur und
trägt in der Regel eine Brille; auch steht der obere Schneidezahn desselben etwas schief.

[2683] Edictalladung.

Des hiesigen Rathsverwandten Johannes Heß Kinder haben laut Kaufbriefs vom 3. Februar 1809 an ihren Bruder Georg Heß

267/11 Flurbuch, 1./26 Grundbuch, 22 2/10 □Klftr.
Garten in der Neustadt an Christian Walther, 45/90(10/90) Flurbuch, 1./27 Grundbuch, 13□Klftr.
Hofraithe an sich selbst und Johs. Kreuder II.

um 400 fl. verkauft. Weil inzwischen nicht sämmtliche Kinder damals anwesend waren, namentlich Daniel Heß in der Fremde sich befand, so wurde bedungen, daß der Kauf, falls eins der abwesenden Geschwister ihn später widerrufen würde, aufgehoben werden solle.

Georg Heß verkaufte am 2. Juni 1810 genannte Liegenschaften an Heinrich Heß, von dessen Kindern wurden sie laut Contract vom 22. März 1836 an Martin Alles und dessen Ehefrau Mariane geb. Heß von hier veräußert. Letztere verpfändeten solche unterm 15. September 1812 resp. 9 Januar 1813 wegen 400 fl. Capital an Gottfried Keil's Wittwe zu Gießen.

Da dermalen über mehrgedachte Immobilien anderweit verfügt werden soll, so fordert man die Johannes Heß Kinder, insbesondere den noch immer abwesenden Daniel Heß oder deren Rechtsnachfolger, überhaupt Alle, welche dingliche oder sonstige Rechte irgend welcher Art an solchen bilden wollen, hiermit auf, diese Rechte in Zeit

drei Monaten

von heute an dahier anzuzeigen und zu begründen, widrigenfalls die genannten Immobilien als unwiderrufliches Eigenthum der Martin Alles Eheleute von Gerichtswegen werden angesehen und behandelt werden.

Grünberg, den 22. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Welcker.

[2431] Edictalladung.

Ueber den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Bürgers und Handelsmanns Justus Ludwig Brandt hat das unterzeichnete Gericht heute Concurs erkannt.

Demnach werden Alle, welche an diesen Nachlaß aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der

Montag den 3. Januar 1853,
Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Tagfahrt vor der angeordneten Gerichts-Commission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch hinsichtlich eines etwaigen Vorzugsrechtes zum Protocolle zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Acten gekommen ist, der Ausschluß der nicht aufgetretenen Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 25. October 1852.

Stadt-Gericht I.
Schöff u. Senator Dr. Gwinner, Director.
Dr. Dietze, Secretair.

Cours der Staats-Papiere. 1. December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.i.S.b.Roths)	94 3/8 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B	94 5/8 G.
»	5% do.v.J.1852 L.à121	91 3/4, 7/8 bez u. G.
»	5% L. V. (C.b Roths)	90 7/8 bez. u. G.
»	5% do.Monte C.iS.i.M	85 1/2 etw. 86 bez. u. G
»	Bank-Actien . . .	1376 P. 71 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81 1/2 P. 1/4 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	81 G.
»	5% ditto 1852	80 3/4 P. 1/2 G.
»	4 1/2% ditto	72 1/4 bez.
»	4% ditto	64 1/2 P.
»	3% ditto	48 1/8 P. 47 7/8 G.
»	2 1/2% ditto	41 1/4 G.
»	1% ditto	16 1/4 P. 16 G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	118 1/4 G.
»	fl. 500 » ditto	192 G.
»	4 1/2% Oblig.b.Bethm.	80 1/2 P.
»	4% » » »	71 P.
Preussen .	3 1/2% Staatsschulds.	93 7/8 P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	114 1/4 G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 3/4 P.
»	4 1/2% ditto	100 3/4 P.
»	4% ditto	96 1/2 G.
»	4% Ablös.-Rente .	96 1/2 P. 1/4 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths	82 P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	100 5/8 bez. u. G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103 1/4 P.
Württemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 3/4 G.
»	3 1/2% ditto	90 1/2 P. 1/4 G.
Baden . .	5% Obligationen . .	102 2/4 G.
»	4 1/2% Obligationen	102 3/4 G.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	91 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 3/4 P. 3/8 G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	—

		Per comptant.
Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	—
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	49 1/4 bez. u. G.
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	101 7/8 P. 5/8 G.
»	4% ditto b.Rothsch.	98 5/8 P.
»	3 1/2% ditto b.Rothsch.	91 3/4 G.
»	fl. 50 Loose . . .	90 1/2 G.
»	fl. 25 Loose . . .	31 3/4 P. 1/2 G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/4 P.
»	4% ditto	99 1/4 P.
»	3 1/2% ditto	91 1/4 P. 91 G.
»	fl. 25 Loose . . .	28 7/8 P. 1/2 G.
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	94 1/4 P. 94 G.
»	3 1/2% » v. 1846	94 1/8 P. 93 3/4 bez. u. G.
»	3% » . . .	85 3/8 P.
»	Taunusbahnact. .	304 P. 302 G.
Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	102 1/4 P.
»	4% Obl. b. Hope fl.2.	92 1/4 P.
»	4% » b.Stieglitz »	91 1/4 G.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	91 3/4 bez. u. G.
Spanien	3% Int. Sch. P fl.2.30	45 bez. u. G.
»	1% Neue » »	24 3/4 P. 11/16 bez. u. G.
Holland .	4% Certificate . .	95 1/4 G.
»	3 1/2% Syndicats .	94 1/4 bez.
»	2 1/2% Integrale .	63 3/4 G.
Belgien .	5% Obl.in L.àfl.12b.R.	98 3/4 P.
»	4 1/2% Obl. inF.à28kr.	99 3/4 G.
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	95 G.
»	2 1/2% Obl. b.Rothsch.	58 G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	99 P.
»	5% Obl. b. Hambro	96 1/4 P. 96 bez. u. G.
»	Sardinische Loose .	—
Toscana	5% Obl.1850(C.b.Golds.)	101 1/2 P. 100 3/4 bez u. G.
»	5% »1851.b.Bastogi(do.)	97 3/4 G.
N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	117 P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 1 December		Per comptant
Amsterdam . (100 fl. Crt.)	k.S.	100 3/4 B. 1/2 G.
	3M.	— —
Augsburg . . (100 fl. Crt.)	k.S.	119 3/4 B. 1/2 G.
	3M.	— —
Berlin . . . . (60 Thlr.) .	k.S.	105 B. 104 3/4 G.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr.i.Ldor.	k.S.	97 1/4 B. 97 G.
	3M.	— —
Hamburg . . (100Mk.Bc.)	k.S.	89 B. 88 3/4 G.
	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104 3/4 G.
London . . . (10 Livr. St.)	k.S.	118 3/4 B. 1/2 G
	3M.	— —
Lyon . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94 1/4 B. 93 3/4 G.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	100 3/4 B
	3M.	— —
Paris . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94 1/4 P. 93 3/4 G.
	3M.	— —
Wien (100fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	102 1/4, 3/8, 1/4 bez. 1/8 G.
Disconto		3. B. 3 1/2 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 41 1/2-42 1/2
Pr.Friedrichsd'or	»	9 53 1/2-54 1/2
Holl.10fl.Stücke	»	9 50-51
Rand-Ducaten .	»	5 36 1/2-37 1/2
20 Francsstücke	»	9 25-26
Engl. Sovereigns	»	11 50
Gold al Marco	»	382-83
5 Frankenthaler	»	2 20 3/4-21 1/4
Preuss. Thaler	»	1 45-1/4
Preuss.Cassa-Sch	»	1 44 3/4-45

Druck von August Osterrieth.

№ 288. — Donnerstag — den 2. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: fl. in dem Gebiethe von Frankfurt 1 fl. 30 kr.; fl. in den Staaten des Münchner und Dresdner Vertrages 1 fl. 45 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.; fl. in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 2 fl. 1 fl. 30 kr. oder

2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 20 Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr C. A. Alexander in Straßburg, Krautgasse Nr. 28, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 63, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Monate) mit Postschrift über deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 27. Nov. Das Gerücht von der bevorstehenden Vermählung des Prinz-Regenten von Baden mit der Tochter eines österreichischen Fürsten — nicht, wie verschiedene Blätter berichteten, mit einer österreichischen Prinzessin — erhält sich, und bezeichnet man jetzt die Prinzessin Marie von Liechtenstein, älteste Tochter des regierenden Fürsten, als die Erwählte. — Die „Wiener Zeitung" zeigt an, daß 500,000 fl. in Münzscheinen, 1,000,000 fl. in Reichsschatzscheinen und 1,000,000 fl. in Anweisungen auf die Landeseinkünfte Ungarns am 20. und 25. l. M. verbrannt worden sind. — Nach den bereits bekannten Ergebnissen des laufenden Verwaltungsjahres 1852 lassen die directen und indirecten Steuern und Abgaben eine Einnahme von 225 Mill. Gulden erwarten. Im Jahr 1850 belief sich die Summe der ordentlichen Staatseinnahmen auf circa 180 Mill. Gulden. — Das Ministerium für Landescultur hat mehreren Handelskammern eröffnet, daß die Verhandlungen über ein zeitgemäßes Forstgesetz bereits Sr. Maj. dem Kaiser vorgelegt wurden. — Am 24. Nov. fand in der Augustinerkirche das feierliche Requiem für die Maria-Theresien-Ordensritter F.M.L. v. Rath und F.M.L. v. Reesey statt. Die dazu ausgerückten Truppen waren auf dem Josephsplatze aufgestellt, und eine glänzende Versammlung militärischer Autoritäten, sowie die sämmtlichen hier anwesenden Ritter des Ordens, wohnten der Feier bei. — Die nach dem neuen System ausgerüsteten Batterien, welche auch schon auf Uebungsmärschen erprobt wurden, sind für zweckmäßig befunden worden und dürften in der k. k. Armee allgemein eingeführt werden. — Am Froschdorf sind mehrere Legitimationsautoritäten eingetroffen, um, wie man vermuthet, dort an weiteren Berathungen, in Betreff der bevorstehenden Proclamation des Kaiserreichs, Theil zu nehmen.

Der „Bote f. T. u. V." erklärt das Gerücht, ein bedeutendes Armeecorps werde in Tirol und Vorarlberg demnächst aufgestellt werden, für gänzlich unbegründet. Es könne im Gegentheil mit der größten Bestimmtheit versichert werden, daß weder an die politischen noch an die Militärlandesbehörden die geringste Andeutung zu irgend einer Truppenvermehrung oder Verproviantirung gelangt sei.

Den Volksschulen in Ungarn stehen wesentliche Reformen bevor. Die schon seit längerer Zeit deßhalb eingeleiteten Erhebungen haben das Unterrichtsministerium zu bestimmen veranlaßt, daß die jetzigen Landschullehrer dieses Landes nur nach gehöriger Nachweisung ihrer Befähigung beibehalten werden können, die neu Anzustellenden hingegen dieselbe Prüfung ablegen müssen, wie sie in den übrigen Kronländern vorgeschrieben ist. Zugleich wird eine zweckmäßigere Vertheilung der Schulbezirke angeordnet. In Berücksichtigung der wirklich oft traurigen Lage der Lehrer auf dem flachen Lande, und der daraus entspringenden Nachtheile für den Unterricht, sollen dieselben höhere Gehalte beziehen und ihnen solche Nebenbeschäftigungen unterfagt werden, welche die für den Unterricht gewidmete Zeit häufig unterbrechen und verkürzen. Die Vorrückung in höhere Gehaltsstufen wird nicht mehr nach der Dienstzeit, sondern nach der individuellen Befähigung erfolgen.

* **Berlin**, 29. Nov. Die „N. Ztg." theilt aus „sicherster Quelle" mit, daß sich die Verfassungsrevisionscommission über Art. 12 der Verfassung vollständig geeinigt, und in Betreff des Wahlrechts den Juden das active Wahlrecht eingeräumt, das passive aber nicht zugestanden habe. — Wie das „Correspondenz-Bureau" schreibt, spricht man von gemeinsamen Anordnungen, welche zwischen den größeren deutschen Staaten in Betreff der Handhabung der Freundencontrole verabredet sind. Bis jetzt sollen Preußen, Oesterreich, Bayern, Sachsen und Baden sich über die zu treffenden Maßregeln vereinigt haben. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß die übrigen deutschen Regierungen sich anschließen werden. — Die Statuten der Hilfskassen für die communalständischen Verbände der Neumark, der Kurmark und der Niederlausitz haben die königliche Bestätigung mit der Beschränkung erhalten, daß die Zurückziehung der gewährten Summen von 207,000 Thlrn., von 82,000 Thlrn. und von 39,000 Thlrn. zur Staatskasse im Falle einer statutenwidrigen Verwendung der Summen eintritt. — Der Minister v. d. Heydt fordert in einem Circular sämmtliche Handelskammern und kaufmännische Corporationen auf, die genaue statistische Aufnahme der vorhandenen Webestühle, Spinnereien und andern Gewerbsanstalten zu unterstützen, und dahin durch Belehrung zu wirken, daß die Vorurtheile, welche die Fabrikanten von vollständigen und genauen Angaben über die Verhältnisse ihrer Fabricationsanstalten abhalten oder sie zur gänzlichen Verschweigung derselben bestimmen, beseitigt werden.

Man schreibt der „Breslauer Zeitung" aus **Berlin**: Nachdem die Regierung den eine Zeitlang gehegten Plan, Maßregeln gegen die ungehindert freie Circulation einzelner Papiergeldsorten zu ergreifen, wieder aufgegeben hat, ist dafür jetzt die Idee in Anregung gebracht worden, allmälig mit den übrigen deutschen Regierungen auf vertragsmäßigem Weg sich über die Anwendung gleicher Grundsätze hinsichtlich der Ausgabe, des Umlaufs, des Aufgebots, der Wiedereinziehung des Papiergelds zu, insbesondere aber über Feststellung einer Grenze, bis zu welcher in jedem deutschen Staat Papiergeld emittirt werden dürfte, und bis auf welche ein etwa bereits ausgegebener höherer Betrag zurückgeführt werden müsse, zu einigen. Wenngleich man sich nicht verschweigt, daß grade die gegenwärtigen Verhältnisse der Realisirung derartiger Vorschläge wenig günstig sind, so hofft man doch, einen Theil der deutschen Staaten einer solchen Convention geneigt zu finden, und will dann von der Zeit und dem hierbei zur Anwendung kommenden nationalökonomisch-richtigen und staatsrechtlich-sittlichen Principe den allmäligen Beitritt der übrigen deutschen Staaten gewärtigen. Es liegt deßhalb denn auch in der Absicht, für die Ausführung dieser Idee schon in der nächsten Zeit die nothwendigen einleitenden Schritte zu thun, wofür in der Convention vom Jahr 1847, wegen Außercourssetzung einlaufenden Papiergelds, die Anhaltspunkte geboten sind.

Minden, 26. Nov. Der wegen Majestätsbeleidigung angeklagte Dr. med. Jacobi, aus Hartum, hiesigen Kreises, stand gestern vor unserem Kreisgericht. Derselbe wurde in Betracht seiner langen Haft (bereits 1½ Jahr), seines jugendlichen Alters und anderer Milderungsgründe zu sechs Wochen Freiheitsstrafe und Verlust der Nationalcocarde verurtheilt. Die Basis der Klage bildete ein Brief, welchen er in einem Alter von 18 Jahren an einen Freund in Hartum geschrieben hatte und welcher bei demselben in Folge einer Nachsuchung gefunden worden. (Westf. Ztg.)

Zweibrücken, im Nov. Gegen Anwalt Golfen von hier ist vom Gericht eine viermonatliche Amtssuspension ausgesprochen worden. Die Berufung des Anwaltes Spaß von Frankenthal gegen seine Suspension wurde vom königlichen Appellationsgericht für unzulässig erklärt. (Pf. J.)

* **Speyer**, 30. Nov. Die Nachricht, daß auch der Mitschuldige an dem hiesigen Sparkassendiebstahl, namens Dahlmann, verhaftet sei, erweist sich als unbegründet.

Leipzig, 25. Nov. Ein älteres Reskript, wonach Pfarrer solche Personen, welche sich wahrheitswidrig als Junggesellen oder Jungfrauen haben aufbieten lassen, mit Geldstrafen belegen sollen, hatte bis jetzt in der Oberlausitz keine Geltung. Kürzlich hat nun das Cultusministerium das Verlangen gestellt, daß jenes Reskript auch in der Oberlausitz in Anwendung komme. Der Oberlausitzer Provinziallandtag hat sich aber sehr entschieden dagegen ausgesprochen. Anderseit sollen gegen die Trennung der Justiz von der Verwaltung in der untern Instanz gerichtete Wünsche vielfeitig bevorwortet worden sein. — Seit kurzem sind hier viele Selbstmorde vor-

gekommen. — Eine seit vielen Jahren nicht beobachtete Erscheinung ist die, daß in Folge der milden Witterung die Reps-felder in voller Blüthe stehen. (Schw. M.)

Vom Unterrhein, 28. Nov. Gestern wurde in Wallorf, bei Wiesloch, auf dem Dache des Astorhauses der Kranz aufgesteckt. Dieses Astorhaus wird aus dem Vermächtniß des verstorbenen amerikanischen Kaufmanns Joh. Jak. Astor aus Wallorf gebaut und ist zu einer Armenverpflegungs-, Armenerziehungsanstalt und Kleinkinderschule für die Bewohner jenes Orts bestimmt. Die Eröffnung dieser Anstalten darf im folgenden Jahr erwartet werden. Die unmittelbare Aufsicht über die Astorstiftung steht dem Verwaltungsrath in Wallorf zu, welcher wieder von einem Oberaufsichtsrath in Heidelberg überwacht wird. Letzterem ist die erste Einrichtung der ganzen Anstalt übertragen. Die in diesem Collegium durch den Wegang des Gartendirectors Metzger erledigte Stelle ist durch Professor Bender l. in Weinheim ersetzt worden. (B. B. Z.)

Aus Kurhessen, 28. Nov. In den letzten Wochen bereits eine aus Offizieren unseres Artillerieregiments, der Husaren und Garde du Corps gebildete Commission, an deren Spitze der Chef des Gestütwesens, Oberstlieutenant v. Eschstruth, stand, die landräthlichen Kreise der Provinzen, um Pferde für den Bedarf der berittenen Mannschaft unseres Armeecorps anzukaufen. Man wundert sich, daß die Ankäufe eben nicht sehr zahlreich ausgefallen sind, dagegen waren die gekauften Pferde Exemplare von ausgesuchter Schönheit und wurden mit hohen Preisen bezahlt. — In den jüngsten Tagen ist ein bedeutendes Avancement unter den Offizieren unseres Armeecorps, namentlich den mit höheren Chargen bekleideten, erfolgt; auch ist ein aus kurhessischen Offizieren in schleswig-holsteinische seiner Zeit übergetretener Offizier, Lieutenant v. Zipf, wieder in diesseitigen Diensten angestellt worden. Die jüngern Offiziere unseres Contingents haben jetzt Aussichten zu einer so raschen Carriere, wie sie kaum in einem andern deutschen Truppentheile gefunden werden dürfte. Es ist noch immer eine ziemliche Anzahl Stellen sowohl in den Regimentern als bei den verschiedenen militärischen Behörden zu besetzen, und wenn, wie es heißt, noch ein zweites Füstlierbataillon errichtet werden soll, so dürfte der Bedarf an Offizieren kaum zu decken sein. (B. Z.)

△ **Hanau**, 29. Nov. In diesen Tagen ist der neue, Wilhelmsbad betreffende Pachtvertrag unterzeichnet worden. Der Pächter, ein Herr de Bivry, zahlt jährlich 14,000 Thlr. und hat bereits mit zweien der hiesigen Weinwirthe über die Führung der Wirthschaft Verträge abgeschlossen. Das Nichtreussiren der frühreren Administration bei der Concurrenz um die neue Pachtung scheint man hauptsächlich der Veröffentlichung einer scharfsehaltenen Darstellung und Kritisirung zu, welche im Jahr 1850 über die vom Ministerium damals beibehaltene Schließung der Spiele am Wilhelmsbad von derselben ausging.

Oldenburg, 27. Nov. Das Staatsgrundgesetz, wie es jetzt rechtliche Geltung für unser Land hat, ist am Dienstag und Mittwoch saß in 3000 Exemplaren im Herzogthum versendet worden. Dadurch ist theilweise schon erfüllt, was der Art. 221 fordert: „Es ist auf möglichste Verbreitung der Kenntniß des Staatsgrundgesetzes Bedacht zu nehmen." (Oldb. Z.)

Koburg, 26. Nov. Vor einiger Zeit hatte der Rechtscandidat Feodor Streit, der Führer der Opposition in unserm Herzogthum, gegen den hiesigen Bürgermeister und den Regierungsdirector Klage wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt und Versuchs der widerrechtlichen Gefangenhaltung erhoben, war jedoch vom hiesigen Justizcollegium mit derselben abgewiesen worden. Auf die vom Kläger eingelegte Appellation waren die Acten an die Juristenfacultät in Berlin eingesandt worden, welche auch die Entscheidung des Justizcollegiums bestätigte. Da der Kläger auch hierauf Rechtsmittel einlegte, trugen die Beklagten auf Actenversendung an, nahmen jedoch dabei die Facultäten Jena, Heidelberg und Göttingen aus. Die Juristenfacultät in München, welcher darauf die Acten zugingen, hat nun in dem neuerdings gefällten Erkenntnisse die Rechtsmittel des Klägers verworfen und ihn in alle Kosten verurtheilt. — Am 24. d. M. ist in dem zu unserm Herzogthum gehörigen Städtchen Sonnefeld, dem Geburtsorte Streits, Letzterer, als der Candidat der demokratischen Partei, von den Wahlmännern mit 14 gegen 11 Stimmen für den 10. Bezirk zum Landtagsabgeordneten gewählt worden. (Vpz. Z.)

Gera, 26. Nov. Eine neuerliche Ministerialverordnung verfügt strenge Maßregeln gegen den Vertrieb von Promessen zu auswärtigen Lotterien und Theilaetien, unter gleichzeitiger Verwarnung vor deren Ankauf. Inländischen Blättern wird die Aufnahme von Bekanntmachungen auswärtiger Handlungshäuser, durch welche solche Theilactien und Promessen zum Kauf angeboten werden, bei 5 Thlr. Geld- oder entsprechender Gefängnißstrafe untersagt. In der That haben vielfache Täuschungen unseres Publikums durch derartige Hoffnungskäufe zu den gedachten Maßnahmen eine sehr genügende Veranlassung gegeben. — Von der Einberufung unsers Landtags, dessen Wiederzusammentritt eigentlich für den Herbst schon in Aussicht stand, verlautet bis jetzt noch nichts.

Detmold, 26. Nov. Unser Landtag wurde bekanntlich auf den 20. Oct. zusammenberufen und ihm von der fürstlichen Regierung einfach die Proposition gestellt, die Verfassung von 1836 ohne Weiteres in Bausch und Bogen wieder einzuführen. Der Landtag wollte die Sache einer Commission zur reiflichen Prüfung übergeben und sich vertagen, bis diese ihre Arbeit, eine detaillirte Vorlage dessen, was aus der frühern Verfassung wieder anzunehmen oder abzuändern sei, vollendet habe. Die Regierung aber verlangte sofort ein blankes Ja oder Nein. Die Commission des Landtags arbeitete nun eine Erklärung aus, welche auf die fürstliche Proposition einging, jedoch statt einer Enblocannahme der alten Verfassung vorerst deren Revision forderte. Das demokratische Wahlgesetz, hieß es, sei abzuändern; auch eine städtische Gliederung sei als wortheilhaft zu inaugurieren; den Innungen des deutschen Bundestags müsse man ebenfalls beistimmen: aber die Trennung des Landtags in eine Ritterzurie und in eine Bürger- und Bauernzurie erscheine nicht mehr als angemessen, und ebenso könne man von den entscheidenden Votum des Landtags in Gesetzgebungssachen nicht abgehen. Die beiden letztern Punkte waren die Kernpunkte, abgesehen von der Art der Zusammensetzung der Landesvertretung selbst. Nach der Verfassung von 1836 hatten die Stände nämlich nur in Bezug auf neue Steuern eine entscheidende, in allen übrigen Sachen nur eine berathende Stimme. Auch nur da, wo es sich um allgemeine Steuern handelte, mußte die vereinigten Landtage abgestimmt werden, bei andern Fragen dagegen konnten die beiden Ritterstimmen als besondere Kurie die Beschlüsse des übrigen Landtags wirkungslos machen. Dieses Vorrecht der Ritterschaft erschien auch schon früher um so außerordentlicher, als die Ritterschaft unsers Ländchens außerdem keineswegs im gleichen Verhältnisse reelles Ansehen hat und sich die meisten ihrer Mitglieder von wohlhabenden Oekonomen nicht sehr unterscheiden. Der gesammte Landtag machte nun — mit Ausnahme einer einzigen Stimme, welche Herrn v. Stietenkron, dem Kammerherrn und Vertrauten des Fürsten, angehörte — die Erklärung der Commission zu seiner eigenen und die Folge war, daß er sofort verabschiedet wurde. Das hatte kein Mensch erwartet, und so weit man die Annalen unsers kleinen Staats zurücksichtig, fand man kein ähnliches Beispiel. Es hat sich seitdem eine Stimmung über Stadt und Land bei uns gelegt, welche eben so allgemein, als der ritterschaftlichen Reaction entschieden entgegen ist. (N. Z.)

n **Frankfurt**, 1. Dec. Die jungen Prinzen von Augustenburg sind heute von Homburg wieder nach Bonn abgereist, um daselbst ihre Studien fortzusetzen. Ihre erlauchten Eltern und Geschwister werden sich, wie man vernimmt, in den nächsten Tagen an den Hof des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha begeben und einige Wochen dort verweilen. — Entsprechend dem bei seiner letzten Hierherkunft bekannt gewordenen Entschluß, verließ General de la Moriciere mit Ablauf des Novembers unsere Stadt, um in Belgien mit seiner Familie zusammenzutreffen.

Rußland.

Petersburg, 20. Nov. Der Kaiser hat folgendes Handbillet an den Gesandten am französischen Hof gerichtet:

Unserm Geheimerathe Kisseleff. Als Beweis Unserer Zufriedenheit mit Ihrem ausgezeichneten Im Dienste bethätigten Eifer und Ihrer nützlichen Thätigkeit als Verweser Unserer Gesandschaft in Paris, ernennen Wir Sie hiermit zum Ritter des apost. Fürstenordens Wladimir zweiter Klasse, dessen Insignien beifolgen, und befehlen Ihnen dieselben anzulegen und nach Vorschrift zu tragen. Wir bleiben mit Unserer kaiserlichen Gnade Ihnen gewogen. Nicolaus. St. Petersburg, den 4/16. November 1852.

Ein zweites Rescript des Kaisers an den dirigirenden Senat lautet:

Wir befehlen Ihrer kaiserlichen Hoheit Unserer geliebten Tochter der Großfürstin Marie Nicolajewna (Mittwe des Herzogs von Leuchtenberg) Präsident zu sein der kaiserlichen Academie der Künste.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 1. Dec. Die neueste Nummer des halbamtlichen „Dresdener Journals" sagt in Bezug auf die Zollfrage: Wir können mit Genugthuung versichern, daß zu einer befriedigenden Lösung der Zollvereinswirren jetzt allerdings gegründete Aussicht vorhanden ist, müssen aber bemerken, daß die in den Zeitungen in Bezug auf die zu erwartende Ausgleichung und deren nächste Veranlassung bereits mitgetheilten Specialitäten vielfach an Unrichtigkeiten leiden. Von einer Berichtigung der letztern glauben wir indessen bis dahin absehen zu können, wo diese Angelegenheit eine festere Gestaltung gewonnen haben wird.

* **Wien**, 28. Nov. Zwischen der kaiserl. österreichischen und königl. sächsischen Regierung ist ein Uebereinkommen in Bezug gegenseitiger Freizügigkeit der Pensionen und ähnlicher Bezüge abgeschlossen worden. — Die hiesige Zollconferenz hat bis jetzt

24 Sitzungen gehabt. — Dem Vernehmen nach, sagt der „Lloyd", hat Herr Graf v. Chambord gleichzeitig mit dem an das französische Volk gerichteten Protest ein Schreiben an die europäischen Großmächte gerichtet, in dem er um Vermittelung zur Wahrung seiner Rechte in Frankreich, gegenüber der im Entstehen begriffenen neuen Dynastie das Ansuchen stellt.

Wien, 30. Nov. An Stelle des anderweitig berufenen Baron v. Prokesch ist Graf Thun zum kaiserlichen Gesandten zu Berlin heute amtlich ernannt. — Hofrath Hurter ist in den Adelstand erhoben.

* **Berlin**, 30. Nov. Die Ansicht, daß die rechte Seite der zweiten Kammer recht bald in verschiedene Fractionen sich theilen werde, hat schneller, als es wahrscheinlich war, Bestätigung erhalten. Nachdem bereits durch die Zeitungen die ehemaligen Mitglieder der Stahlschen Fraction in der ersten Kammer vorger Session zur Bildung einer besondern Fraction in der jetzigen zweiten Kammer aufgefordert waren, erklärte gestern der Abgeordnete v. Gerlach seinen Austritt in der Gesammtversammlung der rechten Seite bei Mäder. Er motivirte denselben durch die Unmöglichkeit, in eingehender Weise die Kammerfragen in einer großen Versammlung zu erörtern und zu einer gewünschten Lösung vorzubereiten. Deßhalb hätten er und andere politische Freunde den Entschluß gefaßt, zu einer besondern Fraction zusammenzutreten, ohne damit jedoch die innere Verbindung mit der conservativen Partei in der Kammer aufzugeben. Er sprach die Hoffnung aus, daß diese äußerliche Trennung von wesentlichem Interesse für die conservative Sache sein werde, da man nun weiterfern könne, um jener am besten zu dienen. Noch gestern Abend hat diese Fraction in einer besondern Versammlung im „Hotel des Princes" sich constituirt. Die Führerschaft des Gros der rechten Seite hat nun der Abgeordnete Nöldechen übernommen und die Mitglieder heute Abend abermals zu einer Versammlung zu Mäder eingeladen.

* **Berlin**, 30. Nov. In der zweiten Kammer, sagt die „Nationalzeitung", waren gestern die Parteien durch die Plätze schon sichtlich geschieden, und das Uebergewicht der rechten Seite trat sehr auffallend hervor. Die „Opposition", welche sich zur Linken placirte, dürfte sich demnächst kaum trennen, wogegen die rechte Seite sich bereits in Fractionen geschieden haben soll, ohne indessen dadurch für die Präsidentenwahl, welche man zur Parteifrage machte, die Stimmen zersplittern zu lassen. Die Rechte wird den Staatsminister a. D., Oberappellationsgerichtspräsident Uhden, den Feuersocietätsdirector v. Waldboth-Bassenheim-Bornheim und Provinzialsteuerdirector Engelmann als Candidaten für den Präsidentens, resp. die beiden Vicepräsidentenposten aufstellen.

Magdeburg, 27. Nov. Der Herr Provinzialsteuerdirector v. Jordan ist von seiner Reise an die hessische und sächsische Grenze gestern zurückgekehrt, nachdem derselbe zuletzt die Localitäten in Eilenburg und Gordemitz in Augenschein genommen hat. (Magdeb. Corr.)

Stockholm, 23. Nov. Am vorigen Sonnabend (20.) um die Mittagszeit war in dem Befinden des Königs eine dem Anscheine nach sehr günstige Krisis eingetreten. Indessen hielten sich vorgestern das Fieber und die Mattigkeit wieder ein. Auch gestern hat sich darin im Wesentlichen nichts geändert. Das heutige Bülletin lautet: St. Maj. des Königs Zustand ist seit der Ausgabe des letzten Bülletins unverändert. Die Nacht war ruhig und der König schlief einige Stunden. — Vorgestern wurden zum erstenmal die von der Regierung angeordneten Gebete für die Wiederherstellung des Königs in allen hiesigen Kirchen gehalten.

Kopenhagen, 27. Nov., Vormittags. „Fädrelandet" behauptet im Widerspruch mit „Flyvepost", daß sich die Mehrheit des zur Begutachtung der königlichen Botschaft über die Erbfolge vom vereinigten Reichsrage niedergesetzten Fünfundzwanziger-Ausschusses vorläufig gegen die unverzügliche Annahme jener Botschaft ausgesprochen habe. Neben dieser Mehrheit gebe es in dem gedachten Ausschusse noch mehrere Minoritäten, deren eine aus dem frühern Minister Tillisch allein bestehe.

Petersburg, 23. Nov. Der Großfürst-Thronfolger und seine Gemahlin sind am 19. d. M. von ihrer Reise ins Ausland hierher zurückgekehrt.

* **Paris**, 30. Nov. Bis heute Nachmittag um 3 Uhr waren 7,776,975 Ja und 248,589 Nein bekannt. In einem „Mitgetheilt" nennt der „Moniteur" schon heute den Prinzen Ludwig Napoleon „Mosestat" und „Kaiser". Dieses „Mitgetheilt" bestätigt im Wesentlichen, was bereits über die der Proclamation des Kaiserreichs vorausgehenden und mit ihr verbundenen Formalitäten und Feierlichkeiten verbunden ist. Morgen wird die Auszählung der Stimmen im gesetzgebenden Körper zu ihrem Schlußergebniß gedeihen. Die ebengenannte Corporation und der Senat begeben sich sofort nach Saint-Cloud; jene, um dem Prinzen Ludwig Napoleon das Plebiscit zu verkündigen; dieser in erster Reihe dem erwählten Kaiser seine und Frankreichs Glückwünsche darzubringen. Uebermorgen, am 2. December, um 12 Uhr Mittags, verläßt der Kaiser Saint-Cloud, um seinen Einzug in Paris zu halten. Seine Majestät begibt sich durch den Triumphbogen, die große Avenue der Elyseeischen Felder und den Garten des Palastes nach den Tuilerien. Dort empfangen ihn die Prinzen Hieronymus und Napoleon Bonaparte und die Minister, und bringen ihm ihre Glückwünsche dar. Am Abend empfängt der Kaiser die politischen Corporationen und höchsten Staatsbeamten, um deren Huldigungen entgegenzunehmen. Das Ergebniß der Nationalabstimmung und die Declaration des gesetzgebenden Körpers werden am Donnerstag früh um 10 Uhr von dem Seinepräfecten öffentlich verlesen. Am Abend Illumination der öffentlichen Gebäude. — Den Generalen und höheren Offizieren, welche am 2. December kein Commando zu führen haben, ist der Wunsch Ludwig Napoleons zu erkennen gegeben worden, daß sie sich bei dem Einzug in Paris seinem Cortege anschließen möchten. Sie erwarten den Kaiser zu diesem Behuf in großer Uniform und zu Pferd am Triumphbogen de l'Etoile und begleiten ihn bis an die Tuilerien. Von Seite der Armee und der Nationalgarde, welche den langen Weg entlang, den der Cortege nimmt, aufgestellt sein werden, erwartet man einen enthusiastischen Empfang des Kaisers.

Am 2. December Abends wird das „Papa" zum erstenmal unter dem Titel „Journal de l'Empire" erscheinen. Herr de la Gueronnière hat die Ermächtigung hierzu vom Polizeiminister bereits erhalten. — Amadeus v. Lefeno wird Oberredacteur des „Constitutionnel"; Granier v. Cassagnac ist ihm als einfacher Redacteur untergeordnet.

Bei dem Bischof v. Luçon hat die Polizei eine Hausuchung vorgenommen, und zwar nach Vorräthen des Manifestes des Grafen v. Chambord. In einem Hirtenbrief an seine Geistlichkeit hat der Prälat gegen das Verfahren der Polizei protestirt. Dieser Brief ist am Sonntag in der Diöcese von Luçon von allen Kanzeln herab verlesen worden.

Brüssel, 29. Nov. Die Deputirtenkammer hat heute den Gesetzentwurf wegen Umwandlung der 5pCt. Inscripen von 1840, 1842 und 1848 in 4½pCt. einmüthig angenommen. — Der preußische Gesandte v. Seckendorff, welcher Brüssel verläßt, um sich nach Stuttgart zu begeben, hatte gestern seine Abschiedsaudienz beim Könige.

Börsenberichte.

Frankfurt, 1. Dec. Die heigende Tendenz hielt auch an der heutigen Börse an, namentlich zeigte sich anhaltende Kauflust für 5pCt. Lomb.-Venet., welche abermals zu merklich höhern Preisen als gestern verkehrt wurden, dieselben schließen 91 pCt. Die meisten übrigen österreichischen Fondsgattungen behaupteten sich sehr fest im Cours. 5pCt. Metall. waren 81½ pCt., 4½pCt. Metall. 72½, 72½ pCt. G., Wiener Bankactien 1375 fl., 500 fl. Loose 192½ pCt. G., 250 fl. Loose 118¼ pCt. G. Von spanischen Fonds waren 1pCt. 24¼, nach der Börse 24¾ pCt.; 3pCt. Inländische 45½ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-B.-Nordbahn zu 49½, bezahlt und schloß 49 pCt. bez.; Berbach 100⅝; Köln-Minden 114 pCt. G.; Taunus 302 fl. G. Alle übrigen Papiere waren ebenfalls beliebt, und wurden theilweise zu höhern Preisen verhandelt. — Abends in der Effectenbörse wurden 5pCt. Lomb.-Venet. zu 91 verhandelt, in Spanischen wurde nichts gethan.

Berlin, 30. Nov. Staatsch. 94½ Brf., 93¾ G. — Köln-Minden 115 à 115⅛ bz. — Fr.-W.-Nordb. 46 Brf., 45 G.. 45½, 45 à ½ bz.

Paris, 30. Nov. 4½pCt. Rente 106, 20. — 5pCt. Rente 84, 75. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 93⅛. — Span. neue Diff. 24⅞. — 3pCt. —. — Innere Schuld 45⅞. — Passive —. — Bankactien 2900. — Piemont 5pCt. 100, 50. — Römisches Anleihen Juni 1850 101. — do. 1850 101. — St. Germain-Eisenbahn 1500. — Versailles, rechtes Ufer. — Linkes Ufer 367, 50. — Straßburg Basel 375. — Nordbahn 907. 50. — Paris-Strasbourg 875.

Madrid, 25. Nov. 3pCt. 46⅞, n. d. Börse 46⅜ G. — 1pCt. Reue 25½, n. d. Börse 25⅜.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matlen. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

Erklärung

des großh. hessischen Staatsrathes d. O. und fürstl. lichtensteinschen Bundestagsgesandten Dr. J. C. B. v. Linde.

IV.

Das Verfahren der großh. mecklenburg-schwerinschen Regierung, welches sie der Einrichtung der Hausanbacht den katholischen Einwohnern gegenüber eingehalten hat, entspricht nicht einmal den auf dem westfälischen Frieden beruhenden Grundsätzen, selbst wenn man dasselbe einmal, auch nur aus dem Standpunkte beurtheilt, den die Regierung und ihre Ver-

theiliger einnehmen. Denn wenn man auch davon absieht, daß durch den Rheinbund und die deutsche Bundesacte die Ausübung der christlichen Religion für die verschiedenen anerkannten Confessionen vollkommen gleichgestellt ist; so wird man doch schon aus dem Grunde allein, daß der Art. 16 der deutschen Bundesacte auch dem Katholiken das Recht gewährt, in Mecklenburg mit gleichen politischen und bürgerlichen Rechten zu leben, mit der unausweichbarsten juristischen Consequenz dazu genöthigt, dem Katholiken Hausgottesdienst mit Zuziehung katholischer Priester u. dergl. m. zu gestatten.

Die mecklenburg-schwerinsche Regierung sagt in dem Ministerialerlasse an den Kammerherrn v. d. Kettenburg, vom 26. Juli 1852, selbst: „Nach den Bestimmungen des westfälischen Friedens v. J. 1648 § 31 u. f. richtet sich dagegen die Verpflichtung der protestantischen Landesherrn zur Duldung der römisch-katholischen Religionsübung in ihren Territorien lediglich nach dem Besitzstande des Jahres 1624." Sie erkennt also die sorwohlerwähnte Geltung der Vorschriften des westfälischen Friedens in dieser Materie an. In dem Ministerialerlasse an die katholischen Geistlichen zu Schwerin, d. d. 10. März 1852, wird gesagt: „Der Art. 16 der deutschen Bundesacte . . . . hat den verschiedenen christlichen Religionsparteien nur den Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte in den Ländern und Gebieten des deutschen Bundes zugesichert." Die mecklenburgische Regierung erkennt damit auch den Art. 16 der deutschen Bundesacte als für Mecklenburg bindend an. Sie nimmt beide Gesetzgestze für sich in Anspruch, wird deshalb auch zugeben, daß sie auch für die Katholiken in Mecklenburg noch gültig und anwendbar sind. Wenn, wie die Regierung behauptet, für die römisch-katholische Religionsübung im Normaljahre (1624) kein Besitzstand in den mecklenburgischen Landen existirte, dann hatte sie, wie sie richtig bemerkt, in dieser Hinsicht (d. h. in Hinsicht auf die Vorschrift des westfälischen Friedens Art. V. §. 31) keinerlei Verpflichtung. Wenn dann aber der Art. 16 der deutschen Bundesacte die Reprobation jeder der drei Religionsparteien, welche das Gesetz meint, ein für allemal ausgeschlossen hat (Nichter, der Staat und die Deutschkatholiken), so ist auch die Reprobation der katholischen Religionspartei ausgeschlossen, und folgerweise haben die Katholiken auch in den mecklenburgischen Landen, als einem deutschen Bundesgebiet, in ihrer Eigenschaft als zur katholischen Religionspartei gehörig, ein Recht auf Existenz, d. h. sie haben ein Recht zu fordern, daß man sie in Mecklenburg mit gleichen bürgerlichen und politischen Rechten leben lasse, als die Angehörigen der andern durch die deutsche Bundesacte anerkannten christlichen Religionsparteien. Leitet nun der Landesherr des mecklenburgischen Territoriums aus dem westfälischen Frieden als ehemaliger Reichsfürst das Recht ab, daß die Uebung anderer als der landesherrlichen Gottesdienste in Mecklenburg nur vermöge besonderer landesherrlicher Gestattung zulässig sei; so wird derselbe Landesherr als deutscher Bundesfürst die Verpflichtung auch anerkennen müssen, die katholischen Unterthanen des Großherzogthums Mecklenburg weder zur Auswanderung nöthigen, noch eine Verschiedenheit im Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte den Angehörigen der andern, durch die deutsche Bundesacte anerkannten, Religionsparteien gegenüber eintreten lassen zu dürfen. Vielleicht nun, wie es in den Ministerialerlassen heißt, bis die rechte Zeit geschehen, diese den Katholiken bundesgrundgesetzlich gebührende Berechtigung auch nur Duldung zu nennen, so wird die Regierung doch einräumen müssen, daß sie zu dieser Duldung bundesgrundgesetzlich verpflichtet ist; und die Katholiken darauf ein grundgesetzliches Recht haben, und daß mit diesem bundesgrundgesetzlichen Rechte und bezüglichen Pflicht nun auch nach den gesetzlichen Bestimmungen des westfälischen Friedens Art. V. §. 34. und Art. IV. §. 19. „die Katholiken, insbesondere auch diejenigen, welche ihre von dem Landesherrn verschiedene Religion später angenommen haben, ein Recht zur Abhaltung des Hausgottesdienstes im eigenen oder einem dazu bestimmten anderen Hause, durch eigne oder benachbarte Priester haben, und daß die Regierung verpflichtet ist, die Katholiken ungestört zu dulden, und ihnen ohne Untersuchung und Störung den Privat-Hausgottesdienst frei zu lassen, sie nicht zu verhindern in der Nachbarschaft wo und wie oft sie wollen auch dem öffentlichen Gottesdienste anzuwohnen, ihre Kinder zu Hause durch Privatlehrer unterrichten zu lassen."

Wir sind begierig, wie der Anonymus diesen wörtlichen gesetzlichen Bestimmungen gegenüber es rechtfertigen will, daß die Regierung von Mecklenburg-Schwerin

1) einzelnen Katholiken Mecklenburgs die Abhaltung des Hausgottesdienstes mit Zuziehung des Priesters Holzammer und beziehungsweise der Geistlichen aus Schwerin verboten,
2) den Priester Holzammer aus jenem Grunde aus dem Lande gewiesen,
3) dem Rittergutsbesitzer Kammerherrn v. d. Kettenburg es unmöglich gemacht hat, seine Kinder zu Hause unterrichten zu lassen, und
4) den Katholiken in Dönitz und der Umgegend verboten hat, einem katholischen Hausgottesdienste in Dönitz anzuwohnen.

[2698] **Privat-Anlehen**

Sr. Maj. des Königs von Sardinien Carl Albert von Frc. 3,600,000.

Bei der heute am 1. December 1852 vor Notar und Zeugen planmäßig vorgenommenen 15. Serienziehung des obenangenannten durch uns negocirten Anlehens wurden nachstehende 25 Nummern gezogen, welche an der am 1. Mai 1853 stattfindenden Prämienziehung, sowie die alsdann noch ferner zu ziehenden 15 Serien, Theil zu nehmen haben:

Serie	85	Nr. 8,401 à 8,500	Serie	591	Nr. 59,001 à 59,100		
„	169	„ 16,801 „ 16,900	„	620	„ 61,901 „ 62,000		
„	173	„ 17,201 „ 17,300	„	684	„ 68,301 „ 68,400		
„	176	„ 17,501 „ 17,600	„	696	„ 69,501 „ 69,600		
„	191	„ 19,001 „ 19,100	„	758	„ 75,701 „ 75,800		
„	271	„ 27,001 „ 27,100	„	780	„ 77,901 „ 78,000		
„	278	„ 27,701 „ 27,800	„	783	„ 78,201 „ 78 300		
„	304	„ 30,301 „ 30,400	„	847	„ 84,601 „ 84,700		
„	366	„ 36,501 „ 36,600	„	913	„ 91,201 „ 91,300		
„	419	„ 41,801 „ 41,900	„	917	„ 91,601 „ 91,700		
„	455	„ 45,401 „ 45,500	„	955	„ 95,401 „ 95,500		
„	506	„ 50,501 „ 50,600	„	964	„ 96,301 „ 96,400		
„	557	„ 55,601 „ 55,700					

einschließlich der Partial-Obligationen

einschließlich der Partial-Obligationen

was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Frankfurt a. M., am 1. December 1852.

Gebrüder Bethmann.

[2693] **Benachrichtigung.**

Zum Behuf der kostenfreien Besorgung neuer Zins-Coupons-Bögen zu den K. K. Oesterreichischen, unterm 1. Januar 1828 und 1. December 1839 ausgestellten Metallique-Obligationen können die denselben beigegebenen Talons vom 1. December d. J. an bis 1. Februar 1853 jeden Mittwoch und Samstag in den Vormittagsstunden zur Abstempelung bei uns vorgezeigt werden.

Frankfurt a. M., den 1. December 1852.

Gebrüder Bethmann.

Carcel- und Moderatur-Lampen

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.

[2635] **Theodor Martino**, 36, Zeil.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

November.	Barometer bei 0° R.			Thermometer R.			Thermo-graph.		Wasserhöhe des Mains.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	Kb. F.	9 Uhr.	3 Uhr	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
21	328‴5	327‴2	326‴3	+ 8·0	+ 9·2	+ 7·8	+ 7·4	+ 9·3	3′ 10″	S.	SSW.	—	t.	R.	t.
22	325‴7	325‴2	324‴8	+ 7·8	+ 8·6	+ 7·1	+ 7·3	+ 8·9	4′ 7″	S.	SW.	SW.	t.	t.	R.
23	326‴3	327‴6	327‴0	+ 7·7	+ 7·5	+ 5·8	+ 6·7	+ 8·6	4′ 6″	SW.	W.	—	R.	t.	t.
24	325‴3	326‴5	329‴8	+ 5·6	+ 6·7	+ 4·8	+ 4·5	+ 7·0	4′ 7″	O.	O.	—	t.	t.	t.
25	333‴7	334‴5	335‴2	+ 3·6	+ 5·8	+ 2·2	+ 2·8	+ 6·0	4′ 9″	N.	N.	—	w.	w.	ht.
26	334‴2	334‴2	333‴9	+ 1·0	+ 4·6	+ 3·7	+ 0·1	+ 5·0	4′ 4″	O.	SW.	—	ht.	t.	ht.
27	332‴9	333‴4	334‴6	+ 3·6	+ 4·8	+ 3·3	+ 2·8	+ 5·0	4′ 0″	SO.	SW.	SW.	t.	t.	w.
M.	329‴5	329‴8	330‴2	+ 5·3	+ 6·7	+ 5·0	+ 4·5	+ 7·1	4′ 4″						

Am 22. Morgens Nebel, Nachmittags und Vormitternachts Regen; am 23. und 24. Nachmitternachts Regen; am 26. in der Frühe Reif; am 27. Nachmittags und Vormitternachts Regen.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nr. 288.) 2. December 1852.

Die Ergänzungswahlen für den großen Rath der freien Stadt Frankfurt.

w **Frankfurt**, 2. Dec. So eben (halb 10 Uhr) versammeln sich Senat und gesetzgebende Versammlung zur Wahl von drei Senatoren. Die Rathsglieder erschienen heute wieder zum erstenmal in Federhut und Degen, dem Amtscostüm bis zum Jahre 1848. Die Wahlhandlungen werden erst am späten Abend beendigt sein.

(Um halb 11 Uhr.) Eben tritt das Wahleonclave zur ersten Wahl zusammen. Dasselbe ist gebildet aus den Herren Schöffen v. Günderrode, Dr. Harnier, Müller, Dr. Gwinner, Senator Siebert und Walker des Raths, sodann von Seiten der gesetzgebenden Versammlung aus den Herren J. Reiß, Dr. Souchay, Apotheker Engelhard, Dr. Schlemmer, Reiffenstein und Bäckermeister Gröbinger.

---

* **Frankfurt**, 2. Dec. Wie dem „Dresdener Journal" aus Wien mitgetheilt wird, dürfte der bisherige k. k. österreichische Gesandte am Berliner Hofe, Freiherr Prokesch v. Osten, da derselbe für den Gesandtschaftsposten in Konstantinopel nicht designirt sei, die Stellung eines Bundespräsidialgesandten einzunehmen bestimmt sein.

w **Frankfurt**, 2. Dec. Der vor 1½ Jahr von seinem Amte als Kriegszeugmeisteramtsactuar in Folge einer Anklage wegen Unterschlagung suspendirte Hauptmann Rumpff wurde durch Urtheil des Appellationsgerichts vollkommen freigesprochen. Ein anderes Urtheil haben alle diejenigen nicht gefürchtet, welche die Rechtlichkeit dieses Mannes kennen, welcher seit 45 Jahren seinem Amte mit einem Eifer vorsteht, der auch sogar von seinen Feinden anerkannt wird. Diese Entscheidung wurde von allen Freunden dieses in seinen frühern Jahren so schwer gekränkten Mannes mit großer Freude aufgenommen und dürfte auch für das Ausland von Interesse sein. Wie man hört, werden die Proceßacten im Drucke erscheinen.

Italien.

* **Aus Turin** vom 17. November schreibt man der „N. Preuß. Zeitung": Aus guter Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß Papst Pius IX. vorläufig wenigstens fest entschlossen ist, nicht zur Krönung und Salbung Ludwig Napoleons nach Frankreich zu gehen. Er soll wörtlich Folgendes geschrieben haben: „Pius VII. hatte Recht, den Kaiser Napoleon zu salben, denn dieser begründete eine neue Dynastie; aber Sie, mein Sohn, nennen sich Napoleon III., folglich wäre die Salbung ganz überflüssig. Alle katholischen Souveräne hätten das Recht, ein Gleiches zu verlangen bei ihrer Thronbesteigung und die Päpste müßten ihre Zeit auf Reisen zubringen." — Ich bemerke ausdrücklich, daß meine Quelle zuverlässig ist, aber freilich wußte man in Rom schon in voriger Woche, daß der Papst sich neuerdings nachgiebiger zeigte, und daß die französische Botschaft beim heil. Stuhl nur über die Bedingung unterhandele, ihres endlichen Erfolgs aber sicher sei.

† **Turin**, 26. Nov. Zufolge der „Gazette de Savoie" hat eine englische Gesellschaft 65 Millionen Lire zum Bau der Eisenbahn von Lyon nach Chambery und Genf angeboten. — Die Abgeordnetenkammer hat das Creditgesetz für 1851 und sämmtliche Kategorien der Passiva genehmigt. — Wegen Verbreitung des Werkes von Ferraris, „die Philosophie der Revolution", ist der Advocat Cattaneo von dem Appellgericht zu Casale zu zehnmonatlicher Kerkerhaft verurtheilt worden.

Spanien.

** **Madrid**, 25. Nov. Die amtliche Zeitung veröffentlicht heute eine aufsührlich motivirte königliche Ordonnanz, durch welche die bisherige Gesetzgebung bezüglich der Ausländer in Spanien reformirt wird. Eine wesentliche Bestimmung dieser Ordonnanz ist die, daß kein Fremder sich in Spanien niederlassen darf, der sich nicht zur römisch-katholischen Kirche bekennt. — Das Ministerium wird den Cortes gleich nach Eröffnung der Session einen Verfassungsreformentwurf und eine Indemnitätsbill zur Genehmigung vorlegen.

Großbritannien.

‖ **London**, 29. Nov. In den nächsten Tagen soll ein Handelsvertrag zwischen England und Frankreich unterzeichnet werden. Frankreich setzt die Eingangszölle auf englische Kohlen und Roheisen ansehnlich herab, England vermindert die Steuer auf französische Weine, Branntweine und Seide. Der Vertrag würde schon früher unterzeichnet worden sein, aber die englischen Unterhändler wünschten auch Baumwollenstoffe, Messerschmied- und Erdwaaren ꝛc. in den Vertrag mit eingeschlossen zu sehen. Dem hat sich nun die französische Regierung bis jetzt widersetzt, England hat aber darum die Hoffnung noch nicht aufgegeben, seine Absichten zu erreichen, da dem französischen Staatsrath ein Gesetzentwurf vorliegen soll, welcher an die Stelle des bisherigen Eingangsverbots auf englische Erd- und Töpferwaaren einen bestimmten Zoll treten läßt. — Die Königin präsidirte vorgestern in Windsor einer Geheimerathssitzung. Herries und Disraeli konnten derselben krankheitshalber nicht beiwohnen. Der Schatzkanzler befindet sich noch so unwohl, daß er das Zimmer hüten muß, und so wird er auch schwerlich im Stande sein, dem Parlament schon nächsten Freitag seine Finanzentwürfe vorzulegen. — Beim Grafen v. Derby in der Amtswohnung des Premier, in Downingstreet, war am Samstag großes Diner zu Ehren der fremden Generale und Offiziere, welche bei der Leichenfeier des Herzogs v. Wellington ihre Souveräne oder Nationen repräsentirt haben. Die Gesandten von Oesterreich, Preußen, Rußland, Frankreich, Spanien, Portugal und den Niederlanden haben mit ihren Gemahlinnen diesem Diner beigewohnt. — Lord Byrons einzige Tochter, Lady Ada Augusta v. Lovelace ist, 37 Jahre alt, gestorben.

Donaufürstenthümer.

Von der Savemündung schreibt man der „Triester Zeitung" unterm 15. November: Die Regierung des Fürstenthums Serbien hegt die Absicht, ihre regulären Truppen zu vermehren. Dieselben zählen gegenwärtig 2000 Mann, und die Vermehrung soll 4000 Mann betragen. — Neulich hegab sich der Woiwode Vucic zu dem Minister des Aeußern und beschwerte sich über den offiziellen Act, der Bezug auf seine Pension hatte. Der Minister fertigte ihn mit einer kalten und kurzen Antwort ab. — Der damalige regierende Fürst von Serbien, Milosch Obrenovits, ist auf dem Dampfschiff „Zrinyi" über Semlin nach Bukarest gereist. Herr Mikakovits, Secretär des verstorbenen Bladika von Montenegro, ist in Belgrad angekommen. Der Zweck seiner Reise ist noch unbekannt. Man kann gegenwärtig die Beziehungen Montenegro's gegen die Türkei als ganz verändert betrachten. Fürst Daniel ist gesonnen, eine neue Bahn zu brechen, einen neuen Beweis des Muthes und der Tapferkeit des Berglands an den Tag zu legen. Hier ist man sehr auf sein Unternehmen und dessen Folgen gespannt.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 1. Dec. 5pCt. Metall. 85. — ½Ct. do. B. 111⅛. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94⅛. — 4½pCt. do. 81⅛. — Bankactien 1312. — 250 fl. Loose 139⅛. — London 11 fl. 28 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 105⅛. — 4½pCt. Nordb. 215⅛. — Livorno-Florenz —. — Siena-Empoli 70. — Paris 136⅛. — London in Triest 11 fl. 26 kr. Silber 16. (Spnd.)

Amsterdam, 30. Nov. 2½pCt. Integr. 64. — 4pCt. Certific. 95⅛. — 3½pCt. Spnd. —. — 4pCt. Russ. bei Pope 91⅛. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 91⅛. — 3pCt. Spanische inl. 41⅛. — 1pCt. do. Neue 24⅛. — 5pCt. Silber-Metall. 91. — 5pCt. Metall. 78. — 2½pCt. do. 40⅜. (Spnd.)

Frankfurt, 2. Dec. Bei der heute stattgehabten 2. Ziehung 1. Klasse der 123. hiesigen Stadtlotterie gewannen Nr. 17955 2000 fl., Nr. 9869 1000 fl., Nr. 14216 400 fl.

Frankfurt, 2. Dec. Gestern sind hier angekommen: Ihre königliche Hoheit die verwittwete Frau Herzogin von Nassau, im englischen Hof; Herr Fürst Scherbatoff, aus Stuttgart, im russischen Hof.

Verantw. Redakteur: Dr. J. Wallau. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

Uebersicht der bei dem Fürstlich Thurn und abgehenden und ankom-

Benennung der Course.	Briefe: Schluß der Aufgabe.	Briefe: Distributionszeiten.	Personenposten: Abgang.	Personenposten: Ankunft.	Fahrpost-Sendungen: Schluß der Aufgabe.	Fahrpost-Sendungen: Distributionszeiten.
Cassel-Leipzig-Berliner Cours.						
Vilbel, Friedberg, Butzbach, Gießen (Gießen auch 3 Nm. u. 8 Abs. †)	10½ früh 5½ Ab.	II. III. VI.	B. Friedberg nach Alsfeld	in Friedberg von Alsfeld	9½ Mrg u. 5 Abs	8 fr. u. 2 Nm.
Nidda, Ortenberg, Schotten, Lauterbach Lauterbach auch	8 Abends † 5½ Abends	VI. II.	2 Nachmitt. nach Lauterbach	1 Nachm. v. Lauterbach	5 Abends	8 Morgens
Dillenburg, Siegen, Olpe	5½ Abends	III.	10 Vormitt.	1½ Nachm.	5 Abends	8 Morgens
Wetzlar	5½ Abends	II.	Von Butzbach nach Siegen	Zu Butzbach von Siegen		
Hungen, Grünberg, Homberg, Alsfeld Grünberg u. Alsfeld auch	10½ Morgens 5½ Abends	VI. II.	10 Abends	4 früh.	9½ Morgens 5 Abends	8 Morgens
Marburg, Cassel, Münden, Göttingen, Hildesheim, Celle, Lüneburg (Cassel auch 8 Ab.†)	10½ früh, 5½ Ab.	III. VI.			9½ Mrg. u. 5 Ab	8 fr. u. 2 Nm.
Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, (Dänemark, Norwegen, Schweden)	10½ fr. 5½ u. 8**	VI.	—	—	9½ Mrg. u. 5 Ab.	8 fr. u. 2 Nm
Bremen (Oldenburg)	10½ fr. 5½ u. 8**	I. III. VI.	—	—	9½ Mrg. u. 5 Ab.	8 fr. u. 2 Nm.
Lübeck	5½ u. 8 Abs.	I.	—	—	5 Abends	2 Nachmitt.
Hannover u. Braunschweig	10½ fr. 5½ u. 8**	III. VI.	—	—	9½ Mrg. u. 5 Ab.	8 fr. u. 2 Nm.
Eisenach, Gotha, Erfurt, Weimar, Halle, Magdeburg, Prag, Wien, Kirchenstaat, Krakau, südl. Rußland, Türkei, Griechenland (Eisenach auch 8 Abs. †)	10½ fr. u. 5½ Ab.	I. VI.	—	—	9½ Mrg. u. 5 Ab.	8 fr. u. 2 Nm.
Leipzig, Dresden ꝛc.	10½ Vm. u. 5½ Ab	I.	—	—	9½ fr. u. 5 Abs.	8 fr. u. 2 Nm.
Berlin ꝛc.	10½ Vm. u. 5½ Ab.	I.	—	—	5 Abends	2 Nm.
Fuldaer Cours.			Von Hanau ab	in Hanau		
Geluhausen, Schlüchtern, Fulda, Hünfeld	5 u. 8 Abs ††	I. II.	9½ Mgs, 7½ A.	6½ Ab. u. 5½ fr.	4½ u. 7 Abds	8 Morgens
Buttlar, Bacha, Marksuhl	8 Abends ††	I.	9½ Morgens	6½ Abends.	7 Abends	8 Morgens
Bayerisch-Oesterreichischer Cours.						
Aschaffenburg, Würzburg, (Nürnberg, Augsburg, München)	11 Vormitt. 6 Abends 8 Abends *	I. V.	Aus Frankfurt	In Frankfrt	10 Vormitt. 5 u. 7 Abends.	8 Morgs 4 Nachmitt.
Miltenberg, Wertheim	6 Abends	I.	nach Würzburg	von Würzburg	5 Abends	8 Morgs
Bamberg	11 Vm. 6, 8 Ab*	I. V.	6 fr. u. 7 Abs.	6½ früh u.	5 u. 7 Abds.	8 Mgd. 4 Abm
Regensburg	11 Vormitt. 6 Abends	I. V.	Aus Hanau	8½ Abends. In Hanau	10 Vormitt. 5 Abends	8 Morgs 4 Nachm.
Culmbach, Bayreuth und Hof	11 Vm, 6u. 8 Ab*	I. V.	nach Würzburg	von Würzburg	5 u. 7 Abds.	8 Mrg. 4 Nm.
Eger, Carlsbad	11 Vormitt.	V.	1½ Nachmitt.	11 Vmitt.	10 Vormitt.	4 Nachm.
Mit. Bürgel, Ansbach, Weissenburg, Eichstädt, Ingolstadt	11 Vormitt.	I.			5 Abends	4 Nachm.
Rothenburg, Dinkelsbühl, Nördling., Donauwörth	6 Abends	I.			5 Abends	8 Morgs
Inndruck	11 Vm., 8 Ab *	I.			7 Abends	8 Morgs
Salzburg	11 Vm., 8 Ab *	I.			10 Vormitt. 5 Abends	8 Morgs 4 Nachm.
Tyrol	11 Vm., 8 Ab *	I.			5 Abends	4 Nachm.
Linz, ganz Oberösterreich	6 Abends	I.			5 Abends	8 Morgs
Württemberg-Baden-Schweizer Cours.						
Zwingenberg, Benesheim u. Heppenheim	10½, 2½, 8 Ab*	I. III. V.	—	—	1½ Nm. u. 7 Abs.	8 Mg. 2 Nm.
Odenwald	2½ Nm., 8 Ab*	I. III.	—	—	1½ Nm. u. 7 Abs.	8 Mg. 2 Nm.
Heidelberg, Mannheim, Weinheim	10½, 2½, 7, 8 A*	I. III. V.	—	—	1½ Nm. u. 7 Abs.	8 Mg. 2 Nm.
Freiburg, Offenburg, Carlsruhe	10½ fr, 2½ Nm 7 u. 8 Abs. *	I. III. V.	—	—	1½ Nachm.	8 Morgens
Bern, Lausanne, Genf	2½ u. 7 Abds	I.	—	—	1½ Nachm.	8 Morgens
Basel	10½, 2½, 7, 8 Ab*	I. III.	—	—	1½ Nachm.	8 Morgens
Heilbronn, Ulm ꝛc.	2½ u. 8 Abds *	I. III.	—	—	1½ Nm. u. 7 Abs.	8 Mr. u. 2 Nm.
Stuttgart	10½, 2½, 7, 8 A.*	I. III.	—	—	1½ Nm. u. 7 Abs.	8 Mr. u. 2 Nm.
Straßburg, südliches Frankreich Straßburg auch	7 Abends 10½ Vm, 8 Ab.*	V. I. III.	—	—	7 Abends	2 Nachm.
Schaffhausen	2½ Nachmitt.	I. V.	—	—	1½ Nachm.	8 Mr. u. 2 Nm.
Zürich	2½ Nm. 7 Abds	I. V.	—	—	1½ Nachm.	8 Mr. u. 2 Nm.
Luzern	7 Abds	I.	—	—	1½ Nachm.	8 Mr. u. 2 Nm.
Chur	2½ Nachmitt.	III.	—	—	1½ Nachm.	8 Mr. u. 2 Nm.
St. Gallen	2½ Nachmitt.	I. III.	—	—	1½ Nachm.	8 Mr. u. 2 Nm.
Mailand, überhaupt Lombardey, Piemont, Sardinien, Kirchenstaat, Toscana, Neapel, Venedig	7 Abends	I.	—	—	1½ Nachm.	8 Morgens
Bregenz, Feldkirch, (Vorarlberg)	2½ Nachmitt.	III.	—	—	1½ Nachm.	2 Nachm.

☞ *, **, ½, ¼, ¼*, ½**, **Unfrankirte Briefe können auch bis Morgens * 5, ** 6, ½ 6½, ¼ 7, ¼* 8 und ½** 10 Uhr Abends in den Briefkasten am Posthause gelegt werden.**

Distributions-Zeiten: I. Mrg. 8½, II. Vm. 10½, III. Mit. 12½, IV. Nm. 3, V. Nm. 4½ VI. Abs 6 und vor den Stadtthoren um 8½ Mrgs., 3 Nm. und außerdem um 11 Vm. und 5½ Abs. in der nähern Umgebung der Stadt. — Die Briefkasten in der Stadt werden geleert: 7½, 8½, 9½ Mrg., 11 Vm., 12 Mitt., 2, 3, 4 Nm 5½, 7½ Abs. — Der Briefkasten in Sachsenhausen 7½, 9½ Mrg., 12 Mitt., 3 Nm., 5½, 7½ Abs. — Recommandirte Briefe sind ½ Stunde vor der gewöhnlichen Schlußzeit aufzugeben.

Taxis'schen Ober-Postamte zu Frankfurt a. M.

menden Posten. *December 1852.*

	Benennung der Course.	Briefe: Schluß der Aufgabe.	Briefe: Distributionszeiten.	Personenposten: Abgang.	Personenposten: Ankunft.	Fahrpost-Sendungen: Schluß der Aufgabe.	Fahrpost-Sendungen: Distributionszeiten.
Pariser Courir.	Aizey	1 Nm. u. 8 Ab.*	I. III.	—	—	12 Mitt.	8 Morgs.
	Kirchheimboland, Saargemünd	1 Nachmitt.	III.	—	—	12 Mitt.	8 Morgs
	Zweibrücken, Landau	10½, 2½ u. 8 N.*	I. III. V.	—	—	12 Mitt.	8 Morgs.
	Homburg, Kaiserslautern	10½, 2½ u. 8 N.*	III. V.	—	—	12 Mitt.	8 Morgs.
	Saarbrück	2½ Nm. u. 8Ab.*	I. V.	—	—	7 Abends	2 Nachm.
	Neustadt, Speyer, Dürkheim	10½ sr. 2½ u. 8N.*	I. III. V.	—	—	12 Mitt.	2 Nachm.
	Worms	10½, 2½ u. 7 Ab.	I. III. V.	—	—	12Mitt. u. 7 Abs.	2 Nachm.
	Niederingelheim, Creuznach, Kirn, Birkenfeld, Saarlouis (Creuznach auch 4½ Nm.).	8 Abends **	I. V.	—	—	7 Abends.	2 Nachm.
	Paris, nördl. Frankr, Spanien, Portugal, Amerika	8 Abds. *	I.	—	—	12 Mitt.	2 Nachm.
	Metz, Verdun, Châlons s. M.	2½ Nm. u. 8 Ab.*	III. V.				
Rheinisch-Niederländischer Courir.	Niederingelheim, Kirn, Bacharach, St. Goar, Boppard, Trier	4½ Abends	I.	—	—	3½ Nachm.	8 Morgs.
	Trier auch	8 Abds. **	IV.	—	—	7 Abends	2 Nachm.
	Bingen	4½ u. 8 Abds. **	I. u. V.	—	—	3½ Nm. u. 7 Abs.	8 Mrg., 2 Nm.
	Coblenz u. Bonn	7 u. 8 Abds. **	I.	—	—	3½ Nm. u. 7 Abs	8 Morgs.
	Deuz, Düsseldorf, Elberfeld, (Schwelm, Iserlohn, Hagen) Minden	7 u. 8 Abds. **	I. IV.			11 Vormitt.	4 Nachm.
	Cöln, (Düren, Aachen, Belgien u. Holland)	7 u. 8 Abds. **	I. IV.			11 Vorm.	8 Mr. u. 4 Nm.
	Bielefeld, Hamm, Herford, Mühlh. a. d. R., Lippstadt, Rheda, Ruhrort, Solingen, Wesel	7 u. 8 Abds. **	I. IV.	1 Nachm.	1—2 Nachm.	11 Vormitt.	4 Nachm.
	Barmen, Mühlheim a. R., Crefeld, Dortmund, Münster	7 u. 8 Abds. **	I. IV.			11 Vormitt.	4 Nachm.
	Preuß. Minden	7 u. 8 Abds. **	I. IV.	—	—	9½ Mg. u. 5 Abs	8 sr. u. 2 Nm.
	Schwalbach, Nassau, Ems ꝛc.	7 u. 8 Abds **	I.	—	—	7 Abends	8 Morgs.
	Rheingau . . (Rüdesheim auch 4½ Nm.)	1 Nm., 8 Abds	I. III.	—	—	9 Mgs. 3½ Nm.	8 Mrg. 4 Nm.
	Limburg, Diez, Siegburg	12 Mittags.	V.	1 Nachmitt.	1—2 Nachm.	11 Vormitt.	4 Nachm.
	nach und von Limburg u. Diez auch	8 Abends *	I.	—	—	kl. Paq. 7 Abs.	
Weilb. Crs.	Usingen, Weilburg	4½ Abends	II.	5 Abends	10½ Vmitt.	4 Nachm.	2 Nachm.
	Weilburg auch	5½ Abends					
Local-Course.	Darmstadt	11 Vm., 3 Nm., 7½ u. 8 Ab.**	I. III. V.	—	—	1½ Nm. 7 Abs.	8 Mgs. 2 Nm.
	Hanau	11½ Vm, 2Nm. 5½, 8 Abds. u. 8 Abds. †*	I. III. V.	—	—	8 früh, 11 Vm., 1½ Nm. u. 5 Abs.	8 u. 10½ Mrg. 2 Nachm. 4 Nachm.
	Büdingen (Orienberg, Nidda, Meerholz, Birstein)	1½ Nachmittags	III.	—	—	1½ Nachmitt.	2 Nachm.
	Mainz und Wiesbaden	10 Vorm, 1½ Nm., 5, 8 Abs. u. 8 Abends*††	I. II. III. V.	—	—	9½ Morgs. 1 Nachm. 4½ Abends 7 Abends	8 Mrg. 2 u. 4 Nachm.
	Homburg v. d. H.	8½, 10½ Vmitt., 12½, 4½ Nachm., 6½ Abd.	I. II. IV. VI.	9, 11 Mrgs., 1 u. 5 Nm. 7 Abends.	10½, 12½, 2½, 5, 8½ Ab.	8sr., 10 Vm., 4u. 6 Abds.	8 Morgs. 2 u. 4 Nm.
	Offenbach	8½ u. 10½ Mrg. 2 Nm., 4½ u. 7½ Abds. u. 8 Abends *	I. II. III. IV. V.	6sr., 8 Ab. Elfm. 11 Morgens, 5, 10 Abs.	5-6sr. u. 8-9Ab 8½ Morgens, 11, 9½ Ab.	10 Vormitt., 4 Nm., 7 Abs.	8 Morgens, 10½ Vorm. 2 Nachmitt.
	Soden	12 Mittags.	IV.	1 Nm. pr. Dilig.	12—1 Mitt.	11 Vormittags.	4 Nachm.
	Cronberg und Königstein	12 Mittags.	V.	1Nm. pr. Dilig.	12—1 Mitt.	11 Vormittags.	4 Nachm.
	Bockenheim und Rödelheim	1½ Mrg., 5½ Ab.	III. VI.	—	—	8½ Mrg., 3 Nm.	8 Morgens, 2 Nachm.
	Bergen	2 Nachmitt. u. 8 Abends †*	I. V.	. . . . .	. . . . .	1½ Nm. u. 7 Abs.	8 Mr. u. 4 Nm.

Correspondenz nach England.

via Ostende.	Distributionszeit	via Rotterdam.	Distributionszeit	via Calais.	Distributionszeit
tägl. 8 Abends. **	I.	Sonntag, 7 Uhr Abds Mittwoch, 7 „ „ Samstag, 7 „ „	So. Mi Do. I.	Täglich 8 Abds. *	tägl. excl. Do. I.

Die Versendung von Briefen mit Geld oder Geldeswerth mittelst der Briefpost ist unstatthaft, und müssen dieselben der Fahrpost-Expedition zur Beförderung übergeben werden, in welch letzterem Falle für den declarirten Werth Garantie geleistet wird.

Die Correspondenz nach den zum Bestellungsbezirk Frankfurt gehörenden Ortschaften wird um 8 Uhr Morgens bestellt; mittels Baarzahlung frankirte Briefe können bis Abends 8 Uhr aufgegeben, unfrankirte und mit Marken frankirte Briefe dagegen bis 7½ Uhr Morgens in den Briefkasten am Posthause gelegt werden.

[2702]

Taunus-Eisenbahn.

Im Monat **November** l. J. wurden auf der Taunus-Eisenbahn ausschließlich der Militärtransporte, 49,834 Personen befördert.

Die Einnahmen betrugen während dieser Zeit:

a)	für Personentransport und Gepäck . .	22,120 fl. 30 kr.
b)	für Transp. v. 36,458$^{10}/_{100}$ Ctr. Frachtgut	5,531 „ 37 „
c)	„ „ „ 12 Reisewagen . .	86 „ — „
d)	„ „ „ 450 St. Schlachtvieh, 1 Pferd, 178 Hunden u. 2222 Traglast.	442 „ 31 „
	Total der Einnahmen	28,180 fl. 38 kr.

Frankfurt a. M., den 1. December 1852.

In Auftrag des Verwaltungsrathes
der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft.
Für den Director:
Wernher.

[2642]

Bekanntmachung.

Lombardisch-Venetianische Anleihe.

Von dem hohen K. K. Oestreichischen Finanzministerium sind wir beauftragt, die am 1. December l. J. fälligen in Frankfurt a. M. zahlbaren

Zinscoupons des Lombardisch-Venetianischen Anlehens

unter denselben Modalitäten, wie dies bei dem letztvergangenen Termine der Fall war, einzulösen.

Wir bringen dieses hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kunde, daß die Auszahlung der gedachten Zinscoupons demgemäß an unserer Casse stattfindet.

Frankfurt a. M., den 22. November 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

P. Zumsteeg's Heiliges Jahr.

Erster Band.

Im Verlage von N. F. Hergt in Coblenz ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Zumsteeg, P. W., Heiliges Jahr, oder Predigten auf sämmtliche Sonntage und Festtage des ganzen Jahres, 130 an der Zahl. Jetzt wieder neu herausgegeben und der Gräfin Merveld gewidmet von **C. H. Burchard**, Regierungsassessor a. D. Mit Genehmigung des hochw. Bischöfl. Generalvikariats in Trier. I. Band. 3. Liefg. Geh. gr. 8. Preis 13½ Sgr. oder 48 kr.

Mit dieser 3ten Lieferung ist der I. Band vollständig. Derselbe beginnt mit dem ersten Sonntag im Advent, schließt mit Pfingstdienstag und enthält 61 Predigten.

Ueber den vorzüglichen Werth und die Anwendbarkeit dieser Predigten haben sich viele Recensionen auf das Vortheilhafteste ausgesprochen, unter Andern äußern sich die Augsburgischen „Katholischen Literaturblätter" zur Sache, 1852, Nr. 13, folgendermaßen: P. Zumsteeg's Predigten sind Meditationsstücke, die auch jetzt — noch mehr dem zweiten Jahren — auf alle christlichen Seelen den tiefsten Eindruck machen. Es spricht in ihnen ein Jünger Christi zu uns, einfach und natürlich, kunstlos und ungeschminkt, wie es dem Evangelium des Kreuzes geziemt, aber doch ist seine Sprache zugleich so liebevoll, so einnehmend, so voll himmlischer Beredsamkeit, daß man nicht umhin kann, beim Durchlesen stillenweise einzuhalten und Gott zu bitten, daß er doch viele solche Prediger in seinen Weinberg senden möchte. Herr Assessor Burchard hat daher den katholischen Deutschen einen großen Dienst erwiesen, als er's unternahm, diese herrlichen Früchte geistlicher Reden und unverändert — die sprachlichen Verbesserungen abgerechnet — mitzutheilen. Nicht blos Prediger, sondern auch Laien, vorab solche geblieben Stände, werden aus diesem Werke geistliche Belehrung und Aufmunterung, ja sogar unschuldige Vergnügen schöpfen. Der Verfasser ist im höchsten Grade geistreich, witzig, neu, er vereinigt alle Vorzüge des mit Recht viel gerühmten Dr. Beily, an dessen Predigtweise er oft erinnert, übertrifft ihn aber weil an Popularität und in der Anwendungsgabe.

[2694]

[2697] Bei **Fl. Kupferberg** in Mainz sind so eben erschienen und in allen Buchhandlungen, in **Frankfurt a. M.** in der **Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung**, zu haben:

Fluck, Dr. J., **Die heilige Messe** in sechs Fastenpredigten dogmatisch, geschichtlich und liturgisch dargestellt. Nebst einigen, die ältesten Liturgieen und die Sequenzen in deutscher Uebersetzung enthaltenden Beilagen. Mit Approbation des Hochwürdigsten bischöfl. Ordinariates zu Mainz. gr. 8. geh. 1 fl. 30 kr.

— — **Leichenreden.** Mit Approbation des Hochw. bischöfl. Ordinar. zu Mainz. gr. 8. geh. 1 fl. 6 kr.

[2701] **Oeffentliche Aufforderung.**

Der abwesende, am 24. November 1762 geborene Johann Friedrich Frei von Großgerau, nach dessen etwaige Leibeserben, werden aufgefordert, Letzterer sich binnen drei Monaten zur Empfangnahme seines, seinen Präsumtionserben bereits gegen Caution verabfolgten Vermögens zu melden, Letztere innerhalb gleicher Frist ihre Ansprüche an dieses Vermögen an- und auszuführen, widrigenfalls die gestellten Cautionen aufgehoben, den Präsumtionserben unbedingt zuerkannt, sowie solches in den Hypothekenbüchern gelöscht werden wird.

Großgerau, am 25. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Becker.

Cours der Staats-Papiere. 2. December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (Cl. 8. n. Roth.)	94⅞	G.
»	5% M. v. J. 1854 Ser. B.	94⅛	G.
»	5% stv. v. J. 1839 L. à 121	93	bez.
»	5% l. V. (C. b. Roth.)	91⅛ u. ⅛	bez. u. G.
»	5% do. Monte C. 18. L. M.	86	G.
»	Bank-Actien . . .	1383 P. 80 bez. 79 G.	
»	5% Metalliq. Oblig.	81 P. 80⅞	G.
»	5% M. v. J. 1854 Ser. A.	80⅞	G.
»	5% ditto 1852	80⅜	P. ⅛ G.
»	4½% ditto	72⅛	P. ⅛ G.
»	4% ditto	64⅛	P.
»	3% ditto	48⅛	P. 47⅞ G.
»	2½% ditto	41⅞	G.
»	1% ditto	16⅛	P.
»	fl. 250 Loose b. Roth.	118⅛	G.
»	fl. 500 » ditto	192	G.
»	4½% Oblig. b. Rothsch.	79⅜	P.
»	4% » »	71	P.
Preussen .	3½% Staatsschuld.	93⅛	P.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	1141⅛	G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅜	P.
»	4½% ditto	100⅞	P.
»	4% ditto	96⅛	G.
»	4% Ablös.-Rente .	96½	P. ¼ G.
»	3½% Oblig. b. Roth.	82	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	101 P. 100¾	bez. u. G.
»	3% Priorit.-Oblig.	103⅛	G.
Württemb.	4½% Oblig. b. Roth.	101⅞	P.
»	3½% ditto	90⅝	P. ⅜ G.
Baden . .	5% Obligationen .	102½	P.
»	4½% Obligationen	102⅜	G.
»	3½% v. 1845 . .	91	G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66¼	P. ⅛ G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 P. 37⅝	G.
Kurhessen	40 Thlr. l. b. b. Roth.	—	
»	Frkf.-Wilhs.-Nordb.	48⅝ P. ⅜	G.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	101⅞	G.
»	4% ditto b. Rothsch.	98⅜	P.
»	3½% ditto b. Rothsch.	91⅝	G.
»	fl. 50 Loose . . .	91 P. 90⅜	G.
»	fl. 35 Loose . . .	32 P. 31½	G.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103¼	P.
»	4% ditto	99⅛	P.
»	3½% ditto	94¾ P. 91	G.
»	fl. 25 Loose . . .	26⅝ P. 5/4	G.
Frankfurt	5½% Oblig. v. 1839	94⅜ P. 94	G.
»	3½% » v. 1846	94⅛ P. 93¾	G.
»	3% » . . .	85¾	P.
»	Tannusbahnbank . .	304 P. 302	G.
Russland	4½% Obl. b. Daring	102¼	P.
»	4% Obl. b. Hope fl. 3.	91¼	P.
»	4% » b. Stieglitz. »	91	G.
Polen . .	4% Pfandbr. d. R. B.	91¾	G.
Spanien	3% Inl. Sch. P. £ 3. 36	45	bez. u. G.
»	1% Neue » »	24¹¹/₁₆ ¹³/₁₆ ¹⁵/₁₆	¹/₁₆ ¹/₁₆ ¹/₁₆
Holland.	4% Certificate . .	95½	G.
»	2½% Syndikatsbank .	54⅜	G.
»	2½% Integrale .	63⅞	G.
Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 19. b. R.	98¾	P.
»	4½% Obl. in F. à 88 kr.	100 P. 99¾	G.
»	4% Obl. in Fr. à 80 kr.	95	G.
»	3½% Obl. b. Rothsch.	58	G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	99	P.
»	5% Obl. b. Humbro	96¼ P. 96	G.
»	Sardinische Loose .	40¾ P. ⅛	G.
Toscana	5% Obl. 1850 (C. b. Golds.)	101 P. 100¼	G.
»	5% v. 1851. b. Bastogi (ds.)	97⅞	G.
Kirchenst.	5% Stocks Obl. à 30	117 P. 116⅝	G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 2. December	Per compt.	
Amsterdam .	k. S.	100 B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg .	k. S.	119⅞ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin . . .	k. S.	105 B. 104⅞ G.
(60 Thlr.) .	3M.	— —
Bremen (50	k. S.	97⅛ B. 97 G.
Hmbr. l. Ldor.	3M.	— —
Hamburg . .	k. S.	89 B. 88⅝ G.
(100 Mk. Bc.)	2M.	— —
Leipzig . . .	k. S.	105 B. 104⅞ G.
London . . .	k. S.	118⅜ B. ⅛ G.
(10 Livr. St.)	2M.	— —
Lyon	k. S.	94⅛ B. 93¾ G.
(300 Frs.)	2M.	— —
Mailand (250	k. S.	100⅞ B
Lir. Austr.)	3M.	— —
Paris	k. S.	94⅛ B. 93¾ G.
(300 Frs.) .	2M.	— —
Wien (100 fl.	k. S.	102⅞ bez. u. G.
im fl. 20 P.)	2M.	— —
Disconto . . .		3. B. 3½ G.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	fl. 9 41½–42½
Holländ. Dukaten	fl. 5 53½–54½
Holl. 10 Stücke	» 9 50–51
Rand-Ducaten .	» 5 36½–37½
20 Francsstücke	» 9 25–26
Engl. Souvereigns	» 11 50
Gold al Marco	» 382–83
5 Frankenthaler	» 2 20¾–21⅛
Preuss. Thaler	» 1 45–¼
Preuss. Cassa-Sch.	» 1 44¾–45

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

(Zweite Beilage zu Nr. 288.)

Donnerstag 2. December 1852.

Deutschland.

† **Vom Rhein**, 1. Dec. Die Erklärungsdebatte der preußischen Kammern läßt kaum einen Zweifel darüber übrig, daß die preußische Regierung von dem in der handelspolitischen Frage bisher betretenen Wege nicht abgehen wird; der Beifall, den der betreffende Passus vor den Kammern gefunden, macht ein Umlenken fast zur Unmöglichkeit.

Wenn der „Czas“ Recht hat, und er ist in diplomatischen Dingen für gewöhnlich gut unterrichtet, so droht unserm Vaterland in Folge dieser Politik der Dualismus, d. h. die Theilung, wenigstens in handelspolitischen Dingen; die in Politicis wird unausbleiblich folgen. Traurige Wendung der Dinge, die und das Schicksal Polens, mindestens Italiens verspricht!

Die letzten Gründe in der handelspolitischen Frage, wer zweifelt noch daran? waren und sind politische; es scheint darum überflüssig, die materiellen auch nur noch der Erwägung zu unterziehen. Oesterreich, das sich bis zum Jahr 1848 freiwillig, und man darf wohl sagen, in Folge einer falschen Politik, jeglichen Einflusses auf Deutschland begeben hatte, will sich jetzt wenigstens die Möglichkeit eines solchen offen halten, der Unionspolitik hat ihm den Weg dazu gebnet. Die Coalitionsstaaten wollen weder den Einfluß Oesterreichs noch Preußens ausschließlich, aber die Freundschaft beider und vor Allem ein kräftiges, einiges Deutschland, in dem allein sie eine ehrenvolle Stellung in Europa einnehmen können. Preußen fürchtet Einbuße an seiner deutschen und europäischen Stellung zu erleiden, wenn es von dem Einflusse auf seine bisherigen Zollverbündeten etwas verliert, und mag diesen um deßwillen nicht mit Oesterreich theilen, was unzweifelhaft geschehen würde, wenn Oesterreich in die deutsche Zollunion hineingelassen würde.

Auf Neubeit dieser Sätze machen wir keinen Anspruch; sie sind oft genug in officiellen und officiösen Organen ausgesprochen worden. Aber eine Frage sei uns hier erlaubt. Werden die drei Parte ihre politischen Zwecke erreichen? Wir glauben, keine, wenigstens nicht im vollem Umfange. Wessen Einbuße die größte? darüber wollen wir heute nicht urtheilen.

Der Plan Oesterreichs und der Coalition ging dahin, einen Handels- resp. Zollreinigungsvertrag abzuschließen, dessen Contrahenten der bisherige Zollverein mit Zuziehung des Steuervereins einerseits und Oesterreich anderseits sein sollten. Die Folge davon wäre gewesen, daß der nächste unmittelbare Einfluß Preußens auf seine bisherigen Verbündeten gewahrt geblieben und ein weiterer auf die Glieder des Steuervereins hinzu gewonnen worden wäre; wenn auch nicht zu leugnen, daß auch österreichischer Einfluß neben dem preußischen sich geltend gemacht haben würde: er würde aber nicht in erste Linie sich haben stellen können. Wenn die Dinge den Ausgang nehmen, der jetzt anscheint, wenn eine dritte Zollgruppe in Deutschland nicht gebildet werden wird, wenn also der Wiener Vertragsentwurf C ins Leben treten soll und die Coalition in die unmittelbare Zolleinigung mit Oesterreich eingehen wird; so ist irgend welcher Einfluß Preußens auf die Staaten der Coalition für immer und unwiderbringlich dahin und die Coalition ist dem ausschließlichen Einflusse Oesterreichs preisgegeben. Ob den Staaten des Darmstädter Bündnisses daraus ein Vortheil erwächst, wollen wir nicht entscheiden, daß aber für die Machtstellung Preußens kein Gewinn daraus entstehen kann, das dürfte auf der flachen Hand liegen, so lange wenigstens, als über der künftigen Stellung Hannovers das bisherige Dunkel schwebt. Braunschweig und die thüringischen Staaten können keinen Ersatz bieten, schwerlich auch ein in das Gegenheil des bisherigen veränderten handelspolitisches Princip. England würde in diesem Falle mächtig werden im Norden Deutschlands und nicht allein handelspolitisch. Man blicke nur rückwärts und nebenwärts.

Oesterreich allein ist bei der jetzigen Lage, bei dem bisherigen Verlaufe der Dinge politisch im Vortheile. Wir fürchten nicht, daß es seines Sieges sich jemals überheben und seinen neu gewonnenen Einfluß zum Schaden seiner Verbündeten ausbrauchen werde; aber wir möchten den preußischen Kammern in diesem wichtigen Momente doch rathen, die Situation wohl zu bedenken und auf ihr Reden und Thun wohl zu erwägen. Sie mögen nicht vergessen, daß Preußen nicht allein einen preußischen, sondern auch einen deutschen Beruf hat, nicht minder als Oesterreich und die Coalition.

Wir haben so oft unsere Stimme für die Einigung unseres großen Volkes und Vaterlandes erhoben; wir wollten es auch heute nicht unterlassen!

|:| **Wien**, 29. Nov. Außer sieben Erzherzogen sind heute die folgenden neun Herren mit dem Orden des goldenen Vließes belieben worden: General der Cavallerie Graf Figuelmont, General der Cavallerie Graf Wratislaw, Fürst Trautmannsdorf, Graf Lanskoronsky, Fürst Karl Kirchenstein, Fürst Salm-Reifferscheidt-Krautheim, Fürst Batthyani, Landgraf Egon Fürstenberg, Marschall Baron Wimpffen. — Die Nachricht, der Banus von Croatien gedenke sich ins Privatleben zurückzuziehen, kann als müßige Erfindung bezeichnet werden.

Nachschrift. So eben erneuert sich das Gerücht, der König von Sardinien, von der ultra-liberalen Partei bedrängt, habe durch Marschall Radetzky um eine militärische Unterstützung hier angesucht.

P **Berlin**, 30. Nov. Die erste Kammer, welche heute wieder eine Sitzung hatte, vollzog die Wahl eines provisorischen Präsidenten. Dieselbe fiel auf den Grafen Rittberg, der, wie es schien, vollkommen vorbereitet, von seinem Amte Besitz nahm. Er erhielt fast alle Stimmen; nur einige wenige fielen auf Brüggemann. Wie es hier mit der Fractionsbildung und Parteistellung ist, möchte schwer zu sagen sein, und die Sitze, welche die Abgeordneten eingenommen haben, dürften wohl noch kein charakteristisches Kennzeichen abgeben. Die Präsidentenwahl in der zweiten Kammer wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf den Staatsminister Uhden fallen. Weniger gewiß ist aber, ob auch die übrigen Candidaten, welche mein gestriges Schreiben nannte, die Majorität erhalten werden. — Der Buchbindermeister Schütz, welcher vor einiger Zeit im berauschten Zustande mit einem Heringsbratspieß seinen Schwager, den Kupferstecher Affinger tödtete, wurde heute wegen fahrlässigen Todschlags zu zweimonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt, da sich durch die Zeugenaussagen ergab, daß er von dem durch ihn begangenen Verbrechen auch nicht einmal eine Ahnung gehabt hatte.

* **München**, 30. Nov. Hiesige Blätter melden, der Herr Ministerpräsident sei noch nicht erstarkt genug, um schon mit dem 1. December die Leitung der Geschäfte wieder übernehmen zu können; vor Neujahr sei dies nicht zu erwarten.

Kassel, 28. Nov. Nachdem dem Finanzausschusse der zweiten Kammer das Budget und das neue Steuerzesetz mitgetheilt worden, um dieselben der vorläufigen Begutachtung zu unterziehen, ist nunmehr die Kammer selbst auf den 6. l. M. wieder einberufen. — Dem Stadtrath ist auf die von ihm erhobene Remonstration gegen die Entziehung der Concessionen zum Betriebe einer Wirthschaft seitens der hiesigen Bürger Gerbold und Genossen, welche sich das Mißfallen der höheren Behörden zugezogen haben, eröffnet worden, daß er binnen 14 Tagen den Beschluß auszuführen und die betreffenden Wirthschaften zu schließen habe. (N. K.)

†† **Kassel**, 29. Nov. Die hiesigen Bäcker- und Metzgerzünfte sind zur Erklärung aufgefordert worden, wie viel sie täglich an Proviant für die Truppen zu liefern im Stande seien. Zugleich ist die Versügung getroffen worden, daß denjenigen beurlaubten Militärs, welche einen weitern Marsch als von sechs Stunden bis zu dem Ort ihrer Einberufung zurücklegen haben, für diese erstere Strecke zugleich mit der Einberufungsordre ein Freischein beigegeben werden soll, wonach die Eisenbahnbeamten angewiesen sind, dieselben so schnell wie möglich und unentgeltlich an den Ort ihrer Bestimmung zu befördern. Aus diesen beiden Anordnungen geht hervor, daß unsere Regierung Vorsorge trifft, unser kurhessisches Armeecorps, so bald es erforderlich wird, so schnell wie möglich vollzählig und in marschfertigem Stand zu haben, und da gleiche vorbereitende Anordnungen auch in andern deutschen Bundesstaaten, namentlich in Preußen getroffen worden sind, so scheinen dieselben auf einem gemeinsamen, jedoch nicht ins Publikum gekommenen, viel-

mehr den Regierungen vertraulich mitgetheilten Beschluß der obersten Bundesbehörde zu berufen und Vorsichtsmaßregeln zu betreffen, welche gegenüber den sich entwickelnden Dingen in Frankreich geboten erscheinen mögen. — Das vielfach bezweifelte Gerücht, daß Se. hochfürstliche Durchlaucht, der Prinz Friedrich von Hessen, seinen bleibenden Aufenthalt in hiesiger Stadt nehmen würde, scheint nun doch zur Wahrheit zu werden. Der hiesigen Eisenbahndirection, welche die Räume des Bellevue-Marstalls in Benutzung hat, ist die Weisung zugegangen, diesen Marstall, welcher für die Pferde des Prinzen Friedrich hergerichtet werden soll, zu räumen. Wie es heißt, würde der Prinz das Schloß Bellevue, das Residenzpalais der verstorbenen Kurfürstin, als Wohnung beziehen. — Vorgestern wurde der Gymnasiallehrer Wolkmar aus Fulda hierher gebracht und ins hiesige Kastel aufgenommen.

Mainz, 1. Dec. In der heutigen Sitzung des Bezirksgerichts wurde der frühere Büreaucommis und der hiesigen Agentur der kölnischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, Johann Citel von hier, wegen Diebstahls von beiläufig 2700 fl., die er dieser Agentur in der Nacht vom 13. auf den 14. v. M. entwendet, in eine Zuchthausstrafe von drei Jahren verurtheilt.

!*! **Aus dem Herzogthum Meiningen**, 30. Nov. Gestern haben die Verhandlungen des Assisenhofs in Hildburghausen begonnen und werden diesmal 14 Tage in Anspruch nehmen. Die meisten Anklagen lauten auf Diebstahl, eine auf Mord, eine auf Incest. Auch ein Fall wegen Majestätsbeleidigung liegt vor, der erste seit dem Bestehen unserer Schwurgerichte. Zum Präsidenten des Gerichtshofs ist Appellationsgerichtsrath Richter ernannt worden.

!*! **Meiningen**, 30. Nov. Gestern sind unsere durchlauchtigsten Erbherrschaften von der Villa Carlotta am Comersee wieder hier eingetroffen. — Unser Landtag wird im Februar zusammenberufen werden. Eine Hauptaufgabe desselben wird sein, da die Etatsperiode abgelaufen ist, einen neuen Etat zu berathen.

** **Frankfurt**, 2. Dec. Hoher Senat der freien Stadt Frankfurt hat durch Beschluß vom 25. v. M. dem hiesigen Bürger und Lithographen Herrn Julius Eduard **Foltz-Eberle** auf die Dauer von 15 Jahren, vom 1. Nov. 1852 an, ein Patent auf den von ihm gefertigten neuen Plan von Frankfurt a. M. dahin ertheilt, daß während dieser Zeit innerhalb hiesiger Stadt und deren Gebiets von niemand, der nicht das Recht dazu von ihm erworben hat, dieser Plan nachgestochen oder nachgeahmt werden darf.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 30. Nov. Ganz unerwartet wurden heute die sächsischen Handwerksgesellen, die hier in Arbeit stehen, auf die Stadtpolizei beschieden, wo man ihnen eröffnete, daß sie auf Befehl ihrer Regierung bis zum 31. December d. J. die Schweiz zu verlassen hätten. — Die Bürgergemeinde von Burgdorf hat mit allen Stimmen gegen eine den Donnerstag sich mit der Einwohnergemeinde, wonach ersterer nebst mehreren öffentlichen Gebäuden 500,000 Fr. als Eigenthum abtritt, wogegen diese die Bestreitung der Ortslasten übernimmt, genehmigt. Da dieser Vergleich ohne Zweifel von der Einwohnergemeinde angenommen wird, so ist die Hoffnung vorhanden, die seit vielen Jahren herrschenden Zwistigkeiten zwischen Bürgern und Einsassen beendigt zu sehen. — In seiner gestrigen und heutigen Sitzung nahm der große Rath ein Bergbaugesetz und in zweiter Berathung das Gemeindegesetz an.— Der große Rath von Waadt hat einen Beschluß gefaßt, nach welchem die aus kapitulirten Militärdiensten heimkehrenden Offiziere und Soldaten für unwürdig erklärt werden, in der Miliz ihres Heimatkantons zu dienen. — Nach einer heute Mittag eingetroffenen telegraphischen Depesche aus Solothurn schlägt die Commission des großen Raths einstimmig vor: der Westbahngesellschaft die Concession von Solothurn über Olten bis an die aargauische Grenze zu ertheilen, und Basel diejenige durch den Hauenstein über Olten an die aargauische Grenze bei Aarburg unter der Bedingung, daß Basel den Durchgang durchs Bipper Amt erwirkt. Baut die Westbahngesellschaft nicht, so hat Basel die Linie Olten-Aarau. Dieser Antrag wird angenommen werden.

Z **Basel**, 30. Nov. Gestern hat sich der große Rath von Neuenburg wieder versammelt, um, wie es heißt, ein letztes Votum gegen jede Zinsengarantie für die projectirte Verrierebahn, die das kleine Land ruiniren müßte, abzugeben. Nach heutiger Abendpost ist es in Neuenburg noch zu keinem Entscheid gekommen, weil die Legislative erst das Budget berieth.

Aus der Schweiz, 30. Nov. Sowohl in Basel, als in Zürich, St. Gallen und andern bedeutenden Handelsorten unsers Landes beschwert man sich über den Umstand, daß seit einiger Zeit die aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika kommenden, für die Schweiz bestimmten Briefe, Zeitungen ꝛc. in Folge eines in Washington abgeschlossenen preußischen Postvertrags über Aachen in einem sogenannten closed prussian mail (verschlossenen preußischen Briefbeförderungsmittel) statt wie bisher via Frankreich befördert werden, wodurch, nebst andern möglichen Uebelständen, ein Tag Verspätung entsteht, was hoffentlich den Bundesrath im Interesse des schweizerischen Handelsstandes veranlassen wird, auf den status quo ante closed prussian mail in Washington anzutragen. — Aus dem Toggenburg (Kanton St. Gallen) wird berichtet, daß daselbst auch reife Erdbeeren gefunden werden. Bauerfenswerther als dies, sagt die „St. Galler Zeitung“, erscheint das Auffinden ganz junger, erst dem Ei entschlüpften Vögel (Rothkehlchen), sowie junger Hasen. (?) An Reblauben ist schon der Saft in den Zweigen und die Knospen zeigen Blätter, wie sie sonst nur im Mai zum Vorschein kommen.— Die „Berner Zeitung“ berichtet von Jesuitenmissionen im Jura.

Frankreich.

† **Paris**, 29. Nov. Nachdem das Kaiserreich am 2. December in Paris ausgerufen sein wird, erfolgt am Sonntag darauf, also am 5., die Proclamation in ganz Frankreich. In jeder Garnisonsstadt treten die Truppen unter die Waffen und eine Salve von 101 Kanonenschüssen bezeichnet den Augenblick der Ceremonie. In den Landgemeinden geschieht die Proclamation durch die Bürgermeister und Gemeindebeamten. — Herr v. Kisseleff, der russische Bevollmächtigte, ist hierher zurückgekehrt. — Dem „Constitutionnel“ zufolge sind die öffentlichen Festlichkeiten des neuen Reichs bis zur Krönung des Kaisers verschoben.

† **Paris**, 30. Nov. Die amtliche Notiz im gestrigen „Moniteur“, daß der russische Bevollmächtigte in Paris auf Befehl seines Souveräns dem Prinz-Präsidenten offiziell das Einverleiben des Herzogs v. Leuchtenberg angezeigt habe, ist nicht ohne Wichtigkeit, wenn man sich erinnern will, daß unter der Regierung Ludwig Philipps der Kaiser von Rußland nicht gewohnt war, dem Könige von Frankreich Mittheilung von Familienangelegenheiten machen zu lassen. — Die Festlichkeiten aus Anlaß des wiedergebornen Kaiserreichs unterbleiben nicht; sie sind nur aufgeschoben. Der Kaiser legt einen großen Werth darauf, daß das diplomatische Corps an diesen Festen Antheil nehme; die Gesandten bedürfen aber, da sie von ihren Souveränen nur bei dem Präsidenten der Republik accreditirt sind, für den neuen Kaiser neuer Beglaubigungsschreiben oder wenigstens neuer Instructionen, ohne welche können sie an den kaiserlichen Festen officiell nicht Theil nehmen. Dem Pariser Handels- und Gewerbestand ist dieser Aufschub unangenehm, denn er rechnete für die Festtage auf zahlreichen Fremdenbesuch und guten Absatz, an welch letzterem es im Augenblicke fehlt. Denn wenn auch die hiesigen Blätter täglich das Gegentheil sagen, so bietet nichtsdestoweniger wahr, daß der Kleinhandel im Augenblick stockt. Nur einige große Etablissements sind es, welche umfassende Bestellungen zu effectuiren haben. Niemals waren um diese Zeit so wenig Fremde in Paris wie gegenwärtig. Die meisten Gasthöfe und maisons meublées stehen leer und viele Inhaber möblirter Wohnungen drohen auszuziehen, wenn der Miethzins nicht verringert werde. Ueberhaupt wird sich das Leben der Hauptstadt in diesem Winter vorzugsweise auf den Hof und dessen nächste Umgebung beschränken, denn im Faubourg St. Germain sieht es sommerlich stille aus: die Hotels der vornehmen legitimistischen Familien sind geschlossen, und mehr als hundert der letzteren haben hierher gemeldet, daß sie den ganzen Winter von Paris abwesend bleiben werden. So war es immer der Legitimisten Art, wenn sie schmollten und grollten; aber im Magdalenenviertel, wo viele der erleuchtischen Familien wohnen, werde es, hört man, nicht anders sein. — Alle Feste, welche der kaiserliche Hof veranstalten mag, werden an diesem Stand der Dinge nichts ändern. Man braucht nur in die italienische Oper zu gehen, um zu sehen, wie wenig Leben und Bewegung in der sogenannten fashionablen Welt ist. Das Theater ist kaum zur Hälfte angefüllt, und die Hälfte dieser Hälfte besteht aus Freibilletten. Von den alten Familien haben nicht drei für diese Saison Logen genommen. — Wenn eines und das andre Blatt meldet, die Minister Ludwig Napoleons hätten den Titel „Excellenz“ erhalten, so ist dies ein Irrthum. Es kann nach der Proclamation des Kaiserreichs geschehen. Aber bis jetzt deutet noch nichts auf eine solche Absicht. Ebenso unwahr ist die durch deutsche Blätter in Umlauf gebrachte Nachricht, der Graf v. Chambord habe Agenten nach Frankreich und Brüssel geschickt, um dort etwas für die weiße Fahne zu versuchen und hier zur Hand zu sein, wenn diese Versuche etwa glücken sollten. Der Graf hat, wie mich zwei seiner vertrautesten Rathgeber versicherten, niemals im Sinn gehabt, mehr in seiner Sache zu thun, als das bekannte Manifest zu erlassen.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuschelt.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Extra-Beilage zu Nro. 288.) 2. December 1852.

Wiederherstellung des Kaiserthums in Frankreich.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Paris, den 2. December, 1 Uhr 42 Minuten Nachmittags.
Angekommen in Frankfurt, 2. „ 5 „ 12 „ Abends.

Paris, 2. Dec. Gestern Abend um sieben Uhr haben sich der gesetzgebende Körper und der Senat, beide in corpore und in großer Uniform, nach Saint-Cloud begeben, und dem Prinzen Ludwig Napoleon feierlichst die Declaration überbracht, daß das französische Volk ihm die erbliche Kaiserkrone übertragen wissen wolle, wie solches das Senatusconsultum vom 7. November dieses Jahres besage.

Auf die vom Präsidenten Billault im Namen des gesetzgebenden Körpers gehaltene Ansprache und die vom Vicepräsidenten Mesnard im Namen des Senats und Frankreichs dargebrachten Glückwünsche erwiderte der Kaiser:

„Ich nehme von heute mit der Krone den Namen Napoleon III. an, weil mir das richtige Gefühl (la logique) des Volks in seinen Acclamationen denselben schon gegeben, weil der Senat ihn in legaler Weise vorgeschlagen, weil die ganze Nation ihn bestätigt (ratifié) hat."

Napoleon III. schloß seine Ansprache: „Helfen Sie mir eine stabile Regierung begründen, welche Religion, Gerechtigkeit, Rechtschaffenheit und die Liebe der leidenden Klassen zu Grundlagen hat. Empfangen Sie hier meinen Eid, daß ich es mir alles werde kosten lassen, die Wohlfahrt des Vaterlandes zu sichern, und daß ich den Frieden aufrecht erhalten, aber durchaus nichts nachgeben werde, was die Ehre und Würde Frankreichs berührt." —

Der „Moniteur" meldet heute die Ernennung der Generale Saint-Arnaud, Magnan und Castellane zu Marschällen von Frankreich und viele Gnadenacte und Straferlasse. Die für Preßvergehen den Journalen gewordenen Verwarnungen sind zurückgenommen, und 290 Deportirte sind theils vollständig begnadigt, theils sind ihre Strafen gemildert.

ψ **Frankfurt,** 2. Dec., 4½ Uhr Abends. Nach sechsstündigen Verhandlungen des Wahlcomite's wurde soeben Herr Landamtmann Dr. v. Oven zum Senator erwählt. Mit in der Kugelung waren die Herren Dr. Binding I. und Dr. Mumm. Die Verhandlungen zur zweiten Wahl haben begonnen.

№ 289. Freitag — den 3. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr. 2) in den Postorten des Fürsten Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr. 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M., oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übrigbleibende Länder nimmt Herr H. L. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 30, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an. Die Postanstalten bezogen für die Zeile (6½ Spalte) mit Einschluß der dort beginnenden Raum 6 Kr.

Frankfurter Postzeitung

Noch einmal Napoleon der Dritte.

Frankfurt, 2. December.

Das unglückliche Kind Ludwigs XVI. wurde, nach dessen Hinrichtung am 21. Januar 1793, von den Royalisten zum Könige ausgerufen und seitdem Ludwig XVII. genannt.

Der Graf von Provence nahm, nachdem sein Neffe am 8. Juni 1795 gestorben war, den Titel Ludwig XVIII. an.

Dem Prinzen Napoleon wird am heutigen Tage der Titel Napoleon der Dritte beigelegt und er dadurch als Nachfolger der beiden Napoleon, von denen der erste zu Gunsten seines Sohnes am 22. Juni 1815 abgedankt, der zweite mindestens wirklich regiert hat, bezeichnet. Es kommt nicht darauf an, die Aehnlichkeit in beiden Verhältnissen festzustellen, vielmehr die Verschiedenheit. Die Aehnlichkeit springt ohnedies in die Augen: in beiden Fällen ein Monarch, der den grausamsten Wechsel des Geschicks erfahren, in beiden ein Kind, dem an der Wiege das Glück zu lachen schien, aber bald und für immer den Rücken kehrte, in beiden ein Verwandter, dem die Ansprüche, die Tugenden und die Fehler des Vorgängers nützen mußten, und der ohne die Katastrophen, die seine Familie betrafen, nie zur Krone gelangt wäre. Es kann nicht die Absicht sein, den Sprößling eines kaiserlichen Königsgeschlechts und den Enkel des Karl Bonaparte und der Lätitia Ramolino auf gleicher Wage zu wiegen. Wir wollen keiner politischen Maxime Gewalt anthun. Aber wir stellen fest, daß wenn Ludwig XVIII., der sein Recht zum Thron aus seiner Abstammung herleitete, mit Fug sich den Achtzehnten dieses Namens nannte, Louis Napoleon, der das seinige aus der Volkssouveränetät ableitet, sich mit Recht den Dritten dieses Namens nennt. Die Bezeichnung der Zahl ist nichts anders, als eine Berufung auf die Quelle und die Feststellung einer Thatsache. Aber sie ist nicht ein Treppbieten gegen die Mächte von Europa.

Wenn Louis Napoleon, wie Louis XVIII. gethan, die ganze Periode, welche zwischen 1815 und 1852 liegt, ignorirte, wenn er jenem gleich, der im April 1814 „unserer Regierung im neunzehnten Jahre" schrieb, die seinige vom 22. Juli 1832, dem Todestag des Herzogs v. Reichstadt an datirte, und die Rechtsbeständigkeit der seit dem Sturze Napoleons eingetretenen Zustände in Frage stellen würde, dann wäre eine Ursache zu Besorgnissen und zur Spannung. Dann aber hätte er den Thron besteigen müssen ohne neue Abstimmung, auf den Grund des durch die kaiserliche Verfassung ihm zustehenden Geburtsrechts. Der Name Napoleon III. bezeichnet den Anspruch auf die Regierung in Frankreich, der Volksbeschluß begründet erst das Recht dazu. Der neue Kaiser wird seine Thronbesteigung nicht vom Todestage des Herzogs v. Reichstadt, Napoleon II., an rechnen. Er fängt wirklich mit dem Anfange, d. h. mit dem ersten Tage an. In diesem Wiederbeginn des Kaiserreichs durch einen feierlichen Act liegt zugleich eine offene Erklärung, daß die Vergangenheit nicht in Frage gestellt werden soll. Ludwig XVIII. behauptete, das Recht nach seit dem 8. Juni 1795 regiert zu haben, an der Ausübung nur faktisch gehindert gewesen zu sein. Darum war für ihn keine Handlung der verschiedenen Gouvernements bis zu seiner Wiedereinsetzung verbindlich; die Anerkennung der Republik, die Anerkennung Napoleons durch die fremden Mächte war für ihn eine Beleidigung, ein Bruch der Allianzen, eine Feindseligkeit. Seine Unterthanen und die fremden Mächte hatten über sein Eigenthum verfügt, denn das Haupt der Familie Bourbon war der Eigenthümer von Frankreich. Ein solches Princip, welches auch seine eigene Logik hat, würde unter Umständen ganz andere Besorgnisse habe einflößen können, als die Thronbesteigung Louis Napoleons mit dem Beinamen der Dritte. Diesem ist alle Schärfe dadurch genommen, daß der Wiederbeginn der kaiserlichen Regierung erst von heute datirt: also alle Friedensschlüsse, Verträge und Zustände, wie sie seit 1815 sich gestaltet haben, aufs neue anerkannt sind. Die Stimme, welche „Napoleon den Dritten" ausruft, ist nach Innen gerichtet, sie spricht Anerkennung, Dank, Vertrauen gegen das Volk aus. Man bemühe sich nicht, mehr dahinter zu suchen. Findet Frankreich darin eine Genugthuung für verweintlich erlittenes Unrecht, so wollen wir uns auch darum Glück wünschen. Die Rechnung ist dann ausgeglichen und ein friedliches Nebeneinanderbestehen um so wahrscheinlicher. Aber man vergesse auch nicht, daß jedes Haupt, das eine Krone trägt, ein Januskopf ist, und daß, wenn man Frieden wünscht, auch im äußern Bezirken dies zu erkennen gegeben werden muß. Der Grundsatz der Nichteinmischung verlangt auch seine Gegenhandlung bei der Wahl des Namens, welchen das Haupt einer fremden Nation sich nach ihrem Willen beilegt. Weder im Thun noch im Unterlassen darf eine Nation der andern, mit der sie im Frieden leben will, eine Erniedrigung zumuthen. Wo dieser Fall eintreten kann, das bestimmt das Ehrgefühl dessen, an den die Zumuthung gerichtet werden soll, und nicht das Urtheil des Andern.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 2. Dec. Von hier meldet die „Hannoversche Zeitung": Der hannoversche Hauptmann der Artillerie Siemens, welcher eine Schraubenmischung erfunden hat, die zur Erhöhung der Vertheidigungsfähigkeit von Festungen wesentlich beitragen soll, hat, ohne einen persönlichen Vortheil zu beanspruchen, diese Erfindung dem deutschen Bunde überlassen, um den Vaterlande damit nützlich zu werden. Wir hören, daß die Bundesversammlung dem Hauptmann Siemens, der auch sonst schon durch Verbesserungen in der Bedienung der Artillerie einen begründeten Ruf sich erworben, vor kurzem ihre volle Anerkennung und ihren Dank für seine Erfindung und deren uneigennützige Ueberlassung aussprechen hat.

* **Wien**, 29. Nov. Wie wir vernehmen, haben die neuen Directiven bezüglich des Vereinswesens bereits die Genehmigung Sr. Maj. des Kaisers erhalten und dürften bald zur Veröffentlichung gelangen. — Man versichert, daß von Seite der Regierungsbehörden, gleich als die Nachricht von der Ausweisung der Mönche aus Lugano anlangte, die Weisung erging, diejenigen, welche sich in die Lombardei flüchten sollten, in Klöster unterzubringen oder auf eine andere Weise zu versorgen. — Eine Art Winkelbörse, die den bestehenden Verbote zuwider in einem Kaffeehause gehalten wurde, ist heute Vormittag aufgehoben worden. — Wie der „D. C." aus Galizien vernimmt, finden Zufuhren von Getreide aus Rußland in bedeutenden Quantitäten statt, da sich für solches, bei den in Rußland noch vorhandenen bedeutenden Vorräthen, in Galizien ein besserer Markt darbietet.

* **Berlin**, 30. Nov. So ungünstig auch die halboffiziellen Nachrichten über den Stand der handelspolitischen Frage lauten, darf man darum gleichwohl nicht glauben, das Wiener Cabinet habe alle und jede Hoffnung auf Verständigung aufgegeben. Wahr ist, daß die hiesige Regierung neuerdings wiederholt die Anträge, welche von Seite Oesterreichs gemacht wurden, ablehnen zu müssen glaubte; indessen ist Herr v. Pogwisch, kaiserlich österreichischer Staatssecretär im Handelsministerium, auch Wien hier eingetroffen, weniger um neue Vorschläge zu überbringen, als um genau die Bedingungen kennen zu lernen, von denen die diesseitige Regierung ihre Bereitwilligkeit, auf einen Handelsvertrag einzugehen, abhängig macht. Es läßt sich nicht leugnen, daß unter uns das Vertrauen zu der von dem Ministerium Manteuffel befolgten Handelspolitik vielmehr im Zu- als im Abnehmen begriffen ist. Wie mit den thüringischen Staaten ist nunmehr auch mit Braunschweig ein Zollvereinsvertrag abgeschlossen und Herr v. Manteuffel stellte gestern, zugleich mit dem Staatsrath v. Thon, den Abgeordneten zur Zollconferenz Dr. Liebe von Braunschweig in einer besondern Audienz Sr. Maj. dem König vor. Ehe Graf v. Thun

auf seinem hiesigen Gesandtschaftsposten eintrifft, ist an einer nachhaltigen Wiederaufnahme der Unterhandlungen zwischen Wien und Berlin nicht zu denken. Wenn nicht ganz außerordentliche Zwischenfälle eintreten, wird Hr. v. Bruck nicht hierherkommen. — Bis jetzt hat sich die rechte Seite der zweiten Kammer fester zusammgeschlossen als die Linke. Im „Hotel des Princes", wo die ministeriellen Abgeordneten ihre Parteisitzungen halten, haben ungewöhnlich viele Abgeordnete, namentlich der äußersten Rechten, ihr Absteigequartier genommen. Eine specifisch ministerielle Partei, im Gegensatz zu den äußersten Rechten, wird glücklicherweise nicht zu Stande kommen, da die Regierung nichts mehr zu wünschen hat, als daß die sehr bedeutende Zahl von Abgeordneten, die sich zu keiner bestimmten politischen Partei schlagen will, für die ministerielle Politik nicht verloren geht. Im Allgemeinen wissen selbst die mit ihren politischen Anschauungen so ziemlich zum Abschluß und auf einen festen Parteistandpunkt gelangten Abgeordneten nicht, wie die diesjährige parlamentarische Campagne ausfallen wird. Weiß die Regierung, was sie will, benimmt sie sich fest und — gemäßigt, so ist ihre Aufgabe den Kammern gegenüber nicht schwer. Durch Halbheit und Unentschlossenheit dagegen würde sie einen sehr schweren Stand bekommen. Uebrigens darf bei Würdigung des Ministeriums und der ministeriellen Politik nicht außer Acht gelassen werden, daß die der Person Sr. Maj. des Königs am nächsten stehenden Mitglieder der königlichen Familie in ihren politischen Ansichten gleichfalls getheilt sind, und daß das endliche, uneigennützige Bemühen Sr. Maj. des Königs dahin gerichtet ist, die Gegensätze zu versöhnen und in einer starken, unabhängigen Krongewalt die Interessen und Rechte der Landesbevölkerung zu sammeln und zu verschmelzen. Die auswärtige Politik wurde in der Thronrede absichtlich nicht berührt, weil die Regierung entschlossen ist, dieses bequeme und vielfach mißbrauchte Schlachtroß nicht wie früher der Opposition zu freiem Gebrauch zu überlassen. Sollten darauf bezügliche Interpellationen vorkommen, so wird vom Ministertisch geantwortet werden, die auswärtige Politik gehöre nicht vor das Forum der Kammern.

♀ **Berlin,** 30. Nov. Die Nichteröffnung der Kammern durch die Person Sr. Majestät des Königs hatte einige Abgeordnete etwas empfindlich berührt, indem man darin eine Zurücksetzung der Kammern zu finden vermeinte. Unter den Gründen, welche indessen den König veranlaßt haben sollen, die Kammern nicht in eigner Person zu eröffnen, wird namentlich auch als Hauptgrund bezeichnet, daß man die Kammern nicht in die Lage, eine Adresse an den König berathen zu müssen, habe bringen wollen. Es wäre wohl unabwendbar gewesen, daß diese Adresse zu den heftigsten Verhandlungen in den Kammern gleich von vornherein Anlaß gegeben hätte, zumal von der katholischen Fraction zweifelsohne auch die religiöse Frage nicht unberührt gelassen worden wäre. Auch hat man durch den Wegfall der Adresse an den König Zeit ersparen wollen, da die möglichste Beschleunigung der diesmaligen Wirksamkeit der Kammern in der Absicht der Regierung liegen soll. In Bezug auf die Thronrede hat die Stelle, welche das Verharren der preußischen Regierung bei der bisherigen Zollvereinspolitik hervorhebt, allgemein befriedigt. In Hinsicht des andern Inhalts der Rede läßt sich nicht dasselbe behaupten, sowohl in Anbetracht der äußersten Rechten, welche in mehreren Stellen Anspielungen auf sich erblickt, als auch der andern Richtungen der Kammern, welche verschiedenartige Ausstellungen an der Rede zu machen haben. — Die katholische Partei der zweiten Kammer theilt sich in zwei Theile, in eine ultramontane und eine gemäßigte. In kirchlichen Dingen wird wohl ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Bruchtheilen stattfinden, indessen weniger in politischen Sachen. Die ultramontane Fraction hat beschlossen, in allen politischen Fragen, wo es irgend möglich sei, mit der Rechten zusammen zu stimmen. Dagegen werden die gemäßigten Katholiken wohl mehr mit der Mittelpartei der Kammer stimmen. Heute Abend haben die Mitglieder der Bethmann-Hollwegschen Fraction eine Versammlung zur Bildung einer Mittelpartei veranlaßt, welcher mehrere namhafte Katholiken beiwohnen werden, die, wenn man es näher bezeichnen soll, der Radowitzschen politischen Richtung folgen, d. h. einer entschiedenen preußischen in Bezug auf die Leitung Deutschlands. Diese beiden sehr verschiedenartigen Elemente innerhalb der gesammten katholischen Partei der zweiten Kammer wird man durchaus streng von einander unterscheiden müssen, wenn man sich vor Trugschlüssen und irrigen Auffassungen mancherlei Art hüten will. Wenn wir in einem früheren Schreiben die Stärke der katholischen Partei in der zweiten Kammer auf etwa 103 Mitglieder angaben, so bezog sich diese Angabe auf sämmtliche Katholiken der besagten Kammer. Was die kirchlichen Fragen betrifft, so hat die ultramontane Fraction beschlossen, diese Fragen erst gegen Ende der diesmaligen Kammersession zur Sprache zu bringen, wobei diese Fraction von mehreren Rücksichten geleitet werden soll. Der Weg der Anregung dieser Fragen wird, wie man hört, jener der Einbringung von Petitionen aus den katholischen Provinzen sein. — In Bezug auf die Präsidentenfrage ist anzuführen, daß die Linke der zweiten Kammer an der Candidatur des Grafen v. Schwerin festzuhalten gesonnen ist. — In der ersten Kammer scheinen sich nur drei Fractionen bilden zu wollen, eine besondere katholische Fraction gibt es in derselben nicht. Katholische Mitglieder zählt diese Kammer etwa zwanzig. Gestern Abend waren die frühere Stahlsche und die frühere Alvenslebensche Fraction zur Neubildung versammelt. Neben diesen beiden Fractionen steht die Fraction der Linken sehr schwach da. Von einer Mittelpartei ist noch keine Rede. — Wie wir hören, wird die Familie des bisherigen hiesigen österreichischen Gesandten, Herrn v. Prokesch-Osten, den ganzen Winter hindurch hier in Berlin verbleiben. Von mancher Seite hat man daraus schließen wollen, daß Herr v. Prokesch später wieder den hiesigen Gesandtschaftsposten einnehmen dürfte, indessen liegen dem Verbleiben der Familie desselben in Berlin Gesundheitsrücksichten zum Grunde. — In Folge der günstigen Wendung, welche die Zollvereinsangelegenheit für Preußen genommen hat, hofft man in den hiesigen Kreisen, daß Preußen und seine Verbündeten demnächst mit 21 Millionen Bevölkerung, da Hannover wegen des Anschlusses Braunschweigs und der Haltung Oldenburgs keine isolirte Stellung einnehmen könne, den Staaten der Darmstädter Uebereinkunft gegenüber stehen würde, so daß eben dieses als die sicherste Gewährleistung für die Erhaltung des alten Zollvereins zu betrachten sei. — Der Oberkaplan an der hiesigen St. Hedwigskirche, Dr. Künzer, welcher bekanntlich wegen eines Aufsatzes in dem hiesigen katholischen kirchlichen Anzeiger zu einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen verurtheilt worden ist, hat diese seine Strafe wegen Preßvergehens mit dem heutigen Tage angetreten. Es ist demselben übrigens gestattet worden, jeden Morgen in der Kapelle des hiesigen Krankenhauses der barmherzigen Schwestern die Messe zu lesen.

Fürst Pückler-Muskau hat an die Redaction der „Allgemeinen Zeitung folgendes Schreiben gerichtet:

Im Anfang dieses Jahres mußte ich in einer Zeitung mit wahrer Rührung lesen, daß der Fürst von Pückler-Muskau auf seinem Schlosse zu Branitz verschieden sei. Heute erfahre ich dagegen aus zwei Tageblättern, daß der Fürst Pückler zur katholischen Kirche übergetreten ist, was andere Zeitungen wieder zu bezweifeln geneigt sind. Um Irrthum zu vermeiden, benachrichtige ich daher hierdurch meine zahlreichen Verwandten, Freunde und Bekannten officiell, daß in der Wirklichkeit mir, dem Fürsten Pückler, die Umstände bis jetzt noch nicht gestattet haben, weder zu verscheiden, noch katholisch zu werden, wobei ich jedoch keineswegs in Abrede stellen will, daß beide Eventualitäten, nach Maßgabe der so verschiedenen menschlichen Ansichten, ihre sehr heilsamen Seiten haben mögen, nur, wie mir scheint, nothwendigerweise doch in umgekehrter Reihenfolge. Hermann Pückler."

Der preußische Helm scheint theilweise bei der Infanterie seine Rolle schon ausgespielt zu haben, denn nach der „Zeit" wird für die Jäger- und Schützenabtheilungen eine neue Kopfbedeckung anstatt der Helme, nämlich schwarze Hüte mit an einer Seite aufgeschlagener Krempe, eingeführt werden. Die Helme hindern wegen der an den Kinnriemen befindlichen Schuppen am genauen Schießen, und die glänzenden Metallverzierungen an den Helmen sind dem Tirailleurdienst, zu welchem die Jäger- und Schützenabtheilungen vorzugsweise verwendet werden, nicht recht förderlich.

* **München,** 1. Dec., Morgens 9 Uhr. Die längst vorausverkündete Ministeränderung ist endlich heute erfolgt. Der Graf August v. Reigersberg, früher Polizeidirector und zuletzt Regierungspräsident in München, hat das Ministerium des Innern übernommen und der seitherige Minister des Innern, Herr v. Zwehl, wurde zum Cultusminister ernannt. (Tel. Dep. der Pfälzer Ztg.)

Hamburg, 28. Nov. Von Rusezak sind von Wien an seine Gattin Briefe angelangt, woraus zu ersehen, daß er noch nach wie vor in halbem Eisen, d. h. an einem Fuße und an einer Hand mit Ketten gefesselt, gefangen gehalten wird; nur ist er jetzt von der zehrenden Einzelhaft erlöst, indem ihm noch ein anderer politischer Verbrecher, und zwar ein Berufsgenosse, ein Schneider, beigesellt worden ist. Auch ist ihm täglich ein halbstündiger Gang in halbfreier Luft, sowie die Selbstbeköstigung verstattet. Sowohl um ihm letztere angedeihen zu lassen, wie um seine Familie zu erhalten, ermöglicht man hier dieser eine öffentliche Weihnachtsausstellung. — Die Revolution in Buenos-Ayres bringt hier das Großgeschäft in Stocken. Der vertriebene Gouverneur und Minister des Auswärtigen, General Urquiza, hat nämlich von den ihm zugethanen Provinzen aus an alle seine Gesandten und Handelsagenten im Auslande ein Circular erlassen, des Inhalts, daß sie ihm allein gehorsam sein müßten. Dem gegenüber hat die neue Regierung von Buenos-Ayres jenen Beamten eine Gegenordre zugefertigt und sie noch zudem bis dahin, wo der argentinische Bundesstaat hergestellt sein wird, sämmtlich außer Gehalt gesetzt. Auch der hiesige argentinische Consul, Kaufmann Schlüter, hat beiderlei Befehle erhalten, welche indessen weniger ihn als unsere Expor-

teurs in Verlegenheit setzen, da sie ihre Schiffe dorthin mit consularischen Papieren versehen müssen. Viele haben sich entschlossen, dieselben, mit Umgehung des Consuls, mit Papieren von den hiesigen Behörden zu versehen und außerdem das Commercium um seinen Bescheid zu ersuchen. Auch Nürnberg ist bei dieser Verwirrung nicht unbetheiligt, da jährlich für etwa 32,000 Thaler Nürnberger Kurzwaaren allein über hier nach den Levantestaaten gehen. — Ein Honvedoffizier, welcher nach seiner Begnadigung in Ungarn in die schleswig-holsteinische Armee getreten und alsdann hierher übergesiedelt war, ist von unserer Polizei aus noch unbekannten Gründen in Haft genommen worden. — Die hiesige Loge zur „Brudertreue an der Elbe" hat abermals ihr zugegangene 400 Thlr. dem schleswig-holsteinischen Comite übergeben. (N. K.)

Neueste Nachrichten.

ψ **Frankfurt**, 2. Dec., 9 Uhr Abends. In fortgesetzter Wahlhandlung wurde Herr Fellner-Bansa zum Senator gewählt. Mit in der Kugelung waren die Herren Dr. Binding und Dr. Mumm. Der Gewählte befindet sich in diesem Augenblick nicht hier, und es ist deßhalb noch zweifelhaft, ob er die Wahl annehmen wird. Das Wahlconclave war zusammengesetzt durch die Herren Schöffen v. Heyden, Dr. Müller, Dr. Reuß, Dicht, Cötter und Streng des Raths, sodann von Seiten der gesetzgebenden Versammlung durch die Herren Dr. Scharff I., Dr. med. Spieß, Th. de Bary, Parrot, G. Kindleriner und Zimmermeister Th. Köber. Die für heute beabsichtigte dritte Wahl wurde bis auf Samstag ausgesetzt.

Wien, 30. Nov. Graf Thun ist aus Frankfurt hier angekommen.

ξ **Berlin**, 1. Dec. Herr v. Bruck wird bereits am Ende dieser oder im Anfang künftiger Woche hier erwartet. Man darf als gewiß voraussetzen, daß er annehmbare Vorschläge zu machen den Auftrag hat. Die Mission ist wenigstens nicht wohl anders zu deuten. — Die Vorlage in Betreff der Abänderung des Art. 12 der Verfassung, welcher sich auf das religiöse Bekenntniß der Staatsbürger bezieht, wird sich auch auf die Freigemeinden ausdehnen, sie sollen, gleich den Juden, wählen können, aber nicht wählbar sein.

* **Berlin**, 1. Dec. Die Eröffnungen, welche in der Zollvereinssache von hier unserm Gesandten in Wien zur Mittheilung an die österreichische Regierung gemacht worden und in diesen Tagen dorthin abgegangen sind, stehen nach der „Spenerschen Zeitung" durchaus im Einklang mit dem betreffenden Abschnitt in der Eröffnungsrede, daß Preußen die Erhaltung des gegenwärtigen Umfangs des Zollvereins nicht unter Bedingungen will, durch welche unsere Interessen, eben so wie die Zukunft und die Segensreiche Entwickelung des gesammten Zollvereins gefährdet werden würden. Auf diese von Wien aus an Preußen gestellte Aufforderung, sich über die Grundlage zur Verständigung über die Handelsfrage bestimmter als bisher zu erklären, hat, wie dasselbe Blatt sagt, unsere Regierung abermals die Zolleinigung abgelehnt, wegen Abschlusses des Handelsvereins aber ebenso, wie früher, auf Bildung eines Kerns für den neuen Zollverein hingewiesen, und zwar mit fortwährender Aussicht auf Erhaltung des Gesammtvereins. Es bleibt durchaus beachtenswerth, setzt die „Spenersche Zeitung" hinzu, daß die Coalition jetzt Oesterreich zum Vertreter ihrer Angelegenheiten gemacht, und Preußen wird deßhalb um so vorsichtiger sein.

°×° **Darmstadt**, 1. Dec. Die in der heutigen Beilage zur „Postzeitung" in einem Schreiben aus Gießen enthaltene Nachricht über erfolgte Wiederbesetzung einer Pfarrstelle daselbst ist unrichtig; diese Stelle ist noch unbesetzt, was auch nach der im Großherzogthum bestehenden zweckmäßigen Einrichtung, vermöge welcher jede eröffnete Pfarrei einige Monate vor ihrer Wiederbesetzung öffentlich zur Concurrenz ausgeschrieben werden muß, gar nicht anders möglich ist.

* **Paris**, 1. Dec. Der gesetzgebende Körper kam heute Nachmittag um 1 Uhr zusammen und wird sich heute Abend um 7 Uhr wieder versammeln, um nach der Sitzung die Fahrt nach Saint-Cloud anzutreten. Der Cortege, aus etwa 100 Wagen bestehend, geht unter Fackelbeleuchtung vor sich und wird von der republikanischen Garde escortirt. Der Senat geht dem gesetzgebenden Körper voraus. Wahrscheinlich wird der Kaiser die Nacht vom 2. auf den 3. December in den Tuilerien zubringen.

Die Proclamation des Kaiserreichs erfolgt morgen Vormittag um 10 Uhr durch den Seinepräfekten von einer Tribune vor dem Stadthause herab; der Municipalrath wird der Feierlichkeit beiwohnen; Armee und Nationalgarden treten dabei unter die Waffen, und unter Artilleriesalven geschieht die Verlesung der Declaration des gesetzgebenden Körpers.

Der Minister des Innern hat durch Rundschreiben vom 27. November alle Präfecten benachrichtigt, daß das Ergebniß der letzten allgemeinen Abstimmung wahrscheinlich vier- bis fünfhundert bejahende Stimmen mehr zählen werde als das Scrutinium vom 20. December; am 2. December werde das Kaiserthum in Paris proclamirt; in allen Gemeinden der Departemente habe solches Sonntag den 5. d. M. in geeigneter Weise und unter gemeinsamer Mitwirkung und Theilnahme der Civil- und Militärbehörden zc. zu geschehen. Wolle sich auch die Geistlichkeit freiwillig an diesen feierlichen Act betheiligen, so werde es der Regierung angenehm sein. Die officiellen kirchlichen Ceremonien bleiben bis zu spätern Zeit ausgesetzt.

Ein heute im „Moniteur" erschienenes Decret des Prinz-Präsidenten verfügt die sofortige Freilassung aller Individuen, welche als Schuldner von Untersuchungskosten und Geldstrafen für Contraventionen sich in Haft befinden. Die bezüglichen Strafen und Kosten sind ihnen erlassen.

Dem gesetzgebenden Körper ist aus dem Mosseldepartement ein Protest wegen bei der Abstimmung vorgekommenen Betrugs zugegangen. Derselbe blieb unberücksichtigt und man ging zur Tagesordnung über.

London, 29. Nov. Die „Times" spricht mit Bestimmtheit von einer bevorstehenden beträchtlichen Verstärkung der Kriegsflotte. Es handelt sich nicht um eine Vermehrung der Kriegssegel oder Dampfer, sondern der Bemannung. Die Zahl der Matrosen soll um 5000 Mann und die der Seesoldaten (Marines) in entsprechendem Verhältnisse vermehrt werden. Die Nachricht hat auf die englischen Fonds heute ungünstig gewirkt. — Der Hof ist gestern in Osborne eingetroffen.

Frankfurt, 3. December.

Eine gestern Abend um 7 Uhr hier in der Stadt ausgegebene Extrablattlage, eine telegraphische Depesche aus Paris vom 2. December Mittags enthaltend, welche über den vorgefrigen Empfang in Saint-Cloud berichtet, erhalten unsere auswärtigen Abonnenten mit dem heutigen Hauptblatt. Die Red.

Landwirthschaftliches.

Aus dem oberen Rheingau, 29. Nov. Die Traubenlese ist allenthalben vorüber und der neue Wein bereits in den Fässern. Zur großen Freude der armen Winzer, die den Wein nicht lange lagern können, wird derselbe recht stark gesucht und finden täglich annehmbare Käufe statt. Die Preise sind je nach der Güte derselben verschieden. Der gewöhnlichste Preis ist 20 fl. die Ohm, von Käufen unter diesem Preis hörten wir wenig, dagegen wurde derselbe auch bis zu 24 und 25 fl. die Ohm verkauft. Dabei ist aber ein Steigen als ein Fallen der Preise zu erwarten. Ein solches Resultat hat auch zu Anfang Octobre niemand zu hoffen gewagt. (M. Z.)

Börsenberichte.

ϰ **Frankfurt**, 2. Dec. Von österreichischen Papieren wurden 5pCt. Lomb.-Venet. wieder höher bezahlt und schlossen 91¹/₂; alle übrigen Gattungen derselben waren sehr fest im Cours und wurden theilweise auch zu höhern Preisen umgesetzt. Von spanischen Fonds war das Geschäft in 1pCt. von Belang; Anfangs durch ausgeführte Verkaufscommissionen bereits bis zu 21¹/₄ pCt. verdrängt, schlossen dieselben zuletzt durch von anderer Seite gemachte Ankäufe beinahe ganz wie gestern 24¹¹/₁₆ pCt.; 3pCt. Inländische waren 45 pCt. Von Eisenbahnactien war Z.-W.-Nordbahn zu 48¹/₂ pCt.; Verbach anhaltend gesucht 100³/₄ pCt.; Köln-Minden 114¹/₄ pCt.; Taunus 302 fl. Alle übrigen Papiere waren gut preishaltien. — Abends in der Effectencocietät wurden 1pCt. Spanische zu 24¹¹/₁₆ pCt. umgesetzt.

Berlin, 1. Dec. Staatsch. 93¹/₂ Brf., 93¹/₄ G. — Köln-Minden 116 Brf. — Fr.-W.-Nordb. 45¹/₂, 44³/₄ à 45 bez.

Paris, 1. Dec. 4¹/₂pCt. Rente 105, 65. — 3pCt. 84, 40. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 98¹/₄. — Span. neue Diff. 24¹/₄. — 3pCt. Spanier Stock 45¹/₄. — Passive —. — Bankactien 2900. — Piemont 5pCt. 100. — Römisches Anlehen Zuni 1850 98¹/₄. — do. 1850 98¹/₄. — St. Germain-Eisenbahn 1435. — Versailles, rechtes Ufer. — Linkes Ufer 360. — Straßburg-Basel 372, 50. — Nordbahn 905. — Paris-Strasburg 867, 50.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 2. Dec. 5pCt. Metall. 95¹/₄. — 5pCt. do. B. 111¹/₄. — 5pCt. Anlethe vom Jahr 1852 95. — 4¹/₂pCt. do. 85¹/₄. — Bankactien 1346. — 250 fl. Loose 141. — London 11 fl. 24 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 105¹/₄. — K.-k.-Nordb. 248²/₄. — Ungarn-Florenz —. — Siena-Empoll 69. — Paris 135²/₄. — London in Triest 11 fl. 26 kr. — Silber 15²/₄. (Spnd.)

London, 1. Dec. 3pCt. Stocks 101¹/₄. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 25¹/₄. — 5pCt. Hamburg 97¹/₄ coup. detachè. (Spnd.)

Madrid, 26. Nov. 3pCt. 46³/₄. — 1pCt. Neue 25³/₄. (Spnd.)

Kassel, 1. Dec. Bei der heute dahier stattgehabten 15. Serienziehung der kurhessischen hessischen 40 Thaler-Partialloose sind nachstehende 20 Serien herausgekommen: 39 596 707 1149 2271 2391 2649 2887 3072 3162 3189 3615 4136 4509 4673 4853 5104 5491 5996 6663.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kalchett.

[2700]

Gefälliger Beachtung empfohlen!

Auch dieses Jahr ist mein Lager in Jugendschriften, Albums, allen Ausgaben der deutschen, französischen rc. Classiker und sonstigen zu Festgeschenken geeigneten Werken auf's Reichste assortirt.

Ein vollständiges Verzeichniß meiner im **Preise herabgesetzten** belletristischen, historischen rc. Werke und Jugendschriften steht auf Verlangen gratis zu Diensten.

In meinem geräumigen Locale habe ich Alles so übersichtlich geordnet, daß die mich Beehrenden ihre Auswahl leicht und schnell treffen können.

Joseph Baer, Roßmarkt, im Casino.

[2706]

Bekanntmachung.

Das Badische Eisenbahn-Lotterie-Anlehen gegen fl. 35 Loose vom Jahr 1845 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Serienziehung des oben genannten Lotterie-Anlehens sind nachstehende Nummern herausgekommen, welche an der planmäßig am 30. December d. J. stattfindenden achtundzwanzigsten Gewinnziehung Theil nehmen:

Serie Nr. 15. 69. 1488. 1945. 2164. 2178. 3208. 3868. 4277. 4558. 4619. 4865. 4873. 5054. 5948. 6113. 6892. 6914. 7382. 7686.

Dieses wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 30. November 1852.

Großh. Badische Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.

[2658]

Weinversteigerung.

Mittwoch den 8. December. Nachmittags 3 Uhr, werden auf freiwilliges Anstehen nachverzeichnete Weine, als:

4 Stück 1848er Hahnheimer,
6 Stück 1848er Bodenheimer, und
9 Stück 1848er Dürkheimer

in dem Keller der Behausung der ehemaligen Briefpost auf dem Graben Nr 4 neu öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Die Proben werden Montag den 6. und Dienstag den 7. December Vormittags von 10—12 und Nachmittags von 3—6 Uhr an den Fässern verabreicht; wer solche früher zu probiren wünscht, beliebe sich an Herrn Küfermeister Eckhardt in der Graubengasse zu wenden.

Bezugzeit ultimo Februar 1853.

C. Belschner, Ausrufer.

[2688] Im Verlage von Fr. Ludw. Herbig in Leipzig ist soeben neu erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands, Oesterreichs und des Auslandes zur Ansicht bereit, in Frankfurt a. M. in der S. Schmerber'schen Buchhandlung, Nachfolger Hr. Keller, und in Sauerländer's Sortiments-Buchhandlung:

Böttger, Adolf, Liederchronik deutscher Helden.

Min.-Ausg. br. 1½ Thlr. od. fl. 2. 42 kr. eleg. geb. mit Goldschnitt 2 Thlr. od. fl. 3. 36 kr.

Diese mit Umsicht und Geschmack von dem als Dichter rühmlichst bekannten Herausgeber zusammen gestellte Sammlung umfaßt chronologisch geordnet die bedeutendsten Momente deutscher Geschichte in den vorzüglichsten Gedichten. Als ein die Vaterlandsliebe, wie den Sinn für Geschichte und Dichtkunst belebendes Werk, empfiehlt es sich namentlich auch Gymnasien wie Volksschulen; es fördert die Kenntniß der Geschichte und führt der Jugend den reichen Schatz kernvoller Poesie zu.

Eiserne, feuerfeste Geld- und Documentenschränke,

welche bei ihrer zweckmässigen, gegen Feuer und Diebstahl die grösste Sicherheit gewährenden Construction, die Londoner Preis-Medaille erhalten haben, halten in allen Grössen zu den billigsten Preissen empfohlen

[2515] **SOMMERMEYER & Co.** in *Magdeburg.*

Pâte Pectorale

Goldene Medaille 1845 — Silberne Medaille 1845

von Apotheker **Georgé** zu Epinal

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **Georgé**, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln, die halbe à 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. In Augsburg bei den Herren Nedlinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. G. von Oven**, Bleydenstraße Nr. 33. [2428]

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. · Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in **Philipp's** Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei **C. Ströhlein** auf der Zeil. [2198]

[2676] Ein Vereins- fl. 10. Loos ist gefunden worden; wo? ist bei der Redaction zu erfahren.

[1674] Staats- und Standesherrliche Obligationen Staats-Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons, werden ge- und verkauft bei

J. N. Trier & Cie., Zeil, im Türkenschuß.

[2282] **An- und Verkauf**

von Obligationen, Loosen rc. bei

Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

Stelle-Gesuch.

Ein junger Mann, welcher mit der doppelten Buchhaltung und allen vorkommenden Comptoir-Arbeiten, besonders im Bank- und Wechselgeschäft, vollkommen vertraut und der französischen und englischen Sprache mächtig ist, sucht eine andere Stelle. Franco-Offerten werden sub Nr. 2651 erbeten. [2651]

[1690] **An- und Verkauf**

von Büchern bei H. Bechhold, Zeil Nr. 5 neu.

[2656] Aufforderung.

Kallmann Moses von Maulbach, welcher glaubhafter Anzeige nach im Frühjahre d. J. mit Zurücklassung seiner Frau und mehrerer minderjähriger Kinder nach Amerika entwichen ist, wird, nachdem seine Frau am 8. d. M. verstorben ist, hierdurch aufgefordert, sogewiß

binnen 60 Tagen

von heute an gerechnet, zurückzukehren, als er gegenfalls als abwesend angesehen, für ihn und seine Kinder ein Curator bestellt, und das weitere Geeignete versucht werden wird.

Homberg, den 13. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Klingelhöffer.

[2663] Edictalladung.

Forderungen und Ansprüche jeder Art an das Vermögen des Konrad Lehr von Reiskirchen, gegen welchen der förmliche Concursproceß erkannt worden ist, sind im Termine

Freitag den 14. Januar 1853,
Vormittags 10 Uhr,

bei Vermeidung des ohne besonderes Präclusivdecret erfolgenden Ausschlusses von der Masse dahier anzuzeigen und zu begründen.

Gießen, am 9. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Piper.

[2652] Oeffentliche Kündigung.

In Sachen des Pfarrfonds der evangelischen Pfarrei in Nimbach, Klägers, gegen Adam Dörr III. in Nimbach, dessen Ehefrau Margarethe und Philipp Heinrich Dörr, ledig, von Nimbach, nun Gr. Bauaufseher in Obermengelbach, Beklagte, Forderung aus Darlehen betr., wird der unbekannt wo abwesende Adam Dörr III. aus Nimbach hierdurch benachrichtigt, daß der klagende Fond das ihm, seiner Ehefrau und dem Philipp Heinrich Dörr, ledig, in Nimbach, jetzt in Obermengelbach, laut gerichtlicher Schuld- und Pfandverschreibung vom 27. April 1849 dargeliehene zu 5 pCt. verzinsliche Capital von achthundert Gulden am 26. October l. J. gekündigt hat, mit dem Anfügen, daß alle in dieser und namentlich in der nach Ablauf des Aufkündigungsquartals etwa eintretenden Klagsache auf Rückzahlung des Capitals und Zahlung der Zinsen an ihn ergehenden Verfügungen ihm nur durch Anschlag an die Gerichtsthüre hiesigen Gr. Landgerichts insinuirt werden.

Fürth, den 17. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht
Walther. Wunstmann.

[2340] Es ist Jean Marie Guilleaume Gorre, aus Paris gebürtig und daselbst wohnhaft, 61 Jahre alt, dahier gestorben, und hat er dahier nur einen unbedeutenden, dem Anscheine nach überschuldeten Nachlaß zurückgelassen.

Da nun seine erbberechtigten Verwandten hierorts nicht genügend bekannt und nicht legitimirt sind, so werden hiermit alle diejenigen, welche an den dahier befindlichen Nachlaß des verstorbenen Jean Marie Guilleaume Gorre aus Paris Erbansprüche machen wollen, öffentlich aufgefordert, sich so gewisser

binnen drei Monaten a dato

bei unterzeichneter Gerichtsstelle zu melden und zu legitimiren, als hinsichtlich aller derjenigen etwaigen Erbberechtigten, welche sich im Laufe dieser Frist nicht melden, angenommen werden wird, daß sie auf Erbansprüche Verzicht leisten.

Homburg, den 5. October 1852.

Landgräflich Hessisches Justiz-Amt.
Dr. v. Haupt.

[2463] Oeffentliche Ladung.

Alle, welche Erb- und sonstige Ansprüche an den Nachlaß der am 4. October 1852 verstorbenen hiesigen Bürgers- und Handelsmannswittwe Katharina Louise Buderus, geborenen Crespel, zustehen, haben solche

binnen zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte ordnungsmäßig anzumelden oder gewärtig zu sein, daß dieser Nachlaß an die angetretenen auswärts wohnenden Testaments-Erben ohne Sicherheitsleistung verabfolgt werde.

Frankfurt a. M., den 27. October 1852.

Stadtgericht II.
Schöff Dr. Diehl.
Dr. Eyssen, 1r. Secr.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nr. 289.) 3. December 1852.

Rückblick auf den Monat November.

Für **Deutschland** ist die handelspolitische Frage noch immer das verschleierte Bild von Sais; auch der vergangene Monat hat die Lösung noch nicht gebracht. Es wird nun ungefähr ein Jahr sein, daß der Zollverein von Seiten Preußens gekündigt wurde, um ihn in erweitertem Gestalt wieder aufleben zu lassen. Conferenzen und Depeschen sind sich seitdem ununterbrochen gefolgt und Postideen ist noch nichts weiteres erteilt worden, als daß Preußen mit den thüringischen Staaten und Braunschweig sich aufs neue zollgeeint hat; Oesterreich und die Coalition tagen in Wien, und Hannover, dessen Ja oder Nein nach beiden Seiten hin Gewicht hat, spielt den ruhig beobachtenden Zuschauer. Wie viel Nachrichten auch von einer nahe bevorstehenden glücklichen Lösung dieser unglücklichen Frage eingelaufen sind, eben so viele kamen auch, die das Gegentheil meldeten.

In Oesterreich wurde im vergangenen Monat das Wassergesetz publicirt und das Vereinsgesetz in Aussicht gestellt. — Preußen beschäftigte sich mit dem Ausfalle der Wahlen, deren Prognose in fast ausschließlich conservativer Richtung durch die in den letzten Tagen erfolgte Eröffnung der Kammern bestätigt wurde. Eine im Schooße des Ministeriums in Folge entgegengesetzter Ansichten über Fragen innerer Politik eingetretene Spaltung ist durch den König ausgeglichen worden. — In Bayern war die Thätigkeit des Ministerpräsidenten durch andauernde Krankheit gelähmt. Gegen Mitte des Monats tauchten Gerüchte von einer Ministerkrisis auf, die der erste Tag des neuen Monats löste, indem der Graf Reigersberg zum Minister des Innern und Herr v. Zwehl zum Cultusminister ernannt wurde. — In Württemberg erfolgten einige nicht unwichtige Veränderungen in den hohen Staatsämtern und starb ein vielgenannter Führer der demokratischen Partei. — In der Hauptstadt Sachsens tagte eine Versammlung praktischer Theologen zur Berathung der liturgischen Frage für das protestantische Deutschland. — Die hannoversche Hauptstadt wurde durch die Wahl eines rationalistischen Predigers, dem die Kirchenbehörde aus canonischen Gründen die Bestätigung verweigerte, in lebhafter Aufregung erhalten. — Im Großherzogthum Hessen wurde der Beschluß der zweiten Kammer in der Zollfrage von der ersten nicht angenommen, wiewohl beide in der Wünschenswürdigkeit der Erhaltung des Zollvereins übereinstimmten, und das Finanzgesetz seiner Erledigung nahe geführt. — In Oldenburg ist die Revision der Verfassung vom Landtage vollendet, dieser vertagt und die Verfassung vom Großherzog genehmigt und publicirt. Eine außerordentliche Commission, um Vorschläge zu Aenderungen in der Kirchenverfassung zu machen, wurde niedergesetzt. — In Gotha sind die Landtagswahlen zu Gunsten der Regierung ausgefallen. — In Weimar wurde die Conferenz wegen Abschluß eines Zollvertrags zwischen Preußen und den thüringischen Staaten beendet. — In Malchin wurde der Landtag für die beiden Mecklenburg eröffnet, auf dessen weitern Verlauf in Bezug auf die Lösung der kirchlichen Frage man gespannt sein kann. — Auch für Anhalt-Bernburg wurde der Landtag eröffnet. — In Lippe-Detmold wurde der Landtag, nachdem er die Wiederaufnahme des vormärzlichen Wahlgesetzes abgelehnt, verabschiedet. — In Bremen wurden mehrere Differenzen zwischen Senat und Bürgerschaft zum Austrag geführt und veröffentlichte der Senat ein Gesetz behufs Auflösung der Bürgerwehr. — In Hamburg wurde in den fünfen kurhessischen Kriegsminister Bödeker ein neuer Stadt- und Militärcommandant gewählt. — In Frankfurt trat der neue gesetzgebende Körper zusammen und wurde die Ergänzung des Senats vorbereitet.

Der Zurückrufung der preußischen Handwerksgesellen aus der **Schweiz**, ist nun auch die der sächsischen gefolgt; letztere haben bis zum Jahresschluß des Land zu verlassen. — In offenem Widerspruch mit der Bundesverfassung (Art. 18 und 43) hat der große Rath von Waadt alle Officiere und Soldaten, die aus dem Dienst von Neapel zurückkehren, für unwürdig erklärt, unter den waadtländischen Milizen zu dienen, ein Beschluß, der, wenn er nicht zurückgenommen wird, sehr ernstliche Folgen nach sich ziehen kann. — In Neuenburg sind, wie sich voraussehen ließ, die Wahlen zu Gunsten der republikanischen Partei, in Genf radical ausgefallen. Zug und Unterwalden verwenden die ihnen rückvergüteten Sonderbundskriegskosten zu Schulzwecken, Wallis theilweise zur Anlegung von Gebirgsstraßen. In Schaffhausen bieten sich finanzielle Schwierigkeiten. — Großes Aufsehen erregte die Brandlegung des Grimselspitals im Canton Bern, durch den Pächter desselben. Man ist auf einen in mehrfacher Beziehung wichtigen Criminalproceß gespannt. In demselben Canton werden großartige Vorbereitungen für die fünfhundertjährige Jubelfeier des Eintritts von Bern in den Bund der Eidgenossen (6. März 1353) getroffen. — Die Eisenbahnfrage ist immer noch Hauptgegenstand der Verhandlungen in den am meisten dabei betheiligten Kantonen.

Die Zustände **Italiens** haben sich wenig geändert. Nur Sardinien hat einen Ministerwechsel erlebt. Nachdem die Versuche, ein conservatives Ministerium zu bilden, gescheitert, trat mit Cavour an der Spitze ein freihändlerisches liberales Ministerium ans Staatsruder, von dem man nichts desto weniger eine Ausgleichung der Differenzen mit Rom und eine größere Annäherung an Oesterreich erwartet.

Für **Frankreich** war der November einer der wichtigsten Monate des Jahres, um nicht zu sagen des ganzen letzten Lustrums. Er hat das Kaiserreich, welches vorher nur im Wunsche der Nation lebte, zur That gemacht, und war die vorbereitende Adventszeit des neuen Reiches. Gedrängt vom allgemeinen und lauten Verlangen der Nation berief der Prinz-Präsident den Senat, zur Umwandlung der Republik in die erbkaiserliche Monarchie die verfassungsmäßige Initiative zu ergreifen. Der Senat versammelte sich am 4. Nov. zu einer außerordentlichen Session und übertrachte am 7. seinen Beschluß zu Gunsten der Wiederherstellung des Kaiserreichs nach Saint-Cloud. Demzufolge wurde das Volk am 21. und 22. Nov. in die Comitien berufen und nahezu acht Millionen Stimmen erhoben an diesen Tagen gegen eine verhältnißmäßig kleine Minorität jenen Senatsbeschluß zu einem Plebiscitum. Der gesetzgebende Körper, ebenfalls zu außerordentlicher Session zusammenberufen, begann am 25. Nov. die Prüfung des wichtigen Wahlgeschäfts und die Auszählung der Stimmen, eine Arbeit, welche den Rest des Monats so vollständig in Anspruch nahm, daß die Deputirten auch einen Sonntag in den Bureaux sich versammeln mußten, um bis zum 1. Dec. fertig werden zu können, da der 2. für die Proclamation des Kaiserreichs in Aussicht genommen war. In einem gegen die Wiederherstellung der kaiserlichen Monarchie gerichteten Manifest hat der älteste der französischen Kronprätendenten, der Graf von Chambord, seine Rechte verwahrt. Das Actenstück wurde von der Polizei eifrig verfolgt, von der Regierung selbst aber durch den „Moniteur" über ganz Frankreich verbreitet. Der jüngere Zweig der Bourbonen hat bisher geschwiegen. — Wenn auch die europäischen Mächte der neuen Ordnung der Dinge in Frankreich ihre Anerkennung nicht versagen werden und an den friedlichen Gesinnungen des neuen Kaisers, nachdem er sie noch als Prinz-Präsident oft und bündig genug ausgesprochen hat, nicht zweifeln mögen, so hat doch die angekündigte Verminderung des Effectivstandes der Armee um 30,000 Mann als eine zu geringe oder gar nur vorgebliche Reduction die öffentliche Meinung des Auslandes im Ganzen nicht befriedigt.

In **Belgien** setzen die Kammern ihre Thätigkeit fort; das Wichtigste, was sie bis jetzt beschlossen haben, ist eine Rentenconversion; der von der Regierung vorgelegte Modificationsentwurf des Preßgesetzes ist noch unerledigt; von dem Stand der vom vorigen Cabinet eröffneten Unterhandlungen mit Frankreich sowie sich eines neuen Handelsvertrags hat in letzter Zeit nichts verlautet. — In den **Niederlanden** tagen die Generalstaaten. Ein Concordat mit dem heiligen Stuhl ist dem Abschluß nahe.

In **Spanien** ist eine Modification des Cabinets eingetreten, welche Bravo Murillo, der Conseilpräsident, für nothwendig hielt, um vor den Cortes, deren Session am 1. December beginnen sollte, mit ausreichender Kraft erscheinen zu können. Die Regierung beabsichtigt unter andern wichtigern Vorlagen auch einen Verfassungsmodificationsentwurf; die starke Opposition rüstet sich zum Kampf

und alle Anzeichen deuten, wenn nicht auf neue Wirren und Stürme, so doch wenigstens auf eine Cabinetskrisis.

In **England** gingen zu Anfang des November die politischen Ferien zu Ende, deren letzte Wochen es traurend an dem Sarge eines seiner größten Helden und Bürger zugebracht hat. Das neue Parlament trat am 4. des vergangenen Monats zusammen und wurde nach Erledigung der feine definitive Constituirung bezweckenden Geschäfte am 11. von Ihrer Majestät der Königin durch eine Thronrede eröffnet, in welcher ein Paragraph der verbündeten Oppositionspartei die Maske abgeben mußte zu einem ersten Angriff auf das Torpyministerium. Indessen wurde der Kampf erst aufgenommen, nachdem am 18. November Regierung und Parlament im Namen der Nation die sterblichen Reste des Herzogs von Wellington feierlich und mit großen Ehren zu Grabe getragen und des Helden Gebeine in der Gruft unter St. Paul neben Nelsons Asche beigesetzt hatten. Am 23. brachte Villiers im Namen der Freihandelspartei seine, einen ausdrücklichen Widerruf des protectionistischen Glaubensbekenntnisses von Seiten der Minister fordernde, mithin auf Niederlage und Sturz des Cabinets Derby berechnete Motion ein. Letzteres versuchte ehrenvollen Ausweg und Rettung, wenigstens seiner Hauptbestandtheile, durch ein von dem Schatzkanzler Disraeli vorgeschlagenes Amendement. Weil aber solches den verbündeten Fractionen der Opposition nicht zu genügen schien, so rückte die Krisis unabwendbar näher. Da erschien Lord Palmerston im Augenblick der Gefahr als der Retter des Cabinets: er schlug ein Sousamendement vor, welches dem Inhalt nach dasselbe besagte wie Villiers Motion, also der Opposition, wenn sie nicht factiös erscheinen wollte, genügen mußte, in der Fassung aber so gemildert war, daß sich das Ministerium mit Ehren und ohne Gefährdung seiner Existenz dazu bekennen konnte. So geschah es und mit einer Majorität von etwa 80 Stimmen war das Cabinet gerettet. Nun grollen die Whigs dem Viscount Palmerston wegen dieser ihnen so empfindlichen Rache an Lord John Russell, und glauben den Tag schon nahe, an welchem ihr einstiger Amts- und Kampfgenosse, der vor Jahresfrist so unerwartet aus dem Cabinet gedrängt wurde, unter dem Premier Derby an des Grafen v. Malmesbury Stelle das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten wieder übernehmen werde. — Unterhandlungen commercieller Natur mit den Vereinigten Staaten und angeblich auch mit Frankreich sind noch in der Schwebe. — Vom Vorgebirg der guten Hoffnung und aus Ostindien hat der November Erfolge der britischen Waffen zu berichten gehabt.

Rußlands Kaiserfamilie wurde durch den Tod des Herzogs von Leuchtenberg, des Schwiegersohnes des Kaisers, in Trauer versetzt.

Schweden und **Norwegen** trauern noch immer um ihren schwer darniederliegenden König. **Dänemark** wurde durch die Schriften für und wider das Erbfolgegesetz in Bewegung gehalten.

Griechenlands König ist in seine Residenz zurückgekehrt. Ein in London zwischen England, Frankreich, Rußland, Griechenland und Bayern abgeschlossener Vertrag regelte die Thronfolge dahin, daß nach dem Tode König Otto's kein Fürst über Griechenland regieren soll, sie sich nicht zur griechischen Kirche bekennt.

In der **Türkei** überstiegen die Zeichnungen zu der in London und Paris negocirten, aber auf den innern Markt verlegten Anleihe den Bedarf um ein Bedeutendes. — Der Einfluß der alttürkischen Partei und Rußlands blieb im Steigen und während die Kräfte der Regierung durch den Aufstand der Drusen in nicht geringem Maße in Anspruch genommen waren, wurden die Bewegungen der französischen Flotte im ägäischen Meere mit ängstlicher Spannung verfolgt, die durch das falsche Gerücht von dem Tode des Bey's von Tunis noch gesteigert wurde.

Die **Vereinigten Staaten** von Nordamerika haben in Daniel Webster einen ihrer verdienstvollsten Staatsmänner verloren. Sein Tod hat auf die eben vollzogene Präsidentenwahl in so fern entscheidend eingewirkt, als der Theil der Whigs, welcher Webster als Candidaten aufgestellt hatte, nunmehr auf die Seite des demokratischen Candidaten Franklin Pierce trat, wodurch dessen Wahl zum Präsidenten der Union für die nächsten vier Jahre mit überwiegender Majorität erfolgte. — In **Mexico** neue Revolution; aber nicht so unblutig wie die in den Staaten am **La Plata**, wo Urquiza, der Erlöser von des Rosas Dictatur, von der Legislative in Buenos-Ayres der Direction des argentinischen Staatenbundes ernstzt und verdrängt, und die Organisation des letzteren von jener selbst übernommen wurde.

Deutschland.

Wien, 30. Nov. Der Kaiser hat ein umfassendes neues Vereinsgesetz genehmigt. Politische Vereine sind dadurch im Allgemeinen nicht gestattet.

P **Berlin**, 1. Dec. Die zweite Kammer beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung lediglich mit den zu ihrer Constituirung nothwendigen Formalien. Es wurden die neu hinzugekommenen Mitglieder in die Abtheilungen verlooßt und Wahlprüfungen vorgenommen. Inzwischen geht außerhalb der Kammer die Bildung der Fractionen vor sich. Gestern hat sich die ehemalige Fraction Arnim, welche bisher bei Mäder sich versammelte, heute die von Bethmann-Hollweg in „Stadt London" sich constituirt. Jene wird gegenwärtig auf 80, diese circa 30 Mitglieder fakt geschätzt. Letzterer ist R. v. Auerswald beigetreten. Auch die linke unter Patow und v. Bockum soll vollkommen organisirt sein. Diese letzte, wie der der Fraction Bethmann-Hollweg wird v. Schwerin, der Präsident der vorigen Legislaturperiode, als Präsident wiederum aufgestellt. Für die erste Vicepräsidentenstelle ist Bethmann-Hollweg, für die zweite Lensing designirt. So weit man indessen übersehen kann, ist die Wahl des Candidaten der rechten Seite, des Staatsministers Uhden, zum Präsidenten der Kammer gesichert. Ueber den Charakter der verschiedenen Fractionen läßt sich noch wenig sagen. Derselbe wird sich mit Sicherheit erst aus den Kammerverhandlungen selbst ergeben. Es ist daher die Bezeichnung der Fraction Gerlach als der „äußersten Rechten" zur Zeit eine falsche. Denn wenn auch allerdings Gerlach und Genossen in der ersten Kammer voriger Session die äußerste Rechte gebildet und deren Grundsätze vertreten haben, so ist dies in nicht minder entschiedener Weise in der zweiten Kammer durch die Fraction Arnim geschehen, welche jetzt durch Keller und Nöldechen fortgeführt wird. Wer nun schließlich den Namen sich mit Recht verdienen oder in den Wettkampfe im Dienste der conservativen Sache den Sieg davon tragen wird, muß sich erst ausweisen. Auf diesen Streit bezieht sich denn auch eine Widerlegung in der heutigen „Neuen Preußischen Zeitung", „daß durch die Trennung der Fraction Gerlach das Programm der conservativen Partei keinen Riß bekommen habe" — „denn die bei Mäder zusammentretende Fraction zählt nicht minder Mitglieder der äußersten Rechten und aufrichtige Anhänger der Principien des Professor Stahl, als die im Hotel „des Princes" sich versammelnde Fraction." — Außer den bereits bekannten Vorlagen vernehme ich, daß nur noch ein Antrag vom Ministerium des Innern auf Streichung des Art. 105 der Verfassung gestellt werden wird. Derselbe handelt, wie bekannt, über die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden, Kreise, Bezirke und Provinzen und enthält theils den gegenwärtigen thatsächlichen Verhältnissen Widersprechendes, theils verweist er auf eine besondere Gesetzgebung und erscheint daher ebenso unrichtig wie unnütz. Da es, ganz abgesehen davon, daß dergleichen Bestimmungen in Specialgesetzgebung vorzubehalten sind, schwer werden dürfte, den Artikel dem gegenwärtigen Verhältnisse entsprechend zu formuliren, so wird gegen die Streichung desselben nicht viel einzuwenden sein. — Außerdem ist im Ministerium des Innern noch ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher bestimmt ist, die Lücken auszufüllen, die unsere gegenwärtige Preßgesetzgebung in Betreff der im Auslande gedruckten und erschienenen Schriften enthält. Nach jener kann man diesen schwer beikommen, und es genießen dieselben gegen die inländische Presse eine ganz unverhältnißmäßige Freiheit. — 33. MM. der König und die Königin, welche heute ihr Hoflager nach Charlottenburg verlegt haben, kamen schon früh in der Stadt, um dem Prinzen Karl, der auf einer gestern von ihm veranstalteten Parforcejagd einen schweren Fall mit dem Pferde gemacht hatte, einen Besuch abzustatten. Wie man vernimmt, gibt der Zustand des hohen Kranken zu ernstlichen Besorgnissen keine Veranlassung, da der Fall minder unglücklich war, als es augenblicklich den Anschein hatte. Am Abend beehrte Se. Maj. der König die Aufführung des Oratoriums Paulus im Concertsaale des Schauspielhauses, dessen Ertrag zum Besten der Gustav-Adolph-Stiftung bestimmt ist, mit allerhöchstseiner Gegenwart.

Unter den mancherlei Differenzen, welche zwischen den katholischen Kirchenbehörden und der Staatsgewalt entstanden sind, und wahrscheinlich auch in den Kammern zur Erörterung gelangen werden, nimmt die wegen Bevölkung katholischer Kirchhöfe zur Bestattung anderer Confessionsverwandten eine bedeutende Stelle ein. Die Cabinetsordre vom 15. März 1847, welche diese Angelegenheit regelte, hat bei den betheiligten Prälaten, insbesondere bei dem Bischofe von Paderborn, niemals Anerkennung gefunden. In neuester Zeit sind die Polizeibehörden angewiesen worden, auf strengste Ausführung der königlichen Ordre zu halten. Das bischöfliche Generalvicariat zu Paderborn hat in Folge dessen die Geistlichen angewiesen, „geschehen zu lassen, was sie nicht hindern können", jedesmal aber eine schriftliche Verwahrung durch den gesammten Kirchenvorstand unterzeichnen zu lassen und einzureichen. Die Polizeibehörden sind von dem Oberpräsidenten hiervon mit der Weisung in Kenntniß gesetzt worden, keinen Protest anzunehmen. Dies ist denn „C. B." zufolge in Kürze der Thatbestand des schwebenden Streites.

⊙ **Aus der Provinz Sachsen**, 1. Dec. Auch die diesmalige Hoftage zu Magdeburg vorgenommene Schwurgerichtsperiode bestätigt nur zu sehr, was ich in einem meiner frühern Schreiben

Ihnen angedeutet habe, daß nämlich die Verbrechen, deren Entdeckung und Bestrafung selten gelingt, immer häufiger werden. Es kommen wieder drei Sachen wegen Meineids, zwei wegen Verleitung zu diesem Verbrechen, eine vorsätzliche Brandstiftung und außerdem neben vielen andern minder straßbaren Verbrechen, zwei Münzfälschungen, ein Versuch zum Raube, ein Versuch zum Mordverzur Verhandlung.

n° München, 1. Dec. Se. Maj. der König haben zufolge Kriegsministerialreferats vom gestrigen Tage 1) den Generaladjutanten Feldzeugmeister Karl Grafen von Pappenheim von der ihm seither verliehen gewesenen Inhaberstelle des 7. Infanterieregiments zu entheben, und denselben zugleich zum Oberstinhaber des 1. Chevaurlegersregiments, bisher vacant Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, dann 2) den Generaladjutanten und Commandanten der 2. Armeeabtheilung, Generallieutenant Leonhard Freiherrn v. Hohenhausen, zum Oberstinhaber des 7. Infanterieregiments, bisher Karl Pappenheim, allergnädigst zu ernennen geruht. Hiernach hat das 1. Chevaurlegersregiment die Benennung „Karl Pappenheim" und das 7. Infanterieregiment die Benennung „Hohenhausen" von nun an zu führen. — Der neuernannte Staatsminister des Innern, Graf Reigersberg, wird noch diesen Vormittag sein Portefeuille übernehmen, so daß dann der bisherige Minister des Innern nur noch die Oberleitung des Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten (Cultusministerium), die ihm schon seit dem Rücktritt des gewesenen Cultusministers v. Ringelmann übertragen war, führen wird. Ein Nachfolger für den Grafen Reigersberg im Präsidium der Regierung von Oberbayern ist noch nicht erfolgt. Man erwartet von dem neuen Minister des Innern vielfache Veränderungen in der ihm übertragenen höchsten Verwaltung. — Die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, als seien die Beurlaubten der in der Pfalz stehenden Truppen einberufen worden, entbehrt jeder Begründung.

Ludwigshafen, 1. Dec. Der am Diebstahl bei Herrn Haid in Speyer betheiligte Johann Dahlmann aus Großkarlbach wurde diesen Morgen verhaftet. Seine Theilnahme am Diebstahl soll er bereits eingestanden haben.

Kiel, 16. Nov. Das zehnte Stück des Gesetz- und Ministerialblatts für das Herzogthum Holstein enthält ein provisorisches Wehrpflichtsgesetz für letzteres, nach welchem alle eingeborenen Holsteiner männlichen Geschlechts, mit alleiniger Ausnahme der ordinirten Geistlichen, der an Stadt- oder Distriktsschulen fest angestellten Schullehrer, sowie die weiter der Mitglieder der Mennonitengemeinde in Altona, der Wehrpflicht unterworfen werden, zugleich aber auch die Stellvertretung eingeführt wird.

Wie groß die Anzahl der Hilfsbedürftigen unter den schleswig-holsteinischen Invaliden, Beamten und Militärs aller Art, die ihre Stellung verloren, noch immer ist, erhellt aus folgender Stelle einer an die „Allgemeine Zeitung" gelangten Privatmittheilung: „Das große Comite in Hamburg, das jetzt die Sache in die Hand genommen hat, ist in seinen Erwartungen bitter getäuscht worden; die Sammlungen in den Herzogthümern, sowie im ganzen großen Deutschland haben nur 38,000 Mk. Beo. geliefert, und 120,000 Mk. Beo. waren durchaus erforderlich, um nur spärlich die Familien der abgesetzten und vertriebenen Beamten und Militärs, mit Ausschluß aller Unverheiratheten, zu unterstützen. Was aus unsern alten verheiratheten und unbemittelten Kameraden werden soll, wenn die 39,000 Mk. Beo., die bis zum 1. Januar ausreichen, verbraucht sind, das mag ich gar nicht denken. Gott gebe nur, daß die Noth nicht so groß wird, daß Manche sich versucht fühlen mögen, dasselbe Unterkommen zu suchen, das der unglückliche Schütz gefunden hat. . . . Soll dieses Elende, das, anstatt abzunehmen, im nächsten Frühjahr nur zunehmen kann, Aenderung geschafft werden, so kann dies gewiß nur durch große Vereine geschehen — und diese ins Leben zu rufen, wäre natürlich nur der energischsten Thätigkeit allgemein gekannter, angesehener und geachteter Persönlichkeiten und Autoritäten möglich. Ein einfacher Aufruf in den Blättern um Einsendung von Mitteln an diese und jene Comite's wird nie den Zweck hinlänglich erfüllen. Wenn aber wohlorganisirte Vereine möglich gemacht würden, so müßten diese, außer der Herbeischaffung der vor der Hand erforderlichen Geldmittel, besonders das Ziel erstreben, daß den Existenzlosen der eigene Broderwerb wieder ermöglicht werde. Dies allein würde die wirkliche Abhilfe sein und den Geldbedarf von selbst gar rasch abnehmen lassen. Es mag gewiß die Errichtung solcher thätigen Vereine, die natürlich alle gesetzlichen Bedingungen offen erfüllen und alle polnischen Zwecke zur Seite lassen müssen, große Schwierigkeiten haben; man kann aber dennoch kaum glauben, daß sie unmöglich sein sollten; es sei denn, daß es des Guten, Edlen und Thatkräftigen in der heutigen Gesellschaft noch weit weniger gäbe, als es ohnehin schon den Anschein hat."

Schweiz.

⊙ **Bern**, 1. Dec. Die heutige Sitzung des großen Raths gab den Parteien Anlaß, wieder einmal ihre Stärke zu messen. Auf den Tractanden stand: Naturalisationsgesuche und Wahlen. Herr v. Gonzenbach, um dessen Naturalisation es sich handelte, ist ein Mann von seltenen Fähigkeiten, welche auch in seiner frühern Stellung als eidgenössischer Kanzler vom Ausland durch Ordensverleihungen anerkannt worden sind. Seinen Heimatkanton St. Gallen hat er schon seit mehreren Jahren verlassen und sich in Bern angesiedelt, wo er der conservativen Partei im Jahr 1850 beim Sturz des radikalen Regiments wesentliche Dienste leistete und in Anerkennung seiner Verdienste in den großen Rath gewählt wurde. Im Namen des Regierungsraths empfahl nun Justizdirector Brunner im Anfang der heutigen Sitzung die Naturalisation des Hrn. v. Gonzenbach auf das wärmste und schilderte lebhaft den Gewinn, welchen der Kanton Bern durch Acquisition dieses Mannes machen würde; zugleich sprach er die Erwartung aus, daß der große Rath alle Parteirücksichten bei Seite setzen und nur die Fähigkeiten des Bewerbers im Auge halten möge. Altregierungsstatthalter Karlen, ein Mann von der Linken, warnt sehr eifrig vor der Naturalisation eines Mannes, der es mit dem Sonderbund, den Jesuiten zc. gehalten habe. Regierungsrath Fischer spricht dagegen sehr warm für Hrn. Gonzenbach. Das Naturalisationsgesuch wurde denn abgeschlagen, da nur 117 dafür und 75 Stimmen dagegen waren; bei Naturalisationen aber zwei Drittheil der Stimmen erforderlich sind. — An die Stelle des Herrn Regierungsrath Moschard, der seine Entlassung forderte und erhielt, wurde mit 112 Stimmen zum Regierungsrath ernannt: Pfarrer Bandelier in Corgemont; Revel, Candidat der Linken, erhielt 76 Stimmen. Der Gewählte wurde mit 133 Stimmen zum Erziehungsdirector ernannt. Nachdem noch mehrere Regierungsstatthalterstellen im Sinne der Regierung besetzt waren, wurden die bisherigen Oberst Kurz und Gerichtspräsident Boivin zu Stadthaltern gewählt.

Italien.

Rom, 22. Nov. Unter den mancherlei Gründen und Zwecken, welche Sir Henry Bulwers neulichen Besuch im Vatican veranlaßten, ist in weiteren Kreisen der wichtigste wenig bekannt geworden. Es lag dieser den persönlichen Interessen britischer Unterthanen im Kirchenstaat ziemlich fern. Diese wurden vielmehr nur im Vorbeigehen berührt, während Bulwers Mission in der Hauptsache die schon früher besprochene Wiederanknüpfung freundschaftlicher diplomatischer Beziehungen zwischen dem Cabinet von St. James und dem Vatican thatsächlich anbahnen sollte. Seine Erklärung lautete dahin, England sei nicht abgeneigt, anstatt des mehr vom Papste als von der britischen Regierung hier nur incognito als Agent beglaubigten Herrn Peters, einem Katholiken, auch das römische Staatsbankhaus Torlonia in der bei der Auszahlung des diplomatischen Corps stets mit Stillschweigen), künftig einen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister zu bestellen. Wie freundlich nun diese Kunde hier auch aufgenommen ward, so stand man doch dieselbe mit der unbedingten Einwilligung an, da das neue Verhältniß nicht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ruhen sollte. Denn als man Herrn Bulwer mit der sehr natürlichen Absicht St. Heiligkeit bekannt machte, dann auch einen apostolischen Nuntius nach London zu schicken, erklärte er seine Instructionen nicht für ausreichend, das zugesagen, wobei er als Repräsentant der geistigen Repräsentation das der preußischen Gesandtschaft anführte. Diese wichtige Angelegenheit ist seitdem in verschiedenen Cardinalcongregationen vor dem Papst verhandelt worden, ohne daß man jedoch bei den darüber im heil. Collegium vorherrschenden entgegengesetzten Ansichten zu ihrer Erledigung vorgeschritten wäre. Indessen scheinen die meisten Stimmen für Annahme der Bulwerschen Vorschläge, und gewiß wäre davon auch ein positiver Gewinn für die Interessen des heil. Stuhls, wenigstens nur für den Augenblick zu erwarten. — In vergangener Woche kehrte das letzte Bataillon des 36. Regiments jener Occupationstruppen von hier nach Frankreich zurück, welche nach der Belagerung und Einnahme Roms bei uns verblieben waren. Die jetzige Mannschaft ist durchaus neu, und Ludwig Bonaparte, wie es scheint, unbedingt ergeben. Sie konnten den Abstimmungstag vor Ungeduld kaum erwarten; über allen Wachen und Quartieren war seit einiger Zeit schon von Soldatenhand zu lesen: „Vive Napoléon!" — Die Nachricht vom plötzlichen Tode Gioberti's erregte unter seinen hiesigen zahlreichen Freunden viele Theilnahme. Sie beabsichtigen den römischen Magistrat zu bitten, die schon während seines Lebens, als er Pius IX. besuchte, nach ihm, früher wieder wie früher Via Gregoriana genannte Straße, zwischen der Spagna- und Piazza di Spagna, so auch seinen Hinscheiden zum Andenken, daß er dort gewohnt, künftig Via Gioberti zu heißen. Schwerlich wird der Wunsch erfüllt werden, denn Abbate Gioberti ist ja auch Verfasser des

Moderno Gesuita, und ein Veto der Civilta Cattolica gegen dergleichen Neuerungen im Kataster der ewigen Stadt kann nicht ausbleiben. (A. Z.)

Frankreich.

† **Paris**, 1. Dec. Wie man von verschiedenen Seiten hört und unter andern auch der „Kölnischen Zeitung" geschrieben wird, lautet der officielle Titel, den Ludwig Napoleon in allen Staatsacten annehmen wird: Napoléon III, par la grâce de Dieu et la volonté du peuple, Empereur des Français. Die nähere Umgebung des Kaisers wird sogleich nach der Proclamation eine große Veränderung erleiden. Bisher fanden sich darunter meistens frühere Freunde und Anhänger, welche die bösen Zeiten mit ihrem Gebieter getheilt und ein Recht auf Dankbarkeit hatten. Diese Herren sind aber zum Theil nichts weniger als Sprößlinge großer Familien und da dem neuen Kaiser daran liegt, seinen Hof glänzend herzustellen, und die aristokratische Gesellschaft an sich zu ziehen, so müssen sie Leuten weichen, die sich zwar erst in jüngster Zeit dem neuen Herrn zugewendet haben, aber dem hohen Adel und berühmten Familien angehören. So wird unter Anderem der Prinz von Bauffremont die Stelle eines Oberhofmeisters erhalten, eine Wahl, die sehr glücklich ist, da dieser reiche Edelmann in der hohen Pariser Gesellschaft großes Ansehen genießt, sein Beispiel viele Nachahmer finden und bald eine Menge prinzlicher und gräflicher Hoflinge schaffen wird. Auch in der Diplomatie will der neue Kaiser auf den bedeutenderen Posten große Namen wenigstens als Tituläre haben, und ist u. A. der Herzog von Guiche zum Botschafter in Berlin bestimmt. Diesem Diplomaten, der bis jetzt an einem süddeutschen Hofe war und dessen staatsmännische Carriere noch sehr kurz ist, wird eine anerkannte Capacität als „Chargé-d'affaires" beigegeben werden.— Die in den Tuilerien neu hergerichteten Gemächer, namentlich der Thronsaal und der Saal der Marschälle, zeichnen sich durch die höchste Pracht aus. Zu den Möbeln hat man die trefflichsten Sammtstoffe verwendet, welche Lyon zu liefern vermochte; der zum Thronhimmel zum Sessel und zum Tritte des Kaisers gebrauchte ist von grüner Farbe und mit goldenen Bienen gestickt. — Die Worte République française sind auf der Vorderseite des Schlosses von Compiegne ausgelöscht worden; das Innere wird von Arbeitern für den Empfang des Kaisers in Bereitschaft gesetzt. Ein elektrischer Telegraph wird errichtet und mit der Telegraphenlinie der Nordbahn in Verbindung gesetzt. — Auf der Insel Corsica stimmten beim Kaiservotum 35,811 mit Ja, 9 mit Nein, und 615 gar nicht.

Paris, Donnerstag, 2. Dec., Nachmittags. Definitives Resultat der Abstimmung: 7,824,189 Ja, 253,145 Nein. (Karlsr. Z.)

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

5 Aus dem Eisenacher Oberland, 29. Nov. Der projectirte Bau der bayerische mit der thüringer und der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn verbindenden Verbahn ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Es schien nämlich, als ob das weimarische Gouvernement, welches früher auf der Führung dieser Bahn von Meiningen direct nach Eisenach zum Anschluß an die thüringer bestanden, wegen der vielen Kosten, welche diese Richtung verursachen würde (etwa 7 Millionen Thaler), solche aufgegeben. Dieses hat denn das eisenacher Oberland und an seiner Spitze die Stadt Bacha zu dem Entschlusse veranlaßt, in einer Petition an das weimarische Ministerium die Führung dieser Bahn direct von Salzungen nach Bacha und von da weiter nach Gerstungen, wodurch eine Million erspart würde, zu beantragen. Zur Unterstützung dieses Antrags will man u. a. noch anführen, daß durch diese fürgere Verbindung des eisenacher Oberlandes mit Gerstungen und von da mit der thüringer und der Nordbahn die Ausfuhr an dem, woran jener Landestheil Ueberfluß hat, namentlich Getreide (im Ulster- und Werrathal), Vieh (insonders die fetten Hämmel der Rhön), Brennholzen (im Amte Kaltennordheim), Basalt und andere Steine auf dem Oechsenberg und in dessen Nähe, bedeutend sich vermehre; und bei der Wohlfeilheit der Arbeitslöhne auch neue Fabriken angelegt werden würden, was dem gesunkenen Nahrungsstand dieses ganzen Landes theils wieder aufhelfen, und insonders der Stadt Bacha, welche dann gewissermaßen der Stapelplatz für ein Ravon von 40,000 Einwohnern sein würde. Auch würde dann Hessen, welches bei der Führung der Bahn über Eisenach, um nicht von der Preußen anhängenden Direction der thüringer Bahn in Erfurt abhängig zu sein, eine Bahn von Bebra nach Fulda führen wollte, diesen Plan dann aufgeben.

Telegraphische Coursberichte.

Amsterdam, 2. Dec. 2½ pCt. Integr. 65¹/₁₆. — 4pCt. Certific. 96¹¹/₁₆. — 3½ pCt. Synd. — — 4pCt. Russ. bei Hope 91⅞. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 91⅞. — 3pCt. Spanische int. 14¹⁵/₁₆. — 1pCt. do. Neue 24¹/₂. — 5pCt. Silber-Metall. 91¹/₂. — 5pCt. Metall. 78⁷/₈. — 2½ pCt. do. 40¹/₂. (Spnd.)

Berichtigung.

In dritten Artikel der neuesten Nachrichten aus Paris im heutigen Hauptblatt ist am Schluß der dritten Zeile zu lesen: „vier- bis fünfhundert tausend bejahende Stimmen mehr ꝛc."

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. W. Kuschelt.

[2708]

Lotterie-Anzeige.

In der Ziehung 1ter Klasse 123ter hiesiger Stadt-Lotterie haben nachstehende Nummern die beigesetzten Hauptpreise gewonnen, nämlich:

Nr. 2417 : fl. 10,000,
„ 125 : fl. 3,000,
„ 17955 : fl. 2,000,
„ 9869 : fl. 1,000.

Frankfurt a. M., den 3. December 1852.

Stadt-Lotterie-Direction.

Cours des Staats-Papiere.

3. December 1852. (Schluss der Börse.)

	Per comptant.	
Oesterreich	5%M. (C.L.S.b.Rothsch.	94⅛ G.
»	5%M.v.J.1854 Ser.B.	94¼ G.
»	5%do.v.J.1854L.A(C)	94 G.
»	6%L. V. (C.b.Roth)	92, ⅛, ¼ bez. u. G.
»	6%do.Monte C.B.L.M	86 G
»	Bank-Actien . . .	1393 95, 96, 94 bez. 92 G.
»	5%Metalliq. Oblig.	92 fr. 91⅝ G.
»	5%M.v.J.1851 Ser.A.	81⅛ G.
»	5%do ditto 1852	81⅜, ½ bez. u. P.
»	4½%do ditto	73½, ⅝, ¾ bez. u. G.
»	4%do ditto	64¼ G.
»	3%do ditto	45⅛ G.
»	2½%do ditto	41½ G.
»	1%do ditto	16⅛ G.
»	fl. 250 Loose b. Rothsch.	121¾, 122 bez. u. G.
»	fl. 500 » ditto	193 G.
»	4½%do Oblig.b.Bethm.	79⅜ P.
»	4%do » » »	71 P.
Preussen .	3½%do Staatsschuld.	93⅛ P.
»	Coln-Mind. E.-Actien	114½ G.
Bayern .	5%do Oblig. b. Rothsch.	101⅞ P.
»	4½%do ditto	100¾ G.
»	4%do ditto	87⅞, 90¼ G.
»	4%do Ablös.-Rente .	96¼ P. ⅛ G.
»	3½%do Oblig. b. Roths.	92½ P. 91⅞ G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	101, 100¾, ⅞, ⅞, 101, 100⅞
»	5%do Priorit.-Oblig. .	103¼ P. bez. u. G.
Würtemb.	4½%do Oblig. b. Roths.	101⅞ P.
»	3½%do ditto	90¾ P. ⅔ G.
Baden .	5%do Obligationen .	102⅝ P.
»	4½%do Obligationen	102⅜ G.
»	3½%do v. 1842 . .	91⅛ G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66¾ P. ⅛ G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38, 37⅝ bez. u. G.

	Per comptant.	
Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34 P.
»	Frkf.-Wilhs.-Nordb.	48⅛ bez. 48 G.
Gr. Hessen	4½%do Obligationen	102 G.
»	4%do ditto b.Rothsch.	93⅛ G.
»	3½%do ditto b.Rothsch.	92 G.
»	fl. 50 Loose . . .	91 P. 93⅜ G.
»	fl. 35 Loose . . .	32 P. 31⅝ G.
Nassau .	5%Oblig. b. Rothsch.	103⅛ P.
»	4%do ditto	99⅛ P.
»	3½%do ditto	91¼ P. 91 G.
»	fl. 25 Loose . . .	23⅞ P. 24 G.
Frankfurt	3½%do Oblig. v. 1839	93⅜ P. ⅓ G.
»	3½%do » v. 1846	94⅛ P. 93⅜ G.
»	3%do » . . .	85¾ P. ⅓ G.
»	Rauenschuldner .	305 P. 303 bez. 302 G.
Russland	4½%do Obl. b. Baring	102½ P.
»	4%do Obl. b. Hope & Z.	91⅛ G.
»	4%do » b.Stieglitz »	91 G.
Polen .	4%do Obligat. fl. 500	91¾ G.
Spanien	3%do Inl. Sch. P. 2.2.30	45 P.
»	1%do Neue » »	24⅝, ⅜, ½, ⅞, ½ bez. u. G.
Holland .	4%do Certificate . .	96 G.
»	2½%do Syndicat . .	58⅝ G.
»	2½%do integrale . .	61⅞ G.
Belgien .	5%do Obligat. à 25 fl.	98⅜ P.
»	4½%do Obl. inP. à 258fr.	99⅜ G.
»	4%do Obl. in Fr. à 25 fr.	93 G.
»	2½%do Obl. b. Rothsch.	58⅛ G.
Sardinien	5%do Obl. b. Rothsch.	99 P.
»	5%do Obl. b. Hambro	96⅜ P. ½ G.
»	Sardinische Loose .	40⅛ P. ⅛ G.
Toscana	5%Obl.1850(C.b.Golds.)	101 P. 100¾ G.
»	5%do1851 b.Bastogi(dc.)	98 G.
Neapel	5%Stocks Doll. P. 2.50.	117½ P. 116⅜ G.

Wechsel-Cours.

Den 3. December	Per comptant.
Amsterdam .	k.S. 99⅛ G.
(100 fl. Crt.)	93M. —
Augsburg . .	k.S. 119⅞ P. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	93M. —
Berlin	k.S. 105 B. 104⅝ G.
(60 Thlr.) .	93M. —
Bremen (50 kS.	97⅛ B. 97 G.
Hbr. l. Lbor.	93M. —
Hamburg . .	k.S. 89 B. 88⅛ G.
(100Mk. Bc.)	93M. —
Leipzig . . .	k.S. 105 B. 104⅛ G.
London . . .	k.S. 119⅛ G.
(10 Livr. St.)	93M. —
Lyon	k.S. 94⅛ B. 93¾ G.
(300 Fr.) .	93M. —
Mailand (250	k.S. 101⅞ B. —
Lir. Austr.)	93M. —
Paris	k.S. 94¼ B. 93¾ G.
(200 Fr.) .	93M. —
Wien (100fl.)	k.S. 103⅛ bz. u. B.
in fl. 20 F.)	93M. 103 B. u. ⅛ G.
Disconto . . .	3½ G.

Gold und Silber.

Pistolen	à 9 411/16—421/16
Fr. Friedrichsd'or	à 9 53½—54½
Holl. 10fl. Stücke	à 9 9 59—61
Rand-Ducaten .	à 5 36½—37½
20 Francsstücke	à 9 9 25—26
Engl. Sovereigns	à 11 59
Gold al Marco	à 352—83
5 Frankenthaler	à 2 201/2—21
Preuss. Thaler	à 1 45-1/6
Preuss. Cassa-Sch.	à 1 44⅞—45

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von Mayer & Österreich.

№ 290. Samstag — den 4. December 1852.

Der Redactionspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich 30 kr. oder 1 Rthlr. 15 Sgr. — Alle Postämter Deutschlands, Frankreichs, Englands und der Niederlande, Dänemarks, der Schweiz, Belgiens, Italiens, Spaniens, Portugals, Englands und Nordamerikas, Brasiliens &c. &c. und in Paris bei Herrn Advocat Dr. Siegfried, Rue de Richelieu No. 60, nehmen Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile 3 Sgr. Bureau: Eschenheimergasse No. 37.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 3. Dec. Die gestrigen beiden Wahlen in den Senat haben in der Bürgerschaft allgemeinen Beifall erhalten. Zwei tüchtige Männer wurden gewählt, die keiner schroffen Parteistellung angehören und von denen man mit Gewißheit annehmen darf, daß sie das Wohl der Vaterstadt im Auge haben und dahin wirken werden, daß der seit mehreren Jahren vermißte Frieden in Bürgerschaft wieder einziehe. Wenn auch die Wahlhandlung bei den heftigen Debatten der Wahlmänner nur langsam vorrückte, so dürfte doch grade das Resultat derselben vermuthen lassen, daß zuletzt gegenseitige Concessionen gemacht wurden. Mit jeder weitern Senatswahl wird der seitherige Hader immer mehr zurückweichen und alle Anzeichen lassen vermuthen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, in welcher das Fest der aufrichtigen Versöhnung begangen werden kann. — Heute Vormittag wurde durch die Missionarien in früher Morgenstunde für die hiesige Garnison eine eigene Predigt gehalten. Den verschiedenen Truppentheilen wurde gestern die Mittheilung gemacht, und Jeden freigestellt, diesem Gottesdienst beizuwohnen. Die Truppen katholischer Confession haben sich zum größten Theil in der Kirche eingefunden.

Salzburg, 26. Nov. Der „Salzburger Correspondent" zeigt seinen Lesern an, daß er vom 1. December an nur noch als Wochenblatt erscheinen wird. Die Verpflichtung zum Caution[e]rlag auch für das „Kirchenblatt" und die unbedeutende Abonnentenzahl hat den Redacteur, Dr. David, zu dieser Umwandlung veranlaßt.

ξ **Berlin**, 1. Dec. Die Benühungen, eine große conservative Kammermajorität herzustellen, die dem Ministerpräsidenten entschieden günstig ist, möchten vorläufig erfolglos sein. Es ist vorauszusehen, daß diese Session ernste Conflicte unter den Parteien bringen wird. Der Gegensatz ist längst vorhanden, ein kleiner Anstoß und er liegt offen da. Die socialen Parteien entwickeln eine ernste Thätigkeit, und der Augenblick ist nicht fern, in dem sie mit ihren Forderungen hervortreten werden. — Wider Erwarten ist Berlin schon jetzt sehr zahlreich von dem Adel aus der Provinz besucht, die Hotels garnis sind besetzt und auch in den Gasthäusern ist es schwer Zimmer zu bekommen. Die ständische Partei wird sich diesen Winter jedenfalls fester organisiren und aufkören eine Verbindung bloßer Parteihäupter zu sein.

Berlin, 1. Dec. Zu der Rede, mit der die diesmalige Kammersession eröffnet wurde, bemerkt ein hiesiger Correspondent der „Börsenhalle": „Die erfreuliche Stelle in der heutigen Thronrede betrifft, wie ich Ihnen schon neulich mittheilte, unsere Zollverhältnisse, und es ist dabei bemerkenswerth, daß in den Worten: „die Entwicklung des ganzen Zollvereins", das Wort ganzen in der officiellen Ausgabe im „Staats-Anzeiger" mit gesperrter Schrift gedruckt ist. Hierin kann eine doppelte Bedeutung liegen, nämlich erstens, daß nach Abschluß der neuen Verträge mit den benachbarten Staaten und Braunschweig noch schon wieder der Fern für einen neuen Zollverein gewonnen ist, wenn also auch nicht „für alle Zweige der Industrie und des Handels durch die Entwickelung des ganzen Zollvereins eine hoffnungsreiche Zukunft verbürgt werden kann", so ist dies doch wenigstens theilweise der Fall. Zweitens aber versteckt sich hinter dieser Phrase das Bedauern, welches Preußen allerdings über die ganze Wendung der Dinge auszudrücken hatte, weßhalb das vierte Alinea der Thronrede auch mit den Worten: „bedauerlicher Weise" rc. beginnt. Daß diese Erklärung die richtige ist, geht wohl aus dem folgenden Satze hervor, welcher sagt, daß die Regierung dieses Ziel, nämlich die Entwickelung des ganzen Zollvereins, fest im Auge behalte. — In wie weit sich dies erfüllen werde, müssen wir einstweilen dahin gestellt sein lassen, denn die zwischen Oesterreich und Preußen in der deutschen Zollfrage eröffneten Unterhandlungen sind noch keineswegs bis zu dem Punkte gediehen, daß man hierüber irgend etwas Sicheres angeben könnte. Oesterreich hatte vor einiger Zeit eine Note hierher gelangen lassen, des Inhalts, daß Preußen doch nach der jetzigen Lage der Sache feinerseits Vorschläge zur Erledigung der Haubelsfrage nach Wien gelangen lassen möchte, um eine Grundlage für die Einigung zu gewinnen. Die in Bezug hierauf ausgearbeiteten Vorschläge Preußens sind in einer besondern Note am 28. Nov. von hier abgegangen, und zwar sollen sie etwa Folgendes besagen: „Preußen verlange, daß Oesterreich von der Zolleinigung gänzlich absehe, es will sich aber zu einem Handelsvertrage mit Oesterreich verstehen, sobald es erst den Kern zu einem neuen Zollverein gebildet habe. Zu dem Ende sollen dann zwei Commissäre ernannt werden, welche die vorläufigen Grundlagen zu dem Handelsvertrage feststellen. In dieser Beziehung ist nun die wichtigste Stelle der ganzen Thronrede der folgende Paragraph: „Aber so fest die Regierung Sr. Majestät dieses Ziel im Auge behält, so glaubt sie doch ferner, wie bisher der vollen Zustimmung des Landes versichert zu sein, wenn sie die Erhaltung des gegenwärtigen Umfangs des Zollvereins nicht unter Bedingungen will, durch welche die Interessen Preußens eben so wie die Zukunft und die segensreiche Entwickelung des gesammten Zollvereins gefährdet werden würden." Es scheint, daß Preußen eine Aussicht habe, diesmal die von ihm eingenommene Position behaupten zu können, da Oesterreich einen Grund hat, seine Freundschaft nicht ganz zu verscherzen, und zwar liegt dieser in der Wendung, welche die Dinge nach Annahme des Palmerstonschen Amendements in England nehmen werden, d. h. daß sich dort die antiösterreichische Haltung im Bunde mit Frankreich auch im Cabinet des Lord Derby festsetzt und dadurch Oesterreich nöthigt, sich an Preußen und Rußland zu einem festen Bunde zusammenzuschließen. Preußen könnte also abermals in die Lage kommen, seine Freundschaft und Bundesgenossenschaft theuer zu verkaufen. Daß Oesterreich allen Anlaß zu einem Zerwürfniß mit Preußen entfernen will, sieht man auch aus dem Umstand, daß man den Dr. Hock an die Stelle des verstorbenen Hofraths Nell nach Frankfurt schicken und der dortigen österreichischen Gesandtschaft als ständiges Mitglied beigeben will, was nur eine Entfernung von Wien bedeuten kann, gleichviel man es mit dem preußenfeindlichen Herrn Thierry gemacht hat. — Daß in der heutigen Thronrede unserer auswärtigen Verhältnisse auch gar nicht gedacht ist, beruht bekanntlich darauf, daß man in Preußen die Kammern nur als eine innere Landesinstitution betrachtet, die aber mit der eigentlichen Regierung und Vertretung Preußens durchaus nichts zu thun hat. Wem darüber irgend ein Zweifel bleiben könnte, den wird die Stelle der Thronrede: „daß die königliche Gewalt in Preußen durch Theilung nicht geschwächt werden darf," wohl hinlänglich darüber belehren."

X **Koblenz**, 2. Dec. Der Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar, Oheim Ihrer Königl. Hoh. der Prinzessin von Preußen, wird heute nach mehrwöchentlichem Aufenthalte von hier abreisen und sich in der Kürze wieder nach Java begeben, woselbst er Kraft Kaiserlich als Gouverneur des Königs der Niederlande seine Residenz hat. — General Lamoricière ist vorgestern mit seiner Familie nach mehrtägigem Aufenthalt von hier nach Brüssel abgereist. — Der im vorigen Jahre unter Leitung des Ingenieurcapitäns Leuthaus hier gebaute kleine Dampfnachen, nach dessen Vorbild später die kleinen Dampfschaften in der Elsnerschen Fabrik hier angefertigt worden, ist nach Batavia verkauft und wird in den nächsten Tagen von hier die Reise dahin antreten. Bis Amsterdam geht das kleine Fahrzeug mit eigener Maschine, wo es dann auseinander genommen und auf ein Seeschiff geladen wird. — Die optischen Telegraphen von hier bis Köln sind nunmehr, nachdem der Dienst auf der elektrischen Telegraphenlinie von Ehrenbreitstein nach Deutz in vollem Gange ist, eingezogen und sind die Telegraphenstangen von den Gebäuden bereits abgenommen worden.

Ludwigshafen, 1. Dec. Der Bau der Eisenbahn von hier bis zur hessischen Grenze bei Bodenheim, zum Anschlusse an die Mainz-Wormser Bahn, wird ehestens in Angriff genommen werden. Die Direction unserer pfälzischen Ludwigsbahn hat den Lauf der Bahnlinie, wie dieser von hier über Oggersheim und Frankenthal projectirt war, etwas verändert, und die beffallige Abänderung, welche vorzugsweise die Strecke von hier bis Oggersheim betrifft, bedarf nur noch der Genehmigung der bayerischen Staatsregierung in München. Sobald diese eingetroffen, wird der Bau der Bahn allen Ernstes begonnen werden. (M. Z.)

Tübingen, Ende November. Die Nachricht, daß Tübingen die Ehre abgelehnt habe, Sitz der nächsten Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte zu sein, wird als gänzlich unbegründet widerrufen.

§ **Wiesbaden**, 3. Dec. Das unterm 27. v. M. unter Vorbehalt der Vorlage auf dem nächsten Landtage beschlossene und verordnete Gesetz, wonach die Bestimmungen der Edicte vom 3/6. December 1841 und vom 1. Juni 1845, welche den höhern Civilstaatsdienern sowie den Offizieren und Militärbeamten mit Officiersrang die Befugniß einräumen, nach Ablauf einer gewissen Dienstzeit die Versetzung in den Ruhestand ungeachtet fortdauernder Dienstfähigkeit zu verlangen, für eine mit den Finanzkräften des Landes nicht übereinstimmende Belastung der Staatskasse erklärt und die Vorschrift aufgehoben wird, wonach ein Civilstaatsdiener mit dem 35. Dienstjahre, ein Militärbeamter und Offizier nach 40 Dienstjahren seine Pensionirung verlangen kann, sondern beide Branchen dies erst nach Erreichung eines 70jährigen Lebensalters zu thun berechtigt sein sollen, hat allgemeine Befriedigung erregt, und wir bezweifeln keinen Augenblick, daß die Landstände diese Maßregel der Regierung mit Dank anerkennen werden. Um aber eine klare Einsicht in dieses Verhältniß zu erhalten, muß man vernehmen, daß Anfangs dieses Jahres 109,647 fl. 7 kr. für 359 Militärpensionen bezahlt worden sind, daß seitdem durch einige Sterbefälle und Versetzungen in andere Branchen des Staatsdienstes nur ein verhältnißmäßig geringer Unterschied entstanden ist, und daß der größte Theil jener Summen auf Offiziere, nämlich auf 59 Offiziere, kommt, während das ganze Officiercorps der nassauischen Truppen nur 108 Mann beträgt. Die Petitionen für Beibehaltung am preußischen Zollverein haben sich seitdem noch vermehrt; hoffen wir, daß bewnächst die Zollfrage in einer alle Wünsche befriedigenden Weise gelöst wird.

Malchin, 27. Nov. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde der Antrag des Hrn. Manecke, von der Landesregierung die Herausgabe des Verfassungsentwurfs vom Jahre 1848 als Vorlage zur ständischen Berathung zu erbitten, mit allen gegen die eine Stimme des Antragstellers abgelehnt. Der von dem ritterschaftlichen Syndicus Dr. Ditmar im Auftrage des engeren Ausschusses über die Rechtsverhältnisse der unrechtsgrafischen Katholiken erstattete, nunmehr im Druck erschienene „rechtliche Bericht ꝛc." spricht sich über die von der Ketzerungsache Angelegenheit durchaus im Sinne des Ministeriums aus. Die Frage, ob Katholiken landständische Rechte ausüben können, wird nächstens auf dem Landtage selbst durch den Herrn v. Vogelsang, der gleichfalls übergetreten ist, zur Entscheidung gebracht werden.

Schweiz.

Neuenburg, 30. Nov. Der seit 2Tagen versammelte große Rath hat die Stelle eines General-Militairinspectors aufgehoben, da der bisherige Inhaber seine Entlassung genommen und die friedlichen Aussichten des Kantons Ersparnisse im Militärwesen zulassen. Die Eisenbahnfrage wird morgen bei verschlossenen Thüren behandelt, eine selten vorkommende Maßnahme, welche auf die Wichtigkeit und Schwierigkeit des Unternehmens hinweist. Bern hat auf Uebernorgen auch vom hiesigen Kanton einen Abgeordnetenerbeten, um über die projectirte Westbahn zu berathen.

Aus der Schweiz, 1. Dec. Man versichert, daß das Wiener Cabinet sich bei den eidgenössischen Behörden in Bern nicht mehr vertreten lassen wolle, und daß künftig nur eine österreichische Kanzlei in der Schweiz bestehen werde, um die dringendsten Angelegenheiten zu besorgen. Man weiß, daß Preußen schon längst seinen Gesandten zurückgerufen, und daß Rußland seit dem Sonderbundskriege seinen Geschäftsträger mehr in der Schweiz hat. — Der Steuerconflict zwischen der Gemeinde und dem Kloster Einsiedeln, der schon so viel Aufsehen erregt hat, ist von der außerordentlich einberufenen Bezirksgemeinde in der Art geschlichtet worden, daß über eine gütliche Beilegung dieses Conflicts zuerst zu unterhandeln und eventuell der Rechtsweg einzuschlagen sei. — Es stellt sich nach einem Bericht des Berner Finanzdepartements heraus, daß der Fiscus des Kantons Bern seit Einführung der neuen Bundeseinrichtung jährlich 126,178 Fr. an Zollertrag verloren hat. — Zum Beweis, wie günstig der diesjährige Herbst den Jägern gewesen ist, führt der „Alpenbote" die Angabe an, daß der Jäger Jacob Küng von Salsana 45 Gemsen erlegt habe. Bei seinen Ausgängen traf er einmal mit einem Begleiter auf zwei Bären, welche ebenfalles auf Gemsen Jagd machten. Der gleiche Jäger will in seinem Leben über 1000 Gemsen und 9 Bären geschossen haben. Derselbe ist 47 Jahre alt. — In Wallis stehen die Aepfelbäume in der Blüthe und ein nach der letzten Ernte angesäetes Gerstenfeld zeigt mehrere Zoll lange Aehren. — Solothurn hat wirklich der wahrscheinlichen Eisenbahngesellschaft die Concession zum Bau einer Bahn durch den Kanton bis Aarburg-Olten, und der Basler Gesellschaft die Zugestehung zum Bau einer Eisenbahn durch den untern Hauenstein bis Olten ertheilt.

Italien.

Unter den letzthin im Processe Guerazzi zu **Florenz** vernommenen Zeugen ist einer der interessantesten der Cavaliere Ubaldino Peruzzi, im Februar 1848 Gonfaloniere von Florenz. Derselbe sagt aus: am 8. jenes Monats habe Guerazzi ihn zu sich rufen lassen und sich sehr unwillig darüber geäußert, daß er durch ihn daran verhindert worden sei, ein Amt ein paar Tage vorher niederzulegen, indem Peruzzi ihm sehr ersteuliche Nachrichten aus Siena überbracht hatte. Der Zeuge bewies ferner, daß Guerazzi die geeigneten Befehle ertheilt hatte, um die Truppen aufzubieten und die Ordnung aufrecht zu erhalten, und äußerte seine Ueberzeugung, daß, wären Guerazzi's Befehle befolgt worden, der Angriff auf die Deputirtenkammer an dem besagten Tage nicht erfolgt sein würde. Im Senat schien ihm zufolge die Stimmung der Hauptredner der Bildung einer provisorischen Regierung günstig zu sein; es herrschte vollkommene Freiheit der Abstimmung, da die Galerien fast ganz leer waren. Am 12. Februar überreichte der Zeuge an Guerazzi eine Adresse des Gemeinderaths, in welcher zum Zwecke der besseren Aufrechthaltung der Ordnung um Organisation der Reserve der Nationalgarde gebeten wurde. Zugleich bot er seine Entlassung als Gonfaloniere an; Guerazzi aber wollte dieselbe nicht annehmen und sprach in so persönlichem Tone, daß Peruzzi sich zur Fortführung seines Amtes verstand. Die erwähnte Reserve ward später wirklich organisirt. Die Aussage dieses Zeugen lautet überhaupt sehr günstig für Guerazzi, indem sie denselben als denjenigen darstellt, welchem es zu verdanken gewesen, daß die Regierung Toscana's ihren transitorischen Charakter bewahrt habe.

Neueste Nachrichten.

Wien, 28. Nov. Bekanntlich hatte Se. Majestät bereits vor mehr als drei Monaten an sämmtliche Armeecorps-Commandos ein Befehlsschreiben erlassen, über die Unzudenstigkeit ferner Offiziere zu berichten, welche die k. k. Kämmererwürde bekleiden. Mit demselben Auftrag wurde eine Commission Civilbeamter unter dem Vorsitz des Grafen v. Hartig errichtet, um über das Verhalten der geheimen Räthe und Kämmerer aus dem Civilstand in der Prüfung der letzten Jahre Bericht zu erstatten. Dem Vernehmen nach hat diese Commission den Vortrag an Se. Majestät erstattet, dem früheren Minister v. Pillersdorf die geheime Rathswürde zu entziehen. (K. Z.)

⚲ **Berlin**, 2. Dec. Die Bethmann-Hollmegsche Fraction hat sich gestern constituirt, doch scheinen Viele nicht beigetreten zu sein, da ihre Versammlungen besucht haben. Als Hauptsätze ihres Programms hat sie unveränderte Aufrechterhaltung der Verfassung und ungeschmälerte Competenz der Kammern aufgestellt. Sie will demnach von einer Feststellung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassung durch die Kreis-, resp. Provinzialvertretung nichts wissen. In der Grundsteuerfrage scheint politische Consequenz mit persönlichen Interessen zu streiten und das Programm ist daher in dieser Beziehung lückenhaft und unbestimmt.

⚲ **Berlin**, 2. Dec. Man spricht in den hiesigen diplomatischen Kreisen von einer bestimmten Nachricht aus Paris, wonach Ludwig Napoleon beabsichtige, eine Anleihe von 400 Mill. Fr. zu machen. Der französische Minister Fould soll in dieser Beziehung bereits an mehrere Bankierhäuser Preußens geschrieben haben. Es wird angeführt, daß diese Meldung aus Paris unter dem Handelsstande rheinischer Städte viele Besorgnisse erregt habe, indem man derselben eine friegerische Deutung geben zu müssen glaubte.

* **Berlin**, 2. Dec. Graf Thun wird in den ersten Tagen der nächsten Woche hier erwartet, Frhr. v. Bruck schon in den nächsten Tagen.

⚲ **Paris**, 2. December.

Proclamation des Kaiserreiches.

Der „Moniteur", welcher von heute an den zweiten Titel „amtliches Journal des französischen Kaiserreichs" führt, enthält folgende Proclamation:

„Napoleon, von Gottes Gnaden und nach dem Willen der Nation Kaiser der Franzosen, allen Gegenwärtigen und Zukünftigen unsern Gruß entbietend:

Nach Ansicht des Senatusconsultes vom 7. November 1852, welches dem Volke folgendes Plebiscitum unterlegte: „Das Volk wünscht die Wiederherstellung der kaiserlichen Würde in der Person Ludwig Napoleon Bonaparte's, mit erblicher Nachfolge in seiner directen, legitimen oder adoptirten Descendenz, und verleiht ihm das Recht, die Thronfolgerordnung in der Familie Bonaparte zu bestimmen, wie solches durch das Senatusconsultum vom 7. Nov. 1852 vorgesehen ist;"

Nach Ansicht der Declaration des gesetzgebenden Körpers, welche bezeugt, daß die Operationen der Abstimmung überall frei und regelmäßig vollzogen worden sind; daß die Zusammenzählung aller dem Plebiscit gegebenen Stimmen 7,824,189 das Wort „Ja", und 253,145 das Wort „Nein" trugende, und 63,362 annullirte Zettel ergeben hat;

Haben beschlossen und beschliessen, wie folgt: Art. 1. Das Senatusconsultum vom 7. Nov. 1852, ratificirt durch das Plebiscitum vom 21. und 22. Nov., wird promulgirt und ist Staatsgesetz. — Art. 2. Ludwig Napoleon Bonaparte ist Kaiser der Franzosen unter dem Namen Napoleon III.

Wir befehlen und verordnen, daß das Gegenwärtige, versehen mit dem Staatssiegel und aufgenommen in das „Bülletin der Gesetze", an alle Justiz-, Gerichts- und Verwaltungsbehörden übersandt werde, damit sie es in ihre Register eintragen, danach thun und danach thun lassen mögen. Die Minister, so weit solches jeden derselben angeht, sind beauftragt, auf den Vollzug des Gegenwärtigen zu wachen. Geschehen im Palast von Saint-Cloud, den 2. Dec. 1852. Napoleon. Auf Befehl des Kaisers: Achille Fould, Staatsminister. — Gesehen und das Staatssiegel beigedruckt: Abbatucci, Siegelbewahrer und Justizminister."

Dieser Proclamation folgt im „Moniteur" ein Decret, kraft dessen „Napoleon, von Gottes Gnaden und nach dem Willen der Nation Kaiser der Franzosen — in Erwägung, daß unter schwierigen Verhältnissen, wie wir sie durchlebt haben, Fähigkeit und Muth, für die Vertheidigung der Ordnung entfaltet, exceptionelle Rechtsansprüche auf die öffentliche Dankbarkeit sind, und daß es gerecht ist, diejenigen, welche am meisten dazu beigetragen haben, das Land aus den Gefahren, welche es bedrohten, zu erretten" — den Kriegsminister General Saint-Arnaud, den Oberbefehlshaber der Pariser Armee General Magnan und den Oberbefehlshaber der Lyoner Armee General v. Castellane zu Marschällen von Frankreich ernennt.

Außerdem enthält der „Moniteur" noch Decrete, wie und wo in Senatsbeschlüssen, Gesetzen, Decreten des Staatsrathes, Urtheilen, Erkenntnissen, Contracten rc. die kaiserliche Titulatur, wie und wo der Adler anzubringen sei rc., dann Gnadenacte, Strafmilderungen rc. (wir werden auf diesen Theil des „Moniteur" zurückkommen).

Endlich zeigt das amtliche Blatt auch an, der Kaiser bedauere, Kunstwerke nicht annehmen zu können, welche einige Personen zum Andenken an die Wiederherstellung des Kaiserreichs auf dem Subscriptionswege herstellen zu lassen beabsichtigten.

Die Rede, welche der Kaiser gestern Abend in Saint-Cloud an den Senat und gesetzgebenden Körper gerichtet hat (auch auf diese Feierlichkeit werden wir ausführlicher zurückkommen), lautet, wie folgt:

„Meine Herren, die neue Regierung, welche Sie heute einführen, hat nicht, wie so viele andere in der Geschichte, Gewalt that, Eroberung oder List zu ihrem Ursprung. Sie ist, wie Sie eben erklärt haben, das gesetzmäßige Ergebniß des Willens einer ganzen Nation, welche inmitten der Ruhe befestigt, was sie inmitten der Agitationen gegründet hat. Ich bin von Dankbarkeit gegen die Nation durchdrungen, welche mich dreimal in vier Jahren durch ihre Stimmen erhoben und seitdem ihre Majorität nur vergrößert hat, um meine Macht zu mehren. — Aber je mehr die Regierung an Umfang und an Lebenskraft gewinnt, um so mehr bedarf sie erleuchteter Männer gleich denen, welche mich jeden Tag umgeben, unabhängiger Männer, gleich denen, zu welchen ich spreche, um mich mit ihren Rathschlägen zu unterstützen und meine Autorität in die richtigen Grenzen zurückzuführen, wenn sie dieselben je überschreiten sollte. — Ich nehme vom heutigen Tag mit der Krone den Titel Napoleon III. an, weil das richtige Gefühl des Volks in seinen Acclamationen mir denselben schon verliehen, weil der Senat ihn in gesetzmäßiger Weise vorgeschlagen und weil die ganze Nation ihn ratificirt hat. — Kann aber gesagt werden, durch die Annahme dieses Titels verfalle ich in denselben Irrthum, welchen man einem Prinzen vorwirft, der nach der Rückkehr aus der Verbannung alles für null und nichtig erklärte, was in seiner Abwesenheit geschehen war? Sold ein Irrthum sei weit von mir entfernt. Nicht nur erkenne ich die Regierungen an, welche mir vorausgegangen sind, sondern ereehre bis zu einem gewissen Maße, was sie gethan haben, ob gut oder schlimm; denn die Regierungen, welche aufeinander folgen, sind trotz ihres verschiedenen Ursprungs gemeinsam mit ihren Vorgängern verantwortlich. Aber je mehr ich Alles übernehme, was uns die Geschichte mit ihrer unbeugsamen Autorität in den letzten 50 Jahren übermittelt hat, um so weniger ist es mir erlaubt, die ruhmreiche Regierung des Hauptes meiner Familie, und den rechtmäßigen, obgleich ephemeren Titel seines Sohnes, welchen die Kammern in der letzten Aeußerung ihres überwundenen Particularismus proclamirten, mit Stillschweigen zu übergehen. Auf solche Weise ist denn auch der Titel Napoleon III. keine jener verjährten dynastischen Prätentionen, welche als eine Verletzung des gesunden Sinns und der Wahrheit erscheinen; es ist die einer Regierung dargebrachte Huldigung, welche legitim war und der wir die schönsten Blätter unserer neueren Geschichte verdanken. Meine Regierung datirt nicht von 1815, sie datirt vom gegenwärtigen Augenblick, da Sie kommen, mir die Wünsche der Nation zu erkennen zu gehen. — So nehmen Sie denn meinen Dank, meine Herren Deputirte, für das bedeutsame Gepräge, welches Sie der Kundgebung des Nationalwillens verliehen haben, indem sie denselben durch Ihre Prüfung klarer darstellten und durch Ihre Declaration gewichtvoller machten. Auch Ihnen danke ich, meine Herren Senatoren, dafür, daß Sie die Ersten zu sein wünschten, mir Ihre Glückwünsche darzubringen, wie Sie die Ersten gewesen sind, dem Wunsche des Volkes Ausdruck zu geben. — Helfen Sie mir Alle, eine dauernde Regierung herzustellen in diesem von so vielen Revolutionen erschütterten Lande, eine Regierung, welche zur Grundlage haben soll Religion, Gerechtigkeit, Rechtschaffenheit und Liebe für die leidenden Klassen. Empfangen Sie hier den Eid, daß ich nichts unterlassen werde, des Landes Wohlfahrt zu sichern, und daß ich, während ich den Frieden bewahre, in nichts nachgeben werde, was die Ehre und die Würde Frankreichs berührt."

Die Mitglieder des Senats und des gesetzgebenden Körpers kehrten um 10 Uhr nach Paris zurück.

Von den heutigen Vorgängen in der Hauptstadt läßt sich nichts berichten, da die Post nur den Vormittag geöffnet war. Die Börse blieb ganz geschlossen.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

) **Gotha**, 29. Nov. Nach dem gestern bekannt gemachten Rechenschaftsbericht der Direction der thüringischen Eisenbahn hat die Einnahme im Monat October für Beförderung von Personen 40,300 Thlr., für die Beförderung von Güter und Gepäck 54,200 Thlr. (in Summa 94,500 Thlr.) betragen. Die Summe der Gesammteinnahme im laufenden Jahre betrug im Personenverkehr 401,900 Thlr. im Güter- und Gepäckverkehr 434,600 Thlr. Die sich hieraus ergebende Summe von 836,500 Thlr. zeigt gegen voriges Jahr ein Plus von 146,230 Thlr., da bis Ende October 1851 nur 690,270 Thlr. vereinnahmt worden waren.

Börsenberichte.

Frankfurt, 3. Dec. Auf günstigere Valuta- und höhere Coursnotirungen von der gestrigen Wiener Börse zeigte sich bei lebhaftem Verkehr allgemeine Kauflust zu merklich höhern Preisen für sämmtliche österreichische Papiere; 5pCt. Metall. waren 81½ pCt. G.; 4½pCt. bis zu 73¼, ⅜ pCt. umgesetzt, schlossen 73⅜ pCt. G.; 5pCt. Lomb.-Venet. waren 92 pCt. G.; Wiener Bankactien 1394 fl. G.; 500 fl. Loose 193½ pCt. und 250 fl. Loose bedeutend besser, 122 pCt. G.; Spanische Fonds waren dagegen in flauer Stimmung; mehrfache Verkäufe, welche davon 24½ bis zu 24⅝ umgesetzt, schlossen zuletzt wieder fester, 24½ pCt.; 3pCt. Inländische ohne viel Geschäft 43⅛ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn offerirt 47⅞ pCt., Berbach 100½ pCt., Köln-Minden 115, Taunus 302. Alle übrigen gangbaren Papiere waren gesucht und wurden theilweise zu höhern Preisen verhandelt. Zu den heute von den Bankhäusern M. A. v. Rothschild und Söhne hier und W. H. Ladenburg und Söhne in Mannheim zur Subscription aufgelegten Neustadt-Weißenburger Eisenbahnactien war der Andrang in dem Maße stark, daß sich die Betheiligten aller Wahrscheinlichkeit nach eine bedeutende Reduction gefallen lassen müssen. — Abends in der Effectensocietät wurden 5pCt. Lomb.-Venet. zu 92 pCt. verhandelt; in Spanischen fand kein Umsatz statt.

Berlin, 2. Dec. Staatsch. 94⅔ Brf. — Köln-Minden 116 Brf, 115 G. — Fr.-W.-Nordb. 45⅝ Brf., 44⅛ G., 45 à ⅜ bez.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 3. Dec. 5pCt. Metall. 95⅛. — 5pCt. do. B. 111⅞. — 5pCt. Anlehn vom Jahr 1852 94⅞. — 4½pCt. do. do. —. — Bankactien —. — 250 fl. Loose 140½. — London 11 fl. 23 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 106½. — K.-F.-Nordb. 244⅞. — Livorno-Florenz —. — Siena-Empoli 69½. — Paris 135¼. — London in Triest 11 fl. 25 kr. — Silber 15⅛. (Dpnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. L. Sattler. Dr. J. B. Kuhsert.

Carcel- und Moderatur-Lampen

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.

[3635] **Theodor Martino**, 36, Zeil.

[2695] **Zündnadelgewehr.**

Soeben ist bei N. H. Hergt in Coblenz erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben (namentlich in **Frankfurt** bei **Hermann, Jäger, Jügel, Litzius, Sauerländer, Schmerber**; in **Mainz** bei **Faber, Wirth, v. Zabern**, so wie in den Städten Augsburg, Carlsruhe, Cassel, Darmstadt, Innsbruck, München, Regensburg, Stuttgart, Ulm, Wiesbaden, Würzburg):

Hohmann, General von, **Das neue Percussionsgewehr und dessen Anwendung.** Die sehr vermehrte Auflage. Gehftet. 5 Sgr. oder 18 kr.

Die vor einigen Monaten erschienene 1ste Auflage ist in der militärischen Welt so günstig aufgenommen worden, daß sie bereits vergriffen und ein neuer Abdruck nöthig geworden ist. Letzterer ist mit vielen werthvollen Zusätzen bereichert und wird deshalb auch Besitzern von Exemplaren der 1sten Auflage von neuem Interesse sein.

[2693] **Benachrichtigung.**

Zum Behuf der kostenfreien Besorgung neuer Zins-Coupons-Bögen zu den K. K. Oesterreichischen, unterm 1. Jannar 1828 und 1. December 1839 ausgestellten Metallique-Obligationen können die denselben beigegebenen Talons vom 1. December d. J. an bis 1. Februar 1853 jeden Mittwoch und Samstag in den Vormittagsstunden zur Abstempelung bei uns vorgezeigt werden.

Frankfurt a. M., den 1. December 1852.

Gebrüder Bethmann.

[2714] **Todes-Anzeige.**

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Anzeige von dem heute den 3. December erfolgten Tode unserer geliebten Tochter, Schwester und Schwägerin, Frau **Antoinette Stellwag** Wittwe, geb. **Auberson**.

F. Auberson, Vater.
E. Auberson, Schwester.
C. Fiedler, Schwägerin.
F. Stellwag, Schwager.

Meyer's Universum.

Fest, keck, schaut in allen Zügen, die Augen trotzig im eigenen Lebensfeuer brennend, bald in Blitzschlägen die eigene Gedankenwelt entlandend, bald die Außenwelt unter der verschiedensten Beleuchtung betrachtend, weiß der Verfasser seit fünfzehn Jahren unter den Gebildeten aller Stände einen Leserkreis um sich zu versammeln, so groß, wie ihn sein Werk dieser Art jemals gehabt hat. Meyer's Universum hat jetzt vierzehntausend abnehmer. Alle Nachahmungen hat es überdauert, aller Wechsel der Meinung hat es überstanden; keine Prüfung und keine Leiden der Zeit haben sein Publikum erschüttert.

Meyer's Universum, der fünfzehnte Jahrgang, erscheint in dreiwöchentlichen Lieferungen, von denen 12 einen selbstständigen Band ausmachen. Jede Lieferung ist mit Stadtstichen geschmückt, über deren Vortrefflichkeit das kunstkundige Publikum längst entschieden hat. Unsere Firma und der ehrenvolle Ruf, den unsere Kunstanstalt behauptet, bürgen für die ungeschmälerte Schönheit der Illustrationen.

Der ganze Jahrgang des Universums kostet im Abonnement:
2 Thlr. 24 Sgr. Courant oder 4 fl. 48 kr. rheinisch (in Oesterreich 4 fl. 48 kr. C.-M.)

Für ein so kostbar ausgestattetes Buch ist dies wenig. Es ist weniger, als der Jahrpreis der meisten Unterhaltungs-Journale, welche man liest, verspöttet und selten des Aufhebens werth achtet. Wo aber Meyer's Universum in gebildeten Familienkreisen Eingang gefunden hat, da wird es immer ein Schatz für Unterhaltung und Belehrung und für Geist und Gemüth eine Zugdrucke der Erhebung bieten.

Allen Abonnenten des XV. Bandes sagen wir folgende Prämie zu:

das berühmte historische Kunstblatt in Adlerformat:

Napoleon

mit seinen

Paladinen und Feldherren

auf dem Schlachtfelde von Eylau.

Es ist nach dem weltberühmten Gemälde des **Horaz Vernet** in der Versailler Gallerie vom

PROFESSOR KININGER,

Mitglied der Wiener Akademie ꝛc., gezeichnet und gestochen worden.

Dieses vortrefflich ausgeführte Bild — die letzte Platte des großen Meisters, — hat einen Kunstwerth, der den alter seltenen Universum-Prämien um das Mehrfache überlegt, und behält für seine Besitzer dadurch ein monumentales Interesse. Alle Figuren auf dieser denkwerthen Tafel sind Portraits voller Wahrheit und Feuer, und beim Anblick dieser Heldenschaar wird das Wort lebendig:

„Große Kräfte verändern die Erde, große Menschen die Menschheit."

☞ **Dieses herrliche Kunstwerk wird beim Schluß des Bandes den Abonnenten ganz kostenfrei eingehändigt werden.**

Hildburghausen, im November 1852.

[2712] ***Das Bibliographische Institut.***

[2710] **Guts-Verpachtung.**

Zur Verpachtung des Knyhäuschen Staats-Domänenguts zu Schwarzenfels von Petrtag 1. J. an, ist dritter Steigerungstermin auf

Donnerstag den 16. December d. J.,

in das Local der Rentei Schwarzenfels bestimmt, wohin sich Pachtliebhaber wenden wollen.

Das Gut ist mit den nöthigen Gebäuden, so wie mit Schäferei und Brannweinbrennerei versehen und enthält ungefähr 385 Acker Land, Wiesen, Garten ꝛc. ꝛc. Kassel, am 1. December 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium, Abtheilung für die Domänen.

Wiedtfeldt, f. A.
vdt. Schuchardt.

Fränkel

ist mit Mecklenburger Reit- und Wagenpferden im „gelben Hirsch". [2626]

[1681] Von hiesem Senate concessionirte

Privat-Entbindungs-Anstalt

zu Frankfurt a. M.

Nähere Auskunft ertheilt gegen portofreie Einsendungen

Dr. Roberth dasselbst, Zeil 19.

[2704] On demande un pensionnaire allemand, français ou anglais chez Mr. *Junk*, curé à *Hedderheim p. Francfort s. l. M.*

[2687] Im Verlage von F. A. Brockhaus in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Frankfurt a. M. durch die Schmerber'sche Buchhandlung, Rathsherr Dr. Keller:

Die Gesänge der Serben.

Von

Siegfried Kapper.

Zwei Theile. 8. Geh. 3 Thlr. 10 Ngr. od. fl. 6. Geb. 4 Thlr. od. fl. 7. 12 kr.

Mailand-Como-Rentenscheine.

Ziehung den 2. Januar 1853.
Originalscheine couromäßig bei
J. N. Trier & Comp.
im Zürkenschutz. [2709]

[2711]

Die Pianoforte-Manufactur

von **B. Schott's Söhnen** in **Mainz**

besitzt jederzeit eine Auswahl ihrer sorgfältig gearbeiteten und vielbelobten **Pianoforte's** in verschiedenen Formen, und empfiehlt dieselben zu **Weihnachts-** und **Neujahrs-Geschenken.**

[2703] Ein auswärtiger junger Mann von guter Familie, der hier die Handlung erlernt, kann bei einer hiesigen Familie Kost und Wohnung und freundliche Aufnahme in den Familienkreis erhalten, doch muß er gütige Zeugnisse seines sittlichen Betragens aufzeigen können. — Näheres bei der Expedition dieser Blätter.

[2713] **Physikalischer Verein.**

Samstag den 4. December: Vorzeigung einer electromagnetischen Waage und Anstellung einiger Versuche zur Erläuterung des von Page benutzten, seiner Wage zu Grunde liegenden Systems, für eine electromagnetische Maschine; von Hrn. J. P. Wagner. — Beschreibung der Erfindung'schen Luft-Expansionsmaschine (Caloric-engine) und Erläuterung derselben mittelst einer in großem Maßstab ausgeführten Skize mit beweglichen Ventilen und Rollen; von Hrn. Dr. A. Poppe.

[2707] **Aufforderung.**

Unser dem Vorgeben, daß ihr Ehemann sie vor 8 Jahren heimlich verlassen habe und äußerem Vernehmen nach, nach Amerika gegangen sei, hat Margaretha, die Ehefrau des Johannes Hohenberger von hier, geb. Heß, gegen gedachten ihren Ehemann gerichtliche Klage erhoben und auf den Grund böslichen Verlassens auf Trennung der Ehe vom Bande angetragen, ldq. ref. exp.

Da der Aufenthalt des Beklagten unbekannt ist, so wird derselbe hiermit aufgefordert,

binnen drei Monaten

vom Tage der ersten Bekanntmachung an, sich auf die Klage zu erklären, widrigenfalls er des Klaginhalts für geständig angesehen, mit Einreden ausgeschlossen und nach der Klagbitte erkannt werden soll. Die weiter nöthig werdenden Verfügungen sollen durch Anschlag an dem Gerichtslocal veröffentlicht werden.

Rodelheim, den 24. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Gilmer.

Frankfurter Postzeitung

Samstag (Beilage zu Nr. 290.) 4. December 1852.

Deutschland.

—* **Frankfurt**, 4. Dec. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Frankreichs beim deutschen Bunde, Marquis de Tallenay, hat bereits dem Bundestage die Anzeige von der Wahl Napoleons III. zum Kaiser der Franzosen und der Annahme dieser Würde von Seiten des bisherigen Prinz-Präsidenten gemacht.

ψ **Frankfurt**, 4. Dec. Wie man hört, wird die nächste Senatswahl am Donnerstag den 9. December stattfinden. Da alsdann die noch wenigstens Lücken besetzt sind, dürften, wie man von unterrichteter Seite annimmt, in nächster Zeit weitere Ergänzungen des Raths nicht beabsichtigt sein. In rascher Folge werden nun die wichtigsten, wie man hört, zum Theil schon ausgearbeiteten Gesetzvorschläge der gesetzgebenden Versammlung zur Berathung unterbreitet werden. Von Personen, welche dem zum Senator erwählten Herrn Fellner-Bansa nahe stehen, wird die Möglichkeit ausgesprochen, daß derselbe wegen seiner ihn oft von hier entfernt haltenden Geschäftsbeziehungen die auf ihn gefallene Wahl nicht annehmen werde. Nächsten Montag finden die Bürgermeisterwahlen und die Aemterbesetzungen für das Jahr 1853 statt.

Gestern Morgen gab ein hiesiger Bierbrauermeister einer öfter seine Wirthschaft besuchenden unbekannten Weibsperson sein vierjähriges Kind mit, um es in die Schule zu bringen. Erst spät des Abends kam das Kind zu seinen gänzlichen Eltern zurück, der Ohrringe beraubt, nachdem es von der Weibsperson in Begleitung eines Burschen den Tag über von einem Wirthshaus in das andere geschleppt worden war. Heute Morgen wurde die Person festgenommen; sie ist von Bockenheim und treibt sich seit längerer Zeit in Sachsenhausen herum.

** **Frankfurt**, 4. Dec. Das hiesige Polizeiamt macht bekannt, daß wegen der bevorstehenden Feiertage und des Christmarkts gestattet werde, daß bis zum ersten Christfeiertage einschließlich an den Sonn- und Feiertagen, von Nachmittags 3 Uhr an, das Oeffnen der Laden und öffentliches Feilhalten gestattet sei.

ξ **Berlin**, 2. Dec. Immer schärfer treten in den Kammern die Gegensätze hervor, welche unausbleiblich zu den wichtigsten Conflicten führen müssen. Die Partei, welche sich die vorzugsweise monarchische nennt, drängt auf umfassende Revisionsvorlagen im Sinne des auch von Ihnen mitgetheilten Artikels der „Leipziger Zeitung" hin. Die Kreuzzeitungspartei steht hiermit im schärfsten Gegensatze. Sie mußte sich damit ganz auf den Boden der Verfassung begeben und sich einer Wiederherstellung des Zustandes vor 1848 mit allen Kräften widersetzen. Der Augenblick der Wiedervereinigung der altconstitutionellen und neupreußischen Partei scheint damit um vieles näher gerückt. — Die vier Artikel der „Augsb. Allg. Ztg." („das neue Kaiserthum und Deutschland") konnten nicht verfehlen, hier, besonders in militärischen Kreisen, große Aufmerksamkeit zu erregen. Die „Preuß. Wehrzeitung", ein heutzutage sehr wichtiges Blatt — es darf dreist als Organ der preußischen Armee bezeichnet werden — hebt gegen diese Artikel besonders hervor, daß sie von falschen Voraussetzungen ausgehen, wenn sie das isolirte Preußen im Kampfe gegen Frankreich erblicken. „Wird Oesterreich", fragt die „Wehrzeitung", „so blind sein, nicht einzusehen, daß es eine Wiederholung der Ungluckfälle, welche es in Folge der frühern Uneinigkeit der deutschen Staaten trafen, durch sein bloßes Zusehen nothwendig hervorrufe. Was wird ferner aus dem deutschen Bunde?" Der Nothwendigkeit einiger Beziehungen zu Oesterreich hat dieses Blatt stets das Wort geredet. Das preußische Gardecorps war es, welches, den Prinzen von Preußen an der Spitze, dem Feldmarschall Grafen Radetzky im Sommer 1849 jene Adresse: „An die österreichischen Waffenbrüder" überfandte. — Von der Abreise des Baron v. Prokesch verlautet noch nichts Gewisses.

‡ **Posen**, 2. Dec. Der „Czas" meldet in seiner neuesten Nummer, daß Rußland und Oesterreich darüber einverstanden seien, sich in die französischen Ereignisse nicht zu mischen, selbst gegen den Titel Napoleon III. keine Einwendung zu machen, und daß dagegen Frankreich die beiden Ostmächte bei der unabänderlich hervorstehenden Krisis in der Türkei gewähren lassen werde.

α* **München**, 2. Dec. Meine neuliche Mittheilung, daß bezüglich der Gerichtsorganisation höhern Orts Differenzen bestehen, wird heute von der „Neuen Münchner Zeitung" in Abrede gestellt und behauptet, daß in dieser Beziehung zwischen der Krone und dem Justizminister irgend eine Differenz weder bestehe, noch bestanden habe. Das erstere mag richtig sein, und habe auch ich Ihnen schon vor mehreren Tagen mitgetheilt, daß die Differenzen beseitigt seien; wenn aber behauptet werden will, es hätte gar keine Differenz bestanden, so ist dies unrichtig und wird hiermit eine im ganzen Lande bekannte Thatsache in Abrede gestellt, denn im ganzen Lande weiß man, daß Herr v. Kleinschrod, der Justizminister, längst mit der Durchführung der Gerichtsorganisation beginnen wollte, hierzu aber die allerhöchste Genehmigung nicht erlangen konnte. Nach der „Neuen Münchner Zeitung" wäre es unbegründet, daß Herr v. d. Pfordten den Wunsch um Enthebung vom Handelsministerium geäußert habe, und glaubt das genannte Blatt gut unterrichtet zu sein, wenn es behauptet, „daß der Herr Ministerpräsident, falls seine Gesundheit die Führung der beiden Portefeuille des Aeußern und des Handels nicht mehr zuließe, vielmehr bei Sr. Maj. dem König um gänzliche Enthebung von allen Geschäften nachsuchen, als daß in diesem Augenblicke so wichtige Portefeuille des Handelsministeriums aus den Händen gehen würde. Nach der Fassung dieser Notiz möchte es fast scheinen, als habe der Herr Ministerpräsident die Absicht, überhaupt aus dem Amte zu treten. Es möchte übrigens sehrsonderlich bemerkenswerth erscheinen, daß die genannte Zeitung obige Behauptung in demselben Blatt aufspricht, in welchem sie die Ernennung des Grafen Reigersberg zum Minister des Innern mittheilt. — Der bayerische Gesandte in Paris, Herr v. Wendler, verweilt seit einiger Zeit hier und wird mitbin jedenfalls bei der Kaiserproclamirung nicht in Paris gegenwärtig sein.

Stuttgart, 2. Dec. Aus der so eben veröffentlichten Bekanntmachung der Ueberschießen über die Geschäftsthätigkeit der Justizbehörden in der Periode vom 1. Juli 1851/52 ist hervorzuheben, daß bei den Staatsanwaltschaften 643 Untersuchungen anhängig waren, wovon erledigt wurden: durch Einstellung wegen mangelnden Beweises 357; durch Einstellung wegen Verzichts des Beschädigten 18; durch Erkenntniß des Gerichtshofs 3; durch Erkenntniß des Schwurgerichtshofs 156. Die Summe der erledigten Untersuchungen beträgt 534; unerledigt bleiben 109. Bei den Criminalsenaten der Gerichtshöfe wurden in dem angegebenen Zeitraum 1597 Verbrechen oder Vergehen abgeurtheilt; die bei weitem meisten Nummern fallen auf Diebstahl (867), sodann auf Landstreicherei, Betrug, Fälschung, Ehrenkränkung. Zu den der Zahl nach seltenen Fällen gehören Beleidigung der Amtsehre, Erschleichung des Bürgerrechts, Mißbrauch der Amtsgewalt, Kuppelei, Störung des Hausfriedens, Störung der Ausübung öffentlicher Rechte, von welchen Verbrechen nur je ein Fall zur Aburtheilung kam. Von den Bezirksgerichten wurden zusammen 6818 Verbrechen und Vergehen abgeurtheilt, worunter die meisten Fälle Diebstahl, Ehrenkränkung, Fälschung; die seltneren Mißbrauch der Amtsgewalt (2), Verletzung amtlicher Bekanntmachungen und Siegel (7), Rückkehr eines Verwiesenen (7), Grenzverfälschung und Grenzverrückung (7) waren. — Die Freunde Schobers veranstalten Sammlungen, um denselben ein schickes Denkmal zu setzen, und um auch dem Ueberschuß der Beiträge einen Fonds für die Kinder des Verstorbenen zu bilden, damit diese dereinst auf ihrer Bildungslaufbahn im Sinne ihres Vaters und seines Andenkens würdig für die höheren Forderungen des Lebens ausgestattet werden. — Dr. Robert Römer, Sohn des Landtagspräsidenten, hat, nachdem ihm in München die Erlaubniß Vorlesungen zu halten, versagt worden war, als Privatdocent in der juridischen Facultät zu Tübingen mit Beifall sich habilitirt, und es ist demselben von Sr. Maj. dem Könige der Titel und Rang eines außerordentlichen Professors verliehen worden. — Die in der neuen medizinischen Zeitung enthaltene Angabe, daß Tübingen für die Ehre sich bedankt habe, die nächste Versammlung der Naturforscher und Aerzte in seine Räume aufzunehmen, ist grundlos, indem im Gegentheil in der Tübinger Chronik erklärt wird, daß der Stadt jene Versammlung sehr erwünscht sei. —

In unserer Residenz beabsichtigt eine Actiengesellschaft, ein großes Hotel garni in einem günstig gelegenen Stadttheile zu errichten, woselbst auch noch einige, von dem Mittelpunkte der Stadt nicht zu entfernte Straßen gebaut werden sollen. Ein solches größeres Hotel wird nachgerade zum Bedürfniß, da die Zahl der Fremden, welche längere Zeit hier sich aufhalten, unausgesetzt sich mehrt. — Das wohlthätige Institut der Armenärzte wird, zufolge der Bemühungen des Stiftungsraths und des Localwohlthätigkeitsvereins, mit dem Beginn des nächsten Jahres auch bei uns ins Leben treten. — Die projectirte württembergische Handelsgesellschaft zum Behuf der Ausfuhr von württembergischen Industrieerzeugnissen hat zwar keinen raschen Fortgang, doch sind, nach vielen Bemühungen, jetzt schon nahezu 300 Actien gezeichnet. — In Heilbronn ist seit gestern die Beleuchtung mit Holzgas eingeführt, und unsere rührige Nachbarstadt Cannstatt wird binnen kurzem gleichfalls der Gasbeleuchtung sich erfreuen.

△ **Hanau**, 3. Dec. In der heutigen Sitzung des Criminalgerichts stand der hiesige Stadtrath, bestehend aus dem Vicebürgermeister Kaufmann Herold und den Stadtrathsmitgliedern Bijouteriefabrikant Böhm, Kaufmann C. P. Brandt, Kaufmann Ditter, Buchhändler König, Obergerichtsanwalt Manns, Obergerichtsanwalt Michael, Kaufmann Pelissier, Tabaksfabrikant Schenck, Consistorialrath Trinthammer, Lederfabrikant F. Walther und Bijouteriefabrikant Weidmann — wegen des Inhalts der am 21. Sept. 1850 an Se. königl. Hoh. den Kurfürsten gerichteten Adresse vor den Schranken. In der Adresse war gebeten worden, den Sitz der Regierung von Wilhelmsbad nach Kassel zurückzuverlegen und das Ministerium (Hassenpflug) zu beseitigen. Staatsprocurator Morchutt von Fulda vertrat selbst die Anklage, die auf Schmähung der Minister in ihrer dienstlichen Stellung, beziehungsweise Verleumdung geht, und incriminirte zunächst die Stellen, worin von denselben als „am Busen genährten Schlangen", „diese Menschen", „Männer solchen Schlags" rc. die Rede ist. Die Angeklagten, welche der vorgelesene Leumundsbericht sämmtlich als zur demokratischen Partei gehörig und theilweis sogar als dem Gedanken an den Umsturz der bestehenden Regierungsform nicht fremd bezeichnet, bestreiten nicht, die Adresse als Ausdruck der damaligen Stimmung in einer Stadtrathssitzung beschlossen und den von dem Mitangeklagten Manns im allgemeinen Auftrag vorgelegten Entwurf derselben nach vorgängiger Discussion darüber genehmigt, sowie darauf die Unterschriften vollzogen und die Adresse übermittelt zu haben, leugnen aber bestimmt die Absicht und Ausführung der Veröffentlichung, die in der Hanauer und frühern „Kurhessischen Zeitung" erfolgt ist. Der einzige Zeuge in dieser Sache, Redacteur der „Hanauer Zeitung", Kittsteiner, bezeichnet den Mitangeklagten Böhm als denjenigen, welcher das Concept der Adresse ihm zur Insertion zwar nicht im Auftrag, aber „im Interesse des Stadtraths" überbracht habe. Böhm vermag das nicht in Abrede zu stellen, spricht aber seine gegentheilige Ueberzeugung aus. Die Staatsbehörde führt nach geschlossenem Beweisverfahren aus, daß die Anklage nach allen Richtungen, insbesondere auch bezüglich der Veröffentlichung für erwiesen zu halten sei, und reducirt die rechtlichen Gesichtspunkte unter Hervorhebung der Stellung der Beleidigten und der Beleidiger, der Schwere der Ehrenkränkung, der Schriftlichkeit und Veröffentlichung derselben als Straffschärfungsgründe, indem sie namentlich die Adresse selbst als Demonstration darzustellen sucht. Nach der sehr umfassenden und scharfsinnigen Vertheidigung der Obergerichtsanwälte Blachiere, Cöster und Braubach, sowie nach Re- und Duplik der Parteien stellte der Staatsprocurator Antrag auf 1½jährige Festungsstrafe gegen Manns, auf 1½jährige Festungsstrafe gegen König und Pelissier, die schon früher ähnlich bestraft sind, sowie gegen Böhm, und schließlich auf einjährige Festungsstrafe gegen die übrigen Angeklagten. Die Sitzung, zu der sich ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden hatte, wurde erst nach 4 Uhr Nachmittags geschlossen und das Urtheil, das zugefertigt werden soll, ausgesetzt.

± **Darmstadt**, 3. Dec. Heute berieth die zweite Kammer den Gesetzentwurf, die Einquartierung der großherzoglichen Truppen und deren Verpflegung im Quartier betreffend, dessen ich bei seiner neulichen Einbringung nach seinem Erscheinen im Drucke bereits gedachte. Der Abg. Krug hatte darüber namens des besondern Ausschusses einen ausführlichen Bericht erstattet und darauf angetragen, ihn mit einzelnen Modificationen anzunehmen, was auch nach einer vierstündigen Berathung geschah. Unsere Presse beschäftigt sich noch immer mit der Zollvereinsfrage. Eben ist die „Rede des Frhrn. v. Schenck in der Sitzung der ersten Kammer der Stände am 13. Nov. 1852, über den Antrag des Abg. Müller-Melchiors wegen Neugestaltung des Zollvereins", als ein besonderes Schriftchen hier im Druck erschienen, was denen angenehm sein wird, welche sich mit den Darlegungen eines der Staatsmänner, welche die Aprilprotocolle unterzeichneten und an den Conferenzen der Coalitionsstaaten Theil nahmen, vertraut machen wollen. Gleichzeitig ist zu Gießen ein Schriftchen erschienen: „Zum Verständniß der Zollvereinskrisis und der Stellung der zu Darmstadt verbundenen Zollvereinsregierungen auf den Berliner Conferenzen, mit Rücksicht auf die amtlichen Beiträge zur Beurtheilung der Zollvereinsfrage". — Der Graf v. Görz, unser Gesandter am Berliner Hof, verweilt in längerem Urlaub fortwährend hier und arbeitet am zweiten Band seines Werkes: „Reise um die Welt in den Jahren 1844 bis 1847."

† **Büdingen**, 2. Dec. Gestern Abend um 6 Uhr starb hier Se. Durchlaucht Ernst Casimir Fürst zu Ysenburg und Büdingen, großherzogl. hessischer Generallieutenant und Generaladjutant Sr. königl. Hoheit des Großherzogs, Ritter und Großkreuz vieler hohen Orden. Der Verewigte war geboren den 20. Januar 1781.

✕ **Weimar**, 3. Dec. Nachdem der Abschluß der Zollverträge der thüringischen Regierungen mit dem preußischen Gouvernement nunmehr erfolgt, ist der Bevollmächtigte der thüringischen Regierungen, Geh. Staatsrath Thon, heute Morgen hierher zurückgekehrt. Die Ratification dieser Verträge wird wohl keine Schwierigkeiten haben.

Frankreich.

† **Paris**, 2. December.

Wiederherstellung und Proclamation des Kaiserreichs.

I.

Am 1. December in Saint-Cloud.

Gestern Abend um 7 Uhr versammelte sich der gesetzgebende Körper zu dem wichtigen Zweck, seine Declaration über die Anzahl der dem Plebiscitum für Wiederherstellung des Kaiserreichs in Frankreich gegebenen Stimmen amtlich bekannt zu machen. Die Tribünen waren gedrängt voll und alle auf denselben befindlichen Personen gehörten den höhern Klassen der Gesellschaft an. Die Zahl der anwesenden Deputirten betrug 240; sie waren alle in großem Amtskostüm erschienen. Feierliche Stille breitete sich über die ganze Versammlung, als Billault, der Präsident, unter dem Vorantritt der Staatsboten und Pedellen und begleitet von den Vicepräsidenten und Secretären, in den Saal trat. Nachdem der Vorsitzende den Präsidentenstuhl eingenommen, verlas er die officielle Declaration des gesetzgebenden Körpers, des Inhalts, daß das französische Volk mit ungeheuerer Majorität Ludwig Napoleon zum Kaiser der Franzosen ernannt habe. Kaum hatte Billault geschlossen, als sich im Saale und auf den Tribünen der stürmische Ruf erschallte: Vive l'Empereur! Sodann erhob sich die ganze Versammlung und wiederholte laut: Vive l'Empereur! Das von dem Präsidenten Billault verlesene Actenstück lautet:

Abendsitzung vom 1. December.

Declaration des gesetzgebenden Körpers. Der gesetzgebende Körper, — nachdem er das Senatusconsultum vom 7. November 1852 in Erwägung genommen; — nachdem er das Decret von demselben Tag erwogen, welches das französische Volk auffordert, für Annahme oder Verwerfung des von dem Senat vorgeschlagenen Plebiscites abzustimmen; — nach Einsicht des Decrets vom 7. November 1852, welches den gesetzgebenden Körper zu dem Zweck einberuft, die Regelmäßigkeit der Vota zu verificiren, dieselben zusammenzuzählen und das Ergebniß zu declariren; — nachdem er in seinen Bureausitzungen vom 26., 27., 28., 29. und 30. November und 1. December die Protocolle der in den 86 Departementen und Algerien, und von der Land- und Seearmee vollzogenen Abstimmungen geprüft und verificirt; — nachdem er in seinen Sitzungen vom 30. November und 1. December die ihm im Namen seiner Bureaux erstatteten Berichte vernommen und durch ein Votum nach jedem dieser Berichte die Regelmäßigkeit und Richtigkeit der geprüften Ziffern, so wie sie in dem gegenwärtiger Declaration beigefügten Register niedergelegt sind, bestätigt hat; — nachdem er erwogen, daß gegenüber der ungeheuern Majorität der schon vergewisserten Stimmen zu Gunsten des Plebiscites, die Nothwendigkeit nicht vorliegt, die wenigen in entfernten Localitäten aufgenommenen Protocolle, deren Verification nachträglich erfolgen wird, abzuwarten, und daß es, um dem Nationalwillen gerecht zu werden, geeignet erscheint, ohne Verzug das große Ereigniß zu proclamiren, welches Frankreichs Geschicke bestimmt; —

Erklärt: 1) daß die Operationen der Abstimmung überall frei und regelmäßig vollzogen worden sind; — 2) daß die Gesammtauszählung der über das Plebiscit abgegebenen Stimmen erwiesen hat: (in Buchstaben) 7,824,189 Zettel, tragend das Wort „Ja"; (in Buchstaben) 253,145 Zettel, tragend das Wort „Nein"; und (in Buchstaben) 63,326 ungiltige Zettel.

Demgemäß declarirt der gesetzgebende Körper: — daß das französische Volk, am 21. und 22. November 1852 zur Abstimmung in seinen Comitien berufen, folgendes Plebiscit angenommen hat: „Das französische Volk will rc." (der bereits bekannte Wortlaut).

Ein einmüthiger Ruf: Vive l'Empereur! begrüßte diese Declaration, und der gesetzgebende Körper beschloß durch Acclamation, daß er sich noch an dem nämlichen Abend, um 8 Uhr, nach dem Palast von Saint-Cloud verfügen wolle, um Sr. Maj. dem Kaiser das Ergebniß der Abstimmung

des französischen Volkes zu überreichen. Gegeben im Palast des gesetzgebenden Körpers, in öffentlicher Sitzung, am ersten Tag des December 1852. Billault, Präsident des gesetzgebenden Körpers. Dalloz, der Duc v. Tarent, Baron Eschasseriaux, Dugas, Secretäre.

Der Präsident verließ den Saal mit demselben Ceremoniell, wie er eingetreten war, und die Deputirten folgten ihm, um in den im Ehrenhof bereit stehenden Wagen ihre Plätze einzunehmen und nach Saint-Cloud zu fahren. Der Cortege bewegte sich in folgender Ordnung. Voran die Pedellen und Staatsboten, dann der Wagen des Präsidenten, die der sieben Berichterstatter der Bureaux, nämlich Bavour, Leroux, Delamarre (Creusedepartement), Reveil, Lemercier, Belmontet und Fanguer; hierauf die Wagen der Vicepräsidenten, der Secretäre, der Quästoren, zuletzt die der Deputirten; im Ganzen hundert Wagen, zu beiden Seiten von Fackelträgern begleitet. Das 7. Ulanenregiment bildete die Escorte der Deputirten. — Der Cortege bewegte sich durch die Universitätsstraße, die Esplanade der Invaliden, den Quai d'Orsay, über Passy, Auteuil, Boulogne nach Saint-Cloud. Den ganzen Weg entlang hatte sich eine große Menschenmenge versammelt. In Auteuil war die Mairie illuminirt und oben schmückten vier Feueradler mit den Worten Vive Napoléon III.! die Fronte. In Boulogne waren viele Häuser illuminirt; ebenso die lange Avenue von Auteuil nach Boulogne. Am glänzendsten aber hatte sich Saint-Cloud selbst herausgeputzt und eine ungeheure Menschenmenge drängte sich in der Nähe des Palastes. — Die Deputirten trafen um acht Uhr in Saint-Cloud ein; wenige Minuten früher waren auch die Mitglieder des Senats und des Staatsraths angekommen. Dem gesetzgebenden Körper wurde der Mars-, dem Senat der Venus- und dem Staatsrath der Dianasaal angewiesen. Nach einer kurzen Pause führte Graf Bacciochi, der Oberceremonienmeister, assistirt von dem Viceceremonienmeister Feuillet de Conches, die Senatoren in die Apollogallerie, eine der schönsten in Europa, ein; die Vicepräsidenten Mesnard und Troplong, General Graf Baraguay d'Hilliers, der Großrequetenmeister, und Baron v. Lacrosse, der Secretär, gingen an der Spitze. Die Cardinäle, Marschälle, Admirale und der Erzbischof von Paris schlossen sich dem Senat an, dessen Mitglieder sofort zur Rechten des am Ende der Gallerie für diese Feierlichkeit errichteten Thrones ihre Plätze einnahmen; ebenso dem Senat gegenüber die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers zur Linken. Sodann trat, von seinen Sectionspräsidenten angeführt, der Staatsrath ein und nahm zu beiden Seiten hinter den beiden andern Staatscorporationen Platz. Baroche saß als Mitglied des Ministerconseils unmittelbar hinter demselben neben dem Thron. Der Generalprocurator Delangle, v. Royer, Baron Brenier, Heurtier, General Daumas, Greterin, v. Sibert-Cornillon und Daricau saßen unter den Staatsräthen. — Nachdem der Ceremonienmeister den Prinzen Ludwig Napoleon, der sich mittlerweile in seinen Privatgemächern befand, benachrichtigt hatte, daß die großen Staatscorporationen sich eingefunden, trat er mit dem ganzen militärischen und civilen Hofstaat in die Apollogallerie ein. Graf Bacciochi und Feuillet de Conches voran, ihnen folgend die Ordonnanzoffiziere, Capitän Excelmans, die Commandanten Lepic, v. Toulongeon und Favé, die Capitäne v. Menneval, v. Berkheim, Petit, Cambriels, Tascher de la Pagerie und Lieutenant de la Tour d'Auvergne; ferner die Herren Mocquart, Dr. Conneau und der Generalintendant Bure, die Adjutanten Oberst Fleury, Edgar Ney, v. Beville und die Generale Vaudrey, Espinasse, v. Lourmel, v. Montebello, v. Goyon, v. Cotte, Canrobert und Roguet. — Hierauf trat Napoleon III., in Generalsuniform, selbst ein, zu seiner Rechten der vormalige König Hieronymus Napoleon Bonaparte, in der Marschallsuniform; zu seiner Linken dessen Sohn Napoleon Bonaparte im Civilkleid; hinter ihnen der Staatsminister, die Minister, Baroche als Vicepräsident des Staatsraths und der Seinepräfect Berger. — Im Augenblick, als Ludwig Napoleon eintrat, wurde er mit dem lauten Rufe Vive l'Empereur! begrüßt und alle Anwesenden erhoben sich. Er begrüßte die verschiedenen Staatscorporationen und bestieg sodann den Thron, den Prinzen Hieronymus zu seiner Rechten, dessen Sohn zu seiner Linken. Der Kaiser verharrte stehend. — Hierauf trat Billault, der Präsident des gesetzgebenden Körpers, vor und verlas mit fester, emphatischer Stimme folgende Rede:

Sire, — wir überbringen Ew. Majestät den feierlichen Ausdruck des Nationalwillens. Inmitten der Ovationen, welche Ihnen von dem Enthusiasmus des Volks decretirt, zeigten Sie kein rasches Verlangen, eine Krone anzunehmen, welche Ihnen von allen Seiten angeboten wurde, sondern wünschten, daß Frankreich Zeit zur Ueberlegung haben möge; Sie wünschten, daß jener höchste Beschluß, durch welchen ein Volk, Herr seiner selbst, souverän über seine Bestimmung entscheidet, nur kalt und in vollständiger Freiheit gefaßt werden solle. — Ihr Wunsch Sir, ist erfüllt; eine freie, geheime und Allen geöffnete Abstimmung ist unter Aller Augen in redlicher Weise geprüft worden; in der Gesammtsumme von acht Millionen Stimmen gibt es der Legitimität Ihrer Regierung die breiteste Grundlage, auf welcher je in der [illegible] eine Regierung hergestellt worden ist. Von dem Tage an, als sechs Millionen Stimmen, von der Regierung selbst gesammelt, die zu ersetzen dieselben Sie berufen, in Ihre Hände des Landes Schicksal legten, hat Frankreich bei jeder neuen Abstimmung durch Zuwachs von Millionen Stimmen die fortgesetzte Zunahme des Vertrauens in Sie beurkundet. Außerhalb wie innerhalb seiner Comite's, bei seinen Festen wie bei seinen Abstimmungen, überall haben sich seine Gesinnungen Luft gemacht; von einem Ende des Landes bis zum andern auf Ihren Fersen sich drängend, von allen Seiten herbeieilend, um den Mann seiner Hoffnungen und seines Glaubens zu begrüßen, hat unser Volk zur Genüge der Welt bekundet, daß Sie sein Kaiser seien, der vom Volke erwählte Kaiser; und daß Ihnen jener nationale Geist innewohnt, welcher an dem von der Vorsehung auserwählten Tag neue Dynastien krönt und an die Stelle derjenigen setzt, die er nicht länger beseelt. Schutz suchend unter einem großartigen Andenken des Ruhms, unter welchem sie ihr Kostbarstes birgt — ihre Ehre nach außen, ihre Sicherheit nach innen und jene unvergänglichen Grundsätze von 1789, die feste Grundlage der neuen durch den Kaiser, Ihren Oheim, so kräftig organisirte französische Gesellschaft — erhebt unsere Nation wieder mit stolzer Liebe jene Dynastie der Bonaparte, welche ihm entsprossen und die nicht durch französische Hände gestürzt worden ist. Aber während sie den Kriegsereignissen eine stolze Erinnerung bewahrt, hoffte sie bei Ihnen die großen Gegenstände des Friedens zu finden. Nachdem dieselbe Sie schon in Wirksamkeit gesehen hat, erwartet sie von Ihnen eine entschlossene, rasche und erfolgreiche Regierung. Um Sie hierin zu unterstützen, umgibt dieselbe Sie mit allen ihren Sympathien, überliefert sich Ihnen vollständig; nehmen Sie darum, Sire, nehmen Sie aus den Händen Frankreichs diese glorreiche Krone, welche es Ihnen anbietet; niemals hat eine königliche Stirne eine legitimere oder volksthümlichere getragen!

Die Worte des Präsidenten wurden häufig von Beifall unterbrochen und es folgten ihnen die lauten Rufe Vive Napoléon III.! und Vive l'Empereur! Hierauf legte Billault die Declaration des gesetzgebenden Körpers mit dem Ergebniß der Abstimmung in die Hände Sr. Majestät nieder. — Mesnard, der Vicepräsident des Senats, trat sodann rechts vor den Kaiser und richtete folgende Ansprache an denselben:

Sire, — der gesetzgebende Körper hat Ihnen den souveränen Willen Frankreichs kundgegeben. Indem es die kaiserliche Würde in der Person und in der Familie Ew. Majestät wiederherstellt, indem es Ihnen die Krone überreicht, welche es vor einem halben Jahrhundert auf die Stirne des Siegers von Marengo setzte, drückte Frankreich laut aus, was seine Wünsche sind und wie es, indem es die Gegenwart mit der Vergangenheit verbindet, seine Hoffnungen mit seinen Erinnerungen vermischt. — Dieser Thron, welchen Ihre Majestät nunmehr einnehmen werden, findet, von welcher Macht und welchem Glanz er immer umgeben werden möge, seine festeste Grundlage in der Macht der öffentlichen Meinung. „Das Kaiserreich ist der Frieden", sagten Ew. Majestät bei einer denkwürdigen Gelegenheit. Des Landes Stimme fügt hinzu: Das Kaiserreich ist die Aufrechthaltung der völkerrechtlichen Beziehungen in der ganzen Würde freundschaftlicher Gegenseitigkeit; es ist die Religion geehrt, wie sie es zu sein verdient; es ist die Lage der arbeitenden und leidenden Klassen, die zum Gegenstand unausgesetzter Sorge geworden; es ist die Disciplin in der Armee und in dem Herzen jedes Soldaten, das warme Gefühl der Ehre und nationalen Unabhängigkeit; es ist der Handel und die Fabrikthätigkeit in ihrer Entwickelung und Befruchtung der öffentlichen Wohlfahrt; es ist endlich die Pacification der Parteien; es ist ein weiter und freier Spielraum, eingeräumt allen Fähigkeiten und Kenntnissen, von denen man nur noch fragen wird, wohin sie wollen, und nicht mehr, woher sie kommen. — Das, Sire, ist es, warum so viele Millionen Stimmen Ihnen jene kaiserliche Krone überreichen, welche Ihnen bei Ihrer Geburt versprochen, durch Ihr Verdienst wieder gewonnen und Ihrem Namen durch den feierlichsten Act der Volkssouveränetät zurückgegeben ist. Wir bitten Ew. Majestat, die Huldigung und die Glückwünsche des Senats in Güte entgegennehmen zu wollen.

Der Rede Mesnards folgten enthusiastische Rufe Vive l'Empereur! Als sodann wieder tiefe Stille eingetreten war, richtete der Kaiser mit fester Stimme an die beiden Staatscorporationen seine Antwort (wie dieselbe bereits im heutigen Hauptblatt vollständig mitgetheilt ist), und begab sich dann mit demselben Ceremoniell, mit welchem er eingetreten war, wieder in seine Gemächer. Senat und gesetzgebender Körper kehrten um zehn Uhr Abends nach Paris zurück.

Den wichtigeren (bereits mitgetheilten) Decreten im heutigen „Moniteur" folgt auch eine Verfügung bezüglich der Form, in welcher Senatsbeschlüsse, Gesetze, Decrete des Staatsraths, Verordnungen auf Ministerialberichte rc. zu promulgiren sind; jedem haben die Worte vorauszugehen: „Napoleon, von Gottes Gnaden und nach dem Willen der Nation, Kaiser der Franzosen". Ein anderes Decret verfügt, daß Abschriften von Urtheilen, Vollzugsbefehlen, Contracten rc. ebenfalls mit obiger Titulatur eingeleitet werden müssen, und gibt zugleich die Formalien an, wie solche zu schließen sind. Kraft eines dritten Decrets haben die Appellhöfe, die Generalprocuratoren und die Substitute dieser Höfe sämmtlich den Titel „kaiserlich" zu führen. Ein viertes Decret verordnet, daß

das Siegel des Kaiserreichs einen kaiserlichen Adler, mit einer Krone und einem Donnerkeil in den Krallen, zu tragen hat, so wie, daß die verschiedenen Ministerien, Verwaltungen, Justiz- und Gerichtshöfe dergleichen Siegel und Stempel mit dem Namen ihrer beziglichen Departemente zu führen haben. Endlich verfügt ein Decret, daß alle bisher für Preßvergehen erkannten Gefängniß- und Geldstrafen, vorbehaltlich jedoch der rechtlichen Forderungen von Privatpersonen, vollständig erlassen sein sollen. — Allen nicht dienstthuenden Offizieren, Corporalen und Soldaten der Armee, so wie den Offizieren und Matrosen der Flotte ist aus Anlaß der Proclamation des Kaiserreichs eine außerordentliche Tagesbelohnung bewilligt worden, die auf Befehl des Kaisers in neuer Kupfermünze ausbezahlt werden soll.

Großbritannien.

‖ **London**, 30. Dec. Unser dem Credit für Vermehrung der britischen Seemannschaften wird wie der „Morning Herald" anzeigt, beim Parlament noch die Bewilligung von 389,000 Pf. St. nachgesucht werden, um die Flotte mit Dampfmaschinen zu versehen. Die zu solchem Behuf verwendete Summe belief sich in den letzten drei Jahren nur auf 50,000 Pfd. St. Auch für Baukolz will die Regierung ein Creditbegehren stellen. Vorstehendem fügt die „Times" bei, daß auch die Landarmee um 2000 Mann Artillerie vermehrt werden soll, und der Ankauf von 1000 Pferden für den Dienst in dieser Waffengattung angeordnet sei. Ferner sind 200 Feldstücke mit allem erforderlichen Material anbestellt. Ende des Winters sollen diese Batterien fertig sein, können aber erforderlichenfalls auch schon früher hergestellt werden. Mit diesen Angaben verbindet jedoch „Times" den Wunsch, daß man diesen Maßregeln keine falsche Deutung beilegen möge; sie seien nichts weiter als das Ergebniß eines schon seit langer Zeit für die permanente Vertheidigungsfähigkeit des Landes als nothwendig erkannten Systems. — Im Hause der Gemeinen hat gestern Duncombe angekündigt, er werde nach den Weihnachtsferien eine die Erweiterung des allgemeinen Stimmrechts beziehende Motion einbringen; ebenso hat Berkeley angezeigt, er werde einen Antrag auf Einführung der geheimen Abstimmung bei den Wahlen stellen. Der Generalanwalt hat eine neue Zeitungsstempel modificirende Bill angekündigt und Horace Walpole, der Minister des Innern, hat anläßlich einer Interpellation erklärt, der Schatzkanzler befinde sich zu unwohl, um der Sitzung des Hauses beiwohnen zu können.

Niederlande.

Haag, 30. Nov. Bei der gestern in der zweiten Kammer stattgefundenen Berathung des Budgets für das Departement des katholischen Kleruß wurde von der Regierung eine nähere Mittheilung über den Stand der mit der päpstlichen Regierung gepflogenen Unterhandlung verlangt. Der Justizminister, als zeitweiliger Chef des erwähnten Departements, erklärte darauf, es hätten in Bezug auf eine Organisation der katholischen Kirche in den Niederlanden durchaus keine Schwierigkeiten obgewaltet. Man habe dem heiligen Stuhle die Bedingungen mitgetheilt, unter denen diese Organisation, den grundgesetzlichen Bestimmungen gemäß, in unserem Lande ausgeführt werden könne. Der heilige Stuhl habe diese Mittheilung mit Befriedigung entgegengenommen und sich mit den Bedingungen einverstanden erklärt, und man gewärtige also nunmehr seitens desselben eine nähere Notification hinsichtlich des Zeitpunktes der definitiven Organisation der katholischen Kirche. Der Minister des Aeußern fügte hinzu, daß in Folge der neuen Organisation jener Kirche das Concordat von 1827, sowie die Convention von 1841 als formell aufgehoben zu betrachten seien. Uebrigens ist bei Gelegenheit sowohl dieser Discussion, als jener über das Budget des reformirten und des israelitischen Cultus, von mehreren Seiten unsre neue der dringende Wunsch geäußert worden, daß die beiden ministeriellen Departemente für die kirchlichen Angelegenheiten, als bei der grundgesetzlich bestehenden Trennung zwischen Staat und Kirche unnütz und sogar schädlich, aufgehoben werden möchten, — ein Wunsch, welcher jedoch, nach den Erörterungen der Minister zu schließen, fürs Erste noch nicht in Erfüllung gehen dürfte. — Morgen wird der Dienst auf der Telegraphenlinie zwischen hier und Belgien für das Publikum eröffnet, und treten wir also auch mit den deutschen, französischen und englischen Telegraphenlinien in Gemeinschaft. (K. Z.)

Türkei.

* **Konstantinopel**, 20. Nov. Briefe der „Triester Zeitung" melden den Eintritt Riza Pascha's in das Cabinet als bevorstehend. In den Reihen der altürkischen Partei währt die frühere Gährung fort. — Djezaerli's Güter sind öffentlich versteigert worden. — Auf der Höhe der Insel Samos sind Seeräuber in bedrohlicher Menge aufgetaucht. — Man spricht hier von bedeutenden neuestens im Kaukasus vorgefallenen Gefechten.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

X* **Von der Aar**, 3. Dec. Der große Rath von Neuenburg hat in gehetmer Sitzung beschlossen, die Berrieres-Bahn und damit die Unterhandlungen mit einer Zürcher-französischen Gesellschaft aufzugeben, dafür aber sich an der schweizerischen Bahn, welche Yverdon mit dem Kanton Bern verbinden soll, nach Kräften zu betheiligen. Die Staatsräthe Humbert und Girard sind in Bern eingetroffen, um zu Gunsten des linken Neuenburger Seeufers (Yverdon bis Zihl) zu unterhandeln. Es ist nämlich eine Concurrenzlahm am rechten Ufer in Aussicht, welche von Yverdon über Payern und Murten nach Bern führen würde.

Verantw. Redaktion: Dr. H. Matten. Dr. C. Stettler. Dr. J. B. Kuhlseit.

Cours der Staats-Papiere. 4. December 1852. (Schluß der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.I.B.s. Rolha)	95	G.
»	5% M. v. J 1854 Ser. B	95	G.
»	5% do. v. J 1854 Lit. A	95	G.
»	5% L. V. (C.I.B. Rolha)	92½	⅜, ½ bez. ⅛ G.
»	5% do. Mont. C.I.B. M	86	G.
»	Bank-Actien . .	1208 P.	93 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	82½	G.
»	5% M. v. J. 1854 Ser. A.	82	G.
»	5% Oblig. dito 1852	81⅞ P.	⅜ G.
»	4½% dito	73⅝ P.	⅛ bez.
»	4% dito	65	G.
»	3% dito	48⅛	G.
»	2½% dito	41⅛	G.
»	1½% dito	16⅛	G.
»	2.250 Loose b. Rolha	122½ P.	121¾ G.
»	2.500 » ditto	193	G.
»	4½% Oblig. b. Heilbr.	79⅜	P.
»	3½ » »	51	P.
Preussen	5% Staatsschuld.	103⅜ P.	½ G.
»	Cöln-Mind. K.-Actien	1741/2	G.
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	1013/4	P.
»	4½% dito	100⅜	G.
»	4% dito	97⅞ P.	96½ G.
»	4% Ablös.-Rente	96⅜ P.	⅜ G.
»	3½% Oblig. b. Rotha.	82¼ P.	91⅞ G.
»	Ludwigsh.-Berbach.	101 etw. bez.	100⅝ G.
»	4% Priorit.-Oblig.	103½	P.
Würtemb.	4½% Oblig. b. Rothsch.	1017/8	P.
»	3½% dito	90¾ P.	⅜ G.
Baden	5% Obligationen.	102¼	P.
»	4½% Obligationen	102¾	G.
»	3½% v. 1843	91¼	G.
»	3. 50 Loose v. 1840	66½	G.
»	3. 35 Loose v. 1845	38½ P.	38 bez. 37⅝ G.
Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34½	33¾ bez.
»	Frdr.-Wilhe.-Nordb.	48	G.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	102	G.
»	4% dito b. Rothsch.	98¼	G.
»	3½% dito b. Rothsch.	92	G.
»	3. 50 Loose . . .	24⅛ P.	95⅞ G.
»	3. 35 Loose . . .	32	P.
Nassau	5% Oblig. b. Rothsch.	103¼	P.
»	4% dito	100	P.
»	3½% dito	91⅜ P.	⅛ G.
»	3. 25 Loose . . .	19 P.	28½ G.
Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	94⅜ P.	⅛ G.
»	3½% » v. 1846	94¼ P.	93⅞ G.
»	3% »	85⅜ P.	⅜ G.
»	Taunusbahnact.	305 P.	302 G.
Russland	4½% Obl. b. Baring	102¼	P.
»	4% Obl. b. Hope & S.	91⅛	G.
»	4% » b. Stieglitz &	91	G.
Polen	4% Oblig. à 300	91¾	G.
Spanien	3% Inl. Sch. P. 6.2.30	44¾	P.
»	1% Neue » »	24½	⅝, ⅛ bez.
Holland	4% Certificate . .	97	G.
»	3½% Syndicate . .	85½	G.
»	2½% Integrale . .	65	G.
Belgien	5% Obl. in L. à 25 fl. R.	98½	P.
»	4½% Obl. in F. à 20 kr.	99⅜	G.
»	4% Obl. in Fr. à 250	94⅜	G.
»	3½% Obl. b. Rothsch.	58½	G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	99	P.
»	5% Obl. b. Hambro	96¾	P. ⅛ G.
»	Sardinische Loose .	40⅝	P. ⅛ G.
Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Golds.)	101 P.	100⅝ G.
»	5% v. 1851 b. Bastogi (do.)	98	P.
Niederrhe.	6% Stocks Dell. v. 30.	117½	¼ P.

Wechsel-Cours.

Den 4. December	Per comptant.
Amsterdam . in S.	102⅜ ⅛ G.
(100 fl. Crt.) 8M.	— —
Augsburg . in S.	119⅞ ⅛ G.
(100 fl. Crt.) 8M.	— —
Berlin . . . in S.	105⅜ 104⅝ G.
(60 Thl.) 8M.	— —
Bremen (50 in S.	97⅛ P. 97 G.
Rthlr. l. Lbr. 8M.	— —
Hamburg . in S.	89⅝ 88⅛ G.
(100 Mk. Bc.) 8M.	— —
Leipzig . . in S.	105⅜ 104⅛ G.
London . . in S.	119⅞ ⅛ G.
(10 Liv. St.) 8M.	— —
Lyon . . . in S.	94⅛ P. 93⅞ G.
(300 Fr.) 2M.	— —
Mailand (250 in S.	100⅞ B.
Lir. Austr.) 8M.	— —
Paris . . . in S.	94⅛ P. 93¾ G.
(300 Fr.) 2M.	— —
Wien (100 fl.) 2M.	103⅛ P.
in S. 20 P.) 8M.	103⅜ u. ⅛ G.
Disconto . . .	3½ G.

Gold und Silber.

Pistolen . . . à. 9	41½ 42½ G.
Pr. Friedrichsd'or » 9	53⅛ 54⅛ G.
Holl. 10fl. Stücke » 9	10 50 51 G.
Rand-Ducaten . » 5	36½ 37⅛ G.
20 Francsstücke » 9	25 26 G.
Engl. Sovereigns »	11 50 G.
Gold al Marco »	382 83 G.
5 Frankenthaler » 2	20½ 21 G.
Preuss. Thaler » 1	45½ G.
Preuss. Casse-Sch. » 1	44⅞ 45 G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nr. 290.) 5. December 1852.

Deutschland.

P **Berlin**, 2. Dec. Gestern hat sich in erster Kammer die Geschäftsordnungscommission constituirt. Sie besteht aus den Abgeordneten Dürenberg (Vorsitzender), Böttcher (Stellvertreter des Vorsitzenden), v. Zander (Schriftführer), v. Below, Dr. Nitzsch, v. Küster, Graf v. Stolch, Ulrich, Dr. Brüggemann, Krausnick. Die Frage, welche diese Commission zunächst zu beantworten hat, ist aber weniger eine die Geschäftsordnung betreffende, als tief in die Verfassung und namentlich in die Selbstständigkeit der gegenwärtigen ersten Kammer eingreifende. Es handelt sich darum, wie viel Mitglieder der gegenwärtigen ersten Kammer nothwendig sind, um einen gültigen Beschluß treffen zu können. Art. 80 der Verfassung nämlich bestimmt: Keine der beiden Kammern kann einen Beschluß fassen, wenn nicht die gesetzliche Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Die Antwort auf diese Frage erscheint einfach, wenn man die provisorische Verordnung der ersten Kammer als ein aus Gründen der Nothwendigkeit octroyirtes Wahlgesetz betrachtet. Anders ist es, wenn die Verordnung als Ausführung des Art. 65 der Verfassung angesehen wird. Allerdings gibt es keine Bestimmung, welche die Prinzen und die Häupter der reichsunmittelbaren Häuser zum Eintritt in die erste Kammer verpflichtet und von dem ihnen zuertheilten Recht Gebrauch zu machen zwingt, ebensowenig als der König veranlaßt werden kann, lebenslänglliche Mitglieder zu ernennen, aber wenn die obige Voraussetzung sichhaltig wäre, würden die Mitglieder der Kategorien a, b und c immer mitzählen, und davon die Bestimmung über die absolute Mehrheit, über die Zahl derjenigen, welche beschlußfähig ist, abhängig sein. Die letztere Auffassung findet namentlich an einem bekannten und eifrigen Vorsteher der ritterschaftlichen Partei ihren Vertreter und Agitator, um, wie es scheint, die Regierung wenigstens zur Ernennung einiger lebenslänglichen Mitglieder zu nöthigen, wobei denn, der Berechnung nach, der nicht vernachlässigt werden könnte, welcher sich im Glanze einer siebenmaligen Wahl sonnt. Indessen ist die Regierung, wie wir vernommen haben, keineswegs geneigt, dieser Ansicht Concessionen zu machen. Wie die „Neue Preußische Zeitung" schon gemeldet hat, ist die Frage über die zu einem Beschluß nothwendige Anzahl von Mitgliedern der gegenwärtigen ersten Kammer Gegenstand der Berathung im Staatsministerium gewesen. Wie man hört, ist diese dahin ausgefallen, daß die Regierung die Erklärung abgeben wolle, daß sie ihrerseits einen Beschluß von 61 Abgeordneten (die absolute Mehrheit von 90 Abgeordneten der Höchstbesteuerten und 30 aus den größeren Städten) als gültig anerkennen werde. Der diesfällige Bericht der Geschäftsordnungscommission ist schon in den nächsten Tagen zu erwarten.— Zwischen der Fraction Bethmann-Hollweg und Keller-Rödbechen scheinen noch zwei kleinere entstehen zu wollen. Eine unter Führung des Abgeordneten Fock, welche sich in allen Hauptfragen an die Fraction Bethmann-Hollweg lehnen würde, eine andere, deren Führer und Genossen noch weniger bestimmt sind, welche in allen Hauptfragen mit der Partei Keller-Rödbechen gehen dürfte. Sie sehen, die Zerklüftung greift immer weiter um sich. Es sind dies schlechte Anzeichen für eine gedeihliche Wirksamkeit. Nimmt man dazu, daß von rechts und links Anträge vorbereitet werden, welche durch ihre principielle Verschiedenheit voraussichtlich die Leidenschaftlichkeit auf beiden Seiten im höchsten Grade erregen müssen, so kann man sich kaum der Besürchtung erwehren, daß die Kammern leicht durch irgend einen Zufall eines jähren Todes sterben möchten.

* **Aus Posen**, 2. Dec., wird uns mitgetheilt: Aus dem Königreich Polen, insbesondere aus Kalisch, gehen heute laute Klagen über den gänzlich stockenden Verkehr, besonders in Folge der so sehr verschärften Grenzsperre ein. Waaren aus Preußen hinüberzuschaffen sei zur Unmöglichkeit geworden, vielmehr sei zum Schrecken der Fabrikanten in Polen, die bisher einen gewinnreichen Absatz nach Rußland gehabt, das ganze Land mit russischen Fabrikaten, besonders Tuchwaaren, überschwemmt; das baare Geld, das man nach Rußland bezogen, sei nun dahin zurückgeflossen und völlig aus Polen verschwunden. — Die Plackereien, welche nach dem neuen Paßreglement den Reisenden treffen, kommen einem Eintrittsverbot beinahe gleich. Will jetzt z. B. jemand aus Preußen nach Polen reisen, so hat er sich zunächst mit einem Regierungspaß zu versehen und zugleich eine bestimmte Person im Königreich Polen zu ermitteln, die eine völlige Gewährleistung für ihn übernimmt. Die hierüber sprechende, gehörig legalisirte Erklärung wird dann an das Consulat in Warschau geschickt, welches die Genehmigung der Statthalterschaft zur Reise einholt; ist diese erlangt, so wandert der Paß an die kaiserliche Gesandtschaft in Berlin, die nun erst ihr Visa ertheilt und die Bemerkung hinzufügt: „Mit Genehmigung des Statthalters", ohne welche der Reisende nicht über die Grenze gelassen wird. Die hiesige Zeitung berichtet, daß unlängst ein preußischer Unterthan seinen auf ein Jahr lautenden Paß nach Verlauf von 15 Monaten erst zurückerhalten habe, also nachdem er bereits frei 3 Monaten abgelaufen war. — Ueber die Zusammenziehung eines russischen Armeecorps in Kalisch und dessen Umgegend meldet man heute von der Grenze her, daß auf dieselbigem Gebiet bereits mehrere tausend Centner Heu aufgekauft seien, die jetzt nach den Interimsmagazinen geschafft würden; auch große Haferaufkäufe hätten stattgefunden, weil der größte Theil des an die Grenze rückenden Armeecorps aus Cavallerie bestehen werde. Als Grund für diese plötzliche große Militärbewegung wird die wohl kaum sichhaltige Absicht angegeben, der so lange von Militär entblößt gewesenen, überdies durch die Cholera so stark heimgesuchten Gegend eine Entschädigung dadurch zu gewähren, daß schon jetzt das Armeecorps dahin dirigirt würde, das sonst erst im Frühling, behufs einer größeren Uebung, dahin gezogen worden wäre. — Unsere heutigen Briefe aus Warschau melden, daß die vielbesprochene Ankunft des Kaisers in der polnischen Metropole noch keineswegs feststehe und zumeist nur noch auf Gerüchten beruhe. Der Warschauer Monarchencongreß scheint somit auch noch problematisch zu sein. — Unsere polnische Zeitung enthält einen langen Panegyrikus auf den unlängst hier an der Cholera verstorbenen Jesuitensuperior Antoniewicz. Derselbe war allerdings ein merkwürdiger Mann, der schwere Schicksale erlebt hatte: er war früher verheirathet, und verlor rasch hinter einander seine Frau und fünf Kinder. Nun Sterbeorte des letzten soll er das Gelübde gethan haben, in den Jesitenorden treten zu wollen, welches er auch im Jahr 1842 erfüllte. Seine Wirksamkeit in Galizien, unmittelbar nach den berüchtigten Metzeleien, soll sehr segensreich gewesen sein. Er hat viele polnische Erbauungsbücher und Tractätchen geschrieben.

Erfurt, 29. Nov. Von der hiesigen demokratischen Partei wurde die Constituirung eines Handwerker- und Arbeitervereins nach dem Muster des am 24. November 1848 eingezogenen Schutzbürgervereins beabsichtigt. Die von den hiesigen Behörden gegen die Realisirung dieses Planes ergriffenen Maßregeln haben jedoch den provisorischen Vorstand zu der Anzeige veranlaßt, daß die Stiftung des genannten Vereins auf unbestimmte Zeit vertagt werden müsse. Schon vor einiger Zeit berichtete ich, daß die hiesige demokratische Partei bei den Gemeinderathswahlen sehr wenig Erfolg gehabt habe. Auch die neuesten Wahlen bestätigen dies, da von den gesammten Candidaten dieser Partei, ungeachtet der lebhaftesten Betheiligung, nur zwei den Sieg über die conservativen Gegencandidaten errungen haben. (Lpz. Z.)

II* **Aus der Pfalz**, 3. Dec. Eine Commission des königl. bayerischen ersten Chevaurlegersregiments, an ihrer Spitze Herr Major Graf v. Hugenpont, bereist so eben den Kreis zum Zweck des Ankaufs von Remontepferden für die leichte Cavallerie. Da es nun heißt, die Truppen in der Pfalz sollten auf ihren vollen Bestand gebracht werden, so wollen Manche diesen Pferdeankauf damit in Verbindung bringen. Dieser Schluß indeß, welcher hieraus gezogen werden wollte, trifft nicht zum Ziele, denn wir brauchen einfach nur zu bemerken, daß diese Pferdeankäufe alljährlich um dieselbe Zeit bewerkstelligt werden. Bemerkenswerth ist aber, daß die Pferdezucht bei uns in Abnahme zu kommen scheint, da sich keine bedeutende Zahl entsprechender Thiere vorfinden soll.

Altona, 27. Nov. Die Deputation, welche in Kopenhagen die Aufrechthaltung der Fabrikprivilegien Altona's erwirken sollte, hat sowohl von dem Finanzminister als dem König die Erklärung

erhalten, daß diese Privilegien zur freien Einfuhr der Fabrikate in das Inland zu sehr dem allgemeinen Landesinteresse widersprächen und zu viel Gelegenheit zu Defraudationen gäben, als daß sie fernerhin noch bestehen könnten. Dagegen vernimmt man, daß die Besürchtungen der Kieler Kaufleute, in Betreff der von der Postverwaltung zu übernehmenden Güterspedition in Kiel, nicht begründet sind, da es trotz der bestimmten Versicherung des „Kieler Correspondenz-Blattes" gar nicht in der Absicht der Regierung liegt, das Speditionsgeschäft den Privaten zu entziehen.

Bremen, 1. Dec. Nach einer Verfügung des Senats ist der Buchdruckerei der Herren Emil Meyer und Diecken, weil die letzte Schrift Dulons: „Ueber das Heidelberger Gutachten ꝛc." aus ihr hervorgegangen ist, die Concession entzogen worden. (W.-Z.)

Frankreich.

† **Paris**, 2. December.

Wiederherstellung und Proclamation des Kaiserreichs.

II.

Am 2. December in Paris.

Heute früh um sieben Uhr haben 101 Kanonenschüsse vom Hotel der Invaliden der Hauptstadt die Bedeutung des Tages angekündigt. Um zehn Uhr erfolgte die Proclamation des Kaiserreichs auf dem Platze vor dem Stadthause. Der Seinepräfect, von Municipalrath und den Räthen der Präfectur umgeben, bestieg eine zu diesem Zweck errichtete Estrade und verlas von dort herab die Declaration des gesetzgebenden Körpers, die in dessen Namen von Billault, und des Senats Namen von Mesnard in Saint-Cloud gehalten wurde, die Antwort des Kaisers und das die Promulgation des Senatusconsultums vom 7. Nov. verfügende Decret. Eine große Volksmenge hatte sich auf dem Platze eingefunden und erwiederte diese Verlesung mit dem Ruf: Vive l'Empereur! Die Estrade, schön decorirt und mit Fahnen geschmückt, erhob sich vor dem Haupteingang unter der Statue Heinrichs IV. Drei Regimenter der Division Levaillant hatten jedes ein Bataillon mit der Musik und der Fahne auf den Stadthausplatz geschickt, der feierlichen Proclamation des Kaiserreichs beizuwohnen; ebenso war ein Bataillon Nationalgarde erschienen. Nach dieser öffentlichen Feierlichkeit gab der Seinepräfect zweihundert Personen ein großes Diejeuner.

Um zwölf Uhr verließ Se. Maj. der Kaiser Saint-Cloud. Das 12. Dragonerregiment und eine Division Reservecavallerie unter dem Befehl des Divisionsgenerals Korte bildeten seine Escorte. Der Kaiser ritt durch das Gehölz von Boulogne und erreichte die Avenue von Neuilly bei der Porte Maillot, wo die Hecke der Nationalgarde der Banmeile und der Linientruppen zu beiden Seiten des Wegs ihren Anfang nahm. Vor ein Uhr kam der Kaiser am Triumphbogen an. Hier verweilte er einige Augenblicke, die Huldigungen des Seinepräfecten, des Polizeipräfecten des Generals des Platzes von Paris und einer großen Anzahl ohne Commando in der Hauptstadt verweilender Generalofficiere entgegenzunehmen. Napoleon trug seine gewöhnliche Obergeneralsuniform mit dem Großcordon der Ehrenlegion. Zu seinen beiden Seiten befanden sich der Kriegsminister Saint-Arnaud, und der Minister des Innern, Graf v. Persigny. General Lawoestine, der Ordrehehlshaber der Nationalgarden des Seinedepartements, mit seinem Stab erwartete den Kaiser. Marschall Magnan befand sich an der Spitze der Linientruppen. Das siebente Ulanenregiment war um elf Uhr an die Sternbarriere gezogen und hatte sich in Divisionscolonnen auf der Chaussee der elyseeischen Felder, die Spitze nach Paris zu, aufgestellt; am Triumphbogen nahm in derselben Weise, gleich nach Eintreffen, das zwölfte Dragonerregiment Stellung. Beide Reiterregimenter standen unter dem Commando des General Partouneaux.

Der kaiserliche Cortege war in folgender Weise gebildet: das Musikcorps des siebenten Ulanenregiments; General Partouneaux; der Oberst und eine Escadron vom siebenten Ulanenregiment; der Obergeneral und sein Stab; drei Escadronen Ulanen; das zwölfte Dragonerregiment; der militärische Hofstaat des Kaisers; Se. kaiserl. Majestät selbst; eine Escadron vom siebenten Kürassierregiment; die Musik dieses Regiments; General Korte und sein Stab; eine Kürassierbrigade in Divisionscolonne; eine Carabinierbrigade in Divisionscolonne. Die Hecke war gebildet vom Triumphbogen de l'Etoile bis an die Tuilerien, und zwar rechts von der Nationalgarde, links von der Armee von Paris. Trotz kalten und regnerischen Wetters hatte sich auf den elysäischen Feldern und in deren Umgebung eine große Volksmenge eingefunden. Die Hecke bildenden Truppen, in zwei Reihen aufgestellt, besetzte General Carrelet. Auf den beiden Terrassen der Tuilerien, gegenüber dem Eintrachtsplatz, standen die Delegationen vieler Arbeitercorporationen mit ihren Fahnen. Den ganzen Weg entlang vom Triumphbogen bis an die Tuilerien wurde der Kaiser vom Volk und der Armee mit Acclamationen und Vive l'Empereur! begrüßt. Se. Majestät ritt durch den Garten der Tuilerien in den Palastpof, wo er den Truppen der Pariser Armee, die nicht im Spalier aufgestellt waren, die Revue abnahm: es waren zwei Linienregimenter, ein leichtes Regiment, zwei Bataillone republikanische Garde, zwei Bataillone mobile Gendarmerie, Pompiers-Corpsmit ein aus den Compagnien des Seniecorps formirtes Bataillon, welche unter den Befehlen des General Courrand standen. Ein Jägerbataillon zu Fuß, ein anderes leichtes und zwei weitere Linienregimenter befehligte General v. Alphonse. Auch die Brigade Marulaz (aus einem leichten und einem Linienregiment bestehend) war im Palastpof aufgestellt. Andere Truppentheile, der Train, die Invaliden standen in zwei Linien auf dem Carrouselplatz und wurden von General Repond befehligt. Eine dritte Linie bildeten vier Batterien Artillerie, die Municipalgarde zu Pferd und die Escadron der Seinegendarmerie. Ueber alle im Palastpof und auf dem Carrouselplatz aufgestellten Truppen führte General Levaillant den Oberbefehl.

Napoleon traf um ein Viertel nach ein Uhr in den Tuilerien ein. Als er vom Pferd stieg, wurde er von den Ministern und seinem civilen Hofstaat im Vorhause empfangen. Oben auf der Treppe traf Se. Majestät den Prinzen Hieronymus in Marschallsuniform, den Prinzen Napoleon Bonaparte in schwarzem Frack, den Prinzen Lucian Murat, die Prinzessin Mathilde, die Gräfin Camerata, und deren Sohn, den Herzog v. Hamilton und einige andere Glieder seiner Familie; ferner die Gemahlinnen der Minister; Baroche, den Vicepräsidenten des Staatsraths; den Generalpostdirector, Hrn. Thayer, und einige Mitglieder des Senats. — In einem der Salons trat der Kaiser den Chefs Abdel Kader, der am Vormittag von Amboise eingetroffen war, und unterhielt sich einige Augenblicke mit demselben. Nachdem Napoleon die Glückwünsche aller anwesenden Personen entgegengenommen hatte, trat er auf den nach dem Garten und Hof gehenden Balcon und wurde von den unten aufgestellten Truppen mit Acclamationen begrüßt. Alle Regimenter, welche den Cortege gebildet hatten, versammelten sich sodann im Hof der Tuilerien; die Trommeln wirbelten, die Trompeten schmetterten, die Truppen präsentirten und der Kriegsminister proclamirte das Kaiserreich unter dem wiederholten Ruf: Vive l'Empereur!

Nach dieser Ceremonie stiegen die Marschälle Saint-Arnaud und Magnan vom Pferd, und gesolgt von allen Generalen, welche an dem Cortege theilgenommen, verfügten sie sich zum Kaiser, um ihm zu huldigen. Se. Majestät kehrten hierauf in ihre Privatgemächer zurück. — Der Kaiser wird die zum Ausgang des Winters in den Tuilerien residiren. Heute Abend ist großes Diner von sechzig Gedecken, an welchem die Mitglieder der kaiserlichen Familie, die Minister, die Großwürdenträger und die ersten Officiere des kaiserlichen Hauses Theil nehmen. Hierauf findet großer Empfang statt. Alle Kasernen werden heute Abend illuminirt, und alle für leichte Disciplinarvergehen verhängte Strafen werden nachgelassen.

Um 10 Uhr heute früh, als die Proclamation des Kaiserreichs vor dem Stadthause erfolgte, 101 Kanonenschüsse vom Hotel der Invaliden; — 101 Kanonenschüsse von einer auf dem Montmartre aufgestellten Batterie; — ebenso 101 Kanonenschüsse von einer Batterie an der Thronbarriere. — Auch von jedem der sechzehn Forts in der Umgebung von Paris wurden 25 bis 30 Kanonenschüsse abgefeuert. Im Augenblick, wo der Kaiser in die Tuilerien einzog, erdröhnten abermals 101 Kanonenschüsse vom Hotel der Invaliden; im ganzen 3000 Schüsse, zu welchen das Signal vom Stadthause aus gegeben wurde.

Neueste Nachrichten.

† **Paris**, 3. Dec. Zunächst nachträglich noch Folgendes zur Vervollständigung des Festberichts über den gestrigen Tag. Nachdem der Kaiser seinen Einzug in Paris und in den Tuilerien gehalten hatte, die Truppen gemustert und die Arbeitercorporationen in festlichem Zug vor Sr. Majestät defilirt waren, indem sie unter dem Gewölbe des Pavillons de l'Horloge durchzogen, begab sich Graf v. Persigny, der Minister des Innern, zu Pferd und in großem Gala auf den Concordiaplatz, und inmitten der in Schlachtordnung aufgestellten Bataillone der Nationalgarde, las er mit lauter Stimme das der Nation den 21. und 22. November zur Abstimmung vorgelegte Plebiscit vor. Dieser Abfragung folgte die Verkündigung des Kaiserthums, welche mit dem Rufe: Es lebe der Kaiser! begrüßt wurde.

Als sich der Tag zu Ende neigte, begann in fast allen Hauptvierteln von Paris die Illumination. Alle Ministerien und andern öffentlichen Gebäude, alle Theater, aber auch viele Privathäuser und Läden strahlten im Lichtglanz oder prangten im Schmuck von dreifarbigen und chinesischen Laternen, Gewinden, Tricoloren und andern Fahnen, Namenschiffern des Kaisers, Inschriften, Adlern, Kronen ꝛc. Besonders zeichnete sich die Beleuchtung des Stadt-

Digitized by Google

hauses aus. Den ganzen Abend hindurch spielten Musikbanden und Neugierige wogten massenweise durch die belebtesten Straßen. Auch die Gesandtschaftshotels von England, Rußland, Oesterreich, Preußen und die meisten übrigen waren glänzend illuminirt. Bei weitem die größte Anzahl von Privathäusern und Läden war auf den Boulevards, in den Straßen und Vorstädten Montmartre, Saint-Denis, Saint-Martin und Saint-Antoine erleuchtet. Ueberhaupt aber hatte man sich diesmal an der Illumination viel allgemeiner betheiligt, als sonst der Fall war.

In einem Kunstblatt ist heute die Notiz zu lesen, daß ein Maler klangvollen Namens neulich von Paris nach Deutschland gereist sei, das Porträt der Prinzessin Carola Wasa zu malen, und in wenigen Tagen mit demselben nach der Hauptstadt zurückkehren werde.

Gestern Abend um halb neun Uhr war der erste große Empfang beim Kaiser, zu welchem die großen Staatscorporationen und die Repräsentanten der officiellen Welt sich einfanden. Die Salons strahlten in kaiserlicher Pracht und Herrlichkeit und jede Spur revolutionärer Verwüstung war verschwunden. Se. Majestät empfing im Marschallsaal die Huldigung aller Minister, Marschälle, Cardinäle, des Erzbischofs von Paris, der Senatoren, Deputirten, Staatsräthe ꝛc. Zu früher Stunde zog sich der Kaiser in seine Privatgemächer zurück.

Durch Decret Sr. Majestät sind der Justizminister Abbatucci und General Carrelet zu Senatoren ernannt, durch ein anderes die Flottencapitäne Odet-Pellion und Lugeol zu Contreadmiralen befördert worden.

Heute Vormittag hat der Kaiser in Begleitung der Minister des Innern und des Kriegs und zweier Adjutanten das Hospital Hotel-Dieu besucht, über eine Stunde darin bei Kranken verweilt und 20,000 Fr. als Geschenk zum Besten der Pfleglinge in den Händen des Directors der Anstalt zurückgelassen. Von dort begab er sich am Arm des Erzbischofs von Paris nach der Kathedrale Notre-Dame, wo er von mehreren Geistlichen empfangen wurde. Ueberall, wo ihn das Volk sogleich erkannte, begrüßte es ihn mit Acclamationen. Auch in dem Militärhospital Val de Grace machte Napoleon einen Besuch, tröstete die Kranken und ließ 10,000 Fr. für sie zurück.

Der gesetzgebende Körper versammelte sich heute und erhielt Mittheilung von einem kaiserlichen Decret, welches die außerordentliche Session für geschlossen erklärt und den Wiederzusammentritt des Körpers auf den 14. Februar n. J. anberaumt. Die Deputirten entfernten sich sofort unter dem Ruf: Es lebe der Kaiser!

** **Madrid**, 28. Nov. Die amtliche Zeitung verkündet heute durch Decret der Königin, daß Ihre Majestät die gesundheitshalber vom Kriegsminister General Juan Lara nachgesuchte Entlassung bewilligt und an seiner Stelle den Generallieutenant Cayetano de Tubina zum Kriegsminister ernannt habe. — General Lara soll die vom Cabinet beabsichtigte Veränderung der Verfassung und des Wahlgesetzes ernstlich mißbilligen.

---

w **Frankfurt**, 4. Dec. Der von seiner Reise zurückgekehrte Hr. Fellner-Bansa hat die auf ihn gefallene Wahl als Senator angenommen, und wird in der außerordentlichen Rathssitzung am Montag den 6. December verpflichtet.

* **Wien**, 2. Dec. Wie wir hören, soll die Einführung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches im Königreiche Ungarn und allen dessen vormaligen Nebenländern bereits die allerhöchste Genehmigung erhalten haben und hiermit zugleich auch die für jene Kronländer so überaus belangreiche Auticlitätsfrage ihrer Erledigung zugeführt werden.

Σ **Berlin**, 3. Dec. Obgleich man mit vieler Wahrscheinlichkeit versichert, daß bis jetzt noch keine eigentlichen Unterhandlungen zwischen dem diesseitigen und dem kaiserlichen Cabinete angeknüpft seien, da diese erst Anfangs nächster Woche und mit dem Eintreffen des Herrn v. Bruck beginnen würden, so zweifelt man dennoch in den betreffenden Kreisen nicht an einer glücklichen Beendigung der handelspolitischen Wirren.

c **Magdeburg**, 3. Dec. Der Stadtrath und Bankier Dr. Jacobson aus Berlin, welcher dort vor ganz kurzer Zeit vom Judenthum zur deutsch-katholischen Gemeinde übergetreten war, kam gestern hier an und erschien am Nachmittag mit dem Sprecher und den Vorstehern der hiesigen freien Gemeinde vor dem betreffenden Commissarius des hiesigen Stadt- und Kreisgerichts, um seinen Uebertritt zur freien Gemeinde in den gesetzlich vorgeschriebenen Formen zu erklären. Dr. Jacobson ist der Sohn des ehemaligen Präsidenten des jüdischen Consistoriums im Königreich Westfalen.

△ **Hanau**, 4. Dec. In meinem gestrigen Bericht über den gegen den hiesigen Stadtrath verhandelten Strafproceß ist mir ein Irrthum insofern untergelaufen, als der Strafantrag von der Staatsprocuratur allsbald mit ihrem ersten Plaidoyer gestellt wurde und folgeweise die Vertheidigung sich auch auf die beantragte Strafe erstreckte. Die letztere findet man allgemein in Vergleichung mit den gegen den landständischen Ausschuß ergangenen Urtheilen und mit den auf das größere Delict der Majestätsbeleidigung bisher angewendeten Strafansätzen außerordentlich hoch. — Rücksicht hat bei der hiesigen Regierung erwirkt, daß sein Pensionsinstitut noch vier Wochen bestehen bleiben darf. Auch ist ihm die Fortführung desselben überhaupt zugesagt, jedoch unter der Bedingung, daß die Zöglinge die hiesigen Schulen besuchen müssen und er selbst sich jedes Unterrichts derselben enthalte.

Hamburg, 2. Dec. Sicherm Vernehmen nach ist der frühere Reichsminister, Hr. Ernst Merck, zum hiesigen k. k. österreichischen Generalconsul ernannt worden.

Griechenland. Nach der „Triester Zeitung“ soll das von London in Athen angelangte zweite Protocoll grundzüglich die Bestimmung der drei Schutzmächte enthalten, daß die Thronfolge in Griechenland nur dem Hause Bayern verbleibt, insofern dasselbe dem §. 40 der griechischen Constitution in Betreff der Annahme des griechischen Dogma's von Seiten des Thronfolgers entspricht. Während der Thronerledigung wird die Königin nach den Bestimmungen der Constitution die Regentschaft führen.

Handel und Industrie.

Mainz, 3. Dec. Die heutigen Notirungen sind: Waizen effectiv 10½ à 10¾ fl. nach Qualität, fränkischer effectiv und per December 10¼ fl., per März 10¾ fl., fränkischer per März 11 à 11½ fl.; Roggen effectiv 9½ fl., gut lieferbarer per Mai 9⅞ à 9¾ fl.; Gerste pfälzische 7½ fl., fränkische 7½ fl., alles per netto 100 Kilog.; Haser 3½ fl. per Malter; Bohnen 11 à 11½ fl., Erbsen 9 à 10½ fl., Linsen 11½ à 14 fl., breite fehlen, Mohnsamen 15 fl., Kohlsamen 13½ fl. per Malter. Kleesamen unverändert und momentan mit wenig Handel. Rüböl behauptet sich auf den seitherigen Preisen, zu welchen abzugeben die Eigner sich nur schwer entschließen können; effectiv 33 à 33½ Thlr. per 250 Pfund i. G. mit Faß, per Mai 35½ à 35¾ Thlr.; Mohnöl effectiv 27 fl. per 50 Kilogr. ohne Faß. Roher Lalg 20½ à 21 fl. Branntwein und Spiritus unverändert. In der Fruchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 12 Säcke Waizen à 11 fl. 9 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 162 Säcke Korn à 8 fl. 14 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 75 Säcke Gerste à 5 fl. 16 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 132 Säcke Haser à 3 fl. 24 kr. pr. Sack von netto 120 Pfund; vorher außerhalb derselben: 184 Säcke Waizen à 9 fl. 43 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 77 Säcke Korn à 8 fl. 4 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 76 Säcke Gerste à 5 fl. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 10 fl., Korn 8 fl. 11 kr., Gerste 5 fl. 8 kr. Mehl- und Brodpreise unverändert. Hirse 11½ à ¾ fl. per Malter. (Mz. P. Z.)

Börsenberichte.

ɳ **Frankfurt**, 4. Dec. Obgleich wir heute wegen gänzlichen Ausbleibens der telegraphischen Courenotirungen ohne Berichte von den fremden Börsen waren, so zeigte sich doch im Geschäft ziemliches Leben, besonders in österreichischen und spanischen Fonds. Der Umsatz war namentlich in 1proc. Spanischen sehr belebt; fortgesetzte Berkäufe drückten aufs neue heute den Cours herab, der zuletzt auf 24¼ pCt. Im 3pCt. Inländische ohne viel Handel 44½ pCt. Oesterreichische Papiere, im Laufe der Börse bereits zu höhern Coursen umgesetzt, schlossen zuletzt durch Profitverkäufe wiederum etwas matter; 5pCt. Metall. waren 82 pCt.; 4½ pCt., bis zu 73⅝ verhandelt, schlossen 73½ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet., bis zu 92½ bezahlt, schlossen 92½ à ¼ pCt.; Wiener Bankactien 1393 fl.; 500 fl. Loose 193; 250 fl. Loose 121¾ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-B.-Nordbahn etwas fester, 48 pCt.; Berbach 100⅞ pCt.; Köln-Minden 115 pCt.; Taunus 302 fl.; für Rheinland-Weisenburger Actien wurde 101 pCt. bezahlt. Im Geschäft der übrigen Papiere blieb es still.

Berlin, 3. Dec. Staatsschl. 94½ Brf., 93½ G. — Köln-Minden 116 à 115¼ bez. — Fr.-Wilh.-Nordb. 44½ à ½ bez.

Paris, 3. Dec. 4½ pCt. Rente 106, 90. — 3pCt. 83, 75. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. —. — Span. neue Diff. 24¼. — 3pCt. 50¾. — Innere Schuld 45½. — Passive —. — Bankactien 2925. — Piemont 5pCt. 100. — Römische Anleihen Juni 1850 98½. — do. 1850 —. — St. Germain-Eisenbahn 1460. — Versailles, linkes Ufer 355. — Straßburg-Basel 360. — Nordbahn 885. — Paris-Straßburg 835.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuscheit.

[2728] **Für die armen Abgebrannten in Duderstadt**

ist zu den bereits angezeigten fl. 338. 37 kr. noch ferner eingegangen von Frau Lola Bastian 1 holl. fl. 10. Stück, von C. C. S. 1 detl. 10 fl. Stück, also zusammen fl. 358. 37 kr., wofür wir im Namen der armen Abgebrannten danken und die Sammlung für geschlossen erklären.

Frankfurt a. M., 1. Dec. 1852. **Das Comité.**

[2718]

Berichtigung.

Zur vorläufigen Abwehr der in Mainz März v. J. vielfältig verbreiteten, die Ehre und bürgerliche Stellung des Unterzeichneten nahe berührenden Gerüchte und in gehässigen Zeitungsartikel, fand sich derselbe veranlaßt, in der hiesigen Ober-Postamts-Zeitung vom 22. März v. J. Nr. 70 zu erklären:

„daß er der, wegen indicirter Unterschleife bei der Militär-Verwaltung bereits eingeleiteten Untersuchung seiner Sache, im Bewußtsein seiner während 45 Dienstjahren stets bethätigten Pflichttreue mit Ruhe entgegen sehe;"

und erlaubte sich zugleich auszusprechen:

„wie er von jedem rechtlich gesinnten Manne erwarten zu dürfen glaube, daß er Uebelwollenden Verdächtigungen kein williges Gehör schenken, vielmehr das Ergebniß der Untersuchung abwarten werde, ehe er auf unverbürgte Gerüchte hin dem richterlichen Urtheile vorgreife."

Mit Beziehung auf jene vorläufige Anzeige versehlt derselbe nicht, hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß, nachdem der Druck des wider ihn angezogen Verdachts während der 20-monatlichen Dauer der Untersuchung schwer auf ihm gelastet, er nunmehr durch Erkenntniß des Appellations- und Criminalgerichts der freien Stadt Frankfurt, d. d. 29. November, publ. 2. Decembr. d. J., hinsichtlich sämmtlicher wider ihn gerichteten Anschuldigungen völlig freigesprochen worden ist.

Frankfurt a. M., den 3. Decembr. 1852.

Hauptmann **Kumpff.**

Vollständig für 36 Kr. **Onkel Tom's Hütte.** Vollständig für 36 Kr.

Diese über jeden Begriff wohlfeile Ausgabe, die sich überdies durch hübsche Ausstattung auszeichnet, wird in Kurzem bei uns eintreffen und bitte ich, der Absatz davon voraussichtlich sehr stark sein wird, Bestellungen im Voraus an mich gelangen zu lassen.

H. Bechhold,

[2725] Zeil Nr. 5 neu (neben der Constablerwache).

[2726]

Zu Fest-Geschenken!!

empfehle ich meine reichhaltige und treffliche Auswahl von **Classikern, Dichtern, Jugendschriften, Bilderbüchern** und sonstigen Festgeschenken in prachtvollen Einbänden zu den billigsten Preisen (von 6 Kreuzern an bis zu den kostbarsten Werken).

H. Bechhold, Zeil Nr. 5 neu, neben der Constablerwache

Mein **Möbel-Lager,** Bäckerstraße 10, enthält gegenwärtig eine reichhaltige Auswahl von den einfachsten Kuhbaum- bis zu den feinsten Nussbaum-Möbeln. Unter Zusicherung reeller Bedienung und billigen Preisen erlaube ich mir, ein geehrtes Publikum zu recht häufigem Besuche meines Magazins einzuladen.

[2568] **P. J. Kaiser.**

34. Braunschweiger Lotterie.

Ziehung 1 Classe am 16. und 17. December.

Haupttreffer: fl. **87500, 52000, 35000,** 17500 u. s. f. Ganze Loose zu fl. 7, ½, zu fl. 3. 30 kr., ¼ zu fl. 1. 45 kr., ⅛ zu 52 kr. empfiehlt

Carl Höchberg,

[2705] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

Rheinischer Antiquarius.

Von demselben sind sofgende 2 Lieferungen wieder erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Preis 2 fl. 24 kr.

Abth. I. Bd. 2. Lfrg. 3. bringt den Beschluß Ihnen; der Grafen von Sponheim Verzweigungen: der Geschichte derer von Eig, absonderlich der Re- die Herren von Heinsberg, die Grafen von Sponheim-Starkenburger Linie, die Mainz. Es folgen das schreckliche Erwachen; einige Grafen von Spon, die Grafen und Fürsten von Momente aus des Geschichtschreibers Pet. Meyer Wittgenstein, bis zum Abteden des Grafen Kasimir Leben; die Relation von des Kaisers Maximilian in Bretberung.

Moselsaft und dem Reichstag, 1512 zu Trier ab- Aus Subskribenten können wir wieder nennen: gehalten; eine Abhandlung über der Sitten und Gr. Kaiserl. Hoh. der Erzherzog Rainer (Jos. Joh Trachten Wechsel, vorzüglich über das Eingehen der Rich. Franz Herr) von Oesterreich; Se Hoh. Herzog Kinderspiele; eine Abhandlung über die Familie Bernhard von Sachsen-Weimar, General der Ju- von Koppen; die Lebensgeschichte von Hohenlohe Johann fanterie und Inhaber des niederländischen Adam von Lassaw und seines Sohnes; des Schrift- Armee in Ostindien; Se. Durchl. Clemens Lothar stellers Franz; des Advocaten Matthias Joseph Fürst von Metternich-Winneburg in Wien; Hr. C. Grobel; des General-Secretairs Masson; des Com- H. Anderlen, Fabrikant in Frankfurt; Hr. Bartolti, ponisten Lampantner. Es wird das leben von Joh. Steuereinnehmer in Lechwick; Bibliothek des Kl. Bapt. de la Salle, dem Stifter der Schuldrüder, Maximilians-Gymnasiums in München; Bibliothek brüderlich, auch von seiner Congregation gesprochen. des Kgl. Ober-Berg-Amts in Dortmund; Hr. Pfrr Den Beschluß macht die Lebensgeschichte von Joseph Bielefe in Düsseldorf; Hr. v. Gressl, wirkl. Staats- von Görres, verfaßt bis zur Uebergabe der Adresse rath in St. Petersburg; Hr. Grünewald, Postver- an den Fürsten Staatskanzler, Januar 1815, geführt. walter, Commissär in Wien; Hr. C. von Güldenstubbe,

[2727]

Frankfurt Hanauer Eisenbahn.

Im Monat **November** i. J. wurden befördert:

18,748 Personen, 2847 Centner und 1 Wagenladung Güter, 185 Ctr. 12 Pfd. Gepäckübergfracht, 307 Stück und 4 Wagenladungen Schlachtvieh, 75 Hunde und 1654 Tragtaschen.

Die Einnahme betrug einschließlich der Postsendungen **6,661 fl. 22 kr.**

Frankfurt a. M., den 3. Decembr. 1852.

In Auftrag des Verwaltungsrathes, der Director: **Zobel.**

Bei der dem Plane gemäß am heutigen Tage vor Notar und Zeugen stattgehabten 15ten Serien-Ziehung des Kurhessischen Staatslotterie-Anlehens vom Jahre 1845 sind folgende zwanzig Serien-Nummern gezogen worden:

39, 596, 707, 1149, 2271, 2391, 2649, 2887, 3072, 3162, 3189, 3645, 4136, 4509, 4673, 4853, 5104, 5491, 5996 und 6663,

welches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Zugleich fordern wir, in Gemäßheit des §. 6 der Kurfürstlich Hessischen Verordnung vom 18. December 1823, die Inhaber nachbezeichneter Prämienscheine des obendemerkten Anlehns:

Serie 5591, Nr. 139,761, zur Hälfte,
Serie 929 { " 23,201, " 23,202 } zur Hälfte, " 23,203 " 23,204,

welche den Besitzern, wie die vorgeschriebenen Ermittelungen ergeben haben, abhanden gekommen sind, hierdurch auf, sich unter Vorlegung dieser Prämienscheine vor dem Ablauf von drei Monaten, nach der zweiten deßhalbigen Aufforderung, dahier zu melden, indem widrigenfalls Duplikatscheine werden ertheilt werden und an deren Besitzer die Zahlung der darauf fallenden Prämien, zwei Jahre nach eingetretener Fälligkeit, erfolgen wird, sonst nicht inzwischen die Originalscheine zur Zahlung eingereicht sein werden.

Cassel, am 1. December 1852.

Kurfürstl. Hess. Direction der Haupt-Staatskasse.

Schotten.

[2716] vdt. Heinemann.

Landmarschall zu Arensburg auf der Insel Oesel; Kgl. Gymnasial-Bibliothek in Dortmund; Parmanie-Reservein in Speyer; Hr. Dr. Herzet in Wien; Lesegesellschaft Museum Unie Dulci in Leyden; Pfiffersicher Reservein in Cleve; Lesegirkel in Diedenhofen; Hr. Kammerherr von Alten in Oppbrücke; Kgl Militär-Akademie in Breda; Hr. Phil. Rerke in Paderborn; Pr. A. G. A. Ridder van Rappard, Staatsraad in buitengewone dienst in Rotterdam; Hr. Sommer, Ingenieur-Lieutenant in Neiße; Hr. Baron von Thüngen, Obrißlieutenant in Wien; Hr. von Weiß-Starkenfels, General-Consul in Genua. [2696]

[2692] **Steckbrief.**

Louis Bock von Besungen, bisher Rentamtsgehilfe dahier, dessen Signalement, soweit man solches ermitteln konnte, angeblich, ist andererseits unbedeutender Unterschlagungen und Fälschungen beingend verdächtig. Da sich derselbe der gegen ihn einzuleitenden Untersuchung durch die Flucht entzogen hat, so ersucht man alle Civil- und Polizeibehörden des In- und Auslandes, auf denselben zu invigiliren, ihn im Betretungsfalle arretiren und an das unterzeichnete Gericht ablisern zu lassen.

Homberg a. d. Ohm, am 29. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das. Klingelhöfer.

Louis Bock ist

25 Jahre alt,
angeblich 6 Fuß 8 Zoll groß, und hat
dunkelbraune Haare,
niedrige Stirne,
braune Augenbrauen,
wahrscheinlich braune Augen,
seine aufgestupfte Nase,
mittelgrossen Mund mit aufgeworfener Oberlippe,
gewöhnliches Kinn,
schwachen, dunkeln Bart,
blasse Gesichtsfarbe,
lange, schmale Gesichtsform,
schlanke Statur und
trägt in der Regel eine Brille; auch steht der obere Schneidezahn bestehen etwas schief.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Handelsperiklicher Beilage.)

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nro. 290.

Sonntag | Nro. 19. | 5. December 1852.

Die Wiener Conferenz und die preußischen Kammern.

II.

Die Lage der Dinge — und dies ist bei uns stets die Aussöhnung zwischen dem Süden und dem Norden — hat sich seit unserem letzten Worte nicht verbessert, sondern verschlimmert. Die Lage ist schlimmer geworden, weil der Geist der Nichtaussöhnung stärker wurde. Und stärker wurde er, weil die preußische Thronrede eine Antwort erzeugen könnte und erzeugen wird, welche die Verhandlung erschwert. Mit Recht konnte jene Thronrede sagen, „daß sie auch ferner wie bisher der vollen Zustimmung des Landes versichert zu sein glaube", denn die nahe Zukunft wird lehren, daß die Kammern vollauf das bisherige Verfahren der Regierung billigen, aber auch gleichzeitig das künftige Verfahren der Regierung erschweren werden. Denn die öffentliche Meinung in Preußen vertieft sich immer mehr und mehr in den Glauben der Trennung, in ein Zurückziehen auf preußische Interessen, und dieses Zurückziehen ist eine Gefährdung von Preußen und eine Gefährdung von Deutschland. Es ist ein Leichtes, selbst einen kleinen Stamm in Aufregung zu versetzen, aber erst bei einem Volke, das eine große Vergangenheit, eine mächtige Armee und eine herrliche Verwaltung für sich hat, braucht die Presse nur die Worte von Ehre, von Größe, von Weltstellung anzustimmen, um des begeisterndsten Beifalls der ganzen Bevölkerung sicher zu sein. Gerade diese Worte aber sind, die bisher so viel Unheil gestiftet haben, und diese Worte sind, die den ganzen Standpunkt verrücken, der allein festgehalten werden muß. Wir müssen wissen, daß wir zusammengehören, daß wir vereinzelt einzeln zu Grunde gehen und daß uns von der Sicherheit dieses Untergangs keine Ehre und keine Größe rettet. Es hat geschmerzt, als kürzlich wahrscheinlich ein Militär es war, der die Widerstandsunfähigkeit öffentlich aussprach, allein wenn dies wahr ist und die Statistik diesen Ausspruch unterstützt, so folgt für uns nur, daß wir uns verbinden, denn in der Verbindung und nur in ihr liegt unsere Stärke und unsere gewisse Meisterschaft über alle jene europäische Ereignisse, die jener Militär als unausbleiblich darstellt.

Diese unsere Vereinigung aber im Falle einer Gefahr ist nicht vorhanden, und es ist ein Grundirrthum, daß man daran allgemein zu glaubeu scheint. Alle Blätter versichern uns, daß, wenn auch die Handelsinteressen uns scheiden, die höhere Politik uns verbinde. Umgekehrt muß man sagen, daß, wenn dort keine Vereinigung zu Stande kommt, hier eine Versöhnung nimmermehr möglich ist. Was nützt es denn, mit Selbsttäuschung die Wunde zu verdecken, statt den ganzen Krankheitsstoff offen darzulegen, wie er hinter und über allen Versicherungen des Gegentheils hervorbricht. Wir sind noch nicht im letzten Stadium angekommen, wir stehen noch in Unterhandlung, wir haben noch Hoffnung, folglich noch — die äußere Form. Lassen wir aber einmal den Handelsbruch zur Wahrheit werden, pflanzt einmal die Schlagbäume der Trennung zwischen dem Norden und dem Süden auf, und glaubt ihr auch dann noch, daß „die höhere Politik" uns verbinden werde, wenn der Feind an den Marken des Vaterlandes erscheint? Und was ist denn diese höhere Politik, während der gesammte Norden und der gesammte Süden aus beiden Lagern gleichlautend den Ausspruch thut, daß die Handelsinteressen von der Politik nicht mehr zu trennen sind? Haben die Schlagbäume einmal unsere Geschicke vollzogen, hat dann noch der Süden ein Interesse dem Norden zu helfen, und hat der Norden ein Interesse rüsten zu lassen, wenn Oesterreich in Gefahr sich befindet? Auf die Gefahr hin, daß von allen Seiten her ein Widerspruch sich erhebe, sagen wir — nein. Die Staatenbündnisse werden durch den Kitt der Interessen geschlossen, und im Falle der Trennung des Nordens vom Süden besteht nicht nur kein Grund zur Hülfe, sondern — sagen wir das furchtbare Wort — zur Vernichtung. Zur Vernichtung führt uns unsere Politik, und Ehre und Größe und Vaterland und Deutschland führt uns keinen Mann über die Schlagbäume hinüber!

Wenn dies wahr ist, dann ist auch die höchste Zeit, daß wir einmal aufhören, uns hineinzugeistern — in die Gefahr großer Worte. Es wäre ein großer Schritt, wenn die preußischen Kammern, ja wenn auch nur einzelne Theile die Nothwendigkeit des Verständnisses aussprächen, denen diesem Grundsatze würde sich dann die Thatsache leicht fügen. Der Anschluß hat Schwierigkeiten, aber Niemand gibt, der dieser Schwierigkeiten wegen den Anschluß nicht will. Es ist die Politik, die nicht will, und grade die Politik ist's, die den Anschluß im Falle der Gefahr haben muß. Gerade die mächtigsten Parteien der jetzigen preußischen Kammern müssen von ihrem Standpunkte aus zu dieser Einsicht kommen.

Während so von Berlin aus sich gehütet werden sollte, die Schiffe zu verbrennen und die Brücke hinter sich abzureißen, sollten die Herren in Wien auf halbem Wege entgegenkommen. Die Möglichkeit der Annäherung hat sich vergrößert, denn wir sind des unseligen Formalismus los, in den die frühere Conferenz so mühsam sich hineinschaffte. Zeigt sich dieser Geist der Versöhnung, dann trete Wien mit dem Werke, dessen die preußische Thronrede erwähnt, des ganzen Zollvereins hervor, und dann erst begebe sich einer der ersten Schöpfer dieses Gedankens, Bruck, nach Berlin, den die Presse zu früh dahin abgehen läßt.

Nassau und sein Verkehr mit Preußen.

II.

Vom Mittelrhein. In einem ersten Artikel haben wir dargethan, daß unsere Eisenindustrie, wenn die Dinge bleiben wie sie sind, unrettbar ihrem Untergange entgegengehe. Wir können mit Preußen nicht concurriren, und sich dieses Ergebnis verhehlen wollen, wäre nicht nur falsche Ehre, sondern hieße sein Geld und Gut zusetzen und sich endlich doch nicht halten können. Ja, ganz anders stünde die Sache, wenn im Handel und Verkehr stets auf gute Waare vorzugsweise Rücksicht genommen würde, allein dies ist eben in der Eisenindustrie nicht der Fall. Geschähe jene Rücksicht, so müßten nassauische Guß- und Eisenwaaren überall ihren wohlverdienten Beifall finden, denn unser Rohstoff ist nicht nur einer der besten der Welt, sondern Nassau verarbeitet auch seine herrlichen Erze mit Holzkohlen, und betreibt die ganze Eisenindustrie mit einer Umsicht und Kenntniß, die unübertroffen dasteht. Schon die „Austria", das „Bremer Handelsblatt" und die „Allgemeine Zeitung" haben gemeinsam die hohe Ausbildung nassauischer Industrie anerkannt und wer in den verschiedenen Werken der Herren Buderus, Lossen, Göbel und Haas, Gebrüder Grisar und Anderer sich umsieht, wird finden, daß diese Werke an technischer Vollkom-

werdrett und wissenschaftlichem Fortschritte zu den ersten ihrer Art in Europa gehören, und Anwendungsmethoden vorhanden sind, die theilweise das Beste übertreffen, was diese Industrie im Auslande aufzuweisen hat. Dies sind Gußwerke und außer ihnen besitzt Nassau noch vorzügliche Puddelöfen zu Dillenburg, Michelbach, Langenschwalbach und Nivern.

Daß nun aber dennoch eine Industrie, die so geleitet wird und solche vorzügliche Waare liefert, von der preußischen gleichen Industrie überflügelt wird, kommt einfach von dem erwähnten Umstande größerer Wohlfeilheit her, größere Wohlfeilheit aber gewinnt über die größere Güte auf dem Markte die Oberhand. Der wenigste Käufer ist im Stande, die größere oder geringere Güte der Eisenwaare beim Kaufe so zu prüfen, wie er die Stärke und Dauerhaftigkeit bei den übrigen Kaufgegenständen schon durch bloßen Anblick und durchs Gefühl zu unterscheiden im Stande ist, während bei dem Eisen, das zu eisenfest ist, diese Eigenschaft vorausgesetzt und der Kauf von der größeren Wohlfeilheit abhängig gemacht wird.

Außer der Eisenindustrie ist der Getreidebau in Nassau nicht ohne Interesse, allein der Absatz des Getreides geht nicht nach Preußen, das der nassauischen Zufuhr nicht bedarf, und in jenen Fällen, wo Preußen des nassauischen Getreides einmal bedürftig wäre, würde eine Trennung beider Länder für diesen Gegenstand weder Zollschranken hervorrufen, noch den Verkehr auf dem Rheine hemmen können. Also rücksichtlich des Getreides tritt in den Verkehrsverhältnissen keine Aenderung ein.

Was den Wein betrifft, so findet ein Absatz nach dem Norden nur in den besseren Sorten statt, dieser Handel aber wird durch den Bruch des Zollvereins nicht aufgehoben. Die geringern Weine bleiben theils im Lande, theils werden sie von der nahen Nachbarschaft verbraucht, so daß also auch rücksichtlich dieser Weine eine Aenderung durch den Bruch nicht bewerkstelligt. Daß aber der Weinhandel der besseren Sorten nicht gefährdet wird, geht theils aus der Natur dieser Weine, theils aus der jetzt schon bestehenden Erscheinung dieses Handels hervor. Unsere Weine sind die ersten ihrer Art und haben eine solche hervorragende Eigenthümlichkeit, daß sie entweder gar keine, oder aber keine ausgedehnte Concurrenz zu bestehen haben. Die französischen rothen Weine sowie der Champagner sind ihrer Art nach so auffallend verschieden, daß beide Weine auf demselben Markte sich entweder von nassauischen Weinen gänzlich ausschließen, oder eben alle drei Arten für dieselbe Tafel von demselben Käufer gekauft werden. Dieses Naturverhältniß bleibt auch im Falle einer Zolleinigung gegenüber den ungarischen Weinen unverändert fortbestehen, und eine Concurrenz der geringeren ungarischen mit den geringeren nassauischen Weinen anzunehmen, verräth eine solche auffallende Unkenntniß, daß der Anstand gebietet, davon im Ernste nicht zu sprechen.

Die Branntweinbrennereien von Nassau sind in ihrem Handel nach Preußen durch einen doppelten Umstand gedrückt und beinahe erdrückt, indem theils die Uebergangssteuer den Handel erschwert, theils und vorzugsweise durch die großen Brennereien Preußens die Kleingeschäfte Nassaus vollständig überholt wurden. Der Grund zu dieser Erscheinung liegt ganz nahe, denn die großen Brennereien brennen wohlfeiler durch ihre Ausdehnung, und da sie an Güte dieselbe Waare herstellen, so ist eine Concurrenz des Kleingeschäfts mit dem Großen in diesem Artikel nicht haltbar.

Mastvieh geht aus Nassau nach Preußen monatlich nur noch ungefähr 30 bis 40 Stücke. Früher war der Handel bedeutender, allein der Ausfall an Kartoffeln — der leider ein regelmäßiger zu werden droht — hat diesen Verkehr beschränkt. Dieser Absatz nach Preußen ist aber kein nothwendiger, da das Mastochsenfleisch des Westerwaldes wegen seiner besonderen Schmackhaftigkeit gesucht wird, und also die vielen Städte am Rhein und Main für diese kleine Anzahl nassauischer Ausfuhr vollen Absatz darbieten.

Töpferwaaren sind ein bedeutender Artikel, allein ihr Handel wird durch keine Zolllinie gefährdet. Nassau ist nämlich, mit Ausnahme einiger auf der Grenze liegender Gruben, im Alleinbesitze der Thonlager, und dieser Thon ist in seiner Art ebenso ausgezeichnet als Nassau's Erze. Dieser Thon geht massenhaft nach Preußen und Holland, und versieht die dortigen Fayencefabriken und feuerfeste Ziegelbrennereien mit dem best möglichen Rohstoffe, den sich jede Zollgesetzgebung gerne erhält. Käme es jemals zu einem Bruche des Zollvereins, so könnten mit diesem herrlichen Stoffe in Nassau selbst erträgliche Unternehmungen gegründet werden, um im Lande selbst darzustellen, was jetzt mit nassauischem Thone im Auslande bereitet wird. Aehnlich wie mit dem Thone steht es mit dem

Braunstein, welcher stark versendet wird, allein als Rohstoff nach wie vor seinen Absatz ins Ausland und über die neue Zollinie hinaus behalten müßte.

Sie ersehen aus meiner ganzen Darstellung, daß der gefürchtete Bruch furchtbar für den ganzen Süden und noch furchtbarer für den ganzen Norden werden kann und wird, daß aber Nassau in der Lage ist, diesem Ereignisse mit einiger Ruhe entgegensehen zu können. Nassau hat die Sache nicht verschuldet, Nassau will den Bruch nicht, und was könnte auch dieser Staat für einen Grund haben, diesen Bruch zu wollen? Allein wenn es zu diesem nationalen Unglücke kommt, so zieht Nassau, wenn man überhaupt dann noch von Vortheil reden darf, eher Vortheil als Nachtheil aus diesem Unglücke. Daß aber dennoch so viele Bewohner Nassau's, und ich selbst, für Erhaltung des Zollvereins sind und Bittschriften deßhalb an die Regierung richten, darüber das nächstemal noch ein kleines Schlußwort.

Staatsverträge über Nachdruck.

III.

Der literarische Schutz und die Presse.

Soviel dürfte feststehen, daß ein zweifaches Extrem vom Buchhandel abgehalten und sich also sowohl dagegen ausgesprochen werden müßte, die Idee des Eigenthums auf Geisteswerke zu übertragen, als auch dagegen, die Geisteswerke der Gewerbefreiheit preiszugeben. Dem ersteren Extreme wird jetzt gerade wieder das Wort geredet, während das zweite der Zustand Deutschlands war, bis der deutsche Bund dem Unwesen etwas steuerte. Aber auch diese frühere Freibeuterei liefert den Beweis, daß man mit der Eigenthumsidee nicht helfen könne, da alle Versuche, die wissenschaftlich gemacht wurden, das Eigenthumsrecht auf Geisteswerke darzuthun, ungenügend waren, um die Gerichte zu bestimmen, dem Nachdrucke das schändliche Gewerbe im eigenen Vaterlande zu legen.

Deßhalb bleibt nichts anderes übrig, als durch einen förmlichen Ausspruch der Gesetzgebung dem Buchhandel einen Schutz zu verschaffen, dessen er bedürftig ist, wenn er der Unredlichkeit nicht zur Beute werden soll. In diesem Schutze hat die Gesetzgebung ein Recht und eine Verbindlichkeit, ohne daß sie sich dazu von dem Eigenthume erst ermächtigen zu lassen nöthig hätte. Der Staat gewährt ebenso der Ehre den Schutz seiner Gesetze, ohne daß der Einzelne von einem Eigenthumsrechte auf seine Ehre sprechen kann, und wird dieser Schutz in ausreichendem Maße gewährt, so ist ja der Zweck erreicht.

Diesen Weg schlug nun das deutsche Bundesrecht wirklich ein und gewährte den Geisteswerken Schutz und Sicherheit, indem der Nachdruck als verboten erklärt wurde. Die Bundesgesetzgebung bietet aber den Mangel dar, daß sie in vielen Stücken als lückenhaft erscheint, und mit Uebergehung anderer Fälle erinnern wir nur an die in jüngster Zeit entstandene Klage über Nachdruck der telegraphischen Nachrichten. Ueberhaupt ist es die Presse, welcher sich wegen des Nachdrucks die Gesetzgebung noch nie besonders angenommen hat, und ihr gegenüber besteht noch immer der Zustand obiger vollkommener und unbeschränkter Gewerbefreiheit. Und dennoch wäre hier ein Eingreifen um so nothwendiger, als bei der Massenhaftigkeit der Blätter es endlich dahin kam, daß ein

Raubsystem sich förmlich ausbilden mußte. Jene Menge öffentlicher Organe und dieser wechselseitige Nachdruck liegt gleich nahe und hängt innigst mit dem ganzen deutschen Wesen zusammen. Wir haben einmal keinen Sinn des Gemeinsamen und alles löst sich bei uns schnell ins Einzelne auf. Statt also uns instinctmäßig an Hauptblätter anzuschließen, muß jedes Städtchen sein Blättchen haben. Da aber das Blättchen nichts hat, so verlegt es sich aufs Holen, und läßt des Andern Quelle, Zeichen, Ort und Name weg, und gibts für eigne Waare. In den telegraphischen Mittheilungen ist nichts zu ändern, daher sie ganz abgedruckt und dadurch die großen Organe nicht nur um ihr theueres Geld gebracht, sondern sie selbst gefährdet werden und mit ihnen alles, was mit ihnen zusammenhängt, nämlich Gründlichkeit, Ernst, Solidität, Gemeinsamkeit einer deutschen Ansicht und selbst die Möglichkeit eines Verständnisses, da letztere vom Dasein gemeinsamer und durchlaufender Organe mitbedingt ist.

So geht also die Frage des Nachdrucks in die wichtigsten Fragen des Staates über, und es lohnt sich schon einmal der Mühe, diesem Gegenstand die Aufmerksamkeit des Gesetzgebers und Staatsmanns zuzuwenden. Es ist zweifelhaft, ob die Bundesgesetzgebung sich auf den Nachdruck durch die Presse bezieht und während der Ausdruck im Bundesgesetz von 1837:

„literarische Erzeugnisse aller Art dürfen ohne Einwilligung nicht veröffentlicht werden,"

für Bejahung zu sprechen scheint, scheinen andere Ausdrücke des Gesetzes die Presse von ihrem Schutze ausschließen zu wollen. Es lassen sich jedoch mehr und bessere Gründe für das Unrecht des Nachdrucks anführen, und würden Klagen, für deren Erhebung wir uns aussprechen möchten, bei Gericht zurückgewiesen, so wäre Veranlassung gegeben, ein allgemeines Ergänzungsgesetz beim Bunde auf geeignete Weise in Anregung zu bringen.

So steht die Frage für das Inland, welches hier Gottlob mit ganz Deutschland gleichbedeutend ist, aber wesentlich davon verschieden ist die Frage, ob der Schutz, den die deutsche Gesetzgebung den gesammten literarischen und artistischen Werken in vollem Maße im Inlande ertheilen muß, auch dem Ausland gegenüber in gleicher Weise ertheilt werden sollte? Liegen hier gleiche Verhältnisse vor, welche Gründe sprechen für, welche entgegen, und auf wessen Seite neigt sich die Waage?

Frankreichs Handel

in den Hauptgegenständen während der ersten 10 Monate von 1852.

		Metrischer Centner = 200 Zollpfd.		
		1852	1851	1850
Baumwolle	Einfuhr	648,000	500,000	518,000
„ Gewebe weiße	Ausfuhr	23,200	23,300	17,000
„ „ gefärbt, gedruckt	„	23,800	23,500	23,000
„ „ Tülle	„	198	312	149
Wolle	Einfuhr	247,000	154,000	184,000
„ Tücher, Cassimirs u. Merinos	Ausfuhr	13,900	15,600	12,500
„ Andere Wollwaaren	„	22,300	21,600	21,000
Seide, gregès	Einfuhr	12,000	6,700	8,000
„ Moulinées	„	6,600	4,500	4,900
„ bourre de soie	„	3,600	3,800	4,300
„ Seidenwaaren	Ausfuhr	15,800	14,500	14,700
Leinen, Garn	Einfuhr	9,000	8,000	7,000
„ Leinwand	Ausfuhr	10,500	10,400	8,300
Steinkohlen	Einfuhr	21,000,000	20,000,000	19,500,000
Gußwaaren	„	378,000	283,000	257,000
Kupfer	„	68,000	51,000	63,000
Zucker aus französischen Colonien	„	529,600	410,000	412,000
„ aus fremden Ländern	„	260,500	190,900	197,000
„ raffinirter	Ausfuhr	124,000	130,000	117,000
Glaswaaren und Spiegel	„	165,000	174,000	157,000
Wein	„	2,037,000	1,927,000	1,594,000
Branntwein	„	228,000	212,000	188,000
Französische Modeartikel	„	3,500,000	4,000,000	3,000,000

Man sieht, die ersten 10 Monate des Jahres 1852 haben einen Fortschritt gegen die gleichen Monate der zwei vorhergehenden Jahre. Die Einfuhr der Baumwolle, Wolle, Seide, Steinkohlen, Eisenguß und Kupfer ist sehr bedeutend, denn der Bedarf von diesen Rohstoffen war bei der vollauf beschäftigten französischen Industrie außerordentlich. Die Ausfuhr der Seide hat zugenommen, aber abgenommen jene der weißen Wollenwaaren, der Tücher, der Merinos und der Modenartikel. Wein und Branntwein befinden sich in fortwährend steigender Ausfuhr. Die Zuckereinfuhr aus fremden Ländern nimmt zu und man fürchtet für jene aus den eigenen Colonien und für die eigene Zuckerfabrication.

Kurze Rundschau.

1) In Emmendingen (Baden) fand aus Veranlassung und Leitung der landwirthschaftlichen Kreisstelle ein Preispflügen statt. Die Preise für die besten Pflüger bestanden in hübschen Uhren, seidenen Halstüchern. Mit dem Preispflügen war auch eine Ausstellung ländlicher Erzeugnisse verbunden, unter denen sich besonders schöne Obstsorten befanden.

Der Gedanke dieses Preispflügens und der Ausstellung ländlicher Erzeugnisse ist wirklich klassisch zu nennen. Hier wird durch Beispiel, That, Eifer, Ehrgeiz und Belohnung der Landmann zum Fortschritt in der Landwirthschaft hingeleitet.

2) Hier in London, schreibt ein Bremer Berichterstatter, kommt es mir höchst eigenthümlich vor, wenn ich in den deutschen Zeitungen sehe, wie sich manche Leute abmühen, den englischen Freihandel als Muster für Deutschland zu empfehlen. — Alle Analogien fehlen, gleiche Voraussetzungen sind nicht vorhanden, und doch sollen wir nicht nur Gleiches, sondern selbst mehr als England thun, welches nur für jene Gegenstände den Freihandel einführte, worin es andern Völkern überlegen ist, und für alle jene Gegenstände den Schutzzoll beibehielt, worin es irgend etwas für englische Industrie jetzt noch zu befürchten hat.

3) Es läßt sich schwer begreifen — sagt der treffliche Berichterstatter über Leipzig in der Austria — warum die Meßgeschäfte durch die schwebende Zollfrage jetzt schon leiden sollten, denn Niemand kauft seinen Waarenbedarf für eine längere Zeit hinaus, als das Bestehen des Zollvereins jedenfalls noch gesichert ist. Selbst wenn man an einer befriedigenden Lösung der Zollvereinsfrage verzweifeln wollte, müßten die gegenwärtigen Zollvereinsmitglieder, welche ein Ausscheiden fürchten, um so mehr in dem Ankaufe jener Artikel thätig gewesen sein, auf welche die Absperrung nachtheilig wirken könnte. Natürlicher wäre eine Einschränkung in der Fabrikation gewesen, wenn man wirklich diesen Besorgnissen der Zollfrage Raum gegeben hätte, allein davon war in der That wenig zu bemerken.

Nachrichten über Handel und Gewerbe.

—: **Bremens Handelsverkehr mit den Niederlanden.** Unsere Stadt unterhält mit den Häfen des Königreichs der Niederlande einen ziemlich ansehnlichen Verkehr. Amsterdam und Rotterdam sind in Bezug auf Ausfuhr und Einfuhr unsere Concurrenten; doch ist es eine erfreuliche Wahrnehmung, daß Bremens Handel und Schifffahrt in den östlichen Meeren von Jahr zu Jahr bedeutender wird; im Verkehr mit Amerika sind wir bekanntlich jedem holländischen Hafen voraus.

Unsere Einfuhr nach Holland betrug im Jahr 1851 den Werth von 1,499,778 Gulden; der Tabak nimmt davon die erste Stelle ein. Holland

bezog nämlich von Bremen an Tabak in Blättern und Stielen 2,145,338 Kilogramme, im Werthe von 1,004,707 Gulden; an Cigarren 3428 Kilogramme, im Werthe von 13,712 Gulden. Sodann bezog es an Holz, rohen Dauben und feinen Hölzern für 49,922 fl.; von den übrigen Posten sind Getreide nebst Sämereien am bedeutendsten; das übrige vertheilt sich auf Porzellan, Spielwaaren, Kaffee 5756 fl., Reis 54,922 fl., rohes Blei 42,859 fl., Wallfischbarden 6650 fl.) 173 Fässer Wein im Werthe von 6936 fl. 2c. Von jenen 1,499,778 fl. wurden zum Verbrauch in Holland declarirt für 1,122,766 fl.; darunter Tabak für 820,091 fl.

Vollands Ausfuhr nach Bremen stellt sich auf 1,056,320 fl., darunter steht in erster Linie Kaffee für 243,287 fl.; Spirituosen erhalten wir 70,400 fl. (während wir für 9571 fl. nach Holland ausführten); Wachs- und Spermaceticerzen 42,588 fl., Säle für 89,192 fl.; an ungeschorener Baumwolle nur für 16,500 fl.; Reis nur für 17,856; Specereien 19,755; Zucker, raffinirter und Candis, 24,300, Melis 21,792 fl. An Tabak bezogen wir aus Holland für 27,097 fl., an Cigarren für 7388 fl., Thee für 12,095 fl.

Aus Bremen kommend gingen in niederländischen Häfen ein 198 Schiffe; davon 185 mit Ladung, und zwar unter niederländischer Flagge 103, bänischer 1, hannoverscher 73, oldenburger 8. Nach Bremen sind 144 Schiffe ausclarirt worden, davon 116 mit Ladung, und zwar Niederländer 57, Dänen 2, Hannoveraner 48, Oldenburger 6, Bremer 2, Argentiner 1. Man sieht, die Bremer Flagge ist nur wenig betheiligt, weil die bremischen Schiffe zum größten Theil in weiter überseeischer Fahrt beschäftigt sind. Unter bremischer Flagge wurden 1851 in den drei holländischen Häfen Amsterdam 8, Muiden 1, Rotterdam 6, sämmtlich beladen, einclarirt als gekommen von Dänemark 1, Norwegen 1, englisch Ostindien 1, Vereinigten Staaten von Nordamerika 1, Cuba 2, von La Plata 1; ausclarirt wurden 12 Bremer Schiffe. (Br. H. Bl.)

—: Die „Gaceta de Madrid“ veröffentlicht den Ausweis über den **Handelsverkehr in Spanien** während des Jahres 1851, aus dem sich folgende Ergebnisse herausstellen:

Einfuhr im Jahre 1851.	Realen.
Aus Europa	415,992,481
Aus Amerika	259,165,519
Aus Asien	12,490,280
	687,648,280
Einfuhr im Jahre 1850	671,993,640
Unterschied zu Gunsten d. J. 1851	15,654,640
Ausfuhr im Jahre 1851.	
Nach Europa	301,868,481
Nach Amerika	190,592,803
Nach Asien	5,046,148
	497,507,432
Ausfuhr im Jahre 1850	488,566,682
Unterschied zu Gunsten d. J. 1851	8,940,750

—: Von dem **Preußischen** Handelsministerium ist so eben eine übersichtliche Zusammenstellung der **Ergebnisse des Bergbau-, Hütten- und Salinen-Betriebes** im Preußischen Staate in den Jahren 1847 bis 1850 veröffentlicht worden. Es erhellt aus derselben der Stand der gesammten Produktion der Mineralien und der aus derselben gewonnenen Erträge. Von besonderem Interesse erscheint in dieser Beziehung eine Vergleichung der Jahre 1850 und 1847. Im Allgemeinen stellt sich für das Jahr 1850 gegen 1847 eine Vermehrung der Produktion der Brennmaterialien, der Eisenerze, des Zinks, des Bleies, der Kupfererze, des Roheisens, des Drahts, des Roh- und raffinirten Stahls, des Silbers, des Kupfervitriols und des Schwefels heraus; dagegen hat eine Minderproduktion an Manganerzen, Rohbahneisen, Gußwaaren aus Erzen, Stab- und gewalztem Eisen, Blech, Glätte, Garkupfer, Messing, Smalte, Nickel, arsenikalische Produkte, Alaun, Eisen und gemischten Mitriol, Kochsalz und Düngegyps stattgefunden. Im Einzelnen betrug 1850 die Mehrproduktion an Stein- und Braunkohlen 3,228,362 Tonnen, an Kupfererzen 41,174 Tonnen, an Eisenerzen 53,755 Tonnen, an Zink 387,158 Tonnen, an Blei 26,699 Tonnen, an Graphit 3053 Centner, an Roheisen 105,883 Ctr., an Draht 66,091 Ctr., an Roh- und raffiniertem Stahl 22,460 Ctr. Silber wurde 1850 gegen 1847 mehr gewonnen 5998 Mark, Gold 57, Mark. Blei 67,055 Ctr., Zink in Barren 123,936 Ctr., Zinkblech 1059 Ctr., rohes Spießglanz 248 Ctr., Kupfervitriol 660 Ctr., Schwefel 145 Ctr. Die Minderproduktion betrug 1850 3936 Ctr. Manganerze, 30,109 Ctr. Rohbahneisen, 56,435 Ctr. Gußwaaren, 547,025 Ctr. Stab- und gewalztes Eisen, 11,546 Ctr. Blech, 2142 Ctr. Glätte, 1271 Ctr. Garkupfer, 1457 Ctr. Mes ng, 4657 Ctr. Smalte, 60 Ctr. Nickel, 1902 Ctr. Arsenikal-Produkte, 7983 Ctr. Alaun, 2215 Ctr. Eisenvitriol, 1108 Ctr. gemischter Vitriol, 148 Ctr. Kochsalz und 11,184 Ctr. Düngegyps. — Im Jahre 1850 waren für den Bergbau 2063 Betriebsanstalten mit 56,104 Arbeitern im Gange und der Gesammtwerth der Produkte am Ursprungsorte betrug 11 Mill. 618,961 Thlr. (714,290 Thlr. mehr als 1847); der Hüttenbetrieb fand auf 1140 Anstalten mit 32,023 Arbeitern statt und der Gesammtwerth der Produkte betrug 29 Mill. 382,468 Thlr. (6 Mill. 475,952 Thlr. weniger als 1847); der Salinenbetrieb weist 22 Anstalten mit 2062 Arbeitern und einen Gesammtwerth der Produkte von 1 Mill. 343,789 Thlr. (60,200 Thlr. weniger als 1847) nach. Es stellt sich endlich in allen drei Betriebszweigen 1850 gegen 1847 ein Verminderung der Anstalten um 287, der Arbeiter um 1684 und des Produktionswerths am Ursprungsorte um 5 Mill. 701,462 Thlr. heraus.

—: **Die Neidhensche Zuckerfabrik in Stuttgardt.** Man kann sich einen Begriff dieses Geschäfts machen, wenn wir sagen, daß öfters in einem Tage über 500, einmal 563 und einmal 567 Wagen Rüben abgeliefert wurden. Jetzt ist die diesjährige Lieferung beendigt. Volle 190,000 Centner sind abgeliefert und bis die letzten Nachzügler, die täglich noch ankommen, vollends abgeliefert haben, wird das ganze Quantum gegen 200,000 Centner betragen. Bei 30 fr., welche die Heren Neidhen für den Centner bezahlen, fließen somit etwa 100,000 fl. den liefernden Landleuten zu, welche immer sogleich baar ausbezahlt werden.

—: Zu den Schattenseiten des **österreichischen Handelsverkehrs mit den Donaufürstenthümern** gehörten bis jetzt die Placereien und Verleihungen, welchen die österreichischen Handelsleute in der Mauthbehandlung ihrer Einfuhr von Seite der moldau-walachischen Gefällspächter ausgesetzt waren. Um den hieraus entstehenden Differenzen vorzubeugen, ist die k. Agentie in Jassy nach vorläufig eingeholter höherer Ermächtigung mit der fürstlich moldauischen Regierung übereingekommen, in Solilicza während der dortigen Messe eine eigene Commission zur Ueberwachung der Amtshandlungen der Mauthpächter und zur Schlichtung der sich zwischen diesen und den österreichischen Handelsparteien ergebenden Streitigkeiten aufzustellen. Diese Commission wurde aus dem Localgouverneur von Solilicza, einem Delegirten der k. Agentie, einem Beamten der moldauischen obersten Finanzbehörde und einem Bestellten der moldau-walachischen Mauthpachtung zusammengesetzt, und hat ihre Wirksamkeit bereits während der letztgetroffenen Messe, wobei sie Solilicza als in der benachbarten moldauischen Eindruchstation Nimericzeny ausgehalt. Die von derselben getroffenen Vorkehrungen waren so zweckmäßig, daß während des ganzen Marktverlaufes die moldauische Mautzgebahrung mit vollkommener Regelmäßigkeit, Ordnung und Schnelligkeit zur gänzlichen Befriedigung des österreichischen betheiligten Handelsstandes vor sich ging, und bei der höchst beträchtlichen Waarenzufuhr nicht eine einzige bedeutendere Reclamation erhoben worden ist, welche nicht sofort ihre befriedigende Beilegung gefunden hätte. (Oesterr. Corresp.)

—: Einem neuen interessanten Werk über die **Production des Bergbaus in der österreichischen Monarchie** entnimmt man folgende Angaben. Aus den geschichtlichen Andeutungen ergibt sich, daß Gold sich beinahe in allen Ländern der Monarchie findet. Auch die nördlichen Küstenländer des adriatischen Meeres (Görz, Triest und ein Theil des lombardisch-venetianischen Königreichs) waren, wie der Verfasser erwähnt, schon zu Polybius Zeiten wegen ihres Goldreichthums berühmt. Der eigentliche Goldbergbau wird größtentheils durch Aerarialwerke (Staatsanhalten), die Ausbeute durch Wäsche von Privaten betrieben. Die Ausbeute ist im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts (1823—1847) allein um 81.5 Procent gestiegen. Während dieser 25 Jahre wurden in Oesterreich 140,335 Mark feines Gold (nach Abzug der Prägekosten) für 51,231,000 fl. gewonnen, wovon 53.5 Procent die Aerarialwerke und 46.6 die Privatwerke treffen. Die jährliche Ausbeute des Silberbergbaues beträgt nach dem Durchschnitt der Jahre 1843—47 in Ungarn 70,379 Mark oder 64.9 pCt., in Böhmen 29,804 Mark oder 27.5, in Siebenbürgen 5,794 Mark oder 5.2, in Tyrol 675 Mark oder 0.6, in der Militärgrenze 601 Mark oder 0.6, in Galizien 566 Mark oder 0.5, und in Steiermark 437 Mark oder 0.4 der Gesammtproduction. Die Ausbeute der salzburgischen und illyrischen Werke ist unbedeutend. — Im Vergleich zum Jahre 1823 hat sich die Silberausbeute um 74.1 pCt. vermehrt und betrug während dieser 25 Jahre 2,333,541 Mark nach Abzug der Prägekosten im Werth von 55,164,909 fl., wovon nur 7.0 pCt. die Privatwerke treffen. Quecksilber kommt größtentheils aus den berühmten Gruben bei Idrie in Krain, deren Ausbeute im Durchschnitt der letzten fünf Jahre bis 1847 2,092 Centner jährlich betrug. Siebenbürgen liefert höchstens 85 Centner, Ungarn 602 Centner. Seit 1837 wird auch in Steiermark (bei Zolz im Bruker Kreise) Quecksilber, aber in geringer Menge gewonnen.

Druck von August Oesterreich

№ 291. Montag den 6. December 1852.

Der Pränumerationspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestellbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Bezirken der königl. bayerischen Postverwaltungsgebiete 2 fl. 42 kr. = 1 Rthlr. 16½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. 30 kr. = 2 Rthlr. oder 7 Sgr.

2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 15 Sgr. — für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. J. Lamotte in Frankfurt, Braubach Nr. 38, und in Paris das Bureau-Journ de Francfort Nr. 62, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Berliner) mit Beilagegebühr aber keinem Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Entwaffnung und Rüstung.

Und wieder schwankt die ernste Wage,
Der alte Kampf belebt sich neu;
Jetzt kommen erst die rechten Tage,
Wo Korn sich sondern wird von Spreu,
Wo man den Falschen von dem Treuen
Gedräng unterscheiden kann,
Den Unerschrocknen von dem Scheuen,
Den halben von dem ganzen Mann.
Uhland.

Die in unserm Leitartikel vom 2. d. M. (Nr. 289 vom 3. December) geäußerte Ansicht, daß der neue Kaiser der Franzosen trotz des Namens Napoleon der Dritte den rechtlichen Zustand, wie er unter den Nationen seit 1815 sich gebildet hat, anerkennen und aufrecht erhalten werde, hat in der seitdem bekannt gewordenen, an den Senat und den gesetzgebenden Körper am Abend des 1. December gerichteten Rede die glänzendste Bewahrheitung gefunden. Ein feierlicheres Versprechen, die Verträge zu ehren und zu halten, konnte nicht ertheilt werden, nach dem Zeitpunkte, nach dem Orte und nach der Veranlassung: es ist im Angesichte von ganz Europa gegeben und schließt jeden Rückhalt aus. Damit ist auch jeder Vormund beseitigt, der die Anerkennung der neuen Dynastie hätte erschweren können, und sie wird friedlich die hohe Stellung einnehmen, welche Frankreich in der europäischen Gemeinschaft gebührt. So bricht denn auch der Tag an, an welchem zur Entwaffnung geschritten werden kann, zur Minderung der ungeheuern Heere, die bei längerer Bereitschaft die Schätze ihrer Länder nicht mehr im Kriege zu vertheidigen haben, weil sie dieselben im Frieden aufzehren müssen. Es kann dies aber nur eine gemeinsame Maßregel sein und es ist nicht billig, von Frankreich zu verlangen, was man nicht gleichzeitig zu thun entschlossen ist. Der Uebernahme der Verpflichtung von Seiten Frankreichs, die Territorialbestimmungen des Pariser Friedens vom 20. November 1815 unangefochten zu lassen, steht der Verzicht der europäischen Mächte auf diejenigen Verträge gegenüber, welche Frankreich eine Regierung aufdringen, die napoleonische Dynastie für immer ausschließen wollten. Damit ist nun eine neue Grundlage für die internationalen Beziehungen gewonnen, an deren Aufrechthaltung keine Waffenrüstung erforderlich ist.

Das wird auch dann noch eine Wahrheit sein, wenn man behauptet und zugesteht, daß noch gar manche Keime der Zwietracht vorhanden sind, die bei günstiger Gelegenheit in wilden Flammen aufschlagen kann. Die traditionelle Politik Frankreichs, die seit Richelieu sich unabhängig von Regierungsformen, Regenten und Dynastien erwiesen, die den dreißigjährigen Krieg geschürt, die Brandfackel in die Pfalz geworfen, das Reich der Deutschen vernichtet, und Karl dem X. die Allianz mit Rußland im Jahr 1828 gegen Oesterreich eingegeben hat: der Egoismus der englischen Regierung, der seine Rechnung bei fortdauernder Ruhe auf dem Continent nicht finden kann, die Kriegslust der Russen, die nach Siegen und nach Niederlagen zu gewinnen gewohnt sind, und der Ehrtrieb, der über die im Berliner Vertrage begrenzte türkische Herrschaft im Orient, sich heute oder morgen entgünden wird!

Die Ereignisse, welche sich aus allem dem entwickeln können, müssen uns gerüstet finden, sie müssen vorzüglich Deutschland gerüstet finden, weil es unter allen Umständen der Schauplatz des Kampfes sein wird, und immer in Gefahr steht, nach seiner Beendigung bei dem großen Concurverfahren die Ausgleichung und Entschädigung zu leisten.

Muß aber diese Rüstung in unermeßlichen Heeren bestehen? Gibt es keine bessere Bürgschaften für Erhaltung des Ansehens, der Achtung und des Gewichtes? Wir glauben das Gegentheil! Die besseren Bürgschaften liegen in der Zufriedenheit der Völker mit ihren Zuständen, in dem Vertrauen, welches ihnen ihre Regierungen einflößen, in der Anhänglichkeit, die die Frucht desselben ist. Die Fürsten mögen ruhig schlafen, nun welche die Volksliebe den Wall bildet, und was den Heeren nie gelungen, das hat ein begeistertes Volk schon oft gethan. Bei dem Beginne der Revolutionskriege waren die Heere der Alliirten an Zahl, an Rüstung, an taktischer Bildung, an erfahrenen Führern den Franzosen weit überlegen, aber der Sieg fiel diesen zu: und wenn im Jahre 1813 und 1814 sich nicht Preußen wie ein Mann erhoben und in seiner Begeisterung das übrige Deutschland fortgerissen hätte, so würden die französischen Adler wohl eher zum drittenmale am Niemen erschienen sein, als die russischen Fahnen jemals in Paris.

Der Gehorsam wird die freiwillige Hingebung nie ersetzen. Was aber sehen wir in Deutschland? Mit den unberechtigten sind auch die berechtigten Wünsche niedergeschlagen; keine von den Verheißungen, die das Volk in die altgewohnte Bahn des Vertrauens lenkten, ist in Erfüllung gegangen, und es wird der Welt das widerliche und traurige Schauspiel vorgeführt, wie nach kaum bestandener großer Gefahr, statt des demüthigen Dankes, Jeder wieder mit Gram und Kummer seine kleinen Sorgen und Interessen hütet und verfolgt. Ihr, die ihr glaubt, dem Labyrinthe entkommen zu sein, die ihr seid noch mitten darin, und gleich dem Zauberlehrling habt ihr auch das Wort verloren, welches die Pforte öffnet. Es heißt Einigung! Mit dieser vermögen wir Alles! ohne sie nichts, und wenn auch kein Napoleon den französischen Thron bestiegen hätte. Der deutsche Bund ist eine todte Form, die seit 37 Jahren auf Belebung wartet: die Bundesacte eine Registratur trefflicher Grundsätze, deren Anwendung bisher unterblieb. Der Bund ist ein Bund der Fürsten. So mögen sie ihm denn Leben geben: denn wird das Volk ihn lieben: denn man liebt nur das, was lebt.

Deutschland.

*) **Wien**, 2. Dec. Der Staat hat in letzterer Zeit bedeutende Rückzahlungen an die Nationalbank gemacht und erst neuerlich wieder eine solche im Betrag von einer und einer halben Million aus den Zuflüssen des jüngsten Anlehens geleistet. Dieser Umstand machte es möglich, daß die Bank, wie der heute vorgetragene Rechenschaftsbericht für den Monat November darthut, von dem Banknotenumlauf 1,406,936 fl. einziehen konnte. Nichtsdestoweniger nahmen die Geschäfte im Escompte um 38,240 fl., und die Vorschüsse auf Staatspapiere um 604,900 fl. zu. Der Vorrath an Metallmünze vermehrerte sich zwar um 1,363,624 fl., was doch bei der beträchtlichen Abnahme des Banknotenumlaufs von geringer Bedeutung erscheint. Der jetzige Stand der Nationalbank stellt sich im Vergleich zum vorigen Monat folgendermeise dar. An bankmäßig geprägter Conventionsmünze und in Silberbarren besteht ihr Vorrath in 43,359,473 fl., während er am Ende October 43,523,097 fl. gewesen; die escomptirten Effecten, verfallen zwischen 5 und 92 Tagen, betragen 27,121,289 fl. und waren im October 26,887,031 fl.; das Wiener Ausbilfscomité gebahrte mit einer Summe von 3,589,564 fl. (im October 3,357,382 fl.); die Fillalkasse in Prag verwendete im October 1,332,823 fl., in Brünn 1,036,000 fl., in Pest 2,020,573 fl. und in Linz 227,472 fl., während diese Beträge im abgelaufenen Monat sich in der Gesammtsumme von 5,115,869 auf 5,147,032 fl. erhöhten, und namentlich in Prag und Linz nun ein Bedeutendes zunahmen, während die Pester Fillalanstalt um 119,466 fl. zurückblieb. Die so häufig vernommenen Klagen, daß die Nationalbank überhaupt zum Nachtheil des Verkehrs und der Industrie ihre Escompte beschränkt habe, erscheinen daher unzeitig und ungerecht. Die Vorschüsse gegen statutenmäßig deponirte inländische Staatspapiere betrugen 16,591,000 fl. (im October 15,776,100 fl.); hätte an einige Gemeinden 750,000 fl. (im October 760,000 fl.). Die Forderungen an den Staat für die Einlösung des W. W. Papiergeldes belaufen sich im Ganzen auf

69,896,626 fl. (so auch im October), und in der sogenannten zusammengezogenen Schuld, welche im October 65,500,000 fl. betrug, nur mehr in 64,000,000 fl. Von dem Darlehen zur Unterstützung mittelloser Gewerbsleute wurden seit dem October 4000 fl. zurückbezahlt, und dasselbe beläuft sich noch auf 786,000 fl. Der Bankvotenumlauf besteht gegenwärtig in 199,143,234 fl., und war am Ende October 200,550,170 fl.

In Venedig ist das Gerücht verbreitet, daß seit einigen Tagen die kriegsrechtliche Commission zu Mantua ihre Urtheile über die politischen Verbrecher gesprochen und zur Sanction eingegeben habe. Zehn davon sollen auf den Tod lauten, die übrigen auf mehrjährige Kerkerstrafe. Man spricht auch, daß unter den zum Tode Verurtheilten sich drei Geistliche befinden, für die einige Bischöfe jedoch die Gnade des Kaisers erbitten wollten. Der Monarch sah aber gerade in den Ränken und Umtrieben des italienischen Klerus das größte Hinderniß zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung, es soll daher seine Antwort kurz und ablehnend gelautet haben; nur verschärft er, daß in jedem Fall die Vorschriften des canonischen Rechts befolgt werden würden. Die meisten der Ueberführten vergingen sich vorzüglich durch Ankauf und Verbreitung Mazzinischer Briefe. Viele derselben sollen von den wohlhabenden Standen an; aus Venedig befinden sich darunter ein Advocat, ein Chirurg, ein Gutsbesitzer und einer der thätigsten Kaufleute. — Der Scharfrichter begab sich gestern Abend mit seinen Gehilfen eilig nach Udine, wohin er auf telegraphischem Wege zu einer Execution gerufen wurde. Wahrscheinlich wird es sich um ein gewöhnliches Verbrechen, Mord oder dergleichen handeln. (A. Z.)

ℵ **Berlin**, 3. Dec. Der französischen Regierung ist die Berliner Presse durchaus nicht gleichgiltig, doch sind die Bemühungen ihrer Agenten, die Presse günstig für sie zu stimmen, nicht von dem gewünschten Erfolge gewesen; ein preiß wenigstens bestimmt, daß Eröffnungen an zwei Orten, an deren Meinung ihnen ganz besonders gelegen war, kein geneigtes Ohr gefunden haben. Die französischen Zustände beschäftigen die hiesigen Kreise immer mehr und mehr, und man hat über dieselben, namentlich über die Stimmung in den Departementen, zuverlässigere Nachrichten, als die hierüber sehr zurückhaltenden öffentlichen Blätter es ahnen lassen. Die hiesige literarische Sonntagsgesellschaft (Tunnel genannt) feiert am nächsten Sonntag ihren 25jährigen Gebrtstag. Man erwartet dazu, außer Saphir aus Wien, ihren Stifter, Bundesglieder aus allen Theilen Deutschlands, z. B. Franz Kugler, Emanuel Geibel, Schneckenburger, Heinrich Smidt u. v. A.

Wiesbaden, 4. Dec. Von nächstem Montag den 6. December an wird Se. Hoh. der Herzog das hiesige Palais wieder als Winterresidenz beziehen.

Frankreich.

† **Paris**, 3. Dec. Die Feierlichkeit der Proclamation des Kaiserreichs gestern früh um 10 Uhr auf dem Stadthause war überaus imposant. Schon von 9 Uhr an drängten sich Menschenmassen auf den Quais, dem Platze und den anstoßenden Straßen. Die so schöne Vorderseite des Rathhauses war für die Ceremonie mit neuem Glanze angethan. Mehr als hundert in Trophäen gruppirte Fahnen, Wappenschilder, wehende Banner, vergoldete Adler verschmückten die Balcongitter, die Fenster und die Vorsprünge des Gebäudes. Am großen Ehrenthore war eine mit Sammt überdeckte Estrade für den Seinepräfecten und die städtischen Behörden errichtet. Hinter dieser Tribüne glänzten reiche Tapeten von Purpursammt, mit goldenen Sternen und Bienen besäet, und in der Mitte die Kaiserchiffre. Auf dem Platz hatte man sechs venetianische Masten in den Nationalfarben aufgestellt; auf den Schildern las man die Namen der Schlachten von Rivoli, Montenotte, Austerlitz, Pyramiden, Arcole, Lodi, Marengo und Friedland, in denen Napoleon siegte. In einer andern Decoration sah man vier allegorische Figuren, welche das kaiserliche Wappen und die Attribute des Kaiserthums hielten. Um 10 Uhr verfügte sich der Seinepräfect, von Gemeinderathe, den Bürgermeistern u. s. w. umgeben, in feierlichem Zug auf die Estrade. Die auf dem Platze in Schlachtordnung aufgestellten Truppen, aus drei Linienregimentern und einem Bataillon Nationalgarde bestehend, präsentirten bei seinem Erscheinen unter Trommelwirbel das Gewehr. Die Trümmer der Kaiserherre mit ihrem violetten Banner und die Adjutor des fliehenden Exiets, ihre Fahne voran, beantworteten den Trommelwirbel mit donnerndem Kaiserrufen. Auf gegebene Zeichen kündigten die an drei Orten aufgestellten Batterien der Pariser Bevölkerung den Augenblick der Proclamirung Napoleons III. an. Der Seinepräfect trat nun an den Rand der Estrade und verlas mit starker Stimme die Proclamirung des Kaiserreichs. Als er die Verlesung beendigt hatte, widerhallte der Platz von dem gewaltigen Rufe: „Es lebe der Kaiser!“ den die Beamten, die Truppen und das Volk begeistert erschallen ließen. Die Truppen zogen unter steten Kaiservivats, die von jedem Zuge ausgingen, an dem Seinepräfecten vorbei, während sämmtliche Musiken die Lieblingsmelodie der Königin Hortense spielten. Nach dem Abmarsch der Truppen begann das Defiliren des Volks; nie sah man solche Begeisterung von Seiten der arbeitenden Klassen. Ein Festmahl von 200 Gedecken war im Thronsaal für die Behörden der Stadt und des Weichbildes in Bereitschaft. Beim Nachtische hielt der Seinepräfect eine Anrede, die mit dem lebhaftesten Beifall und den wiederholten Rufen: „Es lebe Napoleon III.! Es lebe unser Kaiser!“ aufgenommen wurde. — Auf dem Wege von Saint-Cloud nach Paris wie bei seinem Einzug in die Hauptstadt und nach den Tuilerien rief Napoleon immer allein, indem er zwischen sich und seinem Gefolge eine Entfernung von wenigstens fünfzehn Schritten ließ. Eine ihm von einem Mann, der aus der Menge hervortrat, dargereichte Bittschrift nahm er huldvoll an. Vom Palastgitter bis zur Brücke in Saint-Cloud wurden ihm etwa ein Dutzend Bittschriften überreicht, und eben so freundlich angenommen. Auf dem ganzen Weg von Saint-Cloud nach Boulogne bildeten die Volksmassen Spalier und unabläßig erschallten die begeistertsten Hochrufe auf den Kaiser. Hinter Napoleon ritt ein Generalstab, der fast alle militärischen Berühmtheiten Frankreichs in sich schloß und aus etwa 300 Personen bestand. Während des Einzugs in Paris begleitete den Kaiser bis zu den Tuilerien der einzige noch seinen Nachdruck und seine Dauer gewaltige Ruf: Es lebe der Kaiser! Es lebe der Retter des Vaterlandes! Alle Klassen, alle Stände, das Volk von Paris und das der Bannmeile, die Veteranen und die Arbeitercorporationen, wie die Truppen und die Nationalgarde vereinigten sich in diesen begeisterten Zurufen. Napoleon schien erfreut über diesen Empfang; seine ernsten Züge überflog ein Lächeln der Zufriedenheit, welches den Jubel verdoppelte. Im Tuileriengarten waren schon früh die Alleen und Terrassen mit Menschen gefüllt; von Zeit zu Zeit hießen die Regimentsmusiken. Der große Balcon des Pavillons de l'Horloge war prachtvoll mit Sammtteppichen ꝛc. geschmückt. Als die Kanonenschüsse des Kaisers Ankunft anzeigten, ward die dreifarbige Fahne auf dem Schloß aufgepflanzt; die kaiserliche Familie stellte sich an die Fenster des Palastes und auf den Balcon. Der Ex-Emir Abdel-Kader stand an einem Schloßfenster. Sobald der Zug sich zeigte, wurden unter donnernden Kaiservivats alle Hüte geschwenkt. Als der Kaiser am großen Bassin vorbei war, entblößten die Mitglieder der kaiserlichen Familie die Häupter und die Damen grüßten mit ihren Taschentüchern. Abdel-Kader gab seine Dankbarkeit für Ludwig Napoleon auf herzliche Art kund. Im Hof und auf dem Carouselplatz, wo der Kaiser Revue über drei aufgestellte Truppen hielt, empfing ihn der nämliche Jubelruf. Nach der Revue stieg der Kaiser in die Säle hinauf und zeigte sich, von der kaiserlichen Familie umgeben, auf dem Balcon. Von neuem erschallten Vivats für ihn und die kaiserliche Familie.

Belgien.

Brüssel, 1. Dec. Der Senat hat heute den Bericht seiner Commission über den Gesetzentwurf wegen Umwandlung der 5pCt. Anleihen in 4½pCt. angehört und sofort die für dringlich erklärte Discussion begonnen, welche mit einmüthiger Annahme endigte. Man sieht der Veröffentlichung des Gesetzes schon im morgenden „Moniteur“ entgegen.

Großbritannien.

London, 1. Dec. Mit den Rüstungen scheint es dem Ministerium Ernst zu sein, und daß man auch auf der Börse ein vermehrtes Militärbudget erwartet, zeigt die Stimmung daselbst, die wohl einige Zeit gedrückt bleiben dürfte. Auf den gestrigen Artikel des ministeriellen „Herald“, der eine Vermehrung von nur 300,000 Pf. St. im Departement der Kriegsdampfflotte in Aussicht stellt, folgen in demselben Blatte heute mehrere zerstreute kleine Notizen, die nicht mit Stillschweigen übergangen werden dürfen. So heißt es auf der einen Seite, der Schatzkanzler wolle eine Vermehrung bei der Marine im Betrag von 1500 Mann fordern; damit wird der: die Landartillerie solle verstärkt werden, und zwar mit 2000 Mann, 1000 Wagen und Pferden, nebst Munitionsfarren für 200 Geschütze; endlich: es seien Befehle ertheilt worden, mit den Vorbereitungen zur Errichtung von Batterien auf der Insel Wight zu eilen und die Werke so rasch als möglich in Angriff zu nehmen. Es läßt sich heute schon mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagen, daß alle Forderungen des Schatzkanzlers im Punkte der Landesvertheidigung vom Parlament ohne allzu große Schwierigkeiten bewilligt werden dürften. — Der preußische Gesandte gibt heute im Gesandtschaftshotel eine große Soirée zu Ehren des Herzogs v. Cambridge, des Bischofs Hardinge, des Earl v. Malmesbury und der preußischen Generale, die zur Leichenfeier des Herzogs v. Wellington hierhergekommen sind.

Neueste Nachrichten.

ψ **Frankfurt**, 5. Dec. Sicherm Vernehmen nach dürfte demnächst der Bürgerausschuß seine Ergänzung durch Besetzung der vacanten

zwölf Plätze bewerbsfähig. Bei dem vermutheten Austritt mehrerer der ältern Mitglieder würden in einiger Zeit weitere Wahlen erforderlich werden. Nach Vorschrift der Constitutionsergänzungsacte werden zur Wahl eines Mitgliedes dieser Behörde durch den Bürgerausschuß aus seiner Mitte sechs Personen gewählt, welche mit sechs von den 45 Bürgern der gesetzgebenden Versammlung gewählten Personen das Wahlcollegium bilden. Dieses wählt nun nach absoluter Stimmenmehrheit die drei Candidaten, über welche die Kugelung entscheidet.

Die am 21. November begonnenen Missionspredigten der Redemptoristen werden heute geschlossen. Die katholische Bevölkerung der benachbarten Orte hatte sich massenweise bei diesen Predigten eingefunden und namentlich muß hier des drei Stunden entfernten Städtchens Oberursel erwähnt werden, dessen Einwohner zum größern Theil in der Kirche anwesend waren.

Gestern befand sich der Kriegszeugamtsactuar und Rechnungsführer, Herr Hauptmann Rumpff, in Folge seiner Freisprechung wieder auf seinem seit einer langen Reihe von Jahren so ehrenvoll bekleideten Posten. Eine Anerkenntniß der Unbescholtenheit dieses Mannes durch öffentlichen Act dürfte im Interesse sämmtlicher dieser Staatsdiener liegen und würde von vielen Seiten mit Beifall aufgenommen werden.

In der gestern Vormittag verhafteten Weibsperson erkannte man eine hier schon mehrfach wegen Gaunerei und Schwindelei bestrafte Bagabundin, Namens Sell, von Goldbach in Bayern. Dieselbe war vor mehreren Jahren aus dem hiesigen Zuchthspital in Begleitung einer andern Weibsperson entsprungen und steckbrieflich verfolgt worden.

* **Wien**, 3. Dec. Nach dem „Czas" soll Marschall Radetzky in den Fürstenstand erhoben werden. — Dem zum k. k. Gesandten am Berliner Hof ernannten Herrn Grafen Friedrich Thun wurde den vorgestern in der ihm von Sr. Majestät ertheilten Audienz die beglaubigten Creditive eingehändigt; der Herr Graf wird dieser Tage auf seinen neuen Posten abgehen.

2 **Berlin**, 4. Dec. Herr v. Bruck wird, wie man hört, übermorgen hier erwartet. Man glaubt, daß er mit dem Grafen Thun zu gleicher Zeit eintreffen wird. In Betreff der Vorschläge, welche Oesterreich durch Hrn. v. Bruck in der handelspolitischen Angelegenheit machen wird, hört man noch nichts. Aus den in so freundlichem Tone abgefaßten Eröffnungen, welche vom österreichischen Cabinet in der jüngsten Zeit gemacht worden sind, soll sich auch nichts Bestimmtes hinsichts dessen, was Oesterreich nunmehr will, schließen lassen.

* **Berlin**, 4. Dec. Die zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Wahlen der beiden Abgeordneten von Köln, Herren Landgerichtsrath Bürgers und Kanzler v. Groote, mit 165 gegen 155 Stimmen für ungiltig erklärt, weil für 33 Wahlmännerwahlen keine Urwählerabtheilungen gebildet worden. Die Wahl des Präsidenten findet am Montag statt.

⁂ **Weimar**, 4. Dec. Ein im „Frankfurter Journal" enthaltener und in andere öffentliche Blätter übergegangener Artikel aus Weimar gibt der hiesigen Leitung Veranlassung zu folgender Berichtigung: In auswärtigen Zeitungen cursirt die Nachricht von einem Ausspruche, den der kaiserl. österreichische Gesandte in Berlin, Baron v. Koller, kürzlich hier gemacht habe, um mit der hiesigen Regierung wegen der Zollverhältnisse zu unterhandeln. Wir können aus bester Quelle versichern, daß keinerlei Unterhandlungen der Regierung mit Herrn v. Koller stattgefunden haben; überhaupt ist von einer Anwesenheit des gedachten Diplomaten in Weimar hier durchaus nichts bekannt.

Stockholm, 26. Nov. Das Befinden des Königs scheint in das Stadium einer entschiedenen Besserung eingetreten zu sein. Während der drei letzten Tage hat das Fieber abgenommen und der König genoß zu wiederholtenmalen eines ruhigeren Schlafes.

2 **Paris**, 4. Dec. Der „Moniteur" zeigt heute an, daß der Kaiser gestern den Marquis v. Antonini, Gesandten des Königs beider Sicilien, in den Tuilerien empfangen hat, um die Schreiben von dessen Souverän entgegenzunehmen, welche den bisherigen neapolitanischen Gesandten als solchen am Hofe Napoleons III. bestätigen. — Der türkische Gesandte Billy-Pascha hat aus Anlaß der Proclamation des Kaiserreichs seinen zahlreichen Gesandtschaftspersonale ein großes Diner gegeben, bei welchem Napoleon III. und dem Sultan Toaste dargebracht wurden. — Lord Cowley, der britische Gesandte, ist von London, wo er mehrere Tage auf Urlaub zugebracht, hierher zurückgekehrt.

Ein vom 2. Dec. datirtes kaiserliches Decret betrifft eine Reihe von Ernennungen und Beförderungen in der Marine.

Das „Bulletin des Lois" enthält zwei Decrete, welche die zwischen Frankreich einer- und dem Großherzogthum und der Landgrafschaft Hessen anderseits abgeschlossenen Verträge zum gegenseitigen Schutz des literarischen und musikalischen Eigenthums in den genannten drei Staaten promulgiren.

Laut Angabe des „Moniteur" hat der Kaiser aus seiner Privatkasse 200,000 Fr. dem Minister des Innern, Ackerbaues und Handels zu dem Behuf zur Verfügung gestellt, betreffenden Familien die Zurücknahme von Findlingen aus den verschiedenen Anstalten Frankreichs zu erleichtern. Nach des Kaisers Willen sollen alle Departemente an dieser Wohlthat theilnehmen und Napoleon hat selbst bezüglich geeigneter Verwendung seine Bestimmungen getroffen.

Der Erzbischof von Paris hat durch einen Hirtenbrief an die Geistlichen seiner Diöcese angeordnet, daß in die üblichen Gebete für das Staatsoberhaupt nunmehr die Formel aufzunehmen sei: **Domine, salvum fac Imperatorem nostrum Napoleonem. Exaudi nos in die, qua invocaverimus te.**

Die Bischöfe von Evreux und Bayeux haben für morgen, als dem Tag der Proclamation des Kaiserreichs in den Departementen, in allen Kirchen ihres Sprengels ein feierliches Tedeum angeordnet.

Brüssel, 2. Dec. Die Discussion des Gesetzentwurfs über die Presse hat heute in der Repräsentantenkammer ihren Anfang genommen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten las eine geschriebene Rede ab. Er bestrebte sich hauptsächlich festzustellen, daß die Regierung bei der Vorlage dieses Gesetzentwurfs nur aus eigenem Willen handle. Er leugnete nicht, daß der Regierung des Königs durch die Repräsentanten der Mächte, mit welchen Belgien freundschaftliche Beziehungen unterhält, freundliche und officiöse Andeutungen gemacht worden seien, doch noch sei eine **officielle** Forderung an das Ministerium nicht gemacht worden. Der Justizminister vertheidigt den Gesetzentwurf, als dem natürlichen Rechte und den von allen Ländern anerkannten Principien entsprechend; er schlug noch ein neues Amendement vor, welches bezweckt, den Verkauf der **bürgerlichen** und **politischen** Rechte nur im Wiederbetretungsfalle und nach einer früheren Verurtheilung von mehr als einem Jahr anwendbar zu machen. Dieses Amendement wurde natürlich mit großer Befriedigung aufgenommen. Herr de Perceval, einer der vorangehrittenstien Liberalen der Kammer, griff den Gesetzentwurf heftig an. Der Rede de Haerne antwortete ihm. Die Discussion wird morgen fortgesetzt werden. — Hr. Firmin Rogier, welcher seine Demission als unser Gesandter in Paris gegeben hatte, ist auf seinen Posten zurückgekehrt, da seine Demission nicht angenommen worden ist. Er hat in Frankreich den besten Empfang gefunden; die neuen commerciellen Unterhandlungen werden bald eröffnet werden. (K. Z.)

Börsenberichte.

22 **Frankfurt**, 5. Dec. In heutiger Effectensocietät zeigte sich auf niedriger eingetroffene auswärtige Notirungen für spanische Fonds wiederum eine sehr flaue Stimmung; durch fortgesetzte Baisse Verkäufe blieben diese Hauptsorten benannter Effecten abermals merklich niedriger als gestern. 1pCt. Neue bei sehr lebhaftem Handel von 24³/₄ bis zu 23¹¹/₁₆ — obwärts verhandelt, schlossen zuletzt durch Käufer, die sich zu dem niedrigern Cours zeigten, wieder etwas fester 23⁷/₈; 3pCt. Inländische, worin nur wenig gethan wurde, waren 43³/₄ pCt. Auch österreichische Fonds waren mehr angeboten; 5pCt. Metall. waren 81¹/₂ pCt.; 4¹/₂ pCt. Metall. anfangs 73, zuletzt 72¹¹/₁₆ à ³/₄ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet., anfangs 91⁷/₈ à 92, zuletzt 91⁵/₈ à ³/₄ pCt.; Wiener Bankactien 1385 fl. gemacht; Kurhessische 40 Thlr. Loose waren 33¹/₄ Thlr.; Badische 35 fl. Loose 37⁷/₈ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn 48 Brl.; Berbach 100⁷/₈ pCt.

Berlin, 4. Dec. Staatsch. 94 Brl., 83¹/₄ G. — **Köln-Minden** 116 Brf., 115 G. — Fr.-W.-Nordb. 44 à ³/₄ bez.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 4. Dec. 5pCt. Metall. 95¹/₄. — 5pCt. bo. B. 111¹/₂. — 5pCt. Anlehn von Jahr 1852 94³/₄. — 4¹/₂pCt. do. 85¹/₂. — Bankactien 1352. — 250 fl. Loose 140. — London 11 fl. 23 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 106¹/₂. — K.-k.-Nordb. 238. — Livorno-Florenz 100¹/₄. — Vienne-Lyngoll 68. — Paris 136. — London in Triest 11 fl. 24 kr. — Silber 15⁷/₈. (Spdz.)

Amsterdam, 4. Dec. 2¹/₂pCt. Integr. 64¹¹/₁₆. — 4pCt. Certifie. 96¹/₂. — 3¹/₂pCt. Spdz. —. — 4pCt. Russ. fol. Pope 91¹/₄. — 4pCt. Russ. fol. Stieglitz —. — 3pCt. Spanische int. 44¹/₄. — 1pCt. do. Neue 24. — 5pCt. Silber-Metall. 91⁷/₁₆. — 5pCt. Metall. 78⁵/₁₆. — 2¹/₂pCt. do. 40³/₄. (Spdz.)

London, 4. Dec. 3pCt. Consols 101¹/₂. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 24³/₄. — 5pCt. Hambro ex C. 97¹/₂. (Spdz.)

Paris, 4. Dec. 4¹/₂pCt. Rente 107. — 3pCt. do. 84, 10. — 5pCt. Piemont 100. — 3pCt. Span. 44¹/₂. — 1pCt. do. 24³/₄. (Spdz.)

Madrid, 29. Nov. 3pCt. 45³/₄. — 1pCt. Neue 24³/₄. (Spdz.)

Antwerpen, 4. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. 92³/₄. — 2¹/₂pCt. Belg. 57³/₈. — 3pCt. Span. int. 44³/₄. — 1pCt. do. 23¹/₂. (Spdz.)

Verantw. Redacteur: Dr. H. Maller. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuscheit.

[2730] **Abonnements-Erneuerung.**

Bei Ablauf des zweiten Semesters c. werden die resp. hiesigen Abonnenten ersucht, die Bestellungen auf auswärtige Zeitungen und periodische Schriften für das mit dem **1. Januar 1853** beginnende erste Semester alsbald schriftlich und mit genauer Angabe der Straße und Wohnungsnummer des Bestellers, an die Unterzeichnete gelangen zu lassen, weil außerdem das bisher bestandene Abonnement als erloschen betrachtet wird und bei später eingehenden Bestellungen für Lieferung vollständiger Exemplare nicht gebürgt werden kann.

Frankfurt a. M., im December 1852.

Fürstlich Thurn und Taxis'sche
Ober-Postamts-Zeitungs-Expedition.

Hochfreiherrlich M. F. von Riese'sches Anlehen

von fl. 200,000 im fl. 20 Fuße, d. d. Prag, 22. Mai 1835.

In der heute stattgefundenen 11. obligationsmäßigen Verloosung wurden folgende 10 Stück Partialen dieser Anleihe zur Rückzahlung — nach Eingang — per 31. Mai 1853 bestimmt:

Nr. 11. 42. 92. 123. 170. 176. 178. 180. 195. 199.
10 Stück à 20fl. 1000 . . 20fl. 10,000.

Frankfurt a. M., den 25. November 1852.

[2675] **Philipp Nicolaus Schmidt.**

[2693] **Privat-Anlehen**

Sr. Maj. des Königs von Sardinien Carl Albert

von Fcs. 3,600,000.

Bei der heute am 1. December 1852 vor Notar und Zeugen planmäßig vorgenommenen 15. Serienziehung des obengenannten durch uns negociirten Anlehens wurden nachstehende 25 Nummern gezogen, welche an der am 1. Mai 1853 stattfindenden Prämien-Ziehung, sowie die alsdann noch ferner zu ziehenden 15 Serien, Theil zu nehmen haben:

Serie	enthaltend die Partial-Obligationen		Serie	enthaltend die Partial-Obligationen	
85	Nr. 8,401	à 8,500	591	Nr. 59,001	à 59,100
169	„ 16,801	„ 16,900	620	„ 61,901	„ 62,000
173	„ 17,201	„ 17,300	684	„ 68,301	„ 68,400
176	„ 17,501	„ 17,600	696	„ 69,501	„ 69,600
191	„ 19,001	„ 19,100	758	„ 75,701	„ 75,800
271	„ 27,001	„ 27,100	780	„ 77,901	„ 78,000
278	„ 27,701	„ 27,800	783	„ 78,201	„ 78,300
304	„ 30,301	„ 30,400	847	„ 84,601	„ 84,700
366	„ 36,501	„ 36,600	913	„ 91,201	„ 91,300
419	„ 41,801	„ 41,900	917	„ 91,601	„ 91,700
455	„ 45,401	„ 45,500	955	„ 95,401	„ 95,500
506	„ 50,501	„ 50,600	964	„ 96,301	„ 96,400
557	„ 55,601	„ 55,700			

was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Frankfurt a. M., am 1. December 1852.

Gebrüder Bethmann.

Verpachtung einer im bayerischen Oberlande, unweit Benediktbeuern gelegenen Glashütte.

Es wird eine Glashütte, 14 Poststunden von München entfernt und an einem Flusse gelegen, auf längere oder kürzere Zeit verpachtet. — Dieselbe wurde seither mit Torf- und Steinkohlenfeuerung betrieben, und sind die reichhaltigsten Lagerungen des schönsten Quarzsandes, wie auch ein Kohlenbergwerk und ergiebige Torfstiche in der Nähe. — Die ausgedehnten Fabrikgebäude mit einem durch Wasserkraft getriebenen neuen Pochwerke, sowie die sonstigen Einrichtungen, gestatten einen großartigen Betrieb, und das zu einer einjährigen Campagne erforderliche Quantum Torf findet sich bereits im bestirodenen Zustande vorräthig. [2639]

Pachtlustige wollen sich in frankirten Briefen an Herrn S. Hermann in München, Rosenthal Nr. 3 wenden, worauf nähere Auskunft ertheilt werden wird.

Ouvrage très utile aux gens du monde.

Deuxième édition du traité pratique des maladies des

ORGANES DE LA GENERATION, 1 v. de 700 p., contenant **153 FIGURES D'ANATOMIE**

et 40 chapitres sur les *fonctions*, les *maladies* et toutes les *infirmités* de ces organes, avec l'indication des *moyens préservatifs* et du *meilleur traitement* pour guérir soi-même les conséquences des *excès* ou de la *contagion*, etc. Chez l'auteur, docteur **Jozan** (de Saint-André), professeur de pathologie uro-génitale, 33, rue Jacob, à PARIS, et *Masson*, libraire, 26, rue de l'Ancienne-Comédie. — Le prix de l'ouvrage, par la poste, franc de port, est de 2 thalers de Prusse. — *L'atlas*, de 153 planches d'anatomie, se vend aussi séparé 2 fr. — *Consultations*, de midi à 2 heures et par correspondance. *(Affranchir.) Les malades peuvent se traiter eux-mêmes* et faire préparer les remèdes chez leur pharmacien. [2600]

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei **C. Ströhlein** auf der Zeil. [2198]

Hôtel garni, *27, rue Montha-bor à* **Paris**,

in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2609]

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézinc** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militäres, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen &c. [2610]

Ein tüchtiger **Kunstgärtner**, ledig, gereiften Alters und gediegenen Charakters, sucht Engagement zu Neujahr oder später und wird persönlich wie schriftlich aufs Beste empfohlen. Gallusstraße 12, Tabaksfabrik N. G. frc. [2729]

[2686] Ein Koch, welcher in der Kunst seines Faches gut bewandert und mit guten Zeugnissen versehen ist, sucht eine Unterkunft zu erhalten. Frankirte Briefe unter 2686 besorgt die Expedition dieses Blattes.

[2570] Bei einer soliden Familie, die sich gern der Erziehung der Jugend widmet, in einer äußerst gesunden und angenehmen, mit trefflichen Bildungsanstalten für Knaben und Mädchen versehenen Stadt an der badischen Bergstraße, würden Eltern für ihre Kinder gute Aufnahme, sorgfältige Aufsicht und angemessene Nachhülfe im Unterricht finden, gegen billige Vergütung. Nähere Auskunft wird ertheilt zwischen 12—3 Uhr Nachmittags, Eschenheimer Chaussee Nr. 20 im zweiten Stock.

[2723] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Frankfurt durch Gebhard & Körber, Buchgasse Nr. 6, zu beziehen:

Mailáth, Joh. Graf, Geschichte der Magyaren. 1r Bd. 2te, sehr verm. u. verb. Aufl. Mit dem Plane der Mongolenschlacht und dem Stammbaume der Arpáden. gr. 8. geh. 2 fl. 24 kr. od. 1 Thlr. 12 gr.

— — dasselbe. 2r Bd. 2te, sehr verm. u. verb. Aufl. Mit den Planen der Schlachten von Varna und Mohács. gr. 8. geh. 3 fl. od. 1 Thlr. 20 gr.

[2668] Edictalladung.

Sämmtliche Gläubiger des concursfälligen Heinrich Sonderheld in Lengfeld werden zur Geltendmachung ihrer Ansprüche auf

Mittwoch den 15. December d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheile des stillschweigenden Ausschlusses hiermit vorgeladen.

Umstadt, den 16. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Reh.

[2699] Oeffentliche Aufforderung.

Die dem Herrn Grafen von Erbach-Erbach zustehenden, durch Allodification der gegenwärtig von Nicolaus Glanz besessenen Erbacher Erbbestandsmühle nebst zugehörigen Gütern entstandenen Grundrenten im jährlichen Geldanschlage von 135 fl. 48½ kr. sollen nach den gesetzlichen Bestimmungen abgelöst werden. Man fordert deßhalb alle bei Ablösung dieser Grundrenten Betheiligten, sowohl die bereits bekannten als die noch unbekannten, hiermit auf, ihre etwaigen Rechtsansprüche

binnen zwei Monaten

bei dem unterzeichneten Gerichte um so gewisser anzuzeigen, widrigenfalls die Auszahlung des Ablösungskapitals an den vorbenannten Berechtigten gestattet werden wird.

Michelstadt, den 20. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
In Erledigung der Landrichterstelle:
Doerr.

[2731] Edictalladung.

Johannes Zwick's Wittwe von hier und mehrere Gläubiger deren Ehemannes haben zur Abwendung eines Concurses über des Letzteren Nachlaß einen Vergleich mit einander abgeschlossen, und werden daher alle sich bis jetzt noch nicht gemeldet habenden Gläubiger deßhalb hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche an denselben so gewiß

binnen sechs Wochen

dahier anzuzeigen und entweder diesem Vergleiche beizutreten oder etwaige Einwendungen gegen denselben vorzubringen, als sie ansonst damit ausgeschlossen und bei Vertheilung des bedeutend überschuldeten Nachlasses des Johannes Zwick nicht werden berücksichtigt werden.

Grünberg, den 27. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Weider. Dr. Ortwein.

[2629] Oeffentliche Ladung.

Alle, welchen Erb- oder sonstige Ansprüche an den Nachlaß der am 16. März 1852 dahier verstorbenen Johannette Strauß aus Büdelsheim zustehen, haben solche binnen zwei Monaten bei unterzeichnetem Gerichte ordnungsmäßig anzumelden oder gewärtig zu sein, daß dieser Nachlaß an die aufgetretenen auswärts wohnenden Erben ohne Sicherheitsleistung verabfolgt werde.

Frankfurt a. M., den 17. November 1852.

Stadtgericht II.
Schöff Dr. Reuß.
Dr. Epsen, 1r Se[cr.]

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung

Montag (Beilage zu Nr. 291.) 6. December 1852.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Paris, den 6. Dec., 10 Uhr 32 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 6. „ 11 „ 27 „ „

Madrid, 1. Dec. Die Cortes sind heute eröffnet worden. Martinez de la Rosa, der Candidat der konstitutionellen Opposition, wurde mit 107 Stimmen zum Präsidenten der Deputirtenkammer gewählt; der ministerielle Candidat erhielt nur 101 Stimmen, das Cabinet erfuhr also eine Niederlage.
Innere Schuld 45¼; Diff. 24¼.

Bürgermeisterwahlen für das Jahr 1853.

ψ **Frankfurt**, 6. Dec. Im Beginne der heutigen außerordentlichen Sitzung hohen Senats wurde Herr Fellner-Bansa als Senator verpflichtet. Sodann wurden die beiden regierenden Bürgermeister für das Jahr 1853 gewählt. Als Candidaten waren in der Kugelung die Herren Schöffen Dr. Müller, Dr. Harnier und v. Heyden. Durch Heben der goldenen Kugel wurde Herr Schöff v. Heyden zum ältern Bürgermeister gewählt. In der Kugelung zum jüngern Bürgermeister befanden sich die Herren Senatoren Siebert, Dr. Hessenberg und Dr. Kloß. Die Kugel entschied für Herrn Senator Dr. Kloß.

(Der für 1853 zum ältern Bürgermeister der freien Stadt Frankfurt gewählte Herr Schöff Karl Heinrich Georg v. Heyden, geboren 20. Januar 1793, wurde Senator 1827, jüngerer Bürgermeister 1836, Schöff 1837 und war bereits 1845, 1848 und 1850 älterer Bürgermeister. Der für 1853 zum jüngeren Bürgermeister gewählte Herr Senator Dr. Johann Jacob Conrad Kloß, geboren 1. November 1799, erhielt 1843 die Senatorwürde.)

Deutschland.

* **Wien**, 2. Dec. Die „Oesterr. Kaiserl. Wiener Ztg." wird, wie der „Schl. Ztg." geschrieben wird, vom neuen Jahre ab in einer besonderen, täglich erscheinenden Beilage alle Localnachrichten zusammengefaßt bringen. Diese Beilage soll auch „Localblatt der Wiener Zeitung" heißen. Die Samstagsbeilage erscheint künftig am Montag als „Oesterr. Blätter für Literatur und Kunst" und soll, unter den besonderen Aufspeisen des Unterrichtsministeriums, nach diesen beiden Richtungen hin ein Centralorgan für die Monarchie werden. Das Abendblatt bleibt unverändert. Die „Wiener Ztg." besteht demgemäß künftig aus vier Blättern. — Im Anfang nächsten Monats beginnt in St. Pölten, vier Posten von hier, die von den Einwohnern erörtene und vom Bischof bewilligte h. Mission, zu welcher u. A. die beiden Brüder Klinkowström dahin kommen. — Die „Tiroler Ztg." zeigt neuerdings ihr Fortbestehen als Wochenblatt an.

Dem „Lloyd" wird aus Lemberg berichtet, daß auf mehrfache Anfragen des galizischen Landespräsidiums bezüglich der politischen und bürgerlichen Gleichstellung der Juden vor einiger Zeit ein Ministerialerlaß erging, das die Frage im Allgemeinen als eine noch unentschiedene erkennt, deren definitive Entscheidung aber durch ein bald zu erlassendes Gesetz erfolgen wird. Der Ankauf von Rusticalgründen bleibt ihnen ganz ungeschmälert. Von einer verläßlichen Quelle vernimmt dasselbe Blatt, daß den Juden nicht wieder eine Sonderstellung im Staate angewiesen werden wird, obgleich die völlige Gleichstellung nicht wahrscheinlich ist. Der Staatsdienst dürfte ihnen nur insofern benommen werden, als er den Richterstand in sich begreift.

P **Berlin**, 4. Dec. Heute nach dem Schluß der Sitzung zweiter Kammer fand ein parlamentarisches Diner bei dem Herrn Ministerpräsidenten statt, zu welchem indessen nur eine sehr mäßige Anzahl von Abgeordneten, und zwar nur jenen persönlich bekannterre, eingeladen waren. — Von der Veränderung der Regierungsform in Frankreich ist, wie wir erfahren, bereits an die hiesige französische Gesandtschaft die amtliche Anzeige erfolgt und von dieser unter Mittheilung davon der hiesigen Regierung angezeigt, daß sie auch für die Folge die officiösen Beziehungen mit ihr zu unterhalten beauftragt sei.

** **Breslau**, 4. Dec. Die Literatur der preußischen Kriegsoperationen in den Jahren 1848 und 1849 ist durch eine „Kurze Darstellung" von dem Premierlieutenant A. v. Crousaz noch vermehrt und theilweise ergänzt worden. Die kleine aber inhaltreiche Schrift umfaßt: 1) die Kriegsoperationen im Großherzogthum Posen, im Frühjahr 1848 (mit 38 Erläuterungen); 2) die Kriegsoperationen in Schleswig 1848 und 1849 (mit 52 Erläuterungen); 3) die Kriegsoperationen in der Rheinpfalz und im Großherzogthum Baden im Juni und Juli 1849 (mit 75 Erläuterungen); ferner ein Schlußwort, eine Zeittafel, ein geographisches und ein geschichtliches Register. Das Ganze ist sehr übersichtlich und dem Zweck, für den es bestimmt ist, entsprechend.

Γ **Köln**, 4. Dec. Dr. Becker wurde diesen Morgen mit dem ersten Schnellzug der Mindener Eisenbahn weggebracht; das Gerücht geht, nach Graudenz. Inwiefern dies Gerücht begründet sei, lassen wir dahingestellt. — Die Ausweisung zweier Literaten, die ich Ihnen vor einiger Zeit mittheilte, wurde von einem hiesigen Localblatt in Abrede gestellt, sie beruht aber dennoch in Wahrheit, nur hatte man einen Aufschub bewilligt. Eine der betreffenden Personen ist unterdessen bereits nach seiner Heimatstadt abgereist, die andere befindet sich zwar noch hier, hat aber eine wiederholte Aufforderung zur Abreise erhalten, wogegen sie Beschwerde erhebt. Unterdessen geht ein sehr unerquicklicher Theaterkrieg fort. Ein dritter Literat, der sich als solcher auch hauptsächlich mit der Bühne beschäftigt haben soll, hat wegen sehr polizeiwidriger Geschäfte in Cigarren, die er nebenbei trieb, die Stadt verlassen müssen oder freiwillig verlassen.

* **Dresden**, 4. Dec. Der bisherige königl. preußische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen königlichen Hof, Kammerherr Graf v. Galen, hat heute Dresden verlassen. Derselbe ist von Sr. Majestät vor einigen Tagen noch mit dem Großkreuz des Albrechtsordens decorirt worden. — Die von der „Spen. Ztg." gebrachte und selbst in hiesige Blätter übergegangene Nachricht, daß unser Cultusministerium damit umgehe, den aus der evangelischen Landeskirche Preußens ausgeschiedenen, jüngsthin zum Consistorialrath des altlutherischen Kirchenregiments zu Breslau ernannten Prediger Nagel an den nach München gegangenen Dr. Harleß stelle als evangelischen Oberhofprediger hierher zu berufen, entbehrt, wie wir aus guter Quelle versichern können, der Begründung. Dieselbe Bewandtniß hat es mit den andern diese Angelegenheit betreffenden Gerüchten. Wie wir vernehmen ist eine Persönlichkeit, welche die dem Ministerium für jene hohe Stelle als nothwendig erscheinenden Eigenschaften in sich vereinigt, bis jetzt weder in Vorschlag gekommen, noch überhaupt schon gefunden worden.

Mainz, 3. Dec. Das letzte Regierungsblatt enthält die Ernennung des seitherigen Kaplans und Reallehrers zu Alzei, Herrn Metzger, zum Inspector der hiesigen katholischen Stadtschulen.

ξ **Aus Thüringen**, 3. Dec. Das weimarsche Ministerium hat so eben eine Bekanntmachung erlassen, wonach der Großherzog bei den veränderten Verhältnissen und Umständen es für angemessen erachtet, die Verordnung vom 8. Mai 1849, kraft welcher den Militärdienstpflichtigen die Erlaubniß zur Auswanderung nicht versagt werden sollte, wenn sie in ein anderes deutsches Land gehen und dort ebenfalls dem deutschen Reiche Militärdienste leisten, aufzuheben. — In Sondershausen ist bereits der landständische Ausschuß zusammengetreten, um sich mit drei Regierungsvorlagen zu beschäftigen. Dieselben bestehen in der Staatsklassenerhebung von 1850, in einem Gesetzentwurf über Einführung einer Klassensteuer und einem über die Steuer von contributionsfreien Grundstücken. — In dem meininger Oberlande sind jetzt wieder gröbliche Exzesse gegen höhere und niedere Forstbeamte, welche an ähnliche des Jahres 1848 erinnern, vorgekommen, so daß die Localpresse selbst die Absendung eines Militärcommandos auf Kosten der Schuldigen anräth.

Z **Hamburg**, 3. Dec. In Nr. 286 des „Frankfurter Journals" versucht es der 88 Altonaer Correspondent, eine Thesen neuerdings aus stets bewährter Quelle mitgetheilte Thatsache, daß der Großherzog von Oldenburg dem Londoner Tractat, so weit er sich auf

die Erbfolge seines Hauses bezieht, ohne Vorbehalt beigestimmt u. s. w., als voreilig zu bezeichnen. Zur Begründung seiner Behauptung bringt er die mehr als brüske Versicherung, daß er „ganz gut unterrichtet“ sei; aber aus Inhalt und Fassung seines Artikels geht indeß zur Genüge hervor, daß ihm die einschlägigen Verhältnisse eben so fremd sind, wie dem Blinden die Farben. Die Unterhandlungen in Bezug auf die dänische Erbfolge sind als erledigt zu betrachten, und der bei den norddeutschen Höfen und freien Städten accreditirte, jetzt in Oldenburg weilende dänische Gesandte Baron Dircking-Holmfeld benutzt seinen Aufenthalt am dortigen Hoflager, um die Angelegenheit über die Aufnahme des in Holstein enclavirten Fürstenthums Eutin in den gesammtstaatlichen Zollkörper in ersprießlicher Weise zu erledigen. Wie ich höre, haben die bezüglichen Verhandlungen einen günstigen Fortgang. Bei Gelegenheit der Erwähnung der aus der Luft gegriffenen entgegenstehenden Behauptung jenes §§-Altonaer Correspondenten im „Frankfurter Journal“ bringt die Redaction der „Hamburger Nachrichten“, welche ebenfalls die erwähnte Thatsache als wohlbegründet dargestellt, in heutiger Nummer in Bezug hierauf folgende Bemerkung: „Was es mit dieser Negation auf sich hat, ergibt sich einfach aus dem Umstande, daß sammt und sonders alles Positive der Berichte des aus Altona datirenden Correspondenzlers in nichts Anderm besteht, als einer noch dazu sehr ungeschickten Zusammenstellung früherer Berichte hiesiger und holsteinischer Blätter.“

Schweiz.

⊙ **Bern**, 3. Dec. Nach einer Kundmachung des eidgenössischen Post- und Baudepartements wird eine Aenderung im Tarif der Telegraphen, welche am 5. d. M. für den Verkehr im Innern der Schweiz eröffnet werden sollen, eintreten. Die Taxe der Depeschen gleichmäßig für die ganze Schweiz beträgt: für eine Depesche bis auf 20 Worte 1 Fr., von 21 bis 50 Worte 2 Fr., von 51 bis 100 Worte 3 Fr. In dieser Taxe ist die unverzügliche Beförderung der Depesche in die Wohnung des Adressaten, insofern dieser nicht über eine Viertelstunde vom Telegraphenbüreau der Ankunftsstation entfernt ist, mit inbegriffen. Für den Verkehr mit dem Ausland werden voraussichtlich die gleichen Taxen eintreten, wie sie für den deutsch-österreichischen Verein festgesetzt sind; die Unterhandlungen sind noch nicht geschlossen. — Die Staatsräthe J. Fazy aus Genf, Briatte und Delarageaz von Waadt sind hier angekommen, um mit den Abgeordneten der Regierung in der Eisenbahnangelegenheit zu berathen. Vermuthlich handelt es sich um Ausfüllung der Lücke zwischen Yverdon und Bern. Die Erdarbeiten der Linie Morges-Yverdon beginnen schon nächsten Montag.

⊙ **Bern**, 4. Dec. In seiner gestrigen Sitzung hat der Bundesrath die verschiedenen Departemente für das Jahr 1853 besetzt, wie folgt: 1) politisches Departement: Dr. Näff, Stellvertreter Dr. Furrer; 2) Inneres: Franscini, Stellvertreter Ochsenbein; 3) Justiz- und Polizei: Dr. Furrer, Stellvertreter Druey; 4) Militär: Ochsenbein, Stellvertreter Frei; 5) Finanzen: Druey, Stellvertreter Munzinger; 6) Handel und Zölle: Frei, Stellvertreter Franscini; 7) Post- und Baudepartement: Munzinger, Stellvertreter Dr. Näff. — Der in Köln zum Tode verurtheilte Dr. Karl d'Ester ist vom großen Rath von Freiburg naturalisirt worden; er wohnt in Boll, wo er eine starke Praxis hat. — Zwei Beweggründe veranlaßten die Radicalen, gegen die Aufnahme des Herrn v. Gonzenbach in das bernische Staatsbürgerrecht zu stimmen: einerseit wollten sie Rache üben an dem Manne, der vorzugsweise zu ihrem Sturz im Jahr 1850 beigetragen hat; auf der andern Seite fürchten sie, die nächste Folge der Naturalisation werde die Wahl des Hrn. v. Gonzenbach in den Regierungsrath sein, wo nächstens wieder eine Stelle frei werden soll. Die ausgezeichneten Talente dieses Mannes im Fache der Administration, in Verbindung mit dem umsichtigen Blick des Hrn. Blösch, würden viel zur Befestigung des conservativen Systems beigetragen haben. Freilich könnte ersterer auch als Bürger von St. Gallen in die oberste Verwaltungsbehörde treten; dann aber würde die Opposition rufen: seht, sie nehmen einen Fremden in die Regierung!

≡ **Aus der Schweiz**, 4. Dec. Mit Bezug auf den Beschluß des großen Raths von Waadt, der alle diejenigen, welche in fremden Kriegsdiensten gestanden, für unwürdig erklärt, in der einheimischen Miliz zu dienen, bemerkt das halbofficielle Organ der Bundesbehörde, der „Bund“: „Es liegt in diesem Beschluß mehr noch als eine Ungerechtigkeit, es liegt darin ein durch nichts motivirter Undank und Hohn gegen alle Schweizeroffiziere (also auch gegen den Obergeneral Dufour), die früher in capitulirten Regimentern gestanden haben, obgleich die Zeitung „Nouvelliste“ versichert, daß der gefaßte Beschluß nicht rückwirkend sein solle.“ — Die Nichtnaturalisirung des Herrn v. Gonzenbach in Bern wird von der „Neuen Zürcher Zeitung“ in folgender Weise beleuchtet: „Der politische Haß hat sich hier ein pitoyables Monument gestellt. Einem Schweizerbürger wegen Meinungsverschiedenheit die Naturalisation zu verweigern, das erinnert an die miserabelste Zopfzeit des gouvernement paternel. Der Schlag trifft nicht nur den Herrn v. Gonzenbach, sondern auch seine Wähler und Gesinnungsgenossen. Wehthun den Gegnern, das wollte man; als ob man so was Politik heißen kann; armes Bern! — Das erste eidgenössische Schwurgericht wird demnächst zusammentreten. — Der Ingenieur Tourneur wird aus Paris erwartet, um die Studien für eine Bahn über Jougne nach dem St. Bernhard vorzunehmen. — Die Kantonalbank von Waadt hat sich mit denen von Bern, Freiburg und Genf wegen gegenseitiger Annahme ihrer Banknoten verständigt. — In Neuenburg sind die Einnahmen für 1853 auf 824,040 Fr. festgesetzt, die ordentlichen Ausgaben auf 781,869, die außerordentlichen auf 26,000 Fr. — Die Ersatzwahlen für den großen Rath in Genf sind im Sinne der Regierung ausgefallen. — Der Verein schweizerischer Ingenieure und Architecten hält am 6. und 7. d. M. seine fünfzehnte Jahresversammlung in Basel. — Außer den preußischen und sächsischen Handwerksgesellen sind nun auch die bayerischen und hannoverschen von ihren resp. Regierungen aufgefordert worden, bis zu Ende dieses Jahres die Schweiz zu verlassen. — Das mexikanische Consulat in Zürich macht bekannt, daß laut einer demnächst in Kraft tretenden Bestimmung über Sendungen nach mexikanischen Häfen kein Collo über 100 Kilogr. schwer sein darf, wenn die Versender sich nicht Geldstrafen, ja sogar der Wegnahme des Schiffs und der Colli aussetzen wollen. — In Genf beabsichtige man, heißt es, das verlängerte Gestade am linken Seeufer, welches zur Stadt gezogen worden, Quai Fazy-Montblanc zu nennen, da Fazy als der Montblanc unter den Genfer Staatsmännern, und der Montblanc als der Fazy unter den Bergen gelte.

Italien.

Von der italienischen Grenze, Ende November, schreibt der „St. A. f. W.“: Das neue piemontesische Ministerium Cavour rückte bis zur Stunde mit keinem politischen Glaubensbekenntnisse hervor, sondern ist vorläufig durch Absetzungen, Versetzungen und Einsetzungen aufs eifrigste beschäftigt, sich in allen Zweigen der Verwaltung Anhang und Sympathien zu verschaffen und nebenbei aller Welt begreiflich zu machen, „daß der Sturz des Ministeriums Cavour den Sturz der Constitution nach sich ziehen werde“. Hierüber schütteln natürlich sehr viele Leute, besonders die Anhänger Revels ungläubig den Kopf. Eine der wichtigsten Ernennungen ist die des Advocaten und Deputirten Castelli zum Chef des Ministeriums des Innern. Castelli ist der Busenfreund Cavours, Exredacteur des jetzt wieder als ministeriell zu betrachtenden „Risorgimento“, und ward zu manchen geheimen Sendungen nach Paris gebraucht. Ueber das Ministerium Azeglio werden sehr viele harte Urtheile gefällt. Mittlerweile hat Herr v. Azeglio sich wieder als Literat, Künstler u. s. w. eingerichtet, gibt glänzende Diners und erklärt sich mit seiner neuen Stellung als Ehrenadjutant des Königs vollkommen befriedigt. Die Hauptgeschäfte Cavours oder vielmehr Piemonts drehen sich um die römischen Zerwürfnisse und um die inländischen Finanzen. Man hofft, daß in Rom die Herren Spinola und Monf. Charvaz glücklich operiren werden. (Marchese Spinola ward von Azeglio wegen allzu großer Nachgiebigkeit gegen die römische Curie abgerufen und jetzt von Cavour wieder dahin geschickt.) Für das große Deficit scheint in aller Stille eine neue Anleihe (40 Mill.) präparirt zu werden. Ueber die Verhältnisse zu Oesterreich und Frankreich ist tiefes Geheimniß ausgebreitet, doch scheint es, als ob der französische Gesandte, Hr. His de Butenval, noch keineswegs gesonnen sei, Turin zu verlassen. Der radicalen und demokratischen Presse sind strenge Befehle ertheilt, sich zu mäßigen; wenigstens lesen wir, daß die sonst so wüthend die Säcularisation der geistlichen Güter fordernden Organe plötzlich den „Patriotismus des Klerus“ anrufen, damit dieser freiwillig seine Schätze dem Vaterlande opfere. — Die grenzenlos vernachlässigte Insel Sardinien kümmert sich sehr wenig um Turiner und piemontesische Zustände, und Savoyen beurkundet eine eisige Kälte gegen den jüngsten Ministerwechsel. In einzelnen savoyischen Gemeinden, wo die Emigration und die Demokratie sich eingenistet, wird fortdauernd für das Civilehegesetz und für die Sequestrirung geistlicher Güter gewühlt. Im Ganzen genommen, behält Savoyen seinen materiellen Vortheil im Auge und besteht sehr eifrig auf Allem, was Cavour früher schon als Finanzminister versprochen, besonders auf Eisenbahnen und verbesserte Communalorganisation u. s. w. — Das Parlament ward am 19. wieder eröffnet, findet aber sowohl bei Senatoren, als Deputirten so laue Theilnahme, daß der Präsident Ratazzi bereits eine Ermahnung zu fleißigerem Besuch der Kammer ergehen lassen mußte. Diese Thatsache steht im schärfsten Contrast zu dem Geschrei um Wiedereröffnung des Parlaments.

†† **Turin**, 3. Dec. Die Regierung beanstandet nun selbst die Gesetzlichkeit der vom vorigen Minister Pernati veranlaßten Maßregel hinsichtlich der Wahl der Nationalgardeoffiziere; sie hat die

Angelegenheit dem Staatsrath überweisen, und demselben für den speciellen Fall mehrere höhere Offiziere mit berathender Stimme beigefellt. In der höhern Welt courrirt das Gerücht, die Abberufung des sardinischen Gesandten in Rom, Grafen Sambuy, rühre von einem zu großen Vertrauen her, das derselbe einer Gräfin Sp. bewiesen habe, indem dadurch gesandtschaftliche Instructionen zur Cognition der Curie gekommen seien. Einiges Aufsehen erregt die Ankunft zweier activer Kriegsschiffe, der Linienlaverer und „Dyaguith", im Gewässer von Genua; dieselben werden zusammen von dem Commodore Strengham befehligt. — Am 24. v. M. wurde in Sanremo ein Erdbeben verspürt. — In der Lombardei entwickelt die Polizei große Thätigkeit; man spricht von Haussuchungen, die in mehreren Pfarrhöfen gemacht worden seien.

Frankreich.

† **Paris**, 4. Dec. Die von dem Kaiser in Saint-Cloud gehaltene Rede soll in den Kreisen der Diplomatie nicht geringe Sensation hervorgerufen haben. Die Art und Weise, wie sich Napoleon über die Tuilerage ausgesprochen, läßt annehmen, daß die auswärtigen Mächte gegen die Bezeichnung Napoleon „der Dritte" Vorstellungen gemacht haben. Die Rede von Saint-Cloud gilt als Antwort auf diese Vorstellungen, und in dem Schlußsatz jener Rede will man sogar eine versteckte Drohung erblicken. Mittlerweile ist die Notification von der Thronbesteigung Napoleons III. an die Gesandten hervorgerufen worden. Von den monarchistischen Theil der Pariser Presse ist die Kaiserrede von Saint-Cloud mit größter Befriedigung aufgenommen worden; in der „Assemblee nationale" aber versucht es ein ehemaliger Minister Ludwig Philipps, der Graf v. Salvandy, jene Rede zu berichtigen. „Ludwig XVIII, sagt der Graf, hat niemals die Acte der das Interregnum erfüllenden Regierungen annullirt, er hat sie vielmehr angenommen und ausdrücklich ratificirt." Dem Hrn. v. Salvandy erwidert nun heute das „Pays": „Allerdings hat Ludwig XVIII., als er aus dem Exil zurückkehrte, den Code civil nicht zerrissen, jene Sammlung von Gesetzen und Decreten, welche das unvergängliche Denkmal neuen öffentlichen Rechtes bildet, nicht in das Feuer geworfen; den Soldaten hat er das mit so vielem Blut erkaufte Kreuz der Ehrenlegion, ihnen theurer als ihr Leben, nicht von der Brust gerissen; das Verwaltungssystem, welches sich allein für unsere Gewohnheiten, Bedürfnisse und Gesinnungen eignet, hat er nicht beseitigt ꝛc. Aber dies könne dem König von Frankreich nicht als Verdienst angerechnet werden, da er diese Erbschaften habe antreten müssen, wenn er nicht die ganze Nation gegen sich aufbringen wollte. Ludwig XVIII. habe nur gethan, was er habe thun müssen; aber die Legitimität Napoleons habe er stillschweigend anerkannt, als er 1815 unter die Charte schrieb: „im 19. Jahr unserer Regierung". Das eben sei der einzige Unterschied zwischen Ludwig XVIII. und Napoleon III., daß der erste, seine Regierung vom Jahr 1796 datirend, nur das Recht seiner Abstammung, der zweite aber, seine Regierung von 1852 an datirend, nur die Rechte Frankreichs anerkenne. Die „Union" zeichnet in einem salbungsvollen Artikel das große Ereigniß der letzten Tage in die Geschichte ein und postt Alles von der Zukunft. — Die „Assemblee nationale" bezeichnet die Angabe der „Kölnischen Zeitung", der Graf v. Chambord habe in einem Rundschreiben an die europäischen Mächte deren Intervention behufs Garantie seiner Rechte in Frankreich gegen die neue Dynastie angerufen, als ungegründet. Der Graf habe an keinen europäischen Hof ein solches Verlangen gestellt, ja sogar keinem sein an das französische Volk gerichtetes Manifest officiell mitgetheilt. — In vielen Städten, wie in Rouen, Nancy, Straßburg, Nantes ꝛc. haben die Municipalbehörden für Festlichkeiten am 5. d. M. ansehnliche Summen bewilligt. — Die Salbung und Krönung des Kaisers steht mit Bestimmtheit in der ersten Hälfte nächsten Jahrs zu erwarten, denn den Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers ist die Verabschiedung der außerordentlichen Session am 3. die Mittheilung gemacht worden, daß die ordentliche Session für nächstes Jahr am 14. Februar ihren Anfang nehmen und in die verfassungsmäßige Dauer derselben von drei Monaten die Krönungsfeierlichkeit fallen werde. — Der Senat hat seit dem 7. November noch keine Sitzung gehalten; für heute war er zu einer solchen eingeladen, die Sitzung fiel aber aus, da die zur Vorlage bestimmten Arbeiten noch nicht zu Ende gediehen waren.

Spanien.

ch **Madrid**, 29. Nov. Abermals Gerüchte von einer Modification des Cabinets: Bravo Murillo soll Conseilpräsident werden und das überseeische Portefeuille übernehmen, Bordin ins Finanzdepartement übergehen und Martinez Almagro, gegenwärtig Unterstaatssecretär, Minister des Innern werden. Mon ist von Paris hier angekommen. Je näher der Tag der Cortseröffnung heranrückt, desto größer wird die Bewegung innerhalb der Parteien. Man rüstet sich zum Kampf; die Fusion der liberalen Fractionen bewerkstelligt sich in einer Weise, daß Spanien bald nur noch eine constitutionelle und eine absolutistische Partei haben wird. Jene wird durch die Verfassungsmodification, welche das Ministerium beantragen will, im Athem erhalten. Als seine Candidaten für den Präsidentensthul hatte das Cabinet Mayans aufgestellt, dieser aber soll die Ehre mit dem Bemerken abgelehnt haben, er könne den Vorsitz in der Kammer nicht führen, da er gegen die Verfassungsreform stimmen werde. Auch Martinez de la Rosa und andere Deputirte haben sich in diesem Sinne ausgesprochen. In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Moderados wurde auf den Antrag des Marquis v. Pidal beschlossen, den Ministern eine vorsichtige, aber doch energische Opposition zu machen. Vierzig Deputirte waren anwesend; die Versammlung ernannte ein leitendes Comite, bestehend aus Pidal, San Luis, Seijas Lozano, Manuel, Bermudez de Castro und Luis Gonzales Bravo.

Großbritannien.

‖ **London**, 3. Dec. Nächsten Montag wird der Marquis v. Clanricarde im Hause der Lords folgende Motion einbringen: „Das Haus hat mit Befriedigung erkannt, daß die Wohlfreiheit des Getreides, herbeigeführt durch die neuere Gesetzgebung, wesentlich beigetragen hat zur Verbesserung der Lage des Landes und zur Mehrung des Wohlstandes der arbeitenden Klassen, und daß, nachdem die unbeschränkte Concurrenz nach reiflicher Erwägung als Grundsatz unserer Handelspolitik adoptirt worden, es die Pflicht des Hauses ist, sich ohne Rückhalt dieser Politik anzuschließen." Graf Derby, der Premier, hat hierzu folgendes Amendement vorgeschlagen: „Das Haus erkennt mit Dankbarkeit die allgemeine Wohlfahrt an, und tief berührt von den Uebeln, welche häufige Wechsel in der Finanzpolitik im Gefolge haben, schließt sich dieses Haus der in neuerer Zeit festgestellten Politik an, und wird mit Bedauern einen neuen Versuch sehen, seine Wirksamkeit zu stören und seine künftige Ausdehnung zu verhindern." — Der ministerielle „Morning Herald" meldet, die Vermehrung der Streitkräfte zur See werde in einem speciellen Budget nachgesucht werden; sobald das Parlament die verlangten Credite bewilligt habe, werde die Werbung der Seesoldaten und die Rekrutirung der Matrosen unverweilt ihren Anfang nehmen. — „Morning Advertiser" will wissen, Glatstone werde in nächster Zeit in das Cabinet treten. Bekanntlich steht Glatstone mit Lord Derby von Newcastle, Lord Aberdeen, Sydney und Cardwell in der ersten Reihe der Peeliten. — „Post" und „Herald" sprechen sich mit großer Befriedigung über die Proclamation des Kaiserthums in Frankreich aus.

Niederlande.

Haag, 1. Dec. Der Finanzminister hat heute der zweiten Kammer der Generalstaaten einen Gesetzentwurf in Bezug auf die Umwandlung der 4pCt. Anleihen in 3½pCt. vorgelegt. Die Ausgebung der neuen Obligationen soll, zum Satze von mindestens 98, am 1. Januar 1853 beginnen. Eine der Bestimmungen des Gesetzentwurfs verfügt, daß vor dem 31. December 1857 keine neuen Umwandlungen stattfinden sollen. Die jetzt beschlossene Umwandlung war seit einiger Zeit vorhergesehen. Der Finanzminister erklärte übrigens, daß er durch die öffentliche Meinung in Folge der günstigen Aufnahme, welche der belgische Umwandlungsentwurf gefunden habe, gedrängt worden sei.

Belgien.

Brüssel, 3. Dec. Der „Moniteur" veröffentlicht heute ein Gesetz, nach welchem die Viertelfrankenstücke fortan durch Zwanzigcentimesstücke ersetzt werden sollen, deren Prägung bereits angeordnet ist. Erstere haben vom 1. Januar 1853 an keinen gesetzlichen Cours mehr. Ein anderer königlicher Erlaß bestimmt, daß die französischen Viertelfrankenstücke nur noch bis zum 20. December zur Auswechselung bei den Zoll-, Steuer- und Accisämtern, sowie bei Steuerzahlungen ꝛc. angenommen werden.

Rußland und Polen.

Von der russischen Grenze, 24. Nov. Raukons Krotinus, der längst todtgesagte einst sehr gefürchtete Grenzler, zu dessen Aufbedung in den Jahren 1848/50 russischer- und preußischerseits Militärcommando's in der Gegend von Schmaleningken stationirt waren, dessen Festnehmung indeß schließlich einem einzelnen russischen Oekonomen gelang, lebt noch. Er sitzt im Gefängniß zu Kowno, dessen Mauern und Ketten seine vielfachen Fluchtversuche vereitelten. In den letzten Tagen d. M. wird das gegen ihn gefällte Urtheil auf dem Felde zwischen Tanroggen und der Grenze, dem Hauptschauplatz seiner Thaten, durch ein Bataillon russischer Armeesoldaten vollstreckt werden. Es lautet auf 900 (neuntausend) Stockschläge oder, wie der Russe praktischer sich ausdrückt, auf Todtpeitschung, eine Execution, die in den letzten Wochen viermal in der Nähe der Grenze an Individuen vollstreckt worden, die wegen Diebstahl und Raub zu 4000 bis 6000 Stockschlägen verurtheilt waren und einen großen Theil dieser Strafe, weil das Erkenntniß vollständig vollstreckt werden muß, die Delinquenten aber schon

während der Execution den Geist aufgaben, als Leichen erlitten. Raudons Krotinus, der moderne Abällino, ein großer kräftiger Mensch in den besten Mannesjahren, der Liebling der Szameitenmädchen, wird also auch auf dem zweiräderigen Karren, auf welchen die Delinquenten, die während der Execution zusammensinken, gelegt und auf dem sie zum vollen Empfange ihrer Strafe durch die Militärreihen gezogen werden, seinen Geist aushauchen. — Die diesjährige Rekrutirung in Rußland ist bedeutend stärker gewesen als die früheren. Sämmtliche Regimenter sind vollzählig und das will viel sagen, wenn man erwägt, daß der Effectivbestand der Regimenter in den Provinzen, deren Verpflegung die bedeutendste Einnahme der Commandeure bildet, bisher gewöhnlich kaum die Hälfte der Mannschaften und Pferde enthielt, die in den Listen verzeichnet waren. Der Wechsel der Truppen ist unerhört. Kein Regiment verweilt vier Monat in der Gegend; der Transport muß unentgeltlich von den Bauern besorgt werden. (K. H. Z.)

Türkei.

Zum Schutz gegen die sich immer erneuernden montenegrinischen Einfälle und zur Bändigung der der Pforte angehörigen Rajahs von Grahovo, Gazko, Zubizi, Krujevice, Neveseinje, Schonzevo, Niksic ꝛc., welche zum Theil mit den Montenegrinern gemeinschaftliche Sache zu machen scheinen, hat die türkische Regierung ansehnliche Truppenverstärkungen an die Grenze entsendet, so daß zwischen Taslidia, Gasko, Trebinje und Mostar dermalen gegen 8000 Mann nebst einigen Geschützen aufgestellt sind. Die Muselmänner von Niksic wagen es nicht, ihre Häuser zu verlassen, in welchen sie von den aufgeregten Rajahs förmlich cernirt sind. Eben so verlautet, daß 3000 Montenegriner sich zu einem Ueberfalle der türkischen Ortschaft Vitechia zu vereinigen im Begriffe sind. — Die Bevölkerung von Zubizi verweigert den ihr seit alter Zeit aufgelegten Tribut eines Thalers von jedem Hause. Korienich, obwohl ganz von Muselmännern bewohnt, schloß einen Bund mit den christlichen Grahovianern gegen die öffentlichen Functionäre, und es scheint, daß mehr oder weniger alle Gemeinden jener dem Bocheser und Ragusaer Kreise nahe gelegenen Gegend zum Widerstande gegen die executive Gewalt der Pforte sich rüsten. — Die ganze Herzegowina soll von Emissären durchstreift werden, welche die Einwohner aufwiegeln. Zum Schutz des österreichischen Grenzgebiets sind übrigens für alle Eventualitäten die nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Auch die immer unruhige Stadt Jakova, in Nord-Albanien, mußte militärisch besetzt werden. Tome Pascha von Priserendo hat den ihm von Omer Pascha diesfalls zugekommenen Befehl ohne Schwertstreich vollzogen.

Konstantinopel, 19. Nov. Es sind seit einigen Wochen sehr wichtige diplomatische Unterhandlungen, welche die ganze Aufmerksamkeit der hier postirten auswärtigen Staatsmänner in Anspruch nehmen, in der Entwickelung begriffen. Ohne Zweifel sind es die stets erneuerten Anforderungen, welche Frankreich, rasch hinter einander, an die Pforte gestellt hat, die dazu Veranlassung gaben. Anfangs mit geringen Beschwerden auftretend, hat der Marquis v. Lavalette seine Ansprüche nach und nach gesteigert. In diesem Augenblick scheint es sich kaum um etwas Geringeres als um das Verhältniß zwischen dem französischen Algerien und den Paschaliks von Tunis und Tripolis zu handeln. Auf welche Weise der heutige Machthaber zu Paris dasselbe arrangirt sehen möchte, liegt aber hier klar vor jedermanns Auge. Unter solchen Umständen hat sich die Pforte nach auswärtigen Stützen umgesehen, und obgleich noch keine Thatsachen bekannt sind, welche dafür sprechen, so steht es doch kaum außer Zweifel, daß sie sich selbst an das Cabinet von St. Petersburg wendete. Der Courierwechsel zwischen dort und hier ist äußerst lebhaft, und für die Eile, welche den die Depeschen überbringenden Feldjägern zur Pflicht gemacht worden ist, mag Ihnen das Beispiel eines am 30. October aus dem russischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abgefertigten Couriers, welcher bereits am 7. November Morgens in Pera anlangte, als Beweis dienen. (N. Z.)

Nachschrift.

⁎ **Frankfurt**, 6. Dec. Zum Director des Stadtgerichts für das nächste Jahr wurde Herr Schöff v. Schweitzer ernannt. — Wie man vernimmt, würde ein Senatsmitglied in nächster Sitzung der gesetzgebenden Versammlung einen Antrag auf Trennung der Justiz von der Administration einbringen.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Ludwigshafen, 3. Dec. Im verflossenen Monat November belief sich die Gesammteinnahme der pfälzischen Ludwigs-Eisenbahn auf 72,583 fl. 15 kr., nämlich für die Beförderung von 35,024 Personen 18,209 fl. 51 kr., für den Transport von 143,046 Centner Güter 16,788 fl. 19 kr. und für jenen von 253,520 Centner Kohlen 37,595 fl. 5 kr. Im gleichen Monate des Jahres 1851 betrug die Gesammteinnahme nur 59,590 fl. 11 kr., so daß sich dagegen für den verflossenen Monat eine Mehreinnahme von 12,993 fl. 4 kr. herausstellt. Im Monat November 1850 betrug die Gesammteinnahme aber nur 56,658 fl. 53 kr., nämlich für die Beförderung von 37,572 Personen 15,438 fl. 25 kr., für den Transport von 63,669 Centner Güter 9229 fl. 32 kr. und für den Transport von 236,880 Centner Kohlen 31,990 fl. 56 kr.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Cours der Staats-Papiere. 6. December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.i.S.b.Roths)	95 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B	95 G.
»	5% do.v.J.1852 i..à121	95 bez. u. G.
»	5% L. V. (C.b.Roths)	91 3/4, 5/8 bez. u. G.
»	5% do.Monte C.iS.i.M	86 1/4 P. 85 7/8 G
»	Bank-Actien . . .	1387 P. 84, 85 bez. 84 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81 1/2 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	81 1/2 G.
»	5% ditto 1852	81 1/4 P. 81 G.
»	4 1/2% ditto	72 5/8, 3/4 bez.
»	4% ditto	64 3/4 G.
»	3% ditto	48 1/2 G.
»	2 1/2% ditto	41 1/4 G.
»	1% ditto	16 1/8 G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	121 P.
»	fl. 500 » ditto	193 G.
»	4 1/2% Oblig. b. Bethm.	80 P.
»	4% » » »	71 P.
Preussen .	3 1/2% Staatsschulds.	93 3/4 P. 1/2 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	114 3/4 G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 3/4 P.
»	4 1/2% ditto	100 3/4 G.
»	4% ditto	97 P. 96 1/2 G.
»	4% Ablös.-Rente .	96 1/2 P. 1/4 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	92 3/8 G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	101 P. 100 3/4 bez. u. G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103 1/4 P.
Württemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 2/8, 3/8 bez.
»	3 1/2% ditto	90 3/4 P. 3/8 G.
Baden . .	5% Obligationen . .	102 1/8 P.
»	4 1/2% Obligationen	102 3/4 G.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	91 1/4 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66 1/2 G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38 1/8 P. 38 bez. 37 7/8 G.

		Per comptant.
Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	33 5/8 P. 3/8 G.
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	48 3/8, 1/2 bez. 3/8 G.
Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	102 G.
»	4% ditto b. Rothsch.	98 1/2 G.
»	3 1/2% ditto b. Rothsch.	92 1/4 G.
»	fl. 50 Loose . . .	91 P. 90 5/8 G.
»	fl. 25 Loose . . .	32 P.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch	103 1/4 P.
»	4% ditto	99 5/8 G.
»	3 1/2% ditto	91 5/8 P. 1/8 G.
»	fl. 25 Loose . . .	28 7/8 P. 5/8 G.
Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	94 3/4 P. 1/4 G.
»	3 1/2% » v. 1846	94 1/4 P. 93 7/8 G.
»	3% » . . .	85 3/4 P. 3/8 G.
»	Taunusbahnact. .	305 P. 302 G.
Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	102 1/2 P.
»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	91 3/8 G.
»	4% » b. Stieglitz »	91 G.
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	92 G.
Spanien	3% Inl. Sch. P fl. 2.30	43 3/4 etw. 7/8, 44 bez.
»	1% Neue » »	23 3/4, 15/16, 7/8 bez. u. G.
Holland .	4% Certificate . .	96 1/4 G.
»	3 1/2% Syndicats .	94 1/2 G.
»	2 1/2% Integrale .	64 5/8 G.
Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 12 b. R.	98 1/2 P 1/4 bez.
»	4 1/2% Obl. in F. à 28 kr.	100 P. 99 3/4 G.
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	94 3/4 G.
»	2 1/2% Obl. b. Rothsch.	58 1/4 P.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98 3/4 P.
»	5% Obl. b. Hambro	96 1/4 P.
»	Sardinische Loose .	40 3/4 P. 1/2 G.
Toscana	5% Obl. 1850 (C.b.Golds.)	101 P.
»	5% » 1851. b. Bastogi (do.)	97 3/4 P. 1/2 bez. u. G.
NAmerika	6% Stocks Doll. 2.30.	117 1/4 P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 6. December		Per comptant.
Amsterdam .	k.S.	100 3/8 B. 1/8 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg . .	k.S.	120 B. 119 3/4 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin	k.S.	105 B. 104 3/4 G.
(60 Thlr.) .	3M.	— —
Bremen (50	k.S.	97 1/4 B. 97 G.
Rthlr. i. Ldor.	3M.	— —
Hamburg . .	k.S.	89 B. 88 3/4 G.
(100 Mk. Bc.)	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104 3/4 G.
London . . .	k.S.	118 1/4 B. 1/8 G.
(10 Livr. St.)	3M.	— —
Lyon	k.S.	94 1/8 B. 93 7/8 G.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Mailand (250	k.S.	100 1/4 B.
Lir. Austr.)	3M.	— —
Paris	k.S.	94 1/8 B. 93 7/8 G.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Wien (100 fl.)	k.S.	102 3/4 bez.
im fl. 20 F.)	3M.	102 1/4 B. u. 40%
Disconto		3 G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl. 9	41 1/2-42 1/2
Pr. Friedrichsd'or	» 9	53 1/2-54 1/2
Holl. 10 fl. Stücke	» 9	50-51
Rand-Ducaten .	» 5	37-38
20 Francsstücke	» 9	25 1/2-26 1/2
Engl. Sovereigns	» 11	50
Gold al Marco	»	382-83
5 Frankenthaler	» 2	20 1/2-21
Preuss. Thaler	» 1	45-1/4
Preuss. Cassa-Sch.	» 1	44 3/4-45

Druck von August Osterrieth.

№ 292. Dienstag den 7. December 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich 1½ in dem Postbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr. C. M. in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postvereins-Antheils 3 fl. 45 kr. = 2 Rthlr. 16 Sgr. 3 Pf. in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gebietsantheilen 3 fl. 30 kr. Bad. oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 20½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr W. H. Kirchner in Straßburg, Brandgasse № 20, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 29, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Spalte) mit Betitschrift oder deren Raum 8 Kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 3. Dec. Es scheint fest zu stehen, daß Freiherr von Bruck demnächst mit einer außerordentlichen Mission nach Berlin betraut werden wird, ein Umstand, der die hier noch immer nicht aufgegebene Hoffnung auf eine allseitige befriedigende Verständigung neuerdings bekräftigen würde. Ueberhaupt mehren sich in letzterer Zeit die Anzeichen, daß die Zollvereinsdifferenzen ihrer entsprechenden Erledigung entgegengehen, und es wird versichert, daß die neuen dem hiesigen Zollcongresse gemachten Vorlagen in Berlin nicht ohne Befriedigung aufgenommen worden sind. Sie wurden nämlich hier dem Grafen Arnim mitgetheilt, welcher aus dieser Ursache in der letztern Zeit zu verschiedenenmalen mit dem Herrn Grafen Buol conferirte. Se. Maj. der Kaiser widmet den Verhandlungen des Zollcongresses die vollste Aufmerksamkeit und geruhte bereits zu wiederholtenmalen sich über den erspriesslichen Fortgang der Berathungen auszusprechen; es heißt auch, daß mehreren Mitgliedern der Conferenz zum Zeichen der allerhöchsten Anerkennung ihrer entsprechenden Leistungen demnächst kaiserliche Orden verliehen werden sollen. — Feldmarschall Graf Radetzky wird schon in den nächsten Tagen in Wien erwartet. — Der Herr Statthalter von Galizien, Graf Goluchowsky, soll, dem Vernehmen nach, für einen wichtigen, diplomatischen Posten bestimmt sein. — Die Actien für den projectirten Tunnelbau in Ofen erfreuen sich einer zahlreichen Nachfrage, und es ist bereits eine bedeutende Anzahl derselben gezeichnet worden. Sie lauten auf 100 fl. C. M. und können in 10 Raten zu 10 fl. C. M. in vierwöchentlichen Terminen einzahlt werden. Wie wir vernehmen, haben auch Se. Maj. der Kaiser und mehrere andere Glieder des allerhöchsten Kaiserhauses sehr namhafte Beträge gezeichnet. — Einer Verordnung des Handelsministeriums zufolge haben die Regulirungsarbeiten der Donauufer, von der Alt-Ofener großen Insel angefangen, bis zur Ausmündung des Palatinalgartens unverzüglich zu beginnen. Unter Einem ist auch die Herstellung des schon vor längerer Zeit beantragt gewesenen Uferschutzbaues am Murfluß bei Liebenau und Engelsdorf in Kärnthen genehmigt und hierfür der Betrag von 10,000 fl. hereingestellt.

* **Wien**, 3. Dec. Die amtliche Publicirung des Ansiedlungsgesetzes für Ungarn dürfte nach der „Lpz. Ztg." kaum vor Februar oder März des nächsten Jahres zu erwarten sein, und zwar hauptsächlich darum, weil man den Plan hat, von hier aus mit mehreren deutschen Regierungen Verhandlungen anzuknüpfen, welche sich auf die Colonisirung Ungarns beziehen. Es sollen bereits mit der königl. württembergischen Regierung solche Verhandlungen im Gange sein, sowie auch die Reise des königl. württembergischen Gesandschaftsattaché's Freiherrn v. Eglofstein nach Wien und Ungarn damit in Verbindung zu bringen sein dürfte. Außerdem sollten, wie ich höre, auch mit Bayern, Kurhessen und Nassau solche Verhandlungen eröffnet werden.

P **Berlin**, 4. Dec. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer hatte lediglich mit Wahlprüfungen zu thun, von denen zwei die der Abgeordneten Bürgers und Grote in Köln und des Fürsten Lichnowsky in Ratibor, letztere wegen des Wahlumschreibens des Landraths v. Eisner, einen so unverhältnißmäßigen Zeitaufwand erforderten, daß es zur Präsidentenwahl selbst nicht kam. Die ersteren wurden für ungiltig, die letztere für giltig erklärt. Man sieht der Präsidentenwahl mit großer Spannung entgegen, weil man erwartet, daß durch sie die Stellung gestärkt werden soll, welche die verschiedenen Fractionen noch zu einander einnehmen. Das Resultat derselben selbst ist völlig ungewiß. Daß von der Rechten Uhden als Präsident, v. Waldbott-Bassenheim als erster, v. Engelmann als zweiter Vicepräsident, von der Linken Graf Schwerin als Präsident, v. Bethmann-Hollweg als erster Vicepräsident, Lensing als zweiter aufgestellt wird, habe ich mitgetheilt. Bis vorgestern schien die Wahl des Staatsministers Uhden gesichert; seitdem ist in Folge der in der katholischen Fraction vorgenommenen Abstimmung, von dieser die Forderung aufgestellt, daß von Waldbott-Bassenheim als erster Präsident gewählt werde. Sie hat daran überhaupt die Bedingung der Unterstützung der conservativen Candidatenliste geknüpft. Man sieht, daß sich hier schon sehr bemerkbar die Spuren der katholischen Politik zeigen, und wie ich glaube, auch die Gründe eines baldigen Endes dieser Session. Denn was soll wohl die Regierung und das Land mit Resultaten anfangen, die nicht reiflicher Erwägung, sondern der Majorität weniger Stimmen zu danken sind, oder die gar durch den Einfluß einer von selbstsüchtigen Interessen geleiteten Fraction bedingt wurden. Es ist dies letztere in allen nichtpolitischen Fragen zu erwarten, da die Linke, die Polen und die Bethmann-Hollwegsche Fraction, welche zusammengehen zu wollen scheinen, der Rechten an Zahl gleich sind. In den politischen Fragen wird die Sache noch verwickelter, da die katholische Fraction selbst aus verschiedenen Elementen besteht; nur zum geringeren Theile ist sie wirklich preußisch-conservativ, zum größern Theile neigt sie zur Opposition, und Einzelne sind sogar dem Radicalismus nicht fern. Es ist demnach in keiner Weise zeitgemäß vorher zu sagen, wie der Ausfall der Präsidentenwahl sein wird, wenn der unvorhergesehene Umstand nicht eine Aenderung in der Constellation bewirkt. Es stellen also die ersten Tage der nächsten Woche interessante parlamentarische Entscheidungen in Aussicht. Denn auch der ersten Kammer kommt eine Debatte von großer principieller Wichtigkeit auf die Tagesordnung. Den Einstiften, die ich in meinem letzten Schreiben andeutete, ist es gelungen, in der Commission der Ansicht Geltung zu verschaffen, daß die Majorität der zu einem giltigen Beschluß nothwendigen Abzeordneten nicht allein nach den Kategorien d und e des Art. 65 zu bemessen, also 61 sei, sondern daß auch die Kategorien a und b, nämlich die Zahl der großjährigen Prinzen und der Reichsunmittelbaren, hinzuzurechnen und danach jene 72 oder 73 betrage. Die Erläuterungen der Regierung, die leider erst nach dem Schlusse des Berichts eingegangen, haben keine Aenderung bewirkt, und so wird das Plenum in der Einführung über diese Frage zu treffen haben. Wir glauben, daß sie nicht zweifelhaft sein wird. Ganz abgesehen davon, daß Art 80, welcher die Bestimmung über die zu einem Beschlusse nothwendige Zahl von Mitgliedern enthält, später entstanden ist als Art. 65 über die Stiftung der ersten Kammer, der bekanntlich erst am Ende der Verfassungsberathungen in Folge der königlichen Botschaft in die Verfassung kam — daß also an jenen bei diesem nicht gedacht worden war, daher also auch nicht in aller Strenge auf diesen anzuwenden ist, so sprechen die einzelnen Bestimmungen des Art. 65 selbst gegen eine solche gezwungene Auslegung. Die Frage, ob die Kammer einen provisorischen Charakter trägt, oder die Verordnung nur eine provisorische ist, die eine Verfassungsbestimmung für ein Definitivum auszuführen bestimmt war, kommt dabei nicht in Betracht. Wichtiger ist, daß die Kategorien a und b die Prinzen und die Reichsunmittelbaren wohl ein Anrecht, aber kein factisches Recht haben; weder ist von ihnen eine Erklärung abgegeben, daß sie in die Kammer eintreten gewillt sind, noch hat einer von seinem Recht Gebrauch gemacht. Daß Eine oder wenigstens das Andere wäre nothwendig, um sie als zur Kammer gehörig zu betrachten. Es fällt sich dies um so mehr als unumgänglich dar, als der Charakter eines Kammermitgliedes neben besondern Pflichten auch besondere Rechte mit sich führt, wie die Freiheit von Anklage und Haft, so lange die Kammer nicht ihre Entschließung abgegeben hat. Aber auch in dem Fall, daß Art. 65 ganz ausgeführt würde, wäre es irrthümlich, Art. 80 auch auf die Kategorien a, b und c anzuwenden, da die Zahl dieser, gemäß den einzelnen Bestimmungen jenes Artikels selbst, eine schwankende und ungewisse ist. Denn nicht nur, daß es bald mehr

oder weniger großjährige Prinzen gibt, so kann auch möglicherweise Kategorie b gar nicht aufstehbar sein, da die Theilnahme zur Mitgliedschaft der ersten Kammer an einen bestimmten Grundbesitz geknüpft sein soll und dieser nicht vorhanden sein kann. Das Recht ferner ruht „während der Minderjährigkeit oder während eines Dienstverhältnisses zu der Regierung eines nicht deutschen Staates, ferner auch so lange, als der Berechtigte seinen Wohnsitz außerhalb Preußen hat.“ Aus allen diesen Gründen wird immer bei der Majorität der aus den Kategorien d und e hervorgegangenen Mitglieder stets zu bleiben und 61 als die zu einem Beschlusse in erster Kammer ausreichende Anzahl von Anwesenden anzunehmen sein. Uebrigens ist kaum vorherzusehen, daß die Reichsunmittelbaren auch auf die Aufforderung der Regierung, wozu diese keine Veranlassung hat, in der Kammer unter den gegenwärtigen Bedingungen einen Sitz einnehmen würden. Denn Bestimmungen der preußischen Verfassung, die sie als Kammermitglieder zu beschwören gehalten sein würden, stehen im diametralen Gegensatz zu den Ansprüchen, welche sie nicht ausgegeben haben gelten zu machen, wie zu der Steuerfreiheit, besonderem Gerichtsstande und andere durch die Bundesacte ihnen verbürgte Gerechtsame.

In den letzten Tagen des vorigen Monats hat der brandenburgische Provinzialverein von Geistlichen, welche sich dem altlutherischen Bekenntniß angeschlossen haben, aber nicht aus der evangelischen Kirche ausgeschieden sind, hier eine Versammlung gehalten, welcher 32 Geistliche beiwohnten. Zweck des Vereins ist, dahin zu wirken, daß die für die evangelische Kirche gegenwärtig bestehende Verfassung aufgehoben werde. Die Versammlung, obgleich eine öffentliche, hatte indessen nur drei Zuhörer.

Posen, 29. Nov. Am letzten Sonnabend fand bei dem Buchhändler Zupanski, gleichzeitig in dessen Privatwohnung und in dem Geschäftslocale, eine polizeiliche Haussuchung statt, die von 5 bis 6 Uhr Nachmittags dauerte. Das Resultat derselben war die Beschlagnahme einer Menge Geschäftsbriefe und Facturen, und mehrerer bereits schon früher im Druck erschienener und bisher unverfolgt gebliebener, theils erst für den Druck bestimmter Manuscripte. Außerdem fand an demselben Nachmittag und zu derselben Stunde eine gleiche Revision in der Privatwohnung und dem Geschäftslocale des Papierhändlers Przeszpolewski statt, wo ebenfalls einige Privat- und Geschäftscorrespondenzen mit Beschlag belegt, und wie bei Zupanski von den Polizeidienern verschlossen und mitgenommen wurden. (Brest. Z.)

* Dresden, 2. Dec. In Folge des, Zwischen der königl. sächsischen und der k. k. österreichischen Regierung über das Uebereinkommen getroffen worden, daß der gegenseitigen Gendarmerie die Verfolgung flüchtiger Verbrecher auf das Gebiet des andern Staats unter gewissen Bedingungen gestattet sein solle, sowie daß dieselbe bei Feuer- und Wassergefahr, oder andern Elementarereignissen, auf dem Gebiete des andern Staats zur Hilfeleistung verwendet werden dürfe. Das neueste Stück des Gesetz- und Verordnungsblatts enthält die Bestimmungen rücksichtlich des in beiderlei Beziehungen zu beobachtenden Verfahrens. Hiernach soll es nur in dringenden Fällen, wo Gefahr im Verzug obwaltet, der Gendarmerie des einen Staats gestattet sein, der Verfolgung eines flüchtigen Verbrechers „oder sonst der öffentlichen Sicherheit gefährlichen Individuums“ über die Landesgrenze zu dem Ende fortzusetzen, um mit Verweidung eines jeden Aufenthalts der nächsten Sicherheitsbehörde den Sachverhalt mündlich mitzutheilen, und dieselben zur weitern entsprechenden Amtshandlung aufzufordern. Diese Sicherheitsorgane des Nachbarstaats haben sich diesseits aller fernern eigenen Amtshandlung zu enthalten und dürfen in keinem Fall den auf fremdem Territorium ergriffenen Uebelthäter mit sich über die Landesgrenze zurückführen. Eine Ausschließung auf fremdem Landesgebiete vorzunehmen ist die nacheilende Gendarmerie niemals berechtigt. — Die von einem Vereine sächsischer Aerzte unternommene Gründung einer Wittwenkasse der Aerzte, Wundärzte, Thierärzte und Apotheker des Königreichs Sachsen und der angrenzenden Herzog- und Fürstenthümer, hat die landesherrliche Genehmigung erhalten, und ist namentlich auch der gedachten Anstalt die Rechtsvergünstigung verliehen worden, daß die an die Wittwen verstorbener Vereinsmitglieder in Gemäßheit der Statuten zu zahlenden Jahresgelder keiner Verkümmerung unterworfen werden können.

Kiel, 1. Dec. In Leipzig, bei den Buchhändlern Herrn Mathes und Costenoble so wie in Altona bei dem Buchhändler Herrn Pring, Besitzer des Verlagsbureaus, haben polizeiliche Haussuchungen stattgefunden nach den socialistischen, communistischen und atheistischen Broschüren des Herrn Athusen hierselbst; es wurden indessen nur einige wenige Exemplare davon im Verlagsbureau vorgefunden, da der größte Theil derselben bereits verfandt war. (K. C.-Bl.)

Schweiz.

Z **Basel**, 4. Dec. Die immer weiter um sich greifende Meinung, daß das neue französische Kaiserthum in die Fußstapfen des alten treten werde, scheint auch die Aufmerksamkeit schweizerischer Staatsmänner auf sich zu ziehen. Zwar genoß der „Vermittler der Schweiz“, der die 19 Kantone nur bestätigte, noch lange nach seinem Sturz und namentlich bei der liberalen Partei großes Ansehen, die unbefangene Gegenwart berechnet aber, wie theuer sich Napoleon I. seine sogenannte „Vermittelung“ bezahlen ließ, und wie die Losreißung von Genf, Neuenburg, Wallis und andern Schweizergebieten, ferner eine Zwangscapitulation von mehreren Regimentern, die nach jedem aufreibenden Kampf wieder ergänzt werden mußten, endlich die strenge Continentalsperre und andere Uebel eines offenbaren Bevasallenthums zu Kaiserzeit waren. Die Eidgenossenschaft würde daher in gewissen Fällen, ganz abgesehen von dem von ihr und für sie geschaffenen 1848er Bund, schon in der octroyirten Constitution des Jahrs 1815, die doch wenigstens Neutralität und Unabhängigkeit garantirt, mehr Vortheil finden als in der zweiten Auflage eines napoleonischen Geschenks. Sollte es einmal wider Vermuthen zu einer Sympathiepolitik kommen, so dürfte nach jetzigen Verhältnissen London und sogar Washington unserer Bundesstadt näher liegen als Paris. Wir sprechen hier von der reformirten Mehrheit des Schweizervolks und nicht von einem Theil des Jura und andern Minoritätsparcellen. — Ein heute aus Paris angelangter Brief will wissen, es sei dem General Cavaignac, der den Winter in Paris zubringen wollte, höhern Orts bedeutet worden, noch länger auf seiner Villa in der Auvergne zu verweilen; sodann, daß Graf v. Montalembert aus dem gesetzgebenden Körper ausgetreten sei, um als Chef der Chambordschen Partei aufzutreten. Diese letztere Nachricht verdiente nur dann Glauben, wenn die Weigerung des Papstes, nach Paris zu kommen, unwiderruflich, und wenn überhaupt zwischen der römischen Curie und der legitimen Monarchie Europa's ein gemeinsamer Verhaltungsplan angenommen wäre.

= **Aus der Schweiz**, 5. Dec. Der Bau einer Eisenbahn von Bern über Payerne nach Yverdon, zum Anschluß an die von letzterer Stadt nach Morges projectirte Eisenbahn von Entre-Roches, ist nun definitiv beschlossen. — In Vevay und dessen nächster Umgebung verweilen diesen Winter nahe an 250 wohlhabende Fremde, größtentheils Russen, Engländer und Deutsche.

Italien.

Florenz, 21. Nov. Alle Schritte des Institut des pères de famille (französisch-protestantische Schule) um die Erlaubniß, wie früher Katholiken aufzunehmen, sind vergeblich gewesen. Eine Engländerin, die einem ähnlichen Institute vorsteht, erlangte diese Erlaubniß nach langen Bemühungen, aber unter der Bedingung, ferner auch keine Protestanten mehr aufzunehmen. Die beste und beschuteste italienische Privatschule, die eines Herrn Zei, ist wegen „liberalen Tendenzen“ in unpassender Art und der Schluß des zum Juli 1853 anberaumten Examens. Man will den ganzen Unterricht unter die Leitung direct vom Staat angestellter Lehrer stellen. — Das Gerücht von der Annexation Toscana's an den österreichisch-italienischen Zollverband erhält sich zwar mit großer Consequenz und nimmt unsern Handelsherren den Schlaf; doch ist es gewiß, daß es, so lange Herr Baldasseroni am Ruder bleibt, nicht zur Wahrheit werden wird. — Der Plan Baldasseroni's, die Verwandlung des größten Theils der schwebenden Schuld Toscana's in eine dreiprocentige Rente auf das große Buch der öffentlichen Schuld, hat ziemlich allgemeinen Beifall gefunden. Der Betrag der Rente ist auf 3 Millionen Lire festgesetzt, und man hofft, dieselbe sofort zum Course von mindestens 65 verkaufen zu können. Davon sind etwa 21 Millionen für den Bau des neuen Hafens in Livorno und die Austrocknung des großen Sees von Bientina bestimmt. (D. A. Z.)

* Nach Berichten aus **Rom** hat der Sultan ein sehr verbindliches Schreiben nach Rom, als Erwiderung auf eine päpstliche, die Behandlung der bosnischen Christen betreffende Einsprache gerichtet, und man hofft nunmehr wirklich ein günstiges Resultat in dieser Angelegenheit, in welcher schon im Jahr 1845 zwischen der Pforte und dem römischen Stuhl Verhandlungen geführt wurden.

Frankreich.

△ **Straßburg**, 5. Dec. Gemäß dem Programm ist das Fest der Verkündigung des Kaiserthums gestern Abend und diesen Morgen um 6 Uhr durch die Glocken sämmtlicher Kirchen der Stadt angekündigt worden. Die vier Schnecken des Münsterthurmes und die vorzüglichsten öffentlichen Gebäude sind mit Fahnen geschmückt. Die Präfectur ist mit Fahnenreihen, mit Adlern und mit N verziert, und man bringt an den Fenstern farbige Gläser an, welche diesen Abend zur Beleuchtung dienen sollen. Der Balcon des Gemeindehauses ist mit einer großen Trophäe bedeckt, welche in der Mitte einen goldenen gekrönten Adler hat. An den Seitenfenstern sind Schilder aufgehängt, auf denen der Buchstabe N prangt, mit einer kaiserlichen Krone überragt; weiter oben das städtische Wappen; am Giter flattern Oriflammen. Auf dem Aufsatze der Säulen des Theaters hat man einen Adler als Transparent angebracht.

Das Innere des Saales ist für die Vorstellung dieses Abends mit rothen Behängen und Fahnen geschmückt; die beiden ersten Logen auf der Vorderbühne sind von goldnen Adlern mit ausgebreiteten Flügeln überragt.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Dec. Gestern hat der vom Volksthing zur Begutachtung des, die Aufhebung des Zollunterschiedes zwischen Dänemark, Schleswig und Holstein betreffenden Gesetzentwurfs niedergesetzte Ausschuß sein Gutachten über denselben abgegeben. Der Ausschuß erklärt sich zwar im Wesentlichen zu Gunsten der Modificationen, die der Regierungsentwurf in Bezug auf die im „Reiche Dänemark" (d. h. in Dänemark und Schleswig) geltenden Zollansätze vorschlage, dagegen glaubt die Mehrheit des Ausschusses, dem Volksthing die Fassung eines definitiven Beschlusses über die Verlegung der Zollgrenze an die Eide für jetzt widerrathen zu müssen. — Major Wasmer ist gestern auf dem Marineschooner „Maagen" nach Christiansö abgeführt worden.

Neueste Nachrichten.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Paris, den 6. Dec., 4 Uhr 50 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, d. 6. " 5 " 24 "

Paris, 6. Dec. Lord Cowley hat den Kaiser die Schreiben seiner Souveränin überreicht, welche ihn als britischen Gesandten am Hofe Napoleons III. bestätigen. — Nach den heutigen Nachrichten aus Madrid steht mit Wahrscheinlichkeit eine Auflösung der Cortes und Reform der Verfassung bevor.

* **Wien**, 4. Dec. Nach der „Br. Ztg." hat der am hiesigen k. k. Hofe accreditirte königlich preußische Gesandte, Herr Graf v. Arnim, die Weisung erhalten, bezüglich der Zolleinigungsfrage mit St. Excellenz dem Herrn Minister des Aeußern, Grafen v. Buol, Unterhandlungen anzuknüpfen, und über deren Verlauf sowohl wie gleichlich nach Berlin Bericht zu erstatten. — Der Herr Graf v. Arnim erhält nach jeder Sitzung der Zollconferenz einen Bericht über den Inhalt der Discussion.

‡ **Berlin**, 5. Dec. Ueber die Handelsfrage ist wenig Neues zu melden. Preußen hat sich allerdings bereit erklärt, mit Oesterreich neue Unterhandlungen zu eröffnen. Es hat bereits in einer am 25. v. M. nach Wien gesandten Note die Basen festgestellt, auf denen es unterhandeln will. (Ich theilte Ihnen dieselben schon früher mit.) Die Zolleinigung soll von den Berathungen ausgeschlossen bleiben, nur der Handelsvertrag soll erörtert werden. Zudem hat Preußen bereits die Persönlichkeit bezeichnet, welche es dem kaiserlichen Cabinete für die Unterhandlungen vorschlägt. Die Antwort von Wien kann voraussehen werden. Man wird die Unterhandlungen, die einen abschließenden Charakter tragen werden, eröffnen, sobald in größern Sätzen das Allgemeine durch die diplomatischen Verhandlungen in Wien ganz festgesetzt sein wird. Daß Freiherr v. Bruck nicht zu der anfangs erwarteten Zeit hier schon eintrifft, wird mir heute als ein Merkmal davon angesehen, daß die Angelegenheiten der Handelsfrage insofern einen noch günstigeren Charakter angenommen hätten. Ich bekenne offen, im Augenblick die Bedeutung dieser Mittheilung, die von sehr guter Seite kommt, nicht zu übersehen. Morgen indeß darüber Genaueres.

München, 4. Dec. Der officiöse Correspondent der „Neuesten Nachrichten" versichert, daß verlässige Briefe aus Wien beruhigende Nachrichten für den Fortbestand des Zollvereins bringen.

‡ **Paris**, 5. Dec. Kraft kaiserlichen Decrets ist „der Devutirte zum gesetzgebenden Körper und muthvolle Minister, Graf v. Morny, welcher bei dem großen Reinigungsact am 2. December 1851 mit so viel Hingebung mitwirkte, in Anerkennung seiner Verdienste" zum Großkreuz der Ehrenlegion ernannt worden. Zwei andere Decrete des Kaisers gewähren allen Flottenoffizieren, Seesoldaten und Matrosen, gegen welche erlaubt werden müsste, vollständige Amnestie und erlassen alle für Vergehen und Uebertretungen der Küstenfischereigesetze verhängte Strafen.

Morgen Nachmittag um ein Uhr wird der Senat seine Sitzungen wieder aufnehmen; die Regierung wird ihm Vorlagen machen.

Nahezu 200 Mitglieder des gesetzgebenden Körpers haben gestern Abends die Proclamation des Kaiserreichs mit einem Banket begangen, zu welchem auf besondere Einladung auch die Minister sich einfanden. Letztere wurden von den Festcommissären empfangen, die als Abzeichen Veilchensträuße im Knopfloch trugen; Präsident dieser Commission war General Parchappe. Der Bankettsaal im Casino Paganini war mit den Bildnissen des ersten und des dritten Napoleon und mit dem Kaiseradler geschmückt. Billault, der Präsident des gesetzgebenden Körpers, führte den Vorsitz und brachte am Schluß des Bankets den Trinkspruch auf Kaiser Napoleon III. aus, der enthusiastisch erwidert wurde. — Heute früh sind viele Deputirte nach ihrer Heimat gereist.

Gestern hat der Kaiser durch die elyseeischen Felder einen Spaziergang nach dem Boulogner Gehölz gemacht. Wo ihn das Volk erkannte, begrüßte es ihn mit Acclamationen.

Nach der „Revue des beaux Arts" wird Napoleon das traditionelle Kostüm nicht anlegen, sondern bei feierlichen Anlässen Generalsuniformsuniform mit dem Mantel und der Krone tragen.

‖ **London**, 4. Dec. Im Hause der Gemeinen hat gestern der Schatzkanzler sein Budget vorgelegt und die heutigen Blätter enthalten nach finanzielle Expose Disraeli's. Der Minister betrachtet den Grundsatz der unbeschränkten Conenurrenz als definitiv angenommen und will nun den durch die Aufhebung der Navigationsacte, so wie durch das Zucker- und das Getreidegesetz benachtheiligten Interessen Entschädigungen vermitteln. Hinsichtlich der maritimen Interessen schlägt er vor: 1) Herabsetzung der Leuchtthurmsabgaben, 2) Abschaffung des Beitrags zur Armeesteuer, 3) Aufhebung von gewissen Wegzöllen. Hieraus würde dem Staatsschatz ein jährlicher Ausfall von 100,000 Pfd. St. erwachsen. Hinsichtlich des Zuckers schlägt Disraeli eine Vorauserhebung von Zöllen auf raffinirten, statt auf rohen Zucker, und zum Schutz des Ackerbauinteresses von 10. October ab die Verminderung der Malzsteuer um die Hälfte vor. Auch eine ansehnliche Verminderung der Eingangszölle auf Thee ist beantragt. Durch alle diese Reductionen verringert sich der Gesammtbetrag der Staatseinkünfte um 3 bis 4 Millionen Pfd. St., während für die Landesvertheidigung ohne Gedanken an Krieg und Frieden und unabhängig von jeder augenblicklichen Lage ein Credit von 600,000 Pfd. St. verlangt wird. Die für die Einkünfte zu deckende Ziffer beträgt 2,100,000 Pf. St. Die Regierung schlägt für Bewerkstelligung derselben eine umfassende Reform der Abgaben auf bauliches Eigenthum vor rc. Das Haus wird erst im neuen Jahr über diese Finanzvorlage in Discussion treten; übrigens hat dieselbe in der City im Allgemeinen einen guten Eindruck gemacht.

Brüssel, 5. Dec. Der hiesige französische Gesandte hat bereits am 2. unserer Regierung die Thronbesteigung Napoleons III. angezeigt. — Die allgemeine Discussion des Gesetzentwurfs über die Presse ist heute geschlossen worden.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

ll* **Aus der Pfalz**, 3. Dec. Allerdings hat die Direction der pfälzischen Ludwigsbahn bereits die Vergebung von Querschwellen, Bahnschienen, Transportwagen u. s. w. für die zu erbauende Ludwigshafen-Wormser Eisenbahn ausgeschrieben, allein bezüglich der weiteren Terrainerwerbungen verlautet die heute noch nichts, und in Angriff kommt der Bahnkörper noch nicht genommen werden. Jedenfalls geht aber aus jenem Ausschreiben hervor, daß dies bald geschehen werde. An der Herstellung des Staatstelegraphen, der zur Eisenbahn nicht in Beziehung steht, wird so eben gearbeitet.

Börsenberichte.

zz **Frankfurt**, 6. Dec. Das Geschäft war heute besonders wieder in spanischen Papieren belebt; anfangs eröffneten dieselben in flauer Stimmung, stellten sich zuletzt durch gemachte Ankäufe wieder fester und schlossen höher als gestern. 1pCt. Reue, anfangs zu 23⅛, umgesetzt, gingen auf 23⅞, und blieben zuletzt 24 pCt.; 3pCt. Inländische, anfangs 44⅛, zuletzt 44 pCt. G. In österreichischen Fonds zeigte sich nur wenig Coursveränderung, doch waren diese zuletzt auch beliebter als zu Anfang der Börse; 5pCt. Metall. waren 81⅛ pCt. G.; 4⅛pCt. Metall. 72⅛ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. 91⅞, ⅛ G. Wiener Bankactien 1384 fl. 500 fl. Loose 193 pCt. G., 250 fl. Loose 120⅛ pCt. Von Eisenbahnactien war K.-K.-Nordbahn 43⅝ pCt. G. Berbach 100⅜, pCt. G., Köln-Minden 114⅛ pCt. G., Taunus 302 fl. G.; Neustadt-Weissenburger wurden zu 2 pCt. Avance umgesetzt. In den übrigen Papieren zeigte sich im Allgemeinen nur wenig Coursveränderung. — Abends in der Effectensocietät waren 1pCt. Spanische lebhaft begehrt; es scheint eine günstige Nachricht von Madrid eingetroffen zu sein. 1pCt. Spanische wurden von 24 fusenweise steigend bis zu 24⅛ pCt. verhandelt und schlossen 24⅛ à ⅛ pCt.; 3pCt. Inländische waren 44⅛ pCt.

Madrid, 30. Nov. 3pCt. 45½, n. d. Börse 45½ P. — 1pCt. Neue 24⅛, n. d. Börse 24⅜.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 6. Dec. 5pCt. Metall. 95½. — 5pCt. do. B. 111. — 5pCt. Anlehn vom Jahr 1852 94⅛. — 4⅛pCt. do. 84⅛. — Bankactien 1346. — 250 fl. Loose 139½. — London 11 fl. 21 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 106⅛. — K.-K.-Nordb. 239¼. — Livorno-Florenz 100⅛. — Siena-Empoli 69½. — Paris 135⅛. — London in Triest —. — Silber 151½. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. V. Kutschelt.

Carcel- und Moderatur-Lampen

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.

[2635] **Theodor Martino**, 36, Zeil.

Bücher zu herabgesetzten Preisen.

Werthvolle Werke aus allen Fächern der Literatur, welche von

J. A. Brockhaus in Leipzig zu bedeutend ermäßigten Preisen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen sind.

Exemplare dieses reichhaltigen Verzeichnisses, das auf jeden Bücherliebhaber Beachtenswerthes enthält, sind in allen Buchhandlungen **gratis** zu erhalten. **Wer einmal größeren Bedarf hat, dem besondere Vortheile gewährt.**

In Frankfurt a. M. vorräthig bei Karl Th. Völcker, Kl. Hirschgraben F. Nr. 12.

Weihnachtsbuch!

Im Verlage von **J. Janssen & Comp.** in **Weimar** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, vorräthig *in Frankfurt a. M. in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkarten-Handlung*:

Lustige und ernste Märlein,

Kindern erzählt

[2717] **vom Onkel Ludwig.**

Mit 9 Bildern in Tondruck von Frz. Jäde.

Elegant broschirt. Preis fl. 1. 48 kr.

Dieses Kinderbuch ist eins der reizendsten, welche je erschienen sind. Ausstattung und Darstellung sind eben so humoristisch als naturwüchsig, eben so mannigfaltig belehrend als geistig anregend und unterhaltend. — Die Ausstattung ist ausgemessen und die Bilder des bekannten Künstlers wunderhübsch.

[2720] Im Verlage der J. Wolff'schen Buchhandlung in Augsburg und in allen Buchhandlungen zu haben:

Schönstes Festgeschenk!

Gesammelte Schriften

des

Verfassers der Ostereier

Christoph von Schmid.

Original-Gesammt-Ausgabe von letzter Hand.

18 Bände in 8, auf schönstem weißem Velinpapier mit neuen Lettern gedruckt und zu jedem Bande ein feiner Stahlstich. Preis für das ganze Werk 11 fl. 42 kr. od. 7 Rthlr. 12 ggr.

Inhalt dieser 18 Bände:

I. Heinrich von Eichenfels. Der Weihnachtsabend. Die Ostereier. II. Der Kanarienvogel. Das Johannisfeuer. Das Täubchen. Das Vergißmeinnicht. Die Kapelle bei Wolfsdahl. Die Krebse. Der Kuchen. Der Diamantring. Das Marienbild. III. Ludwig, der fleißige Auswanderer. Das Lämmchen. Das hölzerne Kreuz. IV. Gottfried, der junge Einsiedler. Das Vogelnestchen. Das stumme Kind. Die Waldkapelle. Die Wasserfluth am Rheine. V. Die Hopfenblüthen. Das Rothkehlchen. Kupfermünzen und Goldstücke. Das alte Raubschloß. VI. Die Margaretheblümchen. Die Feuersbrunst. VI. Das Blumenkörbchen. Die zwei Brüder. VII. Rosa von Tannenburg. VIII. Der Weiher bei Kirchen. Die Meerlone. Die Nachtigall. Der Wasserfrog. Die weißen und weißen Rosen. IX. Ferdinand. Anselika. X. Timotheus und Philemon. Das Kartoffelrosser. XI. Der gute Fridolin und der böse Dietrich. XII. Klara oder die Kinder der Ansiedler. Das beste Erbtheil. Die Feuersteine. XIII. Genovefa. Anselmo. XIV. Eustachius. XV. Josaphat. Drei Parabeln Barlaams. Titus und seine Familie. XVI. Kurze Erzählungen. XVII. Blühen, dem dürstenden Alter gewidmet. Die kleine Lautenspielerin. XVIII. Kleine Schauspiele für Familienkreise.

Die Tugendheime, welche durch diese originellen Schriften in die Herzen der deutschen Jugend gepflanzt wurden, sind vielfältig zur herrlichen Frucht gediehen und haben den Erzehrern der Jugend ihr Wirken unendlich erleichtert. Die Christoph von Schmid'schen Jugendschriften, ausgezeichnet an hoher Anregung des jugendlichen Gemüthes, an ergreifender Einfachheit des Styles und wunderbarer Einbildung der Moral in engelreine Formen, verbreiten einen eignen himmlischen Zauber über Kinder und Erwachsene.

Diese Erzählungen sind auch alle einzeln in besondern Ausgaben in allen Buchhandlungen zu haben.

[2722] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Frankfurt durch Gebhard & Körber, Buchgasse Nr. 6, zu beziehen:

Deutingen, Dr. M., *Geschichte der Philosophie*. 1r Bd. Geschichte der griechischen Philosophie. 1ste Abtheil. Die griechische Philosophie von ihren Anfängen bis Socrates. gr. 8. 3 fl. 12 kr. od. 2 Thlr.

Fischer, Dr. G. Fr., über **Gefängnißstrafarten, Strafsysteme und Strafanstalten.** gr. 8. geh. 1 fl. 36 kr. od. 22 gr.

[2734] Bei J. F. Steinkopf in Stuttgart ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Blätter für höhere Wahrheit.

Von

Joh. Friedr. v. Meyer, theol. Dr.

Auswahl in zwei Bänden

aus den 11 Bänden des sel. Verfassers.

Nebst einer biographischen Einleitung.

2. Bände 8. geh.

Preis 4 fl. 30 kr. oder 2 Thlr. 22½ Sgr.

Diese zeitgemäße Auswahl der wichtigsten Aufsätze aus den zum Theil vergriffenen „Blättern für höhere Wahrheit" wird gewiß von allen Kennern ihres edlen Verfassers freundlich willkommen geheißen werden. Herr Dr. M. Stier spricht sich in einem Briefe über diese Auswahl aus: „Ein sehr zweckmäßiges und verdienstvolles Unternehmen, das Gott segnen wolle. Manchmal schon habe ich so etwas gewünscht."

Alles was von der gewöhnlichen menschlichen Wissenschaft und Empfindung in's Uebersinnliche und Göttliche an der heraufsteigenden Leiter der Offenbarung aufsteigt bis zu den höhern Sprossen der ohnmittelbarsten und doch wahrhaftigen Symbolik von Bibel und Natur, der verborgenen Weisheit und der Glaubensgeheimnisse, blüht die leuchtendsten Zierpunkte dieser Blätter.

Hier ist Mystik, die es nicht Allen recht machen kann, aber dennoch ächte Mystik, denn sie weiß Nichts und will Nichts als Gottes Wort und seine Offenbarung in Christo.

Vorräthig in Frankfurt a. M. bei Karl Theod. Völcker, kl. Hirschgraben F. Nr. 12.

[2739] **Einbundert fünfzig Eichstämme** von 10 bis 35 Zoll mittlerem Durchmesser und 20 bis 70 Zuß Länge, zusammen 24,000 Kubikfuß enthaltend, sollen

Montag den 21. d. M.

auf dem Rathhause zu Bierstein (2 Stunden von Mombeim) öffentlich meistbietend versteigert werden.

Der Anfang ist Morgens präzis 10 Uhr.

Bierstein, am 5. December 1852.

Der Gr. Hess. Revierförster des Reviers Bierstein: Reiß.

[2710] **Guts-Verpachtung.**

Zur Verpachtung des Kurhessischen Staats-Domänenguts zu Schwarzenfels von Petritag k. J. an, ist dritter Steigerungstermin auf

Donnerstag den 16. December d. J.,

in das Local der Amtei zu Schwarzenfels bestimmt, wohin sich Pachtlieblhaber wenden wollen.

Das Gut ist mit den nöthigen Gebäuden, so wie mit Schäferei und Brauntweinbrennerei versehen und enthält ungefähr 385 Acker Land, Wiesen, Garten ꝛc. ꝛc.

Kassel, am 1. December 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium,
Abtheilung für die Domänen.
Wiederhold, k. L.
vdt. Schuchardt.

Grand Hôtel Louvois

in **Paris**, Platz Louvois, Straße Richelieu, gehalten von **T. Lachmann**.

Dieses geräumige und frei gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den alten Platz der Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuilerien. [2197]

[2737] Es werden zwei Geometergehilfen gesucht, welche schon längere als solche gearbeitet haben. Wo? zu erfahren bei der Expedition dieses Blattes.

[1656] **An- und Verkauf**

von allen Staatspapieren, Staats-Lotterie-Anlehens-Loosen, so wie von standesherrlichen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit bei **Raphael Erlanger**, bestellter Sensal in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof.

Coupons und Staatspapiere,
An- und Verkauf bei
[1679] **Michael Oppenheimer**, Zeil 47.

Fränkel

ist mit Mecklenburger Reis- und Waarenpferden im „gelben Hirsch". [2626]

[2724] **Oeffentliche Aufforderung.**

Die Ehefrau des Johannes Steuernagel XIV. zu Wirthausen, Elisabethe, geb. Philippi, hat auf Ehescheidung geklagt, weil ihr Mann sich zu Johann I. z. gegen ihren Willen aus hiesiger Gegend entfernt und heimlich nach Amerika begeben, sich also der böslichen Verlassung gegen sie schuldig gemacht habe.

Johannes Steuernagel XIV. wird daher aufgefordert,

binnen drei Monaten

so gewiß zu seiner Heimath zurückzukehren und das eheliche Verhältniß fortzuführen, widrigenfalls der ldatsächliche Inhalt der Klage für eingestanden und nachgegeben angenommen, er mit etwaigen Einreden ausgeschlossen und weiter nach Rechten verfahren werden wird. Zugleich wird demselben eröffnet, daß alle weiteren Verfügungen in dieser Sache an die Gerichtsthüre angeschlagen und dann als ihm eröffnet werden angesehen werden.

Ulrichstein, den 30. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daselbst.

Stammler. Hoffmann.

[2692] **Steckbrief.**

Louis Bock von Bessungen, bisher Rentamtsgehilfe dahier, dessen Signalement, sowie man solches ermitteln konnte, nachfolgt, ist mehrerer nicht unbedeutenden Unterschlagungen und Fälschungen dringend verdächtig. Da sich derselbe der gegen ihn einzuleitenden Untersuchung durch die Flucht entzogen hat, so ersucht man alle Justiz- und Polizeibehörden des In- und Auslandes auf denselben zu invigiliren, ihn im Betretungsfalle arretiren und an das unterzeichnete Gericht abliefern zu lassen.

Homberg a. d. Ohm, am 29. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daf.

Klingelhöfer.

Louis Bock ist

25 Jahre alt,
ungefähr 5 Zuß 8 Zoll groß, und hat dunkelbraune Haare,
niedrige Stirne,
braune Augenbrauen,
wahrscheinlich blaue Augen,
kleine aufgestupfte Nase,
mittelgroßen Mund mit aufgeworfener Oberlippe,
gewöhnliches Kinn,
schwachen, dunkeln Bart,
blasse Gesichtsfarbe,
lange, schmale Gesichtsform,
schlanke Statur und
trägt in der Regel eine Brille; auch fehlt der obere Schneidezahn desselben etwas schief.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag **(Beilage zu Nr. 292.)** 7. December 1852.

Vielfache Erfahrungen der letzten Zeit berechtigten uns zu dem hiermit ausgesprochenen Wunsche, daß diejenigen Blätter, welche die telegraphischen Depeschen der Postzeitung nachdrucken, dieses mit der ausdrücklichen Bezeichnung „Telegraphische Depesche der Frankfurter Postzeitung“ und nicht mit einem bloßen „F. P.“ thun mögen, um so mehr, wenn dies Nachdrucken an demselben Orte und in der Stunde der Ausgabe unseres Blattes geschieht. Wir stehen mit diesem gerechten Verlangen nicht allein, denn auch die Augsburger Allgemeine, die Kölnische und andere Zeitungen, die gleich uns im Interesse ihrer Leser die telegraphischen Depeschen mit schwerem Gelde bezahlen, haben für sich Aehnliches schon vor längerer Zeit ausgesprochen. Ja die Augsburger Allgemeine Zeitung glaubte, und wohl nicht mit Unrecht, verlangen zu können, daß telegraphische Depeschen an demselben Orte innerhalb der ersten 24 Stunden nicht nachgedruckt werden sollten.

Die Redaction der Frankfurter Postzeitung.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Paris, den 7. Dec., 10 Uhr — Minuten Vermißt.
Angekommen in Frankfurt, 7. „ 12 „ 26 „ „

Paris, 7. Dec. Aus Madrid ist heute die Nachricht hier eingegangen, daß die Cortes aufgelöst und neue Wahlen angeordnet sind. Die neuen Cortes treten am 1. März zusammen. Madrider Cours: Inn. Sch. 46; Diff. 25¼.

Frankfurt, 7. December.

Die in unserm heutigen Hauptblatt mitgetheilte, auf telegraphischem Wege empfangene Nachricht, daß Lord Cowley von der Königin von England aufs neue als Botschafter bei dem französischen Kaiser accreditirt worden sei, erweist die vorausgegangene Anerkennung und diese die Zufriedenstellung Englands durch die Erklärungen des Kaisers. Damit ist vorerst der europäische Frieden gesichert. Denn wenn wir gleich nicht zweifeln, daß die übrigen Mächte schon jetzt zu den gleichen Schritt entschlossen sind, so denselben schon gethan haben werden, so ist doch auch nicht minder wahr, daß ohne England keine Coalition gegen Frankreich, ohne eine solche kein Krieg gegen diese Macht denkbar, und daher durch den Vorgang Englands der Weg für alle anderen bezeichnet und die Ruhe in Europa verbürgt ist.

Bemerkenswerth und der Aufzeichnung würdig ist, daß der König beider Sicilien, ein Bourbon des spanischen Zweiges, der Erste war, welcher die Anerkennung Napoleons III. durch seinen Gesandten aussprechen ließ. Vermuthlich sind es die Besorgnisse, welche die Murat'schen Prätensionen einflößen, die eine so große Eile erklären können.

Deutschland.

* Frankfurt. Der „Kasseler Zeitung“ schreibt man aus Dresden vom 4. Dec.: Aus glaubwürdiger Quelle wird versichert, daß Se. königl. Hoh. der Prinz Albert von Sachsen am 2. December zu dem Zweck nach Prag reise, um sich dort mit der Prinzessin Karoline von Wasa zu verloben, von welcher man noch in den letzten Tagen behauptete, daß ihre Hand an den Prinz Präsidenten Ludwig Napoleon versprochen sei.

* Berlin, 5. Dec. Der heutige Leitartikel der „Zeit“ scheint nicht ohne Bedeutung für die gegenwärtige Kammersession und für die Verfassungsfrage überhaupt. Er beginnt sich auf einen bekannten Satz aus hohem Munde: „Preußens Geschichte beruht auf der Treue des Volkes zu seinen Königen und seiner Könige zu ihrem Volke.“ Verfassung ist da, sie ist vom Könige wie vom Lande beschworen, und wie mangelhaft man sie auch je nach den verschiedenen Parteistandpunkten erachte, noch entschiedeneres Unheil wäre von einer contrerevolutionären Beseitigung zu erwarten. Nichtsdestoweniger drängen alle Stimmen auf eine neue Revision, welche zudem in mancher Beziehung wohl auch durch den inneren Entwickelungsgang in einer schnell fortschreitenden Epoche bedingt sein könnte. Wir wissen nicht, was die Regierung über diese Frage beschlossen hat, aber wir hoffen, man werde nicht denjenigen nachgeben, welche von einer eigentlichen Theilung der Gewalten ein Heil für Preußen erwarten. Man schwäche die königliche Autorität, und man wird die Folgen erfahren, sei es an aggressiven Schritten von außen, sei es an innerer Schwächung durch confessionellen, politischen oder materiellen Hader. Allein es ist nicht bloß die Theilung der Gewalten, welche zu fürchten wäre, es ist auch die Bevorzugung eines einzelnen Standes auf Kosten der anderen. Dies Danaergeschenk, welches man dem Lande machen könnte, widerspräche dem altpreußischen Grundsatz der Gerechtigkeit und brächte insbesondere die Krone außer Möglichkeit, alle ihre Staatsangehörige mit gleichem Maße zu messen. Es ist nicht zu verkennen, daß sehr entschiedene Strebungen auf ein solches Ziel hinauslaufen, es ist aber auch den eindringlichen Lehren der Geschichte nicht minder klar, daß die königliche Autorität dadurch gerade eben so sehr leiden würde, als durch die Theilung der Gewalten. Oder darf man glauben, daß der bevorzugte Stand sich daran genügen ließe, die übrigen Stände zu beschränken, und nicht vielmehr ebenso bald suchen würde, die königliche Prärogative einzuengen?! Letzteres müßte mit logischer Nothwendigkeit mindestens dann eintreten, wenn die Krone, eingedenk ihrer königlichen Mission der Gerechtigkeit, den Uebergriffen des bevorzugten Standes im Interesse der übrigen Stände sich widersetzte. So fordern und erwarten wir denn, daß die junge Volksvertretung in ihrem gesetzgeberischen Wirken sich vor allem der hier bezeichneten Klippen bewußt sein werde, daß sie die Verfassung nach den besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen des Landes entwickele, aber zwei gefährliche Abwege vermeide, indem sie dem Volke zwei seiner edelsten Tugenden bewahrt.

‡ **Berlin**, 5. Dec. Herr v. Kleist-Retzow wird hier auch demnächst erwartet. Die Verzögerung seiner Ankunft hat ihren Grund lediglich in Rücksichten auf seine Familie. Seine Gemahlin, geborne Comtesse Stolberg-Wernigerode, befindet sich in den Bädern. Ich meldete Ihnen schon vor einigen Tagen, daß die Theilnahme des rheinischen Oberpräsidenten an den Kammerverhandlungen von großer Bedeutung sei. Sie zeigt auch weitern Kreisen, daß ein neuer Compromiß zwischen der Regierungspartei und der äußersten Rechten zu Stande gekommen ist. Dasselbe war nur auf Grund einer vorgängigen Verständigung innerhalb des Ministeriums, wie ich dieses früher ausführlicher in Ihrem Blatte charakterisiren durfte, zu ermöglichen. — Ich erfahre, daß die kaiserlich österreichische Regierung, nachdem die ungarischen Colonisirungspläne auf neuen Grundlagen organisirt sind, durch ihre diplomatischen Vertretungen in Deutschland eifrig auf eine rege Betheiligung seitens der deutschen Bevölkerung an dem Zuzuge nach Ungarn hinwirken läßt. Man kann diesen Bemühungen, denen die süddeutschen Regierungen zumächst entschieden hold sind, auch hier nur Glück wünschen, und ich hoffe, daß viele dieser fleißigen Landleute Pommern, des preußischen Eichsfelds u. s. w., welche in so großen Schaaren Europa verlassen, künftig den Weg die Donau hinab, wo sie Brüder und heimische Sitten und deutschen Schutz finden, vorziehen werden. — In Betreff meiner neulich Ihnen gemachten Notiz von der Bedeutung des vor kurzem aus dem Nachlasse Georg Bernhard Niebuhrs erschienenen Buches kann ich jetzt darauf hinweisen, daß die Kreuzzeitung Avisomata desselben [illegible] an ihre Spitze stellt und verspricht damit fortwährend [illegible]

* ? **Magdeburg**, 5. Dec. [illegible] Se. Excellenz [illegible] Mitglieder [illegible]

Dr. Jakobson soll, da er in einer wichtigen Privatsache demnächst einen Eid zu leisten hat, die Hoffnung, daß seinem Gesuche deferirt werde (??), zu dem Ihnen neulich gemeldeten Uebertritte zur freien Gemeinde bestimmt haben. — Mit dem 1. Januar wird in unserer Stadt die Hundesteuer, welche für jeden Hund 2 Thlr. jährlich beträgt, eingeführt werden. — Noch im Laufe dieses Winters werden unsere Straßen Gaserleuchtung erhalten. Die Röhren sind bereits im ganzen Bezirke der Stadt gelegt, und man ist jetzt beschäftigt, Candelaber und Laternen aufzustellen.

München, 2. Dec. Am 15. Nov. trat hier das von Sr. Maj. dem Könige unter dem Namen „Maximilianeum" gegründete Convict ins Leben. Dasselbe ist vorläufig in einem Privathause der Amalienstraße (unweit des Universitätsgebäudes) untergebracht, und wird ganz aus den Mitteln der Cabinetskasse erhalten. Die Zöglinge haben vollständige unentgeldliche Verpflegung, und werden aus den Oberklassen der Gymnasien ausgewählt, so daß ihr Eintritt ins Convict gleichzeitig mit ihrem Uebergange an die Universität stattfindet. Als Aufnahmsbedingungen gelten, daß der Zögling (christlicher Confession und körperlich gesund) in seinen bisherigen Studien einen ausgezeichneten Fortgang machte, stets tadellos in seinem Wandel war, und durch Fähigkeiten sowie schnelle Fassungsgabe unter seinen Mitschülern hervorragte. Auf Verhältnisse der Geburt, des Vermögens und so weiter wird keine Rücksicht genommen. Der Eintretende hat sich der Jurisprudenz oder dem Camerale zu widmen und verpflichtet sich, zwei Jahre auf die philosophischen, also fünf Jahre auf die Universitätsstudien zu verwenden. Der Zöglinge, für deren Unterricht in den neuern Sprachen und den zur feineren Bildung gehörenden Künsten besondere Sorge getragen wird, und denen somit jede Gelegenheit zur Ausbildung für den höhern Staatsdienst geboten ist, sind für das erste Jahr sechs, nach den Berichten der Rectorate aus den Gymnasien zu München, Nürnberg, Würzburg, Neuburg, Speyer und Amberg ausgewählt, und sie werden jährlich durch drei neue vermehrt, bis das vollständige Convict auf die Zahl von fünfzehn gebracht ist. Die Leitung des Instituts ist einem Director anvertraut, in der Person des Herrn Hancker, früher Professor am neuen Gymnasium und in der königlichen Pagerie; die Ueberwachung steht dem jeweiligen Minister des Cultus zu, der unmittelbar an Se. Majestät über die Anstalt berichtet. (N. M. Z.)

† **Leipzig**, 5. Dec. Vorgestern feierte der Chef eines unserer ersten Handelshäuser, Kammerrath Frege, das seltene 50jährige Bürgerjubiläum bei noch großer geistiger und körperlicher Rüstigkeit. Deputationen der städtischen Behörden, der Kaufmannschaft ꝛc. begrüßten den Jubilar an seinem Ehrentage, den der mildthätige Sinn desselben auch 1700 Armen, die auf seine Kosten gespeist wurden, zu einem Freudentag machte. — In der Wagenbauanstalt der sächsisch-bayerischen Staatsbahn wurde in diesen Tagen der tausendste Wagen seit dem Bestehen der Anstalt vollendet. Se. Maj. der König, der davon gehört hatte, überraschte das bei der genannten Anstalt und sonst an der Bahn angestellte Personal mit einem Geschenk von vierhundert Thalern, wofür dieselben sich ein einfaches geselliges Vergnügen veranstalten sollten. — Die in den letzten Wochen in wahrhaft erschreckender Weise gestörte öffentliche Sicherheit scheint allmälig zurückzukehren. Während noch ganz vor kurzem kaum ein Tag verging, der nicht neue Kunde von Diebstählen und Raubanfällen gebracht hätte, hat sich in den letzten Tagen die geängstete Einwohnerschaft größerer Ruhe hingeben können, da es der Wachsamkeit und der energischen Nachforschung der Behörden gelungen ist, unter dem verbrecherischen Gesindel einigermaßen aufzuräumen. — In acht Tagen werden behufs der Integralerneuerung des Stadtverordnetencollegiums die nöthigen Neuwahlen ihren Anfang nehmen. Im Gegensatz zu der Rührigkeit der Parteien bei allen frühern Wahlen gibt sich jetzt eine große Scheu kund, die Wahl der Gemeindevertreter als Parteisache zu betrachten, und es dürfte dieser Umstand auf ein erwünschtes Resultat der Wahlen schließen und hoffen lassen. — Die in der jüngsten Zeit zahlreich vorgekommenen Begnadigungen von Maiverurtheilten machen überall den besten Eindruck. Ausgenommen die eigentlichen Anstifter und Führer des Aufruhrs, sind bis jetzt fast alle in zweiter Linie stehenden oder weniger gravirten Gefangenen mit sehr bedeutenden Strafmilderungen erfreut worden.

Im Verlag von T. O. Weigel, in Leipzig, ist so eben der erste Band eines in heraldischer, historischer und genealogischer Beziehung wichtigen Werkes, unter dem Titel: „Deutsche Grafenhäuser der Gegenwart" erschienen. Der Verfasser dieses Buches, Professor Dr. Ernst Heinrich Kneschke, hat darin eine seltene Umsicht und beharrlichen Fleiß bewährt, um dem Auftrag des Verlegers möglichst vollkommen zu entsprechen. In dem geschichtlichen und älteren genealogischen Theil seiner Arbeit bekundet sich die Frucht eines mühsamen Quellenstudiums. Die Angaben über den Ursprung und das Alter der Familien sind so genau, wie die besten Vorarbeiten und der Raum erlaubten; auf volle Gewißheit dürfte jedoch in Bezug auf mehrere Familien, wie der Verfasser selbst bemerkt, für immer verzichtet werden müssen. Die Vergangenheit ist im genealogischen Theile nur so weit berücksichtigt, als sie für Gegenwart und Zukunft wichtig und nöthig ist. Der Inhalt des ersten Bandes erstreckt sich von den Grafen von Abensperg-Traun, bis zu den Grafen von Kurtzrock-Wellingsbüttel.

± **Darmstadt**, 6. Dec. Eben ist der von dem Abg. Draudt erstattete „weitere Bericht des Finanzausschusses zweiter Kammer über die Anträge der Abgg. Eich und Möllinger, sowie über die Vorstellungen von 54 Gemeinden aus Rheinhessen und Starkenburg, in Betreff des Baues einer stehenden Schiffbrücke über den Rhein bei Worms, sodann über eine erneuerte Vorstellung des Stadtvorstandes von Worms in derselben Angelegenheit" gedruckt ausgegeben worden. Die zweite Kammer hatte nämlich früher beschlossen, jenen Anträgen und Petitionen für diese Finanzperiode keine Folge zu geben, während die erste Kammer das Gegentheil annehmbar erachtete. Später gelangte an die zweite Kammer ein erneuertes Gesuch des Stadtvorstandes von Worms, welches unter Hindeutung darauf, daß die frühere Bedingung, die Erbauung der rheinischen Ludwigseisenbahn, sich erfülle und die andere Bedingung, daß die Stadt Worms die die Summe von 140,000 fl. etwa übersteigenden Kosten übernehme, durch die Nachweisung weggeschoben werde, daß jene Summe genüge, die Bitte aussprach, die Kammer wolle „unter den jetzt veränderten Umständen dem Beschluß der ersten Kammer beitreten und sich dadurch den Dank der zahlreichen Gemeinden erwerben, welche sich, Abhilfe suchend, an die Versammlung gewendet haben, die ganz besonders zur Wahrung und Förderung der materiellen Wohlfahrt des Landes und seiner Angehörigen berufen sei". Der weitere Bericht zeigt wieder den Ausschuß in eine Mehrheit und Minderheit gespalten. Der Abg. Müller-Melchiors, die letztere bildend, will, „namentlich auch in Betracht der Belästigungen, die durch den Brückenbau für die Rheinschifffahrt sich ergeben," beharren bei dem früheren Beschlusse, während die Mehrheit vorschlägt, dem Beschlusse der ersten Kammer unter der Bedingung beizutreten, daß die Kosten für den Staat sich höchstens auf jene 140,000 fl. belaufen, oder eintretenden Falls die Stadt Worms den Mehrbetrag übernehme, und daß das erforderte Capital nicht vor der zweiten Hälfte des Jahres 1853 aufgenommen werde. Die Majorität hebt hervor, daß nach den neuesten Nachrichten die Aufnahme eines Capitals von 1,200,000 fl. zum Zweck der Staatsbeihilfe für den Bau der rheinischen Ludwigseisenbahn gelungen, so daß jene erste Bedingung erfüllt sei, und daß, was die zweite Bedingung angehe, es genüge, wenn dem Zweifel auf anderm Wege hinlänglich begegnet werde. Dazu habe der Präsident des Finanzministeriums in der ersten Kammer zu bedenken gegeben, daß, wenn jene Aufnahme von 1,200,000 fl. erfolgt sei, es nicht erforderlich wäre, daß die Aufnahme des Capitals zum Bau der Brücke bald erfolge, indem sie noch längere Zeit werde verschoben werden können. Zugleich Hindeutung auf die Versicherung des Finanzpräsidenten, eine neuere sorgfältige Prüfung habe die Sicherheit der Hinlänglichkeit jenes Capitals von 140,000 fl. ermittelt. Morgen schreitet die Kammer zur Berathung.

°X° **Darmstadt**, im December. Die Beilage Ihres Blattes vom 1. d. M. enthält, in einem Schreiben aus Gießen vom 29. November, unter Anderm folgende Angabe: „Wie vorauszusehen, hat uns auch Liebig die meisten Studirenden der Chemie aus dem Auslande mit davon geführt." Diese Angabe ist nicht in ihrem ganzen Umfang richtig. Im Sommersemester befanden sich unter 60 Studirenden der Chemie und Pharmacie 37 Ausländer; jetzt beträgt die Zahl der (sogenannten) Ausländer 24; darunter aus Preußen 12, aus England 3, aus Oesterreich 2, aus Nassau 2, aus Rußland, Spanien, der Schweiz, Kurhessen, Baden je einer. (Ein Franzose mußte nach einiger Zeit zurückkehren.) — Die Zahl der Inländer blieb fast gleich; im Sommer 23, jetzt 22. — Uebrigens befindet sich das chemische Institut in Gießen unter der Leitung des trefflichen Will — eines bekannten Schülers von Liebig — in einem solchen Zustand der Blüthe, als dies nach seiner jetzigen räumlichen Ausdehnung nur möglich ist; denn Will mußte mehrere, die sich zum Besuch des chemischen Instituts für diesen Winter gemeldet hatten, abweisen, lediglich darum, weil der ihm zu Gebot stehende Raum die Aufnahme nicht erlaubte. Ueberhaupt ist es bekannt, daß Will schon seit Jahren in seinen praktischen Uebungen regelmäßig mehr Schüler hatte als Liebig.

h **Gotha**, 5. Dec. Die gestrige Nummer des hiesigen Tageblattes berichtet, daß das herzogliche Oberconsistorium durch Circularverfügung vom Ende vorigen Monats die geistlichen Bezirksinspectoren (Ephoren) des hiesigen Herzogthums beauftragt habe, die Pfarrer und Schullehrer ihres Bezirks vor der Theilnahme an Jagden, als mit den Berufsverhältnissen kirchlicher Beamten unvereinbar, ernstlich zu verwarnen. — Die Wahlen zu unserm Landtage sind nunmehr beendet und durchweg im conservativen

Digitized by Google

Sinne ausgefallen. Der gewerbtreibende Stand ist nur schwach, dagegen der Beamtenstand sehr stark vertreten; die Majorität in der künftigen Landesvertretung ist dem Staatsministerium jedenfalls gesichert.

Schweiz.

◡ **Neuenburg**, 4. Dec. Die Sitzung unseres großen Raths ist heute geschlossen worden. Außer dem ablehnenden Beschluß in Betreff der Verrieres-Eisenbahn ist die Weigerung der Gemeinde Planchettes zu bemerken, ihren Antheil an dem Vermögen der aufgelösten Bourgeoisie von Valangin anzunehmen. Der große Rath hat nun diese Gemeinde von der Liste der theilenden Valendisgemeinden gestrichen, und die einzelnen Mitglieder, die zugleich Glieder anderer Kantonsgemeinden sind, hinsichtlich der betreffenden Erbmasse bei letzteren Gemeinden eingereiht, wenn aber solche Einwohner von Planchettes nur Valendisbürger sind, dieselben in die Kategorie der in nichtincorporirten Ortschaften wohnenden Valendisbürger gestellt. Die gleiche Maßregel soll auch auf andere in gleicher Weise sich weigernde Gemeinden angewendet werden. Das bekannte Gold- und Silberstempelgesetz von 18 Grad und 14 Loth wurde in Betracht, daß sich eine großartige Bijouteriefabrik in Neuenburg etabliren will, für Artikel dieses Gewerbs als nicht anwendbar erklärt.

≡ **Aus der Schweiz**, 5. Dec. Durch ein Promemoria des Herrn Charles ist in neuester Zeit eine bemerkliche Aufregung im Kanton Freiburg hervorgerufen worden. Es wird in dieser Schrift Gerechtigkeit für das Volk von Freiburg gefordert, und da solche nicht anders erlangt werden könne, als nach Beseitigung der jetzigen Verfassung, wird diese als nothwendig bezeichuet. Schon haben viele Personen durch ihre Unterschriften bestätigt, daß sie von dem Beschlusse der Bundesversammlung an die Nation appelliren und von dieser letztern Rückerstattung der ihuen vorenthaltenen politischen Rechte verlangen.

Frankreich.

Paris, 1. Dec. Nachstehende Adresse circulirt seit einigen Tagen unter den polnischen Flüchtlingen in den Departementen und in Paris, hat aber hier noch keine Unterschriften gefunden:

Adresse an Se. kaiserl. Hoheit den Prinz-Präsidenten Ludwig Napoleon. Monseigneur! Die Polen, ehemalige Soldaten des Kaiserreichs und der polnischen Armee von 1831, ehemalige Beamten oder Bürger, bitten Sie ehrfurchtsvoll, den Ausdruck ihrer Ergebenheit entgegennehmen zu wollen. Wo sie sich auch befinden mögen, können die Polen nur mit tiefer Rührung das Wiederaufleben jener ewig glorreichen Epoche sehen, in welcher es ihnen vergönnt war, den unsterblichen Kaiser Napoleon zu lieben, ihm zu dienen und die unverbrüchlichste Treue zu bewahren diesem Wohlthäter (!) und Wiederhersteller (!) ihres Vaterlandes. Die Polen sind überzeugt, daß es für Europa keine Ruhe und kein Heil gibt, wenn Frankreich nicht groß sein kann, in Europa nicht Gehör und Geltung findet. Die Polen haben die innigste Ueberzeugung von der ungeheuern und erhabenen Mission, welche Ihnen, Monseigneur, ganz Frankreich und die europäische Stimme (la conscience Européenne) anvertraut hat. In ihrer Demuth glauben die Polen an Ew. kaiserl. Hoheit die Bitte richten zu dürfen, die Versicherung ihrer Anhänglichkeit und Ergebenheit genehmigen zu wollen. Indem wir, Monseigneur, diese Gefühle ausdrücken, welche uns die Dankbarkeit für den Kaiser und für Frankreich einflößen, stellen die ausgewanderten Polen, geprüft durch zwanzigjährige Leiden, aber entschlossen in ihren Ueberzeugungen auszuharren, ihre Personen und ihr Unglück mit Vertrauen unter den Schutz Ew. kaiserl. Hoheit. Wenn der alte Haß gegen Frankreich wieder erwachen, wenn man es wieder anzugreifen wagen sollte, nehmen die Polen die Ehre in Anspruch, unter die Fahnen gerufen zu werden, unter welchen sie, zur Zeit des Kaisers, zu siegen oder zu sterben gelernt haben für den Kaiser, für Frankreich und für Polen. Ew. kaiserl. Hoheit unterthänigste und gehorsamste Diener.

Wenn diese Adresse, welche die meisten Flüchtlinge in Paris mit Unwillen zurückweisen, nur das Machwerk einiger Individuen wäre, die vergessen konnten, daß Polen vergebens für den Kaiser geblutet hat, würde dasselbe für Europa wenigstens keine weitere Bedeutung haben; allein die Adresse scheint in dem Ort, wo sie entstanden, von den Behörden begünstigt zu werden, wie aus der auch sonst noch charakteristischen Einleitung zu ersehen, womit das Präfecturblatt „l'Ere Nouvelle von La Rochelle" sie aufnimmt: „Wir haben eine Adresse vor Augen, welche, wie wir glauben, von dem Herrn General, dem letzten der Befehlshaber der polnischen Armee, welcher sie, 1831, so ruhmreich (!) nach Preußen geführt hat, herrührt. Wir beeilen uns, von diesem wichtigen Actenstück allen jenen von den polnischen Flüchtlingen in unserm Departement Kenntniß zu geben, welche die Meinungen des berühmten Generals Rybinski theilen. Es lebe der Kaiser, es lebe der Friede und Waffenstillstand (trève) für alle Arten von Revolutionen, nationalen oder socialistischen!" (A. Z.)

⁂ **Paris**, 3. Dec. Unter den verschiedenen höhern und niedern Ansätzen der neuen Civilliste soll ein mittlerer von 25 Millionen dem Senat vom Staatsoberhaupt als wünschbar bezeichnet worden sein; dieselbe Summe bezog der erste Kaiser. Ludwig Napoleon würde dann nach dem Beispiel von Louis Philipp seine liegende Privathabe dem Staatsgut einverleiben; sie besteht dermalen aus den Schlössern Beuvron und Grilliere in der Sologne und Marnes bei Saint-Cloud. Der Proclamation des Kaiserreichs dürfte zunächst die Ernennung von sechs neuen Marschällen folgen, um die Zahl 12, die der ersten Kaiserzeit, voll zu machen; man nennt, außer den gestern beförderten Herren Castellane, St. Arnaud und Magnan, noch Baraguay d'Hilliers und Mortemart; den sechsten hat das Gerücht noch nicht aufzufinden vermocht. Bei den drei Ernannten trifft die frühere Bestimmung nicht zu: „d'avoir commandé en chef d'avant l'ennemi une armée composée de plusieurs divisions de diverses armes", es sei denn, daß man unter Feind die innere Insurrection verstehe, was bisher nicht sprachgebräuchlich war. Gegen Hrn. Berard, den Präfecten des Iseredepartements, der in officieller Ansprache die Wiener Verträge einen „Schrecken" nannte, sind nun doch diplomatische Reclamationen eingelaufen; es wird aber deren Erledigung im gehofften Sinne sehr bezweifelt. Ueber das Schicksal des Journalismus ist man gegenwärtig, besonders seit dem Uebertritt des „Siecle" und der „Debats", etwas beruhigter; wenigstens scheint dessen materielle Seite gesichert, wobei man sich auf eine jüngste Aeußerung des Kaisers beruft, der Journalismus solle das Echo, aber nicht der Hebel der öffentlichen Meinung sein. Die Angabe einiger Blätter, der voraussichtliche Eintritt Palmerstons in das britische Ministerium werde eine französisch-englische Allianz ermöglichen, findet in höhern Kreisen wenig Glauben; im Gegentheil will man dort wissen, daß der Lord hauptsächlich darum den Sturz des Ministeriums Derby verhütete, weil dasselbe die Vertheidigungsanstalten der Insel begonnen habe, und sie darum auch am besten handhaben könne. Ebenso ungläubig läßt die aus gleicher Quelle fließende Drohung, Napoleon III. werde im Fall einer ernstlichen Beanstandung durch die Großmächte sich auf die revolutionäre Propaganda stützen: Unterrichtete versichern, daß sich in einem solchen Fall unter den emigrirten Republikanern wohl mancher Moreau, aber kein einziger Carnot finden würde, nicht zu reden vom großen Haufen dieser Partei, welchem in diesem Augenblick die Lilie nicht mehr zuwider sei als der Adler. Zum Schluß meines heutigen Berichts eine napoleonische Anecdote, welche das Journal „le Droit" mittheilt. Ein jüngst wegen Desertion vor dem Kriegsgericht stehender Soldat wußte sich kein besseres Vertheidigungsmittel als die Erzählung, daß er im Fort von Ham eben Schildwache gestanden sei, als Ludwig Napoleon in Maurerkleidung mit einem Brett auf der Schulter das Weite suchte; daß er den Prinzen erkannt und doch nicht arretirt habe. Der Präsident des Kriegsgerichts suspendirte den Urtheilsspruch, zog Erkundigung ein, und erfuhr, daß sich der Prinz wirklich noch einer Schildwache erinnere, die ihn lächelnd angesehen, und dann den Kopf umgewandt habe. Der Deserteur wurde nicht bestraft. Der in gute Laune versetzte Prinz erzählte dazu, es sei ihm damals noch ein wohlbekannter Inspector entgegengekommen, dem er wie aus Eile sein Brett gerade gegen das Gesicht dirigirt habe. Der nun mit sich Beschäftigte sei mit den Worten: „Gib doch Acht, Tölpel!" fortgeeilt, ohne den Flüchtling zu erkennen. — Heute circuliren schon viele neue 10 Centimesstücke mit dem Kaiserwappen. — Die Amnestie für politische Verbrecher — die gestrige begreift nur Vergehen — soll am Montag proclamirt werden.

* **Paris**, 5. Dec. Die Regierung antwortet im „Moniteur" auf die Beschwerden des Bischofs von Luçon wegen der Haussuchung: „Es ist in Folge der Verhaftung des ꝛc. Brodu, Geranten der „Esperance du peuple", der Protestationen der legitimistischen Partei gegen das Kaiserthum vertheilt hatte, bei dem Bischof von Luçon eine Haussuchung vorgenommen worden. Die Aufschriften der schon vertheilten oder noch im Besitz des Brodu befindlichen Briefe schienen von derselben Handschrift und an demselben Orte angefertigt zu sein. Ferner trug Brodu im Augenblick seiner Verhaftung einen an Herrn de la Rochette gerichteten Brief bei sich, worin sich ein anderer mit der bloßen Aufschrift befand: „„An den König"". Dieser Brief, der das Siegel des Bisthums trägt, ist gänzlich von der Hand des Bischofs von Luçon und lautet:

Luçon, 10. November 1852.

Sire! Wir hören nicht auf, den Herrn zu bitten, daß er den Leiden Frankreichs ein Ziel setze und uns den Frieden zurückgebe. Als wir vor 18 Monaten den Grund zu einem prächtigen katholischen Gymnasium für die Vendee legten, wollte ich Ew. Majestät davon benachrichtigen; ich nehme an, daß der Brief, den ich die Freiheit nahm Derselben zu schreiben, Ihr zugekommen ist. Mein Sprengel ist bewundernswerth großmüthig und aufopferungsvoll; er hat begriffen, daß die Gesellschaft untergeht, wenn man nicht dem Uebel der Erziehung abhilft. Unser schönes Gymnasium hat sich erhoben, ist groß geworden und empfängt im Augenblicke das Dachstück. Sie werden dies mit Freuden vernehmen, Sire, und vielleicht für gut finden, dieser Anstalt einen Beweis von Ihrem königlichen Beifall zu ge-

den, wie ihn die gute und getreue Bendee verdient. Ich bin mit tiefer Ehrerbietung, Sire, Ew. Majestät unterthänigster und gehorsamster Diener und getreuer Unterthan Jacob Maria Joseph, Bischof von Lucon.

Erst nach Aufführung aller geeigneten Indicien und Eröffnung des Briefes des Bischofs von Lucon durch den Untersuchungsrichter hat die Haussuchung bei diesem Prälaten stattgefunden. Diese Maßregel ist in ordnungsmäßiger Weise vor sich gegangen und die Regierung kann den damit beauftragten Magistraten das Zeugniß geben, daß sie sich mit aller von ihrem Auftrag geforderten Delicatesse benommen haben." — Der hiesige Gemeinderath hat die Errichtung von zwei neuen Escadronen der exrepublikanischen Garde beschlossen, die er einstweilen „Garde de Paris" benennt. — Nach der „Estafette" geht Herr v. Morny als außerordentlicher Gesandter nach Wien; seine Sendung soll hauptsächlich die Heirath des Kaisers mit der Prinzessin Mosa betreffen. — Der Unterrichtsminister hat unterm 1. December an das französische Episcopat eine Aufforderung zur Wiederherstellung des kaiserlichen Namens in den Gebeten der Kirche erlassen.

Spanien.

Madrid, 29. Nov. Der Art. 25 des neuen Fremdengesetzes, der da lautet: „Niemand, der spanischer Unterthan werden oder in Spanien Grundbesitz erwerben will, darf eine andere Religion bekennen, als die römisch-katholische", macht selbst bei den Spaniern böses Blut. Die Gesandten von Schweden und Dänemark und der erst kürzlich beglaubigte königlich sächsische, sowie die Geschäftsträger von England und Preußen haben Protest dagegen erhoben, weil diese Länder vielfache Handelsverbindungen mit unserm Lande haben und mancher nordische Kaufmann Grundbesitzer in Spanien ist. Den schwedischen Gesandten hat Murillo kurz abgefertigt, indem er ihn auf die in dieser Beziehung noch immer in Kraft stehenden Gesetze seines Landes hinwies; die übrigen sind mit einem „Veremos que podemos hacer" (wir wollen sehen, was zu machen ist), vor der Hand mit Hoffnungen hingehalten. Mehrere der politischen Blätter haben den Art. 25 angegriffen; die Censur hat ihnen aber die Leitartikel gestrichen und jede betreffende Besprechung mit augenblicklicher Aufhebung des resp. Blattes bedroht. Wie hart überhaupt die Fesseln sind, womit man die Presse gefnebelt hält, beweist folgender Vorfall. Die „Epoca" brachte die Nachricht, daß der Herzog v. Veragua und noch zwei andere Granden am 25. d. M. Theil an der Besprechung genommen, welche die Senatoren der Opposition im Hause des Marschalls Concha gehalten. Diese Herren waren aber an dem Tage gar nicht in Madrid anwesend, sondern mit dem König auf der Jagd. Sie haben daher Klage gegen das Blatt erhoben und außerdem sind noch „Clamor", „Esperanza", „Nacion", „Diario Espanol" und „Novedades" wegen Nachdrucks der erwähnten Nachricht gerichtlich belangt und die verantwortlichen Herausgeber in das Gefängniß „el Salabero" abgeführt worden. (K. Z.)

Niederlande.

Haag, 4. Dec. Gestern wurde der zweiten Kammer eine Note des Finanzministers mitgetheilt, nach welcher der vorgetragene Gesetzentwurf bezüglich der Conversion eine wichtige Modification erleidet, obgleich dieselbe nur in der Beifügung eines einzigen Worts besteht. Nach dem ursprünglichen Antrag sollte die neue Schuld zu 3½ pCt. ausgegeben werden; statt dessen soll es heißen: zu höchstens 3½ pCt., so daß also die Thür für eine Conversion zu einem niedrigern Zinsfuß, wenn der Stand des Geldmarkts es erlaubte, geöffnet bleibt. (K. Z.)

Türkei.

* **Konstantinopel**, 20. November. Die Bankangelegenheit ist insofern entschieden, als die gegenwärtigen Bankdirectoren Allnon und Comp. bis zum Monat März 1853, wo ihre garantirte Contractzeit ablauft, beibehalten werden. Seitdem in Folge des Kalimaischen Anlehens von den Rechnungen der Bank Einsicht genommen und der jährliche der türkischen Regierung angerechnete Wechselcoursdifferenzbeitrag mit der unverhältnißmäßig hohen Summe von 30 Millionen Piaster bemessen gefunden wurde, hat der übrigens Herr Allnon viel von seinem früheren Ansehen und hatte Mühe seinen Posten zu behaupten.

Nachrichten aus Triest zufolge überfielen die an der Grenze von Albanien wohnenden Türken einige montenegrinische Dorfschaften, deren Heerden sie mit sich fortnahmen. Der Fürst von Montenegro brach sofort mit einer zahlreichen bewaffneten Schaar gegen sie auf, trieb sie 20 Miglien weit zurück und nahm die befestigten Orte Spuz und Zabiak ein. Bei Podgoritza entspann sich ein hitziges Gefecht zwischen beiden Theilen, über dessen Ausgang beim Abgang des Dampfers von Cattaro noch nichts Gewisses bekannt war.

Amerika.

Neueren Nachrichten aus **Neuyork** bis zum 20. November zufolge haben der Staatssecretär der Vereinigten Staaten und der Gesandte von Peru eine Conferenz gehabt, in welcher die Frage bezüglich der Lobosinseln definitiv geregelt worden ist. — Aus **Mexiko** wird der Ausbruch neuer Aufstände gemeldet.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler, Dr. J. B. Kutschelt.

Cours der Staats-Papiere. 7. December 1852. (Schluss der Börse.)

	Per contant.	
Oesterreich	5% (C.L.8.b.Rothsch.)	94¾ G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	95 G.
»	5% do.v.J.1852 L.A21	95 bez.
»	4% L. V.(C. b Rothsch.)	91½ bez. u. G.
»	5% do. Monte C.18.L.M.	86¼ B. 85½ G.
»	Bank-Actien . . .	1386 F. 82 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81⅝ ber.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	91 F. 1/4 G.
»	5% ditto 1852	81⅝ F. 1/8 G.
»	4½% ditto	72¾ bez. u. G.
»	4% ditto	64½ G.
»	3% ditto	48½ G.
»	2½% ditto	41⅝ G.
»	1% ditto	16⅛ G.
»	A. 250 Loose b. Rothsch.	121 F.
»	A. 500 » ditto	192½ G.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	80 F.
»	4% » » »	71 F.
Preussen .	3½% Staatsschuld.	93¼ F. 1/2 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	114¾ G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101¾ F.
»	4½% ditto	100¾ G.
»	4% ditto	97 F. 96½ G.
»	4% Ablös.-Rente .	92¼ F. 1/4 G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	82¼ F. ber. u. G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	100, 99⅞, 100 ber. u. G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103 G.
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101¾ F. 1/2 G.
»	3½% ditto	90¾ F. 3/4 G.
Baden . .	5% Obligationen .	102¾ F.
»	4½% Obligationen	102¾ G.
»	3½% v. 1845 . . .	91¼ F.
»	A. 50 Loose v. 1840	65¾ F.
»	A. 35 Loose v. 1845	38 F. 37½ bez. 3/4 G.

	Per contant.	
Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	33½ F. 1/4 G.
»	Präm.-Whlns-Nordh.	42⅝ bez. u. G.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	102 G.
»	4% ditto b. Rothsch.	98⅜ G.
»	3½% ditto b. Rothsch.	92¼ G.
»	A. 50 Loose . . .	90¾ F. 1/2 G.
»	A. 25 Loose . . .	42 F.
Nassau .	4½% Oblig. d. Rothsch	103¼ F.
»	4% ditto	99⅜ G.
»	3½% ditto	91⅜ F. 1/2 G.
»	A. 25 Loose . . .	28⅞ F. 1/2 G.
Frankfort	3½% Stadtoblig. v. 1838	94¼ F. 1/2 G.
»	3½% » » v. 1846	94¼ F. 93¾ G. 3M.
»	3½% » »	85¾ F. 3/4 G.
»	Taunusbahnact. .	305 F. 302 G.
Russland	4½% Obl. b. Baring	102½ F.
»	4% Obl. b. Hope & S.	91⅛ G.
»	4% » b. Stieglitz »	91 G.
Polen . »	4% Oblig. de fl. 500	92 G.
Spanien	3% Int. Sch. P. 1.2.30	44¾ F. 1/2 G.
»	3% Neue » »	24⅞, 25⅛ bez. u. G.
Holland.	4% Certificate . .	96¼ G.
»	3½% Syndicats .	84½ G.
»	3% Integrale . .	60¼ G.
Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 12 b. R.	98¼ F. 93 ber.
»	4½% Obl. inF. à 28 Sgr.	100 P. 99⅝ G.
»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	94¾ G.
»	3½% Obl. b. Rothsch.	89¼ F. 57½ G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98¾ F.
»	5% Obl. b. Humbro	96¼ F. 95¾ G.
»	Sardinische Loose .	40¾ F. 1/2 G.
Toscana	5% Obl. 1850 (Cb. Goldsch.)	101 F.
»	5% v. 1851 b. Bartolf (Co.)	97¾ F. 1/2 G.
Hamburg	4% Stocks Obl. 2.9.0.	117½ F.

Wechsel-Cours.

Den 7. December	Per contant.
Amsterdam .	k.S. 100 B. 1 G.
(100 fl. Crt.)	3M. — —
Augsburg . .	k.S. 120 B. 119¾ G.
(100 fl. Crt.)	3M. — —
Berlin . . .	k.S. 105 B. 104⅝ G.
(60 Thlr.) .	3M. — —
Bremen (50	k.S. 97¼ B. 97 G.
Riga in Alber.	3M. — —
Hamburg . .	k.S. 99 B. 88¾ G.
(100Mk.Bc.)	3M. — —
Leipzig . . .	k.S. 105 B. 104⅛ G.
London . . .	k.S. 119¾ B. 1 G.
(10 Lstr. St.)	3M. — —
Lyon	k.S. 94¼ B. 93¾ G.
(300 Fr.) .	3M. — —
Mailand 1850	k.S. 100¾ B. —
Ltr. Austr.)	3M. — —
Paris	k.S. 94¼ B. 93¾ G.
(300 Fr.) .	3M. — —
Wien (150fl.)	k.S. 103⅝ B. —
in 5. 20 Fl.)	3M. 102 B. 101¾ G.
Disconto . . .	2½ B. 3 G.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	9 9 41⅛—42⅛
Fr. Friedrichsd'or	9 9 53½—54½
Holl. tut. Stücke	9 9 50—51
Rand-Ducaten .	5 37—38
20 Francsstücke	9 2 51½—26½
Engl. Sovereigns	11 50
Gold al Marco	352—53
5 Frankenthaler	2 20½—21
Preuss. Thaler	1 45-1/4
Preuss. Cassa-Sch.	1 44⅜—45

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Oetterreich.

№ 293. — Mittwoch — den 8. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 2½ in dem Bereinsgebiete pon Frankfurt 2 fl. 30 kr.; in den übrigen deutschen Staaten 2 Thlr. 16⅔ Sgr.; 3½ in allen übrigen deutschen Staaten 3 fl. 30 kr. in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. 3m 24 fl.-Fuß, oder 2 Thlr.

½ fl. 30 kr. C. M. oder 1 Thlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Rue Notre-dame de Nazareth No. 43, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Druck) mit Beilagegeld oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 4. Dec. Den Jahrestag der Thronbesteigung Sr. Maj. des Kaisers begrüßt die „Oesterreichische Correspondenz" mit folgenden Worten: Die Aera des erbahenen Regenten, welchen die Vorsehung jetzt auf den Thron seiner Väter gesetzt, bezeichnet einen der entscheidendsten Wendepunkte in der Geschichte unseres Staates. Als Kaiser Franz Joseph die Zügel der Regierung ergriff, war sein Ansehen und sein Name das geheiligte Symbol, unter welchem die tief aufgeregten Elemente unserer politischen und gesellschaftlichen Ordnung einen Vereinigungspunkt suchten und fanden. Mit vereinten Kräften ward gewirkt, um das Gleichgewicht einer wohlthätigen Ruhe und eines gesicherten Bestandes der Dinge wieder zu gewinnen. Den unsterblichen Anstrengungen des heldenmüthigen Heeres, der pflichttreusten Staatsdienerschaft und der anhänglichen und treuen Bürger aller Klassen gelang es, den bösen Geist der Unordnung, Empörung und Zerrüttung zu bannen. Mit dem Frieden im Innern kehrte auch die Zufriedenheit wieder, und gestärkt, wahrhaft versüngt, ging Oesterreich aus dem verhängnißvollen Revolutionsprocesse hervor; binnen der kurzen Frist von drei Jahren wuchs sein Ansehen in Europa so bedeutend, daß sein Votum jetzt gewichtiger als jemals in die Waagschale der großen Entscheidungen fällt. Das Prinzip, auf welchem die Geschicke Oesterreichs beruhen, ist unverändert dasselbe wie seit Jahrhunderten geblieben; es besteht in der Legitimität der fundamentalen Einrichtungen, in der Heilighaltung des Rechtes im Innern und nach Außen, in der Bewahrung der Ordnung, der angererbten Sitte, der Religiosität und in unnachgiebigem Widerstande gegen die auflösenden Richtungen eines verderbten Geistes der Zeit. Neben dieser unverrückbaren Stätigkeit der obersten, leitenden Grundsätze waltet jedoch in allen Kreisen der Verwaltung rührigres, frisches Leben; unablässig wird gestrebt, jedem wahrhaften Bedürfnisse zu genügen, jeder nützlichen und berufenen Kraft einen angemessenen Spielraum der Entwickelung zu gönnen, jede fruchtbare und praktische Idee sich anzueignen, — mit einem Worte in Allem, was gut und nützlich ist, gleichen Schritt mit der echten Civilisation zu halten. So verbindet sich jetzt in Oesterreich das Alte mit dem Neuen zu kräftigen und nützlichen Anstrengungen. Unter solchen Umständen dürfen wir beruhigt und vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

* **Wien**, 4. Dec. Am heutigen Nachmittag versammelten sich die sämmtlichen neuernannten Tossen-Ordensritter in der k. k. Hofburg, um die Mittheilung der Ordensstatuten entgegenzunehmen. Morgen findet im Rittersaal die feierliche Ordensvertheilung statt. Der Rittersaal wurde in einer dem feierlichen Act entsprechenden Weise ausgeschmückt. — Der Stephans-Ordensritter und Oberst in der Armee, Graf Stephan Szirmay, der während der ungarischen Revolution seine Treue gegen den Kaiser fest bewahrte und wesentliche Dienste geleistet, hat durch die Insurgenten starke Verluste erlitten. Fürst Paskiewitsch nahm davon Anlaß, dem Grafen eine Geldaushilfe von 25,000 Imperialen zu überlenden, die jedoch Graf Szirmay mit der Erklärung zurückschickte, sein Souverän werde ihm den erlittenen Schaden zu vergüten wissen. Wie die „Pester Zeitung" mittheilt, hat nun auch wirklich Se. Majestät dem Grafen Szirmay ein Geschenk von 40,000 fl. C.M. zuerkannt, abgesehen von den im ordentlichen Rechtswog auszutragenden Ersatzansprüchen. — Man vernimmt, daß die zweite Tochter des regierenden Fürsten zu Liechtenstein sich mit dem reich begüterten Fürsten Kinsky zu Wchinitz und Tettau vermählen werde, desgleichen die zweite Tochter des Fürsten Karl Liechtenstein mit dem k. k. Flügeladjutanten Grafen Königsegg. — Das Unterrichtsministerium hat die sämmtlichen Ortschaften der Monarchie, die zu einem Kirchensprengel gehören, in welchem derzeit keine Schule besteht, verzeichnen lassen, um einen genauen Ueberblick zu erhalten, in welcher Weise ein Bedürfniß nach Schulen in der Monarchie besteht, und die Einleitung wegen Abhilfe derselben treffen zu können. — Wie verlautet, werden verschiedene Verwaltungszweige in höchster Instanz den Namen „oberste Behörde" führen. Auch der Titel „Unterstaatssecretär" soll aufgehoben und durch jenen eines „Stellvertreters" ersetzt werden. — Eine Verfügung Sr. Heiligkeit des Papstes verordnet, daß der zum Visitator der Klöster in Oesterreich ernannte Hr. Fürst Erzbischof-Cardinal v. Schwarzenberg auf die Dauer der Visitation die höchste klösterliche Würde zu bekleiden habe, und alle andern Ordensobern von ihm abhängig seien. — Ihre k. k. Hoh. Frau Erzherzogin Sophie wird den Winter keinswegs in Venedig, sondern wie gewöhnlich hier zubringen, welches zum Glauze der hiesigen Saison entschiedend beitragen dürfte. — Unter der diplomatischen Welt erwartet man glänzende Feste von Seite des türkischen Botschafters, dann der Gesandten von England und Bayern. — Die Passiven der zahlungsunfähig gewordenen Firma J. Leitner und Comp. betragen nahe an 800,000 fl. C.M. Man besorgt noch mehrere ähnliche Fallimente in Wien wie in den Provinzen, nachdem die hiesigen großen Häuser ihre Geschäftsverbindungen bedeutend beschränken, und den Credit größtentheils aufgeben, welchen die kleinen Handelsfirmen in den Provinzen bisher von ihnen genossen hatten. Allerdings werden die Geschäfte hierdurch auf reellere Grundlagen zurückgeführt, allein es stellt sich im Ganzen das betrübende Resultat heraus, daß der ungeheure Credit, welchen die Bank vormals den großen Häusern bewilligte, und der dieselben bisher reich gemacht hat, für den mittlern Handelsstand durchweg wenig segensreiche Folgen hatte.

P **Berlin**, 5. Dec. In diesen Tagen trifft Herr v. Bruck hier ein, welcher, dem Vernehmen nach, beauftragt ist, mit der preußischen Regierung Besprechungen in Handelsangelegenheiten zu führen. Bei der wiederholt ausgesprochenen Geneigtheit Preußens, mit Oesterreich einen Handelstractat abzuschließen, und bei dem anerkennenswerthen Bemühen, welches Oesterreich in der letzten Zeit gezeigt hat, den Grund von Mißverständissen zu beseitigen, darf man um so mehr hoffen, daß eine Vereinbarung durch directe Unterhandlung zwischen den beiden deutschen Großmächten zu Stande kommen wird, als die formellen Schwierigkeiten, welche dem Abschluß eines Handelsvertrags mit Oesterreich entgegenstanden, als beseitigt anzusehen sein möchten. Preußen hat gegenwärtig den Zollverein unter den durch den Septembervertrag nothwendig gewordenen Modificationen, wenn auch in verstärkterem Umfang erneuert. Es ist somit eine Basis gewonnen, auf der in rechtsverbindlicher Weise neue Verträge abgeschlossen werden können. Es wird nun lediglich auf die materiellen Vorschläge ankommen, welche von Oesterreich ausgehen, um eine dem gesammten Deutschland heilsame Vereinigung zu erwirken. Denn wir zweifeln nicht, daß eine Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich auch den Zutritt der Coalition zu dem erneuerten Zollverein zur Folge haben wird. Wir halten dies für um so wahrscheinlicher, als der Widerspruch der Coalition wesentlich nur formeller Natur war und sich an den Vorrang der Verständigung mit Oesterreich knüpfte, die jetzt leicht erzielt werden kann, da Oesterreich in vollem Umfange die materiellen Zugeständnisse kennt, die Preußen zu machen geneigt ist. Wie erinnerlich, hat dieses dieselben in seiner Erklärung vom 20. August d. J. dargelegt und damit eine Basis der zu eröffnenden Verhandlungen gegeben. Wir glauben daher die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß das neue Jahr uns die sichere Aussicht auf den Fortbestand des Zollvereins in erweitertem Umfange bringen wird. — Heute Mittag hat eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden, nach welcher der Herr Ministerpräsident sich zum Vortrage bei Sr. Maj. dem König begab. Dem Vernehmen nach soll die gegenwärtige Situation in der Kammer Gegenstand der Besprechung gewesen sein. Gestern Abend hat die Constituirung einer neuen Fraction, auf die sich schon hindeutete, stattgefunden. Die Stärke derselben ist ungefähr 30 Mitglieder. Sie ist eine Ab-

zweigung der rechten Seite, und hat zu ihrem Führer den Prinzen Hohenlohe-Ingelfingen gewählt. Weitere Theilnehmer sind Prinz Hohenlohe-Oehringen, v. Bismark-Briesl, v. Watdow-Reitzenstein, Breithaupt, Jenzin, Schmückert, v. Prittwitz u. A. — Es bestätigt sich, daß für den Ausbau der Burg Hohenzollern eine weitere Summe beantragt werden wird. In dem verflossenen Sommer ist rüstig an jenem gearbeitet worden. Schon im Jahr 1851 war man im Verhältniß zu den dafür vorhandenen Mitteln sehr weit vorgeschritten, und verspricht das damals Schibare ein kleines fortifikatorisches Meisterstück zu werden. Der Weg von Hechingen hinauf bis in den Schloßhof war bereits fahrbar und machte es möglich, das sehr schwierige Hinaufschaffen der Baumaterialien zu erleichtern, wodurch außerordentlich an den Kosten gespart wurde. Dagegen lagen vor einem Jahre die eigentlichen Baulichkeiten auf der Burg selbst, namentlich alle zum Bewohnen bestimmten Räume, fast in Trümmern und ehe diese nicht hergestellt und eingerichtet sind, kann die ursprünglich für die Burg vorausgesehene Besatzung von 150 Mann nicht hierher verlegt werden.

Die „Preußische Wehrzeitung" stellt bei Gelegenheit einer Besprechung des jüngst erschienenen zweiten Bandes des 14. Theils der „Geschichte der Kriege in Europa", die -ste „Leichenrede und Kaisergruft" überschreibt, die Frage: „Wie der Prinz-Präsident der Republik Frankreich dazu komme, sich gerade Napoleon III. zu nennen?" „Will er, antwortet die „Wehrzeitung", die Legitimität ansprechen, so müßte er sich Napoleon V. nennen. Hier der einfach genealogische Beweis: Der Herzog von Reichstadt scheint nach der Annahme des Prinz-Präsidenten Napoleon II. gewesen zu sein. Gibt man das zu — wozu allerdings ein guter Theil Naivetät gehören dürfte — so ging das Erbrecht bei dem am 22. Juli 1832 erfolgten Tod Napoleons II. über auf Lucian Bonaparte, Prinz von Canino, als Vatersbruder, der dann den Titel Napoleon III. führen konnte. Der Prinz von Canino starb am 30. Juni 1840. Das supponirte Erbrecht ging damit auf den damals noch lebenden dritten Sohn desselben, Karl Lucian, also Napoleon IV., über. Wir sagen der dritte Sohn, denn zwei ältere Söhne, Karl und Paul, waren schon vor 1840 gestorben. Karl, der den Titel Prinz von Musignano führte, starb im Mai 1816. Paul starb am 5. August 1827 bei einer Fahrt nach Griechenland auf einem Schiffe in der Nähe von Spezzia. Napoleon IV. lebt aber noch und hätte für sich und seine drei Söhne: 1) Joseph Lucian, geb. 1824, 2) Lucian Ludwig, geb. 1828, 3) Napoleon Gregor, geb. 1839, den Ansprüchen und den legitimen Erbfolgen entsagen müssen, ehe Ludwig Napoleon sich den Namen Napoleon V. beilegt. Von einem Napoleon III. dürfte dann freilich selbstverständlich und in legitimster Weise keine Rede sein."

△ **Hanau**, 7. Dec. Der Zustizbeamte Beschor, früher in Schwarzenfels, hatte, als er wegen seiner Renitenz in der Stempelfrage Militärexecution erhalten, seine Functionen niedergelegt und den permanenten kanständischen Ausschuß um Abhilfe angegangen und war deßhalb vom Kriegsgericht zu fünfmonatlicher Festungsstrafe verurtheilt worden. Auf erhobene Berufung hat ihn das Generalaudiorat freigesprochen. Inzwischen wurde er nach Ansbenberg und von da nach Lichtenau versetzt. — Das Urtheil gegen den hiesigen Stadtrath ist, wie man hört, nach längerer Discussion vom Criminalgericht gefällt, aber noch nicht zugefertigt worden. Man ist sehr gespannt und erwartet zuversichtlich, daß die Strafe bedeutend geringer sein werde, als der Strafantrag. Im Interesse der Angeklagten, die ohne Zweifel die Berufung an den Criminalsenat des Obergerichts zu Fulda einlegen werden, dürfte die Bemerkung am Platze sein, daß die zum Theil bedeutenden Geschäftsverbindungen derselben durch die demnächstige Strafhaft in keiner Weise eine Unterbrechung oder Störung erleiden werden.

Oldenburg, 3. Dec. Der dänische Gesandte weilt noch immer hier und man sieht ihn häufig bei Hofe. Uebrigens lassen die zwischen ihm und dem zugleich hier anwesenden Regierungsrath Kindt aus Eutin (Departementär in Zoll- und Finanzsachen) stattfindenden Conferenzen es nicht mehr zweifelhaft sein, daß der Anschluß des Fürstenthums Lübeck an das dänische Project wegen Verlegung der Zollinie an die Elbe ein wesentlicher, wenn nicht der einzige Gegenstand derjenigen Mission sein wird, mit welcher der erstere betraut ist. — Kürzlich ist eins unserer demokratischen Blätter, die zu Leyer erscheinenden „Freie Blätter für das freie Volk", aus Mangel an Theilnahme, wie der Verleger ankündigt, eingegangen. Leider aber ist die Theilnahme an öffentlichen Dingen auch nach anderer Richtung in steter Abnahme begriffen. Die Verhandlungen des vor kurzem vertagten Landtags, welche eine Anzahl Abgeordneter unter Beihülfe des demokratischen Vereins zu Varel stenographiren und zu einem sehr billigen Preise debitiren ließ, haben nur eine kaum nennenswerthe Anzahl Leser gefunden, so daß nur ein höchst geringer Theil der Druckkosten, geschweige denn die Vergütung der Stenographen durch den Ertrag wird gedeckt werden können. — Von unserer Staatsdienerschaft laborirt auffallenderweise die gegenwärtige jüngere Generation an einer beklagenswerthen Indolenz für öffentliche und gemeinnützige Verhältnisse, während dis vor einigen Jahren grade von dieser Seite so manche wohlthätige Anregung ausging. — Unsere Synodalwahlen, schon seit zwei Monaten im Gange, sind noch immer nicht beendigt, was in den Eigenthümlichkeiten des Wahlverfahrens seinen Grund hat. (W. Z.)

Rußland.

Petersburg, 27. Nov. Aus zuverlässiger Quelle ist dem „Nachr." die Mittheilung geworden, daß man höchsten Orts hier erwartet, Ludwig Napoleon werde bei seiner Thronbesteigung durch eine feierliche Erklärung die Verträge, welche der Ordnung und dem Frieden Europa's zu Grunde liegen, anerkennen und deren Aufrechthaltung garantiren; wonach denn die Anerkennung unverzüglich erfolgen würde. Bis dahin werden die Gesandten der nordischen Höfe Paris zwar nicht verlassen, jedoch in ihrem officiellen Charakter als Gesandte der Kaiserfeierlichkeit nicht beiwohnen.

Nicht ohne Bedeutung ist die Aufnahme eines Artikels des „Journal des Debats" in dem hiesigen „Invaliden": „Die Familie Bonaparte in der gegenwärtigen Zeit", mit Nachahmung aller Linien und ihrer Mitglieder. Das kalt accompli der regenerirten Dynastie wird denn wohl auch hier als solches aufgenommen werden, da das Vertrauen in die Haltbarkeit der westlichen Zustände sich merklich befestigt hat. Ohne darum alle Maßregeln, welche die Vorsicht gebietet, außer Acht zu lassen, gewinnt die Ansicht immer mehr Terrain, daß der Ehrgeiz des neuen Herrschers darin bestehen werde, das Problem auf friedlichem Wege zu lösen, welches der große Vorfahr mit Waffengewalt nicht zu entwirren vermocht hat. Eine edle Aufgabe; möge sie in jeder Hinsicht glücklich erfüllt werden!

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 5. Dec. Das heutige Reichsgesetzblatt bringt ein kaiserliches Patent vom 29. November 1852, wirksam für die Königreiche Ungarn, Croatien und Slavonien, die Wojwodschaft Serbien und das Temeschер Banat, wodurch für diese Kronländer das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch vom 1. Juni 1811, mit mehreren Beschränkungen und näheren Bestimmungen eingeführt, und vom 1. Mai 1853 angefangen in Wirksamkeit gesetzt wird.

≥ **Wien**, 5. Dec. Aus verlässlichster Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß allerhöchsten Orts der Beschluß gefaßt worden ist, den Belagerungszustand mit 1. Januar k. J. aufzuheben; doch wird sich diese Maßnahme nur auf die beiden Hauptstädte Wien und Prag beziehen, da die Haltung der Bevölkerung in diesen beiden Städten durchaus nichts zu wünschen läßt, und anderseits die Sicherheitspolizei in der Art organisirt ist, daß nicht leicht irgend eine Unordnung vorkommen kann. Zugleich mit der Aufhebung des Belagerungszustandes wird das neue Bürgerwehrgesetz auf amtlichem Wege kund gemacht, und werden die betreffenden Corps organisirt werden. Auch erwartet man um dieselbe Zeit eine Reihe von Gesetzen, welche von besonderem Einflusse auf die künftige Gestaltung Ungarns sein sollen.

P **Berlin**, 6. Dec. Heute hat in beiden Kammern Präsidentenwahl stattgefunden. Aber so glatt dieselbe in der ersten Kammer abging, so hartnäckig war der Kampf in der zweiten. Es erfüllten sich hier alle Befürchtungen, die bei der Stellung der Parteien und bei der angezweifelten Fähigkeit des in Vorschlag gebrachten Candidaten der rechten Seite für das betreffende Amt, auch bei nur oberflächlicher Beobachtung entstehen mußten. Auch kann das schließliche Resultat weder als ein Sieg der rechten Seite, noch als eine Anerkennung des Gewählten betrachtet werden. Es wurde nur dadurch erlangt, daß die katholische Fraction ganz vom Schauplatze abtrat und nur leere Stimmzettel abgab. In Folge dessen gewann der Staatsminister Uhden die absolute Majorität. Das Nähere ergibt sich aus der Wahl selbst. Bei der ersten Wahl, bei welcher 324 Stimmzettel, darunter zwei ungiltige, abgegeben wurden, also die absolute Majorität 162 war, erhielten Uhden 153, Graf Schwerin 113, v. Waldbott-Bassenheim 55, v. Kuerswald 1 St. Bei der zweiten engern Wahl zwischen Uhden, v. Schwerin, v. Waldbott-Bassenheim wurden 326 Stimmzettel abgegeben, und da drei Zettel ungiltig waren, so betrug die absolute Majorität wieder 162. Es erhielten Uhden 155, Graf Schwerin 128, v. Waldbott-Bassenheim 39 Stimmen. Endlich bei der dritten Wahl zwischen Schwerin und Uhden wurden 327 Stimmzettel zwar abgegeben, aber da 42 unbeschrieben waren, so betrug die absolute Majorität nur 143, Uhden erhielt 154, v. Schwerin 131 Stimmen. Während also für Uhden eine compacte geschlossene Partei stimmte, die sich nicht wesentlich verringerte und vermehrte, wuchs die Stimmenzahl für Schwe-

tirt, je mehr die Hoffnung für den Candidaten der katholischen Fraction schwand. Es ist kein Zweifel, daß die Polen die Differenz hervorgebracht haben, die anfangs mit der katholischen Fraction gingen. Nicht minder hartnäckig war die Wahl des ersten Vicepräsidenten, welche ebenfalls nur nach dreimaliger Abstimmung mit Hilfe der Rechten für Waldbott-Bornheim entschieden wurde. Das Verhältniß der Stimmzettel für die verschiedenen Candidaten war bei den einzelnen Wahlen folgendes: Bei der ersten Vicepräsidentenwahl wurden 318 Stimmzettel abgegeben, so daß, da 2 ungiltig waren, die absolute Majorität 159 betrug. Es erhielten v. Waldbott 140, v. Patow 79, Osterrath 62, v. Bonin 29 Stimmen, die übrigen zersplitterten sich auf Graf Stolberg, v. Schwerin, Lensing, v. Auerswald. Bei der zweiten, engern Wahl wurden wiederum 318 Stimmzettel abgegeben, da aber 4 ungiltig, betrug die absolute Majorität nur 158. Es erhielten v. Waldbott 149, v. Patow 89, Osterrath 56, v. Bonin 19, Graf Stolberg 1 Stimme. Endlich bei der dritten Wahl wurden 315 Stimmzettel abgegeben, und da 16 ungiltig waren, betrug die absolute Majorität 150. Es erhielten v. Waldbott 187, v. Patow 112 Stimmen. Darüber war es beinahe 6 Uhr geworden, und da man bereits von 10 Uhr Morgens an in Thätigkeit war, so wurde ein Antrag auf Vertagung angenommen, und die Wahl des zweiten Vicepräsidenten auf morgen festgesetzt, zumal sich erwarten ließ, daß auch bei dieser ein gleich heftiger Wahlkampf stattfinden würde. Unwiderleglich haben aber auch schon diese Wahlen dargethan, daß eine ziemlich große Zerfahrenheit in der zweiten Kammer waltet, und daß die Majorität in den meisten Fragen eine unsinnbare werden wird. In der ersten Kammer wurden Graf Rittberg unter 93 anwesenden Mitgliedern von 91 zum Präsidenten, Dr. Brüggemann und Graf Itzenplitz zu Vicepräsidenten, v. Zander und v. Prittwitz-Kasimir zu Quästoren in der Zeit von 11½ bis 2½ Uhr gewählt.

Wiesbaden, 6. Dec. Heute ist der herzogliche Hof hier eingetroffen. Se. Hoh. der Herzog wird den Winter über in hiesigem Schlosse residiren.

Paris, 6. Dec. Schon am 2. Decembr, am Tage der Proclamirung des Kaiserthums, ist der Wechsel in der Regierungsform den hiesigen Vertretern der fremden Mächte in einer Depesche des Ministers des Auswärtigen amtlich angezeigt worden. Dieselbe enthält das Senatusconsultun vom 7. November und das vom Volke genehmigte Plebiscit, sowie einen Commentar, der ohne Zweifel dazu dienen soll, die etwaigen Besorgnisse der Empfindlichen bei den fremden Mächte zu beseitigen. Der Commentar entwickelt den Gedanken, daß, wenn Frankreich sich eine seinen Sitten, seinen Ueberlieferungen und der Stelle, die es in der Welt einnehme, mehr angemessene Regierung wähle, und wenn seine Interessen in der Rückkehr zur Monarchie eine ihnen sonst fehlende Bürgschaft fänden, darin nichts liege, was seine äußere Haltung ändern könnte. „Der Kaiser, sagt die Depesche, erkennt alles an und billigt alles, was der Präsident der Republik seit vier Jahren anerkannt hat.“ Sie setzt hinzu, daß dieselbe Hand, derselbe Gedanke fortfahren werden, die Geschicke Frankreichs zu leiten, und sie bietet hiervor, wie eine unter den schwierigsten Umständen gemachte Erfahrung hinlänglich bewiesen habe, daß die unter Rechte ersersüchtige französische Regierung in gleichem Grade die Rechte anderer Regierungen achte und den größten Werth darauf lege, für ihren Theil zur Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens beizutragen. Der Minister erklärt, daß auf dieses Ziel stets die Bemühungen der Regierung hinarbeiten würden, und drückt die Hoffnung aus, daß, da die Absichten des Kaisers in vollkommenem Einklange mit jenen der andern Souveräne ständen, die Ruhe der Welt gesichert sei. Zum Schlusse spricht die Depesche noch die Hoffnung aus, daß die Herstellung der kaiserlichen Gewalt in Frankreich allenthalben als ein glückliches Ereigniß werde angesehen werden, weil sie ein Unterpfand für den Bestand und die Dauer einer Politik sei, welche mit den Interessen und Bedürfnissen aller Mächte harmonire.

Heute Nachmittag gegen 1 Uhr fuhr der britische Gesandte, Lord Cowley, in großer Gala nach den Tuilerien, und überreichte in besonderer Audienz dem Kaiser Napoleon, als Erwiderung auf die Notification von dessen Thronbesteigung an Ihre großbritannische Majestät, die Schreiben seiner Souveränin, welche ihn als britischen Gesandten am französischen Kaiserhof bestätigen. Der Kaiser empfing den edeln Lord mit besonderer Auszeichnung, und dieser machte unmittelbar nach der Audienz dem auswärtigen Minister Drouin de Lhuys eine Staatsvisite.

Die Regierung hat durch den Telegraphen Berichte über die Proclamirung der Herstellung des Kaiserthums in den Departementen, und namentlich in den Städten Lyon, Rouen, Orleans, Nantes, Tours, Toulouse, Bar-le-Duc, Valence, St. Etienne, Straßburg, Nancy, Lille, Valenciennes, Besançon, Bordeaux, Nimes, Blois, Montpellier, Rennes, Montbrison, Angers, Chalons, Metz, Reverts ꝛc. empfangen. Diese Proclamirung erfolgte im Beisein der Civil- und Militärbehörden, inmitten der größten Begeisterung der Bevölkerung, und unter dem Rufe: „Es lebe Napoleon III.“ Die „Patrie“ fügt hinzu, daß die Geistlichkeit das Tedeum fingen ließ, und daß alle Städte Fonds zu Werken der Wohlthätigkeit angewiesen haben.

Der Senat versammelte sich heute im Palais Luxemburg, um verschiedene Mittheilungen der Regierung entgegenzunehmen. Ueber die Sitzung selbst hat nichts verlautet.

Der Kaiser hat gestern früh in der Kapelle der Tuilerien die Messe gehört. In allen Kirchen von Paris wurde nach der im Jahr 1804 vom heiligen Stuhl vorgeschriebenen Formel das „Domine, Salvum fac Imperatorem nostrum Napoleonem“ gesungen.

Madrid, 1. Dec. Der Kampf zwischen der Regierung und der oppositionellen Coalition hat heute begonnen und die erste Phase hat sich insofern für letztere entschieden, als der oppositionelle Candidat Martinez de la Rosa mit 121 gegen 101 Stimmen, die der Regierungscandidat Posada auf sich vereinigte, zum Präsidenten der Deputirtenkammer gewählt wurde. (Den Lesern bereits durch unsere telegraphische Depesche bekannt.)

Den Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers ist vor ihrer Abreise aus der Hauptstadt officiös mitgetheilt worden, daß eine der Modificationen der Verfassung die unentgeltliche Führung des Deputirtenmandats aufheben, und jedem Mitglied des gesetzgebenden Körpers für die dreimonatliche Dauer jeder Session eine Entschädigung von 6000 Fr. zubewilligen werde.

Der Staatsminister Fould soll die Adresse der polnischen Emigranten nichts weniger als freundlich aufgenommen und dieselbe mit dem Bemerken erwidert haben, der Kaiser werde sich von seiner Politik nicht entfernen.

Sainte Beuve, bisher ein hochgeschätzter Mitarbeiter des „Constitutionnel“, ist heute als solcher bei dem „Moniteur“ eingetreten, ebenso der musikalische Feuilletonist Fiorentino.

Der Emir Abdel-Kader ist gestern früh nach Amboise zurückgekehrt, von wo er nächsten Donnerstag über Lyon nach Marseille reisen wird, um sich dort nach Brussa einzuschiffen. Commandant Boissonet wird ihn bis an dieses letzte Reisegziel begleiten.

Börsenberichte.

Frankfurt, 7. Dec. Die Haltung der Börse war anfangs sehr fest, später zeigten sich auf bekannt gewordene niedrigere Rentennotirung von der gestrigen Pariser Börse Verkäufer in den meisten Fondsgattungen, wodurch sich die Course größtentheils niedriger stellten, schlossen aber zuletzt durch gemachte Kaufluste wieder fester. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 81½ pCt.; 4½pCt. Metall. anfangs 73½, 73 pCt., zuletzt 72½ pCt.; 5pCt. Lomb.-Venet. anfangs 91½, zuletzt 91½ pCt.; Wiener Bankactien 1382 fl. G., 500 fl. Loose 191½ pCt. G., 250 fl. Loose 120½ pCt. Von spanischen Fonds waren 1pCt. anfangs 24¼, ¾, gingen auf 24¼ und schlossen 24⅞ à ¼ pCt. 3pCt. Italienische 44½ pCt. G. Von Eisenbahnactien waren F.-W.-Nordbahn 48¾, Berbach 96½, Köln-Minden 114¾pCt. G., Taunus 302 fl. G. In allen Uebrigen zeigte sich keine besondere Veränderung und Bewegung. — Abends in der Effectensocietät waren Spanische etwas fauer, 1pCt. Neue wurden zu 24⅞ ¼ pCt. verhandelt.

Berlin, 6. Dec. Staatsschl. 94½ Brf., 93½ G. — Köln-Minden 116½ à 116 bez. — Fr.-W.-Nordb. 44½ à ¾ bez.

Paris, 6. Dec. 4½pCt. Rente 106. — 3pCt. 82, 75. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 98½, ½. — Span. neue Diff. 24, 24½. — 3pCt. 50¾. — Innere Spaniol 44½, 45. — Passive —. — Banfactien 2925. — Piemont 5pCt. 100. — Römischen Anleihen Juni 1850 98¾. — do. 1850 98¼. — St. Germain-Eisenbahn —. — Versailles, linkes Ufer 315. — Straßburg-Basel 340. — Nordbahn 850. Paris-Straßburg 775.

Madrid, 1. Dec. 3pCt. 45¼. pC. n. d. Börse 45¾. G. — 1pCt. Neue 24, n. d. Börse 24½.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 7. Dec. 5pCt. Metall. 95½. — 5pCt. do. B. 111½. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94¼. — 4½pCt. do. 84½. — Bankactien 1344. — 250 fl. Loose 139. — London 11 fl. 22 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 106½. — K.-k.-Nordb. 237½. — Livorno-Florenz 100. — Siena-Empoli 69. — Paris 135½. — London in Triest 11 fl. 23 kr. — Silber 15½. (Spnd.)

Amsterdam, 6. Dec. 2½pCt. Integr. 65. — 4pCt. Certifik. 96½. — 3½pCt. Spnd. 94½. — 4pCt. Russ. bei Hope 91½. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 91½. — 3pCt. Spanische inl. 44½. — 1pCt. do. Neue 23¹¹/₁₆. — 5pCt. Silber-Metall. 91½. — 5pCt. Metall. 78½. — 2½pCt. do. 41½. (Spnd.)

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuffschrift.

Jugendschriften. # Fest-Geschenke. **Sämmtliche Klassiker.**

Atlanten, Schul- und Wörterbücher gebraucht und neu, in größter Auswahl. Ein Verzeichniß von werthvollen bedeutend im Preise herabgesetzten Werken ist gratis zu haben

[2741] bei **M. L. St. Goar** in Frankfurt a. M.

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 16. November 1852 an fahren die Boote täglich [2691]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens $7\frac{1}{2}$ Uhr . nach **Cöln-Deutz** *(Aachen, Elberfeld).*
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges $6\frac{1}{2}$ Uhr von *Frankfurt.*
Von *Mainz*-**Castel** Morgens **9** Uhr . . nach **Cöln-Deutz** *(Berlin, Paris)* bis **Düsseldorf,**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges **8** Uhr von *Frankfurt.*
Montag, Donnerst. u. Samst. direct nach **Arnheim** *(Amsterdam)* bis **Rotterdam** *in ca.* **30** *Stunden.*
Montag und *Donnerstag*. . . . . direct nach **London** . . *in* **3** *Tagen.*
Von **Mainz** Nachmittags **3** Uhr . . . . . . *täglich* nach **Worms** und **Mannheim.**

Billete nach allen Stationen, **Gesellschafts-Billette** und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.**
bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil,* der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren Gogel, Koch & Comp., Hrn. **Aug. Schönling** auf dem Rossmarkt.

Goldene Medaille 1845 **Pâte Pectorale** von Apotheker **Georgé** in Epinal Silberne Medaille 1845
Schachtel 16 [illegible] 28 kr.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **Georgé,** Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln, die halbe à 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Redlinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. G. von Oven,** Stephanstraße Nr. 33. [2428]

Allgemeine Renten-Anstalt zu Darmstadt.

Diejenigen, welche der in der Bildung begriffenen, mit dem 31. December d. J. geschlossen werdenden 6ten Jahresgesellschaft, zu welcher bereits **409 Einlagen** gemacht worden sind, beizutreten oder Nachzahlungen auf frühere Einlagen zu leisten beabsichtigen, laden wir hierdurch ein, solches vor Ablauf dieses Jahres entweder dahier bei dem Hauptbüreau der Anstalt oder auswärts bei den Herren Bevollmächtigten derselben *) zu bewerkstelligen.

Bis jetzt zählt die Anstalt im Ganzen **5404 Mitglieder** mit **9001 Einlagen** und einem effectiven **Einlagecapital** von **509918 fl.**

Bei der mit der Anstalt verbundenen **Depositencasse** wurden außerdem seit Anfang d. J. bereits **242797 fl.** hinterlegt.

Darmstadt, den 25. October 1852.

Die Direction der allgemeinen Renten-Anstalt.

*) In **Frankfurt a. M.** bei Herrn G. A. Zipf; in **Dillenburg** bei Herrn F. J. Zinco; in **Fulda** bei Herrn M. Kircher jun.; in **Hanau** bei Herrn Ferdinand Weiß; in **Heidelberg** bei Herrn C. E. Otto; in **Heilbronn** bei Herrn Hermann Böcklen; in **Hildburghausen** bei Herrn Steueramtsassistent Kisselstein; in **Homburg** v. d. H. bei Herrn Carl Müller; in **Kreuznach** bei Herrn Jacob Hessel; in **Marburg** bei Herrn J. H. G. Römheldt; in **Schweinfurt** bei Herrn Andreas Trillhaas; in **Stuttgart** bei Herrn Louis Bertsch; in **Wiesbaden** bei Herrn F. W. Käsebier. [2191]

[2742] **Bei Kirchheim & Schott** in Mainz ist erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz zu haben:

Hettinger, Dr. Fr., die kirchlichen und socialen Zustände von Paris. 8. geh.
2 fl. od. 1 Rthlr. 5 Sgr.

Der geistreiche Verfasser bemerkt in der Vorrede: „Diese Briefe sind das Ergebniß unbefangener Beobachtung während eines längeren Aufenthaltes in der französischen Hauptstadt. Fast jedes Jahr bringt neue Schilderungen und Reiseberichte aus Paris. Ausführliche statistische Schriften haben uns mit allen Merkwürdigkeiten der Stadt bekannt gemacht, und frivole Touristen ermangeln nicht, uns von Zeit zu Zeit die Geheimnisse des modernen Babel zu enthüllen. Aber von dem segensvollen Walten des heiligen Glaubens, den erhabenen Offenbarungen des katholischen Lebens, den herrlichen Erweisen erbarmender Liebe, an denen Paris so reich ist — von all' Dem haben wir bis jetzt nur äußerst Weniges in Deutschland erfahren. Diese stille, aber nur um so tiefer gehende Thätigkeit der Kirche, gerade Das, was dem Blicke der Meisten sich entzieht, in einzelnen Bildern unserem Volke vorzuführen, war darum die Aufgabe, die der Verfasser sich gesetzt hatte; ist ihre Lösung ihm auch weniger gelungen, so wird doch Niemand seine Schrift aus den Händen legen ohne daß sich ihm das Wort des Apostels bewährt hätte: „Wo die Sünde mächtig gewesen, da ist die Gnade übermächtig." (Röm. 5, 20.) Die im Anhange enthaltene geistvolle Skizze aus der Feder des Herrn Ministerialraths Max von Gagern schließt sich höchst zweckmäßig dem Vorhergehenden an, sie wurde deßwegen von der Verlagshandlung im Einvernehmen mit ihrem Verfasser hier beigegeben." Wir haben Dem Nichts beizufügen, als daß wir die durch scharfe Beobachtungsgabe und geistreiche Darstellung ausgezeichnete Schrift schön ausgestattet und einen billigen Preis für dieselbe gestellt haben. Es wird kaum ein Buch geben, das sich zur Lectüre an Winterabenden für christliche Familien und zu Fest- und Weihnachtsgeschenken so sehr eignete, wie diese Briefe über die kirchlichen und socialen Zustände in Paris.

[2721] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Frankfurt durch Gebhard & Körber, Buchgasse Nr. 6, zu beziehen:

Hanser's, G., **Schulatlas** über alle Theile der Erde und das Wichtigste über das Weltgebäude. Revidirt und zum Theil umgearbeitet von Dr. C. **Arendts,** Prof. am k. bayer. Cadettencorps. 5te vermehrte und verbesserte Aufl. (Allgem. Ausg. mit 25 illum. Karten in Stahlst.) qu. gr. Fol.
1 fl. 45 kr. od. $1\frac{1}{12}$ Thlr.

Die allerhöchste Entschließung des königl. Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 2. April 1847 an die königl. Rectorate und Subrectorate der Studien- und technischen Lehranstalten ꝛc. sagt hierüber: „Da nach dem Ergebniß sachkundiger Prüfung vorstehender Atlas Vorzüge besitzt, welche ihn zum Gebrauch in den Studien- und technischen Lehranstalten eignen, so wird er den erwähnten Lehranstalten empfohlen ꝛc." Schon vor dieser allerhöchsten Entschließung fand in den meisten vaterländischen und mehreren auswärtigen Lehranstalten die Einführung statt, so daß seit 1847 fünf Auflagen erschienen sind, welche stets Verbesserungen, Nachträge und Vermehrungen erhielten. Die gegenwärtige fünfte Auflage wurde von Prof. Dr. Arendts, dessen Verdienste um die geographische Literatur die vielseitigste Anerkennung fanden, revidirt und umgearbeitet und mit einer neuen Karte „Oro-hydrographische Karte von Europa" vermehrt, und was die Ausführung der oro-hydrographischen Karten betrifft, so ist bisher im Kartenstiche noch nichts Vollendeteres geliefert worden, wie man sich leicht aus dem Augenschein überzeugen kann.

Von diesem Schulatlasse sind noch folgende Ausgaben mit Berücksichtigung der betr. Länder durch Beigaben ausführlicherer Karten erschienen: Für die k. k. **Oesterreichischen Staaten** mit 31 Karten. 2 fl. 16 kr. od. $1\frac{1}{3}$ Thlr. **Schulatlas** der k. k. **Oesterreichischen Monarchie** mit 7 Karten. (Ein Auszug aus Vorstehendem.) 32 kr. od. $\frac{1}{3}$ Thlr. Für die k. **Preußischen Staaten** mit 30 Karten. 2 fl. 8 kr. od. $1\frac{1}{4}$ Thlr. Für **Sachsen** und die **Staaten in Thüringen** mit 26 Karten. 1 fl. 45 kr. od. $1\frac{1}{12}$ Thlr. Für **Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Holstein, Schleswig, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Hamburg, Bremen** und **Lübeck** mit 25 Karten. 1 fl. 45 kr. od. $1\frac{1}{12}$ Thlr. Für **Mecklenburg** mit 25 Karten. 1 fl. 45 kr. oder $1\frac{1}{12}$ Thlr. Für **Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Waldeck, Homburg, Frankfurt a. M., Limburg** und **Luxemburg** mit 26 Karten. 1 fl. 45 kr. oder $1\frac{1}{12}$ Thlr.

Kelle, J. N., **systematisches Lehrbuch der deutschen Sprache** mit Uebungen. Zunächst für Real- und Gewerbsschulen, sowie für lateinische und höhere Bürgerschulen bearbeitet. gr. 8.
45 kr. od. 12 gr.

Der Verfasser hat dieses Werk ganz nach denselben Principien, die er seinem: „Vollständigen Lehrbuche" zu Grunde gelegt hat, und die überall ungetheilte Anerkennung fanden, bearbeitet, und wir sind daher überzeugt, daß das Lehrbuch gewiß auch für diese Stufe des Unterrichtes, allen Anforderungen genügen und den Unterricht in der Muttersprache bedeutend fördern wird.

---

34. Braunschweiger Lotterie.

Ziehung 1. Classe am 16. und 17. December.
Haupttreffer: fl. **87500, 32500, 35000, 17500** u. s. f. Ganze Loose zu fl. 7, $\frac{1}{2}$ zu fl. 3. 30 kr., $\frac{1}{4}$ zu fl. 1. 45 kr., $\frac{1}{8}$ zu 52 kr. empfiehlt

Carl Höchberg,
[2705] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2738] Oeffentliche Ladung.

Sußmann Oppenheimer von Heusenstamm und dessen Ehefrau Regine, geb. Goldschmidt, haben sich nach Einleitung eines Schuldenwesens, welches auf Antrag der Letzteren zur Sicherstellung ihrer Illaten stattfand, nach Paris begeben und durch ihren Bevollmächtigten Joseph Fürth von Heusenstamm zur Abwendung des beantragten Concurses nochmalige Zusammenberufung der Gläubiger verlangt. Es werden deßhalb die nicht speciell geladenen Gläubiger auf

Mittwoch den 5. Januar k. J.,
Vormittags 9 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheile vorgeladen, daß die Nichterscheinenden hinsichtlich des allenfalls zu Stande kommenden Arrangements als den Beschlüssen der Mehrheit der erschienenen Gläubiger stillschweigend beigetreten angesehen werden.

In Entstehung eines Arrangements soll sofort zur Wahl eines Massecurators und Gläubigerausschusses geschritten und über die inzwischen auf Antrag der Gläubiger stattgehabte Immobiliarversteigerung Beschluß gefaßt werden. Die nicht erscheinenden Gläubiger werden auch in dieser Beziehung als den Beschlüssen der Mehrheit der erschienenen Gläubiger stillschweigend beigetreten angesehen werden.

Seligenstadt, den 27. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Metzler. Wittich.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nr. 293.) 8. December 1852.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Paris, den 8. Dec., 10 Uhr 44 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 8. „ 11 „ 55 „ „

Madrid, 3. Dec. Nach dem neuen Verfassungsentwurf wird ein erblicher Senat eingeführt und die Anzahl der Deputirten bis zu 170 vermindert. — Inn. Sch. 46⅛; Diff. 25⅛.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 8. Dec. Die eben begonnene Woche, schreibt man der „Kölnischen Zeitung" aus Berlin vom letzten Sonntag, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach für die handelspolitische Frage entscheidend werden. Der „Karlsruher Zeitung" wird ebenfalls aus Berlin verbürgt mitgetheilt, daß eine alle befriedigende Lösung in nächster Aussicht stehe. Der offiziöse Correspondent der Münchener „N. Nachr." spricht in der Nummer dieses Blattes vom 3. December die Hoffnung auf eine befriedigende Lösung der Zollfrage und auf den Fortbestand des Zollvereins aus, da Oesterreich es sich zur Aufgabe gemacht habe, „durch das aufrichtigste Entgegenkommen und die erläuterndsten Gründe Preußen zu überzeugen, daß es für das wahre Wohl der gesammtdeutschen Interessen im ausgedehntesten Sinne und nicht für österreichische Particularinteressen irgend einer Art in der schwebenden Handels- und Zollfrage thätig sei." Den Ausstellungen Preußens soll bei den diesmaligen Wiener Conferenzen eine umfassende Würdigung zu Theil geworden sein, während bei einer Vereinbarung „auch den Beschlüssen der Darmstädter Coalition ihre Bedeutung gesichert bleibe". Der Gewährsmann der „N. Nachrichten" erwartet die endliche Erledigung des hochwichtigen Gegenstandes „in nicht ferner Zeit". — Auch der „Staatsanzeiger für Württemberg" erhält Nachrichten aus Wien, welche in gleichem Sinne zu deuten sind. — Endlich schreibt das „Journal des Debats" unterm 1. December: Unsere Correspondenzen melden übereinstimmend, daß man (in Deutschland) auf allen Seiten wünscht, die Spaltung (in den handelspolitischen Dingen) möge nicht erweitert werden; daß man selbst das, was geschehen ist, bedauert und daß man eine baldige glückliche Lösung der Schwierigkeiten erwartet, welche gegenwärtige Beanspruchungen herbeigeführt haben. Man versichert, daß diese Stimmung jetzt die aller deutschen Cabinete sei: Oesterreichs und Preußens, Hannovers und Bayerns, Sachsens und Württembergs, des Großherzogthums Baden so gut wie der beiden Hessen; daß die Unterhandlungen im Stillen mit einer aufrichtigen Mäßigung auf jeder Seite fortgesetzt werden; daß Deutschrichten sehr wirksam zwischen dem Wiener und Berliner Cabinet ausgetauscht und die Dinge endlich auf dem Punkte angelangt sind, auf welchem die Staatsmänner ohne Unruhe den Ausgang dieser langen Kämpfe erwarten. — Also Anzeichen und zwar gewichtige Anzeichen genug, die uns eine endliche Ausgleichung des verderblichen Zwiespaltes sicher hoffen lassen.

* **Frankfurt**, 8. Dec. Zufolge Rathsbeschluß werden am Montag den 13. December zwei weitere Senatsstellen besetzt. — Nächsten Samstag feiern die Mitglieder des hiesigen sehr zusammengeschmolzenen Scharfschützenbataillons das jährliche Erinnerungsfest im „Wolfseck". Dieses älteste Corps der Bürgerbewaffnung bildete sich aus Patriotismus im Jahr 1793 aus den bestehenden Schützengesellschaften zu dem Zweck, bei der Vertheidigung des damals noch befestigten Frankfurts gegen die drohenden Angriffe äußerer Feinde thätige mitzuwirken. Zu allen Zeiten, bei allen Gelegenheiten bethätigt dies Corps seinen Bürgergeist. Namentlich hatte dasselbe bei ausbrechendem Feuer den beschwerlichen Dienst auf dem Brandplatz. — Das hiesige Dampfboot „Delphin II." ist gestern, nach vollkommener Reparatur des am 29. Nov. durch Zusammenstoß mit dem Rheindampfschiff „Stadt Bonn" erlittenen Schadens, hier angekommen und wird mit dem heutigen Tage wieder seine regelmäßigen Fahrten beginnen.

* **Frankfurt**, 8. Dec. Unsere Stadt hat den Verlust eines ihrer geachtetsten und reichsten Bürger zu beklagen. Gestern in der Mittagsstunde starb Joachim Andreas Grunelius, Chef des bekannten Bankhauses Grunelius und Comp. Die wohlthätigen Anstalten Frankfurts verlieren in dem Verstorbenen vielleicht den thätigsten uneigennützigsten Förderer und Viele, Viele werden seiner Leiche das Grabgeleite geben, deren Thränen er in der Stille und verborgen getrocknet.

[:] **Wien**, 5. Dec. Der „Lloyd" enthält heute den nachfolgenden Artikel: Die Herabsetzung des Bestandes der französischen Armee um 30,000 Mann ist im ganzen Rußland als eine Maßregel von minderem Belang angesehen worden. Man hat in derselben eher den guten Willen und eine freundliche Demonstration der Regierung erkennen wollen, als eine sehr ins Gewicht fallende Verminderung der Streitkräfte Frankreichs. Eine weit deutlichere Beurkundung des Geistes, welcher jene Regierung belebt, liegt in ihren finanziellen Maßregeln. Dieselben sind so umfassend, daß auf ihnen ein großer Theil der materiellen Wohlfahrt Frankreichs ruht. Ein Fehlschlagen derselben würde in jenem Lande eine Krise hervorrufen, heftiger wie irgend eine andere, welche die Neuzeit gekannt hat. Ein großer Theil von dessen Macht wäre preisgegeben und erschüttert, falls der Weg, auf den es selbst die Capitalisten und Rentiere Frankreichs drängt, sich als ein falscher erwiese. Die Börse ist jetzt in Frankreich eine noch größere Macht wie in andern Ländern. Sie hat nicht allein den Zinsfuß herabgesetzt, die Staatsausgaben vermindert, sie ist ein politischer Hebel geworden, und die Sympathien des Landes für die napoleonische Herrschaft zu gewinnen. Sie hat die Bourgeoisie mit der jetzigen Regierung versöhnt, sie hat einen Zustand beispielloser Blüthe unter der städtischen Bevölkerung hervorgerufen, sie hat die Creditverhältnisse für die ländliche Bevölkerung gebessert, und ihnen den leichtesten Ausweg geboten, ihre Schuldenlast ohne große Opfer von sich abzuwälzen. Was früher zur Verzinsung einer Schuld genügte, genügt jetzt nach einer Reihe von Jahren zu ihrer gänzlichen Abzahlung. Aber dieselbe Macht, welche so fruchtbar für die Regierung geworden, würde furchtbar gegen sie werden, falls sie aus einer Freundin zu einer Feindin würde. Wenn über Nacht die Wohlthat, welche das Land fröhlich genießt, sich in einen Fluch verwandelte, wenn ein eisiger Reif in einer Stunde alle Blüthen, die jetzt üppig sprießen, knickte, wenn der Wohlstand ganzer Klassen mit einem plötzlichen Schlage sich in Elend verwandelte, so würden die finanziellen Reactionen schnell genug auch einen politischen Charakter annehmen müssen, wie jetzt ihr Gegentheil auch einen politischen Charakter an sich trägt. Die finanziellen Wagnisse, welche die französische Regierung jetzt beginnt, können die glänzendsten Erfolge haben, welche bisher in der finanziellen Geschichte der Welt verzeichnet stehen. Die allgemeine Ueppigkeit, welche in Europa, noch mehr in Amerika herrscht, begünstigt den auf Luxus berechneten französischen Gewerbsfleiß, die neu aufgefundenen Goldschätze anderer Welttheile dürfen das industrielle Feld Frankreichs besser, wie dasjenige irgend eines andern Landes. Es ist eine Basis jetzt in der Welt vorhanden, selbst für sehr sanguinische Unternehmungen. Aber ihr Erfolg ist an eine Bedingung unwiderruflich geknüpft, an den Frieden. Der erste Kanonenschuß stellt jetzt mehr in Frage, wie ein gewöhnlicher Krieg, aber die Börsen stellt er nicht in Frage, er vernichtet sie. Die Pariser Börse, in ihrem jetzigen Zustande, wäre nicht weniger im Stande den Lärm der Kriegstrompete zu vertragen, wie irgend eine andere. Ihre Treibhausblüthen wären schon bei einem Winde dahin, dessen Schärfe kräftigere Pflanzen mit geringerem Schaden hinnehmen könnten. Die finanziellen Aufgaben, zu deren Lösung sich die französische Regierung verpflichtet hat, ohne sich die Möglichkeit eines Rückzugs offen gehalten zu haben, bedürfen zu ihrer Beendigung mehrere Jahre tiefer Ruhe. Es wäre arge Thorheit gewesen, ein so kühnes Unternehmen zu beginnen, falls nicht in dem Worte die Wahrheit enthalten gewesen, daß Friede ist, wenn Frankreich den Frieden aufrichtig will. Nur in der jetzt gut begründeten Meinung, daß kein europäischer Krieg entstehen kann, wenn Frankreich gesonnen ist, seine Veranlassung zu demselben zu bieten, können solche finanzielle Unternehmungen, wie die letzten des Herrn Fould, wurzeln, oder sie wurzeln in einer so sinnverwirrten Auffassung, wie sie bei den jetzigen französischen Staatslenkern unmöglicherweise vorausgesetzt werden kann.

Es liegt für den Kundigen in jenen kühnen Finanzoperationen, die einen guten Ausgang haben können, die, wie wir glauben, falls der Friede der Welt ungestört bleibt, auch einen guten Ausgang haben werden, eine bessere Garantie für die Ruhe Europa's, wie in einer Armeereduction von 30,000, oder selbst von 100,000 Mann.

„ Wien, 5. Dec. Das heute in dem Ritterſaal abgehaltene Tafel-Ordensfeſt wurde auf eine höchſt feierliche Weiſe begangen. Se. Maj. der Kaiſer nahm als Großmeiſter des Ordens die Verleihung deſſelben perſönlich vor, und es wurde 18 Perſonen dieſe hohe Ehre zu Theil und zwar den kaiſerlichen Hoheiten Ferdinand Maximilian, Karl Ludwig, Rainer, Sigismund, Ernſt und Joſeph und dem Herrn Erbgroßherzog von Toscana, hochſtwelche in den letzten Tagen dieſer Woche in Wien angekommen waren. Ferner wurde dieſer höchſte öſterreichiſche Orden den Fürſten Salm, Batthyani, Liechtenſtein, Trautmannsdorf, Schwarzenberg und den Grafen Figuelmont, Lansksronsky, Fürſtenberg, Wratislaw und Wimpffen. Se. Majeſtät, ſowie die anweſenden und die neuernannten Ritter befanden ſich übrigens nicht in der Ordenstracht, ſondern theils in der militäriſchen Uniform, theils in niederöſterreichiſcher Ständeuniform. Der Kaiſer erſchien als öſterreichiſcher Feldmarſchall. — In einem meiner letzten Briefe habe ich bereits angedeutet, daß man allen Grund hat, die Hoffnung auf eine ſchließliche nach allen Seiten hin befriedigende Verſtändigung in der Handelsfrage nicht aufzugeben und es hat den Anſchein, als wollte ſich dieſe Angabe früher beſtätigen, als man hier ſelbſt in den beſtunterrichtetſten Kreiſen vermuthete, wenigſtens ſteht ſo viel feſt, daß die Conferenzen, welche Graf Arnim mit dem Herrn Miniſter des Aeußern gegenwärtig ſehr häufig pflegt, lediglich die Handelsfrage betreffen, und daß die neueſten in dieſer Hinſicht gegebenen Erklärungen der kaiſerlich öſterreichiſchen Regierung in Berlin nicht ohne Befriedigung aufgenommen worden ſind. Entgegen den Behauptungen ſo vieler andern Blätter höre ich fortwährend verſichern, daß Freiherr v. Bruck beſtimmt iſt, demnächſt poſitive Vermittelungsvorſchläge nach Berlin zu überbringen.

München, 5. Dec. Die geſtern erſchienene Nr. 50 des „Katholiſchen Hausfreundes", redigirt vom Pfarrer und Landtagsabgeordneten Weſtermayer, enthält folgenden bemerkenswerthen Artikel: „In der letzten Sitzung des Staatsraths vom 27. November wurde die wichtige Frage wegen Erweiterung der biſchöflichen Befugniſſe, bezüglich der Verwendung der Rentenüberſchuſſe von Cultusſtiftungen, mit Bezugnahme auf die Forderung der biſchöflichen Denkſchrift Seite 34, im Zuſammenhalt mit Art. 8 des Concordats und Abſchnitt 2 Kap. 2 § 48 des Religionsedicts, berathen. Der Antrag des Referenten Staatsraths v. Fiſcher, der nicht gar günſtig für die biſchöflichen Rechte lautete, wurde abgelehnt und ein Minoritätsgutachten des Herrn Miniſters v. Zwehl auf Erweiterung der biſchöflichen Rechte angenommen."

München, 5. Dec. Wie glaubwürdig verlautet, wird von Seite der hieſigen franzöſiſchen Geſandtſchaft keine andere Notification der kaiſerlichen Thronbeſteigung erfolgen, als die bei der Neujahrscour übliche Vorſtellung, wobei der „Geſandte des Kaiſers der Franzoſen" anfgeruſen und den königlichen Majeſtäten vorgeführt wird. Wie ich höre, ſoll die Gerichtsorganiſation doch noch ins Leben treten und zwar in der Art, daß den verbleibenden Landgerichten die Polizei und die freiwillige Gerichtspflege überlaſſen bleibt, indem hierfür Notariatsbeamte aufgeſtellt, die Inſtiz aber Bezirksgerichten übertragen wird, die in entſprechender Anzahl alsbald errichtet werden ſollen. Dieſe Einrichtung, den Anſichten des Herrn v. Kleinſchrod vollkommen entſprechend, ſoll von Sr. Maj. dem König genehm befunden worden ſein und deren Verwirklichung nahe bevorſtehen. (A. Abdz.)

[*] Aus der Pfalz, 5. Dec. Die letzte Quartalſitzung des diesſeitigen Schwurgerichts hat wieder die Zeit vom 15. November bis zum 2. December in Anſpruch genommen. In 12 Proceduren ſind 14 Perſonen abgeurtheilt worden, darunter 4 wegen Diebſtahls, 1 wegen Angriffs auf die Schamhaftigkeit, 2 wegen falſchen Zeugniſſes, 1 wegen Fälſchung, 1 wegen Meuchelmordverſuchs, 1 wegen Kindsmords, 2 wegen freiwilliger Tödtung, 1 wegen ſchwerer Mißhandlung und 1 wegen Hochverrathes. Die Verhandlung wegen Hochverrathe gegen Johann Deutſch von Edenkoben nahm allein drei Tage weg. Bekannt iſt bereits, daß der in contumaciam zum Tode verurtheilte und freiwillig zurückgekehrte Beſchuldigte von den Geſchworenen nichtſchuldig erklärt, darauf hin aber vor das Zuchtpolizeigericht Landau verwieſen worden iſt. Von beſonderem pſychologiſchem Intereſſe war in dieſer letzten Aſſiſenſeſſion die Verhandlung gegen den Oekonomen Cyprel von Erbesbach, einen verheiratheten Mann, der wahrhaft toll vor Wuth über eine ungeliebte Concubine, dieſe aus der Ferne durch einen Schuß zu tödten verſuchte. Er iſt zum Tode verurtheilt worden. Gleiches Urtheil traf eine widerlich freche Kindesmörderin, dagegen wurde ein böſer Bube von 15 Jahren, der einen Jungen von 17 Jahren durch einen Meſſerſtich getödtet, nur zu zweijähriger correctioneller Gefängnißſtrafe verurtheilt.

Dresden, 5. Dec. Folgender Vorfall macht hier viel von ſich reden. Vor einigen Tagen wurden bei mehreren jüdiſchen Einwohnern, welche Geldgeſchäfte treiben, von der Polizei Papiere und namentlich Schuldverſchreibungen von Militärs, ſowie auch angeblich einzelne werthvolle Effecten mit Beſchlag belegt und deren Inhaber in Haft genommen. Die allgemein verbreitete Fama hat ſich dieſen Stoff nicht entgehen laſſen und verarbeitet ihn in romantiſchen Variationen, von denen die eine immer die andere an Unglaublichem überbietet. Man redet von Specialbefehlen der oberſten Militärbehörde und wer weiß was Allem. Am nächſten liegt die Vermuthung, daß die ſtattgehabten Hausſuchungen behufs einer einzuleitenden Unterſuchung von der Criminalbehörde veranlaßt worden ſind; die in Haft Genommenen befinden ſich übrigens, wie ich höre, bereits wieder in Freiheit. (D. A. Z.)

Z Dresden, 6. Dec. Die von unſerm Prinzen Albert am 3. d. M. angetretene Reiſe, als deren Ziel die amtliche Mittheilung derſelben „Prag" bezeichnet, dürfte ſich, wie man in gutunterrichteten Kreiſen wiſſen will, noch weiter ausdehnen und auch einen Beſuch am kaiſerlichen Hof in Wien nicht ausſchließen. Ja wie weit dieſe Reiſe mit einer beabſichtigten Vermählung des Prinzen mit der Prinzeſſin Karoline v. Waſa in Verbindung ſteht, muß dahin geſtellt bleiben, doch können wir hierbei nicht unbemerkt laſſen, daß von einem ſolchen Project jetzt hier wiederum viel die Rede iſt, auch der „Freim. Sachſenztg.", welche es als poſitiv hinſtellt, daß der Prinz dieſe Reiſe unternommen habe, um „um die Hand der Prinzeſſin Karoline v. Waſa zu werben" von dem hieſigen officiellen Blatte nicht widerſprochen worden iſt. — Regierungsrath Eberhardt (der frühere herzogl. gothaiſche Polizeichef), den Zeitungsnachrichten ſchon vor mehreren Wochen verſtorben ſein ließen, iſt nun geſtern Nachmittag, nach einem langen und ſehr ſchmerzhaften Krankenlager, wirklich mit Tod abgezangen. Er nimmt den Auf eines ſehr tüchtigen und pflichttreuen, namentlich um das Polizeiweſen hochverdienten Beamten mit ins Grab. — Vorgeſtern iſt Se. Hoh. Prinz Auguſt von Sachſen-Koburg-Gotha-(Kohary) mit Gemahlin (Clementine v. Orleans) von Wien hier eingetroffen, und wird heute die Reiſe nach Gotha fortſetzen. Der früher kurheſſiſch-preußiſche Geſandte, Graf Thun-Hohenſtein, wird heute auf ſeiner Durchreiſe nach Berlin hier eintreffen.

± Darmſtadt, 7. Dec. Heute widmete die zweite Kammer der durch Anträge und Petitionen geförderten Angelegenheit der Erbauung einer ſtehenden Schiffbrücke über den Rhein bei Worms wiederholt eine mehrſtündige Berathung, an welcher viele Abgeordnete Theil nahmen, und die ſich nach allen Richtungen des Gegenſtandes hin bewegte. Zuerſt nahm der Abg. Müller-Melchiors das Wort, um ſeinen Antrag als Minorität des Ausſchuſſes, den Antrag auf Beharren bei dem frühern Beſchluſſe, zu rechtfertigen. Er hob zwei formelle Gründe hervor, daß nach der Verfaſſungsurkunde ein einmal verworfener Antrag auf demſelben Landtag nicht wiederholt erörtert werden könne, und den, daß ein außerordentlicher Landtag eine beſonders beſchränkte Competenz habe. Dann machte er materielle Gründe geltend: den Zuſtand der Finanzen, deſſen Betrachtung den früheren Ausſchußantrag auf Ablehnung für die gegenwärtige Finanzperiode dictirt habe; die Erſchwerung der Schifffahrt, zugleich durch Erhebung eines Brückenzolls; die Abhilfe des allerdings eben beſtehenden mangelhaften Zuſtands durch eine riegende Nähe oder eine Dampffähre u. ſ. w. Eventuell ſtellte Redner den Antrag, daß die Schiffe keiner Abgabe unterworfen werden ſollten und dies zur Bedingung der Bewilligung gemacht werde. Zur Entgegnung nahm der Abg. Eich (von Worms) ausführlich das Wort, beſonders auch zu dem Zweck, nachzuweiſen, daß das Werk den Staatsfinanzen günſtig ſein werde, z. B. durch Abſatz von Holz nach Rheinheſſen. Weiter nahmen das Wort die Abgg. Breidenbach (der deſonders Gewicht darauf legte, daß es ſich jetzt herausgeſtellt habe, es werde zu keiner Steuererhöhung kommen), Zöpprtz, Creßſchmar, Kraft, Sartorius, Brumhard, Matty, Mohr, Schmitz, Bogen, Draudt u. ſ. w. Mit allen Stimmen gegen 7 wurde der Antrag der Mehrheit des Ausſchuſſes angenommen, und eine Communication wurde der erſten Kammer zum Zweck einer gemeinſchaftlichen Adreſſe beſchloſſen. So wäre alſo der Bau der Brücke geſichert. Der eventuelle Antrag des Abg. Müller-Melchiors ward verworfen. Weiter beſchäftigte ſich die Kammer mit einer Vorlage des Kriegsminiſteriums wegen Wiederherſtellung, reſp. des Etats der Commandantenſtelle der Reſidenz. Wie es ſcheint, iſt es im Plan, die Ständeverſammlung nur zu vertagen, damit ſie, im nächſten Jahre wieder berufen, das Budget der folgenden Finanzperiode (1854 — 1856) bewillige. Es iſt dabei zu bedenken, daß wir für eine neue Kammer kein Wahlgeſetz haben, da der vorgelegte Entwurf des Wahlgeſetzes abgelehnt ward.

Schweiz.

⁂ **Vom Schweizerrhein**, 6. Dec. Die gemeinsame Maßregel deutscher Regierungen gegen den Aufenthalt deutscher Handwerksgesellen in der Schweiz ist eine natürliche Folge einer vom schweizerischen Bundesrath 1850 ausgegangenen Veröffentlichung. Man erinnert sich, daß im Februar des erwähnten Jahres zu Murten eine Arbeiter-Delegirtenversammlung abgehalten, daß die freiburgische Centralbehörde vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement um Dazwischentreten ersucht, und hierauf eine namhafte Zahl von Associationschefs arretirt und später durch bundesräthlichen Beschluß des Landes verwiesen wurde. Der Bundesrath sah sich später veranlaßt, eine Art Rechenschaftsbericht drucken zu lassen, woraus als Resultat der gepflogenen Untersuchungen sich ergibt, daß die deutschen Arbeiter in der Schweiz in mehr als 20 namentlich aufgeführten Vereinen zu revolutionären Zwecken verbunden waren, und mit deutschen, französischen und englischen Vereinen, sowie mit Flüchtlingen in naher Verbindung standen. Dieselbe Behörde suchte dabei nachzuweisen, daß die Schweiz nicht die Wiege, sondern gleich andern Staaten ein Filial der Propaganda gewesen sei, was sich auch durch die in England gemachten Entdeckungen bestätigt hat. Im Bericht wird die Zahl der affiliirten Mitglieder auf mindestens 560 angegeben. Diese sind jedenfalls nicht alle 1850 ausgewiesen worden. Es ist daher sehr erklärlich, daß monarchische Regierungen in ihrer Angehörigen nicht wenige besorgt sind, als eine republikanische Regierung für fremde Leute; und muß man sich nur über die „Gutmüthigkeit“ der Zeitungen wundern, welche die Ausweisung mit Zwangspässen natürlich fanden, in einer Abberufung aber Gehässigkeit und Härte erblicken.

⊙ **Bern**, 6. Dec. Alles was die diplomatischen Verhältnisse der Schweiz zum Auslande betrifft, erfährt man seit den neuen Bundesbeinrichtungen immer zuerst aus fremden Blättern. So lange der Bund von 1815 bestand, wo die Kantonalsouveränetät das oberste Princip war, wurde jede politische Frage in den Großräthen aller Kantone erörtert und gelangte so zur allgemeinen Kunde. Jetzt wird der ganze Verkehr zwischen dem Auslande und der Schweiz durch den Bundesrath besorgt, und die Geschichte der letzten Jahre hat viele Fälle gebracht, wo Noten von großer Wichtigkeit dem Schweizervolk erst durch deutsche oder englische Zeitungen bekannt wurden. Die öffentliche Meinung ist aber mit der Geheimthuerei, wie sie im Erlacher Hof Brauch ist, nicht zufrieden. Seit längerer Zeit munkelt man von einer Spannung zwischen dem französischen Gesandten und dem Bundesrath, ohne daß man etwas Näheres darüber erfahren könnte. Auch sollen wieder eidgenössische Commissäre nach Genf wegen vorgier Umtriebe geschickt worden sein.

Italien.

† **Von der italienischen Grenze**, 5. Dec. Die Agitation unter den piemontesischen Gemeinden für Säcularisation der geistlichen Güter währt noch fort; die Verurtheilung des ultramontanen Blatts „Echo du Mont-blanc“ vom Tribunal in Annecy gibt dem Gegenstand frische Nahrung. Ungnädchen trifft man in Genua große Vorbereitungen zu einem feierlichen Empfang des Erzbischofs. In Asti, dem Geburtsort des großen Dichters Alfieri, soll demselben ein Denkmal errichtet werden.

Frankreich.

† **Paris**, 6. Dec. Die neuen Creditive, welche der britische Gesandte, Lord Cowley, heute Nachmittag dem Kaiser überreicht hat, sind, wie aus bester Quelle mitgetheilt werden kann, in den freundlichsten Ausdrücken abgefaßt und bekunden, daß Englands Regierung mit Frankreich nicht nur die Politik des Friedens, sondern auch das herzlichste Einverständniß pflegen will. — Gestern Nachmittag um vier Uhr verließ der Kaiser in einem offenen Wagen die Tuilerien und machte eine Spazierfahrt über den Vendomeplatz, die Friedensstraße und über die Boulevards. Er fuhr selbst und war nur von einem Herrn und zwei Lakaien begleitet. — Durch die neulich erfolgte Ernennung Abatucci's und des Generals Carrelet zählt der Senat gegenwärtig 101 Mitglieder. Die vor kurzer Zeit noch durch das Hinscheiden von Gerard und Excelmans auf vier reducirt gewesene Anzahl der Marschälle von Frankreich ist durch die vor einigen Tagen geschehene Ernennung der Generale Magnan, Saint-Arnaud und Castellane auf sieben gebracht. Die andern vier Marschälle sind: Reille, 1847 von Ludwig Philipp ernannt, Prinz Hieronymus Bonaparte, Harispe und Baillant. — Laut Angabe der „Presse“ sind alle Pariser Journale vom Polizeiminister verwarnt worden, ausmärtigen und insbesondere belgischen Blättern Nachrichten und Artikel ohne Unterschied nachzudrucken; hiergu gebe der Umstand, daß solche Blätter auf der Post nicht mit Beschlag belegt seien, noch durchaus keine Berechtigung. — Von den Regierungsvorlagen, über welche der Senat zuerst zu beschließen haben wird, sind die drei nächsten und wichtigsten 1) diejenige, welche die vorzunehmenden Modificationen der Verfassung betrifft; 2) die, welche die Civilliste des Kaisers und die Dotation und Apanagen der Prinzen der kaiserlichen Familie feststellt, und endlich 3) die, welche die Stellung dieser Prinzen bestimmt. — In den politischen Kreisen hat es eine gewisse Sensation hervorgerufen, daß der Graf v. Morny, abweichend von den Bestimmungen des Ordensreglements, vom einfachen Ritter, also aus dem ersten Grad der Ehrenlegion, sogleich zum Großkreuz, als in den höchsten Grad des Ordens, befördert worden ist.

Der Tuilerienpalast soll sowohl im Innern wie im Aeußern vollständig restaurirt werden. Bis jetzt sind erst die zum officiellen Empfang bestimmten und die vom Kaiser persönlich bewohnten Gemächer ganz eingerichtet. Die überall entfaltete Pracht ist außerordentlich. Im Thronsaale ist bereits der kaiserliche Thron, der bei der Krönung Napoleons I. gebraucht wurde, aufgestellt. Ueber dem Baldachin ist ein Adler mit ausgebreiteten Flügeln angebracht, über dessen Kopf die Devise Ludwigs XIV.: Nec pluribus impar, zu lesen ist. Man gelangt zum Throne auf einer Estrade, die drei Stufen zählt. Alle Draperien sind von carmoisinrothem Sammt, worauf goldene Bienen und am Rande Lorbeerblätter gestickt sind. Auf dem Grunde ist inmitten eines Eichen- und Lorbeerkranzes das kaiserliche Wappen mit der Gerechtigkeitshand, dem Scepter Karls des Großen, den Abzeichen der Ehrenlegion und oben darüber Helm und Krone in Gold gestickt.

Der Polizeiminister v. Maupas hat einen permanenten Aufschub zur Prüfung aller für den Hausirhandel bestimmten Bücher, Druckschriften und Bilder ernannt. Präsident ist Herr Lafour du Meolin, Director der Druck, Buchhandels- und Preßangelegenheiten auswärtigen Polizeiministeriums, und als Mitglied bemerkt man auch Herrn de la Guerronnière mit dem Titel „Vicomte“. — Ueber den Bischof von Lucon bringt der heutige „Moniteur“ folgende neue Notiz: „Die Generalunterrichtsinspectoren Alexandre und Cournot, die eine Rundreise in den westlichen Departementen machen, haben in Gemäßheit des 70. Artikels des Gesetzes vom 15. März 1850 den Auftrag erhalten, die hohern geistlichen Schulen der Diöcese Lucon zu besichtigen. Montag, den 29. November, sind sie für diesen Herrn Bischof von Lucon erschienen, um ihm von den erhaltenen Befehlen Kenntniß zu geben. Mittwoch, den 1. December, begaben sie sich nach der geistlichen Schule zu Chavagnes, besichtigten alle Theile der Anstalt und verlangten über die Studienordnung Aufschluß. Donnerstag, den 2., untersuchten sie eine ähnliche zu Sables-d'Olonne errichtete Anstalt. Dort wie zu Chavagnes sammelten sie alle Notizen, die geeignet sein konnten, die Regierung über die Ergebnisse ihrer Sendung ins Klare zu setzen.“ (Das oben erwähnte Gesetz ist das Fallour'sche Unterrichtsgesetz, und der angezogene Artikel betrifft das Inspectionsrecht des Staats bei geistlichen Schulen gegenüber.) — Die „Independance Belge“ ist gestern auf der Post mit Beschlag belegt worden.

Großbritannien.

London, 4. Dec. Die englische Land- und Seemacht besteht augenblicklich aus folgenden Bestandtheilen: 2 Regimenter Garde du Corps, 1303 Mann; 1 Regiment Gardegrenadiere zu Pferde und 7 Regimenter Dragoner, zusammen 2833 Mann. Die Linienkavallerie besteht aus 3 Dragoner-, 4 Jäger-, 5 Husaren- und 4 Ulanenregimentern, denen zusammen 8205 Pferde angehören. Die Bestandtheile der Infanterie sind: 3 Regimenter Gardegrenadiere, 5269 Mann, 99 Linienregimenter mit 100,043 Mann; eine Brigade Jäger mit 1971 Mann; 3 ostindische Regimenter, 3416 Mann; 1 Regiment Jäger von Ceylon, 2037 Mann stark; 1 Regiment Jäger, das sowohl zu Fuße als zu Pferde kämpft, in der Capstadt, mit 800 Pferden und 1083 Mann; ferner 1 Regiment Jäger von Canada, 1127 Mann; 1 Regiment auf St. Helena, 434 Mann; die Veteranencompagnien auf Neufundland, 341 Mann; 1 Regiment auf Malta, 639 Mann; 1 Veterpovlantirungsbataillon zu Chatham, 300 Mann; 1 Cavalleriedepot zu Maidstone, 150 Mann; das Corps von der Goldküst, 339 Mann, und endlich die Invaliden von Ceylon, 163 Mann. Die Gesammtzahl der Infanterie beträgt nach der angeführten Angabe ungefähr 129,211 Mann. Außerdem gibt es noch die neulich errichteten Milizen, wovon bereits 80,000 Mann eingeschrieben sind. Die Artillerie besteht aus 11,299 Mann mit 426 Stabs- und Subalternoffizieren, und ist dieses Corps in 12 Batterien eingetheilt, die jede aus 8 Compagnien besteht; die reitende Artillerie besteht außerdem noch aus 7 Schwadronen mit 616 Pferden. Die Seemacht hat 2 Admirale, 3 Vicadmirale, 5 Contreadmirale, 66 Seemacht hat 2 Admirale, 3 Vicadmirale, 5 Contreadmirale, 66 Linienschiffskapitäne, 98 Commodore, 431 Linienschiffslieutenante und 1 Marineartillerieschiffen. Die Eintheilung der Schiffe ist folgende: 24 Linienschiffe ersten Ranges, 38 zweiten, 26 dritten und 35 vierten Ranges; ferner 84 Fregatten. Briggs

gibt es 19 und kleinere Schiffe 134. Alle diese Schiffe führen zusammen ungefähr 13,121 Kanonen. Dann gibt es noch eine Kriegsdampfmarine, die aus 8 Linienschiffen, 29 Fregatten, 64 Schoonern, 49 Kanonenbooten, 5 Schleppschiffen, 2 Yachten und 6 Packbooten besteht. Die Schiffe, die im Dienste der Douane und zum Transporte von Gefangenen verwendet werden, sind nicht mit aufgeführt.

Türkei.

* **Konstantinopel**, 20. Nov. Die „Triester Zeitung" meldet, es habe der türkische Minister des Auswärtigen vier Denkschriften an die verschiedenen Gesandtschaften der befreundeten Mächte gerichtet. In der ersten wird bestimmt, daß im Handelsverkehr nur der Umlauf der im Namen Sr. Hoheit des Sultans geprägten Münzen und des in der Hauptstadt ausgegebenen Papiergeldes, sowie der silbernen 5, $2^1/_2$, 6, 3 und $1^1/_2$ und der goldenen 20, 10 und 5 Piasterstücke, welche unter der Regierung des verstorbenen Sultans geprägt worden, als gesetzlich anerkannt wirb; Münzen von mangelhafter Legirung, sowie alle alten und ausländischen Münzen überhaupt, haben keinen legalen Werth. Im zweiten Memorandum wird verkündet, daß Emin Effendi mit der Einführung des Cataströs in Beirut beauftragt worden ist. Im dritten werden die Gesandtschaften ersucht, den Consulaten aufzugeben, daß sie künftig türkischen Unterthanen, die nicht wirklich in ihrem Dienste stehen, keinen Schutz ertheilen sollen. Im vierten wird der Antrag gestellt, daß die zu Mitgliedern des Handelstribunals erwählten Dragomane und fremden Kaufleute aufgefordert werden, den Sitzungen an den bestimmten Tagen regelmäßig beizuwohnen. — Dasselbe Blatt enthält eine weitere Mittheilung aus der türkischen Hauptstadt, worin die Thatsache hervorgehoben wird, daß die während der letzten 10 Tage vorgekommenen Feuersbrünste die Zahl der früher seit 3 Monaten wahrgenommenen übertreffen. Die krasse Indolenz und der unbestegbare fatalistische Glaube lassen die Bevölkerung nicht abgehen von dem höchst gefährlichen Holzbau. Dazu gesellt sich der Irrwahn, daß in diesen Feuersbrünsten eine Mahnung an die Machthaber und der Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem bestehenden Regierungssysteme liege. Viele halten sich daher jetzt noch fest überzeugt, daß zwischen den sich unaufhörlich wiederholenden Bränden und den Tendenzen der sogenannten altürkischen Partei ein gewisser innerer Zusammenhang bestehe. Es heißt in jenem Schreiben: „So erklärte sich die Menge die zahlreichen Feuersbrünste, welche dem Fall Reschid Pascha's vorangingen, so fängt sie an, hier und da leise die neuesten Brände zu Gunsten des Eintritts Riza Paschas, des Lieblings der Armee, ins Ministerium, und des allmäligen Emporsteigens der altkürkischen Partei zu deuten. Wirklich scheint aus manchen Symptomen hervorzugehen, daß wenn auch nicht diese Partei selbst, doch mindestens vor der Hand Riza Pascha ins Cabinet kommen werde. Während unternehmende Freunde die Wege Riza Paschas unverdrossen ebnen, graben sie anderseits maßlos Abgründe und thürmen Felsen auf jenen Reschid Paschad."

Handel und Industrie.

§ **Wiesbaden**, 6. Dec. Da der in unserem Lande neu erfundene Industriezweig der Strohflechterei bereits in öffentlichen Blättern Erwähnung gefunden hat und auch in andern Ländern Theilnahme oder Nachahmung finden dürfte, so berichte ich Ihnen über die Bestimmungen, welche in der hiesigen Strohflechtefabrik gelten. Wenn auch die Strohflechterei eine Beschäftigung für beide Geschlechter ist, so werden doch am liebsten Mädchen angenommen, die bann in ihren Gemeinden als Strohflechtmeisterinnen auftreten können. Auf Verlangen werden auch solche aus den Gemeinden auf der hiesigen Station gesendet, worin von dem Geschäftsführer derselben, Frn. Revisionsrath Wagner, auch die Strohflechtefrage geleitet wird. Der Unterricht dauert in der Regel nur sechs Wochen und kostet die Erlernung der Strohflechterei nur drei Gulden. Die missionären Flechtmeisterinnen erhalten außer der Vergütung der Reiseflosten und der freien Verpflegung in der Gemeinde täglich 36 Kreuzer. Dafür werden auch zehn Mädchen auf einmal unterrichtet. Dagegen werden gute Arbeiten solcher Schülerinnen von der hiesigen Fabrik bezahlt. Aus einem Pfund flechtstroh können sieben bis acht Stück Flechten gefertigt werden, wovon das Stück mit 10 bis 18 Kreuzer bezahlt wird. Die Gemeinden haben die geringen Kosten der Einrichtung einer Strohflechtschule zu bezahlen, welche für den erforderlichen Strohspalter, Walzen und Schwefelsaften nicht mehr als 15 Gulden betragen. Zur Aufnahme dieser Werkzeuge ist die Schule am geeignetsten, wo auch die Industrieschule in der Regel gehalten wird. Erfreulich ist es, daß die hiesige Strohflechtfabrik nur aus naffaulschem Stroh fabricirt, was das frühere Bedenken gegen die Einführung der Strohflechterei in Deutschland, als müsse man dazu italienisches Stroh haben, völlig niederschlägt.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 7. Dec. $4^1/_2$pCt. Rente 105, 75. — 3pCt. do. 82, 10 coupon détachés. — 5pCt. Piemont 100, 45. (Spnd.)
Madrid, 2. Dec. 3pCt. 46. — 1pCt. Reue $25^1/_4$. (Spnd.)
Antwerpen, 7. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. $92^1/_4$. — $2^1/_2$pCt. Belg. $57^1/_8$. — 3pCt. Span. inf. $44^1/_8$. — 1pCt. do. $23^{13}/_{16}$. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Maiten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschrit.

Cours der Staats-Papiere. 7. December 1852. (Schluss der Börse.)

		For comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.i.B.d. Roths)	95	G.
»	5% M.v.J. 1861 Ser. B.	85	G.
»	5% do v.J. 1857, 1854	91	G.
»	5% L. V. (C. d. Roths)	93¼ bez. ⅜ G.	
»	5% do. Monte C. i. S. i. M.	87 P. 86½ G.	
»	Bank-Actien .	1376, 80 bez. u. G.	
»	5% Metalliq. Oblig.	81⅝ G.	
»	5% M.v.J. 1854 Ser. A.	81⅝ G.	
»	5% ditto 1852	81⅛, ⅛, ⅜ bez.	
»	4½% ditto	72⅜ bez. u. G.	
»	4% ditto	64½ G.	
»	3% ditto	46⅛ G.	
»	2½% ditto	41⅜ G.	
»	1% ditto	18¼ G.	
»	fl. 250 Loose b. Roths.	119 .	P.
»	fl. 500 » ditto	192½ G.	
»	4½% Oblig. b. Rothsch.	80	P.
»	4% » »	71	P.
Preussen .	3½% Staatsschuld.	94 P. 93⅝ G.	
»	Cöln-Mind. E.-Actien	115½ G.	
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101¼ P.	
»	4½% ditto	100¾ G.	
»	4% ditto	97 P. 96½ G.	
»	4% Ablös.-Rente .	96½ P. 4/12 G.	
»	3½% Oblig. b. Roths.	92½ P. ½ bez.	
»	Ludwigsh.-Bexbach.	93½ P. 93 G.	
»	5% Priorit.-Oblig.	103 G.	
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅞ P. ⅜ G.	
»	3½% ditto	90¾ P. ⅜ G.	
Baden .	5% Obligationen .	102¾ G.	
»	4½% Obligationen	102⅜ G.	
»	3½% v. 1849 .	91¼ G.	
»	fl. 50 Loose v. 1840	66¾ P.	
»	fl. 35 Loose v. 1845	38½ P. 38 bez.	

		For comptant.	
Nurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	33½ P. ⅛ G.	
»	Nr.-Wilhe.-Nordb.	18⅜ P. ⅛ G.	
Gr. Hessen	4½% Obligationen	102	G.
»	4% ditto b. Rothsch.	98⅜	G.
»	3½% ditto b. Rothsch.	92½	G.
Sachsen	fl. 50 Loose .	90½ P. ⅛	G.
»	fl. 35 Loose . .	32	P.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103¼	P.
»	4% do ditto	99⅛	G.
»	3½% do ditto	91⅜ P. ⅛	G.
»	fl. 25 Loose . .	28⅞ P. ⅜	G.
Frankfurt	21/2% Oblig. v. 1839	95 P. 94⅝	G.
»	3½% do. v. 1846	94½	G.
»	3% do. »	85⅞ P. ⅛	G.
»	Taunusbahnact.	305 P. 302	G.
Russland	4½% Obl. b. Baring	102½	P.
»	4% Obl. b. Hope & 3.	91⅞	G.
»	4% » b. Stieglitz	91⅞	G.
Polen .	4% Oblig. de fl. 500	92	G.
Spanien	1% Inl. Sch. P. 2.3.26	44⅛	P.
»	1% Neue » »	24⅝ bez. 1/32, 3/16, 1/8 bez. 1/16 G.	
Holland .	4% Certificats .	98¼	G.
»	3½% Syndicats .	84½	G.
»	2½% Integrale	64⅜	G.
Belgien .	5% Obl. in L. à 25 b. R.	98¼ P. 93	G.
»	4½% Obl. in L. à 25 fr.	100 P. 99⅜	G.
»	4% Obl. in Fr. à 25 kr.	90¾ P.	G.
»	2½% Obl. b. Rothsch.	58 P. 57⅜	G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98¾ P.	
»	5% Obl. b. Hambro	95⅞ P. ⅛	G.
»	Sardinische Loose .	40⅞ P. ⅛	G.
Toscana	5% Obl. 1850 (Ch. Golds.)	101	P.
»	5% » 1851 b. Bastogi (do.)	97¼	G.
Mexiko	6% Stocks Dell. à 80.	117½ P. 117 bez. u. G.	

Das Syndikat der Wechsel-Agenten.

Wechsel-Cours.		
Den 7. December		For comptant.
Amsterdam	2 M.	100⅜ G.
Augsburg	2 M.	121⅜ 119⅞ G.
Berlin	2 M.	105⅜ 104⅞ G.
Bremen	2 M.	97⅜ P. 97 G.
Hamburg	2 M.	59⅜ 88⅛ G.
Leipzig	2 M.	105⅜ 104 G.
London	2 M.	118⅜ P. ⅛ G.
Lyon	2 M.	94⅛ P. 93⅝ G.
Mailand	2 M.	85⅛ P.
Lir. Austr.)	2 M.	— —
Paris	2 M.	94⅜ P. 93⅝ G.
(300 Fr.)	2 M.	— —
Wien (100fl.)	2 M.	102⅛ bez. u. G.
(in fl. 20 P.)	2 M.	— —
Disconto		2½ B.

Gold und Silber.		
Pistolen		à 9 41½–42⅛
Pr. Friedrichsd'or	à 9	13⅓–5⅓
Holl. 10fl. Stücke	à 9	10–10
Rand-Ducaten	à 5	37–38
20 Francsstücke	à 9	23⅓–26⅓
Engl. Sovereigns	à 11	50
Gold al Marco	à 382–83	
5 Frankenthaler	à 2	20½–21
Preuss. Thaler	à 1	45–7⅛
Preuss. Casse-Sch.	à 1	44⅜–45

Druck von August Osterrieth.

№ 294. —— Donnerstag —— den 9. December —— 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bereinsstaaten von Frankfurt 4 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Deutschen Thurn und Taxis'schen Postvereins-Münzfußes 3 fl. 30 kr. = 2 Thlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtländen 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 Thlr. 15½ Sgr.

4 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Pfund. 15½ Sgr. — Für Frankreich, Belgien, Portugal, England und die übrigen Länder nimmt Herr G. H. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 25, und in Basel Herr Notar Hanns die Pränumerando-Gelder an.

Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Linien) mit Briefschrift oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 4. Dec. Die Bestimmungen über die künftige bürgerliche und politische Stellung der Israeliten in Oesterreich werden nach der „Allg. Ztg." den Patenten über die politische und Gemeindeverfassung am geeigneten Orte eingeschaltet werden. Ein Specialgesetz dürfte ebenso wenig erlassen werden, als man eine besondere Verordnung gegen den Mißbrauch der Presse für nöthig gefunden; nach demselben Grundsatz, vermöge dessen die Verordnungen über die Presse den allgemeinen Strafgesetz eingereiht wurden, scheint man es auch hier vorzuziehen, etwaige abweichende Verfügungen in Betreff der Israeliten in die organischen Gesetze aufzunehmen. Die Berichte über bevorstehende Veröffentlichung eines Judengesetzes enthehren also allen Grundes, und was über den angeblichen Inhalt verlautet, ist im besten Fall den einschlägigen Anträgen und Vorarbeiten entnommen, hat also nur den Werth eines Entwurfs. Auch die Gerichtsordnung der streitigen und nichtstreitigen Gerichtsbarkeit wird mit Rücksicht auf die neue Einrichtung der Gerichts- und Verwaltungsbehörden einer theilweisen Durchsicht unterzogen, und es sollen die etwaigen Abänderungen zugleich mit den betreffenden Organisirungsgesetzen kundgemacht werden.

;: Pest, 4. Dec. Vorgestern ist hier ein ausgezeichneter Mann gestorben und gestern unter zahlreichem Leichenbegleite zu Grabe getragen worden, Herr Michael Helmeßy, Cassier der magyarischen Akademie und Begründer der neuern magyarischen Journalistik. Zu Satoralja-Ujhely, im Zempliner Comitat, im Jahr 1792 geboren, machte er seine Studien an der Pester Universität, wo er sich zu einem alle europäischen Cultursprachen umfassenden Linguisten auszubilden Gelegenheit hatte. Außer Eckertshausens Gebetbuch, übersetzte er mehrere Werke Schillers, den Tasso, Vieles aus dem Englischen, Französischen, Italienischen und Spanischen. Das allermeiste Verdienst hat er um die magyarische Sprache, welche er als Eigenthümer und Redacteur des „Jelenkor" (Gegenwart) mit vielen neu geschaffenen Worten und Wendungen bereicherte, die durch diese Zeitung in das Mark des Volks übergegangen sind. Helmeßy war gewissermaßen der Vorläufer Kossuths, denn er hat den Boden gebrochen und umgepflügt, worin dieser den Samen des Unkrauts geworfen.

‡ **Berlin**, 6. Dec. Der Conflict, den ich von der Zukunft erwartete, hebt sein Haupt schon höher und kommt denen, welche den Ereignissen nicht nahe stehen, wirklich unerwartet. Zunächst herrscht in den Kammern ein Zustand der Spaltung, der Confusion und der Uneinigkeit, der Befürchtungen rege macht, und der — wie wir aus dem parlamentarischen Leben Preußens und anderer Länder wissen — oft das Schicksal der Berathungen und der Vertretung selbst kleinen aber fest organisirten Fractionen überliefert. Dieß mal wird es allem Anschein nach die katholische Partei sein, welche aus dem Staube und der Verwirrung der Rennbahn den Preis mit glücklichem Griffe erfassen wird. Denn sie bildet zwischen oder über zwei großen und fast gleich schweren Wagschalen das kleine aber entscheidende Gewicht. Doch hofft man hier auch noch von ihrer Uneinigkeit. Denn sie ist doch eigentlich nur ein Conglomerat dreier Richtungen, der schwarz-weiß-aristokratischen (Freiherr v. Ketteler, v. Waldbott-Bassenheim), der rheinisch-liberalen und der eigentlich ultramontanen. Grade letzte Richtung macht gewaltige Anstrengungen, die Risse innerhalb der Fraction zu verkitten. Sie hat bereits eine förmliche gottesdienstliche Ordnung für die Fraction entworfen, ein gemeinsames Buß- und Bettest für jeden Sonnabend festgesetzt und viele andere Bindemittel benutzt, um über politische Divergenzen zu siegen. Die zeitige Abwesenheit des Grafen Fürstenberg, eines liberal-aristokratischen Rheinländers, der wenig geneigt ist, auf ihre Plane einzugehen, ist ihr daher sehr angenehm. Die materiellen Interessen werden die Spaltungen in der zweiten Kammer noch vermehren. Sie werden neue Fractionen schaffen und auf die Erörterung in der Handelsfrage tief einwirken.

* **Berlin**, 6. Dec. Die „Spenersche Zeitung" berichtet: Wie man vernimmt, ist im Ministerium des Innern ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher die gegenwärtige Preßgesetzgebung in der von der Regierung bei Vorlage des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 hinsichtlich der ausländischen Presse proponirten Weise ergänzen soll. Die Regierung verlangte damals bekanntlich, daß die Verbreitung von Druckschriften, welche außerhalb des preußischen Staats erschienen, von dem Minister des Innern solle verboten werden können, da, nachdem die Censur in den übrigen deutschen Staaten ebenfalls fortgefallen, für die in denselben gedruckten Schriften keine Garantie sei, und demnach ein für das Inland gegebenes noch so strenges Preßgesetz wenig helfen würde, wenn man in der dieseitigen Gesetzgebung kein wirksames Mittel gegen die ausländische Auftelle. Ein solches sei einzig und allein in der von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmung zu finden. Indessen wurde diese Bestimmung von den Kammern nicht angenommen. Der Minister des Innern kann demnach irgend eine im Auslande erschienene Schrift nicht verbieten, sondern auf diese finden dieselben Grundsätze Anwendung, welche für die im Inlande erscheinenden giltig sind. Wird also befunden, daß eine ausländische Schrift, die in Preußen verbreitet werden soll, oder deren Verbreitung bereits begonnen hat, strafbaren Inhalts ist, so kann sie nach § 29 des Preßgesetzes mit Beschlag belegt und nach § 50 unter Anklage gestellt werden, worauf das competente Gericht über die Fortdauer oder Aufhebung der Beschlagnahme, sowie über die Frage, ob die Schrift zu vernichten sei, zu entscheiden hat, und nach § 23 kann gegen diejenigen Personen auf Strafe erkannt werden, welche sich ungeachtet der verfügten Beschlagnahme mit dem Verkaufe oder der Verbreitung solcher mit Beschlag belegten Schriften befassen. Der beregte Gesetzentwurf soll nun vor allem dem Minister des Innern die ihm entzogene Befugniß zum Verbot einer ausländischen Druckschrift wiedergeben.

München, 5. Dec. In Folge vielfacher Klagen über das Verfahren, welches preußische Staatsangehörige, vorzüglich aus dem Gewerbs- und Handelsstande, bei ihren Reisen in Bayern von Seite der dieseitigen Polizeibehörden betrossen, hat eine lebhafte Correspondenz zwischen der königlich preußischen Gesandtschaft am hiesigen Hof und dem Staatsministerium des Aeußern stattgefunden, wobei ersterer die bereitwillige Versicherung erhielt, daß grundsätzlich eine strengere Behandlung preußischer Unterthanen als anderer Staatsangehöriger in der Absicht der bayerischen Regierung nicht liege. Einzelne Vorkommnisse, worüber die preußische Gesandtschaft Grund zur Beschwerde zu haben glaubte, wurden untergeordneten Beamten zur Last gelegt, namentlich gilt dies von einer Verletzung gesandtschaftlicher Privilegien, indem ein Polizeiindividuum einen preußischen Staatsangehörigen bis ins Innere des preußischen Gesandtschaftshotels verfolgte (Aehnliches ist auch bei einer andern hiesigen Gesandtschaft vorgekommen), wofür durch Bestrafung zweier betheiligter Polizeiindividuen die vollkommenste Genugthuung erfolgte. (K. v. u. f. D.)

Kiel, 4. Dec. Das in Altona garnisonirende dänische Militär hat am 2. December das in Frankreich etablirte Kaiserreich durch eine Parade gefeiert. (K. Z.)

Weimar, 4. Dec. Das Befinden unseres seit einigen Tagen erkrankten Großherzogs ist dem heute ausgegebenen Bulletin zufolge ein sehr zufriedenstellendes. Seit kurzem hatte sich der Prinz Karl, Sohn des Erbgroßherzogs, unpäßlich gefühlt. Seit gestern hat es sich herausgestellt, daß er die Masern bekommt, welche seit mehreren Wochen hier grassiren, aber durchgehends einen sehr gutartigen Charakter haben. Auch das Befinden des Prinzen ist zufriedenstellend. (D. A. Z.)

Italien.

Turin, 29. Nov. Aus unserer politischen Apathie hat uns gestern eine Erklärung des Grafen Cavour in der Kammer gerissen, als man eben über eine Reform der Acciseordnung berathen. Der Minister erklärte, zum Erstaunen aller, daß, wenn die Kammer unerschrocken den Weg gehen wolle, den er sie führen werde, bis zum Jahr 1855 schon die Einnahmen des Staates seine Ausgaben decken würden, ganz abgesehen von einem möglichen Ueberschuß. Das Geheimniß, wie dies geschehen soll, behielt der Minister noch für sich; kein Mensch drang bisher in seine Plane, denn er hat wohl alle tüchtigen Finanzmänner des Landes zu Rathe gezogen, immer aber war nur von bekannten Steuergesetzentwürfen, Veränderung der Tarife, nicht aber von Aenderung des gesammten Finanzsystems die Rede. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 2. Dec. Die 27jährige Thronbesteigung des Kaisers Nicolaus ist heute hier auf das feierlichste begangen worden. In sämmtlichen Kirchen wurde großer Gottesdienst, und in der Kathedrale hatten sich die höchsten Civil- und Militärbehörden eingefunden. Nach Beendigung der Liturgie daselbst wurden von der Citadelle zahlreiche Geschützsalven abgefeuert. Abends findet im großen Theater eine Vorstellung bei freiem Eintritt statt. (Schl. Z.)

Türkei.

Von der ungarischen Grenze, im Dec., schreibt die „Bremer Zeitung“: Die Nachrichten aus Cserragora lauten immer bedrohlicher und die Rüstungen des kriegerischen Volksstammes der Montenegriner unter Führung ihres jungen Fürsten, im Verein mit den gleichgesinnten Bewegungen in Albanien, Bosnien, Bulgarien u. s. w. lassen deutlich genug die Absicht errathen, schon in der nächsten Zukunft einen Schlag auszuführen, der die Mauern Stambuls zu erschüttern droht, zumal Rußland und Oesterreich im rechten Augenblick ohne Zweifel mit Nachdruck hervortreten werden. Dem Ehrgeiz des jungen Fürsten wird durch die Anerkennung der montenegrinischen Unabhängigkeit geschmeichelt, und diese Schmeichelei fällt, wie es sich bereits zeigt, auf ein sehr empfängliches Erdreich, indem schon jetzt im Volke das Gerücht im Umlauf ist, die Grenzen des montenegrinischen Gebiets müssen demnächst erweitert und auf jenen Umfang zurückgeführt werden, den Montenegro vor zwei Jahrhunderten gehabt hat. Nicht zu übersehen ist zudem die angestrebte Verheirathung des Fürsten Daniel mit einer serbischen Prinzessin, was einem dynastischen Bündniß gegen die Pforte gleichzustellen sein dürfte. Wenn die Omelle lauter ist, aus der wir schöpfen, und wir haben Ursache daran zu glauben, so würde sich die Katastrophe im Orient bei der nächsten Gelegenheit noch zu keiner eigentlichen Lösung der orientalischen Frage verfestigen, sondern soll vorerst nur die Absicht bestehen, abermals eine Reihe von Schutzstaaten am Isthmus zu schaffen, wie solche in der Moldau, Walachei ꝛc. bereits bestehen, und soll bei dieser Wandelung der Verhältnisse das Haus Obrenowitsch, welches aus Serbien vertrieben wurde, neuerdings Berücksichtigung finden; eine Vergrößerung des Königreichs Griechenland würde die religiöse Propaganda verstärken, und um Europa nicht in Schrecken zu bringen, bliebe Konstantinopel in den Händen der Türken, obschon in Syrien und Aegypten gleichfalls Schutzstaaten errichtet werden sollen. Die Macht der Pforte möchte auf diese Weise um mehr als die Hälfte zusammenschmelzen und könnte alsdann immerhin als ein Schattenreich, dessen Glanz für ewig erloschen ist, noch weiterhin fortbestehen.

Berlin, 6. Dec. Bereits am 3. December hat, sicherm Vernehmen nach, der hiesige französische Gesandte, Herr v. Varennes, dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel die vorläufige Anzeige von der Annahme des Kaisertitels gemacht. Gleichzeitig hat derselbe die Erklärung abgegeben, es werde sicherlich eine neue Accreditirung des Vertreters von Frankreich am königlich preußischen Hofe von Seiten seines Souveräns stattfinden; für jetzt aber sei er beauftragt, bis auf Weiteres die diplomatischen Geschäfte fortzuführen. (Voss. Z.)

Berlin, 7. Dec. Die Grundlagen — so wird mir auf das bestimmteste versichert — für die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien sind gewonnen. Wer sich in den Wirren dieser Tage und unter den kleinen Intriguen des Localpatriotismus noch ein Herz für das große Vaterland erhalten hat, wird diese Nachricht mit Jubel vernehmen. Fortan werden es Einzelnheiten sein, in denen Differenzen obwalten: das Ganze ist entschieden und es ist geschert. Oesterreich hat die Zolleinigungspläne aus dem Vordergrunde der politischen Scene entfernt; es hat damit — Sie werden sich davon bald überzeugen — den Zollverein, den ganzen Zollverein gerettet. Die Besprechungen (ich sage mit Absicht nicht Verhandlungen) in Wien werden zwischen beiden deutschen Großmächten eifrig fortgesetzt; hat man die Reihe der Einzelfestsetzungen dort vollendet, so wird Herr v. Bruck im Specialauftrag seines Souveräns nach Berlin gehen. Er theilt alsdann mit dem Grafen Thun eine große Mission, die Mission, nicht bloß ein äußerlich gutes Vernehmen, sondern die wahre Eintracht zwischen den beiden Mächten herzustellen und ihr einen festen und energischen Ausdruck zu verleihen. Er theilt diese Mission — sagte ich. Denn die Sendung des Baron v. Bruck ist eben so wenig als die sich in Frankfurt accreditirende Persönlichkeit Oesterreichs ohne einen tieferen Hintergrund als den der Zollfrage zu verstehen. Es ist heute zwischen Berlin und Wien nicht mehr das kleine Interesse um die Mehrhäfte und um die Kattundruckerpressen, welches die Haltung der beiderseitigen Diplomatieen bestimmt, es ist das große, europäische Interesse der legitimen Regierungen, welches die Herzen und die fürstlichen Pflichten der Souveräne felsthätig auf die Bewegungen der internationalen Politik einwirken macht. Sie fühlen das Bedürfniß nach einer auf tiefen und unerschütterlichen Basen stehenden Einheit, und sie werden derselben auf dem Gebiete der allgemeinen Politik und dann auch auf dem der Zollfrage Ausdruck verleihen. Daher die Beziehungen der Bruckschen Mission zu der des Grafen Thun. — Ueber alle Erwartungen entgegen zum ersten Präsidenten der zweiten Kammer erwählt. Die conservative Partei, welche dadurch einen Sieg erfochten hat, läßt sich durch diesen Gewinn durchaus nicht blenden. Die Majorität, welche Uhden auf den Präsidentenstuhl führte, war keine absolute, und in vier Wochen haben die Parteienwickelungen höchstwahrscheinlich die Sachlage bedeutend verändert. Die Conflicte und die Verlegenheiten der Parteien sind unausbleiblich, man darf davon überzeugt sein.

Hannover, 6. Dec. Die Königin von England hat Sr. Maj. dem König von ihrem Wunsche Kenntniß geben lassen, daß die Ehrenzeichen, mit welchen die Monarchen Europa's den verstorbenen Herzog von Wellington schmücken, in einer Nationalsammlung möchten vereinigt werden. Der König hat diesen Plan mit Freude begrüßt und für dessen Ausführung sofort die Verfügung getroffen, daß dem ältesten Sohne des verewigten Herzogs der den Letzteren verliehene Feldmarschallsstab, sowie die ihm ertheilten Insignien als Großkreuz des königlich hannoverschen Guelphenordens belassen bleiben sollen. (Hann. Z.)

* **Darmstadt**, 8. Dec. Preußische Blätter hatten vor kurzem mitgetheilt, die in Giessen erschienene Schrift „Zum Verständniß der Zollvereinskrisis“ sei auf Veranlassung der Darmstädter Coalition veröffentlicht worden. Diese Nachricht wird heute von der „Darmstädter Zeitung“ als eine durchaus unbegründete erklärt.

* **Paris**, 7. Dec. Der „Moniteur“ enthält auch heute wieder telegraphische Depeschen aus einer Menge von Städten über die Proclamation des Kaiserthums. Ueberall bilden die Truppen und Beamten den Vordergrund der Ceremonie; an den meisten Orten nahm auch die Geistlichkeit öffentlich daran Theil oder feierte wenigstens ein Te Deum, obgleich bekanntlich der Minister des Innern die officiellen kirchlichen Feierlichkeiten bis zur Krönung ausgesetzt hatte. Zu Bordeaux und Bayonne wohnten auch die fremden Consuln der Proclamation bei. Dem Wunsche und eigenen Vorgange des Kaisers entsprechend, wurde überall öffentliche Wohlthätigkeit geübt. Truppenparaden, Beleuchtung, öffentliche Musik, Bälle, Festessen und, wo es möglich war, Kanonendonner fehlten ebenfalls nicht. Daß alles in bester Ordnung und unter dem Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ vom statten gegangen ist, braucht kaum erwähnt zu werden.

Abermals ein Gnadenact des Kaisers: kraft Decretes ist allen Offizieren, Brigadiers, Unteroffizieren und Soldaten, welche sich

Desertion oder Insubordination haben zu schulden kommen lassen und die noch nicht abgeurtheilt sind, vollständige Amnestie bewilligt.

Der Stab der Nationalgarde muß nächstens das Palais royal räumen, da dasselbe, wie man sagt, dem Prinzen Hieronymus, dem Oheim des Kaisers, als Residenz angewiesen werden soll.

Der „Moniteur" erklärt heute Folgendes: „Einige auswärtige Blätter bringen hartnäckig den Namen Frankreichs mit mehr oder minder gegründeten Gerüchten in Verbindung, welche über der Regierung Ihrer katholischen Majestät (von Spanien) zugeschriebenen Absichten einer Verfassungsreform, in Europa verbreitet sind. Frankreichs Beziehungen zu Spanien sind erfreulichster Natur und die Staatsmänner, welche das Madrider Cabinet leiten, haben dieselben in einem Geist der Einigkeit erhalten, zu welchem wir uns nur Glück wünschen können. Aber je befriedigender diese Beziehungen für beide Länder sind, um so weniger könnte die französische Regierung daran denken, auf die Rathschläge eines großen Staates einen Einfluß zu üben, der mit ihrer allgemeinen Politik ebenso im Widerspruch stünde, wie mit ihrer Achtung vor der Unabhängigkeit aller Nationen." — Der „Köln. Zeitung" wird von einem Bankett berichtet, welches am Samstag zu Ehren der heiligen Barbara, der Schutzpatronin der Artillerie, in der Militärschule veranstaltet worden sei. Ein Bataillonschef führte den Vorsitz bei diesem Festmahl, welches Aufsehen erregte durch den gegen das Ende ausgebrachten Toast eines höhern Officiers, der den Artilleristen sagte, der Kaiser rechne auf sie im Nothfalle, wie bei Austerlitz, im Inlande habe zählen können. Die Wiederherstellung des Kaiserreichs, fügte er hinzu, ist die Wiederherstellung der natürlichen Grenzen, der Grenzen des Rheins. Wenn man sie uns nicht wiedergeben will, so werden wir uns sie zu nehmen wissen, und der Kaiser rechnet dabei auf Euch! So sprach ein Escadronschef, und wenn die Regierung auch für seine Worte nicht verantwortlich ist (die Regierung kann aber den Herrn Escadronschef für seine Worte verantwortlich machen), so zeigen sie wenigstens, welcher Geist in der Armee herrscht.

Brüssel, 7. Dec. Die Repräsentantenkammer hat gestern die Discussion des Gesetzentwurfs, in Betreff der gegen auswärtige Souveraine begangenen Beleidigungen, beendigt. Nachdem die verschiedenen Amendements verworfen, wurde über das Ganze des Gesetzes namentlich abgestimmt und dasselbe mit 67 gegen 21 Stimmen angenommen. Der Vorsitzende, Hr. Delfosse, enthielt sich der Abstimmung. Das Gesetz ist demnach ganz so angenommen worden, wie es von der Regierung in Uebereinstimmung mit der Centralsection vorgelegt war. Die „Independance" äußert: „Die Kammer darf überzeugt sein, ein gerechtes und weises Gesetz angenommen zu haben. Die Freiheit der Presse, wir verkünden es offen, ist nach dem Votum eine eben so vollständige wie zuvor."

London, 6. Dec. Der Schatzkanzler hat heute im Hause der Gemeinen angezeigt, daß Ihre Majestät Ratification erhalten von der Wiederherstellung des Kaiserthums in Frankreich und der Proclamation Napoleons III. Getreu der seit langer Zeit in England befolgten Politik, die darin bestehe, daß jede faktische Regierung als solche anerkannt werde, habe das Ministerium Ihrer Majestät angerathen, die neue Regierung unverweilt und vollständig anzuerkennen. (Hört! und Beifall.) Zu gleicher Zeit sei zuerst in freundschaftlicher Weise, und dann ausdrücklich und officiell der britischen Regierung angezeigt worden, daß der Kaiser der Franzosen mit der Annahme des Titels Napoleon III. in keiner Weise sich auf sein Erbrecht in den Vordergrund zu stellen wünsche, sondern vielmehr denke, daß als ein einziger Rechtstitel auf die Kaiserkrone seine Erwählung durch die Stimme des französischen Volks betrachtet werde. Auch habe der Kaiser erklärt, er acceptire vollständig alle Regierungen und deren Acte, die seit dem Jahre 1814 bestanden haben. (Beifall.) — Lord John Russell: Ginge es nicht an, dem Hause die von der Regierung empfangene officielle Notification vorzulegen? — Der Schatzkanzler: Ich glaube nicht; indessen kann ich diese Frage im Augenblick in kategorischer Weise nicht beantworten.

* * * **Madrid**, 5. Dec. Die Cortes sind heute aufgelöst worden. Der Conseilspräsident Bravo Murillo und die Minister Bertrand de Lys und Gonzales Romero erschienen in der Kammer. Nachdem der Präsident Martinez de la Rosa die Sitzung eröffnet hatte und das Protocoll verlesen war, erhielt Bravo Murillo das Wort und verlas die königliche Verordnung, kraft deren die Deputirtenkammer aufgelöst, die Bildung einer neuen Kammer nach dem gegenwärtigen Wahlgesetz angeordnet und letztere auf den 1. März einberufen ist.

† **Konstantinopel**, 27. Nov. Das größte Erstaunen verursacht ein im „Journal de Constantinople" enthaltener Aufsatz, wonach die Regierung der hohen Pforte den festen Entschluß gefaßt hätte, die Fahrten aller europäischen Dampfschiffe im Bosporus und längs den hiesigen Küstengegenden glattweg zu verbieten. Wie auch das halbantliche Blatt sich abmüht, die Nothwendigkeit und Nützlichkeit eines Monopols der türkischen Dampfschifffahrt darzuthun, so schüttelt doch alle Welt den Kopf über eine Maßregel, welche jährliche und mächtige Privatinteressen tief verletzt und der materiellen Wohlfahrt der Türkei selbst in der letzten Analyse nur Abbruch thun wird. — Said Pascha, der bekanntlich mit seinem Bruder, dem Vicekönig von Aegypten, nicht im besten Einvernehmen lebte, hat Konstantinopel verlassen und sich nach Alexandrien eingeschifft. Er hat von Seite der Pforte die wärmsten und dringlichsten Empfehlungen mitgenommen.

† **Konstantinopel**, 29. Nov. Dem Vernehmen nach ist eine Expedition gegen Montenegro beschlossen; Omer Pascha soll an deren Spitze gestellt werden.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Saarbrücken, 6. Dec. In den letzten Tagen fand in Forbach eine Zusammenkunft der preußischen, bayerischen und französischen Directoren der Paris-Ludwigshafener Eisenbahn statt, um sich über die Abkürzung der Fahrzeit auf derselben zu besprechen. Die nächste Veranlassung hierzu wurde durch unsern Handelsminister Hrn. v. d. Heydt gegeben, welcher jüngst mit der Bahn um 1 Uhr 40 Minuten in Ludwigshafen ankam und sich alsdann gegen 3 Stunden in Mannheim aufhalten mußte, bevor er seine Reise über Frankfurt fortsetzen konnte. Um eine solche Verkehrshemmung wo möglich zu beseitigen, und das Zusammentreffen des Paris-Ludwigshafener Postbahnzuges mit dem betreffenden Curs der Main-Neckarbahn herzustellen, sind dem Vernehmen nach die drei bezeichneten Bahndirectoren übereingekommen, von Neujahr an theils durch Abkürzung des Aufenthalts an den Stationen, theils durch eine verhältnißmäßige Beschleunigung der Fahrt soviel an Zeit zu gewinnen, daß der Zug schon um halb 12 Uhr in Ludwigshafen eintrifft, so daß die Briefe und Reisenden sogleich mit dem 5 Min. nach 12 Uhr abgehenden Zuge der Main-Neckarbahn weiter befördert werden können. Der Director der preußischen Bahnstrecke, Herr Baurath Fähner, ist vor einigen Tagen nach Berlin gereist, um dem Handelsministerium den Stand der Sache darzulegen und dessen weitere Anordnungen zu gewärtigen. Geht der Vorschlag — wie bei der bekannten Energie des Herrn v. d. Heydt nicht zu zweifeln — durch, und wird auf der hessischen Strecke der Main-Weserbahn ein Nachzug eingerichtet, so daß die Reisenden nicht mehr in Gießen liegen bleiben müssen, so könnte die Reise von Paris über Ludwigshafen, Mannheim, Frankfurt u. s. w. nach Berlin ohne Aufenthalt zurückgelegt werden.

Börsenberichte.

Frankfurt, 8. Dec. Oesterreichische Fonds waren heute im Allgemeinen etwas belebter; 5pCt. Metall. waren 81¼ pCt.; 4½pCt. Metall. 72⅞ bez., 72¼ pCt. G.; 3pCt. Lomb.-Venet. 91¼ à ⅜ pCt.; Wiener Bankactien 1380 fl., 500 fl. Loose 192½ pCt. G., 250 fl. Loose 118½ pCt. Für spanische Fonds war die Stimmung flauer; durch darin gemachte Verkäufe, welche in 1pCt. Neue geschahen, gingen dieselben bis auf 23½ pCt. zurück und schlossen zuletzt weder fester, 24½ pCt. G.; 3pCt. Inländische waren 44½ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn 48¼ pCt. G.; Berdach 1pCt. niedriger 99 pCt. G., Köln-Minden 115½ pCt. G., Taunus 302 fl. G. In den übrigen Papieren zeigte sich auch heute nur wenig Bewegung und Coursveränderung. — Abends in der Effectensocietät waren spanische Fonds wiederum flauer; zu 24⅛ ⅛ verhandelt, schlossen dieselben 24 à ⅛ bez. Kraft 4½pCt. Metall. waren mehr angeboten, 72½ à ¾ pCt. Der Feiertags wegen kommende heute von der Biener Börse keine Course. F.-W.-Nordbahn war mehr gefragt.]

Berlin, 7. Dec. Staatsich. 94 Brf., 93½ G. — Köln-Minden 115½ G. — Fr.-W.-Nordb. 44½ à ½ bez.

Paris, 7. Dec. 4½pCt. Rente 105, 75. — 3pCt. 82, 10. — Neapol. 107. — 5pCt. Neue Oesterr. 93½. — Span. neue Diff. 24½. — 3pCt. —. — Innere Schuld 45. — Passive —. — Bankactien 2910. — Piemont 5pCt. 100, 25. — Römisches Anlehen Juni 1850 98¼. — do. 1850 98½. — St. Germain-Eisenbahn 1430. — Versailles, linkes Ufer 350. — Straßburg-Basel 350. — Nordbahn 880. — Paris-Strasburg 797, 50.

London, 6. Dec. 3pCt. Stocks 101½ à ¾. — Port. 38½. — 1pCt. Span. 24½ à ⅛. — do. 3pCt. 51½ à ⅝.

Telegraphischer Coursbericht.

Amsterdam, 7. Dec. 2½pCt. Zinsgr. 64¹¹/₁₆. — 4pCt. Certific. 96⅞. — 3½pCt. Span. 94¼. — 4pCt. Russ. bei Hope 91⅞. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 91. — 3pCt. Spanische inl. 44½. — 1pCt. do. Neue 24½. — 5pCt. Silber-Metall. 91. — 5pCt. Metall. 78½. — 2½pCt. do. 40½. (Spad.)

Frankfurt, 8. Dec. Gestern ist hier angekommen: Se. Hoheit der Herzog Bernhard zu Sachsen-Weimar, im englischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

[2230]

Abonnements-Erneuerung.

Bei Ablauf des zweiten Semesters c. werden die resp. hiesigen Abonnenten ersucht, die Bestellungen auf auswärtige Zeitungen und periodische Schriften für das mit dem **1. Januar 1853** beginnende erste Semester alsbald schriftlich und mit genauer Angabe der Straße und Wohnungsnummer des Bestellers, an die Unterzeichnete gelangen zu lassen, weil außerdem das bisher bestandene Abonnement als erloschen betrachtet wird und bei später eingehenden Bestellungen für Lieferung vollständiger Exemplare nicht gebürgt werden kann.

Frankfurt a. M., im December 1852.

Fürstlich Thurn und Taxis'sche Ober-Postamts-Zeitungs-Expedition.

[2749]

Danksagung.

Durch die Vermittlung des Herrn Ferdinand Heuer empfingen wir von dem Comité in Frankfurt a. M. für die armen Abgebrannten hier die Summe von fl. 358. 37 kr. und verfehlen nicht, denjenigen Herren, welche sich so bereitwillig zur Annahme der milden Gaben unterzogen haben, so wie den edlen Gebern Namens der armen Abgebrannten unsern innigsten Dank auszudrücken.

Duderstadt, den 2. December 1852.

Das Hülfscomité:

G. C. Jordan. Seiters. Feßler. A. Lehne. F. Meinike. Gehrich.

[2750]

Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.

Um der Vorschrift des §. 30 des Statuts, wornach in jedem Jahre eine General-Versammlung der Mitglieder der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Gesellschaft gehalten werden soll, zu genügen, laden wir die Letzteren auf

den 29. d. M., Vormittags 9 Uhr,

in den Hanusch'schen Saal (Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 280), hierdurch ein.

Gegenstand der Berathung und Beschlußnahme wird der Inhalt des Geschäftsberichts pro 1851 sein, desgleichen ein Antrag auf Zustimmung zu einem mit Kurfürstlichem Finanz-Ministerium abzuschließenden Vertrage, betreffend den zu den Baukosten für die Bahnstrecke Cassel-Guntershausen und die Bahnhöfe an beiden Orten zu leistenden Beitrag, so wie zu einer zu contrahirenden weiteren Prioritäts-Anleihe. — Von dem fraglichen Geschäftsberichte werden vom 15. d. Mts. an gedruckte Exemplare zum Ankauf in den Buchhandlungen bereit liegen.

Diejenigen Actionaire, welche mindestens fünf Actien besitzen und der Versammlung beiwohnen wollen, werden mit Beziehung auf §. 33 des Statuts ersucht, solche spätestens bis zum 21. d. M. in unserm Geschäftslocale (die Sonntage ausgenommen) täglich Vormittags von 8 bis 2 und Nachmittags von 4 bis 6 Uhr vorzuzeigen und die darüber auszustellende Bescheinigung, welche zugleich als Einlaßkarte dient, in Empfang zu nehmen.

Cassel, den 6. December 1852.

Die Direction der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.

Sezekorn.

vdt. Dr. Eisenberg.

[2744]

Neuestes Frankfurter Kochbuch,

herausgegeben von

W. Schünemann,

ehrm. ersten Koch im Gasthof zum „weißen Schwan" in Frankfurt am Main.

Zweite verbesserte und vermehrte Auflage.

Dasselbe enthält in 42 Abschnitten mehr als Anderthalb Tausend Kochvorschriften für herrschaftliche, Gasthofs- und Privat-Küchen, und ist mit einer ausführlichen Einleitung versehen über Einrichtung der Küche und Speisekammer, Aufbewahrung der Ingredienzien, über die Annahme von Maas und Gewicht, über das Anrichten der Speisen, das Dressiren und Spicken des Geflügels und der Braten, das Garnieren der Schüsseln und das Anordnen von Speisezetteln. In einem Anhange werden die Vorschriften über das Trancheren mitgetheilt.

Wenn diese zweite Auflage im Allgemeinen um 143 neue Vorschriften vermehrt wurde und um besonders das für jeden Haushalt wichtige Einmachen von Gemüsen und Früchten in hermetisch verschlossenen Büchsen Aufnahme fand, so ist doch der Lakonismus derselbe geblieben, und wird die zweite Auflage des Kochbuchs nach wie vor durch sehr Buchhandlung zu fl. 2. 42 Fr. oder Rthlr. 1. 15 Sgr. bezogen.

J. D. Sauerländer's Verlag.

[2746] Im J. C. Hinrichs'schen Verlage in Leipzig erschien soeben und ist durch die „Jäger"'sche Buch-, Papier- und Landkartenhandlung in Frankfurt a. M. zu beziehen:

Alma. Von L. Stiebritz.

Miniaturausgabe, gebunden. fl. 2. 42 kr.

Eine launige, anspruchslose Dichtung von tief religiösem Charakter, die sich besonders zu Geschenken für die edle Frauenwelt eignet.

Gediegene neue Werke aus dem Verlage von J. F. Steinkopf in Stuttgart.

Das Abendmahl des Herrn, oder die **Messe.** Christenthum und Pabstthum, Diamant oder Glas. 18 Bogen 8. geh. 36 kr.

Caspari, K. H. (Pfarrer in Eschau), Predigten für das christliche Volksleben über das erste Hauptstück des kleinen Katechismus Luthers. 12 Bogen 8. geh. 24 kr. (Partiepreis für 12 Ex. 4 fl.)

Diese Büchlein redet gar einfach und faßlich, aber voll Gewalt des lebendigen Worts.

Oetinger, M. Fr. Chr., württemb. Prälat, **Die Theologie aus der Idee des Lebens abgeleitet** und auf sechs Hauptstücke zurückgeführt, deren jedes nach dem Sensus communis, dann nach den Geheimnissen der Schrift, endlich nach dogmatischen Formeln, auf eine neue und erfahrungsmäßige Weise abgehandelt wird. In deutscher Uebersetzung und mit den nothwendigen Erläuterungen versehen, herausgegeben von Dr. J. Hamberger. 27 Bogen gr. 8. geh. 2 fl. 42 kr.

Ein tiefes, gedankenschweres Buch. Dieses und das 1848 erschienene „Biblische Wörterbuch" sind die Hauptwerke des großen Theosophen Oetinger.

Palmer, Chr. (ord. Professor der Theologie in Tübingen), Evangelische Pädagogik. Erste Abtheilung. VI und 384 S. gr. 8. geh. 2 fl. 42 kr.

Auf vielfachen Wunsch gibt der Verfasser seine „Evangelische Pädagogik" heraus. Das Werk theilt die Vorzüge seiner beiden älteren Schwesterr, der „Evangelischen Katechetik" (3. Aufl.) und „Evangelischen Homiletik" (3. Auflage), und ist gleich diesen ein zeitgemäßes und innerlich durchtigtes. Mit der schönen Anordnung und Sichtung eines Reichthums von Stoff, mit dem frömmelnden Lebensbande, der das Ganze durchweht, verbindet das Buch seltene praktische Brauchbarkeit, und zwar sicher und entschieden für alle, einfache Erziehungsverhältnisse des Evangeliums, ganz entgegen dem Rationalismus, der auf dem Gebiet der Schule seinen „Fortschritte" treibt.

Die zweite, fernere Abtheilung (Schluß) soll Ostern 1853 erscheinen.

Völter, Ludwig (Pfarrer in Zuffenhausen), **Beiträge zur christlichen Pädagogik und Didaktik.** 15½ Bogen 8. geh. 1 fl. 21 kr.

Mit vollständigem Artikele behandeln diese mannigen Aufsätze, Abhandlungen der Schule und des Volks. z. B. „Volksbildung, Volksschulbildung, Volksschulerbildung", „Concentration des Unterrichts" u. s. w.

Obige Werke sind vorräthig bei Karl Theodor Völcker in Frankfurt a. M., [2736] II. Hirschgraben P. Nr. 12.

[2747] In der unterzeichneten Buchhandlung erschien und ist durch C. Jügel in Frankfurt a. M. zu beziehen:

Preußens Staatsverträge.

Zusammengestellt durch

Friedrich Wilhelm von Rohrscheidt.

964 S. 8. Lex.-Oct. Preis fl. 9.

Die öffentlichen Urtheile haben auf dies Buch als eine ebenso genaue, wie brauchbare Sammlung hingewiesen, und sie dem Staatsmann sowohl, wie dem Juristen als nützlich empfohlen.

Berlin. J. Schneider & Comp.

Unter den Linden Nr. 19.

[2686] Ein Koch, welcher in der Kunst seines Faches gut bewandert und mit guten Zeugnissen versehen ist, findet eine Unterkunft anzutreffen. Frankirte Briefe unter 2686 besorgt die Expedition dies Blattes.

[2745] Zu Sachen das Gesuch der Wittwe des Bibliographen C. A. W. Dietmann, Leonore, geb. Wilhelm, in Paris, um Mortificirung der von der Herzoglichen Lehnbank-Commission in Braunschweig über ein Capital von 750 Rthlr. Courant unterm 31. August 1843 und Nummer 1379 ausgefertigten auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibung betreffend, ist, da weder während der zur Anmeldung der aus dem etwaigen Besitze einer Schuldverschreibung herzuleitenden Ansprüche gesetzten Frist, noch in dem zu solchem Zwecke am 17. d. M. Allhier Rathszehnden Termine jemand derselben Ansprüche darüber ein Recht nachgewiesen, noch auch sonstige öffentlichen Vorladung ausgedrückten Rechtsnachtheile gemäß, der etwaige Inhaber jener Schuldverschreibung seiner aus solchem Besitze gegen die Herzogliche Leihhauscommission, jetzt Herzogliches Finanzcollegium, Abtheilung für Leihhausschen die selbe, fließenden Ansprüche, verlustig erkannt und die Schuldverschreibung dem genannten Schuldner gegenüber für unglltig erklärt worden.

Braunschweig, den 29. November 1852.

Herzogliches Kreisgericht.
W. F. v. Rosenstern.

[2740] Edictalladung.

Forderungen und Ansprüche jeder Art an das Vermögen des Zimmermanns Zacharias Bloch in Vandenhain, über welches der förmliche Concurs erkannt worden, sind bei Meidung stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse in dem auf Donnerstag den 27. Januar 1853, Morgens 9 Uhr, anberaumten Liquidationstermine dahier anzumelden und zu begründen.

Lauterbach, den 26. November 1852.

Großherzoglich hessisches Landgericht.
Mylius. Bindewald.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nr. 294.) 9. December 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 9. Dec. Den Artikel in der Beilage zu Nr. 291 unseres Blattes über die Bürgermeisterwahlen für das Jahr 1853 haben wir dahin zu berichtigen, daß zu den Candidaten in der ersten Kugelung nicht der Herr Schöff Dr. Müller, sondern der Herr Schöff v. Günderrode zählte. — Auf der Tagesordnung der morgenden Sitzung der gesetzgebenden Versammlung befinden sich die Commissionsberichte: 1) die Prolongation der Rechneischeine und 2) die für unvorhergesehene Ausgaben des Jahres 1852 bewilligten Gelder betreffend.

w **Frankfurt**, 9. Dec. Da sich gegenwärtig im Senat nur noch zwei Glieder katholischer Confession befinden, soll, dem Vernehmen nach, bei den Senatsergänzungen nach der Vorschrift der Constitutionsergänzungsacte, daß im Senate jede Confession fortwährend durch mehr als zwei Mitglieder vertreten sein solle, darauf Rücksicht genommen werden, daß mehrere Glieder katholischer Confession in das Senatscollegium treten.

Die Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft hat sich erboten, den Eigenthümern des Dampfbootes „Delphin" allen durch den Anstoß des Dampfschiffes „Stadt Bonn" erlittenen Schaden im vollen Werth zu ersetzen. Die Fahrlässigkeit der Mannschaft des genannten Dampfschiffes, welche das bei Nebel vorgeschriebene Läuten der Schiffsglocke unterließ, soll die Veranlassung dieses Unfalls gewesen sein.

Der vor kurzem hier verhaftete und nach Darmstadt abgeliefserte Ordensdieb, welcher dem Vernehmen nach auch in mehreren Häusern unserer Stadt Gaunereien verübt hat, wurde gestern von Darmstadt hierher gebracht. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, ihn zu richtigen Angaben über seine Person zu vermögen. Manche wollen nach seinem Dialecte vermuthen, daß seine Heimat am Oberrhein zu suchen sei. — In den hiesigen Arrestlocalen befindet sich seit länger als 1½ Jahren ein Individuum, welches hartnäckig alle Angaben über seine Person verweigert. Alle Schritte, Licht über seine Identität zu erhalten, waren bis jetzt vergeblich. Nach seinem lithographirten Porträt glaubte eine auswärtige Behörde in demselben einen aus der Haft entsprungenen Mörder und Brandstifter zu erkennen, was sich jedoch nach vorgenommener Recognition als irrig erwies.

* **Wien**, 6. Dec. Die „Oesterr. Correspondenz" enthält den folgenden Leitartikel: Mehrere deutsche Blätter unterlassen nicht, daran hinzuweisen, wie die eventuellen Erbansprüche des russischen Kaiserhauses auf Theile des zum deutschen Bund gehörigen Herzogthums Holstein, Rußland die Quelle eröffnen, ein Glied des deutschen Bundes rücksichtlich jenes Landestheiles zu werden, und wie damit die Gefahr obwalte, daß eine fremde Großmacht eine Stimme am deutschen Bund und einen gesetzlichen Einfluß auf die Verwaltung deutscher Angelegenheiten gewinnen könne. Es fehlte bei diesen Bemerkungen nicht an Seitenblicken, daß es eben die von Oesterreich befolgte Politik sei, welche mit dem Zweck der Erhaltung der dänischen Gesammtmonarchie die Beseitigung der herzoglich Augustenburgischen Familie nach sich gezogen, und damit den Eintritt der eventuellen Erbansprüche Rußlands näher gerückt habe. Wir sind zweifelhaft, ob diese Auffassungsweise auf absichtlicher Entstellung oder auf wirklichem Verkennen der thatsächlichen Verhältnisse beruhe. Wir wollen die Frage über die Erbfähigkeit der Augustenburger unerörtert lassen und uns nur darauf beschränken, die aus der Erhaltung des dänischen Gesammtstaats für die allgemeinen Verhältnisse hervorgehenden Consequenzen ins Auge zu fassen. Das russische Kaiserhaus hat, um die dänische Monarchie auf eine dauernde dynastische Grundlage zu stellen, bereits einmal, und zwar unter Kaiser Paul, auf seine Erbansprüche in Holstein und Schleswig, und zwar zu Gunsten des Königs Christian VII. und seiner und seines Bruders männlicher Nachkommenschaft verzichtet. Dermalen, wo durch Erlöschen dieses Mannsstammes obige Erbansprüche wieder aufleben werden, verzichtet Rußland das zweitemal auf seine Rechte zu Gunsten des Prinzen Christian von Glücksburg und seiner männlichen Nachkommenschaft, und zwar für denselben Zweck, wie im Jahr 1767, nämlich für die Erhaltung der dänischen Monarchie. Rußland legt also keine Hast an den Tag, durch den Besitz von Holstein sich in den deutschen Bund einzudrängen, es beweist auch nichts weniger als eine Sucht nach neuem Territorialbesitze, sondern es ordnet dem großen von ihm consequent verfolgten Ziele der Erhaltung der europäischen Territorialbestände alle anderen Fragen, alle einseitig zu erreichenden Vortheile unter. Wenn wir einerseits einer solchen für die Erhaltung des allgemeinen Friedens wirkenden Politik unsere Anerkennung nicht versagen können, so müssen wir doch zugleich hervorheben, daß die Verzichtleistung Rußlands auf die Erbrechte in Schleswig und Holstein im unterbrochenen Zusammenhang steht mit der Erhaltung der Integrität der dänischen Monarchie. Insoweit nun die Politik Oesterreichs dazu beigetragen hat, diesen Staat zu erhalten, hat sie auch die Verzichtleistung Rußlands ermöglicht. Diejenigen also, welche den Besitz von Holstein in Rußlands Hand als eine Gefahr für Deutschland hinstellen, mögen consequenterweise auch zugeben, daß Oesterreichs Politik in Deutschlands wohlverstandenem Interesse gelegen gewesen sei.

§ **Berlin**, 7. Dec. In den hiesigen diplomatischen Kreisen wird namentlich die Ernennung des bisherigen hiesigen österreichischen Gesandten, Freiherrn v. Prokesch-Osten, zum österreichischen Gesandten beim römischen Stuhle, welche Ernennung als eine bereits feststehende bezeichnet wird, vielfach besprochen. Man erblickt hier in dieser Ernennung das Bestreben des österreichischen Cabinets, in Rom den verlorenen Einfluß wieder zu gewinnen und dem gegenwärtig dort vorwiegenden französischen ein Paroli zu bieten. Allerdings ist Herr v. Prokesch-Osten zur Lösung dieser jedenfalls schwierigen Aufgabe der Mann, das wird von Allen eingeräumt. Die Sendung eines der bedeutendsten österreichischen Diplomaten nach Rom kann nur in gewichtigen Gründen ihre Veranlassung haben. Die hier zurückbleibende Familie des Herrn v. Prokesch wird erst später Berlin verlassen. Der neue hiesige österreichische Gesandte, Graf Thun, welcher mit jedem Tage hier erwartet wird, hat die bisherige Wohnung des Herrn v. Prokesch übernommen. — Die Hindeutung, daß auch eine Abberufung des bisherigen bayerischen Gesandten am hiesigen Hofe, Freiherrn v. Malzen, bevorstehe, wird als eine unbegründete bezeichnet. Es ist darüber hier nichts bekannt. — In Bezug auf den früher vielfach besprochenen Mangel der hinreichenden Anzahl von Offizieren im preußischen Heere erfährt man erfreulicherweise, daß diesem Mangel durch die rastlosen Bemühungen des Kriegsministers, Herrn v. Bonin, schon in sehr bedeutender Weise abgeholfen ist und die Bestrebungen desselben nach Vervollkommnung des Heeres in allen Beziehungen auf diesen wichtigen Punkt fortwährend mit dem regsten Eifer gerichtet sind. — Was den Plan betrifft, die sämmtlichen Artilleriewerkstätten, Zündnadelgewehrfabriken, Geschützgießereien u. s. w. in Spandau zu vereinigen, so wird dieser Plan wie man hört, erst nach Verlauf von zwei Jahren zur Ausführung kommen. Die Erdarbeiten für die nöthigen Gebäudlichkeiten sind bereits seit längerer Zeit im Gange. Bei dem Guß der neuen Kanonen, welcher hier unter Leitung des Artilleriebauprmanns Schür eifrig fortgesetzt wird, kommen die reichen Erfahrungen, welche man auf diesem Gebiete seit einer Reihe von Jahren gesammelt hat, zur pünktlichen Anwendung. Was namentlich Schweden und Belgien in Bezug auf die Kunstfertigkeit im Kanonenguß geleistet haben, dürfte von Preußen wohl auch bald erreicht werden. — Der Oberkaplan bei der hiesigen St. Hedwigskirche, Dr. Küntzer, welcher bekanntlich seine Gefängnißstrafe von 14 Tagen wegen Preßvergehens angetreten hatte, ist nach 3 Tagen Haft aus dem Gefängnisse wieder entlassen worden. Wie wir hören, war mittlerweile ein Begnadigungsgesuch eingereicht worden, welchem die Abbüßung der Strafe vorläufig stirt bleibt. Die hiesige katholische Gemeinde, zu welcher bekanntlich sehr viele vornehme Familien gehören, nimmt großen Antheil an dieser Angelegenheit.

P **Berlin**, 7. Dec. Die Wahl des zweiten Vicepräsidenten der zweiten Kammer ging heute rascher vor sich, als es die gestrigen hartnäckigen Wahlkämpfe erwarten ließen. Gleich im ersten Scrutinium wurde v. Engelmann, aus Königsberg, mit 163 Stimmen gegen v. Bethmann-Hollweg mit 85 und v. Patow mit 55 Stim-

men, zum zweiten Vicepräsidenten gewählt. Sonst kam von Erheblichkeit in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer nichts vor. Viel bedeutsamer war die Sitzung der ersten Kammer. Der Minister des Innern legte dieser in ausführlicher Rede seine Vorschläge der Verfassungsrevision vor und begleitete sie mit den betreffenden Gesetzesvorlagen. Es ist ein nicht unbedeutendes Stück Arbeit, welches der Herr Minister den Kammern hiermit zugewiesen hat. Zunächst ist es die provisorische Verordnung vom 4. August über Ausführung der Punkte d und e des Art. 65 der Verfassung, welche der nachträglichen Beurtheilung und Genehmigung der Kammern unterbreitet wird. An diese schließt sich eine neue Vorlage über Zusammensetzung und Bildung der künftigen ersten Kammer, sowie über die Veränderung der Periodicität des Zusammentritts und der Dauer der Legislatur der zweiten Kammer. Der Herr Minister des Innern charakterisirte diese beiden Gesetzvorlagen dahin, daß die Bildung der ersten Kammer lediglich in die Hände Sr. Maj. des Königs gelegt werde und die Berufung der Mitglieder durch den König erfolge. In welchem Sinne der Ausdruck Berufung gebraucht ist, und ob er sich derjenigen Erklärung anschließt, welche bei den Debatten in der zweiten Kammer voriger Session über Bildung der Pairskammer von dem Minister des Innern gegeben wurde, wird erst aus der Vorlage selbst ersichtlich werden. Die andere über Veränderung der Periodicität und Verlängerung der Dauer der Legislaturperiode bezweckt, im Interesse der Staatsverwaltung, daß ein längerer Zwischenraum zwischen den einzelnen Sessionen eintrete, und die Kammern, wie es von der interimistischen Provinzialvertretung Preußens und der Mark Brandenburg gewünscht worden, nur ein Jahr um das andere zusammentreten und deren Legislaturperiode 6 Jahre künftig dauere. Ferner wurde der Kammer übergeben: ein Gesetzentwurf über Aufhebung der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung vom 11. März 1850, und wie ich bereits mitgetheilt habe, über Streichung des Art. 105 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850, weil die neuen Vorlagen über die Regelung des Gemeindewesens an den Rechtszustand vor dem 11. März 1850 anknüpfen, wie dies auch schon aus dem Titel hervorgeht, der die interimistische Provinzialvertretung zu ersetzen war. Diese Vorlagen bestehen in Gemeindeordnungen für die Provinz Preußen, Posen, Mark Brandenburg und Niederlausitz, Schlesien, Sachsen mit Ausschluß der Altmark, einer besonderen Landgemeindeordnung für Westfalen und in einem Gesetzentwurf, die Gemeindeordnung der Rheinprovinz betreffend. Die Vorlagen für die sechs östlichen Provinzen und Westfalen erstrecken sich nur auf das platte Land und die kleineren Städte, denn für die größeren Städte soll, wie bekannt, eine besondere Städteordnung ins Leben treten. Sobald der Druck der Vorlagen erfolgt ist, wird die Bildung der betreffenden Commissionen geschehen. Die Verhandlungen der ersten Kammer selbst begann sich auf Abänderung der Geschäftsordnung, und namentlich auf den von mir schon mehrmals berührten Punkt, auf die gesetzliche Anzahl Mitglieder der gegenwärtigen ersten Kammer. Es wurde in dieser Frage nicht nur die Ansicht der Commission adoptirt, daß die unter die erste und zweite der in Art. 65 genannten Kategorien fallenden Personen bei Feststellung der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der ersten Kammer mitzuzählen seien, sondern auch ein Amendement von Brüggemann fast mit Einstimmigkeit angenommen, daß die königliche Staatsregierung ersucht werde, sobald als möglich Auskunft darüber zu ertheilen, ob bei einem oder dem andern der Häupter der unmittelbaren reichsständischen Häuser in Preußen nach den im Art. 65 enthaltenen Bestimmungen das Recht der Mitgliedschaft der ersten Kammer ruhe. Namentlich suchte Stahl zu beweisen, daß die gegenwärtige erste Kammer nicht auf Grund der provisorischen Verordnung vom 4. August d. J., sondern des Art. 65 der Verfassung bestehe. Jene Verordnung sei eine provisorische Ausführung der Bestimmungen d und e des Art. 65, die Kammer selbst aber habe einen definitiven gesetzlichen Charakter, der so lange dauere, bis an Stelle des Art. 65 eine andere Verfassungsbestimmung getreten sei.

Breslau, 1. Dec. Unter diesem Datum schreibt man der „Deutschen Volksh.“, daß die Genesung des Cardinals v. Diepenbrock nunmehr zwar langsam, doch sicher voranschreite, und daß man sich in Breslau mit der Hoffnung schmeichelt, denselben zum Fest der h. Dreikönige in seine seit acht Monaten verlassene Residenz zurückkehren zu sehen.

München, 7. Dec. In derselben Weise, wie der Bundesversammlung, scheint auch den einzelnen deutschen Regierungen die Wahl Napoleons zum Kaiser durch die betreffenden französischen Gesandten angezeigt worden zu sein. Es war dies wenigstens hier der Fall, wo sich Herr v. Menneval, der französische Gesandte am unserm königl. Hof, nachdem er am Samstag durch einen besondern Courier aus Paris die nöthigen Depeschen erhalten hatte, zu dem zeitlichen Chef des Staatsministeriums des königl. Hauses und des Aeußern, Staatsrath v. Pelkofen, begab und die betreffende Mittheilung machte. Herr v. Menneval wird die zu dem Zeitpunkt, wo sein neuer kaiserlicher Herrscher von unserer königl. Regierung vollständig anerkannt ist, mit derselben im officiösen Verkehr bleiben und in gleicher Weise wird die bayerische Gesandtschaft in Paris mit der französischen Regierung verkehren. Von der Anerkennung hängt es ab, ob noch eine besondere Notification durch eine außerordentliche Gesandtschaft erfolgen wird. Was die Anerkennung betrifft, so wird wohl seitens der bayerischen Regierung kein vereinzelnder Schritt geschehen, vielmehr nur in Uebereinstimmung mit den andern deutschen Regierungen verfahren werden, in welcher Beziehung denn auch zwischen diesen Regierungen Verhandlungen stattfinden. Zu Ende nächster Woche wird Herr v. Hermann, der Bevollmächtigte Bayerns bei der Wiener Zollconferenz, hier erwartet und wird sich derselbe gegen Neujahr wieder nach Wien begeben. Man hofft, daß bis dahin eine Verständigung mit Preußen erzielt sein wird. Der hohe St. Georgorden dagegt morgen das Titularfest durch ein feierliches Hochamt in der Ordenscapelle, dem Se. Maj. der König als Ordensgroßmeister, mit sämmtlichen hier anwesenden Ordensmitgliedern, beiwohnen wird.

Altona, 2. Dec. Darf man einer Mittheilung in der „Eckernförder Zeitung“ Glauben schenken, so würde nach Auslage von Reisenden aus Kopenhagen das bereits früher verbreitete Gerücht, wonach die Union in und bei Altona und in Wandsbeck stationirten Truppen nun auf Jahre Bedeutendes vermehrt werden sollten, sich binnen kurzem bewahrheiten.

Z **Hamburg**, Ende November. In unserem Verfassungszustand wird schon in nächster Zeit eine durchgreifende und beachtenswerthe Aenderung eintreten. Die Revisionsarbeiten der Neuerwerfassung sind erledigt, und die Constitutionsacte dürfte nach dem Läuterungsproceß und in letzter Gestalt wohl schwerlich noch als im Widerspruche mit den dermaligen deutschen Verfassungsverhältnissen befunden werden. Im Senat ist man mit der Vorberetung der Uebergangsbestimmungen und organischen Gesetze sehr fleißig beschäftigt, und wie wir vernehmen, soll sogar einer unserer gelehrtesten Rathsmitglieder, Senator Dr. Sudendorf, der auch als tüchtiger Criminalist in weiteren Kreisen bekannt ist, der Einführung der neuen Verfassung in Rücksicht des Umstandes, daß endlich die Trennung der Justiz von der Verwaltung eine Wahrheit werde, sehr energisch das Wort geredet haben. Schon der künftigen Bürgerschaftsversammlung sollen die bezüglichen Vorlagen zur Mitgenehmigung unterbreitet werden. — Aus dem Herzogthum Schleswig erhalten wir die Nachricht, daß die englische Gesellschaft, welche den Bau der schleswigschen Bahn übernommen, nach Beendigung derselben den Schienenweg von Flensburg über Lügumkloster bis in die Gegend von Ripen, und von da in nordwestlicher Richtung bis Varhuus und so weiter bis an den Limfjort fortzusetzen beabsichtige, während gleichzeitig eine andere englische Gesellschaft den Bau der seelandischen Bahn bis Korsör, und später vielleicht die Fortsetzung über Fühnen übernehmen wird. Der Bau dieser Bahnlinien soll mit Frühlingsanfang auf allen Punkten in Angriff genommen werden. — Altona ist, wie glaubhaft versichert wird, zum bleibenden und bedeutendsten Garnisonsplatz der Herzogthümer bestimmt; es sollen zu diesem Zwecke Kasernen gebaut und andere für eine beträchtliche Truppenmasse nothwendigen Vorkehrungen getroffen werden.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 7. Dec. Am 2. d. M. war im Casino zu Bern ein diplomatisches Banket zur Feier der Wiederherstellung des Kaiserthums in Frankreich, bei dem fast alle Mitglieder des Bundesrathes anwesend waren. Auch die Eisenbahnconferenz in derselben Stadt gab zu einem Gastmahle Anlaß, wobei die Herren Blösch und Fueter mit den Herren Schaller, Blanchenay und Fazy traulich zusammensaßen. Herr Fazy soll gegen Herrn Blösch die Hoffnung ausgesprochen haben, daß man sich, wie in dieser materiell so wichtigen Frage, künftig auch über andere Dinge ebenso leicht verständigen werde. — In Art, am Fuße des Rigi, werden reichlich Erdbeeren gepflückt. — In Genferse ist eine 40 Pfund schwere Forelle gefischt und nach Lyon verkauft worden.

Frankreich.

Paris, 5. Dec. Der Carousselplatz ist nun das Forum von Paris geworden; alle Welt versammelt sich daselbst, um sich politische Neuigkeiten zu erzählen, des Morgens zwischen 8 und 9 Uhr die Militärmusik zu hören, die vor dem Schlafzimmer des Kaisers um diese Zeit seinen Tag gehalten wird, während des Tags aber, um die großartigen Arbeiten zur Vereinigung der Tuilerien mit dem Louvre oder die Revuen im Hofe des Schlosses zu sehen. Man gafft nach den beiden Schildwachen zu Pferde, man betrachtet das prachtvolle Corps der Guiden, von denen einzelne Soldaten

den ganzen Tag hindurch Depeschendienst versehen und hin und her galoppiren. Sieht man einen der Gulden, so erzählt man sich, daß die übrigen Armeecorps darüber unwillig sind, daß die Gulden weit besser bezahlt werden und besseres Tuch haben als die übrigen Soldaten, und bloß Personen, die Vermögen besitzen, zu Offizieren in diesem Corps ernannt werden, sowie überhaupt in Bezug auf diesen Punkt in der Armee sich eine gewisse Unzufriedenheit zeige. Neben solchen oder ähnlichen Lächerlichkeiten, die man auf der Place du Carousel erzählen hört, gibt es auch Nachrichten entgegengesetzter Natur, die daselbst erzählt werden und die gleichfalls adsurd sind. So hat man seit einigen Nächten bemerkt, daß im Arbeitszimmer Ludwig Napoleons fortwährend Licht sei. Man weiß, daß er dasselbe Zimmer zu seinem Cabinet gemacht, in dem früher stets der Kaiser gearbeitet hatte, und dieses Zimmer bleibt die ganze Nacht hell. Die Bonapartisten behaupten nun, da man keinen Spuck vermuthen könne, so müsse der Kaiser die ganze Nacht hindurch arbeiten, und er beschäftige sich in der That mit nichts als mit dem Wohl des Volks und arbeite Tag und Nacht an demselben. Dabei fällt es niemand ein, daran zu denken, daß die Erklärung des hellen Fensters vielleicht in einer Lampe zu suchen sei, welche die ganze Nacht in dem Arbeitszimmer des Kaisers brenne, damit er, wenn es ihm gerade einfiele, sich in sein Cabinet zu begeben, daselbst Licht fände. Sie sehen aber aus diesem Beispiel, mit welchen unschuldigen Dingen sich jetzt hier das Volk beschäftigt. Da ich gerade von beleuchteten Fenstern spreche, so erlauben Sie mir wohl, einen kleinen Rückblick auf die Fensterbeleuchtung zu machen, die hier am Tag der Proclamation des Kaiserthums stattfand. Ludwig Napoleon hatte gewünscht, daß ihm eine Statistik über die Illumination entworfen werde, die an diesem Abend in Paris bemerkt werden konnte. Aus dieser Statistik ging hervor, daß die Quartiere St. Denis, St. Martin, St. Antoine, Rambuteau u. s. w., in welchen das gemeine Volk wohnt, durchgehends beleuchtet waren, während die Quartiere der hohen Bourgeoisie und der Noblesse finster blieben, obschon in ihnen auch die großen Magazine, Rothschild, Duchatel, der Bruder Cavaignacs, Mlle. Rachel und einige andere Notabilitäten, sowie mehrere Privatleute beleuchtet hatten. Aus eigener Anschauung kann ich Ihnen dagegen versichern, daß der Faubourg St. Antoine, in dem bloß Arbeiter wohnen, einem Theaterfaale glich und alle Häuser daselbst von der ersten Etage bis zu den Dachfenstern beleuchtet waren. Von den Gesandten hatten bloß die Repräsentanten Oesterreichs, Preußens, Englands, Sardiniens und Chili's beleuchtet. Die Cercles hatten diesmal gleichfalls illuminirt. — Ich melde Ihnen noch, daß Napoleon Bonaparte bereits seine Adjutanten und Minister ernannt hat. Mechin ist sein Minister des Innern. (St.-Anzeiger für Württemberg.)

† **Paris**, 7. Dec. Der „Constitutionnel" hat durch einen längeren Artikel zu Gunsten der Monarchie in Frankreich manche Leute etwas stutzig gemacht, weil der Verfasser unter den Gründen, aus welchen die Dankbarkeit der Nation für frühere Monarchien in Anspruch genommen wird, auch die in Dasjenigen aufzählt, daß alle französischen Könige, ob groß oder klein von Geist, die Vergrößerung des Staatsgebiets erstrebt haben. Der Artikel zählt sodann jeden einzelnen Zuwachs des Gebiets, welchen man dem und jenem Könige verdanke, und schließt mit der Erklärung, daß das Kaiserreich, obzleich eine andere Form der Monarchie, nicht verfehlen werde, in seiner Vorgänger Fußstapfen zu treten. Das sind denn doch, gegenüber den friedlichen Versicherungen des Kaisers, ganz eigenthümliche Reflexionen und Hoffnungen. Hat der Verfasser dieses Artikel ohne Ermächtigung geschrieben, so kann nur eine ausdrückliche Desavouirung desselben die Freunde des Friedens beruhigen, denn der „Constitutionnel" ist bekanntlich in den Besitz des Eigenthümers des „Pays" übergegangen, und letzteres ist ein ausgesprochen ministerielles Organ. Erfolgt aber eine solche Desavouirung nicht, so wird man hinter dem Eigenthümer des „Constitutionnel" andere Leute suchen, welche das Eroberungsgelüste im Herzen des französischen Volks wieder aufstacheln wollen. Uebrigens kommen wir noch einmal auf das Schreiben zurück, durch welches den auswärtigen Mächten die Wiederherstellung des Kaiserthums notificirt wird. Ueber den Titel Napoleon der Dritte spricht sich dasselbe nicht aus, sondern zieht sich dadurch aus der Verlegenheit, daß es den auswärtigen Höfen den Text des Plebiscits beim Senatusconsultums, in denen jener Titel allerdings angegeben ist, übersendet. Im Uebrigen ist die Note voll der besten Versicherungen in Betreff der friedlichen Absichten der französischen Regierung, welche, auf ihre eigenen Rechte eifersüchtig, mit eben so vieler Treue die Rechte Anderer zu achten entschlossen sei. Der Kaiser erkennt Alles an, was der Präsident seit vier Jahren gethan. Dieselbe Hand, derselbe Gedanke wird über die Geschicke Frankreichs walten, und so schließt die Note: „Es steht zu hoffen, daß die fremden Höfe in der neuen, dem Geiste, den Traditionen, der Weltstellung Frankreichs mehr passenden Regierungsform eine neue Garantie der Stabilität und der Dauer für eine mit den Interessen und den Bedürfnissen der auswärtigen Mächte harmonirende Politik erblicken werden." — Im diplomatischen Corps stehen wichtige Veränderungen bevor. — Nach Briefen aus Madrid steht zu erwarten, daß das Ministerium zwischen der Auflösung der Cortes und der Vornahme der neuen Wahlen einen Staatsstreich ausführen werde.

Großbritannien.

‖ **London**, 6. Dec. Bevor der Schatzkanzler heute Abend im Hause der Gemeinen (wie bereits mitgetheilt worden) den Empfang der Notification der Kaiserl. Regierung von Frankreich und die von Seite Englands erfolgte Anerkennung Napoleons III. anzeigte, entspann sich im Hause eine Conversation darüber, in welcher Reihenfolge die von dem Schatzkanzler beantragten Finanzreformen verhandelt werden sollten. Disraeli sprach sich über diesen Gegenstand etwa in folgender Weise aus: „Die Regierung glaubt, daß ihre Resolutionen rechtlich begründet sind und daß ihre Vorschläge auf der Gerechtigkeit beruhen. Heute Abend oder morgen werde sich auf das Bureau Resolutionen niederlegen, welche auf den dem Hause von mir mitgetheilten Finanzplan basirt sind. Das Haus wird sich vor den Weihnachtsferien nicht über alle diese Resolutionen aussprechen können; aber ich muß schon hier bemerken, daß das Ministerium entschlossen ist, mit dem ganzen Plan zu stehen und zu fallen. Schon nächsten Freitag wird das Haus über eine einzelne Resolution sich aussprechen haben, nämlich über die Thee- und Haussteuer." — Dem „Observer" zufolge wird sich das Parlament nicht vor dem 17. December für die Weihnachtsferien vertagen. — „Daily News" meldet, Lord Palmerston befinde sich unwohl. — In Guildhall werden für das auf morgen anberaumte Jahresbankett des Lordmayors die großartigsten Vorbereitungen getroffen. Tausend Gäste nehmen an diesem Festmahle Theil, darunter die Minister und die in London anwesenden Fremden von Auszeichnung. Lord Palmerston soll nicht eingeladen worden sein, Lord John Russell aber die Einladung abgelehnt haben.

Vorgestern begab sich eine Deputation, an deren Spitze der Lord von Shaftesbury stand, zu Herrn Walpole, im Ministerium des Innern, und überreichte eine Denk- und Bittschrift an die Königin im Interesse des Ehrypaars Madiai. Das Actenstück zählt im Ganzen 23,272 Unterschriften. Unter den Unterzeichnern sind 21 Unterhausmitglieder, 26 Baronets, 10 Dechanten, 8 Erzdechanten, 9 Generale und 94 andere Offiziere, 19 Admirale und 71 andere Flottenoffiziere, 321 Friedensrichter, 630 Advocaten, 1302 anglikanische und 230 Dissenter-Geistliche, 11,431 Banquiers, Kaufleute und Aerzte und 8894 andere Gentlemen. Der Admiralität hat an alle königlichen Schiffswerfte die Weisung erlassen, keinen ausländischen Gast hohen oder niederen Standes die Besichtigung der Werfstätten oder der im Baue begriffenen Kriegsschiffe zu gestatten. — Auf Bestellung der österreichischen Regierung wird in Northam eine Schraubendampffregatte von 40 Kanonen gebaut.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

⊙ **Bern**, 6. Dec. Gestern fand hier eine Conferenz zwischen den Abgeordneten der Centralbahngesellschaft (HH. Geigy und Selger), der Westbahngesellschaft (HH. Zäsch, Coindet und Forel) und Bern (HH. Blösch, Simon und Funker) statt, welche zu einem bemerkenswerthen Resultat führte. In Folge der Beschlüsse nämlich, welche letzte Woche durch die Abgeordneten der Regierungen von Genf, Waadt, Freiburg und Bern gefaßt wurden, und nach welchen in den betreffenden Kantonen die Linie Genf-Morges-Iverdon-Payerne-Bern als einzige Westbahnlinie concessionirt werden soll, haben sich die Abgeordneten der Westbahn- und Centralbahngesellschaft dahin verständigt, die betreffende Linie zu übernehmen, und zwar in der Weise, daß sie sich in Bern oder Lausanne begegnen. Ferner verzichtet die Westbahngesellschaft aus eben jenem Grunde auf die jüngst erhaltene Concession der Linie Solothurn-Olten und wünscht, daß die Centralbahngesellschaft ihre ursprünglich projectirte Linie Herzogenbuchsee-Solothurn, eventuell Biel, ausführe, sofern Solothurn hierzu seine Genehmigung ertheilt. Zugleich hat sich die Centralbahngesellschaft bereit erklärt, der Westbahngesellschaft die Linie Bern-Thun zu übertassen, falls sie dieselbe ausgeführt wünschen sollte. Eine Linie von Bern nach Biel, welche wegen eines allfälligen Anschlusses an Neuenburg doppelte Bedeutung hat, wurde zwar angeregt, allein ein Beschluß nicht gefaßt.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 8. Dec. 4½pCt. Rente 105, 20. — 3pCt. do. 81, 20. — 5pCt. Piemont 99, 95. — 3pCt. Span. 44½. — 1pCt. do. 24¼. (Synd.)
London, 8. Dec. 3pCt. Consols 101⅛. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 24½. — 5pCt. Hamburg 96½. (Synd.)
Madrid, 3. Dec. 3pCt. 46⅞. — 1pCt. Neue 25⅜. (Synd.)
Antwerpen, 8. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. 92½. — 2½pCt. Belg. 57½. — 3pCt. Span. inl. 44½. — 1pCt. do. 23¼. (Synd.)

Handel und Industrie.

Darmstadt, 5. Dec. Die Rede des Abgeordneten der ersten großherzoglich hessischen Kammer, Deninger, welche in der Berhandlung vom 13. v. M. gehalten wurde, ist als ein sachgemäßer Vortrag jener Sitzung, von solcher Wichtigkeit, daß wir glauben, auf dieselbe noch einmal zurückkommen zu sollen, nachdem sie eben in der hiesigen Hofbuchdruckerei vollständig erschienen ist. Der Redner geht die einzelnen Fabrikations- und Productionszweige des Landes durch. Wir heben aus seinen statistischen Mittheilungen folgende Punkte hervor. Die Stadt Offenbach zählt gegenwärtig 95 größere und kleinere Fabriken, in denen 6000 Arbeiter mit einem Jahreslohn von durchschnittlich 1,500,000 fl. beschäftigt sind. Der Werth der Offenbacher Fabrikate (Lurx Waaren-, Wagen- und Maschinenfabriken, Tabak-, Filz-, Seidenhut-, Wachstuch-, Bleiweiß-, Seifesabriken, Baumwollenweberei ꝛc.) beläuft sich auf jährlich $6^1/_2$ Mill. fl. Davon gehen 60 pCt. nach Preußen und 40 pCt. nach andern Staaten des Continents, nach England und Amerika; „nach Oesterreich davon aber so viel wie nichts". Die Lederfabrikation Rheinhessens erzeugt einen jährlichen Werth von $2^1/_2$ Mill. fl. in drei großen und sechs kleineren Fabriken, die zusammen 1300 Arbeiter mit einem Jahreslohn von 300,000 fl. beschäftigen. Von dem Erzeugniß gehen $^2/_{10}$ nach Preußen, $^1/_{10}$ nach Oesterreich, $^1/_{10}$ nach Süderopa, Schweden, Dänemark, Hamburg, England und Amerika. Die Tabaksfabrikation Hessens umfaßt ein Quantum von jährlich 45,000 Ctr. Rauchtabak, 15,000 Ctr. Schnupftabak und 150 Mill. Cigarren, deren Werth zusammen auf 3,900,000 fl. geschätzt wird. Vom Rauchtabak wird ungefähr $^1/_3$ vom Schnupftabak $^2/_3$ und von Cigarren $^1/_3$ dieses Quantums an Preußen abgesetzt, dem Werthe nach für 1,680,000 fl. Die Leinen- und Baumwollenwaarenfabrikation, namentlich die des Packtuchs, hat einen bedeutenden Umfang. 7 mit 8 Fabriken, mit 5 bis 600 Webstühlen, fertigen in Oberhessen Beitzeuge, Barchent, Hosenzwillich ꝛc.; für ganz gewöhnliche Druckkattun sind ebenfalls etwa 200 Webstühle beschäftigt. Von Packtüchern werden jährlich 72,000 Stück à 50 Ellen im Werth von 432,000 fl. erzeugt; das Fabrikat geht fast ausschließlich nach Preußen und dem Norden. Die großherzoglich hessische Eisenindustrie liefert jährlich 57,000 Ctr. Gußwaaren, 18,000 Ctr. Schmiede- und 112,000 Ctr. Maschinen, im Werthe von zusammen 794,000 fl. Sie beschäftigt in 7 Hütten ungefähr 1000 Menschen. Die chemische Fabrik zu Neuschloß bei Bensheim, welche Soda, Schwefel und Salzsäure in bedeutenden Quantitäten erzeugt, hat an Rheinpreußen und England ihre Hauptconcurrenz; sie würde bei einer Trennung gewinnen; auch die Spiritusfabriken und die Essigsiedereien könnten, nach Prv. Deninger, auf höheren Aufschwung durch die Trennung rechnen. Dagegen überwiegen wieder die Interessen des Landbaues. Rheinhessen erzeugt an Wein jährlich 110,000 Ohm, von denen 50 bis 55,000 Ohm im Lande consumirt werden, der Rest, die besseren Sorten, nach Preußen, Holland und England Absatz findet. Preußen erhält davon im Werth für 1,500,000 fl. Der Tabaksbau wird auf 4296 Morgen getrieben, die Erzeugniß von 23,748 Ctr. liefern. Preußen, Baden und Rheinbayern haben zusammen an Preußen einen Tabakconsumenten, der ihnen jährlich für $1^1/_2$ Mill. Gulden Waare abnimmt. Die Mühlenfabrikate, welche Hessen an Preußen absetzt, haben einen Werth von jährlich 240,000 fl. An Kartoffeln gehen für 160,000 fl. nach Preußen in diesem Jahre. Der Absatz von Zwetschen und Nüssen nach Preußen ist ebenfalls bedeutend. Schließlich möge hier die folgende vergleichende Tabelle der hauptsächlichsten Fabrik- und der zur Aussuhr kommenden Bodenerzeugnisse des Großherzogthums Hessen Platz finden. Sie ist dem interessanten Vortrage des Prv. Duninger entlehnt.

Ordn.-Nummer.	Im Großherzogthum werden pr. Jahr erzeugt:		Nach Preußen werden pr. Jahr abgesetzt:		Nach Oesterreich werden pr. Jahr abgesetzt:
1	Der Stadt Offenbach Fabriken liefern exclusive deren für Tabak . . . für	5,000,000 fl.	für	3,000,000 fl.	Nichts.
2	Die Lederfabrikation liefert . . . „	2,500,000 „	„	1,000,000 „	für . . . . . 250,000 fl.
3	Die Eisenfabrikation liefert . . . „	794,400 „	„	242,466 „	Nichts.
4	Die Packtuchfabrikation liefert . . „	432,000 „	„	216,000 „	Nichts.
5	Die Tabaksfabrikation liefert . . „	3,000,000 „	„	1,680,000 „	Nichts.
6	Die Weinproduction Rheinhessens, zum Export bestimmt, liefert . . . für	3,000,000 „	„	1,500,000 „	Nichts.
7	Die Tabaksproduction liefert . . . „	284,976 „	„	250,000 „	Nichts.
8	Der Frucht- ꝛc. Bau, exclusive Reps ꝛc., liefert . . . . . für	27,233,266 „	An Mühlenfabrikaten . „	240,000 „	Nichts.
			Kartoffeln . . . „	160,000 „	Nichts.
			Getreide ꝛc. . . „	3,000,000 „	Nichts.
	Gesammtproduction für	43,144,642 fl.	Absatz nach Preußen für	11,288,466 fl.	Absatz nach Oesterreich für 250,000 fl.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuschelt.

Cours der Staats-Papiere. 9. December 1852. (Schluss der Börse.)

	Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.L.S.b.Rothe)	95¼ P. 95 bez.	Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch. 33½ P. ¼ G.
„	5% M. v. J. 1851 Ser. B.	95¼ „ P. „	Frkf.-Wilhs.-Nordb.	49 bez. 48⅞ G.
„	5% do. v. J. 1852 Lit. A. 21	95 „ bez. u. G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen 102 G.
„	5% L. V. (C. b. Rothe)	91½ „ bez.	„	4% „ ditto b. Rothsch. 98½ G.
„	5% do. Monte C. St. L. M.	86⅝ „ P.	„	3½% „ ditto b. Rothsch. 92⅛ G.
„	Bank-Actien .	1381 P. 77 G.	„	L. 50 Loose . . . 96¼ „ ⅜ bez. u. G.
„	5% „ Metalliq. Oblig.	81⅝ P. ⅛ G.	„	L. 35 Loose . . . 32 P.
„	5% do. v. J. 1851 Ser. A.	81½ bez. 2/4 G.	Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch. 103¼ P.
„	5% „ ditto 1852	81¼ „ ⅛ bez.	„	4% „ ditto 99⅛ G.
„	4½% „ ditto	72⅜ bez. ⅜ G.	„	3½% „ ditto 91½ P. ⅛ G.
„	4% „ ditto	64⅝ P. ⅜ bez.	„	L. 35 Loose . . . 28¼ P. ⅛ G.
„	3% „ ditto	48¼ G.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839 95 P. 94⅝ G.
„	2½% „ ditto	41¼ G.	„	3½% „ v. 1846 94¼ G.
„	1% „ ditto	16¼ P.	„	3% „ „ „ 85⅝ P. ½ G.
„	L. 250 Loose b. Roths.	118⅜ P. ⅛ G.	„	Tannusbahn-Act. 306 P. 303 G.
„	L. 500 „ ditto	193 G.	Russland	4½% Obl. b. Baring 102½ P.
„	4½% Oblig. b. Bethm.	80 P.	„	4% Obl. b. Hope & Sg. 91⅞ G.
„	4% „ „ „	71 P.	„	4% „ b. Stieglitz „ 91¼ G.
Preussen .	3½% Staatsschuld.	91⅝ P. 93½ G.	Polen . .	4% Oblig. de d. 500 92 G.
„	Cöln-Mind. R.-Actien	116 G.	Spanien	3% Inl. Sch. P. 5.2.35 44⅜ P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅛ P.	„	3% Neue „ „ 24⅛ bez. u. G.
„	4½% „ ditto	101, 101⅛ bez. u. G.	Holland.	4% Certificate . . 56¼ P.
„	4% „ ditto	97 P. 96½ G.	„	2½% Syndicats . 94½ G.
„	4% Ablös.-Rente .	96½ P. ¼ G.	„	2½% Integrale . 64⅜ bez.
„	3½% Oblig. b. Roths.	82⅜ P.	Belgien .	5% Obl. in L. à 25 B. 98¼ P. 97⅝ G.
„	Ludwigsh.-Bexbach.	89½ P. ⅛ bez. u. G.	„	4½% Obl. in F. à 25 Kr. 100 P. 99¾ G.
„	5% Priorit.-Oblig. .	103¼ G.	„	4% Obl. in Fr. à 25 kr. 92¼ P.
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101⅞ P. ⅜ G.	„	2½% Obl. b. Rothsch. 58 P.
„	3½% „ ditto	90⅜ P. ⅛ G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch. 98¼ P.
Baden . .	5% Obligationen . .	102⅜ P.	„	3% Obl. b. Hambro 93⅜ P.
„	4½% Obligationen	102⅜ G.	„	Sardinische Loose . 40¾ P. ½ G.
„	3½% v. 1849 . . .	91⅛ P. ⅜ G.	Toscana	5% Obl. 1850 (Ch. Seidel.) 101 bez. u. G.
„	L. 50 Loose v. 1840	66¾ „ P.	„	5% „ 1851 b. Bastogi (do.) 97½ G.
„	L. 35 Loose v. 1845	38½ P. 38 bez.	Nassovia	6% Stocks Dol. 3. 3. 1171½ P. 117 G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 9. December	Per comptant.
Amsterdam . . . k. S.	100¼ B.
(100 fl. Crt.)	2M.
Augsburg . . . k. S.	121⅜ 121⅝ G.
(100 fl. Crt.)	2M.
Berlin . . . . k. S.	105 B. 104½ G.
(60 Thlr.)	2M.
Bremen . . . 60 k. S.	97½ B. 97 G.
Hthlr. L. Ldor.	3M.
Hamburg . . . k. S.	89 B. 88½ G.
(100 Mk. Bc.)	3M.
Leipzig . . . . k. S.	105 B. 104½ G.
London . . . . k. S.	119½ B.
(10 Livr. St.)	3M.
Lyon . . . . . k. S.	94½ B. 93¾ G.
(300 Fr.)	2M.
Mailand (250 k. S.	100½ B 100 G
Lir. Austr.)	3M.
Paris . . . . . k. S.	94 B. 93½ G.
(300 Fr.)	2M.
Wien (100 fl.) k. S.	103 B. 102½ G.
in fl. 20 F.)	3M.
Disconto	2½ B.

Gold und Silber.

Pistolen	9. 9 41½–42½
Pr. Friedrichsd'or .	9 53⅛–54⅛
Holl. 10 fl. Stücke .	9 50–51
Rand-Ducaten . .	5 37–38
20 Francsstücke .	9 25½–26½
Engl. Sovereigns .	11 48
Gold al Marco . .	352–355
5 Frankenthaler .	2 20½–21
Preuss. Thaler .	1 45–4/6
Preuss. Cassa-Sch.	1 44⅞–45

Druck von August Osterrieth.

№ 295. — Freitag — den 10. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestellbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr. 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 16 Sgr. 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Stammländern 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und Überseeische Länder nimmt Herr H. Lubien, Libraire de Strasbourg, Boulevard Nr. 20, und in Paris das Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an.

Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Druckz.) mit Postbefördert oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

♀ **Berlin**, 7. Dec. Die Stimmung der einzelnen Mitglieder der katholischen Fraction scheint eine sehr verschiedene zu sein, je nachdem dieselben in ihren politischen Anschauungen sich mehr der Rechten, dem Centrum oder der Linken zuneigen. Es ist daher auch schwer, diese Fraction in politischen Dingen unter einen Gesammtgesichtspunkt zu fassen. Viele ihrer Mitglieder sind sehr mißstimmt darüber, daß es ihnen nicht gelungen ist, einen ihrer Hauptführer zum ersten Präsidenten der zweiten Kammer gewählt zu sehen. Nach der ganzen Zusammensetzung dieser Fraction läßt sich bei keiner politischen Frage vorher bestimmen, mit welcher Seite sich dieselbe die Mehrheit derselben zusammen stimmen werde. Seit der Sitzung vom vorigen Sonnabend (4. December) gibt sich überhaupt eine gewisse Gereiztheit unter mehreren Fractionen der zweiten Kammer kund, wozu namentlich die Behandlung der Eisenerschen Angelegenheit die Hauptveranlassung gegeben zu haben scheint.

Aus der Provinz Sachsen, 4. Dec. Die Strafanstalt zu Halle hat durch Anbau eine Erweiterung erhalten, welcher zufolge ihre Bevölkerung nicht unerheblich wachsen wird. Am 30. November sind bereits 100 Verbrecher, welche bisher in dem Zellengefängniß zu Moabit detinirt waren, mittelst der Eisenbahn dorthin transportirt worden. — Bereits im vorigen Jahr hatten die städtischen Behörden zu Merseburg zur Verbesserung der Lehrergehalte 800 Thlr. verwilligt, jetzt erfährt man, daß von denselben abermals 2000 Thlr. mehr für die qu. Positionen auf den städtischen Etat für 1853 gebracht worden seien.

Für die benachbarten Herzogthümer Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen sind zwei Gesetze erschienen, wovon das eine den Volksschullehrern, falls die kirchlichen Behörden es verlangen, diejenigen kirchlichen Dienstleistungen wieder auferlegt, von denen sie durch das neue Schulgesetz entbunden worden waren. Das zweite Gesetz betrifft die Wiederherstellung der Strafgewalt der Polizeibehörden, die namentlich in bestimmten Fällen auch ohne richterlichen Befehl zur Veranstaltung von Haussuchungen befugt sein sollen.

Neustadt, im Nov. Der Ausschuß der Districtsgemeinde Neustadt hat bei der Vorberathung des Budgets die Summe von 2000 fl. als Beitrag zu einer im Verein mit benachbarten Districtsgemeinden zu errichtenden Beschäftigungsanstalt für arbeitsscheue Personen ausgeworfen. Wie nothwendig eine solche Anstalt ist, bedarf keines nähern Beweises. (Pf. Z.)

Kassel, 5. Dec. Der Landrath v. Bischofshausen ist, nachdem er vor einigen Tagen zum Regierungsrath befördert worden, nun allerdings zum vortragenden Rath im geheimen Cabinet des Kurfürsten ernannt. Hr. v. Bischofshausen gehörte zu den sogenannten renitenten Beamten und nahm als Obergerichtsrath seinen Abschied. Erst nachdem er zum Abgeordneten der Ritterschaft in die erste Kammer gewählt war und darin sich eingefunden hatte, trat er wieder in den Staatsdienst und zwar in den Zweig der Verwaltung, ein. Er hat in wenigen Monaten eine schnelle Carriere gemacht. Ob diese Ernennung von sachlicher Bedeutung ist, oder ob v. Bischofshausen sich der herrschenden Richtung vollkommen angeschlossen hat, wird uns die nächste Zukunft lehren. — Den Wirthen, welchen die Concession entzogen wurde, ist von der Staatspolizei aufgegeben worden, ihre Wirthschaften zu schließen. (M. K.)

‡ **Aus Oberhessen**, Ende November. Beinahe vier Monate sind jetzt seit Wiedereinführung des Instituts der Kreisräthe im Großherzogthum Hessen verflossen; freilich ein kurzer Zeitraum, allein er dürfte von hinlänglicher Dauer sein, um die wohlthätigen Wirkungen, welche die Aufhebung der früheren Verwaltungsbehörden geäußert, beurtheilen zu können. Ueberall begrüßte freudig das Volk seine neuen Verwaltungsbeamten, obgleich die höchste Staatsregierung dieselben mit dem (im Jahr 1848 selbst von hochstehenden Personen für verhaßt erklärten) Titel eines Kreisraths begleitet, denn aller Orten sah man die Nothwendigkeit ein, daß eine der unreifen Früchte der Revolution beseitigt werde. Deßwegen erhob sich keine Stimme, die den abgehenden Regierungscommissionen ein Wort der Trauer, ein Klaglied gewidmet hätte; daher rührte das tiefe Schweigen derjenigen, die früher für collegialische Verfassung der Verwaltungsbehörden geschwärmt; darin lag die Ursache der aufrichtigen, freudigen Theilnahme des Volkes bei Reconstituirung des vor vier Jahren schwer verurtheilten Instituts. — Betrachten wir die bisher von den großherzogl. Kreisräthen entwickelte Thätigkeit, so muß ihr selbst der, welcher alle Maßregeln der Regierung tadelt, jedes Vornehmen einer Einsendung aus den Jahren des Uebersturzes befladt, Worte der Anerkennung, der Zufriedenheit weihen; jeder muß einsehen, daß die Verwaltungsbeamten bei dem enormen Materiale, das sie zu bewältigen haben, keine Anstrengung, keine Mühe scheuen, um den gestellten Anforderungen nachzukommen; allein dieser Anforderungen sind so viele, daß ihnen auf die Dauer, ohne Untergrabung der Gesundheit der Beamten, kaum entsprochen werden kann. Erwägt man hierbei, daß die großherzogl. Kreisräthe häufig in Dienstgeschäften abwesend sein müssen, so wird man zu dem Resultat kommen, daß in unserem Lande die Zahl der Beamten im Verwaltungsfache viel zu gering ist. Nur an verhältnißmäßig wenigen Kreisämtern finden wir einen zweiten Beamten, vielmehr ruht die ganze Wucht der Geschäfte an den bei weitem meisten Orten auf den Schultern *eines* Mannes. Freilich war dies auch bei den frühern Landräthen der Fall, allein man bedenke wohl, wie sehr die Zeiten, die Verhältnisse sich geändert haben, wie weit größer jetzt die Anforderungen sind, die an den Verwaltungsbeamten gestellt werden, wie sehr sich dadurch die Geschäftslast vermehrt hat. — Bei der häufig nothwendigen Abwesenheit des Kreisraths von seinem Amtssitze, der bei etwa eintretender Krankheit desselben, haben die Rathsuchenden entweder einen oft 10 bis 12 Stunden weiten Weg umsonst zurückgelegt, oder sie gehen sich mit dem, was ihnen von den Schreibern gesagt wird, zufrieden. Wie diese dann, wenn sie „den Kreisrath spielen", sich geriren, dürfte aus den frühern Jahren zur Genüge erinnerlich sein. Zur Verhütung einer solchen den Privaten wie dem Staate nachtheiligen, ja gefährlichen Schreiberwirthschaft ist der Staatsregierung nur ein Mittel gegeben: sie möge an den Aemtern, an welchen bisher ein zweiter Beamter, ein Assessor oder Secretär, dem Kreisrathe nicht beigegeben war, einen solchen ernennen und dadurch die Hoffnung, den heißen Wunsch des Volkes, für immer den Händen der Schreiber entrissen zu sein, in Erfüllung gehen lassen. Bedenke Sie großherzogl. Staatsregierung, daß durch die geringen Geldmittel, welche eine solche Einrichtung kosten würde, den größten Nachtheilen abgeholfen wird — erwäge sie, daß dann, aber auch nur dann das Institut der Kreisräthe eines langen, gesunden, wohlthätigen Lebens sich erfreuen wird und kann!

X **Gießen**, 8. Dec. Am vorigen Freitag und Samstag stand eine Gesellschaft von neun (nicht elf) Personen vor den Schranken des Schwurgerichts, sämmtlich des Verbrechens des Meineids, einige sogar des doppelten und dreifachen, angeklagt. Die Angeklagten waren alle aus Biedenkopf: 1) Caspar Heingerling, 2) Joh. Ludw. Dreher, 3) Phil. Heingerling, 4) Jakob Wehn IV., 5) Adam Wehn, 6) Gg. Ludw. Rumpf, 7) Heinr. Limpert, 8) Louis Dreher, 9) Gg. Casp. Plitt. In vier verschiedenen Processen waren dieselben als falsche Zeugen aufgetreten, doch war es Ihrem Berichterstatter nur kurze Zeit vergönnt, dem äußerst verwickelten und weitläufigen Gang der Verhandlungen zu folgen. Das am meisten gravirende Zeugniß legte eine arme Wittwe gegen die Angeklagten ab. Dieselbe hatte nämlich schon vor vielen Jahren, um den Ausbruch eines Concurses zu vermeiden, ein Arrangement mit ihren Gläubigern getroffen. Unter letztern befand sich auch der Hüttenbesitzer Haas in Dillenburg. Der Masseverator hatte nun

dem von Haas bevollmächtigten Rechtsanwalt Burk (einem, nach dem verlesenen Zeugniß des Pfarrers, in dem übelsten Rufe stehenden Menschen, der sich seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen hatte) die Summe der betreffenden Forderung zugestellt, dieser aber dieselbe unterschlagen. Als nun später Haas die Wittwe auf sein Guthaben verklagte, erklärte Burk, er habe sich mit seinem Mandanten arrangirt in der Weise, daß dieser vollkommen befriedigt worden sei. Diese Erklärung hatten einige der Angeklagten eidlich erhärtet, obwohl die ganze Sache erdichtet war. Die Aussage der Wittwe trug den Stempel der unzweifelhaften Wahrheit an sich und mag wohl hauptsächlich zu der Schuldigerklärung sämmtlicher Angeklagten beigetragen haben. Das Verdict der Geschwornen erfolgte tief in der Nacht (nach zwei Uhr), und der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagten, nach dem Grade ihrer Schuld, zu anderthalb bis sieben Jahren Zuchthaus. — Gestern war der Gerichtshof zusammengetreten, um über das Vergehen des Buchdruckers Karl Friedrich Siedentopf, von Alsfeld, zu entscheiden. Derselbe war der Verspottung des Präsidenten der französischen Republik, durch Abdruck eines Scherzes aus dem „Kladderadatsch" in dem von ihm verlegten Wochenblatt beschuldigt. Man sagt, die Untersuchung sei auf den Antrag des französischen Gesandten in Kassel von unserm Justizministerium verfügt worden. Der Angeklagte war wegen Krankheit nicht erschienen und somit wurde die Entscheidung für das nächste Quartal aufgehoben. — Was die neuliche Entgegnung Ihres Darmstädter Correspondenten auf die von mir gemachte Mittheilung von der bevorstehenden Berufung des Pfarrer Haupt zur hiesigen zweiten Pfarrstelle anlangt, so diene die Bemerkung, daß man sich heute noch diese gar nicht sehr unwahrscheinliche Neuigkeit in wohlunterrichteten Kreisen erzählt. Auch der von der nothwendig zu eröffnenden Concurrenz hergenommene Einwand will nicht viel heißen, denn Pfarrer Bonhard nahm schon zu Anfang des Monats September von seiner Gemeinde Abschied und mithin könnte die Concurrenz schon recht wohl geschlossen sein. Die neueste Erwiderung in Betreff der Anzahl der Studirenden aus dem Auslande, welche sich der Chemie widmen, sagt nichts, denn ich sprach von Nichtdeutschen, Ihr Darmstädter Correspondent aber von Nichthessen.

Л **Aus Mecklenburg**, 4. Dec. Der diesjährige Landtag zu Malchin ist im Vergleich mit der Betheiligung in früheren Jahren schwach besucht, wiewohl 600 Gutsbesitzer landtagsfähig sind und auf dem Landtage die Deputirten beider Großherzogthümer gemeinschaftlich berathen. Namentlich stellen die bürgerlichen Mitglieder der Ritterschaft ein äußerst geringes Contingent, und nur die Diäten beziehenden Bürgermeister der Landstädte sind 40 Personen stark erschienen. — Die Steuer- und Zollfrage in Mecklenburg, und deren Parallele mit den Verhältnissen des Zollvereins, haben auch in der auswärtigen Presse eine so lebhafte Kritik erfahren, daß einige aus genauer Beobachtung geschöpfte Notizen hier nicht ohne Interesse sein möchten, um so mehr da die hiesigen Zoll- und Steuerverhältnisse kaum den in irgend einem andern deutschen Staate vorhandenen conform sind. Es bestehen im Domanium, in der Ritterschaft und in den Landstädten neun Arten ordentlicher Landessteuern, hinsichtlich deren die Seestädte Rostock und Wismar wiederum ein besonderes Steuerwesen von Alters her innehaben; ferner vier außerordentliche Landessteuern und fünf verschiedene Arten von Binnenzöllen. Die Privilegien und verbrieften Rechte einzelner Stände verursachen in der Steuer- und Zollpflichtigkeit zahlreiche Ausnahmen, Sonderverpflichtungen und Sonderfreiheit, deren möglichste Conformität von den Factoren der Gesetzgebung als dringlich behufs der Erleichterung des Handels erachtet werden. Seit längerem war eine Reform dieser Verhältnisse Gegenstand wiederholter und vergeblicher Deputationsberathungen und wurde jüngst Vorlage für den Landtag. Ohne ständische Bewilligung kann in Zoll und Steuer von der Regierung einseitig keine Veränderung vorgenommen werden, indem nach der nun einmal bestehenden Sachlage innerhalb der altständischen Verfassung ein solches Verfahren allerdings einen Verfassungsbruch involviren würde. Seitens der Regierung wird der Ausbildung eines indirecten Steuersystems, mithin der Aufstellung eines Grenzzolls der Vorzug gegeben, dessen möglichst große Nettoeinkünfte ein Aequivalent für Mahl-, Schlacht- und Kaufmannssteuer und einen guten Theil städtischer domestica böte. Ständischerseits ist man einer so ausgedehnten Reform entgegen, indem durch einen Grenzzoll von solcher Höhe, überhaupt durch eine indirecte Besteuerung eine Haupteinnahmsquelle für die Regierung entspringe und ihr Summen außerhalb der ständischen Bewilligung disponibel würden; dies Bewilligungsrecht fürchtet man ständischerseits dann zu einem nebensächlichen werden und in den Hintergrund treten zu sehen. Der Landtag hat nun auch so weit eine Reform zugestanden, daß neue deputatische Verhandlungen mit der Ablösung der Landzölle allein eröffnet werden dürften. Für diese Landzölle bestehen in beiden Großherzogthümern 118 Zollstätten. Aber auch diese particulare Reform bleibt in Anbetracht der Vergeblichkeit früherer Ve handlungen problematisch. Für den Zollverein sind in Mecklenbu g keine Chancen vorhanden, wie die Abneigung gegen jede weitere indirecte Besteuerung beweist; auch glaubt man vom Zollverein kein Aequivalent für die natürlichen Handelsverhältnisse, welche durch denselben vernichtet würden, erwarten zu können. Diese eigenthümlichen Handelsverhältnisse basiren theils in der Conservirung der nach der Freienwalder Compromißinstanz wieder hergestellten unveränderten altständischen Verfassung, theils auf der Cultur, deren Factoren der Grund und Boden der Ackerbau und einzelne demselben homogene Gewerbe sind. Ständischerseits wird man dem Anschluß an den Zollverein immer entgegen sein, und im Einklang mit den Vorschriften der Verfassung könnte die Regierung, wenn ein solcher Anschluß überhaupt in ihrem Wunsche läge, nie einseitig und selbstwillig vorgehen.

* **Aus Thüringen**, 6. Dec. Von der gothaischen Staatsregierung war ein Ablösungsgesetz vorbereitet, welches dem künftigen Landtage zur Berathung vorgelegt werden sollte. Es wird jedoch dasselbe schwerlich zur Vorlage resp. zur Durchführung gelangen, da durch die Ablösung bei den nicht unbedeutenden geistlichen Gütern, deren Erträgnisse als Besoldungstheile dienen, der Staatskasse ein zu großer Nachtheil um deßwillen erwachsen würde, weil sie dann genöthigt wäre, den Ausfall in den einzelnen Besoldungen zu decken, der sich nach den bis jetzt geschehenen Ermittelungen auf circa 30,000 Thlr. belaufen dürfte. — Die Polizeibehörde in Koburg ist mit Eruirung eines Preßvergehens beschäftigt. Vor einiger Zeit war nämlich den in Braunschweig erscheinenden demokratischen „Blättern der Zeit" eine Beilage angefügt, in welcher die Zustände und das Verhalten der Regierung und der conservativen Partei bei den früheren Wahlen in gehässiger auf Aufreizung berechneter Weise geschildert war. Diese Beilage, speciell für Koburg bestimmt, wurde von den Agenten der demokratischen Partei überall verbreitet. Die Polizei hat deßhalb ihre Aufmerksamkeit darauf gerichtet, dieser Beilage habhaft zu werden, und es ist auch, wie man vernimmt, bereits eine Untersuchung gegen mehrere Verbreiter derselben eingeleitet worden. — Aus Greiz ist ein bekannter Demokrat, der Schneidermeister Pelz, weiland Mitglied der dortigen constituirenden Versammlung, nach Amerika ausgewandert. Er ist ein Verwandter des ebenfalls jenseits des Oceans befindlichen bekannten schlesischen Demokraten gleiches Namens. — Aus Gera wird über die geringe Theilnahme an den Gemeinderathswahlen, die übrigens conservativ ausgefallen sind, geklagt.

Italien.

† **Turin**, 3. Dec. Das Budget für 1853 ist nebst einer ausführlichen Darstellung der Finanzlage den Kammern vorgelegt. Graf Pralormo wurde zum Gesandten in Rom, Ritter v. Launay in Berlin ernannt. Das Zollreformproject ist bis zum 21. Artikel angenommen worden. — Vor einiger Zeit brachte die „Oesterreichische Correspondenz", das halbofficielle Organ des Wiener Cabinets, einen Artikel, welcher sich beipflichtend über die Bildung des Ministeriums Cavour aussprach und mit einiger Schärfe gegen die Politik des früheren Conseilpräsidenten Azeglio zu Felde zog. Die erwähnte Correspondenz setzte hinzu, daß der Eintritt Cavours ins Cabinet als der Vorläufer eines baldigen Arrangements mit Rom betrachtet werden könne. Dieser Artikel des österreichischen Blattes scheint im sardinischen Ministerium die Befürchtung haben aufsteigen lassen, man möchte daraus folgern, daß die Regierung dem päpstlichen Hof gegenüber zu übertriebenen Zugeständnissen bereit sei. Daher ist im „Risorgimento" ein halbofficieller Artikel erschienen, welcher einige Andeutungen über die Politik des neuen Cabinets der päpstlichen Regierung gegenüber gibt. Es heißt in demselben u. a.: „Das gegenwärtige Ministerium muß nicht allein zu einem ehrenhaften und dauerhaften Einverständniß gelangen, sondern es muß vor allem auf die Unabhängigkeit der bürgerlichen Gewalt und auf die Würde der Krone sehen. Das gegenwärtige Ministerium kann nicht à tout prix auf eine Versöhnung lossteuern, sondern muß in dieser delicaten Angelegenheit eine abwartende und sehr zurückgehaltene Politik beobachten." Der officiellen „Zeitung von Savoyen" zufolge wird der Bischof von Turin alle Geistlichen, welche dem Leichenbegängniß Gioberti's beigewohnt haben, in den Bann thun. Die Zahl derselben beläuft sich auf mehr als 80. — Aus Pisa wird vom 27. November über zahlreiche dort vorgenommene Verhaftungen geschrieben, welche mit dem vor einiger Zeit in Florenz entdeckten Complott in Verbindung stehen.

Frankreich.

†* **Straßburg**, 9. Dec. Se. Maj. der Kaiser hat an den Maire von Straßburg folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Maire! Die Stadt Straßburg hat mir durch das Organ Ihrer ehrenwerthen Collegen das kaiserliche Schloß anbieten lassen. Nicht zufrieden

mal der Ausnahme, die mir zweimal von ihr zu Theil ward, hat sie mit gewissermaßen das Bürgerrecht verleihen wollen durch eine Reskript, die mir besonders angehört. Ich bin gerührt darüber und es ist dies ein Anlaß für mich, so oft wie möglich nach diesem Etiquette zurückzukehren, das so reich ist an patriotischen Erinnerungen, und welches mir heute ein neues Pfand seiner Anhänglichkeit gibt. Wollen Sie gefälligst bei Ihren Mitbürgern der Dolmetscher meiner Erkenntlichkeit sein. Napoleon.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 7. Dec. Heute ist ein kaiserliches Patent erschienen, wodurch die Militärgrenze in Ungarn, Croatien, Slavonien und der Wojewoschaft aufgehoben wird. — Großes Aufsehen erregte bei dem gestern abgehaltenen Feste des Ordens der goldenen Vließes die Auffahrt des französischen Gesandten, Herrn de la Cour, der in der großen Galauniform des Kaiserreichs erschien und an dessen Wagenschlage man bereits die kaiserlichen Adler mit der Krone zu bemerken Gelegenheit hatte. — Graf v. Goluchowsky, Statthalter von Galizien, wird in den nächsten Tagen hier erwartet. Er soll für einen wichtigen diplomatischen Posten bestimmt sein.

Dresden, 7. Dec. Den Gegenstand des lebhaftesten Unterhaltung bildet hier gegenwärtig die, wie es heißt, nahe bevorstehende Vermählung unsers Prinzen Albert. Die „Freimüthige Sachsen-Zeitung" bemerkte schon, daß die kürzlich erfolgte Reise des Prinzen nach Prag mit diesem freudigen Ereigniß zusammenhänge. Doch irrte sie, glaubwürdigem Vernehmen nach, wenn sie hinzufügte, der Prinz bewerbe sich um die Hand der (in letzterer Zeit vielfach genannten und als Braut des neuen Kaisers der Franzosen bezeichneten) Prinzessin Carola von Wasa. Vielmehr nennt das Gerücht mit großer Wahrscheinlichkeit als Braut des Prinzen Albert die verwittwete Erzherzogin Elisabeth von Este (geb. am 17. Januar 1831). Tochter des Palatinus Joseph von Ungarn und Wittwe jenes zugendlichen Herzogs Ferdinand von Este, der als ein Opfer seines menschenfreundlichen Besuchs in den Prager Spitälern am 13. Dec. 1849 starb. Ich theilte Ihnen dieses Gerücht eben nur als solches mit. (D. A. Z.)

* **Rom**, 2. Dec. Der Bischof von Toulon ist hier eingetroffen. Für den verstorbenen Herzog v. Leuchtenberg ward eine Todtenmesse in der Stanislauskirche veranstaltet; der kaiserlich russische Gesandte, Hr. v. Buteniess, wohnte nebst dem Gesandtschaftsperso nal derselben bei.

⁑ **Paris**, 8. Dec. Der belgische Gesandte, Herr Firmin Rogier, wurde gestern vom Kaiser in den Tuilerien empfangen, um demselben die Schreiben seines Souveräns zu überreichen, welche ihn in seiner bisherigen Eigenschaft am kaiserlichen Hofe von Frankreich bestätigen. Der Gesandte wurde mit dem in solchen Fällen üblichen Ceremoniell nach dem kaiserlichen Palast geleitet.

Gestern und heute nimmt das „Pays", wahrscheinlich aus Gerüchten von Nichtanerkennung des Kaisers als Napoleon III., Veranlassung, für diesen Titel in die Schranken zu treten. In dem gestrigen Artikel heißt es, nach Erwähnung der bereits erfolgten Anerkennung von Seiten Neapels, Englands und Belgiens: „Die Gegner der neuen Regierung, welche Frankreich eingesetzt hat, haben wahrscheinlich nicht eine so schnelle Anerkennung des Nachkommen Napoleons von der Königin eines großen Landes erwartet, das bis zum letzten Augenblick die napoleonische Dynastie bekämpft hat; ferner von Seiten eines Souveräns der älteren Linie Bourbon und von einem Fürsten, der die engsten Bande an die Familie Orleans knüpfen. Diese Ereignisse müssen sie jedoch über ihre Unmacht der einhelligen Zustimmung des französischen Volkes gegenüber aufklären. Wir haben zwar an den Gesinnungen von Europa nie gezweifelt. Die ersten Beweise, die der Kaiser davon empfängt, müssen jedoch für ihn um so kostbarer sein, als sie ihn in der Hoffnung bestärken, daß er den höchsten Zweck seiner Politik, die Vereinigung aller Franzosen um seinen Thron, trotz der ihnen innewohnenden Erinnerungen und persönlichen Vorliebe, erreichen werde, den bereits drei so verschiedene Regierungen wie Neapel, England und Belgien gebilligt haben." — In dem Artikel der heutigen Nummer, der über vier Spalten füllt, wird der Nachweis versucht, daß die Annahme des Titels Napoleon III. durch den Kaiser logisch, da der Sohn Napoleons I. kraft der Abdankung seines Vaters, wenn auch nur ganz kurze Zeit, regiert habe. Daß „Pays" theilt hierfür die belegenden Actenstücke aus dem Jahr 1815 mit.

Gestern Abend hat der Kaiser die italienische Oper besucht, wo Verdi's „Luisa Miller" zum erstenmal gegeben wurde.

Der „Moniteur" setzt heute die Veröffentlichung der bei der Regierung eingelaufenen Depeschen über die feierliche Proclamirung des Kaiserreichs in den Departementen fort.

Ein vom 2. December datirtes kaiserliches Decret verfügt, daß in Zukunft alle Gold-, Silber- und Kupfermünzen das Bildniß des Kaisers und die Worte Napoleon III., Empereur auf der einen, und die Aufschrift Empire français auf der andern Seite tragen sollen.

Der in der Finanzwelt wohlbekannte Herr Pellaprat ist in Menars (im Loire-Cherdepartement) 81 Jahr alt gestorben.

Der als Legitimist bekannte Bischof von Chartres, de Montals, hat unter dem Vorschützen von Gesundheitsrücksichten, obschon er noch sehr rüstig ist, sein Amt niedergelegt und die Verwaltung des Bisthums seinem Coadjutor übergeben. — Der bekannte Audry de Puyraveau ist auf seinem Landsitz unweit Paris gestorben.

— Einem Gerüchte zufolge ist ein höherer Cavallerieoffizier verhaftet worden. — Der Senat soll beabsichtigen, die Civilliste des Kaisers auf 30 Mill. Frc. festzusetzen. (Tel. Dep. d. Köln. Z.)

— Nach Berichten aus Madrid vom 3. December enthielt die „Gaceta" neue Gesetzentwürfe, welche den Cortes sollten vorgelegt werden. Nach der neuen Constitution *) ist der Senat theils erblich, theils auf Lebenszeit ernannt. Die Zahl der Deputirten ist vermindert auf 271; sie müssen 30 Jahre alt sein und 3000 Realen Steuern bezahlen; erwählt werden sie durch je 150 Höchstbesteuerte. Die Verfassung enthält Garantien der persönlichen Sicherheit, des Eigenthums und der öffentlichen Ordnung. (Tel. Dep. d. Köln. Ztg.)

*) Eine Uebersetzung dieser telegraphischen Depesche kann vielleicht folgende Stelle aus einem Brief des Madrider Correspondenten (vom 2. Dec.) der „Indépendance belge" dienen: „Man verschert mir, es könnte leicht geschehen, daß morgen die amtliche Zeitung die neue Constitution und das neue Wahlgesetz veröffentliche; man fügt indeß allerdings hinzu, daß beide Projecte, vor der Hand, nur bis zum Zusammentritt der neuen Kammern gültig sein, nicht aber den Charakter und die Kraft eines Gesetzes haben würden."

Nach einem andern in Paris eingetroffenen Schriben aus Madrid vom 2. December herrschte dort große Aufregung. Bravo Murillo wurde, als er vom Cortespalast nach Hause fuhr, wiederholt verhöhnt und einige Verhaftungen sollen erfolgt sein.

** **Madrid**, 3. Dec. Die amtliche Zeitung veröffentlicht heute neun durch königliche Decrete angeordnete Reformen der Verfassung. Sie betreffen die Bildung des Senats, die Deputirtenwahlen, die Geschäftsordnung der Kammern, die Stellung des Senats und der Deputirten zu einander, die Sicherheit der Personen, die Garantie des Eigenthums, die öffentliche Ordnung, die Grandezas und Provinzialmilizen. Der Wortlaut wird ausführlicher auf diesen Gegenstand zurückkommen, der den Westenlichen nach auch oben schon mitgetheilt ist.)

‖ **London**, 7. Dec. Graf Malmesbury hat gestern im Hause der Lords über die Notification von der Wiederherstellung des Kaiserthums in Frankreich und der „herzlichen" Anerkennung des letztern von Seite der britischen Regierung in ähnlichem Sinne Mittheilung gemacht, wie der Schatzkanzler im Hause der Gemeinen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 9. Dec. Bei nicht sehr belebtem Handel zeigte sich heute in den meisten Fondsgattungen keine wesentliche Coursveränderung. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. 84½, 5pCt.; 4½pCt. Metall. etwas weniger fest, 72⅞, zuletzt 72½ pCt., 4pCt. Lomb.-Venet. 91⅝ pCt. G., Wiener Bankactien 1376 ℔., 500 fl. Loose 193 pCt., 250 fl. Loose merklich niedriger, 118½ pCt. Von ausländischen Fonds waren 1pCt. 24½, zuletzt 24 à ⅛; 3pCt. Ostindische flauer, 44 pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn begehrter 48⅞ pCt., Berbach 99½ pCt., Köln-Minden 116 pCt., Taunus 302 fl. In den meisten übrigen gangbaren Papieren war ebenfalls wenig Coursveränderung bemerkbar. — Abends in der Effectensocietät waren Spanische 1pCt. Neue 24 à ⅛ pCt.

Berlin, 8. Dec. Staatsich. 94½, Bris. 93¼, G. — Köln-Minden 116 à 116¼ bez. — Fr.-W.-Nordb. 45 à ⅝ bez.

Paris, 8. Dec. 4½pCt. Rente 105, 20. — 3pCt. 81, 10. — Neapol. 107. — 1pCt. Neue Oester. 98½, — Span. neue Diff. 24¼. — 3pCt. 51. — Innere Schuld 44½. — Passive —. — Bankactien 2900. — Piemont 5pCt. 100. — Römisches Anlehen Juni 1850 98. — do. 1850 98. — St. Germain-Eisenbahn 1425. — Versailles, linkes Ufer 350. — Strasburg-Basel 345. — Nordbahn 867, 50. — Paris-Strasburg 772, 50.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 9. Dec. 5pCt. Metall. 95½. — 4pCt. do. B. 111½. — 5pCt. Anlehn vom Jahr 1852 94½. — 4½pCt. do. —. — Bankactien 1356. — 250 fl. Loose 139. — London 11 fl. 20 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 106. — K.-k.-Nordb. 239. — Livorno-Florenz 100½. — Siena-Empoli 69. — Paris 135½. — London in Triest — fr. — Silber 15½. (Spnd.)

Amsterdam, 8. Dec. 2½pCt. Integr. 65. — 4pCt. Certifc. 96⅞. — 3½pCt. Spnd. —. — 4pCt. Russ. bei Hope 91½. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 91½. — 3pCt. Spanische int. 44½. — 1pCt. do. Neue 24½. — 5pCt. Südb.-Metall. 90½. — 5pCt. Metall. 78½. — 2½pCt. do. 40¹¹⁄₁₆. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kaiserich.

Benachrichtigungen.

Bei der dem Plane gemäß am heutigen Tage vor Notar und Zeugen stattgehabten 15ten Serien-Ziehung des Kurhessischen Staats-lotterie-Anlehens vom Jahre 1845 sind folgende zwanzig Serien-Nummern gezogen worden:

39, 596, 707, 1149, 2271, 2391, 2649, 2887, 3072, 3162, 3189, 3645, 4136, 4509, 4673, 4853, 5104, 5491, 5996 und 6663,

welches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Zugleich fordern wir, in Gemäßheit des §. 6. der Kurfürstlich Hessischen Verordnung vom 18. December 1823, die Inhaber nachbezeichneter Prämienscheine des obendemerkten Anlehns:

Serie 5591, Nr. 139,761, zur Hälfte,

Serie 929 { " 23,201, " 23,202, " 23,203 } zur Hälfte, " 23,204,

welche den Besitzern, wie die vorgeschriebenen Ermittelungen ergeben haben, abhanden gekommen sind, hierdurch auf, sich unter Vorlegung dieser Prämienscheine von dem Ablauf von drei Monaten, nach der zweiten deßhalbigen Aufforderung, dahier zu melden, indem widrigenfalls Duplikatscheine werden ertheilt werden und an deren Besitzer die Zahlung der darauf fallenden Prämien, zwei Jahre nach eingetretener Fälligkeit, erfolgen wird, sofern nicht inzwischen die Originalscheine zur Zahlung eingereicht sein werden.

Cassel, am 1. December 1852.

Kurfürstl. Hess. Direction der Haupt-Staatskasse.
Schotten.

[2716] vdt. Heinemann.

Die Direction des hiesigen Kunstvereins bringt hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß Sonntag den 19. December d. J., Nachmittags um 3 Uhr, im Local des Städel'schen Kunstinstituts die Verloosung der gekauften Kunstgegenstände, so wie die Wahl von drei neuen Directoren stattfinden wird, wozu sie alle Vereinsmitglieder ergebenst einladet. Die Listen und Stimmzettel behufs der Wahlen sind im Vereinslocal aufgelegt. [2748]

[2677]

Bekanntmachung.

Folgende Gegenstände zur Herstellung der Ludwigshafen-Mormser-Bahn sind zu vergeben:

1) 32,200 Stück eichene Querschwellen.
2) 1,700 laufende Meter lanigard Eichenholz von verschiedener Länge und Stärke.
3) 31,000 Centner Bahnschienen.
4) 9,200 Stück schmiedeiserne Unterlagplatten.
5) 9,200 Paar Schienenlaschen.
6) 36,800 Stück Schraubenbolzen zur Laschen-Verbindung.
7) 150,000 Stück gewundene Schienennägel.
8) 300 Satz Wagen-Achsen nebst Rädern.
9) 50 Stück gedeckte Güter-Transport-Wagen.
10) 90 Stück Kohlen- und Coaks-Transport-Wagen.

Uebernahmsbedingnisse, Zeichnungen ꝛc. ꝛc. liegen bei unterfertigter Direction zur Einsicht offen.

Die Submissionen sind längstens bis zum 20. l. M. December Mittags 12 Uhr anher zu überreichen.

Ludwigshafen a. R., am 26. November 1852.

Die Direction der pfälzischen Ludwigsbahn.

Carcel- und Moderatur-Lampen

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.

[2635] **Theodor Martino**, 36, Zeil.

[2752]

Ankündigung.

Durch Jahrzehnte hindurch hat sich das

Schweizer Kräuter-Oel

in seiner ausgezeichneten Wirksamkeit für die Wiedererzeugung der Haare als vorzüglich bewährt und die günstigsten Resultate der berühmtesten Medizinal-Collegien — wie das Oel theoretisch untersucht — haben sich auch praktisch vollkommen erwiesen. Da in den letzten Jahren mehrere Betrüger es gewagt, nutzlose Compositionen unter dem Namen Schweizer Kräuter-Oel und unter der Firma K. Miller zu verkaufen, wurde ich genöthigt, einige Veränderungen bezüglich der Ausstattung vorzunehmen, — auch lasse ich nun Fläschchen von vierlei Preis und Größe anfertigen, — und die verehrten Käufer auf die besonderen Kennzeichen des ächten Oeles aufmerksam zu machen.

1) Zu jeder Stadt befindet sich nur eine einzige Niederlage, welche deßhalbeinen großen lithographirten Aushängeschild mit Schweizer Ansichten, und des Erfinders eigenhändigem Namenszug.
2) Alle Fläschchen haben den Glase selbst auf der einen Seite den Namen ›K. Miller‹ und auf der andern ›Haselthurm bei Zürich‹ erhaben eingeprägt.
3) Auch ist denselben das authentische Garantie und Zeichen der Aechtheit das königl. französische Brevet-Petschaft beigedruckt.
4) Die Gebrauchs-Anweisung mit den gerichtlich legalisirten Zeugnissen ist als Beilchen verfaßt, hat vierzig gedruckte Seiten, und auf dem Titelblatt die Abbildung des Hardthurms. Der Umfang ist mit dem königl. französischen Wappen und des Erfinders eigenhändigem Namenszug versehen.

Die einzige Niederlage für Frankfurt a. M. befindet sich bei Herrn H. G. Lindau, bei welchen das ächtfläschchen für fl. 1. 24 kr. gegen portofreie Einsendung (nebst 6 kr. für Postenschreibgeld und Empacken) mit Gebrauchsanweisung in Netz frischer Qualität ächt zu haben ist.

K. Miller im Hardthurm bei Zürich, früher in Zurzach.

[2757] Das Concert von Fräulein **Louise Elsner** findet Freitag den 10. December im Saale des holländischen Hofes statt. Anfang 7 Uhr.

[1690] **An- und Verkauf** von Büchern bei H. Wechhold, Zeil Nr. 5 neu.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, nimmt den unreinen Athem und den Tabacksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in Philippe's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei F. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

37. Braunschweiger Lotterie.

Gewinne: fl. **87,500, 52,500, 35,000** ꝛc.
Ziehung 1ster Klasse am 16. und 17. December.
¼ Loose à fl. 7, ½ à fl. 3½, ¼ à fl. 1. 45 kr. und ⅛ à 53 kr.

123. Frankfurter Lotterie.

Gewinne: fl. **200,000, 100,000, 40000** ꝛc.
Ziehung 2ter Klasse am 29. December.
¼ Loose à fl. 20, ½ à fl. 10, ¼ à fl 5 und ⅛ à fl. 2. 30 kr. — Plane und Ziehungslisten gratis.

Moriz Stiebel Söhne,
[2756] Hauptcollecteurs,
Schnurgasse Nr. 56 in Frankfurt a. M.

Hôtel garni,

27, rue Montmartre, près le Boulevard Montmartre, à **Paris.**

in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortreffliches Frühstück- und Mittagstisch in einem prachtvollen Local, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2609]

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen ꝛc. [2610]

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

Nov. u. Dec.	Barometer bei 0°R. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Thermometer R. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Thermograph. Nacht	Tag.	Wasserhöhe des Mains. Rh. F.	Wind. 9 Uhr.	3 Uhr	10 Uhr.	Wetter. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
28	335‴2	333‴8	332‴6	— 3·6	— 4·9	— 1·2	— 1·8	— 5·0	3′ 9″	SW.	S.	—	w.	w.	o.
29	331‴4	330‴6	330‴8	— 0·4	— 3·3	— 1·4	— 0·7	— 3·5	3′ 4″	SO.	SO.	—	w.	t.	t.
30	332‴0	332‴3	333‴1	— 1·3	— 2·0	— 2·0	— 0·9	— 3·0	3′ 0″	NNO.	N.	—	t.	t.	t.
1	334‴1	334‴5	334‴4	— 2·0	— 3·0	— 2·3	— 1·5	— 3·0	2′ 9″	ONO.	ONO.	—	t.	t.	t.
2	333‴9	333‴4	333‴9	— 2·4	— 2·7	— 2·0	— 1·9	— 3·0	2′ 7″	SW.	SW.	—	t.	t.	t.
3	334‴5	334‴8	335‴7	— 3·5	— 4·9	— 1·6	— 1·8	— 4·9	2′ 5″	SSW.	SW.	SW.	w.	t.	ht.
4	336‴2	335‴2	335‴2	— 3·1	— 5·6	— 6·0	— 0·8	— 5·0	2′ 3″	SW.	SW.	—	n.	t.	t.
M.	333‴9	333‴5	333‴7	— 2·3	— 3·8	— 2·4	— 1·1	— 3·9	2′ 10″	Regenhöhe im November 31.50‴					

Am 29. Reif, Vormittags Nebel; am 30. Reif; am 3. Nachmittags Strichregen mit Schnee.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nr. 295.) 10. December 1852.

Deutschland.

* **Wien**, 7. Dec. Im Abendblatt der heutigen „Wiener Zeitung" wird die Nachricht einiger Blätter, die Zollconferenz werde aus Anlaß des Weihnachtsfestes Ferien antreten, für unbegründet erklärt. Die Arbeiten der Conferenz werden vielmehr keine Unterbrechung erleiden. — Die „Presse" schreibt: In den letzten Tagen sind in Olmütz gar seltene Gäste aufgetaucht. Es haben sich auf dem Markte Zwanziger sehen lassen. Sie wurden sogar ohne Agio weggegeben und als Boten des Auferstehungsfestes aller andern eingesargten Zwanziger voll Freude in Empfang genommen.

ξ **Berlin**, 8. Dec. Sie sehen, wie recht ich hatte, als ich Ihnen von der Absicht des Ministeriums schrieb, mit energischer Initiative vor die Kammer zu treten. Das macht die Lage immerhin wenigstens etwas erträglicher. Allein die Initiative — ich wiederhole die Worte meines frühern Berichts — kann nicht weiter gehen als die Einigkeit des Ministeriums und darum vermissen wir unter den Vorlagen Manches, was nun die Beute der Parteien werden möchte. Den schwierigsten Stand wird das Ministerium zunächst in der Debatte über die provisorische Wahlordnung für die erste Kammer haben. Die Linke geht mit nichts geringerem um, als hier eine Verfassungsverletzung durch die Volksvertretung constatiren zu lassen. Es wird eine heiße Schlacht werden. Alle Parteien blicken übrigens mit Erwartung auf die katholische Fraction. Die äußerste Rechte wird in dieser Session mit verschiedenen Specialvorlagen debütiren. Einer dieser Vorschläge wird auf die Mittel und Wege hinweisen, das ländliche und (wenn es sein kann) auch das städtische Proletariat fester zu fundiren. Corporationen mit Autoritäten, äußern Mitteln, Hilfskassen u. dgl. werden empfohlen. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Vorschläge theilweise Einrichtungen abbilden, welche in England und Belgien aus dem eigenen Nachdenken und Schaffen der Arbeiter hervorgegangen sind. — Unsere Fabriken haben viel Bestellungen und noch größere Aussichten. Besonders auf die Kattunfabriken hat die Londoner Exhibition sehr vortheilhaft eingewirkt. Die geschmackvollen Dessins machen zu und die Ausstellung, daß große Anregungen macht, erkennt dies an. Diese Industrie macht ihr Bündniß mit der Kunst immer enger. So mancher junge Maler, der früher bei idealischen Wanstheinarbeiten stolz und schweigend zu verhungern sich entschließen wollte, fixirt jetzt leichte und graciöse Arbeiten für das Brustlicht der Bauerdirnen und für das Mouchoir der Arbeiter und — füllt dabei seine Taschen mit Geld. Buchbinderarbeiten, Galanteriesram, Bronce, das elegante Rien aller Art findet hier die sorgsamste Pflege und das lebendigste Wachsthum. — Die merkwürdige Nachricht von einer hohen Braut und zwei fürstlichen Werbern erregt hier Aufsehen. Man wußte, daß der Vater der Prinzessin Karola Wasa, der k. k. Feldmarschalleutenant, ein streng legitimistisch gesinnter Herr, gegen das Project war, auf das Haupt seiner neunzehnjährigen Tochter die Krone des napoleonischen Frankreichs zu sehen. Aber man glaubte, die Einsprüche des Vaters seien von Wien aus beseitigt, und die Mutter der Prinzessin hätte mit ihren Planen gesiegt. Plötzlich nun wird mit seiner Bestimmtheit, nicht bloß in den Zeitungen, behauptet, Prinz Albert von Sachsen wäre der Bräutigam, nur seinetwegen wäre Prinzessin Karola zur katholischen Kirche übergetreten. Anstrengungen, die Partie zwischen dem Kaiser der Franzosen und der Prinzessin rückgängig zu machen, sind in Fülle bekannt. — Nachschrift. Man sagt mir so eben, die Reise des Prinzen Albert nach Böhmen hätte allerdings den Zweck, eine Vermählung desselben einzuleiten, aber keineswegs würde er dem französischen Kaiser in den Weg treten, sondern um die Hand einer österreichischen Erzherzogin anhalten.

ξ **Kassel**, 9. Dec. Dem Finanzausschusse der beurlaubten Ständeversammlung sind zur vorläufigen Prüfung Regierungspropositionen zugegangen, die eine allgemeine Steuererhebung bezwecken. Man glaubt interessen, daß der Ausschuß andere Mittel zur Deckung der durch die bekannten Ereignisse verursachten Ausfälle in der Staatskasse vorschlagen werde. — An die Ernennung des Herrn v. Bischofshausen zum vortragenden Rathe im geheimen Cabinete Sr. k. Hoh. des Kurfürsten wird von vielen Seiten die Hoffnung geknüpft, daß auch noch andere entlassene oder auf Wartegeld gesetzte Staatsdiener wieder rehabilitirt werden dürften. Herr v. Bischofshausen war nämlich früher Mitglied des Obergerichts zu Hanau und zog es beim Einmarsch der Bayern vor, lieber den Abschied zu nehmen, als durch Verwendung des Stempels die Septemberverordnungen anzuerkennen. Inzwischen dürfte die Hoffnung auf noch weitere Rehabilitationen dadurch herabgestimmt werden, daß die Regierung in den jüngsten Tagen dem Generalstaatsprocurator die Klustage hat zukommen lassen, gegen die Mitglieder der aufgelösten Ständerversammlung wegen ihres steuerverweigernden Beschlusses eine gerichtliche Verfolgung einzuleiten. Wenn nun auch mit diesem Schritte vielleicht nur die Absicht verbunden ist, für die Nachtheile, welche der Staatskasse durch jenen verhängnißvollen Beschluß entstanden, einigen Ersatz zu suchen, so liegt doch darin zu gleicher Zeit der Beweis, daß die Regierung auch jetzt noch die volle Ueberzeugung ihrer damaligen Rechtsansicht sowohl der Sache als den Personen gegenüber bewahrt. — Mit der französischen Republik hat die kurhessische Staatsregierung noch am Vorabend ihres Uebergangs zum Kaiserthum einen Vertrag wegen Auslieferung von Verbrechern abgeschlossen und die betreffenden Urkunden ausgewechselt. Das Zustandekommen eines solchen Vertrags war von französischer Seite in Anregung gebracht und eifrigst betrieben worden.

h **Gotha**, 7. Dec. Der in Dresden verstorbene königl. sächsische Regierungsrath Friedrich Eberhardt, in weitern Kreisen bekannt durch seine wirksame Thätigkeit auf dem Gebiete der Verwaltung, insbesondere aber der Sicherheitspflege, war zuerst in Koburg Chef der Polizeiverwaltung und wurde wenige Jahre nach dem Ansalle des gothaischen Landes an Koburg hierher in einen ausgedehnteren Wirkungskreis versetzt, in welchem er sich mit ungewöhnlicher Geschäftskenntniß und unermüdlicher Regsamkeit bewegte. Im April des Jahres 1848 verließ er die hiesige Stadt in Folge der damaligen Bewegungen und trat im Frühjahr 1850 auf ehaltene Berufung in das königl. sächsische Ministerium des Innern als Regierungsrath ein. Eine sehr geförderte Schöpfung desselben war der „Allgemeine Polizeianzeiger", welcher eine weite Verbreitung sowohl in Deutschland, als auch in Belgien und in der Schweiz gefunden und die Behörden in der Entdeckung von Verbrechen sehr wirksam unterstützt hat.

Italien.

Rom, 27. Nov. Ich freue mich, aus einem mir vorliegenden Rundschreiben des Ministers Jacobini Ihnen mittheilen zu können, daß die allerhöchst verordnete Zusammenstellung einer Generalstatistik des Kirchenstaats ihrem Ziele so länger, je rascher schreitet. Es heißt darin, Se. Heiligkeit wünsche jetzt eine vollständige Darlegung der sittlichen, physischen, administrativen und ökonomischen Zustände des Landes. Somit wäre der frühere Plan nach einigen Seiten hin ausgeweitet. Der Minister dankt Allen, welche ihre in dieser Beziehung früher für sich gemachten Studien ihm freiwillig mittheilten, regelt aber zugleich die künftigen Arbeiten der zur Beschaffung des Werkes niedergesetzten Junten in zweckdienlicherer Weise. Das statistische Centralbureau in Rom wird demnach in seiner Thätigkeit durchaus vom Minister Jacobini geleitet; die von ihm abhängigen Provinzialjunten bestehen nun mindestens aus acht Mitgliedern, die unter Klerikern, Gelehrten (Scienziati), Industriellen und Grundbesitzern auszuwählen sind und unentgeltlich arbeiten können. Auch jede Gemeinde hat ihre in ähnlicher Weise gebildete statistische Junta, deren Mitgliederzahl nicht unter vier betragen soll. Diese wie jene sind dem Delegaten der Provinz in allem untergeben. — In dem im vorigen Monat vom apostolischen Nuntius zu Wien abgeschlossenen neuen Uebereinkommen ist festgesetzt, daß die Regierung Sr. Heiligkeit künftig nur 13,400 Mann kaiserlicher Occupationstruppen verpflegen soll. Zu dem Ende empfiehlt sie monatlich 18,000 Scudi an die österreichische Kriegskasse. (Köln. Ztg.)

Großbritannien.

|| **London**, 7. Dec. Das Haus der Gemeinen hat sich in seiner gestrigen Sitzung hauptsächlich mit den Creditbegehren für die Landesvertheidigung beschäftigt, und nach einer ausführlichen Darlegung Staffords, des Secretärs der Admiralität, der insbesondere auf das Bedürfniß einer tüchtigen Kanalflotte hinwies, genehmigt, daß eine solche gebildet werden soll: aus drei Fregatten und fünf großen Dampfern an der Nore, vier Linienschiffen und fünf großen Dampfern in Plymouth, und fünf Linienschiffen, zwei Fregatten und sechs großen Dampfbooten in Portsmouth; außerdem ist die Vermehrung der Matrosen um 5000 und der Seesoldaten um 1500 Mann gutgeheißen; die hierfür auflaufenden Kosten betragen 113,000 Pfd. St.; außerdem wurden noch 100,000 Pfd. St. für den Bau von Dampfbooten bewilligt; ferner 92,658 Pfd. St. für für Vermehrung der Artillerie um 2000 Mann und 1000 Pferde; 150,000 Pfd. St. für Herstellung der neuen Nationalgallerie und 80,000 Pfd. St. für die Leichenfeier des Herzogs von Wellington. — Das Haus der Lords nahm gestern nach kurzer Debatte die freihändlerische Resolution des Marquis von Clanricarde in nach dem Amendement des Grafen von Derby modificirter Fassung ohne Abstimmung an.

Lord **Malmesbury** gibt hierauf eine Erklärung in Betreff des **französischen Kaiserreichs** ab. Am vorigen Donnerstag, sagt er, habe die Regierung von dem englischen Gesandten in Paris die Nachricht erhalten, daß in Frankreich die Republik mit dem Kaiserthum vertauscht worden sei. Ihrer Majestät Diener hätten es für recht gehalten, der Königin ohne weiteren Verzug zu rathen, diese vom französischen Volke als seine Regierung gewählte neue Verfassung **herzlich** (cordially) **anzunehmen und anzuerkennen**. Seit langer Zeit sei es die Politik Englands gewesen, das constitutionelle Princip anzuerkennen, dem zufolge dem Volke eines jeden Landes das Recht zustehe, sich sein eigenes Oberhaupt ohne fremde Einmischung zu wählen, und daß ein so gewähltes Oberhaupt, Souverän, Herrscher, was immer sein Titel sei, als factisches Regierungshaupt jenes Staates vom Souverän Englands anerkannt werde. Es hätte nur einen Grund geben können, durch den England hätte versucht werden dürfen, mit seiner Zustimmung zu zögern; aber er könne mit Freude sagen, daß die richtige Einsicht des jetzigen Kaisers, diese Schwierigkeit voraussehend, selbst entgegen gekommen sei, um jene Schwierigkeiten zu entfernen. Er spiele hier auf den etwas zweideutigen Ausdruck im Senatusconsultum an, der sich auf die Annahme des Titels Napoleon III. bezieht. Dieses hätte Ihrer Majestät Regierung bewegen können, sowie jeden Anderen, zu vermuthen, daß damit dem Träger dieses Titels ein erbliches und retrospectives Recht auf den Thron vindicirt sei, daß er von gerader, legitimer Linie abstamme und kraft dieses Rechtes den französischen Thron besteige. Der jetzige Kaiser sah aber diese Schwierigkeit ein, that selbst den ersten Schritt und versicherte Ihrer Majestät Regierung offenherzig, es beziehe sich dieses bloß auf den historischen Zwischenfall, daß in Frankreich, in Uebereinstimmung mit dem französischen Gesetz, zwei Souveräne, die den Namen Napoleon Bonaparte führten, vor dem gegenwärtigen existirt haben. Keiner von beiden war von England anerkannt worden. Das wußte die französische Regierung und sie adoptirte den Titel, ohne auf die Anerkennung eines vom ersten Kaiser abzuleitenden Erbrechts Anspruch zu machen. Es wurde dies Ihrer Majestät Regierung in klarer Weise bedeutet und später in einer Rede des Kaisers angekündigt. Seine Regierung und er selbst hat so eben erklärt, daß er durch den Willen des Volks, nicht durch erbliches Recht, Kaiser sei, daß er alle französischen Regierungen seit 1814 anerkenne, eben sowohl wie deren Acte, und daß er die Solidarität seiner Regierung als einer auf die früher dagewesenen und folgenden acceptire .... Zugleich wurde Ihrer Majestät Regierung angezeigt, daß der Kaiser sich von derselben Politik werde leiten lassen, die er als Präsident beobachtete. Und was diese Politik England gegenüber betrifft — sagt der Redner — so kann man unmöglich zu anerkennend von der herzlichen und offenen Weise sprechen, mit der jede Frage von der französischen Regierung behandelt wurde, seit ich die Ehre habe, die Siegel des auswärtigen Amtes zu führen, und mein edler Freund gegenüber (Lord Granville) wird, ich bin dessen gewiß, dasselbe sagen. Ich habe stets Offenheit in ihren Verhandlungen, freundschaftliches Entgegenkommen und Wünsche für ununterbrochene Freundschaft mit diesem Lande gefunden. Auch der Kaiser und das französische Volk, glaube ich, erkennt die Nothwendigkeit des Friedens. Sie wissen und müssen wissen, daß ein Krieg, bis zur Unterjochung des einen oder anderen Landes geführt, ein Unsinn ist; daß der Eine nie so mächtig oder so unabhängig sein kann, um den Anderen unterjochen zu können; daß der Krieg daher ein nutzloser wäre, eben so nutzlos als grausam, und eben so grausam als nutzlos. — Viscount **Canning** rügt es, daß der edle Lord so viele persönliche Urtheile über den neuen Kaiser und das französische Volk einfließen ließ, was bei einer solchen Ankündigung im Munde eines Ministers der Krone nicht ganz passend sei. Er wünscht ferner zu wissen, auf welchem Wege alle jene freundlichen Aufklärungen Ihrer Majestät Regierung notificirt worden seien, indem davon ein Theil ihrer Gewichtigkeit abhänge. — Lord **Malmesbury** entschuldigt sich der Rüge gegenüber, daß er nichts Beleidigendes für Frankreich gesagt habe. Was die Mittheilungen betreffe, so seien sie in officieller, befriedigender Weise mündlich durch den französischen Gesandten in London und später durch den Kaiser selbst in seiner Rede gemacht worden.

Spanien.

** **Madrid**, 3. Dec. Die heute in der amtlichen Zeitung erschienenen Verfassungsreformentwürfe sollen dem ihnen vorausgeschickten Bericht des Conseilpräsidenten an Ihre Majestät zufolge der Prüfung und Genehmigung der nächsten Cortes unterbreitet werden; sie seien im voraus der Oeffentlichkeit übergeben worden, damit sich die öffentliche Meinung und die Mitglieder der beiden Kammern darüber aufklären mögen. Art. 1 und 2 erklären die römisch-katholische Religion ausschließlich zur spanischen Staatsreligion und besagen, daß die Stellung der Kirche zum Staat durch zwischen der Krone und dem heiligen Stuhl geschlossene Concordate mit Gesetzeskraft bestimmt werden solle. Art. 3 bis 8: Der König übt mit den Cortes die Gesetzgebung, die Initiative steht ihm und jeder der beiden Kammern zu; jede Steuer kann nur kraft eines Gesetzes auferlegt werden, das allgemeine Staatsbudget der Einnahmen und Ausgaben ist permanent, jede Aenderung muß durch ein Gesetz autorisirt sein; alljährlich werden der Prüfung und Genehmigung der Cortes die Einnahme- und Ausgaberechnungen unterbreitet; zur Verfügung über Staatseigenthum und Contrahirung einer Anleihe auf den Nationalcredit bedarf es eines Gesetzes; die Civilliste des Königs und seiner Familie wird beim Beginn jeder Regierung durch ein Gesetz bestimmt. Art. 9 bis 15: Die Cortes bestehen aus zwei gleichberechtigten Kammern: Senat und Congreß der Deputirten; jener besteht aus erblichen und aus lebenslänglichen Senatoren, die der König ernennt; die näheren Bestimmungen hierüber bleiben einem Specialgesetz vorbehalten; die Söhne des Königs und des präsumtiven Thronerben sind im Alter von 25 Jahren Senatoren von Geburt; außer den legislativen Functionen steht dem Senat auch zu 1) über die von der Deputirtenkammer in Anklagestand versetzte Minister abzuurtheilen; 2) über gegen die Person oder Würde des Königs oder gegen die Sicherheit des Staats verübte Verbrechen nach den hierüber bestehenden Gesetzen zu erkennen, wenn die Regierung die Berufung dieses Gerichts für geeignet hält; 3) in geeigneten, von einem Gesetz näher zu bestimmenden Fällen und Formen über seine eigenen Mitglieder abzuurtheilen; keine Kammer kann ohne die andere einberufen werden, es sei denn, daß der Senat als Gerichtshof fungirt. Die Klasse der **erblichen** Senatoren besteht aus den Granden von Spanien, welche das 25. Lebensjahr erreicht haben und mindestens 30,000 Reale an Eigenthumsabgabe bezahlen. Die Deputirtenkammer besteht aus 171 Mitgliedern, deren jedes direct in einem besondern Wahlbezirke gewählt wird; die Eintheilung der Provinzen in Bezirke bestimmt ein besonderes Gesetz; jeder Deputirte muß Spanier von Geburt oder Sohn eines Spaniers sein, das 30. Jahr zurückgelegt haben, zwei Jahre lang vor dem Tag seiner Erwählung 3000 Reale directe Steuern, oder 2000 Reale, wovon 500 Immobilienabgabe, oder 1000 Reale an Immobiliensteuer bezahlen. Aber nicht als Deputirte können fungiren: die Geistlichen, die in Activität befindlichen Militärpersonen, die Gerichtsbeamten und Bediensteten, ꝛc. Zwei andere Entwürfe betreffen die Wähler und die Geschäftsordnung der beiden Kammern: die Minister können nach Belieben den Sitzungen beiwohnen; können, wenn sie es für geeignet halten, durch den Präsidenten eine Sitzung berufen lassen; können für die Regierungsvorlagen den Vorrang der Discussion verlangen; erhalten das Wort, wenn sie es begehren, ohne warten zu müssen, bis die Reihe sie trifft ꝛc.; können aber nicht an der Abstimmung Theil nehmen, auch wenn sie Mitglieder der abstimmenden Kammer sind. — Es heißt, die beiden vereinigten Oppositionen wollten behufs Leitung der nächsten Wahlen ein großes Comite ernennen. Das vormalige Comite, bestehend aus Pidal, San Luis, Gonzalez Bravo, Bermudez de Castro und Seijas Lozano, war heute versammelt, um sich über diesen Gegenstand zu berathen.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 9. Dec. $4^1/_2$pCt. Rente 105, 85. — 3pCt. do. 81, 50. — 5pCt. Piemont 100. — 3pCt. Span. $44^3/_8$. — 1pCt. do. —. (Synd.)

London, 9. Dec. 3pCt. Consols $101^3/_8$. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. $24^3/_8$. — 5pCt. Hambro $96^1/_8$. (Synd.)

Madrid, 4. Dec. 3pCt. $46^1/_4$. — 1pCt. Neue 25. (Synd.)

Antwerpen, 9. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. $92^1/_8$. — $2^1/_2$pCt. Belg. $57^3/_8$. — 3pCt. Span. inl. $44^1/_8$. — 1pCt. do. $23^1/_4$. (Synd.)

Amsterdam, 9. Dec. $2^1/_2$pCt. Integr. $64^7/_8$. — 4pCt. Certific. $96^3/_{16}$. — $3^1/_2$pCt. Synd. $91^7/_{16}$. — 4pCt. Ruff. bei Hope —. — 4pCt. Ruff. bei Stieglitz —. — 3pCt. Spanische inl. $44^1/_8$. — 1pCt. do. Neue $24^1/_{16}$. — 5pCt. Silb.-Metall. $90^{13}/_{16}$. — 5pCt. Metall. $78^1/_4$. — $2^1/_2$pCt. do. $40^9/_{16}$. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. V. Kutscheit.

Fest-Geschenk.

[2753] In der **Joh. Christ. Hermann**'schen Buchhandlung in **Frankfurt a. M.**, Zeil 15 neu, dem römischen Kaiser gegenüber, ist zu haben:

Laienbrevier

von

Leopold Schefer.

Neunte unveränderte Auflage.

Miniaturausgabe in Prachtband mit dem Bilde des Verfassers. fl. 3. 36 kr.

Berlin, im November 1852.

Veit & Comp.

[2754] Durch eine jede Buchhandlung zu beziehen, in **Frankfurt a. M.** durch **Gebhard & Körber**, Buchgasse Nr. 6:

Ueber Erkenntniß und Heilung der Epilepsie.

Resultate der neuesten Beobachtungen.

Mitgetheilt von

Dr. C. Landmann, pract. Arzt in Fürth.

8. broch. Preis 7½ Ngr. od. 24 kr.

Die in diesen Schriftchen besprochenen und angegebenen höchst einfachen Heilmittel haben, wie die Resultate beweisen, außerordentliche Wirkungen und größtentheils die Heilung herbeigeführt.

Joh. Ludw. Schmid's Buchhandlung in Fürth.

Grube's naturkundliche Schriften.

Bei **J. F. Steinkopf** in Stuttgart ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Biographien aus der Naturkunde, in ästhetischer Form und religiösem Sinne. Mit einem Worte über die ästhetische Seite des naturkundlichen Unterrichts. Von **A. W. Grube**. Zweite Auflage. 20 Bogen. 8. geh. 1 fl. 30 kr. od. 27 Sgr.

Bilder und Scenen aus dem Natur- und Menschenleben in den fünf Haupttheilen der Erde. Nach vorzüglichen Reisebeschreibungen für die Jugend ausgewählt und bearbeitet von **A. W. Grube**. Vier Theile. Mit Bildern.

I. Theil: **Asien und Australien.**
II. Theil: **Afrika.** III. Theil: **Europa.**
IV. Theil: **Amerika.** Preis complett 3 fl. 36 kr. oder 2 Thlr. 8 Sgr. (Jeder Theil auch einzeln à 54 kr. od. 17 Sgr.)

Der Umgang mit der Natur und ihre Kenntniß nicht blos für das Wissen fruchtbar zu machen, sondern ebenso für Herz und Gemüth, das ist das Streben des Verfassers. Wie sinnig und anregend er die Natur zu behandeln und darzustellen weiß, zeigen seine „Biographien aus der Naturkunde. 6. Aufl.," wie trefflich es es verstanden hat, charakteristische Seiten des Naturlebens in seiner Wechselbeziehung mit dem Menschenleben aus den gediegensten und lebendvollsten Reiseschilderungen auszuwählen, und aus solchen die Länder und Völker unserer fünf Welttheile dem inneren Verständniß und Gefühl nahe zu bringen, beweisen die „Bilder und Scenen." Beide Werke sind eben so unterhaltend als belehrend und nehmen unter den Festgeschenken eine vorzügliche Stelle ein. [2735]

Vorräthig in Frankfurt a. M. bei **Karl Theodor Völcker**, ll. Hirschgraben F. Nr. 12.

[2710] **Gute-Verpachtung.**

Zur Verpachtung des Kurhessischen Staats-Domänenguts zu Schwarzenfels von Petrilag l. J. an, d dritter Steigerungstermin auf

Donnerstag den 16. December d. J.,

n das Local der Renterei Schwarzenfels bestimmt, wohin sich Pachtliebhaber wenden wollen.

Das Gut ist mit den nöthigen Gebäuden, so wie mit Schäferei und Branntweinbrennerei versehen und enthält ungefähr 385 Acker Land, Wiesen, Gärten ꝛc. ꝛc.

Kassel, am 1. December 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium,
Abtheilung für die Domänen.
Wiedebein, l. A.
vdt. Schuchardt.

Franko-Lieferung auf 100 Meilen von Hildburghausen.

Weihnachts-Liste

aus dem

classischen Kunstverlage

des

Bibliographischen Instituts

in

Hildburghausen und New-York.

Bei der Reduction der Preise in österr. Währung ist der Thaler Courant mit 1 fl. 40 kr. in Banknoten zu berechnen. [2719]

Maler.	Titel der Werke und Namen der Kupferstecher.	Preise. Pr. Cour. Thlr.	Sgr.	24 fl. Fuß fl.	kr.
Domenichino	Johannes, der Evangelist, von Bahmann, 14" hoch, 12" breit	2	—	3	30
—	" " " " avant la lettre chin. Pap.	4	—	7	—
Barth	Magdalena, Gegenstück z. vorig., v. Barth, 14" hoch, 12" breit	2	—	3	30
—	" " " " avant la lettre	4	—	7	—
Correggio	Magdalena, die Büßende, von Rahl, 12" hoch, 16½" breit	2	—	3	30
—	" " " " avant la lettre	4	—	7	—
Kraft	Todesgefahr und Rettung, von Rahl, 17" hoch, 13" breit	2	—	3	30
Raphael	Adam und Eva, von Fr. Müller, 13" " 11½ "	2	—	3	30
—	" " " " avant la lettre	4	—	7	—
—	Grablegung Christi, v. Amsler, m. Firma, 19" hoch, 16" breit	6	—	10	30
—	" " " " chinesisches Papier	6	—	10	—
—	" " " " vor d. Firma weiß Pap.	8	—	14	—
—	" " " " chinesisches Papier	10	—	17	30
—	Himmelfahrt Christi, v. Kininger, " 31" hoch, 22" breit	10	—	17	30
—	" " " " lettre grise	15	—	26	15
—	" " " " avant la lettre	20	—	35	—
—	Madonna, von Lorichon, " 14½" hoch, 11" breit	5	—	8	15
—	" " " " lettre grise	6	—	10	30
—	" " " " chin. Pap.	8	—	14	—
—	Madonna del Pecce, v. Enzing-Müller, 19" hoch, 14" breit	4	—	7	—
—	" " " " chinesisches Papier	5	—	8	45
—	" " " " avant la lettre	8	—	14	—
—	Madonna della Sedia, von Peiersm, rund, 12"	4	—	7	—
—	" " " " avant la lettre	8	—	14	—
—	Heilige Familie, von Schuler, " 22" hoch, 17" breit	3	—	5	15
—	" " " " avant la lettre	6	—	10	30
—	Madonna di San Sisto, von Nordheim, 30" hoch, 22" breit				
—	Von dieser eben im Druck befindlichen Kapital-Platte (eine zehnjährige Arbeit des Künstlers) sind bis jetzt folgende Abdruckgattungen fertig und zu haben:				
—	" " " " vor der Schrift weiß	20	—	35	—
—	" " " " chinesisches Papier	25	—	43	45
—	" " " " vor al. Schrift weiß	30	—	52	30
—	" " " " chinesisches Papier	40	—	70	—
—	" " " " Epreuves d'artiste	100	—	175	—
A. del Sarto	Madonna del trono, von Felsing, " 20" hoch, 14½" breit	4	—	7	—
—	" " " " avant la lettre	10	—	17	30
Du Sart	Holländ. Bauernfamilie, von Poppel " 19" hoch, 15" breit	2	—	3	30
—	" " " " avant la lettre	4	—	7	—
—	Die fröhlichen Bauern, do. (Pendant) 19" hoch, 15" breit	2	—	3	30
—	" " " " avant la lettre	4	—	7	—
Landveer	Jagd in Offize, von Meyerolh, " 13" hoch, 17½" breit	2	—	3	30
—	" " " " avant la lettre	4	—	7	—
Teambull	Die Bunkershill-Schlacht, von Nordheim 21" hoch, 32" breit	8	—	14	—
—	" " " " avant la lettre	20	—	35	—
Guido Reni	Ecce Homo, " 16" hoch, 16" breit	3	—	5	15
Leonardo da Vinci	Das berühmte Abendmahl, v. F. Wagner, 20" hoch, 40" breit	8	—	14	—
—	" " " " chinesisches Papier	12	—	21	—
—	" " " " avant la lettre	20	—	35	—
—	" " " " avant toute lettre	40	—	70	—
Van Dyck	Rubens Söhne, von Pichler, " 30" hoch, 20" breit	6	—	10	30
Jäger	Achilles, von Kininger, " 27½ hoch, 21" breit	6	—	10	30
Smelin	Rom, vom Albaner See, von Smelin, " 19" hoch, 28" breit	3	—	5	15
—	" " " " lettre grise	6	—	10	30
—	Der Vesuv, (Pendant), von Smelin, " 19" hoch, 28" breit	3	—	5	15
—	" " " " lettre grise	6	—	10	30
Dürre	Es ist vollbracht, Christus am Kreuz, von Enzig-Müller, 22" hoch, 12" breit	2	—	3	30
—	" " " " avant la lettre	4	—	7	—
Holbein	Salvator, von Professor Krüger, " 14" hoch, 12" breit				
—	" " " " avant la lettre	4	—	7	—
Cranach u. Holbein	Die Reformatoren: Huß, Luther, Calvin u. Melanchton (Portraits), von Fr. Müller ꝛc., alle 4 zusammen	8	—	14	—
—	" " " " avant la lettre	16	—	28	—
—	" " " " avant toute lettre	32	—	56	—
—	(Jedes Blatt einzeln 2 Thlr. in gewöhnl. Druck.)				

Maler.	Titel der Werke und Namen der Kupferstecher.		Preise. Pr. Cour. Thlr.	Gr.	24 fl. Fuß fl.	kr.
Cornelius . . .	Pluto und die Nacht, von Schäffer, .	20″ hoch, 28″ breit	4	—	7	—
— —	„ „ „ „ „ „ . .	avant la lettre . .	8	—	14	—
Overbeck	Heilige Familie, von J. Felsing, . . .	22″ hoch, 19″ breit	15	—	26	15
— —	„ „ „ „ . . .	lettre grise	20	—	35	—
— —	„ „ „ „ . . .	do. chinesisch. Pap.	25	—	43	45
— —	„ „ „ „ . . .	avant la lettre . .	30	—	52	30
— —	„ „ „ „ . . .	do. chinesisch. Pap.	40	—	70	—
— —	„ „ „ „	Probedruck vor aller Schrift	100	—	175	—
Vernet und Steuben (Pendants).	Napoleons Abschied von Fontainebleau, „ Rückkehr von Elba, v. Kininger,	21″ hoch, 30″ breit beide zusammen	8	—	14	—
— — — — . .	„ „ „ „ „	lettre grise	12	—	21	—
— — — — . .	„ „ „ „ „	avant la lettre . .	20	—	35	—
H. Vernet . . .	Napoleon auf dem Schlachtfelde mit seinen Palatinen und Marschällen, (großes historisches Tableau, alle Köpfe Portraits), von Kininger, ...	25″ hoch, 36″ breit	8	—	14	—
— —	„ „ „ „ „ .	lettre grise	12	—	21	—
— —	„ „ „ „ „ .	avant la lettre . .	24	—	42	—
Carlo Dolce . .	Das Christkindchen, von Wolf, . . .	12″ hoch, 12″ breit	1	—	1	45

Bemerkung. — Alle die obigen Blätter sind berühmte classische Meisterwerke des Grabstichels etc. und nicht mit Alltagsblättern, nicht mit Lithographien und Buntdruck-Schmierereien zu verwechseln, die nur den Plebs des Geschmacks zu befriedigen im Stande sind. Gegen frankirte Einsendung des Betrags werden wir den geehrten Bestellern das Verlangte in der sorgfältigsten Verpackung (für die wir nichts berechnen) und in den schönsten, tadellosen Abdrücken **innerhalb hundert Meilen Entfernung** stets sogleich **franco mit Post überschicken.**

„Wer das Geld an das Gemeine und Vergängliche verschwendet ist ein Thor, der mit der Weisheit auch die Freude opfert. Wähle deine Geschenke nicht für den Augenblick, nicht für das Jahr; sondern zur Lust eines Lebens, zur Freude und zum Genuss der Kinder und Enkel des Empfängers. Ein Kunstwerk kann diese Absicht am schönsten erfüllen, und von allen Geschenken ist das **Classische** Kunstwerk das edelste."

☞ Wenn die Beträge einer Bestellung dreissig Thaler Ct. übersteigen, so gewähren wir 20 Procent Rabatt und derselbe kann bei der Einsendung des Geldes sogleich in Abzug gebracht werden. Dukaten nehmen wir zu $3^1/_2$ Thaler; Louisd'ors für $5^2/_3$ Thaler oder $9^5/_8$ fl. rheinl.; Cassenanweisungen für voll. Anweisungen in kurzer Sicht sind uns auf alle Wechselplätze genehm.

Hildburghausen, im November 1852.

Das Bibliographische Institut.

Goldene Medaille 1845 **Pâte Pectorale** von Apotheker **Georgé** in Epinal Silberne Medaille 1846
Schachtel 16 Sgr. oder 56 kr. ½ Schachtel 8 Sgr. oder 28 kr.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von *Georgé*, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln, die halbe à 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Redlinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. G. von Oven**, Bleydenstraße Nr. 33. [2428]

[2751] **Decret.**

In Sachen

des Weinhändlers J. J. Nillens von Eltville, Impetranten,

gegen

den Freiherrn Adolph von Rauendorf von Kiedrich, dermalen in Texas, Impetraten,

wegen Arrestanlage bezüglich der Hälfte der bei Herzogl. Landesbank ausstehenden Grundzins und Gülten Ablösungskapitalien des Freiherrn von Köth von 624 fl. 25 kr. und 81 fl. 18 kr.

In Erwägung, daß nach den vorgelegten Bescheinigungen des Impetranten die causa arresti und Gefahr des Verlustes der Forderung wahrscheinlich gemacht worden sind, wird der nachgesuchte Arrest auf die in der Rubrik bezeichneten Ablösungskapitalien verfügt und dem unbekannt wo? abwesenden Impetraten eröffnet, daß zur Justification desselben Termin auf

Mittwoch den 2. März 1853,
Morgens 8 Uhr,

bei Vermeidung des Rechtsnachtheils der Wiederaufhebung des Arrestes für den Impetranten und der Bestätigung desselben für den Impetraten anberaumt ist. Es steht ihm zu diesem Zwecke frei, die Verhandlungen in der Registratur des unterzeichneten Gerichts einzusehen, und werden alle weiteren Decreturen in dieser Sache nur durch Anschlag an die Gerichtstafel bekannt gemacht werden.

Eltville, den 22. December.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Lauth.

[2550] **Gläubiger-Aufforderung.**

Ansprüche jeder Art an das mit 1349 fl. 13 kr. überschuldete Vermögen des Georg Kißinger II. zu Eschollbrücken, gegen welchen Gr. Hofgericht der Provinz Starkenburg den förmlichen Concurs erkannt hat, sind, bei Meidung des Verzichts an die Masse im Termin

Dienstag den 4. Januar 1853, Vormittags 10 Uhr,

bei dem unterzeichneten Gerichte anzuzeigen. In demselben Termin soll die Güte versucht, in deren Entstehung aber ein Massecurator, nöthigenfalls auch ein Contradictor und ein Gläubigerausschuß bestellt und Verfügung über die Verwerthung der Masse getroffen werden. Von den Gläubigern, welche ihre Forderungen schriftlich anmelden, soll unterstellt werden, als schlössen sie sich den von der Mehrzahl der Erschienenen gefaßten Beschlüssen an.

Gernsheim, den 3. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Buff.

Cours der Staats-Papiere. 10. December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.I.S.b.Roths)	$95^3/_8$ P.	Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	$33^5/_8$ P. $^3/_8$ G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B	$85^3/_8$ G.	»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	$49^1/_8$ P. $48^7/_8$ G.
»	5% do. v. J. 1852 L. à 121	$93^3/_4$ P. $94^7/_8$ G.	Gr. Hessen	$4^1/_2$% Obligationen	102 G.
»	5% L. V. (C. b Roths)	$91^1/_2$ etw. $^3/_8$, $^1/_4$ bez. u. G.	»	4% ditto b. Rothsch.	$98^5/_8$ G.
»	5% do. Monte C. I. S. L. M	87 P. $86^1/_2$ G.	»	$3^1/_2$% ditto b Rothsch.	$92^1/_4$ G.
»	Bank-Actien . . .	1394 P. 90 G.	»	fl. 50 Loose . . .	$90^3/_4$ G.
»	5% Metallig. Oblig.	$81^7/_8$ P. $^5/_8$ G.	»	fl. 25 Loose . . .	32 P.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	$81^1/_2$ G.	Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch	$103^1/_4$ P.
»	5% ditto 1852	$81^1/_2$, $^5/_8$ bez. $^1/_2$ G.	»	4% ditto	$99^5/_8$ G.
»	$4^1/_2$% ditto	$72^7/_8$ P. $^5/_8$ G.	»	$3^1/_2$% ditto	$91^5/_8$ P. $^3/_8$ G.
»	4% ditto	$64^3/_4$ P. $^3/_8$ G.	»	fl. 25 Loose . . .	29 P. $28^3/_4$ G.
»	3% ditto	$48^1/_2$ G.	Frankfurt	$3^1/_2$% Oblig. v. 1839	95 P. $94^3/_4$ G.
»	$2^1/_2$% ditto	$41^1/_4$ G.	»	$3^1/_2$% » v. 1846	$94^3/_8$ G.
»	1% ditto	$16^1/_4$ P.	»	3% » . . .	$85^7/_8$ P. $^1/_2$ G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	$118^5/_8$ P. $^1/_4$ G.	»	Taunusbahnact. .	306 P. 303 G.
»	fl. 500 » ditto	193 G.	Russland	$4^1/_2$% Obl. b. Baring	$102^1/_2$ P.
»	$4^1/_2$% Oblig. b. Bethm.	80 P.	»	5% Obl. b. Hope fl. 2.	$91^3/_4$ G.
»	4% » » »	71 P.	»	4% » b. Stieglitz »	91 G.
Preussen .	$3^1/_2$% Staatsschulds.	94 P. $93^3/_4$ G.	Polen . .	4% Oblig de fl. 500	92 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	$116^1/_4$ G.	Spanien	3% Inl. Sch. P fl. 2.30	$44^1/_4$ P. 44 G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	$101^3/_4$ P $^5/_8$ G.	»	1% Neue » »	$23^{13}/_{16}$, $^7/_8$, $^{15}/_{16}$ bez.
»	$4^1/_2$% ditto	$101^1/_2$ bez. $^3/_8$ G.	Holland .	4% Certificale . .	$86^1/_4$ P. 96 G.
»	4% ditto	97 P. $96^1/_2$ G.	»	$3^1/_2$% Syndicate .	94 G.
»	4% Ablös.-Rente	$96^1/_2$ P. $^1/_4$ G.	»	$2^1/_2$% Integrale .	$61^3/_4$ G.
»	$3^1/_2$% Oblig. b. Roths.	$92^1/_2$ bez. u. G.	Belgien .	5% Obl. in L. à fl. 12 b. R.	$98^1/_8$ P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	100 P. $99^5/_8$, $^3/_4$ bez.	»	$4^1/_2$% Obl. in Fr. à 28 kr.	100 P. $99^5/_8$ G
»	5% Priorit.-Oblig.	$103^1/_4$ G.	»	4% Obl in Fr. à 28 kr.	$94^1/_2$ P. 94 G.
Würtemb.	$4^1/_2$% Oblig. b. Roths.	102 P. $101^3/_4$ G.	»	$2^1/_2$% Obl. b. Rothsch.	$57^5/_8$ P. $^3/_8$ G.
»	$3^1/_2$% ditto	$90^3/_4$ P. $^1/_2$ G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	$98^1/_2$ P.
Baden . .	5% Obligationen . .	$102^3/_4$ P.	»	5% Obl. b. Hambro	96 P.
»	$4^1/_2$% Obligationen	$102^3/_4$ G.	»	Sardinische Loose .	$40^3/_4$ P. $^1/_2$ G.
»	$3^1/_2$% v. 1842 . . .	$91^5/_8$ P. $^3/_8$ G.	Toscana	5% Obl. 1850 (C. b. Golds.)	$100^6/_8$ G
»	fl. 50 Loose v. 1840	$66^3/_4$ G.	»	5% » 1851 b. Bastogi (do.)	$97^3/_4$ G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	$38^1/_4$ P. 39, $^1/_8$ bez. 38 G.	N.Amerika	6% Stocks Doll. 2. 30.	$117^3/_8$ P. 117 G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 10 December		Per comptant.
Amsterdam . .	k.S.	$100^1/_2$ B.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg . .	k.S.	$120^1/_4$ B. $119^3/_4$ G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin	k.S.	105 B. $104^3/_4$ G.
(60 Thlr.) .	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. L.d'or.	k.S.	$97^1/_4$ B. 97 G.
	3M.	— —
Hamburg . .	k.S.	89 B. $88^3/_4$ G.
(100 Mk. Bc.)	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B. $104^3/_4$ G.
London . . .	k.S.	$118^3/_4$ B.
(10 Livr. St.)	3M.	— —
Lyon	k.S.	$94^1/_4$ B
(200 Fr.) .	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	$100^1/_4$ B. 100 G.
	3M.	— —
Paris	k.S.	94 B. $93^3/_4$ G.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Wien (100 fl.)	k.S.	103, $^1/_4$, $^1/_8$ bz. u. G.
im fl. 20 F.)	3M.	— —
Disconto		$2^1/_4$ B.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9	41-42
Pr. Friedrichsd'or	»	9	$53^1/_2$-$54^1/_2$
Holl. 10 fl. Stücke	»	9	50-51
Rand-Ducaten .	»	5	37-38
20 Francsstücke	»	9	$25^1/_2$-$26^1/_2$
Engl. Sovereigns	»	11	48
Gold al Marco	»	382-83	
5 Frankenthaler	»	2	$20^1/_2$-21
Preuss. Thaler	»	1	45-$^1/_4$
Preuss. Cassa-Sch.	»	1	$44^3/_4$-45

Druck von August Osterrieth.

№ 296. — Samstag — den 11. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Postbezirke von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Gebieten der Königl. Königl. und Kaiserlichen Postverwaltungsbezirk 2 fl. 40 kr. — 1 Rthlr. 16½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. 30 kr. — 2 Rthlr.

2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und Nordamerika, Länder nimmt Herr H. H. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 30, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 29, Bestellungen an.

Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (12½ Worte) mit Deutlichkeit oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 10. Dec. Die neueste Nummer der „Kasseler Zeitung“ meldet: „Zur Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der Zollfrage und als Bestätigung dessen, was der „Kasseler Zeitung“ schon aus Wien und Dresden gemeldet wurde, geht uns aus München die Mittheilung zu, daß man in Wien, unbekümmert wegen aller abenteuerlichen Gerüchte, unermüdet an der Vollendung des gemeinschaftlichen Zolltarifs für das österreichisch-, süd- und mittel-deutsche Zollgebiet arbeitet und die Zolleinigung in den bezeichneten geographischen Umfange zu Stande zu bringen unausgesetzt bestrebt ist.“ Die „K. Z.“ erzählt dann weiter, daß vor 14 Tagen die preußische Regierung durch ihren Gesandten in Wien Eröffnungen machen ließ, sie wolle direct mit Oesterreich verhandeln. „Die Rückantwort, heißt es ferner, des kaiserlichen Cabinets erfolgte sogleich und natürlich bestimmend; nur ist man sich selbst und der Coalition gegenüber schuldig gewesen, noch vorläufig um die Mittheilung der Basis der beantragten Unterhandlungen in Berlin anzusuchen. Gleichzeitig mit dem Abgang dieser Note wurde Freiherr v. Bruck wegen Uebernahme der Mission in Berlin aus Triest berufen, und die Ernennung auf die unverweilte Vorfrage hängt es ab (sie ist bis jetzt nicht erfolgt), ob es zu diesen Verhandlungen und zu welchem Resultat es kommen wird.“ — Derselben „Kasseler Zeitung“ will ihr Dresdener Correspondent die Nachricht von der Verlobung des Prinzen Albert von Sachsen mit der Prinzessin Carolina von Wasa vollkommen bestätigen können. Die erforderlichen Zustimmungen seien bereits erfolgt und dürfe die offizielle Verlobung längstens binnen 14 Tagen erfolgen, da die Prinzessin von Wasa schon seit längerer Zeit mit dem Prinzen Albert verprochen sei.

* **Wien**, 6. Dec. Einer der wichtigsten und einflußreichen Regierungsacte ist erfolgen, die Einführung unseres bürgerlichen Gesetzbuches in Ungarn und den Nebenländern, dessen Wirksamkeit mit dem 1. Mai 1853 beginnt. Dasselbe hat sich seit 41 Jahren seines Bestehens als eines der gediegensten Regierungsdenkmäler Kaiser Franz I. bewährt, und ist selbst in der alles zersetzenden jüngsten Revolutionsepoche unangefochten geblieben. Die gestrige „Wiener Zeitung“ enthielt einen Theil des diesfälligen kaiserlichen Patents, wodurch der mittelalterliche, feudale und über alles Maß verworrene Rechtszustand in Ungarn nun zeitgemäß geändert, die persönlichen Rechte gesichert und in Bezug auf die Erwerbung und Ausübung des Eigenthumsrechts auf liegende Güter, deren Belastung und Verpfändung, sowie hinsichtlich der Publicität Rechtsgrundsätze in Anwendung gebracht werden, wie sie nicht bloß dem Geiste der Zeit, sondern den tieferen Principien des rechtlichen Bestandes und des Aufschwungs der staatlichen Gesellschaft entsprechen. Man darf behaupten, daß durch diese Regierungsmaßregel vor allen andern der Grundstein zur künftigen Blüthe von Ungarn gelegt worden, das sich nicht nur selbst zufrieden, reich und kräftig erheben, sondern alle diese Vortheile auch wieder der Gesammtmonarchie zuführen wird, deren schönsten und edelsten Bestandtheil es bildet. Die Ausführung dieses großen Werkes war aber auch eine der schwierigsten, denn es mußte Rücksicht auf althergebrachte Privat- und öffentliche Rechte genommen werden, deren Bestand nicht mit einemmale durchsichtigen werden konnte, ohne das Recht zum Unrecht zu verkehren, und unselige Verwirrung in den Besitzstande unter allen Schichten der Gesellschaft hervorzurufen. Bei einigen Gesetzbestimmungen ist daher ein Moratorium von 32, oder wenigeren Jahren, bis sie in Vollzug treten, eingeführt, anderseits sind temporäre Ausnahmen gemacht, oder nach Gestalt der eigenthümlichen Verhältnisse weitere gesetzliche Erlasse in Aussicht gestellt worden. Ganz richtig bemerkt das Patent, daß die das Eigenthumsrecht vielfachen Anfechtungen aussetzenden, die Veranlassung zu Rechtsverwicklungen und langwierigen Processen bietenden frühern Bestimmungen das hauptsächliche Hinderniß des Realcredits für einen höchst wichtigen Theil des Grundbesitzes bildeten und die Hebung dieses Realcredits eine Bedingung des fortschreitenden Wohlstands dieser Länder ist. Die Krone selbst ist bei diesen Veränderungen den staats- und privatrechtlichen Zustandes in Ungarn mit dem edelsten und uneigennützigsten Beispiel vorangegangen. Da der König nach dem frühern Staatsrecht gleichsam der Obreigenthümer im Lande war, so gehörte ihm das sogenannte Heimfallsrecht von adeligen Gütern wegen Mangel der in der Sippschaft berufenen Erben, oder wegen der in den bisherigen Gesetzen bezeichneten Treulosigkeit; alles diese Kronrechte sind nun aufgegeben. Aber auch das aus das bestandene Verhältniß der Grundherrn zu den Unterthanen gegründete Heimfallsrecht ist in gleicher Weise beseitigt worden. Vom Tage der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches an wird die Einleitung eines Erbprocesses aus alter Herstammung, zur Ausschließung der weiblichen Linie, zur Geltendmachung des gleichen Rechtes u. s. w. nicht gestattet, und damit dem Zustand einer Verworrenheit im Lande das Ende gemacht, welche fortwährend das Eigenthumsrecht von Gütern in Zweifel setzte und ihren privatrechtlichen Erwerb oder Schwierigkeiten und Gefahren aussetzte. Bestehende Fideicommisse, als Majorate und Seniorate, bleiben in Kraft; über die Errichtung neuer Fideicommisse werden außer den im allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch enthaltenen Vorschriften noch weitere erleichternde Bestimmungen erfolgen. Die Erwerbung von Liegenschaften ist eines ungemein erschwerenden feudalen Zwanges entledigt worden. Früher mußten die Erwerber vorläufig erst das ungarische Indigenat erhalten haben, was nicht selten zu obiosen Verhandlungen bei den Landtagen führte und mit großen Auslagen verbunden war; von nun sind Güterkäufe in Ungarn, wie anderwärts, frei. Auch das frühere sogenannte Einstandsrecht der Verwandten, dann das Verkaufsrecht für die Zukunft, sowie das Rückeinlösungsrecht u. dgl. hören auf. Mit auswärtigen Staaten bestehende Verträge, welche auf das bürgerliche Recht Beziehung haben, finden nunmehr auch in den ungarischen Kronländern Anwendung, in Bezug welcher sonst immer eine Reservation stattfand.

;.: Aus Pest, 6. Dec., wird uns mitgetheilt: Wenn mir Ihr Wiener Correspondent nicht zuvorkommt, habe ich Ihnen Folgendes aus Ungarn zu melden: daß der Gutsherr Anton Gindly, auf der Puszta Tengelig im Tolnauer Comitat, am 10. November Nachts von 8 maskirten und vermummten Räubern überfallen und durch einen tödtlichen Schuß in die Brust zu Boden gestreckt wurde, doch erst nach 5 Wochen seinen Geist aufgab. Die Räuber waren plötzlich in vier Wagen erschienen und nach vollzogener That sogleich wieder abgefahren. Sie wurden in einem nahen Walde, während sie ihren Raub theilten, von der Gendarmerie überrascht und vier derselben festgenommen. Die Uebrigen sind erst dieser Tage in Pest ergriffen worden, und man fand bei ihnen Masken, Munition und Gewehre in großer Menge. Das k. k. hohe Civilgouvernement von Ungarn hat sür nothwendig erkannt, die Wirksamkeit der zur Hinhaltung und Unterdrückung der Verbrechen des Raubmordes, des Raubes, und insbesondere des Straßenraubes und der Brandlegung errichteten Civilgerichte zu suspendiren. Anstatt derselben tritt sowohl für diese Verbrechen als des den Räubern geleisteten Vorschubes und nach Umständen auch des unberechtigten Waffenbesitzes die Wirksamkeit der Militärstandgerichte ein. Von nun an verfällt jeder betretene Räuber oder Raubmörder und Brandleger dem militärstandrechtlichen Verfahren und wird mit dem Tode durch den Strang bestraft. Wer, ohne zum Waffenbesitze berechtigt zu sein, mit der Waffe in der Hand betroffen wird, wird ohne Unterschied des Standes und ohne Rücksicht, ob er des Raubes beanzigt ist oder nicht, dem militärstandrechtlichen Verfahren unterworfen und mit dem Tode durch Pulver und Blei bestraft. Eben dieser Todesstrafe unterliegt jeder,

welcher einen ihm als Räuber bekannten Verbrecher vor der nachforschenden Obrigkeit, der Gendarmerie, den ihr assistirenden Militärcommandos, oder einzelnen hierzu beorderten Militärs verbirgt, oder einem solchen von der Sicherheitsbehörde verfolgten Verbrecher, ohne sich einer gegenwärtigen Gefahr auszusetzen, die Gelegenheit zur Flucht durch List oder Gewalt böswillig erleichtert, oder der einem ihm als Räuber bekannten Verbrecher Unterschleif gibt, oder die Zusammenkünfte solcher Verbrecher, da er sie ohne Gefahr hindern könnte, begünstigt.

* **Berlin**, 8. Dec. Das Obertribunal hat eine für viele preußische Ortschaften wichtige Entscheidung gefällt, wonach die noch in vielen Landestheilen, namentlich in Vorpommern, bestehende Abgabe, welche den Namen Bedegeld führt, steuerartiger Natur und daher als ohne Entschädigung aufgehoben zu betrachten ist. Dieselbe war selbst von einzelnen Stadtmagistraten an Gutsbesitzer zu entrichten, deren Vorgänger als sogenannte Stiftungsherren der betreffenden Stadt ein Besteuerungsrecht geltend gemacht hatten. Das Obertribunal hat zugleich die Ansicht ausgesprochen, daß die Processe über derartige Abgaben nach der neuesten Gesetzgebung von Amtswegen sistirt werden müßten. — Hier eingegangenen Berichten aus den Kreisen Mühlhausen und Heiligenstadt, im Erfurter Regierungsbezirk, zufolge, ist dort die Noth und das Elend unter der Bevölkerung groß. Es ist dies noch eine Folge des wolkenbruchartigen, mit Hagel verbundenen Unwetters, das sich am 26. Mai d. J. über die genannten Kreise entlud.

Von **Frankenthal** erhält die „Pfälzer Zeitung“ über die Verurtheilung des Ochsner aus Edenkoben folgende Mittheilung: Am 23. Oct., dem Tage, wo König Max in Edenkoben einzog, waren alle Bewohner dieser Stadt aufs eifrigste bemüht, ihrem erlauchten Pfalzgrafen durch einen eben so festlichen als herzlichen Empfang ihre Anhänglichkeit zu bezeugen. Nur der Wirth Heinrich Ochsner, welchem durch die Gnade des Königs 18 Monate Gefängnißstrafe erlassen worden waren, schloß sich nicht bloß hiervon aus, sondern fühlte sich sogar berufen, die Anordnungen des Ortsvorstandes in Bezug auf die Ausschmückung der Straßen, einer höchst ungehörigen Kritik zu unterziehen, und wiederholte auf eine deßfallsige Vorbescheidung seine Aeußerungen dem Bürgermeister ins Gesicht. Er wurde deßhalb wegen beleidigender Kritik der Amtsthätigkeit des Bürgermeisters vor Gericht gestellt; allein das Bezirksgericht Landau war der Ansicht, daß eine absichtliche Beleidigung nicht vorliege, und verordnete die Einstellung des Verfahrens. Das königliche Appellationsgericht erkannte jedoch die von der Staatsbehörde hiergegen eingelegte Opposition für begründet, da allerdings eine strafbare Beleidigung vorliege, und verwies die Sache vor das Bezirksgericht Frankenthal, welches in seiner Sitzung vom 7. d. M. den Ochsner zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilte.

Mannheim, 9. Dec. Auf die telegraphische Meldung, daß Heidelberger Studenten im Verein mit mehreren dortigen Bürgern auf gestern Abend eine großartige Demonstration gegen den Stadtamtmann daselbst beabsichtigten, wurden sogleich zwei Compagnien Infanterie an den hiesigen Bahnhof beordert, um nöthigenfalls auf der Eisenbahn nach Heidelberg gebracht zu werden. Die Ordnung wurde jedoch, wie es scheint, dort nicht gestört, da die Soldaten später wieder in ihre Kasernen einrückten. Die Kundgebungen gegen den Stadtamtmann in Heidelberg dauern übrigens schon einige Zeit und sollen ihren Grund darin haben, daß es den Studenten verboten wurde, „attische Nächte“ (lärmenden Uebersitz) zu halten und sich noch um 11 Uhr auf den Straßen herumzutreiben. (Pf. Z.)

Schweiz.

Neuenburg, 8. Dec. Sonntag, den 5. d. M., Abends, machte sich der Kaffeewirth Flané, ein Franzose, der früher bei der Königin Hortense gedient hatte und dessen Sohn gegenwärtig als Schreiber im Dienste Sr. Maj. Napoleons III. steht, das Vergnügen, sein Café zu illuminiren und ein Transparent auszustellen mit einer grünen Kaiserkrone und der Inschrift: Acht Millionen Stimmen Napoleons III. Bald rottete sich viel Volk vor dem Café zusammen und gab Aerger kund; auch der Präfect fand sich ein und wurde zum Einschreiten ersucht. Er war grade im Begriff, dem Flané das Gefährliche seiner Illumination vorzustellen, und ihm zu rathen, solche zu entfernen, als ein Hagel von Steinen der Sache ein schnelles Ende machte. Vier illuminirte Fenster sammt den Transparenten wurden eingeworfen. Flané und seine Gehilfen hatten kaum Zeit, die Laden der übrigen Fenster zu schließen und alle Lichter zu löschen. Das Ganze dauerte ein paar Secunden und darauf verlief sich die Menge ruhig. Das Café war sonst der Sitz der Royalisten. Flané will Klage erheben.

Neueste Nachrichten.

= **Frankfurt**, 10. Dec. Der gesetzgebenden Versammlung lag heute zunächst der Commissionsbericht über die Prolongation der Rechneischeine vor. Nachdem durch Begebung des Restes der Anleihe vom Jahr 1844 eine halbe Million dieser Scheine eingelöst worden ist, bestehen dieselben jetzt noch im Betrag von 3½ Mill. Gulden, wovon 2 Millionen zur Ausgabe gegen Versatz, ½ Mill. zum Betrieb der Münze bestimmt, und 1½ Mill. cursirender Scheine in der Weise fundirt sind, daß dafür das unbegebene 3½ pCt. Anlehen vom November 1848, im Betrag von 2½ Mill., deponirt ist. Wegen Unthunlichkeit der sofortigen Begebung dieses Anlehens hatte der Senat die nochmalige Prolongation auf ein weiteres Jahr, mittelst Ausgabe neuer Scheine gegen Eintausch der schadhaft gewordenen älteren, beantragt. Die Commission, in deren Namen Herr Senator Siebert berichtet, erkennt an, daß die Negocirung des Anlehens, trotz der verbesserten Erträgnisse der Eisenbahnen, noch nicht an der Zeit sei, und daß die Fixirung einer Zeit für die Ausgabe nachtheilig wirken werde, daher sie, wie dies auch von der Handelskammer geschehen, die Prolongation der Rechneischeine als zeitweiliges Auskunftsmittel befürwortet, jedoch beantragt, den Senat zu ersuchen, den durch das Anlehen vom Jahr 1848 gedeckten Betrag von 1½ Mill. sobald als thunlich aus dem Verkehr zu entfernen, und zu dem Ende die Veräußerung gedachten Anlehens fortwährend im Auge zu behalten, jedoch den Zeitpunkt der Veräußerung ganz dem Ermessen der Finanzbehörde anheimzugeben. Nachdem sich Herr Reiß für vollständige Beibehaltung der Rechneischeine, als eines sehr wünschenswerthen Verkehrsmittels und im Interesse des zinsenersparenden Aerars ausgesprochen, und Herr Dr. Souchay den Antrag gestellt hatte, der Finanzbehörde die Emittirung eines dreiprocentigen statt des noch zurückbehaltenen 3½ procentigen Anlehens anheimzugeben, wurden die Commissionsanträge pure angenommen. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung war die Nachbewilligung von 12,000 fl. auf den Budgetposten von 30,000 fl. für unvorhergesehene Ausgaben, der bereits um ca. 2400 fl. überschritten ist. Die Commission (Berichterstatter Herr Senator Siebert) findet in den Ausgabeposten keinen Anstand, wünscht jedoch, daß zwei Posten von dem Budget der unvorhergesehenen Ausgaben entfernt und in den regelmäßigen Bedürfnißstand übertragen werden, nämlich 950 fl. für Schwimmunterricht der Volksschüler und Honorirung der beaufsichtigenden Lehrer, und 500 fl. für Brandassecuranz, Laternen- und Brunnengeld der Stadtkämmerei. Dr. Mappes spricht sich gegen die in der mangelhaften Organisation des Staatsdienstes begründeten Remunerationen und Unterstützungen bereits besoldeter Beamten aus, und will, daß die Nachbewilligung nur unter der Bedingung geschehe, daß außer den bereits ausgezahlten Remunerationen keine weiteren voraus verabfolgt würden. Hierüber entspinnt sich eine längere Discussion, in welcher Herr Schöff Cöster und Herr Senator Siebert die Ertheilung von Remunerationen und Gratificationen durch die meistens geringen fixen Besoldungen und durch die oft dringenden besondern persönlichen Verhältnisse rechtfertigen, und Herr Schultheiß Spicharz die ihm und einem seiner Collegen gewordene Vergütung aus dem Aerar als wohlverdient vertheidigt. Der Antrag des Herrn Dr. Mappes blieb ohne Unterstützung und die Commissionsanträge wurden auch hier genehmigt. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung war der von Herrn Dr. Souchay verlesene Commissionsbericht über die Verfassungsangelegenheit. Derselbe erklärt die Frage wegen der Theilnahme an der Ergänzung des Senats durch die inzwischen stattgehabte Vornahme zweier Rathswahlen für erledigt, verweist jedoch auf Bestimmungen der Constitutionsergänzungsacte, Art. 18 und 22, nach welchen im Laufe dieser Sitzungsperiode der Senat vollständig (auf 42 Mitglieder) zu ergänzen sei, um so mehr, als alle Gründe zu der seitherigen unvollständigen Besetzung des Senats weggefallen seien. Eine ganze oder selbst nur theilweise Herstellung der durch das Gesetz vom Februar 1849 eingeführten, und nach Maßgabe des Bundesbeschlusses außer Wirksamkeit gesetzten Gleichstellung der Staatsangehörigen, würde jedenfalls der Versammlung willkommen sein. Daß die Verheißungen des Senats wegen des Strafverfahrens bei dem Fortbestehen der jetzigen Gerichtsorganisation zu erfüllen seien, hält die Commission für höchst schwierig und glaubt, daß jedenfalls die Ausscheidung der Strafrechtspflege aus dem Wirkungskreis der Regierungsmitglieder erforderlich sei. Auf die von Hrn. Dr. Souchay bezeichneten Reformen geht die Commission nicht weiter ein, sondern hält es für Sache des Senats, seine oft wiederholten Verheißungen baldigst zu erfüllen, um die Stadt vor großen Nachtheilen zu bewahren, oder die kurze Zeit zu benutzen, die ihm vor seiner vollständigen Ergänzung noch offen stehe, um andere Entschließungen zu fassen, wodurch jener Zweck erreicht werden könne. Die Commission trägt darauf an, die Anträge des Dr. Souchay dem Senat mitzutheilen, und demselben zu eröffnen, daß die gesetzgebende Versammlung den Anträgen entgegensehe, wodurch das Gesetz vom 20. Februar 1849 ganz oder theilweise wieder in Wirksamkeit treten könne, und daß sie den hierin am weitesten gehenden Vorschlägen ihre nach den Beschlüssen vom 8. October und 8. No-

wenber niemals zweifelhafte Zustimmung ertheilen werde. Herr Schöff Dr. Schulin hat in einem Separatvotum ebenfalls den Wunsch nach Regelung der staatsbürgerlichen Verhältnisse eines Theils der Staatsangehörigen ausgesprochen, sich mit der Ausscheidung der Strafrechtspflege aus dem Geschäftskreise der Mitglieder des Senats einverstanden erklärt und auf die in Betreff beider Gegenstände von dem Senat zu erwartenden Vorschläge verwiesen. Herr Dr. Schleemer will dies Versprechen der Zustimmung zu nach unbekannten Senatsanträgen gestrichen wissen, die Versammlung stimmt sich jedoch den Kommissionsanträgen in dem ganzen Inhalt nach an. — Wie man hört, sollen die von Herrn Schöff Schulin angeregten Vorschläge dahin gehen, daß das Stadtgericht I. als erste Instanz für Civilsachen und als Polizeistrafgericht mit Nichtsenatoren zu besetzen, daß ein besonderer Gerichtshof bei Strafsachen in zwei Abtheilungen (Anklagekammer und Assisenhof) ebenfalls aus Nichtsenatoren zu bilden, dagegen das Stadtgericht II (Obervormundschafts- und Erbschaftsbehörde) und das Appellationsgericht für Civilsachen, wie seither, mit Senatsgliedern zu besetzen, die Zahl der Rathsglieder aber von 42 auf 30 zu reduciren sei. Man zweifelt sehr daran, daß diese Vorschläge im Senat selbst die verfassungsmäßige Majorität von Zweidrittel der Stimmen erhalten werden. Die den Israeliten einzuräumenden Rechte sollen darin bestehen, daß die israelitische Gemeinde als solche zwei Abgeordnete in die gesetzgebende Versammlung wählen dürfe.

Wien, 7. Dec. Herr de la Cour wird schon in den nächsten Tagen sein neues Creditiv überreichen, welches ihm ehevorgestern durch den französischen Cabinetscourier, Hrn. Bugnet, aus Paris überbracht worden ist.

* **Berlin**, 9. Dec. Der neu ernannte österreichische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Thun (bisher Bundestagsgesandter), ist gestern Abend hier eingetroffen. Derselbe überbringt außer den eigenen Beglaubigungsschreiben auch das Abberufungsschreiben für den bisherigen Gesandten, Baron v. Prokesch-Osten. Der Letztere wird dem Vernehmen nach gegen das Ende dieses Monats Berlin verlassen. — Der Freiherr v. Bruck wird in seiner handelspolitischen Mission in den ersten Tagen der nächsten Woche hier eintreffen.

‡ **Berlin**, 9. Dec. Wie angedeutet wird, dürfte auch von Seite Preußens die Anerkennung des fr. Kaiserthums bald erfolgen, da derselbe die bündigsten Erklärungen in Betreff der den europäischen Territorialbesitzand sichernden Verträge gegeben haben soll. Von einem Congreß in Warschau von Seite der Monarchen Preußens, Oesterreichs und Rußlands wird in den hiesigen höheren Kreisen nicht mehr gesprochen. Die Hierherkunft des Kaisers von Oesterreich, welche bestimmt beabsichtigt war, dürfte daher auch wohl unterbleiben, wenigstens in der ersten Zeit.

△ **Hanau**, 10. Dec. Das Urtheil gegen den Stadtrath in dessen mehr besprochener Sache lautet, wie es eben bekannt wird, auf 4½ Monat Gefängniß gegen Obergerichtsanwalt Manns und Fabrikant Böhm, und auf 3 Monat Gefängniß gegen die sämmtlichen übrigen Angeklagten. Manns hat die Adresse entworfen, und von Böhm ist angenommen, daß er deren Abdruck in der „Hanauer Zeitung" veranlaßt habe. Dem Vernehmen nach wollen die Verurtheilten das Rechtsmittel der Berufung an den Criminalsenat des Obergerichts zu Fulda einlegen, weil sie sich durch die Art und die Höhe der Strafe beschwert halten. — Von den drei über die Richtung der (Aschaffenburger) Eisenbahn durch das südliche Gebiet vorgelegenen Projecten ist jetzt die mittlere Linie definitiv beschlossen. Das gerichtliche Expropriationsverfahren wird alsbald beginnen, so daß man, da Terrainschwierigkeiten gar nicht vorliegen, schon zu Pfingsten künftigen Jahres die Strecke von hier bis Aschaffenburg zu befahren gedenkt.

‡ **Paris**, 9. Dec. Heute hat auch Oberst Barmann, der Bevollmächtigte der Schweiz, dem Kaiser seine Creditive überreicht. — Das amtliche Blatt veröffentlicht ein auf einen Bericht des Unterrichtsministers gegründetes Decret des Kaisers, welches an der Pariser Facultät, an die Stelle des bisherigen Lehrstuhls für confessionelles Staatsrecht, einen Lehrstuhl des christlichen Rechts errrt. Durch ein zweites Decret ist Charles Giraud, Professor des römischen Rechts in Paris, für diesen Lehrstuhl ernannt. — Im nichtamtlichen Theil des „Moniteur" ist ein Artikel zu lesen, welcher mit Ausnahme derjenigen Individuen, die sich absolut unsittliche Verbrechen haben zu Schulden kommen lassen, allen wegen politischer Vergehen und Verbrechen Abgeurtheilten oder Flüchtlingen vollständig Amnestie verheißt, insofern sie sich nur freiwillig der neuen Ordnung der Dinge unterwerfen und sich verpflichten, nichts gegen die gegenwärtige Regierung zu unternehmen.

Aus **Madrid**, 3. Dec., wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben: „Das Volk fängt an, sich zu rühren und aus seiner politischen Lethargie aufzuwachen. Die neue Verfassung ist durch die „Gaceta" bekannt gemacht, sämmtlichen Blättern des Landes aber aufs strengste verboten, auch nur ein Wort darüber fallen zu lassen; der Vox populi aber kann kein Schweigen auferlegt werden. Ueberall, auf den Plätzen wie in den Straßen und Kaffeehäusern, wird die neue Verfassung durchgenommen und offen und laut den Mördern der vaterländischen Freiheiten gedroht. Murillo und seine Collegen halten sich auch nicht für sicher. In jenem Ministerhause liegt eine Compagnie Soldaten, die scharf geladen hat, und Cavallerie mit gezogenen Säbeln und gespannten Büchsen begleiten die Räthe der Königin nach dem Palaste. Um allem seinem Treiben noch die Krone aufzusetzen, hat Murillo, der frühere Avocat und Zeitungsredacteur, die Lehrstühle der Beredsamkeit und der Politik, der Entwickelung der freien Institutionen bei dem hiesigen Athenäum eingehen lassen. Auf diesen Athenäum sind die tüchtigsten Redner des Congresses herangebildet worden, und Murillo war selbst eine Zeit lang Professor der Geschichte. Trotz aller Escorte aber ist Murillo gestern und heute von dem Volke an der Puerta del Sol auf das furchtbarste insultirt, der Wagen mit Steinen beworfen und einer der begleitenden Dragoner sogar verletzt worden. Ein gleiches Unglück traf die Königin Christine; das Volk begnügte sich jedoch, sie zu verhöhnen. Der Ex-Kriegsminister Lara, der den Freiheitswort nicht mit unterzeichnen wollte, wurde, wo er sich gestern und heute zeigte, mit Vivats bewillkommt. An der Puerto del Sol hoben sich mehrere Männer des Volks auf die Schultern und trugen ihn im Triumph über den ganzen Platz bis nach seinem Hause. Patrouillen gehen auf und ab, die ganze Garnison ist seit vorgestern auf den Beinen, und die so gequälten Soldaten sind gegen das Volk sehr erbittert. Bisher muß man jedoch den Truppen das Lob spenden, der vernünftigere Theil gewesen zu sein, indem sie die Angriffe des Volkes mit Geschmuth ertragen haben. Die meisten Cortes sind bereits abgereist. Ein Gleiches hat der General Narvaez gethan, ohne mit der Königin und deren Mutter gesprochen zu haben."

** **Madrid**, 4. Dec. Die amtliche Zeitung veröffentlicht heute ein Decret, krast dessen die vom Finanzminister für die Deputirtenkammer ausgearbeiteten Budgets nach Auflösung der Cortes nun der im März zusammentretenden neuen Kammer vorgelegt, und für alle mittlerweile vorzunehmenden Finanzoperationen deren nachträgliche Ratificationen vorbehalten bleiben sollen. Ein anderes Decret verbietet allen Blättern, die neuen Reformentwürfe zu besprechen. — General Narvaez soll gestern bei der Königin eine Audienz gehabt haben und von ihr mit großer Auszeichnung behandelt worden sein. — Es heißt, die hiesige Regierung habe das französische Kaiserreich anerkannt.

‖ **London**, 8. Dec. Die Regierung schickt fortwährend Vorräthe von Kriegsmunition nach den Kanalinseln.

Brüssel, 9. Dec. Hier ist das Gerücht verbreitet, mit Frankreich sei ein provisorischer Handelsvertrag abgeschlossen. (Tel. Dep. d. Köln. Z.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 10. Dec. Oesterreichische Loose waren auch heute beliebt, besonders begehrt waren Wiener Bankactien, 1391 fl. G.; 5pCt. Metall. waren 81⅛ pCt., 4½pCt. Metall. 72½ pCt. G., auf Lieferung pr. Ultimo Monats 73 pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. etwas weniger fest, 91½, pCt., 500 fl. Loose 193½, pCt., 250 fl. Loose 118½ pCt. Spanische Fonds waren auch heute auf niedrigere Notirung verstellen von den meisten fremden Börsen wieder mehr angeboten; 1pCt. Neue gelgten im Allgemeinen aber, ungeachtet starker Verkäufe, welche darin geschahen, eine feste Haltung, bis zu 23¹⁷/₁₆ pCt. verhandelt, schließen dieselben zuletzt 23⅞, à ⅞ pCt.; 3pCt. Inländische waren zuletzt 44 à 43½ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn wie gestern 48⅞ pCt. Verbodt gefragter 99½pCt., Köln-Minden 116 pCt., Taunus 303 fl. Die meisten übrigen gangbaren Papiere blieben auch heute ohne wesentliche Courveränderung. — Abends in der Effectenbörse fanden durchaus keine Abschlüsse statt.

Berlin, 9. Dec. Staatsschl. 94½, Brf., 93⅛, G. — Köln-Minden 116⅛, Brf., 115⅞, G. — Fr.-W.-Nord. 48⅞, Brf., 48½, G., 45, 44⅞, 45 bez. — **Paris**, 9. Dec. 4½pCt. Rente 105, 85. — 3pCt. 84, 50. — Neapol. 107. — 5pCt. Rom. Obrect. 98⅛, ⅜. — Span. neue Diff. —. — 1pCt. 51. — Innere Schuld 44¼, ½. — Passive —. — Bankactien 2900. — Piemont 5pCt. 100. — Römisches Anlehen Juni 1850 98. — do. 1850 98. — St. Germain-Eisenbahn —. — Versailles, linkes Ufer 350. — Straßburg-Basel 350. — Nordbahn 875. — Paris-Strasburg 787, 50.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 10. Dec. 5pCt. Metall. 95⅛. — 5pCt. do. B. 110⅛. — 5pCt. Anlehen vom Jahr 1852 94⅛. — 4½pCt. do. 84⅜. — Bankactien 1359. — 250 fl. Loose 138⅛. — London 11 fl. 20 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 106. — K.-L.-Nordb. 239⅛. — Hamburg-Florenz 100⅝. — Siena-Amiati 69½. — Paris 135. — London in Drikt 11 fl. 20 kr. — Silber 44⅛. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

[2765]

Bekanntmachung.

Die Begebung des Spielpachtes in Baden-Baden vom 1. Jänner 1854 an betreffend.

1) Das Conversationshaus in Baden, nebst der damit verbundenen Restaurations- und Spielbank-Concession soll mit Ablauf des bisherigen Pachtvertrags, vom 1. Januar 1854 anfangend, weiter in Bestand gegeben werden.

2) Die gedruckten Pachtbedingungen werden von der Großhrzgl. Badeanstalten-Commission in Baden, von der Großhrzgl. Amortisationscasse und der Expedition des Großhrzgl. Ministeriums des Innern in Carlsruhe auf Verlangen abgegeben.

3) Wer als Bewerber um den Pacht auftreten will, hat zur Sicherheit für den Vollzug des Geschäfts eine Caution von 125,000 fl. — Einmal Hundert fünf und zwanzig Tausend Gulden — durch Hinterlegung von Schuldscheinen bei der Gr. Amortisationskasse zu stellen.

4) Die als Caution faustpfändlich zu hinterlegenden Schuldscheine müssen auf den Inhaber lauten und können in

Badischen Staatspapieren,
Staatspapieren anderer deutschen Bundesstaaten,
Russischen, Holländischen und Belgischen Staatspapieren,
Schuldpapieren Badischer Standes- und Grundherren

bestehen.

Alle diese Papiere werden in dem zur Zeit der Hinterlegung in Frankfurt a. M. bestehenden Course nach Abzug von zehn Procent berechnet.

Hinterlegungsscheine der Badischen Versorgungsanstalt werden ebenfalls und zwar im Nominalbetrage als Caution angenommen.

Die Cautionspapiere müssen spätestens am Montag 17. Januar 1853 Vormittags 12 Uhr mit einem doppelt ausgefertigten Verzeichniß der Großhrzgl. Amortisationskasse übergeben werden.

5) Die Bewerber um den Pacht werden hiermit eingeladen, Dienstag, den 18. Januar 1853, Vormittags 10 Uhr, persönlich oder durch Bevollmächtigte in dem Sitzungssaale des Gr. Ministeriums des Innern zu Carlsruhe ihre Angebote verschlossen einzureichen. Nach elf Uhr wird kein Angebot mehr angenommen.

Die Angebote müssen auf das den Bedingungen beigebrachte Formular geschrieben sein, und werden nur angenommen, wenn die Caution gestellt ist.

6) Die Entscheidung, ob und welchem Bewerber der Pacht zu übertragen sei, erfolgt innerhalb drei Wochen, vom Tage der Einreichung der Angebote an gerechnet, durch das Gr. Staatsministerium.

Während dieser Zeit bleibt jeder Bewerber, bis die Vergebung erfolgt ist, an sein Angebot gebunden.

Sofort wird denjenigen, welche den Pacht nicht erhalten haben, die Caution zurückgegeben.

Carlsruhe, den 8. December 1852.

Großh. Badisches Ministerium des Innern.

Frhr. von Marschall.

L. Stösser.

Alle diejenigen, welche auf den Genuß des vom sel. Herrn Doctor Beyer gestifteten, ehemals Beyer und Lauterbachischen, vormaleu erledigten jährlichen Legats gerechten Anspruch zu machen vermeinen, werden hierdurch ersucht, ihr vermeintliches Recht innerhalb sechs Wochen bei Endesunterzeichneten legal einzubringen, nach deren Verlauf der Genuß demjenigen wird zugestanden werden, der das Erforderliche gehörig erwiesen und nach der Stiftungsurkunde dazu geeigenschaftet sein wird.

Frankfurt a. M., den 10. December 1852.

Von Beyer'scher Curatel wegen:
J. P. Ehmann,
[2759] Verwalter im Brunnfels dahier.

Kräuter-Pomade zur Beförderung des Haarwuchses,
Töpfe à 2 und 4 Thlr.

Rundiner-Pomade zur Entfernung der Schuppen,
per Topf 1½ Thlr.

Candifolia-Extract, nebst 1 fleischen Schminke, zur Verbreitung der Runzeln, pr. Glas 1 Thlr.

Haarfärbungsmittel pr. Flacon 25 Sgr.

Zahnpulver gegen Schmerzen und Weinstein, 10 Sgr.

Liliones gegen Sommersprossen, Leberflecken ꝛc., per Flacon 1½ Thlr.

Lager dieser Artikel halten wir in der Handschuh- und Parfümerie-Handlung von Herrn *H. C. von Oyen* in Bielefeld in Westphalen Nr. 33 in Frankfurt a. M. Rothe & Comp. in Berlin, früher in Cöln. [2758]

[2766] Bei der Redaction des **Frankfurter Handels-correspondent** sowie durch alle Buchhandlungen ist zu haben:

Das Serienbuch der k. k. Oesterr. älteren Staatsschuld.

Die Serienbücher sämmtlicher Staats- und fürstlichen Lotterie-Anleihen, ohne aber mit eingetragener Serie.

Verzeichniß der Serien- und Gewinn-Ziehungen derselben, welche im Laufe des Jahres 1853 gezogen werden.

Die Ziehungslisten und Pläne von allen derselben.

[2666] **Gräflich Karl zu Ely'sche Anleihe**

von fl. 270,000 im fl. 24 Fuße, d. d. Eltville, den 28. September 1844 betreffend.

Vermöge der uns zugegangenen Anzeige werden die am 7. August 1850 verlosten durch uns negocirten Gräflich Karl zu Ely'schen Partial-Obligationen

Lit. A. Nr. 93 zu fl. 1000.
Lit. B. Nr. 274 zu fl. 500.

pro 1. November 1854 rückzahlbar, in Folge des obligationsmäßigen früheren Heimzahlungsrechtes auf den 1. März 1853 zur Rückzahlung gekündigt, von welchem Termine an eine weitere Verzinsung aufhört. Frankfurt a. M., den 25. November 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.
Feist Emden & Sohn.

Neusilber- und galvanisch versilberte Neusilberwaaren

in neuen Façons aus bestem Neusilber, gediegene Arbeit, bestehend in:

Kirchengeräthen: Altarleuchter, Altarkannen, Kelche und Communionteller, Weihrauchschiffchen, Weihrauchfässer, Meßpollen mit Teller, Meßschellen, Kirchenlampen, Taufkannen, Taufschüsseln, Crucifixe ꝛc.

Tisch- und Speisegeräthen: Thee-Kessel, Kaffee-, Thee- und Milchkannen, Brod- und Fruchtkörbe, Theebretter in rococco rund und eckig, in verschiedenen Größen, Kuchenkörbe, Frucht- und Dessertteller, Zuckerdosen, Zuckerzangen, Champagnerkühler und Flaschenhalter, Weinflaschen- und Gläserunterlätze, Korke für Weinflaschen, Trinkbecher, Serviettenbänder ꝛc.

Suppen-Vorlegegeräthe, Punsch-, Gemüse-, Eß- und Theelöffel, Milch- und Saucenlöffel, Fischund Tortenschaufeln, Salatlöffeln, Salat-Löffel und Gabeln, Trauchte-, Tafel- und Dessertmesser und Gabeln, Butter- und Käsemesser, Reisebestecke, Gestelle mit Gläser für Essig und Oel, für Senf, Pfeffer und Salz ꝛc.

Beleuchtungs-Artikel: Lemleuchter, Tafel-, Spiel- und Handleuchter, Schiebelampen, Lichtscheeren und Untersätze, Wachsstockscheeren und Wachsstockdüchsen ꝛc.

Artikel für Herren und Damen: Fingerhüte, Nadelbüchsen, Strick- und Schlüsselhalen, Börsenbügel, Haar- und Hutnadeln, russische Armbänder ꝛc.

Reise- und Taschenfeuerzeuge, Cigarrengefälle, Aschbecher, Crayons, Petschafte, Tabaksdosen ꝛc.

Reit- und Zuggeschirre: Reit- und Fahrstangen, Trensen, Steigbügel, Sporen zum Anschnallen, Anschrauben, Anschrauben und Einstecken, Lanz- und Gesellschaftssporen ꝛc.

Rohem Material: Blitzel-Nickel von 60% bis zum metallisch-reinen, Neusilberdrähte und Draht ꝛc. in verschiedener Qualität und jeder beliebigen Stärke.

Für sämmtliche Waaren sind feste Fabrikpreise; nach diesen werden alle, sahrelang gebrauchte Gegenstände zu Dreiviertheil des Fabrikpreises zurückgekauft, galvanisch versilbert für die Hälfte. Gänzlich verbrauchte Waaren werden mit fl. 1. 12 kr. bis fl. 2. 20 kr. per Pfund bezahlt, nach Qualität laut Preiscourant.

Unter Zusicherung reeller Bedienung empfiehlt vorstehendes ergebenst [2760]

A. F. Beuthe, in Frankfurt a. M. im Braunfels.

[2769] **Physikalischer Verein.**

Samstag den 11. December: Beschreibung der Erichsen'schen Luft-Expansionsmaschine (Calorie-engine), deren Erfindung derselben mittelst einer in großem Maßstabe ausgeführten technischen Skizze mit beweglichen Bentilen, von Hrn. Dr. A. Poppe. — Ueber die leichte Reducirbarkeit des flüssigen Knallsilbers.

[2762] **Ein empfohlener Kunstgärtner** (Nr. 291 d. Bl.) wünscht baldigst Engagement, sey selbes auch erst nach Neujahr, anzutreten.

[2761] In einer Engros-Handlung einer Provinzialstadt Nordhessens wird ein Commis und ein Lehrling mosaischer Religion gesucht. Auf schöne Handschrift und angenehmes Aeußere wird reflectirt. Franco'irte schriftliche Anfragen befördert die Expedition.

---

34. Braunschweiger Lotterie.

Ziehung 1. Classe 16. und 17. December.
Haupttreffer: fl. 87500, 42500, 25000, 17500 ꝛc. ꝛc.
Ganze Loose zu fl. 7, ½ zu fl. 3. 30 kr., ¼ zu fl. 1. 45 kr., ⅛ zu 52 kr. empfiehlt

Carl Köchberg,
[2705] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

Mailand-Como-Rentenscheine.

Ziehung den 2. Januar 1853.
Originalscheine coursmäßig bei
J. N. Trier & Comp.
[2709] im Türkenhof.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Conversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Samstag (Beilage zu Nr. 296.) 11. December 1852.

Deutschland.

♃ **Berlin**, 9. Dec. In Folge der an hiesige diplomatische Personen aus Madrid angelangten Privatschreiben, ist die Aufmerksamkeit auf die Entwickelung der Dinge in Spanien in hohem Grade gerichtet, zumal in dem Schreiben darauf hingewiesen wurde, daß neben der großen Anzahl spanischer Granden auch fast die einflußreichsten Generale gegen die beabsichtigte neue Ordnung der Dinge eingenommen seien, so daß der Erfolg der Bestrebungen der dortigen Regierung noch als sehr zweifelhaft bezeichnet werden müsse. In den neuesten Nachrichten werden die Aussichten für das Gelingen der Pläne der Regierung indessen als bedeutend günstiger dargestellt und eine Erschütterung in Spanien nunmehr weniger besorgt. Die neuen Wahlen zu den Cortes würden zu der eigentlichen Entscheidung führen. Die Privatschreiben, deren wir oben erwähnten, machen gar kein Hehl daraus, daß das gegenwärtige spanische Ministerium eine Ordnung der Dinge einzuführen beabsichtige, wie sie in Bezug auf Verfassungsverhältnisse jetzt in Frankreich besteht. Daß die spanische Regierung in ihrem Vorschreiten von Frankreich im Geheimen unterstützt wird, daran zweifelt man hier nicht.

Folgende Nachrichten aus einer Nummer der „Pos. Ztg." geben ein Bild der provinziellen Verhältnisse im Großherzogthum Posen: Am 24. d. M. wurde in Barowiec Hauland der Leichnam eines bekannten Mannes aus Pietrowo aufgefunden, und hat bis jetzt die wahre Ursache des Todes Menschen noch nicht festgestellt werden können. Am 26. v. M. ist in dem nicht weit entfernten Dorfe Kamionek ein schauderhafter Raubmord an der Frau des dortigen Wirthes Wels ausgeführt, und zwar am gedachten Tage Vormittags gegen 10 Uhr. In einer Schenke zu Zolenbowo (Kreis Bromberg) schleuderte bei Gelegenheit eines Streites ein Arbeiter ein Stück Holz einem andern dermaßen an den Kopf, daß dessen Tod erfolgte. In Piecki (Kreis Bromberg) drangen 4 Räuber in die Wohnung eines Kathners und feuerten ihre Schußwaffen auf ihre Verfolger ab. Eine ähnliche Geschichte trug sich am Abend des 28. v. M. in Drzewianowo (Kreis Bromberg) in der Wohnung des Käthners Ebelt zu. Es drangen plötzlich drei mit Doppelpistolen bewaffnete Personen ein, welche Geld forderten. Als sie solches nicht erhalten konnten, warfen sie den ꝛc. Ebelt nieder, prügelten ihn tüchtig durch und gingen hierauf ab. In dem Zimmer waren noch mehrere Bekannte des Ebelt anwesend. Dieselben verhielten sich indeß, aus Furcht, von den Räubern erschossen zu werden, was ihnen bei der geringsten Bewegung oder Annäherung angedroht war, ganz passiv.

⊙ **Stuttgart**, 9. Dec. Das alte, längst schadhaft gewordene Kirchlein zu Berg, bei Cannstatt, welches von dem Hügel, auf dem es erbaut ist, weit in das liebliche Neckarthal hineinschaut, wird abgerissen und an seiner Stelle, nach Verfügung Sr. Maj. des Königs, eine Kirche in reinem gothischen Style erbaut werden. Die unserer Residenz zunächst liegende, durch mehrere königliche Landsitze und sonstige bemerkenswerthe Bauten verschönerte Gegend wird dadurch einen neuen Reiz erhalten. — Die Jesuiten werden um die Mitte dieses Monats auch in dem benachbarten Weil der Stadt Missionsexercitien halten. Dieses frühere Reichsstädtchen von dermalen 1700 Einwohnern ist die unserer Residenz zunächst befindliche größere, geschlossene katholische Gemeinde und liegt überhaupt vereinzelt inmitten des protestantischen altwürttembergischen Landes. — Die Tabaksproducenten unseres Landes, welche in Ludwigsburg eine Versammlung hatten, zeigten als diesjährigen Tabaksertragniß im Ganzen 2227 Ctr. zum Verkaufe an. Durch die lockenden Gewinne dieser Production haben namentlich die Orte des Neckarkreises, bis gegen Tübingen und Reutlingen hin, zum Tabaksbau sich bestimmen lassen. Es werden namentlich die für Cigarrenfabrikation passenden Sorten für unsere Verhältnisse empfohlen, und in Ludwigsburg ist ein Musterlager von den im Lande erzeugten zum Verkauf bestimmten Tabaksblättern errichtet. Daß aber dieser neu einzuführenden Production der einheimische Weinbau nicht vergessen werde, möge aus der hier wieder abgehaltenen Generalversammlung des Weinbauvereins und der Weinverbesserungsgesellschaft ersichtlich sein. Die Gesellschaft ertheilt alljährlich Prämien für musterhafte Anlage von Weinbergen, und hat, wodurch sie am meisten für Verbesserung des Weinbaus wirkte, seit ihrem Bestehen nicht weniger als 16,121,434 Stück Schnittlinge unentgeltlich an die Weingärtner des Landes verabfolgt. Auf die nächstkommenden Tage ist von dem Ministerium des Innern eine Versammlung von Landwirthen hierherberufen, welche über den Entwurf eines Culturgesetzes ihr Gutachten abgeben soll. Die Versammlung wird aus Vertretern aller Zweige der Landwirthschaft, aus großen und kleinen Grundbesitzern bestehen. — Nachdem der Arbeiterverein zu Ulm polizeilich aufgelöst und seine Führer ausgewiesen worden, und der Arbeiterverein in Geislingen, in Folge der polizeilichen Auflösung des Centralausschusses zu Göppingen freiwillig sich aufgelöst hat, sind nunmehr sämmtliche Volks- und Arbeitervereine im Lande verschwunden. Dagegen sind Sparvereine, in welchen auch die geringste wöchentliche Einlage von einem Groschen angenommen wird, im Entstehen, und es sind die Statuten eines solchen für die hiesigen Gewerbsgehilfen von der königlichen Kreisregierung, unter Anerkennung des gemeinnützigen Zwecks, genehmigt worden. — Ein neues Tagblatt für Stadt und Land, unter dem Namen „Stuttgarter Journal", ist heute zum erstenmal ausgegeben worden, und scheint seine Ankündigung, durch Anstand, Tact und guten Ton sich Achtung zu erringen, rechtfertigen zu wollen; auch ist die äußere Ausstattung recht gut. — Die Universität Tübingen zählt in diesem Wintersemester 795 Studirende, worunter 149 Ausländer; die land- und forstwirthschaftliche Akademie Hohenheim 101 Studirende, worunter 56 Ausländer. — Graf v. Mandelsloh, vormaliger württembergischer Gesandter in Wien, ist zu Conge bei Paris gestorben.

± **Darmstadt**, 10. Dec. Heute begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung der Anklage gegen die Katharina Mayer von Fürth, beschuldigt der Ermordung ihres unehelichen Kindes, der vorhergegangenen Mißhandlung desselben und des ausgezeichneten Diebstahls. Das Kind, der fortgesetzte Gegenstand der Abneigung seiner Mutter, kam dadurch ums Leben, daß diese es am 28. August v. J. wider die Wand schleuderte, was eine tödliche Kopfverletzung zur Folge hatte. Die Erscheinung ist psychologisch denkwürdig und zeigt ein Weib, das, vom Bettel und Frevel lebend, ihr Kind zum Gegenstand ihrer feindseligen Gesinnung und Mißhandlung machte, während sie einem jüngern Kinde ihre mütterliche Liebe zuwendete. Leider sind solche unnatürliche Mütter keine Seltenheit. Unsere Strafrechtspflege zählt mehrere solche Fälle auf. Die Angeklagte stellt in Abrede, die Absicht gehabt zu haben, ihr Kind zu tödten, und will im Zorn gehandelt haben. Vor morgen Abend ist das Urtheil nicht zu erwarten.

Mainz, 9. Dec. Wie wir vernehmen, hat das großherzogliche Ministerium der Justiz an die Stelle des erkrankten Untersuchungsrichters hier, Herrn Dr. Osael, der, nachdem er dieses Amt drei Jahre bekleidet, nunmehr wieder ins Collegium tritt, dieser Tage den Herrn Bezirksrichter Dr. Schmitt ernannt und wird dieser Beamte mit dem nächsten Jahre die Stelle eines Untersuchungsrichters antreten. (M. Z.)

Wiesbaden, 9. Dec. Gestern hörten wir mehrfach versichern, daß nunmehr auch von Seiten der preußischen Regierung die Concession zum Baue der Eisenbahn von hier über den Westerwald nach Deutz an den belgischen General Nellon ertheilt worden sei. (Mainz. Z.)

Dillenburg, 7. Dec. Sichern Vernehmen nach haben die beiden Häupter der hiesigen sogenannten Pietistenpartei, Karl und Philipp Richter hier, heute bei dem herzoglichen Decanate in Dillenburg eine an das hiesige Consistorium in Wiesbaden gerichtete Erklärung abgegeben, in welcher sie der Oberbehörde ihren Austritt aus der evangelischen Landeskirche anzeigen, und weiter beurkunden, daß sie zu den Baptisten übergetreten seien. Man sagt, die Genannten haben sich nebst einem jungen Burschen von hier unlängst in Marburg taufen lassen. Ob sie weiteren Anhang hier finden werden, wird die Folge lehren. (N. A. Z.)

♫ **Aus Mecklenburg**, 5. Dec. Die an den Landtag bisher gelangten Regierungspropositionen betrafen eine Verfassungsreform

nicht. Selbst die eine Partikel derselben behandelnden Vorlagen wegen Reformen der Heimatsgesetzgebung, welche zu Differenzen mit Preußen Anlaß gegeben haben, werden, wenn sie, in Voraussicht der Vergeblichkeit, überhaupt an den Landtag gelangen, in keiner Weise Zustimmung erfahren. Zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin ist zur Ausgleichung der bekannten Differenzen ein Interim festgestellt, hinsichtlich dessen Mecklenburg-Schwerin sich verpflichtete, vorläufig alle Personen, welche als Gesellen, Dienstboten u. s. w. in Preußen einen Wohnsitz genommen, auf Verlangen des dortigen Gouvernements event. wieder aufzunehmen; eine frühere dieserhalbige Weigerung hatte jene Streitfrage zwischen beiden Staaten angeregt. Die streitliche Regierung hat nunmehr Reskripte an den Landtag ihre Bestätigung an den bevorstehenden Verhandlungen wegen Ausgleichung dieser Heimatsdifferenzen erklärt. Nach mecklenburgischem Gesetz hat jeder seine Heimat dort, wo er geboren oder seine Aeltern ansässig sind; sobald er sich verheiratet, gehört er mit Weib und Kind dahin, wo ihm die Niederlassung von der Obrigkeit verstattet wird. In Mecklenburg geht diese Verleihung des Heimatrechts von einzelnen Rittergutsbesitzern und Gemeinden aus; die Befugniß hierzu ist in der Verfassung vorgesehen, ohne daß jedoch in den betreffenden Paragraphen auch eine Verpflichtung sich ausgedrückt fände, welche die Befugten nöthige, Individuen für den Fall der Auswanderung oder Ortsveränderung wieder aufzunehmen; die Regierung ist außer Stande, sowohl solche Rückkehrenden als auch aus dem Auslande Staatsangehörige zu recipiren, wenn nicht die einwilligende Verpflichtung der einzelnen Gemeinde für jene eingetreten ist. Dies ist der erheblichste Incidenzpunkt für die Verhandlungen wegen Ausgleichung der mit Preußen schwebenden Differenzen. Binnen kurzem wird der Landtag darüber berathen. Mit Bezug auf die bestehende Heimatsgesetzgebung dürften, hinsichtlich der vielbesprochenen Ausweisung des katholischen Priesters Holzammer von den Gütern des Kammerherrn v. d. Kettenburg, folgende Notizen über die Auffassung dieser Angelegenheit seitens der Regierung und Stände Aufschluß an Orte sein. Die von Letzterem zu Gunsten seines Kaplans bethätigte Auslegung eines Heimatscheines auf dem Gute Perrow konnte allein nicht zur Berechtigung genügen, es müßte in solchen Fällen die factische Errichtung eines Hausstandes gleichzeitig vor sich gegangen sein. Gesetzlich war in dem beregten Fall eine Umgehung des gouvernementalen Verbots der Ausübung katholischen Hausgottesdienstes für den Priester Holzammer durch die Verleihung des Heimatrechts auf dem Kettenburgschen Gute unstatthaft. Endlich trat für den Fall, daß dem Gutsbesitzer die Absicht einer solchen Umgehung nicht nachgewiesen werden konnte, ein bestehendes Gesetz ein, welches einem katholischen Priester nur in den Städten Schwerin und Ludwigslust einen dauernden functionären Aufenthalt zugesteht. Dies ist der strikte tatsächliche Moment in Rücksicht auf jene Ausweisung, welche zur confessionellen Streitfrage geworden, und in einer Beschwerdeschrift, behandelt von Herrn v. d. Kettenburg, vor kurzem dem Bundestage eingereicht wurde.

* **Frankfurt**, 11. Dec. Gestern fand die Bestattung des Bankiers Herrn Grunelius statt. Gegen zweihundert der angesehensten Bürger unserer Stadt begleiteten die Leiche des in seinem Leben so hoch geehrten Mitbürgers zur Ruhestätte. Fünfzig Equipagen folgten dem Trauerzug. — Gestern wurde der angeblich Löwenfels von hier nach Mainz gebracht, wo sich ebenfalls die Spuren von ihm verübter Gaunereien zeigt haben sollen. Ungeachtet der angestrengtesten Thätigkeit unserer Polizeibehörden mehren sich Diebstähle und Einbrüche in schreckenerregendem, früher nie gekanntem Maße. So wurde vor einigen Tagen in Oberrad ein frecher Einbruch und Diebstahl an Geld und Werthpapieren verübt. Der Thäter wurde sogleich verfolgt, allein in Mainz verlor man seine Spur.

* **Frankfurt**, 11. Dec. Das zur Entwerfung eines Statuts für den hier zu bildenden Handelsverein ernannte Comite hat sich an einige größere Städte gewendet, in denen ähnliche Vereine, Handelsgerichte u. s. w. bestehen, und um Mittheilung der betreffenden dort geltenden Statuten u. s. w. gebeten, um auf diese Weise für die hier zu erreichenden Zwecke eine bestimmte Grundlage zu gewinnen. — Als Curiosität theile ich Ihnen mit, daß gestern Mittag in einem Garten am Bockenheimer Thor ein lebendiger Maikäfer gefunden wurde.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 8. Dec. Indem in unserm großen Rath Herr Kaiser die Regierung bitter tadelte, daß sie die Jesuitenmission im Jura erlaubt habe, verschierte er, der Zweck dieser Mission sei kein anderer, als den Jura von Bern loszureißen und ihn mit Frankreich zu vereinigen, wofür bereits Unterschriften gesammelt würden. Er fragte, ob die Regierung Kenntniß von diesen Thatsachen habe und was sie zu thun gedenke. Regierungspräsident Büchi entgegnete: von den Missionen habe die Regierung keinerlei amtliche Mittheilung erhalten, sie werde aber in keiner Weise die Bevölkerung des Jura in der Ausübung ihrer confessionellen Rechte stören, dagegen ungesetzlichen Mißbrauch derselben bestrafen; von imperialistischen Umtrieben wisse man nichts. — In der heutigen Sitzung kam der Gesetzentwurf über Aufhebung des Lehrerinnenseminars in Delsberg zur Berathung. Der Berichterstatter, Regierungsrath Mosthard, stellt als Grund der Aufhebung voran, daß das Institut im Jura unpopulär sei, weil Katholiken und Protestanten im Seminar gleichzeitig unterrichtet würden, was religiösen Indifferentismus erzeuge. Der Staat werde statt der bisherigen 10,000 Franken künftig nur 4000 Franken für Stipendien brauchen. Die Opposition kämpft mit aller Macht gegen diese Aufhebung als eine Concession an den Ultramontanismus. Die Aufhebung wird mit Mehrheit beschlossen.

⊙ **Bern**, 9. Dec. Die Berathung des Gesetzentwurfs über die Reorganisation des Lehrerseminars in Münchenbuchsee gab der radicalen Opposition in unserm großen Rath einen willkommenen Anlaß, gegen die Richtung unserer Regierung zu Feld zu ziehen. Ihren Hauptangriff richtete sie gegen die Bestimmung, daß künftig der Seminarcurs nur ein Jahr dauern und die Zöglinge ihre Vorbildung nach freier Wahl an andern Orten sich aneignen können. Das Gesetz wurde trotz aller Anstrengungen der Radicalen angenommen. — Graf de Launay, sardinischer Geschäftsträger in der Schweiz, hat seine Ernennung zum Ministerresidenten in Berlin erhalten.

Italien.

†† **Turin**, 7. Dec. Das britische Gouvernement scheint seiner Ambassade in Florenz gegenwärtig eine erhöhte Bedeutung beizulegen; während des nur kurzen Urlaubs des Herrn Bulwer ist der erste hiesige Gesandtschaftssecretär, Lord Erskine, als Stellvertreter dahin beordert worden. Die jüngst erwähnten zwei amerikanischen Kriegsschiffe sind von Genua nach Mahon abgegangen, wo sich ein ganzes Geschwader dieser Flagge befindet, um, wie es heißt, Spanien zu imponiren und den Gang der europäischen Ereignisse zu beobachten. Die ältesten Leute erinnern sich keiner solchen Stürme, wie die, welche seit kurzem das mittelländische Meer heimsuchen und viel Unglück verursachen. In Nizza ist der Bar ausgetreten, und droht die Lorenzobrücke einzureißen.

Frankreich.

Paris, 7. Dec. Der Senat hat gestern die Mittheilung zweier Senatusconsulte entgegengenommen. Das erste bezieht sich auf Abänderungen der Verfassung, das zweite auf die Civilliste und die Dotation der Krone, sowie auf die Stellung und Dotation der Mitglieder der kaiserlichen Familie. Das die Verfassung betreffende Senatusconsultum bezweckt hauptsächlich die Ausdehnung der Vorrechte des Kaisers und die Verminderung der Gewalt des gesetzgebenden Körpers. Der Beberathung des gesetzgebenden Körpers soll dadurch geschwächt werden, daß man ihm den Einfluß auf die Finanzen entzieht. Die Haupthestimmungen dieses Senatusconsultums sind folgende: Alle gemeinnützigen Arbeiten können von dem Kaiser decretirt und autorisirt werden. Die vom Kaiser abgeschlossenen Handelsverträge haben Gesetzeskraft. Das Budget, das einzige Gebiet, auf welchem der gesetzgebende Körper durch Erörterung der Ausgaben und durch Verwerfung der einzelnen Ausgaberubriken (chapitres) eine gewisse Unabhängigkeit zeigen konnte, soll hinfort nicht mehr in der Art erörtert werden, daß über jede einzelne Rubrik abgestimmt wird. Man wird vielmehr ein ganzes Ministerialdepartement nach dem andern in einer Abstimmung zusammenfassen, so daß die Verwerfung einer einzigen Rubrik die Verwerfung aller in das betreffende Ministerium einschlagenden Ausgaben mit sich bringen würde. Die Höhe der verschiedenen Ausgabeposten bestimmt der Kaiser; nur für das erstemal wird die Zustimmung des Staatsrathes in Anspruch genommen. Die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers erhalten für die ganze (dreimonatliche) Dauer der Session 6000 Fr. Den Hauptprotocollführern und dem Präsidentschaftssecretär (es sind dies keine Mitglieder des gesetzgebenden Körpers) wird ein Gehalt von 6000 bis 9000 Fr. angesetzt. Ein Gleiches gilt von dem Quästorsrathe. Der für die Oeffentlichkeit bestimmte Sitzungsbericht wird, ehe die Zeitungen ihn erhalten, einer aus dem Präsidenten des gesetzgebenden Körpers und den Präsidenten der einzelnen Abtheilungen gebildeten Commission vorgelegt. Das am Anfange einer jeden Sitzung zu verlesende Protocoll soll nur die Hauptvorgänge der betreffenden Sitzung enthalten, ohne sich auf Einzelheiten einzulassen. Dasselbe Senatusconsultum verfügt, daß jeder Senator eine Dotation von 30,000 Fr. erhalten soll, und setzt die Zahl der Senatoren auf 150 fest. — Die Haupthestimmungen in Bezug auf die Civilliste des Kaisers und der kaiserlichen Familie sind folgende: Die Ziffer der Civilliste des Kaisers ist unausgefüllt gelassen und man wird den Senat seine Meinung darüber abgeben lassen. Man vermuthet, daß die Civilliste sich auf 25 Mill. Fr. belaufen werde. — Der älteste Sohn des Kaisers wird den Titel

„kaiserlicher Prinz" annehmen. Die Mitglieder der kaiserlichen Familie, welche eventuel zur Thronerbfolge berufen sind, sollen französische Prinzen genannt werden. Diese französischen Prinzen werden mit 18 Jahren Mitglieder des Senats und des Staatsraths. Eine Summe von 1,500,000 Fr. wird unter die kaiserliche Familie vertheilt. Zur kaiserlichen Dotation gehören an liegenden Gründen folgende Paläste: die Tuilerien, das Louvre, das Elysee, die Schlösser Versailles, Marly, St. Cloud, Meudon, St. Germain en Laye, Compiegne, Fontainebleau, Rambouillet, Pau, Straßburg, Villeneuve-l'Etang, Lamothe-Beauvais und la Grilliere; die Manufacturen von Sevres, von Beauvais und die Gobelins-Fabrik; das Mobiliar der Ile des Cygnes; die Wälder und Forste von Vincennes, Senard, Dourdan und Loigne. Wie man sieht, sind die Besitzungen, welche der Präsident der Republik ankaufte, mitbegriffen in der kaiserlichen Dotation. Nach dem Senatusconsultum verfallen die Güter des Kaisers bei seiner Thronbesteigung an den Staat. Was er aber während seiner Regierung erwirbt, darüber kann er frei verfügen. Zur Dotation gehören an beweglichen Gütern: die Krondiamanten, Museen, Bibliotheken u. s. w. Das Witthum der Kaiserin wird durch einen künftigen Senatsbeschluß zur Zeit der Heirath bestimmt werden. Man glaubt, daß der Entwurf des Senatusconsultums, so weit er sich auf die Verfassung bezieht, im Senat auf Widerspruch stoßen wird. Morgen wird sich der Senat in seinen Bureaux versammeln, um die beiden Ausschüsse zur Prüfung des Senatusconsultums zu ernennen. (K. Z.)

Man liest im „Constitutionnel": Die Mächte, welche das Kaiserthum schon anerkannten, haben sich nicht auf eine bloße Acceptirung einer Thatsache beschränkt, sondern sie haben dem Staatsoberhaupte die freundschaftlichsten Versicherungen überbringen lassen. Das Kaiserthum nimmt nicht bloß auf dem Fuße der Gleichheit, sondern auch auf dem eines leichten Einvernehmens (entente facile) und eines gegenseitigen Vertrauens unter den europäischen Monarchien Platz. Wir brauchen hier bloß an die Sprache der halbamtlichen Blätter Deutschlands zu erinnern, um den freundschaftlichen Eifer vorhersehen zu lassen, womit die großen Continentalmächte den neuen Titel Napoleon III. aufnehmen werden, diesen Titel, der ein neues Unterpfand für den Triumph der Ordnung und Moral und für die Ruhe Europa's ist. — Die „Patrie" bezeichnet, bei Gelegenheit der projectirten amerikanischen Entdeckungsexpedition nach dem Innern von Afrika, Napoleon dem Dritten die friedliche Eroberung dieses Festlandes für Civilisation und Handel als ein seiner würdiges Ruhmesfeld.

Hr. Mires, Eigenthümer des „Pays" und des „Constitutionnel", hat zur Ausbeutung dieser beiden Journale eine Actiengesellschaft mit 3 Millionen Capital gegründet, das in 6000 Actien zu 500 Fr. vertheilt ist. Er verspricht den Unterzeichnern aus dem Inseratenertrag der beiden Journale, denn er auf mehr als 800,000 Fr. anschlägt, 18 bis 22 Procent Gewinn. Die Gesellschaft führt den umfassenden Namen: „Gesellschaft der vereinigten Journale", unter den sich leicht noch andere Journale absorbiren lassen können.

† **Paris**, 9. Dec. Ich bin im Stande, Ihnen nachstehenden Entwurf des Senatusconsultums mitzutheilen, der gegenwärtig dem Senat zur Berathung vorliegt. Man wird aus demselben ersehen, daß die beabsichtigten Modificationen der Verfassung erheblicher Natur sind, und daß es hauptsächlich auf eine Verminderung der Befugnisse des gesetzgebenden Körpers abgesehen ist, insbesondere so weit dieselben die finanzielle Controle betreffen: dagegen sind die Prärogativen der Krone in diesem Entwurf bedeutend erweitert. Der Entwurf lautet:

Art. 1. Der Kaiser hat das Recht zu amnestiren und zu begnadigen. — Art. 2. Der Kaiser präsidirt, wenn er es für geeignet hält, dem Senat und dem Staatsrath. — Art. 3 Kraft Art. 3 der Verfassung abgeschlossene Handelsverträge haben bezüglich der Modificationen des in denselben stipulirten Tarifs Gesetzeskraft. — Art. 4. Alle Arbeiten von öffentlichem Nutzen, und ganz besonders die durch Art. 10 des Gesetzes vom 20. April 1832 und Art. 3 des Gesetzes vom 31. Mai 1841, und alle Unternehmungen von allgemeinem Interesse, werden durch Decrete des Kaisers angeordnet und genehmigt. Diese Decrete werden in den durch die Reglemente der Staatsverwaltung vorgeschriebenen Formen erlassen. Die für so genehmigte Arbeiten und Unternehmungen zur Verwendung kommenden Credite werden nach den für außerordentliche Credite vorgezeichneten Bestimmungen eröffnet und dem gesetzgebenden Körper in dessen nächster Session vorgelegt. — Art. 5. Die Bestimmungen des organischen Decrets vom 22. März 1852 (die Stellung der beiden legislativen Körperschaften zum Staatsoberhaupt betreffend) können durch Decrete des Kaisers modificirt werden. — Art. 6. Die eventuell zur Thronfolge berufenen Mitglieder der kaiserlichen Familie und ihre Descendenten sind französische Prinzen. Der älteste Sohn führt den Titel „kaiserlicher Prinz". — Art. 7. Die französischen Prinzen sind Mitglieder des Senats und des Staatsraths, sobald sie das einundzwanzigste Jahr zurückgelegt haben. — Art. 8. Die Civilstandsacte der kaiserlichen Familie, die Aufnahme ihrer Geburts-, Vermählungs- und Todesfälle werden vom Staatsminister entgegengenommen und auf einen Befehl des Kaisers an den Senat übermittelt, welcher deren Einzeichnung in die Register und Niederlegung in den Archiven anordnet. — Art. 9. Die Dotation der Krone und die Civilliste des Kaisers werden durch ein besonderes Senatusconsultum regulirt. — Art. 10. Die Zahl der von dem Kaiser direct ernannten Senatoren kann 150 nicht übersteigen. — Art. 11. Mit der Senatorwürde ist für Lebenszeit eine jährliche Dotation von 30,000 Fr. verbunden. — Art. 12. Das Ausgabebudget wird dem gesetzgebenden Körper vorgelegt und nach Ministerien, ohne Theilung in Kapitel votirt. Die Vertheilung des für jedes Ministerium bewilligten Credits in Kapitel wird durch im Staatsrath bekannt gegebenes Decret des Kaisers bestimmt. Besondere, in derselben Weise verkündigte Decrete können Uebertragungen von einem ins andere Kapitel genehmigen. Diese Bestimmung kommt beim Budget des Jahres 1853 zur Anwendung. — Art. 13. Der vom Art. 42 der Verfassung angeordnete Rechenschaftsbericht wird vor seiner Veröffentlichung einem aus dem Präsidenten des gesetzgebenden Körpers und den Vorsitzenden aller Bureaux bestehenden Ausschuß unterbreitet. Im Falle gleicher Vertheilung der Meinung entscheidet die Stimme des Präsidenten des gesetzgebenden Körpers. Das der Versammlung vorzulesende Protocoll der Sitzung führt bloß die Operationen und Abstimmungen des gesetzgebenden Körpers auf. — Art. 14. Die Deputirten zum gesetzgebenden Körper erhalten eine Remuneration, welche auf 6000 Fr. jährlich bestimmt ist. — Art. 15. Der vom Art. 14 der Verfassung vorgeschriebene Eid lautet folgendermaßen: „Ich schwöre Gehorsam der Verfassung und Treue dem Kaiser." — Art. 16. Die Art. 2, 9, 11, 15, 16, 17, 18, 19, 22 und 37 der Verfassung vom 14. Jannar 1852 sind abgeschafft.

Der Entwurf eines zweiten Senatusconsultums betrifft die Civilliste und die Dotation der Krone. Die Sitzungen des Senats sind bekanntlich geheime und die französischen Blätter dürfen nicht einmal ein kurzes Resume über die Verhandlungen bringen. Uebrigens weiß man, daß bis jetzt die Sache noch nicht weiter gediehen ist, als daß die Bureaux für jedes der beiden Senatusconsulte eine Prüfungscommission ernannt haben. Die dieser Ernennung in der Generalsitzung vorausgegangene allgemeine Debatte scheint ernster gewesen zu sein, als man anfangs erwartete, weniger freilich bezüglich der Krondotation und der Civilliste als in Betreff der Verfassungsmodificationen. Die Beschränkung der Befugnisse des gesetzgebenden Körpers in Budget- und Finanzsachen scheint auf Opposition zu stoßen; indessen wird auch diese gegen die Entwürfe nichts vermögen.

Dänemark.

△ **Kopenhagen**, 27. Nov. Se. Maj. der König hat dem kurfürstlich hessischen Geh. Finanzrath zu Frankfurt a. M., Herrn Freiherrn M. Karl v. Rothschild, das Ritterkreuz des königlich dänischen Danebrogordens verliehen.

Türkei.

* Zwischen Türkisch-Albanien und Montenegro hatte ungefähr seit einem Jahre ein Waffenstillstand bestanden. Seit den letzten blutigen Ereignissen wirft ein Theil dem andern dessen Bruch vor, und Manche behaupten, daß die Montenegriner denselben durch die früher vorgekommene Niedersäbelung eines Convois von 200 irregulären Arnauten zwischen Gaczko und Niksich, in der Herzegowina, zuerst verletzt haben. Factisch ist, daß seit einiger Zeit von beiden Seiten namhafte Rüstungen gemacht werden, daß der Vezier von Skatazi alle Muselmänner der Provinz zum heiligen Kampfe auffordert und sammelt, — daß anderseits 5000 bis 6000 Montenegriner, deren Zahl sich täglich vergrößert, zwischen Pipezi und Habljak aufgestellt sind, und daß 300 Montenegriner die Feste Habljak, welche ungefähr eine Stunde von dem Nordufer des Scutarier Sees entfernt liegt, in der stürmischen Nacht vom 23. zum 24. eingenommen haben. Fast die ganze Besatzung ward gefangen genommen, der Commandant schwer verwundet. Fürst Daniel Petrovich und seine Oheime Peter und Georg, Präsidenten des Senats, sollen als Sieger in Habljak bereits eingezogen sein. Der Kampf scheint sich weiter spinnen zu wollen und man spricht von einem sehr heftigen Zusammenstoß bei Podgorizza. Der Fürst von Montenegro hat das kaiserl. russische Consulat zu Ragusa von diesen Ereignissen in Kenntniß setzen lassen.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 10. Dec. $4\frac{1}{2}$pCt. Rente 106, 80. — 3pCt. do. 82, 40. — 5pCt. Piemont 100. — 3pCt. Span. $44\frac{3}{8}$. — 1pCt. do. $24\frac{1}{4}$. (Synd.)

London, 10. Dec. 3pCt. Consols $101\frac{1}{2}$. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. $24\frac{1}{8}$. — 5pCt. Hambro $96\frac{1}{2}$. (Synd.)

Madrid, 5. Dec. Sonntag, keine Börse.

Antwerpen, 10. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. $92\frac{3}{4}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. Belg. $57\frac{1}{2}$. — 3pCt. Span. inl. $43\frac{3}{4}$. — 1pCt. do. $23\frac{3}{16}$. (Synd.)

Amsterdam, 10. Dec. $2\frac{1}{2}$pCt. Integr. 65. — 4pCt. Certific. $96\frac{3}{8}$. — $3\frac{1}{2}$pCt. Synd. 94. — 4pCt. Ruff. bei Hope $91\frac{1}{2}$. — 4pCt. Ruff. bei Stieglitz 91. — 3pCt. Spanische inl. $43\frac{7}{8}$. — 1pCt. do. Neue $23\frac{13}{16}$. — 5pCt. Silber-Metall. 91. — 5pCt. Metall. $78\frac{1}{8}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $40\frac{1}{2}$. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Mallen. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2750]

Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.

Um der Vorschrift des §. 30 des Statuts, wornach in jedem Jahre eine General-Versammlung der Mitglieder der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Gesellschaft gehalten werden soll, zu genügen, laden wir die Letzteren auf

den 29. d. M., Vormittags 9 Uhr,

in den Hauschschen Saal (Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 280), hierdurch ein.

Gegenstand der Berathung und Beschlußnahme wird der Inhalt des Geschäftsberichts pro 1851 sein, desgleichen ein Antrag auf Zustimmung zu einem mit Kurfürstlichem Finanz-Ministerium abzuschließenden Vertrage, betreffend den zu den Baukosten für die Bahnstrecke Cassel-Guntershausen und die Bahnhöfe an beiden Orten zu leistenden Beitrag, so wie zu einer zu contrahirenden weiteren Prioritäts-Anleihe. — Von dem fraglichen Geschäftsberichte werden vom 15. d. Mts. an gedruckte Exemplare zum Ankauf in den Buchhandlungen bereit liegen.

Diejenigen Actionaire, welche mindestens fünf Actien desselben und der Versammlung beiwohnen wollen, werden mit Bezieh[ung] auf §. 33 des Statuts ersucht, solche spätestens bis zum 21. d. M. in unserm Geschäftslocale (die Sonntage ausgenommen) täglich Vormittags von 8 bis 2 und Nachmittags von 4 bis 6 Uhr vorzuzeigen und die darüber auszustellende Bescheinigung, welche zugleich als Einlaßkarte dient, in Empfang zu nehmen.

Cassel, den 6. December 1852.

Die Direction der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.

Sezekorn.

vdt. Dr. Eisenberg.

[2726]

Zu Fest-Geschenken!!

empfehle ich meine reichhaltige und treffliche Auswahl von **Classikern, Dichtern,**

Jugendschriften,

Bilderbüchern und sonstigen Festgeschenken in prachtvollen Einbänden zu **den billigsten Preisen** (von 6 Kreuzern an bis zu den solidesten Werken).

H. Bechhold, Zeil Nr. 5 neu, neben der Constablerwache

Ouvrage très utile aux gens du monde.

Deuxième édition du traité pratique des maladies des

ORGANES DE LA GENERATION, 1 v. de 700 p., contenant **53 FIGURES D'ANATOMIE**

et 40 chapitres sur les *fonctions*, les *maladies* et toutes les *infirmités* de ces organes, avec l'indication des *moyens préservatifs* et du *meilleur traitement* pour guérir soi-même les conséquences des *excès* ou de la *contagion*, etc. Chez l'auteur, docteur **Jozan** (de Saint-André), professeur de pathologie uro-génitale, 33, rue Jacob, à PARIS, et *Masson*, libraire, 26, rue de l'Ancienne-Comédie. — Le prix de l'ouvrage, par la poste, franc de port, est de 2 thalers de Prusse. — L'*atlas*, de 153 planches d'anatomie, se vend aussi séparé 2 fr. — *Consultations*, de midi à 2 heures et par correspondance. *(Affranchir.) Les malades peuvent se traiter eux-mêmes* et faire préparer les remèdes chez leur pharmacien. [2600]

[2775] **Große Braunschweiger**

Capitalverloosung.

mit 17000 Gewinnen unter 28500 Loosen, darunter fl. **87,500, 53,000, 35,000, 17,500,** 2 à **9000,** 2 à **1000** etc.

Die Verloosung den 16. und 17. December, und empfehlen dazu ganze Loose fl. 7, ½ fl. 3. 50 kr., ¼ fl. 1. 45 kr.

Julius Stiebel jun. & Co.

Hauptcollectores in Frankfurt a. M.

Fränkel

ist mit Mecklenburger Reit- und Wagen-Pferden im „gelben Hirsch“. [2626]

[1681] Von hohem Senate concessionirte

Privat-Entbindungs-Anstalt

zu Frankfurt a. M.

Näheres Auskunft ertheilt gegen portofreie Einsendungen Dr. Roberth daselbst, Zeil 19.

37. Braunschweiger Lotterie.

Gewinne: fl. **87,500, 52,500, 35,000** ꝛc.

Ziehung 1ter Klasse am 16. und 17. December. ½ Loose à fl. 7, ¼ à fl. 3½, ⅛ à fl. 1. 45 kr. und 1/16 à 53 kr.

123. Frankfurter Lotterie.

Gewinne: fl. **200,000, 100,000, 40000** ꝛc.

Ziehung 2ter Klasse am 20. December. ½ Loose à fl. 10, ¼ à fl. 5 und 1/8 à fl. 2. 30 kr. — Plane und Ziehungslisten gratis.

Moriz Stiebel Söhne,

[2756] Hauptcollecteurs,

Schnurgasse Nr. 56 in Frankfurt a. M.

[2282] **An- und Verkauf**

von Obligationen, Loosen ꝛc. bei

Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

Die Pianoforte-Manufactur

von **B. Schott's Söhnen** in **Mainz**

besitzt jederzeit eine Auswahl ihrer sorgfältig gearbeiteten und rühmlichst bekannten ***Pianofortes*** in verschiedenen Formen, und empfiehlt dieselben zu ***Weihnachts-*** und ***Neujahrs-Geschenken.*** [2711]

[2703] Ein anständiger junger Mann von guter Familie, der hier die Banklehre erlernt, kann bei einer billigen Familie Kost und Wohnung und freundliche Aufnahme in den Familienkreis erhalten, wo[bei] muß er gütige Zeugniß seines sittlichen Betragens aufzeigen können — Näheres bei der Expedition dieser Blätter.

Cours der Staats-Papiere. 11. December 1852. (Schluss der Börse.)

	per compt.	G.
Oesterreich	56⅞ M. (C.L.B.h.Rothe.)	95 G.
»	56⅞ M. v. J. 1851 Ser. B.	95⅛ G.
»	56⅞ do. v. J. 1852 L. à 121	95⅛ G. 94⅛ G.
»	56⅞ L. V. (C. h. Roths.)	91½, 2/3, 2/3 bez. ⅓ G.
»	56⅞ do. Nam. Ct. (C.L.N.	87 F. 66⅔ G.
»	Bank-Actien .	1395 F. 91 G.
»	5⅞ Metalliq. Oblig.	82⅛ F. 81⅞ G.
»	5⅞ M. v. J. 1851 Ser. A.	81⅛ G.
»	5⅞ ditto 1853	82⅛ F. 81⅞ G.
»	4½⅞ ditto	73 bez. u. G.
»	4⅞ ditto	64⅜ G.
»	3⅞ ditto	48⅛ G.
»	3½⅞ ditto	41⅛ G.
»	1⅞ ditto	16⅛ F.
»	fl. 250 Loose h. Roths.	118½ G.
»	fl. 500 » ditto	193 G.
»	4⅞ Oblig. h. Bethm.	80 F.
»	4⅞ » »	71 F.
Preussen .	3½⅞ Staatsschuld.	94 F. 93¼ G.
»	Cöln-Mind. R.-Actien	176½ G.
Bayern .	5⅞ Oblig. h. Rothsch.	101⅛ F. 2/3 G.
»	4½⅞ ditto	101⅛ F. ⅛ G.
»	4⅞ ditto	97 F. 96½ G.
»	4⅞ Ablös.-Rente .	96½ F. ⅛ G.
»	3½⅞ Oblig. h. Roths.	82⅜ F.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	100 F.
»	5⅞ Priorit.-Oblig. .	103½ G.
Würtemb.	4½⅞ Oblig. h. Roths.	102 F. 101⅔ G.
»	3½⅞ ditto	90¾ F. ½ G.
Baden . .	5⅞ Obligationen .	102⅛ F.
»	4½⅞ Obligationen	102⅛ G.
»	3½⅞ v. 1842 . . .	91⅝ F. ⅛ bez. ⅜ G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	66¼ G.
»	fl. 35 Loose v. 1845	38½ F. 38 G.

	per compt.	G.
Kurhessen	40Thlr. l. h. Rothsch.	33⅛ F. ⅔ G.
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	49½ F. 48⅞ G.
Gr. Hessen	4½⅞ Obligationen	102 G.
»	4⅞ ditto h. Roths.	98½ G.
»	3½⅞ ditto h. Rothsch.	92¼ G.
»	fl. 50 Loose . . .	90¾ G.
»	fl. 25 Loose . . .	32 F.
Nassau .	5⅞ Oblig. h. Rothsch	103½ F.
»	4⅞ ditto	98⅜ G.
»	3½⅞ ditto	91⅛ F. ¼ G.
»	fl. 25 Loose . . .	29 F. 28½ G.
Frankfurt	3½⅞ Oblig. v. 1839	95 G.
»	3½⅞ do. v. 1846	94½ G.
»	3⅞ do.	85⅛ F. 1/16 G.
»	Taunusbahnact. .	306 F. 303 G.
Russland	4½⅞ Obl. h. Baring	102½ F.
»	4⅞ Obl. h. Hope & J.	91⅞ G.
»	4⅞ » h. Stieglitz »	91 G.
Polen . .	4⅞ Oblig. de fl. 500	92½ F. 92 G.
Spanien	3⅞ Inl. Sch. P. 2.3.30	44⅛ F.
»	3⅞ Neue » »	23½/16 bez.
Holland .	4⅞ Certificate .	96½ G.
»	3½⅞ Syndicats .	94 G.
»	2½⅞ Integrale .	64⅞ G.
Belgien .	5⅞ Obl. in L. à 25 fr.	98 G.
»	4½⅞ Obl. in F. à 250 fr.	100 F. 99⅞ G.
»	4⅞ Obl. in Pr. à 98 kr.	94½ F. 94 G.
»	2½⅞ Obl. h. Rothsch.	57⅜ F. 2/3 G.
Sardinien	5⅞ Obl. h. Rothsch.	98½ F.
»	5⅞ Obl. h. Hambro	95½ F. 95 bez. u. G.
»	Sardinische Loose .	40½ F. ½ G.
Toscana	5⅞ Obl. 165⅞ (C.h. Goldm.)	100⅞ G.
»	5⅞ v. 1851 h. Bastogi (do.)	97⅜ F.
Römerzin	6⅞ Stücke (holl. 2.50.)	117⅜ F. ½ G.

Wechsel-Cours.

	Den 11. December	Per compt.
Amsterdam	⅞ S.	100 B. ⅛ G.
(100 fl. rhn.)	⅞ M.	—
Augsburg	⅞ S.	120⅛ B. 119⅞ G.
(100 fl. rhn.)	⅞ M.	—
Berlin	⅞ S.	105 B. 104⅞ G.
(60 Thlr.)	⅞ M.	—
Bremen	(50 ⅞ S.	97⅛ B. 97 G.
Rthlr. l. Cour.	⅞ M.	—
Hamburg	⅞ S.	89 B. 88⅞ G.
(100 Mk. Bc.)	⅞ M.	—
Leipzig	⅞ S.	105 B. 104⅞ G.
London	⅞ S.	118⅞ B. 117⅞ G.
(10 Livr. St.)	⅞ M.	117⅞ B.
Lyon	⅞ S.	94⅛ B. —
(300 Fr.)	⅞ M.	—
Mailand	(150 ⅞ S.	100⅞ B. ⅞ G.
Lir. Austr.)	⅞ M.	—
Paris	⅞ S.	94 B. 93⅞ G.
(300 Fr.)	⅞ M.	—
Wien	(100 fl.) ⅞ S.	103⅛ bez.
im fl. 20 F.)	⅞ M.	—
Disconto . . .		2¼ B.

Gold und Silber.

Pistolen	à 9 41–42
Pr. Friedrichsd'or	» 9 53⅓–54⅓
Holl. 10 Stücke	» 9 50–51
Rand-Ducaten .	» 5 37–38
20 Francsstücke	» 9 25⅔–26⅓
Engl. Sovereigns	» 11 48 .
Gold al Marco	» 382–83
5 Frankenthaler	» 2 20⅛–21
Preuss. Thaler	» 1 45–⅓
Preuss. Cassa-Sch.	» 1 44¾–45

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nr. 296.) 12. December 1832.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 11. Dec. Vielfach, und unter Andern in einem auswärtigen hier sehr verbreiteten Localblatt, wird die Meinung ausgesprochen, daß durch die Vornahme der Wahl des jüngern Bürgermeisters vor vervollständigtem Senat eine Verfassungsverletzung vorliege, indem die Constitutionsergänzungsacte ausdrücklich vorschreibe, daß der jüngere Bürgermeister aus den „hiezuhin" Rathsgliedern zweiter Ordnung zu erwählen sei. Die Ansicht ist jedoch unrichtig. Es will dieser Ausdruck nichts weiter sagen, als aus „sämmtlichen" Rathsgliedern der zweiten Ordnung (d. h. die zur Zeit in Activität sind), ohne Rücksicht auf ihre Person oder ihren Stand, ein Umstand, der während der frühern Verfassung durch die hervorragende Stellung der adeligen Gesellschaften, der Graduirten und der lutherischen Mitglieder nicht beobachtet wurde. Die Angabe jenes Blattes, daß von jeher vor der Vornahme der Bürgermeisterwahl die vacanten Stellen des Raths besetzt worden seien, muß dahin berichtigt werden, daß dies nicht immer der Fall war, sondern daß mehrmals diese Completirung nicht stattgefunden hat. Auch ist dieselbe nicht immer möglich. Man denke sich nur, daß ein Mitglied erkrankt oder, wie es in neuerer Zeit öfters vorgekommen, durch Uebernahme diplomatischer oder commercieller Missionen für längere Zeit abwesend ist. Niemand würde es einfallen, in diesem Fall die Verschiebung der Bürgermeisterwahl aufs Unbestimmte zu beantragen.

Wien, 8. Dec. Das Bauwesen in Ungarn hat eine umfassende und durchgreifende Reform zu gewärtigen. Insbesondere dürfte diese darin bestehen, daß die dortigen Ingenieure mit solchen, die in den deutschen Provinzen herangebildet worden, vertauscht werden, um die Ausbarkeit der höhern Technik diesem schönen Lande in dem Grad zu Theil werden zu lassen, als es die gegenwärtigen Verhältnisse unbedingt erheischen. Dagegen werden die in Pest diplomirten frühern, jetzt als Ingenieure fungirenden Feldmesser zur Theilnahme an erspriesslicherer Theorie und Praxis in andere Kronländer vertheilt. In einer Zeit, wo in Ungarn so vielfältige Flußregulirungen, Straßen- und Brückenbauten ausgeführt werden und noch bevorstehen, um dem materiellen und öffentlichen Interesse des Landes zu genügen, erscheint diese Maßregel von besonderer Wichtigkeit und wird sich in ihren Folgen bewähren. — Das Handelsministerium hat beschlossen, der vaterländischen Maschinenfabrication jeden nur möglichen Vorschub zu leisten, und es werden künftig alle Maschinen und Maschinentheile, insofern dieselben bei Aerarialen Fabriken in Anwendung kommen, ausschließlich im Inlande angefertigt werden, welcher Entschluß auch mit Rücksicht auf den Bau von Locomotiven als maßgebend zu gelten hat. — Ueber den Entwurf des neuen Börsengesetzes verlautet, daß in demselben eine strenge Scheidelinie zwischen Börsengeschäften und den sogenannten Börsenspeculationen gezogen wurde. Während den erstern genügende Freiheit zugestanden ist, werden letztere nicht leicht mehr den Gegenstand eines Erwerbes bilden können. Der Borsebesuch wurde dem Zweck einer Börse vollkommen entsprechend geregelt. — Es ist beantragt, die zugendlichen Gefangenen in den Straf- und Arbeitshäusern zur Erlernung einer einfachen Profession anzuhalten, welche ihnen nach beendigter Strafzeit als Erwerbsquelle dienen kann. (Ung. B.)

ξ **Berlin**, 9. Dec. Die Vorlage des Ministers des Innern, in Betreff der Bildung der ersten Kammer, wird von den Mitgliedern dieser Kammer natürlich besonders lebhaft besprochen. Nach den Aeußerungen vieler Mitglieder derselben dürfte es noch keineswegs als unzweifelhaft feststehen, daß die Kammer diese Vorlage ohne bedeutende Abänderungen annehmen werde. Es ist bereits von der Mehrheit festgestellt worden, daß die Dauer der gegenwärtigen ersten Kammer auf sechs Jahre die gesetzliche sei, falls keine Neubildung dieser Kammer zu Stande komme. — In der vorgestrigen Sitzung der ersten Kammer, in welcher die principielle Frage wegen Beschlußfähigkeit der Kammer verhandelt wurde, fiel es auf, daß nicht ein einziger Abgeordneter die Vertheidigung des Ministeriums in dieser Frage übernahm. Allerdings hatte der Referent das, was sich für diese Anschauung anführen läßt, bereits hervorgehoben. Bei dieser Gelegenheit müssen wir einer Klage vieler Mitglieder der ersten Kammer erwähnen, wie eine solche wohl selten gehört wird, nämlich: man klagt über eine gar zu geringe Opposition in dieser Kammer, wodurch letztere allzusehr an Einförmigkeit leide und auch keine rege Lebendigkeit auf der rechten Seite sich entfalten könne. Es wäre diese Klage mithin eine Anerkennung der Nothwendigkeit einer kräftigen Opposition in einer legislativen Körperschaft. — In Bezug auf die künftigen Kammerwahlen ist der Fall mehrmals vorgekommen, daß Abgeordnete, welche von den oppositionellen Wahlmännern in die Kammer geschickt worden sind, sich gegen Erwarten ihrer Wähler der rechten Seite des Hauses angeschlossen haben. Der entgegengesetzte Fall ist indessen auch vorhanden. Der frühere sächsische Staatsminister und jetzige preußische Unterthan, Herr v. Carlowitz, ward in seinem Wahlkreise von dem Viceregierungspräsidenten zum Candidaten vorgeschlagen und derselbe schloß sich nicht der ministeriellen Fraction an. Der besagte Viceregierungspräsident hat sich hierher entschuldigt, daß er nicht gewußt habe, daß Herr v. Carlowitz Anhänger der Bethmann-Hollwegschen Partei sei, wessen derselbe aber bekanntlich niemals Hehl gehabt hat.

Die seit kurzem uns Leben getretenen Veränderungen in der preußischen Armee berühren allerdings das Wesen ihrer seitherigen Organisation nicht, sind aber immerhin sehr bedeutend und namentlich auf eine größere Kriegsbereitschaft berechnet. Am geringsten sind sie in der Infanterie; denn diese ist einfach durch ein neues Garderegiment, das frühere Gardereserveregiment, verstärkt worden, so daß die Gardeinfanterie jetzt, mit den 1. und 2. Gard regiment zu Fuß, dem Kaiser-Franz und Kaiser-Alexander-Grenadierregiment aus 5 Regimentern besteht. Die Linieninfanterie zählt nach wie vor 32 Regimenter zu 3 Bataillonen, und 8 Reserveregimenter zu 2 Bataillonen jedes; aber die seit 1835 bestehende zweijährige Dienstzeit ist nun auch in Abgeschafft und die dreijährige Dienstzeit wieder eingeführt. Jedes Linien- und jedes Landwehrregiment derselben Nummer — den 8 Reserveregimentern ist nur je ein Bataillon Landwehr zugetheilt — bilden hinfort eine Infanteriebrigade. Die 8 Jägerabtheilungen sind schon seit 1848 in 8 Jägerbataillone zu 24 Compagnien umgewandelt; aber dieselben werden erst jetzt, nachdem im Laufe dieses Jahres der Etat jedes Bataillons um 1 Hauptmann, 1 Oberlieutenant und 3 Unterlieutenante erhöht ist, zur vollen Stärke ergänzt werden. Die bedeutendste Veränderung ist in der Bewaffnung der Landwehrcavallerie eingetreten, die bisher, gleichviel in welcher Cavalleriewaffe die Mannschaften vorher gedient, ausschließlich aus Ulanenregimentern bestand. Hinfort bleiben die Mannschaften, wenn sie zur Landwehr übergehen, in der Waffe, in welcher sie in der Linie gedient; aus den früheren Kürassieren werden Landwehrregimenter schwerer Reiterei, aus den frühern Dragonern und Husaren Regimenter leichter Reiterei, aus den frühern Ulanen endlich nach wie vor Ulanenregimenter formirt, und sie besteht demnach z. jt aus 2 Regimentern (Ulanen) Garde, 8 Regimentern schwerer Reiterei, 4 Regimentern Dragoner, 12 Regimentern Husaren und 8 Regimentern Ulanen. Die Cavallerie des stehenden Heeres zählt an Gardetruppen das Regiment Garde du Corps, 1 Kürassierregiment, 2 Dragonerregiment, 1 Husarenregiment und 1 Ulanenregiment, an Linientruppen 8 Kürassierregimenter, 24 Dragonerregimenter, 12 Husarenregimenter und 8 Ulanenregimenter, und jedes Armeecorps hat hinfort 8 Cavallerieregimenter. (K. Z.)

Aus der Provinz Preußen, 6. Dec. Die Mitglieder der freien und der deutschkatholischen Gemeinde haben bekanntlich jetzt einen schwierigern Stand als vor dem Jahre 1848. Die Polizei beobachtet sie scharf und blickt weit in die Vergangenheit zurück. Es ist z. B. in Königsberg neuerdings öfter vorgekommen, daß Frauen, deren Ehen durch deutsch-katholische oder freigemeindliche Geistliche noch vor dem Patent von 1847 eingesegnet und nicht vor Gericht erklärt worden sind, von der Staatsanwaltschaft in Anklagestand versetzt wurden, weil sie einen solchen Namen, d. h. den Namen ihres, wie sie glaubten, ihnen giltig angetrauten Ehegatten führten. Vor einigen Tagen wurde in Königsberg eine solche Anklage vor der Criminaldeputation des Stadtgerichts verhandelt und

die Angeklagte unter Annahme mildernder Umstände, wegen Führung eines ihr nicht gehörenden Namens, zu einer Geldstrafe von zwei Thalern, oder im Unvermögensfalle zu 24 Stunden Gefängniß verurtheilt. (D. A. Z.)

Erfurt, 5. Dec. Zu Anfang dieses Monats sind vier Ordensschwestern aus dem Ursulinerconvente zu Breslau hier eingetroffen. Dieselben sind dem Vernehmen nach von dem Fürstbischof zu Breslau, Freiherrn v. Diepenbrock, hierher gesendet, um dem mit dem hiesigen Ursulinerkloster verbundenen Erziehungsinstitute neue Lehrkräfte zuzuführen.

Aus Sigmaringen, 5. Dec., theilt die „Deutsche Volkshalle" die Antwort, welche der Erzbischof von Freiburg auf eine Vorstellung bei Sr. Maj. dem König von dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel (in Betreff der angeordneten Jesuitenausweisung) erhalten hat, dahin mit, daß nach einer Verfügung des Herrn Ministers des Innern vom 23. November, das Verbot der Niederlassung fremder Jesuiten in den preußischen Staaten nur so „verstanden" werden soll, daß die Gesuche um Naturalisation von der Ministerialgenehmigung abhängig gemacht worden sind, wogegen der vorübergehende Aufenthalt der genannten Geistlichen, sobald sie den für den Aufenthalt fremder Unterthanen geltenden allgemeinen Vorschriften genügen, gestattet ist.

O* Hannover, 9. Dec. Es hat sich etwas sehr Ueberraschendes ereignet, indem wir, man vernimmt, ein in das Oberappellationsgerichtliche Gewächter (Wächter im Examen für ungeeignet befunden ist. Man entsinnt sich nur eines einzigen gleichen vor langerer Zeit vorgekommenen Falles. — Die „Zeitung für Norddeutschland" meldet, es werde das Consistorium die Predigerstelle an der Kreuzkirche (kraft des Devolutionsrechts, indem der Magistrat die Präsentationsfrist versäumt) besetzen. Ob dies geschehen dürfe und solle, darüber ist allerdings zwischen dem Consistorium und Cultusministerium verhandelt und der Fall von allen Seiten geprüft worden, der Beschluß jedoch dahin ausgefallen, vom Gebrauche des Devolutionsrechtes Umgang zu nehmen, ein Beweis größter Mäßigung und Rücksichtnahme auf Seite der hohen Behörden. Als letzte leidenschaftlicher und maßloser erscheint die Petition einer Anzahl von Bürgern, die durch Agitation zur Unterschrift vermocht worden sind, der Senat möge die durch das geistliche Ministerium bedrohten städtischen Wahlrechte schützen und die Geistlichkeit zum Bürgergehorsam anhalten. Das absurde Scriptum ist wirklich überreicht. Die Beeinträchtigung der Wahlrechte soll darin liegen, daß die Geistlichkeit gethan hat, was Recht und Pflicht von ihr fordern; für die Gemeinden wird ein ganz unbedingtes Wahlrecht und auch die Entscheidung über die kanonischen Eigenschaften der von ihnen Gewählten beansprucht; der Magistrat soll in kirchlichen Dingen absolut sein und dem geistlichen Ministerium vorstehen, wie es über die Rechtgläubigkeit eines Bewerbers zu voriren habe.

Gotha, 6. Dec. Wie es heißt, soll der Herzog von Augustenburg gesonnen sein, in Koburg seinen dauernden Wohnsitz bei unserm ihm befreundeten und gesinnungsverwandten Herzog zu nehmen.

Altenburg, 8. Dec. Es kann aus zuverlässiger Quelle versichert werden, daß der Chef unsers Ministeriums, Graf Beust, seine Entlassung eingereicht hat. Ueber die Veranlassung zu diesem Schritt circuliren die verschiedensten Meinungen. Am meisten, wenn auch am wenigsten gern wird dem Gerücht Glauben geschenkt, daß es sich um Abänderung des zwischen dem herzoglichen Hause und der Landschaft aufs rechtsverbindlichste und gewiß zum wahren Wohl von Fürst und Land vereinbarten Civillistvertrags handle, der das Ministerium seine Hand nicht leihen wolle und deßhalb abtrete. (D. A. Z.)

Schweiz.

≡ **Aus der Schweiz**, 10. Dec. In Bern hat der große Rath beschlossen, das von ihm angenommene Preßgesetz solle sofort nach dessen Genehmigung durch den Bundesrath in Kraft treten. — In Basel hat der große Rath das Budget für 1853 genehmigt. Dasselbe weist eine muthmaßliche Einnahme von 661,762 Fr., eine Ausgabe von 632,848 Fr., folglich eine Mehreinnahme von 28,914 Fr. nach. — Der schweizerische Ingenieur- und Architektenverein, welcher in den letzten Tagen in dieser Stadt seine fünfzehnte Jahresversammlung hielt, hat unter andern auch den Eisenbahntunnel durch den berühmten Jsteiner Klotz besucht. — Es bestätigt sich, daß die Widersherstellung des Kaiserthums in Frankreich an mehreren Orten im Kanton Freiburg durch Freudenfeuer und Böllerschüsse gefeiert worden ist.

Italien.

Turin, 3. Dec. Minister Cavour hat den Kammern seinen Finanzplan vorgelegt. Die Einnahmen sind von 102 auf 105 Millionen gesteigert; trotzdem besteht ein Deficit von 25 Millionen, das er theils durch Erhöhung der directen Abgaben, theils durch geschicktere Eintreibung derselben bis auf 6 Millionen zu decken gedenkt. Dieser Rest soll durch Ersparnisse ausgeglichen werden. Nur behufs außerordentlicher Ausgaben und im äußersten Nothfall will die Regierung zu neuen Anleihen schreiten.

Frankreich.

+ **Paris**, 9. Dec. Das Schreiben, durch welches Drouin de Lhuys, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, den Repräsentanten der auswärtigen Höfe die Umwandelung der französischen Regierungsform angezeigt hat, lautet:

„Mein Herr! Ich habe die Ehre, Ihnen in der Anlage zugleich mit dem Text des Senatusconsultes, welches die Bedingungen feststellt, unter welchen für die Zukunft die souveräne Gewalt in Frankreich ausgeübt und weitergeführt werden soll, eine officielle Abschrift des Plebiscites zuzusenden, welches diese wichtigen Modificationen bestätigt und sie zum Staatsgesetz macht. Der neue Kaiser der Franzosen besteigt demgemäß durch die Gnade der göttlichen Vorsehung den Thron, auf welchen ihn das fast einstimmige Votum der Nation berief, und ich beeile mich, die Befehle des Staatsoberhaupts zu vollziehen, indem ich durch Ihr Organ der Regierung von ..... seine Thronbesteigung anzeige. Diese in der politischen Verfassung Frankreichs bewerkstelligte Umwandelung erfordert nach dem Gebrauch, daß die in Paris accreditirten politischen Agenten, sowie diejenigen Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen bei den auswärtigen Höfen, neue Beglaubigungsschreiben erhalten. Ich werde mir deßhalb ein Vergnügen daraus machen, bis dahin, wo diese doppelte Formalität erfüllt sein wird, dem guten Einvernehmen, welches zwischen unsern beiden Regierungen besteht und zu berrschen nicht aufhören wird, entsprechende Beziehungen in offiziöser Weise mit ihnen zu unterhalten. Zu Wahrheit, wenn sich Frankreich eine für seine Sitten, seine Traditionen und die Stelle, welche es in der Welt einnimmt, geeignetere Regierung wählte; wenn seine Interessen in einer Rückkehr zur Monarchie die Bürgschaft finden, die ihm fehlte, so liegt darin nichts, was seine äußere Stellung verändern könnte. Der Kaiser anerkennt und billigt alles, was der Präsident der Republik seit vier Jahren anerkannt und gebilligt hat. Dieselbe Haus, derselbe Gedanke werden fortfahren Frankreichs Geschicke zu lenken, und eine in den schwierigsten Verhältnissen gewonnene Erfahrung hat zur Genüge dargethan, daß die französische Regierung, einerlichig auf die eigenen Rechte, in gleicher Weise die Rechte Anderer anerkannte und den größten Preis daran setzte, von ihrer Seite zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beizutragen. Auf dieses Ziel hin werden die Bemühungen der Regierung des Kaisers der Franzosen immer gerichtet bleiben, der das feste Vertrauen hat, daß, indem seine Intentionen sich in vollständigem Einklang mit den Willensmeinungen der andern Souveräne befinden, die Ruhe der Welt gesichert sein wird. Ich zweifle nicht, Herr ....., daß die Wiederherstellung der kaiserlichen Gewalt in Frankreich überall nur als ein glückliches Ereigniß angesehen werde, weil es ein Pfand der Stabilität und der Dauer ist, gegeben einer mit den Interessen und Bedürfnissen aller Mächte so sehr harmonirenden Politik, einer Politik, welche der Kaiser insbesondere in seinen Beziehungen mit der Regierung von ..... zu befolgen gewillt ist. Genehmigen Sie ꝛc.

Schweden.

Stockholm, 30. Nov. Das vorgestrige Bulletin lautete: „Se. Maj. der König, welcher während der letztverflossenen Nacht Ruhe und fast ununterbrochenen Schlaf genossen hat, fühlt sich davon heute Morgen beim Erwachen gestärkter. Die Fieberunruhe ist verschwunden, die Fiebersymptome im Uebrigen bedeutend gemildert." Die hierauf gefolgten Bulletins haben nur das Fortschreiten dieses so äußerst befriedigenden Zustandes bestätigt, so daß sich jetzt in allen Kreisen die freudige Ueberzeugung geltend gemacht hat, der König sei nun wirklich außer aller Gefahr und auf dem besten Wege einer glücklichen Genesung.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 11. Dec. Zu Folge einer Dammsenkung an der Main-Weserbahn bei Langgöns ist die sächsische und Berliner Abendpost heute hier nicht eingetroffen.

* **Wien**, 7. Dec. Freiherr v. Bruck, der heute in besonderer Audienz von Sr. Majestät die Creditive zu seiner außerordentlichen Sendung an die königl. preußische Regierung empfing, wird morgen in Begleitung des k. k. Gesandtschaftssecretärs v. Dumreicher die Reise nach Berlin antreten. Die hiesigen Zoll- und Handelsconferenzen werden inzwischen ihren ungehinderten Fortgang nehmen. — So die Augsburger „Allgem. Zeitung". Ueber denselben Gegenstand meldet die Wiener „Presse": „Mit jener Mäßigung, welche die österreichische Politik stets charakterisirte, ist auch jetzt Oesterreich geneigt, in der Zollfrage die Hand zur Versöhnung zu bieten, obgleich die europäischen Conjuncturen Oe-reich so günstige Chancen bieten, daß es den Frieden dictiren könnte. Dennoch besteht es

nicht auf der unmittelbaren Ausführung des Zolleinigungsprojects, es arbeitet vielmehr an der Herstellung des Zollvereins mit Einschluß des Steuervereins auf eine mäßige Zeitdauer, und demnächst dem Abschluß eines Handelsvertrags, der allerdings principiell die Zolleinigung in der Perspective haben muß. Zur Anknüpfung der speciellen Verhandlungen dezibt sich in den nächsten Tagen Herr v. Bruck nach Berlin.

Stettin, 8. Dec. Der auf dem Communistenproceß zu Köln bekannte Dr. jur. Becker ist zur Abbüßung seiner Strafe in Fort Preußen heute Nachmittag der hiesigen Commandantur überliefert worden. (Ndz. Z.)

München, 9. Dec. Herr v. Wendland ist heute, nach einer Audienz bei Sr. Maj. dem König, auf seinen Gesandtschaftsposten nach Paris abgereist. Daß derselbe, wie es heißt, Depeschen, welche auf das neue französische Regiment Bezug haben, nach Paris überbringen wird, läßt sich unter den jetzigen Verhältnissen nicht bezweifeln. Frhr. v. Brück, welcher dieser Tage von Paris zurückerwartet wurde, ist noch nicht eingetroffen. (A. Abdz.)

Stuttgart, 9. Dec. Gestern ist der hierher ernannte neue preußische Gesandte, Graf v. Seckendorff, hier angekommen.

Wiesbaden, 11. Dec. Nach dem „Mainzer Journal" hat sich gestern hier das Gerücht verbreitet, es sei preußischerseits die Bewilligung zum Bau resp. zur Fortführung der Westerwalder Bahn dem General Niellon ertheilt worden. Wir können auf das bestimmteste versichern, daß nicht nur die in Rede stehende Bewilligung noch nicht ertheilt worden ist, sondern auch daß ein solches Gerücht hier gar nicht bestanden hat. (N. A. Z.)

† **Turin**, 5. Dec. Mit Ausnahme von zwei, sind sämmtliche Artikel des Gesetzentwurfs über die Zollreform von der Abgeordnetenkammer angenommen worden; jene zwei wurden der Commission zur Umarbeitung zurückgestellt. Der liberale „Monitore dei comuni" hat zu erscheinen aufgehört und ist mit dem „Risorgimento" vereinigt worden.

§ **Paris**, 10. Dec. Der „Moniteur" enthält heute folgende Notiz: „Der Kaiser, so sagten wir schon gestern, wünschte seine Regierung durch Wohlthaten und Handlungen der Milde einzuweihen. Jeder Tag gewährt den Vollzug großherziger Gesinnungen Sr. Majestät bezüglich durch die gemischten Commissionen verurtheilter Personen. Am 2. d. M. unterzeichnete der Kaiser auf Vorschlag des Justizministers die Amnestie von 200 deportirten oder crisirten Individuen; ebenso wurden am 4. December an 202 Verurtheilten Gnade vollzogen; endlich erhielten am 6. Dec. 46 und am 8. Dec. 164 Individuen die Erlaubniß, in ihre Heimat zurückkehren zu dürfen. Diese Proclamirung des Kaiserreichs sind 702 politische Sträflinge ihren Familien zurückgegeben worden. Das Begnadigungsgeschäft dauert fort; die Unterzeichnungen laufen in Menge ein. Außerdem sind in den Bagnos und Gefängnissen bei Individuen, welche durch Reue und gutes Betragen sich Ansprüche auf Nachsicht erworben, viele Begnadigungen und Strafmilderungen eingetreten." — Auch heute verkündigt der „Moniteur" für gewisse Polizeivergehen vollständige Amnestie.

Höchst wahrscheinlich wird das amtliche Blatt nächsten Montag oder Dienstag die Resolutionen des Senats auf die ihm über die Verfassungsmodificationen, Krondotation und Civilliste des Kaisers vorgelegen Entwürfe bekannt geben.

Herr Thiers ist nach einem ziemlich langen Aufenthalt in London gestern nach Paris zurückgekehrt.

Gestern Nachmittag ritt der Kaiser, in Begleitung des Herzogs von Montebello und des Grafen Tascher de la Pagerie, durch die neue Rivolistraße nach dem Stadthause. Er inspicirte die im Bau begriffenen Kasernen. Als er nachher durch die Straße St. Antoine ritt, begrüßte ihn das Volk mit Vive l'Empereur!

Auch Sardinien, Spanien und die Niederlande haben den Kaiser anerkannt.

** **Madrid**, 5. Dec. Das Comite der gemäßigten Opposition kam heute bei Pidal zusammen; die entschiedene Opposition war bei Mendizabal versammelt. Wahrscheinlich wird morgen eine Verständigung und Fusion der beiden Fractionen zu Stande kommen. — Die Königin hat dem Don Luis Carondelet y Castanos Baron de Carondelet den erblichen Titel eines Herzogs von Bailen mit der Grandenwürde erster Klasse verliehen.

Brüssel, 9. Dec. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten zeigte heute der Repräsentantenkammer den Abschluß eines provisorischen Handelsvertrags zwischen Belgien und Frankreich an. Dieser Vertrag hat die Wiedereinkraftsetzung der Uebereinkunft von 1845 zur Basis, mit dem einzigen Unterschiede, daß Belgien anstatt 12 nur 7 Procent Verminderung auf raffinirtes französisches Salz bewilligt. Die Ratification dieses Vertrags soll spätestens am nächsten 15. Jan. stattfinden. Sobald die Ratification ist sich gegangen, wird Frankreich das vom 14. Sept. d. J. datirte Decret zurücknehmen, welches die Kohlen und das Eisen Belgiens mit außerordentlichen Steuern belegte. Die Dauer dieser provisorischen Uebereinkunft ist unbestimmt. Neue Unterhandlungen werden unmittelbar eröffnet werden, um zur Abschließung eines definitiven Vertrags zu gelangen. Für die Ratification der am 22. August d. J. abgeschlossenen Uebereinkunft (zur Unterdrückung des Nachdrucks), welche morgen stattfinden sollte, ist eine Frist bewilligt worden, bis ein definitiver Vertrag zu Stande gekommen. Weder die Kammer noch das Land waren auf eine Mittheilung dieser Natur vorbereitet, da der Minister der auswärtigen Angelegenheiten das strengste Stillschweigen beobachtet hatte. (K. Z.)

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Paderborn, 6. Dec. Die Eröffnung unserer Eisenbahn nach Warburg, auf die man schon für den vorigen Monat gerechnet hatte, ist noch in weitem Felde, da deren Fertigstellung nicht von Arbeitsleistung, sondern von Natur- und Elementarereignissen abhängt. Es rutschen nämlich die Bergabhänge, an denen die Bahn abgeschnitten ist, ab und stürzen auf das Planum. Wann diese Abrutschungen aufhören werden, ist nicht abzusehen, und ehe sie nicht vollständig in Ruhe sind, läßt sich an ein Fertigmachen der Bahn gar nicht denken; einige bollen schon im Juni, besser Unterrichtete sprechen dagegen, es werde mindestens der October herankommen, ehe die Verbindung mit Kassel hergestellt werden könne.

Handel und Industrie.

Mainz, 10. Dec. Unsere heutigen Getreidenotirungen sind: Waizen, pfälzischer effectiv 10½ à 10¾ fl., per März 10½ à 11 fl., fränkischer effectiv und per December 11 fl., per März 11¼ fl., kurhessischer 11½ fl.; Roggen effectiv 9½ à 9¾ fl., gut lieferbarer per März 9¾ fl.; Gerste bei geringem Umsatz unverändert, pfälzische 7 à 7¼ fl., fränkische 7¼ à 7½ fl., alles per netto 100 Kilog.; Hafer 3½ à 3¾ fl. per Malter; Bohnen 11 à 11½ fl., Erbsen 9 à 10 fl., Linsen kleine 11 fl., breite 18 fl., Mohnsamen 15 fl., Kohlsamen 13½ fl. per Malter. Kleesamen bleibt flattonär, hierländischer 23 à 25 fl., böhmischer 27 fl. per 50 Kilogr. Rüböl effectiv 33½, à 34 Thlr. per 280 Pfund 1. G. mit Faß per Januar 34 à 34½ Thlr., per Mai 35½ Thlr.; Mohnöl 27½ fl. per 50 Kilogr. ohne Faß. Rober Talg 21 à 21½ fl. per Ctr. ohne Packung. Branntwein und Spiritus unverändert. In der Fruchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 495 Säck Waizen à 10 fl. 25 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 121 Säck Korn à 8 fl. 14 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 83 Säck Gerste à 5 fl. 13 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 152 Säck Hafer à 3 fl. 21 kr. pr. Sack von netto 120 Pfund; vorher außerhalb verkauften: 211 Säck Waizen à 10 fl. 17 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 10 Säck Korn à 8 fl. 5 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 91 Säck Gerste à 5 fl. 13 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 10 fl. 23 kr., Korn 8 fl. 13 kr. Der Preis des Weißmehls wurde auf 9½ fl. per Malter von 140 Pfund netto, die Taxe des vierpfündigen Roggenbrods auf 13½ kr. erhöht. Diese 11 fl. per Malter. Der Markt schwach befahren. (Mz. H. Z.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 11. Dec. Für österreichische Fonds war auch heute Kaufluſt und die Course der meisten Gattungen dürften sich wieder etwas fester; 5pCt. Metall. waren 81⅞, pCt., 4½pCt. Metall. 73 pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. 91½ pCt. G., Wiener Bankactien 1392 fl., 500 fl. Loose 194 pCt., 250 fl. Loose 118¼ pCt. G. In spanischen Fonds war heute wenig Geschäft und Bewegung; 1pCt. Reue waren 23¹³/₁₆ pCt., 3pCt. Inländische 43¾ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-H.-Nordbahn 48⅞ pCt., Verbach 99½ pCt, Köln-Minden 115¼ pCt., Taunus 303 fl. In sämmtlichen übrigen Papieren war der Handel still.

Paris, 10. Dec. 4½pCt. Rente 106, 80. — 3pCt. 82, 40. — Neapol. 107. — 5pCt. Neue Oesterr. 98½. — Span. neue Diff. 24¼. — 3pCt. 51. — Innere Schuld 44½. — Passive —. — Bankactien 2000. — Piemont 5pCt. 100. — Römisches Anleihen Zuni 1850 98, 97½. — do. 1850 98, 97½. — St. Germain-Eisenbahn 1435. — Versailles, linkes Ufer 350. — Straßburg-Basel 360. — Nordbahn 890. — Paris-Straßburg 812, 50.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 11. Dec. 5pCt. Metall. 95½. — 5pCt. do. B. 110½. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94½. — 4½pCt. do. 84½. — Bankactien 1355. — 250 fl. Loose 138½. — London 11 fl. 18 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 105½. — K.-F.-Nordb. 243½. — Livorno-Florenz 101¼. — Siena-Empoli 69½. — Paris 134½. — London in Trieſt 11 fl. 18 kr. — Silber 14½. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kaiſchell.

[2730]

Abonnements-Erneuerung.

Bei Ablauf des zweiten Semesters c. werden die resp. hiesigen Abonnenten ersucht, die Bestellungen auf auswärtige Zeitungen und periodische Schriften für das mit dem **1. Januar 1853** beginnende erste Semester alsbald schriftlich und mit genauer Angabe der Straße und Wohnungsnummer des Bestellers, an die Unterzeichnete gelangen zu lassen, weil außerdem das bisher bestandene Abonnement als erloschen betrachtet wird und bei später eingehenden Bestellungen für Lieferung vollständiger Exemplare nicht gebürgt werden kann.

Frankfurt a. M., im December 1852.

Fürstlich Thurn und Taxis'sche
Ober-Postamts-Zeitungs-Expedition.

[2698]

Privat-Anlehen
Jr. Maj. des Königs von Sardinien Carl Albert
von Frs. 3,600,000.

Bei der heute am 1. December 1852 vor Notar und Zeugen planmäßig vorgenommenen 15. Serienziehung des obengenannten durch und negociirten Anlehens wurden nachstehende 25 Nummern gezogen, welche an der am 1. Mai 1853 stattfindenden Prämienziehung, sowie die alsdann noch ferner zu ziehenden 15 Serien, Theil zu nehmen haben:

Serie	85	Nr.	8,401 à 8,500	Serie	591
„	169	„	16,801 „ 16,900	„	620
„	173	„	17,201 „ 17,300	„	684
„	176	„	17,501 „ 17,600	„	696
„	191	„	19,001 „ 19,100	„	758
„	271	„	27,001 „ 27,100	„	780
„	278	„	27,701 „ 27,800	„	783
„	304	„	30,301 „ 30,400	„	847
„	366	„	36,501 „ 36,600	„	913
„	419	„	41,801 „ 41,900	„	917
„	455	„	45,401 „ 45,500	„	955
„	506	„	50,501 „ 50,600	„	964
„	557	„	55,601 „ 55,700		

Nr. 59,001 à 59,100
„ 61,901 „ 62,000
„ 68,301 „ 68,400
„ 69,501 „ 69,600
„ 75,701 „ 75,800
„ 77,901 „ 78,000
„ 78,201 „ 78,300
„ 84,601 „ 84,700
„ 91,201 „ 91,300
„ 91,601 „ 91,700
„ 95,401 „ 95,500
„ 96,301 „ 96,400

enthaltend die Partial-Obligationen

samt Zins der Partial-Obligationen

was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Frankfurt a. M., am 1. December 1852.

Gebrüder Bethmann.

[2772]

Bekanntmachung.

Das handeltreibende Publikum wird hierdurch benachrichtigt, daß die M. Handelswoche der Lichtmesse 1853 mit dem 30. Januar ihren Anfang nimmt und daher das Auspacken der kurzen Waaren am 24. Januar, aller übrigen Waaren aber am 26. desselben Monats, von Mittags 12 Uhr an, gestattet ist.

Braunschweig, den 6. December 1852.

Herzogliches Haupt-Zoll-Amt.
von Schmidt-Phiseldeck.

Dividendenvertheilung
der Lebensversicherungsbank für Deutschland
in **Gotha.**

Nach einem vom Vorstande dieser Anstalt gefaßten Beschluß wird im Jahre 1853 der Ueberschuß des Versicherungsjahres 1848 an die betreffenden Bankantheilhaber zurückgegeben werden. Derselbe beträgt 203,769 Thlr. 21 Sgr. pr. Cour. und entspricht mit Rücksichtnahme auf die daran Theil habende Prämiensumme von 849,040 Thlr. 12 Sgr. einer Dividende von

24 Procent.

Diese Dividende wird auf die im Jahre 1848 für lebenslängliche und Ueberlebensversicherungen eingezahlten Prämien gewährt und zwar dergestalt, daß dieselbe bei noch bestehenden Versicherungen an der nächsten Prämie abgerechnet, auf die erloschenen aber vom 2. Januar 1853 ab baar gewährt wird.

Ueber die auf erloschene Versicherungen fallenden Beträge, so weit dafür Dividendenscheine (Promessen) für 1848 ausgegeben und noch im Umlauf sind, sind Verzeichnisse bei den Agenten der Bank zu Jedermanns Einsicht niedergelegt. Die Inhaber dieser Scheine haben dieselben binnen zwei Jahren, also spätestens bis zum 8. December 1854 bei der Casse der Bank quittirt einzureichen und die Beträge in Empfang zu nehmen.

Zugleich ergeht an Diejenigen, welche auf Prämien aus 1847 noch Dividenden zu beziehen haben, die wiederholte Aufforderung, die betreffenden Scheine spätestens bis zum 8. December 1853 zur Erhebung der Zahlung einzureichen, widrigenfalls sie ihre Ansprüche verlieren.

Gotha, den 8. December 1852.

Das Bureau der Lebensversicherungsbank.
Dr. Rost. G. Hopf. H. G. Haas.

[2764]

Zur Beachtung!!

Von der in **wöchentlichen Lieferungen à 12 Kreuzer** neu erscheinenden **äußerst billigen und schönen** Ausgabe der **sämmtlichen Werke** der bedeutendsten deutschen Classiker (**Goethe, Schiller, Lessing, Wieland, Platen, Klopstock, Pyrker, Thümmel, Lenau**) werden die ersten Lieferungen in Kürze bei mir eintreffen und indem ich mit Vergnügen bereit bin, solche nebst Prospect auf Verlangen zur Ansicht einzusenden, empfehle ich mich bestens zu Bestellungen darauf.

Um die Anschaffung noch mehr zu erleichtern, erkläre ich mich überdies gerne bereit, für den Fall, daß einzelne Werke dieser Autoren bereits in Besitz der geehrten Subscribenten sein sollten, **solche im Tausch dagegen zu den höchstmöglichen Preisen anzunehmen.**

Gleichzeitig empfehle ich bestens mein wohlassortirtes Lager von Classikern, Jugendschriften, Bilderbüchern und anderen **Fest-Geschenken** (von 6 Kreuzern an bis zu den höchsten Preisen).

[2770]

H. Beenhold,

Zeil Nr. 5 neu (vordem der Constablerwache).

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Mézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als 9 Sticke Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen ꝛc. [2610]

Preis-Ermäßigung.

Nachbenannte Artikel, von denen die Gesammtvorräthe übernommen habe, sind nun von mir zu den bedeutend ermäßigten Preisen zu beziehen:

Lamprecht, Alexander, Gedicht des 12ten Jahrhds. Urtext u. Uebers. nebst geschichtl. u. sprachlichen Erläuterungen, so wie der vollständ. Uebers. des Pfaffen Kalischhenes u. umfaß. Ausführungen aus den latein., franz., engl., pers. u. türk. Alexanderliedern v. Dr. H. Weismann. 2 Bde. 8. 1850 (Ldpr. st. 7.) fl. 3. 12 kr.

(Die Kritik hat sich außerordentlich günstig über dieses Buch geäußert, Männer wie Grimm, W. Mackenzie, Mahmann ꝛc. haben diese erste vollständige Ausgabe der berühmten Dichtung als außerordentlich gut begrüßet.)

Kottenkamp, Fr., Geschichte der Colonisation Amerika's von der Entdeckung an bis auf unsere Zeit. 2 Bde. gr. 8. Frankf. 1850. (Ldpr. fl. 7. 12 kr.) fl. 2. 20 kr.

(Der Name des Verfassers, der dieses Werk durchaus aus Quellen geschöpft hat, bürgt für die Gediegenheit.)

Abt, die Schweiz, ihre Gegenwart und Zukunft. Eine Denkschrift zur richtigen Beurtheilung ihrer politischen Entwicklung seit dem Jahre 1831 bis zur gewaltsamen Auflösung des Sonderbundes. 8. Frankf. 1848. (fl. 2. 54 kr.) 48 kr.

(Dieses Werk ist jedem Besucher der Schweiz zu empfehlen. Dasselbe enthält eine genaue politische Geschichte der letztern Schweiz, und behandelt namentlich die Parteistellungen der verschiedenen Kantone mit ganz besonderer kritischer Schärfe.)

Vorstehende Artikel dürften sich auch ganz besonders zu Weihnachtsgeschenken eignen. [2767]

Ein vollständiges Verzeichniß meiner bedeutenden Preise herabgesetzten Verlags- und Porte-Artikel steht auf frankirtes Verlangen gratis zu Diensten.

M. L. St. Goar in Frankfurt a. M.

Ferdinand Schneider,

Rebstock 7,

empfiehlt während der Jahreszeit Pasteten von Gansleberen, Fasanen, Rebhühner, Indianer, reich mit Perigord-Trüffeln, Gestügel mit Trüffeln zum Braten zubereitet, feinste Gansleberwürste mit Trüffeln, Bouillonkasein und garantirt vorzüglicher Waare. [2763]

34. Braunschweiger Lotterie.

Gewinne: fl. **87,500, 52,500, 35,000** ꝛc.

Ziehung 1ter Klasse am 16. und 17. December.

½ Loose à fl. 7, ¼ à fl. 3½, ⅛ à fl. 1. 45 kr. und ⅛ à 53 kr.

123. Frankfurter Lotterie.

Gewinne: fl. **200,000, 100,000, 40000** ꝛc.

Ziehung 2ter Klasse am 29. December.

½ Loose à fl. 20, ¼ à fl. 10, ⅛ à fl. 5 und ⅛ à fl. 2. 30 kr. Plane und Ziehungslisten gratis.

Moriz Stiebel Söhne,

[2756] Hauptcollecteurs,
Schnurgasse Nr. 56 in Frankfurt a. M.

[2492]

Edictal-Ladung.

Nach erkannten Gerichts hat das Vermögen des Schuhmachers Balthasar Möll zu Gießen werden Alle, welche Ansprüche an denselben haben, aufgefordert, solche die Vermeidung Ausschlusses geltend
Mittwoch den 5. Januar l. J.,
Vormittags 10 Uhr,
dahier anzuzeigen und zu bescheinigen, auch wegen Vergleichs-Besellungen eines Curators, Gläubiger-Ausschusses ꝛc. Erklärung abzugeben, indem nach den Beschlüssen der Mehrheit der Erschienenden verfügt werden wird.

Gießen, den 19. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Stadtgericht.
Pfyhl. Börner.

(Nebst Handelspolitischer Beilage.)

Druck von August Osterrieth.

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nr. 296.

Sonntag Nr. 20. 12. December 1852.

Die Wiener Conferenz.

III.

Die Versöhnungsaussichten.

Wir sollten diesmal nicht mit einer Klage, sondern mit erhöhter Hoffnung die Woche beginnen, denn die gesammte Presse stimmt in Verständniß und Annäherung überein. Wir, die wir uns diese Versöhnung zur Aufgabe gemacht haben, sollten lebhaft an der Freude Theil nehmen, allein zur Zeit vermögen wir dies nicht zu thun. Die Nachrichten stellen die Aussichten auf eine Voraussetzung, die nicht möglich ist, und damit fallen leider alle diese Hoffnungen zusammen. Diese Voraussetzung ist der Verzicht Oesterreichs auf die Zolleinigung und der Abschluß eines bloßen Handelsvertrags, allein diese Annahme ist unrichtig. Wir gründen diese Behauptung nicht auf eine Mittheilung, sondern auf die Lage der Dinge, die aber so unwandelbar ist, daß Alles unrichtig sein muß, was mit ihr nicht übereinstimmt. Nehmen wir die Thatsachen und rechnen wir mit diesen Thatsachen wie mit Ziffern, so wird klar werden, was ist und was wird.

Der ganze Ausgangspunkt und das Ziel aller Strebungen ist die Zolleinigung. Alle anderen Gegensätze gehen entweder in diesem einen auf, oder hätten sich ohne ihn nicht gebildet, oder ohne ihn geschlichtet. Die Sache jetzt auf einen bloßen Handelsvertrag stellen, und gar aus diesem noch den Gegenstand von Schwierigkeiten machen, dürfte der gegebenen Auffassung um so weniger entsprechen, als der Abschluß eines Handelsvertrags zu gar keiner Zeit überhaupt bestritten war. Nicht der Handelsvertrag war jemals von irgend einer Seite widersprochen, sondern das Wie des Vertrags, und dieses Wie war von der einen Seite stets die Zolleinigung und von der andern Seite gar nie die Zolleinigung. Das ist der principielle, ja das ist der einzige Gegensatz, alles Andere löst sich in Thatsachen größerer oder kleinerer Schwierigkeiten auf. Ein Handelsvertrag zwischen den zwei Großmächten, durch den der Grenzverkehr erleichtert und die Eingangszölle auf die Artikel A, B und C herabgesetzt werden, ist in 24 Stunden abgeschlossen, sobald aus diesem Vertrage das praeterea censeo der Zolleinigung weggelassen wird. Kann es jemals dazu kommen, können also die Tagesnachrichten richtig sein? Lassen Sie uns sehen:

Wird auf die Zolleinigung verzichtet, dann sind mit derselben Erklärung die jetzigen Wiener Conferenzen aufgehoben. Mit jener Verzichtleistung tritt Oesterreich auf seinen frühern Standpunkt wieder zurück, schließt sich für sich und mit sich wieder ab, und tritt mit uns Auslandern in ein bloßes Vertragsverhältniß. Ist dieser Standpunkt einmal eingenommen, dann hört selbstverständlich ein Unterhandeln mit einzelnen deutschen Regierungen auf der bisherigen Grundlage auf, denn dieses Unterhandeln wäre ohne Sinn und Bedeutung. Allein ganz anders gestaltet sich die Sache, wenn der erste Plan jetzt noch festgehalten und alles, was eben jetzt wieder geschieht, nur die Auffindung des besten Weges ist, der zu diesem unverrückten Ziele hinführt.

Nur Letzteres aber ist, was den Vorgängen in Wien zum Grunde liegt, und die jüngsten europäischen Ereignisse haben in Berlin auf eine Weise gewirkt, daß eine gesandtliche Wiederaufnahme der abgebrochenen Angelegenheit unvermeidlich wurde. Man sah, daß nur noch zwischen Zolleinigung und zwischen ganzem Bruch die bange Wahl übrig bleibt, und wir fügen hinzu, daß erst dann, wenn diese Wahl zur unabweislichen Nothwendigkeit gemacht ist, wenn sie zur Bedingung jeder fernern Unterhandlung erhoben wird, daß dann erst der Bruch vermieden und die Zolleinigung gerettet ist. Deutsche Staaten müssen in ihren Hauptbeziehungen zusammengehören, und es ist gefährlich, den Glauben zu unterhalten, daß wir im Kriege Freunde, und im Frieden Feinde sein könnten und müßten. Deßhalb ist vor Allem das Princip der Zolleinigung unbedingt zur Anerkennung zu bringen und ist erst dies geschehen, dann ist für die Abschließung des Handelsvertrags die Grundlage gewonnen Nimmermehr aber, und dies ist unsere Ansicht über die jetzige erneuerte Krisis, nimmermehr ein Handelsvertrag ohne darin anerkannte künftige Zolleinigung.

Anmerkung. Die Redaction kann bei vorstehendem Artikel nicht umhin, an den folgenden Satz aus der Rede, mit welcher Graf Buol-Schauenstein die Wiener Conferenzen eröffnete, zu erinnern:

„Dadurch, daß wir darauf verzichteten, gleichzeitig auch die Grundlagen der künftigen Zolleinigung in bindende Formen festgestellt zu sehen, ist jetzt jeder Schein des Einwandes verschwunden, als sollte die naturgemäße Entwickelung der Verhältnisse dem Zwange eingegangener Verbindlichkeiten unterworfen, als sollte Erfahrungen vorgegriffen werden, die der Zukunft noch angehören mögen."

und einen Passus aus der Rückäußerung der preußischen Regierung vom 30. August daneben zu stellen. Derselbe lautet:

„Die preußische Regierung darf um so mehr die zuversichtliche Hoffnung hegen, durch vorstehende Erklärung ihren bei der Erklärung vom 21. d. M. betheiligten Zollvereinbündeten die Ueberzeugung gewährt zu haben, daß sie sich über den mit dem österreichischen Kaiserstaate abzuschließenden Zoll- und Handelsvertrag in allen wesentlichen Punkten mit ihnen im Einverständniß befindet, als sie in dem, in ihrer Erklärung vom 20. v. M. in Bezug genommenen Protocolle d. d. Wiesbaden, den 7. Juni 1851 bereits ausgesprochen hat, wie für die Richtung jenes Vertrages die künftige Herbeiführung einer allgemeinen Zolleinigung als leitender Gesichtspunkt vorschweben müsse."

Nassau und sein Verkehr mit Preußen.

III.

Das Petitionswesen im Süden.

Vom Mittelrhein. Zum Schlusse behielt ich mir ein Wort über jene Petitionen vor, welche um die Erhaltung des Zollvereins an die Regierungen gerichtet werden. Alle diese Petitionen, nicht nur aus Nassau, sondern auch aus dem ganzen Süden, und na-

mentlich jene aus unserm benachbarten Darmstadt, ruhen auf derselben Grundlage, verfolgen dasselbe Ziel, haben dasselbe Gute und besitzen denselben durchlaufenden Hauptfehler. Kaum trat nämlich die erste Gefahr für den Fortbestand des Zollvereins am politischen Horizonte auf, so bemächtigte sich Aller und Jeder eine allgemeine Besorgniß für Hab und Gut, denn nicht leicht gab es Jemand, der bei dem Fortbestande nicht betheiligt war, und der nicht diesen Fortbestand als die Quelle bisherigen Wohlstandes betrachtet hätte. Aber selbst jene Klassen, die außerhalb des pecuniären Interesses standen, und welche früher den Zollverein für den Grund der Vertheuerung ihrer Bedürfnisse hielten, nahmen jetzt an seiner Forterhaltung lebhaften Antheil, weil dieser Verein ihnen mitten in der Zeit politischen Zerfalls als der letzte Rest staatlichen Einverständnisses erschien. So war es also der Zollverein, welcher, hervorgegangen unter dem heftigsten Gegenkampfe der Oppositionen, schnell in das Herz aller Deutschen durch alle Gegensätze hindurch sich Bahn brach, und in kürzester Zeit seines Auftretens alle seine erbitterten Feinde zu seinen wärmsten Freunden umgestaltete.

Daß also die Zerstörung einer solchen Einrichtung lebhaft alle Geister ergreifen und erschüttern mußte, war ebenso naturgemäß als die Zustnicht an die Regierungen, um vor einem solchen Unglücke die Bevölkerung zu bewahren. Beides setzte aber wesentlich voraus, daß derjenige, an den man die Bitte richtete, auch wirklich die Zerstörung des Zollvereins wollte, und daß er überdies die Mittel habe, die Zerstörung abwenden zu können. Gerade in dieser zweifachen Beziehung aber stand die Sache völlig anders, weil vom ersten Augenblicke an die süddeutschen Regierungen dringendst die Forterhaltung des Zollvereins nicht nur wünschten, sondern durch die feierlichsten Beschlüsse seine Fortsetzung auch dann noch förmlich festsetzten und aussprachen, als ihnen gegenüber die Kündigung des Zollvereins ausgesprochen worden war. So stand durch öffentliche Urkunden verbrieft die Sache, als der Petitionssturm verbreitet wurde, und gerade weil die Sache so und nicht anders stand, war der Erfolg und mußte der Erfolg ein völlig erfolgloser sein. Die Regierung sagte mir und sagte vielen Andern: was ihr Bittsteller wollt, wollen auch wir, und deßhalb wirken wir und haben für Erhaltung des Zollvereins gewirkt, allein diese Erhaltung des alten Zollvereins ist nicht mehr Gegenstand der Unterhandlung, sondern seine Ausdehnung, und bei dieser Ausdehnung haben wir eine gleiche Ausdehnung wie unsere Collegen vorgeschlagen, allein wir sollen jetzt ihre Vorschläge unbedingt annehmen und unsere Vorschläge unbestimmt verschieben lassen, was wir unbillig und unrecht finden.

Gegen diese Gründe hatten wir keine Gegengründe, und so stand ich und viele Andere, welche die genaueste Prüfung aller Verhältnisse zu einer wahren Gewissenssache machten, von allem weiteren Petitionieren ab. Andere setzen die Petitionen aus den verschiedensten zum Theil sich widersprechenden Gründen fort, die Meisten aber aus Rücksichten, die zum Stande der Frage gar nicht mehr passen, wie dies aus dem Inhalt der Petitionen selbst sich ergibt. Die Einen bitten um Erhaltung, die gar nicht bestritten ist; Andere fürchten Störung solcher Gewerbe, die mit dem Zollverein als solchem in gar keiner Verbindung stehen; Andere bitten um Sicherung des nordischen Verkehrs, als wenn der Süden es wäre, der diesen Verkehr nicht will.

Während so im Süden die Klage über Sprengung des Zollvereins ausgesprochen und den Regierungen die Schuld darüber vorgeworfen wird, schweigt der nordische Bewohner über Beides, und klagt öffentlich weder über Auflösung des Zollvereins, noch viel weniger macht er seiner Regierung irgend wie einen Vorwurf. Und doch ist es der norddeutsche Bewohner, der weitaus am meisten verliert, und doch ist es der Norden, der die Kündigung des Zollvereins ausgesprochen hat!

Der Grund dieser auf den ersten Anblick auffallenden Erscheinung l'egt einzig in der höheren Intelligenz des nordischen Geschäftsmannes, der weder sein Geschäft dadurch preisgeben will, daß er seinen ganzen Verkehr verräth, noch die Lage der Regierung dadurch erschweren will, daß er ihr die Schuld am Stande der Unterhandlungen zuschiebt! Wollen Sie meine persönliche Ansicht in dieser Sache in kurzen Worten wissen, so geht mein Glaubensbekenntniß dahin: Ich will den Bruch nicht, aber ich fürchte ihn nicht. Im Uebrigen aber meine ich

Wer nur den lieben Gott läßt sorgen!

Staatsverträge über Nachdruck.

IV.

Also, und damit habe ich meinen letzten Brief geschlossen, Schutz des Verlagsrechts im Innern und gleicher Schutz der Gesetzgebung für die Presse. Aber soll dieser Schutz auch auf das Ausland ausgedehnt, und soll durch die deutsche Gesetzgebung ausgesprochen werden, daß auch die Werke des Auslandes bei uns nicht nachgedruckt werden dürften? Hält man den Nachdruck für ein so schändliches Gewerbe, daß es einem Verbrechen gleichsteht, das seiner selbst willen verboten werden muß, gleichviel, ob es gegen einen Inländer oder gegen einen Fremden begangen wird, so muß man ganz unbedingt den Nachdruck verbieten. Dann haben wir den Fall, wo kein Unterschied zwischen Diebstahl und Nachdruck mehr vorliegt, und gleiche Maßregeln gegen beide Fälle ist dann die unvermeidliche Folge. So scheint aber die Frage nicht zu stehen, und der deutsche Buchhandel mehr den Standpunkt einer Industrie einzunehmen, der man gestatten müsse, die ausländischen Gebilde und Erzeugnisse aller Art so lange nachzumachen, als der Ausländer gegen die Nachbildung kein Patent für unser Inland genommen hat. Ein Verbot des Nachdrucks auch der ausländischen Geistewerke wäre ein allgemeines Patent, das der deutsche Gesetzgeber ohne Ansuchen und ohne Begehren von Seite des fremden Eigenthümers ausgesprochen und bewilligt hätte. Daß dazu kein Grund vorliegt, sowie daß die gegebenen Thatsachen dazu nicht auffordern, wird sich gleich nachher mit Gewißheit ergeben, und daß man dies nicht den Idealen zu Lieb thun sollte, denen wir sonst so gerne Opfer zu bringen bereit sind, will ich hier einmal wagen als selbstverständlich voranssetzen.

Schon wesentlich anders stünde die Sache, wenn die ausländische Gesetzgebung mit einem Antrage uns entgegen käme, denn dann wären wir vom Ideale zur Wirklichkeit herabgestiegen und hätten uns auf den Boden der rechtlichen Gegenseitigkeit gestellt. Wir fagten der rechtlichen Gegenseitigkeit und haben dieses Ausdrud betont, denn zu einem guten Staatsvertrage erscheint bloß diese Gegenseitigkeit noch nicht genügend. Wollen wir fürder nämlich mehr auf unserer Hut sein, als dies leider bisher der Fall war, so ist schlechthin nothwendig, daß wir einem Staatsvertrage nur dann unsere Zustimmung ertheilen, wenn auch die gegenseitigen, und da wir für das Ausland nicht zu sorgen haben, auch die deutschen Interessen dabei gewahrt erscheinen.

Von diesem Gesichtspunkte aus kommt nun vor allem zu bedenken, daß die deutsche Sprache gegen die romanischen Sprachen in einem wesentlichen Nachtheile sich befindet. Wir wollen damit überall nicht gesagt haben, daß die deutsche Sprache als Sprache tiefer als die romanischen stehe, denn damit haben wir's hier nicht zu thun, sondern wir haben bloß die Thatsache feststellen oder vielmehr anerkennen wollen, daß die romanischen Sprachen viel leichter zu erlernen und mehr gelesen sind, als die deutsche, und daß somit die Leserschaft und Kundschaft eines in romanischer Sprache geschriebenen Buches größer und folglich sein Nachdruck lohnender ist, als der eines deutschen Buches.

In dem Nachtheile, den uns die Sprache bereitet, kommt der fernere Nachtheil, den wir uns selbst durch unsern Charakter bereiten. Wir sind statistisch gewiß dasjenige Volk in Europa, das am wenigsten Nationalgefühl besitzt und deßhalb am meisten auf fremde Literatur sich verlegt, und wir sind überdies diejenigen

Menschen, die absolut am meisten Bücher lesen. Beide Thatsachen werden in einem Staatsvertrage über Nachdruck um so wichtiger, als wir überdies ganze Wissenschaften haben, welche vom Ausländer entweder nicht gelesen werden können — auf einzelne Ausnahmen kommt es nicht an — oder für ihn kein Interesse enthalten. Zur ersten Klasse gehört unsere Philosophie wegen ihrer Ausdrucks- und Sprachweise, zur zweiten Klasse unsere Rechtswissenschaft, die, selbst fremdes Recht, für den Fremden kein Interesse bietet.

In einer von uns völlig verschiedenen Lage befindet sich derjenige Staat, der sich gegenwärtig bemüht, mit uns in einen Staatsvertrag einzutreten — Frankreich. Frankreich wußte seine Sprache zu einer Zeit, während wir grundgelehrt lateinisch schrieben und gründlich unsere Muttersprache entstellten, zur Sprache aller Gebildeten und seine Literatur zur Weltliteratur zu erheben. Der Einfluß dieser Literatur und Sprache auf unsere Sitten, unsere Politik und unsere ganze Geschichte gehört nicht hierher, aber hierher gehört, daß während wir in staatlicher und mehr noch in geistiger Abhängigkeit krochen, Frankreich von uns, und blieb mit vollem Recht, keine Kenntniß nahm, da derjenige nicht beachtet zu werden braucht, der nichts Eigenes zu bieten im Stande ist. So waren wir also nur Kunden, nur Käufer französischer Waare, während wir dahin nichts abzusetzen, und bei einer solchen Lage müßte jeder Staatsvertrag zu unserem Nachtheile ausschlagen.

Frankreich hat nun, in einer Auffassung seiner Zustände und der Abnahme innerer literarischer Thätigkeit, seinem Buchhandel den auswärtigen Markt sichern wollen und zu diesem Behufe unterm 28. März d. J. ein Gesetz erlassen, das im freisinnigsten Geiste gefaßt ist, wie wir aus folgendem Inhalte sich ergibt:

1) Der Nachdruck der im Auslande erschienenen und im Strafgesetzbuche (Art. 425*) erwähnten Werke ist in Frankreich und seinen Colonien verboten;
2) doch findet die gerichtliche Verfolgung nur statt, wenn die Bedingungen erfüllt wurden, welche den in Frankreich erschienenen Werken durch Art. 6 des Gesetzes vom 19. Juli 1793 **) auferlegt sind.

Auf dieses Gesetz hin ladet Frankreich zur Gegenseitigkeit, d. h. zu gleichem Schutze für französische Werke im Auslande alle Hauptvölker ein, und es fragt sich vor allem, wie Deutschland dieses Anerbieten aufzufassen hat, wenn es seine eigenen Interessen dabei zu wahren sich vorsetzt.

Bücherschau.

Rede des Freiherrn von Schenck über Neugestaltung des Zollvereins. Darmstadt 1852.

Diese Rede erhält nicht nur durch den Umstand, daß sie über die Darmstädtischen gewerblichen Verhältnisse genaues Licht verbreitet, sondern auch dadurch ein ganz besonderes Interesse, daß der Redner an der Spitze der Finanzverwaltung des Großherzogthums steht und einer der Unterzeichner des Darmstädter Staatenbündnisses ist. Die Worte eines solchen Mannes wiegen daher in dieser wichtigen Angelegenheit doppelt schwer, daher wir, indem wir auf diese Rede zur Berichtigung der öffentlichen Meinung aufmerksam machen, zugleich einige Stellen daraus mitzutheilen nicht unterlassen wollen. Gleich nach dem Eingang fährt der Redner fort:

„Ich meinerseits würde gewiß auch dafür sein, das Band des Zollvereins zu erhalten, bei welchem, wenn auch mancher Wunsch übrig blieb, doch im Allgemeinen unsere commerziellen und finanziellen Verhältnisse sich wohl befunden haben. Allein der großherzoglichen Regierung stand jene Wahl, welche der Ausschuß bereits voraussetzt, nicht frei, und wir waren nicht in der Lage, den bisherigen Zollverein erneuern zu können. Vor Ablauf des Jahres 1851 hatte nämlich, wie allgemein bekannt ist, die königlich preußische Regierung den bisherigen Zollverein gekündigt, und daß es nicht, wie vorher behauptet wurde, eine bloß formelle Kündigung war, geht daraus hervor, daß sie sich durch den zuvor, im September 1851, mit Hannover und später auch mit Oldenburg geschlossenen Vertrag ganz in die Unmöglichkeit gesetzt hatte, den Zollverein allein mit ihren bisherigen Vereinsgenossen und auf seinen bisherigen Grundlagen zu erneuern. Denn durch die abgeschlossenen Verträge war sie verbunden, vom Jahr 1854 an mit Hannover und Oldenburg an einem Verein Theil zu nehmen, der in mancher wichtigen Beziehung von den Grundsätzen des Zollvereins abwich, und sie konnte daher in einen Zollverein mit ihren seitherigen Genossen nur dann treten, wenn diese sich dazu verstanden, die von den früheren abweichenden und sie benachtheiligenden Bedingungen anzunehmen, die ihnen nunmehr geboten wurden. Daß aber diese Bedingungen sehr wesentlich von den früheren verschieden waren, ist nicht zu bestreiten. Mir scheint es wenigstens ein sehr wesentlicher Unterschied, wenn der seitherige Steuerverein von Hannover, Oldenburg ꝛc. statt nach den bisherigen Grundsätzen des Zollvereins mit seiner Bevölkerung von etwa. 2,100,000 Seelen in die Vertheilung der Zollrevenüen einzutreten, nun 3,675,000 Theile davon erhalten soll. Mir scheint es ferner ein sehr wesentlicher Unterschied, ob der seitherige Tarif des Zollvereins beibehalten wird, der doch, wie allgemein anerkannt wird, nur einen sehr mäßigen Schutzzoll gewährt, oder ob eine Reihe von recht wichtigen Tarifpositionen erheblich vermindert und dadurch einigen Productionszweigen des Inlandes der seither genossene Schutz verkümmert wird. Ob ein in so erheblichen Beziehungen veränderter Verein für unser Land auch nur diejenigen commerziellen Vortheile noch ferner ergeben könnte, die sich seither bei denselben zeigten, liegt jedenfalls sehr in Frage; daß er aber in finanzieller Beziehung für das Großherzogthum Nachtheile zur Folge haben müßte, das ist sicher und außer aller Frage. Denn im Ganzen kann man den von Preußen mit Hannover abgeschlossenen Vertrag nur einen für die Interessen der süddeutschen Staaten und namentlich auch des Großherzogthums ungünstigen nennen, und daß er finanziell ungünstig sei, damit stimmen selbst die Ansichten preußischer Staatsmänner, die mit allen Verhältnissen genau bekannt sind, vollständig überein."

Nach dieser Einleitung beweist nun der Verfasser nach dem Urtheil zweier der ersten Sachkundigen Preußens, daß das Präsidium Hannovers zu groß sei und sich nur vom rein preußischen Standpunkte aus rechtfertigen lasse. Hieraus geht der Verfasser in die statistische Darlegung der Nachtheile ein, welche der hannoversche Vertrag rücksichtlich einiger der wichtigsten Handelsartikel äußern müßte; durchgeht dann die Wirkung einer Trennung des Zollvereins in Beziehung aufs Großherzogthum Hessen; bespricht den Handelsvertrag mit Oesterreich und weist unter Beziehung auf frühere Vorgänge von Preußen selbst nach, daß der Handelsvertrag mit Oesterreich nach diesen eigenen Vorgängen gleichzeitig mit dem Vertrag über Wiederherstellung des Zollvereins hätte abgeschlossen werden können und sollen. Wichtig ist besonders noch die Stelle, in welcher der Redner die Ansicht ausspricht, daß es zu einem Bruche des Zollvereins nicht kommen werde, und nachdem er die Darstellung der Wirkungen derenthalt hatte, welche der Bruch des Zollvereins auf das Land äußern würde, fährt er dann zum Schlusse also fort:

„Alle diese Betrachtungen sollen übrigens keineswegs dahin zielen, zu beweisen, daß es wünschenswerth wäre, wenn eine völlige Auflösung des seitherigen Zollvereins stattfände. Ich bin im Gegentheil der Ansicht, daß dies in politischer und nationaler Beziehung höchlich zu beklagen wäre, und daß jedenfalls dahin gestrebt werden muß, das seitherige Band, was uns an Preußen knüpfte und welches sehr Vieles zur Entwickelung des Landes beigetragen hat, zu erhalten, was, wie ich sicher hoffe, auch geschehen wird. Mein Zweck war nur, darzuthun, daß eine Trennung von Preußen, wenn sie nicht zu vermeiden sein sollte, für das Land keineswegs so verderblich wirken kann, wie man es von vielen Seiten hingestellt hat. Wir sind vielmehr meiner Ueberzeugung nach vollständig in der günstigen Lage, frei erwägen zu können, ob dasjenige, was uns bei einer Vereinigung geboten wird, den Ansprüchen genügt, welche zu machen wir berechtigt sind. Ich gehe aber auch hierbei mit dem Ausschuß von dem Grundsatze aus, daß man möglichst vorsichtig wirken und einen Bruch thunlichst zu vermeiden suchen soll. Denn ein solcher würde, auch wenn sich der Schaden wieder vollständig ausgliche, doch vom Anfange an jedenfalls einige Nachtheile und Erschütterungen langjähriger Beziehungen zur Folge haben, wenn ich auch nicht mit dem Ausschuß glauben kann, daß Decennien nöthig wären, bis der Handel die ihm gebotenen neuen Abzugswege gehörig zu benutzen wüßte."

---

*) Toute édition d'écrits, de composition musicale, de dessin, de peinture ou de toute autre production, imprimée ou gravée en entier ou en partie, au mepris des lois et réglements relatifs à la propriété des auteurs, est une contrefaçon et toute contrefaçon est un délit (damit vergleiche man Art. 427, 429 u. 463 des code pénal).

**) Tout citoyen que mettra au jour un ouvrage, soit de littérature ou de gravure, dans quelque genre que ce soit, sera obligé d'en déposer deux exemplaires à la bibliothèque nationale ou au cabinet des estampes de la republique, dont il recevra un reçu signé par le bibliothécaire, faute de quoi, il ne pourra être admis en justice pour la poursuite des contrefacteurs.

Das Bankwesen in den vereinigten Staaten.

Wir entnehmen dem New York Courier and Enquirer folgende Tabelle über den Stand der Banken der vereinigten Staaten bei dem Beginne eines jeden Jahres von 1842 bis 1851 einschließlich nach den genauesten Berichten bis zum 1. Januar:

		1842	1843	1844	1845	1846	1847	1848	1849	1850	1851
Zahl der Banken und Filiale, von denen Bericht empfangen wurden		692	661	696	707	707	715	751	782	824	855
In Dollars einbezahltes Capital		366,171,197	228,861,000	210,872,000	206,045,000	196,894,000	203,070,000	204,858,000	207,309,000	217,317,000	229,064,000
Resources (Activa).											
Ausgeliehen u. Discontirt		223,957,000	254,544,000	264,905,000	285,617,000	312,114,000	310,282,000	344,476,000	332,283,000	364,801,000	412,710,000
Staatspapiere		24,585,000	28,380,000	27,858,000	20,356,000	21,486,000	20,158,000	26,498,000	23,671,000	20,606,000	23,206,000
Realitäten		33,342,000	22,825,000	22,520,000	22,177,000	19,099,000	21,219,000	20,530,000	17,491,000	20,582,000	19,860,000
Andere angelegte Summen		8,106,000	13,343,000	12,105,000	10,072,000	7,913,000	12,206,000	8,299,000	7,965,000	11,949,000	12,298,000
a.	Forderungen an andere Banken	30,752,000	20,666,000	35,060,000	29,619,000	31,689,000	31,788,000	38,904,000	32,228,000	41,631,000	58,851,000
a.	Noten anderer Banken	19,482,000	13,306,000	11,572,000	12,040,000	12,914,000	13,112,000	15,427,000	12,708,000	16,303,000	17,474,000
a.	Versicherter Baarfonds	3,115,000	6,578,000	6,329,000	6,786,000	8,386,000	15,789,000	10,429,000	8,560,000	11,503,000	15,839,000
a.	Baar Geld	28,440,000	33,615,000	49,898,000	44,241,000	42,612,000	35,132,000	46,369,000	43,619,000	45,379,000	51,907,000
Liabilities (Verpflichtungen) Passiva.											
c.	b. Circulation	83,734,000	58,563,000	75,167,000	89,606,000	105,552,000	105,819,000	128,506,800	114,743,000	131,366,000	153,968,000
c.	b. Depositen	62,408,000	56,168,000	84,550,000	88,920,000	96,913,000	91,792,000	103,226,000	91,178,000	109,586,000	129,076,000
c.	(i. e. Anderer beh. Bank.) Andern Banken schuldig	25,863,527	21,456,528	31,998,024	26,337,440	28,218,568	28,539,888	39,414,371	30,093,366	36,797,451	50,659,090
	Sonstige Verpflichtungen	12,757,106	7,357,033	5,842,010	5,853,902	5,301,371	4,706,077	5,500,401	6,706,857	8,835,339	11,760,905
vor c.	Ganzes d. laus. Credite i. e. der Circulation u. Depositen	146,142,881	114,731,000	159,717,000	177,826,000	202,465,000	197,511,000	231,732,000	205,921,000	240,952,000	283,044,000
vor c.	Ganzes der unmittelbaren Verpflicht. i. e. der Circulat., Depositen u. Schulden bei a. B.	172,006,208	136,187,528	192,715,624	203,965,440	230,683,563	225,850,838	271,146,371	236,016,366	277,669,451	332,703,090
vom mittelbaren	Ganzes des unmittelbaren Vermögens i. e. in baar Geld, sonstigen Baarfonds, Noten anderer Banken und Baarforderungen an andere Banken	81,704,000	74,065,000	104,159,000	92,686,000	95,001,000	91,821,000	142,180,000	97,235,000	114,916,000	143,651,000

Nach dieser Tabelle muß man, wenn man 1842 mit 1851 vergleicht, zugeben, daß die Amerikaner rasche Fortschritte im Bankwesen machen. In dem ersten Jahre bei einem eingezahlten Capitale von 260,171,197 Dollars verliehen sie und discontirten sie bis zu dem Betrage von 223,957,000 Dollars, hatten sie eine Circulation von 83,734,000 Dollars, und wurden sie mit Depositen bis zu dem Belaufe von 62,408,000 Dollars betraut.

Im Jahre 1851 mit einem geringeren eingezahlten Capitale von nur 229,064,000 Dollars verliehen und discontirten sie bis zu dem Betrage von 412,710,000 Dollars, hatten sie eine Circulation von 153,968,000 Dollars, und wurden sie mit Depositen bis zu dem Belaufe von 129,076,000 Dollars betraut.

Mit dem geringeren Capitale machten sie beinahe doppelt so viel Geschäfte, wie im Jahre 1842, und genossen sie ein doppeltes Vertrauen.

Einige der Mittelsjahre wie 1846 und 1847, große Geschäftsjahre gleich 1851, bieten dieselbe Erscheinung von einem verhältnißmäßig geringen Capitale, 196,894,000 und 203,070,000 Dollars, und einem großen Belaufe von Darlehen bis 312,114,000 und 310,282,000 Dollars.

Es muß bemerkt werden, daß die Circulation und die Depositen, mit zwei oder drei unbedeutenden Ausnahmen beständig zugenommen haben; so auch das baare Geld, welches nie weniger als ein Drittel der Circulation und meist etwas mehr ausmacht.

Nach der Vermehrung der Circulation muß geschlossen werden, daß die zuversichtlich gemachte Angabe von einer Verminderung des circulirenden Papiers verhältnißmäßig auf die ganze Masse des umlaufenden Geldes (in Münze und Papier) zu beziehen ist, die sehr zugenommen hat und zwar mehr in Münze als in Papier. Die Verminderung ist nicht positiv, sondern bezüglich der großen Vermehrung des Goldes erfolgt, das sich in den Taschen der Leute befindet. Die Vermehrung des baaren Geldes um 33,467,000 Dollars zeigt, daß die europäischen Banken mit ihren Aufhäufungen nicht verringelt dastehen.

Obige Tabelle würde Gelegenheit zu belehrenden Contrasten zwischen dem baaren Gelde in den Gewölben der Banken Englands und Amerika's bieten, und zwischen dem Belaufe des in den beiden Ländern circulirenden Papieres, wenn sie sämmtliche Banken umfaßte, was sie nicht thut, oder, wenn wir wüßten, in welchem Verhältnisse sie dieselben umfaßt und ausläßt.

Nach ihr steht die positive Circulation von 1851: 153,960,000 D. (ungefähr 33,460,000 L. St.), obwohl wir nicht wissen, wie viel mehr Circulation im Ganzen vorhanden war, nicht hinter derjenigen der ganzen Circulation Englands bis zum 2. October d. J. (36,736,963 L. St.) zurück und übersteigt sie die Circulation desselben Zeitabschnitts im Jahre 1851 (32,658,863 L. St.). Wir sind noch nicht über die Verbesserung der Circulation in den vereinigten Staaten von diesem Jahre unterrichtet, allein die Verbesserung der Circulation der englischen Banken (4,167,983 L. St. im Jahre 1852), verbunden mit der großen Vermehrung des umlaufenden baaren Geldes, ist jedenfalls ein Beweis mehr für die große Ausdehnung und Thätigkeit des Gesammtgeschäftes.

Druck von August Osterrieth.

№ 297. — Montag — den 13. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bundesländern Frankreich 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 f.-Fuß, oder 2 fl. 20 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Belgien, Portugal, England und Oberitalien nimmt Herr G. L. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Italien Herr Jos. Bonaventura in Neuwied No. 99, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Sterlin) mit Breitheit oder deren Raum 5 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 9. Dec. Das „Journal de Constantinople" pflegt gewöhnlich gut unterrichtet zu sein, man hat daher leide Ursache ihm zu mißtrauen, wenn es das Verbot der fremden Dampfschiffahrt im Bosporus und Tags der dortigen Küsten als nahe bevorstehend verkündet. Wie man vermuthen muß, dürfte die Unternehmung des österreichischen Lloyd dadurch zunächst weniger und vorläufig nur mittelbar berührt werden, insofern die Dampfer desselben grade die bezeichneten Küstenpunkte nur nebenhin berühren. Indeß fürchtet man, daß namentlich auf Seite der diesfälligen französischen Unternehmung bedeutende Verluste sich ergeben und vielleicht, wie die „Oesterreichische Correspondenz" meint, sogar den Anlaß zu diplomatischen Reclamationen und politischen Verwickelungen abgeben könnten. — Dem Vernehmen nach wird der gegenwärtige französische Gesandte am hiesigen Hofe, Herr de la Cour, seinen Posten verlassen und durch eine Person der ältern französischen Diplomatie ersetzt werden. In sonst gut unterrichteten Kreisen will man übrigens wissen, daß der neue Kaiser zum Ueberbringer der Notification seiner Standeserhöhung an Se. Maj. den Kaiser von Oesterreich einen seiner intimsten Vertrauten, nämlich seinen Halbbruder, Herrn v. Morny, bestimmt habe. — Auch ein hiesiger Correspondent der „Neuen Preuß. Zeitung" behauptet die bevorstehende Verlobung der Prinzessin Caroline v. Wasa mit dem sächsischen Thronerben. — Der Graf Chambord hat bei den Großmächten eine Protestation gegen das neue Kaiserthum in Frankreich eingereicht.

‡ **Berlin**, 11. Dec. In einer großen Frage hat also nun die Aufsassung des Ministers v. Westphalen entschieden über die anfänglichen des Herrn v. Manteuffel gesiegt. Nicht allein, daß die alten Kreisstände wieder ganz auf den alten Fuß hergerichtet werden sollen, natürlich mit Berücksichtigung der Reformvorschläge, die sie selber im letzten Jahr behufs einer größern Betheiligung der außerritterlichen Stände gemacht haben, — auch das alte Recht, Kreisbesteuerungen festzustellen, aus denen gemeinnützige Unternehmungen innerhalb des Kreises bestritten werden (Chausseen und Brückenbauten, Dammanlagen u. s. w.) wird der Minister des Innern demnächst für sie von den Kammern zurückverlangen (das Ministerium Auerswald hatte hier das Alte beseitigt). Die Uebereinstimmung, welche Herr v. Westphalen in dieser Frage im Ministerium erzielte, fand er indeß nicht in der vor kurzem erfolgten Wiederaufnahme seiner schon früher gemachten Vorlage über eine ständische Reorganisation der zweiten Kammer, die er durch ein von ihm ausgearbeitetes Wahlgesetz zu erreichen gedachte. Herr v. Manteuffel und mit ihm die Majorität des Ministeriums sollen sich gegen eine dahin zielende und schon jetzt einzubringende Vorlage auf das bestimmteste entschieden haben. — Das Ministerium beschäftigt sich in seinen Berathungen noch immer fort mit der definitiven Feststellung des Budgets; den Gerüchten über Differenzen, welche bei dieser Gelegenheit wieder auftauchen, ist kein Glauben beizumessen. — Die Parteigliederung der zweiten Kammer stellt sich nach einem mir vorliegenden sorgfältig gearbeiteten Tableau im Allgemeinen so: von den entschiedenen politischen Männern gehören der Rechten 150 bis 160, der katholischen Fraction 56, der Linken (von der Fraction Winde-Riebel bis zu Bethmann-Hollweg) circa 100 Stimmen. Die wenigstens 56 Stimmen der katholischen Fraction entschieden conservativ oft, so wird in allen außerkirchlichen Fragen die Rechte über circa 170 bis 180 Stimmen gebieten. Aber diese große Partei ist ein Quodlibet von Principien und deßhalb ohne Principien, und es wird ihr daher nur in seltenen Fällen möglich werden, eine siegreiche Schlachtordnung aufzustellen. — Herr v. Bruck, der in einigen Tagen (es heißt am Montag) bekanntlich erwartet wird, kommt nicht allein hierher. Er bringt Beamte des Handelsministeriums mit, die eine besonders gründliche Kenntniß der Tarifgesetzgebungen haben, und es bestätigt dieses meine Ihnen schon ausgesprochene und nicht grundlose Vermuthung, daß die Bestimmung der Positionen des Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Oesterreich den Hauptgegenstand der Verhandlungen bieten werden. Und allerdings die Zahlen, welche unter diesen Verhältnissen aufgestellt werden würden, könnten beunruhigen die einigen und friedfertigen Gesinnungen der Regierungen documentiren als die längsten Noten voll der herzlichsten Versicherungen.

* **Berlin**, 10. Dec. Graf v. Thun-Hohenstein hat sich bereits gestern Mittag durch den Freiherrn Prokesch von Osten dem Ministerpräsidenten vorstellen lassen. — Die katholische Fraction bereitet ihre Anträge auf Aufhebung der Ministerialverfügungen, betreffend die Jesuitenmissionen „in den Gegenden, wo die Katholiken nur sporadisch vorkommen" und das Verbot des Besuchs des geistlichen Seminars in Rom, vor. Wie es scheint, hat eine heutige Unterredung einer Deputation (die Herren Oberrath, v. Waldbott, Reichensperger I., Freiherr v. Ketteler und ein Geistlicher) dieser Fraction mit dem Ministerpräsidenten sich auf diese Angelegenheit bezogen. Die Mittheilung, daß die Rechte in Verbindung mit der katholischen Partei die Aufrechthaltung der Wahl des Abgeordneten v. Lichnowsky durchgesetzt, beruht auf einem wesentlichen Irrthum. Ein Theil der Partei, wie eine Erklärung in der „Kölnischen Zeitung" besagt, stimmte sogleich mit der Linken für die Ungiltigkeit der betreffenden Wahl; die ganze Partei aber, so viel bekannt geworden, mit einer einzigen Ausnahme, für den Antrag: daß die Wahl anzuerkennen und sofort eine nähere Untersuchung in Betreff derselben eingeleitet werde.

z" **München**, 10. Dec. Von dem hiesigen Kreis- und Stadtgericht wird demnächst eine sehr „interessante" Angelegenheit zur Verhandlung kommen. Der königl. Advocat Dr. Schöll, aus dem schwäbischen Städtchen Oettingen, befindet sich schon seit einiger Zeit in Untersuchung 1) wegen Urkundenfälschung und Betrug und 2) wegen Betrugs und Erpressung. In ersterer Beziehung hat das Appellationsgericht für Oberbayern auf Einstellung des Verfahrens erkannt, in zweiter Beziehung aber hat sich seine Competenz zur Aburtheilung vor das hiesige Kreis- und Stadtgericht verwiesen. Gegen dieses Verweisungserkenntniß hat Schöll eine Nichtigkeitsbeschwerde vor dem obersten Gerichtshof erhoben, die aber in der heutigen Sitzung des hohen Gerichtshofs als unbegründet verworfen wurde, so daß die Sache nun vor dem erwähnten Kreis- und Stadtgericht zur Verhandlung kommen muß.

Freiburg, 7. Dec. Die von der Regierung dem Senat vorgelegte Frage, ob der Verfasser einer Schrift, wie die des Prof. Buß über die Universitäten, noch fernerhin Lehrer sein könne, ist vom Senat bereits entschieden, und zwar verneinend. Referent über diese in das Universitätsleben tief einschneidende Principienfrage soll Hofrath Mayer gewesen sein. Man sagt, daß in dem ganzen Collegium nur ein einziges Mitglied (wahrscheinlich Prof. Stolz) im Namen der Lehr- und Schreibfreiheit gegen den Beschluß protestirt und erklärt habe, „wie ungerecht es sei, einen Mann wegen einer Schrift dem Urtheile von Professoren preiszugeben, die seine Feinde seien. Das Verfahren erscheine als eine gegen die ganze katholische Partei gerichtete Maßregel, die um so härter sei, als fast immer nur protestantische Lehrer an hiesige Universität berufen und Katholiken nur solchen in letzter Zeit Gehaltszulage bewilligt worden sei." Das von Karlsruhe an den Senat gesendete Exemplar der Schrift des Professor Buß soll an vielen Stellen doppelt angestrichen gewesen sein, unter andern auch an dem Passus, worin es ungefähr heißt, daß, „wenn die Bureaukraten mit Universitätssachen zu schaffen hätten, alles nach ihrer mechanischen Anschauung gemodelt werden sollte. Jeder originelle Kopf sei solchen Leuten zuwider und jeder selbstständige ein Revolutionär." Die Tendenz der Schrift des Professor Buß ist die Errichtung einer rein katho-

lischen Universität für ganz Deutschland. Das Buch selbst ist sehr lebhaft geschrieben. Besonders scharf ist die Bureaukratie mitgenommen. (Schwäb. Merkur.)

+ **Darmstadt**, 11. Dec. Eben ist der weitere Bericht des Finanzausschusses der ersten Kammer, das Finanzgesetz für die Jahre 1851 bis 1853 betreffend, erstattet von dem Abg. Eckhardt, ausgegeben worden. Er legt, da das Budget „einer nochmaligen Berathung und Schlußnahme in der zweiten Kammer unterworfen worden ist, wobei eine Annäherung der divergirenden Ansichten stattfand," diese neuesten Resultate vor, und theilt am Schlusse die Ansicht des Ausschusses über das Finanzgesetz mit, damit „auch hierüber kein Zweifel obwalte und eine Vereinbarung darüber vorbereitet werde". Davon ausgehend, daß „die noch übrigen Differenzen unter den bedeutsamsten Abstimmungen über Ausgabebudget nicht von der Bedeutung sind, daß dasselbe zu verwerfen sei, trägt der Ausschuß darauf an, dasselbe, mit Inbegriff der späteren, von beiden Kammern beschlossenen Bewilligungen, anzunehmen, jedoch mit Ausschluß der daran von der zweiten Kammer gefnüpften Desiderien, wenn denselben von der ersten Kammer nicht zugestimmt wurde, und unter wiederholtem Vorbehalt der Rechte der Kammer aus dem Art. 67 der Verfassungsurkunde, da über das Finanzgesetz noch keine Vereinbarung beider Kammern vorliege. Weiter trägt der Ausschuß darauf an, der zweiten Kammer den Wunsch zu erkennen zu geben, daß bei ihren definitiven Beschlüssen über den Staatsvoranschlag und die Feststellung der Mittel zur Deckung des Deficits und zur Herstellung des Betriebsequilibrii auf die vierseitigen Vorschläge die geeignete Rücksicht genommen, und daß über die dem neuen Finanzgesetz zu gebende Zeitdauer eine Vereinbarung nach Maßgabe der in diesem Bericht entwickelten Ansichten getroffen werden möge. Nach der Ansicht des Ausschusses genügt mit Zurechnung der Ereirung von 900,000 fl. Grundrentenscheine, zur Deckung des Deficits aus der früheren Finanzperiode, die Aufnahme von höchstens 500,000 fl.

)*(**Weimar**, 9. Dec. Unsere Aissien dauern fort, bieten aber wenig interessante Fälle dar. Der Landtag wird wahrscheinlich erst im Februar eröffnet. Es sind vollendete Thatsachen neulich noch die Ritterguts-besitzer vier Vertreter gewählt haben unter denen sich zwei sehr intelligente Männer, der Graf v. Hohenthal-Puchau und der Kammerherr v. Heldorf, befinden. Die große Mehrzahl unter den 31 Abgeordneten gehört dem Stande der Staatsdiener an, so daß das Ministerium auf eine ansehnliche Majorität rechnen kann. — Die Directionen der hessischen und thüringischen Bahn haben sich noch nicht über den Anschluß der Nachtzüge vereinigt, was sehr zu bedauern ist, da durch diese Differenz ein hocht unangenehmer Aufenthalt in Gerstungen bewirkt wird; doch wir hoffen, daß sich diese durch Nachgiebigkeit von beiden Seiten bald ausgeglichen läßt; hat man doch Aussicht, daß die viel wichtigere Frage über die Zollangelegenheit sich zu allgemeiner Zufriedenheit lösen wird. Wenn Herr v. Bruck nach Berlin geht, so freuen wir uns sehr darüber, da er gewiß Alles aufbieten wird, den Norden und Süden zu vereinigen. Seine Person erweckt in Norddeutschland auch deßhalb großes Vertrauen, weil dieser ausgezeichnete Mann seiner Abstammung nach dem Niederrhein angehört. Die ältere Linie der Familie v. Bruck blüht noch jetzt in Kreseld und ist in der Handelswelt eben so sehr durch ihren Reichthum, als durch Solidität und große Fortschritte in der Seidenfabrikation rühmlich bekannt.

)*(**Gotha**, 10. Dec. Wie verlautet, wird die nächste Zukunft eine für die finanziellen Verhältnisse unseres Landes sehr wichtige Angelegenheit wieder in den Vordergrund bringen, nämlich die Frage über das diesige Staatsgut. Durch das im Jahr 1849 erschienene Staatsgrundgesetz ist nämlich das sämmtliche vormalige Kammervermögen, dessen Ertrag nach Abzug verschiedener Staatsausgaben dem jedesmaligen Herzoge zu Gute kam, zu Staatsgut erklärt und dem Herzog eine Civilliste ausgesetzt worden. Sofort nach Publicirung dieses Staatsgrundgesetzes erschien der bekannte „agnatische Protest", unterzeichnet vom Prinzen Albert, dem König Leopold und dem Herzog Ferdinand v. Koburg-Gotha, in welchem jene Bestimmung, als dem agnatischen Rechte zuwiderlaufend, angegriffen wurde. Doch wurde sie aufrecht erhalten, und selbst bei Berathung des neuen Staatsgrundgesetzes blieb sie stehen, da der von der Staatsregierung ins Mittel gelegte Vorschlag einer Theilung dieses Staatsguts vom Landtag nicht acceptirt wurde. Wie man jetzt sagt, würde aber diese Angelegenheit nicht lange mehr in suspenso bleiben, sondern von den betheiligten Agnaten einer endgiltigen Entscheidung zugeführt werden, und es scheint auch hierauf ein Artikel in der „Allgemeinen Zeitung" hinzudeuten, welcher eine Intervention des Bundestags als wirksames Mittel zur Lösung dieser Frage in Aussicht stellt und dazu die Errichtung eines speciellen Bundesgerichtshofs empfiehlt.

Bremen, 9. Dec. Aus der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft heben wir hervor, daß die Prolongation des nach der ursprünglichen Vereinbarung nur bis zum 7. Februar 1853 geltenden Gesetzes über Verbrechen wider den Staat und über die Presse nebst den späteren Zusatzbestimmungen, so weit diese Gesetze gegenwärtig noch in Kraft seien, ausgesprochen wurde.

Großbritannien.

London, 9. Dec. Morgen ist für das Ministerium ein verhängnißvoller Tag. Das Budget nämlich wird zur Debatte kommen. Im Publikum wie in der Presse ist die Ansicht vorherrschend, daß der Kampf gegen das Ministerium Derby ein hartnäckiger sein wird. Daß Disraeli's Budget nicht in seiner ursprünglichen Form angenommen wird, kann man mit ziemlicher Gewißheit voraussagen; es wird alles darauf ankommen, wie weit die Regierung zurückweichen wird, um sich das Ruder nicht aus den Händen reißen zu lassen. Vor der Hand sind, so viel wir wissen, zwei Amendemente angekündigt: das eine von Macgregor, das eine Modification der Zollermäßigungsscala auf Thee vorschlägt, das zweite von Williams, des Inhalts, daß, wenn der Schatzkanzler seine Resolution zur Verdoppelung der Haussteuer beantragen will, der Williamsche Verbesserungsantrag dagu lauten soll, es möge zum Ersatz die Erbschafts- und Legalisirungssteuer bei wirklichem unbeweglichem Eigenthum in derselben Weise, wie beim persönlichen, erhoben werden.

Spanien.

Madrid, 4. Dec. Herrsche gestern noch die größte Aufregung, so war heute wieder Windstille, als sei nichts vorgefallen. Murillo ist doch ein kluger Mann. Als gestern die Puerta del Sol eine solche Haltung angenommen hatte, daß jedermann glauben mußte, der Ausruhr werde mit jedem Augenblick losbrechen, da fuhren durch die gedrängten Haufen der Unzufriedenen fünfzehn schwere mit Gold und Silber beladene Wagen nach dem Münzamte. Eine Schwadron Dragoner escortirte den angeblich aus 300 Millionen Realen bestehenden Schatz. Sie zogen, wie Murillo es vorher berechnet hatte, die Aufmerksamkeit der Menge auf sich: ein großer Theil des Volkes verlief sich und gab den Wagen bis zum Münzgebäude das Geleit. Die Wagen waren schon seit drei Tagen in der Nähe der Hauptstadt angelangt, der richtige Augenblick war aber noch nicht da, um den erwünschten Eindruck zu machen. Allerlei Vermuthungen knüpften sich an diese Baarsendung, die theilweise aus Frankreich für die verkauften neuen 3pCt. Staatsschuldscheine geliefert worden war, einen großen Theil aber auch den inländischen Steuerkassen herrührte. Heute haben die activen und passiven Beamten in Madrid die Weisung erhalten, nicht allein das Gehalt für December zu heben, sondern es soll ihnen auch gleichzeitig der aus diesem Jahr noch rückständige Sold mitausbezahlt werden. Diese Munificenz des Finanzministers hat Tausende von Menschen wieder umgestimmt, die gestern noch Alles gewagt hätten, um das verhaßte Ministerium zu stürzen. Man hat berechnet, daß allein in Madrid gegen 12 Mill. Realen in Umlauf kommen, was für Handel und Gewerbe von besonderer Wichtigkeit ist, da gerade jetzt die großen Weihnachtsausstellungen beginnen. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 10. Dec. Hr. v. Bruck hatte noch vorgestern und gestern Conferenzen mit dem Minister des Aeußern, nachdem er Dienstag von Sr. Maj. dem Kaiser in einer besondern Audienz empfangen worden war. Gestern Abend 7 Uhr ist er nach Berlin abgereist. Der demselben beigegebene k. k. Legationssecretär v. Dumreicher, sowie der Director, Herr Pfeifer, haben sich bereits Tags zuvor dahin begeben. — Auf telegraphischem Wege ist aus Mantua vom 7. d. M. die Nachricht eingelaufen, daß gegen zehn Theilnehmer des letzten revolutionären Complotts, welche überführt wurden, geheime Clubs organisirt und Maximilien Senfschreiben verbreitet zu haben, Todesurtheile von dem aufgestellten Kriegsgerichte gefällt worden sind, wovon fünf durch Sr. Excellenz den Feldmarschall Radetzky bestätigt wurden; die übrigen fünf sind in Gnadenwege in gelinge Strafen verwandelt worden.

‖ **Berlin**, 11. Dec. Ich komme noch einmal auf den Herrn v. Kleist-Retzow zurück. Die Bedeutung der Wahlannahme dieses Staatsmannes habe ich schon erörtert, aber sein Erscheinen im Parlament ist nicht allein als ein Beweis für die vollendete Thatsache der Vereinigung zwischen der Regierungspartei und der äußersten Rechten zu betrachten, sondern es stellt zu gleicher Zeit an beide Parteien die Anforderung, ihn als den eigentlichen Leiter der so entstandenen großen Partei der Rechten zu betrachten. Alle Fractionen der conservativen Partei werden sich übrigens vereinigen, um ihm zum Präsidentensitze zu erheben. Ueben ist bekanntlich nur auf vier Wochen gewählt. Herr v. Kleist-Retzow ist, wie kein zweiter Mann seiner Partei geeignet, diese schwierigen Stellungen auszufüllen. Trotz seiner Richtung liebt er die vermittelnden Formen ebenso sehr, als sie ihm auch zu Gebote stehen. Außerdem ist er ein liebenswürdiger Mensch. Der Person Sr. Majestät steht er sehr nahe,

vielleicht näher als irgend ein anderer unserer politischen charakters. — Die soziale Fraction der Rechten, von deren Versuchen ich Ihnen schon schrieb, hat sich jetzt gebildet. Sie ist gleichsam als ein Geschäftsausschuß der Partei zu betrachten, und die speciell sozialen Anträge, welche sie jedenfalls im Laufe der Session stellen wird, sind der Unterstützung der ganzen Partei gewiß. Der Landrath von Lavergne-Peguilhem, der schon im vereinigten Landtage eine größere Aufmerksamkeit auf sich zog, steht an ihrer Spitze. — Herr von Bruck wird in der Mitte dieser Woche bestimmt eintreffen. Diejenigen Kreise der Hauptstadt, welche sich für die handelspolitischen Fragen speciseller interessiren, suchen bereits nach Besitzungen zu den leitenden Kreisen der Unterhandlungen. Der deutsche Ausschuß für Handel hat schon seine Agenten hierher gesandt. Auch mit den Kammern unterhalten sie Verbindung und wird, durch ihre Einwirkung jedenfalls bald ein Antrag auf Herabsetzung der Eisenzölle des Zollvereins eingebracht werden. — Die im März von den Ritterguthsbesitzern vielfach ausgestellten Urkunden, über unentgeltliche Aufhebung der bestehenden Reallasten, sind vom königlichen Revisionscollegium durchgängig als erzwungen und bethalb als ungiltig anerkannt. — Auch nach dem Abgange des Baron v. Profesch wird die Familie dieses Diplomaten noch hier bleiben. Ein Sohn desselben besucht ein hiesiges Gymnasium und, um ihr die Verlegung nach einem andern Aufenthaltsorte zu erleichtern, wird die gänzliche Uebersiedelung erst im April geschehen.

P **Berlin**, 11. Dec. Heute ist Graf Thun von Sr. Maj. dem König, in Anwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten, in einer Privataudienz empfangen und hat allerhöchstdemselben seine Accreditive überreicht. Später hatten der Herr Handelsminister und der Herr Polizeipräsident Vortrag. Dem Vernehmen nach bezog sich dieser Vortrag auf die jetzt mit Lebhaftigkeit ventilirte Frage, Berlin mit fließendem Wasser zu versehen, für welche sich Se. Maj. der König allerhöchstselbst auf das Einzelnste interessiren.

△ **Berlin**, 11. Dec. Wenn wir früher darauf hindeuteten, daß die Anerkennung des neuen Kaiserthums in Frankreich von Seite Preußens auch binnen kurzem erfolgen werde, so hören wir gegenwärtig hier versichern, daß dieser Schritt von Seite des diesseitigen Cabinets bereits geschehen sei. Die so rasche Anerkennung Englands soll, wie in den hiesigen diplomatischen Kreisen hervorgehoben wird, namentlich am Wiener Hofe sehr überrascht haben, da man Unterhandlungen zwischen Frankreich und England in andern europäischen Fragen voraussetzt, welche dem österreichischen Cabinet bis jetzt unbekannt geblieben sind. Das wird von den Diplomaten anerkannt, daß die ganze Angelegenheit von der jetzigen französischen Regierung mit einer seltenen Umsicht geleitet worden ist, indem das Pariser Cabinet sich so zu stellen wußte inmitten der Großmächte Europa's, als ob es jeder einzelnen mit einem ganz besondern Vertrauen entgegen komme. Die Enttäuschung soll daher mannigfach nicht angenehm berührt haben.

Bremerhaven, 10. Dec. (pr. Telegraph.) Angekommen ist hier das englische Dampfboot „Leith", Capitän Separds, von London, mit circa 200 Mann Besatzung für die hier angekauften deutschen Kriegsschiffe.

* **Paris**, 10. Dec. Der „Moniteur" zeigt heute an, daß der erste Bürgermeister von Frankfurt dem Marquis de Tallenay auf die Notification der Thronbesteigung Napoleons III. geantwortet hat, man werde dem Repräsentanten der freien Städte zu Paris neue Beglaubigungsschreiben ausfertigen lassen. Es sind jetzt acht souveräne Staaten, die das Kaiserthum entweder schon anerkannt haben oder es erklärter Weise anerkennen werden, nämlich: Neapel, England, Belgien, die Schweiz, Spanien, Holland, Piemont und Frankfurt. Die gouvernementalen Blätter sind übrigens vollkommen gewiß, daß auch sämmtliche übrige Mächte das Kaiserthum ohne Bedingungen anerkennen werden.

Der Schmuck der Kaiserin ist gegenwärtig bei dem Juwelier des Kaisers in Arbeit; er stammt von Marie Antoinette her. Der erste Consul wußte sich denselben anzueignen und schenkte ihn Josephinen. Diese vermachte ihn der Königin von Westfalen. Nach dem Tode dieser Fürstin ging der Schmuck in die Hände der Königin Hortense über, von welcher ihn Ludwig Bonaparte erbte. Dieser versetzte ihn in London in einem Leihhause und löste ihn nach dem 2. December gegen eine bedeutende Summe aus. Jetzt befindet sich derselbe bei dem Juwelier Lemonnier, wo er für die neue Kaiserin restaurirt und verschönert wird.

Die zur Prüfung und Begutachtung des Senatsconsultums für Abänderung der Verfassung ernannte Senatscommission besteht aus den Herren Troplong, de Crouseilhes, Lahitte, d'Hautpoul, Saycy (Präsident), Lacrosse, d'Audiffret, Dumas, Mimerel und Marchand. Die Mitglieder der Commission, die sich mit dem Senatusconsultus zu beschäftigen hat, sind Magnan, Saycy, Regnault de St. Jean-d'Angely, Beaumont und d'Audiffret. Man glaubt, daß das Senatusconsultum in Betreff der Verfassung ernste Erörterungen veranlassen werde, was schon heute in den Bureaux des Senats der Fall war. Namentlich trat d'Audiffret kräftig gegen die Bestimmung des Entwurfs auf, nach welcher die Kammer die Budgets der Ministerien bloß als Ganzes zu votiren haben würde. — Gestern fand die erste Conferenz des Vereins der Advocaten am kaiserlichen Hofe (früher Appellhof) von Paris statt. Berryer, als Präsident des Vereins, hielt die Eröffnungsrede, die jedoch ohne alle politischen Anspielungen war. — Die auf gestern festgesetzte Abreise Abdel-Kaders nach Marseille ist um einige Tage verschoben worden. Wie verlautet, ist ihm vom Kaiser als Abschiedsgeschenk ein Säbel im Werth von 25,000 Fr. zugedacht, und zu Brussa soll er jährlich 100,000 Fr. von Frankreich beziehen.

Dem Vernehmen nach wird Herr Bois de Buttenval an die Stelle des Marquis de Lavalette als Botschafter nach Konstantinopel gehen.

Paris, 11. Dec. Hier ist das Gerücht verbreitet, in Neapel sei eine Verschwörung gegen den König und eine Höllenmaschine entdeckt. (Tel. Dep. d. Köln. Ztg.)

London, 10. Dec. Der französische Gesandte, die Gräfin Walewska und der Carl v. Malmesbury kamen gestern in Southampton an, wo die königliche Yacht Fairy sie erwartete. Als sie an Bord der Yacht auf der Rhede von Cowes ankangten, salutirte das Kriegsschiff „Encounter" mit einer Ehrensalve von 17 Schüssen, worauf Graf Walewski mit einer Begleitung aus Land stieg und in einem bereitstehenden königlichen Gala-Wagen nach Osborne House fuhr. Lord Malmesbury fuhrte darauf den Grafen ein, und derselbe überreichte in einer Privataudienz sein Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen. Der Carl v. Westmoreland ist im Begriffe, auf seinen Posten in Wien zurückzukehren; er stattete gestern Abend bei mehreren Cabinetsmitgliedern Abschiedsbesuche ab.

Die Agitation gegen das Budget geht im großartigsten Maßstab fort. Gestern Abend waren in allen Theilen Londons Meetings gegen die Verdoppelung der Haussteuer und die Ausdehnung der Einkommensteuer, das letzte in Marylebone. Nicht minder laut donnerte es in den Versammlungen der Steuerpflichtigen von St. Pancras, Lambeth und Tower Hamlets. In den Provinzen macht sich die öffentliche Meinung wo möglich noch heftiger Luft und der „Globe" citirt mit offenbarem Behagen die ehrenrührigen Persönlichkeiten, mit denen Disraeli von den meisten Provinzialblättern bombardirt wird.

Madrid, 7. Dec. Marschall Narvaez ist Präsident des Wahlcomite's der gemäßigten Opposition. — 3pCt. R. 44⅞. — 1pCt. R. 24. (Telegr. Dep. d. „Frankf. Journ.")

Frankfurt, 12. December, Abends.

Die heute fällige Post aus Paris vom 11. Dec. ist ausgeblieben.

Börsenberichte.

zz **Frankfurt**, 12. Dec. Das Hauptgeschäft in heutiger Effectencourse hatte in spanischen Fonds statt. Auf bekannt gewordene merklich niedrigere Madrider Notirung verstellen vom 7. d. M., sowie auf bedeutende Verkäufe, welche ein großes Bankerhaus sowohl in 1pCt. Renen, wie in 3pCt. Inländischen ausführen ließ, gingen beide Sorten abermals ansehnlich im Cours zurück; erstere Sorte eröffnete im Cours zu 23¹/₂ pCt., fiel rasch auf 23⅛ pCt., drückte sich später auf 23¹/₁₆ pCt., hob sich wieder auf 23⅞ und schloß zuletzt 23⁴/₁₆ pCt; 3pCt. Inländische stellen sich gestern um 1¼ pCt. von 43¾ auf 42½ pCt., zurück, zu welchem Course solche zuletzt zu erhalten waren. Oesterreichische Effecten, anfangs begehrt, stellten sich später durch ebenfalls daraus gemachte Offerten wiederum niedriger. 5pCt. Metall. waren 81½ pCt., 4½pCt. Metall., anfangs 73¾, zuletzt 73 à 72⅞ pCt., 3pCt. Lomb.-Venet., anfangs 91¼, zuletzt 91⅛ pCt., Wiener Bankactien 1389 fl. Bon Eisenbahnactien war R.-B.-Nordbahn begehrt, 49²/₁ pCt., Verbach 99⅛ pCt.

Berlin, 11. Dec. Staatsschl. 84¼ Brf., 93⅛ G. — Köln-Minden 117¹/₁ à ½ bez. — Rhein.-Nord. 46 Brf., 45 G., 45³/₄ ½ à ¾ bez.

Telegraphischer Coursbericht.

Paris, 11. Dec. 4½pCt. Rente 106, 70. — 3pCt. do. 82, 50. — 5pCt. Piemont 100, 25. — 3pCt. Span. 44. — 1pCt. do. —. (Spnd.)

London, 11. Dec. 3pCt. Consols 100⅛. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 24. — Span. Passive —. (Spnd.)

Antwerpen, 11. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. 92¹/₂. — 2½pCt. Belg. 57¹/₂. — 3pCt. Span. int. 43³/₄. — 1pCt. do. 23¹/₄. (Spnd.)

Amsterdam, 11. Dec. 2½pCt. 59. Integr. 65. 4pCt. Certific. 96¼. — 3½pCt. Spnd. 34. — 4pCt. Russ. bei Hope 91¹/₂. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 91¹/₂. — 3pCt. Spanische int. 43⅞. — 1pCt. do. Neue 24¹/₁₆. — 5pCt. Silber-Metall. 91. — 5pCt. Metall. 78¹/₁₆. — 2½pCt. do. 40¹¹/₁₆. (Spnd.)

Madrid, 7. Dec. 3pCt. 44⅞. — 1pCt. Neue 24. (Privatl.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Knöchelt.

[3781]

Bekanntmachung.

Mit dem 15. d. M. treten bei den nachverzeichneten Posten folgende veränderte Abgangszeiten ein:

von Friedberg	nach Lauterbach, Hersfeld	10 Uhr	Vmit.
„ Gießen	„ Büdingen	8¼	„ Mrgs.
„ Assenheim	„ Friedberg	7	„ „
„ Friedberg	„ Assenheim	2	„ Nchm.

Frankfurt a. M., den 11. December 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

Hochfreiherrlich M. F. von Riese'sches Anlehen
von fl. 200,000 im fl. 20 Fuß, d. d. Brag. 22. Mai 1835.

In der heute stattgefundenen 11. obligationsmäßigen Verlosung wurden folgende 10 Stück Partialen dieser Anlehe zur Rückzahlung — nach Eingang — per 31. Mai 1853 bestimmt:

Nr. 11. 42. 92. 123. 170. 176. 178. 180. 195. 199.

10 Stück à 200 fl. 1000 . . 200 fl. 10,000.

Frankfurt a. M., den 25. November 1852.

[2675] **Philipp Nicolaus Schmidt.**

Carcel- und Moderatur-Lampen

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.

[2635] **Theodor Martino**, 36, Zeil.

Verpachtung einer im bayerischen Oberlande, unweit Benediktbeuern gelegenen Glashütte.

Es wird eine Glashütte, 14 Poststunden von München entfernt und an einem Flusse gelegen, auf längere oder kürzere Zeit verpachtet. — Dieselbe wurde selber mit Torf- und Steinkohlenfeuerung betrieben, und sind die reichhaltigsten Lagerungen des schönsten Quarzsandes, wie auch ein Kohlenbergwerk und ergiebige Torfstiche in der Nähe. — Die ausgedehnten Fabrikgebäude mit einem durch Wasserkraft getriebenen neuen Pochwerke, sowie die sonstigen Einrichtungen, gestatten einen großartigen Betrieb, und das zu einer riesigen Campagne erforderliche Quantum Torf findet sich bereits im bestreckenen Zustande vorräthig. [2639]

Pachtlustige wollen sich in frankirten Briefen an Herrn C. Hermann in München, Rosenthal Nr. 3 wenden, worauf nähere Auskunft ertheilt werden wird.

Neue Verlags-Artikel
der Elwert'schen Universitäts-Buchhandlung in Marburg.

[3755] In allen Buchhandlungen zu haben:

Petri Abaelardi
Sic et Non. Primum integrum ediderunt Dr. E. L. Th. Henke et Dr. G. S. Lindenkohl. 8 maj. br. 29 Bogen. Rthlr. 2. oder fl. 3. 36 kr.

Dr. C. Collmann,
Französische Grammatik für Gymnasien und Studirende. Nach Friedrich Dietz bearbeitet. gr. 8. br. 28 Bogen. Rthlr. 1. oder fl. 1. 48 kr.
Französisches Lesebuch. gr. 8. br. 34½ Bogen. Rthlr. 1. oder fl. 1. 48 kr.
Vorschule der französischen Sprache. Ein Lehr-, Lese- und Uebungsbuch. gr 8. br. 12 Bogen. 15 Sgr. oder 54 kr.

Dr. F. W. Hassencamp,
Hessische Kirchengeschichte seit dem Zeitalter der Reformation. Mit neuen Beiträgen zur allgemeinen Reformationsgeschichte. Erster Band. gr. 8. br. 51 Bogen.
Rthlr. 3. 12 Sgr. oder fl. 5. 48 kr.
(Der zweite (letzte) Band erscheint im nächsten Jahre.)

Victor von Hagnau,
Blätter aus der Mappe eines Kriminalisten. Erstes Heft. gr. 8. br. 11 Bogen.
20 Sgr. oder fl. 1. 12 kr.

Prof. Dr. Heinrich Hoppe,
Geschichte des deutschen Protestantismus in den Jahren 1555—1581. Erster Band. gr. 8. br. 42 Bog. Rthlr. 2. 25 Sgr. oder fl. 3. 5.
(Der zweite Band ist unter der Presse.)

J. A. C. Löhr,
Biblische Geschichte. Erneuert und mit einem Anhange: Darstellung der christlichen Kirchenjahrs. Auserlesene Lieder verlehen von G. Th. Dithmar 8. br. 17 Bog. 10 Sgr. oder 36 kr.
Kleine Blumenreihen für Kinder, welche sich im Lesen üben wollen. Wieder herausgegeben von Dr. A. F. C. Vilmar. 8. geb. 33 Bogen.
Rthlr. 1. 20 Sgr. oder fl. 3.

Dr. P. Planner,
Ueber die historische Entwickelung des Systems und des Charakters des deutschen Rechts, vorzugsweise des Privatrechts. Erster Theil. gr. 8. br. 14 Bog. 25 Sgr. oder fl. 1. 30 kr.

Prof. Dr. F. Rehm,
Lehrbuch der historischen Propädeutik und Grundriß der allgemeinen Geschichte. Zweite vermehrte Auflage. Von Prof. Dr. Heinrich von Sybel. 8. br. 9½ Bogen.
15 Sgr. oder 54 kr.

Julius von Rodenberg,
König Harald's Totenfeier. Ein Lied am Meere. Brünnquiter. Fein geb. m. Goldschn. 10 Sgr. od. 36 kr.
br. 6 Sgr. oder 20 kr.

Prof. Dr. W. Roser,
Die Lehre vom Hornhaut-Staphylom. Nach dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft zusammengefaßt. gr. 4. br. 6 Bogen.
12 Sgr. oder 40 kr.

Dr. Karl Schmitt,
Johann Friedrich Kurfurst von Sachsen. Schauspiel in fünf Acten. 8. br. 6 Bog. 10 Sgr

James Smith,
Ueber den Schiffbau und die nautischen Leistungen der Griechen und Römer im Alterthum. Aus dem Englischen übertragen von Prof. Dr. H. Thierfch. gr. 8. br. 3½ Bogen.
10 Sgr. oder 36 kr.

Dr. K. A. v. Vangerow in Heidelberg,
Lehrbuch der Pandekten. Sechste vermehrte und verbesserte Auflage. Drei Bände. gr. 8. 142½ Bogen.
Rthlr. 10. 10 Sgr. oder fl. 18. 27 kr.

Dr. A. F. C. Vilmar,
Geschichte der deutschen National-Literatur. Fünfte vermehrte Auflage. Zwei Bände. 8. br. 54 Bog. Rthlr. 2. 15 Sgr. od. fl. 4. 30 kr.
Anfangsgründe der deutschen Grammatik. 1. Lautlehre und Flexionslehre. Nebst hochdeutschen und altsächsischen Sprachproben. Dritte, verbesserte und vermehrte Auflage. 8. br. 8½ Bogen. 12½ Sgr. oder 45 kr.
Schulreden über Fragen der Zeit. Zweite sehr vermehrte Auflage. 8. br. 25 Bogen.
25 Sgr. oder fl. 1. 30 kr.

Prof. Dr. F. Vorländer,
Schleiermacher's Sittenlehre ausführlich dargestellt und beurtheilt mit einer einleitenden Exposition des historischen Entwickelungsganges der Sittenlehre überhaupt. Eine von der Königlich Dänischen Gesellschaft zu Kopenhagen gekrönte Preisschrift. gr. 8. br. 22½ Bogen.
Rthlr. 1. 15 Sgr. oder fl. 2. 42 kr.

Prof. Dr. C. Wippermann,
Die altorientalischen Religionsstanken. gr. 8. br. 9½ Bogen. 20 Sgr. oder fl. 1. 12 kr.

Noch sind bei uns erschienen:

Geschichte der Revolution, Kritik und Reform der constitutionell-monarchischen Staats-Verfassungen. gr. 8. br. 13 Bogen.
25 Sgr. oder fl. 1. 30 kr.
Der Staatsdiebstahl und der preußische Beamtenstand. Historisch-kritische Betrachtungen, nebst Skizzen aus der National-Versammlung zu Berlin im Jahr 1848. gr. 8. br. 10 Bogen.
20 Sgr. oder fl. 1. 12 kr.
Erster Versuch einer Begründung sowohl der allgemeinen Ethnologie durch die Anthropologie, wie auch der Staats- und Rechts-Philosophie durch die Ethnologie oder Nationalität der Völker. Erster Band. gr. 8. br. 24 Bogen.
Rthlr. 1. 25 Sgr. oder fl. 3.
(Der zweite Band erscheint zu Ostern 1853.)
Der Heidelberger Katechismus mit Bibelsprüchen zum bessern Verständnisse für die Katechumenen zusammengestellt und herausgegeben von Metropolitan Dr. Hermann v. Nagel. Sechste verbesserte Auflage. 8 Bogen. 5 Sgr. oder 18 kr.

31. Braunschweiger Lotterie.

Ziehung 1. Classe am 16. und 17. December.
Haupttreffer: fl. 87,500, 52,500, 35,000, 17,500 a. f. f. Ganze Loose zu fl. 7, ½ zu fl. 3. 30 kr., ¼ zu fl. 1. 45 kr., ⅛ zu 52 kr. empfiehlt

Carl Höchberg,
Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.
[2705]

[2775] **Große Braunschweiger**
Capitalverlosung.

mit 17000 Gewinnen unter 28500 Loosen, darunter fl. 87,500, 53 000, 35,000, 17,500, 2 à 9000, 2 à 1000 etc.

Die Verlosung den 16. und 17. December, und empfehlen dazu ganze Loose fl. 7, ½ fl. 3. 30 kr., ¼ fl. 1. 45 kr.

Julius Stiebel jun. **& Co.,**
Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

34. Braunschweiger Lotterie.

Gewinne: fl. 87,500, 52,500, 35,000 etc.
Ziehung 1ter Klasse am 16. und 17. December.
¼ Loose à fl. 7, ½ à fl. 3½, ¼ à fl. 1. 45 kr. und ⅛ à 53 kr.

123. Frankfurter Lotterie.

Gewinne: fl. 200,000, 100,000, 40000 etc.
Ziehung 2ter Klasse am 29. December.
¼ Loose à fl. 20, ½ à fl. 10, ¼ à fl 5 und ⅛ à fl. 2. 30 kr. — Plane und Ziehungsliste gratis.

Moritz Stiebel Söhne,
[2756] Hauptcollecteurs,
Schnurgasse Nr. 56 in Frankfurt a. M.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhöht die Zähne, macht sie weiß, vermindert den unreinen Athem und tödtet den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Mundgenuß. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei F. Ströhlein auf der Zeil. [2186]

Hôtel garni, 27, *rue Montha-bor a Paris*,
in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuillerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortreffliches Frühstück und Mittagstisch in dem reichlich versehenen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien.
Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2609]

Grand Hôtel Louvois

in Paris, Platz Louvois, Straße Richelieu, gehalten von **T. Lachanal.**

Dieses großartige und fein gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den Platz und die Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuillerien. [2197]

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Montag (Beilage zu Nr. 297.) 13. December 1852.

Telegraphische Depeschen.

Aufgegeben in Paris, den 13. Dec., 10 Uhr 37 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 13. „ 11 „ 50 „ „

Paris, 13. Dec. Der spanische Gesandte hat dem Kaiser seine neuen Creditive überreicht.

Madrid, 8. Dec. Kraft eines Decrets der Königin sind alle Wahlversammlungen ohne vorher eingeholte Erlaubniß verboten. — Alle Erwerber von Nationalgütern haben durch Rundschreiben aufs neue die Versicherung erhalten, daß ihr Eigenthum nicht gefährdet sei. — Ein Decret der Königin stellt die Congregation des heiligen Felipe Neri wieder her. — Die Börse blieb heute, weil ein Festtag war, geschlossen; außerhalb derselben: Diff. 23; 3pCt. nicht notirt.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 13. Dec. Der Berliner Correspondent des „Lloyd“ theilt folgenden Plan mit, vermittelst dessen die Zollwirren beendet werden sollen. Man glaubt überzeugt zu sein, sagt er, daß bei der Wiener Conferenz alle Hindernisse weggeräumt werden, welche Preußen schon früher an dem Vertrage A der Darmstädter Vereinbarung auszusetzen hatte, wozu noch das Aufgeben des Termins für die einzutretende Handelseinigung gehört. Geschieht dies, so wird Preußen von seinem Grundsatz der Priorität des Zollvereinsanschlusses abgehen, dem den Handelsvertrag mit Oesterreich bis auf den Punkt der Ratification festzustellen. Darauf wird zuerst der erweiterte Zollverein abgeschlossen und gleich darauf der vereinbarte Handelsvertrag ratificirt.

* **Frankfurt**, 13. Dec. Vor einigen Tagen las man in einem hier vielfach verbreiteten Blatt einer benachbarten Stadt eine Beurtheilung der jüngsten Bürgermeisterwahlen, deren Ton allein schon geeignet ist, das Gefühl jedes seine Vaterstadt nicht geradezu verleugnenden Frankfurters, von welcher Parteistellung er sei, auf das tiefste zu verletzen. Es ist hier nicht der Ort und wäre auch ein sehr überflüssiges Beginnen, die Gewaltthaten gegen die Insulten jenes in triwialem Ton abgefassten Artikels vertheidigen zu wollen. Diese beiden Männer sind in Frankfurt seit Jahren von allen Theilen der Bürgerschaft hoch geehrt. Der eine von ihnen hat das Ruder unsers kleinen Staats schon mehreremal, und namentlich im stürmischen Jahr 1848, mit Ruhe und Festigkeit geführt und sich die höchste Achtung seiner Mitbürger und das Zugnuß derselben erworben, daß er unter den würdigsten Bürgern einer der ersten ist. Der andere dieser Männer, zum erstenmal zur Bekleidung des Bürgermeisteramts berufen, war schon vor seinem Eintritt in den Senat als vielbeschäftigter Anwalt in weiten Kreisen allgemein geachtet, welche Achtung seit seinem zehnjährigen Wirken als Senatsglied nur noch zunehmen musste. Von beiden Männern ist man gewiß — und darin sind wohl alle Parteien einverstanden — daß sie in jeder Lage das Wohl ihrer Vaterstadt im Auge haben und sich die Anhänglichkeit ihrer Mitbürger, die sich bei ihrer Wahl in allen Kreisen so freudig ausgesprochen hat, erhalten werden. — Seit kurzem hört man wieder hier und da von unserer seit mehreren Jahren in Vergessenheit gerathenen Stadtwehr und von Schritten reden, um die Reorganisation dieses Instituts bei den höchsten Staatsbehörden zu beantragen. Solche Schritte dürften sich jedoch schwerlich eines günstigen Erfolgs erfreuen, indem der Senat, wie man mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen kann, die gegenwärtigen Verhältnisse nicht für geeignet halten dürfte, die Reorganisation einer Bürgerwehr zu veranlassen. Und gewiß mit Recht! Denn wenn auch der Nutzen einer Bürgerwehr überhaupt in letzteren Jahren vielfach bezweifelt werden konnte, so wäre namentlich in einer Stadt mit zahlreicher Garnison, umgeben von vielen Garnisonsorten und in der Nähe einer Bundesfestung, eine Bürgerwehr doch gewiß höchst überflüssig, und dürfte um so eher entbehrt werden können, als dem Bürger bei jetziger Geschäftsstockung die Kosten der Equipirung und die für Betreibung seines Geschäfts nothwendige Zeit erspart wird. Der größte Theil der Einwohner ist sehr damit zufrieden, wenn die Stadtwehr wenigstens noch einige Jahre ruht. — In der letzten Sitzung der hiesigen Handelskammer wurden an die Stelle der ausgetretenen Herren Georg Daniel Finck, Joh. Friedrich d'Orville und Jacob Rigand die Herren Philipp de Bary, Louis Mettenheimer und Alexander Scharff-Mayer zu Mitgliedern erwählt.

* **Frankfurt**, 13. Dec. Heute Vormittag 9 Uhr versammelten sich Senat und gesetzgebender Körper in außerordentlichen Sitzungen zur Vornahme der Wahlen zweier Rathsglieder zweiter Ordnung (Senatoren). Um halb elf Uhr traten die von beiden Congregationen erwählten zwölf Wahlmänner zusammen, und zwar von Seiten des Senats die Herren Schöffen Freiherr v. Günderode, v. Heyden, Syndicus Dr. Harnier, Dr. Gwinner, Senator Siebert und Kalb, des Raths; von Seiten der gesetzgebenden Versammlung die Herren Dr. med. Barrentrapp, Notar Dr. Fester und die Handelsleute Rasor, Suchsland, Zumveiler Jost-Hoffmann und G. Henrich. Diese Zusammensetzung des Wahlcollegs gibt der Vermuthung Raum, daß die Wahl eines Kaufmanns beabsichtigt sein dürfte. Auch bezeichnet man mehrere in hiesigen Kreisen geachtete katholische Mitbürger.

P **Berlin**, 11. Dec. Die Entwicklung unserer innern Angelegenheiten hat durch den in der letzten Sitzung der zweiten Kammer gefaßten Beschluß, daß die Vorlagen der Regierung in Betreff der Gemeindeangelegenheiten erst dann in Berathung gezogen werden sollen, wenn die Beschlüsse der ersten Kammer in der betreffenden Angelegenheit vorliegen, eine keineswegs vortheilhafte Wendung genommen. Denn da kaum zu erwarten ist, daß die Berathungen der ersten Kammer, zumal Verfassungsänderungen mit inbegriffen sind, vor Anfang März beendet sein werden, so ist nicht abzusehen, wie die zweite Kammer dann noch mit den Vorlagen fertig werden soll, wenn nicht etwa die Session bis mitten in das Jahr hinein verlängert wird. Der Minister, sowie die rechte Seite haben diesen Beschluß nicht minder der Perfidie der katholischen Fraction, als der Befangenheit in den Präsidenten zu danken, welcher in seinem Amt noch nicht hinlänglich orientirt scheint. Die katholische Fraction befolgt nämlich, wie sich immer deutlicher herausstellt, eine besondere eigensüchtige Politik. Obwohl sie angeblich nur besteht, um die Interessen der katholischen Kirche einheitlich zu vertreten, und demnach Mitglieder derselben zugleich auch Fractionen der linken und rechten Seite angehören, so schließen sie sich doch in politischen Fragen keineswegs den Beschlüssen der Fractionen an, welchen sie angehören, sondern sie folgen den Weisungen, welche ihnen von den Führern der katholischen Fraction zugehen. Es hat sich dies, ganz entschieden, ebensowohl bei den Commissionswahlen, als bei der beregten Abstimmung in der zweiten Kammer gezeigt. Während sie dort nicht den Candidaten der rechten oder linken Seite, sondern ausschließlich den katholischen Abgeordneten ihre Stimmen gaben, so gingen sie hier aus speziellen Motiven mit der linken und der Bethmann-Hollwegschen Fraction. Diese Motive sind nichts anderes, als den Rücktritt des Ministers von Westphalen zu bewirken, dem sie wegen des Verbots der Jesuitenmission in Gegenden gemischter Bevölkerung und wegen Genehmigung des Verbots des Besuchs des Collegium germanicum grollen. Diese Erfahrungen haben wenigstens auf der rechten Seite es sehr bedauern lassen, daß man sich leider einmal bei der Präsidentenwahl in Transactionen mit ihnen eingelassen, und zu dem Beschluß geführt, es nicht wieder zu thun. Es erscheint dies um so nothwendiger, als die katholische Fraction schon für die nächste Zeit directe Anträge in Betreff der kurz vorher erwähnten Exlasse des Ministers des Innern vorbereitet. Leider wird dadurch die Lage der Dinge in der zweiten Kammer nicht besser. Vielmehr ist sie nun zu sehr geeignet, die Besorgnisse aller derer zu rechtfertigen, welche eine gesetzliche Entwickelung unserer Verfassung und eine Restauration in echt preußischem Sinne wünschen.

Kassel, 9. Dec. Die schon mehrfach erwähnte Angelegenheit der hiesigen Bürger und Wirthe, denen man die Concession zum Betrieb ihres Geschäfts entziehen will, ist in ein neues Stadium getreten. Dem Stadtrathe ist nunmehr bei 20 Thaler Strafe für jedes einzelne Mitglied aufgegeben worden, den Beschluß der Regierung binnen drei Tagen auszuführen. Man glaubte seither, daß

man die Execution der Maßregel auch selbst, seitens der Staatspolizei, vollführen würde. (N. K.)

⁂ **Aus Mecklenburg**, 8. Dec. An den Landtag zu Malchin ist in der Kettenburgschen Streitfrage wegen Ausweisung seines katholischen Caplans Holzammer von Mainz, vom engern Ausschuß folgende Proposition gelangt: Von dem Kammerherrn v. d. Kettenburg ist wegen der landesherrlich verfügten polizeilichen Fortschaffung des katholischen Priesters Holzammer, ungeachtet der demselben von Ersterem ertheilten Heimatsberechtigung, ein Vortrag eingegangen, in welchem auf Principalintervention seitens der Stände in Verfolgung des hier verletzten verfassungsmäßigen Rechts, oder auf ständische Vertretung, zur Eröffnung des Rechtsweges angetragen, worüber zu beschließen ist. Allen Anzeichen nach wird im Landtag die Regierung wegen ihrer Maßnahmen keine erhebliche Opposition erfahren. Eine andere Proposition spricht sich dahin aus, daß ein Landtagsmitglied, welches zum katholischen Glauben übergetreten sei, nicht füglich mehr die Befugnisse eines Deputirten ausüben dürfe, „indem ein Katholik in confessionellen, die protestantische Kirche betreffenden Fragen nicht Theil haben könne an der Beschlußfassung, seine Vollmacht als Landtagsmitglied aber eine allgemeine sei“. Den Entscheid für diese wichtige ständische Frage, deren Lösung zunächst die adeligen Convertiten trifft, glaubt man ständischerseits in dem Argumente zu finden, daß die Stände beider Großherzogthümer nicht nur politische, sondern auch kirchliche (hier lutherische) Stände seien. Auf kirchlichem Gebiet war ein Beschluß des Landtags hinsichtlich der oberbischöflichen Gewalt des Landesherrn von Bedeutung. Es wurde behauptet, der Oberkirchenrath, ein vom Landesherrn eingesetztes Collegium zur Handhabung des Kirchenregiments, entbehre der rechtlichen Existenz; er habe seinen Ursprung in einer früher periodisch beabsichtigten Trennung von Kirche und Staat, und sei mit der Wiedereinführung der ständischen Verfassung unverträglich. Wiewohl auf anderer Seite beantragt wurde, das Recht des Landesherrn zu der Vertretung durch einen selbsternannten Oberkirchenrath anzuerkennen, indem ständischerseits gegen etwaige Uebergriffe jenes Collegiums dieselben Maßregeln verstattet blieben, wie gegen Uebergriffe der Regierung, wurde doch einmüthig beschlossen, mit völliger Beiseitesetzung der Frage von der rechtlichen Existenz, sowohl des schwerinschen Oberkirchenraths als des strelitzschen Consistoriums von den beiderseitigen Landesherren die Mittheilung des jenen beiden Behörden zugeschriebenen Geschäftskreises und ihrer Dienstinstructionen zu erbitten. — Die Debatte war stürmisch und namentlich wurde die Befürchtung einer beginnenden „Hierarchie“ in Mecklenburg lebhaft besprochen.

h **Gotha**, 11. Dec. Das Resultat der in Weimar über die Einführung einer thüringischen Strafproceßordnung gepflogenen Verhandlungen, welches bekanntlich vor kurzem in Eisenach einer Redaction unterworfen wurde, wird dem Vernehmen nach unserm Landtage zur Beschlußfassung ebenfalls vorgelegt werden.

Sondershausen, 5. Dec. Gegenwärtig ist unser landständischer Ausschuß unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Huschke hier versammelt. Derselbe ist am 29. v. M. zusammengetreten und hat durch die Commissarien des Staatsministeriums, die Regierungsräthe Hülsemann und Cannabich, mehrere wichtige, auf die Finanzen bezügliche Vorlagen erhalten. Diese Vorlagen betreffen: die Staatshauptkassenrechnung pro 1850, einen Gesetzentwurf über Einführung einer Klassensteuer und einen Gesetzentwurf über die Grundsteuer von contributionsfreien Grundstücken.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 11. Dec. Die Neuenburger Frage ist im englischen Oberhause zur Sprache gekommen. Lord Stanley stellte die Frage, ob das Ministerium Anstand nehme, das vielerwähnte Protocoll vorzulegen. Lord Malmesbury antwortete, da die Unterhandlungen wegen Neuenburg noch nicht geschlossen seien, so finde die Regierung sich zur Vorlage jenes Protocolls nicht veranlaßt. Dasselbe lasse den Ministern bezüglich weiterer Fortsetzung dieser Unterhandlungen freie Hand und sie, die Minister, hielten den gegenwärtigen Moment für weitere Unterhandlungen nicht geeignet. Die übrigen Mächte, welche jenes Protocoll mitunterzeichneten, theilten diese Ansicht des englischen Cabinets. — Der Bundesrath gibt den Ständen mit Kreisschreiben vom 8. d. M. Kenntniß von einer Note der französischen Gesandtschaft, welche die Aufmerksamkeit der Behörden auf folgenden abenteuerlichen Plan der Revolutionspartei hinlenkt: Zum Zweck des Umsturzes der bestehenden Regierung durch Untergrabung der Hauptstütze ihrer Macht, der Geldkräfte, habe nämlich der deutsche Flüchtling G. Kinkel einen neuen Angriffsplan vorgeschlagen, der von der revolutionären Partei genehmigt worden sei und welcher darin bestehe, in großem Umfang ein vollständiges System von Falschmünzerei zu betreiben. Ferner habe sich im Süden der Schweiz der Herd einer Verbindung zu diesem Zweck gebildet. Aehnliche Anzeigen, bemerkt der Bundesrath, habe auch der österreichische Geschäftsträger gemacht. Es werden nun die Stände ersucht, die erforderlichen Nachforschungen behufs Erhebung derjenigen Thatsachen und Indizien anzustellen, die geeignet sein dürften über so gefährliche und verbrecherische, dem öffentlichen Wohlstand und dem Privateigenthum, wie auch dem Credit und Verkehr so nachtheilige Unternehmungen Licht zu verbreiten. — An mehreren Orten des Kantons Freiburg ist die Proclamation des neuen Kaiserthums bekanntlich durch Kanonenschüsse gefeiert worden. Die „Independance Suisse“ erklärt nun diese Demonstration damit, daß das unterdrückte Volk, welches nach der Rechtsverweigerung von Seite der Bundesversammlung keine Gerechtigkeit mehr von dieser Seite erwarten zu können glaubt, seine Blicke nach einem Vermittler richte, der es aus seinem Elend befreie. Das bezeichnete Blatt sagt wörtlich: Die Conservativen der Stadt Freiburg feiern den Kaiser Napoleon III., der etwas Schweizer ist, in welchem sie vielleicht einen Mediator erblicken, wie es Napoleon I. war, da nun hinlänglich erwiesen ist, daß die Schweiz nichts für die Freiburger thun will . . . Die Freiburger betrachten die radicale Schweiz, welche von 1848 datirt, als eine Rabenmutter; sie erwarten nichts von ihr, sie verlassen sich nur auf sich und begrüßen freudig jede benachbarte Regierung, welche von der ihrigen schlecht angesehen ist. Der Kaiser, so sagen sie sich, obschon ihm ein gewisser eidgenössischer General beständig aufsitzt, könnte gar wohl der Schweiz auch seine Mediation auferlegen. Es ist also natürlich, daß sie rufen: „Es lebe der Kaiser-Mediator!“ — Der Regierungsrath von Thurgau wird dem großen Rath den Entwurf zu einem Gesetz vorlegen, durch welches, zur Verhinderung des Eingehens leichtsinniger Ehen, das zum Heirathen erforderliche niedrigste Alter für Männer auf 23 und für Mädchen auf 18 Jahre festgestellt werden soll. — Der große Rath von Appenzell-Außerrhoden hat eine allgemeine Verwarnung vor dem Lotteriespiel erlassen. — Nach Zürich sind drei blühende Roggenähren gebracht worden, welche man am 7. d. M. bei dem Dorfe Niederglatt gepflückt hat. — Das neuenburger Traversthal will die Zinsengarantie für die vom großen Rath abgelehnte Verrieresbahn auf 20 Jahre übernehmen.

⊙ **Bern**, 10. Dec. Die Mehrheit des hiesigen großen Raths hat beschlossen, die Oeffentlichkeit der Regierungsrathssitzungen aufzuheben. Im Einverständniß mit den Radicalen trat diesem Beschluß am heftigsten der bisherige Erziehungsdirector Moschard entgegen. Aber alles Sträuben half nichts; man wollte, daß die vorberathende und verwaltende Behörde in ihren Berathungen frei sein sollte, was bei der Oeffentlichkeit der Sitzungen unmöglich war.

⊙ **Bern**, 11. Dec. Wir erfreuen uns des schönsten Frühlingswetters. Der Himmel ist wolkenlos; in der Umgebung pflückt man reife Erdbeeren, in den Gärten blühen Rosen und Veilchen, auf dem Feld sieht man Kornähren, die anfangen milchig zu werden. — Es ist kein Geheimniß mehr, daß einige radicale Männer ins conservative Lager übergehen möchten, wenn sie den Weg dahin finden könnten, während der aus dem Regierungsrath getretene Herr Moschard in den Jura zurückkehren und dort mit einem schon jetzt ziemlich bedeutenden Anhang Opposition gegen die Regierung machen wird. — Aus dem Kanton Freiburg vernimmt man, daß die Werbungen für römische Kriegsdienste große Ausdehnung gewinnen; man sehe junge Leute zu fünfzig abziehen.

Frankreich.

*** **Paris**, 8. Dec. Die hiesigen Republikaner selbst sind ungehalten über das Unsinnige und Unnütze der unaufhörlichen Revolutionsmanifeste der Emigration, die nur dazu dienen können, die Partei zu blamiren. Schon wieder cursirt ein Ledru-Rollin'sches Machwerk, ein sogenanntes Bulletin Nr. 8 mit dem Datum London, den 3. Dec., worin in wirklich lächerlicher Weise das Kaiserreichsvotum ein „scrutin des etrangers“ genannt wird, weil der Araber Abdel-Kader, dann ein englischer Sonderling und einige nicht naturalisirte Juden notorisch mitgestimmt hätten. Erregt diese Introduction ein mitleidiges Achselzucken der Vernünftigen, so ist das noch mehr der Schluß im Stand, wo Arbeiter, Bauern und Bürger aufgefordert werden, sich zu einigen und zu organisiren, unter der hinzugefügten Drohung: „et que celui-la soit maudit, soit flétri comme lâche, qui préféra sa rente, son salaire ou ses loisirs au grand devoir de la revolution.“ Die französischen Bauern sind die Rechten, den vollen Geldbeutel an eine Idee zu setzen. Welche widerliche Selbsttäuschung bei Personen, die schon einmal, wenn auch nur kurze Zeit, über Frankreich regiert haben! Das Wegbleiben Montalemberts und Merodes vom Deputirtenessen wird als eine Bestätigung ihres Rücktritts zur legitimistischen Partei angesehen. Wie leicht zu begreifen, hat die Nachricht deutscher Blätter von einer anderweitigen Verlobung der oftgenannten Kaiserbraut je nach dem Parteistandpunkte einen verschiedenartigen Eindruck gemacht; und wenn auch an allen früheren Gerüchten kein wahres Wort war, so muß doch die Fabel selbst herhalten, um rachgierigem Spott Luft zu machen.

Paris, 10. Dec. Wird Pius IX. nach Paris kommen und Napoleon III. salben? Das ist jetzt die große Frage. Ich hatte gestern Abend Gelegenheit, die Bekanntschaft eines würdigen Mannes zu machen, welcher vor wenigen Tagen aus Rom hier angelangt ist und der eine Stellung in der unmittelbaren Umgebung des heiligen Vaters einnimmt, die ihn in den Stand setzt, die wahre Sachlage zu kennen. Der Papst soll dem persönlich die wärmsten Sympathien für den neuen Kaiser der Franzosen hegen und mehr als einmal im vertrauten Gespräche sowohl gegen seine Umgebung wie gegen fremde Diplomaten geäußert haben, daß er es für eine Pflicht der Dankbarkeit halte, den Mann zu krönen, der ihn durch seine Armee auf den weltlichen Thron wieder eingesetzt habe. Aber, sagt mein würdiger Freund, der persönliche Wille des heiligen Vaters gilt in einer so wichtigen Sache nicht allein, und in der officiellen Umgebung des Papstes gibt es allmächtige Einflüsse, die dem neuen Gewaltshaber Frankreichs durchaus nicht hold sind. Diese haben es bis jetzt schon dahin gebracht, daß Pius IX. überzeugt ist, er dürfe der erneuerten Bitte des Kaisers der Franzosen nur dann nachkommen, wenn die übrigen katholischen Mächte keine Einwendungen dagegen vorbrächten. So ist die Sachlage, welche auch der französischen Regierung sehr wohl bekannt ist. Ein officielles Ersuchen ist bekanntlich vom Kaiser noch nicht an den Papst gerichtet und wird natürlich auch nicht früher stattfinden, als bis Napoleon die entschiedene Gewißheit hat, daß alle Hemmnisse beseitigt sind und er einer willfährigen Antwort sicher ist. Daß der Papst (wie die „Times" erzählt hat) die Ausflucht gebrauchen wolle, er könne des Titels „Napoleon III." halber den Kaiser nicht krönen, weil er so nicht, wie sein Oheim, eine neue Dynastie begründe, wird mir als unwahr dargestellt. Es scheint also nach diesen Nachrichten, daß hauptsächlich der Wiener Hof darüber zu entscheiden haben wird, ob Napoleon III. vom Papste gesalbt werden soll oder nicht. — Die Heirath des Kaisers wird nach der neuesten Ansprache im Frühjahr in Compiegne gefeiert werden, wo auch Napoleon mit Marie Louise von Oesterreich zusammentraf. Wie ich höre, ist Graf v. Morny zu der hohen Ehre ausersehen, bei der ersten Trauung durch Procuration, die zu Karlsruhe stattfinden soll, seinen Gebieter zu vertreten. — Im Palais Royal wird gearbeitet, um die Appartements zur Wohnung Napoleon Bonapartes herzurichten, der dort als Lieutenant de l'Empire und Prince Impérial sein Hoflager aufschlagen wird. Man wird dabei unwillkürlich an Ludwig Philipp erinnert, der vor 1830 als Prince Royal diese Räume bewohnte. (A. Z.)

✝ **Paris**, 10. Dec. Der kürzlich ernannte kaiserliche Hofjuwelier Lemonnier arbeitet gegenwärtig an der Kaiserkrone, die, mit Einschluß der Diamanten aus der alten königlichen Krone, den Werth von 23,000,000 Fr. erreichen wird. Zu den vier „Großbeamten der Krone" sollen der Herzog von Bassano, der Fürst von Guiche, der Fürst von Bauffremont und der Herzog von Mouchy ausersehen sein. Der Prinz Napoleon Bonaparte wird nicht den Titel Vicekönig von Algerien, sondern den eines kaiserlichen Statthalters führen. — Die Reise des Agenten der Familie Murat, Herrn Lebel, nach Italien bezieht sich nach der „Patrie" auf die Nachlassenschaft der Königin Karoline, Gemahlin des Königs Murat und Schwester des Kaisers Napoleon. Bekanntlich hat der Kaiser Napoleon dieser Prinzessin mehrere Gegenstände, die ihm angehörten, vermacht, z. B. das Bett, auf welchem er in St. Helena gestorben ist. Die Königin vermachte alle diese Gegenstände ihrem Enkel Joachim Murat, der sie nun durch Herrn Lebel aus den Händen der Testamentsvollstrecker zurückziehen läßt, um sie den Louvre zum Geschenk zu machen.

Großbritannien.

‖ **London**, 10. Dec. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Schatzkanzler, die Regierung werde das Votum über seine, die Verdoppelung der Häusersteuer beziehende Budgetvorlage als ein Urtheil über ihre Politik im Allgemeinen ansehen. Heute Abend wird die Debatte ihren Anfang nehmen.

Der westindische Postdampfer „Medway" ist gestern in Southampton eingelaufen und hat, wenn wie der letzte westindische Dampfer, die gelbe Flagge aufgehißt, da sieben Leute von der Bemannung am gelben Fieber gestorben sind. Der letzte Todesfall kam vor neun Tagen vor; der „Medway" würde also noch einen Tag Quarantäne auszuhalten haben. Doch sagt der „Globe", es seien gestern sogleich nach Ankunft der telegraphischen Meldung aus Southampton die nöthigen Weisungen zurückgegangen, um sowohl die Passagiere wie die Briefschaften ohne Verzug landen zu lassen.

Schweden.

Stockholm, 3. Dec. Die Bulletins über das Befinden des Königs lauten seit drei Tagen so günstig, daß man ihn als Reconvalescenten betrachten kann.

Asien.

* **Bombay**, 17. Nov. Man spricht von einem Aufstand in Afghanistan, welchem die Bevölkerung des Sind sich angeschlossen habe.

* **Canton**, 29. Oct. Die Insurgenten sind von den kaiserlichen Truppen zurückgeworfen worden und die gesperrten Handelsverbindungen wieder eröffnet.

Neueste Nachrichten.

☞ **Frankfurt**, 11. Dec., 3 Uhr Nachmittags. So eben wurde der gesetzgebenden Versammlung mitgetheilt, daß sich das Wahlconclave, nachdem es dreiundsechen nicht gelungen war, nach 2½stündiger Berathung, sich über drei Candidaten zu einigen, aufgelöst habe. Demzufolge wird in diesem Augenblicke zur Wahl eines andern Conclaves geschritten.

3½ Uhr. Das zweite Wahlconclave ist zusammengetreten; dasselbe besteht aus den Senatsgliedern Schöffen v. Heyden, Dr. Varnier, Dr. Müller, Dr. Diehl, Dr. Reuß und Schmidt des Rathes, von Seiten der gesetzgebenden Versammlung die Herren Dr. med. Spieß, Dr. Schlemmer, Schlossermeister F. Mac, Handelsmann de Bary-Gontard, Tapezierer J. Jünger und Handelsmann Zipf.

⁂ **Paris**, 11. Dec. Durch heute im „Moniteur" erschienenes Decret sind wegen ihrer Verdienste um Frankreich und sein Staatsoberhaupt die gegenwärtigen Minister Fould, Abbatucci, Ducos, Graf Flahlt v. Persigny, Fortoul, Billault, der Präsident des gesetzgebenden Körpers; ferner der vormaligen Minister Rouher, Magne, Daviel, v. Thorigny und Ferdinand Barrot zu Commandeuren der Ehrenlegion ernannt worden. Durch ein zweites Decret wird das Ritterkreuz desselben Ordens dem Stabssecadronschef und Adjutanten des Kaisers, Hrn. v. Toulongeon, verliehen. — Ein drittes, auf Bericht des Ministers des Innern erlassenes, sehnlich erwartetes Decret erklärt die Immobiliencreditbank in Paris zur Immobiliencreditbank von Frankreich und bewilligt derselben überdies eine Subvention von 10 Millionen Franken, die nach Verhältniß der effectuirten Anleihen eingezahlt werden soll.

Der „Moniteur" bestätigt heute in einem längern Artikel, daß die Regierung dem Senat die Entwürfe zweier Senatusconsulta vorgelegt habe, einen bezüglich der an der Verfassung vorzunehmenden Modificationen, einen andern in Betreff der Civilliste, und die Grundgesetze. Die Höhe der Civilliste zu bestimmen, sei der Weisheit des Senats überlassen. Der Artikel motivirt den Nutzen und die Nothwendigkeit der Civilliste und Krondotation, und bestimmt Bedeutung und Umfang der letztern, so weit sie in Immobilien besteht.

Die Regierung hat aus Toulon folgende telegraphische Depesche erhalten: Hauptquartier Medeah (Algerien), 6. Dec. Die Stadt Laghouate wurde gestern mit Sturm genommen. Die Truppen erstiegen die Breche mit unwiderstehlicher Begeisterung und dem Rufe: „Es lebe der Kaiser!" Der Angriff begann am Morgen und Mittags entfalteten der Adler des zweiten Zuavenregiments seine Flügel auf der Kasbah der Stadt. Sie werden durch den Courier vom 8. Nähreres über diese glänzende Waffenthat erfahren, die gleich ehrenvoll ist für General Pelissier, wie für die unter seinen Befehlen stehenden Generale, Officiere und Soldaten.

** **Madrid**, 6. Dec. In der gestern in Mendizabals Wohnung gehaltenen Versammlung der progressistischen Deputirten ging es sehr lebhaft zu. Man beschloß, sich mit den Deputirten der gemäßigten Fraction zu einem energischen Widerstand gegen die auf die Verfassung beabsichtigten Angriffe zu einigen. Auch die Moderados kamen gestern zusammen und beschlossen nach einiger Discussion, heute Abend eine zweite Versammlung zu halten, um ein Comite zu ernennen, welches über eine Fusion mit den Progressisten unterhandeln möge, um dann bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen kräftig gegen das Ministerium wirken zu können. — Heute verlässt ein Courier Madrid, welcher dem spanischen Gesandten am kaiserlichen Hof in Paris neue Creditive überbringt.

Börsenberichte.

Paris, 11. Dec. 4½ pCt. Rente 106, 70. — 3pCt. 82, 50. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 98½. — Span. neue Diff. —. — 3pCt. —. — Innere Schuld 44. — Passive —. — Bankactien 2900. — Piemont 5pCt. 100, 25. — Römischer Anlehen Juni 1850 97¼. 97. — do. 1850 97¼. 97. — St. Germain-Eisenbahn 1425. — Versailles, linkes Ufer 350. — Strasburg-Basel 375. — Nordbahn 895. — Paris-Strasburg 827, 50.

Telegraphischer Coursbericht.

Amsterdam, 12. Dec. 2½ pCt. Integr. 65. — 3pCt. Spanische inländische 43⅞. — 1pCt. do. neue 23⅛. — 5pCt. Metall. in Silber 91½. 5pCt. Metall. 78⅛. — 2½ pCt. do. 40 11/16. (Spand.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschet.

Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Die unterzeichnete Direction bringt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß in den Monaten Januar und Februar 1853 die Zahlung der für das Jahr 1852 fälligen Renten von den vollständigen Einlagen der Jahresgesellschaften 1839 bis einschließlich 1851 sowohl hier bei unserer Hauptkasse (Mohrenstraße Nr. 50), als bei den sämmtlichen Agenturen und bei unserm Generalbevollmächtigten, Herrn **von Schenxer in Hanau**, nach Bestimmung des §. 26 der revidirten Statuten und nach folgenden Sätzen stattfinden wird:

Die Rentenbeträge von der Jahres-Gesellschaft	In Klassen.											
	I.		II.		III.		IV.		V.		VI.	
	tbl.	sgr. pf.	tbl.	sgr. pf.	tbl.	sgr. pf.	tbl.	sgr. pf.	tbl.	sgr. pf.	tbl.	sgr. pf.
1839	3	2 3 —	4	5 —	4	18 6	5	1 6	6	4 6 —	8	20 6
1840	3	16 6	4	— —	4	10 —	4	23 6	5	18 6	7	12 —
1841	3	15 6	3	28 —	4	9 6	4	22 —	5	10 —	7	10 6
1842	3	17 6	4	1 —	4	10 6	4	23 6	5	14 —	7	29 6
1843	3	21 6	4	— —	4	12 6	4	27 6	6	5 6	8	14 —
1844	3	27 —	4	8 6	4	20 6	5	4 —	6	1 6		
1845	3	15 —	3	18 6	3	29 —	4	9 6	5	5 6		
1846	3	13 —	3	18 6	3	28 6	4	9 6	5	10 6		
1847	3	14 —	3	22 —	4	— —	4	22 —	4	18 6		
1848	3	16 6	3	20 6	4	7 —	4	8 —	5	— —		
1849	3	11 6	3	20 —	3	23 6	4	3 6	5	18 6		
1850	3	9 —	3	18 —	3	29 —	4	10 —	4	18 —		
1851	3	— —	3	10 —	3	20 —	4	— —	4	10 —		

Die fälligen Renten-Coupons sind mit dem nach §. 27 der Statuten auf der Rückseite derselben vorgeschriebenen Lebens-Atteste zu versehen. Bei mehreren Coupons auf eine Person lautend, ist das Lebens-Attest nur auf einem nöthig.

Zur Ausstellung berechtigt ist Jeder, der ein öffentliches Siegel führt, und muß dasselbe beigedrückt, auch der Amts-Charakter angemerkt werden.

Nach §. 28 verfallen Coupons, wenn sie nicht binnen vier Jahren nach der Fälligkeit abgehoben sind.

Berlin, den 24. November 1852.

Direction der preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

[2782] **Bekanntmachung.**

Das Auffinden einer unbekannten männlichen Leiche betreffend.

Am 7. d. M. wurde in der Gemarkung Trainfeld die nachstehende näher beschriebene Leiche eines unbekannten Mannes gefunden, der allem Anschein nach einige Tage zuvor durch Mord und Leben gekommen und den bei ihm vorgefundenen Effecten nach zu schließen, der bessergen Personen gewesen sein mag (etwa aus der Provinz Fulda), weise im Sommer zum Arbeiten in die Wetterau gehen und um die jetzige Jahreszeit zurückzukehren pflegen.

Man ersucht hierdurch alle Polizeibehörden des In- und Auslandes, etwa dienliche Ausschlüsse über die Personen des Verunglückten baldigst an die unterzeichnete Stelle gelangen zu lassen.

Lauterbach, am 10. Dezember 1852.

Großherzoglich Hessisches Kreisamt.
In Vertr. Dr. Kreisrath:
v. Rüder.

Signalement.

Größe: 7′ 7″,
Gestalt: muskulös, untersetzt,
Alter: 35—40 Jahre,
Haare: dunkelbraun, ins Röthliche schimmernd und dünn stehend,
Bart: Backenbart, röthlich,
Gesicht: rund,
Augen: grau,
Augenbrauen: dunkelbraun,
Stirne: etwas breit,
Nase: gewöhnlich, nach unten etwas breit und stumpf,
Mund: gewöhnlich (mittelmäßig),
Kinn: rund.

Besondere Zeichen: a) an dem oberen Theile der Wade des linken Beines eine oberflächige Hautnarbe von dem Umfang eines Kronenthalers, b) an demselben Bein am Ende der Wade eine Hautnarbe, welche von dem unteren Theil der Wade bis an das Schienbein vorgeht, länglich ist und von einem Geschwüre herzurühren scheint.

Kleidung:

1) Eine Kappe von weißem Sommerzeug mit Schild und dunklem Futter, das zerrissen ist,
2) ein alter baumwollener gestreifter Halbkittel,
3) ein dunkelblauer Kittel von grobem Leinen mit weißem Drathgeflechte am Kragen, und unter diesem ein baumwollener Kittel,
4) ein gestickter, wollener Kamisol, braun und schon ziemlich abgetragen, mit Futterstoff von blauem Leinenzeug, das weiße Sternchen hat,
5) eine alte Weste von dunkelfarbigem gestreiftem Zeuge,
6) ein Paar blaugestreifte Zwischhosen, am Knie geflickt,
7) ein Paar alte grobleinene gestickte Unterhosen,
8) ein Paar dunkelgraue neue wollene Strümpfe, und
9) ein Paar Hosenträger von braunem Kalbleder mit Schnallen.

Sonstige Gegenstände.

1) ein Taschenmesser mit weißen knochenen Backen,
2) ein leinener Gebdeutel, 4″ lang, 2″ breit,
3) ein grobleinener Sack, welchen der Verunglückte mittelst 5 g. Armleisten auf dem Rücken getragen und worin sich ein Paar Holzschuhe, 2 grüne Tuchlappen — die eine mit etwas Pelz — ein Paar weißwollene alte Strümpfe, ein Paar graue Gamaschen, ein zerbrochenes Spiegelchen, eine Tasche von gestreiftem Sommerzeug, in dem Sonn oben Zeichen, eine leinene Hosentasche mit etwas Seife und ein enger Kamm, ein altes Rasirmesser und ein alter Faustbanschuch für die linke Hand befanden.

[2375] Eine vollständige Tabelleneinrichtung nebst Illustrirten für ein Farbwaarengeschäft steht mit und ohne Waarenvorräthe zu verkaufen. Franklirte Anfragen besorgt die Exped. d. Blattes.

Course der Staats-Papiere. 13. December 1852. (Schluss der Börse.)

	Per compt.			Per compt.
Oesterreich	86⅞ M. C.(à 5. b. Rothsch.)	95 G.	Baden.	4. 35 Loose v. 1845	38⅛ P. 38 G.
»	86⅞ M. v. J. 1854 Ser. II.	95⅛ P.	Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	33½ P. ⅛ bez. ½ G.
»	86⅛ do. v. J. 1852 (L. d. 7)	95⅛ P. 95 bez. 94⅞ G.	»	Prm.-Wthn.-Nordh.	49¼ G.
»	86⅛ L. V. (à 5. b. Rothsch.)	91⅝ P. ⅜ bez. ¼ G.	Gr. Hessen	35 Fl. Obligationen	102 —
»	86⅛ do. Mortes C. (à 5. b. R.	87 P. 86¾ G.	»	40 Fl. ditto b. Rothsch.	98¼ G.
»	Bank-Actien	1392 P.	»	35 Fl. ditto b. Rothsch.	92¼ G.
»	86⅛ Metalliq. Oblig.	82 P. 81¾ bez.	»	25 Fl. ditto b. Rothsch.	91 P. 90¾ G.
»	86⅛ M.-V. J. 1854 Ser. A.	82¼ P. 82 bez.	»	25 Fl. Loose	32 P.
»	86⅛ ditto 1852	82 P.	Nassau	86⅛ Oblig. b. Rothsch.	103¼ P.
»	86⅛ ditto	73 P. 72½ bez.	»	40 Fl. ditto	99⅝ G.
»	86⅛ ditto	84¾ G.	»	35 Fl. ditto	91¾ P. ⅛ G.
»	86⅛ ditto	86¼ G.	»	25 Fl. Loose	29 P. 28¾ G.
»	86⅛ ditto	41¾ G.	Frankfurt	35 Fl. Oblig. v. 1839	95 G.
»	86⅛ ditto	16¼ P.	»	35 Fl. » v. 1846	94½ G.
»	Mail.-Como-B. 14-L.	14⅞ P. 11 G.	»	86⅛ »	85¾ P. ⅛ G.
»	fl. 250 Loose b. Rothsch.	119⅛ G.	»	Taunusbahnact. . .	307 P. 304 G.
»	fl. 500 » ditto	193 G.	Russland	40 Fl. Obl. b. Baring	102½ P.
»	40⅛ Oblig. b. Bethm.	80 P. 79¾ G.	»	40 Obl. b. Hope & S.	93 G.
»	40⅛ » »	71 P.	»	40⅛ » b. Stieglitz. »	91 G.
Preussen .	35⅛ Staats-Schuldsch.	93 P. 93¼ G.	Polen . .	40⅛ Obl. b. Rothsch.	92¼ P. 92 G.
»	Cöln-Mind. K.-Actien	117 G.	Spanien	36⅛ Int. Sch. P. à 3.36	42 etw. 41⅞ ⅛ bez. u. G.
Bayern .	58⅛ Oblig. b. Rothsch.	101⅛ P. ⅛ G.	»	10⅛ Neue » »	22½,¼,⅛,⅛,⅛,⅛ bez. u. G.
»	41⅛ ditto	101½ P. ¼ G.	Holland.	10⅛ Certificate . .	96⅝ G.
»	40⅛ »	97⅝ P. ⅛ G.	»	2½ Syndicate . .	54½ G.
»	4⅛ Ablös.-Rente .	96½ P. ⅛ G.	»	2½ Integrale . .	65⅜ P. ⅛ G.
»	34½ Oblig. b. Roths.	92⅜ P.	Belgien .	41½ Obl. in P. à 25 Fr.	100 P. 99¾ G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	98 ½ P. ⅝ G.	»	4⅝ Obl. in P. à 25 Fr.	94½ P. 94 G.
»	4⅛ Prioritt.-Obligat.	101 P. ⅛ G.	»	4⅛ Obl. b. Rothsch.	57⅝ P. ⅝ G.
Würtemb.	41½ Obligat. b. Roths.	102 P. 101¾ G.	Sardinien	5⅛ Obl. b. Rothsch.	95¼ P.
»	35⅛ ditto	90¾ P. ⅜ bez. ⅓ G.	»	5⅛ Obl. b. Hambro	94¾ P.
Baden . .	5⅛ Obligationen .	102¾ P. ⅛ bez. u. G.	»	Bardinische Loose .	41¼ P. 41 G.
»	41⅛ Obligationen	102⅜ G.	Toscana	5⅛ Obl. 1850 (C.b. Goldsch.)	101 G.
»	35⅛ v. 1843 . . .	91⅞ P. ⅜ G.	»	5⅛ 1851 b. Bastogi (do.)	97¾ P. ⅛ G.
»	4. 50 Loose v. 1846	67 P. 66¾ G.	Nassau	5⅛ Starke Obl. 3. 50	117½ P. 117 bez. u. G.

Wechsel-Cours.

vom 13 December	Per compt.	
Amsterdam	k. S.	101⅛ B 100⅞
(100 fl. Crt.)	2 M.	
Augsburg	k. S.	120⅜ B 119⅝ G.
(100 fl. Crt.)	2 M.	
Berlin	k. S.	105 B. 104⅝ G.
(60 Thlr.)	2 M.	—
Bremen (50 th. R.		97⅛ B. 97 G.
Hbtb. L. Lour		—
Hamburg	k. S.	89⅛ B 88⅛ G.
(100 M. Bc.)	2 M.	
Leipzig	k. S.	105 B. 104¼ G.
London	k. S.	119 B.
(10 Livr. St.)	2 M.	117 B.
Lyon	k. S.	94⅛ B
(300 c. N.)	2 M.	—
Mailand (200	k. S.	100⅛ B 100⅜
Liv. Austr.)	2 M.	—
Paris	k. S.	94 B. 93¾ G.
(300 c. N.)	2 M.	—
Wien (100 fl.)	k. S.	103⅛ ½ bez.
im fl. 20 F.)	2 M.	—
Disconto		2¼ B.

Gold und Silber.

Pistolen	à 9	41–42
Fr. Friedrichsd'or	à 9	9 54–55
Holl. 10 fl. Stücke	à 9	9 49⅝–50⅛
Rand-Dukaten	à 5	37–38
20 Francsstücke	à 9	9 25⅛–26⅛
Engl. Souvereins	à 11	48 —
Gold al Marco	à	382–383
5 Frankenthaler	à 2	20⅛–21
Preuss. Thaler	à 1	45–⅛
Preuss. Cassa-Schn	à 1	44⅝–45⅛

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 298. — Dienstag — den 14. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirke der Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 2) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtländen 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C.-M., oder 1 Rthlr. 21½ Sgr.

Nur das Konversationsblatt kann für sich allein bezogen werden, und kostet in den vorstehend bezeichneten Bezirken gleichmäßig: 1 fl. 30 kr.; = 1 fl. 15 kr. C.-M. = 25½ Sgr. vierteljährlich; unter vorstehenden Preisansätzen ist jedoch die übliche oder gesetzliche Stempel- und Bestellgebühr nicht begriffen.

Man ersucht um möglichst baldige Bestellung bei den betreffenden Postämtern. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und Paris Rue Notre Dame de Nazareth Nr. 23, Bestellungen an. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Mit dem 1. Januar 1853 beginnt ein neues Abonnement auf die „Frankfurter Postzeitung" nebst Beilagen (auch handelspolitischen) und Konversationsblatt.

Die „Frankfurter Postzeitung" ist durch vielseitige, in neuester Zeit noch bedeutend vermehrte Verbindungen, so wie durch die Lage Frankfurts als Knotenpunkt weitverzweigter Eisenbahnlinien, und durch vielfache von allen Seiten ihr zugehende telegraphische Depeschen in den Stand gesetzt, wichtige Nachrichten aus dem Norden nach dem Süden, wie in entgegengesetzter Richtung mit größter Schnelligkeit zu befördern.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirke von Frankfurt a. M. 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungs-Bezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, sowie in den k. k. Oesterreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C.-M., oder 1 Rthlr. 21½ Sgr.

Nur das **Konversationsblatt** kann für sich allein bezogen werden, und kostet in den vorstehend bezeichneten Bezirken gleichmäßig: 1 fl. 30 kr.; = 1 fl. 15 kr. C.-M. = 25½ Sgr. **vierteljährlich**; unter vorstehenden Preisansätzen ist jedoch die übliche oder gesetzliche Stempel- und Bestellgebühr nicht begriffen.

Man ersucht um möglichst baldige Bestellung bei den betreffenden Postämtern. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und Paris Rue Notre Dame de Nazareth Nr. 23, Bestellungen an. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Deutschland.

* **Wien**, 10. Dec. Die Nachricht von einem bevorstehenden Congreß in Warschau wird auch im „Dresdener Journal" von hier aus für ungegründet erklärt, um so mehr, als die jüngsten französischen Ereignisse, welche längere Zeit vorausgesehen werden konnten, kein Motiv zu einer solchen Maßregel darbieten, und die mancherlei Monarchencongresse nach dem Wiener Friedensschlusse wenig Resultate von nachhaltiger Wirkung gehabt haben. Die Wiener Congreßacte wird als der Grundpfeiler des bestehenden europäischen Staatsrechts und von allen den Territorialsitzes betrachtet, deren Umkreis selbstverständlich auch jede Veränderung innerhalb desselben begrenzt. Ein solches Einverständniß unter den Großmächten konnte für mögliche Ereignisse auch ohne den Zusammentritt eines Congresses schon erzielt worden sein. Uebrigens scheint bezüglich des Regierungswechsels in Frankreich eine Gesahr weder nahe bevorstehend, noch groß, und Europa hat für das, was der neue Kaiser zum Besten Frankreichs gethan, einen solidarischen Dank zu entrichten. Wie man verläßlich hört, sagt das genannte Blatt, so hat Ludwig Napoleon auch den etwas heiklichern dynastischen Punkt des Successionsrechts gegenüber den Cabineten bisher mit mehr Mäßigung als die französischen Reclamationen zu berücksichtigen gewußt, und in diesfälligen officiellen Mittheilungen ist nur von dem Regierungsantritte des Kaisers Ludwig Napoleon (ohne den Beisatz „der Dritte") die Sprache.

Der neu ernannte portugiesische Gesandte am hiesigen Hof, Chevalier de Leal, ist hier angekommen und wird in den nächsten Tagen seine Creditive überreichen. Heute stattete derselbe bereits dem Minister des Aeußern, Grafen Buol, einen Besuch ab. — Die politische Organisirung Siebenbürgens schreitet rasch vorwärts. Die Besetzung der höheren Beamtenstellen ist erfolgt, und der 1. Jan. k. J. als der Tag festgesetzt, an welchem die neu ernannten Beamten ihre Functionen beginnen. Eine weitere Verordnung des Militär- und Civilgouvernements dieses Kronlandes bestimmt, daß alle Handels- und Gewerbsleute, vom 1. Jan. 1853 an, in den öffentlichen Verkaufsläden sich ausschließlich nur der Wiener Gewichte, sowie des Wiener Flüssigkeits-, Hohl- und Längenmaßes zu bedienen haben. — Die Commission, welche, aus mehreren Mitgliedern des Reichsraths-zusammengesetzt, die politischen Organisationen zu berathen hat, setzt ihre Arbeiten mit großem Eifer fort, so daß mit Bestimmtheit behauptet werden darf, daß die noch fehlenden Gesetze in kurzer Zeit werden veröffentlicht werden. Der Reichsrathspräsident Frhr. v. Kübeck stattet Sr. Maj. dem Kaiser regelmäßig dreimal in der Woche über den Gang der diesfälligen Berathungen ausführlichen Bericht ab. — Der Statthalter der Lombardei, F. M. L. Graf Strassoldo, ist einer an ihn ergangenen allerhöchsten Berufung zufolge in Wien angekommen, um den Berathungen der oben erwähnten Commission über die politische Organisation in Italien beizuwohnen. Wohlunterrichtete Personen versichern, daß die dermalen im lombardisch-venetianischen Königreich bestehende Gemeindeordnung auch für die Zukunft gelten werde; wenigstens soll sich Feldmarschall Graf Radetzky auf das bestimmteste dafür ausgesprochen haben. — Aus den Zuflüssen des letzten Anlehens hat die Finanzverwaltung eben erst wieder die fünfte Zahlung von ein und einer halben Million Gulden in Banknoten an die Nationalbank geleistet.

△ **Prag**, 8. Dec. Die Frequenz einer Universität ist nicht nur maßgebend für die Tüchtigkeit ihrer Lehrkräfte, sondern bezeichnet überhaupt den Drang nach Bildung und die geistige Regsamkeit, die in einem Lande herrscht. Es dürfte daher den Lesern Ihres weitverbreiteten Blattes nicht unwillkommen sein, wenn ich nachstehend einige statistische Daten der Universität Prag mittheile. Im Schuljahre 1852 wurde die hiesige Hochschule im ersten Semester von 1539 Studierenden, im zweiten von 1346 besucht. Darunter waren 7 Preußen, 7 Sachsen, 6 aus den sächsischen Herzogthümern, 3 Bayern, 2 aus Frankfurt a. M., 1 Kurhesse, 1 Mecklenburger, 8 Hannoveraner, 1 Oldenburger, 2 Schweizer, 1 Schwede, 2 Bulgaren, 22 Tyroler, 14 Polen, 19 Magyaren, 15 Südslaven, 2 Ruthenen und 1 Walache. In Bezug auf Nationalität wurde Prags Hochschule im ersten Semester 1852 von 662 Deutschen und von 839 Cechoslaven besucht. Die meisten Zuhörer zählte die juridische, die wenigsten die philosophische Facultät, deren Fächer überhaupt in Oesterreich nicht sehr cultivirt werden. — Gestern erhielt der hiesige Kunstverein ein bedeutendes Geldgeschenk von Seiner Majestät dem Kaiser Ferdinand, nämlich die Summe von 10,000 fl. Conventions-Münze. Eine gleiche Summe erhielt dieser Verein von den ständischen Landesausschuß. Im nächsten Monat schon wird die permanente Kunstausstellung, die dieser Verein ins Leben gerufen hat, eröffnet werden. Zur Beschickung derselben sind vor einem Monat bereits Einladungen an viele namhafte deutsche Künstler ergangen. — Bekanntlich wurde im Mai 1849 eine Anzahl von jungen Männern, die sich zu der Schule Bakunins bekannten, hier verhaftet und vor das Kriegsgericht gestellt; die meisten derselben sind bereits wegen Hochverrath verurtheilt worden und büßen ihre utopischen Pläne nunmehr in den Festungen Kufstein, Komorn und Spielberg ab. Einige Monate später wurden mehrere Männer der demokratischen Partei in Haft genommen, weil sie sich bei einem Fluchtversuch Bakunins aus dem

Hradschiner Gefängniß compromittirten. Die Untersuchung gegen dieselben ist noch fort im Gang; das Resultat dieses Hochverrathsprocesses dürfte für die Beschuldigten, unter denen sich Havliczek, der ehemalige Präsident des slavischen Demokratenclubs „Slovanska lipa", und der gewesene Redacteur Wawra befanden, nicht günstig ausfallen. — Man erzeugt jetzt hier aus dem sogenannten Bierstein, einem Analogon des Getreidesteines, in zwei Brauhäusern Bier und geht mit dem Plan um, auf Actien eine Fabrik für Producirung des Getreidesteines zu gründen.

Aus Budweis vom 4. December wird der „Allgemeinen Zeitung" geschrieben: Viel Aufsehen erregt gegenwärtig ein Hirtenschreiben des gesammten böhmischen Episcopats an seinen Klerus, worin bezüglich der geistlichen Kleidung maßgebende Vorschriften ertheilt werden. Was der österreichische Klerus besonders während der letztverflossenen Jahre vergeblich angestrebt hatte, und was noch im Jahr 1850 durch Erlaß der geistlichen Interimsregierung zu Salzburg geradezu als unkanonisch verpönt worden war, wird in diesem vom Cardinal Fürsten Schwarzenberg und seinen Suffraganen unterzeichneten Sendschreiben ausdrücklich gestattet, nämlich das Tragen der Pantalons an der Stelle der bisher üblichen kanonischen Stiefel oder Schuhe. Es ist kaum zu zweifeln, daß dieser Erlaß, weil von so hoher geistlicher Autorität ausgehend, auch anderwärts Nachahmung wecken werde.

£ **Berlin**, 11. Dec. Das Auftreten der Stahl'schen Fraction in Bezug auf die Neubildung der ersten Kammer wird hier noch immer lebhaft besprochen. Man erblickt nämlich in dem Ausspruch Stahls: „Wenn wir der Regierung gefallen, so daß diese uns nicht auflöst, so wollen wir hier sechs Jahre lang sitzen bleiben!" eine indirecte Opposition gegen die Absicht des Ministeriums, die Berufung der Mitglieder der künftigen ersten Kammer einzig und allein Sr. Maj. dem König in die Hand zu geben. Es ist offenbar, daß dieses Streben der Regierung nicht verwirklicht werden könnte, wenn die jetzige erste Kammer keine provisorische, sondern eine definitive wäre und zwar auf die Dauer von 6 Jahren. — Der General v. Radowitz wird sich in diesen Tagen nach Erfurt begeben, um die Weihnachtszeit im Kreise seiner Familie daselbst zuzubringen. Gestern war derselbe zu Sr. Maj. dem König befohlen worden. — Das heutige „Preuß. Wochenblatt" enthält nun auch einen Aufsatz über die Gefahren, welche das Warschauer Protocoll in Bezug auf die Regelung der dänischen Erbfolge für Deutschland in sich birgt. Wir haben schon früher hervorgehoben, daß die Bestimmungen des Protocolls sich dereinst als sehr verhängnißvolle gestalten können, indem dem ausschließlichen Einfluß Rußlands in einem gewissen Falle Alles in die Hand gegeben sein würde. Auch ist es eine arge Täuschung, daß die dänische Erbfolge durch das besagte Protocoll definitiv regulirt sei, indem durch einen bloßen menschlichen Zufall die ganze Regelung wieder in Frage gestellt sein wird.

Schweiz.

≡ **Aus der Schweiz**, 12. Dec. Unmittelbar nach der am 9. d. M. zu Sitten erfolgten Eröffnung des constituirenden großen Raths von Wallis entspann sich eine heftige Discussion über die Nichtübereinstimmung der deutschen Redaction mit der französischen, da diese letztere die Versammlung als constituirenden großen Rath charakterisirte, während jene dieselbe als einen bloßen Verfassungsrath bezeichnete. Herr Allet, mächtig unterstützt von den Deputirten der conservativen Richtung, protestirte feierlich gegen den Ausdruck „constituirender großer Rath", indem das Volk am 20. Juni beschlossen habe, die Revision der Verfassung habe durch einen Verfassungsrath zu geschehen. — Die „Schwyzer Zeitung" berichtet aus Einsiedeln, daß die von der Bezirksgemeinde ernannte Commission sich in einer mit dem Prälaten des dortigen Stiftes abgehaltenen Conferenz über sämmtliche Punkte des Steuerconflictes zu allseitiger Zufriedenheit verständigt habe, und daß sie das Ergebniß dieser Unterhandlung einer auf nächsten Sonntag außerordentlich hierfür einberufenen Bezirksgemeinde zur Genehmigung empfehlen werde. — Freitag Morgen starb in Lausanne der Kantonal-Oberingenieur Hyppolit von Saussure.

Frankreich.

⁂ **Paris**, 8. Dec. Die Maßnahmen des Gouvernements gegen den legitimistischen Bischof von Luçon haben mit der Haussuchung noch nicht geendet; seit dem 1. d. M. visitiren die Unterrichtsdirectoren Alexandre und Cournot die bischöflichen Seminarien in Chavagnes, Sable d'Olonne u. s. w., um weiteren Umtrieben auf die Spur zu kommen. Diese Mission von Universitätsangehörigen in klerikale Institute macht bei dem bekannten alten Haß zwischen beiden Corporationen viel zu reden; unter anderm will man daraus die jüngste Resignation des Bischofs Clausel von Chartres auf seine Pfründe ableiten, worauf noch andere Demonstrationen folgen dürften. Ein Streiflicht in die sittlichen Zustände des französischen Volks wirft das Gnadengesuch des Ermontagnards Chavoir, aus dem Dordognedepartement, der sich mit nahebei orientalischen Unterwürfigkeitsphrasen der neuen Herrschaft zu Füßen legt, so daß man die Schrift anfangs im Cabinet für einen schlechten Witz ansah, bis sich deren Ernstlichkeit erprobte. Die Fama bringt trotz dem Widerspruch des „Moniteur" den spanischen Quasi-Staatsstreich mit diesseitigen Einflüssen in Verbindung; wenn auch, meinen die Politiker, Hr. Bravo Murillo seine Inspiration nicht direct aus den Tullerien empfangen habe, so bemerke man doch immer eine vermehrte Annäherung der Königin-Mutter Christine an Ludwig Napoleon, sowie dessen nordische Heiratsprojecte ins Stocken geriethen. In der That spricht man von der nahen Ankunft des Herzogs von Rianzares, nach deren Resultat die Unterhandlungen über Staats- oder Privatanleihen sich gestalten würden. Man erinnert sich, daß schon früher die Rede ging, Christine werde bei Erfüllung ihres Lieblingswunsches nicht nur zu einer beträchtlichen Mitgift ihrer Tochter sich herbeilassen, sondern auch zu einer anständigen Versorgung der Miß Howard und ihrer Kinder, deren Prätensionen noch immer als Hindernisse eines neuen Ehebündnisses zu betrachten wären. Deßgleichen solle die eventuelle Familienverbindung das präliminarische staatliche Bündniß hinsichtlich Cuba's befestigen u. dgl. m. Hieraus jedoch, nämlich falls sich die Gerüchte als Wahrheit erwiesen, auf eine Nichtanerkennung des Kaiserthums von Seite der nordamerikanischen Union schließen zu wollen, verriethe eine gänzliche Unkenntniß der Verhältnisse. In den Vereinigten Staaten ist die Praxis, jede de facto Regierung (außerhalb des westlichen Continents) anzuerkennen, noch viel eingewurzelter als in England; und eine allfällige Verzögerung dieses Schritts könnte nur den dortigen Präsidentenwechsel zur Ursache haben, indem, wie man hier weiß, Herr Fillmore die Erledigung von noch andern auswärtigen Angelegenheiten seinem Nachfolger aufgespart hat.

Italien.

Aus Savoyen, 4 Dec., schreibt die „Lpz. Ztg.": Von den savoyischen Deputirten sind noch sehr viele zu Hause geblieben, weil man recht gut wußte, daß im Turiner Parlament vor der Kaisermetamorphose in Paris keine Frage von irgend einer Erheblichkeit erörtert werden würde. Herr Menabrea interpellirte jedoch das Ministerium über die Mont-Cenis-Eisenbahn, eine Frage, die gegenwärtig das allgemeine Interesse Savoyens in Anspruch nimmt. Aus der Art, wie Herr Paleocapa, Minister der öffentlichen Arbeiten, antwortete, schöpft man die Besorgniß, daß die Luckmanierpartei zu Gunsten Piemonts abermals dem armen Savoyen den Rang ablaufen wolle. Dagegen wird sich indessen Savoyen mit allen Kräften wehren. Graf Cavour temporisirt fortdauernd; von einem politischen Programm ist nirgends die Rede, und die radicale Presse wird täglich ungeduldiger. Was die „entente cordiale" mit Oesterreich betrifft, so läßt sich bereits „Risorgimento" beruhigend darüber vernehmen. Hiesige demokratische Blätter erinnern an das Timeo Danaos et dona ferentes und ertheilen dem Grafen Cavour den impertinenten Rath, sich lieber den Socialisten in die Arme zu werfen, als eines angeblich feindlichen Nachbars guten Rath anzunehmen. — Großes Aufsehen macht ein in der „Gaz. de Savoie" abgedrucktes Schreiben des russischen Flüchtlings Iwan Golowine. Es ist aus London datirt und drückt dem Grafen Cavour tiefgefühlten Dank für einen loyalen freundschaftlichen Brief des Letztern (an Golowine) aus. Golowine, bekanntlich durch Azeglio aus Turin vertrieben, weil er als Redacteur des „Journal de Turin" einen revolutionären Artikel Azeglio's (aus der Patria von Florenz) vom Jahre 1848 aufwärmte, verspricht, „seinen Groll gegen Piemont aufzugeben," wahrscheinlich unter der Voraussicht, bald wieder dahin eingeladen zu werden. — In der Gegend von Chiavari sollen 4 Personen durch piemontesische Carabiniers verhaftet worden sein, weil sie mit ihrer ganzen Familie (39 Personen) zum Protestantismus übergetreten waren. Gegen solche Unduldsamkeit, bei sonstiger Glaubensfreiheit in Piemont, erheben sich auch bereits viele Stimmen von Katholiken. — Die Witterung ist wiederum frühlingsmäßig milde geworden und der Winter kann noch immer keinen Fuß fassen.

Türkei.

Die Nachrichten aus dem **Hauran** lauten kriegerisch und friedlich zugleich. Am 15. Nov. hatte zwischen den Türken und den Drusen ein heftiges Gefecht stattgefunden, in welchem die Erstern einen Verlust von 2 Kanonen und 24 Todten erlitten, und überdies gezwungen wurden, ihre Position aufzugeben. Zufolge dieses Sieges übermüthig geworden, weigerten sich die Drusen, auf einen Vergleich einzugehen; der türkische Befehlshaber beschloß daher, um den Schein zu retten, den Insurgenten drei Monate Bedenkzeit zu geben, nach Verlauf welcher Frist derselbe mit gestärkter Macht wiederkehren und selbe zur Unterwerfung unter das Conscriptionsgesetz zwingen werde. Das Lager ist um so eiliger abgebrochen worden, als Kälte und Regenströme das weitere Campiren der Truppen unmöglich machten. Die Drusen haben ihrerseits auch die Feindseligkeiten eingestellt, und wenn sie zum Scheine sich etwas gefügiger zeigen, so folgt doch keineswegs daraus, daß der Kampf für immer beendigt ist.

Neueste Nachrichten.

ψ **Frankfurt**, 13. Dec., Abends 6 Uhr. Auch das zweite Wahlconclave hat sich eben aufgelöst, ohne sich zu einer Wahl vereinigen zu können. Senat und gesetzgebende Versammlung haben ihre Sitzungen aufgehoben. Die heutigen Ereignisse erregen eine trübe Stimmung.

P **Berlin**, 12. Dec. Von Seiten der Rechten zweiter Kammer wird ein Antrag vorbereitet, welcher dahin geht, daß wenigstens die Arbeiten in der Commission für Verfassungsänderungen, an welche, wie bekannt, die Vorlagen des Ministeriums des Innern verwiesen sind, sofort begonnen und zur Berathung im Plenum vorbereitet werden, wenngleich diese selbst ausgesetzt wird, bis die Beschlüsse der ersten Kammer vorliegen. Heute ist dem Professor Stahl das pommersche Ehrengeschenk für die kräftige Vertretung der ritterschaftlichen Interessen übergeben worden. Es war zu diesem Zwecke ein Festmahl arrangirt, zu welchem auch die ehemaligen Genossen der Fraction Stahl in der ersten Kammer eingeladen waren. Indessen hatten mehrere vorgezogen, bei dem Festmahl nicht zu erscheinen.

Σ **Dresden**, 11. Dec. Die Aussichten für eine allseitig befriedigende Lösung der Zollvereinsangelegenheit mehren sich jetzt in sehr erfreulicher Weise. Besondere Hoffnungen sind in dieser Beziehung auf die Mission des frühern k. k. Handelsministers Frhrn. v. Bruck gebaut. Herr v. Bruck ist gestern auf seiner Reise hier eingetroffen, hatte heute eine längere Conferenz mit dem Staatsminister v. Beust, und wird morgen mit dem Frühzuge nach Berlin abgehen. So viel scheint übrigens jetzt schon festzustehen, daß es sich gegenwärtig nur noch um Feststellung der Einzelnheiten handelt, die Verhandlungen über das Ganze als solches aber bereits als abgeschlossen zu betrachten sind. — In Bezug auf die Reise des Prinzen Albert ist durch einige sächsische Blätter die Nachricht verbreitet worden, daß der Prinz um die Hand der Wittwe des Erzherzogs Ferdinand v. Este zu werben beabsichtige. Diese Nachricht ist völlig grundlos, wogegen hier von gewöhnlich gut unterrichteten Personen immer bestimmter versichert wird, daß die Reise des Prinzen der Prinzessin von Wasa gelte, und alle Aussicht vorhanden sei, dieselbe von dem gewünschten Resultate gekrönt zu sehen. Hoffentlich werden die nächsten Tage hierüber Aufklärung. Die gedachte Prinzessin ist allerdings dieselbe, welche die französischen Blätter noch fortwährend als die Braut des Kaisers Ludwig Napoleon bezeichnen.

* Aus **Dresden**, vom 9. Dec., schreibt man dem „Hamb. Correspondenten": Seit einigen Tagen macht hier in den höhern gesellschaftlichen Kreisen eine Nachricht über die angeblich nunmehr klar vorliegende gegenwärtige Stellung der hannoverschen Regierung in der Zollvereinsfrage die Runde; durch die allerdings abzuwartende Bestätigung dieser Nachricht würde die Behauptung, daß Hannover unter allen Umständen zu Preußen zu halten entschlossen sei, in sehr erfreulicher Weise widerlegt werden.

Schwerin, 9. Dec. Der Ministerialrath Dr. Brandt ist als Commissär der diesseitigen Regierung heute nach Berlin gereist, um mit der preußischen Regierung über die Heimatsverhältnisse beiderseitiger Unterthanen zu verhandeln. Dem Vernehmen nach wird derselbe dahin wirken, daß Preußen die dort wohnhaften verheiratheten Mecklenburger übernimmt und dieselbe Concession von Seiten Mecklenburgs, betreffend die im gleichen Verhältnisse in hiesigen Landen heimathlosen Preußen, gewährt werde. Da die Stände in ihrer Sitzung am 30. v. M. ihre Zustimmung ertheilt haben, daß die mecklenburgische Regierung der Gothaer Convention vom 15. Juli 1851 beitrete, wenn die obige Voraussetzung erfüllt wird, so dürfte an dem Gelingen der Mission des Hrn. Brandt kaum zu zweifeln, und die bereits laut gewordene Befürchtung vieler Familien, daß ihre Existenz eine Störung erleiden werde, glücklicherweise unbegründet sein. (H. C.)

‡ **Triest**, 11. Dec. Die Angelegenheiten in Montenegro scheinen sich zu verwickeln. Ein Decret des Fürsten bedroht jeden Montenegriner mit harter Strafe, wenn er von dem Kampf gegen die Türken sich ausschließt. Nach mehreren Gefechten wird eine entscheidende Schlacht in Kürze erwartet. Die Montenegriner stehen immer noch drei Stunden von Podgoritza. Der Pascha von Skutari ist an der Spitze von 10,000 Mann gegen sie im Anmarsche. Die Türken verbreiten in ganz Albanien die dringendsten Aufrufe, um die Bevölkerung zum Kampfe zu entflammen. Indeß herrscht namentlich in Oberalbanien eine für die Montenegriner entschieden günstige Stimmung.

‡ **Turin**, 9. Dec. Am 15. d. M. wird das von der Commission vorbereitete Ehegesetz im Senat berathen werden.

* **Paris**, 12. Dec. Der „Moniteur" zeigt an, daß der König von Württemberg am 7. d. M. unseren Gesandten zu Stuttgart durch seinen ersten Kammerherrn aus Anlaß der Thronbesteigung Sr. kaiserlichen Majestät hat beglückwünschen lassen. Außerdem zeigt das amtliche Blatt wieder eine Reihe Ernennungen im Orden der Ehrenlegion an, darunter die des vormaligen Ministers Pariew. Nach dem „Moniteur de l'Armee" wird die Armee von Paris in kurzem um einige Batterien Artillerie und einige Compagnien vom Geniecorps vermindert werden. Das Blatt glaubt, daß diese Maßregel, die das Vertrauen der Regierung in die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe bweise, Zufriedenheit erregen werde.

Die „Assemblee nationale" erklärt, auf Briefe aus Neapel vom 3. Dec. gestützt, das gestern verbreitete Gerücht von Entdeckung eines Complotts und einer Höllenmaschine für unbegründet.

Gestern Abend fuhr der Kaiser zur Eröffnungsvorstellung im Cirque Napoléon. Drei Wagen folgten Sr. Majestät, den eine Abtheilung Carabiniers escortirte. Im Theater selbst wurde Napoleon mit Acclamation empfangen. In seiner Begleitung befanden sich die Prinzen Hieronymus und Napoleon Bonaparte, der Prinz Murat, der Staatsminister und die Minister des Kriegs und der Polizei. Hinter ihm in der rothsammtnen von einem Kaiseradler überragten Loge bemerkte man den Marschall Magnan, den Seinepräfekten, die Generale Roguet, v. Montebello, Carrelet rc. Den Vortrag einer Festcantate zu Ehren Napoleons begleiteten türmische Kaiserrufe.

Gestern ritt der Kaiser spazieren und sein Pferd warf durch eine Wendung eine arme Frau um, als sie Napoleon eine Bittschrift überreichte. Erst nachdem er sich übergezogt hatte, daß die Frau keinen Schaden genommen, ritt er weiter. Um aber in Zukunft solche Unfälle zu vermeiden, hat der Polizeiminister in Paris ein Plakat anschlagen lassen, demzufolge nunmehr die Portiers draußtragi sind, alle Petitionen entgegenzunehmen und sogleich auf das Secretariat zu befördern.

Gestern kam Abdel-Kader hier an, reiste aber sogleich nach Marseille weiter.

Der „Union de l'Ouest" ist wegen Verbreitung falscher Nachrichten eine erste Verwarnung zugegangen.

** **Madrid**, 7. Dec. Die Stimmung der Parteien wird immer gereizter. Martinez de la Rosa hat als Vicepräsident des Staatsraths seine Entlassung gegeben; die Königin hat sie angenommen. — Die Moderados des Senats und der Deputirtenkammer haben sich gestern bei Bermudez de Castro verbündet und in neue Sectionen getheilt, deren neun Präsidenten, den General Narvaez an der Spitze, den interimistischen Ausschuß bilden: es sind außer Narvaez, der Marquis v. Duero (General Concha), der Marquis v. Pidal, Francisco Pacheco, der Graf v. San Luis, Gonzalez Bravo, der Herzog v. Rivas, Seijas Lozano und Rios Rosas. Diese Commission soll sich mit den Progressisten über eine Fusion verständigen.

Neuyork, 28. Nov. Der Dampfer „California" ist am 1. November mit 2,643,837 Dollare in Goldstaub — der größten bisher gemachten Goldsendung — von San Francisco abgesegelt. Die Nachrichten aus den Goldgruben lauten sehr günstig. In San Francisco wurde viermal Brand gelegt und jedesmal die Feuersbrunst im Ausbruch bewältigt. Der Krieg mit den Yuma-Indianern war zu Ende, da die Wilden selbst um Frieden baten. Die Chinesen feierten in San Francisco am 20. October ein Nationalfest. — Die Aufregung wegen der Fahrten des Dampfers „Crescent City" dauert fort; die Regierung hat beschlossen, seinem Flottenoffizier das Commando eines Dampfers der Linie, zu welcher die „Crescent City" gehört, zu übertragen, bevor der Proviantmeister Smith entfernt worden ist.

Börsenberichte.

Ω **Frankfurt**, 13. Dec. Auch an der heutigen Börse beschäftigten sich unsere Spezulanten hauptsächlich mit spanischen Fonds. Auf abermals bekannt gewordene niedrigere Madrider Notirung vom 8. d. M., sowie auf fortgesetzte sehr ansehnliche Verkäufe, die namentlich in 1pCt. Renten geschehen, wurde der Cours derselben aufs neue bedeutend zurückgeworfen; von 22⅞ abwärts bis zu 22¼ verhandelt, schlossen 1pCt. Rente zuletzt etwas fester 22⅞ pCt.; 3pCt. Inländischer waren auch fort angeboten; zu 41⅞, ⅛ umgesetzt, schlossen sie 41⅞ pCt. Oesterreichische Effecten blieben ohne wesentliche Courveränderung; 5pCt. Metall. 81½ pCt., 4½pCt. Metall. 72½ pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. 91½, Wiener Bankactien 1392 fl. 500 fl. Loose 193½ pCt., 250 fl. Loose 119½ pCt. Von Eisenbahnactien war F.W.-Nordbahn abermals höher 49¾ pCt., Verbach 99¾, pCt., Köln-Minden 117 pCt., Taunus 304 fl. In den übrigen Papieren war auch heute nur wenig Bewegung und Courveränderung. — Preuß Adreab in der Effectenbörse notirten 1 pCt. Spanische zu 22⅞, und 22½ pCt. verhandelt.

Madrid, 7. Dec. 3pCt. 45 à 44⅞, a. d. Börse 44⅞. 1pCt. Neue 24, a. d. Börse 24.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. D. Kutschelt.

[2730]

Abonnements-Erneuerung.

Bei Ablauf des zweiten Semesters c. werden die resp. hiesigen Abonnenten ersucht, die Bestellungen auf auswärtige Zeitungen und periodische Schriften für das mit dem **1. Januar 1853** beginnende erste Semester alsbald schriftlich und mit genauer Angabe der Straße und Wohnungsnummer des Bestellers, an die Unterzeichnete gelangen zu lassen, weil außerdem das bisher bestandene Abonnement als erloschen betrachtet wird und bei später eingehenden Bestellungen für Lieferung vollständiger Exemplare nicht gebürgt werden kann.

Frankfurt a. M., im December 1852.

Fürstlich Thurn und Taris'sche
Ober-Postamts-Zeitungs-Expedition.

[2750]

Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.

Um der Vorschrift des §. 30 des Statuts, wornach in jedem Jahre eine General-Versammlung der Mitglieder der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Gesellschaft gehalten werden soll, zu genügen, laden wir die Letzteren auf

den 29. d. M., Vormittags 9 Uhr,

in den Hanusch'schen Saal (Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 280), hierdurch ein.

Gegenstand der Berathung und Beschlußnahme wird der Inhalt des Geschäftsberichts pro 1851 sein, desgleichen ein Antrag auf Zustimmung zu einem mit Kurfürstlichem Finanz-Ministerium abzuschließenden Vertrage, betreffend den zu den Baukosten für die Bahnstrecke Cassel-Guntershausen und die Bahnhöfe an beiden Orten zu leistenden Beitrag, so wie zu einer zu contrahirenden weiteren Prioritäts-Anleihe. — Von dem fraglichen Geschäftsberichte werden vom 15. d. Mts. an gedruckte Exemplare zum Ankauf in den Buchhandlungen bereit liegen.

Diejenigen Actionaire, welche mindestens fünf Actien besitzen und der Versammlung beiwohnen wollen, werden mit Bezeichnung auf §. 33 des Statuts ersucht, solche spätestens bis zum 21. d. M. in unserm Geschäftslocale (die Sonntage ausgenommen) täglich Vormittags von 8 bis 2 und Nachmittags von 4 bis 6 Uhr vorzuzeigen und die darüber auszustellende Bescheinigung, welche zugleich als Einlaßkarte dient, in Empfang zu nehmen.

Cassel, den 6. December 1852.

Die Direction der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.
Sezekorn.
vdt. Dr. Eisenberg.

Serienverloosung von Großherzoglich Hessischen 3½pCt. Obligationen auf Inhaber betr.

Durch die heute Statt gehabte Verloosung wegen Rückzahlung weiterer 100,000 fl. von den in Folge des Gesetzes vom 29. März 1836 durch die unterzeichnete Behörde über die Capitalsumme von 1,500,000 fl. unterm 1. April 1836 ausgefertigten, zu 3½ pCt. verzinslichen Obligationen auf Inhaber wurde die 15te Serie, enthaltend die Obligationen:

Nr. 935 bis 1000 incl. jede à 1000 fl.
„ 1747 bis 1800 incl. jede à 500 fl.
„ 2035 bis 2050 incl. jede à 200 fl.
„ 2513 bis 2550 incl. jede à 100 fl.

rückzahlbar.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung in Kenntniß, deren Beträge zwischen dem 25. und 30. December l. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen nicht mehr zahlbaren Zinscoupons bei der Staatsschulden-Tilgungskasse dahier oder bei dem Bankierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. um so gewisser zu erheben, als solche in Gemäßheit des Art. 3 des Gesetzes vom 16. Juli 1833, wegen Tilgung der Staatsschuld, vom **1. Januar 1853** an nicht mehr aus der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Darmstadt, am 7. October 1852.

Die Direction
der Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Eckhardt. v. Rabenau.

[2368] Balser.

Carcel- und Moderatur-Lampen

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.

[2635] **Theodor Martino**, 36, Zeil.

Herr **Louis de Belfort**, seither Inspector der Caisse paternello in Paris, ist von heute an nicht mehr in Diensten dieser Gesellschaft. Unsere Repräsentanten sind fortwährend die Herren **A. Horwitz** jun. und **Wilhelm Fresenius**, der Banquier der Gesellschaft Herr **B. H. Goldschmidt**.

Mainz, den 6. December 1852.

Der Inspecteur général.
M. Blum.

[2788]

Zur Beachtung!!

Von der in **wöchentlichen Lieferungen** à **12 Kreuzer** neu erschienenen **äußerst billigen und schönen** Ausgabe der **sämmtlichen Werke** der bedeutendsten deutschen Classiker (**Goethe, Schiller, Lessing, Wieland, Platen, Klopstock, Pyrker, Thümmel, Lenau**) werden die ersten Lieferungen in Kürze bei mir eintreffen und indem ich mit Vergnügen bereit bin, solche nebst Prospect auf Verlangen zur Ansicht einzusenden, empfehle ich mich bestens zu Bestellungen darauf.

Um die Anschaffung noch mehr zu erleichtern, erkläre ich mich überdies gerne bereit, für den Fall, daß einzelne Werke dieser Autoren bereits in Besitz der geehrten Subscribenten sein sollten, solche im Tausch dagegen zu den **höchstmöglichen Preisen** anzunehmen.

Gleichzeitig empfehle ich bestens meine wohlassortirten Lager von Classikern, Jugendschriften, Bilderbüchern und anderen **Fest-Geschenken** (von 6 Kreuzern an bis zu den höchsten Preisen). [2770]

H. Bechhold,
Zeil Nr. 5 neu (neben der Conditoreiwache).

Fränkel
ist mit Mecklenburger Reit- und Wagen-Pferden im „gelben Hirsch". [2626]

[2787] Soeben ist bei Carl Jügel in Frankfurt a. M. eingetroffen:

Ein biographisches Denkmal.

Feliz Fürst zu Schwarzenberg.

Von **Adolph Berger.**

Erste Abtheilung. Mit dem Portrait des Fürsten von M. Stopl.

Stahlstich von B. Schiling.

Pränumerations-Preis bis Ende des Jahres gültig.

Für das complete Werk — Elegant geheftet — fl. 4. 48 kr.

Die unter der Presse befindliche zweite Abtheilung erscheint im Februar k. J.

Ladenpreis vom Januar 1853 ab für das vollständige Werk bei einem Umfang von 30 Bogen: Rthlr. 3. 25 Sgr. = fl. 7.

Wenn richtiges Verständniß der Aufgabe, genaues Vertrautsein mit dem Stoffe, Sachgemäßheit der Vorlagen und Zuverlässigkeit in der Ausführung dem vorstehend angekündigten Unternehmen den Stempel der Treue aufzudrücken vermögen, so wird demselben dieses beruhrende Kriterion nicht fehlen.

Die Verlagshandlung ihrerseits wird keine Kosten scheuen, um dem Werke eine des Gegenstandes in jeder Hinsicht würdige Ausstattung zu verleihen. Sie bittet um schleunigste Aufgabe genauester Aufträge, da die Namen der Unterzeichner der zweiten Abtheilung des Werkes vorgedruckt werden sollen.

Leipzig, 30. November 1852.

Die Verlagshandlung von **Otto Spamer.**

[2775]

Große Braunschweiger Capitalverloosung.

mit 17000 Gewinnen unter 28500 Loosen, darunter fl. **87,500, 53,000, 35,000, 17,500,** 2 à **9000,** 2 à **1000** rc.

Ite Verloosung den 16. und 17. December, und empfehlen dazu gange Loose fl. 7, ½ fl. 3. 30 kr., ¼ fl. 1. 45 kr.

Julius Stiebel jun. & Co.,
Hauptcollecteurs in Frankfurt a. M.

34. Braunschweiger Lotterie.

Gewinne: fl. **87,500, 52,500, 35,000** rc.

Ziehung 1ster Klasse am 16. und 17. December.

½ Loose à fl. 7, ¼ à fl. 3½, ⅛ à fl. 1. 45 kr. und ⅛ à fl. 1. 30 kr. — Pläne und Ziehungslisten gratis.

123. Frankfurter Lotterie.

Gewinne: fl. **200,000, 100,000, 40000** rc.

Ziehung 2ter Klasse am 29. December.

½ Loose à fl. 20, ¼ à fl. 10, ⅛ à fl. 5 und ⅟₁₆ à fl. 2. 30 kr. — Pläne und Ziehungslisten gratis.

Moritz Stiebel Söhne,
[2756] Hauptcollecteurs,
Schurgasse Nr. 56 in Frankfurt a. M.

Hôtel garni u. Restauration.

Ich beehre mich hiermit, einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich mein Haus am Leonhardsthor Nr. 23 neu mit der Ausschrift auf den Main zum Hôtel garni eingerichtet habe, worin die geehrten Reisenden unter billigen Preisen und prompter Bedienung monatlich, wöchentlich und täglich logiren können. [1672]

Frankfurt a. M. **Hessen-Winkler.**

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag (Beilage zu Nr. 298.) 14. December 1852.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Berlin, den 13. Dec., 10 Uhr 2 Minuten Abends.
Angekommen in Frankfurt, 14. „ 10 „ 21 „ Vormitt.

Konstantinopel, 4. Dec. Die Weigerung der türkischen Bank, das Staatspapiergeld anzunehmen, hat eine große Bestürzung an der Börse hervorgerufen und hält man in Folge davon eine Geldkrisis für nahe bevorstehend.

Deutschland.

ω **Frankfurt**, 14. Dec. Wie man hört, wurden dem Ministerresidenten der vier freien Städte in Paris, Herrn Rumpf, die neuen Beglaubigungsschreiben bereits übermacht. — Dem Vernehmen nach würde vom Senat in einer der nächsten Sitzungen der gesetzgebenden Versammlung ein Antrag auf theilweise Zurückgabe der den Israeliten entzogenen politischen Rechte vorgelegt werden. Dem Senat sollen die Juden ausgeschlossen bleiben und in der gesetzgebenden Versammlung nur als Corporation vertreten sein. —

Mit welcher Wichtigkeit früher die Rathswahlen in Frankfurt angesehen wurden, dürfte sich aus der Vorschrift der kaiserlichen Resolution vom 22. November 1725 ergeben, wonach den zur Wahl Berufenen jede Besprechung über einen Candidaten vor der Wahl bei einer Strafe von 20 Mark löthigen Goldes untersagt wurde.

ω **Wien**, 11. Dec. Freiherr v. Brück ist am 8. d. M. nach Berlin abgereist. Daß dadurch die Hoffnung auf eine schließliche Verständigung neue Nahrung erhält, bedarf wohl kaum einer eigenen Ausein anbersetzung, sowie ich Sie anderseits nicht mit der Aufzählung aller jener Gerüchte behelligen will, die rücksichtlich der Art und Weise der Lösung der obschwebenden Differenzen im Umlauf sich befinden. Das Eine steht aber fest, daß eine Verständigung erreicht werden wird, und das ist uns eres Daf urhaltens wohl die Hauptsache, da damit endlich einmal der Zustand der Ungewißheit beseitigt werden muß, dessen nachtheiligen Einfluß unsere sowie die vermögliche Industrie nur zu sehr fühlt. Die Wünsche Preußens haben bei den Wiener Conferenzen die unbedingteste Berücksichtigung gefunden; man konnte hier in dieser Hinsicht nicht weiter mehr gehen, als man bereits gegangen ist, und es ist in der That jeder Punkt beseitigt worden, welcher einigermaßen geeignet sein könnte, zu neuen Mißhelligkeiten irgend einen Anlaß zu geben. Oesterreich konnte keinen bessern Beweis liefern, daß seine Politik nichts mit Particularinteressen zu thun hat, als durch sein neuestes Vorgehen in der Zoll- und Handelsfrage. Was norddeutsche Blätter neuerdings über den Rücktritt des Hrn. v. b. Pfordten berichten, ist, wie ich aus bester Quelle versichern kann, eben so ungereimt, als was vor nicht gar zu langer Zeit über das Verhalten Hannovers geneldet wurde. Wie es scheint, entspringt beides derselben trüben Quelle.

Für die Prinzessin Karola Wasa ist vor kurzem bei einem unserer ersten Juweliere ein prachtvoller Perlenschmuck besetzt worden. —

Durch den Vorstand der k. k. beeidigten Waarensensale ist ehegestern der hiesigen Handelskammer eine Eingabe überreicht worden, worin sie die zunehmende Beeinträchtigung ihrer Erwerbsverhältnisse durch mannigfache Störungen von Seite der Winkelmäkler, Agenten, Commis voyageurs und dgl. darstellen, und die Bitte begründen, daß die schon seit 15. April 1842 bestehende, vielseitig ungünstige provisorische Sensalenordnung endlich durch ein definitives und sicheres Sensalengesetz ersetzt werden möge. Die Handelskammer fand sich veranlaßt, zu erklären, daß sie dieses Ansuchen den hohen Handelsministerium zur geneigten Berücksichtigung empfehlen werde. — Das vor kurzem verbreitete Gerücht, als habe Sardinien die österreichische Regierung um ein Auxiliarcorps ersucht, zeigt sich als ganz ungegründet. — Der neuernannte amerikanische Gesandte, Herr Theodor Foote, ist gestern mit Familie aus Paris hier angekommen.

ρ **Berlin**, 12. Dec. Ueber den Unfall Sr. königl. Hoheit des Prinzen Karl bringt noch nachträglich die „Preuß. Wehrzeitung" nähere Nachrichten, die aber auch jetzt noch, bei dem Interesse für die Person des hohen Leidenden, jedenfalls sehr willkommen sein werden. Danach war der Hergang folgender: Bei einer der gewöhnlich wöchentlichen Parforcejagden, Rendezvous Jagdschloß Stern bei Potsdam, der Sr. königl. Hoheit der Prinz Karl von Preußen als hoher Präses der Parforcejagden regelmäßig beizuwohnen pflegt, ging die Jagd, nachdem sie in der Richtung nach Kohlhasenbrück einen Hasen gejagt, bei dem Dorfe Drewitz über die Nuthe. Nicht weit von den ersten adligenden Häusern des Dorfes trat das Pferd Sr. königl. Hoheit in eine lockere Stelle des sandigen Bodens, stürzte vorn über und riß dadurch seinen Reiter zu Boden. Der Prinz stürzte nach vorn auf die rechte Seite, mit dem Kopfe tief in den Sand und blieb einige Minuten besinnungslos liegen. Bestürzt hielt die ganze Jagd an, um Sr. königl. Hoheit beizuspringen, und der Regimentsarzt des ersten Gardeulanenregimens Dr. Weiß eilte herbei, um dem Prinzen die erste ärztliche Hilfe angedeihen zu lassen. Da Sr. königl. Hoheit über heftige Schmerzen im Rücken und in der Seite klagten, so wurde aus einem Karren durch Abnehmen des Rades und Aufgeben von Kissen aus der Equipage Sr. königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Wilhelm eine Trage bereitet, und da bei dem kalten Wetter keine Entblößung des Körpers zu genauerer Untersuchung vorgenommen werden konnte, der Prinz auf dieser Trage bis an die Eisenbahn bei Kohlhasenbrück getragen. Der Hofmarschall Graf Luchesini war unterdessen nach Potsdam geeilt und hatte einen Extrazug der Eisenbahn bestellt, welcher bei Kohlhasenbrück die Ankunft Sr. königl. Hoheit erwartete. Auf der improvisirten Trage liegend, wurde der Prinz, der über heftige Schmerzen klagte, in einen geräumigen Güterwagen gehoben und nach Berlin gefahren, wo man, um Aufsehen zu vermeiden, den Zug auf der Verbindungsbahn vom Bahnhofe bis in die Communication hinter den Garten des fürstlich Radziwillschen Palais vorrücken ließ und von dort Sr. königl. Hoheit durch den Garten über die Wilhelmsstraße in das prinzliche Palais trug. Die sofort herbeigerufenen Aerzte Calspar und Langenbeck nahmen zusammen mit dem Dr. Weiß die erste Untersuchung vor, welche indessen die Art der Verletzung noch nicht feststellte. Weitere Beobachtungen an den spätern Tagen ließen den Sitz der Verletzung am Hüftknochen erkennen und bewiesen, daß keine andere irgendwie gefährliche Verletzung vorliege. Der Eintritt fieberhafter Bewegungen am dritten und vierten Tage erschwerte den Zustand des hohen Kranken. Gegenwärtig aber läßt sich, nachdem diese vorbei, ein ganz bestimmter Verlauf der Heilung absehen. Groß ist die Theilnahme, welche sich beim Publikum für das Befinden Sr. königl. Hoheit zeigt. In dem für die Erkundigungen ausliegenden Buche finden sich nach einander die Namen aller amtlichen, militärischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Sommitäten Berlins, die in dem Prinzen einen Förderer, Beschützer und Freund verehren.

ℳ **Köln**, 12. Dec. Gestern standen der Notariatszeuge Schmitz und der Avocat Schenck vor dem Zuchtpolizeigericht, angeklagt den Polizeicommissär Fromm und die Sergeanten Kleine und Schulz in einer Klagesch rift beleidigt zu haben. Schmitz hatte nämlich nach seiner Aussage bei Gelegenheit des Communistenprocesses die Angeklagten beim Vorbeifahren nur gegrüßt, und sei darauf von den genannten Polizeibeamten verhaftet, mißhandelt und 36 Stunden eingesperrt worden. Er hat hierauf eine Klagesch rift eingereicht, worin er sich die Ausdrücke erlaubte: „Brutalität der uniformirten Söldlinge." Den Verfasser der Klagesch rift will er nicht nennen; den Avocaten Schend habe er sie nur zur Begutachtung vorgelegt, und habe dieser keine Einwendung dagegen gemacht. Der betreffenden Polizeibeamten sagen dagegen aus, Schmitz habe nicht blos gegrüßt, sondern auch die Mütze geschwenkt. Der Verhaftung habe er sich hierauf widersetzt, wodurch sie zur Anwendung von Gewalt genothigt worden sein. Einige Zeugen wissen nichts Bestimmtes über den Vorfall, andere dagegen erklären, Schmitz habe nur gegrüßt und sich keineswegs widersetzt. Der Gerichtshof spricht den Avocaten Schenck frei und verurtheilt den Schmitz in eine Geldstrafe von 10 Thaler, eventualiter 8 Tage Gefängniß. —

Für das neue Theater, welches auf den Heumarkt kommen soll, sind bis dahin 50,000 Thaler, zwei Drittel des nöthigen Capitals, gezeichnet.

‡ Aus Posen, 11. Dec., wird uns gemeldet: Trotz aller Friedens- und Freundschaftsversicherungen des Kaisers der Franzosen schienen die Monarchen doch nicht durchweg unbedingt Vertrauen zu ihm und seiner aber seines Volks Friedensliebe zu haben; wenigstens liegt heute ein directes Schreiben aus Warschau vor uns, aus dem ich Ihnen folgende Stelle wörtlich mitzutheilen eile: „Die Arbeiten in unserm Kriegsdepartement mehren sich und nehmen sämmtliche nur irgend zu Gebote stehenden Kräfte in Anspruch. Seit kurzem sind nicht nur alle Beurlaubungen im Heere durchaus eingestellt, sondern auch alle Beurlaubten, Officiere und Gemeine, sofort und ohne Rücksicht auf die ertheilte Urlaubszeit zu ihren Corps zurückberufen worden. Die Rüstungen gehen nicht nur im Königreich Polen, sondern auch im Innern Rußlands, wenn auch im Stillen, doch ernstlich vor sich. Ob diese Vorkehrungen nur Sicherheitsmaßregeln sein sollen, oder ob ein weiter greifender Grund verstanden ist, weiß natürlich hier noch niemand und ist dies selbst für höhere Militärs noch ein Geheimniß; allein so viel steht fest, daß jede Eventualität das russische Cabinet gänzlich vorbereitet finden, und seine wohlgerüstete Armee nicht lange auf sich warten lassen wird.“ — Die hiesigen polnischen Zeitungen fordern jetzt zu Sammlungen behufs Errichtung eines Denkmals für den unlängst an der Cholera verstorbenen Jesuitensupervisor Antonicewicz auf. — Unsere Gemeinderathswahlen haben vorgestern einen solchen Umfang genommen, daß man zur Zeit noch nicht weiß, ob unsere Stadt künftighin eine deutsche oder eine polnisch-jüdische sein wird. Indem unter den 36 Gemeinderäthen sich genau 18 Deutsche und 18 verbundene Polen und Juden befinden. Hoffentlich wird jedoch die Coalition der Letztern nicht lange aushalten; aber jene spalten sich dafür auch in Conservative und Demokraten.

München, 11. Dec. Dem Vernehmen nach wird der Herr Ministerpräsident die Leitung der Staatsministerien des königlichen Hauses und des Aeußern, sowie des Handels und der öffentlichen Arbeiten bald wieder übernehmen; dadurch widerlegt sich am besten, was die „Kölnische Zeitung“ vor ein paar Tagen schrieb, daß der Herr Ministerpräsident aus den Ministerien treten würde. Seine Wiedergenesung ist nun wirklich so weit vorgeschritten, daß er ohne Gefährde der großen Last der Staatsangelegenheiten sich wieder widmen kann. In Principienfragen der Staatsregierung ist er ohnehin schon seit längerer Zeit berathend thätig gewesen.

± **Darmstadt**, 13. Dec. Heute schritt die erste Kammer zur Berathung des bereits von mir gedachten weitern Berichts ihres Finanzausschusses wegen des Finanzgesetzes für 1851 bis 1853. Zuerst kam der Beschluß der zweiten Kammer zur Berathung, demzufolge der Staatsregierung jährlich 10,000 fl. zu dem Zweck zur Disposition gestellt werden, die Kreiberen v. Riedesel, v. Günderrode und v. Löw, der Graf von Erbach-Fürstenau und die Abgg. Camesasca und Pfannebecker erklärten sich gegen den Antrag, der vorzugsweise den „Mittelmann“ besaften würde, während dieser Kern des Volks immer dünner werde; die Abgg. Humann, Heise und v. Rabenau erklärten sich dafür, besonders aus dem Grunde, damit dem fortwährenden Anrufnehmen von Anlehen als verhängnißvoll ein Ziel gesetzt werde. Der Finanzpräsident, Freiherr v. Schenck, erklärte, es handele sich von einem Dilemma: Steuererhöhung oder Anlehen. Zu einer Abstimmung kam es, nach der Natur der Theilnahme der ersten Kammer an den Finanzangelegenheiten, nicht. In dem Ausschußbericht kommt noch folgende sehr denkwürdige Stelle vor: „Es bleibt uns nun noch übrig, uns über den Anfangstermin, an welchem dieses neue Finanzgesetz in Wirksamkeit treten soll, zu äußern. Da das alte Finanzgesetz bis zum 1. Januar 1853 verlängert worden ist, so erscheint es ganz natürlich, daß auch nur von diesem Zeitpunkt an das neue Gesetz Giltigkeit haben kann. Alsdann tritt aber der sonderbare Umstand ein, daß viele Bewilligungen auf 3 Jahre vertheilt sind, und daher ⅔ davon nicht wohl auf die abgelaufenen 2 Jahre der gegenwärtigen Finanzperiode imputirt werden können, da alsdann das hierzu erforderliche Geld nicht vorhanden sein würde. Nach Art. 67 der Verfassungsurkunde soll aber das Finanzgesetz immer auf 3 Jahre gegeben werden; die Staatsregierung hat daher auch einen rechtlichen Anspruch auf eine solche Dauer des Finanzgesetzes, welche aber nicht hergestellt werden kann, ohne daß dasselbe auf die Jahre 1853, 1854 und 1855 ausgedehnt wird. Wir unserseits können in einer solchen Verlängerung nur Nothbehelf und keine Nachtheile erblicken, indem es nur dadurch möglich ist, den Verwilligungen, welche auf 3 Jahre ertheilt worden, Sinn und Bedeutung zu geben, und den Finanzhaushalt überhaupt fester zu ordnen; denn ein Rückfall in Defizits, schon in 8 Monaten, kann nur Störung und Unordnung im Staatshaushalt veranlassen. Die Finanzverwaltung der abgelaufenen 2 Jahre würde dann, wie die übrigen seit 1848, nach der frühern Gesetzgebung zu beurtheilen sein, und alles der Rechenschaftsablage überlassen werden müssen, welches in dem neuen Finanzgesetz auszuforschen wäre. Eine solche Maßregel würde, nach unserer Ansicht, allein geeignet sein, die öffentliche Meinung mit der langen Dauer dieses Landtags auszusöhnen.“ Zuerst nahm der Referent des Ausschusses, Abg. Eckhardt, das Wort, um den so häufig Charakterisirten und begründeten Vorwurf rechtfertigen, dem auch die Abgg. Heise und Humann das Wort redeten. Dann suchten die Abgg. Thudichum und Pfannebecker das Verfassungswidrige des Vorgeschlagenen nachzuzeigen. Mit allen Stimmen gegen vier adoptirte die Kammer den Antrag des Ausschusses, der zweiten Kammer den Wunsch zu erkennen zu geben, daß über die dem neuen Finanzgesetz zu gebende Zeitdauer, im Einverständniß mit großherzoglicher Staatsregierung, eine Vereinbarung nach Maßgabe der in diesem Bericht entwickelten Ansichten, getroffen werden möge. Der Finanzpräsident brobachtete ein völliges Stillschweigen. Nachdem sie sich hierüber ausgesprochen hatte, wurde die Sitzung geschlossen. Mitglieder Fremden waren anwesend, um Zeugen der Berathung und Beschlußnahme zu sein. — Die Katharina Meyer von Fürth, welche, wie ich berichtete, wegen Tödtung ihres Kindes vor dem Schwurgericht stand, ward, überwiesen, im Affect den Entschluß gefaßt zu haben, ihr Kind umzubringen, in lebenswieriges Zuchthaus verurtheilt. Heute und morgen ist das Schwurgericht beschäftigt mit der Anklage gegen Wilhelm Straub von Hunetroth, beschuldigt, in der Absicht, die Brandversicherungsklasse zu betrügen, seine baufällige Scheuer (die niederbrannte) angezündet zu haben. Ueber seine ungewöhnliche Erscheinung in unserm verarmten Odenwald!

!*! **Meiningen**, 11. Dec. Vorige Woche war der ehemalige Statthalter von Schleswig-Holstein, Graf Reventlow-Criminil, einige Tage hier, um den früher auch bei der Statthalterschaft mitbeschäftigten Staatsrath v. Harbou, Departementschef der Justiz und der Kirchen- und Schulangelegenheiten in unserm Ministerium, zu besuchen. — Ebevorgestern reiste der Herzog von Augustenburg hier durch. Das Ziel seiner Reise war dem Vernehmen nach Koburg. — Künftigen Dienstag werden unsere Assisen in Hildburghausen geschlossen. Ein frecher Diebstahl — es war einer armen Wittwe auf dem Wege ihre Kuh aus dem Stalle geholt und im nahen Walde geschlachtet worden — und ein Raubmord waren die wichtigsten vorliegenden Fälle. Ein junger Mensch von 23 Jahren, Schuhmachergeselle, wurde, trotz frechen Leugnens, in viertägiger Verhandlung durch 75 Zeugen überführt, eine fast 70jährige Wittwe beraubt und erschlagen zu haben. Das Urtheil lautete auf Todesstrafe. Es ist dies das erste Todesurtheil, das von unserm Schwurgericht ausgesprochen wurde.

Frankreich.

+ **Paris**, 12. Dec. Allgemein erwartete man heute im „Moniteur“ das Senatusconsultum bezüglich der Civilliste des Kaisers zu lesen; aber das amtliche Blatt ist über diesen Punkt stumm. Man nimmt nun an, die Regierung werde die beiden Senatusconsulta über die Verfassung und die Civilliste zu gleicher Zeit bekannt machen. Die Berathung über den ersten Gegenstand ist noch nicht zu Ende gediehen. Wahrscheinlich wird Troplong nächsten Dienstag seinen Bericht abstatten. In Bezug auf die Wiederherstellung der Civilliste und der Krongüter bemerkt der „Moniteur“, daß „keinerlei Summe angezogen worden ist, und daß dieser Punkt ganz der hohen Weisheit des Senats überlassen bleiben müßte“. Hierauf folgt der „Moniteur“ über das Wesen und den Zweck einer Civilliste:

Die Civilliste ist nur ein dem Staatsoberhaupt anvertrauter schwacher Theil des öffentlichen Einkommens, dessen es sich zur Linderung des Unglücks, Aufmunterung der Gewerbe, Belohnung und Ermunterung der Künste bedient. Bei einem solchen Gegenstand konnte Sr. Majestät Regierung nur die durch die Wiederherstellung des Kaiserthumes auferlegten Bedingungen ausbrechen. Indem das Project zum Senatsbeschluß die Gewährleistung der Rechte des Staats auf die dem Souverän zur Verfügung gestellten Güter zurückruft und sogar noch verstärkt, setzt es die Grundsätze wieder in Kraft, die Jahrhunderte hindurch die Basis der französischen Monarchie gewesen und durch das Gesetz von 1791, den Senatsbeschluß vom 28. Floreal des Jahrs XII, sowie durch die spätern Gesetze von 1814 und 1824 bestätigt worden sind. Diese Grundsätze sind den Erfordernissen der monarchischen Regierungsform, selbst der volksthümlichsten, gemäß. Wenn es dem Kaiser nicht in den Sinn kommen kann, die Monarchie mit den veralteten Elementen wiederherzustellen, die heutzutage den Sitten der Nation Anstoß

geben würden; wenn er nicht vergißt, daß es das Volk ist, das ihn auf den Thron gehoben hat, um im Interesse des Volks zu regieren, so verbietet ihm doch seine gesunde Einsicht und seine Loyalität, sich die unmögliche Aufgabe aufzuerlegen, das Kaiserthum unter Bedingungen zu übernehmen, die den Erinnerungen und der Würde Frankreichs nicht entsprechen würden. Die Mobilisir- wie die Immobilisirdotation der Krone wird daher hergestellt werden. Sie wird begreifen, was sie unter der alten Civilliste sich Königthume und des Kaiserthums begriff, d. h. die Krondomänen, die Paläste und Schlösser, die seit wenigen Monarchen des Souverains als geschichtliche Denkmale sind, verschönert durch die Künste und gewidmet den Erholungen und der Belehrung des Volkes; diese Museen, diese Bibliotheken und diese Manufacturen, welche der Nationalindustrie als Vorbild dienen. Die Unterhaltung dieser Paläste, die Bewahrung dieser Schätze, die Verwaltung und Beaufsichtigung aller dieser Anstalten werden die Civilliste in bedeutende Ausgaben verwickeln. Sie betragen jetzt etwa 7½ Mill. Fr., um die das Staatsbudget erleichtert werden wird. Der Ertrag der Krondomänen verringert sie nur theilweise, da nach Abzug der Kosten diese Domänenveräußerte sich nur auf 3 Mill. belaufen. Der Staat wird also wohl; aber er weiß auch, daß die wahren Traditionen der Monarchie vor Allem Würde sind. Würde ist es, die Ausübung der großartigsten Bewohrthätten der Künste; es ist an deren natürlichem Besitzer, es ist am Staatsoberhaupte, die Kosten dafür zu tragen. Es versteht sich von selbst, daß die vom Kaiser erworbenen Güter: Villeneuve-l'Etang, Lamothe-Beuvron und La Grillière, dem alten monarchischen Recht entsprechend, mit den Krondomänen vereinigt werden. Das Project zum Senatsbeschlusse enthält ferner die Festsetzung eines Mithums für die Kaiserin und einer jährlichen Dotation für die Prinzen der kaiserlichen Familie, die den Verfügungen St. Majestät gemäß unter sie zu vertheilen ist. Nach dem Senatsbeschlusse vom 7. November besteht die kaiserliche Familie einzig aus den Prinzen, die durch den Willen des Kaisers auf die Erbfolgetitnie gestellt werden. Der Senatsbeschluß sagt nichts über die übrigen Mitglieder der Familie Bonaparte. Wie ihre Lage selbst, gehört sie die kaiserliche Familie nicht mehr; sie gehört Frankreich an; es ist daher nothwendig, daß die Verfassung ihre Stellung, Titel und Pflichten regelt, die übrigens alle in der Pflicht enthalten sind, „sich ohne Rückhalt den großen Interessen des Landes hinzugeben".

Die Jagden des Kaisers in Compiegne werden von Dienstag den 14. bis Samstag den 18. Abends dauern. Es sind nur wenige Personen dazu eingeladen; unter den Damen nennt man die Prinzessin Mathilde, Lady Cowley, Frau v. Contades rc. — Die Umwandlung der Pariser Immobilienbank in eine Immobilienerleihgesellschaft für ganz Frankreich (société du crédit foncier de France) wird im „Moniteur" decretirt. Vor dem 1. Juli 1853 muß sie schon in jedem Appellhofbezirk des Landes eine Töchteranstalt errichtet haben. Wo schon dergleichen bestehen, kann sie bestehen mit Genehmigung der Regierung in sich aufnehmen. Sie übernimmt die Verpflichtung, in den Departements, je nach Maßgabe der Höhe der Hypothekenschuld denselben, sogleich 200 Millionen zu 5 pCt. auszuleihen, wovon 3,67 als Gelzins, 0,60 als Verwaltungskosten und 0,73 als Tilgung (die nach 50 Jahren bewerkstelligt ist) berechnet sind. Da aber die Gesellschaft selbst Capitalien nicht wohl unter 4 pCt. finden kann, so sind ihr die im organischen Decret der Creditgesellschaften ausgesetzten 10 Millionen als Subvention zugewiesen. Gleichzeitig sind Maßnahmen ergriffen, um auch nach Erschöpfung der 200 Millionen die Darlehen der Gesellschaft bei einem mäßigen Zinsfuß zu erhalten.

‡ **Paris**, 12. Dec. Der Kaiser hat den Marquis v. Villamarina in den Tuilerien empfangen, um aus dessen Händen die Schreiben entgegenzunehmen, welche ihn als Gesandten von Sardinien am kaiserlichen Hofe von Frankreich bestätigen. Im einem Wagen fuhr der Marquis nach dem Palast und wurde dort vom Oberceremonienmeister, Grafen Baccicochi, unter Assistenz des Ceremonienmeisters Feuillet de Conches eingeführt und dem Kaiser vorgestellt. — Ein Artikel im nichtamtlichen Theil des heutigen „Monitenr" erinnert an die politischen Verhältnisse, die der belgischen Regierung nicht erlaubt hätten, zeitig genug, das heißt bis zum 10. dieses Monats, die legislative Genehmigung zur Ratification der beide am 22. August dieses Jahrs abgeschlossenen Verträge commercieller und literarischer Natur einzuholen. Das Brüsseler Cabinet habe deßhalb, um seine freundschaftlichen Gesinnungen und sein Interesse für die Förderung der commerciellen Interessen beider Länder darzuthun, die französischen Regierung den Vorschlag gemacht, auf der einen Seite die Ratificationsfrist weiter hinaus zu setzen, und auf der andern bis zum Abschluß eines definitiven Uebereinkommens den Vertrag vom 13. December 1845 wieder in Kraft treten zu lassen. Auf diesen Vorschlag glaubte die französische Regierung eingehen zu sollen und der interimistische Vertrag tritt am 15. Januar n. J. in Kraft.

Großbritannien.

‖ **London**, 11. Dec. Gestern hat im Hause der Gemeinen die Discussion über das Budget begonnen. Duncombe, der Vertreter für Finsbury, beantragte zuerst im Sinne eines Mißtrauensvotums gegen das Cabinet eine Vertagung der Debatte. Sir Lytton Bulwer und Gladstone bekämpften diesen Antrag, letzterer jedoch mit dem Bemerken, daß er das Cabinet bei der Debatte bekämpfen werde. Nachdem dann der Schatzkanzler Disraeli auf eine ausdrückliche Interpellation Duncombe's geantwortet hatte, nicht aus seinem einzelnen Votum bezüglich des Budgets werde das Ministerium eine Cabinetsfrage machen, wohl aber aus der Verwerfung jedes wichtigeren Punktes, zog Duncombe seine Motion auf Vertagung zurück und die eigentliche Discussion nahm ihren Anfang. Die wichtigste Rede war die von Sir Charles Wood, der die Vorschläge des Schatzkanzlers aufs lebhafteste angriff. Es handelte sich um die erste Resolution, um die Vermehrung der Hausteuer. Für und gegen dieselbe waren schon einige Redner aufgetreten, als Wood das Wort nahm. Nach seiner Ansicht wird das Land die Gesammtheit der vom Schatzkanzler gemachten Vorschläge nicht annehmen. In derselben Ordnung, wie der Schatzkanzler das Interesse der Schiffahrt, der Colonien und des Ackerbaus in seinen Expose besprochen hatte, bekämpfte der Redner die Ansichten und Anträge Disraeli's und sprach sich namentlich gegen die Verminderung der Malsteuer aus. Die Reduction sei für den Ackerbau kein Vortheil, für den Staatsschatz aber ein nutzloses Opfer. Nach Disraeli's Berechnung werde das nächste Jahr mit einer Mehrausgabe von 2,100,000 Pfd. St. belastet und habe zur Deckung derselben 2,500,000 Pfd. St.; dies ergebe einen Ueberschuß von 400,000 Pfd. St., der sich indessen nicht aus der Besteuerung, sondern aus der ratenweisen Heimzahlung einer vor mehreren Jahren für öffentliche Bauten negociirten Anleihe ergab. Der Redner analysirte sodann Disraeli's Berechnung bezüglich der Malzsteuer und wies ihm in der Einnahmerubrik verschiedene einen Irrthum um 550,000 Pfd. St. nach. Schon diese beiden Punkte bewiesen die Schwäche des Budgets. Dasselbe enthalte nichts Neues und belaste die Einen, um die Andern zu erleichtern. Außer der Thesteuer seien die Abgabenverminderungen schlecht gewählt und die directe Besteuerung sei drückend. Auch bezüglich der Hopfensteuer habe Disraeli viele Irrthümer unterlaufen lassen. Die Reduction der Malz- und Hopfenabgaben würden am Ende nur die Taschen der Brauer füllen. Zum ersternmal sollten die unbemittelten Klassen einer directen Besteuerung unterworfen werden. — Nach diesem Angriff Wood's auf das Budget Disraeli's wurde die Debatte bis zum Montag vertagt.

Rußland und Polen.

Kalisch, 5. Dec. Wenn die Gerüchte schon jetzt von einer Truppenanhäufung an der Grenze sprechen, so sind dies vorellige Nachrichten, denn eine Vermehrung der Truppen an der Grenze ist erst in der Folge bevorstehend. Verschiedene Beförderungen und Veränderungen in der activen Armee deuten bereits darauf hin. So ist der aus dem ungarischen Feldzuge bekannte Generallieutenant Tschepodajew zum Chef der sämmtlichen Reservetruppen und Generallieutenant Dannenberg zum Chef des 4. Infanteriecorps ernannt worden. Der Artilleriegeneral Iwin ist an die Stelle des fränklichen Generals Fedorento zum Festungscommandanten in Nowo-Georgiewsk ernannt worden, und viele andere altersschwache oder kränkliche hohe Militärs erhalten fortwährend ihren Abschied. — Am 24. Januar 1855 wird die Universität von Moskau ihr hundertjähriges Stiftungsfest sehr feierlich begehen und es hat sich schon jetzt zu diesem Behuf dort ein Comite gebildet. Dem Kriegsgouverneur von Moskau, Generallieutenant Sakrewski, sind von einem Ungenannten 30,000 SR. zur Gründung einer öffentlichen wohlthätigen Anstalt zugeschickt worden. — Zum römisch-katholischen Bischof in der Diocese Minsk ist der bisherige Seminardirector Adam Wojtkiewicz ernannt worden. (Lloyd.)

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 13. Dec. 5pCt. Metall. 95¼. — 5pCt. do. B. 110⅛. — 5pCt. Anlehn vom Jahr 1852 94. — 4½pCt. do. 84¾. — Bankactien 1348. — 250 fl. Loose 138⅛. — London 11 fl. 14 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 105¼. — K.-K.-Nordb. 242½. — Livorno-Florenz —. — Siena-Ampoll 69¼. — Paris 134¼. — London in Triest 11 fl. 15 kr. — Silber 14¼. (Spnd.)

Paris, 13. Dec. 4½pCt. Rente 106, 25. — 3pCt. do. 82, 20. — 5pCt. Piemont 100, 50. — 5pCt. Span. 43. — 1pCt. do. —. (Spnd.)

Antwerpen, 13. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. 92½. — 2½pCt. Belg. 57¼. — 3pCt. Span. inl. 43. — 1pCt. do. 22¹⁵/₁₆. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Autschelt.

Goldene Medaille 1845 — **Pâte Pectorale** des Apotheker **George** in Epinal — Goldene Medaille 1846
[illegible]

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **George**, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schächtelein, die halbe à 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Redlinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. G. von Oven**, Bleydenstraße Nr. 33. [2428]

[2768] Bei Hoffmann & Campe in Hamburg ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Frankfurt a. M. in der Joh. Christ. Hermann'schen Buchhandlung, Zeil, 15 neu, dem römischen Kaiser gegenüber:

Die Harzreise von Heinrich Heine.

Miniatur-Ausgabe, elegant gebunden mit Goldschnitt fl. 2.

Die Harzreise, die frischeste und duftigste Blüthe der Reisebilder, welche dem Dichter europäischen Ruf verschafft, erscheint hier zum ersten Mal als selbstständiges Ganze in elegantester Ausstattung und wird allen Verehrern von Heine's Genius eine willkommene Gabe sein.

Für Eigenthümer größerer Besitzungen

Ein wissenschaftlich und technisch gebildeter Mann in den 30er Jahren sucht eine dauernde Anstellung als Bevollmächtigter oder Verwaltungsbeamter. Er ist bereit, nach Befinden eine Caution von mehr als 15,000 fl. zu bestellen und auf directe Anfragen, welche er, mit Nr. 18 bezeichnet, an die Expedition dieser Blätter franco zu richten bittet, in jeder Beziehung gute Nachweise zu geben. [2786]

[2783] **Guts-Verpachtung.**

Zur Verpachtung der ungefähr 780 Acker haltenden mit Schäferei versehenen Kurfürstlichen Domäne Lippoldsberg an der Weser, vom 1. Mai 1853 an auf zwölf Jahre, ist zweiter Termin auf

Montag den 3. Januar l. J., Morgens 10 Uhr,

in das Local der unterzeichneten Behörde zu Kassel bestimmt, worin Pachtliebhaber mit amtlichen Nachweisungen über Vermögen und sonstige Qualification versehen, sich einfinden wollen.

Kassel, am 9. December 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium,
Abtheilung für die Domänen.
Wiederhold, l. A.
vdt. Schuchardt.

[2773] Vorladung.

Nachdem der Gastwirth Friedrich Ludwig Ney dahier angezeigt hat, daß er zur vollständigen Befriedigung seiner Gläubiger nicht im Stande sei, wird zur Anmeldung der Forderungen, zum Versuche einer gütlichen Uebereinkunft und zur Wahl eines Curators der Masse Termin auf

den 10. Januar 1853, Vormittags,

vor das unterzeichnete Gericht bestimmt. Die im Termin nicht erscheinenden unbekannten chyrographarischen Gläubiger werden von diesem Verfahren ausgeschlossen, die bekannten im Termine nicht anwesenden aber als dem Beschlusse der Mehrheit der erscheinenden Gläubiger beitretend angenommen, und wird zugleich der gerichtsseitig bestellte Curator als solcher definitiv beibehalten werden, wenn die Gläubiger einen andern nicht wählen.

Hanau, 27. November 1852.

Kurfürstlich Hessisches Justizamt I.
Knaudhaar.
vdt. Lieberknecht.

[2780] Edictalladung.

Den Concurs über das Vermögen des verstorbenen Balthasar Delp aus der Kürnbach bei Lichtenberg betr.

Nachdem über das Vermögen des verstorbenen Balthasar Delp aus der Kürnbach bei Lichtenberg Concurs erkannt worden ist, werden alle Gläubiger desselben zur Anzeige und Begründung ihrer Forderungen und Vorzugsrechte auf

Mittwoch den 12. Januar 1853, Vormittags 9 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheile des stillschweigend eintretenden Ausschlusses von der Masse vorgeladen.

Persönlich nicht erscheinende Liquidanten werden als den Beschlüssen der Mehrheit der erschienenen beitretend angesehen.

Reinheim, am 6. December 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Kleinschmidt. Reuling.

[2674] Edictalladung.

Die dem Herrn Grafen Carl zu Eltz, genannt Faust von Stromberg zu Eltville, in den Gemarkungen Groß- und Kleinkarben zustehenden Grundrenten, im jährlichen Geldanschlage von fl. 21. 35 kr., sollen nach den gesetzlichen Bestimmungen abgelöst werden. Es werden deßhalb alle bei dieser Ablösung bekannten und unbekannten Betheiligten hiermit aufgefordert, ihre etwaigen Rechtsansprüche um so gewisser

binnen zwei Monaten

bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden, widrigenfalls die Auszahlung des Ablösungs-Kapitals an den genannten Berechtigten gestattet werden wird.

Großkarben, den 23. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Jäger.

[2699] Oeffentliche Aufforderung.

Die dem Herrn Grafen von Erbach-Erbach zustehenden, durch Allodification der gegenwärtig von Nicolaus Glanz besessenen Erbacher Erbbestandsmühle nebst zugehörigen Gütern entstandenen Grundrenten im jährlichen Geldanschlage von 135 fl. 48 1/2 kr. sollen nach den gesetzlichen Bestimmungen abgelöst werden. Man fordert deßhalb alle bei Ablösung dieser Grundrenten Betheiligten, sowohl die bereits bekannten als die noch unbekannten, hiermit auf, ihre etwaigen Rechtsansprüche

binnen zwei Monaten

bei dem unterzeichneten Gerichte um so gewisser anzuzeigen, widrigenfalls die Auszahlung des Ablösungskapitals an den vorbenannten Berechtigten gestattet werden wird.

Michelstadt, den 20. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
In Erledigung der Landrichterstelle:
Dörr.

[2731] Edictalladung.

Johannes Zwick's Wittwe von hier und mehrere Gläubiger deren Ehemannes haben zur Abwendung eines Concurses über des Letzteren Nachlaß einen Vergleich mit einander abgeschlossen, und werden daher alle sich bis jetzt noch nicht gemeldet habenden Gläubiger deßhalb hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche an denselben so gewiß

binnen sechs Wochen

dahier anzuzeigen und entweder diesem Vergleiche beizutreten oder etwaige Einwendungen gegen denselben vorzubringen, als sie ansonst damit ausgeschlossen und bei Vertheilung des bedeutend überschuldeten Nachlasses des Johannes Zwick nicht werden berücksichtigt werden.

Grünberg, den 27. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Weicker. Dr. Ortwein.

Cours der Staats-Papiere. 14. December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.l.S.b.Roths)	95 G.	Baden. .	fl. 35 Loose v. 1845	38 1/4 P. 1/8 bez. 38 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	95 G.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	33 7/8 P. 5/8 G.
»	5% do.v.J.1852 L.à121	94 7/8 P. 3/4 G.	»	Frdr.-Wilhs-Nordb.	50 1/8 P.
»	5% L.V.(C.b Roths)	91 1/2, 5/8 bez. u. G.	Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	102 G.
»	5% do.Monte C.lS.l.M	87 bez. u. G	»	4% ditto b.Rothsch.	98 1/2 G.
»	Bank-Actien . . .	1392 P.	»	3 1/2% ditto b.Rothsch.	92 1/4 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	81 7/8 P.	»	fl. 50 Loose . . .	91 P. 90 3/4 G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	82 1/8 P.	»	fl. 25 Loose . . .	82 P.
»	5% ditto 1852	82, 81 3/4 bez. u. P.	Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/4 P.
»	4 1/2% ditto	73 1/6, 73 bez u. G.	»	4% ditto	99 5/8 G.
»	4% ditto	64 3/4 G.	»	3 1/2% ditto	91 5/8 P. 3/8 G.
»	3% ditto	48 3/4 G.	»	fl. 25 Loose . . .	29 P. 28 3/4 G.
»	2 1/2% ditto	41 1/2 G.	Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	95 1/4 G.
»	1% ditto	16 3/8 P.	»	3 1/2% » v. 1846	94 1/2 G.
»	Mail.-Como-fl. 14-L.	11 3/8 P. 11 G.	»	3% » . . .	85 7/8 P. 1/2 G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	119 1/2 G.	»	Taunusbahnact. .	306 P. 304 bez. 303 G.
»	fl. 500 » ditto	192 1/2 G.	Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	102 1/2 P.
»	4 1/2% Oblig.b.Bethm.	80 P. 79 3/4 G.	»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	93 G.
»	4% » » »	71 P.	»	4% » b.Stieglitz »	91 G.
Preussen .	3 1/2% Staatsschulds.	94 P. 93 3/4 G.	Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	92 1/4 P. 92 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	117 G.	Spanien	3% inl. Sch. P fl.2.30	42 1/4, 3/8 bez. u. G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 5/8 P.	»	1% Neue » »	22 7/8, 13/16, 3/4, 7/8, 15/16, 23, 1/16 bez. u. G.
»	4 1/2% ditto	101 1/2 P. 1/4 G.	Holland .	4% Certificate . .	86 3/4 G.
»	4% ditto	97 P. 96 1/2 G.	»	3 1/2% Syndicate .	94 3/4 G.
»	4% Ablös.-Rente .	96 1/2 P. 1/4 G.	»	2 1/2% Integrale .	65 1/4 P. 65 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths	92 1/2 P.	Belgien .	4 1/2% Obl. inF.à28kr.	100 P. 99 3/4 G
»	Ludwigsh.-Bexbach.	99 1/8, 5/8 bez. u. G.	»	4% Obl in Fr. à 28 kr.	94 1/2 P. 94 G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103 1/4 G.	»	2 1/2% Obl. b.Rothsch.	57 3/4 P. 1/2 G.
Württemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 5/8 G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	98 1/4 P.
»	3 1/2% ditto	90 5/8 P. 1/2 bez.	»	5% Obl. b. Hambro	95 P. 94 3/4 G.
Baden . .	5% Obligationen .	102 1/4 bez.	»	Sardinische Loose .	41 P.
»	4 1/2% Obligationen	102 3/4 G.	Toscana	5% Obl.1850(C.b.Golds.)	101 G
»	3 1/2% v. 1842 . . .	91 1/2 P. 1/4 G.	»	5% »1851.b.Bastogi(do.)	97 1/2 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	67 P. 66 3/4 G.	N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	117 1/2 P. 117 bez. u. G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 14 December		Per comptant.
Amsterdam . (100 fl. Crt.)	k.S.	100 1/4 B. 100 G.
	3M.	— —
Augsburg . . (100 fl. Crt.)	k.S.	120 B 119 3/4 G.
	3M.	— —
Berlin . . . . (60 Thlr.) .	k.S.	105 B. 104 3/4 G.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. i. Ldor.	k.S.	97 1/4 B. 97 G.
	3M.	— —
Hamburg . . (100Mk.Bc.)	k.S.	89 G.
	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104 3/4 G.
London . . . (10 Livr. St.)	k.S.	118 B.
	3M.	117 1/4 B.
Lyon . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94 1/8 B 93 7/8 G.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	100 1/4 B
	3M.	— —
Paris . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94 B. 93 3/4 G.
	3M.	— —
Wien (100fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	104 bez.
	3M.	103 7/8 B u. 4%
Disconto		2 1/4 B.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 41-42
Pr.Friedrichsd'or	»	9 54-55
Holl.10fl.Stücke	»	9 49 1/2-50 1/2
Brabant-Ducaten .	»	5 36 1/2-37 1/2
20 Francsstücke	»	9 25
Engl. Sovereigns	»	11 48
Gold al Marco	»	382-83
5 Frankenthaler	»	2 20 1/2 21
Preuss. Thaler	»	1 45-1/4
Preuss.Cassa-Sch	»	1 44 7/8-45 1/8

Druck von August Osterrieth.

№ 299. — Mittwoch — den 15. December 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereinsgebiet von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstl. Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsgebiets 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 16½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. F. Gerhardt in Straßburg, Brandgasse Nr. 20, und in Paris Rue Neuve-Drouot de la Nauvaise No. 19, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/2 Bogen) mit Beilagegeld oder deren Raum 9 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Telegraphische Depeschen.

Aufgegeben in Paris, den 14. Dec., 4 Uhr 30 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, 14. „ 5 „ 12 „

Paris, 14. Dec. Der „Moniteur" veröffentlicht heute das Senatusconsultum bezüglich der Civilliste und der Dotation der Krone. Die Civilliste ist auf 25 Millionen Franken festgesetzt; die Krongüter werden wieder hergestellt, wie sie unter dem Kaiserreich und der Monarchie gewesen sind. Für die Prinzen und Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses ist eine jährliche Dotation von 1,500,000 Fr. angewiesen, welche der Kaiser nach seinem Ermessen vertheilt. Das Mitthum der Kaiserin wird später bestimmt. — Das Senatusconsultum bezüglich der Modificationen der Verfassung ist noch nicht erschienen.

Madrid, 9. Dec. Von Senatoren, Deputirten und Bevölkerungen unterzeichnete Petitionen, um Erlaubniß zur Abhaltung von Wahlversammlungen, sind von der Regierung abschlägig beschieden worden. — Innere Schuld 43¼; Diff. 23.

Zur orientalischen Frage.

** Frankfurt**, 14. December.

Während die Ereignisse im Westen unausgesetzt unsere Blicke fesselten und so eben wieder ein sogenannter Staatsstreich in Madrid sie aufs neue dahin lenken will, haben sich im Südosten unseres Erdtheiles Dinge vorbereitet und sind zum Theil schon in die Geschichte eingetreten, die unserer gespanntesten Aufmerksamkeit nicht minder werth sein dürften.

Die russische Schwarze-Meer-Flotte, so eben noch vom Kaiser besichtigt, liegt wohlgerüstet zum Auslaufen bereit, ebenso die österreichische im adriatischen Meere; starke Abtheilungen der englischen und französischen Flotte kreuzen im ägäischen und ionischen Meere und selbst das Sternenbanner von jenseits des Oceans hat sich, schwerlich aus bloßer Neugierde, unter die modernen Kreuzfahrer des alten Europa gemischt.

Das sich Mahomedt ist morsch geworden, so morsch, daß selbst die Eifersucht der christlichen Mächte, die ihm so lange gemüht, seinen vollen Einsturz nicht mehr aufhalten zu können schreint. Die in verschiedenen Zeiten erfolgten Losreißungen einzelner Provinzen, der Moldau, der Walachei, Serbiens, Griechenlands und neuerdings Montenegro's, haben die innere Kraft des Restes eben so wenig vermehren und heben können, als die mancherlei Gesetzgebungs- und Reorganisationsexperimente, welche seit dem Freibriefe von Gülhane gemacht worden. Die vielfachen Minister- und Systemswechsel, die nicht mehr nach Jahren, sondern nach Monaten und Wochen zählen, sind der sprechendste Beweis dafür. Die Verwaltung hat nur die Pascha's und Großwürdenträger bereichert, die Provinzen bis aufs Blut ausgesogen, und den Staatsschatz leer gelassen, so leer, daß selbst die reichen Erträgnisse der inländischen Anleihe den Staatsbankerott nicht aufzuhalten vermögen werden. Rechnen wir hierzu die neuerlichen Bedrückungen und blutigen Verfolgungen der Christen in den europäischen Provinzen, die, kaum niedergeschlagen, immer sich erneuernden Aufstände in den asiatischen, die vielfachen Mißhelligkeiten zu den christlichen Mächten, zu deren Ausgleichung der Großherr kaum die Hand bieten zu wollen scheint und die täglich durch neue vermehrt werden — wer möchte da noch zweifeln, daß die Tage der türkischen Herrschaft in Europa und nicht minder in Asien gezählt sind. Die Kriegsschiffe der christlichen Großmächte liegen diesmal nicht auf der Lauer, umstreifen diesmal nicht die Küsten des Osmanlireiches, um noch einmal durch gegenseitige Connivenz ihm zur Stütze zu dienen: sie sind diesmal die Adler, die in die gefallene Beute sich theilen wollen. Wem das beste Theil der Beute zufallen wird: wer möchte das heute schon zu entscheiden wagen?

Nicht unmöglich sogar, daß einer der Beutesuchenden selbst den andern zur Beute fallen wird; denn der Preis ist der höchste, den die Gegenwart bieten kann, und drßhalb wird der Kampf um ihn auch der heftigste und erbittertste sein. Der Besitz des Handels und der Handelsstraßen des Orients, der seit den Zeiten der Phönizier und Aegypter immer dieselbe, weder durch die Auffindung des Seewegs um das Cap, noch durch die Entdeckung Amerika's geminderte Wichtigkeit hat — dieser Besitz ist es, dem der heiße Kampf gelten wird. Konstantinopel und die schmale Landenge zwischen dem Mittelländischen und Rothen Meere werden die Knotenpunkte in diesem Kampfe sein. Daher der lange Streit um den Bau der Eisenbahn in Aegypten, daher das jüngste Bestreben Frankreichs, die Interessen der occidentalischen Christen in Palästina und Syrien vertreten zu wollen, daher vielleicht die Unabhängigkeitserklärung Montenegro's, welche die letzten Kräfte des alten Reiches von der Hauptstadt weg in die albanesischen Berge ziehen und möglicherweise vernichten wird. England, Frankreich und Rußland sehen wir so als die zunächst Betheiligten. Am meisten der künftigen Eroberung vorarbeiten konnte Rußland nicht allein wegen der Stammes-, sondern auch wegen der Religionsverwandtschaft, in der es zu den christlichen Bewohnern der europäischen Türkei steht. Doch ist vielleicht die nationale Eigenthümlichkeit der slavischen Bevölkerung gerade das, was einer russischen Eroberung am meisten in den Weg treten könnte. Niemand kann eifersüchtiger auf die Bewahrung der Nationalität sein, als die kleinen slavischen Stämme es sind, und die türkischen Bosnier und Raizen dürften sich erinnern, daß ihre Brüder seit Jahrhunderten österreichischem Scepter ohne Gefährdung ihrer Nationalität und Religion glücklich gelebt haben, und daß grade in den jüngsten Jahren der Ruhm des slavischen Namens in Oesterreich ein großer geworden. Oesterreich wird weniger seine Flotte als sein treffliches Landheer, namentlich die Grenzer, in die Waagschale legen können, und dies wird um so schwerer wiegen, je näher verwandt die Grenzer den benachbarten Bewohnern der Türkei sind.

Durch Oesterreich nimmt Deutschland Theil an der orientalischen Frage, und wir glauben nicht fehl zu greifen, wenn wir in der nahe bevorstehenden freundlichen Lösung der handelspolitischen Frage bereits eine Folge der drängenden orientalischen sehen. Dem Orient so gut wie dem Westen gegenüber ist ein inniges Zusammenhalten Deutschlands und Oesterreichs nothwendig. Wie wichtig der dortige Markt für den deutschen Handel ist, beweisen die daselbst in beständiger Vermehrung begriffenen österreichischen und preußischen Consulate. Es ist also für unser Vaterland keineswegs gleichgiltig, wem der Hauptheil der Beute des Türkenreichs wird; Deutschland kann nur gewinnen, wenn Oesterreich dort gewinnt, nur verlieren, wenn eine der übrigen Mächte, sei es nun Rußland oder England, sei es Frankreich oder gar Amerika, dort die Herrschaft erlangt.

Um eben dieser Wichtigkeit willen, welche die orientalische Frage für Deutschland hat, wollen wir hier die Hauptpunkte nur angedeutet haben, um in spätern Artikeln darauf zurückzukommen.

Deutschland.

w **Frankfurt**, 14. Dec. Vor kurzem glaubte man sich der frohen Zuversicht hingeben zu dürfen, daß Senat und gesetzgebende Versammlung sich genähert hätten, und nach bevorstehender Einigung Ruhe und Friede den mehrjährigen Stürmen in unserer Vaterstadt folgen würden. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen, vielmehr hat sich durch die neuesten Vorgänge eine Disharmonie zwischen diesen beiden Staatskörpern gezeigt, die schwer auszugleichen, ja vielmehr unheilbar scheint, und ganz dazu geeignet sein dürfte, das Herz des Bürgers mit Trauer zu erfüllen und unsere wahrlich nicht sehr erfreulichen Zustände noch mehr zu

verschlimmern. Zwei Rathswahlen waren gestern beabsichtigt und keine kam zu Stande. Zwei Wahlconclave haben sich, jedes nach mehrstündigen Verhandlungen, aufgelöst, weil sie sich über keinen Vorschlag einigen konnten. Senat und gesetzgebende Versammlung sind nach neunstündiger Sitzung unverrichteter Dinge in niedergeschlagener Stimmung auseinandergegangen. Auch in allen Kreisen der Bürgerschaft haben diese Vorgänge eine peinliche Stimmung erzeugt, welche sich hier und da kräftig ausspricht. Was wird nun weiter geschehen? Wird der Senat einen neuen Wahltermin anberaumen? Schwerlich, denn derselbe würde wahrscheinlich ebenso erfolglos sein, wie der gestrige. Sollte aber der Senat nicht ergänzt werden, so kann auch von den so sehnlichst gewünschten und schon vorbereiteten Verfassungsveränderungen keine Rede sein, weil nach Vorschrift der Constitutionsergänzungsacte hierzu die Zustimmung von zwei Dritteln des vollständigen Senats gehört. So wären denn unsere Angelegenheiten auf's Aeußerste angelangt, der jede Besserung unserer Zustände vor der Hand verhindert. Und was hat uns dahin gebracht? Der Hader, die Uneinigkeit, der in einem kleinen Staat doppelt gefährliche Parteigeist. Noch dürfte es Zeit sein — aber auch nur noch kurze Zeit — daß durch aufrichtige Versöhnung, durch brüderliches Entgegentreten der Bürger einer Stadt, die wohl früher als Sitz aller Bürgertugenden im weiten deutschen Reich berühmt war, unsere Angelegenheiten in ein günstiges Stadium treten und jede drohende Gefahr für unsere theuere Vaterstadt vermieden würde. Aber dazu gehört Einigkeit! Sie thut noth! Ihr Bürger Frankfurts beherziget den Ruf: Gebet dem Ausland nicht länger das Schauspiel einer feindlichen Familie!

* **Wien**, 10. Dec. In den letzten Tagen sind hier mehrere Couriere nach Konstantinopel durchgereist, welche die Proteste ihrer Mächte gegen Einstellung der europäischen Dampfschifffahrt am Bosporus und an den türkischen Küstengegenden zu überbringen haben. Dem Vernehmen nach ist auch von Seite Oesterreichs in dieser das allgemeine Interesse berührenden Angelegenheit eine Depesche nach Konstantinopel abgefertigt worden.

In mehreren Zeitungen steht zu lesen, der französische Gesandte sei am verflossenen Sonntag bei dem großen Ordensfeste in der Burg in Uniform zugegen gewesen, nachdem er förmlich seine Auffahrt gehalten. Die Sache verhält sich nach der „K. Z." anders; Hr. de la Cour war nur im gewöhnlichen Anzug als Zuschauer gegenwärtig, und soll sogar in einem Miethwagen zur Burg gekommen sein. Diese an sich höchst gleichgiltige Sache wird durch die besondern Umstände erwähnenswerth, weil am 5. December nach dem amtlichen Begriff gar kein Vertreter Frankreichs gegenwärtig sein konnte.

Berlin, 11. Dec. Ein Theil der speciellen Gesetze, welche die Regulirung des ländlichen Gemeindewesens in den einzelnen Provinzen betreffen, liegt jetzt gedruckt vor. Eine für die sechs östlichen Provinzen gemeinsame Bestimmung von Bedeutung lautet: „Das Bekenntniß zur christlichen Religion ist eine Bedingung für die Zulassung zu Communalämtern." Zu bemerken ist, daß es sich hier nur von ländlichen Communen handelt.

Vor nicht langer Zeit ist Bischof und Hofprediger Eylert gestorben; am 8. d. M. folgte ihm der wirkliche Oberconsistorialrath, Oberhof- und Domprediger Dr. Friedrich Ehrenberg, Ehrenmitglied des evangelischen Oberkirchenraths, geboren zu Elberfeld am 6. December 1776, also 77 Jahre alt. Er ist einer von den Geistlichen aus der Zeit des verstorbenen Königs, welcher von 1806 bis auf die neueste Zeit an der hiesigen Domkirche wirkte und alle schweren Zeiten des Drangsals mit durchlebte. Seine schriftstellerische Thätigkeit war eine umfangreiche, namentlich sind seine Andachtsschriften für das weibliche Geschlecht sehr viel gelesen worden.

* **München**, 10. Dec. Seit einiger Zeit gehen fortwährend bedeutende Munitionstransporte nach den Festungen in der Rheinpfalz. Insbesondere erhält Landau respectable Zufuhren an Shrapnells. — Nach der „Augsb. Postz." wäre es im Plan, für die Offiziere der Infanterie Seitengewehre aus Stahl und Eisen, folglich ohne alle Verzierung des Griffs und der Scheide einzuführen. Dieselbe erklärt es für unrichtig, daß ein Kriegsministerialreskript bezüglich der Paletots der Offiziere erschienen sei. — Das Ministerium für Handel und öffentliche Arbeiten hat vom landwirthschaftlichen Verein in neuerer Zeit wieder über eine Reihe von Fragen Gutachten verlangt, als: über Beförderung der Seidenzucht, über den Anbau des Tabaks, über Wein-, Obst- und Gemüsebau als landwirthschaftliche Nebenbeschäftigung, dann über die Cultur von ulmeus tuberosus u. s. w. Letztere Pflanze ist im Vereinsgarten schon früher versuchsweise angebaut worden, ohne daß jedoch das Ergebniß des Versuchs entsprochen hätte. — Der Civilbaurath Pecht Bürklein, welcher einen ehrenvollen Ruf nach Oesterreich erhalten hatte, wurde zum königlichen Baurath ernannt, und hierdurch Bayern erhalten.

Hamburg, 12. Dec. Gestern um die Mittagsstunde trat unser neuer Commandant, Oberst Bödicker, sein Amt durch eine große Parade über unsere Garnison an. — Der russische Gesandte, Herr v. Struve, ist gestern wieder von Oldenburg hier eingetroffen.

Schweiz.

=**Aus der Schweiz**, 13. Dec. Es verbreitet sich das noch unverbürgte, also mit vieler Vorsicht aufzunehmende und wohl noch in Zweifel zu ziehende Gerücht, daß der incriminirte Verwalter des Grimselspitals, Zybach, schreckenerregende Geständnisse gemacht, daß er namentlich gestehen, es sei wahr, daß er einige Reisende vergiftet, ihre Leichen verscharrt, und das Geld, welches sie mit sich geführt, sich zugeeignet habe. Wie gesagt, beruht diese Angabe vorerst nur auf einem Gerücht, verhehlt darf jedoch nicht werden, daß schon dieses bloße Gerücht in unserm Lande einen unbeschreiblich schmerzlichen Eindruck hervorgebracht hat. Um so nothwendiger erscheint es, daß von Seite der Behörde über diesen Gegenstand bald die volle Wahrheit verkündet werde. — In Wallis hat man sich dahin verständigt, daß die neue gesetzgebende Versammlung mit dem Namen „constituirender großer Rath" bezeichnet werden soll.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. Dec. In der gestrigen Sitzung des Volksthings wurde die Debatte über den Zollgemeinschaftsgesetzentwurf fortgesetzt. Diesmal bewegte sich die Discussion um die §§ 4 bis 11, und somit um die Principfrage wegen der Verlegung der Zollgrenze an die Elbe und die Aufnahme Holsteins in den dänisch-schleswigschen Zollverband. Nachdem der Berichterstatter den Vorschlag des Ausschusses, die Zolleinheit mit Holstein zum Gegenstand späterer Verhandlungen zu machen, kurz motivirt hatte, nahm der Finanzminister das Wort und hielt einen langen Vortrag, in welchem er unter Anderm erklärte, „jedes grundgesetzmäßige Mittel" zur Durchsetzung der Zolleinheit gebrauchen zu wollen. Clausen (der frühere Minister) sprach für den Ausschuß, und Tscherning motivirte in einem längeren Vortrage, in welchem er sich für die Regierung erklärte, sein Amendement zu dem von der Majorität des Ausschusses gestellten Antrage. Orla Lehmann meinte, er sei bereit, es mit einem dänischen und constitutionellen Gesammtstaate versuchen zu wollen, erklärte sich aber für einen ausgemachten und unversöhnlichen Gegner des deutschen und absolutistischen Gesammtstaats. Der Premierminister, Dr. Bluhme, wiederholte die Aeußerungen des Finanzministers und deutete im Uebrigen auf die „europäische Nothwendigkeit" hin. Damit schloß die gestrige Debatte, deren Fortsetzung auf heute anberaumt ist. (H. B.-C.)

Schweden.

Stockholm, 3. Dec. Am 1. December, dem Namenstag des Königs, enthielt das Bulletin folgende, mit allgemeiner Freude begrüßte Zeilen: „Se. Maj. der König, dessen Besserung während der letzteren Tage immer mehr und mehr fortgeschritten ist, hat ebensalls während der letztverflossenen Nacht einen guten und stärkenden Schlaf gehabt, ist gegenwärtig fieberfrei und kann also als Convalescent betrachtet werden." Hierdurch hatte der Oskar-Tag diesmal die freudigste Bedeutung erhalten. Am Abend wurde im königlichen Theater der Prophet gegeben; die Stimmung der Zuhörer war die froheste. Nach Beendigung der Oper wurde der Volksgesang verlangt, in welchen alle unter Begleitung des Orchesters einstimmten und dann noch einen „Hoch lebe hoher König!" ein neunfaches Hurrah riefen. Gestern und heute ist das Befinden des Königs eben so befriedigend gewesen. (K. Z.)

Griechenland.

Athen, 20. Nov. Der „Aeon" führt in seinem letzten Blatte mit großgesperrter Schrift, wie es scheint, wörtlich das Protocoll der Londoner Conferenz vom 25. October an, enthaltend das Vertragsprojekt über die Thronfolge in Griechenland, zu dessen Mitunterzeichnung die Bevollmächtigten Bayerns und Griechenlands aufgefordert wurden. Ich theile Ihnen in Uebersetzung dieses Document mit, dabei bemerkend, daß ich Ursache habe, zu glauben, daß grade die Hauptstelle in der Uebersetzung aus dem Französischen ins Griechische einen Doppelsinn erhalten hat, der einem so wichtigen Document nicht innewohnen sollte:

„Wir, Victoria, Königin von Großbritannien, Nicolaus, Kaiser von Reussen, und Ludwig Napoleon, Präsident der französischen Republik, wollen, in Betracht der Verträge vom Jahr 1832, dieselben in Einklang bringen mit der griechischen Constitution vom Jahr 1844 und deshalben demnach wie folgt: Art. I. Die Prinzen des bayerischen Hauses gelangen von Rechts wegen, vermöge des § 8 des Vertrags vom Jahr 1832, zur Nachfolge auf den griechischen Thron, sobald sie vorher die Bestimmungen des vierzigsten Artikels der griechischen Constitution verwirklichen (Uebertritt zur griechischen Kirche). Art. II. Die Königin von Griechenland wird vermöge des dritten Zusatzartikels der griechischen Nationalversammlung in Abwesenheit oder im Minderjährigkeit des Thronfolgers die Regentschaft führen. Art. III. Der gegenwärtige Vertrag wird von den Bevollmächtigten der drei Mächte, so wie von den Bevollmächtigten der bayerischen und griechischen Regie...

innerhalb sechs Wochen von heute an unterschrieben werden, wenn sie es so wollen. (A. A. Z.)

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 12. Dec. Der „Czas" meldet, daß Rußland und Oesterreich darüber einverstanden seien, sich in die französischen Ereignisse nicht zu mischen, selbst gegen den Titel Napoleon III. keine Einwendungen zu machen, und daß dagegen Frankreich die beiden Ostmächte bei der unabänderlich bevorstehenden Krisis in der Türkei gewähren lassen werde.

⊻ **Berlin**, 13. Dec. Man sagt, daß die Instructionen des Herrn v. Bruck die Versicherung einer Herabsetzung des österreichischen Zolltarifs enthielten. Aus dem Büreau dieses österreichischen Staatsmannes ist übrigens schon ein Herr angekommen. Die Verhandlungen zwischen ihm und den preußischen Fachmännern werden übrigens durchaus keinen allgemeinen Charakter tragen; man wird die Positionen der Tarife abmessen und so auf der reellsten Basis einen Handelsvertrag enger Natur zwischen dem erweiterten deutschen und dem österreichisch-italienischen Zollvereine abschließen. Es heißt, daß Herr v. Bruck seinen Aufenthalt in Preußen auch zu einer genauern Einsicht in einzelne große industrielle Institute verwenden wird.

P **Berlin**, 13. Dec. Gestern Abend ist Herr v. Bruck hier eingetroffen und nachdem derselbe heute Morgen eine Unterredung mit dem Herrn Ministerpräsidenten gehabt hat, Mittags auf seinen Wunsch durch diesen Sr. Maj. dem König vorgestellt worden. Ueber den diesseitigen Commissarius, welcher mit ihm unterhandeln soll, ist noch keine Bestimmung getroffen, doch kann so viel gesagt werden, daß es weder der Geheimerath Dellbrück, noch der geheime Legationsrath Philippsborn sein wird, da österreichischerseits der Wunsch ausgesprochen ist, eine Persönlichkeit dazu zu ernennen, welche bei den bisherigen Verhandlungen in dieser Angelegenheit nicht unmittelbar betheiligt war.

* **Berlin**, 13. Dec. Bei den Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen in der Zoll- und Handelsfrage handelt es sich, nach der „Deutschen Allg. Zeitung", wesentlich um folgende drei Punkte: 1) Wiederherstellung des durch Aufnahme des Steuervereins erweiterten Zollvereins vor dem Abschluß des Handelsvertrags mit Oesterreich; 2) Ausschluß aller Bestimmungen aus dem Handelsvertrag, welche eine künftige Zolleinigung involviren oder auf eine solche hinleiten; 3) Theilnahme Oesterreichs an allen Verhandlungen und Abschlüssen von Verträgen mit dem Auslande, welche Tariffragen betreffen. Ueber die beiden erstern Bedingungen war man einig, die letztere wurde von Preußen beanstandet.

Paris, 11. Dec. Der Senat versammelte sich heute, um den Bericht entgegenzunehmen, welchen Casabianca im Namen der mit Prüfung des die Civilliste betreffenden Senatusconsultums beauftragten Commission zu erstatten hatte. Die Commission hat ihre Arbeiten in einer einzigen Sitzung beendet, und zu einer Discussion ist es überhaupt gar nicht gekommen. Der Senat wollte an Eifer, seine Hingebung für den Kaiser zu bezeugen, nicht zurückbleiben und ging gleich nach Verlesung des Berichts, ohne auch nur den Druck desselben abzuwarten, wie das sonst der Brauch ist, zur Abstimmung über die einzelnen Artikel über, welche sämmtlich ohne vorgehende Discussion und ohne Veränderung mit Stimmeneinhelligkeit angenommen wurden. — Die für das die Verfassung abändernde Senatusconsultum eingesetzte Commission ist mit ihren Geschäften noch nicht zum Schlusse gediehen. Trotz der von Troplong entfalteten Beredsamkeit will sie die auf die Handelsverträge und Arbeitsconcessionen bezüglichen Paragraphen nicht unverändert annehmen. Was die parlamentarischen Prärogative betrifft, so machen ihr dieselben nicht viel zu schaffen, indem sie diejenigen Artikel, welche den Befugnissen des gesetzgebenden Körpers den Todesstreich versetzen sollen, gutheißen wird, aber zur Verzuckerung der bittern Pille eine Erhöhung des Gehalts der Mitglieder vorschlagen will. Dem Vernehmen nach soll das Gehalt der Mitglieder dem des Hauptredacteurs der Protocolle gleichgestellt werden, d. h. sich auf 10,000 Fr. belaufen. (K. Z.)

‡ **Paris**, 13. Dec. Gestern empfing der Kaiser in den Tuilerien den Marquis v. Valdegamas, um die Briefe der Königin von Spanien entgegenzunehmen, welche denselben als Gesandten seiner Souveränin am kaiserlichen Hof bestätigen. — Der „Moniteur" zeigt ferner an, daß vom herzoglich nassauischen Staatsminister, Fürst v. Wittgenstein dem Marquis v. Tallenay offieiell notificirt worden sei, Se. Hoheit der Herzog von Nassau habe mit Befriedigung die Nachricht von der Proclamation des Kaiserthums in Frankreich entgegengenommen.

Gestern früh hörte der Kaiser in der Kapelle der Tuilerien die Messe; sein ganzer militärischer Hofstaat und die ersten Palastbeamten wohnten dem Gottesdienst bei. Der Geistliche, Abbe Legrand, frühstückte nachher mit dem Kaiser. Am nächsten Sonntag soll die Messe mit größerem Gepränge celebrirt werden. Nachmittags machte der Kaiser in Begleitung von zwei Ordonnanzoffizieren einen Spazierritt im Boulogner Wäldchen und wurde überall mit Acclamationen begrüßt.

** **Madrid**, 8. Dec. In der amtlichen Zeitung ist heute folgendes Rundschreiben des Ministers des Innern an die Gouverneure der Provinzen erschienen: „Die von der Verfassung und den Gesetzen den öffentlichen Behörden anempfohlene Erhaltung der Ordnung, ist die erste und heiligste Pflicht der Regierung. Sie ist deßhalb gebunden, allen Versammlungen vorzubeugen, welche die Ruhe gefährden oder das Vertrauen vermindern könnten, wenn sie ohne ihre Erlaubniß und nicht unter ihren Augen gehalten werden. Politische Versammlungen, mit dem Charakter von Wahljuntas, sind ohne Erlaubniß in Madrid gehalten worden und haben ein großes Maß von Mißstimmung hervorgerufen. Wenn sie fortdauern würden, so könnten sie eine zur Störung des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs ausreichende Agitation hervorrufen und sogar einen moralischen Zwang auf die Gemüther der Wähler ausüben, welche in der freien Ausübung ihrer Rechte geschützt werden müssen. Die Königin hat deßhalb auf Anrathen ihres Conseils befohlen, daß solche Versammlungen ohne die Erlaubniß der Gouverneure der Provinzen nirgends im Königreich gehalten und alle Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung nach den Gesetzen bestraft werden sollen." — Auf heute Abend war eine Versammlung der Deputirten der Opposition anberaumt, ist aber in Folge obiger Verordnung abgesagt worden. — Ein anderer in der amtlichen Zeitung erschienener Befehl der Königin fordert die Gouverneure auf, dem Gerücht zu widersprechen, als solle das Eigenthumsrecht derjenigen, welche Kirchengüter unter dem Namen von Nationalgütern angekauft haben, irgendwie gekränkt werden. Vielmehr seien diese Rechte im neuen Concordat mit dem heiligen Stuhl vollständig anerkannt. — Die bisher in Haft gehaltenen Herausgeber von Journalen sind von der Jury freigesprochen und entlassen worden.

* **Konstantinopel**, 29. Nov. Die Pforte hat am 28. Nov. l. J. (Muharem 1269) eine amtliche Note den verschiedenen zu Konstantinopel residirenden Gesandtschaften zustellen lassen, worin der definitiv gefaßte Beschluß, die Stationsschifffahrt der fremden Dampfboote im Bosporus zu untersagen, kundgethan wird.

Börsenberichte.

⊻ **Frankfurt**, 14. Dec. Oesterreichische Fonds wurden heute durch die abermalige Besserung der Valuta an der gestrigen Wiener Börse nur wenig berührt, im Allgemeinen war die Haltung derselben jedoch etwas fester; 5pCt. Metall. $81\frac{3}{8}$ pCt., $4\frac{1}{2}$pCt. Metall. $73\frac{1}{16}$, 73 pCt., auf Lieferung pr. Ultimo dieses Monats $73\frac{1}{4}$ pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. $91\frac{1}{2}$ pCt. G. Wiener Bankactien 1390 fl. 500 fl. Loose 193 pCt. G., 250 fl. Loose $119\frac{1}{2}$ pCt. G. Für spanische Fonds zeigte sich heute mehr Nachfrage, und da keine neuen weitern Verkaufsordres zur Ausführung am Platze waren, so stellten sich die Course beider Hauptsorten höher; 1pCt. Neue wurden von $22\frac{7}{8}$ bis zu $23\frac{1}{16}$ verhandelt; 3pCt. Inländische hoben sich um 1 pCt. von $41\frac{3}{8}$ auf $42\frac{3}{8}$ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn $49\frac{7}{8}$ pCt., Verbach $99\frac{1}{2}$ pCt., Köln-Minden 117 pCt., Taunus 304 fl. Alle übrigen gangbaren Papiere waren gut preishaltend. — Abends in der Effectensocietät war das Geschäft in spanischen Fonds belebt. 1pCt. Neue waren anfangs gesucht; zu $23\frac{1}{16}$, $\frac{1}{8}$, $\frac{3}{16}$ und $23\frac{1}{4}$ pCt. verhandelt, nahmen solche plötzlich auf Verkäufe, welche ein gewöhnlich gut unterrichtetes Bankierhaus darin machen ließ, wieder eine rückgängige Bewegung; von $23\frac{1}{8}$ bis zu $22\frac{3}{4}$ abwärts verhandelt, schlossen dieselben $22\frac{11}{16}$ à $\frac{3}{4}$ pCt. pr. Cassa. Für österreichische Effecten war die Tendenz auf eingetroffene abermals günstigere Valutanotirung von der heutigen Wiener Börse günstiger.

Berlin, 13. Dec. Staatsch. $94\frac{1}{8}$ Brf., $93\frac{5}{8}$ G. — Köln-Minden $117\frac{3}{4}$ à $\frac{1}{2}$ bez. — Fr.-W.-Nordb. 46 à $\frac{3}{8}$ bez.

Paris, 13. Dec. $4\frac{1}{2}$pCt. Rente 106, 35. — 3pCt. 82, 20. — Neapol. 107. — 5pCt. Neue Oesterr. $98\frac{3}{4}$. — Span. neue Diff. $24\frac{1}{8}$. — 3pCt. $50\frac{3}{4}$. — Innere Schuld $43\frac{1}{8}$, 43. — Passive —. — Bankactien 2900. — Piemont 5pCt. 99, 50. — Römisches Anleihen Juni 1850 $96\frac{3}{4}$. — do. 1850 $98\frac{3}{4}$. — St. Germain-Eisenbahn 1425. — Versailles, linkes Ufer 350. — Straßburg-Basel 370. — Nordbahn 882, 50. — Paris-Straßburg 810.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 14. Dec. 5pCt. Metall. $94\frac{7}{8}$. — 5pCt. do. B. $110\frac{1}{2}$. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94. — $4\frac{1}{2}$pCt. do. $84\frac{5}{8}$. — Bankactien 1342. — 250 fl. Loose 138. — London 11 fl. 12 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. $105\frac{3}{4}$. — K.-F.-Nordb. $239\frac{1}{8}$. — Livorno-Florenz $100\frac{1}{2}$. — Siena-Empoli $69\frac{1}{2}$. — Paris 134. — London in Trieß 11 fl. 14 kr. — Silber 14. (Synd.)

Amsterdam, 13. Dec. $2\frac{1}{2}$pCt. Integr. $65\frac{3}{16}$. — 4pCt. Certific. $96\frac{11}{16}$. — $3\frac{1}{2}$pCt. Synd. 94. — 4pCt. Ruff. bei Hope $91\frac{3}{4}$. — 4pCt. Ruff. bei Stieglitz $91\frac{1}{8}$. — 3pCt. Spanische inl. $42\frac{15}{16}$. — 1pCt. do. Neue $23\frac{3}{8}$. — 5pCt. Silber-Metall. $91\frac{1}{8}$. — 5pCt. Metall. $78\frac{3}{8}$. — $2\frac{1}{2}$pCt. do. $40\frac{3}{4}$. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2798]

Zu Weihnachts-Geschenken

empfiehlt die Verlagshandlung von Jul. Buddeus in Düsseldorf nachstehende in der Buchhandlung von Carl Jügel in Frankfurt a. M. vorräthige Kunstblätter:

Jeremias auf den Trümmern Jerusalem's, nach Bendemann lithogr., fl. 4. 30 kr.

Morgen und Abend, 2 Landschaften nach Calame lithogr., zus. fl. 7. 12 kr.

Die Himmelskönigin, nach Deger gestochen, fl. 13. 30 kr.

Letzte Augenblicke des Grafen Egmont, nach Gallait gestochen, fl. 14. 24 kr., chinesisch Papier fl. 19. 12 kr.

Drei Bilder zur Jobsiade, nach Hasenclever, fl. 1. 48 kr.

Die schlesischen Weber, nach Hübner lithogr., fl. 5. 24 kr.

Die Auswanderer, nach Hübner lithogr., fl. 5. 24 kr.

Z as Jagdrecht, nach Hübner lithogr., fl. 5. 24 kr.

Die Findung Moses, nach Köhler gestochen, fl. 7. 12 kr.

Die Auffindung Moses, nach Köhler gestochen, fl. 19. 12 kr., chinesisch Papier fl. 25 12 kr.

Joh. Huß vor dem Concil, nach Lessing lithogr., fl. 12. 36 kr., vor d. Schr. fl. 18.

Abendlandschaften, nach Lessing gestochen, Nr. 1. fl. 3. 36 kr., Nr. 2. fl. 4. 30 kr.

Waldlandschaften, nach Lessing gestochen, Nr. 1 fl. 4. 30 kr., Nr. 2. fl. 6. 18 kr.

Lesendes Mädchen, nach Meyer gestochen, fl. 7. 12 kr.

Die heilige Catharina von Engeln getragen, nach Mäcke lithogr., fl. 5. 24 kr.

Die Kreuztragung, nach Overbeck lithogr., fl 6. 36 kr.

Landschaft im Charakter des Rheins, nach Scheuren gestochen, fl. 4. 30 kr.

Die Geschwister, nach Sohn lithogr., fl. 5. 24 kr.

Tasso und die beiden Leonoren, nach Sohn lithogr., fl. 7. 12 kr.

Der Heiland als guter Hirt, nach Steinle lithogr., fl. 5. 24 kr.

Die beiden Marien am Grabe, nach Veit lithogr., fl. 5. 24 kr.

[2790]

Die Württembergische Gesellschaft für Zuckerfabrikation

hat in der am 22. November d. J. abgehaltenen General-Versammlung beschlossen, sämmtliche Zins-Abschnitte ihrer Schuldbriefe Lit. A., welche am 1. Januar 1853 fällig sind, so wie 84 Stück ihrer Schuldbriefe Lit. A. Nr. 329 bis 322 inclusive, im Gesammtbetrage von 44,400 fl. einzulösen. Auf diese letzteren wird außer dem fälligen Coupon noch weiterer Süd̈zins für die 4 Monate vom 1. September 1852 bis 1. Januar 1853 mit 1 fl. 20 kr. auf 100 fl. vergütet, und sind sämmtliche noch nicht verfallene Coupons der zur Einlösung bestimmten Schuldbriefe abzuliefern.

Die vorstehenden Beträge sind vom Verfalltage an bei der Königl. Württembergischen Hofbank dahier zu erheben.

Auf die Schuldbriefe Lit. B. werden im Jahre 1853 keine Zinsen bezahlt.

Stuttgart, den 9. December 1852.

Der Verwaltungs-Ausschuß der Württembergischen Zucker-Fabriken.

[1673] Auf dem Wechselbüreau des Unterzeichneten werden alle Gattungen Staatspapiere und Anlehens-Loose umgesetzt und deren verfallene Zinsabschnitte und Gewinnste zu den Tagescoursen eingelöst.

L. A. Hahn, Zeil Nr. 35.

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 16. November 1852 an fahren die Boote täglich [2691]

Von **Mainz-Castel** Morgens 7½ Uhr . . nach **Cöln-Deutz** *(Aachen, Elberfeld).*
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 6½ Uhr von *Frankfurt.*

Von **Mainz-Castel** Morgens 9 Uhr . . nach **Cöln-Deutz** *(Berlin, Paris)* bis **Düsseldorf.**
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 8 Uhr von *Frankfurt.*

Montag, Donnerst. u. Samst. direct nach **Arnhelm** *(Amsterdam)* bis **Rotterdam** *in ca.* **30** *Stunden.*

Montag und Donnerstag. . . . . direct nach **London** *. . in* **3** *Tagen.*

Von **Mainz** Nachmittags **3** Uhr . . . . . *täglich* nach **Worms** und **Mannheim.**

Billete nach allen Stationen, **Gesellschafts-Billette** und nähere Auskunft in **Frankfurt** a. M. bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs,** *Zeil,* der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren Gogel, Koch & Comp., Hrn. **Aug. Schönling** auf dem Rossmarkt.

Allgemeine Renten-Anstalt zu Darmstadt.

Diejenigen, welche der in der Bildung begriffenen, mit dem 31. December d. J. geschlossen werdenden 6ten Jahresgesellschaft, zu welcher bereits **409 Einlagen** gemacht worden sind, beizutreten oder Nachzahlungen auf frühere Einlagen zu leisten beabsichtigen laden wir hierdurch ein, solches vor Ablauf dieses Jahres entweder dahier bei dem Hauptbüreau der Anstalt oder auswärts bei den Herren Bevollmächtigten derselben *) zu bewerkstelligen.

Bis jetzt zählt die Anstalt im Ganzen **5404 Mitglieder** mit **9001 Einlagen** und einem effectiven **Einlagecapital von 509918 fl.**

Bei der mit der Anstalt verbundenen **Depositencasse** wurden außerdem seit Anfang d. J. bereits **242797 fl.** hinterlegt.

Darmstadt, den 25. October 1852.

Die Direction der allgemeinen Renten-Anstalt.

*) In Frankfurt a. M. bei Herrn G. A. Zipf; in Dillenburg bei Herrn F. J. Zinco; in Fulda bei Herrn M. Kircher jun.; in Hanau bei Herrn Ferdinand Weiß; in Heidelberg bei Herrn C. L. Otto; in Heilbronn bei Herrn Hermann Bödeker; in Hildburghausen bei Herrn Steueramtsassistent Kiffelstein; in Homburg v. d. H. bei Herrn Carl Mütter; in Kreuznach bei Herrn Jacob Hessel; in Marburg bei Herrn J. P. G. Römheldt; in Schweinfurt bei Herrn Andreas Trittbaas; in Stuttgart bei Herrn Louis Bertsch; in Wiesbaden bei Herrn J. W. Käsedier. [2191]

Ouvrage très utile aux gens du monde.

Deuxième édition du traité pratique des maladies des

ORGANES DE LA GENERATION 1 v. de 700 p., contenant **453 FIGURES D'ANATOMIE**

et 40 chapitres sur les *fonctions,* les *maladies* et toutes les *infirmités* de ces organes, avec l'indication des *moyens préservatifs* et du *meilleur traitement* pour guerir soi-même les conséquences des *excès* ou de la *contagion,* etc. Chez l'auteur, docteur **Jozan** (de Saint-André), professeur de pathologie uro-génitale, 34, rue Jacob, à PARIS, et *Masson,* libraire, 26, rue de l'Ancienne-Comédie. — Le prix de l'ouvrage, par la poste, franc de port, est de 2 thalers de Prusse. — L'*atlas,* de 153 planches d'anatomie, se vend aussi séparé 2 fr. — *Consultations,* de midi à 2 heures et par correspondance. *(Affranchir.) Les malades peuvent se traiter eux-mêmes* et faire préparer les remèdes chez lour pharmicien. [2600]

Druck von August Osterrieth.

34. Braunschweiger Lotterie.

Gewinne: fl. **87,500, 52,500, 35,000** rc.

Ziehung 1ter Klasse am 16. und 17. December. ¼ Loose à fl. 7, ½ à fl. 3½, ¼ à fl. 1. 45 kr. und ⅛ à 53 kr.

123. Frankfurter Lotterie.

Gewinne: fl. **30,000, 10,000, 4000** rc.

Ziehung 2ter Klasse am 29. December. ¼ Loose à fl. 20, ½ à fl. 10, ¼ à fl. 5 und ⅛ à fl. 2. 30 kr. — Plane und Ziehungslisten gratis.

Moriz Stiebel Söhne,

[2756] Hauptcollectenté, Schnurgasse Nr. 56 in Frankfurt a. M.

CONSERVATEUR DENTAIRE EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, nimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Mundgenuß. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine Nr. 22** Boulevard **Montmartre, Paris,** sowohl gedeckte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen rc. [2610]

[2778] **Bekanntmachung.**

Das in der öffentlichen Ladung vom 6. September 1852 erwähnte Achtelloos der Klasse 122r dieser Stadtlotterie, Nr. 7836, Lit. M., ist durch rechtskräftiges Ausschlußurtheil für erloschen und kraftlos erklärt worden.

Frankfurt a. M., den 10. December 1852.

Staatsgericht II.
Dr. Epstein rr. Secr.

[2740] **Edictalladung.**

Forderungen und Ansprüche jeder Art an das Vermögen des Zimmermanns Zacharias Bloch in Landenhausen, über welches der förmliche Concurs erkannt worden, sind bei Meidung stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse in dem auf

Donnerstag den 27. Januar 1853,
Morgens 9 Uhr,

anberaumten Liquidationstermine dahier anzumelden und zu bescheinigen.

Lauterbach, den 26. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Mylius. Sindewald.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

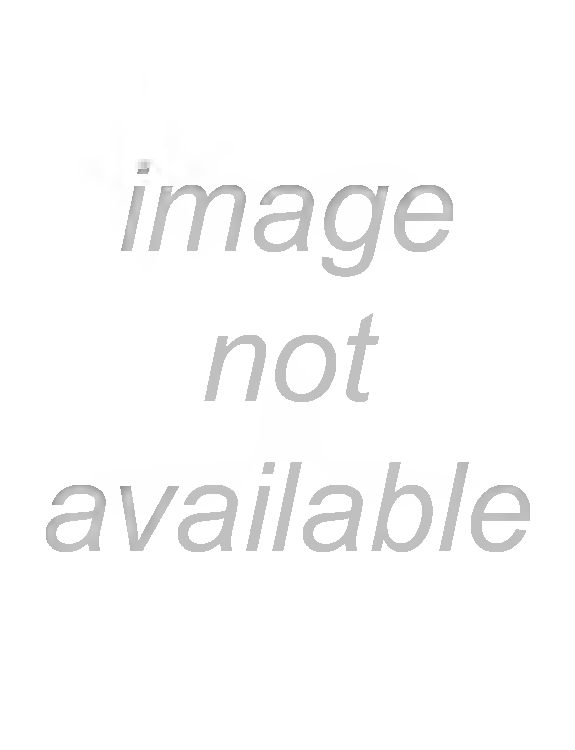


image
not
available

Studenten gefürchtet und — was jedoch, dem Vernehmen nach, nicht von dem akademischen Senate geschehen — bewirkt haben, daß, im Falle es nöthig sei, von der Mannheimer Garnison militärische Hilfe durch einen Extrabahnzug hierher gesendet werde. Die Furcht war jedoch ungegründet, die Ruhe und Ordnung der Stadt wurde nicht gestört. Die Studenten schlugen vielmehr den gesetzlichen Weg ein und wendeten sich um Abänderung der berührten Anordnung an den akademischen Senat, welcher auch, soweit die Umstände es gestatten, diesem Begehren Rechnung tragen wird. (Schw. M.)

§ **Wiesbaden**, 13. Dec. Das „Frankfurter Journal" brachte in der zweiten Beilage vom letzten Samstag in seiner △-Correspondenz eine Mittheilung, hinsichtlich der Ausführung der Deuz-Wiesbadener Eisenbahn, welche nicht bloß ungenau, sondern ganz unwahr erscheinen muß. Sicherm Vernehmen nach hat Se. königl. Hoh. der Prinz von Preußen der Deputation keineswegs geäußert, „daß unter den jetzigen Verhältnissen (bezüglich der Zollfrage) nicht darauf gerechnet werden könne, daß man in Berlin das Unternehmen begünstige", wenn auch die Zollverhältnisse nicht ohne alle Erwähnung bleiben konnten. General Nielton, der in diesen Tagen hierher von Berlin zurückgekehrt ist, hat daselbst auch nichts weniger erfahren, als daß sich gerade durch die Zollvereinskrisis dem Unternehmen ein Damm entgegensetzen wird, sondern ist mit Befriedigung von da zurückgekommen. Auch hängen an dem betreffenden Bau preußischerseits viel höhere Interessen für alle Zukunft, als daß die vorübergehenden Zollverhältnisse, die ohnehin bald friedlich erledigt sein dürften, irgendwie wesentlich auf die betreffenden Entschließungen des preußischen Gouvernements Einfluß üben könnten. Komisch klingt aber die Mittheilung des Herrn △-Correspondenten, daß man in unserm Ministerium über die Zweckmäßigkeit der Bahn auch getheilter Meinung sein soll und sich daher von da aus auch vielleicht noch Schwierigkeiten aufwerfen dürften, während doch dasselbe Ministerium zu großer Befriedigung des Landes die Concession zur Bahn bereits ertheilt und dagegen eine Caution von 120,000 fl. in Empfang genommen hat.

Lübeck, 9. Dec. In heutiger Generalversammlung der Actionäre der Privatdisconto- und Darlehenscassa ist der Beschluß gefaßt worden, ihre Zahlungsscheine, welche auf Courant Mark in grob Courant lauten, von nun an „in 1/3 Thlr. preuß. Courant, nach dem 14-Thlr.-Fuß à 40 Schilling grob Courant zahlbar," auszustellen. Seitdem in den Herzogthümern die preußischen Thaler bei den öffentlichen Kassen nur zu 39 Schilling angenommen werden sollen, ist das dänische grob Courat hier verschwunden, und selbst der Baarfond des lübischen grob Courant hat sich bedenklich vermindert. Im Allgemeinen wird hier gewünscht, daß, wenn ein günstiger Zeitpunkt wieder eintritt, der 14-Thlr.-Fuß als gesetzliches Zahlungsmittel möge eingeführt werden, wie er eigentlich bereits de facto besteht. Laut einem Rath- und Bürgerbeschluß von 1850 wird auch an unsern öffentlichen Kassen der preußische Thaler zu 40 Schill. grob Courant seit der Zeit angenommen. (H. C.)

ψ **Frankfurt**, 15. Dec. Die gewöhnliche dienstägige große Rathssitzung ist gestern ausgefallen. — Seit Bestehen der gegenwärtigen Verfassung ist der Fall, daß sich das Wahlconclave unverrichteter Sache auflöste, nur einmal vorgekommen. Man konnte sich damals über eine Persönlichkeit nicht einigen. — Wie man hört, würde der sogenannte „neugläubige" Theil der hiesigen israelitischen Gemeinde im Laufe des nächsten Frühjahrs mit dem Bau einer eignen Synagoge beginnen. Zu diesem Zweck hatte der Bankier B. H. Goldschmidt 20,000 fl. bewilligt. Ob ein gleiches von der Familie Rothschild geschehen ist oder geschehen wird, wie seit kurzem mehrfach mitgetheilt wird, dürfte aus naheliegenden Gründen vorerst bezweifelt werden.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 12. Dec. Die auf Verlangen der preußischen Regierung erfolgte Entfernung preußischer Handwerksgesellen aus der Schweiz hat viele Meister in große Verlegenheit gesetzt, weil die deutschen Gesellen den schweizerischen und französischen in jeder Beziehung vorgezogen werden; sie sind in der Regel geschickter, arbeitsamer und ruhiger, während hauptsächlich die schweizerischen Gesellen darum weniger leisten, weil sie in der Lehrzeit schon sich nicht dem Willen des Meisters fügen, nachher nicht in die Fremde wandern und zu sehr von den politischen Kämpfen in Anspruch genommen, also mehr als gut ist von der Arbeit abgezogen werden. Mehrere hiesige Meister sahen sich genöthigt, um großen Schaden für ihr Geschäft zu verhüten, bei der Regierung für ihre deutschen Gesellen, gegen Hinterlegung einer Caution, um Verlängerung der Frist bis Ende des Jahres einzukommen. Wie man hört hat ihrerseits die preußische Regierung einzelnen Gesellen, die darum bei ihr eingekommen sind, den fernern Aufenthalt in der Schweiz gestattet. — Das Ergebniß der gestrigen Großrathssitzung, welche wegen Behandlung der Salzverträge geheim war, ist noch nicht bekannt. Die Verträge mit Baden, Bayern, Württemberg, Schweizerhall, Rheinfelden und der französischen Société de l'ouest, welche auf 20 Jahre geschlossen waren, gehen nächstens zu Ende. Nach dem Project der Regierung soll der Vertrag mit Württemberg erneuert werden, weil die Qualität des dortigen Salzes die vorzüglichste ist. Auf 45,000 Ctr. soll schweizerisches Salz 120 Ctr. an Gewicht verloren, dagegen ebenso viel eine gleiche Quantität württembergisches Salz an Gewicht gewonnen haben. Von den 130,000 Ctrn., die der Kanton Bern nöthig hat, will man von Württemberg 45,000, von Schweizerhall 32,000, von Rheinfelden 49,000, von de l'ouest 7000 Ctr. beziehen. Die Einnahme am Salzregal habe 1852 netto 580,000 Fr. betragen; für 1853 sei dieselbe zu 623,000 Fr. veranschlagt. — Der von der Schweiz zum Washingtondenkmal bestimmte Stein ist mit dem amerikanischen Schiff „Richard Anderson" nach Baltimore verladen worden; der Capitän desselben, Herr Coffin, hat den Stein frachtfrei übernommen.

Aus der Schweiz, 18. Dec. Der Senat der freien Stadt Frankfurt hat an die Regierung von Bern das Ansuchen gestellt, sie möchte durch umsichtige und ernste Untersuchung in der Zybach-schen Sache auch das Dunkel aufzuhellen suchen, das über dem Schicksal eines Frankfurter Bürgers, des Dr. Wolfarth, schwebe, der vor einigen Jahren an oder in der Nähe der Grimsel verschwunden sei. Aehnliche Schritte wie Frankfurt soll auch die französische Regierung gethan haben, da, mit Dr. Wolfarth zugleich, zwei Brüder Leonard aus Paris verschwanden. — Aus der Discussion über die Aufhebung der Oeffentlichkeit der Regierungsverhandlungen im Berner großen Rath verdient hervorgehoben zu werden, daß Herr Moschard diesen Vorschlag lebhaft bekämpfte. Herr Blösch fand sich deßhalb bewogen, der Versammlung zu sagen, daß ihm diese Opposition sehr auffalle, denn Herr Moschard habe sonst die geheimen Sitzungen ziemlich gern gesehen. Letzterer hatte darauf nichts zu erwiedern. — Der Antrag, ein Minimum anwesender Mitglieder für die Fassung giltiger Beschlüsse im großen Rathe von Genf festzusetzen, führte am 8. d. M. zu einer Berathung, wobei J. Fazy sich lebhaft gegen dieses s. g. Quorum wehrte, und dabei die lustigsten Gründe vorbrachte, z. B. die Leute sitzen nicht gern lange, das Rauchen sei ihnen Bedürfniß und dürfte doch im großen Rath nicht wohl gestattet werden; das Quorum beruhe nur auf Täuschung, es sei ein Ruhekissen für träge Mitglieder, welche die Berathungen versäumten und ihrer Pflicht durch Theilnahme an der Abstimmung genug zu thun glaubten. — Das genferische Nationalinstitut, wodurch die Wissenschaft und Kunst demokratisch gemacht, d. h. der Herrschaft von Volksführern unterworfen werden sollte, findet bei den Männern der Wissenschaft und Kunst keinen Anklang. Mit Mühe konnte der Staatsrath für die ihm zustehenden 25 Wahlen 20 Männer finden, die sich dazu hergaben; von diesen 20 sind 16 Besoldete des Staats. Die Namen de la Rive, de Candolle, Calame, Plantamour u. A., die Genfs Ruhm begründen, werden vergebens darin gesucht. — Der bekannte „Schweizerbote", in Aarau, wird vom 1. Januar 1853 an, statt wie bisher dreimal, fortan sechsmal wöchentlich erscheinen.

Italien.

†† **Turin**, 8. Dec. Wenn schon officielle Blätter das selbst von den „Times" wiederholte Gerücht, unsere Regierung habe die österreichische Regierung für gewisse Fälle um ein Hilfscorps angegangen, als völlig absurd bezeichnen, und wenn auch wirklich kein solches Begehren direct gestellt worden ist, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß eine bedeutende Annäherung an den Wiener Hof und damit eine Verminderung des britischen Einflusses stattgefunden hat. Hiermit hängt auch die moralische Rehabilitation des französischen Gesandten, Herrn v. Butenval, zusammen, dessen Kaiserball von unsern sämmtlichen Ministern besucht wurde. Die britische Ambassade erleidet eine weitere Personalveränderung; auch der zweite Gesandtschaftssecretär Herr Bougham verläßt uns, um die Geschäftsträgerstelle bei der Republik Venezuela zu übernehmen. — Zwischen dem Ministerpräsidenten Cavour und dem Municipalrath von Genua soll über die Dockangelegenheit eine ernstliche Meinungsdifferenz bestehen; man spricht von der Auflösung zweier anderer Gemeinderäthe, des einen wegen innerer Zwistigkeiten, des andern wegen einer unerlaubten directen Correspondenz mit Rom bezüglich des Ortspfarrers. — Dieser Tage wurde ein Soldat des 3. Infanterieregiments verhaftet, der auf seinen Capitän das Gewehr anschlug, wobei aber die Kapsel versagte. — Das Blatt „il Monitore dei Communi italiani" wird von Neujahr ab mit dem „Risorgimento" verschmelzen; der Redacteur des eingegangenen „Savoyischen Patrioten" ist nachträglich wegen einer frühern Amtsehrenbeleidigung des Syndicus von Sonnaz zu sechs Monaten Gefängniß und 1000 Fr. verurtheilt worden. Die Gewässer des Po und Tessin sind noch immer im Steigen; am 3. d. M. entlud sich im Savoyischen ein Gewitter mit starken Regengüssen. Aus Rom erfahren wir, daß der Papst von Frankreich

aus mit Bittschriften überfluet wird, und daß er sich aus den Archiven alle Actenstücke habe vorlegen lassen, die sich auf die Pariser Reise seines Vorgängers Pius VII. beziehen. Im Cardinalscollegium walten noch immer entgegengesetzte Ansichten über die Kaiserkrönung. Hierorts will man auch einige Parteiung unter dem Klerus bemerkt haben, aber nicht wegen eines Lebendigen, sondern wegen eines Todten; die Theilnahme oder Enthaltung an Gioberti's Leichenfeier gibt zu einer ärgerlichen Polemik Anlaß, wobei wir die Anhänger des Bischofs von Pignerol wieder auf der liberalen Seite sehen.

† **Turin**, 10. Dec. Der an die Stelle des Grafen von Redern neu ernannte königl. preußische Gesandte, Herr von Perponcher, ist hier eingetroffen und hat seinen Posten bereits angetreten. Gestern ward ein Courier an den sardinischen Gesandten zu Paris, Villamarina, entsendet, um ihm die Beglaubigungsschreiben bei dem Kaiser der Franzosen zu überbringen.

Frankreich.

** **Paris**, 13. Dec. Nachdem schon längst alle sogenannten Freiheitsmelodien aus dem öffentlichen Leben verschwunden sind, hat die unermüdliche Oppositionslust wieder etwas aufgefunden, womit sie die Polizei in Verlegenheit bringt. Es ist dies die Freiheitshymne Beimonteis, welche die Königin Hortense 1831 auf dem Schloß Arenenberg in Musik setzte. Man möchte gern erfahren, ob der Kaiser die Consequenz seines Systems bis auf die Compositionen seiner Mutter ausdehnt. — Wie es heißt, wird in den Tuilerien die unter Napoleon I. übliche Etiquette wieder hergestellt: Alleinspeisen des Kaisers, Umherstehen der Generale, gepuderte Lakaien ꝛc. Die Anerkennung von Seiten der meisten Mächte hat nur bedingungsweise (unter Weglassung der Ziffer III) stattgefunden, und Rußland soll sogar seine lakonische Gesandtschaftsinstruction nach der Julirevolution erneuert haben (accepter le *fait* sans discuter le *droit*). Die von „Monsieur" angekündigte Amnestie dürfte wegen der Subscriptionsclausel keine sehr große Ausdehnung gewinnen; die Chefs der Emigration gebrauchen Bitten und Drohungen, um die Masse ihrer Leidensgefährten von der Unterzeichnung solcher Reverse abzuhalten.

Niederlande.

= **Haag**, 11. Dec. Die niederländische Regierung ist dem Londoner Vertrag bezüglich der Thronfolge in Dänemark beigetreten.

Haag, 12. Dec. Zugleich mit der regierungsseitigen Beantwortung des vorläufigen Commissionsberichts über den Conversionsantrag ist gestern der zweiten Kammer ein neuer Gesetzentwurf mitgetheilt worden, welcher der Regierung die Wahl zwischen einer Umwandlung der 4prozentigen Schuld in 3½ oder 3% Procent anheimstellt. Bereits morgen werden die öffentlichen Berathungen über diesen Entwurf stattfinden, an dessen Genehmigung kein Zweifel bestehen dürfte. Nachdem auch das Gesetz über die Mittel zur Bestreitung der Ausgaben für 1853 mit bedeutender Majorität angenommen und also das Budget vollständig genehmigt worden ist, hat die zweite Kammer in den jüngsten Tagen eine ganze Reihe von weniger wichtigen Gesetzen angenommen, und wird nach der Behandlung des Conversionsplans fürs erste Ferien machen, welche vorläufig bis Mitte Februar fortdauern sollen. Unter den eben erwähnten Gesetzen befand sich auch eines, welches die letzten Gelder für die Austrocknung des Haarlemer Meeres zur Verfügung der Regierung stellt. Bei der Behandlung desselben hat man von dem Minister vernommen, daß bereits im Frühjahre mit dem öffentlichen Verkauf der trockengelegten Grundstücke der Anfang gemacht werden wird. Die erste Kammer beschäftigt sich nunmehr mit den im anderen Hause angenommenen Gesetzen. (K. Z.)

Türkei.

† **Konstantinopel**, 29. Nov. In der Note, worin die Pforte den fremden Gesandten das Aufhören der Stationsschiffahrt nichttürkischer Schiffe im Bosporus anzeigt, wird ausdrücklich Bezug genommen auf den neulich von uns erwähnten Artikel des halbamtlichen „Journal de Constantinople", übrigens darin erst vollkommen klar gemacht, daß es sich nur um die Zwischenfahrten von einer Station des Bosporus zur andern, und nicht etwa um eine Beschränkung der allgemeinen, internationalen Seeschifffahrt handle. Dessenungeachtet ist erst abzuwarten, ob die zunächst betroffenen Unternehmungen (der österreichische Lloyd bleibt dadurch vor der Hand fast ganz unberührt), eben aus dem Grunde der bisherigen stillschweigenden Duldung und weil die in der fraglichen Note angezogenen türkischen Reglemente nichts weniger als klar und erhöhpreis schreinen, nicht eine schwer abzuweisende Veranlassung finden möchten, Schadenersatz zu verlangen. Einstweilen sind den betreffenden Unternehmungen drei Monate, als Frist zur Einstellung der Bosporusfahrten gegeben worden. Diese Frist wird am 26. Februar 1853 abgelaufen sein. — Oben türkische Amtsblatt bestätigt in ziemlich auswelchenden Ausdrücken die Einstellung der Kriegsoperationen im Horan bis zum nächsten Frühjahr.

Von der Adria, 7. Dec. Für wie wichtig die Pforte selbst die letzten Vorfälle in Montenegro ansieht, beweist ein Leitartikel des „Journal de Constantinople", das nur bei besondern Anlässen das Wort zu ergreifen pflegt. Es wird darin von „rebellischen Unterthanen" gesprochen, welche man zu „bleibendem Gehorsam zurückzuführen" gedenke. Nach einem Privatbrief, den wir zu lesen Gelegenheit hatten, soll der russische Minister mit dem Großvezier Mohamed Ali Pascha eine sehr lebhafte Verhandlung in dieser Angelegenheit gehabt, Letzterer aber bestimmt geäußert haben, daß die Pforte diesmal ihr „gutes Recht" um jeden Preis wahren werde. Jedenfalls scheint die Pforte die Expedition gegen das Bergländchen in großem Maßstab ausrüsten zu wollen. Gelingt es den Türken, was freilich nur mit sehr schweren Opfern möglich sein dürfte, auf die Hochebene von Cetigne zu kommen, so dürfte das Schicksal Montenegro's entschieden sein. Sie würden den Stamm theils durch Mord, theils durch Deportation so gut wie ausrotten. — Das Verbot der Küstenschiffahrt trifft die fremden Dampfgesellschaften sehr hart. Vorläufig erstreckt es sich nur auf den Bosporus, soll aber nächstens auch auf das ganze türkische Küstengebiet ausgedehnt werden, so daß alle Fahrten zwischen Smyrna, Beirut, Konstantinopel, Trapezunt und andern kleinasiatischen Häfen des schwarzen Meeres einzig und allein der nationalen Flagge vorbehalten bleiben. Die Regierung ist dazu unzweifelhaft befugt und thut nichts Anderes, als was alle übrigen Staaten längst als Grundsatz befolgen; allein die Fremden glauben ein seit undenklicher Zeit verjährtes Besitzrecht ansprechen zu dürfen und haben deßhalb sofort reclamirt. Der Verkehr ist durch die Maßregel sehr empfindlich betroffen, denn der türkischen Dampfer sind, abgesehen von ihrer mangelhaften Einrichtung, bei weitem nicht genug, um das Bedürfniß zu befriedigen. Es hat sich zwar eine griechische Gesellschaft gebildet, die unter türkischer Flagge fahren will und welcher die Concession versprochen ist, allein was die Hauptsache, es fehlen ihr zur Stunde noch die Schiffe. — Das Finanzedict ist, welches allem fremden Geld den Cours in der Türkei verjagt und die Dawiderhandelnden als Falschmünzer zu behandeln droht, hat, wie das Zurückweichen der Course beweist, wenigstens für den Augenblick seine Wirkung nicht verfehlt. Man zweifelt indeß an dem Bestand. Denn bei der Natur des levantiner Handels, bei dem sichtbaren Mangel türkischer Münzen reellen Werthes, mit einem Worte bei dem factischen Unvermögen der Pforte, mit unzureichenden Finanzmitteln, mit lauen, der Bestechung immer zugänglichen Vollziehungsorganen gegen die unzähligen Hindernisse und Schwierigkeiten ankämpfen, liegt es außer den Kräften eines einzelnen Reformators, mit einemmal durchzudringen. — Nachrichten aus Bagdad zufolge sind die zur Befahrung des Euphrat und Tigris bestimmten Dampfboote angelangt, und so wird auch dieser uralte Schauplatz der Völkereultur Zeuge der außerordentlichen Triebkraft des neungehnten Jahrhunderts werden. (Lpz. Z.)

Asien.

* Nachrichten aus **Siam** vom 10. October melden den Tod der dortigen Königin.

Handel und Industrie.

Magdeburg, 11. Dec. Bedeutende Sensation hat hier das plötzliche Zallissement eines hiesigen industriellen Etablissements erregt, das sich durch seine Erzeugnisse — eiserne feuerfeste Geldschränke — bei der Londoner Industrieausstellung so ehrende Anerkennung und Auszeichnung erwarb. Das ganze Etablissement soll auf ausgestellte Wechsel basirt gewesen sein, die zur Verfallzeit nicht gedeckt werden konnten. Die Passivmasse soll sich dem Vernehmen nach auf eine Summe von gegen 100,000 Thlr. belaufen.

Eisenbahnen und Telegraphenwesen.

Lübeck, 9. Dec. In einer am 7. d. M. zwischen den betheiligten Eisenbahndirectionen in Berlin stattgehabten Conferenz ist die Direction der Lübeck-Büchener Eisenbahn, gleichwie die der mecklenburgischen Eisenbahn, dem mitteldeutschen Eisenbahnverbande vom 1. Januar 1853 ab beigetreten. Es ist dadurch erreicht worden, daß die Güter im directen Verkehr zwischen Lübeck und den Stationen der thüringischen Bahn, der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn, der Main-Weser-, Main-Neckar- und der badischen Eisenbahn, also zwischen Basel und Lübeck, ohne daß es der Vermittelung eines Spediteurs bedürfte, befördert werden. Weitere Ausdehnungen der directen Verkehrsbeziehungen stehen nahe bevor. (L. Z.)

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 14. Dec. 4½ pCt. Rente 106, 10. — 3pCt. do. 82, 15. — 5pCt. Piemont 99, 20. — 3pCt. Span. 42½. — 1pCt. do. 22½. (Spnd.)

Antwerpen, 14. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. 92½. — 2½pCt. Belg. 57½. — 3pCt. Span. inl. 42½. — 1pCt. do. 22½. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuhschl.

[2798]

Bekanntmachung.

Vom 16. d. M. an wird der Eilwagen von Mainz nach Creuznach über Bingen im Einverständniß mit der Königlich Preußischen Postverwaltung um 1 Uhr Nachmittags, nach Ankunft des zweiten Zugs der Taunus-Eisenbahn von Frankfurt, abgefertigt. Personen und Postsendungen aller Art nach der Saarbrücker Route finden mittelst der um 7½ Uhr Abends von Creuznach nach Neunkirchen abgehenden Post Weiterbeförderung.

Von Creuznach nach Mainz über Bingen erfolgt der Abgang des Eilwagens um 7½ Uhr Morgens, im Anschluß an die zweite Post von Neunkirchen (Saarbrück).

Frankfurt a. M., den 14. December 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdL. Kölle.

Serienverlosung

von Großh. Hessischen 4pCt. Eisenbahn-Obligationen betr.

Von den unterm 1. Juli 1843, so wie 1. Juli 1846 ausgefertigten Großherzoglich Hessischen 4procentigen Eisenbahn-Obligationen sind durch die in Gemäßheit der vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen weiter vorgenommene Verloosung folgende Obligationen, nämlich:

Nr. 4201 bis 4205, d. d. 1. Juli 1843, jede à 1000 fl.
Nr. 1501 bis 1510, 1901 bis 1910 und 5181 bis 5190, d. d. 1. Juli 1843, jede à 500 fl., und
Nr. 14471 bis 14475 d. d. 1. Juli 1846, jede à 1000 fl.

zur Rückzahlung berufen worden.

Wir setzen die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung hiervon in Kenntniß, die Beträge der-elben zwischen dem 25. und 30. Januar l. J. mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinscoupons bei der Staatsschulden-Tilgungskasse dahier, oder bei dem Bankierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. um so gewisser zu erheben, als solche, im Gemäßheit des Art. 3 des Gesetzes vom 16. Juli 1833 wegen Tilgung der Staatsschuld, vom 1. Februar 1834 an nicht mehr auf der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Sollten Inhaber der vorbezeichneten Obligationen die Beträge derselben früher mit Zinsen bis zum Zahlungstag zu erhalten wünschen, so haben sie sich dieserhalb an den Kassier der Staatsschulden-Tilgungskasse zu wenden.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß von den auf den 1. März 1851 rückzahlbar gewordenen Eisenbahn-Obligationen:

Nr. 5886 und 5890, jede à 500 fl.,

und von den auf den 1. März 1852 rückzahlbar gewordenen Eisenbahn-Obligationen:

Nr. 4141 und 4142, jede à 1000 fl.,
Nr. 5571 15428 15429 und 15430, jede à 500 fl.,

noch nicht zur Einlösung gekommen sind, und daß diese Obligationen von den genannten Terminen an nicht weiter verzinset werden.

Darmstadt, am 22. October 1852.

Die Direction
der Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Eckhardt. v. Rabenau.

[2420] Balser.

[2499]

Benachrichtigung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß auf das für die Stadt Wiesbaden, laut Hauptschuldverschreibung vom 15. December 1841, durch uns negocirte 3½pCt. Anlehen von fl. 300,000, die 11te Rückzahlung von fl. 6400 am 31. December d. J. geleistet werden soll, und daß durch die in Wiesbaden deshalb vorgenommene Verloosung folgende Partial-Obligationen als zur Ablage kommend ermittelt worden sind, nämlich:

Lit. A. von fl. 100: Nr. 45 67 166 187 223 268 360 454 499 536 592 617 660 752 784 884 894 905 982 1003.
Lit. B. von fl. 200: Nr. 95 129 138 145 232 241.
Lit. C. von fl. 300: Nr. 46 67 68 143.
Lit. D. von fl. 500: Nr. 14 75.
Lit. E. von fl. 1000: Nr. 31.

Indem wir den Inhabern dieser Obligationen anzeigen, daß gegen Rückgabe derselben deren Betrag, nach Eingang, am 31. December d. J. bei uns erhoben werden kann, bemerken wir zugleich, daß eine weitere Verzinsung derselben als bis zu dem erwähnten Verfalltage nicht stattfindet.

Frankfurt a. M., den 1. November 1852.

Gebrüder Bethmann.

[2772]

Bekanntmachung.

Das hanf citreibende Publikum wird hierdurch benachrichtigt, daß die M'shandelswoche der Lichtmesse 1853 mit dem 30. Januar ihren Anfang nimmt und daher das Auspacken der kurzen Waaren am 24. Januar, aller übrigen Waaren aber am 26. desselben Monats, von Mittags 12 Uhr an, gestattet ist.

Braunschweig, den 6. December 1852.

Herzogliches Haupt-Zoll-Amt.
von Schmidt-Phiseldeck.

Cours der Staats-Papiere. 15 December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.8.b.Rothz)	96	G.
»	5% st. v. J. 1851 Ser. B	96	G.
»	5% do. v. J. 1854 L. à 125	95¼	P. 94½ G.
»	5% L. v. J. (C. b. Rothz.)	91¼	½ ber. u. G.
»	4% do. Monte C. 38.1.36	87	G
»	Bank-Actien . .	1390	P. 86 G.
»	5% Metalliq. Oblig	81⅞	P.
»	4% do. v. J. 1851 Ser. A.	82	P.
»	5% dito dito 1850	81¾	½ ber.
»	4½% dito	73½	⅜ ber. u. G.
»	4% dito dito	64¾	G.
»	3% dito	48¾	G.
»	2½% dito	41¾	G.
»	1% dito	16¾	P.
»	Mail-Como-fl. 14-L.	113⅝	P. 11 G.
»	fl. 500 Loose v. Rothz	113½	G.
»	fl. 500 » Dito	194½	G.
»	4½% Oblig. b. Bethm	80 P.	79¾ G.
»	4% » »	71¼	P.
Preussen .	4½% St. Staatsschuld.	94 P.	93¾ G.
»	Cöln-Mind. R.-Actien	117	G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101½	P.
»	4½ 2/3% dito	101¾	G.
»	4% dito dito	96⅛	G.
»	4% Ablös.-Rente .	96⅛	P.
»	3½% Oblig. b. Roths.	82⅝	P.
»	Ludwich.-Bexbach.	99½	P. ¼ ber. ⅛ G.
»	5% Priorit.-Oblig	103¼	G.
Wirtemb	3½% Oblig. b. Roths.	101⅞	G.
»	3½% dito	90⅞	P. ⅛ G.
Baden . .	5% Obligationen .	102¼	ber.
»	4½% Obligationen	102⅛	G.
»	3½% v. 1843 . .	91½	P. ¼ G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	67	G.

		Per comptant.	
Baden. .	fl. 35 Loose v. 1845	33¾	P. ⅛ ber.
Kurhessen	40Thlr. l. b. Rothsch.	33⅞	P. ⅛ G.
»	Pfdr.-Wilhs-Nordb.	50	P. 49⅞ ber. u. G.
Gr. Hessen	4½% Obligationen	102	G.
»	4% dito b.Rothsch.	98½	G.
»	3½% dito b Rothsch.	92¼	G.
»	fl. 50 Loose . . .	34¼	P.
»	fl. 35 Loose . . .	32	P.
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103¼	P.
»	4% dito	99⅝	G.
»	3½% dito	91⅜	P. ⅛ G.
»	fl. 50 Loose . . .	29½	P. 29¼ G.
Frankfort	3½% Oblig. v. 1839	95¼	P. ⅛ G.
»	3½% » v. 1846	94½	G.
»	5% » . . .	85½	P. ½ G.
»	Tannusbahnact. .	307	P. 305 ber. 304 G.
Russland	4½% Obl. b. Baring	102½	P.
»	4% Obl. b. Hope & S.	93	G.
»	4% » b. Stieglitz »	91	G.
Polen . .	4% Oblig. de 5. 000	92¼	P. 92 G.
Spanien	3% inl. Sch. P. 2.3.36	42½	43⅛ ⅜ ⅛ ⅝ ⅛ bes. u. G.
»	4% » Neue » »	22½	23⅛ ⅛ ⅜ ⅛ ⅛ bes.
Holland .	4% Certificate . .	97⅝	etw. 97⅞ bes. u. G.
»	2½% Integrale . .	62½	P. G.
»	2½% Integrale . .	65¼	G.
Belgien .	4½% Obl. in Pf. à 85kr	100	P. 99¾ G.
»	4% Obl. in Fr. à 85 kr.	94¼	G.
»	3½% Obl. b. Rothsch.	87¼	G.
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97⅜	P.
»	5% Obl. b. Hambro	94¼	P. ⅛ G.
»	Sardinische Loose .	41, ⅛	bes. u. G.
Toscana	5% Obl. 125 (C. b. Goldsch.)	101	G.
»	5% » 1851. b. Bartolg. (ds.)	97½	G.
Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	117½	P. 117 G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 15 December	Per comptant.	
Amsterdam . .	k.S.	100¼ B. 100 G.
(100 fl. Crt.)	8M.	—
Augsburg . .	k.S.	121 B. 119⅞ G.
(100 fl. Crt.)	2M.	—
Berlin . . .	k.S.	105⅛ B. 104⅞ G.
(60 Thlr.) .	8M.	—
Bremen (50	k.S.	97⅛ B. 97 G.
Rthlr. l. Ldor.	8M.	—
Hamburg . .	k.S.	89 G.
(100Mk. Bc.)	2M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104⅞ G.
London . . .	k.S.	119B. 117⅞ G.
(10 Livr. St.)	2M.	—
Lyon	k.S.	94¼ B. 93⅞ G.
(300 Fr.) .	2M.	—
Holland (250	k.S.	100⅛ B
Ltr. Aust.)	2M.	—
Paris	k.S.	94 B. 93⅞ G.
(300 Fr.) .	2M.	—
Wien (100fl.)	k.S.	103 ber. u. G.
(in 20 Fr.)	8M.	103¼ B. 103 G.
Disconto . . .		2½ B.

Gold und Silber.

Pistolen	à 9 41—42
Dr. Friedrichsd'or	à 9 54-55
Holl. 10fl. Stücke	à 9 49-50
Hand-Ducaten .	à 5 36½-37½
20 Francsstücke	à 9 25
Engl. Sovereigns	à 11 48
Gold al Marco	à 352-35
5 Frankenthaler	à 2 20½-21
Preuss. Thaler	à 1 45-½
Preuss. Cassa-Sch.	à 1 45-½

Druck von August Osterrieth.

№ 300. — Donnerstag — den 16. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bereinsländern bei fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbehörden 2 fl. 48 kr. — 1 Rthlr. 16½ Sgr.; 2) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Erbländern 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übereinische Länder nimmt Herr C. H. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 26, und in Paris Aux Messageries de Nazareth No. 63, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Viertel) mit Postschrift oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Die europäische Stellung Preußens.

Die europäische Stellung Preußens ist in gewissen Blättern und bei gewissen Männern ein Gegenstand des Grolles und nicht selten der aberwitzigen Scherze geworden. Aber die Geschichte besteht, ob man sie auch verleugnen wolle, und die Unkenntniß der Tagesdiplomatiker und die Verblendung der Parteimänner wird kein Blatt herausreißen können. Freilich wird die Größe der preußischen Stellung mit der Größe ihres Gründers, Friedrichs II., dereinstens, um das, was dem heimgegangenen großen Manne mit Freigebigkeit zugeschieden wird, dem hinterlassenen Staate abstreiten zu können, und es wird der innere Widerspruch ganz übersehen, weil die Ueberlegenheit seines Geistes sich gerade in seiner dauernden Schöpfung, in der Stellung verkünden mußte und verkündet hat, welche er seinem Königreiche in Europa erstritt. Aber man braucht nicht einmal bis zu seiner Regierungszeit zurückzugehen, die Glanzperiode derselben, das Jahr 1778, scheint schon zu ferne, um die Zeitgenossen daran zu erinnern. Hatte damals das Haus Wittelsbach ihm den Kurhut von Bayern zu verdanken, so hat in den Jahren 1813 bis 1815 ganz Deutschland den Anstoß zu seiner Befreiung von Preußen empfangen. Aber wir haben näher liegende Punkte, von denen aus die europäische Stellung dankend erkannt werden kann. Es sind zunächst die Jahre 1828 und 1829, in welchen die preußische Politik den Sturz des osmanischen Reichs aufhielt, und was noch weit mehr gilt, dem nahen Ausbruche des Kampfes unter den europäischen Staaten steuerte. Es ist das Jahr 1830 und 1831, wo das Schwert Rußlands in der Scheide gehalten und von dem System der gewaltsamen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker förmlich Abstand genommen wurde. Daß es seitdem den Franzosen überlassen worden ist, ihre Monarchen, legitime oder erwählte, selbst zu verjagen, ohne daß die Mächte Europa's die Initiative, die Kosten und die Verantwortung wie 1814 und 1815 übernehmen, ist, wenn auch die sogenannte Nicht-Intervention zunächst von England ausgesprochen ward, der Politik Friedrich Wilhelms III. zu danken, ohne dessen verständiges Walten die Julirevolution, sowie die Revolution in Polen und in Belgien Anlässe zu Coalitionen und Kriegen gegeben haben würden. Und jetzt wieder scheint die Entscheidung in der Hand Preußens zu liegen. Den Brandherd, welcher im Orient auffluimmen kann, wird nur diese Macht gebieten: wohin sie sich neigt, dort wird wahrscheinlich der Schwerpunkt liegen. Darum freuen wir uns des erneuerten Einverständnisses zwischen den Höfen von Wien und Berlin. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird es die Politik Deutschlands sein, welche beide Cabinete in der orientalischen Frage vertreten. Die Kurschtigkeien wie die Bösewilligen werden dann einen neuen Anlaß haben, die europäische Stellung Preußens begreifen und würdigen zu lernen.

Deutschland.

Wien, 11. Dec. Durch das kaiserliche Ministerium des Unterrichts und des Cultus werden in kurzem die nothwendigen Verordnungen erlassen werden, welche sich auf die Verbesserung des serbischen Volksunterrichts längst der Militärgrenze beziehen. Kaum dürfte irgendwo die Nothwendigkeit der Verbesserung des Volksschulwesens größer sein als dort. Bis jetzt standen der Volksbildung auf der Militärgrenze dreifache Haupthindernisse im Wege. Erstens Mangel an zweckmäßigen Schulbüchern; denn außerdem, daß sie im altslavischen Dialecte verfaßt sind, ist deren Inhalt meist unverständlich und nur zum kirchlichen Gebrauch geeignet. Zweitens die kümmerliche Subsistenz der Schullehrer, deren sämmtliche Bezüge kaum 30 fl. C.M. per Jahr betragen, und die absolute Abhängigkeit von der Gemeinde, welche die Lehrer gegen Dienstvertrag aufnimmt und dann nach Belieben entläßt. Endlich drittens die nicht entsprechende Anspeisirung der Schulen von Seite des Schuldirectorats. Ein einziger Schulbirector hatte bis jetzt den ausgedehnten slavonisch-syrmischen und Czaikistendistrikt zu überwachen und war zufrieden, wenn er im Lauf eines Jahres seinen Distrikt oberflächlich visitiren konnte. Es steht zu hoffen, daß durch die zu erwartenden Verordnungen die obengenannten Hindernisse für immer beseitigt werden. — In Kroatien soll die deutsche Sprache als Amtssprache eingeführt werden, da sich die überwiegende Majorität der Bevölkerung dafür ausspricht. — Graf Strassoldo tritt nächster Tage seine Rückreise nach Mailand an. (Lpz. Z.)

[:] **Wien**, 12. Dec. Se. Maj. der Kaiser hat den Hauptmann Heinrich Hentzi, Edlen von Arthurn, in den ihm bereits mit Entschließung vom 11. Juli l. J. zur bleibenden ehrenden Anerkennung des Heldenmuthes seines, in aufopfernder Vertheidigung der Festung Ofen gefallenen und dafür des Maria-Theresien-Ordens würdig befundenen Vaters, zugesprochenen Freiherrnstand erhoben. — Die Pest-Ofner Districtsregierung hat kürzlich folgende Prämien ausgesetzt: 1) für Anzeige eines Straßenräubers oder gefährlichen Diebes, Prämie 100 fl.; 2) eines besonders gefährlichen Räubers, Prämie 300 fl.; 3) des Häuptlings einer Räuberbande, Prämie 500 fl.; 4) endlich einer ganzen Bande oder wenigstens von zehn deren Gliedern, Prämie 1000 fl. — Die Mörder des reichen ungarischen Gutsbesitzers Gindly sind nunmehr der Gerechtigkeit überliefert. Die Leiter der gräulichen That waren der berüchtigte Guerillaführer Noßlopy, der Advocat Adalbert N—y, dann die Schullectoren F. und v. G. Noßlopy führte sie an, und der Wegweiser war der Schullector v. G., welcher vor dem Hause Wache hielt, und später Alles entdeckte. Es sind bereits über 40 Personen festgenommen; Noßlopy, welcher sich mittelst lapis infernalis und dadurch, daß er sich ein Stück seiner Nase abnahm, unkenntlich gemacht hatte, wurde genau bezeichnet in Pest eingezogen. Der Advocat N—y schoß zuerst auf Gindly; auch er ist bereits eingefangen, und in kurzem werden Alle für ihre Schandthat büßen.

* **Berlin**, 13. Dec. Der französische Major Graf v. Bertram ist hier eingetroffen; derselbe soll für militärische Zwecke der französischen Gesandtschaft attachirt sein.

Die deutsche Emigrantenpropaganda in London und Paris, sagt die „Lpz. Ztg.", ist durch den Kölner Communistenproceß nichts weniger als eingeschüchtert: sichere Anzeichen deuten vielmehr darauf, daß sie ihr unseliges Agitationswerk nach wie vor fortsetzt. Die in London lebenden Flüchtlinge lassen es sich besonders angelegen sein, den Kölner Proceß zu Gunsten ihrer Partei auszubeuten. Liebknecht, der in dem Proceß als Verfasser des „Originalprotocollbuchs der Londoner Communistengemeinde" figurirt, ließ einen gewissen Hirsch vor dem Magistrat von Bowstreet eine Urkunde ausfertigen, daß er das Protocollbuch verfaßt und Liebknechts Unterschrift gefälscht habe. Man hofft durch diesen Coup in Deutschland Sensation und Theilnahme für das Schicksal und die Tendenzen der Partei zu wecken. Auch in Paris schlummert die Hydra nicht und richtet ihr Augenmerk ganz besonders auf Süddeutschland, seitdem die Vollendung der Eisenbahn nach Straßburg die Communication so ungemein erleichtert. Polizeirath Stieber befindet sich gegenwärtig in Paris, um die Machinationen zu überwachen und sich zugleich in Betreff anderer Angelegenheiten mit der Pariser Polizeipräfectur in Verbindung zu setzen. Unser Polizeipräsident, Herr v. Hinckeldey, ist unermüdlich in der Verbesserung seines Ressorts, und erfreut sich fortwährend, neben der Liebe und Anhänglichkeit der Berliner Bürgerschaft, des ganz besondern Vertrauens Sr. Maj. des Königs.

Nach den Märzereignissen des Jahres 1848 sind von den Rittergutsbesitzern mehrfach Urkunden über den unentgeltlichen Erlaß von Reallasten ausgestellt worden, denen sie hinterher den Einwand des Zwanges entgegengesetzt. Das königliche Revisions-Collegium hat diese Urkunden in allen Fällen, welche zu seiner Kennt-

niß gekommen, für rechtsungiltig erklärt und in Bezug auf den Zwang überall den Grundsatz ausgesprochen, daß zu dem Einwande, die einer Mehrheit gegenüber ausgesprochene Willenserklärung sei erzwungen, nicht erforderlich ist, daß der Zwang von jedem Einzelnen unmittelbar ausgeübt wurde; es genügt vielmehr der Nachweis, daß gegründete Ursache zu der Befürchtung für den Erklärenden vorhanden war: es werde der Einzelne den Zwang, sowie die Mehrheit, ausüben, wenn die Willenserklärung ihm gegenüber nicht ausgesprochen werde.

§§ **Magdeburg**, 13. Dec. Die gestern erschienene Nummer des hiesigen demokratischen „Volksblatts“ kündigt an, daß dieses mit dem Schluß d. J. aufhören werde, da nicht unbedeutende Proceßkosten und Gelbstrafen noch auf der Kasse des Blattes lasten und jede fernere Veröffentlichung desselben unmittelbar die Caution bedrohen würde, welche bisher noch unversehrt erhalten worden. Schließlich empfiehlt die Redaction ihren Lesern die „Urwähler-Zeitung“ als gut demokratisch.

Koblenz, 14. Dec. Gestern Nachmittag traf die Großherzogin Stephanie von Baden, Tante des jetzigen Kaisers Napoleon und Nichte der Kaiserin Josephine, zu einem Besuche am hiesigen Hofe ein. Se. k. Hoh. der Prinz von Preußen empfing dieselbe am Dampfboot und geleitete sie ins Schloß. Daß sich in Begleitung dieser hohen Dame der preußische Gesandte in Karlsruhe, Herr v. Savigny, befindet und dem Vernehmen nach einige Tage hier verweilen wird, gibt Anlaß zu der Vermuthung, daß der Besuch nicht ganz ohne politische Bedeutung sei. (Kobl. Z.)

Aus **Memel** schreibt die „Königsberger Zeitung“: Wieder einmal ist es zwölf russischen Ueberläufern gelungen, aus dem auf der Contre-Escarpe isolirt gelegenen Amtsgefängnisse zu entfliehen, nachdem sie den Wärter lebensgefährlich mißhandelt und zu ihrer Verfolgung unfähig gemacht hatten. Die Entwichenen werden steckbrieflich verfolgt, als dem fremden Eigenthum gefährliche Subjecte bezeichnet, und schon hört man von neuen Verbrechen, die sie auf dem Lande hier und da verübt haben sollen.

* **Dresden**, 13. Dec. Wie die „Freimüthige Sachsenzeitung“ vernimmt, hat die Staatsregierung sich jetzt dafür entschieden, die Todesstrafe durch das „Fallschwert“ vollstrecken zu lassen. Dies ist, sagt die „Freimüthige Sachsenzeitung“, eine Maschine, bei welcher die Enthauptung durch ein senkrecht herabfallendes, schräg gestelltes, schneidendes Instrument vollzogen wird und welche sich von dem Fallbeil dadurch unterscheidet, daß der Kopf durch das Fallschwert wirklich abgeschnitten, durch das Fallbeil aber nur abgehackt wird. Das Fallschwert ist also noch schrerer als das Fallbeil. Wie verlautet, sind die neue Fallschwert, welches von einem Mechaniker in Dresden gefertigt, in nächster Zeit zum Gebrauch fertig sein und bei den nächsten Hinrichtungen, deren Zahl leider nicht unbedeutend ist, zur Anwendung kommen.

Hannover, 10. Dec. Durch die höhern Kreise wird mit großer Theilnahme und Freude die Nachricht verbreitet, daß der König die längst gehegten Wünsche mehrerer Familien, welche von früherer Zeit her Expectanzen auf heimgefallene Lehen hatten, erfüllt hat. Der Generallehnsoberstmeister, Oberkammerherr Reichsgraf von Platen-Hallermund, ist mit dem Gute Lindhorst in der Nähe von Harburg, Graf Münster, Erblandmarschall, mit dem Gute Knietzedt im Hildesheimischen, die Nachkommen des längst verstorbenen Ministers v. d. Decken mit dem Gute Bothfeld, in der Grafschaft Hoya, und die Nachkommen des Ministers Grafen Bremer mit dem Gute Wiedenhausen, im Lüneburgischen, belehnt worden. Diese Verleihungen sind die Erfüllung von früheren Landesherren gegebener Versprechungen; es sind nur noch drei bis vier expectivirte Familien vorhanden; sobald diese befriedigt sind, werden die darnach apert werdenden Lehen zum Krongut gezogen. (H. C.)

Der „Allgemeinen Zeitung“ wird aus **Karlsruhe** geschrieben: „Die Gründe des Verfahrens der badischen Regierung gegen die Professoren Buß, Gfrörer, Schleyer und Weyer liegen in den eigenthümlichen Verhältnissen der Universität Freiburg. Sie ist gestiftet und dotirt nicht nur als eine rein katholische, sondern als eine kirchliche Anstalt, seit langer Zeit aber will die badische Regierung diesen Charakter nicht mehr anerkennen und strebt dahin, die Universität auch der Form nach zu einer paritätischen Anstalt zu machen. Während die Ansicht des Ministeriums von der Mehrzahl des Lehrerkörpers getheilt und in jeder Weise gefördert wird, sondern sich aus diesem sechs Glieder, die, als sogenannte ultramontane Partei, der Universität ihren confessionellen und kirchlichen Charakter zu erhalten oder vielmehr wieder zu erwerben bestrebt sind. Die sogenannten ultramontanen Professoren sind der festen Ueberzeugung, daß sie nicht nur für den Charakter, sondern selbst für den Bestand ihrer Anstalt kämpfen; denn wäre die paritätische Eigenschaft derselben einmal durchgeführt und formell ausgesprochen, so könnte, ihrer Meinung nach, die Freiburger Universität nicht mehr lange neben der Heidelberger bestehen.“

Wie der „Augsburger Postzeitung“ aus Karlsruhe geschrieben wird, wurden dort dem katholischen Missionär Brindisi, der für den Bau einer neuen lateinischen Kirche in Athen unter den Katholiken Deutschlands sammelt, diese Sammlungen verboten und ebenso dem Literaten J. Chowanetz, welcher Vorträge über Weltgeschichte vom katholischen Standpunkt aus angekündigt hatte, diese Vorlesungen untersagt.

Schwerin, 9. Dec. Auch hier ist eine Verordnung erschienen, welche das Wandern der Handwerksgesellen in die Schweiz verbietet. Bemerkenswerth ist der Eingang dieser Verordnung, wodurch sie „in Ausführung des durch die hiesige Verordnung vom 11. März 1835 publicirten Bundesbeschlusses wegen verbotenen Wanderns, unter Aufhebung der Circularverordnung vom 30. Mai 1848,“ erfolgt.

Hamburg, 13. Dec. Das Volksthing zu Kopenhagen verwarf am 10. d. M. die Verlegung der Zollgrenze an die Elbe bei namentlicher Abstimmung mit 51 gegen 46 Stimmen. (Wes.-Ztg.)

Italien.

* **Turin**, 10. Dec. Folgendes sind die Hauptpunkte des neuen Civilehegesetzes für Sardinien: „Art. 1. Das Civilgesetz beschäftigt sich mit der Heirath einzig und allein in ihren Beziehungen zur bürgerlichen Gesellschaft, ohne sich um die von der Religion auferlegten Pflichten zu bekümmern. Art. 25. Die einem christlichen Cultus angehörigen Personen dürfen nun nur mit Christen verheirathen. Art. 26. Die Geistlichen, die Cölibatsgelübde abgelegt haben, dürfen nicht heirathen. Art. 29. Die nach dem katholischen Ritus eingesegneten Ehen können nicht gelöst werden. Art. 38. Diejenigen, welche sich zur Staatsreligion bekennen, müssen vor der Vollstreckung der Civilehe eine Erklärung abgeben, wodurch sie sich verpflichten, sich auch nach dem katholischen Ritus trauen zu lassen. Art. 39. Die Vollstreckung der kirchlichen Ehe muß binnen 14 Tagen vollzogen werden, wenn die Civilehe Giltigkeit haben soll. Diejenigen, welche diese Erklärung nicht abgeben, brauchen sich auch nicht kirchlich trauen zu lassen.“

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 15. Dec. Vorgestern starb nach unsäglichen Leiden in Koblenz der Generalpostdirectionsrath H. Walter, einer der ausgezeichnetsten und redlichsten Diener seines Fürsten, zugleich ein edler Mensch und treuer Freund. Geboren im Jahr 1807 zu Lixburg a. d. L. und vorgebildet auf dem Gymnasium zu Koblenz, hatte er sich ursprünglich für die juristische Laufbahn bestimmt, wurde aber daran zu seinem größten Schmerze durch den frühen Tod seines Vaters verhindert. Er wählte nun das Postfach und trat zunächst in seiner Vaterstadt bei der dortigen Postverwaltung ein. Die gute Meinung, welche die fürstliche Generalpostdirection sehr bald über ihn gewann, veranlaßte im Jahr 1828 seine Einberufung zum Revisionsbüreau. Nachdem er hier und im Courobüreau mehrere Jahre gearbeitet, wurde er im Jahr 1838 zum Assessor und im Jahr 1845 zum Rath ernannt. In dieser wie in seinen frühern Stellungen wurde er vielfach mit wichtigen auswärtigen Geschäften betraut, und hatte sich in ihrer Ausführung des höhern und höchsten Vertrauens fortwährend zu erfreuen. In Wien, Berlin, München, Hamburg ꝛc. und auf dem Postcongresse zu Dresden vertrat er die fürstliche Verwaltung und erwarb sich überall die höchste Anerkennung und Achtung. Der Herzog von Nassau verlieh ihm den sächsischen Ernestinischen Hausorden, der König von Sachsen den Civilverdienstorden. Zum letztenmale vor seiner Erkrankung wirkte er bei den Verhandlungen mit der königl. württembergischen Regierung in Stuttgart.

Wien, 13. Dec. In Montenegro nimmt der Conflict mit der Pforte eine immer bedenklichere Wendung. Es werden Sympathien für die Montenegriner in Oberalbanien bemerkbar. (T. D. d. A. Z.)

Triest. Einer zuverlässigen Mittheilung zufolge hat ein slavischer Häuptling an der Grenze von Albanien, der Knäs von Mirdditi (?), der Pforte den Gehorsam aufgesagt, und sei mit Roß und Mann ins Feld gezogen. (A. Z.)

* **Venedig**, 14. Dec. Die große Neuigkeit des Tages ist die bevorstehende Ankunft des Kaisers von Oesterreich. Dieselbe wird morgen gegen Abend erwartet. Allerhöchstderselbe wird zunächst seinen Aufenthalt im Schloß zu Charlottenburg nehmen, wo sich das königl. Hofsager zur Zeit befindet. Im Publikum ist man geneigt, der Herüberkunft des Kaisers nach Berlin besondere politische Motive unterzuschieben und den Grund einerseits in den begonnenen handelspolitischen Unterhandlungen, anderseits in den französischen Verhältnissen zu suchen. Indessen glauben wir mit gutem Grund versichern zu können, daß nur der Wunsch, Berlin und seine Verwandten zu besuchen, bei der Reise leitend gewesen sind, am wenigsten aber die französischen Verhältnisse dazu Veranlassung gegeben haben können. Denn wenn allerdings die formelle Anerkennung des Kaiserreichs von Preußen und den östlichen Reichen noch nicht erfolgt ist, so

sind doch fortdauernd die Beziehungen zu Frankreich freundlicher Art. Es liegt eben so wenig ein Grund vor, die Anerkennung des Kaiserreichs zu übereilen, so wie darin, daß es noch nicht geschehen, einen Grund zu suchen, daß besondere Umstände hier obwalten, seine ausführlichen. Soweit man vernimmt, wird der König mit seinem hohen Gaste am Donnerstag nach Berlin kommen. Unter den Linden wird eine Parade der hiesigen Garnison stattfinden und nach dieser der Kaiser seinen Aufenthalt im hiesigen Schlosse nehmen, wohin sich zur Zeit der Anwesenheit des Kaisers auch das königliche Hoflager übersiedeln wird. Die Anwesenheit des Kaisers wird, so weit bestimmt ist, bis Dienstag dauern. Während seiner Anwesenheit wird am Sonnabend im königlichen Schlosse ein großes Galadiner zur Feier des Namensfestes des Kaisers von Rußland stattfinden, zu welchem zahlreiche Einladungen ergangen sind. Da durch dieses Diner der Namenstag selbst besetzt ist, so ist von dem russischen Gesandten, Baron v. Budberg, zur Vorfeier desselben am Freitag ein Galadiner arrangirt, zu welchem die Hofstaaten, die Generalität, die Minister, das diplomatische Corps u. A. Einladungen empfangen haben. Außerdem gibt derselbe noch zur Nachfeier eine große Soiree am Montag, zu welcher über 600 Einladungen ergangen sind. Diese Festlichkeiten sind eine schöne Zugabe für unsere Gewerbtreibenden zu den Einnahmen der Weihnachtszeit.

† **Konstantinopel**, 4. Dec. Die hiesige Nationalbank hat die Annahme des Staatspapiergeldes als Zahlungsmittel plötzlich verweigert. Dem Vernehmen nach will die Bank liquidiren. Wegen des einfallenden Feiertags dürfte heute über die wahren Motive dieser Maßregel nichts zu erfahren sein. Eine Deputation des Handelsstandes begibt sich zum Großvezier, um Erklärungen einzuholen. Wechselagenten der besten Häuser werden protestirt, alle Zahlungen müssen in klingender Münze geleistet werden. Omer Paischa wird zunächst nicht nach Konstantinopel gerufen werden, doch wird er das Commando gegen Montenegro übernehmen und die Operationen noch im Winter beginnen. — Die Frage des heiligen Grabes ist endlich dahin geschlichtet worden, daß, unbeschadet der freien Ausübung des Gottesdienstes am Grabe des Erlösers durch die Gläubigen aller christlichen Confessionen, Frankreich das Protectorat und der katholische Patriarch den Schlüssel zur heiligen Grabcapelle erhalten soll. Der magyarische Sprachforscher Bezencz, der gegenwärtig hier verweilt, will den Ursitz der Magyaren in China entdeckt haben. — Omer Pascha's Schwägerin, Fr. v. Simenich, ist in Begleitung eines ungarischen Flüchtlings nach London gereist.

‡ **Paris**, 14. Dec. Heute ist im „Moniteur" der Bericht erschienen, welchen Graf v. Casabianca im Namen der mit der Prüfung des Senatusconsultums bezüglich der Civilliste des Kaisers und der Dotation der Krone beauftragten Commission abgestattet und am 11. Dec. in der Sitzung des Senats abgestattet hat. Alle Pariser haben diese tüchtige staatsmännische Arbeit mit großem Interesse gelesen. Der Bericht beleuchtet den nationalen Nutzen einer Wiederherstellung der Civilliste und Krondotation, wie sie der Größe Frankreichs und der exceptionellen Stellung würdig sei, die dem Kaiser sein ruhmreicher Name, der von seiner Bedeutung nichts verlieren dürfe, anweise. Es ergibt sich ferner aus dem Bericht, daß die persönlichen Einkünfte des Kaisers und des Präsidenten der Republik kaum übersteigen werden, weil der Civilliste die begreiflich großen Verwaltungs- und Unterhaltungskosten für die kaiserlichen Paläste und Domänen zur Last fallen. Deßhalb empfiehlt der Commissionsbericht schließlich den (bereits bekannten) Entwurf; der Senat hat ihn denn auch zum Beschluß erhoben, der Kaiser hat ihn sanctionirt und das Senatusconsultum wird heute im „Moniteur" als Gesetz promulgirt. (Es wird nicht einmal für die Hauptpunkte dieses Gesetzes einer Wiederholung bedürfen, da sie früher schon im Entwurf bekannt waren und erst gestern wieder in einer telegraphischen Depesche mitgetheilt wurden.) Behufs Verwaltung der Civilliste und der Krongüter ist Achill Fould zum Staats- und kaiserlichen Hausminister ernannt worden. In diesem Namen findet Frankreich eine Garantie für gute Ausführung. — Der Senat hat heute seine Berathungen über die Modificationen der Verfassung fortgesetzt.

Die Reise Napoleons nach Compiegne ist um einige Tage verschoben. Der Kriegsminister, Marschall Saint-Arnaud, wird den Kaiser dorthin begleiten; die übrigen Minister begeben sich der Reihe nach in das dortige Residenzschloß. Das Gefolge Napoleons wird aus etwa zwanzig Personen bestehen, aus Senatoren, Marschällen, Generalen ꝛc.

Gestern hat der Kaiser das Theatre français besucht. Außerhalb und in demselben begrüßte man ihn mit Acclamationen. Heute Nachmittag nahm er die in ihrer reichen Decoration vollendeten Galerien im Stadthause in Augenschein. Im offenen Wagen fuhr er unter lautem Ovationsrufen die ganze Rivolistraße entlang; ein Piquet Carabiniers escortirte den kaiserlichen Wagen.

In Toulon liegt die Dampffregatte „Orenoque" für Abdel-Kader und sein Gefolge bereit. Der Emir wird sich in Marseille einschiffen.

Telegraphische Depeschen.

‡ **London**, 14. Dec. Die Discussion über das Budget und insbesondere über die von Schatzkanzler vorgeschlagene Haussteuer ist auch in der gestrigen Sitzung des Unterhauses noch nicht zu Ende gediehen. Wahrscheinlich erfolgt das Votum, aus welchem Graf Derby bekanntlich eine Cabinetsfrage gemacht hat, heute Nacht.

‡ **Madrid**, 10. Dec. Marschall Narvaez hat den Befehl erhalten, Madrid zu verlassen. Derselbe ist auf höheren Befehl nach Wien gereist. Die Course stiegen um ¹/₈ pCt.

** **Madrid**, 9. Dec. Laut heute in der amtlichen Zeitung erschienener Notification des auswärtigen Ministers ist die Königin dem Londoner Vertrag bezüglich der dänischen Thronfolge beigetreten. — Die schwebende Schuld des Schatzes belief sich am 1. d. M. auf 354,628,487 Reale gegen 356,205,303 Reale zu Anfang des vorigen Monats. — „Narion", „Novedades" und „Clamor publico" sind heute wieder erschienen. — Der Civilgouverneur hat der für gestern anberaumt gewesenen Wahlversammlung der Opposition im Local des Herzogs v. Sotomayor die Erlaubniß versagt. Nichtsdestoweniger erschienen von 8 Uhr Abends bis Mitternacht viele distinguirte Besucher, welche den Bescheid des Gouvernements nicht gekannt hatten, gaben ihre Karten ab und entfernten sich wieder. Da die Generalversammlung nicht stattfinden konnte, so versammelten sich die vorgestern ernannten Sectionspräsidenten und beschlossen unter Anderm, im Namen der Senatoren, Deputirten und Wähler der constitutionellen Partei in gesetzlicher Form eine Adresse an die Localbehörden, um die Erlaubniß zu einer Wahlversammlung auszuwirken. Die Unterzeichnung der Adresse hat heute angefangen und schon sind mehrere Bogen mit Unterschriften aus allen Ständen bedeckt. Es wird wahrscheinlich nichts nützen. Heute früh war Ministerrath; wahrscheinlich ist ein wichtiger Beschluß gefaßt worden. Entweder muß das Cabinet abtreten oder gegen die ihm feindseligen Demonstrationen kräftigen Widerstand organisiren. So wie jetzt können die Dinge nicht länger bleiben; die Sachlage ist bedenklich.

Haag, 13. Dec. Die zweite Kammer hat heute mit 57 Stimmen gegen 1 den Gesetzentwurf in Betreff der Umwandelung angenommen. Nach den Bestimmungen desselben, wie er votirt worden ist, steht es der Regierung frei, die 4pCt. Rente entweder zum Minimum von 99 in 3½pCt., oder zum Minimum von 97 in 3pCt. Rente umzuwandeln.

Börsenberichte.

Frankfurt, 15. Dec. Die Hauptgeschäfte fanden heute wieder in spanischen Fonds statt. Gleich bei Eröffnung der Börse zeigten sich dafür so viele Käufer von verschiedenen Seiten, daß dieselben rasch einen bedeutenden Aufschwung nahmen; 1pCt. Neue wurden von 22¹⁵/₁₆ bis zu 23¹¹/₁₆ pCt., und 3pCt. Inländische von 42⁷/₈ bis zu 43¹/₂ pCt. aufwärts umgesetzt. Eine sichere Ursache dieses Steigens der spanischen Papiere wurde an der Börse nicht allgemein bekannt; es scheint jedenfalls eine günstige Nachricht oder höhere Madrider Notirung eingetroffen zu sein. Oesterreichische Effecten waren bei beschränktem Umsatz fest im Cours, namentlich waren 5pCt. Lomb.-Venet. beliebter; 5pCt. Metall. waren 81¹/₂ pCt., 4½pCt. Metall. 73³/₄—¹/₂ pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. 91¹/₂—³/₄ pCt. Bayer Bankactien 1386 fl. 500 fl. Loose 134³/₄ pCt. 250 fl. Loose 119¹/₂ pCt. G. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn 49¹/₂pCt., Berbach dauer, 99¹/₂ pCt., Köln-Minden 117 pCt. G., Taunus 304 fl. G. In den übrigen Papieren zeigte sich nur wenig Coursveränderung. — Abends in der Effectenlocalität war es still im Geschäft; in 1pCt. Spanischen wurden einige Stücke zu 23¹¹/₁₆ und 23³/₄ pCt. umgesetzt.

Berlin, 14. Dec. Staatsschl. 93¹/₄ Brf., 93³/₄ G. — Köln-Minden 117¹/₂ à 118¹/₄ bez. — Fr.-W.-Nordb. 47 Brf., 46 G., 46¹/₂ à ¹/₂ bez.

Paris, 14. Dec. 4½pCt. Rente 106, 10. — 3pCt. 82, 15. — Neapol. 107. — 5pCt. Neue Oesterr. 98¹/₄ —³/₄ —¹/₄. — Span. neue Diff. 22¹/₄. — 3pCt. 50¹/₄ —¹/₂. — Innere Schuld 42¹/₄ —¹/₂. — Passive —. — Bankactien 2990. — Piemont 5pCt. 98. — Römisches Anlehen 1849 86¹/₄. — do. 1850 —. — St. Germain-Eisenbahn 1440. — Versailles, linkes Ufer 350. — Strasburg-Basel 355. — Nordbahn 877, 50. — Paris-Strasburg 797, 50.

London, 13. Dec. 3pCt. Stocks 101¹/₄ à ¹/₄. — Port. 40. — 1pCt. Span. 23¹/₄ à ³/₄. — do. 3pCt. 51¹/₄ à 51.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 15. Dec. 5pCt. Metall. 95. — 5pCt. bo. B. 109¹/₂. — 5pCt. Anlehn vom Jahr 1852 94¹/₂. — 4½pCt. bo. 84¹/₂. — Bankactien 1348. — 250 fl. Loose 138¹/₂. — London 11 fl. 10 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 105¹/₂. — K.-K. Nordb. 240¹/₂. — Disconto-Agio 100. — Siena-Empoli 69¹/₂. — Paris 137¹/₂. — London in Thaler 11 fl. 13 kr. — Silber 14. (Spnd.)

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matlen. Dr. C. Sattler, Dr. J. B. Kutscheit.

[2730]

Abonnements-Erneuerung.

Bei Ablauf des zweiten Semesters c. werden die resp. hiesigen Abonnenten ersucht, die Bestellungen auf auswärtige Zeitungen und periodische Schriften für das mit dem **1. Januar 1853** beginnende erste Semester alsbald schriftlich und mit genauer Angabe der Straße und Wohnungsnummer des Bestellers, an die Unterzeichnete gelangen zu lassen, weil außerdem das bisher bestandene Abonnement als erloschen betrachtet wird und bei später eingehenden Bestellungen für Lieferung vollständiger Exemplare nicht gebürgt werden kann.

Frankfurt a. M., im December 1852.

Fürstlich Thurn und Taxis'sche
Ober-Postamts-Zeitungs-Expedition.

Verloosung von Großherzoglich Hessischen Staatsrenten-Obligationen auf Inhaber betr.

Bei der zum Behufe der Auswüstelung, welche von den angegebenen **Staatsrenten-Obligationen** auf Inhaber zur Rückzahlung berufen seien, heute weiter Statt gehabten Capitalverloosung traf das Loos die Obligationen:

Litr. A. Nr. 4. 61. d. d. 1. October 1824 . . jede à 1000 fl.
Litr. A. Nr. 457. 498. 531. 533. d. d. 1. Januar 1852 . . . . . jede à 1000 fl.
Litr. B. Nr. 34. 45. d. d. 1. October 1824 . jede à 500 fl.
Litr. B. Nr. 113. 121. 126. 155. d. d. 1. Januar 1824 . . . . . jede à 500 fl.
Litr. C. Nr. 25. d. d. 1. October 1824 . . . à 100 fl.
Litr. C. Nr. 136. d. d. 1. Januar 1825 . . . à 100 fl.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit dem Anfügen in Kenntniß, daß gegen Rückgabe derselben und der zu diesen gehörigen, noch nicht verfallenen Zinscoupons die Capitalbeträge zwischen dem 25. und 30. December l. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, dahier in der Staatsschulden-Tilgungscasse oder bei dem Bankierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. in Empfang genommen werden können, und daß, gleichviel, ob die Erhebung zur bestimmten Zeit erfolgt oder nicht, vom 1. **Januar 1853** an keine weitere Zinsen von denselben bezahlt werden.

Zugleich werden die Besitzer der am **30. December 1849** rückzahlbar gewesenen Obligation Litr. A. Nr. 640 à 1000 fl., so wie der am **30. December 1851** rückzahlbar gewesenen Obligationen Litr. B. Nr. 2 à 500 fl. und Litr. C. Nr. 6 und 142 à 100 fl. hierdurch nochmals aufgefordert, ihre Kapitalbeträge um so mehr unverzüglich in Empfang zu nehmen, als die erstere Obligation bereits seit dem **1. Januar 1850**, die 3 letzteren seit dem **1. Januar 1852** nicht mehr verzinset werden.

Darmstadt, am 7. October 1852.

Die Direction
der Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Eckhardt. v. Rabenau.

[2269] Balser.

[2765]

Bekanntmachung.

Die Begebung des Spielpachtes in **Baden-Baden** vom 1. Jänner 1854 an betreffend.

1) Das Conversationshaus in Baden, nebst der damit verbundenen Restaurations- und Spielbank-Concession soll mit Ablauf des bisherigen Pachtverrrags, vom 1. Januar 1854 anfangend, weiter in Bestand gegeben werden.

2) Die gedruckten Pachtbedingungen werden von der Großhrzgl. Badeanstalten-Commission in Baden, von der Großhrzgl. Amortisationscasse und der Expeditur des Grßhrzgl. Ministeriums des Innern in Carlsruhe auf Verlangen abgegeben.

3) Wer als Bewerber um den Pacht auftreten will, hat zur Sicherheit für den Vollzug des Geschäfts eine Caution von 125,000 fl. — Einmal Hundert fünf und zwanzig Tausend Gulden — durch Hinterlegung von Schuldscheinen bei der Gr. Amortisationskasse zu stellen.

4) Die als Caution faustpfändlich zu hinterlegenden Schuldscheine müssen auf den Inhaber lauten und können in

Badischen Staatspapieren,
Staatspapieren anderer deutschen Bundesstaaten,
Russischen, Holländischen und Belgischen Staatspapieren,
Schuldpapieren Badischer Standes- und Grundherren

bestehen.

Alle diese Papiere werden in dem zur Zeit der Hinterlegung in Frankfurt a. M. bestehenden Course nach Abzug von zehn Procent berechnet.

Hinterlegungsscheine der Badischen Versorgungsanstalt werden ebenfalls und zwar im Nominalbetrage als Caution angenommen.

Die Cautionspapiere müssen spätestens am Montag 17. Januar 1853 Vormittags 12 Uhr mit einem doppelt ausgefertigten Verzeichniß der Großhrzgl. Amortisationskasse überzeben werden.

5) Die Bewerber um den Pacht werden hiermit eingeladen, Dienstag, den 18. Januar 1853, Vormittags 10 Uhr, persönlich oder durch Bevollmächtigte in dem Sitzungssaale des Gr. Ministeriums des Innern zu Carlsruhe ihre Angebote verschlossen einzureichen. Nach elf Uhr wird kein Angebot mehr angenommen.

Die Angebote müssen auf das den Bedingungen beigebrachte Formular geschrieben sein, und werden nur angenommen, wenn die Caution gestellt ist.

6) Die Entscheidung, ob und welchem Bewerber der Pacht zu übertragen sei, erfolgt innerhalb drei Wochen, vom Tage der Einreichung der Angebote an gerechnet, durch das Gr. Staatsministerium.

Während dieser Zeit bleibt jeder Bewerber, bis die Vergebung erfolgt ist, an sein Angebot gebunden.

Sofort wird denjenigen, welche den Pacht nicht erhalten haben, die Caution zurückgegeben.

Carlsruhe, den 8. December 1852.

Großh. Badisches Ministerium des Innern.
Frhr. von Marschall.
L. Stösser.

Christliche Festgeschenke.

Kirchheim & Schott in Mainz empfehlen nachstehende ausgezeichnete Werke ihres Verlags zu Festgeschenken und sind dieselben in allen Buchhandlungen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz zu haben: [2743]

Hahn-Hahn, Ida Gräfin, ein Büchlein vom guten Hirten. Eine Weihnachtsgabe. 8. 1 fl. 12 kr. od. 20 Sgr.
— — die Liebhaber des Kreuzes. 2 Theile. 8. 3 fl. 30 kr. od. 2 Rthlr.
— — Unserer Lieben Frau. Zweite Aufl. Miniatur-Ausgabe in engl. Einb. 1 fl. 30 kr. od. 26 Sgr., geh. 54 kr. od. 16 Sg.
— — Von Babylon nach Jerusalem. Zweite Aufl. 8. 2 fl. od. 1 Rthlr. 5 Sgr.
— — Aus Jerusalem. Zweite Auflage. 8. 1 fl. 30 kr. od. 26 Sgr.

Redwitz, O. v., Amaranth. Fünfzehnte Aufl. Min.-Ausgabe in engl. Einbande. 2 fl. 42 kr. od. 1 Rthlr. 18 Sgr., geh. 1 fl. 45 kr. od. 1 Rthlr.

Redwitz, O. v., Gedichte. Dritte Aufl. Min.-Ausgabe mit dem Porträt des Verfassers in Stahlstich, in engl. Einb. 2 fl. 42 kr. od. 1 Rthlr. 18 Sgr., geh. 1 fl. 45 kr. od. 1 Rthlr.
— — Ein Märchen. Vierte Auflage. Miniatur-Ausgabe, mit einem Stahlstiche, gezeichnet von Fährich, gestochen von Stöber, in engl. Einb. 1 fl. 45 kr. od. 1 Rthlr., geh. 1 fl. od. 18 Sgr.
— — Ein Märchen. Dritte Auflage. 8. Ausgabe in engl. Einbande 2 fl. 6 kr. od. 1 Rthlr. 6 Sgr., geh. 1 fl. 12 kr. od. 21 Sgr.

Schlosser, J. F. H., die Kirche in ihren Liedern durch alle Jahrhunderte. 2 Theile. gr. 8. cart. 7 fl. od. 4 Rthlr.

Vortheilhaftes Anerbieten

[2796] **für englische Familien.**

Einzelne Damen, welche sich längere Zeit in Deutschland aufhalten und in dem Besuch bei einer anständigen Familie zu wohnen wünschen oder ihre Kinder der sorgfältigsten Pflege anvertrauen wollen, finden dazu in Offenbach (½ Stunde von Frankfurt) passende Gelegenheit.

Eine gebildete Dame, welche in England verheirathet gewesen, der englischen, französischen und deutschen Sprache durchaus mächtig, ist bereit, Kindern den erforderlichen Sprachunterricht zu ertheilen, und sändet dazselbe auch Gelegenheit, durch tüchtige Privatstunden jeder Anforderung an weiteren Unterricht Genüge zu leisten.

Ihre Wohnung hat die gesundeste Lage und bietet alle wünschenswerthen Bequemlichkeiten.

Nähere Auskunft bei der Expedition dieser Blätter.

---

34. Braunschweiger Lotterie.

Gewinne: fl. **87,500, 52,500, 35,000** ꝛc.

Ziehung 1ter Klasse am 16. und 17. December.

½ Loos à fl. 7. ⅓ à fl. 3½, ¼ à fl. 1. 45 kr. und ⅛ à 53 kr.

[2756]

---

123. Frankfurter Lotterie.

Gewinne: fl. **200,000, 100,000, 40000** ꝛc.

Ziehung 2ter Klasse am 29. December.

½ Loos à fl. 20, ¼ à fl. 10, ⅛ à fl. 5 und ½ à fl. 2. 30 kr. — Plane und Ziehungslisten gratis.

Moritz Stiebel Söhne, Hauptcollecteurs,
Schnurgasse Nr. 56 in Frankfurt a. M.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nr. 300.) 16. December 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 16. Dec. Nach einer Dresdener Mittheilung in der „Kasseler Zeitung" wäre die Verlobung des sächsischen Thronfolgers, Prinzen Albert, mit der Prinzessin Caroline v. Wasa am 5. d. M. in aller Form begangen worden.

w **Frankfurt**, 16. Dec. Heute findet eine Sitzung des großen Raths statt, in welcher die weitern Schritte in Folge der neulichen Vorgänge zur Sprache kommen dürften. Gutunterrichtete wollen bezweifeln, daß in nächster Zeit weitere Wahlen zur Besetzung der vacanten Rathsstellen vorgenommen werden. — Mit dem 20. December endet die sechswöchige ordentliche Sitzungsperiode der gesetzgebenden Versammlung, ohne daß bis jetzt eine Verlängerung durch den Senat erfolgt ist. Sollte diese Verlängerung unterbleiben, so kann die Versammlung nur auf Einladung des ältern Bürgermeisters zu einer Sitzung zusammentreten.

Die Mittheilung eines hiesigen Blattes, daß demnächst wieder die Senatsdeputation zur Verhandlung mit dem Bunde in das Leben treten werde, ist dahin zu berichtigen, daß diese Deputation seit Jahren besteht und dieses Bestehen zu keiner Zeit unterbrochen war.

Der Liegenzugamtsactuar und Rechnungsführer, Herr Hauptmann Rumpff, ist um seine Versetzung in den Ruhestand und seine Pensionirung eingekommen, welche dem langjährigen pflichttreuen Beamten in vollem Maaße gebührt.

Seit längerer Zeit hatte sich hier eine früher nie gekannte Stille in Beziehung geselschaftlicher Feste in den diplomatischen Kreisen, sowie in den Frankfurter reicheren Klassen bemerklich gemacht. Früher hatten der nunmehr abgezogene k. k. österreichische Bundesgesandte, Graf Thun-Hohenstein, der großbritannische Gesandte Lord Cowley (jetzt in Paris) und die Gräfin v. Bergen ihre Salons der höheren Gesellschaft geöffnet. Diese Stille unterbrach eine gestern Abend von dem königl. preußischen Bundesgesandten, Hrn. Legationsrath v. Bismark-Schönhausen, veranstaltete glänzende Soiree. Die ausgezeichnetste Gesellschaft war zu den reich decorirten Salons vereinigt, und verlief erst in später Stunde das heitere Fest, welches durch die Leistungen des berühmten Streichquartetts der gegenwärtig hier anwesenden Gebrüder Müller noch mehr verschönert wurde.

± **Berlin**, 14. Dec. Die morgen Abend bestimmt erwartete Ankunft Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich an unserm königlichen Hofe, wird in den hiesigen politischen Kreisen allgemein als die Besiegelung der in den Hauptgrundlagen zu Stande gekommenen Einigung zwischen Preußen und Oesterreich in der handelspolitischen Frage betrachtet. Bei den Unterhandlungen, in welche Herr v. Bruck mit den betreffenden hiesigen Beamten eingegangen ist, wird es sich nunmehr herausstellen, ob auch bei dieser Eingehung in die Sache, in Bezug auf die einzelnen Theile der Verständigung, eine Uebereinstimmung, welche den Interessen Preußens wie Oesterreichs in gleicher Weise gerecht ist, zu erzielen sein wird. Die Hauptschwierigkeiten, das steht man voraus, werden sich gerade bei den bevorstehenden speciellen Unterhandlungen ergeben. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß Herr v. Bruck auch ein gewisses Mißtrauen, welches ihm von preußischer Seite in mancher Beziehung entgegentreten wird, zu bekämpfen haben wird. Ob er der Mann ist, es zu beseitigen, muß sich zeigen. Was die Coalitionsstaaten betrifft, so hegt man hier die Besorgniß, daß, wenn auch die Conferenzen mit denselben wieder werden aufgenommen werden, das alte innige Verhältniß Preußens zu denselben sich doch sobald nicht wieder herstellen lasse. — Wie man hört, wird Hrr. v. Prokesch-Osten einstweilen noch hier verbleiben, und Berlin erst nach der Abreise Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich von hier verlassen. Da derselbe mit den hiesigen Verhältnissen durch seine vieljährige Stellung hier vertraut geworden ist, so wird er der Begleiter Sr. Majestät des Kaisers bei dessen Anwesenheit in Berlin sein. Der neue österreichische Gesandte, Graf v. Thun, hat im Allgemeinen in den hiesigen Kreisen einen angenehmen Eindruck gemacht. Derselbe hat schon das voraus, daß er nicht, wie Herr v. Prokesch, in Folge der Politik seit dem Jahr 1850, mit mehreren hiesigen Persönlichkeiten in einem gespannten Verhältnisse steht, mit Persönlichkeiten, zu welchen Se. Maj. unser König eine besondere Anhänglichkeit hat.

P **Berlin**, 14. Dec. Das gestrige Festmahl bei Kroll, zur Feier der Präsidentenwahl, war noch lange nicht von so vielen Abgeordneten besucht, als dem erwählten Präsidenten ihre Stimmen gegeben haben. Im Ganzen war das Fest etwas frostig und nahm schließlich eine wenig erquickliche Wendung durch den Tadel, welchen Graf Dietzen sich genöthigt sah, gegen den Abg. Steinbck auszusprechen, der einen Toast auf die Consequenz der neu eingetretenen Abgeordneten ausgebracht hatte — daß dieser dazu nicht berechtigt, weil er selbst nach Ausweis der stenographischen Berichte nicht immer consequent gestimmt habe. Uebrigens vermimmt man, daß der Staatsminister Uhden wegen körperlicher Schwäche die Verwaltung des Präsidiums nicht weiter führen, und dieselbe bis zum Ablauf seines Provisoriums, an den ersten Vicepräsidenten v. Waldbott-Bassenheim abtreten werde. Der neulich von mir erwähnte Antrag der Fraction Hohenlohe, daß die Commission für Verfassungsveränderung sofort in die Berathung über die Vorlagen des Herrn Ministers des Innern eintrete, ist zurückgezogen, da die betreffende Commission sich constituirt und Sorge getragen hat, daß sofortige Vornahme der Vorlagen beschlossen hat. Die Berathung im Plenum bleibt natürlich, gemäß dem neulich gefaßten Beschluß, ausgesetzt, bis die diesfälligen Beschlüsse der ersten Kammer vorliegen. In Betreff des Graf Renardschen Antrags über baldige Vorlage einer revidirten Sportelgesetzgebung, hat die betreffende Commission den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt, da schon von der Staatsregierung selbst die Initiative in dieser Angelegenheit ergriffen ist und die Vorarbeiten so weit gediehen sind, daß demnächst eine Vorlage zu erwarten steht. — Wie ich höre, ist es wahrscheinlich, daß zum diesseitigen Commissarius, zu Unterhandlungen mit dem Freiherrn v. Bruck, der Unterstaatssecretär im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Generalsteuerdirector v. Pommerseche, ernannt werden wird.

z/* **München**, 14. Dec. Der französische Gesandte am königl. Hof dahier, Herr v. Meneval, hatte heute eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. v. Pfordten, die sich wohl ohne Zweifel auf die Anerkennung des neuen Kaisers bezog. Es ist die Anerkennungsangelegenheit jedenfalls noch nicht ganz geregelt, denn der erwähnte Gesandte hat bis jetzt seine neuen Beglaubigungsschreiben hier noch nicht überreichen können und in Folge dessen verkehrt derselbe mit unserer Staatsregierung auch fortwährend nur in officiöser Weise. — Gestern Abend ist das Herz des verstorbenen Herzogs von Leuchtenberg aus St. Petersburg hier eingetroffen, um in der Hauskapelle des herzogl. Palais demnächst beigesetzt zu werden. Ueberbracht wurde das Herz durch den kaiserlich russischen Generaladjutanten, Grafen Alfbus. — Am kommenden Freitag wird in der Sitzung des obersten Gerichtshofs die Nichtigkeitsbeschwerde zur Verhandlung kommen, welche der Anwalt des Verlegers der „Weser-Zeitung" gegen das vom Schwurgericht für Oberbayern gegen die genannte Zeitung gefällte Contumaciaurtheil erhoben hat. — Die militärischen Uebungen der hiesigen Garnison, die bei der schönen Witterung, die wir bisher hatten, fast täglich fortgesetzt wurden, sind auch jetzt, wo Frost eingetreten, noch nicht ausgesetzt, denn erst heute Morgen bei 6 bis 8 Grad Kälte hat wieder ein kleineres Manöver stattgefunden.

* **Aus Kurhessen**, 14. Dec. Die Wiederanstellung des Obergerichtsraths a. D. v. Bischoffshausen hat in allen Kreisen die freudigste Theilnahme erregt, da derselbe nicht allein für einen sehr tüchtigen Juristen gilt, sondern auch durch seinen redlichen festen Charakter die allgemeine Achtung genießt. Soll man einem Gerüchte Glauben schenken, so dürfte auch die baldige Wiederanstellung des Obergerichtsraths a. D. v. Carlshausen in der Kürze erfolgen, welches Ereignis von seinen zahlreichen Freunden mit Ungeduld erwartet wird. Möchten die tüchtigen Kräfte derselben dem Staatsdienste nicht mehr länger entzogen bleiben.

Kiel, 11. Dec. Soeben erscheint eine Verordnung, welche von der Leite, mit der beide Herzogthümer bisher umschlungen waren,

abermals einen Ring definitiv löst, nachdem er bereits seit der Schlacht von Idstedt provisorisch abgenommen war. Es ist dies die gemeinsame schleswig-holsteinische Examinationscommission für Candidaten der Theologie, die 1834 errichtet wurde. **Vom 1. Juni** 1854 an soll aber eine solche für Schleswig allein ins Leben treten, auf einem Appellationsgerichtsrathe, dem Generalsuperintendenten und einem dänischen und deutschen Probste bestehend. Die zuzulassenden Candidaten müssen des Dänischen und Deutschen mächtig sein und in beiden Sprachen auch ihre Probepredigten halten. Hier ist nichts weniger als die versprochene Gleichberechtigung der Sprachen gewahrt, da drei Mitglieder der Commission der dänischen und nur eines der deutschen Nationalität und Denkweise angehören. Äußerdem ist die Kieler Universität, welche doch dem Januarpatent zufolge bleiben soll, dadurch gemeinschaftlich ist, dabei ganz übergangen. — Die Zahl der jetzt hier Studirenden beträgt etwa 100, das heißt 42 weniger als im letzten Semester. Die vielen leerstehenden Katheder sind natürlich die Ursache hiervon. Zum eiligsten Ersatze der entlassenen Nationalökonomen war man in Kopenhagen — wir wissen dies — fest entschlossen, und der akademische Senat war bereits aufgefordert, Vorschläge zu machen. Allein die Vorgeschlagenen scheinen nicht die genügende „Garantie" zu bieten. — Dieser Mangel an „Garantie" scheint überhaupt unsere Regierung in große Verlegenheit zu setzen, dergestalt, daß sie heute Decrete erläßt und morgen wieder aufhebt. Dies geschah soeben bei der Senatorenwahl, die, kraft unseres Localstatuts, von den Stadtverordneten zu geschehen hatte, allein unser Minister verordnete, daß sie durch Selbsterganzung stattfinden solle. Man war nun hier im Begriff, dem Befehl pünktlich nachzukommen, als derselbe plötzlich wieder aufgehoben wurde, wahrscheinlich aus Besorgniß, daß aus der Urne der Selbsterganzung ein Schleswig-Holsteiner herausspringen könnte. Man wird daher erst noch zuvor dem Collegium in einem echt dänischen Bürgermeister auch eine dänische Seite einzuhauchen suchen. — Unsere sonst so stille Stadt ist kürzlich ein Gegenstand scharfen Augenmerks für die strafrichterliche Polizei geworden, und zwar wegen communistischer Schriften eines gewissen Althusen. Die Existenz dieses Mannes in unserer Stadt erfuhren wir fast erst durch die auswärtigen Zeitungen; indessen ist seine seltsame Thätigkeit begründet, ja er jetzt schon seit gezaumer Zeit jährlich cirrea 2000 Thlr. für sie aufs Spiel, denn er ist ebenso wohlhabend als parador — Der frühere Obergerichtsrath Kamphövorner wird in Ehrenbreitstein den Kobienz eine Richterstelle erhalten, nachdem er auch bereits im Hannoverschen Aussichten zu einer Anstellung hatte. Er ist der 71. schleswig-holsteinische Beamte, die im Preußischen eine neue Existenz gefunden. (K. R.)

§ **Wiesbaden**, 15. Dec. Bei der am 12. d. M. stattgefundenen Ergänzungswahl des hiesigen Gemeinderaths und Bürgerausschusses wurden folgende Bürger gewählt: 1) In den Gemeinderath: Christ. Zollmann, Kaufmann J. J. Möhler, Ph. Schramm, Chr. Weil, Ph. Aufstätter, Louis Krempel, Wilh. Eichhorn, Wilh. Rücker, G. Ph. Bird, Georg Hahn, Friedrich Hahn. 2) In den Bürgerausschuß: Oberlehrer Lang, Friedr. Schaad, Heinrich Thon, Conrad Sengel, Jsaak Levi, H. Hartmann, Procurator Cramer, Med.-Assessor Oberndreimer, Joseph Bertram, Hofgerichtsrath Zeckeln, penf. Hauptmann Keller, Collaborator Pollad, W. Hildebrand, Georg Hofmann, Dr. med. Huth, W. Wirsacher, Oberlehrer Frip, Badewirth Hönick, Dr. Lade, C. Herrmann, Fr. Dörr, Aug. Bauer, Apotheker Schellenberg, Kupferschmied Wörner, Bäcker Göb, Ph. Herber, August Haßler, Gastwirth Schmidt, Schreiner Hauser, Ehrirurg Feldner, Instrumentenmacher Mathes, Ph. Ziegler, Schuhmacher Ellmer, Director Thomä, Revisionsrath Wagner, Oekonom Wirth, Lorenz Petri, Heinrich Heiland, Jacob Cramer, Jonas Thon, Philipp May, Lehrer Mauß, Samuel Lowenberg, Oekonom Born, Friedr. Hohn, Conrad Haus, Jacob Feucht, Johann Seewald, Christian Blum, Wilhelm Walther, Friedr. Thon, Georg Bier, Phil. Fischer, Friedr. Hahn. Einige noch nicht eingegangene Namen werden wir nachtragen.

Schwerin, 11. Dec. Die confessionelle Streitfrage ist auf dem Landtag zur Entscheidung gekommen. Herr v. Lücken auf Zahrenstorff suchte in einem längeren Dictamen darzuthun, daß die rechtliche Stellung der Landesbriche, wie sie durch die im Sinne der Regierungsmaßnahmen abgefaßte Schrift: „Die katholische Religionsübung in Mecklenburg-Schwerin", dargestellt werde, eine irrthümliche und unbegründete sei, und beantragte: Stände möchten Vorstellungen an den Landesherrn abstatten, damit der Artikel XVI der Bundesacte in Mecklenburg zur Wirklichkeit und größerer Religionsfreiheit eingeführt werde. Nach lebhafter Debatte wurde sowohl die Uebergabe des Dictamens an ein Comite verweigert, als auch ausgesprochen, daß seine Veranlassung wäre, auf den darin gestellten Antrag einzugehen. Es sei hierbei erwähnt, daß Hr. v. Lücken sich als ein eifriger Anhänger der Baptisten in mehrfachen Differenzen mit dem Gouvernement befunden hat. Der Kammerherr v. d. Kettenburg hatte bekanntlich durch den engeren Ausschuß proponiren lassen, es möge seitens der Stände eine Principalintervention in Verfolgung des „durch die Ausweisung des Priesters Holzammer verletzten verfassungsmäßigen Rechtes" oder eine ständische Vertretung zur Eröffnung des Rechtsweges stattfinden. Gestern wurde hierüber ein Majoritätsgutachten des Justizcomites verlesen und nach lebhafter Discussion beschlossen, daß Stände sich nicht veranlaßt sehen könnten, dem Gesuche zu entsprechen. Die Billigung der Regierungsmaßnahmen ist hiermit ausgesprochen.

** **Gotha**, 12. Dec. Vor einigen Tagen ist der am 6. d. M. zu Dresden im 62. Jahre verstorbene königl. sächsische Regierungsrath Frieder. Eberhardt hier beerdigt worden, da er dies in rührender Anhänglichkeit an seine Vaterstadt vor seinem Verscheiden gewünscht hatte. Sämmtliche Behörden der hiesigen Stadt geleiteten ihn zur Gruft, und ebenso viele Privatpersonen. Eberhardt hat während seiner frühern Dienstzeit viele wohlthätige und gemeinnützige Anstalten hier gegründet, so die Sonntagsschulen, der Kunst- und Gewerbeverein ze. — Die Redaction des „Allgemeinen Polizeianzeigers" soll von Dresden hierher verlegt werden.

Schweiz.

X* **Von der Aar**, 13. Dec. Die hiesige Regierung ist von der Behörde im Jura benachrichtigt worden, daß die Mission, welche Anlaß zu den Debatten im großen Rath gegeben, nicht von den Jesuiten, sondern von den Redemptoristen in Besançon ausgegangen sei. — Der Staatsrath von Freiburg hat die conservativen Wahlen von Semsales, Remaufens und Besensens cassirt. — Ueber die gegen Zybach geführte Untersuchung wird bis jetzt das tiefste Schweigen beobachtet. — Die abgetretene radicale Redaction des „Solothurner-Blatts" gibt von Neujahr an den „Solothurner Landboten" heraus.

Italien.

†† **Turin**, 9. Dec. Dem Unterrichtsminister Gibrario ist in der zweiten Kammer eine Unannehmlichkeit passirt; er mußte seinen Antrag auf einen Supplementcredit von 25,000 Fr. für die Schulen auf der Insel Sardinien zurücknehmen, weil sich der gleiche Posten schon im genehmigten Budget vorfand. Die Oppositionsblätter tadeln diese Nachlässigkeit. — In Genua ist der Patriarch von Antiochien, Nikolas di Tanari, eingetroffen; er kommt mit dem Dampfboot „Dante" von Livorno. — Die neueste Statistik des Königreichs erweist eine bedeutende Zunahme der Bevölkerung Savoyens; die 8 Provinzen Chablais, Faucigny, Carouge, Genevois, Maurienne, Haute-Savoye, Savoye Propre und Tarentaise enthalten 509,000 Seelen, so daß es recht eine ansehnliche Departement, wie ein radicales Nachbarblatt witzelt. — In Evian hat die Polizei ein römisches Werkbeet entdeckt, welches in der benachbarten Schweiz gute Geschäfte machte. — Beim Schließen meines Briefes erfahre ich, daß der Präsect des theologischen Nationalcollegiums, P. Napoleon Monti, wegen Theilnahme an Gioberti's Exequien vom Bischof a divinis suspendirt wurde. Vorgestern hat man die „Gazzetta del popolo" wegen Angriffs auf eine befreundete Regierung mit Beschlag belegt.

Das sardinische Ausgabebudget für 1853 ist zu 146,814,073 Fr. und die Staatseinnahmen zu 107,481,870 Fr. veranschlagt. Es ergibt sich demnach ein Deficit von mehr als 30 Millionen. Gegen voriges Jahr haben sich die gewöhnlichen Ausgaben um 754,000 Fr. vermindert, die außerordentlichen um 8,246,872 vermehrt; dagegen weisen die Einkünfte eine Zunahme von 5,586,250 Fr. aus. Im Ganzen hat sich der Staatsschuld im folgenden Jahre mit Deckung eines Deficits von 47,500,000 Fr. zu befassen. Der Finanzbericht des Grafen Cavour, wird der „A. Z." geschrieben, ist nichts weniger als rosenfarben. Wenn man nur spärte! Statt dessen folgen Ernennungen auf Ernennungen, Dank der Stellenjägerei, die ein Erbübel aller Parteiregierungen ist. Und im Departement des Krieges, wo die einträglichsten Ersparnisse stattfinden sollten, verlangt man hartnäckig auf den alten Forderungen. Man bemüht sich Kriegsfälle vorauszusehen und will Niemand nicht überrascht werden lassen, als ob bei europäischen Conflicten ein paar tausend Mann Piemontesen mehr oder weniger den Ausschlag geben würden! Was das Anlehen betrifft, so fühlt man die bittere Nothwendigkeit, nur verdrießt die Vorliebe Cavours für Anlehen im Auslande, da bisher im Innern jedes Anlehen noch auftam. Auch sieht man noch nicht recht klar, wie es mit dem letzten Anlehen zugegangen. Dem Hause Hambro war eine Commissionsgebühr von ein und einem Bruchtheile Procent zugebilligt, aber zwei Procent bezahlt worden. Rothschild empfing statt zwei drei Procent Commission. Die Beziehungen Cavours zu den großen europäischen Häusern in seinen Privatspeculationen legen ihm Rücksichten auf, die nicht gefallen wollen, auch haben einige Turiner Bankiers, die jedermann als Agenten Cavours kennt, in letzter Zeit rasch, zu rasch Vermögen gewonnen.

Frankreich.

Paris, 13. Dec. Der Kaiser hat, wie es heißt, dem Bittgesuche seiner Base Mathilde Demidoff (seiner Tochter Jerome's), als kaiserliche Prinzessin in die Dotation aufgenommen zu werden, nicht willfahrt. — Das Verschwinden des Obersten und eines Escadronschefs vom 1. Lanzierregiment soll seinen Grund in einer etwas derben Art ihres Entlassungsbegehrens (Zerbrechen der Säbel) haben. Noch Einigen befinden sich jetzt beide Ermittlärs im Abtei-gefängniß, nach Andern sind sie in ihren Heimatgemeinden interniert worden. — Von Herrn Thiers coursirt wieder ein Bonmot: „Il y a deux mois, je disais l'empire est fait; aujourd'hui, j'affirme que la guerre est declarée." — Die belgische Presse scheint durch das neue Gesetz doch nicht so ganz gebunden zu sein; sie bringt seit einigen Tagen in langen Fortsetzungen die beißendsten Skographien der neuen Marschälle St. Arnaud und Magnan.

† **Paris**, 14. Dec. Einem Berichte des „Monteur" aus Rom zufolge hat dort die Proclamirung des französischen Kaiserthums die beste Aufnahme gefunden. Als die Kunde daselbst eintraf, empfing der Papst den französischen Gesandten, um alles unständlich von ihm zu vernehmen, und zeigte große Befriedigung über die in Saint Cloud gehaltene Rede. Am Abend war großer Empfang im Hotel der französischen Gesandtschaft. Die Salons waren sehr besucht und viele römische Principe und Mitglieder des diplomatischen Corps hatten sich eingefunden. Am folgenden Tag wurde in der St. Ludwigskirche ein Tedeum gesungen, welchem alle gegenwärtig in Rom anwesenden französischen Bischöfe beiwohnten. Die ganze französische Gesellschaft, das Personal der Gesandtschaften und alle in Rom wohnenden Franzosen erschienen bei der Feierlichkeit; die französische Besatzung war durch Deputationen vertreten. Nachher große Revue auf dem Corso; der Gesandte erschien dabei zu Pferd an der Seite des General Goyon. Auf der Piazza Colonna, am Fuße der Antoninussäule, versammelte der General die Officiere um sich und hielt eine Ansprache an dieselben. Dann wurde das die Wiederherstellung des Kaiserthums promulgirende Decret verlesen und von den Truppen mit wiederholtem Vive l'Empereur! erwidert. Das militärische Schauspiel hatte eine ungeheure Menschenmenge angezogen; die Straßen waren überfüllt, alle Balkons und Fenster dicht besetzt. Abends gab der General Goyeau den Officieren und decorirten Unteroffizieren ein Fest und bei dem Gesandten, Grafen v. Rayneval, war großes Bankett. — Auch die Desertcure der Handelsmarine sind durch kaiserlichen Decret amnestirt. — Dem Ministerium ist ein Concessionsgesuch für eine Bahn von der Magdalenenkirche nach der Bastille übergeben worden. Die Bahn soll über der gegenwärtigen Straße und in der Luft hängend angebracht werden.

Großbritannien.

‖ **London**, 13. Dec. Abends. Im Hause der Gemeinen wurde heute eine große Anzahl der Petitionen aus verschiedenen Theilen von London und aus andern Orten gegen die Hausteuer und das Budget im Allgemeinen überreicht. Mehrere an den Schatzkanzler gestellte Fragen über Einzelheiten seiner Finanzentwürfe erklärte derselbe erst bei der Discussion der betreffenden Kapitel beantworten zu wollen. Hierauf ging das Haus wiederum über das Budget ins Comite. Davison als Vertreter der großen Handelsstadt Belfast unterstützte mit großer Wärme die Vorschläge des Schatzkanzlers. Aber eben so warm wurden dieselben von Cobden bekämpft, der die Ansichten des Vorredners durch den Einwand zu entkräften suchte, daß dessen Wähler kein Interesse bei der Frage haben, weil Irland von den vorgeschlagenen Belastungen ausgenommen sei. Cobden sprach dann mit großer Ausführlichkeit gegen die beabsichtigte Vermehrung der Abgaben, die den Ackerbauinteressen nur auf Kosten des allgemeinen Besten zu gute komme, und stellte in Abrede, daß das Budget Disraeli's auf den wahrhaften Freihandelsprincipien beruhe, wie er dieselben verstehe. Als die Post abging, sprach Lord J. Manners gegen Cobden. — Der „Advertiser" will wissen, die Minister hofften zuversichtlich ihr Budget durchzubringen. Sie suchten die Debatte im Unterhaus so lange als möglich hinauszuziehen, um des Landes Meinung zu vernehmen und dadurch noch manchen Unentschiedenen im Hause für ihre Seite zu gewinnen. Der freihändlerische „Globe" meint dagegen, nach der Rede von Sir Charles Wood am vorigen Freitag müsse der Schatzkanzler mit seinen Amtsgenossen „Sauve qui peut!" rufen; sie habe kein Budget Disraeli's den Gnadenstoß gegeben. Möglich aber auch, daß die Indifferenz seiner Collegen den Schatzkanzler sammt seinem Budget ruhig fallen läßt.

Griechenland.

* **Athen**, 7. Dec. An der türkisch-griechischen Grenze haben sich große albanesische Räuberbanden angesammelt. Man fürchtet eine Gewaltsame Verletzung des griechischen Gebiets.

Amerika.

Neuyork, 1. Dec. Es ist hier wieder eine ungeheure Goldladung im Werth von 2,742,499 Dollaren aus Californien angekommen. Die Mittheilungen aus dem Goldlande sind sehr erfreulich. Anstatt daß die Goldausbeute, wie von vielen Seiten vorausgesagt war, im Abnehmen begriffen wäre, steigt dieselbe von Tag zu Tag. Im October wurde für 5,500,000 Dollare Gold ausgeführt, die größte Summe, welche die Exporttabellen eines Monats nachweisen. In den Mad-Or-Gruben wurde ein Goldklumpen gefunden, der über neun Pfund wiegt. Ueberdies sind die Geschäfte in San Francisco wieder besser und in den Feuerlöschanstalten schreit man auch die erwünschten Fortschritte gemacht zu haben, da vier abschließlich gelegte Feuersbrünste sofort gelöscht wurden. — Die Botschafter des Präsidenten sind am 6. Dec. in Washington gelesen werden.

— Der Dampfer „Mississippi" hat bereits die japanische Expedition angetreten; die andern Schiffe folgen bald nach. — Daß man in Washington den Collision mit Spanien vermeiden will, zeigt ein Brief des Präsidenten Fillmore, worin er in Betreff des Vorfalls mit der Crescent City sagt, die Eigenthümer und Commandeure dieses oder irgend eines amerikanischen Fahrzeugs würden sich sehr täuschen, wenn sie im Vertrauen auf den nachträglichen Beistand der nordamerikanischen Regierung eine Landung in Cuba erzwingen, oder irgend eine den cubanischen Behörden mißliebige Handlung begehen würden. Die Regierung werde sich durch solche eigenmächtige Schritte von Individuen weder compromittiren lassen, noch auch verpflichtet fühlen, für dieselben mit der Regierungsflagge einzustehen.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Düsseldorf, 11. Dec. Sichrem Vernehmen nach ist die Eröffnung der Düsseldorf-Rachener Eisenbahn definitiv auf den 20. d. M. festgesetzt worden.

b **Gotha**, 13. Dec. Nach Localberichten werden die Vorarbeiten zu der projectirten, von Göttingen bis zur thüringischen Eisenbahn zu leitenden hannover-thüringischen Verbindungsbahn mit dem Beginne des nächsten Frühjahrs in Angriff genommen, da auf persönliche Verwendung unsers Regierungspräsidenten Heß vom preußischen Handelsministerium die Erlaubniß zur Vornahme jener Arbeiten auf der preußischen Strecke ertheilt worden ist. Auf diesem und hannoverschem Gebiete werden dieselben, dem Vernehmen nach, auf Staatskosten ausgeführt werden. In den von der projectirten Bahnlinie berührten Städten zeigte sich für den Bauplan eine rege Theilnahme, und einige der betreffenden preußischen Gemeinde haben sich zu neuen Geldopfern behufs des Nivellements bereit erklärt.

Handel und Industrie.

§ **Wetzlar**, 9. Dec. Nach einer amtlichen Mittheilung haben im Frühjahr und im Herbst, bis zum 1. Decemberd. J., 668 Schiffe die preußische Lahn befahren. Nur ein Theil derselben war zu Berg betrachtet und brachte 1800 Ctr. Gyps, 50,745 Ctr. Steinkohlen, 1300 Ctr. Dachschiefer, 150 Ctr. feuerfeste Steine und 1100 Stück tannen Dielen; dagegen betrug die Ausfuhr 309,749 Ctr. und zwar: 18 000 Ctr. Braunsteine, 238,322 Ctr. Eisensteine und 53,427 Ctr. Mastesteisen. Dieses Ergebniß hat insofern die Erwartung übertroffen, als die Schiffahrt auf dem nassauischen Gebiet noch sehr beschwerlich und keineswegs sichergestellt ist. Noch in diesem Herbst mußten 40 Schiffe, welche von hier abgegangen, ihre nach dem Rhein bestimmte Fracht in Weilburg ausladen, weil die Weiterreise zu gefährlich schien. Auch Hessen ist noch mit dem Leinpfad zurück, so daß zwischen Wetzlar und Gießen die Schiffahrt noch nicht einmal eröffnet ist. Die Gewinnung des Braunsteins wird durch England in der Nähe von Tiefenbach betrieben und versperrt diese Ausfuhr beträchtlich zu werden. Während die kleinen Wasserstandes in den Sommermonaten sind aber unsere Eisensteine der Weser-Mainbahn zum Weitertransport in großen Quantitäten zugeführt worden und würde es von Interesse sein, wenn die Bahndirection in diesen Blättern mittheilen wollte, wie hoch sich die Masse der aus Wetzlar erhaltenen Eisensteine belaufe.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 15. Dec. 4½ pCt. Rente 106. — 3pCt. do. 82, 45. — 5pCt. Piemont 99, 50. — 3pCt. Span. 44. — 1pCt. do. 23½. (Spnd.)

London, 15. Dec. 3pCt. Consols 100 ex div. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 23½. — 5pCt. Hambro 95. (Spnd.)

Madrid, 10. Dec. 3pCt. 43⅞. — 1pCt. Neue 23½. (Spnd.)

Antwerpen, 15. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. 92½. — 2½pCt. Belg. 57⅛. — 3pCt. Span. ind. 43⅛. — 1pCt. do. 23⅞. (Spnd.)

Amsterdam, 15. Dec. 2½pCt. Integr. 66. — 4pCt. Certifik. 98. — 3½pCt. Spnd. 93¾. — 5pCt. Russ. ind. Anl. Lopz 92¼. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 91¾. — 3pCt. Spanischer ind. 42¹¹/₁₆. — 1pCt. do. Neue 23⅞. — 5pCt. Silber-Metall. 92¼. — 5pCt. Metall. 79¹/₁₆. — 2½pCt. do. 41. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschk.

Thüringische Eisenbahn.

Die am 1. Januar 1853 fälligen Zinscoupons unserer Prioritäts-Obligationen, sowie die früher fällig gewesenen und noch nicht zur Einlösung gekommenen Zins-Coupons und Dividendenscheine werden: 1) in Erfurt bei unserer Hauptkasse,
2) in den an der Bahn gelegenen Städten bei unseren dortigen Einnehmern,
und vom 1: bis zum 31. Januar l. J.:
3) in Berlin bei den Herren Breest & Gelpcke,
4) in Dessau bei dem Herrn J. H. Cohn,
5) in Frankfurt a. M. bei den Herren M. A. von Rothschild & Söhne,
6) in Leipzig bei der Leipziger Bank,

des Vormittags in den gewöhnlichen Geschäftsstunden bezahlt.

Die Zahlung ad 2 kann nur nach vorheriger Anmeldung erfolgen.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 29. April d. J. bringen wir nochmals zur öffentlichen Kenntniß, daß die Capitalbeträge folgender ausgelooster Prioritäts-Obligationen bei unserer Hauptkasse noch nicht erhoben, resp. noch zu erheben sind:

1) Aus der Verloosung vom 21. April 1849:
Serie B. Nr. 259. 1137. 1348.
2) Aus der Verloosung vom 17. April 1850:
Serie C. Nr. 493. 4678.
Serie D. Nr. 3708. 3730. 3735. 6038. 7902. 9086.
3) Aus der Verloosung vom 26. April 1851:
Serie B. Nr. 627. 1187.
Serie C. Nr. 3734. 5230.
Serie D. Nr. 2023. 2566. 7593. 9021. 8595. 9162.
4) Aus der Verloosung vom 29. April 1852:
Serie A. Nr. 43. 72.
Serie B. Nr. 830. 908. 1351.
Serie C. Nr. 1518. 1837. 1867. 2256. 2616. 2667. 2677. 3291. 3919. 4013. 5458. 6522. 6856. 7327. 7396.
Serie D. Nr. 332. 896. 4085. 4783. 5192. 6308. 6383. 6757. 6968. 7122. 7575. 7732. 7900. 7917. 9448. 9531. 9737.

Erfurt, den 11. December 1852.

Die Direction
der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft.

[2801]

Alle diejenigen, welche auf den Genuß des vom sel. Herrn Doctor Beyer gestifteten, ehemals Beyer und Lauterbachischen, dermalen erledigten jährlichen Legats gerechten Anspruch zu machen vermeinen, werden hierdurch ersucht, ihr vermeintliches Recht innerhalb sechs Wochen bei Endesunterzeichneten legal einzubringen, nach deren Verlauf der Genuß demjenigen wird zugestanden werden, der das Erforderliche gehörig erwiesen und nach der Stiftungsurkunde dazu geeignet befunden sein wird.

Frankfurt a. M., den 10. December 1852.

Von Beyer'scher Curatel wegen:
J. P. Eymann,
Verwalter im Braunfels dahier.

[2759]

Der erste feische geräucherte Winterlachs bei **Allani-Mineprio.** [2803]

[2783] **Gute-Verpachtung.**

Zur Verpachtung der angefähr 780 Acker haltenden mit Schäferei versehenen Kurfürstlichen Domäne Lippoldsberg an der Weser, vom 1. Mai 1853 an auf zwölf Jahre, ist zweiter Termin auf

Montag den 3. Januar l. J.,
Morgens 10 Uhr,

in das Local der unterzeichneten Behörde zu Kassel bestimmt, wozu Pachtliebhaber mit amtlichen Nachweisungen über Vermögen und sonstige Qualification versehen, sich einfinden wollen.

Kassel, am 9. December 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium,
Abtheilung für die Domänen.
Biedenhold, L. R.
vdt. Schnhardt.

[2771] **Edictaladung.**

Auf Antrag des hiesigen Bürgers und Handelsmannes Moritz Sonnenberg werden alle diejenigen, welche an das von ihm käuflich erworbene, aber abhanden gekommene Achtloos 6ter Klasse der hiesigen 122sten Lotterie, Nr. 1589, Lit. L., auf dessen ganze Nummer bei der Ziehung am 11. October 1852 ein Gewinn von fl. 1000 gefallen ist, Ansprüche zu machen haben, hiermit aufgefordert, dieselben

binnen drei Monaten

dahier zu erheben, bei Vermeidung, daß nach Ablauf dieser Termins das gedachte Achtelloos für kraftlos erklärt werden wird.

Frankfurt a. M., den 8. December 1852.

Stadt-Amt I.
Dr. Pfarr. Dr. Antoni, Act

[1612] **Oeffentliche Ladung.**

Die am 15. April 1749 getaufte hiesige Bürgerstochter Anna Maria Pfeil, über deren Ableben ein glaubhafter Nachweis nicht erbracht werden kann, oder deren etwaige Leibeserben — ferner die etwaigen noch dem Jahre 1725 geborenen Kinder des am 27. April 1686 getauften, noch nicht als verstorben in die Todtenbücher eingetragenen hiesigen Bürgers und Weinschröders Johann Carl Friedrich Pfeil, oder deren Leibeserben werden hiermit aufgefordert, sich bei unterfertigtem Gerichte

binnen sechs Monaten

zu melden, beziehungsweise zu legitimiren, indem sonst nach fruchtlosem Ablaufe dieser Frist die Anna Maria Pfeil für todt und ohne Leibeserben verstorben erklärt und angenommen werden soll, der genannte hiesige Bürger und Weinschröder Johann Carl Friedrich Pfeil sei ohne Stunterlassung von weiteren sich bei ihm bei hiesigem Gerichte eingetragenen Leibeserben verstorben.

Frankfurt a. M., den 16. August 1852.

Stadtgericht II.
Schöff Dr. Reiß.
Dr. Leykauf, Secr. Bic.

Cours der Staats-Papiere. 16. December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.b.Roths)	96	G.	Baden.	fl. 35 Loose v. 1845	33½ bez. ⅓ G.	
»	5% M. v. J. 1851 Ser. B	96	G.	Kurhessen	40 Thlr. L. b. Rothsch.	33½ P. ⅓ G.	
»	5% do. v. J. 1853 L. a(1)	95½ P. 95 bez. 94⅞ G.		»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	50½	P.
»	5% L. V. (C.b. Roths)	92	bez. u. G.	Gr. Hessen	4% Obligationen	102	G.
»	5% do. Metall. C.B. L.B	87¼	G.	»	4% dito b. Rothsch.	98½	G.
»	Bank-Actien .	1395	bez. u. G.	»	3½ % dito b Rothsch.	92½	G.
»	5% Metallig. Oblig	82½ P. 82	G.	»	fl. 50 Loose . . .	91½	P.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	82¼	bez. u. G.	»	fl. 25 Loose . . .	32	P.
»	5% dito 1834	81⅞, 82 bez.		Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch	103½	P.
»	4½% ditto	73⅞ bez ⅜ G.		»	4% dito	99⅝	G.
»	4% dito	65	G.	»	3½ % dito	91⅝ P. ¾ G.	
»	3% dito	48⅜	G.	»	fl. 35 Loose . .	29½ P. 28⅞ G.	
»	2½% dito	42	G.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	93½ P. ⅛ G.	
»	1% dito	18⅜	P.	»	3½% » v. 1846	94½	G.
»	Mail.-Como-fl. 14-L.	11⅛ P. 10⅞ G.		»	3% » »	85⅞ P. ½ G.	
»	fl. 250 Loose b. Roths.	120	P.	»	Taunusbahnact. .	306 P. 304 G.	
»	fl. 500 » ditto	194½	G.	Rustland	4½% Obl. b. Baring	102½	P.
»	4½% Oblig. b. Roths.	89½ P. 79⅞ G.		»	4% Obl. b. Hope & S.	92½	G.
»	4% » »	71¼	P.	»	fl. b. Stieglitz »	91	G.
Preussen .	3½% Staatsschuldb.	94 P. 93⅜ G.		Polen . .	4% Oblig. de fl. 300	92½ P. 92	G.
»	Coin-Mind. E.-Actien	117⅜	G.	Spanien	3% Inl. Sch. P. £ 3.30	44 P. 43⅝½ ⅞ bez. u. G.	
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101¼	G.	»	4% » Neue » »	23⅝ ⅛, ⅛, ⅛, ⅛ bez. u. G.	
»	4½% ditto	101⅜	G.	Holland	4% Certificate .	97⅛	G.
»	4% ditto	96½ P. ¼ bez.		»	2½% Syndicats .	95½	G.
»	4% Abtis.-Rente .	96⅛	P.	»	2½% Integrale .	65¼	G.
Sachsen .	4½% Oblig. b. Rothsch.	101⅜	G.	Belgien .	4½% Obl. inP. à 83Fr	99⅞	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	99½ P. 1⅛	G.	»	4% Obl. in Fr. à 80 kr.	94½	G.
»	5% Priorit.-Oblig .	103¼	G.	»	3½% Obl. d. Rothsch.	87⅜	G.
Wurtemb	4½% Oblig. b. Roths.	101⅞	G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	87⅜	P.
»	3½% ditto	90⅛ P. ½	G.	»	3% Obl. b. Hambro	58½	P.
Baden . .	5% Obligationen .	102	G.	»	Sardinische Loose .	41¼	G.
»	4½% Obligationen	102⅜	G.	Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Golds.)	101⅛ P. ⅜ bez. u. G.	
»	3½% v. 1842 . . .	91½ P. ⅛	G.	»	5% p 1851 b. Bastogi (de.)	97½	G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	67	G.	Mexanika	6% Stocks Holl. fl. 50.	117⅜	P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 16 December	Per comptant.	
Amsterdam . . k.S.	100½ B. 100 G.	
(100 fl. Crt.)	3M.	—
Augsburg . . k.S.	120 B. 119½ G.	
(100 fl. Crt.)	3M.	—
Berlin . . . k.S.	105⅛ B. 104½ G.	
(60 Thlr.)	3M.	—
Bremen (50 fl.) k.S.	97⅜ B. 96⅝ G.	
Brtish. L. Lador.	3M.	—
Hamburg . . k.S.	89 G.	
(100 Mk. Bc.)	3M.	—
Leipzig . . . k.S.	105 B. 104½ G.	
London . . . k.S.	118 B. 117⅞ G.	
(10 Livr. St.)	3M.	—
Lyon . . . k.S.	94⅛ B. 93⅝ G.	
(300 Fr.)	3M.	—
Mailand (300 fl.	100 B	—
Lir. Austr.)	3M.	—
Paris . . . k.S.	94⅛ B. 93⅝ G.	
Wien (100 fl.) k.S.	104½ bez. G.	
im 24 20 Fl.)	3M.	103⅛ B. u. 30% 104 bez. u. G.
Disconto . . .	2¼ B.	

Gold und Silber.

Pistolen . . . à 9	41-42
Pr. Friedrichsd'or » 9	54-55
Holl. 10fl. Stücke » 9	49-50
Rand-Ducaten . » 5	56½-57½
20 Francsstücke » 9	22
Engl. Sovereigns » 11	48
Gold al Marco »	382-83
A. Frankenthaler » 2	20½-21
Preuss. Thaler » 1	45-1/4
Preuss. Cassa-Sch. 1	45-1/4

Druck von August Osterrieth.

№ 301. — Freitag — den 17. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereinsgebiet von Frankfurt 8 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postvereinsgebiets 9 fl. 45 kr. = 1 Thlr. 24½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 3 fl. 30 kr. C. M., oder 1 Thlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übrigische Länder nimmt Herr H. R. Heitz in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris bas Notre-Dame de Nazareth Nr. 39, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/5 Bogen) mit Gesetzlichkeit oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Zur orientalischen Frage.

II.

** Vom Main, 15. Dec.

Die heutige Nummer der „Frankfurter Postzeitung" enthält einen, „zur orientalischen Frage" überschriebenen, beachtungswerthen Artikel. Das Ländchen Montenegro wird darin als einer der vorzüglichsten Factoren der nächst zu erwartenden politischen Zerstzung des Osmanischreiche in Europa bezeichnet. Gewiß ist, daß sehr ernstliche Verwickelungen dem herausfordernden Auftreten des von Rußland als unabhängigen Souverän anerkannten jungen Fürsten von Montenegro, der Pforte gegenüber, entspringen können. Ist das Gebiet, welches er beherrscht, auch nur ein kleines, so macht doch die eigenthümliche Beschaffenheit seiner Gebirgsnatur, die niegebrugte Freiheitsliebe und die oftbewährte Tapferkeit seiner Bewohner, sowie die Vereinzelung der Wohnstätten — indem jede Familie inmitten ihres Besitzthums in einem besondern, ziemlich gut befestigten Gehöfte weilt — eine Bewältigung des Landes durch fremde Eroberer wo nicht unmöglich, doch außerordentlich schwer. Sie wissen, daß Montenegro — dessen Ausdehnung und Bevölkerung bisher zu gering angegeben wurde — nach den neuesten und sichersten Entnehmungen auf 95 bis 100 geographischen Geviertmeilen zwischen 80,000 und 100,000 Seelen in den fast unzugänglichen Bergschluchten und auf den Hochebenen des Kara Dagh (slawisch: Czerna gora oder Schwarzgebirg), eines Zweiges der dinarischen Alpen, birgt. Die eben erwähnten Hochebenen steigen bis zu 4000 Fuß über den Seespiegel an, während die in gleicher Höhe sie überragenden Gipfel und Kämme des Gebirgs zu den steilsten, verwittertsten und rauhesten der ganzen gewaltigen Kette gehören, die sich von den Meralpen bei Toulon bis zum Hämus oder Balkan, am schwarzen Meere, erstreckt. Ein regelmäßiger Krieg auf diesen Hochebenen gehört zu den Unmöglichkeiten, weil hier nicht von langgedehnten oder breiten Flächen die Rede sein kann. Die montenegrinischen Bergebenen sind nichts als mehr oder weniger große theils flache, theils sanft geneigte Hochwiesen, ähnlich gewissen Landschaften in den graubündnerischen Thälern des Prättigau, des Schalfik, des Gruob, Taweisch, Brin ꝛc., von einander getrennt durch tiefe, von wilden Bächen durchströmte Schluchten, wo man oft mehr als eine Stunde braucht, um von der einen Höhe zur andern — auf denen man sich gegenseitig sehen und mündlich unterhalten kann — zu gelangen. Wie soll da ein der Gegend unkundiges bewaffnetes Corps vordringen, wo für Geschütz und Wagen keine Wege vorhanden sind, wo auf allen Seiten sich steile Abgründe öffnen, wo große, düstere Wälder unvorhergesehende Gefahren bereiten und wo die nackte Lehne des Grenzgebirgs eben sowohl hilfreiche Zuzüge als jeden Rückzug unmöglich macht. Das nahe adriatische Meer selbst kann in den letztgedachten Beziehungen von keinem Nutzen sein. Der hier und da vor oder zwischen den steil abfallenden Felsen sich bietende schmale Küstensaum ist entweder unter Steintrümmern begraben, oder durch Moor und Kunst unzugänglich, immer verödet und von benachbarten Höhen beherrscht, also zu Landungspunkten um so weniger geeignet, als überall in der Nähe gerkäftete, größtentheils unerfreigliche Felsmassen sich erheben, zwischen denen man nur stufenweis durch finstere Schluchten bis zu den Hochebenen vorzudringen vermag. Dieselben Schwierigkeiten bieten sich auch, und vielleicht in einem noch höhern Grade, längs der Ostgrenze gegen die Morara, welche Montenegro größtentheils von Albanien scheidet, wo undurchdringliche Wälder, mit steilen Felswänden abwechselnd, natürliche, furchtbare Festungswerke bilden. — Die politische und administrative Eintheilung des Landes Montenegro ist äußerst einfach. Es scheidet sich in fünf Nahien oder Bezirke, deren jeder von einem vom Volke gewählten Vorsteher verwaltet wird. Die ganze Verwaltung dieses zeitweisen Vorstehers beschränkt sich allein auf die Erhebung einiger geringen Abgaben, die theils in Geld, theils in Naturgegenständen entrichtet werden. An der Spitze aller Behörden des Landes stand früher ein geistliches Oberhaupt, Wladika (Bischof) genannt; das jetzige weltliche ist seit kurzem von Rußland als unabhängig (von der Pforte) und als „Souverän" anerkannt worden. Dieser neue europäische Herrscher, abstammend von der angesehenen Familie Negosch, hat den Namen Daniel I. angenommen, und somit den früheren demokratisch theokratischen Staat Montenegro in einen monarchischen verwandelt. Seine Residenz hat er gewöhnlich in einem stark befestigten Kloster zu Cetigne (Tschetin), steht aber jetzt an der Spitze eines Heeres von etwa 6000 Mann in der Nähe von Podgoriza *), um die gegen sein Land gerichteten Angriffe der Türken abzuwehren, und die Völkerschaften in der Nähe von Montenegro für sich zu gewinnen. Die Bewohner des letztern gehören zum westslawischen Stamm, sind fast durchgehend Bezahirten und bekennen sich zur griechischen Kirche. Von Jugend an in den Waffen geübt, zu fanatischem Widerstand gegen die Osmanli aufgestachelt, von stolzem, kühnem, unbändigem Wesen, zu Ueberfällen und Raubzügen abgerichtet, sind die Montenegriner ein sehr kriegerischer, abgehärteter, unerschrockener Volksstamm, eines jener Elemente des Staatslebens, das gewaltige Trümmer oder neue Reiche zu erzeugen vermag. Da vom 16. bis zum 60. Jahre alle Männer dort waffenfähig sind, so würde dem Fürsten Daniel nicht schwer werden, ein 16,000 Mann starkes Heer ins Feld zu stellen.

*) Kleine türkische Festung am linken Ufer der Morača, welche sich weiter unten bei der Feste Tschabisch (die sich schon in den Händen der Montenegriner befindet), in den Skutarisee ergießt. Podgoriza ist acht Wegstunden von Cetigne entfernt. Tschabisch bildet, als frühere Hauptstadt der alten Fürsten Serbiens, eine glänzende Epsode in den serbischen Gesängen, namentlich dem berühmten Gedichte: „die Hochzeit des Iwan Gernerevic mit der Tochter des Dogen von Venedig." Der Ort hat bloß 50 Häuser; das Fort ist nicht groß, aber, rings von Wasser umfließen, schwer einzunehmen. Es wurde als ein sehr wichtiger strategischer Punkt der türkischen Morakadegränze betrachtet. Die Türken erhielten die Nachricht von der Einnahme Tschabisch durch einige Kanonenschüsse der Festung Skutari, auf Veranlassung des dortigen Beyers, worauf sich das Volk in Masse erhob und gegen die Angreifenden marschirte. Auch wurden geeignete Vorkehrungen getroffen, daß die Bewohner der benachbarten Gebirge sich sammeln. Ein Bericht über die montenegrinischen Angelegenheiten geht soeben über Triest vom 11. d. M. ein; danach ist der Bruch zwischen Montenegro und der Türkei vollständig.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 16. Dec. Wie neulich der „Württemb. Staatsanzeiger", so meldet jetzt auch die „Kasseler Zeitung", daß Frhr. v. Bruck nach Berlin nicht allein die Vorschläge Oesterreichs, sondern auch die der Coalition überbringe. Ersteres Blatt bringt heute noch folgendes Mähren, das es als vollständig verbürgt bezeichnet: Zunächst, sagt es, beziehe sich die Sendung des Herrn v. Bruck, der mit sehr ausgedehnten Instructionen nach Berlin abgereist ist, darauf, eine weitere Annäherung des zollvereinsländischen und des österreichischen Zolltarifs anzubahnen, zu welchem Ende die Manufactur- und Fabrikatenzölle des Zollvereins von Seite Preußens erhöht werden sollen. Ferner wird Herr v. Bruck dem königl. preußischen Cabinet in Bezug auf den Vertrag A der Darmstädter Vereinbarung die entgegenkommendsten Propositionen stellen und zugleich auf den Termin für die später einzutretende Handelseinigung verzichten, wogegen man aber von Preußen erwartet, daß es von seinem Grundsatze der Priorität des Zollvereinsabschlusses abgehen und den Handelsvertrag mit Oesterreich bis auf den Punkt der Ratification feststellen werde. Hiernach dürfte es also feststehen, daß der Zollverein nicht gesährdet, sondern fortbestehen wird, woraus sich aber von selbst die Unzulässigkeit jener Angaben herausstellt, nach denen

die süd- und mitteldeutschen Staaten einerseits mit Preußen und anderseits mit Oesterreich einen Handelsvertrag abschließen sollten.

☿ **Berlin**, 14. Dec. Im Vordergrunde der Ereignisse mag heute wohl die Zollfrage stehen, aber sie ist nicht das Wichtigste. Man muß das Auge weiter öffnen und auf Ereignisse mit europäischen Tendenzen und mit der breiten Unterlage von weltpolitischer Bedeutung richten, um dasjenige zu bemerken, was hier heute mehr beschäftigt, als diese Einzelfragen. Wir stehen den Kreisen, in denen sich die bewegenden und leitenden Gedanken formen, zu fern, um Genaues wissen zu können, Keinem aber kann das entgehen, daß es die aus den französischen Zuständen gefolgerten Eventualitäten sind, welche gerade jetzt von dem großen legitimistischen Lager Europa's überlegt werden und auch hier zu ernsten Berathungen Anlaß geben. Gestatten Sie freundlichst einigen Andeutungen Raum, die nichts sein wollen, als ein Echo der Meinungen, welche in der Nähe entscheidender Stellen laut wurden. Als nach zwei Menschenaltern die bedrohte Legitimität ihre Heere über die französischen Grenzen sandte, da verkündete ihr Kommen eine Proclamation, welche, abgesehen von ihrer ganzen sittlichen und staatsrechtlichen Bedeutung, ein Schlag in das Gesicht der damals herrschenden Anschauungen war, jener Anschauungen, denen Klopstock Oden gewidmet hat und für welche Schiller zu derselben Zeit noch dichtete. Das geistige Leben jener Periode, so weit es auf dem Boden des Volksthums stand, hielt sich wenigstens von der Politik der Cabinete gesondert, wenn es ihr nicht sogar opponirte. Das geschichtliche Recht, die verblühten Satzungen der Jahrhunderte, das sonderbare und unverständliche Gemisch von tiefer Weisheit und lächerlichem Rococo stand damals den jungen „Menschenrechten", der großen Begeisterung für noch nicht geklärte und zündende Ideen gegenüber. Heute — nun ist die ganze Sachlage nicht in das Gegentheil umgeschlagen? Ist es nicht heute eine Fülle von verschiedenen Parteien, welche sich alle in dem Gedanken der Opposition gegen Frankreich begegnen? Die Demokratie, welche unter dem autokratischen Kaiser seine demokratischen Formen und seine socialen Reformen ignorirt, die constitutionellen Fractionen, die mit dem Staatsstreiche den Kaiser verurtheilt haben, die legitimistische Partei, die den Usurpator nie verwinden wird? Und wer steht gegen diese Parteien, gegen diese Presse, diese Tribünen, diese Antipathien der Cabinete und der Völker? Ein Mann, der die öffentliche Meinung vergebens zu galvanisiren sucht, ein Mann, der nichts hat als Bayonnete, auf welche sich zu stützen stets gefährlich ist, ein Mann, dessen Geist gerade unerschöpflich genug ist, um hinter dem Heute immer wieder ein überraschendes und ansprechendes Morgen errichten zu können, der sich aber vergebens bemüht, eine freiwillige und lebendige Geschichte in Fluß zu bringen .... Das ist das Raisonnement in Kreisen, die wohl mit den Intentionen der Legitimität und ihren Plänen vertraut sind: es wirft ein helles Licht auf die Bedeutung der jetzt so viel verbreiteten und wohl auch viel geglaubten Gerüchte über die geheimen Rüstungen einer neuen heiligen Allianz, über nur eventuelle Anerkennung des neuen Kaisers u. s. w. Die Ankunft des Kaisers von Oesterreich in Berlin zu derselben Zeit, wo gerade diese französische Frage so lebhaft erörtert wird, ist bezeichnend.

* **Berlin**. Die rasche Nachfolge, welche das Beispiel des Königs von Neapel in Anerkennung Napoleons III. seitens der westlichen Staaten, namentlich Englands, gefunden hat, scheint in den politischen Kreisen der preußischen Hauptstadt wenig Beifall zu finden. Die Kreuzzeitung hat zuerst ihrem Grolle Worte gegeben, und zwar nicht eben sanfte: „Kaum heimgekehrt, sagt sie, von der Leichenfeier des greisen Helden, der das Kaiserthum des ersten Napoleon nach St. Helena verlegte, und dem es noch am Spätabend seines Lebens keine Ruhe ließ, die Gestade der grünen Insel vor dem Erbfeind seines Volkes zu schirmen; kaum heimgekehrt von dieser Feier ist es, wie es scheint, der eiligste Gang Lord Malmesbury's, der Erste nach dem letzten bourbonischen König das neue Kaiserthum mit „Herzlichkeit" willkommen zu heißen und damit eine Politik Lügen zu strafen, die, wie es uns bedünken will, von bessern Männern erdacht, Europa (England nicht ausgeschlossen) zu Anfang dieses Jahrhunderts vor dem Schicksal bewahrt hat, in französische Präfecturen abgetheilt zu werden. Und welches sind die Gründe, die Lord Malmesbury zu diesem in der englischen Geschichte unerhörten Schritt bestimmten? Es ist, um es kurz und nackt auszusprechen, die Anerkennung der Volkssouveränetät in ihrer rohesten, demagogischsten Gestalt; eine Anerkennung, die in dem Munde eines englischen Staatsmannes aus der Schule der Tories keine andere Deutung zuläßt, als die der diplomatischen Unwahrheit oder der Desperation." Gleich unfreundlich über die vom Grafen Malmesbury vorgeschobenen Motive äußert sich ein Berliner Correspondent der „Allgemeinen Zeitung" und fährt dann fort: „Man glaubt, dem englischen Ministerium seine Eile besonders deßhalb verdenken zu müssen, weil die vier Großmächte stillschweigend, wenn auch nicht förmlich übereingekommen waren, in dieser Angelegenheit gemeinschaftlich zu handeln. Die Verabredung war allerdings eventuell: nämlich für den Fall, daß der neue Kaiser der Franzosen sich weigern sollte, die ihm vorangehenden Regierungen und Tractate nach ihrem ganzen Umfang anzuerkennen. In Folge der durch die Gesandten Ludwig Napoleons in St. Petersburg, Wien, Berlin und London abgegebenen Erklärungen konnte England in dieser Angelegenheit verfahren, wie ihm gutdünkte, nur war kein Grund zu so übermäßiger Eile vorhanden. Die englische Diplomatie wird für uns immer etwas Räthselhaftes haben, ihre großen Ziele und Zwecke wird dieselbe unter einem Malmesbury ebenso fest im Auge behalten, als unter einem Palmerston." Dem letzten Gedanken ist in einem Berliner Schreiben des „Nürnb. Corresp." bestimmtere Gestalt gegeben, indem darin auf ein in den politischen Kreisen Berlins circulirendes Gerücht hingewiesen wird, nach welchem zwischen der englischen und der französischen Regierung gewisse auf Italien bezügliche Verabredungen getroffen sein sollen. Der thatsächliche Umstand, daß Herr Prokesch v. Osten die Mission in Rom erhalten hat, wird damit in Zusammenhang gebracht. So weit man in Berlin, sagt der Berichterstatter schließlich, über die Stimmung in den leitenden Kreisen in Paris unterrichtet ist, erachtet man auch dort die Situation für sehr ernst und glaubt an nahe bevorstehende Ereignisse.

Breslau, 11. Dec. Gestern sind hier ein Graf v. Pfeil und ein Gardelieutenant v. Rochow von der evangelischen zur katholischen Kirche übergetreten. (A. Z.)

Schweiz.

☰ **Aus der Schweiz**, 14. Dec. In Folge der von der französischen Regierung und dem Senat der freien Stadt Frankfurt, in dem Criminalverfahren gegen den bisherigen Grimselwirth Zybach bei dem Regierungsrath von Bern gestellten Anträge, ist zur allseitig umfassenden Leitung desselben ein eigener Untersuchungsrichter bestellt worden. Was man in der den Dr. Wohlfahrt, von Frankfurt a. M., und die beiden Brüder Leonard, von Paris, im Besondern betreffenden Angelegenheit noch weiter erfährt, ist das Folgende: Die drei eben Genannten hatten Nachmittags das Grimselhospiz verlassen und sich nach Obergestelen, in Wallis, begeben, wo sie übernachteten. Am nächsten Morgen brachen sie ohne Führer, aber in Gesellschaft einiger Maulthiertreiber, die eine kleine Strecke weit mit ihnen denselben Weg verfolgten, nach dem Griesgletscher auf, um über denselben (der flach ist und ohne Gefahr selbst mit Pferden beschritten wird) nach dem piemontesischen Pommat- oder Formazzathal (dessen Bewohner bis Foppiano oder Unterstald deutsch sprechen) sich zu begeben. Noch ehe sie den Gletscher erreichten, trafen sie mit einem italienischen Krystallhändler zusammen, gegen den sie sich äußerten, sie wollten im obersten Theil des Eginenthals botanisiren und am Gerenhorn, dem Rhonegletscher und der Maienwang vorüber zur Grimsel zurückkehren. Von da an weiß man nichts mehr von ihnen. Ihre Baarschaft, die sie bei sich trugen, soll gegen 2000 Fr. in Gold betragen haben. Sobald ihr Verschwinden bekannt wurde, thaten die Verwandten, namentlich Hr. Hermann Heinrich Wohlfahrt, in Frankfurt a. M., alles Mögliche, um über ihr Schicksal Gewißheit zu erlangen. Die französische Gesandtschaft in Bern erhielt von ihrem Ministerium Instruction, alles anzuwenden, was zur Entdeckung dieses räthselhaften Verschwindens beitragen könne. Die einflußreichsten Männer des Kantons Wallis interessirten sich für die Sache; der Bundesrath that das Mögliche; alle Personen, welche irgendwie etwas wissen konnten, der Grimselwirth Zybach, der Wirth in Obergestelen u. A. wurden amtlich verhört; man setzte bedeutende Belohnungen aus für den, welcher sichere Mittheilungen über das Schicksal der Verschwundenen machen könne; keine Mühe, kein Opfer wurde gescheut, alles vergebens.

Schweden.

Stockholm, 7. Dec. Seit gestern ist über das Befinden des Königs kein Bulletin mehr ausgegeben worden, da derselbe sich in fortschreitender Besserung befindet. Auch hat die Interimsregierung bereits das Einstellen der kirchlichen Fürbitten für die Genesung des Königs angeordnet.

Neueste Nachrichten.

Wien, 13. Dec. Aus Petersburg sind vorgestern Depeschen eingetroffen, welche gestern Morgen durch den kaiserl. russischen Botschaftsrath, Herrn v. Fonton, dem hiesigen Ministerium des Aeußern übermittelt wurden. Herr v. Fonton hatte bei dieser Gelegenheit eine längere Conferenz mit dem Grafen Buol, deren Gegenstand aller Wahrscheinlichkeit nach die Angelegenheit von Montenegro war. Heute Abend verlassen zwei Cabinetscouriere die Stadt, und zwar bringt der eine Depeschen nach Konstantinopel für Herrn v. Klezl, der andere nach Petersburg für den Grafen v. Mensdorf. — In der Besetzung des Botschafterpostens in Konstantinopel ist bis jetzt noch keine Veränderung getroffen wor-

Digitized by Google

den. Graf Rechberg dürfte demnach diesen Posten nicht abgeben, und es handelt sich nunmehr darum, die Zeit zu bestimmen, wann derselbe seine Reise antreten wird, worüber sich aber vor der Hand, und zwar insbesondere mit Rücksicht auf die Angelegenheiten in Montenegro, nichts Zuverlässiges behaupten läßt. — Marschall Graf Radetzky, dessen Ankunft in Wien als nahe bevorstehend gemeldet wurde, wird, wie ich höre, erst zu Ende dieses Monats und zwar in Familienangelegenheiten nach Wien kommen. — Graf Chambord reist am 18. d. M. nach Venedig ab. (Lpz. Z.)

* **Wien**, 14. Dec. Die „Oesterreichische Correspondenz" sagt: Ein im Auslande cursirendes Gerücht in Betreff eines neu bevorstehenden Staatsanlehens ist als ganz grundlos anzusehen.

* **Berlin**, 15. Dec. Die heutige „Zeit" bestätigt die Nachricht von dem bevorstehenden Besuche des Kaisers von Oesterreich am preußischen Hofe, doch ist, wie sie vernimmt, der Tag der Ankunft noch nicht festgesetzt. Nach Mittheilung der „N. Pr. Z." aus Wien, wird der Kaiser heute aus Wien abreisen und sich über Prag und Dresden hierher begeben, und soll ein gegenseitiges Einvernehmen über die gemeinsame Haltung Frankreich gegenüber der Hauptzweck der Reise sein. — Das genannte ministerielle Organ („die Zeit") will in seinem heutigen Leitartikel die Berechtigung einer katholischen Fraction in der zweiten Kammer nicht anerkennen. Der Ministerpräsident hat, wie die „Nationalzeitung" vernimmt, mit einigen Mitgliedern dieser Fraction eine Unterredung gehabt, die indeß zu keinem befriedigenden Resultat geführt haben soll. Die „Deutsche Volkshalle" sagt in Bezug auf diese Fraction: „Sie unterscheidet sich von den sonst in den Kammern vorfindlichen Parteien dadurch, daß sie nicht von vornherein eine gewisse Stellung für oder gegen das Ministerium einnimmt und dadurch zu der Rechten oder Linken hintritt, sondern daß sie bei jedem einzelnen zur Berathung kommenden Gegenstande auf dem Grunde ihrer Ueberzeugungen, die in dem katholischen Christenthum beruhen, zu Werke geht." Der erwähnte Artikel der „Zeit" beweist jedenfalls, daß die Katholiken durch die von ihnen eingenommene Stellung eine größere Bedeutung in der Kammer haben, als ihre Gegner ihnen einräumen möchten. — Die noch immer schwache Bethmann-Hollwegsche Fraction hat sich in letzter Zeit durch einige Mitglieder der Rechten recrutirt.

⁄ **Köln**, 15. Dec. Gestern sind die übrigen im Communistenproceß Verurtheilten bis auf Leßner, welcher der Cassation wegen noch hier bleiben muß, mit der Mindener Eisenbahn forttransportirt worden. Wohin? weiß man bis jetzt nicht. — Die Fortsetzung der rheinischen Eisenbahn bis ans Trankgassenthor und an den Freihafen nähert sich der Vollendung. Von dem neuen Brückenbau verlautet einstweilen nichts Näheres.

Altenburg, 16. Dec. Die von dem Vorstand des Ministeriums, Grafen Louis v. Beust, eingereichte Demission ist von dem Herzog angenommen worden.

‡ **Paris**, 15. Dec. General Baron Fagel wurde gestern vom Kaiser in den Tuilerien empfangen, um seine neuen Creditive als Gesandter der Niederlande zu überreichen. — Der „Moniteur" enthält die Anzeige, daß der großherzogl. hessische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Baron v. Dalwigk, dem Bevollmächtigten von Frankreich officiell angezeigt hat: Se. königl. Hoh. der Großherzog von Hessen habe die Nachricht von der Proclamirung des Kaiserreichs mit der größten Befriedigung vernommen, und beabsichtige, die seit einigen Jahren in Wegfall gekommene Legation des Großherzogthums in Paris wiederherzustellen. — Durch Decret des Kaisers vom 9. d. M. ist der Abbé Ginoulhiac, Generalvicar des Bisthums Air, zum Bischof von Grenoble ernannt worden, und zwar an die Stelle des zum ersten Kanonikus des kaiserl. Kapitels von St. Denis beförderten Msgr. Philibert v. Bruillard; ferner ist Abbé Daniel zum Bischof von Coutances ernannt, an die Stelle des ebenfalls in das kaiserliche Kapitel von St. Denis berufenen Msgr. Robiou de la Trehonnais. — Kraft eines andern Decrets des Kaisers heißt die seither unter dem Namen „republikanische Garde" in Paris verwendete Gendarmerie nunmehr „Garde von Paris"; ebenso sind die zwei Bataillone mobiler Gendarmerie in „Gendarmerie d'Elite" umgetauft.

Die Arbeiter der Bannmeile, welche bei dem Einzug Ludwig Napoleons in Paris, als er von der Südreise zurückkehrte, am Eingang der Tuilerien eine Ehrenpforte errichtet hatten, beabsichtigten ein Modell der letzteren in Silber anfertigen zu lassen und dem Kaiser zu verehren. Dieser hörte davon und lehnte in einem Schreiben an die Arbeiter das Geschenk in bestimmter Weise ab. Hierauf begnügten sich die Arbeiter, eine Ergebenheitsadresse zu übersenden, auf welche der Kaiser erwiderte:

„Palast der Tuilerien, 11. Dec. 1852. Meine Herren, ich kannte bereits die Gesinnungen, welche Sie persönlich gegen mich hegen, aber die warmen Versicherungen, welche Sie mir nun wieder in diesem Bezug geben, rühren mich darum nicht weniger. Wenn ich Sie gerne versichern höre, daß ich in den Werkstätten und Wohnungen der Armen viel Freunde habe, so seien Sie in derselben Weise versichert, daß die, welche arbeiten, und die, welche leiden, auf mich zählen können. Napoleon."

Der Senat hat auch in seiner heutigen Sitzung die Verfassungsmodificationen berathen; diese Arbeit wird voraussichtlich noch einige Sitzungen in Anspruch nehmen.

** **Madrid**, 10. Dec. General Narvaez hat von der Regierung den Befehl erhalten, die Hauptstadt sofort zu verlassen und sich nach Wien zu begeben. Seine Mission dahin ist in einem Ministerrath von langer Dauer beschlossen worden und soll darin bestehen, daß der General die Militärarchive Oesterreichs prüft und eine Denkschrift darüber für die Regierung abfaßt. Als General Narvaez den Befehl zur Abreise erhalten hatte, eilte er zum Kriegsminister Urbina, mit welchem er eine lange Conferenz pflog. Er erklärte, wie immer, sei er auch jetzt bereit, die Befehle der Königin zu vollziehen, aber er bedürfe 24 Stunden, um die nöthigen Reiseanstalten zu treffen. Diese Frist wurde ihm zugestanden. Heute früh hat sich Narvaez nach Aranjuez begeben; Nachmittags um 4 Uhr ist er hier zurückerwartet und wird am Abend die Hauptstadt verlassen. Die Regierung hat dem General einen Adjutanten und 6000 Piaster Reisegeld zur Verfügung gestellt. — Heute hieß es, Urbina und Ezpeleta würden wahrscheinlich aus dem Cabinet treten. Als Ersatzmänner nennt man Pezuela, Colonge, Zapatero und Baron v. Mer. Auch sollen aus Barcelona beunruhigende Nachrichten eingelaufen sein; doch ist dies mit Vorsicht aufzunehmen.

‡ **London**, 14. Dec. Auch in der gestrigen Sitzung ist die Debatte über Disraeli's Haussteuer noch nicht bis zum Votum gediehen.

† **Turin**, 12. Dec. Der kaiserl. österreichische Gesandte, Graf Apponyi, ist bereits hier eingetroffen. Der scheidende königl. preußische Gesandte, Graf v. Redern, hat den großen Cordon des Mauritius-Lazarus-Ordens erhalten. Der Finanzminister hat den Kammern Gesetzentwürfe über die Regelung des Staatsrechnungswesens und des Zoll- und Handelsrechts überreicht. Die Pfarrer von Villareggia und San Giusto sind, angeblich wegen unziemlicher Reden gegen die Regierung, in Haft genommen worden.

Börsenberichte.

Frankfurt, 16. Dec. Oesterreichische Fonds waren auch heute, wie an der gestrigen Wiener Börse, gefragter; 5pCt. Metall. waren 82 pCt. G., $4\frac{1}{2}$pCt. Metall.; bis zu $73\frac{3}{4}$ gemacht, schlossen $73\frac{11}{16}$ pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. 92 pCt. G., Wiener Bankactien 1396 fl. G, 500 fl. Loose $194\frac{1}{2}$ pCt., 250 fl. Loose 119 pCt. Spanische Fonds schlossen, nach mehreren stattgehabten Fluctuationen, beinahe wieder wie gestern; von 1pCt war der niedrigste Cours $23\frac{1}{2}$, der höchste $23\frac{7}{8}$, und blieb derselbe zuletzt $23\frac{11}{16}$ pCt. G.; 3pCt. Inländische, bis zu $43\frac{7}{8}$ pCt. bezahlt, waren zuletzt ebenfalls mehr angeboten. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn zu 50pCt. offerirt, Verbach $99\frac{1}{4}$ pCt. G., Köln-Minden $117\frac{3}{4}$ pCt. G., Taunus 304 fl. G. Alle übrigen Papiere waren wieder gut preishaltend. — Abends in der Effectensocietät waren spanische Fonds wieder in flauer Stimmung; 1pCt. Neue wurden von $23\frac{9}{16}$ abwärts bis zu $23\frac{3}{8}$ verhandelt und schlossen $23\frac{3}{8}$ à $\frac{7}{16}$ pCt. Oesterreichische waren mehr gefragt.

Berlin, 15. Dec. Staatssch. $94\frac{3}{8}$ Brf., $93\frac{7}{8}$ G. — Köln-Minden 118 à $118\frac{1}{4}$ bez. — Fr.-W.-Nordb. $46\frac{1}{4}$ à $45\frac{7}{8}$ bez.

Paris, 15. Dec. $4\frac{1}{2}$pCt. Rente 106. — 3pCt. 82, 45. — Neapol. 107. — 5pCt. Neue Oesterr. $98\frac{3}{4}$. — Span. neue Diff. $22\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$. — 3pCt. $50\frac{1}{2}$. — Innere Schuld $42\frac{1}{2}$, 43, $\frac{1}{4}$, $\frac{3}{4}$, 44. — Passive —. — Bankactien 2900. — Piemont 5pCt. 99, 50. — Römisches Anlehen Juni 1850 $96\frac{3}{4}$. — do. 1850 $96\frac{3}{4}$. — St. Germain-Eisenbahn 1140. — Versailles, linkes Ufer 352, 50. — Straßburg-Basel 365. — Nordbahn 885. — Paris-Straßburg 810.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 16. Dec. 5pCt. Metall. $94\frac{7}{8}$. — 5pCt. do. B. $109\frac{1}{4}$. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 $94\frac{1}{8}$. — $4\frac{1}{2}$pCt. do. $84\frac{3}{4}$. — Bankactien 1352. — 250 fl. Loose 138. — London 11 fl. 8 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. $105\frac{1}{4}$. — K.-F.-Nordb. —. — Livorno-Florenz 100. — Siena-Empoli $69\frac{1}{2}$. — Paris $133\frac{3}{8}$. — London in Triest 11 fl. 11 kr. — Silber $13\frac{1}{2}$. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2812] Dem Unterzeichneten sind heute Morgen folgende drei Wechsel gestohlen worden: 1000 fl. gezogen von A. H. Dumaß hier am 28. October auf Otto Kolligs pr. 28. Januar 1853; 1000 fl. gezogen von E. G. Zimmermann in Hanau am 5. November auf de Neufville-Mertens & Comp. pr. 15. Februar 1853, und 6000 fl. gezogen am 6. December von Hoeslin & Fischler in Wien auf B. Metzler sel. S. & Consorten pr. 6. März 1853. Da bereits alle Vorkehrungen getroffen sind, um die Einlösung dieser Wechsel zu Gunsten Unberechtigter zu verhindern und dieselben zu amortisiren, so wird Jeder vor deren Ankauf gewarnt. Zugleich verspricht der Unterzeichnete demjenigen, welcher ihm die fraglichen Wechsel zurückstellen wird, unter Verschweigung seines Namens eine gute Belohnung.

Frankfurt a. M., 16. December 1852.

S. S. Amschel,

Allerheiligenstraße 64.

[2802]

K. K. Oestreichische
5pCt. Staats-Anleihe
vom Jahr 1851 (Serie B.), und
Convertirungs-Obligationen.

Von dem hohen **K. K. Oestreichischen Finanz-Ministerium** sind wir beauftragt,

die am 1. Januar 1853 fälligen Zinsen

der am hiesigen Platze verzinslichen Obligationen der Serie B. des K. K. Oestreichischen Staats-Anlehens vom Jahr 1851 und der hier verzinslichen Convertirungs-Obligationen wie bisher auszuzahlen.

Wir bringen demnach zur öffentlichen Anzeige, daß die Auszahlung besagter Zins-Coupons nach dem Verhältnisse von fl. 6 hiesiger Währung für fl. 5 im 20 fl. Fuße an unserer Casse geleistet wird.

Frankfurt a. M., den 15. December 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2464]

Serienverloosung

wegen Abtragung von Gr. Hessischen A- und 3½procentigen Obligationen auf Inhaber betreffend.

Durch die gesetzlicher Bestimmung gemäß heute weiter stattgefundene Verloosung behufs der allmäligen Abtragung der zur Ausnahme des Bedarfs für die Provinzialstraßen-Neubauten von uns ausgefertigten Obligationen auf Inhaber, so wie auf Namen, sind folgende zur Rückzahlung berufen worden:

1) Die unterm 15. Februar 1841 ausgefertigten 4procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. B. Nr. 4 bis 5, 11 bis 15, 21 bis 25, 41 bis 45, 121 bis 125, 196 bis 200, jede à 1000 fl.
Lit. B. Nr. 361 bis 370 jede à 500 fl.

2) Die unterm 1. Juli 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. B. Nr. 136 bis 140, 456 bis 460, jede à 1000 fl.

3) Die unterm 15. Februar 1841 ausgefertigten 4procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. C. Nr. 21 bis 25, jede à 1000 fl.
Lit. C. Nr. 741 bis 790, jede à 100 fl.

4) Die unterm 1. Juli 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. C. Nr. 521 bis 530, jede à 500 fl.

5) Die unterm 1. Juli 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. D. Nr. 1 bis 3, 28 bis 30, 58 bis 60, 67 bis 69, 82 bis 84, 100 bis 102, 127 bis 129, 133 bis 135, jede à 1000 fl.
Lit. D. Nr. 187 bis 192, 229 bis 234, 259 bis 264, 295 bis 300, 367 bis 375, 391 bis 396, 409 bis 414, jede à 500 fl.

6) Die unterm 1. Juli 1845 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:
Lit. D. Nr. 534 bis 536, 567 bis 569, jede à 1000 fl.
Lit. D. Nr. 611 bis 616, 689 bis 694, jede à 500 fl.
Lit. D. Nr. 731 bis 754, jede à 100 fl.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung in Kenntniß, die Beträge derselben zwischen dem 24. und 30. Januar l. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinscoupons bei der Staatsschulden-Tilgungskasse dahier oder für deren Rechnung bei dem Banquierhause M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt a. M. um so gewisser zu erheben, als solche in Gemäßheit des Art. 3 des Gesetzes vom 16. Juli 1833, wegen Tilgung der Staatsschuld, vom 1. Februar 1853 an nicht mehr aus der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Sollten Inhaber der vorbezeichneten Obligationen die Beträge derselben früher, mit Zinsen bis zum Zahlungstage, zu erhalten wünschen, so unterliegt dies keinem Anstand, und haben sich dieselben dieserhalb an den Kassier der Staatsschulden-Tilgungskasse zu wenden.

Den Eigenthümern der in der letzten durch die vorgedachte Verloosung ebenfalls rückzahlbar gewordenen Serie enthaltenen Kapitalien auf Namen werden wir besondere Benachrichtigungsschreiben zugehen lassen.

Schließlich machen wir noch darauf aufmerksam, daß die in Folge Verloosung

1) am 1. April 1849 rückzahlbar gewesene 4procentige Obligation Lit. B. Nr. 776, d. d. 15. Februar 1841 über 100 fl.,
2) am 1. April 1850 rückzahlbar gewesenen 4procentigen Obligationen d. d. 15. Februar 1841:
a) Lit. B Nr. 801 805 und 825, jede über 100 fl.,
b) Lit. C. Nr. 496 über 500 fl.,
3) am 1. April 1850 rückzahlbar gewesene 3½procentige Obligation, d. d. 1. Juli 1838:
Lit. C. Nr. 366 über 1000 fl.,
4) am 1. März 1851 rückzahlbar gewesenen 3½procentigen Obligationen, d. d. 1. Juli 1838 und 1. Juli 1845:
Lit. D. Nr. 585 und 586, jede über 1000 fl.,
Lit. D. Nr. 161 über 500 fl.,
5) am 30. December 1851 rückzahlbar gewesenen 3½procentigen Obligationen, d. d. 1. Juli 1838 und 1. Juli 1845:
a) Lit. B. Nr. 1604 1608 1609 1613 1633 und 1649, jede über 100 fl.,
b) Lit. D. Nr. 397 und 651, jede über 500 fl.,
c) Lit. D. Nr. 474 478 488 493 494 495 496 und 498, jede über 100 fl.,

noch nicht zur Einlösung präsentirt worden sind, und seit ihren Verfallterminen nicht mehr verzinset werden.

Darmstadt, am 22. October 1852.

Die Direction
der Gr. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Eckardt. v. Rabenau.
Balser.

[2635]

Carcel- und Moderatur-Lampen

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.

Theodor Martino, 36, Zeil.

[2811]

Einladung zum Abonnement
auf das
Oeffentliche Börsen-Coursblatt
des Wechsel-Makler-Syndicats zu Frankfurt a. M.

Hiesige Abonnenten belieben ihre Bestellungen auf das mit dem 1. Januar 1853 beginnende 1. Semester in der Expedition des Coursberichts bei Herrn **August Osterrieth, Zeil Nr. 66**, abzugeben; Auswärtige wollen dieselben bei dem Postamte ihres Wohnortes einreichen. Der Preis per ½ Jahr beträgt in Frankfurt 4 fl., bei allen auswärtigen Postämtern 5 fl.

[1690]

Hôtel garni, 27, rue Montha- bor à Paris,

in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Gärten. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2609]

[1690]

An- und Verkauf

von Büchern bei H. Bechhold, Zeil Nr. 5 neu.

[2791] In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Rheinisches Taschenbuch
für 1853.

Mit Beiträgen von W. v. Horn, Cloter v. Glümer, Cheza, Englerth und F. Nürnberger.
Mit 9 Stahlstichen. Elegant gebunden.
Mpkr. 2. 15 Ngr. od. fl. 4. 24 kr.

J. D. Sauerländer's Verlag.

[2704] On demande un pensionnaire allemand, français ou anglais chez Mr. *Junk*, curé à *Heddernheim p. Francfort a. l. M.*

Mailand-Como-Rentenscheine.
Ziehung den 2. Januar 1853.
Originalscheine coursmäßig bei
J. N. Trier & Comp.
[2709] im Türkensaal.

[2789] Soeben erschien bei C. B. Lizius, Roßmarkt, im Café Milani:

Die außerordentliche Mission
und die
Jesuiten als Missionäre.

Mit besonderer Beziehung auf die in Frankfurt a. M. vom 21. Nov. bis zum 5. Dec. 1852 gehaltene Mission,
zu ihrem Andenken!
(Enthält auch ein genaues Referat der Schlußpredigt des Hochw. P. Roh.)
geh. Preis 12 kr.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nr. 301.) 17. December 1852.

Deutschland.

w **Frankfurt**, 17. Dec. In der gestrigen Sitzung des großen Rathes wurde die Prolongation der Rechnitzscheine auf ein weiteres Jahr, bis zum 1. Februar 1854, beschlossen. In derselben Sitzung wurde dem bisherigen Kriegszeugamtscontrar, Hrn. Hauptmann Rumpff, die erbetene Demission nach 45jähriger ehrenvoller Dienstzeit mit Pensionirung gewährt.

Die Mittheilung eines hiesigen Blattes, daß in einer der nächsten Bundestagssitzungen der Beschluß über Zurückzahlung einer Forderung von 100,000 fl., welche die freie Stadt Frankfurt bereits früher vorgelegt habe, erfolgen werde, ist durchaus ungegründet. In den Jahren 1833—42 hatte Frankfurt für die damalige Bundesgarnison die verfassungsmäßigen Vorschüsse gemacht, welche bis auf 84,000 fl. zurückbezahlt worden waren. Die Auszahlung dieses Restes, welche mehrere Jahre lang beanstandet worden war, ist seit Jahren vollkommen geordnet und die freie Stadt Frankfurt braucht keine Forderung an den Bund, deren Entstehung vor dem Jahr 1848 stattgefunden hätte.

Nächste Woche wird der (alte) Bürgerverein sein neues großartiges Local in dem durch ihn angekauften sogenannten Mühlenschen Palais, der früheren Residenz des Reichsoberhofers, beziehen. Diese gesellschaftliche Vereinigung der gebildeteren Klassen umfaßt mehr als 1300 Mitglieder, und wird in Deutschland in Hinsicht ihrer großartigen und zweckmäßigen Einrichtungen schwerlich übertroffen werden.

Nächsten Montag Abend findet eine Generalversammlung des hiesigen Hauptvereins der Gustav-Adolph-Stiftung in der Katharinenschule statt.

Von allen Seiten hört man Klagen über die auffallende Stille, die in Hinsicht der diesjährigen Weihnachtsgeschäfte herrscht. Wohl glänzen die schön geschmückten Läden im Lichterschein, aber die Käufer wollen sich nicht in gleicher Zahl, wie in frühern Jahren, einfinden. Nur die Spielwaarenmagazine und Conditoreien erfreuen sich des gewohnten Zuspruchs, während die Lanzwaarenhändler sämmtliche Winterstoffe unverkauft auf dem Lager behalten; eine Folge der anhaltend warmen Temperatur.

Vor wenigen Tagen sollte, wie es bei Bethеiligung minorenner unvertretener Kinder Vorschrift ist, der Nachlaß eines kürzlich verstorbenen Bankiers gerichtlich obsignirt werden, welcher Act jedoch auf wiederholtes Ansuchen der Familie unterblieb. Die Sache wird vielfach besprochen.

P **Berlin**, 15. Dec. Weder ist der Kaiser von Oesterreich heute hier angekommen, noch hat heute eine Sitzung der zweiten Kammer stattgefunden. Zufolge einer nach Abgang meines Briefes eingegangenen Nachricht, wird die Ankunft des Kaisers erst Freitag erfolgen, indem allerhöchstderselbe sich noch einen Tag in Dresden aufzuhalten gedenkt. Es erfordern dadurch die zu seinem Empfange getroffenen Arrangements eine kleine Abänderung, wenngleich sie im Allgemeinen dieselben bleiben. Der Kaiser wird zunächst in Charlottenburg absteigen, und erst am Sonnabend hierher durch den König geleitet werden. So viel man hört, werden beide Monarchen zu Pferde zur Stadt kommen. Unter den Linden wird die hiesige Garnison in Parade aufgestellt sein, welche später Vorbeimarsch auf dem Opernplatz halten wird. — Die auf heute anberaumt gewesene Sitzung der zweiten Kammer findet morgen statt und wird sich mit den dringlichen Anträgen von Patow, in Betreff des Budgets, und v. Renard, in Betreff der Sportelgesetzgebung beschäftigen. Die von dem Herrn Finanzminister vorgelegten Gesetzentwürfe wegen Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer von den bisher befreiten und bevorzugten Grundstücken, und wegen der für die Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten zu gewährenden Entschädigung, sind im allgemeinen ihrem Inhalt nach die in der vorigen Session vorgelegten. Es sind dabei die Arbeiten der Commission benutzt, deren Berathung die vorjährigen Gesetzentwürfe unterlagen. Eine umfassende Abänderung und eine nähere Bestimmung ist nur wegen Aufhebung der subsidiarischen Verpflichtung der Städte zur Tragung der Criminalkosten, Unterhaltung der Gerichtsgebäude und Gefängnisse getroffen worden. Es soll dieselbe nur unter folgenden Bedingungen stattfinden: a. Den Stadtgemeinden verbleibt die Verpflichtung zur Beschaffung, Unterhaltung und Verwaltung der für ihren Besitz erforderlichen polizeilichen Gefängnisse. Wo bisher die Polizeigefangenen der Stadt in die gerichtlichen Gefängnisse mit aufgenommen sind, muß innerhalb einer für jede Stadt durch die Minister der Justiz und des Innern festzustellenden Frist ein eigenes Polizeigefängniß von der Gemeinde eingerichtet werden. b. Das Eigenthum besonderer Gerichtshäuser, welche bisher von dem Fiscus ausschließlich wenigstens hinsichtlich der Gefängnisse mit der Verpflichtung zur Aufnahme der städtischen Polizeigefangenen, benutzt worden sind, sowie der dazu gehörigen Utensilien geht auf den Staat über. Wo bisher der Stadtgemeinde die Verwaltung solcher Gefängnisse zugestanden hat, wird auch diese auf den Staat übertragen; derselbe hat jedoch die Verpflichtung, lebenslänglich angestellte städtische Gefängnißbeamte auf Verlangen der Gemeinde mit den nach den Etatsverhältnissen der betreffenden Gerichte zu bestimmenden Einkommen in den Staatsdienst zu übernehmen. Eine Entschädigung wird in den vorstehend bezeichneten Fällen der Stadtgemeinde nicht gewährt, insofern die Benutzung der besonderen Gerichtshäuser und Gefängnisse seitens des Staats bisher unentgeltlich stattgefunden hat. Ist dagegen in den mit den Gemeinden geschlossenen Verträgen die Zahlung einer Entschädigung für die Benutzung vorbehungen, so ist die vertragsmäßig festgestellte Entschädigung auch fernerhin zu entrichten. c. Sind der Justizverwaltung nur einzelne Theile städtischer Gebäude zur ausschließlichen Benutzung oder zur Mitbenutzung überwiesen, so behält es, wenn Verträge darüber abgeschlossen sind, bei den, was in letzteren festgesetzt ist, sein Bewenden. Wenn Verträge nicht geschlossen sind, so verbleibt der Justizfiscus im unentgeltlichen Besitz der bisher benutzten Räume, sofern ihm dieselben als Gegenleistung für gewisse bereits erfüllte oder in der Erfüllung begriffene Leistungen eingeräumt worden sind. In allen übrigen Fällen ist der Staat zwar berechtigt, bis für das Bedürfniß der Justizverwaltung anderweit gesorgt ist, von den betreffenden Räumen noch ferner Gebrauch zu machen; er hat jedoch für die Benutzung eine billige, nach den ortsüblichen Miethspreisen abzumessende Entschädigung zu gewähren. d. Die den Städten aus der Civil- und Criminalgerichtsbarkeit bisher zugeflossenen Nutzungen gehen auf den Staat über. Hierbei entscheidet in Betreff des Rechts auf herrenlose Erbschaften der Zeitpunkt des Erbfalls über den Anspruch auf die Erbschaft. Den Stadtgemeinden verbleiben die ihnen von den Gerichten bis zum Tage des Uebergangs bereits überwiesenen oder für sie zur Soll-Einnahme gestellten Geldstrafen und Confiscat-Erlöse. Criminalkosten sind von den Städten noch in so weit zu tragen, als die Aufforderung zur Zahlung derselben bis zum Tage der eintretenden Befreiung an sie erlassen worden ist, wogegen die erst später eingeforderten Kosten der Staatskasse zur Last fallen.

z **Dresden**, 15. Dec. Die von der „Neuen Preußischen Zeitung" gebrachte Nachricht von einem bevorstehenden Besuche des Kaisers von Oesterreich in Berlin ist nicht ganz ungegründet, doch ist es jedenfalls nicht richtig, wenn das gedachte Blatt berichtet, daß die Ankunft des hohen Gastes in Berlin heute schon erfolgen werde. Wir glauben besser unterrichtet zu sein, wenn wir versichern, daß der Kaiser zuvörderst dem hiesigen königlichen Hofe einen Besuch zugedacht hat, und morgen in Begleitung zweier Erzherzoge von Wien in Dresden eintreffen wird, von wo aus seine Abreise nach Berlin erst am 17. December Abends, oder am 18. früh erfolgen dürfte.

Stuttgart, 14. Dec. Der „Württemb. Staatsanzeiger" bringt folgenden Artikel: „Französische Zeitungen besagen, daß Se. Majder König den 8. d. M. höchstihren Oberstkammerherrn, Generallieutenant Frhrn. v. Spitzemberg, zu dem französischen Gesandten, Herzog v. Guiche, dahier geschickt haben, um ihm Ihre Glückwünsche zu der Thronbesteigung Napoleons auszudrücken. Dieser Nachricht gegenüber sind wir mitzutheilen ermächtigt, daß, mit so großer Befriedigung auch Se. Maj. der König die Erklärungen vernommen haben, welche der bisherige Prinz-Präsident aus Anlaß der Annahme der Kaiserwürde gegeben hat, es doch nicht in der

Absicht Sr. Majestät des Königs liegen konnte, zu einer Anerkennung des neuen Kaiserthums in Frankreich andere als nach vorgängigem Einvernehmen mit höchstihren Verbündeten vorgeschrieben, daher auch die Aufträge, welche der Generallieutenant v. Spitzemberg erhalten hat, von Sr. königl. Majestät durchaus nicht in einem diesem widersprechenden Sinne ertheilt worden sind."

+ **Darmstadt**, 16. Dec. Der drängende Schluß des Landtags hat bewirkt, daß, nachdem am 13. d. M. die erste Kammer den weiteren Bericht ihres Finanzausschusses über das Finanzgesetz für 1851/53 berathen, schon heute der weitere Bericht des Finanzausschusses der zweiten Kammer über die Recommunication der ersten Kammer, betreffend den Hauptvoranschlag der Staatseinnahmen und -Ausgaben für 1851/53, insbesondere bezüglich des Antwurfs des Finanzgesetzes für diese Periode, 21 Druckseiten stark, ausgegeben worden ist, um morgen berathen zu werden. Der Ausschuß geht zuerst in Erörterungen ein und kommt in seiner Mehrheit zu dem Antrage, den § 1 des Finanzgesetzes dahin zu fassen; daß für das Jahr 1853 an directen Steuern der Betrag von 8½ kr. für den Gulden Normalsteuercapital ausgeschlagen und erhoben werden solle, ein Antrag, der von einer bestimmten Voraussetzung getragen sein solle. Die Minderheit des Ausschusses, der Abg. Joppich, spricht sich gegen diese Steuererhöhung aus, da der Zweck, Herstellung des erforderlichen Betriebscapitals, ohne diese gehässige Maßregel erreicht werden könne. Auch in Bezug auf den Beschluß der ersten Kammer, wegen Erstreckung des Finanzgesetzes auch auf die Jahre 1854 und 1855 (siehe meinen Bericht vom 13. December), ist der Finanzausschuß der zweiten Kammer auseinander gegangen. Die Mehrheit erklärt, nicht zustimmen zu können: „Wiewohl sie," so heißt es namentlich „nicht verkennt, daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn das mit so großer Mühe zu Stande gekommene Finanzgesetz jetzt drei Jahre lang in Anwendung käme, und glaubt, daß das Land mit dieser Erstreckung zufrieden sein könnte, so ist sie jedoch der Ueberzeugung, daß die Verfassungsurkunde nach ihrem Inhalt und nach der seitherigen Praxis einer solchen Veränderung der Finanzperioden entgegensteht." Die Mehrheit geht in Näheres ein und stellt den Antrag, auf den Wunsch der ersten Kammer nicht einzugehen. Der Abg. Draudt, die Minderheit bildend, ist abweichender Ansicht und beantragt aus den Gründen der ersten Kammer und aus Gründen, die er bei der Discussion näher entwickeln wolle, die Erlassung des Finanzgesetzes auf die Jahre 1853, 1854 und 1855. Noch bemerkt der Ausschuß, es bleibe der ersten Kammer das Verlassen des Finanzgesetzes schließlich den von der zweiten Kammer beschlossenen Hauptvoranschlags der Einnahmen und Ausgaben anzunehmen oder zu verwerfen.

Brake, 11. Dec. Mit dem heutigen Tage ist das Flottendrama, soweit es unsern Hafen näher betrifft, ausgespielt. Die deutsche Flagge hat aufgehört, auf unserer Rhede zu wehen, und Englands stolzes Banner zeigt sich auf unsern frühern Kriegsschiffen! Heute früh trafen der Admiral Bromny, zwei Directoren der Steam-Navigation-Company in London und Dr. Fischer mit einem Notare von Bremerhafen hier ein, und schon um Mittag wehte von einem unserer Schiffe die englische Flagge, nachdem am Nachmittag die übrigen nach einander übergeben wurden. Sobald an einem der Schiffe die deutsche Flagge sank, verließ der deutsche Commandant mit der Mannschaft das Schiff und sogleich wurde die englische Flagge aufgezogen. Am Mittag traf dann auch ein anderes Schiff der Steam-Navigation-Company, der „Leeth" von etwa 12,000 Tons, mit den neuen Capitänen und den Mannschaften für die gekauften Schiffe hier ein. Unter den ersteren befindet sich auch der frühere deutsche Corvettencapitän King. Die Schiffe werden nun in den nächsten Tagen fertig gemacht und werden gegen Ende nächster Woche nach London abgehen. Wie wird man dort unsere Spotten, wenn unsere verkaufte deutsche Flotte die Themse hinaufsegelt! Wären unsere Schiffe als Opfer eines Orcans vom Ocean verschlungen, wären sie ein Raub der Flammen geworden, hätten sie im ehrlichen Kampfe vor dem mächtigern Feinde die Flagge streichen müssen, die Nachricht davon wäre eine Wohlthat gewesen gegen das, was Jedermann über diesen Verkauf hier empfindet! Heute Nachmittag werden die Gehalte und Abfindungssummen der bisherigen Besatzungen unserer Schiffe ausgezahlt. Die Commandanten, unter denen sich drei Belgier befinden, werden auf eine von Frankfurt gezichene Aufforderung aus der belgischen Marine in deutsche Dienste übergetreten sind, werden mit zwölfmonatlichem Monatlichgehalte heimgeschickt; doch bleibt ihnen gestattet, wenn sie nach einem Jahre keine andere Anstellung bekommen haben, beim deutschen Bunde um weitere Unterstützung nachzusuchen. Von der Mannschaft erhalten diejenigen, die noch auf drei Monate oder länger verpflichtet sind, dreimonatlichen Landgehalt (halbe Gage); die auf kürzere Zeit Verpflichteten erhalten Landgehalt bis zu dem Tage, an dem ihre Verpflichtung aufhört; diejenigen aber, welche auf unbestimmte Zeit verpflichtet sind, sollen dreimonatlichen Landgehalt bekommen; jedoch ist bei dieser Klasse dahin zu wirken, daß sich die Leute mit einer gewissen Abfindungssumme begnügen. Es lautet die Zahlungsordre." (Old. Z.)

Italien.

* **Florenz**, 11. Dec. Ein großherzogliches Decret ist erschienen, womit das Präliminarbudget für 1853 kundgemacht wird. Die Staatseinnahmen sind darin auf mit 36,376,400, die Ausgaben mit 36,308,800 Lire veranschlagt.

* **Rom**, 6. Dec. Abermals hat die sagra Consulta 15 Todesurtheile gegen politische Verbrecher in der Provinz Pesaro und Urbino bestätigt. Noch in diesem Monat soll die Sentenz mit Pulver und Blei vollzogen werden. Doch ist Hoffnung vorhanden, daß der Papst mehrere der Verurtheilten ihrer großen Jugend halber zu lebenswieriger Haft begnadigen wird. (A. Z.)

* **Rom**, 9. Dec. Dem Vernehmen nach wird im nächsten März ein Consistorium abgehalten und sollen dabei mehrere Kirchenfürsten, die jetzt Gesandtschaftsposten im Auslande bekleiden, zu Cardinälen ernannt werden.

Frankreich.

+ **Paris**, 15. Dec. Die Reise des Kaisers nach Compiegne ist um einige Tage verschoben, aber nicht, wie es hieß, aus Gesundheitsrücksichten, denn Napoleon geht ja aus, sondern wahrscheinlich, weil der Kaiser, bevor er die Hauptstadt verläßt, das die Verfassung modificirende Senatusconsultum promulgirt sehen will. Dies wird aber kaum vor Ende der Woche geschehen, denn es sind im Senat größere Schwierigkeiten entstanden, als man anfangs erwartete. Darf man den umlaufenden Gerüchten glauben, so besteht der Senat auf Abänderungen des Entwurfs, und es ist sogar vom Vorschlag einer Translation über die streitigen Punkte die Rede: letztere betreffen in den Votum des Budgets durch den gesetzgebenden Körper, in den Handelsverträgen und Zollfragen, und in dem Gehalt für die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers. Uebrigens soll Napoleon entschieden an dem ursprünglichen Entwurf des Senatusconsultums festhalten. Gewiß ist, daß die gestrige Sitzung des Senats ungewöhnlich lange gedauert hat und nichts in derselben entschieden worden ist. Die Opposition des Senats verleiht dem Gerücht einige Consistenz, nach welchem der Kaiser in der Meinung, daß er in der alten conservativen Partei die rechte Stütze nicht finde für die Neuerungen, die er im Gang der Regierung einführen will, sich Männer der liberalen Partei gewendet und in denselben mit Carnot eine lange Unterredung gehabt habe. Carnots Freunde stellen dies zwar durchaus in Abrede, aber man glaubt ihnen nicht überall. In den Centralverwaltungen und Präfecturen soll eine große Expuration bevorstehen. Vorläufig sollen die Departemente Nord, Rhone und Rhonemündungen neue Präfecten erhalten. — In den nächsten Tagen wird in Paris unter dem Titel „limites de l'Empire" eine Broschüre erscheinen, welche als Frankreichs Grenzen nicht weniger als Belgien, Savoyen und die Rheinprovinz beanspruchet. — Die hier eingegangene Nachricht, daß Herr de Hübner von Oesterreich den König von Preußen in Berlin besuchen werde, hat in den höhern Kreisen ungewöhnliches Aufsehen gemacht.

Nachträglich noch Einiges über das gestern erschienene Senatusconsultum und den dasselbe motivirenden Bericht. Die Civilliste des Kaisers beträgt für die ganze Regierungsdauer und vom 1. December 1852 an gerechnet 25 Millionen, d. h. genau eben so viel, wie die Napoleon dem Ersten durch den Senatsbeschluß vom 28. Floreal des Jahres XII. ausgesetzte, worauf Bezug genommen ist. Die Ausstattung der Krone besteht aus den dem Staat angehörigen Palästen, Schlössern, Häusern, Domainen und Manufacturen, so wie ferner aus den Diamanten, Perlen, Edelsteinen, Statuen, Gemälden, geschnittenen Steinen, Museen, Bibliotheken, Kunstdenkmälern und Mobilien, die im Gardemeuble und in den dem Kaiser zur Verfügung gestellten Gebäuden enthalten sind. Die Besitzungen des Kaisers bei seiner Thronbesteigung sind von Rechtswegen ebenfalls mit der Kronausstattung vereinigt. Die Güter der Krone sind frei von Staatsabgaben, dagegen müssen sie die Departemental- und Gemeindelasten tragen. Es versteht sich von selbst, daß sie unveräußerlich und unverjährbar sind. Dagegen kann der Kaiser während seiner Regierung Privatdomänen erwerben, die er wie jeder Eigenthümer verfügen kann, ohne jedoch den Bestimmungen des Civilgesetzbuchs über den disponiblen Antheil unterworfen zu sein. Das Mißthum der Kaiserin soll erst bei der Verheirathung des Kaisers durch einen besondern Senatsbeschluß festgestellt werden; dagegen sind 1,500,000 Franken jährlich für die Prinzen und Prinzessinnen der kaiserlichen Familie ausgesetzt, unter die der Kaiser durch ein Decret diese Dotation vertheilt. Dem Wortlaut dieses in 23 Artikel gefaßten Senatsbeschlusses schließt der „Moniteur" den vom Grafen Casabianca verfaßten Bericht

des vom Senat gewählten Prüfungsausschusses voraus, der „einstimmig" dafür war, die Civilliste auf 25 Millionen festzusetzen, sowie die sämmtlichen übrigen von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen anzunehmen, und dabei die Ueberzeugung hegte, daß diese Resolution den Wünschen des Senats und des ganzen Landes entspreche. Der Bericht rechtfertigt oder bestwortet die Hauptpunkte der getroffenen Anordnungen wie folgt: Von der Civilliste sagt er: „Die Ziffer 25 Millionen ist gewissermaßen durch die Ueberlieferung geheiligt, durch das Decret von 1791, den Senatsbeschluß von 1804, die Gesetze von 1814 und 1825, welche die Civilliste Ludwigs XVI., Napoleons I., Ludwigs XVIII. und Karls X. geregelt haben. Frankreich würde sich verletzt sein, wenn der Thron, den es auf so jugendes Weise durch ein enthusiastisches, universelles Votum wieder aufgerichtet hat, nicht wenigstens mit demselben Glanze umgeben wäre, wie früher. Frankreich weiß überdies, daß dieser Theil des Staatsvermögens ihm mit Wucherzinsen zurückgegeben werden wird, weil er zur Befruchtung aller Elemente des Nationalreichthums, zur Ermunterung von Ackerbau, Handel, Gewerben, Wissenschaft und Kunst dienen wird, und daß gleichzeitig die einsichtsvolle und unerschöpfliche Großmuth des Staatsoberhauptes fortfahren wird, die Vorsehung der leidenden Klassen zu sein." Die Einkünfte der Staatsdomänen, setzt der Bericht auseinander, erhöhe zwar die Civilliste um jährliche 3 Millionen, aber dafür übernehme dieselbe auch die Verwaltungs- und andere laufende Kosten, die im diesjährigen Budget auf 7,225,000 Fr. veranschlagt sind, so daß also der Staat eigentlich noch 4,225,000 Fr. jährlich dabei gewinnt und in Zukunft, wo obige Summe für die kaiserliche Würde kaum zureichend ist, noch mehr gewinnen wird. Das Kronmobiliar, das unter dem Kaiserthum 40 Millionen und beim Ausbruch der Februarrevolution 18 Millionen werth war, durch dieselbe aber dermaßen beschädigt und verheert wurde, daß es nur noch die Hälfte werth ist, muß sobald als Kosten der Civilliste nicht nur unterhalten, was sonst jährlich mehrere Millionen aus der Civilliste in Anspruch zu nehmen pflegte, sondern überall erneuert werden, was ebenfalls für eine Menge Schlösser und anderer Gebäude der Fall ist. Bloß die Bauten zur Verbindung des Louvre mit den Tuilerien bleiben dem Staat zur Last. Sodann wird die Civilliste, dem Berichterstatter zufolge, auch noch für die meisten Mitglieder der Familie Bonaparte zu sorgen haben, worüber er sich folgendermaßen ausdrückt: „Die Regierung fordert nichts für diejenigen Mitglieder der Familie des Kaisers, die nicht eventuell zur Erbfolgeberufen sein werden. Diese Familie ist in Folge der Proscriptionen von 1815 aus dem Besitz eines ruhmreichen erworbenen Vermögens gebracht worden. Wenn sie kein Recht auf die oberste Rangstufe hat, so bleibt sie darum dennoch dem Kaiser durch ihm theure Bande vereinigt. Er behält sich selbst vor, diese Schuld des Herzens zu bezahlen." Der Prüfungsausschuß „nimmt daher keinen Anstand, zu erklären: daß nach Bestreitung dieser nothwendigen Ausgaben, nach Erfüllung dieser Pflichten der Liebe, die so ausgezeichnete Civilliste nicht viel mehr zu ihrer Verfügung übrig haben wird, als das dem Präsidenten der Republik zugesetzt gewesene Gehalt." Was die 1,500,000 Fr. für die Prinzen und Prinzessinnen der kaiserlichen Familie betrifft, so bemerkt der Prüfungsausschuß: „daß ihm diese Summe kaum hinreichend geschienen habe, um auf würdige Weise den Lasten zu genügen, die von einer dem Throne so nahen Stellung unzertrennlich sind, und durch einen von so mächtigen Erinnerungen des Ruhmes und der Größe umgebenen Namen noch erhöht werden müssen." Der Bericht bringt in Erinnerung, daß das Gesetz von 1814 der königl. Familie außer der Civilliste gar 8 Millionen aussetzte, die 1830 bei der Vermählung des Herzogs von Berry noch auf 9 Millionen gebracht wurden. Bei Gelegenheit des Witthums der künftigen Kaiserin drückt sich der Bericht folgendermaßen aus: „Sobald der Kaiser, dem inbrünstigen Flehen Frankreichs nachgebend, eine Gemahlin einladen wird, sich mit ihm auf den Thron zu setzen, wird das Witthum durch einen Senatsbeschluß bestimmt werden, ohne daß dieses glückliche Ereignis zu irgend welcher Vermehrung der Civilliste Veranlassung geben könnte."

Amerika.

Wir haben Nachrichten aus **Buenos-Ayres** bis zum 2. Nov. und aus **Montevideo** bis zum 5. Nov. In den erstgenannten Orte hatten die Kammern den Dr. Valentin Alsina, einen dem Freihandelssystheme günstigen Politiker, zum Präsidenten der Provinz ernannt. Der amtliche „Progreso" veröffentlicht zwei Acte der Repräsentantenkammer von Buenos-Ayres. Der erste dieser Erlasse spricht sich für die Freigebung der Paranaschifffahrt aus; der zweite betrifft die Beziehungen zwischen Buenos-Ayres und Paraguay. Die Unabhängigkeit des letzteren Staates wird darin nochmals anerkannt. — Urquiza verweilte noch immer in der Provinz Entre-Rios.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Berlin, den 17. Dec., 1 Uhr 30 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, 17. „ 2 „ 25 „

Berlin, 17. Dec. Se. k. k. apostolische Majestät, **Kaiser Franz Joseph von Oesterreich**, ist heute Mittag um 12 Uhr mit **unsers Königs Majestät**, welcher seinen allerhöchsten Gast bis Jüterbogk auf der Eisenbahn entgegen gefahren war, **hier eingetroffen**.

Berichtigung.

In dem Artikel „Ex Gotha, 12. Dec. der gestrigen Beilage muß es in der ersten Zeile statt 6. d. M. — 5. d. M. — und in der dritten Zeile statt: hier — in Koburg heißen.

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuhlenkamp.

Cours der Staats-Papiere. 17. December 1853. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.8. Roths.)	96	G.	Baden.	L. 35 Loose v. 1845	339 1/2 B. 1/4 bez.	
	5% M. v. J. 1851 Ser. B.	96	G.	Nassauer	40 Thlr. L. b. Rothsch.	34 F. 33 3/4 G.	
	5% do. v. J. 1853 L. à 121	95 1/2 P. 95 bez. 94 1/2 G.			Präm.-Anl. Wilhs.-Nordb.	49 3/4 F. 1/2 G.	
	5% do. L. V. (C. b. Roths)	92 1/2 bez. u. G.		Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	102 G.	
	5% do. do. Mont. C. lit. I. M.	87 3/4 G.			4% dito b. Rothsch.	93 1/2 G.	
	Bank-Actien . . .	1400 P. 1398 G.			3 1/2% dito b. Rothsch.	82 1/2 G.	
	5% Metalliq. Oblig.	82 1/2 F. 82 bez.		Hessen	L. 50 Loose . . .	91 G.	
	5% M. v. J. 1854 Ser. A.	82 1/2 F. 1/4 G.			L. 35 Loose . . .	32 F.	
	5% dito 1852	82 3/4 F. 82 bez.		Nassau	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/4 F.	
	4% dito	73 1/2 bez. u. G.			4% dito	99 3/4 G.	
	4% dito	65 3/4 F. 1/2 G.			3 1/2% dito	91 1/2 F. 1/4 G.	
	3% dito	49 G.			L. 25 Loose .	19 3/4 F. 25 1/2 G.	
	2 1/2% dito	42 G.		Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	85 1/2 F. 1/4 G.	
	1% dito	16 3/4 P.			3% dito b. Rothsch.	76 1/2 G.	
	Mail.-Como-B. 14-L.	113 3/4 P. 11 G.			2 1/2% dito . . .	55 3/4 F. 1/2 G.	
	L. 250 Loose b. Roths.	120 F.			Taunusbahnact.	306 F. 304 G.	
	L. 500 dito	194 1/2 G.		Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	102 1/2 F.	
	4 1/2% dito b. Sethm.	90 1/4 P. 79 1/2 G.			4% Obl. b. Stieglitz	92 G.	
	4% " "	71 1/4 F.			4% " b. Stieglitz	91 G.	
Preussen.	3 1/2% Staatsschuldsch.	94 P. 93 1/2 G.		Polen.	4% dito de d. 500	92 1/2 P. 92 G.	
	Cöln-Mind. E.-Actien	117 3/4 G.		Spanien	3% Int. Sch. P 2.3.20	43 1/2 F. 1/2 G.	
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	101 1/4 G.			3% dito	23 7/16 bez. u. G.	
	4 1/2% dito	101 3/4 F. 1/2 G.		Holland.	6% Certificate . .	97 3/4 G.	
	4% dito	96 1/2 P. 1/2 bez. 3/4 G.			2 1/2% Syndicats	53 1/2 G.	
	4% Ablös.-Rente .	96 1/2 P.			2 1/2% Integrale .	53 G.	
	3 1/2% Oblig. b. Rothsch.	93 1/2 P. 1/2 G.		Belgien	4% Oblig. à 25 Thlr.	99 3/4 P. 1/2 bez.	
	Ludwigsh.-Bexbach.	99 1/2 P. 1/2 G.			4% Obl. in Fr. à 96 kr.	94 1/2 G.	
	3% Priorit.-Oblig.	103 1/2 G.			3 1/2% Obl. b. Rothsch.	57 3/4 G.	
Würtemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	102 1/4 G.		Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97 1/2 F.	
	3 1/2% dito	90 3/4 P. 1/2 G.			3% Obl. b. Hambro	94 1/4 F.	
Baden . .	5% Obligationen .	102 G.			Sardinische Loose .	44 1/4 G.	
	4 1/2% Obligationen	102 1/2 G.		Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Goldm.)	101 3/4 F. 1/2 G.	
	3 1/2% v. 1845 . .	91 1/2 F. 1/2 G.			3% 1851 b. Bastogi (dto.)	97 1/2 G.	
	L. 50 Loose v. 1840	91 1/2 F. 1/2 G.		Mantua	5% Stock Dott. S. 30.	117 3/4 F.	

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 17. December	Per comptant.
Amsterdam .	k. S. 100 1/2 B.
(100 fl. Crt.)	3M. —
Augsburg .	k. S. 121 B. 119 1/2 G.
(100 fl. Crt.)	3M. —
Berlin . .	k. S. 105 1/2 B. 105 1/2 G.
(50 Thlr.)	3M. —
Bremen (50	k. S. 97 1/2 B. 96 1/2 G.
Rthlr. l. Ldor.	3M. —
Hamburg .	k. S. 89 G.
(100 Mk. Bc.)	3M. —
Leipzig . .	k. S. 105 B. 104 1/2 G.
London . .	k. S. 118 B. 117 1/2 G.
(10 Livr. St.)	3M. —
Lyon . . .	k. S. 94 1/2 B. 93 1/2 G.
(300 Fr.)	3M. —
Mailand (350	k. S. 100 B. —
Lir. Austr.)	3M. —
Paris . . .	k. S. 94 1/2 B. 93 1/2 G.
(300 Fr.)	3M. —
Wien (100 fl.)	k. S. 104 1/2 bez. u. G.
(in 24 20 Fl.)	3M. 104 1/2 bez. u. G.
Disconto . . .	2 1/2 B.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	à 9 41-42
Pr. Friedrichsd'or	à 9 54-55
Holl. 10fl. Stücke	à 9 49-50
Rand-Ducaten .	à 5 36 1/2-37 1/2
20 Francsstücke	à 9 25-26
Engl. Sovereigns	à 11 48
Gold al Marco	à 372-381
5 Frankenthaler	à 2 20 1/2 21
Preuss. Thaler	à 1 45-1/2
Preuss. Cassa-Sch.	à 1 45-1/2

[2820]

Bekanntmachung.

Die Personenpost zwischen Meisenheim und Sobernheim erhält vom 20. l. M. an im Einverständniß mit der K. Preußischen Postverwaltung folgenden Gang:

Aus Meisenheim
4½ Uhr Nachmittags,

In Sobernheim
gegen 6 Uhr Abends,
zum Anschluß an die Post nach Creuznach

Aus Sobernheim
10 Uhr Abends,

In Meisenheim
11 Uhr 20 Minuten Abends.
nach Ankunft der Post von Creuznach

Frankfurt a. M., den 16. December 1852.

General-Post-Direction.
Freiherr von Vörnberg.

vdt. Kölle.

[3821]

Bekanntmachung.

Das Großherzoglich Badische Eisenbahn-Lotterie-Anlehen zu 14 Millionen Gulden gegen fl. 35 Loose vom Jahre 1845 betr.

Die 28. Gewinnziehung obigen Lotterie-Anlehens, an welcher diejenigen 1000 Loosnummern theilnehmen, die in der Serienziehung vom 30. November d. J. dazu bestimmt worden sind, wird

Donnerstag, den 30. Dec. d. J., Nachmittags 3 Uhr,

im Ständehaus dahier unter Leitung einer Großh. Commission und in Gegenwart der Anlehensunternehmer öffentlich vorgenommen werden.

Karlsruhe, den 15. December 1852.

Großh. Badische Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.

[2794]

Zündnadelgewehr.

Soeben ist bei **K. H. Hergt** in Coblenz, erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben (namentlich in **Frankfurt** bei **Hermann, Jäger, Jügel, Lisius, Sauerländer, Schmerber**; in **Mainz** bei **Kunkel, Kirchheim**, in **Bayern**, so wie in den Städten **Augsburg, Aschaffenburg, Cassel, Darmstadt, Innsbruck, München, Regensburg, Stuttgart, Ulm, Wiesbaden, Würzburg**):

Hoffmann, General von, **Das neue Percussionsgewehr** und dessen Anwendung. 2te sehr vermehrte Auflage. Geheftet 5 Sgr. oder 18 kr.

Die vor einigen Monaten erschienene 1te Auflage ist in der militärischen Welt so günstig aufgenommen worden, daß sie bereits vergriffen und ein neuer Abdruck nöthig geworden ist. Letzterer ist mit vielen werthvollen Zusätzen bereichert und wird deshalb auch Besitzern von Exemplaren der 1ten Auflage von neuem Interesse sein.

[2800] In meinem Verlage ist soeben erschienen und in der **S. Schmerber**'schen Buchhandlung (Nachfolger H. Keller) in Frankfurt a. M. vorräthig:

Münz-, Maass- und Gewichtsbuch.

Das Geld-, Maass- und Wechselwesen, die Kurse, Staatspapiere, Banken, Handelsanstalten und Usanzen aller Staaten und wichtigen Orte.

Von

Christian Noback und **Friedrich Noback.**

Erstes Heft. Aachen—Berlin. 8. Geh. 12 Ngr. oder 42 kr.

Das erste Heft, auf dessen Umschlag sich ein ausführlicher Prospectus befindet, ist in allen Buchhandlungen zu erhalten.

Leipzig, im November 1852.

F. A. Brockhaus.

[2814] Im Verlage von Fr. Ludw. Herbig in Leipzig ist soeben neu erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands, Oesterreichs und des Auslandes zur Ansicht bereit, in Frankfurt a. M. in der Joh. Christ. Hermann'schen Sachhandlung:

Hedrich, Franz, Lady Esther Stanhope, die Königin von Tadmor. Tragödie in 4 Acten. 8. broch. Preis fl. 1. 12 kr.

[2777]

Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Mit dem Ablauf des Jahres 1852 sind die den Rentenverschreibungen für die Jahresgesellschaft 1842 beigegebenen Coupons absorbirt, und es sollen nunmehr in Gemäßheit des §. 27 der Statuten neue Coupons und zwar für die nächsten zehn Jahre pro 1853/62 ausgegeben werden.

Die Inhaber von Renten-Verschreibungen der Jahresgesellschaft 1842 fordern wir deßhalb auf, diese Renten-Verschreibungen bei den betreffenden Haupt- oder Special-Agenten der Anstalt, sowie bei unserm Generaldevollmächtigten in Hanau, Herrn **von Scheuer** daselbst, oder bei unserer Haupt Kasse in Berlin (Mohrenstraße Nr. 59) gegen Empfangsbescheinigung franco abzuliefern und demnächst innerhalb dreier Monate mit den neuen Coupons, gegen Zurücklieferung der mit Quittung zu versehenden Bescheinigung, wieder in Empfang zu nehmen.

Sollte die Ausliefierung der neuen Coupons durch die betreffenden Agenten nicht binnen 3 Monaten von der Einlieferung der Renten-Verschreibungen an gerechnet, erfolgen, so liegt es d'n Interessenten ob, hiervon binnen weiteren 4 Wochen der unterzeichneten Direction Anzeige zu machen, widrigenfalls die Interessenten sich etwa entstehende Nachtheile und Verzögerungen selbst zuzuschreiben haben.

Zugleich fordern wir die Interessenten auf, ihre Rentenverschreibungen zeitig bei den Agenten einzureichen, da vom 15ten Juni k. J. ab alle zu diesem Zweck noch einzureichenden Renten-Verschreibungen nur noch unmittelbar an die Direction und zwar auf Kosten der Interessenten eingesandt werden können.

Berlin, den 26. November 1852.

Direction der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

[2818]

Leipziger Bücher-Auction.

Soeben ist erschienen:

Verzeichniß der Bibliotheken der Herren Archivrath Erhard in Münster, Professor Gruber in Halle und geh. Archivar Tittmann in Dresden, welche nebst einer Anzahl von Kupferstichen und einer bedeutenden Siegelsammlung am 10. Januar 1853 im T. O. Weigel'schen Auctions-Locale versteigert werden sollen.

Die der literarischen Welt hinlänglich bekannten Namen der Besitzer dieser bedeutenden Bibliotheken dürften dafür, daß hier etwas Außergewöhnliches geboten wird. Die Zächer der Geschichte, der alterthümer, der deutschen Literatur in ihrem ganzen Umfange, so wie der Medicin sind am meisten, alle übrigen Wissenschaften aber so vertreten, daß Niemand das reichhaltige Verzeichniß unbefriedigt aus der Hand legen wird. [2804]

T. O. Weigel, Buchhändler in Leipzig.

[2818] Ein empfohlener Kunstgärtner sucht Engagement. (S. Bl. Nr. 296) Gallusstr. 12. Ladenhandl.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — ist bewährt zur Zahnconservirung, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist in Frankfurt der Hauptniederlage bei Herrn Apotheker Stöhlein auf der Zeil. [2198]

[2774]

In Sachen
des Aron Baruch Meyer von Reichelsheim, Klägers,
gegen
den abwesenden Philipp Hartmann zu Großhausen, Beklagten,
Forderung betreffend,

wird dem Beklagten eröffnet, daß Kläger folgende Beträge gegen ihn eingeklagt habe:

1) für eine am 15. Juli 1849 käuflich übertassirte Kuh 44 fl. 12 kr. nebst Zinsen vom Tage des Kaufs,
2) für ein am 26. März 1850 verkauftes und überliefertes Rind 30 fl.,
3) für ein am 9. December 1850 käuflich abgegebenes Rind 49 fl., mit Zinsen vom Tage der Klage,
4) für bereits aufgewendete Gerichtskosten 5 fl. 56 kr., auf welche Beträge durch ein vom Kläger erkanntes Rind 25 fl. und baar 5 fl. nach Angabe des letzteren gezahlt sind.

Da der Beklagte abwesend ist und sich in Nordamerika aufhalten soll, so wird er hiermit aufgefordert, sich so gewiß

binnen einundzwanzig Tagen

von heute an auf diese Klage zu erklären, als er sonst dieselben geständig erachtet und mit allen Einreden ausgeschlossen werden wird. Dabei wird noch bemerkt, daß alle weiteren Verfügungen in dieser Sache lediglich nur durch Anheften an die Gerichtsthüre für ihn publicirt werden.

Lorch, den 29. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Heimann. Gutfleisch.

[2388] Bekanntmachung.

Die Ehefrau des Ludwig Weisert II. in Michelstadt, Barbara geb. Müller, hat gegen ihren Ehemann auf Ehescheidung dem Bande nach geklagt, weil dieser heimlich von hier entwichen sei und sie böslicher Weise verlassen habe. Da der Aufenthaltsort des Ludwig Weisert II. unbekannt ist, so wird derselbe hierdurch öffentlich aufgefordert, bei Vermeidung des Eingestandnisses des thatsächlichen Inhalts der Klage und des Ausschlusses mit Einreden

binnen drei Monaten

von dem Tage des ersten Erscheinens dieser Aufforderung in öffentlichen Blättern, bei dem unterzeichneten Gericht auf solche sich zu erklären und ihm anoleich bemerkt, daß alle weitere Verfügungen in dieser Sache nur durch Anschlag in dem Gerichtslocal bekannt gemacht werden.

Michelstadt, den 6. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
In Erledigung der Landrichterstelle
Dorrr.

Druck von August Osterrieth.

№ 302. — Samstag — den 18. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks 2 fl. 48 kr. = 1 Rthlr. 18½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr H. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 20, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 19, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/3 Bogen) mit Beischrift oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Die heilige Allianz.

Die unverkennbare, Segen verheißende Annäherung zwischen den Cabineten von Wien und Berlin, eröffnet den politischen Conjecturen ein neues Feld. Für uns Deutsche ist die Gegenwart arm geworden und die Zeit liegt noch so nahe, wo sie reich und überschwenglich war. Es darf darum nicht wundern, wenn man sich nicht damit begnügt, die wahrscheinlichen Folgen besseren Einverständnisses der deutschen Hauptstaaten auf daseinige, was unser nächstes Interesse berührt, zu ergründen, sondern auch alsbald in die weite Ferne greift und die vermuthliche Gestaltung der europäischen Verhältnisse in den Bereich der Combinationen zieht. So sehen wir denn auch jetzt wieder, wie von Zeit zu Zeit geschehen, den Gedanken der Wiederbegründung der heiligen Allianz auftauchen und dieselbe als muthmaßliches Resultat des hergestellten Einverständnisses zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland verkünden. Eine solche Voraussetzung kann aber einem reifen politischen Urtheile schwerlich entspringen, und wir werden daher berechtigt sein, bis dahin, daß Thatsachen uns eines Andern belehren, derselben Zweifel entgegenzusetzen. Die heilige Allianz vom 26. September 1815 enthielt ein Bekenntniß zum Christenthum als Richtschnur in allen Beziehungen des Lebens, also auch als Leitstern in dem Verfahren der Staaten im Innern und unter sich. Streng genommen hätte es eines solchen Bekenntnisses christlicher Fürsten nicht bedurft: die Verpflichtung bestand ohnehin und gewann dadurch keine höhere Weihe, daß sie öffentlich ausgesprochen ward. Die Zeit, in welcher man sich zur Formulirung dieser Grundsätze entschloß, und die Person, von welcher der Antrieb ausging, erklärte die seltsame Erscheinung. Der alle Erwartung übertreffende Erfolg verzweifelter Anstrengungen und die romantische Richtung des Sisters waren die Grundlagen. Aber wie harmlos die Sache sich darstellte, ward sie doch nicht überall unter demselben Gesichtspunkte betrachtet. Man sah darin eine dehnbare Form für eine politische Verbindung der sogenannten nordischen Mächte, und die erste Folge war die Verweigerung des Beitritts Englands, wenn gleich daselbe nicht Bedenken tragen konnte, die Vorschriften christlicher Moral auch für seine Handlungsweise verbindlich zu erkennen. Nach der Julirevolution trat wieder ein Moment enger Verbindung der Staaten ein, welche die heilige Allianz geschlossen hatten. Sie rief die Quadrupelallianz zwischen Frankreich, England, Spanien und Portugal hervor. Eine Erneuerung der heiligen Allianz in unsern Tagen würde um so weniger dem Verdachte entgehen und mit aller Wahrscheinlichkeit Europa in zwei große Lager scheiden. Ueberall und zu allen Zeiten hat man die Erfahrung gemacht, daß die Allianzen nur so lange bestehen, als die gemeinsamen Interessen und die Gegensätze. Man kann letztere auch durch Gründung der Allianzen hervorrufen, aber die wiederstrebenden großen Interessen nie auf die Dauer durch allgemeine Zusicherungen zum Schweigen bringen. Die heilige Allianz war nicht gelöst, als der russisch-türkische Krieg von 1828/29 den Widerstreit der Interessen Rußlands und Oesterreichs zu Tage brachte, und ein abermaliges Bekenntniß zu derselben wird die Natur der Dinge auch jetzt nicht ändern. Sollte aber der Zweck eine Auflösung von Regierungsmaximen sein, veranlaßt durch die Bewegungen der Völker in diesem Jahrhundert, so würden wir uns auch dazu nicht Glück zu wünschen haben, da jeder einzelne Staat in seinem eignen Bedürfnisse lebt, und eine Zurückführung auf ein Niveau, wie es Rußland eigen und nothwendig sein mag, weder für Oesterreich noch für Preußen gedeihlich sein wird. Wir glauben nicht an eine neue Auflage der heiligen Allianz, wir erblicken nirgends giltige Motive und halten sie so wenig durch die Vorsicht geboten, daß wir sie vielmehr als unvorsichtig und verhängnißvoll betrachten würden. In Frankreich würde man sie einfach eine, nicht provocirte, Coalition nennen. Man würde sich erinnern, daß die eigentliche erste Quelle der Tractat von Chaumont gewesen ist, daß die auf die heilige Allianz gegründete Erklärung der Monarchen in Aachen am 15. November 1818 ihre Anwendung in den Beschlüssen der Congresse zu Laibach und Verona erhielt. — Und eine Coalition ohne England!

Deutschland.

* **Frankfurt**, 17. Dec. Aus einer Druckschrift, die uns heute zu Gesicht gekommen ist, ersehen wir mit Vergnügen, daß endlich die Unterhandlungen zur Einmündung der Frankfurt-Hanauer Eisenbahn in das bayerische Eisenbahnnetz zum Abschluß gekommen sind. Das Jahr 1853 bringt uns mit Aschaffenburg, das Jahr 1854 schon mit Bamberg in directe Schienenverbindung. Dadurch schließt sich der letzte Ring der eisernen Kette, die von Frankfurt bis zu allen Hauptstädten Mitteleuropa's reicht, und wird eine um so fühlbarere Lücke ausgefüllt, je wichtiger die Handelsbewegungen und der sonstige Verkehr unserer Vaterstadt mit jenen Ländern sind, mit denen uns das bayerische Eisenbahnnetz in nächste Verbindung setzt, nämlich außer mit ganz Bayern selbst, mit Tirol, Oesterreich, und durch die Dampfschifffahrt auf dem Bodensee mit der Schweiz. Hoffen wir demnach, daß die von Frankfurt, als einem wichtigen Mittelpunkte, nach allen Seiten ausströmenden Verkehrsadern, nicht nur dem Großhandel einen neuen Aufschwung geben, sondern auch wesentlich dazu beitragen werden, den für den Wohlstand unserer Vaterstadt so wichtigen Gewerben und dem Kleinhandel neue Erwerbsquellen zu eröffnen. Diese suchen wir in der raschen Verbindung mit den näher liegenden Städten und Ortschaften, besonders mit denen des so product- und gewerbreichen Frankens. Sind wir recht unterrichtet, so ist auch in der neuesten Zeit die Ausführung einer directen Eisenbahn von hier nach Leipzig auf der uralten Handelsstraße von Hanau über Fulda nach Eisenach in ernste Berathung genommen worden, und ist das Heranziehen der durch sie berührten, stets mehr verarmenden Provinzen in das allgemeine Eisenbahnnetz keine Unwahrscheinlichkeit mehr.

* **Wien**, 14. Dec. Das Ministerium für die Landescultur hat nun einen erfreulichen Beweis seiner Wirksamkeit durch Ausarbeitung eines Forstgesetzes geliefert, welches mittelst kaiserlichen Patentes für alle Kronländer der Monarchie, mit Ausnahme von Ungarn und den Nebenländern, dann des lombardisch-venetianischen Königreichs, mit dem Beginn des künftigen Jahres eingeführt wird. Bei dem zunehmenden Aufschwunge unserer Industrie, bei der enormen Ausdehnung der Eisenbahnen ist es eines der dringendsten Zeitbedürfnisse geworden, für die Erhaltung und Pflege der Wälder und Holzpflanzungen Sorge zu tragen, was durch die frühern vereinzelten und veralteten Waldordnungen nur in sehr mangelhafter Weise geschah, und einerseits die Vernachlässigung oder wohl gar Verwüstung der Waldcultur, anderseits eine ungeheure Verteuerung des Holzbedarfs zur Folge hatte. Was die Bewirthschaftung der Forste betrifft, darf nunmehr in der Regel kein Wald ohne Grund der Holzzucht entzogen werden, und eigenmächtige Verwendungen von Waldgründen zu andern Zwecken werden mit Geldstrafen belegt, und müssen die betreffenden Waldgründe binnen einer festgesetzten Frist wieder aufgeforstet werden. Frisch abgetriebene Reichs- und Gemeindeforsten sind binnen fünf Jahren wieder mit Holz in Bestand zu bringen. Kein Wald darf verwüstet, das heißt, so behandelt werden, daß die fernere Holzzucht dadurch gefährdet oder gänzlich unmöglich gemacht wird. Wälder, auf welchen sogenannte Waldservituten lasten, müssen nicht bloß erhalten, sondern auch in angemessener Betriebsweise nachhaltig bewirthschaftet werden. Auch dem häufigen Unfug, daß Gemeindewälder unter die Insassen vertheilt und von diesen auf Eigennutz abgestockt und verwüstet worden sind, wird durch das Verbot gesteuert, daß eine solche Vertheilung in der Regel nicht

mehr geschehen darf. Die weitern Bestimmungen des Forstgesetzes handeln von der „Bringung der Waldproducte“, wonach jeder Grundeigenthümer gehalten ist, wenn sie anders gar nicht oder nur mit unverhältnißmäßigen Kosten aus dem Wald geschafft und weiter gefördert werden könnten, sie über seinen Grund bringen zu lassen, sei es zu Land oder Wasser; von den „Waldbränden und Insektenschäden“, und zwar können zur Löschung der ersteren alle umliegenden Ortschaften aufgeboten werden, und was die Verschonung der Wälder durch Anstalten betrifft, so haben die Waldeigenthümer, wenn sie solche wahrnehmen, die dagegen angewendeten Mittel nicht zurechnen und zu besorgen steht, daß auch nachbarliche Wälder davon ergriffen werden, die Pflicht, die Anzeige davon, bei Strafe bis zu 50 fl. im Unterlassungsfall, der politischen Behörde zu machen; von dem „Forstschutzdienste durch ein eigenes Forstvertvaltungsperſonal“; endlich von dem „Strafverfahren bei Uebertretungen des Forstgesetzes“, den „Waldschadenersatzbestimmungen“ und dem „Instanzenzuge“.

± **Darmstadt**, 16. Dec. Oestern wurde der der Brandstiftung angeklagte Wilhelm Strauß von Dumetrolh freigesprochen, weil der erhebliche Verdacht nicht hinreichte, eine Ueberzeugung zu begründen. Schon heute ſtzen wieder vier Angeklagte aus Langenthal, bei Hirschhorn im Odenwald, der Brandstiftung beschuldigt, vor Gericht. Auch hier wieder ein baufälliges Gebäude (eine Mühle) vom Brande verzehrt, und die Anschuldigung lautete, die Angeklagten hätten dasselbe angezündet, in der Absicht, ein neues Gebäude zu erhalten. Drei der Angeklagten sind Söhne des Eigenthümers, Georg Adam, Joh. Adam und Johann Georg Lautenklos. — Die erste Kammer ist den, auf Annahme der Gesetzentwürfe wegen der Militärdienstpflicht der Auswanderer und wegen Einquartierung der großherzoglichen Truppen gerichteten, Beschlüssen der zweiten Kammer beigetreten. Auch hat sie gleich der zweiten Kammer sich für Subvention des Gymnasiums in Bensheim aus Staatsmitteln ausgesprochen. Der am 10. d. M. in beiden Kammern eingebrachte Gesetzentwurf, die Nachbildung von Papiergeld betreffend, ist im Druck erschienen. Nach den Motiven sind „seit der Ausgabe von Grundrentenscheinen im Großherzogthum bereits mehrfache Versuche gemacht worden, durch Nachbildungen derselben das Publikum zu täuschen, was um so leichter zu bewirken“ sei, „als in dem gewöhnlichen Geschäftsverkehr das Papiergeld nur nach seinen äußern in der Augen fallenden Formen und weniger nach den einzelnen Merkmalen und Kennzeichen seiner Aechtheit betrachtet zu werden“ pflege. Die einzelnen (sechs) Artikel des Gesetzentwurfs sind der Analogie des Strafgesetzbuchs entnommen. — Professor Dr. Schenkel in Heidelberg wird vom 27. d. M. an in dem Saale der hiesigen Gewerbschule eine Reihe von Vorträgen über das Wesen des evangelischen Glaubens halten. Voraussichtlich werden diese Vorlesungen, gleich den früheren des Professor Hundeshagen, ein zahlreiches Publikum finden.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 15. Dec. Der Regierungsrath von Bern war letzthin mit der Festsetzung des Programms für die Jubelfeier des 500jährigen Eintritts Berns in den Bund beschäftigt. Die Sache wird in sehr großartigem Maßstabe angelegt. Die Abgesandten und Ehrengäste der verbündeten Kantone werden durch Deputationen an der Grenze empfangen und nach der Stadt geführt. Die Feier beginnt am 21. Juni mit Gottesdienst, dann folgt der officielle Act, Festessen, coſtümirter Umzug, Bankett, Balle auf der Plattform. Da das Fest auf die Jahrestage der Schlachten bei Laupen und Murten verlegt wird, so soll sich auch der costümirte Zug auf diese denkwürdigen Ereignisse beziehen. Es werden daher die von Erlach, Waldmann, Hallwyl, Hertenstein und v. Affry mit ihren Kampfgenossen, gleichsam aus dem Grab erstehen, um den späten Enkeln dieselben Gefühle für das Vaterland einzupflanzen, die sie beseelten in den Tod zu gehen. Es sollen dazu 660 Mann und mehr als 200 Pferde verwendet werden. — Da der bernische Regierungsrath den fremden Gesandten und ihren Attaché's auf unvorkommende Weise Jagdpatente unentgeltlich zustellen ließ, so arrangirte jüngst der englische Gesandte eine zahlreiche Partie zu Pferd. Die Ehre des Besuchs ward dem Laupenforst zu Theil. Viel geschossen wurde zwar zum Schrecken der Bewohner, allein nicht viel getroffen. — Als der dreifache Mordbrenner v. Arx (einer adeligen Familie, die jetzt im Bauernstande lebt, angehörig), am 11. d. M. zu Solothurn vom Obergericht einstimmig zum Tode verurtheilt wurde, sagte er lachend zu dem ihn bewachenden Landjäger, er werde jetzt auf dem Rathhause wohl das große Loos gewinnen. Er stand früher als gemeiner Soldat in neapolitanischen Diensten.

Großbritannien.

‖ **London**, 14. Dec. Im Hause der Gemeinen sprachen gestern bei der fortgesetzten Debatte über die Hausſteuer nach Cobden Lord John Manners und Baß für, Cowe und F. Peel gegen die Regierung. Dann nahm der Minister des Innern, Horace Walpole, das Wort und bemerkte, man sei dahin übereingekommen, das Budget zuvörderst als ein Ganzes in Erwägung zu ziehen. Im Lauf der Debatte seien manche Vorzüge der Finanzvorlage eingeräumt worden, indem die Redner sich günstig über die Ermäßigung der Theezölle, über die auf die Schifffahrt bezüglichen Bestimmungen und über die beabsichtigte Modification der Einkommensteuer ausgesprochen hätten. Der Hauptwiderstand habe sich gegen die Hausſteuer und die Ermäßigung der Mühlsteuer gerichtet. Das Budget enthalte drierlei Principien und Hauptzwecke. Es wolle zuvörderst ohne Rückhalt an dem bestehenden Handelssyſtem festhalten; sodann bestrebe es sich, im Falle irgend ein bestimmter Stand oder Gewerbszweig benachtheiligt worden sein sollte, diesem aufzuhelfen, um ihn in Stand zu setzen, bei der unbeschränkten Concurrenz bestehen zu können. Endlich suche es durch Ausdehnung der Hausſteuer und Abänderung der Einkommensteuer die directen Steuern gleichmäßiger zu vertheilen. Dem Erschatzkanzler Sir C. Wood stehe es nicht an, Mißtrauen den Rath zu ertheilen, sein Budget von neuem zu redigiren, da er (Wood) in der Lage gewesen sei, sein Budget zum dritten und vierten Mal zu verbessern. Gaulburn spricht gegen die Regierung, und nach dem Schluß seiner Rede vertagt sich das Haus auf Antrag Lord Jocelyns. — In der heutigen Sitzung wurde die Debatte fortgesetzt; aber sie beginnt schon alles Interesse zu verlieren, denn sie dauert zu lange; man wartet nur auf das Votum. Der Schatzkanzler hat das Haus dringend gemahnt, über das Princip der ihm vorgeschlagenen Maßregeln zur Entscheidung zu kommen und das Detail für eine spätere Discussion aufzuparen.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 17. Dec. Der fürzlich verstorbene hiesige Bankier Grunelius hat, wie man hört, den milden Stiftungen die Summe von 20,000 fl. vermacht.

* **Wien**, 15. Dec. Die heutige „Wiener Zeitung“ bringt den amtlichen Ausweis über den Staatspapiergeldumlauf am Ende des verflossenen Monats. Danach betrug derselbe nur noch 158,289,124 fl., hatte sich also um 2,084,699 fl. gegen den am Ende des October im Umlauf befindlichen Betrag vermindert. Bekanntlich ist der höchste Betrag des sämmtlichen Staatspapiergeldes auf 170½ Millionen fixirt, so daß gegenwärtige Circulation noch um mehr als 6 Millionen unter diesem Maximum steht.

Von der Adria, 11. Dec. Man würde irren, wenn man den Aufstand in Montenegro als vereinzelt ansähe. Er ist in vollem Zusammenhang mit einer Revolution, die sich unter allen slavischen Stämmen in der europäischen Türkei organisirt zu haben scheint. So hören wir, daß ein Häuptling in Oberalbanien — der Name wird nicht genau angegeben — sich gegen die Pforte aufgelehnt hat und mit einem Heere von 10,000 Mann den Kampf mit den türkischen Truppen, die ihm entgegenziehen würden, bestehen will. Insbesondere wird aus Mostar berichtet, daß die Gebirgsbewohner der Herzegowina die Zahlung der Steuern und anderen Auflagen verweigert, und erklärt haben, jeder Gewalt sich mit aller Macht zu widersetzen. Die Gewißheit, im Nothfall nicht nur bei dem slavischen Theil Albaniens, sondern auch bei jenem anderer Provinzen Unterstützung, mindestens durchs Widerstand gegen die Pforte zu finden, erklärt es auch, daß die Montenegriner, die allenfalls auf Ragusa, aber nicht auf einen Kampf in offener Schlacht eingeübt sind, es wagen konnten, den türkischen Truppen auf türkischem Boden entgegenzuziehen. Sie wissen, daß die osmanische Heeresmacht ihnen gegenüber nicht sehr bedeutend werden dürfte, da sie auch auf anderen Seiten in Anbruch genommen wird. Uebrigens ist der Todesmuth der Montenegriner wirklich groß. Sie haben absichtlich die ganze Besatzungsmannschaft der von ihnen eroberten Festung Zablsak niedergemacht, damit die nun in derselben zurückgelassenen Montenegriner, die bei einer Wiedereroberung derselben keinen Pardon von den Türken zu erwarten haben, sich mit völliger Aufopferung ihres Lebens vertheidigen. (A. Z.)

‖ **Berlin**, 16. Dec. Der Kaiser von Oesterreich wird morgen Mittag über Dresden, Aderau und Jüterbogk auf dem hiesigen anhaltinischen Bahnhof eintreffen. Von Magdeburg gehen heute der commandirende General, Fürst v. Radziwill, und der Oberpräsident v. Witzleben nach der Grenze ab, um den Kaiser zu empfangen. Man spricht bereits offen von dem Zweck des Besuchs, vor den Augen Europa's das Bündniß zu erneuern, das einst den ersten Napoleon in die Verbannung trieb. Ich verweise Sie auf die Bemerkungen meines letzten Briefes; sie versuchen es, die Anschauungen zu schildern, welche man hier von dem französischen Verhältniß hegt und diese Ansichten werden auf die Natur und den Geist des neuen Bündnisses wesentlich einwirken. Man fürchtet eben nicht Besonderes von augenblicklichen Dispositionen, welche in Frankreich getroffen werden könnten, man faßt nur den allge-

meinen Zustand ins Auge. Es ist das erstemal, daß ein österreichischer Kaiser in die preußische Königsstadt kommt. Man spricht viel darüber, ob dies zu Ehren des Kaisers zu veranstaltenden Truppenaufstellungen wie sonst in der Nähe des Denkmals Friedrichs des Großen stattfinden werden.

* **Dresden**, 16. Dec. Das „Dresdener Journal" sagt an der Spitze seiner heutigen Nummer: Oeffentliche Blätter haben bereits wiederholt berichtet, daß Se. königl. Hoh. Prinz Albert mit Ihrer königl. Hoh. der Prinzessin Carola von Wasa ein Verlöbniß geschlossen habe. Wir sind nunmehr in den Stand gesetzt, die Nachricht von diesem erfreulichen Ereigniß bestätigen zu können.

△ **Hanau**, 17. Dec. Gegen das in der Sache des hiesigen Standrathes ergangene Urtheil hat auch der Staatsprocurator feinerseits Recurs eingelegt.

† **Turin**, 13. Dec. Die Kammer beschloß die in Betreff der Einziehung der geistlichen Güter eingelaufenen Petitionen zu prüfen. Auf eine Aeußerung des Abgeordneten Borella erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung in jedem Augenblicke bereit sei, die Discussion dieses wichtigen Gegenstandes aufzunehmen.

* **Paris**, 16. Dec. Gestern präsidirte der Kaiser einem Ministerrath. Am Nachmittag fuhr er mit dem General v. Courmel, einem seiner Adjutanten, nach St. Cloud, machte dort einen Spazierritt und kehrte um 5 Uhr in die Tuilerien zurück. Am Abend wohnte er in der großen Oper der Vorstellung des „ewigen Juden" bei. Er war in Civilkleid und trug den Großcordon der Ehrenlegion. In seiner Begleitung befanden sich Graf Tascher de la Pagerie der ältere, General v. Courmel und Hauptmann Tascher de la Pagerie. Einige Minister, Senatoren und Offiziere des kaiserlichen Hofstaats befanden sich in benachbarten Logen. Der Kaiser wurde bei seinem Kommen und Gehen mit warmen Acclamationen begrüßt.

Gestern Mittag fand im Invalidenhotel die kirchliche Feier des Jahrestags der Ankunft von Napoleons Asche statt. Der Marschall Jerome, ein zahlreicher Stab und viele alte Krieger des Kaiserreichs wohnten der Ceremonie bei. Eine Ehrengarde von 60 Invaliden bildete Spalier vom Chor bis zur Kirchenthür. Auf dem Vendomeplatz fand man am Fuß der Säule Napoleons gestern früh viele Todtenkränze niedergelegt. — Auch in Courbevoie, wo die Asche Napoleons gelandet wurde, beging man den Erinnerungstag mit Trauerfeierlichkeiten.

Herr Drouin de Lhuys, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, hat vom König von Neapel den Großcordon des St. Januariusordens erhalten.

In Betreff der Heirath der Prinzessin Wasa sind noch dem Eingeständniß der nächsten Umgebung des Kaisers alle Unterhandlungen abgebrochen. Die nördlichen Mächte sollen, nach dem, was man in den officiellen Kreisen erzählt, ihren Einfluß auf den Vater der Prinzessin benutzt haben, um die Heirath unmöglich zu machen. Daß dieses Fehlschlagen des Lieblingswunsches Ludwig Napoleons nicht dazu beitragen wird, die Beziehungen zu den nordischen Höfen inniger zu gestalten, bedarf keiner Bemerkung.

Abdel-Kader ist bereits zu Marseille angelangt. Zu Lyon, wo er sich einen Tag aufhielt und der Präfect ihn bei der Landung empfing, besuchte er den Marschall Castellane und den Cardinal Bonald, spreiste Abends bei dem Marschall und wohnte am andern Morgen einer Revue bei, worauf er seine Dampfbootreise fortsetzte.

** **Madrid**, 11. Dec. Marschall Narvaez ist gestern Abend von Aranjuez zurückgekehrt und in der Nacht nach Bayonne abgereist. Sein früherer Adjutant Enriquez begleitet ihn. Den ganzen Abend hindurch war das Hotel des Marschalls von hervorragenden Persönlichkeiten der moderirten und der progressistischen Partei vollständig belagert. Eine Deputation der Progressisten erschien eigends, ihm ihre Huldigungen und Sympathie auszudrücken: sie bestand aus Facunde Infante, Antonio Gonzalez, Pasaron y Lastra und Francisco Lujon. Vor seiner Abreise unterzeichnete Narvaez das Manifest der combinirten Oppositionen, welches an die Nation gerichtet werden soll. Heute werden die übrigen Mitglieder des leitenden Wahlcomite's das Actenstück unterzeichnen. Augustin Esteban Collantes, Deputirter von der Opposition, übergab gestern dem politischen Chef von Madrid die von der Mehrzahl der einflußreichsten und angesehensten Persönlichkeiten der gemäßigten Partei unterzeichnete Vorstellung, behufs Auswirkung der Erlaubniß, eine große Wahlversammlung zu halten. Noch ist darauf keine Antwort gegeben. — Mit Bestimmtheit heißt es, General Urbina solle im Kriegsministerium durch General Blaser oder Calonge ersetzt werden. Die St. Ferdinandsbank hat der Regierung die nöthigen Staatsgelder vorgeschossen.

Brüssel, 15. Dec. Heute ist im Senat die Discussion des Gesetzentwurfs in Bezug auf die Angriffe und Beleidigungen gegen die Personen auswärtiger Fürsten eröffnet worden. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. de Brouckere, erklärte in gedrängtem Vortrage, daß jener Gesetzentwurf durchaus nicht unter dem Einflusse irgend eines Druckes den Kammern vorgelegt worden wäre, sondern einfach zum Zwecke hätte, dem Unfug einer gewissen Presse Einhalt zu thun, um so die jedem Belgier so theuren Interessen unseres Landes zu beschützen. Nach ihm erhob sich Herr v. Schoor, eines der einflußreichsten Mitglieder der liberalen Partei, und sprach sich feurig gegen ein Gesetz aus, das ihm zufolge eines der schönsten Monumente unserer Unabhängigkeit antaste, und daher auch im ganzen Lande so wenig Sympathie gefunden hätte. Der Justizminister Faider erwiderte diese Rede aufs lebhafteste; nie hätte sich die jetzige Regierung als Gegner der wahrhaften Presse gezeigt, aber sie würde sich jetzt, wie früher, stets gegen den Unfug einer Presse erklären, die immer Beleidigungen im Munde führe. Der Ehre der heutigen Debatte muß man unstreitbar dem Herrn Defuisseaux, einem der ausgezeichnetsten Advocaten der Provinz von Mons, zugestehen. Er suchte hauptsächlich in seinem beredten Vortrage die Stellung der belgischen Presse in einer Zeit zu zeigen, wo ganz Europa in stürmischer Bewegung war; damals wären die Augen der größten Reiche mit Bewunderung auf dieses kleine Ländchen gerichtet gewesen, das jetzt seit einem Jahre unverdiente und bittere Leiden erduldet. Ungeachtet zahlreicher Reden gegen den Gesetzentwurf, wird derselbe indeß eben so angenommen werden, wie er von der Repräsentantenkammer angenommen worden ist. (K. Z.)

Telegraphische Depeschen.

(Wiederholt.)

Aufgegeben in Berlin, den 17. Dec., 1 Uhr 30 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, 17. 2 „ 22 „

Berlin, 17. Dec. Se. k. k. apostolische Majestät, Kaiser Franz Joseph von Oesterreich, ist heute Mittag um 12 Uhr mit unsers Königs Majestät, welcher seinen allerhöchsten Gast bis Jüterbogk auf der Eisenbahn entgegen gefahren war, hier eingetroffen.

Aufgegeben in Paris, den 17. Dec., 3 Uhr 20 Minuten Nachmitt.
Angekommen in Frankfurt, 17. „ 4 „ 15 „

London, 17. Dec. Das Ministerium ist bei der Abstimmung über die von Disraeli beantragte Haussteuer (die erste Budgetfrage), aus welcher dasselbe eine Cabinetsfrage gemacht hatte, unterlegen. Es hatte eine Majorität von 19 Stimmen gegen sich.

Börsenberichte.

Frankfurt, 17. Dec. Oesterreichische Fonds waren heute wieder fest im Cours; 5pCt. Metall. waren 82½, 4pCt. 74½, 4½pCt. Metall. 73½, 5pCt. Lomb.-Venet. 92½, pCt. G. Wiener Bankactien 1398 fl. G., 500 fl. Loose 194½, pCt. G., 250 fl. Loose 119 pCt. G. Spanische Effecten blieben beinage ganz im Cours wie gestern Abend; 1pCt Rente schlossen 23⅜, pCt. G., 3pCt. Inländische, 43½, pCt. Von Eisenbahnactien war B.-W.-Nordbahn 49½, pCt. G., Berbach 99½, pCt., Köln-Minden 117½, pCt. G., Taunus 304 fl. G. In sämmtlichen übrigen Papieren war nur wenig Bewegung und Courdveränderung bemerkbar. — Auf niedrigere bekannt gewordene spanische Courdnotirung von der heutigen Pariser Börse wurden in der Effectengesellschaft 1pCt. Rente zu 23⅛, ½ verhandelt und schlossen 23½, pCt. G.

Berlin, 16. Dec. Staatsch. 94½, Bri., 94 G. — Köln-Minden 114 G. — Fr.-W.-Nordb. 46½, Brf., 45½ G.

Paris, 16. Dec. 4½pCt. Rente 106, 85. — 3pCt. 82, 30. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 98½. — Span. neue Diff. 23½. — 3pCt. —. — Innere Schuld 43½, ½. ½. — Passive —. — Bankactien 2905. — Piemont 5pCt. 100. — Römisches Anleihen Juni 1850 97. — do. 1850 96½. — St. Germain-Eisenbahn 1425. — Versailles, linkes Ufer 350. — Straßburg-Basel 367, 50. — Nordbahn 892, 50. — Paris-Straßburg 815.

Telegraphischer Courobericht.

Wien, 17. Dec. 5pCt. Metall. 95. — 5pCt. do. B. 109½. — 5pCt. Anlehe vom Jahr 1852 94½. — 4½pCt. do. 84½. — Bankactien 1348. — 250 fl. Loose 138½. — London 11 fl. 8 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 105½. — B.-N.-Nordb. 241½. — Livorno-Florenz 100. — Siena-Empoli 69½. — Paris 133½. — London in Triest 11 fl. 12 kr. — Silber 13½. (Spnd.)

London, 16. Dec. 3pCt. Consols 100½ ex div. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 23½. — 5pCt. Hamdrg ex coup. 95½. (Spnd.)

Madrid, 11. Dec. 3pCt. 45½. — 1pCt. Neue 24½. (Spnd.)

Antwerpen, 16. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. 92½. — 2½pCt. Belg. 57⅞. — 3pCt. Span. inl. 42½. — 1pCt. do. 22½. (Spnd.)

Amsterdam, 16. Dec. 2½pCt. Integr. 66. — 4pCt. Certifie. 97¹¹/₁₆. — 3½pCt. Spnd. 95⅞. — 5pCt. Ruff. bei Pape 92½. — 4pCt. Ruff. bei Stieglitz 91⅞. — 3pCt. Spanische inl. 42½. — 1pCt. do. Neue 23½. — 5pCt. Silber-Metall. 93½. — 5pCt. Metall. 79¹¹/₁₆. — 2½pCt. do. 41½. — 250 fl. Loose 360. (Spnd.)

Verantw. Redacteur: Dr. H. Matten. Dr. u. Verl. E. Sattler. Dr. J. V. Kutschelt.

[2828]

Bekanntmachung.

Die 10te Verloosung Großh. Badischer 3½% Eisenbahn-Obligationen vom Jahre 1842 betreffend.

In Folge Ermächtigung durch Großherzogl. Finanz-Ministerium wird die Ziehung von fl. 107,300. rückzahlender 3½% Obligationen des Eisenbahn-Anlehens vom Jahre 1842

Mittwoch den 28. Dec. d. J., Nachmittags 3 Uhr

durch eine Großh. Kommission im Ständehaus dahier öffentlich vorgenommen werden.

Karlsruhe, den 16. December 1852.

Großh. Badische Eisenbahnschulden-Tilgungscasse.

[2825]

Das bekannte pünktliche und correcte

Frankfurter Börsen-Coursblatt

von **S. Berlyn,** bereidigtem Sensal,

erscheint täglich, mit Beigebung einer Handelsbeilage, wöchentlich zweimal, s. 3. Ziehungslisten der Staats-Lotterie-Anlehen u., sodann Sonn- und Feiertag ein Extra-Coursbericht. Vom 1. Januar 1853 an kann man sich bei allen wohllöbl. Postämtern im Auslande abonniren. Der Preis fl. 2½ per Quartal.

[2827]

Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Nach den bis heute eingegangenen Agentur-Abrechnungen sind:

1) 4267 Einlagen zur Jahresgesellschaft pro 1852 mit einem Einlagekapital von . . . . . 75,820 Thlr.

und

2) an dieses jährigen Nachtragszahlungen für alle Jahresgesellschaften. . . . . 109,409 Thlr. 21 sgr. 6 pf.

gemacht worden.

Im vorigen Jahre waren bis zum heutigen Tage:

4034 Einlagen mit . . . . 64,686 Thlr.

und an Nachtragszahlungen . 102,299 Thlr. 1 sgr.

erfolgt. Einlagen und Nachtragszahlungen, noch für dieses Jahr giltig, sind alsbald an unsern Generalbevollmächtigten, Herrn von Scheurer in Hanau, zu leisten.

Berlin, den 7. December 1852.

Direction der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von **Georges**, Apotheker zu Vivol (Vogesen). Diese Hustenbonbons, die ganze à 56 fr. oder 16 Sgr., die halbe à 28 fr. oder 8 Sgr., sie kann man sich verschaffen, in Augsburg bei den Herren Reitlinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Welten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. G. von Oven**, Bleyenstraße Nr. 33. [2428]

Ladetten werden verkauft in Schachteln, die volle à 28 fr. oder 8 Sgr., die halbe à 14 fr. oder 4 Sgr.

Neuer Verlag von J. Ricker in Gießen.

Bischoff, Th. C. W., Entwicklungsgeschichte des Meerschweinchens. gr. 4. mit 8 Kupfertafeln. Rthlr 3 od. fl. 5. 21 kr.

Das neue Anatomiegebäude zu Giessen, beschrieben. gr. 4. mit 4 lithogr. Tafeln. Rthlr. ½ od. fl. 1. 12 kr.

Credner, K. A., Philipps des Großmüthigen Hessische Kirchen-Reformations-Ordnung. Nach handschriftlichen Quellen herausgegeben, erläutert und mit Bezug auf die Gegenwart besprochen. gr. 8. Rthlr. 1½ od. fl. 2. 24 kr.

Forget, C., Grundriss der Krankheiten des Herzens, der Gefässe und des Blutes. gr. 8. Rthlr. 2. oder fl. 3. 36 kr.

Helmolt, Th. v., Verzeichniß der Excepitonen zur Beweislast. gr. 8. Rthlr. 1½. od. fl. 2. 24 kr.

Heyer, Ed., Beitrag zur näheren Würdigung des Flächensatzes. gr. 8. Rthlr. ¼ od. 27 kr.

Jahresbericht über die Fortschritte der reinen, pharmaceutischen und technischen Chemie, Physik, Mineralogie und Geologie Unter Mitwirkung von etc. herausgegeben von Justus Liebig und Hermann Kopp. Für 1851. 2 Hefte. gr. 8. Rthlr. 4. od. fl. 7. 12 kr.

Sandhaas, G., germanistische Abhandlungen. gr. 8. Rthlr. 1. od. fl. 1. 48 kr.

Welcker H., über Irradiation und einige andere Erscheinungen des Sehens. gr. 8. mit 8 lithogr. Tafeln. Rthlr. 1½ oder fl. 2. 24 kr.

Wernher Ad., Handbuch der allgemeinen und speciellen Chirurgie. 1ts. Heft. gr. 8. Rthlr. ½ oder fl. 1. 30 kr.

In Frankfurt a. M. zu beziehen durch **J. D. Sauerländer's** Sortiments-Buchhandlung. [2805]

[2824]

Physikalischer Verein.

Samstag den 18. December: Ueber die leichte Reduirbarkeit des flüssigen Knallsilbers. — Mittheilung einer Methode, Achate und andere quarzhaltige Mineralien zu ätzen und naturgetreu abzubilden.

[2832]

An- und Verkauf

von Obligationen, Loosen rc. bei

Moriz Striebel Söhne in Frankfurt a. M.

Fränkel

ist mit Mecklenburger Reit- und Wagen-Pferden im „gelben Hirsch“. [2626]

Ferdinand Schneider,

Rebstock 7,

empfiehlt während der Jahreszeit Pasteten von **Gansleber, Fasanen, Rebhühner, Indianer,** reich mit Perigord-Trüffeln, Gestügel mit Trüffeln zum Braten zubereitet, feinste Gansleberwürste mit Trüffeln, Bouillontafeln und garantirt vorzügliche Waare. [2763]

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris,** schwul gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen rc. [2610]

Die Pianoforte-Manufactur

von **B. Schott's Söhnen** in **Mainz**

besitzt jederzeit eine Auswahl ihrer sorgfältig gearbeiteten und rühmlichst bekannten **Pianofortes** in verschiedenen Formen, und empfiehlt dieselben zu **Weihnachts-** und **Neujahrs-Geschenken.** [2711]

[2783]

Guts-Verpachtung.

Zur Verpachtung der ungefähr 780 Acker haltenden mit Schäferei versehenen Kurfürstlichen Domäne Lippoldsberg an der Weser, vom 1. Mai 1853 an auf zwölf Jahre, im zweiter Termin auf

Montag den 3. Januar l. J.,

Morgens 10 Uhr,

in das Local der unterzeichneten Behörde zur Kasse bestimmt, worin Pachtliebhaber mit amtlichen Nachweisungen über Vermögen und sonstige Qualification versehen, sich einfinden wollen.

Kassel, am 9. December 1852.

Kurfürstliches Finanz-Ministerium,
Abtheilung für die Domänen.
Wiederhold, l. A.
vdt. Schuchardt.

[2785]

Edictalladung.

Nachdem von Gr. Hofgericht der Provinz Starkenburg über das Vermögen des Anfangs Mai dieses Jahres heimlich nach Amerika ausgewanderten Schuhmachers Christoph Zeis von hiesiger Stadt der formelle Concurs für den Fall erkannt worden ist, daß derselbe keine zur Abwendung desselben gestellten Anträge stellen werde, so wird der abwesende Christoph Zeis hiermit aufgefordert,

Donnerstag den 27. Januar 1853,

Vormittags 10 Uhr,

vor Gr. Landgericht dahier zu erscheinen und etwaige Mittel zur Abwendung des Concursverfahrens anzugeben, widrigenfalls dieses Verfahren gegen ihn eingeleitet werden würde.

Gleichzeitig werden alle Diejenigen, welche Forderungen oder sonstige Ansprüche an das Vermögen des Christoph Zeis zu machen haben, aufgefordert, dieselben in diesem Termine dahier anzumelden und etwaige Vorzugsrechte für dieselben in Anspruch zu nehmen und zu begründen, widrigenfalls sie bei der Massevertheilung keine Berücksichtigung finden würden.

In diesem Termine soll gleichzeitig die Güte versucht, so wie über die Bestellung eines Massevalwalts und Gläubigerausschusses unter den erscheinenden Gläubigern verhandelt werden, und sollen die in diesem Termine nicht persönlich erscheinenden Gläubiger als den Beschlüssen der Mehrzahl der erschienenen beitretend angesehen werden.

Zwingenberg, den 3. December 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Brenner.

[2784]

Oeffentliche Aufforderung.

Ueber das Vermögen des zu Anfang dieses Jahres heimlich von Haus entwichenen Peter Röder von Schmalkinden ist der Concurs Anfangs dessen Lyceum Schuldverfahren eingeleitet, in welchem seitherige Forderungen zur Anzeige gebracht wurden. und ist sich bis jetzt eine Ueberschuldung des Vermögens des Peter Röder von 1200 fl. ergeben.

Auf den Antrag der Ehefrau des Peter Röder werden alle diejenigen, welche Forderungen irgend welcher Art an das Vermögen des Peter Röder zu machen haben, aufgefordert, solche im Termin

Donnerstag den 13. Januar 1853,

Nachmittags 2 Uhr,

dahier anzumelden, und werden die in diesem Termin nicht erscheinenden Gläubiger einem etwa zu Stande kommenden Arrangement, sowie den von der Mehrzahl der erschienenen Gläubiger gefaßt werdenden Beschlüssen als stillschweigend beitretend erachtet.

Gleichzeitig wird der abwesende Peter Röder aufgefordert, in diesem Termin zu erscheinen und etwaige Mittel zur Befriedigung der Gläubiger anzugeben, widrigenfalls in Gemäßheit der von denselben gefaßt werdenden Anträge weitere rechtliche Verfügung bezüglich des vorhandenen Vermögens erlassen werden würde.

Zwingenberg, den 2. December 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Brenner.

[2701]

Oeffentliche Aufforderung.

Der abwesende, am 24. November 1762 geborne Georg Friedrich Freiherr von Grosrau, resp. dessen etwaige Leibeserben, werden aufgefordert, Ersterer binnen drei Monaten

zur Empfangnahme seines, seinen Präsumtiverben bereits gegen Caution überlassenen Vermögens sich melden, Letztere innerhalb gleicher Frist ihre Ansprüche an dieses Vermögen und ihre ausschließenden widrigenfalls die gestellten Cautionen aufgehoben, den Präsumtiverben zurückgegeben und, soweit nöthig, in den Hypothekenbüchern gelöscht werden würden.

Großgerau, am 25. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Becker.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Samstag (Beilage zu Nro 302.) 18. December 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 18. Dec. In einem Schreiben aus Wien meint die „Kasseler Zeitung", es würde nicht fehlgerathen sein, wenn man annehme, der Kaiser von Oesterreich bezwecke durch die gegenwärtige persönliche Zusammenkunft mit dem König von Preußen eine vertrauliche Besprechung über eine gemeinsame Politik, welche die beiden deutschen Großmächte und der gesammte deutsche Bund den Verwickelungen entgegenzusetzen haben, die dem Continente durch englische Intrigen, sei es im Osten, Westen oder Norden, sicher bereitet werden. — Die Zollfrage, heißt es weiter in diesem Schreiben, liege der Zusammenkunft gänzlich fern.

ψ **Frankfurt**, 17. Dec. Vor kurzem hat das Bauamt mit Vorbehalt der Genehmigung das in der Taubenhofstraße gelegene Haus des Tuchbereiters Eise um den Preis von 18.000 fl. für Rechnung der Stadt gekauft. Dem Vernehmen nach ist an dieser Stelle die Eröffnung eines Durchgangs projectirt, dessen Pläne jedoch noch nicht vorliegen. — Seit einiger Zeit äußert sich wieder vielfach der Wunsch um den Neubau einer protestantischen Kirche für die höchst baufällige 514 Jahre alte Dreikönigskirche. Vor etwa 20 Jahren wurde die Bestimmung getroffen, durch jährliche Zurücklegung des Betrags von 1000 fl. aus dem Aerar während 12 aufeinander folgenden Jahren, und den zu dem Capital zu schlagenden Zinsen, nach und nach einen Fonds für diesen Kirchenbau zu gründen. Wenn nun freilich auch der jetzige Bestand dieses Capitals noch nicht zureichen dürfte, so möchte doch eine Collecte unter den hiesigen Einwohnern aller Confessionen und der gewiß bewilligte Zuschuß aus der Staatskasse den Angriff dieses Neubaues in nicht zu ferner Zeit ermöglichen.

ψ **Frankfurt**, 18. Dec. Heute läuft die ordentliche Sitzungszeit der gesetzgebenden Versammlung ab, ohne daß von Seiten des Senats eine Verlängerung erfolgt ist. Demnächst wird jedoch die Versammlung zur Berathung des vorgelegten Budgets einberufen werden, bei welcher Gelegenheit Manche sehr lebhafte Discussionen vermuthen wollen.

Seit einigen Tagen droht ein neuer Streit die Flammen der Zwietracht von neuem anzufachen. Bekanntlich forderte die gesetzgebende Versammlung im Sommer d. J. den Senat auf, jede innere (Bürgerausschuß) oder äußere (Bundesbehörde) Einmischung in die Frankfurter Verfassungsangelegenheit zurückzuweisen, worauf eine Anzahl von vierhundert Bürgern den Senat in einer Eingabe ersuchte, diesem Beschluß der gesetzgebenden Versammlung nicht Folge zu geben. Als der Senat am 5. Oct. zufolge Bundesbeschlusses die Gesetze vom 19. Oct. 1848 und 20. Febr. 1849 aufhob, verbreitete sich das Gerücht, die Eingabe der Vierhundert habe hauptsächlich eine Verwahrung gegen die politische Gleichstellung sämmtlicher Staatsangehörigen enthalten, und bald wurde vielfach erzählt, daß mehrere der Unterzeichner — zum größten Theil Handwerker — auf mancherlei Weise beunruhigt und namentlich durch Bedrohung der Arbeits- und Kundschaftsentziehung gefänglich wurden. Was an diesen Erzählungen wahr oder unrichtig ist, kann dahingestellt bleiben, aber auffallend sind die in den letztern Tagen im „Intelligenzblatt" erscheinenden vielfachen Erklärungen von Handwerksmeistern, daß sie jene Schrift, ohne sie zu lesen, nur im Vertrauen auf die Angabe anderer Mitmeister, daß diese Schrift nur die Bitte um Nahrungsschutz enthalte, unterzeichnet hätten. Der unangenehme Eindruck, den dergleichen Manifestationen hervorrufen müssen, wurde noch vergrößert, als jetzt Tage ein in vielen Exemplaren verbreitetes mit „G. Herold" unterzeichnetes Flugblatt umumwunden die Veranlassung dieser Erscheinungen besprach und die vermeintlichen Urheber der Bürgerschaft zu bezeichnen versuchte. Mit seltenem Eifer wird dieses Blatt in öffentlichen und Privatkreisen, von den Einwohnern aller Klassen gelesen und die berührte Angelegenheit bildet seit zwei Tagen den Hauptgegenstand jeder gesellschaftlichen Unterhaltung. — Uebrigens sind noch mehrere Eingaben (eine mit 900 Unterschriften) ähnlichen Inhalts an den Senat übergeben worden. Die Angelegenheit ist jedenfalls eine traurige; sie hat Aufregung, zum Theil Erbitterung erzeugt und ist nicht geeignet, die lange vermißte Einigkeit zurückzuführen.

* **Berlin**, 16. Dec. Die „Neue Preußische Zeitung" begrüßt den Kaiser von Oesterreich bei seiner Ankunft in der preußischen Hauptstadt mit folgenden Artikel:

Es ist das erstemal, daß Preußens Residenz sich der Auszeichnung erfreut, einen Kaiser von Oesterreich oder überhaupt einen Kaiser aus dem Hause Habsburg in ihren Mauern begrüßen zu können, und wir glauben die Bedeutung dieser Thatsache nicht zu überschätzen, wenn wir dieselbe als ein für Oesterreich wie für Preußen gleich ehrenvolles und freudiges Ereignis feiern. Ehrenvoll und erfreulich für Oesterreich, weil der kaiserliche Besuch keinen Zweifel darüber läßt, daß die persönlichen Gefühle der Monarchen und die bewährten Traditionen der Geschichte den Sieg davon getragen über den Egoismus und den gereizten Ehrgeiz der Diplomatie, wie über die Machinationen einer kurzsichtigen Politik; weil er auch den sichern Beweis dafür bietet, daß die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des Einverständnisses Oesterreichs und Preußens eben so wie das persönliche Regiment des jugendlichen Kaisers gereift, und fast stark genug sind, jener Ueberzeugung sofort einen thatsächlichen, nach allen Seiten verständlichen Ausdruck zu geben, und dadurch jene ganze Klasse von Menschen, deren Name der Wiederhall der Schmach und Zerrissenheit unseres deutschen Vaterlandes, auf ihren wahren Werth zurückzuführen. Erfreulich aber auch, und ehrenvoll in noch höherem Maaße, für unser Vaterland Preußen, ehrenvoll, weil es in der That ein nicht Geringes ist, daß der Kaiser Oesterreichs überhaupt und gerade in dieser Zeit unsern königlichen Herrn durch einen Besuch erfreut, — jetzt, wo so mancher Kammerschwätzer daraus die Ueberzeugung schöpfen dürfte, daß die Achtung und das Ansehen Preußens doch nicht ganz so tief gesunken sind, als er seinen Wählern gern vorreden möchte, — jetzt, wo so mancher Ausländer daraus die Lehre ziehen wird, daß das linke Rheinufer doch leichter zu wünschen, als zu erobern ist. Nicht daß wir uns damit auf eine fremde Macht verlassen wollen, doch werden wir allerdings dem gemeinsamen Feinde nicht anders als mit gemeinsamen Kräften begegnen können, und es ist mehr als erfreulich, daß heute, nachdem die Nebel des Mißtrauens und des Mißverständnisses wir lange Jahre schwer auf uns gelastet, die kaiserliche Reise wie mit einem Schlage alle die Hoffnungen zertrümmert, die man in der Nähe und in der Ferne auf die Uneinigkeit der beiden deutschen Großmächte gebaut. Wir hatten uns nie der Täuschung hingegeben, Preußens Ruhm und Größe in der Schwäche und Erniedrigung Oesterreichs suchen zu können, und wir freuen uns heute doppelt, daß der Kaiser von Oesterreich, Angesichts der Gefahren, die Europa bedrohen, die Rathschläge einer verblendeten Diplomatie kurzen Entschlusses dahinten gelassen. Es wird ihn nicht gereuen.

* **Berlin**, 16. Dec. Es ist hier aufgefallen, daß die Regierung Ludwig Napoleons in ihren offiziellen Noten in Betreff des Kaisertitels die verfänglichste und rubigste Sprache redet, wogegen die Erklärungen ihrer offiziösen Presse einen ziemlich leidenschaftlichen und gereizten Charakter tragen. Wie der „Constitutionnel" sagen kann, die Mächte haben, nach einer Zwischenpeyode von 37 Jahren, die voll von Begebenheiten, deren großer Theil mit den angerufenen Verträgen im Widerspruche stehe, keinen Grund, sich über einen Titel aufzuhalten, der nur die Geschichte Frankreichs und die Folgenreihe seiner Regierungen angehe, ist schwer zu begreifen. Die Unterscheidung zwischen einem primitiven Nationalrecht, das mit der Souveränetät und Unabhängigkeit des Landes eng zusammenhängt, und einem Specialrecht für jede Regierungsform, das zur Erhaltung dieser Form nothwendig, ist durchaus neu, und würde in ihren letzten Consequenzen zu Folgerungen führen, welche den völkerrechtlichen Charakter der Verträge annulliren. — Der Besuch des jungen Kaisers von Oesterreich an unserm Hofsager ist von um so größerer Bedeutung, da bisher noch kein Kaiser aus dem Hause Habsburg in Berlin war. Allem Anschein nach wird der Empfang ein glänzender sein, und namentlich sollen die Paraden auf möglichst glänzendem Fuße stattfinden. Daß Herr v. Radowitz den Festlichkeiten und Vorstellungen aus dem Wege

geht, und seine Familie in Erfurt besucht, wird jedermann begreiflich finden. Wenn aber ihrerseits die „N. Pr. Ztg.“ gerade diesen Augenblick für günstig hält, um sich „über den Egoismus und den gereizten Ehrgeiz der Diplomatie, wie über die Machinationen einer kurzsichtigen Politik“ auszulassen, so ist dies zwar nach der bekannten Haltung dieses Blattes gleichfalls nicht zu verwundern, aber fragen möchten wir doch, wem eigentlich mit so harten Worten gedient sein soll. — Die über das Befinden des Grafen v. Fürstenberg-Stammheim einlaufenden Nachrichten lauten leider noch immer sehr ungünstig. Das Ministerium kann den Werth solcher Männer, auch wenn sie sich in der Opposition befinden, am besten schätzen. Denn immer deutlicher stellt es sich heraus, daß gerade die Rechte ihren politischen Anschauungen und Grundsätzen zu Gunsten der ministeriellen Politik keinen Abbruch zu thun entschlossen ist. Ich spreche nicht von dem Ergebniß der heutigen Abstimmung über den Antrag des Grafen Renard, wohl aber gibt das Verhalten Stahls und der ihm untergeordneten Fraction der Rechten reichlichen Stoff zum Nachdenken. Wie, wenn die Regierung mit ihren Vorlagen in Betreff der Neubildung der ersten Kammer nicht durchdringt und das sommersche Wahlsbewußtsein Rechte nicht aufgeben will, in denen es Pflichten erkennt? Immer aber wird man von Seiten der Regierung den Abg. Stahl an die 1845 von ihm verfaßte Broschüre über das monarchische Princip erinnern dürfen, die allen ständischen Prätensionen schnurstracks entgegen war, und die Stärkung der königlichen Gewalt keineswegs da suchte, wo er sie jetzt allein finden zu können glaubt.

P **Berlin**, 16. Dec. Heute hat eine Sitzung der zweiten Kammer stattgefunden. Dieselbe hatte Interesse durch den Kampf, welchen die Rechte in Betreff der Sportelgesetzgebung gegen den Justizminister führte. Sie unterlag in demselben schließlich bei namentlicher Abstimmung mit 4 Stimmen. Die andere Angelegenheit über die Commission, an welche die Vorlagen des Ministeriums des Innern überwiesen werden sollen, kam nicht zur Erledigung. Die nächste und letzte Sitzung vor den Feiertagen wird Dienstag sein und dann vom 22. Dezember bis zum 4. Januar eine Vertagung eintreten. Von neuen Vorlagen liegt der Entwurf der ländlichen Gemeindeverfassung der Provinz Pommern und der Landgemeindeordnung für Westfalen vor. Beide bieten aber nichts Neues. Die erstere schließt sich fast ganz vollkommen in Wort und Inhalt dem Entwurf für die ländliche Gemeindeverfassung der Provinzen Brandenburg und Preußen an und der zweite ist eine nur wenig veränderte Reproduction des den Kammern in voriger Session bereits vorgelegten Gesetzentwurfs der Landgemeindeverfassung für Westfalen. Die Commission der ersten Kammer zur Prüfung der provisorischen Verordnung vom 4. August 1852 über die Bildung der ersten Kammer hat die Nothwendigkeit und Dringlichkeit der Verordnung anerkannt und derselben, unbeschadet der nach Art. 67 auf 6 Jahre erfolgten Wahl der Abgeordneten, ihre nachträgliche Genehmigung ertheilt. Sonst behält sich die Kammer die Berathung und Beschlußfassung über die sich als nothwendig ergebenden Abänderungen auf den Zeitpunkt vor, wo es sich entschieden hat, ob die königliche Vorlage, die Bildung der ersten Kammer betreffend, durch die Annahme der beiden Kammern an die Stelle des jetzigen Art. 65 tritt.

Berlin, 16. Dec. Die Regierungsvorlage wegen künftiger Bildung der ersten Kammer findet bis jetzt bei der Rechten keine durchgängige Zustimmung. Indessen hofft man, daß v. Kleist-Regow, der für die Vorlage ist, zu Gunsten dieser den Ausschlag geben wird. Man spricht davon, daß die katholische Fraction in Berlin ein eigenes Blatt zu gründen beabsichtige. Ich glaube nicht daran, da das Blatt dieser Partei in Köln der Unterstützung noch so sehr bedarf. Möglich wäre vielleicht, daß man ein hier erscheinendes kleines Blatt, den „katholischen Anzeiger“, in den Stand setzte, größere Bedeutung zu gewinnen.

Darmstadt, 16. Dec. Tagesgespräch bildet eben hier eine Herausforderung, welche der Abgeordnete zur zweiten Kammer, Herr Gymnasiallehrer Dr. Eigenbrodt von Worms, Herrn Dr. Müller-Melchiors hat zukommen lassen. Veranlassung dazu gaben die schweren Beleidigungen, welche sich Herr Müller-Melchiors mehrfach in öffentlicher Sitzung der zweiten Kammer gegen Herrn Dr. Eich erlaubt und für welche der Letztere sich auf diesem Wege Genugthuung verschaffen wollte. Herr Dr. Müller-Melchiors soll indessen, wie man sagt, die Herausforderung abgelehnt haben und zu einer Erklärung in der Kammer bereit sein, in welcher er alle Verletzungen, die er sich gegen den Dr. Eich erlaubt, wieder zurückzunehmen wolle. (M. Z.)

Mainz, 17. Dec. Heute Morgen wurde die Privatschule des Fräulein Embdt polizeilich geschlossen. (M.Rh. Z.)

Kiel, 14. Dec. Wie wir vernehmen, sind begründete Aussichten vorhanden, daß das interdirte Arrangement in Betreff der Ueberlassung der in Schleswig belegenen Güter des Herzogs v. Augustenburg an die regierende königl. Linie, im Laufe des nächsten Monats definitiv zu Stande kommen wird. Mit haben früher berichtet, daß die dänische Regierung den Abschluß bisher verzögert habe; vor kurzem sind indessen die Verhandlungen in Berlin wieder aufgenommen, und haben zu dem oben gemeldeten Resultat geführt. Wie es heißt, brabschtigt der Herzog nemmehr einen größern Gütercomplex in Preußen zu kaufen. (H. C.)

Schweiz.

≡ **Aus der Schweiz**, 16. Dec. Vorgestern sind sämmtliche Buchhändler in Bern vor den Regierungsstatthalter beschieden und befragt worden, ob sie die bekannte Schmähschrift von Victor Hugo, betitelt: „Napoleon der Kleine“, verkauft, und woher sie dieselbe bezogen hätten. Man glaubt, es sei dies auf Veranlassung der französischen Gesandtschaft geschehen, um Uebersetzer und Drucker dieser Schrift ausfindig zu machen. — Das Staatsbudget von Zürich für 1853 zeigt eine Einnahme von 2,500,919 Fr. und eine Ausgabe von 2,484,322 Fr., also eine Mehrausgabe von 153,403 Fr. Dabei ist eine Vermögenssteuer von 1‰ per Mille angenommen. Die Mehrausgabe rührt größtentheils von den großen Wasserbeschädigungen dieses Jahrs, welche 500,000 Fr. verschlingen, also von einem außerordentlichen Ereigniß her. — Der Baron v. Goumoens, welcher längere Zeit in persischen Militärdiensten gestanden, ist wieder in seinem Heimatskanton Waadt angekommen.

Frankreich.

⁂ **Paris**, 16. Dec. Der „Moniteur“ enthält in seiner heutigen Nummer zum Jahresschluß einen Bericht über die Finanzlage des Landes, die nach seiner Darstellung überaus befriedigend ist. „Durch Decret vom 27. März festgestellt, ergab das Budget für 1852 anfangs ein Deficit von 53,985,242 Fr.; es sollten also die Ausgaben die Einkünfte um diese 54 Millionen übersteigen. Seitdem wurden durch verschiedene Ergänzungs- und außerordentliche Credite für dringende oder unvorhergesehene Ausgaben eröffnet und diese Credite belaufen sich bis heute auf 47,203,406 Fr. Demnach müßte das Deficit des Budgets für 1852 etwa 101 Millionen Fr. betragen, wenn der Gesammtbetrag der nachbewilligten Credite zur Verwendung gekommen wäre und die Einkünfte die Voranschläge nicht überstiegen. Nun wird sich aber glücklicherweise ein solches Deficit nicht herausstellen; die annullirten Credite und die Mehreinnahmen decken den größern Theil des scheinbaren Deficits. Die indirecten Abgaben und Einkünfte werden in dem Decret vom 27. März d. J. um 37,380,000 Fr. mehr veranschlagt, als sie 1851 ergaben. Manchem erschien dies damals zu hoch und überschwenglich, aber die Erfahrung hat sogar die Erwartungen der Regierung noch übertroffen. Anstatt des veranschlagten Mehr von 37 Millionen für das ganze Jahr, ergeben schon die ersten 11 Monate von 1852 ein Mehr von 51,303,000 Mill. Fr., so daß sich für das ganze Jahr voraussichtlich 60 Millionen herausstellen werden, demnach 23 Millionen mehr als in dem Voranschlag des Budgets aufgeführt standen. Solcher bedeutende Zuwachs der Staatseinkünfte ist von bester Vorbedeutung. Jedermann weiß, daß die indirecten Abgaben je nach dem Verhältniß der Arbeit und der Bewegung im Geschäftsverkehr steigen oder fallen. Demnach deutet die über Berechnung große Mehreinnahme auf öffentlichen Wohlstand und Vorgedeihen. Außerdem ergeben die directen Abgaben und verschiedenen Einnahmen 12 Millionen mehr, als im Budget veranschlagt wurde, so daß also die Gesammteinnahme von 1852 den Ansatz des Budgets um ungefähr 35 Millionen übersteigt; dadurch vermindert sich das Deficit auf 66 Millionen. Da aber die in Letzteres mit eingerechneten Credite nicht ganz zur Verwendung kommen, vielmehr etwa 26 Millionen erspart werden dürften, so wird sich das ganze Deficit des Jahrs 1852 auf höchstens 40 Millionen belaufen. Um nun aber dieses Deficit und die daraus resultirende Lage richtig zu würdigen, darf nicht übersehen werden, daß der Staat in diesem Jahr nur 40 Millionen Franken neue Schulden gemacht, während er in demselben Zeitraum 73 Millionen für die Ausführung von außerordentlichen öffentlichen Arbeiten verwendet hat, also eine wesentlich produktive Ausgabe, die nicht einmal als solche, sondern gewissermaßen als ein Vorschuß, eine vortheilhafte Capitalanlage anzusehen ist. — Der „Constitutionnel“ bestätigt die Nachricht, daß die Prinzessin Carola v. Wasa mit dem Prinzen Albert von Sachsen verlobt sei. Mittlerweile hat man für Napoleon III. eine neue Braut ausfindig gemacht. Der Kaiser, heißt es, habe auf die Tochter Don Pedro's und der Prinzessin von Leuchtenberg, also eine Nichte der Königin Hortense, sein Auge geworfen, wogegen freilich der Umstand spricht, daß die Infantin Donna Maria Amalia sich gegenwärtig zur Heilung der Schwindsucht auf der Insel Madeira befindet. — Wie verlautet, ist allen hiesigen hohen Beamten, die 10,000 bis 20,000 Fr. Gehalt beziehen, im Namen des Kaisers bedeutet worden, daß sie mindestens einen Einspänner halten müssen. Die Staatsräthe, Senatoren, Generaldirektoren rc. sind zum Unterhal-

ten von Equipage und zwei Pferden verspricht, während die Marschälle, Minister ꝛc. sogar sechs Pferde halten und bei amtlichen Gelegenheiten vierspännig fahren müssen. Der Wagen des Kaisers wird an Fest- oder Galatagen stets mit acht Pferden bespannt, und das Geschirr, welches gegenwärtig in der Arbeit ist, ganz jenem des Kaiserreichs und des Königthums gleichen.

Großbritannien.

London, 15. Dec. Das Haus der Gemeinen hat in seiner gestrigen Sitzung die Debatte über Disraeli's Hausteuer fortgesetzt. Die Hauptredner waren diesmal Hume und Sir James Graham. Ersterer zollte einzelnen Partien des Budgets volle Anerkennung, so namentlich dem auf die Schifffahrtsinteressen bezüglichen Theil, bestritt aber ebenso entschieden den Nutzen einer Herabsetzung der Mahlsteuer und bekämpfte die Ausdehnung directer Besteuerung. Ebenso sprach sich Sir James Graham gegen die beiden Hauptbestimmungen des Entwurfs von Disraeli aus. Die directe Besteuerung nannte er grabzu eine Confiscation. Der Schatzkanzler erklärte im Verlaufe der Discussion, vor Weihnachten genüge ihm das Votum über die Zweckmäßigkeit, das directe Besteuerungssystem weiter auszudehnen. Werde diese Frage bejahend entschieden, so könne man später die daraus resultirenden Maßregeln zur Sprache bringen. — Ueber den Ausgang der Debatte ist man sehr im Zweifel; er ist erst zwischen heute und morgen zu erwarten. Der ministerielle „Herald" scheint kleinmüthig zu sein; alle Manöver, sagt er, würden versucht, das Cabinet zu stürzen; die Majorität aber werde in keinem Fall groß sein. — Ueberall, in der Hauptstadt wie außerhalb derselben, wird gegen die Hausteuer agitirt; in London, Liverpool, Bedford, Buckingham, Worcester, Southampton und andern Städten sind Meetings gegen dieselbe gehalten worden.

Mit hohen Nachrichten vom Cap bis zum 6. Nov. Der Kaffernkrieg war noch immer nicht zum Schlusse gebracht. Die Kaffern, obgleich zersprengt und verfolgt, hatten sich weder unterworfen, noch war es gelungen, sie bis jenseits des Kei zurückzudrängen. Anfangs October hatte General Cathcart bei Hogs Back, gegenüber dem zerstörten Militärdorfe Auckland, eine Art festes Lager eingerichtet, um von dort aus das Amatolagebirge vom Feinde zu säubern und den Rebellenhäuptling Uithaalder zu vertreiben. Am 5. Oct. ward das Lager Uithaalders überfallen und verbrannt, ohne daß die englischen Truppen einen Verlust zu beklagen hatten. Seitdem schlugen sie sich beständig mit dem Feinde, in dessen Verfolgung sie begriffen waren, herum. Zu dem von dem englischen General verlangten unbedingten Unterwerfung wollten sich die Kaffernführer nicht verstehen. Macomo und Sandili hatten in den an das Amatolagebirge stoßenden Wäldern Zuflucht gefunden. Wie es hieß, waren sie ohne Munition und ihre Heerden schmolzen rasch zusammen. — Mehrere nach Australien segelnde Auswanderer schiffe hatten am Cap angelegt, um Lebensmittel einzunehmen.

Spanien.

Madrid, 10. Dec. Die amtliche Zeitung veröffentlicht das Budget von 1853 in der Form eines der Kammer vorzulegenden Gesetzentwurfes. Die ordentlichen Ausgaben betragen 1,209,708,742 Realen, worunter 47,350,000 Realen für die Civilliste, 213,271,423 für die Staatsschuld, 39,000,233 für die Justiz, 278,646,248 für den Krieg, 85,165,000 für die Marine, 72,000,000 für die Polizei, 142,279,390 für die Finanzen, und 110,050,508 für das persönliche Budget. Die außerordentlichen Ausgaben sind auf 13,587,788 Realen festgesetzt. Die Gesammteinnahme beträgt 1,233,497,550 Realen, übersteigt also um etwas die Ausgaben.

Türkei.

Ueber die montenegrinischen Angelegenheiten äußert sich der „S. Dneovnik": seit einiger Zeit sei zu sehen, wie die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Cernagora und dem Fürstenthume Serbien sich befestigen. Es seien jedoch beide Länder wesentlich von einander verschieden. Serbien sei reich und Montenegro arm, auf der andern Seite aber sei Serbien noch abhängig und Montenegro gänzlich selbstständig. Die Cernagoren fallen oft in der Türkei ein und erringen große Vortheile. In der Regel hören diese Einfälle im Winter auf, beginnen jedoch im Frühjahre wieder. Bis dahin wollen die Montenegriner sich mit allem versehen, was ihnen zur Vertheidigung ihrer Heimat nothwendig ist.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 17. Dec. 4½pCt. Rente 106, 65. — 3pCt. do. 82, 15. — 5pCt. Piemont 99. 95. — 3pCt. Span. 43. — 1pCt. do. 23½. (Spad.)

London, 17. Dec. 3pCt. Consols 100¾. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 23¼. — 5pCt. Hambro 95²/₄. (Spad.)

Madrid, 12. Dec. Sonntag, keine Börse.

Antwerpen, 17. Dec. 5pCt. Romb-Rente. 93. — 2½pCt. Belg. 57¾. — 3pCt. Span. ind. 42¾. — 1pCt. do. 22½. (Spad.)

Amsterdam, 17. Dec. 2½pCt. Integr. 65⅞. — 4pCt. Certific. 97½. — 3½pCt. Span. 95⅝. — 4pCt. Ruff. bei Pope 92¼. — 4pCt. Ruff. bei Stieglitz 91¾. — 3pCt. Spanische ind. 42⅜. — 1pCt. do. Neue 23⅛. — 5pCt. Silber-Metall. 93¼. — 5pCt. Metall. 79⅝. — 2½pCt. do. 41⅞. (Spad.)

Die Haupttreffer der am 15. December gezogenen fürstl. Esterhazy'schen 40 fl. Partialloose fielen auf Nr. 55850 40,000 fl., Nr. 54578 8000 fl., Nr. 130636 3000 fl.

Frankfurt, 18. Dec. Gestern sind hier angekommen: Ihre Durchlauchten der Fürst v. Fürstenberg, im weißen Schwan und der Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, im russischen Hof; der königl. sächsische Hofmarschall, Graf v. Bose, aus Wiesbaden, im Brüsseler Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. H. Kutscheit.

Cours der Staats-Papiere. 18. December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.Roths.)	96¼	P.	Baden. .	fl. 35 Loose v. 1845	33⅜	P. 1/4 G.
»	5% M.-V.J.1851 Ser.B.	85⅜	P.	Kurhessen	40 Thlr. L.-b. Rothsch.	34	P. 33⅜ G.
»	5% do. v. J. 1853 L. à 121	95⅛	P. 94⅞ G.	»	Frkf.-Wilhs.-Nordb.	49¾	P. 1/4 G.
»	5% L. V. (C. b. Roths.)	92, 91¾	bez. ⅛ G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	102	G.
»	5% do. Monte C. à 5. L.	89⅜	G.	»	4% dito b. Rothsch.	98⅛	G.
»	Bank-Actien . .	1147	P. —	»	3½% dito do.	87⅛	G.
»	5% Metalliq. Oblig.	82⅝	P. 1/4, ⅜ bez. u. G.	»	fl. 50 Loose . . .	91	G.
»	5% M.-V. J. 1854 Ser. A.	82⅜	G.	»	fl. 25 Loose . . .	32	P.
»	5% dito 1839	82⅛	etw. ⅜, 82 bez.	Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103⅛	P.
»	4½% dito	73⅞	bez. ⅛, ⅜ G.	»	4% dito	98⅝	G.
»	4% dito	65⅛	P. 1/8 G.	»	3½% dito	91⅝	P. ⅜ G.
»	3% dito	49	G.	»	fl. 25 Loose . . .	29¼	P. 29 G.
»	2½% dito	42	G.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95½	P. ⅛ G.
»	1% dito . . .	16¾	P.	»	3½% » v. 1846	94⅛	G.
»	Mail.-Como-fl. 14-L.	13⅛	P. 11 G.	»	3% » . . .	85⅞	P. 1/2 G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	120	P.	»	Taunusbahnact.	307 P. 304 G.	
»	fl. 500 » dito	194½	G.	Russland	4½% Obl. b. Baring	102½	P.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	80⅛	P. 79½ G.	»	4% Obl. b. Hope & S.	92⅛	G.
»	4% » »	79½	P.	»	4% » b. Stieglitz »	91¼	G.
Preussen .	3½% Staatsschuld.	94	G.	Polen. .	4% Oblig. de fl. 500	92½	P. 92 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	117½	G.	Spanien	3½% ind. Sch. P. 5.2.30	42⅜	P.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101½	P.	»	4% Neue » »	23⅛	P. 1/16 bez. u. G.
»	4½% dito	101⅜	P. ⅜ G.	Holland.	4% Certificate .	97½	G.
»	4% dito	96¼	P. 1/8 G.	»	3½% Syndicats .	65¼	G.
»	4% Ablös.-Rente .	96⅛	P.	»	2½% Integrale .	65⅜	G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	92½	P. 1/4 G.	Belgien .	4½% Obl. in L. 28 Sr.	99½	P.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	131½	P. 1/4 G.	»	4% Obl. in Fr. à 25 kr.	94¼	G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103½	G.	»	3½% Obl. b. Rothsch.	57⅜	P.
Wurtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	102	bez.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97¼	P.
»	3½% dito	90⅜	P. 1/2 G.	»	5% Obl. b. Hambro	94⅜	P.
Baden . .	5% Obligationen .	102½	G.	»	Sardinische Loose .	41⅜	G.
»	4½% Obligationen	102⅜	G.	Toscana	5% Obl. 1850 (C. b. Golds.)	101⅛	P. ⅜ G.
»	3½% v. 1842 . . .	91½	P. 1/4 G.	»	5% b. 1851 L. b. Bartolg. (dto.)	97½	G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	67¾	G.	Nämerika	6% Stocks Dull. 3.30.	111½	P.

Wechsel-Cours.

Den 18. December	Per comptant.
Amsterdam . kS.	102 B.
(100 fl. Crt.) 2M.	— —
Augsburg . kS.	120 B. 119½ G.
(100 fl. Crt.) 2M.	— —
Berlin . . . kS.	98⅛ B. 98¼ G.
(100 Thlr.) 2M.	— —
Bremen (50 kS.	97⅛ B. 96⅞ G.
Rthlr. L.-Fdor. 2M.	— —
Hamburg . kS.	89 G.
(100 Mk. Bc.) 2M.	— —
Leipzig . . . kS.	105 B. 104½ G.
London . . . kS.	117½ G.
(10 Livr. St.) 2M.	— —
Lyon . . . kS.	94¼ B. 93⅝ G.
(300 Fr.) 2M.	— —
Mailand (250 kS.	100¼ B.
Lir. Austr.) 2M.	— —
Paris . . . kS.	94¼ B. 93¾ G.
(300 Fr.) 2M.	— —
Wien (100fl.) kS.	104½ bez.
in fl. 20 F.) 2M.	104 B. u. ½ G.
Discouto . . .	2½ B.

Gold und Silber.	
Pistolen	fl. 9 41-42
Pr. Friedrichsd'or	» 9 54-55
Holl. 10fl. Stücke	» 9 49-50
Rand-Ducaten .	» 5 36½-37½
20 Francsstücke	» 9 25-26
Kurk.-Sovereigns	» 11 48
Gold al Marco	» 379-381
5 Frankenthaler	» 2 20½ 21
Preuss. Thaler	» 1 45-½
Preuss. Cassa-Sch.	» 1 45-½

Das Syndikat der Wechsel-Agenten.

Serienverloosung

von Gr. Hess. A- u. 3½Ct. Obligationen auf Inhaber betr.

Durch die in Gemäßheit der vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen weiter Statt gefundene Verloosung behufs der allmäligen Abtragung der zur Aufnahme des Betrags für den Staatsstraßenbau von uns ausgefertigten Obligationen auf Inhaber sind folgende zur Rückzahlung bestimmt worden:

1. die unterm 15. Februar 1841 ausgefertigten 4procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. A. Nr. 331 bis 360 jede à 1000 fl.
Lit. A. Nr. 412 . . . . à 500 fl. und

2. die unterm 1. April 1838 ausgefertigten 3½procentigen Obligationen auf Inhaber:

Lit. A. Nr. 181 bis 200 jede à 1000 fl.

Wir setzen hiervon die Inhaber dieser Obligationen mit der Aufforderung in Kenntniß, deren Beträge zwischen dem 25. und 30. Januar k. J., mit Zinsen bis zu diesem letzteren Tage, gegen Rückgabe der Obligationen und der zu denselben gehörigen, noch nicht verfallenen Zinscoupons bei der Staatsschulden-Tilgungskasse dahier oder bei dem Banquierhaus M. A. von Rothschild und Söhne zu Frankfurt um so gewisser in erheben, als solche in Gemäßheit des Gesetzes vom 16. Juli 1833, wegen Tilgung der Staatsschuld, **vom 1. Februar 1853 an** nicht mehr aus der Staatsschulden-Tilgungskasse verzinset werden.

Sollten Inhaber der vorbezeichneten Obligationen die Beträge derselben früher, mit Zinsen bis zum Zahlungstag, zu erhalten wünschen; so unterliegt solches keinem Anstand und haben sich dieselben dieserhalb an den Kassier der Staatsschulden-Tilgungskasse zu wenden.

Zugleich machen wir weiter darauf aufmerksam, daß die in Folge Verloosung

1. am 1. April 1849 rückzahlbar gewesene 4procentige Obligation Nr. 593, d. d. 15. Februar 1841, über 500 fl.,
2. am 1. April 1850 rückzahlbar gewesenen 4procentigen Obligationen Nr. 642 und 668, d. d. 15. Februar 1841, jede über 500 fl.,
3. am 1. Januar 1852 rückzahlbar gewesene 4procentige Obligation Nr. 135, d. d. 15. Februar 1841, über 1000 fl., und
4. die am 1. Januar 1852 rückzahlbar gewesenen 3½procentigen Obligationen Nr. 1723 und 1725, d. d. 1. October 1845, jede über 1000 fl.,

noch nicht zur Einlösung präsentirt worden sind und seit ihren Verfallterminen nicht mehr verzinset werden.

Darmstadt, am 22. October 1852.

Die Direction
der Großh. Hessischen Staatsschulden-Tilgungskasse.
Eckardt. v. Rabenau.

[2430] Balser.

Benachrichtigung.

[2832]

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die am 11. d. M. verloosten, am 30. Juni 1853 zahlbaren 4pCt. Galizisch-Ständischen Pfandbriefe unter vorheriger Abstempelung, nach Eingang, in Auftrag löblicher Direction der Galizisch-Ständischen Credit-Anstalt in Lemberg, an unserer Kasse eingelöst werden, und daß das Verzeichniß der gezogenen Nummern bei uns einzusehen ist.

Frankfurt a. M., den 17. December 1852.

Gebrüder Bethmann.

Die Württembergische Gesellschaft für Zuckerfabrikation

[2790]

hat in der am 22. November d. J. abgehaltenen General-Versammlung beschlossen, sämmtliche Zins-Abschnitte ihrer Schuldbriefe Lit. A., welche am 1. Januar 1853 fällig sind, so wie 84 Stück ihrer Schuldbriefe Lit. A. Nr. 239 bis 322 inclusive, im Gesammtbetrage von 44,400 fl. einzulösen. Auf diese letzteren wird außer dem fälligen Coupon noch weiterer Stückzins für die 4 Monate vom 1. September 1852 bis 1. Januar 1853 mit 1 fl. 20 kr. auf 100 fl. vergütet, und sind sämmtliche noch nicht verfallene Coupons der zur Einlösung bestimmten Schuldbriefe abzuliefern.

Die vorstehenden Beträge sind vom Verfalltage an bei der Königl. Württembergischen Hofbank dahier zu erheben.

Auf die Schuldbriefe Lit. B. werden im Jahre 1853 keine Zinsen bezahlt.

Stuttgart, den 9. December 1852.

Der Verwaltungs-Ausschuß
der Württembergischen Zucker-Fabriken.

Kräuter-Pomade zur Beförderung des Haarwuchses.
Töpfe à 2 und 4 Thlr.

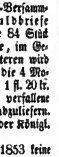
Rundiney-Pomade zur Conservirung der Schuppen.
per Topf 1½ Thlr.

Candisolia-Extract, nebst 1 Flaschchen Schminke, zur Betreibung der Runzeln, pr. Etui 3 Thlr.

Haarfärbungsmittel pr. Flacon à 25 Sgr.

Zahnpulver gegen Schmerzen und Weinstein, 10 Sgr.

Lilionese gegen Sommersprossen, Lebensflecken ꝛc., per Flacon 1½ Thlr.



Lager dieser Artikel halten wir in der Handschuh- und Parfümerie-Handlung von Herrn **H. C. von Oven**, Bleidonstraße Nr. 33 in Frankfurt a. M.

Rothe & Comp. in Berlin, früher in Cöln. [2758]

Echo der Gegenwart und Aachener Anzeiger.

Neueste Tagesgeschichte. — Staat und Kirche. — Wissenschaft und Kunst. — Industrie und Verkehr. — Land- und Hauswirthschaft. —
Amtliches, Course, Fruchtpreise ꝛc. ꝛc.

Täglich 1 Bogen in Folio, und, so oft das Interesse es erfordert, Morgen- und Abend-Ausgabe. — Preis für 3 Monate **1 Thaler** durch ganz Preußen.

Diese Blätter liefern ein treues Bild des politischen, geistigen und sittlichen Lebens der Gegenwart, und zählen, was Fülle, Interesse und Fülle der Mittheilungen anbetrifft, (in jüngster Zeit allein täglich u. A. drei Original-Correspondenzen aus Paris) bereits zu den besten deutschen Tagblättern. Einige fernere belletristische Beilage, „Wahrheit und Dichtung", der Porfie, der Erzählung und den schönen Künsten gewidmet, wird ein werthvolles Album bilden! — In Aachen und auch nach Außen hin bereits mehr verbreitet, als die anderweitigen hiesigen Blätter: „Aachener Zeitung" und „Fremden blatt", beide zusammengenommen, finden Inserate und Anzeigen darin die weiteste und lohnendste Verbreitung, worauf wir das handeltreibende Publikum, Behörden und Notarien ꝛc. noch besonders aufmerksam machen. Die Zeile wird mit 1 Sgr. berechnet.

Aachen. [2809] **Kantzer's** Verlag.

Dresdner Journal.

Das „Dresdner Journal" wird auch im nächsten Jahre in der bisherigen Weise — mit Ausschluß der Sonntage täglich Abends in 1 Bogen — erscheinen. Bestellungen auf das mit dem 1. Januar 1853 beginnende Quartal werden bei allen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Der Preis ist vierteljährlich 1½ Thlr.

Die Handelswelt wird insbesondere aufmerksam gemacht, daß das Abends erscheinende „Dresdner Journal" stets die neuesten Börsennachrichten und namentlich regelmäßig die Course der Wiener und Leipziger, sowie bei rechtzeitigem Eintreffen der telegraphischen Depesche auch die der Berliner Börse von demselben Tage enthält.

☞ Für Ankündigungen kann das „Dresdner Journal", das als Organ der königl. sächsischen Regierung auch außerhalb Sachsen eine weite Verbreitung hat, besonders empfohlen werden. Die Insertionsgebühren betragen für den Raum einer Zeile nur 1 Ngr.

[2810] **Die Expedition des Dresdner Journals.**

[2826] Eine der bedeutendsten Bleiweiß- und Bleizucker-Fabriken, welche noch den neuesten und besten Systemen eingerichtet, vor wenigen Jahren ganz neu erbaut ist, stets hinlängliche Wasserkraft besitzt und in einer der schönsten Gegenden Mittel-Deutschlands, dicht an der Eisenbahn, ½ Stunde von einer größern Stadt gelegen ist, soll in Folge eines Sterbefalls in vollem Betriebe abgegeben werden.

Anfragen unter A—Z. nehmen franco die Herren **D. Gebr. Berthold in Frankfurt a. M., Heinz & Haufner in Leipzig, Andalt & Wagner in Berlin, J. C. Enopf in Nürnberg, J. M. Klein in Hamburg, F. W. Haas in Cöln a. R.** entgegen. Unfrankirte werden verbeten.

[2577] **Edictal-Citation.**

Dem t. Posthalter und Gastwirth Karl Holzwarth in Mittenberg ging der unterm 25. Juli 1852 ausgestellte Pfandschein zu Verlust.

Der unbekannte Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert,

innerhalb 6 Monaten,

vom 1. Dezember 1852 an gerechnet, dieselbe vor Gericht dahier vorzuweisen, widrigenfalls solche für kraftlos erklärt werden würde.

Beschreibung der Urkunde:

Pfandschein auf Bruderan Ziff. V. n. o 73. per 2500 fl. à 4½ pCt. auf Gastwirth Karl Holzwarth in Mittenberg lautend, vorzüglich vom 16. April 1852 an.

Ausgefertigt von der kgl. Staatsschuldentilgungs-Spezialkasse Würzburg, am 16. April 1852.

Mittenberg, den 9. November 1852.

Königlich Bayerisches Landgericht.
Weidner, k. LdR. Weigand.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nr. 302.) 19. December 1832.

Zur gegenwärtigen Lage.

† **Vom Rhein**, 17. Dec.

Die augenblickliche Stellung der verschiedenen europäischen Regierungen gegenüber dem neuen Kaiserthum in Frankreich, verdient im Hinblick auf immer mögliche europäische Eventualitäten nicht unbeachtet zu bleiben. Während wir auf der einen Seite große Eile und eine fast ängstliche Hast in Anerkennung des dritten Napoleons auf dem Kaiserthron Frankreichs gewahren, begegnen wir auf der andern Seite einer fast noch größern Bedächtigkeit; während die Ersteren, wenigstens scheinbar, vereinzelt vor der neuen Dynastie zur Huldigung erscheinen, will es bei den Beobachtigen den Anschein gewinnen, als ob sie gemeinsam auftreten, also auch wohl die Anerkennung an wohlbedachte Bedingungen knüpfen werden. Der „Staatsanzeiger für Württemberg" gibt uns hierfür einen bestimmten Anhalt, wenn er versichert, daß Se. Maj. der König von Württemberg zu einer Anerkennung des neuen Kaiserthums in Frankreich nicht anders als nach vorgängigem Einvernehmen mit seinen Verbündeten vorzuschreiten gedenke. Daß unter diesen Verbündeten zunächst nur die deutschen Fürsten und Regierungen zu verstehen sind, ist klar, daß aber der älteste Genosse der heiligen Allianz, der Kaiser von Rußland, nicht unter ihnen fehlen wird, dürfte ebenso ungweifelhaft sein. Auch die Reise des Kaisers von Oesterreich nach Berlin ist man geneigt, mit dieser Frage in Verbindung zu bringen.

Wir fürchten keinen zweiten Vertrag von Pilnitz, und wenn auch — so doch noch viel weniger die traurigen Folgen des ersten. Deutschlands Wehrkraft ist entwickelt wie noch nie und unsere innere Zwistigkeiten sind nicht danach angethan, daß sie uns dem Auslande gegenüber sollten uneinig und schwach finden lassen; auch dürften sie einem erspriesslichen Austrag näher als je sein.

Was für jetzt uns von Interesse sein kann, ist ein Blick in die Heerlager, in welche Europa sich trennen zu wollen scheint. Außer dem letzten Bourbonen auf einem europäischen Throne, und der Königin von England, die aber ihr Reich in demselben Augenblicke bis an die Zähne bewaffnet, sind es die Regierungen der modern-constitutionellen Staaten des Westens, die sich mit Anerkennung des neuen Imperators beeilt haben. Fürchten oder hoffen sie? Es sind mit Ausnahme Englands, sämmtliche Staaten, die einst einen Theil des Kaiserreichs bildeten, oder nach Vertreibung ihrer rechtmäßigen Regenten, der Vorfahren und Ahnen der gegenwärtigen, von Napoleonden beherrscht waren, und England hat nie einen gewaltigern Feind gehabt als den Onkel des Neffen. Es sind, ebenfalls mit Ausnahme von England, sämmtliche Regierungen, denen die Kammern nicht selten ein mehr als unbequemer Hemmschuh waren: sollten sie — die jüngsten Ereignisse in Spanien lassen so etwas ahnen — unter der Aegide und nach dem glücklichen Vorbilde des dritten Napoleons vom Parlamentarismus sich zu befreien hoffen? Sie mögen bedenken, daß der neue Kaiser sich nicht allein „von Gottes Gnaden", sondern auch „durch des Volkes Willen" schreibt, und daß das Schmeichel- und Lockwort: Volkssouveränetät nie mit größerer Realität in die Geschichte eintrat, als bei der Gründung des neuen Kaiserthums.

So in dem einen westlichen Lager; in dem entgegengesetzten östlichen sehen wir außer dem absoluten Selbstherrscher Rußlands die deutschen constitutionellen und nichtconstitutionellen Regierungen, die vor dem Uebermaß des Parlamentarismus durch die Bundesgesetzgebung ausreichend geschützt sind. Was man hier fürchten oder hoffen könnte, liegt weniger zu Tage. Territoriale Uebergriffe und Verletzungen erscheinen nicht angedeutet, und zum Principien halber, wie die Legitimität, für welche man das Schwert nicht aus der Scheide reißt, schließt man auch keine Bündnisse. Hier aber noch mehr wie dort, möchten wir trotz unseres Vertrauens auf die deutsche Wehrkraft an den Zauber erinnern, der in dem Kaiser „durch des Volkes Willen" liegt, zugleich daran, daß die französischen Armeen von 1852 an Tactik weit über den unbestritten von 1792, an Muth und Patriotismus nicht minder ihnen stehen, und die Niederlage von Waterloo zu rächen haben; ebenso daß England vielerlei Grund haben kann, den östlichen Continentalstaaten zu grollen, ein Bündniß zwischen der britischen Seemacht und der französischen Landkraft also nicht zu den Unmöglichkeiten gehört.

Wellington war zu Grabe getragen, als der neue Napoleon auftrieb.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 18. Dec. In einem Artikel in der ersten Beilage zu Nr. 301 des „Frankfurter Journals" spricht man sich über eine Mittheilung der „Frankfurter Postzeitung" — denn diese ist offenbar gemeint — in einer Weise aus, daß eine Berichtigung in wenigen Worten nicht wohl unterbleiben darf. Man spricht von einer „Drohung, daß Gefahr auf dem Verzug einer Einigung stehe". Ist das aber eine „Drohung" zu nennen, wenn man auf nahestehende Nachtheile aufmerksam macht, die jeder seine Vaterstadt liebende Bürger sieht, wenn er nicht die Augen absichtlich verschließt. Heißt das „drohen", wenn man das ausspricht, was bereits Senat, Bürgerausschuß und mancher wackere Bürger zum öfteren ausgesprochen haben, und was man leider von mancher Seite noch immer nicht einsehen will? Nein, es muß ausgesprochen und immer wieder ausgesprochen werden, bis die Illusionen gewichen sind, die unser Frankfurt unglücklich machen. Man sagt weiter, daß das traurige Resultat der beabsichtigten Rathswahlen nicht dem Hader und der Uneinigkeit zuzuschreiben, sondern lediglich die Folge einer augenblicklichen „Nichtverständigung" sei. Nun, man will das recht gern glauben, nur findet man es etwas auffallend, daß „zweimal" die Wahlcenclave wegen „augenblicklicher Nichtverständigung" in einer Zeit ohne Resultat auseinandergehen, wo eine Einigung nothwendig erzielt werden mußte. Oder war eine solche Einigung eine so schwierige Sache? Erklärt man doch selbst (was der Bürgerschaft sehr erfreulich sein muß), daß es sich jetzt nicht mehr um Parteimeinungen handele, sondern um Männer, die bei allen Parteien in Achtung stehen. Sind aber von den Wahlmännern der andern Seite vielleicht Männer als Candidaten vorgeschlagen worden, welche diese Achtung nicht befitzen? Das wird gewiß niemand behaupten! Nun, warum denn doch keine Verständigung? Wenn auch die so eben erwähnte Reuegung recht friedlich lautet und geeignet wäre, die Brust des Bürgers mit freudiger Hoffnung zu erfüllen, so muß doch nach so manchen hiermit nicht harmonirenden Vorgängen so lange Zweifel herrschen, bis entsprechende Thaten bewiesen haben werden, daß es nicht nur bei schönen Worten bleibt. Dann wird man mit Freuden seinen Irrthum bekennen, daß man da Hader und Uneinigkeit sah, wo doch nur augenblickliche Nichtverständigung vorlag. Jedenfalls dürfte aber die Verständigung nicht zu lange auf sich warten lassen und die Verdächtigungen gegen Männer andern, aber ebenfalls redlicher Absichten, wie sie der bereits Artikel ausspricht, müßten unterbleiben.

ω **Frankfurt**, 18. Dec. Der letzte Abschnitt des Artikels Frankfurt in der Beilage Nr. 301 bedarf einer wesentlichen Berichtigung. Der in Rede stehende Erblasser hatte in einem solennen Testamente die Obsignation verboten. Das Stadtgericht entschied, daß diese Handlung gleichwohl stattfinden müsse. Das Appellationsgericht hob diese Verfügung wieder auf und erkannte ein testamentarisches Verbot an. Es handelt sich demnach nicht um ein Ansuchen der Familie und um Thatsachen, sondern um eine Rechtsfrage, welche auf processualischem Wege erörtert worden.

ϟ **Frankfurt**, 18. Dec. Gestern sind die hochwürdigen Herren Jesuiten Roh, Damm und Allet, der Erstere von Köln, die zwei Letztern von Freiburg kommend, hier durchgereist nach Seitzenstadt, wo sie eine Mission von 14 Tagen halten werden. Pater Roh hat bei dieser Gelegenheit auf besondere Einladung im Dome die Jubiläumspredigt vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft gehalten und durch seine echt christliche Milde allgemein erbaut.

* **Berlin**, 16. Dec. Man spricht hier davon, die Mitglieder der katholischen Fraction beabsichtigen ein großes katholisches Organ zu begründen. Die Ausführung dieses Unternehmens liegt indeß noch in weitem Felde, und keineswegs wird, wie von einigen Seiten angegeben wird, das Blatt schon von Neujahr an erscheinen,

Unter den Urhebern des ganzen Planes wird namentlich der Freiherr v. Waldbolt-Bassenheim als derjenige genannt, welcher sich am eifrigsten für das Zustandekommen des Unternehmens interessire und bereits mehrfache Schritte zur Beschaffung der nöthigen Geldmittel gethan habe. Die katholische Fraction hat in dem hiesigen Correspondenten des „Lloyd" einen eifrigen Verfechter. Wenn derselbe vor einigen Tagen vielleicht auch etwas zu weit griff, indem er ihr um deßwillen eine große Zukunft verhieß, weil sie allein staatsmännische Elemente in sich habe, so dürfte er in seinem neuesten Briefe mehr Recht haben, sich darüber zu wundern, daß gerade die Regierungsorgane nicht müde werden, sich immer wieder von neuem mit der unbequemen Partei zu beschäftigen. In der ganz unberechenbaren Parteizersplitterung erscheint es den Regierungsorganen eben so ungewöhnlich als bedenklich, daß eine Partei, um deren Gunst beide Seiten des Hauses sich gleichmäßig reißen, erst die Dispositionen innerhalb wie außerhalb der Kammern sondiren und danach ihr Verhalten bemessen zu wollen offen ausspricht. Wer kann es indeß der Fraction verargen, wenn sie ebensowenig unbedingt der Opposition beitreten als dem Ministerium von vornherein ein Vertrauensvotum geben will?

‡ Aus Posen, 15. Dec., wird uns mitgetheilt: Aus dem benachbarten Königreich Polen gehen uns heute interessante Nachrichten zu. Die Regimenter, welche die Vorhut der großen russischen Westarmee bilden, die für die Eventualitäten im westlichen Europa aufgestellt werden soll, werden in den nächsten Tagen in Kalisch, wo alle Vorbereitungen zu ihrer Unterbringung getroffen sind, erwartet. Die große Südarmee, die erforderlichenfalls in der Türkei einen Schauplatz für ihre Thätigkeit finden dürfte, nimmt eine Linie von Wolhynien bis zu den Donaumündungen (Sulina) ein; ihr Mittelpunkt ist Wosnesensk. — Aus Warschau schreibt man, daß Kaiser Nicolaus jetzt ernstlich damit umgehe, die Prügelstrafe im russischen Heere durchweg abzuschaffen, und solle dieselbe nur für die Strafsectionen beibehalten werden. — Wie consequent das Königreich Polen russificirt wird, geht daraus hervor, daß nach einer neuen Verordnung vom 1. Januar 1853 (russischen Styls) ab, alle kleinen polnischen Silber- und Kupfermünzen aufhören und dafür nur solche russischen Gepräges coursiren sollen. Damit hört denn auch die Rechnung nach polnischen Groschen und Gulden — die bislang einzig übliche — auf, und macht der russischen Rechnung nach Kopeken Platz. Die kleinste Kupfermünze wird ½ Kopeke (= 1 polnischen Groschen oder ⅓ Silbergroschen) sein, die größte 5 Kopeken oder 1⅔ Silbergroschen. Die Kopeke hat ungefähr den Werth eines Kreuzers. Die kleinste Silbermünze wird gleichfalls 5 Kopeken Werth haben; die folgenden steigen immer um 5 Kopeken bis zu 30; dann folgen Stücke zu 50, 75 und 100 Kopeken (Rubel). Die polnischen kleinen Münzen, die sehr zahlreich in unserm Großherzogthum, namentlich in den Grenzkreisen, circuliren, gelten nur noch bis zum 1. Januar für voll, und dürfen auch nur bis dahin — jedoch nur in geringen, 10 Thlr. nicht übersteigenden Quantitäten — aus den diesseitigen Nachbarorten über die Grenze gebracht werden. Die jüdischen Geldwechsler haben schon vollauf zu thun.

± **Darmstadt**, 17. Nov. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer, welcher viele Mitglieder der ersten Kammer in ihrer Loge anwohnten, verlas der Präsident einen Erlaß des großherzogl. Finanzministeriums, wodurch dasselbe der Kammer eröffnete, es stimme mit dem Vorschlag der ersten Kammer überein, daß das Finanzgesetz auch auf die Jahre 1854 und 1855 erstreckt werde. Man könne demselben keine Rückwirkung auf die Jahre 1851 und 1852 geben, während es auf der andern Seite gerathen sei, die großen Kosten des weit ausgesponnenen Landtags auch Früchte tragen zu lassen. Daher der Vorschlag, sich der ersten Kammer zur Seite zu stellen. Nachdem mehrere Angelegenheiten, auf die ich in einem besondern Bericht zurückkommen werde, erwogen worden waren, schritt die Kammer zur Berathung des weitern Berichts ihres Finanzausschusses, über die Recommunication der ersten Kammer wegen des Budgets und Finanzgesetzes, dessen ich in meinem gestrigen Artikel gedachte. Diese mehrstündige, bis in den Nachmittag hineinreichende Discussion beschäftigte sich vorzugsweise mit jenem Vorschlag der ersten Kammer. Der Abg. Draudt hielt mit Hilfe eines Manuscripts einen ausführlichen wissenschaftlich gehaltenen Vortrag zum Zweck der Entwickelung der Gründe, aus denen er (im Ausschuß allein stehend) auf der Seite der ersten Kammer und nun auch der Proposition der Staatsregierung stehe. Er suchte darzuthun, daß er hierbei von dem rechten Sinn der betreffenden Artikel der Verfassungsurkunde, besonders des Art. 67, dem zufolge das Finanzgesetz „immer auf drei Jahre gegeben" werden solle, unterstützt werde, bezog sich auf analoge Antecedentien, und machte dabei zugleich die Nothwendigkeit der Kostenersparung geltend. Nachdem noch mehrere Redner für und wider gesprochen, wurde der Vorschlag der ersten Kammer und der Staatsregierung in namentlicher Abstimmung mit 35 Stimmen gegen 9 verworfen. Dagegen wurde der Antrag des Ausschusses, daß für das Jahr 1853 an directen Steuern 8½ kr. auf den Gulden Normalsteuercapital ausgeschlagen und erhoben werden solle, ein Antrag, der gleichfalls die Discussion nährte, mit 27 gegen 19 Stimmen angenommen. Am Schluß der Sitzung stellte der Abg. Wittmann noch einen dringlichen Antrag: Der Redacteur der „Neuen Mainzer Zeitung", Buchdrucker Jörg in Mainz, sei darum in eine Untersuchung verwickelt und sogar verhaftet worden, weil er die Rede des Abg. Müller-Melchiors über die Zollvereinsfrage aus den officiellen Landtagsverhandlungen in jenem Blatte habe abdrucken lassen; dies sei ein Attentat gegen den die Redefreiheit der Abgeordneten garantirenden Art. 83 der Verfassungsurkunde und gebe den trübsten Erwartungen Raum. Daher sein dringlicher Antrag: zu erklären, man sehe darin einen Angriff der Justizgewalt gegen die ständischen Gerechtsame, und die Staatsregierung aufzufordern, diese Erklärung der betreffenden Justizbehörde in Mainz mitzutheilen. Der Abg. (Ministerialrath) Franck machte dagegen geltend, dieser Antrag sei ein Attentat gegen die Unabhängigkeit des Richteramts, was den Abg. Müller-Melchiors zu einer lebhaften Replik veranlaßt, worin er auch hervorhob, daß die „Darmstädter Zeitung" in sehr zahlreichen und vielverbreiteten Exemplaren die Rede des Abg. Franck in derselben Angelegenheit verbreitet habe. Die Kammer erklärt sich mit Mehrheit gegen die Dringlichkeit und verwies den Antrag an den Ausschuß zur sofortigen Berichterstattung. Schließlich habe ich noch zu bemerken, daß die Beilage der heutigen Nummer der „Darmstädter Zeitung" einen Beitrag: „Ueber die Erstreckung des neuen Finanzgesetzes auf die Jahre 1853, 1854 und 1855" enthält, dessen Entwickelungen damit schließen, jene Maßregel würde allein geeignet sein, die öffentliche Meinung mit der langen Dauer dieses Landtages auszusöhnen, und die zweite Kammer könne sich der dankbaren Anerkennung der Steuerpflichtigen versichert halten, wenn auch sie dem vollkommen verfassungsmäßigen, den Interessen des Landes entsprechenden Beschlusse der ersten Kammer ihre Zustimmung ertheile.

± **Darmstadt**, 18. Dec. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer stand auch der Bericht des Finanzausschusses, erstattet von dem Abg. Zöppritz, über die vorläufige Uebersicht der in der Finanzperiode von 1848 entstandenen, sowohl ordentlichen als außerordentlichen Ausgaben der Militärverwaltung. Die Gesammtausgabe belief sich auf 4,751,989 fl., während die budgetliche Anforderung 3,509,385 fl. betrug; also eine Mehrausgabe von annähernd 1,242,604 fl. Von dieser Mehrausgabe ist, wie es in dem Berichte heißt, „im Betrag von 760,478 fl., als durch die Beschlüsse der provisorischen Centralgewalt veranlaßt, bei der Bundesbehörde liquidirt worden, und beträgt der Rest der Mehrausgabe noch 482,126 fl. Wir dürfen indessen, so läßt sich der Bericht weiter vernehmen, den obigen Gesammtbetrag von 1,242,604 fl. als wirkliche Mehrausgabe betrachten, da es uns zweifelhaft erscheint, daß von der Bundesbehörde irgend eine Rückvergütung auf die wegen Bundeszwecken entstandenen Kosten geleistet werde, indem andere Bundesstaaten nicht ermangelt haben, derartige Kosten in Beträgen zu liquidiren, welche ein gegenseitiges Compensiren zur Folge haben müssen." Der Antrag des Ausschusses ging dahin, die Beschlußnahme bis zur definitiven Rechenschaftsablage auszusetzen, ein Antrag, dem die Kammer ohne Discussion Folge gab. Eine Proposition des Kriegsministeriums auf Erhöhung der Ausgabe für Gottesdienst und Seelsorge in der Militärstrafanstalt (Festung) Babenhausen ward nach kurzer Berathung, wobei auch der Abg. Becker sein Geschick, dort baldigst ein Preßvergehen abzubüßen, humoristisch beklagte, abgelehnt. Nächste Sitzung den 20.

Altenburg, 15. Dec. Am gestrigen Tage ist die herzogliche Familie vom Jagdschlosse Hummelshain, wo dieselbe seit dem Juni unausgesetzt sich aufgehalten, in hiesige Residenz zurückgekehrt. Im Gefolge derselben war auch der frühere Minister v. Wüstemann. Ob Letzterer im hiesigen Land wieder eine öffentliche oder geheime dienstliche Stellung einnehmen wird, ist eine Frage, die die öffentliche Meinung sehr beschäftigt. (D. A. Z.)

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 18. Dec. Die Morgenausgabe der „Hannoverschen Zeitung" vom gestrigen Datum enthält einen, wie es scheint, officiösen Artikel über die Reise des Kaisers von Oesterreich an den preußischen Königshof. Es heißt darin u. A.: „Der Besuch des Kaisers ist von um so größerer Bedeutung, da er sichtlich kein improvisirter, sondern die Folge vielfacher Ueberlegungen und Unterhandlungen ist, denen er gleichsam das Siegel aufdrückt. Man wird nicht irren, wenn man annimmt, daß er so viel bedeute, als ein zu Stande gekommenes Einvernehmen der deutschen Großstaaten und Rußlands über die großen schwebenden Fragen, sowohl die deutschen als die europäischen. Die Besorgniß vor Kriegsgefahr erscheint in die

Ferne gerückt, auf ein viel geringeres Maß zurückgeführt. Eine angreifende Macht würde kein uneinliges Deutschland finden; ein einiges und durch Bündniß noch stärkeres wird überall in Friedensgedanken bestärken. Oesterreich und Preußen haben ihre Ansichten und Ansprüche in der Zollfrage modificirt und zur Ausgleichung genähert. Wir werden keine handelspolitische Spaltung haben, keinen norddeutschen Sonderbund oder was sonst hätte des handelspolitischen Auseinanderfallens Folge sein mögen. Damit ist überhaupt was man die deutsche Frage nennt, in einen Besseres versprechenden Stand gekommen."

Weniger wird als unzweifelhaft hingestellt, daß Oesterreich nur in vollem Einvernehmen mit seinen Näher-Verbündeten vorangegangen sei, und daß dieser erwünschte Ausgang der deutschen Wirrnisse zum großen Theile der Vermittelung Hannovers zuzuschreiben werden dürfe.

* **Wien**, 16. Dec. Se. Maj. der Kaiser hat die Errichtung eines unbesoldeten Consulates in Mannheim genehmigt, und den Chef des dortigen Speditionshauses Emmund Eysenhardt zum kaiserl. österreichischen Consul daselbst mit dem Rechte zum Bezug der tarifmäßigen Consulargebühren ernannt.

Berlin, 16. Dec. Der Generalsteuerdirector Herr v. Pommer-Esche hat heute die erste Besprechung mit dem österreichischen Bevollmächtigten Herrn v. Bruck gehabt.

* **Berlin**, 17. Dec. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich ist heute kurz vor 12 Uhr in Begleitung des Königs, der, wie bereits telegraphisch gemeldet, seinem kaiserlichen Gaste bis Jüterbogk entgegengefahren war, eingetroffen. Auf dem anhaltischen Bahnhofe bestiegen beide Majestäten den Staatswagen und fuhren, der Kaiser zur Rechten des Königs, nach Charlottenburg. Der Kaiser trug die Uniform des preußischen Kaiser-Franz-Regiments. Außer den zur Begrüßung des Kaisers aufgestellten Militärabtheilungen der hiesigen Garnison hatte sich eine zahlreiche Volksmenge eingefunden, welche die Majestäten beim Vorüberfahren mit Hurrahrufen begrüßte. — Die „Neue Preuß. Zeitung" beginnt ihren heutigen Leitartikel mit dem Satze: Oesterreichs Kaiser in unserer Mitte, das ist Politik ohne Worte! — Morgen ist große Parade; der Kaiser wird wahrscheinlich über Breslau in seine Staaten zurückkehren.

Mainz, 17. Dec. Der Bischof hat Herrn Domcapitular Lennig zu seinem Generalvicar ernannt. Auch in Limburg und Rottenburg steht, wie wir hören, die Ernennung von Generalvicaren bevor. — Eine andere für unser Armenwesen sehr erfreuliche Neuigkeit ist es, daß der vor einigen Tagen hier verlebte Rentner Emrich aus Kostheim den größten Theil seines Vermögens — wie man sagt 80—100,000 fl. — dem hiesigen bürgerlichen Hospitale testamentarisch vermacht hat. (M. J.)

* **Paris**, 17. Dec. Vom General v. Courmel, einem seiner Adjutanten, und Hauptmann v. Berkheim, einem Ordonnanzoffizier, begleitet, fuhr der Kaiser gestern Nachmittag nach dem Boulogner Gehölz, wo er ausßieg und einige Zeit spazieren ging. Die daselbst exercirende Brigade des General Esterhazy begrüßte ihn mit lautem Vivo l'Empereur! Der Kaiser unterhielt sich einige Zeit mit dem General und den höheren Offizieren. Um vier Uhr kehrte er nach den Tuilerien zurück.

Napoleon hat in den Tuilerien den Grafen v. Moltke empfangen und aus dessen Händen die Schreiben entgegengenommen, welche ihn als dänischen Gesandten am kaiserlichen Hof bestätigen.

Gestern war beim Marineminister Ducos solennes Diner von 40 Gedecken. Lord und Lady Cowley, der Minister v. Persigny und seine Gemahlin, der Erzbischof von Paris, einige Admirale und andere Personen von Auszeichnung wohnten demselben bei.

Um Mißstimmung zu erregen, so lautet eine Notiz im heutigen „Moniteur", und die Thätigkeit der Regierung zu lähmen, ist das Gerücht von einer bevorstehenden Modification des Ministeriums ausgestreut worden. Die Correspondenten einiger auswärtigen Blätter erwähnen und commentiren dasselbe. Das Gerücht ist falsch und hat durchaus keinen Grund.

Der Kaiser hat verfügt, daß in drei der ärmsten Viertel von Paris öffentliche Badeanstalten und Waschhäuser hergerichtet werden. Die Kosten sollen aus seiner Privatkasse bestritten werden.

Der „Moniteur" veröffentlicht eine Liste der bei der Erstürmung von Laghouate in Algerien verwundeten und getödteten Soldaten. Von Offizieren sind zwei getödtet und 16 verwundet, von Unteroffizieren und Gemeinen 25 getödtet und 166 verwundet.

Morgen, heißt es, werden sich der Kaiser nach Compiegne begeben.

Nach der „Revue des beaux Arts" soll das Palais royal Residenz des Fürsten Murat werden, Marschall Magnan erhält eine Wohnung in der Rivoliſtraße und die Spielhäuser werden wieder hergestellt, jedoch ist der Zutritt zu letztern beschränkt und der gestattete Einsatz auf 100 Fr. festgesetzt.

Vorgestern ist das letzte liegende Besitzthum der Familie Orleans in Frankreich, der Forst von Breteuil, für 3,810,000 Fr. verkauft worden; als ihn 1830 Ludwig Philipp von Jacques Lafitte kaufte, kostete er mehr als das Doppelte.

** **Madrid**, 12. Dec. Der Gouverneur der Provinz Madrid hat vom Minister die Weisung erhalten, die von einer großen Anzahl von Deputirten und Senatoren der gemäßigten Partei erbetene Erlaubniß zur Abhaltung einer vorbereitenden Wahlversammlung nicht zu gewähren. Unterzeichnet war das Gesuch unter anderm von Marschall Narvaez, dem Marquis del Duero, dem Herzog v. Rivas, dem Herzog v. Abrantes, dem Herzog v. Sotomayor, Francisco Martinez de la Rosa, Pedro Rose Hidal, Leopoldo O'Donnell, Antonio de los Rios y Rosas, Luis Mayans, Francisco Pacheco, dem Grafen v. San Luis, Manuel Seijas Lozano, Luis Gonzalez Bravo, Alexander Mon, Jose Gonzalez Romero, Francisco Serrano, Fernando Fernandez de Cordoba, Manuel Bermudez de Castro, Jose de la Concha, dem Herzog von Medina, Esteban Collantes und Andreo Borrego. — Die Ablehnung lautet dahin, daß die Erlaubniß zur Versammlung versagt werden müsse, um öffentliche Aufregung zu vermeiden und den geregelten Gang der Regierung nicht stören zu lassen. General Urbina hat das Kriegsministerium definitiv niedergelegt; die Regierung beschied nach einander die Generale de Mer, Lersundi und Roncali; aber keiner wollte das Portefeuille annehmen. Es heißt will sogar, die Königin habe den General Lersundi draußen gehalt, Bravo Murillo's Entlassung zu fordern und die Bildung eines neuen Cabinets zu übernehmen. Bravo Murillo leidet an der Influenza und muß das Bett hüten. — Heute wird zur Feier der Proclamirung des Kaiserreichs in der St. Ludwigskirche ein Tedeum gesungen.

Brüssel, 16. Dec. Der Senat hat heute den Gesetzentwurf bezüglich der Beleidigungen gegen fremde Souveräne in seiner Gesammtheit mit 30 gegen 9 Stimmen angenommen. Bloß zu Art. 1 wurde ein Amendement vorgeschlagen, jedoch verworfen. — Der heutige 43. Geburtstag des Königs wurde in üblicher Weise festlich begangen.

Handel und Industrie.

Mainz, 17. Dec. In der Fruchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 697 Sack Weizen à 10 fl. 23 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 104 Säcke Korn à 7 fl. 58 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 101 Säcke Gerste à 5 fl. 1 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 115 Säcke Haser à 3 fl. 26 kr. pr. Sack von netto 120 Pfund; vorher außerhalb derselben: 232 Säcke Weizen à 10 fl. 28 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 28 Säcke Korn à 8 fl. 5 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 51 Säcke Gerste à 5 fl. 5 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Weizen 10 fl. 25 kr., Korn 7 fl. 59 kr., Gerste 5 fl. 2 kr. Der Medlpreis blieben unverändert; die Taxe des vierpfündigen Roggenbrods wurde auf 13 kr. ermäßigt. Diese wurde mit 11 fl. bis 11½ fl. per Malter bezahlt. Rübsl unverändert, effectio 33½ à 34 Thlr. per 250 Pfund k. G. mit Faß, per Mai 35½ à 36 Thlr.; Mohnöl 28 fl. per 50 Kilogr. ohne Faß. Roher Talg 21½ à 22 fl. Branntwein und Spiritus unverändert. (Rh. P. J.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 18. Dec. Auf die per Telegraph vom 17. d. M. aus London erhaltene Nachricht, daß das englische Ministerium eine Niederlage erlitten, zeigte sich an heutiger Börse eine etwas flauere Tendenz und waren sowohl für österreichische, wie spanische Papiere Verkäufer zu niedrigeren Coursen am Markt. Von ersteren Sorten waren 5pCt. Metall. 82⅛, pCt., 4½pCt. Metall. wurden von 73⅞, bis 73¼, und 5pCt. Lomb.-Venet. von 92 bis zu 91¼ pCt. abwärts verhandelt; Wiener Bankactien ohne Geschäft; 500 fl. Loose 194½, ohne Geb., 250 fl. Loose 119⅛ pCt. Von Spanischen Effecten waren 1pCt. 23½, zuletzt leter, 23¼, pCt.; pCt. Inländische 42½ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn flauer 49¼, pCt., Berbach 99½ pCt., Köln-Minden 117⅞, pCt. G., Taunus 305 fl. In allem Uebrigen wurde nur sehr wenig gethan.

Berlin, 16. Dec. Staatsch. 94⅜, Brf., 94⅛, G. — Köln-Minden 117⅛, G. — Fr.-W.-Nordd. 46⅛, Brf., 45⅞, G., 46 à 45⅞, bez.

Paris, 17. Dec. 4½pCt. Rente 106, 65. — 3pCt. 82, 15. — Neapol. —. — 5pCt. Neue Oesterr. 98⅛. — Span. neue Diff. 23⅛. — 3pCt. 50¼. — Janrez Schuld 43¼. 43. — Passive —. — Bankactien 2930. — Piemont 5pCt. 95, 95. — Römisches Anleihen Juni 1850 96¼, 97. do. 1850 96¾, 97. — St. Germain-Eisenbahn 1425. — Versailles, linkes Ufer 350. — Strasburg-Basel 370. — Nordbahn 895. — Paris-Strasburg 825.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 18. Dec. 5pCt. Metall. 95¼. — 5pCt. do. B. 103½. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94½. — 4½pCt. do. 84⅛. — Bankactien 1343. — 250 fl. Loose 138½. — Loose 11 fl. 8 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 105½. — K.-L.-Nordb. 241½. — Livorno-Florenz 100. — Siena-Empoli 69½. — Paris 133½. — London in Trieft 11 fl. 10 kr. — Silber 13⅜. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Samler. Dr. J. B. Knischert.

Stuttgart. (Anzeige der durch die Verloosung vom 15. December 1852 zur Rückzahlung bestimmten 4½procentigen Staatscapitalien des Königreichs Württemberg.)

Bei der heute vorgenommenen Verloosung wurden folgende 4½procentige Staatscapitalien nach Serien gezogen, wovon die betreffenden Staatsgläubiger mit der Aufforderung in Kenntniß gesetzt werden, den Capitalbetrag unter Zurückgabe der Schuldurkunden bei der Staatsschuldenzahlungskasse in Stuttgart oder dem Bankhause M. A. von Rothschild und Söhne in Frankfurt a. M. jedenfalls bis 15. März 1853 zu erheben, indem mit diesem Tage die Verzinsung aufhört.

Auf Verlangen wird auch schon früher Zahlung geleistet, jedoch nur mit Vergütung der bis zum Tage des Empfangs verfallenen Zinsen.

Verzeichniß der gezogenen Nummern.

I. Auf den Namen des Gläubigers ausgestellte Staatsschuldscheine und auf den Namen eingeschriebene Inhaberscheine.

Lit. L. à 1000 fl. — Stücke.

— 0. —

Lit. M. à 500 fl. : 9 Stücke.

Nr. 971. 1368. 1378. 6905. 6925. 6945. 6985. 13501. 13581.

Lit. N. à 100 fl. : 3 Stücke.

Nr. 3514. 3969. 3989.

Lit. O. à 100 fl. : 3 Stücke.

Nr. 4927. 8810. 8890.

II. Auf den Inhaber (au porteur) lautende Staatsschuldscheine.

Lit. L. à 1000 fl. : 10 Stücke.

Nr. 12507. 12517. 12527. 12537. 12547. 12557. 12567. 12577. 12587. 12597.

Lit. M. à 500 fl. : 31 Stücke.

Nr. 901. 911. 921. 931. 941. 951. 961. 981. 991. 1308. 1318. 1328. 1338. 1348. 1358. 1388. 1398. 6915. 6935. 6955. 6965. 6975. 6995. 13511. 13521. 13531. 13541. 13551. 13561. 13571. 13531.

Lit. N. à 300 fl. : 27 Stücke.

Nr. 803. 813. 823. 833. 843. 853. 863. 873. 883. 893. 1804. 1814. 1824. 1834. 1844. 1864. 1874. 1884. 1894. 3909. 3919. 3929. 3939. 3949. 3959. 3979. 3999.

Lit. O. à 100 fl. : 37 Stücke.

Nr. 4907. 4917. 4937. 4947. 4957. 4967. 4977. 4987. 4997. 6908. 6918. 6928. 6938. 6948. 6958. 6968. 6978. 6988. 6998. 8610. 8620. 8630. 8640. 8650. 8660. 8670. 8680. 8690. 8700. 8820. 8830. 8840. 8850. 8860. 8870. 8880. 8900.

Zugleich wird hinsichtlich der in Vorstehendem unter II. verzeichneten Scheine darauf aufmerksam gemacht, daß nach Art. 3 des Gesetzes vom 16. September 1852 über die auf den Inhaber lautenden Staatsschuldscheine die Hauptforderung erlischt, wenn der gekündigte Schuldschein nicht binnen fünf Jahren, vom 15. März 1853 an gerechnet, der Staatsschuldenzahlungskasse oder dem Bankhause M. A. von Rothschild und Söhne in Frankfurt a. M. vorgelegt wird.

Insoweit bei der Abtödtung der gekündigten au porteur-Scheine die nach dem 15. März 1853 verfallenden Zinscoupons nicht mit ausgeliefert werden, kommen deren Beträge an der Hauptforderung in Abzug und zwar gilt diese Bestimmung auch für die auf den Namen eingeschriebenen au porteur-Scheine, von denen die Zinscoupons nicht aus Anlaß der Inscription an die Kasse zurückgegeben worden sind. (Gesetz vom 16. September 1852, Art. 18.)

Verzeichniß

der gerichtlich mit Zahlungssperre belegten 4½procentigen Inhaberscheine (Gesetz vom 16. September 1852, Art. 9):

— 0. —

Verzeichniß

der gerichtlich für kraftlos erklärten 4½procentigen Inhaberscheine (Gesetz vom 16. September 1852, Art. 11):

— 0. —

Den 15. December 1852.

Württembergische Staatsschuldenzahlungskasse.

[2830] Herzog.

[2837]

Versteigerungs-Anzeige.

Mittwoch den 5. Januar 1853 und folgende Tage, Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr, werden in der Behausung der Frau Gräfin von Hohenthal, vorderen Frau Gräfin von Bergen dahier, neue Mainzerstraße Nr. 1 neu, nachverzeichnete ducbaus ächte Mobiliargegenstände für einige Salons, als: Crystallkronleuchter und Lampen, große Spiegel aus einem Glas, im Lichten ca. 8½ Fuß hoch, 4½ Fuß breit in vergold. und Mahogony-Rahmen, Fenster- und andere Decorationen von Seidenstoffen, gleich den Bezügen der vorhandenen Zimmertapeten und Mahagony-Möbel, als: Divans, Canapee, Sessel und Stühle; Schränke, Commoden, 1 Piano, Delgemälde, Alabaster- und andere Figuren, Bronzegegenstände ꝛc.;

ferner: eine Partie wollenbleines Hausgeräth, als: Canapee, Stühle, Commoden, Schränke, Papagallstöcke, Küchengeräthschaften, Porzellan und Glaswerk, 1 Porzellan-Ofen, 1 Thurmuhr mit Schlagwerk ꝛc.

Vorbemerkte Gegenstände können Dienstag den 21. und Mittwoch den 22. December, sowie Montag den 3. und Dienstag den 4. Januar 1853, Vormittags von 9 bis 12 Uhr, in Augenschein genommen werden.

C. Belschner, Auctionator.

[2838]

Versteigerungs-Anzeige.

Montag den 10. Januar, Vormittags 10 Uhr, werden auf freiwilliges Anstehen, in der Behausung der Frau Gräfin von Hohenthal, vorderen Frau Gräfin von Bergen dahier, neue Mainzerstraße Nr. 1 neu, nachverzeichnete Gegenstände, als:

ein Reisewagen,
zwei Kaleschen,
ein Probewagen,

ferner: Pferdedecken und sonstige Stallrequisiten gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Dienstag den 21. und Mittwoch den 22. December, sowie Montag den 3. und Dienstag den 4. Januar 1853 können vorbemerkte Gegenstände angesehen werden.

C. Belschner, Auctionator.

Coursblatt von A. Sulzbach.

Auf das bekannte, seit 28 Jahren erscheinende „Coursblatt von A. Sulzbach" werden hier in seinem Comptoir und auswärts bei allen löblichen Postämtern Bestellungen angenommen. [2823]

Sämmtliche Werke

von

Goethe,
Schiller,
Wieland,
Lessing,
Klopstock,
Pyrker,
Thümmel,
Platen,
Lenau.

Von diesen in

wöchentlichen

circa 10 Bogen starken Lieferungen

à **12 Kreuzern**

erscheinenden, äußerst wohlfeilen u. hübschen

Gesammtausgabe

der ersten deutschen Classiker

sind soeben

die ersten Lieferungen bei mir eingetroffen und empfehle mich zu Bestellungen darauf.

H. Bechhold, Zeil Nr. 5 neu, (neben der Constablerwache).

[2835]

Jugend-Schriften. Sämmtliche Klassiker.
Walther's Erzählungen. **Festgeschenke.** Schiller, Göthe, Engelske.
3 Bde. hübsch gb. hdgl. Pr. 2 fl. Miniatur-Ausgaben.

Atlanten, Schul- und Wörterbücher gebraucht und neu, in größter Auswahl. Ein Verzeichniß von wertvollen, bedeutend im Preise herabgesetzten Werken ist gratis zu haben bei

[2817] **M. L. St. Goar** in Frankfurt a. M.

[2726]

Zu Fest-Geschenken!!

empfehle ich meine reichhaltige und treffliche Auswahl von Classikern, Dichtern,

Jugendschriften,

Bilderbüchern und sonstigen Festgeschenken in prachtvollen Einbänden zu den billigsten Preisen (von 6 Kreuzern an bis zu den kostbarsten Werken).

H. Bechhold, Zeil Nr. 5 neu, neben der Constablerwache

---

123. Frankfurter Stadtlotterie.

Ziehung 2. Classe am 29. December.

Haupttreffer: fl. **200,000**, 2 à **100,000** **40,000** u. s. f. Ganze Loose zu fl. 20, ½ zu fl. 10, ¼ zu fl. 5., ⅛ zu fl. 2. 30 kr. empfiehlt

Carl Höchberg.

[2913] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[1681] Von hohem Senate concessionirte

Privat-Entbindungs-Anstalt

zu Frankfurt a. M.

Nähere Auskunft ertheilt gegen portofreie Einsendung Dr. Roberts daselbst, Zeil 19.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Handelspolitischer Beilage.)

Handelspolitische Beilage.

Zugabe zur Frankfurter Postzeitung Nr. 302.

Sonntag Nr. 21. 19. December 1852.

Bruck in Berlin.

Der Woche Wichtigstes ist Bruck's Ankunft in Berlin. Dank der Macht und dem Manne, der zuerst die Veranlassung zu einem Schritte gab, welcher die Unterrenbarn wieder zusammenbrachte. Sie sind doch wieder beisammen, und das ist viel in deutschen Landen! Gehen sie aber in Berlin abermals auseinander, so kommen sie doch wieder zusammen, sei's in Wien oder in Frankfurt, in Leipzig oder in Waterloo.

Es ist ein eigenes Ding mit dem Volksglauben, und es muß doch so was von der vox dei darin stecken, die dem Ganzen offenbart, was sie dem Einzelnen vorenthält! Die deutschen Großstaaten wollten sich befreigen und das Volk glaubte es nicht; jetzt will man den Zollverein lösen und läßt schon die Zollschranken zimmern, und das Volk glaubt es abermals nicht! Und abermals scheint dieser Glaube richtig zu sein, denn für diese Richtigkeit zeugt eben Bruck in Berlin. Was das Handeln dieses Staatsmannes für beide Theile sehr erleichtert, ist der Umstand, daß man jetzt der Ketten und Banden los ist, die bisher an Beide angelegt waren. Der österreichische Bevollmächtigte ist jetzt da, und damit ist die Gleichzeitigkeit da, das Rechtssubject ist da, und weil so der unselige Formalismus glücklich durchbrochen ist, so kann jetzt an die Sache gegangen werden. Und diese Sache, wie nahe liegt sie und wie nahe sind sich die beiden Großstaaten schon gekommen!

Der Handelsvertrag nicht nur nicht bestritten, sondern seine Verhandlung in Form und Inhalt auf der Wiener Grundlage durch die preußische Erklärung vom 30. August förmlich zugegeben. Was die Zolleinigung betrifft, so ist auch rücksichtlich ihrer von Preußen feierlich zugestanden, daß die künftige Herbeiführung einer allgemeinen Zolleinigung als leitender Gesichtspunkt festzuhalten sei, und ist auch diese letztere Zusage durch die in Darmstadt vereinigten Regierungen als ungenügend durch die Erklärung vom 21. August dargestellt, so liegt dennoch das specifisch Verschiedene nur noch in Nebenpunkten, da die Zolleinigung grundsätzlich von beiden Seiten zugestanden ist. Ja es war Preußen, das diese Zolleinigung zu einer Zeit als Grundlage aller Verträge festhielt, als von Oesterreich die Zolleinigung noch gar nicht ausgesprochen war. Preußen hat die Zolleinigung in den Zollvereinsverträgen festgesetzt, und den Zollverein selbst nur als eine provisorische Maßregel auf so lange Zeit gegründet, als nicht in Gemäßheit der Bundesacte eine allgemeine Vereinigung stattfinden würde. Preußen hat diesen Grundsatz schon im Jahr 1833 festgesetzt, im Jahr 1841 wiederholt, und ihn am 7. September 1851 abermals ausgesprochen.

Rücksichtlich dieser als Grundsatz also schon anerkannten Zolleinigung sprach überdies die bekannte Eröffnungsrede des Buol-Schauenstein noch besonders aus, daß nicht jetzt schon die bindende Form Festgestellt werden soll, wodurch also vollständig die Frage der Zolleinigung von den verbündeten Regierungen auf denselben Standpunkt zurückgeführt wurde, wie dies von Preußen selbst schon früher geschehen war. Somit haben wir von allen Seiten als zugestandene Maßregel, daß

1) die Zolleinigung als Grundsatz festzuhalten sei;
2) daß die Zolleinigung nicht jetzt schon auf bindende Weise festgestellt und ihr Anfangstag angeordnet werde;
3) daß aber alle Handelsverträge blos fürsorglicher Natur seien, bis die Zolleinigung selbst als definitiver Bund ins Leben treten wird.

Hält man diese Grundsätze fest, so laufen die noch bestehenden Gegensätze auf solche Punkte hinaus, die blos thatsächlicher Natur und im Einzelnen von Interesse sind, aber gegen das schon Anerkannte und durch die Anerkennung schon Ueberwundene als völlig untergeordneter Art erscheinen. Ja das jetzt schon Zugestandene ist die künftige Zolleinigung, ohne daß man ein weiteres Wort darüber nur auszusprechen braucht, und schon früher haben wir zu begründen versucht *), daß ein Handelsvertrag zwischen deutschen Staaten schon in wenigen Jahren zur Zolleinigung führen müsse und dahin geführt hat, denn aus dem Handelsvertrag von 1829 ist schon im Jahre 1833 der deutsche Zollverein als die naturgemäße Folge hervorgegangen!

Und nun, warum streiten wir denn noch? Also darum noch — denn dies ist das allein noch specifisch Verschiedene — ob der abzuschließende Handelsvertrag sagen dürfe, daß die Zolleinigung sein Ziel sei oder dies nicht sagen dürfe? Und wenn es in dem Handelsvertrage nicht gesagt würde, ist es denn nicht schon gesagt? Und darüber also, ob man das Gesagte nochmals sage oder nicht sage, darüber sollen die Großstaaten sich trennen, deßhalb abermals bei der Baugigkeit und der Besorgniß aller deutschen Stämme, bei der Lage des gesammten Europa abermals unverrichteter Sache auseinandergehen? Credat Judaeus Apella!

Darmstadt und sein Verkehr.

I.

Aus dem Darmstädtischen. In der Postzeitung vom 9. December findet sich ein Auszug aus der vom Abgeordneten Denninger in der darmstädtischen Kammer gehaltenen Rede, dessen Gesammtinhalt ich am besten dadurch wieder geben kann, daß ich hier die Tabelle folgen lasse, nach welcher der Verkehr im Großherzogthum bisher seine Richtung genommen haben soll.

Im Jahr werden erzeugt im Großherzogthum Hessen		Im Jahr werden abgesetzt nach Preußen für	fl.	Oesterreich für fl.
Offenbach liefert ausschl. Tabak für	5,000,000	. . . .	3,000,000	Nichts.
Die Lederfabrikation liefert . .	2,500,000	. . . .	1,000,000	250,000
Die Eisenfabrikation liefert . .	794,400	. . . .	242,466	Nichts.
Die Packtuchfabrikation liefert .	432,000	. . . .	216,000	Nichts.
Die Tabaksfabrikation liefert .	3,000,000	. . . .	1,680,000	Nichts.
Die Weinproduction Rheinhessens, zum Export bestimmt, liefert sin	3,000,000	. . . .	1,500,000	Nichts.
Die Tabakproduction liefert . .	284,976	. . . .	250,000	Nichts.
		Mühlenfabrik.	240,000	Nichts.
Der Frucht- ꝛc. Bau, ausschließlich Reps ꝛc. liefert . .	für 27,233,266	Kartoffeln . .	160,000	Nichts.
		Getreide ꝛc. .	3,000,000	Nichts.
Gesammtproduction	für 43,144,642	Absatz nach Preußen	11,288,466	Absatz nach Oesterreich 250,000

Gegen diese Tabelle muß ich vorerst im Allgemeinen bemerken, daß wir gar kein Mittel besitzen, die Verkehrsrichtung zu bezeichnen

*) Siehe den Aufsatz „Handelsvertrag oder Zolleinigung" in Nr. 3 dieser Wochenschrift.

zu können, wie es in dieser Tabelle angegeben ist. Es fehlt uns die innere Zollvereinsstatistik, aus der wir mit Genauigkeit zu bestimmen im Stande sind, wohin jeder Waarenabsatz erfolgt, und beinahe ist es eine Wohlthat, daß wir diesen Absatz bis ins Einzelne nicht verfolgen können. Denn gerade die innere Verkehrsfreiheit des Zollvereins hat die Controlschranken aufgehoben, welche möglich machten, von jedem Centner Waare, wie es die Tabelle behauptet, anzugeben, nicht nur wo sie erzeugt, sondern auch wohin sie abgesetzt wurde. Aber ganz abgesehen davon, daß dies nicht möglich ist, so beruht die Tabelle auf dem Versehen, daß sie völlig unvergleichbare Zustände miteinander vergleicht, und das sollte Abgeordneten nicht begegnen. Daß nämlich der Verkehr im Innern des Zollvereins bisher sehr lebhaft war, ist sehr begreiflich, denn gerade zu diesem Zweck haben wir den Zollverein gegründet, und gerade zu diesem Zweck die Zölle im Innern aufgehoben. Wie konnte also der Redner einen gesetzlich freien Verkehr mit einem verbotenen Verkehr vergleichen, oder mit anderen Worten, wie konnte er den inneren Verkehr des Zollvereins mit dem Verkehr nach Oesterreich, das bisher das Abschlußsystem hatte, zusammen halten wollen? Wenn der Herr Redner hätte consequent sein wollen, so hätte er vorerst ein gleiches System bei beiden Staaten annehmen und statistisch vergleichen müssen, wie sich der Verkehr Darmstadts zu Preußen unter einem preußischen Prohibitivsysteme, und wie sich der Verkehr Darmstadts zu Oesterreich unter einem gleichen Prohibitivsysteme in einer gewissen Zeit verhalten hätte, und dann würde der Herr Redner bei beiden Staaten gefunden haben, was er jetzt nur bei Oesterreich fand — Nichts, Nichts, Nichts! Schon viel näher wäre der Herr Abgeordnete der Wahrheit gewesen, wenn er den Zustand von Darmstadt vor dem Zollverein seiner Betrachtung zu Grunde gelegt und untersucht hätte, wie sich der damalige Verkehr Darmstadts nach Preußen mit dem jetzigen Verkehr dahin verhielt.

Jedenfalls hätte der Herr Abgeordnete, denn dazu forderte der Stand der Frage auf, die Vergleichung in der Art auch aufstellen und beantworten müssen, wie der wahrscheinliche künftige Verkehr nach Oesterreich im Falle einer Zolleinigung mit Oesterreich, zu dem wahrscheinlichen Verkehre nach Preußen im Falle der Trennung von Preußen sich verhalten werde? Das ist jetzt die praktische Frage und man muß sich klar machen, wie sich der Handel in diesem Falle gestaltet, wenn Preußen sich von uns trennen will — denn wir wollen uns ja nicht trennen — und ob und welche Absatzwege in diesem Trennungsfalle aufgefunden werden können. Ich bin ganz entschieden gegen diese Trennung von Preußen, aber der praktische Geschäftsmann muß sich die Frage beantworten, was er thun wolle und wie sich sein künftiger Verkehr gestalten werde, wenn sein bisheriger Gesellschafter von dem Geschäfte sich zurückzieht. Diese Frage liegt um so näher, als wir schon einmal ohne diesen Geschäftsgenossen unser Geschäft betreiben mußten, und zwar in einer Zeit, die für den Handel und Verkehr ganz unverhältnißmäßig ungünstiger stand, als die jetzige, weil wir damals auf uns allein beschränkt waren, während wir jetzt, die Sachen mögen gehen wie sie wollen, jedenfalls einen größeren Markt bekommen, als derjenige war, der jetzt besteht. Ich nehme nämlich für ganz unzweifelhaft an, daß, im Falle einer Trennung von Preußen, zwischen Oesterreich und den übrigen Zollvereinsstaaten eine sofortige Zolleinigung eintreten müsse, da für den Fall jener Trennung ein Grund zu einem blosen Handelsvertrage gar nicht mehr vorliegt.

Die Monopole diesseits und jenseits stehen dieser Zolleinigung so wenig gegenüber, als diese Monopole den Abschluß des Septembervertrags und damit die Zolleinigung zwischen Preußen und Hannover, das kein Salzmonopol hat, verhindert haben. Ich glaube aber an gar keine Trennung von Preußen und hielt dieselbe gleichfalls für ein Unheil, aber gerade weil diese Frage des Bruches und der Trennung noch schwebend ist, wird es nicht blos zweckmäßig, sondern nothwendig, daß wir nicht sagen, unsere Schiffe seien im Fall dieser Trennung mit Mann und Maus verloren, sondern daß wir zeigen, daß wir selbst noch ein Stück eigenes Leben besäßen und uns noch zu rühren im Stande seien. So handelt wenigstens der Kaufmann, so der Preuße, und weil ich weiß, daß der Herr Abgeordnete in seinem Geschäfte ebenso handelt, so will ich die Probe versuchen, ob wir wirklich im Falle des gedrohten Bruches so überaus kleinlaut sein zu müssen gezwungen sind.

Ein Wort über Landeskulturgesetze mit besonderer Beziehung auf Württemberg.

I.

In Württemberg erschien ein ausführlicher Gesetzentwurf, welcher den Zweck hat, die Landeskultur unter Regel und Gesetze zu bringen. Das Vorhaben ist löblich, der Gegenstand groß und die Frage ist blos die, ob das eingesetzte Mittel das rechte Mittel ist, den vorgesetzten Zweck zu erreichen. In der jüngsten Zeit machte sich ein allgemeines Streben kund, die Gesetzgebung in den Kreis des Landbaues hereinzuziehen, und in den meisten Staaten erschienen Versuche und Entwürfe, um dem Bedürfniß entgegenzukommen und dem Uebel abzuhelfen. Das Bedürfniß schien um so gegründeter, als die Landrechte in den einzelnen Staaten darüber schwiegen. Nicht leicht aber gibt es einen Gegenstand, der den inneren Zerfall unserer neueren Gesetzgebung so offen legte, als gerade dieses Stillschweigen. Unsere gelehrte Wissenschaft wußte in großen Büchern unendlich viel über die servitus luminum und ne luminibus officiatur und über den Unterschied von ländlichen und städtischen Dienstbarkeiten zu erzählen, aber etwas Erfleckliches über Wasserrecht wurde vergeblich gesucht, und selbst die neuesten großen Gesetzgebungen dieses Jahrhunderts, das französische sowohl als das österreichische bürgerliche Gesetz, waren in dieser Frage völlig ungenügend. Es ist also nicht zu verwundern, wenn, von der allgemeinen Landesgesetzgebung verlassen, das Bedürfniß in Sondergesetzen sich Luft machte, und im Einzelnen zu ergänzen gewissenhaft strebte, was dem Allgemeinen fehlte. Gewissenhaft, sagen wir, war dieses Streben, denn es ging und geht von der reinsten Absicht aus, in dem ungemein wichtigen Gebiete der Landwirthschaft Ordnung und Vorschrift walten zu lassen. Allein hierin liegt eben die Klippe und zwar eine doppelte! Nicht nur liegt die Gefahr in der Loscheidung von der allgemeinen Gesetzgebung, sondern auch in dem Gegenstande selbst, den man gesetzlich regeln will. Reden wir deutlicher: Wenn die Ackerbaugesetzgebung einem bündig geschriebenen Landrechte als Bestandtheil einverleibt wäre, so bildete sie einen mäßigen Gesetzestitel, der den zweifachen Vortheil böte, daß er nicht nur von den allgemeinen Grundsätzen des Gesetzbuchs getragen, sondern auch in seinem Umfange ins Ebenmaß mit dem Ganzen gebracht würde. Durch die Loschreidung vom Ganzen wird die Verbindung mit den Grundsätzen lose und der Umfang maßlos. Jener Nachtheil ist bei der Anwendung schon bitter empfunden worden, denn wenn die Schärfe der Begriffe und die logische Verbindung einmal getrennt sind, so läßt man sich nur zu gerne gehen und schreibt Manches, das in einer Anweisung gut stünde, in ein Gesetz aber nicht gehört. Der obige Entwurf umfaßt den siebenten Theil des ganzen österreichischen Gesetzbuchs und den zehnten Theil des gesammten code Napoléon. Wie müßte er schwinden, wenn der Maßstab dieser durch ihre Gesetzesfassung so classischen Muster angelegt würde!

Die zweite Gefahr, der ein solches Gesetz sich aussetzt, ist der Gegenstand selbst. Die Regel und die Vorschrift, indem sie das Gute zu befördern sich vorsetzen, werden für die Landwirthschaft sehr leicht zur Plage statt zur Wohlthat. Fragen wir, worauf die Summe des durch die Gesetzgebung zu Bestimmenden sich erstreckt, so ist es wenig mehr als den Gedanken der Enteignung auf den Landbau zu übertragen. Läßt man nämlich die Ablösungsgesetze, die eine Frage für sich bilden, hier bei Seite, so handelt es sich vorzugsweise davon, die starre Festhaltung des Eigenthums

Digitized by Google

im Interesse der Gesammtheit zu durchbrechen, und dem einzelnen Eigenthümer das Widerspruchsrecht dort nicht mehr zu gestatten, wo ohne sein Eigenthum das allgemeine Gute und Nützliche nicht durchgeführt werden kann. Dies ist vorzugsweise der Fall bei Wegbauten, Wässerungs- und Entwässerungsanlagen, Felderzusammenlegung, gemeinsamen Wirthschaftssystemen.

Hier richtet sich nun an die Gesetzgebung die Anfrage, ob sie mehr thun soll, als den Grundsatz aussprechen, und die Verbindlichkeit des Einzelnen der Mehrheit gegenüber durch kurze Satzungen fortzusetzen? Die nächste Antwort, die unsere Zeit zu geben pflegt, besteht darin, daß man sagt, wenn nicht zugleich für den Vollzug gesorgt wird, geschieht nichts, und also müsse der Vollzug gleichzeitig mit dem Grundsatze festgesetzt werden. Geht man nun einmal in den Vollzug ein, so fordert auch der Vollzug sein Recht und dieses Recht besteht wieder darin, daß man, um des Vollzuges sicher zu sein, den Vollzug von Schritt zu Schritt bestimmen, im Einzelnen ausbilden, und bis zum Schlusse fortführen muß. Um aber diese Durchleitung durch seine Lebens- und Entwicklungsgänge festhalten zu können, muß die Gesetzgebung wieder eigene Leute haben, diese wieder in Reih und Glied, in Ober- und Unterordnung bringen, und wenn diese Personen gefunden und geordnet sind, ihnen wieder Protocolle, Berichte, Beschlüsse und Pläne in die Hand geben. Sind aber Betheiligte und andere Personen mit diesen Leuten nicht einverstanden, so muß auch diesen wieder das Recht gegeben werden, Protocolle, Berichte und Pläne aufnehmen zu lassen, um sie als Gegenprotocolle, Gegenberichte und Gegenpläne gegen die gleichen Mittel der Andern ausstellen zu dürfen.

Dahin führt die Gewissenhaftigkeit, die Aufsicht und die Besorgniß, daß das gefundene Gute im Leben sich nicht verliere, sondern wie der Gedanke es fand, sich auch erhalte, wachse, gedeihe.

Stimme aus Sachsen.

In der handelspolitischen Beilage zur Frankfurter Postzeitung Nr. 284 vom 28. November d. J. befindet sich ein Artikel „die Eisenindustrie in Nassau und im südlichen Zollverein“ betreffend.

Ziemlich gleich, ja nur noch schlimmer sind die Verhältnisse der Eisenproducenten in Bayern und Sachsen durch die preußische Concurrenz gefesselt, denn diese können nicht einmal Erze verkaufen. Daraus geht dann zur Genüge hervor, daß diese für's Allgemeine so segenreiche Industrie in den sogenannten Coalitionsstaaten durch die preußische Concurrenz am Rande des Grabes steht, während durch eine Trennung von Preußen deren kräftiges Aufblühen zum Segen der Staaten, der Fabrikanten und arbeitenden Klasse mit Gewißheit vorauszusehen ist.

In den Hauptelementen steht sich die Eisenfabrikation in Oesterreich, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen und Nassau gleich, d. h. in allen diesen Ländern finden sich gute reichhaltige Eisenerze in Menge, welche durch Holzkohlen ausgeschmolzen werden müssen, indem Steinkohlen in diesen Ländern nicht in genügender Menge und Qualität zur Zeit entdeckt sind.

Da nun die Eisenhütten unter gleichen Bedingungen arbeiten, so werden sie sich auch nur die Concurrenz machen, welche für jede erträglich ist, ja sogar nothwendig zum Fortschritt und zur Vermeidung von Uebertheuerung des Eisens.

Zwar gibt es einige Eisenhütten in Oesterreich und Sachsen, welche mit Coaks Roheisen erzeugen und daher billiger produciren können, als die Holzkohlenwerke, diese werden aber gewiß den Vortheil ihrer isolirten Stellung nicht so verkennen, daß sie nicht alles thun sollten, um die Eisenpreise heraufzuziehen; ihre Concurrenz ist daher nicht zu fürchten.

Dies ist die traurige gegenwärtige Lage, wenn aber erst in Folge des hannoverschen Anschlusses das Roheisen frei eingeführt wird, so ist die gesammte Eisenindustrie der Vereinsregierungen mit Einem Schlage zerstört.

Staatsverträge über Nachdruck.

V.

Frankreich, England, Deutschland.

Unter allen Staaten befindet sich dem französischen Nachdrucksgesetze und dessen Annahme gegenüber keiner in einer so vortheilhaften Lage als England. England ist selbst Frankreich gegenüber in Vortheil und im Verhältnisse zu den übrigen Staaten Europa's muß es erst recht bei jedem Staatsvertrage gewinnen, der auf Gegenseitigkeit gebaut ist. Der Grund liegt in einem dreifachen Umstande und zwar in der größeren Correctheit des englischen Drucks, in der schöneren Ausstattung englischer Bücher und in der völligen Ueberlegenheit der englischen Sprache. Die größere Genauigkeit des Drucks verursacht größere Mühe, größere Mühe macht größere Kosten und größere Kosten vertheuern die Bücher. Gleiches folgt aus der schöneren Ausstattung in Schrift und Papier, wodurch das englische Schriftthum sich so sehr auszeichnet. Da also England theurer erzeugt als wir, und überdies bessere Güter als wir auf die Messe und den Markt bringt, so fällt jedes Gesetz, welches bei uns den englischen Nachdruck verbietet, zum Vortheil von England aus. Daß aber England bessere Werke in der Literatur auf den Weltmarkt bringt als Deutschland, ist wohl nicht zu bestreiten, sobald man nur die Sache von dem Standpunkt auffaßt, der hier allein maßgebend sein kann. Nicht vom Schriftsteller handelt es sich hier, sondern vom Verleger, und um hier die richtige Grundlage zu gewinnen, geben wir dem deutschen Schriftsteller im voraus zu, daß er dem englischen vollständig überlegen sei. Was aber den Verleger betrifft, so ist er in erster und letzter Ordnung Handelsmann, der sich als solcher die Frage stellen muß, wie er die Weisheit als gute Waare am besten an den Mann bringt. Von diesem Gesichtspunkte aus ist uns England aber unendlich überlegen. Seine Sprache macht solche Fortschritte, daß mit ihr in der Geschichte der Sprachen eine neue Zeit anhebt. Jetzt schon ist die englische Sprache die verbreitetste der Welt und wird in allen Welttheilen außer Europa vom mächtigsten Theile gesprochen. In den alten Welttheilen von Europa, Asien und Afrika hat sie die Grundlage ihrer Herrschaft gelegt und ist in immer größerem Fortschritte und Umfange begriffen. Was sie in Amerika ist, weiß jedermann und in Australien scheint sie die einzige Sprache zu werden. Die englische Sprache ist jetzt die beste Form, der beste Stoff, aus dem die verkäufliche Waare an die größte Kundschaft der Welt abgesetzt werden kann. *)

Bei dieser Lage kann England getrost das französische Angebot aufnehmen, da es in keiner der angegebenen Beziehungen etwas zu befürchten hat, und Frankreich überdies durch seine Sprache überlegen ist. Minder günstig scheint die Sache für Deutschland zu stehen, und dies minder Günstige seinen Grund theils in unserem staatlichen Zerfall, theils in unserer Sprache zu haben. In demselben Verhältniß, als wir von der Staatsbühne herabund zurücktreten, in demselben Verhältniß hört unser Einfluß nach Außen auf. Dieses Aufhören des Staatsansehens war für die Literatur gleichbedeutend mit der Nichtachtung deutscher Wissenschaft und Kunst im Auslande. Und wie der Einzelne von seiner Zeit

*) Es gibt kein Grund, der mehr gegen die Erlernung der griechischen Sprache als Grundlage der allgemeinen Bildungsanstalten spricht als der Umstand, daß die Erlernung zu schwer ist und das mühsam Erlernte nichts erträgt. Das Griechische ist zu theuer. Das Theuerste mag den Einzelnen gut kleiden, aber die Allgemeinheit fordert Stoffe, die nicht nur für sie wohlfeiler sind, sondern mit denen sie auch Geschäfte machen kann. Die griechische Sprache ist Luxus, und die Staaten sind auf völlig falscher Fährte, dazu mit Erlernungszwang hinzuführen.

und seinem Staate getragen, gehoben oder gedrückt wird, so erging es auch dem Deutschen, der zu sich ebenso das Vertrauen verlor, als das Volk selbst, und so mußte denn der Einzelne geistig abhängig, also Nachahmer, also nichts schöpfend, also auf dem literarischen Markte ebenso unbeachtet bleiben, als unbeachtet an demjenigen vorbeigegangen wird, der auf der Ausstellung nichts als fremde Waare feil zu bieten hat.

Dies ist der frühere Stand der Sache, der nothwendig uns zu dem Auslande und seiner Literatur in das ungünstigste Verhältniß versetzen mußte. Unsere Werke gingen nicht über die Grenze, und das Ausland überschwemmte uns mit seiner Waare. An uns wurde allmälig alles fremd. Kleidung, Mode, Sprache, Wissen, Kunst, Waffen, Ehre und selbst das Recht, das mit uns geboren ist, alles, alles wurde fremd.

Das deutsche Eisenhütten-Gewerbe.

Von Mischler. I. Band.

Stuttgart bei Cotta.

I.

Ueber einen der allerwichtigsten deutschen Industriezweige, das Eisenhütten-Gewerbe, haben wir gleichzeitig zwei wissenschaftliche Werke erhalten, das eine von Oechelhäuser, das andere von Mischler. Der gleiche Gegenstand bringt es mit sich, daß beide Werke Vieles mit einander gemeinschaftlich haben müssen, obwohl beide Verfasser völlig unabhängig von einander ihre Werke begannen, fortsetzten und beendigten. Auch darin kommen beide Werke überein, daß ihre beiden Verfasser dem Schutzsystem der deutschen Industrie angehören, daß beide die jetzige Lage der Eisenindustrie auf ungefähr gleiche Weise ansehen, und Beide gleich warme Vertheidiger des deutschen Zollvereins so lange waren, bis die unselige Zollfrage beide Männer in verschiedene Lager stellte und warf. Ehe die Staaten diese Frage in ihrer ganzen Schärfe aufnahmen, trat dieselbe in ganz derselben Weise, wie sie sich später im Großen gestaltete, in jenem Vereine hervor, dem beide Verfasser angehörten. Und wie diese Frage später die Staaten entzweite, so riß sie auch diese Mitglieder auseinander, und während der eine Verfasser dem Norden folgte, folgte der andere dem Süden, der eine schlug sich auf die preußische, der andere auf die großdeutsche Seite! Verfaßt wurden beide Werke noch unter dem Eindrucke gemeinsamen friedlichen Bestehens, der Augenblick aber des Erscheinens beider Werke war auch der Tag des Bruches. Mögen beide Werke die Zeiten größerer Brüche so gewiß nicht sehen, als beide lange diese Zeiten staatlicher und industrieller Wirren überleben werden, und wahrlich sie, diese Werke, verdienen ein langes Leben.

Das Werk von Oechelhäuser ist ganz für die gegebene Lage bestimmt, hält diesen Geschäftspunkt durch das ganze Buch hindurch fest und was auch der Verfasser von dem allgemeinen Standpunkt und dem Auslande hereingeht, ist immer genau für den angegebenen Zweck berechnet. Der Verfasser wollte der Hauptsache nach die jetzige Lage der Eisenindustrie darstellen, und aus ihr heraus die Nothwendigkeit der vom Staate zu ergreifenden handelspolitischen Maßregeln darthun. Diesen sich vorgesetzten Zweck hat der Verfasser vorzüglich erreicht und er erfüllte seine Vereinsaufgabe, der Vertreter der Eisenindustrieinteressen zu sein, als guter Anwalt und trefflicher Geschäftsführer.

Der Zweck von Mischler, dessen Werk wir hier besonders zu besprechen uns vornehmen, ist ein weiterer und allgemeinerer. Mischler ist Lehrer der Staatswissenschaften, und sein Stand und sein Beruf legte ihm daher eine größere Auflage vor, der sich der Verfasser auch mit Wärme und Begeisterung unterzog. Dieser Vorzug, seinem Gegenstande mit Liebe sich zu ergeben, hat aber auch gleich Anfangs seine Bedenken, weil diese Wärme und Begeisterung den Mann mit sich fortnimmt, und wirklich sehen wir nicht selten den von der Esse feurigen Verfasser die Grenze überschreiten, um die ganze Nachbarschaft mit blanken Waffen dem Eisengotte zu unterwerfen. Wir sehen gerne den von Kopf bis zu Fuß in Eisen und Stahl geharnischten Ritter ausziehen, wenn wir auch nicht immer den Muth haben, ihm überall hin nachzufolgen.

Als Lehrer ist Mischler von seinen vielen Zuhörern sehr beliebt, denn sein Vortrag ist frisch, belebend, erregend, und er weiß, wie Wenige seines Faches, seine Hochschüler für den Gegenstand seiner Lehre zu gewinnen. Jung und eifrig, mitten in seiner Drang- und Strebeperiode, besitzt Mischler die Gabe, die Staatswirthschaft in ihrer steten Beziehung aufs Leben und aus dem Leben heraus vorzutragen, und ihr jenes Interesse in seinen Vorträgen abzugewinnen, welches immer mehr und mehr alle Gebildeten der Nation zu einem Fache drängt, in welchem das Volk mit einer seiner größten und bedingensten Wirklichkeiten zu beschäftigen sich vorsetzt.

Nachrichten über Handel und Gewerbe.

—: **Die Anthebung des österreichischen Abschlußsystems und die Einführung des neuen Tarifs** äußert bereits überallhin seine Wirkungen in dem Kaiserstaate. Daß Deutschland dabei im Vortheile sein, und im natürlichen Vortheile sein müßte, haben wir vorhergesagt. Oesterreich öffnete unserem Deutschland seine Grenze und kaum war dies geschehen, so drangen auch deutsche Fabrikate in den Kaiserstaat ein. Diese Mitbewerbung des deutschen Marktes hat bereits, wie wir mit voller Bestimmtheit versichern können, die Folge herbeigeführt, daß mehrere Fabriken Wiens so bedeutenden Nachtheil erfuhren, daß sie mit dem Gedanken der Verlegung ihrer Arbeitsräthen in andere Theile der Monarchie sich beschäftigen. Weniger zum Nachtheile von Oesterreich, aber zum größeren Vortheile von Deutschland wirkte der neue Tarif in der Eisenindustrie, wie aus dem Umstande zu entnehmen ist, daß nach der Berechnung eines Sachverständigen in der kurzen Zeit seit Einführung des österreichischen Tarifs über 300,000 Wiener Centner an Eisen in Ganz- und Halbfabrikaten in Oesterreich eingeführt worden sind. Diese Einfuhr wird sich bald noch sehr vermehren müssen, da Oesterreich die Eisenzölle Deutschland gegenüber bedeutend herabsetzen will. Oesterreich kommt mit dem erforderlichen Roheisen nicht auf, und kann ein wohlfeiles Eisen von geringerer Qualität nicht erzeugen.

—: **Englands Verkehr mit den Herzogthümern Schleswig-Holstein.** Die Gesammtausfuhr beträgt in diesem Jahre:

Im Ganzen . . . 19,584 St. Pornvieh, 13,750 Schafe, 14 Pferde.
Im vorigen Jahre . 14,701 St. Pornvieh, 5203 Schafe, — Pferde.

Mehrausfuhr in diesem Jahre 4883 St. Pornvieh, 8487 Schafe. 14 Pferde. Uebrerdies 3088 T. Hafer, 706 T. Weizen, 128 T. Gerste, 653 T. Bohnen, 50 T. Rapsf. und außerdem Butter: 3428 Pfd. roh; und Honig: 1098 Pfd. roh.

Es ist nicht zu übersehen, daß alle Schiffe, und überhaupt alle Fahrten mit den Produkten der Herzogthümer nach England ausschließlich unter englischer Flagge und auf englischen Schiffen geschehen. Es ist das keineswegs ein sehr erfreuliches Resultat; aber es wird noch weniger erfreulich, wenn man zwei andere Punkte zugleich berücksichtigt. Zuerst nämlich ist es, wie setzen nicht an es ganz offen auszusprechen, beinahe unbegreiflich, daß Hamburg, der natürliche Inhaber der Cabotage und der europäischen Binnenschiffahrt an den Mündungsländern der Elbe, es auf diese Weise Jahre hindurch ohne irgend eine Anstrengung zu machen, leidet, daß die Engländer ihm die Communicationen der Nordseehäfen und den Transport derselben aus den Händen nehmen. Wir kommen sogleich auf diesen Punkt zurück. Ferner aber gehen wir zu bedenken, daß das Geld namentlich in den Herzogthümern sehr reichlich vorhanden ist. So z. B. sind die meisten hypothekarischen Schulden in diesem Jahre convertirt, und meist von 4 pCt. auf 3 pCt. herabgesetzt, ohne daß doch unsres Wissens von den Gläubigern auch nur Versuche gemacht wären, die gekündigten Summen anderswo anzulegen. Wenn nun in der That die Capitalien so reichlich sind, und wenn es sich nun so wichtige und für die Zukunft ausgereifende Thatsache wie die Wegfuhr unserer einheimischen Ausfuhren durch englische Rheder handelt, wie doch war es dann möglich, daß man sich weder in Hamburg, noch auch in den Herzogthümern Mühe gab, den Verdienst für dieses Transport selbst zu machen? Aber er ist leider nur zu gewiß, daß die Lust und der Sinn für Unternehmungen im größern Style selbst in Hamburg fehlen, und die Engländer rechnen mit Sicherheit darauf, daß sie keine Concurrenz von dieser Seite zu fürchten haben, daß daher der Gewinn nicht ein sehr wahrscheinlicher ist. (Br. Handelsbl.)

Druck von August Oßerrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Montag (Beilage zu Nr. 303.) 20. December 1852.

Deutschland.

w **Frankfurt**, 19. Dec. Selten wurde in Frankfurt ein Ereigniß mit so ungetheilter Freude aufgenommen, als die Reise Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich nach Berlin. Die dunklen Wolken werden verscheucht und Deutschland gerettet werden; es kann allen Angriffen mit Ruhe entgegen sehen. Der Zollverein wird erhalten und die durch dessen Zerreißung geführte Gedrücktheit unserer Stadt ist wieder gesichert. Das mehrtägige Zusammensein beider Monarchen wird die Einigkeit beider Großstaaten befestigen und es läßt sich erwarten, daß die Bande der Freundschaft zwei Fürsten umschlingen werden, die mit den glänzendsten Eigenschaften des Geistes und Gemüthes geziert sind. Die allbekannte Gemüthlichkeit, hohe wissenschaftliche Bildung und Liebenswürdigkeit des preußischen Königs und die frische Jugendlichkeit und Ritterlichkeit des Kaisers werden nicht verfehlen, gegenseitig Eindruck zu machen. Privatbriefen aus Berlin zufolge, herrscht dort in allen Kreisen über dieses frohe Ereigniß allgemeine Freude, die namentlich bei dem Militär aller Grade bis zum Jubel gesteigert ist. — Dem Vernehmen nach wird Professor Schenckel von Heidelberg demnächst auch hier Vorträge über das Wesen des evangelischen Glaubens halten. — Der Colporteur des G. Herolschen Schmähblattes gegen die Juden wurde auf Weisung des Polizeiamts verhaftet.

w **Frankfurt**, 20. Dec. Auf der Main-Weserbahn kommen seit einiger Zeit täglich bedeutende Fruchtsendungen aus der Wetterau an, welche in Schiffe verladen und nach Holland geführt werden. Die Verladungsgeschäfte, welche gestern (Sonntag) beschäftigt waren, wurden nicht gestattet und die dabei beschäftigten Fuhrleute zur Verantwortung gezogen. — Die Dreißigstkirche in Sachsenhausen, deren Abbruch wegen Baufälligkeit in kurzer Zeit unumgänglich nothwendig werden wird, wurde von einem reichen Mann, dem Priester und Patricier von Frankfurt, Heinrich Diemer, im Jahr 1339 gestiftet und erbaut. Mit dieser Kirche war ein Hospital verbunden, welches später mit dem Hospital zum heiligen Geist vereinigt wurde.

≈ **Wien**, 17. Dec. Binnen kurzem wird auf officiellem Wege eine Verordnung kundgemacht werden, welche die Wappen der Kronländer betrifft, namentlich deren, wie weit sich sicherster Quelle nachweisen, die umfassendsten Forschungen vorgenommen worden, wovon die Ergebnisse Sr. Maj. dem Kaiser vorgelegt wurden. — In Ungarn gehen sich oft Rückschritte auf die Verzehrungssteuer noch immer manche Antipathien kund. Um nun die Wünsche und Beschwerden der Producenten wo möglich zu befriedigen, hat die Finanzbehörde neuestens beschlossen, einige Erleichterungen eintreten zu lassen, die für den Großhandel nicht unwichtig sind. — Um dem Schmuggel, welcher an den italienischen Grenzen getrieben wird, mit Nachdruck entgegenzutreten, ist allen Bestiern von Barken am Lago maggiore und am Po bedeutet worden, daß sie als Schleichhändler behandelt werden, sobald sie ein Zollamt passiren, ohne ihre Ladung declarirt zu haben. — Se. Majestät der Kaiser wird nächsten Mittwoch wieder in der Residenz erwartet. Mit Rücksicht auf den Stand der Zollfrage bin ich in der Lage, meine frühere Mittheilung wiederholen zu können, daß nämlich an einer baldigen befriedigenden Verständigung nicht länger mehr gezweifelt werden kann. Freilich v. Bruck hat vorgestern einen ausführlichen Bericht eingesandt, worauf auch schon die Antwort nach Berlin abgegangen ist. — Zu Reichsrath sind vor kurzem die Berathungen über die zur Verhütung des Schmuggels zu ergreifenden Maßnahmen definitiv geschlossen worden.

‖ **Berlin**, 18. Dec. Die conservative Seite der zweiten Kammer deliberirt viel über den Candidaten, den sie für die nächste Präsidentschaftswahl aufstellen soll. Herr v. Kleist-Retzow hat an Chancen verloren; das Gros der Rechten scheint den Hrn. v. Bonin, frühern Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, vorzuziehen. Gedachter Herr befindet sich bei der äußersten Rechten keineswegs in Gnade. Sie hebt immer wieder von neuem sein Verhalten im November 1848 hervor, wo er in einem Erlasse an die aufgeregte Provinz, um sich ein desto größeres Vertrauen zu sichern, auf seine unparteiische Stellung zwischen Krone und Volk hinwies.

‡ **Düsseldorf**, 18. Dec. Die Eröffnung der Düsseldorf-Gladbach-Aachener Eisenbahn, von welcher sich für unsere Stadt eine neue Quelle des Wohlstands datiren dürfte und die zuerst auf den 10., dann auf den 20. festgesetzt war, ist jetzt auf den 24. verschoben; es dürfte vielleicht auch noch Neujahr werden, ehe die regelmäßigen Fahrten beginnen. — Seit gestern weilt die Frau Großherzogin Stephanie von Baden zum Besuch ihrer Tochter, der Frau Fürstin von Hohenzollern-Sigmaringen Hoheit, am hiesigen fürstlichen Hof. Heute Morgen brachten ihr die Musikchöre der Garnison eine Morgenmusik. Die Frau Fürstin wird längere Zeit hier verbleiben und während ihres Aufenthalts der fürstliche Hof eine Reihe von Festlichkeiten veranstalten. Auch unser Carneval regt sich wieder und versprecht, nachdem er seit dem Jahr 1848 in gänzliche Lethargie versunken war, dieses Jahr neues Leben zu bekommen. Es werden bereits jetzt Vorbereitungen zur Begehung der althergebrachten Feier getroffen und viele derjenigen Männer, denen dieselbe ihr früheres Renommee verdankt, besitzen sich wieder mit demselben — unsere Künstlerschaft wird ebenfalls nicht zurückbleiben und so steht etwas Großes zu erwarten. — Vor einigen Tagen ist von einem unserer Mitbürger, dem Gutsbesitzer A. Fahne, der auf dem Felde der Geschichte und Alterthumskunde sich durch mehrere Schriften, namentlich über die Baumeister des Kölner Domes, einen rühmlichen Namen erworben hat, der zweite Theil eines von ihm seit 15 Jahren bearbeiteten Werkes, wovon der erste Theil bereits im Jahr 1848 erschienen ist, ausgegeben worden. Dasselbe führt den Titel „Geschichte der kölnischen, jülichschen und bergischen Geschlechter in Stammtafeln, Wappen, und Urkunden“ und ist für die Geschichte unsers Landes von großer Bedeutung. Dem Verfasser standen eine Menge bisher unbenutzter Quellen zu Gebote, die er mit anerkennungswerthem Fleiße benutzt hat. Er hat sich bei seiner umfangreichen und schwierigen Arbeit die Aufgabe gesetzt, durch Urkunden über die Rechtsverhältnisse nachzuweisen, daß die Ansicht eine durchaus unrichtige sei, wonach die jetzt in den Rheinlanden geltende sogenannte französische Gesetzgebung der Deutschen eine fremde sei, nicht aber die preußische, während es sich doch umgekehrt verhalte, indem die uralten deutschen Gewohnheiten die hauptsächliche Grundlage des Code Napoleon ausmachten und das preußische Landrecht sich auf römischen Recht und in manchen Beziehungen sogar auf slavische und wendische Grundlagen stütze. Dabei faßt das Buch die wichtigsten Institute der Industrie und des Gelderverkehrs, das Zunft- und Hypothekenwesen ganz besonders ins Auge und würdigt in einer für unsere jetzigen Zustände nicht uninteressanten Weise die staatlichen und verfassungsmäßigen, sehr häufig aus Unkunde angefeindeten Institutionen des Mittelalters durch eine getreue Darstellung der stadtkölnischen Verhältnisse. Der hier vorliegende Band enthält hauptsächlich die besondere Familiengeschichte und fesselt die historischen Momente des geselligen Lebens ganz besonders durch das Eingehen in die Specialitäten der Familien. — Die letzte Volkszählung hat für unsere Stadt eine Bevölkerung von 42,700 Seelen ergeben, während die Gemeinde nach der Zählung im Jahr 1827 nur 27,064 Seelen aufzuweisen hatte.

‡ **Dresden**, 17. Dec. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich, dessen gestern Mittag hier erfolgte Ankunft Ihnen die hiesigen Zeitungen bereits gemeldet haben werden, hat heute Morgen 7 Uhr in Begleitung des Erzherzogs Maximilian die Reise nach Berlin angetreten, während der jüngere Bruder des Kaisers, Erzherzog Karl, hier geblieben ist und morgen nach Wien zurückkehren wird. Der König und die sämmtlichen Prinzen begleiteten den hohen Gast bis zum Leipziger Bahnhof, wo die Abfahrt mittelst eines Extrazugs erfolgte. Schon gestern war der königl. preußische Oberjägermeister, Freiherr v. d. Asseburg, hier eingetroffen, um des Kaisers Majestät im Namen seines königlichen Herrn zu begrüßen und auf der Eisenbahn nach Berlin zu geleiten; derselbe wurde auch zu der Nachmittags 4 Uhr im königlichen Schloß stattgehabten extentirten Familientafel gezogen, zu welcher außerdem nur unsere Staatsminister, der Minister des königlichen Hauses und der k. k. österreichische Gesandte, Graf v. Kuefstein, theilzunehmen die Ehre hatten. Nach beendigtem Diner

begab sich der Kaiser mit seinen beiden Brüdern und sämmtlichen Gliedern unsers königlichen Hauses ins Theater, wo ein Schauspiel unserer Prinzessin Amalie, der „Majoratserbe", gegeben wurde. Se. kaiserliche Majestät wurde hier beim Erscheinen von dem überfüllten Hause mit einem jubelnden dreimaligen Hoch empfangen, wobei das Orchester mit der Melodie des österreichischen Nationalliedes einfiel. Nach dem Theater fand in den Gemächern der Königin ein Thee en famille statt. Die Rückreise des Kaisers von Berlin wird ebenfalls über Dresden erfolgen und dürfte Se. Majestät wahrscheinlich Dienstag Abend wieder hier eintreffen. — Heute Mittag werden der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Weimar auf ihrer Rückreise aus Italien von Wien hier erwartet.

* **Dresden**, 15. Dec. Das „Dresdner Journal" versichert authentisch, daß zur Zeit noch nicht, wie die „Sächsische constitutionelle Zeitung" neulich berichtet habe, die Protocolle der jüngst in Dresden abgehaltenen liturgischen Conferenzen auch den übrigen Kirchenbehörden, welche die Conferenz von Eisenach beschickt hatten, zugesendet worden seien. Sollte es aber auch in der Folge geschehen, so werde dies gegenüber den nicht evangelisch-lutherischen Kirchenregierungen zunächst nur ein Act der Höflichkeit sein können, und werde von Preußen, dessen Zustimmung zu den Beschlüssen der Dresdener Conferenz das Berliner „Correspondenzbureau" in Abrede gestellt hatte, um so weniger eine Zustimmung beansprucht werden, als bekanntlich schon in Eisenach die preußischen Abgeordneten alles Eingehen auf die liturgische Frage abgelehnt hätten.

Leipzig, 18. Dec. Der in Köln vor kurzer Zeit zu Ende geführte sogenannte Communistenproceß hatte bekanntlich eine Seitenlinie in Leipzig, und sind jetzt ebenfalls auch die betreffenden erstinstanzlichen Urtheile gefällt worden. Das des Buchdruckers Gangloff lautet auf vier Jahre Gefängniß, wohingegen Cigarrenmacher Herzog freigesprochen worden ist. — Der zu zehn Jahre Zuchthaus verurtheilt gewesene Sprachlehrer Albrecht von hier ist zu drei Jahren Hubertusburg begnadigt worden. (D. A. Z.)

n **Aus Mecklenburg**, 15. Dec. Aus den öffentlichen Blättern werden Sie bereits entnommen haben, daß der Antrag des Kammerherrn v. d. Kettenburg wegen ständischer Vertretung seiner Beschwerde vom Landtage abgelehnt worden. In der Beschwerdeschrift hatte der Genannte eine Formverletzung dahin geltend gemacht, daß in den landesherrlichen Rescripten, in Bezug auf die Ausweisung seines katholischen Kaplans Holzammer, nur mit ihm persönlich, nicht in seiner Eigenschaft als Ortsobrigkeit verhandelt worden. Das Majoritätsgutachten verwarf diese Deduction unter dem Hinweis, Hr. v. d. Kettenburg sei nicht berechtigt, seine Person in einen Privatmann und in den abstracten Begriff einer Ortsbehörde zu theilen, um so weniger, da er nicht dafür das landesherrliche Vertrauen hätte erwarten dürfen, daß er als Ortsbehörde die Entfernung des Priesters Holzammer aus seinen Gütern vollstrecken lassen werde, dessen er sich als Besitzer dieser Güter wiederholt und ausdrücklich geweigert habe. Dem Gesuch des Hrn. v. d. Kettenburg, Stände möchten bei Serenissimus auf Rücknahme der Gewaltmaßregeln antragen, auf ihm zu leistenden Ersatz für die unvermeidlichen Folgen derselben und angemessene Satisfaction für alle Betheiligten, wurde in demselben Gutachten die Erwägung entgegengesetzt: Hr. v. d. Kettenburg habe sich bestrebt, den Landesordnungen zuwider den römisch-katholischen Gottesdienst auf seinen Gütern einzuführen, ferner mit dem Priester Holzammer der vom Ministerium erzielten Abstellung dieses „eigenmächtigen" und „ungesetzlichen" Verfahrens Widerstand geleistet; wenn auch die Deductionen des Ministeriums wegen der Ungiltigkeit des von dem Hrn. v. d. Kettenburg für seinen frühern Hauskaplan ausgefertigten Heimatscheins nicht zutreffend wären, so liege doch vor, daß seine erklärte Absicht bliebe, die Rückkehr und die ungehinderte Fortsetzung der Functionen als Hauskaplan für den rc. Holzammer zu erwirken; für den Fall ständischer Beihilfe lasse auf einen Verzicht seinerseits auf diese ungesetzliche Absicht, ohne rechtliche Erlaubniß einen katholischen Priester auf seinen Gütern zu halten, nichts schließen, und empfehle man demnach dem Plenum die Ablehnung des Gesuchs um ständische Vertretung in dieser Streitfrage. Das Plenum entschied sich in diesem Sinne. In einem Minoritätsgutachten des Comite's, welchem diese Angelegenheit zur Behandlung überwiesen war, wurde beantragt: Das Plenum wolle den engern Ausschuß beauftragen, unter Widerlegung der vom Ministerium gegen das dem rc. Holzammer von Herrn v. d. Kettenburg ertheilte Heimatsrecht gemachten Einwände, bei Serenissimus gegen die polizeiliche Behandlung dieses Gegenstandes und die dadurch verletzten Rechte der Ortsobrigkeit zu repräsentiren, und dabei die Hoffnung auszusprechen, ähnliche polizeiliche Maßregeln gegen die Ortsobrigkeiten nicht ferner zuzulassen. Dagegen sei dem Kammerherrn v. d. Kettenburg ebenfalls zu respondiren, daß ihm die erbetene Vertretung nicht zu Theil werden könne, weil nicht vorliege, daß er nicht auch jetzt noch die Absicht hege, ohne rechtliche Erlaubniß einen katholischen Hauskaplan auf seinen Gütern zu halten. Ein Gutsbesitzer, Stifter einer von den Vorschriften der Wiedertäufer abweichenden eigenen Baptistensecte, Herr v. Lücken auf Zahrenstorff, welcher sich bereits als Sectirer in mehrfachen Differenzen mit dem Gouvernement befunden hatte, beantragt: Stände möchten Vorstellungen an den Landesherrn abstatten, damit der Artikel XVI der Bundesacte in Mecklenburg zur Wirklichkeit und größere Religionsfreiheit eingeführt werde. Nach lebhafter Debatte wurde vom Plenum ausgesprochen, daß keine Veranlassung wäre, auf diesen Antrag einzugehen, auch verweigert, daß einem Comite das gleichzeitig verlesene Dictamen übergeben werde, in welchem der Antragsteller darzuthun bemüht war: „Die rechtliche Stellung der Landeskirche, wie sie durch die im Sinne der Regierungsmaßnahmen abgefaßte (in Jena erschienene) Schrift: „Die katholische Religionsübung in Mecklenburg-Schwerin" hingestellt würde, sei eine irrthümliche und unbegründete."

Weimar, 15. Dec. Gestern Abend ist der Prinz Heinrich der Niederlande, Verlobter der Prinzessin Amalie, hier angekommen und wird dem Vernehmen nach einige Zeit hier verweilen. Die Vermählung ist auf nächstes Frühjahr bestimmt. Unsere erbgroßherzoglichen Herrschaften, welche vor kurzem in Wien angelangt sind, werden zu Ende dieser oder zu Anfang der nächsten Woche hier zurückerwartet. Das Befinden des Großherzogs und des Prinzen Karl August ist fortwährend sehr erfreulich.

Z **Hamburg**, 16. Dec. Wider Erwarten sind auch in heutiger Bürgerschaftsversammlung von Seiten des Senats keine positiven Erklärungen über den Zeitpunkt und über die Art der Einführung der mehrfach revidirten Neunerverfassung gegeben worden. Die Anträge beziehen sich auf Angelegenheiten von durchweg localer Bedeutung; sie haben sich, wie zu erwarten stand, der bürgerschaftlichen Zustimmung zu erfreuen gehabt. Was der Verfassungsfrage augenblicklich ein gehobenes Interesse verleiht, ist ein bemerkenswerther Incidenzfall, der im Verlaufe der Revisionsdebatten und Verhandlungen sich immer einschneidender geltend zu machen wußte. Es ist dies die Frage über das Verhältniß der Kirche zum Staat, ein Punkt, der von unserm geistlichen evangelisch-lutherischen Ministerium in einem weitläufigen Actenstück in einer Weise erörtert worden, die deutlich darthut, daß man es mit der Rücksicht auf Andersglaubende nicht sehr genau nehmen möchte. Die Bestimmungen über Kirche und Schule, wie sie in der gewandelten Neunerverfassung festgestellt sind, erscheinen der geistlichen Behörde nicht zuträglich und zweckmäßig genug, um wahre Kirchlichkeit und religiöse Erziehung im Geiste eines gewissen erleuchteten Christenthums zu fördern. Es mag seine Richtigkeit haben, wenn von dieser Seite die hiesige deutsch-katholische Gemeinde für ein Werk des Teufels und des Antichrists erklärt wird; aber so lange Religionsgenossenschaften, sie mögen einen Namen haben, welchen sie wollen, von der obersten Staatsgewalt einmal anerkannt sind, haben sie auch den Anspruch einer öffentlichen Rücksichtnahme. Man hat dieser Gemeinde seit der kurzen Zeit ihres Bestehens von oben her und anderswo das Leben und Gedeihen recht sauer zu machen gesucht. Es scheint fast, als wenn man nun offener wider sie einschreiten wollte. Was die Verwaltungsreformen betrifft, die mit nächstem Jahr in unserm Gemeinwesen ins Leben geführt werden sollen, so darf die längstersehnte Trennung der Rechtspflege von der Administration als derjenige Moment bezeichnet werden, welcher zunächst praktische Berücksichtigung finden möchte.

Schweiz.

X* **Von der Aar**, 17. Dec. James Fazy hat nach einer stürmischen Großrathssitzung seine Entlassung als Staatsrath eingereicht. Er hatte namens der Regierung Zurückstellung der Budgetberathung bis zum März 1853 verlangt, wurde aber von dem Großrathspräsidenten Dühosal und von dem Oppositionsmitglied Benit bekämpft. Zornig verließ er den Saal und nach wenigen Minuten kam sein Entlassungsgesuch. Die bestürzte Majorität ernannte sogleich eine Commission von sieben Mitgliedern, um Herrn Fazy zum Rückzug seines Gesuchs zu bewegen, und wählte ihn noch in der nämlichen Sitzung zum Ständerath. Aber auch sein Gegner Dühosal wurde zu derselben Function gewählt.

◡ **Neuenburg**, 16. Dec. Die Zeitung „Neuchatelois" bringt heute die Nachricht von einer royalistisch-conservativen Versammlung, welche sich geeinigt habe, die Verrieresbahn zu unternehmen. — Ein Schreiben aus Paris meldet, daß neue Gefahren gegen das Staatsoberhaupt entdeckt, und darum die Jagdfeste von Compiegne abbestellt worden seien.

Italien.

Florenz. Das Zeugenverhör im Proceß Guerrazzi dauert immer noch fort. Man glaubt, daß Romanelli freigesprochen wird. Guerrazzi und die übrigen Angeklagten werden aber wahrscheinlich verurtheilt werden.

Nach einem Brief aus Florenz vom 7. ist die Ausweisungsmaßregel gegen alle Flüchtlinge keineswegs sehr streng in Anwen-

bung gebracht worden, denn alle diejenigen, welche sich ruhig betragen, achtbare Bekanntschaften und Erikerantrieft haben, werden ihre Aufenthaltsscheine zurückerhalten. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 18. Dec. Heute Nachmittag fuhr der Kaiser aus den Tuilerien nach dem Stationshof der Nordbahn, um sich auf einem Extrazug zu den großen Jagden nach Compiegne zu begeben. Napoleon trug Generalsuniform und ein Paar Karabiniers bildete Escorte; in seiner Begleitung befanden sich die Generale Roguet und v. Lourmel, Oberst Fleury und noch einige andere Offiziere des Hofstaats. Am Bahnhof wurde der Kaiser von den Herren v. Rothschild, Emil Pereire, Marquis Dallon, Caillard, Delebecque, Dassier und den Ingenieuren Petintot und Maniel empfangen. Herr v. Rothschild hat den Kaiser begleitet. Der Bahnhof war mit venetianischen Masten, Trophäen und Wimpeln geschmückt; am Einsteigeplatz erwartete der Seinepräfect den Kaiser. Um halb zwei Uhr fuhr Napoleon ab. Der Drei-Uhr-Zug brachte die Minister und die Eingeladenen nach Compiegne. — Das die Verfassung umbsichernde Senatusconsultum wird wahrscheinlich erst nächsten Dienstag oder Mittwoch im „Moniteur" erscheinen. — Man spricht von der Creirung einer Oberintendantur der Theater, unter deren Leitung alle von der Regierung subventionirten Bühnen, also die große italienische, die komische Oper, das Theatre Francaid und das Odeon stehen sollen; die Oberintendantur würde von dem Staatsministerium abhängen.

Der Kaiser soll über das Fehlschlagen seines Heirathsplans und über einige Kundgebungen seitens der nordischen Höfe ziemlich verstimmt sein und in Bezug auf letztere geäußert haben: „Halten sie mich für einen Pompier, den man holen läßt, wenn es brennt, und den man nicht mehr in seinem Salon aufnimmt, wenn das Feuer gelöscht ist?" — Es gilt hier für unzweifelhaft, daß der Papst im Mai, von sechs Cardinälen begleitet, nach Paris kommen werde. Schon nennt man Personen, die Plätze, um ihn vorbeifahren zu sehen, oder Zimmer in der Nähe des Elysee, wo er wohnen soll, genießbet haben. Auch sind bereits hohen Orts Verhandlungen über das bei der Krönung zu beobachtende Ceremoniel im Gange.

Großbritannien.

|| **London**, 17. Dec. Lord Stanley erklärt gestern im Hause der Gemeinen beim Beginn der Sitzung, die Regierung habe von Sir H. Bulwer in Florenz die Nachricht erhalten, daß die Entlassung der Ehrleute Madiai aus ihrer Haft demnächst zu erwarten sei. Das Haus nahm sodann die Debatte über das Budget wieder auf. Der Schatzkanzler behauptet, dem Hause ein Zugeständniß gemacht zu haben, indem er eine Abstimmung bloß über den 1. Paragraphen der vorliegenden Resolution, welcher über das Schlußsal des Budgets im Allgemeinen nicht entscheiden würde, nämlich eine Abstimmung über die Rathsamkeit einer Hausteuerausdehnung überhaupt vorgeschlagen habe, und auf keine Entscheidung über den Betrag der Steuer vor den Feiertagen dringe. Diese Erklärung des Schatzkanzlers genügt aber keinem der Oppositionsmitglieder; weit entfernt, sie für ein Zugeständniß zu halten, bezeichnen Viele sie als eine Ausflucht. Eine lange und verworrene Discussion erhebt sich, an der fast alle Oppositions- und Cabinetsmitglieder Theil nehmen, und die damit endet, daß die ganze erste Resolution in bestimmter und greifbarer Form — Ausdehnung und Verdoppelung der Wohnhaussteuer" — zum Gegenstand der Debatte und der Abstimmung gemacht wird. Den Schatzkanzler wendet sich übrigens, als der Streit dieser Lösung zuerst, zu den Seinigen und gibt zu verstehen, daß, „wenn jemand diese Resolution" (trotz ihrer arithmetischen Bestimmtheit) „als eine bloße Princip- und Vertrauensfrage ansehen und daher für die Regierung stimmen wollte, es demselben später unbenommen bleiben solle, die Steuer durch Amendemente oder sonstwie zu bekämpfen." (Beifall von der ministeriellen Seite.) Worüber abgestimmt werden soll, ist nun entschieden. Die Debatte dreht sich aber trotzdem um das Budget als Ganzes, da die Haussteuer der Schlußfrein ist, ohne den der gesammte Finanzplan fallen muß. Sir B. Cochburn spricht die unerbaulichste Sentenz, deren Schauspiel eben das Haus war, der Regierung in die Schuhe, die um einiger Stimmen willen fortwährend ihre Stellung ändere und aus einem Schlupfloch ins andere krieche. Whitefide (Solicitor General für Irland) sucht die Argumente Glafstone's und Goulburns gegen die Besteuerung des fundirten Vermögens und officieller Gehalte in Irland, wie gegen die Ausnahme zu Gunsten irischen Grundeigenthums zu bekämpfen, und behauptet zum Schlusse, das Land sei von der Gerechtigkeit der Haussteuerausdehnung tief überzeugt. Sir Thomas Baring kritisirt ausführlich die einzelnen Budgetposten und erklärt, wenn die Regierung wirklich den ehrlichen Willen habe, ihre Principien durchzuführen, so müsse sie das Budget zurücknehmen und umzuwandeln suchen. Endlich erhebt sich der Schatzkanzler zur Ehrenrettung seiner Finanzvorlage. Er hält eine der außerordentlichsten und persönlichsten Reden, die seit lange im Parlament gehört worden sind; bei jeder seiner spitzigen Anspielungen bricht die mitleidserielle Seite in schadenfrohen Beifall aus und der Hört! Hört! ist kein Ende. Vier Abende lang habe er seinen Gegnern das Wort gegönnt; aber, obgleich die bedeutendsten Notabilitäten des Hauses die Kritik seines Finanzplans unternommen, habe er nichts gehört, was einen einigen seiner Gründe schlage. Sir C. Wood und Goulburn, wie Glafstone und Graham, hätten eine ungewöhnliche und gewiß nicht parlamentarische Sprache geführt; aber eine dieser ehrenwerthen Gruftamen (Wood) habe fortwährend ihn selbst, anstatt den Sprecher, angeredet. Während des Angriffs, den ein dritter Er-Schatzkanzler zum Besten gegeben, sei er abwesend gewesen, wisse aber, daß er nicht geschont worden sei n. s. w. In diesem Ton fährt Disraeli eine Weile fort und beweist darauf, daß der Schatzkammerantheilsonds, den er abschaffen w ll, zu Geldverschleuderungen, z. B. zur Unterstützung des Themsetunnelbaus und zur Anlage von Battersea Park, nicht aber, wie ein Gegner bemerkt, zum Besten der Landeseleute auf nützliche Bauten, zur Errichtung von Irrenhäusern und Grafschaftsgefängnissen diene. (Sir J. Graham: Ich sagte, zur Erweiterung.) Meinerwegen zur Erweiterung; die Correction mag dem sehr ehrenwerthen Gentleman zu Gute kommen (Lachen auf der Ministerbank). Er müsse sich die Freiheit nehmen, das Haus über das Finanzwesen, von dem Viele nichts verständen, ein klein wenig zu belehren, und laß sich in sehr lange Details ein, rechtfertigt dann seinen Glauben an einen künftigen Ueberschuß, da der Kaffenkrieg facetisch zu Ende sei, vertheidigt die Haussteuer wie das Budget im Ganzen, und schließt mit folgenden Apostrophen: Man sagt mir, ich soll das Budget zurücknehmen, weil Pitt es gethan, und andere Personagen auch (Lachen). Nun, auf den Ruhm Pitts mache ich keinen Anspruch, aber die Erniedrigung anderer Personagen ist auch nicht meine Sache. Nein, Sir! Ich weiß, wie es einer Regierung geht, die sich bemüht, aber keine Majorität durchbringen kann. Unterirdische Manöver, wie die eines gewissen Schatzkanzlers Spiel mit Haus- und Fenstersteuer, verschmähe ich. Die weiseste Maßregel wird man mir unter der Hand in eine Parteimaßregel verwandeln. Denn ich stehe einer Coalition gegenüber. Coalitionen haben schon früher gesiegt, aber ihr Triumph hat nicht lange gewährt, England hat die Coalition nie gemocht. Ich appellire von der Coalition an jene öffentliche Meinung, deren Einfluß selbst die Beschlüsse dieses Hauses beherrscht, und ohne deren Sympathie selbst die altehrwürdigste Institution ein bloßes Lustgebäude ist. (Lauter und lang anhaltender Beifall.) Gladstone, welcher das letzte Wort hatte, faßt noch einmal seine frühere Argumente zusammen, und schließt mit einer Warnung vor der Annahme dieses unheilvollen, durchaus sophistischen Finanzplanes. In der Einleitung seiner Rede aber wird er häufig von der ministeriellen Seite durch wahrhaft lakonmäßtalischen Lärm unterbrochen. Glafstone verweist nämlich dem Schatzkanzler den unwürdigen Ton seiner Ausfälle. Ich muß dem sehr ehrenwerthen Herrn, dem Schatzkanzler, sagen, ehe ich zur Frage komme, ob er sein Amt versteht, daß es noch manche Dinge gibt, die er zu lernen hat. (Lauter Beifall der Opposition.) Seine persönlichen Schmähungen gegen erprobte Staatsmänner (Unterbrechung), die Redensarten, mit denen er so freigebig ist (Unterbrechung) . . . Sage dem Gentleman, der unterbricht, er muß es ertragen, daß man seinen Schatzkanzler vor der Schranke dieses Comite's nach den Regeln parlamentarischen Anstands kritisirt. Er, den keine Persönlichkeit zu schwach ist, dem Mitglied für Carlisle (Sir J. Graham) ins Gesicht wirft, „daß er ihn beachtet, aber nicht achtet", — er hat kein Recht, eine kritische Bemerkung als persönliche Beleidigung zu ahnden. Er hat es noch nicht gelernt, die Würde dieses Hauses zu schonen; was am unbedeutendsten Parlamentsmitglied als ein Vergehen zu rügen wäre, ist ein zehnmal schwereres an dem Führer des Hauses der Gemeinen." (Lauter Beifall der Opposition.) — Abstimmung: Für die Resolution 266, gegen dieselbe 305, Majorität gegen das Cabinet 19 Stimmen. Schluß der Sitzung drei Viertel auf 4 Uhr Morgens. Das Unterhaus vertagt sich bis Montag.

Telegraphische Coursberichte.

Amsterdam, 19. Dec. (Sonntag.) 2½Ct. Span. 42⅞. — 1½Ct. do. Neue 23⅞. — 5pCt. Silber-Metall. 93⅛. — 5pCt. Metall. 80⅛. — 2½pCt. do. 41⅛. — 2½pCt. Neue 41⅛. — 5pCt. Neue 79½. Anfangs höher, bleibt flau.

Frankfurt, 20. Dec. Gestern ist hier angekommen der k. großbritannische Gesandte am k. k. Hofe zu Wien, Herr Graf v. Westmorland, im russischen Hof.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler, Dr. J. B. Kutschelt.

Ouvrage très utile aux gens du monde.

Deuxième édition du traité pratique des maladies des

ORGANES DE LA GÉNÉRATION, 1 v. de 700 p., contenant **153 FIGURES D'ANATOMIE**

et 40 chapitres sur les *fonctions*, les *maladies* et toutes les *infirmités* de ces organes, avec l'indication des *moyens préservatifs* et du *meilleur traitement* pour guérir soi-même les conséquences des *excès* ou de la *contagion*, etc. Chez l'auteur, docteur **Jozan** (de Saint-André), professeur de pathologie uro-génitale, 33, rue Jacob, à PARIS, et *Masson*, libraire, 26, rue de l'Ancienne-Comédie. — Le prix de l'ouvrage, par la poste, franc de port, est de 2 thalers de Prusse. — *L'atlas*, de 153 planches d'anatomie, se vend aussi séparé 2 fr. — *Consultations*, de midi à 2 heures et par correspondance. *(Affranchir.) Les malades peuvent se traiter eux-mêmes* et faire préparer les remèdes chez leur pharmacien. [2600]

Der ächte seit 17 Jahren im In- und Auslande rühmlichst bekannte von höchsten Medizinalstellen approbirte **Mailändische Haarbalsam** ist das beste Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haupthaare sowohl als zur Hervorrufung kräftiger Schnurr- und Backenbärte in schönster Fülle. Preis 54 kr. das große und 30 kr. das kleine Glas sammt Bericht mit vielen ärztlichen, amtlichen und Privatzeugnissen. Nicht weniger Empfehlung verdienen:

Eau d'Atirona oder die feinste flüssige Toilettenseife zur schmerzlosen Entfernung der Leber- und anderer gelber und brauner Flecken, Sommersprossen, Hitzblätterchen, Mitesser, Finnen ꝛc. und zur Erhaltung und Herstellung einer schönen, reinen weißen Haut. Das große Glas wird zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr. nebst Gebrauchsanweisung mit Zeugnissen renommirter Aerzte und Chemiker abgegeben.

Eau de Mille fleurs nach bester Pariser Composition, das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr. Wenige Tropfen ertheilen den lieblichsten und dauerndsten Wohlgeruch.

Duft-Essig, ein köstliches Räucherwerk und Luftreinigungsmittel, dessen höchst angenehmer, erquickender und belebender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergötzt. Preis 16 kr. das Glas.

Anadoli oder orientalische Zahnreinigungsmasse. Preis des großen Glases, welches für eine Person auf ein volles Jahr ausreicht 1 fl. 12 kr., des kleineren 36 kr., nebst Gebrauchsanweisung. Die ausgezeichnetsten Aerzte und Chemiker haben es bezeugt, daß das Anadoli das beste, geeignetste Mittel ist, das Zahnfleisch und die Zähne gesund zu erhalten, sie von der zahllosen Menge mikroskopischer Schmarotzerthierchen und Pilzchen, damit auch vom Zahnweinstein für immer zu befreien, die Zähne auf die schmerzloseste und unschädlichste Weise blendend weiß wie Elfenbein zu machen, die Glasur zu conserviren und jeden üblen Geruch aus dem Munde zu entfernen, was bis jetzt noch von keinem andern Zahnreinigungsmittel gewährt zu werden vermochte.

Die Kosten für Packung und Postschein sind bei 1 oder 2 Gläsern 6 kr. Briefe und Gelder franco, auch können letztere nachgenommen werden. [1587]

Mein alleiniges Depot für Frankfurt a. M. befindet sich bei Hrn **G. H. v. Oven** Bleidenstraße 33.

Karl Keller, Chemiker in Nürnberg.

Goldene Medaille 1845 — Pâte Pectorale von Apotheker George in Epinal — Silberne Medaille 1845
Schachtel 16 Sgr. oder 56 kr. Schachtel 8 Sgr. oder 28 kr.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von *George*, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Husten-Täfelchen werden verkauft in Schachteln, die halbe à 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Redlinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. G. von Oven**, Bleidenstraße Nr. 33. [2428]

[2690] **Edictalladung.**

Ueber das bedeutend überschuldete Vermögen des Kaufmanns Georg Leonhard Boß dahier (die Activa betragen nach dem Inventarium 619 fl. 20¾ kr., die Passiva dagegen 10,424 fl. 41½ kr.) ist der förmliche Concurs erkannt worden und wird daher Liquidationstermin auf

Donnerstag den 20. Januar 1853,
Morgens 8 Uhr,

anberaumt. In diesem sind Forderungen und Ansprüche jeder Art an dasselbe bei Meldung stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse dahier anzumelden und zu begründen, auch soll zugleich die Güte versucht und entstehenden Falls ein Gläubigerausschuß und Massecurator erwählt und über die Verwerthung und Theilung der Masse Beschluß gefaßt werden; nicht in Person erscheinende Gläubiger haben daher ihre Vollmachten auch auf letztere Punkte auszudehnen, widrigenfalls sie den Beschlüssen der Mehrheit beitretend angesehen werden.

Der von hier abwesende Gemeinschuldner wird hiermit aufgefordert, in obigem Termine entweder selbst zu erscheinen oder sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen, widrigenfalls angenommen wird, er sei mit dem, was der gerichtlich für ihn bestellte Curator Georg Vollmar dahier erklären und thun wird, einverstanden.

Lauterbach, den 20. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Rylius. Bindewald.

[2795] **Oeffentliche Ladung.**

Ein von H. L. Deiap in Genf am 29. April 1847 an die Ordre von F. Favon auf das hiesige Banquierhaus de Neufville Mertens & Co. gezogener und von diesem angenommener, am 15. Juli 1847 verfallener Prima-Wechsel über fl. 943. 30 kr., welcher durch Giro's (in folgender Reihe) auf Ch. Holdereggen, auf Mayer-Zindler, auf Jacob Hillenbrands Erben, auf M. S. Mayer, auf J. J. Weiller Söhne, auf B. W. Haas und zuletzt auf die Handlung J. E. Röder & Söhne in Mainz übergegangen war, ist Letzterer angeblich abhanden gekommen.

Auf deren Antrag werden Alle, welche an diesen Prima-Wechsel Ansprüche zu machen haben, hiermit aufgefordert, solche

binnen drei Monaten

bei dem unterfertigten Gerichte geltend zu machen, indem nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist der fragliche Prima-Wechsel seinem ganzen Inhalte nach für amortisirt und kraftlos erklärt werden wird.

Frankfurt a. M., den 8. December 1852.

Stadtgericht II.
Schöff Dr. Reuß.
Dr. Cyfen, Ir Secr.

Cours der Staats-Papiere. 20. December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5% M. (C.I.S.b.Roths)	96 G.	Baden	fl. 35 Loose v. 1845	88½ P. ¼ bez. u. G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	96 G.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34 P. 33¾ G.
»	5% do.v.J.1852 L.à121	95 bez.	»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	49⅜ P. 49 G.
»	5% L. V. (C.b.Roths)	92 bez. u. G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	102 G.
»	5% do.Monte C.18.i.M	87⅛ G.	»	4% ditto b.Rothsch.	98⅝ G.
»	Bank-Actien . . .	1403 P. 1399 G.	»	3½% ditto b Rothsch.	92⅛ G.
»	5% Metalliq. Oblig.	82⅞ G.	»	fl. 50 Loose . . .	91½ G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	83⅛ G.	»	fl. 25 Loose . . .	32 P 31¾ G.
»	5% ditto 1852	82⅜ etw. ¾. ⅞ bez. ¾ G.	Nassau	5% Oblig. b. Rothsch	103¼ P.
»	4½% ditto	74⅛ P. 73⅞ bez. u. G.	»	4% ditto	99⅝ G.
»	4% ditto	65⅝ P. ⅜ G.	»	3½% ditto	91¾ P. ½ G.
»	3% ditto	49 G.	»	fl. 25 Loose . . .	29⅜ P. ⅛ G.
»	2½% ditto	42¼ G.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95½ P. ⅛ G.
»	1% ditto	16⅜ P.	»	3½% » v. 1846	94½ G.
»	Mail.-Como-fl. 11-L.	11⅝ P. 11 G.	»	3% » . . .	86 P. 85¾ G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	120 P. 119½ G.	»	Taunusbahnact.	308 P. 307 bez. 306 G.
»	fl. 500 » ditto	195 G.	Russland	4½% Obl. b. Baring	102½ P.
»	4½% Oblig.b.Bethm.	80⅛ G.	»	4% Obl. b. Hope fl.2.	92¾ G.
»	4% » » »	71¼ P.	»	4% » b.Stieglitz »	92¼ G.
Preussen	3½% Staatsschulds.	94 G.	Polen	4% Oblig. de fl. 500	92¼ P. 92 G.
»	Cöln-Mind.E.-Actien	117½ G.	Spanien	3% Inl. Sch. P fl.2 30	43⅜ P. ⅛ G.
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	101½ P.	»	1% Neue » »	23 9/16, 5/8, 11/16, 5/8 bez.
»	4½% ditto	101⅝ P. ⅜ G.	Holland	4% Certificate . .	97¾ G.
»	4% ditto	96¾ P. ½ G.	»	3½% Syndicate .	85¼ G.
»	4% Ablös.-Rente .	96½ P. ¼ G.	»	2½% Integrale .	65¾ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	92⅝ P.	Belgien	4½% Obl. in F. à 28 kr.	99⅝ P. ⅜ G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	99½ P. ¼ G.	»	4% Obl in Fr. à 28 kr.	94¼ G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103½ G.	»	2½% Obl. b.Rothsch.	57⅝ P. ⅜ G.
Württemb.	4½% Oblig. b Roths.	102 P. 101⅞ bez.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97⅝ G.
»	3½% ditto	90⅞ P. ½ G.	»	5% Obl. b. Hambro	94¾ P.
Baden	5% Obligationen .	102¼ G.	»	Sardinische Loose .	41½ G.
»	4½% Obligationen	102⅞ P.	Toscana	5% Obl.1850(C.b.Golds.)	101⅝ P. ⅜ G.
»	3½% v. 1842 . . .	91⅝ P. ⅜ G.	»	5% »1851.b.Bastogi(do.)	97¾ G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	67¼ G.	N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	117¼ P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 20. December		Per comptant.
Amsterdam . .	k.S.	100¾ B.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg . .	k.S.	120 B.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin	k.S.	105⅛ B 104⅞ G.
(60 Thlr.) .	3M.	— —
Bremen (50	k.S.	97⅛ B. 96⅝ G.
Rthlr. i. Ldor.	3M.	— —
Hamburg . .	k.S.	89 G.
(100Mk.Bc.)	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 B. 104¾ G.
London . . .	k.S.	117⅞ G.
(10 Livr. St.)	3M.	— —
Lyon	k.S.	94⅛ B 93⅞ G.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Mailand (250	k.S.	100 B
Lir. Austr.)	3M.	— —
Paris	k.S.	94⅛ B. 93⅞ G.
(200 Fr.) . .	3M.	— —
Wien (100fl.)	k.S.	[illegible]
im fl. 20 F.)	3M.	104⅝ B. z. 4%
Disconto		2½ B.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 43-44
Pr. Friedrichsd'or	»	9 54½-55½
Holl. 10fl.Stücke	»	9 49-50
Rand-Ducaten .	»	5 36½-37½
20 Frankenstücke	»	9 25½-26½
Engl. Sovereigns	»	11 48
Gold al Marco	»	379-381
5 Frankenthaler	»	2 20½-21
Preuss. Thaler	»	1 45-¼
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 45-⅛

Druck von August Osterrieth.

№ 304. Dienstag — den 21. December — 1852.

Der Rheinconventionspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksgebiet von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postvereinsgebiets 2 Thlr. 10 Sgr. = 1 Thlr. 14½ Ngr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in dem k. k. österreichischen Gesammtlande 3 fl. im 24 F.-Fuß. oder

1 fl. 30 kr. C. 2. oder 1 Thlr. 17½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übrigens die Länder nimmt Herr G. H. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 29, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Breite) nicht Deutschland oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 16. Dec. Die Anwesenheit Sr. Maj. des Kaisers in der preußischen Hauptstadt wird hier als ein sicheres Unterpfand für eine nahe bevorstehende Einigung in der handelspolitischen Frage bezeichnet. Jedenfalls scheint es gewiß, daß die persönliche Zusammenkunft der beiden hohen Monarchen einen um so günstigeren Einfluß auf die Entscheidung dieser das allgemeine Interesse Deutschlands tief berührenden Angelegenheit äußern dürfte, als in diesem Augenblicke von Seite Oesterreichs in Berlin neue Verhandlungen über dieselbe angeknüpft wurden. Zugleich will man aber mit Bestimmtheit wissen, daß, wenn die Mission des Herrn v. Bruck nicht zu dem gewünschten Resultate führen sollte, die für diesen äußersten Fall nothwendigen Vereinbarungen durch die Wiener Conferenzen bereits festgestellt wären. So die „Leipziger Zeitung". Die „Kasseler Zeitung" will in einem Artikel von hier bereits die Punkte wissen, über die hinaus Oesterreich nicht nachgeben werde. Danach solle der Handelsverein so abgeschlossen werden, daß er nach einer Dauer von sechs, höchstens acht Jahren zur Zolleinigung führe; entgegengesetzten Falles trete mit dem 1. Jan. 1854 die Zolleinigung zwischen Oesterreich und den Darmstädter Verbündeten ein. Wir bemerken aber, daß die „Kasseler Zeitung" die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Wien und Berlin von vorn herein nicht mit günstigen Augen angesehen hat. — Mit der erfolgten Ernennung des Ministerialraths, Ritter v. Kalchberg, zum Generaldirektor der Communicationen ist nun die neue, definitive Organisirung dieses Departements vollkommen beendet. Dieselbe Behörde wird in kurzem einen sehr interessanten statistischen Ausweis über den Besitz der Staatseisenbahnen Oesterreichs veröffentlichen, welcher, neben dem zur Anlage erforderlichen Capital im Ganzen, auch das der einzelnen Strecken, sowie das Erträgniß der gesammten Schienenwege und jenes der einzelnen Stationen angibt. Das bisher verwendete Anlagecapital dürfte sich auf 100 Millionen Gulden belaufen, von welchem der Staat im Augenblick zwar nur eine reine Rente von circa 4 pCt. bezieht, dessen Ertragsfähigkeit aber mit der Vollendung der verschiedenen Bahnen sich immer steigert, wie dies in eben diesem Ausweis auf das Genaueste nachgewiesen erscheint. — Die Errichtung einer Irren-Heil- und Pflegeanstalt in Ungarn hat sich als ein dringendes Bedürfniß herausgestellt. Von Sr. Maj. dem Kaiser selbst wurden bereits namhafte Beiträge zur Gründung einer solchen Anstalt bestimmt. Der Primärarzt der Wiener Irrenanstalt, Dr. v. Biszanik, hatte nun in der vorigen Woche die Ehre, Sr. Majestät persönlich ein Promemoria in Betreff der Modalitäten zu überreichen, unter welchen am sichersten und schnellsten eine neue Irrenanstalt in der Nähe von Ofen und Pest errichtet werden könne, ohne hierbei die Staatsfinanzen zu sehr in Anspruch zu nehmen. — Die „Oesterreichische Corresp." berichtet die bekannten Einzelnheiten in Bezug auf die Eroberung der Festung Zadjak durch die Montenegriner und fügt hinzu: „Das niemals ausserbrende Gerücht, daß fremde Einflüsse auch bei dieser Expedition der Montenegriner thätig gewesen seien, tauchte sofort wieder auf. Wir wollen uns die Mühe der Widerlegung ersparen. Nur was Oesterreich betrifft, so müssen wir erwähnen, daß es geradezu lächerlich ist, anzunehmen und zu glauben, daß österreichische Artillerisien eigens nach Cernagora entsendet worden, um die Montenegriner im Gebrauch der Kanonen zu unterrichten. Es mag darum sein, daß in deren Mitte sich einige Desterieure aus Oesterreich befinden, aber eine Connivenz der österreichischen Behörden vermag nur totale Unkenntniß oder böser Wille voraussusetzen."

* **Berlin**, 17. Dec. Unter vorstehendem Datum heißt es in der „Leipziger Zeitung": Es ist heute jener ereignißschwere 17. December, an welchem Friedrich der Große 1740 in Schlesien einrückte und der erste schlesische Krieg begann. An demselben 17. December begrüßen wir zum erstenmal einen Kaiser aus dem erlauchten Hause Habsburg in den Mauern Berlins — sollten wir nicht hoffen dürfen, daß von diesem Tage der wahre Friede, das herzlichste Einverständniß zwischen den beiden deutschen Großstaaten datiren wird, denen Deutschlands Größe und Ruhm, seine Wohlfahrt und seine Zukunft am meisten am Herzen liegen muß! Wir wollen uns diese freudige Hoffnung durch keinen jener Mißtaute stören lassen, die ein übelangebrachter Nationalstolz so gern in den Jubel versöhnter Herzen mischt. Deutschland ist stark, wenn seine Fürsten einig sind. Und gewiß fehlt es nicht an dringenden Aufforderungen zur Eintracht. Unter dem Titel: „Les limites de la France" wird in Paris eine Broschüre veröffentlicht, die in den verschiedensten Wendungen das Thema abhandelt, daß alle Länder zwischen dem Ocean und dem Mittelmeere, den Alpen, den Pyrenäen und dem Rhein endlich mit Frankreich wieder vereinigt werden müßten, wie sie es zu den Zeiten der Gallier gewesen. Nicht als ob derglichen Redensarten, an denen der Kaiser der Franzosen den geringsten Antheil haben dürfte, eine ernste Gefahr in sich schlössen, aber so viel muß jedem einleuchten, daß eine gedeihliche Fortbildung der deutschen Zustände nicht bloß ein gutes Einvernehmen, sondern ein festes, unerschütterliches Zusammenhalten der beiden deutschen Großmächte gebieterisch erheischt. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, verdient die Verspeisung des Grafen v. Thun nach Berlin als ein wirklich erfreuliches Ereigniß begrüßt zu werden, und jetzt schon macht sich die Anwesenheit des Grafen in dem Verstummen so mancher noch aus dem Jahre 1850 nachklingenden Mißtöne fühlbar. Nicht dieselben zufriedenstellenden Aussichten bietet die wichtigste Frage unserer innern Politik — die Verfassungsrevision — dar. Die endschließliche Erledigung der ersten Kammer durch die Krone wird in der ersten Kammer selbst und die sechsjährige Diät in der zweiten auf einen geschlossenen und nachdrücklichen Widerstand stoßen, der aller Wahrscheinlichkeit nach das Schicksal der Regierungsvorlagen von einigen wenigen Stimmen abhängig macht. Jedenfalls gehört eine große Mäßigung von beiden Seiten dazu, wenn nicht abermals die ganze Angelegenheit in Frage gestellt werden soll.

* **Berlin**, 18. Dec. Nach der „N. Pr. Z." sind seitens der katholischen Kammerfraction Schritte gethan worden, um die Errichtung eines katholischen Cultusministeriums zu erlangen. Die katholische Fraction, schreibt man der „Lyz. Ztg.", hat unter den Mitgliedern der zweiten Kammer dadurch keine geringe Mißstimmung hervorgerufen, daß sie das Princip verfolgt, die religiöse Auffassung der Kammerverhandlungen der politischen vorzuziehen. Ihre Mitglieder gehören ihren politischen Gesinnungen nach den verschiedenen andern Fractionen der Kammer an und sind auf diese Weise stets vollständig unterrichtet über die Beschlüsse derselben. Sie suchen nicht allein die Fractionen im katholischen Interesse umzustimmen, sondern halten sich auch bei der Abstimmung im Plenum durchaus nicht an die Beschlüsse der politischen Fractionen gebunden. Denn der erste Grundsatz der katholischen Fraction geht dahin, daß die Mitglieder derselben — und das sind sämmtliche katholische Abgeordnete — gebunden sind, durchaus gemäß den Beschlüssen der katholischen Fraction bei den Plenarberathungen zu stimmen. Hierdurch erhält die Fraction ein bedeutendes Gewicht, was um so unangenehmer berührt, weil öfter Mitglieder nicht stets mit ihren politischen Glaubensgenossen fest zusammenhalten. Dazu kommt, daß die Beschlüsse der katholischen Fraction ein Geheimniß für die übrigen Kammermitglieder bleiben, während die Beschlüsse der andern Fractionen den Katholiken nicht verborgen bleiben können.

* **München**, 18. Dec. Heute ist Se. königl. Hoh. Prinz Karl von Bayern von seinem mehrmonatlichen Aufenthalt in Tegernsee wieder hier eingetroffen, und wird nun den Winter über hier bleiben. — Sie werden sich erinnern, daß unmittelbar nach der

Vertagung unseres Landtags im vorigen Sommer, in Folge einer Aeußerung die der Abg. Freiherr v. Lerchenfeld in der zweiten Kammer machte, Fürst Wrede, Mitglied der ersten Kammer, Hrn. v. Lerchenfeld fordern ließ, und daß in Folge des stattgehabten Duells der genannte Abgeordnete eine nicht unbedeutende Wunde erhielt. Die deßfalls eingeleitete Untersuchung erlitt mehrfache Verzögerung, da vorerst einige Vorfragen durch die höhern Gerichte zu entscheiden waren; nunmehr ist dieselbe aber beendet und wird diese Angelegenheit nun, wie unsere Blätter berichten, am 10. Januar in öffentlicher Sitzung des hiesigen Kreis- und Stadtgerichts zur Verhandlung kommen. Die Anklage gegen den Herrn Fürsten lautet auf Körperverletzung. — Unsere heutige zahlreich befahrene Schranne brachte uns wieder etwas billigere Getreidepreise. — Wie die bayerische „Landbötin" heute mittheilt, beabsichtigt Se. Maj. der König Ende dieses oder Anfangs nächsten Jahres eine Reise nach Italien; die Bestätigung dieser Nachricht ist indessen abzuwarten.

* **Aus der Pfalz**, 17. Dec. Die Gnadengesuche, welche die politischen Gefangenen, mit wenigen Ausnahmen, eingereicht hatten, sind dem Vernehmen nach abschlägig beschieden worden. — Das Vermögen des wegen Wuchers in eine Geldstrafe von 30,000 fl. verurtheilten Jacob Wolf von Dürkheim reicht zur Bezahlung seiner Gläubiger, sowie der Kosten und Geldbuße des Processes nicht aus. Er ist nämlich Wittwer und fast die Hälfte seines Vermögens gehört seinen Kindern. Die andere Hälfte besteht zum Theil aus schlechten Ausständen; dann hat er aber auch Gläubiger, wozu nun noch der größte Theil der von ihm ruinirten Familien gekommen ist, von denen bereits eine ziemliche Anzahl im Armenrechte ihre Entschädigungsklagen eingeleitet haben. Auf diese Weise werden dem Staate von der Geldstrafe und den nicht unbeträchtlichen Kosten höchstens 15 bis 18,000 fl. zufallen. Scheinverkäufe sollen, wie man hört, nicht stattgefunden haben.

Italien.

Turin, 14. Dec. Die Vorschläge und Studien der Senatscommission in Betreff des Ehegesetzes sind in einem voluminösen Bande veröffentlicht worden. Die diesfalls vorgeschlagenen Aenderungen sind sehr wesentlicher Art. Der Senator Demargherita hat ein motivirtes Gegenproject beigefügt. Die Sanatoren treffen bereits zahlreich in der Hauptstadt ein und es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß das kirchenfeindliche Gesetz in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht angenommen werden wird. Mehrere Geistliche sind von ihren Bischöfen neuestens a divinis suspendirt worden, weil sie Todtenämter für Gioberti, der bekanntlich excommunicirt war, veranstaltet hatten. — Der Belagerungszustand ist zu Tempio und Sassari aufgehoben worden. Die Agitation zum Behufe der Errichtung eines Denkmals für Gioberti nimmt in den Communen des Landes ihren Fortgang.

Frankreich.

✱ **Paris**, 18. Dec. In den politischen Kreisen ist das Gerücht im Umlauf, Prinz Napoleon Bonaparte, des Kaisers Vetter, habe den Wunsch zu erkennen gegeben, falls er als Vicekönig oder Statthalter nach Algerien gehen sollte, möge dem General Lamoricière oder Changarnier der Oberbefehl über die Armee angeboten werden. Der Kaiser, erzählt man weiter, habe diesen Wunsch genehmigt. Einer der vertrautesten Generale Napoleons hat sich vorgestern im engeren Kreise über diesen Gegenstand in einer Weise ausgesprochen, daß jenes Gerücht nicht allen Grundes zu entbehren scheint. Indessen scheint es des Kaisers Absicht, im Fall er keinen directen männlichen Thronerben hinterließe, nicht zu sein, Napoleon Bonaparte zu seinem Nachfolger zu designiren. Die Freunde des Fürsten von Canino wollen wissen, des Kaisers Wahl sei auf des letzteren Sohn, den Prinzen Joseph gefallen, der 19 Jahre alt ist und sich gegenwärtig in Rom befindet. Ist dies wirklich der Fall, so hat wahrscheinlich der Papst Antheil an dieser Entschließung, denn die Fürstin von Canino und deren Kinder sind sehr eifrige Katholiken und stehen bei der streng kirchlichen Partei in Rom in hohem Ansehen. Einer der Prinzen von Canino hat sich dem Priesterstand gewidmet.

Der „Siecle" hatte kürzlich gefragt, ob auch ein Proscribirter oder ein politischer Gefangener der Amnestie theilhaftig werde, wenn er ganz einfach folgende Erklärung unterschreibe: „Ich unterwerfe mich dem Nationalwillen, wie er sich in der letzten Abstimmung kund gegeben hat, und verpflichte mich, künftig nichts gegen den Erwählten des Landes zu thun." Der „Moniteur" antwortet heute darauf. Zuerst eifert er stark gegen den gehässigen Ausdruck „Proscribirter", da man doch wisse, daß es keine Proscriptionen mehr gebe, noch geben könne. Die verhängten Ausweisungen seien bloße Vorsichtsmaßregeln, wie sie die mit dem Heil des Landes beauftragte Gewalt aus Gründen der öffentlichen Sicherheit in Ausnahmefällen wohl ergreifen könne, und keine Proscriptionen. Die gefällten Urtheile der Civil- und Militärgerichte und der gemischten Commissionen seien gleichmäßig gesetzlich, da ja die letzteren als eine Consequenz des Belagerungszustandes durch das große Gesetz des Landeswohls geboten gewesen seien. Sodann erklärt der „Moniteur", daß mit Ausnahme solcher Decemberverurtheilten, die unter dem Vorwande der Politik Diebstahl und Mord begangen haben, sowie der Rädelsführer, die vom Geschwornengericht, von den Kriegsgerichten oder dem Staatsgerichtshof verurtheilt worden sind und nur in den gesetzlichen Formen begnadigt werden können, alle von den gemischten Commissionen zu Deportation oder Gefängniß Verurtheilten ihre Freiheit wieder erhalten, die Verbannten zurückkehren können, wenn sie die vom Nationalwillen wiederhergestellte Regierung anerkennen wollen. Die Ausdrücke ihrer Erklärung sei die Regierung nicht Willens, ihnen vorzuschreiben, und noch viel weniger ihnen eine Formel aufzuerlegen, die ein Mann von Herz nicht unterzeichnen könne. Die Regierung wolle einzig und allein eine ernstliche Bürgschaft von ihnen, daß sie jedem feindseligen Project gegen die bestehende Ordnung entsagt haben.

Schweden.

Stockholm, 10. Dec. Die Genesung des Königs schreitet ununterbrochen fort. Seit mehreren Nächten hat er eines anhaltenden und stärkenden Schlafs genossen. Indeß hat er das Bett noch nicht verlassen; auch hat nur seine nächste und tägliche Umgebung Zutritt zu ihm. — Anstatt der eingestellten Fürbitte für die Genesung des Königs ist jetzt ein Dankgebet für die glückliche Wiederherstellung desselben in den Kirchen angeordnet worden. — Der König hat den Brunnenarzt in Kissingen Dr. F. A. Bolling zum Ritter des Wasaordens ernannt. (Bekanntlich hat der König mit dem größten Theil seiner Familie im verwichenen Sommer eine längere Brunnenkur in Kissingen gebraucht.)

Amerika.

‡* **Neuyork**, 1. Dec. Der 25. v. M. ist von 21 Staaten der Union als gemeinsamer Dankgebettag für den hohen Flor des Landes begangen worden. In Washington sind viele Mitglieder des Congresses eingetroffen, der nächstens eröffnet werden wird. Die Botschaft des abtretenden Präsidenten Fillmore befindet sich im Druck, und man kennt bereits im Publikum deren Hauptgedanken. Sie beschäftigt sich begreiflich mehr mit der Vergangenheit als mit der Zukunft und entwirft ein gewissenhaftes Bild von den jüngsten nicht unwichtigen Erlebnissen der Vereinigten Staaten. Kürzlich beging die Stadt Boston Websters Todtenfeier, welcher der künftige Präsident Pierce, die Legislatur von Neu-Hampshire und Abgeordnete der meisten Staaten beiwohnten. Alle Läden waren geschlossen, Häuser und Schiffe trugen die Trauerflagge. Vorgestern segelte die Dampffregatte „Mississippi" dem japanischen Geschwader nach, und der „Princeton", dessen Maschinen defect sind, wurde durch den eben aus Mexico zurückkehrenden „Powhattan" ersetzt. Alles deutet auf die Ernstlichkeit der Expedition. Ihr wurde plötzlich auch der Lieutenant Davenport beigesellt, welcher bisher die „Crescent-City" commandirte und zu so vielem Zeitungsgeschreibe Anlaß gab. Sein jetziges Schiff ist die Fregatte „Macedonian". Er hat also nicht über Hintansetzung zu klagen. Uebrigens ist mit dieser präsidentschaftlichen Verfügung der Streit noch nicht geschlichtet, wenigstens nicht in den demokratischen Blättern. Die Compagnie Law besteht darauf, daß ihr den Spaniern verdächtiger Zahlmeister Smith die Havanna besuchen dürfe, und sie hat ihn daher auf dem „Cherokee" angestellt, welcher die nächste Fahrt für die auszubessernde „Crescent-City" macht. Präsident Fillmore hat in einem längern Schreiben dem Compagniechef Law Vorstellungen gemacht und ihm bedeutet, daß es sich nicht um eine Sache zwischen seiner Compagnie und Cuba, ja nicht einmal zwischen den Vereinsstaaten und Cuba, sondern zwischen der Union und Spanien handele und Law als guter Bürger die Neutralität seines Vaterlandes und den Verlauf der diplomatischen Unterhandlungen respectiren möge. Sie sehen hieraus, wie falsch ein größeres deutsches Blatt über die Politik unseres jetzigen Präsidenten unterrichtet war, als es sich unterm 3. October aus Madrid schreiben ließ, unsere Regierung habe den Kaufsvorschlag des frühern Präsidenten Polk hinsichtlich der Insel Cuba erneuert. Eine solche Nachricht kommt wenigstens um ein halbes Jahr zu früh. Der „National-Intelligencer" vom 23. November enthält daher auch ein officielles Dementi der von Grund aus irrigen Angabe. — Die Nachrichten aus Mexico lauten sehr betrübend. General Uraga hat sich für Santana erklärt. Aristo begreift seine Gefahr und verlangt vom Congreß das Obercommando über die noch getreuen Truppen. Der französische Gesandte soll seine Pässe begehrt haben, und auch mit uns drohte den armen Mexikanern wieder ein Conflict wegen des Eisenbahnprojects von Tehuantepec. Ebenfalls Ungünstiges bringt die californische Post. Es hat sich erwiesen, daß die drei Feuersbrünste in San Francisco von einer Mordbrennerbande herrühren, die es auf Plünderung der Stadt absieht. Die „Alta California" fordert die guten Bürger zur Wachsamkeit auf und bedroht die ertappten Uebelthäter mit kürzestem Proceß. Ein typhöses Fieber raffte viele

Leute hin, besonders neu angekommene Chinesen. Diese unglücklichen Leute werden auch noch in anderer Art part mitgenommen. Trotz allen obrigkeitlichen Schutzbriefen sind sie von den goldgierigen Yankees aus ihren Minen bei Jaksonville vertrieben worden und haben die Unbill mit der ihnen eigenthümlichen Geduld ertragen. Die Goldausbeute für den Monat October betrug 4,679,212 Dollare; eine Million mehr als im vorigen Monat.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 18. Dec. Das heutige Reichsgesetzblatt bringt ein kaiserl. Patent vom 26. November, betreffend die Bildung von Vereinen, wirksam für das ganze Reich, mit einziger Ausnahme der Militärgrenze. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Zu der Bildung aller Vereine gehört ohne Unterschied behördliche Bewilligung. Politische Vereine, d. h. solche, welche sich Zwecke vorsetzen, die in den Bereich der Gesetzgebung oder der öffentlichen Verwaltung fallen, sind untersagt. Je nach Maßgabe der Wichtigkeit der Vereine erfolgt deren Bewilligung entweder durch Se. Majestät den Kaiser selbst, oder durch das Ministerium des Innern, oder endlich durch die Statthalterschaft des betreffenden Kronlandes. Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmungen bedürfen unbedingt der allerhöchsten Genehmigung. Die Gesuche um Bewilligung sind der politischen Landesstelle mit einem motivirten Plan der Unternehmung zu überreichen. Auf die bereits bestehenden Vereine haben die Bestimmungen des neuen Gesetzes ebenfalls volle Anwendung zu finden. Es steht den Behörden zu, bei der vorläufigen Bewilligung zur Bildung von Vereinen die Bedingungen zu bezeichnen, unter denen dazu geschritten werden kann. Auf die Motive und den Geist dieses wichtigen Gesetzes hoffen wir nächstens zurückkommen.

* Die Nachricht, daß Freiherr v. Prokesch für den Gesandtschaftsposten in Rom bestimmt sei, wird neuerdings versichert. Dem gegenwärtigen Botschafter in Rom, Graf Moritz Esterhazy, soll eine andere diplomatische Bestimmung zugedacht sein.

* **Berlin**, 19. Dec. Vorgestern ist die katholische Fraction der zweiten Kammer mit einem ersten Antrage hervorgetreten. Derselbe geht dahin, die Kammer wolle beschließen: Eine Adresse an Se. Maj. den König zu richten, in welcher allerehrfurchtsvollst gebeten werde, zu bewirken, daß die Erlasse der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten vom 30. Januar, 22. Mai und 16. Juli d. J., betreffend die Beschränkung in Abhaltung katholischer Missionen, sowie die Aufhebung und Niederlassung katholischer Geistlicher, aufgehoben werden; und zu diesem Ende eine Commission zu ernennen. Unterzeichnet ist der Antrag von 74 Mitgliedern, an deren Spitze der erste Vicepräsident, Freiherr v. Waldbott, unterstützt von 12 Mitgliedern polnischen Namens. — Gestern hat der Kaiser von Oesterreich den Ministerpräsidenten in besonderer Audienz empfangen. Die Abreise des Kaisers ist auf Dienstag Vormittag (nach dem „C. B." auf Montag Abend) festgesetzt. Daß dieselbe über Dresden erfolgt, ist wohl unzweifelhaft, da dort ein zweiter Bruder des Kaisers, Erzherzog Karl, zurückgeblieben ist und die Rückkehr des Kaisers erwartet. — Das „C. B." hält es für wahrscheinlich, daß der festherige Gesandte am hiesigen Hofe, Baron v. Prokesch-Osten, im Gefolge des Kaisers nach Wien reist.

* **Hannover**, 18. Dec. Wie wir hören, sagt die officielle Zeitung, wird sich Se. Maj. der König morgen nach Berlin begeben, von Braunschweig ab in Gesellschaft Sr. Hoheit des Herzogs von Braunschweig.

Wiesbaden, 19. Dec. Den Gegenstand der Unterhaltung der Residenzstadt bilden dermalen zwei Tagesgespräche. Das eine ist, daß bereits vor mehreren Tagen einige Engländer die 10,000 Pfd. Sterl., welche von dem bekannten Rieflon als Caution für die Ausführung der sogenannten Westerwälder Eisenbahn bei dem Ministerium deponirt worden waren, zurückverlangt haben! Den andern Gegenstand bildet die Thatsache, daß der Domänenrath Henoch um seinen Abschied aus dem öffentlichen Dienst gebeten und, wie wir hören, unter schmeichelhafter Anerkennung seiner Verdienste erhalten hat. (N. A. Z.)

‡ **Paris**, 19. Dec. Bevor der Kaiser die Hauptstadt verließ, hat er noch ein vom Staats- und Hausminister A. Fould contrasignirtes Decret erlassen, kraft dessen aus der Mitte des Staatsraths eine Commission creirt wird, an welche alle an den Kaiser direct gerichtete Petitionen zur sofortigen Prüfung und Begutachtung übergeben werden. Jede Woche hat der Präsident dieser Commission in einem Resume Bericht über die Arbeiten derselben und deren Vorschläge zu erstatten. — Ein anderes Decret ernennt an die Stelle des Grafen Portalis, den ersten Präsidenten des kaiserlichen Gerichtshofs zu Paris, Herrn Troplong, zum Präsidenten des Cassationshofs. — Im nichtamtlichen Theil des „Moniteur" wird in bestimmtester Weise das Gerücht in Abrede gestellt, als werde eine Umwandelung der 4½procentigen Rente in 3procentige beabsichtigt.

Zu den mit dem Kaiser gestern nach Compiegne abgereisten Personen gehören die Prinzessin Mathilde und die Spanierin, Fräulein Montijo, die bei Hofe in großer Gunst steht. Mit einem zweiten Bahnzuge fuhr um drei Uhr ein Theil der eingeladenen Gäste, worunter mehrere Minister, nach Compiegne, wo, wie verlautet, große Vorsichtsmaßregeln getroffen worden sind. Gestern ging per Eisenbahn ein Bataillon zur Verstärkung der Besatzung dahin ab. Nach der „Patrie" wurde der Kaiser, dem eine Abtheilung Gensdarmiers escortirte, auf dem ganzen Weg vom Palast bis zum Bahnhof mit unaufhörlichen Vivats begrüßt. Auch unterwegs wurde der Kaiser, der schon um drei Uhr in Compiegne eintraf, überall mit begeisterten Zurufen empfangen. Der Kriegsminister wird sich wegen Unwohlseins erst später nach Compiegne begeben.

Die „Union" zeigt an, daß der Kaiser von Oesterreich dem Grafen Chambord, der ihn am 10. in Wien besuchte und bei ihm speiste, Tags darauf einen Gegenbesuch machte. Sie sagt dann weiter: „Man weiß, daß der Kaiser sich auf der Reise nach Berlin in Dresden aufhalten hat. Man schließt uns, daß dieser Aufenthalt den Abschluß der letzten Uebereinkünfte über seine Heirath mit der Prinzessin Sidonie von Sachsen zum Zweck hatte. Sie ist Schwester des Prinzen Albert, der die Prinzessin Wasa heirathen wird. Der Kaiser von Oesterreich ist, wie man sagt, nicht ohne Antheil an der letztern Heirath gewesen."

Marschall Narvaez ist am 14. December in Bayonne angekommen, wo er einige Tage zu bleiben gedachte.

** **Madrid**, 14. Dec. Das Cabinet Murillo besteht nicht mehr. Gestern Nachmittag um halb fünf Uhr begab sich der Conseilpräsident zur Königin, um ihr die Collectiventlassung des Ministeriums zu überreichen; dieselbe wurde sofort von Ihrer Majestät angenommen und General Roncali nach dem Palast beschieden, um mit der Bildung des neuen Cabinets beauftragt zu werden. Zwischen dem General und hervorragenden politischen Persönlichkeiten wurden eine Menge Conferenzen gepflogen und schon morgen wird die amtliche Zeitung das neue Cabinet in folgender Zusammensetzung verkünden: General Roncali, Conseilpräsident mit dem Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten; General Lara, Krieg; General Mirasol, Marine; Vahey, Justiz; Arisiabal (bisher Direktor der Staatsschuld) Finanzen; Llorente, Inneres. Der Minister der öffentlichen Bauten ist noch nicht ernannt. — Die heutigen Journale verkündigen das Wahrmanifest der progressistischen und demokratischen Opposition.

‡ **London**, 18. Dec. Aberdeen. Die „Times" bekennt sich heute zu der Ansicht, daß Lord Aberdeen und Lord John Russell aus den Peeliten und Whigs ein starkes Cabinet bilden können und müssen. Der „Herald" weiß von einer neulich in Woburn Abbey abgehaltenen Conferenz zwischen dem Marquis v. Lanedowne, dem Lord Aberdeen und dem Lord John Russell, in welcher die Präliminarien für ein Coalitionsministerium abgeschlossen worden seien; auch Canning, Gladstone und Herbert werden als wahrscheinliche Mitglieder desselben bezeichnet. Lord Aberdeen hat heute dem Marquis v. Lansdowne einen Besuch abgestattet. Graf Derby verweilt noch in Osborne.

Börsenberichte.

ɀ **Frankfurt**, 20. Dec. Auch heute war die Haltung der Börse fest, und die Course im Allgemeinen belebt. Von österreichischen Papieren waren 5pCt Metall. 82⅞, do. von 1852 82¼, pCt., 4½pCt. Metall. 73⅞, pCt. G., 5pCt. Lomb.-Venet. 92 pCt., Wiener Bankactien lebhaft begehrt, 1400 fl. bez., 500 fl. Loose 195 pCt. G., 250 fl. Loose 119¾, pCt. G. Von spanischen Fonds waren 1pCt. sehr gefragt, 23¾, pCt.; 3pCt. Inländische 43½, pCt. Von Eisenbahnactien war H.-B.-Nordbahn 49 pCt. G. Bruch 89¼, pCt. G., Köln-Minden 117¼, pCt. G., Taunus 306 fl. Alle übrigen Fondsgattungen waren ebenfalls gefragter. — Abends in der Effectensocietät waren 1pCt. spanische Fonds begehrter und wurden zu 23¹¹/₁₆ à ¾ pCt. umgesetzt. Auch für österreichische Effecten zeigte sich mehr Kauflust; 4½pCt. Metall. waren 74 pCt. G.

Telegraphische Coursberichte.

‡ **Paris**, 20. Dec. (Montag.) 4½pCt. Rente 106, 50. — 3pCt. do. 82, 80. — 5pCt. Piemont 100. — 3pCt. Span. 44. — 1pCt. do. 23½. (Telegr. Dep.)

‡ **Madrid**, 15. Dec. (Mittwoch.) 3pCt. inn. Sch. 44. — 1pCt. Rente 23¾. (Telegr. Dep.)

Wien, 20. Dec. 5pCt. Metall. 95½. — 5pCt. do. B. 110½. — 5pCt. Anleihe vom Jahr 1852 94½. — 4½pCt. do. 85. — Bankactien 1340. — 250 fl. Loose 129½. — London 11 fl. 8 kr. — 5pCt. Lomb.-Venet. 105. — K.-F.-Nordb. 244½. — Livorne-Florenz 96¾. — Siena-Empoli 69½. — Paris 133½. — London in Triest — fl. — kr. — Silber 13½. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2693]

Benachrichtigung.

Zum Behuf der kostenfreien Besorgung neuer Zins-Coupons-Bögen zu den K. K. Oesterreichischen, unterm 1. Januar 1828 und 1. December 1839 ausgestellten Metallique-Obligationen können die denselben beigegebenen Talons vom 1. December d. J. an bis 1. Februar 1853 jeden Mittwoch und Samstag in den Vormittagsstunden zur Abstempelung bei uns vorgezeigt werden.

Frankfurt a. M., den 1. December 1852.

Gebrüder Bethmann.

Alle diejenigen, welche auf den Genuß des vom sel. Herrn Doctor Beyer gestifteten, ehemals Beyer und Lauterbachschen, dermalen erledigten jährlichen Legats gerechten Anspruch zu machen vermeinen, werden hierdurch ersucht, ihr vermeintliches Recht innerhalb sechs Wochen bei Endesunterzeichneten legal einzudringen, nach deren Verlauf der Genuß demjenigen wird zugestanden werden, der das Erforderliche gehörig erwiesen und nach der Stiftungsurkunde dazu geeigenschaftet sein wird.

Frankfurt a. M., den 10. December 1852.

Von Beyer'scher Curatel wegen:
J. P. Ehmann,
[2759] Verwalter im Braunfels dahier.

[2838]

Versteigerungs-Anzeige.

Montag den 10. Januar, Vormittags 10 Uhr, werden auf freiwilliges Anstehen, in der Behausung der Frau Gräfin von Odenthal, vorbeigen Frau Gräfin von Bergen dahier, neue Mainzerstraße Nr. 1 neu, nachverzeichnete Gegenstände, als:

ein Reitwagen,
zwei Kutschen,
ein Pferdewagen,

Fahrgeschirre, Pferdedecken und sonstige Stallrequisiten gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Dienstag den 11. und Mittwoch den 12. December, sowie Montag den 3. und Dienstag den 4. Januar 1853 können vorbemerkte Gegenstände angesehen werden.

C. Belschner, Auktusator.

[2842]

Verlobungsanzeige.

Allen Freunden und Bekannten zeigen wir hiermit, statt besonderer Meldung, unsere Verlobung ergebenst an.

Frankfurt a. M., den 18. December 1852.

Heinrich Wolff,
Bertha David, geb. Runkel.

Dividendenvertheilung
der Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Nach einem vom Vorstande dieser Anstalt gefaßten Beschluß wird im Jahre 1853 der Ueberschuß des Versicherungsjahres 1848 an die betreffenden Banktheilhaber zurückgegeben werden. Derselbe beträgt 203,769 Thlr. 21 Sgr. pr. Conv. und entspricht mit Rückschenahme auf die daran Theil habende Prämiensumme von 849,040 Thlr. 12 Sgr. einer Dividende von

24 Procent.

Diese Dividende wird auf die im Jahre 1848 für lebenslängliche und Ueberlebensversicherungen eingezahlten Prämien gewährt und zwar dergestalt, daß dieselbe bei noch bestehenden Versicherungen an der nächsten Prämie abgerechnet, auf die erloschenen aber vom 2. Januar 1853 ab baar gewährt wird.

Ueber die auf erloschene Versicherungen fallenden Beträge, so weit dafür Dividendenscheine (Promessen) für 1848 ausgegeben und noch im Umlauf sind, sind Verzeichnisse bei den Agenten der Bank zu Jedermanns Einsicht niedergelegt. Die Inhaber dieser Scheine haben dieselben binnen zwei Jahren, also spätestens bis zum 8. December 1854 bei der Casse der Bank quittirt einzureichen und die Beträge in Empfang zu nehmen.

Zugleich ergeht an Diejenigen, welche auf Prämien aus 1847 noch Dividenden zu beziehen haben, die wiederholte Aufforderung, die betreffenden Scheine spätestens bis zum 8. December 1853 zur Erhebung der Zahlung einzureichen, widrigenfalls sie ihre Ansprüche verlieren.

Gotha, den 8. December 1852.

Das Bureau der Lebensversicherungsbank.
[2764] Dr. Rost. G. Hopf. H. G. Haas.

[2834] Das bekannte pünktliche und correcte

Frankfurter Börsen-Coursblatt

von **S. Berlyn,** beeidigtem Sensal,

erscheint täglich, mit Beigebung einer Handelsbeilage, wöchentlich zweimal, s. Z. Ziehungslisten der Staats-Lotterie-Anleihen ꝛc., sodann Sonn- und Feiertag ein Extra-Coursbericht. Vom 1. Januar 1853 an kann man sich bei allen wohllöbl. Postämtern im Auslande abonniren. Der Preis fl. 2½ per Quartal.

Im Verlage von Fr. Ludw. Herbig in Leipzig ist soeben neu erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands, Oesterreichs und des Auslandes zur Ansicht bereit, in Frankfurt a. M. in der Joh. Christ. Hermann'schen Buchhandlung:

Kapper, Siegfried, Fürst Lazar.

Epische Dichtungen nach serbischen Sagen und Heldengesängen. 2. verbesserte Auflage. Min.Ausgabe. broch. fl. 2 42 kr. eleg. geb. mit Goldschnitt. fl. 3. 15 kr.

Diese Dichtung ist eben so anziehend durch die Eigenthümlichkeit in der Form, wie durch die Großartigkeit und weltgeschichtliche Bedeutung des Stoffes und des nationalen Geistes, der darin waltet. Vorwurf derselben ist der heldenmüthige Märtyrerkampf des orientalischen Christenthums gegen die islamitischen Uebermüthigen im 14. Jahrhundert.

[2815]

[2822]

Aufforderung.

Die bekannten Gläubiger des Louis Groß von Kirdorf haben unter Zustimmung des für denselben in Vormundschaft der in den Nummern 99 und 134 dieses Blattes enthaltenen Bekanntmachung vom 31. März l. J. bestellten Curators, am 10. d. M. einen Vergleich abgeschlossen, wonach unter andern die vorhandene Masse einem derselben eigenthümlich übertassen wird. Etwa vorhandene unbekannte Gläubiger des Louis Groß werden aufgefordert, sich in dem auf

Dienstag den 4. Januar 1853,
Vormittags 9 Uhr,

anberaumten Termin zu gewiß über diesen Vergleich unter Anmeldung ihrer Forderungen zu erklären, als derselbe sonst gerichtlich bestätigt und ohne Rücksicht auf sie zur Vollstreckung gebracht werden wird.

Homberg, den 13. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Klingelhöffer.

[2819] Bei Gustav Heckenast in Pesth erschienen folgende Werke von

Adalbert Stifter:

Bunte Steine. Ein Festgeschenk. 2 Bände. Mit 2 Radirungen nach Originalzeichnungen von Ludwig Richter. Geh.
Preis Thlr. 3. 10 Sgr. oder fl. 6.

Studien. Sechs Bände mit 6 Radirungen und dem Porträt des Verf. in Stahlstich. Geh. Thlr. 12. oder fl. 21. 36 kr.

Hieraus einzeln:

Der Hagestolz. Miniatur-Ausgabe. Mit 1 Stahlstich. Geh. 24 Sgr. oder fl. 1. 27 kr. Eleg. geb. m. Goldschnitt
Thlr. 1. oder fl. 1. 48 kr.

Der Hochwald. Miniatur-Ausgabe. Mit 1 Stahlstich. Geh. 24 Sgr. oder fl. 1. 27 kr. Eleg. geb. m. Goldschnitt
Thlr. 1. oder fl. 1. 48 kr.

Vorräthig in der S. Schmerber'schen Buchhandlung Nachfolger Dr. Keller in Frankfurt a. M.

[2595] Edictalladung.

Der Driesbürger und Wittwer Johannes Monick von Glashütten hat sich im Jahre 1847 von Hause entfernt, ohne daß er bis dahin oder von sich etwas hat hören lassen. Da wegen Regulirung seiner Vermögensverhältnisse ein gerichtliches Einschreiten nöthig geworden ist, so wird Johannes Monick hiermit aufgefordert, so gewiß

binnen 3 Monaten a dato

wieder nach Haus zurückzukehren oder seinen vermaligen Aufenthaltsort dem unterzeichneten Gericht anzuzeigen, widrigenfalls er zum absentin für ihn angeordnet und hiernach weiter was Rechtens über sein Vermögen verfügt werden wird.

Zugleich werden alle diejenigen, welche an gedachten Johannes Monick irgend eine Forderung zu haben vermeinen, hiermit aufgefordert, solche so gewiß in dem auf

Dienstag den 4. Januar l. J.,
Morgens 9 Uhr,

anberaumten Termin dahier anzuzeigen und zu begründen, widrigenfalls solche bei der Regulirung des Monick'schen Vermögens unberücksichtigt bleiben.

Rüdesheim, den 11. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Kattsein.

[2839] Edictalladung.

Nachdem der Einwohner Martin Lack zu Dorheim die Ueberschuldung seines Vermögens angezeigt und erklärt hat, daß er solches seinen Gläubigern abtreten wolle, als zur summarischen Liquidation der Forderungen, sowie zum Versuch der Güte Termin auf

den 17. k. M., Vormittags 9 Uhr,

anberaumt worden, wozu alle diejenigen, welche Ansprüche an gedachten Martin Lack zu machen haben, mit dem Anfügen hierdurch vorgeladen werden, daß die in diesem Termine nicht erscheinenden chirographarischen Gläubiger als dem Beschlusse der Mehrheit der erscheinenden beitretend werden erachtet werden.

Naubeim, am 15. December 1852.

Kurfürstliches Justizamt.
Kroeber.
vdt. Schlarbaum.

Druck von August Osterrieth.

(Reßt Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag (Beilage zu Nr. 304.) 21. December 1852.

Deutschland.

* **Wien**, 17. Dec. Es ist in der That, schreibt die „Oesterr. Corresp.", kein leeres Interesse, welches das christliche Abendland an den Leiden der christlichen Bewohner in der Türkei nimmt. Zwar bören wir von vorther beständig, laut und beinahe ruhmredig die Versicherung von vollkommener Gleichberechtigung aller wie immer glaubenden Unterthanen der Pforte ertönen. Dessenungeachtet ereignen sich immer noch grelle Mißgriffe und barbarische Gewaltthätigkeiten in dieser Beziehung; dessenungeachtet will das Wort der Glaubensfreiheit noch immer nicht lebendig werden, und wenn auch auf vielen Punkten des Reiches, namentlich zu Konstantinopel selbst, wo alles unter den Augen der höchsten Behörden sich ereignet, verhältnißmäßig befriedigende Zustände herrschen, so gilt dies wieder nicht von andern Gegenden. Insbesondere Bosnien und die Herzegowina scheinen ausersehen, den Schauplatz von Thaten zu bilden, welche, aus fanatischer Verfolgungssucht entsprungend, unwiderleglich darthun, daß das Recht der Christen, weit entfernt entsprechend gehütet, ja auch nur anerkannt zu sein, vielmehr nicht selten in der härtesten und rücksichtslosesten Weise geradezu verletzt wird. Wir sind in der nicht beneidenswerthen Lage, hierüber wieder einige Einzelnheiten aus authentischer Quelle mittheilen zu können. Die Expedition der Montenegriner hat alle Elemente, welche den Schauplatz des Kampfes bewohnen, auf das tiefste aufgeregt. Obschon jene Gebirgssöhne mit den Christen der Türkei freilich nicht säuberlich verfahren, so wird doch in beiden Provinzen die Mähre absichtlich verbreitet, die Rajahs zögen alle Lust, sich auf die Seite der Montenegriner zu schlagen, und eine geheime Verschwörung bedrohe die Sicherheit der gesetzlichen Autorität. Mit diesen Waffen trachtet man den Angriff abzuwehren. Ismail Pascha, Gouverneur der Herzegowina, legt unthätig die Hände in den Schooß; nur bezüglich der Christen äußert er sich ungehalten und beklagt, durch Instructionen des allzu milden Sultans und durch die begenden gerichtlichen Formen gebunden zu sein, indem er sonst mit Anwendung scharfer Strenge bald mit den unruhigen Köpfen fertig zu werden hoffte. Es erzeugt sich, da diese Aeußerungen überall herumgetragen werden, eine sehr gereizte Stimmung gegen die Christen, und es könnte möglicherweise zu erneuten, ja blutigen Auftritten kommen. So z. B. ereignete sich schon kürzlich, daß ein Muselmann aus Belez einen Christen bloß darum tödten wollte, „damit einer von der Brut weniger sei." Die Gemahlin eines armautischen Häuptlings war längere Zeit von den Montenegrinern in Gewahrsam gehalten worden; nachdem sie sich durch ein Lösegeld befreit, ward sie dem Knesen von Krstac übergeben; als dieser dieskalls die Meinung bei dem türkischen Commandanten machte, ward er sämmerlich mißhandelt, angeblich als ein mit den Montenegrinern im Einverständnisse lebendes Individuum; nur die dringendsten Vorstellungen der Frau selbst vermochten ihn vor weiteren Mißhandlungen zu schützen. — Ein Derwisch begab sich neulich auf die Reise nach Mostar, um die Freilassung seines, angeblich wegen politischer Bedenken, gefangen gehaltenen Sohnes zu erwirken. Das Unglück wollte, daß er bei Blagaj auf einer Steile sich zum Schlummer legte, wo wenige Tage vorher ein Türke ermordet gefunden worden war. Von der Patrouille der Zaptics aufgegriffen, ward er furchtbar geschlagen und in das Gefängniß nach Mostar geschleppt, wo sich später erst eine Unschuld herausstellte; die Zaptics wurden für die Unbill, welche sie ihm angethan hatten, nicht nur nicht bestraft, sondern nicht einmal getadelt. Zu Revesinje ward vor kurzem ein Muselmann von unbekannten Händen in Stücke gehauen. Sofort wurden drei Christen im Orte verhaftet, und ungeachtet sie ihre Unschuld auf das eindringlichste betheuerten, wurden jedem derselben 100 Stockstreiche auf's messen, um ein Geständniß zu erpressen. Sie blieben standhaft, und bekannten nichts, weil sie offenbar nichts zu kennen hatten. Dessen ungeachtet wird ihr Proceß, wenn man in derartiges Verfahren mit diesem Namen bezeichnen will, nicht eingestellt, sondern bereits werden Anstalten getroffen, um die Execution der Stockstreiche auf die Fußsohlen, vielleicht noch schmerzlicher, bei den Unglücklichen zu wiederholen. Unser Berichterstatter fügt hinzu, daß, wenn diesem rücksichtslosen und quälenden, willkürlichen und grausamen Verfahren nicht bald Einhalt geschieht, allerdings der tief gereizte Unwille des Volks sich zu einem Aufstande Luft machen dürfte. Zusammengreifend mit den Operationen der Montenegriner könnte dieser Aufstand leicht eine außerordentlich gefährliche Ausdehnung gewinnen. Dann aber fiele die Verantwortung für die so entstandene Gefahr und Verwickelung nicht auf die Häupter der gedrückten Bevölkerung, sondern auf die der türkischen Behörden, welche so oft die einfachsten Grundsätze der Gerechtigkeit, Billigkeit und Humanität theils aus Sorglosigkeit, theils aus schwer auszurottbarem Glaubenshaß, immer jedoch im Gegensatze zu den wenigstens wohlmeinenden Intentionen der großherrlichen Regierung außer Augen setzen.

P **Berlin**, 19. Dec. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1849, welche neulich den Kammern vorgelegt worden, ergibt interessante Ausschlüsse über die durch die politischen Ereignisse gestörte Gewerbthätigkeit und Prästationsfähigkeit. Bei der Klassensteuer ist der Ausfall der Rheinmasse nicht weniger als 138,153 Thlr. und der Ausfall in den verschiedenen Theilen des Staats betrug nach der amtlichen Nachweisung im Regierungsbezirk Breslau 17,000 Thlr. oder 3$_{10}$ pCt., im Regierungsbezirk Oppeln 16,000 Thlr. oder 3$_{11}$ pCt., im Regierungsbezirk Marienwerder 11,000 Thlr. oder 3$_{10}$ pCt., im Regierungsbezirk Frankfurt 9660 Thlr. oder 2$_{11}$ pCt., im Regierungsbezirk Potsdam 9272 Thlr. oder 2$_{10}$ pCt., im Regierungsbezirk Posen 8360 Thlr. u. s. f. Die Niederschlagungen im Regierungsbezirk Oppeln 28,565 Thlr. oder 6$_{10}$ pCt., im Regierungsbezirk Gumbinnen 24,625 Thlr. oder 9$_{10}$ pCt., im Regierungsbezirk Königsberg 21,890 Thlr. oder 5$_{11}$ pCt., im Regierungsbezirk Posen 19,992 Thlr. oder 5$_{10}$ pCt., im Regierungsbezirk Breslau 18,792 Thlr. u. s. f. Es betrugen

	die Abgänge gegen die Niederschlagungen:	
in der Provinz Preußen	2$_{01}$	0$_{77}$
„ „ „ Posen	2$_{01}$	4$_{88}$
„ „ „ Schlessen	2$_{02}$	3$_{06}$
„ „ „ Westfalen	2$_{17}$	3$_{31}$
„ „ „ Sachsen	1$_{02}$	1$_{77}$
„ „ „ Brandenburg	2$_{16}$	1$_{48}$
„ „ „ Pommern	2$_{09}$	1$_{20}$

In noch höherm Maße wird die Einwirkung der politischen Ereignisse in dem Ausfall in den indirecten Steuern sichtbar. In den Eingangs- und Durchgangsgefällen beträgt der Ausfall gegen 1848 nicht weniger als 267,376 Thlr. Es wurden weniger verzollt: 583,000 Ctr. Robzucker (168,170 Thlr. Zoll), 238,500 Ctr. Schmiedeisen und Bleche (436,000 Thlr. Zoll), 14,200 Ctr. Eisenwaaren (32,200 Thlr. Zoll), und, in Folge der zunehmenden Concurrenz des Rübenzuckers, circa 38,800 Ctr. Robzucker für Siedereien (194,000 Thlr. Zoll); zusammen in Preußen mit 830,370 Thlr. Zoll. Im gesammten Zollverein betrug die Minderversollung gegen 1848: 595,061 Ctr. Robeisen (170,193 Thlr. Zoll), 540,950 Ctr. Schmiedeisen und Bleche (816,255 Thlr. Zoll), 19,811 Ctr. Eisenwaaren (61,069 Thlr. Zoll), 73,342 Ctr. Robzucker für Siedereien (366,710 Thlr. Zoll); zusammen im Zollverein mit 1,414,227 Thlr. Zoll. Auch in den übrigen Zweigen der Verwaltung und namentlich der indirecten Steuereinnahme zeigen sich die Einwirkungen der verschiedenen Verhältnisse, und so ist namentlich bei der Salzdebitverwaltung und bei der Lotteriedirection eine nicht unerhebliche Mindereinnahme; bei der letztern sind z. B. 27,964$^{1}/_{2}$ Loose unabgesetzt geblieben.

[] **Mannheim**, 19. Dec. Die zahlreichen Verehrer des Herzogs Bernhard von Sachsen-Weimar, welche ungern erfahren hatten, daß derselbe demnächst die Stelle eines Militärgouverneurs in Java wieder anzunehmen beabsichtige, haben neuerlich mit Freude vernommen, es werde die Abreise auf mehrere Monate verschoben, und jedenfalls nicht vor der Trauung Ihrer Hoh. der Prinzessin Amalie mit Sr. Hoh. dem Prinzen Heinrich der Niederlande stattfinden. — Herr Kirchenrath Hundeshagen, derzeit Prorector in Heidelberg, wird während der Feiertage in dem hiesigen Lyceumssaal Vorträge über das Christenthum halten. Der Ertrag, den das

verwahrlose Kinder zufließen. Es ist der Wunsch laut geworden, daß Herr Bundesbagen den Vortrag, welchen derselbe in Heidelberg gelegentlich der Universitätsfeier über das Princip und die geschichtliche Entwickelung der Humanitätsidee gehalten hat, hier wiederhole. — In den Polizeiverordnungen über Heilighaltung der Sonntagsfeier ist durch Ministerialverfügung eine Modification in der Art eingetreten, daß Bäcker und Metzger ihre Verkaufsläden an Sonn- und Feiertagen unbeschränkt offen halten dürfen. Rücksichtlich der Wirthe bleibt dagegen die bisherige Strenge fortbestehen. Letzterer Umstand kommt den Geschäftsleuten des nahegelegenen Ludwigshafens zu statten, indem die Mannheimer von der daselbst bestehenden Freiheit fleißig Gebrauch machen. Auch die Zahlenlotterie zieht vermehrte Vortheile davon.

= **Marburg**, 15. Dec. Vor 6 Jahren wurde hier von Seiten der Polizeidirection zum Zweck der Besserung der hiesigen Eisensträflinge und Stockhausgefangenen ein Versuch gemacht zur Bildung eines Vereins, um diese Unglücklichen nach beendigter Strafzeit wieder in die bürgerliche Gesellschaft zu nützlicher Beschäftigung und dauernder Thätigkeit zu bringen. Der Versuch scheiterte damals leider an dem Mangel thureichender Capitalfonds und geeigneter Mittel, die Sträflinge zu einer sie und ihre Familie ernährenden Arbeit tüchtig zu machen. Gegenwärtig sind schon seit zwei Jahren ist nun diese so schwierige Aufgabe auf das schönste gelöst worden. Zwei wackere Männer, die Herren Weber und Wittich, haben es unternommen, die seitdem auf die Zahl von 200 und darüber herangewachsenen hiesigen Stockhausgefangenen zu einer dauernden Beschäftigung in Drechsler-, Schreiner-, Polier-, Tapezier-, Schlosser- und Schleifer-arbeiten dergestalt heranzubilden und in raftlose Thätigkeit zu bringen, daß schon seit Jahresfrist die allertüchtigsten Gewehre und Werkzeuge, die elegantesten Schreiner- und Drechslerarbeiten und die gediegensten Kinderspielsachen gefertigt werden, welche dann in großer Menge zum Absatz nach den Vereinsstaaten von Nordamerika versandt werden.

= **Darmstadt**, 20. Dec. Heute nahm die erste Kammer die beiden Gesetzentwürfe wegen Bestrafung des kleinen und ersten ausgezeichneten Diebstahls und wegen der Nachbildung des Papiergeldes (Grundrentenscheine) nach den Anträgen des Ausschusses, in dessen Namen Vicepräsident Hesse Bericht erstattet hatte, und zwar ohne Discussion an. Ebenso vereinigte sich heute, nach dem Vorschloge des von demselben erstatteten Ausschußberichts, die Kammer mit den Beschlüssen der zweiten Kammer in Bezug auf den Gesetzentwurf wegen der Bildung und Zuständigkeit des Bezirksraths. Also gemeinschaftliche Revision. In der zweiten Kammer erstattete heute der Vicepräsident Klipstein namens des Ausschusses Bericht über den gedachten, gleichzeitig an die beiden Kammern gelangten Gesetzentwurf wegen Nachbildung des Papiergeldes, dessen Annahme beantragt ward. Gleiches in Bezug auf den Gesetzentwurf wegen Bestrafung des kleinen und ersten ausgezeichneten Diebstahls.

c **Aus Oberhessen**, 18. Dec. Noch in den letzten zwei Jahren haben sich, wie wir aus guter Quelle vernehmen, zu dem halbjährigen Examen der evangelisch-theologischen Facultät zu Gießen bis an 19 Candidaten gemeldet, während der Bedarf des Landes im ganzen Jahr nur etwa 20 Anstellungen fordert. Bis vor kurzem war darum auch die Zahl der Theologie Studirenden in Gießen beziehungsweise bedeutend, während sie bereits auf andern Universitäten schon früher abgenommen hatte. Es ließ sich aber unschwer voraussehen, daß die Abnahme in Gießen eintreten werde, und sie ist bereits eingetreten. Seit etwa drei Jahren sind von den sechs Gymnasien des Landes halbjährlich nur 5 bis 6 (im Ganzen) zum Studium der Theologie abgegangen, während durchschnittlich halbjährlich 12 junge Theologen die Universität verlassen haben. So ergibt sich freilich das Exempel von selbst. Aber eine ganz andere Frage ist nun, warum die Zahl der Theologie Studirenden überhaupt so abnimmt, eine Erscheinung, die bekanntlich auf den meisten Universitäten, und ebenfowohl bei den Protestanten als bei den Katholiken sich zeigt, und eben darum ihren Grund mehr in allgemeinen als in den besonderen Verhältnissen einer Universität haben muß. Davon ein andermal.

Δ **Aus Mecklenburg**, 16. Dec. In Betreff der Heimatsdifferenzen zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin hat der Landtag seine Zustimmung einem Beitritt zur Gothaer Convention vom 15. Juli 1851 unter der „Bedingung" ertheilt, daß fofort auf diplomatischem Wege das Zugeständniß Preußens erlangt werde, alle dort verheiratheten und wohnhaften Mecklenburger, wenn sie nicht mit unbedingten Heimatsscheinen mecklenburgischer Behörden versehen wären, fortan mit ihren Frauen und Kindern als naturalisirt betrachten zu wollen, wogegen Mecklenburg die gleiche Willfährigkeit hinsichtlich der zur Zeit im Lande wohnenden Preußen beobachten wolle. Demzufolge ist zur Einleitung der Verhandlungen der Ministerialrath Dr. Brandt als Commissarius der Preußen zur Ausgleichung dieser Sache festgestellte Frist am 15. Januar abläuft und einer Ausweisung der noch nicht in Preußen naturalisirten Mecklenburger vorzubeugen ist, hat ein Regierungserlaß gegenwärtig das Absenden von der (jetzigen) Erfüllung der „Bedingung" anempfohlen, da die bryllonarischen Verhandlungen vielleicht über die erwähnte Frist sich verzögern könnten, und räth an, die ganze Frage durch eine umfassende Erklärung zum Abschluß zu bringen. Die Regierung hat in einem bezüglichen Reskript dem Landtage verheißen, eine gründliche Revision der im Jahr 1848 im demokratischen Sinn geänderten Verfassungen der Landstädte anzuhahnen.

— Ziemlich bestimmt tritt das Gerücht auf, der fürstliche Schwager des Königl. Hoh. der Großherzog, Fürst Hugo von Windischgrätz, Gemahl Ihrer Hoh. der Herzogin Luise von Mecklenburg, werde den österreichischen Militärdienst zu Kreckkenet in Ungarn aufgeben und sich in Mecklenburg einen größern Grundbesitz ankaufen. — Ihre königl. Hoh., die Frau Großherzogin-Mutter, gegenwärtig bei Ihrer allerdurchlauchtigsten Schwester, der Kaiserin, in Petersburg zu Besuch, wird im beginnenden Frühjahr hierher zurückkehren, indessen Se. Hoh. der Herzog Georg von Mecklenburg mit seiner Gemahlin, der Großfürstin Katharina von Rußland, kaiserliche Hoheit, binnen kurzem die Rückreise nach Petersburg von Stalitz aus antreten.

= **Oldenburg**, 16. Dec. Die nach Ihrer gestrigen Mittheilung in Russisch-Polen stehenden commissarischen Verhandlungen wegen der in katholisch-kirchlichen Angelegenheiten entstandenen Differenzen zwischen der Staatsregierung und dem Bischofe von Münster haben heute bereits begonnen, indem zu diesem Zwecke bischöflicherseits der Domcapitular und geistliche Rath Melchers und der Justizrath und bischöfliche Justitiar Boele aus Münster hier eingetroffen sind. Von hiesiger Staatsregierung sind zu den Verhandlungen abgeordnet der Regierungsrath Halemeffell und der Ministerialrath Runde zu Oldenburg, denen der Anwalt der katholisch-geistlichen Güter, Kanzleiassessor Driver zu Vechta zugeordnet ist. Man hegt die Hoffnung, daß die Differenzen gütlich werden beigelegt werden. — Das heute ausgegebene Gesetzblatt enthält die Publication des Bundesbeschlusses vom 23. August 1851 wegen Aufhebung der „Grundrechte des deutschen Volks" sowie des vom 24. Juni d. J., betreffend den militärischen Gerichtsstand in Strafsachen der Bundestruppen in Friedenszeiten. (Wes.-Z.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 18. Dec. Um den häufigen Anwerbungen von Militärpflichtigen und den großen Kosten des Militärgerichts zu begegnen, hat der Staatsrath von Freiburg verordnet, daß jeder Militärpflichtige, welcher ohne Urlaubsschein das Land verläßt und sich beim Aufgebot nicht stellt, seinen Dienst von vorne an wieder zu machen, überdies 20 Tage Gefängniß zu Wasser und Brod jeden andern Tag, alle Kosten und Degradation zu erleiden hat. — Der Vorsteher der eidgenössischen Polizei, Hr. Druey, verlangt von der Berner Regierung schärfere Handhabung der Preßpolizei, während er seit 6 Monaten das bernische Preßgesetz in der Tasche behält. — Von Winterthur werden jetzt Taufsteine und Brunnenröhren, aus der Thonfabrik des Herrn Ziegler, nach England ausgeführt. — In Graubünden wird, nach dem von Tessin gegebenen Beispiel, die Ausweisung der fremden Kapuziner verlangt, während nun in Tessin ein vorsichtige Wahl für gestiftete Benefiziaten in Anregung gebracht wird. — In zweiter Berathung hat der große Rath von Waadt jenen Artikel des Militärgesetzes, welcher von den aus ehemals capitulirten Diensten Zurückkehrenden handelt, wesentlich modificirt, so daß er nunmehr lautet: Die Militärs, welche aus den ehemals capitulirten und noch bestehenden Diensten oder aus solchen, welche durch eidgenössische und kantonale Gesetze verboten sind, zurückkehren, sind zum Militärdienst verpflichtet; sie nehmen im Kantonalcorps den Rang ein, den sie bei ihrer Abreise bekleidet hatten. — Die vom Nationalrath niedergesetzte Commission zur Vorberathung eines eidgenössischen Strafgesetzbuchs hat sich in Bern versammelt; sie besteht aus den Herren Dr. Kern, Trog, Blösch, Dubs und Gamperio. — Auf mehreren Anhöhen in Appenzell-Ausserrhoden werden täglich reife Erdbeeren gepflückt, ganz reife, halbreife und blühende Heidel- und Fuchsbeeren. In einer Wiese im Dorfe findet man das üppigste Gras, 14 bis 18 Zoll hoch, und auf den Blüthen dieser Gräser tagtäglich Schmetterlinge wie im Hochsommer. In Speicher wurde am 13. d. M. ein Hochzeitschießen abgehalten. Es war interessant zu sehen, wie Schützen in Hemdsärmeln den ganzen Tag ladeten und schossen, ohne Frost zu spüren. — In Genf ist stark die Rede, einen Schleppdampfer auf dem See zu errichten. Wir tragen bei dieser Gelegenheit nach, daß die Dampfschifffahrt auf dem See für diesen Winter eingestellt ist.

X* **Von der Aar**, 18. Dec. Morgen wird in Freiburg eine Bürgerversammlung gehalten, welche dem Particeist neue Nahrung

geben wird. Es handelt sich um Niederreißung der Frauenkirche, die von den Radicalen gewünscht, von den Conservativen bestritten wird. Letztere haben Geld zur Erneurung des Gebäudes aufgebracht, und die Gläubigen besuchen zahlreicher als je den bedrohten Tempel. — Nach den Angaben einiger Blätter hätte Stämpfli eine größere Buchdruckerei in Luzern gekauft.

Italien.

‡ Aus **Sardinien** schreibt ein Correspondent der halboffiziellen „Preußischen Wehrzeitung“: „An der französischen Grenze verletzte ich mit sardinischen und französischen Offizieren, die sich gebehrden, als wäre die Ernennung der sardinischen Armee zu einer Avantgarde der französischen schon fertig. A nos bons Camarades les Piemontais! A nos amis les braves Français! so lauten dort die Trinksprüche. Auf der Brust der Sardinier saß das Kreuz der Ehrenlegion, auf der Brust der Franzosen der Mauritiusorden. Man erzählt mir Stolz, wie Ludwig Napoleon den General La Marmora und die Offiziere seiner Begleitung aufgenommen und ausgezeichnet, und spricht sich, daß französische Generale fast allen letzten Uebungen der sardinischen Armee beigewohnt; kurz es war Alles ein Herz und eine Seele. Die Chancen eines abermaligen Feldzuges in der Lombardei wurden besprochen und weder Marengo noch Arcole fehlten bei den agreablen Erinnerungen. Nur über eins war man streitiger Meinung. Die französischen Offiziere verdaten sich die Mitwirkung der Crociati und aller Freischaaren überhaupt, von denen sie mit der höchsten Verachtung sprachen, und wollten in den den jetzt durch ganz Sardinien florirenden Schützengesellschaften nichts anders als das Material zu solchen Freischaaren erkennen. Die Sardinier halten zwar auch keine besondere Vorliebe für dieselben, meinten aber doch, ohne dieselben ließe sich in Italien nicht viel machen, denn sie wären es, die das nationale Element repräsentirten.“ — Derselbe Correspondent meldet: „Sonderbarerweise herrscht in der italienischen und lombardischen Bevölkerung keine Sympathie für Sardinien, weil dieses in dem letzten Kriege nicht genug gethan, und vice versa in Sardinien ein Haß gegen die Lombarden, weil sie gar nichts gethan. Die Stimmung der abgelebenen piemontesischen Armee in Mailand ist in Sardinien nicht vergessen und die Lombarden wären eigentlich die letzten, für die die Sardinier etwas thun würden.“

†† **Turin**, 16. Dec. Die Fälschung der Bankbillete von Florenz soll so beträchtlich sein, daß sich das toscanische Gouvernement zur Emission von neuen Scheinen genöthigt sieht. Man beabsichtigt 1150 Billete zu 1000 Fr., 5000 zu 200, 6000 zu 100, und 2000 zu 50, zusammen für 3,750,000 Fr. auszugeben. — Der Proceß Guerazzi zieht sich in die Länge; man spricht wohl von der nahen Freilassung Romanelli's, derselbe habe bereits neue Verhaftung (Tellini). — Unser neuer Minister des Innern, Ponza di San Martino, scheint in der Gunst der Liberalen ebenso zu steigen, als Herr Cavour zurückgehen. Die wegen anticonstitutioneller Predigten verhafteten Pfarrer von Villaregzia und San-Giusto werden nächstens gegen hinreichende Bürgschaft entlassen werden.

Frankreich.

Paris, 15. Dec. Zwischen Frankreich und Marocco scheint abermals ein Bruch unvermeidlich. Der französische Consul in Rabbat hat sich nothgedrungen gefühlt, seinen Posten zu verlassen, indem sein Leben in der größten Gefahr schwebte. Die fanatische Bevölkerung hatte gegen ihn ein Complott geschmiedet, welches nicht weniger als dahin ging, das Consulatsgebäude zu überfallen. Der Himmel schickte dem Consul dazu ein französisches Kriegsschiff zu Hülfe, welches pflichtig in jenen Gewässern kreuzte. Der Commandant, von der Gefahr, worin der Consul schwebte, unterrichtet, ging sogleich ans Land und stellte einen Wachtposten vor das Consulatsgebäude, den er persönlich beseßligte. Mittlerweile erhob sich in der Nacht ein fürchterlicher Orkan, welcher den zweiten Commandanten des Schiffs nöthigte, sich auf die hohe See zurückzuziehen. Als die Araber gewahr wurden, daß das Schiff sich entfernt hatte, wurden sie noch übermüthiger, so daß nicht nur der Consul, sondern auch der Commandant mit seiner schwachen Mannschaft in ernstliche Gefahr gerieth. Acht volle Tage dauerte diese peinliche Lage, weil wegen des anhaltenden Sturmes das Kriegsschiff sich nicht früher der Küste wieder nähern konnte. Der Commandant ließ nun die Consulatsflagge einziehen, den Consul nebst seinem Gefolge und dem Consulatsarchiv in den ersten Tagen dieses Monats einschiffen und brachte ihn nach Cadix. Der Commandant hat von Cadix einen umständlichen Bericht eingesendet, und ich höre, daß der Kaiser der Franzosen den Marocconern eine energische Lection durch das Absenden einer imposanten Seemacht geben will. (A. Z.)

Wie man versichert, hat der Kaiser die Absicht, in Saint-Denis bei Lyon ein kaiserliches Schloß bauen zu lassen, wo er sich jedes Jahr einige Tage aufhalten wird, um sich von seinen Regierungsstrapazen zu erholen. — Das Elysée hat den Namen Elysée-Napoleon erhalten. Zuerst hieß es Elysée-Bourbon und später Elysée-National. — Nächsten Montag erscheint von de la Guerontière eine Schrift: „Napoleon III.“

△ **Straßburg**, 15. Dec. Es ist nun gewiß, daß die Gesellschaft der Jesuiten das um östlichen Theil unserer Stadt gelegene Strophanstift erworben um in Besitz genommen hat. Die Kirche dieses Stiftes, das älteste gottesdienstliche Gebäude unserer Stadt, ist im besten Rundbogenstyl gebaut. Nach Aufhebung des Stifts wurde sie, während der Revolution, in ein Schauspielhaus, dann in ein Tabakslager verwandelt. Vor sechs Jahren sollte sie niedergerissen werden, um einer Tabaksmanufactur Platz zu machen. Ein Tausch, den der Bischof anbot, rettete dieses Gebäude. Die Kirche mit der ganzen Umfassung wird durch den jetzigen Eigenthümer an die Väter der Gesellschaft Jesu abgetreten, die vermuthlich ihr früher in Freiburg in der Schweiz geleitetes Institut in Straßburg wieder führen werden. Das kleine Seminar, das nach dem früheren Plane bei St. Stephan erbaut werden sollte, wird nach Molsheim verlegt.

Großbritannien.

‖ **London**, 18. Dec. Zwischen den Peeliten und den Whigs besteht das herzlichste Einvernehmen und es unterliegt deßhalb kaum einem Zweifel, daß ein Coalitionsministerium zu Stande kommen wird. In einer vor einigen Tagen in der Wohnung des Herzogs von Bedford gehaltenen Versammlung, welcher Lord John Russell, Graf Aberdeen und Gladstone beiwohnten, soll die gegenseitige Unterstützung stipulirt und beschlossen worden sein. Von den verschiedenen Listen, welche cursiren, hält „Daily News“ folgende für die wahrscheinlichste und plausibelste: erster Lord des Schatzes: Marquis v. Lansdowne; auswärtige Angelegenheiten: Graf Aberdeen; Inneres und Führer im Hause der Gemeinen: Lord John Russell; Colonien: Sir James Graham; Schatzkanzler: Gladstone; erster Lord der Admiralität: S. Herbert; Krieg: Osborne; Lord-Statthalter von Irland: Herzog von Newcastle v. Folgenreich glaubt man, daß Lord Grey und seine nächsten Freunde von der Combination ausgeschlossen bleiben, ebenso die Führer des radicalen Theils der Manchesterschule. Alles Fernere ist Gerüchte.

Dänemark.

Aus den neulichen Verhandlungen des Volksthings über die Verlegung der Zollgrenze an die Elbe verdient eine Aeußerung des Finanzministers Grafen Sponneck besonders hervorgehoben zu werden. Der Minister bestritt, sich so geäußert zu haben, wie von Monrad behauptet worden; er habe nicht gesagt, daß der König selbst gegen den Willen des Reichstags die Verlegung der Zollgrenze unbedingt vornehmen könne und müsse, sondern sollte mit Bezug hierauf bemerkt, „daß in Dänemark ein Reichsgericht bestehe, worauf der Minister bei seinen Aeußerungen wohl nicht gedacht habe.“) Er habe vielmehr gesagt, daß die Regierung jedes mögliche Mittel, ohne das dänische Grundgesetz zu verletzen, versuchen würde, um die Maßregel zur Ausführung zu bringen. Die Insinuation, daß er Drohungen gegen den Reichstag ausgesprochen oder überhaupt geneigt sein solle, die dem Reichstag gebührende grundgesetzliche Besugniß zu mißachten oder zu verletzen, müsse er entschieden zurückweisen. Wenn auch die Zollgrenze an der Eider ohne Zustimmung des Reichstags sollte aufgehoben werden können, so stände doch jedenfalls dem nichts im Wege, daß die Regierung verfügen oder erlauben könnte, daß Waaren, von welchen in Holstein derselbe Zoll wie in Schleswig erlegt werde, auch zollfrei in Schleswig eingeführt werden dürfen. Um eine solche Verfügung zu treffen, berufe die Gesammtregierung Sr. Maj. des Königs jedenfalls nicht der Einwilligung des dänischen Reichstags.

Eisenbahnen und Telegraphenwesen.

Bonn, 18. Dec. Nächsten Montag, den 20. d. M., wird eine Generalversammlung der Actionäre der Bonn-Kölner Eisenbahngesellschaft im Gasthofe zum Stern hier stattfinden. Den hauptsächlichen Gegenstand der Berathung wird die Fortführung der Eisenbahn von hier nach Koblenz und Bingen bilden und die Frage, ob die Direction der Gesellschaft zu ermächtigen sei, die Concession dazu bei unserer Staatsregierung nachzusuchen. Wir haben Grund zu hoffen, daß die Direction dazu autorisirt wird. Ein Schreiben des Herrn Handelsministers berechtigt zu der Erwartung, daß eine solche Concession wenigstens für die Strecke zwischen Bonn und Koblenz ertheilt werden wird.

Telegraphische Coursberichte.

London, 20. Dec. 3pCt. Consols $100^1/_8$. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. $24^1/_2$. — 5pCt. Hamburg $95^1/_4$. (Synd.)

Antwerpen, 20. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. $92^1/_2$. — $2^1/_2$pCt. Belg. $57^1/_4$. — 3pCt. Span. int. $43^1/_4$. — 1pCt. do. $23^1/_4$. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Müller. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuschelt.

Vollständ. und wohlfeilste Ausgabe. **Onkel Tom's Hütte** Preis: nur 36 Kreuzer.
[2850] ist soeben angekommen bei
M. L. St. Goar, Zeil 30, in Frankfurt a. M.

[2752]
Ankündigung.
Durch Jahrzehnte hindurch hat sich das
Schweizer Kräuter-Oel
in seiner ausgezeichneten Wirksamkeit für die Wiedererzeugung der Haare als vorzüglich bewährt und die günstigsten Resultate der berühmtesten Medicinal-Collegien — die das Oel theoretisch untersucht — haben sich auch praktisch vollkommen erwiesen. Da in den letzten Jahren mehrere Betrüger es gewagt, nutzlose Compositionen unter dem Namen Schweizer Kräuter-Oel und unter der Firma K. Willer zu verkaufen, wurde ich genöthigt, einige Veränderungen bezugs der Ausstattung vorzunehmen, — auch lasse ich nur Fläschchen von einerlei Preis und Größe anfertigen, — und bie verehrten Käufer auf die besonderen Kennzeichen des ächten Oeles aufmerksam zu machen.

1) In jeder Stadt befindet sich nur eine einzige Niederlage, dieselbe besitzt einen großen lithographirten Aushängeschild mit Schweizer Ansichten, und des Erfinders eigenhändigem Namenszug.
2) Alle Fläschchen haben im Glase selbst auf der einen Seite den Namen »K. Willer«, und auf der andern »Hardtthurm bei Zürich« erhaben eingeprägt.
3) Auch ist denselben als authentische Garantie und Zeichen der Aechtheit das königl. französische Brevet-Petschaft beigedruckt.
4) Die Gebrauchs-Anweisung mit den gerichtlich legalisirten Zeugnissen ist als Heftchen verfaßt, hat vierzig gedruckte Seiten, und auf dem Titelblatt die Abbildung des Hardthurms. Der Umschlag ist mit dem königl. französischen Wappen und des Erfinders eigenhändigem Namenszug versehen.

Die einzige Niederlage für Frankfurt a. M. befindet sich bei Herren N. E. Wild seel. Erben, kleiner Kornmarkt 7 neu, und für Heidelberg bei Herrn G. G. Lindau, bei welchen das Fläschchen für fl. 1. 24 kr. gegen portofreie Einsendung (nebst 6 kr. für Posteinschreibgeld und Einpacken) mit Gebrauchsanweisung in stets frischer Qualität ächt zu haben ist.

K. Willer im Hardtthurm bei Zürich,
früher in Zurzach.

[2836]. Soeben ist erschienen:
Gedrängte Geschichte der Gesellschaft Jesu.
Von einem Protestanten.
Aus dem Englischen.
Preis 6 kr.

Die außerordentliche Mission
und die
Jesuiten als Missionäre.
Ein Referat der Schutzrede des Hochw. P. Roh enthaltend.
Preis 12 kr.

Buchhandlung von C. B. Lizius,
[2836] Roßmarkt im Café Milani.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE
Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen franktirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

123. Frankfurter Stadtlotterie.
Ziehung 2. Classe am 29. December.
Haupttreffer: fl. 200,000, 2 à 100,000, 40,000 u. s. f. Ganze Loose zu fl. 20; 1/2 zu fl. 10, 1/4 zu fl. 5., 1/8 zu fl. 2. 30 kr. empfiehlt
Carl Höchberg,
[2813] Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

Hôtel garni, 27, rue Monthabor à **Paris**, in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortrefflichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2609]

[2535]
Aufforderung.
Gr. Hofgericht zu Gießen hat über das Vermögen des Caspar Flach von Ferienstein an den förmlichen Concursproceß erkannt und das unterzeichnete Gericht mit dessen Leitung beauftragt. Sofort werden diejenigen, welche Ansprüche an denselben zu bilden vermeinen, aufgefordert, solche im Termin

Freitag den 14. Januar 1853,
Vormittags 10 Uhr,

bei unterzeichneter Gerichtsstelle anzumelden und zu begründen, als sie sonst von der Masse stillschweigend ausgeschlossen werden würden.

Zugleich soll der Weg der Güte versucht, ein Massecurator und Gläubigerausschuß gewählt werden, weßhalb diejenigen Gläubiger, welche ihre Ansprüche schriftlich liquidiren, oder sich durch Dritte vertreten lassen, den Beschlüssen der Erscheinenden beigetreten betrachtet werden.

Altenschlirf, den 31. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Weidig. Pilger.

[1656] **An- und Verkauf**
von allen Staatspapieren, Staats-Lotterie-Anlehens-Loosen, so wie von standesherrlichen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit bei **Raphael Erlanger,** beeidigter Sensal in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof.

Das Neueste in Kleidern
liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen ꝛc. [2610]

Coupons und Staatspapiere,
An- und Verkauf bei
[1679] Michael Oppenheimer, Zeil 47.

Fränkel
ist mit Meckenburger Reit- und Wagen-Pferden im „gelben Hirsch". [2626]

Cours der Staats-Papiere. 21. December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5%M. (C.i.S.b.Roths)	96 1/4 G.	Baden. .	fl. 35 Loose v. 1845	38 3/8 bez. 1/4 G.
»	5%M.v.J.1851 Ser.B.	96 1/4 G.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34 P. 33 3/4 G.
»	5%do.v.J.1852 L.à 121	95 1/8 bez. u. G.	»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	49 P.
»	5% L. V. (C. b. Roths)	92 1/8 bez. u. G.	Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	102 G.
»	5% do.Monte C.iS.i.M	87 1/2 G.	»	4% ditto b.Rothsch.	98 5/8 G.
»	Bank-Actien . . .	1409 P. 1405 G.	»	3 1/2% ditto b.Rothsch.	92 1/8 bez. u. G.
»	5% Metalliq. Oblig.	82 3/4 G.	»	fl. 50 Loose . . .	91 3/4 G.
»	5%M.v.J.1851 Ser.A.	83 1/2 G.	»	fl. 25 Loose . . .	32 P 31 3/4 G.
»	5% ditto 1852	83 P. 82 3/4 G.	Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/8 P.
»	4 1/2% ditto	74 1/4 P. 1/8 bez. u. G.	»	4% ditto	99 3/8 G.
»	4% ditto	65 5/8 P. 3/8 G.	»	3 1/2% ditto	91 3/4 P. 1/2 G.
»	3% ditto	49 G.	»	fl. 25 Loose . . .	29 3/8 P. 1/8 G.
»	2 1/2% ditto	42 1/4 G.	Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	95 1/2 P. 3/8 G.
»	1% ditto	16 3/8 P.	»	3 1/2% » v. 1846	94 1/2 G.
»	Mail.-Como-fl. 14-L.	11 3/8 P. 11 G.	»	3% » . . .	86 P. 85 3/4 G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	119 1/2 G.	»	Taunusbahnact. .	308 P. 305 G.
»	fl. 500 » ditto	195 G.	Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	102 1/2 P.
»	4 1/2% Oblig. b. Bethm.	80 1/2 G.	»	4% Obl. b. Hope II. 2.	92 3/4 G.
»	4% » » »	71 3/4 P.	»	4% » b. Stieglitz »	92 1/4 G.
Preussen .	3 1/2% Staatsschulds.	94 1/4 G.	Polen . .	4% Oblig. do fl. 500	92 1/4 P. 92 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	117 1/2 G.	Spanien	3% Inl. Sch. P fl. 2.30	43 3/4 bez.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 1/2 P.	»	1% Neue » »	23 13/16, 7/8 bez. 13/16 G.
»	4 1/2% ditto	101 5/8 P. 3/8 G.	Holland .	4% Certificate . .	97 3/4 G.
»	4% ditto	96 3/4 P. 1/2 G.	»	2 1/2% Syndicate .	95 1/4 G.
»	4% Ablos.-Rente .	96 1/2 P. 1/4 bez. 1/4 G.	»	2 1/2% Integrale .	65 3/4 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	52 5/8 P. 3/8 G.	Belgien .	4 1/2% Obl. in F. à 28 kr.	99 1/2 P. 1/4 G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	99 1/2 P. 1/4 G.	»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	94 1/4 G.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103 1/2 G.	»	2 1/2% Obl. b. Rothsch.	57 5/8 P. 3/8 G
Württemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 3/4 P. 1/2 G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97 5/8 G.
»	3 1/2% ditto	90 7/8 P. 1/2 G.	»	5% Obl. b. Hambro	94 3/4 P.
Baden . .	5% Obligationen . .	102 1/4 G.	»	Sardinische Loose .	41 1/8 G.
»	4 1/2% Obligationen	102 3/4 P.	Toscana	5% Obl. 1850 (C.b.Golds.)	101 5/8 P. 3/8 G.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	91 5/8 P. 3/8 G.	»	5% » 1851.b.Bastogi(do.)	97 3/4 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	67 1/2 G.	N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	117 P.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 21. December		Per comptant.
Amsterdam . (100 fl. Crt.)	k.S.	100 B. 99 3/4 G.
	3M.	— —
Augsburg . . (100 fl. Crt.)	k.S.	121 B.
	3M.	— —
Berlin . . . . (60 Thlr.) .	k.S.	105 1/4 B 104 3/4 G.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. i. Ldor.	k.S.	97 1/4 B. 96 3/4 G.
	3M.	— —
Hamburg . . (100Mk.Bc.)	k.S.	89 G.
	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 1/4 B. 104 3/4 G.
London . . . (10 Livr. St.)	k.S.	118 3/4 B. 1/4 G.
	3M.	— —
Lyon . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94 1/4 B 93 3/4 G.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	100 1/4 B. 99 3/4 G.
	3M.	— —
Paris . . . . (200 Fr.) .	k.S.	94 3/8 B. 94 G.
	3M.	— —
Wien (100 fl. im fl. 20 F.)	k.S.	101 3/4 bez. 3/4 G.
	3M.	101 1/2 u. 40/6 1/2 G.
Disconto		2 1/4 B.

Gold und Silber.

Pistolen	fl. 9	43-44
Pr. Friedrichsd'or	» 9	54 1/2-55 1/2
Holl. 10 fl. Stucke	» 9	48 1/2-49 1/2
Rand-Ducaten .	» 5	36 1/2-37 1/2
20 Francsstucke	» 9	25 1/2-26 1/2
Engl. Sovereigns	» 11	48
Gold al Marco	»	379-381
5 Frankenthaler	» 2	20 1/2-21
Preuss. Thaler	» 1	45-1/4
Preuss. Cassa-Sch.	» 1	45 1/4

Druck von August Osterrieth.

№ 305. — Mittwoch — den 22. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt 1 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungs-Bezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder

9 fl. 30 kr. C.-M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/8 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Mit dem 1. Januar 1853 beginnt ein neues Abonnement auf die „**Frankfurter Postzeitung**" nebst Beilagen (auch handelspolitischen) und Konversationsblatt.

Die „Frankfurter Postzeitung" ist durch vielseitige, in neuester Zeit noch bedeutend vermehrte Verbindungen, so wie durch die Lage Frankfurts als Knotenpunkt weitverzweigter Eisenbahnlinien, und durch vielfache von allen Seiten ihr zugehende telegraphische Depeschen in den Stand gesetzt, wichtige Nachrichten aus dem Norden nach dem Süden, wie in entgegengesetzter Richtung mit größter Schnelligkeit zu befördern.

Der Abonnementspreis beträgt **vierteljährlich**: 1) in dem Bestellbezirke von Frankfurt a. M. 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungs-Bezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15½, Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, sowie in den K. K. Oesterreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C.-M., oder 1 Rthlr. 21½ Sgr.

Nur das **Konversationsblatt** kann für sich allein bezogen werden, und kostet in den vorstehend bezeichneten Bezirken gleichmäßig: 1 fl. 30 kr.; = 1 fl. 15 kr. C.-M. = 25½ Sgr. **vierteljährlich**; unter vorstehenden Preisansätzen ist jedoch die übliche oder gesetzliche Stempel- und Bestellgebühr nicht begriffen.

Man ersucht um möglichst baldige Bestellung bei den betreffenden Postämtern. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und Paris Rue Notre Dame de Nazareth Nr. 23, Bestellungen an. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/8 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 21. Dec. „Die Zoll- und Handelsfrage" ist ein Artikel der „Neuen Münchener Zeitung" überschrieben, in dem man wohl eine balsamische Aeußerung über diese wichtige Frage erblicken darf. Anknüpfend an die Sendung des Herrn v. Bruck, wird darin die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang der ganzen Angelegenheit ausgesprochen, doch nicht erst in Folge der Reise des Herrn v. Bruck, sondern weil Bayern und seine Verbündeten nie etwas Anderes als die Verständigung gewollt haben.

„Um den Weg der Verständigung zu ebenen, sagt das ministerielle Organ, gingen die verbündeten Staaten, den Wünschen Preußens gegenüber, von ihrer Forderung auf Erweiterung des Zollvereins nach Süden sogar insoweit ab, als sie von einer Zolleinigung mit Oesterreich Umgang nahmen, und nur noch auf dem Abschlusse eines entsprechenden Handelsvertrags zwischen dem um den Steuerverein vergrößerten Zollverein und dem Kaiserstaate bestanden, und obgleich diese Nachgiebigkeit nicht das gewünschte anderseitige Entgegenkommen fand, die Conferenzen in Berlin durch Preußen abgebrochen wurden, und Bayern und die mit ihm verbündeten Staaten sich nun genöthigt sahen, mit der österreichischen Regierung zu Conferenzen in Wien zusammen zu treten, um gemeinsam die geeigneten Vorkehrungen zu denjenigen Maßregeln zu treffen, welche man für den Fall, daß eine Verständigung mit Preußen bis zum 1. Januar 1854 nicht zu Stande käme, von da ab für nothwendig erachtete, so hielt man doch auch in Wien noch, treu der bisher befolgten Politik, den Geist des freundlichsten und bereitwilligsten Entgegenkommens Preußen gegenüber fest, und zwar durchaus im Einverständniß mit der von demselben Geiste der Versöhnung getragenen Politik des Wiener Cabinetts. Ja, als man anderseitig endlich das Bedürfniß fühlte, diese Besprechungen zu würdigen und thatsächlich anzuerkennen, wollte man nun noch einen weitern Schritt zur Erleichterung der erstrebten Verständigung zu thun, sogar in Betreff mehrerer Punkte des zwischen dem um den Steuerverein vergrößerten Zollverein und Oesterreich abzuschließenden Handelsvertrags nicht markten und feilschen, wenn derselbe nur nach dem wesentlichen Inhalte des Wiener Vertragsentwurfs A und im Geiste des aufrichtigen Auftrebens einer einstigen Zolleinigung aus- und durchgeführt würde.

„Haben nun diese so aufrichtigen und uneigennützigen Bestrebungen zur Erhaltung des im Norden bedrohten Zollvereins zu einer gegenseitigen Wiederannäherung und erfreulicherweise auch zu neuen Unterhandlungen geführt, so glauben wir für die auf der einen Seite gezeigte Bereitwilligkeit zum nachgiebigen Entgegenkommen dieselbe Bereitwilligkeit auch auf der andern Seite, und darum schließlich auch eine factische Verständigung hoffen zu dürfen — und zwar um so mehr, als man sich der Ueberzeugung doch schwerlich wird verschließen können, daß die Zollvereinsfrage, in dem Resultate ihres bisherigen Verlaufs, nachgerade auf einen Punkt gelangt ist, wo, wie groß der Wunsch auf Erhaltung der bisherigen handelspolitischen Verbindung auch wäre, dieser Wunsch, bei dem Mangel jener nothwendigen anderseitigen Bereitwilligkeit, durch eine von dem Staatsinteresse gebieterisch geforderte Alternative doch unbedingt überboten werden müßte.

„Denn Bayern und die mit ihm verbündeten Staaten sind bis an die Grenze des Möglichen gegangen, und wir glauben annehmen zu dürfen, daß dieselben, wenn durch die von ihnen an den Tag gelegte Bereitwilligkeit zur Herbeiführung einer Verständigung das erwünschte Ziel zu ihrem Bedauern nicht erreicht werden sollte, mit dem Ende der laufenden Zollvereinsperiode unbedingt in Zolleinigung mit Oesterreich treten werden, für welchen eventuellen Fall der Vertragsentwurf nunmehr gänzlich ausgearbeitet und durchberathen, und die Arbeiten in Betreff des Tarifs ihrer Vollendung bereits nahe sind.

„Hoffen wir indeß, und wir glauben Grund zu dieser Hoffnung zu haben, daß es zu einem solchen äußersten Falle nicht kommen wird. Der Geist der Verständigung ist der allein richtige und dem deutschen Volke und seinen Interessen allein frommende; — darum muß auch das ihm etwa gegenüber stehende Schroffe, wenn auch nicht ohne Widerstreben, zuletzt sich ihm doch fügend anschließen. Dieser Geist hat, nachdem man am weitesten auseinandergegangen war, nicht nur eine gegenseitige Wiederannäherung, sondern auch den Beginn neuer Unterhandlungen herbeigeführt, und hierauf gestützt dürfen wir wohl hoffen, daß er seinen zur vollen Gegenseitigkeit zwingenden Einfluß auch weiter ausüben, sein Ziel erreichen und im Danke der Nation einen schönen Sieg feiern wird."

Es ist also nicht der Vertrag A der Darmstädter Uebereinkunft, wie verschiedene Blätter gemeldet haben, über den Herr v. Bruck in Berlin unterhandelt, sondern der Wiener Vertragsentwurf A über einen zwischen Oesterreich und dem Zollverein abzuschließenden Handelsvertrag.

Prag, 18. Dec. Dr. Bilhpary, früher Universitätsprofessor der Universität in Jena, seit 20. Mai d. J. Katholik, hat an der hiesigen Universität eine Anstellung gefunden. Wahrscheinlich wird er über griechische und deutsche Literatur Vorlesungen halten. (A. Pfz.)

* **Berlin**, 19. Dec. Außer den Specialgesetzen über das ländliche Gemeindewesen, über welche wir bereits ausführlich berichtet haben, liegt nunmehr auch der Entwurf einer „Städteordnung für

die sechs östlichen Provinzen der Monarchie" vor. Sie soll Anwendung finden auf Preußen, Brandenburg, Atipommern (Vor- und Hintervommern, da für die Städte in Neuvorpommern und Rügen ein besonderer Entwurf vorliegt), Schlesien, Sachsen und Posen, und zwar auf diejenigen Städte, welche bisher auf dem Provinziallandtage im Stande der Städte vertreten waren, und in welchen jetzt die Gemeindeordnung von 1850 eingeführt oder die Einführung bis zur Einsetzung des Gemeinderaths gediehen ist. Allen übrigen Städten soll die Städteordnung von dem Könige verliehen werden können. Dagegen sollen Städte, welche nicht über 2500 Einwohner haben, mit Genehmigung des Königs auf ihren Antrag die Landgemeindeverfassung ihrer Provinz erhalten. Der Entwurf hat, so weit die Kammer während der vorigen Session in der Berathung der damaligen Vorlage gediehen waren, deren Beschlüsse berücksichtigt, zum Theil wörtlich in sich aufgenommen. Er zerfällt in 11 Titel, welche die Grundlagen der städtischen Verfassung, die Zusammensetzung und Wahl des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, deren Competenz und Geschäftsführung, die Besoldungen, die Verwaltung des städtischen Haushalts ꝛc. behandeln. Nach den Uebergangsbestimmungen am Schlusse des Entwurfs sollen die nach der Gemeindeordnung von 1850 gewählten Bürgermeister und alle übrigen besoldeten und unbesoldeten Gemeindebeamten, eben so auch die Mitglieder des Gemeinderaths bis zum Ablauf der Periode, für welche sie gewählt sind, in ihren Stellen verbleiben. Fürstliches Bekenntniß ist nicht Bedingung der Theilnahme an den öffentlichen Gemeindegeschäften. Die Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlungen bleibt als Regel fortbestehen.

Frankenthal, 19. Dec. Wir haben hier schon wieder einen Wucherproceß. Gestern hat, wie ich vernehme, eine Untersuchungscommission von hier bei Joseph Mayer I. von Dürkheim ein halbes Malterſäckchen voll Acten in Beschlag genommen. Es sind nun dermalen vier solcher Procedurен am hiesigen Gerichte anhängig, zwei davon, gegen die Gebrüder Wolf, werden durch den königl. Bezirksrichter Metzner, eine, gegen Kuhn von Bissersheim, durch den königl. Assessor Müller geführt, und die neueste wird wohl von dem königl. Untersuchungsrichter Hofmann instruirt werden. Die Arbeitskräfte des hiesigen Gerichts sind dadurch zur Zeit ungewöhnlich stark in Anspruch genommen. (P. Z.)

Aus der Pfalz, 20. Dec. In den nächsten Wochen werden in unserm Kreise die Gemeinderathswahlen ihren Anfang nehmen.

Türkei.

Konstantinopel, 2. Dec. Die diplomatische Stille, welche länger als eine Woche geherrscht, ist nunmehr wiederum durch mehrere Conferenzen unterbrochen worden, welche, in rascher Aufeinanderfolge, die Vertreter Frankreichs und Englands mit dem auswärtigen Minister hatten. Auch war der Ministerrath im Pfortenpalast zu verschiedenenmalen, namentlich am 29. v. M. zu langdauernder Berathung vereinigt. Das Finanzwesen im Allgemeinen, und die Münzangelegenheiten im Besondern, sollen Gegenstand der Erörterung gewesen sein. — Inzwischen sind Nachrichten aus dem Hauptquartier des commandirenden Generals von Arabistan, welche bis zum 10. Nov. reichen, hier eingelaufen. Mehemed Pascha befand sich wiederum in Damaskus, nachdem die eingetretene Regenzeit die Weiterführung der Operationen dermaßen erschwert hatte, daß man für dieses Jahr auf dieselben verzichtete. Uebrigens stimmen sowohl die Veröffentlichungen der Regierung, als die Angaben der neuesten Privatbriefe darin überein, daß ein großer Theil der druſischen Bevölkerung zur Unterwerfung geneigt ist, wonach für künftiges Jahr vielleicht nur ein kurzer Feldzug zu erwarten steht. Dagegen sind die Wege zwischen Damaskus, Aleppo und Jerusalem sehr unsicher geworden. Es hat den Anschein, als ob beduinische Stämme namentlich zwischen letzteren Orten streiften. Die Posten machen oft große Umwege und verspäten sich, nicht Tage, sondern Wochen lang. Unter solchen Umständen hat der Plan Mehemed Pascha's, die besagten Hauptorte durch befestigte Postenlinien (vorpallisadirte Blockhäuser) in Verbindung zu setzen, manches für sich; aber man zweifelt, daß er bei dem herrschenden Geldmangel und in Rücksicht auf die bereits eingetretene schlechte Jahreszeit zur Ausführung kommen werde. Auf den benachbarten Meeren sind neuerdings vielfache Unglücksfälle vorgekommen, besonders betrübend lauten die Nachrichten von den Dardanellen. (N. Z.)

Montenegro.

Laut Briefen der „Triester Zeitung" vom 18. d. M. ward die auf türkischem Gebiete liegende Festung Spuz bereits zweimal von den Montenegrinern berannt, und wollen diese den Angriff nächstens erneuern. Die Festung Tschabljak wird derzeit von den Türken cernirt. Eine starke Abtheilung Montenegriner vertheidigt sie indessen mit außerordentlichem Muthe. Bei einem Ausfalle zerstörten sie zwei türkische Blockhäuser und vertrieben die Besatzungen. In der Umgebung von Podgoritza haben bereits zahlreiche, hartnäckige Kämpfe stattgefunden; am 11. d. M. wurde wieder heftiger Geschützesdonner vernommen; das Ergebniß ist indeß noch unbekannt. Der Pascha von Skutari giebt eine bedeutende Truppenmenge zusammen und erwartet Verstärkungen, besonders aus Rumelien. Zwei größtentheils von Rajahs bewohnte Districte Oberalbaniens wollen sich dem Vernehmen nach den Montenegrinern anschließen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 7. Dec. Ein in der hiesigen Zeitung enthaltener Artikel gibt mehrere interessante statistische Notizen über das Königreich Polen, von denen wir die wichtigsten ausziehen. Nach diesen Mittheilungen belief sich die Einwohnerzahl des Königreichs im Jahr 1850 auf 4,810,735. In demselben Jahr bestand die Getreideernte in 10,968,698 Tschewert; an Kartoffeln ward gewonnen 10,142,733 Tschewert. Die verfertigten Fabrikate hatten einen Werth von über 5 Mill. R. S., Wollenfabrikat 2,564,803 R. S., Baumwollenfabrikat 2,673,633 R. S. und Seidenfabrikat 88,960 R. St. Auf die Märkte und in den Handel kamen für 6,602,681 R. S. verschiedene Waaren. Das unbewegliche Eigenthum in Städten und Dörfern ward auf 146,913,010 R. S. geschätzt. Eingeführt wurden an Waaren und Producten aus Rußland für 2,773,590 R. S., aus Preußen für 5,937,520 R. S., aus Oesterreich für 1,450,899 R. S. Ausgeführt dagegen nach Rußland für 960,620 R. S., nach Preußen für 3,858,804 R. S., nach Oesterreich für 431,001 R. S. Die Hauptausfuhr bestand in Getreide, für 2,589,266 R. S. Auf der Warschauer Eisenbahn wurden befördert 383,535 Personen und an Waaren 3,218,000 Pud. Die Postinnahme belief sich auf 521,433 R. S. Chaussiren hatte das Königreich 2159 Werste, deren Unterhaltung 598,645 R. S. kostete.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 18. Dec. Am Tage der Abreise Sr. Maj. des Kaisers von hier nach Berlin war noch ein Ministerrath zusammenberufen, in welchem dem Vernehmen nach Se. Majestät einen erschöpfenden Bericht über den Stand und Fortgang der Zolleinigungsfrage entgegennahm. — Wie der „Lloyd" wissen will, wird Se. Maj. der König von Preußen den Besuch Sr. Maj. des Kaisers erwiedern und sich aus diesem Anlasse in Lanzer nach Wien begeben.

Wien, 19. Dec. Nach dem „Journal de Constantinople" wurde von der Pforte das ausländische gemünzte Gold verboten und das Agio abgeschafft. (T. Dep. d. A. Z.)

* **Berlin**, 20. Dec. Vorgestern Nachmittag war zu Ehren der Anwesenheit Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich großes Galadiner im weißen Saale des königlichen Schlosses; demselben wohnten, außer sämmtlichen hier anwesenden fürstlichen Personen, die Generalität, die Spitzen der Civilbehörden, wirkliche Generalräthe und mehrere diplomatische Fremde bei. Der König brachte den ersten Toast aus das Wohl des Kaisers von Oesterreich mit dem Bemerken aus, daß damit den Gefühlen der Anwesenden, der Stadt wie des ganzen Landes Ausdruck verliehen werde. Die österreichische Nationalhymne begleitete diesen Toast. Den zweiten Toast brachte ebenfalls der König auf das Wohl des Kaisers von Rußland (dessen Namenstag vorgefeiert war), worauf die russische Nationalhymne gespielt wurde. Hierauf brachte der Kaiser von Oesterreich einen Toast aus auf das Wohl des Königs, der königl. Familie und des Kaisers von Rußland, begleitet von der preußischen Nationalhymne.— Gestern war große Militärcour, bei welcher der Kaiser ungefähr Folgendes zu dem versammelten Offizierscorps sprach: „Ich freue mich, die Herren so zahlreich hier versammelt zu sehen, die Mitbewerber der preußischen Armee, die ich gestern kennen zu lernen Gelegenheit hatte. Die Armee Ihres erhabenen Königs hat sich bewährt in fester Treue zu schwerer Zeit; der Geist der Ehre und Treue aber ist es, der ein Band schlingt um alle braven Armeen. Der Geist der Ehre und Treue ist es, der meine Armee mit der preußischen verbündet und darum kann ich auch an dieser Stelle die feste Ueberzeugung aussprechen, daß beide Armeen, was immer für Ereignisse kommen mögen, in treuer Waffenbrüderschaft fest mit einander stehen werden." — Wie die „Neue Pr. Ztg." hört, wird der neue österreichische Bundestagsgesandte bald nach der Rückkehr Sr. Maj. des Kaisers nach Wien ernannt werden. Ob der Graf v. Rechberg oder der Unterstaatssecretär v. Werner zu diesem hohen Posten ernannt werden wird, soll zur Zeit noch nicht entschieden sein.

P **Berlin**, 20. Dec. Der Kaiser von Oesterreich, welcher gestern das Cadettencorps und die geschmückten Räume der Kasernen des Kaiser-Franz und des zweiten Garderegiments besuchte, begab sich

gestern Mittag nach Potsdam, und ließ sich hier das Offiziercorps der dortigen Garnison, sowie die Chefs der höheren Behörden vorstellen. Es sind dort auch der König von Hannover und der Herzog von Braunschweig eingetroffen. Die Abreise des Kaisers ist auf morgen Mittag festgesetzt.

München, 19. Dec. Die Uebernahme des Portefeuilles des Aeußern und des Handels durch unsern nun vollkommen gewesenen Herrn Ministerpräsidenten Dr. v. d. Pfordten wird, wie jetzt ganz gewiß bestimmt ist, morgen stattfinden. Dadurch widerlegen sich wohl am besten die in norddeutschen Blättern verbreiteten unwahren Gerüchte. — Gestern wurden hier fünf Blätter, nämlich „Herold", „Tagblatt", „Punsch", „Jocus" und „Münchener Bote" (dieser zweimal) confiscirt. (A. Ztg.)

Mainz, 24. Dec. Die Actien unserer hessischen Ludwigsbahn, welche lange Zeit hindurch so wenig gesucht waren, haben plötzlich die Aufmerksamkeit auswärtiger Capitalisten in hohem Grade auf sich gezogen, und während dieselben gleich nach der Ausschreibung für den 15. Dec. bis auf 81 herabgegangen waren, sind solche noch vor diesem Termin, statt weiter zu sinken, wie Viele erwartet haben mochten, bis auf 87½ gestiegen, zu welchem Curse bedeutende Ordres hier eingingen, ohne effectuirt werden zu können, da sich die Actien so ziemlich in festen Händen befinden. Ende Januar, spätestens in den ersten Tagen des Februar, werden die Zahlen bis Oppenheim beginnen und vor Schluß des Jahres dürfte wohl die ganze Strecke von Mainz bis Ludwigshafen dem Verkehr übergeben werden können. Ein Schienenweg wird dann Mainz mit Paris und Havre verbinden. Wird dann auch die Strecke von Neustadt nach Weißenburg vollendet, was in einigen Jahren zu erwarten steht, so ist für Mainz die directe Schienenverbindung mit Straßburg, dem ganzen Elsaß, der Schweiz, dem südlichen Frankreich und dem mittelländischen Meere hergestellt. Aber noch eine andere Bahn steht uns in sicherer Aussicht, deren Vollendung in wenigen Jahren bewerkstelligt werden kann, und welche für einen vermehrten Verkehr von unermeßlicher Wichtigkeit ist: die Mainz-Darmstadt-Aschaffenburger Eisenbahn, die uns in directe Verbindung mit Würzburg, Nürnberg, Augsburg, München, mit Wien und dem ganzen österreichischen Kaiserstaat, mit Triest und der Levante bringt und Mainz zu einem Punkte erhebt, auf dem sich Bahnen von europäischer Wichtigkeit kreuzen. (M. J.)

✕ **Aus dem Werrathal**, 19. Dec. Dem Vernehmen nach wird Herr Schul- und Consistorialrath Peter zu Meiningen in der Kürze uns verlassen, um seine Stelle als Gymnasialdirector in Anklam anzutreten. Der Austritt dieses, wegen seiner umfassenden Kenntnisse und strengen Rechtlichkeit allgemein hochgeachteten Mannes aus unserm Staatsdienste, wird allseitig tief beklagt. Zugleich hat sich das Gerücht verbreitet, daß unser Gymnasium in Meiningen ebenfalls ein empfindlicher Verlust bevorstehe. Es soll nämlich Herr Professor Passow einen ehrenvollen Ruf in den Privatdienst Sr. königl. Hoheit des Prinzen Karl von Preußen nach Berlin erhalten haben.

Limburg, 19. Dec. Der Bischof hat am 15. d. M. einen Generalvicar in der Person des gegenwärtigen Seniors unseres Domkapitels, des Herrn Kapitularen geistlichen Rathes Dr. Klein ernannt.

† **Turin**, 17. Dec. Die Debatten über das Ehegesetz haben im Senat begonnen. Gegen das Gesetz sprachen bis jetzt die Senatoren Siara, Robert d'Azeglio, Colli und Castagneto. Der Minister des Innern hat ihnen geantwortet. Das Marineministerium hat Beschluß gefaßt, die Dampfschifffahrtsgesellschaft zwischen der Insel Sardinien und Tunis vom 1. Januar 1855 ab eingehen zu lassen.

‡ **Paris**, 20. Dec. Wie schon gemeldet, traf der Kaiser am Samstag Nachmittag in Compiegne ein. Der „Moniteur" meldet über den Empfang daselbst: „Eine ungeheuere Volksmenge, die Behörden, die Nationalgarden der Stadt und der Umgegend, die Marktiers und die Arbeiterkorporschaften; Fahnen, Banner, ein Blumenwagen, eine grünende Straße, von dem Eisenbahnhof bis zum Palast: so ist das ergreifende Schauspiel, das die Stadt Compiegne darbietet; es ist ein Triumphzug." Bei seiner Ankunft in Compiegne begab sich der Kaiser zuvor nach der Kirche, wo ihn der Bischof v. Beauvais an der Spitze der Geistlichkeit empfing und eine Anrede hielt. Der Kaiser antwortete: „Monseigneur! Sie haben Recht, mich zum Gebet einzuladen. Es ist für Alle eine große Pflicht. Durch das Gebet und durch die Liebe zu den leidenden Klassen werden wir das Ziel erreichen, dem wir zustreben müssen." Nach dem Schlusse der kirchlichen Feierlichkeiten begab sich der Kaiser nach dem Palast, wo Abends ein Diner von 50 Gedecken stattfand. Die Stadt war glänzend beleuchtet. Alle Hotels und Wohnungen zu Compiegne sind überfüllt.

Gestern früh hat der Kaiser in Compiegne den Bischof von Beauvais und dessen Geistlichkeit, alle Bezirksbeamten, den Gemeinderath und viele Deputationen empfangen, sodann dem Hochamt in der Kirche beigewohnt und bei dem herrlichsten Wetter Revue über die Truppen gehalten. Die Bevölkerung erschöpfte sich dabei in Ovationen und jubelnden Zurufen. Außer den Linientruppen defilirten auch die Nationalgarden und die Arbeitercompagnien in festlichem Aufzug und mit Fahnen vor dem Kaiser. Nachmittags machte der Kaiser mit großem Gefolge einen Spaziergritt in den Forst. Für heute war die erste große Hetzjagd anberaumt.

Dem „Moniteur" zufolge wird der Senat morgen eine Generalsitzung halten, um den Bericht des Herrn Troplong über den die Verfassung modificirenden Senatsconsultsentwurf zu vernehmen. Möglich, daß dann die Promulgation schon am Mittwoch erfolgt.

Die Herstellung mehrerer hohen Würden des Kaiserreichs wird als gewiß bezeichnet: zum Großkammerherrn ist der Herzog von Bassano, zum Großstallmeister der Senator Prinz von Wagram und zum Großstallmeister der Herzog von Cambe bestimmt. Die Gesandtschaftsposten zu Brüssel und Stuttgart sind alsdann neu zu besetzen. Letzteres gilt übrigens noch von wichtigeren diplomatischen Stellen, da den Gesandten zu Petersburg, Madrid, Konstantinopel und Berlin die Abberufung und als Entschädigung die Senatorenwürde zugedacht sein soll. Für Konstantinopel nennt man Bourqueney, der unter Louis Philipp längere Jahre dort Gesandter war.

** **Madrid**, 15. Dec. Die amtliche Zeitung meldet heute officiell die Entlassung des vorigen und den Amtsantritt des neuen Cabinets (in der auf telegraphischem Weg schon bekannt gewordenen Zusammensetzung). Gestern Abend haben die neuen Minister der Königin zugeschworen und ihren Eid in deren Hände geleistet. Keiner derselben hat der Opposition angehört, die in den letzten Tagen so entschieden auftrat. Man erwartet von dem neuen Cabinet eine frühere Wiedereinberufung der Cortes. Das Manifest des Wahlcomite's der gemäßigten Opposition ist auf Befehl der Localbehörde mit Beschlag belegt worden.

London, 20. Dec. Die Bildung eines neuen Ministeriums ist amtlich noch nicht angezeigt worden. Doch glaubt man, daß der Earl von Aberdeen zum Premierminister und zum Minister des Auswärtigen auserschen ist. Unter den übrigen muthmaßlichen Mitgliedern des neuen Cabinets nennt man Lord John Russell, die Peeliten Gladstone, S. Herbert und Viscount Canning.

In Southampton sind Nachrichten aus **Neuyork** bis zum 4. December eingetroffen. Cuba war ruhig. In Betreff des der spanischen Regierung anstößigen Provinzialerlasses Smith (von der „Crescent City") waren befriedigende Erklärungen abgegeben worden und die Aufregung hatte sich gelegt. In Folge der Nachrichten aus Europa waren die Baumwollenpreise auf dem Markt von Neuyork um ⅛ pCt. gesunken. — Der Congreß sollte am 6. December zusammentreten.

Börsenberichte.

Frankfurt, 21. Dec. Auch an heutiger Börse hielt die willige Tendenz an; die Fonds waren im Allgemeinen wieder belebt und namentlich zahlte man für österreichische und spanische Effecten bessere Preise als gestern. 5pCt Metall. waren 82⅞, bo. von 1852 82⅞, pCt., 4½pCt. Metall. 73½, pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. 92 pCt., Wiener Bankactien 1404 fl., 500 fl. Loose 195½, pCt., 250 fl. Loose 120½, pCt. Von spanischen Fonds waren 1pCt. Neue 23⅛ à ⅞ pCt.; 3pCt. Inländische 43½ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-L.-Nordbahn flauer, 48⅞, pCt.; Berbach 99½, pCt., Köln-Minden 117 pCt., Taunus 306 fl. Alle übrigen Dividendpapiere waren festgeld. — Abends war in der Effectenbörsetafel kein Geschäft.

Berlin, 20. Dec. Staatsch. 94¾ Brf., 94½, G. — Köln-Minden 117½ Brf., 116½ G. — Fr.-W.-Nordb. 44⅞ à ¾ bez.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 21. Dec. 5pCt. Metall. 95⅜, — 5pCt. bo. B. 110¼, — 5pCt. Anlethe v. J. 1852 95. — 4½ pCt. Metall. 84⅞. — Bankactien 1342. — 250 fl. Loose 139¼. — London 11 fl. 6 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 104½. — K.-L.-Nordbahn 245¼. — Lworno-Florenz 96½ ex Div. — Siena-Ampoli 69. — Paris 132¾. — London in Triest 11 fl. 11 kr. — Silber 13⅜. (Spad.)

London, 21. Dec. 3pCt. Stocks 100⅛ ex C. — 5pCt. Pambro 95⅞. — 1pCt. Span. 24.

Paris, 21. Dec. 4½pCt. Rente 106, 45. — 3pCt. do. 82, 85. — 5pCt. Piemont 100, 50. — 3pCt. Span. inl. 44. — 1pCt. do. 24.

Madrid, 16. Dec. 3pCt. 44. — 1pCt. Neue 23½.

Antwerpen, 21. Dec. 5pCt. Lomb. 92½. — 2½pCt. Belg. 57⅜. 3Ct. Span. inl. 43½. — 1pCt. do. 23⅛.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

[2730]

Abonnements-Erneuerung.

Bei Ablauf des zweiten Semesters o. werden die resp. hiesigen Abonnenten ersucht, die Bestellungen auf auswärtige Zeitungen und periodische Schriften für das mit dem **1. Januar 1853** beginnende erste Semester alsbald schriftlich und mit genauer Angabe der Straße und Wohnungsnummer des Bestellers, an die Unterzeichnete gelangen zu lassen, weil außerdem das bisher bestandene Abonnement als erloschen betrachtet wird und bei später eingehenden Bestellungen für Lieferung vollständiger Exemplare nicht gebürgt werden kann.

Frankfurt a. M., im December 1852.

Fürstlich Thurn und Taxis'sche
Ober-Postamts-Zeitungs-Expedition.

Coursblatt von A. Sulzbach.

Auf das bekannte, seit 28 Jahren erscheinende „**Coursblatt von A. Sulzbach**“ werden hier in seinem Comptoir und auswärts bei allen löblichen Postämtern Bestellungen angenommen. [2823]

[2832]

Benachrichtigung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die am 11. d. M. verlooften, am 30. Juni 1853 zahlbaren 4pCt. Galizisch-Ständischen Pfandbriefe unter vorheriger Abstempelung, nach Eingang, in Auftrag löblicher Direction der Galizisch-Ständischen Credit-Anstalt in Lemberg, an unserer Kasse eingelöst werden, und daß das Verzeichniß der gezogenen Nummern bei uns einzusehen ist.

Frankfurt a. M., den 17. December 1852.

Gebrüder Bethmann.

Carcel- und Moderatur-Lampen

in neuestem Geschmack sind billig abzugeben.

[2635] **Theodor Martino**, 36, Zeil.

Main-Neckar-Eisenbahn.

Material-Lieferung pro 1853.

Höherem Auftrage zufolge wird für die Lieferung von nachstehenden Materialien hiermit Submission ausgeschrieben und sind die Angebote spätestens bis zum 3. Januar 1853, Morgens 11 Uhr,

auf dieselbigen Tages dahier abgegeben, zu welcher Stunde die Eröffnung derselben in Gegenwart der sich einfindenden Submittenten vorgenommen werden wird.

Außer diesen Materialien sind noch andere in kleinern Quantitäten zu vergeben, deren Bezeichnung sowie Lieferungsbedingungen bei den Verwaltungen Darmstadt und Frankfurt ebenfalls aufgelegt sind.

Material.	Quantum.
1) Brennmaterien:	
Brennholz, Forlen	63 Klafter.
Schmiedegrieß	600 Centner.
Feilspäne	2080 „
2) Metallwaaren:	
Gußstahl	100 Pfund.
Federstahl	600 „
Holzbodenblech	1000 „
Kupferblech	150 „
Bolzenkupfer	300 „
Stoßplatten nach Modell	2000 „
Schienenstühlen, 4600 Stück =	2000 „
3) Holzwaaren:	
Eichene Flockkinge 4″ dick, 8 bis 10″ breit, 17′ lang	30 Stück.
Eichene Dielen, 2″ dick, 10″ breit, 17′ lang	40 „
Tannene Bord, gemeine	100 „
„ Scheitbielen	200 „
„ Flockkinge 1½ bis 2″ dick	200 „
„ Latten	1000 „
Eichene Dielen 2″ bis 3″ dick	300 „
Eichene Querschwellen, 7′ 5″ lang, 7″ breit, 5″ dick	500 „
Eichene Langschwellen, 16′ 6″ lang, 8″ breit, 5″ dick	500 „
4) Feitwaaren:	
Repsöl	6600 Pfund.
Brennöl, geläutert	1200 „
Terpentinöl	600 „
Lampensprit	250 „
Talglichter	2.0 „
5) Sonstige Waaren:	
Hanf	100 Pfund.
Plombirdrähte	6000 Stück.
Plombirschnüre	60 Pfund.
Sodenwachsteppiche	300 □Fuß.
Schmiergiftemand	500 Stück.
Coaksbörde aus Spanisch Rohr	100 Stück.

Heidelberg, den 18. December 1852.

Die Bahnverwaltung.
von Weiler.

[2818] Biedermann.

[2802]

K. K. Oestreichische 5pCt. Staats-Anleihe vom Jahr 1851 (Serie B.), und Convertirungs-Obligationen.

Von dem hohen **K. K. Oestreichischen Finanz-Ministerium** sind wir beauftragt,

die am 1. Januar 1853 fälligen Zinsen

der am hiesigen Platze verzinslichen Obligationen der Serie B. des K. K. Oestreichischen Staats-Anlehens vom Jahr 1851 und der hier verzinslichen Convertirungs-Obligationen wie bisher auszuzahlen.

Wir bringen demnach zur öffentlichen Anzeige, daß die Auszahlung besagter Zins-Coupons nach dem Verhältnisse von fl. 6 hiesiger Währung für fl. 5 im 20 fl. Fuße an unserer Casse geleistet wird.

Frankfurt a. M., den 15. December 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2790]

Die Württembergische Gesellschaft für Zuckerfabrikation

hat in der am 22. November d. J. abgehaltenen General-Versammlung beschlossen, sämmtliche Zins-Abschnitte ihrer Schuldbriefe Lit. A., welche am 1. Januar 1853 fällig sind, so wie 84 Stück ihrer Schuldbriefe Lit. A. Nr. 239 bis 322 inclusive, im Gesammtbetrage von 44,400 fl. einzulösen. Auf diese letzteren wird außer dem fälligen Coupon noch weiterer Stückzins für die 4 Monate vom 1. September 1852 bis 1. Januar 1853 mit 1 fl. 20 kr. auf 100 fl. vergütet, und sind sämmtliche noch nicht verfallene Coupons der zur Einlösung bestimmten Schuldbriefe abzuliefern.

Die vorstehenden Beträge sind vom Verfalltage an bei der Königl. Württembergischen Hofbank dahier zu erheben.

Auf die Schuldbriefe Lit. B. werden im Jahre 1853 keine Zinsen bezahlt.

Stuttgart, den 9. December 1852.

Der Verwaltungs-Ausschuß der Württembergischen Zucker-Fabriken.

?! Was hat Die gefehlt?
* * Schreibe etwas mehr und warum Sie?
Ist das recht? [2851]

Englische und französische Jugendschriften zu Festgeschenken

habe soeben in großer Auswahl zu wohlfeilen Preisen erhalten. [2841]

M. L. St. Goar, Zeil 30.

[1674] Staats- und Standesherrliche Obligationen Staats-Eisenbahn-Aktien, Eisenbahn-Aktien, Coupons, werden ge- und verkauft bei

J. M. Trier & Cie., Inf, im Türkenschutz.

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 16. November 1852 an fahren die Boote täglich [2845]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 7½ Uhr . nach **Cöln-Deutz** (*Aachen, Elberfeld*).
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 6½ Uhr von *Frankfurt*.

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 9 Uhr . . nach **Cöln-Deutz** (*Berlin, Paris*) bis **Düsseldorf**,
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 8 Uhr von *Frankfurt*.

Montag, Donnerst. u. Samst. direct nach **Arnheim** (*Amsterdam*) bis **Rotterdam** in *ca. 30 Stunden*.

Montag und Donnerstag. . . . . . direct nach **London** . . *in 3 Tagen*.

Von Biebrich jedesmal ½ Stunde später als von Castel.

Von **Mainz** Nachmittags 3 Uhr . . . . . *täglich* nach **Worms** und **Mannheim**.

Billete nach allen Stationen, **Gesellschafts-Billette** und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs**, *Zeil*, der Post gegenüber, Hrn. **Th. Fleteher** bei Herren Gogel, Koch & Comp., Hrn. **Aug. Schöaling** auf dem Rossmarkt.

Druck von August Osterrieth.

(Hiebei Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nr. 305.) 22. December 1852.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 22. Dec. Ein gestern Abend verübter Gaunerstreich wird vielfach besprochen. Zwei reichgekleidete Männer traten um 5 Uhr in das Gewölbe eines Juweliers, suchten für 3000 fl. Pretiosen aus und baten, ihnen dieselben durch einen Diener in das Gasthaus zum Landsberg bringen zu lassen, um den Kaufpreis in Empfang zu nehmen. Dort erfuhr man auf die Angabe, das Geld aus dem Nebenzimmer zu holen, den Ueberbringer, die Juwelen einstweilen in einen Secretär zu stellen, dessen Schlüssel man ihm einhändigte. Als man bei nicht erfolgter Zurückkunft nachsah, fand sich, daß in die Mauer hinter dem Secretär eine Oeffnung gebrochen und aus diesem selbst die Rückwand genommen war. Die Gauner waren durch den Ausgang des Nebenzimmers mit den Juwelen entflohen.

Vor einigen Tagen fließen in Folge einer Unaufmerksamkeit der Bediensteten zwei Züge der Main-Weserbahn im Bildeler Bahnhof gegen einander. Von Augenzeugen wird die Scene im Wartsaal, wo sich die zum Theil bedeutend verletzten Passagiere befanden, als recht ergreifend geschildert. Der Unfall fand Abends um halb 9 Uhr statt.

Gegen den Verfasser eines dieser Tage in dem „Intelligenzblatt" enthaltenen gegen G. Herold gerichteten Artikels wurde auf Klage des letztern eine polizeigerichtliche Untersuchung eingeleitet.

P **Berlin**, 20. Dec. Heute ist die Nachricht hier eingetroffen, daß in Madrid ein neues Ministerium die Leitung der Geschäfte übernommen hat. Den Namen nach zu urtheilen, welche als Mitglieder desselben genannt werden, scheint man eine Entwicklung der innern Verhältnisse ganz in dem Sinn des jetzigen französischen Systems beabsichtigen zu wollen. Die Verschiedenheiten des „Moniteur", daß die französische Regierung den Maßregeln fremd ist, welche in neuester Zeit von der spanischen Regierung eingeschlagen, mögen vollkommen richtig sein, insofern dabei eine directe Einwirkung gemeint war; aber niemand wird leugnen können, daß der Staatsstreich vom 2. December auch auf jenes Reich seine sichtbare Wirkung geübt hat. Von diesem Zeitpunkt an beginnt sichtbar das Streben des Ministeriums, die Zügel des Regiments den abgelebten parlamentarischen Parteien zu entreißen und das Ansehen und die Autorität der königlichen Macht fester zu begründen. Bis zu welchem Punkt man dem Beispiel Ludwig Napoleons folgen wird, läßt sich für jetzt nicht genau ermessen. Aber es scheint wohl, daß das neue Ministerium das Mittel sein soll, die weitern Consequenzen zu verfolgen. — Aus den Kammern sind besondere Neuigkeiten nicht zu melden. Die Vertagung beider tritt, wie bekannt, morgen ein. Die Besprechungen in den Fractionen der zweiten Kammer drehten sich hauptsächlich um die nach der Vertagung vorzunehmende Präsidentenwahl. Die Linke macht außerordentliche Bemühungen, um ihren Candidaten, den Grafen Schwerin, durchzubringen. Sie ist dieserhalb in Unterhandlungen mit der katholischen Fraction getreten, ohne jedoch bis jetzt ein Resultat erreicht zu haben. Die rechte Seite der zweiten Kammer ist dieser lebhaften Agitation gegenüber insofern in Nachtheil, als der Staatsminister Uhden körperlicher Schwäche wegen entschieden eine Wiederwahl abgelehnt hat, und es noch nicht feststeht, ob der in Aussicht genommene Candidat, Oberpräsident v. Kleist-Regow, von seinem Amt wird abkommen können. In der ersten Kammer liegen zur Zeit die Berichte über die zweijährige Berufung der Kammern und die Verlängerung der Legislaturperiode, sowie über Aufhebung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung vom 11. März 1850 und Streichung des Art. 105 der Verfassungsurkunde vor. Der erstere ist bereits heute berathen und angenommen. Der andere, der ebenfalls von der Commission zur Annahme empfohlen ist, kommt morgen zur Erledigung. Man hat sich nicht ohne Absicht mit der Beschlußnahme über diese Vorlagen der Regierung beeilt, da sie einmal Verfassungsveränderungen in sich schließen, also noch eine zweite Berathung nach einem Zeitraum von 21 Tagen bedingen, das anderemal in conservativen Kreisen das Schicksal dieser Regierungsvorlage zur Vorbedingung für die Annahme anderer und namentlich der über Neubildung der ersten Kammer gemacht wird. Man erachtet es nämlich für zweckmäßiger, von Verfassungsveränderungen in Betreff der ersten Kammer abzusehen, wenn von der zweiten Kammer diejenigen Modificationen abgelehnt werden sollten, welche auf eine Veränderung der Competenz dieser ausgehen. Es ist demnach wahrscheinlich, daß, wenn die zweite Kammer die Verfassungsveränderung in Betreff der Verlängerung der Legislaturperiode auf 6 Jahre, 2jährige Parlamente und Theilnahme der ersten Kammer an Feststellung des Staatshaushalts verwirft, die erste Kammer die Vorlage über Neubildung dieser ablehnt.

n **München**, 20. Dec. In der Hauskapelle des herzogl. Leuchtenbergischen Palais wurde heute eine feierliche Messe gehalten und dann das Herz des verstorbenen Herzogs v. Leuchtenberg eingesegnet und neben jenen seiner Eltern und vorangegangenen Geschwister beigesetzt. Se. königl. Hoh. Prinz Karl, Hofmarschall Freiherr v. Zeller, als Abgesandter des Königs, und viele andere hohen Herrschaften wohnten der Feier bei. — Der König von Schweden, welcher bisher nur durch einen Geschäftsträger hier vertreten war, hat nun einen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister ernannt, dem königl. schwedischen Generallieutenant v. Wansdorf, der am 5ten Freitag Sr. Maj. dem König sein Beglaubigungsschreiben übergab. — Wie man heute hier hört, würden während der Anwesenheit Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich in Berlin unter andern auch verschiedene schwebende Fragen, die sich auf die deutsche Bundesarmee beziehen, ihre Erledigung finden. Unter den obwaltenden Verhältnissen hat diese Angabe allerdings auch sehr viele Wahrscheinlichkeit für sich. — Herr Ministerialrath Dr. Dönniges hat sich heute in Familienangelegenheiten nach Berlin begeben, — sich wiederhole in Familienangelegenheiten, da man wohl gewiß kein dürfte, diese Reise mit den eben in Berlin stattfindenen Verhandlungen bezüglich der Zollvereinsfrage in Verbindung zu bringen. — Der Münchener Liederkranz hat Hrn. Prof. Geibel zu seinem Ehrenmitgliede ernannt und demselben vorgestern Abend ein Ständchen gebracht.

Dresden, 18. Dec. Durch eine heute publicirte Verordnung wird für das Königreich Sachsen das Verbot der in Braunschweig erscheinenden, von C. Müller redigirten und von H. Sievers u. Comp. gedruckten Zeitschrift: „Der Pilot", ausgesprochen, „da derselbe lediglich als eine Fortsetzung der mittelst Generalverordnung vom 8. October d. J. für den Bereich des Königreichs Sachsen mit Beschlag belegten Zeitschrift: „Blätter der Zeit" zu betrachten sei und, wie diese, fortgesetzt eine auf eine Untergrabung der bestehenden Staatsverfassung gerichtete destruktive Tendenz verfolge." — Die „Freimüthige Sachsenzeitung" theilt über die Prinzessin Wasa Folgendes mit: „Karoline Friederike Francisca Prinzessin von Wasa, geboren am 5. August 1833, ist das einzige Kind des k. k. österreichischen F.M.L. Gustav Prinzen von Wasa und der Prinzessin Louise Amalie Stephanie von Baden. Dem Fürstenhause Holstein-Oldenburg angehörig, das bis 1809 den Königsthron von Schweden einnahm, rechnet die Prinzessin Karola, wie die fürstliche Braut gewöhnlich genannt wird, den Kaiser von Rußland und den Großherzog von Oldenburg zu ihren nächsten Stammesverwandten, während von ihrer Mutter Seite ihr in Preußens, Badens, Oesterreichs, Frankreichs und Darmstadts fürstlichen Residenzen nahe verwandte Herzen schlagen und in der verwittweten Großherzogin Stephanie von Baden — entsprossen aus dem Geschlechte der Beauharnais (eigentlich der Tascher de la Pagerie), dessen Glieder Europa unter seine Fürstenstämme aufgenommen — eine großmütterliche Freundin über ihrem Dasein gewacht hat."

Hanau, 21. Dec. In Folge Wahl der deutschen protestantischen Gemeinde in Genf, ist der frühere Lehrer an der Realschule zu Hanau, Pfarrer Gottfried Ludwig Theobald, definitiv als erster Pfarrer dieser Gemeinde bestellt worden. (O. J.)

± **Darmstadt**, 21. Dec. Die zweite Kammer hatte im December v. J. in Bezug auf die Gesetzesvorlage „wegen Zusammensetzung der beiden landständischen Kammern und der Wahlen der Abgeordneten" Beschlüsse gefaßt, welche so sehr von den Grundlagen dieses Gesetzentwurfs abweichen, daß sie einer Ablehnung

desselben nahe kommen. Jetzt, also nach einem Jahr, ist die erste Kammer zur Berathung der Vorlage geschritten. Der am 14. d. M. von dem Vicepräsidenten Hesse namens des besondern Ausschusses erstattete, nun im Druck erschienene Bericht trug darauf an, den Gesetzentwurf ehrerbietigst abzulehnen, aber nicht darum, weil er mit demselben nicht einverstanden sei, sondern darum, weil ein Einverständniß mit der Majorität der zweiten Kammer nicht zu hoffen sei. Darum ließ sich auch der Bericht nicht auf das Einzelne des Gesetzentwurfs und der Abstimmung der zweiten Kammer ein. Nichts desto weniger ist der Bericht in seinen allgemeinen Digressionen ein charakterisches Actenstück, welches u. A. auch davon ausgeht, daß die „Erhebung" im Jahr 1848 „theils in äußeren Verhältnissen, theils in dem Verfahren derjenigen, welche die damaligen Verwaltungen in den deutschen Staaten beseitigen wollten und sich zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten berufen fühlten, ihren Grund hatte, daß die Verwaltung des Jahrs 1848/49 durch die nachfolgenden Agitationen, deren man nicht mehr Meister gewesen, zur Vorlegung und späteren Vertheidigung des Wahlgesetzes, durch welches einer constituirenden Versammlung und folgegemäß der Republik ausgewichen werden sollte, gezwungen, und daß die Abstimmung der Kammern unter dem Einfluß von Ereignissen erfolgt ist, welche eine Freiheit politischer Willensäußerung nicht zuließen." Es ist das Wahlgesetz vom September 1849, unter dem Ministerium Jaup zu Stande gekommen, gemeint, das Gesetz, das durch Verordnung vom October 1850 einseitig außer Wirksamkeit gesetzt ward. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer nahm diese einstimmig den Antrag des Ausschusses auf Ablehnung des Gesetzentwurfs an, jedoch erst nach einer längern Discussion, oder vielmehr nach längern Meinungsäußerungen und Expectorationen. Der Graf zu Solms-Laubach (Präsident) wahrte wiederholt sein früher reservirtes Recht auf Standschaft. Der Graf von Leiningen-Westerburg that das Gleiche und verlas im Auftrag des Grafen von Görz (unsers Gesandten am Berliner Hof) eine in gleicher Richtung gehende Verwahrung. Der Abg. v. Rabenau erklärte, es sei ihm lieb, daß der Gesetzentwurf nicht zum Gesetz geworden sei, da er dem Princip des Conservativismus nicht genug huldige. Der Abg. Strecker bedauerte, daß der Ausschuß nicht frühzeitig seinen Bericht erstattet habe, da es dann doch möglich gewesen wäre, daß ein Einverständniß zu Stande gekommen wäre. Der Abg. Thudichum setzte dem Ausschußbericht Bedenken entgegen, und sprach die Erwartung aus, daß ein Wahlgesetz nicht octroyirt werde (eine Stimme rief ihm zu, gerade dieses hoffe man). Der Abg. Hesse (Berichterstatter) antwortete beiden Vorrednern und gab die Gründe an, die dazu aufgefordert hätten, den Bericht gerade jetzt erst zu erstatten. Der Präsident des Finanzministeriums, Frhr. v. Schenck, stimmte als Mitglied der Kammer dem bei, daß nur die Ablehnung des Gesetzentwurfs übrig bleibe, da die zweite Kammer die Principien desselben verworfen habe, und so eine Vereinbarung nicht möglich sei. — Die zweite Kammer nahm heute nach einer ausführlichen Discussion, die sich hauptsächlich mit der Tendenz, die Competenz der Geschwornen weiter zu beschränken, beschäftigte, den Gesetzentwurf wegen Bestrafung des ersten kleinen ausgezeichneten Diebstahls an und verwarf das Amendement des Abg. Wittmann, das Gesetz nicht auf Rheinhessen auszudehnen. Auch der Gesetzentwurf wegen Nachbildung des Papiergeldes wurde angenommen. — Gestern Abend spät ging die Sitzung des Schwurgerichts im vierten Quartal zu Ende, nachdem die Geschwornen die vier Einwohner von Langenthal, die, wie ich am 16. d. M. berichtet hatte, der Brandstiftung beschuldigt waren, wegen Mangels an Beweisen, die zur Ueberzeugung führten, für nicht schuldig erklärt hatten. Nach der heutigen Erklärung des Directors des Justizministeriums hatten gestern 22 Geschworne eine Adresse an dasselbe gerichtet und dasselbe gebeten, dahin zu wirken, daß die Competenz der Geschwornen so regulirt werde, daß die Sessionen nicht so lange dauerten, weil sonst das Opfer an Zeit und Kosten zu empfindlich sei. Auch viele Geschwornen der vorigen dritten Session hatten die gleiche Bitte ausgesprochen. — Uebermorgen wird der Landtag geschlossen oder die Ständeversammlung vertagt werden. Gestern Abend waren viele Mitglieder beider Kammern im Gasthause zum Darmstädter Hof zu einem Abschiedsmahl versammelt, wobei alle Mitglieder der linken Seite der zweiten Kammer fehlten. Herr v. Dalwigk brachte der Ständeversammlung einen Toast und trank auf baldiges Wiedersehen, was auf bloße Vertagung hindeutet.

Wiesbaden, 21. Dec. Das Gerücht, daß einige Engländer die deponirte Caution von 10,000 Pfd. Sterl. von der Regierung zurückverlangt hätten, ist falsch. Die Wahrheit an der Sache ist, daß die obenerwähnte Caution, da Preußen wegen dem obschwebenden Zollzwist sich vor der Hand in keine Unterhandlung über die Bahnrichtung von hier über den Westerwald nach Deuz einlassen wollte, diese Caution auf die Concession der Rheinbahn, welche von Wiesbaden durch das Rheingau bis Lahnstein geführt werden soll, übertragen worden ist. (M.-R. Z.)

× **Aus dem Werrathale,** 18. Dec. Vor wenigen Tagen ereignete sich in Salzungen ein sehr beklagenswerther Vorfall. J. R., Landmann aus dem eine halbe Stunde von Salzungen entfernten Dorfe L. und Familienvater mit 6 Kindern, schuldete einem israelitischen Handelsmann aus dem hessischen Flecken Barchfeld eine Summe für geliefertes Zugvieh und wurde deßhalb gerichtlich belangt. Da er weder Mittel zur Zahlung besitzt, noch Geld geliehen erhält und die Auspfändung nahe bevorsteht, so entschließt sich der Geängstigte zu einer verzweifelten That. Am 15. d. M., Abends gegen 6 Uhr, eilt er nach der Stadt in die Wohnung eines den Achtzigen nahen pensionirten Beamten, von welchem bekannt war, daß er gewöhnlich nicht unbedeutende Summen liegen habe. Der Magd, die ihm mit Licht entgegentritt, sagt er, daß er einen Brief an ihren Herrn abzugeben habe, und als sie sich erbietet, ihm die Treppe hinauf zu leuchten, drängt er sie ins Zimmer zurück und bringt ihr mit einem scharfen Steine rasch hintereinander mehrere bedeutende Kopfwunden bei, welche augenblicklichen Tod zur Folge gehabt haben würden, wenn nicht das starke Haar einigen Schutz gewährt hätte. Auf den Hilferuf des Mädchens entspringt schnell der ihr unbekannte Angreifer, verliert aber dabei das als angeblichen Brief vorgezeigte Blatt. Es war das an ihn ergangene gerichtliche Decret, welches er aus Versehen statt eines andern Blattes aus der Tasche gezogen, und das nun die herbeigerufene Polizei mit Blut bespritzt im Zimmer vorfindet. Noch am nämlichen Abend wurde der Thäter eingezogen und die rasch eingeleitete Untersuchung ergab einen, behufs einer Beraubung beabsichtigten Doppelmord.

Rostock, 16. Dec. Die „Ostsee-Ztg." bringt die Mittheilung, daß mehrere der angesehensten Mitglieder der kaufmännischen Corporation in Stettin zur Bildung einer Actiengesellschaft für den Bau einer Anzahl eiserner Schraubendampfer zusammengetreten sind. Zugleich vernimmt das gedachte Blatt, daß die Schiffe aus Rücksicht auf die hohen preußischen Eisenzölle nicht in Preußen, sondern in Rostock gebaut werden sollen. Wie die „N. Ztg." hört, hat es damit seine volle Richtigkeit, indem mit dem Herrn Tischbein hierselbst Unterhandlungen wegen Erbauung von vier eisernen Schraubendampfschiffen angeknüpft und dem Abschluß nahe sein sollen. Die Schiffe werden dann auch unter mecklenburgischer Flagge fahren, da ein Zollnachlaß seitens der preußischen Regierung schwerlich in Aussicht steht.

Schweiz.

≡ **Aus der Schweiz,** 20. Dec. Der Pariser „Constitutionnel" erwähnt der Freudenfeuer und Kanonensalven, mit denen im Kanton Freiburg die Wiederherstellung des Kaiserthums in Frankreich begrüßt worden und fügt dann hinzu: „Besonders sind die (schweizerischen) Katholiken, welche in der letzten Revolutionszeit so viel zu leiden hatten, voll Begeisterung, denn sie erinnern sich der unermeßlichen Dienste, welche der Kaiser Napoleon der Schweiz geleistet hat, als er sie vom Joch der Revolutionsmänner befreite, und sie hoffen von Napoleon III., daß er ihren gründlichen Beschwerden Abhilfe zu verschaffen suchen werde. Die Leiden dieses Theils des Schweizervolks sind zu groß und zu drückend, als daß seine ausgesprochenen Wünsche nicht Theilnahme erwecken sollten. Die großen Höfe in Europa werden in dieser Hinsicht ohne Zweifel mit Frankreich einig gehen." — In Bezug auf die von den Radicalen beabsichtigte Niederreißung der uralten Liebfrauenkirche in Freiburg bemerkt die Zeitung „Bund": Da die Geistlichkeit von Notre-Dame sich anerboten hat, die nöthigen Reparaturen auf eigene Kosten vorzunehmen, so begreifen wir nicht recht, was es nützen mag, wenn man durch Demolition des ältesten kirchlichen Baudenkmals, an welchem die Bevölkerung mit Pietät zu hängen scheint, derselben vor den Kopf stößt. Man erfährt, daß die Kirche nur deßhalb abgebrochen werden soll, um Platz zu einem Bahnhof zu gewinnen. — Dasselbe Blatt enthält folgende Berichtigung: Seit einigen Tagen bringen verschiedene Blätter Nachrichten über Noten und Besprechungen der französischen Gesandtschaft über die schweizerische und bernische Presse mit dem Bundespräsidenten. Wir können des bestimmtesten erklären, daß der Gesandte von Frankreich weder eine Note über die schweizerische Presse eingab, noch beim Bundespräsidenten über die bernische Presse Beschwerde führte, und daß also natürlicherweise auch Herr Furrer nicht die angeblichen Antworten ertheilen konnte. Ebenso wenig hat Herr Druey, so viel uns bekannt, hierüber irgend eine Correspondenz geführt. — Wie zu erwarten war, hat der Genfer Dictator, J. Fazy, die von ihm eingegebene Demission wieder zurückgenommen. Die Vermuthung des „Journal de Geneve", es sei bei der ganzen Komödie auf nichts anderes als auf ein schärferes Gesetz gegen die Presse abgesehen, scheint dadurch Bestätigung zu erhalten.

Italien.

†† **Turin,** 16. Dec. Der Kriegsminister, General Marmora, hat bei einigen Garnisonen die bisher übliche französische Theorie

durch die österreichische ersetzt; vielleicht ist darum der gestrige Jahrestag des Siegs der Genuesen über die Oesterreicher (1746) in genannter Oppositionsstadt um so gerüschvoller begangen worden. — Die englische Bibelgesellschaft enthaltet gegenwärtig eine große Thätigkeit; ein eigner Agent, Namens Graydon, bereist Savoyen, und fordert in öffentlichen Blättern auf, das „Heilmittel der Seelen" bei ihm unentgeltlich zu empfangen. — Mit Neujahr erscheint ein savoyischer Charivari unter dem Titel „le Carillon". — Ein seltsames Ereigniß hat sich in der Gemeinde Pers-Jussy zugetragen. Der dortige sehr geachtete Bürger Pugin machte in einem Anfall von Irrsinn auf zwei Seufzen eine Art von Guillotine, die er zuerst an zwei Kühen und dann an sich selbst probirte, vorher aber Brandsuppen anhäufte und anzündete, wodurch die guillotinirte Leiche nur verkohlt aus dem abgebrannten Haus hervorgeholt werden konnte. Noch ein Nebenhaus ist mitverbrannt. Seine Frau wollte der Unglücklichie an einen eigens construirten Galgen hängen; diese aber entfloh zu rechter Zeit.

Aus **Piemont**, 11. Dec. Das dem Senat vorgelegte neue Civilehegesetz enthält so viele Abweichungen von dem bekannten Buoncampagni'schen, daß die Entscheidung dieser brikeligen Frage immer mehr hinausgerückt zu werden scheint. Der Clerus, der in dieser sechtigen Sache ein gewichtiges Wort mitredet, fordert alle guten Katholiken auf, auch das neue Project zu verwerfen. — Die in colossalen Verhältnissen betriebene Stellenjägerei der Emigration und des dem Ministerium ergebenen linken Centrums wird von einigen Organen auf energische Weise und mit unwiderlegbarem Detail geschildert und getadelt. — Sogar die dem Grafen Cavour ganz ergebene „Opinione" erklärt die Finanzlage Piemonts für eine sehr gefährliche; sie setzt hinzu, daß sie nicht gewohnt sei, „thörichte Furcht und Schrecken zu verbreiten". — Der Unterrichtsminister Cibrario hat den Lehrstuhl der Logik an der Turiner Universität unterdrückt. Darüber werden natürlich viele Witze gemacht. — Vor einigen Tagen wurde eine Sicherheitswache dicht vor den Thoren der Stadt ermordet.

Frankreich.

† **Paris**, 20. Dec. Unter den eingeladenen Gästen, die am Samstag Nachmittag kurz nach der Abfahrt des Kaisers ein Extrazug nach Compiegne gebracht hat, befinden sich die Minister des Innern, des Kriegs und der auswärtigen Angelegenheiten und ihre Gemahlinnen, ferner die Gesandten von England, Neapel, Sardinien, Spanien und Belgien mit ihren Gemahlinnen, der Graf v. Morny rc. — Die Stellung der Legitimisten, der Regierung gegenüber, ist jetzt keineswegs mehr so passiv, wie früher. Ein großer Theil der Männer dieser Partei, die, als Ludwig Napoleon noch Präsident war, in den Generale- und anderen Localkörperschaften verblieben, sist ausgetreten, und jeden Tag bringen die Provinzblätter Demissionen dieser Art. Wenn auch der Troß der legitimistischen Partei, wie das Votum vom 20. und 21. December bewiesen hat, zum größten Theile den Kaiser anerkannt hat, so hält der Generalstab, dessen Sitz im Faubourg St. Germain ist und dessen Offiziere die Schlösser der Departemente bewohnen, noch immer treu zum Grafen v. Chambord. Von Froschdorf erhalten sie ihre Befehle, nach denen sie so pünktlich handeln, als es ihre Privatinteressen nur immer gestatten.

Türkei.

† **Konstantinopel**, 7. Dec. Die großherrliche Regierung hat einen bedeutungsvollen Schritt gethan. Die Circulation der ausländischen Münzen im türkischen Reiche verboten worden; dieselben sollen bei etwaigem Einlaufen in den Staatskassen gegen türkische Münzen umgewechselt, und diese nur um ihren Nominalwerth ausgegeben werden. Die Regierung hofft damit dem Uebel des Metallagios mit einem Schlage zu begegnen und zugleich die Bank von Konstantinopel vor sonst unvermeidlichen Verlusten und endlichem Ruine zu bewahren. Ein in dem halbamtlichen „Journal de Constantinople" enthaltener Aufsatz trachtet den Beweis zu führen, daß die fraglichen Verfügungen eben so zweckmäßig als gerecht seien. Es sei nämlich die Bank in der erklärten Absicht gestiftet worden, den Wechselcours zwischen der Türkei und Europa aufrecht zu halten und angemessen zu regulären; dies sei bis jetzt unter den möglichst billigen Bedingungen geschehen, indem die Bank regelmentmäßig das Pfund Sterling zu 110 Piastern und den Gran zu 172 Paras berechne. Diesen Umstand habe sich eine unlautere Speculation zu Nutzen gemacht, um die Bank rücksichtslos auszubeuten, das Agio habe dazu den bequemsten Anlaß geboten und müsse daher unterdrückt werden. Schließlich gibt es zu, daß zwar das Verbot der ausländischen Münzen den mit einigen Mächten des Abendlandes abgeschlossenen Capitulationen widersprechr; doch sucht es diesen Widerspruch durch einige aus dem Drange der Verhältnisse geschöpfte Argumente zu entkräften.

Rußland und Polen.

Einen Zweig der allgemeinen Volksversorgung in Rußland oder eine Sicherstellung und Stütze derselben bilden die Bearbeitung und der Ertrag bestimmter Aecker, welche unter dem Namen der Gemeindeäcker gemeinschaftlich von den arbeitsfähigen Gliedern der Landgemeinden bebaut werden. Die Einrichtung dieser Gemeindeäcker besteht seit 1828 auf den kaiserlichen Apanagegütern, auf denen sie während zwei auf einander folgenden Mißwachsjahren, die seitdem statt hatten, nicht nur das Bedürfniß an Getreide befriedigte, sondern außerdem eine Summe von mehr als 2 Millionen Banco-Rubel zu dem auf demselben Wege erworbenen Capital zur Unterstützung landwirthschaftlicher Zwecke liefern konnte. Auf Privatgütern fand die Einführung der gemeinschaftlichen Bearbeitung der Gemeindeäcker zuerst im Gouvernement Simbirsk im Jahr 1843 statt, und sie seitdem durch Begünstigung seitens des Ministeriums des Innern und durch Aufmunterung in der einheimischen landwirthschaftlichen Literatur zum Wohle der gesammten Bevölkerung auch in andere Gouvernements übergegangen. Auf jedem Apanagegut ein Kaiserreich wird je nach dem Boden und dem Klima das Minimum des Ertrages von den Gemeindeäckern für gewisse Jahre fest angenommen, und zwar ist die Bestimmung in verschiedenen Gouvernements verschieden. Im Gouvernement Perm beträgt sie für Wintergetreide das 4., für Sommergetreide das 3½, für Kartoffeln das 3. Korn. Aus dem Mehrertrag erhalten alle, die an der Aufsicht über die Vertheilung von Gemeindeäcker theilnehmen, zusammen vier Fünftel als Gratification zugetheilt, während ein Fünftel dem Getreidecapital zugeschlagen wird. Da die vier Fünftel des Mehrertrags je nach der Ernte und den Getreidepreisen einem größeren oder geringern Geldwerth entsprechen können, so werden die Belohnungen in runden Summen ausgezahlt und der Rest davon, sowie auch diejenigen Gratificationssummen, welche einzelnen Individuen aus dienstlichen Gründen vorenthalten sind, werden den Summen zugezählt, die das sogenannte Restcapital bilden.

Amerika.

Der „Weekly Herald" von Neuyork berichtet über die Expedition nach Japan, daß dieselbe aus einem Linienschiff von 96 Kanonen, 4 Dampffregatten, 5 kleineren Kriegs- und 4 Transportschiffen besteht, welche zusammen 236 Kanonen und 3125 Mann zählen und sich unter dem Commando des Commodore Perry in Madeira sammeln, um von dort ungesäumt abzugehen. Die Expedition wird außer dem nöthigen Kriegsmaterial auch friedliche Waffen mitnehmen und zwar eine Eisenbahnlocomotive mit Wagen und Eisenbahnschienen für eine Längenstrecke von 10 englischen Meilen, einen telegraphischen Apparat mit dem nöthigen Material für eine Leitung von dem kaiserlichen Palast nach einer der Hauptstädte des Landes, einen vollständigen Daguerrotypapparat, eine prachtvolle Barke für den Kaiser und 50 Kisten mit Handwerkszeug aller Art rc. Auch erfahrene und geschickte Ingenieur, welcher zur Rechnung der Regierung bereits mehrere Linien errichtet hat, wird die Expedition begleiten.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

△ **Strasburg**, 16. Dec. Hinsichtlich der Richtung, welche der zwischen hier und Weißenburg zu erbauenden Eisenbahn gegeben werden soll, hat die Gesellschaft der Straßburg-Basler Linie, der drei Unternehmen zugeschlagen worden ist, folgende Bestimmungen angenommen: Von Hagenau aus gewinnt die Bahn den Paß von Surburg, läuft längs der Sauerbachs und des Sumpfgrabens hin, tritt in das Thal des Haufenbach, gelangt nach Niedesheim, läuft über die Anhöhe, welche den Seibach von der Lauter trennt, umgeht der Steige gegen Weißenburg hin, biegt links um, und erreicht die Stadt Weißenburg, wo eine Station errichtet werden wird, mit der bayrischen Linie verbunden werden soll. Die vorerwähnte Gesellschaft hatte eine Submission eingereicht, in Betreff der Ausführung einer Eisenbahn, welche von Reims, am Vereinigungspunkt der beiden Bahnen von Straßburg und vom Norden, ausgehen und sich nach Retzel, Mezieres und Givet wenden würde, mit Verzweigung von Mezieres auf Sedan. Die Compagnie verlangte hierfür vom Staate die Zinsgarantie, eine Besteuer und die Verzichtleistung des Staates auf die Theilung der Gewinnste über acht Procent, eine der Klauseln der Concession der Paris-Straßburger Linie. In Conseurrenz mit der Straßburger Compagnie hat die der Nordbahn eine Submission vorgelegt für Ausführung einer Linie, welche von Retzel aus sich nach Mezieres wenden würde, indem sie, von diesem Punkt an, der nämlichen Richtung folgen würde, wie die von der Straßburger Compagnie angegebene. Man weiß, daß die Nordcompagnie bereits Concessionärin einer Verzweigung ist, welche die Nordbahn mit Reims verbinden wird, und welche durch Laon gehend, binnen neun Jahren ausgeführt werden soll.

Telegraphische Coursberichte.

Amsterdam, 21. Dec. 2½pCt. Integr. 66⅞. — 4pCt. Certifte. 97⅞. — 3½pCt. Synd. —. — 4pCt. Russ. bei Hope 92⅛. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 92⅛. — 3pCt. Spanische inl. 43½. — 1pCt. do. Neue 23¾. — 5pCt. Silber-Metall. 93⅛. — 5pCt. Metall. 80⅞. — 2½pCt. do. 41⅝. (Synd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Walter. Dr. C. Sattler, Dr. J. B. Kuhschrei.

Dividende-Vertheilung von 16⅔ Procent.

Die nach §. 20 der Statuten bestimmte Zurücksetzung des entsprechen erachteten Theiles der Ueberschüsse, wird im Laufe des Jahres 1853, nach Maaßgabe der Zeit des Eintritts, mittelst einer Dividende von 16⅔ Procent auf diejenigen Beiträge zugleist werden, welche in dem Jahre 1848 für lebenslängliche Versicherungen gezahlt worden sind. Diese Vergütung erfolgt bei der Entrichtung des nächsten Jahresbeitrags mittelst Zurechnung.

Leipzig, den 16. December 1852.

Das Directorium der Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Dr. Beck. Dürbig. Adv. Einert. Kammerrath Frege.
Harkort. Olearius.

Nähere Auskunft ertheilt gratis die Agentur bei

[2847] **Heinr. Berhuven** in Frankfurt a. M.

[2852]

Bekanntmachung.

Die pro 1. April d. J. fällig gewesenen Zinsen der Fürstlich Oettingen-Wallerstein'schen Obligationen, Anlehen von fl. 400,000, werden von heute an bei mir ausbezahlt.

Frankfurt a. M., den 19. December 1852.

Philipp Nicolaus Schmidt.

[2856] **Gummy-Schuhe, Stiefelchen** und **Ueberschuhe** in großer Auswahl bei

Fr. Bettenhäuser, Steinweg.

[2853]

Lieferung
von Betriebs-Materialien.

Für die Main-Neckar-Eisenbahnverwaltung Darmstadt werden in Auftrag der Direction der Main-Neckar-Eisenbahn die nachstehenden für das Jahr 1853 erforderlichen Materialien durch Submission vergeben, welche letztere unter Beifügung der erforderlichen Muster und Proben bis zum

2. Januar k. J., Vormittags 10 Uhr,

mit der Aufschrift: „Submission für die Main-Neckar-Eisenbahnverwaltung Darmstadt, betr. Materialienlieferung pro 1853“ bei der unterzeichneten Behörde portofrei eingereicht sein müssen.

Gleichzeitig mit diesem soll auch die Lieferung von

135 Stück Laffeten für die Wagen I. und
452 „ „ „ „ II. Classe,

von Messingguß nach Maßgabe der vorliegenden Muster, durch Submission vergeben werden, wolle die Angebote in obiger Submissions-Eingabe enthalten sein können.

Bei Eröffnung der Submissionen steht es den Einlegern frei, gegenwärtig zu sein.

Die erforderlichen Materialien sind:

1) Zeltschrot	4400	Centner.
2) Gewehrleim, nach Probe und Muster	59	Pfund.
3) Eisendraht, versch. Stärke .	70	Pfund.
4) Blechglut, in rohnen Platten	500	"
5) Blechglut, englisch . . .	98	"
6) Brennöl, gereinigtes . . .	51	Centner.
7) Repsöl, beste Qual. . . .	31,5	"
8) Talg	14	"
9) Fuhrpeiche, nach Muster.	6	Stück.
10) Zwilch, gestreiften, lein. .	220	Ellen.
11) Wachstuch, feines nach Muster	274	□Fuß.
12) do. für Fußboden . .	100	"

2c. 2c.

Außerdem sind noch eine weitere Anzahl von Holz-, Metall- und Fettwaaren nebst sonstigen Materialien zu vergeben, worüber die Listen nebst Lieferungsbedingungen bei allen drei Bahnverwaltungen, Frankfurt, Darmstadt und Heidelberg, eingesehen werden können.

Darmstadt, den 17. December 1852.

Die Bahnverwaltung daf.
Eschhammer. vdt. Deins

[1690] **Aus- und Verkauf**
von Büchern bei H. Brechhold, Zeil Nr. 5 neu.

[2849] Bekanntmachung.

Alle, in dem abgehaltenen Liquidationstermine und bis jetzt nicht aufgetretenen Gläubiger des zahlungsunfähigen hiesigen Handelsmanns H. Heidinger jun. werden hiermit von der Masse ausgeschlossen.

Frankfurt a. M., den 8. December 1852.
Stadt-Gericht I.
Dr. Diehe, Sect.

Allgemeine Renten-Anstalt zu Darmstadt.

Diejenigen, welche der in der Bildung begriffenen, mit dem 31. December d. J. geschlossen werdenden 6ten Jahresgesellschaft, zu welcher bereits **449 Einlagen** gemacht worden sind, beizutreten oder Nachzahlungen auf frühere Einlagen zu leisten beabsichtigen, laden wir hierdurch ein, solches vor Ablauf dieses Jahres entweder dahier bei dem Hauptbüreau der Anstalt oder auswärts bei den Herren Bevollmächtigten derselben *) zu bewerkstelligen.

Bis jetzt zählt die Anstalt im Ganzen **5464 Mitglieder** mit **9001 Einlagen** und einem effectiven **Einlagecapital von 509918 fl.**

Bei der mit der Anstalt verbundenen **Depositencasse** wurden außerdem seit Anfang d. J. bereits **242797 fl.** hinterlegt.

Darmstadt, den 25. October 1852.

Die Direction der allgemeinen Renten-Anstalt.

*) **In Frankfurt a. M.** bei Herrn G. A. Jay; in Dillenburg bei Herrn J. J. Stinz; in Hanau bei Herrn A. Fischer jun.; in Hanau bei Herrn Ferdinand Metz; in Heidelberg bei Herrn C. C. Otto; in Heilbronn bei Herrn Hermann Böckten; in Hildburghausen bei Herrn Steuersmitglieder Kißkeltein; in Homburg v. d. H. bei Herrn Carl Müller; in Kreuznach bei Herrn Jacob Heisel; in Marburg bei Herrn J. H. G. Römbeldt; in Schweinfurt bei Herrn Anderas Krillhaas; in Stuttgart bei Herrn Louis Bertsch; in Wiesbaden bei Herrn J. W. Kiesbier. [2491]

Cours der Staats-Papiere. 22. December 1852. (Schluss der Börse.)

	For comptant.		For comptant.
Oesterreich	5% M. (C.L.8 d. Roths)	86⅛ G.	
"	5% M.v.J. 1851 Ser. B.	86⅛ G.	
"	5% do.v.J. 1853 L. A121	95⅛ P. 95 G.	
"	5% L. V. (C.d. Roths)	92 bez. 91½ G.	
"	5% do. do. Neue C.8.L.M.	88 G.	
"	Bank-Actien, . . .	1408, 9, 10 bez. 1408 G.	
"	5% Metalliq. Oblig.	83 G.	
"	4% M.v.J. 1851 Ser. A.	88⅛ G.	
"	4% ditto 1852	83¼ bez. 83 G.	
"	4½% ditto	74¼ etw. ⅛ bez. u. G.	
"	4% ditto	65⅝ P. ⅛ G.	
"	3% ditto	49⅛ G.	
"	2½% ditto	42⅜ G.	
"	1% ditto	16⅛ G.	
"	Mail.-Como-fl. 14-L.	110⅛ P. 11 G.	
"	fl. 250 Loose b. Roths.	122 P. 121¾ G.	
"	fl. 500 ditto	135½ P. G.	
"	4½% Oblig. b. Rothsch.	81½ P. 81 bez.	
"	4% " "	71½ P.	
Preussen .	3½% Staatsschuld.	94½ G.	
"	Seehandl.-Prämien	124 G.	
Bayern .	5% Oblig. d. Rothsch.	101½ P.	
"	4½% ditto	101¾ P. ⅓ G.	
"	4% ditto	96½ P.	
"	4% Abdis.-Rente .	96⅝ P. ⅓ G.	
"	3½% Oblig. b. Roths.	92⅝ P. ⅓ G.	
"	Ludwigsb.-Bexbach.	99⅜ P. ⅓ G.	
"	4% Pfterk.-Oblig.	103½ G.	
Würtemb.	4½% Oblig. z. Roths.	101½ P. ⅓ bez.	
"	4% ditto	90⅛ P. 1½ G.	
Baden . .	5% Obligationen.	102½ G.	
"	4½% Obligationen	102⅛ P. ⅓ G.	
"	3½% v. 1847 . .	91⅛ P. ⅓ G.	
"	fl. 50 Loose v. 1840	67½ G.	
Baden.	fl. 35 Loose v. 1845	38½ bez. u. G.	
Nurhessen	40Thlr. l., b. Rothsch.	34 P. 33½ G.	
"	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	43½ P. 1/6 G.	
Gr. Hessen	4½% Obligationen	101⅞ G.	
"	4% Oblig. d. b. Rothsch.	93⅜ G.	
"	3½% Oblig. b. Rothsch.	92⅛ G.	
"	fl. 50 Loose . . .	32 P. 31¼ G.	
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103⅛ P.	
"	4% ditto	99⅝ G.	
"	3½% ditto	91¾ P. ½ G.	
"	fl. 25 Loose . . .	29⅛ G.	
Frankfurt	fl. 35 Lose v. 1839	58½ P. ½ G.	
"	3½% v. 1846	84½ G.	
"	3% " . . .	66 P. 85¾ G.	
"	Baumwollanlehen.	307 P. 304 G.	
Russland	4½% Obl. b. Hering	101½ P. ½ G.	
"	4% Obl. b. Hope & S.	92¾ G.	
"	4% " b. Stieglitz "	92¼ G.	
Polen . .	4% Oblig. de fl. 500	92¼ P. 92 G.	
Schweden	3% Ind. d. b. Roths.	44 P. 43¾ G.	
"	3% Neue " "	24 P. 23½ bez. ⅞ G.	
Holland .	4% Certificate . .	97½ G.	
"	3½% Syndicate .	85½ G.	
"	2½% Integrale .	66 G.	
Belgien .	4½% Obl. inFr. à 25 Kr.	99⅝ P. ⅛ G.	
"	4% Obl. in Fr. à 25 Kr.	94⅜ P.	
"	3½% Obl. b. Rothsch.	87⅝ P. ½ G.	
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97⅞ G.	
"	5% Obl. b. Hambro	94½ P.	
"	Sardinische Loose .	41⅝ G.	
Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Gods.)	101½ P. ⅝ G.	
"	5% 1851 b. Bartorp (do.)	98 G.	
N. Amerika	6% Stocks Doll. 2. 3.	116⅞ G.	

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 22. December	For comptant.
Amsterdam . . . k.S.	0 B. 99⅛ G.
(100 fl. Crt.)	2M. —
Augsburg . . . k.S.	121⅛ 120⅞ G.
(100 fl. Crt.)	2M. —
Berlin . . . . k.S.	105⅛ 104⅞ G.
(60 Thlr.)	2M. —
Bremen (50	k.S. 97⅛ B. 96⅞ G.
Hthlr. l. Ldor.	3M. —
Hamburg . . . k.S.	69 G.
(100Mk. Bc.)	2M. —
Leipzig . . . . k.S.	105⅛ B. 104⅝ G.
London . . . . k.S.	119⅛ B. 118⅝ G.
(10 Livr. St.)	2M. —
Lyon . . . . . k.S.	94⅛ B. 93⅞ G.
(300 Fr.)	2M. —
Mailand (350	k.S. 100⅛ B. 99⅝ G.
Lir. Austr.)	2M. —
Paris . . . . . k.S.	94⅛ B. 93⅞ G.
(300 Fr.)	2M. —
Wien (100fl.)	k.S. 104⅛ 103⅞ G.
in 24 Fl.)	2M. 104⅛ 103⅝ G.
Disconto . . .	2 B.

Gold und Silber.

Pistolen	à 9 43-44
Pr. Friedrichsd'or	à 9 54½-55⅛
Holl. 10fl. Stücke	à 9 46⅛-46⅝
Rand-Ducaten .	à 5 36⅛-37⅛
20 Francsstücke	à 9 25⅛-26⅛
Engl. Sovereigns	à 11 48
Gold al Marco	à 779-781
5 Frankenthaler	à 2 260⅛-214⅛
Preuss. Thaler	à 1 45-¼
Preuss. Cassa-Sch.	à 1 45-¼

Druck und Verlag von August Osterrieth.

№ 306. — Donnerstag — den 23. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Gebietstheilen von Frankfurt 2 fl. 30 kr. 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn- und Taxis'schen Postverwaltungsgebiets 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 16 Sgr. 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder

2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 20 Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übereseeische Länder nimmt Herr C. L. Alexander in Straßburg, Krautgasse Nr. 29, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Zeilen) mit Postbeförderung oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 18. Dec. Der Graf v. Chambord und dessen Gemahlin haben heute die Reise von Froschdorf nach Venedig angetreten. Dieselben nehmen ihren Weg über Brunnsee in Steiermark, wo sie der Herzogin von Berry einen Besuch abstatten. — Dem Ministerium ist ein Plan zur Errichtung von Forstschulen nach dem Vorbilde der bereits bestehenden landwirthschaftlichen Lehranstalten vorgelegt worden. — Die Verordnungen, welche die Grundzerstückelung beschränken, sind den betreffenden Behörden erneuert in Erinnerung gebracht worden. — Sechs neue Lehrbataillone sollen im künftigen Frühjahr an der Stelle der aufgelösten gebildet werden, um die Gleichmäßigkeit im Exerzieren durch die in diesen Lehrkörpern gebildete Mannschaft fortzupflanzen. — Das Kriegsministerium hat einen Anlauf von Cavallerieremonten angeordnet, welcher in den verschiedenen Kronländern durch ambulante Assentirungscommissionen vorgenommen werden wird. — In Oberösterreich mehrt sich der industrielle Unternehmungsgeist auf die erfreulichste Weise. Große und kleine Etablissemente sind in diesem schönen Lande theils im Entstehen, theils kürzlich ins Leben getreten. Großartig wird die schon seit einem Jahr im Bau begriffene Flachsspinnerei bei Lembach mit ihren kunstreichen Wasserwerken. Eine ähnliche soll in St. Pölten und eine andere bei Ried gebaut werden. Auffallend ist es, im Gebirgslande Runkelrübenzuckerfabriken im Gange zu finden, deren mehrere in diesem Jahre auf eine äußerst einfache und zweckmäßige Weise errichtet wurden. Für die Tranthaler Braunkohlen soll eine Eisenbahn nach Lembach angelegt werden. Ueberhaupt findet man seit den letzten zwei Jahren in dieser Provinz viele neue, zeitgemäße industrielle Unternehmungen. — Die Seidenzucht in Ungarn, welche mehrere Jahre hindurch ziemlich vernachlässigt war, soll jetzt neuerdings mit aller möglichen Energie unterstützt werden; besonders haben es sich die Gutsbesitzer der südlichen Comitate zur Aufgabe gestellt, ihren ganzen Einfluß der Hebung der Seidenzucht zuzuwenden.

Wien, 19. Dec. Nachrichten aus Montenegro, sagt die heutige „Presse", lauten bereits dermaßen beruhigend, um diesem Winkel von Europa eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Montenegriner machen kein Geheimniß aus ihren Plänen, nach und nach ganz Albanien sich einzuverleiben. Sie scheinen aber zu vergessen, daß ihr Kriegszug, welcher jetzt nur als eine halbasiatische Fehde zwischen Vasallen und Oberherrn erscheint, dann eine Gestalt annehmen muß, bei welcher er sich, im Hinblick auf die territorialen Verhältnisse der Türkei, als eine Angelegenheit von zu großer Wichtigkeit darstellt, als daß er nicht auch wenigstens von den am meisten betheiligten Cabineten als solche betrachtet werden dürfte.

Nach einem Brief der „Times" aus Wien, 12. December, soll der dortige Correspondent des „Morning Chronicle", als er eben einen Brief auf die Post geben wollte, von zwei Polizeiagenten verhaftet und erst 24 Stunden später entlassen worden sein. Die Polizei begleitete ihn nach seiner Wohnung und nahm dort seine Papiere in Beschlag. Als Grund wurde ihm angegeben, daß er in einem Oesterreich feindlichen Sinne schreibe.

Wir haben bereits des von dem Cardinal-Erzbischof von Prag und den Bischöfen von Königgrätz, Leitmeritz und Budweis unterzeichneten Documents, welches für den Klerus der Prager Kirchenprovinz betreffs der klerikalen Kleidung ergangen ist, gedacht. Dasselbe liegt in seinem Eingange den Priestern ans Herz, ihren Lebenswandel mit ihrem hohen Berufe im Einklang zu halten, und droht hervor, daß der Priester sich eines Aergernis erregenden Wiederspruchs mit der ihm anvertrauten Würde schuldig machen würde, welcher sich am Tanze betheiligte, Zerstreuung in Wirths- und Kaffeehäusern suchte, im Umgang mit dem andern Geschlecht nicht sorgfältigst selbst den Schein jeder Unzukömmlichkeit von sich fern hielte, oder mit seinen weiblichen Dienstpersonen Vergnügungsfahrten unternähme und in deren Gesellschaft Festlichkeiten, Jahrmärkten und andern öffentlichen Belustigungen anwohnte.

* **Berlin**, 20. Dec. Von Seiten der Generalität, berichtet die „Pyr. Ztg.", hatten sich zuerst Bedenken erhoben, ob es zweckmäßig sei, bei der Parade am 18. Sr. Maj. dem Kaiser unsere gesammte Garnison vorzuführen, zu einer Zeit, wo die Reserven entlassen, die Rekruten kaum sechs Wochen in Uebung, noch nicht zum Einstellen in die Compagnien ausgebildet sind. Gar Manchen schien es angemessener, nur mit zwei Gliedern bei der Infanterie und drei Zügen per Escadron anzurücken; der Kriegsherr dagegen, der selbst die Parade commandirte, befahl, auch die Rekruten mit aufzustellen, und die Officiere hatten keine Ursache, sich derselben zu schämen. Wie schon gestern, so brachen sich auch heute Se. Maj. der Kaiser über die Haltung und Bewegungen der Truppen sehr zufrieden gegen mehrere Officiere aus, die höchstdemselben im königlichen Schlosse vorgestellt wurden. Das Kaiser Franz-Grenadierregiment, dessen Uniform der Kaiser als Chef desselben trug, rückte mit der Fahne aus, die demselben im Jahr 1819 von der damaligen Kaiserin von Oesterreich zum Geschenk gemacht wurde. Der Kaiser hielt sich besonders lange in der Kaserne seines Regiments auf, wo er die Einrichtungen bis ins Einzelnste in Augenschein nahm. Officieren, denen man in solchen Dingen ein Urtheil zutrauen kann, versichern, der Zustand der deutschen Armeen sei fast ohne Ausnahme niemals ein so befriedigender gewesen, wie in dem gegenwärtigen Augenblick, und namentlich soll das bayerische Heer gegen früher vortrefflich organisirt und geschult sein. Die im Monat December um München stattgefundenen großen Manöver, wobei Se. Maj. der König selbst immer das schwierigste Commando übernahm, haben nach Aussage hiesiger Officiere ungemein glänzende Resultate geliefert, und hört man, daß bis in die letzten Tage die Garnison in München fast täglich zu Uebungsmärschen ausrückte. Auch das badensche Heer wurde wunderbar schnell wieder in einen guten Stand gesetzt. Was die sächsischen Truppen in verhängnißvoller Zeit leisteten, ist Allen in frischer Erinnerung. — Ist daher Friede und Eintracht wieder in allen Beziehungen der deutschen Regierungen zu einander zurückgekehrt, so können wir vertrauensvoll der Zukunft entgegensehen. Das Pfeilbündel deutscher Einigkeit wird so leicht kein äußerer und kein innerer Feind zerbrechen. Daß Oesterreichs Kaiser auch im Norden Deutschlands treue Verbündete hat, davon zeugt die Ankunft Sr. Maj. des Königs von Hannover und Sr. Hoheit des Herzogs von Braunschweig in Potsdam, allerhöchstdenen es Bedürfniß war, den hohen Gast auf norddeutschem Boden willkommen zu heißen. Auf der Grundlage, auf welcher Herr v. Bruck hier unterhandelt, und bei den ausgedehnten Vollmachten, mit welchen er ausgerüstet ist, ist von seiner Mission der beste Erfolg zu erwarten. — Herr v. Florencourt, der bei seinem Verwandten, dem Minister v. Westphalen, auf einige Tage zum Besuche war, hatte Unterredungen mit mehreren Abgeordneten der katholischen Fraction. Daß eine Deputation der letztern unbefriedigt von einer Audienz beim Hrn. v. Manteuffel kam, ist irrthümlich. Die Regierung wird ihr Möglichstes thun, den Beschwerden der Katholiken gerecht zu werden. — Die Nachricht von der Anstellung des Polizeirathes Stieber als Polizeidirector in Köln wird jetzt für irrthümlich erklärt.

Stettin, 18. Dec. Nach einem Beschluß des hiesigen Kreisgerichts soll, der „Nordd. Ztg." zufolge, der Kriegsschauer, dessen Bau durch freiwillige Beiträge im Jahre 1849 hier begonnen wurde, der aber noch heute unvollendet hier auf dem Stapel steht, am 3. Februar k. J. an den Meistbietenden verkauft werden. — Wie die „Oss.-Ztg." hört, ist im Directorium der Berlin-Stettiner Eisenbahn das Project zur Sprache gekommen, von Passow nach Stralsund, gegen Ausgabe von Prioritätsactien, eine Eisenbahn zu bauen.

Aus Tilsit vom 16. Dec. meldet die „Königsb. H. Ztg.“: Die Publication des die hiesige freie evangelische Gemeinde freisprechenden Erkenntnisses des Königlichen Obertribunals an die hiesigen Behörden ist in diesen Tagen erfolgt, und somit ist dem auch das letzte Hinderniß für die Aufbedung der polizeilichen Schließung der Gemeinde beseitigt. Wie es heißt, beabsichtigt die Gemeinde erst mit der Feier des Weihnachtsfestes in die Oeffentlichkeit zu treten.

⁂ Aus Posen, 20. Dec., wird uns mitgetheilt: Da es sich nicht selten ereignet, daß Geschäftsreisende aus dem westlichen Deutschland an der Grenze des Königreichs Polen sich behufs ihrer Paßangelegenheit längere Zeit aufgehalten, zu wohl gar ganz zurückgewiesen sahen und somit viel Geld und Zeit vergebens aufwenden, so dürfte es angemessen sein, den Inhalt einer kürzlich durch den Landrath eines Grenzkreises veröffentlichten Regierungsverfügung die sich natürlich auf preußische Staatsangehörige bezieht mitzutheilen. Der Paßextrahent, der eine Reise nach dem Königreich Polen beabsichtigt, kann seine dieserhalbige Eingabe entweder an das königliche Ministerium für die auswärtigen Angelegenheiten in Berlin, oder an das königlich preußische Generalconsulat in Warschau, oder endlich auch unmittelbar an die diplomatische Kanzlei des Fürsten von Warschau richten. Dem Gesuche müssen beigefügt sein: genügende polizeiliche Atteste über die polizeiliche Unverdächtigkeit und die moralische Aufführung des Reisenden; nächstdem aber müssen auch diejenigen Personen namhaft gemacht werden, mit denen der Reisende in jenseitigen Staaten in Verbindung zu treten willens ist und die gleichzeitig für das ruhige politische Verhalten desselben während der Dauer seines Aufenthalts in Polen persönlich haften. Auch muß von dem Paßextrahenten in der betreffenden Eingabe genau die Grenzkammer angegeben werden, welche er auf seiner Reise beim Eintritt in Polen zu passiren gedenkt.

Landau, 20. Dec. Johann Deutsch von Edenkoben, welcher wegen Betheiligung am Aufstande lange Zeit flüchtig war, sich aber vor einigen Monaten gestellt hatte und bei den letzten Assisen von den Geschworenen freigesprochen ward, stand heute unter der Anklage um unerlaubter Werbung und der Kassirbeschlagnahme vor dem hiesigen Zuchtpolizeigericht, welches ihn zu einer Gefangnißstrafe von drei Jahren und in die Kosten verurtheilte.

Darmstadt, 22. Dec. Durch allerhöchstes Edict vom 21. d. M. ist heute der Landtag bis auf Weiteres vertagt worden. (D. Z.)

Italien.

Sardinien. Von Paris aus hat der Fürst von Monaco folgenden Protest gegen die sardinische Regierung erlassen:

Wir Florestan der Erste, von Gottes Gnaden souveräner Fürst von Monaco ꝛc. Durch unsere Protestation vom 13. und 29. September 1848 haben wir die Wächte, welche die Verträge von 1814 und 1815 unterzeichneten, von den Ereignissen in Kenntniß gesetzt, welche sich in unserm Fürstenthum zugetragen haben, desgleichen von dem Decret des Königs von Sardinien vom 18. September 1848, welches stipulirt, daß die Gemeinden Mentone und Roccabruna ohne Verzug durch sein Gouvernement zu besetzen seien, um provisorisch nach den dort in Kraft stehenden Gesetzen verwaltet zu werden. Wir haben in der Folge protestirt gegen ein neues Decret des Königs von Sardinien vom 20. December 1848, welches die Gemeinden von Mentone und Roccabruna der Gerichtsbarkeit des Tribunals von Nizza unterwarf, und überhaupt gegen alle Acte, welche unsere Souveränität anlasten. Seitdem hat das Tribunal von Nizza, unsern Rechten zuwider, eine Entscheidung in Fragen der Expropriation für öffentliche Nützlichkeit zu Mentone berufen, durch ein Urtheil vom 14. Juli erklärt, daß, weil die Stadt Mentone durch das Gesetz vom 18. September 1848 der Autorität des Königs von Sardinien unterworfen worden, die Declaration öffentlicher Nützlichkeit vom Könige als dem Nachfolger des Fürsten von Monaco, ausgehen müsse. Das Urtheil des Tribunals von Nizza, gesprochen im Namen der Königs von Sardinien und durch Magistratspersonen, welche von ihm eingesetzt wurden, schließt die Gutheißung des sardinischen Gouvernements in sich und macht es uns zur Pflicht, zu protestiren nicht bloß gegen die Prätension, die Justiz auszuüben in einem von unserer Souveränetät abhängenden Lande, sondern auch gegen die, uns aus dem Besitz jener Souveränetät zu verdrängen und uns in Ausführung einer Decrets, welches weder die Verträge modificiren, noch unsere Rechte schmälern kann, einen Nachfolger zu constituiren. Wir glauben durch unsere gegenwärtige Protestation diese verkannten Rechte und die Principien zu vertheidigen, welche die Achtung der etablirten Souveränetäten und ihre Unverletzlichkeit gegen ungerechte Uebergriffe verbürgen. Aus demselben Grunde protestiren wir von neuem gegen die Besetzung der Städte Mentone und Roccabruna durch die Truppen des Königs von Sardinien und gegen die Intervention des sardinischen Gouvernements in die Verwaltung dieser Gemeinden. Wir wenden uns mit Vertrauen an die Mächte, welche die Verträge von 1814 und 1815 unterzeichnet haben, wodurch der Territorialbesitz von Europa geregelt wird, und wir bitten sie, die in unserer Souveränetät verletzten Principien dieser Verträge zu vertheidigen und zu beschützen. Zu unserem Hotel zu Paris, 2. Dec. 1852. Florestan I.

Das „Morning Chronicle“ läßt sich vom 6. Dec. aus **Florenz** schreiben: Aus einer mir gemachten Mittheilung habe ich Grund zu glauben, daß das Project Oesterreichs, Toscana in seinen Handelsverband einzuschließen, in der letzten Zeit einiger Opposition begegnet ist. England und, wie es heißt, auch Frankreich unterstützen den gegenwärtigen Minister des Innern, Signor Baldasseroni, in seiner Opposition gegen den österreichischen Zollverband. Seit dem Besuche des Großherzogs in Gaeta haben die innigen Beziehungen zwischen dem Papst und dem Haupte des Lothringischen Hauses keine Unterbrechung erlitten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Vatican bei allen religiösen sowohl wie Erziehungsfragen zu Rathe gezogen wird, und die kürzlich hier eingeführten neuen Maßregeln flossen offenbar aus römischen Rathschlägen. — Was die Gefangenen Madiai betrifft, ist vor der Hand wenig Aussicht auf ihre Befreiung, und der Zweck der Deputation kann als vollkommen vereitelt betrachtet werden.

Neueste Nachrichten.

Wien, 21. Dec. Nach der eben eingetroffenen Post aus Konstantinopel vom 11. d. M. dauert der Börsenschrecken fort. Das Metallagio steigt (trotz des Verbots der Pforte!). Die streitige Angelegenheit des Protectorats der heiligen Stätten ist wieder in das alte Schwanken gerathen. Eine neuere Entscheidung lautet günstig für die Griechen (s. d. für das russische Protectorat, während die letzte Entscheidung das lateinische, d. h. das katholisch-französische Protectorat bevorzugte). (L. D. d. A. Z.)

Köln, 20. Dec. Herr v. Florencourt wird nach Neujahr die Leitung der Redaction der „Deutschen Volkshalle“ übernehmen, wozu wir dem geschätzten Publicisten Ausdauer und Geduld wünschen. (M. Z.)

Kassel, 17. Dec. Dem Vernehmen nach soll auf allerhöchste Verfügung die vom Ministerium gegen die Mitglieder der Ständeversammlung von 1850 erhobene Anklage bis auf Weiteres vorläufig beruhen. — Der Rechts- und Verfassungsausschuß der zweiten Kammer hat den von der Staatsregierung ihm vorgelegten provisorischen Gesetzen, welche früherhin unter Zustimmung der Bundescommissäre erlassen waren, seine Genehmigung ertheilt. Die Abstimmungen über diese Gesetze sind, wie man hört, gegen zwei Stimmen erfolgt. Die Majorität ist demnach eine ganz entschieden compacte. — Der Hauptmann v. Heimrodt von der Garde ist zum Flügeladjutanten des Kurfürsten befördert worden. (M. K.)

⁂ **Weimar**, 20. Dec. Heute Nachmittag nach 4 Uhr sind der Erbgroßherzog und die Frau Erbgroßherzogin von ihrer Reise hierher zurückgekehrt.

Paris, 20. Dec. Nach den soeben von London durch den Telegraphen eingetroffenen Nachrichten wird Lord Aberdeen Premier des neuen Cabinets, Vicecount Canning Minister des Auswärtigen werden und sodann Lord John Russell, Gladstone und Herbert in das neue Ministerium eintreten. Man hatte hier wirklich auf ein Cabinet Palmerston gehofft und versprach sich von demselben alles Mögliche; Sie können daher denken, daß die obige Nachricht in den officiellen Kreisen nicht den günstigsten Eindruck gemacht hat. Dazu kommt dann noch, daß Viscount Canning bekanntlich durchaus keine Sympathien für den neuen Kaiser von Frankreich hegt, wie er solches in seiner Antwort auf die neulichst Rede des Grafen Malmesbury hinlänglich kundbar hat. Kommt das angekündigte Ministerium wirklich zu Stande, so wäre es also mit der englischen Allianz, auf die man in der letzten Zeit so ostgeprahlt, auch nichts, und die Verhältnisse zum Auslande wären noch mehr verschlimmert. (K. Z.)

⁂ **Paris**, 21. Dec. In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen wird versichert, die Anerkennung des Kaisers seitens der drei nordischen Mächte stehe noch vor dem 5. oder 6. Januar zu erwarten. — Heute Nachmittag hat sich der Senat versammelt, um über die Modificationen der Verfassung Beschluß zu fassen. Ich glaube zu wissen, daß an dem ursprünglichen Entwurf des Senatusconsultums, außer der Herabsetzung des Gehaltes für die Deputirten von 6000 auf 2500 Fr., keine weitere Aenderung vorgenommen worden ist.

‡ **Paris**, 21. Dec. Alle zur Jagd in Compiegne eingeladenen Personen frühstückten gestern im Jagdkleid mit dem Kaiser in der großen Gallerie. Einige Damen, darunter das Fräulein von Montijo, Madame v. Contades und Madame Drouin de Lhuys trugen das officielle Reitkleid in Grün und Gold. Kurz vor zwölf Uhr bestieg der Kaiser einen sechsspännigen Jagdwagen, in welchem die Prinzessin Mathilde, die Gräfin v. Persigny, Madame Drouin de Lhuys und andere Damen Platz nahmen. In vier andern Wagen folgten die übrigen Gäste. Von vier Hirschen, auf welche die Jagd stieß, wurden drei aufgegeben und der vierte bis etwa fünf Meilen

vor Compiegne verfolgt, wo er in einen Teich sprang, drei Kugeln bekam und vom Obersten Ney den Genickfang erhielt. Um halb vier kehrte die Gesellschaft nach dem Schloß zurück, um fünf Uhr war Tafel und um acht Uhr Abends im Schloßhof bei Fackelschein Jägerrecht, bei welchem viele Gäste Zuschauer waren. Später in den Privatgemächern des Kaisers für besonders Eingeladene Abendgesellschaft.

Auch der Kriegsminister Marschall Saint-Arnaud hat sich nach Compiegne begeben.

Der Kaiser hat an einer Menge kriegsgerichtlich verurtheilter Militärs Gnade geübt: von 488 Gefangenen ist für 443 der Rest der Strafzeit erlassen; für die übrigen 45 ist eine Verminderung eingetreten; 72 Ketten- und Eisensträflinge sind vollständig begnadigt; für 135 andere ist die Strafe gemildert. Ebenso ist die Strafe von 18 zum Tod oder zu fünfjährigem Gefängniß in Eisen und zu Zwangsarbeit verurtheilten Soldaten umgewandelt worden 2c.

In der „Patrie" läßt die Regierung die Angaben des „Morning Chronicle" in Abrede stellen, als beabsichtige sie, bis zum Betrag von 100 Millionen Sequester zu legen auf den Erlös aus den gemäß dem Decrete vom 22. Januar d. J. verkauften Besitzungen des Hauses Orleans.

Die Erstürmung von Laghouat soll nach den im Kriegsministerium eingelaufenen Berichten auf die Araber einen tiefen Eindruck gemacht haben. Am 12. d. M. ist das Kaiserreich mit großen Feierlichkeiten in Algerien proclamirt worden.

** **Madrid**, 16. Dec. Der „Heraldo", dem nach dem Amtsantritt des neuen Ministeriums gerichtliche Verfolgung angedroht wurde, weil er das Manifest der Wahlcommission der Moderado's veröffentlicht hatte, meldet heute, nach den von ihm eingezogenen Erkundigungen habe er Grund zu glauben, daß jener Act ohne Zustimmung des Cabinets geschehen sei. Die Initiative zu jener Verfolgung ging vom Gouverneur von Madrid aus, der die Minister nicht darum befragte und deßhalb wahrscheinlich abgesetzt wird. — Martinez de la Rosa soll wieder zum Vicepräsidenten des Geheimen Rathes der Königin ernannt werden, welche Function er wegen des unconstitutionellen Verfahrens des vorigen Cabinets niedergelegt hat. — Bravo Murillo, heißt es, werde Spanien verlassen.

|| **London**, 20. Dec. In beiden Häusern des Parlaments haben heute die Minister angezeigt, daß sie der Königin ihre Entlassung gegeben und diese von Ihrer Majestät angenommen worden sei.

Brüssel, 20. Dec. Die Deputirtenkammer hat heute das Budget des Ministeriums des Innern, mit dessen Prüfung und Berathung sie sich fast seit vier Wochen beschäftigte, einmüthig genehmigt. — Sowohl bei dem Schatzverwalter als bei der Nationalbank (Staatskassier) sind bereits alle Vorkehrungen getroffen, damit die von den Inhabern fünfprocentiger Renten verlangte Rückzahlung im Betrag von 11 1/2 Mill. Fr. schon am ersten dafür anberaumten Tage, am 23. Dec., vollständig bewerkstelligt werden kann.

Aus **St. Petersburg** melden die „Hamburger Nachrichten": Der Inhalt des Briefes, welchen Herr v. Kisseleff zur Behändigung an den Kaiser Napoleon vom Czaren nach Paris mitgenommen hat, und dessen Gedanken und Styl den Charakter des Kaisers documentiren, ist im Wesentlichen folgender: Der Czar dankt Ludwig Napoleon für den Dienst, welchen er ganz Europa durch die That des 2. December 1851 geleistet hat; er belobt die Politik, die dieser bisher als Prinz-Präsident befolgte, und erklärt, die Aenderung in der Regierungsform unter der Bedingung annehmen zu wollen, daß diese weder den Frieden noch die Verträge beeinträchtige; endlich räth er Napoleon, die um des Titels willen häkelige Successionsfrage unberegt zu lassen. Dieser Inhalt ist dem Correspondenten aus zuverlässiger Quelle verbürgt worden, ebenso daß das Berliner, Wiener und englische Cabinet von diesem Schritt des Kaisers in Kenntniß gesetzt sind.

Neuyork, 7. Dec. Die **Botschaft des Präsidenten** ist gestern im Congreß zu **Washington** verlesen worden. Sie verbreitet sich in gewöhnlicher Länge, aber außerordentlich beruhigend, über die Fischereien-, Guano-, Tehuantepec- und die Cubafrage; sie empfiehlt eine Revision des gegenwärtigen Tarifs „zur Verhinderung von Zolldefraudationen und zum wirksameren Schutze der heimischen Gewerbthätigkeit", und schließt mit einer nachdrucksvollen Rechtfertigung der vom Präsidenten befolgten liberal-conservativen Politik im Innern und Neutralität gegen das Ausland, wie sie von den Gründern und Vätern der Republik vorgeschrieben ward. Der interessanteste Punkt der Botschaft dürfte die Erwähnung eines Tripelvertrags sein, welcher im Beginn des Jahres 1852 der Republik von England und Frankreich vorgeschlagen wurde und durch welchen jede der drei Mächte sich verbindlich machen sollte, eine künftige Erwerbung Cuba's durch eine der genannten drei Mächte als eine Verletzung des Völkerrechtes anzusehen. Die Union hat den Vorschlag abgelehnt, der Präsident erkennt jedoch an, daß starke und giltige Argumente gegen einen amerikanischen Versuch zur Einverleibung Cuba's vorgebracht würden. — In der Provinz **Tamaulipas** brach am 25. November eine heftige Revolution aus. Die Insurgenten nahmen Victoria ein und wollten Tampico angreifen.

Die Differenzen mit **Cuba** wegen der „Crescent City" sind, wie es heißt, definitiv beigelegt. In Charlestown nämlich erhielt man durch den Dampfer „Isabel" folgende unerwartete, aber sehr erfreuliche Nachricht aus Havannah: Der Generalcapitän Canedo empfing vom Proviantmeister Smith eine Erklärung (worin derselbe auf sein Ehrenwort versicherte, an den mißliebigen Artikeln amerikanischer Blätter über Cuba keinen Theil zu haben) und bezeugte sich dadurch vollkommen zufrieden gestellt. In Folge davon gab er der „Crescent City" die Erlaubniß, mit Smith an Bord in dem Havannahhafen, wie früher, aus- und einzulaufen. So ist, für den Augenblick, kein Grund mehr zum Streit zwischen Spanien und Amerika vorhanden.

* **Frankfurt**, 24. Dec., Abends 10 1/2 Uhr. Die sächsischen, Berliner und Wiener Posten sind bis jetzt, beim Schlusse des Blattes, nicht eingetroffen.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Dortmund, 17. Dec. Die Eisenbahn, welche zwischen hier und Soest gebaut werden soll, ist genehmigt, abgesteckt und, was die Hauptsache, man ist um die Gelder nicht mehr verlegen. Das nöthige Actiencapital ist vollständig gezeichnet, und der Bau kann im nächsten Frühjahr beginnen. So ist also auch diese Strecke, deren Zustandekommen anfangs von manchen bezweifelt wurde, gesichert, und der Vortheil, welchen diese Eisenbahn der Gegend, welche sie durchschneidet, bringen muß, wird nach zwei oder drei Jahren Bestehens mit Händen zu greifen sein. Sie wird in die bergisch-märkische Eisenbahn einmünden, sodann zwischen den beiden Schächten der Friedrich-Wilhelms-Zeche hindurchgehen, die Emscher überschreiten und nahe an der Hermannshütte bei Hörde vorbeilaufen. Das muß man überhaupt den Industriellen hiesiger Gegend lassen, sie sind rührig und thätig. Wird, was wir jetzt annehmen dürfen, der Zollverein erhalten, so wird die Industrie diesseit des Rheins, im Herzogthum Berg, in der Grafschaft Mark, im Herzogthum Westfalen und insbesondere im Siegerlande zu ihren bisherigen Etablissementen unzweifelhaft noch eine Menge neuer hinzufügen. Die lange Ungewißheit hinsichtlich des alten Zollvereins hat auch hier lähmend eingewirkt. Der Ausbau der Eisenbahn von Münster bis Rheine und weiter bis an die Nordsee wird auch das Münsterland aus seiner vieljährigen Ruhe in industrieller Beziehung herausreißen und viel von dem dort vorhandenen Capital flüssig machen. Von der Verbindungsbahn zwischen der westfälischen Staatseisenbahn und der Köln-Mindener, welche zwischen Paderborn und Bielefeld bereits in sichere Aussicht gestellt wurde, ist es dagegen wieder stille geworden. Nach noch nicht angebrochenen Lagern von Erzen und Kohlen wird diesseits wie jenseits des Rheines noch fleißig geschürft. Der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein, welcher mit zwei Millionen Actiencapital gegründet worden, wird schon im nächsten Frühjahr, eine Viertelstunde von Hörde an der Chaussee nach Brünninghausen, zwei Hochöfen anlegen und den im Hörder Revier gefundenen Eisenstein auszubeuten, aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht allein ein gutes, sondern auch billiges Eisen liefern.

Börsenberichte.

rz **Frankfurt**, 22. Dec. Für österreichische Fonds war auch heute eine sehr günstige Stimmung vorherrschend; mit Ausnahme von 5pCt. Lomb.-Venet., welche etwas matter schlossen, wurden alle Gattungen dieser Papiere aufs neue höher bezahlt; 5pCt Metall. waren 83 pCt. G., 4 1/2 pCt. Metall. 74 3/8 pCt. G., 5pCt. Lomb.-Venet. 91 7/8 à 92 pCt., Wiener Bankactien 1408 fl. G., 500 fl. Loose 195 1/2 pCt. G., 250 fl. Loose 121 1/2 pCt. G. Spanischen Fonds waren heute ohne viel Geschäft; 1pCt. Neue, anfangs bis zu 24 pCt. bezahlt, zuletzt wieder etwas weniger fest, 23 11/16 pCt.; 3pCt. Inländische ohne Handel 43 3/8 pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn wieder mehr angeboten 48 1/8 pCt.; Bexbach 99 1/2 pCt., Köln-Minden 117 pCt., Taunus 306 fl. Alle übrigen gangbaren Papiere waren gut preishaltend. — Abends in der Effectensocietät waren 1pCt. Spanische 23 11/16 à 24 pCt., 3pCt. Inländische 43 7/8 pCt.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 22. Dec. 5pCt. Metall. 95 1/4. — 5pCt. do. B. 110 1/2. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94 1/8. — 4 1/2 pCt. Metall. 84 7/8. — Bankactien 1345. — 250 fl. Loose 139 1/4. — London 11 fl. 7 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 104 1/2. — K.-F.-Nordbahn 244. — Livorno-Florenz 98 1/2. — Siena-Empoli 69. — Paris 132 3/4. — London in Triest 11 fl. 10 kr. — Silber 13 1/2. (Synd.)

London, 21. Dec. 3pCt. Stocks 100 5/8. — 1pCt. Span. 24 1/8. (Tel. Dep.)

Paris, 22. Dec. 4 1/2 pCt. Rente 106, 35. — 3pCt. do. 82, 80. — 5pCt. Piemont 100, 40. — 3pCt. Span. inl. 43 7/8. — 1pCt. do. 23 3/4. (Tel. Dep.)

Madrid, 17. Dec. 3pCt. 44 1/2. — 1pCt. Neue 24 1/4. (Tel. Dep.)

Antwerpen, 22. Dec. 5pCt. Lomb. 92 7/8. — 2 1/2 pCt. Belg. 57 3/4. — 3pCt. Span. inl. 43 5/8. — 1pCt. do. 23 3/8. (Tel. Dep.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Werthvolles Festgeschenk!

Alle Buchhandlungen des In- und Auslandes nehmen fortwährend Subscriptionen an auf:

Schlosser's Weltgeschichte

für das deutsche Volk.

Verfaßt und unter G. L. Kriegk's Mitwirkung bei der Redaction herausgegeben

von

F. C. Schlosser.

17 bis 18 Bände groß Octav. Auf feinstem weißem Maschinenpapier. Preis per Band von 30 bis 36 Bogen 25 Sgr. = fl. 1. 30 kr. Rheinisch.

Schlosser's Hauptvorzüge vor allen andern Geschichtschreibern bestehen in der rücksichtslos offenen Darlegung seiner Forschungen, in seinem großen Quellenstudium, in seiner, ihm allein eigenen Methode, den Einfluß der Literatur auf das Staatswesen nachzuweisen. Sein Urtheil über Handlungen, die das Wohl und Wehe der Völker betreffen, ist kräftig; sein einfacher Erzählerton, in dem er uns seine Ansicht und Meinung vorträgt, belebrend; seine Sprache ist unserer Zeit entsprechend. Schlosser, dessen Name in der Literatur seit einem halben Jahrhundert als Stern erster Größe glänzt, hat die Verehrung seiner Zeitgenossen.

Dr. Kriegk, der Mitarbeiter an diesem Nationalwerk, hat manche Berichten, die bei den größern Werken Schlosser's unvermeidlich waren, berichtigt und das Ganze durch seinen angefügten, bisbeuten Styl dem größern Publikum zugänglich gemacht.

Die angekündeten Historiker unserer Zeit rühmen das Werk als ein Stand, bis aus einem Guß! —

Frankfurt a. M., im December 1852.

Expedition von Schlosser's Weltgeschichte.

[2829] Die neueste Berliner Morgenzeitung

„Die Zeit"

kostet trotz der zu entrichtenden Zeitungssteuer auswärts bei allen Post-Aemtern nur 28½ Sgr. (einschließlich Steuer und Porto), wird aber nicht allein in demselben Umfange wie bisher erscheinen, sondern ein noch reichhaltigeres Material bieten. Die in übersichtlicher Weise stehende Uebersicht, welche unsere Zeitung, sowohl wegen ihrer durchaus preußischen Haltung, als auch wegen ihres mannigfachen und reichhaltigen Stoffes, dier in Berlin und auswärts gefunden hat, läßt uns die Bitte aussprechen, die Bestellungen auf die „Zeit" möglichst zu beschleunigen, damit die Auflage zeitig genug bestimmt werden kann.

Die Expedition. (Scharren-Straße Nr. 21.)

Obligationen, Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons werden ge- und verkauft bei

Moritz Budge,

[1670] Schäfergasse Nr. 1, neben dem Römischen Kaiser.

Grand Hôtel Louvois

in **Paris**, Platz Louvois, Straße Richelieu, gehalten von **T. Lachanal**.

Dieses geräumige und frei gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Die Zimmer haben die Aussicht auf den alten Platz der Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuilerien. [2197]

[2678] **Decret.**

In Sachen

des Herzogl. Oberjägermeisters von Olisa, dahier, Klägers,

gegen

Christine Blum, verehelicht an Jacob Debusmann von hier, dermalen unbekannt wo? abwesend, Beklagte,

wegen Forderung.

Der unbekannt wo? abwesenden Beklagten wird aufgegeben, auf die wegen einer Forderung von 1259 fl. 48½ kr., Rest eines ihrer Mutter und Erblasserin, der Wittwe des Johann Wilhelm Blum dahier, gegebenen Darlehns von 5500 fl. nebst 4½ pCt. Zinsen vom 26. Januar 1850 an, gegen sie erhobene Klage, deren Einsicht ihr in hiesiger Amtsregistratur gestattet wird, sich

innerhalb 90 Tagen

zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und Verlustes der Einreden.

Alle ferneren Decreturen werden nur durch Anschlag am Gerichtsbrett insinuirt werden.

Wiesbaden, den 19. November 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Winter.

Es sind bis jetzt 13 Bände erschienen. Die zur Vollendung des Ganzen noch fehlenden 4 bis 5 Bände werden binnen 2 Jahren lieferungsweise in kurzen Zwischenräumen erscheinen, und damit dem deutschen Volk ein Werk übergeben, wie die vaterländische Literatur in Bezug auf gründliche, unparteiische und geistreiche Darstellung kein zweites aufzuweisen hat.

Unter besonderem Titel ist zu haben:

Die alte Geschichte. 4 Bände. gr. 8°. Preis Rthlr. 3½. = fl. 6. Rheinisch.

Die Geschichte des Mittelalters. 4 Bände. gr. 8°. Preis per Band 25 Sgr. = fl. 1½. Rheinisch.

Neuere Geschichte. Band 1 bis 5. gr. 8°. Preis per Band 25 Sgr. = fl. 1½. Rheinisch.

Mit dem Erscheinen der letzten Lieferung tritt an die Stelle obigen Subscriptionspreises ein erhöhter Ladenpreis.

Expedition von Schlosser's Weltgeschichte.

[2837] **Versteigerungs-Anzeige.**

Mittwoch den 5. Januar 1853 und folgende Tage, Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr, werden in der Behausung der Frau Gräfin von Hohenthal, verwittwet Frau Gräfin von Bergen dahier, neue Mainzerstraße Nr. 1 neu, nachverzeichnete durchaus ächte Mobiliargegenstände für einige Salons, als: Crystallkronleuchter und Lampen, große Spiegel aus einem Glas, im Lichten ca. 8½ Fuß hoch, 4½ Fuß breit in vergold. nat. Mahagonyrahmen, Fenster- und andere Decorationen von Gardinenstoffen, gleich den Bezügen der vorhandenen Zimmertapeten und Mahagony-Möbel, als: Divans, Canapee, Sessel und Stühle; Schränke, Commoden, 1 Piano, Oelgemälde, Nipptabler- und andere Tischen, Bronzegegenstände ꝛc.:

ferner: eine Partie verschiedene Bettgestelle; als: Canapee, Stühle, Commoden, Schränke, Papagaiköpfe, Küchengeräthschaften, Porzellan und Glaswaren, 1 Porzellan-Ofen, 1 Thurmuhr mit Schlagwerk ꝛc.

Vordemerkte Gegenstände können Dienstag den 21. und Mittwoch den 22. December, sowie Montag den 3. und Dienstag den 4. Januar 1853, Vormittags von 9 bis 12 Uhr, in Augenschein genommen werden.

C. Beschaner, Auktnfer.

[2840] **Edictalladung.**

Maria Theresia Teppe von hier, geboren am 4. September 1782, Tochter der Eheleute Heinrich (Bit) Teppe und Maria Anna Christine Koch, welche seit langen Jahren unbekannt wo abwesend ist, und deren gesetzliche Abwesenheitsvermögens-Verwaltung angeordnet worden ist, und deren gesetzliche Erben werden aufgefordert, bis zum Termin

den 5 März l. J., Vormittags 11 Uhr,

resp. in diesem selbst, über ihr Leben und ihren Aufenthaltsort Nachricht anher zu geben, beziehungsweise ihre etwaigen Ansprüche an den Nachlaß der Ersteren anzumelden und gehörig zu begründen, widrigenfalls dieselbe für nicht erklärt und deren Vermögen den sich als nächste Erben Legitimirenden ohne Caution verabfolgt werden wird.

Vollmarstein, am 2. December 1852.

Kurfürstliches Justizamt.
Mangen.
gef. Simon.

[2671] **Edictalladung.**

Engelbert Unkelbach, Sohn des Leonhard Unkelbach aus Malsattegen, oder dessen etwaige Leibeserben werden hiermit aufgefordert,

binnen zwei Monaten

von dem Tage des ersten Erscheinens dieser Ladung in öffentlichen Blättern an gerechnet, bas seither curatorisch verwaltete Vermögen des Engelbert Unkelbach in Empfang zu nehmen, widrigenfalls solches den es besitzenden Präsumtiverben unbeschränkt überlassen und denselben die gesetzliche Sicherheit auch gegeben wird.

Seligenstadt, den 23. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Kepler.

[2707] **Aufforderung.**

Unter dem Vorgeben, daß ihr Ehemann sie vor 3 Jahren heimlich verlassen habe und äußerem Vernehmen nach, nach Amerika gegangen sei, hat Margaretha, die Ehefrau des Johannes Hodenberger von hier, geb. Held, gegen gedachten ihren Ehemann gerichtliche Klage erhoben und auf den Grund böslicher Verlassung auf Trennung der Ehe vom Bande angetragen, idq. ref. exp.

Da der Aufenthalt des Beklagten unbekannt ist, so wird derselbe hiermit aufgefordert,

binnen drei Monaten

vom Tage der ersten Bekanntmachung an, sich auf die Klage zu erklären, widrigenfalls er bei Klageinhalte für geständig angesehen, mit Einreden ausgeschlossen und nach der Klagbitte erkannt werden soll. Die weiter nöthig werdenden Verfügungen sollen durch Anschlag an dem Gerichtslocal veröffentlicht werden.

Rödelheim, den 24. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Gilmer.

[2629] **Oeffentliche Ladung.**

Alle, welche Erb- oder sonstige Ansprüche an den Nachlaß der am 16. März 1853 dahier verstorbenen Johannette Strauß aus Düdelsheim zustehen, haben solche **binnen zwei Monaten** bei unterzeichnetem Gerichte ordnungsmäßig anzumelden oder gewärtig zu sein, daß dieser Nachlaß an die aufgetretenen auswärts wohnenden Erben ohne Sicherheitsleistung verabfolgt werde.

Frankfurt a. M., den 17. November 1852.

Stadtgericht II.
Schöff Dr. Reuß.
Dr. Epstein, 1r Secr.

Druck von August Osterrieth.

(Hierzu Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nr. 306.) 23. December 1852.

Deutschland.

w **Frankfurt**, 23. Dec. In der Sitzung des großen Raths am 20. d. M. wurde der Actuar des Rechnei- und Rentenamtes, Herr Dr. jur. Franz von Lichtenstein, mit Suspendirung von der Kugelung zum Landamtmann desſignirt. Die nöthige Einwilligung des Bürgerausſchuſſes zu dieſer Suspendirung wird allem Vermuthen nach ertheilt werden. Der Bezeichnete, ein in ſeinem bisherigen Wirkungskreis geſchätzter Beamte, erfreut ſich allgemeiner Achtung. — Unſere Polizeibehörden haben raſch die energiſchſten Maßregeln zur Verfolgung der beiden Gauner, deren Spur man bereits entdeckt haben ſoll, getroffen. Die genauen Signalements dieſer Leute und das Verzeichniß der entwendeten Gegenſtände, meiſtens goldene Ketten, wurden nach allen Richtungen verbreitet. Der Schaden des beſtohlenen Juweliers wird auf 2300 fl. berechnet. Die Gauner hatten eine mit Steinplatten und einer Flaſche angefüllte Caſſette zurückgelaſſen.

* **Frankfurt**, 23. Dec. Die heute ausgegebene Nr. 154 des „Amtsblatts der freien Stadt Frankfurt" enthält das in der großen Rathsverſammlung vom 11. December 1852 beſchloſſene Geſetz über Ablöſung der Grundgefälle im hieſigen Staatsgebiet; ferner das in der großen Rathsverſammlung am 16. December 1852 beſchloſſene Geſetz, die Ausgabe von Rechneiſcheinen betreffend.

Σ **Berlin**, 21. Dec. Die den Beſuche des Kaiſers von Oeſterreich am hieſigen königlichen Hofe zum Grunde liegende Bedeutung hat den bündigſten Ausdruck durch die denkwürdigen Worte des Kaiſers ſelbſt vor den Vertretern des preußiſchen Heeres erhalten, daß nämlich beide Heere, das öſterreichiſche wie das preußiſche, welche Ereigniſſe auch kommen mögen, nach der Ueberzeugung des Kaiſers in treuer Waffenbrüderſchaft feſt miteinander ſtehen würden. Nach dieſen eigenen Worten des kaiſerlichen Gaſtes ſind alle anderen Andeutungen in dieſer Beziehung überflüſſig. Dieſe Worte, gleichſam vor den geſammten preußiſchen Heere geſprochen, werden einen Widerhall durch ganz Europa finden.— In der hieſigen katholiſchen Kirche wurde der Kaiſer außer von der Geiſtlichkeit und dem Kirchenvorſtande auch noch von dem Geheimrathen Dr. Brüggemann, Aulicke und Zurmühlen empfangen. Bon Seiten des Königs begleiteten den Kaiſer in die Kirche der Miniſter Graf Stolberg, der General v. Neumann, Graf v. d. Aſſeburg und Frhr. v. Stillfried, Letzterer als Vicezeremonienmeiſter Sr. Majeſtät des Königs. Die Angabe, als habe General v. Radowitz ſich wegen der hieſigen Anweſenheit Sr. Majeſtät des Kaiſers nach Erfurt begeben, iſt am ſchlagendſten dadurch widerlegt worden, daß der General bei der Ankunft des Kaiſers auf dem Eiſenbahnhofe zugegen war, außerdem den Kaiſer im königlichen Cadettenhauſe empfing und auch an dem glänzenden Feſtmahle im Königlichen Schloſſe theilnahm. Herr v. Radowitz ſoll ſeine Reiſe nach Erfurt, welche auf den 18. d. M. feſtgeſetzt war, auf den Wunſch Sr. Majeſtät des Königs auf einige Tage verſchoben haben. Der General ward dem Kaiſer auch vorgeſtellt, indeſſen fand eine weitere Unterhaltung zwiſchen denſelben nicht ſtatt. Herr v. Radowitz iſt geſtern abgereiſt und wird am 2. Januar von Erfurt hier wieder eintreffen.

P **Berlin**, 21. Dec. Der Kaiſer von Oeſterreich hat heute Nachmittag 2 Uhr Berlin verlaſſen. Er wurde von der geſammten königlichen Familie bis zum anhaltiſchen Bahnhof begleitet, wo, wie beim Empfang, ſämmtliche Offiziere des Berliner Garniſon nebſt einer Compagnie des Kaiſer Franz-Regiments aufgeſtellt waren. Herr v. Bruck ſtattete heute Morgen dem Herrn Miniſterpräſidenten einen Beſuch in Gala ab und hatte mit demſelben eine längere Unterredung, ſpäter der Herr Miniſterpräſident eine Privataudienz bei dem Kaiſer von Oeſterreich. Die geſtrige ſehr zahlreiche Soiree bei dem ruſſiſchen Geſandten, Baron v. Budberg, war auch von den Begleitern des Kaiſers von Oeſterreich beſucht. Von dem diplomatiſchen Corps fehlten nur die franzöſiſchen Geſandtſchaftsbeamten.

Gegen den Hartorfiſchen Wahlkatechismus war bekanntlich zur Zeit der Wahlen eine allgemeine polizeiliche Fahndung veranſtaltet worden. Von zwei Seiten wird nun deſſen Freigebung in letzter Inſtanz gemeldet. Von Ratibor wird geſchrieben: Bei dem Kreisgericht zu Neiſſe war der Antrag auf Beſtätigung der Beſchlagnahme des Wahlkatechismus geſtellt worden. Das Kreisgericht wies den Antrag zurück. Die Staatsanwaltſchaft führte darüber Beſchwerde bei dem Appellationsgericht in Ratibor. Auch dieſe Beſchwerde wurde zurückgewieſen. Nun legte endlich der Oberſtaatsanwalt gegen die Entſcheidung des Appellationsgerichts bei dem Obertribunal Beſchwerde ein. In dieſen Tagen iſt der Beſcheid gekommen: das Obertribunal hat die Beſchwerde des Oberſtaatsanwalts zurückgewieſen. Deſſelben wird aus Duisburg gemeldet, daß auch dort die Beſchwerde gegen die vom Kreisgericht beſchloſſene Freigebung zurückgewieſen, der Katechismus ſonach in allen gerichtlichen Inſtanzen freigeſprochen worden iſt.

r **Köln**, 21. Dec. Der bisherige Notariatscandidat Bermbach iſt durch das Juſtizminiſterium ganz aus dem Juſtizdienſt entfernt worden. — Dem hieſigen Alexianerkloſter iſt nach einem Plane des Dombaumeiſter Zwirner eine Kapelle angebaut worden, die durch ihre einfache aber geſchmackvolle Formen zu einer Zierde der Straße (des Mauritius Steinwegs) wird. Auf der Mitte des Daches befindet ſich ein ſogenannter Sattelreuter (ein Bleithurm), ähnlich jenem auf der Rathhauskapelle.

n **München**, 21. Dec. Seit geſtern iſt nun definitiv feſtgeſetzt, daß Se. Maj. der König die ſchon ſeit einiger Zeit beabſichtigte größere Reiſe nach Italien noch vor Jahresſchluß antreten werde. Da die Abweſenheit des Monarchen auf 3—4 Monate feſtgeſetzt iſt, ſo glaubt man, daß Se. Majeſtät ſich von Italien und nach Spanien begeben werde, wie dies ebenfalls ſchon ſeit längerer Zeit beabſichtigt war. In der Begleitung des Königs werden ſich befinden die königlichen Adjutanten, Generalmajor Freiherr v. la Roche und Oberſt v. d. Tann, der Hauptmann Graf Riecardelli, der königliche Rath Herr Piſtermeiſter und der königliche Leibarzt Herr Dr. Schleiß. Nachdem Ihr Berichterſtatter, und ebenſo auch die Correſpondenten verſchiedener anderer Blätter, vor einiger Zeit das hier umlaufende Gerücht erwähnten, es ſey der Herr Miniſterpräſident den Wunſch, von der Oberleitung des Handelsminiſteriums entbunden zu werden — wurde dem von der „N. Münch. Z." in ſehr beſtimmter Weiſe mit der Behauptung widerſprochen, daß Herr v. d. Pfordten jedenfalls nur ſeine beiden Portefeuilles gleichzeitig übernehmen werde ꝛc. Nun iſt dies aber in der That nicht eingetreten, denn es hat geſtern der Herr Miniſterpräſident nur das Portefeuille des Miniſteriums des königlichen Hauſes und des Aeußern wieder übernommen, jenes des Handelsminiſteriums bleibt aber vorerſt noch, wie bisher, dem Herrn Staatsrath v. Pelkhoven übertragen. Man ſagt, daß der Herr Miniſterpräſident aus Geſundheitsrückſichten nicht beide Portefeuille gleichzeitig übernommen habe. — Am 3. des kommenden Monats wird behufs der Heimzahlung eine weitere Verloosung der 4pCt. Grundrenten-Ablöſungs-Schuldſcheine im Betrage von 500,000 fl. ſtattfinden. Die Heimzahlung der gezogenen Obligationen beginnt ſofort nach der Verloosung und werden dieſelben jedenfalls am 1. April 1853 auſſer Verzinſung geſetzt. — St. Maj. der König haben in Gemäßheit der in dem Landtagsabſchiede vom 18. Mai d. J. gegebenen Zuſage die in den Landestheilen dieſſeits des Rheins theils auf einzelnen Tarordnungen, theils auf Gerichtsgebrauch beruhenden Vorſchriften über die Gebühren der Advocaten einer Reviſion unterziehen laſſen, und verordnen nun, nach Vernehmung des königl. Staatsraths, daß mit dem 1. Februar 1853 jene Vorſchriften auſſer Kraft treten, und alle von dem genannten Tage an ſich ergebenden Advocatengebühren nach den Beſtimmungen der — in dem heute erſchienenen Regierungsblatt Nr. 59 publicirten „Advocatengebührenordnung", die am 15. d. M. die allerhöchſte Genehmigung erhalten hat — feſtgeſtellt werden. Gegengezeichnet iſt dieſe Gebührenordnung von den königlichen Staatsminiſtern v. Kleinſchrod, Dr. v. Aſchenbrenner, Graf v. Reigersberg und dem Staatsrath Frhrn. v. Pelkhoven.

Aus **Dresden** vom 14. December ſchreibt man dem „Hamb. Corresp.": In den Zeitungen iſt in den letzten Tagen öfter einer von der hieſigen Polizei bei mehreren jüdiſchen Handelsleuten eingenommenen Hausſuchung Erwähnung gethan und dabei bemerkt

worden, daß diese Maßregel hier „großes Aufsehen" erregt habe, auch bereits drei Israeliten wegen Wuchergeschäfte zur Haft gebracht worden seien. Aufsehen hat nun dieser Vorfall allerdings hier erregt; allein nicht sowohl durch die Haussuchung an sich und ihre Folgen für die dabei betroffenen Israeliten, als vielmehr durch die eigenthümliche Veranlassung hierzu und die große Zahl der in dieser Sache figurirenden christlichen Personen aller Stände. Wir wollen hier gleich im voraus bemerken, daß die drei eingezogenen Händler bereits einige Tage nach ihrer polizeilichen Verhaftung wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind, weil die Gerichtsbehörde, da kein Kläger vorhanden war und ebenso wenig ein Beweis für wirklich stattgehabten Wucher vorlag, die Einleitung einer Criminaluntersuchung abgewiesen hat. Es steht nur so viel fest, daß die betreffenden Personen, wie hier längst bekannt war, auf Gehaltsquittungen, Pretiosen und vielfach auch auf Wechsel und bloße Schuldverschreibungen hin „Gelder" ausliehen und namentlich viel mit Offizieren verkehrten; daß dergleichen Geldgeschäfte nicht immer zu den „landesüblichen Zinsen" abgeschlossen worden sein mögen, ist als sicher anzunehmen; allein ebenso gewiß ist, daß keiner von denen, die mit diesen Leuten je Geschäfte gemacht haben, als Kläger gegen dieselben aufgetreten ist, und daß sie deßhalb nicht wenig überrascht waren, kürzlich eines schönen Abends die Polizei bei sich erscheinen zu sehen, welche Alles, was sie vorfand, Wechsel, Papiere, Uhren, Pretiosen, alte Kleider 2c. in einen Sack packte und nebst den Familienhäuptern in ihr Amtsloeal abführte. Auf dem Polizeibureau erfolgte nun eine genaue Sichtung des Inhalts dieser Säcke, und da sind denn nun, wie man erfährt, ganz unerwartete Dinge gefunden worden. Es hat sich ergeben, daß nahe an 200 hiesige Personen, darunter Offiziere, höhere Beamten, angebliche Rentiers, Kaufleute 2c., mit diesen „israelitischen Geschäftsleuten" im Geheimen förmliche Geschäftsverbindungen unterhalten haben; es soll selbst eine versetzte Ordensdecoration gefunden worden sein! Eine Menge Personen sind hierdurch bloßgestellt worden, und mehrere, nicht eben arme Familien werden in Folge dessen Dresden verlassen. Und auf welche Art ist dieser wahrhaft großartige Scandal herbeigeführt worden? Man erzählt Verschiedenes darüber. Das glaubwürdigste Gerücht bezeichnet die Mutter eines jungen Offiziers, dessen Vater eine hohe Militärcharge bekleidet, als die eigentliche Urheberin. Dieselbe sah sich nämlich genöthigt, aus Rücksicht auf den Ruf der Familie, einen Solawechsel einzulösen, den ihr Sohn bei einem jener Israeliten zu Geld gemacht hatte. Die Summe soll nur einige hundert Thaler betragen, die gute Frau aber doch so erzürnt haben, daß sie „höhern Orts" über das Treiben dieser „jüdischen Wucherer" Beschwerde führte, von wo aus sodann die Polizei Anweisung erhalten haben mag, in der geschehenen Weise vorzuschreiten. Sie sehen hieraus, daß es sich in dieser Sache weniger um das eigentliche Judenthum als um das specifisch christliche Element, die achtbarsten Schichten der hiesigen Einwohnerschaft, handelt und der aus der Sache für letztere erflossene Scandal dürfte das hauptsächlichste Resultat dieser großen „Untersuchung" sein. Jedenfalls hat die hiesige Judenschaft als solche keinen Theil an dieser Sache, und das jetzt an die Oeffentlichkeit gezogene Treiben einiger ihrer einzelnen Mitglieder ist von dem achtbaren Theile der Gemeinde selbst längst schon gerügt und verdammt worden.

□ **Dresden**, 21. Dec. Ueber die letzte hier abgehaltene Conferenz von Abgeordneten evangelischer Kirchenregimente kann ich Ihnen noch folgende aus einem Protocollauszuge geschöpfte Mittheilung machen: In den Berathungen der diesjährigen Eisenacher evangelischen Conferenz ist der Wunsch hervorgetreten, daß über Beseitigung des lithurgischen Nothstandes der evangelischen Kirche zunächst die Kirchenregimente des lutherischen Bekenntnisses mit einander eine Verständigung herbeiführen möchten. Es hatten dabei die Vertreter der obersten Kirchenbehörden von Hannover, beiden Mecklenburg, Königreich Sachsen und Württemberg die Bereitwilligkeit ausgesprochen, ihre hohen Regierungen zu einem solchen Unternehmen zu veranlassen. Das sächsische Kirchenregiment erbot sich hierauf, die nähern Einleitungen zu diesem Behufe zu treffen. Auch ist indessen von Seiten des protestantischen Oberconsistoriums in München die Geneigtheit, sich an dem gemeinsamen Werke zu betheiligen, kundgegeben worden. Nachdem nun das Erforderliche mit den genannten Behörden vorbereitet war, hat ein Zusammentritt der Beauftragten von Sachsen (Geh. Kirchenrath Dr. Meißner und Landesconsistorialrath Dr. Theinus), Hannover (Consistorialrath und Hofprediger Dr. Niemann), Württemberg (Oberconsistorialrath und Oberhofprediger v. Grüneisen), Mecklenburg-Schwerin (Oberkirchenrath Dr. Kliefoth) und Mecklenburg-Strelitz (Consistorialrath und Superintendent Ohl) am 15. November 1852 zu Dresden in dem Sitzungssaale des Landesconsistoriums stattgefunden. Ein Abgeordneter aus Bayern ist jedoch für diesmal nicht eingetroffen. Zum Vorstand der gegenwärtigen Verhandlungen haben die Versammelten aus ihrer Mitte den Oberkirchenrath Dr. Kliefoth von Schwerin erwählt. Bei täglichen Sitzungen ist die Conferenz im Laufe einer Woche zum Abschluß der für die erste Zusammenkunft gestellten Aufgabe gelangt und hat Herr Staatsminister v. Beust der letzten Sitzung angewohnt und die Abgeordneten namens des sächsischen Kirchenregiments entlassen. Die Conferenz wird ihre Protocolle sämmtlichen in Eisenach vertretenen Kirchenregierungen des evangelischen Deutschlands zur Kenntniß bringen.

± **Darmstadt**, 22. Dec. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer verlas der Präsident eine Mittheilung der ersten Kammer in Bezug auf den Entwurf des Wahlgesetzes. Da so ein Einverständniß der beiden Kammern wegen Ablehnung des Gesetzentwurfs obwaltet, so wurde eine gemeinschaftliche Adresse beschlossen. Hierauf richtete der Präsident eine Ansprache an die Kammer. Zuerst Aufstellung eines Ueberblicks der Thätigkeit der Kammer: 39 Gesetzentwürfe, zum Theil von Bedeutung und Umfang, erledigt; Erledigung von 30 sonstigen Vorlagen der Staatsregierung; sonst eine Masse von Anträgen, Petitionen u. s. w. Sich selbst vindicirte der Präsident das redliche Bestreben, seinem schwierigen Amt zu genügen, besonders den Willen der Unparteilichkeit. Der Kammer dankte er für allseitiges Bemühen, ihn in der Verwaltung seines Amtes zu unterstützen; besonderen Dank richtete er an das Bureau, namentlich an den ersten Secretär, den Abg. v. Grolman, der ihn so wesentlich unterstützt habe. Bitte um freundliches Andenken und Lebewohl! Hierauf Verlesung des Edicts des Großherzogs, wodurch die Ständeversammlung „bis auf Weiteres vertagt" wurde. Auf Anregung des Vicepräsidenten bezeugte die Kammer, indem sie sich erhob, dem Präsidenten die Gefühle ihres seine Leistungen anerkennenden Dankes.

d **Gießen**, 21. Dec. Nach dem amtlichen „Personalbestande" der hiesigen Universität waren im Sommersemester 1852 anwesend im Ganzen 411. Hiervon sind abgegangen 127, im laufenden Halbjahre hinzugekommen 108, sind daher in diesem Semester anwesend 392. Von diesen widmen sich der evangelischen Theologie 47, der Rechtswissenschaft 142, der Medicin 79, der Chirurgie 1, der Thierarzneikunde 8, der Cameralwissenschaft 23, der Architectur 2, der Forstwissenschaft 15, der Philosophie und Philologie 32, der Pharmacie und Chemie 43. Das Lehrerpersonal besteht aus 32 ordentlichen Professoren (akademischer Senat), 2 Honorarprofessoren, 17 außerordentlichen Professoren, 1 Repetent und 6 Privatdocenten. Von den akademischen Instituten nennen wir: das philologische Seminar, die vereinigte Universitäts- und Senckenbergische Bibliothek, das akademische Leseinstitut, das anatomische Theater, das zootomische und thierheilkundige Institut, das akademische Hospital, das medicinische Clinicum, das chirurgische Clinicum, das Entbindungsinstitut, das chemische Laboratorium, das physiologische Institut, das pharmakologische Institut, der botanische Garten, Forstversuchs- und forstbotanischer Garten, Sternwarte und meteorologisches Cabinet, physikalisches Cabinet, mathematisches Cabinet, technologisches Cabinet, architektonisches Cabinet, zoologisches Cabinet, mineralogisches Cabinet (geognostisch-geologische Sammlung, crystallogisch-oryctognostische Sammlung), pathologisches Cabinet, Sammlung der geburtshilflichen Instrumente, Sammlung der chirurgischen Instrumente, Maschinen und Bandagen, Kunst-, Münz- und Antikencabinet, Sammlung der Sanscrit- und Zendtypen.

h **Gotha**, 21. Dec. Es ist schon zu verschiedenenmalen in der Presse des Projectes, unsere Stadt mit Gas zu erleuchten, Erwähnung gethan worden. Wie man aus dem hiesigen Tagblatte ersieht, ruht diese Angelegenheit keineswegs, man ist vielmehr mit derselben bei unseren Oberbehörden mehr als je beschäftigt. Es hat nämlich ein in neuester Zeit vorgelegter Plan eines Berliner Ingenieurs der Sache einen frischen Impuls gegeben. Nach diesem Plane soll das Gas nicht wie bisher aus Steinkohlen, sondern aus Wurzelstöcken und zwar reichlicher als aus jenem Material gewonnen werden, da diese Baumwurzeln sehr viele harzige Theile enthalten. Diese Art von Gasbereitung soll nach dem angedeuteten Plane um Vieles wohlfeiler als die bis jetzt übliche zu stehen kommen, da die aus den Wurzeln residuirende Holzkohle und das Kohlentheer noch benutzt werden können, und auf diese Weise beinahe die Hälfte des ursprünglichen Rohmaterials übrig bleibt. Die Angelegenheit liegt gegenwärtig bereits zur höchsten Entscheidung vor.

Frankreich.

✲ **Paris**, 21. Dec. Der Papst scheint bis jetzt noch keinerlei Verpflichtung eingegangen zu sein, zur Krönung des Kaisers nach Paris zu kommen, und wenn der „Moniteur" dieser Tage in seinem Berichte über die von der französischen Armee in Rom dem neuen Kaiserreich zu Ehren begangene Feier wollte durchblicken lassen, daß auch römische Prälaten daran Theil genommen hätten, so that er Unrecht, denn von den Cardinälen war keiner erschienen und sogar zu dem Diner fand sich kein Mitglied der päpst-

lichen Curie ein. Nun geht aber hier das seltsame Gerücht, um Pio Nono ganz für sich zu gewinnen, habe sich der Kaiser erboten, an Fortoul's Stelle einen französischen Erzbischof zum Unterrichtsminister zu ernennen. — Briefe aus Marseille melden, daß dort italienische Flüchtlinge als Anhänger der Familie Murat sich so zahlreich ansammeln, daß der neapolitanische Consul daselbst schon remonstrirt und bei dem Präfecten der Rhonemündungen Beschwerde geführt haben soll, weil die von den Umständen geforderte Wachsamkeit und Energie nicht entfaltet werde.

* Paris, 21. Dec. Nach der Rückkehr des Kaisers aus Compiegne sollen in der Stellung, welche die Regierung und die legitimistische Partei gegenwärtig eine der andern gegenüber einnehmen, Veränderungen eintreten. Die Legitimisten, glaubt man, werden sich noch weiter als bisher von dem neuen Hof entfernen; dagegen solle man auch auf der andern Seite einigen Sommitäten der Orleanisten, die sich zu einer Versöhnung mit der neuen Lage der Dinge geneigt zeigen, bereitwillig entgegenkommen wollen. Das Hauptorgan erwidert heute diesen Artikel des „Constitutionnel" mit dem Bemerken, die Sache und die Stärke der Legitimisten müsse denn doch nicht so schwach und klein sein, wie behauptet werden wolle, da man beiden so große Aufmerksamkeit zuwende. In diesem Sinn nehme die Partei die gegen sie gerichteten Angriffe, an denen man es nicht fehlen lasse, als unfreiwillige und entschiedene Zeichen der Huldigung.

Großen Lärm macht ein Artikel Graniers de Cassagnac im „Constitutionnel" gegen den Kern der legitimistischen Partei, der von Anschluß an neue Regiment unter keinerlei Bedingung noch Vorbehalt etwas wissen will, sondern sich unter sein Zelt zurückzieht. Das Organ dieser Fraction, die Wochenschrift „Mode", hatte sich aus einem früheren Artikel Graniers über das Manifest des Grafen Chambord die herausforderude Frage: Weßhalb denn der legitime Prätendent nicht nach Frankreich gekommen sei, um sich seine Krone durch Befreiung des Landes von der Revolution zu erobern? zu Herzen genommen und darauf geantwortet: daß ein Prinz von Frankreich seinen Degen damit nur besudelt haben würde; daß es dem Grafen als Repräsentanten eines heiligen Princips nicht habe anstehen können, eine vom Boden aufgeraffte Gewalt anzuziehen; daß es nicht an ihm sei, sich nach einem Throne zu bücken, sondern daß es an Frankreich sei, sich Mann für diesen Thron in den reinen Regionen, wohin Heilige und Märtyrer ihn versetzt haben, zu erheben, wenn es ihn wolle. Granier findet hier volle Gelegenheit, seinem lange verhaltenen Strome von beißenden, burlesken, oft treffenden Einfällen freien Lauf zu lassen. Ironisch überschreibt er seinen Artikel: „Weßhalb Frankreich erzittert!" weil die „Mode", in mehr gutgemeinter als wahrheitsliebender Sprache mit Bezug auf das Manifest vom 25. October in ihrer letzten Nummer sagte: „Frankreich erzittert, weil der Sprosse unserer Könige in Schloß und Hütte seine Stimme erhoben und an Namen Gottes, der Ehre und des Rechts seine Protestation hat ergehen lassen", und fragt sich dann an, den „verratenen Männern jener Partei, die für Frankreich ganz daselbst sei, wie die Partei der Aktürken für die Türkei", einmal den Garaus zu machen. „Für sie", sagt Granier, „ist das Königthum nicht etwa eine Intelligenz und ein Muth, die sich stets dem Vaterland zu Dienst halten, sondern ein verlaufener, egoistischer, nutzloser Fetisch, der in der Entfernung wartet, daß man ihm mit gebeugtem Knie 35 Millionen Menschen auf dem Präsentirteller bringt. Aber kein Thron ist ohne Verpflichtungen denkbar; die Legitimität der Regierungen hat ihren Ursprung in wichtigen, dem Vaterland geleisteten Diensten, alle Dynastien in Frankreich haben sich nicht anders gegründet; und erkennt nicht der Graf Chambord selbst, wenn er erklärt, daß er sich seit mehreren Jahren zur Unthätigkeit und zum Schweigen verdammt habe, um die Verlegenheiten und Gefahren des Vaterlandes nicht zu vermehren, vollkommen an, daß die Legitimität kein Amulet ist, das man den Völkern bloß um den Hals zu hängen braucht, um sie zu retten? Der Graf selbst kann auch nicht der Ansicht sein, daß eine Krone vom Boden aufgerafft ist, weil sie aus den Händen eines ganzen dankbaren Volkes kommt; daß seine muthvolle Mutter etwas für sein Geschlecht Entehrendes begangen hat, als sie 1832 ihr Leben wagte, um ihrem Sohne das Scepter wiederzugeben; daß die Verdeer von 1793 ihr Schwert besudelten, indem sie ihren Glauben vertheidigten; und daß Heinrich IV. sich erniedrigte, als er den Thron den Fractionen entriß." Zum Schluß mustert Granier das Häuflein derjenigen Legitimisten, die den Blättern der Partei zufolge aus Principientreue ihren öffentlichen Aemtern entsagt haben, und findet es erbärmlich klein; es sind 90 Demissionen dieser Art im Ganzen eingereicht worden, worunter 38 Maires und Adjuncten, 36 Gemeinderathsmitglieder und 11 Generalrathsmitglieder. „Das ist" — ruft Granier spöttisch aus — „der Effectivbestand der heiligen Schaar der Quand-même-Legitimisten, die den Grafen Chambord mit geschlotterten Gewehr erwartet, um ihn auf den Thron seiner Väter zu tragen."

Großbritannien.

‖ **London**, 20. Dec. Auf demselben Eisenbahnzug, der am Samstag früh den Lord Derby von Osborne nach London zurückbrachte, kam auch der Bote der Königin herein mit Briefen an den Marquis von Lansdowne und den Earl von Aberdeen, in welchen die beiden Lords nach Hof beordert wurden. Der erstere jedoch war durch einen Gichtanfall verhindert, dem königlichen Befehl Folge zu leisten, und Lord Aberdeen hielt es für passend, diesen Freischenfall nach Osborne zu melden, bevor er sich allein zur Abreise anschickte. Gestern Morgen kam eine zweite telegraphische Depesche an Lord Aberdeen von der Königin, in Folge deren er allein die Reise an das königliche Hoflager antrat. Doch hatte er früher noch eine längere Besprechung mit dem Marquis of Lansdowne, von dem er der Königin wahrscheinlich als der Tauglichste zur Bildung eines neuen Cabinets empfohlen wurde. Vor seiner Abreise hatte er noch eine Zusammenkunft mit Lord John Russell, die eben so herzlich als befriedigend für die beiden Staatsmänner war, und durch die Lord Aberdeen in die angenehme Lage versetzt wurde, der Königin melden zu können, daß die Führer der eben bestandenen Opposition, die Nothwendigkeit eines innigen Zusammenhandelns erkennend, mit Verleugnung persönlicher Ansprüche und Interessen übereingekommen seien, an der Bildung einer starken, einigen Verwaltung Theil zu nehmen. Lord J. Russell namentlich hat erklärt, das neue Ministerium — gleichviel, ob der Name Lansdowne oder Aberdeen an dessen Spitze figurirte — mit dem ganzen Einfluß seiner Persönlichkeit und seiner Partei zu unterstützen, und somit wäre die langerwartete, vielfach gewünschte, oft bezweifelte Verbindung der eigentlichen Whigs und der Peeliten zu Stande gebracht. Lord J. Russell ist nun bald zwei Monate, durch Entsagung auf die ihm vor allen Andern gebührende Premiersschaft das Hauptbindemittel der Coalition beseitigt zu haben. — Von der äußersten Linken — der Manchesterschule — hören wir, daß sie ebenfalls, mit Hintansetzung jedes persönlichen Ehrgeizes ihrer Führer, sich dahin geäußert hat, ein auf liberaler Grundlage organisirtes Cabinet kräftig zu unterstützen. Der seit einem Jahr fortwährend kränkelnde Marquis von Lansdowne, der in seinem 73. Lebensjahr steht, wird wohl jede thätige, unmittelbare Theilnahme an den Regierungsgeschäften ablehnen und diese dem drei Jahre längern Aberdeen anvertrauen. Letzterer ist heute wieder von Osborne hier eingetroffen und in Conferenzen in seinem Hause haben begonnen. Die Boten und Gerüchte fliegen um die Wette durch die Regionen des Westendes und der Clubs und es circuliren bereits eine Menge Ministerlisten, in denen die Hauptpersonen immer dieselben bleiben; Palmerstons Name steht nur auf einer Liste und auch da nicht für die auswärtigen Angelegenheiten. Die „Times" spricht heute ihr lebhaftes Bedauern über die Art der Isolirung dieses Staatsmannes aus; hält sie auch seine Theilnahme am Cabinet nicht für unumgänglich nöthig, so möchte sie ihn doch als ersten Lord der Admiralität oder Lordstatthalter von Irland fungiren sehen. Auch sähe sie die „Times" gern, wenn in das whig-peelitische Cabinet einige Mitglieder der jung-liberalen Partei, wie Molesworth, Wodehouse und Osborne aufgenommen würden. — In beiden Parlamentshäusern haben heute die Minister, bei den Lords Graf Derby, bei den Gemeinen der Schatzkanzler, ihre von der Königin angenommene Resignation officiell mitgetheilt und eine weitere Vertagung bis zum nächsten Donnerstag beantragt, da dann der Earl v. Aberdeen die Bildung des neuen Cabinets werde zu Stande gebracht haben. Bis dahin würden die bisherigen Minister die Geschäfte provisorisch fortführen. Der Earl v. Aberdeen hat den Lauf des heutigen Tages nach einander mit Lord John Russell, Sir James Graham, Sydney Herbert und andern Führern der Peeliten Besprechungen gehabt. Bei einem Meeting, welches die Derbyiten heute in Downingstreet gehalten, sollen sich dem „Globe" zufolge nur 150 bis 160 Mitglieder eingefunden haben.

Börsenberichte.

Berlin, 21. Dec. Staatsschv. 94½ Brf., 94¼ G. — Köln-Minden 117¼ à ½ bez. — Fr.-W.-Nordb. 37½ à ⅛ bez.

Verantw. Redaction: Dr. H. Mallen. Dr. C. Sattler. Dr. J. V. Kaltschell.

[2868]

Benachrichtigung
für das correspondirende Publikum.

Laut telegraphischer Depesche aus Halle vom 23. l. M., 8 Uhr 37 Min. Vormittags, hat der gestern Abend um 10 Uhr von Berlin abgegangene Bahnzug heute den Anschluß an den ersten Zug von Halle nach Eisenach nicht erreicht.

Frankfurt a. M., den 23. December 1852.

Ober-Post-Amt.

[2313] Bei C. W. Lizius, Roßmarkt, im Café Milani, erscheint soeben:

Amaranth, v. Oscar v. Redwitz.

50 Lieder und Gesänge für eine Singstimme mit Begleitung des Pianoforte,

componirt von

J. Drinnenberg.

Vollständig in 5 monatlichen Lieferungen, deren jede zehn Piecen enthält und fl. 1. 24 kr. od. 24 Sgr. kostet.

Bei Ausgabe der 5 Lieferungen erhalten die Subscribenten ein **werthvolles Kunstblatt** nach einem Oelgemälde von Gimmler (Scene aus Amaranth), einen Pracht-Titel und ein systematisches Inhaltsverzeichniß **gratis**.

Die Lieferungen, deren 1ste und 2te bereits erschienen sind, enthalten:

1stes Heft. Walthers Lieder — Jung Walther — Reiterlied.

2tes Heft. Der Lenz ist da — Amaranths Waldeslieder — Im Erker und im Thurm — Der erste Kuss — Unter'm Burgthor — Mutterliebe.

3tes Heft. Amaranths stille Lieder — Entsagen — Der Kirchgang — Liebeskämmerlein — An Amaranth.

4tes Heft. An Amaranth — Der Sängersaal — Stummes Mahl — Gastes Lied — Walthers Gebet.

5tes Heft. Amaranths Herbstlieder — Im Sängersaal — Sängers Gebet — Schluss-Lied.

Prospecte stehen gratis zu Diensten.

[2524] **Verfügung**

in Sachen

des Handelsmannes Löb Blumenstiel aus Mennsbach, Klägers

gegen

den Handelsmann Hirsch Walach daselbst, Beklagten

wegen Forderung.

Auf nachstehende vom Kläger erhobene Klage nebst Nachtrag vom heutigen Tage:

„Am 1. Februar 1848 verkaufte und überlieferte ich dem Beklagten sieben Centner Wolle (7 Centner) den Centner für 30 Thaler (dreißig Thaler) übereinkünftlichen Kaufpreis und ist mir derselbe hierfür im Ganzen 210 Thaler (zweihundert und zehn Thaler) schuldig geworden.

Der Beklagte machte sich mir gegenüber bei dem Abschlusse des Handels verbindlich, den libellirten Kaufschilling den 1. Mai 1848 an mich zu bezahlen, dies ist aber bis jetzt noch nicht geschehen.

Ausweislich der sub Lit. A. anliegenden Bescheinigung des Ortsbürgermeisters zu Mennsbach, hat sich der Beklagte im Jahre 1848 mit seiner ganzen Familie heimlich von Mennsbach entfernt und ist allgemeinen Gerüchten zu Folge nach Amerika ausgewandert, sein gegenwärtiger Aufenthaltsort ist jedoch bis jetzt noch nicht bekannt geworden.

Da ich nun auf gütlichem Wege nicht zu meiner Bezahlung gelangen kann, so sehe ich mich zur Klage genöthigt und richte an Kurfürstliches Justizamt die gehorsamste Bitte:

den Beklagten, nach vorheriger Edictalladung, für schuldig zu erkennen und denselben anzuweisen, die libellirten 210 Thlr. nebst Zinsen des Verzugs hiervon zu 5pCt. seit 1. Mai 1849 binnen kurzer Frist an mich zu bezahlen und denselben in die Kosten dieses Verfahrens zu verurtheilen.

Proceßvollmacht überreiche ich sub Lit. B. und Vollmacht für meinen Insinuationsmandator sub Lit. C.

Hierüber ꝛc.

Kurfürstlichen Justizamtes

gehorsamster

c. h. l. Kläger in subro.

Metschan.

Kläger erklärt mit Bezug auf seine am 29/10. 52 überreichte Klage:

Beweis trete ich sofort an, indem ich dem Kläger über sämmtliche in der Klage behaupteten Facten den Schiedseid antrage, gerichtet auf die Negative sämmtlicher behaupteter Facten. Ich bitte gehorsamst:

nunmehr weiter zu verfügen w. R.

gez. Metschan.

wird Termin auf

den 19. Januar k. Jahrs,
Vormittags 10 Uhr,

bestimmt, in welchem sich der Beklagte auf die Klage nebst Beweismittel bei Meidung des Ausschlusses und Eingeständnisses, bezw. der Eidesweigerung zu erklären und über etwaige Einreden bei Meidung eventueller Beweisfälligkeit alsbald Beweis anzutreten hat.

Zugleich dient dem Beklagten zur Nachricht, daß Verfügungen und Bescheide in dieser Sache für die Folge nur an die schwarze Tafel statt Insinuation an ihn angeheftet werden sollen.

Ellerfeld, am 31. October 1852.

Kurfürstliches Justizamt das.
v. Schiereth.
vdt. Heller.

[2561] **Edictalladung.**

Ueber das um wenigstens 14,000 fl. überschuldete Vermögen des früheren Gemeinderechners Nicolaus Kraft II. zu Eschollbrücken ist Concurs erkannt worden. Es werden daher Alle, welche Forderungen oder sonstige Ansprüche an jenes Vermögen geltend machen wollen, zur Anmeldung und Begründung derselben und etwaiger Vorzugsrechte, sowie zur Beschlußfassung bezüglich der Verfügung über die Masse oder über etwa gemacht werdende Vergleichs-Vorschläge auf

Donnerstag den 6. Januar l. J.,
Vormittags 9 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheile des Ausschlusses von der Masse hierher vorgeladen.

Die nur schriftlich liquidirenden Gläubiger werden als den Beschlüssen der Mehrheit der erschienenen beitretend angesehen.

Gernsheim, den 5. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Dr. Buff. Dr. Kleinschmidt.

[2620] **Edictalladung.**

Der einzige Sohn zweiter Ehe des im Jahre 1806 verstorbenen Fürstlich Hohenlohe-Oehring'schen Hauptmanns Dietsch von Friedberg, Wilhelm Dietsch, geboren zu Offenbach am 6 September 1782, hat seine Heimath früh verlassen und soll in den Jahren 1803 bis 1805 in Hamburg sich aufgehalten haben Seit jener Zeit fehlen alle Nachrichten über ihn.

Bei Regulirung der Nachlaßverhältnisse seines Vaters kam zwischen den Miterben des gedachten Wilhelm Dietsch eine Vereinigung dahin zu Stande, daß ein Theil des Nachlasses seines verstorbenen Vaters mit ungefähr 2000 fl. als mütterliches Vermögen des abwesenden Wilhelm Dietsch bis zu seinem 70sten Lebensjahre verwaltet werden, und, wenn er nicht zurückkehre, hiernach seinen Stiefgeschwistern und resp. deren Kindern und Erben zufallen solle.

Nachdem nunmehr der Abwesende das 70ste Lebensjahr zurückgelegt haben würde, werden auf Antrag seiner Präsumtiverben der gedachte Abwesende Wilhelm Dietsch, so wie dessen etwaige Leibeserben und alle die, welche Ansprüche an das für ihn seither curatorisch verwaltete Vermögen zu haben glauben, hierdurch öffentlich aufgerufen, sich

binnen 60 Tagen

bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden und ihre Ansprüche zu begründen, gegenfalls der Tod des Abwesenden unterstellt und das Vermögen den bekannten Präsumtiverben in Gemäßheit des getroffenen Vergleichs überlassen werden wird.

Gießen, den 12. November 1852.

Großh. Hess. Hofgericht der Provinz Oberhessen.
v. Helmolt. Kempff.
Pro copia: Fritz, H.-G.-S.-Accessist.

Cours der Staats-Papiere. 23 December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5%M. (C.i.S.b.Roths)	96 3/8 G.	Baden. .	fl. 35 Loose v. 1845	38 1/2 P. 3/8, 1/4 bez. u. G.
»	5%M.v.J.1851 Ser.B.	96 3/8 G.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34 P. 33 3/4 G.
»	5%do.v.J.1852 L. à 121	95 bez.	»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	48 3/4 P. 1/2 G.
»	5% L. V. (C.b Roths)	92 P. 91 3/4 G.	Gr. Hessen	4 1/2% Obligationen	102 G.
»	5% do.Monte C.i.S.L.M	88 G.	»	4% ditto b.Rothsch.	98 5/8 G.
»	Bank-Actien . . .	1417 P. 1413 G.	»	3 1/2% ditto b.Rothsch.	92 1/8 G.
»	5% Metalliq. Oblig.	83 1/2 P. 83 G.	»	fl. 50 Loose . . .	92 1/2 G.
»	5%M.v.J.1851 Ser.A.	83 1/4 G.	»	fl. 25 Loose . . .	32 P. 31 3/4 G.
»	5% ditto 1852	83 1/8 bez.	Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103 1/8 P.
»	4 1/2% ditto	74 1/2 P. 1/4 G.	»	4% ditto	99 5/8 G.
»	4% ditto	65 1/2 P.	»	3 1/2% ditto	91 3/4 P. 1/2 G.
»	3% ditto	49 G.	»	fl. 25 Loose . . .	29 3/8 G.
»	2 1/2% ditto	42 1/4 G.	Frankfurt	3 1/2% Oblig. v. 1839	95 1/2 P. 1/8 G.
»	1% ditto	16 1/4 G.	»	3 1/2% » v. 1846	94 1/2 G.
»	Mail.-Como-fl. 14-L.	11 3/8 P. 11 G.	»	3% » . . .	86 P. 85 3/4 G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	122 P.	»	Taunusbahnact. .	307 P. 304 G.
»	fl. 500 » ditto	195 1/2 G.	Russland	4 1/2% Obl. b. Baring	102 P.
»	4 1/2% Oblig. b. Bethm.	81 P.	»	4% Obl. b. Hope fl. 2.	92 3/4 G.
»	4% » » »	71 1/4 P.	»	4% » b.Stieglitz »	92 1/4 G.
Preussen .	3 1/2% Staatsschulds.	94 1/4 G.	Polen. .	4% Oblig. de fl. 500	92 1/4 P. 92 G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	117 G.	Spanien	3% Inl. Sch. P fl. 2.30	43 7/8 P. 5/8 G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101 1/2 P. 1/4 G.	»	1% Neue » »	23 15/16, 7/8 bez.
»	4 1/2% ditto	101 3/4 P. 1/2 G.	Holland .	4% Certificate . .	97 G.
»	4% ditto	96 1/4 P.	»	3 1/2% Syndicate .	95 1/4 G.
»	4% Ablös.-Rente .	96 1/2 P. 1/4 G.	»	2 1/2% Integrale .	66 G.
»	3 1/2% Oblig. b. Roths.	92 5/8 P. 3/8 G.	Belgien .	4 1/2% Obl. in F. à 28 kr.	99 5/8 P. 1/4 G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	99 5/8 P. 3/8 G.	»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	94 3/8 P.
»	5% Priorit.-Oblig. .	103 1/2 G.	»	2 1/2% Obl. b. Rothsch.	57 3/4 P. 1/2 G.
Württemb.	4 1/2% Oblig. b. Roths.	101 3/4 P. 3/4 bez.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97 3/4 G.
»	3 1/2% ditto	90 7/8 P. 5/8 G.	»	5% Obl. b. Hambro	94 3/4 P.
Baden . .	5% Obligationen . .	102 1/4 G.	»	Sardinische Loose .	41 1/8 G.
»	4 1/2% Obligationen	102 3/4 G.	Toscana	5% Obl. 1850 (C.b. Golds.)	101 5/8 P. 1/4 G.
»	3 1/2% v. 1842 . . .	—	»	5% v. 1851. b. Bastogi (do.)	98 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	67 1/2 G.	N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30.	117 1/4 P. 117 G.

Wechsel-Cours.

Den 23. December		Per comptant.
Amsterdam .	k.S.	100 B.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Augsburg . .	k.S.	119 1/4 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	— —
Berlin	k.S.	105 1/4 B. 104 3/4 G.
(60 Thlr.) .	3M.	— —
Bremen (50	k.S.	97 1/4 B. 97 G.
Rthlr. i. Ldor.	3M.	— —
Hamburg . .	k.S.	89 1/4 G.
(100 Mk. Bc.)	3M.	—
Leipzig . . .	k.S.	105 1/4 B. 104 3/4 G.
London . . .	k.S.	118 3/4 B. 1/2 G.
(10 Livr. St.)	3M.	— —
Lyon	k.S.	94 1/4 B. 93 3/4 G.
(200 Fr.) .	3M.	— —
Mailand (250	k.S.	100 1/4 B
Lir. Austr.)	3M.	— —
Paris	k.S.	94 1/4 B. 93 3/4 G.
Wien (100 fl.)	k.S.	105 G.
im fl. 20 F.)	3M.	105 1/4, 105 bez. u. 4 3/4 u. G.
Disconto		2 B.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 43-44
Pr. Friedrichsd'or	»	9 54 1/2-55 1/2
Holl. 10 fl. Stücke	»	9 48 1/2-49 1/2
Rand-Ducaten .	»	5 36 1/2-37 1/2
20 Francsstücke	»	9 25 1/2-26 1/2
Engl. Sovereigns	»	11 48
Gold al Marco	»	379-381
5 Frankenthaler	»	2 20 3/4-21 1/4
Preuss. Thaler	»	1 45-1/4
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 45-1/4

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 307. — Freitag — den 24. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Postbezirke von Frankfurt fl. 2. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstl. Thurn und Taxis'schen Postvereinszahlgebiets 2 fl. 42 kr. = 1 Rthlr. 18½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten so wie in den k. k. österreichischen Gesammtländen 3 fl. im 20 fl.-Fuß oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und Nordamerika, Belgien, Herr G. H. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Turin Fino Torre-Linien de Nazareth No. 28, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Spalte) mit Postzeitung oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

☞ Wegen des h. Weihnachtsfestes erscheint morgen weder die „Frankfurter Postzeitung", noch das „Konversationsblatt"; dagegen wird übermorgen ein Hauptblatt nebst Konversationsblatt um 12 Uhr Mittags ausgegeben und versandt.

Deutschland.

Wien, 19. Dec. Wir geben nachträglich die für den Verkehr wichtigen Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes über die Aktienvereine. Sie lauten im Wesentlichen: „Bei Actienvereinen darf keine Vorausbezahlung unter was immer für einem Vorwande gefordert werden, bevor die Bewilligung hierzu erwirkt worden ist. Ohne diese Bewilligung dürfen auch über allenfalls freiwillig geleistete Einzahlungen keine in den Verkehr zu setzenden Interimsscheine ausgefertigt werden. Die in Formularien beigelegenden Interimsscheine und Actienurkunden dürfen nicht an Ueberbringer, sondern sie müssen immer auf bestimmte Namen der Actionäre lauten. Es ist ausdrücklich festzusetzen, daß der Actionär, welcher die erste Einzahlung geleistet hat, wenn er den erhaltenen Interimsschein veräußert, der Gesellschaft noch für die ferneren Ratenzahlungen so lange verantwortlich bleibt, bis dieselbe ihn von dieser Haftung durch Umschreibung des Interimsscheines auf den Namen des neuen Besitzers losgezählt hat."

* **Wien**, 20. Dec. In Bezug auf die Theilnahme, welche die beabsichtigte Besetzung Ungarns durch deutsche Colonisten findet, theilt die „Leipziger Zeitung" aus dem Schreiben eines der ersten Industriellen in Nassau folgende Stelle mit: „Bei uns in Nassau denkt man bereits ernstlich an Auswanderungen nach Ungarn, und ich kann Ihnen versichern, daß sich einige unserer vorzüglichsten Persönlichkeiten, welche an dieser wichtigen Angelegenheit das lebhafteste Interesse nehmen, nächstens unmittelbar mit der österreichischen Regierung in Verbindung setzen werden, falls diese letztere nicht positive Anträge bei dem herzoglichen Cabinete stellen würde. Ich könnte Ihnen mehrere Bezirke Nassaus nennen, in denen eine nicht geringe Anzahl kleiner Landwirthe geneigt wäre, die Donau hinunter zu schiffen, um auf wohlfeilere Weise zu eigenem Grundbesitz zu gelangen, als dies bis jetzt in der neuen Welt möglich ist." Dieser Brief ist vor dem Bekanntwerden der kaiserl. Patente vom 29. November geschrieben; es ist daher begreiflich, daß jetzt, wo durch die Aufhebung der Aviticität der Besitz stabilirt und der Realcredit gesichert ist, jetzt, wo an der entsprechenden Entwickelung der materiellen und geistigen Kräfte Ungarns nicht mehr gezweifelt werden kann, um so größere Geneigtheit sich kund geben wird, seine Capitalien nach Ungarn zu leiten und sich an der Entwickelung dieses reichen Landes zu betheiligen. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürften bereits im nächsten Frühjahr die ersten Züge deutscher Auswanderer in Ungarn eintreffen, — und es versteht sich wohl von selbst, daß dieselben sich aller möglichen Unterstützung seitens der kaiserl. Regierung zu erfreuen haben werden.

Die Reise Sr. k. Hoh. des Erzherzogs Franz Karl nach Prag geschah einem besondern Wunsche Sr. Maj. des Kaisers Ferdinand zufolge, allerhöchst welcher entschlossen ist, dieser Tage sein Testament zu machen.

Die vier Befestigungswerke, deren Bau vor zwei Jahren auf den Basteien der innern Stadt begonnen wurde und die sämmtliche Vorstädte der Residenz nach allen Richtungen hin beherrschen, sind jetzt vollendet und dürften bis zum Frühjahre vollständig bezogen und eingerichtet sein. Wie nun diese den innern fortificatorischen Rayon bestimmen, so daß innerhalb der Grenzen eines bestimmten Flächenraums kein Gebäude sich erheben darf, welches militärische Rücksichten beirren könnte, ebenso sollen, wie die „Triester Zeitung" berichtet, auf Anordnung des Kaisers außerhalb der Linienwälle der Vorstädte, und zwar namentlich längs dem rechten Donauufer, mehrere Forts erbaut werden, nach denen sodann der äußere fortificatorische Rayon festgesetzt wird. Demzufolge würde der letztere von dem früher bestandenen bedeutend abweichen und sich weit über die Grenzen der den Vorstädten zunächst gelegenen Ortschaften erstrecken. Nach den bisher gepflogenen Verhandlungen soll die äußerste Linie unterhalb des Lusthauses im Prater beginnen, die ganzen Auen des kleinen Praters umschließen, sodann nach Kaiser-Ebersdorf bis an die ersten Häuser von Schwechat reichen, die Wien-Bruder Eisenbahn durchschneiden, nach Oberlaa und Inzersdorf, Unter-St. Veit, Baumgarten und dem Galitzenberg bis Pöglein dorf, Sievering, Döbling und Rußdorf fortlaufen, wo sie ihr Ende erreicht und auf diese Art einen förmlichen Halbbogen beschreibt.

In Erwartung der Klosterreformen sind in mehreren Klöstern des Kronlandes Niederösterreich gewisse Verschärfungen der Disciplin eingetreten, die sich jedoch auf Einführung einer strengeren Clausur und dergl. beschränken. Diese Aenderungen sind als Folgen der gemeinsamen Berathungen anzusehen, zu welchen die Prälaten einiger Orden im Frühling und Herbst dieses Jahres zusammengetreten waren. Eine allgemeine Klosterreform ist wohl erst nach Abschluß des Concordats mit Rom zu erwarten, in welcher Hinsicht die Verhandlungen noch im Zuge sind.

△ **Berlin**, 21. Dec. Wie wir hören, haben die acht katholischen Kirchenfürsten Preußens eine Eingabe an Se. Maj. den König gemacht, worin um Zurücknahme der vielbesprochenen Verfügungen, welche die Bischöfe als eine Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte der Kirche betrachten, gebeten wird. Se. Maj. der König hat diese Eingaben der Bischöfe dem Staatsministerium zur Berichterstattung an ihn selbst überwiesen. In diesen Tagen ist nun das Staatsministerium zur Berathung dieser Angelegenheit versammelt gewesen. Ueber die Beschlüsse, welche in Betreff der Berichterstattung an Se. Maj. den König vom Staatsministerium gefaßt worden sind, hat man noch nichts erfahren und ist auch in den in dieser Beziehung unterrichteten Kreisen nichts Bestimmtes bekannt. Wenn daher das Gerücht verbreitet wird, daß von Seite des Ministeriums die in Rede stehenden Verfügungen bereits fallen gelassen worden seien, so ist diese Angabe eben nur als ein unverbürgtes Gerücht zu betrachten. — In Betreff der Vorlage des Ministeriums, wonach die Kammern nur alle zwei Jahre zusammentreten sollen, hört man nun auch von Seite solcher Kammermitglieder, welche mehr der Rechten angehören, daß diese Vorlage, wie zweifellos die Annahme derselben in der ersten Kammer sei, von der zweiten Kammer abgelehnt werden dürfte. — Hinsichts der dänischen Erbfolgeangelegenheit, welche das „Preuß. Wochenblatt" in seinen letzten Nummern ausführlicher behandelt hat, ist namentlich darauf hinzuweisen, daß der Prinz Christian von Glücksburg, welcher mit seiner männlichen Nachkommenschaft den dänischen Thron besteigen soll, nachdem der jetzige König und dessen Oheim, beide kinderlos, heimgegangen sein werden, nicht auf Grund eigenen Rechtes, sondern in Holstein auf Grund eines Verzichts des Kaisers von Rußland zu seinen und seiner männlichen Nachkommenschaft Gunsten, und in Dänemark in Folge der Verzichtleistung seiner Schwiegermutter, seines Schwagers und seiner Schwägerinnen, so wie endlich seiner Gemahlin selbst ebenfalls zu seinen und zu seiner männlichen Nachkommenschaft Gunsten, auf den Thron kommt. Durch die Ausschließung des Herzogs von Augustenburg und des Augustenburger und Glücksburger Hauses als solchen, und durch die neue Regelung der Erbfolge, wie sie durch das Londoner und Warschauer Protocoll festgesetzt worden ist, entstehen aber für den Fall, daß der Prinz Christian und dessen beide noch in den Kinderjahren stehende Söhne vor der Zeit versterben sollten, die größten Gefahren für Deutschland wie für

Dänemark dadurch, daß die Ansprüche Rußlands auf Holstein mit überwältigender Kraft in den Vordergrund treten, und daß für den übrigen Theil der dänischen „Gesammtmonarchie“ es an jeder erbrechtlichen Bestimmung fehlen wird. Bei Feststellung einer neuen Erbfolge würde Rußland alsdann die entscheidende Stimme haben. Die Gründung eines kleinen deutschen Staats an der Eider erschien der europäischen Diplomatie unvereinbar mit den Interessen des europäischen Gleichgewichts; statt dessen hat sie einen Zustand herbeigeführt, dessen mögliche Folge die Gründung einer russischen Secundogenitur in Kopenhagen sein kann!

F **Berlin**, 21. Dec. Die Sitzungen beider Kammern waren heute kurz und von keiner besondern Erheblichkeit. In der ersten Kammer kam die Vorlage der Regierung in Betreff der zweijährigen Berufung der Kammern und Verlängerung der Legislaturperiode vor, wozu die Commission ein Amendement eingebracht hatte, das die Theilnahme der ersten Kammer an der Feststellung der Etats und eine Theilung dieses in einen ordentlichen und außerordentlichen feststellte. Indessen wurde letzteres, gegen welches namentlich Graf Arnim auftrat, nicht angenommen, vielmehr die Regierungsvorlage in der ursprünglichen Fassung. Viele Abgeordnete haben sofort nach dem Schluß der Sitzung Berlin verlassen, andere werden aber noch durch eine Einladung zurückgehalten, welche dieselben von dem Hofmarschallamt zu einem Diner erhalten haben, das morgen auf den Königlichen Schlosse Saal stattfindet.

München, 21. Dec. In diesem Augenblicke befindet sich eine Deputation des Senats der Würzburger Universität in unserer Hauptstadt, bestehend aus den HH. Professoren Dr. Edel und Dr. Scherr. Anlaß zur Absendung dieser Deputation ist ein vor einigen Tagen in der Vorhalle des Theaters zu Würzburg stattgehabter Streithandel zwischen einem Offizier der dortigen Garnison und einigen Studenten. Ueber den wahren Thatbestand dieses Vorfalls wird die bereits eingeleitete Untersuchung ohne Zweifel Licht verbreiten. (N. M. Z.)

Ludwigshafen, 21. Dec. Dem Vernehmen nach wird hier am 21. Januar eine Generalversammlung der Actionäre der Neustadt-Weißenburger Bahn zur Constituirung der Gesellschaft stattfinden. Die Beschleunigung der Eisenbahnfahrten von Paris hierher, welche am Neujahr beginnen sollte, ist auf Hindernisse gestoßen, und wird dadurch eine Verzögerung erleiden.

†† **Kassel**, 21. Dec. Die Anklageschrift des Generalstaatsprocurators wider diejenigen Mitglieder der vorigen aufgelösten Ständeversammlung, welche durch den Beschluß vom 31. August 1850 die Steuerverweigerung beschlossen haben, und welche deßhalb zur Verantwortung und Schadenersatzleistung herangezogen werden sollen, befindet sich seit sechs Tagen in den Händen des betreffenden Untergerichts zur Instruirung der Sache. Man ist auf den Ausgang der Sache gespannt, indem durch jene Steuerverweigerung sehr viele Steuern, namentlich Durchgangszölle ꝛc. für den Staat gänzlich verloren gegangen sind. — In Veranlassung der Bestellung des Landraths v. Bischofshausen, welcher der extremen gothaischen Partei angehörte, zum vortragenden Rathe im geheimen Cabinet des Kurfürsten, tauchen im Publikum allerlei Vermuthungen und Gerüchte auf, welche noch zur Zeit der Begründung entbehren, wie überhaupt allen Angaben über einen bevorstehenden Wechsel des Systems, oder der dasselbe vertretenden Personen, durch welche unsere Regierung bei der Regsamkeit der Parteien in eine gefährliche abschüssige Bahn gerathen würde, nur mit der größten Vorsicht aufzunehmen sind. — Unlängst entschleudert in Marburg bei Koch erscheinende „Hessische Volksfreund“ von Dr. A. Wilmar, unter der Aufschrift: „Ist Wilhelm Burkhard Pfeiffer wirklich todt?“ einen Artikel, welcher gegen denjenigen Theil unserer Juristen, der sich zur Pfeiffer'schen Richtung bekennt, eine scharfe Geißel schwang. Jetzt bereitet, wie man hört, das hiesige Obergericht in pleno eine Eingabe an das Ministerium des Innern vor, welche den Zweck haben soll, gegen den „Hessischen Volksfreund“ einzuschreiten. Man zerbricht sich den Kopf darüber, was die wahre Absicht dieser letztern Eingabe ist, da, wie allgemein bekannt, der „Volksfreund“, obgleich dessen Mitredactene Referent im Ministerium ist, doch eine von dem letzteren ganz unabhängige Tendenz verfolgt. — Durch den neuesten Erlaß des Kriegsministeriums ist den Offizieren unsers Armeecorps das Tragen von Pelzkragen an der Uniform untersagt worden. — An die Stelle des durch Erkenntniß des kurfürstlichen Generalauditorats von seinem Amte entsetzten bekannten Rectors Dr. Gräfe ist der zweite Lehrer an der hiesigen Realschule, Dr. Wilhelm Clemen, zum Rector und ersten Lehrer an der gedachten Schulanstalt, mit einem Gehalte von 1000 Thlrn., vom hiesigen Stadtvorstande präsentirt worden.

Kronberg, Am 19. Dezember wurden hier zwei wissenschaftlich gebildete Juden von Frankfurt, ein Architekt und ein Doctor med., vom Decan Flohr getauft und in die Gemeinschaft der evangelisch-protestantischen Kirche aufgenommen.

✕ **Frankfurt**, 23. Dec. Ihr Correspondent berichtet, daß auf Klage des Herrn G. Herold gegen den Verfasser eines Herrn Herold betreffenden Artikels „polizeigerichtliche Untersuchung“ eingeleitet worden. Dieser Ausdruck kann Unkundigen Gelegenheit zu irriger Auffassung geben. Die einzige Form, in welcher Preßprocesse bei uns anhängig gemacht werden können, ist eben die einer „polizeigerichtlichen Untersuchung“, welche jedesmal stattfindet, wenn eine Klage erfolgt ist. Ihr Correspondent hätte aber beifügen können, daß ohne eine vorausgehende Privatklage, von Amtswegen eine Untersuchung gegen Hrn. Herold wegen seines Schmähblattes gegen die Juden eingeleitet worden ist.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 22. Dec. Der große Rath von Zürich hat vorgestern einstimmig den Vertrag mit Thurgau wegen Erbauung der Eisenbahn Zürich-Romanshorn ratificirt. Der Regierungsrath wurde eingeladen, das von St. Gallen gestellte Concessionsbegehren für die Bahn Wyl-Winterthur bei Thurgau zu unterstützen. — Die Telegraphenlinie über den Gotthardt ist vollkommen hergestellt. Gestern Nachmittag kamen die ersten Berichte von Airolo und Bellinzona auf dieser Linie in Luzern an. — Der angekündigte „Aufruf des Freiburger Volks an die schweizerische Nation“, verfaßt und unterzeichnet von Herrn Charles, ist erschienen. Die Denkschrift ist ziemlich dickleibig. In einer Nachschrift wird gesagt, daß sich das Comite von Posieux auf Befehl der Regierung habe auflösen müssen, weßhalb dessen Mitglieder nur individuell für die bekannten Zwecke arbeiteten. — Der Streit über Demolirung oder Beibehaltung der Liebfrauenkirche in Freiburg hat sein Ende gefunden. Nach einer heftigen Debatte ward in der Bürgergemeinde die Beibehaltung mit großer Mehrheit beschlossen und die Gesellschaft mit der Wiederherstellung des Gotteshauses auf eigene Kosten beauftragt. — In Basel hat das Militärcollegium den Beschluß gefaßt, den (deutschen) Professor Lohbauer dorthin zu berufen, um einen Kurs über Strategie und Tactik abzuhalten, welchem das Offizierscorps obligatorisch beizuwohnen hat. — In Bern haben die Professoren Pabst, Hahn, Dr. Henne, Dr. Gelpke, Director Hugentubel, Dr. Eckardt, Lehrer Tscherter und Stud. med. Belmont eine Einladung zur Gründung eines literarischen Vereins veröffentlicht.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 23. Dec. Die „Nass. Allg. Ztg.“ theilt in ihrer heutigen Nummer mit, daß das vor einigen Tagen in Wiesbaden aufgetauchte und auch von ihr erwähnte Gerücht, über Zurückforderung der zum Bau der Westerwalder Eisenbahn gestellten Caution ungegründet war, und daß eine Zurückforderung der erwähnten Caution nicht stattgefunden habe.

‡ **Berlin**, 22. Dec. Die Tage von Aranjuez sind nun vorüber, aber heiter und mit tiefen und bleibenden Eindrücken hat die österreichische Majestät diese Stadt verlassen. Angenehme und dauernde Erinnerungen verbleiben — man darf es aus vielen Aeußerungen abnehmen — beiden Seiten, dem hohen Gaste auf der einen, dem hohen Onkel und dem ganzen Volk auf der andern. Man spricht heute von nichts Anderm, als dem jugendlichen Kriegsherrn von Oesterreich. Ihn in den Salons sind die Offiziere von Kaiser Franz der geschätzte Artikel. Man umsteht sie, ihnen zu der Decoration zu gratuliren, welche der scheidende Kaiser an ihre Brust geheftet hat; sie wissen von Verleihungen des Leopoldordens und von der eisernen Krone an preußische Stabsoffiziere), man fragt sie nach diesem und jenem, was der Kaiser gesprochen und gethan hat. Alles rühmt sein soldatisches Wesen und sein Interesse für die Armee.

± **Darmstadt**, 23. Dec. Nach dem Schlusse der Session des Schwurgerichts wurde vorgestern von dem Assisenhof eine Contumacialsache wegen Hoch- und Landesverraths erledigt, die als Nachspiel des großen gerichtlichen Dramas des Oberlandesbacher Prozesses erscheint. Eine Anzahl der in dem Anklageakt desselben Beschuldigten hatte sich durch die Flucht dem Verfahren entzogen, so daß ein Contumacialverfahren eingeleitet werden mußte. Mehrere, z. B. Ferdinand v. Löhr, Ohly, und jener Schad, welcher als beschuldigt erscheint, dem Regierungsrath Prinz, welcher von zwei Schüssen getroffen wurde, eine Schußwunde beigebracht zu haben, wurden von der schwersten Strafe getroffen, da sie in lebenswieriges Zuchthaus verurtheilt wurden. — Seit gestern hält der Provinzialgerichtshof seine öffentlichen Sitzungen, die bis in die ersten Tage des folgenden Monats Januar hineinreichen werden. — Nachdem die erste Kammer gestern noch einige Angelegenheiten des Militärbudgets berathen hatte, verlas der Präsident den gleichen Erlaß des Regenten wegen Vertagung der Stände bis auf Weiteres.

Stockholm, 14. Dec. Der König hat schon so weit seine Kräfte wieder gewonnen, daß er seit dem verwichenen Samstag sein Bett hat verlassen können. An die allgemeine Freude hierüber hat sich

eine neue geknüpft, indem heute Mittag um 12 Uhr durch den Donner der Kanonen die glückliche Niederkunft der Kronprinzessin mit einem Prinzen den schon lange mit der größten Spannung harrenden Bewohnern der Hauptstadt verkündigt wurde. Der neugeborne Prinz wird die Namen Karl Oscar Wilhelm Friedrich erhalten.

† **Athen**, 13. Dec. Nach Briefen der „Triester Zeitung" sind die auf die Thronfolgeangelegenheit bezüglichen Documente dier veröffentlicht worden.

‡ **Paris**, 22. Dec. Im amtlichen Theil des „Moniteur" heute nichts von Wichtigkeit. — Die neuesten Berichte aus Compiegne wiederholen in den wärmsten Ausdrücken frühere Mittheilungen über den Enthusiasmus, mit welchem die Bevölkerung der dortigen Residenz den Kaiser auf Tritt und Schritt begleitet.

Napoleon Bonaparte ist heute Nachmittags 3 Uhr auf einem Extrazug nach Compiegne abgereist. — Heute haben sich auch alle Minister nach Compiegne verfügt, dort dem Cabinetsrath beizuwohnen, der gewöhnlich am Mittwoch gehalten zu werden pflegt.

Nach den Verfügungen Eingewethter ist der Herzog v. Bassano definitiv zum Oberhofmeister, General Graf Reanault de St. Angely zum Großmarschall des Palastes, und der Prinz v. Wagram (Sohn Berthiers) zum Oberstallmeister ernannt worden. Edgar Ney, der bis jetzt letzteren Posten bekleidete, soll über diese Ernennung sehr verstimmt sein und seinen Abschied als Adjutant des Kaisers verlangt haben. — Der Bischof von Nancy wird nicht den Titel: „Grand Aumonier de l'Empire", sondern den: „Premier Aumonier de l'Empereur" erhalten.

— Der „Köln. Ztg." wird über die gestrige Sitzung des Senates, in welcher Troplong seinen Bericht vorlas, Folgendes über diese Berichterstattung mitgetheilt: Die Commission hat den wichtigen dritten Artikel des Senatusconsultums, in welchem dem Kaiser das Recht ertheilt wird, die Tarife zu bestreiten und Handelsverträge abzuschließen, angenommen. Was den 4. Artikel betrifft, in welchem die Regierung dem Kaiser das Recht vindicirt, die öffentlichen Arbeiten zu bestreiten, so unterscheidet die Commission zwischen jenen Arbeiten, zu denen ein Vorschuß aus dem Staatsschatz nothwendig, und jenen, bei welchen dies nicht der Fall ist. Jene Arbeiten, zu denen Staatsgelder nothwendig sind, sollen nach dem Amendement der Commission erst mit Zuziehung des gesetzgebenden Körpers geordnet werden können; wenn jedoch ein Dringlichkeitsfall stattfindet, so soll provisorisch dessen ungeachtet ein Decret die Arbeit anordnen können. Was endlich den 12. Artikel betrifft, der das Budget zum Gegenstand hat, so verlangt die Commission, daß dasselbe kapitelweise eingebracht und nach Ministerien votirt werde, aber bei jeder Transmission der Fonds von einem Ministerium nach dem andern dem gesetzgebenden Körper ein Ausweis zukommen soll. Außerdem wurden noch zwei Amendemente gestellt. Nach dem einen derselben soll zu dem Artikel: „Die kaiserlichen Prinzen sind Senatoren vom achtzehnten Lebensjahr angefangen", noch der Zusatz: „avec l'agrément de l'Empereur" kommen. Endlich stipulirt ein Amendement der Commission 2500 Fr. monatlichen Entschädigung für die Deputirten, sowohl bei einer ordentlichen als bei einer außerordentlichen Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Endlich hat Troplong die Lectüre des Berichts beendigt. Da begibt sich Baraguay d'Hilliers zum Präsidenten und überreicht ihm ein Amendement zu dem Commissionsantrag, das er heimlich geschrieben hat. Niemand weiß, in welchem Punkt er die Commission amendirt, allein ein Senator flüstert dem andern zu: „C'est un Républicain forcé." Troplong übergibt nun seinen Bericht dem Präsidenten; dieser fragt, ob Jemand das Wort verlange. Der Senat bleibt stumm. Die Sitzung ist aufgehoben; nächsten Donnerstag Sitzung der Commission um 1 Uhr und um 2 Uhr Plenarsitzung.

* * * **Madrid**, 17. Dec. Durch heute erschienenes Decret der Königin ist die gegen den „Heraldo" wegen Veröffentlichung des Wahlmanifestes der Mederados eingeleitete Untersuchung niedergeschlagen. Der Präsident Pio de la Sota soll entlassen worden sein; der politische Chef von Madrid ist seines Postens entsetzt. — Wahrscheinlich wird sich die Presse jeder Opposition gegen die neue Regierung enthalten, so lange deren Programm noch nicht bekannt ist.

‖ **London**, 21. Dec. Die Bildung des neuen Cabinets scheint noch nicht viel weiter gediehen zu sein als gestern; die Unterhandlungen dauern fort; die gewiegtesten Diplomaten halten eine Allianz zwischen Whigs und Peeliten für nicht von langer Dauer. Der „Morning Herald" zweifelt an dem Zustandekommen eines Cabinets Aberdeen; dafür ist „Chronicle" seiner Sache um so gewisser. — Seit gestern Abend steht auch Lord Palmerston auf einigen der muthmaßlichen Ministerlisten.

Brüssel, 21. Dec. Der „Moniteur" veröffentlicht heute das Gesetz hinsichtlich der Bestrafung von Beleidigungen, welche gegen die Häupter fremder Regierungen verübt werden. — In der heutigen Kammersitzung erklärt der Minister des Auswärtigen, daß die Uebereinkunft mit dem Zollverein verlängert worden sei. Auf die Frage des Hrn. Lebeau, nach dem Ablaufstermine dieser Verlängerung, antwortete der Minister mit Hinweisung auf die nahe bevorstehende Wiederaufnahme der Unterhandlungen, welche dem Abschluß eines definitiven Vertrags zum Zwecke haben würden. — Der seit einigen Tagen nach Paris abgereiste französische Gesandte, Herzog v. Bassano, wird in kurzem zur Ueberreichung seiner Abberufungsschreiben zurückkehren.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Im Jahr 1852 wurden bis jetzt drei deutsche Eisenbahnen vollendet, welche sämmtlich Staatsbahnen sind: Die Main-Weser Bahn (von Kassel nach Frankfurt a. M.), die Chemnitz-Riesaer Bahn und die preußische Saarbrücker Eisenbahn, indem am 15. Mai die Strecke von Gießen bis Langgöns, am 1. Sept. die Strecke von Chemnitz bis Limmritz, am 15. Nov. die von Neunkirchen über Saarbrücken bis zur preußischen Grenze bei Forbach eröffnet wurde. Die letztere Bahn ist die erste, welche das deutsche Eisenbahnnetz mit dem französischen in directe Verbindung setzt. Außerdem wurden noch drei bayerische Eisenbahnstrecken eröffnet: am 1. April von Kaufbeuren bis Kempten (Theil der Bahn von Augsburg nach Lindau), am 1. August von Bamberg bis Hassurt (erste Strecke der Bahn von Bamberg nach Aschaffenburg und Frankfurt a. M.), am 3. Nov. von Hassurt bis Schweinfurt; sowie drei preußische: am 5. August von Bromberg über Dirschau nach Danzig, am 18. Oct. von Marienburg nach Braunsberg (beide Strecken der preußischen Ostbahn) und am 11. Nov. von Rheydt bis Herzogenrath (Theil der Bahn von Aachen nach Düsseldorf). Die letztere ist unter den 1852 eröffneten Bahnstrecken die einzige, die einer Privatbahn angehört. Endlich wurde am 19 April die Dresdener Verbindungsbahn zwischen der sächsisch-böhmischen, der sächsisch-schlesischen und der Leipzig-Dresdener Bahn eröffnet. Dies sind zusammen gegen 63 geographische Meilen, wovon auf Preußen 42½, auf Bayern 13½, auf Sachsen 5½, auf Hessen-Darmstadt 1¼ Meilen kommen. Die sämmtlichen in Deutschland (incl. Preußen und Posen) vermalen befahrenen Bahnstrecken berechnen sich auf 1097 oder in runder Zahl 1100 geogr. Meilen; davon kommen auf Preußen 422½, auf Oesterreich 204¼, auf Bayern 96, auf Sachsen 69, auf Hannover 48½, auf Baden 43, an Kurhessen 39½, auf Würtemberg 35, auf Holstein 31½, auf Mecklenburg-Schwerin 30½, auf Hessen-Darmstadt 17½, auf Anhalt 12, an Braunschweig 12½, auf Sachsen-Weimar 10 Meilen ꝛc. Jene Bahnlänge zerfällt in 540 Meilen Staatsbahnen und 557 M eilen Privatbahnen. Von diesen ersten kommen auf Preußen (mit Hinzurechnung der neuerdings in den Besitz des Staats übergegangenen niederschlesisch-märkischen Bahn) 120½, auf Oesterreich (excl. Italien, Ungarn und Galizien) 107½, auf Bayern 80 auf Sachsen (incl. Sachsen-Altenburg) 52½, auf Hannover 46½, an Baden 43, auf Würtemberg 35 Meilen ꝛc. In der ganzen österreichischen Monarchie werden 311 Meilen Eisenbahn befahren, wovon aber 42 Meilen Pferdebahnen sind.

Die Paris-Straßburger Eisenbahngesellschaft beschäftigt sich gegenwärtig mit Verlängerung der Bezweigung von Metz nach Thionville gegen Sedan durch die Thäler der Cruene und der Chiers. Diese neue Linie ist höchst wichtig im zweifachen Gesichtspunkte der allgemeinen und der örtlichen Interessen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 23. Dec. Die Stimmung der heutigen Börse war minder günstig, namentlich waren für österreichische und spanische Papiere Verkäufer am Markt, und da sich von der andern Seite nur wenig geneigte Käufer zeigten, so blieben die Course beider benannten Sorten Effecten etwas niedriger als gestern. 5pCt Metall. waren 83 pCt., 4½pCt. Metall. anfangs 74⅞, 74⅞ pCt., zuletzt 74½ pCt. G., 5pCt. Lomb.-Venet. 91⅛ à ⅜ pCt., Wiener Bankactien 612 fl., 500 fl. Loose 185⅛ pCt., 250 fl. Loose 121½ pCt. Von Spanischen waren 1pCt. zu 23⅞, verbandelt und schlossen 23¾ à ½ pCt., 3pCt. Inländische 43½ à ¾ pCt. Von Eisenbahnactien war B.-W.-Nordbahn 48¼ pCt., Berbach 99½ pCt., Köln-Minden 117 pCt., Taunus 305 fl. In den übrigen Fondsgattungen war nur wenig Coursveränderung gegen gestern. — Abends in der Effectensocietät fanden durchaus keine Abschlüsse statt.

Paris, 22. Dec. 4½pCt. Rente 106, 35. — 3pCt. do. 82, 80. — Span. Reue Diff. 24, 2½. — Neue 3pCt. 50. — Innere Schuld 44, 43⅞. — Bankactien 2922, 50. — 5pCt. Piemont 100, 50. — Römische Anleihe Juni 1850 97. — do. 1850 97. — St. Germain-Eisenbahn 1425. — Versailles, linkes Ufer 350. — Straßburg-Basel 367, 50. — Nordbahn 905. — Paris-Straßburg 836, 25.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 23. Dec. 5pCt. Metall. 95⅞, 5pCt. do. B. 110½. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94½. — 4½ pCt Metall. 84⅞. — Bankactien 1342. — 250 fl. Loose 139½. — London 11 fl. 6 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 104⅜. — K.-k.-Nordbahn 247½. — Livorno-Florenz 95½ ex Div.. — Siena-Empoli 68½. — Paris 132½. — London in Triest 11 fl. 8 kr. — Silber 13½. (Fonds.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matlin. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2730]

Abonnements-Erneuerung.

Bei Ablauf des zweiten Semesters o. werden die resp. hiesigen Abonnenten ersucht, die Bestellungen auf auswärtige Zeitungen und periodische Schriften für das mit dem **1. Januar 1853** beginnende erste Semester alsbald schriftlich und mit genauer Angabe der Straße und Wohnungsnummer des Bestellers, an die Unterzeichnete gelangen zu lassen, weil außerdem das bisher bestandene Abonnement als erloschen betrachtet wird und bei später eingehenden Bestellungen für Lieferung vollständiger Exemplare nicht gebürgt werden kann.

Frankfurt a. M., den 1. December 1852.

Fürstlich Thurn und Taxis'sche
Ober-Postamts-Zeitungs-Expedition.

[2857]

Lotterie-Ziehung.

Mittwoch den 29. December, Morgens um halb acht Uhr, findet in dem Lotterie-Ziehungs-Saale auf dem Graben die öffentliche Ziehung 2r Klasse 123r Lotterie statt.

Frankfurt a. M., den 23. December 1852.

Stadt-Lotterie-Direction.

[28.6]

DR BARRY'S
Gesundheits-u. Kraft-Restaurations-Farina
für Kranke jeden Alters und schwache Kinder.

„Dieses eben so leichte als wohlschmeckende Mehl ist eines der vortrefflichsten nährenden und einhüllenden Mittel, und erfolgt in vielen Fällen alle anderen Arzneien. Da es zugleich sehr leicht verdaulich ist (ein großer Vorzug, den es vor sehr vielen anderen schleimigen und einhüllenden Mitteln besitzt), so wird es mit dem größten Nutzen angewandt bei allen Durchfällen und Ruhren, in **Krankheiten der Urinwege, Nieren-Krankheiten** 2c., bei **Steinbeschwerden, entzündlichen oder krampfhaften Reizungen der Harnröhre,** wie sie z. B. oft auch nach dem Genusse gährender Getränke, namentlich des jungen Bieres, vorkommen, bei **krampfhaften Zusammenziehungen in den Nieren und in der Blase, Blasenkrämpfen** 2c. — Mit dem ausgezeichnetsten Erfolge bedient man sich dieses wirklich unschätzbaren Mittels nicht blos in Hals- und **Brustkrankheiten,** wo man Reiz und Schmerzen lindern will, sondern auch in der **Lungen- und Luftröhrenschwindsucht,** wo es bei seinen bedeutenden ernährenden Eigenschaften, gleichzeitig ganz vortrefflich gegen den oft so sehr lästigen Husten wirkt, und kann man, ohne der Wahrheit im geringsten zu nahe zu treten, die feste Versicherung aussprechen, daß die **Revalenta Arabica** beginnende **heftische Krankheiten und Schwindsüchten zu heilen vermag."**

Bonn, den 19. Juli 1852.

(L. S.) gez. Dr. Rud. Wurzer,
Medicinal-Rath, practischer Arzt in Bonn, und mehrer gelehrten Gesellschaften Mitglied.

Analysis des berühmten Professors der Chemie und analytischen Chemikers
Dr. Andrew Ure

London, Nr. 24, Bloomsbury Square.

Ich bestätige hiermit, daß Du Barry's Revalenta Arabica, nach vorausgegangener chemischer Untersuchung, ein reines Pflanzenmehl ist, vollkommen gesund, leicht verdaulich und eine heilsame Wirkung auf Magen und Unterleib hervorbringend, zu gleicher Zeit der Unverdaulichkeit, Verstopfung und deren nervöse Folgen entgegenwirkt.

Andrew Ure, D. M. sc.

Dr. Harvey's Empfehlung der Herren Du Barry & Comp. Es macht Dr. Harvey ein wahrhaftes Vergnügen, die Revalenta aufs Beste anzuempfehlen; sie hat in vielen Anfällen von Diarrhöe sr. wunderbar rasch und heilsam gewirkt, so wie auch in Verstopfung und in den so sehr begleitenden nervösen Symptomen.

London, 1. August 1849.

Chemische Untersuchungen von C. L. Alex, Apotheker und Chemiker. Die Revalenta Arabica von Du Barry & Comp., ein natürlicher Nahrungsstoff, ohne alle schädlichen Beimischungen, stellt ohne Zweifel ein der Gesundheit zuträgliches Präparat dar.

Ulex Str. Mai, des Kaisers aller Reussen. Russisches General-Consulat, London, 2. Dec. 1847.

Der General-Consul ist von Sr. Majestät benachrichtigt, die Herren Du Barry & Comp. zu benachrichtigen, daß die Revalenta Arabica mit allergnädigster Bewilligung an das Ministerium des Kaiserl. Palastes debitirt werden ist.

Durch unseren Generalagenten Herrn **Joh. Aug. Simeons** in Frankfurt a. M. ist die Revalenta Arabica zu beziehen, so wie derselbe überhaupt jede weitere Auskunft ertheilen wird und an welchen man sich wegen Lager der Revalenta wenden kann, für Bayern, Württemberg, Baden, beide Hessen, Nassau 2c. 2c.

Preis der Revalenta Arabica:

1 Pfd. 2 fl., 2 Pfd. 3 fl. 30 kr., 5 Pfd. 8 fl. 10 kr. 12 Pfd. 16 fl., 5 Pfd. Superfeine 16 fl., 10 Pfd. Superfeine 28 fl.

London, im August 1852. ***Barry du Barry & Comp.***

Zu beziehen durch: **Joh. Aug. Simeons** in Frankfurt a. M., im Ducat'schen Hause, vor dem Affenthor.

In **Baden:** bei Herrn **Conradin Haagel** in Carlsruhe.

[2811]

Einladung zum Abonnement
auf das
Oeffentliche Börsen-Coursblatt
des Wechsel-Makler-Syndicats zu Frankfurt a. M.

Hiesige Abonnenten belieben ihre Bestellungen auf das mit dem 1. Januar 1853 beginnende I. Semester in der Expedition des Coursberichts bei Herrn **August Osterrieth** Zeil Nr. **66,** abzugeben; Auswärtige wollen dieselben bei dem Postamte ihres Wohnortes einreichen. Der Preis per 1/2 Jahr beträgt in Frankfurt 4 fl., bei allen auswärtigen Postämtern 5 fl.

Kräuter-Pomade

zur Beförderung des Haarwuchses.

Töpfe à 2 und 4 Thlr.

Rudiner-Pomade

zur Entfernung der Schuppen.

per Topf 1½ Thlr.

Candisolia-Extract,

nebst 1 Fläschchen Schminke, zur Verbreitung der Runzeln, pr. Etui 3 Thlr.

Haarfärbungsmittel

pr. Flacon 25 Sgr.

Zahnpulver

gegen Schmerzen und Weinstein, 10 Sgr.

Lilionese

gegen Sommersprossen, Leberflecken 2c., per Flacon 1/2 Thlr.

Lager dieser Artikel halten wir in der Handschuhe- und Parfümerie-Handlung von Herrn **H. G. von Oven,** Bleidenstraße Nr. 33 in Frankfurt a. M. **Rothe & Comp.** in Berlin, früher in Cöln. [2758]

Frankfurter Handelscorrespondent,

für Geschäftsleute und Kapitalisten von großem Interesse, erscheint wöchentlich zweimal mit Beigebung eines Börsen-Coursblattes, s. J. Ziehungslisten der Staats-Lotterien 2c. Vom 1. Januar 1853 nehmen alle Postämter und Buchhandlungen im Auslande Bestellungen an. Der Preis fl. 1½, pr. Quartal. [2867]

Gartenflora

eine Monatschrift für deutsche und schweizerische Blumenkunde,
herausgegeben von
E. Regel,
Obergärtner im botanischen Garten, Zürich.

[2854]

1r. Jahrg., Erlangen, 1852, Verlag von Ferd. Enke.

Von diesem trefflichen Werke ist soeben das 12te Heft als Schluß des ersten Bandes ausgegeben. Im monatlichen Heften von 2 Bogen erscheinend, enthält jedes Heft zwei colorirte Abbildungen neuer, noch nirgends abgebildeter Zierpflanzen und eine nicht colorirte Tafel. Der Text ist reich an Originalbemerkungen, sehr gründlichen, kurzen Aufsätzen aus anderen Zeitschriften, Mittheilungen über neu eingeführte Zier- und Nutzpflanzen, an Literaturberichten, sowie überhaupt an den wissenswerthesten Neuigkeiten aus dem Gebiete der Gartenkunst.

Der Verfasser des Werkes besitzt jedoch in dem Besitzen, die in Deutschland und der Schweiz zurzeit gezogenen und eingeführten Novitäten abgebildet und möglichst kurz benannt zu machen, damit die deutschen Erzeugnisse nicht erst, wie bisher, englische, belgische oder französische Vermittlung zu denselben Zwecke in Anspruch nehmen müssen. Diese des Ziel hatten wir für ein ebenso wichtiges als schwierig erscheinendes; allein beste mehr finden wir uns freudig überrascht, in dem ersten Bande alle Garantie des Gelingens zu erblicken. Das Werk verdient deshalb allgemeine Theilnahme, verdient es in langer Zeit den besten englischen Schriften an die Seite wird gestellt werden können. Der Preis für den ganzen Jahrgang, oder 12 monatliche Hefte, beträgt nur fl. 7. rhein. od. 1Thlr. 4. pr. Crt., ist also sehr mäßig!

C. & J. Rinz, Handelsgärtner.

123. Frankfurter Stadtlotterie.

Ziehung 2. Classe am 29. December.
Hauptgewinn: fl. 100,000, 50,000, 10,000 2c. 2 Loose kosten zu fl. 20, ½ zu fl. 10, ¼ zu fl. 5., ⅛ zu fl. 2. 30 kr. empfiehlt

Carl Höchberg,
Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[2813]

Mailand-Como-Rentenscheine.
Ziehung den 2. Januar 1853.
Originalscheine coursmäßig bei
J. N. Trier & Comp.
im Türkenhof.

[2709]

[2865] Ein Zahnarzt in einer bedeutenden Stadt sucht einen Gehilfen, der in technischen Arbeiten sehr bewandert ist und gute Zeugnisse aufzuweisen hat.

Das Nähere in der Expedition d. Bl.

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Hézine** Nr. 22 Boulevard Montmartre, **Paris,** sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen 2c. [2610]

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nr. 307.) 27. December 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 24. Dec. Die Kasseler Zeitung will den ihr von uns gemachten Vorwurf, daß sie die neuen Verhandlungen mit Preußen von vornherein mit ungünstigen Augen angesehen, auf sich beruhen lassen, weil er wenigstens die Anerkennung enthalte, daß sie in dieser Angelegenheit die Augen gebraucht. Die „Kasseler Zeitung" beharrt übrigens bei ihrem frühern Ausspruch, daß Oesterreich und die Coalition nur auf einen Handelsvertrag sich einlassen würden, der nach 6, höchstens 8 Jahren zur Zollvereinigung führen müsse, widrigenfalls sie am 1. Januar 1854 unter sich und ohne den Norden in Zolleinigung treten würden. Auch die „Freimüthige Sachsenzeitung" hat dieselbe Behauptung mit gleicher Bestimmtheit aufgestellt. Wir sind nicht in der Lage, eine verbindlichere Lesart der Coalitionspropositionen mit vollgiltigen Beweisen versehen zu können, glauben aber doch auf dahin zielende Andeutungen anderer officiösen Organe hindeuten zu müssen. Unter der Ueberschrift: „Unsere Hoffnungen für die Zukunft Deutschlands", sagt die „Neue Münchener Zeitung":

„Die Lage der materiellen Verhältnisse eines Landes ist in der Regel ein sichrere Maßstab für dessen innere und äußere Machtentwickelung. Darum müßte, Deutschland als ein Ganzes betrachtet, die Wiederherstellung des Zollvereins, wenn dieselbe, wie wir hoffen, erfolgen sollte, nicht nur in materieller, sondern auch in jener weiteren Beziehung, welche auch dem Materiellen mit Nothwendigkeit entspringt, für wichtig gehalten werden. Eben so schwer dürfte auch die weitere Betrachtung ins Gewicht fallen, daß in demselben Grade, wie die materielle Einigung der deutschen Volksstämme sich befestigt und ihrer endlichen Vervollkommnung ausrichtig entgegengeführt wird, auch in anderer Beziehung die Einmüthigkeit des Handelns zwischen den deutschen Regierungen immer erfreulicher und thatsächlicher zu Tage treten muß. Nun aber handelt es sich nicht nur um die Erhaltung des Zollvereins, sondern auch um die Erweiterung desselben, und zwar in der Weise, daß im Norden nur noch wenige Bundesländer übrig bleiben, die dem Handelsbunde fürs erste noch nicht beitreten, die aber im Laufe der Zeit wohl schwerlich ihre Rechnung bei sich finden dürften, in ihrer Sonderstellung zu verharren. Es handelt sich auch noch um den Abschluß eines ausgedehnten Handelsvertrags zwischen dem also vergrößerten Zollverein und Oesterreich, ein Vertrag, der, wenn die erwünschte Verständigung zu Stande kommt, vermöge seiner innern Natur und den Gesetzen des einmal nach Möglichkeit geöffneten Verkehrs, nach unserer Ueberzeugung, allmälig zur vollen Zolleinigung führen muß. Läßt sich nun auch der Eintritt dieser für die industrielle und gewerbliche Welt Deutschlands so unabsehbar segensreichen Periode in Betreff der Zeit nicht bestimmen, so muß es in der Hauptsache sicherlich doch genügen, wenn man über das nothwendige Resultat einer volkswirthschaftlichen Entwickelung mit sich im Reinen sein kann, und wenn wir daher von einem Zollgebiete von 70 Millionen Seelen auch noch nicht reden können, so werden die Erleichterungen des Verkehrs zwischen dem Zollverein und Oesterreich doch alsbald schon so bedeutend und so umfangreich sein, daß durch dieselben die lebhafteste und innigste handelspolitische Wechselbeziehung zwischen diesen 70 Millionen Seelen entstehen muß, und zwar mit einer solchen Wirkung auf das Allgemeine wie auf das Besondere, daß der Unterschied zwischen Zolleinigung und Handelsvertrag in mancher Beziehung kaum noch hervortreten dürfte. Halten wir dieses fest, können wir die materielle Wohlfahrt Deutschlands, wenn die Hoffnungen auf eine Verständigung in der Zollfrage sich erfüllen, nicht nur für gesichert, sondern auch für zukunftreich und einer Zeit immer wachsenden Aufschwungs entgegengehend halten, so glauben wir, wenn wir hiermit die Eingangs erwähnten beiden Gesichtspunkte verknüpfen, zu der Annahme wohl berechtigt zu sein, daß Deutschland allen etwaigen Wechselfällen der Zukunft in jeder Beziehung mit Ruhe entgegen sehen darf.

ψ **Frankfurt**, 24. Dec. Die Reformen, deren Nothwendigkeit für unser Gemeinwesen allerseits anerkannt werden, können vor vollständiger Ergänzung des Senats nicht vorgenommen werden. Aus naheliegenden Ursachen dürfte jedoch die Anordnung von ferneren Ergänzungswahlen bezweifelt werden. Wie man nun von unterrichteter Seite vernimmt, werden gegenwärtig ernstlich Schritte zur Herbeiführung einer wünschenswerthen Annäherung vorbereitet. Sollte diese Annäherung, wie man mit Grund vermuthen darf, in nächster Zeit erzielt werden, so werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Ergänzungswahlen sofort stattfinden und die nothwendigen Reformen in rascher Folge geschehen. Zu diesem Resultat der Verständigung hätte man schon früher gelangen können und müssen, wenn man die vorliegenden Verhältnisse mehr berücksichtigt hätte. Doch ist die gänzliche Wendung unserer Angelegenheiten auch jetzt noch ein Ereigniß, welches von allen Seiten mit Freuden begrüßt werden wird.

Mit dem 1. Januar 1853 tritt der Senatsdeputirte des hiesigen Polizeiamts (Polizeidirector) Herr Senator Dr. Hessenberg auf seinen Wunsch von seinem bisherigen, mehrere Jahre lang mit Tüchtigkeit bekleideten Posten zurück, um seinen früheren Sitz im Stadtgericht l. einzunehmen. An seine Stelle tritt für die Dauer von drei Jahren der frühere Landamtmann Herr Senator v. Dyen. Dieser schwierige Posten erfordert eine allseitige Thätigkeit und bringt manche, mit jeder ähnlichen Stellung verknüpfte unvermeidliche Unannehmlichkeiten. Obwohl nach der Constitutionsergänzungsacte der jedesmalige jüngere Bürgermeister die Oberleitung sämmtlicher Polizeianstalten hat, so kann doch derselbe bei seinen vielen sonstigen Functionen diesem Verwaltungszweig nur wenig Zeit und Aufmerksamkeit widmen und der Polizeidirector trägt so ziemlich die ganze Last des Polizeiwesens. Schon vor längeren Jahren erkannte man die Nothwendigkeit, einen ständigen Polizeidirector anzustellen.

Das verbreitete Gerücht von der Verhaftung der beiden Gauner in Kehl hat sich nicht bestätigt. Den Umständen nach dürfte noch keine Nachricht zu erwarten sein. Solche Gerüchte entstehen manchmal, wie jeder Sachverständige weiß, um von der Verfolgung der richtigen Spur abzuleiten, weßhalb man bei Weiterverbreitung derselben stets sehr vorsichtig sein sollte.

✝ **Frankenthal**, 24. Dec. Se. k. k. apostolische Majestät hat unserm Mitbürger, dem Herrn Professor Dr. Böttger, unterm 10. d. M. den österreichischen kaiserlichen Orden der eisernen Krone 3. Klasse verliehen.

✝ **Wien**, 21. Dec. Se. Maj. der Kaiser wird übermorgen wieder in Wien erwartet. Heute sind von Berlin Depeschen hier angekommen und im Ministerium des Aeußern abgefertigt worden. Ohne Zweifel beziehen sich dieselben auf die Handelsfrage, deren Ausgang man hier zwar mit Spannung, aber auch mit der Ueberzeugung entgegensieht, daß derselbe eine allgemeine Befriedigung erregen wird. Die Verständigung an und für sich ist doch die Hauptsache, da dadurch der Zustand der Ungewißheit, welcher gleich drückend auf der Industrie Oesterreichs wie auf der des Zollvereins lastet, sein Ende nehmen wird, und man kann mit um so größerer Beruhigung der schließlichen Lösung entgegensehen, als man bereits weiß, daß dieselbe nicht auf Kosten der handelspolitischen Einheit Deutschlands zu Stande gebracht werden wird. — Die Anerkennung der neuen französischen Regierung seitens Oesterreichs und also auch seitens Rußlands und Preußens wird binnen kurzem erfolgen, und es sollen bereits an die Herren v. Hübner, v. Kisseleff und Fürst Hatzfeld die nothwendigen Instructionen abgegangen sein. Herr de la Cour hatte in der letzten Zeit mehrere Conferenzen mit dem Herrn Grafen Buol, und es wird uns versichert, daß derselbe beauftragt war, die bereits zu wiederholtenmalen berührte Erklärung des französischen Gouvernements, bezüglich der Beachtung der Verträge vom Jahr 1815, neuerdings zu wiederholen.

Berlin, 21. Dec. Die hiesige Diplomatie ist, wie man der „D. A. Z." mittheilt, auf schriftlichem Wege durch Herrn v. Manteuffel davon in Kenntniß gesetzt worden, daß dem Besuche des Kaisers von Oesterreich kein politischer Zweck unterliege, sondern daß derselbe lediglich durch den Wunsch veranlaßt worden sei, einige Tage im Schooß der königlichen Familie zuzubringen. (?)

♆ **Berlin**, 22. Dec. In den Kasernen, die der österreichische Kaiser besuchte, verrieth er die genaueste Bekanntschaft mit allen den Minutien der Technik, welche doch zugleich die Granitblöcke einer guten Heeresorganisation sind. Ein preußischer General äußerte von dem kaiserlichen Gaste: „In Uniform ist er ganz Soldat, in Damengesellschaft ganz Cavalier." Sein Besuch bei der Fürstin von Liegnitz, der Wittwe Friedrich Wilhelms III., wird als ein Zeichen des feinen Tacts hervorgehoben. Was den Zweck des kaiserlichen Besuchs anbetrifft, so haben die Conferenzen darüber bereits den Ossa auf den Pelion gehäuft. Ich erlaube mir, Ihre Leser auf Eins aufmerksam zu machen: die Zollfrage, die französischen Angelegenheiten, kurz der ganze Zug der laufenden diplomatischen Verhandlungen ist zweifelsohne wenig dazu angethan, in Privatbesprechungen der beiden Monarchen aufgenommen und abgewickelt oder seinem Ende nahe geführt zu werden. Hier ist das Feld der Diplomaten, der praktischen Einzelthätigkeiten. Wenn zwei Fürsten zusammentreten, so hat man von ihnen vielmehr wohl die Feststellung grosser Gedanken, die Verständigung über Intentionen zu erwarten, die ihrer Natur nach fürs erste Geheimnisse bleiben müssen, von Intentionen, die weniger vorher im Schooß der betreffenden Cabinete und Ministerialberathungen gereift sind, als vielmehr die weiteren leitenden Gedanken für diese Cabinete, resp. für ihre Ergänzung und Umformung enthalten. So möchte auch wohl dieser Congreß mehr einen Ausdruck der Pflichten bieten, welche den gebornen Vertretern Deutschlands auferlegt sind, als eine Auseinandersetzung über Regierungsmaßregeln, welche mehr oder weniger das Eigenthum der augenblicklichen Cabinete sind. In dieser Weise wurde mir die Sache von einer erfahrnen Person dargestellt, die wiederholt hervorhob, daß hier alle Conferenzen an der festen Mauer eines Geheimnisses abprallen müssten. Die Zeit wird lehren. — Wie ich höre, hat der Besuch Sr. österreichischen Majestät zu derselben Freigebigkeit Anlaß gegeben, als der Sr. russischen Majestät. Den Mannschaften des Franz-Regiments sollen allein 3000 Ducaten zugewiesen sein.

Magdeburg, 18. Dec. In Folge der in der Verfassungsurkunde enthaltenen Verheißung eines unentgeltlichen Elementarunterrichts in den Volksschulen, war seit 1849 auch hierorts die Einrichtung eines Schulgeldes für Schüler und Schülerinnen der höhern Volksschulen aufgehoben und im Betrage von etwa 4000 Thlrn. jährlich auf den Kämmereifond übernommen worden. Jetzt beabsichtigen unsere Stadtväter, wie man in „Kölnischen Zeitung" schreibt, die Wiedereinführung des Schulgeldes für den hiesigen Volksschulen, wollen aber auf Antrag des Gemeinderaths den Gegenstand zuvor einer nochmaligen Prüfung unterwerfen. Der Zuschuß, welchen die Kämmerei überhaupt jetzt jährlich für die städtischen Schulanstalten (die beiden Gymnasien: das Padagogium zum Kloster U. L. Frauen und das Domgymnasium gehören nicht hierher) zu zahlen hat, beträgt die Summe von 8609 Thlrn.

⌂ **Magdeburg**, 22. Dec. Nicht bloß Sensation, sondern die höchste Indignation hat das (auch in Ihrem Blatte erwähnte) Fallissement der hiesigen Fabrik eigener seuersester Geldschränke hervorgerufen. Der ein Unternehmer hatte noch spät am Abend sein ganzes aktives Vermögen an seinen Bruder abgetreten und beabsichtigte die Nacht mit seinem baaren Geldvorrath davon zu gehen. Dieses war indessen verrathen und einige der Hauptgläubiger verhinderten mit Gewalt die Abreise. Unmittelbar darauf erfolgte seine Verhaftung. — Das Resultat der am 3. d. M. und den folgenden Tagen hier stattgehabten Volkszählung stellt sich dahin heraus, daß außer dem Militär die Altstadt Magdeburg gegenwärtig 54,805 Einwohner hat. — Gestern hat die letzte Schwurgerichtsperiode dieses Jahres ihr Ende erreicht. In den beiden letzten Tagen wurden bei verschlossenen Thüren zwei Münzfälschungen verhandelt. Die nächste Periode wird am 8. Februar beginnen.

* Aus **München**, vom 19. Dec., schreibt die „Lesz. Zeitung": Heute ist, wie es heißt, nach dem Einlaufen einer telegraphischen Depesche aus Berlin, von dem Ministerpräsidenten an sämmtliche Minister eine Einladung zu einer Conferenz im Ministerium des Auswärtigen ergangen. Die Conferenz währte nur kurz; man scheint sich blos darüber geeinigt zu haben, daß der bezügliche Berathungsgegenstand vor den Staatsrath zu bringen sei; denn für morgen ist eine Staatsrathssitzung unter dem Präsidium des Königs bereits angesagt worden. Sie wird wenigstens versichert und zugleich beigefügt, daß es sich um schleunigste Beschlußfassung über Fragen von höchster Wichtigkeit handele, die in Berlin angeregt worden seien. Gewiß ist, daß kurz nach beendigter Ministerconferenz wieder Regierungsdepeschen nach Berlin telegraphirt worden sind. Wie wahrscheinlich es auch ist, daß die Zollconferenzfragen Veranlassung zu dem Allen gaben, so bleibt doch erlaubt, auch an allgemein politische Ursachen zu denken. Herr v. Bruck ist gewiß um der ersteren willen nach Berlin gesendet worden. Aber mehr als bloße Vermuthung ist, daß der kaiserliche Besuch in Berlin noch aus andern Motiven hervorgegangen ist. Wie dem auch sei, seit sehr geraumer Zeit hat kein Ereignis hier in München nach allen Seiten hin eine so große Sensation erregt, als eben diese plötzliche Reise des jugendlichen Kaisers nach Berlin. Wir würden der Wahrheit ungetreu werden, wollten wir zu bemerken unterlassen, daß dieselbe keineswegs überall gleiche Empfindungen hervorruft.

⊙* **Hannover**, 22. Dec. Sie mögen immerhin die Reise des Königs nach Berlin als ein charakteristisches Zeichen der hiesigen Regierungspolitik nehmen. Daß dieselbe inaugurirt worden, auch in der Zollfrage bewährend thätig ist und ihre Ziele verfolgt, darauf möchte auch hindeuten, daß heute der Ministerpräsident und der Finanzminister gesichert angesehen wird. Was von hieraus dazu beigetragen werden kann, geschieht unfehlbar. — Die Wellen der Bewegung, welche der Steinackersche Handel erregt, gehen im Augenblick viel weniger hoch. Die durch viele mühsame Agitation zu Stande gekommene Zuschrift an den Magistrat scheint doch nichts weniger als massenhaft unterschrieben zu sein. Jedenfalls wird sie keinerlei Effect haben. Die Freunde Steinackers im Magistrat sind sehr kleinlaut geworden, nachdem das Consistorium dem letztern bedeutet hat, er hätte auf vage Empfehlungen und ungenügende Zeugnisse hin einen Anstandsbrief nicht präsentiren dürfen, sondern vor allen Dingen sich über dessen Person, die Gründe seiner Amtsentsetzung u. s. w. vergewissern müssen, und habe das Versäumte nunmehr nachzuholen. Steinacker wird schwerlich die Zeugnisse beibringen können, die erfordert werden. Es verlautet, daß bei den höchsten Behörden ungünstige Zeugnisse über ihn aus Oesterreich eingelaufen seien, nebst der gleichfalls ungünstigen Benachrichtigung, wodurch bestätigt wird, wovon längst die Rede war, was aber vertuscht wurde, daß die Gründe seiner Amtsentsetzung in Conner mit den Deutschkatholiken und Verfehlung gegen die dieselben betreffenden Gesetze lägen. — Fast komisch ist, was der „N. Pr. Z." vom 17. aus Hannover geschrieben wurde, man vernehme „an eingeweihter Stelle", daß gestern Abend „unter dem Präsidium Sr. Maj. des Königs" ein „großer Ministerrath" gehalten worden sei, dessen Gegenstand sich zunächst auf die den Kammern zu machenden Vorlagen „bezogen haben dürfte". Die „eingeweihte Stelle" dürfte eben ganz und gar nicht eingeweiht sein. Die Nachrichten der „N. Pr. Z." aus dem Lager der hannoverschen Ritter sind jetzt weit minder reich und zuverlässig, als unter dem vorigen Regime. Der Grund liegt auch ganz nahe.

Gera, 17. Dec. Nachdem der bereits im Jahr 1846 begonnene Bau einer Saalebrücke bei Gottliebsthal mit einem Kostenaufwand von 37,000 Thlr. vollendet worden ist, wurde die fragliche Brücke am 6. d. M. dem öffentlichen Verkehr übergeben. — Es wird in vielen Kreisen von einer höchsten Entschließung gesprochen, derzufolge die dem Fürstenthum Reuß j. L. angehörigen drei Companien des fürstlich reußischen Infanteriebataillons, die bisher in den Städten Gera, Schleiz und Ebersdorf vertheilt lagen, sämmtlich und zwar in erstere Stadt zusammmengezogen und nur kleine Commando's abwechselnd an einzelne Orte detachirt werden sollen. Von einer Verlegung des seit längerer Zeit in Greiz befindlichen Bataillonsstabs in unsere Stadt, welche man als mit ersterer Maßregel verbunden präsumiren könnte, verlautet jedoch nichts, was als eine begründete Nachricht angesehen werden könnte. Der von dem Jahr 1848 her noch bei und bestehende Bürgerverein hat sich in einer vorgestern abgehaltenen Generalversammlung der bisherigen Mitglieder aufgelöst, jedoch aus seinem Schooße einen neuen Verein mit dem kundgegebenen Zwecke der Besprechung städtischer Angelegenheiten begründet.

Frankreich.

† **Paris**, 22. Dec. Das Decret, welches, wenn der Kaiser keine männlichen Erben hinterlassen sollte, den Nachfolger Napoleons III. designirt und die Stellung der Prinzen des kaiserlichen Hauses regulirt, ist im Verlauf der gestrigen Sitzung des Senats vorgelesen auf das Bureau desselben niedergelegt worden; bei der Berathung kam es nicht über Sprache. Vielleicht, daß das Decret schon morgen oder übermorgen im „Moniteur" erscheint. — Der Kaiser wird mit dem Hof übermorgen hierher zurückkehren. Noch vor den Festtagen, glaubt man, werden die Gesandten von Oesterreich, Preußen und Rußland ihre neuen Creditive überreichen.

Die „Immobilien-Creditbank von Frankreich" zeigt die Ausgabe von 100,000 Obligationen zu 1000 Fr. an, die mit 3 pCt. verzinslich, mit 1200 Fr. rückzahlbar und zur Theilnahme an mehreren Prämienziehungen berechtigt sind. Diese Anleihe soll die 200 Millionen liefern, die in Gemäßheit des kaiserlichen Decrets vom 10. December zur Bewerkstelligung von Darlehen an Gutsbesitzer

der Departemente verwendet werden sollen. Einstweilen werden bloß 2,0 Fr. per Obligation eingezahlt. Die „Mobiliar-Creditbank" hat sofort 40,000 dieser Obligationen gezeichnet. — Wie bestimmt versichert wird, empfängt von den 1½ Mill. Fr. für die kaiserliche Familie der König Jerome eine Million, sein Sohn Napoleon 300,000 und die Prinzessin Mathilde 200,000 Fr.

Großbritannien.

‖ **London**, 21. Dec. Die gestrige Sitzung im Hause der Lords wurde um fünf Uhr eröffnet; es waren nur wenige Mitglieder anwesend. Auf den Bänken der Opposition bemerkte man die Lords Clanricarde und Clarendon. Die Gallerien waren überfüllt. Der Carl v. Derby legte die Verhältnisse dar, welche den Rücktritt des Ministeriums herbeigeführt haben; das Cabinet sei einer principienlosen Combination zum Hause von Gemeinen unterlegen, die sich vom ersten Augenblick der Session zum Sturz der Minister verbündet hätte. Die Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden, sei von Ihrer Majestät dem Lord Aberdeen anvertraut worden, dem die conservative Partei größere Nachsicht entgegenbringen werde, als seiner, des Redners, Regierung zu Theil geworden sei. (Hört!) Eine Befriedigung gewähre ihm und seinen Collegen die Ueberzeugung, daß sie bei Niederlegung ihrer Aemter nach Land in einer bessern Lage ließen, als sie es vorgefunden, und er könne nur hoffen, daß die Nachfolger, wer sie auch sein mögen, auf der von ihm so erfolgreich eingeschlagenen Bahn weiter gehen würden. Der Redner schließt mit der Erklärung, daß das bisherige Ministerium so lange im Amt bleiben werde, bis die Nachfolger ernannt seien, und beantragte eine Vertagung des Hauses bis nächsten Donnerstag, welchen Zeitpunkt er den Vorzug gebe vor dem von Lord Aberdeen beantragten nächsten Montag, weil er hoffe, daß schon bis dahin das neue Ministerium gebildet sein werde. Der Herzog v. Newcastle protestirt gegen die von Lord Derby gegen die verschiedenen Fractionen der Opposition geschleuderte Anklage des Complotts. Dieselben hätten nur eine allen Fremden des Freihandels zusagende Motion formulirt. Man habe fehnlich gewünscht, daß das Ministerium dem Land seine versprochenen Maßnahmen vorlege, und die Anklage des Complotts habe Graf Derby selbst am besten durch die Bemerkung widerlegt, daß Lord Aberdeen volle acht Tage zur Bildung des neuen Cabinets in Anspruch genommen. Wäre Lord Aberdeen anwesend, dann würde er selbst auf jene Anklage antworten, da aber sein edler Freund abwesend und mit der Bildung einer neuen Regierung beschäftigt sei, so müsse sich der Redner wundern, daß der hochachtungswerthe Charakter Lord Aberdeens denselben vor den Anschuldigungen Lord Derby's nicht geschützt habe. Man möge die Meinung des Landes über Männer nicht beirren lassen, die in diesem Augenblick an die Spitze der Regierung treten sollten. Lord Derby hab noch einige Erklärungen, worauf sich die Lords bis nächsten Donnerstag vertagten.

Im Hause der Gemeinen wurde die Sitzung um vier Uhr eröffnet. Die Minister hatten ihre Bank eingenommen. Gladstone ließ sich auf der ersten Bank der Opposition neben Lord John Russell nieder und es entspann sich eine lebhafte Unterhaltung zwischen beiden. Sir James Graham saß neben Russell. Um halb fünf Uhr trat der Schatzkanzler mit heiterer Miene und eine frische Rose im Knopfloch ein. Er nahm zuerst das Wort. Nach dem Votum vom vorigen Donnerstag hätte es Graf Derby und seine Amtsgenossen für ihre Pflicht gehalten, der Königin ihre Entlassung einzureichen; sie sei angenommen worden. Lord Aberdeen sei mit der Bildung des neuen Cabinets beauftragt; bis zur Ernennung der Nachfolger würden die bisherigen Minister im Amt bleiben. Das Haus werde es ihm nicht übel deuten, wenn er sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen erlaube, seinen Dank auszusprechen für die nachsichtige, ja edle Weise, in welcher er von beiden Seiten bei seinem Versuch, die Debatte zu leiten, unterstützt worden sei. (Beifall.) Sei im Verlauf des ungleichen Kampfs seinen Lippen ein Wort entschlüpft, welches irgendwen in diesem Hause habe beleidigen können, so bedaure er es innig (Stürmischer Beifall auf den Bänken der Opposition), und hoffe, daß der Eindruck ebenso vorübergehend gewesen sei, wie auf seiner Seite das Motiv. (Neuer Beifall.) Immer werde er die gute Meinung der Mitglieder des Hauses, welchen politischen Glaubens sie seien und wo er immer sitzen möge, sich zu gewinnen suchen und würdigen. Er beantragte sodann Vertagung des Hauses bis nächsten Donnerstag. Lord John Russell sprach mit großer Anerkennung über die Geschicklichkeit und das Talent, welche der Vorredner in den großen Schwierigkeiten seiner Stellung bewährt habe. Sir J. Graham und Wood schließen sich diesen Aeußerungen an und erklären, niemals die Absicht gehabt zu haben, den Herrn Disraeli zu verletzen. Hume erkannte die große Bereitwilligkeit an, mit welcher die Regierung immer die Interpellationen beantwortet habe, und warnte die Nachfolger der bisherigen Minister, daß ihre Amtsführung nur von kurzer Dauer sein werde, wenn sie nicht bereit seien, mit den Institutionen des Landes vereinbare Reformen in der Gesetzgebung, dem Handel und der Verwaltung einzugehen. — Hierauf vertagte sich das Haus bis nächsten Donnerstag.

Italien.

† **Turin**, 19. Dec. Die Debatten über das Ehegesetz werden im Senat fortgesetzt. Die Senatoren Musio, Pinelli und Giosa haben sich für dessen Annahme ausgesprochen. — Ein königl. Decret sanctionirt das von der Benediger Lebensversicherungsgesellschaft hier gegründete Filial.

Montenegro.

† **Von der türkischen Grenze**, 19. Dec. Die Festung Zablak befindet sich noch immer in den Händen der Montenegriner, wiewohl die Türken große Anstrengungen machen, um sich derselben zu bemächtigen. Omer Pascha hat Abjutanten nach dem türkischen Lager geschickt, um den Stand der Dinge genau zu untersuchen. Einstweilen dauern die Gefechte zwischen beiden Theilen fort. Die türkischen Befehlshaber haben die Bevölkerungen von Spizza und Antivari aufgeboten, um gegen die Montenegriner zu Felde zu ziehen. Da selbe jedoch zumeist aus friedlichen Hirten bestehen, welche den Haus ihrer Heerden und die Verheerung ihrer Felder befürchten, so zeigten sie eben keine große Luß, sich diesen Expeditionen anzuschließen, die auch kein besonderes Ergebniß lieferten. Die Veste von Antivari wird möglichst in guten Stand gesetzt, indeß mangelt es an Pulver; denn nur aus der Venetianer Epoche fand sich noch einiges Pulver vorräthig, welches jedoch beinahe zu Stein verhärtet war und mit Hämmern zerklopft werden muß. Um Pulver anzukaufen ward nach Cattaro geschickt. Die zum Kampf ausgezogenen Montenegriner stützen sich auf die Festung Zabljak, und entwickeln auch im freien Felde eine ziemlich gute Taktik. Die Operationen der Türken sind dagegen darauf berechnet, sie von Zablyak und von dem Bojanafee abzuleiten, und die Festung, die strategisch von großer Wichtigkeit ist, zu isoliren.

Das „Journal de Constantinople" enthält in seiner Nummer 415 einen längern Aufsatz, worin die Unwahrheit der kürzlich in mehreren Blättern verbreiteten Nachricht, daß die Unabhängigkeit Montenegro's von zwei Großmächten anerkannt worden wäre, namentlich aus dem Wortlaut des im Jahr 1791 zu Sistow abgeschlossenen Friedensvertrags zu erweisen versucht wird. Nach den Bestimmungen desselben werden die Montenegriner als Unterthanen der Pforte bezeichnet.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Paris, den 24. Dec., 11 Uhr 44 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 24. „ 2 „ 15 „ Nachmitt.

Paris, 24. Dec. Ein so eben veröffentlichtes Decret des Kaisers bestimmt, daß wenn Se. Majestät keinen directen legitimen oder adoptirten Erben hinterlassen sollte, der Prinz Hieronymus (Jerome) und seine directen, natürlichen und legitimen Nachkommen zur Thronfolge berufen seien.

Der Senat hat den Gesetzentwurf, die Veränderung der Staatsverfassung betreffend, angenommen.

Handel und Industrie.

Wiesbaden, 23. Dec. Die heute ausgegebene Nummer 30 des Verordnungsblatts enthält neben mehreren andern Verordnungen auch eine solche, den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Zollvereine und den Niederlanden betreffend, sodann eine Zusammenstellung der Zollbegünstigungen, welche die Niederlande fremden Nationen vertragsmäßig gewährt haben und deren die deutschen Zollvereinsstaaten durch Gleichstellung mit den am meisten begünstigten dritten Nationen theilhaftig werden.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 23. Dec. 4½ pCt. Rente 106. — 3pCt. do. 82,55. — Piement 100, 40. — 3pCt. Span. 44. (Comp.)

London, 23. Dec. 3pCt. Consols 100⅞. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 24¼. — 5pCt. Dambo 95⅞. (Spnd.)

Madrid, 18. Dec. 3pCt. 44⅜. — 1pCt. Neue 24⅞. (Spnd.)

Antwerpen, 23. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. 92⅜. — 2½pCt. Belg. 57⅜. — 3pCt. Span. int. 43⅞. — 1pCt. do. 23⅛. (Spnd.)

Amsterdam, 23. Dec. 2½pCt. Integr. 66⅞. — 4pCt. Certifie. 97⅛. — 3½pCt. Span. —. — 4pCt. Russ. bei Hope 93⅛. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 92⅞. — 3pCt. Spanische int. 43⅛. — 1pCt. do. Neue 23⅜. — 5pCt. Silber-Metall. 93. — 5pCt. Metall. 80⅜. — 2½pCt. do. 41⅛. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Wolken. Dr. C. Sattler, Dr. J. B. Kutschelt.

Main-Neckar-Eisenbahn.
Material-Lieferung pro 1853.

Höheren Auftrage zufolge wird für die Lieferung von nachstehenden Materialien hiermit Submission ausgeschrieben und sind die Angebote spätestens bis zum 5. Januar 1853, Morgens 11 Uhr, auf dieselbst im Canzlei abzugeben, zu welcher Stunde die Eröffnung derselben in Gegenwart der sich einfindenden Submittenten vorgenommen werden wird.

Außer diesen Materialien sind noch andere in kleineren Quantitäten zu vergeben, deren Verzeichniß sowie Lieferungsbedingungen bei den Verwaltungen Darmstadt und Frankfurt ebenfalls aufgelegt sind.

Material.	Quantum.
1) Brennwaaren:	
Brennholz, Forlen	63 Klafter.
Schmiedekohlen	600 Centner.
Zellkohl	2080 „
2) Metallwaaren:	
Gußstahl	100 Pfund.
Federstahl	600 „
Holzschraubenbleche	1000 „
Kupferblech	150 „
Bolzenkupfer	300 „
Stoßplatten nach Modell	2000 „
Schienennägeln, 4600 Stück =	2000 „
3) Holzwaaren:	
Eichene Stadtlinge 4" bid., 8 bis 10" breit, 17' lang	30 Stück.
Eichene Dielen, 2" bid, 10" breit, 17' lang	40 „
Tannene Bord, gemeine	100 „
„ Schleifbeelen	200 „
„ Rückstinge 1½ bis 2" bid	200 „
„ Latten	1000 „
Eichene Dielen 2" bid 3" bid	300 „
Eichene Querschwellen, 7' 5" lang, 7" breit, 5" bid	500 „
Eichene Langsschwellen, 16' 6" lang, 8" breit, 5" bid	500 „
4) Fettwaaren:	
Repsöl	6660 Pfund.
Brennöl, gelläuert	1200 „
Terpentinöl	600 „
Lampengas	250 „
Talglichter	250 „
5) Sonstige Waaren:	
Hanf	100 Pfund.
Bombdrehleie	6000 Stück.
Bombdrehschnüre	60 Pfund.
Bodenmachtsppiche	300 Quadrat-Fuß.
Schmiegelleinwand	500 Blatt.
Coaksrohre aus Spanisch-Rohr	100 Stück.

Heidelberg, den 16. Dezember 1852.

Die Bahnverwaltung.

[2848] von Weller. Biedermann.

Main-Neckar-Eisenbahn.
Lieferung

von Betriebsmaterialien für die Main-Neckar-Bahnverwaltung Frankfurt pro 1853.

Die Anlieferung der nachstehend verzeichneten Materialien:

1) 6 Klftr. Buchenholz,
2) 100 Ctr. Matjes Schmiedegrieß,
3) 3000 Ctr. Steingrieß,
4) 60 Ctr. Eisen in verschiedenen Dimensionen,
5) 10 Ctr. Eisenblech,
6) 25 Ctr. Federnstahl,
7) 30 Stück eichene Stoßschwellen,
8) 12 Ctr. Talgwichst,
9) 55 „ Repsöl,
10) 1 „ Leinöl,
11) 10 „ Brennöl,
12) 90 Maas Hirschtran,
13) 1 Ctr. Hanf,
14) 10 „ Werg,
15) ½ „ Mennig,
16) 500 Blatt Schmiegelleinen,

sollen, auf Auftrag der Direction, im Submissionswege vergeben werden.

Die versiegelten Angebote mit Mustern sind längstens bis 5 Uhr am 4. Januar 1853, Vormittags 11 Uhr,

auf unserer Canzlei abzugeben, an welchem Termin die Eröffnung statt findet, der die Interessenten beiwohnen können. Mustern sind noch verschiedene andere Materialien zu vergeben, worüber das Verzeichniß, so wie die Lieferungs-Bedingungen überhaupt, bei der Materialienverwaltung eingesehen werden können.

Frankfurt, den 22. Dec. 1852.

Die Bahnverwaltung.

gez. Kappel.

[2869] vdt. Stern.

[2855] **Bei Fl. Kupferberg** in Mainz sind so eben erschienen und in allen Buchhandlungen, in Frankfurt a. M. in der **Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung** zu haben:

Fluck, Dr. J., die heilige Messe in sechs Faßtenpredigten dogmatisch, geschichtlich und liturgisch dargestellt. Nebst einigen, die ältesten Liturgieen und die Sequenzen in deutscher Uebersetzung enthaltenden Beilagen. Mit Approbation des Hochwürdigsten bischöfl. Ordinariates zu Mainz. gr. 8. geh. 1 fl. 30 kr.

— — Leichenreden. Mit Approbation des Hochw. bischöfl. Ordinar. zu Mainz. gr. 8. geh. 1 fl. 6 kr.

[2856] Soeben ist erschienen:

Gedrängte Geschichte der Gesellschaft Jesu.

Von einem Protestanten.

Aus dem Englischen.

Preis 6 kr.

Die außerordentliche Mission und die **Jesuiten als Missionäre.**

Ein Referat der Schlußrede des Hochw. P. Roh enthaltend.

Preis 12 kr.

Buchhandlung von C. B. Lizius,

[2836] Hofmarkt im Café Milani.

[2862] **Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Frankfurt durch Gebhard & Körber, Buchgasse Nr. 6, zu beziehen:

Die katholischen Interessen im XIX. Jahrhundert.

von dem Grafen Montalembert.

Nach der 24ten Auflage aus dem Französischen übersetzt und mit einem Vorwort herausgegeben von Professor Dr. B. A. Schmitz.

gr. 8. geh. 1 fl. od. 18½ Sgr.

[1690] **An- und Verkauf** von Büchern bei **H. Bechhold** in Zeil Nr. 5 neu.

Hôtel garni, 27, *rue Montha-bor à Paris*, in Mitte des elegantesten Stadttheiles, nächst den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vortreffichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prachtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2609]

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewährt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Mohgeruch, zu haben in Philippe's Apotheke, rue St. Martin in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei E. Ströhlein auf der Zeil. [2198]

Cours des Staats-Papiere. 24. December 1852. (Schluss der Börse.)

	Per comptant.			Per comptant.			Per comptant.	
Oesterreich	80/4M. (C.L.8.9. Roths.)	96¼	G.	*Baden* . .	fl. 35 Loose v. 1845	38½ pr. ½ G.	Amsterdam . 1 k.S.	99⅞ B. ½ G.
»	5%/M.v.J.1851 Ser.B.	95¼ G.	*Kurhessen*	40Thlr. L. b. Rothsch.	34 P. 33½ bez. ¼ G.	(100 fl. Crt.)	99¾ —	— —
»	5%/do.v.J.1852 L. 4511	95¾ pr. 95 bez.	»	Prdz.-Wilhs.-Nordb.	48½ pr. 48 G.	Augsburg . 2 k.S.	119 G.	— —
»	5%/o. L. v. (C. b. Roths)	92	bez. u. G.	*Gr. Hessen*	4½% Obligationen	101⅜ G.	(100 fl. Crt.)	99¾ —	— —
»	5%/do. do. Nr. 1. 3. M	88	G.	»	4% dito b. Rothsch.	98¾ G.	Berlin . . . 2 k.S.	105⅜ bez. 104⅞ G.
»	Bank-Actien .	1419 P. 1415 bez. u. G.		»	3½% dito b. Rothsch.	92¼ G.	(60 Thlr.)	99¾ —	— —
»	5%/ Metallig. Oblig.	83¾ G.		»	fl. 50 Loose . .	92⅜ G.	Bremen (50 k.S.	97 bez. 97 G.
»	5%/M.v.J.1851 Ser.A.	83¾ G.		»	fl. 25 Loose . .	31⅝ G.	Rthlr. i. Lder.	98¾ —	— —
»	5% dito 1852	83¾ pr. ⅜ G.		*Nassau* .	5%/ Oblig. b. Rothsch.	103⅛ P.	Hamburg . 2 k.S.	99¼ G.
»	4½% dito	74½ P. ½ bez. u. G.		»	4% dito	99⅜ G.	(100 Mk. Bc.)	99½ —	— —
»	4% dito	65¼ G.		»	3½% dito	91⅝ P. ½ G.	Leipzig . . 2 k.S.	105⅜ bez. 104⅞ G.
»	3% dito	49 G.		»	fl. 25 Loose . .	29¾ P. ½ G.	London . . 1 k.S.	119⅜ bez. 118⅝ G.
»	2½% dito	42½ G.		*Frankfurt*	5½% Oblig. v. 1839	95½ P. ¼ G.	(10 Livr. St.)	119¾ —	— —
»	1% dito	16¾ G.		»	5% » v. 1846	94½ G.	Lyon . . . 2 k.S.	94⅛ bez. 93¾ G.
»	Mail.-Como-B. 14-L.	11⅝ pr. 11 G.		»	4% dito	86 P. 85¾ G.	(300 Fr.)	93¾ —	— —
»	fl. 250 Loose b. Roths.	122 P. 121½ G.		»	Taunusbahnact.	308 P. 305 G.	Mailand (250 k.S.	109⅛ B.	— —
»	fl. 500 » dito	195¼ G.		*Russland*	4½% Obl. b. Darling	102 P.	Lir. Austr.)	93¾ —	— —
»	4½% Oblig. b. Bethm.	81 P.		»	4% Obl. b. Hope & Z.	92¼ G.	Paris . . . 2 k.S.	94⅛ bez. 93⅝ G.
»	4% » »	73¾ P. ¼ G.		»	3½% Inscription	94¾ G.	(300 Fr.)	93¾ —	— —
Preussen .	3½% Staatsschulds.	94¼ G.		*Polen* . .	4% Oblig. de fl. 500	92¼ P. 92 G.	Wien (100fl.)	2 k.S.	105⅜ bez. 104⅞ G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	117 G.		*Spanien*	3% Int. Sch. P fl. 3.53	43½ P.	im fl. 20 F.)	3 M.	105¼ — 104⅝ G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101¼ P. ⅛ G.		»	1% Neue » »	23⅝ 23 13/16, ¾ bez. u. G.	Discouto . . .		2 B.
»	4½% dito	101¼ P. ⅛ G.		*Holland* .	5% Certificate .	96⅝ G.			
»	4% dito	96¼ P.		»	2½% Syndicate .	55¼ G.	Gold und Silber.		
»	4% Ablös.-Rente .	96¾ P. ⅜ G.		»	2½% Integrale .	55⅜ G.	Pistolen . . .	6. 9 43-44	
»	3½% Oblig. b. Roths.	92½ bez.		*Belgien* .	4½% Obl. in P. 1838 K.	99⅝ P. ⅜ G.	Fr. Friedrichsd'or	9 54½-55¼	
»	Ludwigsb.-Berbach.	73¾ P. ⅛ G.		»	4% Obl. in Fr. à 25 k.	94¾ P.	Holl. 10fl. Stücke	9 48½ 49¼	
»	5% Priorit.-Oblig.	103¼ G.		»	2½% Obl. b. Rothsch.	57⅜ P. ½ G.	Rand-Ducaten .	5 26½-27⅜	
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101¼ P. ⅜ bez.		*Sardinien*	5% Obl. b. Rothsch.	97⅜ G.	20 Francsstücke	9 25¼-26⅛	
»	3½% dito	90¾ P. ½ G.		»	5% Obl. b. Hambro	94¾ P.	Engl. Sovereigns	11 48	
Baden . .	5% Obligationen .	102¼ G.		»	Sardinische Loose .	41⅛ G.	Gold al Marco	379-381	
»	4½% Obligationen	102¾ G.		*Toscana*	5% Obl. 1850 (Gb. Golds.)	101½ P. ⅛ G.	5 Frankenthaler	2 21-21½	
»	3½% v. 1842 . .	—		»	5% 1851 b. Bastog (do.)	98 G.	Preuss. Thaler	1 45-⅓	
»	fl. 50 Loose v. 1840	67½ G.		*Nlamvika*	6% Blocke Doll. 2. Sh.	117½ —	bez. u. G.		Preuss. Cassen-Sch.	1 45-⅓

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth.

№ 308. — Sonntag — den 26. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereich der Frankfurter 2 fl. 30 kr., 2) in den Ländern des Königl. Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbereichs 2 fl. 40 kr. = 1 Thlr. 15½ Sgr., 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. d. fl. = 1 Thlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übereseeische Länder nimmt Herr H. R. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 19, Bestellungen an. Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (4/5 Breite) mit Postbeförderung oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Paris, den 24. Dec., 5 Uhr 43 Minuten Abends.
Angekommen in Frankfurt, 24. „ 6 „ 26 „ „

London, 24. Dec. Das neue Cabinet ist in folgender Weise zu Stande gekommen: Carl v. Aberdeen, erster Lord des Schatzes (Premier); — Lord Palmerston, Inneres; — Lord John Russell, Auswärtiges; — Sydney Herbert, Krieg; — Sir James Graham, erster Lord der Admiralität; — Gladstone, Schatzkanzler; — Herzog v. Newcastle, Colonien.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 25. Dec. Unser Stadtcommandant, der königl. preußische Major Deetz, hat heute eine Reise mit Urlaub angetreten. Dem Bundestruppencorps wurde heute durch Tagesbefehl bekannt gemacht, daß während der Abwesenheit des Stadtcommandanten die Functionen desselben von dem Commandeur des königl. preußischen 29. Infanterieregiments, Oberst v. Kessel, übernommen werden.

Die hiesige Polizeibehörde hat eine zweckmäßige Einrichtung getroffen, die mit dem nächsten 1. Januar ins Leben tritt. Unsere Stadt wurde zur leichtern Uebersicht in drei Bezirke eingetheilt, für deren jeden ein Polizeicommissär angestellt ist. Da diesen Beamten auch das Permissionswesen zugetheilt wird, so hofft man, daß nunmehr manchen schon lange gefühlten Mißständen gründlich abgeholfen werde, daß namentlich die übermäßige Ertheilung von Permissionen an solche Personen, welche durch Ausübung von mancherlei Beschäftigungen den hiesigen Angehörigen ihre Nahrung verkürzen, beschränkt werde. — Dem Polizeiamt wurde zur raschen Erledigung der überhäuften Geschäfte ein zweites Bureau beigegeben.

Nach dem im Gasthaus zum Landsberg verübten Gaunerstreich begaben sich die Thäter zu Fuß nach Rödelheim, woselbst sie noch an demselben Abend, in blaue Blousen gekleidet, mit einem in Wachstuch geschlagenen Paket gesehen wurden. In das Fremdenbuch des Landsbergs hatten sie sich eingeschrieben als Gebrüder Lallemand von Straßburg.

Die an frühern Festtagen in dem hiesigen Hafen aufgezogene große deutsche Flagge wurde am heutigen Weihnachtsfeiertage nicht gesehen.

Mit Betrenge wird von unserer Polizei darüber gewacht, daß kein aus der Schweiz kommender Handwerksgeselle sich hier anhält.

Nächstens wird zu den Zwecken der Gustav-Adolph-Stiftung eine gottesdienstliche Versammlung gehalten, wobei, wie man hört, Professor Dr. Schenckel von Heidelberg mitwirken wird. Die letzte Generalversammlung des hiesigen Hauptvereins war schwach besucht.

* **Wien**, 22. Dec. Die hiesigen Zolleonferenzen, schreibt die „Presse", setzen ihre Sitzungen mit dem gewöhnlichen Eifer fort, und man erzählt sich, daß dieselben bis zum neuen Jahre geschlossen sein werden. Was die Modificationen betrifft, unter denen die anzuhoffende Verständigung realisirt werden soll, so herrschen hierüber noch immer eine Menge von Vermuthungen, von denen aber nur eine sehr geringe Anzahl einen Anspruch auf Wahrscheinlichkeit machen kann. — Dem Vernehmen nach sind wegen Abschlusses eines Handelsvertrags zwischen Oesterreich und Spanien Verhandlungen im Gange. — In Prag ist bereits eine Commission aus Kassel angekommen, um die vom Kurfürsten von Hessen in Böhmen gekauften Güter zu übernehmen.

P **Berlin**, 22. Dec. In den öffentlichen Blättern sind die Zollangelegenheiten neuerdings Gegenstand verschiedenartiger Mittheilungen geworden. Es wird, namentlich mit Hinweisung auf die jüngste Anwesenheit des Kaisers und die gegenwärtige des Frhrn. v. Bruck, eine Verständigung in der Zollfrage zwischen Preußen und Oesterreich in sichere Aussicht gestellt. Auch wir haben dies als wahrscheinlich gezeigt, wenn die Ausgleichung auf dem Wege als möglich sich darstellt, daß Oesterreich die gerechten und billigen Forderungen Preußens anerkennt, dagegen ist sie unwahrscheinlich, wenn dabei auf die Nachgiebigkeit Preußens gerechnet wird. Denn es darf nicht vergessen werden, daß Preußen seinen bestimmten, durch Verträge ihm angewiesenen Standpunkt hat, den es nicht verlassen kann, ohne in gleicher Weise seine Ehre und sein Interesse zu verletzen. Der mit Hannover geschlossene Septembervertrag, sowie die Accessionsverträge zu diesem mit Braunschweig und den thüringischen Staaten, schließen alle Modificationen des Programms aus, welches Preußen in seinen verschiedenen Erklärungen bei Gelegenheit der Zollvereinsconferenz abgegeben hat. Jene Verträge sind von neuem auf eine Dauer von 12 Jahren geschlossen, und je bedeutsamer die Umänderungen sind, welche durch den Septembervertrag in die Handelsverbindungen und das Zollsystem des Steuervereins gebracht werden, um so mehr Werth muß dieser darauf legen, für eine Reihe von Jahren gegen neue Veränderungen geschützt zu sein. Eben deßhalb muß aber auch Preußen diesem Punkte eine gleiche Aufmerksamkeit schenken, weil, ganz abgesehen von den moralischen Gründen, nur die eigene Treue die des Bundesgenossen bedingen kann und es unklug wäre, einen gewissen Freund gegen einen ungewissen Bundesgenossen aufzugeben, einen sichern Gewinn gegen einen unsichern Ertrag auszutauschen. Denn das letztere wird eben unter allen Umständen ein Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich sein und so lange bleiben, als es, bei der mangelhaften Grenzbewachung Oesterreichs, der zum Theil noch unbekannten Consumtion seiner östlichen Landestheile, an bestimmten Factoren zur Beurtheilung des Werthes der herzustellenden Beziehungen fehlt. Das Bedürfniß Oesterreichs zur Verständigung kann für Preußen kein Beweggrund sein, von denjenigen Punkten abzugehen, die es nach der Lage seiner Industrie, der Verbindung mit andern Staaten und den Bedürfnissen seiner Bevölkerung als maßgebend erachten muß.

* **Berlin**, 23. Dec. Aus einer Schrift des Domkapitulars Rintel in Breslau theilt die Neue Preußische Zeitung die von den Katholiken, nicht überhaupt, wie genanntes Blatt meint, sondern in Bezug auf die Seelsorge zu stellenden Forderungen mit. Diese sind:

1) Die Fürsorge für die ohne geordnete Seelsorge befindlichen Katholiken: a. in Ostpreußen, b. in der Lausitz, Mark Brandenburg, c. im Regierungsbezirk Merseburg, welche in unverleihlich großerer geistlicher Noth sind, als irgendwo in Preußen Protestanten. 2) Die Anschaffung der Mittel für einen Religionsfonder für die 100 katholischen Gymnasiasten aus den Berliner Gymnasien. 3) Die Sorge für den Zuwachs des Klerus, besonders des utraquistischen, durch Erleichterung des Schulgeldes der Gymnasien, Unterstützung der bischöflichen Convicte, Berücksichtigung der polnischen Sprachbedürfnisse auf allen schlesischen katholischen Gymnasien, Einführung strenger kirchlicher Zucht bei denselben, Vermehrung der Gymnasien in Posen. 4) Die Anstellung eines öffentlichen ordentlichen Professors der Geschichte katholischer Confession an der philosophischen Fakultät hiesiger Universität. 5) Anstellung eines weitern katholischen Raths in der Ministerialunterrichtsabtheilung und die katholischen Elementarschulen und Schullehrerseminarien. 6) Einrichtung eines katholischen Militärwaisenhauses oder Wiederherstellung der stattumwäßigen vollen Partität in den Militärwaisenhäusern zu Annaburg. 7) Bezahlung des Schulgeldes für katholische Militärkinder in den katholischen Civilschulen der Garnisonen, in welchen nur evangelische Militärschulen sind. 8) Befriedigung der katholischen Militärseelsorgebedürfnisse in ganz oben dem Maße, in welchem für die Evangelischen gesorgt ist. 9) Die Wiederanweisung des evangelischen Predigers aus der katholischen Reformationskirche zu Rawicz, welche im Jahr der Verfassungsbefolgung gegen den klaren Sinn des Art. XV durch Maßregel der Posener Regierung und des königlichen Ministeriums des Innern zum evangelischen Pfarrdorf gewaltsam wroggenommen wurde, so daß, da der Erzbischof, den Kirchengesetzen folgend, den katholischen Gottesdienst in derselben sofort stiftete, die katholischen Zöglinge der Strafanstalt, die damals sehr zahlreiche katholische

Garnison und die katholische Einwohnerschaft, zusammen damals wohl 2300 Seelen, ohne katholischen Gottesdienst, ohne Seelsorge blieben und noch bis heute sind.

* **Berlin**, 24. Dec. Der gestern im Schlosse Bellevue unter dem Vorsitz des Königs abgehaltene Cabinetsrath hat sich, dem Vernehmen nach, unter Anderm mit der Petition beschäftigt, welche von der katholischen Kammerfraction an den König dahin gerichtet ist, daß im Cultusministerium neben dem Minister ein katholischer Departementschef mit Sitz und Stimme im Ministerium ernannt werde.

⚹ **Berlin**, 24. Dec. Von Seite der thüringischen Fürsten ist in diesen Tagen nun auch die volle Bestätigung der mit Preußen erneuerten Zollvereinsverträge erfolgt, so daß diese Angelegenheit nunmehr in materieller wie in formeller Hinsicht vollständig geordnet ist. Der Abschluß der Verträge hat bekanntlich bereits vor 14 Tagen stattgefunden. — Ueber den Stand der Unterhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich in der handelspolitischen Angelegenheit erfahren wir, daß sich der österreichische Commissär im Allgemeinen auf die von Preußen in seinem vorgelegten Entwurfe festgestellten Grundbedingungen einzugehen bereitwillig gezeigt hat. Der von Seite Oesterreichs vorgelegte Entwurf war von Preußen nicht als geeignet erachtet worden, um für die zu eröffnenden Unterhandlungen als Grundlage zu dienen. Daß nunmehr von österreichischer Seite der preußische Entwurf als Grundlage zur weiteren Verhandlung entgegengenommen worden ist, hat die Sache bereits bedeutend gefördert. Auf den Wunsch des österreichischen Commissärs, daß die Verhandlungen nicht allein mit Oesterreich, sondern auch mit den Staaten der Darmstädter Uebereinkunft geführt werden, so daß er gleichsam als der Vertreter aller dieser Staaten zu betrachten sei, konnte Preußen natürlich nicht eingehen. Die Schwierigkeiten, welche Herr v. Bruck, wie wir hören, anfangs deßhalb erhoben hatte, weil der von Preußen ernannte Commissarius, Herr v. Pommer-Esche, mit ihm nicht in gleichem Range stehe, sind gehoben. Herr v. Bruck ist nämlich wirklicher Geheimerath und Herr v. Pommer-Esche hat diesen Rang noch nicht. In Betreff der handelspolitischen Angelegenheit richten wir Ihre Aufmerksamkeit auf eine Darstellung, welche in dem morgen erscheinenden Preuß. Wochenblatt enthalten sein wird. Ueber den Stand der Sache werden Sie der in Rede stehenden Ausführung, die aus sehr kundiger Feder geflossen ist, manche Winke entnehmen können.

✓ **Köln**, 24. Dec. Von dem im Communistenproceß verurtheilten Bürgers ist Nachricht eingelaufen, wonach er auf der Festung Kosel sich befindet; in Betreff der Uebrigen vernimmt man noch nichts Näheres.

⚹* **Dresden**, 23. Dec. Gestern Abend 10½ Uhr haben Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich und Se. kaiserl. Hoh. Erzherzog Maximilian Dresden verlassen und mit einem Extrazuge der sächsisch-böhmischen Staatsbahn ihre Rückreise nach Wien angetreten. Der König und die Prinzen Johann, Albert und Georg begleiteten die hohen Gäste nach dem Bahnhofe, wo sich auch der hiesige österreichische Gesandte, Graf v. Kuefstein, der Staatsminister v. Beust, die Generalität ꝛc. und ein sehr zahlreiches gemischtes Publikum eingefunden hatten. Von Seiten der hiesigen Bevölkerung ist der Kaiser während seiner Anwesenheit durchgängig mit großer Begeisterung begrüßt worden, und man knüpft allenthalben an seinen Besuch hier wie in Berlin die schönsten Hoffnungen für eine gedeihliche Gestaltung der Zukunft. Daß die Reise des Kaisers jedenfalls in den großen politischen Fragen ihren Schwerpunkt habe, fühlt man hier sehr wohl; allein auch auf die Lösung der handelspolitischen Wirren wird sie sicher nicht ohne Einfluß sein. Einen sehr guten Eindruck hat es in letzterer Beziehung hier gemacht, daß der Kaiser, wie heut bekannt wird, gestern unserm Minister v. Beust das Großkreuz des Stephansordens verliehen hat. Wenn man jedoch von mehreren Seiten sich dem Glauben hingibt, daß mit der Zusammenkunft der Monarchen von Oesterreich und Preußen die Zollvereinsverhandlungen bereits so gut als abgeschlossen zu betrachten seien, so ist das wohl eine allzusanguinische Hoffnung. Auch wir sind der Ansicht, daß der frische Eindruck, den der Besuch des Kaisers in Berlin nach beiden Seiten hin zurückgelassen hat, der Lösung der schwebenden materiellen Fragen unzweifelhaft förderlich sein werde; allein nicht übersehen können wir dabei, daß einestheils noch vielfache, durch die innern Verhältnisse des preußischen Staats gebotene Schwierigkeiten zu bewältigen sind, anderseits aber auch die Feststellung der für die materiellen Interessen der verschiedenen Länder so wichtigen Tarife, die den Kern der Mission des Herrn v. Bruck bilden dürfte, noch sehr umfängliche Berathungen erfordert. Bei dem allem Anschein nach jetzt auf beiden Seiten vorhandenen guten Willen zu einer endlichen Ausgleichung werden diese Hindernisse indessen gewiß zu beseitigen sein, und auch wir hoffen, daß mit Ablauf der als Schlußtermin der Zollvereinsverhandlungen zu betrachtenden nächsten drei Monate das Ziel glücklich erreicht sein werde.

h **Gotha**, 24. Dec. Die heutige Nummer des hiesigen Tagblattes berichtet: Durch die Erfurter Polizeibehörde ist die hiesige veranlaßt worden, die Exemplare von dem Werke „Blumenlese der Jesuitenmoral von Dr. Bergmann, Erfurt, Hennings und Hopf" zu confisciren. Unsere Behörde hat jedoch, nachdem sie sich von dem Inhalt desselben überzeugt, keinen Grund zur Confiscation gefunden.

Italien.

† **Turin**, 20. Dec. Aus ministeriellen im Senat abgegebenen Erklärungen geht hervor, daß eine Ausgleichung mit Rom nicht in nächster Zukunft zu erwarten steht. — Ein weitläufiges Schreiben des Papstes an den König von Sardinien, aus Castelgandolfo datirt, verdammt die Civilehe. Das Document wird von einigen Blättern für unächt gehalten.

Frankreich.

⁑ **Paris**, 23. Dec. Der Papst erkennt das Kaiserreich an; dem apostolischen Nuntius sollen seine neuen Beglaubigungsschreiben bereits zugegangen sein. Der Gesandte Portugals, Marquis v. Paiva, erwartet seine neuen Creditive von Tag zu Tag; ebenso der Repräsentant des großherzoglichen Hofes von Toscana. — Heute Nachmittag hat der Senat abermals eine Sitzung gehalten. — Die gestern nach Compiegne gereisten Minister verweilen auch heute noch dort; nur Herr Drouin de Lhuys ist heute früh zurückgekehrt. Roger, die Lagrua, und andere Mitglieder der kaiserlichen Musikakademie, welche in mehreren Abendconcerten am Hoflager zu Compiegne gesungen haben, befinden sich seit gestern wieder hier. — Der Moniteur veröffentlicht heute den Bericht des Generals Pelissier über die Einnahme von Laghouate. Ein Adjutant des Generals ist mit den, den Arabern abgenommenen Fahnen, die er dem Kaiser überbringen soll, bereits in Marseille angekommen. — Der Prinz von Capua, Bruder des Königs von Neapel, ist mit seiner Gemahlin hier eingetroffen. — Herr Auchard, Milchbruder des Königs von Rom, ist zum Unterintendanten der kaiserlichen Stallungen ernannt worden.

⁑ **Paris**, 24. Dec. Der „Moniteur" veröffentlicht heute einige wichtige Actenstücke. Zunächst das Decret bezüglich der Thronfolge, welches lautet wie folgt:

Napoleon, von Gottes Gnaden und nach dem Willen der Nation Kaiser der Franzosen, — allen Gegenwärtigen und Zukünftigen unsern Gruß: — Nach Ansicht des Art. 4 des Senatusconsultes vom 7. November, ratificirt durch das Plebiscit vom 21. und 22. desselben Monats, nach dessen Wortlaut es uns zusteht, durch ein an den Senat gerichtetes organisches Decret die Thronfolgeordnung in der Familie Bonaparte für den Fall zu reguliren, daß wir keinen directen, legitimen oder Adoptiverben hinterlassen sollten; — zwar in der Hoffnung, daß es uns vergönnt sein werde, die Wünsche des Landes zu verwirklichen und unter dem göttlichen Schutz eine Verbindung zu schließen, welche uns directe Erben zu hinterlassen gestattet; — aber doch von dem Wunsche geleitet, daß der durch die Gnade Gottes und den Willen der Nation aufgerichtete Thron aus Mangel eines von uns designirten Nachfolgers nicht unbesetzt bleibe, — haben beschlossen und beschließen wie folgt: Art. 1. Im Fall wir keinen directen oder Adoptiverben hinterlassen würden, sind unser vielgeliebter Oheim Hieronymus Napoleon Bonaparte und seine directe, natürliche und legitime Descendenz aus seiner Verbindung mit der Prinzessin Katharina von Württemberg, von männlich auf männlich, nach dem Rechte der Primogenitur und mit beständiger Ausschließung der Frauen, berufen, uns zu succediren. — Art. 2. Gegenwärtiges Decret, mit dem Senatssiegel versehen, wird durch unsern Staatsminister dem Senat überbracht, um in dessen Archiven niedergelegt zu werden. Geschehen im Palast der Tuilerien, den 18. December 1852. Napoleon. Achill Fould, Staatsminister.

In der gestrigen Sitzung des Senates, in welcher dieser über das die Verfassung modificirende Senatusconsultum endlich schlüssig wurde und dasselbe mit 64 gegen 7 Stimmen annahm, erschien der Staatsminister und verlas das oben mitgetheilte organische Decret bezüglich der Thronfolge. Das amtliche Blatt veröffentlicht heute auch die dem Senatusconsultum bezüglich der an der Verfassung vorzunehmenden Modificationen vorausgeschickte, von Laroche, Rouher und Delangle als Commissarien der Regierung unterzeichnete und dem Senat in seiner Sitzung vom 6. December überreichte Motivirung der betreffenden Modificationen. Wichtiger als diese Begründung und der Commissionsbericht des Herrn Troplong ist das Senatusconsult, wie es aus der Redaction des Ausschusses hervorgegangen und gestern vom Senat angenommen worden ist. Es folgt dessen Wortlaut; die Zusätze und Abänderungen, welche die Vorlage in ihrer ursprünglichen Gestalt erlitten hat, sind unterstrichen.

Art. 1. Der Kaiser hat das Recht, zu begnadigen und zu amnestiren. — Art. 2. Der Kaiser präsidirt, wenn er es für angemessen hält, dem Senate und dem Staatsrathe. — Art. 3. Die kraft Art. 6 der Verfassung abgeschlossenen Handelsverträge haben Gesetzeskraft hinsichtlich der darin festgesetzten Tarifabänderungen. — Art. 4. Alle gemeinnützigen Arbeiten, ganz

vornehmlich aber die in Art. 10 des Gesetzes vom 21. April 1832 und in Art. 3 des Gesetzes vom 3. Mai 1841 erwähnten, so wie alle Unternehmungen von allgemeinem Interesse werden durch kaiserliche Decrete verfügt und autorisirt. Diese Decrete werden in der zur Regelung der öffentlichen Verwaltung vorgeschriebenen Form abgefaßt. Die Credite, welche für solchergestalt autorisirte Arbeiten und Unternehmungen zu verwenden sind, werden in der für die außerordentlichen Credite vorgeschriebenen Form eröffnet und dem gesetzgebenden Körper in seiner nächsten Session vorgelegt. Nichts desto weniger muß, wenn diese Arbeiten und Unternehmungen Verbindlichkeiten oder Subsidien des Staatsschatzes zur Bedingung haben, der Credit, ehe er zur Ausführung kommt, durch ein Gesetz bewilligt werden. Wenn es sich um Arbeiten handelt, die auf Staatsrechnung ausgeführt werden, und nicht der Art sind, daß dabei Concessionsertheilungen zur Sprache kommen, so können die Credite in dringlichen Fällen in der für die außerordentlichen Credite vorgeschriebenen Form eröffnet werden. Diese Credite werden dem gesetzgebenden Körper in seiner nächsten Session vorgelegt werden. — Art. 5. Die Bestimmungen des organischen Decrets vom 22. März 1852 können durch kaiserliche Decrete abgeändert werden. — Art. 6. Die eventuell zur Erbfolge berufnen Mitglieder der kaiserlichen Familie und ihre Nachkommen sind französische Prinzen. Der älteste Sohn des Kaisers führt den Titel kaiserlicher Prinz. — Art. 7. Die französischen Prinzen sind Mitglieder des Senats und des Staatsraths, sobald sie das Alter von achtzehn Jahren erreicht haben. Sie können daselbst nur mit Einwilligung des Kaisers ihren Sitz einnehmen. — Art. 8. Die Civillistandsacten der kaiserlichen Familie werden von dem Staatsminister entgegengenommen und auf einen Befehl des Kaisers hin dem Staat übergeben, welcher sie in seine Register eintragen läßt und in seinem Archiv aufbewahrt. — Art. 9. Die Dotation der Krone und die Civilliste werden für die Dauer jeder Regierung durch ein Senatusconsult geregelt. — Art. 10. Die Zahl der direct vom Kaiser ernannten Senatoren darf über 150 nicht hinausgehen. — Art. 11. Jährliche und lebenslängliche Dotation von 30,000 Fr. ist mit der Würde eines Senators verbunden. — Art. 12. Das Budget der Ausgaben wird dem gesetzgebenden Körper mit seinen Unterabtheilungen, nach Kapiteln und nach Artikeln mitgetheilt. Es wird nach den Ministerien votirt. Die Vertheilung des für jedes Ministerium bewilligten Credits nach Kapiteln wird durch ein im Staatsrath erlassenes Decret des Kaisers geregelt. Specielle Decrete, auf gleiche Weise erlassen, können Uebertragungen von einem Kapitel auf das andere autorisiren. Diese Anordnung ist anwendbar auf das Budget von 1853. — Art. 13. Der durch Art. 42 der Verfassung vorgeschriebene Rechnungsabschaftsbericht wird vor seiner Veröffentlichung einer Commission, bestehend aus dem Präsidenten des gesetzgebenden Körpers und den Präsidenten der einzelnen Bureaux, zur Prüfung übermittelt. Sind die Meinungen getheilt, so entscheidet die Stimme des Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung. Der Sitzungsbericht, welcher in der Versammlung verlesen wird, constatirt bloß das Verfahren und die Abstimmungen des gesetzgebenden Körpers. — Art. 14. Die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers erhalten eine Entschädigung, die auf 2500 Fr. monatlich für die Dauer jeder ordentlichen oder außerordentlichen Sitzung bestimmt ist. — Art. 15. (Neu hinzugekommen.) Generale, welche zur Reserve abgestellt sind, können Mitglieder des gesetzgebenden Körpers sein; sie werden als entlassen betrachtet, wenn sie im activen Dienste verwendet werden. — Art. 16. (Früher Art. 15.) Der Eid, welcher durch Art. 14 der Verfassung vorgeschrieben ist, wird in folgender Weise geleistet: „Ich schwöre Gehorsam der Verfassung und Treue dem Kaiser!" — Art. 17. (Früher Art. 16.) Die Art. 2, 9, 11, 15 bis 19, 22 und 37 der Verfassung vom 14. Januar 1852 sind aufgehoben.

Belgien.

Brüssel, 23. Dec. Die Repräsentantenkammer nahm heute den provisorischen Handelsvertrag mit Frankreich mit 62 gegen 8 Stimmen an; 16 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. — Nach der Independance belge ist der Act wegen einstweiliger Verlängerung der Uebereinkunft mit dem Zollverein, der am 16. December zu Berlin von Hrn. Rothomb und Hrn. v. Manteuffel unterzeichnet ward, in Form einer Erklärung abgefaßt, welche bestimmt, daß bis zum 20. December 1853 jede der abschließenden Parteien berechtigt sein wird, die am 20. Februar 1852 zwischen Belgien und dem Zollverein abgeschlossene Uebereinkunft zu kündigen, und daß die Wirkungen dieser Uebereinkunft vier Wochen nach der Kündigung aufhören sollen.

Spanien.

** **Madrid**, 18. Dec. In einem an die Gouverneure der Provinzen gerichteten Rundschreiben hat das neue Ministerium sein Programm bekannt gemacht. Dieses Rundschreiben constatirt, daß die Schicklichkeit, die Räthlichkeit und sogar das Bedürfniß, in einigen Punkten die Staatsgrundgesetze zu revidiren und zu reformiren, nicht in Abrede gestellt werden könne. Nach Möglichkeit seien Glanz und Bedeutung des Thrones wiederum zu erhöhen, als des Symbols aller Traditionen der spanischen Geschichte und aller nationalen Ruhmesthaten, ohne jedoch die wesentlichen Grundlagen des repräsentativen Systems dadurch leiden, ohne dadurch das Recht verschwinden zu lassen, die Handlungen der Minister öffentlich zu prüfen und zu bestrafen, sondern um vielmehr den nationalen Institutionen neue Elemente der Stabilität und der Erhaltung zu geben. Das ist, so fahren die Minister fort, die große Aufgabe, deren Lösung wir uns vorgenommen haben und über welche sich zur geeigneten Zeit die legislativen Körperschaften feierlich werden aussprechen müssen. — Der Finanzminister hat heute einige der ersten Capitalisten der Hauptstadt empfangen und sie über die im Interesse des Landes nothwendigen Finanzmaßnahmen consultirt. — Bravo Murillo wird heute Abend nach Bordeaux abreisen.

Griechenland.

Aus Griechenland werden nach der „Allg. Ztg." ernste Befürchtungen laut, daß an den türkischen Grenzen wieder räuberische Einfälle, Brunnvergiftungen und Bedrückungen stattfinden werden; Hadschi Hussein Pascha regiert dort seit kurzem wieder, der schon 1848 das Räuberwesen gegen Griechenland begünstigte. Auch ist schon die Nachricht aus Athen eingetroffen, daß der berüchtigte Räuberchef Kalamata an der Nordgrenze eine Bande sammle. Während dies zu Lande geschieht, nähern sich die im Archipel ihr Unwesen treibenden Seeräuber zu Wasser immer mehr den griechischen Inseln, plündern kleine Fahrzeuge, rauben Kinder u. s. w.

Handel und Industrie.

Mainz, 24. Dec. In der Fruchthalle wurden heute zu folgenden Durchschnittspreisen verkauft: 150 Säcke Waizen à 10 fl. 28 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 31 Säcke Korn à 8 fl. 17 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 34 Säcke Gerste à 5 fl. 7 kr. per Sack von netto 160 Pfund; 67 Säcke Hafer à 3 fl. 30 kr. pr. Sack von netto 120 Pfund; vorher außerhalb verliefen: 269 Säcke Waizen à 10 fl. 28 kr. per Sack von netto 200 Pfund; 17 Säcke Korn à 7 fl. 55 kr. per Sack von netto 180 Pfund; 38 Säcke Gerste à 5 fl. 6 kr. per Sack von netto 160 Pfund. Mittelpreise während der Woche: Waizen 10 fl. 28 kr., Korn 8 fl. 9 kr., Gerste 5 fl. 7 kr. Die Mehlpreise und die Brodtaxe blieben unverändert. Rüböl fester, effectiv 34½ à 35 Thlr. per 280 Pfund i. G. ohne Faß, 34 Thlr. per 280 Pfund i. G. mit Faß, per Mai 35½ Thlr; Mohnöl 29 à 29½ fl. per 50 Kilogr. ohne Faß. Roher Talg 21½ à 22 fl. Braunkohlen und Spiritus ohne Aenderung. (Hz. P. Z.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 25. Dec. 5pCt. Metall. 83⅛, pCt. G., 4½pCt. Metall. 74½ pCt. G., Wiener Bankactien 1420 fl G., 1pCt. Spanische 23⅞ à 11/16 pCt, 3pCt Inländische 43⅛ G., 43½ pCt. Brf. — Zu den notirten Coursen wurde in heutiger Effectensocietät nur sehr wenig oder fast gar nichts gethan.

Berlin, 24. Dec Staatsschl. 94⅞ Brf., 94⅛ G. — Köln-Minden 118 G. — Fr.-W.-Nordd. 44⅞ à 45⅛ bez.

Madrid, 18. Dec. 3pCt. 44⅛ a. n. d. Börse 44¾ G. — 1pCt. Neue 24⅞ a. n. d. Börse 24⅞.

Paris, 24. Dec. 4½pCt. Rente 106, 25. — 3pCt. do. 82, 40. — Neapol. —. — Oesterr. 98¾. — Span. Neue Diff. 24, 23⅞. — Neue 3pCt. 50⅛. — Innere Schuld 44⅛. — Bankactien 2930. — 5pCt. Piemont 100, 25. — Römischen Anleihen Juni 1850 97. — do. 1850 97. — St. Germain-Eisenbahn 1425. — Versailles, linkes Ufer 352, 50. — Straßburg-Basel 365. — Nordbahn 900. — Paris-Straßburg 828, 75.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 24. Dec. 5pCt. Metall. 95½. — 5pCt. do. B. 109¼. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 95. — 4½ pCt. Metall. 85. — Bankactien 1350. — 250 fl. Loose 139½. — London 11 fl. 6 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 104½. — K.-K.-Nordbahn 248. — Livorno-Florenz 95. — Siena-Empoli 63. — Paris 132⅜. — London in Triest — fl. — kr. — Silber 13⅞, günstig. (Spad.)

London, 24. Dec. 3pCt Consols 101. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 24½. — 5pCt. Hamburg 95⅞. (Spad.)

Antwerpen, 24. Dec. 5pCt. Lomb.-Venet. — 2½pCt. Belg. —. — 3pCt. Span. inl. 43½. — 1pCt. do. 23/16. (Spad.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matteo. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2730]

Abonnements-Erneuerung.

Bei Ablauf des zweiten Semesters c. werden die resp. hiesigen Abonnenten ersucht, die Bestellungen auf auswärtige Zeitungen und periodische Schriften für das mit dem **1. Januar 1853** beginnende erste Semester alsbald schriftlich und mit genauer Angabe der Straße und Wohnungsnummer des Bestellers, an die Unterzeichnete gelangen zu lassen, weil außerdem das bisher bestandene Abonnement als erloschen betrachtet wird und bei später eingehenden Bestellungen für Lieferung vollständiger Exemplare nicht gebürgt werden kann.

Frankfurt a. M., im December 1852.

Fürstlich Thurn und Taxis'sche
Ober-Postamts-Zeitungs-Expedition.

[2823]

Coursblatt von A. Sulzbach.

Auf das bekannte, seit 28 Jahren erscheinende „Coursblatt von A. Sulzbach" werden hier in seinem Comptoir und auswärts bei allen löblichen Postämtern Bestellungen angenommen.

[2824]

Bücher zu herabgesetzten Preisen.

Die Buchhandlung von **F. A. Brockhaus** in Leipzig hat folgende Verzeichnisse ausgegeben, welche durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes **gratis** bezogen werden können:

1) **Werthvolle Werke aus allen Fächern der Literatur zu bedeutend ermäßigten Preisen.**
2) **Verzeichniß von Büchern zu billigen Preisen.**
3) Extrait du Catalogue de Livres au rabais.
4) Catalogue d'une collection précieuse de Livres anciens de Théologie etc.

Alle Bücherkäufer werden auf diese reichhaltigen Verzeichnisse besonders aufmerksam gemacht.

In Frankfurt a. M. zu haben bei **Karl Theodor Völcker**, kl. Hirschgraben, F. Nr. 12.

[2783]

um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Lungenkrankheit, Heiserkeit, Halsweh, Steifheit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pate pectorale von **George**, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Husterbon-Tabletten werden verlangt in Schachteln, die Dutzend à 36 kr. oder 6 Sgr., die ganze à 36 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Reklinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **Nur allein** bei den **H. C. von Oven**, Bleydenstraße Nr. 33. [2428]

[2873]

Neustadt-Weißenburger-Eisenbahn.

Nachdem Se. Majestät der König von Bayern zur Herstellung einer Eisenbahn von Neustadt über Landau bis zur Landesgrenze bei Weißenburg unterm 3. November d. J. die allerhöchste Concession ertheilt und die deßfalls eröffneten Actienzeichnungen das erforderliche Capital von 4,400,000 fl. vollständig gedeckt haben, so werden die Herren Unterzeichner Behufs der Regelung der Gesellschaftsverhältnisse auf

Montag den 31. Januar 1853, Morgens 11 Uhr,
in Ludwigshafen

zu einer Generalversammlung eingeladen.

Gegenstände der Verhandlung:

1) die Constituirung der Gesellschaft und ihrer Organe;
2) die Feststellung der Satzungen.

Diejenigen Herren Actionäre, welche dieser Generalversammlung beiwohnen wollen, haben sich längstens bis zum **24. Januar 1853** auf dem Büreau der Direction zu Ludwigshafen durch Vorzeigung der Interimsscheine oder durch ein nach Nummern geordnetes, von einer amtlichen Behörde beglaubigtes Verzeichniß auszuweisen, wogegen sie die erforderlichen Einlaßkarten mit Angabe der Stimmberechtigung erhalten.

Nach dem 24. Januar können keine Anmeldungen mehr berücksichtiget werden.

Ludwigshafen, 22. December 1852.

Der Vorstand des Verwaltungsrathes
der Pfälzischen Ludwigs-Eisenbahn.
Mahla.

„Das Frankfurter Tagblatt."

Diese humoristisch-belletristische Zeitschrift erscheint im Jahr 1853 dreimal wöchentlich, von Zeit zu Zeit mit humoristischen Bildern in den Text gedruckt. Die Post liefert diese beliebte Zeitschrift zu 1 fl. 30 kr. per Quartal.

Frankfurt a. M., Ende Dec. 1853. **Die Expedition.**

[2361]

[2873]

Physikalischer Verein.

Die Vorträge und Versammlungen bleiben während der Festtage aufgestellt und beginnen wieder am 3. Januar 1853.

Der Vorstand.

[2282]

An- und Verkauf

von Obligationen, Loosen rc. bei

Moriz Stiebel Söhne in Frankfurt a. M.

[2876]

Ein Original-Gemälde von Murillo, ein desgl. von Albrecht Dürer (Hausaltar darstellend) sind von Montag den 27. — Mittwoch 29. d. M. zum Verkauf aufgestellt im Hôtel Drexel auf Nr. 3.

[2494]

Edictalladung.

In Sachen
der Anna Catharina, Heinrich Fröhlich'schen Ehefrau, geborne Ploch von Heidelbach, Klägerin, gegen
ihren genannten Ehemann, den Heinrich Fröhlich von Heidelbach, Beklagten, Scheidung wegen böslicher Verlassung betr.

Anna Catharina, geborne Ploch, Ehefrau des Heinrich Fröhlich aus Heidelbach, hat gegen ihren Ehemann wegen böslicher Verlassung Klage erhoben und um Auflösung des ehelichen Bandes gebeten.

Da der Aufenthaltsort des Beklagten unbekannt ist, so wird derselbe hiermit öffentlich aufgefordert, sich auf die gegen ihn erhobene Klage, deren Ausfertigung auf Anmelden ihm behändigt werden soll, so gewiß innerhalb

3 Monaten

bei unterzeichnetem Gericht zu erklären, als sonst angenommen werde, er habe den Klagegrund zugestanden und auf Vorbringen von Einreden verzichtet. Zugleich wird bemerkt, daß künftige Verfügungen in dieser Sache nur durch Anschlag an die Gerichtstafel werden bekannt gemacht werden.

Alsfeld, den 23. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
J. V. Gr. Landrichters
Bornemann.

(Rest Konversationsblatt).

[2730]

Ouvrage très utile aux gens du monde.

Deuxième édition du traité pratique des maladies des

ORGANES DE LA GENERATION,

1 v. de 700 p., contenant **153 FIGURES D'ANATOMIE** et 40 chapitres sur les *fonctions*, les *maladies* et toutes les *infirmités* de ces organes, avec l'indication des *moyens préservatifs* et du *meilleur traitement* pour guérir soi-même les conséquences des *excès* on de la *contagion*, etc. Chez l'auteur, docteur **Jozan** (de Saint-André), professeur de pathologie uro-génitale, 33, rue Jacob, à PARIS, et **Masson**, libraire, 26, rue de l'Ancienne-Comédie. — Le prix de l'ouvrage, par la poste, franc de port, est de 2 thalers de Prusse. — L'*atlas*, de 153 planches d'anatomie, se vend aussi séparé 2 fr. — *Consultations*, de midi à 2 heures et par correspondance. (*Affranchir.*) *Les malades peuvent se traiter eux-mêmes* et faire préparer les remèdes chez leur pharmacien.

[2600]

[2826] Eine der bedeutendsten Bleiweiß- und Bleizucker-Fabriken, welche nach den neuesten und besten Systemen eingerichtet, vor wenigen Jahren ganz neu erbaut ist, stets hinlängliche Wasserkraft besitzt und in einer der schönsten Gegenden Mittel-Deutschlands, dicht an der Eisenbahn, 1/2 Stunde von einer großen Stadt gelegen ist, soll in Folge eines Sterbefalls in vollem Betriebe abgegeben werden.

Anfragen unter A—Z. nehmen franco die Herren D. & J. de Neufville in Frankfurt a. M., Heinz & Hausner in Leipzig, Anhalt & Wagner in Berlin, J. C. Caspi in Nürnberg, Richt in Hamburg, J. H. Haas in Köln a. R. entgegen. Unterhändler werden verbeten.

Fränkel

ist mit Mecklenburger Reit- und Wagen-Pferden im „gelben Hirsch". [2628]

Ferdinand Schneider,

Rebstock 7,

empfiehlt während der Jahreszeit Pasteten von Gänseleber, Fasanen, Rebhühner, Indianer, reich mit Perigord-Trüffeln, Gestügel mit Trüffeln zum Braten zubereitet, feinste Gansleberwürste mit Trüffeln, Bouillonlaiben und garantirt beste gängige Waare. [2763]

[1681] Von hoher Senate concessionirte

Privat-Entbindungs-Anstalt
zu Frankfurt a. M.

Nähere Auskunft ertheilt gegen portofreie Einsendungen
Dr. Roberty daselbst, Zeil 19.

[2865] Ein Zahnarzt in einer bedeutenden Stadt sucht einen Gehilfen, der in technischen Arbeiten sehr bewandert ist und gute Zeugnisse aufzuweisen hat.

Das Nähere in der Expedition d. Bl.

Druck von August Osterrieth.

№ 309. Montag — den 27. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestellbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsgebiets 2 fl. 42 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, wo in den k. k. Oesterreichischen Gesammtlanden 2 fl. 30 kr. Pos. oder 2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr C. L. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Druckz.) mit Postbericht oder deren Raum 3 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

☆ **Wien**, 21. Dec. Das Finanzministerium hat das Ansuchen der Triester Börse um Errichtung einer Filialbank in Triest ablehnend beschieden, und es wurde in den betreffenden Erlasse besonders die projectirte Summe von drei Millionen Gulden als viel zu hoch bezeichnet. Die Triester Börseconsulta soll nun auf diesen Erlaß hin den Beschluß gefaßt haben, das Gesuch um Gründung einer solchen Anstalt mit der Modification zu erneuern, daß vorläufig nur eine Summe von zwei Millionen Gulden als Dotation in Anspruch genommen werde. Wir glauben aber keine vorzeitige Behauptung aufzustellen, wenn wir auch diese Summe als zu hoch bezeichnen, so daß sie seitens des betreffenden Ministeriums nicht bewilligt werden dürfte. — Das bischöfliche Comite setzt seine Berathungen über die Stellung des Klerus fort, und wird dieselbe nicht nur von der rein materiellen, sondern auch von der rechtlichen Seite einer eben so ausführlichen als gerechten Untersuchung unterzogen, da man genugsam von der dringenden Nothwendigkeit überzeugt ist, nach beiden Seiten hin durchgreifende Reformen eintreten zu lassen. Wenn mehrere hiesige Blätter behaupten, es berathe gegenwärtig keine derartige Versammlung über die obenerwähnten Angelegenheiten, so ist dies eben nur ein Beweis, daß diese Wiener Journale nicht gut über solche Vorkommnisse unterrichtet sind.

* Die officiöse Oesterreichische Correspondenz schreibt: **Wien**, 23. Dec.: Der Besuch, den Se. Maj. der Kaiser seinem königlichen Oheim in Berlin abstattete, hat in dem gegenwärtigen Augenblick die Aufmerksamkeit aller Staaten in weit höherem Maße, als dies sonst der Fall gewesen wäre, auf sich gezogen, und hat die Welt mit einer Anzahl von Vermuthungen über den eigentlichen Zweck dieser Reise und ihre allfälligen Ergebnisse erfüllt. Die Bande naher Verwandtschaft und persönlicher Freundschaft, welche die beiden erhabenen Monarchen verknüpfen, die engen Beziehungen beider Staaten und die Waffenbrüderschaft der beiden Armeen sind an sich wohl hinlängliche Anlässe, um den kaiserlichen Besuch zu erklären. Der Hinblick jedoch auf die noch nicht zum Schlusse geführten Verhandlungen über die deutschen Zollverhältnisse und auf die in Frankreich vor sich gegangene Veränderung der Regierungsform, legten es nahe, der Zusammenkunft der zwei Monarchen eine größere politische Bedeutung beizumessen. In ersterer Beziehung glauben wir die Bemerkung hier zu sollen, daß die Verhandlungen über Zollverhältnisse, wobei eine große Zahl von Einzelnheiten und von speciellen Interessen zur Sprache und Berücksichtigung kommen, an sich nicht geeignet sind, durch eine persönliche Intervention der Souveräne ihre Erledigung zu finden. Daß aber dieser Besuch stattfand, ungeachtet die Verhandlungen über diese wichtigste aller deutschen Fragen noch im Zuge sind, mag uns immerhin als ein Beleg dienen, daß es gelungen sei sich über die letzten Zwecke derselben zu verständigen, und jenen Geist der Gereiztheit und des Mißtrauens von derselben zu scheiden, der ihre Lösung erschwerte und auf die Ausbildung aller deutschen Verhältnisse einen hemmenden und störenden Einfluß ausübte. Angesichts des französischen Kaiserthums glaubt man ferner in der Zusammenkunft der zwei mächtigsten deutschen Fürsten ein Wiederaufleben einer, mehr der wisse Eventualitäten sich rüstenden Allianz zu erblicken. Wir antworten hierauf, eine Allianz zwischen den beiden Großmächten war nicht erst zu schließen, denn sie hat stets bestanden. Sie ist auf die Bundesverträge gegründet, die einen Theil des europäischen Staatsrechts bilden, sie wurzelt in der traditionellen Politik beider Höfe, in ihrer gemeinsamen deutschen Gesinnung und in ihrem gemeinschaftlichen Interesse. Sie ist endlich die Frucht der Erfahrungen der letzten Kriegsjahre. Diese Allianz ist aber keineswegs gleichbedeutend mit einer Coalition für bestimmte agressive oder defensive Zwecke. Die Allianz, wie wir sie auffassen, bildet einen dauernden Leitfaden der Politik großer Reiche, auf ihr beruht die Gruppirung und das Gleichgewicht der Mächte, die den Frieden der Welt verbürgt. Dagegen besteht kein Anlaß zu einer abschließenden Coalition für einen unmittelbaren Zweck. Niemand wird wohl voraussetzen, daß die Cabinete, deren oberster Zweck ist, den allgemeinen Frieden durch die Achtung der Verträge und der bestehenden Grenzen zu wahren, ehrgeizigen Plänen auf Machtvergrößerung oder Gebietserweiterung nachhängen. Agressive Zwecke gegenüber von Frankreich sind daher selbst von der Vermuthung ausgeschlossen. Aber selbst zum Behufe der Vertheidigung liegt kein Anlaß vor, über die gewöhnlichen und laufenden Bedürfnisse der Bundeseinrichtungen hinausgehende Vorsorgen zu treffen, oder Beschlüsse zu fassen. Der Frieden ist durch das in Frankreich gegründete Kaiserthum nicht bedroht, kein Staat, keine Kränkung desselben fordert dazu heraus, gegen dasselbe zu waffnen, oder auch nur eine andere als die durch die Bundesverhältnisse selbstverständliche Stellung zu nehmen. Die Reise unsers erhabenen Monarchen ist uns als ein feierliches Pfand der innern Einigkeit des deutschen Bundes allerdings ein Ereignis, wie die preußischen Blätter sagen, aber wir glauben, das öffentliche Urtheil würde irren, wollte sie ihr den Charakter einer Demonstration oder Drohung beimessen.

P **Berlin**, 22. Dec. Auch die Neue Preußische Zeitung beginnt jetzt, die bedenkliche Lage zu begreifen, in welcher sich die Kammern und namentlich die zweite Kammer befindet. Es ist von unserer Seite schon viel früher darauf hingewiesen, daß bei der normalisirten Constellation in dieser, bei dem numerischen und politischen Verhältniß der verschiedenen Fractionen zu einander die Früchte der Kammerthätigkeit keine besonders heilsamen sein werden. Dies entwickelt sich immer mehr. Die Majorität wendet sich entschieden der linken Seite des Hauses zu, und es scheint weniger zweifelhaft, daß aus der nächsten Wahlschlacht der Graf Schwerin als Präsident der Kammer hervorgeht, als daß wiederum ein Candidat der Rechten den Präsidentensitz einnimmt. — Jl. k. HH. der Prinz von Preußen und der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen haben die Reise nach dem Rhein zur Zeit noch nicht angetreten, sondern dieselbe verschoben, weil sie noch dem Diner beizuwohnen wünschten, welches der König den Abgeordneten heute im weißen Saal gegeben hat. Von v. Kleist-Pychow und Genossen ist der auf dem brandenburgischen Provinziallandtag berathene in Anregung gebrachte Antrag, die Staatsregierung anzugehen, einen Gesetzentwurf gegen die übermäßige Zerstückelung der Bauerngüter vorzulegen, aufgenommen und in die zweite Kammer eingebracht. Er hat bei allen Fractionen der rechten Seite Unterstützung gefunden.

♀ **Berlin**, 23. Dec. Der Kaiser von Oesterreich hat, wie man erfährt, persönlich sich auch über die handelspolitische Angelegenheit hier äußerlich ausgesprochen. Unter den Angelegenheiten, welche zwischen dem Kaiser und unserm König zur Sprache gekommen sind, war diese Frage von dem Kaiser indessen erst zuletzt in Anregung gebracht worden. Schon daraus möchte hervorgehen, daß es eine Angelegenheit von größerer und europäischer Bedeutung war, welche den Kaiser zu einem Besuche am hiesigen Hofe veranlaßt hat. — Herr Prokesch v. Osten hat die Rückreise nach Wien nicht mit dem Kaiser angetreten. In diesen Tagen verläßt er indessen unsere Stadt, um sich auf seinen neuen Posten nach Rom zu begeben, wo dieser Diplomat unter sehr schwierigen Verhältnissen eine Aufgabe zu lösen haben dürfte, die seine unbestrittenen Fähigkeiten aufs neue bewähren wird. Wie bereits früher angedeutet, handelt es sich für Oesterreich darum, den frühern Einfluß in Rom, dem gegenwärtigen übermächtigen französischen gegenüber, wieder zu erobern. Das ist die Sendung, die dem Herrn v. Prokesch-Osten zu Theil geworden ist.

± Aus Posen, 22. Dec., wird uns geschrieben: Die hiesige Zeitung bringt heute nicht nur von der polnischen Grenze, sondern auch direct aus Warschau die Bestätigung der Nachricht, daß bedeutende russische Truppenmassen an unserer Grenze concentrirt werden, und zwar wird von beiden Orten gemeldet, daß nicht bloß ein, sondern zwei große Armeecorps in der Richtung nach der Grenze zu auf dem Marsche seien; das Hauptquartier des einen sei Kalisch, das Hauptquartier des andern jedoch bis jetzt noch nicht bekannt. — Das polnische Blatt Czas, das in der Regel gut unterrichtet ist, bespricht in seiner neuesten Nummer das angeblich freundschaftliche Handschreiben, welches Kaiser Nicolaus an Ludwig Napoleon gerichtet habe. Der Correspondent nennt das Schreiben ernst und kurz, behauptet, daß es vom Kaiser eigenhändig geschrieben und am Tag vor der Proclamation des Kaiserreichs vom Grafen Kisseleff dem jetzigen Kaiser der Franzosen überreicht worden sei. Nach dem Czas wäre der Inhalt folgender: Kaiser Nicolaus dankt Ludwig Napoleon für die Dienste, die er durch sein energisches Auftreten am 2. December ganz Europa erwiesen hat; er belobt seine Politik und seine Regierungsweise während seiner Präsidentschaft; er nimmt das Kaiserthum an als eine Aenderung der Regierungsform, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß dadurch weder der Friede, noch die bestehenden Tractate verletzt werden. Rücksichtlich der Wahl des Kaisertitels erwartet er, daß er (Napoleon) ihn so treffen werde, daß zu Erbfolgestreitigkeiten kein Anlaß dadurch gegeben werde. Ob dieser Inhalt wirklich ächt, muß freilich dahin gestellt bleiben. Der Czas läßt sich auch aus Wien melden, daß die Anerkennung des französischen Kaisers darum noch nicht habe erfolgen können, weil auf die diesfälligen Wiener Vorschläge eine Rückantwort aus Berlin und Petersburg, mit welchen Höfen conform verfahren werden soll, noch nicht eingegangen sei. Die hastige Anerkennung durch England dürfte auch ein Grund für die drei Nordmächte sein, die Sache etwas kühler zu betreiben.

± **Darmstadt**, 24. Dec. Das vor kurzem bei Vieweg in Braunschweig in zwei starken Bänden erschienene Werk des Geh. Raths Schleiermacher dahier: Bibliographisches System der gesammten Wissenschaftskunde mit einer Anleitung zum Ordnen von Bibliotheken ꝛc., gewährt auch insofern Interesse, als es in der Vorrede einen Beitrag zur Geschichte eines wichtigen Bestandtheils des vom Großherzog Ludwig I. im Jahr 1820 gestifteten Museums (die Stiftungsurkunde, ein Ehrendenkmal für den erlauchten Stifter, wird ebenfalls mitgetheilt), zur Geschichte unserer ansehnlichen Hofbibliothek, mit welcher nach dem Ableben des greisen Fürsten auch dessen beträchtliche Privatbibliothek vereinigt wurde, liefert. Der Verfasser war viele Jahre lang der oberste Verwalter dieses Bücherschatzes. Jenes Werk würde schon im Jahr 1847 (die Vorrede ist vom 4. August 1847 datirt) erschienen sein, wenn nicht über das demselben beigefügte Register zwischen dem Verleger und dem hiesigen Drucker ein jahrelanger Rechtsstreit sich erhoben hätte, der erst vor kurzem zu Ende geführt wurde. — Durch höchste Verfügung sind Ermittelungen über die Zahl der Ein- und Auswanderungen und den Umfang des ein- und ausgeführten Vermögens angeordnet worden. Es wäre von Interesse, demnächst das Ergebniß dieser Ermittelungen zu erfahren.

Oldenburg, 20. Dec. Die Oldenb. Ztg. schreibt: Nach zuverlässiger Mittheilung aus Brake sind am 16. Nachmittags die Dampfschiffe „Großherzog von Oldenburg", „Bremen", „Lübeck", „Frankfurt" und „Hamburg" von der dortigen Rhede abgefahren. Ihnen folgte das Transportschiff „Leith-London". Die englischen Ingenieure und Maschinisten zweiter Klasse, welche bisher auf den Schiffen der deutschen Marine thätig waren, haben in derselben Eigenschaft auf obigen Schiffen Anstellung gefunden.

)(**Aus dem Großherzogthum Weimar**, 22. Dec. Auf dem nächsten Landtage, dessen Beginn wegen noch nicht vollendeter Regierungsvorlagen wahrscheinlich erst im März n. J. erfolgen wird, soll auch eine Fleischsteuer berathen werden. Bekanntlich wurde eine solche auf dem vorletzten Landtage von der Majorität abgelehnt. Jetzt ist die Zusammensetzung der Versammlung eine ganz andere, fast alle Abgeordnete sind Staatsdiener, und die Opposition wird kaum auf drei oder vier Männern beruhen. Man kann deßhalb im voraus annehmen, daß diese indirecte Steuer, aber gewiß zum Leidwesen der meisten Staatsbürger, ohne großen Widerspruch angenommen wird. — Wegen der nun glücklicherweise niedergekämpften Krankheit Sr. königl. Hoh. des Großherzogs und des Prinzen-Enkels sind II. kk. HH. der Erbgroßherzog und Frau Gemahlin aus Italien, wo sie beabsichtigten den Winter über zu bleiben, nun zurückgekehrt, und es werden die hohen Familienglieder Weihnachten gemeinsam in der Residenz feiern, während an vielen Orten im Lande durch fortgesetzte Liebesthätigkeit Ihrer königl. Hoh. der Frau Großherzogin für Hunderte von Armen Christbäume brennen werden.

h **Gotha**, 23. Dec. Durch unsere Localpresse wird mitgetheilt, daß die Allodialrentenangelegenheit wiederum bei dem nunmehr zusammentretenden Landtage zur Verhandlung kommen werde. Ich halte es deßhalb nicht für unpassend, über diese Angelegenheit einige Notizen anzuführen, welche zur Erläuterung späterer kürzerer Mittheilungen dienen werden. Bei der Vermählung des Prinzen Albert mit der Königin Victoria schloß der damals noch lebende Vater desselben mit dem zu jener Zeit regierenden Herzoge von Nassau, als dem Vormunde der beiden Prinzen unsers Hauses, über das Allodialvermögen der ausgestorbenen gotha-altenburgischen Linie (die Mutter der Prinzen, Herzogin Louise, stammte aus demselben) einen Vertrag in der Art, daß bei den Prinzen eine jährliche Allodialrente von je 25,000 fl. (also zusammen 50,000 fl.) gezahlt werden sollte. Diese Rente wurde auch bis zum Jahr 1848 entrichtet, von dieser Zeit aber vom Landtag verweigert und die Sistirung der Zahlung angeordnet. Deßhalb erhob, auf den Vertrag gestützt, der Prinz Albert einen Protest, welchen er durch Urtheilsspruch der Heidelberger Juristenfacultät gewann. Um jedoch das Beschreiten des Ordinarwegs seitens des Staates und fernere Weiterungen zu verhindern, proponirte das hiesige Staatsministerium dem bekanntlich später aufgelösten Landtage einen Vergleich, in welchem die Rentenpercipienten (Prinz Albert und der regierende Herzog) eine Kürzung der Rente um 10,000 fl. zu sagten, jedoch einen Theil des Staatsgutes, der eine Nettorevenüe von 40,000 fl. jährlich ertrüge, für sich beanspruchten. Dieser Vergleich wurde vom damaligen Landtage angenommen und der jetzige wird nunmehr über diesen beanspruchten Theil zu entscheiden haben, welcher gegenwärtig von einer Commission festgestellt wird.

Z **Hamburg**, 21. Dec. Schon vor längerer Zeit hatte ich Ihnen die mir aus bewährter Quelle gewordene Thatsache mitgetheilt, daß der dänische Gesandtschaftsposten bei den freien und Hansestädten und norddeutschen Höfen, so bald der deutsch-dänische Zwist beigelegt sein wird, eingestellt und dem Generalconsulat eine größere Ausdehnung gegeben werden würde. Bei Gelegenheit der jüngsten im Kopenhagener Reichstag stattgehabten Berathungen über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten trat nun die Intention deutlich zu Tage, die Aufhebung der kleinern diplomatischen Posten, welche als kostspielig und im Ganzen unersprießlich erachtet werden, seitens des Gouvernements zu veranlassen. Die Anwesenheit des dänischen Residenten, Baron Dircking-Holmfeldt, in Oldenburg hat dazu gedient, die zwischen dem dänischen Cabinet und der großherzoglich oldenburgischen Regierung bereits vor mehreren Monaten angeknüpften Verhandlungen, in Bezug auf die zollamtliche Behandlung der in Holstein enclavirten oldenburgischen Besitzungen, in ersprießlicher Weise zum Abschluß zu bringen. Das Ergebniß ist, wie wir vernehmen, für die interessirten Parteien befriedigend. Oldenburg hat zugesagt, daß es, falls die Zollgrenze an die Elbe verlegt werden sollte, die Aufnahme seiner in Holstein enclavirten Besitzungen in den projectirten einheitlichen dänischen Zollkörper unter gewissen ihm eingeräumten Bedingungen gutheißen und geschehen lassen wolle. Am Reichstage hat sich die eiderdänische Majorität gegen die Verlegung der Zollgrenze an die Elbe ausgesprochen; vom Standpunkte des Parteiinteresses erscheint dieses Abstimmungsresultat wohl erklärlich. Indessen beharrt das Ministerium auf seinem Antrag, und bei der Schlußberathung im Reichstag dürfte sich die Sache wohl noch anders gestalten. Was würde es verschlagen, wenn im entgegengesetzten Falle der Finanzminister, Graf Sponneck, gewisse Positionen des dänischen Tarifs auch für Holstein maßgebend machte? Es würde dies thatsächlich wenigstens der angestrebten Verlegung der Zolllinie an die Elbe gleich kommen. Und wenn wir nicht irren, hat der Finanzminister eine dahin bezügliche Andeutung bei Gelegenheit der Debatten über die Zollfrage fallen lassen, eine Andeutung, welche bisher in ihrer tiefer liegenden Bedeutung fast unbeachtet geblieben. — Auch für entferntere Kreise müßte die Notiz nicht ohne Interesse sein, daß letzthin die Gräfin v. Schimmelmann auf Ahrensburg (Holstein), geborne Freiin v. Lützerode, von der römisch-katholischen Kirche zur evangelisch-lutherischen übergetreten ist.

Hamburg, 23. Dec. Nach einer zweitägigen stürmischen Ueberfahrt ist das (sonst zwischen Kopenhagen und Wismar fahrende) Dampfboot Obotrit gestern Abend, mit etwa 300 Mormonen, von Kopenhagen in Kiel angelangt. Die Mormonen selbst sind heute Vormittag hier eingetroffen und können, da das Dampfschiff Monarch, das sie nach Hull bringen sollte, inzwischen gestern doch abgegangen, erst morgen mit dem Dampfschiff Lion ihre Weiterreise antreten.

Frankreich.

Paris, 22. Dec. Der große Ball, welcher gestern Abend im Schlosse von Compiegne stattgefunden hat, ist äußerst glänzend gewesen. Von dem Luxus der Toiletten werden die unglaublichsten Dinge erzählt, und trugen beinahe sämmtliche Damen die neue kaiserliche Frisur, das Haar mit Gold oder Silber gepudert. Diese

neue Art von Pulver ist sicher dem Jahrhundert des Fortschrittes, in dem wir leben, angemessen, und wenn es auch nicht wahr ist, was man erzählt, daß der Kaiser selbst der Erfinder sei, so haben wir doch sicher diese Erfindung dem Kaiserreiche zu verdanken. In der italienischen Oper erschienen gestern Abend ebenfalls mehrere Damen mit der neuen Frisur, und war dort namentlich eine blonde russische Gräfin mit Silberpuder im Haar das Ziel aller Lorgnetten. Auf ernstere Sachen zu kommen, erwähne ich zuvörderst eines Gerüchtes, welches seit gestern in den politischen Kreisen circulirt und auch an der Börse im Umlauf war. Danach sollen die Gesandten der drei nordischen Mächte bereits am Tage vor der Abreise des Kaisers die angekündigte Collectivnote ihrer Souveräne überreicht, der Kaiser aber die Annahme verweigert haben. Dieses Gerücht erscheint in dieser Fassung gewiß unwahrscheinlich und wird wohl daher entstanden sein, daß, wie richtig ist, die betreffenden Gesandten am Freitag eine längere Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen hatten. — Der neapolitanische Consul in Marseille hat sich in einer Note an den Minister des Auswärtigen beschwert, daß die Zahl der italienischen Flüchtlinge, welche Marseille zum Aufenthalt nehmen, sich täglich mehre, und daß dieselben dort die gefährlichsten Intriguen gegen die neapolitanische Regierung einfaden. Auch von Umtrieben im Interesse Murats spricht diese Note. Der Minister des Auswärtigen hat darauf veranlaßt, daß der Generalpolizeiinspector in Marseille zu einer genauen Untersuchung brauftragt ward. — Der Staatsminister Fould hat der Administration der Güter der Familie Orleans anzeigen lassen, daß die Regierung entschieden darauf dringen müsse, daß alle Besitzungen bis zum 22. Januar verkauft seien. Was an diesem Termin nicht verkauft ist, wird als Staatseigenthum erklärt werden. (K. Z.)

* **Paris**, 24. Dec. Erst nächsten Montag wird der Kaiser aus Compiegne hierher zurückkehren; v. Persigny und v. Maupas, die Minister des Innern und der Polizei, sind bei ihm geblieben. — Der Moniteur kündigt an, daß das Gebäude der Militärschule (an der Südseite des Marsfeldes gelegen) erweitert und in eine große Centralkaserne für die Armee von Paris verwandelt werden soll, worin ein ganzes kleines Armeecorps, bestehend aus 6000 Mann Infanterie, dem Guidenregiment, 4 Schwadronen Reitrevi und 3 Batterien Artillerie, Platz finden und der Obergeneral der Armee von Paris sein Hauptquartier aufschlagen wird. Als Zweck dieses vom Kaiser herrührenden Projects wird die größere Concentrirung der Pariser Truppen angegeben, die, nach dem Wegräumen der für sie 1848 erbauten Baracken um 13,000 Mann vermindert, in zu vielen Kasernen zerstreut liegen. Aus ähnlichen Gründen hatte der Kaiser schon die große Kaserne hinter dem Stadthause aufführen lassen, die für gewöhnlich 2100 Mann, in außerordentlichen Fällen aber noch weit mehr fassen kann. Auch wird das Marsfeld noch bedeutend erweitert werden, um für große Truppenmanöver unter den Befehlen des Obergenerals einen hinreichenden Platz darzubieten. „So wird die Militärschule", sagt der Moniteur, „eben sowohl ein Organisationsmittelpunkt für die Armee von Paris, als ein permanentes Instructionslager sein, wie es in keinem andern Lande Europa's existirt."— Die Dampffregatte Labrador ist am 21. Abends mit Abd-el-Kader, seiner Familie und seinem Gefolge an Bord (im Ganzen 50 Personen), von Marseille abgegangen. An Bord des Schiffes sind alle Einrichtungen getroffen, um ihm die Fahrt nach Kleinasien möglichst angenehm zu machen.

Dänemark.

* **Kopenhagen**, 20. Dec. Auch unser Reichstag hat sich nun bis Neujahr und zwar bis zum 5. Januar vertagt. Am 28. d. M. werden es schon zwölf Wochen, seitdem er eröffnet worden. Und noch ist nicht einmal das Commissionsgutachten über die die Veränderung der Thronfolgeordnung betreffende königliche Botschaft für den vereinigten Reichstag fertig. Ferner ist die zweite Berathung des Volksthings über das Finanzgesetz (Budget) noch nicht beendigt. Eben so ist das Zolleinheitsgesetz, das in zweiter Berathung vom Volksthing mit 51 gegen 46 Stimmen verworfen worden, noch nicht zur dritten Berathung gelangt. Endlich hat der vom Grafen Knuth und dem Abgeordneten Bregendahl in das Volksthing eingebrachte Gesetzvorschlag wegen Nichtverwendung dänischer Truppen im Dienste des deutschen Bundes noch alle Stadien der Berathung zu durchlaufen, — der übrigens noch vorliegenden, minder wichtigen Anträge und Gesetzentwürfe ganz zu geschweigen. Die Debatten versprechen demnach im Januar sehr interessant und sehr lebhaft und für die Existenz des Cabinets oder aber des Reichstags entscheidend zu werden.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 24. Dec. Se. Maj. der Kaiser ist heute von Berlin in seine Residenz zurückgekehrt.

* **Triest**, 24. Dec. Die Triester Zeitung meldet über die neuesten Vorgänge in Montenegro Folgendes: Am 12. und 13. d. M. fand bei Podgoritza ein lebhaftes Gefecht statt, in welchem die Türken anfangs mit Hilfe ihrer leichten Artillerie im Vortheile waren, bis die Montenegriner durch starke Zuzüge aus Piperi verstärkt sie in die Flucht trieben und zu einem Waffenstillstand nöthigten, der dauern soll, bis die oberste Entscheidung des Sultans über die Ansprüche der Montenegriner eingetroffen sein wird. Die Festung Zabljak wird von diesen in ihrem Vertheidigungsstand gesetzt, wohl verproviantirt und hat neuerdings eine Besatzung von 800 Mann erhalten. Fürst Danilo ist nach Montenegro zurückgekehrt, wohin ihm sein Onkel Petro bereits vorausgegangen war.

Dem Srb. Dnev. wird aus der Herzegowina Folgendes geschrieben: Die Gemeinden der zwei Districte von Boche und Dubrownik haben den Entschluß gefaßt, dem gewaltthätigen Vorhaben der Pforte ernsten Widerstand zu leisten, ja sogar hätten sich die daselbst wohnhaften Muselmänner den Christen angeschlossen und erklärt, keine Rekruten zu stellen.

* **Berlin**, 25. Dec. Herr v. Rochow ist gestern aus Petersburg hier eingetroffen.

* **Bremen**, 23. Dec. Die Bürgerschaft hat für die Senatsvorlagen wegen Revision der Verfassung eine besondere Commission eingesetzt.

* **Paris**, 25. Dec. Der Moniteur veröffentlicht heute eine lange Reihe von richterlichen Ernennungen und theilt sodann vollständig den 51 Seiten füllenden, von Troplong namens der Senatscommission abgefaßten und vorgestern erstatteten Bericht über das in Verfassung von 14. Januar d. J. modificirten Senatusconsultum mit. Die Motivirung dieses Consulted durch die Regierungscommissarien Baroche, Rouher und Delangle ist in diesem Ausschußbericht noch um vieles ausführlicher und vollständiger. Wie die genannten Commissarien, so auch der Ausschuß bezeichnet in diesem Bericht die Erweiterung und Verstärkung der Prärogative des Kaisers als ein Bedürfniß. Ohne irgendwelche Modification hat er (wie bereits mitgetheilt) die auf die Handelsverträge, Zölle und Tarife bezüglichen Artikel adoptirt, so daß selbige ohne Zuziehung des gesetzgebenden Körpers geändert werden können. Der die öffentlichen Arbeiten betreffende Artikel, dem zufolge letztere nur nach der Concession und Anordnung des Kaisers bedurften, ist dahin modificirt, daß Anlagen und Bauten, welche den Staatsschatz in Anspruch nehmen, erst nach dem Creditvotum des gesetzgebenden Körpers in Angriff genommen werden können. Das die Beziehungen Ludwig Napoleons zu den großen Staatskörperschaften regulirende Decret vom 22. März l. J. kann der Kaiser modificiren, wann und wie es ihm geeignet erscheint. Der Bericht ist über die Sitzungen des gesetzgebenden Körpers kaum in den Journalen erst erfolgen, nachdem derselbe von einer aus dem Präsidenten und den Vorsitzenden der sieben Büreaux bestehenden Commission redigirt worden ist. Für die Dauer jeder ordentlichen und außerordentlichen Session erhalten die Deputirten einen Monatsgehalt von 2500 Fr. Jeder Senator erhält lebenslänglich eine Jahresrente von 30,000 Fr. Dies die von Troplong entwickelten und vom Senat votirten Hauptbestimmungen. — Nachdem nun der Wortlaut des Senatusconsultes nach Compiegne geschickt worden ist, um dort des Kaisers Unterschrift zu erhalten, wird die Promulgation wahrscheinlich erst nach Napoleons Rückkehr in die Hauptstadt, die morgen oder übermorgen erwartet ist, erfolgen. Der Kaiser hat seinen kurzen Aufenthalt in Compiegne durch viele und große Acte der Milde und Wohlthätigkeit bei den dortigen Einwohnern unvergeßlich gemacht.

‖ **London**, 24. Dec. Erst nächsten Montag wird dem Parlament die Zusammensetzung des neuen Cabinets officiell kundgegeben werden und die Minister übernehmen sodann die Geschäftsführung. Die Blätter der Tories und der Radicalen versprechen der Whig-Peeliten-Verwaltung eine höchstens dreimonatliche Dauer; Times und Chronicle aber sind grade entgegengesetzter Meinung.

Die Wahlen in Portugal sind nach den neuesten Nachrichten von dort überwiegend ministeriell ausgefallen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 26. Dec. In heutiger Effectensocietät waren österreichische Fonds bei nicht sehr belebtem Umsatz weiter fest im Cours; 5pCt. Metall. waren 83⅛, pCt., 4½pCt. Metall. 74½, pCt., 5pCt. Lomb.-Venet. 91⅞, pCt., Wiener Bankactien 1419 fl. In spanischen Fonds war der Handel belebter. 1pCt. Neue wurden, da sich Verkäufer zeigten, von 23¼, die zu 23⅜, verhandelt, und schlossen zuletzt wieder fester, 23¹¹/₁₆, pCt. G.; 3pCt. Inländische waren 43¼, pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn gefragter, 48⅞, pCt.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2632]

Benachrichtigung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die am 11. d. M. verlooften, am 30. Juni 1853 zahlbaren 4pCt. Galizisch-Ständischen Pfandbriefe unter vorheriger Abstempelung, nach Eingang, in Auftrag löblicher Direction der Galizisch-Ständischen Credit-Anstalt in Lemberg, an unserer Kasse eingelöst werden, und daß das Verzeichniß der gezogenen Nummern bei uns einzusehen ist.

Frankfurt a. M., den 17. December 1852.

Gebrüder Bethmann.

[2133]

Taunus-Eisenbahn.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß Behufs der achten Rückzahlungsrate des von der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft unterm 30. Juni 1844 aufgenommenen 3½, pCt. Anlehens von fl. 500,000 im fl. 24 Fuße, durch vor Notar und Zeugen stattgehabter Verlosung folgende Nummern bestimmt worden sind:

Lit. A. über fl. 1000. Nr. 10. 108. 114.
" B. " " 500. " 9. 115. 216. 278.
" C. " " 250. " 29. 124. 175. 289. 299.

Die Zahlung dieser Obligationen, bei welchen die dazu gehörigen Zins-Coupons und Talons mit abgeliefert werden müssen, ist Ende December l. J. bei der Hauptkasse der Gesellschaft im Stationsgebäude zu Frankfurt a. M. in Empfang zu nehmen und werden, im Falle späterer Anmeldung, keine weiteren Zinsen darauf vergütet. Frankfurt a. M., den 16. September 1852.

Der Verwaltungsrath
der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft.

Main-Neckar-Eisenbahn.

Material-Lieferung pro 1853.

Höheren Auftrage zufolge werde für die Lieferung von nachstehenden Materialien hiermit Submission ausgeschrieben und sind die Angebote spätestens

bis zum 3. Januar 1853, Morgens 11 Uhr,

auf dieselbiger Kanzlei abzugeben, zu welcher Stunde die Eröffnung derselben in Gegenwart der sich einstellenden Soumittenten vorgenommen werden wird.

Außer diesen Materialien sind noch andere in kleineren Quantitäten zu vergeben, deren Verzeichniß sowie Lieferungsbedingungen bei den Verwaltungen Darmstadt und Frankfurt ebenfalls aufgelegt sind.

Material.	Quantum.
1) Brennholz.	
Brennholz, Forlen	63 Klafter.
Schwedenspäne	600 Centner.
Feuerschrot	2080 "
2) Metallwaaren:	
Gußstahl	100 Pfund.
Federstahl	600 "
Holzkohlenblech	1000 "
Kupferblech	150 "
Bolzenkupfer	300 "
Stoßplatten nach Modell	2000 "
Schienenlöchen, 4600 Stück =	2000 "
3) Holzwaaren:	
Eichene Plötzlinge 4" dick, 8 bis 10" breit, 12' lang	30 Stück.
Eichene Dielen, 2" dick, 10" breit, 17' lang	40 "
Tannene Bord, gemeine	100 "
" Schleifbrieten	200 "
" Plötzlinge 1½, bis 2" dick	200 "
" Latten	1000 "
Eichene Dielen 2" die 3" dick	330 "
Eichene Querschwellen, 7'5" lang, 7" breit, 5" dick	500 "
Eichene Langschwellen, 16'6" lang, 8" breit, 5" dick	500 "
4) Hetzwaaren:	
Repsöl	6600 Pfund.
Brennöl, geläutert	1200 "
Terpentinöl	600 "
Lampengas	250 "
Talgfichter	200 "
5) Sonstige Waaren:	
Hanf	100 Pfund.
Plombirdiele	6000 Stück.
Plombirschnüre	60 Pfund.
Bohrmaschinenspitze	300 Stück.
Schmirgelleinwand	500 Blatt.
Coaksförde aus Spanisch-Rohr	100 Stück.

Heidelberg, den 18. December 1852.

Die Bahnverwaltung.
von Weiler. Biedermann.

[2818]

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 23 Boulevard Montmartre, **Paris**, sowohl gestickte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militärs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen 2c. [2610]

[3880]

Todes-Anzeige.

Entfernten Verwandten und Freunden zeigen wir mit tief betrübten Herzen an, daß unser geliebter einziger Sohn und Bruder Georg Wilhelm Hermann Bäcking nach 16tägigem schwerem Krankenlager den 17. d. M. in seinem 34sten Lebensjahr dem Herrn entschlafen ist.

Marburg, am 20. December 1852.

Die Hinterbliebenen.

Main-Neckar-Eisenbahn.

Lieferung

von Betriebsmaterialien für die Main-Neckar-Bahnverwaltung Frankfurt a. M. 1853.

Die Anlieferung der nachstehend verzeichneten Materialien:

1) 6 Liter. Sachenhaly,
2) 100 Ctr. Mathiaß Schmiedegries,
3) 3200 Ctr. Ofengries,
4) 60 Ctr. Eisen in verschiedenen Dimensionen,
5) 10 Ctr. Eisenblech,
6) 25 Ctr. Federnstahl,
7) 30 Stück eichene Stoßschwellen,
8) 12 Ctr. Terpentinöl,
9) 55 " Repsöl,
10) 1 " Leinöl,
11) 10 " Brennöl,
12) 90 Baad Fischthran,
13) 1 Ctr. Hanf,
14) 10 " Werg,
15) 1½ " Mennig,
16) 500 Blatt Schmirgelleinen,

sollen, aus Auftrag der Direction, im Submissionswege vergeben werden.

Die verfiegelten Angebote mit Mustern sind längstens bis zum 4. Januar 1853, Vormittags 11 Uhr,

auf unserer Canzlei abzugeben, an welchem Termin die Eröffnung statt findet, der die Interessenten beiwohnen können. Außerdem sind noch verschiedene andere Materialien zu vergeben, worüber das Verzeichniß, so wie die Lieferungs-Bedingungen täglich bei der Materialverwaltung eingesehen werden können.

Frankfurt, den 22. Dec. 1852.

Die Bahnverwaltung.
gez. Kappel.

[2869] vdt. Stern.

[2836] Soeben ist erschienen:

Gedrängte Geschichte
der Gesellschaft Jesu.

Von einem Protestanten.
Aus dem Englischen.
Preis 6 kr.

Die außerordentliche Mission
und die
Jesuiten als Missionäre.
Ein Referat der Schlußrede des Hochw. P. Roh enthaltend.
Preis 12 kr.

Buchhandlung von C. B. Lizius,
Roßmarkt im Cafe Milani.

[2676] **Ein Original-Gemälde von Murillo, ein desgl. von Albrecht Dürer** (Hausaltar darstellend), sind von **Montag den 27. — Mittwoch 29. d. M.** und zwar von 12—3 Uhr Nachmittags **zum Verkauf ausgestellt, im**
Hôtel Drexel auf Nr. 3.

[2375] Eine vollständige Ladeneinrichtung nebst Utensilien für ein Material- und Farbwaarengeschäft steht mit und ohne Waarenvorräthe zu verkaufen. Franklirte Anfragen besorgt die Exped. d. Blattes.

[2621] **Oeffentliche Aufforderung.**

Zu Folge testamentarischer Anordnung und mit Rücksicht auf den zum Erben eingesetzten abwesenden Franz Ludwig Carrière ist leider die Verlassenschaft des am 15. Juli 1819 in Griesheim verstorbenen Pfarr-Vicar Friederich Ernst Carriere curatorisch verwaltet worden. Eben so ein Legat, das diesem Franz Ludwig Carriere aus dem Nachlaß des Ammann Liebknecht zu Bubbach, und der Ebausseeinmeßer Ludwig Witwe seiner Zeit angefallen ist. Indessen würde Franz Ludwig Carriere, geboren den 19. Juli 1782 in Braunsels, und 1802 Pfarrer in Holzheim, später in Griesheim, falls er noch lebte, seit dem 19. Juli l. J. das 70ste Lebensjahr zurückgelegt haben; auch ist während dieser ganzen Zeit, so lange die Curatel bestehe, keinerlei Nachricht von ihm eingegangen. Auf den Antrag der Erben wird daher andurch Franz Ludwig Carriere und wer sonst Ansprüche an die vorerwähnten bisher curatorisch verwalteten Massen zu haben glaubt, hierdurch aufgefordert, diese Ansprüche bei dem unterzeichneten Gericht binnen einer zerstörlichen Frist

von 60 Tagen,

vom ersten Erscheinen dieser Aufforderung an gerechnet, gelteud zu machen, oder zu erwarten, daß Franz Ludwig Carriere für verschollen erklärt und alles seither curatorisch verwaltete Vermögen den aufgetretenen Erben ohne weitere Caution überlassen wird.

Bubbach, den 15. November 1852

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Ebel.

[2674] **Edictalladung.**

Die dem Herrn Grafen Carl zu Eltz, genannt Faust von Stromberg zu Eltville, in den Gemarkungen Groß- und Kleinkarben zustehenden Grundrenten, im jährlichen Gesammtbetrage von fl. 21. 35 kr. sollen nach den gesetzlichen Bestimmungen abgelöst werden. Es werden deßhalb alle bei dieser Ablösung bekannten und unbekannten Betheiligten hiermit aufgefordert, ihre etwaigen Rechtsansprüche um so gewisser

binnen zwei Monaten

bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden, widrigenfalls die Auszahlung des Ablösungs-Kapitals an den genannten Berechtigten gestattet werden wird.

Großkarben, den 23. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Jäger.

[2780] **Edictalladung.**

Den Concurs über das Vermögen des verstorbenen Balthasar Delp aus der Kürnbach bei Lichtenberg betr.

Nachdem über das Vermögen des verstorbenen Balthasar Delp aus der Kürnbach bei Lichtenberg Concurs erkannt worden ist, werden alle Gläubiger desselben zur Anzeige und Begründung ihrer Forderungen und Vorzugsrechte auf

Mittwoch den 12. Januar 1853,
Vormittags 9 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheile des stillschweigend eintretenden Ausschlusses von der Masse vorgeladen.

Persönlich nicht erscheinende Liquidanten werden als den Beschlüssen der Mehrheit der erschienenen beitretend angesehen.

Reinheim, am 6. December 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Kleinschmidt. Reuling.

(Hiebei Beilage und Konversationsblatt.)

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Postzeitung.

Montag (Beilage zu Nr. 309.) 27. December 1852.

Deutschland.

* **Berlin**, 24. Dec. Zu dem in der Mitte Januar stattfindenden Ordensfeste sind nun die Anträge auf Ordensverleihungen bei Sr. Majestät dem Könige eingelaufen. Das Verfahren hierbei ist, wie die Leipziger Zeitung mittheilt, in diesem Jahr ein anderes gewesen, als bisher. Früher gingen die Anträge auf Ordensverleihungen von den Provinzialregierungen aus, und zwar direct an die Generalordenscommission und an Se. Majestät den König. Hierdurch ging die Einheitlichkeit der Verleihungen verloren, indem die einzelnen Provinzialregierungen ohne Kenntniß von den anderweitigen Anträgen blieben. Daraus entstand oft das Mißverhältniß, daß nach der einen Provinz unverhältnißmäßig mehr Orden kamen, als nach der andern. Auch wuchs die Zahl der Anträge und hiermit die Verleihungen zu einer solchen Höhe, daß Se. Majestät der König bestimmte, die Anträge der Provinzialregierungen sollten an die betreffenden Minister gehen, und nachdem diese eine Prüfung derselben vorgenommen hätten, sollten sie im Staatsministerium in letzter Instanz berathen werden, und darauf an Se. Majestät den König gelangen. In dieser Weise ist bei den zum nächsten Ordensfeste gestellten Anträgen auf Ordensverleihungen bereits verfahren worden. — Es ist auffallen, daß ein gestern Abend in der Neuen Preußischen Zeitung enthalten gewesener Leitartikel „Hessen-Darmstadt und der Zollverein" fast wörtlich in dem gestern früh eingetroffenen Schwäb. Merkur abgedruckt war.

† **Erfurt**, 24. Dec. Der hiesige Gemeinderath ist genöthigt gewesen, vor kurzem zu einer Neuwahl des städtischen Abgeordneten zur ersten Kammer um deswillen zu schreiten, weil der von ihm gewählte Stadtrath Frenzel noch nicht das in der Verfassung vorgesehene Alter erreicht hatte. Doch ist auch diese Neuwahl wiederum auf den Stadtrath Frenzel gefallen, da dieser inzwischen die durch die Constitution geforderte Volljährigkeit von 40 Jahren erreicht hatte.

Breslau, 22. Dec. Gegenwärtig ist, wie die N. O. Z. schreibt, hier eine Petition für Aufrechthaltung der Union in Umlauf. Sie ist hervorgerufen durch die Art der Zusammensetzung des Oberkirchenraths, durch die zu deren Erklärung erlassene Cabinetsordre vom 6. März d. J. und besonders durch die Auslegung, welche die Gegner der Union dieser Cabinetsordre widerfahren ließen. Einige evangelisch-theologische Facultäten und eine Anzahl schlesischer und pommerscher Pastoren, welche darin die Union bedroht glauben, haben sich zu obiger Petition verbunden, worin sie Anerkennung und Schutz für das Recht der Union verlangen. Sie entwickeln in einer längern Auseinandersetzung die Unterscheidungslehren der Orthodoxen und deren Consequenzen und verlangen nur das Recht, daß neben den Strenglutherischen und Reformirten die unirte Gemeinde fortbestehe, welche nur die übereinstimmenden Lehren annimmt.

* Aus **Posen**, 23. Dec., wird uns geschrieben: In der Nacht vom 16. zum 17. fand in ganz Polen die diesjährige sehr starke Recrutenaushebung statt. Dies Geschäft wird nirgend ganz anders gehandhabt als in Preußen oder sonst in Deutschland, wo bei junge Mannschaft bereitwillig unter die Fahnen eilt. Der Aushebungstermin ist in Polen ein tiefes Geheimniß, das mit großer Vorsicht zur Kenntniß der Amtsbehörden gebracht wird. In der Mitternachtsstunde beginnt das Geschäft und Morgens 6 Uhr ist es beendigt. Die vorher Designirten werden aus den Betten gerholt und sofort in die Unterinsdepots abgeführt, oft, wie sie eben sind, so daß ihnen erst ihre Garderobestücke auf die Hauptwache nachgebracht werden. Von hier aus werden sie nach den Hauptdepots transportirt, wo die Vertheilung unter die verschiedenen Truppentheile stattfindet. Da die Sache jedoch für diejenigen, die viele Rubel haben, nicht immer geheim bleibt, so sind dieselben gewöhnlich an dem Aushebungstermin nicht aufzufinden, in welchem Falle dann wohl ein anderer substituirt wird. Wer nichts hat, wird natürlich eher gefunden und entgeht dem Uebelstande, selbst nach mehrmaligen Entziehungen und vielen gebrachten Opfern, endlich dennoch nicht. Fehlt ein Jude, so muß die Gemeinde sofort einen andern für ihn stellen.

□ **Mannheim**, 26. Dec. Die Frau Großherzogin Stephanie von Baden wird den größten Theil des Winters in Düsseldorf zubringen, was hier in allen Kreisen sehr bedauert wird. Den Luxuswaarenhändlern und Gewerbsleuten entgeht in Folge dieser Abwesenheit mancher Verdienst. Die hier und da verbreitete Nachricht, daß die Frau Großherzogin sich demnächst nach Paris begeben werde, ist, wie wir aus der verlässigsten Quelle erfahren, unrichtig. — Der k. k. österreichische Consul Herr Eyssenhardt ist vor kurzem von Wien zurückgekehrt, und wird dem Vernehmen nach bald wieder dahin abgehen. Man sagt, derselbe wäre von der k. k. Regie beauftragt, jährlich mindestens 10,000 Centner pfälzer Tabak aufzukaufen, und zwar unmittelbar von den Producenten. Auch soll Herr Eyssenhardt den Auftrag erhalten, amerikanischen Tabak für die Regie zu kaufen, da ihm in Amerika sehr bedeutende Connexionen zu Gebote stehen. — Nach dem Muster der rheinischen Gesellenvereine sollen Lesesäle für Handwerksgesellen und Arbeiter hier gegründet werden. Während jene specifisch katholisch sind, wird das neue hiesige Institut einen vorzugsweise protestantischen Charakter an sich tragen. Das Unternehmen steht unter Leitung und Schutz der städtischen und Staatspolizeibehörden. — Sie werden gehört haben von dem großen Diebstahl, welcher bei den Gebrüdern Röderer am 23. d. M. verübt worden ist. Es handelt sich da um eine Summe von 6000 bis 7000 fl. Der größte Theil der Baarschaft wurde wieder aufgefunden, und zwar im hiesigen Schloßgarten, wohin gleich anfangs Spuren führten, und wo einige auffallende Zeichen zu Nachgrabungen Anlaß gaben. Der Volkswitz behauptet, man habe mehr gefunden als gestohlen worden. Es scheint überhaupt der Schloßgarten die Depositenbank der hiesigen Diebe zu sein.

§ **Aus Kurhessen**, 26. Dec. Ueber die kirchliche Einführung der Schullehrer hat unser Ministerium des Innern jüngsthin Folgendes angeordnet:

> Die geistlichen Oberbehörden haben anzuordnen, daß die früher bestandene kirchliche Institution der Schullehrer in ihr Lehramt (sogenannte Introvaturion der Lehrer durch den betreffenden Pfarrer bei ihrem Amtsantritt in feierlicher kirchlicher Versammlung) überall, hinfichtlich der Schullehrer in den Städten sowohl wie auf dem Lande, auch der neuangestellten Lehrer in gleicher Weise wie der versetzten, wieder hergestellt werde, und zu dem Ende die weitern Verfügungen zu treffen, insbesondere aber dahin zu sehen, daß den Gemeinden wie den Lehrern das Amt der letztern als ein eigenes öffentliches Amt bei dieser Gelegenheit ernstlich vor die Augen gestellt, auch, daß die kirchliche Einführung der Lehrer vor dem Antritt des Lehramts vollzogen werd.

± **Darmstadt**, 25. Dec. Das mit den Ständen verabschiedete Gesetz, die Nachbildung des Papiergelds betreffend, wird nächster Tage publicirt werden. Ich habe schon mit einigen Worten des von dem Vicepräsidenten Hesse erstatteten Berichts des Ausschusses der ersten Kammer über den eingebrachten Gesetzentwurf berührt und komme auf eine Stelle desselben zurück, weil sie allgemeine Beachtung in Anspruch nimmt und zeigt, daß der Industrie nichts entgeht, auf folgende Stelle nämlich: „Es liegt uns ein Schein vor, welcher offenbar als großherzoglich hessischer Cin Gulden-Cassenanweisenschein bezeichnet werden sollte, der aber folgende besondere Kennzeichen und Merkmale hat: Derselbe ist den echten Scheinen im Formate vollkommen gleich und alle Ziffern, sowie alle Buchstaben, wodurch für den täglichen Verkehr der Gulden in das Auge fallen soll, stimmen mit denjenigen des echten Papiergelds überein. Auch die Arabesken und Figuren sind denen auf unsern Scheinen ziemlich ähnlich; dagegen liest man auf der Vorderseite statt „„Grundrentenschein"" die Worte: „„Für Erwachsene per Tag"" und statt des Eintrags: „„Im Vereinsmünzfuß vom 25. August 1837, garantirt durch die Stände des Großherzogthums und hypothekarisch versichert durch Tilgungsrentenobligationen auf Grund des Gesetzes vom 30. Juli 1848. Gültig bei allen Zahlungen für voll. Darmstadt, den 1. Sept. 1848. Großh. Hess. Staatsschulden-Tilgungskasse-Direction. Fr. Schenck. v. Hombergk.""" folgende, dem Sinn nach unverständliche Inschriften: „„Alle Scheidemünzen werden für den vollen Werth in Zahlung angenommen. Kinder zahlen die Hälfte, Säuglinge sind frei. Durchs Fenster kann man aus Dampfschiff und

den Weg nach See sehen. Gegründete Klagen ersucht man dem Herrn Conducteur anzuzeigen. A. Klein. Rotterdam.“ Auf beiden Seiten steht neben: „1 Gulden“ und unten Draaisteeg—Wyk I. N. 87“, welche sich jedoch auf den ersten Anblick und ohne daß man sie liest, grade so wie der Eintrag in den ächten Guldenscheinen auswehmen. Auf der Rückseite steht: „Rotterdam A. Klein. Ein Gulden im Bairischen Hof.“ „Aus dem Angeführten,“ heißt es im Bericht weiter, „insbesondere aber aus der Anschauung des gefertigten Scheines ergibt sich zur Genüge, daß der Verfertiger, um im Fall der Entdeckung der Anklage, falsches Papiergeld gemacht zu haben, zu entgehen, ein Fabrikat geliefert hat, welches, obwohl es nicht nachgemachtes Papiergeld ist, doch als solches benutzt werden kann, so daß sich die Verfertigung Ausgabe u. s. w. dieser Scheine nicht als Fälschung ꝛc., sondern als eine Art des Betrugs darstellt, für welche die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs beßhalb nicht ausreichen, weil nach Art. 391 des Strafgesetzbuchs zum Begriffe des Betrugs ein verübter Schaden erfordert wird.“ — Als Beweis, daß Aberglaube in den unteren Schichten der Bevölkerung noch immer feste Wurzeln hat, dient ein vor kurzem von großherzoglichem Hofgericht dahier abgeurtheilter Strafrechtsfall, betreffend Betrug durch Geisterbeschwörung, Schatzgräberei, Kartenschlagen ꝛc. Mehrere Einwohner von Heppenheim an der Bergstraße hatten sich zu einer Genossenschaft verbunden, um durch Vorspiegelung vergrabener Schätze leichtgläubige Leute um kleinere oder größere Geldbeträge zu bringen. In neuester Zeit werden, was denkwürdig ist, solche Erscheinungen wieder häufiger. Man erinnert sich des Jacob Ritterer und Genossen, von Mühringen in Württemberg, die im Jahr 1850 wegen Geisterbeschwörung vor den Assisen standen; des Frasch von Hösningen in Württemberg, der im Jahr 1848 als Geisterbanner, Seelenerlöser u. s. w. den Gesetz verfiel.

± **Darmstadt**, 26. Dec. Die schon geraume Zeit bestehende Knabenarbeitsanstalt, das Werk menschenfreundlicher Männer, gehört zu unsern gemeinnützigsten Instituten; sie hat schon tiefe Wurzeln geschlagen und reiche Früchte getragen. Heute ward in den Räumen der Anstalt, die seit kurzem ein Gemach hat, welches zum Arbeitssaal dient, das Christfest gefeiert. Mitten in dem Saal leuchtete ein gewaltiger Christbaum. Jeder Knabe empfing eine Gabe, und zwar aus den freigebigen Händen der Prinzen Ludwig und Heinrich, der Neffen des Großherzogs. Einer der Vorsteher der Anstalt, Herr v. Wedekind, hielt eine entsprechende Einleitungsrede und erinnerte an das: Bete und Arbeite!

)*(**Gera**, 25. Dec. Die neuangelegte Gasbeleuchtung verbreitete gestern Abend zum erstenmal ihren hellen Glanz in den breiten Straßen und auf den geräumigen Plätzen unserer wunderbar belebten und von Menschen durchwogten Stadt. Den schönsten Effect machte der sogenannte Kirchhof vor dem Regierungs- und Gymnasialgebäude, auf dessen Mitte ein Kandelaber herrlich prahlte. Unser regierender Fürst Heinrich LXII. weiß noch hier auf dem Osterstein. Als die nächste Stadt, welche unserm Beispiel in der Gasbeleuchtung folgen wird, nennt man Gotha.

Schweiz.

Z **Basel**, 25. Dec. Die früher mehrmals besprochene Spaltung unter den neuenburger Royalisten ist in der Eisenbahnfrage wieder zu Tage getreten. Die Führer der Gemäßigten, du Pasquier, de Perrot, de Pury und Sandoz-Morel haben mit vier Republikanern ein gemischtes Comite gebildet, während die absolute Fraction dem Unternehmen, welches Neuenburg mit der Schweiz und mit Frankreich in nähere Berührung bringt, principiell widerstrebt. Das Comite hat einen Aufruf an den Patriotismus der Neuenburger gerichtet, und die Verviertelshäu hält man im Publikum schon darum für gesichert, weil man den acht Comitemitgliedern das dazu erforderliche Vermögen zutraut. Der Betrag einer Actie ist 500 Fr. Der Municipalrath von Pontarlier und viele französische Grundbesitzer sollen ihre Betheiligung zugesagt haben. — Alsstaatsrath Bordier in Genf überschüttet Herrn J. Fazy im Blatt Democratie genevoise mit groben Schimpfwörtern, weil Letzterer behauptet, Ersterer habe zur Verhütung der Festungsdemolition die eidgenössische Intervention nachgesucht. — Bei der bernerischen Schulfreisynode am 19. d. M. wurden vier radicale Mitglieder, unter denen sich Professor Denne befand, durch conservative ersetzt.

Aus der Nähe und der Ferne. 24. Dec. Das Falschmünzerprojekt der deutschen Flüchtlinge in England und Amerika ist von Letzterem Datum, und scheint nur eine Erneuerung vielleicht von Seite der Partei selbst zu sein, entweder um von sich reden zu machen, oder sonst irgend ein Vorhaben auszuführen. Schon im Juni 1851 ließ sich die Neuyorker Schnellpost aus Washington schreiben: „Das preußische Ministerium hat an seine diplomatischen Agenten ein Circular folgenden Inhalts erlassen: Es ist zu seiner Kenntniß gekommen, daß die europäische Umsturzpartei in den Vereinigten Staaten eine Papiermühle [illegible] suche, um auf derselben das zum preußischen Papiergeld gebrauchte Papier nachzumachen, und dann in einem fremden Staate den Druck zu besorgen. Mit diesem neuen Papiergeld soll Deutschland überschwemmt werden, um die Besitzenden in Schrecken zu jagen und den Credit der deutschen Regierungen zu untergraben. Ein bedeutendes Capital soll für dieses Unternehmen bereit sein. Man sucht die Polizei der Vereinigten Staaten aufzubieten, um die Sache zu hintertreiben.“ Nun hat sich wohl seit anderthalb Jahren das „bedeutende Capital“ nicht vermehrt, ja ein neueres Schreiben Kinkels an eine schweizerische Zeitung läßt durchblicken, daß das „klugende Resultat einer sogenannten deutschen Nationalanleihe“ in die Hände einer kleinen Fraction (Oskar Reichenbach, Schimmelpfennig ꝛc.) gerathen, und zu einer „persönlichen Subvention“ geworden sei, was begreiflich nicht im Sinn der zeichnenden Amerikaner gelegen habe. Leicht möglich, daß obiges Gerücht nur die Absicht enthält, diese persönliche Verwendung durch eine verheißene zukünftige sachliche den Reclamationen der Mandatare zu entziehen.

☰ **Aus der Schweiz**, 23. Dec. Am 21. d. M. haben die ehrwürdigen Patres Ulrich, aus Unterwalden, und Beda, aus England gebürtig, beide Conventualen der Benedictinerabtei Einsiedeln, dieselbe verlassen, um sich nach den Vereinigten Staaten zu begeben und dort ein Haus ihres Ordens zu errichten. — Die gemeinnützige Gesellschaft von Bern hat folgende Preisfrage ausgeschrieben: Welche Vorkehrungen können von Seite der Gemeinden ꝛc. getroffen werden, um den im Eisenbahnbau verwendeten Arbeitern 1) möglichst wohlfeile und gesunde Nahrung zu verschaffen, 2) dem verderblichen Branntweintrinken und sonstigem Vergeuden des Lohnes zu steuern, und 3) zur Verbesserung ihrer ökonomischen Lage ihnen den Zutritt zu den Sparkassen und die Benutzung derselben zu erleichtern. — Dem großen Rath von Zürich wird von der Rechnungsprüfungscommission der Antrag vorgelegt, ein alle Theile des Staatsvermögens betreffendes Inventar zu beschließen. Das unmittelbare Staatsgut des Kantons beläuft sich auf 14½ Millionen Fr. — In Sachen des Landesverrathsprocesses hat das Obergericht zu Luzern dem Vierstaatsanwalt eine Frist von sechs Wochen zur Antragstellung eingeräumt. — Der große Rath von Wallis hat die Geistlichen für stimmberechtigt, aber für nicht wahlfähig zu bürgerlichen Aemtern erklärt. Die Beziehungen des Staats zur Kirche sollen durch ein Concordat mit dem heiligen Stuhl geregelt werden. — Die Nachricht, daß Herr Achilles Bischoff in Basel von einem Nervenschlag betroffen worden sei, wird leider bestätigt. Nach neuesten directen Berichten ist jedoch der Zustand dieses verdienstvollen Staatsmannes nicht so bedenklich, wie er anfangs dargestellt wurde, jedenfalls aber wird seine Thätigkeit in öffentlichen Angelegenheiten wohl auf längere Zeit vermißt werden müssen. — Wegen des Kor-Hendersonschen Concessionsgesuches um Entsumpfung des Seelandes soll während der Versammlung der eidgenössischen Räthe im Januar eine Conferenz von Abgeordneten von Bern, Freiburg, Solothurn, Waadt und Neuenburg stattfinden. — Die Zahl der Wintergäste zu Montreux, Clarens, Veytaux ꝛc. am Genfersee vermehrt sich fortdauernd. — Am savoyischen Ufer, zu Evian, wird immer noch und mit Erfolg für Room rekrutirt. Der Angeworbene erhält 150 Fr. Handgeld.

Italien.

† **Turin**, 20. Dec. Die Finanzdebatte hat in der Abgeordnetenkammer begonnen. Der Ministerpräsident und Finanzminister begründete in langer Rede die Nothwendigkeit einer Emission von Staatsschatzscheinen. Der Abg. Derpin sprach sich entschieden gegen dieses Project aus. Im Senat haben die Debatten über das Ehegesetz im Allgemeinen ihr Ende genommen, und nunmehr wird zur Discussion des einzelnen Artikel geschritten. Senator Casalabanca, Bischof v. Casale, sprach sich in einem ausführlichen und motivirten Vortrag gegen das Gesetz aus. — Cavours finanzielle Vorlagen sollen in der Budgetcommission keinen solchen Anklang finden, wie der Ministerpräsident und Finanzminister erwartet. Außerdem herrscht gegenwärtig sehr großer allgemeiner Geldmangel, dessen Ursachen man sich leicht erklären kann. Die Pariser Börsenspiele wirkten auch auf Piemont nachtheilig herüber. Cavour greift unter diesen Umständen bereits wieder zu seinem bekannten Schreck- und Hilfsmittel: er droht mit seinem Austritt und läßt im Hintergrunde die Drafen Balbo und Revel als Gespenster auftreten. Der intimster und thätigste Eifer, den die Geistlichkeit bei manchen ziemlich unschuldigen Dingen entwickelt, entfremdet dem Klerus viele Gemüther; zu diesen blinden Eifer gehören besonders die Verfolgungen derjenigen Klerikaler, welche an Gioberti's Leichenbegängniß theilnahmen. Der diesefhalb a divinis suspendirte Barieco (Vicesyndicus von Turin) soll vom König das Mauritiuskreuz zugeschickt erhalten haben. — Die Opernsaison des Carnevals verspricht eine ziemlich glänzende zu werden. — Die Kirche von Lessolo in der Diöcese von Ivrea ward mit

dem Interdict belegt, weil man in ihren heiligen Hallen die sehr unheilige Gazetta del Popolo verkaufte. — Der Professor Paravia eröffnete seine Vorlesungen über Eloquenz mit einer kräftigen Rede gegen das Halbwissen, die oberflächlichen Lehrmethoden, die sich vielfältig einschlichen, und die Zersplitterung der Lehrgegenstände. Die gerügten Mängel resultiren hauptsächlich aus dem häufigen Wechsel der Unterrichtsminister — irre ich nicht, so hatte Piemont binnen 5 Jahren deren 7 oder 8 —, von denen jeder seine Systeme, Anhänger und Clienten einführte. — Ueber unsern Beziehungen zu den Nachbarländern ruht tiefes Geheimniß. — Die Hinrichtungen zu Mantua geben hier zu Sonetten und Declamationen aller Art Veranlassung. Was jenseits des Tessin schuldige Hochverräther sind, das sind in Piemont, so wie nun einmal leider die Sachen stehen, Helden und Märtyrer.

Frankreich.

‡ **Paris**, 25. Dec. Vor einigen Tagen ist Hauptmann Renson, Adjutant des General Pelissier, hier angekommen, um die bei der Erstürmung von Laghouate den Arabern abgenommenen Fahnen dem Kaiser zu überreichen. Gestern wurde er von Napoleon in Compiegne empfangen, wegen seiner in Algerien bewiesenen Tapferkeit becomplimentirt und zum Escadronschef befördert. Zwei den Hauptmann Renson begleitende Spahis, deren in den Depeschen auszeichnende Erwähnung geschah, erhielten die Militärmedaille. — Mitte nächster Woche wird der Senat im Palast Luxemburg dem Kaiser zu Ehren einen großen Ball geben. — Neue Verwickelungen mit Marocco scheinen zu einem vollständigen Bruch führen zu sollen. Der französische Consul hat sich gezwungen gesehen, seinen Posten zu verlassen, weil sein Leben in Gefahr schwebte. Die fanatische Bevölkerung hatte ein Complott geschmiedet, das Haus des Consulats sollte angegriffen werden. Da erschien zum guten Glück ein französisches Kriegsschiff in den dortigen Gewässern. Der Commandant desselben wurde von der Lage des Consuls instruirt, stieg sofort ans Land und ließ das Consulatsgebäude von einer Schutzwache besetzen, die er selbst befehligte. In der Nacht erhob sich ein Orkan und der zweite Commandant des Kriegsschiffes mußte deßhalb wieder in die hohe See gehen. Als den Marocconern das Fahrzeug aus den Augen war, wurden sie noch herausfordernder und nicht nur der Consul, sondern auch der Commandant und seine kleine Mannschaft geriethen in ernste Gefahr. Die peinliche Lage dauerte acht Tage, weil der so lange unbeständige Sturm das Kriegsschiff verhinderte, sich der Küste zu nähern. Als letzteres endlich zurückgekehrt war, ließ der Commandant die Consulatsflagge einziehen, den Consul, sein Gefolge und sein Archiv einschiffen und segelte in den ersten Tagen dieses Monats nach Cadix ab. Von dort aus hat er einen ausführlichen Bericht hierher eingesandt. Die Regierung, heißt es, rüstet eine Escadre aus, um in Marocco Genugthuung einzuholen, und wird um so strenger verfahren, als man weiß, daß der Kaiser auf diesen unruhigen Theil Afrika's nichts weniger als gut zu sprechen ist.

Großbritannien.

‖ **London**, 24. Dec. Die Zusammensetzung des neuen Cabinets ist zwar noch nicht officiell bekannt; folgende Liste aber macht Anspruch darauf, genau zu sein: Premier: Lord Aberdeen; Auswärtiges: Lord John Russell; Inneres: Lord Palmerston; Colonien: Herzog v. Newcastle; Schatzkanzler: W. E. Gladstone; Admiralität: Sir James Graham; Krieg: Sydney Herbert; Oberste Angelegenheiten: Sir C. Wood; Geheimes Siegel: Herzog v. Argyll; Präsident des Geheimen Rathes: Lord Clarendon; Post: Lord Canning; erster Commissär der Forsten und Domäneneinkünfte: Sir W. Molesworth; Lancasteramt: Lord Granville; Handel: W. Cardwell; Generalanwalt: Sir A. Cockburne; Generalfiscal: Mr. Page Wood; Lordstatthalter von Irland: Lord St. German. Diese Liste mit ihren einflußreichen Namen ist in den Kreisen der City mit großer Befriedigung aufgenommen worden, ganz besonders aber Lord Palmerstons Theilnahme an der neuen Verwaltung. Es ließ sich dies sofort an der Festigkeit und der besseren Tendenz der heutigen Börse verspüren. Wahrscheinlich wird nun das Parlament auf sechs Wochen vertagt, um der Coalition Zeit zu geben, ihre Maßnahmen reif werden zu lassen. Mittlerweile werden viele Mitglieder des neuen Cabinets vor ihren Wählern erscheinen, und dort über sich und ihre Amtsgenossen sich aussprechen müssen. Herald will bereits dem Mr. Gladstone weissagen, weil er gegen Lord Derby's Verwaltung Partei ergriffen, würden sich seine Wähler von ihm abwenden und an seiner Statt einen Andern als ihren Vertreter ins Haus der Gemeinen schicken.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

§ **Wetzlar**, 23. Dec. Daß die königl. preußische Staatsregierung dem belgischen General Niellon die Genehmigung zur Fortführung des herzoglich nassauischerseits für das Herzogthum bewilligten Eisenbahnbaues bis Deutz versagen würde, war vorauszusehen, und ist schon vor einem Jahre in diesen Blättern darauf hingewiesen worden, daß die militärisch-politischen Interessen, auf die man auch damals fast fußte, von solcher Wichtigkeit nicht seien, um eine productenreiche und industriele Gegend, welche zugleich die Natur zu einem Schienennetz geschaffen habe, nämlich das Lahnthal, in den Hintergrund treten zu lassen. Wenn nun auch fürs erste eine Lahneisenbahn wenig Aussicht zu haben scheint, so wird doch später eine solche zu Stande kommen, die aber in dem Falle ihre Beschleunigung haben dürfte, wenn, wie zu hoffen ist, die Verbindung von Wiesbaden nach Koblenz nicht durch das Rheingau unmittelbar am rechten Rheinufer entlang, sondern, im wohlverstandenen Interesse des Landes, über Limburg dahin geführt wird. Gegenwärtig steht aber das Project einer Sieg-Heller-Dill-Eisenbahn, welche Köln mit der Main-Weserbahn verbinden soll, oben an. Für diese zeigt sich in der That eine außerordentlich lebhafte Theilnahme, denn sie würde eine Gegend aufschließen, die einen bedeutenden Reichthum vorzüglicher Producte in ihren Bergen aufzuweisen hat, abgelegen davon, daß diese Bahn der beträchtlichen Eisenindustrie daselbst zu einer Lebensfrage geworden ist, und schon deßhalb nicht gut umgangen werden kann. Mit derselben dürften wohl auch die so sehr wichtigen militärisch-politischen Interessen in Einklang zu setzen sein. Man schmeichelt sich dabei mit der Hoffnung, daß die fragliche Bahn von sämmtlichen dabei betheiligten Regierungen genehmigt werde. Was das Terrain betrifft, so findet man wohl selten so günstige Uebergänge über eine Wasserscheide, wie hier, und sind die vortheilhaften Steigungen der Main-Weserbahn ein Grund für die Sieg-Heller-Dillbahn. Auch der am meisten beanstandete Uebergang nach Burbach hat sich nach den neuesten Untersuchungen recht günstig herausgestellt.

h **Gotha**, 24. Dec. Nach dem gestern veröffentlichten monatlichen Rechenschaftsberichte der Direction der thüringlichen Eisenbahn betrug die Gesammteinnahme der letztern im Monat November d. J. 67,000 Thlr., und zwar 22,800 Thlr. im Personenverkehr und 44,200 Thlr. im Güter- und Gepäckverkehr. Die Jahreseinnahme bis zum letzten November belief sich für Personenbeförderung auf 424,700 Thlr., für Güter- ꝛc. Beförderung auf 478,800 Thlr., also zusammen auf 903,500 Thlr., welche Summe gegen die vorjährige, bis letzten November nur 749,770 Thlr. ergebende, Totaleinnahme ein Mehr von 153,730 Thlr. nachweist.

Handel und Industrie.

)(**Eisenach**, 22. Dec. Der Steinkohlenactienverein, welcher für die Eisenbahn eine bedeutende Ausbeute an Steinkohlen aus unserer Gebirgsgegend zu ziehen gedachte, hat nun bereits seit dem Mai 1850 ununterbrochen bohren lassen. Die Kosten dafür belaufen sich schon auf fast 8000 Thaler, und noch immer arbeitet der Bohrer bei einer Tiefe von 1300 Fuß im Rothliegenden. Also auch in dem glücklichen Falle, daß man bald Steinkohlen gefunden würden, möchten die bergmännischen Anstalten einen zu bedeutenden Aufwand fordern, als daß ein Gewinn erzielt werden könnte. Ueberhaupt hat der Bergbau im Großherzogthum nicht viel zu bedeuten. Das Steinkohlenlammer zu Kammerberg bei Zimmern ist unbedeutend. Zudem Braunkohlenlager bei Kaltennordheim mußte jedes Jahr bisher noch ein Zuschuß gemacht werden. Vielleicht, daß bei einer Erhöhung der Holzpreise die Holzungsapparate im armen Oberlande des eisenacher Bezirks für Braunkohlen eingerichtet werden.

h **Gotha**, 24. Dec. Wie wir vernehmen wird die im künftigen Jahre hier stattfindende allgemeine thüringliche Gewerbeausstellung zu Anfang des Monats September beginnen. Als Local für dieselbe werden die Orangeriehäuser eingeräumt werden. Goldene und silberne Medaillen — die ersteren von 25 bis 5 Thlr. an Werth — sollen als Preise für die durch die Jury als preiswürdig erkannten Gegenstände und Erfindungen vertheilt werden.

Börsenberichte.

Amsterdam, 24. Dec. 2½pCt. Integr. $66^1/_{16}$ $^1/_{16}$ $^1/_{16}$. — 3pCt. Schuld $79^1/_4$ $^1/_{16}$. — 4pCt. Certifik. $97^1/_2$ $^1/_{16}$. — $3^1/_2$pCt. Spod. —. — Handelsmaatschappij $119^3/_4$. — 4pCt. Russ. bei Hope $93^1/_4$. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz $92^1/_8$ $^3/_4$. — alte Russ. $109^1/_4$. — 3pCt. Spanische intl. $43^{11}/_{16}$. — 1pCt. do. Neue $23^{11}/_{16}$ $^{10}/_{16}$. — 4pCt. Portug. $38^{11}/_{16}$. — 5pCt. Silber-Metall. $93^1/_8$ $^3/_{16}$. — 5pCt. Metall. $80^7/_{16}$ $^1/_{16}$. $2^1/_2$pCt. do. —.

Bei sehr lebendigem Geschäft in Integralen und 4pCt. waren heute holländische Fonds gut preishaltend. In spanischen war zu verbesserten Preisen der Umsatz sehr animirt. Uebrigens lieferte der Markt in fremden Effecten nichts Belangreiches ab.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. V. Kutschelt.

[2860] Ländungsanzeige.

Am 26 August d. J. wurde auf dem linken Mainufer, Schwanheimer Gemarkung, die Leiche eines schon bejahrten Mannes geländet, der dahier unbekannt war.

Die Leiche, an welcher Spuren einer gewaltsamen Todesart nicht vorfindlich waren, wurde auf dem Kirchhof zu Schwanheim beerdigt und dessen Kleidungsstücke werden zu etwaiger Anerkennung dahier aufbewahrt.

Da die Person des Verlebten bisher noch nicht ausgemittelt werden konnte, so werden alle Behörden hiermit nochmals ersucht, nach derselben geeignete Nachforschungen anzustellen und etwaige Auskunft anher mitzutheilen.

Höchst, den 18. December 1852.

Herzoglich Nassauisches Kreisamt.
Wintzingerode.

Beschreibung der Leiche:

Alter: 50—60 Jahre; Größe: 5' 5'' rheinisch; Statur: Rumpf kräftig, Gliedmaßen mager; Haare: grau, auf dem Scheitel eine große Glatze; Augen: grau; Bart: graubräunlich, bis in die Mitte der Wangen verlaufend.

Kleidung: blauer Kittel mit silberner Krappe und Schlinke; Wamms von chocoladfarbigem Tuch mit gepreßten schwarzbeinernen Knöpfen; wollene Weste von blauem Grund mit roth und grün carirten Streifen; Hosen von grauem Bukskin mit blauen Streifen; Unterwamms von Flanell, ziemlich alt; leinenes Hemd C.P. gezeichnet; baumwollenes Sommerhalstuch, weiß mit orangegelben Tupfen; baumwollenes roth und weiß carirtes Taschentuch; Gummihosenträger, der eine mit rothen Sternchen, der andere braun gestreift; rindslederne Stiefel. In den Taschen fanden sich 4 Kreuzer, ein Schlüsselchen und ein Rest von Kautabak.

[2859] Ausschreiben.

Gegen Ende des vorigen oder Anfang dieses Monats sollen zu Biebrich zwei au porteur ausgestellte Partialobligationen der Königlich Bairischen Staatsschuldentilgungsspecialkasse zu Augsburg de dato 1. August 1850 von je 500 fl, Nr. 3931 und 3933 des Kassenkatasters, entwendet worden sein.

Die betreffenden Behörden werden hiervon mit dem Ersuchen benachrichtigt, zur Ermittelung dieser Staatspapiere und deren vorläufiger Beschlagnahme hülfreiche Hand zu leisten und in dem Falle dieselbe bewirkt werden kann, gefällige Nachricht hieher gelangen zu lassen.

Wiesbaden, den 21. December 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Winter.

[2636] Decret.

Nachdem das unterzeichnete Gericht zufolge Decrets des Herzoglichen Hof- und Appellationsgerichts zu Dillenburg vom 12. November l. J., ad Nr. 11,435, ermächtigt worden ist, gegen die abwesende Katharine Weber von Ballersbach nach dem Gesetze vom 21. Mai 1781 das Abwesenheitsverfahren einzuleiten, so wird diese oder deren Intestat- oder Testamentserben hiermit aufgefordert,

binnen drei Monaten,

von dem ersten Erscheinen dieses Decrets in den öffentlichen Blättern angerechnet, sich dahier zur Empfangnahme ihres bisher durch einen Curator verwalteten Vermögens zu melden, widrigenfalls dasselbe, um dessen Auslieferung die bekannten Intestaterben dahier nachgesucht haben, vorerst gegen Caution und nach Ablauf von 15 Jahren oder auch noch früher, wenn das 70ste Lebensjahr der Abwesenden noch vor Ablauf dieser 15 Jahre eintritt, diesen als freies Eigenthum überlassen werden soll.

Herborn, den 18. November 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Rullmann.

[2773] Vorladung.

Nachdem der Gastwirth Friedrich Ludwig Ney dahier angezeigt hat, daß er zur vollständigen Befriedigung seiner Gläubiger nicht im Stande sei, wird zur Anmeldung der Forderungen, zum Versuche einer gütlichen Uebereinkunft und zur Wahl eines Curators der Masse Termin auf

den 10. Januar 1853, Vormittags,

vor das unterzeichnete Gericht bestimmt. Die im Termin nicht erscheinenden unbekannten chirographarischen Gläubiger werden von diesem Verfahren ausgeschlossen, die bekannten im Termine nicht anwesenden aber als dem Beschlusse der Mehrheit der erscheinenden Gläubiger beitretend angenommen, und wird zugleich der gerichtsseitig bestellte Curator als solcher definitiv beibehalten werden, wenn die Gläubiger einen andern nicht wählen.

Hanau, 27. November 1852.

Kurfürstlich Hessisches Justizamt I.
Krausbaar.
vdt. Lieberknecht.

[2562] Oeffentliche Aufforderung.

Nachdem die Peter Weber's Wittwe von Oberkainsbach gegen Georg Daum daselbst Klage nachstehenden Inhalts erhoben hat:

Laut gerichtlicher Schuld- und Pfandverschreibung vom 7. März 1845 lieh die Klägerin dem Beklagten Dreihundert Gulden unter dem Versprechen der Verzinsung mit fünf Procent und Rückzahlung nach vierteljähriger Aufkündigung.

Der Beklagte schuldet noch von den Zinsen aus der Zeit vom 7. März 1847 bis 1848 sieben Gulden, und von da an solche überhaupt.

Schon im Jahre 1848 wurde ihm das Capital gekündigt, er hat aber nicht gezahlt und ist inmittelst nach Amerika entwichen.

Ich bitte:

den Beklagten unter dessen Verurtheilung in die Kosten und Gänge zur Zahlung von dreihundert Gulden nebst Zinsen vom 7. März 1848 und einem Rest früherer Zinsen mit sieben Gulden schuldig zu erkennen;

so wird der unbekannt wo? abwesende Beklagte hierdurch öffentlich aufgefordert, sich

innerhalb drei Monaten

auf diese Klage zu erklären, als er sonst des Inhalts derselben für geständig erachtet und mit Einreden ausgeschlossen werden wird.

Alle weitere in dieser Proceßsache ergehenden Verfügungen werden nur in dem Gerichtslocal angeschlagen werden.

Michelstadt, den 29. October 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
In Erledigung der Landrichterstelle.
Doerr.

[2731] Edictalladung.

Johannes Zwick's Wittwe von hier und mehrere Gläubiger deren Ehemannes haben zur Abwendung eines Concurses über des Letzteren Nachlaß einen Vergleich mit einander abgeschlossen, und werden daher alle sich bis jetzt noch nicht gemeldet habenden Gläubiger deshalb hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche an denselben so gewiß

binnen sechs Wochen

dahier anzuzeigen und entweder diesem Vergleiche beizutreten oder etwaige Einwendungen gegen denselben vorzubringen, als sie ansonst damit ausgeschlossen und bei Vertheilung des bedeutend überschuldeten Nachlasses des Johannes Zwick nicht weiter berücksichtigt werden.

Grünberg, den 27. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Weider. Dr. Driwein.

[2877] Edictalladung.

Die bekannten Gläubiger des Heinrich Meckel in Dirlammen haben zur Abwendung des förmlichen Concursverfahrens einen Vergleich mit diesem abgeschlossen; etwa unbekannte Gläubiger desselben werden daher aufgefordert, Ansprüche jeder Art an dessen Vermögen so gewiß

binnen sechs Wochen

dahier anzumelden, als sonst diese nicht weiter beachtet werden und der abgeschlossene Vergleich gerichtlich bestätigt wird.

Lauterbach, den 17. December 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das.
Mylius. Bindewald.

Cours der Staats-Papiere. 27. December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per comptant.				Per comptant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.b.Roths)	96	G.	Baden	fl. 35 Loose v. 1845	38½ bez. ⅜	G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	96	G.	Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34 P. 33⅞ bez. ¾	G.
»	5% do.v.J.1852 L..à121	95½	bez. u. G.	»	Frdr.-Wilhs-Nordb.	49⅛, ¼ bez. ⅛	G.
»	5% L. V. (C.b.Roths)	92 P. 91⅞	G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	101¾	G.
»	5% do.Monte C.i.S.L.M	88½ P. 88	G	»	4% ditto b.Rothsch.	98¾	G.
»	Bank-Actien	1427 P. 1423	G.	»	3½% ditto b.Rothsch.	92⅛	G.
»	5% Metalliq. Oblig.	83⅞	bez. u. G.	»	fl. 50 Loose	92¾	G.
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	83¼	G.	»	fl. 25 Loose	32	G.
»	5% ditto 1852	83¾, ⅝	bez u. G.	Nassau	5% Oblig. b. Rothsch.	103⅛	P.
»	4½% ditto	74⅝, ¾	bez. u. G.	»	4% ditto	99⅝	G.
»	4% ditto	65½	G.	»	3½% ditto	91¾ P. ½	G.
»	3% ditto	49½	G.	»	fl. 25 Loose	29⅞ P. ⅝	G.
»	2½% ditto	43	G.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95½ P. ¼	G.
»	1% ditto	16⅜	G.	»	3½% » v. 1846	94½	G.
»	Mail.-Como-fl. 14-L.	11⅜ P. 11	G.	»	3% »	86 P. 85¾	G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	123 P. 122	bez.	»	Taunusbahnact.	309 P. 306	G.
»	fl. 500 » ditto	196	G.	Russland	4½% Obl. b. Baring	101⅜ P. 101	G.
»	4½% Oblig.b.Bethm.	81⅜	G.	»	4% Obl. b. Hope fl.2.	92½	G.
»	4% » » »	71⅜	G.	»	4% » b.Stieglitz »	92¼	G.
Preussen	3½% Staatsschulds.	94¼	G.	Polen	4% Oblig. de fl. 500	92⅜ P. ⅛	G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	117½	G.	Spanien	3% inl. Sch. P. fl.2.30	43½ P. ¼	G.
Bayern	5% Oblig. b. Rothsch.	101¾ P. ½	bez. u. G.	»	1% Neue » »	23¾	bez.
»	4½% ditto	101¾ P. ½	G.	Holland	4% Certificate	96¾	G.
»	4% ditto	96¼	P.	»	3½% Syndicats	95¼	G.
»	4% Ablos.-Rente	96⅝ P. ⅜	G.	»	2½% Integrale	66⅛	bez. u. G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	92⅜, ½	bez. u. G.	Belgien	4½% Obl. in F. à 28kr.	99⅝ P. ⅜	G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	99⅝ P. ⅜	bez. u. G.	»	4% Obl. in Fr. à 28 kr.	94⅛	P.
»	5% Priorit.-Oblig.	103¼	G.	»	2½% Obl. b.Rothsch.	57¾ P. ½	G.
Württemb.	4½% Oblig. b. Roths.	101¾	G.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97¾	G.
»	3½% ditto	91 P. 90⅝	G.	»	5% Obl. b. Hambro	94¾	P.
Baden	5% Obligationen	102¼	G.	»	Sardinische Loose	41⅜ P. ⅛	G.
»	4½% Obligationen	102¾	G.	Toscana	5% Obl.1850(C.b.Golds.)	101⅞	G
»	3½% v. 1842	91¼	G.	»	5% »1851.b.Bastogi(do.)	98	G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	67½	G.	N.Amerika	6% Stocks Doll. 2.30	117⅛	G.

Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 27. December		Per comptant.
Amsterdam (100 fl. Crt.)	k.S.	99⅞ B. ⅝ G.
	3M.	— —
Augsburg (100 fl. Crt.)	k.S.	120 B. 119¾ G.
	3M.	— —
Berlin (60 Thlr.)	k.S.	105¼ B.
	3M.	— —
Bremen (50 Rthlr. i. Ldor.)	k.S.	97⅛ B.
	3M.	— —
Hamburg (100Mk.Bc.)	k.S.	69⅜ B. ¼ G.
	3M.	—
Leipzig	k.S.	105⅜ B. 105⅛ G.
London (10 Livr. St.)	k.S.	118 B. 117⅝ G.
	3M.	— —
Lyon (200 Fr.)	k.S.	94⅛ B. 93⅞ G.
	3M.	— —
Mailand (250 Lir. Austr.)	k.S.	100¼ B
	3M.	— —
Paris (200 Fr.)	k.S.	94⅛ B. 93⅞ G.
	3M.	— —
Wien (100fl.) im fl. 20 F.)	k.S.	105⅞ B. ⅝ G.
	3M.	105⅛ B. u. [illegible]
Disconto		2 B.

Gold und Silber.

Pistolen	fl. 9	42½—43½
Pr.Friedrichsd'or	» 9	54½—55½
Holl.10fl.Stücke	» 9	48½—49½
Rand-Ducaten	» 5	36-37
20 Francsstücke	» 9	25½-26½
Engl. Sovereigns	» 11	47
Gold al Marco	»	379-381
5 Frankenthaler	» 2	20¾-21¼
Preuss. Thaler	» 1	45-¼
Preuss.Cassa-Sch.	1	45-¼

Druck von August Osterrieth.

№ 310. — Dienstag — den 28. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich 1) in dem Bestellbezirke von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungs-Bezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder

2 fl. 30 kr. C.-M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris sind Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4/5 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Mit dem 1. Januar 1853 beginnt ein neues Abonnement auf die „**Frankfurter Postzeitung**“ nebst Beilagen (auch handelspolitischen) und Konversationsblatt.

Die „Frankfurter Postzeitung“ ist durch vielseitige, in neuester Zeit noch bedeutend vermehrte Verbindungen, so wie durch die Lage Frankfurts als Knotenpunkt weitverzweigter Eisenbahnlinien, und durch vielfache von allen Seiten ihr zugehende telegraphische Depeschen in den Stand gesetzt, wichtige Nachrichten aus dem Norden nach dem Süden, wie in entgegengesetzter Richtung mit größter Schnelligkeit zu befördern.

Der Abonnementspreis beträgt **vierteljährlich**: 1) in dem Bestellbezirke von Frankfurt a. M. 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungs-Bezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, sowie in den k. k. Oesterreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C.-M., oder 1 Rthlr. 21½ Sgr.

Nur das **Konversationsblatt** kann für sich allein bezogen werden, und kostet in den vorstehend bezeichneten Bezirken gleichmäßig: 1 fl. 30 kr.; = 1 fl. 15 kr. C.-M. = 25½ Sgr. **vierteljährlich**; unter vorstehenden Preisansätzen ist jedoch die übliche oder gesetzliche Stempel- und Bestellgebühr nicht begriffen.

Man ersucht um möglichst baldige Bestellung bei den betreffenden Postämtern. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und Paris Rue Notre Dame de Nazareth Nr. 23, Bestellungen an. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4/5 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Die Verständigung.

□ **Aus Norddeutschland**, Ende December.

Oesterreich und Preußen haben sich einander sichtlich und unfraglich genähert. Eine wirkliche Einigung zwischen ihnen über die schwebenden großen Fragen und Streitfragen ist im Werden. Nach der Wahrscheinlichkeit wird sie zu Stande kommen. Allein „dem Landfrieden“ war und ist bei uns „nicht zu trauen“. Nicht als ob man an der Aufrichtigkeit der Regierungen zweifeln möchte, an ihrem redlichen patriotischen Willen. Allein ihre Annäherung ruht wenigstens zum Theil auf ein.m von Außen her gekommenen Anstoß, auf Motiven, welche in der momentanen Constellation ihren Grund haben, auf einem daherfließenden Bedürfniß. Sie ruht ferner zum Theil auf Stimmung, Gefühl, Aufwallung, wie man wohl annehmen darf. Insofern erscheint ihre Dauerhaftigkeit unverkürzt. Aber durchgreifenden und dauernden Einigung der deutschen Bundesstaaten, insbesondere der Großstaaten, stehen große in der Sache selbst liegende Schwierigkeiten und Behinderungen entgegen. Die vermeinten und die wirklichen, beachtung erfordernden Interessen gehen bisweilen auseinander und stoßen auch wohl wider einander. Der Wille ist mächtig, das Fleisch ist schwach. Der alte böse Feind der deutschen Unarten, ihr Zank- und mancher andere Teufel wird nicht unterlassen, wo möglich Unkraut unter den Waizen zu säen. Wie herzlich und wie umfassend die Verständigung sein mag, welche man erstrebt und eingeht: eine völlige, alle Punkte erledigende, das Detail ordnende kann sie nicht sein, denn dazu gehört Zeit. Man kann und wird hoffentlich die im Vordergrund stehende Zollfrage aufs Reine bringen. Aber auch die deutsche Frage? Wird man das können? Wird man weiter kommen können als bis zu dem Beschluß: nach Frankfurt zu gehen und einmüthig zu erledigen, was da zu erledigen ist? So bewegt, aufgemuntert, erfreut und hoffnungslustig man sein mag: es ist dringend zu rathen, der Regel nicht zu vergessen, nach welcher das Eisen geschmiedet werden soll, wenn es heiß ist. Es ist noch aufzuräumen, zu schaffen im Bundeskriegsverfassungswesen, es liegt da das Dresdener „schätzbare Material“, manches Einzelne, das angeregt, in Angriff genommen, beschlossen worden, harrt der Weiterführung und Vollziehung, die Frage über die Verfassungen der Einzelstaaten, die Preßfrage u. s. f. Freilich lassen sich alle diese Dinge nicht übers Knie brechen. Aber sie sind auch vielfach und lange erörtert und vorbereitet. Vornehmlich fehlte zur Erledigung nur, was wir in Aussicht nehmen, das Einverständniß, besonders der deutschen Großstaaten. Diese Dinge so rasch als es sein kann erledigen, wird besser sein, als sie länger hinziehen, und wenn die Gründlichkeit der Behandlung auch dabei gewönne. Nichts, däucht uns, ist mehr zu fürchten als das Verfliegen des Spiritus, eine abermalige Wendung der Verhältnisse, die unausbleiblichen, je länger es währt, desto mehr sich anhäufenden und schwellenden Bedenken und Hemmungen aller Art, das Nach- und Vorwirken, die Wiederkehr der Verstimmung, des Mißtrauens, der Eifersüchteleien oben und unten, ein Analogon der verrufenen Parlamentsgrundrechteberathung am Bundestage. Möchten die Bundesregierungen den zu ersinnenden günstigen Moment nicht vorübergehen lassen, die geeigneten Großstaaten zu dem, was hier zu geschehen hat, die Initiative ergreifen, die Sachen mit jener Umsicht und Billigkeit, die das Hervorkommen des Widerspruchs am besten hindert, statt ihn herauszufordern, vor allen Dingen aber mit Nachdruck anfassen; möchten sie dabei Unterstützung finden auf allen Seiten, von allen Betheiligten, unmittelbaren und mittelbare! Wahrlich es ist Noth, daß eben die deutsche Centralgewalt in gebührender Maße thätig werde, um ihren hohen Beruf auszufüllen.

Deutschland.

* **Wien**, 24. Dec. Feldmarschallieutenant v. Martini, derzeit Geschäftsträger am Hofe von Neapel, wird aller Wahrscheinlichkeit nach zum Gesandten in Lissabon befördert werden. Ueber die projectirte Veränderung in der Besetzung des Gesandtschaftspostens in Paris ist vor der Hand noch nichts Definitives bekannt. Es scheint zwar festzustehen, daß eine Veränderung erfolgen wird, doch kann weder der Zeitpunkt derselben, noch die Persönlichkeit mit Zuverlässigkeit angegeben werden, welche hierzu bestimmt ist, sowie anderseits auch über die Besetzung des Gesandtschaftspostens in Frankfurt noch kein definitiver Beschluß gefaßt zu sein scheint. Graf Ludwig Karoly ist vor einigen Tagen mit einer Mission des Ministeriums des Aeußern nach Paris abgegangen. Es heißt, daß derselbe unter Anderm auch das Creditiv für den Herrn v. Hübner überbringt. — Dem Vernehmen nach ist der österreichisch-römische Vertrag wegen Vergütung der Kosten für Besetzung einiger Legationen durch österreichische Truppen vor kurzem in Wien definitiv abgeschlossen worden. Die Summe, zu deren Bezahlung sich die päpstliche Regierung verpflichtete, wird zwischen 1 und 1½ Million Zwanziger jährlich angegeben. — Der internationale Zeitungsverkehr Oesterreichs, insoweit derselbe durch die Postverwaltung stattfindet, umfaßte im Jahr 1851 in dem Eingange 9648 und in dem Ausgange 1806 ganzjährige Exemplare. Nach den Grenzen vertheilt sich der Zeitungseingang

auf Süddeutschland mit 5672, Sachsen mit 1173, Preußen mit 2057, Rußland und Polen mit 50, auf die Türkei mit 9, auf die italienischen Staaten mit 445 und auf die Schweiz mit 221 Exemplaren; zur See sind im Ganzen 21 Exemplare eingegangen. Unter den eingegangenen Zeitungen war ungefähr die Hälfte (4701) Exemplare für Niederösterreich (Wien) bestimmt; 1232 Exemplare gingen nach der Lombardei, 1229 Exemplare nach Böhmen, 1133 Exemplare nach Oberösterreich und Salzburg. Die Augsburger Allgemeine Zeitung hat unter allen fremden Blättern die größte Verbreitung in Oesterreich und war daselbst im Jahr 1851 in 2695 Exemplaren vertheilt. Der Zeitungsverkehr innerhalb der Monarchie läßt sich noch der Zahl nicht direct bestimmen; nimmt man jedoch die Menge der verbrauchten Zeitungsmarken als Anhaltspunkt zu einer annähernden Berechnung, so ergibt sich im Jahr 1851 eine Zahl von 17,583,000 einzelnen Nummern. Der Abonnementsbetrag für die aus dem Auslande bezogenen Blätter belief sich in dem erwähnten Jahre auf 128,116 fl.

Aus Venedig, 19. Dec., schreibt die Leipziger Zeitung: Die Familie der französischen Bourbons wird mit Nächstem hier erwartet, wenigstens ist in ihren Palästen Alles zum Empfang vorbereitet. Auch der Besuch Ihrer kaiserl. Hoheit der Erzherzogin Sophie soll für Mitte nächsten Monats officiell angezeigt sein. Dagegen dürften die russischen Gäste, Engländer, die sonst hier in großer Anzahl und auf längere Zeit sich aufzuhalten pflegten, sind fast ganz verschwunden, zum Theil wohl in Folge verschiedener Unannehmlichkeiten, welchen ihre Landsleute in letzter Zeit, wie von verschiedenen Seiten behauptet wird, aus eigener Verschuldung ausgesetzt waren. Dafür fangen sich nun mehr und mehr deutsche Familien niederzulassen an, besonders pensionirte Beamte höheren Ranges und von Adel, welche hier mit geringerem Aufwande standesgemäß leben können. Die Gondel ersetzt die Equipage und die zwei Gondelieren dienen zugleich als Koch und Kammerdiener. Der Venetianer ist äußerst geschickt und rührig, und findet sich in allen Verhältnissen zurecht, dabei hat er im Ganzen ein gutmüthiges Naturell und ist leicht zu versöhnen. Ich spreche natürlich hier nur von den untern Klassen, denn in den obern sind Unzufriedenheit und Abneigung Grundzug und System. Man hofft, daß auch für diesen Carneval das öffentliche Erscheinen der Masken erlaubt sein werde, da bei dem letzten heimerlei Mißbrauch stattgefunden hat und Alles in bester Ordnung und Ruhe vor sich gegangen ist. Leider haben die Executionen in Mantua einen Mißton hervorgerufen, welcher noch Zeit brauchen wird, bis er ganz verklungen ist. Mit dem Großherzogthum will es trotz Freihafens nicht vorwärts: der kaufmännische Geist, der einst diese Königin der Meere auszeichnete, scheint ganz und gar nach der jugendlichen Rivalin Triest übergesiedelt zu sein. Wir haben hier manche sehr reiche Kaufleute; aber es fehlt völlig der kommerzielle Mittelstand, voll Streben und Speculation vorwärts zu kommen und mehr zu erwerben. Die nun seit länger als einem Jahr projectirte Discontokasse ist bis heute noch Project geblieben und dürfte es noch länger bleiben. Besser steht es aus mit dem Detailgeschäft und mit dem Handel in italienischen Landesproducten, hauptsächlich in Oel, Wein, Fischen und Holz. Desgleichen nimmt es auch mit der Industrie zu; die alten Fabriken vergrößern und verbessern sich und neue entstehen. Ueberhaupt bietet Venedig für einen fabrikthätigen Gewerbsbetrieb ganz außerordentliche Vortheile, die noch bei weitem nicht benutzt und ausgebeutet werden. Viel Beschäftigung gewährt das Arsenal, in welchem rege Thätigkeit herrscht; es mögen gegen 1200 Menschen darin Arbeit finden. Linienschiffe dürften indeß nicht hier, sondern in Pola gebaut werden, da deren Auslaufen durch die Lagunen mit großen Hindernissen verknüpft ist. — Auch unsere Künstlerateliers sind nicht ganz zu vergessen. Es haben sich manche verlassene Räume wieder gefüllt und selbst neue sind hinzugekommen. In der Akademie belle arti sieht man auch viele Dilettanten fleißig studiren.

* Berlin, 25. Dec. Die mancherlei Anecdoten, die man sich hier in und außer den Zeitungen während der Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich zu erzählen wußte, sind nur mit der größten Vorsicht aufzunehmen und der Mehrzahl nach entstellt. Gewiß ist nur soviel, daß Se. Majestät sich wiederholt sehr günstig über die Haltung unserer Truppen äußerte und seine baldige Wiederkehr versprach, um dieselben auch manövriren zu sehen. Man hat es indiscret gefunden, daß ein bekanntes Blatt in seinen darauf bezüglichen Eröffnungen weder Maß noch Ziel zu halten wußte. Gewiß ist eine Deferenz nicht zu loben, die, sobald der gefeierte Monarch den Rücken kehrt, die Gelegenheit vom Zaune bricht, um den Samen der Zwietracht zwischen den Cabinetten auszustreuen, und nur geistiger Beschränktheit oder aufgedungener Selbstüberhebung kann es einfallen, die Versöhnung zwischen Berlin und Wien unter der Bedingung zu Stande kommen zu lassen, daß man österreichischerseits von allen, auch den billigsten Forderungen absehe und sich gänzlich der hiesigen Anschauungsweise unterordne. So ist es nicht gemeint. Oesterreich muß und wird darauf bestehen, daß der obzuschließende Handelsvertrag eine principielle und dauernde Grundlage gewinne und den Kein zur künftigen Trennung nicht von Anfang an dadurch in sich trage, daß es jeder der contrahirenden Mächte freistehe, ohne Wissen und Zustimmen der andern Handelsverträge mit fremden Staaten abzuschließen. Diese Deutung hat unsere Regierung selbst in ihren frühern Noten einem mit Oesterreich zu schließenden Handelsvertrag nicht gegeben, und es wäre in der That ein zweifelhafter Schritt zum Ziele deutscher Einigung, wenn deutsche Staaten sich unter einander ganz und gar auf dem Fuße fremder Nationen behandeln wollten. Wenn die Vermuthung ausgesprochen wurde, daß in den zwischen Herrn v. Bruck und Herrn v. Pommer-Esche angeknüpften Unterhandlungen der Zuckerzoll wesentliche Schwierigkeiten bereiten werde, da derselbe in dem österreichischen Zolltarif niedriger angesetzt sei, als in den zollvereinsländischen, so kann darauf hingewiesen werden, daß auf den Wiener Conferenzen die Frage reiflich berathen und zur Friedenheit beider Theile erledigt worden ist, indem die österreichische Regierung sich einer mäßigen Erhöhung dieses Satzes nicht abgeneigt zeigte. Preußen hält zu ohnedies, ganz gegen sein sonstiges System aus Finanzrücksichten bei dieser Position einen hohen Zoll aufrecht, wobei auf Fragilich bleibt, ob bei einer Ermäßigung desselben durch eine gesteigerte Consumtion, wie dies bekanntlich in England der Fall war, der Ausfall reichlich gedeckt werden würde. Größer sind die Schwierigkeiten bei andern Tarifsätzen, und überdies ist es fraglich, ob die Kammern, in welchen der Landbesitz wirklich riesenhaft vertreten ist, ihre Zustimmung zu irgend welchen höhern Zollsätzen geben werden. Es wird von dieser Seite geschickt genug die Eisenfrage fortwährend ausgebeutet. Auch ist so viel gewiß, daß die hiesige Regierung fortwährend alle Vorkehrungen trifft, um, falls die Unterhandlungen mit dem Herrn v. Bruck zu keinem Ziel führen sollten, den norddeutschen Handelsverein mit Ablauf der Zollvereinsperiode ins Leben treten zu lassen. Zwischen Herrn v. Manteuffel und dem belgischen Gesandten, Herrn Nothomb, ist unlängst das Abkommen getroffen worden, daß bis zum 20. December 1853 der am 4 Februar mit Belgien abgeschlossene Vertrag soll gekündigt werden können, so daß derselbe vier Wochen vor dem Termin der Kündigung an außer Wirksamkeit trete. — Es sind hier drieselche Nachrichten von dem blühenden Zustand der Waldenser Gemeinden in Piemont eingelaufen, für die sich bekanntlich der hochselige König ganz besonders interessirte. Ein ganz räuberhafter Umschlag der Witterung, so daß Thauwetter auf Frost und Frost auf Thauwetter in unglaublicher Schnelligkeit folgt, hat mancherlei Störungen in die bei uns besonders festliche Weihnachtszeit gebracht. Uebrigens wird darüber geklagt, daß die Privatwohlthätigkeit sich dieses Jahr außerordentlich lässig in Berlin zeige.

* Berlin, 25. Dec. Ueber den Etat pro 1853 hat das Ministerium nun die Schlußberathung gehalten. Derselbe ist jetzt dem Druck übergeben worden und wird sich nach den Ferien in den Händen der Abgeordneten befinden. Man ist bei der Ausstellung desselben, wie der Ldz. Z. mitgetheilt wird, mit der größten Sorgfalt verfahren und hat eine weise Sparsamkeit angewendet. Die Ausgaben werden von den Einnahmen reichlich gedeckt, und doch hatte die Finanzlage des Staates es gestattet, daß einige neue, von dem Bedürfniß gebotene Ausgabeposten aufgeführt werden können. Vornehmlich nimmt die Verbesserung im Militärwesen, welche in der vorigen Session von den Kammern genehmigt worden, eine nicht unbedeutende Summe in Anspruch. Es handelt sich bei derselben um Ausbildung und Unterhaltung eines größern Officiercorps, damit die Landwehr zur Zeit der Noth mit tüchtigen und geübten Officieren versehen werden kann. Die Landwehr hat bis jetzt nur solche Officiere, welche als Freiwillige ein Jahr gedient haben. Es geht ihnen mithin nicht nur die Routine, sondern auch die für einen Officier erforderliche Kenntniß des Dienstes, sowie das nöthige militärische Studium ab. Die bisherigen Officiere der Landwehr gingen ihrer bürgerlichen Beschäftigung nach.

Koburg, 20. Dec. Der Herzog von Augustenburg hält sich mit seiner Familie seit einiger Zeit zum Besuche bei unserm Herzog auf. Die Herzogin von Augustenburg wird in diesen Tagen mit unserm Herzog Pathenstelle bei dem jüngsten Kind des neuen Regierungspräsidenten Franke (bekanntlich früher Mitalied der Staatsgerichtshof in den Herzogthümern) vertreten. Die beiden andern Pathen des Kindes sind Herr v. Bethmann-Hollweg und Moritz Arndt. Bethmann-Hollweg ist deßhalb heute hier eingetroffen; Arndt Stelle aber wird sein Parteigenosse im Frankfurter Parlament, Hofrath Briegleb, versehen. — Mit dem Beginne des folgenden Jahres soll in dem uns benachbarten Hildburghausen, unter der Redaction des Directors der dasigen Handels- und Gewerbeschule, Dr. Amthor, ein neues Journal: Generalanzeiger für Thüringen und Franken, erscheinen.

Montenegro.

Die Herzegowina ist ganz übersüllt von Emissären der Pforte, und obschon diese keine Mühe sparen, das Volk gegen die Montenegriner zu erbittern, dürfte doch die Herzegowina mit Anfang des Frühjahrs große Umstaltungen erhalten, wenn der Fürst von Montenegro bei seinen gefaßten Entschlüssen fest bleibt. Als Czar Cernojevic, Selbstherrscher in Montenegro, im Jahr 1516 nach Neapel abgereist war, erklärte der damalige Gouverneur von Sudar, Frisus-Beg, jenem der Woche, daß er das von Cernojevic verlassene Land erobern werde, worauf er die Antwort erhielt, daß die Türkei keine Rechte an dieses Land besitze, daher möge er diese unerreichbaren Wünsche aufgeben. Die Montenegriner geben sich nun der Hoffnung hin, der neue Fürst werde die alten Grenzen wieder herzustellen vermögen.

Neueste Nachrichten.

* **Wien**, 25. Dec. Der königl. großbritannische Gesandte am hiesigen k. k. Hof, Graf Westmoreland, ist auf der Rückreise von London über Paris, allwo er einige Tage verweilte, hier angekommen. — Legationssecretär v. Dumreicher, welcher Frhrn. v. Bruck nach Berlin begleitet hat, wird, wie verlautet, nach Beendigung dieser Mission sich nach Frankfurt verfügen; er ist der österreichischen Bundespräsidialgesandtschaft beigegeben worden.

* **Berlin**. In einem Schreiben der Augsb. Allg. Ztg. aus der preußischen Hauptstadt heißt es: Bei den Verhandlungen zwischen den Herren v. Bruck und v. Pommerecsche tritt zu sehr der auf beiden Seiten entschieden sichtgestellte Wille ins Gewicht, etwas Befriedigendes zu Stande zu bringen, als daß einzelne Differenzen, die freilich noch vorhanden sind, noch einmal einen alles störenden Einfluß auf die Situation gewinnen könnten. Gleichzeitig hat die österreichische Diplomatie auch an den in der Zollsache mit Preußen verbündeten Höfen eine neue Thätigkeit aus veränderten Gesichtspunkten begonnen. Zunächst hat der österreichische Gesandte in Hannover, Baron v. Koller, der am 21. d. M. zu einer Audienz bei dem Kaiser in Berlin eintraf, hier eine neue Orientirung erhalten und ist, nach einer ausführlicheren Besprechung mit Herrn v. Bruck, jetzt wieder nach Hannover zurückgekehrt. Die handelspolitische Position Preußens gilt jetzt innerhalb seiner Verträge mit Hannover und den thüringischen Staaten für abgeschlossen und fest genug, worin nun sowohl auf Seite Oesterreichs wie auf Seite Preußens ein erleichterndes Moment gefunden hat, um ein allseitig befriedigendes Band für alle Theile Deutschlands zu knüpfen. Der Cabinetsrath, der am 23. d. M. auf dem Schlosse Bellevue in Gegenwart des Königs stattgefunden, hat auf der einen Seite den Stand der Zollfrage betroffen, auf der andern Seite ist aber definitiv über die Absendung des diesseitigen Anerkennungsschreibens für den Kaiser Napoleon III. beschlossen worden. Wenn in dieser Angelegenheit auf das gleichzeitige Auftreten der Cabinete von Rußland, Oesterreich und Preußen ein besonderes Gewicht gelegt worden ist, so wird es doch bei diesem rein formellen Act zunächst sein Bewenden haben, der ein principielles Zusammenhandeln der drei europäischen Großmächte mehr eventuell andeuten, als ausgesprochen darlegen soll.

München, 25. Dec. Die Ordensverleihungen, welche der König sonst am Neujahrstag vorzunehmen pflegte, haben diesmal, da Se. Majestät schon übermorgen die Reise nach Italien antritt, bereits heute stattgefunden. Die Zahl der verliehenen Orden ist ziemlich bedeutend, doch haben nur Wenige dieselben unmittelbar aus den Händen des Königs empfangen; die meisten werden den betreffenden Personen zugesendet. (N. K.)

Darmstadt, 26. Dec. Die evangelisch-theologische Facultät in Heidelberg hat dem großh. Oberconsistorialrath und ersten Hofprediger Doctor der Philosophie, Heinrich Palmer dahier, das Ehrendiplom eines Doctors der Theologie übersendet.

)*(**Koburg**, 26. Dec. Nachdem der Herzog von Augustenburg unsern Herzog wieder verlassen hat, rüstet sich der Hof zu der regelmäßigen winterlichen Uebersiedelung nach Gotha, welche für viele Personen mit manchen Unbequemlichkeiten verbunden ist. Das Hoftheater gibt nur noch eine Vorstellung und wird dann in acht Tagen in Gotha wieder eröffnet. Der Herzog trifft aber noch vor Jahresschluß in Gotha ein, wenn nicht einige auf dem Weg zu haltende Jagden die Reise etwas verzögern.

Kopenhagen, 23. Dec., Vorm. Einer Entscheidung des Kriegsministers zufolge soll denjenigen Unteroffizieren, welche früher in der schleswig-holsteinischen Armee gedient haben und jetzt im dänischen Heere stehen, zwar bei ihrer Capitulation die Dienstzeit in jener Armee in Anrechnung gebracht werden, dagegen bei dem für jene Klasse vorbehaltenen Anspruch auf Civilversorgung (Beförderung zu Civilämtern nach der Verabschiedung) und auf das für wohlgedienten Unteroffiziere bestimmte Ehrenzeichen, der Zeitraum vom 21. März 1848 bis 26. October 1851 nicht mit in Berechnung kommen.

Stockholm, 17. Dec. Die Wiedereröffnung des Königs ist im besten Fortgang begriffen, doch kann er noch nicht ohne Beistand im Zimmer aus- und abgehen.

‡ **Paris**, 26. Dec. In Folge der Abwesenheit des Kaisers von Paris und wegen der Festtage ist von politischem Belang kaum etwas zu melden. So sind denn heute auch nur vier der hiesigen Blätter erschienen: Debats, Constitutionnel, Siecle und Etoilette. Der Kaiser wird erst morgen aus Compiegne nach der Hauptstadt zurückkehren; mit ihm sein Vetter, der Prinz Hieronymus Napoleon Bonaparte. Sodann wird übermorgen Mgre. Garibaldi, der päpstliche Nuntius, sich nach den Tuilerien verfügen, um seine neuen Creditive zu überreichen. Morgen wird auch die Promulgation der Verfassungsmodificationen durch den Moniteur erfolgen; der Kaiser hat das Senatusconsult gestern in Compiegne unterzeichnet.

In den Departementen haben die Entlassungsbegehren von legitimistischen Municipal-, General- und Departementalräthen, sowie von andern Civilbeamten immer noch nicht ihr Ende erreicht.

** **Madrid**, 21. Dec. Nachdem nun die Ernennung eines neuen Cabinets erfolgt ist, soll die gemäßigte Opposition ihr Wahlcomite auflösen wollen. Viele Mitglieder der Moderados hat sich der Minister des Innern durch sein bekanntes Rundschreiben an die Gouverneure in den Provinzen zugewendet. Die allgemeinen Wahlen werden wahrscheinlich am 1. Februar vorgenommen.

‖ **London**, 25. Dec. Das Oberhaus wurde vorgestern, das Unterhaus gestern abermals vertagt bis zum nächsten Montag; da wird wahrscheinlich das neue Ministerium vor dem Parlament erscheinen. Obgleich auch heute die amtliche Zeitung die Ernennung der neuen Staatssecretäre noch nicht anzeigt, so bestätigen doch alle Blätter im Wesentlichen die bereits mitgetheilte Zusammensetzung des Cabinets. Neun der neuen Minister sind Peeliten, fünf sind Whigs; wohin Palmerston und Molesworth zu zählen seien, weiß man nicht recht; übrigens sichert gerade jener im Verein mit Lord John Russell der Coalition den ganzen Bestand der Whigpartei. — Den Besuch des Kaisers von Oesterreich in Berlin hat die Times freudig begrüßt als ein Pfand der deutschen Einigkeit, des europäischen Friedens und der Erhaltung der gegenwärtigen Territorialeintheilung Europa's. Sie unterläßt aber doch nicht, hinzuzufügen, daß es auch Seiten der preußischen Politik gebe, wo ein Zusammengehen mit Oesterreich nicht rathsam sei, vielmehr ein engerer Anschluß an England wünschenswerth erscheine.

Börsenberichte.

⚖ **Frankfurt**, 27. Dec. Die Börse hatte heute ein williges Ansehen; complante Aufäufe, die von mehreren Seiten in den meisten gangbaren Papieren geschahen, befestigten die Course; namentlich waren österreichische Effecten lebhaft begehrt. 5pCt Metall. waren 83¼ pCt, 4½pCt. Metall. 74¹¹/₁₆ pCt. G., 5pCt. Lomb.-Venet. 91⅞ à 92pCt., Wiener Bankactien 1423 fl., 500 fl. Loose 196 pCt., 250 fl. Loose 122½ pCt. Von spanischen Fonds waren 1pCt. Neue zuletzt 23¼ à ³³/₁₆ pCt., 3pCt. Inländische 43⅛ pCt. G. Von Eisenbahnactien war L.-B.-Nordbahn 49½ pCt., Verbach 99⅛ pCt.; Köln-Minden 118 pCt.; Taunus 306 fl. Alle übrigen Werthspapiere waren in sehr fester Haltung. — Abends in der Effectensocietät war durchaus kein Geschäft.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 27. Dec. 5pCt. Metall. 95⅛. — 5pCt. do. B. 110⅛. — 5pCt. Anlehe v. J. 1852 95. — 4½ pCt. Metall. 84¾. — Bankactien 1352. — 250 fl. Loose 139¼. — London 11 fl. 1 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 100¼. — K.-K.-Nordbahn 247½. — Thorer-Florenz 95. — Siena-Empoli 63. — Paris 132. — London in Triest — fl. — kr. — Silber 12⅞. (Spnd.)

London, 27. Dec. 3pCt Consols 101. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 21¼. — 5pCt. Dambro 95⅞. (Spnd.)

Paris, 27. Dec. 4½pCt. Rente 106, 5. — 3pCt. do. 81, 95. — 5pCt. Piemont 100. — 3pCt. Span. 43¾. — 1pCt. do. 24. (Spnd.)

Madrid, 22. Dec. 3pCt. 44¾. — 1pCt neue 23¾. (Spnd.)

Antwerpen, 27. Dec. 5pCt. Lombard. 92¼. — 2½pCt. Belg. 57⅛. — 3pCt. Span. int. 43¾. — 1pCt. do. 23⅛. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kutschelt.

[2802]

K. K. Oestreichische
5pCt. Staats-Anleihe
vom Jahr 1851 (Serie B.), und
Convertirungs-Obligationen.

Von dem hohen **K. K. Oestreichischen Finanz-Ministerium** sind wir beauftragt,

die am 1. Januar 1853 fälligen Zinsen

der am hiesigen Platze verzinslichen Obligationen der Serie B. des K. K. Oestreichischen Staats-Anlehens vom Jahr 1851 und der hier verzinslichen Convertirungs-Obligationen wie bisher auszuzahlen.

Wir bringen demnach zur öffentlichen Anzeige, daß die Auszahlung besagter Zins-Coupons nach dem Verhältnisse von fl. 6 hiesiger Währung für fl. 5 im 20 fl. Fuße an unserer Casse geleistet wird.

Frankfurt a. M., den 15. December 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2879]

Die „Saar- und Mosel-Zeitung",

die einzige in Trier erscheinende Zeitung,

wird auch in dem nächsten Quartal in der bisherigen Weise fortfahren, die politischen Nachrichten so rasch wie möglich zur Kenntniß ihrer Leser zu bringen. Durch Vermehrung ihrer Mitarbeiter wird sie in den Stand gesetzt, umfassendere Besprechungen wichtiger Tagesfragen zu liefern, auch dem Feuilleton, das zur Unterhaltung und zur Belehrung bestimmt ist mehr Aufmerksamkeit zu geben. Da sie in allen bedeutenden Städten der Rheinprovinz Correspondenten hält, wird kein Vorkommniß von einiger Wichtigkeit den Lesern entgehen.

Der Preis pro Quartal ist incl. Porto und Stempel bei allen deutschen Post-Anstalten 1 Thlr. 15 Sgr., mithin eine der billigsten politischen Zeitungen. Auch eignet sie sich ihrer Verbreitung wegen zur Aufnahme von Anzeigen aller Art. Letztere erbitten wir uns an unsere Adresse, da der Verleger der „Saar- und Mosel-Zeitung" die Druckerei der ehemaligen „Trier'schen Zeitung" nebst allen Rechten angekauft hat, diese also nicht mehr existirt.

Expedition der Saar- und Mosel-Zeitung.

[2878]

Bekanntmachung.

Die zu dem Fürstlich Isenburgischen Eisenwerk bei Neuenschmidten, Provinz Hanau, Justizamtsbezirk Wächtersbach, gehörige, in 77 Morgen stellbarem Land, 34 Morgen Wiesen und 8 Morgen Baumstücken und Gärten bestehende Oekonomie, nebst Brandweinbrennerei, Bierbrauerei, Wirthschaft, Krämerei und Metzger- und Bäcker-Gerechtsamen, so wie den dazu vorhandenen Gebäulichkeiten sollen, durch Pachtlosverdung zu Petri 1853, von da ab anderweit auf 6 oder 9 Jahre verpachtet werden, wozu Versteigerungstermin

auf den 17. Januar 1853, Vormittags 10 Uhr,

in das Geschäftslocal der unterzeichneten Stelle anberaumt ist, welches mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß Pachtcompetenten sich durch legale Zeugnisse über den Besitz eines zur Cautionsleistung und Pachtübernahme zureichenden Vermögens auszuweisen haben.

Die weiteren Bedingungen werden im Verpachtungstermine bekannt gemacht, können aber auch vorher täglich auf dem hiesigen Comptoir eingesehen werden.

Neuenschmidter Eisenwerk, den 22. December 1852.

Fürstlich Isenburgische Eisenwerks-Administration.
P. Gottschalk.

[2863]

Die Pfälzer Zeitung,

welche seit kurzem in Ludwigshafen am Rhein erscheint, bespricht die Tagesfragen vom conservativen Standpunkt und enthält auch zahlreiche Correspondenzen, insbesondere aus allen Theilen der bayerischen Pfalz. Da sie in dieser Provinz weitaus das verbreitetste Blatt ist, in allen Gemeinden derselben so wie in den benachbarten Ländern und im jenseitigen Bayern gelesen wird, so eignet sich dieselbe besonders zu Anzeigen und Bekanntmachungen. Der Raum der dreispaltigen Borgiszeile wird mit 3 kr. berechnet. Der halbjährige Abonnementspreis der Pfälzer Zeitung beträgt bei allen bayerischen Postämtern nur 2 fl. 12 kr.

Ludwigshafen a. Rh., 20. December 1852.

Die Expedition der Pfälzer Zeitung.

[2881]

Belgische 5pCt. Obligationen

werden laut Gesetz der Belgischen Regierung in 4½ pCt. tragende Obligationen umgewandelt. Den Umtausch bewerkstelligt das Wechselbüreau von **S. M. Schwarzschild**, Roßmarkt 3.

Düsseldorfer Dampfschiffahrt.

Vom 16. November 1852 an fahren die Boote täglich [2815]

Von *Mainz*-**Castel** Morgens 7½ Uhr . nach **Cöln-Deutz** (*Aachen, Elberfeld*).
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 6½ Uhr von *Frankfurt*.
Von *Mainz*-**Castel** Morgens 9 Uhr . . nach **Cöln-Deutz** (*Berlin, Paris*) bis **Düsseldorf**,
☞ *Unmittelbar* nach Ankunft des Zuges 8 Uhr von *Frankfurt*.
Montag, Donnerst. u. Samst. direct nach **Arnheim** (*Amsterdam*) die **Rotterdam** in *ca. 30 Stunden*.
Montag und *Donnerstag* . . . . . direct nach **London** . . in *3 Tagen*.
Von **Biebrich** jedesmal 1¼ Stunde später als von **Castel**.
Von **Mainz** Nachmittags 3 Uhr . . . . . *täglich* nach **Worms** und **Mannheim**.

Billete nach allen Stationen, **Gesellschafts-Billette** und nähere Auskunft in **Frankfurt a. M.** bei dem *Agenten* Herrn **Georg Krebs**, *Zeil*, der Post gegenüber,
Hrn. **Th. Fletcher** bei Herren *Gogel, Koch & Comp.*, Hrn. **Aug. Schöning** auf dem Rossmarkt.

2791] In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Rheinisches Taschenbuch
für 1853.

Mit Beiträgen von W. v. Horn, Claire v. Glümer, Chezy, Englerth und F. Nürnberger.
Mit 9 Stahlstichen. Elegant gebunden.
Rthlr. 2, 15 Ngr. od. fl. 4. 24 kr.

J. D. Sauerländer's Verlag.

Hôtel garni, 27, *rue Montbazon*, *hôr a Paris*.

in Mitte des eleganten Stadttheiles, nächst den Tuilerien, den Ministerien, den Boulevards und der Börse gelegen. Man findet vorzerglichen Frühstück- und Mittagstisch in einem prächtigen Locale, und ebenso bequeme als elegante Salons und Galerien. Stallung und Remise. — Man spricht deutsch. [2609]

Hôtel garni u. Restauration.

Ich beehre mich hiermit, einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich mein Domizil am Leonhardsthor Nr. 28 neu mit der Ausstatt auf den Main zum Hôtel garni eingerichtet habe, worin die geehrten Reisenden unter billigen Preisen und prompter Bedienung monatlich, wöchentlich und täglich logiren können. [1672]

Frankfurt a. M.

Hessen-Winkler.

Grand Hôtel Louvois

in **Paris**, Platz Louvois, Straße Richelieu, gehalten von **N. Lachanal**.

Dieses geräumige und fret gelegene Hotel ist ganz neu möblirt. Alle Zimmer haben die Aussicht auf den allen Platz der Oper mit seinem schönen Brunnen, gegenüber der Nationalbibliothek, befindet es sich in Mitte der Boulevards der Börse, des Palais National und der Tuilerien. [2197]

[2683]

Edictalladung.

Des hiesigen Rathsverwandten Johannes Heß Kinder haben laut Kaufbriefs vom 3. Februar 1809 an ihren Bruder Georg Heß

267/11 Firstruth, 1,26 Grundbuch, 223/10 □Ruth. Garten in der Neustadt an Christian Walther,

45/90(10/90) Firstruth, 1,27 Grundbuch, 13□Ruth. Behausung an Ich. Jakob Kreuder II.

um 400 fl. verkauft. Weil inzwischen nicht sämmtliche Kinder damals anwesend waren, namentlich Daniel Heß in der Fremde sich befand, so wurde bedungen, daß der Kauf, falls eins der abwesenden Geschwister ihn später widerrufen würde, aufgehoben werden solle.

Georg Heß verkaufte am 2. Juni 1810 genannte Liegenschaften an Heinrich Heß, von dessen Kindern wurden sie laut Contract vom 22. März 1836 an Martin Alles und dessen Ehefrau Mariane geb. Heß um 800 fl. verkäuft. Letztere verpfändete solche unterm 15. September 1842 resp. 9. Januar 1843 wegen 400 fl. Capital an Gottfried Keil's Wittwe zu Gießen.

Da dermalen über mehrgedachte Immobilien anderweit verfügt werden soll, so fordert man die Johannes Heß Kinder, insbesondere den noch immer abwesenden Daniel Heß oder deren Rechtsnachfolger, hiedurch Alle, welche dinglliche oder sonstige Rechte irgend welcher Art an solchen bilden wollen, hiermit auf, diese Rechte in Zeit

drei Monaten

von heute an dahier anzuzeigen und zu begründen, widrigenfalls die genannten Immobilien als unwiderrechtliches Eigenthum der Martin Alles'schen Leute von Gerichtswegen werden angesehen und behandelt werden.

Grünberg, den 22. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Welcker.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro 310.) 28. December 1852.

Deutschland.

ψ **Frankfurt**, 28. Dec. Von mehreren Seiten wird versichert, daß für die Zukunft eine sorgfältigere Auswahl in den Bürgeraufnahmen zum Handelsstande stattfinden werde. Schon lange nämlich ist es eine Hauptklage unserer soliden Handelsleute, daß durch die sehr erleichterte Erwerbung des hiesigen Bürgerrechts als Handelsmann eine Menge Leute in den Handelsstand gekommen sind, die zum größern Theil an ihrem früheren Wohnort andere, vielfach unsolide Geschäftszweige betrieben haben, von dem Handelsfache so viel wie nichts verstehen, und ohne die nöthigen Mittel, sich und Andere ins Unglück bringen, oder, um sich einigermaßen zu helfen, ihren Namen auswärtigen Geschäftsleuten zur Betreibung ihrer Geschäfte am hiesigen Platze leihen. Wie überfüllt die Stadt gegenwärtig von solchen Pseudoformen ist, weiß und beklagt das ganze Publikum, aber am meisten der solide Handelsmann, der nur mit schweren Opfern bestehen kann, und bedauern muß, daß durch solche Mißstände der Ruf der Solidität des Frankfurter Handelsstandes erschüttert ist.

Seit vielen Jahren waren sämmtliche Kirchen aller christlichen Confessionen an allen ihren Männen von Besuchern nicht so überfüllt, als an den diesjährigen Weihnachtsfeiertagen. Wie man hört, sind die protestantischen Geistlichen darauf aufmerksam gemacht worden, in ihren Vorträgen des nächsten Jahrs die Evangelien zu erklären und über das Wesen des evangelischen Glaubens zu predigen.

Ein junger wohlgekleideter Mensch machte sich seit einigen Wochen ein Geschäft daraus, in hiesigen Tuchläden Waaren auf den Namen eines hiesigen protestantischen Geistlichen, dessen Vetter zu sein er vorgab, zu entnehmen. Um den bezleitenden Auslaufer zu täuschen, wußte er in einem dieser Fälle das gestohlene Tuch unter einem Vorwand für kurze Zeit in der Wohnung dieses Geistlichen niederzulegen. Der ergriffene Gauner, welcher sich seit Wochen hier und in der Umgegend ohne Legitimationspapiere herumtreibt, hat bereits Alles eingestanden.

Frankfurt, 28. Dec. Die Tagesordnung der auf morgen anberaumten öffentlichen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung bestimmt: Vorträge des Senats: 1) den Bedürfnißstand des Jahres 1853 betreffend; 2) Nachbewilligung auf den Status exiguitiae des Polizeiamts für 1852 betreffend; 3) die Wiedereinführung eines Zeitungsstempels betreffend.

[:] **Wien**, 24. Dec. Der Kaiser hat in Erwägung der sich in Ungarn häufenden Raubanfälle und der dadurch bedrohten öffentlichen Sicherheit mit allerhöchster Entschließung vom 15. December 1852 verordnet, daß bis auf weitere Verfügung in jenen Theilen des Landes, in welchen das Standrecht kund gemacht ist, oder noch kund gemacht werden wird, das Verbrechen des Raubmordes des Raubes und dem Raube geleisteten Vorschubes in allen Fällen, in welchen dasselbe nach der Bekanntmachung der gegenwärtigen Verordnung begangen wird, auch wenn sich der Beschuldigte nicht zur standrechtlichen Behandlung eignet, doch im Wege des ordentlichen Verfahrens durch die Militärgerichte und nach den Militärgesetzen zu untersuchen und zu bestrafen sei.

Aus **Köntgsberg** vom 16. December wird der Breslauer Zeitung geschrieben: Ein Vorfall wird hier vielfach besprochen, dessen Authenticität verbürgt erscheint, da wir ihn von verschiedenen Seiten mit der übereinstimmendsten Genauigkeit vernommen haben. Seit Jahren wurde nämlich ein grenzenloser Unfug von einem Unbekannten getrieben, der an die verschiedensten Personen, namentlich auch an Beamte, anonyme Briefe richtete, die Verdächtigung und persönliche Kränkung bezweckten in den meisten Fällen bezweckten, während überdies selbst auch die Fassung dieser Briefe den Gesetzen des Anstandes sehr oft nicht entsprach. Manche Familienzwistigkeiten und sonstige Fatalitäten sollen durch dieses Verfahren herbeigeführt worden sein. Alle angestellten Nachforschungen hatten bis jetzt nicht zur Ermittelung des Verfassers geführt, da die Briefe, wie es heißt, immer abwechselnd in die Briefkasten der verschiedenen Stadttheile befördert waren. Endlich gelang es gestern einem vor dem Posthause stationirten Polizeibeamten, der sich mit Postbeamten in Verbindung gesetzt hatte, den Contravenienten in flagranti zu ertappen. Wider Erwarten ist derselbe ein Mann im reifern Alter, ein hiesiger wohlhabender Bürger und Kaufmann, der sich bei seiner gleich darauf erfolgten polizeilichen Vernehmung als Verfasser der anonymen Briefe bekannte und dem Vernehmen nach auch zur sofortigen Herausgabe der zum Verschließen der Briefe benutzten Petschafte verstanden haben soll. Es läßt sich gar nicht absehen, welche Menge von Processen wegen Beleidigung von Beamten ꝛc. dieser Entdeckung folgen werden.

* **München**, 24. Dec. Die N. Münch. Ztg. sagt in einem Artikel über den Besuch des Kaisers von Oesterreich in Berlin: „Die Anwesenheit Sr. Maj. des Kaisers Franz Joseph in der preußischen Hauptstadt berechtigt uns zu der Annahme der hohen Wahrscheinlichkeit, daß die Hoffnungen auf ein glückliches Resultat der zwischen Oesterreich und Preußen schwebenden Unterhandlungen erfüllt, und dadurch alle Differenzen von einiger Erheblichkeit beseitigt werden dürften, welche einige Zeit zwischen deutschen Regierungen obgewaltet haben. Denn es wird kaum der Bemerkung noch bedürfen, daß bei der innigen Gegenseitigkeit, welche zwischen Oesterreich und dessen Verbündeten in der Handelsfrage herrscht, von ersterem kein Schritt in dieser Angelegenheit gethan wird, der nicht die volle Zustimmung der letzteren hätte, und daß demnach eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen auch die Verständigung des letzteren Staates mit den Verbündeten des ersteren involvirt; und wenn diese Verständigung auch noch in andern Beziehungen von großer Bedeutung für das Verhältniß Oesterreichs und Preußens zu einander, resp. für das Verhältniß beider Mächte zu Deutschland ist, so glauben wir, dasselbe in gleichem Maße auch von Bayern und den andern mit ihm verbündeten deutschen Staaten annehmen zu dürfen. Im Norden endlich dürfte für Hannover und die übrigen Staaten des Steuervereins die Verständigung in jeder Beziehung dieselben Folgen haben. Und das Resultat des Ganzen? Daß wir, sobald die Verständigung über die Handelsfrage vorliegt, zu einem Grade der Einheit in Deutschland gelangt sein werden, wie dieselbe unter den factisch gegebenen Verhältnissen nur erreicht werden kann; — zu einer Einheit, die nicht vorübergehend, sondern hoffentlich von Dauer sein wird, denn durch die Erfahrung dürfte es sattsam bewiesen sein, daß durch übergreifende Prätentionen nichts erreicht und nur die Bedingung der Einigkeit zerstört werden kann."

† **Leipzig**, 26. Dec. Einem oft schmerzlich empfundenen Uebelstand bei der Ausführung richterlicher Todesurtheile, nämlich der geringen Zuverlässigkeit der eigentlichen Execution durch den Scharfrichter, ist durch eine neuerliche Verordnung des Justizministeriums vom 1. December abgeholfen worden. Durch diese Verordnung wird die seither übliche Einrichtung durch das Schwert abgeschafft und dafür die Tödtung der Verbrecher durch das Fallschwert angeordnet. Längst in ständischen Anträgen angeregt und durch das Beispiel anderer Staaten empfohlen, hat sich diese in der That eine Reform zu nennende Abänderung der Vollziehung der Todesstrafe ohne Zweifel nacheiner neuerdings in Dresden gemachten traurigen Erfahrung sowünschenswerth und nothwendig gezeigt, daß der oberen Behörde längeres Zaudern unthunlich erschien, zumal leider schon in der nächsten Zeit mehrere Hinrichtungen von Verbrechern bevorstehen. — Die Wahlmännerwahlen zum Behuf der gesetzlich vorgeschriebenen Totalerneuerung des hiesigen Stadtverordnetencollegiums haben in allen Kreisen der Bevölkerung, trotz der liberalen Färbung, welche der Liste der Gewählten nicht abzusprechen ist, doch keinen unbefriedigenden Eindruck gemacht, da dieselben hinreichende Bürgschaft dafür geben, daß die Mehrheit des künftigen Collegiums aus intelligenten, thätigen und wohlmeinenden Bürgern bestehen werde. Die Gemeindevertretung unserer Stadt hat bisher unter allen Verhältnissen Besonnenheit, Tact und volles Einverständniß ihres fest begrenzten Wirkungskreises bewiesen, und es steht nicht zu fürchten, daß dies in Zukunft nicht der Fall sein werde.

WC **Stuttgart**, 24. Dec. Wir haben heute gleichzeitig zwei schauerliche Mordfälle zu berichten. Zu Eßlingen, wo der Rampoldsche, noch in tiefes Dunkel gehüllte Mord in belogenswerthem

Andenken steht, kam heute früh ein ähnlicher Fall vor. Der Kaffeewirth Schmid, bei dem vor einiger Zeit schon einmal ein Einbruch versucht worden war, wurde durch einen zweiten Versuch diesen Morgen vor fünf Uhr in sein Geschäftslocal gezogen. Sofort überfiel ihn dort ein Kerl, der ihm mit einem Hammer drei bis vier Streiche auf den Kopf versetzte, die ihn bewußtlos niederstreckten. Der Thäter bekam dadurch Zeit zu entfliehen. Die Eßlinger Polizei, die beim Rampoldschen wie beim Glaserschen Mord keine große Umsicht an den Tag legte, ließ es auch diesmal geschehen, daß die Nachricht von der entsetzlichen Frevelthat auf dem Privatweg früher hierher gelangte, als durch ihre Meldungen, während sie doch den Telegraphen hätten benutzen können und sollen. Ihr ist es also schwerlich zu danken, wenn es der hiesigen Polizei gelang, ein der That dringend verdächtiges Individuum zu verhaften, als welches ein Schuhmacher Namens Ulmer genannt wird. Der andere Mord fiel in dem Marktflecken Hierlingen, Oberamts Rottenburg, vor. Dort wurde ein Israelite, welcher Schuldforderungen einzukassiren beschäftigt war, von einem seiner Schuldner erschlagen und der Leichnam in einen Teich geworfen.

⊙ **Stuttgart**, 26. Dec. Die Verhandlungen zu Berathung des Landeskulturgesetzes sind nunmehr zu Ende. Im Besondern wurden die Güterzusammenlegungen oder Markungsregulirungen als in hohem Grad nothwendig anerkannt; Director v. Sauter fand die in Nassau ausgeführte Zusammenlegung für unsere Verhältnisse am passendsten. In den Abschnitt von Einödebauten wurden folgende Bestimmungen aufgenommen: Einödebauten sind zu gestatten auf empfehlendes Gutachten des landwirthschaftlichen Bezirksraths da, wo wegen hinderlicher Verhältnisse aus dem Boden kein der natürlichen Bodengüte entsprechender Ertrag gewonnen werden kann, wenn der Gutscomplex wenigstens 20 Morgen besserer oder 40 Morgen geringerer Qualität umfaßt, wenn derselbe arrondirt oder doch nur in wenige größere Stücke zertheilt ist. Ein besonderer Artikel handelt von der Zulässigkeit von Baum- und Hopfenanlagen in ungünstig gelegenen Weinbergen. Ferner wurde der bedingterweise noch zugelassene Zwang zum Gebrauch der öffentlichen Keltern entfernt und deßhalb ausgesprochen, daß die Gemeinden zu Unterhaltung öffentlicher Keltern fortan nicht verpflichtet seien. Auch sprach sich weiter die Versammlung sehr scharf über die vielen localen Vexationen aus, welchen die Gestattung von Feldarbeiten an Sonn- und Feiertagen unterliege. Allgemeinen Anklang fand der Vorschlag, die technische Bewirthschaftung der Corporationswaldungen mit der der Staatsforste zu vereinigen, und es wurde die Bitte an die königliche Regierung beschlossen, dieselbe möge die Bewirthschaftung der Gemeinde- und Stiftungswaldungen gegen einen angemessenen Beitrag wie die der Staatswaldungen in die Hand nehmen, und hiernach in der Reviereintheilung die entsprechende Aenderung treffen. Ebenso fand der weitere Antrag lebhafte Unterstützung, daß die Feld- und Waldpolizei in die eine Hand des Staats gelegt werde, um der Polizeigewalt Einheit und Energie zu geben und durch sie den nöthigen Schutz zu verschaffen. — Die von Dr. Scheve gehaltenen Vorlesungen über Phrenologie wurden ziemlich stark besucht, und es wird gegenwärtig im Local der Bürgergesellschaft für die Mitglieder derselben ein besonderer Curs ertheilt. — In dem durch Schoder's Tod erledigt gewordenen Bezirk Besigheim traten als Landstandscandidaten von der demokratischen Seite Regierungsrath Hölder, von der Regierungspartei Oberfinanzrath Renner, dieser mit größerer Hoffnung des Gelingens, auf. — Die am 3. December vorgenommene Volkszählung ergab für Stuttgart 45,814 Einwohner, welche Zahl mit den drei zur Stadt gehörigen Weilern aber immerhin auf 50,000 sich erhöht. Für Eßlingen ergaben sich 13,513, für Heilbronn 13,687, für Gmünd 7344, für Cannstatt 6542 Einwohner.

△ **Hanau**, 27. Dec. Lehrer Rödiger hat sich bereits wieder situirt. Er ist mit seinem Erziehungsinstitut nach Genf übergesiedelt, und die Familie hat heute mit 24 Pensionären, von vielseitiger Theilnahme begleitet, ihre bisherige Heimat verlassen. Schon früher haben Manche aus unserer Stadt, welche durch die Ereignisse des Jahres 1849 compromittirt waren, in Genf vortheilhafte Stellungen gefunden, und bekanntlich ist auch Pfarrer Theobald von hier als Geistlicher der dortigen deutschen Gemeinde placirt worden. — Die Gauner, welche neulich den Coup in Bijouterie in Ihrer Stadt gemacht haben, sind vorher auch bei dem Fabrikanten Weißhaupt hierselbst gewesen, um ein ähnliches Geschäft zu machen, kamen indeß nicht zum Ziel.

Mainz, 27. Dec. Wie wir vernehmen, ist der Lehrer der Naturwissenschaften am hiesigen großherzoglichen Gymnasium und der Realschule, Herr Dr. Gergens, in Ruhestand versetzt und an seine Stelle Herr Dr. Schödler, seither Lehrer der Naturwissenschaft am Gymnasium zu Worms, berufen worden. (M. J.)

Oldenburg, 23. Dec. Die vor einigen Tagen hier gepflogenen commissarischen Verhandlungen, wegen einer zwischen der Staatsregierung und dem Bischof von Münster vorhandenen Differenz, über die Anwendung der die Verhältnisse der katholischen Kirche im Herzogthum regelnden Convention vom 5. Januar 1830 haben, wie wir vernehmen, zu einem friedlichen Ergebnisse geführt, insbesondere haben die diesseitigen Commissäre der von der andern Seite geschehenen Darlegung nachgegeben, daß die unwiderrufliche Einsetzung eines bischöflichen Officials in Vechta, wie dies freilich jene (vom Papst nicht ratificirte) Convention bestimme, mit der Verfassung der katholischen Kirche und den kanonischen Vorschriften in Widerspruch trete. Somit wird eine Einigung dahin erfolgt sein, daß der unter Vorbehalt gewisser Gegenstände den Bischof vertretende Official nur in einem (widerruflichen) Mandatsverhältnisse zu demselben und bei Erledigung des bischöflichen Stuhles zu dem Domkapitel in Münster stehen solle. Sollte die vorläufige Einigung auf beiden Seiten ratificirt werden, so steht die baldige Wiederbesetzung der Stelle eines Officials, welche seit der vor einigen Jahren geschehenen unfreiwilligen Entfernung des letzten Inhabers vacant ist, in Aussicht. Im Allgemeinen scheint die Staatsregierung in den katholisch-kirchlichen Angelegenheiten von dem Gedanken geleitet zu werden, daß man den Bischof von Münster, hinsichtlich des im Herzogthum belegenen Theils seiner Diöcese, nicht wohl größeren Beschränkungen unterwerfen kann, als derselbe wegen des bei weitem größten Theils derselben in Preußen unterliegt. — Auch über verschiedene andere Punkte, insbesondere über die in Folge des Staatsgrundgesetzes erforderliche Aenderung einiger Bestimmungen der obgedachten Convention, soll man sich rasch geeinigt haben, so daß die bischöflichen Commissäre schon einige Tage nach ihrer Ankunft unsere Stadt wieder verließen. (Wes.-Z.)

h **Koburg**, 24. Dec. Der Herzog Ernst v. Württemberg, Stiefoheim unseres regierenden Herzogs, welcher in hiesiger Stadt seine Residenz hat, ist seit einiger Zeit bedenklich erkrankt. — Vor einigen Tagen enthielten mehrere öffentliche Blätter die Nachricht, daß der seither vom königlich sächsischen Regierungsrath Eberhardt redigirte allgemeine Polizeianzeiger in Dresden unter der Redaction des Polizeiassessors Müller forterscheinen würde. Diese Nachricht ist dahin zu berichtigen, daß die Redaction des Eberhardtschen Polizeianzeigers von einem Verwandten des Verstorbenen in hiesiger Stadt fortgeführt werden wird, das in Dresden projecte Blatt aber speciell nur auf das Königreich Sachsen berechnet sein soll.

Z **Hamburg**, 24. Dec. Mit der Berufung des ehemaligen kurhessischen Oberstlieutenants Bödicker zum Stadtcommandanten und Chef des Militärwesens der freien und Hansestadt Hamburg ist in diesem seither hier etwas verkümmerten Zweige des öffentlichen Dienstes eine größere Rührigkeit und regelnde Thätigkeit wahrzunehmen. Unsere Contingentsverhältnisse sind, wie schon früher erwähnt, in einem corrumpirten, zerfahrenen Zustande; eine durchgreifende Reorganisation ist in mehrfacher Beziehung unabweislich. Die Garnison wird auf die etatmäßige Stärke gebracht, ein Artilleriecorps hergestellt, und in der Verwaltung sollen manche im Laufe der Zeit heimisch gewordene Mißstände beseitigt werden. Major Beste soll dem Commandanten durch seine Energie und Umsicht in der angestrebten Bessergestaltung unseres Militärwesens recht förderlich zur Seite stehen. — Die Secte der Mormonen gewinnt im Norden eine zusehends größere Ausbreitung, und namentlich ist es der Stand der Handwerker, Arbeiter u. s. w., der sich ihr anschließt. Auch hier hat sich ein Mormonenconventikel gebildet, der bei einem Schuhmachermeister in der Vorstadt St. Georg seine Andachtsübungen verrichtet. Die Sendlinge haben sich unter den Schutz des nordamerikanischen Consuls begeben, um gegen Anfechtungen seitens der Behörden gesichert zu sein. Die aus Dänemark hier durchpassirte gläubige Schaar ist als Avantgarde zu betrachten, der noch erst zum künftigen Frühjahr eine Kerntruppe im nordwestlichen Deutschland gewonnener Neophyten nach dem großen Salzsee nachfolgen soll. — Zur Kunde deutscher Colonisation in transatlantischen Ländern bringt die hier erscheinende „Hansa" ab und zu interessante und genaue Originalmittheilungen, welche eine allgemeinere Aufmerksamkeit verdienen. Ich komme nächstens darauf zurück, und werde Ihnen einige in Bezug auf das Colonisationswesen bemerkenswerthe Details, so weit sie vorzugsweise das öffentliche Interesse berühren, mittheilen.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 26. Dec. In Basel werden so eben die erforderlichen Anordnungen zur Herstellung der Telegraphenverbindung zwischen der Schweiz und Frankreich getroffen; auch die Verbindung mit Baden dürfte nun nicht lange mehr auf sich warten lassen, da letzte Woche bei Anwesenheit der badischen Minister des Auswärtigen und der Finanzen in Basel die nöthigen Verträge dem Abschluß nahe gebracht worden sind. — Ein etwas räthselhaft gehaltener Artikel der Independance spricht von Schritten zur Versöhnung, welche dem Kanton Freiburg eine glückliche Wendung der

Dinge versprechen; die Unterhandlungen wegen der kirchlichen Frage hätten guten Fortgang. — Man spricht von einer Mission, welche Staatsrath Clavaz von Wallis wegen des St. Bernhard Hospizes nach Paris und London antreten werde. Nach einer Niederlage, welche die Radicalen in diesem Kanton erlitten, folgte wieder ein Sieg derselben, indem mit 51 gegen 32 Stimmen beschlossen wurde, daß der Verfassungsrath auch großer Rath sein solle, also nach Vollendung der Verfassung nicht abzutreten habe. Am 21. d. M. brachte Staatsrath Pignat, bei Anlaß der Petition von Monthey, die Trennung des Kantons in zwei Halbkantone zur Sprache, fand jedoch damit keinen großen Anklang.

Italien.

Rom, 13. Dec. Eine militärische Festlichkeit reiht sich hier der andern an. Kaum ist die der Verkündigung des französischen Kaiserreichs vorüber, so trifft man Vorbereitungen zu einer neuen Fahnenweihe; denn die vor einigen Monaten aus Paris angekommenen neuen Adler sind bereits ein veraltetes Möbel, und müssen schon darum durch neue ersetzt werden, weil sie die verdächtigen Buchstaben R. F. (République Française) und den Adler ungekrönt zeigen. General Gemeau wird sich dann wieder in öffentlicher Rede begeistern, mit eben solcher Anstrengung wie am 8. d. M. bei Verkündigung des Endes der Republik, der er 1848 zu Straßburg mit so vieler Begeisterung selbst die ersten Freiheitsbäume gepflanzt. Auch bei der neuen Fahnenweihe dürften sich die Römer als Festgenossen nicht mehr betheiligen als an der Proclamation des Kaiserreichs. Zwar sieht man Louis Bonaparte bereits an den Schaufenstern mehrerer römischen Kunstläden im Krönungsornat, einen Lorbeerkranz um die Schläfe gewunden, ausgestellt, allein auch ein wenig erbaulicher Anschlag mit dem Ausruf: Viva la repubblica, morte a Napoleone terzo! circulirte in den letzten Tagen an den Straßenecken in zahlreichen Exemplaren. Das Blatt war gedruckt, weßhalb die Polizei in verschiedenen verdächtigen Druckereien die vorhandenen Typen damit confrontiren ließ, ohne jedoch die wahre Presse zu entdecken. — Die Wahl des Generaldirectors der päpstlichen Polizei ist noch immer nicht entschieden. Der eine Candidat Monf. Lo Schiavo, dessen bekannte Strenge nicht für die Gegenwart zu passen schien, ward zum Delegaten der Provinz Perugia ernannt, wohin er bereits abgegangen. Der milde Monf. Prela hat die Annahme des Amts an die Bedingung geknüpft, für die unter polizeiliche Aufsicht gestellten politischen Verdächtigen Vergeben und Vergessen eintreten zu lassen. Es sind ihrer gegen 4000 allein in Rom und das ist freilich eine Zahl, welche gehörig im Schach zu halten unserer nun einmal so und nicht anders organisirten Polizei oft höchst beschwerlich fallen mag. — Die neulich erwähnten Anstalten zu einer abermaligen Entwaffnung sind bereits in einem Theil der Umgegend Roms zur Ausführung gekommen. Alle die in den Bezirken der Wegelagerer und Räuber gelegenen Ortschaften zwischen Rom, Civitavecchia und Viterbo, wie Tolfa, Sutri, Canale, Orioli, Bracciano, Anguilara, Nociglione u. a., wurden durch französische Truppenabtheilungen zum drittenmal entwaffnet, da zweifelsohne von ihnen aus die Straßenräuber mit Munition und Waffen versehen wurden. — Der Cameriere segreto Sr. Heiligkeit, Monf. Fürst G. Hohenlohe, ist von seiner Mission nach Deutschland letzten Freitag hierher zurückgekehrt. (A. Z.)

Frankreich.

✲ **Paris,** 26. Dec. Gestern hat der Kaiser in Compiegne das die Verfassung vom 24. Januar d. J. modificirende Senatusconsultum unterzeichnet. Die Modificationen selbst sind Ihnen bereits bekannt: der Kaiser führt den Vorsitz im Senat; Handelsverträge und Tarifabänderungen erhalten durch bloße Promulgationen Gesetzeskraft; wichtige öffentliche Anlagen und Bauten werden durch kaiserliche Decrete angeordnet, wenn sie den Schatz nicht belasten; ausnahmsweise auch die, welche durch Kriegs- oder Elementarereignisse dringend nothwendig geworden sind; die Mitglieder der kaiserlichen Familie heißen französische Prinzen; die Prinzen werden im achtzehnten Jahr, „mit der Zustimmung des Kaisers", Senatoren; die Deputirten erhalten für jeden Sessionsmonat 2500 Fr. Dadurch ist der Gehalt dem der Senatoren (30,000 Fr. jährlich) gleichgestellt; das Ausgabebudget wird ministerienweise votirt; der Eid ist modificirt. — Damit die Heiligkeit des Weihnachtsfestes nicht gestört werde, waren für gestern Abend alle Bälle, auch der in der großen Oper, von höchster Stelle her untersagt. — Der Minister v. Persigny hat die unverzügliche Ausführung einer Idee des Kaisers beschlossen: an der Sternbarriere nämlich das prachtvolle Außenthor von Paris herstellen zu lassen. Der Sternplatz soll eine Länge von 370 und eine Breite von 180 Metres erhalten, um sowohl zu Truppenübungen wie zu öffentlichen Festlichkeiten verwendet werden zu können. Der Seinepräfect hat zu den Vorarbeiten die Anstalten bereits getroffen. — Die Expropriation erfolgt auf Staatskosten.

Großbritannien.

‖ **London,** 25. Dec. Die Times theilt heute eine Ministerliste als definitiv mit, auf welcher Lord Granville an der Stelle des Grafen v. Clarendon als Präsident des Conseils figurirt. Demselben Blatt zufolge würde Lord Cranworth Lordkanzler und der Marquis v. Lansdowne nähme ohne Portefeuille einen Platz im Parlament ein. Der Morning Herald übergibt dem Grafen v. Harrowby das Conseilpräsidium, dem Marquis v. Clanricarde das Lancasteramt und dem Grafen v. Granville die Lordstatthalterschaft von Irland. Als Schatzsecretär bezeichnet er an Wilsons Stelle den Mr. Bernal. — Die Königin, Prinz Albert und der Hof haben sich gestern von Osborne nach Windsor begeben, dort die Festtage zuzubringen.

Türkei.

Smyrna, 6. Dec. Die unablässigen, immer weiter um sich greifenden Räubereien organisirter Banden und die Unmacht der Regierung, der Frechheit dieses Treibens Einhalt zu thun, haben die Bewohner von Smyrna veranlaßt, sich in einer Adresse an die europäischen Generalconsuln zu wenden, in welcher sie, nach Aufzählung aller seither verübten Unthaten dieser Bande, die Bitte aussprechen, daß die Gesandten gebeten werden möchten, die kritische Stellung der Europäer in Smyrna, welche eine Bande Missethäter in beständiger Beunruhigung hält, in Berücksichtigung zu nehmen, und sonach bei dem Großvezier und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten wirksam einzuschreiten, auf daß diese Staatsbeamten den Civil- und Militärbehörden von Smyrna die Ergreifung kräftiger Maßregeln vorschreiben, um rasch die Vernichtung einer Handvoll Räuber herbeizuführen, welche die Geißel und der Schrecken einer ganzen Bevölkerung sind, und welche, den bestehenden Gesetzen zum Trotz, Handlungen des Raubes und der Gewaltthat begehen, die man nicht einmal bei den wildesten, aller Polizei entbehrenden Völkern sah.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Ueber die in neuerer Zeit mehrfach besprochene nassauische Eisenbahnangelegenheit bringt die Mittelrheinische Zeitung folgendes Nähere: Am 22. October d. J. erwirkte General Riellon ein Decret des herzoglichen Staatsministeriums, worin ihm die Zusicherung ertheilt wurde, daß der von ihm vertretenen englischen Gesellschaft die Concession zur Erbauung der Eisenbahn von Wiesbaden über Limburg nach Deutz bis an die preußische Grenze ertheilt werden solle, wenn er binnen 25 Tagen 10,000 Pf. St. als Caution für die Ausführung des Unternehmens bei der Staatskasse hinterlege. Diese Bedingung erfüllte General Riellon innerhalb der Frist. Sowohl von seiner Seite als von den Comité's zu Wiesbaden, Altenkirchen ɩc. geschahen die geeigneten Schritte bei dem Oberpräsidenten zu Koblenz und dem Handelsministerium zu Berlin, um auch die Concession zur Fortsetzung der Bahn auf preußischem Gebiet bis Deutz zu erlangen. So sehr aber die Wichtigkeit der Bahn, namentlich in strategischer Beziehung und in Verbindung mit einer Eisenbahn nach Koblenz und Siegen — zu welcher sich die englische Gesellschaft gleichfalls bereit erklärte — auch von dem preußischen Ministerium anerkannt wurde, scheiterten alle Bemühungen, die Concession zu erhalten, an der auch in einem Erlaß des Herrn Oberpräsidenten vom 8. November d. J. niedergelegten officiellen Erklärung des preußischen Gouvernements, sich in Unterhandlungen mit Nassau nicht einlassen zu können, so lange dasselbe bei der eingeschlagenen Politik in der Zollfrage beharre. Die von dem General Riellon vertretene Gesellschaft glaubte aus naheliegenden Gründen das Resultat der noch immer unübersehbaren Verhandlungen über die Zollfrage nicht abwarten zu dürfen, und bat deßhalb die nassauische Regierung um Ertheilung der Concession zu einer Eisenbahn von Wiesbaden dem rechten Rheinufer entlang bis Niederlahnstein, indem von dort aus vorläufig die Verbindung mit Bonn und Köln durch Dampfschiffe erhalten werden könne, während die Bahn über Limburg bis an die preußische Grenze, ohne deren Fortsetzung bis Deutz ohne praktischen Werth sei. Die nassauische Regierung hat der gedachten Gesellschaft diese Concession durch Decret vom 12. Dec. d. J. ohne alle Einschränkung unbedingt ertheilt, sie von der übernommenen Verpflichtung, die Bahn über Limburg zu bauen, freigegeben, und die dafür hinterlegte Caution auf die Bahn nach Lahnstein, zu welcher die erforderlichen Vorarbeiten bereits begonnen sind, übertragen. So liegt das Factum; jede kritische Erörterung derselben würde nutzlos sein.

Telegraphische Coursberichte.

Amsterdam, 27. Dec. $2\frac{1}{2}$ pCt. Integr. $66\frac{3}{8}$. — 3pCt. Schuld — — 4pCt. Certific. $97\frac{3}{16}$. — $3\frac{1}{2}$ pCt. Synd. $95\frac{7}{8}$. — 4pCt. Ruff. bei Hope 93. — 4pCt. Ruff. bei Stieglitz $92\frac{3}{8}$. — 3pCt. Span. inl. $43\frac{3}{4}$. — 1pCt. do. Neue $23\frac{13}{16}$. — 5pCt. Silber-Metall. $93\frac{1}{8}$. — 5pCt. Metall. $80\frac{3}{8}$. — $2\frac{1}{2}$ pCt. do. $41\frac{11}{16}$. — Franz. Kanfen $10\frac{1}{2}$. — Metall. beliebt. (Synd.)

Berichtigung.

In dem „Die Verständigung" überschriebenen Artikel, im heutigen Hauptblatt, muß es, Zeile 12 von oben, heißen: „Insofern erscheint ihre Dauerhaftigkeit **unverbürgt**," statt unverkürzt.

Verantw. Redaction: Dr. H. Malten. Dr. E. Sattler. Dr. J. B. Kutscheit.

Digitized by Google

Allgemeine Renten-Anstalt zu Darmstadt.

Diejenigen, welche der in der Bildung begriffenen, mit dem 31. December d. J. geschlossen werdenden 6ten Jahresgesellschaft, zu welcher bereits **419 Einlagen** gemacht worden sind, beizutreten oder Nachzahlungen auf frühere Einlagen zu leisten beabsichtigen, laden wir hierdurch ein, solches vor Ablauf dieses Jahres entweder dahier bei dem Hauptbüreau der Anstalt oder auswärts bei den Herren Bevollmächtigten derselben *) zu bewerkstelligen.

Bis jetzt zählt die Anstalt im Ganzen **5464 Mitglieder mit 9001 Einlagen** und einem effectiven **Einlagecapital von 509918 fl.**

Bei der mit der Anstalt verbundenen **Depositencasse** wurden außerdem seit Anfang d. J. bereits **242797 fl.** hinterlegt.

Darmstadt, den 25. October 1852.

Die Direction der allgemeinen Renten-Anstalt.

*) In Frankfurt a. M. bei Herrn G. A. Zipf; in Zillenburg bei Herrn F. J. Zinn; in Fulda bei Herrn W. Lucher jun.; in Hanau bei Herrn Ferdinand Weiß; in Heidelberg bei Herrn C. C. Otto; in Heilbronn bei Herrn Hermann Bödtes; in Hildburghausen bei Herrn Steuramtsassistent Kisselstein; in Homburg v. d. H. bei Herrn Carl Müller; in Kreuznach bei Herrn Jacob Hesselberg; in Marburg bei Herrn J. H. G. Römhildt; in Schweinfurt bei Herrn Andreas Trillhaas; in Stuttgart bei Herrn Louis Bertsch; in Wiesbaden bei Herrn F. W. Kiesbier. [2191]

Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig.

Die unterzeichneten Agenten sind zu der Anzeige ermächtigt, daß den betreffenden Mitgliedern dieser Anstalt im Jahre 1852

16⅔ pro Cent Dividende

mithin der 6te Theil des Jahresbeitrags, zu Gute gerechnet werden wird.

Dieses Ergebniß der Wirksamkeit des segensreichen Instituts ist um so erfreulicher und beachtenswerther, als es eine andauernde Steigerung der entdeckten Unterschüsse befundet, ungeachtet der zur Erfüllung künftiger Verbindlichkeiten angesammelte Reservefonds alljährlich seine Verstärkung in einer Weise erfährt, welche die vollständigste Sicherheit des Instituts verbürgt.

Auskünfte und Aufnahmspapiere ertheilen unentgeldlich die Agenten

Heinr. Verhuven in Frankfurt am Main,

in Alzey: **F. J. Thomas**,
„ Arolsen: **F. Krummel**,
„ Arnheim: Spitalverwalter **Hälin**,
„ Bingen: **J. B. Allmann Sohn**,
„ Darmstadt: **C. E. Kleber**,
„ Gießen: Stadtrath **E. C. Rühl**,
in Homburg (Bad): **F. W. Böhrer**,
„ Mainz: **J. Thuquet**,
„ Offenbach: **Bauer & Eichhorn**,
„ Wetzlar: **Albert Köhler**,
„ Wiesbaden: Buchhändler **Ritter**. [2874]

[2887] **Mailand-Como-Loose**
(unter Sicl. 35 gewünscht Sicl. 1).
Ziehung 1. Januar 1853,
zu haben bei **Moritz Budge**, Schäfers. Nr. 1.

[2885] Ein Lehrling für eine hiesige (israelitische) Handlung wird gesucht.

[2886] Für eine hiesige (israelitische) Handlung wird ein Commis gesucht.
Offerten franco, Postfrankirt A. B. C.

[2606] **Edictalladung.**

Maria Elisabeth Gutmann von Rödergrund, Tochter des Johann Valentin Gutmann, geboren am 12. April 1782 hat sich vor vielen Jahren aus ihrer Heimath entfernt und über ihr Leben und ihren Aufenthaltsort keine Nachricht gegeben.

Auf den Antrag der dahier bekannten Intestaterben wird daher die abwesende Maria Elisabeth Gutmann, bezw. etwaige unbekannte Intestaterben öffentlich aufgefordert,

binnen 3 Monaten

und zwar spätestens im Termin

den 9. März 1853, Vormittags 10 Uhr,

sich dahier zur Empfangnahme ihres dahier befindlichen Vermögens zu stellen, widrigenfalls die Abwesende für todt erklärt und ihr Vermögen den ausgetretenen Intestaterben ohne Caution eingehändigt werden soll.

Hünfeld, am 6. December 1852.

Kurfürstlich Hessisches Justizamt.
J. Rüdesam.
vdt. Zimmermann.

[2785] **Edictalladung.**

Nachdem von Gr. Hofgericht der Provinz Starkenburg über das Vermögen des Anfangs Mai dieses Jahres heimlich nach Amerika ausgewanderten Schuhmachermeisters Christoph Feld von Pfungstadt der formelle Concurs für den Fall erkannt worden ist, daß derselbe binnen zur Abwendung desselben gesetzmäßigen Anträge stellen werde, so wird der abwesende Christoph Feld hiermit aufgefordert,

Donnerstag den 27. Januar 1853,
Vormittags 10 Uhr,

vor Gr. Landgericht dahier zu erscheinen und etwaige Mittel zur Abwendung des Concursverfahrens anzugeben, widrigenfalls dieses Verfahren gegen ihn eingeleitet werden würde.

Gleichzeitig werden alle Diejenigen, welche Forderungen oder sonstige Ansprüche an das Vermögen des Christoph Feld zu machen haben, aufgefordert, dieselben in diesem Termine dahier anzumelden und etwaige Vorzugsrechte für dieselben in Anspruch zu nehmen und zu begründen, widrigenfalls sie bei der Massvertheilung keine Berücksichtigung finden würden.

In diesem Termine soll erschienenen Gläubigern der Vorschlag gemacht werden, die Güter versucht, so wie über die Bestellung eines Massecurators und Gläubigerausschusses unter den erschienenen Gläubigern verhandelt werden, und sollen die in diesem Termine nicht persönlich erschienenen Gläubiger als den Beschlüssen der Mehrzahl der erschienenen beigetreten angesehen werden.

Zwingenberg, den 3. December 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Brenner.

Cours der Staats-Papiere. 28. December 1852. [Schluss der Börse.]

	Per comptant.			Per comptant.
Oesterreich	5%/% (C.K.b.Rothsch)	96 G.	Baden . .	fl. 35 Loose v. 1845 38½ bez. ⅜ G.
»	5%/% v. J. 1851 Ser. B	96 G.	hessische	40Thlr. L. b. Rothsch. 34 F. 33⅓ G.
»	5%/% do. v. J. 1854 L. a. 25	95⅝/₃ ⅔ bez. ⅓ G.	»	Frdr.-Wilhe.-Nordb. 49 bez.
»	5%/% L. V. (C. b. Roths.)	92¼/₄ G.	Gr. Herzog.	4½% Obligationen 101¾/₄ G.
»	5%/% do. Nouv. C. lit. L. M	88¼/₂ ⅔/₃ G.	»	4% ditto b. Rothsch. 98¾/₄ G.
»	Bank-Actien . .	1435, 36, 37, 36, 35 bez. u. G	»	4½/₂% ditto b. Rothsch. 92¼/₄ G.
»	5%/% Metalliq. Oblig.	84½/₃ ⅓ bez.	»	fl. 50 Loose . . . 92¾/₄ G.
»	5%/% v. J. 1854 Ser. A.	84½/₃ ⅔/₄ G.	»	fl. 25 Loose . . . 32 G.
»	5%/% ditto 1852	84¼/₄ ⅔/₃ ber.	Nassau .	5%/% Oblig. b. Rothsch. 103¼/₄ P.
»	4½/₂% ditto	75¼/₄/₃¼/₂/₃¼/₂/₃¼/₂/₃¼/₂/₃ abez. u. G.	»	4%/% ditto 99¾/₄ G.
»	4%/% ditto	66½/₃ F. 66 G.	»	4%/% ditto b. Rothsch. 91⅞/₈ P. ⅜/₄ G.
»	3%/% ditto	50 G.	»	fl. 25 Loose . . . 29⅝/₈ P. ⅝ G.
»	3½/₂% ditto	43½/₂ P. ½/₄ G.	Frankfurt	3½/₂% Oblig. v. 1839 95⅝/₈ P. ⅜ G.
»	3%/% ditto	36½/₂ G.	»	3½/₂% » v. 1846 94⅝/₈ G.
»	Mail.-Como-fl. 14-L.	18⅝/₈ P. 11 G.	»	3%/% » 86 G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	124⅛/₄ P. 123⅛/₄ G.	»	Thurnusbahnact. . 308 P. 306 G.
»	fl. 500 » ditto	196½/₂ G.	Portugal	4½/₂% Obl. b. Baring 101½/₂ P. ¼ G.
»	4½/₂% Oblig. b. Roths.	81⅝/₈ G.	»	4%/% Obl. b. Hope & S. 92¼/₄ G.
»	4%/% » »	71⅞/₈ G.	»	3%/% » in Silberthlr. » 92 G.
Preussen .	4½/₂% Staatsschulds.	94¾/₄ G.	Polen . .	4%/% Oblig. de fl. 500 92¾/₄ P. ⅛ G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	117½/₂ G.	Sysaun	5%/% Ind. Sch. 1ª 2.2.30 43¾/₄ P. ½/₄ G.
Bayern .	5%/% Oblig. b. Rothsch.	101⅛/₈ P.	»	4%/% Neue » » 23¾/₄₆, ⅞/₈ bez. 13/16 G.
»	4½/₂% ditto	101½/₂ bez. u. G.	Holland.	4%/% Certificate . . 96¾/₄ G.
»	4%/% ditto	86¼/₄ P. ½/₄ G.	»	3½/₂% Syndicate . . 55¾/₄ G.
»	4%/% Ablös.-Rente .	90⅜/₈ G.	»	2½/₂% Integrale . . 66 G.
»	3½/₂% Oblig. b. Roths	52½/₂ G.	Belgien .	4½/₂% Obl. in F. 25Thlr. 99⅜/₈ P. ⅜/₄ G.
»	Ludwigsh.-Berbach.	99⅛/₈ P. ⅛ G.	»	4%/% obl. in Pr. à 25 Thlr. 94⅜/₈ P.
»	5%/% Prioritt.-Oblig	103¼/₄ G.	»	3½/₂% Obl. b. Rothsch. 57¼/₄ P. ½/₄ G.
Würtemb.	4½/₂% Oblig. b. Roths.	101¾/₄ G.	Sardinien	5%/% Obl. b. Rothsch. 97¾/₄ G.
»	3½/₂% ditto	91 P. 90⅜/₈ G.	»	5%/% Obl. b. Hambro 94¾/₄ P.
Baden . .	5%/% Obligationen .	102⅜/₈ bez.	»	Sardinische Loose . 41¼/₄ P. 41 G.
»	4½/₂% Obligationen	102⅜/₈ G.	Toscana	5%/% Obl. 1852 (C.b. Salda.) 101¾/₄ G.
»	3½/₂% v. 1840 . .	91⅜/₈ P. ½/₄ G.	»	5%/% 1851 b. Fastogi (do.) 98 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	67¾/₄ G.	Römerzin	6%/% Stocks Holl. 2.30. 117½/₂ G.

Das Syndikat der Wechsel-Sprasale.

Wechsel-Cours.

Den 28 December	Per comptant.
Amsterdam . . kS.	99⅛ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	3M.
Augsburg . . kS.	121⅜ 119½ G.
(100 fl. Crt.)	3M.
Berlin . . . . kS.	105⅛ 104½ G.
(60 Thlr.) .	3M.
Bremen (100 fl.	97⅛ B.
Rthlr.-l. Cour.	3M.
Hamburg . . kS.	89⅞ B. ⅛ G.
(100Mk. Bco.)	3M.
Leipzig . . . kS.	105⅛ B. 104½ G.
London . . kS.	117⅞ B. ⅛ G.
(10 Liv. St.)	3M.
Lyon . . . . kS.	94⅛ B. 93¾ G.
(300 Frcs.)	2M.
Mailand (250	kS. 100⅛ B.
Lir. Austr.)	3M.
Paris . . . . kS.	94⅛ B. 93¾ G.
Wien (100fl.	kS. 106¼ stw.
in 2. 20 F.)	106⅜ B. 105⅞ G.
	3M. 105⅞ bz. u. G.
Disconto . . .	2 B.

Gold und Silber.

Pistolen . . . . fl. 9	42½ - 43⅛
Fr. Friedrichsd'or »	9 54⅛ - 55⅛
Holl. 10fl. Stücke »	9 48⅛ - 49⅛
Rand-Ducaten »	5 56-57
20 Francsstücke »	9 25-26
Engl. Sovereigns »	11 46
Gold al Marco »	370-381
5 Frankenthaler »	2 20⅜ - 21⅛
Preuss. Thaler »	1 45-1⅛
Preuss. Cass.-Sch.	1 45-1⅛

Druck von August Osterrieth.

№ 311. — Mittwoch — den 29. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Herzogthümern Braunschweig und Nassau, den Thüringischen Postvereinsländern 2 Thlr. 20 Sgr. = 1 Rthlr. 18½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 2 fl. im 24 fl.-Fuß, oder 2 fl. 30 kr. C. M., oder 1 Rthlr. 18½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übereseeische Länder nimmt Herr H. L. Lierander in Straßburg, Brandgasse Nr. 26, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an.

Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Druck) und Petitschrift oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

Wien, 24. Dec. Niemand wird leugnen, daß der wahre Wohlstand der Völker auf der Erzeugung der Rohproducte beruht. Alle üblen Folgen, welche eine gesteigerte Industrie herbeiführt, fallen bei einem Ackerbau und Bergbau treibenden Volk weg, denn der Werth der gewonnenen Naturproducte ist niemals jenen Schwankungen unterworfen, wie der der Fabrikate. Wenn dies schon im Allgemeinen seine Anwendung findet, so gilt es insbesondere in Oesterreich, und es freut uns, berichten zu können, daß sich diese Ansicht auch bei der Staatsverwaltung Bahn gebrochen, indem sie mit Rücksicht auf den Grundsatz, daß die Gewinnung der Rohproducte ein wesentlicher Factor des Nationalwohlstandes der Völker Oesterreichs sei, es sich zur Hauptaufgabe gemacht, alle Hemmnisse, welche einer ferneren Entwickelung in dieser Beziehung im Wege stehen, zu beseitigen. Unter den Mitteln, welche die Regierung ergreifen will, um die Ausbeutung der Rohproducte zu erleichtern, verdient der Entschluß, in Wien eine eigene Centralbergschule zu errichten, gewiß nicht den letzten Platz. Es ist nicht zu leugnen, daß der Bergbau in Oesterreich bis jetzt an vielen Punkten weit hinter den Anforderungen der Zeit zurückgeblieben ist, besonders waren Mangel an Kenntnissen und veraltete Berggesetze die Grundübel, woran unser Bergbau verkümmerte. Wir wollen damit nicht gesagt haben, daß die ärarischen Bergbaue schlecht administrirt gewesen wären, im Gegentheile fehlte es dem Staate für den Betrieb eigener Bauten niemals an tüchtigen Leitern; aber die Zahl derselben war so gering, daß sie das Bedürfniß der bedeutenden Mehrzahl der Privatbergwerke nicht zu decken vermochte, und die meisten waren daher gezwungen, sich mit den minder befähigten zum Staatsdienste untauglichen oder in anderer Beziehung ungeeigneten Individuen zu behelfen. Darum war auch der Zustand sehr vieler, ja der meisten Privatbergbaue sehr mangelhaft, und die Besitzer derselben mußten, wollten sie nicht Gefahr laufen, von der ausländischen Coneurrenz vollends erdrückt zu werden, auf ihre eigenen Kosten junge Leute in Vordernberg und Schemnitz studiren lassen, um mit den Anforderungen der Zeit gleichmäßig vorwärts zu schreiten. Durch die Errichtung der zwei montanistischen Lehranstalten in Přibam und Leoben einerseits, anderseits durch die Zulassung der Techniker zu den bergakademischen Studien dürfte dieser Uebelstand für immer beseitigt werden. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die besondere Berücksichtigung humanistischer Ausbildung der ehemaligen Bergeleven an den Gymnasien und philosophischen Lehranstalten, in früheren Jahren jene dringend nöthige technische Ausbildung gänzlich unterblieb, und sie nach Vollendung jener Vorbildung zu allen andern Studien geeigneter als zu den bergakademischen waren. Man kann es daher nur gut heißen, wenn künftig die Bergeleven ihre Bildung an den Realschulen, polytechnischen Lehranstalten, dem montanistischen Museum und namentlich an der neu zu errichtenden Centralbergschule suchen, um sich schon frühzeitig mit den Vorbereitungswissenschaften ihres Brodstudiums bekannt zu machen.

Aus Venedig vom 22. Dec. wird gemeldet: Vor wenigen Tagen wurde abermals zu Verona ein Individuum, das durch seinen verdächtigen Umgang die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gelenkt hatte, in Haft gebracht. Bei der Hausdurchsuchung fand man mehrere Papiere, die in ihm einen neuen Emissär Mazini's erkennen ließen. Es sollen auch einige Schießwaffen bei ihm gefunden worden sein.

P **Berlin**, 26. Dec. Den Kammern ist, wie gewöhnlich bei dem Zusammentritt, eine interessante Nachweisung über den Fortgang der Staatsbauten in diesem Jahr an der Ostbahn und den damit verbundenen Brückenbauten über Weichsel und Nogat, der Coupirung letzterer und den Deichregulirungsfortschritten, sowie an der westfälischen und Saarbrücker Bahn zugegangen. Wie bekannt sind auf der Ostbahn in diesem Jahr die Strecken Bromberg-Dirschau-Danzig, 21,, Meilen lang, und Marienburg-Braunsberg, 11,, Meilen lang, am 5. August resp. 18. Oct. eröffnet und dem Betrieb übergeben. Es war dies möglich, weil man mit verstärkten Mitteln arbeitete. Während bei dem bisherigen fürsten Baubetriebe bei Jahres 1851 wenig über 3 Mill. Thlr. verausgabt waren, betrug die Ausgabe in dem Jahr vom November 1851 bis November 1852 5,559,848 Thlr. 20 Sgr. 6 Pf., und die Gesammtausgabe bis dahin überhaupt 11,316,629 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. Die Zahl der auf allen Baulinien gleichzeitig beschäftigten Arbeiter stieg während des letzten Sommers bis auf 12,967 Mann, denn auch die Strecke Braunsberg, 8,, Meilen lang, war auf allen Punkten in Angriff genommen und kräftig gefördert. Auf der Strecke von Kreuz nach Bromberg sind auf den Bahnhöfen Kreuz und Bromberg die definitiven Empfangsbäuser gebaut und mit der Ausstattung der übrigen Bahnhöfe vorgeschritten. Auf der Strecke von Bromberg über Dirschau nach Danzig sind nur auf dem Bahnhof Dirschau die Erdarbeitungen noch nicht vollendet, da die Ausführung dieses Bahnhofs von dem Bau der daran grenzenden Weichselbrücke abhängt, weßhalb denn auch für den Betrieb daselbst der größere Theil der Bahnhofsgebäude, provisorisch errichtet werden mußte. Im Uebrigen ist der Bahnkörper fertig. Auf der Strecke von Dirschau nach Königsberg ist der Theil zwischen Dirschau und Marienburg, über das von der Weichsel und Nogat eingeschlossene Werder, in einer Länge von 2,, Meilen noch nicht gebaut, weil er erst nach Vollendung der Brücken über die Weichsel und Nogat einen Anschluß nach beiden Seiten hin erlangen kann. Der Theil von Marienburg über Elbing bis Braunsberg, 11,, Meilen, ist im Betrieb. Die Beschaffung des Betungsstoffes war auf dieser meistens durch schweren Lehmboden führenden Strecke besonders schwierig. Kieslager finden sich nur entfernt von der Bahn und die Anfuhr, bei welcher man in dieser Gegend vorzugsweise die Winterzeit benutzen muß, in welcher die Wege fest gefroren sind, konnte im vergangenen Winter, wo der Frost nur wenige Tage anhielt, nicht erfolgen. Es kann daher der volle Kiesbedarf nur durch Locomotivzüge beschafft werden. Auf den acht Stationen dieser Strecke sind die Empfangs- und Betriebsgebäude für den nächsten Bedarf eingerichtet. Für den Bahndienst ist die Bahn mit einem elektro-magnetischen Telegraphen versehen. Außerdem ist der Staatstelegraph auf dieser Strecken ausgeführt. Auf der ganzen Strecke der Ostbahn sind 42 Locomotiven, 106 Personenwagen, 16 Passagiergepäck-, 100 bedeckte Güter-, 12 bedeckte Pferde- und 10 offene Güterwagen im Gang. Die Futtermauern am Bergel, auf dem Bahnhof zu Königsberg, an welcher, wie in Danzig, unmittelbar auf das Seeschiff überladen werden soll, ist nach dem Bericht, wie der Bau der Bahnhofsgebäude in Königsberg, in der Ausführung begriffen. Die Brücken über Weichsel und Nogat sind soweit gediehen, daß in Weichsel und Nogat die Bettongründung der Mehrzahl der Pfeiler beendigt und einige im Maurerwerk bis zum mittleren Wasserstande hinaufgeführt sind. Unmittelbar bei den Brückenbauten waren durchschnittlich 1370 Arbeiter und 186 Zugthiere beschäftigt und sind 8 Dampfmaschinen thätig. Die verwendeten Baumittel belaufen sich vom 1. November v. J. bis dahin d. J. auf 436,851 Thlr. 3 Sgr. 6 Pf. Die Strom- und Deichbauten an der Weichsel und Nogat bestehen aus der Coupirung der Nogat nebst Bau eines neuen Siels, aus Anlage des Weichsel-Nogat-Kanals nebst Ufer- und Grundbefestigungen und Bau der Eiswehre, endlich aus Deichbautenunromalitirung auf eine Gesammtlänge von 38,040 Ruthen oder 19 Meilen. Letztere ist in diesem Jahr vollendet. An den Coupirungen wird nur eine Rinne für die Schifffahrt einstweilen noch offen gehalten. Im nächsten Frühjahr wird auch diese zugelegt und bei günstigen Stromverhältnissen nach dem Ablauf des Sommerhochwassers im Monat August die vollständige

Abschließung der Nogat bewirkt werden. Der Bau des großen massiven Siels ist im Mauerwerk vollständig beendigt, auch sind die Thore bereits eingehängt. Am Kanal sind die Arbeiten soweit beendet, daß im nächsten die Schutzdeiche an der Ein- und Ausmündung des Kanals weggeräumt und der Kanal geöffnet werden kann. Die Kosten der sämmtlichen Strom- und Deichbauten an der Weichsel und Nogat sind nach den Kostenanschlägen berechnet auf 3,159,716 Thlr., wovon im Ganzen bis jetzt 2,490,196 Thlr. ausgegeben sind, und zwar für die Coupirungen 230,601 Thlr., für den Kanal 615,832 Thlr., für die Deichbauten 1,607,200 Thlr., für Verwaltungskosten und Vorschläge 36,561 Thlr. Die westfälische Eisenbahn hat bei ungünstigen örtlichen und Witterungsverhältnissen nicht so weit gefördert werden können, als man beabsichtigte, doch hat man für das folgende Jahr nur noch wenig übrig. Die Durchschnittszahl der Arbeiter, Erdarbeiter, Maurer und Zimmerleute 2c. wechselte im Laufe des Jahres zwischen 8000 bis 12,000 Mann. Der Generalkostenanschlag schließt ab mit 7,169,770 Thlr., aber es wird als wahrscheinlich dargestellt, daß die Erweiterung des Verkehrs und die Anlage der Telegraphenlinien 2c. noch 623,234 Thlr. verlangen wird. — Die Saarbrücker Eisenbahn, mit Einschluß der Zweigbahnen 5, Meilen lang, ist am 15. November dem Betriebe übergeben. Obwohl die Erweiterung des Betriebes noch erhebliche Mittel in Anspruch nehmen wird, so hofft man doch mit der veranschlagten Summe von 2,330,000 Thlr. sicher auszureichen.

* **Berlin**, 25. Dec. Die katholische Fraction unserer zweiten Kammer hat eine solche Bedeutung erlangt, daß es auch in weitern Kreisen nicht uninteressant sein wird, die Hauptbestimmungen ihrer „Satzungen" kennen zu lernen. Wir geben sie in Folgendem: Die Fraction sucht sich über die in der Kammer zu fassenden Beschlüsse möglichst zu einigen. Zu diesem Zwecke finden regelmäßige Versammlungen statt. Die Berathung in denselben wird den Charakter freundschaftlicher Erörterung an sich tragen. Reden werden nicht gehalten. Ohne besondere Erlaubniß darf niemand länger als 5 Minuten sprechen. Selbstständige oder Verbesserungsanträge, sofern sich solche nicht aus dem Verlaufe der Verhandlungen in den Kammern ergeben, deßgleichen Interpellationen dürfen von Mitgliedern der Fraction nicht ohne einen Mehrheitsbeschluß eingebracht werden. Kein Mitglied darf Anträge von Abgeordneten, die außer der Fraction stehen, durch seine Unterschrift unterstützen, sofern der betreffende Gegenstand nicht zuvor in der Fraction besprochen worden ist. Der Vorsitzende ernennt im Einvernehmen mit den übrigen Vorstandsmitgliedern die Redner, welche in der Kammer die Ansicht der Fraction vertreten sollen, sofern gegen seinen Ausspruch keine Einwendung erfolgt, in welchem Falle die Fraction entscheidet. Der Austritt aus der Fraction steht jederzeit frei. Mit Vorwissen des Vorstandes können andere Abgeordnete oder Auswärtige für einzelne Sitzungen als Gäste eingeführt werden. Die katholischen Mitglieder der ersten Kammer können stets den Verhandlungen der Fraction beiwohnen, nachdem sie sich zuvor bei dem Vorstande angemeldet haben. — Das Statut zählt 60 Unterschriften.

Bei den Verhandlungen zwischen den Herren v. Bruck und v. Pommersche hat namentlich die Tarifangelegenheit ihre Schwierigkeiten. Herr v. Bruck, wie der Karlsruher Zeitung geschrieben wird, macht von neuem die Ideen einer gegenseitigen Einwirkung geltend, und stellt die Anforderung, daß während der Dauer des abzuschließenden Handelsvertrags der eine Theil dem andern nicht bloß Kenntniß von seinen etwaigen commerciellen Verhandlungen mit ausländischen Staaten gebe, sondern auch für jede Tarifänderung dessen Zustimmung einhole. Die letztere Bedingung findet auf preußischer Seite Widerspruch, während man hier die erstere anzunehmen bereit ist. Inzwischen werden die Besprechungen zwischen den beiderseitigen Commissären ohne Unterbrechung fortgesetzt.

Die Berliner Blätter enthalten lange Aufzählungen der gegenseitigen Ordensverleihungen, zu denen der denkwürdige Besuch Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich den Anlaß gab. Alle Prinzen des königlich preußischen Hauses, welche noch nicht den Stephansorden hatten, haben das Großkreuz dieses hohen Ordens erhalten; ebenso der Minister des königl. Hauses, Graf Stolberg, und der General v. Wrangel. Der Kriegsminister v. Bonin und der General v. Prittwitz erhielten das Großkreuz des Leopoldordens. Außerdem wurden eine lange Reihe von Generalen und höheren Offizieren, und die Regimenter Garde du corps und Kaiser-Franz-Grenadiere von der Huld des Kaisers bedacht. Der Kaiser selbst hat in Berlin, und ganz besonders in militärischen Kreisen, den besten Eindruck gemacht. Auch Se. Maj. der König von Hannover hat eine Anzahl Orden hinterlassen, die den Personen zu Theil wurden, denen die Honneurs bei Sr. Majestät übertragen waren.

⸗ **Köln**, 27. Dec. Am ersten Christtag war im Wirthslocal des Bierwirths Gladbach ein riesiger Christbaum mit reichen Geschenken ausgestellt, die sich eine Gesellschaft gegenseitig bescheert haben soll. Als gestern derselbe wieder ausgestellt werden sollte, verbot dieses die Polizei, da sich unterdessen das Gerücht verbreitet hatte, die Gegenstände sollten zum Besten der verurtheilten Communisten verlost werden. Man kennt jetzt den Aufenthalt von allen, nämlich Dr. Becker, wie gemeldet, in Stettin; Bürgers und Otto, jedoch getrennt, in Kosel; Nothjung und Reiff, zusammensitzend, in Glatz und Röser in Graudenz.

Griechenland.

Athen, 14. Dec. Mit dem letzten Lloyddampfer vom 9. December erhielt die griechische Regierung durch ihren außerordentlichen Bevollmächtigten in London, Hrn. Trikupis, sowie die hiesigen Gesandten der drei Schutzmächte das Schlußprotocoll der Londoner Conferenz über die griechische Thronfolge. Es ist in einer kleinen Broschüre enthalten, begleitet von andern darauf bezüglichen Documenten, wie einer einleitenden Abhandlung Lord Malmesbury's zum Beginn der Verhandlungen der Conferenz über die Thronfolge, den Vorbehalten des Herrn v. Cetto, Gesandten Bayerns 2c. 2c. Der Thronfolgevertrag lautet nach einer Uebersetzung der Triester Zeitung:

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreieinigkeit. Ihre Maj. die Königin der vereinigten Staaten von Großbritannien und Irland, der Prinz-Präsident der französischen Republik und Se. Maj. der Kaiser aller Reußen haben in der Absicht, die Ordnung der Thronfolge in Griechenland zu befestigen, welches unter ihre gemeinschaftliche Garantie gestellt ist, beschlossen, einen Vertrag zu entwerfen unter der Zustimmung Seiner Maj. des Königs von Bayern, als Mitunterzeichner des Vertrags von 1832 und Sr. Maj. des Königs von Griechenland, als direct betheiligt an einer Verhandlung, die bestimmt ist, die Ruhe der Zukunft Griechenlands zu sichern, indem sie die Nothwendigkeit erkannten, zu diesem Zwecke die Stipulationen des Artikels VIII der Convention vom 7. Mai 1832 in Einklang zu bringen mit der Bedingniß des 40. Artikels der griechischen Constitution. — Se. Maj. der König von Griechenland und Se. Maj. der König von Bayern haben diese Einladung angenommen, und sämmtliche hohe Theilnehmer bestellten ihre Bevollmächtigten folgend: Se. Maj. der König von Griechenland den Herrn Sp. Trikupis, Senator Griechenlands 1c., außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Maj. des Königs von Griechenland bei Ihrer Maj. der Königin von Großbritannien; Se. Maj. der König von Bayern den Herrn v. Cetto, Kammerherrn Sr. Maj., außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Maj. des Königs von Bayern bei Ihrer Maj. der Königin von Großbritannien; der Prinz-Präsident der französischen Republik den Herrn Grafen Walewski, Gesandten der französischen Republik bei Ihrer großbritannischen Majestät; Ihre Maj. die Königin der vereinigten Königreiche Großbritanniens und Irlands den ehrenwerthen Herrn Grafen v. Malmesbury, Pair des Königreichs 2c., Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten, und Se. Maj. der Kaiser aller Reußen den Herrn Baron Brunnow, Geheimerath und außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Ihrer Maj. der Königin von England. Nachdem die Genannten ihre Vollmachten sich gegenseitig mitgetheilt und in der Form Rechtens befunden hatten, beschlossen und unterzeichneten sie folgende Artikel: Artikel I. Die Prinzen von Bayern, durch die Convention von 1832 und durch die Constitution Griechenlands im Falle des Absterbens Königs Otto ohne directe und legitime Nachkommenschaft berufen, auf den Thron Griechenlands zu folgen, können diesen Thron nur besteigen, indem sie sich dem 40. Artikel der griechischen Constitution anbequemen, der so lautet: „Jeder Nachfolger der Krone Griechenlands muß die Religion der orientalischen orthodoxen Kirche bekennen." Artikel II. Entsprechend dem III. Decret der griechischen Nationalversammlung ist Ihre Maj. die Königin Amalie während ihrer Wittwenschaft berufen, von Rechtswegen zur Regentschaft, im Fall der Minorität oder Abwesenheit des Thronfolgers nach den Bedingnissen des 40. Artikels der Constitution. Artikel III. Der gegenwärtige Vertrag wird ratificirt und die Ratificationen werden in London innerhalb sechs Wochen ausgewechselt sein, oder, wo möglich, noch früher. Zur Wahrheit des Obigen haben die Bevollmächtigten unterzeichnet und ihre Siegel beigefügt. Geschehen zu London, den 20. November, im Jahr der Gnade 1852. Folgen die Unterschriften.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 28. Dec. Aus einer, wie sie glaubt, gut unterrichteten Quelle erhält die Augsb. Allgemeine Zeitung die Mittheilung, daß Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich von Potsdam aus den Befehl zu einer Verminderung der kaiserlichen Armee ergehen ließ; namentlich habe die Kriegsbereitschaft der Armee aufzuhören. Das wäre der erfreulichste Beweis vollkommenen Einverständnisses mit Preußen. — Auch aus Wien, 24. Dec., wird demselben Blatt geschrieben: Man spricht von einer starken Reduction des Heeres, besonders in den kostspieligen Waffengattungen, Artillerie, Reiterei, technischen Truppen.

⸗ **Frankfurt**, 28. Dec. In der heutigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde auf Antrag des Senats in Betreff des zum Landamtmann designirten Dr. Franc v. Lichtenstein die Kugelung

suspendirt und derselbe sofort in der gleichzeitigen Sitzung des Senats definitiv zum Landamtmann gewählt.

In derselben Sitzung des Bürgerausschusses wurde dem jüngst gemeldeten Ankauf des Eller'schen Hauses für 18,000 fl. die Bewilligung ertheilt und ausgesprochen, daß, in Erwägung der gegenwärtigen Verhältnisse, von der Wiederbesetzung der vacanten Plätze des Ausschusses vorerst abzusehen sei.

Zufolge Einladungsschreibens des ältern Herrn Bürgermeisters werden der gesetzgebenden Versammlung in ihrer morgen stattfindenden Sitzung noch zwei weitere Gegenstände vorgelegt: das Gesetz über Mehlaccise und der Staatsvertrag mit dem Großherzogthum Hessen über Verhütung und Bestrafung von Forst- und Jagdfrevel.

Heute Vormittag wurde auf dem Dampfboote der Gemeindepfleger eines württembergischen Städtchens, Namens Schreiber, mit seinem Sohne, welche mit der Gemeindekasse entflohen waren, festgenommen. Ihre Flucht war gestern Abend durch den Telegraphen angezeigt worden. Beide waren mit falschen Legitimationspapieren auf die Namen Hahn und Hesse versehen und beabsichtigten nach Amerika zu gehen. In dem Koffer fuhrten sie eine bedeutende Summe Geldes mit sich. Der Vater sagte sehr erstaunt, als man ihn mit seinem wirklichen Namen anredete: wie man das hier schon wissen könne?

Berlin, 27. Dec. Freiherr Protesch v. Osten macht seine Abschiedsbesuche, um, wie verlautet, definitiv nach Rom zu gehen. — Herr v. Rochow ist noch nicht hier eingetroffen, wird aber täglich erwartet. — Der Geh. Leg.-R. Dönniges aus München ist hier angekommen.

* **München**, 26. Dec. Bei der gestrigen Ordensverleihung empfingen 32 Personen Orden aus den Händen des Königs, theils den Verdienstorden der bayerischen Krone, theils den St. Michaelsorden, während die übrigen, namentlich die auswärts wohnenden, den Orden zugesendet erhalten werden. Unter denjenigen, die unmittelbar aus den Händen des Monarchen die Ordensdecorationen erhielten, befinden sich die folgenden: Staatsrath v. Pelthoven, die Reichsräthe Graf Montgelas und v. Niethammer, der königliche Oberceremonienmeister Graf Pfeil, die Generaladjutanten Graf Lerchenfeld, v. Bienenthal und Aichner, Kürassieroberst Baron Schrötter, der königliche Kämmerer Baron Karwinski, Oberpostmeister Waldmann, Ministerialrath Gustav v. Bezold, die Professoren v. Liebig und E. Geibel und der königliche Leibarzt Dr. Schleiß.

München, 26. Dec. Das Gesammtstaatsministerium, resp. der Herr Ministerpräsident Dr. v. d. Pfordten hat ausgedehnte Vollmachten für die Dauer der Abwesenheit Sr. Maj. des Königs, dessen Abreise morgen früh 6 Uhr über Wolfratshausen nach Innsbruck und Italien erfolgen wird, erhalten.

* **Hannover**, 24. Dec. Der N. Volksfreund hält es für nöthig, der Nachricht, daß mit Neujahr die Steuern auf gewisse Artikel erhöht werden würden, ausdrücklich zu widersprechen und aus guter Quelle die Versicherung mitzutheilen, daß die Nachricht ganz ungegründet sei.

* **Paris**, 27. Dec. Der Moniteur promulgirt heute das die Verfassung vom 24. Januar d. J. modificirende Senatusconsult mit den bereits bekannten Abänderungen. Ein zweites kaiserliches Decret betrifft die Ausführung und Vollendung der Nivellirarbeiten bis zum Louvrepalast. Heute Nacht um 12 Uhr ist der Kaiser aus Compiegne in Paris zurückerwartet. Die neuen Beglaubigungsschreiben für die Gesandten von Rußland, Oesterreich und Preußen sind gestern Abend hier eingetroffen. Ueber die Fassung derselben ist nichts bekannt geworden; indessen sollen sie noch vor Ablauf der Nacht überreicht werden.

Auf kaiserliche Verfügung ist nun auch der Schrift Bou-Maza wenigstens in bedingte Freiheit gesetzt worden. Statt in Ham consinirt zu sein, darf er sich künftig auf jeden beliebigen Punkt des französischen Festlandes begeben, dieses jedoch nicht verlassen.

Die Generale Bouscarel und Ansiuf sind zu Großofficieren und viele andere Militärs verschiedener Grade, die sich bei der Einnahme von Laghouate auszeichneten, zu Officieren und Rittern der Ehrenlegion ernannt worden.

Am 3. Januar wird das Pantheon durch feierliches Hochamt, welches der Erzbischof von Paris celebriren wird, dem Gottesdienst zurückgegeben werden.

Die Domäne Chantilly, Eigenthum des Herzogs v. Aumale, ist durch Decret vom 22. Januar gemäß verkauft und von den Londoner Bankiers Mayoribanks und Antrobus für elf Millionen Fr. erstanden worden.

Der zu den gemäßigten Republikanern zählende Professor der mathematischen Wissenschaften, Geniller, hat, wie E. v. Girardin berichtet, den Befehl erhalten, sofort Paris und das französische Staatsgebiet zu verlassen.

Von Victor Hugo, der sich bekanntlich auf der Insel Jersey aufhält, wird ein neuer Band politischer Gedichte, von Schölcher ein zweiter Band seiner Geschichte des Staatsstreiches erwartet.

** **Madrid**, 22. Dec. Eine ansehnliche Fraction der Moderados hat mit dem neuen Cabinet Unterhandlungen angeknüpft, welche Erfolg versprechen und die übrigen Moderados wahrscheinlich auf die Seite der Minister führen werden.

Es herrscht hier augenblicklich eine größere Aufregung, als während der letzten Lebenstage des vorigen Ministeriums, und diese Aufregung würde noch größer sein, wenn das bevorstehende Fest die Lust des Mittelstandes nicht zu sehr beschäftigte und die Gährung paralysirte. Das Volk ist in seinen Hoffnungen getäuscht, die alten Cortes bleiben aufgelöst, und mit den Neuwahlen soll erst gegen Ende Februar begonnen werden. Alles bleibt also, wie Murillo es beschlossen hat; selbst die von ihm beabsichtigte Entfernung mißliebiger Beamten, deren Namen Roneali in dem schwarzen Buche eingetragen auf dem Präsidententische vorstand, steht bevor. Den Reigen eröffnen mehrere Civilgouverneure, und diesen werden dann die Unterbeamten der respectiven Provinzen folgen. Calonge ist zum Generalcapitän von Navarra ernannt und Lavina in gleicher Eigenschaft nach den canarischen Inseln geschickt, und die beiden Generalmajore Villena und Zabala sind zu Generallieutenanten befördert worden. Diese vier Herren sind Ultraroyalisten und waren eifrige Anhänger Murillo's. Die Aufregung, welche sich der Bevölkerung bemächtigt, hat selbst die Königin nicht verschont. Sie ist dieserhalb unwohl und konnte nicht einmal den Geburtstag ihrer Tochter festlich begehen. Die Soldaten dürfen noch immer nicht mit den Civilisten verkehren. In allen Kasernen ist bei Tag und Nacht der dritte Theil der Besatzung stets kampfgerüstet, wie dies in den letzten Tagen des vorigen Ministeriums der Fall war, und man hat den aus Madrid gebürtigen Unteroffizieren und Soldaten sogar die Erlaubniß verweigert, das Weihnachtsfest im Schooße ihrer Familien zu feiern. (K. Z.)

Turin, 23. Dec. Der Justizminister hat im Senate den Gesetzvorschlag über die Civilehe zurückgezogen.

* **Rangun**, 18. Nov. Morgen gehen vier Dampfer nebst mehreren kleinern Fahrzeugen mit 1200 Mann unter General Godwin nach Pegu ab, welches am 30. Mai genommen, später jedoch verlassen worden war. Andere Abtheilungen sind nach Prome detaschirt. Die Birmanen haben neuerdings eine bedeutende Schlappe erlitten.

Bombay, 3. Dec. Ein Gerücht will wissen, General Godwin werde wegen lauer Kriegsführung in Birma zurückberufen werden.

Börsenberichte.

Frankfurt, 28. Dec. Ebenso wie gestern blieb auch heute während der Dauer der ganzen Börse eine anhaltend günstige Stimmung vorherrschend, besonders zeigte sich wieder große Kauflust für österreichische Effecten, und wurden sämmtliche Gattungen derselben zu merklich höhern Preisen als gestern sehr willig vom Markt genommen; 5pCt Metall. waren 84½ pCt., 5pCt. do. vom Jahr 1852 bis zu 84¾ pCt. bezahlt, 4½pCt. Metall., bis zu 74¾ à ¾ pCt. umgesetzt, schlossen 74½ pCt., 5pCt. Lombardisch-Venetianische 92½ pCt., Wiener-Bankactien besonders begehrt, 1435 fl. G., 500 fl. Loose 196½ pCt., 250 fl. Loose 123½ pCt. Auch für spanische Fonds zeigte sich mehr Nachfrage, 1pCt. Neue schlossen 23 11/16 à 7/8 pCt., 3pCt. Inländische 43¼ pCt. G. Eisenbahnactien waren etwas minder gesucht, K.-K.-Nordbahn 49 pCt., Berbach 99½ pCt., Köln-Minden 117½ pCt. G., Zamuz 306 fl., Rudolfs-Westerburg 101½ pCt. Alle übrigen Werthpapiere waren gesucht, namentlich waren viele Käufer für badische 35 fl. Loose am Markt, 38½ fl. war jedoch dafür zu bedingen. — Abends in der Effectenspeculati waren österreichische Effecten auf eingetroffene günstigere Balutanotirung von der heutigen Wiener Börse abermals begehrt, 5pCt. Metall., vom Jahr 1852 waren 84⅞ pCt., 4½pCt. Metall. 75⅞ à ½ pCt. In spanischen Fonds ging nichts um.

Berlin, 27. Dec. Staatsich. 95 Brf., 94½ G. — Köln-Minden 119¼ à ⅛ bez. — Fr.-W.-Nordb. 45⅞ Brf., 44⅞ G., 45½ à ⅛ bez.

Paris, 27. Dec. 4½pCt. Rente 106, 5. — 3pCt. do. 81, 95. — Neapol. 107. — Oesterr. 98⅜ à ⅞. — do. neue Anleihe 83⅜. — Span. Neue Diff. 24. — Neue 3pCt.—. — Zunere Schuld 44⅛ à ⅛, 44, 43⅞. — Bankactien 2870. — 5pCt. Piemont 100. — Römisches Anlehen Juni 1850 97. — do. 1850 97. — St. Germain-Eisenbahn 1420. — Versailles, linke Ufer 352, 20. — Straßburg-Basel 365. — Nordbahn 995. — Paris-Straßburg 820.

Madrid, 22. Dec. 3pCt. 44⅛, n. d. Börse 44½. — 1pCt. Neue 23 11/16. n. d. Börse 24.

Telegraphischer Coursbericht.

Wien, 28. Dec. 5pCt. Metall. 85. — 5pCt. do. B. 109. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 94¾. — 4½ pCt. Metall. 84½. — Bankactien 1348. — 250 fl. Loose 139. — London 10 fl. 58 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 104. — K.-K.-Nordbahn 243. — Livorno-Florenz 94. — Siena-Empoli 63. — Paris 130½. — London in Triest 11 fl. 7 kr. — Silber 12½. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kaiserlich.

[2730]

Abonnements-Erneuerung.

Bei Ablauf des zweiten Semesters c. werden die resp. hiesigen Abonnenten ersucht, die Bestellungen auf auswärtige Zeitungen und periodische Schriften für das mit dem **1. Januar 1853** beginnende erste Semester allbald schriftlich und mit genauer Angabe der Straße und Wohnungsnummer des Bestellers, an die Unterzeichnete gelangen zu lassen, weil außerdem das bisher bestandene Abonnement als erloschen betrachtet wird und bei später eingehenden Bestellungen für Lieferung vollständiger Exemplare nicht gebürgt werden kann.

Frankfurt a. M., im December 1852.

Fürstlich Thurn und Taris'sche Ober-Postamts-Zeitungs-Expedition.

[2837]

Versteigerungs-Anzeige.

Mittwoch den 5. Januar 1853 und folgende Tage, Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr, werden in der Behausung der Frau Gräfin von Podewils, vorderigen Frau Gräfin von Bergen dahier, neue Mainzerstraße Nr. 1 neu, nachverzeichnete durchaus ächte Möbiliargegenstände für einige Salons, als: Crystallkronleuchter und Lampen, große Spiegel aus einem Glas, im Rahmen ca. 8½ Fuß hoch, 4½ Fuß breit in vergold. und Mahagony-Rahmen, Zenker- und andere Decorationen von Seidenstoffen, gleich den Bezügen der vorhandenen Zimmertapeten und Mahagony-Möbel, als: Divans, Canapee, Sessel und Stühle; Schränke, Commoden, 1 Piano, Delgemälde, Aladaster- und andere Figuren, Bronzegegenstände ꝛc.;

ferner: eine Parthie wollerhaltenes Hausgeräth, als: Canapee, Stühle, Commoden, Schränke, Nachttischchen, Spiegel, Porzellan und Glaswerk, 1 Porzellan-Ofen, 1 Thurmuhr mit Schlagwerk ꝛc.

Vorbemerkte Gegenstände können Dienstag den 21. und Mittwoch den 22. December, sowie Montag den 3. und Dienstag den 4. Januar 1853, Vormittags von 9 bis 12 Uhr, in Augenschein genommen werden.

C. Welschner, Auskurer.

[2811]

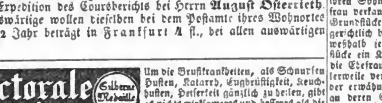
Einladung zum Abonnement

auf das

Oeffentliche Börsen-Courszblatte

des Wechsel-Makler-Syndicats zu Frankfurt a. M.

Hiesige Abonnenten belieben ihre Bestellungen auf das mit dem 1. Januar 1853 beginnende 1. Semester in der Expedition des Courszberichts bei Herrn **August Osterrieth** Zeil Nr. **66**, abzugeben; Auswärtige wollen dieselben bei dem Postamte ihres Wohnortes einreichen. Der Preis per ½ Jahr beträgt in Frankfurt 4 fl., bei allen auswärtigen Postämtern 5 fl.



Um die Brustkrankheiten, als Schnurren Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pate pectorale von **Georges**, Apotheker zu Epinal (Vogesen), diese Substanz.

Cachet und Signatur des Erfinders befinden sich auf jeder Schachtel.

Ladleten werden verlangt in Schweinfurt, die Polte à 28 kr. oder 8 Sgr., die ganze à 56 kr. oder 16 Sgr. in Augsburg bei den Herren Merklinger & Comp., in Karlsruhe bei J. Velten, Kunsthändler, in Frankfurt a. M. **NUR ALLEIN** bei Hrn. **H. C. von Oven**, Bleichenstraße Nr. 33. [2428]

[2807]

Edictal-Ladung.

Andreas Groß und dessen Ehefrau Susanna Eichenrod haben bereits schon im Jahre 1830 mit ihrem gangen Gut auch Flur VI. Nr. 84 = 497 Klftr. Acker in der Hörnenau und Flur VI. Nr. 99 = 777 Klftr. Acker daselbst in der Hörgenauer Gemarkung, sowie Flur IX. Nr. 5 = 2391 Klftr. Wiese im Kohlhorn und Flur XIV. Nr. 51 = 1545 Klftr. Wiese im Wunschenbain in der Eichelhainer Gemarkung, an ihren Sohn Johannes Groß und dessen jetzige Ehefrau dergestalt abgetreten, jedoch vorbehalten, diese Grundstücke in den bereits am 24. November 1830 gerichtlich bestätigten Kaufbrief eintragen zu lassen; weshalb jetzt noch nachträglich aber diese Grundstücke ein Pfandrecht errichtet werden soll. Da jedoch die Eheleute des Andreas Groß von Eichenrod mittlerweile verstorben ist, diese aber Miteigenthümerin der erwähnten vier Grundstücke war und ihre Kinder an deren Stelle getreten sind, von diesen aber Heinrich Groß unbekannt wo abwesend ist, so wird auf Antrag der Interessenten dieser Heinrich Groß von Eichenrod hiermit öffentlich aufgefordert, sogewiß

innerhalb 90 Tagen,

von dem Tage an, wo diese Aufforderung zuerst in den öffentlichen Blättern erscheint, seine Erklärung über den erwähnten Verkauf bei dem unterzeichneten Gerichte abzugeben oder Jemand zur Abgabe dieser Erklärung zu bevollmächtigen, widrigenfalls ihm ein Curator von Amtswegen bestellt und dessen Erklärung als von ihm abgegeben angesehen wird.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche Eigenthums- oder sonstige Ansprüche an die erwähnten vier Grundstücke bilden zu können glauben, aufgefordert, diese ihre Ansprüche innerhalb der nemlichen Frist von neunzig Tagen bei dem unterzeichneten Gerichte anzugeben, widrigenfalls dieselben nicht berücksichtigt und der Kaufbrief über diese vier Grundstücke bestätigt wird.

Lauterbach, den 10. December 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht daf.
Mylius. Stadewald.

[2888] Zu der **Gerlach**'schen Buchdruckerei in Freiberg erscheint wöchentlich ein Mal und ist durch alle Postämter und Buchhandlungen zu beziehen:

Sächsische Bergwerks-Zeitung.

Jahrgang 1853. — Preis nur 1½ Thlr.

Diese Zeitung wurde Anfang 1852 begründet und ihre Verbreitung ist in stetem Steigen begriffen. Der Stoff des Blattes gewinnt vorwährend an Umfang und bietet allen Freunden des Silber-, Zinn-, Eisenstein- und Kohlen-Bergbaues eine reichliche Quelle der Belehrung und Unterhaltung.

Visitkarten

jeder Art werden auf das schnellste gefertigt bei

J. Umpfenbach.

[2889] Catharinenpforte.

Mailand-Como-Rentenscheine.

Ziehung den 2. Januar 1853.

Originalscheine coursmäßig bei

[2709] J. N. Trier & Comp. im Thürlenshof.

[2656]

Aufforderung.

Kallmann Moses von Mautsch, welcher glaubhafter Anzeige nach im Frühjahre d. J. mit Zurücklassung seiner Frau und mehreren minderjährigen Kinder nach Amerika entwichen ist, wird, nachdem seine Frau am 6. d. M. verstorben ist, hierdurch aufgefordert, sogewiß

binnen 60 Tagen

von heute an gerechnet, zurückzukehren, als er gegenfalls als abwesend angesehen, für ihn und seine Kinder ein Curator bestellt, und das weitere Geeignete verfügt werden wird.

Homberg, den 13. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht das. Klingelhöffer.

CONSERVATEUR DENTAIRE
EAU DE PHILIPPE

Das Glas fl. 1. 30 kr. — Es bewahrt vor Zahnschmerzen, reinigt und erhält die Zähne, macht sie weiß, benimmt den unreinen Athem und den Tabaksgeruch. Es ist ein köstlicher Wohlgeruch. Zu haben in Philipp's Apotheke, rue St. Martin 125 in Paris gegen frankirte Einsendung des Betrags. Depot in Frankfurt bei C. Strohlein auf der Zeil. [2198]

[2740]

Edictal-Ladung.

Forderungen und Ansprüche jeder Art an das Vermögen des Zimmermanns Zacharias Bloch in Landenhausen, über welches der förmliche Concurs erkannt worden, sind bei Meidung völlichweigend ersolgenden Ausschlusses von der Masse in dem auf

Donnerstag den 27. Januar 1853, Morgens 9 Uhr,

anberaumten Liquidationstermine dahier anzumelden und zu begründen.

Lauterbach, den 26. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Mylius. Stadewald.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1852.

December	Barometer bei 0°R.			Thermometer R.			Thermo-graph.		Wasserhöhe d. Main.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	Bad. F.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
5	335‴3	334‴8	334‴9	+ 7'0	+ 7'9	+ 5'2	5'2	8'8	2' 2"	SW.	SW.	SW.	t.	t.	t.
6	333‴8	333‴2	333‴0	+ 4'8	+ 7'2	+ 4'8	3'8	7'4	2' 1"	SW.	SW.	t.	t.	t.	R.
7	332‴9	332‴4	331‴7	+ 6'8	+ 7'6	+ 5'0	6'7	7'6	2' 1"	SW.	SW.	—	R.	t.	w.
8	330‴5	329‴0	329‴1	+ 4'0	+ 5'3	+ 5'4	3'8	5'7	2' 3"	SW.	S.	—	t.	t.	R.
9	329‴9	330‴4	331‴9	+ 5'8	+ 6'7	+ 5'2	4'8	7'5	2' 3"	SW.	SW.	t.	t.	w.	bt.
10	332‴7	332‴9	333‴3	+ 7'1	+ 9'6	+ 5'6	5'1	8'8	2' 4"	SSW.	SSW.	SSW.	t.	t.	bt.
11	334‴3	334‴4	334‴4	+ 4'6	+ 5'6	+ 2'8	+ 4'3	5'8	2' 5"	SSW.	SW.	N.	t.	bt.	bt. hr.
M.	332‴6	332‴4	332‴6	+ 5'7	+ 7'0	+ 5'2	+ 5'0	+ 7'4	2' 3"						

Am 9. Nachmitternachts Regen; am 11. Abends starker Nebel.

Druck von August Osterrieth. (Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nr. 311.) 29. December 1852.

Deutschland.

* **Berlin**, 27. Dec. Das „Preußische Wochenblatt“ schreibt über die Zollverhandlungen mit Oesterreich: „Wir glauben annehmen zu dürfen, daß unsere Regierung das Ziel, welches man sich preußischerseits bei solchen Verhandlungen zu stellen, sowie die Gefahren, welche man dabei zu vermeiden haben dürfte, richtig erkannt hat und bei den Verhandlungen, welche nunmehr in Folge der Sendung des Herrn v. Bruck hier bevorstehen, fest im Auge behalten wird. Was wir von den preußischen Vorschlägen hören, berechtigt uns zu dieser Annahme und — unter der Voraussetzung gleicher Mäßigung von der andern Seite — zu der Hoffnung, daß jene Verhandlungen ein Ergebniß haben werden, welches die billigen Ansprüche aller Theile zu befriedigen und der Gewerbsamkeit der betheiligten Länder einen neuen Aufschwung zu geben verspricht. Sind wir gut unterrichtet, so ist zu dem vielbesprochenen Wiener Entwurf eines Zoll- und Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Oesterreich (Lit. A) preußischerseits ein Verbesserungsproject aufgestellt worden, welches jenem Entwurf einen zwischen Preußen und Oesterreich abzuschließenden Vertrag substituirt, zu welchem jedoch einerseits denjenigen Staaten, welche am 1. Januar 1854 oder später zum Zollverein mit Preußen gehören werden, sowie anderseits den mit Oesterreich zollverbündeten italienischen Staaten der Beitritt vorbehalten wird. Hiernach würde zwar in der That Preußen den Handelsvertrag mit Oesterreich vor der Erneuerung des Zollvereins abschließen; es begeht aber damit keine Inconsequenz, weil es dies nur in eigenem Namen und mit voller freier Selbstbestimmung thut, und weil ihm demnächst bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins freie Hand bleibt, so daß der Widerspruch jeder dem Zollverein fremden Macht, insbesondere auch Oesterreichs, hierbei ausgeschlossen ist. Die Bedenken, welche gegen diese Reihenfolge der Verhandlungen früherhin mit Recht geltend gemacht wurden, fallen hierdurch fort. Außerdem wird es durch diesen Gang den Coalitionsstaaten möglich, in die Verhandlungen über die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins wieder einzutreten, ohne ihren früheren Erklärungen untreu zu werden. Da durch den Abschluß des Handelsvertrags mit Oesterreich, zu welchem ihnen der Beitritt freisteht, die Gründe fortgefallen sind, aus welchen sie bisher mit der Erneuerung des Zollvereins zögern zu müssen glaubten, so ist anzunehmen, daß sie sich nunmehr ohne Rückhalt mit Preußen vereinigen werden, um dieses Ziel zu erreichen und sich hierdurch zugleich die Vortheile des von Preußen abzuschließenden Handelsvertrags mit Oesterreich zu sichern. Steht die unter diesen Umständen kaum zu bezweifelnde Bereitwilligkeit der Coalitionsregierungen, demnächst in den Zollverein wieder einzutreten, so wie die aufrichtige Absicht Oesterreichs, dieser Erneuerung des Zollvereins keine fernerern Schwierigkeiten mehr in den Weg zu legen, fest — und wir müssen voraussetzen, daß unsere Regierung sich hierüber Gewißheit verschafft hat, oder noch vor dem Abschluß des Vertrags zu verschaffen suchen wird — so kann demnach der letztere keinen formellen Bedenken mehr unterliegen. Aber auch in materieller Beziehung soll unsere Regierung von einer richtigen Würdigung der Interessen Preußens und seiner bisherigen Zollverbündeten ausgehen. Das preußische Project soll dem Vernehmen nach materiell auf denjenigen Grundlagen ruhen, deren Annahme unsere Regierung seit dem Jahr 1853 von dem Wiener Cabinet vergebens erstrebt hatte, und es sollen dabei die Gesahren, mit welchen der Wiener Entwurf A, insbesondere der Art. 4 desselben, die Autonomie des Zollvereins bedrohte, durchaus vermieden sein. Ein erschöpfendes Urtheil hierüber ließe sich freilich nur auf Grund einer umfassenden technischen Prüfung, welche eine genaue Kenntniß der Detailbestimmungen voraussetzen würde, fällen. Beruhigend ist jedoch in dieser Beziehung, daß der gefährlichste Theil des Wiener Entwurfs A, derjenige nämlich, welcher denselben mit dem Entwurf B in einen unmittelbaren Zusammenhang brachte und vermöge dessen der Zollverein einschließlich Preußens nach Verlauf weniger Jahre unrettbar in den Netze der mitteleuropäischen Zolleinigung gefangen worden sein würde, in dem preußischen Entwurf gänzlich unterdrückt sein soll. Einige Jahre vor dem Ablauf des (vom 1. Jan. 1854 an) auf zwölf Jahre abzuschließenden Handelsvertrags soll über weitergehende Verkehrserleichterungen, über möglichste Annäherung der Tarife und, falls dann keine Hindernisse mehr entgegenstehen, über die Zolleinigung zwischen den Contrahenten verhandelt werden. Solchen Grundzügen des mit Oesterreich abzuschließenden Vertrags würden wir, vorbehaltlich unseres Urtheils über die Ausführung, unsern Beifall nicht versagen können; wir halten sie aber auch für so wesentlich, jede weiter gehende Concession für so entschieden gefährlich und den preußischen Interessen zuwiderlaufend, daß wir die sichere Erwartung hegen, unsere Regierung werde vollständig und unbedingt bei den wesentlichen Bestimmungen ihres ursprünglichen Vorschlags beharren.“ Schließlich äußert und begründet das Preußische Wochenblatt die Hoffnung, daß sich auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Oesterreich erzielen lassen werde.

* **München**, 26. Dec. Eine der letzten Nummern des hiesigen Polizeianzeigers hatte zwei nicht uninteressante Druckbeilagen. Die eine enthielt eine summarische Uebersicht über die Ergebnisse der Gemeinderechnung Münchens für 1851 bis 1852 und weist eine Einnahme von 1,210,394 fl. 45 kr. und eine Gesammtausgabe von 1,172,126 fl. 39 kr., sohin einen Ueberrest von 38,268 fl. 1 kr. nach. Aus der andern Beilage ersehen wir, welche vielgesegneten Ergebnisse der ursprünglich mit so geringen Mitteln gebildete Verein zur Unterstützung bedürftiger Bewohner Münchens mit Brennmaterial im verwichenen Jahre geliefert hat. Gesammteinnahme 11,864 fl. 13 kr., Gesammtausgabe 10,019 fl. 24 kr. Die Erträgnisse der Kirchencollecten an den Weihnachtstagen und die des Verkaufs von Karten für Befreiung von Neujahrsgratulationen nehmen mit die erste Stelle in den Einnahmespalten ein. — Vor der Abreise erhielt König Max, wie ich höre, noch die gemessensten Befehle bezüglich der Herstellung der Maximilansstraße, welches Unternehmen, wie man sagt, bisher durch die Hartnäckigkeit eines einzigen Grunddestzers, gegen den man mit dem Expropriationsgesetz nicht intervenieren kann, hingehalten wurde. Hoffentlich wird der Monarch bei seiner Rückkehr bereits mit umfassenden Vorbauten freudig überrascht werden.

** **München**, 27. Dec. Die Abreise Sr. Maj. des Königs erfolgte heute Morgen nach 6 Uhr. Se. Majestät begibt sich zunächst über Innsbruck, Brixen, Verona nach Modena, und wird in letzter Residenzstadt im Kreise seiner hohen Familie den Neujahrstag feiern. Unsere Gewerbs- und Kaufleute, die durch die am königlichen Hofe stattfindenden Festlichkeiten vielfachen Nutzen haben, hegten schon die Besürchtung, daß wegen der Abwesenheit des Königs während des kommenden Carnevals keinerlei Bälle am königlichen Hofe gegeben würden; es hat nun aber Se. Majestät die Bestimmung getroffen, daß Ihrer Abwesenheit ungeachtet die Hof- und Kammerbälle ganz in der bisherigen Weise stattfinden sollen. Heute hatte der König noch den sämmtlichen Staatsministern längere Abschiedsaudienzen ertheilt. Der quiescirte Oberauditeur Lorrer, der sich in seiner frühern Eigenschaft als Rath am Kreis- und Stadtgericht dahier mehrere Unregelmäßigkeiten zu hatte zu Schulden kommen lassen, und gegen welchen deßhalb eine Untersuchung durch die betreffenden Militärgerichte eingeleitet wurde, ist nun wegen des Verbrechens gegen öffentliche Treue und Glauben zu Dienstentlassung und zu neunjähriger Festungsstrafe zweiter Klasse verurtheilt worden. Da das Urtheil in den jüngsten Tagen rechtskräftig wurde, so ist Dörrer heute nach der Festung Würzburg abgeführt worden. — Der pensionirte Oberst v. Spraul, der in frühern Jahren mit dem jetzigen Kaiser der Franzosen befreundet war und demselben Fechtunterricht ertheilte, erhielt eine liebevolle Einladung und hat sich in Folge dessen vor mehreren Tagen nach Paris begeben.

Zweibrücken, 25. Dec. Außer den Gnadengesuchen von Folz, Hauber und Grill, sind auch die von Scheu und Meergott abschlägig beschieden worden. Für einige andere politische Gefangenen sollen jedoch Begnadigungen in naher Aussicht stehen. (Pf. Z.)

Wiesbaden, 28. Dec. Gestern sind der Herzog und die Frau Herzogin zum Besuch nach Dessau gereist.

Rostock, 22. Dec. Der Großherzog hat sich gegen die Deputation derjenigen Schweriner, welche ihn und seine Gemahlin bei der Rückkehr von Ludwigslust mit einem Fackelzug empfingen, sehr ungnädig über das Verhalten eines Theiles der Einwohner während der jüngsten Vergangenheit geäußert und dabei den Wunsch ausgesprochen, daß alle zu den guten Gesinnungen der durch die gegenwärtige Deputation vertretenen Bewohner der Residenzstadt von Stunde an zurückkehren möchten. Man bezieht diese Aeußerung auf den Umstand, daß bei den letzten Bürgerrepräsentantenwahlen einige der demokratischen Partei angehörige Mitglieder des Bürgerausschusses wiedergewählt worden sind; es sei denn, daß außerdem die Schritte des Bürgerausschusses gegen die Vereinigung von fürstlichen und städtischen Aemtern in der Person des Bürgermeisters Strempel das Mißfallen Sr. königl. Hoheit erregt hätten. (H. N.)

* **Aus Thüringen** wird Folgendes als „wortgetreuer Auszug" der vielgedachten Beschwerde der Gothaer Ritterschaft und Grafencurie beim Bundestage gegen die Verfassung von 1849 mitgetheilt:

Die stürmische Bewegung in den bekannten Märztagen des Jahres 1848 hatte kaum die ersten Wellenschläge entwickelt, als die herzoglich sachsen-gothaische Regierung sich beeilte, durch ein unter dem 7. März 1848 verkündetes Manifest den Unterthanen des Herzogthums Gotha die Zusicherung einer zeitgemäßen Repräsentativverfassung zu ertheilen. Unter rücksichtsloser Nichtbeachtung der in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassung ward von des Herzogs Hoheit einseitig unter dem 19. März ein Gesetz erlassen, welches 1) eine aus ganz neuen Elementen bestehende Gliederung der landständischen Institution; 2) einen durchaus veränderten Wahlmodus und 3) eine von der bestehenden wesentlich abweichende Geschäftsordnung provisorisch octroyirte. In Folge dieser landesherrlichen Verfügung trat am 18. Juni 1848 eine Versammlung zusammen, welche mit den Abgeordneten der Regierung eine anderweite Wahlordnung vereinbarte. Nach Maßgabe dieses Wahlgesetzes wurde von der herzoglichen Regierung eine Deputirtenversammlung mit allen Attributen eines gesetzgebenden Körpers gebildet, welche in der Abfassung eines Staatsgrundgesetzes, sowie einer Reihe Verordnungen ihre Thätigkeit manifestirte. In der landesherrlichen Sanction und Publication ihrer Beschlüsse gewann sie vollständig die Form und factische Eigenschaft einer verfassungsmäßigen Behörde. Eine von den Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg und Kirchberg Durchlauchten, als Repräsentanten der Grafencurie eingereichte Protestation fand keine Beachtung, und ungeachtet in dieser nach demokratischen Principien zusammengesetzten Versammlung selbst an die bundesgesetzlichen Bestimmungen des Artikels der Wiener Schlußacte erinnert wurde, ungeachtet selbst der herzogliche Commissär die Erklärung gab, daß man das Wahlgesetz allerdings nach der älteren, wenn auch veralteten feudalistischen Verfassung hätte berathen müssen, so wurden diese auf das Recht sich stützenden Zweifelsgründe dennoch durch die Macht der Phrase bewältigt. In dieser Handlungsweise der Regierung liegt demzufolge eine nicht zu rechtfertigende Verletzung der dem göttlichen Rechte des deutschen Bundes angehörigen sechs Artikel des Bundesbeschlusses vom 28. Juni 1832, insbesondere des Art. III (wonach die innere Gesetzgebung der deutschen Bundesstaaten dem Zweck des Bundes, wie solcher in dem Art. II der Bundes- und Art. I der Schlußacte ausgesprochen, nirgends einen Eintrag thun darf). Durch die Macht der Revolution finden sich jedoch die deutschen Fürsten zweiten und dritten Ranges in die Alternative gesetzt, entweder das Bekenntniß der Schwäche oder der Wortbrüchigkeit aussprechen zu sollen. Nur ein gemeinsames Einschreiten des deutschen Bundes kann die deutschen Fürsten dieser peinlichen Lage entheben. Auf die Evidenz dieser Beschwerde erlauben wir uns daher die Bitte zu stützen: Eine hohe Bundesversammlung wolle geruhen, auf den Grund der Artikel XVII, XXV, XXVI, V, XXVIII der Wiener Schlußacte, sowie des Bundestagsbeschlusses vom 23. August 1851 von der Lage des öffentlichen Rechtszustandes im Herzogthum Gotha umständlich Kenntniß zu nehmen, mit den den Umständen gemäßen Vorkehrungen dagegen einzuschreiten, und insbesondere den Ausspruch zu thun, daß die in dem Herzogthum Gotha publicirten Verordnungen aufzuheben und der Rechtszustand in den Statusquo der zunächst vor dem März 1848 bestandenen Gesetzgebung wiederherzustellen sei.

ꝟ **Frankfurt**, 29. Dec. Vor einiger Zeit hatte die Stadt die an der Ausmündung der Brönnerstraße in die Bleichstraße gelegene Seilerbahn acquirirt und einen Theil derselben an einen benachbarten Hausbesitzer verkauft. Auf Antrag des Senats hat nunmehr der Bürgerausschuß genehmigt, daß diese Seilerbahn nicht bebaut und der geschehene theilweise Verkauf nicht ratificirt werden soll. — Der mit seinem Sohne, wie gestern mitgetheilt, verhaftete Gemeindepfleger ist von Jägersheim, königlich württembergischen Oberamts Mergentheim. Die Flüchtlinge ließen sich bei einem Agenten in Miltenberg schleunig Schiffsaccorde auf unrichtige Namen gegen Erlegung von 140 fl. ausfertigen. Die Verhaftung der Flüchtlinge, die mit Geld und Wechseln reichlich versehen sind, hat einer unserer thätigsten und brauchbarsten Gendarmen, Schmidt, mit Umsicht bewirkt.

Schweiz.

☰ **Aus der Schweiz**, 27. Dec. Mehreren preußischen Angehörigen, welche als Handwerksgehilfen &c. in der Schweiz dauernde Beschäftigung gefunden haben, ist auf ihr direct an die königlich preußische Regierung gerichtetes Ansuchen ein verlängerter Aufenthalt in unserem Lande gestattet worden. — Aus Turin geht vom 23. d. M. die folgende verbürgte Nachricht ein: Das Comite für die Lukmaniereisenbahn zwischen Locarno, Wallenstadt und Rorschach hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die bestehende Vorbereitungsgesellschaft in eine förmliche Actiengesellschaft zur Ausführung dieses Unternehmens umzuwandeln, nachdem demselben auch von Seite der sardinischen Regierung eine namhafte Unterstützung in Aussicht gestellt worden ist. — Aus Wallis erfährt man, daß der constituirende große Rath vom 23. d. M. die zweite Berathung der Verfassung und damit die gesammte Revision zu Ende führte. Im Ganzen wurde der Geist, der in der Verfassung von 1848 niedergelegt ist, beibehalten; zwei Bestimmungen aber, die nach der ersten Berathung einen großen Theil der Linken in starke Aufregung brachten, sind auch bei der zweiten Berathung durchgegangen, nämlich: das Stimmrecht der Geistlichen und das Concordat mit Rom. Das dürfte wohl viele Unterwalliser bewegen, für Verwerfung des Verfassungsentwurfs zu stimmen. Am nächsten 9. Januar findet die Volksabstimmung statt, am 17. desselben Monats wird der große Rath die Abstimmungsacte prüfen und im Fall der Annahme den Staatsrath, das Appellationsgericht &c. bestellen. — Es stellt sich nun als erwiesen heraus, daß die Nachforschungen, welche man wegen der Schmähschrift Victor Hügo's, betitelt: Napoleon der Kleine, in Bern angestellt hat, aller Widerlegung ungeachtet von dem eidgenössischen Polizeidirector Druey veranlaßt worden. Letzterer hat in einem vertraulichen Schreiben die berner Regierung dazu aufgefordert, sich aber später bemüßigt gefunden, in den ihm zu Gebot stehenden radicalen Organen diesen Schritt abzuleugnen. Mit Bezug auf dies Verfahren bemerkt die Basler Zeitung: Die Kantone können freilich den Verkehr mit der eidgenössischen Justizdirection nicht abbrechen, sie können ihn aber auf das Nothwendige, auf das unbedingt Amtliche und Oeffentliche beschränken, bis dieselbe wieder in den Händen eines Mannes sein wird, der das Vertrauen nicht auf so schnöde Weise mißbraucht.

Italien.

† **Turin**, 23. Dec. Der Senat hat den ersten Artikel des Ehegesetzes mit 39 unter 77 Stimmen verworfen. Derselbe hat in Folge Ansuchens des Justizministers die fernere Discussion über das Gesetz suspendirt. Die Abgeordnetenkammer hat mit 99 gegen 28 Stimmen die Finanzvoranschläge für 1853 genehmigt. Ein abermaliger, gegen das Ehegesetz gerichteter Hirtenbrief des Erzbischofs Franzoni ist erschienen.

Rom, 18. Dec. Hätten es die Römer beim Spott über das neue französische Kaiserthum und bei lustigen Carricaturen bewenden lassen, so würden jetzt viele nicht ihren Vorwitz zwischen vier engen Mauern zu beklagen haben. Allein die Ausfälle wurden täglich persönlicher gegen den Kaiser, und immer verletzender die Eckenanschläge, zumal auf Piazza di St. Eustachio an den Weihnachtsbuden, welche Nürnberger Spielzeug enthalten. Der französische Polizeipräfect ließ selbst ernste Nachforschungen nach den Autoren dieser Literatur anstellen und beantragte ihre Verhaftung. Es dauerte nicht lange, so waren sie aufgefunden und mit ihren Helfershelfern eingesteckt. Die Zahl dieser meistens den bessern Familien Roms angehörigen Verhafteten soll sich auf 87 belaufen. Darunter sind jedoch auch diejenigen mitbegriffen, die aus Anlaß des letzten Sonntag erfolgten Todes des sehr mißliebigen Polizeiagenten Santi Allegiani ihre Freude in Demonstrationen kundgaben, welche die Polizei beleidigen und zum Einschreiten herausfordern mußten. — Ein heutiges Rundschreiben des Polizeiministers Msgr. Savelli gestattet Theater und Oper auch für den bevorstehenden Carneval im ganzen Lande. Die Eröffnung ist auf den 26. d. M. festgesetzt. Bemerkenswerth ist folgende neue Bestimmung, wodurch die Präsidenten der Provinzen von der geistlichen Obrigkeit bevormundet werden: „Der Umsicht und Wachsamkeit der Präsidenten ist die Ausführung gegenwärtiger Erlaubniß für die gewöhnlichen Festzeiten anheimgegeben. Aber auf jeden Fall und bei jeder Veranlassung sollen die Präsidenten, bevor sie die genannten Vergnügungen in irgend welcher Weise gestatten, die ausdrückliche Einwilligung der geistlichen Curie dazu einholen, auch jede Vorsicht bei einer möglichst genauen und überwachenden Censur der theatralischen Vorstellungen anwenden." (A. Z.)

Das Univers veröffentlicht das schon erwähnte Schreiben des Papstes an den König von Sardinien aus Castel Gandolfo vom 19. September. Wie aus demselben hervorgeht, hatte der König unter dem 25. Juli in einem Schreiben an den Papst um mehrere Aufschlüsse über das Civilehegesetz gebeten. In seiner Antwort verdammt der Papst dasselbe: jede eheliche Verbindung ohne die kirchliche Einsegnung sei Concubinat; ein Gesetz, das bei Katholiken den kirchlichen Segen von dem bürgerlichen Vertrage trenne, laufe den Lehren der Kirche zuwider, usurpire ihre Rechte und stelle in seiner Anwendung Concubinat und Sacrament der

Ehe auf die nämliche Rangstufe. Der Papst erklärt ferner, daß die zwei von dem Gesetzentwurf der Regierung gestellten Bedingungen, wonach eine von der Kirche regelmäßig gefeierte Ehe von dem Staat anerkannt und dann den Personen, die sich nur nach dem Civilgesetz verheirathet haben, die Verpflichtung auferlegt wird, sich später noch einmal nach dem Ritus der katholischen Kirche trauen zu lassen, die Rechte der Kirche nicht sicher stellen. Nach dieser Auseinandersetzung erklärt der Papst weiter, daß er keine Zugeständnisse machen werde. Die Kirche werde ihr Recht, über die Gültigkeit einer Ehe ihr Urtheil auszusprechen, nie aufgeben; der Staat habe erst dann ein Recht, einzutreten, wenn es sich um die Folge einer kirchlich abgeschlossenen Ehe handele. Merkwürdig ist die Stelle des päpstlichen Schreibens über die Länder, wo die Civilehe bereits besteht. Der König von Sardinien hatte nämlich in seinem Brief auf Frankreich hingewiesen, mit welchem der römische Hof in den besten Beziehungen stehe. „Darauf antworten Wir — heißt es in dem Schreiben des Papstes — daß der heilige Stuhl niemals diesen Thatsachen gleichgiltig zugesehen und immer von dem Augenblick an, wo diese Gesetze zu seiner Kenntniß kamen, reclamirt hat. Die Documente mit derartigen Protestationen werden in Unsern Archiven aufbewahrt. Dieses wird Uns jedoch nie verhindern, die Katholiken derjenigen Länder zu lieben, die sich diesen Gesetzen haben unterwerfen müssen ..... Es ist Uns aber deßhalb unmöglich, nicht die große Pflicht wahrzunehmen, die Uns die Verhinderung des Uebels, so viel es in Unsern Kräften steht, auferlegt, und Wir erklären Ew. Majestät, daß, wenn der heilige Stuhl schon mehreremal gegen Gesetze ähnlicher Art reclamirt hat, er es Piemont gegenüber mit aller Macht thun und seinen Reclamationen die größte Feierlichkeit geben muß, dieses besonders deßhalb, weil das Ministerium Ew. Majestät das bedauernswerthe Beispiel anderen Staaten anrath und weil man wegen der übrigen vorliegenden Streitfragen an eine Mitschuld seitens des heiligen Stuhls glauben könnte." Was Monsi. Franzoni, den verbannten Erzbischof von Turin, anlangt, so erklärt der Papst ebenfalls, daß er nicht nachgeben könne. Das Auftreten dieses Prälaten sei von der ganzen katholischen Welt gebilligt worden, und der heilige Stuhl könne unmöglich durch eine Ersetzung des Verwalters der Turiner Diöcese diese Gefühle verletzen. In Betreff des Auftretens der sardinischen Bischöfe, worüber sich der König in seinem Schreiben ebenfalls beklagt hatte, erwidert der Papst, er wisse nicht, was in Piemont öffentliche gäbe, welche Thatsachen hätten, um eine Revolution hervorzurufen. Wenn man jedoch unter diesen Worten die Schriften gegen den Civilehrentwurf verstehe, so müsse er den Geistlichen vollkommen Recht geben, denn das Gesetz sei nicht katholisch, und die Geistlichkeit müsse die Gläubigen vor demselben warnen, selbst wenn sie sich den größten Gefahren aussetze. Nachdem der Papst hierauf den König im Namen Gottes, dessen unwürdiger Statthalter er auf Erden sei, beschworen, den Civilehegesetze seine Zustimmung zu versagen, schließt er folgendermaßen: „Wir bitten noch Eure Majestät, zu bedenken, daß der Presse, die voll Gotteslästerungen und Unsittlichkeiten ist, ein Zügel angelegt werde. Ach! um Gnade! aus Mitleid! Mein Gott! mögen diese Sünden nicht auf Den zurückfallen, der die Macht hat und die Ursachen nicht hinwegräumen will, die jene hervorbringen! Eurere Majestät beklagt sich über die Geistlichkeit; aber diese Geistlichkeit ist in den letzten Jahren von allen Journalen Piemonts ohne Aufhören beschimpft, verhöhnt, verleumdet und der Schande preisgegeben worden. Es ist unmöglich, alle gegen sie verbreiteten Niederträchtigkeiten und gehässigen Schimpfereien zu wiederholen. Und zeigt, weil sie die Reinheit des Glaubens und der Principien der Tugend vertheidigt, soll sie der Ungnade Ew. Majestät verfallen? Wir können es nicht glauben und überlassen uns von ganzem Herzen der Hoffnung, daß Ew. Majestät die Rechte der Kirche unterstützen, ihre Diener beschützen und Ihr Volk von dem Joch einer Gesetze befreien wird, die den Verfall der Sittlichkeit und der Religion der Staaten, wo sie herrschen, beweisen. Voll dieses Vertrauens erheben Wir die Hände zum Himmel und bitten die heil. Dreieinigkeit, den apostolischen Segen auf die erhabene Person Ew. Majestät und auf Ihre ganze königliche Familie herabkommen zu lassen. Pius P. P. IX."

Frankreich.

† **Paris**, 27. Dec. Gestern hat das Journal des Débats das neue Ministerium in England in einer Leitartikel begrüßt; heute thut dies auch der Constitutionnel, das parlamentarische Regime dabei mit obligaten Seitenhieben bedenkend. Uebrigens ist der Constitutionnel mit der Zusammensetzung des neuen Cabinets durchaus zufrieden; er schließt seine Expectorationen mit folgenden Worten: Der Charakter dieses Ministeriums ist für Frankreich und für die Welt im Allgemeinen vollkommen beruhigend. Die während der Verwaltung des Grafen Derby bestandenen guten Beziehungen zwischen unserer Regierung und der von Großbritannien können nicht verschlechtert werden unter der von Männern wie Lord Aberdeen, Lord John Russell und ihren Amtsgenossen sich zu befestigen. Wenn Talent und Erfahrung in der Leitung der Staatsgeschäfte in den Zeiten, in welchen wir leben, Bürgschaften der Mäßigung und der Verständigung sind, so kann kein auswärtiges Ministerium für den Frieden mehr Garantien bieten, als das neue englische Cabinet. — Das Journal des Débats bespricht in einem sehr langen Artikel die in Angelegenheiten der Türkei und zwischen der Regierung dieses Landes in sehr starken Ausdrücken ihre jüngstes und gegenwärtiges Verfahren vor. Der Artikel schließt: Wir fragen sogar diejenigen, welche vom Schicksal der Türkei am wenigsten berührt werden, ob es möglich ist, gleichgiltig zu bleiben, wenn man sie in einer so kurzen Zeit in so viele Fragen verwickelt sieht, — mit Rußland und den katholischen Mächten bezüglich der „heiligen Stätten", mit allen auswärtigen Repräsentanten wegen des neuen Münzgesetzes, mit England und Oesterreich durch das Verbot von deren Flaggen in den Gewässern des Bosporus, mit Oesterreich besonders wegen der bosnischen Angelegenheiten, mit England und Frankreich in Folge der Anleihe, und auf allen Geldmärkten und in der öffentlichen Meinung von ganz Europa durch ihr Verhalten in der zuletzt genannten Sache? An unserm Ende von Europa gibt es gewiß Fragen, welche uns viel näher angehen; aber wer sieht nicht ein, daß, wie jetzt civilisirte Nationen eine von der andern abhängig sind, eine Krisis, die sie alle gefährden würde, an den Ufern des Bosporus eintreten kann? Unsere Sprache mag stark sein, aber sie ist nur von dem lebendigen Interesse diktirt, welches wir immer für die Türkei gehegt haben. Wir wollen an den Zerfall des osmanischen Reichs nicht glauben und niemand kann es mehr als wir noch für würdig erachten, einen ehrenvollen und unabhängigen Rang unter den großen Nationen der Welt einzunehmen. Die Erhaltung des osmanischen Reichs ist eine von den Grundbedingungen des Weltfriedens; wir hoffen deßhalb, daß der Sultan, dessen Ehre und Einsicht in Europa gewürdigt wird, die Gefahr des Pfades, auf welchen verblendete Rathgeber ihn geleitet haben, erkennen und zu der Politik zurückkehren werde, welche bisher den Ruhm und die Sicherheit seiner Regierung ausmachte.

Großbritannien.

* **London**, 25. Dec. Vom Vorgebirg der guten Hoffnung sind neuere Nachrichten eingelaufen. Der Krieg ist beendigt, aber der Friede noch nicht erklärt. Die Kaffern an der Grenze sind erschöpft, aber die Häuptlinge wollen sich nicht unterwerfen. Das ganze Land zwischen King Williams Town und dem Buffalo ist rubig, nur Olyphants Hoek wird noch von den Kaffern bennruhigt. Die Hottentottenhauptlinge sind mit Mißhalber unzufrieden. Sandelli, Stock und Kola befinden sich auf der Flucht rc. Am 16. November ist General Cathcart mit 2000 Mann ausgezogen, um den Frieden unter einigen Stämmen wieder herzustellen.

Man hat oft gefragt, woher die Kaffern sich mit Waffen und Munition versorgen. Folgender Vorfall liest diese Frage beantworten: in der Nacht vom letzten Mittwoch lief in Fleet, bei Weymouth, eine große französische Handelsbark, mit Flinten und Schießbedarf beschrachtet, auf den Strand. Von den 15 Köpfen der Mannschaft wurden nur 6 gerettet. Als man sie fragte, wohin das Schiff bestimmt gewesen sei, antworteten sie: „Nach dem Cap der guten Hoffnung." (Bekanntlich ging schon früher das Gerücht, daß Franzosen den Kaffern Kriegsbedarf zuführten; ja es hieß sogar, daß Franzosen unter ihnen dienten. Obige Notiz wird die Stimmung gegen Frankreich, welche in der englischen Nation seit einiger Zeit ohnehin nicht die günstigste ist, schwerlich verbessern. Anderseits behaupten freilich die Franzosen, und wohl auch nicht ohne Grund, daß ihre norbafrikanischen Feinde von Anfang an bis auf den heutigen Tag Waffen und Munition von den Engländern, oder Gibraltar, beziehen.)

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 28. Dec. 4½pCt. Rente 105, 25. — 3pCt. do. 81. — 5pCt. Piemont 100. — 3pCt. Span. 43½. — 1pCt. do. 23¼. (Spnd.)
London, 28. Dec. 3pCt. Consols 100¾. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 24. — 5pCt. Pambro 95¼. (Spnd.)
Madrid, 23. Dec. 3pCt. 44⅛. — 1pCt. neue 24½. (Spnd.)
Antwerpen, 28. Dec. 5pCt. Lombard. 92⅜. — 2½pCt. Belg. 57⅛. — 3pCt. Span. ind. 43⅛. — 1pCt. do. 23⅛. (Spnd.)

Frankfurt, 29. Dec. Bei der heute stattgehabten Ziehung 2. Klasse der 123. hiesigen Staatslotterie gewannen Nr. 18719 12000 fl., Nr. 11408 3000 fl., Nr. 6245 2000 fl., Nr. 10704 1000 fl., Nr. 397 und 13766 jede 400 fl.

Verantw. Redaction: Dr. H. Matlen. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuscheit.

Hochfürstlich Solms-Lich'sches Anlehen
von fl. 300,000 à 3½ pCt., d. d. 28. März 1836.

In der heute vor Notar und Zeugen vorgenommenen dritten Verlosung sind nachstehende Partial-Obligationen des rubricirten Anlehens auf drei nachrinander folgende Jahre, nämlich:

Litr. A. Nr.	56	. . . .	à fl.	1000.	fl. 1900, per 1. April 1853.
„ B. „	156	. . . .	à fl.	500.	
„ C. „	4	92 364 379	à fl.	100.	
Litr. A. Nr.	158	. . . .	à fl.	1000.	fl. 1900, per 1. April 1854.
„ B. „	35	. . . .	à fl.	500.	
„ C. „	28	181 295 365	à fl.	100.	
Litr. A. Nr.	24	. . . .	à fl.	1000.	fl. 1900, per 1. April 1855.
„ B. „	80	. . . .	à fl.	500.	
„ C. „	53	139 148 377	à fl.	100.	

zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden, und werden demnach die Zinsen auf dieselben nur bis zu den resp. Ablagerterminen vergütet.

Frankfurt a. M., den 22. December 1852.

[2864] **M. A. von Rothschild & Söhne.**

Nassauische Allgemeine Zeitung.

Auf das mit dem 1. Januar 1853 beginnende neue Quartal der „Nassauischen Allgemeinen Zeitung" und des mit der „Nassauischen Allgemeinen Zeitung" vereinigten im Anhang derselben erscheinenden „Kreisblattes für das Kreisamt Wiesbaden" laden wir hiermit zu gefälligen Abonnements ein.

Die „Nassauische Allgemeine Zeitung" mit dem belletristischen Beiblatt „Der Wanderer" erscheint, Sonntags ausgenommen, täglich, Montags, Mittwoch und Sonnabends in Verbindung mit dem „Kreisblatt für das Kreisamt Wiesbaden" und beträgt der Pränumerationspreis für den ganzen Umfang des Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebietes mit Inbegriff des Nassauischen Stempelstags 2 fl., für die übrigen Länder des deutschösterreichischen Postvereins, wie für das Ausland 2 fl. 24 kr.

Durch den amtlichen Theil der „Nassauischen Allgemeinen Zeitung" gelangen Kundmachungen der Regierung am frühesten zur Kenntniß des Publikums. Die „Nassauische Allgemeine Zeitung" ist ferner von sämmtlichen Behörden des Landes zur Veröffentlichung von Bekanntmachungen und Erlassen gewählt.

Die „Nassauische Allgemeine Zeitung" erfreut sich einer bedeutenden, stets zunehmenden Verbreitung und eignet sich dadurch besonders zur Veröffentlichung von Privat-Anzeigen aller Art. Inserate werden die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum mit 3 Kr. berechnet. Bestellungen beliebe man bei den nächstgelegenen Postämtern zu machen.

Wiesbaden im December 1852. [2864]

Die Expedition der „Nassauischen Allgemeinen Zeitung."

[2870] Die

Süddeutsche Musik-Zeitung,

welche seit Ostern im Verlage der Unterzeichneten erscheint, und wovon mit Neujahr das vierte oder letzte Quartal des ersten Jahrganges beginnt, empfiehlt sich durch anziehende Darstellung, durch interessante Correspondenzen aus allen Theilen Deutschlands wie der bedeutendsten Städte des Auslandes, durch Besprechung der wichtigsten Fragen des musikalischen Lebens der Gegenwart in allgemein verständlicher Weise, allen Freunden der Musik.

Der Preis derselben, fl. 2. 42 kr. oder Thlr. 1. 18 Sgr. per Jahrgang (durch die Post bezogen 50 kr. oder 15 Sgr. per Quartal), ist so billig gestellt, dass die Anschaffung derselben, anderen Zeitschriften gegenüber, wesentlich erleichtert ist. Wir machen besonders Lesecabinette, Privatgesellschaften mit Lesezimmer und dergleichen auf diese Gelegenheit aufmerksam, ihren Mitgliedern mit äusserst geringen Kosten die Lectüre eines musikalischen Blattes zu verschaffen, welches ihnen ein vollständiges Bild des gesammten musikalischen Lebens Deutschlands und seiner bedeutendsten Erscheinungen bietet.

Alle Buch- und Musikalienhandlungen, sowie alle Postämter Deutschlands nehmen Bestellungen an.

Mainz, im December 1852.

B. Schott's Söhne.

[2866] **Edictalladung.**

In Sachen der reformirten Kirchenkasse in Lengsfeld gegen Adam Dittrich von Lengsfeld, das Erkenntniß gegen Letzteren vom demselben am 9. September 1841, auf gerichtliche Obligation, dargelegenen Kapital von 300 fl. nebst Zinsen bereits rechtskräftig erlangt und wird dieser, da sein Aufenthaltsort unbekannt ist, zur Erklärung auf die Klage

binnen 3 Monaten

unter dem Anfügen aufgefordert, daß er nach Ablauf dieser Frist der Klage geständig erachtet, mit Einreden nicht mehr gehört und, der Klagbitte gemäß, auch in die Kosten verfällt, jeder für ihn bestimmte fernere Bescheid aber durch Anschlag an das Rathhaus in Lengsfeld ihm insinuirt werden soll. Umstatt, den 17. December 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
J. R. Gr. L.
Schaum.

[3871] In Sachen des Hugo Gerenfeld von Trier, Klägers, gegen Dario Villenstern in Oberlenberg, Beklagten, Forderung betreffend, wird dem vermalen muthmaßlich in Amerika abwesenden Beklagten eröffnet, daß Kläger gegen ihn dahin gestanzt habe, daß er am 26. October n. J. von demselben vermittelst M. Simon von Saarbrücken und M. J. Goldschmid aus Söhne in Frankfurt a. M. in Metz 39 Conventpfaler à 17 fl. 30 kr., 10 Ries 44 Schreibpapier à 22 fl., 10 Ries 120 Postpapier à 43 fl. 45 kr., Emballage 1 fl. 8 kr., sämmtlich erhalten habe, sowie daß die Preise auch dem Betrauliswerth der Waaren entsprächen, endlich, daß durch eine ihm vorgelegte, aber nicht eingetödte Taxite 56 kr. Kosten aufkommen seien.

Zugleich wird demselben aufgegeben, sich binnen drei Monaten

von heute an, bei Vermeidung Eingeständnisses und Ausschlusses mit seinen Einwendungen, zu erklären, endlich aber bemerkt, daß alle weiteren Verfügungen in dieser Sache nur durch Anschlag an der Gerichtstafel bekannt gemacht werden.

Oftenberg, den 18. December 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Schaefer.

Cours der Staats-Papiere. 29 December 1852. (Schluss der Börse.)

	Per contant.			Per contant.		Per contant.
Oesterreich	50/0 M. (C.I.S.B.Roths)	96 G.	Baden.	5. 35 Loose v. 1845	35½ P. ½ G.	Wechsel-Cours.
„	50/0 M. v. J. 1854 ser. B.	96 G.	Hurhessen	40Thlr. I., B. Roths.	34½ P. 34 G.	Den 29. December / Per contant.
„	50/0 do. v. J. 1839 L. à 121	95¾ P. ½ G.	„	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	48½ G.	Amsterdam . kl. S. 99⅞ B. / G.
„	40/0 L. V. (C. b. Rothe)	92. 91¾ P. ⅛ G.	Gr. Hessen	41/2 0/0 Obligationen	101¾ G.	Augsburg . kl. S. 120⅜ G.
„	50/0 do. Metall. C.I.S.L.M.	86½ P. ⅛ G.	„	40/0 Obl. d. Rothsch.	98½ G.	(100 fl. Crt.) 2M. —
„	Bank-Actien . . .	1440 P. 38. 37, 36 bez. u. G.	„	35½ 0/0 Obligat. Rothsch.	92½ G.	Berlin . . . kl. S. 105⅛ B. 104⅞ G.
„	20/0 Metallic. Oblig.	84½ P. 84 G.	„	fl. 50 Loose . . .	92½ G.	(80 Thlr.) . 2M. —
„	20/0 M. v. J. 1834 Ser. A.	84½ P. ¾ G.	„	fl. 25 Loose . . .	32 G.	Bremen (80 kl. S. 97⅛ B. 96⅞ G.
„	20/0 ditto 1839	84½ P. ¾ G.	Nassau .	20/0 Oblig. b. Rothsch.	103½ P. 103 G.	Rthlr. I. Loos. 2M. —
„	41½0/0 ditto	75⅝ P. ½ G. ⅜ bez. 2/3 G.	„	40/0 ditto	99⅝ G.	Hamburg . kl. S. 89⅛ B. 1 G.
„	40/0 ditto	66¾ P. ½ G.	„	35½0/0 ditto	91½ P. ⅜ G.	(100 Mk. Bc.) 2M. —
„	30/0 ditto	50 G.	„	fl. 25 Loose . . .	29½ P. ⅛ G.	Leipzig . . . kl. S. 105⅛ B. 104⅞ G.
„	21½0/0 ditto	43½ P. ¼ G.	Frankfurt	3½0/0 Oblig. v. 1839	95½ G.	London . . . kl. S. 117⅜ B. ⅛ G.
„	10/0 ditto	16½ G.	„	3½0/0 v. 1846	94½ G.	(10 Livr. St.) 2M. —
„	Mail.-Como-B. 14-7..	112⅝ P. 11 G.	„	90/0 „ „	86½ G.	Lyon . . . . kl. S. 94⅛ B. 93⅝ G.
„	fl. 250 Loose b. Roths.	125 P. 124½ G.	„	Taunusbahnact. .	308 P. 305 G.	(200 Fr.) . 2M. —
„	fl. 500 „ ditto	196½ G.	Russland	41½0/0 Obl. b. Baring	101½ P. ¼ G.	Mailand (250 kl. S. 100⅛ B. 99⅝ G.
„	41½0/0 Oblig. b. Bethm.	81½ G.	„	4½0/0 Obl. b. Hope & S.	82½ G.	Lir. Austr.) 2M. —
„	40/0 „ „ „	71½ G.	„	40/0 „ b. Stieglitz „	91¾ G.	Paris . . . kl. S. 94⅛ B. 93⅝ G.
Preussen .	35½0/0 Staatsschuldsch.	94½ G.	Polen . .	40/0 Oblig. de fl. 500	92½ P. ¼ G.	Wien (200 fl. kl. S. 106⅛ B. 105⅝ G.
„	Cöln-Mind. E.-Actien	118½ G.	Spanien	30/0 Inl. Sch. P. fl. 3.80	43½ bez.	in fl. 20 F.) 2M. 106⅛ B. 105⅝ G.
Bayern .	50/0 Oblig. b. Rothsch.	101½ P.	„	40/0 Zeno	23½ bez. ½ G.	
„	41½0/0 ditto	101½ G.	Holland.	40/0 Certificate .	86½ G.	Disconto . . . . 2 B.
„	40/0 ditto	96½ P. ½ G.	„	31½0/0 Syndicate .	65¾ G.	Gold und Silber.
„	40/0 Ablös.-Rente .	97½ P. 96¾ G.	„	21½0/0 Integrale .	65¾ G.	Ducaten . . . . fl. 9 42½-43½ G.
„	31½0/0 Oblig. b. Roths.	52¾ G.	Belgien.	41½0/0 Obl. b. Rothsch.	99¾ P. ½ G.	Fr.-Friedrichsd'or 9 54½-55½ G.
„	Ludwigsh.-Bexbach.	99½ P. 99 G.	„	40/0 Obl in Pr. à 28 kr.	94¾ P.	Holl. 168. Stücke 9 48½-49½ G.
„	50/0 Priorit.-Oblig.	103½ G.	„	21½0/0 Obl. b. Rothsch.	57⅝ P. ½ G.	Rand-Ducaten . 5 56-57
Würtemb.	41½0/0 Oblig. b. Roths.	102½ G. u. fehl.	Sardinien	50/0 Obl. b. Rothsch.	97¾ G.	20 Francsstücke 9 25-26
„	31½0/0 ditto	91 P. 90¾ G.	„	50/0 Obl. b. Hambro	97¾ P.	Engl. Souvereign 11 46
Baden . .	50/0 Obligationen.	103 P.	„	Sardinische Loose .	41¼ G. 41 G.	Gold al Marco 5 370-381
„	41½0/0 Obligationen	102¾ G.	Toscana	50/0 Obl. 1850 (C.b. Geldr.)	101¾ G.	5 Frankenthaler 2 20½-21½
„	31½0/0 v. 1846 . .	91¾ P. ⅜ G.	„	40/0 „ 1851 b. Bastogi (do.)	98 G.	Preuss. Thaler . 1 45-1½
„	fl. 50 Loose v. 1846	67¾ G.	Nassauische	40/0 Stocks Obl. à 100.	117½ G.	Preuss. Cassa-Sch. 1 45-1½

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

rud von August Osterrieth.

№ 312. Donnerstag den 30. December 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern der Königl. Thurn und Taxis'schen Postverwaltung 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15 Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtstaaten 3 fl. 30 kr. = 2 Rthlr. 10 Sgr.

2 fl. 30 kr. C. M. oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und übrigens Länder nimmt Herr H. B. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 29, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4/5 Duodez) mit Briefschrift oder deren Raum 6 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Deutschland.

* **Wien**, 25. Dec. Verläßlichen Nachrichten des Lloyd zufolge hat sich die Pforte in den Rücknoten an die reclamirenden Regierungen mit Entschiedenheit ausgesprochen, auf dem Beschlusse wegen Nichtzulassung fremder Schifffahrt in den türkischen Gewässern unter allen Umständen beharren zu müssen. — Es wird behauptet, daß kein besonderes Colonisationsgesetz erschienen, und bei vorkommenden Colonisirungen nach dem neuen Vereinsgesetze vorgegangen werden würde. Die Gold- und Silberproduction der österreichischen Bergwerke im abgelaufenen Aerarjahr 1852 ist um ein Namhaftes hinter der präliminirten Summe zurückgeblieben; sie betrug nicht mehr als 4,833,068 fl. C.-M. — Mit den letzten Eisenbahnzügen wurden abermals mehrere Triebe von Schweinen aus Ungarn über Gänserndorf nach Hamburg befördert, wo sie zur Vervproviantirung englischer Schiffe benutzt werden.

Triest, 22. Dec. Bei der ununterbrochen steigenden Concurrenz der Nordseehafen auf dem natürlichen Handelsgebiet Triests ist die hiesige Börse gesonnen, bis zur Vollendung der Eisenbahn das Fracht- und Speditionswesen, welches in ein Monopol auszuarten drohte, wenn nicht in die eigenen Hände zu nehmen, doch unter die strengste Aufsicht zu stellen, und damit dem Mißbrauch der willkürlichen Erhöhung der Frachten, wodurch hauptsächlich die Benachtheiligung gegen Hamburg entstanden ist, ein Ende zu machen. Die Klagen über die Unregelmäßigkeit und Unsicherheit der von den Grenzen des Zollvereins auf hier durch Oesterreich transitirenden Gütersendungen mehren sich von allen Seiten, und man kann wohl sagen, daß es zu den Ausnahmen gehört, wenn die versprochene Lieferungszeit genau eingehalten wird. Der Schaden, der dadurch dem Platz erwächst, fängt bereits an, sehr fühlbar zu werden, indem selbst sächsische und schlesische Fabriken es vorziehen, ihren Export nach der Levante auf dem geographisch viel weitern und unnatürlichern, aber zur Zeit zuverlässigern Wege über die Nordseehafen zu bewerkstelligen. Eine zu umständliche Behandlung der transitirenden Güter in Wien von Seiten der Mauthbehörde soll die Ursache der Verzögerungen sein. — Das von der Pforte erlassene Verbot der Küstenfahrt fremder Dampfschiffe trifft den österreichischen Lloyd darum nicht, weil es sich vorläufig nur auf die Fahrten im Bosporus beschränkt und die Lloydboote an keiner Stelle desselben anlegten. Dagegen dürfte die mit dem neuen Jahr zu eröffnende Linie nach Albanien wohl Einsprache erfahren, da nach dem Plan an vier bis fünf Hafen des Landes Passglere angenommen und abgesetzt werden sollen. Was die Ueberlandpost betrifft, so ist jetzt nach Eintreffen zwei großer in England gebauter Dampfer zu hoffen, daß man Marseille, welches in letzter Zeit die Fahrten nach und von Alexandrien regelmäßiger eingehalten hatte, auf die Dauer wieder den Vorsprung abgewinnen werde. Jetzt ist diese Linie wohl nur passiv gewesen. — Mit Anfang nächsten Jahres wird hier ein nautisches, den Interessen der k. k. Kriegsmarine gewidmetes Journal und zwar in deutscher Sprache herausgegeben werden. — Der mit England abgeschlossene Staatsvertrag über die Auslieferung desertirter österreichischer Matrosen, auch von Handelsschiffen, hat bei den hiesigen Rhedern und Capitänen besondere Genugthuung hervorgerufen. Denn so gute Seeleute die Dalmatiner und Istrier sind, so liebten sie doch gar sehr die Veränderung, und kamen sie in fremde Länder, so verließen sie um eine kleine Lohnerhöhung die nationale Flagge und nomadisirten über alle Meere. Wünschenswerth wäre der Abschluß eines ähnlichen Vertrags mit Rußland, dem die slavische Verwandtschaft und Sprache ist, zumal im schwarzen Meer, wohin die österreichische Schifffahrt sich immer mehr ausdehnt, ein ganz besonderer Beweggrund zur Desertion. Gelingt es nach und nach, die deutsche Sprache in die österreichische Marine einzuführen, so würde damit solchen Eventualitäten am besten vorgebeugt werden. (Lpz. Z.)

Aus Lemberg vom 19. December meldet die dortige Zeitung folgenden Vorfall: Am Abend des 1. December wurde Hryn Hawrylak aus Krassow (Herrschaft Szczerzec) von einigen wienia-wer Insassen betreten und verdächtigt, daß er einen Pferdediebstahl habe verüben wollen. Er wurde an Armen und Füßen gebunden, grausam auf dem Wege mißhandelt, darauf in den Bock gespannt, in dieser Stellung zu wiederholtenmalen in die Höhe gehoben und zur Erde geworfen, dann ausgespannt und mit Knitteln und Faustschlägen auf die grausamste Art im Dorfe und im Wirthshause die ganze Nacht hindurch mißhandelt. Erst am folgenden Tage wurde der Unglückliche, als die Ortsobrigkeit hiervon in Kenntniß gesetzt worden war, ärztlich untersucht und dem Lemberger allgemeinen Krankenhause zur Behandlung übergeben. Die Thäter wurden sämmtlich verhaftet und dem Strafgerichte übergeben; der Ortsrichter, unter dessen Augen die Gewaltthat verübt worden, ist sogleich entsetzt und gegen den Wirthshausspachter, der die Anzeige unterlassen, das Geld des Hawrylak übernommen und dafür die grausamen Thäter hat zechen lassen, das Strafverfahren eingeleitet worden.

* **Berlin**, 27. Dec. Die nach den Festtagen bevorstehenden Kammerverhandlungen werden mannigfach die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen; eine der interessantesten dürfte die über die Grundsteuer werden. Die politischen Parteien, sagt die Leipziger Zeitung, sind weit entfernt, in dieser Frage ihre Ansichten allseitig in sich abgeschlossen zu haben. Selbst solche, die einer privilegirten Steuerfreiheit grundsätzlich entgegen sind, hegen nicht selten die Ueberzeugung, daß die Grundsteuer den Preis der Güter ausgleichen werde und folglich eine Aufhebung der Grundsteuerfreiheit als unangemessen, selbst ungerecht erscheine. Dem Einwand, die Grundsteuer laste auf der Masse der Consumenten, indem sie die Lebensmittel vertheuere, wird mit Ricardo's Theorem begegnet, wonach der Preis der Bodenfrüchte einzig und allein durch die Productionskosten bedingt ist. Mehr oder weniger liefe sich dasselbe von jeder lange bestehenden Steuer sagen. Auch andert sich wesentlich das Verhältniß dann, wo der Grundbesitzer mit fremdem Capital arbeitet, oder, was dasselbe, wenn sein Gut verschuldet ist. Immer aber steht zu erwarten, daß nicht allein die katholische Fraction, sondern auch protestantische Abgeordnete in beträchtlicher Anzahl sich für die Grundsteuerbefreiung der Kirchen und Schulen erklären werden. Ausnahmen machen jedoch stets die Aenderung staatlicher Verhältnisse mißlich, die einen principiellen Charakter an sich tragen und privilegirte Stellungen beseitigen soll.

In dem Cabinetsrath, welcher am 23. d. M. in Gegenwart Sr. Majestät des Königs im Schlosse Bellevue abgehalten wurde, kam dem Vernehmen nach auch die Frage wegen der künftigen Bildung der ersten Kammer zur Verhandlung. Verheißungen wurde diese Erörterung, wie es scheint, durch die mannigfachen Vorbesprechungen, welche die Frage selbst in den verschiedenen Fractionsversammlungen beider Kammern bereits erfahren. Das Staatsministerium nimmt Stellung zu einzelnen Abänderungsvorschlägen, welche allen Anzeichen nach sowohl von der oppositionellen, als von der rechten Seite ausgehen werden. Mehrere Wortführer der entschiedenen Rechten beabsichtigen, statt der Bestimmung: die Mitglieder der ersten Kammer werden vom König theils auf Grundlage erblicher Berechtigung, theils auf Lebenszeit berufen, die Fassung vorzuschlagen: die Bildung der ersten Kammer erfolgt auf Grund königlicher Anordnung. Bekanntlich war es diese Fassung, welche in der vorigen Session ihrer Allgemeinheit wegen von der conservativen Partei verworfen wurde. Jetzt erwartet man von der Verallgemeinerung des Satzes die Aufhebung der dem Wahlrecht corporativer Verbände entgegenstehenden Beschränkungen. Sowenigstens wird die Sache in den andern Fractionen aufgefaßt, und nach der sich hier kundgebenden Stimmung bleibt wenig Aussicht für die Annahme des Abänderungsvorschlags. Die Regierung

zeigt überdies nicht eben große Neigung, von dem Wortlaut ihrer Vorlage abzugehen, und sie wird dabei nicht bloß von einem bedeutenden Theil der Rechten, sondern auch von den mittleren Schichten der Opposition unterstützt.

* **Köln**, 27. Dec. Wenn die Bonner Zeitung richtig belehrt ist, so würde Papst Pius IX. im nächsten Februar auch Köln besuchen. Dieser Besuch würde bei der Gelegenheit stattfinden, wo der Papst sich nach Frankreich begibt, um Ludwig Napoleon in der Kaiserwürde zu salben. Auch heißt es, unser Cardinal-Erzbischof habe die Einladung zu dem gedachten Besuch an den Papst ergehen lassen.

Elbing, 24. Dec. Der Neue Elbinger Anzeiger ist mit Anfang der vorigen Woche wieder, aber unentgeltlich erschienen. Die heute ausgegebene Nummer trägt eine von J. Born unterzeichnete Ankündigung, deren erster Satz so lautet: „Die königl. Regierung zu Danzig hat mittelst Verfügung vom 13. mit zwar das Recht zum Verkauf, nicht aber zur Herausgabe meines Blattes bestritten, weßhalb ich dasselbe auch vom 1. Januar 1853 ab gratis ausgeben werde." Die Einheimischen haben daher nur 2½ Sgr. Zeitungssteuer und 1 Sgr. an den Colporteur, die Auswärtigen außer der Zeitungssteuer noch den Postaufschlag von 2½ Sgr. vierteljährlich zu zahlen.

München, 27. Dec. Se. Maj. der König hat noch unter dem 10. d. M. genehmigt, daß der bisherige außerordentliche Professor zu Gießen, Dr. Ludwig Carriere, in der Eigenschaft als Honorarprofessor bei der philosophischen Facultät der Hochschule München Vorlesungen über Logik, Aesthetik, Psychologie und Literaturgeschichte halte. Gerbels Vorlesungen ziehen immer zahlreichere Zuhörer an, so daß er einen größern Hörsaal wählen mußte. (A. Z.)

Reutlingen, 27. Dec. Heute eben, Mittags ein Viertel nach 1 Uhr, erdröhnt ein dreifacher, dem furchtbarsten, schwersten Donner ähnlicher Schlag und setzt die Bewohner von ganz Reutlingen in plötzlichen Schrecken. Ein jeder glaubt, sein Haus stürze krachend zusammen, oder irgend ein ungewöhnliches Ereignis drohe den nahen Untergang. Eine dicke grauschwarze Rauchsäule wirbelt in westlicher Richtung in die Höhe, und erst nachdem man von dem allerersten Schrecken etwas zurückgekommen, wird der Gedanke auf die ganz in der Nähe unserer Stadt stehende Widersche Pulverfabrik gelenkt, welcher die Menschen in Masse zuströmen. Dieselbe war denn auch wirklich sammt Magazin in die Luft gegangen. Ganze Riegelwände wurden durch die Heftigkeit des Stoßes eingedrückt, Tausende von Fensterscheiben nicht nur an den zunächst liegenden Gebäuden, worunter die Wernersche Papierfabrik, sondern durch alle Gassen bis herauf auf den Markt- und Kanzleiplatz liegen in Trümmern, ganze Dachseiten sind abgedeckt und bieten das Bild schrecklicher Zerstörung; Läden und Thüren wurden aus den Angeln gehoben. Der angerichtete Schaden ist bedeutend. Wie groß der vorhandene Pulvervorrath war, ist noch nicht ermittelt. Zum Glück ist bei der unheilvollen Katastrophe kein Menschenleben verloren gegangen; dagegen sollen einige, wiewohl nicht sehr bedeutende Verletzungen vorgekommen sein. (Schwäb. M.)

Kiel, 25. Dec. Schleswig-Holstein ist der Sache nach schon längst geschwunden, aber auch um den Namen los zu werden, geschieht soeben Schritte. Der dänische Gesandte in Frankfurt hat nämlich von Kopenhagen Instructionen erhalten, beim Bundestag zu bewirken, daß in deutschen Zeitungen der Ausdruck „Schleswig-Holstein" nicht mehr solle vorkommen dürfen; zugleich sollen bei einzelnen Höfen wegen der bieser Redeweise sich noch bedienenden „Allgemeinen Zeitung" Reclamationen erhoben werden. Dafür, heißt es weiter, wolle sich Dänemark hinsichtlich des Wachtschiffes insofern nachgiebig erweisen, daß dasselbe zwar nicht von der Elbe entfernt, aber von Altona nach Glückstadt, also um etwa 8 Meilen zurückgeschoben werden solle. (K. v. u. s. D.)

§ **Wiesbaden**, 29. Dec. Wenn es erfreulich erscheinen mußte, daß durch Erhaltung des schönsten Hotels unserer Stadt, des Hotels Düringer, nicht bloß die Interessen unserer Weltkurstadt, sondern auch des betreffenden Kurpublikums aus allen Theilen der Erde gewahrt wurden, und wenn es dem Beobachter nicht entgehen konnte, daß der Pächter der Gastwirthschaft, Herr Obermüller, während dieses Sommers den früheren Ruhm des Hauses: „insbesondere den höchsten oder reichsten Ständen eine entsprechende Aufnahme zu bieten", erneuert hat; so kann man es sich kaum erklären, warum das Hotel noch nicht wieder vergeben ist. Nicht allein, daß in einigen Monaten wieder die Kur beginnt, bietet grade dieses Hotel, bei seiner angenehmen Lage, seiner herrlichen Aussicht auf Stadt, Taunus und Rheinweh, und zu seiner prachtvollen Einrichtung noch Raum zu praktischen und sehr vortheilhaften Erweiterungen und Verschönerungen, die aber zeitig vorbereitet und ausgeführt werden müßten, wenn sie noch der nächsten Kur zu gut kommen sollten. Da den Verneinem nach diese Veränderungen ohnehin im Plan sein sollen, so darf man um so mehr erwarten, daß nicht länger mit den betreffenden Entschließungen angehalten wird, als nach dem vermaligen Besitzer des Hauses die möglichst beste Rentirung des so bedeutenden Werthcapitals auch Landesinteresse ist und leicht eine andere Speculation resp. Concurrenz in der Nähe des jetzigen Bahnhofs aufkommen könnte.

Italien.

†† **Turin**, 24. Dec. Die Verwerfung des ersten Paragraphs vom Civilehegesetz durch den Senat wird allgemein dem Schreiben des heiligen Vaters beigemessen, welches derselbe unterm 19. September d. J. an unsern König gerichtet hat. Die seitdem erlangte Publicität der unvereinbaren Gesinnungen des Papstes soll über das Votum vieler hochgestellten Personen der ersten Kammer entschieden haben, indessen jenes Schreiben eine entgegengesetzte Wirkung auf das Gouvernement auszuüben scheint; denn die neuesten Verhaftungen unter dem regierungsfeindlichen Klerus werden von den Regierungsfreunden damit motivirt, daß die Schlußsilbe des päpstlichen Briefs, welche die renitenten Priester gegen die Gnade des Königs auf das wärmste in Schutz nimmt, zu deren fortgesetzter Opposition das Meiste beitrage. Die Aufregung unter den untern Volksklassen ist im Wachsen; übrigens hält man die Entfaltung bedeutender Militärkräfte für nicht nothwendig, obschon auch der heutige Berathungsgegenstand des Parlaments (der Säcularisationsbericht des Professors Melegari) viele Leute anzieht. In den savoyischen Generalrath zu Chambery sind lauter Radicale gewählt worden, und das dortige Gericht hat den Franzosen Barral, der wegen Verstoßes der Schrift „Napoléon-le-Petit" verhaftet worden, freigesprochen. Zufolge eines Gerüchts wird die Zeitung Risorgimento mit Neujahr aufhören Regierungsorgan zu sein, indem Minisserium und Kammermajorität ein neues Blatt: Das Constitutionnel, gründen wollen. Unsere Pariser Correspondenz ist nicht sehr friedlicher Natur. Der Kaiser, der das Scheitern des Wasaschen Heirathsplans verschwerzt habe, sei durch eine neue in Württemberg (soll wohl heißen Hohenlohe) erhaltene Ablehnung sehr übel gelaunt, und beklage sich offen über die geringe Verhüllung nordischer Antipathien. Aus Rom schreibt man, daß dort der verbannte Freiburger Bischof Marilley erwartet werde, und daß man seinen Namen unter denjenigen nenne, die den Papst im Frühjahr nach Paris begleiten würden. Die bekannte Republikanerin Pauline Rolland ist laut einer Schiffsnachricht aus Genua in ihrer afrikanischen Verbannung gestorben; ihr ältester Sohn durfte sie am Todestage besuchen; allein die Delirirende erkannte ihn nicht mehr.

Palermo, 8. Dec. Der Ausbruch des Aetna wird von der Bevölkerung als beendigt angesehen, obwohl der Vulkan noch immer Rauchwolken, seinen Sand und kleine Lavaströme ausstößt. Für diejenigen, die ihre Habe in Folge der Eruption ganz oder theilweise eingebüßt haben, werden von Regierungswegen klassenmäßige Unterstützungen vorbereitet.

Neueste Nachrichten.

= **Frankfurt**, 29. Dec. Nachdem der Senat die Sitzungsperiode der gesetzgebenden Versammlung, während welcher dieselbe zur Stellung selbstständiger Anträge berechtigt ist, nicht, wie in den letzten Jahren, prolongirt hatte, fand heute in Folge besonderer Einladung des regierenden Bürgermeisters eine außerordentliche Sitzung statt. Die Senatsvorlagen betrafen folgende Gegenstände: Bedürfnißstand des Jahrs 1853, Wiedereinführung des Zeitungsstempels, Nachbewilligung auf den Status exigentiae des Polizeiamts für 1852, Accise von Mehl- und Backwaaren, Staatsvertrag mit dem Großherzogthum Hessen zur Verhütung und Bestrafung von Forst-, Jagd- und ähnlichen Freveln. — Die über den letzten Gegenstand niedergesetzte Commission, aus welcher Herr Schöff v. Heyden wegen seiner Ernennung zum Bürgermeister, und Herr Dr. v. Oven wegen seiner Berufung in den Senat ausgetreten waren, wurde ergänzt, und zur Begutachtung der übrigen Gegenstände eine Commission von sieben Mitgliedern ernannt, und in Betreff der Mehlaccise beschlossen, daß dieselbe einstweilen vom Januar an in den seitherigen Betrag forterhoben werden solle.

* **Wien**, 27. Dec. Nachrichten aus Konstantinopel melden, daß die Expedition gegen Montenegro ausgelaufen ist.

* **Berlin**, 28. Dec. Herr Profesch v. Osten hat sich über Prag nach Wien begeben. — Die neuen Accreditive für den diesseitigen, den österreichischen und russischen Gesandten in Paris, dürften, wie glaubwürdig versichert wird, erst im Anfang nächsten Jahrs, also noch der Neujahrscour, übergeben werden. Von hier aus wenigstens ist das betreffende Actenstück noch nicht expedirt worden.

Von hier schreibt die Leipziger Zeitung: Man widerspricht der Angabe, „daß es die Absicht des Cabinets sei, den diesseitigen Bundestagsgesandten, Hrn. v. Bismark-Schönhausen, demnächst von seinem Posten abzuberufen und denselben mit einer andern diplo-

matischen Mission zu beauftragen. Bekanntlich war schon früher mehrfach die Rede davon, daß für den Fall eines Ausscheidens des vielverdienten Generals v. Rochow, Hr. v. Bismarck für den preußischen Gesandtschaftsposten am St. Petersburger Hof bestimmt sei. Was indessen den angeblichen Wechsel in Frankfurt betrifft, so dürfte in dieser Frage hier nicht eher ein Beschluß gefaßt werden, als bis die Entscheidung in Wien über die Wiederbesetzung der kaiserl. österreichischen Präsidialgesandtschaft erfolgt ist. Offenbar repräsentiren der Graf Thun und Hr. v. Bismarck in Frankfurt die Periode des Gegensatzes. Nicht undenkbar, daß der Fortgang der angebahnten Verständigung mit der Zeit sich auch auf beiden Seiten durch einen Personenwechsel in der Bundesvertretung kund gibt."

± **Berlin**, 28. Dec. Wie man hört, hat St. Maj. der König die Adresse, welche die katholischen Abgeordneten in der vielbesprochenen kirchlichen Angelegenheit an Se. Majestät gerichtet haben, in Abschrift dem Staatsministerium mitgetheilt. Man ist sehr gespannt, was der König sowie das Staatsministerium in dieser Sache beschließen werden. — Die bevorstehende Präsidentenwahl in der zweiten Kammer beschäftigt die hiesigen politischen Kreise sehr. Von der Rechten wird bekanntlich der Oberpräsident Herr v. Kleist-Retzow als Candidat aufgestellt werden. Die katholische Fraction, welche 64 Mitglieder stark ist, hat sich, wie man erfährt, fast einstimmig gegen die Candidatur des Herrn v. Kleist-Retzow ausgesprochen. Dieselbe stellte als ihren Candidaten den Herrn v. Waldbott auf. Bleibt derselbe in der Minderzahl, wie voraussehen ist, so dürfte die katholische Fraction bei der engern Wahl für den Grafen v. Schwerin stimmen. Wenigstens hört man letzteres versichern. Unter diesen Umständen wird auch von Mitgliedern der Rechten es nicht mehr für zweifelhaft gehalten, daß die Wahl des Grafen v. Schwerin zum ersten Präsidenten der zweiten Kammer erfolgen werde.

‡ **Berlin**, 28. Dec. Aus Stallupönen, wo Herr v. Rochow auf der Reise von St. Petersburg nach Berlin erkrankte, sind Nachrichten hier eingelaufen, daß Sr. Excellenz späterhin übermorgen hier eintreffen werde. Es wird versichert, Herr v. Rochow habe den Auftrag von St. Maj. dem Kaiser erhalten, dem hiesigen Cabinet ausführlich Bericht über die Art und Weise zu erstatten, wie der Kaiser die französische Frage beurtheilte. Unterdessen ist der russische Gesandtschaftssecretär v. Stolipic hier eingetroffen, und die von ihm überbrachten Depeschen sollen der Grund sein, warum Herr v. Manteuffel so bald wieder aus der Lausitz zu seinen Geschäften zurückkehrte. Auch mit Kopenhagen sind wichtige Unterhandlungen im Gange; das hiesige und das Wiener Cabinet sind dahin übereingekommen, noch bevor die schleswig-holsteinische Angelegenheit von neuem vor das Forum des Landtags gelange, von den dänischen Regierung Erklärungen über gewisse Maßregeln sich ausbitten, zu denen der deutsche Bund nicht stillschweigen könne. Ueberhaupt herrscht hier eine ungewöhnliche Thätigkeit im Ministerium des Auswärtigen.

* **Dresden**, 28. Dec. Das hiesige Journal verschiert, daß ein Wechsel im k. k. österreichischen Gesandtschaftspersonale dahier nicht bevorsteht. Graf v. Kuefstein wird also den hiesigen Posten nicht verlassen.

± **Darmstadt**, 29. Dec. Wie man nun vernimmt, ist gegen den Buchdrucker Jörg in Mainz, den Redacteur der Neuen Mainzer Zeitung, darum wegen des Abdrucks der Rede des Abg. Müller-Meschiors bei der Verhandlung der Zollvereinsfrage in der zweiten Kammer eine mit Verhaftung verbundene Untersuchung eingeleitet worden, weil diese Rede Stellen enthält, welche die Umstehre der Mitglieder der verschiedenen Ministerien, mit Ausnahme des Kriegsministeriums, verletzten. Man vernimmt nun, daß auch der Abg. Müller-Meschiors bei seiner Rückkehr nach Mainz nach Verlagung der Ständeversammlung, vor den Untersuchungsrichter geladen wurde, um sich wegen vergleichen Anschuldigungen zu verantworten, sowie man weiter vernimmt, daß derselbe jede Antwort verweigert hat, weil die Richtung eines Verfahrens gegen ihn einen Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte der Stände enthalte. Er bezog sich auf den Art. 99 der Verfassungsurkunde: „Die Kammern haben ihre Verhandlungen — durch den Druck bekannt zu machen", sowie auf den Art. 83 derselben: „Die Stände sind für den Inhalt ihrer freien Abstimmung nicht verantwortlich. Dagegen schützt das Recht der freien Meinungsäußerung nicht gegen den Vorwurf der Verleumdung, welche Einzelne in dieser Aeußerung etwa finden sollten. Den Einzelnen bleibt in solchen Fällen das Klagerecht, welches ihnen gegen Verleumdungen nach den Gesetzen zusteht. Klagen dieser Art sollen bei dem Provinzialjustizcollegi derjenigen Provinz angebracht werden, in welcher der Landtag gehalten wird." Dieses Gericht ist sonach das hiesige Hofgericht.

* **Paris**, 28. Dec. Der Moniteur veröffentlicht heute nur Ernennungen im Orden der Ehrenlegion und Medailleverleihungen.

Der Kaiser ist wider Erwarten erst heute Nachmittag um 3 Uhr von Compiegne zurück hier eingetroffen. Mit ihm sind auch der Minister v. Persigny und andere Würdenträger und Personen von Auszeichnung nach Paris zurückgekehrt. Der Polizeipräfect, mehrere hohe Civil- und Militärbeamte und die Directoren der Nordbahngesellschaft haben den Kaiser im Bahnhof empfangen.

Ein Decret bestimmt die Uniform der zum Bereiche des Unterrichtsministers gehörenden Beamten.

Im halbamtlichen Theile meldet der Moniteur, daß der portugiesische Minister des Auswärtigen in seiner Antwort auf die Anzeige der Thronbesteigung des Kaisers der Franzosen die lebhafte Befriedigung, welche die Königin Dona Maria darüber empfunden, ausgedrückt, und die unverzügliche Zusendung neuer Beglaubigungsschreiben an den portugiesischen Gesandten in Paris angekündigt habe.

Graf Karolyi ist von Wien in besonderer diplomatischer Sendung, und Graf Segur, erster Secretär unserer Gesandtschaft in Rom, mit Depeschen für die Regierung hier eingetroffen.

Die heute fällige Madrider Post ist ausgeblieben.

‡ **London**, 27. Dec. Das neue Ministerium ist nunmehr definitiv constituirt, und man beschäftigt sich bereits angelegentlich mit den für die Minister, welche Mitglieder des Unterhauses sind, nothwendig gewordenen Neuwahlen. Gestern nahm der Sprecher um 2 Uhr Nachmittags im Hause der Gemeinen seinen Platz ein; die Ministerbank blieb leer. Die ministeriellen und die oppositionellen Mitglieder hatten die Seiten gewechselt. Nach kurzem Zusammensein vertagte sich das Haus auf morgen. Im Hause der Lords dagegen erschien Lord Aberdeen als Premier auf dem bisherigen Platz des Grafen Derby und machte die Zusammensetzung des neuen Cabinets und dessen Programm bekannt. Die Hauptstelle seiner Rede lautet: „Der Friede ist das Interesse Englands, und ich werde alles, was in meiner Kraft steht, thun, um ihn aufrecht zu erhalten. Aber zu gleicher Zeit wünsche noch will ich Verringerung der Vorsichtsmaßregeln zur Sicherheit und zum Schutz des Landes, welche die Legislatur in der vorigen Session eingeleitet hat. (Hört!) Mag es sich nun um Ausdehnung der Handelsfreiheit, um Entwickelung des nationalen Unterrichts, oder um die Justizreform handeln, so wird die Regierung nur von dem allseitigen Wunsch bewegt sein, dem nämlich, zum Gedeihen des Landes beizutragen und die sociale Wohlfahrt des Volkes zu mehren."

Börsenberichte.

Frankfurt, 29. Dec. Auf das Fallen der Renten an der gestrigen Pariser Börse waren anfangs die Fonds im Allgemeinen mehr angeboten, später zogen die Course jedoch wieder an, und waren besonders österreichische Effecten gesucht wieder begehrt; 5pCt. Metall. waren 84 pCt. G., 5pCt. do. vom Jahr 1852 84$^{1}/_{4}$ à $^{1}/_{2}$ pCt., 5pCt. Lomb. Rent. 92, 91$^{1}/_{2}$ à $^{3}/_{4}$, pCt., Wiener Bankactien 1436 fl., 500 fl. Loose 196$^{1}/_{2}$ pCt. G., 250 fl. Loose 124$^{1}/_{2}$ pCt. G. Von spanischen Fonds wurden 1pCt. Rente dis 23$^{1}/_{4}$ umgesetzt und schlossen 23$^{11}/_{16}$ pCt. G., 3pCt. Inländische waren 43 à 43$^{1}/_{4}$ pCt. Von Eisenbahnactien war F.-W.-Nordbahn flauer 48$^{3}/_{4}$ pCt., Berbach 99 pCt., Köln-Minden 119 pCt., Taunus 306 fl. Alle übrigen gangbaren Papiere variirten nur wenig im Cours seit gestern. — Abends in der Effectensocietät ging in Allem nichts um.

Berlin, 28. Dec Staatsfd. 94$^{7}/_{8}$ Brf., 94$^{3}/_{4}$ G. — Köln-Minden 120 Brf., 119 G. — Fr.-W.-Nordb. 45$^{3}/_{4}$ Brf., 44$^{3}/_{4}$ G., 44$^{3}/_{4}$ à 45 bez.

Paris, 28. Dec. 4$^{1}/_{2}$pCt. Rente 105, 25. — 3pCt. do. 81, —. — Neapol. — Oesterr. 99. — do. neue Anleihe 84. — Span. Neue Actien 23$^{1}/_{4}$. — Neue Span. 3pCt. 50. — Innere Schuld 44, 43$^{3}/_{4}$. $^{1}/_{8}$. — Bankactien 1860. — 5pCt. Piemont 100. — Römisches Anlehen. Juni 1850 97. — do. 1850 97$^{1}/_{4}$. — St. Germain-Eisenbahn —. — Versailles, linkes Ufer 351, 25. — Straßburg-Basel 360. — Nordbahn 885. — Paris-Strasburg 807, 50.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 29. Dec. 5pCt. Metall. 93$^{1}/_{4}$. — 5pCt. do. B. 108$^{3}/_{4}$. — 5pCt. Anlehe v. J. 1852 94$^{7}/_{8}$. — 4$^{1}/_{2}$ pCt. Metall. 84$^{1}/_{4}$. — Bankactien 1352. — 250 fl. Loose 139$^{1}/_{4}$. — London 10 fl. 55 kr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 103$^{1}/_{2}$. — K.-k.-Nordbahn 244$^{1}/_{2}$. — Livorno-Florenz 93$^{1}/_{2}$. — Siena-Empoli 67$^{1}/_{2}$. — Paris 130. — London in Frcft 11 fl. — kr. — Silber 10$^{3}/_{4}$. (Spnd.)

Amsterdam, 28. Dec. 2$^{1}/_{2}$pCt. Integr. 66$^{1}/_{16}$. — 3pCt. Schuld —. 4pCt. Certifit. 97. — 3$^{1}/_{2}$pCt. Spnd. 96. — 4pCt. Kraft. bei Doye 92$^{7}/_{8}$. — 4pCt. Rust bei Stieglitz 92$^{1}/_{8}$. — 3pCt. Span. int. 43$^{1}/_{16}$. — 1pCt. do. Neue 23$^{11}/_{16}$. — 5pCt. Silber-Metall. 93$^{1}/_{4}$. — 5pCt. Metall. 81$^{1}/_{8}$. — 2$^{1}/_{2}$pCt. do. 41$^{15}/_{16}$. — Franz. Kassen 10$^{1}/_{8}$. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuttschelt.

Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn.

Die Lieferung von

a)	3800 gewalzten Bignole-Schienen im beiläufigen Gewichte von	12750	Zoll-Centner,
b)	7500 gewalzten Schienen-Laschen, circa	465	Centner,
c)	17500 Nieten von Walzeisen . . „	90	„
d)	3700 gewalzten Unterlagerplatten „	126	„
e)	62000 schmiedeeisernen Schienen-Kloben	315	„ und
f)	12750 eichenen Querschwellen,		

soll im Wege der Submission vergeben werden.

Die Lieferungsbedingungen nebst Zeichnungen sind auf dem hiesigen Bau-Bureau einzusehen und von demselben auf portofreie Gesuche zu beziehen.

Die Lieferungs-Offerten sind franco und versiegelt mit der Aufschrift

Submission auf die Lieferung von . . . . . .

bis zum 18. Januar 1853 an Unterzeichneten einzusenden.

Frankfurt, 28. December 1852.

Der Ingenieur der Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn:

[2897] **Zobel.**

[2881] **Belgische 5pCt. Obligationen**

werden laut Gesetz der Belgischen Regierung in 4½ pCt. tragende Obligationen umgewandelt. Den Umtausch bewerkstelligt das Wechselbüreau von **S. M. Schwarzschild**, Roßmarkt 3.

Kräuter-Pomade

zur Beförderung des Haarwuchses.

Töpfe à 2 und 4 Thlr.

Rundiner-Pomade

zur Entfernung der Schuppen.

per Topf 1½ Thlr.

Candifolia-Extract, nebst 1 Fläschchen Schminke, zur Vertreibung der Runzeln, pr. Etui 3 Thlr.

Haarfärbungsmittel pr. Flacon 25 Sgr.

Zahnpulver gegen Schmerzen und Weinstein, 10 Sgr.

Lilionese gegen Sommersprossen, Leberflecken ꝛc., per Flacon 1½ Thlr.

Lager dieser Artikel halten wir in der Handschuhe- und Parfümerie-Handlung von Herrn *H. G. von Oven*, Bleidenstraße Nr. 33 in Frankfurt a. M. Rothe & Comp. in Berlin, früher in Cöln. [2758]

[2838] **Versteigerungs-Anzeige.**

Montag den 10. Januar, Vormittags 10 Uhr, werden auf freiwilligen Austehen, in der Behausung der Frau Gräfin von Hodenthal, vorhergen Frau Gräfin von Bergen dahier, neue Mainzerstraße Nr. 1 neu, nachverzeichnete Gegenstände, als:

ein Reisewagen,
zwei Kalesschen,
ein Probirwagen,

Fahrgeschirre, Pferdedecken und sonstige Stallrequisiten gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Dienstag den 21. und Mittwoch den 22. December, sowie Montag den 3. und Dienstag den 4. Januar 1853 können vorbemerkte Gegenstände angesehen werden.

C. Belschner, Auktuser.

Ouvrage très utile aux gens du monde.

Deuxième édition d'un traité pratique des maladies des

ORGANES DE LA GÉNÉRATION, p., contenant **153 FIGURES D'ANATOMIE** et 40 chapitres sur les *fonctions*, les *maladies* et toutes les *infirmités* de ces organes, avec l'indication des *moyens préservatifs* et du *mailleur traitement* pour guerir soi-même les conséquences des *excès* ou de la *contagion*, etc. Chez l'auteur, docteur **Jozan** (de Saint-André), professeur de pathologie uro-génitale, 33, rue Jacob, à PARIS, et *Masson*, libraire, 28, rue de l'Ancienne-Comédie. — Le prix de l'ouvrage, par la poste, franc de port, est de 2 thalers de Prusse. — *L'atlas*, de 153 planches d'anatomie, se vend aussi séparé 2 fr. — *Consultations*, de midi à 2 heures et par correspondance. (*Affranchir.*) *Les malades peuvent se traiter eux-mêmes* et faire préparer les remèdes chez leur pharmacien. [2600]

[1690] **An- und Verkauf**

von Büchern bei **H. Brechhold**, Zeil Nr. 5 neu.

5pCt. Belgische Obligationen.

Der Umtausch derselben in 4½pCt. Obligationen wird aufs billigste besorgt im Wechsel-Comptoir von

J. L. Aub, Zeil, der Post gegenüber.

NB. Courons aller Staats-Effecten werden zum Tages-Cours eingelöst. [2892]

[2690] Edictaladung.

Ueber das benannt überschuldete Vermögen des Kaufmanns Georg Leonhard Boß dahier (die Activa betragen nach dem Inventarium 619 fl. 20½ kr. die Passiva dagegen 10,424 fl. 41½ kr.) ist der formelle Concurs erkannt worden und wird daher Liquidationstermin auf

Donnerstag den 20. Januar 1853,

Morgens 8 Uhr,

anberaumt. In diesem sind Forderungen und Ansprüche jeder Art an dasselbe bei Meidung stillschweigend erfolgenden Ausschlusses von der Masse dahier anzumelden und zu begründen, auch soll zugleich die Gute versucht und entschrenden Falls ein Glaubigeraussschuß und Massevarator erwählt und über die Verwerthung und Theilung der Masse Beschluß gefaßt werden; nicht in Person erscheinende Glaubiger haben daher ihre Vollmachten auch auf letztere Punkte auszudehnen, widrigenfalls sie den Beschlüssen der Mehrheit beitretend angesehen werden.

Der von hier abwesende Gemeinschuldner wird hiermit aufgefordert, in obigem Termine entweder selbst zu erscheinen oder sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen, widrigenfalls angenommen wird, er sei mit dem, was der gerichtlich für ihn bestellte Curator Georg Bolzmar dahier erklären und thun wird, einverstanden.

Lauterbach, den 20. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht
Pfyffer. Bindewald.

[2784] Oeffentliche Aufforderung.

Ueber das Vermögen des zu Anfang dieses Jahres heimlich von Haus entwichenen Peter Röder von Schmalbeerbach wurde auf Antrag dessen Ehefrau Schuldverhaften eingeleitet, in welchem seither dieselben Forderungen zur Anzige gebracht wurden, und da sich bis jetzt eine Nebenstimmung des Vermögens des Peter Röder von circa 1200 fl. ergeben.

Auf den Antrag der Ehefrau des Peter Röder werden alle diejenigen, welche Forderungen irgend welcher Art an das Vermögen des Peter Röder zu machen haben, aufgefordert, solche im Termin

Donnerstag den 27. Januar 1853,

Nachmittags 2 Uhr,

dahier anzugeben, und werden die in diesem Termin nicht erscheinenden Gläubiger einem etwa zu Stande kommenden Arrangement, sowie den von der Mehrzahl der erschienenen Gläubiger gefaßt werdenden Beschlüssen als stillschweigend beitretend erachtet.

Gleichzeitig wird der abwesende Peter Röder aufgefordert, in diesem Termin zu erscheinen und etwaige Mittel zur Befriedigung der Gläubiger anzugeben, widrigenfalls in Gemäßheit der von denselben gestellt werdenden Anträge weitere rechtliche Verfügung deßhalb des verfügbaren Vermögens erlassen werden würde. Zwingenberg, 2. December 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Brenner.

[2699] Oeffentliche Aufforderung.

Die von Herrn Grafen von Erbach-Erbach ausstehenden, durch Ablöstitution der gegenwärtig von Nicolaus Glanz besessenen Erbacher Erbbestandsmühle nebst zugehörigen Gütern entstandenen Grundrenten im fürstlichen Gerichtsantage von 135 fl. 48½ kr. sollen nach den gesetzlichen Bestimmungen abgelöset werden. Man fordert deßhalb alle bei Ablösung dieser Grundrenten Betheiligten, sowohl die bereits bekannten als die noch unbekannten, hiermit auf, ihre etwaigen Besitzansprüche

binnen zwei Monaten

bei dem unterzeichneten Gerichte um so gewisser anzuzeigen, widrigenfalls die Auszahlung des Ablösungskapitals an den vorbenannten Berechtigten gestattet werden wird. Michelstadt, 20. Novbr. 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
In Ermangelung der Landrichterstelle:
Doerr.

[2652] Oeffentliche Kündigung.

In Sachen des Pfarrsonds der evangelischen Pfarrei in Rimbach, Klägers, gegen Adam Dörr III. in Rimbach, dessen Ehefrau Margarethe und Philipp Heinrich Dörr, ledig, von Rimbach, nun Gr. Bauaufseher in Obermengelbach, Beklagte, Forderung aus Darlehen betr., wird der unbekannt wo abwesende Adam Dörr III. aus Rimbach hierdurch benachrichtigt, daß der klagende Fond das ihm, seiner Ehefrau und dem Philipp Heinrich Dörr, ledig, in Rimbach, jetzt in Obermengelbach, laut gerichtlicher Schuld- und Pfanderschreibung vom 27. April 1849 dargeliehene zu 5 pCt. verzinsliche Capital von 400 Gulden auf Ostern an 26. October l. J. gekündigt hat, mit dem Anfügen, daß alle in dieser und namentlich in der nach Ablauf des Aufkündigungsquartals etwa eintretenden Klagsache auf Rückzahlung des Capitals und Zahlung der Zinsen an ihn ergehenden Verfügungen ihm nur durch Anschlag an die Gerichtstafel pfleglen Gr. Landgerichts insinuirt werden.

Fürth, den 17. November 1852.

Großherzoglich Hessisches Landgericht.
Walther. Wunstmann.

[2859] Ausschreiben.

Gegen Ende des vorigen oder Anfang dieses Monats sollen zu Biebrich zwei an portour ausgestellte Partialobligationen der Königlich Baierischen Staatsschuldentilgungsspecialkasse zu Augsburg de dato 1. August 1850 zu 500 fl., Nr. 3931 und 3933 des Kassenkatasters, entwendet worden sein.

Die betreffenden Behörden werden hiervon mit dem Ersuchen benachrichtigt, zur Ermittelung dieser Staatspapiere und deren vorläufiger Beschlagnahme thätige Hand zu leisten und in dem Falle dieselbe bewirkt werden kann, gefällige Nachricht hierher gelangen zu lassen.

Wiesbaden, den 21. December 1852.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.
Winter.

[2839] Edictaladung.

Nachdem der Einwohner Martin Lack zu Dorbeim die Ueberschuldung seines Vermögens angezeigt und erklärt hat, daß er solches seinen Gläubigern abtreten wolle, ist zur summarischen Liquidation der Forderungen, sowie zum Versuch der Güte Termin auf

den 17. k. M., Vormittags 9 Uhr,

anberaumt worden, wozu alle diejenigen, welche Ansprüche an gedachten Martin Lack zu machen haben, mit dem Anfügen hiermit vorgeladen werden, daß die in diesem Termine nicht erscheinenden chirographarischen Gläubiger als dem Beschlusse der Mehrheit der erschienenden beitretend werden erachtet werden.

Rauheim, am 15. December 1852.

Kurfürstliches Justizamt.
Kroeber.
vdt. Schlarbaum.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nro 312.) 30. December 1852.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Paris, den 30. Dec., 9 Uhr 10 Minuten Vormitt.
Angekommen in Frankfurt, 30. „ 9 „ 45 „ „

Paris, 30. Dec. Ein leichtes Unwohlsein hat die Rückkehr des Kaisers aus Compiegne nach Paris verzögert. Gestern hat Napoleon einem Ministerconseil präsidirt und der Vorstellung in der Oper beigewohnt.

Deutschland.

* **Wien**, 26. Dec. Bekanntlich werden aus polizeilichen Rücksichten von Zeit zu Zeit Streifungen in größerem Maßstabe vorgenommen, um das flache Land von Vagabunden zu reinigen und Verbrechern auf die Spur zu kommen. Die am 30. und 31. August l. J. vorgenommenen und am 4. und 14. Sept. l. J. wiederholten polizeilichen Streifungen in Böhmen unter Leitung der politischen Behörden und Mitwirkung der k. k. Gendarmerie, des k. k. Militärs und der Finanzwache haben 2757 Verhaftungen zur Folge gehabt, und zwar wegen Mord 1, Diebstahl und Betrug 101, Gefällsübertretungen 5, wegen nächtlicher Excesse 39, Hazardspiel 16, Ausweislosigkeit 1310, Entweichung aus dem Inquisitions- und Strafarreste 5, steckbrieflicher Verfolgung 2, Rekrutirungsflüchtigkeit 3, wegen Forst- und Jagdfrevel 40, Widersetzlichkeit 2, unbefugten Hausirens 5, Einbruch 1, wegen Uebertretung politischer Vorschriften 226 und wegen Verwundung 1.

± **Berlin**, 28. Dec. Vorgestern ist endlich bei Sr. königl. Hoh. dem Prinzen Adalbert von Madeira aus die Nachricht eingegangen, daß die Corvette „Amazone", die sich in Folge des großen Sturms, welchen die preußische Flottille zu bestehen hatte, von der Kriegsfregatte „Gefion" gänzlich verloren hatte, auch auf der Höhe von Madeira nach vielen harten Kämpfen gegen das als furchtbar geschilderte Unwetter eingelaufen ist. Ueber das Schicksal der „Amazone" war man hier in großer Besorgniß, da von Madeira aus hier sogar angefragt wurde, ob über das Verbleiben der „Amazone" vielleicht in deutschen Häfen Schiffsnachrichten eingetroffen seien. Die Privatschreiben, welche vom Bord der „Gefion" in diesen Tagen hier angekommen sind, schildern den Sturm, welchen das Schiff zehn Tage hindurch auszuhalten hatte. Mehrmals war die Hoffnung schon fast aufgegeben worden, das Schiff, welches einen großen Theil seines Takelwerks durch die Wuth des Sturms verloren hatte, vor dem Untergang zu wahren. Der Commodore sowie die Offiziere hatten nicht minder gegen das Toben des Sturmes als gegen den Aberglauben der Matrosen anzukämpfen, welche wegen einiger zufälligen Vorkommnisse, die sie als schlimme Vorbedeutungen betrachteten, sehr beunruhigt waren; indeß gelang es den Offizieren, die Befürchtungen des abergläubigen Schiffsvolks zu beschwichtigen. Es waren mehrere Augenblicke eingetreten, wo auch die Offiziere den Untergang der „Gefion" fast vor Augen sahen. Das Schiff hat sich in Bezug auf festen Bau in außerordentlicher Weise bewährt, wie hierher berichtet wird. In Madeira werden die Schiffe so lange verbleiben, bis dieselben wieder in vollen seefähigen Stand gesetzt sein werden, denn sie sollen sehr gelitten haben. Die Mannschaft wird hinsichts der Mannszucht sehr gerühmt. —

Die Vereinigung des Obertribunals mit dem rheinischen Revisions- und Cassationshofe wird am 3. Januar in feierlicher Weise stattfinden. In welcher Art diese Feier begangen werden soll, ist noch nicht festgestellt. In Bezug auf ihre Mitglieder sind beide höchsten Gerichtshöfe vollzählig. — In einem früheren Schreiben deuteten wir darauf hin, daß die Oberin des hiesigen Krankenhauses der barmherzigen Schwestern sich in einem Schreiben an den Kaiser von Oesterreich wegen abermaliger Beisteuer zu dem Bau des Krankenhauses gewendet habe. Wie wir hören, hat nunmehr der Kaiser der Oberin eine ansehnliche Summe zur Förderung des Baues zustellen lassen, wie derselbe auch dem Probst der hiesigen St. Hedwigskirche für die Armen der katholischen Gemeinde eine Beisteuer überwiesen hat. — Die Anwesenheit des bayerischen Geheimeraths Professor Dönniges gibt zu mehreren Vermuthungen über den eigentlichen Zweck dieses Hierseins Anlaß. Indessen hören wir, daß Herr Dönniges bereits vor längerer Zeit seinen hiesigen Verwandten geschrieben hatte, daß er den Winter einige Wochen hier zubringen werde.

± **Berlin**, 28. Dec. Es ist wirklich nicht so ganz unwahrscheinlich, daß Graf Schwerin bei der nahe bevorstehenden Wahl wieder zu der Würde eines Kammerpräsidenten erhoben wird. Gegen den Herrn v. Kleist-Retzow herrschen in gewissen Kreisen Vorurtheile. Manche meinen, der Oberpräsident der Rheinprovinz sei den Forderungen und Wünschen der Katholiken nicht so geneigt, wie man es von dem obersten Beamten einer katholischen Provinz erwarten sollte. Es könnten der Regierung überhaupt noch manche Schwierigkeiten daraus erwachsen, wenn sie sich mit der katholischen Fraction nicht abzufinden weiß. Aber eben so irrthümlich ist es, wenn die Opposition, darauf fußend, sich mit der Hoffnung schmeichelt, die Katholiken werden nunmehr mit klingendem Spiel in das oppositionelle Lager übertreten. — Alle die verschiedenen Nachrichten, welche über die zwischen dem Herrn v. Bruck und Herrn v. Pommeresche geführten Unterhandlungen in Umlauf gesetzt werden, sind mit der größten Vorsicht aufzunehmen. Man begegnet hier einer Menge Leute, welche zuversichtlich behaupten, mit diesen oder jenen Beamten in den Ministerien des Auswärtigen oder des Handels befreundet, und darum über den Stand der Frage vollkommen unterrichtet zu sein. Die beiden in Unterhandlung begriffenen Regierungen haben gleichmäßig allen Grund, den Gang der Unterhandlungen nicht voreilig und einseitig bekannt werden zu lassen.

* **Berlin**, 28. Dec. Zur Zollfrage meldet die Neue Preußische Zeitung: Da die hier zwischen Oesterreich und Preußen geführten Unterhandlungen in der Zollfrage in ein Stadium getreten sind, in welchem wir uns der Rücksichten, die Schweigen auferlegen, enthoben glauben dürfen, theilen wir unsern Lesern vorläufig mit, was davon zu unserer Kenntniß gekommen ist. Der österreichische Bevollmächtigte, Herr v. Bruck, verlangte zuvörderst als Bevollmächtigter der Coalition angesehen zu werden, gab aber auf die Bemerkung des preußischen Bevollmächtigten, Freiherrn v. Pommer-Esche, daß seine Instructionen ihm nur erlaubten, mit dem österreichischen Bevollmächtigten zu unterhandeln, diese Forderung auf. Allerdings ist es Brauch, daß Unterhandlungen von dieser Wichtigkeit von Bevollmächtigten gleichen Ranges geführt werden. Der wirkliche Geheimerath, Freiherr v. Bruck, hat auch ein derartiges Bedenken aufgestellt, gleichwohl aber keinen Anstand genommen, die Unterhandlungen mit dem Generalsteuerdirector v. Pommer-Esche, der nicht wirklicher Geheimerath ist, aufzunehmen und hat ihm am Freitag seinen Besuch gemacht. Beim Beginn der Unterhandlungen legte Freiherr v. Bruck den Entwurf zu einem Handelsvertrag vor, machte aber keine Schwierigkeit, als der preußische Bevollmächtigte glaubte, die Unterhandlungen leichter auf der Grundlage eines von ihm aufgestellten Entwurfs beginnen zu können. Der preußische Entwurf ist nun factisch den Unterhandlungen zum Grunde gelegt worden. Nach diesem (preußischen) Entwurfe soll der Handelsvertrag, vom 1. Januar 1854 ab, eine Dauer von zwölf Jahren haben, und während seines Verlaufs sollen Unterhandlungen über weitere Tarifannäherungen geführt werden. Ergäben diese Unterhandlungen, daß das Staatsinteresse durch eine Zolleinigung nicht gefährdet würde, so soll unmittelbar vor Ablauf des Handelsvertrags zwischen den Contrahenten über eine Zolleinigung verhandelt werden. Es hat den Anschein, als würden die Conferenzen zwischen Preußen und seinen im Septembervertrag Verbündeten einerseits, und den bisherigen süddeutschen Zollvereinsregierungen anderseits in Kürze hier wieder aufgenommen werden.

In den den Kammern vorzulegenden Etat für das Jahr 1853 sind die Einnahmen des Handelsministeriums auf 131,489 Thlr. angenommen, die dauernden Ausgaben auf 5,168,872 Thlr., die außerordentlichen Ausgaben auf 1,270,000 Thlr. Das Beamtenpersonal beim Handelsministerium pro 1853 soll nach dem Etat bestehen: aus dem Minister mit 10,000 Thlr. Gehalt, dem Unterstaatssecretär mit 5000 Thlr. Gehalt, dem Centralbureau mit einem Gehaltsquantum von 3800 Thlrn., zwei Directoren mit zusammen 7000 Thlr. Gehalt, 18 Räthen mit zusammen 41,400 Thlr. Ge-

halt, 28 Beamten der Expedition, Calculator, Registratur und Kartensammlung mit zusammen 27,350 Thlr. Gehalt, 10 Beamten der Kanzlei mit zusammen 7350 Thlr. Gehalt, 3 Technikern mit zusammen 2400 Thlr. Gehalt, der Kanzlei- und Hausdienerschaft mit 4390 Thlr. Gehalt, 5 Beamten der technischen Deputation mit zusammen 5450 Thlr. Gehalt. Hierzu kommen an sachlichen Ausgaben 30,403 Thlr. Die persönlichen Ausgaben bei der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen in den Provinzen betragen: für 41 Regierungs- und Bauräthe 51,300 Thlr., für 10 Oberbauinspectoren 8800 Thlr., für 133 Bauinspectoren 103,103 Thlr., für 161 Kreis-, Land-, Wasser- und Wegebaumeister 100,335 Thlr. Sämmtliche Provinzialbeamte beziehen außer ihrem Gehalt bedeutende Remunerationen für Reisen. An persönlichen Ausgaben der 95 Beamten der Handels- und Gewerbeverwaltung sind angesetzt 29,556 Thlr. und an persönlichen Ausgaben der 630 Unterbeamten der Bauverwaltung 79,579 Thlr. Zur Unterhaltung unchaussirter Wege, der Wasserwerke, Brücken und Fähren ꝛc. und der Collegienhäuser sind 1,075,376 Thlr. erforderlich. Zur Unterhaltung der Staatschausseen, zu Gratificationen und Unterstützungen an Chausseeaufseher und Arbeiter und Zuschuß zur Unterhaltung der Provinzialstraßen des Herzogthums Westfalen so wie der Bezirksstraßen der Rheinprovinz sind erforderlich: 1) Zur Unterhaltung von 1727½ Meilen Staatschausseen à 1250 Thlr. 2,159,375 Thlr., 2) zu Belohnungen und Unterstützungen für verdiente Chausseeaufseher 11,700 Thlr., zusammen 2,171,075 Thlr. Zu Chausseeneubauten 1,000,000 Thlr., zum Bau chaussirter Bezirksstraßen in der Provinz Posen 40,000 Thlr. Zur Förderung des Handels und der Gewerbe 136,200 Thlr. Die außerordentlichen Ausgaben bestehen in 1,000,000 Thlr. zu Land- und Wasserneubauten und zu öffentlichen Arbeiten, in 250,000 Thlr. zu Meliorationen an Nieder-Oderbruchs und 20,000 Thlr. zu den Potsdamer Immediatbauten.

*** München**, 28. Dec. Nach einer weitern mehrstündigen Verhandlung über den bereits erwähnten Cassationsrecurs des königlichen Notars Rauch, von Grünstadt, erfolgte in der heutigen Sitzung des königlichen Cassationshofes für die Pfalz das Urtheil, entsprechend dem Antrage der Staatsbehörde, daß der Recurs als ungegründet zu verwerfen sei. Der hohe Gerichtshof ist in der Hauptsache der Ansicht, daß nicht bloß durch gesprochene Worte, sondern auch durch geschriebene, ein Brief an den betreffenden Beamten, das Vergehen der Amtsehrenbeleidigung begangen werden könne. Cassationsklager hatte, wie gestern erwähnt, das letztere behauptet, gestützt auf die Auslegung der Worte „Outrage par paroles" im Art. 212 des Code pénal und es hatte derselbe auch u. a. zwei Urtheile, das eine vom Cassationshof in Paris, vom 11. Februar 1839, das andere vom Cassationshof in München, vom 21. März 1842, für seine Ansicht angeführt, Urtheile, durch welche, wie Cassationskläger glaubt, die streitigen Ansichten bezüglich der vorliegenden Materie zum Abschlusse gekommen waren. Wie bereits gestern erwähnt, hat ein Brief Rauchs an den königl. Staatsprocurator Damm zu seiner Verurtheilung durch das Appellationsgericht zu 1 Monat Gefängniß die Veranlassung gegeben. — Die überaus günstige Witterung, welche wir noch immer haben, wird von den hiesigen Truppen fortwährend zu Reisemärschen und kleinen Manövern benutzt und es sind daher auch diesen Nachmittag wieder sämmtliche Infanterieabtheilungen der hiesigen Garnison ausgerückt.

Aschaffenburg, 27. Dec. Nachdem das seit Neujahr 1852 dahier im Druck und unter der Redaction von Jacob Hembt erschienene sogenannte Abendblatt es in den verschiedensten politischen Schattirungen, die oft in einem Vierteljahre wechselten, versucht hat, ohne daß es zu Glück ausschlagen wollte, wird es nunmehr nach eigener Ankündigung vom 1. Januar 1853 an wegen gänzlichen Mangels an Abonnenten zu erscheinen aufhören. Dagegen wird vom künftigen Jahr an das unseres Wissens früher in Würzburg herausgegebene Katholische Sonntagsblatt von Geiger hier erscheinen. (N. Mk. Z.)

Erlangen, 26. Dec. In der vergangenen Nacht fand zwischen Studenten und andern Einwohnern eine bedeutende Schlägerei statt, wobei ein Student tödtlich verwundet wurde. (Bamb. Z.)

Kaiserslautern, 27. Dec. Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß die Gerichte sämmtlicher politisch Verurtheilten nun abschließlich beschieden sind.

Frankenthal, 28. Dec. Heute sind wieder zwei neue Wucherprocesse hier anhängig geworden, der eine gegen Georg Jakob Reger und der andere gegen dessen Mahler Seligmann Loeb, beide von Freinsheim. Bei Reger ist eine sehr beträchtliche Partie Acten in Beschlag genommen worden und dürften darin bei der bedeutenden Wohlhabenheit dieses Mannes sehr ansehnliche Capitalien figuriren. (Pf. Z.)

§ **Aus Sachsen**, 29. Dec. Ich bin in der Lage, Ihnen in Nachfolgendem die gewichtigen Beschlüsse mitzutheilen, welche von der in Dresden abgehaltenen Conferenz der Abgeordneten evangelisch-lutherischer Kirchenregimente gefaßt worden. Vor Allem war man darin einverstanden, daß das Streben nach größerer Gemeinsamkeit in liturgischer Beziehung nur ein Theil der großen Gesammtaufgabe, Rückkehr zur Lehreinheit und Lehrreinheit (Concessus publicae doctrinae) sei, und daß demnach der Weg zur Einheit in der Ceremonie durch jene Rückkehr genommen werden müßte. Anderweit erkannte man die bei Ausführung der Sache nach der Gesetzgebung mancher Staaten, den Ständekammern, Corporationen ꝛc. rechtlich zustehende Mitwirkung an, und erklärte schließlich sich dahin, daß, wolle man die Landeskirchen aus der liturgischen Zerfahrenheit herausreißen, dies nicht in dem Wege geschehen dürfe, daß man eine Anzahl von liturgischen Formen mache, sondern daß man in den großen liturgischen Schatz, den die Kirche in ihrer geschichtlichen Entwickelung erworben, hineingreife, daselbst suche, was man brauche, und das Gefundene so aufnehme, wie es kirchliche Geltung erlangt habe. Die erste Arbeit auf diesem Gebiete ward dem Vorstjenden der Conferenz, Oberkirchenrath Kliefoth aus Schwerin, übertragen, und für die nächste Zusammenkunft im Herbste künftigen Jahres wiederum Dresden gewählt.

Heidelberg, 27. Dec. Für das Jahr 1853 sind folgende Professoren an unserer Karl Ruprechts-Hochschule zu Dekanen in den verschiedenen Facultäten gewählt (die Namen der diesjährigen Dekane theilen wir in Klammern mit): In der theologischen Facultät Kirchenrath Hundeshagen (Geh. Kirchenrath Ullmann); in der juristischen Facultät Geh. Hofrath v. Mohl (Geheimerath v. Bangerow); in der medicinischen Geh. Hofrath Arnold (Geh. Hofrath Puchelt); in der philosophischen Hofrath Bunsen (Professor Kortüm). — Dittenbergers Nachfolger ist nunmehr ernannt: die von diesem bekleidete zweite Pfarrstelle an der Heiliggeistkirche dahier wird nun die Stelle des zweiten Predigers sein, und zweiter Universitätsprediger, verbunden mit jener des zweiten Universitätspredigers, wurde dem Pfarrer Jacob Theodor Plitt in Bonn übertragen.

Aus Mecklenburg, 23. Dec. Die seit 30 Jahren angestrebte Reform unsers Steuerwesens ist jetzt als definitiv aufgegeben zu betrachten, nachdem die Ritterschaft am 20. d. M. die Erklärung abgegeben hat, daß sie der Aufforderung der Regierung zur Fortsetzung der ständischen Einigungsversuche in Betreff einer Gesammtreform des Steuerwesens nicht entsprechen könne, sondern, in dem Bewußtsein, eine Einigung treu erstrebt zu haben, jetzt dem früher gefaßten Beschluß auf alleinige Ablösung der Landzolle sich hiermit anschließe. Die schwerinsche Regierung hat aber bereits ausgesprochen, daß sie eine derartige partielle Reform nicht für ausführbar halte, und dieser Erklärung hat in einem am 20. zur Verlesung gekommenen Rescripte auch die strelitzsche sich angeschlossen.

Hamburg, 26. Dec. Unterrichtete Personen wollen wissen, daß für den kürzlich hier verstorbenen Herrn v. Graffen, der uns 25 Jahre in Wien vertrat, der ehemalige Reichsminister, Advocat Heckscher, nach der Kaiserstadt gesandt werden soll. Herr Heckscher ist bekanntlich Großbruzsicher, mit dem Erzherzog Johann speciell befreundet, und so wohl geeignet, namentlich bei den immer mehr in den Vordergrund tretenden Handelsfragen, uns in Wien zu vertreten. In der That findet sich hier, wo in den herrschenden politischen Kreisen der Gothaismus vornehmlich das Wort führt, noch kaum ein Anderer zu diesem Posten so berufen wie gerade er. (N. K.)

Schweiz.

≡ **Aus der Schweiz**, 25. Dec. Die wichtigsten Verhandlungsgegenstände der am 10. Januar k. J. zusammentretenden Bundesversammlung werden, nächst Wahlen, Rechnungswesen, Berichten und Anträgen, folgende Gegenstände betreffen: den Gegenentwurf über Errichtung einer eidgenössischen Universität und polytechnischen Schule; den über das eidgenössische Staatsrecht; verschiedene Eisenbahnconcessionen; den Vertrag mit dem deutsch-österreichischen Postverein; die Einbürgerung politischer Flüchtlinge ꝛc. — In Basel ist das Begehr von Neuem der zu bauenden Centralbahn so klar, daß kaum der Hälfte der gestellten Forderungen entsprochen werden kann. — Der Gesundheitszustand des Herrn Achill Bischoff flößt leider immer mehr Besorgniß ein.

Frankreich.

† **Paris**, 28. Dec. Im Palais Royal werden Anstalten getroffen, dasselbe für den Prinzen Heronymus einzurichten. Von dem dem Kaiser durch das neue Senatsconsult zur Verfügung gestellten anderthalb Millionen erhält Hieronymus 1,000,000, dessen Sohn 300,000 und die Prinzessin Mathilde 200,000 Fr. Hinsichtlich der Collateralfamilie des Kaisers ist noch keine Bestimmung getroffen. — Graf Walewski, der Gesandte Frankreichs in London, trifft morgen hier ein, um, wie noch andere französische Diplomaten, die in Paris erwartet werden, den officiellen Neujahrsfeierlichkeiten beizuwohnen. — Für eine positive Thatsache gilt die Ernennung des Herrn Troplong zum Vicepräsidenten des Senats, ein

Digitized by Google

Posten, welcher der Präsidentschaft so ziemlich gleich kommt, da der Kaiser nur in seltenen Ausnahmsfällen den ihm laut der Verfassung zustehenden Vorsitz führen wird.

Der Verfertiger der Höllenmaschine in Marseille, Gaillard, der sich bekanntlich geflüchtet hat, hält sich in Malta auf. Der Polizeibeamte Blos ist dahin abgesandt worden, um die Auslieferung desselben zu bewirken. Gaillard wurde von der Polizeibehörde vorgeforbert und die englischen Behörden haben nach Aufnahme seiner Aussage erklärt, daß zu einer Auslieferung des Angeschuldigten keine Veranlassung vorliege.

Großbritannien.

* **London**, 27. Dec. Das neue Cabinet schließt die größten politischen Capacitäten ein, welche vielleicht jemals ein Ministerium in England gebildet haben; sehr Einzelne könnte als Premier fungiren. Aber eben diese Stärke ist auch vielleicht die größte Schwäche des neuen Cabinets; wenigstens hoffen die Feinde, keine dieser Notabilitäten werde sich auf die Dauer der andern unterordnen wollen; man hat deßhalb nicht mit Unrecht die Frage aufgeworfen, falls früher oder später dieses Ministerium vom Staatsruder abtreten müsse, wen dann die Königin mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragen solle, und ob nicht jedes neue Ministerium von vorn herein nur ein Schatten sein werde im Vergleich zu seinem Vorgänger.

Nach dem Morning Chroniele, welches man jetzt als authentische Quelle betrachten kann, wird der Earl von St. Germans als Vicekönig in Dublin residiren; erster Staatssecretair für Irland wurde Sir John Young. Sir Alexander Cockburn (der berühmte Anwalt, zur Zeit Vertheidiger Dr. Newmans gegen Achilli), soll zum Attorney General für England ernannt sein, und nur dreizehn Regierungsmitglieder sollen Sitz und Stimme im Cabinetsconseil haben. Bernal Osborne, das sarkastische Mitglied für Middleser, dessen Beredtsamkeit den Tories in dem letzten Feldzug die tödtlichsten Wunden schlug, soll, dem Advertiser zufolge, die officielle Laufbahn als Unterstaatssecretair des Innern oder des Handels beginnen. Keinen Gegner hassen die Tories so gründlich wie Osborne, dessen Witzworte auf die Derby-Disraeliten ihn ganzen Lande sprüchwörtlich geworden sind. Eine andere Nachricht des Advertiser, daß Keogh und John Sadleir ins Ministerium treten sollen, bedarf noch der Bestätigung. Der Advertiser macht schon jetzt mit beiden Oppositionsflügeln gemeinsame Sache: auf einer Seite mit dem Radicalen, die über Sir W. Molesworths „Uebergang" zu dem „österreichisch gesinnten" Aberdeen erbittert sind, auf der andern mit den Ultraprotestanten, welche über die große Anzahl von Maynooth-Freunden im Cabinet Lärm schlagen. Sir W. Molesworth ist auch der einzige unter den liberalen Secretairen Londons, der mit den Peeliten gegen die Geistlichen-Titelbill stimmte. Auch Daily News ahndet Sir W. Molesworths „Abfall" durch die hämische Bemerkung, alle Parteien hätten sich dahin verständigt, daß Hansards Debates (die ständerische Sammlung der Parlamentsdebatten) standrechtlich verbrannt werden, und daß künftig niemand an seinem guten Ruf leiden solle, der zum politischen Farbenwechsel eine ganze Woche braucht; nur ein Farbenwechsel binnen 24 Stunden solle nach wie vor für verdächtig gelten. Ohne Zweifel wird Sir William bei der Wiederwahl für Southwark auf eine heftige Opposition stoßen. Als seinen wahrscheinlichen Mitbewerber nennt man S. A. Hardcastle, einen liberalen Maynoothgegner. Mr. Gladstone, der bekannte Schatzkanzler, dürfte diesesmal an der alma mater von Oxford eine sprodere Schöne finden, als bei der neulichen allgemeinen Parlamentswahl. Drei Nebenbuhler, Roundell Palmer, T. D. Acland und Dr. Twiss (lauter Universitätsmitglieder), stehen angeblich schon gegen ihn im Felde.

Der Globe bringt bereits Lord John Russells Ansprache an die Wähler der City von London; eine Wiederholung seines Glaubensbekenntnisses bei der letzten Parlamentswahl.

Amerika.

Neuyork, 12. Dec. Der letzte Census der vereinigten Staaten des Jahres 1850 ist erschienen. Wir ersehen daraus, daß in den letzten zehn Jahren, von 1840 bis 1850, die Bevölkerung von 17,000,000 auf 23,000,000 Seelen gestiegen ist. Von den Bewohnern wurden 17,736,792 in Amerika selbst geboren, 2,210,828 waren Fremde, und zwar 43 pCt. Irländer und 25 pCt. Deutsche; außerdem Engländer, Schotten, Franzosen, Walliser und andere Nationalen; die übrigen waren Sclaven. Von den 17,736,792 freien Bewohnern wanderten 1850 über 4 Millionen aus einem Staate in den andern. Wahnsinnige und Blödsinnige zählte die Union 31,174, von denen 29,356 Weiße und 2088 Sclaven waren. In 100,000 Schulen und Collegien mit 115,000 Lehrern, erhielten 4 Millionen Kinder Unterricht. Die Union hat jetzt 134,972 Arme, und zwar 68,538 Fremde und 66,434 Amerikaner, von denen zusammen 50,353 Unterstützung erhielten, und zwar 2,954,806 Dollare. Verbrecher wurden 27,000 gestraft, von denen 13,000 Eingeborne und 14,000 Ausländer. Das Vermögen sämmtlicher Bewohner der Union beläuft sich auf 7133 Millionen Dollare in 3,363,427 Häusern. Die Union hat 36,011 Kirchen mit einem Vermögen von 86,416,639 Dollare. Man nimmt im Ganzen 303,078,970 Acker Land an, zu einem Werthe von 3,270,733,093 Dollare, auf welchen für 75 Millionen Dollare Maschinen in Thätigkeit sind. An Milchkühen, Werkochsen und Rindvieh zählt die Union 18,355,287 Stück. An Butter und Käse wurden allein für 1,124,652 Dollare ausgeführt. Schafe zählt die Union 3,912,929 Stück. Im Jahr 1850 lieferten die Vereinigten Staaten 14,188,637 Buschel Weizen, 592,326,612 Buschel Mais, 146,678,579 Buschel Hafer, 215,312,710 Pfd. Reis, 19,401,673 Pfde Tabak, 3,000,000 Ballen Baumwolle, 104,055,989 Buschel Erdäpfel; Wein 221,249 Gallonen; an Flachs 7,715,961 Pfd. 35,093 Tonnen Hanf; an Seide 14,63 Pfd.; an Zucker lieferte die Union 247,581,000 Pfd., außerdem 12,700,666 Gallonen Melasse, 34,249,886 Pfd. Ahornzucker, was zusammen 281,830,886 Pfd. ausmacht.

Die Berichte aus **Mexiko** vom 20. November klingen interessant. Die Niederlage des Generals Blanco durch den französischen Grafen Raousset-Doublon ist ein Fait accompli. Dieser hat nun den Staat Sonora unabhängig, aber als Anhängsel Frankreichs erklärt. Die Zustände Mexiko's scheinen übrigens so grenzenlos verworren, daß man im Lande selbst nicht weiß, woran man ist, und die Berichte sind einander so widersprechend, daß es nicht gut möglich ist, sich eine richtige Vorstellung von der Lage der Dinge daselbst zu machen. Vor der Hand scheint nur soviel gewiß zu sein, daß es bis jetzt zwischen Uraga und General Veldez, dem Führer der Bundestruppen, noch zu keiner Schlacht gekommen ist. Letzterer hatte ein verschanztes Lager bezogen und war von Ersterem zur Uebergabe aufgefordert worden. Uraga war in Guadalarara unter dem Zujubel der Bevölkerung eingezogen. Er soll über 4000 Mann zu befehlen haben.

In **Havanna** sind eine Menge revolutionärer, aus Neuyork eingeschmuggelter Proclamationen von der Polizei mit Beschlag belegt worden. An die Stelle des verbotenen Volksblattes Voz del Pueblo, das so viel Unglück über alle daran Betheiligten gebracht hatte, ist in Matanzas ein neues unter demselben Titel getreten; doch circulirt es nur in wenigen Exemplaren als Manuscript.

Landwirthschaftliches.

Eine Notiz in der ersten Wochennummer von D. Hübners Nachrichten aus dem Gebiete der Staats- und Volkswirthschaft vergleicht den Durchschnitt der Weizenpreise in Preußen, Frankreich und Großbritannien von den Jahren 1816—50. Dieselben erreichen in allen drei Ländern ihren Höhepunkt im Jahr 1840 mit resp. 110 Sgr. 8 Pf., 127 Sgr. 6 Pf. und 131 Sgr. 10 Pf. und sind dann bis auf die neuere Zeit resp. auf 58 Sgr. 1 Pf., 62 Sgr. 11 Pf und 76 Sgr. 1 Pf. gesunken. Die letztern Zahlen bilden in den beiden letztgenannten Ländern zugleich das Minimum, während in Preußen der Weizen in den Jahren 1826—35 noch um 2 Sgr. 8 Pf. billiger war als heutzutage. Zum Schlusse werden Sie sich gern auf einen Beitrag zur Bevölkerungsstatistik in diesem Blatte aufmerksam machen lassen, der ein erfreuliches Zeichen für das Königreich Sachsen enthält. In den Jahren 1840—49 hat sich die Bevölkerung daselbst bedeutend vermehrt, und zwar in Gegenden mit vorwaltender Ackerbaubevölkerung um 697, in Gegenden mit vorwaltender Gewerbe- und Handelsbevölkerung, z. B. in Leipzig und Dresden, um 1730 auf je 10,000 Menschen. Das Durchschnittsverhältniß dieser Vermehrung ist mit Ausnahme Hamburgs von keinem deutschen Staate übertroffen; Hamburg hat 11,265, sämmtliche Städte und Dörfer Sachsens haben 11,103 Einwohner, wo beide vor zehn Jahren nur 10,000 zählten. Als Erklärung hiezu bemerkt Hübner, daß Sachsen von allen deutschen Staaten im Verhältniß zu seiner Größe die stärkste Zahl von Schienenwegen, nämlich 1 Meilen auf 4 Quadratmeilen Ausdehnung, und durch seine Messen zu Leipzig verhältnißmäßig den größten Handel habe.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 29. Dec. 4½ pCt. Rente 105, 15. — 3pCt. do. 81, 10. — 5pCt. Piemont 100. — 3pCt. Span. 43¾. — 1pCt. do. 23½. (Spnd.)

London, 29. Dec. 3pCt. Consols 100¼. — 3pCt. Span. —. — 1pCt. do. 23½. — 5pCt. Hambro 95¼. (Spnd.)

Madrid, 25. Dec. Weihnachten.

Antwerpen, 29. Dec. 5pCt. Lombard. 92½. — 2½ pCt. Belg. 57½. — 3pCt. Span. Int. 43¼. — 1pCt. do. 23½. (Spnd.)

Amsterdam, 29. Dec. 2½ pCt. Integr. 66¾. — 3pCt. Schuld —. — 4pCt. Certific. 97½. — 3½ pCt. Spnd. 96. — 4pCt. Russ. bei Pope 92¼. — 4pCt. Russ. bei Stieglitz 92¼. — 3pCt. Span. int. 43¾. — 1pCt. do. Neue 23½. — 5pCt. Silber-Metall. 93¼. — — 5pCt. Metall. 81. — 2½ pCt. do. 41½. Cours fest. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Walten. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuscheit.

[2899]

Bekanntmachung.

Mit höchstlandesherrlicher Genehmigung wird vom 1. Januar 1853 an zwischen Kaltennordheim und Dernbach neben der bereits an zwei Tagen der Woche kurstrenden Fahrpost eine wöchentlich dreimalige Botenpost in nachstehender Weise ins Leben treten:

Abgang aus Kaltennordheim:		Ankunft in Dernbach:
Montag Donnerstag Freitag	6 Uhr Morgens im Sommer. 9 Uhr Morgens im Winter.	9 Uhr Morgens im Sommer. 11 Uhr Morgens im Winter.

Abgang aus Dernbach:		Ankunft in Kaltennordheim:
Montag Dienstag Freitag	12 Uhr Mittags im Sommer. 2 Uhr Nachmittags im Winter.	3 Uhr Nachmittags im Sommer. 5 Uhr Nachmittags im Winter.

Frankfurt a. M., den 29. December 1852.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

[2882]

Hochfürstlich Löwenstein-Wertheim-Rosenberg'sches Anlehen

von 2½ fl. 450,000 à 3½ pCt. vom 10. October 1836.

In der heute stattgehabten Verlosung sind nachverzeichnete Partial-Obligationen des genannten Anlehens, nämlich:

Litr. A. Nr.	66	à fl. 1000.	per 15. April 1853.
„ B. „	130 155	à fl. 500.	
„ C. „	31 114 288 371 372	à fl. 100.	
Litr. A. Nr.	82	à fl. 1000.	per 15. October 1853.
„ B. „	57 183	à fl. 500.	
„ C. „	94 108 339 368 378	à fl. 100.	

zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden, und werden demnach die Zinsen auf dieselben nur bis zu den resp. Ablageterminen vergütet.

Frankfurt a. M., den 22. December 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2883]

Hochfürstlich Löwenstein-Wertheim-Rosenberg'sches Anlehen

von 2½ fl. 350,000 à 3½ pCt. vom Jahr 1836.

In der heute stattgehabten Verlosung sind nachverzeichnete Partial-Obligationen des genannten Anlehens, nämlich:

Litr. A. Nr.	122	à fl. 1000.	per 15. April 1853.
„ B. „	61	à fl. 500.	
„ C. „	149 200 204 240	à fl. 100.	
Litr. A. Nr.	29	à fl. 1000.	per 15. Octbr. 1853.
„ B. „	10	à fl. 500.	
„ C. „	143 254 260 275	à fl. 100.	

zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden, und werden demnach die Zinsen auf dieselben nur bis zu den resp. Ablagetermine vergütet.

Frankfurt a. M., den 22. December 1852.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[2898]

Abonnements-Anzeige.

Auch in dem mit dem 1. Januar beginnenden Quartal wird die **Hananer Zeitung** in der bisherigen Weise Berichte über Tages-Ereignisse in Bezug auf Politik, Handel, Gewerbe, Kunst rc. so vollständig und schnell als möglich liefern und außerdem historische Darstellungen nach wenig bekannten Quellen mittheilen.

Die ihr täglich beigegebenen **Blätter der Vergangenheit und Gegenwart** bieten zur Unterhaltung des Mannichfaltigen in jeder Beziehung. Anziehende Erzählungen, Aufsätze verschiedenen, wissenschaftlichen wie belletristischen Inhalts; gemeinnützliche Erfindungen, Reisebeschilderungen, landwirthschaftliche Artikel, Biographien, Gedichte rc. rc. werden darin in größter Reichhaltigkeit erscheinen.

Für Inserate, welche durch unser Blatt sowohl hier als in weiteren Kreisen eine erwünschte Verbreitung finden, werden per Zeile aus gewöhnlicher Schrift 4 kr. berechnet

Der Preis der Hananer Zeitung mit ihren Beiblättern beträgt bei allen Postämtern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks 2 Thaler 4½ Silbergr. halbjährlich.

Hanau, im December 1852. **Die Redaction der Hananer Zeitung.**

[2644]

Erbvorladung.

Heinrich von Canstein, welcher sich vor circa 4 Jahren nach Amerika begeben hat, ist als gesetzlicher Erbe zur Verlassenschaft seines dahier unterm 4. d. M. gestorbenen Vaters, des pensionirten Großherzoglichen Professors Friedrich von Leuchtenring berufen. Da dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird derselbe andurch mit

Frist von vier Monaten

zur Betheiligung der väterlichen Verlassenschaft mit dem Bedeuten öffentlich vorgeladen, daß solche im Nichterscheinungsfalle lediglich denjenigen werde zugetheilt werden, welchen sie zukämen, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Bruchsal, 20. November 1852.

Großherzoglich Badisches Amtsrevisorat.

Jauch.

Steinle, Notar.

Cours der Staats-Papiere. 30. December 1852. (Schluss der Börse.)

	per contant.			per contant.	
Oesterreich	5% Z. (C.I.d.b.Roths)	96⅛ G.	Baden. .	fl. 35 Loose v. 1845	38⅜ P. ⅛ G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser B.	96⅛ G.	Kurhessen	40Thlr. I., b. Rothsch.	34½ P. 34 G.
»	5% do. v. J. 1834 L. à 121	96 P. 95¾ G.	»	Präm.-Anl. v. Kassel	49 P. 48¾ G.
»	4% L. V. (C. b. Roths)	92 etw. ½ P. ⅛ bez. ½ G.	Gr. Hessen	4½% Obligationen	101⅛ G.
»	5% do. Monte C. à fl. 3. M.	83½ P. ⅛ G.	»	4% dito b. Rothsch.	98¾ G.
»	Bank-Actien . . .	1448 P. 45 ber. u. G.	»	3½% dito b. Rothsch.	92⅛ G.
»	5% Metalliq. Oblig.	84⅜ G.	»	fl. 50 Loose . . .	32⅜ G.
»	5% M. v. J. 1851 Ser. A.	84¾ G.	»	fl. 35 Loose . . .	32 G.
»	5% dito 1852	84⅜, ⅛, 85, 84⅞ bez. u. G.	Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103⅛ P. 103 G.
»	4½% dito	75⅜ etw. ⅛ bez. u. G.	»	4% dito	99⅝ G.
»	4% dito	67¾ G.	»	3½% dito	91⅞ P. ⅝ G.
»	3% dito	51, ½, ½ bez. u. G.	»	fl. 25 Loose . . .	29⅞ P. ⅝ G.
»	2½% dito	43¼ G.	Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95⅛ G.
»	2% dito	36¾ G.	»	3½% » v. 1846	94⅞ G.
»	Mail.-Como-fl. 14-L.	113⅝ P. 11 G.	»	3% » »	86⅛ G.
»	fl. 250 Loose b. Roths.	112 bez. u. G.	»	Taunusbahnact. .	310 P. 308 G.
»	fl. 500 » dito	197 G.	Rurland	4½% Obl. b. Baring	101⅛ G.
»	4½% Oblig. b. Bethm.	81⅝ G.	»	4% Obl. b. Hope & Z.	92⅛ G.
»	4% » » »	71⅜ G.	»	4% » b. Stieglitz »	91¾ G.
Preussen .	5% Staatsschuldsch.	94⅛ G.	Polen. .	4% Oblig. de fl. 500	92½ P. ⅛ G.
»	Cöln-Mind. E.-Actien	118¾ G.	Spanien	3% Ausl. Sch. P. £ 3. 30	43½ P. ⅛ G.
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101⅛ P. ⅜ G.	»	1% Neue » »	23¹¹/₁₆ ⅛ bez. u. G.
»	4½% dito	101¾ P. ½ G.	Holland. .	4% Certificate . .	96¾ G.
»	4% dito	96⅛ P. ½ G.	»	3½% Syndicats .	95¼ G.
»	4% Ablös.-Rente .	97½ P. 96¾ G.	»	3½% Integrale .	85⅜ G.
»	3½% Oblig. b. Roths.	82⅜ G.	Belgien. .	4½% Obl. int. v. 1839	98⅝ P. ⅜ G.
»	Ludwigsh.-Bexbach.	99¼ P.	»	4% Obl. in Fr. à 36 kr.	94⅜ P.
»	3% Priorit.-Oblig.	51¾ G.	»	2½% Obl. d. Rothsch.	57½ P. ⅜ G.
Würtemb.	4½% Oblig. b. Roths.	102¾, ⅜ bez.	Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97½ G.
»	3½% dito	91 P. 90½ G.	»	Obl. b. Hambro	94½ P.
Baden . .	5% Obligationen .	103 P. 102⅞ G.	»	Sardinische Loose .	41¼ P. 41 G.
»	4½% Obligationen	102⅜ G.	Toscana	5% Obl. 1850 (C. b. Golds.)	102⅜ P. ⅛ G.
»	3½% v. 1847 . .	91⅛ P. ⅜ G.	»	3% b. 1851 b. Bastogi (do.)	88 G.
»	fl. 50 Loose v. 1840	67½ G.	Mänerbar	6% Stocks Doll. 2.50.	117½ G.

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Wechsel-Cours.

Den 30. December	Per contant
Amsterdam . .	k. S. 99⅛ B. ⅛ G.
(100 fl. Crt.)	3M. —
Augsburg . .	k. S. 121 B. 119¾ G.
(100 fl. Crt.)	3M. —
Berlin	k. S. 105⅛ B. 104⅞ G.
(60 Thlr.)	3M. —
Bremen (50	k. S. 97⅛ B. 96⅞ G.
Rthlr. i. Lour.	3M. —
Hamburg . .	k. S. 59⅞ B. — G.
(100 Mk. Bc.)	3M. —
Leipzig . . .	k. S. 105⅜ B. 105⅛ G.
London . . .	k. S. 117⅞ B. ⅞ G.
(10 Livr. St.)	3M. —
Lyon	k. S. 94¼ B. 93¾ G.
(300 Fr.)	3M. —
Mailand (250	k. S. 100¼ B. 99⅝ G.
Lir. Austr.)	3M. —
Paris	k. S. 94⅛ B. 93¾ G.
Wien (100fl.)	k. S. 107⅛, ¼, ⅜ B. — G.
im fl. 20 V.)	3M. 107⅛ bez. — G. u. ⅛
Disconto . . .	2 B.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	fl. 9 42-43
Pr. Friedrichsd'or	» 9 54½-55½
Holl. 10fl. Stücke	» 9 48-49
Rand-Ducaten .	» 5 36-37
20 Francsstücke	» 9 25-26
Engl. Sovereigns	» 11 46
Gold al Marco	» 378-380
5 Frankenthaler	» 2 20¼-21½
Preuss. Thaler	» 1 45-1¼
Preuss. Cassa-Sch.	» 1 44⅞-45⅛

Druck von August Osterrieth.

№ 313. — Freitag — den 31. December — 1852.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Postzeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirke von Frankfurt fl. 2. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks fl. 2. 40 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, so wie in den k. k. österreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß oder 2 fl. 30 kr. C.-M., oder 1 Rthlr. 21½ Sgr. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris Rue Notre-Dame de Nazareth No. 23, Bestellungen an. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Pettischrift oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Postzeitung.

Mit dem 1. Januar 1853 beginnt ein neues Abonnement auf die „**Frankfurter Postzeitung**" nebst Beilagen (auch handelspolitischen) und Konversationsblatt.

Die „Frankfurter Postzeitung" ist durch vielseitige, in neuester Zeit noch bedeutend vermehrte Verbindungen, so wie durch die Lage Frankfurts als Knotenpunkt weitverzweigender Eisenbahnlinien, und durch vielfache von allen Seiten ihr zugehende telegraphische Depeschen in den Stand gesetzt, wichtige Nachrichten aus dem Norden nach dem Süden, wie in entgegengesetzter Richtung mit größter Schnelligkeit zu befördern.

Der Abonnementspreis beträgt **vierteljährlich**: 1) in dem Bestellbezirke von Frankfurt a. M. 2 fl. 30 kr.; 2) in den Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungs-Bezirks 2 fl. 40 kr. = 1 Rthlr. 15½ Sgr.; 3) in allen übrigen deutschen Staaten, sowie in den K. K. Oesterreichischen Gesammtlanden 3 fl. im 24 fl.-Fuß. oder 2 fl. 30 kr. C.-M., oder 1 Rthlr. 21½ Sgr.

Nur das **Konversationsblatt** kann für sich allein bezogen werden, und kostet in den vorstehend bezeichneten Bezirken gleichmäßig: 1 fl. 30 kr.; = 1 fl. 15 kr. C.-M. = 25½ Sgr. **vierteljährlich**; unter vorstehenden Preisansätzen ist jedoch die übliche oder gesetzliche Stempel- und Bestellgebühr nicht begriffen.

Man ersucht um möglichst baldige Bestellung bei den betreffenden Postämtern. — Für Frankreich, Spanien, Portugal, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und Paris Rue Notre Dame de Nazareth Nr. 23, Bestellungen an. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 30. Dec. Die hohe Bedeutung des Besuchs, den der Kaiser von Oesterreich so eben in Berlin abstattete, wird über die Grenzen unsers Vaterlandes hinaus erkannt und gewürdigt. Welches Aufsehen derselbe in Paris gemacht, ist mehrfach in diesen Blättern erwähnt worden. Hören wir auch eine englische Stimme. „Dieser Besuch, sagt die Times, ist von mehr als gewöhnlichem Interesse, von mehr als gewöhnlicher Bedeutung nicht bloß für Deutschland, sondern für ganz Europa. Es sind kaum zwei Jahre verflossen, seitdem die Armeen Oesterreichs und Preußens sich feindlich gegen einander schaarten. Oesterreichische Colonnen bedrohten die Grenzen Sachsens und Hessens, eine österreichische Heeresabtheilung hielt Holstein besetzt. Aber durch die Einsicht und gute Mäßigung der beiden Höfe, theilweise auch durch die unsichere politische Zukunft Europas ist der traurige Zwiespalt gelöst, und man darf mit vollem Rechte voraussetzen, daß die Discussionen auf dem Gebiete der Handelspolitik, welche jenen politischen Streitigkeiten folgten, durch ein befriedigendes Arrangement und einen dauernden Vertrag gleichfalls zu Ende geführt werden dürften. Es ist ein schätzenswerthes Zeichen von dem bessern Geiste, der jetzt in Norddeutschland herrscht, daß Kaiser Franz Joseph vom Berliner Volke mit eben so viel Herzlichkeit wie vom Hofe empfangen wurde und daß seine Aufnahme nicht sowohl die eines fremden Potentaten war, als vielmehr die eines Souveräns, der für die Wohlfahrt und Sicherheit der deutschen Nation ebenso tief wie das preußische Volk selbst fühlt. . . . Die Erfahrung eines Jahres hat glücklicherweise gezeigt, daß, obwohl jede der Mächte ohne Anstand die Folgen der letzten französischen Revolution anerkannt hat, und zugleich auch die factische Autorität des allgemeinen Stimmrechts daselbst, dennoch von keiner der europäischen Mächte gestattet worden ist, daß ältere und vertrauenswerthere Verbindlichkeiten durch die Diplomatie der Tuilerien gestört oder gelockert werden. Im Gegentheil, Ludwig Napoleon hat beim Kaiser von Oesterreich nichts Anderes erreicht, als daß er ihm den Weg nach Berlin gezeigt hat, und ohne im geringsten die Höflichkeitsrücksichten gegen die französische Regierung außer Acht zu lassen, muß man es anerkennen, daß keine andere Macht im Stande gewesen wäre, so viel zu Beseitigung kleinerer Differenzen in andern Ländern beizutragen. . . . Aber während Preußen durch seine geographische Lage, seine Föderativbande und seine territorialen Interessen nothwendigerweise und eng mit den großen Militärstaaten des Festlandes vereinigt ist, gibt es Fragen von noch größerer Bedeutung, in welchen es nicht mit der Politik oder den Bewegungen Rußlands und Oesterreichs identificirt ist. Preußens Regierung ist weder eine willkürliche Macht, noch ist Preußens Glauben die römische Kirche unter ultramontanen Priestern. Preußen ist der Hüter der hervorragendsten geistigen Kräfte Deutschlands, ist der Vertheidiger des protestantischen Glaubens auf dem Festlande, muß die Aufrechthaltung eines Regierungssystems überwachen, das, auf strengen Grundsätzen des juridischen Rechts basirt, liberalen Institutionen entgegenstrebt. Aus diesen Gründen ist Preußen in ganz besonderm Sinne der Alliirte Englands, obwohl es eben so innig mit den nordischen Mächten verbunden ist. Es ist überdies der nächste Nachbar der kleinern Königreiche Belgien und Holland, für deren Wohlsahrt und Unabhängigkeit sich sehr lebhaft zu interessiren England aus vielen Gründen verpflichtet ist. Diese Einflüsse geben der preußischen Politik einen selbstständigen, eigenen Charakter, den zu wahren von großem Vortheil ist. Und obwohl es ihre Hauptpflicht und ihre erste Aufgabe ist, in Gemeinschaft mit Oesterreich und Rußland zu handeln, wo es sich um Gebietsanordnungen in Europa handelt (ist doch England gleichfalls durch diese Interessen und Verpflichtungen gebunden), so ist sie (die preußische Politik) doch nicht dem Uebergewicht jener Mächte unterworfen, noch mit ihrem reactionären Geiste identificirt. Wir legen dieser Verschiedenheit eine um so größere Wichtigkeit bei, weil, wenn je wieder ein neuer Tag der Prüfung für Deutschland herandricht, Preußen demselben nicht mit der Apathie, die es jetzt umhüllt, entgegentreten kann, und weil es wieder den Impuls des Volkswillens und der Volkssache wird fühlen müssen, um alle seine Vertheidigungsmittel entwickeln zu können."

* **Berlin**, 28. Dec. Die Neue Preußische Zeitung hat die Weihnachtstage zu einem Rückblicke auf sich selbst und ihre Partei benutzt. Das Resultat der Prüfung war kein günstiges und das fromme Blatt ist sichtlich verstimmt darüber. „Seit länger als Jahresfrist, klagt es gestern, ist unsere Partei nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen." — „Wir sind äußerlich stärker, und innerlich schwächer geworden," sagt die N. Preuß. Z. und sieht die Ursache darin, daß „das Gouvernement" nicht kühn genug vorwärts gehe und destrebt sei, „seine unversöhnlichen Gegner auf Kosten seiner treuesten Freunde zu gewinnen," und daß die Partei selber dem „verhängnißvollen Irrthume" verfallen sei, „ministeriell und royalistisch, gouvernemental und conservativ mit einander zu verwechseln, und so, anstatt die Regierung durch ihre Consequenz und Stärke zu heben, sich allmälig in die auf diesem Wege unvermeidliche Abschwächung und Zersetzung der Regierung hineinziehen zu lassen." — „Es ist unsere Schuld, fährt sie heute fort, und nicht die eines Andern, wenn wir als Partei nicht vorwärts, sondern

zurückgegangen sind, und es ist doppelt unsere Schuld, wenn wir auch heute, nachdem uns die Erfahrung in die Hand gegeben worden, auf dem bisherigen Wege beharren. Es gab eine Zeit — und sie liegt noch nicht zu fern hinter uns — wo unsere Freunde weder vorwärts noch rückwärts, sondern nach oben blickten. Damals wandelten sie richtig. Heute ist unser Sang ins Stocken gerathen, und es will den Anschein gewinnen, als ob selbst bessere Leute Compaß und Ziel verloren hätten. Eine kaum verständliche Situation, wenn man conservative Principien voraussetzt; eine sehr leicht begreifliche, wo es sich nur um conservative Interessen handelt und wo eine vermeintliche Zweckmäßigkeit den Ausschlag gibt. Kehren wir um, so lange es noch Zeit ist. So lange noch irgend etwas, sei es Regierung, sei es Interesse, sei es Furcht oder Hoffnung, sei es Ehrgeiz oder Kälfigkeit, über unseren Principien steht, so lange haben wir nur eine sehr zweifelhafte Besugniß, uns als die Partei des Rechts, der Freiheit und der Legitimität anzupreisen."

Vom 1. Januar ab wird Dr. Hermes, früher Redacteur der Neuen Bremer Zeitung, die Redaction der „Zeit" übernehmen. Das Blatt ist in den Besitz des Inhabers der Hänelschen Buchdruckerei gelangt.

Die Allgemeine Zeitung sagt: Der durch das Zeitungscomptoir in Berlin ausgegebene Preiscourant über die durch die preußischen Postanstalten für das Jahr 1853 zu beziehenden Zeitschriften regisstrirt zum erstenmal die Resultate, welche das neue Stempelsteuergesetz vom 2. Juni 1852 für den Preis und mithin auch für die Verbreitung aller europäischen Zeitungen in Preußen aufzuweisen hat. Durch diese der innern und äußern Kraft der Presse so verderbliche und mit der Verfassung wie mit den Postverträgen schwer vereinbarliche Zeitungssteuer sind nicht nur die einheimischen Zeitungen fast durchgehends verschlechtert und in ihrem Wirkungskreis beschränkt worden, sondern es hat sich auch durch den Steuerzuschlag, der damit auf alle fremden Zeitungen gelegt ist, der Preis derselben in vielen Fällen zu einer Art von Prohibitivzoll erhoben und den Absatz sonst so verbreiteter Zeitungen daselbst in Preußen sehr erschwert. So kostet jetzt ein Exemplar der Allgemeinen Zeitung den preußischen Abonnenten 13 Thlr. 15 Sgr., wobei der Zuschlag des höchsten Steuersatzes von 2 Thlr. 15 Sgr. eingetreten und der Provisionsantheil der Postanstalten ausserdem mit 3 Thlr. 20 Sgr. in Anrechnung gekommen ist. Ferner kosten den preußischen Abonnenten jetzt der Hamburgische Correspondent (Einkaufspreis der Post 6 Thlr.) 10 Thlr., Bote für Tirol (7 Thlr. 1 Sgr.) 13 Thlr. 2 Sgr., Deutsche Allgemeine Zeitung (4 Thlr. 15 Sgr.) 9 Thlr. 8 Sgr., Deutsche Volkshalle (5 Thlr. 10 Sgr.) 8 Thlr., Hannoversche Zeitung (5 Thlr. 25 Sgr.) 11 Thlr. 8 Sgr., Kölnische Zeitung (5 Thlr. 10 Sgr.), die sich nur zu dem zweiten Steuersatz von 2 Thlrn. veranschlagt und danach ihre Druckeinrichtung modificirt hat, 9 Thlr. 21 Sgr., Leipziger (8 Thlr. 12 Sgr.) 15 Thlr. 6 Sgr., Niederrheinische Courier (14 Thlr. 14 Sgr.) 20 Thlr. 18 Sgr., Wiener Zeitung mit Abendblatt (15 Thlr. 18 Sgr.) 24 Thlr. 3 Sgr., Affenbler nationale (18 Thlr. 2 Sgr.) 26 Thlr. 3 Sgr., Charivari (21 Thlr. 4 Sgr.) 29 Thlr. 28 Sgr., Independance belge (14 Thlr. 14 Sgr.) 20 Thlr. 18 Sgr., Journal des Debats (21 Thlr. 4 Sgr.) 29 Thlr. 28 Sgr., Patrie mit dem Commerce (23 Thlr. 10 Sgr.) 32 Thlr. 20 Sgr., Presse (12 Thlr. 24 Sgr.) 19 Thlr. 15 Sgr., Siecle (21 Thlr. 4 Sgr.) 29 Thlr. 28 Sgr., Times (42 Thlr. 28 Sgr.) 55 Thlr. 27 Sgr., ebenso Daily News, Morning Advertiser rc. Eine besondere Strenge, die den Geist der preußischen Zeitungssteuer charakterisirt, waltet bei den Heranziehen derjenigen Blätter, die als nichtpolitische aufgeführt worden, jedoch wegen irgend einer politischen Schattirung ihres Inhalts ebenfalls den Zuschlag dieser Steuer erleiden müssen. Dahin gehört fast alles Beletrendere, was das Ausland noch an literarischer Journalistik aufzuweisen hat, die dort noch nicht so leicht und charakterlos geworden, um sich von den bewegenden Elementen der Zeit gänzlich abtrennen zu können. So ist selbst die in Leipzig erscheinende Neue Zeitschrift für Musik unter die steuerpflichtigen Journale gesetzt worden, während die übrigen musikalischen Blätter davon ausgenommen erscheinen. Am größten zeigt sich aber das Mißverhältniß, durch welches die preußische Zeitungssteuer auch gegen jeden gesunden nationalökonomischen Grundsatz verstößt, da, wo der Steuersatz den Einkaufspreis des Objects übersteigt, und durch die hinzutretenden Vertriebsposten der ursprüngliche Werth fast um das Vierfache vertheuert wird. Den Bayerischen Landboten z. B. hat die Post für den jährlichen Einkaufspreis von 1 Thlr. 23 Sgr., die auf das Blatt gelegte Zeitungssteuer aber beträgt 2 Thlr. 15 Sgr., sodaß die preußischen Abonnenten, mit Hinzurechnung der Provisionsantheile der Postanstalten, 6 Thlr. 8 Sgr. für dieses Blatt bezahlen müssen. Das Augsburger Anzeige-Blatt (1 Thlr. 7 Sgr., Zeitungssteuerpflichtet 2 Thlr. 15 Sgr.) kostet den preußischen Abonnenten 5 Thlr. 22 Sgr.; die Landbötin (1 Thlr. 10 Sgr., Zeitungssteuer 2 Thlr. 15 Sgr.) 5 Thlr. 25 Sgr. rc. Das bekannte „Frappiren" der Zahlen möchte in dieser Angelegenheit für besonders beweiskräftig gelten können und jeden andern Beweis gegen die gewerbliche wie intellectuelle Unmöglichkeit der Fortdauer jener Steuer überflüssig machen.

Erfurt, 28. Dec. Die Wiederherstellung der Augustinerkirche, in deren Räumen das „deutsche Parlament" im Frühjahr 1850 tagte, naht sich ihrer ihrem Ende. Die Kirche dürfte der Gemeinde bald wieder zum gottesdienstlichen Gebrauche übergeben werden. Auch der Bau zur Restauration unsers altehrwürdigen Doms dürfte in kurzer Zeit seine Endschaft erreichen. Seit einer Reihe von Jahren ist dieses uralte Denkmal gothischer Baukunst bis zu seinem Gipfel hinauf von einem Gerüste verhüllt. Die im Innern hängende weltbekannte große Glocke wagte man noch vor einigen Jahren nicht zu läuten, weil man fürchtete, die Halbruine dieses Domes unter ihrem gewaltigen Schalle in Trümmer zerfallen zu sehen. In den letzten Wochen entwickelt sich nun auf dem höchsten Punkte des Gerüstes eine Thätigkeit, die das Interesse und die Neugierde unserer Einwohner in hohem Grade erregt. Die erste der drei Thurmspitzen ist nämlich aufgesetzt worden, und bald wird dieses schöne Gotteshaus wieder in der Gestalt vor unsern Augen erscheinen, in der es schon Generationen verflossener Jahrhunderte erfreute. (N. C.)

‡ **Karlsruhe**, 24. Dec. Nach Beschluß des groß. Ministeriums des Innern sind auf Grund des Gesetzes vom 29. März d. J. nachbenannte Privatfeuerversicherungsgesellschaften zur Uebernahme von Versicherungen auf den fünften Theil der Versicherungssumme von den bei der Staatsanstalt versicherten Gebäuden zugelassen worden: 1) die Gesellschaft des deutschen Phönix, 2) die französische Gesellschaft des Phönix zu Paris, 3) die Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Freiburg, 27. Dec. Herr Dr. Mischler, Privatdocent dahier, hat dieser Tage seine Ernennung zum außerordentlichen Professor für den neu gegründeten Lehrstuhl der politischen Oekonomie an der Universität zu Prag erhalten. Dem Vernehmen nach soll derselbe nicht abgeneigt sein, dem Rufe zu folgen. (S. M.)

Arolsen, 22. Dec. Das Regierungsblatt veröffentlicht eine Verordnung, nach welcher die Herren Geheimerath Beyer, als Vorsitzender, Oberforstmeister v. Hadel, Regierungsrath Bauer, Kammerrath Dreves, Consistorialrath Curtze und Regierungsassessor Pfücker zu einer Immediatcommission zusammentreten sollen, um alle diejenigen Arbeiten zu vollziehen, welche der Fürst auf dem Gebiet der Gesetzgebung und der inneren Landesorganisation für nothwendig erachtet. Die von jener Commission ausgearbeiteten Entwürfe zu Gesetzen und Verordnungen sollen zunächst zur verfassungsmäßigen Prüfung an die Staatsregierung gelangen, durch welche sie hiernächst dem Fürsten zur weiteren Beschlußnahme vorgelegt werden. (Z. f. N.)

Frankfurt, 30. Dec. Der Bürgerausschuß besteht gegenwärtig nur noch aus 47 (von 61) Mitgliedern. Die Wahlart der Mitglieder findet folgendermaßen statt: der Bürgerausschuß wählt aus seiner Mitte sechs Personen und ein Gleiches geschieht von jenen 45 Bürgern, welche einen Theil der gesetzgebenden Versammlung ausmachen. Diese 12 Wähler treten zusammen und wählen durch absolute Stimmenmehrheit drei Candidaten, über welche sodann in Gegenwart des Bürgerausschusses die Kugelung entscheidet. Bekanntlich hat dieser Körper vor wenigen Tagen beschlossen, von einer Wiederbesetzung der vacanten 14 Plätze vorerst abzusehen. — Gestern wurden der verhaftete Gemeindepfleger von Jügersheim und der Sohn desselben nach ihrer Heimat abgeführt. Die entwendeten Gelder wurden bis auf Weniges vorgefunden.

Frankreich.

*** **Paris**, 28. Dec. In mehreren Städten hat die Polizei Weihnachtsgeschenke, besonders Gebetbücher, confiscirt, welche mit Lilienemblemen verziert waren. Die Beschlagnahme hat unter der Registrirung „emblèmes séditieux" stattgefunden. Der Brüsseler Indepedance soll der Eintritt ins Kasserreich nun wirklich untersagt worden; sie brachte Kürzlich das Gerücht, es sei auf den Kaiser geschossen und Cygar Ney von der Kugel getroffen worden. Regierungsfreundliche Blätter hatten zur Entschuldigung des Moniteur vorgebracht, die mehrbesprochene Bittschrift des Ermontagnards Chavoir sei von dessen Tochter unterschoben worden; der Anwalt des Chavoir macht bekannt, daß sein Client nur einen einzigen bereits verstorbenen Sohn gehabt habe. Zur Berichtigung des Gerüchts, als ob in Frankreich die Freimaurerei gänzlich untersagt worden sei, ist zu bemerken, daß der betreffende Polizeibefehl sich auf das Verbot des öffentlichen Insignientragens bei Beerdigungen und beim Trauergottesdienst beschränkt, ein Usus, der dem Geist der geheimen Verbrüderung selbst widerstreibt.

Neueste Nachrichten.

* **Frankfurt**, 30. Dec. Zur Zollfrage schreibt man dem Schwäbischen Merkur aus Berlin vom 26.: Es ist eben so irrig, wenn man behauptet, die durch Herrn v. Bruck geführten Unterhandlungen seien ein Sieg der preußischen Handelspolitik, als wenn Andere darin das Werk und den Triumph der Coalitionspolitik erblicken. Preußen hat darin Recht behalten, daß Lit. A des Darmstädter Vertrags bei den schwebenden Unterhandlungen nicht als Basis dient und mit Lit. B in keinen nothwendigen Zusammenhang gebracht wird; hinwiederum hat die Coalition ihren Willen insofern durchgesetzt, als vor der Wiedererneuerung des Zollvereins die Bedingungen eines österreichisch-deutschen Handelsvereins festgestellt werden. Ihre wahre Bedeutung erhält die ganze Staatsaction erst dadurch, daß, wie hinter Oesterreich die Coalition, so hinter Preußen die Staaten des Septembervertrags stehen. Die eine wie die andern sind integrirende Bestandtheile der verhandelnden Parteien und dadurch wird die Entscheidung wesentlich bedingt. Es kann darüber kein Zweifel obwalten, daß die Instructionen, welche Hr. v. Bruck mit hierher gebracht hat, vorher der gegenwärtig tagenden Wiener Conferenz vorgelegt wurden, der vielmehr als Werk derselben zu betrachten sind. Dasselbe gilt von den Vorschlägen, die man hiesigerseits dem österreichischen Unterhändler vorlegte. Aus nahe liegenden Gründen ist zu erwarten, daß die Mitglieder der Wiener Conferenz so lange beisammen bleiben, bis wenigstens für den zwischen Preußen und Oesterreich abzuschließenden Handelsvertrag die Präliminarien und Hauptpunkte festgestellt sind. Dann aber ist nicht zu erwarten, daß die Berliner Conferenz als Zollvereinsconferenz wieder aufgenommen werde, vielmehr wird von glaubwürdiger Seite versichert, der Endabschluß werde in Frankfurt stattfinden. Uebrigens haben die Berathungen auch während der Feiertage ihren Fortgang gehabt.

Wien, 26. Dec. Wie verlautet, sind seit zwei Tagen Verhaftungen in einigen hiesigen Bordäten, die vom Jahr 1848 als radikal bekannt sind, vorgenommen worden, wozu der Grund in unerlaubten politischen Verbindungen liegen soll. Die Mehrzahl der Inhaftirten gehört, dem Gerücht zufolge, dem Bürger- und Fabrikstande an, und einige sollen der Theilnahme an der italienischen revolutionären Propaganda beizüchtigt sein. Wenn sich die Angabe eben dieses Gerüchts bewahrheitet, daß man bei ihnen auf die Spur der Verbreitung des Mazzinischen Anlehens gekommen, so ist es wahrscheinlich, daß die Fäden von jenem unseligen Complott in Italien, dessen Häupter erst vor kurzem in Mantua mit dem Tode gebüßt haben, bis hierher reichten. Die nächsten Tage werden wohl nähere Gewißheit bringen. (Dr. Z.)

** **Kassel**, 29. Dec. Gestern hat kurfürstlichen Hofe als außerordentlicher Gesandte und bevollmächtigter Minister beglaubigte großherzoglich hessische Oberceremonienmeister Frhr. v. Münch-Bellinghausen, welcher in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als hessen-darmstädtischer Bundestagsgesandte in der Regel zu Frankfurt residirt, war einige Tage hier anwesend. Man glaubt, sein diesmaliger Besuch sei mit einer besondern Mission verbunden gewesen. Ihm zu Ehre fand vorgestern große Tafel am kurfürstlichen Hofe statt, zu welchem auch die übrigen Mitglieder des diplomatischen Corps geladen waren.

Paris, 28. Dec. Heute Nachmittag 3 Uhr traf der Kaiser von Compiegne auf dem mit Fahnen und Kreppflören geschmückten Nordbahnhofe ein, wo Abtheilungen Infanterie und Cavallerie aufgestellt waren, und der Marschall Magnan, die Präfecten, die Bahndirectoren ꝛc. ihn empfingen. Der Kaiser gab beim Aussteigen der Lady Cowley den Arm; der Prinz Napoleon, Lord Cowley, der Minister des Auswärtigen, Baron Rothschild ꝛc. begleiteten ihn. Nachdem er an die ihn empfangenden Beamten einige freundliche Worte gerichtet hatte, stieg der Kaiser in einen zweispännigen, von 25 Carabiniers escortirten Wagen, dem acht andere Wagen folgten. Beim Hinausfahren aus dem Bahnhof wurde der Kaiser von den Tausenden, die herbeigeeilt waren, um ihn zu grüßen, mit Kaiserrufen empfangen, die ununterbrochen auf der ganzen Fahrt bis zu den Tuilerien fortdauerten, wo sich eine noch größere Volksmenge gesammelt hatte. Bei der Ankunft des Kaisers trat die ganze Wache der Tuilerien ins Gewehr und die Fahnen wurden auf dem Palast und dem Louvre aufgezogen.

Der Moniteur widmet einer Privatcorrespondenz des Journal de Francfort aus Berlin, die im Widerspruch mit der Neuen Preußischen Zeitung den Besuch des Kaisers von Oesterreich in Berlin weder als eine Drohung gegen die Staaten von der Darmstädter Coalition, noch als eine Kundgebung gegen Frankreich betrachtet wissen will, einen besondern Platz unter den halbamtlichen Mittheilungen.

Der Senat war gestern Abend durch Briefe, die den Senatoren in ihre Wohnungen gesandt wurden, auf heute um 2 Uhr einberufen worden; der Staatsminister verlas ein kaiserliches Decret, welches die Session des Senats bis zum 14. Februar, dem Zeitpunkt, wo der gesetzgebende Körper zusammentritt, für geschlossen erklärt. Diese gewissermaßen im Geheimen und in einer dem Überlieferten Gebrauche zuwiderlaufenden Weise geschehene Zusammenberufung (es war bisher Sitte, dieselbe im Moniteur anzukündigen) hat auf der Börse eine gewisse Bestürzung verursacht und ein Sinken der Course hervorgebracht.

Das Kriegsgericht von Montpellier hat sein Urtheil über die Decembereinforderungen von Narbonne gesprochen; acht sind zum Tode, zwei zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und einer zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt worden.

Paris, 29. Dec. Den neuesten amerikanischen Blättern zufolge hat eine französische Escadre Sonnaa (östliche Halbinsel St. Domingo's) occupirt. (L. D. d. K. Z.)

London, 28. Dec. Der Globe meldet folgende Ernennungen: Lord St. Germans zum Vicekönig von Irland; Brody zum Lordkanzler für Irland; Brewster zum Attorney General für Irland; John Sadleir zu einem der Lords des Schatzes; F. Peel zum Unterstaatssecretär der Colonien; Lord Wodehouse zum Unterstaatssecretär des Auswärtigen; Bernal Osborne zum Secretär der Admiralität; Keogh zum Solicitor General für Irland; H. Fitzroy zum Unterstaatssecretär des Innern; Sir W. Page Wood zum Vicekanzler. Der Solicitor General für England ist noch nicht ernannt. An der Spitze der Armenverwaltung wird Baines stehen, und Strutt ist zum Kanzler des Herzogthums Lancaster bestimmt. — Von den Parlamentsmitgliedern, die im neuen Ministerium ein Amt angenommen haben und sich daher einer neuen Wahl unterziehen müssen, haben bisher Lord John Russell, Herbert und Molesworth Adressen an ihre Wähler veröffentlicht. Sie sagen nichts Neues, sind alle in gemäßigt-liberalem Sinn abgefaßt, bekennen sich sämmtlich zu den Grundsätzen bürgerlicher und religiöser Freiheit, verheißen besonnenen, aber entschiedenen Fortschritt, und sprechen in vagen Redensarten von der beabsichtigten Einbringung einer neuen Parlamentsreformbill. Daß sie gleichgeeitig für die Dogmen des Freihandels einstehen, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.

Der französische Gesandte, Graf Walewski, hat uns gestern verlassen, und gedenkt drei Wochen in Paris zu verweilen. Sr. Excellenz hatte kurz vor der Adreise eine Besprechung mit Lord John Russell, in welcher die herzlichsten Versicherungen betreffs der gegenseitigen Beziehungen Englands und Frankreichs ausgetauscht wurden.

Stockholm, 21. Dec. Morgen findet die Taufe des neugeborenen Erbprinzen statt; derselbe wird, wie man vernimmt, den Titel „Herzog von Südermanland" erhalten.

† **Konstantinopel**, 19. Dec. Eine türkische Flotille mit Mannschaften und Kriegsmunition ist gegen Montenegro ausgelaufen. Dieselbe wird bei Klek und Castelnuovo in Albanien landen; gleichzeitig wird Omer Pascha an der Spitze seines Armeecorps den Marsch gegen das Gebirge antreten. — Zur Erleichterung der türkischen Finanzen hat die Regierung eine namhafte Reducirung der Beamtengehalte angeordnet.

Frankfurt, 30. December, Abends 8 Uhr.

Die heutige Post aus Paris vom 29. d. M. ist ausgeblieben.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 30. Dec. Das Hauptangenmerk der Speculation bleibt vorwährend auf österreichische Fonds gerichtet. Die anhaltende Besserung der Valuta an der Wiener Börse erweckte heute aufs neue die Kauflust für benannte Effecten und bei lebhaftem Umsatz stellten sich durchgehends alle Sorten österreichischer Papiere abermals wesentlich höher ein. Loose. 5pCt. Metall. waren 84¾, do. vom Jahr 1852 84⅞, pCt. G., 4½pCt. Metall. 75⅞, pCt. G., 5pCt. Lond.-Anlehen. 92½, pCt., Wiener Bankactien 1445 fl., 500 fl. Loose 197 pCt., 250 fl. Loose 121½ pCt. Spanische waren fest, wie gestern, 1pCt. zu 23¼. 11/16 umgesetzt, schließen 23⅝ pCt. G., 3pCt. Inländische, anfangs 43¼, zuletzt 43½ pCt. G. Von Eisenbahnactien waren F.-W.-Nordbahn 48⅞, pCt., Berdach 98⅞ pCt., Köln-Mindener 119 pCt., Taunus 207 fl. Alle übrigen Wertspapiere waren ebenfalls gefragt und wurden theilweise höher bezahlt. — Abends war in der Effectenbörsehalle kein Geschäft. Die heutigen Wiener Coursnotirungen waren bis 6 Uhr noch nicht eingetroffen.

Berlin, 29. Dec. Staatsschd. 93⅞, Brf., 94⅛ G. — Köln-Minden 120 Brf. — Fr.-W.-Nordb. 45⅛ Brf., 44⅜ G. 45 à ⅜ bez.

Telegraphische Coursberichte.

Wien, 30. Dec. 5pCt. Metall. 95. — 5pCt. do. B. 107. — 5pCt. Anleihe v. J. 1852 84½. — 4½ pCt. Metall. 84½. — Bankactien 1345. — 250 fl. Loose 139. — London 10 fl. 45 fr. — 5pCt. Lombard.-Venet. 101½. — K.-F.-Nordbahn 239½. — Livorno-Zoreny 93. — Siena-Lmvoi —. — Paris 129½. — London in Triest — fl. — fr. — Silber 94½. Ohne Renner Geldwangel. (Sond.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Matter. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuschelt.

Librairie de **L. Hachette & Comp.**, rue Pierre-Sarrazin, n° 14, près de l'Ecole de Médecine, à PARIS.

HISTOIRE UNIVERSELLE.

Publiée par une société de professeurs et de savans, sous la direction de M. DURUY, professeur d'histoire au lycée Saint-Louis.

50 vol. environ, format in-12, ornés de cartes géographiques, de plans de villes et de batailles, de dessins de monumens, de costumes, etc., intercalés dans le texte.

VOLUMES EN VENTE.

Histoire sainte d'après la Bible, par M. *Duruy*. 1 volume de 378 pages, contenant 10 cartes. Prix, broché, 2 fr. 50 c.

Histoire ancienne de l'Orient, par M. *Guillemin*, recteur de la Meurthe. 1 vol. de 550 pages, contenant 12 cartes et 11 gravures. 4 fr.

Histoire grecque, par M. *Duruy*. 1 vol. de 700 pages contenant 15 cartes et 7 gravures. Prix, broché, 4 fr. 50 c.

Histoire romaine, par M. *Duruy*. 1 vol. de 518 pages, contenant 7 cartes et 11 gravures. Prix, broché, 3 fr 50 c.

Histoire d'Angleterre, comprenant celle de l'Ecosse, de l'Irlande et des possessions anglaises, avec une statistique de ces divers pays à l'époque actuelle, par M. *Fleury*, proviseur du lycée de Douai. 2 vol. de 500 pages chacun, contenant 14 cartes et 13 gravures. Prix, broché, 9 fr.

Histoire de l'Italie depuis l'invasion des Barbares jusqu'à nos jours, par M. *Zeller*. 1 vol., contenant 12 cartes et 6 gravures. 4 fr.

Histoire des Etats scandinaves (Suède, Norwege, Danemark), par M. *Geffroy*. 1 vol. de 480 pages, contenant 7 cartes et 1 gravure. 3 fr. 50 c.

Histoire de la littérature grecque, par M. *Pierron*, professeur au lycée St-Louis. 1 vol. de 470 pages. Prix, broché, 3 fr. 50 c.

Histoire de la littérature romaine, par M. *Pierron*. 1 vol. de 650 pages. Prix, broché, 4 fr.

Histoire de la littérature française, depuis ses origines jusqu'en 1830, par M. *Demogeot*, agrégé de la Faculté des Lettres de Paris, professeur de rhétorique au lycée St-Louis, docteur ès-lettres. 1 vol. de 650 pages. Prix, broché, 4 fr.

Chronologie universelle, suivie de la liste des grands états anciens et modernes, des dynasties puissantes et des princes souverains de premier ordre, avec les tableaux généalogiques des maisons royales de France et des principales maisons régnantes de l'Europe, par M. *Dreyss*, professeur d'histoire au lycée de Versailles. 1 fort vol. de plus de 900 pages. Prix, broché, 8 fr.

Chaque ouvrage se vend séparément.

Les autres ouvrages sont en cours d'impression.

[2896] *On trouve à la même Librairie des exemplaires de chaque volume en jolie demi-reliure.*

Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn.

Die Lieferung von

a)	3800 gewalzten Bignole-Schienen im beiläufigen Gewichte von	12750	Zoll-Centner,
b)	7500 gewalzten Schienen-Laschen, circa	465	Centner,
c)	17500 Nieten von Walzeisen . . „	90	„
d)	3700 gewalzten Unterlagerplatten „	126	„
e)	62000 schmiedeisernen Schienen-Knoten	315	„ und
f)	12750 eichenen Querschwellen,		

soll im Wege der Submission vergeben werden.

Die Lieferungsbedingungen nebst Zeichnungen sind auf dem hiesigen Bau-Bureau einzusehen und von demselben auf portofreie Gesuche zu beziehen.

Die Lieferungs-Offerten sind franco und versiegelt mit der Aufschrift

Submission auf die Lieferung von . . . . . .

bis zum 18. Januar 1853 an Unterzeichneten einzusenden.

Frankfurt, 28. December 1852.

Der Ingenieur der Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn

[2897] **Jobel.**

[2901] **Frankfurter**

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Die für das Jahr 1852 ausgegebenen Zins- und Dividende-Coupons von Actien der Frankfurter Lebensversicherungs-Gesellschaft werden, in Gemäßh. it der von derselben in ihrer General-Versammlung am 29. April 1852 beschlossenen Vertheilungsgrundsätze und des §. 46 der von Hohem Senate bestätigten Statuten **vom 3. bis 31. Januar täglich**, Sonn- und Festtage ausgenommen, **in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr**, mit fl. 2 für jeden Coupon, an der Gesellschaftskasse (Börsengebäude) eingelöst. — Später kann die Auszahlung nur **Dienstags und Freitags**, gleichfalls in den Vormittagsstunden, stattfinden.

Frankfurt a. M., den 31. December 1852.

Der Verwaltungsrath

der Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Silberne Preis-Medaille für Weizen-Stärke.

Statt besonderer Anzeige bringe ich hiermit zur Kenntniß meiner geehrten Geschäftsfreunde, daß meine Appreur- Glanzstärke (in Brockelform) und Stengel-Glanzstärke, welche auf der Provinzial-Gewerbe-Ausstellung für Rheinland und Westphalen (stattgehabt im Ständehause zu Düsseldorf vom 15. Juli bis 1. October 1852) vom Preisgerichte

der Erste Preis

zuerkannt worden, zum Versenden bereit ist. Diese Stärke wird in blauen pfundigen oder halbpfündigen Paquets mit der **Preis-Medaille**, dem bezüglichen **Diplome**, einem **Gutachten des Königlich Preußischen hohen Ministeriums** (Abtheilung für Handel und Gewerbe) und meinem Namen bedruckt im Handel erscheinen, indem ich für die **Rechtheit** der nur in dieser **Verpackung** vorkommenden Stärke **garantire**. Zugleich zeige ich hierdurch an, daß ich das alte Fabrikzeichen (Menzer Stadtwappen) des häufigen Nachdrucks wegen nicht mehr führe.

Diese Preis-Stärke empfehle ich allen denjenigen, welche auf die höchste Eleganz der feinsten Leinenzeuge, Spitzen ꝛc. halten, so wie allen Fabrikhabern, um ihren Fabrikaten bei der Appreur den höchsten Grad von Weiße und Lüster der Farben verleihen zu können; ferner wegen der Reinheit zum Gebrauch in Küchen, für Conditor-Arbeiten ꝛc. und noch besonders den Herren Aerzten zu Bändern auf entzündlichen Wunden und sonstigem medicinischen Gebrauche.

[2900] **Pet. Jos. Schram** in Neuß a. Rhein, Stärke-Fabrikant.

[2907] **Lotterie-Anzeige.**

In der Ziehung 2ter Klasse 123ster hiesiger Stadt-Lotterie haben nachstehende Nummern die beigesetzten Hauptpreise gewonnen, nämlich:

Nr. 18719 : fl. 12,000.
„ 14408 : fl. 3,000.
„ 6245 : fl. 2,000.
„ 10704 : fl. 1,000.

Frankfurt a. M., den 29. December 1852.

Stadt-Lotterie-Direction.

Die **Frankfurter Lesegesellschaft** (Golden Brunnen) befindet sich von heute an **Goethe-Platz** (Stadt-Allee) Nr. **20** neu im 1ten Stock. [2906]

Frankfurt, 30. December 1852. **Die Direction.**

Europa, herausgegeben von **Kühne.**

In den letzten drei Monaten brachte diese Zeitschrift unter anderem: Anatom und Athein, aus den Erinnerungen eines englischen Arztes. Schweizerische Zustände. Ueber Bühner's Jahrbuch für Volkswirthschaft und Statistik. Vormund und Mündel, aus der Pariser Gesellschaft. Schiller's Freundin Charlotte von Kalb. Gimas vom Storch (von Panerlilue). Die Bandidendraul, aus der Gesellschaft von heute (von Jeanne Marie). Ein neuer deutscher Faust. H. Koenig's Knabensjahre. Ein Wort Wieland's über Napoleon (aus Johannes Fall's Nachlaß). Rußland und seine Aufgaben. Lebnitz und Locow, mit Anspannbemerkungen auf die Gegenwart. Chinesische Zustände, mit Anspannbemerkungen auf Europa. Ein Wetterunen mit Weissen. Schiller als Prophet (von Kühne). Ein französischer Publicist, aus dem französischen Volksleben von heute. Mesmerismus und Magnetismus. Ein Carneval in Berlin. Der erste Act von Fr. Hebbel's Agnes Bernauer. Aus der Zeit König Jerome's in Kassel (von H. Koenig) ꝛc.

Im neuen Jahre nach wie vor jede Woche 2, jährlich 104 Nrn. à 1 Bgn. Preis fl. 14. 24 kr.

Georg Wigand in Leipzig.

Aufträge besorgt die **Jäger**'sche Buch-, Papier- und Landkarten-Handlung in Frankfurt a. M. [2893]

[2886] Für eine hiesige (israelitische) **Handlung** wird ein Commis gesucht.

Offerten franco, Postfreitante A. B. C.

Das Neueste in Kleidern

liefert das Haus **Bézine** Nr. 22 Boulevart Montmartre, **Paris**, sowohl gefärbte Röcke, Uniformen für Civilisten und Militairs, als gestickte Gilets, Amazonen, Roben für Damen, und Livreen ꝛc. [2671]

[1681] Von hohem Senate concessionirte

Privat-Entbindungs-Anstalt

zu Frankfurt a. M.

Nähere Auskunft ertheilt gegen portofreie Einsendung Dr. **Roberty** daselbst, Zeil 19. -

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Beilage und Konversationsblatt.)

Frankfurter Postzeitung.

Freitag (Beilage zu Nr. 313.) 31. December 1852.

☞ Wegen des morgenden Neujahrsfestes wird das Hauptblatt der Frankfurter Postzeitung nebst dem Konversationsblatt vom 1. Januar 1853 um 12 Uhr Mittags ausgegegeben und versandt.

Rückblick auf den Monat December.

Deutschland hat im verflossenen Monat zwei Ereignisse freudig begrüßt als sichere Bürgen bevorstehender innigerer Beziehungen der deutschen Regierungen zu einander und in Folge dessen einer größern Einigung unsers Gesammtvaterlandes nach Innen und Außen. Wir meinen die Eröffnung directer Verhandlungen über die handelspolitische Frage zwischen Oesterreich und Preußen in Berlin und der Besuch des österreichischen Kaisers in der preußischen Hauptstadt. Der letztere führte auch den König von Hannover und den Herzog von Braunschweig nach Berlin und seine hohe europäische Bedeutung ist von der deutschen und ausländischen Presse gleichmäßig erfaßt und gewürdigt worden. — Die durch die Versetzung des Grafen Thun nach Berlin erledigte Stelle eines Bundespräsidialgesandten ist noch nicht wieder ausgefüllt worden; ob, wie mehrfach angedeutet, mit der Neubesetzung dieser wichtigen Stelle auch anderweite Veränderungen im Bundesgesandtschaftspersonal erfolgen werden, muß der Zukunft überlassen bleiben. Das deutsche Flottendrama ist um einen traurigen Act weiter vorgeschritten, indem ein großer Theil der Schiffe an eine englische Gesellschaft verkauft wurde und die deutschen Gewässer unter englischer Flagge bereits verlassen hat.

Für **Oesterreich** ist dieser Monat durch mehrere neue Organisationspatente bezeichnet; für Preußen durch die erste Thätigkeit der Kammern, in denen die katholische Partei eine immer größere Bedeutung gewinnt. — In **Bayern** hat der Ministerpräsident v. d. Pfordten die Geschäfte weder übernommen und der König eine längere Reise nach Italien angetreten; es fällt dabei auf, daß der Ministerialrath Dr. Dönniges nicht in der Begleitung St. Majestät sich befindet, sondern nach Berlin sich begeben hat. Eine in der Pfalz erbetene und gehoffte Amnestie politisch Verurtheilter ist nicht eingetreten. — **Sachsens** Thronfolger hat sich mit der Prinzessin Wasa verlobt. — In **Hannover** war man mit den Ergänzungswahlen für die Kammern beschäftigt. — In **Mecklenburg** konnte der Landtag über dringend gewünschte Steuerreformen sich nicht einigen; eine desto größere Einigkeit mit der Regierung zeigte derselbe Landtag aber, als er die Gleichstellung der Katholiken mit den Protestanten zu verwerfen hatte. — In **Oldenburg** hat die Staatsregierung zu einem billigen Vergleich mit dem katholischen Episcopat sich verstanden. — In **Altenburg** ist ein Ministerwechsel eingetreten. — In **Bremen** ist der Bürgerschaft vom Senat ein neuer Verfassungsentwurf vorgelegt worden.

In **Italien** steht **Sardinien** noch immer im Vordergrunde des politischen Lebens. Die Ausgleichung der Turiner Regierung mit der römischen Curie erscheint in weitere Ferne gerückt als je, da der Papst in einem Schreiben an den König das Ehegesetz in den bestimmtesten Ausdrücken verworfen hat und auf der Rehabilitirung der entsetzten Bischöfe beharrt. Indeß ist das Ehegesetz selbst, nachdem die erste Kammer wenig Geneigtheit zu seiner Annahme zeigte, von der Regierung vorläufig der Kammerdebatte entzogen worden. Die Finanzpläne des neuen Ministeriums hatten sich des Beifalls des Landes nicht zu erfreuen. — Die gehoffte Begnadigung der Madiai in Florenz ist nicht eingetreten. — Im Kirchenstaate um dem lombardisch-venetianischen Königreich zeigten sich wiederholt Spuren mazzinistischer Umtriebe.

In der **Schweiz** hat die schon mehrmals angeregte, in den letzten Tagen als bestimmtes Begehr aufgestellte Trennung des Kantons Wallis in zwei Sonderstaaten, den oberen deutschen und den unteren französischen, das meiste Aufsehen erregt. Vorerst beseitigt, wird dies Verlangen wieder auftauchen, bis ihm Befriedigung gewordet, oder eine Ausgleichung der in beiden Landestheilen sich widerstrebenden Interessen zu Stande gekommen ist. — Das der politischen Flüchtlingen zugeschriebene Complott, von der Schweiz aus falsches Papiergeld zu verbreiten, um den öffentlichen Credit in Deutschland zu erschüttern, ist als ein älteres Vorhaben dargestellt, die verbrecherische Absicht selbst aber nicht bestritten worden. — In Bern, wo die Haltung der Kantonsregierung dem eidgenössischen Justizdirectorium gegenüber eine sehr gespannte ist, werden Vorbereitungen zu einer großartigen Feier des halbtausendjährigen Jubelfestes getroffen. — Gegen die Aufhebung der Kapuzinerklöster in Tessin ist ein energischer Protest des Erzbischofs von Mailand eingegangen. — Nach Schlichtung des Stewerconflikts zwischen der Abtei und Gemeinde Einsiedeln wird von ersterer die Gründung eines Filial-Benedictinerklosters in den Vereinigten Staaten beabsichtigt.

Frankreich beginnt mit dem 2. December des heute ablaufenden Jahres einen neuen Zeitabschnitt seiner Geschichte: die Republik verlor das letzte Besitzthum, das ihr noch geblieben war, den Namen, und während vor dem Stadthause in Paris das Kaiserreich ausgerufen wurde, zog Ludwig Bonaparte als Napoleon III. feierlich in seine Hauptstadt und in die Tuilerien ein, und den Thron einzunehmen, welchen das Volk in seinem mehr als sechzigjährigen Experimentiren dort wieder aufgerichtet hat. Theils Beschlüsse des Senats, theils Decrete des Kaisers haben sofort den neuen Thron mit einigen neuen Ministern umgeben, die Krone reich dotirt, die kaiserliche Familie mit jährlichen anderthalb Millionen Franken bedacht, die Verfassung modificirt, die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers bestellet, die eventuelle Thronfolge regulirt, einige neue Marschälle ernannt rc., und wenig fehlt dem dritten Napoleon, um gleich seinem Oheim Autokrat zu sein und das bekannte Wort Ludwigs XIV. sich zu zuwideiren. Und doch vermißt der Kaiser in diesem Augenblicke noch ein Wesentliches: minder eilig als die Großmacht England, welcher Herr v. Persigny vor einigen Monaten einen damals verschieden ausgedeuteten Besuch abstattete, haben die nordischen Höfe Napoleon III. noch nicht anerkannt und scheinen den beiden alliirten westlichen Mächten gegenüber gemeinsam handeln, ja die Ausstellung neuer Accreditive für ihre Gesandtschaften in Paris an Bedingungen knüpfen zu wollen. Unbedenklich dagegen haben die Staaten zweiten und dritten Ranges ihre Anerkennung des Kaiserreichs ausdrücken lassen: Neapel und Sardinien, Belgien und die Niederlande, Spanien und Portugal, Schweden, der Kirchenstaat rc. Das Project einer Vermählung Napoleons mit der Prinzessin Karola v. Wasa ist geschleitert; Gerüchte und Vermuthungen, wer nun zu Frankreichs Kaiserin ausersehen sei, gehören nicht hierher. Ohne Zweifel wird das kommende Jahr sie dem Throne zuführen; ob es aber auch den Frieden halten wird, den das heute zur Neige gehende Jahr so oft und so bestimmt der Zukunft verheißen hat, darüber herrscht überall zweierlei Meinung; die der Pariser Börse scheint sich in der gegenwärtigen Baisse zu offenbaren.

In **England** ist nach kurzem Bestand und nach noch kürzerem Kampf mit dem neuen Parlament das Ministerium der Tories gestürzt, — gestürzt, obgleich es das Princip, welches lange Jahre hindurch das Band der gesammten Partei bildete, abgeschworen und sich offen zum ersten Grundsatz seiner Opposition bekannt hatte. Der Versuch, durch vermehrte directe Besteuerung sich und seine Sache mit Ehren zu retten, ist mißlückt, und es hat das Staatsruder einem Cabinet überlassen müssen, welches aus lauter Premiers besteht und wie in solchem Verband von großen Autoritäten und erprobten Capacitäten die ganze Geschichte von England kaum ein ähnliches aufzuweisen hat. Whigs und Peeliten haben sich verständigt, und ihre Führer haben, von Lord Palmerston noch verstärkt, gemeinsam die Verwaltung übernommen. Von einer Opposition der Strengeconservativen im Verein mit den Radicalen hat das neue Cabinet nichts zu fürchten, denn sie ist zu ohnmächtig; wohl aber von einem Feind in seiner eigenen Mitte: von der Meinungsschiefheit der Einzelnen und der gegenseitigen Eifersucht. Männer wie Aberdeen, Russell, Palmerston, Gladstone, Graham, Lansdowne rc. können, so meint man, wegen des beständigen Strebens nach dem „Ueber dem andern“ nicht wohl auf die Dauer

neben einander bestehen. Doch das ist Sache der Zukunft. — In Hindien setzen die britischen Waffen den Krieg gegen die Birmanen mit Erfolg fort. Am Vorgebirg der guten Hoffnung hat die Erschöpfung der Kaffern dem Kampf ein Ende gemacht. In Australien beutet England sein Californien aus.

Belgien steht mit seinem südlichen Nachbar wieder auf dem besten Fuß. Nachdem sein König Napoleon III. anerkannt und seine Legislatur in beiden Kammern durch ein besonderes Gesetz Beleidigungen der auswärtigen Souveräne durch die belgische Presse verpönt und mit Strafe belegt hat, war Frankreich versöhnt und schloß zum Zeichen dessen seinen bedrohlich gewordenen provisorischen Handelsvertrag für so lange ab, bis ein neuer definitiver zu Stande gekommen sein wird. — In den **Niederlanden** setzen die Generalstaaten ihre Berathungen fort.

Spanien war an dem Vorabend einer neuen Revolution angekommen. Durch einen Staatsstreich die Verfassung zu ändern, hatten Bravo Murillo und seine Amtsgenossen wohl die Absicht, aber nicht den Muth. Die vormals ministeriellen Moderados traten auf die Seite der Progressisten und dem Cabinet stand eine compacte, aber keineswegs factische Opposition gegenüber, als am 1. December die Cortes eröffnet wurden und Martinez de la Rosa zu ihrem Präsidenten wählten. Sie wurden suspendirt und dann aufgelöst, und die beabsichtigten Verfassungsreformen wurden bekannt gemacht. Das Vorschreiten gegen die Presse, das Verbot der Wahlversammlungen, die unfreiwillige Entfernung des Generals Narvaez aus Spanien vermehrten die Aufregung. Da mußten im entscheidenden Augenblick Bravo Murillo und sein Cabinet ihre Entlassung nehmen, weil sie unter den Generalen keinen Ersatzmann für den abgetretenen Kriegsminister finden konnten, und die Ruhe war gerettet. Unter General Roncali's Präsidentschaft hat ein Uebergangsministerium die Verwaltung übernommen. Die Cortes werden wahrscheinlich im Anfang des Februar nächsten Jahres gewählt und dann sofort zusammentreten. Bis dahin ist das Weitere abzuwarten. — In **Portugal** sind die Wahlen zu Gunsten des Ministeriums ausgefallen.

In **Dänemark** versagte der Reichstag der Verlegung der Zollgrenze von der Eider an die Elbe seine Zustimmung.

Schweden und **Norwegen** wurden nicht allein durch die Wiedergenesung des schwer erkrankten Königs, sondern auch durch die Geburt eines Erbprinzen erfreut.

Aus **Rußland** war fast nur von Truppenzusammenziehungen in den ehemals polnischen Provinzen des Reiches zu berichten, die man mit möglichen Ereignissen im Westen Europa's zusammenzubringen geneigt ist.

Für die **Türkei** scheint die zwölfte Stunde schlagen zu wollen. Die Gefahr zeigt sich weniger in den Aufständen der Stämme Syriens und Mesopotamiens, als in einem so eben mit dem kleinen Montenegro zum offenen Ausbruche gekommenen Kriege, in dem die ersten Kämpfe zu Gunsten des tapfern Bergvolkes ausfielen.

Deutschland.

[:] **Wien**, 28. Dec. Directen so eben eingetroffenen Privatschreiben aus Konstantinopel zufolge, nimmt dortselbst die finanzielle Krisis täglich zu. Die Regierungsbank hat ihre Operationen eingestellt und liquidirt (seit Mitte dieses Monats). Bereits am 27. November und 7. December gab sie gegen Papiergeld keine Wechsel, wonach das Papiergeld von 3 pCt. auf 10 pCt. Disconto gegen Silber fiel. Nachdem die Bank, in ihrer Eigenschaft als Regierungsbank, das vom Staate emittirte Papiergeld nicht mehr an Zahlungsstatt annimmt, so erklärt sie factisch die Nothwendigkeit für die türkische Finanzverwaltung, dem förmlichen Bankerott sich zu nähern. Allerdings hat der Handelsstand neue Unterhandlungen eröffnet, allein noch keine definitive Antwort erhalten, nachdem man in der ministeriellen Sphäre nicht an die Heilung des Hauptübels, nämlich an die Einziehung der Münze gehörig denken will, welche nur 23 Procent Metallwerth enthält. Unter diesen Umständen nützen auch nichts die Pläne zur Gründung einer neuen Bank mit limitirten Fonds, von der Ausgabe neuer Papiere, von Gehaltreducirungen u. s. w. Die Energie und der gute Wille fehlen, und die Redensarten der dortigen Minister, den Sachverhalt in ernstliche Erwägung ziehen zu wollen, machen einen eben so peinlichen Eindruck, als die Prahlerei des Journal de Constantinople, welches kürzlich abermals der Welt verkündete, die Türkei habe keine Schulden, während doch zur Stunde der schlechte Münzzusatz, das Papiergeld, die Schulden an Beamten, an Lieferungen und an das Inland die Höhe von 1180 Millionen Piaster erreicht haben, wogegen der Feingehalt des circulirenden türkischen Silbergeldes kaum 207 Millionen Piaster repräsentirt.

† **Triest**, 28. Dec. Die k. k. Centralseebehörde macht im Osservatore triestino bekannt, daß die großherrliche Regierung beschlossen habe, die oberalbanesische Küste von Dulcigno an bis zur nördlichsten Spitze des türkisch-albanesischen Gebietes in Blockadezustand zu erklären. Die Blockade wird mit dem Eintreffen der von Konstantinopel gegen Montenegro ausgelaufenen Flotille ihren Anfang nehmen. — Nachrichten aus Montenegro zufolge, hat sich allgemein das Gerücht verbreitet, Rußland habe den Montenegrinern den Rath ertheilt, die Besetzung der Festung Zabljak aufzugeben.

* **Berlin**, 29. Dec. Gestern Abend ist der diesseitige Gesandte am St. Petersburger Hofe, Generallieutenant v. Rochow, hier eingetroffen.

Y **Köln**, 29. Dec. Im Laufe des vorigen Sommers entspann sich beim Einreiten in das Eigelsteiner Thor wegen des Ausweichens ein Streit zwischen dem Kürassierlieutenant v. Wolfersdorf (jetzt bei den Husaren) und einem Lohnbiener des Hotel Disch, welcher zu Thätlichkeiten seitens des Ersteren führte. Anfangs setzte sich der Lohnbiener zur Wehre, ergriff aber dann, als mehrere der Soldaten dem Offizier zur Hilfe eilten, die Flucht in die Promenaden, wo ihm zwischen den Bäumen die gebarnischten Reiter nicht folgen konnten. Er verlief sodann dieses Asyl zu früh, und wurde auf der Brücke des Weges zum Rhein von den Reitern wieder aufgerieben, bis zum Bahnhof verfolgt, und mit mehrfachen Säbelhieben verwundet. Das Militärgericht hat über diesen Fall entschieden, und den Lieutenant zu 14 Tagen, einen Wachtmeister zu 8 Tagen, und einen Unteroffizier zu 3 Tagen gelinden Stubenarrest verurtheilt. Jetzt ist das Urtheil von Berlin, zu 8, 3 und 1 Tag gemildert, zurückgekommen. Im Urtheil heißt es wegen „leichter" Verwundung. Wie man sagt, dürfte der Verwundete, gestützt auf dieses Urtheil, eine Civilentschädigungsklage einleiten. Mir können hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die hiesigen Markterzeugnisse im August 1846, und der Ausgang der Processe, die ihnen folgten, nicht ohne den wesentlichsten Einfluß blieben auf die Bewegungen im Jahr 1848 zu Köln.

Hannover, 27. Dec. Es ist von verschiedenen Blättern behauptet worden, daß die hannoversche Regierung aus den Ueberbleibseln der ehemaligen deutschen Flotte Strandkanonen und Munition überkommen habe. Die hannoversche Regierung hat aber ein solches Anerbieten nirgends gemacht; auch konnte sie, wenn sie sich consequent bleiben wollte, einen solchen Schritt nicht wohl thun. Dagegen ist es der Wunsch der hannoverschen Regierung, daß die wehrlosen Küsten des hiesigen Königreichs mit Strandbatterien versehen werden. Man glaubt hierfür im Budget auf 80 Millionen, welche Kosten für die Bundesflotte verwendet wurden, zu einer solchen Forderung um so berechtigter zu sein, als bei dem Eintritt gewisser Eventualitäten die Küstenstriche Hannovers für Gesammtdeutschland von nicht geringerer Bedeutung sind, als die im Süden befestigten Punkte. Deßhalb soll denn auch bereits von hier bei der Bundesversammlung der Antrag gestellt sein, daß jene Armirung aus Bundesmitteln beschafft werde. Dem Vernehmen nach wird dieser Gegenstand nebst einigen andern wichtigen Fragen in einer am 7. Januar k. J. stattfindenden Bundestagssitzung zur Sprache gebracht werden. (Hr. Ztg.)

C* **Kassel**, 29. Dec. Die Ernennung des Gardehauptmanns v. Heimrod zum Flügeladjutanten Sr. königl. Hoh. des Kurfürsten wird in einer ganz andern Weise commentirt, als die des Herrn v. Bischofshausen zum geheimen Cabinetsrath. Hauptmann v. Heimrod gehört nämlich zu der kleinen Anzahl von Offizieren, welche sich durch den zwischen der Regierung und den Landständen ausgebrochenen Conflict in der Auffassung ihrer militärischen Pflicht nicht einen Augenblick beirren ließ und trotz allen Anfechtungen und Gefahren dieselbe bethätigte. Außerdem gilt derselbe aber auch noch als ein Mann von streng conservativer und etwas exclusiv aristokratischer Gesinnung. Das Herausziehen einer solchen Persönlichkeit in die Nähe des Landesherrn ist also nicht nach dem Geschmack derjenigen, die auf den Einfluß des neuen Raths im geheimen kurfürstlichen Cabinet ihre Hoffnung gründen. — Vor zwei Tagen ist in der 6 Stunden von hier entfernten Landstadt Fritzlar ein wahrhaft mysteriöser Fremder verhaftet worden. Die nächste Ursache zu seiner Verhaftung gab der Umstand, daß der von ihm geführte französische Paß einstweilen nicht in Ordnung war, dann aber auch rücksichtlich der darin befindlichen Personalbeschreibung nicht als zutreffend erkannt wurde, was um so mehr auffiel, als sein dermaliger Inhaber etwa 100 Louisd'or an Baarschaft und über 2000 Francs an Werthpapieren bei sich führte. Das sonderbare Benehmen des Fremden führte zu der Vermuthung, daß er vielleicht an Geisteszerwirrung leide, weßwegen die Polizeibehörde der hiesigen französischen Gesandtschaft davon Anzeige gemacht, auf deren Verwendung er unter sicherer Begleitung nach dem hiesigen Landkrankenhause geschafft worden ist. Alle Bemühungen, über seine Person etwas Näheres zu erfahren, sind indessen bis jetzt vergebens gewesen; er hat weder in Fritzlar noch hier ein anderes Wort als „bon jour" gesprochen; jedoch der

Arzt des Landkrankenhauses als auch der Arzt, welchen der französische Gesandte mehrmals zu ihm geschickt, erklären ihn für vollkommen gesund. Da sich eine Anzahl von schriftlichen Documenten in seinem Besitze befinden, die auf einen gewissen Namen in Soissons lauten, so hat man sich dorthin gewendet und sieht einer aufklärenden Antwort entgegen. Besonders auffallend ist es auch erschienen, daß er eine große Anzahl Schlüssel bei sich führt, ohne daß irgend ein Koffer oder ein anderes verschließbares Reisegeräth bei ihm vorgefunden wäre. Er soll ungefähr 65 Jahre alt sein.

± **Darmstadt**, 30. Dec. Nach einem Erlasse großherzoglichen Hofgerichts dahier hat „Se. königl. Hoheit der Großherzog befohlen, daß die bei den Hofgerichten angestellten Advocaten, gleich wie der ihnen verliehene Dienstitel „„Hofgerichtsadvocat"" denselben von den Behörden beigelegen ist, sich auch selbst in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Fällen, wo sie ihren Namen bei Dienstitel freiwillig beifügen, oder wo dieser dem Namen beigefügt werden muß, sich des gedachten Dienstitels „„Hofgerichtsadvocat"" zu bedienen" hätten. Nach unserer Gerichtsverfassung gibt es keine Anwälte bei den Untergerichten, keine sogenannte Amtsadvocaten. Im Salon der Literatur pflegten sich unsere Anwälte einfach „Advocaten" zu nennen, um ihre praktische Stellung zu bezeichnen, was zu jenem Erlasse beigetragen haben mag. Bei einer der letzten Assisensitzungen wurde der Tod des „letzten Mohikaners" constatirt: der letzte Lippenbart eines bisher standhaften Anwalts war unsichtbar geworden.

Kiel, 24. Dec. Die von der dänischen Regierung mit dem Herzoge von Schleswig-Holstein-Augustenburg eingeleiteten Verhandlungen, wegen Uebertragung der Sr. Durchlaucht gehörigen, im Herzogthum Schleswig belegenen Güter haben sich, trotz des günstigen Verlaufs, den sie anfänglich zu nehmen schienen, neuerdings zerschlagen, so daß die Sache gegenwärtig wieder in denselben terminus schwebt, worin sie sich vor einem halben Jahre befand. (H. C.)

)*(**Meiningen**, 27. Dec. Der neulich in Aussicht gestellte Verlust des Schulrath Peter ist erfolgt, indem derselbe das Amt als Director des neuen Gymnasiums in Anclam bereits mit dem neuen Jahr antreten wird. Der Stadtrath zu Anclam, als Patron der Anstalt, hat, um einen so ausgezeichneten Mann zu erhalten, alle Wünsche desselben auf das bereitwilligste erfüllt. Die in unserm Lande entstandene Lücke ist in solcher Weise schwer wieder auszufüllen.

*** **Gotha**, 29. Dec. Das heute erschienene Stück des hiesigen Regierungsblatts enthält eine Bekanntmachung, der zufolge der königlich niederländische Consul Dr. Paul Elisee Cullin in Genf zum herzoglich coburg-gothaischen Generalconsul in der Schweiz und der Rentier Claffens Wortz in Brüssel zum coburg-gothaischen Consul für Belgien von unserm Herzog ernannt worden ist.

Schweiz.

◑ **Bern**, 29. Dec. In unserm politischen Leben ist es gegenwärtig still, und wenn nicht die Angelegenheit des Herrn Druey Stoff zur Erläuterung böte, so wäre außer den stehenden Eisenbahnneuigkeiten nichts Erwähnenswerthes vorhanden. Da die Organe Druey's behaupten, sein Schreiben sei nur eine confidentielle Anfrage gewesen und durch keine fremde Insinuation veranlaßt worden, so erklären die hiesigen Regierungsblätter: Herr Druey habe die hiesige Polizeidirection ersucht, sofort Nachforschungen nach der Schrift: Napoleon-le-Petit, zu befehlen; ferner habe er als Vertheidigung zu diesem Schritt eine Note der französischen Gesandtschaft beigeschlossen und beigefügt, zu seinem Schreiben daher er selbst den Auftrag erhalten. In der heutigen Sitzung des Regierungsraths legte der Justizdirecter einen Bericht über die in Folge des Schreibens vorgenommenen Nachforschungen vor und wünschte zur Behandlung desselben geheime Sitzung, da es sich um ein confidentielles Schreiben handele. Nach kurzer Discussion wird beschlossen, den Bericht in geheimer Sitzung anzuhören und dann erst zu entscheiden, ob der Gegenstand öffentlich behandelt werden solle oder nicht. — Die Mittheilungen über eine zwischen Abgeordneten der Freiburger Regierung und dem Bischof Marilley geschlossene Uebereinkunft, womit letzterer in Bezug auf Organisation des Priesterseminars ganz freie Hand habe, ferner alle Pfarrer und Vicare ernennen sich auch zustelle, und an einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt nach Freiburg zurückkehren könne, mehren sich. Daß kaum mehr daran zu zweifeln ist. Man glaubt, die jetzige Regierung werde nach solchen Concessionen wohl abtreten müssen.

Frankreich.

❋ **Paris**, 28. Dec. Die Reise des Prinzen Lucian Murat nach Düsseldorf hat in politischen Kreisen Aufmerksamkeit erregt, denn sie wird mit einem neuen Vermählungsprojecte des Kaisers in Verbindung gebracht. Prinz Murat ist zwar kein Diplomat, aber für seine angebliche Mission von so zarter Natur besitzt er eine Eigenschaft, die kein Anderer beanspruchen kann: er ist mit der betreffenden hohen Dame nahe verwandt. Die Großherzogin Stephanie von Baden, die für eine warme Freundin Napoleons gilt, befindet sich seit einiger Zeit ebenfalls in Düsseldorf, und es scheint, daß sich Prinz Murat zuerst an diese hohe Frau wenden soll. Es handelt sich um eine Vermählung des französischen Kaisers mit der Tochter des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen. Er ist Generallieutenant in der preußischen Armee und commandirt gegenwärtig die vierzehnte Militärdivision, deren Hauptquartier sich in Düsseldorf befindet. Der Fürst ist auch Chef des 26. preußischen Infanterieregiments. Eine Schwester des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen vermählte sich 1844 mit Joachim Napoleon Marquis Pepoli, einem Enkel Joachim Murats, vormaligen Königs von Neapel, und sein Vater heirathete 1808 Antoinette Marie Prinzessin Murat. Die angeblich für den Kaiser Napoleon ausersehene hohe Braut ist das zweite Kind des Fürsten von Hohenzollern, die am 15. Juli 1837 geboren, also gegenwärtig in ihrem sechzehnten Jahre stehende Prinzessin Stephanie Friderike Wilhelmine Antonie. Man hofft auf einen günstigen Ausgang der Unterhandlungen, da die Großherzogin Stephanie und Prinz Murat das Project mit ihrem Einfluß unterstützen. — Der Herzog v. Blacas ist soeben auf Frohdorf in Paris angekommen; angeblich mit neuen Instructionen für die Legitimisten. Letzteres ist indessen kaum wahrscheinlich, da der Graf v. Chambord und seine Anhänger überzeugt sein sollen, daß für die gegenwärtige Lage der Dinge das Erforderliche bereits geschehen sei. Vor des Herzogs Abreise hatte der Graf v. Chambord von einigen früheren Repräsentanten seiner Partei Besuche empfangen.

Großbritannien.

‖ **London**, 28. Dec. Das Haus der Lords hat sich gestern auf den Antrag des Premierministers Grafen Aberdeen bis zum 10 Februar k. J. vertagt. Diesem Antrag schickte der Graf eine ausführliche Mittheilung über die Bildung des neuen Cabinets voraus, die gewissermaßen als Programm desselben betrachtet werden kann. Bezüglich seiner Verbindung mit Lord John Russell erklärte Graf Aberdeen, seit langer Zeit lege er die Ueberzeugung, daß das Land der alten Parteispaltungen und der Bezeichnungen Whigs und Tories müde sei, und da er bei einer Unterredung mit Lord John Russell wahrgenommen, daß dieser in seinen Ansichten vollkommen mit ihm übereinstimme, so habe er kein Bedenken getragen, sich mit ihm zu vereinigen, um aus ihren gemeinsamen Freunden eine starke Verwaltung zu bilden. Ohne die Prüfung über den relativen Vorzug der Systeme directer und indirecter Besteuerung einen Augenblick ruhen zu lassen, werde das Cabinet den Grundsatz des Freihandels fördern und sich ohne Verzug mit der Frage über die nationale Erziehung beschäftigen. Bezüglich der auswärtigen Politik erklärt Graf Aberdeen, das neue Cabinet werde sich redlich für die Fortdauer der besten Beziehungen zu den auswärtigen Nationen bemühen, welches auch ihre Regierungsformen und Verfassungen seien, und daß es Alles für die Erhaltung des Friedens thun, zugleich aber auch fortfahren werde, die Vertheidigungsfähigkeit des Landes in der bereits begonnenen Weise zu vollenden. Eine ähnliche Erklärung wird im Namen der neuen Minister heute oder morgen auch im Hause der Gemeinen erfolgen und das Parlament sich dann auf sieben Wochen vertagen.

Dänemark.

Kopenhagen, 24. Dec. Eine königliche Verordnung verfügt die Errichtung eigener Obermedicinalbehörden für das Herzogthum Schleswig und die Eintheilung dieses Herzogthums in Physicatsdistricte.

Montenegro

Von der österreichisch-türkischen Grenze, Mitte December. Die Begeisterung für die Sache Montenegro's hat den Culminationspunkt erreicht. Serbischerseits treten, besonders in der Presse, die Wünsche klarer hervor. Es wird grabezu auf Abtretung der Montenegro nächstgelegenen serbischen Städte, auf Vereinigung des alten „Zenta" mit seinen frühern Grenzen und der Herzegowina angetragen, um ein selbstständiges christlich-serbisches Fürstenthum zu begründen. Man entledigt sich dadurch türkischerseits einer immer kampfbereiten, nimmer ruhenden Bevölkerung. In der That ist die Lage für die Türken um so gefährlicher, als in Albanien stete Widersetzlichkeiten an der Tagesordnung und selbst türkische Bauern auf Seite der Tschernagorzi sind. 5000 Montenegriner widerstanden einst den 35,000 Soldaten Mahmud Pascha's, und offen spricht man die (freilich kaum wahrscheinliche) Möglichkeit aus, daß auch Omer Pascha's Haupt, wie das Mahmuds, in Cettinje auf der bekannten Schädelstätte prangen könnte. Die slavische Bevölkerung Albaniens und der Herzegowina ist, wie sich denken läßt, ziemlich aufgeregt. Der Fürst beabsichtigt sich des wichtigen Punkts: „Vezirov most" (Beziersbrücke) zu bemächtigen und die Vereinigung

Digitized by Google

der Türken bei Scutari, Spuš und Podgoritza zu umgehen. *) Die gesammte Streitmacht der Montenegriner beträgt 12,000 Mann, je eine Hälfte derselben befehligen Fürst Daniel und sein Oheim Georg. Ueber Mangel an Proviant wird stark geklagt, der Fürst sorgte daher für Brodzufuhren. Aus Cettinje hat man frisches Geschütz kommen lassen. Bei einem Angriff auf das türkische Lager sind auch sehr viele Montenegriner gefallen, denn in offener Feldschlacht reicht die montenegrinische Kriegsführung nicht aus. Der Wegier von Scutari soll dem Vernehmen nach in Folge seines Rufuns 20,000 Mann aufgebracht haben. Die Differenz mit den Bewohnern der Mahia Pipereka ist ausgeglichen. Sie hüten die Gegend um Podgoritza, jene aber aus der Nahia Katunska die Grenze der Herzegowina. Uebrigens sind auch die Türken nicht müde, und haben es auf die theilweise freien Districte von Grahovo, Drobnija, Zupa und Nikschitsch abgesehen. So dürfte sich denn binnen kurzem auf allen Linien ein erbitterter Kampf entspinnen.

Türkei.

* **Konstantinopel**, 19. Dec. Die Wiedererhebung Reschid Pascha's zum Posten des Großvezieres scheint nahe bevorstehend; vorlängst sollte sein Sohn von einem Posten, welchen er in der Administration bekleidet, abgesetzt werden; der Sultan verweigerte jedoch seine Unterschrift zu diesem Acte. Nachträglich zu dem in der heil. Grabskapelle bereits veröffentlichten und zu Gunsten der Griechen abgefaßten Firman haben indeß die Lateiner noch eine Begünstigung erwirkt; es soll nämlich der Schlüssel zur Kirche von Bethlehem ausschließend ihrer Obhut anvertraut werden.

Rußland.

St. Maj. der Kaiser haben unterm 19. November dem großherzoglich hessischen Oberstjägermeister Frhrn. v. Dörnberg das Großkreuz des Stanislausordens zu verleihen geruht. (Petersb. Z.)

Neueste Nachrichten.

* **Paris**, 29. Dec. Der Moniteur enthält heute seinen amtlichen Theil; das Gerücht, die Regierung werde die Spielhäuser wieder gestatten, bezeichnet er als durchaus grundlos; die übrigen Blätter sind ohne alles Interesse; die Assemblée nationale commentirt als Oppositionsblatt sehr ausführlich den Bericht des Senators Troplong über die Verfassungsmodificationen; die Union weiß an diesem Bericht wenigstens die Anerkennung zu loben, die er den Doctrinen der alten Monarchie spendet; Pays begrüßt das neue Cabinet in England mit großer Befriedigung; ebenso der Constitutionnel, aber letzterer wiederum nicht ohne Verurtheilung des parlamentarischen Regime's; die Debats erblicken in der neuen englischen Verwaltung allerdings eine Bürgschaft für die Fortdauer der guten Beziehungen zu Frankreich und für die Erhaltung des Friedens, hegen aber das Vertrauen, welches sie dem Grafen Aberdeen schenken, nicht zu allen seinen Amtsgenossen. — Die Pariser Tageschronik ist leer und unfruchtbar. Die außerordentliche Session des Senats ist seit gestern zu Ende. Weil sich die Rückkehr des Kaisers aus Compiegne verzögert hat, konnte der päpstliche Nuntius seine Creditive gestern nicht überreichen; dies wird heute oder morgen geschehen. Wann die Gesandten der nordischen Großmächte und der deutschen Bundesstaaten ihre neue Beglaubigungen abgeben werden, weiß man noch nicht. In der nächsten Zeit erwartet man Decrete bezüglich der Organisation des neuen kaiserlichen Hauses.

*) Der Sieg der Montenegriner war dem Correspondenten noch nicht bekannt. Die Red.

Eisenbahnen- und Telegraphenwesen.

Hannover, 27. Dec. Nach der Hild. A. Z. hat der frühere Abgeordnete zur ersten Kammer, Dr. Witte, eine Erfindung gemacht, wodurch die Eisenbahnzüge im schnellsten Laufe, ohne Schaden der Wagen und der darfahrenden Personen, sofort zum Stillstand gebracht werden können, so daß dadurch die zahlreichen Unglücksfälle leicht verwiedern werden würden. Wir hätte in einem Schreiben an das königliche Ministerium des Innern, sowie an sämmtliche hiesige Gesandtschaften erklärt, daß er bereit sei, vollständige Zeichnung und Gebrauchsversahren seines Apparats den Regierungen, wie den Eisenbahnverwaltungen gegen ein Honorar von 1 Thlr. Gold für jede deutsche Meile Eisenbahnlänge, belehren oder verkaufen zu wollen; jedoch würde er erst dann Anspruch auf Zahlung machen, wenn er einen vollständigen Beweis der Bewährung seiner Erfindung geführt hätte.

Börsenberichte.

Paris, 29. Dec. 4½pCt. Rente 105, 15. — 3pCt. do. 84, 10. — Neapol. —. — Oesterr. 98½. — do. neue Anleihe —. — Span. Neue Diff. 23⅞, ⅝. — Neue 3pCt. 50. — Innere Sch. 43¼. — Bankactien 2850. — 5pCt. Piemont 100. — Römische Anleihen Juni 1850 97. — do. 1850 97. — St. Germain-Eisenbahn —. — Versailles, linkes Ufer 350. — Straßburg-Basel 355. — Nordbahn 887, 50. — Paris-Straßburg 810.

Madrid, 24. Dec. 3pCt. 44⅞, n. d. Börse 44½. — 1pCt. Neue 24, n. d. Börse 24½.

Telegraphische Coursberichte.

Paris, 30. Dec. 4½pCt. Rente 105, 70. — 3pCt. do. 84, 85. — 5pCt. Piemont 100, 25. — 3pCt. Span. 43½. — 1pCt. do. 23⅞. (Spnd.)

London, 30. Dec. 3pCt. Consols 100½. — 3pCt. Span. — 1pCt. do. 24½. — 5pCt. Hambro 95⅛. (Spnd.)

Madrid, 26. Dec. Weihnachten.

Antwerpen, 30. Dec. 5pCt. Lombard. 92½. — 2½pCt. Bes 57¼. — 3pCt. Span. 43¼. — 1pCt. do. 23⅛. (Spnd.)

Verantw. Redaction: Dr. H. Wallen. Dr. C. Sattler. Dr. J. B. Kuhn.

Cours der Staats-Papiere. 31. December 1852. (Schluss der Börse.)

		Per constant.	
Oesterreich	5% M. (C.L.S.B.Roth.)	96¼ G.	
»	5% M.v.J.1851 Ser.B.	86⅛ G.	
»	5% do.v.J.1854 L.A.21 M	95⅛, 96 bez. 95⅞ G.	
»	5% L.V. (C. b. Roths.)	92⅜, ⅞, ⅝ bez. 1/2 G.	
»	5% do. Monte C.B.L.M	89¼, ⅜ bez. 89 G.	
»	Bank-Actien . . .	1470 F 65 G.	
»	5% Metalliq. oblig.	85⅛, ⅜, ½ bez. u. G.	
»	5% M.v.J.1851 Ser.A.	86½, G.	
»	5% ditto 1859	83¼, 86, ⅛, ¼ bez. 1/2 G.	
»	4½% ditto	77⅛, ¼, ⅜ bez. ⅝ G.	
»	4% ditto	68¼ bez. u. G.	
»	3% ditto	52⅛ G.	
»	2½% ditto	43⅜ G.	
»	1% ditto	18⅛ G.	
»	Mail.-Como-fl. 14-L.	11⅛ F. ⅛ bez. 1/2 G.	
»	fl. 250 Loose b. Roths.	126¼ G.	
»	fl. 500 » ditto	198 G.	
»	4½% Obl. b. Hope d. Sp.	82½ F.	
»	4% » » Bethm.	72⅛ G.	
Preussen .	3½% Staatsschuld.	94½ bez. ⅜ G.	
»	Cöln-Mind.-E.-Actien	120½ G.	
Bayern .	5% Oblig. b. Rothsch.	101¾ F. ⅜ G.	
»	4½% do.	101¾ F. ⅛ G.	
»	4% do.	96¼ F. ½ G.	
»	4% Ablös.-Rente .	97⅛ F. 96¾ G.	
»	3½% Oblig. b. Roths.	82¾ G.	
»	Landwirsch.-Pfandbr.	99½ F. ⅛ G.	
»	5% Priorit.-Oblig. .	103½ G.	
Württemb.	4½% Oblig. b. Roths.	102 F. 101¾ G.	
»	3½% ditto	91 F. 90⅝ G.	
Baden . .	5% Obligationen .	103 F. 102½ G.	
»	4½% Obligationen	102¾ G.	
»	3½% v. 1842 . . .	91⅜ F. ⅜ G.	
»	fl. 50 Loose v. 1840	68 G.	

		Per constant.	
Baden. .	fl. 35 Loose v. 1845	39 F. 38¾ bez. u. G.	
Kurhessen	40Thlr. L. b. Rothsch.	34⅝ F. ½ G.	
»	Frdr.-Wilhs.-Nordb.	49 F. 48¾ G.	
Gr. Hessen	4½% Obligationen	101⅞ G.	
»	4% ditto b. Rothsch.	99 ber.	
»	3½% ditto » Roths.	92⅛ G.	
»	fl. 50 Loose . . .	92¼ G.	
»	fl. 25 Loose . . .	32⅛ G.	
Nassau .	5% Oblig. b. Rothsch.	103½ F. 103 G.	
»	4% do. ditto	84⅝ F. ⅝ G.	
»	3½% do. ditto	91⅞ F. ⅝ G.	
»	fl. 25 Loose . . .	29⅞ F. ⅝ G.	
Frankfurt	3½% Oblig. v. 1839	95⅛ G.	
»	3½% » v. 1846	94¾ G.	
»	3½% do.	86½ G.	
»	Taunusbahnact. .	310 G.	
Russland	4½% Obl. b. Baring	101⅞ G.	
»	4½% Obl. b. Hope d. 9.	92¼ G.	
»	4% » b. Bethmann	81¾ G.	
Polen . .	4½% Oblig. de fl. 500	92½ F. ⅛ G.	
Spanien	3% Int. Sch. P. 2.3.30	43⅜ F. 7/16 bez. ⅜ G.	
»	1% Neue » »	23, 22½, 7/16, ⅜ bez. u. G.	
Holland .	4½% Certificate .	95¼ G.	
»	3½% Syndicats .	85¼ G.	
»	2½% Integrale .	65¾ G.	
Belgien .	4½% Obl. int. 25 Skr.	99¾ F. ⅜ G.	
»	4% Obl. in Fr. à 25 Kr.	94½ F. G.	
»	2½% Obl. b. Rothsch.	57⅝ F. ⅜ G.	
Sardinien	5% Obl. b. Rothsch.	97½ G.	
»	5% Obl. b. Hambro	94½ F.	
»	Nordbrisbane Loose .	41 F.	
Toscana	5% Obl. 1850 (C.b.Goldm.)	102⅜ F. ⅛ G.	
»	5% v. 1851 b. Bastogi (dto.)	98 G.	
Römische	6% Stocks Doll. d. 250.	117½ G.	

Wechsel-Cours.

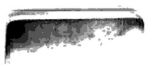
Den 31. December, Per constant.

Amsterdam	k.S.	99⅛ B 1/4 G.
(100 fl. Crt.)	3M.	—
Augsburg .	k.S.	120⅜, 119⅝ G.
(100 fl. Crt.)	3M.	—
Berlin . . .	k.S.	105⅝, 104⅞ G.
(60 Thlr.)	3M.	—
Bremen (50	k.S.	97 B — G.
Rthlr. l. Ldor.	3M.	—
Hamburg .	k.S.	89¾ B — G.
(100M.Bc.)	3M.	—
Leipzig . .	k.S.	105⅛ B 4/5 G.
London . . .	k.S.	117⅜ B — G.
(10 Liv.Strl.)	3M.	—
Lyon	k.S.	94⅛ B — G.
(300 Fr.)	3M.	—
Mailand (750	k.S.	100⅛ B — G.
Lir. Austr.)	3M.	—
Paris	k.S.	94⅛ B — G.
Wien (100fl.)	k.S.	109⅜, 109⅛ G.
im fl. 20 F.)	3M.	110 bez. u. G.
Pisconto . . .		109⅜, 110 G. 2 B.

Gold und Silber.

Pistolen . . .	à	9 42 — 43
Pr. Friedrichsd'or	»	9 54⅛, 53⅛
Holl. 10fl.-Stücke	»	9 47½, —
Rand-Ducaten .	»	5 26-37
20 Francsstücke	»	9 25-26
Engl.-Souvereigns	»	11 46
Holl. 20fl.-Stücke	»	9 37-38
5 Frankenthaler	»	2 20½, 21½
Preuss. Thaler	»	1 45-⅛
Preuss. Cassa-Sch.	»	1 44⅞, 45

Das Syndikat der Wechsel-Sensale.

Druck von August Osterrieth. (Nebst Inhaltsverzeichniß des Konversationsblatte.)

Bayerische Staatsbibliothek München